



LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

15. Wahlperiode 2011–2016

SACHREGISTER

Stuttgart 2019

Sachregister

zu den Verhandlungen und Drucksachen
des Landtags von Baden-Württemberg

15. Wahlperiode

1. bis 150. Sitzung

11. Mai 2011 bis 18. Februar 2016

Drucksachen 15/1 – 15/8124

1. Mai 2011 bis 30. April 2016

VORBEMERKUNG

Diesem Gesamtregister für die 15. Wahlperiode (2011 – 2016) liegen die Protokolle der 150 Plenarsitzungen und die 8124 Drucksachen zugrunde.

Das **Sachregister** erschließt die Drucksachen und Protokolle in ihrer Gesamtheit. Es ist alphabetisch nach Deskriptoren/Schlagworten (die sich am Parlamentsthesaurus PARTHES der Parlamentsdokumentation beim Deutschen Bundestag und dem Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge DIP orientieren) gegliedert und weist die Ursprungsdrucksache als Fundstelle aus, wobei der parlamentarische Behandlungsablauf geschlossen dargestellt wird.

Die parlamentarischen Vorgänge bzw. die darin angesprochenen Sachverhalte werden durch Haupt- und Nebenschlagworte sowie Kurzreferate beschrieben. Der Haupt- oder Vorgangseintrag befindet sich unter dem die Thematik am treffendsten abbildenden Schlagwort. Die gesonderte Erschließung der Plenarprotokolle erfolgt durch Vergabe gleichrangiger Schlagworte und Beschreibung der Sachverhalte durch verkürzte Kurzreferate.

Das **Sprechregister** enthält in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Redner (Abgeordnete, Mitglieder der Landesregierung, externe Redner), die im Plenum gesprochen haben. Die mit * oder ** bzw. *** bezeichneten Seitenzahlen besagen, dass der Redner zur Geschäftsordnung oder zur Abstimmung gesprochen hat bzw. eine persönliche Erklärung abgegeben hat. Unter dem Namen des Redners sind – wiederum nach Schlagworten in alphabetischer Reihung – seine Plenardebattenbeiträge zusammengefasst, wodurch eine Verknüpfung mit dem entsprechenden Vorgang im Sachregister erreicht wird.

Stuttgart, im Mai 2019

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abg	Abgeordnete/Abgeordneter	FM	Finanzministerium
Abs	Absatz	GBl	Gesetzblatt
ÄAntr	Änderungsantrag	GemO	Gemeindeordnung
Änd	Änderung	Ges/-Ges	Gesetz/-gesetz
Antr	Antrag	GesBeschl	Gesetzesbeschluss
Antw	Antwort	GesEntw	Gesetzentwurf
BauGB	Baugesetzbuch	GEZ	Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
Beschl	Beschluss	GG	Grundgesetz
BeschlEmpf	Ausschussbeschlussempfehlung	GKN	Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH
BGH	Bundesgerichtshof	GrAnfr	Große Anfrage
BildungsA	Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport	GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
BRat	Bundesrat	Hj	Haushaltsjahr
BReg	Bundesregierung	Hpl	Haushaltsplan
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	IM	Innenministerium
BW	Baden-Württemberg	InnenA	Innenausschuss
CDU	Christlich-Demokratische Deutschlands	insbes	insbesondere
	Union	IntegrA	Ausschuss für Integration
DB/DBAG	Deutsche Bahn AG	IntM	Ministerium für Integration
DringlAntr	Dringlicher Antrag	iR	im Rahmen
Drs	Drucksache	iRd	im Rahmen der/des
DVO	Durchführungsverordnung	JM	Justizministerium
EAntr	Entschließungsantrag	JuM	Justizministerium
EHAP	Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen	JVA	Justizvollzugsanstalt
Epl	Einzelplan	Kap	Kapitel
ESF	Europäischer Sozialfonds	Kj	Kalenderjahr
EuA	Ausschuss für Europa und Internationales	KlAnfr	Kleine Anfrage
EuGH	Europäischer Gerichtshof	KM	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
EVU	Energieversorgungsunternehmen	KMK	Kultusministerkonferenz
FAG	Finanzausgleich(sgesetz)	L/L-	Landesstraße oder Land-/Landes-
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokrati- sche Volkspartei	LandwA	Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
FinWiA	Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft		

LBO	Landesbauordnung	SozA	Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
LHO	Landeshaushaltsordnung	SPNV	Schienenpersonennahverkehr
LHR	Landeshaushaltsrechnung	StändA	Ständiger Ausschuss
LKA	Landeskriminalamt	StGB	Strafgesetzbuch
LKreis	Landkreis	StM	Staatsministerium
LKrs	Landkreis	SWEG	Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft
LReg	Landesregierung	Tit	Titel
Ltg	Landtag	TO	Tagesordnung
LtgPräs	Landtagspräsident	TOP	Tagesordnungspunkt
MdL	Mitglied des Landtags	UA	Untersuchungsausschuss
MdlAnfr	Mündliche Anfrage	UM	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
MFW	Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	UmEnA	Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft
MinPräs	Ministerpräsident	UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
Mittlg	Mitteilung	Verk/InfraA	Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur
MLR	Ministerium für den Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	VGH	Verwaltungsgerichtshof
MVI	Ministerium für Verkehr und Infrastruktur	VO/-VO	Verordnung/-verordnung
MWK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	VVS	Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH
NBS	Neubaustrecke	VwV	Verwaltungsvorschrift
NVBW	Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH	WahlprüfungsA	Wahlprüfungsausschuss
-O	-ordnung	WissA	Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr	WP	Wahlperiode
PetA	Petitionsausschuss	ZASt	Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber
PH	Pädagogische Hochschule	ZKM	Zentrum für Kunst und Medientechnologie
PIPr	Plenarprotokoll		
PPP	Public Private Partnership		
Präs	Präsident		
RegErkl	Regierungserklärung		
RegPräs	Regierungspräsidium		
RH	Rechnungshof		
RPF	Rheinland-Pfalz		
SchALVO	Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung		
SGB	Sozialgesetzbuch		
SM	Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren		

SACHREGISTER

Landtag von Baden-Württemberg — 15. Wahlperiode 2011–2016

Aalen

Bundesstraße 29

Zeitpunkt des Erlöschens des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau der Ortsumfahrung Möglingen und für den Bau der Strecke Essingen-Aalen im Zuge der B 29

KlAnfr
s. *Bundesstraße 29*
Drs 15/1326

Festlegung Polizeipräsidium Aalen

Zugrundeliegende Kriterien und Auswirkungen der o.g. Standortentscheidung im Zuge der Polizeireform; Zahl und Einheiten der zwischen Waiblingen und Aalen wechselnden Beamten, insbes von Vollzugs- und Nichtvollzugsbeamten des bisherigen Führungs- und Einsatzstabes der PD Waiblingen; Gründe für die Schließung der Kriminalaußenstelle in Backnang, Chancen für die dortige Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion; Darstellung des Investitionsbedarfs für die Liegenschaften in Waiblingen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1774

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3002

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3017

Fahrzeugausstattung der Polizei im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen

Abzug von Dienstfahrzeugen von den Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen, insbes Begründung dieser Maßnahme und Entstehung von Engpässen bei der Verfügbarkeit von Dienstfahrzeugen

MdlAnfr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 15/4652

Verschiedene Fragen zur möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöhe

Notwendigkeit und Planungsstand zu einer möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöhe

KlAnfr
s. *Hochspannungsleitung*
Drs 15/5217

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 29 - Essingen-Aalen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 29 - Essingen-Aalen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7278

Entwicklung der Planstellen in der Zuständigkeit des heutigen Polizeipräsidiums Aalen in den LKreisen Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall im landesweiten Vergleich

Jährliche Entwicklung der Planstellen im Vergleich zur tatsächlichen Beschäftigung von Polizisten vor Ort seit dem Jahr 2000; Polizeipräsidien mit den schlechtesten Betreuungsverhältnissen pro Einwohner

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/8117

Aargau

Aktueller Sachstand und Positionierung der LReg zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Umsetzung und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Basel und Schaffhausen, insbes Ablehnung einer Mitfinanzierung durch den Kanton Aargau

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/3173

AAZuVO

s. *Aufenthalts- und Asyl-Zuständigkeitsverordnung*

Abbau von Arbeitsplätzen

s. *Personalabbau*

Abbruch des Studiums

s. *Studienabbruch*

Abbruch von Gebäuden

s. *Abriss*

Abbruch (Bauwesen)

s. *Abriss*

Abbrucharbeiten

s. *Abriss*

Abendgymnasium

Abendgymnasien und Abendrealschulen in BW

Entwicklung der Abendgymnasien und Abendrealschulen in BW, insbes Zusammensetzung der Schülerschaft, Abbrecher- und Absolventenzahlen, Qualität dieser Schulen, Bewertung und Unterstützung durch die LReg, erwartete zukünftige Entwicklungen

Antr Karl Traub u.a. CDU 10.12.2014 und Stellungnahme
KM Drs 15/6238

Abendrealschule

Abendgymnasien und Abendrealschulen in BW

Entwicklung der Abendgymnasien und Abendrealschulen in BW, insbes Zusammensetzung der Schülerschaft, Abbrecher- und Absolventenzahlen, Qualität dieser Schulen, Bewertung und Unterstützung durch die LReg, erwartete zukünftige Entwicklungen

Antr
s. *Abendgymnasium*
Drs 15/6238

Abfall

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5572

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket
Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7960

Abfallbeseitigung

s.a. *Abfallgebühren*
s.a. *Entsorgung*
s.a. *Kompostierung*
s.a. *Sonderabfallagentur BW*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 23: Abfallwirtschaft an den Universitätskliniken

s. *Abfallwirtschaft*
Drs 15/241

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land
Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstreben einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Altakkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr
s. *Abfallwirtschaft*
Drs 15/532

Unerlaubte Abfallverbrennung und Umweltgefährdung durch einen Brand beim Georg-Faller-Brunnen im Mittleren Schlossgarten am 25.10.2011

Zahl von Fällen bzw Tolerierung von Umweltstraftaten auf Landesliegenschaften

MdlAnfr
s. *Umweltkriminalität*
Drs 15/791

Bioabfälle als Rohstoff für moderne Biomasseverwertung

Art und Mengen der Verwendung von Siedlungsabfällen zur Biogaserzeugung, Zahl und Kapazitäten von vorhandenen bzw dazu notwendigen Anlagen, insbes auch zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität und Einspeisung ins Erdgasnetz; technischer und finanzieller Aufwand für die entsprechende Nachrüstung von Anlagen; Darstellung des Forschungsbedarfs, von möglichen Rechtsänderungen für die Förderung sowie Wettbewerbsbedingungen für die einzelnen Biogasproduzenten aus Bioabfällen und nachwachsenden Rohstoffen

Antr
s. *Biogas*
Drs 15/932

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung einer EU-Richtlinie als Konsequenz auf Unglücke im Metallerzbergbau in Spanien und Rumänien, Regelungen zur Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit bergbaulichen Abfällen mit erheblichem Schadstoffpotenzial, Aufstellung von Notfallplänen für Abfallentsorgungseinrichtungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

GesEntw
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/1011

Autarkieverordnung

Anpassungsbedarf der o.g. Verordnung (zur Verhinderung von Mülltourismus) aufgrund der im anhängigen Beschwerdeverfahren

ren von der EU-Kommission angeführten rechtlichen Bedenken; Frage nach wirtschaftlichen Konsequenzen für die hiesigen Abfallunternehmen und ökologischen Auswirkungen einer Aufhebung der Verordnung

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/2260

Bioabfalltüten statt Bioabfallbehälter - ein neuer Weg zu mehr getrennter Bioabfallerfassung?

Bewertung eines Berliner Pilotprojekts zur Nutzung von Abfalltüten aus kompostierbarem Kunststoff für Bioabfälle in Privathaushalten; Frage nach der Befürwortung einer Einführung solcher Abfalltüten in BW; Auskunft über die Herstellung des kompostierbaren Kunststoffs und die Materialzusammensetzung; Gefahr einer durch die Verwendung von Maisstärke bedingten Grundwasserbelastung bei der Kompostierung, sonstige Gefahren für die Umwelt bei Nichtkompostierung

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2346

Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung der Einführung der Biotonne im LKreiss Lörrach

Beurteilung der geplanten Einführung der Biotonne unter den o.g. Aspekten, Zumutbarkeit einer Finanzierung der zusätzlichen Kosten über eine Erhöhung der Abfallgebühren, Vereinbarkeit der geplanten stofflichen Verwertung durch Kompostierung mit der langfristigen vertraglichen Vereinbarung mit der Müllverwertungsanlage Basel

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 05.10.2012 und Antw UM Drs 15/2440

Sinnhaftigkeit der Mülltrennung

Handhabung der Mülltrennung in den Stadt- und LKreisen; Vor- und Nachteile der verschiedenen Mülltrennungssysteme im Sinne einer Gesamtköbilanz; Nutzen der Mülltrennungssysteme für die stoffliche und thermische Verwertung; Novellierung des Landesabfallgesetzes

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.04.2013 und Antw UM Drs 15/3407

Konsultation zur Überarbeitung des EU-Abfallrechts

Position der LReg zu Themen des Konsultationsverfahrens zur Vorbereitung der Novellierung des EU-Abfallrechts; Auswirkungen der umfassenden Überarbeitung des EU-Abfallrechts auf den deutschen Rechtsrahmen; Bewertung der Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in der Praxis; Umsetzungsstand der Getrenntsammlungspflicht von Bioabfällen sowie Papier-, Kunststoff- und Glasabfällen ab dem Jahr 2015

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/4071

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck

Sachstand und Unterstützung der Kommune beim Komplettabriss des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“ und der umweltgerechten Beseitigung des Heizöltanks

KlAnfr
s. *Abriss*
Drs 15/4829

Reichweite der fortgeschriebenen Autarkieverordnung für BW
Umfang der ab 2015 getrennt zu erfassenden Bioabfälle nach Kreisen; Kapazität der vorhandenen Abfallverwertungs- und

Abfallbeseitigungsanlagen; Anwendungsbereich der Autarkieverordnung, insbes deren Anwendung auf Bioabfälle

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/4971

Gewerbliche Sammlung

Statistische Daten zu gewerblichen Sammlungen gemäß § 17 Abs 2 Satz 1 Nummer 4 Kreislaufwirtschaftsgesetz in BW; Gründe und Vollzugspraxis bei Untersagung gewerblicher Sammlungen; Verfahrensstand bei Rechtsstreitigkeiten

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 12.12.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6248

Kein Verbot der Verbrennung von Baumschnitt

Sachstand zu Überlegungen für ein Verbot der Verbrennung von Baumschnittgut bzw pflanzlichen Abfällen, insbes Auswirkungen auf den Erhalt der Streuobstwiesen

Antr
s. *Baum*
Drs 15/6875

Barrierefreie Abfallentsorgung

Sachstand zur Bevorzugung des Bringsystems für Wertstoffe des Dualen Systems Deutschland in einigen Stadt- und Landkreisen in BW, insbes Höhe der Abfallgebühren gegenüber Holsystemen, fehlende Barrierefreiheit, Einwirkung auf die Landkreise zur Umstellung auf Holsysteme

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 07.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7132

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7755 S. 12

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Klärschlamm Entsorgung durch hydrothermale Carbonisierung (HTC)

Bewertung des Verfahrens zur Klärschlamm Entsorgung durch hydrothermale Carbonisierung (HTC) und Fördermöglichkeiten für den Bau einer großtechnischen HTC-Anlage in BW

Antr
s. *Klärschlamm*
Drs 15/7158

Pläne für Biogutvergärung im LKreiss Ludwigsburg

Sach- und Planungsstand für die Errichtung einer Biogutvergärungsanlage in Bietigheim-Bissingen

KlAnfr
s. *Bioabfall*
Drs 15/7728

Abfallbeseitigungsanlage

s. *Abfallbeseitigung*

Abfallentsorgung

s. *Abfallbeseitigung*

Abfallgebühren

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land
Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der

Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstreben einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Altakkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr
s. *Abfallwirtschaft*
Drs 15/532

Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung der Einführung der Biotonne im LKreis Lörrach

Beurteilung der geplanten Einführung der Biotonne unter den o.g. Aspekten, Zumutbarkeit einer Finanzierung der zusätzlichen Kosten über eine Erhöhung der Abfallgebühren, Vereinbarkeit der geplanten stofflichen Verwertung durch Kompostierung mit der langfristigen vertraglichen Vereinbarung mit der Müllwertungsanlage Basel

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2440

Barrierefreie Abfallentsorgung

Sachstand zur Bevorzugung des Bringsystems für Wertstoffe des Dualen Systems Deutschland in einigen Stadt- und Landkreisen in BW, insbes Höhe der Abfallgebühren gegenüber Holsystemen, fehlende Barrierefreiheit, Einwirkung auf die Landkreise zur Umstellung auf Holsysteme

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/7132

Abfallkompostierung

s. *Kompostierung*

Abfallrahmenrichtlinie

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7960

Abfallrecht

s.a. *Abfallverbringung*

Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Auswirkungen der o.g. Neuordnung für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die Betriebe der Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft, Darlegung der Verwertungswege der von gewerblichen Sammlungen erfassten Metallabfälle, Erweiterung des Einsatzes der kommunalen Wertstofftonnen auf den kleingewerblichen und handwerklichen Bereich?

Antr
s. *Abfallwirtschaft*
Drs 15/191

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land
Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstreben einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Altakkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr
s. *Abfallwirtschaft*
Drs 15/532

„Entsorgungskonzeption des Landes für Solar- und Windenergieanlagen in BW“

Energieausbeute aus o.g. Anlagen seit 2002; wirtschaftliche Nutzungsdauer von alten und neuen Anlagen, insbes nach Auslaufen der 20-jährigen Einspeisevergütung; Zahl und Materialmasse von ausgedienten Anlagen, Art und Anteil von wiederverwertbaren und gefährlichen Stoffen, Kosten von Abbau und Entsorgung; Bewertung der Anforderungen an die Umsetzung der anstehenden Novelle zur Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall-Richtlinie; Erarbeitung der o.g. Konzeption mit Vertretern aus Forschung, Industrie, Handel und Handwerk

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 15/1698

Autarkieverordnung

Anpassungsbedarf der o.g. Verordnung (zur Verhinderung von Mülltourismus) aufgrund der im anhängigen Beschwerdeverfahren von der EU-Kommission angeführten rechtlichen Bedenken; Frage nach wirtschaftlichen Konsequenzen für die hiesigen Abfallunternehmen und ökologischen Auswirkungen einer Aufhebung der Verordnung

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 22.08.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2260
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.10.2012 Drs 15/3063 S. 50 51
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Sinnhaftigkeit der Mülltrennung

Handhabung der Mülltrennung in den Stadt- und LKreisen; Vor- und Nachteile der verschiedenen Mülltrennungssysteme im Sinne einer Gesamtökobilanz; Nutzen der Mülltrennungssysteme für die stoffliche und thermische Verwertung; Novellierung des Landesabfallgesetzes

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/3407

Kreislaufwirtschaftsgesetz und seine Auswirkungen auf Schrotthändler

Wirtschaftliche Auswirkungen der Andienungspflicht des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf Schrotthändler und Schrottplatzbetreiber; Genehmigung und Kosten bezüglich des Anzeigeverfahrens für Sammlungen

KlAnfr
s. *Kreislaufwirtschaftsgesetz*
Drs 15/4005

Konsultation zur Überarbeitung des EU-Abfallrechts

Position der LReg zu Themen des Konsultationsverfahrens zur Vorbereitung der Novellierung des EU-Abfallrechts; Auswirkungen der umfassenden Überarbeitung des EU-Abfallrechts auf den deutschen Rechtsrahmen; Bewertung der Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in der Praxis; Umsetzungsstand der Getrennsammelpflicht von Bioabfällen sowie Papier-, Kunststoff- und Glasabfällen ab dem Jahr 2015

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 23.09.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4071

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.12.2013 Drs 15/4897 S. 62-64

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmehbereitschaft der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Reichweite der fortgeschriebenen Autarkieverordnung für BW

Umfang der ab 2015 getrennt zu erfassenden Bioabfälle nach Kreisen; Kapazität der vorhandenen Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen; Anwendungsbereich der Autarkieverordnung, insbes deren Anwendung auf Bioabfälle

Antr Paul Locherer u.a. CDU 21.03.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4971

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5572

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7960

Abfallrecycling

s. *Recycling*

Abfallsammlung

s. *Abfallbeseitigung*

Abfallstoff

s. *Abfall*

Abfallverbringung

s.a. *Abfallrecht*

Reichweite der fortgeschriebenen Autarkieverordnung für BW

Umfang der ab 2015 getrennt zu erfassenden Bioabfälle nach Kreisen; Kapazität der vorhandenen Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen; Anwendungsbereich der Autarkieverordnung, insbes deren Anwendung auf Bioabfälle

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/4971

Müllexport aus BW ins Ausland

Unsachgemäße Entsorgung von Müll aus BW im Ausland; Strafanzeige gegen ein Vorarlberger Abfallentsorgungsunternehmen wegen illegaler Mülldeponierung; Verarbeitung von Biomüll aus BW durch dieses Unternehmen

KlAnfr Paul Locherer CDU 24.03.2016 und Antw UM Drs 15/8105

Abfallvermeidung*Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder*

Ziele und vorgesehene Maßnahmen des im Juli 2013 verabschiedeten Abfallvermeidungsprogramms; Beitrag des Landes BW bei der Erstellung des Programms; Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms in BW; Haltung der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft zum Abfallvermeidungsprogramm; Umfang der zu erwartenden Mehrkosten für die Privathaushalte und Unternehmen sowie für die Kommunen und den Landeshaushalt

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 26.09.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4091
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.12.2013 Drs 15/4897 S. 62-64
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Änderung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4361

Das Umweltbundesamt auf Abwegen? - Zusatzabgabe für Einwegflaschen zur Stützung des Mehrwegsystems

Position der LReg und Hintergründe zum Vorschlag des Umweltbundesamts zur Einführung einer zusätzlichen Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen zur Stärkung des Mehrwegsystems, insbes Umweltbilanz von bepfandeten Einweg-Getränkeverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen

Antr
s. *Einwegverpackung*
Drs 15/6840

EU-weite Normung zur Minderung des Plastiktütenverbrauchs

Sachstand und Position der LReg zur geplanten Regulierung des Plastiktütenverbrauchs durch die Europäische Union, insbes Plastiktütenverbrauch in BW, Auswirkungen einer Besteuerung bzw eines Verbots von Plastiktüten auf den Einzelhandel und die

Verbraucher

Antr
s. *Kunststoffprodukt*
Drs 15/6856

Wider die „Wegwerfgesellschaft“

Sachstand zur Entwicklung des Abfallaufkommens und zur Abfallvermeidung in BW, insbes Verschwendung von Lebensmitteln, Absatz von „Fast Fashion“, Erstnutzungsdauer von Elektrogeräten, Verwendung von Bauteilen zur geplanten Obsoleszenz, bisherige Beiträge der LReg gegen Wegwertendenzen und notwendige Maßnahmen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 14.12.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7874

Abfallverwertung

s. *Abfallwirtschaft*

Abfallwirtschaft

s.a. *Abfallbeseitigung*
s.a. *Recycling*
s.a. *Sonderabfallagentur BW*

Verschwendung von Nahrungsmitteln

Ausmaß der o.g. Verschwendung im Vergleich mit anderen Bundesländern und Industriestaaten; Gegenmaßnahmen unter Einbeziehung des Handels und der Verbraucher, insbes der Eltern, Kinder und Jugendlichen; Forcierung einer sinnvollen Nutzung von Nahrungsmittelabfällen

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/165

Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Auswirkungen der o.g. Neuordnung für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die Betriebe der Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft, Darlegung der Verwertungswege der von gewerblichen Sammlungen erfassten Metallabfälle, Erweiterung des Einsatzes der kommunalen Wertstofftonnen auf den kleingewerblichen und handwerklichen Bereich?

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 01.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/191
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.11.2011 Drs 15/1300 S. 24 25
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 23: Abfallwirtschaft an den Universitätskliniken

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/241
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land

Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstrengung einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Altakkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr SPD 21.09.2011 und Antw LReg Drs 15/532 (24 S.)
PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1506-1512

Bioabfälle als Rohstoff für moderne Biomasseverwertung

Art und Mengen der Verwendung von Siedlungsabfällen zur Biogaserzeugung, Zahl und Kapazitäten von vorhandenen bzw dazu notwendigen Anlagen, insbes auch zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität und Einspeisung ins Erdgasnetz; technischer und finanzieller Aufwand für die entsprechende Nachrüstung von Anlagen; Darstellung des Forschungsbedarfs, von möglichen Rechtsänderungen für die Förderung sowie Wettbewerbsbedingungen für die einzelnen Biogasproduzenten aus Bioabfällen und nachwachsenden Rohstoffen

Antr
s. *Biogas*
Drs 15/932

Autarkieverordnung

Anpassungsbedarf der o.g. Verordnung (zur Verhinderung von Mülltourismus) aufgrund der im anhängigen Beschwerdeverfahren von der EU-Kommission angeführten rechtlichen Bedenken; Frage nach wirtschaftlichen Konsequenzen für die hiesigen Abfallunternehmen und ökologischen Auswirkungen einer Aufhebung der Verordnung

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/2260

Bioabfalltüten statt Bioabfallbehälter - ein neuer Weg zu mehr getrennter Bioabfallerfassung?

Bewertung eines Berliner Pilotprojekts zur Nutzung von Abfalltüten aus kompostierbarem Kunststoff für Bioabfälle in Privathaushalten; Frage nach der Befürwortung einer Einführung solcher Abfalltüten in BW; Auskunft über die Herstellung des kompostierbaren Kunststoffs und die Materialzusammensetzung; Gefahr einer durch die Verwendung von Maisstärke bedingten Grundwasserbelastung bei der Kompostierung, sonstige Gefahren für die Umwelt bei Nichtkompostierung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2346

Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung der Einführung der Biotonne im LKreis Lörrach

Beurteilung der geplanten Einführung der Biotonne unter den o.g. Aspekten, Zumutbarkeit einer Finanzierung der zusätzlichen Kosten über eine Erhöhung der Abfallgebühren, Vereinbarkeit der geplanten stofflichen Verwertung durch Kompostierung mit der langfristigen vertraglichen Vereinbarung mit der Müllverwertungsanlage Basel

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2440

Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder

Ziele und vorgesehene Maßnahmen des im Juli 2013 verabschiedeten Abfallvermeidungsprogramms; Beitrag des Landes BW bei der Erstellung des Programms; Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms in BW; Haltung der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft zum Abfallvermeidungsprogramm; Umfang der zu erwartenden Mehrkosten für die Privathaushalte und Unternehmen sowie für die Kommunen und den Landeshaushalt

Antr

s. Abfallvermeidung
Drs 15/4091

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr
s. Palästinensische Gebiete
Drs 15/4365

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/5572

Gewerbliche Sammlung

Statistische Daten zu gewerblichen Sammlungen gemäß § 17 Abs 2 Satz 1 Nummer 4 Kreislaufwirtschaftsgesetz in BW; Gründe und Vollzugspraxis bei Untersagung gewerblicher Sammlungen; Verfahrensstand bei Rechtsstreitigkeiten

Antr
s. Abfallbeseitigung
Drs 15/6248

Klärschlammensorgung durch hydrothermale Carbonisierung (HTC)

Bewertung des Verfahrens zur Klärschlammensorgung durch hydrothermale Carbonisierung (HTC) und Fördermöglichkeiten für den Bau einer großtechnischen HTC-Anlage in BW

Antr
s. Klärschlamm
Drs 15/7158

Wertstoffgesetz - Ausweitung der Kommunalwirtschaft

Sachstand zur geforderten Übertragung der Wertstofffassung auf die Kommunen iR eines Eckpunktepapiers zum Wertstoffgesetz des Bundes

KlAnfr
s. Wertstoff
Drs 15/7229

Europäischer Materialpass und Folgen für die Bauwirtschaft

Intentionen des europäischen Forschungsprojekts „Buildings as Material Banks“ (BAMB) für die Reduktion des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Bauabfallmenge mittels eines elektronischen Materialpasses und Auswirkungen auf verbindliche Vorgaben auf EU-Ebene; Sachstand zur Wiederverwertung von Baumaterialien in BW und der Verbreitung des Materialpasses

Antr
s. Baustoff
Drs 15/7646

Abgabe

Die europäische Bankenabgabe und ihre Auswirkungen auf das Förderkreditgeschäft in BW

Risiken und Auswirkungen der geplanten europäischen Bankenabgabe auf das Förderkreditgeschäft in BW, insbes Mehrfachbelastungen von Banken und Sparkassen mit Institutssicherungssystemen; Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen auf Kreditinstitute und das Fördergeschäft, insbes der Ausnahme von Förderkrediten von einer Belastung durch die zukünftige europäische Bankenabgabe

Antr
s. Bank
Drs 15/5691

Das Umweltbundesamt auf Abwegen? - Zusatzabgabe für Einwegflaschen zur Stützung des Mehrwegsystems

Position der LReg und Hintergründe zum Vorschlag des Umweltbundesamts zur Einführung einer zusätzlichen Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen zur Stärkung des Mehrwegsystems, insbes Umweltbilanz von bepfandeten Einweg-Getränkeverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen

Antr
s. Einwegverpackung
Drs 15/6840

Abgabenordnung

s. Steuerrecht

Abgasfilterung

s. Abgasreinigung

Abgasreinigung

Verwendung der Einnahmen aus der zusätzlichen Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter und Förderung der Partikelfilternachschrüstung

Höhe der Steuereinnahmen aus der „Diesel-Strafsteuer“ für das Land von April 2007 bis Juni 2009 sowie für den Bund von Juli 2009 bis März 2011 jeweils aufgelistet nach Landkreisen; Höhe des jeweiligen Rückflusses in die Förderung der Partikelfilternachschrüstung im Land; Auskunft über eine Erneuerung von Förderprogrammen im Land bzw im Bund und eine Ausweitung der Umweltzonen; Entwicklung der Ausstattung der Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern seit 2007; Einfluss des Wohnorts des Fahrzeughalters und seiner Einstufung als Umweltzone auf die Nachrüstungsbereitschaft

KlAnfr
s. Kraftfahrzeugsteuer
Drs 15/493

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 15/1085

Fortführung der Busförderung des Landes

Stellenwert des Busförderungsprogramms für die kleinen und mittelständischen Busunternehmen und den ÖPNV, Planung einer wesentlichen Absenkung der Grundförderung mit einer Neugestaltung des Förderprogramms, Festhalten an der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Umweltstandard EURO 6?

Antr
s. *Omnibusverkehr*
Drs 15/1180

Umweltzonen

Auflistung der eingerichteten Umweltzonen zur Vermeidung der Belastung von Feinstaub und Stickstoffdioxid, Auswirkungen des Partikelfilters und der Abgasnorm Euro 6 auf die Verminderung des Stickstoffdioxidausstoßes bei Dieselfahrzeugen, wirtschaftliche Auswirkungen der Umweltzonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/1492

Busförderprogramm mittelstandsfreundlich gestalten

Änderung der Busförderrichtlinie 2012: Übernahme der Bedingungen der Förderrichtlinie 2011, Gewährung der vollen Förderung auch für Fahrzeuge ab der Euro-5-Norm sowie der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Euro-6-Norm ab deren Serienverfügbarkeit, Unterrichtung des Verkehrsausschusses

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/1630

Abgeltungssteuer

s. *Abgeltungsteuer*

Abgeltungsteuer*Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis*

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr
s. *Steueraufkommen*
Drs 15/6391

Abgeordnetenbeeinflussung

s. *Lobbyismus*

Abgeordnetendiäten

s. *Abgeordnetenentschädigung*

Abgeordnetenentschädigung*Anpassung der Abgeordnetenentschädigung*

Anpassung der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung, der steuerfreien Kostenpauschale und des Vorsorgebeitrags jeweils zum 01. Juli der laufenden Wahlperiode; Veröffentlichung

der neuen Beträge durch den Landtagspräsidenten im Gesetzblatt für BW

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 28.06.2011 Drs 15/156
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 217-220

Anpassung der Entschädigungsleistungen

Anpassung der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung, der steuerfreien Kostenpauschale und des Vorsorgebeitrags für die Mitglieder des Ltg von BW

Mittlg LtgPräs 30.06.2011 Drs 15/177 (zum 01.07.2011)
Bekanntmachung des LtgPräs GBI 2011 Nr. 12 S. 393
Mittlg LtgPräs 12.06.2012 Drs 15/1842 (zum 01.07.2012)
Bekanntmachung des LtgPräs GBI 2012 Nr. 10 S. 456
Mittlg LtgPräs 11.06.2013 Drs 15/3639 (zum 01.07.2013)
Bekanntmachung des LtgPräs GBI 2013 Nr. 8 S. 130
Mittlg LtgPräs 03.06.2014 Drs 15/5785 (zum 01.07.2014)
Bekanntmachung des LtgPräs GBI 2014 Nr. 11 S. 288
Mittlg LtgPräs 09.06.2015 Drs 15/6987 (zum 01.07.2015)
Bekanntmachung des LtgPräs GBI 2015 Nr. 12 S. 416

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anpassung von Regelungen zur Aufwandsentschädigung an die Erfordernisse der Praxis, Erstattung aller mandatsbedingten Fahrten, Bestimmung der Wegstreckenentschädigung durch Verweisung auf das Landesreisekostengesetz, Einräumung eines Budgets für die mandatsbedingte Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen; redaktionelle Änderungen

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 15/1726

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anrechnung von Erwerbseinkünften sowohl aus öffentlich-rechtlicher als auch aus privatwirtschaftlicher Tätigkeit auf das Übergangsgeld der Abgeordneten

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 15/7542

Abgeordnetengesetz*Anpassung der Abgeordnetenentschädigung*

Anpassung der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung, der steuerfreien Kostenpauschale und des Vorsorgebeitrags jeweils zum 01. Juli der laufenden Wahlperiode; Veröffentlichung der neuen Beträge durch den Landtagspräsidenten im Gesetzblatt für BW

Antr
s. *Abgeordnetenentschädigung*
Drs 15/156

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anpassung von Regelungen zur Aufwandsentschädigung an die Erfordernisse der Praxis, Erstattung aller mandatsbedingten Fahrten, Bestimmung der Wegstreckenentschädigung durch Verweisung auf das Landesreisekostengesetz, Einräumung eines Budgets für die mandatsbedingte Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen; redaktionelle Änderungen

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 18.05.2012
Drs 15/1726
1. Beratung PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1999-2001
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.06.2012 Drs 15/1854

2. Beratung PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2216-2220
GesBeschl 27.06.2012 Drs 15/1972
GBI 2012 Nr. 11 S. 466 467 (Ges vom 10.07.2012)

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anrechnung von Erwerbseinkünften sowohl aus öffentlich-rechtlicher als auch aus privatwirtschaftlicher Tätigkeit auf das Übergangsgeld der Abgeordneten

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 09.10.2015
Drs 15/7542

1. Beratung PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8443-8445
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7745
2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8551
GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7781
GBI 2015 Nr. 22 S. 1035 (Ges vom 01.12.2015)

Abgeordnetenhaus von Berlin

Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Beurteilung der parallelen Zugehörigkeit des o.g. Regierungsmitglieds zum Abgeordnetenhaus von Berlin: Frage nach der zutreffenden Begründung (von zwei abgegebenen Begründungen), der rechtlichen Bewertung unter Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze der Inkompatibilität sowie der Gefahr von politischen Interessenkonflikten, Auswirkungen auf die Alimentierung als Berliner Abgeordnete und als Ministerin in BW

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/48

Auskunft von Frau Ministerin Krebs zur Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Klärung der Frage einer Bedingung der o.g. Mitgliedschaft für die Beteiligung an Verfahren der Härtefallkommission des Landes Berlin

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/86

Forderung nach Niederlegung des Mandats von Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38 71 76 91

Abgeordnetenmandat

s. *Mandat*

Abgeordneter

s.a. *Abgeordnetenentschädigung*
s.a. *Abgeordnetengesetz*
s.a. *Fraktion*
s.a. *Immunität der Abgeordneten*
s.a. *Landtag, Mitglieder*
s.a. *Mandat*

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anpassung von Regelungen zur Aufwandsentschädigung an die Erfordernisse der Praxis, Erstattung aller mandatsbedingten Fahrten, Bestimmung der Wegstreckenentschädigung durch Verweisung auf das Landesreisekostengesetz, Einräumung eines Budgets für die mandatsbedingte Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen; redaktionelle Änderungen

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 15/1726

Veranstaltungen und Projekte von Mitgliedern politischer Parteien und Mitgliedern des Landtags an Schulen

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des o.g. Engagements an Schulen bzw im Schulunterricht, Information der Schulen und Maßnahmen der Schulverwaltung zur Verhinderung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot

KlAnfr
s. *Politische Bildung*
Drs 15/2150

Aufkommen und Verwendung der Mittel aus der Abgabe für klimaneutrales Fliegen

Höhe und Verwendung der auf freiwilliger Basis von Abgeordneten des Landtags an einen im UM eingerichteten Fonds seit 2008 abgeführten Mittel

KlAnfr
s. *Ausgleichsabgabe*
Drs 15/2285

Erweiterung der Offenlegungsregelungen bei Interessenverknüpfungen von Abgeordneten

Neufassung von Ziffer III der Anlage 1 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Juni 1989 (GBI S. 250), zuletzt geändert durch Beschluss vom 27. Juni 2012 (GBI S. 478); Erweiterung der Offenlegungspflicht von Interessenverknüpfungen auf Beratungen und Abstimmungen

Antr
s. *Landtag, Geschäftsordnung*
Drs 15/2352

Ermöglichung der Teilnahme von Landtagsabgeordneten an Kreistagssitzungen in BW

Terminierung der Kreistagssitzungen unter Berücksichtigung der Fraktions- und Plenarsitzungen des Landtags von BW; zeitliche Vereinbarkeit von Kreistagsmandat und Landtagsmandat in den verschiedenen LKreisen

KlAnfr
s. *Plenarsitzung*
Drs 15/3328

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW

Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten

Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/5143

Vereinbarkeit von Familie und Landtagsmandat in BW

Einführung von Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten für Abgeordnete; Änderung des § 75 der Geschäftsordnung des Landtags von BW

Antr
s. *Landtag, Geschäftsordnung*
Drs 15/5500

Durchführung von Abschiebungen

Informationsweitergabe über bevorstehende Abschiebungen an Abgeordnete; Nutzung dieser Information für die Organisation von Widerstand vor Ort; Versuch, die Abschiebung der Roma-Familie A. durch die Vorlage eines ärztlichen Attests zu verhindern; Anwesenheit von Abgeordneten; Existenz eines Winterabschiebestopps

Antr
s. *Abschiebung*
Drs 15/6551

Selbstverständnis, Aufgaben, Stellung und Ausstattung der Abgeordneten als Mitglieder des neuen Vollzeitparlaments; Begrüßung der alten Abgeordneten und der neu gewählten 52 Kolleginnen und Kollegen, Verweisung auf den Raumbedarf und die vorliegenden Planalternativen

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 1-8

Beklagung der Unterrepräsentanz (18 %) von Frauen im Landtag; Ankündigung einer Änderung des Landtagswahlrechts

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53

Beklagung der Unterrepräsentanz (18 %) von Frauen im Landtag; Ankündigung einer Änderung des Landtagswahlrechts; Rechtfertigung einer angemessenen Entschädigung der Abgeordneten

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193 198-201 217-219

Vergleich der Betreuungsrelation von Abgeordneten und Einwohnern mit anderen BLändern; Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten mit den notwendigen Aus- und Umbauten der Landtagsgebäude

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1290-1292

Abgrabung

Rohstoffabbau in Steinbrüchen und Kiesgruben in BW

Anzahl der in Betrieb befindlichen Steinbrüche und Kiesgruben; Entwicklung des Bestands in den letzten zehn Jahren; Einschränkungen des Rohstoffabbaus durch das Naturschutzrecht; Neuregelung des Rohstoffabbaus in Steinbrüchen und Kiesgruben anhand bestehender EU-Vorgaben; Frage der Wiederverfüllung nach dem Ende des Rohstoffabbaus; Errichtung weiterer Steinbrüche und Kiesgruben; Erstellung eines Rohstoffsicherungsberichts in der aktuellen Wahlperiode; Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzepts des Landes BW

Antr

s. *Rohstoffgewinnung*
Drs 15/4093

Ab-Hof-Verkauf

s. *Landwirtschaftliche Direktvermarktung*

Abitur

s.a. *Abiturient*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 12 - Abiturprüfung 2010 (Kap 0416 und 0420)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/112
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/712
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 19.06.2012 Drs 15/1424
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2018
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
Mittlg LReg 19.12.2013 Drs 15/4535
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/4931
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Vorhaben der LReg für Änderungen im allgemeinbildenden Gymnasium

Ermöglichung unterschiedlicher Züge mit differenzierter Schulzeit bis zur allgemeinen Hochschulreife an den o.g. Gymnasien, Rahmenbedingungen für die angekündigte Verteilung des Stoffs der Klassen 5 und 6 auf drei Klassen auf der Grundlage des geltenden Bildungsplans, Auswirkungen für die betroffenen Schüler und Mindestschülerzahlen, zusätzlicher Ressourcenbedarf und Zeitplan für die Umsetzung des Vorhabens

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/266

Verschiebung der Kommunikationsprüfung beim Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien um ein Jahr auf 2014

Stand der Vorbereitung der Schüler und Lehrer für die mündliche Prüfung der Abiturienten über die erworbene Kommunikationsfähigkeit in den modernen Fremdsprachen, Gründe und Auswirkungen der Verschiebung

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/404

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5303 betr. Abiturverfahren, Genehmigung einer Schule

BeschlEmpf und Bericht PetA 13.10.2011 Drs 15/592 Nr. 4 S. 8
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672
Mittlg LReg 21.12.2011 Drs 15/1088

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzugang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr CDU 17.11.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/891
PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1488-1495

Qualität der Schulabschlüsse erhalten

Entwicklung des Niveaus und der Ergebnisse der Abschlussprüfungen an den verschiedenen Schularten im Vergleich mit anderen BLändern, u.a. mit Nordrhein-Westfalen; Sicherung der notwendigen Kompetenzen für die nächsthöhere Jahrgangsstufe im Falle einer Abschaffung der Klassenwiederholung; Umgang mit Anfragen von Bildungsforschern zur Untersuchung des Rückgangs der Abitur-Durchfallquoten; Beurteilung der Schaffung eines gemeinsamen Aufgabenpools für die Abiturprüfung sowie der Qualität der Abschlussprüfungen an der Gemeinschaftsschule; Erhaltung einer mindestens gleichbleibenden Qualität der Prüfungsaufgaben, regelmäßige Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/1481

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemeinbildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1769

Entwicklung der Abschlussnoten in BW

Entwicklung der landesweiten Durchschnittsnoten und Zahlen der Prüflinge seit 1970 beim Abitur, Realschul- und Hauptschulabschluss

KlAnfr
s. *Schulleistung*
Drs 15/2067

Regierungsbefragung

Maßnahmen zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs

s. *Abiturient*
PIPr 15/43 S. 2389

Kriterien für die Ablehnung von Anträgen zum Modellversuch G 9

Darlegung der o.g. quantitativen und qualitativen Entscheidungskriterien und deren Gewichtung für den Schulversuch zum Abitur der zwei Geschwindigkeiten an allgemeinbildenden Gymnasien, u.a. bei der Bewertung des Antrags der Stadt Rutesheim; einzelfallgerechte Begründung jeder Ablehnung eines Antrags gegenüber dem Antragsteller

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/2254

Ist ein erfolgreiches Abitur an den Gemeinschaftsschulen möglich?

Bewertung von Studien aus anderen Bundesländern, insbes aus NRW, zum Vergleich der Ergebnisse und Quoten des Abiturs an Gesamtschulen und allgemeinbildenden Gymnasien und zur

Studierfähigkeit der jeweiligen Absolventen; Frage nach Maßnahmen gegen das schlechtere Abschneiden der Schüler an den gesamtschulartigen Gemeinschaftsschulen hierzulande

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.10.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2469
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.02.2013 Drs 15/3571 S. 5-8
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen gefährdet die beruflichen Gymnasien

Wege zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife; Zahl der Absolventen an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien in den vergangenen zehn Jahren; Einrichtung zusätzlicher zum Abitur führender Züge; Bewertung der beruflichen Gymnasien in Vergleichsstudien wie TOSCA (Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren) oder dem Bildungsmonitor; Vorzüge des beruflichen Schulwesens; Einrichtung der Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen, bereits genehmigte Standorte; Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien bei rückläufiger Schülerzahl; Verzicht auf die Einrichtung von Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zur Existenzsicherung der beruflichen Gymnasien

Antr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/3476

Taschenrechner im Abitur

Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie wissenschaftlichen Taschenrechnern, grafikfähigen Taschenrechnern (GTR) und Computeralgebrasystemen (CAS) im Mathematikunterricht an den Gymnasien; Nutzung dieser technischen Hilfsmittel in den Abiturprüfungen im Fach Mathematik; Begründung der Einschränkung auf wissenschaftliche Taschenrechner ab dem Abiturjahrgang 2017; Standpunkt der Kultusministerkonferenz im Hinblick auf gemeinsame Bildungsstandards; Beschaffung gleicher Geräte für alle Schüler iRd Lernmittelfreiheit

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/4327

Die Gemeinschaftsschule - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren

Aufnahme und Einsatz von Lehrern mit Gymnasialbefähigung an Gemeinschaftsschulen; Unterschiede und Bewertung der Wege zum Abitur über die Gemeinschaftsschule oder über die Realschule mit anschließendem beruflichem Gymnasium

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4911

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht

Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasystemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5340

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr
s. *Schulreform*
Drs 15/5589

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5647

Auswahlverfahren der Universität Heidelberg für das Studium der Humanmedizin

Anwendung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens; Gewichtung der Punkte im Abitur und im Test für medizinische Studiengänge (TMS); Rechtskonformität der Gewichtungformel; Bewertung der verschiedenen Auswahlverfahren für das Studium der Humanmedizin

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5782

Urheberrecht im schulischen Verwaltungsbereich

Sachstand zur urheber- und nutzungsrechtlichen Situation bei Lehr- und Bildungsplänen, für den Schulbetrieb relevanten Verordnungen und Anlagen sowie zentralen Prüfungs- und Klausuraufgaben für das Abitur in BW

KlAnfr
s. *Urheberrecht*
Drs 15/7228

Evaluation der G9-Modellschulen

Wissenschaftliche Begleitung des Schulversuchs mit sämtlichen daran teilnehmenden Modellschulen; Ausarbeitung eines eigenen Bildungsplans für die G9-Modellschule; Fortführung des Modellversuchs, das Abitur nach neun statt nach acht Schuljahren zu erwerben

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/7919

Verweisung auf den Erwerb des Abiturs jenseits der allgemeinbildenden Gymnasien

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 825 828 829

Verweisung auf den Erwerb des Abiturs an den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1381 1382

Verbesserung der Chancen auf den Erwerb des Abiturs auch für die Kinder aus bildungsfernen Familien mit der Einführung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1718 1723 1730

Befürchtung eines Niveauverlusts beim Abitur an der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1778

Abiturient*s.a. Studienbewerber**Verschiebung der Kommunikationsprüfung beim Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien um ein Jahr auf 2014*

Stand der Vorbereitung der Schüler und Lehrer für die mündliche Prüfung der Abiturienten über die erworbene Kommunikationsfähigkeit in den modernen Fremdsprachen, Gründe und Auswirkungen der Verschiebung

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/404

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzugang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Abitur*
Drs 15/891

Entwicklung der Abschlussnoten in BW

Entwicklung der landesweiten Durchschnittsnoten und Zahlen der Prüflinge seit 1970 beim Abitur, Realschul- und Hauptschulabschluss

KlAnfr
s. *Schulleistung*
Drs 15/2067

Die Studentenwerke in BW und der doppelte Abiturjahrgang 2012

Zuschüsse des Landes an die Studentenwerke und deren Erträge 2007 bis 2012; Wohnheimplätze und deren Auslastung; Neubau und Sanierung von Studentenwohnheimen; Entwicklung der Mietpreise für studentischen Wohnraum; Angebot von Betreuungspätzen in Kindertagesstätten; Fassungsvermögen der vorhandenen Mensen; geplante Zuschüsse in den Haushaltsjahren 2013 und 2014

Antr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/2109

*Regierungsbefragung**Maßnahmen zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs*

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2389-2394

Ist ein erfolgreiches Abitur an den Gemeinschaftsschulen möglich?

Bewertung von Studien aus anderen Bundesländern, insbes aus NRW, zum Vergleich der Ergebnisse und Quoten des Abiturs an Gesamtschulen und allgemeinbildenden Gymnasien und zur Studierfähigkeit der jeweiligen Absolventen; Frage nach Maßnahmen gegen das schlechtere Abschneiden der Schüler an den gesamtschulartigen Gemeinschaftsschulen hierzulande

Antr
s. *Abitur*
Drs 15/2469

Werbung um Abiturienten für eine duale Ausbildung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 165

Feststellung einer höheren Zahl von Abiturientinnen mit besseren Noten als ihre männlichen Mitschüler

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 194 195

Bereitstellung der zusätzlichen Studienplätze für den doppelten Abiturientenjahrgang mit dem Programm „Hochschule 2012“

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 284 311 312

Anteil der Abiturienten aus den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 340 341

Zunahme der Zahl von Abiturienten, insbes auch aus den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498 506-511

Verweisung auf ein Missverhältnis zwischen dem Frauenanteil unter den Abiturienten und dem späteren Anteil von Frauen in beruflichen Führungspositionen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530 1531

Abiturprüfung

s. *Abitur*

Abordnung

Auswirkungen der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes

Sachstand zur Entwicklung der Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in Asyl- bzw Flüchtlingssachen bei den Verwaltungsgerichten, insbes Eingangszahlen im Jahr 2015, geschätzte Eingangszahlen für die Jahre 2016-2018, zugeordnete Richterstellen, Möglichkeiten zur Abordnung bzw Versetzung von zum Richteramt befähigten Beamten

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7754

Abordnung von Beamten

s. *Abordnung*

Abriss

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck

Sachstand und Unterstützung der Kommune beim Komplettabriss des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“ und der umweltgerechten Beseitigung des Heizöltanks

KIAnfr Tobias Wald CDU 21.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4829

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3633 betr. Abbruchanordnung

BeschlEmpf und Bericht PetA 18.06.2015 Drs 15/6946 Nr. 1 S. 2-4
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
Mittlg LReg 20.08.2015 Drs 15/7326

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck II

Sachstand zur Beseitigung der Ruine des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“, insbes Umgang mit dem Widerspruch der Eigentümer, Verhinderung der Bodenverschmutzung durch Heizöl

KIAnfr Tobias Wald CDU 19.11.2015 und Antw MVI Drs 15/7738

ABS

s. *Kraftfahrzeugausrüstung*

Abschiebehaf

s. *Abschiebungshaft*

Abschiebung

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution sowie Schutz seiner Opfer

Umsetzung bestimmter Mindeststandards der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer; Einbeziehung von Fachberatungsstellen bei Razzien; Gewährleistung einer ausreichenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden; Veränderungen bei den Opferzahlen und der Art der Opfer; Nationalität der Opfer; durchschnittliche Dauer der Gerichtsverfahren; Sicherheit der Opfer während des gerichtlichen Verfahrens; Behandlung der Opfer nach Beendigung des Verfahrens; Regelung der Abschiebeprixis

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/2671

FRONTEX-Missionen in BW

Statistiken, Rahmenbedingungen und Finanzierung der FRONTEX-Abschiebeflüge, insbes Konsultation eines unabhängigen Abschiebebeobachters, rechtzeitige Information von Innenministerium, Landesbehörden und eines unabhängigen Menschenrechtsmonitors zur individuellen Überprüfung der geplanten Abschiebemaßnahmen

Antr
s. *Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*
Drs 15/3154

Situation der Asylbewerber im LKreis Calw

Zahl der Asylsuchenden im Zeitraum von 2011 bis 2013; Anzahl der abgelehnten/bewilligten Anträge auf Asyl; Ausreise und Rückführung von Asylbewerbern in ihre Heimatländer; Entwicklung der Krankenhilfekosten

KIAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/3894

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syri-

scher Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr

s. *Flüchtlingspolitik*

Drs 15/4197

Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im Landkreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/4320

Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Esslingen im Jahr 2014

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Esslingen, insbes Unterbringung, Einreisen über sichere Drittländer, wiederholte Einreisen; Abschiebezahlen; Wartezeit für Anhörungen und erstinstanzliche Entscheidungen

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/5460

Unterbringung von Abschiebehäftlingen

Situation bei der Unterbringung von Abschiebehäftlingen in BW, insbes benutzte Einrichtungen, Zahl der Haftplätze, Verfahrensablauf, Bedarf an Abschiebeplätzen; Durchsetzung der Abschiebung von Personen ohne Abschiebehindernis

Antr

s. *Abschiebungshaft*

Drs 15/6114

Durchsetzung von bestehenden Ausreiseverpflichtungen

Anzahl der zur Ausreise verpflichteten Personen sowie Anzahl der jährlich erfolgten Abschiebungen seit 2011; Arten von Abschiebehindernissen; Durchsetzung bestehender Ausreiseverpflichtungen; Gründe der Erfolglosigkeit geplanter Abschiebungen; Abschiebestopp in den Wintermonaten

Antr CDU 18.11.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6143

BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 48

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Ausreisepflichtige Personen in BW

Sachstand zur Abschiebung ausreisepflichtiger Personen in BW, insbes Statistik, Abbau von Abschiebehindernissen, Entwurf eines Handlungskonzepts für Rückführungsmaßnahmen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 22.01.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6382

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 10.06.2015 Drs 15/7081 S. 53-55

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Durchführung von Abschiebungen

Beteiligung staatlicher Stellen bei geplanten Abschiebungen; Änderung bei den Modalitäten einer geplanten Abschiebung seit Frühjahr 2011

MdlAnfr 5) Thomas Blenke CDU 28.01.2015 Drs 15/6342

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7254-7257

Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Esslingen im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Esslingen, insbes Anteil der Roma, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, wiederholte Einreisen, Anerkennungsquoten; Bedingungen zur Arbeitsaufnahme bzw einer Ausbildung oder eines Studiums

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/6528

Durchführung von Abschiebungen

Informationsweitergabe über bevorstehende Abschiebungen an Abgeordnete; Nutzung dieser Information für die Organisation von Widerstand vor Ort; Versuch, die Abschiebung der Roma-Familie A. durch die Vorlage eines ärztlichen Attests zu verhindern; Anwesenheit von Abgeordneten; Existenz eines Winterabschiebestopps

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 26.02.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6551

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.04.2015 Drs 15/6921 S. 32-35

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis, insbes Unterbringung, Anerkennungsquoten, Rückführungen, Straftaten, Arbeitsaufnahmen

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/6691

Vorgehen im Zusammenhang mit Abschiebungen

Sachstand zu Hintergründen und Gesamtumständen der verhinderten Abschiebung von drei Flüchtlingen in Müllheim (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald)

Antr Matthias Präfrock u.a. CDU 21.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6762

BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 43

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/6803

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Aktionsplan für die Rückkehr*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7541

*Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur
Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeam-
tengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften*

Gesetzliche Regelung des Vollzuges der Abschiebehaft in den
Einrichtungen BW, insbes Regelungen über die Rechte und
Pflichten der Untergebrachten, organisatorischer Ablauf in der
Einrichtung, Ermächtigung des Innenministeriums zur Regelung
von Einzelheiten der Ausgestaltung der Abschiebehaft durch
Rechtsverordnungen

GesEntw
s. *Abschiebungshaft*
Drs 15/7614

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten
bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die eh-
renamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der ge-
nannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen
Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der
ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungs-
dienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebung-
en

Antr
s. *Informationsschrift*
Drs 15/7619

*Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Ände-
rungen des Asylrechts in BW*

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlin-
gen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landes-
erstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asyl-
bewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenann-
ter Registrierungszentren; Umlegung der Bundesmittel auf die
Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunter-
bringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfah-
ren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen;
Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von
Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

*Zahl der ausgewiesenen Drittstaatsangehörigen nach § 53 Abs
1 des Aufenthaltsgesetzes*

Sachstand zu Ausreise und Ausreisehindernissen von ausreise-
pflichtigen Drittstaatsangehörigen im Jahr 2015

MdlAnfr
s. *Ausweisung*
Drs 15/8025

Abschiebungshaft

Unterbringung von Abschiebehaftlingen

Situation bei der Unterbringung von Abschiebehaftlingen in
BW, insbes benutzte Einrichtungen, Zahl der Haftplätze, Verfah-

rensablauf, Bedarf an Abschiebeplätzen; Durchsetzung der Ab-
schiebung von Personen ohne Abschiebehindernis

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 12.11.2014 und Stellungnah-
me IM Drs 15/6114
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S.
22 23
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

*Abschiebehaftanstalt in der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Pforz-
heim*

Sachstand zu Anforderungen an eine Liegenschaft für die Ein-
richtung einer Abschiebehaftanstalt, insbes Eignung der Justiz-
vollzugsanstalt in Pforzheim für die Umnutzung als Abschiebe-
haftanstalt

KIAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/7127

*Umwandlung der Jugendstrafanstalt Pforzheim in eine Abschie-
behafteinrichtung*

Sachstand zur Standortprüfung bei der geplanten Umwandlung
der Jugendstrafanstalt Pforzheim in eine Abschiebehafteinrich-
tung

KIAnfr Dr. Hans Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 30.09.2015
und Antw JM Drs 15/7455

*Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur
Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeam-
tengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften*

Gesetzliche Regelung des Vollzuges der Abschiebehaft in den
Einrichtungen BW, insbes Regelungen über die Rechte und
Pflichten der Untergebrachten, organisatorischer Ablauf in der
Einrichtung, Ermächtigung des Innenministeriums zur Regelung
von Einzelheiten der Ausgestaltung der Abschiebehaft durch
Rechtsverordnungen

GesEntw LReg 27.10.2015 Drs 15/7614 (26 S.)
1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8646
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7816
(dazu ÄAntr GRÜNE und SPD)
2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8727-8732
GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7886
GBI 2015 Nr. 25 S. 1187-1191 (Ges vom 17.12.2015)

Abschiebungshaftvollzugsgesetz Baden-Württemberg

*Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur
Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeam-
tengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften*

Gesetzliche Regelung des Vollzuges der Abschiebehaft in den
Einrichtungen BW, insbes Regelungen über die Rechte und
Pflichten der Untergebrachten, organisatorischer Ablauf in der
Einrichtung, Ermächtigung des Innenministeriums zur Regelung
von Einzelheiten der Ausgestaltung der Abschiebehaft durch
Rechtsverordnungen

GesEntw
s. *Abschiebungshaft*
Drs 15/7614

Abschreibung

*Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) - Abschrei-
bungsregeln für die Stadtentwässerung*

Sachstand der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes;
Anpassung der Abschreibungsregelung zur Refinanzierung der

städtischen Kanalnetze und Kläranlagen

KlAnfr
s. *Kommunalabgaben*
Drs 15/6193

Abschulung

s. *Schulformwechsel*

Abstandsfläche

Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes

Abbau gesetzlicher Hindernisse zur Erleichterung der energetischen Sanierung von Altbauten und des Einsatzes regenerativer Energien, insbes Duldungspflicht für Überbauten durch den Nachbarn bei nachträglicher Dämmung eines Gebäudes, Vergrößerung des Mindestgrenzabstandes für höher wachsende Bäume in Innerortslage im Hinblick auf die Nutzung von Solarenergie, Verlängerung der Verjährungsfristen für nachbarrechtliche Beseitigungsansprüche in Bezug auf höher wachsende Bäume von bislang fünf auf zehn Jahre

GesEntw
s. *Nachbarrecht*
Drs 15/4384

Abstimmung (Parlament)

s. *Parlamentsabstimmung*

Abstrakte Normenkontrolle

s. *Normenkontrolle*

Abtei

s. *Kloster*

Abtreibung

s. *Schwangerschaftsabbruch*

Abwärme

s.a. *Energienutzung*
s.a. *Fernwärme*

Ausbau der Nahwärmenetze zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen

Bundes- und Landesprogramme zum Ausbau der regenerativen Energien für Kommunen und Privatpersonen, u.a. auch zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen; Darlegung der tatsächlichen und möglichen Abwärmenutzung; Prüfung der Einrichtung eines o.g. kommunalen Förderprogramms, insbes auch zum Nachteilsausgleich aus der räumlichen Distanz zwischen Anlagen und Wärmeabnehmer

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 19.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/296
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 36 37
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmenutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Strom-

produktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Abwärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 15/1613

Förderung und Entwicklung der Kraftwärmekopplung (KWK) in BW

Bedeutung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung in BW, insbes Daten zu Gesamtleistung, Anteil an der Strom- und Wärmeerzeugung, Verbesserung der Versorgungssicherheit; Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Förderung von KWK-Anlagen in Bund und Land; Ausbau, wirtschaftliches Potenzial und Fördermöglichkeiten kleinerer Blockheizkraftwerke; Wärmenutzung bei in Bau befindlichen Kohlekraftwerken

Antr
s. *Energietechnik*
Drs 15/2956

Abwanderung

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Den Herausforderungen in den Ländlichen Räumen begegnen - die Neuausrichtung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR)

Besondere Herausforderungen der Ländlichen Räume Baden-Württembergs; Überlegungen und Zielsetzungen für die Neustrukturierung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), insbes Erweiterungen der Förderschwerpunkte, Gegenmaßnahmen zur Abwanderungstendenz

Antr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/5540

Abwanderung von Unternehmen

s. *Betriebsverlagerung*

Abwasser

s.a. *Abwasserabgabe*
s.a. *Abwasserbeseitigung*
s.a. *Kläranlage*

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmenutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Stromproduktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Abwärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 15/1613

Stromgewinnung durch Abwasserströmungen

Nutzung von Abwasserströmungen zur Stromerzeugung; Höhe des vorhandenen Stromproduktionspotenzials; Wirtschaftlichkeit und ökologische Bewertung dieser Art der Stromgewinnung

Antr
s. *Elektrizitätserzeugung*
Drs 15/6445

Verordnung zur Umsetzung der Dichtigkeitsprüfung privater Abwasserstränge

Sachstand zur Regelung der Umsetzung der Dichtigkeitsprüfung privater Abwasserstränge, insbes Überlegungen zu Umfang und Vollzug der Prüfpflicht in Wasserschutzgebieten, Fristen für Erst- und Folgekontrollen, Zeitpunkt für den Erlass der Ausführungsverordnung

Antr
s. *Kanalisation*
Drs 15/6937

Abwasserabgabe*Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 19 - Abwasserabgabe (Kap 1005)*

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1919
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2519
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 03.12.2013 Drs 15/4423
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4585
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) - Abschreibungsregeln für die Stadtentwässerung

Sachstand der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes; Anpassung der Abschreibungsregelung zur Refinanzierung der städtischen Kanalnetze und Kläranlagen

KlAnfr
s. *Kommunalabgaben*
Drs 15/6193

Abwasseraufbereitung*s. Abwasserreinigung***Abwasserbeseitigung***s.a. Kläranlage**Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten*

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2459

Entwicklung des Wasserverbrauchs, des Wasserpreises und des Sanierungsbedarfs bei Brauch- und Abwassersystemen und deren möglicher Zusammenhang

Entwicklung der o.g. Daten und Investitionen von Land und Kommunen seit 1990; Zuleitung von Wasser durch die einzelnen Wasserversorger zur Auslastung der Brauch- und Abwassersysteme aufgrund des zurückgegangenen Wasserverbrauchs, insbes von Privathaushalten; Evaluation der erhobenen Informationen und Berichterstattung im Zweijahresturnus

Antr
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/2460

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3760

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Rems-Murr-Kreis von 2006 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5624

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis von 2004 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5765

Abwassereinleitung*s. Abwasserbeseitigung***Abwasserentsorgung***s. Abwasserbeseitigung***Abwassergebühr***s. Abwasserabgabe***Abwasserreinigung***Phosphorelimination und Spurenstoffe in Kläranlagen und Klärschlamm*

Bilanz des Einsatzes der Pilotanlage zur Phosphorrückgewinnung in der Kläranlage Offenburg; Qualität des mittels des eingesetzten Verfahrens gewonnenen Produkts Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP); Ausstattung weiterer Kläranlagen mit Phosphorrückgewinnungsanlagen; Befürwortung der Phosphorrückgewinnung in der Kläranlagentechnologie; Steigerung der Reinigungsleistung der Kläranlagen im Zeitraum von 2003 bis 2013; Messung von Spurenstoffen im Ablaufwasser; weitere Möglichkeiten der Phosphorrückgewinnung

Antr

s. Kläranlage

Drs 15/5679

Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen

Sachstand zur Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen, insbes Auswirkungen, Maßnahmen zur Reduzierung der Rückstände im Abwasser, Betrieb und Kosten von Anlagen zur Reduzierung der Arzneimittelrückstände durch Aktivkohle oder Ozonierung in Krankenhäusern Baden-Württembergs

Antr

s. Wasserverunreinigung

Drs 15/7217

Abwasserreinigungsanlage*s. Kläranlage***Abzeichen***Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei*

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr

s. Polizeibeamter

Drs 15/5465

Abzugsfähige Ausgaben*Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen*

Festsetzung eines Mindestbetrags von 300 Euro für die Absetzbarkeit von Rechnungen über haushaltsnahe Dienst- bzw Handwerkerleistungen; mögliche Auswirkungen auf die Auftragslage

im Handwerk; Einfluss des Steuerrechts auf den Rückgang der Schwarzarbeit

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 04.12.2014 und Antw MFW Drs 15/6213

Steuerliche Forschungsförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Modelle und Instrumente einer steuerlichen Forschungsförderung; Förderung der Forschungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen; Nachteile des Instruments der steuerlichen Forschungsförderung; Höhe der zu erwartenden Steuerausfälle

Antr

s. Betriebliche Forschung

Drs 15/6511

Acher*Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)*

Entwicklung und aktueller Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für BW im Bundesvergleich, insbes Zuständigkeit für Kontrolle und Koordination der Umsetzung, Vorrangigkeit bestimmter Fließgewässer, Konsequenzen der Umsetzung für die Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen; Maßnahmen gegen Wassermangel der Flüsse Acher und Rench

Antr

s. Wasserrecht

Drs 15/3897

Achtjähriges Gymnasium*s. Gymnasium***Ackerbau***Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots in der Praxis*

Rechtliche Folgen und praktische Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots

Antr

s. Grünland

Drs 15/3112

Gewässerrandstreifen im Wassergesetz für BW (WG)

Anzahl der vom einzurichtenden Fünfmeterstreifen betroffenen Flurstücke bzw Landwirte; Umfang der entstehenden „unwirtschaftlichen Restflächen“; Art der empfohlenen Produktion und Pflege im Fünfmeterbereich; Verantwortlichkeit für die Pflege der Randflächen; Spezifizierung der von der Regelung ausgenommenen Oberflächengewässer von „wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“; Information der Landwirte; Wirksamkeit der Nitratrückhaltung; Forderung nach einer Ausnahme von der Umwandlungspflicht bei einem Damm oder fehlendem Gefälle

Antr

s. Wasserrecht

Drs 15/3907

Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot nur gegen Naturschutzausgleich?

Rechtliche Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Grünlandumbruchverbot, insbes Bindung an naturschutzrechtliche Ausgleichsleistungen

MdlAnfr
s. *Grünland*
Drs 15/4248

Ackernutzung und Fruchtfolgen in BW

Entwicklung der Nutzung der Ackerflächen in BW, insbes zeitliche Abfolgen der auf den Ackerflächen angebauten Nutzpflanzenarten, Fruchtartenspezialisierung, Gründe für Veränderung der Ackernutzung, Anteil des Ökolandbaus

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/5776

Egartenwirtschaft

Sachstand zu Erhalt und Fortführung der bisherigen Bewirtschaftungsform der Egartenwirtschaft nach Eintritt in die Fauna-Flora-Habitat-Gebietskulisse im Schwarzwald

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/7796

Ackerbauprodukt

s. *Pflanzenbauprodukt*

Ackerschlepper

s. *Traktor*

Adelsheim

Geplante Sicherungsmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Adelsheim

Durchgeführte und geplante bauliche Sicherungsmaßnahmen; maßgebliche Faktoren und verantwortliche Personen innerhalb der Anstalt für die Entscheidungsfindung über die geplanten Maßnahmen

KlAnfr
s. *Sicherheit*
Drs 15/160

ADHS

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

Adipositas

s. *Übergewicht*

AdL

s. *Alterssicherung der Landwirte*

Adoption

Adoptionsrecht und Adoptionsverfahren

Anforderungen des deutschen Adoptionsrechts und internationaler Rechtsvergleich; Kriterien für Adoptionen aus dem Ausland; Statistiken zu Adoptionen in BW, u.a. zu Stiefkind- und Einzeladoptionen, Adoptionsverfahrensdauer, Adoptionswilligen und zur Adoption verfügbaren Kindern

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 28.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3298
BeschlEmpf und Bericht SoZA 04.07.2013 Drs 15/4040 S.

52 53
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/3480

ADS

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

Adulte Stammzelle

s. *Stammzelle*

ADVZG

s. *ADV-Zusammenarbeitsgesetz*

ADV-Zusammenarbeitsgesetz

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - E-GovG BW)

Aufhebung der §§ 1-3 des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes in der Fassung vom 18. Dezember 2012

GesEntw
s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*
Drs 15/7724

Ägypten

Zur Situation der German University in Cairo

Beurteilung der Situation und künftigen Entwicklung nach den Unruhen im März und den engen Verbindungen zu Hochschulen und Persönlichkeiten in BW, Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme und Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Ägypten

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 15/91

Strategische Ausrichtung der Vier Motoren für Europa

Resultate der Entsendung institutioneller und wirtschaftlicher Missionen nach Ägypten

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 15/424

Älterer Arbeitnehmer

Sonderurlaub für Bedienstete im Justizvollzug

Umsetzungsstadium der geplanten Neuregelung für ältere, im Wechselschichtdienst tätige Polizisten; Einführung einer vergleichbaren Regelung für die Bediensteten im Strafvollzug; Prüfung einer Übertragung auf weitere Landesbedienstete

Antr
s. *Freistellung von der Arbeit*
Drs 15/2740

Älterer Mensch

s. *Alter Mensch*

Ärzttekammer

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/4059

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahren zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufungsverfahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu diesem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4135

Informationen über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Errichtung einer gemeinsamen Ethikkommission der Länder BW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen bei der Landesärztekammer BW zur Durchführung der Präimplantationsdiagnostik; Konkretisierung der Vorgaben der Präimplantationsdiagnostikverordnung des Bundes (PIDV) für die Durchführung der Präimplantationsdiagnostik (PID) in einem PID-Zentrum, insbes die Zuständigkeit der gemeinsamen Ethikkommission, ihre Zusammensetzung, die Benennung und Berufung der Mitglieder sowie die Berichtspflicht der Kommission gegenüber den beteiligten Ländern

Mittlg LReg
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/5337

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Zustimmung zum Staatsvertrag mit den beteiligten Ländern über die Einrichtung einer gemeinsamen Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

GesEntw
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/5937

Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*
Drs 15/6139

Ärztmangel

s. *Ärztliche Versorgung*

Ärztenotdienst

s. *Ärztlicher Notdienst*

Ärztliche Behandlung

Änderungen bei der Diamorphinbehandlung

Sachstand und Änderungen bei der diamorphingestützten Substitution in BW; Missbrauchsfälle und Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern; Mehrkosten, Ärztezah, Missbrauchsrisiko sowie ärztliche Behandlungsqualität bei Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Substitutionstherapie*
Drs 15/2837

Einrichtung der Terminservicestelle für Facharzttermine in BW

Planungen des Bundes zur Einrichtung von Terminservicestellen bei der Kassenärztlichen Vereinigung für Facharzttermine und Auswirkungen auf BW, insbes Kosten und Personalbedarf der Terminservicestellen; Zahlen zu Facharztüberweisungen, Wartezeiten und Beschwerdefällen

Antr
s. *Facharzt*
Drs 15/5892

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr
s. *Ebola*
Drs 15/5955

Krankheitsbild „Multiple Chemische Sensitivität“

Zahl der unter vielfacher Chemikalienunverträglichkeit (MCS) leidenden Menschen in BW; Anteil der als Schwerbehinderte anerkannte Personen; medizinische Betreuung von MCS-Patienten; Erforschung des Krankheitsbilds an den Universitäten und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Multiple chemische Sensibilität*
Drs 15/6229

Ärztliche Gebührenordnung

s. *Gebührenordnung für Ärzte*

Ärztliche Untersuchung

s. *Medizinische Untersuchung*

Ärztliche Vergütung

s. *Arzthonorar*

Ärztliche Verordnung

Auswirkungen von Null-Retaxationen bei Formfehlern gegenüber Apothekerinnen und Apothekern in BW auf die Versorgung mit Arzneimitteln

Kriterien der gesetzlichen Krankenversicherungen für Abrechnungskürzungen (Retaxationen) und Null-Retaxationen sowie Auswirkungen auf die Apotheker in BW und die Versorgung mit Arzneimitteln; Möglichkeit einer nachträglichen Heilung nicht ordnungsgemäß ausgestellter Verordnungen

Antr
s. *Apotheke*
Drs 15/5545

Antibiotikaeinsatz in BW

Sachstand zu Verschreibung und Einsatz von Antibiotika in BW, insbes Menge an Verschreibungen im Bundesländervergleich, Leitlinien zur Verschreibung, Öffentlichkeitsarbeit für einen bewussten Umgang mit Antibiotika, Gegenmaßnahmen zum Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/7244

Ärztliche Versorgung

s.a. *Medizinische Versorgung*

Situation der Versorgung mit Hautärzten im LKreis Schwäbisch Hall

Beurteilung der o.g. vertragsärztlichen Versorgung; Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation - evtl iR einer Sonderbedarfsfeststellung

KlAnfr
s. *Facharzt*
Drs 15/413

Fachkräftemangel und Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten

Umfang, Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von (jungen) Ärzten ins Ausland sowie der Ausübung nichtmedizinischer Tätigkeiten; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der medizinischen Ausbildung und des Arztberufs, Verbesserung

der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für die nächsten zehn Jahre

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/515

Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Bewertung des o.g. GesEntw einschließlich der eingebrachten Änderungsanträge und der finanziellen Auswirkungen für BW, Auflistung der Regionen und des Mittelbedarfs für den Aufkauf von Arztsitzen durch die Kassenärztliche Vereinigung; Umsetzungsstand, Erfolg und Fortschreibung des Landarztprogramms; Beurteilung einer weiteren Regionalisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/764

Ärzteversorgung im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Wehr

Darstellung der o.g. medizinischen Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; Zahl der bis 2016 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/928

Ärzte-Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrtzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1141

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrtzeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1173

Medizinische Versorgung im LKreis Emmendingen

Darstellung der Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich mit den Kreisen Freiburg-Stadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Ortenau; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1245

Ärzteversorgung im LKreis Böblingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuel-

le und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1281

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Nutzung der erweiterten Einwirkungsmöglichkeiten durch das Versorgungsstrukturgesetz für eine kleinräumige Bedarfsplanung, Beratung von Versorgungsanliegen in regionalen Gesundheitskonferenzen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1282

Gesundheitsversorgung im LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1283

Ärzteversorgung im LKreis Esslingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1352

Ärztliche Versorgung im LKreis Rottweil

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1384

Ärzteversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2022

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1449

Ärzte-Versorgung im LKreis Göppingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1489

Gesundheitsversorgung im LKreis Karlsruhe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuel-

le und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1555

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1569

Weiterentwicklung der Einhaltung der Notärztlichen Hilfsfristen

Entwicklung der Hilfsfristen und deren Einhaltung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/4062 im Jahr 2009, Auswirkungen von Veränderungen in den Strukturen und der ärztlichen Besetzung der Kliniken, insbes durch Arbeitszeitvorgaben der EU; Maßnahmen zur Verbesserung der notärztlichen Versorgung durch Einbindung der niedergelassenen Ärzte, Steigerung der Attraktivität durch Veränderungen in der Ausbildung und Vergütung, durch Vereinbarungen iRd Kreisstrukturgespräche und Bereichsausschüsse; verstärkte Einbeziehung der Flugrettung

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/1573

Ärztliche Versorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1780

Hilfsfristen 2011 in BW

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und in der Notarztversorgung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/2063

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Künftige ärztliche ambulante Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Verbesserungen durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und Versorgungsdichte bei Hausärzten; Verhinderung von Ärztemangel durch die Kassenärztliche Vereinigung oder Krankenkassen; Einflussmöglichkeiten der regionalen Gesundheitskonferenz und Höhe der eingesetzten Landesmittel

KlAnfr
s. *Schwäbisch Hall, Landkreis*
Drs 15/2920

Ärzteausbildung in BW

Änderungsbedarf in der Ärzteausbildung im Hinblick auf den Ärztemangel im ländlichen Raum, insbes Zahlen und Zulassungskriterien zum Medizinstudium sowie Bedeutung der Lehre und Praxis der allgemeinmedizinischen Ausbildung

Antr

s. *Medizinische Ausbildung*

Drs 15/3108

Medizinische Versorgung im Enzkreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Enzkreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 28.02.2013 und Antw SM Drs 15/3145

Medizinische Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Main-Tauber-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 29.04.2013 und Antw SM Drs 15/3433

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich; Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Krankenhäuser und Arztpraxen; Versorgungsgrad an Haus- und Fachärzten; Praxisschließungen in den Jahren 2009 bis 2013; Situation der Notfallversorgung

KlAnfr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/3784

Wiedereingliederung von Ärztinnen und Ärzten

Notwendigkeit und Strategien zur Wiedereingliederung von Ärzten in den Beruf nach einer Berufspause; Einbeziehung der Ärztekammern in die Rückgewinnung von Ärzten und die dafür notwendige Fortbildung

KlAnfr

s. *Arzt*

Drs 15/3836

Medizinische Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr Peter Hauk CDU 27.11.2013 und Antw SM Drs 15/4394

Qualifizierung ärztlichen Nachwuchses zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in BW

Entwicklung der Studentenzahlen in Humanmedizin und dem Bereich Allgemeinmedizin; Aufnahme einer hausärztlichen Tätigkeit nach Studienabschluss; Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin durch Einrichtung von Lehrstühlen an allen medizinischen Fakultäten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 09.01.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4569

BeschlEmpf und Bericht SozA 28.05.2014 Drs 15/5743 S. 25 26

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Die hausärztliche und fachärztliche Versorgung im LKreis Esslingen

Gegenwärtiger Stand der Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten; Einschätzung der künftigen Entwicklung, insbes in den ländlichen Gebieten des Landkreises; Entwicklungstendenz von den Einzelpraxen hin zu Versorgungszentren

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 31.01.2014 und Antw SM Drs 15/4690

Entwicklung der ärztlichen Versorgung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden sowie Schwörstadt

Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Einsatz der Luftrettung als Notarztzubringer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Notarzteinätze; Fördermöglichkeit durch das Landärzteprogramm

KlAnfr Felix Schreiner CDU 20.02.2014 und Antw SM Drs 15/4825

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Eppingen

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 12.03.2014 und Antw SM Drs 15/4922

Arztzahlen in BW

Situation der ärztlichen Versorgung und Anzahl der niedergelassenen Haus- und Fachärzte in BW

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 22.05.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5254

BeschlEmpf und Bericht SozA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 24 25

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr

s. *Infrastruktur*

Drs 15/5450

Hausarztversorgung im ländlichen Raum

Finanzielle Förderung der Anwerbung von Allgemeinmedizinern für die ärztliche Versorgung auf dem Land; Einflussnahme über die Ausgestaltung der Zulassung zum Medizinstudium

KlAnfr Karl Rombach CDU 16.07.2014 und Antw SM Drs 15/5501

Substitution in BW

Zahl der in Substitutionsbehandlung stehenden Personen; Wirksamkeit der Substitution mit Methadon und anderen Substanzen; Berücksichtigung der Veränderung des Konsumverhaltens bei der Substitutionsbehandlung; Problem der illegalen Methadon-Weitergabe; Pro-Kopf-Versorgung der Bevölkerung mit substi-

tuerenden Ärzten und deren Altersdurchschnitt; Sicherung der zukünftigen Substitutionsbehandlung; Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung substituierter Drogenabhängiger

Antr
s. *Substitutionstherapie*
Drs 15/5712

Aufkauf von Arztsitzen in BW

Überführung der gesetzlichen Vorgaben zum Abbau ärztlicher Überversorgung durch den Aufkauf von Arztsitzen in eine Soll-Regelung; Anzahl der von der Kassenärztlichen Vereinigung BW aufzukaufenden Arztsitze; Maßgaben für den Aufkauf eines Arztsitzes; Entschädigung von Ärzten; Zahl der vom Aufkauf von Arztsitzen betroffenen Patienten; Verschärfung des Ärztemangels durch die Aufkaufpflicht

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 06.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5827
BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.01.2015 Drs 15/6496 S. 31 32
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Bedarfsplanung für Kinderärzte in der Region

Kinderärztliche Versorgungsdichte im LKreises Karlsruhe; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung im Raum Bretten; für Bewohner des ländlichen Raums zumutbare Anfahrtsdauer zu einer Kinderarztpraxis

KlAnfr Joachim Köbler CDU 17.11.2014 und Antw SM Drs 15/6127

Ärztemangel im ländlichen Raum

Bewertung des derzeitigen Ärztemangels im ländlichen Raum; Maßnahmen der Kommunen zur Gewinnung von Ärzten, insbes Hilfe bei der Suche nach geeigneten Praxisräumen; Fördermöglichkeiten des Landes für den Um- und Neubau geeigneter kommunaler Gebäude

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 26.11.2014 und Antw SM Drs 15/6186

Ärztliche Versorgung im Ostalbkreis

Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im Ostalbkreis; Daten zu Kommunen und LKreisen zu bewilligten Förderanträgen iRd Förderprogramms „Landärzte“

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 09.12.2014 und Antw SM Drs 15/6230

Bedarfsplanung für Kinderärzte im Enzkreis

Kinderärztliche Versorgungsdichte im Enzkreis; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung; zumutbare Anfahrtsdauer zu einer Kinderarztpraxis für Bewohner des ländlichen Raums

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 03.02.2015 und Antw SM Drs 15/6448

Hausärztliche Versorgung im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der hausärztlichen Versorgungssituation im Alb-Donau-Kreis; Zahlen zu Praxisschließungen; Möglichkeiten zur Gewinnung von Ärzten

KlAnfr Karl Traub CDU 12.02.2015 und Antw SM Drs 15/6478

Ärztliche Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Situation der haus- und fachärztlichen Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis; Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung

KlAnfr Karl Rombach CDU 24.02.2015 und Antw SM Drs 15/6508

Ärztliche Versorgung im LKreises Sigmaringen

Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im LKreises Sigmaringen; Ausweisung von Kommunen als Fördergebiet iRd Förderprogramms „Landärzte“; Ausbaustand der Palliativ-Medizin

KlAnfr Klaus Burger CDU 12.03.2015 und Antw SM Drs 15/6612

Notfallversorgung im Stadtkreises Baden-Baden und im südlichen LKreises Rastatt

Sachstand zur ärztlichen Versorgung und Notfallversorgung im Stadtkreises Baden-Baden und im südlichen LKreises Rastatt, insbes Perspektive der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Hilfsfristeneinhaltungsquote, Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens, Einsatz von Rettungssanitätern als „Helfer vor Ort“

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6936

Zulassungsverfahren zum Medizinstudium

Geplante Änderungen beim Zulassungsverfahren zum Medizinstudium; Anpassung des Auswahlverfahrens und sonstige Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherstellung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung; Anstrengungen zur Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin an den Hochschulen in BW seit 2014

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/7647

Ärztlicher Bereitschaftsdienst

s. *Bereitschaftszeit*

Ärztlicher Notdienst

s.a. *Arzt*
s.a. *Notruf*
s.a. *Rettungswesen*

Einhaltung der Hilfsfristen von Rettungsdienst und Notarzt im LKreises Waldshut

Daten zur notärztlichen Versorgung und zum Rettungsdienst im LKreises Waldshut, insbes Einhaltung der Hilfsfristen in Teilbezirken und im Landesvergleich; Sicherung des künftigen Notärztebedarfs; Definition klarer und übergreifender Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten durch Novellierung des Rettungsdienstgesetzes (RDG)

KlAnfr Felix Schreiner CDU 19.02.2013 und Antw IM Drs 15/2997

Änderungen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (hausärztlicher Notdienst) im Raum Bretten/Bruchsal

Hintergründe und Kriterien der Neuordnung des Bereitschaftsdienstes; Inanspruchnahme des Rettungsdienstes aufgrund langer Wartezeiten; Verhinderung einer Mehrbelastung des Rettungsdienstes; Bindung der Patienten an die Gebietseinteilung des Bereitschaftsdienstes

KlAnfr Joachim Köbler CDU 31.01.2014 und Antw SM Drs 15/4694

Neukonzeption der ärztlichen Notfalldienste in BW

Versorgungssituation nach Konzentration der Standorte und Öffnungszeiten der ärztlichen Notfalldienste im Raum Wiesloch und Schwetzingen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 05.02.2014 und Antw SM Drs 15/4704

Neuordnung des ärztlichen Notfalldiensts im Main-Tauber-Kreis
Versorgungssituation der Bevölkerung nach der Neuordnung der ärztlichen Notfalldienste im Main-Tauber-Kreis, insbes in Bad Mergentheim und Wertheim

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 07.07.2014 und Antw SM Drs 15/5431

Auswirkungen und Umsetzung der Notdienstreform im Alb-Donau-Kreis

Umsetzung der Notdienstreform durch die Kassenärztliche Vereinigung BW im Alb-Donau-Kreis, insbes Auswirkungen auf Anfahrtswege für Patienten, Versorgung der Bevölkerung, Erreichbarkeit gebietsärztlicher Notdienste für Patienten aus dem ländlichen Raum

KlAnfr Karl Traub CDU 03.12.2014 und Antw SM Drs 15/6210

Rettungsdienstseinsätze und die Rettungsleitstelle im LKreis Tübingen

Sachstand zur Qualität der Rettungsdienststrukturen im LKreis Tübingen, insbes Zahl der Rettungsdienstseinsätze, Einhaltung der Hilfsfristen, Alarmierung von Rettungsmitteln der Nachbarkreise, Notarztversorgung in den veränderten Tübinger Strukturen, Qualifizierungsmaßnahmen für Disponenten

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/7916

Ärztlicher Notfalldienst

s. *Ärztlicher Notdienst*

Ärztliches Rezept

s. *Ärztliche Verordnung*

Aflatoxin

s.a. *Mykotoxin*

Lebensmittel und Futtermittelkontrolle - Aflatoxine

Verfahren und Resultate der Lebens- und Futtermittelkontrollen in BW bezüglich der Untersuchungen auf Schimmelpilzgifte, insbes Aflatoxine; zusätzliche Maßnahmen der LReg nach dem Bekanntwerden eines konkreten Verdachtsfalls mit überschrittenen Grenzwerten für Aflatoxine bei importiertem Futtermais aus Serbien im Herbst 2012

Antr
s. *Mykotoxin*
Drs 15/3165

Afrika

s.a. *Ägypten*
s.a. *Burundi*
s.a. *Libyen*
s.a. *Ruanda*

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Werbung um ein stärkeres Engagement des Landes in Afrika

PlPr 15/30 14.03.2012 S. 1615 1620

AG BtG

s. *Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes*

AG G10

s. *Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz*

AGBGB

s. *Baden-Württembergisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch*

Agentur der EU

s. *Europäische Agentur*

Agentur für Arbeit

s. *Arbeitsverwaltung*

AGPStG

s. *Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes*

Agraraußenhandel

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse; Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/4086

Marktzugang für baden-württembergische Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz

Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungsunternehmen aus BW in der Schweiz; Anmeldung von Selbstständigen, Kautionspflichten und Kontrollen durch die Verwaltung; Zugang von

Taxiunternehmen aus BW am Flughafen Zürich; Vorteile eines Rahmenabkommens der EU mit der Schweiz zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln; Interessenvertretung des Landes BW; Förderung des Abschlusses eines Rahmenabkommens; Ziel eines Agrarfreihandelsabkommens

Antr

s. *Dienstleistungswirtschaft*

Drs 15/4235

Exportstärke der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Situation und Entwicklung beim Export von Agrarerzeugnissen und Ernährungsprodukten aus Deutschland und BW, insbes. Anteile der Exportmärkte EU, USA und China; organisatorische Unterstützung des Agrarexports in BW und den anderen deutschen Flächenländern; Auswirkung des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens auf Agrarexport

Antr CDU 25.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5557

Agrarberatung

s. *Landwirtschaftliche Beratung*

Agrarberuf

Erhalt des Ausbildungsberufs Tierwirt/in an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

Erwägungen und Einsparpotential einer Aufgabe des Ausbildungsberufs Tierwirt an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

KlAnfr Karl Rombach CDU 29.07.2014 und Antw KM Drs 15/5566

Junge Menschen im ländlichen Raum in BW

Ursachen für den Rückgang der jungen Arbeitskräfte in der Agrarwirtschaft; Jobaussichten für Agrarabsolventen im ländlichen Raum; Auflistung der vom Arbeitskräftemangel in der Agrarwirtschaft besonders betroffenen ländlichen Gebiete; Beeinträchtigung der Attraktivität des Berufsbilds Bauer durch Zerrbilder in den Medien; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Agrarberufs und des ländlichen Raums für junge Arbeitskräfte

Antr Karl Traub u.a. CDU 17.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6285

BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.03.2015 Drs 15/6921 S. 59

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Agrarbetrieb

s. *Landwirtschaftsbetrieb*

Agrareinkommen

s. *Landwirtschaftliches Einkommen*

Agrarerzeugnis

s. *Agrarprodukt*

Agrarförderprogramm

s. *Agrarprogramm*

Agrarforschung

s. *Agrarwissenschaft*

Agrargrundbesitz

s. *Landwirtschaftliche Immobilien*

Agrarhandel

s. *Agrarmarkt*

Agrarimmobilien

s. *Landwirtschaftliche Immobilien*

Agrarmarkt

s.a. *Agrarpreis*

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Transport und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmarktakteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr

s. *Agrarprodukt*

Drs 15/696

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr

s. *Landwirt*

Drs 15/1032

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen; Bewertung der Regelungsentwürfe der EU-Kommission, Auswirkungen der geplanten Umschichtungen für die bäuerlichen Familienbetriebe ab 2014, u.a. einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete und Mittelumschichtung zugunsten der neuen Mitgliedsstaaten; Förderung der Vermarktung mittels ländlicher Netzwerke und Bauernmärkte; Koppelung von Zahlungen der Ersten Säule an ein „Greening“ u.a.m.

GrAnfr

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/1468

Neue Entwicklungen in den Beziehungen EU - Schweiz

Beurteilung des Vorschlags des Schweizer Bundesrats für einen Verhandlungsrahmen für ein EU-Schweiz-Rahmenabkommen zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln sowie der Auswirkungen für BW; Einbringung des Anliegens von gleichen Wettbewerbschancen für Handwerker, Dienstleister und Landwirte beim Bund; Chancen nach Abschluss des Rahmenabkommens für den erfolgreichen Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens?

Antr

s. *Europäischer Binnenmarkt*

Drs 15/2032

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr

s. *Pflanze*

Drs 15/2114

Aktuelle Preisentwicklung wesentlicher Agrarprodukte; Aktivitäten der LReg

Entwicklung der Preise für wesentliche Agrarprodukte aufgrund der aktuellen weltpolitischen Situation und Maßnahmen der LReg

MdlAnfr

s. *Agrarpreis*

Drs 15/5825

Der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen - Möglichkeiten zur Gründung von gemeinsamen Vermarktungsplattformen

Sachstand zur Gründung einer gemeinsamen Vermarktungsplattform für Molkereien in BW gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel, insbes Bewertung durch die LReg; Unterstützung durch die LReg bei Erarbeitung einer Organisationsstruktur und Bereitstellung einer Anschubfinanzierung

Antr

s. *Milchwirtschaft*

Drs 15/8056

Markchancen der ökologischen Produkte, Vorteile der kurzen Transportwege von Bioprodukten, kritische Betrachtung von Importen aus aller Welt

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-266

Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen und Exporte

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1305-1308 1312-1314

Agrarministerkonferenz*Ausgestaltung der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in BW*

Wesentliche Ergebnisse der Sonder-Agrarministerkonferenz vom 4. November 2013 in München zur nationalen Ausgestaltung der künftigen EU-Agrarpolitik sowie konkrete Umsetzung und zeitlicher Ablauf in BW

Antr

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/4399

Agrarministerkonferenz des Bundes und der Länder

s. *Agrarministerkonferenz*

Agrarpolitik

s.a. *Agrarmarkt*

s.a. *Agrarprogramm*

s.a. *Agrarstruktur*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 (vgl Drs 14/2950) - Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem Vereinfachung und Optimierung des o.g. Verfahrens zur Umsetzung der europäischen Agrarpolitik, Verbesserung der technischen Ausstattung, Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/227

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Mittlg LReg 28.09.2012 Drs 15/2426

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3072

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7066

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7208

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Eindämmung des Biodiversitätsverlusts

Kernelemente der o.g. neuen Strategie der EU-Kommission, Einbindung in das globale Umwelt-Vertragswerk der Vereinten Nationen und in die Strategie Europa 2020, Bewirkung einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik? Beiträge eines intelligenten Landwirtschaftsmanagements zur Förderung der Biodiversität; Rolle der Neophyten in der Gesamtbilanz; Leistungsfähigkeit der integrativen Biodiversitätsforschung; Konzeption, finanzielle Ausstattung und Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt

Antr

s. *Biodiversität*

Drs 15/310

Haushalt 2012; Epl 08

Bemühungen um EU-Mittel für unwetterbedingte Schadensgroßereignisse in der Land- und Forstwirtschaft iRd Verhandlungen zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik; Rücknahme der Kürzungen bei den Agrarumweltprogrammen

EAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1108-1 S. 28 29

EAntr FDP/DVP 24.01.2012 Drs 15/1108-10 S. 42

EAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1208-1 S. 2 3

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen; Bewertung der Regelungsentwürfe der EU-Kommission, Auswirkungen der geplanten Umschichtungen für die bäuerlichen Familienbetriebe ab 2014, u.a. einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete und Mittelumschichtung zugunsten der neuen Mitgliedsstaaten;

Förderung der Vermarktung mittels ländlicher Netzwerke und Bauernmärkte; Koppelung von Zahlungen der Ersten Säule an ein „Greening“ u.a.m.

GrAnfr CDU 21.03.2012 und Antw LReg Drs 15/1468 (22 S.)
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2619-2626

EU-Absatzförderung

Art, Ziele, Ausgabenhöhe und geplante Änderungen der EU-Absatzförderungsmaßnahmen für Lebensmittel aus europäischer Landwirtschaft, insbes Nutzen für BW, Förderung qualitätsorientierter und umweltfreundlicher Produktion, Unterstützung lokaler Märkte und kurzer Vertriebswege, Aufklärung von Verbrauchern über Produktqualität

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2904
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.03.2013 Drs 15/3398 S. 90
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Chance für weniger Bürokratie in der Landwirtschaft - Nationale Zuverlässigkeitserklärung auf politischer Ebene im Bereich der Agrarförderung

Umfang und Sachverhalte für Anlastungen im Bereich der EU-Agrarförderung in BW; Änderungen im Kontrollregime im Bereich Agrarförderung, insbes Abgabe nationaler Zuverlässigkeitserklärungen der Mitgliedsstaaten iRd EU-Haushaltsrechts; Entlastungen im Bereich der Kontrollen durch Herstellung eines einheitlichen Kontrollrahmens; Möglichkeit einer Abgabe der Zuverlässigkeitserklärung durch das Land BW

Antr Paul Locherer u.a. CDU 22.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2905
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.03.2013 Drs 15/3398 S. 90 91
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Streuobstkonzepktion für BW

Zustand und Zukunft für Streuobstwiesen und -flächen in BW, insbes Aufhalten des Rückgangs der Streuobstbestände; Förderung und Schutz von Streuobstbeständen in Landschafts- oder Naturschutzgebieten; Erarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Streuobstkonzepts mit Unterstützungsmaßnahmen in Marketing und Forschung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/3311

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse; Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/4086

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/4115

Ausgestaltung der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in BW

Wesentliche Ergebnisse der Sonder-Agrarministerkonferenz vom 4. November 2013 in München zur nationalen Ausgestaltung der künftigen EU-Agrarpolitik sowie konkrete Umsetzung und zeitlicher Ablauf in BW

Antr CDU 29.11.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4399
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6737-6745

Erhaltung des Steillagen- und Terrassenweinbaus

Wirtschaftliche Perspektiven und Fördermöglichkeiten für den Steillagen- und Trassenweinbau nach Aufhebung des EU-Anbaustopps

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/4748

Landkauf durch Schweizer Bauern

Sachstand zu Zukauf bzw Zupachtung sowie der Bewirtschaftung baden-württembergischer Flächen durch Schweizer Landwirte, insbes Inanspruchnahme von EU-Agrarmitteln, wettbewerbliche Vorteile gegenüber baden-württembergischen Kollegen, Maßnahme des Landes zur Lösung der Problematik

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/6657

Abruf der Fördermittel aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik

Sachstand zu Fördervolumen und Mittelabruf für die 16 Landesförderprogramme des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum

KlAnfr
s. *Agrarsubvention*
Drs 15/7530

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes

Weiterführung und Flexibilisierung des generellen Umwandlungsverbots für Dauergrünland sowie der Genehmigungspflicht für die Entwässerung von Dauergrünland; Umsetzung der finanziellen Folgen der von der EU-Kommission geforderten Trennung von Beratung, Verwaltungskontrolle und Vor-Ort-Kontrolle bei der Umsetzung von EU-Fördermaßnahmen; Erhöhung der Zuweisung infolge des Mehraufwands der unteren Verwaltungsbehörden durch die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2015

GesEntw
s. *Grünland*
Drs 15/7676

Einbringung der Interessen des Landes bei der Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013, Notwendigkeit einer Nachjustierung der Agrarpolitik des Landes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1302-1308 1310-1314

Agrarpreis

s.a. *Lebensmittelpreis*
s.a. *Rohstoffpreis*

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Transport und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmarktakteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr
s. *Agrarprodukt*
Drs 15/696

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/1032

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/5138

Aktuelle Preisentwicklung wesentlicher Agrarprodukte; Aktivitäten der LReg

Entwicklung der Preise für wesentliche Agrarprodukte aufgrund der aktuellen weltpolitischen Situation und Maßnahmen der LReg

MdIAnfr 3) Paul Locherer CDU 09.10.2014 Drs 15/5825
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6520-6523

Was bewirkt grün-rote Politik in Landwirtschaft und Gesellschaft?

Auswirkung der Regelung von Gewässerrandstreifen, Brachflächen und ökologischen Vorrangflächen; Entwicklung der Agrarpreise und der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7149

Verweisung auf zu niedrige Preise für konventionelle Produkte, Bereitschaft der Verbraucher zur Bezahlung spürbar höherer Preise für ökologische Produkte

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257 261 262 265

Feststellung eines Anstiegs der Agrarpreise, Erzielung höherer Preise für ökologische Produkte

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1304 1305 1308 1312-1314

Agrarprodukt

s.a. *Agrarmarkt*
s.a. *Agrarpreis*
s.a. *Eier*
s.a. *Ernte*
s.a. *Fleisch*
s.a. *Futtermittel*
s.a. *Gemüse*
s.a. *Getreide*
s.a. *Honig*
s.a. *Hopfen*
s.a. *Käse*
s.a. *Lebensmittel*
s.a. *Marketinggesellschaft BW*
s.a. *Milch*
s.a. *Obst*
s.a. *Sojabohne*
s.a. *Wein*

Kulinarische Botschafter für BW

Entwicklung des Anteils regionaler Lebensmittel in BW, Beurteilung der Auszeichnung „Kulinarischer Botschafter Niedersachsens“, Vergleich mit dem Qualitätszeichen BW, Eignung der niedersächsischen Auszeichnung für die Absatzförderung regionaler Produkte hierzulande?

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 15/262

Bedeutung von Mitbürgern mit Migrationshintergrund für die Ernährungswirtschaft in BW

Bisherige und mögliche Marktbedeutung ethnischer Produkte für die Ernährungswirtschaft in BW, Umsatzvolumen der (nach islamischem Recht zulässigen) Halal-Produkte; Begleitung der Nahrungsmittelunternehmen bei der Markterschließung für ethnische Produkte durch die Marketinggesellschaft BW

Antr
s. *Ernährungswirtschaft*
Drs 15/384

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Transport und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung

von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmarktakteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 17.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/696

BeschlEmpf und Bericht LandWA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 41 42

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Chancen der kleinstrukturierten Lebensmittelwirtschaft in BW
Stärkung der Erzeugung, Weiterverarbeitung und des Handels regionaler, ökologischer Produkte; Abbau von Defiziten gegenüber großindustriellen Wissenschaftsbemühungen in Grundlagenforschung wie in Produktentwicklung; Schaffung eines entsprechenden Verbraucherbewusstseins, insbes schon an den Schulen, für regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologische Mehrwerterzeugung

Antr

s. *Ernährungswirtschaft*

Drs 15/945

Situation und Perspektive von Tabakbauern in BW

Entwicklung der Tabak anbauenden Betriebe seit 2001 und insbes seit dem Inkrafttreten der neuen Tabakmarktordnung; Menge der jährlichen Tabakernte in BW in Bezug auf die Gesamtmenge in Deutschland seit 2005; Entwicklung der Erzeugerpreise; Fortentwicklung der ganz oder teilweise aus dem Tabakanbau ausgestiegenen Betriebe; Auswirkungen auf die regionalen Märkte für Sonderkulturen wie Erdbeeren oder Spargel und auf deren Erzeuger; Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Umstellung der Produktion seit 2008; Umweltschutz beim Tabakanbau

Antr

s. *Tabak*

Drs 15/948

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr

s. *Landwirt*

Drs 15/1032

Angaben zur Regionalität von Lebensmitteln

Definition des o.g. Begriffs, Einbeziehung von Produkten aus anderen BLändern oder aus Holland? Auswirkungen für die heimischen Landwirte, Konsequenzen aus den Hinweisen der Verbraucherzentrale, Unterbindung der Verbrauchertäuschung durch falsche Regionalangaben

Antr

s. *Region*

Drs 15/1077

Agrartourismus

Bedeutung des Agrartourismus und der vorhandenen Förderinstrumente für die heimischen Landwirtschaftsbetriebe im Ver-

gleich mit anderen Flächenländern, Erschließung des Potenzials von ausländischen Touristen, Beurteilung von Urlaubsangeboten mit Ausrichtung auf die ländliche Kultur, Veranstaltungen und Kurse; Steigerung des Absatzes von örtlichen Agrarprodukten; Bewertung des Projekts der BReg „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“

Antr

s. *Tourismus*

Drs 15/1153

„Lernort Bauernhof“

Bedeutung und Förderung von Bauernhöfen als Lernorte für die teilnehmenden Kinder und Betriebe, Wissensvermittlung über die heimische Erzeugung von Nahrungsmitteln und Steigerung des Absatzes der Produkte; Verbesserung des Bekanntheitsgrads des Konzepts, insbes auch bei Jugendämtern und Tourismusverbänden

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 15/1229

Agrar- und Ernährungsexporte aus BW

Darstellung der o.g. Entwicklung differenziert nach Produkten und Zielländern seit 2002; Anteile der Exporte nach Frankreich, Österreich, China und in die Schweiz; Vergleich mit anderen BLändern, insbes mit Niedersachsen; verfügbare Marketingunterstützungsstrukturen für die Agrar- und Ernährungswirtschaft

Antr Karl Rombach u.a. CDU 10.02.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1249

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 56 57

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen; Bewertung der Regelungsentwürfe der EU-Kommission, Auswirkungen der geplanten Umschichtungen für die bäuerlichen Familienbetriebe ab 2014, u.a. einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete und Mittelumschichtung zugunsten der neuen Mitgliedsstaaten; Förderung der Vermarktung mittels ländlicher Netzwerke und Bauernmärkte; Koppelung von Zahlungen der Ersten Säule an ein „Greening“ u.a.m.

GrAnfr

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/1468

Fairtrade

Entwicklung und Stellenwert des Fairtrade-Handels mit Produkten aus der Dritten Welt, Bewertung als Beitrag zur aktiven Entwicklungshilfe; Stand der Bewerbungen von Städten und Gemeinden -national und international- als Fairtrade-Town; Beurteilung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger für Fairtrade-Aktivitäten; Angebot von entsprechenden Erzeugnissen bei Bewirtungen, Empfängen, Veranstaltungen oder in den landeseigenen Kantinen

Antr

s. *Fairer Handel*

Drs 15/1746

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr
s. *Pflanze*
Drs 15/2114

Ernährungssicherheit auf EU-Ebene

Entwicklung der Reserven an Grundnahrungsmitteln in der EU seit 2002, Beitrag der EU-Programme für Landwirte zur Nahrungsmittelproduktion und -versorgung; Darstellung des Ausbaupotenzials, der Auswirkungen des Ausbaus regenerativer Energien und der Strategien der EU zur Eindämmung der Nahrungsmittelverschwendung

Antr
s. *Ernährung*
Drs 15/2458

Präsentation Baden-Württembergs auf der Internationalen Grünen Woche Berlin

Art und Umfang der Präsenz des Landes BW auf der Internationalen Grünen Woche Berlin, insbes Mittelaufwendungen und Kooperationen, Vergleich mit dem Auftritt anderer Bundesländer, geplante Verbesserungen der Präsentation

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 15/3191

Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Berieselung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr
s. *Wasserentnahmeentgelt*

Drs 15/3618

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse; Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/4086

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4454

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelserleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr
s. *Handelsabkommen*
Drs 15/4681

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5054

Exportstärke der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Situation und Entwicklung beim Export von Agrarerzeugnissen und Ernährungsprodukten aus Deutschland und BW, insbes Anteile der Exportmärkte EU, USA und China; organisatorische Unterstützung des Agrarexports in BW und den anderen deutschen Flächenländern; Auswirkung des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens auf Agrarexport

Antr
s. *Agraraußenhandel*
Drs 15/5557

Förderung einer naturnahen Landwirtschaft mit gesunden Produkten aus der Region und für die Region

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 22

Förderung einer naturnahen Landwirtschaft mit gesunden Produkten aus der Region und für die Region

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 51

Verweisung auf das Angebot gesunder Produkte aus ökologischer Erzeugung, Feststellung eines Nachfrageüberhangs nach heimischen Produkten, Würdigung des guten Abschneidens beim Ökomonitoring

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-266

Bedeutung der Flurneuordnung für die Konkurrenzfähigkeit regionaler Produkte mit Weltmarktpreisen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 751

Entwicklung des Exports landwirtschaftlicher Produkte in den letzten Jahren, flankierende Begleitung der Vermarktung vor Ort

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1305 1307 1308 1310 1311

Verweisung auf die vielfältigen regionalen Produkte im Land, Werbung für eine gesunde Ernährung in den Familien mit Produkten aus dem eigenen Garten

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2022-2025

Agrarprogramm

s.a. Ausgleichszulage

s.a. Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich

s.a. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 (vgl Drs 14/2950)

- Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem Vereinfachung und Optimierung des o.g. Verfahrens zur Umsetzung der europäischen Agrarpolitik, Verbesserung der technischen Ausstattung, Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis

ierung des o.g.
s. Agrarpolitik
Drs 15/227

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 22: Förderprogramme im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/227
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. Tierschutz
Drs 15/845

Situation und Perspektive von Tabakbauern in BW

Entwicklung der Tabak anbauenden Betriebe seit 2001 und insbesondere seit dem Inkrafttreten der neuen Tabakmarktordnung; Menge der jährlichen Tabakernte in BW in Bezug auf die Gesamtmenge in Deutschland seit 2005; Entwicklung der Erzeugerpreise; Fortentwicklung der ganz oder teilweise aus dem Tabakanbau ausgestiegenen Betriebe; Auswirkungen auf die regionalen Märkte für Sonderkulturen wie Erdbeeren oder Spargel und auf deren Erzeuger; Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Umstellung der Produktion seit 2008; Umweltschutz beim Tabakanbau

Antr
s. Tabak
Drs 15/948

Haushalt 2012; Epl 08

Bemühungen um EU-Mittel für unwetterbedingte Schadensereignisse in der Land- und Forstwirtschaft iRd Verhandlungen zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik; Rücknahme der Kürzungen bei den Agrarumweltprogrammen

Haushalt
s. Agrarpolitik
Drs 15/1108

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen; Bewertung der Regelungsentwürfe der EU-Kommission, Auswirkungen der geplanten Umschichtungen für die bäuerlichen Familienbetriebe ab 2014, u.a. einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete und Mittelumschichtung zugunsten der neuen Mitgliedsstaaten; Förderung der Vermarktung mittels ländlicher Netzwerke und Bauernmärkte; Koppelung von Zahlungen der Ersten Säule an ein „Greening“ u.a.m.

GrAnfr
s. Agrarpolitik
Drs 15/1468

Frauen auf dem Land in BW

Anteile von Männern und Frauen im ländlichen Raum; Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von Frauen, notwendige Rahmenbedingungen und Instrumente zur Trendumkehr, insbesondere von der EU mitfinanzierten Förderprogramms „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum (IMF)“, bisherige Projektförderungen und geplante Neuaufgabe des Programms ab 2014, Ermunterung von Frauen zur Einreichung von Anträgen zum Agrarinvestitionsförderprogramm

Antr
s. Frau
Drs 15/1770

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr

s. Pflanze
Drs 15/2114

Ernährungssicherheit auf EU-Ebene

Entwicklung der Reserven an Grundnahrungsmitteln in der EU seit 2002, Beitrag der EU-Programme für Landwirte zur Nahrungsmittelproduktion und -versorgung; Darstellung des Ausbaupotenzials, der Auswirkungen des Ausbaus regenerativer Energien und der Strategien der EU zur Eindämmung der Nahrungsmittelverschwendung

Antr
s. Ernährung
Drs 15/2458

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 13 - Agrarinvestitionsförderungsprogramm (Kap 0804)

Mittlg RH
s. Gemeinschaftsaufgabe
Drs 15/3813

Erfolg und Akzeptanz des Programms FAKT - Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl

Sachstand zu Erfolg und Akzeptanz des Programms FAKT (Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) gegenüber dem vorherigen Programm MEKA (Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich), insbes wesentliche Programmänderungen, Mittelbereitstellung im Haushalt, Zahl teilnehmender Betriebe, Antragslage, Beratungsbedarf der Betriebe, stark nachgefragte Programmteile

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 07.12.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7842

Plädoyer für eine Fortführung der Agrarumweltprogramme

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 750

Fortführung der Förderprogramme für die Landwirtschaft

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820-1822

Agrarschädling

s. Schädling

Agrarsoziale Sicherung

s. Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Agrarstruktur

s.a. Agrarprogramm
s.a. Ländlicher Raum

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtete Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 (mit Fortschreibung bis 2014)

Mittlg LReg
s. Gemeinschaftsaufgabe
Drs 15/172

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2012 (mit Fortschreibung bis 2015)

Mittlg LReg
s. Gemeinschaftsaufgabe
Drs 15/1012

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
s. Landwirt
Drs 15/1032

Flurneueordnung in BW

Stellenwert der Agrarstrukturverbesserung und des ländlichen Wegebbaus

Antr
s. Flurneueordnung
Drs 15/1564

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: 2. (berichtigte) Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2012 (mit Fortschreibung bis 2015)

Mittlg LReg
s. Gemeinschaftsaufgabe
Drs 15/1723

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2013 (mit Fortschreibung bis 2016)

Mittlg LReg
s. Gemeinschaftsaufgabe
Drs 15/2576

Umgehung der Vorgaben des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes (ASVG) durch Zwangsversteigerung

Umgehung der Genehmigungspflicht für die Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) durch das Zwangsversteigerungsgesetz, insbes Zahlen über Umfang und Zweck der Nutzung von iR von Zwangsversteigerungen erworbener landwirtschaftlicher Grundstücke, Schließung der Rechtslücke beim Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke durch Einführung einer Bietererlaubnis bei der Zwangsversteigerung in das Landesrecht

Antr
s. Landwirtschaftliche Immobilien
Drs 15/3151

Bericht der LReg zu einem Beschluss des LtG; hier: Erstes Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform und zum Bürokratieabbau im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Mittlg LReg
s. Föderalismus
Drs 15/4250

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung der §§ 6, 12 und 17 des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. Landesrecht
Drs 15/5443

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2014 (mit Fortschreibung bis 2017)

Mittlg LReg
s. *Gemeinschaftsaufgabe*
Drs 15/5833

Informationspflicht benachbarter Landnutzer bei der Veräußerung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Einführung einer Informationspflicht der anliegenden bewirtschaftenden Pächter und Eigentümer bei der Veräußerung landwirtschaftlicher Flächen zur Verbesserung und Erhaltung der Agrarstruktur

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7539

Agrarstrukturpolitik

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP) nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4077

Agrarstrukturverbesserungsgesetz

s. *Agrarstruktur*

Agrarsubvention

Förderung des Steillagenweinbaus in BW

Vorhandene Förderinstrumente; Forderung des Württembergischen Weinbauverbands nach einer jährlichen Ausgleichszahlung für die Bewirtschafter von Steillagen; Förderung der Steillagen mit Hilfe einer Neuausrichtung der Landschaftserhaltungsverbände

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/2692

Milchwirtschaft in BW

Entwicklung und Statistik der Milchwirtschaft in BW, insbes der Milchvieh haltenden Betriebe, Molkereien, der Veredelungswirtschaft und Erzeugerpreise; Perspektive der Milchwirtschaft vor dem Hintergrund der auslaufenden Milchquotenregelung und der eingeführten Milchbörse; flankierende Maßnahmen des Staates zur Stabilisierung der Milchwirtschaft, insbes Hilfen für die Milchviehhaltung, Direktzahlungen und Instrumente der Gemeinsamen Marktordnung

Antr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/3574

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung

von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP) nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4077

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelsleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr
s. *Handelsabkommen*
Drs 15/4681

EU-Mittel in der Förderperiode 2007 bis 2013

Zufluss von EU-Mitteln in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach BW, insbes Gesamtmittel, Direktzahlungen an Landwirte sowie Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm INTERREG IV, dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm „Life+“; Teilnehmerzahlen an den Austauschprogrammen „Comenius“ für Schüler und „Erasmus“ für Studenten

Antr
s. *EU-Mittel*
Drs 15/4943

Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie

Handlungsbedarf und Planung der Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie (für Pflege- und Extensivierungsverträge); Entwicklung der Fördersätze in anderen Bundesländern; Entwicklung der Beiträge für Krankenversicherung, Rentenversicherung und Genossenschaften für Landwirte; Entwicklung der Pachten für landwirtschaftliche Flächen in BW

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5258

Auswirkungen der neuen EU-Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor auf die Förderprogramme des Landes
Änderungen bei den staatlichen Beihilfen im Agrar- und Forstsektor; Fortsetzung von Förderprogrammen des Landes wie den Leistungen nach der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO); Ursachen des Vorbehalts bei den SchALVO-Zahlungen; Auswirkungen der geplanten Novellierung der Düngerverordnung auf die Förderprogramme des Landes

Antr Martin Hahn u.a. GRÜNE 23.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6393
BeschiEmpf und Bericht LandWA 25.03.2015 Drs 15/6921 S. 60-62
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Abruf der Fördermittel aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik

Sachstand zu Fördervolumen und Mittelabruf für die 16 Landesförderprogramme des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 08.10.2015 und
Antw MLR Drs 15/7530

Entlastung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe in BW - Auszahlung der Fördermittel vorziehen

Sicherstellung der vollständigen Auszahlung für die Förderverfahren der Landwirtschaft in BW in diesem Jahr sowie künftige Ermöglichung von Abschlagszahlungen

MdlAnfr 5) Paul Locherer CDU 21.10.2015 Drs 15/7550
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8451 8452

Bürokratische Hürden bei der FAKT-Förderung

Sachstand zum bürokratischen Aufwand der Landwirte und der Verwaltung für die Gewährung der FAKT-Weideprämie, insbes Führung eines detaillierten Weidetagebuchs, Orientierung an der Regelung in Nordrhein-Westfalen

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 15/7648

Wie kommt die Auszahlung der Fördermittel für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW voran?

Erledigungsstand der Auszahlungen iRd der Förderverfahren für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW sowie rechtliche oder tatsächliche Hindernisse einer Auszahlung

MdlAnfr 3) Klaus Burger CDU 03.02.2016 Drs 15/8025
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9045-9049

Agrarumweltprogramm

s. *Agrarprogramm*

Agrarverwaltung

s. *Landwirtschaftsverwaltung*

Agrarwirtschaft

s. *Landwirtschaft*

Agrarwissenschaft*Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW*

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1468

„Eiweißstrategie für BW“

Steigerung des Anbaus von Eiweißpflanzen ohne Gentechnik seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 15/190; Ergebnisse der Anbau- und Sortenversuche zur Entwicklung von Verfahren für eine verlustarme Konservierung eiweißreicher Grünland- und Ackerfutteraufwüchse; Bewertung des bayerischen Aktionsprogramms „Heimische Eiweißfuttermittel“; Entwicklung der o.g.

Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Importsoja in der Rinderhaltung, ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfs in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/1696

Ausbildungssituation im Weinbau in BW

Entwicklung der Ausbildungssituation in den Weinbauberufen sowie der weinspezifischen Studienangebote und Studierendenzahlen an der Hochschule Heilbronn, Sicherung des Bedarfs an Weinbaufachkräften durch die Abgänger und Absolventen, Erhaltung des Weinbauinstituts Freiburg und der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/1701

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg

Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessatzzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 18 - Landwirtschaftliches Technologiezentrum Augustenberg (Kap 0812)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1918
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2518 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 19.12.2013 Drs 15/4537
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4590
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 02.06.2015 Drs 15/6948
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7107
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
Mittlg LReg 15.06.2016 Drs 16/145
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/600
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr
s. *Pflanze*
Drs 15/2114

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie

sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/4115

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr
s. *Landwirtschaftsverwaltung*
Drs 15/6119

Erweiterung der Versuchsfläche für ökologischen Obstbau beim Kompetenzzentrum Obstbau in Bavendorf

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 264

Verzicht auf gentechnische Freilandversuche; Forschungsprojekte zur Ersetzung von importiertem, gentechnisch verändertem Eiweißfutter; Begründung der Notwendigkeit von Forschung für grüne Gentechnik

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1707-1712 1716

Agrogentechnik

s. *Gentechnik*

AGSGB II

s. *Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches SGB und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b BKGG*

AGSGB XII

s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*

AGZensG 2011

s. *Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011*

AHaftVollzG BW

s. *Abschiebungshaftvollzugsgesetz Baden-Württemberg*

Aichtal

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspürigen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterdinger Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf im nächsten Bedarfsplan

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

Belastung auf der B 27 zwischen Aichtal und Leinfelden-Echterdingen

Verkehrsbelastung des o.g. Abschnitts, Position unter allen Bundesstraßen in Deutschland; Eintreten für die Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den vordringlichen Bedarf des nächsten Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/2141

Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27 in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5717

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraße B 27 zwischen Leinfelden-Echterdingen und Aichtal

Lärmbelastung der Wohnstraßen in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal entlang der Bundesstraße 27 und umgesetzte und geplante Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/6922

Aichwald

Planfeststellungsverfahren für den Bau und Betrieb der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL, Abschnitt IV-Aichwald bis zur Station Amerdingen) - Planänderung Nr. 9a

Gründe für die späte geologische Prüfung mit der Folge einer weiteren Planänderung für die Vorzugstrasse durch eine sensible und artenreiche Kulturlandschaft, Frage nach untersuchten Streckenalternativen für den Alaufstieg außerhalb des mittleren Filstals sowie nach Techniken und ausführenden Baufirmen für die grabenlose Verlegung (Untertunnelung) von Gasleitungen in schwierigem Gelände

KlAnfr
s. *Gasleitung*
Drs 15/1860

Aids

Haushalt 2012; Epl 09

Mittelaufstockung zur Intensivierung der Aids-Bekämpfung

ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-27 S. 73
74
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Airbag

s. *Kraftfahrzeugausrüstung*

Airbus Helicopters

Ausschreibungen iRd Erneuerung der Hubschrauberstaffel

Umstände der Ausschreibung zur Neuanschaffung von sechs Hubschraubern zum Zwecke der Erneuerung der Hubschrauberstaffel der baden-württembergischen Polizei, insbes Verhandlungen mit der Firma Eurocopter

KlAnfr
s. *Hubschrauber*
Drs 15/4554

Akademie

s.a. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
s.a. *Akademiker*
s.a. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
s.a. *Filmakademie Baden-Württemberg*
s.a. *Forschung*
s.a. *Kunsthochschule*
s.a. *Landesakademie Ochsenhausen*

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)
Änderung des Akademiengesetzes

GesEntw
s. *Studiengebühren*
Drs 15/902

Die Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes BW

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den Musikhochschulen, Akademien der Bildenden Künste, der Filmakademie, Popakademie und den Theaterakademien; Vergleich der Kosten bei einer Erbringung durch festangestellte Lehrkräfte; Frage nach einem Stufenplan zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten

KlAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/2398

Die Situation der Landesfeuerweherschule Bruchsal

Mit dem Neubau der Landesfeuerweherschule verbundene Veränderungsvorhaben; Verbesserung der Zusammenarbeit der im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen; Erweiterung des Aufgabenspektrums der Akademie um die Gefahrenabwehr; praktische Umsetzung von Forschungserkenntnissen; Erhöhung der Attraktion für Frauen

Antr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/2672

Arbeit und Finanzierung der Gartenakademie in Heidelberg

Aufgaben, Resonanz und Finanzierung der Gartenakademie BW, insbes Projektplanungen und Verwendung erhaltener Projektmittel

Antr
s. *Gartenakademie Baden-Württemberg*
Drs 15/3383

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung der §§ 5 und 9 des Akademiengesetzes in der Fassung vom 25. Januar 2012

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Förderung der Akademieeinrichtungen der Blasmusik durch das Land BW

Sachstand zur Unterstützung der Förderung von Neubauten der Akademieeinrichtungen von Blasmusikverbänden in Plochingen und Staufen durch das Land BW

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 15/7652

Akademie der Bildenden Künste

s. *Kunsthochschule*

Akademie der Polizei Baden-Württemberg

Auswirkungen der Polizeireform auf den Main-Tauber-Kreis - Erhalt der Polizeiausbildungsstätte Wertheim sowie der Polizeidirektion Tauberbischofsheim

Höhe und Verwendung von Landes- und Bundesmitteln bei der Konversionsmaßnahme Reinhardshof; Umfang der Investitionen in die polizeiliche Fortbildung; Mittelaufwand einer Verlegung der Ausbildungseinrichtung, mögliche Kompensationsmaßnahmen; Bewertung des Verlusts weiterer staatlicher Einrichtungen und damit von Arbeitsplätzen an den Standorten Tauberbischofsheim und Wertheim

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1238

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum
Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRD
Polizeireform

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1834

Polizeireform - Auswirkungen auf die Hochschule für Polizei

(Formelle) Beteiligung und Stellungnahme des MWK vor Veröffentlichung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeireform, Gründe für die Neustrukturierung des Präsidiums „Bildung und Personalgewinnung“ und Zuordnung der Hochschule für Polizei; Erhaltung der akademischen Selbstständigkeit der Hochschule für Polizei sowie der Aus- und Fortbildungsaufgaben bzw der Polizeischulen in der Zuständigkeit der Bereitschaftspolizei

Antr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/2077

Nutzung des Geländes der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim

Eigentumsverhältnisse, Betriebsdaten, Gebäudenutzung, geplante Schließung, möglicher Verkauf und Anschlussnutzung der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim, insbes Berücksichtigung der Belange der Angestellten; neue Standorte und deren Unterkunftskosten für zukünftige Polizeifortbildungen

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 22.01.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/2908
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.03.2013 Drs 15/3398 S. 68 69
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Planungen für künftige Standorte der Polizeiausbildung in BW, insbes für den Standort der Polizeiakademie in Wertheim

KlAnfr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6352

Polizeiakademie Wertheim

Aufrechterhaltung der Außenstelle Wertheim; Interimsnutzung während der Baumaßnahmen in Böblingen; Anschlussverwendung der Beschäftigten des Standorts Wertheim

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 28.01.2015 und Antw IM Drs 15/6419

Verweisung auf die Koordinierungsstelle für Krisenmanagement an der Akademie der Polizei

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1609 1611 1613

Kritik an der Schließung der Polizeiakademie in Wertheim im Zuge der Polizeireform

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2033 2045

Plädoyer für den Erhalt der Polizeiakademie in Wertheim

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2173

Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg

s. *Darstellende Kunst*

Akademie für die musizierende Jugend

s. *Landesakademie Ochsenhausen*

Akademiegesetz

s. *Akademie*

Akademiker

s.a. *Akademischer Mittelbau*

s.a. *Wissenschaftler*

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/694

Zukunftschancen ausländischer Studierender an den Hochschulen des Landes BW

Darlegung der Gründe für den Rückgang des Anteils o.g. Studierender; Bewertung der vorhandenen Informationsmaterialien bzw Initiierung einer Aufklärungskampagne für den Verbleib der ausgebildeten Akademiker nach Beendigung des Studiums am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/1695

Gewinnung junger Menschen internationaler Herkunft für den öffentlichen Dienst

Angebot und Besetzung von Praktikumsstellen in Landesbehörden und Kommunen, insbes Anteil von Migranten an den besetzten Praktikumsplätzen; Migrantenanteil und Verbleib von Absolventen der Verwaltungsfachhochschulen des Landes und Bundes

Antr
s. *Öffentlicher Dienst*
Drs 15/4011

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschloss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/4803

Auswirkungen einer Erhöhung der Akademisierungsquote auf Ausbildung und Beschäftigung

Voraussichtlicher Fachkräftebedarf in BW für den Zeitraum 2014 bis 2030; die voraussichtlich benötigte berufliche Qualifikation; Berufschancen von Hochschulabsolventen; Bereitschaft von Abiturienten zu einer Lehre im System der Dualen Ausbildung; Verringerung der Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei der Besetzung offener Stellen; Erhaltung der Wertschöpfung am Standort BW

KlAnfr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/5032

Wirkung von studentischen Auslandsaufenthalten in BW

Daten zu ausländischen Studenten an den Hochschulen in BW, insbes Anzahl und Herkunftsstaaten, Studienfächer, Vollstudenten- und Stipendiatenanteil, beabsichtigte und tatsächliche Arbeitsaufnahme in BW nach dem Studienabschluss; Rahmenbedingungen zur Förderung des Verbleibs nach Studienabschluss; Gegenmaßnahmen der Hochschulen zum zukünftigen Rückgang an Studierenden

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/5586

Verweisung auf die beruflichen Perspektiven und Verdienstmöglichkeiten von Akademikern, Plädoyer für die Beibehaltung der Studiengebühren bzw für nachlaufende Studiengebühren; Bedarf an akademisch ausgebildeten Pflegefachkräften

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 993 994 1000 1026-1030

Abmilderung des drohenden Mangels an Akademikern durch Investitionen in die frühkindliche Bildung und Abschaffung der Studiengebühren; Verweisung auf die beruflichen Perspektiven und Verdienstmöglichkeiten von Akademikern

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1115 1117 1118 1148 1149 1152 1154

Bedarf an qualifizierten Akademikern, Verbreiterung der Möglichkeiten zur akademischen Weiterbildung

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2192-2194 2198 2201 2202

Akademische Selbstverwaltung

Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg zugunsten einzelner Wahlvorschläge durch das Verwaltungsgericht Freiburg

Sachstand zur Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg im Senatswahlkampf an der Universität durch das Verwaltungsgericht Freiburg und Bewertung des Vorgangs

MdlAnfr 7) Sabine Kurtz CDU 10.07.2015 Drs 15/7139
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8112

Akademischer Austausch

*s.a. Ausländischer Student
s.a. Studium
s.a. Wissenschaftler*

Zukunft des Erasmus-Programms im Hochschulbereich

Nutzung des Erasmus-Programms durch Studierende und Dozenten aus BW bzw durch ausländische Studierende und Dozenten an baden-württembergischen Hochschulen in den letzten Jahren; Verteilung der Fördersumme und geförderten Personen auf die einzelnen Hochschulen des Landes; Verhältnis von Bedarf und Angebot an Stipendien und Austauschplätzen; Geförderte nach Fachrichtung, Geschlecht und sozialer Herkunft; Auswirkungen der aktuellen Finanzierungslücke; Maßnahmen zur Sicherung des Erasmus-Programms

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 13.11.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2658 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 31
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Europäisches Studenten-Austauschprogramm ERASMUS

Stellenwert des europäischen Studenten-Austauschprogramms Erasmus; Statistiken zu ERASMUS-Teilnehmern für BW; Zukunft der finanziellen Förderung für das Auslandsstudium

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 19.12.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2818
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 31
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. Schweiz
Drs 15/4803

Akademischer Mittelbau

*s.a. Lehrbeauftragter
s.a. Wissenschaftlicher Mitarbeiter*

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr
s. Befristetes Arbeitsverhältnis
Drs 15/407

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr Johannes Stober u.a. SPD 20.01.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1156 (15 S.)

Bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4865-4874

Ausgestaltung des Promotionsrechts für Zusammenschlüsse von Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Erarbeitung von Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts; Mitwirkung der Universitäten und Fachhochschulen an der Erarbeitung der Kriterien; Konsultierung des Wissenschaftsrats; Einrichtung zusätzlicher Stellen im akademischen Mittelbau zur Betreuung der Promovierenden; Berücksichtigung des zusätzlichen Personalbedarfs beim Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Antr
s. Promotion
Drs 15/5674

Beschäftigungssituation der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten an den baden-württembergischen Hochschulen

Anteil der befristet Beschäftigten im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst der Hochschulen; Kriterien für eine Festanstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter; Kriterien für die befristete Anstellung wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals; Laufzeit der Zeitverträge; Gründe für eine von der Finanzierungsdauer eines Forschungsprojekts abweichende Befristungsdauer; Personalentwicklungsplanung an den Hochschulen

Antr
s. *Hochschulpersonal*
Drs 15/6107

Arbeitsverhältnisse und -bedingungen des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280 282 289

Akkreditierung von Studiengängen

s. *Akkreditierung (Hochschulwesen)*

Akkreditierung von Studienprogrammen

s. *Akkreditierung (Hochschulwesen)*

Akkreditierung (Hochschulwesen)

Private Hochschulen in Anerkennungs- und Akkreditierungsverfahren

Leistung in Forschung und Lehre sowie rechtliche Stellung der privaten Hochschulen in BW, insbes Situation bei staatlicher Anerkennung und Akkreditierungsverfahren sowie deren Abhängigkeit von der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 15/3307

Akkreditierung von Studiengängen

Situation und Bewertung der Akkreditierungsverfahren von Hochschulstudiengängen bzw hochschulinternen Qualitätssicherungssystemen, insbes Arbeit und Kontrolle der Akkreditierungsagenturen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 05.05.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5157
BeschlEmpf und Bericht WissA 10.07.2014 Drs 15/5743 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz CDU) S. 11 12
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Akkreditierungsverfahren für Studiengänge

s. *Akkreditierung (Hochschulwesen)*

Akkreditierungsverfahren (Hochschulwesen)

s. *Akkreditierung (Hochschulwesen)*

Akten

Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums

Frage nach dem Staatsministerium vorliegenden Daten und Dokumenten, die dem Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung des

Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ nicht vorgelegt wurden, nach ihrer Form (z.B. Sicherungskopien) und ihrem Inhalt, und nach sonstigen im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss stehenden Daten und Dokumenten

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/2640

Woher hat der Finanz- und Wirtschaftsminister umfassendes Insider-Wissen?

Herkunft seiner inhaltlichen Kenntnis der ausschließlich den Mitgliedern des EnBW-Untersuchungsausschusses zugänglichen Vernehmungsprotokolle der französischen Ermittlungsbehörden

KlAnfr
s. *Verschlusssache*
Drs 15/4909

Aktenführung und Archivpflicht im Licht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH)

Rechtliche Regelung der Aktenführung in der LReg; Berücksichtigung der Anforderung der Vollständigkeit der Akten; Unterschiede in der Aktenführung gegenüber der Regierung Mapus; Speicherung der Unterlagen des exekutiven Kernbereichs und deren spätere Archivierung im Landesarchiv

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 26.08.2014 und Antw IM
Drs 15/5658

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr
s. *Gerichtsentscheidung*
Drs 15/5877

Einsetzung einer Kommission durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg

Sachstand zur Einsetzung einer Kommission des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Zielsetzung und Auftrag, Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Aktenführung und Akteneinsichtnahme

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/7598

Akteneinsicht

Wissenschaftliche Erkenntnisse über Doping in BW

Forschungsarbeiten zur Dopingpraxis in BW; Erkenntnisse aus der Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“; Unterstützung des Projekts durch die Universität Freiburg; Stand der Evaluierung der Abteilung „Rehabilitative und Präventive Sportmedizin“ der Freiburger Sportmedizin durch die

„Unabhängige Gutachterkommission“ unter Vorsitz von Professor Dr. L.P.; Bereitstellung von Akten sowie Akteneinsicht; Zusammensetzung und Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der Dopingprävention

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3930

Evaluierung der Freiburger Sportmedizin hinsichtlich ihrer Dopingvergangenheit durch die Evaluierungskommission der Freiburger Sportmedizin

Stand und bisherige Erkenntnisse der Evaluierungskommission; Spezifizierung des Arbeitsauftrags der Kommission; Auswertung datenschutzrechtlich sensibler Unterlagen; Zugang zu den Archiven der Sportverbände; Einblick in Unterlagen der Gutachter des Bundesinstituts für Sportwissenschaft; vormalige Position des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Thema Doping in der Abteilung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg; Vorlage des Abschlussberichts der Kommission

KlAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3933

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahrens zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufungsverfahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu diesem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4135

Zurückhaltung von Vergabeunterlagen

Einsichtnahme des Ltgs in die von der CDU-Fraktion und dem LtgPräs angeforderte Vergabeakte des Ministeriums für Integration; Aushändigung des Gutachtens der Berliner Kanzlei; Beteiligung des Staatsministeriums an der Abfassung der Stellungnahme des Integrationsministeriums zum Antrag der CDU-Fraktion (Drs 15/3973); Benennung der aus dem Gutachten resultierenden Arbeitsergebnisse; Aufforderung zur unverzüglichen Vorlage aller gewünschten Unterlagen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.11.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/4345
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/8048 S. 93-97
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Vergabeakte zum Rechtsgutachten öffentlich und transparent machen

Einsichtnahme in die Akte zur Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes (vgl. auch Anträge und Stellungnahmen zu Drucksachen 15/3973 und 15/4345), insbes umfassende Einstufung der Verga-

beakte als geheimhaltungsbedürftig, Möglichkeit der Kenntlichmachung geheimhaltungsbedürftiger Aktenteile, zeitverzögerte Vorlage; mögliche Vorteile für den erfolgreichen Bieter durch unmittelbare Kontakte zur Integrationsministerin sowie Dokumentation dieser Kontakte

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 16.01.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/4606
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/8048 S. 93-97
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Information der Kanzlei Dr. K. über eine bevorstehende Vergabe
Regeln für den Kontakt mit (potentiellen) Bieter vor Angebotseröffnung bzw Zuschlagserteilung bei einer freihändigen Vergabe; Mitteilung an den Rechtsanwalt K. über eine bevorstehende Aufforderung der später zum Zuge gekommenen Auftragnehmerin zur Angebotsabgabe; Anlass und Motivation der Integrationsministerin zu dieser Mitteilung; Spezifizierung der Angaben gegenüber dem Rechtsanwalt; Zusammenhang mit der Anforderung des Gutachtens; Prüfung von Konsequenzen für das Vergabeverfahren; Aufhebung bzw Begründung der Geheimhaltungsbedürftigkeit der dem Landtag vorliegenden Vergabeakte; Erleichterung einer öffentlichen Erörterung deren Inhalts

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4821

Der gläserne Mensch - Umgang des Staatsministeriums mit Privatkorrespondenz des Herrn R.D.

Hintergründe der Weitergabe eines Schreibens des geschäftsführenden Gesellschafters der Firma ProMInentDosiertechnik aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG) und rechtliche Folgen

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 08.09.2014 und Antw StM Drs 15/5697

Der gläserne Mensch - Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

Hintergründe der Weitergabe des Schreibens eines Stuttgarter Rechtsanwalts aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG), insbes Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 22.10.2014 und Antw StM Drs 15/5958

Einsetzung einer Kommission durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg

Sachstand zur Einsetzung einer Kommission des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Zielsetzung und Auftrag, Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Aktenführung und Akteneinsichtnahme

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/7598

Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG)

Gewährung eines umfassenden Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens; Festlegung des Anwendungsbereichs; Ausgleich zwischen

öffentlichem Informationsinteresse mit dem Schutz personenbezogener Daten und sonstiger berechtigter Interessen (Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen); Normierung von Regelungen für die Antragsbearbeitung in Bezug auf das Verfahren und die Kosten; Einrichtung eines Informationsregisters durch die LReg; Wahrnehmung des Amtes eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw
s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/7720

Aktie

s. *Wertpapier*

Aktienbörse

s. *Börse*

Aktionsplan Telematik

s. *Verkehrslenkung*

Aktionsprogramm der Bundesregierung

s. *Programm der Bundesregierung*

Aktionsprogramm der EU

s. *Programm der EU*

Aktionsprogramm der Landesregierung

s. *Programm der Landesregierung*

Aktionstag

Schlussfolgerungen für die Radverkehrspolitik aus den Erkenntnissen der ersten Radsternfahrt

Erkenntnisse aus der Radsternfahrt im Juli 2013 in Stuttgart; Personal- und Sachkosten für Planung und Durchführung der Radsternfahrt; Personaleinsatz seitens staatlicher Dienststellen wie z.B. der Polizei und der Straßenbauverwaltung; Finanzierung der Veranstaltung, Sponsoren; Initiativen und Veranstaltungen zur Förderung der Radkultur

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3870

Aktive Arbeitsmarktpolitik

s. *Arbeitsmarktpolitik*

Alarmierung

Rahmenbedingungen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW

Rahmenbedingungen für die Arbeit der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW, insbes Nennung der den BOS zugeordneten Einrichtungen, Förderung der Wartung von Kraftfahrzeugen und Gerätschaften, Einrichtung zusätzlicher Personalräume, Umsetzung des angemeldeten Investitionsbedarfs, Finanzierungsregelung der Umrüstung auf Digi-

talfunk, Beschaffungssituation und Personenbeförderungskapazität im Bevölkerungsschutz sowie Anschaffung und Betrieb von Alarmgebern für Einsatzkräfte; effektive Warnung der Bevölkerung vor Großschadensfällen in Ortschaften ohne Alarmsirenen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2944

Weshalb funktionierte das Amok-Warnsystem „Pager“ nicht?

Ausstattung von Schulen in BW mit Pagern als Amokwarnsystem und Einsatz der neuen Alarmierungsinfrastruktur, insbes nicht ausgelöster Alarm bei einem Amokverdacht am 12. Februar 2014 in Ostfildern

Antr
s. *Amoklauf*
Drs 15/4906

Wer trägt die Kosten für die durch Rauchwarnmelder verursachten Fehl- bzw Täuschungsalarme?

Funktion der Rauchwarnmelder als Brandmeldeanlage; Kostenersatz bei Fehlalarm

KlAnfr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/5342

Alb, Fluss

Durchlässigkeit der Alb und Pfingz für Wanderfische

Verbesserung der Durchlässigkeit o.g. Flüsse, insbes für Lachse; Maßnahmen, Finanzierung, Zeitplan

KlAnfr
s. *Fisch*
Drs 15/619

Albanien

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albanien bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr Wilhelm Halder u.a. GRÜNE 18.02.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/4802
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 64
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreiss Esslingen im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreiss Esslingen, insbes Anteil der Roma, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, wiederholte Einreisen, Anerkennungsquoten; Bedingungen zur Arbeitsaufnahme bzw einer Ausbildung oder eines Studiums

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6528

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft

aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6803

Alb-Donau-Kreis

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/15

Ausbau der A 8 im Bereich Ulm

Stand der Planungen für den A 8-Ausbau zwischen der Landesgrenze und Hohenstadt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Abschnitte, Höhe und Träger der Kosten, Koordination mit dem geplanten Bau der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen, Minimierung der Ausweichverkehre durch anliegende Gemeinden

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/294

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKkreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr
s. *Verkehrsvermeidung*
Drs 15/373

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKkreis Biberach

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen in o.g. Gebietskörperschaften, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/485

Ausbau der A 8 zwischen der Landesgrenze und der Anschlussstelle Ulm-West

Stand der Planungen und Genehmigungsverfahren für den 6-spurigen Ausbau der A 8 im o.g. Streckenabschnitt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Ausbaubabschnitte und insbes der neuen Anschlussstelle, Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1280

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1994

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2125

Breitbandversorgung im Alb-Donau-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2276

Radwege in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Ausbau des Radwegenetzes im Hinblick auf Tourismus und Alltagsverkehr; Zusammenstellung der in den Jahren 2006 bis 2011 in den beiden Kreisen fertiggestellten Radwege, jeweils mit Angabe von Jahr, Länge und Kosten; Aufstellung der Projekte bis 2016; vorgesehene Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in der Region

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2652

Zukunft der Schulen im Alb-Donau-Kreis

Aktuelle Schulstandorte und die dort vertretenen Schularten; Zukunftsaussichten dieser Schullandschaft; Stellenwert kleinerer Grund- und Hauptschulen in ländlichen Gegenden; Schulen, die die Kriterien „mindestens 40 Schüler“ und „Zweizügigkeit“ erfüllen bzw nicht erfüllen; Gemeinschaftsschule als Instrument zum Erhalt von Schulstandorten; Weiterverwendung der Schulgebäude und Rückforderung gewährter Schulbauszuschüsse bei Schulschließungen; Auswirkungen der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Laichingen auf benachbarte Gemeinden und Schulen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2812

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Alb-Donau-Kreis und im Stadtkreis Ulm

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3058

Zunahme von Wohnungseinbrüchen im Alb-Donau-Kreis

Ursachen und Prävention von Wohnungseinbrüchen im Alb-Donau-Kreis, insbes statistische Entwicklung und Vergleich mit ähnlichen Gebieten; erzielte Aufklärungsquote; entstandene Schadenshöhe; Bedeutung der Delikt erleichternden Autobahnnahe; Rolle organisierter Banden

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3454

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/3600

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis

Stellenwert des LEADER-Programms für ländlich geprägte Landkreise; bisherige und aktuell geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/3628

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des Alb-Donau-Kreises (Wahlkreis 65 Ehingen)

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Alb-Donau-Kreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf, Berücksichtigung

genereller oder regions- und ortsbezogener Bedarfsentwicklungen

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4275

Zunahme von Wohnungseinbrüchen und Eigentumsdelikten in den Herbst- und Wintermonaten im Alb-Donau-Kreis

Situation bei Wohnungseinbrüchen und Eigentumsdelikten im Alb-Donau-Kreis in den Herbst- und Wintermonaten im Vergleich mit anderen Kreisen sowie konkrete Gegenmaßnahmen und Bewertung der Polizeipräsenz

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/4546

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr
s. *Bodendenkmal*
Drs 15/4776

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeirevier in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiums in Ulm

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4842

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4858

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr
s. *LEADER*

Drs 15/4975

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5975

Auswirkungen und Umsetzung der Notdienstreform im Alb-Donau-Kreis

Umsetzung der Notdienstreform durch die Kassenärztliche Vereinigung BW im Alb-Donau-Kreis, insbes Auswirkungen auf Anfahrtswege für Patienten, Versorgung der Bevölkerung, Erreichbarkeit gebietsärztlicher Notdienste für Patienten aus dem ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/6210

Kleine Schulstandorte im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Schließung von Schulstandorten aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen in den nächsten Jahren; künftige Verwendung des Schulgebäudes der Gemeinde Altheim (Alb), Verbleib der dort unterrichtenden Lehrkräfte; Veränderung der Schülerströme im Gemeindeverwaltungsverband Langenau sowie im LKkreis

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/6221

Hausärztliche Versorgung im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der hausärztlichen Versorgungssituation im Alb-Donau-Kreis; Zahlen zu Praxisschließungen; Möglichkeiten zur Gewinnung von Ärzten

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6478

Wohnungseinbrüche im Alb-Donau-Kreis im Jahr 2014

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Alb-Donau-Kreis, Aufklärungsquote, Höhe der Sachschäden

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6600

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

Brückenbauwerke im Alb-Donau-Kreis

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke im Alb-Donau-Kreis, insbes Nutzungseinschränkungen beim Großraum- und/oder Schwerverkehr, geplante Maßnahmen zur

Instandhaltung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/7566

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKkreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/8091

Albershausen*Welche Entwicklungsperspektive hat der Schulstandort Albershausen?*

Schaffung einer Verbundschule aus Werkrealschule und Realschule durch die Einrichtung eines Realschulzugs in Albershausen; Gründe für die Ablehnung des im Schulverband Westliche Voralb „von unten“ gewünschten Realschulzugs; Frage nach einer Bevorzugung der Gemeinschaftsschule aus schulpolitischen Erwägungen

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2334

Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt*„GrunzMobil-Tour“ an Schulen - nachhaltige, ausgewogene Bildung?*

Sachstand zur Kampagne „GrunzMobil“ der „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ an verschiedenen Schulen des Landes und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes Beurteilung der Methoden der Informationsdarstellung der Kampagne sowie der Ziele dieser Stiftung

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/7585

Albstadt*Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis*

Sachstand zur Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis, insbes Verlagerung von Kapazitäten von Albstadt nach Balingen, Bedeutung des Krankenhausstandorts Sigmaringen

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6976

Albtal-Verkehrs-Gesellschaft*Qualität der bei der Albtal-Verkehrsgesellschaft mbH bestellten SPNV-Dienstleistungen des Landes*

Vereinbarungen des Landes mit der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG) zur Qualitätssicherung im Schienenpersonennahverkehr, insbes zur Pünktlichkeit und zur Anschlusssicherung; Pünktlichkeitswerte auf den Straßenbahnlinien und den reinen Eisenbahnlinien; Anpassung der

Anforderungen während der Bauarbeiten an der „Kombilösung“ in der Karlsruher Innenstadt; Absprachen mit der AVG über baustellenbedingte Fahrplanänderungen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3374

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth
Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggon durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4258

Bus- und Bahnverkehr auf gemeinsamer Trasse
Rechtliche Bedingungen zur Freigabe der Schienenanlage in Ettlingen auf der Trasse der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG) im Abschnitt zwischen Rastatter Straße und Wattkopfweg für den öffentlichen Busverkehr nach einer geeigneten Befestigung

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4397

Leistungsfähigkeit der Murgtalbahn
Sachstand zum Verkehrsangebot auf der Murgtalbahn nach der Streckenübernahme durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Güterverkehrstransporten, beabsichtigte Angebotsänderungen iRd Neuvergabe des SPNV-Angebots

KlAnfr
s. *Murgtalbahn*
Drs 15/7362

Zuschlag des Netzes 7 a/b - „Stadtbahn Karlsruhe“ - an die Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG)

Bisheriger Betreiber des Netzes 7a/b; aktueller und künftiger Preis pro Zugkilometer; im neuen Verkehrsvertrag vereinbarte Leistungen; Zusammenhang von Angebotshöhe und Bieter-Konkurrenz bei Vergaben im Schienenpersonennahverkehr

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/7923

Aleviten

s. *Islam*

ALG II

s. *Grundsicherung*

Alkohol

Rechtsfragen bei Jugendschutzeinsätzen in den Kommunen
Befugnisse von Polizei, Gemeindevollzugsdienst und privaten Sicherheitsdiensten für den Einzug von Alkoholika, Alkoholtests, Aufnahme und Weitergabe von persönlichen Daten differenziert nach den verschiedenen Altersgruppen von jungen Menschen; Rechtsgrundlagen für die Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten und des Jugendamts

KlAnfr
s. *Jugendschutz*
Drs 15/1713

Alkoholisches Getränk

s. *Alkohol*

Alkoholkonsum

Rechtsfragen bei Jugendschutzeinsätzen in den Kommunen
Befugnisse von Polizei, Gemeindevollzugsdienst und privaten Sicherheitsdiensten für den Einzug von Alkoholika, Alkoholtests, Aufnahme und Weitergabe von persönlichen Daten differenziert nach den verschiedenen Altersgruppen von jungen Menschen; Rechtsgrundlagen für die Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten und des Jugendamts

KlAnfr
s. *Jugendschutz*
Drs 15/1713

Drogenkonsum Jugendlicher in BW

Schlüsse aus dem Bericht zur Drogenaffinität Jugendlicher 2011; Bewertung der Entwicklung des Konsums von Alkohol, Cannabis u.a. legalen und illegalen Drogen im Vergleich zu anderen BLändern; Positionen zum Einsatz jugendlicher Testkäufer, zu einem generellen Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr sowie zur Forderung von Kommunen nach möglichen Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/1324

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2476

Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen und bei Volksfesten eindämmen

Runder Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“; Straftaten unter Alkoholeinfluss bei Volksfesten und auf öffentlichen Plätzen insbes bei Jugendlichen; Verbesserung der Frühintervention und des Jugendschutzes; Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen; Rechtsgrundlage für ein zeitlich und räumlich begrenztes Alkoholverbot

KlAnfr Georg Wacker CDU 10.04.2013 und Antw IM Drs 15/3324

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Spaßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion

mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KlAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/3610

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot, insbes Überprüfung von Kriminalitätsentwicklung, wirtschaftlichen Auswirkungen für die Verkaufsstellen (v.a. Tankstellen und Einzelhandel), alkoholbedingten Behandlungsfällen in Krankenhäusern sowie Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots für Verkaufsstellen

Mittlg LReg
s. *Alkoholverbot*
Drs 15/3666

Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5210-5223

Jugendherbergswesen in BW

Bestand der Jugendherbergen während der letzten zehn Jahre; Übernachtungsstatistik; Förderung der Jugendherbergen von Seiten des Landes und der Kommunen; Steuer- und Abgabebefreiung der Jugendherbergen; Abführung einer kommunalen Übernachtungssteuer („Bettensteuer“); Beschwerden über nicht satzungskonforme, der Gemeinnützigkeit widersprechende Aktivitäten und Angebote einzelner Jugendherbergen; Ansprache älterer Zielgruppen durch ein auf sie ausgerichtetes Seminar- und Tagungsangebot sowie durch das Angebot alkoholischer Getränke

Antr
s. *Jugendherberge*
Drs 15/5707

Schienenpersonennahverkehr während des Cannstatter Volksfests

Situation beim Schienenpersonennahverkehr auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe während des Cannstatter Volksfests 2014, insbes Auslastung, Angebot zusätzlicher Zugverbindungen, Probleme mit der Sauberkeit der Züge, Einsatz von Reinigungs- und Sicherheitspersonal, Überlegungen zu Verweigerung der Mitfahrt von betrunkenen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5868

Alkoholverkaufsverbot und Präventionsmaßnahmen

Sachstand zur Wirkung des Alkoholverkaufsverbots von 2010 und von Präventionsprogrammen gegen Alkoholmissbrauch

KlAnfr
s. *Alkoholverbot*
Drs 15/7457

„PartyPass“ in BW

Bisherige Erfahrungen mit dem „PartyPass“ für minderjährige Partygänger; Erhöhung seines Bekanntheitsgrads im Land; Unterstützung von Angeboten zur Alkoholprävention

KlAnfr
s. *Ausweis*
Drs 15/7641

500 Jahre deutsches Reinheitsgebot - Bier und Brauereiwirtschaft in BW

Entwicklung der Braustätten im Land, Zahl der Beschäftigten; Bierproduktion im Jahr 2015, Bierkonsum in den vergangenen fünf Jahren; Anteil baden-württembergischen Biers am Gesamtumsatz; Bedeutung und Zukunftsaussichten des Reinheitsgebots; Hopfenanbau in BW; Einfluss ausländischer und neuartiger Biere; Marktanteil alkoholfreier, alkoholreduzierter und mit Limonaden versetzter Biere; Förderung der Vermarktung von Bier durch das Land

Antr
s. *Bier*
Drs 15/7929

Alkoholkonsumverbot

s. *Alkoholverbot*

Alkoholverbot

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes

Ermächtigung der Ortpolizeibehörden zum Verbot des Konsums alkoholischer Getränke an örtlichen Brennpunkten durch Polizeiverordnung; Änderung des PolizeiGes

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/76

Drogenkonsum Jugendlicher in BW

Schlüsse aus dem Bericht zur Drogenaffinität Jugendlicher 2011; Bewertung der Entwicklung des Konsums von Alkohol, Cannabis u.a. legalen und illegalen Drogen im Vergleich zu anderen BLändern; Positionen zum Einsatz jugendlicher Testkäufer, zu einem generellen Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr sowie zur Forderung von Kommunen nach möglichen Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/1324

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2066

Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen und bei Volksfesten eindämmen

Runder Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“; Straftaten unter Alkoholeinfluss bei Volksfesten und auf öffentlichen Plätzen insbes bei Jugendlichen; Verbesserung der Frühintervention und des Jugendschutzes; Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen; Rechtsgrundlage für ein zeitlich und räumlich begrenztes Alkoholverbot

KlAnfr
s. *Alkoholkonsum*
Drs 15/3324

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot, insbes Überprüfung von Kriminalitätsentwicklung, wirtschaftlichen Auswirkungen für die Verkaufsstellen (v.a. Tankstellen und Einzelhandel), alkoholbedingten Behandlungsfällen in Krankenhäusern sowie Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots für Verkaufsstellen

Mittlg LReg 19.06.2013 Drs 15/3666
PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4369
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.09.2013 Drs 15/4056
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4755-4760

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr
s. *Promillegrenze*
Drs 15/4992

Alkoholverkaufsverbot und Präventionsmaßnahmen

Sachstand zur Wirkung des Alkoholverkaufsverbots von 2010 und von Präventionsprogrammen gegen Alkoholmissbrauch

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 30.09.2015 und Antw IM
Drs 15/7457

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Sicherung des Personalbestandes der Feuerwehren; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Feuerwehren; Verhinderung von Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots über Alkoholbringdienste und Warenautomaten; Anpassung einer Verweisung im Landeskatastrophenschutzgesetz

GesEntw
s. *Feuerwehr*

Drs 15/7613

Einforderung eines Alkoholverbots in den Sonderzügen zu den Spielen der Fußballbundesliga

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2055 2056

Alkoholverkaufsverbot

s. *Alkoholverbot*

Allee

100 verkehrssichere Alleen für BW

Nachpflanzungs-, Sanierungs- und verkehrstechnischer Absicherungsbedarf beim Bestand an Allee- und Straßenbäumen in BW

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 18.09.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5741
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 41 42
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Schutz der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe

Sachstand zum Denkmalschutz landschaftsprägender Alleen wie der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe

KlAnfr Johannes Stober SPD 01.10.2015 und Antw MLR
Drs 15/7468

Alleinerziehende

s. *Alleinerziehender*

Alleinerziehender

Frauen als Ernährerinnen

Anteil der o.g. Frauen im Vergleich zur traditionellen Rollenverteilung, zu den anderen BLändern und EU-Staaten; Darlegung der hauptsächlichen Berufe der Alleinverdienerinnen und der Bewertung in der Arbeitswelt, insbes der besonderen Belastung von alleinerziehenden Frauen; Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen und sozialen Situation der Familienernährerinnen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/686

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
s. *Armut*
Drs 15/2886

Armutsrisiko von Einelternfamilien und ihren Kindern

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1668-1675

Allensbach

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt (BA): A, B und E

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt: A, B und E, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7259

Allergie

Allergene Duftstoffe in Kosmetikprodukten

Ergebnisse der 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Risikoanalyse des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) zu allergenen Duftstoffen in Kosmetikprodukten (Opinion on fragrance allergens in cosmetic products, SCCS/1459/11); Existenzgefährdung der Naturkosmetik-Hersteller in BW durch die geplante Novellierung der EU-Kosmetikverordnung

KlAnfr
s. *Duftstoff*
Drs 15/3259

Ambrosia-Pflanze in BW

Herkunft und Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze in BW sowie ausgelöste Allergien; Maßnahmen und Programme von Land, Bund und Europäischer Union zur Eindämmung der Ausbreitung der Traubenkräuter

Antr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/3946

Allgäu

s.a. *Allgäubahn*

Dachmarke Allgäu

Gemeinsame Vermarktungsstrategie des württembergischen Allgäus mit den angrenzenden bayerischen LKreisen unter der regionalen Dachmarke Allgäu; Nutzung der Marke Allgäu nicht nur in der Freizeit- und Tourismusindustrie, sondern auch im Wirtschaftsbereich; Vermarktung des Allgäus als Wirtschaftsstandort im ländlichen Raum im Unterschied zu solchen in den Ballungsräumen; länderübergreifende Kooperation zur Förderung und Weiterentwicklung der Marke Allgäu

KlAnfr Paul Locherer CDU 25.09.2012 und Antw MFW Drs 15/2382

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2795

Allgäubahn

Allgäubahn

Status der Allgäubahn München-Lindau im aktuellen Bundesverkehrswegeplan und Investitionsrahmenplan; Stand der Planung für den Ausbau und die Elektrifizierung, Entwicklung bzw Höhe und Träger der zu erwartenden Kosten

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 31.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2592
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.02.2013 Drs 15/3245 S. 92-94
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2795

Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn

Mittelbereitstellung und Härtefallregelungen bei der Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn; Zeitplan und Förderung des Bahnhofsmo- dernisierungsprogramms entlang der Bahnstrecke Tannheim - Wangen

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3831

Elektrifizierung der Allgäubahn mit Bahnsteigmodernisierung

Sachstand zur Verzögerung der Elektrifizierung und Bahnsteigmodernisierung entlang der Allgäubahn Lindau-Memmingen aufgrund der Absenkung der Förderquoten im Landesgemein- deverkehrsfinanzierungsgesetz

MdlAnfr 1) Paul Locherer CDU 13.05.2015 Drs 15/6895
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7941 7942

Allgemeinarzt

s.a. *Allgemeinmedizin*

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwä- bisch Hall

Künftige ärztliche ambulante Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Verbesserungen durch das GKV- Versorgungsstrukturgesetz und Versorgungsdichte bei Hausärz- ten; Verhinderung von Ärztemangel durch die Kassenärztliche Vereinigung oder Krankenkassen; Einflussmöglichkeiten der regionalen Gesundheitskonferenz und Höhe der eingesetzten Landesmittel

KlAnfr
s. *Schwäbisch Hall, Landkreis*
Drs 15/2920

Ärzteausbildung in BW

Änderungsbedarf in der Ärzteausbildung im Hinblick auf den Ärztemangel im ländlichen Raum, insbes Zahlen und Zulas- sungskriterien zum Medizinstudium sowie Bedeutung der Lehre

und Praxis der allgemeinmedizinischen Ausbildung

Antr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 15/3108

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW anerkennen und sichern

Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW, insbes Aufgaben, aktuelle Herausforderungen, Auswirkung der aufgestockten Landesförderung, Beitrag zur Einbeziehung psychisch kranker Menschen in die Gemeinschaft, Behandlungserfolge durch Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken sowie Fach- und Hausärzten

Antr
s. *Sozialpsychiatrie*
Drs 15/3567

Qualifizierung ärztlichen Nachwuchses zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in BW

Entwicklung der Studentenzahlen in Humanmedizin und dem Bereich Allgemeinmedizin; Aufnahme einer hausärztlichen Tätigkeit nach Studienabschluss; Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin durch Einrichtung von Lehrstühlen an allen medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4569

Die hausärztliche und fachärztliche Versorgung im LKreis Esslingen

Gegenwärtiger Stand der Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten; Einschätzung der künftigen Entwicklung, insbes in den ländlichen Gebieten des Landkreises; Entwicklungstendenz von den Einzelpraxen hin zu Versorgungszentren

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4690

Arztzahlen in BW

Situation der ärztlichen Versorgung und Anzahl der niedergelassenen Haus- und Fachärzte in BW

Antr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/5254

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Hausarztversorgung im ländlichen Raum

Finanzielle Förderung der Anwerbung von Allgemeinmedizinern für die ärztliche Versorgung auf dem Land; Einflussnahme über die Ausgestaltung der Zulassung zum Medizinstudium

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/5501

Aufkauf von Arztsitzen in BW

Überführung der gesetzlichen Vorgaben zum Abbau ärztlicher Überversorgung durch den Aufkauf von Arztsitzen in eine Soll-Regelung; Anzahl der von der Kassenärztlichen Vereinigung BW aufzukaufenden Arztsitze; Maßgaben für den Aufkauf eines Arztsitzes; Entschädigung von Ärzten; Zahl der vom Aufkauf von Arztsitzen betroffenen Patienten; Verschärfung des Ärztemangels durch die Aufkaufpflicht

Antr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/5827

Ärztliche Versorgung im Ostalbkreis

Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im Ostalbkreis; Daten zu Kommunen und LKreisen zu bewilligten Förderanträgen iRd Förderprogramms „Landärzte“

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6230

Hausärztliche Versorgung im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der hausärztlichen Versorgungssituation im Alb-Donau-Kreis; Zahlen zu Praxisschließungen; Möglichkeiten zur Gewinnung von Ärzten

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6478

Ärztliche Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Situation der haus- und fachärztlichen Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis; Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6508

Ärztliche Versorgung im LKreis Sigmaringen

Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im LKreis Sigmaringen; Ausweisung von Kommunen als Fördergebiet iRd Förderprogramms „Landärzte“; Ausbaustand der Palliativ-Medizin

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6612

Versorgungsstrukturen für chronische Schmerzpatienten in BW

Zahl der unter andauernden Schmerzen leidenden Personen; Art der diesen Schmerzen zugrundeliegenden Grundkrankheiten; Krankheitstage oder verminderte Erwerbsfähigkeit aufgrund chronischer Schmerzen und Höhe des dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Schadens; Ausbau der ambulanten und stationären Schmerzzentren; Vernetzung und interdisziplinärer Dialog in der Schmerzversorgung; Versorgung chronischer Schmerzpatienten durch Hausärzte; Schmerzversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen und Hospizen

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 15/7615

Zulassungsverfahren zum Medizinstudium

Geplante Änderungen beim Zulassungsverfahren zum Medizinstudium; Anpassung des Auswahlverfahrens und sonstige Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherstellung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung; Anstrengungen zur Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin an den Hochschulen in BW seit 2014

Antr
s. Hochschulzulassung
Drs 15/7647

Weiterbildung für Hausärzte

Sachstand zur Situation des Hausärztemangels im niedergelassenen Bereich und zur Finanzierung von Weiterbildungen als Hausärzte für angehende Mediziner, insbes Einstellung der Unterstützung des Programmes „Verbundweiterbildung PLUS“ bei gleichzeitiger Einführung einer die Krankenhäuser belastenden „Weiterbildungsgebühr“ für Weiterbildungen zum Hausarzt

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 11.12.2015 und Antw SM
Drs 15/7868

Allgemeinbildende Schule*Netzwerkbetreuung an Schulen*

Organisation, Zeitaufwand und Finanzierung der Netzwerkbetreuung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, insbes Berechnung der Anrechnungsstunden für Lehrer als IT-Betreuer; Einsatz und Verwendungsarten von Schulnetzwerken

KlAnfr
s. Rechnernetz
Drs 15/3401

Fehlende Plätze an Musikschulen

Fehlbestand in BW und speziell im Schwarzwald-Baar-Kreis; Einsatz für einen nachfrageorientierten Ausbau des Musikschulangebots; stärkere Einbeziehung von Musikschulen an allgemeinbildenden Schulen; Förderung von Musikschulen im ländlichen Raum

KlAnfr
s. Musikschule
Drs 15/3513

Verortung von Sonderpädagogen im Zuge der Inklusion

Dienstrechtliche Verortung der Sonderpädagogen; Sicherstellung eines bedarfsorientierten Einsatzes sonderpädagogischer Lehrkräfte an den Regelschulen; Zusammenarbeit mit privaten Förderschulen; Auswirkungen auf die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Sicherung der Fortbildung und des fachlichen Austauschs

Antr
s. Sonderpädagogik
Drs 15/5066

Deutsch als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen

Unterstützung nach BW zugezogener schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ohne ausreichende Deutschsprachkenntnisse durch Sprachunterricht und allgemeine Sprachförderung, insbes Wirksamkeit und Förderung schulischer Angebote, Einsatz und Qualifizierung von Lehrkräften für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. Deutsch
Drs 15/5530

Gefährdet eine Verortung der Sonderschullehrkräfte an den Regelschulen die Qualität?

Rolle der Sonderschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Aufbau eines inklusiven Bildungssystems; dienstrechtliche Verortung von Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen; Sicherung der Fachkompetenz der an Gemeinschaftsschulen tätigen sonderpädagogischen Lehrkräfte; Erläuterung der Begriffe „Schulen mit sonderpädagogischer Fachrichtungsexpertise“ und „Einrichtung mit sonderpädagogischen Handlungsfeldern“

Antr
s. Sonderschullehrer
Drs 15/5590

Einführung des neuen Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“

Details und Inhalte zum neuen Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“, insbes Stundenumfang, Klassenstufen, Qualifikation der Lehrer und Praktiker aus Wirtschaft und Alltag, Abgrenzung zu anderen Fächern, Kooperation von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Antr
s. Unterrichtsfach
Drs 15/5629

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr
s. Inklusion
Drs 15/5642

Ist die Gemeinschaftsschule eine geeignete Inklusionsschule?

Festsetzung der Gemeinschaftsschule als Schwerpunktschule für Inklusion; aktueller Umfang des inklusiven Unterrichts an Gemeinschaftsschulen; Umfang des gemeinsamen Lernens in Lerngruppen; Einbeziehung von Schülern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in das selbstorganisierte Lernen; Anzahl der an den einzelnen Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Verortung der überhäufig an Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Rechtsanspruch auf Aufnahme an einer Gemeinschaftsschule; Ausarbeitung und Umsetzung des inklusiven Bildungsangebots

Antr
s. Inklusion
Drs 15/5643

Beratende Äußerung „Unterstützungsleistungen für Schulleitungen“

Untersuchung des Landesrechnungshofs zur aktuellen Situation bei den schulischen Managementaufgaben unter Auswertung einer Online-Umfrage zu den Unterstützungsleistungen für Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen

Mittlg RH

s. Schulleiter
Drs 15/5730

Verankerung der Themen Klimaschutz und Erreichung des 2-Grad-Ziels in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen

Berücksichtigung des Klimaschutzgesetzes des Landes in den Bildungsplänen; Forderung nach einer verbindlichen Beschäftigung mit den Themenbereichen Klimawandel und Klimaschutz im Unterricht

Antr
s. Bildungsplan
Drs 15/7801

Allgemeinbildendes Gymnasium

s. Gymnasium

Allgemeinbildendes Schulwesen

s. Allgemeinbildende Schule

Allgemeine Ausführungsverordnung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur LBO

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der §§ 4 und 8 der Allgemeinen Ausführungsverordnung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Landesbauordnung in der Fassung vom 25. Januar 2012

GesEntw
s. Landesbauordnung für Baden-Württemberg
Drs 15/5294

Allgemeine Ortskrankenkasse

Strukturelle Unterschiede bei der Finanzierung des Rettungswesens im Bundesvergleich und die Folgen

Unterschiede in der Höhe der Kosten pro Versicherten für Rettungseinsätze und Notärzte in den Bundesländern; Qualität des Rettungsdienstes in BW; Verbesserungspotenzial; Einberechnung des Einsatzes von Ehrenamtlichen im Rettungsdienst bei der Ermittlung der Kosten; Einführung der Ausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Finanzierung und Durchführung dieser Ausbildung

Antr
s. Rettungswesen
Drs 15/4369

Allgemeiner Arbeitsmarkt

s. Arbeitsmarkt

Allgemeiner Studentenausschuss

s. Studentenvertretung

Allgemeines Entlastungskontingent

s. Stundenpool

Allgemeines Persönlichkeitsrecht

s. Persönlichkeitsrecht

Allgemeinmedizin

s.a. Allgemeinarzt

Qualifizierung ärztlichen Nachwuchses zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in BW

Entwicklung der Studentenzahlen in Humanmedizin und dem Bereich Allgemeinmedizin; Aufnahme einer hausärztlichen Tätigkeit nach Studienabschluss; Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin durch Einrichtung von Lehrstühlen an allen medizinischen Fakultäten

Antr
s. Ärztliche Versorgung
Drs 15/4569

Zulassungsverfahren zum Medizinstudium

Geplante Änderungen beim Zulassungsverfahren zum Medizinstudium; Anpassung des Auswahlverfahrens und sonstige Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherstellung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung; Anstrengungen zur Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin an den Hochschulen in BW seit 2014

Antr
s. Hochschulzulassung
Drs 15/7647

Allgemeinmediziner

s. Allgemeinarzt

Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg

Fachkräfteallianz BW

Sachstand zur Arbeit der Allianz für Fachkräfte in BW, insbes. Organisation, Arbeitsprogramm, Ergebnisse, Finanzierung und Mittelverwendung

Antr Claus Paal u.a. CDU 24.04.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6792
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 9 10
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Alltagskompetenz

s. Kompetenz

Alpen

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/7397

Alpenquerender Transitverkehr

s. Alpen transit

Alpen transit

Der Gotthard-Basistunnel und seine erhofften (und befürchteten?) Rückwirkungen auf BW

Statistiken zum alpenquerenden Schienengüterverkehrsaufkommen und erwartete Veränderungen nach Fertigstellung des

Gotthard-Basistunnels; geplante Baumaßnahmen entlang der baden-württembergischen Zulaufstrecken zum Gotthard; wirtschaftliche, verkehrliche und ökologische Auswirkungen des Gotthard-Basistunnels auf BW

Antr
s. *Tunnel*
Drs 15/4542

Alpentransitverkehr

s. *Alpentransit*

Alsace

s. *Elsass*

Alstom

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. *Unternehmensübernahme*
Drs 15/5208

Altauto

s. *Altfahrzeug*

Altbau

Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in BW (Erneuerbare-Wärme-Gesetz - EWärmeG)

Redaktionelle Anpassung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes durch Bereinigung von Vorgaben für den Neubaubereich aufgrund der Regelungen durch das Bundesgesetz; Weiterentwicklung der Regelungen für den Alt- und Bestandsbaubereich, insbes Erhöhung des Pflichtanteils an erneuerbarer Energie von 10 auf 15 %, Technologieoffenheit und größere Wahl- und Kombinationsmöglichkeit in den genutzten Technologien, Öffnungsklausel für neue Technologien, Einbeziehung von privaten und öffentlichen Nichtwohngebäuden, gebäudeindividuelles Sanierungskonzept

GesEntw
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/6236

Altdorf

Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen

Verkehrsbelastung, Stauzeiten, Lärm- und Feinstaubbelastung der Anwohner im o.g. Bereich; Höhe des jährlichen volkswirtschaftlichen Schadens; Stand der Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau, angemeldete Priorisierung beim Bund; Maßnahmen zur Ermöglichung eines schnellen Ausbaus, ggfls Bereitstellung finanzieller Mittel

KIAufr
s. *Bundesstraße 464*
Drs 15/1436

Altenpflege

s. *Pflege*

Altenpflegeausbildung

s. *Pflegeausbildung*

Altenpflegeheim

s. *Pflegeheim*

Altenpfleger

s. *Pflegepersonal*

Altenpflegeschule

Zertifizierung von staatlichen Altenpflegeschulen durch die Agentur für Arbeit

Gleichmäßige Berücksichtigung aller Altenpflegeschulen in Trägerschaft der LKreise durch die Agentur für Arbeit bei der Zertifizierung für Weiterbildungsmaßnahmen

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 25.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3289

Altenpolitik

Seniorenpolitik in BW

Sachstand zur Seniorenpolitik in BW, insbes Statistik zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen und ehrenamtlicher Tätigkeit, Maßnahmen zur Unterstützung von Senioren in der Alltagsgestaltung sowie Ermöglichung einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Antr Werner Raab u.a. CDU 12.03.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6602 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 59-61
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Alter Mensch

s.a. *Alterssicherung*
s.a. *Betreutes Wohnen*
s.a. *Geriatric*
s.a. *Pflegebedürftigkeit*
s.a. *Pflegeheim*

Integration und Demografie

Anteil, Altersdurchschnitt und Geschlecht von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an einem Altersjahrgang zwischen 2005 und 2010; Vergleich der demografischen Effekte bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund; Entwicklung von Konzepten gegen die Vereinzelung von Migranten im Ruhestand und zur Erreichung von älteren Migranten mit sozialen Hilfsangeboten

Antr
s. *Demografie*
Drs 15/278

20 Jahre Jahreszeitakademien am Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm
Strukturen, Aufgaben, Aktivitäten, personelle und finanzielle Ausstattung des ZAWiW; Zahl der studierenden Senioren; Nutzung und Übertragung der Erfahrungen auch auf andere Universitäten und darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Fachverbänden und landesweiten Organisationen

KlAnfr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/445

Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund

Bewertung der Versorgungssituation und besonderen Bedürfnisse der o.g. Menschen, entsprechende Vorbereitung der ambulanten und stationären Pflegekräfte; Unterstützung der interkulturellen Öffnung von Pflegeheimen und -diensten sowie deren Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/888

Künftige Wohnungspolitik

Einschätzung des Bedarfs an Neubauwohnungen in Großräumen und Universitätsstädten sowie von seniorengerechten Wohnungen

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Haushalt 2012; Epl 09

Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen für ältere Menschen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-9 S. 42 43
ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-20 S. 62 63
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-6 S. 10 11
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 in BW

Erwartete Impulse und Veränderungen durch das o.g. Europäische Jahr, eigene Aktivitäten und Fördermöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Europäisches Jahr*
Drs 15/1161

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1569

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums als Wohnort, u.a. durch Programme zur Dorfentwicklung und Dorferneuerung, durch die Nahversorgung im Einzelhandel und Weiterent-

wicklung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Senioren (Seniorenräte)

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Refinanzierung der Investitionskosten in Altenpflegeeinrichtungen

Darlegung des Handlungsbedarfs aus den Urteilen des Bundessozialgerichts vom 08.09.2011 für die Landes- und Bundesebene, Schaffung von Rechtssicherheit für die Heimträger und Heimbewohner, Positionierung bei der Umsetzung von notwendigen Änderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2216

Fahrgastinformationssysteme: Berücksichtigung der Interessen von Älteren und Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Art der eingesetzten Fahrgastinformationssysteme; Berücksichtigung der Bedürfnisse von behinderten und alten Menschen bei den bestehenden Informationssystemen sowie dem sich in der Testphase befindlichen System RUBIK für den regionalen Busverkehr; Kosten einer flächendeckenden Einführung eines Fahrgastinformationssystems im ländlichen Raum; zuständige öffentliche Träger

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/2698

Suizid im Alter

Zahlen und Ursachen für Suizide bei älteren Menschen; Maßnahmen und Strategien einer effektiveren Suizidprävention im Alter, u.a. Beratung und Information für betroffene Bevölkerungsgruppen und ihrer Angehörigen sowie altersbezogener Dienstleistungserbringer über Gefahren und Probleme von Alterssuiziden, Umsetzung der Forderungen aus dem „Europäischen Pakt für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr
s. *Suizid*
Drs 15/3493

Ehrenamt

Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit in BW; im „sozialen Ehrenamt“ tätige Vereine, Verbände und Organisationen und ihre Förderung durch das Land; Arbeit des Landesseniorenrats für das Ehrenamt; Gewinnung von Senioren für die ehrenamtliche Betätigung; Information der Bürger über die vorhandenen Möglichkeiten und Projekte; finanzielle Förderung der vom Landesseniorenrat herausgegebenen Zeitschrift „im blick“

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/3854

Sucht im Alter

Zahlen, Fakten und Forschungsergebnisse zu Sucht und Suchtverhalten im Alter; Forschungsvorhaben, Maßnahmen und Strategien der LReg zu Therapie und Prävention von Sucht im Alter

Antr
s. *Sucht*
Drs 15/3922

Geriatrische Rehabilitation in BW

Nachfrage nach geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen; Wirksamkeit geriatrischer Leistungen im Hinblick auf den Eintritt der Pflegebedürftigkeit alter Menschen; Angebote in stationärer, ambulanter und mobiler Form; Stand der Kostenübernahme durch die Krankenkassen; Zweckdienlichkeit der geriatrischen Versorgungsstrukturen; Verknüpfung der medizinischen Versorgung älterer Menschen mit den Pflegestrukturen; Beteiligung der Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 15/4614

Seniorinnen und Senioren im Justizvollzug in BW

Strafvollzug für Straftäter im Seniorenalter; Unterbringung älterer Strafgefangener; Anpassung der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten; spezielle Betreuungs- und Eingliederungsprogramme

Antr
s. *Strafvollzug*
Drs 15/4689

Palliativversorgung in BW auch in der Geriatrie stärken

Zahl der in palliativmedizinischer Behandlung befindlichen Personen; tatsächlicher Bedarf und Versorgungsdichte; palliativmedizinische Versorgung multimorbider geriatrischer Patienten insbes in Einrichtung der stationären Pflege; Förderung einer Verbesserung der palliativen Versorgung; Erwerb von Grundkompetenzen in der Palliativbetreuung durch alle im Gesundheitswesen tätigen Personen

Antr
s. *Palliativmedizin*
Drs 15/5668

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegesschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegesschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/6095

Situation der Pflegeeinrichtungen im Kreis Göppingen

Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen im LKreis; Auslastung der Einrichtungen; Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen; Angebot an Ausbildungsplätzen für Altenpfleger, Pflegehilfskräfte oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen; Angebote für eine Ausbildung in Teilzeit; Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen; Wegfall von Pflegeheimplätzen aufgrund der gesetzlichen Forderung von Einzelzimmern

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6233

Seniorenpolitik in BW

Sachstand zur Seniorenpolitik in BW, insbes Statistik zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen und ehrenamtlicher Tätigkeit, Maßnahmen zur Unterstützung von Senioren in der

Alltagsgestaltung sowie Ermöglichung einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Antr
s. *Altenpolitik*
Drs 15/6602

Situation der Pflegeeinrichtung im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Main-Tauber-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6646

Wohnberatungsstellen

Sachstand zur Arbeit von Wohnberatungsstellen für ältere und behinderte Menschen, insbes Angebot, Trägerschaft und Beratungsgebühr

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/6784

Situation der Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6935

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7063

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Konstanz

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Konstanz, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7185

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Karlsruhe

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Karlsruhe, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7565

Pflegeangebote für gehörlose Senioren

Sachstand zur Bewertung bisheriger Pflegeangebote für gehörlose Senioren und erwarteten künftigen Bedarf

Antr
s. *Gehörloser*
Drs 15/7582

Vorsorge und Gesundheit im Alter

Sachstand zur Früherkennung von Alterskrankheiten und Maßnahmen im Bereich der medizinischen Vorsorge zur Vermeidung einer vorzeitigen Alterung, insbes effektive Ursachenbekämpfung von multimorbiden Erkrankungen im Alter, regelmäßige Untersuchung der Stoffwechselfaktoren eines Menschen, Erstellung eines Neurostressprofils zur Erkennung von Tendenzen zu einem Burn-out

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 15/7875

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/8084

Herausforderungen der zunehmenden Alterung der Gesellschaft für die Politik

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Verabschiedung vom Jugendkult, Rückkehr zur Wertschätzung des Alters auch in der Arbeitswelt

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 50

Zunahme der Zahl von immer älteren und chronisch kranken Menschen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025-1030

Gestaltung der Arbeitsplätze für den schrittweisen Übergang zum Renteneintrittsalter mit 67 Jahren

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1430

Alternative Energie

s. *Erneuerbare Energie*

Alternative Streitbeilegung

s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

Altersarmut

s. *Armut*

Altersbegrenzung

s. *Altersgrenze*

Altersdemenz

s. *Demenz*

Alterserkrankung

s. *Alterskrankheit*

Altersgliederung

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Personalentwicklung an Polizeirevierern im Stadt- und LKreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeirevierern und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5793

Altersgrenze

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 5: Einstellung und Versetzung von Beamten nach Vollendung des 40. Lebensjahres

s. *Beamter*
Drs 15/234

Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für BW

Herabsetzung des Mindestalters zur Erlangung eines Jugendfischereischeins

GesEntw
s. *Fischerei*
Drs 15/855

Facebook-Partys

Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2066

Jugendliche in der Kommunalpolitik in BW

Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Anteils der Erstwahlberechtigten bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seit 2002; Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von Jugendlichen an der Kommunalpolitik; Frage nach den vorgesehenen Änderungen bei der bevorstehenden Reform des Kommunalwahlrechts, u.a. Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 oder auf Antrag auf 14 Jahre

Antr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/2279

Problematik von Laserspielhallen

Zahl der Laserspielhallen in baden-württembergischen Gemeinden; Art der angebotenen Spiele; Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche; Altersbeschränkung; Handlungsspielraum der Kommunen bei der Genehmigung von Laserhallen und ähnlichen Einrichtungen

Antr
s. *Spiel*
Drs 15/3198

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Ist der von Kultusminister Stoch dargestellte Kompromiss nicht in Wirklichkeit eine Verschlechterung für die Lehrerinnen und Lehrer?

Hintergründe und Auswirkungen der Entscheidung zur Verschiebung von Altersermäßigung und Pensionsgrenze für die Lehrer Baden-Württembergs

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/4409

Einführung der flexiblen Altersgrenze im öffentlichen Dienst in BW

Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit bis zum 70. Lebensjahr; Anpassung des Landesbeamtengesetzes; Verkündung einer Vorgriffsregelung im Jahr 2014

KlAnfr Karl-Wilhelm Röhm CDU 22.09.2014 und Antw IM
Drs 15/5754

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/6893

Kinder- und Jugendschutz in BW bei sogenannten Lasertagspielen gewährleisten

Sachstand zu Angebot und Kontrolle von sogenannten Lasertagspielen für Kinder und Jugendliche in BW, insbes Angebote und deren Altersgrenzen, zuständige Behörden für Prüfung des Kinder- und Jugendschutzes sowie für Anordnung von Auflagen und Verboten

Antr
s. *Spiel*
Drs 15/7545

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Ermöglichung der freiwilligen Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres; Rückführung der besonderen Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für die Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte durch die wirkungsgleiche Übertragung entsprechender Regelungen für Tarifbeschäftigte; weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts bei Regelungen zu den Bildungsvoraussetzungen für den mittleren Dienst sowie durch Anrechnung von Zeiten in Freiwilligendiensten auf die Probezeit

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Gestaltung der Arbeitsplätze für den schrittweisen Übergang zum Renteneintrittsalter mit 67 Jahren

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1430

Altershilfe für Landwirte

s. *Alterssicherung der Landwirte*

Alterskrankheit*Vorsorge und Gesundheit im Alter*

Sachstand zur Früherkennung von Alterskrankheiten und Maßnahmen im Bereich der medizinischen Vorsorge zur Vermeidung einer vorzeitigen Alterung, insbes effektive Ursachenbekämpfung von multimorbiden Erkrankungen im Alter, regelmäßige Untersuchung der Stoffwechselfaktoren eines Menschen, Erstellung eines Neurostressprofils zur Erkennung von Tendenzen zu einem Burn-out

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 15/7875

Altersmedizin

s. *Geriatric*

Alterspräsident

s. *Traub, Karl MdL CDU*

Alterssicherung

s.a. *Beamtenversorgung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 21: Sonderausgabenabzug für Aufwendungen zur Basisversorgung

Mittlg LReg

s. *Steuerentlastung*

Drs 15/135

Vergleich Rente und Ruhegehalt

Zu beachtende Faktoren bei einem Vergleich der beiden Alterssicherungssysteme, Höhe der Nettorente in vergleichbaren Fällen im direkten Vergleich zur Beamtenpension

Antr Manfred Groh u.a. CDU 22.07.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/332

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 10

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Alterssicherungssysteme im Vergleich

Vergleich der Alterssicherung von Pensionären mit der ehemaligen Angestellten des Landes in Ergänzung der Stellungnahme auf Drs 15/332 unter Zugrundelegung derselben Fallgestaltungen, Verfahren und Berechnungsweisen; Zahl von Beschäftigten und Bereiche in der Privatwirtschaft mit und ohne zusätzliche betriebliche Alterssicherung; Frage nach einer wirkungsgleichen Übertragung der Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung auf das Versorgungsrecht seit 2000

Antr FDP/DVP 20.09.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/526 (32 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 10

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Regierungsbefragung

Bundratsinitiative: Entwurf eines Gesetzes zur Klarstellung der Auskunftserteilung zur Altersvorsorge durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1593-1596

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Weißbuch Pensionen und Renten

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1456

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw

s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*

Drs 15/1719

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Auswirkungen der Einführung o.g. Vorfälligkeit mit dem Rentenentlastungsgesetz ab 2006, Bewertung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands bei den Arbeitgebern und Sozialversicherungsträgern sowie des Liquiditätsentzugs bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel II und III; Anmahnung von Reformmaßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen sowie einer Aufhebung des Rentenentlastungsgesetzes

Antr

s. *Versicherungsbeitrag*

Drs 15/1792

Anerkennung des Ehrenamts bei der Feuerwehr

Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren, insbes Werbung für das Ehrenamt, zusätzliche - über das Feuerwehrgesetz hinausgehende - Leistungen für Mitglieder, Einführung einer Feuerwehrrente

KlAnfr

s. *Feuerwehr*

Drs 15/3213

Das Berufsbild des Lehrers bleibt in BW attraktiv

Besoldung verbeamteter Lehrkräfte in BW im Vergleich zu Beschäftigten einer vergleichbaren Tarifstufe und zu Lehrern in anderen Bundesländern; Pensionsniveau verbeamteter Lehrer im Vergleich zu Tarifbeschäftigten; Wechsel verbeamteter Lehrkräfte in das Angestelltenverhältnis; Vorzüge des Beamtenverhältnisses gegenüber einer Anstellung in der freien Wirtschaft; Übernahme der Lehrkräfte nach Ausbildungsabschluss in den Schuldienst

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/3782

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflicht-

aufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw

s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*

Drs 15/5166

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 19 - Umgang der Steuerverwaltung mit Rentenbezugsmittelungen (Kap 1201)

Mittlg RH

s. *Finanzverwaltung*

Drs 15/5419

Anpassung des Vorsorgebeitrags der Abgeordneten nach der Entwicklung der Rentenversicherungsbeiträge

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 217-219

Armutsrisiko von Frauen im Alter durch die schlechtere Bezahlung ihrer Arbeit im Vergleich zu Männern; Anerkennung von Pflegeleistungen bei der Rente

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1532-1534 1538

Alterssicherung der Landwirte

Zukunft der landwirtschaftlichen Alterssicherung

Zukunft der eigenständigen Alterssicherung der Landwirte nach einer gesetzlichen Neugestaltung durch die Bundesregierung, insbes Auswirkungen einer vollständigen Abschaffung der sogenannten Hofabgabeklausel

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 28.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5001

Alterssozialpolitik

s. *Altenpolitik*

Altersstruktur

s. *Altersgliederung*

Altersversorgung

s. *Alterssicherung*

Altersvorsorge

s. *Alterssicherung*

Altfahrzeug

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie*

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5572

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7960

Altheim (Alb)

Kleine Schulstandorte im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Schließung von Schulstandorten aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen in den nächsten Jahren; künftige Verwendung des Schulgebäudes der Gemeinde Altheim (Alb), Verbleib der dort unterrichtenden Lehrkräfte; Veränderung der Schülerströme im Gemeindeverwaltungsverband Langenau sowie im LKreis

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/6221

Althütte

Sanierung und Ausbau der Landesstraße (L) 1120 zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg

Sachstand zu Gefahrensituation und Ausbauzustand der Landesstraße 1120 im Streckenabschnitt zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg, insbes Unfallstatistik, Verkehrsaufkommensprognose, Sanierungsbedürftigkeit

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/7904

Altkleider

s. *Alttextilien*

Altlastensanierung

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 17: Behandlung kommunaler Altlasten am Beispiel ehemaliger Gaswerkstandorte

Mittlg LReg 21.03.2012 Drs 15/1475

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1639

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Novellierung der Förderrichtlinie Altlasten

Ziele der Novellierung der Förderrichtlinie Altlasten, insbes geplante Streichung von Abschnitt III „Nichtkommunale Altlasten“ und Konsequenzen für die Kommunen; bisheriger Ausgabenumfang des Landes für nichtkommunale Altlasten

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 12.03.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4918

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.05.2014 Drs 15/5374 S. 5-7

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Begrüßung der Mittelaufstockung für den Altlastenfonds

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1332 1338 1341 1345

Altmaterial

s. *Wertstoff*

Altmittel

s. *Schrott*

Altpapier

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlümmen im nordbayerischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlümmen; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr

s. *Bodenbelastung*

Drs 15/5575

Altpeter, Katrin MdL SPD

Berufung und Vereidigung von Katrin Altpeter zur/als Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

s. *Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren*

PIPr 15/3 S. 15

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4803

Altreifen

Altreifenrecycling in BW

Gesetzliche Regelung der Entsorgung von Altreifen; Förderung einer Verwertung von Altreifen

KlAnfr

s. *Recycling*

Drs 15/5669

Altstoff (Abfall)

s. *Wertstoff*

Alttextilien

Probleme mit der Aufstellung illegaler Altkleidercontainer

Umfang und Umgang mit der illegalen Aufstellung von Altkleidercontainern in den Gemeinden nach der durch die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes geänderten Rechtslage; Genehmigungsverfahren für von Vereinen, Verbänden und Betrieben legal aufgestellte Altkleidercontainer; Einführung unmissverständlicher Kennzeichnungen an Altkleidercontainern; wirtschaftliche und ökologische Weiterverwertung der gesammelten Altkleider

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 22.05.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3532 (10 S.)

Geltende Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Bezug auf die Praxis der kommunalen Altkleidersammlungen in BW

Umsetzung der Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes bei kommunalen Altkleidersammlungen in BW, insbes Andienungspflicht, Verkauf an den Meistbietenden, Konkurrenz zwischen gemeinnützigen Sammlungen und öffentlich-rechtlichen Entsorgern

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 20.11.2014 und Antw UM Drs 15/6154

Altwiesloch, Ortsteil

s. *Wiesloch*

Alzheimer-Krankheit

s. *Demenz*

Amateurtheater

s. *Theater*

Ambulante Behandlung

Krankenhausstruktur im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 15/2783

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Künftige ärztliche ambulante Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Verbesserungen durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und Versorgungsdichte bei Hausärzten; Verhinderung von Ärztemangel durch die Kassenärztliche Vereinigung oder Krankenkassen; Einflussmöglichkeiten der regionalen Gesundheitskonferenz und Höhe der eingesetzten Landesmittel

KlAnfr

s. *Schwäbisch Hall, Landkreis*

Drs 15/2920

Entwicklung der Beschäftigungssituation an den baden-württembergischen Universitätsklinika

Zahlen und Entwicklung der Beschäftigungssituation an den Universitätskliniken, insbes Budgetkürzung an der Universitätsklinik Freiburg und deren Konsequenzen für die Beschäftigten; Anteil der Universitätsklinika an der ambulanten Versorgung und der akademischen Weiterbildung; Übernahme der durch die studentische Ausbildung bedingten Verzögerungskosten durch das Ministerium

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/3134

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich; Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Krankenhäuser und Arztpraxen; Versorgungsgrad an Haus- und Fachärzten; Praxisschließungen in den Jahren 2009 bis 2013; Situation der Notfallversorgung

KlAnfr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/3784

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 14.08.2013 und Antw MWK Drs 15/3944

Delegation und Kooperation zwischen stationärem und ambulante Sektor im Gesundheitswesen

Bewertung von Finanzierungsmodellen für vor- oder nachstationäre Leistungserbringer sowie Programmen zur Qualitätssteigerung

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 15/4383

Badeärzte in BW

Zahl und Altersstruktur der Badeärzte; künftiger Bedarf an Badeärzten; Erleichterung des Erwerbs der Zusatzqualifikation „Badearzt“ für niedergelassene Ärzte; Funktion ambulanter Vorsorgeleistungen für die allgemeine Gesundheitsvorsorge; Maßnahmen zur Förderung der Kur- und Heilbäder im Land

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/7835

Ambulante Palliativversorgung

s. *Sterbebegleitung*

Ambulante Pflege

s. *Häusliche Pflege*

Ambulante Sterbebegleitung

s. *Sterbebegleitung*

Ambulanter Pflegedienst

s. *Pflegedienst*

AMG

s. *Arzneimittelgesetz*

AMIF

s. *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds*

AMK

s. *Agrarministerkonferenz*

Amnestie

Amnestie im Zusammenhang mit der Stuttgart 21-Demonstration am „Schwarzen Donnerstag“

Zahl der gegen Demonstranten sowie gegen Polizeibeamte eingeleiteten Strafverfahren; Stand dieser Verfahren; Vorschlag einer generellen Amnestie für alle im Zusammenhang mit der Demonstration und dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten begangenen Straftaten; Vereinbarkeit einer Amnestie mit dem Legalitätsprinzip; Auswirkungen auf künftige Polizeieinsätze bei Demonstrationen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3323

Amok

s. *Amoklauf*

Amoklauf

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“, Siebtes Handlungsfeld: Vorgezogene Evaluierung zur Umsetzung des neuen Waffenrechts im Land

Mittlg LReg
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/517

Vollzug des Staatshaushaltsplans für 2012; hier: Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Antr LReg
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/1625

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbes Stellenerhöhung und Qualifizierungskonzept für Beratungslehrkräfte, Gewaltpräventionsberater und Schulpsychologen, Einrichtung des „Schulpsychologischen Kompetenzzentrums“, Ausbau des Anti-Gewalt-Programms nach Dan Olweus an den Schulen

Antr
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/1946

Weshalb funktionierte das Amok-Warnsystem „Pager“ nicht?

Ausstattung von Schulen in BW mit Pagern als Amokwarnsystem und Einsatz der neuen Alarmierungsinfrastruktur, insbes nicht ausgelöster Alarm bei einem Amokverdacht am 12. Februar 2014 in Ostfildern

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 07.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4906

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsycho-

logen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Amoktat

s. *Amoklauf*

Ampel

s. *Verkehrssampel*

Amphibie

Schutzmaßnahmen an Landesstraßen

Übersicht über geplante Schutzmaßnahmen (Amphibienschutz, Lärmschutz etc.) an Landesstraßen; Kriterien für diese Schutzmaßnahmen; Koordinierung der Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen; Verhältnismäßigkeit der Kosten für Schutz- und Straßenbaumaßnahmen; Rechtsvorschriften; Initiierung von Schutzmaßnahmen an Landesstraßen; Steigerung der Anzahl der Maßnahmen durch eine Absenkung baulicher Standards

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4665

Amstetten

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5975

Amtlicher Vordruck

s. *Formular*

Amtsbetriebsprüfung

s. *Außenprüfung*

Amtsbezeichnung

s.a. *Professor*

Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz - KIT-WG)

Weiterentwicklung der Selbstständigkeit des KIT, Überleitung des Personals und Übertragung des Vermögens auf das KIT; Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, der Leistungsbezügeverordnung und der Grundamtsbezeichnungsverordnung

GesEntw
s. *Karlsruher Institut für Technologie*
Drs 15/1495

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes BW und anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Änderung der Anlage 2 der Grundamtsbezeichnungsverordnung in der Fassung vom 11. Januar 2013

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5933

Amtsblatt

s.a. *Presse*
s.a. *Veröffentlichung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/69

Amtseid

s. *Eid*

Amtsgeheimnis

s.a. *Auskunfterteilung*
s.a. *Berufsgeheimnis*
s.a. *Datenschutz*
s.a. *Schweigepflicht*
s.a. *Verschlusssache*

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg

Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr
s. *Schweigepflicht*
Drs 15/4815

Amtsgericht

s.a. *Grundbuchamt*

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 15/1771

Plant die LReg eine Schwächung bewährter Justizstrukturen, des Ehrenamts und des ländlichen Raums durch Zentralisierung der Vereinsregister?

Ziel der geplanten Änderungen bei der Organisation der Vereinsregister, davon betroffene Gerichte; Höhe der erwarteten Einsparungen; Gewährleistung einer bürgernahen Justiz im ländlichen Raum; Beratungsfunktion der Amtsgerichte gegenüber ehrenamtlich engagierten Bürgern

Antr
s. Vereinsregister
Drs 15/2770

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 9 - Länderübergreifende Justizprüfung Ermittlungsverfahren bei Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldverfahren bei Amtsgerichten (Kap 0503)

Mittlg RH
s. Personalkosten
Drs 15/3809

Erledigungsstau an Amtsgerichten in BW

Erledigungsstau und Nichteinhaltung von Verfahrensterminen an Amtsgerichten in BW, insbes an den Amtsgerichten der Landgerichtsbezirke Ellwangen und Heilbronn

MdlAnfr 7) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 18.07.2014
Drs 15/5396
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6334 6335

Zukunft der vom Land angemieteten Liegenschaften im Umfeld der Karlsruher Kaiserstraße

Laufzeit der bestehenden Mietverträge; Mietflächen und Miethöhe; zu erwartende Mieterhöhungen im Zuge der Fertigstellung des Straßenbahntunnels unter der Kaiserstraße (Kombilösung Karlsruhe); Prüfung einer Verlagerung der im Bereich der Kaiserstraße gelegenen Landeseinrichtungen

KlAnfr
s. Dienstgebäude
Drs 15/7947

Amtshilfe

2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“)

Leistung von Amtshilfe bei der Beweiserhebung auf Ersuchen des o.g. Untersuchungsausschusses

MdlAnfr
s. Untersuchungsausschuss
Drs 15/1734

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM

Antr
s. Polizei
Drs 15/2233

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/6764

Amtspflichtverletzung

s. Dienstvergehen

Amtssitz

s. Behördenstandort

Amtsträger

Werbung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart für einen kommerziellen Finanzdienstleister

Zulässiger Rahmen des Engagements für die Interessen und das Geschäftssegment eines Unternehmens; Aufschluss über die dem Oberbürgermeister aus diesem Engagement erwachsenen materiellen und immateriellen Vorteile; Stellungnahme der Aufsichtsbehörde; Prospekthaftungsansprüche und andere Schadensansprüche enttäuschter Verbraucher; Stellung des Unternehmens ECOeffect auf dem Markt des „nachhaltigen Investments“; Beziehungen des Unternehmens zu Mitgliedern der LReg; wettbewerbliche Benachteiligung anderer Finanzanlagendienstleister

KlAnfr
s. Bürgermeister
Drs 15/4146

Amtzell

Finanzielle Förderung der erforderlichen Anpassung von Räumlichkeiten an der Gemeinschaftsschule Amtzell

Finanzielle Förderung der Gemeinde Amtzell für erforderliche Umbauarbeiten der Gemeinschaftsschule, insbes Anpassung der Schulbauförderung zur möglichen späteren Umsetzung notwendiger Baumaßnahmen

MdlAnfr
s. Schulgebäude
Drs 15/3608

Amyotrophe Lateralsklerose

Versorgungssituation von Menschen mit Amyotropher Lateralsklerose (ALS) in BW

Sachstand zu Angeboten und Leistungen für Menschen mit Amyotropher Lateralsklerose, insbes Selbsthilfestrukturen, Verbesserungsmöglichkeiten in Pflegeheimen und Hospizen, Initiierung von Modellprojekten

KlAnfr
s. Neurologische Erkrankung
Drs 15/6885

Analphabetismus

Alphabetisierung in BW

Ursachen und Daten zur Entwicklung der Alphabetisierung in BW und im Ländervergleich; Ausgestaltung und Teilnehmerzahlen der Alphabetisierungsangebote

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 01.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2982
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 10 11
 PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Alphabetisierung ernst nehmen - Förderangebote in BW

Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten; Zielsetzung der seit 2011 eingeleiteten Fördermaßnahmen; Teilnahme finanziell benachteiligter Personen an den Alphabetisierungskursen; Qualitätssicherung der Förderkurse und Qualifizierung der Dozenten; Höhe der jährlichen Fördermittel

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 16.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4169

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. Volkshochschule
 Drs 15/5253

Alphabetisierungsoffensive in BW

Sachstand zur Entwicklung der Alphabetisierung in BW, insbes Zahlen der Analphabeten, Maßnahmen und Initiativen zur Alphabetisierung und deren Finanzausstattung, Ergebnisse des Impulsprogramms für Alphabetisierung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 02.03.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6569

Anbaufläche

s. Landwirtschaftsfläche

Anerkannter Ausbildungsberuf

s. Ausbildungsberuf

Anerkennungsberatungsgesetz

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Erleichterte Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen durch die Regelung des allgemeinen Anspruchs auf individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen für landesrechtlich geregelte Berufe; Erlass des Landesanererkennungsgesetzes als Artikelgesetz entsprechend der Struktur des Bundesgesetzes

GesEntw
s. Berufliche Qualifikation
 Drs 15/4325

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Änderung von § 1 des Anerkennungsberatungsgesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. Berufliche Qualifikation
 Drs 15/7554

Anerkennungsgesetz

s. Ausbildungsabschluss

Angelbachtal

Kreisverkehrsplatz B 929/L 551 in Angelbachtal

Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung der o.g. Maßnahme zur Reduzierung der Feinstaub-, Lärm- und Abgasbelastung sowie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. Kreisverkehr
 Drs 15/1545

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sinsheim

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis; Schülerzahlen an den Werkrealschulen in Angelbachtal, Effenbach, Helmstadt-Bargen, Meckesheim, Sinsheim und Eberbach; Zukunftsperspektiven für die einzelnen Schulen und Schulstandorte, insbes für die Gemeinde Angelbachtal nach der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule in Sinsheim

KlAnfr
s. Schulentwicklung
 Drs 15/5344

Angeln

s. Sportfischerei

Angelsport

s. Sportfischerei

Angestellte in Leitungsfunktion

s. Führungskraft

Angestellter

Situation der sogenannten „Erfüller“

Zahl der fachlich die Voraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst erfüllenden, dauerhaft als Angestellte tätigen Lehrkräfte; deren Entlohnung im Vergleich mit verbeamteten Lehrern; Gründe für die Nichtverbeamtung; Argumente für eine Aufrechterhaltung der Nichtverbeamtung aus Altersgründen; Berücksichtigung außerhalb des öffentlichen Dienst gesammelter Berufserfahrung bei der Eingruppierung; Aufhebung der finanziellen Benachteiligung der „Erfüller“

Antr
s. Lehrer
 Drs 15/5613

Sogenannte „Erfüller“ im baden-württembergischen Schulsystem

Situation der nicht in ein Beamtenverhältnis übernommenen angestellten Lehrer mit fachlichen Voraussetzungen für eine Ver-

beamtung, insbes Abbau von Benachteiligungen gegenüber verbeamteten Kollegen bei Entlohnung und Arbeitspensum, Erzielung konkreter Verbesserungen im Zuge der anstehenden Tarifverhandlungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/6076

Anhörung

Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen

Planung und Gestaltung des Diskussionsprozesses zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen, insbes Auswahl beteiligter Institutionen, entstehende Kosten, Dokumentation der Ergebnisse und deren Bedeutung für die Neukonzeption

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/4762

Fortbildungsveranstaltung zum gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplan nach dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz

Sachstand zur Terminierung einer Fortbildungsveranstaltung zum gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplan nach dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz vor dem Ende der Anhörungsphase

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/6897

Stellungnahmen der Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)

Sachstand zu den eingegangenen Stellungnahmen iRd Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes beteiligte Verbände und Institutionen, Inhalte der Stellungnahmen, Möglichkeit zur Einsichtnahme durch den Landtag

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/7040

Umgang mit Stellungnahmen von Gemeinden zur Mietpreisbremse

Anzahl und Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen und deren Berücksichtigung in der Mietpreisbegrenzungsverordnung BW

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7729

Ungereimtheiten im Anhörungsverfahren der neuen Bildungspläne (Bildungsplanreform 2016)

Sachstand zum sechswöchigen Anhörungsverfahren zu den neuen Bildungsplänen auf der Internetseite www.bildungsplaene-bw.de, insbes Aktualisierung der Anhörungsentwürfe vor Ablauf der Rückmeldefrist

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/7830

Besondere Herausforderungen bei Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Sachstand zu Terminvergabe und Anreisemöglichkeiten aus Erstaufnahmestellen zu Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Reut-

lingen/Eningen, insbes Ermöglichung eines ausgeruhten Erscheinens zur Anhörung, Anreisemöglichkeiten aus Meßstetten, Schaffung einer einmaligen Übernachtungsmöglichkeit in räumlicher Nähe zur BAMF-Außenstelle

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 15.04.2016 und Antw IntM Drs 15/8114

Anhörungsverfahren

s. *Anhörung*

Anklage

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4571

Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen bei der Befragung durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht

Umsetzung einer altersgerechten und angemessenen Befragung von Kindern und Jugendlichen durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht, insbes Verwendung kindgerechter Sprache und angemessener Befragungsweise, Qualifikation und Schulung von Ermittlern, Gewährung von Verfahrensbeiständen für Kinder, landesgesetzliche Anpassungen

Antr
s. *Strafprozessrecht*
Drs 15/5890

Anklagebehörde

s. *Staatsanwaltschaft*

Anklageerhebung

s. *Anklage*

Anlageberatung

s.a. *Anlegerschutz*

Verbraucherschutz bei Anlageberatung

Sachstand zu Beschwerden und Beschwerdegründen über Anlageberater und entsprechende Finanzdienstleister in BW im Beschwerderegister der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht; Qualifikation der Anlageberater; Verbesserung der Qualität der Anlageberatung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 01.09.2014 und Antw MLR Drs 15/5673

Anlegerschutz

s.a. *Anlageberatung*
s.a. *Kleinanlegerschutzgesetz*
s.a. *Wertpapierprospekt*

Auswirkungen der geplanten Erweiterung des Kleinanlegerschutzes

Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Kleinanlegerschutz; Praktikabilität der vorgesehenen Ausnahmen von der Prospekt-

pflicht für über Internet-Dienstleistungsplattformen angebotene Vermögensanlagen, für Darlehen von Kleinstkapitalgesellschaften an soziale und gemeinnützige Projekte sowie von Darlehen von Mitgliedern einer Genossenschaft an ihre Genossenschaft; Gefährdung der Finanzierung gemeinnütziger Einrichtungen und Initiativen durch das geplante Kleinanlegerschutzgesetz

Antr FDP/DVP 04.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6409

Anleihe

s. Wertpapier

Anonyme Geburt

s. Geburt

Anreizregulierungsverordnung

Auswirkungen der Novellierungspläne für die Anreizregulierungsverordnung auf kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber
Sachstand zu den Auswirkungen der von der BReg geplanten Novellierung der Anreizregulierungsverordnung auf kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 21.04.2015 und Antw UM Drs 15/6765

Anschlussheilbehandlung

s. Nachsorge

Anschlussnummer

s. Rufnummer

Ansiedlung von Unternehmen

s. Betriebsansiedlung

Ansteckende Krankheit

s. Infektionskrankheit

Anthroposophie

Klinik Öschelbronn

Bedeutung der Klinik Öschelbronn - Centrum für Integrative Medizin und Krebstherapie; Investitionen seit der Gründung der Klinik; Förderung des für 2015 geplanten Neubaus durch das Land

KlAnfr
s. Krankenhaus
Drs 15/5306

Antibiotika

s. Arzneimittel

Antidiskriminierungsstelle

s. Diskriminierungsverbot

Antijudaismus

s. Antisemitismus

Antisemitismus

Antisemitisch motivierte Manifestationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg

Hintergründe antisemitischer Äußerungen und Handlungen bei Protesten gegen den Gaza-Krieg und Reaktion der Strafverfolgungsbehörden; Verbindung islamistischer zu rechts- bzw links-extremistischen Gruppen; Schutzmaßnahmen für jüdische Mitglieder und Einrichtungen vor antisemitisch motivierten Aktivitäten

Antr Helen Heberer u.a. SPD 31.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5581

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 14 15

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Verfassungsrechtlich bedenkliche Verlage im Kreis Tübingen

Sachstand zur Beobachtung von Verlagen und Buchversandhäusern im Kreis Tübingen mit rechtsextremistischer und antisemitischer Literatur durch den Verfassungsschutz, insbes beim K.-Verlag und dem Grabert-Verlag

KlAnfr
s. Verlag
Drs 15/7467

Anti-Terror-Kampf

s. Terrorismusbekämpfung

Antrag (Parlament)

s. Parlamentsantrag

Anzeige (Inserat)

Verwendung des großen Landeswappens

Anzeige „Wir kennen alles. Außer Homophobie“ der GEW und der Organisation Campact in Anlehnung an die Werbekampagne des Landes „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“; Nutzung des großen Landeswappens in der Zeitungsanzeige; Abänderung des Wappens; Genehmigung der Wappennutzung beim Innenministerium; Bewertung des Inhalts der Kampagne; Kenntnis von der Kampagne und deren Unterstützung

Antr
s. Staatssymbol
Drs 15/4688

Anzeigerstattung

s. Strafanzeige

AOK Baden-Württemberg

s. Allgemeine Ortskrankenkasse

Apoplex

s. Schlaganfall

Apoplexie

s. Schlaganfall

Apotheke*Entsorgung von Arzneimitteln*

Umfang der (nicht fachgerechten) Entsorgung von überschüssigen Arzneimitteln aus Krankenhäusern, Pflegeheimen, Arztpraxen, Apotheken und Privathaushalten und der Folgekosten für Krankenkassen und Beihilfeträger, Belastungen für die Umwelt und deren Folgekosten; Möglichkeiten zur Reduzierung durch Verpflichtungen der Pharmaindustrie und des Pharmahandels oder im Wege der Patienteninformation auf Beipackzetteln, in Arztpraxen und Apotheken

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/324

Honoraranpassung bei Apotheken

Haltung der LReg zu den geforderten Honoraranpassungen; Situation der Versorgung mit Apotheken speziell im ländlichen Raum; Veränderungen im Apothekenbestand seit 2007; Ursachen für einen evtl Rückgang, insbes für Schließungen von Apotheken im ländlichen Raum; Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 13.09.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2312
BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.10.2012 Drs 15/2741 S. 26 27
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausapotheken; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/5025

Auswirkungen von Null-Retaxationen bei Formfehlern gegenüber Apothekerinnen und Apothekern in BW auf die Versorgung mit Arzneimitteln

Kriterien der gesetzlichen Krankenversicherungen für Abrechnungskürzungen (Retaxationen) und Null-Retaxationen sowie Auswirkungen auf die Apotheker in BW und die Versorgung mit Arzneimitteln; Möglichkeit einer nachträglichen Heilung nicht ordnungsgemäß ausgestellter Verordnungen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 24.07.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5545
BeschlEmpf und Bericht SoZA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 49 50
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Arzneimittelversorgung in BW

Sachstand zur Nichtlieferbarkeiten von Arzneimitteln und Impfstoffen in BW, insbes bürokratischer Aufwand der Apotheker zur Bescheinigung des pharmazeutischen Herstellers, Vergütungsregelungen von gesetzlichen Krankenkassen

Antr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/8043

Apothekerhonorar

s. *Honorar*

Apothekerkammer*Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW*

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*
Drs 15/6139

Approbation*Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW*

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 18.11.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/6139
BeschlEmpf und Bericht SoZA 19.03.2015 Drs 15/6733 S. 22 23
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

APrOaFA

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für amtliche Fachassistenten*

APrOArbErz

s. *Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung*

APrOBau hD

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst*

APrOFL

s. *Verordnung des KM über die Ausbildung und Prüfung von Fachlehrkräften für musisch-technische Fächer*

APrOFw gD

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst*

APrOFw hD

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst*

APrOFw mD

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst*

APrOGeKrPflHi

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung Gesundheits- und Krankenpflegehilfe*

APrOGVmD

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Gerichtsvollzieherdienst*

APrOHeilErzAss

s. *Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Heilerziehungsassistenten*

APrOHeilErzPfl

s. *Heilerziehungspflegeverordnung*

APrOHeilPäd

s. *Heilpädagoginnenverordnung*

APrOJuHeErz

s. *Jugend- und Heimerziehungsverordnung*

APrO-LMK

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure*

APrORpfl

s. *Verordnung des Justizministeriums über die Ausbildung und Prüfung der Rechtspfleger*

APrOStrM

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung Straßenmeisterdienst*

APrOVw gD

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst*

APrOVw mD

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Verwaltungsdienst*

Aquakultur

Nationaler Strategieplan Aquakultur

Fertigstellung des Nationalen Strategieplans Aquakultur; Situation der Fischwirtschaft und -vermarktung in BW; Maßnahmen zur Steigerung der Fischproduktion, insbes. Erleichterung der Genehmigung neuer Fischzuchtanlagen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 20.05.2014 und
Stellungnahme MLR Drs 15/5219
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.03.2015 Drs 15/6921
S. 55 56
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Aktuelle Situation der Berufsfischer am Bodensee

Fangzahlen im Jahr 2015; Phosphatkonzentration im Bodensee im Zeitraum 1990 bis 2014; Untergrenze der zur Erhaltung der Fischfauna des Bodensees notwendigen Phosphatkonzentration; Erforschung der Zucht von Felchen in Aquakulturen durch die Fischereiforschungsstelle; Prüfung der Anliegen der örtlichen Berufsfischer durch die Regierung

KlAnfr

s. *Fischerei*

Drs 15/7953

Arbeit

s.a. *Arbeitsförderung*

s.a. *Arbeitskraft*

s.a. *Arbeitslosigkeit*

s.a. *Arbeitsmarkt*

s.a. *Arbeitsplatz*

s.a. *Arbeitsstätte*

s.a. *Arbeitsvertrag*

s.a. *Arbeitsverwaltung*

s.a. *Arbeitszeit*

s.a. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

s.a. *Geringfügige Beschäftigung*

s.a. *Kinderarbeit*

s.a. *Kurzarbeit*

s.a. *Leiharbeit*

s.a. *Mehrarbeit*

s.a. *Nebentätigkeit*

s.a. *Outsourcing*

s.a. *Schichtarbeit*

s.a. *Teilzeitarbeit*

s.a. *Telearbeit*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 13 - Vollzugliches Arbeitswesen (Kap 0508)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/113

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/713

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 25.03.2013 Drs 15/3286

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3563

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Arbeitssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in BW

Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Arbeitslosen; Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen fehlenden deutschen Sprachkenntnissen, dem Geschlecht und dem Risiko der Erwerbslosigkeit; Maßnahmen zur Absenkung der Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/277

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 73 74

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Gute Arbeit in BW durch Tariftreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 512-520

Regierungsbefragung

Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn (Bundratsinitiative)

s. *Mindestlohn*
PIPr 15/20 S. 913

Haushalt 2012; Epl 05

Erhöhung des Zuschusses an das Netzwerk Straffälligenhilfe, Fortführung des Projekts der Vermittlung von Straffälligen in gemeinnützige Arbeit („Schwitzen statt Sitzen“)

Haushalt
s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*
Drs 15/1105

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte durch gute und sichere Arbeit in BW

Aktuelle Debatte
s. *Arbeitsförderung*
PIPr 15/24 S. 1175

Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt bekämpfen

Aktuelle Debatte
s. *Frau*
PIPr 15/29 S. 1530

Arbeitsbedingungen am Landesflughafen Stuttgart

Entwicklung der Zahl, Einsatzbereiche und Vergütung der Beschäftigten in den einzelnen Gesellschaften in Voll- und Teilzeit, Leiharbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen; Frage nach Betriebsräten und deren Bewertung der Arbeitsbedingungen sowie nach Einflussmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1737

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit dauerhaft gewährleisten

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1996

Kenntnis der LReg über tarifpolitische Überlegungen der Energie BW AG (EnBW)

Beurteilung der geplanten Auslagerung von Geschäftsfeldern in tariffreie Zonen im Zuge eines Sparprogramms, Vereinbarkeit mit dem postulierten „Musterland für gute Arbeit mit gerechter Entlohnung“ und dem Tarifreuegesetz, Positionierung der LReg als maßgeblicher Großaktionär der EnBW? Bewertung von entsprechenden Personalverlagerungen aus den Universitätsklini-

ken

KlAnfr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/2428

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Straftat in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafschuldner

KlAnfr
s. *Haft*
Drs 15/2587

Arbeit, Export, Finanzen - Baden-Württemberg ist Meister aller Klassen

Aktuelle Debatte
s. *Baden-Württemberg*
PIPr 15/121 S. 7294

Regierungsbefragung

Bündnis für Arbeit und Gesundheit in BW

s. *Gesundheit*
PIPr 15/125 S. 7542

Bedeutung des TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim

Sachstand zur Bedeutung und Wissensvermittlung im TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim, insbes bei der Betreuung von Schulklassen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/7060

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 22 - Landesmuseum für Technik und Arbeit (Kap 1478)

Mittlg RH
s. *Museum*
Drs 15/7022

Entwicklung des Landes zum Musterland für gute Arbeit, Eintreten für Mindestlöhne sowie für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Leiharbeiternehmer und Frauen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25 26 28

Plädoyer für Mindestlöhne und damit für ein auskömmliches Einkommen aus Erwerbsarbeit, Einforderung der Wertschätzung von Arbeit

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 776 778-785

Entwicklung des Landes zum Musterland für gute Arbeit, Eintreten für Mindestlöhne und ein Tarifreuegesetz

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Entwicklung des Landes zum Musterland für gute Arbeit, Eintreten für Mindestlöhne und ein Tarifreuegesetz

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Verweisung auf das Konzept „Gute und sichere Arbeit“, Eintreten für Mindestlöhne

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1320 1321 1324 1325

Arbeitgeber

s.a. Arbeitgeberverband

s.a. Arbeitskraft

s.a. Gewerkschaft

Integrationspolitik

Beschreibung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung; Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr

s. Ausländerintegration

Drs 15/85

Migranten als Unternehmer

Angaben über die unternehmerische Tätigkeit von Ausländern oder Migranten in BW, insbes ihren Anteil an Unternehmensgründungen; Unterschiede im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung hinsichtlich der Häufigkeit von Unternehmensneugründungen, von Voll- und Nebenerwerbsgründungen und der Dauer ihres Fortbestands; Beitrag dieser Unternehmen zum Bruttoinlandsprodukt von BW im Jahr 2010, Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, bevorzugte Branchen; Umfang der Unternehmensgründungen in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen

Antr

s. Migrant

Drs 15/473

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Auswirkungen der Einführung o.g. Vorfälligkeit mit dem Rententlastungsgesetz ab 2006, Bewertung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands bei den Arbeitgebern und Sozialversicherungsträgern sowie des Liquiditätsentzugs bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel II und III; Anmahnung von Reformmaßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen sowie einer Aufhebung des Rententlastungsgesetzes

Antr

s. Versicherungsbeitrag

Drs 15/1792

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr

s. Ausbildungsplatz

Drs 15/1895

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber

Mitarbersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Ein-

gliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr

s. Fachkraft

Drs 15/4380

Arbeitgeberverband

s.a. Arbeitgeber

Bewertung des baden-württembergischen Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr

s. Vergaberecht

Drs 15/5817

Arbeitnehmer

Abhängigkeit der Region Nordschwarzwald von der Automobilindustrie

Zahl der in der Automobilindustrie und deren Zulieferer beschäftigten Arbeitnehmer aus den LKreisen Calw, Freudenstadt, Enzkreis und Stadtkreis Pforzheim; Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze in diesen Kreisen, die von der Automobilindustrie abhängen; Höhe der Einkommen und Kaufkraft der Beschäftigten, des Anteils an Einkommensteuer und Gewerbesteuer für die Gebietskörperschaften; Darstellung der Auswirkungen einer politisch gewollten Senkung der Automobilproduktion sowie der Umstellung vom Bruttoinlandsprodukt auf einen umfassenden Wohlfahrtsindikator

Antr

s. Kraftfahrzeugindustrie

Drs 15/80

„Crowdsourcing“, Weg zum digitalen Proletarier?

Beurteilung des in den USA entwickelten Konzepts des Auslagerns einer von Arbeitnehmern erbrachten entgeltlichen Leistung durch eine Organisation/Unternehmen oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufs an eine unbekannte Zahl von Akteuren, Darlegung entsprechender Internet-Plattformen und der Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerschutzrechten, Relevanz des Heimarbeitsgesetzes; Ergreifung einer Initiative auf Bundesebene zur Regelung der Teilnahmebedingungen, des Immaterialgüterrechtsschutzes und der Vergütung?

Antr

s. Outsourcing

Drs 15/1242

Transfergesellschaften versus Arbeitsagenturen

Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der betroffenen Arbeitnehmer 2011, Anteil und Erfolgsquote von Transfergesellschaften und der regionalen Arbeitsagenturen bei der Qualifizierung und Vermittlung der betroffenen Mitarbeiter; Einschätzung der Erfolgsquote der Agenturen bei den Betroffenen der Drogeriemarktkette S.

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1552

Arbeitsbedingungen am Landesflughafen Stuttgart

Entwicklung der Zahl, Einsatzbereiche und Vergütung der Beschäftigten in den einzelnen Gesellschaften in Voll- und Teilzeit, Leiharbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen; Frage nach Betriebsräten und deren Bewertung der Arbeitsbedingungen sowie nach Einflussmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1737

Externe Personen in der baden-württembergischen Landesverwaltung

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen

Antr
s. *Lobbyismus*
Drs 15/2308

Arbeit der Mobbing-Hotline BW

Bedarf an einem Beratungsangebot für Mobbing-Opfer; Erkenntnisse über die durch Mobbing verursachten finanziellen Einbußen der Arbeitgeber sowie über die Folgen von Mobbing für das Sozialversicherungssystem; Zahl der über die Mobbing-Hotline in den Jahren 2009 bis 2012 durchgeführten telefonischen Beratungen; Bewertung der Arbeit der Mobbing-Hotline; Fortbildungsangebote zum Thema Mobbing; Finanzierung des Beratungsangebots, geeignete Rechtsformen und Trägerstrukturen zur Sicherung des Fortbestands der Mobbing-Hotline; weitere Hilfsangebote für von Mobbing betroffene Arbeitnehmer

Antr
s. *Mobbing*
Drs 15/3934

Bildungszeitgesetz, ein Kompetenzirrtum des Landes?

Hinterfragung der Kompetenz des Landes, in der geplanten Form ein Bildungsfreistellungsgesetz zu erlassen; Verwirklichung des Anspruchs von Arbeitnehmern in Kleinbetrieben auf Bildungsurlaub; gesetzliche Regelung des Bildungsfreistellungsanspruchs in anderen EU-Staaten

Antr
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/6399

Arbeitnehmerentsendung

s.a. *Ausländischer Arbeitnehmer*
s.a. *Leiharbeit*

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrän-

gungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Arbeitnehmerfreizügigkeit

s. *Freizügigkeit*

Arbeitnehmerschutz

s.a. *Gewerbeaufsicht*
s.a. *Kinderarbeit*

„Crowdsourcing“, Weg zum digitalen Proletariat?

Beurteilung des in den USA entwickelten Konzepts des Auslagerns einer von Arbeitnehmern erbrachten entgeltlichen Leistung durch eine Organisation/Unternehmen oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufs an eine unbekannte Zahl von Akteuren, Darlegung entsprechender Internet-Plattformen und der Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerschutzrechten, Relevanz des Heimarbeitsgesetzes; Ergreifung einer Initiative auf Bundesebene zur Regelung der Teilnahmebedingungen, des Immaterialgüterrechtsschutzes und der Vergütung?

Antr
s. *Outsourcing*
Drs 15/1242

Soziale Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl von Mitarbeitern in den Tochterunternehmen der Universitätskliniken seit 2005, Frage nach der Vergütung und Einhaltung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten

KIAnfr
s. *Unternehmen*
Drs 15/1621

Altersermäßigung für Lehrkräfte

Grundlage, Ausgestaltung und Zukunft der bisherigen Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes Regelung für die einzelnen Schularten, Abstimmung mit den Lehrerverbänden und Gewerkschaften; Regelung der Altersermäßigung für Schwerbehinderte; Umschichtung von gestrichenen Mitteln zur Altersermäßigung in andere Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes für Lehrkräfte

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/3417

Arbeitnehmerschutzrecht

s. *Arbeitnehmerschutz*

Arbeitnehmerüberlassung

s. *Leiharbeit*

Arbeits- und Berufsförderung Behinderter

s. *Berufliche Rehabilitation*

Arbeits- und Sozialstandards

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW
Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr
s. *CETA-Abkommen*
Drs 15/6292

Arbeitsagentur

s. *Arbeitsverwaltung*

Arbeitsamt

s. *Arbeitsverwaltung*

Arbeitsbedingungen

s.a. *Landesprogramm Gute und sichere Arbeit*

Gute Arbeit an den Hochschulen: Entfristung von Stellen
Bewertung der Situation der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Ursachen für deren Zunahme; detaillierte Daten zu be- und entfristeten Beschäftigten und deren Stellen; Position zu zweijährigen Mindestvertragslaufzeiten für befristete Verträge an Hochschulen und der Begrenzung der Anzahl der Folgeverträge; Umsetzung von Entfristungsmaßnahmen und Orientierung am Leitbild „Gute Arbeit“

Antr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/2958

Gilt „Musterland für gute und sichere Arbeit“ auch für die LReg?

Beschäftigungsbedingungen von Pflörnern, Personen mit Werkverträgen und Praktikanten in Landesministerien und -behörden; Angewiesensein von Landesbeschäftigten auf ergänzende öffentliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; Erfüllung der an die Arbeitgeber der Privatwirtschaft unter dem Schlagwort „Musterland für gute und sichere Arbeit“ gestellten Anforderungen des Koalitionsvertrags durch die LReg

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 16.07.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3798

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostitu-

ierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Die Situation der Kliniken im LKreiss Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Arbeitsschutz unter dem Aspekt psychischer Belastungen

Situation der psychischen Belastungen bei Arbeitnehmern in baden-württembergischen Unternehmen, insbes bei Stress und Burnout; Umsetzung des Bundesgesetzes zur Erweiterung des Arbeitsschutzes im Hinblick auf psychische Belastungen bei Arbeitnehmern, insbes Ausführung durch die Gewerbeaufsicht

KlAnfr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 15/5386

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr
s. *Psychische Störung*
Drs 15/5713

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr
s. *Landwirtschaftsverwaltung*
Drs 15/6119

Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium

Sachstand zu Entwicklung bei den Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium und Reaktion der beiden Ministerien

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 06.05.2015 und Antw JM Drs 15/6854

Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal vom 8. April 2015 und Drogen im Justizvollzug

Hintergründe zum Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Drogenprobleme des Verstorbenen, Durchführung von Zellenkontrollen, Umgang des Justizministeriums mit Überlastungsanzeigen von Sanitätsbediensteten der JVA Bruchsal

KlAnfr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6855

Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten - unzumutbare Arbeitsbedingungen?

Sachstand zu Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter im medizinischen und nicht-medizinischen Bereich der Justizvollzugsanstalten, insbes Personalsituation, Zahl der Überlastungsanzeigen, Abhilfe durch die LReg

Antr
s. *Justizvollzugsbeamter*
Drs 15/6868

Erneuter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal am 22. Oktober 2014

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings am 22. Oktober 2014 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, medizinische Behandlung, Obduktionsergebnisse, Personalbesetzung und Überlastungsanzeigen im Zeitraum August 2014/Okttober 2014

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6996

Arbeitszufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen

Sachstand zur Arbeitsbelastung und Arbeitszufriedenheit von Lehrern an den Gemeinschaftsschulen, insbes Anzahl der Verzugsanträge, Höhe der Ausfallzeiten

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/7323

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele)

Ergänzung der Landesverfassung durch Hinzufügung von Staatszielbestimmungen, insbes zu Kinder- und Jugendrechten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Infrastrukturen sowie Arbeitsbedingungen, Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl

GesEntw
s. *Landesverfassung*
Drs 15/7412

Belastung des Personals im Landratsamt Schwäbisch Hall

Sachstand zu Arbeitsbelastung bei der Erledigung der Aufgaben und Personalausstattung des Landratsamts Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Kreisverwaltung*
Drs 15/7528

Überbelastung der Intensivpflegekräfte

Gewinnung von Pflegefachkräften für die Intensivstationen an den Universitätskliniken in BW; Belastung der Intensivpflegekräfte durch Überstunden; Sicherstellung der Versorgung von Intensivpatienten

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/7907

Arbeitsbefreiung

s. *Freistellung von der Arbeit*

Arbeitsbereitschaft

s. *Leistungsmotivation*

Arbeitsentgelt

s.a. *Personalkosten*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg LReg
s. *Landesbediensteter*
Drs 15/2630

Gilt „Musterland für gute und sichere Arbeit“ auch für die LReg?

Beschäftigungsbedingungen von Pförtnern, Personen mit Werkverträgen und Praktikanten in Landesministerien und -behörden; Angewiesensein von Landesbeschäftigten auf ergänzende öffentliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; Erfüllung der an die Arbeitgeber der Privatwirtschaft unter dem Schlagwort „Musterland für gute und sichere Arbeit“ gestellten Anforderungen des Koalitionsvertrags durch die LReg

Antr
s. *Arbeitsbedingungen*
Drs 15/3798

Unentgeltliche Praktika im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und anderen Ressorts

Umfang, Einsatzdauer und Aufgabenbereiche von Praktikanten im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und in anderen

Ressorts; Praxis bei Vergütung und Fahrkostenerstattung, insbes Widerspruch zum geforderten flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn

Antr
s. *Praktikum*
Drs 15/5255

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südeuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Sogenannte „Erfüller“ im baden-württembergischen Schulsystem

Situation der nicht in ein Beamtenverhältnis übernommenen angestellten Lehrer mit fachlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung, insbes Abbau von Benachteiligungen gegenüber verbeamteten Kollegen bei Entlohnung und Arbeitspensum, Erzielung konkreter Verbesserungen im Zuge der anstehenden Tarifverhandlungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/6076

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr
s. *Landwirtschaftsverwaltung*
Drs 15/6119

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025; Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/6455

JobRad - Gehaltsumwandlungskonzept für Fahrräder, Pedelecs und E-Bikes

Sachstand zu Radleasingmodellen und Gehaltsumwandlungskonzepten für Fahrräder im öffentlichen Dienst

KlAnfr
s. *Fahrrad*
Drs 15/6828

Arbeiterlaubnis

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeiterlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Sichere Herkunftsstaaten und Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber: Warum lässt die LReg die Kommunen im Stich?

Aktuelle Debatte
s. *Asylbewerber*
PIPr 15/104 S. 6203

Ausbildungszugang für Flüchtlinge

Sachstand zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbes Abfrage beruflicher Qualifikationen der Flüchtlinge, Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verkürzung bzw Abschaffung der Vorrangprüfung, Kooperation mit berufsständischen Kammern zur Schaffung von Angeboten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6614

Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Erteilung der Arbeiterlaubnis an Asylbewerber durch die Ausländerbehörden in den Jahren 2014 und 2015; Stand der Erfassung der Qualifikationen von Flüchtlingen; Mehrbelastung der Arbeitsagenturen durch den erleichterten Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen; bisherige Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt; Ausnahme von Flüchtlingen vom Mindestlohn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7789

Arbeitsförderung

s.a. *Arbeitsverwaltung*
s.a. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Einsatz und Effizienz o.g. Instrumente in den letzten fünf Jahren; Auswirkungen der Kürzungen des Bundes mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, insbes für Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitssuchende, benachteiligt

lichte Jugendliche, Migranten, Geringqualifizierte und Menschen mit Behinderungen; Bewertung der Einschnitte für den Bereich der beruflichen Qualifizierungen in der Altenpflege

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/444

Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Bewertung der Zahl von Fällen eines gelingenden Übergangs; Beeinträchtigung von Anreizen für den Übergang durch die derzeitige Ausgestaltung des Werkstätten- und Leistungsrechts, Beurteilung des Vorschlags für ein „umfassendes Rückkehrrecht“ vom allgemeinen Arbeitsmarkt in die Werkstätten für Behinderte

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/763

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte durch gute und sichere Arbeit in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1175-1184

Transfergesellschaften versus Arbeitsagenturen

Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der betroffenen Arbeitnehmer 2011, Anteil und Erfolgsquote von Transfergesellschaften und der regionalen Arbeitsagenturen bei der Qualifizierung und Vermittlung der betroffenen Mitarbeiter; Einschätzung der Erfolgsquote der Agenturen bei den Betroffenen der Drogeriemarktkette S.

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 05.04.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1552
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 13 14
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Struktur der erwerbsfähigen Grundsicherungsberechtigten unter 25 Jahren

Zahl der o.g. bei den Jobcentern gemeldeten Personen; Anteil der in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbaren sowie der auf therapeutische Begleitung, Qualifizierungen oder Motivationshilfen angewiesenen Personen; notwendige Maßnahmen und Mittel zur raschen Heranführung an den Arbeitsmarkt; Anteil der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Antr Werner Raab u.a. CDU 29.05.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1768 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 67 68
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Integrationsmaßnahmen im Hohenlohekreis

Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund im Hohenlohekreis; Projekte und finanzielle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten durch das Land, u.a. Initiativen zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen; neu initiierte Integrationsmaßnahmen des Integrationsministeriums

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2965

Zweite Ausbildungschance für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss schaffen

Ausbildungsmöglichkeiten für junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss, insbes Angebot eines Sofortprogramms, Vorrang einer Vermittlung in Ausbildung gegenüber einer Vermittlung in Arbeit, weitere Förderung der Teilzeitausbildung, testweise Einführung von Jugendberufsagenturen

Antr
s. *Berufsausbildung*
Drs 15/4232

Neue Perspektiven für fast 10.000 arbeitslose Menschen - das Landesarbeitsmarktprogramm ist ein voller Erfolg!

Aktuelle Debatte
s. *Arbeitsmarkt*
PIPr 15/83 S. 99999

Jobcenter in kommunaler Trägerschaft und als gemeinsame Einrichtungen

Sachstand zur Zahlenentwicklung bei den Jobcentern in BW, insbes Vermittlungsquote, Vermittlung in ungeforderte Beschäftigung und Leiharbeit, Beständigkeit der vermittelten Beschäftigungsverhältnisse, Aktivierungsquote von Arbeitslosen, Verwaltungskosten, Personalausstattung, Betreuungsschlüssel

Antr
s. *Arbeitsverwaltung*
Drs 15/6900

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7452

Bezeichnung der Arbeitsmarktpolitik auch als landespolitische Aufgabe, Verwirklichung eines sozialen Arbeitsmarkts, Beurteilung des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513-515 518-520

Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt für die Mitarbeiterinnen von Schlecker in einer Transfergesellschaft, Gegenüberstellung der Möglichkeiten der Arbeitsagenturen

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1559-1572

Arbeitsgemeinschaft

Streichung von Lehrerstunden für Arbeitsgemeinschaften an den Schulen durch die Schulverwaltung

Begründung, Umfang und betroffene Schularten der Streichung des ergänzenden Unterrichtsangebots an Förderstunden für Schulchor, Musik AG, Theater AG u.a.; Rücknahme der vorgenommenen Streichungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/433

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.10.2011 Drs 15/907
S. 11-14
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung in BW (ALEB)

Organisationen und Einrichtungen unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft, Höhe der Bezuschussung seit 2007 und in den kommenden Jahren, Bewertung der Rolle der ALEB iRd Bündnisses für lebenslanges Lernen

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/1732

Arbeitsgericht

s. *Arbeitsgerichtsbarkeit*

Arbeitsgerichtsbarkeit

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 14 - Personaleinsatz in der Arbeitsgerichtsbarkeit (Kap 0509)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/114
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/714
(dazu Antr Klaus Maier u.a. SPD und Muhterem Aras u.a. GRÜNE)
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 13.12.2012 Drs 15/2804
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3223
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
Mittlg LReg 23.07.2014 Drs 15/5491
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5720
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Änderung von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Regelung der Urlaubsdauer in Tarifverträgen

Anhebung des Urlaubsanspruchs auf 30 Urlaubstage pro Jahr für die Angestellten und Beamten des Landes als Konsequenz aus dem o.g. Urteil

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/1657

Gewährleistung der Leistungsfähigkeit der Arbeitsgerichte, Sicherung von 16 Arbeitsgerichtsstellen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1294

Arbeitsgruppe

Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW

Aufgaben und Betätigungsfeld der interministeriellen Arbeitsgruppe; Bearbeitung von Bürgeranfragen; Austausch mit den

Sektenbeauftragten anderer Bundesländer; Kenntnisse über islamistische Bewegungen in Deutschland; Maßnahmen zur Aufklärung über die Gülen-Bewegung, über Salafismus und ISIS, über die sogenannte Reichsbürgerbewegung und über Scientology

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/6473

Arbeitskraft

s.a. *Arbeit*
s.a. *Personalbestand*

Arbeitssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in BW

Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Arbeitslosen; Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen fehlenden deutschen Sprachkenntnissen, dem Geschlecht und dem Risiko der Erwerbslosigkeit; Maßnahmen zur Absenkung der Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Arbeit*
Drs 15/277

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Auswirkungen der seit Mai geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den acht (östlichen) EU-Beitrittsstaaten auf Gesellschaft und Wirtschaft in BW; Nutzung als Chance zur Abmilderung des Fachkräftemangels, Unterstützung der Unternehmen zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, Angebot von Hilfestellungen wie z.B. Sprachförderung; Forcierung der Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Zertifikate anderer EU-Staaten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.07.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/327
BeschlEmpf und Bericht EuA 27.10.2011 Drs 15/940 S. 21
22
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Frauen als Ernährerinnen

Anteil der o.g. Frauen im Vergleich zur traditionellen Rollenverteilung, zu den anderen BLändern und EU-Staaten; Darlegung der hauptsächlichen Berufe der Alleinverdienerinnen und der Bewertung in der Arbeitswelt, insbes der besonderen Belastung von alleinerziehenden Frauen; Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen und sozialen Situation der Familiernährerinnen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/686

Struktur der erwerbsfähigen Grundsicherungsberechtigten unter 25 Jahren

Zahl der o.g. bei den Jobcentern gemeldeten Personen; Anteil der in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbaren sowie der auf therapeutische Begleitung, Qualifizierungen oder Motivationshilfen angewiesenen Personen; notwendige Maßnahmen und Mittel zur raschen Heranführung an den Arbeitsmarkt; Anteil der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1768

Arbeitsmigration in der Europäischen Union

Entwicklung der Wahrnehmung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in den Euro-Ländern seit Einführung der gemeinsamen Währung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in BW; Maßnahmen und Programme zur Stimulanz der Arbeitsmigration mit dem Ziel einer Abmilderung der Arbeitslosigkeit in den wirtschaftlich schwächeren sowie des Fachkräftemangels in den stärkeren Regionen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 26.10.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2577 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 97
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Eintreten für Mindestlöhne und ein Tarifreuegesetz, Anteil von Gering- und Hochqualifizierten unter den Beziehern von Niedriglöhnen; Rückgang der Zahl von Erwerbstätigen bis 2060

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 775-785 802

Arbeitslosengeld II

s. Grundsicherung

Arbeitslosenstatistik

s. Arbeitsmarktstatistik

Arbeitsloser

s. Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit

s.a. Grundsicherung

s.a. Personalabbau

Sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beseitigen

Arbeitslosigkeit o.g. Lehrkräfte nach Beendigung des Referendariats bis zum Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs; Schließung dieser Lücke durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes

Antr

s. Vorbereitungsdienst für das Lehramt

Drs 15/25

Arbeitsituation von Menschen mit Migrationshintergrund in BW

Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Arbeitslosen; Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen fehlenden deutschen Sprachkenntnissen, dem Geschlecht und dem Risiko der Erwerbslosigkeit; Maßnahmen zur Absenkung der Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund

Antr

s. Arbeit

Drs 15/277

Die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Einsatz und Effizienz o.g. Instrumente in den letzten fünf Jahren; Auswirkungen der Kürzungen des Bundes mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, insbes für Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitssuchende, benachteiligte Jugendliche, Migranten, Geringqualifizierte und Menschen mit Behinderungen; Bewertung der Einschnitte für den Bereich der beruflichen Qualifizierungen in der Altenpflege

Antr

s. Arbeitsmarkt

Drs 15/444

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose und Benachteiligte durch gute und sichere Arbeit in BW

Aktuelle Debatte

s. Arbeitsförderung

PIPr 15/24 S. 1175

Transfergesellschaften versus Arbeitsagenturen

Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der betroffenen Arbeitnehmer 2011, Anteil und Erfolgsquote von Transfergesellschaften und der regionalen Arbeitsagenturen bei der Qualifizierung und Vermittlung der betroffenen Mitarbeiter; Einschätzung der Erfolgsquote der Agenturen bei den Betroffenen der Drogeriemarktkette S.

Antr

s. Arbeitsförderung

Drs 15/1552

Struktur der erwerbsfähigen Grundsicherungsberechtigten unter 25 Jahren

Zahl der o.g. bei den Jobcentern gemeldeten Personen; Anteil der in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbaren sowie der auf therapeutische Begleitung, Qualifizierungen oder Motivationshilfen angewiesenen Personen; notwendige Maßnahmen und Mittel zur raschen Heranführung an den Arbeitsmarkt; Anteil der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Antr

s. Arbeitsförderung

Drs 15/1768

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen - Fachkräftemangel in Deutschland überwinden

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/67 08.05.2013 S. 3999-4007

Unterstützung des Bildungs- und Ausbildungssystems in Rumänien

Unterstützung deutschsprachiger Bildungsangebote in Rumänien durch BW, insbes durch die Entsendung von Lehrern, finanzielle Zuschüsse und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte aus Rumänien; Umsetzung der durch den Europäischen Rat gefassten Beschlüsse und Empfehlungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; Hilfe Baden-Württembergs beim Aufbau eines dualen Ausbildungssystems in Rumänien

Antr

s. Rumänien

Drs 15/3905

Bessere Hilfen für arbeitsmarktferne Personen

Statistiken, Zielsetzung, Zielvorgaben, Steuerung und mögliche Fehlentwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bei der Vermittlung benachteiligter Personengruppen bzw arbeitsmarktferner Leistungsberechtigter in BW

Antr

s. Arbeitsmarkt

Drs 15/3926

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vortei-

le für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr
s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*
Drs 15/4063

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlafflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Endlich sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beenden

Erneuerung der Forderung nach Schließung der Lücke zwischen Beendigung des Referendariats und dem Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes; Vorschlag einer Verlängerung des Vorbereitungsdienstes ab dem Jahrgang 2013/2014; Aufforderung zu einer unverzüglichen Abkehr von der Entlassung angehender Lehrer in die Arbeitslosigkeit

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5433

Suche nach neuen Wegen zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in BW

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 26

Verweisung auf die bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote und Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und Migranten hierzulande; Feststellung einer Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 38 42 49 53 56 62 67

Hervorhebung der europaweit niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit in BW, Betrachtung als Erfolg des Bildungssystems, Annäherung von mehr Engagement bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 302 324 332

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen einer geringen Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität in BW; Feststellung der bundesweit niedrigsten Arbeitslosigkeit hierzulande

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 417 423

Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit trotz der guten Konjunktur; Verweisung auf die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in BW

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513-515 518-520

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen einer geringen Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität in BW

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 905

Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Armut, Verweisung auf die bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote und europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in BW

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1668-1670 1672 1673 1692

Arbeitsmarkt

s.a. *Arbeitsförderung*
s.a. *Arbeitsverwaltung*
s.a. *Grundsicherung*
s.a. *Lehrstellenmarkt*

Integrationspolitik

Beschreitung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/85

Arbeitssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in BW

Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Arbeitslosen; Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen fehlenden deutschen Sprachkenntnissen, dem Geschlecht und dem Risiko der Erwerbslosigkeit; Maßnahmen zur Absenkung der Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Arbeit*
Drs 15/277

Die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Einsatz und Effizienz o.g. Instrumente in den letzten fünf Jahren; Auswirkungen der Kürzungen des Bundes mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, insbes für Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitssuchende, benachteiligte Jugendliche, Migranten, Geringqualifizierte und Menschen mit Behinderungen; Bewertung der Einschnitte für den Bereich der beruflichen Qualifizierungen in der Altenpflege

Antr Rainer Hinderer u.a. SPD 24.08.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/444

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/1300 S. 40 41

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Bewertung der Zahl von Fällen eines gelingenden Übergangs; Beeinträchtigung von Anreizen für den Übergang durch die derzeitige Ausgestaltung des Werkstätten- und Leistungsrechts, Beurteilung des Vorschlags für ein „umfassendes Rückkehrrecht“

vom allgemeinen Arbeitsmarkt in die Werkstätten für Behinderte

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/763

Bedeutung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns für BW

Definition der jeweiligen Niedriglohngrenze auf dem Arbeitsmarkt bundesweit und in BW; Zahl der unterhalb dieser Grenze sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten; erwartete Wirkungen des o.g. Mindestlohns von 8,50 Euro für die Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Hand und Sozialkassen; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Forderung einer Abstimmung mit den Sozialpartnern

Antr
s. *Vergütung*
Drs 15/942

Haushalt 2012; Epl 09

Streichung der Mittel für die Schaffung eines „Sozialen Arbeitsmarkts“

ÄAntr FDP/DVP 11.01.2012 Drs 15/1109-1 S. 31
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Ingenieuren, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von Frauen für MINT-Bereiche

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1240

Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt bekämpfen

Aktuelle Debatte
s. *Frau*
PIPr 15/29 S. 1530

Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl und Anteil der o.g. Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Selbstständigen; Zahl der Migrantinnen mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss; Einschätzung des Beitrags des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1618
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 112-119
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Struktur der erwerbsfähigen Grundsicherungsberechtigten unter 25 Jahren

Zahl der o.g. bei den Jobcentern gemeldeten Personen; Anteil der in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbaren sowie der auf therapeutische Begleitung, Qualifizierungen oder Motivationshilfen angewiesenen Personen; notwendige Maßnahmen und Mittel zur raschen Heranführung an den Arbeitsmarkt; Anteil der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1768

Zukunft der EURES-T-Grenzpartnerschaften

Bewertung o.g. Partnerschaften am Bodensee und Oberrhein im Hinblick auf einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und als Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels; Beurteilung des Vorschlags der EU-Kommission zur Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds ab der Förderperiode 2014-2020; Eintreten für eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Sozialer Wandel und Innovation“

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/2220

Arbeitsmigration in der Europäischen Union

Entwicklung der Wahrnehmung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in den Euro-Ländern seit Einführung der gemeinsamen Währung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in BW; Maßnahmen und Programme zur Stimulanz der Arbeitsmigration mit dem Ziel einer Abmilderung der Arbeitslosigkeit in den wirtschaftlich schwächeren sowie des Fachkräftemangels in den stärkeren Regionen

Antr
s. *Arbeitskraft*
Drs 15/2577

Mobilität von Fachkräften aus Katalonien fördern

Statistische Daten zu Fachkräften aus Spanien auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs und der Nachfrage nach Deutschkursen in der Partnerregion Katalonien; Möglichkeiten der Information und Anwerbung von Fachkräften aus Spanien und Katalonien; Ausbildungskooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen in BW und Katalonien; Forderung nach dem Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Förderung der Mobilität von Fachkräften zwischen Katalonien und BW in Orientierung am Vorbild des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid

Antr
s. *Spanien*
Drs 15/2829

Moderne Integrationspolitik in BW

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3038

Bessere Hilfen für arbeitsmarktferne Personen

Statistiken, Zielsetzung, Zielvorgaben, Steuerung und mögliche Fehlentwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bei der

Vermittlung benachteiligter Personengruppen bzw arbeitsmarktfremder Leistungsberechtigter in BW

Antr Rainer Hinderer u.a. SPD 08.08.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3926 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 18 19

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr

s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*

Drs 15/4063

Neue Perspektiven für fast 10.000 arbeitslose Menschen - das Landesarbeitsmarktprogramm ist ein voller Erfolg!

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4953-4960

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelserleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr

s. *Handelsabkommen*

Drs 15/4681

Duale Ausbildung stärken - Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!

Erhalt des Meisterbriefs zur Stärkung der dualen Ausbildung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen sowie der Zahl der Ausbildungsplätze in BW, Deutschland und Europa; Qualifikationsnachweise von Leitern bestehender und neu gegründeter Handwerksbetriebe in BW und Deutschland; umfassende Evaluation der Novelle der Handwerksordnung von 2004

Antr

s. *Meister*

Drs 15/4687

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn führt zu mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in BW

Aktuelle Debatte

s. *Mindestlohn*

PIPr 15/95 S. 5643

Inklusion in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt voranbringen

Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, insbes Eintritt in eine Berufsausbildung, Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt, Arbeitslosenanteil der Schwerbehinderten unter 25 Jahren, Unterstützung für Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe bei der Einstellung bzw Ausbildung Schwerbehinderter, Umsetzung von Projekten und Vorhaben des Bundes im Bereich der Inklusion in der Ausbildung

Antr

s. *Schwerbehinderter*

Drs 15/5083

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr

s. *Ausländischer Arbeitnehmer*

Drs 15/5365

Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt

Sachstand zur schnelleren Eingliederung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt in BW, insbes Bedarf auf dem Arbeitsmarkt, Austausch mit Unternehmern, Notwendigkeit von Änderungen im Asylrecht, Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene

Antr

s. *Ausländischer Arbeitnehmer*

Drs 15/7124

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7452

Vom konjunkturellen Mehrwert der Aufnahme von Flüchtlingen im Land

Sachstand zu Auswirkungen der Flüchtlingsaufnahme auf die Wirtschaft, die demografische Entwicklung und den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

KIAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/8090

Beklagung der zunehmenden prekären Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, Eintreten für auskömmliche und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse, Initiierung einer Allianz für Fachkräfte mit den Akteuren des Arbeitsmarkts

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25 26

Verweisung auf den Spitzenplatz des Landes bei den Arbeitsmarktdaten; Ankündigung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 38 42 49 53 62 67 71

Bezeichnung der Arbeitsmarktpolitik auch als landespolitische Aufgabe, Verwirklichung eines sozialen Arbeitsmarkts, Beurteilung des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513-520

Beurteilung des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, Verbesserung der Wettbewerbschancen der heimischen Betriebe durch Mindestlöhne und ein Tarifreuegesetz

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 775-785

Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der gut ausgebildeten Frauen, Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen; Bedarf und Perspektiven von Akademikern auf dem Arbeitsmarkt

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959 960 968 993 994

Einrichtung eines Landesarbeitsmarktprogramms, Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Einrichtung eines Landesarbeitsmarktprogramms, Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Verweisung auf die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts in BW, Einrichtung eines Landesarbeitsmarktprogramms, Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1175-1184 1198 1211 1217

Einrichtung eines Landesarbeitsmarktprogramms

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315 1320-1322 1324 1325

Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt für die Mitarbeiterinnen von Schlecker in einer Transfergesellschaft, Gegenüberstellung der Möglichkeiten der Arbeitsagenturen

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1559-1572

Verweisung auf das Landesarbeitsmarktprogramm für Alleinerziehende und Schwervermittelbare, Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für leistungsschwache Jugendliche

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1673-1675 1691 1692

Arbeitsmarktpolitik

s.a. Landesprogramm Gute und sichere Arbeit

Regierungsbefragung

Aktuelle Arbeitsmarktpolitik in BW ein Jahr nach der Instrumentenreform im Bund

PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3846-3849

Umsetzung des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“

Umsetzungsstand und Perspektiven des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“, insbes Einbindung von Akteuren vor Ort (Kommunen, freie Wohlfahrtspflege, Privatwirtschaft), Daten zu Stellenbesetzungen im Programmbaustein „Sozialer Arbeitsmarkt Passiv-Aktiv-Tausch“, Konsequenzen für eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene; Förder- und Handlungsbedarf am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt für besonders benachteiligten Personengruppen

Antr Rainer Hinderer u.a. SPD 16.04.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3370

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 53 54

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Situation der SGB II (Hartz IV)-Aufstocker in BW

Situation erwerbstätiger Arbeitslosengeld-II Bezieher (Hartz IV-Aufstocker) in den LKreisen Baden-Württembergs, insbes Statistiken, rechtliche Voraussetzungen und regionale Unterschiede; Gründe für erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen; arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen abgesehen von einem gesetzlichen Mindestlohn

KlAnfr

s. Grundsicherung

Drs 15/3545

Ausbildungszugang für Flüchtlinge

Sachstand zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbes Abfrage beruflicher Qualifikationen der Flüchtlinge, Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verkürzung bzw Abschaffung der Vorrangprüfung, Kooperation mit berufsständischen Kammern zur Schaffung von Angeboten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive

Antr

s. Flüchtling

Drs 15/6614

Arbeitsmarktregulierung

s. Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktstatistik

Bessere Hilfen für arbeitsmarktferne Personen

Statistiken, Zielsetzung, Zielvorgaben, Steuerung und mögliche Fehlentwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bei der Vermittlung benachteiligter Personengruppen bzw arbeitsmarktferner Leistungsberechtigter in BW

Antr

s. Arbeitsmarkt

Drs 15/3926

Arbeitsmedizin

Zukunft der Arbeitsmedizin in BW

Stellenwert und Zukunft der Arbeitsmedizin in BW, insbes Einrichtung weiterer Kompetenzzentren für Arbeitsmedizin, Veränderung beim Fachärztebedarf für Arbeitsmedizin

Antr Karl Klein u.a. CDU 24.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4836

BeschlEmpf und Bericht WissA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 10 11

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Arbeitsmigration*s.a. Migration**Moderne Integrationspolitik in BW*

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr

s. Ausländerintegration

Drs 15/3038

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.06.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3663

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 85 86

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Kontrolle überbelegter Wohnungen

Kontrolle und rechtliche Regelungen gegen mutmaßlich überbelegte Wohnungen durch erzwungene Mietverhältnisse mit Kopplung von Arbeits- und Mietverträgen bei Arbeitsmigranten

Antr

s. Wohnung

Drs 15/3829

Finanzierung der „Welcome-Center“

Regionale Verteilung und Träger der neu eingerichteten „Welcome-Center“; Höhe und Herkunft der für den Aufbau und Betrieb der einzelnen Einrichtung zur Verfügung stehenden Mittel; Finanzierung und Weiterführung der „Welcome-Center“ ab dem Jahr 2015

Antr

s. Fachkraft

Drs 15/5497

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; An-

passung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr

s. Menschenhandel

Drs 15/5630

Bedarfsgerechte, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen

Etablierung eines Zuwanderungsgesetzes über eine Bundesratsinitiative unter Berücksichtigung von Grundsätzen gelungener Arbeitsmigration, insbes Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts zu einem Punktesystem, Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Förderung und Verpflichtung zum Erwerb der deutschen Sprache, Ausbau von Ausländerämtern und Visavergabestellen sowie Willkommenszentralen

Antr

s. Einwanderung

Drs 15/6619

Arbeitsmotivation*s. Leistungsmotivation***Arbeitsplatz***s.a. Arbeitsstätte**s.a. Geringfügige Beschäftigung**s.a. Teilzeitarbeit**Abhängigkeit der Region Nordschwarzwald von der Automobilindustrie*

Zahl der in der Automobilindustrie und deren Zulieferer beschäftigten Arbeitnehmer aus den LKreisen Calw, Freudenstadt, Enzkreis und Stadtkreis Pforzheim; Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze in diesen Kreisen, die von der Automobilindustrie abhängen; Höhe der Einkommen und Kaufkraft der Beschäftigten, des Anteils an Einkommensteuer und Gewerbesteuer für die Gebietskörperschaften; Darstellung der Auswirkungen einer politisch gewollten Senkung der Automobilproduktion sowie der Umstellung vom Bruttoinlandsprodukt auf einen umfassenden Wohlfahrtsindikator

Antr

s. Kraftfahrzeugindustrie

Drs 15/80

Die Schlecker-Insolvenz und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitische Herausforderung

Aktuelle Debatte

s. Insolvenz

PIPr 15/30 S. 1559

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?

Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefer-

tigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/1551

Die Situation der Ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz
Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Katastrophenschutz; Preise, Ehrungen und Auszeichnungen; Einführung einer „Ehrenamtskarte“; Abhängigkeit des ehrenamtlichen Engagements von der Betriebsgröße des Arbeitgebers; Arbeitsplatzverlust durch Einsatz im Katastrophenschutz; privilegierter Zugang zu Schulen für die im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zur Nachwuchswerbung; Auswirkung der Aussetzung der Wehrpflicht auf die Personalstruktur von Hilfsorganisationen; Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2356

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Doping am Arbeitsplatz - Medikamentenmissbrauch in BW

Sachstand zum Konsum von Medikamenten zur Leistungssteigerung am Arbeitsplatz in BW, insbes Kenntnisstand über verwendete Mittel sowie Gründe und Risiken für solche Praktiken, geplante Maßnahmen zur Eindämmung dieses Phänomens auch im Bereich der Landesbediensteten

Antr
s. *Arzneimittelmißbrauch*
Drs 15/6845

Ökonomische Folgewirkungen von Naturschutz

Sachstand zu vielfältigen wirtschaftlichen Auswirkungen und dem ökonomischen Nutzen einer modernen und aktiven Naturschutzpolitik, insbes Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Abruf von Bundes- und EU-Mitteln; Instrumente und Ziele des LIFE-Programms zur Förderung von Naturschutz-Projekten; Bedeutung von Naturschutzmitteln für landwirtschaftliche Betriebe

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 15/7231

Beschreibung des Potenzials an neuen zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen, Eintreten für auskömmliche und gesicherte Arbeitsplätze

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22 25

Befürchtungen um den Verlust von Arbeitsplätzen durch die Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 560-564

Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Ausbau der Windenergiebranche

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614 629

Auswirkungen von Mindestlöhnen auf die Arbeitsplatzsicherheit; Warnung vor einer erneuten Arbeitsplatzkrise nach 2008 und 2009

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 776-781 803

Verweisung auf den Stellenzuwachs 2011, Beklagung des hohen Anteils an Zeitarbeitsplätzen; Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176 1177 1214 1247

Gefährdung von Arbeitsplätzen in der Solarbranche und ihren Zulieferern mit der Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1652-1655 1658-1660

Arbeitsplatzabbau

s. *Personalabbau*

Arbeitsplatzsicherung

Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum des Landkreises Konstanz

Statistik und Entwicklung des ländlichen Raums im LK Kreis Konstanz, insbes Förderung von Projekten mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ und „Arbeiten“ iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) und dadurch entstandene bzw erhaltene Arbeitsplätze

KlAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3105

Drohender Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Härtereien infolge einer Belastung durch die Erneuerbare-Energien-Gesetz(EEG)-Umlage

Anzahl der im vergangenen Jahr von der EEG-Umlage teilweise befreiten Härtereien; Zahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer; Folgen einer Belastung der Unternehmen durch die EEG-Umlage; Einführung einer Härtefallregelung für die Härtereibranche

KlAnfr
s. *Metallindustrie*
Drs 15/5119

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. *Unternehmensübernahme*

Drs 15/5208

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts
Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stilllegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr

s. *Kernkraftwerk Obrigheim*

Drs 15/5392

Arbeitsplatzstatistik

s. *Arbeitsmarktstatistik*

Arbeitsrecht

Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Ausbildungsinhalte des Praktischen Jahres an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land; Zugangsvoraussetzungen; vorhandene Ausbildungsstellen; arbeitsrechtliche Bedingungen; geplante Anpassungen der Studienordnung; finanzielle Entschädigung der Lehrkrankenhäuser für die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes

KlAnfr

s. *Medizinische Ausbildung*

Drs 15/3743

Beschäftigungssituation von Tennistrainern in BW

Sachstand zur Situation der steuer- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für hauptberufliche Tennistrainer, insbes Problem der Scheinselbstständigkeit, Lösungsansätze gegenüber den Vereinen zur Vermeidung der Scheinselbstständigkeit

Antr

s. *Sportleiter*

Drs 15/7222

Arbeitsschutz

Notwendiger Schutz vor Emissionen bei der Freiwilligen Feuerwehr

Arbeitsschutz für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr; Ausstattung der Magazine mit Absauganlagen zum Schutz der Ehrenamtlichen vor den gesundheitsschädlichen Dieselabgasen

KlAnfr

s. *Feuerwehr*

Drs 15/3136

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“;

Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr

s. *Ausländischer Arbeitnehmer*

Drs 15/5365

Sicherheit der Beamten der Justizvollzugsanstalten

Konzept und Ausstattung zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit von Beamten in den Justizvollzugsanstalten

KlAnfr

s. *Justizvollzugsbeamter*

Drs 15/5385

Arbeitsschutz unter dem Aspekt psychischer Belastungen

Situation der psychischen Belastungen bei Arbeitnehmern in baden-württembergischen Unternehmen, insbes bei Stress und Burnout; Umsetzung des Bundesgesetzes zur Erweiterung des Arbeitsschutzes im Hinblick auf psychische Belastungen bei Arbeitnehmern, insbes Ausführung durch die Gewerbeaufsicht

KlAnfr Stefan Teufel CDU 27.06.2014 und Antw SM Drs 15/5386

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr

s. *Psychische Störung*

Drs 15/5713

Arbeitsschutz an Sonn- und Feiertagen in BW

Sachstand zum Arbeitsschutz an Sonn- und Feiertagen in BW, insbes Auswirkungen des Grundsatzurteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen; Überprüfung und Novellierung des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW (LadÖG) und der Bedarfsgewerbeverordnung (BedGVO)

Antr

s. *Wochenendarbeit*

Drs 15/6208

Sonntagsbackverbot

Sachstand zur Einschränkung der Produktion frischer Backwaren durch Bäckereibetriebe an Sonn- und Feiertagen, insbes Möglichkeiten zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen

KlAnfr

s. *Backgewerbe*

Drs 15/6712

Arbeitsschutzgesetz

Arbeitsschutz unter dem Aspekt psychischer Belastungen

Situation der psychischen Belastungen bei Arbeitnehmern in baden-württembergischen Unternehmen, insbes bei Stress und Burnout; Umsetzung des Bundesgesetzes zur Erweiterung des Arbeitsschutzes im Hinblick auf psychische Belastungen bei Arbeitnehmern, insbes Ausführung durch die Gewerbeaufsicht

KlAnfr
s. Arbeitsschutz
Drs 15/5386

Arbeitsstätte

s.a. Arbeitsplatz
s.a. Betriebsverlagerung
s.a. Unternehmen
s.a. Werkstatt für behinderte Menschen

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 25 - Wissenschaftliche Werkstätten der Universität Stuttgart (Kap 1418)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/125
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/725
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 05.06.2013 Drs 15/3577
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3719
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. Prostitution
Drs 15/4376

Arbeitsstandards

s. Arbeits- und Sozialstandards

Arbeitsstatistik

s. Arbeitsmarktstatistik

Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten Baden-Württemberg

Lernort Literaturmuseum

Entwicklung und Bewertung der „Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten“ beim Deutschen Literaturarchiv Marbach, insbes Aktivitäten der Arbeitsstelle und der von ihr betreuten Einrichtungen; Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Bundesländern und Nachbarländern; Betrieb und finanzielle Förderung von literarischen Museen, Archiven und Gedenkstätten in Kommunen

Antr
s. Literaturförderung
Drs 15/3654

Arbeitsunfähigkeit

Datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW

Verfahren und Datenschutz bei der Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW, insbes Regelungen für die einzelnen Studiengänge, Umsetzung der Ministeriumsempfehlung zur Einrichtung einer eigenen Post- und Faxadresse für die Übersendung der ärztlichen Atteste, Ablehnungsquote und Begründungen bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit; datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste nach der Entscheidungsfindung der Prüfungsbehörden; Übertragung der Entscheidung über die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit von den Prüfungsbehörden auf medizinisch fachkompetente Entscheidungsträger

Antr Johannes Stober u.a. SPD 15.02.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3061

Arbeitsunfall

Förderpraxis im Streuobstbau

Unfallhäufigkeit bei der Pflege und Ernte im Streuobstbau; Unfallhäufigkeit und Unfallschwere bei Hochstammsorten; Gründe für die Beschränkung der Streuobstbauförderung auf Hochstammsorten; Vorbeugung von Unfällen durch eine Erweiterung der Förderrichtlinien auf Streuobstanlagen mit 2/3- oder 1/2-Stammerziehung

Antr
s. Obstbau
Drs 15/5706

Arbeitsverhältnis

Situation der SGB II (Hartz IV)-Aufstocker in BW

Situation erwerbstätiger Arbeitslosengeld-II Bezieher (Hartz IV-Aufstocker) in den LKreisen Baden-Württembergs, insbes Statistiken, rechtliche Voraussetzungen und regionale Unterschiede; Gründe für erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen; arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen abgesehen von einem gesetzlichen Mindestlohn

KlAnfr
s. Grundsicherung
Drs 15/3545

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. Versicherungspflicht
Drs 15/4477

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen

freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Faire Arbeitsverhältnisse an Baden-Württembergs Hochschulen schaffen

Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ zur Sicherung fairer Arbeitsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Universitäten, insbes bei den befristeten Arbeitsverhältnissen im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/7116

Arbeitsverhältnis auf Zeit

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Arbeitsvermittlung

s. *Arbeitsförderung*

Arbeitsvertrag

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/407

Lehrbeauftragte an Hochschulen

Vergütung und soziale Absicherung der haupt- und nebenamtlichen Lehrbeauftragten; Anteil der von ihnen erbrachten Lehrleistungen; Ermöglichung von festen Anstellungsverträgen mit Kündigungsschutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub; Anerkennung als Mitglieder der Hochschule

Antr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/832

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg LReg
s. *Bediensteter*
Drs 15/952

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergü-

tungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Akademischer Mittelbau*
Drs 15/1156

Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten an Musikhochschulen verbessern

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den einzelnen Musikhochschulen im Vergleich zu Kunsthochschulen und Hochschulen für darstellende Kunst u.a. Hochschularten; Ausgestaltung der Arbeits- und Vergütungssituation; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einbeziehung in die demokratische Selbstverwaltung; Unterstützung der Initiative zur Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Betroffenen zur Erarbeitung gemeinsamer Standards zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen

Antr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/1193

Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst

Beurteilung o.g. Verträge nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, Erfahrungen anderer BLänder mit solchen Verträgen und der Einführung dezentraler Personalmanagementsysteme, Ermöglichung von mehr unbefristeten Stellen mit einem Personalpool, entsprechende Anpassung der Verwaltungsvorschriften des MFW zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/1327

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 27 - Sondervertraglich Beschäftigte bei den Staatstheatern (Kap 1479 und 1480)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1927
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/2527 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 13.12.2013 Drs 15/4505
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4587
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6322
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6783
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst

Entfristung der o.g. Arbeitsverträge zusammen mit den Gewerkschaften

MdlAnfr 5) Dr. Reinhard Löffler CDU 16.07.2012 Drs 15/2089
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2475

Externe Personen in der baden-württembergischen Landesverwaltung

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusam-

menhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen

Antr
s. *Lobbyismus*
Drs 15/2308

Pädagogische Assistenten

Anzahl der gegenwärtig in den verschiedenen Schularten beschäftigten Pädagogischen Assistenten; ihre Aufgaben und durchschnittliche Wochenstundenzahl; Evaluierung ihrer Arbeit an Grundschulen; Weiterbeschäftigung der Assistenzkräfte in der Grundschule und Umwandlung ihrer bisher befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2335

Gute Arbeit an den Hochschulen: Entfristung von Stellen

Bewertung der Situation der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Ursachen für deren Zunahme; detaillierte Daten zu be- und entfristeten Beschäftigten und deren Stellen; Position zu zweijährigen Mindestvertragslaufzeiten für befristete Verträge an Hochschulen und der Begrenzung der Anzahl der Folgeverträge; Umsetzung von Entfristungsmaßnahmen und Orientierung am Leitbild „Gute Arbeit“

Antr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/2958

Kontrolle überbelegter Wohnungen

Kontrolle und rechtliche Regelungen gegen mutmaßlich überbelegte Wohnungen durch erzwungene Mietverhältnisse mit Kopplung von Arbeits- und Mietverträgen bei Arbeitsmigranten

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/3829

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. *Versicherungspflicht*
Drs 15/4477

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Wechsel der Intendanz an der Staatsoper Stuttgart

Sachstand zur Nichtverlängerung des Vertrags des Intendanten der Staatsoper Stuttgart und zum geplanten Vorgehen bei der Nachbesetzung

Antr
s. *Oper*
Drs 15/7634

Kritik an der Ersetzung von Leiharbeit durch Werkverträge

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1193

Arbeitsverwaltung

s.a. Arbeitsförderung

Verweigerung von Gründungszuschüssen für Existenzgründer durch die Agentur für Arbeit in Pforzheim und im Enzkreis

Gründe für die Verweigerung o.g. Zuschüsse im Gegensatz zu anderen Agenturen und zur Intention der Programme; Bewertung der Zugrundelegung einer geplanten Rechtsänderung vor deren Inkrafttreten

KIAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 15/657

Transfergesellschaften versus Arbeitsagenturen

Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der betroffenen Arbeitnehmer 2011, Anteil und Erfolgsquote von Transfergesellschaften und der regionalen Arbeitsagenturen bei der Qualifizierung und Vermittlung der betroffenen Mitarbeiter; Einschätzung der Erfolgsquote der Agenturen bei den Betroffenen der Drogeriemarktkette S.

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1552

Berufseinstiegsbegleitung fortführen und ausbauen

Erfahrungen mit dem o.g. Angebot an Schulen seit 2009, Zahl der (erfolgreichen) Teilnahmen von Schülern beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Ausbildung, Höhe und Träger der Kosten, Bewertung der Überführung der Berufseinstiegsbegleitung in den Regelleistungskatalog der Bundesagentur für Arbeit, Beteiligung an der seit April 2012 erforderlichen Kofinanzierung, Art und Ergebnisse von Gesprächen zwischen Ministerien und Institutionen zum Ausbau des Angebots

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1635

Struktur der erwerbsfähigen Grundsicherungsberechtigten unter 25 Jahren

Zahl der o.g. bei den Jobcentern gemeldeten Personen; Anteil der in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbaren sowie der auf therapeutische Begleitung, Qualifizierungen oder Motivationshilfen angewiesenen Personen; notwendige Maßnahmen und Mittel zur raschen Heranführung an den Arbeitsmarkt; Anteil der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1768

Zertifizierung von staatlichen Altenpflegesschulen durch die Agentur für Arbeit

Gleichmäßige Berücksichtigung aller Altenpflegesschulen in Trägerschaft der LKreise durch die Agentur für Arbeit bei der Zertifizierung für Weiterbildungsmaßnahmen

Antr
s. *Altenpflegeschule*
Drs 15/3289

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehraufwand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/3535

Bessere Hilfen für arbeitsmarktferne Personen

Statistiken, Zielsetzung, Zielvorgaben, Steuerung und mögliche Fehlentwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bei der Vermittlung benachteiligter Personengruppen bzw arbeitsmarktferner Leistungsberechtigter in BW

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/3926

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/4378

Jobcenter in kommunaler Trägerschaft und als gemeinsame Einrichtungen

Sachstand zur Zahlenentwicklung bei den Jobcentern in BW, insbes Vermittlungsquote, Vermittlung in ungeforderte Beschäftigung und Leiharbeit, Beständigkeit der vermittelten Beschäftigungsverhältnisse, Aktivierungsquote von Arbeitslosen, Verwaltungskosten, Personalausstattung, Betreuungsschlüssel

Antr Manfred Lucha u.a. GRÜNE 19.05.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6900 (36 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 08.10.2015 Drs 15/7755 S. 18 19
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Qualifizierung von Schulabgängern in den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung; Anstrengung eines sozialen Arbeitsmarkts gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513-515 519

Anstrengung eines sozialen Arbeitsmarkts gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176-1184

Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt für die Mitarbeiterinnen von Schlecker in einer Transfersgesellschaft, Gegenüberstellung der Möglichkeiten der Arbeitsagenturen

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1559-1572

Arbeitswilligkeit

s. *Leistungsmotivation*

Arbeitszeit

s.a. *Bereitschaftszeit*

s.a. *Kurzarbeit*

s.a. *Ladenöffnungszeit*

s.a. *Mehrarbeit*

s.a. *Schichtarbeit*

s.a. *Teilzeitarbeit*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier:

a) *Denkschrift 2005 des RH zur LHR von BW für das Hj 2003 - Beitrag Nr. 7: Elektronische Zeiterfassung bei der Landespolizei*

b) *Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 6: Arbeitszeit und Zeiterfassung bei der Landespolizei*

Mittlg LReg 27.12.2011 Drs 15/1090

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1328

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 14.06.2013 Drs 15/3635

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3714

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Mittlg LReg 24.03.2015 Drs 15/6652

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6782

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Haushalt 2012; Epl 12

Verzicht auf die vorgesehenen Einsparungen zulasten der Beamten, Einführung eines differenzierten Lebensarbeitszeitkontos

Haushalt
s. *Beamter*
Drs 15/1112

EU-Arbeitszeitrichtlinie

Bewertung einer Regelung von Arbeitszeitbestimmungen auf europäischer Ebene, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber; Stand der Überarbeitung o.g. Richtlinie, Eintreten für einen europaweit arbeitsfreien Sonntag; Bewertung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit nach dem vom Europäischen Gerichtshof entwickelten Grundsatz

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 13.06.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1839

BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 125

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Änderung EU-Arbeitszeitrichtlinie - Anrechnung ehrenamtlicher Tätigkeit auf die Arbeitszeit

Beurteilung o.g. Pläne der EU-Kommission und ihrer Auswirkungen für das Ehrenamt, insbes für die Mitglieder und den

Dienst der freiwilligen Feuerwehren

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 04.07.2012 und Antw SM Drs 15/2011

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hausaufgaben*
Drs 15/3381

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf Ganztagschulen in offener Angebotsform im Enzkreis und in Pforzheim

Zahl der an den einzelnen Ganztagschulen entfallenden Entlastungsstunden; Existenzgefährdung von Ganztagschulen in offener Angebotsform durch die Streichung der Entlastungsstunden; Sicherstellung des Fortbestands des fünfzügigen Theodor-Heuss-Gymnasiums Mühlacker; Aufrechterhaltung zusätzlicher Angebote wie z.B. Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustauschprogramme und Präventionsprojekte

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/3402

Altersermäßigung für Lehrkräfte

Grundlage, Ausgestaltung und Zukunft der bisherigen Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes Regelung für die einzelnen Schularten, Abstimmung mit den Lehrerverbänden und Gewerkschaften; Regelung der Altersermäßigung für Schwerbehinderte; Umschichtung von gestrichenen Mitteln zur Altersermäßigung in andere Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes für Lehrkräfte

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/3417

Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität

Sinn und Zweck der Anrechnungsstunden; Nutzung des Entlastungskontingents; Auswirkungen der Streichung von Lehrerstellen und einer Kürzung der Entlastungsstunden auf die Unterrichtsversorgung und die Bildungsqualität; Absenkung der Anrechnungsstunden nach Schularten; Einsparung von Lehrerdeputaten; Ausgleich der Mehrbelastung der Lehrer; Rücknahme der geplanten Einschnitte beim Entlastungskontingent

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3435

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den Wahlkreis 33 (Baden-Baden/Bühl)

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3601

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den LKreiss Esslingen

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3682

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungsklassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3872

Allgemeines Entlastungskontingent

Zweck der Bereitstellung des allgemeinen Entlastungskontingents (Stundenpools) und Festlegung eines schulartgenauen Aufgabenkatalogs zur Verwendung der Anrechnungsstunden (tabellarische Darstellung); Empfehlungen des Rechnungshofs zum allgemeinen Entlastungskontingent von 2007 und Begründung der abweichenden Haltung des Kultusministeriums

Antr
s. *Stundenpool*
Drs 15/3901

Unbesetzte Lehrerdeputate an der Waldschule Pforzheim-Büchenbronn

Lehrkräftebedarf der Waldschule Büchenbronn; Zuteilung weiterer Lehrkräfte zur Behebung des bestehenden Unterrichtsdefizits; Zusatzstunden für einen stufengetrennten Unterricht in den Kernfächern in Klasse 6 und Klasse 7; Lösungsvorschläge für die lehrplanmäßige Unterrichtsverteilung in zusammengelegten Klassen; Chancengleichheit für die Schüler der Waldschule Büchenbronn

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4143

Altersermäßigung muss erhalten bleiben - keine Haushaltssanierung auf Kosten der Lehrergesundheit

Pläne der LReg zur Streichung bzw Verschiebung der Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes konkrete Verwendung der eingesparten Ressourcen aus einer geplanten Streichung bzw Verschiebung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/4288

*Regierungsbefragung**Umgang mit Lehrern*s. *Lehrer*

PIPr 15/80 S. 4837

Auswirkungen der Kürzungen im Entlastungskontingent

Auswirkungen auf die verschiedenen Schularten; Rückmeldungen der Schulen; Folgen für die Betreuung von Lehrern in Ausbildung; Vorschläge zur Aufrechterhaltung schulischer Aufgaben wie Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustausch, Praktikantenbetreuung, Betreuung von Sammlungen; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich; Deputate zur Umsetzung des Personalvertretungsgesetzes

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/5022

Entwurf einer VO über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO)

Übernahme der bisherigen Regelstundenmaße der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, Unterrichtsverpflichtung der Schulleiter, Regelung zur Alters- und Schwerbehindertenermäßigung und den drei unterrichtsfreien Tagen; Neufassung der Altersermäßigung; Neuregelung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen

Mittlg LReg

s. *Lehrer*

Drs 15/5183

Plant der Kultusminister eine Erhöhung der Arbeitszeit für Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen?

Hintergründe der geplanten Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Gymnasiallehrer*

Drs 15/5287

Sogenannte „Erfüller“ im baden-württembergischen Schulsystem

Situation der nicht in ein Beamtenverhältnis übernommenen angestellten Lehrer mit fachlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung, insbes Abbau von Benachteiligungen gegenüber verbeamteten Kollegen bei Entlohnung und Arbeitspensum, Erzielung konkreter Verbesserungen im Zuge der anstehenden Tarifverhandlungen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/6076

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr

s. *Landwirtschaftsverwaltung*

Drs 15/6119

Praktikable Änderungen und Klarstellungen beim Mindestlohngesetz (MiLoG)

Hinwirkung auf Änderungen beim Mindestlohngesetz über den Bundesrat, insbes bei Dokumentationspflicht, Jahresarbeitszeitkontenregelung, Jahresbetrachtung des Lohns, Umfang der Haftung für Werk-/Dienstverträge, Wiederholungen studienbegleitender Praktika im selben Unternehmen

Antr

s. *Mindestlohngesetz*

Drs 15/6659

Änderungen beim Mindestlohngesetz, insbes bei den Dokumentationspflichten

Position der LReg zur Änderung der Arbeitszeitregelungen und Dokumentationspflichten beim Mindestlohngesetz

MdlAnfr

s. *Mindestlohngesetz*

Drs 15/6690

Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes in BW

Sachstand zur Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes in BW durch den Umlaufbeschluss der 92. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2015 zum § 15 Abs 1 Nr. 2 Arbeitszeitgesetz (ArbZG), insbes Bedingungen für Regelungen in einzelnen Branchen

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 08.05.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6876

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr

s. *Polizeibeamter*

Drs 15/7607

Entwurf der Verordnung der LReg zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW

Erhöhung der Leitungszeit für Schulleiter von Schulen mit weniger als acht Klassen auf zehn Wochenstunden; Neudefinition der „kleinen Schule“ von bisher „weniger als sieben Klassen“ auf künftig „weniger als acht Klassen“

Mittlg LReg

s. *Verordnung der LReg über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW*

Drs 15/7955

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr

s. *Software*

Drs 15/7987

Ersetzung des Vorgriffsstundenmodells für Landesbeamte durch ein freiwilliges Lebensarbeitszeitkonto

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 127 130 139

Einführung neuer Arbeitszeitmodelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 196 197

Plädoyer für eine Rücknahme des beschlossenen Lebensarbeitszeitmodells für die Hochschulprofessoren

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 287

Kritik an der Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte; Einstieg in ein Lebensarbeitszeitkonto

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 416 431-433

Erinnerung an den misslungenen Versuch zur Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos für die Beamten

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 584

Verweisung auf den möglichen Einsparbetrag mit dem Lebensarbeitszeitkonto für die Beamten, Ermöglichung flexibler Lösungen für die verschiedenen Lebensphasen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886 889-891 894-897

Begründung des von der abgelösten LReg geplanten Lebensarbeitszeitkontos für die Beamten mit mehr Flexibilität und einer strukturellen Einsparung im Haushalt; Abbau der von den Lehrern geleisteten Bugwellenstunden

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1103 1125 1128 1129 1138

Verweisung auf den möglichen Einsparbetrag mit dem Lebensarbeitszeitkonto für die Beamten, Ermöglichung flexibler Lösungen für die verschiedenen Lebensphasen; Erinnerung an die Stellenstreichung bei der Polizei im Zuge der Arbeitszeitverlängerung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1208 1211 1216 1232

Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung

Altersabhängige Staffelung des Urlaubsanspruches für Beamtinnen und Beamte; § 21 Abs 1 Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO)

Umsetzung des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur vom Lebensalter abhängigen Differenzierung der Urlaubsdauer vom 20. März 2012 für die Landesbeamten durch Änderung des § 21 Abs 1 Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO); rückwirkende Gewährung des zusätzlichen Erholungsurlaubs für Landesbeamte

MdlAnfr

s. *Urlaub*

Drs 15/3456

Umsetzung des BAG-Urteils zur Regelung der Urlaubsdauer auf die Landesbeamten

Übertragbarkeit des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur vom Lebensalter abhängigen Differenzierung der Urlaubsdauer vom 20. März 2012 auf die Landesbeamten; Schwierigkeiten und Zeitplan der Umsetzung der rechtsverbindlichen Angleichung des Jahresurlaubs der Landesbeamten

Antr

s. *Urlaub*

Drs 15/4871

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 17, 22, 24, 29 und 48 der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung in der Fassung vom 28. Juli 2015

GesEntw

s. *Beamtenrecht*

Drs 15/7552

Arbeitszeitgesetz

Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes in BW

Sachstand zur Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes in BW durch den Umlaufbeschluss der 92. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2015 zum § 15 Abs 1 Nr. 2 Arbeitszeitgesetz (ArbZG), insbes Bedingungen für Regelungen in einzelnen Branchen

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 15/6876

Arbeitszeitkonto

s. *Arbeitszeit*

Arbeitszeitreduzierung

s. *Arbeitszeitverkürzung*

Arbeitszeitrichtlinie

s. *Arbeitszeit*

Arbeitszeitverkürzung

s.a. *Teilzeitarbeit*

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr

s. *Teilzeitarbeit*

Drs 15/5675

Arbeitszeitverringerung

s. *Arbeitszeitverkürzung*

ArbSchG

s. *Arbeitsschutzgesetz*

ArbZG

s. *Arbeitszeitgesetz*

Archäologie

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 26:

Archäologisches Landesmuseum

Mittlg LReg 25.07.2011 Drs 15/337

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/556

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Archäologisches Landesmuseum und archäologisches Zentraldepot

Darstellung der Abläufe und Zuständigkeiten bei archäologischen Funden mit Erläuterungen zu Ausgrabung, Dokumentation, Archivierung und Ausstellung; durchgeführte Maßnahmen zur Umwandlung des Archäologischen Landesmuseums (ALM) zu einem Landesbetrieb; Beurteilung der Entflechtung des ALM vom Landesamt für Denkmalpflege; Planungen für die Zuordnung des Archäologischen Zentralarchivs in Rastatt; Erwartungen an die neue Museumskonzeption

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 04.05.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1656

BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 40 41

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Präsentation altsteinzeitlicher Artefakte in BW

Situation, Gesamtkonzept und Zeitplan für die Präsentation altsteinzeitlicher Artefakte in BW, insbes Präferenzen und Pläne der LReg zur Errichtung eines zentralen Altsteinzeitmuseums oder dezentraler Einzelpräsentationen in Fundortnähe

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 03.07.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3732

BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 6 7

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr

s. *Bodendenkmal*

Drs 15/4776

Architekt*s.a. Freier Beruf**Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie*

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 15/1387

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht

Ersetzung der bisherigen statischen Verweisung im Architekten-gesetz und dem Ingenieurgesetz durch eine dynamische Verweisung auf die jeweils geltende Fassung der Berufsanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/5445

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) auf dem europarechtlichen Prüfstand - EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Sachstand zur Bedeutung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, insbes Auswirkungen auf Bauqualität und -sicherheit sowie Planungs- und Kostentransparenz, Bewertung und Erfolgsaussichten der Prüfung einer Vertragsverletzung durch die EU-Kommission

Antr

s. *Honorarordnung für Architekten und Ingenieure*

Drs 15/7082

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze

Umsetzung der novellierten Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG für die Berufsgruppe der Architekten und Ingenieure und landesrechtliche Einführung der Partnergesellschaft mit beschränkter Berufshaftung für beide Berufsgruppen; Änderung der Regelungen zur Versicherungsaufsicht für die Versorgungswerke der Architekten, Ingenieure, Steuerberater, Rechtsanwälte und Notare; Ermöglichung der Vornahme von Entscheidungen über die Bewilligung von Förderleistungen durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank -(L-Bank) in einem vollautomatisierten Prozess

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/7857

Architekteneintragungsverordnung*Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze*

Änderung der §§ 1, 2 und 4 der Architekteneintragungsverordnung in der Fassung vom 25. Januar 2012

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/7857

Architektengesetz*Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)*

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht

Änderung von § 4 des Architektengesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/5445

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze
 Änderung der §§ 1, 2 a, 2 b, 3, 4, 4 a, 4 b, 8, 11, 12, 15, 16, 18,
 19, 21 und 26-29 des Architektengesetzes in der Fassung vom
 29. Juli 2014

GesEntw
 s. *Bauberuf*
 Drs 15/7857

Architektur

*Studiengang Architektur und Stadtplanung an der Universität
 Stuttgart*

Planungen für den Studiengang „Architektur und Stadtplanung“
 als einen achtsemestrigen Bachelor- und einen viersemestrigen
 Masterstudiengang an der Universität Stuttgart, insbes Stand der
 Genehmigung, Anpassung der Studienzeiten für den Bachelor-
 Studiengang, Studiensituation und Mittelausstattung, Landes-
 und Bundesvergleich für die Ausgestaltung des Studiengangs
 „Architektur“

Antr
 s. *Studienfach*
 Drs 15/3733

Baukultur als Bildungsauftrag

Rolle von Architektur, Denkmalschutz und Baukultur in der
 Bildungspolitik und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern,
 insbes stärkere Verankerung im Unterricht bei der Überarbei-
 tung der Bildungspläne; Einschätzung der bayerischen Landes-
 arbeitsgemeinschaft Architektur und Schule und Einrichtung ei-
 ner ähnlichen Institution in BW

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 26.09.2013 und Stellungnahme
 KM Drs 15/4090
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897
 S. 38
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Archiv

s.a. *Kultureinrichtung*

*Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs
 15/100); hier: Beitrag Nr. 29 - Landesarchiv BW (Kap 1469)*

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/129
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/729
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 30.11.2012 Drs 15/2768
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3220
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

a) *Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen
 14/1398, 14/3130, 14/4053 betr.*

*Heimerziehung/-unterbringung in den Jahren zwischen 1949
 und 1975*

b) *Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung,
 Finanzierung und Verwaltung des Fonds „Heimerziehung in der
 Bundesrepublik Deutschland“ und Durchführung eines Projekts
 „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerzie-
 hung zwischen 1949 und 1975 in BW“*

Mittlg LReg
 s. *Heimerziehung*
 Drs 15/775

*Umsetzung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik
 Deutschland“*

Bewertung der Beratungspraxis der Regionalen Anlauf- und Be-
 ratungsstellen für die Opfer der Heimerziehung, Umsetzungs-
 stand der Verwaltungsvereinbarung über den o.g. Fonds und des
 Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der
 Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in BW“

MdlAnfr
 s. *Heimerziehung*
 Drs 15/1557

*Archäologisches Landesmuseum und archäologisches Zentral-
 depot*

Darstellung der Abläufe und Zuständigkeiten bei archäologi-
 schen Funden mit Erläuterungen zu Ausgrabung, Dokumenta-
 tion, Archivierung und Ausstellung; durchgeführte Maßnahmen
 zur Umwandlung des Archäologischen Landesmuseums (ALM)
 zu einem Landesbetrieb; Beurteilung der Entflechtung des ALM
 vom Landesamt für Denkmalpflege; Planungen für die Zuord-
 nung des Archäologischen Zentralarchivs in Rastatt; Erwartun-
 gen an die neue Museumskonzeption

Antr
 s. *Archäologie*
 Drs 15/1656

Lernort Literaturmuseum

Entwicklung und Bewertung der „Arbeitsstelle für literarische
 Museen, Archive und Gedenkstätten“ beim Deutschen Litera-
 turarchiv Marbach, insbes Aktivitäten der Arbeitsstelle und der
 von ihr betreuten Einrichtungen; Vergleich mit ähnlichen Ein-
 richtungen in anderen Bundesländern und Nachbarländern; Be-
 trieb und finanzielle Förderung von literarischen Museen, Archi-
 ven und Gedenkstätten in Kommunen

Antr
 s. *Literaturförderung*
 Drs 15/3654

*Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung des
 Bibliotheks- und Archivguts*

Anteil des digitalisierten Materials am Gesamtbestand
 der Archive und Bibliotheken; Zeitplan für das Gesamt-
 Digitalisierungsvorhaben; Umsetzung der Kunst- und Kul-
 turkonzeption „Kultur 2020“, insbes der Koordination der
 Digitalisierung von analogem Kulturgut; Einrichtungen und
 Spezialwerkstätten für Bestandserhaltung in Museen, Archiven
 und Bibliotheken; Ausbau vorhandener Digitalisierungswerk-
 stätten zu spartenweisen Digitalisierungszentren; Ausbildungs-
 und Studiengänge; finanzielle Förderung der Digitalisierung
 und Bestandserhaltung; Höhe der bis 2016 bereitgestellten
 Mittel; Kofinanzierung durch die Europäische Union, den Bund
 bzw die Kulturstiftung der Länder

Antr
 s. *Bestandserhaltung*
 Drs 15/4373

Archiv für die bildende Kunst in BW

Errichtung eines Archivs für die Nachlässe anerkannter bilden-
 der Künstler aus BW; Aufwand und Kosten; Bedeutung des
 Deutschen Literaturarchivs Marbach für die Bewahrung der
 Nachlässe namhafter Schriftsteller

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 31.01.2014 und Stel-
 lungnahme MWK Drs 15/4701
 BeschlEmpf und Bericht WissA 03.04.2014 Drs 15/5137 S.
 5

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Aktenführung und Archivpflicht im Licht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH)

Rechtliche Regelung der Aktenführung in der LReg; Berücksichtigung der Anforderung der Vollständigkeit der Akten; Unterschiede in der Aktenführung gegenüber der Regierung Mapus; Speicherung der Unterlagen des exekutiven Kernbereichs und deren spätere Archivierung im Landesarchiv

KlAnfr
s. *Akten*
Drs 15/5658

Deutsches Tagebucharchiv (DTA) in Emmendingen

Bedeutung und Arbeit des Deutschen Tagebucharchivs in Emmendingen insbes personelle und finanzielle Ausstattung, Landesförderung, Kooperationen

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 28.01.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6412

Archivgut

Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung des Bibliotheks- und Archivguts

Anteil des digitalisierten Materials am Gesamtbestand der Archive und Bibliotheken; Zeitplan für das Gesamt-Digitalisierungsvorhaben; Umsetzung der Kunst- und Kulturkonzeption „Kultur 2020“, insbes der Koordination der Digitalisierung von analogem Kulturgut; Einrichtungen und Spezialwerkstätten für Bestandserhaltung in Museen, Archiven und Bibliotheken; Ausbau vorhandener Digitalisierungswerkstätten zu spartenweisen Digitalisierungszentren; Ausbildungs- und Studiengänge; finanzielle Förderung der Digitalisierung und Bestandserhaltung; Höhe der bis 2016 bereitgestellten Mittel; Kofinanzierung durch die Europäische Union, den Bund bzw die Kulturstiftung der Länder

Antr
s. *Bestandserhaltung*
Drs 15/4373

Aktenführung und Archivpflicht im Licht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH)

Rechtliche Regelung der Aktenführung in der LReg; Berücksichtigung der Anforderung der Vollständigkeit der Akten; Unterschiede in der Aktenführung gegenüber der Regierung Mapus; Speicherung der Unterlagen des exekutiven Kernbereichs und deren spätere Archivierung im Landesarchiv

KlAnfr
s. *Akten*
Drs 15/5658

Archivwesen

s. *Archiv*

ARD

Umsetzung des Maßnahmenkatalogs 2013 zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots

Stand der Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots der ARD; Audiodeskription und Untertitelung von Sendungen der ARD; Zuspruch für die bisher untertitelten Formate; Anteil der barrierefreien Sendungen am Gesamtprogramm des SWR bis Jahresende

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 15/4241

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Bericht der ARD an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5125

ARegV

s. *Anreizregulierungsverordnung*

Armenien

Anzeige der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern

Sachstand zur Anzeige der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in großen Tageszeitungen

KlAnfr
s. *Union of European Turkish Democrats*
Drs 15/6829

Armut

s.a. *Armuts- und Reichtumsbericht*

s.a. *Entwicklungspolitik*

s.a. *Obdachlosigkeit*

s.a. *Sozialleistung*

EU-Programm zur Nahrungsmittelabgabe

Beteiligte Mitgliedsstaaten, Zielgenauigkeit und Finanzierung des o.g. Verteilungsprogramms für Bedürftige; Verwendung von frischen Produkten von lokalen Lebensmittelproduzenten? Vereinbarkeit des Programms mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Prinzip der Selbsthilfe durch Schaffung von Arbeitsplätzen

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/753

Armuts- und Reichtumsberichterstattung auch in BW einführen

Entwicklung eines o.g. Konzepts, Verbindung der Berichterstattung mit einem breiten Diskussionsprozess mit den Kirchen, Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft; Anknüpfung an vorliegende Definitionen und Vereinbarungen aus der Berichterstattung des Bundes und der EU; Hervorhebung von Kinder- und Altersarmut sowie der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Armutsgefährdung

Antr GRÜNE und SPD 21.12.2011 und Stellungnahme SM
Drs 15/1070
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1668-1677
Mittlg LReg 03.09.2012 Drs 15/2292
Mittlg SM 24.11.2015 Drs 15/7757

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des

Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr SPD 16.01.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2886 (16 S.)
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4118-4125

Streichung des Landeserziehungsgelds

Höhe der seit 2010 gewährten Leistungen, Frage nach einer Anrechnung auf das ALG II bzw die Sozialhilfe; Gründe und Auswirkungen der Abschaffung des Landeserziehungsgelds, Verstärkung des Armutsrisikos der einkommensschwachen Familien, Aufnahme der Folgen in den geplanten Armuts- und Reichtumsbericht

Antr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/2474

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiederreiseperrnen; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene Kommunen

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Heizung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6671

Gutachtenvergabe iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Sachstand zur Vergabe von Gutachten und Forschungsaufträgen iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung, insbes Arten der Ausschreibung, Auftragswerte, Zwischenergebnisse, inhaltliche Überschneidungen, Einarbeitung der Empfehlungen in den Bericht

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 17.04.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6751
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.07.2015 Drs 15/7534 S. 15 16
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Erhaltung des Landeserziehungsgelds zum Schutz von einkommensschwachen Familien vor Armut; Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts für BW

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 323-329

Armutsrisiko von psychisch kranken Menschen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717

Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts für BW, Beklagung eines zunehmenden Unterschieds zwischen Arm und Reich

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 910 911 915 926

Bezeichnung von Burundi als das Armenhaus Afrikas; Unterstützung von Projekten zur Armutsbekämpfung

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1614-1616

Begünstigung des Armutsrisikos von Frauen im Alter durch das Betreuungsgeld

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1853 1854

Darstellung der Geschichte von Kinderarmut im Bauernhausmuseum in Wolfegg, Verweisung auf die bestehende weltweite Kinderarmut

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2081 2082

Armuts- und Reichtumsbericht

s.a. Armut

Armuts- und Reichtumsberichterstattung auch in BW einführen
Entwicklung eines o.g. Konzepts, Verbindung der Berichterstattung mit einem breiten Diskussionsprozess mit den Kirchen, Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft; Anknüpfung an vorliegende Definitionen und Vereinbarungen aus der Berichterstattung des Bundes und der EU; Hervorhebung von Kinder- und Altersarmut sowie der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Armutsgefährdung

Antr
s. *Armut*
Drs 15/1070

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
s. *Armut*
Drs 15/2886

Aktueller Sachstand zum Armuts- und Reichtumsbericht

Konkrete Planungen, Aufteilung der im Haushalt veranschlagten Mittel auf einzelne Themenbereiche; Benennung der an der Erstellung des Berichts beteiligten Institutionen; Auswirkungen der Abschaffung des Landeserziehungsgeldes

Antr CDU 19.12.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2825
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4118-4125

Bisherige Maßnahmen iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Förderung von Projekten im Kontext des Armuts- und Reichtumsberichts; Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Projekte in der Berichterstattung; Erstellung von Gutachten und deren Kosten; Kritik am Schwerpunkt Kinderarmut; Veröffentlichungstermin des Abschlussberichts

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 19.11.2014 und Stel-

lungnahme SM Drs 15/6145
BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.01.2015 Drs 15/6496 S.
36-38
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Armutsbericht

s. Armuts- und Reichtumsbericht

Arrest (Jugendstrafrecht)

s. Jugendarrest

ARTE

s. Fernsehen

Artenschutz

s.a. Biodiversität
s.a. FFH-Richtlinie
s.a. Landschaftsschutzgebiet
s.a. Nationalpark
s.a. Tierschutz
s.a. Vogelschutz

Eindämmung des Biodiversitätsverlusts

Kernelemente der o.g. neuen Strategie der EU-Kommission, Einbindung in das globale Umwelt-Vertragswerk der Vereinten Nationen und in die Strategie Europa 2020, Bewirkung einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik? Beiträge eines intelligenten Landwirtschaftsmanagements zur Förderung der Biodiversität; Rolle der Neophyten in der Gesamtbilanz; Leistungsfähigkeit der integrativen Biodiversitätsforschung; Konzeption, finanzielle Ausstattung und Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt

Antr
s. Biodiversität
Drs 15/310

Bestandsentwicklung des Kormorans sowie gefährdeter Fischarten in BW

Umsetzung und Wirkung der neuen Kormoranverordnung in der Praxis, insbes Darstellung des Verwaltungsvollzugs; Daten zur Entwicklung der Kormoranpopulation und der als gefährdet eingestuften Fischarten in BW, den anderen Bundesländern und der EU sowie daraus abgeleitete Handlungsnotwendigkeiten

Antr
s. Kormoran
Drs 15/3150

Der Ausbau der Windkraft kommt wegen großer planungsrechtlicher Probleme nicht voran

Anzahl und Gesamtleistung der im Jahr 2012 in den einzelnen Bundesländern in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen; Ausweisung von Vorranggebieten durch die Regionalverbände in den Regionalplänen und von Standorten durch die Kommunen in den Flächennutzungsplänen seit der Änderung des Landesplanungsgesetzes und dem Inkrafttreten des Windenergieerlasses; Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen; Gründe für die Ablehnung eines Standorts oder Vorranggebiets; Änderungen von Schutzgebietsverordnungen durch die unteren (Stadt- und LKreise) oder die höheren Naturschutzbehörden (Regierungspräsidien); Handreichungen für den Artenschutz

Antr
s. Windenergieanlage
Drs 15/3353

Umsetzung der zur Sicherung der Belange des Natur- und Artenschutzes in der Regional- und Bauleitplanung auf Grundlage des Windenergieerlasses notwendigen Maßnahmen durch die LReg

Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei der Genehmigung von Windkraftanlagen; Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden; Schutz der unter Ziffer 4.2 im Windenergieerlass BW vom 9. Mai 2012 definierten Tabubereiche; Kartierung der Horste geschützter Vögel; wissenschaftliche Untersuchung und Kartierung der Flugrouten von Vögeln und Fledermäusen; Aufschluss über den Vogelzug entlang des Alpennordrands und am Bodensee, Erforschung der Flughöhe nachts ziehender Vögel; Veröffentlichung der planungsrechtlich bedeutsamen Forschungsergebnisse; Zeitplan und Finanzierung der Maßnahmen

Antr
s. Vogelschutz
Drs 15/4445

Zukunft des Tourismusmagneten Sauschwänzlebahn

Ziel der Überwachung der Mopsfledermäuse in den Tunnel der Museumsbahn Sauschwänzlebahn und mögliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit des Betriebs der Museumsbahn mit den Bedürfnissen der Mopsfledermäuse

KlAnfr
s. Fledermaus
Drs 15/4864

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biberschutzes gegenüber anderen Interessen

Antr
s. Biber
Drs 15/5017

Fischartenschutz an der Jagst

Fraßdruck der Kormorane auf die Fischbestände an der Jagst; Sachstand des Antrags der Fischhegegemeinschaft Jagst auf eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zur Kormoranvergrämung

KlAnfr
s. Fischerei
Drs 15/5133

Windenergiepläne im LKreis Schwäbisch Hall

Genehmigung von Windenergieanlagen im LKreis Schwäbisch Hall; Planungen von Windenergieanlagen im Schäferwald in der Gemeinde Frankenhardt, insbes Beachtung von Arten- und Vogelschutz

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/5184

Erfahrungen aus der Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald und weitere Perspektiven

Sachstand der FSC-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald; Durchführung betrieblicher Veränderungen beim Landesbetrieb ForstBW iRd Zertifizierung; Kosten der Maßnahmen zur Anpassung an den FSC-Standard; Auswirkungen auf Artenschutz und Biodiversität; Stand des Zertifizierungsprozesses in den Staats-, Körperschafts- und Privatwäldern bundesweit

Antr
s. Wald
Drs 15/5570

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrecht-ergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

GesEntw
s. Jagdrecht
Drs 15/5789

Artenschutz beim Windkraftausbau im Stadtkreis Pforzheim

Auskunft über vorliegende Genehmigungsanträge und Voranfragen zum Bau von Windkraftanlagen; Berücksichtigung des vom Naturschutzbund Deutschland, Ortsverein Engelsbrand, ausführlich dokumentierten Vorkommens von Rotmilanen im Gebiet der Büchenbronner Höhe und des Saubergs bei der artenschutzrechtlichen Prüfung der geplanten Windkraftanlagen; Anpassung des Teilflächennutzungsplans Windenergie

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/6103

Artenschutz beim Windkraftausbau auf der Buocher Höhe

Einbeziehung eines ehrenamtlich erstellten Gutachtens zum Artenschutz in den entsprechenden Teilflächennutzungsplan für Windenergieanlagen auf der Buocher Höhe im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/6108

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. Sekundäres Gemeinschaftsrecht
Drs 15/6203

Windkraftanlagen

Konsequenzen aus dem im Auftrag des „Landesverbands baden-württembergischer Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ erstellten Rechtsgutachtens für den Windenergieerlass; Aussetzung laufender Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/6267

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/6441

Die Gänsepopulation am unteren Neckar und ihre Auswirkungen

Sachstand zur stark zugenommenen Gänsepopulation am unteren Neckar, insbes Populationsentwicklung eingewanderter Gänsearten, natur- und artenschutzfachliche Bewertung, Gesundheitsgefahren durch Gänsekot, Maßnahmen der LReg

KlAnfr
s. Gans
Drs 15/6789

Natura 2000 - Fitness-Check für die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie

Sachstand zur Umsetzung von Natura 2000 in BW, insbes Auswirkungen der Flora-Fauna-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie auf den Natur- und Artenschutz, Auswirkungen auf die Natura 2000-Standards durch das REFIT-Programm und den „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien

Antr
s. Naturschutzgebiet
Drs 15/7168

Vorkommen und Schutz der heimischen Muscheln und Krebse

Sachstand zum Vorkommen und Schutz der Flusskrebse und Süßwassermuscheln in BW, insbes aktuelle Gefährdung der Populationen, Rücksichtnahme bei Eingriffen in oder an Gewässern, Gefährdung durch Neozoen

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 22.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7198 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 72-73
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Hervorhebung des Artenschutzes in einem Nationalpark Nordschwarzwald

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 559-561-566-568

Verweisung auf die positiven Auswirkungen der Flurneuordnung für den Artenschutz

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749-752-753

Bedeutung des Artenschutzes zur Bewahrung der Schöpfung, Einführung eines Umwandlungsverbots für Dauergrünland
PIPr 15/19 23.11.2011 S. 875-879 881

Bedeutung des Artenschutzes zur Bewahrung der Schöpfung, Einführung eines Umwandlungsverbots für Dauergrünland
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 938 942 945

Artenvielfalt

s. *Biodiversität*

Arzneimittel

s.a. *Arzneimittelmißbrauch*

s.a. *Arzneimittelsicherheit*

s.a. *Arzneimittelversorgung*

s.a. *Doping*

s.a. *Heilpflanze*

s.a. *Medizinprodukt*

s.a. *Suchtstoff*

s.a. *Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten*

Entsorgung von Arzneimitteln

Umfang der (nicht fachgerechten) Entsorgung von überschüssigen Arzneimitteln aus Krankenhäusern, Pflegeheimen, Arztpraxen, Apotheken und Privathaushalten und der Folgekosten für Krankenkassen und Beihilfeträger, Belastungen für die Umwelt und deren Folgekosten; Möglichkeiten zur Reduzierung durch Verpflichtungen der Pharmaindustrie und des Pharmahandels oder im Wege der Patienteninformation auf Beipackzetteln, in Arztpraxen und Apotheken

KlAnfr Karl Rombach CDU 22.07.2011 und Antw UM Drs 15/324

Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Regresse von Ärztinnen und Ärzten

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigung seit 2008; Zahl der Beratungen aufgrund einer Überschreitung der maximalen Verordnungsmenge von Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln; Anteil und Erfolg von Widersprüchen gegen Regressbescheide beim Beschwerdeausschuss; Veröffentlichung der von den Prüfungsstellen und Beschwerdeausschüssen der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Übersichten über die Zahl der durchgeführten Beratungen und Prüfungen sowie der festgesetzten Maßnahmen

Antr

s. *Arzt*

Drs 15/789

Bürger vor gefälschten Medikamenten schützen

Ausmaß, gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden der o.g. Wirtschaftskriminalität seit 2007; Art, Intensität und Ergebnisse der Bekämpfung durch die zuständigen Landes- und Bundesbehörden; Ergreifung weiterer wirksamer Maßnahmen, Unterstützung des EU-Projekts „SAVEmed“

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 16.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1291

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.06.2012 Drs 15/2351 S. 61-63

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Verschreibungspraxis von Methylphenidat in BW

Bewertung der Entwicklung der Diagnosestellung „Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)“ bei Jungen und Mädchen sowie der o.g. Versorgungspraxis in den letzten zehn Jahren; Frage nach alternativen Therapien, nach Hilfestellungen für die Eltern, Erzieherinnen und Lehrer

Antr

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

Drs 15/1532

Antibiotika-Verordnungen bei Kindern

Bewertung der Erkenntnisse der o.g. Studie der Bertelsmann-Stiftung, Darstellung der Situation im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu anderen Regionen, Zurückführung der Ursachen für die unterschiedliche Handhabung auf den Rückgang der Zahl von Kinderärzten und Verlagerung pädiatrischer Leistungen hin zu den Hausärzten

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 12.07.2012 und Antw SM Drs 15/2079

Künftige Entwicklung der Impfpraxen und der Versorgung mit Impfstoffen

Entwicklung der Impfpraxen, der Kosten und Finanzierung der Impfstoffe seit 2002; Beurteilung der Ausschreibung der Beschaffung von Impfstoffen und der Auswirkungen von Verträgen mit einem Impfstoffmittelhersteller

KlAnfr

s. *Impfung*

Drs 15/2237

Honoraranpassung bei Apotheken

Haltung der LReg zu den geforderten Honoraranpassungen; Situation der Versorgung mit Apotheken speziell im ländlichen Raum; Veränderungen im Apothekenbestand seit 2007; Ursachen für einen evtl Rückgang, insbes für Schließungen von Apotheken im ländlichen Raum; Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung

Antr

s. *Apotheke*

Drs 15/2312

Impfstatus in BW

Entwicklung der Impfpraxen und der Akzeptanz von Impfungen in den letzten Jahren; Informationen zu bestehenden Impfstoffen sowie Gefahren und Risiken bei Impfungen; Anstrengung einer flächendeckenden Durchimpfung der Bevölkerung mit einer entsprechenden Aufklärungsarbeit

KlAnfr

s. *Impfung*

Drs 15/2454

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr

s. *Gewässerschutz*

Drs 15/2459

Heilpflanzen in BW

Art des Anbaus von Heilpflanzen und Bio-Heilpflanzen und deren medizinische Wirksamkeit, ökonomische Bedeutung von Heilpflanzen und natürlichen Arzneimitteln, u.a. auch für den Tourismus und für die nachhaltige Entwicklung der Kulturlandschaft; wissenschaftliche Einrichtungen zur Erforschung von Heilpflanzen und deren Einsatzmöglichkeiten; Gewährleistung des Verbraucherschutzes, u.a. durch Rückstandsuntersuchungen auf Pflanzenschutzmittel

Antr

s. *Heilpflanze*

Drs 15/2558

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr

s. *Promillegrenze*

Drs 15/4992

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausaerzien; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KlAnfr

s. *Arzneimittelversorgung*

Drs 15/5025

„Rote“ Gentechnologie in Arzneimitteln

Haltung der LReg zum Einsatz der „roten“ Gentechnik in der modernen Medizin, der pharmazeutischen Forschung und bei der Herstellung von Arzneimitteln

KlAnfr

s. *Gentechnik*

Drs 15/5387

Auswirkungen von Null-Retaxationen bei Formfehlern gegenüber Apothekerinnen und Apothekern in BW auf die Versorgung mit Arzneimitteln

Kriterien der gesetzlichen Krankenversicherungen für Abrechnungskürzungen (Retaxationen) und Null-Retaxationen sowie Auswirkungen auf die Apotheker in BW und die Versorgung mit Arzneimitteln; Möglichkeit einer nachträglichen Heilung nicht ordnungsgemäß ausgestellter Verordnungen

Antr

s. *Apotheke*

Drs 15/5545

Doping am Arbeitsplatz - Medikamentenmissbrauch in BW

Sachstand zum Konsum von Medikamenten zur Leistungssteigerung am Arbeitsplatz in BW, insbes Kenntnisstand über verwendete Mittel sowie Gründe und Risiken für solche Praktiken,

geplante Maßnahmen zur Eindämmung dieses Phänomens auch im Bereich der Landesbediensteten

Antr

s. *Arzneimittelmissbrauch*

Drs 15/6845

Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen

Sachstand zur Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen, insbes Auswirkungen, Maßnahmen zur Reduzierung der Rückstände im Abwasser, Betrieb und Kosten von Anlagen zur Reduzierung der Arzneimittelrückstände durch Aktivkohle oder Ozonierung in Krankenhäusern Baden-Württembergs

Antr

s. *Wasserverunreinigung*

Drs 15/7217

Antibiotikaeinsatz in BW

Sachstand zu Verschreibung und Einsatz von Antibiotika in BW, insbes Menge an Verschreibungen im Bundesländervergleich, Leitlinien zur Verschreibung, Öffentlichkeitsarbeit für einen bewussten Umgang mit Antibiotika, Gegenmaßnahmen zum Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast

Antr Bärl Mielich u.a. GRÜNE 30.07.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7244 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 08.10.2015 Drs 15/7755 S. 23 24

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen

Sachstand zur Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen, insbes Umfang und Finanzierung der Forschung, Einbindung von Medikamentenherstellern, Umsetzung von Forschungsergebnissen an Krankenhäusern, Risiko des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft für die menschliche Gesundheit, Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 15/7446

Problematik der Arzneimittelnebenwirkungen und -wechselwirkungen bei multimorbiden Menschen ab 65 Jahre

Sachstand zur Problematik der Arzneimittelnebenwirkungen und -wechselwirkungen bei Polymedikation mit und ohne Selbstmedikation bei multimorbiden Menschen über 65 Jahren, insbes Zahlen der Einweisungen in Krankenhäuser aufgrund einer unerwünschten Arzneimittelwirkung bei Polymedikation, Aufklärung von Patienten über die Gefahren der Polymedikation, Risiko von dauerhaften Folgekrankheiten, Maßnahmen der LReg zur Minimierung des Risikos

Antr Tobias Wald u.a. CDU 05.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7475

BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/8048 S. 66 67

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Arzneimittelversorgung in BW

Sachstand zur Nichtlieferbarkeiten von Arzneimitteln und Impfstoffen in BW, insbes bürokratischer Aufwand der Apotheker zur Bescheinigung des pharmazeutischen Herstellers, Vergütungsregelungen von gesetzlichen Krankenkassen

Antr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/8043

Arzneimittelabhängigkeit

s. *Arzneimittelmissbrauch*

Arzneimittelentwicklung

s. *Arzneimittelforschung*

Arzneimittelforschung

„Rote“ *Gentechnologie in Arzneimitteln*
Haltung der LReg zum Einsatz der „roten“ Gentechnik in der modernen Medizin, der pharmazeutischen Forschung und bei der Herstellung von Arzneimitteln

KlAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/5387

Arzneimittelgesetz

Straftatbestand Sportbetrug
Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3526

Arzneimittelhersteller

s. *Pharmazeutische Industrie*

Arzneimittelmissbrauch

s.a. *Arzneimittel*

Verschreibung von Psychopharmaka und psychotherapeutische Versorgung von Frauen in BW
Bewertung der im BARMER GEK Arzneimittelreport 2012 aufgeführten ungleichen Verschreibungspraxis von Psychopharmaka gegenüber Frauen im Vergleich zu Männern; prozentualer Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Psychopharmaka einnehmenden Personen in BW; Anteil der Personen in psychotherapeutischer Behandlung nach Geschlecht; geschlechtsspezifische Unterschiede bei Nebenwirkungen von Medikamenten; Gefahr der Medikamentenabhängigkeit; Akzeptanz niedrigschwelliger Angebote für psychisch Kranke; Einschätzung der Versorgungslage

Antr
s. *Frau*
Drs 15/2641

Umfrage „Sport und Gesundheit 2012“

Beurteilung der Ergebnisse der Forsa-Umfrage; Gründe für die geringere sportliche Betätigung von Geringverdienern; Maßnahmen und Projekte zur Motivationsförderung für diese soziale Schicht; Gefährdung der Freizeitsportler durch übertriebene

nen Ehrgeiz und Schmerzmittelmissbrauch; Aufklärung über gesundheitsschädigendes Verhalten; Einbeziehung der Sportvereine in die Strategien zur Beseitigung der aufgezeigten Risiken und Ungleichgewichte

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 15/2798

Doping am Arbeitsplatz - Medikamentenmissbrauch in BW

Sachstand zum Konsum von Medikamenten zur Leistungssteigerung am Arbeitsplatz in BW, insbes Kenntnisstand über verwendete Mittel sowie Gründe und Risiken für solche Praktiken, geplante Maßnahmen zur Eindämmung dieses Phänomens auch im Bereich der Landesbediensteten

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 05.05.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6845 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 68 69
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Arzneimittelrecht

s.a. *Arzneimittelsicherheit*

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3526

Arzneimittelsicherheit

s.a. *Arzneimittel*
s.a. *Arzneimittelrecht*

Verfahren der Arzneimittelregistrierung und -überwachung bei Veterinärmedizinern im Bereich der Land- und Nutztierwirtschaft

Behörden und Ämter zur Registrierung und Überwachung der Arzneimittel in der Nutztierhaltung; Verfahren der Arzneimittelüberwachung und -kontrolle bei den Veterinärmedizinern; Häufigkeit und Effizienz der Kontrollen; Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und Ämtern; Dokumentationspflicht der Veterinäre

KlAnfr
s. *Tierarzneimittel*
Drs 15/5711

Leitstelle Arzneimittelüberwachung BW

Organisation der Arzneimittelüberwachung im Land; Personal- ausstattung und Finanzierung der Leitstelle

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.10.2015 und Antw SM Drs 15/7609

Arzneimittelsucht

s. *Arzneimittelmissbrauch*

Arzneimittelüberwachung

s. Arzneimittelsicherheit

Arzneimittelversorgung

s.a. Arzneimittel

Änderungen des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal

Situation des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal im Vergleich zu anderen ländlichen Gebieten; zumutbare Entfernung zur nächsten Notdienst-Apotheke; Anzahl der Notdiensttage je Apotheke

KlAnfr Joachim Kößler CDU 31.01.2014 und Antw SM Drs 15/4692

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausapotheken; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 02.04.2014 und Antw SM Drs 15/5025

Auswirkungen von Null-Retaxationen bei Formfehlern gegenüber Apothekerinnen und Apothekern in BW auf die Versorgung mit Arzneimitteln

Kriterien der gesetzlichen Krankenversicherungen für Abrechnungskürzungen (Retaxationen) und Null-Retaxationen sowie Auswirkungen auf die Apotheker in BW und die Versorgung mit Arzneimitteln; Möglichkeit einer nachträglichen Heilung nicht ordnungsgemäß ausgestellter Verordnungen

Antr
s. Apotheke
Drs 15/5545

Abgabe von Jodtabletten in der Schweiz

Verteilung von Jodtabletten an die schweizerische Bevölkerung zu deren Schutz vor Schilddrüsenkrebs im Fall eines Reaktorunfalls in der Schweiz; Unterrichtung der zuständigen Stellen und Kommunen in der baden-württembergischen Grenzregion über diese Maßnahme; Aushändigung von Jodtabletten an die deutschen Haushalte in der Grenzregion und ihre Finanzierung; Sicherstellung einer unverzüglichen Verständigung der deutschen Bevölkerung bei einem Unfall in einem schweizerischen Kernkraftwerk

KlAnfr Ulrich Lusche u.a. CDU 24.11.2014 und Antw UM Drs 15/6165

Arzneimittelversorgung in BW

Sachstand zur Nichtlieferbarkeiten von Arzneimitteln und Impfstoffen in BW, insbes bürokratischer Aufwand der Apotheker zur Bescheinigung des pharmazeutischen Herstellers, Vergütungsregelungen von gesetzlichen Krankenkassen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 04.02.2016 und Stellungnahme SM Drs 15/8043

Arzneipflanze

s. Heilpflanze

Arzt

s.a. Ärztlicher Notdienst

s.a. Arzthonorar

s.a. Facharzt

s.a. Freier Beruf

s.a. Kassenärztliche Vereinigung

s.a. Patientenberatung

s.a. Polizeiarzt

s.a. Psychologe

Entsorgung von Arzneimitteln

Umfang der (nicht fachgerechten) Entsorgung von überschüssigen Arzneimitteln aus Krankenhäusern, Pflegeheimen, Arztpraxen, Apotheken und Privathaushalten und der Folgekosten für Krankenkassen und Beihilfeträger, Belastungen für die Umwelt und deren Folgekosten; Möglichkeiten zur Reduzierung durch Verpflichtungen der Pharmaindustrie und des Pharmahandels oder im Wege der Patienteninformation auf Beipackzetteln, in Arztpraxen und Apotheken

KlAnfr
s. Arzneimittel
Drs 15/324

Fachkräftemangel und Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten

Umfang, Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von (jungen) Ärzten ins Ausland sowie der Ausübung nichtmedizinischer Tätigkeiten; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der medizinischen Ausbildung und des Arztberufs, Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für die nächsten zehn Jahre

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 19.09.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/515
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.10.2011 Drs 15/1300 S. 42 43
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Bewertung des o.g. GesEntw einschließlich der eingebrachten Änderungsanträge und der finanziellen Auswirkungen für BW, Auflistung der Regionen und des Mittelbedarfs für den Aufkauf von Arztsitzen durch die Kassenärztliche Vereinigung; Umsetzungsstand, Erfolg und Fortschreibung des Landarztprogramms; Beurteilung einer weiteren Regionalisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Antr
s. Medizinische Versorgung
Drs 15/764

Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Regresse von Ärztinnen und Ärzten

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigung seit 2008; Zahl der Beratungen aufgrund einer Überschreitung der maximalen Verordnungsmenge von Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln; Anteil und Erfolg von Widersprüchen gegen Regressbescheide beim Beschwerdeausschuss; Veröffentlichung der von den Prüfungsstellen und Beschwerdeausschüssen der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Übersichten über die Zahl der durchgeführten Beratungen und Prüfungen sowie der festgesetzten Maßnahmen

Antr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE 26.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/789

BeschlEmpf und Bericht SozA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 22
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Versorgung von Cluster-Kopfschmerz-Patienten in BW

Stand der Stellenausschreibung und -besetzung der Stelle des Leiters des Clusterkopfschmerz-Competence-Centers am interdisziplinären Schmerzzentrum der Universitätsklinik Freiburg; Einrichtung eines Kompetenzzentrums in BW zur Verbesserung der Versorgungsstruktur für chronisch kopfschmerzkranken Patienten

KlAnfr
s. *Schmerztherapie*
Drs 15/804

Ärzteversorgung im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Wehr

Darstellung der o.g. medizinischen Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; Zahl der bis 2016 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 24.11.2011 und Antw SM Drs 15/928

Ärzte-Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 18.01.2012 und Antw SM Drs 15/1141

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 30.01.2012 und Antw SM Drs 15/1173

Medizinische Versorgung im LKreis Emmendingen

Darstellung der Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich mit den Kreisen Freiburg-Stadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Ortenau; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1245

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 25: Vergütungen der Vorstandsmitglieder und der Chefärzte an den Universitätsklinika

Mittlg LReg
s. *Vergütung*
Drs 15/1805

Ärzteversorgung im LKreis Böblingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuel-

le und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 15.02.2012 und Antw SM Drs 15/1281

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Nutzung der erweiterten Einwirkungsmöglichkeiten durch das Versorgungsstrukturgesetz für eine kleinräumige Bedarfsplanung, Beratung von Versorgungsanliegen in regionalen Gesundheitskonferenzen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1282

Gesundheitsversorgung im LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1283

Ärzteversorgung im LKreis Esslingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.03.2012 und Antw SM Drs 15/1352

Ärztliche Versorgung im LKreis Rottweil

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr Stefan Teufel CDU 07.03.2012 und Antw SM Drs 15/1384

Ärzteversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2022

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.03.2012 und Antw SM Drs 15/1449

Ärzte-Versorgung im LKreis Göppingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 23.03.2012 und Antw SM Drs 15/1489

Gesundheitsversorgung im LKreis Karlsruhe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1555

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/1569

Weiterentwicklung der Einhaltung der Notärztlichen Hilfsfristen
Entwicklung der Hilfsfristen und deren Einhaltung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/4062 im Jahr 2009, Auswirkungen von Veränderungen in den Strukturen und der ärztlichen Besetzung der Kliniken, insbes durch Arbeitszeitvorgaben der EU; Maßnahmen zur Verbesserung der notärztlichen Versorgung durch Einbindung der niedergelassenen Ärzte, Steigerung der Attraktivität durch Veränderungen in der Ausbildung und Vergütung, durch Vereinbarungen iRd Kreisstrukturgespräche und Bereichsausschüsse; verstärkte Einbeziehung der Flugrettung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 18.04.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1573

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 56 57

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Ärztliche Versorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KIAnfr Tobias Wald CDU 30.05.2012 und Antw SM Drs 15/1780

Hilfsfristen 2011 in BW

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und in der Notarztversorgung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen

KIAnfr

s. *Rettungsdienst*

Drs 15/2063

Antibiotika-Verordnungen bei Kindern

Bewertung der Erkenntnisse der o.g. Studie der Bertelsmann-Stiftung, Darstellung der Situation im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu anderen Regionen, Zurückführung der Ursachen für die unterschiedliche Handhabung auf den Rückgang der Zahl von Kinderärzten und Verlagerung pädiatrischer Leistungen hin zu den Hausärzten

KIAnfr

s. *Arzneimittel*

Drs 15/2079

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und pass-

genauen Einsatz von Antibiotika

KIAnfr

s. *Infektionskrankheit*

Drs 15/2584

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken in BW beheben

Anteil ausländischer Ärzte an baden-württembergischen Krankenhäusern; Verteilung der Ärzte nach städtischem und ländlichem Raum; Aufschluss über ihre Deutschkenntnisse; Sprachprüfung, Sprachkurse und weitere Maßnahmen zur Behebung von Sprachproblemen; Konzept zur Sicherstellung ausreichender Sprachkenntnisse

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2730

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.01.2013 Drs 15/3398 S. 108-110

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Mittlg LReg 15.11.2013 Drs 15/4341

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken beheben (II)

Förderung eines speziellen Sprach- und Kommunikationsprogramms zur Vermittlung der Fachsprache und einschlägiger kultureller Kenntnisse

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 25.06.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3676

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 87-90

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Wiedereingliederung von Ärztinnen und Ärzten

Notwendigkeit und Strategien zur Wiedereingliederung von Ärzten in den Beruf nach einer Berufspause; Einbeziehung der Ärztekammern in die Rückgewinnung von Ärzten und die dafür notwendige Fortbildung

KIAnfr Elke Brunnemer CDU 18.07.2013 und Antw SM Drs 15/3836

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr Sabine Wölfe u.a. SPD 18.09.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4059

BeschlEmpf und Bericht SozA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 20 21

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

*Regierungsbefragung**Landärzteprogramm*

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5333-5335

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Bretten

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Ent-

wicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/4693

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Eppingen

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/4922

Ärztmangel im ländlichen Raum

Bewertung des derzeitigen Ärztemangels im ländlichen Raum; Maßnahmen der Kommunen zur Gewinnung von Ärzten, insbes Hilfe bei der Suche nach geeigneten Praxisräumen; Fördermöglichkeiten des Landes für den Um- und Neubau geeigneter kommunaler Gebäude

KlAnfr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/6186

Medizinische Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen

Sachstand zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen, insbes freiwillige Tätigkeit von Ärzten im Ruhestand und begleitende Maßnahmen des Landes

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/7569

Badeärzte in BW

Zahl und Altersstruktur der Badeärzte; künftiger Bedarf an Badeärzten; Erleichterung des Erwerbs der Zusatzqualifikation „Badearzt“ für niedergelassene Ärzte; Funktion ambulanter Vorsorgeleistungen für die allgemeine Gesundheitsvorsorge; Maßnahmen zur Förderung der Kur- und Heilbäder im Land

Antr Karl Rombach u.a. CDU 07.12.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7835

Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, Delegation ärztlicher Tätigkeiten an hoch qualifizierte Pflegekräfte

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025-1027 1029 1030

Frauenquote unter den berufstätigen Ärzten und bei den ärztlichen Leitungen der Krankenhäuser

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530

Arzt für Allgemeinmedizin

s. *Allgemeinarzt*

Arztausbildung

s. *Medizinische Ausbildung*

Arzthonorar

s.a. *Fallpauschalensystem*

Teilhabe von Menschen mit Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung (ADHS)

Entwicklung der Zahl von Betroffenen und deren Einschränkungen, insbes von Schülern, in den letzten fünf Jahren; Darstellung der Versorgung, insbes mit hochwirksamen Medikamenten; Bedeutung und Förderung der Früherkennung und Selbsthilfe; Unterstützung der Akteure bei der Weiterentwicklung der Vergütungsregelungen des Vertrags zur besseren Versorgung der Patienten, Zugewinnung weiterer Krankenkassen zu diesem Selektivvertrag

Antr

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

Drs 15/82

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/1569

Haltung der LReg zur Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ)

Bewertung der wesentlichen Inhalte der GOÄ-Reform; Haltung zu Stellungnahmen der SPD-Bundestagsfraktion zur Vergütung ärztlicher Leistungen; Honorareinbußen für die niedergelassenen Ärzte beim Ausbleiben einer Anpassung der Gebührenordnung

Antr

s. *Gebührenordnung für Ärzte*

Drs 15/7933

Arztpraxis

s. *Arzt*

Asien

Asiatische Migranten: Unerkannte Potenziale im toten Winkel der Integrationspolitik?

Statistiken und Stand der Integration asiatischer Migranten in BW im Vergleich zu den anderen großen Migrantengruppen, insbes prozentualer Bevölkerungsanteil, Art der Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse, Beschäftigungsquote und Beschäftigungsbereiche; Kontaktpflege des Landes über die vertretenen Konsulate asiatischer Länder; Branchen- und Wirtschaftskontakte zu asiatischen Ländern; Zuständigkeitsregelung für Asien im Ministerium für Integration; angemessene Vertretung asiatischer Migranten in migrationsrelevanten Gremien

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/3538

Aspach

Aufstufung L 1115 zur Bundesstraße

Planungsstand der Aufstufung der L 1115 von einer Landes- zur Bundesstraße, insbes Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur im Raum Backnang für die Kommunen Aspach und Back-

nan; Verkehrsbelastung auf den einzelnen Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Mundelsheim und Backnang

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/3403

Asperg

Tod eines unter Betreuung stehenden Strafgefangenen im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings im November 2014 im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg, insbes medizinische Indikation und Zeitpunkt der Verlegung, rechtliche Betreuung und Einwilligungsfähigkeit des Verstorbenen, Einbeziehung des Justizministeriums als zuständige Aufsichtsbehörde in diesen Fall

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6867

Asphalt

s.a. *Straßenbelag*

Lärmschutz durch sogenannten „Flüsterasphalt“

Einsatz, Kriterien und Kosten für die Verwendung von „Flüsterasphalt“ bei Sanierungsmaßnahmen von stark befahrenen Autobahnen und Bundesstraßen iRd Lärmschutzes

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3170

Einsatz lärmarmen Straßenbeläge in BW

Sachstand zu technischer Entwicklung und Erfahrungen beim Einsatz lärmarmen Straßenbeläge in BW und Perspektiven lärmarmen Straßenbeläge in der Straßenbaupolitik des Landes

Antr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/7469

Assekuranz

s. *Versicherung*

Assoziation

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5667

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Europäischer Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Sachstand zur Erarbeitung und Umsetzung des nationalen Programms des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in BW, insbes Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Fördermöglichkeiten des Programms, Unterstützung für Kommunen und Organisationen bei der Mittelbeantragung, Unterstützung und Beteiligung des Landes an AMIF-Projekten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 30.04.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6830
BeschlEmpf und Bericht EuA 11.06.2015 Drs 15/7352 S. 93-95
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Asylant

s. *Asylbewerber*

Asylantenheim

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Asylbewerber

s.a. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*

Neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Zahl der seit 01.09.2010 nach Serbien und in den Kosovo zurückgeführten Angehörigen ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter differenziert nach Familien mit Kindern, Alten, Kranken, Einzelpersonen und Straffälligen; Gewichtung der Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des Auswärtigen Amts über die Situation in den Herkunftsländern bei der Einzelfallprüfung vor der Rückführung? Eintreten in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat für eine neue Bleiberechtsregelung ausgerichtet an humanitären Kriterien

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/359

Verordnung über das vorübergehende Verlassen des Aufenthaltsbereichs durch Asylbewerber

Begründung und mögliche Auswirkungen des o.g. Entwurfs; Einschränkung der generellen landesweiten Freizügigkeit nur für Straftäter und Personen, gegen die wegen Straftaten ermittelt wird, aber nicht für Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist; Verzicht auf den Erlass der Verordnung

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 15/901

Ausländerbehörden als Visitenkarten des Landes

Umgang der Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern und Asylbewerbern aus Drittstaaten, Ausgestaltung der Beratungs- und Servicekomponenten, Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Koordination der Zuständigkeitsbereiche des Integrationsministeriums und Innenministeriums

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/1132

Schutz minderjähriger Asylbewerber

Zahl von illegal eingereisten Jugendlichen und Kindern seit 2000, die ohne Eltern Asyl beantragt haben; Umsetzung der Schulpflicht und Betreuung dieser Personen, Unterbringung und Höchstverweildauer in Sammelunterkünften

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 07.05.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1660
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.06.2012 Drs 15/2351 S. 91 92
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Geänderter Vorschlag der EU-Kommission für eine EURODAC-Verordnung

Ermöglichung des Zugangs der Strafverfolgungsbehörden zu den biometrischen EURODAC-Daten von in einem EU-Mitgliedstaat registrierten Asylbewerbern

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1788

Änderungsdruck beim Sachleistungsprinzip für Asylbewerber

Erfahrungen mit der Anwendung des Sachleistungsprinzips, vorgebrachte Komplikationen vonseiten der Flüchtlinge und Leistungserbringer; Darlegung des Änderungsbedarfs aus den bisherigen Erfahrungen und aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012

Antr
s. *Sachleistung*
Drs 15/2116

Auswirkungen des Bundesverfassungsurteils vom 18.07.2012 auf BW - Lebensunterhalt, Leistungsgewährung und Unterbringung für Flüchtlinge

Auswirkungen des o.g. Urteils zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zahl der Leistungsberechtigten und Höhe der zusätzlichen Kosten und nachträglichen Leistungen, Art und Zeitrahmen der rechtlichen Neuregelungen und nachträglichen Leistungsgewährung, Frage nach einer Neubewertung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/2159

Zustände in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAS) in Karlsruhe

Beurteilung der o.g. Situation, insbes der Versorgung mit sanitären Anlagen, Heizung, Möglichkeiten zur Wäschetrocknung und Versorgung der Schulkinder mit Schulmaterialien; Maßnahmen zur Behebung der Mängel und zur Bereitstellung adäquater Unterkünfte für den weiter anwachsenden Flüchtlingszustrom in den Kommunen; Berücksichtigung des Umfelds der neu einzurichtenden Unterkünfte

KlAnfr
s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/2408

Entwicklung der Asylbewerberzahlen

Entwicklung der o.g. Zahlen differenziert nach Nationalitäten und Folgeantragstellern, die zuvor mit Ausreisezuschüssen in ihr Heimatland zurückgekehrt waren

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 11.10.2012 und Antw IntM Drs 15/2461

Rückführung von Minderheitsangehörigen in den Kosovo

Erkenntnisse aus der Reise des Petitionsausschusses und zur Rechtfertigung einer weiteren Aussetzung der Ausreisepflicht für Angehörige ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter in die Republik Kosovo; Zahl der anhängigen bisher nicht vollzogenen Rückführungsfälle, Frage nach den Kosten und dem Zeitpunkt einer Wiederaufnahme der Rückführungen

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 15/2470

Moderne Integrationspolitik in BW

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3038

Selbständigkeit von Flüchtlingen stärken - Teilhabe durch Umstellung auf Geldleistungen fördern

Auszahlungsform (Sachleistung, Gutschein, Bargeld) der im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vorgeschriebenen Leistungen der Stadt- und LKreise an die von ihnen untergebrachten Flüchtlinge; Aufstellung der Kreise nach Auszahlungsform; Durchführung der Leistungsauszahlung, Handhabung der Erhöhung der Leistungssätze, Zeitpunkt der Umstellung auf Bargeldzahlung; Fälle von Leistungskürzungen und ihre Anlässe

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3084

Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch von Kindern, die sich ihrem Aufenthaltsstatus nach „illegal“ in BW aufhalten sowie von Kindern, deren Eltern Asylbewerber oder „Geduldete“ sind

Schulbesuch von Kindern von Asylbewerbern „Geduldeten“ oder „Illegalen“, insbes detaillierte Zahlen nach Schularten und Orten; Gründe für Wartezeit und Wartelisten; möglicher Änderungsbedarf beim Schulgesetz

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 15/3284

Qualitative Verbesserung der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung

Situation von Flüchtlingen bei der vorläufigen und endgültigen Unterbringung, insbes Daten aus Stadt- und LKreisen; Qualität der Standards bei Sozialbetreuung und Beratung; geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Integration

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3335

Überplanmäßige Ausgabe bei der Landesaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe (Epl 15 Kap 1503 Tit 75) im Hj 2013

Mittlg LReg
s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/3762

Situation der Asylbewerber im LKreis Calw

Zahl der Asylsuchenden im Zeitraum von 2011 bis 2013; Anzahl der abgelehnten/bewilligten Anträge auf Asyl; Ausreise und Rückführung von Asylbewerbern in ihre Heimatländer; Entwicklung der Krankenhilfekosten

KlAnfr Thomas Blenke CDU 30.07.2013 und Antw IM Drs 15/3894

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/4197

Vergünstigungen für arbeitende Asylbewerber und deren Angehörige

Arbeitsbereitschaft von Asylbewerbern und Erfahrungen von Stadt- und LKreisen mit beschränkter Erwerbsarbeit von Asylbewerbern; Gewährung von Vergünstigungen in Bildungs- und Sporteinrichtungen der Kommunen für berufstätige Asylbewerber

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 06.11.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/4289
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 132-134
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im LKreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer

stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 12.11.2013 und Antw IM Drs 15/4320

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaffläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 15/4352

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 16: Ausgaben im Zusammenhang mit Aufenthalt und Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer

Mittlg LReg
s. *Ausländer*
Drs 15/4447

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Rechtsgrundlagen der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in BW, insbes Ausgabenverantwortlichkeit, Verwaltungsaufwand und Entscheidungskriterien über eine medizinische Behandlung von Flüchtlingen; Alternative Möglichkeiten zur Gesundheitsversorgung Asylsuchender unter Einbeziehung des Bremer Modells

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4595

Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 23.01.2014 und Antw IntM Drs 15/4638

Haftpflichtfälle von Asylbewerbern

Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Asylbewerber im Anerkennungsverfahren

KlAnfr Katrin Schütz CDU 07.03.2014 und Antw IntM Drs 15/4899

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 12.03.2014 und Antw IntM Drs 15/4921

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Person; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/4959

Aufnahme syrischer Kontingentflüchtlinge

Sachstand bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Syrien in BW, insbes Aufnahmeprozedere und Aufnahmesituation, Lebensverhältnisse und Unterbringung, Hilfe- und Unterstützungsangebote

Antr
s. *Syrien*
Drs 15/5079

Flüchtlingsunterbringung im Rems-Murr-Kreis

Zahlen der zugewiesenen Flüchtlinge im Rems-Murr-Kreis; Ausgestaltung und Probleme der Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/5280

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreiss Esslingen im Jahr 2014

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreiss Esslingen, insbes Unterbringung, Einreisen über sichere Drittländer, wiederholte Einreisen; Abschiebezahlen; Wartezeit für Anhörungen und erstinstanzliche Entscheidungen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 09.07.2014 und Antw IM Drs 15/5460

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5495

Sichere Herkunftsstaaten und Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber: Warum lässt die LReg die Kommunen im Stich?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203-6213

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5513

Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Schwarzwald-Baar-Kreis

Zahl und Herkunft der derzeit im Schwarzwald-Baar-Kreis untergebrachten Asylbewerber; Anzahl der wiederholt Asyl in Deutschland beantragenden Personen; Zahl der abgelehnten Asylanträge; Anerkennung als Asylberechtigte aufgrund staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung; durchschnittliche Dauer eines Asylverfahrens; Überstellungen in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union iRd Dublin-Verordnung

KlAnfr Karl Rombach CDU 25.07.2014 und Antw IM Drs 15/5555

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 29.07.2014 und Antw IntM Drs 15/5533

Integrationskurse/Sprachkurse für Zuwanderer mit Aufenthaltstitel, EU-Bürger und Asylbewerber

Angebot und Nutzung der allgemeinen Integrationskurse mit Förderung der deutschen Sprachkenntnisse bei Neuzugewanderten und Asylbewerbern; Kooperation des Landes mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5603

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
VO in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5670

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KlAnfr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 11.09.2014 und Antw
IM Drs 15/5709

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5796

Flüchtlingsaufnahme in BW

Sachstand bei der Flüchtlingsaufnahme in BW, insbes Aufnahmezahlen der Landeserstaufnahmestelle, Kapazitäten und Auslastung der Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern, Schaffung vorübergehender Aufnahmemöglichkeiten, Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, Asylbewerber aus Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina), durchgeführte Rückführungen, Richterstellen zur Bearbeitung von Asylverfahren; monatliche Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5867

Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf die Länder

Anzahl und Herkunft der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sowie deren Verteilung auf die Stadt- und LKreise; Regeln für den Umgang mit aufgegriffenen minderjährigen Flüchtlingen; durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Minderjährigen in der Obhut der Jugendämter; Rückführung der jugendlichen Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer; Abkommen und Verträge mit den Herkunftsländern über eine Rücknahme der minderjährigen Flüchtlinge; Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die Bundesländer

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/6239

Zahlungskonto für Flüchtlinge und Asylsuchende

Verweigerung eines Zahlungskontos für Flüchtlinge und Asylsuchende vonseiten der Banken; Bedarf an einem Zahlungskonto für Flüchtlinge aufgrund der Umstellung von Sach- auf Geldleistungen; bisherige Form der Übermittlung von Geldleistungen an Flüchtlinge; Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/92 vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen in nationales Recht; Unterstützung einer entsprechenden Bundesratsinitiative

Antr
s. *Bankkonto*
Drs 15/6329

Kurskonzept „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“

Sachstand zum Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Bayerischen Staatsregierung „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“, insbes Kosten, Personalressourcen, Teilnehmerzahlen, Teilnahmebeginn; Planungen und Hindernisse für ein entsprechendes Modellprojekt in BW

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6396

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KlAnfr
s. *Schulbesuch*
Drs 15/6493

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Anteil der Roma, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, wiederholte Einreisen, Anerkennungsquoten; Bedingungen zur Arbeitsaufnahme bzw einer Ausbildung oder eines Studiums

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 25.02.2015 und Antw
IntM Drs 15/6528

Herkunftsland Kosovo

Festlegung des Kosovo als sicheren Herkunftsstaat im Asylverfahrensgesetz; Gründe für die Zunahme der Asylbewerberzahl aus dem Kosovo

MdlAnfr
s. *Kosovo*
Drs 15/6566

Asylgrund sexuelle Verfolgung

Sachstand zum Ablauf von Verfahren mit Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung als Asylgrund, insbes Glaubhaftmachung dieses Asylgrunds

KlAnfr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/6573

Kritik an den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe

Bewertung der Vorwürfe zu den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe, insbes bei der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter, Wartezeiten und Wartemöglichkeiten für Antragsteller

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/6578

Unterbringung, Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem anderen Bundesland

Sachstand zu Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in Grenznähe zu einem Nachbarbundesland, insbes Schaffung von Ausnahmeregelungen zur Erledigung der Dinge des täglichen Bedarfs im Nachbarbundesland, Unterstützung der Gemeinde Fichtenau in dieser Problemlage; Maßnahmen zur best- und schnellstmöglichen beruflichen Integration der Asylbewerber und in den deutschen Arbeitsmarkt

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.03.2015 und
Antw IM Drs 15/6584

Ausbildungszugang für Flüchtlinge

Sachstand zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbes Abfrage beruflicher Qualifikationen der Flüchtlinge, Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verkürzung bzw Abschaffung der Vorrangprüfung, Kooperation mit berufsständischen Kammern zur Schaffung von Angeboten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6614

Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis, insbes Unterbringung, Anerkennungsquoten, Rückführungen, Straftaten, Arbeitsaufnahmen

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 30.03.2015 und Antw
IntM Drs 15/6691

Neuorganisation der Zuständigkeiten bei Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien

Sachstand zur Neuorganisation der Zuständigkeiten bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien, insbes Arbeitsbelastung, Personalsituation, Bereitstellung von zusätzlichen Personal- und Sachmitteln

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6700

Impfschutz bei Asylbewerberinnen und -bewerbern

Sachstand zum Impfschutz bei Asylbewerbern, insbes Erfassung und Statistik, Handlungsbedarf bei bestimmten Krankheiten, bestehende Impfangebote

KlAnfr
s. *Impfung*
Drs 15/6722

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 28.04.2015 und Antw
IntM Drs 15/6803

Zuteilung von Flüchtlingen an die Kreise zur vorläufigen Unterbringung in Standorten mit einer Landeserstaufnahmeeinrichtung

Reduzierung der Zuteilungsquote von Flüchtlingen zur vorläufigen Unterbringung in Kreisen mit Landeserstaufnahmeeinrichtungen, insbes in Ellwangen und Schwäbisch Hall

MdlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/6814

Versicherungsprämien bei der Unterbringung von Flüchtlingen
Sachstand zur Praxis von Versicherungsunternehmen bei der Wohngebäude- und Inventarversicherung der Kommunen und privaten Hausbesitzer bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden, insbes deutliche Erhöhung der Versicherungsbeiträge, Verweigerung der Versicherung bzw Kündigung bestehender Verträge, Kriterien und Rechtsgrundlage für die Bestimmung des versicherungstechnischen Risikos bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Auswirkungen auf die Integrationsmaßnahmen des Landes

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/6942

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Europäische Migrationsagenda

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7067

Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt

Sachstand zur schnelleren Eingliederung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt in BW, insbes Bedarf auf dem Arbeitsmarkt, Austausch mit Unternehmern, Notwendigkeit von Änderungen im Asylrecht, Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/7124

Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Emmendingen, insbes Zahlen und Herkunft, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7191

Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen durch den Bund

Sachstand zur Aufteilung des Sondervermögens von 168 Millionen Euro aufgrund des „Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ auf die einzelnen Gemeinden des Landes

KlAnfr
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/7230

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015

Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Zahlen und Herkunft, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 29.07.2015 und Antw
IntM Drs 15/7239

Tätigkeiten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. im Enzkreis

Sachstand zu Aktivitäten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. in BW und im Enzkreis bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge bzw Asylbewerber

KlAnfr
s. *Freiwilligenagentur*
Drs 15/7276

Einrichtung einer Erstaufnahmestelle in Donaueschingen

Sachstand zu Planungen für die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle oder einer bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Donaueschingen

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7288

Polizeieinsätze in und um Erstaufnahmestellen und der Umgang mit diesen

Sachstand zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Strafverfolgung im Umkreis von 20 km um die Landeserstaufnahmestellen, insbes Zuständigkeiten bei der Polizei, Einsatzzahlen, Ausmaß der Eigentums- oder Körperverletzungsdelikte sowie politisch motivierter Straftaten

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7305

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW, insbes Vorteile der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, Zusagen und gesetzlichen Voraussetzungen des Bundes für deren Einführung, Ermöglichung der psychotherapeutischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7317

Mietpreisgestaltung bei Verträgen mit privaten Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern

Sachstand zu Mietverträgen und Mietpreisgestaltung zwischen Kommunen und Anbietern privater Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern in BW, insbes in Pforzheim und im Enzkreis

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7332

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Göppingen

Statistik zu schulpflichtigen Personen unter den Asylbewerbern und Flüchtlingen im LK Kreis Göppingen; Auswirkung auf Vorbereitung von Lehrkräften sowie Bedarf an zusätzlichem Personal an Schulen

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 15/7338

Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu Maßnahmen der Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften, insbes Erstellung und Übersetzung von Hausordnungen, Sanktionsmöglichkeiten, Deeskalationsschulungen für Mitarbeiter der Einrichtungen

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7343

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Enzkreis, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7345

Flüchtlingsunterbringung in Herrenberg

Sachstand zur möglichen Einrichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in einem Firmenschulungszentrum in Herrenberg, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Zeitraum der Unterbringung, Kosten

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7353

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr
s. *Wohnungsbedarf*
Drs 15/7358

Polizeiarbeit in und um Erstaufnahmestellen, strafrechtliche Konsequenzen und Maßnahmen der LReg in diesem Bereich

Sachstand zur Polizeiarbeit um die Landeserstaufnahmestellen, insbes personelle Belastungen durch Überstunden, Umfang und Status der Ermittlungsverfahren

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7361

Baurechtliche Erleichterungen zur Realisierung von Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung baurechtlicher Verfahren zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, insbes Änderungen in der Landesbauordnung

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7381

Verantwortlichkeit der LReg zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in BW

Aufgabenwahrnehmung bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation im Geschäftsablauf der zuständigen Ministerien; Maßnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, insbes bei Kriminalitätsbekämpfung und Brandschutz

MdlAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7399

Sprachförderung für Flüchtlinge und Migranten in BW

Sachstand zu Sprachförderungsprogrammen für Asylsuchende im Kindes- und Jugendalter, insbes Programmangebot, Inanspruchnahme durch Flüchtlinge, finanzielle und personelle Ausstattung des Programms SPATZ für die steigende Zahl von Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7403

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7421

Flüchtlingsunterbringung in Hardheim, Neckar-Odenwald-Kreis

Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung in der bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Hardheim, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Verteilungskriterien für Erstaufnahmeeinrichtungen, Erhöhung der Polizeipräsenz

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7423

Fehlanreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen

Vermeidung von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem; Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten

Antr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7424

Flüchtlingspolitik - besonnenes Handeln

Umsetzung der zwischen Bund und Ländern erzielten Verhandlungsergebnisse in der Flüchtlingspolitik im Land BW, insbes Entscheidung über weitere sichere Herkunftsländer

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7425

Umgang mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Flüchtlingsunterbringung

Sachstand zum effektiven Einsatz ehrenamtlicher Helfer bei der Flüchtlingsunterbringung, insbes Vermeidung von Doppelarbeit, Aufwand und Kosten für den Zeltaustausch bei der Unterbringung in Neuenstadt am Kocher

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7431

Gesundheitsuntersuchungen der Asylbewerber

Sachstand zur Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen für ankommende Asylbewerber unmittelbar nach ihrem Eintref-

fen, insbes Erhöhung des Personals und der medizinischen Geräte

KlAnfr
s. *Medizinische Untersuchung*
Drs 15/7433

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen/Asylbewerbern sowie Situation in Patrick Henry Village (PHV) Heidelberg

Sachstand zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Durchführung und Befunde der medizinischen Erstuntersuchungen, medizinische Weiterversorgung, Schutz der ehrenamtlichen Helfer vor gesundheitlichen Risiken, Gewährleistung der kurzen Verweildauer im Patrick Henry Village in Heidelberg

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/7434

Flüchtlingsverteilung in BW

Sachstand zur Verteilung der Flüchtlinge in BW, insbes Verteilung in den einzelnen Regierungsbezirken, Soll- und Ist-Anteil der Flüchtlinge in BW anhand des Königsteiner Schlüssels, Unausgewogenheit bei der geografischen Verteilung der Erstaufnahmeeinrichtungen, Einführung von Tragfähigkeitsobergrenzen bei Gemeinden; Erhöhung der Polizeipräsenz bei den Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7444

Verfügbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen

Sachstand zu Verfüg- und Nutzbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen, insbes aktueller Gebäudeleerstand, Gebäudeangebote der Kirchen

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7448

Energieeffizienzvorgaben für Flüchtlingsunterkünfte

Sachstand zu Ausnahmen und Befreiungen von Energieeffizienzvorgaben bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden und Neubauten

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7450

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7452

Ist die Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge gedeckt?

Sachstand zur Organisation und Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge, insbes Sicherstellung des Bedarfs an Lehrkräften mit einer Ausbildung „Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“

Antr
s. *Deutschunterricht*
Drs 15/7453

Einrichtung von Transitzonen

Sachstand zur Einrichtung von Transitzonen an den deutschen Grenzen, insbes europäische Vorgaben, Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, Bewertung des Landkreistags, Auswirkungen auf BW, Anteil von Asylbewerbern ohne bzw mit gefälschten Ausweispapieren, Anteil der erledigten Asylverfahren durch Dublin-Entscheidungen

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7488

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migrationsagenda

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7551

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Pforzheim (42)

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7567

Erstaufnahmestandorte bedarfsgemäß ertüchtigen

Sachstand zur Durchführung der medizinischen Eingangsuntersuchungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen und zur medizinischen Versorgung an den Erstaufnahmestandorten

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7618

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr
s. *Informationsschrift*
Drs 15/7619

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 15/7621

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Sachstand zur Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie zur Erfüllung der Schulpflicht bei Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7686

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKkreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

Flüchtlingssituation im Main-Tauber-Kreis

Zahl und Zusammensetzung der im Main-Tauber-Kreis untergebrachten Flüchtlinge; Anerkennungsquote; Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Auslastung der bestehenden Flüchtlingsunterkünfte; Bedarfsplanung; Anzeigen und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Flüchtlingen; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7719

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungscentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

Auswirkungen der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes

Sachstand zur Entwicklung der Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in Asyl- bzw Flüchtlingsachen bei den Verwaltungsgerichten, insbes Eingangszahlen im Jahr 2015, geschätzte Eingangszahlen für die Jahre 2016-2018, zugeordnete Richterstellen

len, Möglichkeiten zur Abordnung bzw Versetzung von zum Richteramt befähigten Beamten

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7754

Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Frauen in BW
Sachstand über Entwicklung und aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Frauen in Landeserstaufnahmestellen und bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen in BW, insbes separate Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen, Vor- und Nachsorge von Schwangeren, Möglichkeiten zur Sonderunterbringung für besonders schutzbedürftige Frauen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/7788

Anpacken und handeln - Baden-Württemberg als Vorreiter bei der Umsetzung des Asylpakets

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8589-8624

Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
Erteilung der Arbeitserlaubnis an Asylbewerber durch die Ausländerbehörden in den Jahren 2014 und 2015; Stand der Erfassung der Qualifikationen von Flüchtlingen; Mehrbelastung der Arbeitsagenturen durch den erleichterten Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen; bisherige Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt; Ausnahme von Flüchtlingen vom Mindestlohn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7789

Flüchtlingssituation im LKreis Emmendingen

Sachstand zu Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen, insbes Herkunftsstatistik, Anerkennungsquote, Zahlenentwicklung, Rückführungen, Anzeigen und Ermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7866

Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Abweisung von Flüchtlingen

Sachstand zu Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Zurückweisung von Flüchtlingen an den deutschen Grenzen und Beurteilung der Zurückweisungen durch die LReg

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8002

Flüchtlingssituation im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt

Zahl der im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt untergebrachten Flüchtlinge und Asylbewerber; anerkannte Flüchtlinge, Personen ohne abgeschlossene Asylverfahren sowie ausreisepflichtige Personen; Anzeigen und Ermittlungsverfahren gegen Flüchtlinge und Asylbewerber; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8081

Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf

Sachstand zur Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf in Vorbereitungsklassen (VKL) und Vorqualifizierungsjahren Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO), insbes Versorgungssituation, Übergang in Regelklassen, bildungsbiografische Ersterfassung, Konsequenzen aus den besonderen Anforderungen der VKL/VABO-Klassen, Vorbereitung der aufnehmenden Regelschulen, Besetzung neu geschaffener Lehrerstellen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8055

Erwartung steigender Zahlen von Asylbewerbern, finanzielle Unterstützung der aufnehmenden Kommunen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375 383 385

Lockerung der Residenzpflicht von Asylbewerbern, Bewertung der Mittelaufwendungen und Integrationsbemühungen für Asylbewerber

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1231 1235 1236 1238 1239 1242 1245

Asylbewerberleistungsgesetz

Selbständigkeit von Flüchtlingen stärken - Teilhabe durch Umstellung auf Geldleistungen fördern

Auszahlungsform (Sachleistung, Gutschein, Bargeld) der im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG) vorgeschriebenen Leistungen der Stadt- und LKreise an die von ihnen untergebrachten Flüchtlinge; Aufstellung der Kreise nach Auszahlungsform; Durchführung der Leistungsauszahlung, Handhabung der Erhöhung der Leistungssätze, Zeitpunkt der Umstellung auf Bargeldzahlung; Fälle von Leistungskürzungen und ihre Anlässe

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3084

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen

Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3799

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaflfläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der

untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 15/4352

Asylbewerberunterbringung

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Asylbewerberunterkunft

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Asylrecht

EU-Asylgesetzgebung

Inhalte und Auswirkungen der neuen EU-Richtlinie zur Asylpolitik auf die Asylpraxis in BW; Statistiken zu Asylanträgen, Verfahrensdauer sowie unbegründeten oder missbräuchlichen Asylanträgen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.08.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3963
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.11.2013 Drs 15/4897 S. 129-132
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7421

Fehlanreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen

Vermeidung von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem; Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten

Antr CDU und FDP/DVP 23.09.2015 Drs 15/7424
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129-8157 8159

Flüchtlingspolitik - besonnenes Handeln

Umsetzung der zwischen Bund und Ländern erzielten Verhandlungsergebnisse in der Flüchtlingspolitik im Land BW, insbes Entscheidung über weitere sichere Herkunftsländer

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7425

Umsetzung des Asylkompromisses - LReg muss nun endlich handeln

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8422-8433

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungscentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr CDU 24.11.2015 und Antw LReg Drs 15/7689 (24 S.)
Antr CDU 26.01.2016 Drs 15/8004
PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8857-8867 8870 8871

Asylunterkunft

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Asylverfahren

Moderne Integrationspolitik in BW

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3038

EU-Asylgesetzgebung

Inhalte und Auswirkungen der neuen EU-Richtlinie zur Asylpolitik auf die Asylpraxis in BW; Statistiken zu Asylanträgen, Verfahrensdauer sowie unbegründeten oder missbräuchlichen Asylanträgen

Antr
s. *Asylrecht*
Drs 15/3963

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/4197

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im LKreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4320

Haftpflichtfälle von Asylbewerbern

Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Asylbewerber im Anerkennungsverfahren

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4899

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5118

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2014

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Unterbringung, Einreisen über sichere Drittländer, wiederholte Einreisen; Abschiebezahlen; Wartezeit für Anhörungen und erstinstanzliche Entscheidungen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5460

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5513

Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Schwarzwald-Baar-Kreis

Zahl und Herkunft der derzeit im Schwarzwald-Baar-Kreis untergebrachten Asylbewerber; Anzahl der wiederholt Asyl in Deutschland beantragenden Personen; Zahl der abgelehnten Asylanträge; Anerkennung als Asylberechtigte aufgrund staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung; durchschnittliche Dauer eines Asylverfahrens; Überstellungen in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union iRd Dublin-Verordnung

KlAnfr

s. *Asylbewerber*
Drs 15/5555

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
VO in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5670

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5709

Flüchtlingsaufnahme in BW

Sachstand bei der Flüchtlingsaufnahme in BW, insbes Aufnahmezahlen der Landeserstaufnahmestelle, Kapazitäten und Auslastung der Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern, Schaffung vorübergehender Aufnahmemöglichkeiten, Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, Asylbewerber aus Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina), durchgeführte Rückführungen, Richterstellen zur Bearbeitung von Asylverfahren; monatliche Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5867

Ausreisepflichtige Personen in BW

Sachstand zur Abschiebung ausreisepflichtiger Personen in BW, insbes Statistik, Abbau von Abschiebehindernissen, Entwurf eines Handlungskonzepts für Rückführungsmaßnahmen

Antr
s. *Abschiebung*
Drs 15/6382

Herkunftsland Kosovo

Festlegung des Kosovo als sicheren Herkunftsstaat im Asylverfahrensgesetz; Gründe für die Zunahme der Asylbewerberzahl aus dem Kosovo

MdlAnfr
s. *Kosovo*
Drs 15/6566

Asylgrund sexuelle Verfolgung

Sachstand zum Ablauf von Verfahren mit Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung als Asylgrund, insbes Glaubhaftmachung dieses Asylgrunds

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 03.03.2015 und Antw IM
Drs 15/6573

Kritik an den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe

Bewertung der Vorwürfe zu den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe, insbes bei der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter, Wartezeiten und Wartemöglichkeiten für Antragsteller

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/6578

Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis, insbes Unterbringung, Anerkennungsquoten, Rückführungen, Straftaten, Arbeitsaufnahmen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6691

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6803

Europäischer Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Sachstand zur Erarbeitung und Umsetzung des nationalen Programms des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in BW, insbes Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Fördermöglichkeiten des Programms, Unterstützung für Kommunen und Organisationen bei der Mittelbeantragung, Unterstützung und Beteiligung des Landes an AMIF-Projekten

Antr
s. *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds*
Drs 15/6830

*Regierungsbefragung**Asylverfahren*

PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7880-7885

Asylstreitverfahren in BW

Sachstand zur Dauer, Personalausstattung und Organisation der Asylstreitverfahren in BW, insbes räumliche Anbindung der Verwaltungsgerichte an die Landeserstaufnahmeeinrichtungen, Auswirkungen der Einstufung von Serbien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

Antr Dr. Bernhard Lasotta CDU 01.07.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/7089 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7755 S. 4 5
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Entscheidungs- und Handlungskapazitäten im Asylverfahren

Sachstand zu Entscheidungs- und Handlungskapazitäten im Asylverfahren, insbes Bedeutung der Gesundheitsuntersuchung, Bewältigung der höheren Fallzahlen durch das Land und nachgeordnete Behörden

KlAnfr Katrin Schütz CDU 03.07.2015 und Antw IntM Drs 15/7126

Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Emmendingen, insbes Zahlen und Herkunft, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 20.07.2015 und Antw IntM Drs 15/7191

Asylverfahren - Zustände in den Landeserstaufnahmestellen und Umgang mit Datenschutz

Sachstand zum Asylverfahren, insbes Gesundheitsuntersuchungen und Weitergabe deren Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes, Auslastung der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe

KlAnfr Joachim Köbler CDU 29.07.2015 und Antw IntM Drs 15/7237

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015

Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Zahlen und Herkunft, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/7239

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Enzkreis, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7345

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7421

Fehlanreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen

Vermeidung von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem; Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten

Antr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7424

Flüchtlingspolitik - besonnenes Handeln

Umsetzung der zwischen Bund und Ländern erzielten Verhandlungsergebnisse in der Flüchtlingspolitik im Land BW, insbes Entscheidung über weitere sichere Herkunftsländer

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7425

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen*

Mittlg LReg
*s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7471

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten*

Mittlg LReg
*s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7472

Einrichtung von Transitonen

Sachstand zur Einrichtung von Transitonen an den deutschen Grenzen, insbes europäische Vorgaben, Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, Bewertung des Landkreistags, Auswirkungen auf BW, Anteil von Asylbewerbern ohne bzw mit gefälschten Ausweispapieren, Anteil der erledigten Asylverfahren durch Dublin-Entscheidungen

Antr FDP/DVP 07.10.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7488
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8413-8422

*Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im
Wahlkreis Pforzheim (42)*

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. Flüchtlingsunterbringung
Drs 15/7567

*Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur
Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeam-
tengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften*

Gesetzliche Regelung des Vollzuges der Abschiebehaft in den Einrichtungen BW, insbes Regelungen über die Rechte und Pflichten der Untergebrachten, organisatorischer Ablauf in der Einrichtung, Ermächtigung des Innenministeriums zur Regelung von Einzelheiten der Ausgestaltung der Abschiebehaft durch Rechtsverordnungen

GesEntw
s. Abschiebungshaft
Drs 15/7614

*Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Ände-
rungen des Asylrechts in BW*

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungszentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. Asylrecht

Drs 15/7689

*Auswirkungen der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen und
Asylbewerbern auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes*
Sachstand zur Entwicklung der Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in Asyl- bzw Flüchtlingssachen bei den Verwaltungsgerichten, insbes Eingangszahlen im Jahr 2015, geschätzte Eingangszahlen für die Jahre 2016-2018, zugeordnete Richterstellen, Möglichkeiten zur Abordnung bzw Versetzung von zum Richteramt befähigten Beamten

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 24.11.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/7754
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.01.2016 Drs 15/8048 S. 8 9
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

*Besondere Herausforderungen bei Anhörungsterminen in der
Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge
(BAMF)*

Sachstand zu Terminvergabe und Anresemöglichkeiten aus Erstaufnahmestellen zu Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Reutlingen/Eningen, insbes Ermöglichung eines ausgeruhten Erscheinens zur Anhörung, Anresemöglichkeiten aus Meßstetten, Schaffung einer einmaligen Übernachtungsmöglichkeit in räumlicher Nähe zur BAMF-Außenstelle

KlAnfr
s. Anhörung
Drs 15/8114

Asylverfahrensgesetz

Herkunftsland Kosovo

Festlegung des Kosovo als sicheren Herkunftsstaat im Asylverfahrensgesetz; Gründe für die Zunahme der Asylbewerberzahl aus dem Kosovo

MdlAnfr
s. Kosovo
Drs 15/6566

AsylVfG

s. Asylverfahrensgesetz

Atomanlage

s. Kerntechnische Anlage

Atomares Endlager

s. Endlagerung radioaktiver Abfälle

Atomares Zwischenlager

s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle

Atomaufsicht

s.a. Wirtschaftsaufsicht

*Zuständigkeiten für Kernkraftwerke nach § 7 AtomGes innerhalb
der LReg wieder verantwortungsvoll regeln*

Rückführung der Zusammenführung der Zuständigkeiten für die rechtliche Atomaufsicht und für allgemeine Energiewirtschaft

im neuen Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Verteilung wieder auf zwei Ressorts

Antr FDP/DVP 24.05.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/22

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/907 S. 26 27

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Tritiumwerte im Bereich der Atomkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg

Aktuelle Messwerte über Emissionen; Auflagen an den Betreiber EnBW zur Einhaltung des gesetzlichen Grenzwerts; Tritiumbelastung der Flüsse Neckar und Rhein in den letzten zehn Jahren; Messmethoden und Messintervalle; Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Messungen

Antr

s. *Radioaktivität*

Drs 15/2739

Kritik an der Zusammenführung der Zuständigkeiten für die Atomaufsicht und die Landesregulierungsbehörde im UM

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 67

Atomaufsichtsbehörde

s. *Atomaufsicht*

Atomausstieg

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Rolle von hocheffizienten Gaskraftwerken sowie der erneuerbaren Energieträger Wasser, Wind, Sonne und Biomasse; Frage nach Vorschlägen zur Verbesserung der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Klimaschutzgesetzes und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr

s. *Energiapolitik*

Drs 15/77

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt
Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 17.09.2012 und Antw UM Drs 15/2339

Kernkraftwerk (KKW) Fessenheim - Perspektiven für die Region nach dem Abschalten des Kernkraftwerks

Einstellung der umliegenden französischen Gemeinden zu einer Abschaltung des Atomkraftwerks; Termin der Entscheidung über die Stilllegung; Werbung für eine Stilllegung des KKW Fessenheim bei der elsässischen Bevölkerung sowie bei den politisch Verantwortlichen; Schaffung eines binationalen Gewerbeparks, bestehend aus dem Gewerbepark Breisgau und der Konversionsfläche des Kernkraftwerks; Fördermöglichkeiten durch das Land und die Europäische Union

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 15/4363

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/5375

Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren

Situation bei Betrieb, Stilllegung und Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren in BW, insbes Entsorgung anfallenden radioaktiven bzw radioaktiv belasteten Materials, Höhe und Träger der Rückbaukosten

Antr

s. *Forschungsreaktor*

Drs 15/5527

Vier Jahre nach Fukushima - vier Jahre verantwortliche Atompolitik in BW

Aktuelle Debatte

s. *Reaktorunfall*

PIPr 15/123 S. 7411

Eintreten für einen beschleunigten Atomausstieg, dauerhafte Stilllegung der ältesten Atomkraftwerke

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Eintreten für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 34 37-39 50 57 67 71 72 74-76 78 79

Schaffung dezentraler Strukturen zur Bewältigung der Energiewende nach dem Atomausstieg, Bezifferung des Kapitalbedarfs der EnBW für den Umstieg auf erneuerbare Energien, Erinnerung an den Kursverlust der EnBW-Aktien durch die Kernbrennstoffsteuer

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684-688 691-694 696 697

Umsetzung der Energiewende nach dem Atomausstieg, Anstrengung einer neuen Übereinkunft von Bund und Ländern bei der Endlagersuche

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1191 1203 1212

Erinnerung an das Engagement und Verhandlungsgeschick von Winfried Kretschmann bei der Konsensfindung zum Atomausstieg und zur Suche nach einem Endlager

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1337 1342

Atomendlager

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Atomenergie

s. *Atomausstieg*

Atomgesetz

s. *Atomrecht*

Atomkraftwerk

s. *Kernkraftwerk*

Atommüll

s. *Radioaktiver Abfall*

Atommüllbeseitigung

s. *Nukleare Entsorgung*

Atommüllendlager

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Atommüllendlagerung

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Atommülltransport

s. *Atomtransport*

Atommüllzwischenlager

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Atommüllzwischenlagerung

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Atomrecht

Zuständigkeiten für Kernkraftwerke nach § 7 AtomGes innerhalb der LReg wieder verantwortungsvoll regeln

Rückführung der Zusammenführung der Zuständigkeiten für die rechtliche Atomaufsicht und für allgemeine Energiewirtschaft im neuen Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Verteilung wieder auf zwei Ressorts

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 15/22

Verzicht der EnBW auf Verfassungsbeschwerde

Frage nach einer Einflussnahme des Aufsichtsrats oder des Min-Präs auf die Entscheidung des EnBW-Vorstands gegen eine Verfassungsbeschwerde gegen die 13. Atomgesetz-Novelle beim BVerfG mit der Begründung mangelnder Grundrechtsfähigkeit, Beurteilung der juristischen Einschätzung und der Erfolgsaussichten von Entschädigungszahlungen aufgrund einer eigenen Verfassungsbeschwerde oder aufgrund eines Erfolgs der klagenden Konkurrenten

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/2200

Atomrechtliche Genehmigung

Ausweitung der Atomstromproduktion im Kernkraftwerk Gundremmingen

Leistungssteigerung als zusätzliches Gefahrenpotential; Auswirkungen auf die Betriebssicherheit der Reaktoren; Abwendung der Genehmigung einer Produktionserhöhung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KGG)

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/3904

Atomtransport

Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle

Bindung der Entscheidung über eine Erkundung geeigneter Gebiete bzw Standorte in BW an einen Bürgerentscheid? Eintreten für den Abschluss der Verfahren zur Endlagerstätte Gorleben und einen störungsfreien Verlauf der Transporte und Einlagerungen in Gorleben

KlAnfr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/9

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafield; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr

s. *Radioaktiver Abfall*

Drs 15/1549

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr

s. *Radioaktiver Abfall*

Drs 15/1949

Verbringung am Standort Obrigheim befindlicher Brennelemente nach Neckarwestheim

Planungen der EnBW zur Verbringung der noch im Nasslager Obrigheim befindlichen Brennelemente nach Neckarwestheim, insbes Transportoptionen, Bearbeitungszeit des Genehmigungsantrags, Kostenersparnis, mögliche Gefährdung des Neckars

Antr

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/4986

Atomzwischenlager

s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle

Atypische Beschäftigung

Situation der SGB II (Hartz IV)-Aufstocker in BW

Situation erwerbstätiger Arbeitslosengeld-II Bezieher (Hartz IV-Aufstocker) in den LKreisen Baden-Württembergs, insbes. Statistiken, rechtliche Voraussetzungen und regionale Unterschiede; Gründe für erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen; arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen abgesehen von einem gesetzlichen Mindestlohn

KlAnfr

s. Grundsicherung

Drs 15/3545

Weiterbildung atypisch Beschäftigter

Förderung der Weiterqualifizierung atypisch Beschäftigter; Zertifizierung informell erworbener Kompetenzen in Betrieben, Unternehmen und Verbänden; Erkenntnisse über die Anerkennung von Kompetenz- und Qualifizierungspässen in den Betrieben; Wirksamkeit der Qualifizierungsmaßnahmen, Wechsel atypisch Beschäftigter in ein Normalarbeitsverhältnis infolge beruflicher Fortbildung; Berücksichtigung von Weiterbildungsmöglichkeiten für atypisch Beschäftigte im Bildungsfreistellungsgesetz

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 09.08.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3931

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 8

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Atypisches Arbeitsverhältnis

s. Atypische Beschäftigung

Atypisches Beschäftigungsverhältnis

s. Atypische Beschäftigung

Aufarbeitung der Vergangenheit

s. Vergangenheitsbewältigung

Aufbaugymnasium

s. Gymnasium

Aufbereitung von Abwasser

s. Abwasserreinigung

Aufenthalts- und Asyl-Zuständigkeitsverordnung

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes. Erhöhung der Wohn- und Schlaffläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten

für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw

s. Flüchtling

Drs 15/4352

Aufenthaltsberechtigung

s. Aufenthaltsrecht

Aufenthaltsurlaub

s. Aufenthaltsrecht

Aufenthaltsgenehmigung

s. Aufenthaltsrecht

Aufenthaltsgesetz

s. Aufenthaltsrecht

Aufenthaltsrecht

s.a. Familiennachzug

Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug

Beurteilung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzung einfacher deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug im Hinblick auf die Integration, insbes. zur Verhinderung von Zwangsehen und Schutz von nachziehenden Frauen vor Ausnutzung; Bewertung der Vorstöße der Fraktionen von Grünen und Linkspartei im Bundestag zur Abschaffung dieser Voraussetzung

Antr

s. Deutsche Sprache

Drs 15/164

Neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Zahl der seit 01.09.2010 nach Serbien und in den Kosovo zurückgeführten Angehörigen ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter differenziert nach Familien mit Kindern, Alten, Kranken, Einzelpersonen und Straffälligen; Gewichtung der Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des Auswärtigen Amtes über die Situation in den Herkunftsländern bei der Einzelfallprüfung vor der Rückführung? Eintreten in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat für eine neue Bleiberechtsregelung ausgerichtet an humanitären Kriterien

Antr Hans-Ulrich Sckerl u.a. GRÜNE und Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 27.07.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/359
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 22 23

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Rahmenbedingungen der Unterbringung von Asylbewerbern und Grundlagen für deren Integration im Falle des Erhalts eines Aufenthaltstitels in BW

Kriterien für die Unterbringung von Flüchtlingen in BW; Quoten/Verteilungsschlüssel für die Zuweisung auf LKreise bzw. Kommunen; Angaben zur Gruppengröße und der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in den Gemeinschaftsunterkünften; die zehn größten Standorte und ihre spezifischen Probleme; Anforderungen an die Lage, Größe und Ausstattung künftiger Gemeinschaftsunterkünfte; Angebot an Sprach- und Integrationskursen;

berufliche Ausbildung insbes junger Asylbewerber, um Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/501

Gesetz zur Bestimmung der nach § 78 Abs 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden

Ermächtigung der Ortspolizeibehörden zur Durchführung von Änderungen der Wohnanschrift auf dem elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) neben den Ausländerbehörden

GesEntw LReg 20.10.2011 Drs 15/698
1. Beratung PIPr 15/18 10.11.2011 S. 822 823
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/875
2. Beratung PIPr 15/19 23.11.2011 S. 873-875
GesBeschl 23.11.2011 Drs 15/938
GBI 2011 Nr. 20 S. 534 (Ges vom 29.11.2011)
Bekanntmachung des IM über die nach § 78 Abs 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden GBI 2012 Nr. 9 S. 377-379
Bekanntmachung des IM über die nach § 78 Abs 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden GBI 2012 Nr. 16 S. 578
Bekanntmachung des IM über die nach § 78 Abs 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden GBI 2013 Nr. 7 S. 121

Verordnung über das vorübergehende Verlassen des Aufenthaltsbereichs durch Asylbewerber

Begründung und mögliche Auswirkungen des o.g. Entwurfs; Einschränkung der generellen landesweiten Freizügigkeit nur für Straftäter und Personen, gegen die wegen Straftaten ermittelt wird, aber nicht für Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist; Verzicht auf den Erlass der Verordnung

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 15/901

Ausreisepflicht von Minderheitsangehörigen aus der Republik Kosovo

Aussetzung der Durchsetzung von vollziehbaren Ausreisepflichten

MdlAnfr 5) Werner Raab CDU 08.03.2012 Drs 15/1393
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1683

Überprüfung von Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen infolge der bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten

Durchführung o.g. Überprüfungen in Anbetracht der bekannt gewordenen massenhaften Erschleichung von Sprachnachweisen; Feststellung und Korrektur von erschlichenen Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen, Zahl der nach Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht eingeleiteten Rücknahmeverfahren

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/1486

Praktische Relevanz bestehender Bleiberechtsregelungen in BW
Darlegung der o.g. Fallzahlen, der erteilten und verlängerten Aufenthaltserlaubnisse nach dem Aufenthaltsgesetz; Anteil von minderjährigen Kindern sowie der zur Ausreise verpflichteten Personen, bei denen die Ausreisepflicht derzeit nicht vollzogen werden kann; Auswirkungen von Vorschlägen verschiede-

ner BLänder zur Ausgestaltung einer Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1705
BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 40
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/659 betr. Aufenthaltstitel

BeschlEmpf und Bericht PetA 28.06.2012 Drs 15/1849 Nr. 1 S. 2
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
Mittlg LReg 07.08.2012 Drs 15/2270

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1176 betr. Aufenthaltstitel

BeschlEmpf und Bericht PetA 11.10.2012 Drs 15/2396 Nr. 2 S. 2-5
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
Mittlg LReg 09.11.2012 Drs 15/2685

Wirksamkeit des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern der Zwangsprostitution, insbes Zahlen zu gestellten und bewilligten Leistungsanträgen sowie zu Opfern mit Ausreiseverpflichtung, Leistungsgewährung bei schwierig nachweisbaren psychischen Beeinträchtigungen sowie bei Nicht-EU-Bürgern; Aufenthaltsrecht für Opfer bis zur rechtlichen Klärung der Entschädigungsleistungen; Durchsetzung von Leistungsanspruch und Leistungserhalt nach erfolgter Ausreise

Antr
s. *Opferentschädigungsgesetz*
Drs 15/2985

Praktische Bedeutung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz (LHG)

Begründung und Anwendung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz in BW, insbes Statistiken zu daraufhin versagten Immatrikulationen, Verwaltungsaufwand der Hochschule, aufenthaltsrechtliche Konsequenzen einer Streichung dieser Regelung

Antr
s. *Immatrikulation*
Drs 15/3240

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1831 betr. Aufenthaltstitel

BeschlEmpf und Bericht PetA 11.04.2013 Drs 15/3268 Nr. 4 S. 7 8
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
Mittlg LReg 13.06.2013 Drs 15/3644

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2094 betr. Aufenthaltstitel

BeschlEmpf und Bericht PetA 11.04.2013 Drs 15/3268 Nr. 1 S. 2 3
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
Mittlg LReg 14.05.2013 Drs 15/3519

Friedlich zusammenleben - Maßnahmen gegen Gewalt irakischer Migranten in Pforzheim

Ursachen der Gewalteskalation zwischen jesidischen Irakern am 2. April 2013 in Pforzheim; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Gewaltausbrüche; Prüfung der Aufenthaltserlaubnis der beteiligten Gewalttäter in Deutschland; Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KIAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3420

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2354 betr. Aufenthaltstitel

BeschlEmpf und Bericht PetA 18.07.2013 Drs 15/3711 Nr. 3 S. 2 3
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
Mittlg LReg 02.09.2013 Drs 15/4022

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/4197

Mögliche Neuregelungen zum Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung zur Einwanderung in der Schweiz

Entwicklung der Zahl der Grenzpendler mit der Schweiz; Auswirkungen der angenommenen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz, insbes für den Grenzverkehr und grenznahe Kommunen, die Personenfreizügigkeit, Unternehmensstandorte und die bestehenden bilateralen Vertragsbeziehungen mit der EU

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 21.02.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/4832 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 64-66

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5630

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/4405 betr. Aufenthaltstitel

BeschlEmpf und Bericht PetA 13.11.2014 Drs 15/6026 Nr. 1 S. 2 3
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6752-6760
Mittlg LReg 02.03.2015 Drs 15/6540

Unterbringung, Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem anderen Bundesland

Sachstand zu Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in Grenznähe zu einem Nachbarbundesland, insbes Schaffung von Ausnahmeregelungen zur Erledigung der Dinge des täglichen Bedarfs im Nachbarbundesland, Unterstützung der Gemeinde Fichtenau in dieser Problemlage; Maßnahmen zur best- und schnellstmöglichen beruflichen Integration der Asylbewerber und in den deutschen Arbeitsmarkt

KIAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6584

Situation der syrischen Flüchtlinge in BW

Sachstand zur Situation syrischer Flüchtlinge in BW, insbes Zahlen, Unterbringungsbedingungen, Hilfe bei Ausbildungs- oder Arbeitsstellensuche, Sprachkursangebot, Schulbesuch, Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6871

*Regierungsbefragung
Aufenthaltsrecht etc.*

PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8205-8207

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7471

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr

s. *Informationsschrift*

Drs 15/7619

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/5085 betr. Aufenthaltstitel

BeschlEmpf und Bericht PetA 29.10.2015 Drs 15/7549 Nr. 1 S. 2-4

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Mittlg LReg 23.12.2015 Drs 15/7927

Aufenthaltstitel

s. *Aufenthaltsrecht*

Aufforstung

s. *Forstwirtschaft*

Aufklärungsunterricht

s. *Sexualerziehung*

Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörung

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung

s.a. *Lernstörung*

Teilhabe von Menschen mit Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung (ADHS)

Entwicklung der Zahl von Betroffenen und deren Einschränkungen, insbes von Schülern, in den letzten fünf Jahren; Darstellung der Versorgung, insbes mit hochwirksamen Medikamenten; Bedeutung und Förderung der Früherkennung und Selbsthilfe; Unterstützung der Akteure bei der Weiterentwicklung der Vergütungsregelungen des Vertrags zur besseren Versorgung der Patienten, Zugewinnung weiterer Krankenkassen zu diesem Selektivvertrag

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 09.06.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/82

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2011 Drs 15/747 S. 16 17

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Mittlg LReg 09.05.2012 Drs 15/1687

Verschreibungspraxis von Methylphenidat in BW

Bewertung der Entwicklung der Diagnosestellung „Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)“ bei Jungen und Mädchen sowie der o.g. Verwaltungspraxis in den letzten zehn Jahren; Frage nach alternativen Therapien, nach Hilfestellungen für die Eltern, Erzieherinnen und Lehrer

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1532

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.06.2012 Drs 15/2351 S. 63 64

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Förderung von Schülerinnen und Schülern mit AD(H)S

Durchführung, Evaluation und Anpassung der Fördermaßnahmen für Schüler mit Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS) oder Aufmerksamkeitsdefizitstörung (ADS) an den einzelnen Schularten sowie statistische Daten zu betroffenen Schülern

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3195

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 S. 11 12

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

Aufnahmелager

s. *Flüchtlingslager*

Aufsicht über kerntechnische Anlagen

s. *Atomaufsicht*

Aufsichtsbehörde

s.a. *Atomaufsicht*

s.a. *Gewerbeaufsicht*

s.a. *Landesanstalt für Kommunikation*

s.a. *Schulaufsicht*

s.a. *Wirtschaftsaufsicht*

Datenerhebung bei den Stadtwerken

Gründe und Auswirkungen der umfangreicheren Datenerhebung der Landesregulierungsbehörde bei der „Datenerhebung Kostenprüfung - Gas“ von den Stadtwerken im Vergleich zur Bundesnetzagentur, Höhe und Träger der Kosten für die Landeskontrollbehörde, Beurteilung der Aufgabenverteilung zwischen der Bundesnetzagentur und den Ländern und der damit verbundenen Parallelstrukturen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 09.06.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/89

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/907 S. 27

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vorgaben mit denen der anderen Netzagenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/1700

Hilfsfristen im LKreis Esslingen

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und bei den Notärzten; Zuständigkeit für die Überwachung der Hilfsfristen; Rechtsaufsicht

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/4255

Situation des Glücksspiels in BW

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetreiber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugehenigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/4470

Verschärfte MPU-Praxis?

Änderung der Regelungen zur Anordnung der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung; Zweck, Zuständigkeit, Behördenaufsicht und Qualitätskontrolle

KlAnfr
s. *Medizinisch-Psychologische Untersuchung*
Drs 15/5307

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6071

Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde (LRegBG)

Umsetzung von EU-Richtlinien mit Anforderungen an die Unabhängigkeit der für die Energieversorgungsnetze zuständigen nationalen Regulierungsbehörden; Errichtung einer unabhängigen Landesregulierungsbehörde BW beim zuständigen Ministerium und Vorschriften zur Sicherstellung ihrer weisungsfreien und unparteiischen Aufgabenerledigung

GesEntw
s. *Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde*
Drs 15/7932

Aufsichtsrat

s.a. *Fernsehrat*
s.a. *Führungskraft*
s.a. *Geschäftsführung*
s.a. *Hochschulrat*

s.a. Landesanstalt für Kommunikation

s.a. *Verwaltungsrat*
s.a. *Vorstand*

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/20

Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

s. *Stiftung*
PIPr 15/5 S. 83

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/151

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Verkehr und Infrastruktur und der Staatssekretärin im MVI in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/297

Nachwahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

s. *Stiftung*
PIPr 15/13 S. 540

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschluss des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg LReg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 15/990

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst als Mitglied und Vorsitzende des Aufsichtsrats bei der Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/1219

Hochschulräte in BW

Gründe und Auswirkungen der angekündigten Umwandlung in reine Beratergremien; Bewertung der Ergebnisse einer Umfrage zur Mitwirkung der Hochschulräte im Aufsichtsrat der Hochschulen; Verzicht auf die Umwandlungspläne, Weiterentwicklung der Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenzen der

Hochschulräte

Antr
s. *Hochschulrat*
Drs 15/1325

Zusammensetzung und Kompetenzen der Aufsichtsräte/Hochschulräte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Kompetenzen, Auswahlkriterien und Amtsdauer der Hochschulräte an den einzelnen Hochschulen; Vertretungsanteile der hochschulinternen Gruppen und gesellschaftlichen Interessenverbände, von Frauen und Gleichstellungsbeauftragten

KlAnfr
s. *Hochschulrat*
Drs 15/1587

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte-Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit

Mittlg MFW 28.09.2012 Drs 15/2437 (Jahresmeldung für das Jahr 2010 und 2011)
Mittlg MFW 26.09.2013 Drs 15/4096 (Jahresmeldung für das Jahr 2012)
Mittlg MFW 08.08.2014 Drs 15/5610 (Jahresmeldung für das Jahr 2013)
Mittlg MFW 08.09.2015 Drs 15/7242 (Jahresmeldung für das Jahr 2014)

Zusammensetzung der Hochschulräte in BW

Erteilung einer Bestandsaufnahme in Ergänzung zur Stellungnahme auf Drs 15/1325, Beurteilung der Regelungen in den Hochschulgesetzen anderer BLänder und im benachbarten Ausland, Bewertung der Übernahmefähigkeit iRd Weiterentwicklung des Landeshochschulgesetzes, insbes Verbesserung des Frauenanteils und der Abbildung der Vielfalt an gesellschaftlichen Perspektiven

Antr
s. *Hochschulrat*
Drs 15/2443

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg LReg
s. *Frauenquote*
Drs 15/2787

Umgang von Aufsichtsrat und Betriebsprüfung mit Anhaltspunkten auf (Steuer-)Straftaten

Umgang des Aufsichtsrats der EnBW und der Finanzverwaltung mit den Geschäften der EnBW im Rahmen eines Anfangsverdachts wegen Untreue und Steuerhinterziehung

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2802

Anfrage der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Bahn zum Projekt Stuttgart 21

Fragen von der Arbeitnehmerseite des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn zur Haltung der LReg zum Bahnprojekt Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3155

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Kultus, Jugend und Sport in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/3208

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/3330

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin im Staatsministerium als Mitglied des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/4106

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat des Ministers für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten als Mitglied des Aufsichtsrats der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/5082

Frauen in Führung

Entwicklung des Anteils weiblicher Führungskräfte in den börsennotierten Unternehmen im Vergleich mit anderen Bundesländern und EU-Ländern; branchenspezifische Besonderheiten; Maßnahmen und Programme zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Führungskräften von Unternehmen, insbes der staatlichen Betriebe; Auswirkungen eines Bundesgesetzes zur Einführung einer Frauenquote

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5154

Kompetenzüberschreitungen des Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. des landeseigenen Verkehrsbetriebs SWEG

Art der dem Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. angelasteten Verstöße; Ausscheiden und Neubesetzung des technischen Vorstands; Forderung nach Einsichtnahme in das Gutachten des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft über die Vorgänge innerhalb der SWEG

Antr
s. *Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft*
Drs 15/7665

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7917

Beklagung des geringen Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen, Eintreten für eine gesetzliche Quotenregelung

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193-201

Bewertung der Gewährträgersammlung als Schwächung der Aufsichtsräte der Universitätsklinik, Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 650 651 653

Bewertung der Gewährträgersammlung als Schwächung der Aufsichtsräte der Universitätsklinik, Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 724 725 727

Steigerung des Frauenanteils in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen mit einer gesetzlichen Quotenregelung

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2067 2069

Aufteilung der Steuereinnahmen

s. *Steuerverteilung*

Auftrag der öffentlichen Hand

s. *Öffentlicher Auftrag*

Aufwandsentschädigung

s. *Entschädigung*

Aufzug

s. *Aufzugsanlage*

Aufzugsanlage

s.a. *Seilbahn*

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefen sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/152

Inklusion von blinden und sehbehinderten Menschen in BW

Zahl der Empfänger von Landesblindengeld u.a. Hilfen 2011, Beurteilung der Forderung nach Erhöhung und Einführung eines

Sehbehindertengelds; Zahl und Anteil von Aufzügen zur Personenbeförderung in den Liegenschaften des Landes mit Benutzerinformationen in Blindenschrift und akustischen Informationssystemen, Kosten einer entsprechenden Ausrüstung bei allen Neubauten und Sanierungen

Antr
s. *Blinder*
Drs 15/2142

Intervalle für die Überprüfung von Skiliften, Schleppliften und Seilbahnen

Aussetzung der diesjährigen Prüfungen wegen geringen Betriebs der Anlagen in der vergangenen Wintersaison, Bewertung einer flexibleren Gestaltung der Prüffrist für Schleppaufzüge nach Auffassung von TÜV und DEKRA, entsprechende Neuregelung bei der nächsten Änderung des Landeseseilbahngesetzes

KlAnfr
s. *Technische Überwachung*
Drs 15/2300

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 21 - Wartung und Prüfung von Aufzügen in Landesgebäuden (Kap 1209)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5421
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5921
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 14.08.2015 Drs 15/7309
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7495
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker

Probleme mit der Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker und geplante Maßnahmen zur Abhilfe insbes im Hinblick auf die diesjährige Landesgartenschau

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.01.2015 und
Antw MVI Drs 15/6360

Zugausfälle und Barrierefreiheit auf der Neckar-Alb-Bahn

Ausmaß und Ursachen der Zugausfälle und Verspätungen auf der Bahnstrecke; Barrierefreiheit der Bahnhöfe; Funktionsbereitschaft von Personenaufzügen, insbes am Bahnhof Nürtingen

KlAnfr
s. *Neckar-Alb-Bahn*
Drs 15/7663

Augenheilkunde

Ophthalmologische Versorgung im Raum Pforzheim/Enzkreis

Regionale und fachliche Bedeutung der Augenklinik des Klinikums Pforzheim; Sicherung ihres Fortbestands

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/3207

Aulendorf

Arbeit und Ausstattung der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUAs) und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts Aulendorf (STUA)

Entwicklung der Aufgaben, Kosten, Investitionen und Personalausstattung seit 2006; Gewährleistung der erforderlichen Sachkunde mit einem Einstellungskorridor

Antr

s. Untersuchungsamt
Drs 15/535

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerbedarf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr
s. Landwirtschaftliche Ausbildung
Drs 15/2780

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/2795

Regio-S-Bahn Donau-Iller

Zeitplan zur Realisierung der „Regio-S-Bahn Donau-Iller“; Sachstand bezüglich der Finanzierung und Anbindung der Haltestelle Aulendorf an die S 7

KlAnfr
s. Schnellbahn
Drs 15/4643

Ausbau von Eisenbahnstrecken

s. Streckenbau

Ausbildung von Polizeivollzugsbeamten

s. Polizeiausbildung

Ausbildung von Polizisten

s. Polizeiausbildung

Ausbildungs- und Prüfungsordnung

Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an baden-württembergischen Hochschulen

Anzahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung; Nutzung und Qualität der vorhandenen Beratungsstellen; Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals; Angebot behindertengerechter Wohnheimplätze; barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen einschließlich Verkehrsanbindung; Frage der Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen

Antr
s. Student
Drs 15/2106

Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Im Gesetz vorgesehene Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung und ihre konkrete Umsetzung in den einzelnen Bundesländern; Schaffung eines einheitlichen Finanzierungsmodells; Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienst-Fachschulen als Ergänzungsschulen; Start der Regelausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Berufsbild und Ausbildungsordnung; Zuständigkeit für die Durchführung von Examina

KlAnfr
s. Notfallsanitäter
Drs 15/4751

Auswirkungen der „Digitalisierung der Wirtschaft“ auf die duale Ausbildung

Vorbereitung der Auszubildenden auf die zukünftige Arbeitswelt (Stichwort „Industrie 4.0“); Ausbildungsberufe mit besonderer Ausrichtung auf die Digitalisierung der Arbeit; Anpassung bestehender Ausbildungsgänge; Entwicklung neuer Berufsbilder

Antr
s. Duale Berufsausbildung
Drs 15/6385

Erarbeitung neuer Lehramtsprüfungsordnungen, Novellierung der Gymnasiallehrerprüfungsordnung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 337-339 342 346

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für amtliche Fachassistenten

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 6 sowie den Anlagen 2 und 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für amtliche Fachassistenten in der Fassung vom 24. Juni 2014

GesEntw
s. Chancengleichheit
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung der §§ 2 und 5 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst in der Fassung vom 17. November 2014

GesEntw
s. Chancengleichheit
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Verwaltungsdienst in der Fassung vom 15. April 2014

GesEntw
s. Chancengleichheit
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst in der Fassung vom 23. Dezember 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung der §§ 2 und 5 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst in der Fassung vom 17. November 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung der §§ 2 und 5 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst in der Fassung vom 17. November 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Gerichtsvollzieherdienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 19 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Gerichtsvollzieherdienst in der Fassung vom 25. November 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Verwaltungsdienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Verwaltungsdienst in der Fassung vom 3. September 2013

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von Anlage 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure in der Fassung vom 2. Oktober 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsordnung Gesundheits- und Krankenpflegehilfe

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Ausbildungs- und Prüfungsordnung Straßenmeisterdienst

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 4 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Straßenmeisterdienst in der Fassung vom 9. Januar 2015

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung in der Fassung vom 29. September 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Heilerziehungsassistenten

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Heilerziehungsassistenten in der Fassung vom 29. September 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ausbildungsabschluss

s.a. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*
s.a. *Gesetz zur Verbesserung der Feststellung u. Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen*
s.a. *Meister*
s.a. *Staatsprüfung*

Arbeitssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in BW

Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Arbeitslosen; Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen fehlenden deutschen Sprachkenntnissen, dem Geschlecht und dem Risiko der Erwerbslosigkeit; Maßnahmen zur Absenkung der Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Arbeit*
Drs 15/277

Anerkennungsgesetz

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Einschätzung des damit zu gewinnenden Fachkräftepotenzials in BW, Umsetzung des Gesetzes nach Inkrafttreten, Förderung von Anschluss- und Weiterbildungsqualifikationen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/279
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 33 34
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Auswirkungen der seit Mai geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den acht (östlichen) EU-Beitrittsstaaten auf Gesellschaft und Wirtschaft in BW; Nutzung als Chance zur Abmilderung des Fachkräftemangels, Unterstützung der Unternehmen zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, Angebot von Hilfestellungen wie z.B. Sprachförderung; Forcierung der Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Zertifikate anderer EU-Staaten

Antr
s. *Arbeitskraft*
Drs 15/327

Fachkräftemangel in Ingenieurberufen

Fachkräftebedarf in den Ingenieurberufen; Maßnahmen zur Behebung des Ingenieurmangels wie z.B. Anwerbung von Ingenieuren in anderen EU-Staaten oder Nachqualifizierung bereits hier lebender Menschen mit nicht gleichwertigen Studienabschlüssen; Einrichtung eines dualen Qualifizierungsstudiengangs und sonstiger überbetrieblicher Qualifizierungsmöglichkeiten für Ingenieure mit nicht gleichwertigen ausländischen Abschlüssen

Antr
s. *Ingenieur*
Drs 15/974

Einführung einer Ausbildung zum „Technischen Assistenten für regenerative Energietechnik und Energiemanagement“

Einführung des o.g. Ausbildungsangebots an den beruflichen Schulen, Aufnahme entsprechender Gespräche mit den Kammern

KlAnfr
s. *Techniker*
Drs 15/1170

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anerkennung von Berufsqualifikationen*

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der VO über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems KOM(2011)883 endg.

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1201

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1387

Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl und Anteil der o.g. Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Selbstständigen; Zahl der Migrantinnen mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss; Einschätzung des Beitrags des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/1618

Nachwuchs im Handwerk sichern

Entwicklung der Differenz zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage im Handwerk seit 2002; Erwartung eines Rückgangs der Anforderungen mit der sinkenden Zahl von Bewerbern; Entwicklung der Zahlen von Absolventen differenziert nach Schularten, die ein Studium, eine duale Ausbildung und im Anschluss eine Weiterbildung zum Meister oder Techniker einschlagen in den letzten zehn Jahren; verstärkte Werbung für die Möglichkeit einer dualen Ausbildung parallel zur Erlangung der Fachhochschulreife

Antr
s. *Handwerk*
Drs 15/1897

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer

discher Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/2262

Die Anerkennung des Realschulabschlusses nach erfolgreicher Berufsausbildung

Darlegung der o.g. Voraussetzungen für Auszubildende nach einer erfolgreichen Berufsausbildung; Information der Schulleiter und Beruflichen Schulen über die Verwaltungsvorschrift „Erwerb eines dem Hauptschulabschluss oder dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstandes an beruflichen Schulen“ und deren Anwendung

KlAnfr Christoph Bayer SPD 11.09.2012 und Antw KM Drs 15/2303

Erleichterungen für Erzieherinnen und Erzieher im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz

Pläne zur Deckung des steigenden Bedarfs an Fachkräften in Kindertagesstätten; berufsrechtliche Regelungen für bereits über einen vergleichbaren Abschluss verfügende Absolventen der Fachschulen für Sozialpädagogik; Frage der Einbeziehung der Fachschulen für Sozialpädagogik

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/2337

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Ziele, Verfahrensablauf und Auswirkungen des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz), insbes Zulauf ausländischer Fachkräfte nach BW, Qualitätserhalt deutscher Berufsabschlüsse, einbezogene Berufe auf Bundesebene und Effizienz des Verfahrens durch die zentrale Anerkennungsstelle; Zahl der Anträge und Bescheide seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes; beantragte Berufsarten im Anerkennungsverfahren in BW; Unterstützung und Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Regelung der Berufsanerkennung auf EU-Ebene und weiterer Regelungsbedarf

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/2919

Landesanererkennungsgesetz

Planung und Einbringung eines Landesgesetzes zur Verbesserung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse im Anschluss an das 2012 in Kraft getretene Bundesgesetz, insbes detaillierter Gesetzgebungsstand in anderen Bundesländern; Notwendigkeit und Planungsstand eines Landesanererkennungsgesetzes für BW

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/3329

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehraufwand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Erzieher*

Drs 15/3535

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekte „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Zweite Ausbildungschance für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss schaffen

Ausbildungsmöglichkeiten für junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss, insbes Angebot eines Sofortprogramms, Vorrang einer Vermittlung in Ausbildung gegenüber einer Vermittlung in Arbeit, weitere Förderung der Teilzeitausbildung, testweise Einführung von Jugendberufsagenturen

Antr
s. *Berufsausbildung*
Drs 15/4232

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Erleichterte Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen durch die Regelung des allgemeinen Anspruchs auf individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen für landesrechtlich geregelte Berufe; Erlass des Landesanererkennungsgesetzes als Artikelgesetz entsprechend der Struktur des Bundesgesetzes

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/4378

Ausbildungschancen junger Erwachsener in BW

Situation bei der Erstausbildung junger Erwachsener in BW; Position der LReg zur Kampagne des Bundes „AusBILDUNG wird was - Spätstarter gesucht“; Instrumente und Einrichtungen in

BW zur Gewinnung junger Erwachsener für eine betriebliche Ausbildung und den Erwerb eines beruflichen Abschlusses

Antr
s. *Berufsausbildung*
Drs 15/4544

Pläne der Europäischen Kommission zu den sogenannten reglementierten Berufen

Auswirkungen der Pläne der Europäischen Kommission zum erleichterten Zugang zu sogenannten reglementierten Berufen, insbes auf die duale Ausbildung, das Handwerk und andere reglementierte Berufe wie Ärzte und Apotheker

Antr
s. *Berufsfreiheit*
Drs 15/4833

Umsetzung der beruflichen Anerkennung in BW

Situation bei der beruflichen Anerkennung in BW, insbes Personenzahl mit ausländischen Berufsabschlüssen aus EU-Staaten bzw Drittstaaten, Bearbeitungsdauer und Personaleinsatz bei Anträgen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz BW (BQFG-BW); Maßnahmen von Unternehmen und Verbänden zur Arbeitskräftegewinnung im Ausland und Strukturen zur Erleichterung des „Ankommens“ in BW

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/5455

Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen und Zulassung „ausländischer“ Fachkräfte in BW

Ungenutztes Potenzial von Menschen mit internationalen Wurzeln bei im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen; Bezahlung von Menschen in Anpassungslehrgängen; zeitnahe Durchführung von beruflichen Anerkennungsverfahren

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/5866

Bedarfsgerechte, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen

Etablierung eines Zuwanderungsgesetzes über eine Bundesratsinitiative unter Berücksichtigung von Grundsätzen gelungener Arbeitsmigration, insbes Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts zu einem Punktesystem, Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Förderung und Verpflichtung zum Erwerb der deutschen Sprache, Ausbau von Ausländerämtern und Visavergabestellen sowie Willkommenszentralen

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6619

Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte

Sachstand zu Vorgaben und Verfahren bei der Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte, insbes Auswirkung der Umstrukturierung der bisherigen Abteilungen der Regierungspräsidien auf die Verfahrensdauer, Daten zu gestellten Anträgen und Entscheidungen sowie zu Ablehnungsgründen

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/6640

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der EU-Richtlinie 2005/36/EG, insbes Sicherung des Fachkräftean-

gebots, bessere Integration von Migranten und Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, Einführung eines europäischen Vorwarnmechanismus, Europäischer Berufsausweis, partieller Berufszugang, Regelung zu Fristen und einzureichenden Dokumenten, Ermöglichung einer elektronischen Antragstellung, Anpassung von Statistikvorschriften, Einbindung eines Einheitlichen Ansprechpartners in die Verfahrensabwicklung

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Ermöglichung einer Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss für jeden jungen Menschen; Beschleunigung des Verfahrens zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24 25

Anerkennung der in beruflichen Vollzeitschulen erworbenen beruflichen Teilqualifikation

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 166 167

Anerkennung einer beruflichen Qualifizierung an beruflichen Schulen als Ausbildungszeit, Ermöglichung einer Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss für jeden jungen Menschen, Beschleunigung des Verfahrens zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 331-333

Anteil von Gering- und Hochqualifizierten unter den Beziehern von Niedriglöhnen, Gefährdung der Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten mit einem flächendeckenden Mindestlohn

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 780 781

Erleichterung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1239 1241 1243 1244 1248

Beklagung des hohen Anteils von jungen Menschen ohne Berufsabschluss; Anerkennung einer beruflichen Qualifizierung an beruflichen Schulen als Ausbildungszeit

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1693 1694 1696

Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ohne Ausbildungsabschluss

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1768 1778 1779

Ausbildungsberuf

Strukturelle Unterschiede bei der Finanzierung des Rettungswesens im Bundesvergleich und die Folgen

Unterschiede in der Höhe der Kosten pro Versicherten für Rettungseinsätze und Notärzte in den Bundesländern; Qualität des Rettungsdienstes in BW; Verbesserungspotenzial; Einberechnung des Einsatzes von Ehrenamtlichen im Rettungsdienst bei der Ermittlung der Kosten; Einführung der Ausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Finanzierung und Durchführung dieser Ausbildung

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/4369

Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Im Gesetz vorgesehene Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung und ihre konkrete Umsetzung in den einzelnen Bundesländern; Schaffung eines einheitlichen Finanzierungsmodells; För-

derung der gemeinnützigen Rettungsdienst-Fachschulen als Ergänzungsschulen; Start der Regelausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Berufsbild und Ausbildungsordnung; Zuständigkeit für die Durchführung von Examina

KlAnfr
s. *Notfallsanitäter*
Drs 15/4751

Erhalt des Ausbildungsberufs Tierwirt/in an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

Erwägungen und Einsparpotential einer Aufgabe des Ausbildungsberufs Tierwirt an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

KlAnfr
s. *Agrarberuf*
Drs 15/5566

Sozialpädagogische Fachkraft - Praxisintegrierte Ausbildung (PIA)

Ziel und Dauer der praxisintegrierten Erzieherausbildung; Ausbildungsplan und Organisation des Unterrichts; Anforderungen an die Bewerber; Angebot der Fachausbildung im Rhein-Neckar-Kreis; Schülerzahlen an den jeweiligen Standorten; Anmeldungen für das Schuljahr 2014/2015; Entwicklung von Angebot und Nachfrage an den Fachschulstandorten

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 27.08.2014 und Antw KM
Drs 15/5661

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, insbes Daten für eine Integrierte Ausbildungsstatistik, Kapazitätsausbau an Berufsoberschulen, Austausch von Lehrkräften, Weiterentwicklung des Modellprojekts CARPO (assistierte Ausbildung), Reduktion der Zahl der Ausbildungsberufe, Qualitätsentwicklung und -management an Berufsbildungsstätten, Validierung non-formaler und informeller Kompetenzen, Gutachten zur Fortentwicklung der Weiterbildungsförderung des Landes, Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte

Antr
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/6188

Auswirkungen der „Digitalisierung der Wirtschaft“ auf die duale Ausbildung

Vorbereitung der Auszubildenden auf die zukünftige Arbeitswelt (Stichwort „Industrie 4.0“); Ausbildungsberufe mit besonderer Ausrichtung auf die Digitalisierung der Arbeit; Anpassung bestehender Ausbildungsgänge; Entwicklung neuer Berufsbilder

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/6385

Ausbildungsförderung

s.a. *Begabtenförderung*

s.a. *Berufsvorbereitung*

s.a. *Stipendium*

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Anstreben eines Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebots für alle Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der jungen Migranten und benachteiligten Jugendlichen, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife der Bewerber und zur Reduzierung der Zahl von Ausbildungsabbrüchen, Stärkung der Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife, Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum sowie des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, Entwicklung eines Zeitplans zur Einführung der integrierten Ausbildungsstatistik

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

GesEntw
s. *Studiengebühren*
Drs 15/902

Berufseinstiegsbegleitung fortführen und ausbauen

Erfahrungen mit dem o.g. Angebot an Schulen seit 2009, Zahl der (erfolgreichen) Teilnahmen von Schülern beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Ausbildung, Höhe und Träger der Kosten, Bewertung der Überführung der Berufseinstiegsbegleitung in den Regelleistungskatalog der Bundesagentur für Arbeit, Beteiligung an der seit April 2012 erforderlichen Kofinanzierung, Art und Ergebnisse von Gesprächen zwischen Ministerien und Institutionen zum Ausbau des Angebots

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1635

Das berufliche Übergangssystem in BW

Bewertung der Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems sowie der Teilnehmerzahlen seit 2002, Auswirkungen auf das Eintrittsalter der angehenden Auszubildenden in das duale System, Anrechnung der erworbenen Qualifikationen, geplante Veränderungen?

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1783

Ausweitung des Modells der Teilzeitausbildung

Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer und Förderung des o.g. Modells; Möglichkeiten zur Einbindung der beruflichen Schulen, öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen, von Kammern, kleinen und mittleren Unternehmen und weiteren Akteuren; Erleichterung des Zugangs zu weiteren Ausbildungsberufen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1811

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundeslän-

dern, inbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 10.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4142
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 48
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Berufliche Karrieren: Zugangs- und Fördermöglichkeiten für Leistungssportler und Kaderathleten

Ausbildungsförderung für Leistungssportler; Zahl, regionale Verteilung und Angebot der Eliteschulen und Hochschulen des Sports in BW sowie deren Interesse am beruflichen Weiterkommen der Leistungssportler; Möglichkeiten der beruflichen Förderung parallel zur sportlichen Karriere; Voraussetzungen für Fördermaßnahmen; Aufhebung der Ungleichbehandlung von Leistungssportlern und Kaderathleten

Antr
s. *Sportler*
Drs 15/4273

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr
s. *Palästinensische Gebiete*
Drs 15/4365

Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Im Gesetz vorgesehene Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung und ihre konkrete Umsetzung in den einzelnen Bundesländern; Schaffung eines einheitlichen Finanzierungsmodells; Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienst-Fachschulen als Ergänzungsschulen; Start der Regelausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Berufsbild und Ausbildungsordnung; Zuständigkeit für die Durchführung von Examina

KlAnfr
s. *Notfallsanitäter*
Drs 15/4751

Die bevorstehende BAföG-Reform und ihr Beitrag zu einem sozial gerechten Zugang in Hochschul- und andere Ausbildungen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6305-6316

Regierungsbefragung

Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (Meister-BAföG)

PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8742

Bemühungen um eine Ausbildung für benachteiligte junge Menschen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1321

Ausbildungsförderungsgesetz

s. *Ausbildungsförderung*

Ausbildungslage

s. *Lehrstellenmarkt*

Ausbildungsmarkt

s. *Lehrstellenmarkt*

Ausbildungsordnung

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*

Ausbildungsplatz

s.a. *Ausbildungsförderung*
s.a. *Ausbildungsstätte*
s.a. *Studienplatz*

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Anstreben eines Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebots für alle Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der jungen Migranten und benachteiligten Jugendlichen, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife der Bewerber und zur Reduzierung der Zahl von Ausbildungsabbrüchen, Stärkung der Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife, Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum sowie des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, Entwicklung eines Zeitplans zur Einführung der integrierten Ausbildungsstatistik

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Regierungsbefragung

Bilanz der Ausbildungssituation in BW - Bericht zum Spitzengespräch am 10.06.2011

s. *Berufliche Bildung*
PIPr 15/6 S. 164

Kurzfristige Erhöhung der Ausbildungskapazitäten von Erzieherinnen und Erziehern

Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Voll- und Teilzeit

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/381

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/427

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1895

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 46 47

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Nachwuchs im Handwerk sichern

Entwicklung der Differenz zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage im Handwerk seit 2002; Erwartung eines Rückgangs der Anforderungen mit der sinkenden Zahl von Bewerbern; Entwicklung der Zahlen von Absolventen differenziert nach Schularten, die ein Studium, eine duale Ausbildung und im Anschluss eine Weiterbildung zum Meister oder Techniker einschlagen in den letzten zehn Jahren; verstärkte Werbung für die Möglichkeit einer dualen Ausbildung parallel zur Erlangung der Fachhochschulreife

Antr

s. *Handwerk*

Drs 15/1897

Ausbildungssituation in BW

Verhältnis von Bewerbern und Ausbildungsplätzen der Dualen Ausbildung (nach Branchen) zum 1. September 2012 im Enzkreis und in BW; Bewerberanzahl und Ausbildungsplätze in den Jahren 2002 bis 2012 im Enzkreis; absoluter und relativer Anteil der gewerblich-technischen Berufe in der Dualen Ausbildung in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Förderung des gewerblich-technischen Bereichs; Einrichtung sogenannter Kleinklassen zum Schuljahr 2012/2013; Einrichtung von Klassen für Auszubildende des ersten Ausbildungsjahrs an Berufsschulen 2007 bis 2012

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 15/2411

Migranten in Pflegeberufen

Aktuelle Anzahl der o.g. Personen; Veränderungen im Vergleich zu vergangenen Jahren und ihre Ursachen, Maßnahmen und Anreize zur Erhöhung der Anzahl der Pflegekräfte aus dem Personenkreis der Migranten; Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung, Anzahl der Auszubildenden und Ausbildungsplätze

KlAnfr

s. *Migrant*

Drs 15/2433

Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Ausbildung - Fachkräfte sichern

Anwerbung arbeitsloser Jugendlicher aus EU-Mitgliedsstaaten für eine Ausbildung in BW aufgrund des Fachkräftemangels; Bedarf nach Branchen und Dringlichkeit; bisherige Erfahrung mit grenzüberschreitenden Ausbildungsprogrammen; Förderung dualer Ausbildungsprogramme im Rahmen des EU-Programms INTERREG und anderer Programme; duale Ausbildungsprojekte im Rahmen der EU-Donauraumstrategie; Austausch mit den Unternehmen im Land

Antr

s. *Fachkraft*

Drs 15/2639

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis Waldshut

Aufstellung der im Jahr 2011 abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Branchen; im Zeitraum von 2007 bis 2011 ausgeschriebene und besetzte Ausbildungsplätze; Besetzung der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Initiativen zur Unterstützung der Ausbildungsplatzvermittlung

KlAnfr Felix Schreiner CDU 21.11.2012 und Antw MFW Drs 15/2723

Integrationsmaßnahmen im Hohenlohekreis

Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund im Hohenlohekreis; Projekte und finanzielle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten durch das Land, u.a. Initiativen zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen; neu initiierte Integrationsmaßnahmen des Integrationsministeriums

KlAnfr

s. *Migrant*

Drs 15/2965

Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Ausbildungsinhalte des Praktischen Jahres an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land; Zugangsvoraussetzungen; vorhandene Ausbildungsstellen; arbeitsrechtliche Bedingungen; geplante Anpassungen der Studienordnung; finanzielle Entschädigung der Lehrkrankenhäuser für die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes

KlAnfr

s. *Medizinische Ausbildung*

Drs 15/3743

Was unternimmt die LReg, um die Besetzung offener Lehrstellen zu unterstützen?

Statistiken zu unbesetzten Lehrstellen in BW im aktuell begonnenen Ausbildungsjahr, Jugendlichen ohne Ausbildungsstelle sowie von Personen außerhalb Baden-Württembergs besetzte Ausbildungsstellen; Unterstützungsmaßnahmen zur Gewinnung von Lehrstellenbewerbern aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland

Antr FDP/DVP 26.11.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4386 (15 S.)

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5998-6005

Prämienprogramm „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“

Umsetzung des Prämienprogramms „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“, insbes Mittelabrufe, Antragsbewilligungen und -ablehnungen; Beteiligungsmöglichkeiten gemeinnütziger Vereine

KlAnfr Tobias Wald CDU 26.02.2014 und Antw MFW Drs 15/4861

Entwicklung der Bewerberzahlen um einen Ausbildungsplatz bei der Polizei in BW in den Jahren 2009 bis 2014

Entwicklung der Bewerberzahlen um einen Ausbildungsplatz bei der Polizei in BW, insbes Anteil der heimatnahen Bewerber und der Bewerber aus Nordbaden; Anreize für Bewerber ohne heimatnahen Ausbildungsort

KlAnfr

s. *Polizeiausbildung*

Drs 15/5695

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegeschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegeschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr

s. *Pflegeausbildung*

Drs 15/6095

Situation der Pflegeeinrichtungen im Kreis Göppingen

Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen im LKreis; Auslastung der Einrichtungen; Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen; Angebot an Ausbildungsplätzen für Altenpfleger, Pflegehilfskräfte oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen; Angebote für eine Ausbildung in Teilzeit; Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen; Wegfall von Pflegeheimplätzen aufgrund der gesetzlichen Forderung von Einzelzimmern

KlAnfr

s. *Pflegeeinrichtung*

Drs 15/6233

Situation der Pflegeeinrichtung im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Main-Tauber-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen

KlAnfr

s. *Pflegeeinrichtung*

Drs 15/6646

Besetzung der Ausbildungsplätze in den LKreisen Waldshut und Lörrach

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in den LKreisen Waldshut und Lörrach, insbes Schulabschlüsse der Auszubildenden, Anteil der weiblichen Auszubildenden

KlAnfr Felix Schreiner CDU 31.03.2015 und Antw MFW
Drs 15/6695

Situation der Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr

s. *Pflegeeinrichtung*

Drs 15/6935

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflege-

gebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr

s. *Pflegeeinrichtung*

Drs 15/7063

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Konstanz

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Konstanz, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr

s. *Pflegeeinrichtung*

Drs 15/7185

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung von Ausbildungsplätzen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKreis Rastatt), insbes schulische Vorbildung der Auszubildenden, Anteil der weiblichen Auszubildenden sowie der aus dem Elsass stammenden Jugendlichen

KlAnfr Tobias Wald CDU 11.08.2015 und Antw MFW Drs
15/7290

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Karlsruhe

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Karlsruhe, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr

s. *Pflegeeinrichtung*

Drs 15/7565

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr

s. *Pflegeeinrichtung*

Drs 15/8084

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger gemeinsam mit der Wirtschaft

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger gemeinsam mit der Wirtschaft, Attraktivität von Ausbildungsplätzen in zukunftsträchtigen Berufen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513 515 517-520

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen direkt im Anschluss an die Schulzeit

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Ausbildungsplatzangebot

s. Lehrstellenmarkt

Ausbildungsplatznachfrage

s. Lehrstellenmarkt

Ausbildungsplatzsituation

s. Lehrstellenmarkt

Ausbildungsqualifikation

s. Berufliche Qualifikation

Ausbildungsstätte

Haushalt 2012; Epl 07

Mittelaufstockung für Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungszentren

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1107-7 S. 21 22
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Mittelaufstockung für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Verschiebung einer Förderung der Modernisierung auf 2012

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 437 438 444

Mittelaufstockung für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1928 1934

Ausbildungsstatistik

s. Statistik

Ausbildungsstelle

s. Ausbildungsplatz

Ausbildungsstellenmarkt

s. Lehrstellenmarkt

Ausbildungsverkehr

s.a. Zeitkarte

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Missstände bei der Beförderung von behinderten Kindern

Mittlg LReg 28.07.2011 Drs 15/339 (18 S.)

Möglichkeiten zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW - Fortführung des Pauschalierungsvertrags für die Ausgleichsleistung nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ausgestaltung und Zeitperspektive einer Nachfolgeregelung; Gewichtung der Interessen der Fahrgäste nach günstigen Fahrpreisen im Ausbildungsverkehr, der Omnibusunternehmen nach Planungssicherheit durch einen mehrjährigen Vertrag und der Abrechnungsstellen nach Verwaltungsvereinfachung; Ermöglichung einer einheitlichen Kinderaltersgrenze bei allen Verkehrsverbänden, der kostenlosen Fahrradmitnahme auch in Bussen,

der Einführung von Übergangstarifen zwischen Verkehrsverbänden u.a.

Antr

s. Öffentlicher Personennahverkehr

Drs 15/421

ÖPNV-Anbindung der Gemeinden im Heckengäu bzw im östlichen Enzkreis an das Mittelzentrum Mühlacker

Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen ÖPNV-Anbindung, insbes des Busverkehrs an das berufliche Schulzentrum in Mühlacker

KlAnfr

s. Öffentlicher Personennahverkehr

Drs 15/574

Eigenwirtschaftliche Verkehre

Begründung der o.g. Definition von Busverkehren mit Ausgleichszahlungen für den Tarifausgleich, für den Transport von Schülern, Auszubildenden und Schwerbehinderten; Zahl und Höhe der Förderung von solchen Omnibusunternehmen seit 2006; Frage nach Abweichungen bei der Zuweisung dieser Fördermittel gegenüber dem Planansatz

Antr

s. Verkehrswirtschaft

Drs 15/811

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr

s. Bahnstrecke

Drs 15/2284

Ausbildungsverkehr - Subventionierte Tickets im Rahmen einer Weiter- beziehungsweise Fortbildung

Subventionierte Fahrkarten für Schüler in einer Fort- oder Weiterbildung, insbes Form und Höhe der Kostenbeteiligung durch das Land sowie konkrete Ausgestaltung; Unterschiede in der Fahrkostenunterstützung bei (Fach-)Hochschulstudenten und Schülern in einer Weiter- oder Fortbildung

KlAnfr

s. Fahrkosten

Drs 15/2925

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr

s. Nebenbahnverkehr

Drs 15/3979

Schülerbeförderung zu den Gemeinschaftsschulen

Auswirkungen der Einführung der Gemeinschaftsschule auf den Schülerverkehr in den einzelnen Gegenden; Verbesserungsbedarf beim Schülertransport zu den Gemeinschaftsschulen; Schaffung neuer Konzepte der Schülerbeförderung; zusätzliche Kosten für die Beförderung der Schüler zu den neuen Gemeinschaftsschulen für Eltern, Schulträger und Schulen; Berücksichtigung des Schülerverkehrs im Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule; Nutzung individueller Beförderungsangebote; zumutbare Dauer des Schulwegs

Antr CDU 22.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4165

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggon durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/4258

Einführung eines landesweiten Semestertickets in BW

Ausgestaltung des Semestertickets und weiteres Verfahren zur Einführung eines landesweiten Semestertickets in BW

Antr

s. *Semesterticket*

Drs 15/4285

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/4381

Regionaler Zugverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart

Erhöhung der Pünktlichkeit der Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart, insbes während des Berufs- und Ausbildungsverkehrs

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4727

Schülertransportverkehr

Änderung im Schülertransportverkehr und Einsatz neuer Transportmöglichkeiten durch die Einführung der Gemeinschaftsschule

MdlAnfr 2) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 16.04.2014 Drs 15/5114

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5989-5991

Unterrichtsbeginn während der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Organisatorischer Aufwand und Umsetzbarkeit eines späteren Schulbeginns in Anbetracht fester Busverbindungen, fehlender Betreuungsmöglichkeiten für jüngere Schüler durch deren Eltern sowie der Notwendigkeit, den ausgefallenen Unterricht nachzuholen; Zulässigkeit eines späteren Unterrichtsbegins bei weiteren sportlichen Großereignissen wie z.B. den Olympischen Spie-

len

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 15/5324

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/5326

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/5642

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/5897

Finanzierungsreform zur Neuordnung der Leistungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz

Zeitplan für die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs; Anhebung des Pauschalbetrags für den Ausgleich von Kostensteigerungen; Interessenausgleich zwischen den Verdichtungsräumen, den Randzonen der Verdichtungsräume und dem ländlichen Raum; Zuverlässigkeit der Datenbasis für die neue Modellrechnung; Berücksichtigung eines erhöhten Verwaltungsaufwands bei den Stadt- und LKreisen sowie den Verbänden und Verkehrsunternehmen

KlAnfr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/6245

Sicherheitsbestimmungen in Bussen zur Schülerbeförderung

Sicherheitsstandards für die Schülerbeförderung im Linienbus- und im Schulbusverkehr; Zulässigkeit von Stehplätzen im Schulbusverkehr; Bereithaltung eines ausreichenden Sitzplatzange-

bots beim Transport von Schülern; Schulung der Busfahrer in der Schülerbeförderung

KIAnfr Elke Brunnemer CDU 12.12.2014 und Antw MVI Drs 15/6259 (31 S.)

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6339

Finanzierung der Schülerbeförderung im LKreise Ravensburg

Sachstand zur Situation des Schülerverkehrs im öffentlichen Personennahverkehr des LKreises Ravensburg, insbes Anteil am Gesamtaufwand für den ÖPNV, Ausgestaltung des Eigenanteils der Beförderungskosten, Höhe der Landeszuweisungen für die Schülerbeförderung

KIAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 03.03.2015 und Antw KM Drs 15/6572

Stand der Einführung eines landesweiten Semestertickets

Sachstand zur Einführung eines landesweiten Semestertickets in BW, insbes aktueller Verhandlungsstand, diskutierte Modelle, Setzung einer Entscheidungsfrist seitens der Studentenvertretungen

Antr
s. *Semesterticket*
Drs 15/7342

Finanzierung der Schülerbeförderung in BW

Sachstand zur Finanzierung der Schülerbeförderung in BW, insbes Entwicklung des Gesamtaufwands, Bedarfserhebung, Regelungen und Hilfen für Familien mit geringem Einkommen, Unterschiede in den Schülerbeförderungssatzungen, Kostenübernahme für Primarstufe und Sekundarstufe I, Überprüfung der Mittelverwendung, Ausgleich für Fahrdienste von Eltern bei unzureichenden Busverbindungen, Ausgleich von Mehrkosten für Schülerbeförderung aufgrund der bildungspolitischen Maßnahmen

GrAnfr FDP/DVP 17.09.2015 und Antw LReg Drs 15/7393

Erhöhung der Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 735 736

Erhöhung der Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Erhöhung der Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1443

Hervorhebung der Sicherheit in der Schülerbeförderung

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1573

Auswirkungen einer Halbierung der Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1653 1654

Ausbildungsvertrag

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis Waldshut

Aufstellung der im Jahr 2011 abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Branchen; im Zeitraum von 2007 bis 2011 ausgeschriebene und besetzte Ausbildungsplätze; Besetzung der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Initiativen zur Unterstützung der Ausbildungsplatzvermittlung

KIAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/2723

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im Ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrerstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/3839

Ausbildungszentrum

s. *Ausbildungsstätte*

Ausfallbürgschaft

s. *Bürgschaft*

Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz

Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Änderung von § 2 des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz in der Fassung vom 11. Oktober 2005

GesEntw
s. *Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes*
Drs 15/6746

Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch

s. *Bürgerliches Gesetzbuch*

Ausführungsgesetz zum Sozialgerichtsgesetz

s. *Sozialgerichtsbarkeit*

Ausfuhrförderung

s. *Außenhandelsförderung*

Ausfuhrverbot

Kunstkontrollgesetz stoppen - Kulturgutschutz mit Augenmaß ermöglichen

Sachstand zur Bedeutung des Kunsthandels und zum bisherigen Vollzug des Kulturgutschutzgesetzes in BW bei der Ausfuhr von

Kulturgütern in den außereuropäischen Raum sowie Bewertung und Folgen des von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorgelegten Gesetzentwurfs zur Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes

Antr
s. *Kulturgutschutzgesetz*
Drs 15/7682

Ausgleichsabgabe

Aufkommen und Verwendung der Mittel aus der Abgabe für klimaneutrales Fliegen

Höhe und Verwendung der auf freiwilliger Basis von Abgeordneten des Landtags an einen im UM eingerichteten Fonds seit 2008 abgeführten Mittel

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 31.08.2012 und
Antw UM Drs 15/2285

Ausgleichsabgabe gemäß § 77 SGB IX

s. *Schwerbehindertenausgleichsabgabe*

Ausgleichsabgabe (Schwerbehindertenrecht)

s. *Schwerbehindertenausgleichsabgabe*

Ausgleichsmandat

Mehrsitze (Überhangmandate) in den Kreistagen 2009 und 2014
Vergleich der erzielten Überhangmandate und der aufgrund der Begrenzung entfallenen Ausgleichsmandate in den Kreistagen nach dem Wahlverfahren nach d'Hondt bei den Kommunalwahlen 2009 mit dem Wahlverfahren nach Sainte-Lague/Schepers bei den Kommunalwahlen 2014

KlAnfr
s. *Wahlverfahren*
Drs 15/6973

Ausgleichsmaßnahme (Naturschutz)

s. *Kompensationsmaßnahme (Naturschutz)*

Ausgleichsstock im kommunalen Finanzausgleich

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Ausgleichszulage

s.a. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Entwicklung und Förderung des Grünlands in BW und Pläne der LReg zur Einführung eines gesetzlichen Umbruchverbots

Umwandlung von Grünland in Ackerflächen, Dauerkulturen, Aufforstung, Bebauung u.a. seit 2003; bisherige und künftige Förderung der Grünlandbewirtschaftung iRd MEKA, der Ausgleichszulage und Landschaftspflegeleitlinie; Art und Zeitpunkt der Einbeziehung der Berufsverbände und betroffenen Landwirte in die Überlegungen zur Schaffung eines gesetzlichen Umbruchverbots durch Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/323

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen; Bewertung der Regelungsentwürfe der EU-Kommission, Auswirkungen der geplanten Umschichtungen für die bäuerlichen Familienbetriebe ab 2014, u.a. einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete und Mittelumschichtung zugunsten der neuen Mitgliedsstaaten; Förderung der Vermarktung mittels ländlicher Netzwerke und Bauernmärkte; Koppelung von Zahlungen der Ersten Säule an ein „Greening“ u.a.m.

GrAnfr
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1468

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 16: Zuwendungen nach der Richtlinie Ausgleichszulage Landwirtschaft

Mittlg LReg 29.06.2012 Drs 15/1987
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2316
PIPr 15/47 11.10.2012 S.

Ausgleichszulage für Landwirte

s. *Ausgleichszulage*

Ausgrabung

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr
s. *Bodendenkmal*
Drs 15/4776

Ausgrenzung

s. *Diskriminierung*

Auskunftei (Wirtschaft)

s. *Wirtschaftsauskunftei*

Auskunfterteilung

s.a. *Amtsgeheimnis*
s.a. *Auskunftspflicht*

Verpasst Kultusminister Andreas Stoch mündigen Schulleitern einen „Maulkorb“?

Kommunikationsvorgaben für Schulen und Schulleiter, insbes Auskunftsverbot zu den Anmeldezahlen an den weiterführenden Schularten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3314

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsg Grundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungscodes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/4421

Melderecht in der Verwaltungspraxis

Zahl der im baden-württembergischen Melderegister erfassten Personen; Anzahl der jährlich beantragten einfachen und erweiterten Melderegisterauskünfte seit 2009; Antragsteller; Verweigerung von Auskünften und ihre Begründung; Auskunftssperren; Prüfung der Voraussetzungen für eine Auskunftssperre durch die Meldebehörden; Beschwerden über die Weitergabe von Meldedaten an Dritte

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 15/5710

Auskunftsanspruch

s. *Auskunftspflicht*

Auskunftserteilung

s. *Auskunfterteilung*

Auskunftspflicht

s.a. *Auskunfterteilung*
s.a. *Publizitätspflicht*
s.a. *Schweigepflicht*

Daten- und Verbraucherschutz gegenüber Wirtschaftsauskunfteien

Anzahl der in Deutschland tätigen Kreditschutzorganisationen; Marktanteile der fünf größten Auskunfteien; Auswirkungen der Auskunftseidienstleistungen auf das Niveau von Kredit- und Finanzierungskonditionen; Art der für die Scorings der Auskunfteien gespeicherten und genutzten Daten; Bewertung einzelner Scoring-Verfahren wie Geoscoreing oder Social-Scoring; Beurteilung des Auskunftsanspruchs erfasster Personen und Unternehmen; Folgen einer jährlichen Offenlegungspflicht gegenüber den Personen und Unternehmen für die Geschäftsmodelle und den Wettbewerb der Auskunfteien untereinander; Stärkung einer bundeseinheitlichen Marktüberwachung

Antr
s. *Wirtschaftsauskunftei*
Drs 15/4886

Ausländer

s.a. *Asylbewerber*
s.a. *Aufenthaltsrecht*
s.a. *Ausländerbehörde*
s.a. *Ausländerintegration*
s.a. *Ausländerorganisation*
s.a. *Ausländischer Jugendlicher*
s.a. *Ausländischer Schüler*
s.a. *Ausländischer Student*
s.a. *Ausländisches Kind*
s.a. *Einbürgerung*
s.a. *Flüchtling*
s.a. *Migrant*
s.a. *Migration*
s.a. *Vertriebener*

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund; Beschreitung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/85

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/99

„Integration und Fernsehen“ - ZKM-Projekt „Agac yas iken egilir“

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/181

Anerkennungsgesetz

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Einschätzung des damit zu gewinnenden Fachkräftepotenzials in BW, Umsetzung des Gesetzes nach Inkrafttreten, Förderung von Anschluss- und Weiterbildungsqualifikationen

Antr
s. *Ausbildungsabschluss*

Drs 15/279

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Auswirkungen der seit Mai geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den acht (östlichen) EU-Beitrittsstaaten auf Gesellschaft und Wirtschaft in BW; Nutzung als Chance zur Abmilderung des Fachkräftemangels, Unterstützung der Unternehmen zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, Angebot von Hilfestellungen wie z.B. Sprachförderung; Forcierung der Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Zertifikate anderer EU-Staaten

Antr

s. *Arbeitskraft*

Drs 15/327

Aussage von Frau Ministerin Öney zum Fernsehkonsum von Türken

Forderung nach fundierten Belegen für die Behauptung Bilkay Öneys; Bewertung der Studie „Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. im Hinblick darauf, ob die Ministerin für Integration die dort über das Mediennutzungsverhalten von sozial benachteiligten Schülern gemachten Aussagen unzulässig verallgemeinert hat; ob die Ministerin nicht ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Integration von Ausländern schadet, wenn sie Behauptungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen aufstellt

Antr

s. *Öney, Bilkay SPD*

Drs 15/466

Binationale Ehen

Anteil und Herkunftsländer der mit deutschen Partnern verheirateten Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund, Gründe für den größeren Erfolg und höhere Einkommen dieser Migranten im Berufsleben im Vergleich zu Migranten mit Ehepartnern aus derselben Migrantengruppe

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/861

Ausländerbehörden als Visitenkarten des Landes

Umgang der Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern und Asylbewerbern aus Drittstaaten, Ausgestaltung der Beratungs- und Servicekomponenten, Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Koordination der Zuständigkeitsbereiche des Integrationsministeriums und Innenministeriums

Antr

s. *Ausländerbehörde*

Drs 15/1132

Anerkennung und Erwerb des Führerscheins von Migrantinnen und Migranten

Bedingungen für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Führerscheinen; Möglichkeiten für die Ablegung der theoretischen Prüfung in der Herkunftssprache und für die Inanspruchnahme eines Dolmetschers für die theoretische und praktische Prüfung, verfügbare Unterrichtsmaterialien in den Herkunftssprachen; Erhöhung der Arbeitsmarktchancen durch die Kombination von Führerscheinkursen und Sprachkursen

Antr

s. *Fahrerlaubnis*

Drs 15/2288

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken in BW beheben
Anteil ausländischer Ärzte an baden-württembergischen Krankenhäusern; Verteilung der Ärzte nach städtischem und ländlichem Raum; Aufschluss über ihre Deutschkenntnisse; Sprachprüfung, Sprachkurse und weitere Maßnahmen zur Behebung von Sprachproblemen; Konzept zur Sicherstellung ausreichender Sprachkenntnisse

Antr

s. *Arzt*

Drs 15/2730

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken beheben (II)

Förderung eines speziellen Sprach- und Kommunikationsprogramms zur Vermittlung der Fachsprache und einschlägiger kultureller Kenntnisse

Antr

s. *Arzt*

Drs 15/3676

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Fragestellungen und Ergebnisse der rechtlichen Prüfung zur Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer in BW, insbes einbezogene Hochschularten, geplanter Semesterbeitrag und soziale Ausgestaltung; Vereinbarkeit mit der Willkommenskultur, dem (prognostizierten) Fachkräftemangel, dem Grundgedanken des Bologna-Prozesses, der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren und der gewünschten kulturellen Vielfalt; Überlegungen einzelner Hochschulen zur Einführung einer Art „Servicegebühr“ für Nicht-EU-Ausländer

Antr

s. *Studiengebühren*

Drs 15/4123

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 16: Ausgaben im Zusammenhang mit Aufenthalt und Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer

Mittlg LReg 04.12.2013 Drs 15/4447 (52 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4584

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung und Aufklärungsquote in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse über Tätergruppen und -herkunft, Anteil der organisierten Kriminalität, Anteil und Aufenthaltsstatus der nichtdeutschen Tatverdächtigen, Konzepte für den Polizeieinsatz

Antr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/6620

Politisch motivierte Kriminalität und extremistische Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim

Situation der politisch motivierten Kriminalität und extremistischer Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim, insbes Straftaten und Gefährdungspotenzial in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, politisch motivierte Ausländerkriminalität und Islamismus/Salafismus

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/6674

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Abbau von Hemmnissen bei der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, Beschleunigung des Verfahrens zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse; Einrichtung eines Integrationsministeriums

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25 29

Verweisung auf eine Studie über Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 900

Kritik an der nicht vollständigen Zuordnung des Bereichs Ausländer zum Integrationsministerium, Bewertung der Zusammenarbeit zwischen IM und IntM und der Integrationspolitik von Ministerin Öney

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1220 1226-1228 1231 1234-1248

Ausländeramt

s. *Ausländerbehörde*

Ausländerbehörde

s.a. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*

Gesetz zur Bestimmung der nach § 78 Abs 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden

Ermächtigung der Ortspolizeibehörden zur Durchführung von Änderungen der Wohnanschrift auf dem elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) neben den Ausländerbehörden

GesEntw
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/698

Ausländerbehörden als Visitenkarten des Landes

Umgang der Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern und Asylbewerbern aus Drittstaaten, Ausgestaltung der Beratungs- und Servicekomponenten, Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Koordination der Zuständigkeitsbereiche des Integrationsministeriums und Innenministeriums

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 12.01.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1132
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 66 67
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Feststellung der Staatsangehörigkeit kosovarischer Flüchtlinge
Fälle von o.g. Auskunftersuchen deutscher an serbische Stellen mit dem Ergebnis einer Bestätigung der serbischen Staatsan-

gehörigkeit von kosovarischen Flüchtlingen, weil Serbien Teile der Republik Kosovo als serbisches Territorium betrachtet; Frage nach Handlungsanweisungen für die Ausländer- und Polizeibehörden in BW

KlAnfr
s. *Staatsangehörigkeit*
Drs 15/2158

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5498

Englisch als Verkehrssprache in staatlichen Einrichtungen, insbes in Ausländerbehörden und Universitäten

Anerkennung des Englischen als Verkehrssprache in Ausländerbehörden; Zulassung der englischen Sprache bei Arbeiten zur Erlangung akademischer Grade an Universitäten und Fachhochschulen

Antr
s. *Verkehrssprache*
Drs 15/5499

Bedarfsgerechte, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen

Etablierung eines Zuwanderungsgesetzes über eine Bundesratsinitiative unter Berücksichtigung von Grundsätzen gelungener Arbeitsmigration, insbes Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts zu einem Punktesystem, Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Förderung und Verpflichtung zum Erwerb der deutschen Sprache, Ausbau von Ausländerämtern und Visavergabestellen sowie Willkommenszentralen

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6619

Ausländerintegration

s.a. *Migrant*
s.a. *Ministerin für Integration*

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund; Beschreitung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 09.06.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/85 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 48-50
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug

Beurteilung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzung einfacher deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug im Hinblick auf die Integration, insbes zur Verhinderung von Zwangsehen und Schutz von nachziehenden Frauen vor Ausnutzung; Bewertung der Vorstöße der Fraktionen von Grünen und Linkspartei im Bundestag zur Abschaffung dieser Voraussetzung

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 15/164

*„Integration und Fernsehen“ - ZKM-Projekt „Agac yas iken egi-
lir“*

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 30.06.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/181

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.11.2011 Drs 15/940 (dazu ÄAntr Katrin Schütz u.a. CDU) S. 12-20

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Mittlg LReg 30.05.2012 Drs 15/1789

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 11.07.2012 Drs 15/2051

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Integration und Demografie

Anteil, Altersdurchschnitt und Geschlecht von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an einem Altersjahrgang zwischen 2005 und 2010; Vergleich der demografischen Effekte bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund; Entwicklung von Konzepten gegen die Vereinzelung von Migranten im Ruhestand und zur Erreichung von älteren Migranten mit sozialen Hilfsangeboten

Antr

s. *Demografie*

Drs 15/278

Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund; Höhe der Mittelbereitstellung von Bund, Land und Kommunen; Sensibilisierung der Eltern mit Migrationshintergrund für einen möglichst frühzeitigen Spracherwerb ihrer Kinder als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/282

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/286

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW
Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Integration in die deutsche Gesellschaft

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/383

„Elf-Punkte-Plan“ zur Integrationspolitik in BW

Frage nach der Existenz, Herkunft und Ausgestaltung der o.g. Konzeption; inhaltliche Nähe zur Erarbeitung von Ministerin Öney auf einer Bahnfahrt von Berlin nach Stuttgart

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU und Andreas Glück FDP/DVP 23.08.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/441

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 50

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Aussage von Frau Ministerin Öney zum Fernsehkonsum von Türken

Forderung nach fundierten Belegen für die Behauptung Bilkay Öneys; Bewertung der Studie „Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens e.V. im Hinblick darauf, ob die Ministerin für Integration die dort über das Mediennutzungsverhalten von sozial benachteiligten Schülern gemachten Aussagen unzulässig verallgemeinert hat; ob die Ministerin nicht ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Integration von Ausländern schadet, wenn sie Behauptungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen aufstellt

Antr

s. *Öney, Bilkay SPD*

Drs 15/466

Migrantinnen und Migranten im Sport

Zahl und Organisationsgrad von Migranten in Sportvereinen, Entwicklung und Unterstützung von integrationsfördernden Maßnahmen, interkulturelle Öffnung der Vereine, Gewinnung von Migranten zur Übernahme von haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Sportvereinen

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/571

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/612

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitglieds-

vereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/983

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney
Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1129

Ausländerbehörden als Visitenkarten des Landes

Umgang der Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern und Asylbewerbern aus Drittstaaten, Ausgestaltung der Beratungs- und Servicekomponenten, Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Koordination der Zuständigkeitsbereiche des Integrationsministeriums und Innenministeriums

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/1132

Haushalt 2012; Epl 15

Streichung der Vergabe eines Forschungsauftrags zur Einstellung der Aufnahmegesellschaft zur Integration

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1115-2 S. 11
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1215-2 S. 3
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1234-1248

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Verliehene Ehrungen und Preise für das ehrenamtliche Engagement von Personen, Vereinen und Organisationen seit 2010; Auslobung eines Ehrenamtspreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und für Vereine und Organisationen für die interkulturelle Öffnung, Hervorhebung entsprechender Beispiele iR einer Werbekampagne

Antr
s. *Auszeichnung*
Drs 15/1166

Israel-Reise von Integrationsministerin Öney

Frage nach der Teilnahme von Ministerin Öney an der o.g. Reise des MinPräs, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, Erkenntnissen für die Integrationspolitik sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr
s. *Ministerin für Integration*

Drs 15/1233

Türkeireise von Integrationsministerin Öney im Frühjahr oder Sommer 2011

Frage nach o.g. Reise mit dienstlichem Charakter, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, ausgetauschten Erklärungen, Erkenntnissen für die Integrationspolitik, nach einer vorherigen Abstimmung mit dem StM sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1241

„54-Projekte-Agenda“ zur Integrationspolitik in BW

Frage nach der Existenz und den Inhalten der o.g. Agenda bzw nach deren Übereinstimmung mit dem bislang nicht vorgelegten „Elf-Punkte-Plan“ von Integrationsministerin Öney

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.03.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1482

Hilfen des Landes für Städte und Gemeinden bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Bisherige und künftige Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.04.2012 und Antw IntM Drs 15/1559

Integration fördern, Situation der irakischen Einwanderer in Pforzheim verbessern

Ausmaß der o.g. Zuwanderung nach BW und Pforzheim seit 2002, Anteil von Familiennachzug und Kindern, Volks- und Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge und daraus folgende Probleme; Unterstützung der Stadt Pforzheim, insbes bei einer angemessenen Quartiersdurchmischung der Wohnbevölkerung sowie einer integrationsfördernden Schulung der oft besonders förderbedürftigen irakischen Kinder an den innerstädtischen Schulen, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 18.04.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1574
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 108-110
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Bedeutung der Aleviten für den „Runden Tisch Islam“ und die Integration

Bedeutung der zweitgrößten muslimischen Glaubensgruppe in Deutschland, Auswirkungen einer Ausladung vom o.g. Gesprächsforum, Frage nach Gesprächen der Integrationsministerin seit Beginn ihrer Amtszeit mit den einzelnen muslimischen Gruppierungen in BW

Antr
s. *Islam*
Drs 15/1874

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr CDU 16.07.2012 und Antw LReg Drs 15/2042 (42 S.)

Bevölkerungsumfrage zur Integration im Land

Beurteilung der Ergebnisse o.g. Umfrage zur Integration von Zuwanderern; Schlussfolgerungen und Maßnahmen zur Erreichung der integrationspolitischen Ziele

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 18.07.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/2117 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 57 58

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/2262

Zukunft des Projekts „Integration durch Sport“

Finanzierung und Fortführung des Projekts durch das Ministerium für Integration; Bewertung und weitere Förderung des Projekts „Sport für Frauen aus aller Welt“ bzw „Sport für muslimische Frauen“ der Turn- und Sportvereinigung Metzgingen und des Turnvereins Neuhausen

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 04.09.2012 und Antw KM Drs 15/2287

Integration durch Vereinssport in BW

Bewertung der integrativen Wirkung des Vereinssports, Entwicklung der Zahlen von Migranten in den Sportvereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Wirkungen der Maßnahmen und Programme des Landessportverbands

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 18.10.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2535

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.01.2013 Drs 15/3398 S. 103-105

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Bessere Integration durch erleichterte Einbürgerung

Aktuelle Debatte
s. *Einbürgerung*
PIPr 15/57 S. 3367

Mediennutzung in Migrantenfamilien

Private Nutzung von Print- und elektronischen Medien durch Migranten, insbes überwiegende oder ausschließliche Mediennutzung aus dem Herkunftsland und in Heimatsprache, bessere Heranführung an inländische Mediennutzung

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2923

Integrationsmaßnahmen im Hohenlohekreis

Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund im Hohenlohekreis; Projekte und finanzielle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten durch das Land, u.a. Initiativen zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen; neu initiierte Integrationsmaßnahmen des Integrationsministeriums

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2965

Moderne Integrationspolitik in BW

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 13.02.2013 und Antw LReg Drs 15/3038 (40 S.)

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4683-4694

Zuwanderung aus Südosteuropa

Überblick über zugewanderte Personen aus Südosteuropa, insbes Statistik und Problemlagen für Land und Kommunen, Lebenssituation der Migranten, Stand der Integration und Bedarf an weiteren Integrationsmaßnahmen

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3080

Hilfen des Landes für die Stadt Pforzheim bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden; Anfragen und Anträge der Stadt Pforzheim zur Förderung von Integrationsmaßnahmen seit 2012; Bewilligung zusätzlicher Fördermittel; Einschätzung der gewalttätigen, einen Polizeieinsatz erfordernden Auseinandersetzungen unter irakischen Jesiden in der Pforzheimer Innenstadt; Ausweitung schulischer Integrationsmodelle auf irakische Schüler

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.04.2013 und Antw IntM Drs 15/3319 (10 S.)

Qualitative Verbesserung der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung

Situation von Flüchtlingen bei der vorläufigen und endgültigen Unterbringung, insbes Daten aus Stadt- und LKreisen; Qualität der Standards bei Sozialbetreuung und Beratung; geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Integration

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3335

Friedlich zusammenleben - Maßnahmen gegen Gewalt irakischer Migranten in Pforzheim

Ursachen der Gewalteskalation zwischen jesidischen Irakern am 2. April 2013 in Pforzheim; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Gewaltausbrüche; Prüfung der Aufenthaltserlaubnis der be-

teiligten Gewalttäter in Deutschland; Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 24.04.2013 und Antw IM Drs 15/3420

Trennung des schulischen Sportunterrichts nach Geschlechtern
Haltung gegenüber einem nach Geschlechtern getrennten Sportunterricht aus Rücksicht auf religiöse Überzeugungen; Vorteile eines nach Geschlechtern getrennten Schulsports aus integrationspolitischer Sicht; Begründung der Abmeldungen von Schülern aus dem koedukativen Turnunterricht im laufenden Schuljahr; Entwicklungstendenzen bei den Abmeldungen vom Schulsport; Werbung für die Vorteile des koedukativen Sportunterrichts

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/3438

Asiatische Migranten: Unerkannte Potenziale im toten Winkel der Integrationspolitik?

Statistiken und Stand der Integration asiatischer Migranten in BW im Vergleich zu den anderen großen Migrantengruppen, insbes. prozentualer Bevölkerungsanteil, Art der Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse, Beschäftigungsquote und Beschäftigungsbereiche; Kontaktpflege des Landes über die vertretenen Konsulate asiatischer Länder; Branchen- und Wirtschaftskontakte zu asiatischen Ländern; Zuständigkeitsregelung für Asien im Ministerium für Integration; angemessene Vertretung asiatischer Migranten in migrationsrelevanten Gremien

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/3538

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekte „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3596
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 83-85
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren

Zahl der zu Schülermentoren ausgebildeten Schüler mit Migrationshintergrund; Anteil der Mädchen; Durchführung einer repräsentativen Datenerhebung

KlAnfr Sabine Wölfle SPD 14.06.2013 und Antw KM Drs 15/3637

Bürgermentorinnen und Bürgermentoren mit Migrationshintergrund

Integrationsförderung durch Bürgermentoren mit Migrationshintergrund; Stärkung der Bildungschancen von Migrantin-

nen, Mittlerfunktion für Migranten und Migrantinnen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, sonstige Aufgabengebiete; Programm und Inhalte der Ausbildung zu Bürgermentoren

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.06.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3664
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 86 87
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Neubürgerempfänge für Menschen mit Migrationshintergrund

Veranstaltung von Neubürgerempfängen in den Gemeinden; Bewertung der Einbürgerungsfeiern, Unterstützung der Gemeinden und Städte bei ihrer Durchführung; Teilnahme der Neubürger an den Veranstaltungen; Herkunftsländer der Neubürger; Aufruf zu ehrenamtlicher Tätigkeit in den neuen Heimatorten während der Neubürgerempfänge

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/3680

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen

Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3799

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/4197

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlafflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; An-

mietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber

Mitarbersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/4380

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr SPD 11.02.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4749 (22 S.)
PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6280-6286

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Finanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalausatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen

len Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Aussetzung der Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung

Konsequenzen der drohenden Versorgungslücke bei Kursen zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund aufgrund der bis Ende April 2014 aufgebrauchten Mittel des Europäischen Sozialfonds, insbes Situation für Kursanbieter und Zielpersonen in BW, weitere Planungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Weiterführung des Kursangebots

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5064

Umfang der Prüfung zu Vorteilen der Kanzlei K. gegenüber anderen Bietern iRd Vergabeverfahrens für das Integrationsministerium

Prüfung eines früheren Kontakts der Integrationsministerin mit dem Rechtsanwalt K.; übliche Prüfungsschritte bei Kontakten zwischen Auftraggeber und Bieter; Fortgang der inhaltlichen Umsetzung des Gutachtens der Kanzlei K.; Inhalte und Fertigstellung des Entwurfs eines Partizipations- und Integrationsgesetzes; Teilnehmer am öffentlichen Beteiligungsverfahren zur Vorbereitung des Gesetzes; Nutzen des Gutachtens im Hinblick auf eine Verkürzung des Gesetzgebungsverfahrens

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/5073

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) und dem zugehörigen Förderprogramm in der Praxis sowie Weiterentwicklungsbedarf

Antr Daniel Lede Abal u.a. GRÜNE und Rosa Grünstein u.a. SPD 22.05.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5244
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 04.06.2014 Drs 15/5374 S. 30-32
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Qualifizierungsprogramm MEMO für Migrantenvereine in BW
Zielstellung und Umsetzung des landesweiten Qualifizierungsprogramms „MEMO - Management & Empowerment in Migrantenorganisationen“ für Multiplikatoren mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/5245

Integrationsmittel für die Stadt Pforzheim

Finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land bei der Integration von Migranten; Höhe der von der Stadt Pforzheim beantragten und bezogenen Landesmittel; Höhe der Mittel im Vergleich zu etwa gleich großen Kommunen mit ähnlichem Migrantenanteil

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 11.06.2014 und Antw
IntM Drs 15/5334 (15 S.)

Integrationsleitbild für BW

Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Ehrenamt an der Integration der Migranten; Einrichtung einer jährlichen Landes-Integrationskonferenz; Einführung von Integrationskonferenzen auf regionaler Ebene

Antr Florian Wahl u.a. SPD 24.06.2014 und Stellungnahme
IntM Drs 15/5356

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5495

Finanzierung der „Welcome-Center“

Regionale Verteilung und Träger der neu eingerichteten „Welcome-Center“; Höhe und Herkunft der für den Aufbau und Betrieb der einzelnen Einrichtung zur Verfügung stehenden Mittel; Finanzierung und Weiterführung der „Welcome-Center“ ab dem Jahr 2015

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/5497

Integrationskurse/Sprachkurse für Zuwanderer mit Aufenthaltstitel, EU-Bürger und Asylbewerber

Angebot und Nutzung der allgemeinen Integrationskurse mit Förderung der deutschen Sprachkenntnisse bei Neuzugewanderten und Asylbewerbern; Kooperation des Landes mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 07.08.2014 und Antw
IntM Drs 15/5603

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Aus-

wahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie derjenigen im LKkreis Heilbronn

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 13.08.2014 und Antw
IntM Drs 15/5578 (20 S.)

Maßnahmen und Initiativen zur Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem (EU-)Ausland

Maßnahmen zur Gewinnung und Integration von Auszubildenden und Fachkräften aus dem europäischen Ausland, insbes Einbindung ins Berufsleben, Unterstützung im Alltag, kommunale und regionale Programme, EU-Förderprogramme, Kooperation mit der Partnerregion Katalonien, Einbeziehung von Vereinen und Verbänden, Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle

Antr
s. *Ausländischer Auszubildender*
Drs 15/5631

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in BW

Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in BW, insbes Einschätzung der Zuzugsentwicklung, Herkunftsstaaten, Wohn- und Lebensbedingungen, Betreuungssituation in den Kommunen, Gefahr der Straffälligkeit, Organisation der Aufnahme

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5693

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Neckar-Odenwald-Kreis
Migrantenanteile in den Kommunen des Neckar-Odenwald-Kreises; Programme und Initiativen zur Integration von Migranten in den Kommunen; Höhe der Landeszuschüsse

KlAnfr Peter Hauk CDU 09.10.2014 und Antw IntM Drs
15/5850 (14 S.)

Kurskonzept „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“

Sachstand zum Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Bayerischen Staatsregierung „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“, insbes Kosten, Personalressourcen, Teilnehmerzahlen, Teilnahmebeginn; Planungen und Hindernisse für ein entsprechendes Modellprojekt in BW

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6396

Ausbildungszugang für Flüchtlinge

Sachstand zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbes Abfrage beruflicher Qualifikationen der Flüchtlinge, Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verkürzung bzw Abschaffung der Vorrangprüfung, Kooperation mit berufsständischen Kammern zur Schaffung von Angeboten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6614

Muttersprachlicher Unterricht in BW

Sachstand zur Situation und Entwicklung des muttersprachlichen Unterrichts in BW, insbes pädagogische Bedeutung, Herkunftsländer, Teilnehmerzahlen, Kosten, Ausgestaltung, Qualitätssicherung, Auswirkung auf die Integration von Schülern, Planungen zur Aufnahme in das reguläre Schulangebot

Antr

s. *Muttersprachlicher Unterricht*

Drs 15/6737

Einbürgerungen in BW

Sachstand zur Entwicklung der Einbürgerungen und zur Einbürgerungspraxis in BW, insbes Zahlenentwicklung, Schwerpunkte bei bestimmten Nationalitäten, Altersstruktur, bisherige Aufenthaltsdauer, Doppelstaatsbürgerschaften, flankierende Fördermaßnahmen zur Erhöhung der Integrationschancen

Antr

s. *Einbürgerung*

Drs 15/6787

Europäischer Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Sachstand zur Erarbeitung und Umsetzung des nationalen Programms des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in BW, insbes Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Fördermöglichkeiten des Programms, Unterstützung für Kommunen und Organisationen bei der Mittelbeantragung, Unterstützung und Beteiligung des Landes an AMIF-Projekten

Antr

s. *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds*

Drs 15/6830

Situation der syrischen Flüchtlinge in BW

Sachstand zur Situation syrischer Flüchtlinge in BW, insbes Zahlen, Unterbringungsbedingungen, Hilfe bei Ausbildungs- oder Arbeitsstellensuche, Sprachkursangebot, Schulbesuch, Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6871

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreiss Esslingen

Sachstand zu zusätzlichem Deutschunterricht als Ergänzungsunterricht bzw in Vorbereitungsklassen im LKreiss Esslingen, insbes für Kinder aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien

KlAnfr

s. *Deutschunterricht*

Drs 15/7041

Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt

Sachstand zur schnelleren Eingliederung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt in BW, insbes Bedarf auf dem Arbeitsmarkt, Austausch mit Unternehmern, Notwendigkeit von Änderungen im Asylrecht, Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene

Antr

s. *Ausländischer Arbeitnehmer*

Drs 15/7124

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr

s. *Flüchtlingspolitik*

Drs 15/7421

Ist die Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge gedeckt?

Sachstand zu Organisation und Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge, insbes Sicherstellung des Bedarfs an Lehrkräften mit einer Ausbildung „Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“

Antr

s. *Deutschunterricht*

Drs 15/7453

RegErkl - Herausforderung bewältigen, Verantwortung übernehmen, Integration zum Erfolg führen und Aussprache

RegErkl

s. *Flüchtlingspolitik*

PIPr 15/138 S. 8235

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw

s. *Chancengleichheit*

Drs 15/7555

Nutzung von EU-Mitteln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Sachstand zur Nutzung von EU-Fonds als Finanzierungsinstrumente von Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie Infrastrukturmaßnahmen und sozialem Wohnungsbau zur Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7632

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Sachstand zur Bewährung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration

(VwV-Integration) seit dem Inkrafttreten am 12. August 2013 als Förderinstrument für die Integrationsarbeit in den Kommunen in BW, insbes Beitrag zur Stärkung kommunaler Strukturen, Auswirkung auf Kommunen mit besonders hohem Migrantenanteil, Eignung für die besonderen integrationspolitischen Herausforderungen angesichts steigender Flüchtlingszahlen

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 16.11.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7714
 BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.01.2016 Drs 15/8048 S. 104
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr
 s. *Datenerhebung*
 Drs 15/7733

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungsstellen; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
 s. *Asylrecht*
 Drs 15/7689

Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
 Erteilung der Arbeitserlaubnis an Asylbewerber durch die Ausländerbehörden in den Jahren 2014 und 2015; Stand der Erfassung der Qualifikationen von Flüchtlingen; Mehrbelastung der Arbeitsagenturen durch den erleichterten Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen; bisherige Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt; Ausnahme von Flüchtlingen vom Mindestlohn

KlAnfr Felix Schreiner CDU 30.11.2015 und Antw IntM Drs 15/7789 (10 S.)

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 10.12.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7855 (15 S.)
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 37 38
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Verantwortung übernehmen - Integration fordern

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
 PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8715-8726

Ankündigung einer aktiven Integrationspolitik, Einrichtung eines Integrationsministeriums

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 29

Erfolgsbewertung der Ausländerintegration in BW, Vergleich mit Berlin, Bezeichnung des Integrationsministeriums als überflüssig

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37 38 49 51 52 71 76 86-91

Mittelaufstockung für die projektgestützte Ausländerintegration

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042 1043

Zweifel am Bedarf für eine Auftragsvergabe zur Erforschung der Einstellung der Aufnahmegesellschaft zur Ausländerintegration

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1104 1112 1118

Bewertung der Integrationspolitik von Ministerin Öney, Erinnerung an den Integrationsplan von 2008

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1234-1248

Ausländerorganisation

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW

Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Integration in die deutsche Gesellschaft

Antr
 s. *Extremismus*
 Drs 15/383

Türkischer Linksextremismus und kurdische Aktivitäten im LKreiss Esslingen

Erkenntnisse über Kontakte und Kooperationen von Vereinen im LKreiss Esslingen zu linksextremistischen türkischen Vereinen und Parteien sowie zum Umfeld der PKK

KlAnfr
 s. *Extremismus*
 Drs 15/468

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr
 s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
 Drs 15/612

Zusammenarbeit zwischen NPD, rechtsextremen Gruppierungen und sogenannten Grauen Wölfen in BW?

Erkenntnisse über die o.g. Zusammenarbeit und Verbindungen, Darlegung der zugrundeliegenden politisch-weltanschaulichen Überzeugungen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/958

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Aufrechterhaltung der Bewertung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als radikal, nationalistisch und antidemokratisch durch Ministerin Öney? Vereinbarkeit mit den o.g. Wahlkampfauftritten bei dem den „Grauen Wölfen“ zuzurechnenden Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen; Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD mit entsprechenden Vereinen

Antr
s. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/982

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitgliedsvereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/983

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.01.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1130
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 64
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Gespräche mit vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen

Frage nach geführten oder beabsichtigten Gesprächen der Integrationsministerin mit extremen Vertretern des Islam, nach deren Inhalten und Ergebnissen; Beurteilung der Gefahr einer Aufwertung dieser vom „Runden Tisch Islam“ ausgeschlossenen Verbände und gleichzeitigen Abwertung dieses Gesprächsforums

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/2086

Zusammenhang der Gülen-Bewegung mit Privatschulen im Land
Einstufung der Gülen-Bewegung und ihrer Ziele; Erkenntnisse über ihre Verfassungstreue und Finanzierung; Aufklärung über die der Gülen-Bewegung nahestehenden oder von ihr getragenen Schulen; Beobachtung ungewöhnlicher Aktivitäten iRd

Schulaufsicht; Dialog mit der Gülen-Bewegung

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/3280

Bewegung um den Prediger Fethulla Gülen in BW

Größe, Struktur, Vernetzung und Finanzierung der Gülen-Bewegung; Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über ihre Verfassungstreue; Überprüfung der Förderung von der Gülen-Bewegung zuzurechnenden Schulen und Einrichtungen; Einschaltung der Schulaufsicht und Aufklärung der Vorgänge an einigen Privatschulen; Kontakte der LReg mit der Gülen-Bewegung oder ihr nahestehenden Organisationen; Vorlage des internen Verfassungsschutzberichts zur Gülen-Bewegung; Klärstellung der Haltung der LReg zur Gülen-Bewegung

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/4721

Vernetzung von Organisationen im Umfeld der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen

Konzernstruktur und Produkte der World Media Group AG; Auflagenhöhe insbes der Zeitung „Zaman“ sowie Verbreitung der Sender Samanyolu TV und Ebru TV in Deutschland bzw in BW; Anteil der Publikationen und Medieninhalte am türkischsprachigen Medienmarkt in Deutschland bzw BW; Erkenntnisse über Verbindungen der World Media Group mit der Panega-Organisation sowie der Panega-Organisation mit den Prisma-Schulen; sonstige Verbindungen der World Media Group mit gesellschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen; Redaktionsbesuch und Interview der Integrationsministerin bei der Tageszeitung „Zaman“ Ende März/Anfang April 2013

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/4963

Ausländerpolitik

s.a. Migration

Integrationsmaßnahmen im Hohenlohekreis

Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund im Hohenlohekreis; Projekte und finanzielle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten durch das Land, u.a. Initiativen zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen; neu initiierte Integrationsmaßnahmen des Integrationsministeriums

KIAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2965

Moderne Integrationspolitik in BW

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3038

Ausländerrecht

Bedarfsgerechte, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen
Etablierung eines Zuwanderungsgesetzes über eine Bundesratsinitiative unter Berücksichtigung von Grundsätzen gelungener Arbeitsmigration, insbes Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts zu einem Punktesystem, Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Förderung und Verpflichtung zum Erwerb der deutschen Sprache, Ausbau von Ausländerämtern und Visavergabestellen sowie Willkommenszentralen

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6619

Ausländerverein

s. *Ausländerorganisation*

Ausländischer Arbeitnehmer

s.a. *Arbeitnehmerentsendung*

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse
Ziele, Verfahrensablauf und Auswirkungen des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz), insbes Zulauf ausländischer Fachkräfte nach BW, Qualitätserhalt deutscher Berufsabschlüsse, einbezogene Berufe auf Bundesebene und Effizienz des Verfahrens durch die zentrale Anerkennungsstelle; Zahl der Anträge und Bescheide seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes; beantragte Berufsarten im Anerkennungsverfahren in BW; Unterstützung und Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Regelung der Berufsanerkennung auf EU-Ebene und weiterer Regelungsbedarf

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/2919

Anforderung an die Sprachkenntnisse ausländischer Pflegekräfte in BW

Anerkennung ausländischer Kranken- und Altenpfleger als Fachkräfte; Rechtsgrundlage für die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen, zuständige Stellen; Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern; Wettbewerbsnachteile für Pflegeeinrichtungen in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse ausländischer Fachkräfte

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/3273

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europä-

ischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Erleichterte Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen durch die Regelung des allgemeinen Anspruchs auf individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen für landesrechtlich geregelte Berufe; Erlass des Landesanererkennungsgesetzes als Artikelgesetz entsprechend der Struktur des Bundesgesetzes

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber

Mitarbersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/4380

Die Situation der Kliniken im LKreis Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Herausforderungen und Handlungsbedarf bei der Pflege in der eigenen Häuslichkeit

Situation bei pflegebedürftigen Menschen in der eigenen Häuslichkeit, insbes Erkenntnisse über auftretende Pflegefehler, Herausforderungen der Qualitätssicherung, Handlungsbedarf bei den verschiedenen Vermittlungs- und Beschäftigungsformen von Betreuungskräften aus dem Ausland nach den Arbeits- und Sozialvorschriften und der Entrichtung von Steuer- und Sozialbeiträgen

Antr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/4870

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen

und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw. Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 25.06.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5365
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 26 27
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Umsetzung der beruflichen Anerkennung in BW

Situation bei der beruflichen Anerkennung in BW, insbes Personenzahl mit ausländischen Berufsabschlüssen aus EU-Staaten bzw Drittstaaten, Bearbeitungsdauer und Personaleinsatz bei Anträgen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz BW (BQFG-BW); Maßnahmen von Unternehmen und Verbänden zur Arbeitskräftegewinnung im Ausland und Strukturen zur Erleichterung des „Ankommens“ in BW

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/5455

Finanzierung der „Welcome-Center“

Regionale Verteilung und Träger der neu eingerichteten „Welcome-Center“; Höhe und Herkunft der für den Aufbau und Betrieb der einzelnen Einrichtung zur Verfügung stehenden Mittel; Finanzierung und Weiterführung der „Welcome-Center“ ab dem Jahr 2015

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/5497

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/5498

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5630

Zukunft des Förderprogramms MobiPro-EU

Notwendigkeit zur Deckung des Fach- bzw Arbeitskräftebedarfs in BW durch Zuwanderung junger Menschen aus den europäischen Nachbarländern; Rahmenbedingungen, Bedeutung und Umsetzung des Programms MobiPro-EU in BW

Antr Alexander Schoch u.a. GRÜNE 30.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5792
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 61-63
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen und Zulassung „ausländischer“ Fachkräfte in BW

Ungenutztes Potenzial von Menschen mit internationalen Wurzeln bei im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen; Bezahlung von Menschen in Anpassungslehrgängen; zeitnahe Durchführung von beruflichen Anerkennungsverfahren

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/5866

Ausbildungszugang für Flüchtlinge

Sachstand zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbes Abfrage beruflicher Qualifikationen der Flüchtlinge, Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verkürzung bzw Abschaffung der Vorrangprüfung, Kooperation mit berufsständischen Kammern zur Schaffung von Angeboten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6614

Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte

Sachstand zu Vorgaben und Verfahren bei der Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte, insbes Auswirkung der Umstrukturierung der bisherigen Abteilungen der Regierungspräsidien auf die Verfahrensdauer, Daten zu gestellten Anträgen und Entscheidungen sowie zu Ablehnungsgründen

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/6640

Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt

Sachstand zur schnelleren Eingliederung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt in BW, insbes Bedarf auf

dem Arbeitsmarkt, Austausch mit Unternehmern, Notwendigkeit von Änderungen im Asylrecht, Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 03.07.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7124

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 66

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der EU-Richtlinie 2005/36/EG, insbes Sicherung des Fachkräfteangebots, bessere Integration von Migranten und Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, Einführung eines europäischen Vorwarnmechanismus, Europäischer Berufsausweis, partieller Berufszugang, Regelung zu Fristen und einzureichenden Dokumenten, Ermöglichung einer elektronischen Antragstellung, Anpassung von Statistikvorschriften, Einbindung eines Einheitlichen Ansprechpartners in die Verfahrensabwicklung

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/7554

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr

s. *Datenerhebung*

Drs 15/7733

Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Erteilung der Arbeitserlaubnis an Asylbewerber durch die Ausländerbehörden in den Jahren 2014 und 2015; Stand der Erfassung der Qualifikationen von Flüchtlingen; Mehrbelastung der Arbeitsagenturen durch den erleichterten Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen; bisherige Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt; Ausnahme von Flüchtlingen vom Mindestlohn

KlAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/7789

Ausländischer Auszubildender

Maßnahmen und Initiativen zur Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem (EU-)Ausland

Maßnahmen zur Gewinnung und Integration von Auszubildenden und Fachkräften aus dem europäischen Ausland, insbes Einbindung ins Berufsleben, Unterstützung im Alltag, kommunale und regionale Programme, EU-Förderprogramme, Kooperation mit der Partnerregion Katalonien, Einbeziehung von Vereinen und Verbänden, Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 15.08.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5631 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 122-124

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Ausländischer Jugendlicher

s.a. *Ausländischer Schüler*

Islamismus in BW

Entwicklung der Zahl und Schwere von Straftaten mit islamistischem Hintergrund in BW oder mit Bezug zu BW seit 2001; präventive Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Muslime, insbes gegen die Selbstradikalisierung durch islamistische Internetpropaganda; Frage nach Ausstiegsprogrammen und Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Glaubensgemeinschaften und Verbänden

Antr

s. *Islam*

Drs 15/281

Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund; Höhe der Mittelbereitstellung von Bund, Land und Kommunen; Sensibilisierung der Eltern mit Migrationshintergrund für einen möglichst frühzeitigen Spracherwerb ihrer Kinder als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/282

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Bedeutung und Anteil des o.g. Engagements in Vereinen, Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anteil von Migranten in Führungsfunktionen und bei der Gründung von Vereinen, Heranführung von Jugendlichen und älteren Mitbürgern, Begleitung der Organisationen des Katastrophenschutzes bei der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/284

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/286

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW

Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Integration in die deutsche Gesellschaft

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/383

Entwicklung der Interventionen durch das Jugendamt bei Familien mit Migrationshintergrund

Entwicklung der Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durch Jugendämter seit 2001, Dauer der Inobhutnahmen, Anteil der nicht zu den ursprünglich Sorgeberechtigten zurückkehrenden Betroffenen, Ursachen der hohen Zahl von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit; Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter, Gewinnung von Migranten für die bei den Jugendämtern vertretenen Berufsbilder

Antr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 15/385

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren im Enzkreis

Anteil des o.g. Engagements in Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anzahl der Migranten, die Führungsaufgaben im Vereinsvorstand oder als Übungsleiter/Jugendreferent wahrnehmen; Strategien, um insbes Jugendliche an ehrenamtliches Engagement bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz heranzuführen

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/491

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/742

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/1895

Ausschreitungen von Teilnehmern des „Langen Marschs der Jugend“ von Straßburg nach Mannheim vom 1. bis 7. September 2012

Erkenntnisse im Vorfeld und Rechtsverstöße während der o.g. Aktion von kurdischen Jugendlichen, beteiligte Behörden und Gründe für die Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2424

Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Po-

lizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2425

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4740

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/4749

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5495

Deutsch als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen

Unterstützung nach BW zugezogener schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ohne ausreichende Deutschsprachkenntnisse durch Sprachunterricht und allgemeine Sprachförderung, insbes Wirksamkeit und Förderung schulischer Angebote, Einsatz und Qualifizierung von Lehrkräften für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. *Deutsch*
Drs 15/5530

Ausländischer Schüler

s.a. *Ausländischer Jugendlicher*
s.a. *Ausländisches Kind*

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/286

Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an Schulen in BW

Bilanz der bisherigen Maßnahmen zur Gewinnung o.g. Lehrkräfte und der erreichten Vorteile für Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund und das Schulleben insgesamt, angewandte Eignungskriterien bei der Einstellung, Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/443

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Berücksichtigung des Migrationshintergrunds von Schülerinnen und Schülern bei der Lehrerstundenzuweisung an Schulen

Mittlg LReg
s. *Lehrer*
Drs 15/457

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/694

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Schlussfolgerungen aus der Umfrage zum Migrationshintergrund von Schülern in Pforzheim

KlAnfr
s. *Umfrage*
Drs 15/2475

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4740

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/4749

Deutsch als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen

Unterstützung nach BW zugezogener schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ohne ausreichende Deutschsprachkenntnisse durch Sprachunterricht und allgemeine Sprachförderung, insbes. Wirksamkeit und Förderung schulischer Angebote, Einsatz und Qualifizierung von Lehrkräften für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. *Deutsch*
Drs 15/5530

Anwendung der Stichtagsregelung bei der Bezuschussung privater Schulen; Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in den Bildungsgang „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“

Status des Bildungsgangs „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“; Vornahme von Änderungen bei der Bezuschussung privater Schulen aufgrund der hohen Fluktuation in den VABO-Klassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/8038

Erwartung positiver Effekte von der Gemeinschaftsschule für die Schüler mit Migrationshintergrund

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1718 1730

Ausländischer Student

s.a. Akademischer Austausch

Ausländische Studierende und ihre Berücksichtigung in den Wohnheimen der Studierendenwerke unter dem Gesichtspunkt der Internationalisierung unserer Hochschulen

Darlegung o.g. Zahlen und Anteile differenziert nach Studierenden aus EU- und Nicht-EU-Ländern, Bereitschaft von Studentenwerken zur Reservierung fester Kontingente und Bereitstellung von zusätzlichen Wohnheimplätzen für ausländische Studierende

Antr Johannes Stober u.a. SPD 09.08.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/412
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/1821 S. 19
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Zukunftschancen ausländischer Studierender an den Hochschulen des Landes BW

Darlegung der Gründe für den Rückgang des Anteils o.g. Studierender; Bewertung der vorhandenen Informationsmaterialien bzw. Initiierung einer Aufklärungskampagne für den Verbleib der ausgebildeten Akademiker nach Beendigung des Studiums am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1695
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 29-31
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Internationalisierung der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen

Statistik zu ausländischen Studierenden in BW, insbes zu Herkunftsländern (aufgeschlüsselt nach Hochschularten), Studiengängen und Verbleib in der Region nach Studienende; Statistik zum Angebot englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Studiengänge; Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Finanzmittel zur Anwerbung von ausländischen Studierenden, insbes Angebot an Betreuungspersonal und Wohnheimplätzen sowie Schaffung einer Willkommenskultur; Strategien der Hochschulen, der Wirtschaft und des Landes zum Verbleib von qualifizierten ausländischen Absolventen in BW

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 24.04.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3416 (25 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 04.07.2013 Drs 15/4040 S. 32 33
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Zusammensetzung der Studierenden an baden-württembergischen Musikhochschulen

Zusammensetzung und Verteilung ausländischer und deutscher Studienbewerber und Studenten an baden-württembergischen Musikhochschulen, insbes nach Herkunftsländern und einzelnen Hochschulen aufgeschlüsselte Bewerber- und Immatrikulationsstatistik; Zulassungsbedingungen zu den Hauptfachstudiengängen an Musikhochschulen, insbes Berücksichtigung bereits begonnener bzw. abgeschlossener Musikstudien, Erreichung von Chancengleichheit für deutsche Studienbewerber mit Abitur durch Quotierung ausländischer Studenten bzw. Nicht-Berücksichtigung musikalischer Vorbildung (Studium)

KlAnfr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3661

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/5498

Wirkung von studentischen Auslandsaufenthalten in BW

Daten zu ausländischen Studenten an den Hochschulen in BW, insbes Anzahl und Herkunftsstaaten, Studienfächer, Vollstudenten- und Stipendiatenanteil, beabsichtigte und tatsächliche Arbeitsaufnahme in BW nach dem Studienabschluss; Rahmenbedingungen zur Förderung des Verbleibs nach Studienabschluss; Gegenmaßnahmen der Hochschulen zum zukünftigen Rückgang an Studierenden

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 04.08.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5586 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 11 12

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen, insbes Anmeldungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschulempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwandererkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KlAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 15/5750

Studiengebühren für ausländische Studierende an Musikhochschulen

Anteil der ausländischen Studierenden sowie der Anteil der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern an den Hochschulen in BW; Studiengebühren für Studenten aus dem nicht-europäischen Ausland an Hochschulen in anderen Bundesländern; Stand des Rechtsverfahrens gegen die Musikhochschule Leipzig; Ergebnisse des Gutachtens zur Einführung selektiver Studiengebühren; Auswirkungen einer Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten

Antr

s. *Studiengebühren*

Drs 15/6297

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw

s. *Chancengleichheit*

Drs 15/7555

Ausländischer Studierender

s. *Ausländischer Student*

Ausländisches Kind

s.a. *Ausländischer Jugendlicher*

s.a. *Ausländischer Schüler*

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/85

Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund; Höhe der Mittelbereitstellung von Bund, Land und Kommunen; Sensibilisierung der Eltern mit Migrationshintergrund für einen möglichst frühzeitigen Spracherwerb ihrer Kinder als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/282

Entwicklung der Interventionen durch das Jugendamt bei Familien mit Migrationshintergrund

Entwicklung der Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durch Jugendämter seit 2001, Dauer der Inobhutnahmen, Anteil der nicht zu den ursprünglich Sorgeberechtigten zurückkehrenden Betroffenen, Ursachen der hohen Zahl von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit; Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter, Gewinnung von Migranten für die bei den Jugendämtern vertretenen Berufsbilder

Antr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 15/385

Integration fördern, Situation der irakischen Einwanderer in Pforzheim verbessern

Ausmaß der o.g. Zuwanderung nach BW und Pforzheim seit 2002, Anteil von Familiennachzug und Kindern, Volks- und Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge und daraus folgende Probleme; Unterstützung der Stadt Pforzheim, insbes bei einer angemessenen Quartiersdurchmischung der Wohnbevölkerung sowie einer integrationsfördernden Beschulung der oft besonders förderbedürftigen irakischen Kinder an den innerstädtischen Schulen, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/1574

Praktische Relevanz bestehender Bleiberechtsregelungen in BW

Darlegung der o.g. Fallzahlen, der erteilten und verlängerten Aufenthaltserlaubnisse nach dem Aufenthaltsgesetz; Anteil von minderjährigen Kindern sowie der zur Ausreise verpflichteten Personen, bei denen die Ausreisepflicht derzeit nicht vollzogen werden kann; Auswirkungen von Vorschlägen verschiedener BLänder zur Ausgestaltung einer Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz

Antr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 15/1705

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/4740

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/4749

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms; Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/5462

Deutsch als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen

Unterstützung nach BW zugezogener schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ohne ausreichende Deutschsprachkenntnisse durch Sprachunterricht und allgemeine Sprachförderung, insbes Wirksamkeit und Förderung schulischer Angebote, Einsatz und Qualifizierung von Lehrkräften für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“

Antr

s. *Deutsch*

Drs 15/5530

Öffnung des Bildungs- und Teilhabepakets auch für die Kinder von Asylbewerbern

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 910 911

Ausländisches Unternehmen*Generalvertrag des Landes über Mobilfunkleistungen*

Bestehende Rahmenverträge mit Anbietern von Mobilfunkleistungen; Laufzeit, Termin der Neuausschreibung; Weitergabe von Kundendaten an Geheimdienste durch den britischen Mobilfunkanbieter

Antr

s. *Mobilfunk*

Drs 15/5574

Ausland

s.a. *Ausländer*

s.a. *Auslandsreise*

s.a. *Europäische Union*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/99

Investitionen baden-württembergischer Industrieunternehmen

Umfang und Ziele der Investitionstätigkeit im In- und Ausland, Einhaltung des Welthandelsabkommens und Ausräumung protektionistischer Investitionshindernisse, Beeinflussung der Investitionsentscheidungen für ausländische Standorte durch Kostennachteile und Fachkräftemangel hierzulande?

KlAnfr

s. *Investition*

Drs 15/1636

Rückkehrer von Auslandseinsätzen bei der Polizei

Zahl der o.g. Beamten, Einsatzgebiete und -dauer seit 2002; berufliche Perspektiven für die Rückkehrer; Informations- und Bewerbungsmöglichkeiten für freiwerdende Stellen während des Auslandseinsatzes, Frage nach einer internen Anlaufstelle

KlAnfr

s. *Polizeibeamter*

Drs 15/1671

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr

s. *Glücksspiel*

Drs 15/1707

Auszeit im Ausland

Sachstand zu Auszeiten im Ausland nach Ende der Schulzeit, insbes Entwicklung der Anzahl der jungen Auszeitnehmer in den letzten Jahren, Motive, erworbene Kompetenzen und Erfahrungen, Fördermöglichkeiten durch das Land

Antr

s. *Auslandsaufenthalt*

Drs 15/6446

Auslandsaufenthalt*Auszeit im Ausland*

Sachstand zu Auszeiten im Ausland nach Ende der Schulzeit, insbes Entwicklung der Anzahl der jungen Auszeitnehmer in den letzten Jahren, Motive, erworbene Kompetenzen und Erfahrungen, Fördermöglichkeiten durch das Land

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 03.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6446

Auslandsdienstreise

s. *Auslandsreise*

Auslandseinsatz der Polizei

Schutz des im Irak eingesetzten Landespersonals

Sachstand zum Schutz des im Irak eingesetzten Landespersonals, insbes geplante Sicherheitsmaßnahmen, Geheimhaltung der Identität der eingesetzten Mitarbeiter, Ausbildungsinhalte zur Irak-Mission an der Hochschule für Polizei, finanzielle Absicherung bei schweren oder tödlichen Verletzungen, Information über die aktuelle Gefährdungslage im Irak, psychologische Begleitung während und nach dem Einsatz

Antr
s. *Landesbediensteter*
Drs 15/6938

Auslandsentsendung von Arbeitnehmern

s. *Arbeitnehmerentsendung*

Auslandserfahrung

s. *Auslandsaufenthalt*

Auslandsinvestition

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten - Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Handel für alle - Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7688

Auslandsinvestitionsrecht

s. *Internationaler Investitionsschutz*

Auslandsmesse

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Landeseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2786

Auslandsmission der Polizei

s. *Auslandseinsatz der Polizei*

Auslandsreise

s.a. *Reisekosten*

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donaauraumstrategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr
s. *Rumänien*
Drs 15/682

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney

Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1129

Israel-Reise von Integrationsministerin Öney

Frage nach der Teilnahme von Ministerin Öney an der o.g. Reise des MinPräs, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, Erkenntnissen für die Integrationspolitik sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1233

Türkeireise von Integrationsministerin Öney im Frühjahr oder Sommer 2011

Frage nach o.g. Reise mit dienstlichem Charakter, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, ausgetauschten Erklärungen, Erkenntnissen für die Integrationspolitik, nach einer vorherigen Abstimmung mit dem StM sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1241

Ergebnisse des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ergebnisse der Gespräche über den „Fluglärm-Streit Flughafen Zürich“, die „Elektrifizierung der Hochrheinbahn“ u.a. Themen

KIAnfr
s. *Schweiz*
Drs 15/1761

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmer

vereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/5074

Verweisung auf Auslandsreisen von Minister Dr. Schmid mit Wirtschaftsdelegationen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1126

Auflistung der getätigten und geplanten Auslandsreisen von Minister Dr. Schmid mit Wirtschaftsdelegationen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1935

Auslandsschulden

Auswirkungen von Fremdwährungskrediten auf baden-württembergische Kommunen

Sachstand zur Aufnahme von Fremdwährungskrediten durch Kommunen in BW, insbes Mehrkosten als Auswirkungen des Wechselkursrisikos für die Kommunen, gesetzgeberische Maßnahmen zur Vermeidung dieser Mehrkosten durch Verpflichtung zu Währungsabsicherungsgeschäften

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 13.08.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7304
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.11.2015 Drs 15/7662
PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8541-8544

Auslandssemester

s. *Auslandsstudium*

Auslandsstudienjahr

s. *Auslandsstudium*

Auslandsstudium

Auslandssemester

Mobilität baden-württembergischer Studenten zur Absolvierung eines Auslandssemesters und späterer beruflicher Nutzen, insbes statistische Entwicklung der Nutzung von Auslandsseminestern und Inanspruchnahme von EU-Förderprogrammen sowie Veränderung durch die der Bologna-Reform; Ausweitung des ERASMUS-Programms

Antr Friedlind Gurr-Hirsch u.a. CDU 01.08.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3899
BeschlEmpf und Bericht EuA 26.09.2013 Drs 15/4324 S. 93
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 15/4142

Die Entwicklung des Staatsexamenstudiengangs Rechtswissenschaften seit der Reform der Juristenausbildung 2003

Sachstand zur Entwicklung des Staatsexamensstudiengangs Rechtswissenschaften nach der Reform der Juristenausbildung, insbes Praxisnähe, Abbruch- und Durchfallquote, Prüfungsvorbereitung durch Repetitorium, Auslandssemester, Betreuungssituation der Studenten

Antr
s. *Rechtswissenschaft*
Drs 15/7156

Auslieferung von Straftätern

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4572

Auslieferung (Strafrecht)

s. *Auslieferung von Straftätern*

Ausreisevisum

s. *Visum*

Ausschlussfrist

s. *Frist*

Ausschreibung

s.a. *Beschaffung*
s.a. *Öffentlicher Auftrag*
s.a. *Öffentliches Bauvorhaben*
s.a. *Stellenausschreibung*

Ausschreibung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Auswirkungen des BGH-Beschlusses vom 8. Februar 2011 (X ZB 4/10) auf die geplanten Ausschreibungen und Direktvergaben, die entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vergeben werden sollten (vgl. Drs 14/6663); Fortbestand der 15 Teilnetze oder Neuzuschnitt; Haltung zum Thema Tarifreue

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/494

Verzögerungen bei der Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Darstellung der Gründe und Auswirkungen von Verzögerungen bei der Ausschreibung o.g. Leistungen, Einbeziehung der Forderung nach neuem Wagenmaterial und bestimmten Öffnungszeiten der Bahnschalter; Forcierung der Vergabeverfahren

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/972

Optimierung Situation Schwarzwaldbahn/Planung Zukunft Schwarzwaldbahn

Erweiterung der Waggonkapazitäten zum Abbau von überbelegten Regionalzügen bis 2016, Aufnahme einer verbesserten Attraktivität der Angebote und Ausstattung der Züge für die Fahrgäste in der Ausgestaltung der Ausschreibung für die Zeit ab 2016

Antr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/1356

Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Modelle einer zeitlich gestreckten Ausschreibung und Vergabe, vorgesehene Fahrzeuge auf den einzelnen Strecken für den Vergabezeitraum, Beurteilung der Fähigkeit der Fahrzeugindustrie zur Bereitstellung von Neufahrzeugen für alle auszuschreibenden Verkehre zu angemessenen Preisen, Überlegungen zur Bildung eines Fahrzeugpools und zum Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1363

Vergabeerleichterungen bei Bauaufträgen iRd Konjunkturpakets II

Bewirkung einer starken Einschränkung des Wettbewerbs durch die erleichterten Vergaben öffentlicher Aufträge des Bundes nach einer Untersuchung des Bundesrechnungshofs; Veranlassung einer entsprechenden Untersuchung beim Zukunftsinvestitions- und Landesinfrastrukturprogramm

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1427

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1537

Breisgau S-Bahn

Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung für die Breisgau S-Bahn, Gründe und Auswirkungen der Verzögerung für die planmäßige Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2016 angesichts der Vorlauf Fristen für die Beschaffung von Neufahrzeugen, Einhaltung der Zusagen iRd Vereinbarung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/1731

Breisgau-S-Bahn - Ausschreibung von Verkehrsleistungen

Stand der Vorbereitungen für die o.g. Ausschreibung; Zeitplan für die Ausschreibung, die Vergabe- und Verhandlungsprozesse bis zur Auftragserteilung; Rüstzeiten für Neufahrzeuge und modernisierte Gebrauchtfahrzeuge, Frage nach möglichen Fahrzeugfinanzierungsmodellen

KlAnfr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/1876

Ausschreibungsverfahren Verkehrsvertrag S-Bahn Rhein-Neckar

Zeitpunkt und Gestaltung des Ausschreibungsverfahrens und des Vergabewegs für den neuen Verkehrsvertrag; Gründe für die Ersetzung der erst zum Jahr 2003 in Betrieb genommenen Fahrzeuge durch Neufahrzeuge; Darstellung der Einsparpotenziale und Risiken für den Landeshaushalt im Vergleich zum derzeitigen Verkehrsvertrag

Antr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/1965

Ausschreibungen und Auftragsvergaben in der Filmbranche

Darstellung o.g. Verfahren und Vorgaben beim SWR u.a. Sendern; Entwicklung neuer Formate, Kriterien und Prozesse bei Ausschreibungen und Vergaben mit mehr Transparenz; Beurteilung der öffentlichen Ausschreibung des Produktionsauftrags für einen Tatort durch den Mitteldeutschen Rundfunk; Bewertung der Auftragsituation für Produzenten und Dienstleister in BW

Antr
s. *Film*
Drs 15/1975

Rhein-Neckar-S-Bahn

Gründe für die Verzögerung und Zeitpunkt der Ausschreibung im EU-Amtsblatt; Erreichbarkeit einer planmäßigen Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2015 angesichts der Vorlauf Fristen für die Beschaffung von Neufahrzeugen

Antr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/2098

Transparenz im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr

Verbesserung der Transparenz der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen; Vorlage eines Zeitplans zu den gestaffelten Vergaben der neuen Verträge im Zuge des Auslaufens des großen Verkehrsvertrags 2016; Veröffentlichung der künftigen Verträge im Internet mit Daten zur Pünktlichkeit, Auslastung oder Ergebnissen von Qualitätserhebungen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2107

Einsatz von Open-Source-Software (OSS) in der Landesverwaltung

Höhe der jährlichen Kosten für Informationstechnik in der Landesverwaltung seit 2002; Umfang des Einsatzes von OSS-Systemen und -produkten im Server- und Desktop-Bereich und der finanziellen Auswirkungen im selben Zeitraum; Frage nach der rechtlichen Möglichkeit einer Vorgabe von OSS bei Ausschreibungen, Vergaben und der Beschaffung

Antr
s. *Software*
Drs 15/2267

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/2273

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die zukünftige Konzessionsvergabe (KOM 2011/897) und hieraus resultierende Folgen für die baden-württembergischen Kommunen

Beurteilung des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission für ein neues europaweites Vergaberecht, insbes bürokratischer Aufwand und geplante Hilfestellungen für Kommunen bei der Umsetzung, Höhe der Schwellenwerte und Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen, Auswirkungen für die Rettungsdienste, Einbeziehung der Konzessionsvergabe für den Wassermarkt und Er-schwerung der interkommunalen Zusammenarbeit

KlAnfr

s. *Richtlinie der EU*

Drs 15/2914

Auftragsvergabe bei der Installation neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW

Beschaffung neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW, insbes aktueller technischer Bedarf sowie rechtliche und technische Aspekte des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Polizeiausrüstung*

Drs 15/3044

Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - landeseigene Eisenbahnen

Aufstellung der von landeseigenen Eisenbahnverkehrsunternehmen bedienten Strecken, Nennung der für die jeweilige Bahnstrecke zuständigen Eisenbahnunternehmen; Vertragsbedingungen, Laufzeit der Verträge; Ausschreibungsbedingungen für die gegenwärtig von landeseigenen Eisenbahnen bedienten Strecken im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3742

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke

Stellenwert der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hochrheinstrecke bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr

s. Streckenelektrifizierung

Drs 15/3890

Vergabezeitplan für Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in BW

Gültigkeit, Neuerstellung und geplante Veränderungen im Vergabezeitplan für Schienenpersonennahverkehrs-Verträge in BW des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur vom 27. November 2012

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3949

Sicherstellung der Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen ab 2016

Verhinderung einer Versorgungslücke in der Übergangszeit zwischen dem Auslaufen der bisherigen Verkehrsverträge bis zur Betriebsaufnahme neuer Verkehrsverträge über Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen ab 2016, insbes Ausgestaltung der Übergangszeit beim Einsatz von Schienenfahrzeugen und Personal bei der Deutschen Bahn AG und anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3951

Rolle des Beratungsunternehmens K. GmbH bei der Vorbereitung der Vergabe von Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen

Beauftragung, Rolle und erbrachte Leistungen des Beratungsunternehmens KCW GmbH bei der Durchführung und Vorbereitung von Ausschreibungen von Schienenpersonennahverkehrs-Verträgen in BW; Nichtbeauftragung der Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW)

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3952

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4314

Vergabeverfahren Netz 6 a - S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 6 a (S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4315

Vergabeverfahren Netz 7 a/b - Stadtbahn Karlsruhe

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 7 a/b (Stadtbahn Karlsruhe); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Ver-

gabeverfahrens

Antr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/4316

Vergabeverfahren Netz 8 - Ortenau S-Bahn

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 8 (Ortenau S-Bahn); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/4317

Vergabeverfahren Netz 9 a - Breisgau-S-Bahn, Ost-West

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 9 a (Breisgau-S-Bahn, Ost-West); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/4318

Vergabeverfahren Netz 11 - Hohenlohe-Franken

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 11 (Hohenlohe-Franken); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/4319

Ausschreibung Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

Mehrkosten und Auswirkungen auf den Wettbewerb durch die verspätete Ausschreibung der Nahverkehrsleistungen für die Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

KlAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/4503

Ausschreibungen iRd Erneuerung der Hubschrauberstaffel

Umstände der Ausschreibung zur Neuanschaffung von sechs Hubschraubern zum Zwecke der Erneuerung der Hubschrauberstaffel der baden-württembergischen Polizei, insbes Verhandlungen mit der Firma Eurocopter

KlAnfr

s. Hubschrauber

Drs 15/4554

Kostenüberschreitung beim Tag der Deutschen Einheit

Höhe der für die Ausrichtung des Tags der Deutschen Einheit in BW angefallenen Kosten; Höhe der im Staatshaushaltsplan 2013/2014 für die Feierlichkeiten angesetzten Summe und ihre Berechnung; Ausschreibung von Leistungen und Einholung von Angeboten; Maßnahmen nach Entdeckung der Kostenüberschreitung; Reaktion des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft; Aufforderung an die LReg, den aufgestellten finanziellen Rahmen künftig einzuhalten

Antr

s. Tag der Deutschen Einheit

Drs 15/4648

Kosten der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit

Ausgleich der Überschreitung der im Einzelplan 02 (Staatsministerium) für die Feierlichkeiten angesetzten Haushaltsausgaben; prozentuale und absolute Steigerung der Ausgaben gegenüber den ursprünglichen Ansätzen; Kostensteigerung beim Agenturhonorar; Verfahren der Auftragsvergabe an die Agentur

Antr

s. Tag der Deutschen Einheit

Drs 15/4659

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnnoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/4816

„Grüner Filz“ - Leistungen der K. GmbH u.a. für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Gutachten, Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen der KCW GmbH für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) oder die Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW); Ausschreibung, Beauftragung und Auftragsvolumina der einzelnen Aufträge; Gesamtvolumen der an die KCW GmbH gegangenen Aufträge; Gründe für den Verzicht auf eine Leistungserbringung durch die NVBW; Anzahl und finanzielles Volumen der durch weitere externe Dienstleister für das MVI oder die NVBW erbrachten Leistungen

Antr

s. Öffentlicher Auftrag

Drs 15/4972

Finanzierung der Elektrifizierung der Hoahrheinstrecke

Sachstand zur Elektrifizierung der Hoahrheinstrecke und deren Finanzierung; Stand der Ausschreibung im Vergabeverfahren für die Hoahrheinstrecke; Auswirkungen geplanter Fahrplanänderungen auf der Gäubahn

KlAnfr

s. Hoahrheinbahn

Drs 15/5060

Aktueller Stand der Vergabeverfahren im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Verfahrensstand bei den jeweiligen Schienennetzen in der wettbewerblichen Ausschreibung im Schienenpersonennahverkehr in BW, insbes Zeitpunkte der Betriebsaufnahmen, Laufzeiten der neuen Verkehrsverträge, abgeschlossene Übergangsverträge, qualitative Vorgaben, Betriebskonzepte, Fahrplanänderungen, Gründung einer Fahrzeugbeschaffungsgesellschaft

Antr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/5115

Verbesserungen auf der Rems- und der Murrbahn durch die Neuausschreibungen ab 2016

Forderungen zur Verbesserung der Zustände auf Rems- und Murrbahn im Zuge der Neuausschreibung des Verkehrsvertrags und angestrebte Leistungsverbesserungen

MdlAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/5114

Leistungen Breisgau-S-Bahn 2020

Durchführung des Vergabeverfahrens für das Liniennetz der Breisgau-S-Bahn; Zeitpunkt der Unterzeichnung der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), dem Land und der DB Netz AG; Bezuschussung der Ausbaustufe durch das Land in Abhängigkeit von der Einhaltung der mit der Neuvergabe gesetzten wirtschaftlichen Ziele; Planungssicherheit für die Region beim Ausbau des Liniennetzes durch ein verbindliches Grundangebot

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/5150

Die Zukunft der Zollernbahn

Ausschreibung und Koordination der Eisenbahnverkehre zwischen Stuttgart und Tübingen bis Albstadt, insbes Angebotskonzept, Streckenelektrifizierung, Wiederherstellung der zeitgleichen Vergabe der Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen auf der Zollernbahn

Antr
s. *Zollernalbbahn*
Drs 15/5202

Vergabeverfahren Main-Neckar-Ried - „sorgsamer Umgang mit Steuergeldern“?

Aufgabenträger und Zeitpunkt des Zuschlags; Höhe des Bestellerentgelts; Verlauf des Vergabeverfahrens, Ursachen für dessen Verzögerung; Auswirkungen auf Folgeausschreibungen; Finanzierung des Einsatzes neuer Schienenfahrzeuge auf der Strecke; Angebotsverbesserungen durch die Neuvergabe

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5333

Vergabeverfahren Zweite Ausbaustufe S-Bahn Rhein-Neckar

Planungs- und Umsetzungsstand für die Lose 1 und 2; Terminverschiebung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan; Folgen geänderter Ausschreibungsbedingungen für bereits geplante S-Bahnhalte; Unterstützung betroffener Kommunen; erwartete Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr nach der Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5452

Zusatzfragen zur Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn

Zusatzfragen zu Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5625

Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze - Nutzen oder Schaden für den Wettbewerb?

Hintergründe und Folgen der Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze, insbes sachliche Erwägungen (Vor- und Nachteile), Auswirkung auf Wettbewerb und Zugkilometerpreise, Konsequenzen für die Deutsche Bahn und ihre Mitarbeiter; Erfahrungen aus anderen Bundesländern; Verzicht auf die Anwendung der Loslimitierung

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5767

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftszweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/5844

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5975

Ausschreibung der Stuttgarter Netze

Erstellung und Versand der Fahrpläne zur Ausschreibung der Stuttgarter Netze

MdlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6090

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - Ausschreibung Netz 4 a - Expresszugangebot

Vorgaben der Ausschreibung; Auskunft über das geplante Expresszugangebot; Beibehaltung der Haltestellen in Bad Krozingen und Heitersheim

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6315

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im LKreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahn, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahn (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahn zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6469

Aktuelle Ausschreibung und Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Sachstand zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn, insbes Finanzierung, Zusammenarbeit mit der Schweiz; Stand der Ausschreibung weiterer Zugangebote auf der Hochrheinbahn

KlAnfr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/6552

Noch ein Vergabekalender - Noch mehr Verzögerungen

Sachstand zu den Gründen für die weiteren Verzögerungen bei den Ausschreibungen und den Inbetriebnahmen der aufgeführten Leistungen im Schienenpersonennahverkehr gemäß dem neuen Vergabekalender des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 21.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7331

Kunstwettbewerb für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum

Sachstand zur Neuausschreibung des Kunstwettbewerbs für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum, insbes Konsequenzen aus der ersten Ausschreibungsrunde, Gestaltung der Ausschreibung und des Auswahlverfahrens, Zeitplan

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/7368

Schienenpersonennah- und -fernverkehr in Ostwürttemberg

Verbesserungen im Ausschreibungsnetz 1b (Remseck-Fils); Ausgestaltung des Fahrplans und voraussichtliche Inbetriebnahme des Streckennetzes; künftige Anbindung der Region Ostwürttemberg an den neuen Filderbahnhof; Schaffung neuer Haltepunkte; Realisierungschancen einer neuen IC-Strecke zwischen dem Großraum Stuttgart und Ingolstadt-Augsburg

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7595

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Berufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zusammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der Lernfabriken durch das Land

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/7635

Divergierende Ziele von Bund und Ländern beim Ausbau der Windenergie an Land

Bewertung der unterschiedlichen Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren iRd Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG); Steuerung des Ausbaus der Stromerzeugung aus Wind an Land über Ausschreibungen; Berücksichtigung der Akzeptanz in den Ausschreibungsbedingungen

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/7727

Halt der Interregio-Express (IRE)-Verbindungen in Nürtingen

Ausschreibung der IRE-Verbindung zwischen Tübingen und Stuttgart; Art der künftig eingesetzten Eisenbahnwagen; Begrenzung der Stehplatzquote; IRE-Halt in Nürtingen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7839

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7917

Lärm auf der Münstertalbahn

Sachstand zur auf das Zugmaterial (Jakobsdrehgestell) zurückzuführenden Lärmentwicklung und Verschleiß auf der Münstertalstrecke, insbes Abhilfemöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verkehrsvertrags mit der SWEG oder iR einer Neuvergabe

Antr
s. *Schienenverkehrslärm*
Drs 15/7982

Anmahnung der Neuausschreibung von Strecken des im Jahr 2016 auslaufenden Verkehrsvertrags mit der Bahn

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1741 1743-1748 1750-1752 1754 1755

Ausschreitung

s. *Krawall*

Ausschuß*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7707

Ausschuss der Regionen

s. *Ausschuss der Regionen der Europäischen Union*

Ausschuss der Regionen der Europäischen Union*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5522

Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung*Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen*

s. *Landtag, Präsidium*
Drs 15/2

Ausschuss (Parlament)

s. *Parlamentsausschuss*

Ausschussprotokoll*Sachstand der ICC-Schiedsklage*

Weitere Verhandlungstermine im Schiedsverfahren des Landes BW gegen die Électricité de France (EDF) vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC-Schiedskammer); Ersuchen an den EnBW-Untersuchungsausschuss zur Nutzung der Protokolle über Zeugenaussagen in öffentlichen Sitzungen

Antr

s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Drs 15/4148

Außenhandel

s. *Außenwirtschaft*

Außenhandelsabkommen

s. *Handelsabkommen*

Außenhandelsbeschränkung*Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (EU) auf BW*

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaftsbeziehungen zu BW, insbes Situation der Handels- und Auftragsentwicklung, Folgen der Einfuhrverbote für Landwirtschaftsbetriebe und Hilfen seitens der EU, vom Verkaufsverbot von Finanzinstrumenten betroffene Finanzinstitute

Antr

s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Drs 15/5745

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Sachstand zu Auswirkungen der Sanktionspolitik zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaft sowie auf wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu BW, insbes Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Höhe des Warenexports und -imports, Folgen für kleinere und mittelständische Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Erzeuger, Konsequenzen für Kooperationen (Partnerschaften) sowie für Austausch- und Bildungsprogramme

Antr

s. *Russland*

Drs 15/8022

Außenhandelsförderung*Baden-Württembergs Wirtschaft durch Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland stärken*

Hintergründe zu Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland, insbes zu Organisation, Programmgestaltung, Teilnahmebedingungen für Unternehmen, Angebot und Nachfrage, Bedeutung als Wirtschaftsförderungsinstrument, Dokumentation und Evaluation

Antr

s. *Außenwirtschaft*

Drs 15/5686

Außenhandelskontingent

s. *Außenhandelsbeschränkung*

Außenhandelspolitik*Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Haltung zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA; verbesserter Zugang zum US-Markt für baden-württembergische Unternehmen infolge einer Aufhebung der Zölle; profitierende Branchen; Direktinvestitionen aus den USA sowie aus Drittstaaten in BW; Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in BW; Chancen und Risiken einer Liberalisierung des Handels für den Bereich der Landwirtschaft; Erhaltung bestehender Standards; Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung

Antr

s. *Handelsabkommen*

Drs 15/3197

Weinhandelsstreit

Situation des Weinhandelsstreits der Europäischen Union mit China, insbes Auswirkungen auf den baden-württembergischen Weinexport, Maßnahmen der LReg zur Beilegung des Streits

Antr

s. *Wein*

Drs 15/5285

Baden-Württembergs Wirtschaft durch Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland stärken

Hintergründe zu Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland, insbes zu Organisation, Programmgestaltung, Teilnahmebedingungen für Unternehmen, Angebot und Nachfrage, Bedeutung als Wirtschaftsförderungsinstrument, Dokumentation und Evaluation

Antr

s. *Außenwirtschaft*

Drs 15/5686

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Handel für alle - Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik*

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7688

Außenhandelsrestriktion

s. *Außenhandelsbeschränkung*

Außenklasse*Außenklassen von Sonderschulen*

Entwicklung der Zahl von Außenklassen und Schülern sowie der eingesetzten Ressourcen seit 2007; Bewertung des Beitrags zur Inklusion und der sonderpädagogischen Förderung; Akzeptanz der Außenklassen bei den behinderten Schülern, ihren Eltern und den Sonderpädagogen; Darstellung der Entwicklungsperspektiven für die Einrichtung von Außenklassen und für eine stärkere Einbeziehung der behinderten Kinder in das Zusammenleben in der Regelschule

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 24.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2154 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.10.2012 Drs 15/2741 S. 14

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Außenklassen

Entwicklung des Unterrichts in Außenklassen, insbes gemeinsamer Unterricht von Schülern mit Behinderung mit den Klassen der jeweiligen Regelschule; Wechsel von Schülern der Außenklasse in die Regelschule; Bewertung der gemeinsamen Unterrichtsangebote der Außenklassen unter dem Aspekt der Inklusion

Antr Guido Wolf u.a. CDU 07.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5605 (14 S.)

Außenpolitik

s.a. Auslandsreise

s.a. Außenwirtschaft

s.a. Entwicklungspolitik

s.a. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

s.a. Kulturbeziehungen

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donaauraumstrategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr

s. Rumänien

Drs 15/682

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney

Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr

s. Ministerin für Integration

Drs 15/1129

Ergebnisse des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ergebnisse der Gespräche über den „Fluglärm-Streit Flughafen Zürich“, die „Elektrifizierung der Hoahrheinbahn“ u.a. Themen

KlAnfr

s. Schweiz

Drs 15/1761

Außenprüfung

s.a. Steuerfahndung

Personalsituation der Steuerverwaltung

Entwicklung der Personalausstattung, der Gesamtsteuereinnahmen, der Prüfungsintervalle nach Betriebsgrößen, der erzielten Mehrsteuern durch die Betriebsprüfung seit 2008 im Bundesvergleich; geplante Neueinstellungen in den einzelnen Laufbahngruppen 2011

Antr

s. Finanzverwaltung

Drs 15/88

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 19: Organisation und Arbeitsweise der Betriebsprüfungsstellen

Mittlg LReg

s. Finanzverwaltung

Drs 15/1045

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 18: Organisation und Arbeitsweise der Amtsbetriebsprüfung

Mittlg LReg

s. Finanzverwaltung

Drs 15/1641

Umgang von Aufsichtsrat und Betriebsprüfung mit Anhaltspunkten auf (Steuer-)Straftaten

Umgang des Aufsichtsrats der EnBW und der Finanzverwaltung mit den Geschäften der EnBW im Rahmen eines Anfangsverdachts wegen Untreue und Steuerhinterziehung

Antr

s. EnBW

Drs 15/2802

Offshore Leaks-Steuroasen im Ausland

Maßnahmen von Ländern, Bund und EU zur Bekämpfung von unlauterem internationalen Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung, insbes nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Offshore Leaks; Umfang, Zugang und Erkenntnisse zu Offshore-Leaks-Datenmaterial für BW; aufsichtsrechtliche Möglichkeiten gegen baden-württembergische Banken mit Geschäftsmodellen zur Unterstützung aggressiver Steuerplanung; Einnahmeausfälle für BW aufgrund unlauteren internationalen Steuerwettbewerbs; personelle und materielle Ausstattung der Steuerverwaltung des Landes, insbes der Betriebsprüfung und Steuerfahndung

Antr

s. Steuerumgehung

Drs 15/3561

Steuermehreinnahmen durch Betriebsprüfer

Zurückweisung von Verrechnungspreisen bei der Betriebsprüfung durch die Finanzdirektion; Zahl der eingelegten Rechtsmittel; Vorgaben der obersten Finanzverwaltung für Buchprüfer; Erzielung eines festgelegten Einnahmehudgets bei der Betriebsprüfung; verbindliche Verfahren zur Ermittlung der Verrechnungspreise

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.07.2013 und Antw MFW Drs 15/3885

Registrierkassen

Sachstand zur Prüfung von Registrierkassen bei Betriebsprüfungen im Einzelhandel, insbes Beanstandungen nachträglicher Erlösverkürzungen, Anforderungen an den technischen Manipulationsschutz, Umsetzung von Umrüstungsmaßnahmen

KlAnfr

s. Einzelhandel

Drs 15/7359

Einstellung von 100 zusätzlichen Betriebsprüfern

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244-250 256

Außenwirtschaft

s.a. Europäischer Binnenmarkt

s.a. *Fairer Handel*
s.a. *Globalisierung*
s.a. *Rüstungsexport*
s.a. *Welthandelsorganisation*
s.a. *Wirtschaftliche Kooperation*
s.a. *Wirtschaftsfördergesellschaft BW International*
s.a. *Zoll*

Import- und Exportkontrolle durch die EU-Kommission
Abmilderung der Außenhandelsungleichgewichte in Europa
KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 26.10.2011 und Antw StM
Drs 15/790

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs
Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Markt, der möglichen Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens und der Direktinvestitionen; Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen; Weiterentwicklung der Beziehungen, insbes zur Stadt Moskau; Neuaufgabe der Baden-Württemberg-Tage in Moskau; Ausbau der bestehenden Partnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk

Antr
s. *Russland*
Drs 15/956

Haushalt 2012; Epl 07
Mittelaufstockung zur Außenwirtschaftsförderung, Verbesserung der Präsentation des Landes auf internationalen Messen unter Einbeziehung der Wirtschafts- und Branchenförderergesellschaften
ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1107-5 S. 17 18
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Agrar- und Ernährungsexporte aus BW
Darstellung der o.g. Entwicklung differenziert nach Produkten und Zielländern seit 2002; Anteile der Exporte nach Frankreich, Österreich, China und in die Schweiz; Vergleich mit anderen BLändern, insbes mit Niedersachsen; verfügbare Marketingunterstützungsstrukturen für die Agrar- und Ernährungswirtschaft
Antr
s. *Agrarprodukt*
Drs 15/1249

Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union
Auswirkungen des o.g. Beitritts zum EU-Binnenmarkt auf die bestehende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung in der Gemischten Regierungskommission, für die hiesigen Unternehmen und für die Donaustrategie; Unterstützung der Behörden bei der weiteren Umsetzung von EU-Recht und Verwaltung der EU-Fördermittel; Unterstützung der Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen von EU-kofinanzierten Projekten
Antr
s. *Kroatien*
Drs 15/1253

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW
Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen
GrAnfr

s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1468

Pläne der EU-Kommission zur Regulierung des Zugangs von Waren und Dienstleistungen aus Drittstaaten zum öffentlichen Auftragswesen

Beurteilung der Auswirkungen o.g. Pläne auf das Beschaffungswesen von Land und Kommunen, auf die Exportchancen heimischer Unternehmen, das Preisniveau von öffentlichen Aufträgen sowie auf die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1575

Neue Entwicklungen in den Beziehungen EU - Schweiz
Beurteilung des Vorschlags des Schweizer Bundesrats für einen Verhandlungsrahmen für ein EU-Schweiz-Rahmenabkommen zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln sowie der Auswirkungen für BW; Einbringung des Anliegens von gleichen Wettbewerbschancen für Handwerker, Dienstleister und Landwirte beim Bund; Chancen nach Abschluss des Rahmenabkommens für den erfolgreichen Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens?

Antr
s. *Europäischer Binnenmarkt*
Drs 15/2032

Gelangensbestätigung
Darlegung der Bürokratiepflichten und Existenzrisiken für mittelständische Unternehmer sowie Speditions- und Logistikbetriebe durch die 2012 eingeführte Gelangensbestätigung für den innergemeinschaftlichen Handel zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug; Anweisungen des Bundesfinanzministers zur Umsetzung des Instruments und Erfahrungen der nachgeordneten Finanzbehörden; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des freien Binnenmarkts; Änderungsvorschläge gegenüber dem BMF oder im Bundesrat

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/2085

Folgen von Leistungsbilanzungleichgewichten auf die baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem sogenannten Economic Governance-Paket

Höhe der jährlichen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und BW seit der Finanzkrise 2009 im Vergleich zu den Euro-Staaten, Darlegung der o.g. Auswirkungen und der Forderung der EU-Kommission zur Ankurbelung des Binnenkonsums durch öffentliche Investitionen und höhere Löhne in den Überschussländern, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und Tariffreiheit, Frage nach einer Beteiligung an Strafzahlungen nach einem von der EU-Kommission festgestellten „übermäßigen makroökonomischen und volkswirtschaftlichen Ungleichgewicht“

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2215
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 12
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Beziehungen zwischen BW und der Republik Kroatien
Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, insbes im Tourismusbereich und im Rahmen von konkreten Kooperationsprojekten; Beurteilung des Regionalisierungsprozesses innerhalb Kroatiens

und der möglichen Zusammenarbeit mit regionalen Gebietskörperschaften, Frage nach einer Kontaktaufnahme mit der Region Istrien sowie nach der Fortführung der gemischten Kommission nach dem EU-Beitritt des Landes

Antr
s. *Kroatien*
Drs 15/2586

Petersburger Dialog 2013

Verlauf der Planungen des Petersburger Dialogs in Baden-Baden; Gründe für die Rücknahme der Förderung; Argumente gegen die Förderung bzw gegen den Dialog an sich; Höhe der Exportquote der baden-württembergischen Wirtschaft nach Russland; gegenwärtiger Stand des Dialogs zwischen BW und Russland; Einflussmöglichkeiten des Landes BW auf die Beachtung der Menschenrechte und eine Demokratisierung in Russland

Antr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2662

Exportserfolge baden-württembergischer Unternehmen durch eine besondere außenwirtschaftliche Unterstützung von Clusterorganisationen ausbauen

Potenzial einer Internationalisierung von Clusterinitiativen und Innovationsnetzwerken; Fördereinrichtungen und Förderinstrumente; Begleitung entsprechender EU-Programme; Unterstützung einer grenzüberschreitenden, internationalen Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und weiteren in einem bestimmten Bereich tätigen Organisationen

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 19.11.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2681
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 16 17
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3966

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelserleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr
s. *Handelsabkommen*
Drs 15/4681

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes Abhängigkeit von Unternehmen vom Import und Export mit Russland, Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen, Anträge auf Ausfallbürgschaften, Einbußen bei russischen Touristen, Fortführung von Projekten mit Russland

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5105

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5667

Baden-Württembergs Wirtschaft durch Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland stärken

Hintergründe zu Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland, insbes zu Organisation, Programmgestaltung, Teilnahmekriterien für Unternehmen, Angebot und Nachfrage, Bedeutung als Wirtschaftsförderungsinstrument, Dokumentation und Evaluation

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 04.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5686 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6338 S. 69
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (EU) auf BW

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaftsbeziehungen zu BW, insbes Situation der Handels- und Auftragsentwicklung, Folgen der Einfuhrverbote für Landwirtschaftsbetriebe und Hilfen seitens der EU, vom Verkaufsverbot von Finanzinstrumenten betroffene Finanzinstitute

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5745

Regierungsbefragung Außenwirtschaftspolitik

PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7177-7182

Arbeit, Export, Finanzen - Baden-Württemberg ist Meister aller Klassen

Aktuelle Debatte
s. *Baden-Württemberg*
PIPr 15/121 S. 7294

Exportland erfordert Eindeutigkeit - wie steht der selbsternannte Wirtschaftsverstärker Winfried Kretschmann zu TTIP?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7333-7343

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Sachstand zu Auswirkungen der Sanktionspolitik zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaft sowie auf wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu BW, insbes. Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Höhe des Warenexports und -imports, Folgen für kleinere und mittelständische Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Erzeuger, Konsequenzen für Kooperationen (Partnerschaften) sowie für Austausch- und Bildungsprogramme

Antr
s. *Russland*
Drs 15/8022

Anstreben einer Exportstrategie im Mobilitätsbereich

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21

Verweisung auf die Innovationen und Exportstärke der Unternehmen im Land

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 50 69 74

Verweisung auf die weltweite Spitzenposition Deutschlands beim Export von Kraftfahrzeugen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423 425 426 428 429

Anteil der baden-württembergischen Exporte in die Eurozone; Rückführung der Außenhandelsungleichgewichte in Europa

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482 486 487 489-491 496

Verweisung auf die Innovationen und Exportstärke der Unternehmen im Land, Erinnerung an die Einbrüche beim Export 2008 und 2009

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 781 801 803

Erwartung einer Abschwächung der Zuwachsraten im Export 2012

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1043

Entwicklung der Agrarexporte in den letzten Jahren

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1305

Einsatz von Minister Dr. Schmid in der Außenwirtschaft, Verweisung auf die Auslandsreisen mit Wirtschaftsdelegationen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1935

Hervorhebung der Vorteile des EU-Binnenmarkts für die deutsche Exportwirtschaft

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251 2257

Außenwirtschaftsförderung

s. *Außenhandelsförderung*

Außerfachliche Qualifikation

s. *Schlüsselqualifikation*

Außergerichtliche Konfliktbeilegung

s.a. *Ombudsmann*

s.a. *Schiedsrichterliches Verfahren*

s.a. *Schlichtungsgesetz*

Tätigkeit sogenannter „Friedensrichter“ in BW

Beurteilung o.g. Vermittlungstätigkeit, insbes. bei Rechtsstreitigkeiten und Straftaten unter Migranten muslimischen Glaubens; Auswirkungen auf polizeiliche Ermittlungen und den Gang der staatlichen Rechtspflege, Einschränkung der Strafverfolgung durch Beeinflussung der Aussagen von Opfern und Zeugen; Maßnahmen zur Verhinderung einer „Paralleljustiz“

Antr Günther-Martin Pauli u.a. CDU 27.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/795

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 09.05.2012 Drs 15/2007 (dazu ÄAntr Günther-Martin Pauli u.a. CDU) S. 68-75
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Vermittlungsverfahren gemäß §§ 363 ff Gesetz über das Verfahren in Familiensachen (FamFG)

Zahl und Ergebnisse der bei den Notariaten beantragten Vermittlungsverfahren bei Erbauseinandersetzungen

KIAnfr
s. *Erbe*
Drs 15/2449

Gesetz zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes

Aufhebung des Schlichtungsgesetzes (SchlG), das die Zulässigkeit zivilrechtlicher Klagen seit dem 1. Oktober 2000 in bestimmten, gesetzlich festgelegten Fällen von einem vorherigen außergerichtlichen Schlichtungsversuch abhängig macht, da es sich in der Praxis nicht in dem angestrebten Maße bewährt hat

GesEntw
s. *Schlichtungsgesetz*
Drs 15/3024

E-Commerce-Verbraucherschutz durch Online-Schlichtungen

Förderung der Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten durch einen Online-Schlichter; Kooperationspartner des beim Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz in Kehl angesiedelten Internetportals online-schlichter.de; Anzahl und inhaltliche Schwerpunkte der Schlichtungsanträge in den vergangenen fünf Jahren; Anteil der außergerichtlichen Streitbelegungen; durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Schlichtungsverfahren; Entlastungs- und Einspareffekte für die Justiz des Landes BW

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.11.2014 und Antw MLR Drs 15/6091

Außergerichtliche Mediation

s. *Mediation*

Außergerichtliche Streitschlichtung

s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

Außerschulische Jugendbildung

Außerschulische Bildung - MINTech-Zentrum Bad Saulgau

Höhe der für die außerschulische Bildung vorgesehenen Haushaltsmittel; Erkenntnisse über die Qualität der Bildungseinrichtungen im MINT-Bereich sowie über den Beitrag dieser Einrichtungen zur Behebung des Fachkräftemangels; Bewilligung und finanzielle Förderung des in Bad Saulgau geplanten MINTech-Zentrums

Antr Guido Wolf u.a. CDU 05.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2599
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3245 S. 28 29
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Kulturelle Bildung in BW

Arbeit und Ergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung und Umsetzung seiner Vorschläge auch in den neuen Bildungsplänen; Verbesserung der Infrastrukturen und Vernetzung von Schulen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung; Ausweitung der Antragsberechtigung für den „Innovationsfonds Kunst“; Reaktionen und Umsetzung der Aufforderung an Schulen zur Benennung von Lehrkräften als Kulturbeauftragte

Antr
s. Bildung
 Drs 15/3447

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Organisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maßnahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beeinflussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Parteien

Antr
s. Wahlalter
 Drs 15/3551

Außerschulische Lernförderung iRd Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Erkenntnisse und aufgetretene Probleme als Notwendigkeit für die Novellierung von Gesetzen im Bildungs- und Teilhabepaket; Bewilligungskriterien, Antragszahl und Genehmigungen für außerschulische Lernförderung; Ergebnisse der Rechtsstreitigkeiten bei abgelehnter außerschulischer Lernförderung; Ausweitung der außerschulischen Lernförderung

Antr
s. Nachhilfeunterricht
 Drs 15/4161

Programme zur Motivation für MINT-Berufe in BW

Bedeutung und Initiative für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in BW, insbes Programme zur Motivation für MINT-Berufe für Frauen; Bewertung der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an MINT-Berufe durch Schule, naturwissenschaftlich-technische Jugendbildung und Science-Center

Antr
s. MINT-Wissenschaften
 Drs 15/4578

Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Stillstand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land steht still!

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule; Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rahmenvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirch-

lichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zukunftsplans Jugend

Antr
s. Jugendlicher
 Drs 15/5215

Förderung von Jugendkunstschulen

Verwendung von Haushaltsmitteln für die Förderung des pädagogischen Personals und die Förderung von Schulkooperationen in den Jahren 2012, 2013 und 2014; Erhöhung der Regelförderung aufgrund der zu erwartenden Steigerung der Personalkosten der Jugendkunstschulen in den kommenden Jahren; Förderung der Kooperation von Jugendkunstschulen angesichts des Ausbaus des Ganztagsbetriebs in den Schulen; Berücksichtigung der Mittel für Schulkooperationen in Ziffer 2 der Erläuterungen zu Kapitel 0465 Titelgruppe 77 im Staatshaushaltsplan; Bewilligungen an den Landesverband der Kunstschulen BW

Antr
s. Kunstschule
 Drs 15/5612

Außerschulischer Lernort

Außerschulische Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)

Tätigkeit und Förderung außerschulischer Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), insbes geltende Förderkriterien, Zusammenarbeit mit Schulen, Verankerung von Technikmuseen und Schülerforschungszentren; Eignung des Museums Erlebnispark Fördertechnik in Sinsheim als außerschulischer Lernort

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4683

Außertariflicher Sondervertrag

s. Arbeitsvertrag

Außenuniversitäre Forschung

s. Forschung

Außenunterrichtlicher Lernort

s. Außerschulischer Lernort

Aussiedler

s.a. Vertriebenenbeauftragter

Rolle der Spätaussiedler, Umsiedler und Vertriebenen in BW

Entwicklung des Zuzugs und der Bedeutung o.g. Personengruppen seit 2001, Beurteilung der Integrations-situation und der Traditionspflege durch das neue Integrationsministerium, Bedeutung des Hauses der Heimat, Benennung eines Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/283
 BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 39-41
 PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Ernennung eines Landesbeauftragten für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen

Rolle der Spätaussiedler, Flüchtlinge und Vertriebenen beim Wiederaufbau und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nach dem Krieg; Stellenwert der Vertriebenenverbände im kulturellen Bereich und bei der Aufarbeitung der europäischen Geschichte und Aussöhnung unter den Völkern; Einsetzung eines Beauftragten für die Belange der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr

s. *Vertriebenenbeauftragter*

Drs 15/1177

Ausstellung

s.a. *Gartenschau*

s.a. *Kunsthalle Baden-Baden*

s.a. *Kunsthalle Karlsruhe*

s.a. *Messe (Ausstellung)*

s.a. *Staatsgalerie Stuttgart*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 25: Transport von Ausstellungsgegenständen der staatlichen Museen

Beachtung des Vergaberechts, Schaffung einer nationalen Qualitätsnorm für die Vergabe von Kunsttransporten

Mittlg LReg

s. *Kunst*

Drs 15/292

Förderung von örtlichen Leistungsschauen, Gewerbeausstellungen und Energiemessen

Festhalten an der bewährten Förderpraxis für die o.g. regionalen Verbrauchermessen

Antr Guido Wolf u.a. CDU 29.08.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/449

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/907 S. 6

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Bauliche Weiterentwicklung der Kunsthalle Karlsruhe

Beurteilung bzw Behebung der Bauschäden, Darstellung der notwendigen Maßnahmen, insbes Überdachung des Innenhofs, Schaffung von Barrierefreiheit, eines Museumsshops sowie von Räumlichkeiten für größere Wechselausstellungen auf internationalem Niveau; Etatisierung der erforderlichen Mittel

Antr

s. *Kunsthalle Karlsruhe*

Drs 15/1067

Haushalt 2012; Epl 07

Veranschlagung von Zuschüssen an örtliche Gewerbevereine für die Durchführung von Leistungsschauen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1107-1 S. 10 11

ÄAntr FDP/DVP 17.01.2012 Drs 15/1107-2 S. 12

ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1207-1 S. 2

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1207-3 S. 5 6

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Niederschwellige Ausstellungsmöglichkeiten für nicht etablierte Künstlerinnen und Künstler in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr

s. *Kunst*

Drs 15/1318

Pauschale Landeshaftung für Leihgaben an staatliche Museen
Anstreben einer Regelung im Sinne einer pauschalen Landeshaftung für die gesamte Ausstellung, unabhängig vom Versicherungswert der einzelnen Leihgabe

Antr

s. *Staatshaftung*

Drs 15/1567

Kulturelle Bildung und freier Eintritt in Museen

Entwicklung der Besucherzahlen in den staatlichen Museen seit Einführung von Eintrittsgeldern 1995; Stärkung der kulturellen Bildung und Steigerung der Besucherzahlen mit einer Abschaffung von Eintrittsgeldern für Kinder und Jugendliche in die Dauerausstellungen der staatlichen Museen - mit Erstattung der entgangenen Eintritte für die Einrichtungen

Antr

s. *Museum*

Drs 15/1616

Archäologisches Landesmuseum und archäologisches Zentraldepot

Darstellung der Abläufe und Zuständigkeiten bei archäologischen Funden mit Erläuterungen zu Ausgrabung, Dokumentation, Archivierung und Ausstellung; durchgeführte Maßnahmen zur Umwandlung des Archäologischen Landesmuseums (ALM) zu einem Landesbetrieb; Beurteilung der Entflechtung des ALM vom Landesamt für Denkmalpflege; Planungen für die Zuordnung des Archäologischen Zentralarchivs in Rastatt; Erwartungen an die neue Museumskonzeption

Antr

s. *Archäologie*

Drs 15/1656

Geplante Zuschusskürzungen bei den staatlichen Museen

Entwicklung der Besucherzahlen und Landeszuschüsse der einzelnen Häuser seit 2007; Höhe des Personalbestands, der Personalkosten, der Mittel für Ankäufe und Ausstellungen u.a. Ausgaben; Umfang und Konsequenzen von geplanten Zuschusskürzungen

Antr

s. *Museum*

Drs 15/1973

Finanzielle Einschnitte bei den Großen Landesausstellungen

Allgemeine Zielsetzungen von Großen Landesausstellungen sowie deren Bedeutung für die baden-württembergische Museumslandschaft und die einzelnen staatlichen Museen; Entwicklung der Besucherzahlen und der Landeszuschüsse in den Jahren 2002 bis 2012; Auskunft über die geplante Mittelkürzung und deren Folgen für die staatlichen Museen und für die künftige Durchführung von Großen Landesausstellungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2048

BeschlEmpf und Bericht WissA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 54 55

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Große Landesausstellung im Haus der Geschichte zum Ersten Weltkrieg

Gefährdung der o.g. Ausstellung und weiterer Ausstellungen aus Einspargründen; Vorlage von Ergebnissen der von der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur erbetenen Prüfung,

ob eine Kürzung der Zuschüsse für die Großen Landesausstellungen möglich ist; Art und Auswirkungen einer Änderung der bisherigen Konzeption der Großen Landesausstellungen für die betroffenen Museen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.10.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2491

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW und möglicher Standort Ulm

KlAnfr
s. *Naturwissenschaften*
Drs 15/3736

Neue Regelungen bei der Festsetzung von Ausstellungen

Sachstand zur Verwaltungspraxis bei der Festsetzung von Ausstellungen im Sinne des § 65 Gewerbeordnung (GewO), insbes Änderung der Verwaltungsvorschriften

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 20.10.2015 und Antw MFW Drs 15/7593

Kritik an der Streichung der Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1309

Werbung um den Besuch der großen Landesausstellungen; Kritik an der Streichung der Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1420 1423 1426 1429 1431

Kritik an der Streichung der Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1931

Austauschlehrer

s. *Lehreraustausch*

Auswanderer

s. *Auswanderung*

Auswanderung

s.a. *Einwanderung*
s.a. *Migration*

Fachkräftemangel und Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten
Umfang, Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von (jungen) Ärzten ins Ausland sowie der Ausübung nichtmedizinischer Tätigkeiten; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der medizinischen Ausbildung und des Arztberufs, Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für die nächsten zehn Jahre

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/515

Migration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und nach BW

Darstellung der Wanderungsbewegungen o.g. Personen von und nach BW und Deutschland seit 2001, Zahl von Auswanderungen

gut ausgebildeter Kinder von Migranten, insbes türkischer Herkunft, in die Türkei; Auswirkungen auf den Fachkräftemangel; Frage nach einem Zuzug von gut Ausgebildeten aus den europäischen Krisenländern, insbes nach dem Aufruf der Bundeskanzlerin aus Spanien; Entwicklung von zielgruppenspezifischen Anwerbestrategien

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/889

Ausweis

Einführung einer obligatorischen Notfallkarte

Aspekte der Einführung einer obligatorischen Notfallkarte für Patienten, insbes Mitführungspflicht, inhaltlich notwendige Angaben, mögliche datenschutzrechtliche Bedenken, Einrichtung eines nationalen Notfallkartenregisters

KlAnfr
s. *Notfallmedizin*
Drs 15/3587

Einrichtung von Transitzonen

Sachstand zur Einrichtung von Transitzonen an den deutschen Grenzen, insbes europäische Vorgaben, Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, Bewertung des Landkreistags, Auswirkungen auf BW, Anteil von Asylbewerbern ohne bzw mit gefälschten Ausweispapieren, Anteil der erledigten Asylverfahren durch Dublin-Entscheidungen

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7488

„PartyPass“ in BW

Bisherige Erfahrungen mit dem „PartyPass“ für minderjährige Partygänger; Erhöhung seines Bekanntheitsgrads im Land; Unterstützung von Angeboten zur Alkoholprävention

KlAnfr Sabine Wölfe SPD 30.10.2015 und Antw IM Drs 15/7641

Elektronische Identitätskarte für Gesundheitsleistungen und weitere Anwendungen insbesondere für Flüchtlinge

Sachstand zu Schwierigkeiten bei der Ausgabe von Krankenversichertenkarten der Gesetzlichen Krankenversicherung für Flüchtlinge und Vorteile der Einführung einer elektronischen Identitätskarte für Flüchtlinge (refugee identification card), insbes Kosten für die Abrechnung medizinischer Leistungen an Flüchtlingen im Vergleich für beide Kartenmodelle

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7654

Ausweis für Schwerbehinderte

s. *Schwerbehindertenausweis*

Ausweisung

Neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Zahl der seit 01.09.2010 nach Serbien und in den Kosovo zurückgeführten Angehörigen ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter differenziert nach Familien mit Kindern, Alten, Kranken, Einzelpersonen und Straffälligen; Gewichtung

der Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des Auswärtigen Amtes über die Situation in den Herkunftsländern bei der Einzelfallprüfung vor der Rückführung? Eintreten in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat für eine neue Bleiberechtsregelung ausgerichtet an humanitären Kriterien

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/359

Ausreisepflicht von Minderheitsangehörigen aus der Republik Kosovo

Aussetzung der Durchsetzung von vollziehbaren Ausreisepflichten

MdlAnfr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/1393

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1116 betr. Abschiebung aus der Haft

BeschlEmpf und Bericht PetA 19.07.2012 Drs 15/2031 Nr. 7 S. 8-11
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
Mittlg LReg 27.08.2012 Drs 15/2272

Rückführung von Minderheitsangehörigen in den Kosovo

Erkenntnisse aus der Reise des Petitionsausschusses und zur Rechtfertigung einer weiteren Aussetzung der Ausreisepflicht für Angehörige ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter in die Republik Kosovo; Zahl der anhängigen bisher nicht vollzogenen Rückführungsfälle, Frage nach den Kosten und dem Zeitpunkt einer Wiederaufnahme der Rückführungen

Antr Matthias Pröfrock u.a. CDU 15.10.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2470
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 33 34
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

FRONTEX-Missionen in BW

Statistiken, Rahmenbedingungen und Finanzierung der FRONTEX-Abschiebeflüge, insbes Konsultation eines unabhängigen Abschiebebeobachters, rechtzeitige Information von Innenministerium, Landesbehörden und eines unabhängigen Menschenrechtsmonitorers zur individuellen Überprüfung der geplanten Abschiebemaßnahmen

Antr
s. *Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*
Drs 15/3154

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr

s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/4197

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 16: Ausgaben im Zusammenhang mit Aufenthalt und Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer

Mittlg LReg
s. *Ausländer*
Drs 15/4447

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5709

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Aktionsplan für die Rückkehr*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7541

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landestaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungscentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

Flüchtlingsituation im LKkreis Emmendingen

Sachstand zu Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKkreis Emmendingen, insbes Herkunftsstatistik, Anerkennungsquote, Zahlenentwicklung, Rückführungen, Anzeigen und Ermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7866

Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Abweisung von Flüchtlingen

Sachstand zu Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Zurückweisung von Flüchtlingen an den deutschen Grenzen und Beurteilung der Zurückweisungen durch die LReg

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8002

Zahl der ausgewiesenen Drittstaatsangehörigen nach § 53 Abs 1 des Aufenthaltsgesetzes

Sachstand zu Ausreise und Ausreisehindernissen von ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen im Jahr 2015

MdlAnfr 4) Thomas Blenke CDU 04.02.2016 Drs 15/8025
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9050

Aussetzung der Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo, Prüfung der Lage vor Ort iR einer Delegationsreise

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1226 1227 1231

Auszeichnung

s.a. Gütezeichen

Bericht der LReg nach § 6 Abs 1 des Auszeichnungsges (AuszG)

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243 (Mittlg LReg 15.03.2011 Drs 14/7680 - Bericht vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010)

BeschlEmpf und Bericht StändA 14.07.2011 Drs 15/261

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449

Mittlg LReg 29.03.2012 Drs 15/1542 (Bericht vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011)

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1739

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.05.2012 Drs 15/1689

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Mittlg LReg 30.01.2013 Drs 15/2706 (Bericht vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012)

PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3567

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2013 Drs 15/3070

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Mittlg LReg 25.02.2014 Drs 15/4733 (Bericht vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013)

PIPr 15/93 19.03.2014 S. 5531

BeschlEmpf und Bericht StändA 09.04.2014 Drs 15/4925

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Mittlg LReg 17.02.2015 Drs 15/6500 (Bericht vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014)

PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7293

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.03.2015 Drs 15/6580

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Mittlg LReg 04.02.2016 Drs 15/8041 (Bericht vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015)

PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8903

Kulinarische Botschafter für BW

Entwicklung des Anteils regionaler Lebensmittel in BW, Beurteilung der Auszeichnung „Kulinarischer Botschafter Niedersachsens“, Vergleich mit dem Qualitätszeichen BW, Eignung der niedersächsischen Auszeichnung für die Absatzförderung regionaler Produkte hierzulande?

Antr

s. Gütezeichen

Drs 15/262

Landespreis für Volkstheaterstücke

Entwicklung der Definition o.g. Theaterstücke und der Preisverleihung seit 1978, Auflistung der ausgezeichneten Autoren, jeweilige Rolle der Laien- und Profikunst bei der Besetzung der Jury, Verstärkung der Trennung zwischen Amateurtheater, Volkstheater und Kleinkunst? Frage nach dem zuständigen Ministerium für die Förderung des Amateurtheaters und des Volkstheaterwesens

Antr

s. Theater

Drs 15/859

Verlust der Vergabe des Internationalen Eckart Witzigmann-Preises

Gründe und Auswirkungen des Verlusts der o.g. Preisverleihung, insbes für die Imagekampagne „Genießerland Baden-Württemberg“; Frage nach Stellungnahmen der Spitzengastronomie im Land und der berufsständischen Vertretung sowie nach Maßnahmen zur Rückholung der Veranstaltung

Antr CDU 08.12.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/985
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2021-2026

*Haushalt 2012; Epl 09**Auslobung eines Preises für Künstler mit Handicap*

ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-14 S. 51 52

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Verlebene Ehrungen und Preise für das ehrenamtliche Engagement von Personen, Vereinen und Organisationen seit 2010; Auslobung eines Ehrenamtspreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und für Vereine und Organisationen für die interkulturelle Öffnung, Hervorhebung entsprechender Beispiele iR einer Werbekampagne

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 26.01.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1166

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 58-60

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Projekt „Übermorgenmacherinnen und Übermorgenmacher“

Zahl der eingegangenen Vorschläge und Bewerbungen, Frauenanteil in der Jury und unter den Teilnehmern, Steigerung des Frauenanteils bei der Auszeichnung für wertvolles Engagement in Zukunftsprojekten

KlAnfr

s. Innovation

Drs 15/1556

Berücksichtigung von Frauen bei der Verleihung von Orden und Ehrenzeichen im Land BW

Anteil von Frauen in den vergangenen fünf Jahren, die mit den verschiedenen Orden und Medaillen des Landes und den verschiedenen Stufen des Bundesverdienstkreuzes ausgezeichnet wurden

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1619

BeschlEmpf und Bericht StändA 21.06.2012 Drs 15/2007 S. 6 7

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Die Situation der Ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz

Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Katastrophenschutz; Preise, Ehrungen und Auszeichnungen; Einführung einer „Ehrenamtskarte“; Abhängigkeit des ehrenamtlichen Engagements von der Betriebsgröße des Arbeitgebers; Arbeitsplatzverlust durch Einsatz im Katastrophenschutz; privilegierter Zugang zu Schulen für die im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zur Nachwuchswerbung; Auswirkung der Aussetzung der Wehrpflicht auf die Personal-

struktur von Hilfsorganisationen; Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2356

Förderung Heimatverbände

Gründe für das Ausbleiben der Zuschüsse an die Heimatverbände im Jahr 2012; Umfang der zu erwartenden Unterstützung; Rechtfertigung des Fernbleibens von der Verleihung der Heimatmedaille

Antr
s. *Heimspflege*
Drs 15/2369

Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern

Wichtigkeit der Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern; Maßnahmen zur Prävention; Auszeichnung des Politikers und Publizisten Daniel Cohn-Bendit mit dem Theodor-Heuss-Preis

Antr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3243

Position der LReg zur angekündigten Aufarbeitung der pädophilen Vergangenheit von Daniel Cohn-Bendit

Teilnahme der LReg an der Preisverleihung für Herrn Cohn-Bendit trotz des vorherigen Bekanntwerdens einer unwirksamen Entlastung vom Vorwurf des Kindermisbrauchs; Richtigkeit der Preisverleihung aufgrund neuerer Informationen und Aufarbeitungspläne

MdlAnfr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3456

Über die „intensive Bearbeitung der Journalisten in der Nacht vor und am Rande der Heuss-Preisverleihung“

Pressearbeit des Regierungssprechers und ihre Grenzen; Begründung des Einsatzes des Pressesprechers der LReg im Zusammenhang mit der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an Daniel Cohn-Bendit; Begünstigung Daniel Cohn-Bendits durch die begleitende Pressearbeit; Höhe des dadurch entstandenen finanziellen Aufwands

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/3491

Ehrenamtskarte

Einführung einer Ehrenamtskarte in BW nach bayerischem Vorbild; Auswirkungen einer Ehrenamtskarte auf das ehrenamtliche Engagement; Erfahrungen mit der Jugendleiter/in-Card (Juleica)

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/3892

Neues Design der Landesorden

Planung und Entscheidung über eine Neugestaltung der Landesorden

MdlAnfr 1) Dr. Reinhard Löffler CDU 06.10.2014 Drs 15/5825
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6518

Ehrungen für im Schießsport engagierte Bürger

Verleihung des Verdienstordens des Landes BW, der Ehrennadel des Landes und der Staufermedaille in den Jahren 2012 bis 2015; Ehrungen aufgrund eines Engagements im Sport, insbes im Schießsport; Berücksichtigung von Vorschlägen für Ehrungen im Bereich Sport

KlAnfr
s. *Schießsport*
Drs 15/7683

Auszeichnungsgesetz

s. *Auszeichnung*

Auszubildender

s.a. *Ausländischer Auszubildender*

Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Inanspruchnahme und Bezuschussung von Jugendwohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung, Vergleich mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel für das Schuljahr 2011/12; Entwicklung eines tragfähigen Konzepts im Dialog mit den Beteiligten unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquetekommission

Antr
s. *Wohnheim*
Drs 15/438

Haushalt 2012; Epl 04

Anhebung der Bezuschussung von Wohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung

Haushalt
s. *Wohnheim*
Drs 15/1104

Duales Ausbildungsangebot für die Gewinnung zusätzlicher Erzieherinnen und Erzieher

Ausgestaltung der o.g. Neuordnung im Vergleich zu der bisherigen Ausbildung an einer Fachschule für Sozialpädagogik, Darlegung der Zugangsvoraussetzungen und der praktischen Ausbildungsabschnitte bei unterschiedlichen Trägern, Zeitplan für eine flächendeckende Einführung und eine mögliche Ersetzung der bisherigen Ausbildungsstruktur an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Gewinnung von mehr männlichen Auszubildenden für das Berufsbild Erzieher

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/1230

Das berufliche Übergangssystem in BW

Bewertung der Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems sowie der Teilnehmerzahlen seit 2002, Auswirkungen auf das Eintrittsalter der angehenden Auszubildenden in das duale System, Anrechnung der erworbenen Qualifikationen, geplante Veränderungen?

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1783

Ausweitung des Modells der Teilzeitausbildung

Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer und Förderung des o.g. Modells; Möglichkeiten zur Einbindung der beruflichen Schulen, öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen, von Kammern, kleinen und mittleren Unternehmen und weiteren Akteuren; Erleichterung des Zugangs zu weiteren Ausbildungsberufen

KlAnfr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 15/1811

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 15/1895

Nachwuchs im Handwerk sichern

Entwicklung der Differenz zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage im Handwerk seit 2002; Erwartung eines Rückgangs der Anforderungen mit der sinkenden Zahl von Bewerbern; Entwicklung der Zahlen von Absolventen differenziert nach Schularten, die ein Studium, eine duale Ausbildung und im Anschluss eine Weiterbildung zum Meister oder Techniker einschlagen in den letzten zehn Jahren; verstärkte Werbung für die Möglichkeit einer dualen Ausbildung parallel zur Erlangung der Fachhochschulreife

Antr

s. *Handwerk*

Drs 15/1897

Die Anerkennung des Realschulabschlusses nach erfolgreicher Berufsausbildung

Darlegung der o.g. Voraussetzungen für Auszubildende nach einer erfolgreichen Berufsausbildung; Information der Schulämter und Beruflichen Schulen über die Verwaltungsvorschrift „Erwerb eines dem Hauptschulabschluss oder dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstandes an beruflichen Schulen“ und deren Anwendung

KlAnfr

s. *Ausbildungsabschluss*

Drs 15/2303

Leonardo da Vinci-Programm der EU in BW

Daten und Umsetzung des Leonardo da Vinci-Programms der EU zur Förderung des Austauschs von Auszubildenden, insbes Teilnehmerzahlen, bereitgestellte Landesmittel, Information an Schulen, Unterstützung durch Unternehmen und Gewerkschaften, Vorteile für Auszubildende im Handwerk; Änderungen durch neues EU-Programm „Erasmus für alle“; Auszubildenden-Austauschprogramme als Hilfe zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Antr

s. *LEONARDO*

Drs 15/3096

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heil-

bronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischer Ausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr

s. *Fachklasse*

Drs 15/3853

Verlegung und Schließung kleiner Klassen an beruflichen Schulen in der Technologieregion Karlsruhe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Berufsschulen mit kleinen Klassen, Zukunftsaussichten für diese Klassen; Aufrechterhaltung der Berufsausbildung in Ausbildungsberufen mit anhaltend wenigen Auszubildenden; Einfluss der Schließung bzw Verlegung von Ausbildungsklassen auf die Nachwuchsgewinnung und den wirtschaftlichen Erfolg der betroffenen Branchen; Ausbildung zum Physiklaboranten, Ausbildungsstandorte, Klassengrößen, Einstellung des Ausbildungsangebots an der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe, Erleichterungen für die von der Verlegung des Schulstandorts betroffenen Auszubildenden

KlAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/4147

Nachwuchssorgen im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW

Rückläufige Ausbildungszahlen im Hotel- und Gaststättengewerbe und Gegenmaßnahmen der LReg, insbes Veränderungen in der Ausbildung, Förderprogramm für ausbildungswillige EU-Ausländer

Antr

s. *Gastgewerbe*

Drs 15/4917

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegeschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegeschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr

s. *Pflegeausbildung*

Drs 15/6095

Nicht noch mehr auswärtige Lehrlingsunterbringung - aber eine besser geförderte!

Sachstand zur auswärtigen Unterbringung von Auszubildenden im Blockschulunterricht, insbes Entwicklung und Trägerschaft der Unterbringungskosten, Prozesssituation nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart zu erhöhter Kostentragung durch das Land; Erhöhung der Landesmittel für die Unterbringung von Schülern im Blockunterricht

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 23.07.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7221

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 13-15

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Förderung von Ausbildungsbotschaftern, Werbung von Auszubildenden in den Schulen für ihren Beruf

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 165 166

Autarkieverordnung

s. Abfallrecht

Autismus

Autismus

Krankheitsbild und Diagnostik von Autismus sowie Häufigkeit in BW; Informations- und Fördermöglichkeiten für Menschen mit Autismus und deren Angehörige sowie Finanzierung dieser Leistungen; Integrationsmaßnahmen für Autisten

Antr Werner Raab u.a. CDU 28.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3297

BeschlEmpf und Bericht SoZA 04.07.2013 Drs 15/4040 S. 51 52

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Inklusion von Kindern mit Autismus-Spektrum-Störungen

Gründe für bisherigen Verzicht auf einen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Autismus“; Maßnahmen zur evidenzbasierten Förderung von Kindern mit Autismus in Schulen; Hilfen für Schulen bei der Aufnahme autistischer Kinder und Qualitätssicherung schulischer Förderangebote

Antr Werner Raab u.a. CDU 12.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4916

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 14 15

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Persönliches Budget in BW

Zahl der Empfänger Persönlicher Budgets seit dem Jahr 2010; Anzahl der trägerübergreifenden Budgets; Inanspruchnahme und Ausgestaltung der Persönlichen Budgets; Gewährung des Persönlichen Budgets für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung; Erhöhung der Inanspruchnahme Persönlicher Budgets durch Menschen mit Behinderungen

KlAnfr

s. Persönliches Budget

Drs 15/6223

Partizipation von Menschen mit Autismus in BW

Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung in BW; Beteiligung von Menschen mit Autismus an Entscheidungen, die diese Menschengruppe betreffen; Handreichung für Verwaltungsbeschäftigte zum Umgang mit an Autismus leidenden Menschen; Ansprechpartner für Menschen mit Autismus in der Kommunal- und in der Landesverwaltung; Bereitstellung der für die Selbsthilfe von Autisten notwendigen Ressourcen

Antr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/6277

Inklusion von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen

Erhöhung der Barrierefreiheit; Vermeidung von Fehlinterpretationen des Asperger-Syndroms; Maßnahmen zur Früherkennung von Autismus-Spektrum-Störungen (ASS); Zahl der spezialisierten Versorgungszentren in BW; Strukturen und Maßnahmen zur Verbesserung der Alltagskompetenz von Personen mit ASS sowie zur Vorbereitung dieser Personen auf das Berufsleben; Anerkennung des Autismus als eigenständigen Hilfebedarf

in BW

Antr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/6305

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr

s. Inklusion

Drs 15/6519

Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur für Menschen mit Autismus in BW

Sachstand zur Herstellung von Barrierefreiheit im Sinne von Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung und besonders für Menschen mit Autismus, insbes planerische Umsetzung in den Kommunen

Antr

s. Barrierefreiheit

Drs 15/6927

Autobahn

s.a. Rastanlage

Aktueller Stand beim Ausbau der Hoahrheinautobahn A 98

Planungsstand und Priorität der o.g. Maßnahme, Höhe der bisher investierten Landes- und Bundesmittel

KlAnfr Felix Schreiner CDU 08.07.2011 und Antw MVI Drs 15/251

Breitenbegrenzung von Fahrbahnen in Autobahnbaustellen

Begrenzung auf zwei Meter trotz Überschreitung dieser Breite von Fahrzeugen der Kompaktklasse; Ermöglichung der Nutzung dieser Fahrstreifen von Serienfahrzeugen durch eine sachgerechte Breitenbegrenzung

Antr

s. Fahrbahn

Drs 15/276

Ausbau der A 8 im Bereich Ulm

Stand der Planungen für den A 8-Ausbau zwischen der Landesgrenze und Hohenstadt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Abschnitte, Höhe und Träger der Kosten, Koordination mit dem geplanten Bau der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen, Minimierung der Ausweichverkehre durch anliegende Gemeinden

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 15/294

Planungen der LReg zu einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und grundsätzlichem Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften

Konkretisierung o.g. Pläne und der erwarteten Wirkungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und Unfallzahlen, Auswirkungen von Tempo 30 sowie einer City-Maut in den Städten und Gemeinden; Positionen von Mittelstand, Handwerk und Gewerbetreibenden

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/302

A 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen-Ost - Ausbau, Überdeckung und zusätzlicher Lärmschutz

Einhaltung der o.g. Zusagen der alten LReg und der finanziellen Beteiligung, Unterstützung der Verlegung der Anschlussstelle Böblingen-Ost, Einbeziehung der Bürgerinitiative und der Kommunen in die Planungen; Zeitpunkt der Einleitung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, des Planfeststellungsbeschlusses und des Beginns der Bauarbeiten

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 20.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/309
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 S. 18
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Ausbau L 1115 Backnang - Bundesautobahn 81 Anschlussstelle Mundelsheim

Stand der Planung, Zeitpunkt des Baubeginns für den ersten Abschnitt und die weiteren Bauabschnitte

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/333

Touristische Bedeutung der Burg Hohen Neuffen

Bedeutung als Kulturdenkmal in BW; Beurteilung der Möglichkeit für ein Hinweisschild entlang der A 8

KlAnfr
s. *Burg Hohen Neuffen*
Drs 15/361

Planungen zur A 98

Stand der Planungen, Zeitpunkt des Baubeginns, Höhe der Planungs- und Baukosten für die Abschnitte A 98.4 Eichsel-Karsau und A 98.5 Karsau-Wehr; Frage nach Alternativplanungen zum Ausbau einer B 34 neu mit Umfahrungen der Ortschaften

KlAnfr Josef Frey GRÜNE 27.07.2011 und Antw MVI Drs 15/366

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr
s. *Verkehrsvermeidung*
Drs 15/373

Geplanter Autobahn-Halbanschluss und „Schwörer-Trasse“ in Freiberg/Neckar

Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit und Finanzierbarkeit einer neuen Anschlussstelle an der A 81 mit der geplanten Teilortsumfahrung von Ingersheim sowie der o.g. Trasse durch das Industriegebiet Neckar mit der Ortsumfahrung von Freiberg, Zulässigkeit des geforderten Lkw-Fahrverbots auf der L 1125 auch ohne den Bau des geplanten Halbanschlusses?

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/446

Ausbau Bundesautobahn 8

Stand der Planungen und Genehmigungsverfahren beim Neubau des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche, voraussichtliche Fertigstellung dieses Teilstücks, veranschlagte Kosten sowie Art und Weise der Finanzierung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/484

Tank- und Rastanlage im Enztal / A 8

Planungsstand der o.g. Tank- und Rastanlage an der Ausfahrt Pforzheim-Ost; Ausmaß der Flächen, die durch den Bau neu versiegelt werden; vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen; Größe der Tanks zur Lagerung grundwassergefährlicher Stoffe und Einstufung des damit verbundenen Gefährdungspotenzials; Maßnahmen zum Oberflächen- und Grundwasserschutz

KlAnfr
s. *Rastanlage*
Drs 15/499

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspurigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/576

Pkw-Maut

Frage nach dem Anteil ausländischer Pkw auf den Autobahnen und nach weiteren EU-Ländern ohne Maut; Übernahme einer Vorreiterrolle bei der Einführung einer Pkw-Maut

KlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 15/731

Touristische Hinweistafel auf die historische Benz-Fabrik in Ladenburg im Zuge der A 5

Rechtfertigung o.g. Hinweistafel zum 125. Jahrestag der Erfindung des Automobils

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/776

Stand des durchgängigen Ausbaus der A 3 auf baden-württembergischer Seite

Hinwirkung auf Fertigstellung des o.g. Restabschnitts

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 02.12.2011
Drs 15/949

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1003-1006

Mauterhebung auf der A 5

Höhe der Lkw-Mauteinnahmen je Autobahnkilometer sowie der Mautausfälle im Falle einer Rücknahme der Maut zwischen den Abfahrten Riegel und Bad Krozingen aus Gründen der Verkehrslenkung

KlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 15/962

Lärm- und Luftschutz im Zuge des Ausbaus der A 8 im Enztal

Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen bei den o.g. Planungen, erneute Überprüfung der Verkehrsprognose für 2025 auf der A 8 nahe Kieselbronn, Eintreten für eine Ergänzung der schalltechnischen Untersuchung und Luftschadstoffhebung in Kieselbronn, Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen entlang der Autobahn

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1157

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr

s. *Schurwald*

Drs 15/1169

Ausbau der A 8 zwischen der Landesgrenze und der Anschlussstelle Ulm-West

Stand der Planungen und Genehmigungsverfahren für den 6-spurigen Ausbau der A 8 im o.g. Streckenabschnitt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Ausbauabschnitte und insbes der neuen Anschlussstelle, Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/1280

Touristische Hinweistafel auf das Zweirad- und NSU-Museum der Stadt Neckarsulm an der A 6

Rechtfertigung der beantragten touristischen Hinweistafel mit der geschichtlichen Bedeutung Neckarsulms für die Mobilitätsentwicklung

KlAnfr

s. *Kraftrad*

Drs 15/1350

Lärmschutz entlang der A 8 Stuttgart-Fasanenhof

Überschreitung der Lärmgrenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet im o.g. Bereich; Beurteilung der Wirksamkeit von Flüs-

terasphalt, einer Geschwindigkeitsreduzierung u.a. Maßnahmen zum Schutz der Anwohner

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1472

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/1504

Bundesfernstraßen in der Planfeststellung

Stand der Planfeststellung für Maßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen; Darlegung von gestoppten Planfeststellungsverfahren, der jeweiligen Begründung und bisher verursachten Kosten sowie des weiteren Vorgehens

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/1528

Sanierungsmaßnahmen auf der Bundesautobahn 8

Frage nach weiteren Sanierungsmaßnahmen zwischen Karlsruhe und Stuttgart, Eintreten für eine zügige Sanierung der Autobahnausfahrt Heimsheim/Mönsheim in Richtung Karlsruhe

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.04.2012 und
Antw MVI Drs 15/1624*Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte*

Berücksichtigung des Auslaufens von Planfeststellungsbeschlüssen, von Lärmaktionsplänen, Ausgleichsmaßnahmen u.a. bei den o.g. Kriterien für die geplante Priorisierung von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten; Frage nach vorliegenden Ergebnissen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der Projekte

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/1798

Verkehrslärmbelastung A 8

Beurteilung der Abweichungen zwischen Planfeststellung und aktueller Lärmmessung an der A 8 zwischen München und Augsburg; Durchführung entsprechender Messungen unter Normalbetrieb der A 8 bei Leonberg; Aufbringung von Flüsterasphalt im Zuge der vorgesehenen Fahrbahndeckensanierung der A 8 im Bereich Leonberg

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1826

Tempolimits

Beurteilung von generell Tempo 30 in Städten und generell Tempo 120 auf Autobahnen

MdlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/1953

Provisorische Fußgängerverbindungen während des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Unterbrechung bestehender Querungen der A 8 im Zuge des sechsspürigen Ausbaus, u.a. der Autobahnunterführung an der Tullastraße zwischen Remchingen-Darmsbach und Remchingen-Nöttingen; Eintreten für eine provisorische Fußgängerquerung während der Unterbrechung

KlAnfr
s. *Fußgänger*
Drs 15/2166

Ausbau der A 6

Bewertung des sechsspürigen Ausbaus von Land und Bund, Bedeutung des Ausbaus im Abschnitt Bad Rappenau bis AS Heilbronn/Untereisesheim, Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Bundes zum Ausbau als Öffentlich-Privates Partnerschafts-Projekt; Gründe und Kosten der Vergabe eines eigenen Wirtschaftlichkeitsgutachtens zur gleichen Frage

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 15.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2238
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 75 76
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Darstellung o.g. Maßnahmen für den Abschnitt bei Remchingen-Nöttingen und zwischen Karlsbad und Pforzheim-West, erneute Überprüfung der Lärmschutzplanung anhand des für 2025 prognostizierten Verkehrsaufkommens; Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen sowie für die Aufbringung von Flüsterasphalt in der Nähe von Remchingen-Nöttingen und Remchingen-Darmsbach

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2291

Lärmschutzmaßnahmen an der Autobahn 5 auf Höhe von Karlsruhe Killisfeld

Verwendung offenporigen Asphalts (Flüsterasphalt) anstelle von Waschbeton auf dem Autobahnteilstück der A 5 zwischen Karlsruhe-Durlach und dem Kreuz Karlsruhe

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2365

Flächendeckendes Verkehrsmonitoring in BW

Stand des Ausbaus eines landesweiten Verkehrsmonitorings, Auskunft über die bisherigen Erfahrungen; Aussagen über die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Funktionen des Verkehrsmonitorings; Einschätzung der Verkehrs- und Lärmbelastung von Straßenabschnitten, Möglichkeiten der Verkehrslenkung; Vergleich der automatischen Erhebung gegenüber einer manuellen in Bezug auf Zähldauer, Genauigkeit und Kosten

Antr
s. *Verkehrsstatistik*
Drs 15/2371

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr Elke Brunnemer u.a. CDU 21.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2364

Zusammenarbeit zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und bayerischen Staatsregierung beim Ausbau der A 3 bei Wertheim

Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern über die Übernahme von Bauarbeiten auf einem in BW liegenden Teilstück der A 3; Ausbau der Autobahn A 3 bei Wertheim als prioritäre Maßnahme im aktuellen Investitionsrahmenplan (IRP); Verkehrsaufkommen auf dem betreffenden Streckenabschnitt, Verkehrsbelastung für die Bevölkerung bei einem Unterbleiben des Ausbaus; zu erwartende Kostensteigerungen; Neueinstufung der geplanten Ausbaumaßnahme

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2678

Bauliche und sonstige Maßnahmen zur Verhinderung des Falscheinfahrens auf Bundesautobahnen

Bewertung von Maßnahmen in anderen Ländern; die Kosten solcher Maßnahmen und ihre Finanzierung durch Sponsoring; konkrete Pläne und Ideen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 21.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2687

Hochrheinautobahn A 98 - Abfahrt Hauenstein

Umsetzung der sogenannten Tunnellösung; Prüfung der Varianten der Abfahrt Hauenstein und deren Realisierungschancen; Haltung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Auswirkungen einer Neugestaltung der Abfahrt Hauenstein auf die Einstufung weiterer Teilabschnitte der A 98 im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr Felix Schreiner CDU 28.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2756

Flugverkehrssicherheit in BW und geeignete technische Maßnahmen als Reaktion auf den Hubschrauberabsturz nahe Schwäbisch-Hall

Verlauf von Hochspannungsleitungen an und über Autobahnen in BW; Anzahl der Helikopter-Sichtflugstunden in BW; Überprüfung der Sichtflugvorschriften und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverkehrssicherheit; visuelle oder elektronische Warnsignalgeber an Hochspannungsleitungen an Autobahnen und Bahnstrecken

KlAnfr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 15/2887

Ausbau der Autobahn 81 im LKreisludwigsburg

Geplanter vierspüriger Ausbau der Autobahn 81 zwischen dem Engelbergertunnel und Heilbronn, insbes Verbesserung des Lärmschutzes und Errichtung zusätzlicher Ausfahrten

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 01.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/2981
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.04.2013 Drs

15/3571 S. 38 39
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Zunahme von Wohnungseinbrüchen entlang der Autobahn 7
Bekämpfung und Daten zu Wohnungseinbrüchen in den Gemeinden direkt an der Autobahn A 7 im LKreis Biberach, insbes generelle Zunahme von Eigentumsdelikten in der Nähe von Autobahnen, Erkenntnisse über mögliche Beteiligung organisierter Banden

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3102

Parkplätze für Reisemobile an Bundesautobahnen
Schaffung von Parkmöglichkeiten für Wohnmobile auf Autobahnrastplätzen; Nutzung der mit dem Zusatzzeichen 1048-10 (nur Personenkraftwagen) versehenen Parkplätze durch Reisemobile

KlAnfr
s. *Parkraum*
Drs 15/3120

Lärmschutz durch sogenannten „Flüsterasphalt“
Einsatz, Kriterien und Kosten für die Verwendung von „Flüsterasphalt“ bei Sanierungsmaßnahmen von stark befahrenen Autobahnen und Bundesstraßen iRd Lärmschutzes

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3170

Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn 8 (A 8) im Enzkreis

Entwicklung der Lärmbelastung auf dem Streckenabschnitt zwischen Karlsbad und Pforzheim-West seit 2008; nach dem Abschluss des Autobahnausbaus zu erwartendes Verkehrsaufkommen; Durchführung von Lärmmessungen; Unmut über unzureichenden Lärmschutz an der Pfintalbrücke bei Remchingen; Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes an der A 8 bei Remchingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3404

Kriminalitätsbelastung entlang Bundesautobahnen in BW
Statistiken zur Kriminalität in den Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in BW, insbes zu Wohnungseinbrüchen, weiteren Deliktsformen sowie Delikten auf Autobahnparkplätzen; Erkenntnisse zur gestiegenen Kriminalitätsbelastung an Autobahnen, insbes durch die Nähe zur Bundesgrenze, durch Nutzung als Schleuser-Routen sowie im Hinblick auf organisierte Kriminalität; Maßnahmen der LReg zur Prävention und Aufklärung dieser Delikte, insbes Möglichkeiten und Personalausstattung der Autobahnpolizei

Antr
s. *Vermögensdelikt*
Drs 15/3436

Ausbau der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze

Planungsstand des sechsspurigen Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und Kupferzell sowie zwischen Kupferzell und der Landesgrenze; Prüfung der Ausbauplanen; Genehmigung der Ausbaupläne durch den Bund; Frage der Durchführung als Public-Private-Partnership-Projekt (PPP-Projekt)

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU, Rainer Hinderer u.a. SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 07.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3466

Ausbau der A 3 bei Wertheim

Priorisierung und Sachstand beim Ausbau der A 3 bei Wertheim; Gültigkeit der Vereinbarung des Landes BW mit dem Freistaat Bayern aus dem Jahr 2008

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 21.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3523
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.12.2013 Drs 15/4897 S. 108-110
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 8

Verkehrsaufkommen, Lkw-Anteil in der Nacht; Lärmschutzmaßnahmen an der Pfintalbrücke; Einbeziehung der Klosterwegbrücke in den Planfeststellungsbeschluss

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3649

Ausbau der Bundesautobahn 5 (A5)

Verkehrssituation und Ausbau der Bundesautobahn A5 zwischen Offenburg und Freiburg, insbes Daten zu Verkehrsaufkommen und Unfallquote, sowie Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den Bedarfsplan für Bundesautobahnen

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 10.07.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3768
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 69
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Seitenstreifenfreigabe auf der A 6

Unterschiedliche Positionen des Verkehrsministeriums und des RegPräs Stuttgart zur Freigabe der Seitenstreifen der A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und Bretzfeld für den Verkehr

MdlAnfr 2) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 28.10.2013 Drs 15/4248
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4904-4906

Zukunft der Hoahrheinautobahn A 98

Notwendigkeit und Planungsstand des Ausbaus der Hoahrheinautobahn A 98 sowie des Herrschaftsbuck-Tunnels

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 07.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4296
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 15.01.2014 Drs 15/4897 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 118-121
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
Mittlg LReg 02.09.2014 Drs 15/5678

Vorgehensweise der LReg beim Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth und bei der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord

Detailangaben zu Überlegungen der LReg und zu den Abstimmungsgesprächen mit Rheinland-Pfalz zum Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth; Gründe für die Nichtanmeldung der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/4398

Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Lauda-Königshofen sowie dem sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4549

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn (BAB) 8 bei Remchingen

Berücksichtigung von Lärmschutzberechnungen am Streckenabschnitt der Autobahn 8 bei Remchingen und geplante Verbesserung der Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/4561

Bundesautobahn (A) 5 - Lärmauswirkungen auf Gemeinden im Wahlkreis 33

Durchschnittliche Lärmbelastung in den Gemeinden entlang der A 5; Entwicklung des Verkehrsaufkommens seit 2004; Beschwerden der Anrainergemeinden seit dem Ausbau der Bundesautobahn; Maßnahmen zur Lärmreduzierung

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/4618

Stand der Planungen zur Hoahrheinautobahn A 98

Zeitplan für die Realisierung der verschiedenen Abschnitte; Berücksichtigung regionaler Erkenntnisse und Positionen bei der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr Felix Schreiner CDU 09.04.2014 und Antw MVI Drs 15/5062

Aktueller Sachstand des Ausbaus der Bundesautobahn (A) 3 bei Wertheim vor dem Hintergrund nicht abgerufener Mittel des Bundes

Sachstand und Kosten des Ausbaus der Bundesautobahn 3 bei Wertheim, insbes Vermeidung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, Mittelbereitstellung, Baufreiigabebedingungen, mögliche Verwendung nicht abgerufener Bundesmittel

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.04.2014 Stellungnahme MVI Drs 15/5096
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 36-38
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Ausbau der Autobahn (A) 61 Landesgrenze Rheinland Pfalz (RP)/Baden-Württemberg (BW) - Autobahndreieck Hockenheim

Stand, Kosten und verkehrliche Notwendigkeit der Maßnahme zum Ausbau der A 61 Landesgrenze RP/BW - Autobahndreieck Hockenheim, insbes Begründung für die Streichung aus der Maßnahmenliste des Landes für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr Gerhard Stratthaus CDU 15.05.2014 und Antw MVI Drs 15/5205

Entwicklung und Maßnahmen bezüglich der Plünderung von Lastkraftwagen auf Parkplätzen entlang der A 6

Zahlenentwicklung der Plünderung parkender Lastkraftwagen entlang der A 6 und Gegenmaßnahmen der Polizei

MdlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/5293

Häufung schwerer Lkw-Unfälle auf der A 6

Entwicklung der schweren Lkw-Unfälle auf der A 6 und erforderliche Maßnahmen der LReg zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

MdlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/5293

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 22 - Zusätzliche Ausrüstung von Streckenbeeinflussungsanlagen an den Bundesautobahnen A 8 und A 81 durch das Land BW (Kap 1304)

Mittlg RH
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 15/5422

Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A) 8

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bisherige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung; Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direkten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines Direktanschlusses an die A 8

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 29.07.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5564
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 49 50
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Finanzierung des Ausbaus der A 6 vom Weinsberger Kreuz bis zur Landesgrenze durch ein PPP-Modell auf Genossenschaftsbasis

Möglichkeit der Finanzierung des Ausbaus der A 6 vom Weinsberger Kreuz bis zur bayerischen Grenze mittels eines Public-Private-Partnership-Projektes durch eine Bürgerbeteiligungsgenossenschaft

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 07.10.2014 Drs 15/5825
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6518-6520

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/625 betr. Lärmschutzmaßnahmen an der A 96 Kießlegg

Petitionen
s. *Lärmschutz*
Drs 15/5806

Auswirkungen des Lkw-Überholverbots im Zeitraum von 6 Uhr morgens bis 19 Uhr abends auf Verkehrsfluss und Unfallgefahren im Streckenabschnitt vom Autobahnkreuz Weinsberg bis zur bayerischen Landesgrenze auf der Autobahn A 6

Auswirkung des Überholverbots für Lkws über 7,5 t im Zeitraum von 6 bis 19 Uhr auf Unfallgeschehen und Verkehrsfluss auf der Autobahn 8 vom Autobahnkreuz Weinsberg bis zur bayerischen Landesgrenze, insbes Möglichkeit der Ausdehnung des Zeitraums von 5 bis 21 Uhr

MdlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/6090

Autobahnabschnitt A 81 Pleidelsheim/Ludwigsburg-Nord

Verkehrsaufkommen auf diesem Autobahnabschnitt; Häufigkeit und Dauer von Staus auf diesem Streckenabschnitt; Anzahl der Unfälle in den letzten drei Jahren; Lärmbelastung der Stadt Freiberg am Neckar; Ausbau des Autobahnabschnitts

KlAnfr Manfred Hollenbach CDU 13.11.2014 und Antw MVI Drs 15/6121

Neue Berechnungen zur Lärmbelastung an der Bundesautobahn A 8

Bewertung der Ergebnisse des Lärmgutachtens zur Lärmbelastung an der A 8 zwischen Karlsbad und Pforzheim/West im Bereich Remchingen und Konsequenzen für die Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärm*
Drs 15/6142

Zusatzanzeigen an den Streckenbeeinflussungsanlagen an der A 8 und A 81

Hintergründe zur Installation der zusätzlichen Textanzeigen an den Streckenbeeinflussungsanlagen an der A 8 und A 81, insbes Veranlasser, Notwendigkeit und Kosten

Antr
s. *Verkehrszeichen*
Drs 15/6146

Baustellensituation auf der Bundesautobahn A 81

Zahl der Baustellen, betroffene Autobahnabschnitte; Art der Baumaßnahmen und deren voraussichtlicher Abschluss; Umfahrungsmöglichkeiten für Berufspendler; Verringerung der Beeinträchtigungen im Berufsverkehr

KlAnfr
s. *Baustelle*
Drs 15/6195

Stand der Planungen zum Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen

Sachstand der Planungen zum achtspurigen Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen, insbes Kriterien für die Bewertung in der Prioritätenliste, Verkehrsbelastungen auf den jeweiligen Abschnitten zwischen Leonberg und Wendlingen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 04.12.2014 und Antw MVI Drs 15/6222

Lärmschutzmaßnahmen auf der Bundesautobahn A 5 und A 8 im Raum Karlsruhe

Sachstand zu Lärmschutzmaßnahmen auf den Bundesautobahnen A 5 und A 8 im Raum Karlsruhe, insbes Verbesserung des Lärmschutzes durch die Fahrbahnsanierung, vorgesehene weitere Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/6622

Baubeginn der Maßnahme Bundesautobahn (A) 8 - Pforzheim-Nord - Anschlussstelle (AS) Pforzheim-Süd

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesautobahn 8 - Pforzheim-Nord - Anschlussstelle Pforzheim-Süd, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*

Drs 15/7263

Überplanungsbedarf des Knotenpunkts der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98 und der Wiesentalstraße B 317

Zeitplan und Maßnahmen für die Überplanung des Knotenpunkts der Wiesentalstraße (B 317) in Lörrach und der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98

MdlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7550

Lärmschutzwall A 8 Weissach-Flacht

Endausführung und Zweckmäßigkeit der Erdwälle an der A 8 in Höhe Weissach-Flacht; Verbesserung des Lärmschutzes durch Verschluss der Lücke zwischen den Erdwällen; Einfluss der noch ausstehenden Ausgleichsbepflanzung auf den Schallschutz

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/7637

Paralleler Ausbau Bundesautobahn (BAB) 5 und Rheintalbahn

Durchführbarkeit einer gemeinsamen Planung und Planfeststellung für beide Projekte; Priorisierung des sechsspurigen Ausbaus der BAB 5 südlich von Offenburg im Bundesverkehrswegeplan 2016

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 09.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7657

Deckelung der Autobahn (A) 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen Ost - finanzielle Beteiligung des Landes

Sachstand zur finanziellen Beteiligung des Landes an einer Überdeckelung bei der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen; Bewertung der Verfassungswidrigkeit einer Bezuschussung von Projekten durch Land und Kommunen für Straßenbaumaßnahmen des Bundes

KlAnfr Paul Nemeth CDU 16.11.2015 und Antw MVI Drs 15/7664

Generelles Tempolimit auf baden-württembergischen Autobahnen durch die Hintertüre?

Sachstand zum geplanten Modellversuch für ein Tempolimit auf den Abschnitten der A 96 von Achberg bis Aitrach und auf der A 81 vom Autobahnkreuz Hegau bis Bad Dürkheim, insbes tatsächlicher Projektbeginn, Auswahlkriterien der Streckenabschnitte, angestrebter Erkenntnisgewinn, rechtliche Grundlagen

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/7716

Autobahnanschluss an den Baden-Airpark

Sach- und Planungsstand zur Anbindung des Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden (Baden-Airpark) an die Bundesautobahn 5

KlAnfr Tobias Wald CDU 15.01.2016 und Antw MVI Drs 15/7948

Ablehnung einer Autobahnprivatisierung und Autobahnmaut

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430

Vorwurf der Behinderung des Ausbaus der A 6 beim Weinsberger Kreuz durch den Verkehrsminister

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2115 2121

Autobahnanschlussstelle

s. *Autobahn*

Autobahnausfahrt

s. *Autobahn*

Autobahnbaustelle

s. *Baustelle*

Autobahnbrücke

s. *Brücke*

Autobahndreieck

s. *Autobahnkreuz*

Autobahnknotenpunkt

s. *Autobahnkreuz*

Autobahnkreuz

Ausbau der Autobahn (A) 61 Landesgrenze Rheinland Pfalz (RP)/Baden-Württemberg (BW) - Autobahndreieck Hockenheim
Stand, Kosten und verkehrliche Notwendigkeit der Maßnahme zum Ausbau der A 61 Landesgrenze RP/BW - Autobahndreieck Hockenheim, insbes Begründung für die Streichung aus der Maßnahmenliste des Landes für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5205

Bau eines Verflechtungsstreifens an der Autobahn (A) 8/(A) 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost

Sachstand zum Bau eines Verflechtungsstreifens an der A 8/A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost, insbes Ziele, Folgewirkungen durch Zunahme von Verkehr sowie Lärm- und Schadstoffbelastung, Gegenmaßnahmen, Bürgerbeteiligung

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 08.04.2015 und Antw MVI Drs 15/6714

Autobahnpolizei

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim

Folgen der Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim; geplante Änderungen in den Zuständigkeiten der Autobahnpolizeireviere

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 06.11.2013 und Antw IM Drs 15/4292

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen

Gründe für die Einrichtung und Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen; Folgen der Standortschließung in Bezug auf Kosten, Personalveränderungen, Sicherheitsaspekte, bisherige Immobiliennutzung; Auswirkungen auf das angrenzende Logistikzentrum der Polizei

KlAnfr Konrad Epple CDU 23.01.2014 und Antw IM Drs 15/4641

Autobahnraststätte

s. *Rastanlage*

Autobus

s. *Omnibus*

Autofahrer

s. *Kraftfahrer*

Autoindustrie

s. *Kraftfahrzeugindustrie*

Autokennzeichen

s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*

Automat

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Sicherung des Personalbestandes der Feuerwehren; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Feuerwehren; Verhinderung von Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots über Alkoholbringdienste und Warenautomaten; Anpassung einer Verweisung im Landeskatastrophenschutzgesetz

GesEntw
s. *Feuerwehr*
Drs 15/7613

Automatisierte Datenverarbeitung

s. *Datenverarbeitung*

Automatisierte Gesichtserkennung

s. *Biometrie*

Automobilindustrie

s. *Kraftfahrzeugindustrie*

Autonomes Fahrzeug

Test mit selbstfahrenden Lastkraftwagen (Lkw)

Sachstand zu den Grundlagen für die Genehmigung von Testfahrten mit selbstfahrenden Lastkraftwagen durch die LReg, insbes Testbereich, wissenschaftliche Begleitung, Risiken für andere Verkehrsteilnehmer, Haftungsfragen

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 15.10.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7580
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 80
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Autopsie

s. *Obduktion*

Autor*s.a. Buch**s.a. Literatur**s.a. Urheberrecht**Landespreis für Volkstheaterstücke*

Entwicklung der Definition o.g. Theaterstücke und der Preisverleihung seit 1978, Auflistung der ausgezeichneten Autoren, jeweilige Rolle der Laien- und Profikunst bei der Besetzung der Jury, Verstärkung der Trennung zwischen Amateurtheater, Volkstheater und Kleinkunst? Frage nach dem zuständigen Ministerium für die Förderung des Amateurtheaters und des Volkstheaterwesens

Antr

s. Theater

Drs 15/859

Zukunft des Urheberrechts - Situation der Schriftsteller in BW

Tätigkeitsbereiche sowie kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der haupt- und nebenberuflichen Schriftstellerinnen und Schriftsteller; Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf Schriftsteller, Verlage und Buchhandlungen; dadurch bedingte Veränderungen im Verhältnis zwischen Urheber, Verwerter und Nutzer; Haltung zur geplanten Novellierung des Urheberrechts der BReg und zu Modellen wie „Kulturfltrate“ oder „Kulturwertmark“

Antr

s. Urheberrecht

Drs 15/2129

250. Geburtstag Friedrich Hölderlin

Sachstand zu den Vorbereitungen des 250. Geburtstags von Friedrich Hölderlin, insbes Förderung der Feierlichkeiten, Neugestaltungen von literarischen Ausstellungen an Orten Friedrich Hölderlins, Kontakte der Kulturinstitute zu Frankreich aus Anlass des Jubiläums

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.07.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7204

BeschlEmpf und Bericht WissA 08.10.2015 Drs 15/7638 S. 31

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Autowrack*s. Altfahrzeug***Autozubehör***s. Kraftfahrzeugausrüstung***AVG***s. Albtal-Verkehrs-Gesellschaft***Avicenna-Studienwerk***Begabtenförderung für Muslime*

Begabtenförderung für muslimische Studierende durch das Avicenna-Studienwerk, insbes Notwendigkeit dieser Stiftung, integrationspolitisches Signal, Förderbedingungen sowie Förderprojekte mit ähnlicher Zielrichtung auf Landesebene

KlAnfr

s. Begabtenförderung

Drs 15/4642

Avrupah Türk Demokratlar Birliği*s. Union of European Turkish Democrats***AzUVO***s. Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung***Baby***s. Kind***Babyfenster***s. Babyklappe***Babyklappe***Leben ermöglichen - Babys in BW schützen*

Vorhandene und notwendige sowie bisher in Anspruch genommene Möglichkeiten der Babyklappe und anonymen Geburt; alternative niedrigschwellige Angebote in anderen Ländern; Beurteilung des Fehlens von Angeboten im württembergischen Landesteil sowie in Nordbaden; Anstrengung eines Dialogs mit den Kirchen; Schaffung flächendeckender Angebote für Mütter mit schwerwiegenden Problemen

Antr

s. Kind

Drs 15/1065

Verbleib von Kindern, die anonym geboren oder in Babyklappen gelegt wurden

Zahl der o.g. Kinder im Zeitraum von 2000 bis 2009; Sicherstellung künftiger Angaben über den Verbleib dieser Kinder

KlAnfr

s. Kind

Drs 15/1539

Babypause*s. Elternzeit***Bachelor***Ausbau der Masterstudienplätze*

Planungsgrundlagen, Kriterien, Finanzierung und Arbeitsmarktanforderungen beim Ausbauprogramm von Masterstudiengängen und -plätzen, insbes Ergebnisse und Bericht der Expertenkommission; Daten und Prognosen zu Übergangsquoten und Kapazitätsauslastungen bei Masterprogrammen; Bestandsschutz für Bachelorstudienplätze; Studienplatzausbauförderung durch Bundesmittel

Antr

s. Master (Hochschule)

Drs 15/2961

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung

Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdienstes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/4714

Zulassungsvoraussetzung für ein Masterstudium am Beispiel des Psychologischen Psychotherapeuten

Zulassungsvoraussetzungen für ein Masterstudium im Fach „Psychologischer Psychotherapeut“ in BW, insbes Zulassungspraxis des Landes Sachsen-Anhalt und die Konsequenzen für die Absolventen baden-württembergischer Universitäten, Bewertung der nicht-bundeseinheitlichen Auslegungs- und Zulassungspraxis; Zulassungspraxis einzelner Bundesländer bei Absolventen von Fachhochschulstudiengängen zu universitären Masterstudiengängen

KlAnfr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5554

Backgewerbe

Situation der Handwerksbäckereien in BW

Entwicklung im Backgewerbe in BW, insbes Anzahl und Marktanteile der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Großbäckereien, Anzahl der Backstationen in Discountern und der Verkaufsstände von Großhandelsbäckereien im Lebensmitteleinzelhandel, Markt der Tiefkühl-Backwaren; Situation der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Fördermöglichkeiten, insbes bei Getreidepreisen und Energiekosten

Antr Paul Locherer u.a. CDU 02.05.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5151
BeschlEmpf und Bericht LandwA 04.03.2015 Drs 15/6921 S. 54 55
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Sonntagsbackverbot

Sachstand zur Einschränkung der Produktion frischer Backwaren durch Bäckereibetriebe an Sonn- und Feiertagen, insbes Möglichkeiten zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 08.04.2015 und Antw SM
Drs 15/6712

Backnang

Ausbau L 1115 Backnang - Bundesautobahn 81 Anschlussstelle Mundelsheim

Stand der Planung, Zeitpunkt des Baubeginns für den ersten Abschnitt und die weiteren Bauabschnitte

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/333

Anschluss des Weissacher Tals an die B 14

Berücksichtigung der Interessen der Gemeinden Weissach, Althütte, Allmersbach und Auenwald bei den Planungen zum Weiterbau der B 14, Eintreten für einen verstärkten Lärmschutz an den Ortsdurchfahrten der Ortsteile Waldrems und Heiningen

KlAnfr
s. *Weissach im Tal*
Drs 15/1276

Festlegung Polizeipräsidium Aalen

Zugrundeliegende Kriterien und Auswirkungen der o.g. Standortentscheidung im Zuge der Polizeireform; Zahl und Einheiten der zwischen Waiblingen und Aalen wechselnden Beamten,

insbes von Vollzugs- und Nichtvollzugsbeamten des bisherigen Führungs- und Einsatzstabes der PD Waiblingen; Gründe für die Schließung der Kriminalaußenstelle in Backnang, Chancen für die dortige Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion; Darstellung des Investitionsbedarfs für die Liegenschaften in Waiblingen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1774

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2066

Bewertung der B 14 - Abschnitt Nellmersbach/Backnang-West

Bewertung des o.g. Abschnitts gemäß den für den Priorisierungskatalog entwickelten Kriterien

Antr
s. *Bundesstraße 14*
Drs 15/2157

Aufstufung L 1115 zur Bundesstraße

Planungsstand der Aufstufung der L 1115 von einer Landes- zur Bundesstraße, insbes Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur im Raum Backnang für die Kommunen Aspach und Backnang; Verkehrsbelastung auf den einzelnen Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Mundelsheim und Backnang

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/3403

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr
s. *Steueraufkommen*
Drs 15/6391

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14 Nellmersbach - Backnang, Bauabschnitt (BA) 1.1

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14 Nellmersbach-Backnang, Bauabschnitt 1.1, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7281

Backwarenindustrie

s. *Backgewerbe*

Bad Bellingen

Schienenpersonennahverkehr Rheintalbahn Freiburg-Basel
Planungen und Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr auf der Rheintalbahn; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3292

Bad Boll

Antrag der Gemeinde Heiningen auf Errichtung einer Werkrealschule

Auswirkungen der Bewilligung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll sowie des o.g. Antrags der Gemeinde Heiningen auf Einrichtung einer einzügigen Werkrealschule auf der Grundlage eines von der Schule entwickelten pädagogischen Konzepts, insbes auf die zu erwartenden Schülerströme in der Raumschaft Bad Boll/Heiningen; Bewertung der Willensäußerungen der Eltern nach Einrichtung einer Werkrealschule in Heiningen im Vergleich zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1433

Bad Friedrichshall

Zeitnahe Umsetzung der Verkehrskonzeption im Bereich der Gemeinden Neuenstadt / Oedheim / Bad Friedrichshall

Stand der Planungen zur Weiterführung der Ortsumfahrung Neuenstadt im Zusammenhang mit dem Umbau der L 1088 sowie zur Ableitung des Verkehrs auf der Gemarkung Oedheim über die K 2001 in Richtung L 1095 Neckarsulm, Höhe und Träger der Kosten, Zeitpunkt der Finanzierung und Realisierung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1536

Bad Herrenalb

Naturschutz bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw

Sachstand zur Einhaltung der Naturschutzbestimmungen bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw, insbes Missachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzermarbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/6846

Bad Krozingen

Berufliche Schulen Bad Krozingen - Müllheim

Ablehnung der Verlegung von Teilen der Kaufmännischen Schulen Müllheim nach Bad Krozingen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5319

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - Ausschreibung Netz 4 a - Expresszugangebot

Vorgaben der Ausschreibung; Auskunft über das geplante Expresszugangebot; Beibehaltung der Haltestellen in Bad Krozingen und Heitersheim

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6315

Bad Mergentheim

Zukünftige Entwicklung der Dualen Hochschule BW in Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn

Entwicklung des Studienangebots und der Zahl der Studierenden an der DHBW Mosbach; Profile der drei Campus-Standorte Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn und deren Zusammenarbeit; Empfehlung des zentralen Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW für eine Eigenständigkeit des Campus Heilbronn; Vor- und Nachteile einer Verselbständigung des Campus Heilbronn für die DHBW Mosbach; Beurteilung des Engagements der Dieter Schwarz Stiftung für die Duale Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4173

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/4175

Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Lauda-Königshofen sowie dem sechsspürigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4549

Neuordnung des ärztlichen Notfalldiensts im Main-Tauber-Kreis
Versorgungssituation der Bevölkerung nach der Neuordnung der ärztlichen Notfalldienste im Main-Tauber-Kreis, insbes in Bad Mergentheim und Wertheim

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/5431

Bad Rappenau

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau

Vernetzung des ÖPNV zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem LKreis Heilbronn; Fahrgastpotenzial einer direkten Busverbindung zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau; Einrichtung einer kreisübergreifenden Busverbindung; Rolle der Krebsbachtalbahn in einem kreisübergreifenden ÖPNV

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6453

Bad Säckingen

Pumpspeicherwerk Atdorf

Bewertung des Ergebnisses der Schlichtungsgespräche zum Pumpspeicherwerk Atdorf in Bad Säckingen; Gewichtung der vorgebrachten naturschutzrechtlichen Bedenken, insbes Schutz der vorhandenen Moore; Frage nach weiteren Planungen und Alternativplanungen

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/867

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Atdorf hinaus

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Polizeirevier Bad Säckingen

Baulicher Zustand des Polizeireviere Bad Säckingen und Umsetzung von Renovierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 15/6872

Gegenwart und Zukunft des Spitals Bad Säckingen

Sachstand zu Bedeutung und Entwicklung des Spitals Bad Säckingen

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/7161

Bad Saulgau

Außerschulische Bildung - MINTech-Zentrum Bad Saulgau

Höhe der für die außerschulische Bildung vorgesehenen Haushaltsmittel; Erkenntnisse über die Qualität der Bildungseinrichtungen im MINT-Bereich sowie über den Beitrag dieser Einrichtungen zur Behebung des Fachkräftemangels; Bewilligung und

finanzielle Förderung des in Bad Saulgau geplanten MINTech-Zentrums

Antr
s. *Außerschulische Jugendbildung*
Drs 15/2599

Einrichtung einer Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau

Sachstand zur beabsichtigten Nutzung der früheren Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau als Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung

MdlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7399

Bad Überkingen

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3641

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrsbelastung auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzenbühl

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3642

Bad Urach

Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an Förderschulen in Metzingen und Bad Urach

Unterrichtsausfall an der Wilhelmschule Bad Urach und der Seyboldschule Metzingen bedingt durch Krankheit oder Mutterschutz von Lehrkräften; Gründe und Abhilfemaßnahmen für das Fehlen von Klassenlehrern in den Eingangsklassen beider Schulen

KlAnfr
s. *Sonderschule*
Drs 15/1724

Bad Waldsee

Ausbau der B 30 südlich von Bad Waldsee

Maßnahmen zur Entlastung der Ortsdurchfahrten Gaisbeuren und Enzisreute, Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung und Ausbau des Bauabschnitts „B 30 Süd“

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/476

Priorisierung der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Vorarbeiten und Möglichkeiten der Einflussnahme auf den neuen Bundesverkehrswegeplan ab 2016; Chancen für die Aufstufung der noch nicht ausgebauten Streckenabschnitte und

Ortsumfahrungen in den „vordringlichen Bedarf“, insbes Ausbau zwischen Biberach und Baidt, Ortsumgehungen von Gaisbeuren und Enzisreute sowie Ausbau der Ortsumfahrung Bad Waldsee

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/2095

Bad Waldsee

Veräußerung des landeseigenen Gebäudegrundstücks Hauptstraße 10/12 in Bad Waldsee

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7130

Bad Wildbad

Stadtbahnstrecken zwischen Karlsruhe und Bietigheim

Erhöhung der Pünktlichkeit und der Fahrgastzahlen auf der Stadtbahnlinie S 5; Verlegung eines dritten Gleises auf der Strecke zwischen Pfinztal-Söllingen und Pforzheim; Vorschlag, die Stadtbahnlinie S 5 in Pforzheim enden zu lassen und dafür die von Bad Wildbad kommende Linie S 6 nach Bietigheim-Bissingen durchzubinden

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3103

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. *Enztalbahn*
Drs 15/5111

Bad Wimpfen

Schutz vor verkehrsbedingten Immissionen in Bad Wimpfen

Höhe der Kosten und Effekte der genehmigten Umfahrung im Zuge der L 1100 im Vergleich zu der von der Bürgerinitiative Straßenverkehr Bad Wimpfen entwickelten Alternativplanung einer westlichen Spange; Gründe für die Aufhebung des Durchfahrtsverbots für Gefahrguttransporter; Umsetzungsstand des Lärmaktionsplans; Intensität und Ergebnisse der Schadstoffmessungen; Sicherheitsbewertung der Schulwege; Frage nach dem Planungsstand für die Aufnahme in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 23.05.2012 und Antw MVI Drs 15/1744

Badeanstalt

s. *Schwimmbad*

Badegewässer

Wassertourismus in BW

Sachstand zum Wassertourismus in BW, insbes Badewasserqualität, Binnen- und Fließgewässerqualität, Fördermaßnahmen und

Qualitätssiegel für Wassertourismus, Sportunfälle in Gewässern, Auswirkungen des Klimawandels, Rückzug des Bundes aus der Eigentümersicherungspflicht bei „Sonstigen Wasserstraßen“ des Bundeswasserstreckennetzes

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/6591

Naturschutzmaßnahmen am Epplesee

Sachstand zu Verstößen gegen die Schutzgebietsverordnung für das Naturschutzgebiet am Südufer des Eppleeses

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.02.2016 und Antw MLR Drs 15/8044

Baden

s.a. *Baden 21*

s.a. *Baden-Württemberg*

s.a. *Regierungsbezirk Freiburg*

s.a. *Regierungsbezirk Karlsruhe*

s.a. *Südbaden*

Gehören die Särge in der Pforzheimer Fürstengruft dem Land?

Zuordnung der Särge und Gebeine von Mitgliedern der ehemaligen badischen Herrscherfamilie in der Gruft der Schloss- und Stiftskirche St. Michael in Pforzheim in das Eigentum des Landes nach Auffassung eines Karlsruher Rechtshistorikers und Rechtsanwalts; Klärung der Eigentumsfrage und damit des Zutritts mit der Möglichkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung der Särge

KlAnfr
s. *Grab*
Drs 15/1955

Sanierungsplan PFC-Belastung in Mittelbaden

Sachstand des Sanierungsplans zur per- und polyfluorierten Chemikalien-Belastung (PFC-Belastung) in Mittelbaden, insbes Sanierungsvorüberlegungen, Ursachenforschung, weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und des Bodens, Zuständigkeitsregelung bei den Behörden

KlAnfr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6258

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6883

Baden 21

s.a. *Rheintalbahn*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Klares Bekenntnis zu Baden 21

Hinwirkung auf angemessene Lärmschutzmaßnahmen der Bahn AG entlang der gesamten Strecke; Eintreten für eine menschen-

und umweltfreundliche Trassenführung zwischen Karlsruhe und Basel; Berücksichtigung des Landesanteils in der mittelfristigen Finanzplanung

Mittlg LReg 12.05.2011 Drs 15/12

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenfern- und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weilhaltingen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 20.06.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/133

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/907 S. 49-51

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Regierungsbefragung

Erhöhte Fördermittel der EU für den Ausbau der Europatrasse Baden 21

PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5617 5618

Verwirklichung von Baden 21 im Abschnitt Hügelsheim-Auggen - Unterstützung der Forderungen des „Bürger-Bündnis Bahn Markgräflerland“ durch die LReg

Bewertung der Kernpunkte des „Bürger-Bündnisses Bahn Markgräflerland“ zur Verwirklichung von Baden 21 im Abschnitt Hügelsheim-Auggen durch die LReg; Möglichkeiten zur Beschleunigung des Ausbaus der Rheintalbahn

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 19.12.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6304

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 66-68

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr FDP/DVP 27.10.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7611

Baden-Airpark

s. Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden

Baden-Baden

s.a. Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden

s.a. Kunsthalle Baden-Baden

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreisz Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KlAnfr

s. Stuttgart 21

Drs 15/367

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Baden-Baden/Bühl erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge

KlAnfr

s. Bildungshaus

Drs 15/439

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. Stuttgart 21

Drs 15/820

Einrichtung von sogenannten Gemeinschaftsschulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreisz Rastatt (Wahlkreis 33)

Frage nach vorliegenden Anträgen oder Absichtserklärungen von Schulträgern, einer Prüfung der Genehmigungsfähigkeit und den notwendigen gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen

KlAnfr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/1252

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreisz Rastatt (Wahlkreis 33)

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2010; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; geplante und planfestgestellte Maßnahmen für 2012 und 2013, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr

s. Straßenbau

Drs 15/1257

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Rastatt und den Stadtkreis Baden-Baden

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1404

Innerörtliche Saatkrähen-Problematik in der Stadt Bühl (Baden)
Bestandsentwicklung, Verbreitung und Schäden im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden, Art und Erfolg von Methoden zur Vergrämung und Bestandsregulierung, Unterstützung der Kommunen bei der Bestandseindämmung

KlAnfr
s. *Vogel*
Drs 15/1443

Ärztliche Versorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1780

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2020; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/1785

Unterrichtsausfall an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1784

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1980

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Stadtkreis Baden-Baden bzw im südlichen LKreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2041

Entwicklung SWR-Standort Baden-Baden

Darlegung o.g. Entwicklung nach dem Entwurf des SWR-Rundfunkstaatsvertrags, Auswirkungen des Wegfalls der Produktionsvorgaben und der Bindung der Direktorenstellen an die Standorte, Personalentwicklung in Baden-Baden seit 2002 und künftig, Anteil der dem Standort Baden-Baden zuzurechnenden Personalstellen des SWR-Sinfonieorchesters, Auswirkungen einer möglichen Fusion der SWR-Orchester auf die Personalstellen in Baden-Baden

KlAnfr
s. *Rundfunk*
Drs 15/2227

Lückenschluss der Bundesstraße 3 neu

Stand, Zeit- und Kostenperspektive für die Realisierung des Lückenschlusses der B 3 zwischen Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim sowie der L 80 in Sinzheim; Einbindung der betroffenen Gemeinden, des LKreises Rastatt und des Stadtkreises Baden-Baden bei der Fortführung des Verfahrens

KlAnfr
s. *Bundesstraße 3*
Drs 15/2542

Petersburger Dialog 2013

Verlauf der Planungen des Petersburger Dialogs in Baden-Baden; Gründe für die Rücknahme der Förderung; Argumente gegen die Förderung bzw gegen den Dialog an sich; Höhe der Exportquote der baden-württembergischen Wirtschaft nach Russland; gegenwärtiger Stand des Dialogs zwischen BW und Russland; Einflussmöglichkeiten des Landes BW auf die Beachtung der Menschenrechte und eine Demokratisierung in Russland

Antr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2662

Einladung des Petersburger Dialogs nach BW

Gründe für die Absage der 2013 in Baden-Baden geplanten Veranstaltung; Gesamtvolumen der veranschlagten Kosten; Frage nach politischen Gründen für die Absage; Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit Russland

KlAnfr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2680

Umsetzung der EU Richtlinie 2008/96/EG und damit verbundene Auswirkungen auf die Gestaltung von Verkehrskreiseln hinsichtlich ihrer Sicherheit

Auswirkungen auf bereits bestehende oder in der Planung befindliche Verkehrskreisel auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; durch die Prüfung der Verkehrssicherheit für das Land, die Kreise und Gemeinden entstehende Kosten; Überprüfungsverfahren und Umsetzungsfristen, Förderung der Rückbaumaßnahmen; Nennung der betroffenen Verkehrskreisel insbes im Wahlkreis Baden-Baden

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2727

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rastatt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2952

Neuer SWR-Staatsvertrag und die Auswirkungen auf Baden-Baden

Auswirkungen des neuen SWR-Staatsvertrags auf den SWR-Standort Baden-Baden, insbes Wegfall der festen Zuordnungen für Direktorenstellen und überregionale Produktionen sowie Fusion der Rundfunkorchester an den Standort Stuttgart; Gleichwertigkeit des SWR-Standorts Baden-Baden neben Mainz und Stuttgart; mittel- bis langfristige Verlagerung des Standorts Baden-Baden nach Stuttgart; vertragswidrige Verlagerung Baden-Baden zugeschriebener Formate/Einrichtungen nach Stuttgart

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3141

Ausbau von Kindertagesstätten im Wahlkreis 33 (südlicher Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden)

Betreuungsquote in den Kindertageseinrichtungen; Bewilligung von Förderanträgen und Ausbau der Kindertagesstätten durch Mittel aus dem Fiskalpakt; Ausgleich des Mangels an pädagogischem Fachpersonal; Sicherung des Qualitätsniveaus der Betreuungseinrichtungen; Unterstützung der Kommunen gegenüber den ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz einklagenden Eltern

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3271

Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Anzahl und Größe der Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen sowie Zukunftserwartungen; abgebaute Substrate; Sicherstellung der Betriebssicherheit

KlAnfr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/3281

Regenerative Energien im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden im Vergleich zu den übrigen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Standorte von Wasser- und Windkraftanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasserkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien in beiden Kreisen

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/3282

Struktur der Produktionen des Südwestrundfunks (SWR)

Verteilung der Produktionen auf den Standort Baden-Baden und andere Standorte; Auslastung der Bereiche Kamera, Schnitt und Tontechnik (Hörfunk und Fernsehen) an den jeweiligen Standorten; finanzielle Größenordnung des Wegfalls der „Nachkultur“ am Standort Baden-Baden; Sendepflichtverschiebungen 2008 bis 2012; Beschäftigte im Bereich „junge Formate“; Eigenproduktionen und eingekaufte Sendungen

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3302

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den Wahlkreis 33 (Baden-Baden/Bühl)

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3601

Hochwasserschäden im südlichen LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Art und Gesamtkosten der Hochwasserschäden im südlichen LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden sowie vorgesehene Hilfsmaßnahmen und Konsequenzen für den Hochwasserschutz; Erfolgsbilanz der bisherigen Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3835

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienortwechsel und Entstehung neuer Fahrtwege nach der geplanten Polizeistrukturereform in den Polizeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Veränderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3880

Pflegemaßnahmen in Naturschutzgebieten im Wahlkreis 33

Landschaftspflege in Naturschutzgebieten in Baden-Baden und Umgebung, insbes Ausgaben, Größe und Art der Fläche sowie Anzahl der beauftragten Betriebe; Bindung der Erlaubnis für

Gehölz- und Pflegearbeiten in Naturschutzgebieten an ein festes Zeitfenster

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/4013

Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KlAnfr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4134

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Anhörungen von Gemeindegtag, Städtetag oder den Regionalverbänden im Vorfeld der Neufassung dieser Vorschrift

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4257

Einbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Situation bei Wohnungseinbrüchen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt, insbes statistische Entwicklung, lokale Brennpunkte, Schwerpunkte bei Einzelatbeständen und Serien; Ursachen und Gegenmaßnahmen für einen Anstieg der Einbrüche

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/4599

Rechtsradikale und linksradikale Aktivitäten im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher LKkreis Rastatt)

Aktivitäten rechts- und linksextremistischer Organisationen oder Personen im Wahlkreis 33; Situation im Vergleich zu anderen Gegenden im Land; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4617

Bundesautobahn (A) 5 - Lärmauswirkungen auf Gemeinden im Wahlkreis 33

Durchschnittliche Lärmbelastung in den Gemeinden entlang der A 5; Entwicklung des Verkehrsaufkommens seit 2004; Be-

schwerden der Anrainergemeinden seit dem Ausbau der Bundesautobahn; Maßnahmen zur Lärmreduzierung

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/4618

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKkreis Rastatt)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKkreis Rastatt)

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4845

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musikensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in Baden-Baden

Hintergründe der Errichtung einer Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in der Innenstadt Baden-Badens, insbes Entstehung einer derartigen Konkurrenzsituation, fehlende Kontaktaufnahme des Universitätsklinikums Freiburg mit dem Klinikum Mittelbaden bzw mit Vertretern der kommunalen Trägerseite im Vorfeld der Eröffnung; Aufforderung an Leitung und Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Freiburg zur Schließung der Repräsentanz in Baden-Baden

Antr
s. *Universitätsklinik Freiburg*
Drs 15/5546

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbadischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/5575

Kosten und Nutzen des Nationalparks Nordschwarzwald

Änderungen hinsichtlich des Nationalparks Nordschwarzwald im Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016; Kalkulation der Besucherzahlen in den Haushaltsentwürfen und den Gutachten von PricewaterhouseCoopers und Ö:Konzept; Übernachtungs- und Tagesgäste in den LKreisen Freudenstadt, Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5900

Situation der Gepäckförderbänder im Bahnhof Baden-Baden
Umgang mit defekten Gepäckförderbändern im Bahnhof Baden-Baden, insbes Reparaturkosten, Planungen zu Stilllegungen

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/5998

Aktuelle Situation der Pflege im Wahlkreis 33

Entwicklung der Pflegesituation im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33), insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern; Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6390

Schulsozialarbeit im Wahlkreis 33

Anzahl der Schulsozialarbeiter im Wahlkreis 33 und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den Wahlkreis 33 und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/6486

Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt

Sachstand zur ärztlichen Versorgung und Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt, insbes Perspektive der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Hilfsfristeneinhaltungsquote, Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens, Einsatz von Rettungssanitätern als „Helfer vor Ort“

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6936

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKkreis Rastatt), insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderschwerpunkte

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/7289

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung von Ausbildungsplätzen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKkreis Rastatt), insbes schulische Vorbildung der Auszubildenden, Anteil der weiblichen Auszubildenden sowie der aus dem Elsass stammenden Jugendlichen

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/7290

Flüchtlingssituation im Stadtkreis Baden-Baden und im LKkreis Rastatt

Zahl der im Stadtkreis Baden-Baden und im LKkreis Rastatt untergebrachten Flüchtlinge und Asylbewerber; anerkannte Flüchtlinge, Personen ohne abgeschlossene Asylverfahren sowie ausreisepflichtige Personen; Anzeigen und Ermittlungsverfahren gegen Flüchtlinge und Asylbewerber; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8081

Zahl der Wohnungseinbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im LKkreis Rastatt im Jahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche seit 2011; lokale Häufung von Einbrüchen; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wohnungseinbrüche; Besetzung der Polizeireviere und Polizeiposten im Stadtkreis Baden-Baden und im LKkreis Rastatt

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/8083

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im Stadtkreis Baden-Baden und LKkreis Rastatt

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden und LKkreis Rastatt, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/8084

Baden-Württemberg

s.a. *Baden*

Festsitzung des Landtags aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung des Landes BW

s. *Jubiläum*
PIPr 15/35 S. 1899

Arbeit, Export, Finanzen - Baden-Württemberg ist Meister aller Klassen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7294-7306

Aufbruch 2016 - Baden-Württemberg gestalten, nicht verwalten

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8903-8916

Würdigung der Aufbauleistungen der Bürger des Landes in sechs Jahrzehnten seit 1952 und der dadurch erreichten Spitzenposition unter den Bundesländern

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 6 7

Baden-Württembergisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften

Aufhebung von § 30 des Baden-Württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in der Fassung vom

26. November 1974

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/6235

Baden-württembergisches Ausführungsgesetz zum Bundesmeldegesetz

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Einführung des baden-württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bundesmeldegesetz

GesEntw
s. *Bundesmeldegesetz*
Drs 15/6594

Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw LReg 23.09.2014 Drs 15/5757 (14 S.)
1. Beratung PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6472
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.10.2014 Drs 15/5970
2. Beratung PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6663-6665
GesBeschl 12.11.2014 Drs 15/6131
GBI 2014 Nr. 21 S. 548-550 (Ges vom 25.11.2014)

Baden-Württemberg-Stiftung

s. *Stiftung*

Badeort

s. *Kurort*

Badesee

s. *Badegewässer*

Badische Staatsbrauerei Rothaus

Sponsoring des Wildtierparks Alexanderschanze

Hintergünde zum Sponsoring des geplanten Wildtierparks Alexanderschanze durch die Badische Staatsbrauerei Rothaus AG

KlAnfr
s. *Wildtier*
Drs 15/7162

Badisches Gesetz, die gemeinen Schafweiden betreffend

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von Artikel 8 des badischen Gesetzes, die gemeinen Schafweiden betreffend in der Fassung vom 24. September 1934

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Badisches Gesetz, die geschlossenen Hofgüter betreffend

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung der §§ 7, 19, 20 und 21 des badischen Gesetzes, die geschlossenen Hofgüter betreffend in der Fassung vom 19. November 1991

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Badisches Staatstheater

s. *Theater*

Bäckerei

s. *Backgewerbe*

Bäckerhandwerk

s. *Backgewerbe*

Bäuerin

s. *Landfrau*

Bäuerliche Direktvermarktung

s. *Landwirtschaftliche Direktvermarktung*

Bäuerliches Einkommen

s. *Landwirtschaftliches Einkommen*

BaFin

s. *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*

BAföG

s. *Ausbildungsförderung*

Bahn AG

s. *Deutsche Bahn*

Bahnberuf

s. *Eisenbahnpersonal*

Bahngüterverkehr

s. *Schienengüterverkehr*

Bahnhof

s.a. *Haltestelle*
s.a. *Stationspreis*

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Bewertung der von der Bahn bezifferten Schadenersatzforderungen wegen des Baustopps und der Mehrkosten wegen zusätzlicher Risiken sowie höherer Stations- und Trassenpreise nach Realisierung des Projekts; Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen; Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestgestellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhöfen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/96

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr

s. *Fahrplan*

Drs 15/152

Sicherheit im geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21

Frage nach einem Not- und Störfallkonzept der Bahn sowie nach der Barrierefreiheit des geplanten Bahnhofs; Erkenntnisse über geologische Risiken durch Tunnelbohrungen in den Gipskeuper-Anhydrit-Gesteinsformationen; Art der verwendeten Stahlrohre für das 17 Kilometer lange Grundwasser-Leitungssystem; Bewertung der noch offenen Planungsverfahren für den Bau des Flughafenbahnhofs

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/289

Führungen rund um den Bahnhof und den Widerstand in Stuttgart

Verbreitung des o.g. Angebots der Parkschützer mit einem Rundgang mit den „Stuttgart 21-Aktivistinnen“ von der Mahnwache bis zur Parkwache in der Zeltstadt im illegal besetzten Schlossgarten per E-Mail an Schulen, Umfang der Annahme des Angebots von Lehrern und Durchführung als außerunterrichtliche Veranstaltung, Frage nach Konsequenzen bzw der Vereinbarkeit mit der Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht, insbes im Fach Gemeinschaftskunde und politische Bildung; Untersagung der Wahrnehmung derartiger Angebote

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/322

Vorabkenntnis der LReg von dem Kompromissvorschlag „Frieden in Stuttgart“

Kenntnisse der LReg und des Aktionsbündnisses von dem o.g. Vorschlag des Schlichters zur Befriedung der Auseinandersetzung um Stuttgart 21, Ablehnung dieser Kombilösung vom heutigen Verkehrsminister 1995 und 2010 mit Hinweis auf die hohen Kosten, Frage nach einer Positionsänderung sowie nach dem Auftraggeber und Kostenträger des Konzepts

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/393

Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)

Die LReg wird verpflichtet, bei Verträgen über das Bahnprojekt Stuttgart 21, bei denen das Land BW finanzielle Verpflichtungen einget, ihr Kündigungsrecht wahrzunehmen

GesEntw

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/496

Verbindlichkeit von Parteitagsäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/683

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Mehrkosten durch den Bau der großen Wendlinger Kurve für den zweigleisigen Anschluss des Regionalverkehrs aus Richtung Tübingen an die ICE-Neubaustrecke nach Ulm sowie durch den notwendigen Ausbau der Bahnhöfe an der Murrbahn, Auflistung und Bezifferung der insgesamt 121 Kostenrisiken für das Projekt, Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/752

Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf den Betrieb der S-Bahn-Linie S 1 nach Kirchheim unter Teck und auf die S-Bahn-Stationen im Raum Kirchheim unter Teck

Darlegung o.g. Auswirkungen, Bewertung der Aussagen im Schlussbericht zum zweiten Stresstest von SMA und Partner AG, Gewährleistung der Durchbindung der S 1 von Kirchheim nach Herrenberg?

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/771

Geplante Veränderungen des Zugangebots rund um Stuttgart und deren verschiedene Ursachen

Zugattungen und Fahrzeiten nach dem aktuellen Fahrplan, für die Ausschreibungen nach Auslaufen des Verkehrsvertrags mit der Bahn, nach Fertigstellung von Stuttgart 21 bzw nach dem Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 auf den Strecken von Stuttgart Hbf nach Schwäbisch Hall-Hessental, Aalen, Göppingen, Ulm, Tübingen, Rottweil, Mühlacker und Heilbronn; Fahrzeitveränderungen aufgrund leistungsstärkerer Fahrzeuge, wegfallender Halte u.a.

Antr

s. *Schiienenverkehr*

Drs 15/837

Ausbau des Bahnknotens Mannheim

Auswirkungen der Streichung des Bahnknotens und der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Projekte in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/1120

Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr in BW

Entwicklung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe im Land und im VVS in den letzten fünf Jahren; Bewertung des Programms der Bahn; Art, Zeit- und Kostenrahmen der Bemühungen um einen möglichst weitreichenden barrierefreien ÖPNV; Impulse durch das zu überarbeitende Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Antr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/1181

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Bahnstrecke Heilbronn-Mosbach-Neckarelz

Erwartung einer Verkürzung der Fahrzeiten zum Stuttgarter Hauptbahnhof, Flughafen, zur Landesmesse und in andere Regionen; Beurteilung der Perspektiven des Bahnhofs Mosbach-Neckarelz als Bahnknoten für den Regionalverkehr zwischen den Räumen Rhein-Neckar, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/1199

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Zuverlässigkeit von öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Verbindungen in Pforzheim und dem Enzkreis

Verspätungen und mangelnde Fahrgastinformation auf der Stadtbahnlinie S 5 zwischen Karlsruhe, Pforzheim und Bietigheim-Bissingen; Behebung der defekten Fahrscheinautomaten auf der Linie S 5; Installation der zugesagten Aufzüge am Pforzheimer Hauptbahnhof sowie eines ausreichenden Wetterschutzes am Pforzheimer Busbahnhof

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/1662

Folgen bei einem Gäubahnhalt in Stuttgart-Vaihingen

Pläne und Maßnahmen zur Führung der Gäubahn auf der bisherigen Trasse in den neuen Stuttgarter Tiefbahnhof, Bedeutung einer direkten Schienenverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Filder mit dem Flughafen und Böblingen/Sindelfingen; Frage nach einer Doppelnutzung von S-Bahn und Gäubahn im Bereich des Bahnhofs Stuttgart-Vaihingen

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1728

Bau eines fünften Bahnsteigs im Ulmer Hauptbahnhof

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Hinwirkung auf den Bau eines fünften Bahnsteigs zur Umsetzung des S-Bahn-Konzepts für die Region Donau-Iller

Antr Martin Rivoir u.a. SPD und Jürgen Filius u.a. GRÜNE 20.06.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1877
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 99-101
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
Mittlg LReg 30.04.2013 Drs 15/3441

Schwächung des Bahnverkehrs im ländlichen Raum durch Verweigerung der Freigabe von Mitteln nach dem Landesgemeindefinanzierungsgesetz durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Verweigerung der Freigabe o.g. Mittel z.B. für die Wiedereröffnung des Bahnhofepunkts Wallhausen

MdlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/2089

Kosten der neuen Filderbahnhof-Variante

Gründe für die Anzweiflung von Mehrkosten bei der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“, Kommunikation der Erkenntnisse bereits iRd Filderdialogs? Frage nach einer Beteiligung an möglichen zusätzlichen Kosten der Variante auch bei einer Überschreitung des Kostendeckels sowie Beteiligung an den Kosten für den zusätzlichen Lärmschutz entlang der S-Bahn-Trasse in Leinfelden

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 08.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2219
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 74 75
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Zustand bzw Neubau eines grünen Bahnhofs in Crailsheim

Beteiligung am Neubau eines umweltfreundlichen Bahnhofs iRd Förderung städtebaulicher Entwicklung bzw gemeinsame Realisierung eines Modellbahnhofs mit der Bahn und der Stadt Crailsheim

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2295

Bahnhofsentscheidung in Lindau - Welche Auswirkungen hat sie auf BW?

Bedeutung der Neuausrichtung der Bahninfrastruktur in Lindau für die Städte und Gemeinden im Bodenseekreis sowie im württembergischen Allgäu; Ausschöpfung des Fahrgastpotenzials durch die Einrichtung durchgehender RE-/S-Bahn-Verbindungen zwischen dem neuen Bahnhof in Lindau-Reutin und Vorarlberg/St. Gallen, Bregenz, Lindau und Friedrichshafen; Geltendmachung baden-württembergischer Interessen im Planungsprozess z.B. durch einen zweigleisigen Ausbau der Aeschacher Kurve und durch ein Eintreten für einen geeigneten Ausbaustandard des Bahnhofs sowie dessen gute Verknüpfung mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 20.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2370

Haltung der LReg zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“

Kostenanschlag und Kostenteilung gegenüber dem ursprünglich beantragten Bahnhof; Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit einer Finanzierung der Mehrkosten aus dem Projektbudget von

Stuttgart 21; Frage nach der Bereitschaft des Landes zu einer über den bisherigen Finanzierungsbeitrag hinausgehenden Beteiligung an den Mehrkosten des „Flughafenbahnhofs Plus“; Haltung gegenüber einer Abkopplung des Baus des Flughafenbahnhofs vom Bau der Anschlussstrecke

Antr CDU und FDP/DVP 28.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2420
 ÄÄntr CDU und FDP/DVP 14.10.2014 Drs 15/5872
 PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6449-6458

Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bahnverkehrs im Stuttgarter Hauptbahnhof

Darlegung o.g. Beurteilung nach dem erneuten Entgleisen eines Intercity kurz nach dem Verlassen des Bahnhofs, Ursachen und Auswirkungen des Unfalls im Fern- und Nahverkehr, Maßnahmen der Bahn AG und Möglichkeiten zur Erweiterung des Rettungs- bzw Evakuierungskonzepts; Entwicklung der Stationspreise für den Stuttgarter Hauptbahnhof für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren

Antr
 s. *Schienenverkehr*
 Drs 15/2427

Vandalismus an Informationsplattform für Stuttgart 21

Zerstörung der neuen Informationsplattform im Mittleren Schlossgarten; Frage nach weiteren Straftaten im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 seit dem 27. November 2011 (Volksabstimmung zu Stuttgart 21)

MdlAnfr
 s. *Politische Straftat*
 Drs 15/2649

Filderbahnhof plus - Konsens zum Wohle des Landes statt Koalitionskonflikte

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2933-2946

Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke; Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr
 s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
 Drs 15/2813

Zugentgleisungen am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof

Ursachen der Zugentgleisung am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof

MdlAnfr
 s. *Schienenverkehrsunfall*
 Drs 15/2843

Der Filderdialog in der Bewertung

Bewertung der Form der Bürgerbeteiligung im Filderdialog; Umsetzung der Ergebnisse

MdlAnfr
 s. *Bürgerbeteiligung*

Drs 15/3315

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr
 s. *Eisenbahninfrastruktur*
 Drs 15/3439

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Murrbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Murrbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz von Fahrzeugmaterial; Maßnahmen gegen Zugausfälle und unpünktliche Züge

KlAnfr
 s. *Schienenpersonennahverkehr*
 Drs 15/3457

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Remsbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Remstalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz und Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial; Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über vorzeitige Verbesserungen

KlAnfr
 s. *Schienenpersonennahverkehr*
 Drs 15/3458

Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V./Turmforum S 21

Bewertung und Unterstützung der Arbeit des Vereins Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. insbes geplante Neustrukturierung, Finanzierung, Kommunikationsstrategie, Mitgliedschaft der LReg; Besucherzahlen des Turmforums S 21; Teilnahme der LReg an der Eröffnung der neu konzipierten Ausstellung im Turmforum

Antr
 s. *Stuttgart 21*
 Drs 15/3525

Sanierung von Bahnhöfen im LKreis Esslingen

Planung und Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen an Bahnhöfen im LKreis Esslingen, insbes Beteiligung am Bahnhofsmodernisierungsprogramm BW 2009 bis 2018

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 24.06.2013 und Antw MVI Drs 15/3673

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnhofsmodernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen; Kostenverteilung auf die einzelnen Pro-

jektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu Bahnhofsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 10.07.2013 und Antw MVI
Drs 15/3771

Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn

Mittelbereitstellung und Härtefallregelungen bei der Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn; Zeitplan und Förderung des Bahnstationsmodernisierungsprogramms entlang der Bahnstrecke Tannheim - Wangen

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3831

Zustand des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental im Landkreis Schwäbisch Hall

Sanierung des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental und Verbesserung der Bahninfrastruktur im Landkreis Schwäbisch Hall

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 26.07.2013 und Antw MVI
Drs 15/3879

Zugausfälle auf der Bahnstrecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe
Zahl der Zugausfälle in den vergangenen zwölf Monaten; Vorkehrungen zur Vermeidung von Zugausfällen aufgrund von Missgeschicken des Zugpersonals; Verwirklichung von Barrierefreiheit am Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4002

Fortführung und Förderung des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm

Option eines Projektabbruchs zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Standpunkt zu einer Ausstiegsinitiative eines Projektpartners; Inpflichtnahme des Bundes bei der Projektförderung nach der Bundestagswahl; Vorrang anderer Schienenprojekte gegenüber Stuttgart 21; Haltung gegenüber der „Kombilösung“; Marktwert der bei einer „Kombilösung“ weiterhin für den Bahnverkehr genutzten Grundstücke

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/4018

Zustand und Aussicht auf der Hochrheinstraße

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barrierefreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hochrheinstraße; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hochrheinstraße; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/4234

Barrierefreiheit für die S-Bahnstationen Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen

Barrierefreier Ausbau der S-Bahnstationen Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen, insbes finanzielle Trägerschaft, Planungen und erwartete Kosten

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 06.02.2014 und Antw MVI
Drs 15/4726

Planungen zu Stuttgart 21

Aktueller Planungsstand zu Stuttgart 21, insbes zu den Themen Grundwassermanagement, Nesenbachdüker, Brandschutz, Verkehrsbelastung, Bauablauf Kostenentwicklung und finanzielle Forderungen der Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/5108

Sanierung von Bahnhofsgebäuden in BW

Zustand von Bahnhofsgebäuden in BW und Maßnahmen des Landes zu deren Instandhaltung und Sanierung, insbes Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten

Antr Paul Locherer u.a. CDU 22.05.2014 und Stellungnahme MVI
Drs 15/5252

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 24.09.2014
Drs 15/5989 S. 45
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Barrierefreie Erreichbarkeit der interkommunalen Gartenschau im Remstal 2019

Stand der Barrierefreiheit der Haltepunkte und Bahnhöfe der Remsbahn und des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich der geplanten interkommunalen Gartenschau; Investitionsaufwand für die zur Erreichung der Barrierefreiheit erforderlichen Anpassungen; Verfügbarkeit der bestehenden Einrichtungen zur Barrierefreiheit; finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV bis zum Jahr 2019

Antr
s. *Remstalbahn*
Drs 15/5289

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnstationsmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Barrierefreiheit der Murrbahn zwischen Murrhardt-Fornsbach und Waiblingen

Stand der Barrierefreiheit auf Bahnhöfen und Haltepunkten der Murrbahn zwischen Murrhardt-Fornsbach und Waiblingen, insbes Zeitplan, Kostenhöhe und -trägerschaft für die barrierefreie Umgestaltung, Einsatz und Ausfallquote technischer Hilfsmittel zur Erreichung der Barrierefreiheit

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/5535

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Situation der Gepäckförderbänder im Bahnhof Baden-Baden

Umgang mit defekten Gepäckförderbändern im Bahnhof Baden-Baden, insbes Reparaturkosten, Planungen zu Stilllegungen

KlAnfr Tobias Wald CDU 31.10.2014 und Antw MVI Drs 15/5998

WLAN im Bahnverkehr

Bahnhöfe und Gleisstrecken in BW mit bestehendem bzw geplante WLAN-Zugang; Maßnahmen zum Ausbau von WLAN-Zugängen im Nah- und Fernverkehr und der Verbesserung der Mobilfunkanbindung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/6178

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6335

Investitionsoffensive der Europäischen Union: Verkehrsprojekte für BW

Finanzierung von Verkehrsprojekten in BW mit Hilfe des Investitionsprogramms der EU; Aufnahme zusätzlicher Projekte in die Projektliste; Beschleunigung von Planungsprozessen sowie der Verwirklichung baureifer Verkehrsprojekte; Förderfähigkeit von Projekten; Anmeldung von Schienen- und Flugverkehrsprojekten; Aufnahme des Filderbahnhofs Plus als intermodales Verkehrsprojekt in die Projektliste

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6357

Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker

Probleme mit der Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker und geplante Maßnahmen zur Abhilfe insbes im Hinblick auf die diesjährige Landesgartenschau

KlAnfr
s. *Aufzugsanlage*
Drs 15/6360

Barrierefreier Ausbau der Bahnhöfe auf der Hauptstrecke Stuttgart-Ulm im LKreiss Göppingen zwischen Reichenbach/Fils und Eislingen/Fils

Stand der Barrierefreiheit auf Bahnhöfen und Haltepunkten der Bahnstrecke Stuttgart-Ulm im LKreiss Göppingen zwischen den Gemeinden Reichenbach/Fils und Eislingen/Fils, insbes Pla-

nungsstand, Kostenhöhe und -trägerschaft für die barrierefreie Umgestaltung

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/6432

S 21-Filderbahnhof, wo kein Wille da kein Weg - Landesregierung vertut Jahrhundertchance

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7344-7355

Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahnsteigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäubahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Filderbahnhof

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 05.05.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6851
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 01.07.2015 Drs 15/7534 S. 28-31
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Herstellung der Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur barrierefreien Nutzbarkeit der Bahnhöfe und Haltestellen des Schienenpersonennahverkehrs im Rems-Murr-Kreis, Durchführung der erforderlichen baulichen Umgestaltung

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/6884

Elektrifizierung der Allgäubahn mit Bahnsteigmodernisierung

Sachstand zur Verzögerung der Elektrifizierung und Bahnsteigmodernisierung entlang der Allgäubahn Lindau-Memmingen aufgrund der Absenkung der Förderquoten im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

MdAnfr
s. *Allgäubahn*
Drs 15/6895

Zugausfälle und Barrierefreiheit auf der Neckar-Alb-Bahn

Ausmaß und Ursachen der Zugausfälle und Verspätungen auf der Bahnstrecke; Barrierefreiheit der Bahnhöfe; Funktionsbereitschaft von Personenaufzügen, insbes am Bahnhof Nürtingen

KlAnfr
s. *Neckar-Alb-Bahn*
Drs 15/7663

Angebotsveränderungen und Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Bodenseegürtelbahn

Sachstand zu Angebotsveränderungen mit dem Fahrplanwechsel im Schienenpersonennahverkehr auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen Hafen und Singen (Hohentwiel), insbes Fahrgastzahlen und Belegungskapazitäten auf den Ersatzverbindungen, barrierefreie Nutzbarkeit von Bahnhöfen, Auswirkung der Leistungskürzungen auf die Bestellerentgelte

Antr
s. *Bodenseegürtelbahn*
Drs 15/7732

Länge der Bahnsteige auf der Neckar-Alb-Bahn

Bahnsteiglänge entlang der Neckar-Alb-Bahn für Haltestellen des ab 2019 verkehrenden Metropol-Express; Ausbaulänge des Bahnsteigs am Bahnhof Bempflingen

MdlAnfr 5) Thaddäus Kunzmann CDU 08.02.2016 Drs 15/8025

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9050

Kritik am Zustand des Bahnhofs in Schwäbisch Hall-Hessental

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 60

Prüfung der geforderten Leistungserhöhung des neuen Bahnhofs mit Stuttgart 21, Beurteilung der Forderung des Verkehrsministers nach einem Stresstest für den Kopfbahnhof

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 146-160 188 189

Ergebnisse des Stresstests zur Leistungsfähigkeit des neuen Tiefbahnhofs, Prüfung des vorgeschlagenen Kombibahnhofs als Konsenslösung zu Stuttgart 21

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 455 456 458 459 461-463 466 467 477-479

Gegensätzliche Bewertung einer Modernisierung des Kopfbahnhofs als Alternative zu Stuttgart 21

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 852-854 856 867-869

Gegensätzliche Bewertung einer Modernisierung des Kopfbahnhofs als Alternative zu Stuttgart 21

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 980

Kritik an der Finanzierung der Bahnhofsmodernisierung aus Regionalisierungsmitteln; Ausbau des Bahnhofs Ludwigsburg zu einer Schnittstelle von Mobilitätsangeboten

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1745 1749 1807

Bewertung der verschiedenen Varianten für den Filderbahnhof iRd Filderdialogs, umstiegsfreie Anbindung der Gäubahn an den Flughafen entsprechend den Verträgen zu Stuttgart 21 und dem Ergebnis der Volksabstimmung

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2321-2341

Bahnhofsgebäude

s. *Bahnhof*

Bahnkreuzung*Sanierung der Eisenbahnbrücke über die L 190 in Gottmadingen (LKreis Konstanz)*

Koordination von Baumaßnahmen an Landesstraßen, für die eine Eisenbahnkreuzungsvereinbarung erforderlich ist, zwischen den RegPräs und der Bahn AG; Gründe für die Verzögerung der o.g. bereits ausgeschriebenen Maßnahme; Konsequenzen für den Bahnverkehr im Falle einer Sperrung der Brücke aus Sicherheitsgründen; Berücksichtigung von Projekten nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz in der geplanten Straßenbau-Prioritätenliste des MVI?

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 21.05.2012 und Antw MVI Drs 15/1739 (10 S.)

Sanierung L 511 - Bahnunterführung Nord in Lauda-Königshofen (Stadtteil Lauda)

Aktueller Sachstand, Kosten und Finanzierung der o.g. Maßnahme; Zeitpunkt des Baubeginns und der voraussichtlichen Fertigstellung

KlAnfr

s. *Landesstraße 511*

Drs 15/2174

Neue Gefahrenlage und Sicherheitsstandards im Schienenverkehr

Sicherheitsstandards der Bahn im Schienenverkehr, insbes bei Bahnübergängen; Ursachen des Bahnunfalls in Talhausen (LKreis Rottweil)

KlAnfr

s. *Schienenverkehr*

Drs 15/5602

Mittelbereitstellung für Sicherungsmaßnahmen an Bahnübergängen, Anstrengung von mehr kreuzungsfreien Lösungen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1352 1362 1365

Bahnkreuzungsgesetz

s. *Bahnkreuzung*

Bahnlärm

s. *Schienenverkehrslärm*

Bahnmitarbeiter

s. *Eisenbahnpersonal*

Bahnpersonal

s. *Eisenbahnpersonal*

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm

s. *Stuttgart 21*

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V.*Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V./Turmforum S 21*

Bewertung und Unterstützung der Arbeit des Vereins Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. insbes geplante Neustrukturierung, Finanzierung, Kommunikationsstrategie, Mitgliedschaft der LReg; Besucherzahlen des Turmforums S 21; Teilnahme der LReg an der Eröffnung der neu konzipierten Ausstellung im Turmforum

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/3525

Bahnstation

s. *Bahnhof*

Bahnsteig

s. *Bahnhof*

Bahnstrecke

s.a. *Allgäubahn*

s.a. *Bahnkreuzung*

s.a. *Bottwartalbahn*

s.a. *Brenzbahn*

s.a. *Enztalbahn*

s.a. *Gäubahn*

s.a. *Hochrheinbahn*

s.a. *Hohenlohebahn*
 s.a. *Kandertalbahn*
 s.a. *Murrbahn*
 s.a. *Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg*
 s.a. *Remstalbahn*
 s.a. *Rheintalbahn*
 s.a. *Schönbuchbahn*
 s.a. *Schwarzwaldbahn*
 s.a. *Streckenbau*
 s.a. *Streckenelektrifizierung*
 s.a. *Stuttgart 21*
 s.a. *Südbahn*
 s.a. *Taubertalbahn*
 s.a. *Trassenpreis*
 s.a. *Verkehrsweg*
 s.a. *Zabergäubahn*
 s.a. *Zollernalbbahn*

Kostensteigerungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 - und ihre Folgen

Information der LReg seit 2004 durch die Bahn über außerplanmäßige Kostensteigerungen? Beurteilung von internen Berechnungen und Risikoanalysen sowie von Mehrkosten nach Realisierung des Projekts durch höhere Stationsgebühren und Trassenpreise; Höhe und Träger der Mehrkosten bei einer Überschreitung des Kostenrahmens und Kündigung des Vertrags; rechtliche Beurteilung der Vorfinanzierung der NBS Wendlingen-Ulm; Frage nach einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für die Inanspruchnahme des Risikopuffers

Antr
 s. *Stuttgart 21*
 Drs 15/272

Qualität der Telefonie auf Strecken der Deutschen Bahn AG in BW und auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg

Beklagung des o.g. Missstands auf Nebenstrecken, u.a. auf der Murr- und Remstalbahn; Hinwirkung auf Abhilfemaßnahmen

KlAnfr
 s. *Telefonie*
 Drs 15/275

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KlAnfr
 s. *Schienenverkehr*
 Drs 15/299

Stand des Ausbaus der Magistrale für Europa (Paris-Bratislava) im Hinblick auf das Teilstück Stuttgart-Ulm

Bedeutung des Abschnitts Stuttgart-Ulm als Teil der o.g. Hochgeschwindigkeitsstrecke, Zunahme des Bedarfs für eine zügige Fertigstellung durch die Baufortschritte in Frankreich und Österreich, Frage nach einem Zusammenhang mit der EU-Donauraumstrategie; Beurteilung der vorgesehenen Aufnahme der Strecke Karlsruhe-Stuttgart-München als Teilstück des Internationalen Korridors Nr. 10 Seine-Donau in das Kernnetz der Transeuropäischen Netze

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 22.07.2011 und Stel-

lungnahme MVI Drs 15/328
 BeschlEmpf und Bericht EuA 24.11.2011 Drs 15/1301 S. 52
 PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Magistrale für Europa (Trans European Network (TEN)-Achse 17)

Zahl der künftigen Direktverbindungen über die o.g. Magistrale Paris-Budapest bzw Paris-Bratislava nach der Fertigstellung des Projekts „Stuttgart 21“; Zahl der dann angebotenen umstiegsfreien Verbindungen Stuttgart-Wien; Intensität der Nachrüstung der TGV-Züge in Frankreich für den Einsatz auf der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm

KlAnfr Jürgen Filius GRÜNE 27.07.2011 und Antw MVI Drs 15/365

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreisl Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KlAnfr
 s. *Stuttgart 21*
 Drs 15/367

Fahrzeitverkürzung zwischen Nürtingen und dem Flughafen bei Realisierung von Stuttgart 21

Fahrzeitverkürzung für die Berufspendler auf der o.g. Strecke und weiter zum Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr
 s. *Fahrplan*
 Drs 15/378

Fahrplan 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Ulm und Stuttgart in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr, Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
 s. *Fahrplan*
 Drs 15/394

Bahnanbindung Euro-Airport Basel/Mulhouse

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Höhe der Kosten und einer Beteiligung des Landes an der Schienenanbindung

KlAnfr
 s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
 Drs 15/398

Südbahn 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Lindau/Friedrichshafen, Ulm, Stuttgart-Flughafen und -Hauptbahnhof in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr; Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
 s. *Südbahn*

Drs 15/516

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen, Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

KlAnfr

s. *Fahrplan*

Drs 15/522

Rechtsauffassung der LReg zu Mischfinanzierungen bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

Festhalten an der Unvereinbarkeit einer finanziellen Beteiligung mit dem Grundgesetz unterlegt mit einem Rechtsgutachten zur Neubaustrecke Stuttgart-Ulm? Frage nach aktuellen und geplanten Verkehrsprojekten als unechte Gemeinschaftsaufgaben mit Vor- und Mischfinanzierungen, jeweilige Auswirkungen eines Finanzierungsausstiegs

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/525

Streichung wichtiger Verkehrsprojekte in BW aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes

Gründe und Auswirkungen der Streichung wichtiger Schienenprojekte, u.a. des Ausbaus der Schnellbahntrasse Mannheim-Frankfurt und des ICE-Knotenpunkts Mannheim; Gefährdung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie der Bedeutung des Rangierbahnhofs in Mannheim für den Güterverkehr

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 27.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/604

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 (dazu Antr Winfried Mack CDU) S. 24-30

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 14.09.2012 Drs 15/2362

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Fahrzeitvorteile von Esslingen mit Ortsteilen nach Stuttgart-Hauptbahnhof und -Flughafen, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Ulm; Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr

s. *Fahrplan*

Drs 15/654

Finanzierungszusagen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich

Anteil der o.g. Investitionen von Bahn, Bund, Land und Region Stuttgart an den jeweiligen Gesamtinvestitionshaushalten über den gesamten Realisierungszeitraum; Höhe des Einsatzes von Regionalisierungsmitteln; Bedeutung des Bahnknotens Stuttgart für den Schienenverkehr im Land; Frage nach einem Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsanteil des Bundes und der Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim, dem Ausbau der Rheintal- und Südbahn; Abfluss der Bundesmittel in Projekte außerhalb des Landes im Falle einer Auflösung der Finanzierungsvereinbarung

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/667

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21

Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/695

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Mehrkosten durch den Bau der großen Wendlinger Kurve für den zweigleisigen Anschluss des Regionalverkehrs aus Richtung Tübingen an die ICE-Neubaustrecke nach Ulm sowie durch den notwendigen Ausbau der Bahnhöfe an der Murrbahn, Auflistung und Bezifferung der insgesamt 121 Kostenrisiken für das Projekt, Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/752

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/806

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/807

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen

und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreisl Göppingen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/808

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/814

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreisl Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreisl Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/816

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/817

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/820

Keine Neubaustrecke ohne Stuttgart 21

Fahrzeitgewinne durch Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm für die einzelnen Verbindungen, Darstellung der Kriterien für die Aufnahme der NBS in den Bundesverkehrswegeplan sowie des Zusammenhangs zwischen der Finanzierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 02.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/826

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/834

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/835

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und LKreisl Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Geplante Veränderungen des Zugangebots rund um Stuttgart und deren verschiedene Ursachen

Zuggattungen und Fahrzeiten nach dem aktuellen Fahrplan, für die Ausschreibungen nach Auslaufen des Verkehrsvertrags mit der Bahn, nach Fertigstellung von Stuttgart 21 bzw nach dem Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 auf den Strecken von Stuttgart Hbf nach Schwäbisch Hall-Hessental, Aalen, Göppingen, Ulm, Tübingen, Rottweil, Mühlacker und Heilbronn; Fahrzeitveränderungen aufgrund leistungsstärkerer Fahrzeuge, wegfallender Halte u.a.

Antr

s. Schienenverkehr
Drs 15/837

Wahrheitsgehalt von offiziellen Regierungsinformationen bei der Volksabstimmung zur Ausübung von Kündigungsrechten beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Verweigerung der Aufführung der zu erwartenden Ausstiegskosten im Falle einer (unrechtmäßigen) Vertragskündigung in der Informationsbroschüre, Bewertung der Aussage zur Unabhängigkeit der Neubaustrecke von Stuttgart 21, mögliche Auswirkungen eines Ergebnisses der Volksabstimmung auf der Grundlage falscher Informationen

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/840

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiß Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/843

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/864

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/874

Ausbau des Bahnknotens Mannheim

Auswirkungen der Streichung des Bahnknotens und der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Projekte in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/1120

Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim

Auswirkungen der Streichung der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Stand der Planfeststellung bei den einzelnen Ab-

schnitten; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Neubaustrecke in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/1122

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Bahnstrecke Heilbronn-Mosbach-Neckarelz

Erwartung einer Verkürzung der Fahrzeiten zum Stuttgarter Hauptbahnhof, Flughafen, zur Landesmesse und in andere Regionen; Beurteilung der Perspektiven des Bahnhof Mosbach-Neckarelz als Bahnknoten für den Regionalverkehr zwischen den Räumen Rhein-Neckar, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/1199

Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Modelle einer zeitlich gestreckten Ausschreibung und Vergabe, vorgesehene Fahrzeuge auf den einzelnen Strecken für den Vergabezeitraum, Beurteilung der Fähigkeit der Fahrzeugindustrie zur Bereitstellung von Neufahrzeugen für alle auszuschreibenden Verkehre zu angemessenen Preisen, Überlegungen zur Bildung eines Fahrzeugpools und zum Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen

Antr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/1363

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr Martin Rivoir SPD 06.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1365

Nahverkehr Müllheim - Neuenburg - Mulhouse

Streichung der Mittel für die o.g. ab Dezember 2012 geplante regelmäßige Zugverbindung und evtl weitere Streckenverbindungen im Raum Müllheim, Kriterien für die Entscheidung, Zeitpunkt und Adressaten der Ankündigung

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 28.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1514

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/1537

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm: Gestaltung der Wendlinger Kurve

Mehrbedarf an Zügen im Schienenpersonenregionalverkehr, insbes aus der Raumschaft Reutlingen/Tübingen und nach der Fer-

tigstellung des o.g. Projekts; Beurteilung einer „Großen Wendlinger Kurve“ im Zuge der Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Höhe einer Beteiligung an den Mehrkosten dieser Variante bzw deren Vorbereitung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 08.05.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1668

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 95

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Chancen des Flughafens Stuttgart durch Stuttgart 21/Neubaustrecke (NBS) Wendlingen-Ulm

Erwartungen an die o.g. in den Finanzierungsverträgen geregelte Anbindung des Flughafens, Höhe der finanziellen Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH, Vereinbarkeit eines nicht direkten Anschlusses des Flughafens an die Gäubahn mit den in den Finanzierungsverträgen samt Anlagen getroffenen Absprachen, Frage nach einem möglichen Ausstieg des Flughafens als Projektpartner in diesem Fall und nach den finanziellen Folgen

Antr

s. *Flughafen Stuttgart*

Drs 15/1797

Schallschutzwände im Stadtgebiet Geislingen/Steige an der Eisenbahnstrecke Stuttgart-Ulm

Ausstattung des Bereichs der Paul-Kauzmann-Straße und Georg-Preßmar-Straße mit Schallschutzwänden

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/2001

Güterverkehr aus der Schweiz (Neue Eisenbahn-Alpentransversale - NEAT) und Auswirkungen auf den Rhein-Neckar-Raum

Auswirkungen des zusätzlichen Güterverkehrs aus dem Gotthard-Tunnel ab Ende 2016 im Bereich der Main-Neckar-Bahn und auf den Schienennahverkehr durch die Nutzung der vorhandenen Trassen, Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, Frage nach Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Kommunen

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 15/2082

Schienenanschluss für den EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Rücknahme der in Aussicht gestellten finanziellen Unterstützung des o.g. Bahnanschlusses, Kommunikation des Rückzugs über die Presse statt mit den beteiligten Akteuren in der Schweiz und in Frankreich, Vereinbarkeit mit dem Kabinettsbeschluss zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Bewertung der Aufforderung des Oberrheinrats zur Erfüllung der Zusage

Antr

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Drs 15/2097

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr

s. *Verkehr*

Drs 15/2240

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 30.08.2012 und

Antw MVI Drs 15/2273

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 31.08.2012 und

Antw MVI Drs 15/2284

Lückenhafter Bahn-Fahrplan zwischen Freiburg und Konstanz

Bedeutung und Fahrplansituation der o.g. Bahnverbindung, insbes an Wochenenden; Bewertung des neu eingeführten Reiseangebots von „DeinBus“ als Alternative? Beurteilung der Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Bundesbahnen; Frage nach Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrplansituation

Antr

s. *Fahrplan*

Drs 15/2493

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/2795

Überprüfung des Lärm- und Erschütterungsschutzes der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen

Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Erschütterung auf der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen, insbes Überprüfung der Wirksamkeit des Lärm- und Erschütterungsschutzes durch die Deutsche Bahn; finanzielles Beteiligungsangebot der Kommune bei Lärmschutzmaßnahmen; frühzeitige Veränderungen der Lärmschutzplanungen wegen möglicher Verschärfung der Richtwerte

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/3043

Stadtbahnstrecken zwischen Karlsruhe und Bietigheim

Erhöhung der Pünktlichkeit und der Fahrgastzahlen auf der Stadtbahnlinie S 5; Verlegung eines dritten Gleises auf der Strecke zwischen Pfinztal-Söllingen und Pforzheim; Vorschlag, die Stadtbahnlinie S 5 in Pforzheim enden zu lassen und dafür die von Bad Wildbad kommende Linie S 6 nach Bietigheim-Bissingen durchzubinden

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3103

Breisgau-S-Bahn 2020

Abweichungen der „abgespeckten“ Version vom ursprünglichen Konzept; Abstimmung der Planung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF); Finanzierung; Elektrifizierung der Bahnstrecken ins Elztal und nach Breisach sowie der Höllentalbahn Neustadt - Donaueschingen; Stand der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/3125

Westfrankenbahn

Betrieb und Neuvergabe der Verkehrsleistungen für das Ausschreibungsnetz Hohenlohe-Franken in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern, insbes Wettbewerbssituation und technische Rahmenbedingungen; Prüfung der Verlängerung anhand der bisherigen Bedingungen oder Einholung eines Initiativangebots des aktuellen Betreibers

Antr
s. *Westfrankenbahn*
Drs 15/3142

ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen, Planfeststellungsabschnitt 1.4 (Filderbereich)

Lärmschutzmaßnahmen und zu erwartende Lärmimmissionen im Filderbereich durch die Bahntrasse der ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen im Zusammenwirken mit dem Verkehrslärm der Bundesautobahn 8 und dem Flughafen Stuttgart

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3175

Lärm- und Erschütterungsschutz für Leinfelden-Echterdingen

Umgang mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Erschütterung aufgrund der Nutzung der S-Bahn-Gleise zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen durch die Gäubahn; Schutzmaßnahmen; Vorschläge und Finanzierung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3204

Schienepersonennahverkehr Rheintalbahn Freiburg-Basel

Planungen und Ausschreibungen für den Schienepersonennahverkehr auf der Rheintalbahn; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen

KlAnfr Ulrich Lusche u.a. CDU 26.03.2013 und Antw MVI
Drs 15/3292

Weiterführung von Stadtbahnlinien im Enzkreis

Lösungsvorschläge zur Weiterführung bestehender Stadtbahnlinien; Weiterführung der Stadtbahn S 11 von Ittersbach über Keltern-Weiler, Keltern-Ellmendingen, Keltern-Dietenhausen bis zur Haltestelle der S 5 Remchingen/Wilferdingen-Singen; Anbindung von Karlsbad-Mutschelbach und Karlsbad-Auerbach; Konkurrenz zum Metrobus-Konzept der Stadt Pforzheim

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3372

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/3390

Kosten der Schieneinfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneinfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/3439

Elektrifizierung der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn, insbes Zeitplan und Sachstand von Planfeststellung, Fertigstellung und Inbetriebnahme; Kostenaufteilung und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund, Deutscher Bahn und Land

Antr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3452

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/3517

Qualität des Bahnverkehrs im Enzkreis und in Pforzheim

Bewertung des Nahverkehrs auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart; Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte im Schienenpersonennahverkehr gegenüber den Jahren 2008 und 2009; Aussicht auf einen Streckenausbau; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte und des Services im regionalen Stadtbahnbetrieb

KIAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3704

Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - landeseigene Eisenbahnen

Aufstellung der von landeseigenen Eisenbahnverkehrsunternehmen bedienten Strecken, Nennung der für die jeweilige Bahnstrecke zuständigen Eisenbahnunternehmen; Vertragsbedingungen, Laufzeit der Verträge; Ausschreibungsbedingungen für die gegenwärtig von landeseigenen Eisenbahnen bedienten Strecken im Schienenpersonennahverkehr

KIAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3742

Durchbindung der Linie Heidelberg - Mannheim - Mainz in Gefahr?

Verknüpfung der Linien Mainz - Mannheim und Mannheim - Bensheim als S-Bahn-Linie 6; Auswirkungen auf eine Durchbindung Mainz - Mannheim - Heidelberg - Meckesheim - Aglasterhausen/Eppingen; Sachstand und Zeitplan der Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Mannheim Hbf - Heidelberg Hbf

KIAnfr Elke Brunnemer CDU 18.07.2013 und Antw MVI

Drs 15/3837

Fahrplanverbesserungen im Jestetter Zipfel

Auswirkungen der Fahrplanänderungen des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) auf die Zugverbindungen nach Lottstetten und Jestetten; Dialog mit den zuständigen Schweizer Stellen, um eine Verschlechterung der Bahnanbindung des Jestetter Zipfels zu verhindern; Benennung der für die Bahnverbindung auf deutschem Gebiet maßgeblichen Inhalte des 1875 zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossenen Staatsvertrags

KIAnfr

s. *Eisenbahnpersonenverkehr*

Drs 15/3871

Mehrverkehre Elztalbahn und Kaiserstuhlbahn

Geplanter Beginn der Mehrverkehre auf der Elztalbahn sowie der westlichen und nördlichen Kaiserstuhlbahn iRd Gesamtnetzausbauprogramms „Breisgau-S-Bahn 2020“; Übernahme des Ausfallrisikos für das Projekt „Breisgau-S-Bahn 2020“ durch das Land

KIAnfr Marcel Schwehr CDU 26.07.2013 und Antw MVI

Drs 15/3881

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KIAnfr

s. *Nebenbahnverkehr*

Drs 15/3979

Zugausfälle auf der Bahnstrecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe

Zahl der Zugausfälle in den vergangenen zwölf Monaten; Vorkehrungen zur Vermeidung von Zugausfällen aufgrund von Missgeschicken des Zugpersonals; Verwirklichung von Barrierefreiheit am Stuttgarter Hauptbahnhof

KIAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4002

Zustand und Aussicht auf der Hochrheinstraße

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barrierefreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hochrheinstraße; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hochrheinstraße; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr

s. *Streckenelektrifizierung*

Drs 15/4234

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggons durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KIAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/4258

Mögliche Weiterführung der S-Bahn Stuttgart in den Enzkreis

Fahrplantechnische und bauliche Auswirkungen einer möglichen Erweiterung der Linie S 5 der S-Bahn Stuttgart von Bietigheim-Bissingen über Vaihingen/Enz nach Mühlacker sowie Bewertung alternativer Verkehrskonzepte

KIAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 15/4309

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärmindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr GRÜNE 14.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4333

PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5876-5883

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4381

Bus- und Bahnverkehr auf gemeinsamer Trasse

Rechtliche Bedingungen zur Freigabe der Schienenanlage in Ettlingen auf der Trasse der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG) im Abschnitt zwischen Rastatter Straße und Wattkopfweg für den öffentlichen Busverkehr nach einer geeigneten Befestigung

KlAnfr Werner Raab CDU 27.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4397

Schienenpersonennahverkehr zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Fahrplanwechsel ohne zusätzliche Verbindungen am Abend und am Wochenende; Benachteiligung Pforzheims bei den Spätverbindungen im Vergleich zu anderen regionalen Oberzentren; Streichung der Spätverbindung von Pforzheim in den Calwer Raum

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4494

„Blauwal“ - Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse

Entwicklung der Fahrgastzahlen seit Reaktivierung der Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse und Steigerungsmöglichkeiten

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 07.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4559
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 64 65
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donaubahn, Brenzbahn, Illertalbahnhofsbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4826

Neu-/Ausbau Rheintalbahn

Zeitplan für den Ausbau der Rheintalbahn; Position zur geplanten zweigleisigen Güterzugtrasse

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/4875

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. *Enztalbahn*
Drs 15/5111

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr GRÜNE 15.05.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5199
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7955-7959

Die Zukunft der Zollernbahn

Ausschreibung und Koordination der Eisenbahnverkehre zwischen Stuttgart und Tübingen bis Albstadt, insbes Angebotskonzept, Streckenelektrifizierung, Wiederherstellung der zeitgleichen Vergabe der Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen auf der Zollernbahn

Antr
s. *Zollernalbbahn*
Drs 15/5202

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Vergabeverfahren Main-Neckar-Ried - „sorgsamer Umgang mit Steuergeldern“?

Aufgabenträger und Zeitpunkt des Zuschlags; Höhe des Bestellerentgelts; Verlauf des Vergabeverfahrens, Ursachen für dessen Verzögerung; Auswirkungen auf Folgeausschreibungen; Finanzierung des Einsatzes neuer Schienenfahrzeuge auf der Strecke; Angebotsverbesserungen durch die Neuvergabe

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5333

Ausbau der Rheintalbahn - Abschnitt Müllheim-Auggen

Sachstand und Position der LReg zum Ausbau der Rheintalbahn im Bereich Müllheim-Auggen, insbes Bewertung und Mehrkosten des Vorschlags des Bürger-Bündnisses Markgräflerland

(BBM)

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/5523

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Aktuelle Situation und Perspektiven des EuroAirports Basel/Mulhouse

Entwicklung der Passagierzahlen und Flüge in den letzten drei Jahren; Anzahl der am Flughafen Beschäftigten, unterschieden nach ihrer Herkunft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz; Anzahl der in der Nähe des Flughafens angesiedelten deutschen, französischen, schweizerischen und sonstigen Unternehmen; Stand des geplanten Schienenanschlusses, Zahlung eines Landeszuschusses; Differenzen zwischen den beiden den Flughafen betreibenden Staaten Frankreich und Schweiz; Bedeutung der weiteren Entwicklung des Flughafens für BW

KlAnfr
s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
Drs 15/5666

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KlAnfr Joachim Köbler CDU 16.10.2014 und Antw MVI
Drs 15/5897

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand im Verfahren zur Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen, insbes Eingang des Förderantrags, Haltung des Verkehrsministeriums, Auswirkung auf die S 6 und S 60, Durchführung eines Stress-tests, Kosten für die Ertüchtigung des Bahnhofs Renningen, Lärmschutzertüchtigungsmaßnahmen, Alternativen zur verkehrlichen Anbindung des LKreises Calw an Stuttgart

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5932

Stromtod von Vögeln an Frei- und Oberleitungen

Entwicklung der Vogelverluste durch Stromtod an Freileitungen und Mittelspannungsmasten in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Vogelsicherheit, insbes an den Oberleitungen der Eisenbahnunternehmen

Antr
s. *Vogel*
Drs 15/5968

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr Karl Traub CDU 23.10.2014 und Antw MVI Drs
15/5975

WLAN im Bahnverkehr

Bahnhöfe und Gleisstrecken in BW mit bestehendem bzw geplante WLAN-Zugang; Maßnahmen zum Ausbau von WLAN-Zugängen im Nah- und Fernverkehr und der Verbesserung der Mobilfunkanbindung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/6178

Angebotsverbesserungen im Teilnetz 8 der Ortenau S-Bahn

Erwartete Verbesserung des Angebots im Teilnetz 8 der Ortenau-S-Bahn durch Neuvergabe; Mehrkosten aufgrund der Angebotsverbesserung und neuer Strecken

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/6271

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) - Ausschreibung Netz 4 a - Expresszugangebot

Vorgaben der Ausschreibung; Auskunft über das geplante Expresszugangebot; Beibehaltung der Haltestellen in Bad Krozingen und Heitersheim

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/6315

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/6335

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des

Bundesverkehrsweegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärmschutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr
s. *Streckenbau*
Drs 15/6427

Ausbau des Schienengüterverkehrs auf der Achse Köln-Karlsruhe und dessen Auswirkungen auf das Land BW

Tägliches Güterzugaufkommen auf der Strecke Köln-Karlsruhe; Anmeldung von Vorschlägen für den Ausbau dieses Güterverkehrskorridors für den Bundesverkehrsweegeplan (BVWP) 2015; Nutzen des viergleisigen Ausbaus der Strecke Graben-Neudorf-Karlsruhe; Aufnahme weiteren Schienengüterverkehrs auf den Trassen Germersheim-Graben-Neudorf und Wörth-Karlsruhe; Nutzung der Pfalzbahn für den Schienenpersonennahverkehr; Vorrang bei der Trassenvergabe

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/6461

Mögliches neues Verbindungsgleis zwischen Pfalz- und Rheintalbahnhof („Dammerstocker Kurve“)

Sachstand zu aktuellen Planungen für ein neues Verbindungsgleis zwischen Pfalzbahn und Rheintalbahnhof der sogenannten „Dammerstocker Kurve“, insbes Existenz früherer Verbindungsgleise, rechtliche Voraussetzungen, Berücksichtigung im Bundesverkehrsweegeplan

KlAnfr Johannes Stober SPD 05.02.2015 und Antw MVI
Drs 15/6462

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im LKreiss Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahnhof, Kaiserstuhlbahnhof und Münstertalbahnhof (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahnhof zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6466

Zugausfälle auf der Neckar-Alb-Bahn

Sachstand zur Entwicklung von Zugausfällen und Unpünktlichkeit von Zügen auf der Neckar-Alb-Bahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6666

Geplante Verbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

Sachstand zu geplanten investiven Maßnahmen und Qualitätsverbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

MdlAnfr
s. *Bodenseegürtelbahn*
Drs 15/6690

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahnhof - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbaus der Rheintalbahnhof; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspaketes

Antr
s. *Rheintalbahnhof*
Drs 15/6723

Sanierung Schnellbahntrasse zwischen Mannheim und Stuttgart

Umfang, Mitteleinsatz und Koordination der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Schienennetz; Sachstand zur Sanierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Mannheim, insbes Zeitablauf, Fahrtzeitverlängerungen, Vorverlagerung der Maßnahme in die Sommerferien zur Reduzierung der Einschränkung für Pendler

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.04.2015 und Stellungnahme MVI
Drs 15/6736

Nachfrage im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Stand zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen

Sachstand zur Nachfrage auf den einzelnen Strecken im Schienenpersonennahverkehr, insbes Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Menge der bestellten Zugkilometer, Kapazitätsengpässe und Gegenmaßnahmen, Erkenntnisse über deutlich unterbesetzte Züge, Veränderungen im Fahrplan- und Fahrzeugangebot, Erkenntnisse aus dem Controlling, Verkaufszahlen des Baden-Württemberg-Tickets und des Metropolitickets für die Region Stuttgart

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6790

Zukunftsfähige Gestaltung der Wendlinger Kurve iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm

Sachstand zur Realisierung einer großen Wendlinger Kurve in zweigleisiger Ausführung iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, insbes Berücksichtigung in einer Machbarkeitsstudie

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 04.09.2015 und Stellungnahme MVI
Drs 15/7355 (12 S.)

Schienenpersonennah- und -fernverkehr in Ostwürttemberg

Verbesserungen im Ausschreibungsnetz 1b (Remseck-Fils); Ausgestaltung des Fahrplans und voraussichtliche Inbetriebnahme des Streckennetzes; künftige Anbindung der Region Ostwürttemberg an den neuen Filderbahnhof; Schaffung neuer Haltepunkte; Realisierungschancen einer neuen IC-Strecke zwischen dem Großraum Stuttgart und Ingolstadt-Augsburg

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7595

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrass Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahnhof als Europatrass Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrs-

kapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/7611

Paralleler Ausbau Bundesautobahn (BAB) 5 und Rheintalbahnhof
Durchführbarkeit einer gemeinsamen Planung und Planfeststellung für beide Projekte; Priorisierung des sechsspürigen Ausbaus der BAB 5 südlich von Offenburg im Bundesverkehrswegeplan 2016

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/7657

Zugausfälle und Barrierefreiheit auf der Neckar-Alb-Bahn
Ausmaß und Ursachen der Zugausfälle und Verspätungen auf der Bahnstrecke; Barrierefreiheit der Bahnhöfe; Funktionsbereitschaft von Personenaufzügen, insbes am Bahnhof Nürtingen

KlAnfr
s. *Neckar-Alb-Bahn*
Drs 15/7663

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahnhof und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KlAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/7739

Halt der Interregio-Express (IRE)-Verbindungen in Nürtingen
Ausschreibung der IRE-Verbindung zwischen Tübingen und Stuttgart; Art der künftig eingesetzten Eisenbahnwagen; Begrenzung der Stehplatzquote; IRE-Halt in Nürtingen

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7839

Zuschlag des Netzes 7 a/b - „Stadtbahn Karlsruhe“ - an die Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG)

Bisheriger Betreiber des Netzes 7a/b; aktueller und künftiger Preis pro Zugkilometer; im neuen Verkehrsvertrag vereinbarte Leistungen; Zusammenhang von Angebotshöhe und Bieterkonkurrenz bei Vergaben im Schienenpersonennahverkehr

Antr
s. *Stadtbahn*

Drs 15/7923

Lärm auf der Münstertalbahnhof

Sachstand zur auf das Zugmaterial (Jakobsdrehgestell) zurückzuführenden Lärmentwicklung und Verschleiß auf der Münstertalstrecke, insbes Abhilfemöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verkehrsvertrags mit der SWEG oder iR einer Neuvergabe

Antr
s. *Schieneverkehrsärm*
Drs 15/7982

Beseitigung von Langsamfahrstellen im Nah-, Regional- und Fernverkehr

Baurechtliche Voraussetzungen zur Beseitigung von Langsamfahrstellen und Zuschussmöglichkeiten nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Beseitigung der Langsamfahrstelle in Kleinsteinbach

KlAnfr
s. *Schieneverkehr*
Drs 15/8026

Rheintalbahnhof - Beste Lösung für Müllheim/Auggen

Sachstand zum Ausbau der Rheintalbahnhof im Abschnitt Müllheim/Auggen, insbes Aufhebung des Kostendeckels zur Erreichung der „Besten Lösung“

KlAnfr
s. *Rheintalbahnhof*
Drs 15/8031

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LK Kreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/8091

Bekräftigung der Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm im Koalitionsvertrag; Erinnerung an den Bau der Bahnlinie von Stuttgart nach Friedrichshafen 1848

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 66 89

Verweisung auf die Kostensteigerungen bei Schienengroßprojekten der Bahn, Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Fahrzeitgewinne nach der Verwirklichung von Stuttgart 21, Beklagung der Streichung wichtiger Schienenprojekte durch den Bund

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 455 456 458 459 462 463 467 477 478

Verweisung auf den zwingenden Zusammenhang der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm mit dem Projekt Stuttgart 21, Beteiligung an der Finanzierung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 521 522

Verweisung auf den untrennbaren Zusammenhang von Stuttgart 21 mit der Neubaustrecke nach Ulm

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 594

Zulässigkeit einer finanziellen Beteiligung des Landes an der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Hinweis auf die finanzielle Beteiligung der EU

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 742-747

Verweisung auf den zwingenden Zusammenhang der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm mit dem Projekt Stuttgart 21

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 787

Verweisung auf den untrennbaren Zusammenhang von Stuttgart 21 mit der Neubaustrecke nach Ulm u.a. großen Schienenprojekten; Erinnerung an den Widerstand der Grünen gegen die Neubaustrecke Stuttgart-Mannheim

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 850 851 853 854 863 868

Realisierung von Stuttgart 21 mit der Neubaustrecke nach Ulm nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung; Verwirklichung der anderen großen Schienenverkehrsprojekte im Land

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 981-986 989-991 1030-1037

Mittelbereitstellung für die Ertüchtigung und sicherungstechnische Nachrüstung von landeseigenen Bahnstrecken, Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, Elektrifizierung der Südbahn

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1352-1356 1362 1365

Sicherung einer zusätzlichen Schienentrasse auf den Fildern entlang der Autobahn, Hinwirkung beim VRS auf Verankerung im Regionalplan

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2326 2328-2330 2332 2333

Bahnüberführung

Landeszuschuss für die Erneuerung der Eisenbahnüberführung Ortsteil Bilfingen, Kirchgrundstraße

Sachstand zur Finanzierung der Erneuerung der Eisenbahnüberführung Kirchgrundstraße im Ortsteil Bilfingen

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 13.04.2015 und Antw MVI
Drs 15/6725

Bahnübergang

s. Bahnkreuzung

Bahnunglück

s. Schienenverkehrsunfall

Bahnverkehr

s. Eisenbahnverkehr

Baiefurt

Ausbau der B 30 als zentrale Verkehrsachse in Oberschwaben
Stand der Planungen für den Ausbau der einzelnen Abschnitte zwischen Biberach und Baiefurt; Beurteilung der Dringlichkeit von Bund, Land, Wirtschaftsverbänden und angrenzenden Gebietskörperschaften; Frage nach der Möglichkeit einer Finanzierung über ein streckenbezogenes Lkw-Maut-Modell

KlAnfr
s. Bundesstraße 30
Drs 15/748

Baiersbronn

„Schulentwicklung von unten“ - am Beispiel der Region Baiersbronn

Bewertung der Werkrealschule Baiersbronn und ihrer Außenstellen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2006, Begründung der Ablehnung der Entscheidung des Gemeinderats Baiersbronn zu den Außenstellen der Werkrealschule von der Schulverwaltung, Frage nach einer Gewichtung der regionalen Besonderheiten und nach Alternativen zu dieser Entscheidung; Aussetzung der Ablehnung bis zu einer einvernehmlichen Lösung mit den beteiligten Akteuren vor Ort

Antr
s. Werkrealschule

Drs 15/2208

Krankenhausstruktur im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr
s. Krankenhaus
Drs 15/2783

Baindt

Priorisierung der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Vorarbeiten und Möglichkeiten der Einflussnahme auf den neuen Bundesverkehrswegeplan ab 2016; Chancen für die Aufstufung der noch nicht ausgebauten Streckenabschnitte und Ortsumfahrungen in den „vordringlichen Bedarf“, insbes Ausbau zwischen Biberach und Baindt, Ortsumgehungen von Gaisbeuren und Enzisreute sowie Ausbau der Ortsumfahrung Bad Waldsee

KlAnfr
s. Bundesstraße 30
Drs 15/2095

Bakterien

Wasserqualität fließender und ruhender Gewässer des Kreises Schwäbisch Hall

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen im LKreis Schwäbisch Hall und landesweit, insbes auch in Bezug auf den EHEC-Erreger; Einschätzung der Gefahr einer Ausbreitung des Bakteriums über das Gewässersystem; Frage nach vorbeugenden Maßnahmen und einer Intensivierung der Messungen

KlAnfr
s. Gewässergüte
Drs 15/148

Folgen der EHEC-Krise für die Landwirtschaft in BW

Ausgleich der den Betrieben ohne Eigenverschuldung entstandenen Schäden

MdlAnfr
s. Landwirtschaft
Drs 15/98

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Besserer Schutz vor Klinikkeimen - Hygiene an Krankenhäusern in BW

Mittlg LReg
s. Hygiene
Drs 15/459

Umsetzung von § 23 Abs 8 Infektionsschutzgesetz in BW (VO zum Schutz vor nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern)

Umsetzung der für Krankenhäuser erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen durch die bestehende KrankenhaushygieneVO?

Antr
s. Infektionsschutzgesetz
Drs 15/1512

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und passgenauen Einsatz von Antibiotika

KlAnfr
s. Infektionskrankheit
Drs 15/2584

Bakterium

s. Bakterien

Balingen

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KlAnfr
s. Rind
Drs 15/4121

Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis

Sachstand zur Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis, insbes Verlagerung von Kapazitäten von Albstadt nach Balingen, Bedeutung des Krankenhausstandorts Sigmaringen

KlAnfr
s. Krankenhaus
Drs 15/6976

Ballett

s. Tanz

Ballungsgebiet

s. Ballungsraum

Ballungsraum

s.a. Großstadt

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbünde; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr
s. Mobilität
Drs 15/4576

Verkehrsrentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets

Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr
s. Jobticket
Drs 15/5425

Finanzierungsreform zur Neuordnung der Leistungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz

Zeitplan für die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs; Anhebung des Pauschalbetrags für den Ausgleich von Kostensteigerungen; Interessenausgleich zwischen den Verdichtungsräumen, den Randzonen der Verdichtungsräume und dem ländlichen Raum; Zuverlässigkeit der Datenbasis für die neue Modellrechnung; Berücksichtigung eines erhöhten Verwaltungsaufwands bei den Stadt- und LKreisen sowie den Verbänden und Verkehrsunternehmen

KlAnfr
s. Öffentlicher Personennahverkehr
Drs 15/6245

Jugendherbergswesen in BW

Neueröffnungen und Schließungen von Jugendherbergen im Jahr 2014; Gründe der Schließung der Jugendherberge in Singen (Hohentwiel); Sanierungsbedarf bei den Jugendherbergen in BW; Entwicklung eines langfristigen Investitionskonzepts in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk; Förderung der Sanierung bestehender Jugendherbergen im ländlichen Raum; Beachtung des Satzungszwecks bei den Angeboten von Jugendherbergen

Antr
s. Jugendherberge
Drs 15/6465

Ballungszentrum

s. Ballungsraum

BAMF

s. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bammental

Gemeinschaftsschule Bammental - Wohin mit den abgewiesenen Schülerinnen und Schülern?

Überschreitung der vorgesehenen Aufnahmekapazitäten durch zu hohe Anmeldezahlen an der Gemeinschaftsschule „Elsenzschule Bammental“ und Planungen zur Beschulung der abgewiesenen Schüler

Antr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/5147

Bandenhehlerei

s. Hehlerei

Bandwurm

Fuchsbandwurm im Bereich des Biosphärengebiets Schwäbische Alb

Verbreitung des Fuchsbandwurms im o.g. Bereich im bundesweiten Vergleich; Anreize zur Reduzierung der Fuchsbestände durch eine consequentere Bejagung sowie Bekämpfung des Parasiten durch die Ausbringung von Ködern zur Entwurmung

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 14.06.2012 und Antw MLR Drs 15/1852

Fuchsbandwurm - Lage in BW

Aktuelle Lage und Entwicklung des Befalls von Füchsen mit dem Fuchsbandwurm in BW und Gegenmaßnahmen der LReg

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 07.08.2013 und Antw MLR Drs 15/3924

Bank

s.a. Bankenaufsicht

s.a. Bankgeheimnis

s.a. Basler Eigenkapitalvereinbarung

s.a. Bürgschaftsbank

s.a. Europäische Zentralbank

s.a. Finanzinstrument

s.a. KfW-Bankengruppe

s.a. Kreditgenossenschaft

s.a. Landesbank Baden-Württemberg

s.a. Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank

s.a. Sparkasse

Auswirkungen der Einführung von Euro-Bonds

Darlegung o.g. Folgen für den Haushalt des Landes, die Wirtschaft und den Bankenmarkt

Antr

s. Finanzinstrument

Drs 15/966

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1031

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr

s. Glücksspiel

Drs 15/1707

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1933

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr

s. Kredit

Drs 15/2055

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr

s. Basler Eigenkapitalvereinbarung

Drs 15/2161

Eigenkapitalausstattung von Unternehmen

Auswirkungen von Basel III auf die Anforderungen an Sicherheiten und Eigenanteilen bei Bankkrediten für Unternehmen, insbes für Unternehmensgründungen und Finanzierung betrieblicher Innovationen; Hinwirkung auf eine steuerliche Erleichterung der Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital und Abbau der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital, z.B. bei der Gewerbesteuer

KlAnfr

s. Kapital

Drs 15/2192

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bankenunion - Vorschläge für eine europäische Bankenaufsicht

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
 Drs 15/2336

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditverteilung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr
s. Basler Eigenkapitalvereinbarung
 Drs 15/2820

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und einen einheitlichen Bankenabwicklungsfonds

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
 Drs 15/3997

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strukturelle Maßnahmen zu Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
 Drs 15/4869

Verbraucherschutz bei Anlageberatung

Sachstand zu Beschwerden und Beschwerdegründen über Anlageberater und entsprechende Finanzdienstleister in BW im Beschwerderegister der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht; Qualifikation der Anlageberater; Verbesserung der Qualität der Anlageberatung

K1Anfr
s. Anlageberatung
 Drs 15/5673

Die europäische Bankenabgabe und ihre Auswirkungen auf das Förderkreditgeschäft in BW

Risiken und Auswirkungen der geplanten europäischen Bankenabgabe auf das Förderkreditgeschäft in BW, insbes Mehrfachbelastungen von Banken und Sparkassen mit Institutssicherungssystemen; Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen auf Kreditinstitute und das Fördergeschäft, insbes der Ausnahme von Förderkrediten von einer Belastung durch die zukünftige europäische Bankenabgabe

Antr Tobias Wald u.a. CDU 05.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5691 (31 S.)
 BeschIEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6338 S. 69 70
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (EU) auf BW
 Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaftsbeziehungen zu BW, insbes Situation der Handels- und Auftragsentwicklung, Folgen der Einfuhrverbote für Landwirtschaftsbetriebe und Hilfen seitens der EU, vom Verkaufsverbot von Finanzinstrumenten betroffene Finanzinstitute

Antr
s. Internationale Wirtschaftsbeziehungen
 Drs 15/5745

Rechtsanspruch auf ein Bürgerkonto in BW

Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf ein Girokonto auf Guthabenbasis (Bürgerkonto bzw Jedermannkonto) in BW, insbes Bewährung der Praxis der Selbstverpflichtung der Banken; Verankerung des Rechtsanspruchs im Sparkassengesetz

Antr
s. Bankkonto
 Drs 15/6398

Abzugsfähigkeit der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds als Betriebsausgabe

Sachstand zur Nichtabzugsfähigkeit der Beiträge der deutschen Kreditinstitute zum deutschen Restrukturierungsfonds als Betriebsausgabe, insbes Wettbewerbsverzerrung und Belastung für Banken und Sparkassen, Regelung in anderen europäischen Ländern, Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Regelung in den europäischen Ländern

Antr Tobias Wald u.a. CDU 27.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6560
 BeschIEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6921 S. 14 15
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Vergabe von Darlehen durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität an Mitgliedsstaaten zur Rekapitalisierung der Banken, Einschätzung der Verluste deutscher Banken in Griechenland

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 483 497

Verluste der europäischen Banken infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, Verschärfung der europäischen Bankenaufsicht, Beschränkung des Anwendungsbereichs von Basel III auf international tätige Großbanken

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1251-1257

Schäden durch das Abgreifen von EC-Kartendaten an manipulierten Bankautomaten

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1684

Beurteilung der hochspekulativen Finanzgeschäfte von Banken mit Kommunen, Verschärfung des entsprechenden Verbots in der Gemeindeordnung, Appell an die Banken zur Einstellung der Bewerbung spekulativer Finanzprodukte bei den Kommunen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699-1706

Nutzung des Schweizer Bankensystems zur Steuerhinterziehung von deutschen Steuerpflichtigen, Bewertung der Rolle der Schweizer Banken, Feststellung einer sukzessiven Rücknahme des Bankgeheimnisses

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1914 1916-1918 1920

Beurteilung der hochspekulativen Finanzgeschäfte von Banken mit Kommunen; Verschärfung des entsprechenden Verbots in der Gemeindeordnung, Appell an die Banken zur Einstellung der Bewerbung spekulativer Finanzprodukte bei den Kommunen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2297-2299 2302

Bankaufsicht

s. Bankenaufsicht

Bankdienstleistung

s. Bankgeschäft

Bankeinlagensicherung

s. Einlagensicherung

Bankenaufsicht

s.a. Basler Eigenkapitalvereinbarung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1031

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr

s. Kredit

Drs 15/2055

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr

s. Basler Eigenkapitalvereinbarung

Drs 15/2161

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Bankenunion - Vorschläge für eine europäische Bankenaufsicht

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/2336

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditverteilung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr

s. Basler Eigenkapitalvereinbarung

Drs 15/2820

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Strukturelle Maßnahmen zu Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/4869

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/7764

Forderung einer schlagkräftigen Bankenaufsicht

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1082

Bankensystem

s. Bank

Bankgebühr

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

EU-Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-

Angelegenheiten
Drs 15/3613

Bankgeheimnis

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen
im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/3781

Begrüßung einer schrittweisen Rücknahme des Schweizer Bank-
geheimnisses

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1913 1916-1918

Bankgeschäft

Offshore Leaks-Steuerparadiese im Ausland

Maßnahmen von Ländern, Bund und EU zur Bekämpfung von unlauterem internationalen Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung, insbes nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Offshore Leaks; Umfang, Zugang und Erkenntnisse zu Offshore-Leaks-Datenmaterial für BW; aufsichtsrechtliche Möglichkeiten gegen baden-württembergische Banken mit Geschäftsmodellen zur Unterstützung aggressiver Steuerplanung; Einnahmeausfälle für BW aufgrund unlauteren internationalen Steuerwettbewerbs; personelle und materielle Ausstattung der Steuerverwaltung des Landes, insbes der Betriebsprüfung und Steuerfahndung

Antr
s. *Steuerunggebung*
Drs 15/3561

Bankgewerbe

s. *Bank*

Bankkonto

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/3613

Zahlungskonto für Flüchtlinge und Asylsuchende

Verweigerung eines Zahlungskontos für Flüchtlinge und Asylsuchende vonseiten der Banken; Bedarf an einem Zahlungskonto für Flüchtlinge aufgrund der Umstellung von Sach- auf Geldleistungen; bisherige Form der Übermittlung von Geldleistungen an Flüchtlinge; Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/92 vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen in nationales Recht; Unterstützung einer entsprechenden Bundesratsinitiative

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE und Rosa Grünstein u.a. SPD 08.01.2015 und Stellungnahme IntM Drs

15/6329
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 04.03.2015 Drs 15/6921 S. 86
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
Mittlg LReg 17.12.2015 Drs 15/7914 (41 S.)

Rechtsanspruch auf ein Bürgerkonto in BW

Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf ein Girokonto auf Guthabenbasis (Bürgerkonto bzw Jedermannkonto) in BW, insbes Bewährung der Praxis der Selbstverpflichtung der Banken; Verankerung des Rechtsanspruchs im Sparkassengesetz

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 26.01.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6398
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 5 6
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Bankprodukt

s. *Bankgeschäft*

Bankspesen

s. *Bankgebühr*

Bannmeile

Schutz der Bannmeile des Landtags

Zahl von Verletzungen der Bannmeile durch Versammlungen und Aufzüge seit 01.06.2010, Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen das VersammlungsGes u.a. Rechtsverstöße, Bilanz der Anzeigen wegen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, Frage nach einer besonderen polizeilichen Einsatzkonzeption

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 06.07.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/211

Bannwald

s. *Wald*

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/1707

Umstellung auf SEPA-Verfahren bei baden-württembergischen Unternehmen

Stand der Umstellung auf das SEPA-Verfahren insbes bei kleinen und mittelständischen Unternehmen; bekannte Schwierigkeiten bei der Umstellung; durchschnittliche Kosten pro Unternehmen; Einsparungen durch das Preisgleichheitsgebot; Auswirkungen der Abschaffung des elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV) ab 2016 auf Einzelhandel und Gastgewerbe; Alternativverfahren zu ELV

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.02.2013 und Antw MFW Drs 15/3085

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.08.2013 und Stellungnahme MfW Drs 15/3966

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 13

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

EU-Zahlungsdiensterichtlinie II (Payments Services Directive II, PSD II)

Sachstand und Bewertung der Überarbeitung der Zahlungsdiensterichtlinie der Europäischen Union, insbes Auswirkungen auf die Sicherheit des Zahlungsverkehrs, Gefahren im Bereich der Internetkriminalität, Haftungsregelung

Antr

s. *Zahlungsdiensterichtlinie*

Drs 15/6642

Barrierefreiheit

s.a. *Aufzugsanlage*

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr

s. *Fahrplan*

Drs 15/152

Sicherheit im geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21

Frage nach einem Not- und Störfallkonzept der Bahn sowie nach der Barrierefreiheit des geplanten Bahnhofs; Erkenntnisse über geologische Risiken durch Tunnelbohrungen in den Gipskeuper-Anhydrit-Gesteinsformationen; Art der verwendeten Stahlrohre für das 17 Kilometer lange Grundwasser-Leitungssystem; Bewertung der noch offenen Planungsverfahren für den Bau des Flughafenbahnhofs

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/289

Künftige Wohnungspolitik

Einschätzung des Bedarfs an Neubauwohnungen in Großräumen und Universitätsstädten sowie von seniorengerechten Wohnungen

Antr

s. *Wohnungsbau*

Drs 15/988

Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr in BW

Entwicklung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe im Land und im VVS in den letzten fünf Jahren; Bewertung des Programms der

Bahn; Art, Zeit- und Kostenrahmen der Bemühungen um einen möglichst weitreichenden barrierefreien ÖPNV; Impulse durch das zu überarbeitende Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 30.01.2012 und Stellungnahme MfW Drs 15/1181

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/1821 S. 50 51

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an baden-württembergischen Hochschulen

Anzahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung; Nutzung und Qualität der vorhandenen Beratungsstellen; Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals; Angebot behindertengerechter Wohnheimplätze; barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen einschließlich Verkehrsanbindung; Frage der Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen

Antr

s. *Student*

Drs 15/2106

Zuwendungen des Landes für Investitionen in Behinderteneinrichtungen

Zahl der geschaffenen Plätze mit und ohne Zuwendungen des Landes in Wohnstätten, Betreuungsgruppen und Behindertenwerkstätten seit 2007; Gründe für den Ausschluss von privaten Investoren und Anbietern von barrierefreien Mietwohnungen von der Landesförderung; Weiterentwicklung der o.g. Verwaltungsvorschrift, Ermöglichung von Zuwendungen an private Investoren für die genannte Mietslösung für gemeinnützige Betreiber

Antr

s. *Behinderter*

Drs 15/2133

Inklusion von blinden und sehbehinderten Menschen in BW

Zahl der Empfänger von Landesblindengeld u.a. Hilfen 2011, Beurteilung der Forderung nach Erhöhung und Einführung eines Sehbehindertengelds; Zahl und Anteil von Aufzügen zur Personenbeförderung in den Liegenschaften des Landes mit Benutzerinformationen in Blindenschrift und akustischen Informationssystemen, Kosten einer entsprechenden Ausrüstung bei allen Neubauten und Sanierungen

Antr

s. *Blinder*

Drs 15/2142

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 07.08.2012 und Antw MfW Drs 15/2206

Fahrgastinformationssysteme: Berücksichtigung der Interessen von Älteren und Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Art der eingesetzten Fahrgastinformationssysteme; Berücksichtigung der Bedürfnisse von behinderten und alten Menschen bei den bestehenden Informationssystemen sowie dem sich in der

Testphase befindlichen System RUBIK für den regionalen Busverkehr; Kosten einer flächendeckenden Einführung eines Fahr-
gastinformationssystems im ländlichen Raum; zuständige öffentliche Träger

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/2698

Barrierefreiheit an Geldautomaten gewährleisten

Verbreitung barrierefreier Geldautomaten in BW; Normen und Techniken zur barrierefreien Benutzung von Geldautomaten; Zielvereinbarung über barrierefreie Dienstleistungen des Sparkassenverbands BW und seiner Mitgliedssparkassen

KlAnfr Sabine Wölfle SPD 03.06.2013 und Antw MFW Drs 15/3560

Umsetzung des Bahnstationsmodernisierungsprogramms im LK Kreis Konstanz

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnstationsmodernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen; Kostenverteilung auf die einzelnen Projektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu Bahnhofsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/3771

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Raumprogramm der Gemeinschaftsschulen im Vergleich zum Modellraumprogramm einer Ganztags-Werkrealschule; Beachtung gymnasialer Standards bei Ausgestaltung der Unterrichtsräume für die naturwissenschaftlichen Fächer; Berücksichtigung der Einführung der zweiten Fremdsprache im Raumprogramm; Förderung der Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen zur Ermöglichung eines integrativen Unterrichts; Bekanntmachung der überarbeiteten Schulbauförderrichtlinien; Einbeziehung von Umbaumaßnahmen aufgrund von Bildungsreformen und gewandelter pädagogischer Leitideen; ausreichendes Raumangebot als Genehmigungsvoraussetzung

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/3775

„Leichte Sprache“ als Instrument barrierefreier Teilhabe

Zahl der auf eine einfache und leicht verständliche Sprache angewiesenen Menschen in BW; Empfehlungen bzw Gütesiegel für Leichte Sprache; Informationsangebote des Landes in Leichter Sprache; Hemmnisse für eine Ausweitung des Angebots; Einwände gegen die Verwendung einfacher Sprache; Erfahrungen mit Leichter Sprache in anderen Bundesländern

KlAnfr Sabine Wölfle SPD 17.07.2013 und Antw SM Drs 15/3824

Zugausfälle auf der Bahnstrecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe

Zahl der Zugausfälle in den vergangenen zwölf Monaten; Vorkehrungen zur Vermeidung von Zugausfällen aufgrund von Missgeschicken des Zugpersonals; Verwirklichung von Barrierefreiheit am Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr
s. *Schiennenpersonennahverkehr*
Drs 15/4002

Zustand und Aussicht auf der Hochrheinstraße

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barrierefreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hochrheinstraße; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hochrheinstraße; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/4234

Umsetzung des Maßnahmenkatalogs 2013 zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots

Stand der Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots der ARD; Audiodeskription und Untertitelung von Sendungen der ARD; Zuspruch für die bisher untertitelten Formate; Anteil der barrierefreien Sendungen am Gesamtprogramm des SWR bis Jahresende

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 15/4241

Öffentlicher Nahverkehr für Menschen mit Behinderung im ländlichen Raum

Förderung barrierefreier Überlandbusse und Haltestellen im ländlichen Raum, insbes zielgerichtete Förderung von Bussen mit Lift

Antr Paul Locherer u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4474
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 12.02.2014 Drs 15/4949 S. 29 30
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Einführung von benutzer-, alters- und behindertengerechten Wertscheinen beim Staatlichen Toto-Lotto BW

Einführung von Wertscheinen im XXL-Format; Verarbeitung des Großformats durch die bestehenden Annahmesegegräte

KlAnfr
s. *Lotterie*
Drs 15/4719

Barrierefreiheit für die S-Bahnhöfe Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen

Barrierefreier Ausbau der S-Bahnhöfe Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen, insbes finanzielle Trägerschaft, Planungen und erwartete Kosten

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/4726

Barrierefreier Tourismus in BW

Angebot und Nachfrage nach barrierefreiem Tourismus; Förderung des barrierefreien Tourismus; Umsetzung der bundeseinheitlichen Kennzeichnungen für barrierefreie Angebote; Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Prüfung von Anträgen auf Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm; Barrierefreiheit für Besucher des Nationalparks Schwarzwald und dessen Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/4783

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Haushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/5069

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kennnisgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw
s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*
Drs 15/5294

Barrierefreie Erreichbarkeit der interkommunalen Gartenschau im Remstal 2019

Stand der Barrierefreiheit der Haltepunkte und Bahnhöfe der Remsbahn und des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich der geplanten interkommunalen Gartenschau; Investitionsaufwand für die zur Erreichung der Barrierefreiheit erforderlichen Anpassungen; Verfügbarkeit der bestehenden Einrichtungen zur Barrierefreiheit; finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV bis zum Jahr 2019

Antr
s. *Remstalbahn*
Drs 15/5289

Warnsignalton in S-Bahnen

Auftreten technischer Probleme bei den S-Bahnen der Baureihe ET 430; Streckeneinsatz dieser S-Bahn-Züge; Beschwerden von Fahrgästen über die Lautstärke des Warntons beim Öffnen und Schließen der Türen; EU-rechtliche Vorgaben für akustische Warnsignale beim Öffnen oder Schließen von Fahrgasttüren

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5299

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5322

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im Landkreis Konstanz

Stand der Planungen für die Sanierung der Seehas-Haltestellen; Kostenentwicklung und Aufteilung der Kosten unter den Beteiligten; Zeitplanung der Deutschen Bahn; Unterstützung der Kommunen bei der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung der Haltestellen

KlAnfr
s. *Haltestelle*
Drs 15/5346

Barrierefreiheit der Murrbahn zwischen Murrhardt-Fornsbach und Waiblingen

Stand der Barrierefreiheit auf Bahnhöfen und Haltepunkten der Murrbahn zwischen Murrhardt-Fornsbach und Waiblingen, insbes Zeitplan, Kostenhöhe und -trägerschaft für die barrierefreie Umgestaltung, Einsatz und Ausfallquote technischer Hilfsmittel zur Erreichung der Barrierefreiheit

KlAnfr Gernot Gruber SPD 23.07.2014 und Antw MVI Drs 15/5535

Barrierefreie Notrufe in BW

Einrichtung eines flächendeckenden Notrufsystems für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung

KlAnfr
s. *Notruf*
Drs 15/5995

Ausbau und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Sachstand zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW, insbes bei den großen Schienenausbauprojekten, Umsetzung und Finanzierung der einzelnen S-Bahn-, Straßenbahn- und Stadtbahnprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Maßnahmen für den ÖPNV im ländlichen Raum, Stellenwert und Unterstützung der Barrierefreiheit

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6272

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr
s. *Schienenpersonenverkehr*
Drs 15/6335

Wachstumsmarkt Tourismus BW

Sachstand zur Förderung und Entwicklung des Tourismus in BW, insbes finanzielle Förderung, geförderte Tourismusprojekte, Nachhaltigkeit, Radtourismus, barrierefreier Tourismus, touristische Infrastruktur im ländlichen Raum

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/6410

Barrierefreier Ausbau der Bahnhöfe auf der Hauptstrecke Stuttgart-Ulm im LKreis Göppingen zwischen Reichenbach/Fils und Eislingen/Fils

Stand der Barrierefreiheit auf Bahnhöfen und Haltepunkten der Bahnstrecke Stuttgart-Ulm im LKreis Göppingen zwischen den Gemeinden Reichenbach/Fils und Eislingen/Fils, insbes Planungsstand, Kostenhöhe und -trägerschaft für die barrierefreie Umgestaltung

KlAnfr Peter Hofelich SPD 29.01.2015 und Antw MVI Drs 15/6432

Interregio-Express (IRE)-Bahnangebot und Fernverkehrsanbindung der Hochrhein-Region ab 2016 und den Folgejahren

Sachstand zu Anbindungsqualität und Fernverkehrsanbindung der Hochrheinregion, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Pünktlichkeit der IRE-Züge, Auswirkungen des veränderten Fahrplanangebots auf Hochrheinbahn und Gäubahn, Verbesserung von Angebot und Zuverlässigkeit der Verbindungen, Gewährleistung von Barrierefreiheit

Antr

s. *Fahrplan*

Drs 15/6470

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6519

Herstellung der Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur barrierefreien Nutzbarkeit der Bahnhöfe und Haltestellen des Schienenpersonennahverkehrs im Rems-Murr-Kreis, Durchführung der erforderlichen baulichen Umgestaltung

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 11.05.2015 und Antw MVI Drs 15/6884

Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur für Menschen mit Autismus in BW

Sachstand zur Herstellung von Barrierefreiheit im Sinne von Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung und besonders für Menschen mit Autismus, insbes planerische Umsetzung in den Kommunen

Antr Werner Raab u.a. CDU 26.05.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6927

Barrierefreie Abfallentsorgung

Sachstand zur Bevorzugung des Bringsystems für Wertstoffe des Dualen Systems Deutschland in einigen Stadt- und Landkreisen in BW, insbes Höhe der Abfallgebühren gegenüber Holsystemen, fehlende Barrierefreiheit, Einwirkung auf die Landkreise zur Umstellung auf Holsysteme

Antr

s. Abfallbeseitigung

Drs 15/7132

Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Ökologische, nachhaltige und kommunalfreundliche Ausgestaltung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes zeitgemäße Anpassung der Fördertatbestände, stärkere Gewichtung der Förderung des barrierefreien Zugangs zum öffentlichen Personennahverkehr, Förderung des Einsatzes neuer Technologien sowohl für Nutzer als auch Anbieter von Öffentlichem Personennahverkehr, Stärkung der Fördermöglichkeiten für Verkehrsträger im Umweltverbund sowie deren Vernetzung untereinander

GesEntw

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/7416

Zugausfälle und Barrierefreiheit auf der Neckar-Alb-Bahn

Ausmaß und Ursachen der Zugausfälle und Verspätungen auf der Bahnstrecke; Barrierefreiheit der Bahnhöfe; Funktionsbereitschaft von Personenaufzügen, insbes am Bahnhof Nürtingen

KlAnfr

s. *Neckar-Alb-Bahn*

Drs 15/7663

Angebotsveränderungen und Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Bodenseegürtelbahn

Sachstand zu Angebotsveränderungen mit dem Fahrplanwechsel im Schienenpersonennahverkehr auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen Hafen und Singen (Hohentwiel), insbes Fahrgastzahlen und Belegungskapazitäten auf den Ersatzverbindungen, barrierefreie Nutzbarkeit von Bahnhöfen, Auswirkung der Leistungskürzungen auf die Bestellerentgelte

Antr

s. *Bodenseegürtelbahn*

Drs 15/7732

Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

Sachstand zu Förderbedingungen und Mittelverteilung iRd Sonderprogramms „Barrierefreiheit“ zur Förderung des barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen

Antr

s. *Haltestelle*

Drs 15/8045

Finanzierung barrierefreier Angebote mit dem Rundfunkbeitrag von Menschen mit Behinderungen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 401

Schaffung von Barrierefreiheit für die inklusive Beschulung von behinderten Kindern

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1021

Basel

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrhein-

bahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7864

Basel III

s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*

Basisdemokratie

s. *Direkte Demokratie*

Basler Eigenkapitalvereinbarung

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr

s. *Kredit*

Drs 15/2055

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr Joachim Köbller u.a. CDU 26.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2161

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/3063 S. 12 13

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Eigenkapitalausstattung von Unternehmen

Auswirkungen von Basel III auf die Anforderungen an Sicherheiten und Eigenanteilen bei Bankkrediten für Unternehmen, insbes für Unternehmensgründungen und Finanzierung betrieblicher Innovationen; Hinwirkung auf eine steuerliche Erleichterung der Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital und Abbau der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital, z.B. bei der Gewerbesteuer

KlAnfr

s. *Kapital*

Drs 15/2192

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken

und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditvertueuerung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 18.12.2012 Drs 15/2820

PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3353

Auswirkungen der verschärften Eigenkapitalvorschriften aus Basel III für die LBBW

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1043 1044

Bestrebungen der EU-Kommission zur Umsetzung von Basel III in Form einer EU-Verordnung, Auswirkungen der Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1251-1256

Erschwerung der Kreditbeschaffung für die Wirtschaft durch höhere Eigenkapitalanforderungen infolge von Basel III

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2277

BASt

s. *Bundesanstalt für Straßenwesen*

Batterie

Kompetenzzentrum Elektromobilität, Batterieforschung und Brennstoffzellentechnologie in Ulm

Auflistung der mit den o.g. Themen beschäftigten Institute und Einrichtungen, Höhe und Herkunft der verfügbaren Mittel, beteiligte Unternehmen u.a. Partner, vorhandene und geplante Studiengänge mit einem direkten thematischen Bezug zu diesen Einrichtungen an der Universität Ulm und der Hochschule Ulm

KlAnfr

s. *Elektromobilität*

Drs 15/321

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Attdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr

s. *Energiespeicher*

Drs 15/906

Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität

Handlungsvorstellungen zur o.g. Aus-, Fort- und Weiterbildung; Stand der Planungen einer Produktionslinie zur Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien am Zentrum für Sonnenenergie- und

Wasserstoff-Forschung; Aktivitäten und Ziele zur Leichtbauweise, insbes am Deutschen Institut für Textil- und Faserforschung; Stand der Entwicklungen der Projektgruppe neue Antriebssysteme (NAS) am Fraunhofer-Institut in Karlsruhe

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/936

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5572

Dezentrale Energiespeicherung mittels Batterietechnik

Sachstand zu Pilotprojekten zur dezentralen Speicherung erneuerbarer Energie mittels Batterien bei Endverbrauchern, insbes Bewertung eingesetzter Batterietechnologien, Integration von Elektroautos in zentralgesteuerte Netze, Auswirkungen auf Strom- und Verteilnetze, Förderprogramme von Bund und Land

Antr Johannes Stober u.a. SPD 07.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7133
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/8019 S. 41-43
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7960

Verbesserung der Batterietechnik und -produktion für Elektroautos

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 21

Förderung der Batterieforschung, u.a. Entwicklung der Redox-Flow-Batterie

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114

Förderung der Batterieforschung, u.a. Entwicklung der Redox-Flow-Batterie

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1336

Bauabfall

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2805

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmefähigkeit der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KIAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Deponierung von Bauschutt und Erdaushub

Vorhaltung von Deponien für Bauschutt und Erdaushub durch die Gemeinden und Kreise; Anzahl und Kapazität der Deponien der Klassen DK 1 und DK 0 im Land; Befreiung von der Deponierungspflicht; Verlängerung der Entsorgungswege; Anteil des wiederverwerteten Materials

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 29.01.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4670
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 35-37
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Baustoff-Recycling in BW

Sachstand zur Bedeutung des Baustoff-Recyclings in BW, insbes Entwicklung des Bauschutt-Aufkommens und der Verwertungsquote bei Bauschutt, Probleme beim Einsatz von Recycling-Bauschutt

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 12.03.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6605
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.06.2015 Drs 15/7081 S. 24 25
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Europäischer Materialpass und Folgen für die Bauwirtschaft

Intentionen des europäischen Forschungsprojekts „Buildings as Material Banks“ (BAMB) für die Reduktion des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Bauabfallmenge mittels eines elektronischen Materialpasses und Auswirkungen auf verbindliche Vorgaben auf EU-Ebene; Sachstand zur Wiederverwertung von Baumaterialien in BW und der Verbreitung des Materialpasses

Antr
s. *Baustoff*
Drs 15/7646

Bauamt

s. *Bauverwaltung*

Bauantrag

s. *Baugenehmigung*

Baubehörde

s. *Bauverwaltung*

Bauberuf

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht

Ersetzung der bisherigen statischen Verweisung im Architekten-gesetz und dem Ingenieurgesetz durch eine dynamische Verwei-

sung auf die jeweils geltende Fassung der Berufsanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union

- GesEntw LReg 08.07.2014 Drs 15/5445
 1. Beratung PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6235-6239
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.07.2014 Drs 15/5486
 2. Beratung PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6264 6265
 GesBeschl 23.07.2014 Drs 15/5538
 GBl 2014 Nr. 15 S. 378 (Ges vom 29.07.2014)

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze
 Umsetzung der novellierten Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG für die Berufsgruppe der Architekten und Ingenieure und landesrechtliche Einführung der Partnergesellschaft mit beschränkter Berufshaftung für beide Berufsgruppen; Änderung der Regelungen zur Versicherungsaufsicht für die Versorgungswerke der Architekten, Ingenieure, Steuerberater, Rechtsanwälte und Notare; Ermöglichung der Vornahme von Entscheidungen über die Bewilligung von Förderleistungen durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank (-L-Bank) in einem vollautomatisierten Prozess

- GesEntw LReg 10.12.2015 Drs 15/7857 (132 S.)
 1. Beratung PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8829-8834
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7977
 (dazu EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP, ÄAntr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD, EAntr CDU, GRÜNE und SPD) (14 S.)
 2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8963-8970
 GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8069 (16 S.)
 GBl 2016 Nr. 4 S. 136-151 (Ges vom 23.02.2016)

Baudenkmal

Nutzung des Alten Landtags (Eduard-Pfeiffer-Haus) in Stuttgart
 Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts für den sogenannten Alten Landtag (Eduard-Pfeiffer-Haus) in der Heusteigstraße in Stuttgart, insbes bisherige Gebäudenutzung, Schaffung von Zugang für die Öffentlichkeit sowie derzeitige Nutzung durch die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

- Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3133
 BeschlEmpf und Bericht WissA 18.04.2013 Drs 15/3571 S. 13 14
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Kriterien zur Anerkennung von Kulturdenkmälern in BW, speziell: Anlass für die Aufnahme des Landratsamts von Schwäbisch Hall in die Liste der Kulturdenkmale

Kriterien für die Aufnahme in die Liste der Kulturdenkmale in BW, insbes Anlass für die Aufnahme des Landratsamts Schwäbisch Hall, finanzielle Konsequenzen der Aufnahme

- MdlAnfr
 s. Kulturdenkmal
 Drs 15/5114

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die zukünftige Nutzung der Burg Holstein in Burladingen-Stetten u.H.

Kulturhistorische Bedeutung, Überlegungen zur weiteren Nutzung und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für Burg Hölstein (Ruine Holstein) in der Gemeinde Burladingen

- KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 14.10.2015 und Antw MFW Drs 15/7563

Bauer

s. Landwirt

Bauer, Theresia MdL GRÜNE

Berufung und Vereidigung von Theresia Bauer zur/als Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst
 s. Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst
 PIPr 15/3 S. 15

Bauerlaubnis

s. Baugenehmigung

Bauernhof

s. Landwirtschaftsbetrieb

Bauernmarkt

s. Markthandel

Bauernverband

Bedeutung und Zukunft des Praktikantenprogramms der Baden-Württembergischen Landwirtschaft mit der Russischen Föderation

Entwicklung der Teilnehmerzahlen und des Erfolgs des o.g. Programms; Bedeutung für den Bereich der Agrarwirtschaft; Evaluation von den beteiligten Landwirten, Verbänden und Organisationen; Darstellung der bisherigen und künftigen Finanzierung

- Antr
 s. Praktikum
 Drs 15/2499

Kritik an der mangelnden Präsenz des Landwirtschaftsministers bei Versammlungen der Bauernverbände
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1302

Vorwurf einer nicht eindeutigen Positionierung der Landwirtschaftsverbände gegen die Agrotechnik
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1709 1710 1715 1716

Notwendigkeit einer Teilnahme der Fachsprecher der Fraktionen an den Jahreshauptversammlungen der Bauernverbände
 PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2001

Baufinanzierung

- s.a. Baukosten
 s.a. Kredit
 s.a. Verkehrsinvestition

Kosten des Baustopps beim Bahnprojekt Stuttgart 21 beziffern - In Zukunftsprojekte statt in Stillstand investieren

Höhe der von der Bahn bisher errechneten und der noch zu erwartenden Kosten bei Fortsetzung des Baustopps bis zu einer Volksabstimmung im Oktober 2011, Darstellung des evtl Landesanteils und dessen Etatisierung; Hinwirkung auf eine sofortige Aufhebung des Baustopps

- Antr
 s. Stuttgart 21
 Drs 15/24

S-Bahn Rhein-Neckar, zweite Ausbaustufe - Weinheim

Höhe und Träger der Gesamtkosten im Vergleich zu den Vorplanungen, Begründung der für die Kostensteigerungen ursächlichen Einzelmaßnahmen, Zurechnung der Notwendigkeit dieser Maßnahmen für die S-Bahn oder auch für den Fern- und Güterverkehr? Eintreten für eine Beteiligung der Bahn AG an den gestiegenen Kosten

KlAnfr

s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*

Drs 15/79

Kein Antrag des Landes auf Bau- und Vergabestopp bei Stuttgart 21

Umschwenken des MinPräs zur Erwägung eines Baustopps: Höhe und Nutzen einer Kostenbeteiligung des Landes hierfür, Vereinbarkeit mit dem Baurecht der DBAG sowie mit der zu erwartenden Erfüllung des Schlichterspruchs durch die Ergebnisse des Stresstests und ihrer Bewertung durch die SMA; Frage nach der Bereitschaft zur Verschiebung der Volksabstimmung bis zur abschließenden Klärung der Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit; Verzicht auf die Beantragung eines Baustopps

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/209

Kostensteigerungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 - und ihre Folgen

Information der LReg seit 2004 durch die Bahn über außerplanmäßige Kostensteigerungen? Beurteilung von internen Berechnungen und Risikoanalysen sowie von Mehrkosten nach Realisierung des Projekts durch höhere Stationsgebühren und Trassenpreise; Höhe und Träger der Mehrkosten bei einer Überschreitung des Kostenrahmens und Kündigung des Vertrags; rechtliche Beurteilung der Vorfinanzierung der NBS Wendlingen-Ulm; Frage nach einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für die Inanspruchnahme des Risikopuffers

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/272

Mögliche Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland sowie des Landes BW durch Äußerungen des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Ausland

Bewertung der Äußerungen im Schweizer Radio DRS zum Ausbau der Rheintalbahn und Stuttgart 21, Feststellung eines Zusammenhangs zwischen dem schleppenden Ausbau der Rheintalbahn und dem Mitteleinsatz für Stuttgart 21, Vereinbarkeit der Priorisierung des Rheintalprojekts mit der Projektförderungspflicht für Stuttgart 21, Erweckung des Anscheins einer direkten Kausalität zwischen den Vorhaben und damit mangelnder Vertragstreue der Bundesrepublik hinsichtlich des Staatsvertrags zum Ausbau der Rheintalbahn von 1996, Beurteilung des in der Schweiz ausgelösten Medienechos

Antr

s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*

Drs 15/351

Anhörungsverfahren zum Entwurf des S 21-Kündigungsgesetzes angemessen und transparent gestalten

Verlängerung der Frist zur Durchführung des Anhörungsverfahrens um zwei Wochen aufgrund der Sommerpause; Befragung der Anzuhörenden zu den im GesEntw nicht enthaltenen möglichen Folgen der Ausübung von Kündigungsrechten, Aufnahme der realistischen Kündigungsrechte in den GesEntw unter Be-

zugnahme auf den Finanzierungsvertrag (s. Drs 14/4382); Darstellung der möglichen höheren Kosten im Falle des Ausstiegs im Vergleich zur Realisierung des Projekts; rechtzeitige Zuleitung der Stellungnahmen an den Landtag vor der ersten Lesung des GesEntw

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/353

Konsequenzen der Kompromisslösung „Frieden in Stuttgart“ für das S 21-Kündigungsgesetz

Bewertung des o.g. Vorschlags des Schlichters und der SMA durch die einzelnen Projektpartner, Darlegung des Zeitraums einer Realisierung sowie der Bezugspunkte des o.g. GesEntw und einer Volksabstimmung, Frage nach den finanziellen Auswirkungen einer Kündigung des Finanzierungsvertrags sowie nach der Bereitschaft zum Rückzug des GesEntw im Falle der Bewertung des Schlichtervorschlags als geeignete Alternative zu Stuttgart 21

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/387

Impuls- und Konjunkturprogramm

Stand und Abschluss der im Impuls-Programm des Landes und im Konjunktur-Programm des Bundes befindlichen Straßenbauprojekte; Darstellung der jeweiligen Kostenentwicklung und notwendigen Projekt-Nachfinanzierungen

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 15/391

Ortsumfahrungen

Begonnene, planfestgestellte sowie im Planfeststellungsbeschlussverfahren befindliche Ortsumfahrungen im Zuge von Landesstraßen; Art der Finanzierung der Maßnahmen, Bewertung unter den Aspekten „Entlastungswirkung“ und „Kosten-Nutzen-Verhältnis“

Antr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/392

Kosten und Inhalt der „Volksbefragung zu S 21“

Offenlegung der o.g. Kosten sowie der zur Abstimmung zu stellenden Frage: Ausübung von Kündigungsrechten eines mit der Bahn geschlossenen Finanzierungsvertrags?

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/403

Auswirkungen der Neuausrichtung des Förderprogramms im Bereich Umweltverbund/Straße

Zeitplanung für die rechtliche Umsetzung der beabsichtigten Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten des Umweltverbunds (ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr); Aufteilung der Mittel innerhalb des sogenannten Umweltverbunds, Auskunft über die künftig neu zu fördernden Maßnahmen; Frage nach der Beteiligung der von der Neuausrichtung betroffenen Kommunalen Landesverbände; Auswirkungen der Umschichtung insbes auf den Straßenbau und dessen Finanzierung

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/477

Rechtsauffassung der LReg zu Mischfinanzierungen bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

Festhalten an der Unvereinbarkeit einer finanziellen Beteiligung mit dem Grundgesetz unterlegt mit einem Rechtsgutachten zur Neubaustrecke Stuttgart-Ulm? Frage nach aktuellen und geplanten Verkehrsprojekten als unechte Gemeinschaftsaufgaben mit Vor- und Mischfinanzierungen, jeweilige Auswirkungen eines Finanzierungsausstiegs

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/525

Stuttgart 21: Keine Kostensteigerungen - Landesverfassung achten

Feststellung der in den Finanzierungsverträgen vereinbarten Gesamtfinanzierung als ausreichend; Achtung der Verfassungsbestimmungen über die Volksabstimmung durch die Regierungsglieder und Abgeordneten des Landtags

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/601

Clausula rebus sic stantibus (Wegfall der Geschäftsgrundlage) und S 21 Finanzierungsvertrag

Entwicklung, Anwendung in der Rechtsprechung und Rechtsfolgen des o.g. Rechtsinstituts; Beurteilung einer entsprechenden Regelung im Finanzierungsvertrag zwischen dem Land und der Bahn und deren Auslegung durch das MVI, erwartete Schadenersatzansprüche im Falle einer Kündigung des Vertrags unter Berufung auf das Rechtsinstitut „Wegfall der Geschäftsgrundlage“

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/616

Finanzierungszusagen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich

Anteil der o.g. Investitionen von Bahn, Bund, Land und Region Stuttgart an den jeweiligen Gesamtinvestitionshaushalten über den gesamten Realisierungszeitraum; Höhe des Einsatzes von Regionalisierungsmitteln; Bedeutung des Bahnknotens Stuttgart für den Schienenverkehr im Land; Frage nach einem Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsanteil des Bundes und der Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim, dem Ausbau der Rheintal- und Südbahn; Abfluss der Bundesmittel in Projekte außerhalb des Landes im Falle einer Auflösung der Finanzierungsvereinbarung

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/667

Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem S 21-Kündigungsgesetz

Begründung eines Kündigungsrechts des Finanzierungsvertrags mit der Anwendbarkeit der gesetzlichen Regelungen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage im Hinblick auf Kostensteigerungen bzw auf Grundlage des Demokratieprinzips statt der Inanspruchnahme der im Vertrag geregelten Sprechklausel mit dem Ziel einer Vertragsanpassung; Begründung der Heranziehung der Landesverfassung für eine Volksabstimmung zur Auflösung eines Konflikts zwischen Regierungsparteien und ihren Ministern innerhalb der Regierung

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/673

Verbindlichkeit von Parteitägäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/683

S-Bahn Rhein-Neckar - zweite Ausbaustufe

Stand der Umsetzung des Zeitplans für die einzelnen Streckenabschnitte und der Finanzierungsvereinbarungen der Gesamtmaßnahme; Ausschluss von weiteren Verzögerungen aus planerischen oder finanziellen Gründen für die betroffenen Kommunen gemeinsam mit dem RegPräs Karlsruhe

Antr

s. *Verkehrsbund Rhein-Neckar*

Drs 15/754

Keine Alternativen zu Stuttgart 21

Frage nach zeitnah realisierbaren Alternativen und deren Finanzierung, insbes durch Mittel des Bundes und der EU; Darlegung der bereits in der Planung und Planfeststellung für Stuttgart 21 geprüften und verworfenen Alternativen

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/824

Keine Kannibalisierung durch Stuttgart 21

Höhe und Finanzierung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Rheintalbahn, Gäubahn und Südbahn; Höhe der Bundesmittel für diese Maßnahmen und für Stuttgart 21 nach den S 21-Finanzierungsverträgen; Bereitstellung von Landesmitteln für die genannten Maßnahmen neben den zu erwartenden Schadenersatzleistungen nach einem Ausstieg aus Stuttgart 21

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/825

Keine Neubaustrecke ohne Stuttgart 21

Fahrzeitgewinne durch Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm für die einzelnen Verbindungen, Darstellung der Kriterien für die Aufnahme der NBS in den Bundesverkehrswegeplan sowie des Zusammenhangs zwischen der Finanzierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/826

Kosten für Stuttgart 21

Darstellung der Kostenentwicklung nach den bisherigen Auftragsvergaben, insbes auch für Tunnelbauten; Abdeckung evtl Mehrkosten durch den Risikopuffer; Vergleich mit Kostensteigerungen bei anderen Großprojekten ohne Risikopuffer; Vergleich der Grundlagen für die Prüfung der Kostenkalkulation durch den Bundesrechnungshof mit denen der Prüfung von Wirtschaftsprüfern iRd Stresstests, Regelung der Gesamtfinanzierung ein-

schließlich der Risiken durch die Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/827

S-Bahn Rhein-Neckar - Verzögerungen zweite Ausbaustufe

Gründe und Auswirkungen der Verzögerungen; Darstellung der Regelungen für den Zeitablauf der Baumaßnahmen und des Gesamtprojekts nach dem Kooperationsvertrag zwischen BW, Hessen und Rheinland-Pfalz, der Bahn, dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar sowie den darauf basierenden Bau- und Finanzierungsverträgen; Hinwirkung auf Einhaltung der Zeitplanung durch die Bahn

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/1140

Finanzierungsprüfung des zweiten Bauabschnitts der Bundesfernstraße B 28 neu bei Rottenburg-Kiebingen durch die LReg

Bewertung einer Tieferlegung und Deckelung des o.g. Abschnitts und deren Finanzierung aus Landesmitteln, Durchführung einer Finanzierungsprüfung auch für andere planfestgestellte Baumaßnahmen von Fernstraßen, Bewertung der verfassungsrechtlichen Relevanz von Mischfinanzierungen zwischen Land und Bund

Antr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 15/1184

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Angebot des Bundes annehmen

Annahme des Angebots des Bundes bei den Kernforderungen 3 (Güterumfahrung Freiburg) und 4 (Bürgertrasse), Eintreten für Lösungen bei den noch offenen Punkten im o.g. Sinne, Beteiligung an den Mehrkosten mit 50 %

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/1354

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Mehrkosten der John-Cranko-Ballettschule

Finanzierungskonzept für den Neubau der John-Cranko-Schule; Gründe für die Kostensteigerung; Einbindung der Stadt Stuttgart in die Planungen; Vereinbarung des Landes mit der Stadt Stuttgart über Mehrkosten; Haltung gegenüber den Äußerungen des Landesrechnungshofs zum Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Tanz*

Drs 15/3766

Universitätsklinikum Ulm - Sicherstellung der finanziellen Liquidität

Maßnahmen zur Sicherstellung der finanziellen Liquidität des Universitätsklinikums Ulm aufgrund überschrittener Gesamtbaukosten für die Gebäude der Chirurgie und Dermatologie

Antr
s. *Universitätsklinik Ulm*
Drs 15/5277

Baugenehmigung

s.a. *Bauleitplanung*
s.a. *Baumaßnahme*

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/847

Problematik von Laserspielhallen

Zahl der Laserspielhallen in baden-württembergischen Gemeinden; Art der angebotenen Spiele; Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche; Altersbeschränkung; Handlungsspielraum der Kommunen bei der Genehmigung von Laserhallen und ähnlichen Einrichtungen

Antr
s. *Spiel*
Drs 15/3198

Landwirtschaft im Nebenerwerb erlernen

Kursangebot für Landwirtschaft im Nebenerwerb in BW, insbes. Teilnehmerzahlen und Ausbildungsinhalte; Förderung der Ausbildung in der Landwirtschaft; Genehmigung von Bauvorhaben im Außenbereich beim Umstieg auf Landwirtschaft im Vollerwerb

Antr
s. *Nebenerwerbsbetrieb*
Drs 15/3309

Bestimmungen zur verfahrensfreien Errichtung von Gerätehütten in Nutzgärten und Streuobstwiesen im Außenbereich

Festlegung unterschiedlicher Höchstgrenzen für den zulässigen Brutto-Rauminhalt im Innen- und im Außenbereich in der Landesbauordnung (LBO); zunehmender Raumbedarf für Gartengeräte durch steigende Mechanisierung bei der Bewirtschaftung; Zulässigkeit eines im Verhältnis zur Grundstücksgröße steigenden Raumvolumens; Regelung in den Bauordnungen anderer Bundesländer

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 18.06.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3646

Kenntnisgabe- und Baugenehmigungsverfahren in der Landesbauordnung

Ursprüngliche Zielsetzung des Kenntnisgabeverfahrens gemäß § 51 Landesbauordnung (LBO); Anteil der mittels Kenntnisgabeverfahren durchgeführten Bauvorhaben; Gründe für die in der Novellierung der LBO beabsichtigte Einschränkung des Kenntnisgabeverfahrens; zu erwartender bürokratischer Mehraufwand durch den Wechsel des Verwaltungsverfahrens

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 26.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3876

Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen

Stellungnahmen der Kommunalen Landesverbände und Regionalverbände zur Fortschreibung der Hinweise für die Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise; Durchführung einer Verbandsanhörung vor der Fortschreibung der Hinweise; Vorwurf des Eingriffs in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung; Berücksichtigung örtlicher/regionaler Besonderheiten im Genehmigungsverfahren; Nutzung aktueller Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen; Überarbeitung der bisherigen Berechnungsformel; Vorwurf einer Absenkung des Wachstumsfaktors als Mittel zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4521

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/240 betr. Duldung und baurechtliche Genehmigung von Apfelboxen

BeschlEmpf und Bericht PetA 30.01.2014 Drs 15/4604 Nr. 1 S. 2
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 25.08.2014 Drs 15/5652

Wie plausibel ist die „Plausibilitätsprüfung von Bauflächenbedarfsnachweisen nach §§ 6 und 10 Absatz 2 BauGB“ und welche Rolle soll künftig § 65 WG spielen?

Sachstand zu Auswirkungen des Erlasses vom 23. Mai 2013 zur „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ im Hinblick auf das kommunale Planungsrecht und die kommunale Selbstverwaltung; Bedeutung des Bauverbots nach § 65 Wasser-gesetz für BW im Zusammenhang von anerkannten Flächenreserven und dem Wegfall solcher Reserven

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/7157

Baugenehmigung, Bauabnahme und Versagung eines alternativen Standorts durch die Baurechtsbehörden bei der Erweiterung der Mühle Lobenhausen

Sachstand zu Standortsuche und Erteilung der Baugenehmigung für das Pellet- und Mineraldüngerlager bei der Lobenhäuser Mühle in Kirchberg an der Jagst

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 01.09.2015 und Antw MVI Drs 15/7348

Änderungspläne der LReg für die Landesbauordnung hinsichtlich landwirtschaftlicher Nutzgebäude im Innenbereich

Hintergründe zur geplanten Änderung der Landesbauordnung über den Wegfall der Wirksamkeit einer Baugenehmigung nach einer mehrjährigen Nichtausübung der genehmigten Nutzung von innerörtlichen landwirtschaftlichen Anlagen

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Immobilien*
Drs 15/8049

Baugestaltung

s.a. Bauplanung

Zukunft von Kreisverkehrsplätzen im Enzkreis und in Pforzheim
Verbot von Bäumen, Kunstwerken u.a. Gestaltungselementen auf den Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen nach einem neuen Erlass des MVI, Begründung der Vorgaben, betroffene Standorte und deren Unfallhäufigkeit im Enzkreis, Höhe und Träger der Umbaukosten im Enzkreis und landesweit

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1096

Kunst in Kreisverkehren

Auflistung o.g. Kunstobjekte, deren Kosten und Fördermöglichkeiten; Ausgestaltung der geplanten Überprüfungen im Hinblick auf eine Gefährdung der Verkehrssicherheit; Umfang des zu erwartenden Abbaus von Kunstwerken, Höhe und Träger der Umbaukosten

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1290

Entfernung von Kunstobjekten auf Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen

Kosten und Folgekosten der Sicherheitsüberprüfung von Kreisverkehrsplätzen und der darauf angeordneten Entfernung von Kunstobjekten im Enzkreis und landesweit; Relevanz der entsprechenden EU-Richtlinie für die betroffenen Kreise und Kommunen; Frage nach einer nochmaligen kritischen Überprüfung der Anwendbarkeit dieser Regelung bzw einer Rückkehr der Hirschskulptur auf ihren Platz im Kreisverkehr am Würzbacher Kreuz in Oberreichenbach

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2597

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 15 - Kunst am Bau (Kap 1208)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7015
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7515 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 08.09.2016 Drs 16/519
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2016 Drs 16/842
PIPr 16/17 10.11.2016 S. 849 850

Kunstwettbewerb für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrums

Sachstand zur Neuausschreibung des Kunstwettbewerbs für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrums, insbes Konsequenzen aus der ersten Ausschreibungsrunde, Gestaltung der Ausschreibung und des Auswahlverfahrens, Zeitplan

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/7368

Baugewerbe

s. *Bauwirtschaft*

Baugenehmigungsverfahren

s. *Baugenehmigung*

Baugrundstück

s. *Bauland*

Bauhof

Förderung von kommunalen Bauhöfen

Förderung von kommunalen bzw interkommunalen Bauhöfen, insbes Fördermöglichkeiten in Flächenkommunen, Anpassungen der Förderrichtlinien im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Antr Paul Locherer u.a. CDU 17.02.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4788

BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 46 47

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Bauindustrie

s. *Bauwirtschaft*

Bauingenieur

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) auf dem europarechtlichen Prüfstand - EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Sachstand zur Bedeutung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, insbes Auswirkungen auf Bauqualität und -sicherheit sowie Planungs- und Kostentransparenz, Bewertung und Erfolgsaussichten der Prüfung einer Vertragsverletzung durch die EU-Kommission

Antr

s. *Honorarordnung für Architekten und Ingenieure*

Drs 15/7082

Baukosten

s.a. *Baufinanzierung*

s.a. *Baumaßnahme*

s.a. *Grunderwerbsteuer*

s.a. *Verkehrsinvestition*

Kosten des Baustopps beim Bahnprojekt Stuttgart 21 beziffern - In Zukunftsprojekte statt in Stillstand investieren

Höhe der von der Bahn bisher errechneten und der noch zu erwartenden Kosten bei Fortsetzung des Baustopps bis zu einer Volksabstimmung im Oktober 2011, Darstellung des evtl Landesanteils und dessen Etatisierung; Hinwirkung auf eine sofortige Aufhebung des Baustopps

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/24

S-Bahn Rhein-Neckar, zweite Ausbaustufe - Weinheim

Höhe und Träger der Gesamtkosten im Vergleich zu den Vorplanungen, Begründung der für die Kostensteigerungen ursächlichen Einzelmaßnahmen, Zurechnung der Notwendigkeit dieser

Maßnahmen für die S-Bahn oder auch für den Fern- und Güterverkehr? Eintreten für eine Beteiligung der Bahn AG an den gestiegenen Kosten

KlAnfr

s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*

Drs 15/79

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 22: Baukosten der Kinderkliniken Heidelberg und Leipzig im Vergleich

Mittlg LReg

s. *Kinderkrankenhaus*

Drs 15/92

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Bewertung der von der Bahn bezifferten Schadenersatzforderungen wegen des Baustopps und der Mehrkosten wegen zusätzlicher Risiken sowie höherer Stations- und Trassenpreise nach Realisierung des Projekts; Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen; Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestgestellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhöfen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/96

Kein Antrag des Landes auf Bau- und Vergabestopp bei Stuttgart 21

Umschwenken des MinPräs zur Erwägung eines Baustopps: Höhe und Nutzen einer Kostenbeteiligung des Landes hierfür, Vereinbarkeit mit dem Baurecht der DBAG sowie mit der zu erwartenden Erfüllung des Schlichterspruchs durch die Ergebnisse des Stresstests und ihrer Bewertung durch die SMA; Frage nach der Bereitschaft zur Verschiebung der Volksabstimmung bis zur abschließenden Klärung der Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit; Verzicht auf die Beantragung eines Baustopps

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/209

Kostensteigerungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 - und ihre Folgen

Information der LReg seit 2004 durch die Bahn über außerplanmäßige Kostensteigerungen? Beurteilung von internen Berechnungen und Risikoanalysen sowie von Mehrkosten nach Realisierung des Projekts durch höhere Stationsgebühren und Trassenpreise; Höhe und Träger der Mehrkosten bei einer Überschreitung des Kostenrahmens und Kündigung des Vertrags; rechtliche Beurteilung der Vorfinanzierung der NBS Wendlingen-Ulm; Frage nach einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für die Inanspruchnahme des Risikopuffers

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/272

Anhörungsverfahren zum Entwurf des S 21-Kündigungsgesetzes angemessen und transparent gestalten

Verlängerung der Frist zur Durchführung des Anhörungsverfahrens um zwei Wochen aufgrund der Sommerpause; Befragung der Anzuhörenden zu den im GesEntw nicht enthaltenen mögli-

chen Folgen der Ausübung von Kündigungsrechten, Aufnahme der realistischen Kündigungsrechte in den GesEntw unter Bezugnahme auf den Finanzierungsvertrag (s. Drs 14/4382); Darstellung der möglichen höheren Kosten im Falle des Ausstiegs im Vergleich zur Realisierung des Projekts; rechtzeitige Zuleitung der Stellungnahmen an den Landtag vor der ersten Lesung des GesEntw

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/353

Impuls- und Konjunkturprogramm

Stand und Abschluss der im Impuls-Programm des Landes und im Konjunktur-Programm des Bundes befindlichen Straßenbauprojekte; Darstellung der jeweiligen Kostenentwicklung und notwendigen Projekt-Nachfinanzierungen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/391

Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem S 21-Kündigungsgesetz

Begründung eines Kündigungsrechts des Finanzierungsvertrags mit der Anwendbarkeit der gesetzlichen Regelungen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage im Hinblick auf Kostensteigerungen bzw auf Grundlage des Demokratieprinzips statt der Inanspruchnahme der im Vertrag geregelten Sprechklausel mit dem Ziel einer Vertragsanpassung; Begründung der Heranziehung der Landesverfassung für eine Volksabstimmung zur Auflösung eines Konflikts zwischen Regierungsparteien und ihren Ministern innerhalb der Regierung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/673

Verbindlichkeit von Parteitagsäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/683

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21

Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/695

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Mehrkosten durch den Bau der großen Wendlinger Kurve für den zweigleisigen Anschluss des Regionalverkehrs aus Richtung Tübingen an die ICE-Neubaustrecke nach Ulm sowie durch den

notwendigen Ausbau der Bahnhöfe an der Murrbahn, Auflistung und Bezifferung der insgesamt 121 Kostenrisiken für das Projekt, Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/752

S-Bahn Rhein-Neckar - zweite Ausbaustufe

Stand der Umsetzung des Zeitplans für die einzelnen Streckenabschnitte und der Finanzierungsvereinbarungen der Gesamtmaßnahme; Ausschluss von weiteren Verzögerungen aus planerischen oder finanziellen Gründen für die betroffenen Kommunen gemeinsam mit dem RegPräs Karlsruhe

Antr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/754

Kosten für Stuttgart 21

Darstellung der Kostenentwicklung nach den bisherigen Auftragsvergaben, insbes auch für Tunnelbauten; Abdeckung evtl Mehrkosten durch den Risikopuffer; Vergleich mit Kostensteigerungen bei anderen Großprojekten ohne Risikopuffer; Vergleich der Grundlagen für die Prüfung der Kostenkalkulation durch den Bundesrechnungshof mit denen der Prüfung von Wirtschaftsprüfern iRd Stresstests, Regelung der Gesamtfinanzierung einschließlich der Risiken durch die Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/827

Kosten der neuen Filderbahnhof-Variante

Gründe für die Anzweiflung von Mehrkosten bei der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“, Kommunikation der Erkenntnisse bereits iRd Filderdialogs? Frage nach einer Beteiligung an möglichen zusätzlichen Kosten der Variante auch bei einer Überschreitung des Kostendeckels sowie Beteiligung an den Kosten für den zusätzlichen Lärmschutz entlang der S-Bahn-Trasse in Leinfelden

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2219

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3013

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3002

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidioms Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3003

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3004

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3005

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3006

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3007

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3008

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3009

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3010

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Offenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3011

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3012

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3014

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3015

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3016

Planungen zu Stuttgart 21

Aktueller Planungsstand zu Stuttgart 21, insbes zu den Themen Grundwassermanagement, Nesenbachdüker, Brandschutz, Verkehrsbelastung, Bauablauf Kostenentwicklung und finanzielle Forderungen der Bahn

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/5108

Universitätsklinikum Ulm - Sicherstellung der finanziellen Liquidität

Maßnahmen zur Sicherstellung der finanziellen Liquidität des Universitätsklinikums Ulm aufgrund überschrittener Gesamtbaukosten für die Gebäude der Chirurgie und Dermatologie

Antr

s. *Universitätsklinik Ulm*

Drs 15/5277

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr

s. *Grenzüberschreitender Verkehr*

Drs 15/5550

Kostenplanabweichungen bei Bauvorhaben an Bundesfernstraßen in BW

Ursachen für Kostenplanabweichungen bei Bauvorhaben an Bundesfernstraßen in BW im Vergleich zur Vorausberechnung und Meldung an den Bund; Situation in den anderen Bundesländern

Antr

s. *Bundesfernstraße*

Drs 15/5715

Kostentreiber für den Wohnungsbau

Einflussfaktoren auf die Gestehekosten und die aktuelle Kostenentwicklung von Wohnraum sowie Maßnahmen zur Begrenzung der Kostentreiber im Wohnungsbau

MdlAnfr

s. *Wohnungsbau*

Drs 15/6814

Nationalpark-Besucherzentrum Ruhestein

Sachstand zur Planung bei den Bau- und Betriebskosten des Nationalpark-Besucherzentrums Ruhestein

KlAnfr

s. *Nationalpark*

Drs 15/6953

Verweisung auf die Verpflichtung zur Kontrolle der Baukosten des Projekts Stuttgart 21 bzw auf die Einhaltung des Kostendeckels von 4,5 Milliarden Euro

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 152-154 159 161

Bewertung der Bemühungen der alten und neuen LReg um Einhaltung des von der Bahn kalkulierten Kostenrahmens für Stuttgart 21; Beurteilung der bezifferten Gesamtkosten von der BReg, dem Bundesrechnungshof und von Wirtschaftsprüfern

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 351-355 359-374

Verneinung von Kostensteigerungen beim Projekt Stuttgart 21, Verweisung auf die Gutachten von Wirtschaftsprüfern

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520-522 525-529 531-535 538

Ablehnung einer Beteiligung an Mehrkosten von Stuttgart 21 über den vereinbarten Kostendeckel hinaus, Verweisung auf die Sprechklausel im Finanzierungsvertrag

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 857 860-865 867-869

Ablehnung einer Beteiligung an Mehrkosten von Stuttgart 21 über den vereinbarten Kostendeckel hinaus, Ankündigung einer kritischen Begleitung der Kostenentwicklung

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 980 981 983 987 989 990

Baukultur

s. *Architektur*

Baukunst

s. *Architektur*

Bauland

s.a. *Bauleitplanung*

s.a. *Flächennutzung*

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4804

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4877

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/5090

Bauleitplan

s. *Bauleitplanung*

Bauleitplanung

s.a. *Baugenehmigung*

s.a. *Bauland*

Verschiedene Rechtsfragen zum Vollzug des Landesplanungsgesetzes bei der Umsetzung der Energiewende in BW

Klärung o.g. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Wege der Flächennutzungsplanung, insbes durch Gemeindeverwaltungsverbände und in landschaftlich besonders sensiblen Lagen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1444

Windkraftstandorte im Naturpark Schönbuch

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1796

Windkraftstandorte im Landschaftsschutzgebiet Bodanrück am Bodensee

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1833

Bürokratische Blockade des Zubaus von Windkraftanlagen im Enzkreis durch die Folgen der Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bestehende und geplante Windkraftanlagen im Enzkreis, erwarteter Zubau bis 2020; Notwendigkeit der Aufhebung von modifizierten Flächennutzungsplänen der Kommunen, die den Bau von Windkraftanlagen ermöglicht hätten, infolge der o.g. Änderung; Untersuchung möglicher Standorte anhand einzelner Gutachten, Einschätzung der Kosten dieser Gutachten; Frage nach der Zulässigkeit von Windkraftstandorten in Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1954

Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Flächenmanagement in BW

Bisherige Ergebnisse des Förderprogramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“; Vorteile der im Koalitionsvertrag angekündigten Bündelung der Genehmigungszuständigkeit für Flächennutzungspläne; künftiger Bedarf an Siedlungs- und Gewerbeflächen; Bestand an unbebauten erschlossenen Gewerbeflächen; Ausweisung von Gewerbegebieten, interkommunalen Gewerbeflächen und Gewerbeflächenpools; Bauebote zur Schließung von Baulücken; Herausnahme von Flächen aus Flächennutzungsplänen; Anwendung der Eingriffsregelung nach dem Baugesetzbuch

Antr

s. *Flächennutzung*

Drs 15/2375

Planerische Steuerung der Errichtung von Windkraftanlagen

Stand der kommunalen Planungen und der der Regionalverbände; Bewertung der Entscheidung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu den Anforderungen an eine Zurückstellung nach § 15 Abs 3 Baugesetzbuch; Frage nach flankierenden Aktivitäten zur Unterstützung von planenden Kommunen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2537

Ministerielle Intervention und kommunale Selbstverwaltung
Gründe, rechtliche Voraussetzungen und Folgen der direkten Intervention des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur nach einer Bürgeranfrage in die Zuständigkeit einer Kommune bei der einer Änderung eines kommunalen Flächennutzungsplans (FNP), insbes Vereinbarkeit mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie

KIAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltung*
Drs 15/3867

Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden und/oder den Regionalverbänden bei der Festlegung des Wohnbauflächenbedarfs; Basis der neuen Kennziffern; Berücksichtigung der besonderen Situation von Städten oder Gemeinden mit Hochschuleinrichtungen; Auswirkungen auf die Grundstückspreise und Mieten in den Gemeinden; Wechselwirkung zwischen dem Wohnungsbau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Antr Helmut Rau u.a. CDU 05.08.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3909
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 74-76
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB im Ortenaukreis

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im Ortenaukreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KIAnfr Helmut Rau u.a. CDU 06.08.2013 und Antw MVI Drs 15/3916

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Heidenheim

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im LKreis Heidenheim, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KIAnfr Bernd Hitzler CDU 24.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4198

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises Neckarsulm

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden im Wahlkreis Neckarsulm, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KIAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 25.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4242

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Schwäbisch Hall

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KIAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 25.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4249

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Esslingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden im LKreis Esslingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 28.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4254

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im LKreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KIAnfr Karl-Wolfgang Jägel CDU 28.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4256

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Stadt-

kreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Anhörungen von Gemeindefrat, Städtetag oder den Regionalverbänden im Vorfeld der Neufassung dieser Vorschrift

KlAnfr Tobias Wald CDU 28.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4257

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den LKreisen Lörrach und Waldshut

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden der LKreise Lörrach und Waldshut, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr Ulrich Lusche u.a. CDU 29.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4259

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des Bodenseekreises

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ auf die Gemeinden des Bodenseekreises; Wirkung zusätzlicher bodenseespezifischer Regelungen zur weiteren Begrenzung der Ausweisung von Bauflächen; Spielräume für örtlichen Bedarf, Berücksichtigung genereller oder regions- und ortsbezogener Bedarfsentwicklungen

KlAnfr Ulrich Müller CDU 31.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4262

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis Schorndorf

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Wahlkreis Schorndorf, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr Claus Paal CDU 31.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4263

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Emmendingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 04.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4274

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des Alb-Donau-Kreises (Wahlkreis 65 Ehingen)

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Alb-Donau-Kreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf, Berücksichtigung genereller oder regions- und ortsbezogener Bedarfsentwicklungen

KlAnfr Karl Traub CDU 04.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4275

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Konstanz

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Konstanz, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 06.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4293

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Calw

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Calw, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr Thomas Blenke CDU 07.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4304

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Wahlkreisen 60 Reutlingen, 61 Hechingen-Münsingen und 62 Tübingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden in den Wahlkreisen Reutlingen, Hechingen-Münsingen und Tübingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 07.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4306

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Böblingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Böblingen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Regionalplans, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Entwicklung der Bevölkerungsdichte; Perspektiven und Fördermaßnahmen der Innenstadtentwicklung sowie Auswirkungen steigender Grundstückspreise

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 07.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4307

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des LKreises Breisgau-Hochschwarzwald

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar, Konsequenzen für die Wohnungs- und Baulandpreise; Spielräume für örtlichen Bedarf; Berücksichtigung der besonderen Zuzugssituation vieler Gemeinden

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 08.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4313

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 31 Ettlingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Wahlkreis Ettlingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Rechtsverbindlichkeit der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung

KlAnfr Werner Raab CDU 14.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4338

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 39 (Weinheim)

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen der Gemeinden im Wahlkreis Weinheim, insbes auf die Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil; Reaktionen seit Bekannt-

werden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau

KlAnfr Georg Wacker CDU 19.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4336

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Mannheim

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen in Mannheim; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil der Metropolregion; Reaktionen der Kommunen, Regionalverbände, kommunalen Landesverbände sowie der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau in Mannheim

KlAnfr Georg Wacker CDU 19.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4337

Umsetzung der zur Sicherung der Belange des Natur- und Artenschutzes in der Regional- und Bauleitplanung auf Grundlage des Windenergieerlasses notwendigen Maßnahmen durch die LReg

Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei der Genehmigung von Windkraftanlagen; Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden; Schutz der unter Ziffer 4.2 im Windenergieerlass BW vom 9. Mai 2012 definierten Tabubereiche; Kartierung der Horste geschützter Vögel; wissenschaftliche Untersuchung und Kartierung der Flugrouten von Vögeln und Fledermäusen; Aufschluss über den Vogelzug entlang des Alpennordrands und am Bodensee, Erforschung der Flughöhe nachts ziehender Vögel; Veröffentlichung der planungsrechtlich bedeutsamen Forschungsergebnisse; Zeitplan und Finanzierung der Maßnahmen

Antr
s. Vogelschutz
Drs 15/4445

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemarkungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr
s. Windenergie
Drs 15/4520

Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen

Stellungnahmen der Kommunalen Landesverbände und Regionalverbände zur Fortschreibung der Hinweise für die Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise; Durchführung einer Verbandsanhörung vor der Fortschreibung der Hinweise; Vorwurf des Eingriffs in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung; Berücksichtigung örtlicher/regionaler Besonderheiten im Genehmigungsverfahren; Nutzung aktueller Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen; Überarbeitung der bisherigen Berechnungsformel; Vorwurf einer Absenkung des Wachstumsfaktors als Mittel zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Antr Matthias Präfrock u.a. CDU 18.12.2013 und Stellung-

nahme MVI Drs 15/4521

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen der Städte und Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Bevölkerungsentwicklung und -vorausrechnung für die Kommunen im Schwarzwald-Baar-Kreis; Unterstützung der Kommunen bei der Innenbereichsentwicklung

KlAnfr Karl Rombach CDU 20.12.2013 und Antw MVI Drs 15/4545

Länderöffnungsklausel für Abstandsregelungen von Windkraftanlagen nutzen

Einfügung einer Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch; Nutzung der Möglichkeit einer länderspezifischen Festlegung der Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung; Mindestabstände in der bisherigen Genehmigungs- und Rechtsprechungspraxis; Zunahme der Nabenhöhe; Leistungsklassen der in BW rentabel zu betreibenden Windenergieanlagen; Festsetzung des Mindestabstands zwischen Windkraftanlagen und Wohngebäuden auf 1.000 Meter

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4574

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 42 (Pforzheim)

Auswirkungen der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in Städten und Gemeinden im Wahlkreis Pforzheim, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 13.01.2014 und Antw MVI Drs 15/4580

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalausatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Artenschutz beim Windkraftausbau im Stadtkreis Pforzheim

Auskunft über vorliegende Genehmigungsanträge und Voranfragen zum Bau von Windkraftanlagen; Berücksichtigung des vom Naturschutzbund Deutschland, Ortsverein Engelsbrand, ausführlich dokumentierten Vorkommens von Rotmilanen im Gebiet der Büchenbronner Höhe und des Saubergs bei der artenschutzrechtlichen Prüfung der geplanten Windkraftanlagen; Anpassung des Teilflächennutzungsplans Windenergie

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6103

Wie plausibel ist die „Plausibilitätsprüfung von Bauflächenbedarfsnachweisen nach §§ 6 und 10 Absatz 2 BauGB“ und welche Rolle soll künftig § 65 WG spielen?

Sachstand zu Auswirkungen des Erlasses vom 23. Mai 2013 zur „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ im Hinblick auf das kommunale Planungsrecht und die kommunale Selbstverwaltung; Bedeutung des Bauverbots nach § 65 Wassergesetz für BW im Zusammenhang von anerkannten Flächenreserven und dem Wegfall solcher Reserven

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 10.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7157
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 83-85
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Ausweisung von Windkraftstandorten durch die Kommunen iRd Bauleitplanung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 624 625 627 629

Ausweisung von Windkraftstandorten durch die Kommunen iRd Bauleitplanung

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1602-1608

Ausweisung von Windkraftstandorten durch die Kommunen iRd Bauleitplanung

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942-1945 1952

Baum

s.a. *Baumschule*

Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen bzw zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5

Mehr Bannwälder - weniger Einnahmen

Auswirkungen der vorgesehenen Ausweitung der Bannwälder und damit verbundenen Einschränkung der Holznutzung und Einnahmeverluste im Landeshaushalt; Bezifferung der zusätzlichen Aufwendungen für den Umbau der Waldnutzung durch die geplante FSC-Zertifizierung

Antr

s. *Wald*
Drs 15/46

Aktuelle Waldsituation in BW

Darstellung der Forstschutzsituation, der Waldbesitzverteilung und Baumartenverteilung, der waldbaulichen Ziele sowie der Bedeutung der Wälder im Landeseigentum für das wirtschaftliche Gesamtergebnis des Staatsforstbetriebs

Antr
s. *Wald*
Drs 15/65

FSC-Zertifizierung von ForstBW umsetzen

Erstellung eines Vermarktungskonzepts und Werbung für das o.g. Qualitätssiegel bei Waldbesitzern und Unternehmen, Entwicklung eines Informations- und Schulungskonzepts, Beratung der Kommunen und LKreise, Kalkulation der Anpassungskosten unter Berücksichtigung der Baumartenwahl, von Biotop- und Totholz, Einsatz von Bioziden und Ausweisung von Bannwäldern

Antr
s. *Holz*
Drs 15/530

Förderung der Aufforstung in BW

Umfang und regionale Verteilung der Erstaufforstungsförderung landwirtschaftlicher Flächen seit 2005; Entwicklung der Verbuschung landwirtschaftlicher Flächen, der Neuanlage von Weihnachtsbaumkulturen und Kurzumtriebsplantagen sowie der Anteile von Fichtenbeständen, Laub- und Mischwald; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Frage nach dem weiteren Sinn einer Förderung der Erstaufforstung

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 15/662

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes

Schutz des Dauergrünlands durch ein befristetes Umwandlungsverbot für Dauergrünland und eine Genehmigungspflicht für die Entwässerung von Dauergrünland; Neuregelung der Vorschriften zur Anlage von Weihnachtsbaumkulturen, Kulturen zur Gewinnung von Schmuck- und Zierreisig sowie Kurzumtriebsplantagen

GesEntw
s. *Grünland*
Drs 15/854

Erhalt der Reiserschnittgärten in BW

Einschränkung der Bewirtschaftung auf den Flächen der Reiserschnittgarten Weinsberg GmbH infolge von Bodenmüdigkeit, Vermeidung von Versorgungsengpässen für die heimischen Baumschulen, Gartenbauvereine sowie Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände bei der Produktion gesunder Obstgehölze; Beteiligung an einer Anschubfinanzierung beim Neuaufbau eines weiteren Reiserschnittgartens im Land

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/1075

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP)

nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4077

Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes

Abbau gesetzlicher Hindernisse zur Erleichterung der energetischen Sanierung von Altbauten und des Einsatzes regenerativer Energien, insbes Duldungspflicht für Überbauten durch den Nachbarn bei nachträglicher Dämmung eines Gebäudes, Vergrößerung des Mindestgrenzabstandes für höher wachsende Bäume in Innerortslage im Hinblick auf die Nutzung von Solarenergie, Verlängerung der Verjährungsfristen für nachbarrechtliche Beseitigungsansprüche in Bezug auf höher wachsende Bäume von bislang fünf auf zehn Jahre

GesEntw
s. *Nachbarrecht*
Drs 15/4384

Zweierlei Maß beim Landschaftsschutz?

Unterschiedliche Gewichtung im Landschaftsschutz beim Anbau sogenannter nachwachsender Rohstoffe und bei der Planung von Windkraftanlagen gegenüber dem Anbau von Weihnachtsbaumkulturen

KIAnfr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/4492

Eschensterben in Deutschland und BW

Umfang und Ursachen des Eschensterbens in Deutschland und BW sowie betroffene Regionen; Folgen für die Forst- und Holzwirtschaft; Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Baumerkrankung

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 16.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5503
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 39
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein

Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRd Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KIAnfr Sabine Wölfe SPD 03.09.2014 und Antw UM Drs 15/5685

Heimische Christbäume für BW

Marktentwicklung und rechtliche Rahmenbedingungen für Weihnachtsbaumerzeuger in BW, insbes internationale Wettbewerbsfähigkeit, Vergaberichtlinien für Ökologie- und Nachhaltigkeitssiegel, Überprüfung des Anbauverbots auf Grünland, anhängige Klagen zur Genehmigungspflicht für Weihnachtsbaumkulturen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 05.11.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6072
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 52 53
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Kein Verbot der Verbrennung von Baumschnitt

Sachstand zu Überlegungen für ein Verbot der Verbrennung von Baumschnittgut bzw pflanzlichen Abfällen, insbes Auswirkungen auf den Erhalt der Streuobstwiesen

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 08.05.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6875
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 60 61
 PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr
 s. *Schädling*
 Drs 15/7625

Beurteilung der angestrebten Baumarten mit Totholz und ohne Nutzung in einem Nationalpark Nordschwarzwald, Verweisung auf absterbende Bäume als Lebensraum für Pilz- und Insektenarten

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 560 562 563

Vorwurf einer politischen Verzögerung der Fällung und Verpflanzung von Bäumen im Schlossgarten im Zuge des Projekts Stuttgart 21

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1278 1279 1283 1284 1286

Baumaschine*Baumaschinen und Luftbelastung in Umweltzonen*

Emissionsgrenzwerte für Baumaschinen; Verschärfung der Vorgaben in Umweltzonen; Anteil der auf Baumaschinen zurückzuführenden Feinstaubemissionen an den Gesamtmesswerten; Befreiung der Baufirmen von erhöhten Auflagen in Umweltzonen aufgrund der mit dem Einbau von Spezialfiltern verbundenen unverhältnismäßig hohen Mehrkosten

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 29.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4671

Baumaßnahme

s.a. *Baugenehmigung*
 s.a. *Baukosten*
 s.a. *Bauvorhaben*

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/3013

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/3002

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/3003

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/3004

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/3005

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/3006

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3007

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3008

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3009

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3010

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3011

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3012

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3014

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3015

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3016

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 18 - Bauherrenfunktion der Universitätskliniken für eigene Baumaßnahmen (Kap 1410, 1412, 1415 und 1421)

Mittlg RH
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/3818

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Raumprogramm der Gemeinschaftsschulen im Vergleich zum Modellraumprogramm einer Ganztags-Werkrealschule; Beachtung gymnasialer Standards bei Ausgestaltung der Unterrichtsräume für die naturwissenschaftlichen Fächer; Berücksichtigung der Einführung der zweiten Fremdsprache im Raumprogramm; Förderung der Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen

zur Ermöglichung eines integrativen Unterrichts; Bekanntmachung der überarbeiteten Schulbauförderrichtlinien; Einbeziehung von Umbaumaßnahmen aufgrund von Bildungsreformen und gewandelter pädagogischer Leitideen; ausreichendes Raumangebot als Genehmigungsvoraussetzung

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/3775

Investitionsförderung in der Eingliederungshilfe

Unterstützung der Einrichtungsträger bei der Umwandlung von Doppel- und Mehrfachzimmern zu Einzelzimmern bis 2019; Berücksichtigung der Wünsche von Personen mit kognitiven und kommunikativen Einschränkungen sowie von deren Betreuern und Angehörigen; Entscheidungen nach Maßgabe von Forschungsergebnissen und Versorgungsrealität; Angebot und Nachfrage bei Plätzen in Komplexeinrichtungen; Merkmale „innovativer“ Wohn- und Beschäftigungsformen im Sinne der Förderrichtlinien; Bekämpfung des Fachkräftemangels im Bereich der Eingliederungshilfe

Antr
s. *Eingliederungshilfe für Behinderte*
Drs 15/4186

Schattenwirtschaft und Tariftreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tariftreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KlAnfr
s. *Schwarzarbeit*
Drs 15/4745

Präventionsmaßnahmen zum Einbruchschutz

Gesetzliche Vorgaben und Verwaltungsvorschriften zum Einbruchschutz; Verankerung von Mindeststandards in der Landesbauordnung oder einer anderen Rechtsvorschrift; bestehende Präventionsmaßnahmen und Beratungseinrichtungen; Einführung einer Abwrackprämie für nicht einbruchsichere Fenster und Türen

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6521

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Landespolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Polizeireform

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/7306

Investitionen des Landes im Kulturbereich

Sachstand zu Investitionen des Landes im Kulturbereich, insbes Sanierungen und Neubauten im Landeseigentum und in anderer Trägerschaft, Mittelfluss in städtische Zentren und ländliche Regionen, anstehende größere Investitionen im Kulturbereich in den kommenden Jahren und deren Priorisierung

Antr
s. *Kultur*
Drs 15/7369

Baumaterial

s. *Baustoff*

Baumschule

s.a. *Forstwirtschaft*

Erhalt der Reiserschnittgärten in BW

Einschränkung der Bewirtschaftung auf den Flächen der Reiserschnittgarten Weinsberg GmbH infolge von Bodenmüdigkeit, Vermeidung von Versorgungengpässen für die heimischen Baumschulen, Gartenbauvereine sowie Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände bei der Produktion gesunder Obstgehölze; Beteiligung an einer Anschubfinanzierung beim Neuaufbau eines weiteren Reiserschnittgartens im Land

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/1075

Baumzucht

s. *Baumschule*

Bauordnung

s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*

Bauordnungsrecht

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/2985 betr. Bausache, Tierschutz

BeschlEmpf und Bericht PetA 11.04.2013 Drs 15/3268 Nr. 5 S. 8-11
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
Mittlg LReg 25.08.2014 Drs 15/5653

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr
s. *Camping*
Drs 15/4073

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung

von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kenntnisgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw
s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*
Drs 15/5294

Umsetzungsprobleme der Landesheimbauverordnung (LHeim-BauVO) in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach
Bewertung der in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach praktizierten Form der Teilhabe von Menschen mit Behinderung; Unterstützung der Gemeinschaft bei den durch die Landesheimbauverordnung vorgeschriebenen Maßnahmen; Verlängerung des Umsetzungszeitraums der Landesheimbauverordnung über den Stichtag 31. August 2019 hinaus

Antr
s. *Landesheimbauverordnung*
Drs 15/6147

Bauplanung

s.a. *Baugenehmigung*
s.a. *Baugestaltung*
s.a. *Bauleitplanung*
s.a. *Verkehrsplanung*

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für Leupolz und Karsee, Stadt Wangen im Allgäu

Vorteile und bauplanungsrechtliche Hindernisse für den Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses zweier Ortsteile der Stadt Wangen im Allgäu

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3948

BauPMÜDG

s. *Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetz*

Bauprodukt

Gesetz zur Änderung des Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetzes

Bündelung der Marktüberwachung für Bauprodukte beim Reg-Präs Tübingen als Vollzugsbehörde; Anpassung des Gesetzes an die geänderte Rechtslage auf Bundes- und EU-Ebene

GesEntw LReg 05.02.2014 Drs 15/4720
1. Beratung PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5499
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.03.2014 Drs 15/4956

2. Beratung PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5633-5635
GesBeschl 26.03.2014 Drs 15/4995
GBI 2014 Nr. 6 S. 97-99 (Ges vom 01.04.2014)

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen und im deutschen Recht in Bezug auf Bauprodukte; Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen

Mittlg LReg
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7803

Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik
Zustimmung zum 3. DIBt-Änderungsabkommen; Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen in Bezug auf Bauprodukte; Aufnahme einer Öffnungsklausel in das DIBt-Abkommen zur Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern; Anpassung weiterer Vorschriften in Bezug auf das DIBt an die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen

GesEntw
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7931

Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetzes

Bündelung der Marktüberwachung für Bauprodukte beim Reg-Präs Tübingen als Vollzugsbehörde; Anpassung des Gesetzes an die geänderte Rechtslage auf Bundes- und EU-Ebene

GesEntw
s. *Bauprodukt*
Drs 15/4720

Baurecht

Folgen der Änderung der Waldabstandsregelung in der Landesbauordnung BW ab 1. März 2010

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.02.2012 und
Antw MVI Drs 15/1320

Präventive Neuinstallation und/oder Nachrüstung von Rauchmeldern in der Landesbauordnung (LBO)

Verankerung der o.g. Verpflichtung für private und öffentliche Gebäude in der LBO

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/1382

Wohnkonzept der Landesheimbauverordnung

Bewertung der Vorgabe zum ausschließlichen Bau von Einzelzimmern in den Alten- und Pflegeheimen, mögliche Wohnkonzepte für den Bedarf von „echten“ Zweibettzimmern, Beurteilung einer Zusammenführung von nebeneinanderliegenden Einzelzimmern zu „Nutzungseinheiten“

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2201

Das neue Landesheimrecht - Präzisierung tut not

Differenzierung in der geplanten Novelle (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz) des Landesheimrechts zwischen den einzelnen Wohnformen; zukünftige Detailregelungen im Bereich des Baurechts und der personellen Anforderungen für verschiedene Wohn-/Grundleistungs- und Pflegekonstellationen

Antr
s. *Heimrecht*
Drs 15/3453

Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe

Errichtungszahlen und Klageverfahren gegen den Betrieb von Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe; Handlungsbedarf zur Einschränkung der Verfahrens- und Genehmigungsfreiheit durch die Landesbauordnung bei der Errichtung dieser Windkraftanlagen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5180

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr
s. *Wohnungsbedarf*
Drs 15/7358

Baurechtliche Erleichterungen zur Realisierung von Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung baurechtlicher Verfahren zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, insbes Änderungen in der Landesbauordnung

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7381

Waldkindergärten

Sachstand zu baurechtlichen Problemen im Zusammenhang mit den Vorgaben der Landesbauordnung und dem Baugesetzbuch bei der Einrichtung von neuen Waldkindergärten

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/7394

Bausache

s. *Bauvorhaben*

Bausanierung

s.a. *Denkmalpflege*
s.a. *Gebäudeenergieeffizienz*
s.a. *Wohnungsbau*

Auswirkung der Landesheimbauverordnung auf die pflegerische Infrastruktur

Daten zu Bestand und Entwicklung bei Pflegeheimplätzen in BW im Hinblick auf die Landesheimbauverordnung, insbes Auswirkungen auf das Land und die einzelnen Kreise, geplante Maßnahmen zur Sicherung der pflegerischen Infrastruktur, Beratung mit Trägern, Einrichtungen und Kommunen über Standards und Ausnahmen

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2947

Erweiterung der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart

Baulicher Zustand und räumliche Kapazitäten; Kosten- und Zeitrahmen einer Sanierung der vorhandenen Räumlichkeiten; Kosten und räumliche Kapazitäten des geplanten Erweiterungsbauwerks; sein zu erwartender Nutzen wie z.B. eine Optimierung des Betriebsablaufs oder der Wegfall von Mietkosten für Außenstellen; Gründe für die Verschiebung der Baumaßnahme, voraussichtlicher Baubeginn und Fertigstellungstermin; Maßnahmen zur Behebung der drängendsten Probleme

Antr
s. *Bibliothek*
Drs 15/2634

Aktivitäten des Bundes und von BW zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung

Fördermöglichkeiten und -voraussetzungen zur energetischen Gebäudesanierung für privaten Wohnraum in BW; Umfang der Fördermittel durch Land und Bund; erreichte und angestrebte Sanierungsquoten in BW; Verhältnis von Steuerermehreinnahmen aufgrund von Wertschöpfungszuwachs durch das Handwerk gegenüber den Kosten der Förderverfahren bei einer Sanierungsquote von zwei Prozent

Antr
s. *Gebäudeenergieeffizienz*
Drs 15/2861

Sanierung von Dämmen und Rückhaltebecken im Enzkreis

Baulicher Zustand und Sanierungsbedarf bei Rückhaltebecken und Dämmen im Enzkreis, insbes in Straubenhardt; Veränderungen bei Richtlinien und Technikstandards für Stauanlagen; Förderfähigkeit durch das Land und geplante Änderungen sowie Umfang der Landeszuschüsse für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Enzkreis*
Drs 15/2937

Schließung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau

Trägerschaft, Bauunterhalt und Stilllegung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau, insbes Kosten und Maßnahmen der Schadensbehebung; Gründe und Dauer des wegen der Schließung erfolgten Unterrichtsausfalls

KlAnfr
s. *Gewächshaus*
Drs 15/3025

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses

Ursachen und Konsequenzen der gescheiterten Übergabe des Stuttgarter Schauspielhauses iRd grundständigen Sanierung

MdlAnfr

s. Schauspielhaus Stuttgart
Drs 15/3155

Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden

Umsetzung von Energieeffizienz-Standards bei Neubau und Sanierung von Landesimmobilien sowie bei Landesförderprogrammen; Realisierung von Niedrigenergiehäusern, KfW-60-Häusern, 3-Liter-Häusern und Passivhäusern; Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Antr
s. Energieeinsparung
Drs 15/3272

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses - 3. Akt

Auswirkungen der Verzögerung der Renovierungsfertigstellung des Schauspielhauses auf den Theaterstandort Stuttgart sowie für den Renovierungsetat des Opernhauses

MdlAnfr
s. Schauspielhaus Stuttgart
Drs 15/3315

Abwicklung der Förderungen von energetischen Sanierungsmaßnahmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Programme zur Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen, Volumen der Fördermittel; Programme der KfW und deren Volumen; Nachfrage nach Förderprogrammen der KfW in den letzten fünf Jahren; Einbeziehung eines Sachverständigen; Schaffung eines finanziellen Anreizes zur energetischen Gebäudesanierung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.06.2013 und
Antw UM Drs 15/3611

Verantwortlichkeiten bei der Renovierung des Schauspielhauses Stuttgart

Organisatorische und personelle Verantwortlichkeiten für die noch nicht abgeschlossenen Sanierungsarbeiten am Stuttgarter Schauspielhaus; geplanter Zeitpunkt der Inbetriebnahme des regulären Spielbetriebs; Höhe, Entwicklung und Übernahme der Kosten für die Sanierung und die Ausweichspielstätte sowie entgangene Einnahmen

Antr
s. Schauspielhaus Stuttgart
Drs 15/3656

Sanierung von Bahnhöfen im LKreis Esslingen

Planung und Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen an Bahnhöfen im LKreis Esslingen, insbes Beteiligung am Bahnhofsmo-
dernisierungsprogramm BW 2009 bis 2018

KlAnfr
s. Bahnhof
Drs 15/3673

*Umsetzung des Bahnhofsmo-
dernisierungsprogramms im LKreis
Konstanz*

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnhofsmo-
dernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Moder-
nisierungsmaßnahmen; Kostenverteilung auf die einzelnen Pro-
jektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand
der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen
Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu
Bahnhofsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr
s. Bahnhof
Drs 15/3771

*Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizie-
rung der Allgäubahn*

Mittelbereitstellung und Härtefallregelungen bei der Finanzie-
rung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der
Allgäubahn; Zeitplan und Förderung des Bahnhofsmo-
dernisierungsprogramms entlang der Bahnstrecke Tannheim - Wangen

KlAnfr
s. Streckenelektrifizierung
Drs 15/3831

*Zustand des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental im LKreis
Schwäbisch Hall*

Sanierung des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental und Ver-
besserung der Bahninfrastruktur im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. Bahnhof
Drs 15/3879

*Hagelschäden im LKreis Esslingen und der Einsatz von Hagel-
fliegern*

Durch das Hagelgewitter vom 28. Juli 2013 verursachte Schä-
den; Einsatz und Wirksamkeit von Hagelfliegern an diesem Tag
und generell; Dachsanierung entsprechend der Vorgaben der
Energiesparverordnung (EnEV); Kriterien für eine Befreiung
von der energetischen Bausanierung

KlAnfr
s. Unwetterschaden
Drs 15/3978

Brückensanierung im LKreis Esslingen

Zuständigkeit für die Erhaltung und Sanierung von Brückenbau-
werken des Landes; finanzielle Förderung der LKreise und Kom-
munen beim Erhalt der Brücken; Höhe der Zuschüsse des LAN-
des an den LKreis Esslingen und die Kommunen des LKreises
in den Jahren 2010 bis 2013; Zustand der Baulast des Landes
unterliegenden Brücken im LKreis Esslingen, Aufwand für ihre
Sanierung; Programm zur Sanierung der Brücken und Höhe der
dafür zur Verfügung stehenden Mittel; Haltung der LReg bei den
Verhandlungen der Bund-Länder-Kommission zur Finanzierung
der Verkehrswege

KlAnfr
s. Brücke
Drs 15/4236

Mehr Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden in BW

Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale bei Büros,
Betriebs- und Produktionsstätten; Erhöhung der Sanierungsrate;
Überarbeitung der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik
zur Verringerung des Energieverbrauchs; Einsparpotenziale
bei mechanischen Raumlufthanlagen; regelmäßige Wartung
der Raumlufthanlagen; Inspektion der Klimaanlage durch die
Baurechtsbehörden; Kontrolle der praktischen Umsetzung der
Energieeinsparverordnung (EnEV)

Antr
s. Gewerbeimmobilien
Drs 15/4344

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit
dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von
EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hoch-
schulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universi-
tät Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil
der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contrac-

ting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr
s. *Umweltmanagement*
Drs 15/4370

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/4523

Umsiedlung der Hochschule Esslingen

Bauliche und energetische Sanierung der Hochschule Esslingen am Standort Flandernstraße oder Umsiedlung auf das sogenannte Güterbahnhofareal in der Esslinger Weststadt; Stand der Überlegungen; geschätzte Höhe der jeweiligen Investitionsvolumina; Größe der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücksflächen am Standort Flandernstraße; möglicher Erlös bei einem Verkauf als Bauland für eine Wohnbebauung; Errichtung des Ersatzneubaus für den Fachbereich Versorgungs- und Umwelttechnik auf dem Güterbahnhofareal statt auf dem Knäbelareal; Sondierungsgespräche mit der Stadtverwaltung Esslingen über eine Standortverlagerung in die Esslinger Weststadt

KlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/4738

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Einheitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Ländereöffnungsklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr
s. *Verkehrswert*
Drs 15/4755

Sanierung und Nutzung der Klosteranlage Wiblingen

Erhaltungszustand und Nutzung der Klosteranlage in Wiblingen, insbes Sanierungsbedarf und -planung, Verwendung freiwerdender Räume als Studentenwohnheim

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5091

Sanierung von Bahnhofsgebäuden in BW

Zustand von Bahnhofsgebäuden in BW und Maßnahmen des Landes zu deren Instandhaltung und Sanierung, insbes Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten

Antr

s. *Bahnhof*
Drs 15/5252

Gründe für die Bauverzögerungen beim Pädagogischen Fachseminar Kirchheim unter Teck

Baufortschritt und Zeitplan der Instandsetzung des Gebäudes des Pädagogischen Fachseminars in Kirchheim unter Teck

MdlAnfr 1) Karl Zimmermann CDU 03.06.2014 Drs 15/5293

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6180 6181

Sanierungen im Hochschulbau

Kostenschätzung der in den nächsten zehn Jahren anstehenden Sanierungsmaßnahmen; Kriterien der Priorisierung der Maßnahmen; Höhe der im nächsten Doppelhaushalt vorgesehenen Mittel; Finanzierungskonzept für die Sanierung von Hochschulgebäuden; Finanzierung der seit 2009 durchgeführten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen; Verwendung von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sowie dem Landesinfrastrukturprogramm; Nutzung hochschulinterner Pools gemäß den Vorgaben des Solidarpakts II

Antr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/5316

Finanzielle Unterstützung des Landes zur Sanierung des Industriedenkmals „Crailsheimer Wasserturm“

Baulicher Zustand des über 100 Jahre alten Wasserturms; Bedeutung des Gesamtareals aus Wasserturm und Lokschruppen für den Tourismus; Sanierung des Industriedenkmals mit Mitteln der Denkmalstiftung des Landes oder aus dem Städtebauförderprogramm; Nutzung sonstiger Förderprogramme

KlAnfr
s. *Industriedenkmal*
Drs 15/5330

*Umsetzung des Bahnhofsmo-
dernisierungsprogramms im LK
Kreis Konstanz*

Stand der Planungen für die Sanierung der Seehas-Haltestellen; Kostenentwicklung und Aufteilung der Kosten unter den Beteiligten; Zeitplanung der Deutschen Bahn; Unterstützung der Kommunen bei der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung der Haltestellen

KlAnfr
s. *Haltestelle*
Drs 15/5346

*Energetische Gebäudesanierung -
Schlüssel für die Energiewen-
de in BW*

Situation der energetischen Gebäudesanierung in BW und Unterstützungsmöglichkeiten, insbes steuerliche Förderung und Energieberatung zu Sanierungsoptionen

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 04.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5436

*Fördermöglichkeiten für Sanierungs-
und Neubaumaßnahmen an
Freibädern im Landkreis Schwäbisch
Hall*

Baulicher Zustand der Freibäder im LK Kreis Schwäbisch Hall, insbes in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 15/5544

Zustand der Sportstätten in BW

Zweckdienlichkeit und baulicher Zustand der Sportstätten; Sanierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten; Förderung der Sportstättenanierung in den vergangenen fünf Jahren; Nutzung der Sportstätten im Land für sportliche Großveranstaltungen; Anteil des Sports an der Bruttowertschöpfung; Sportentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und Sportverbänden; Programm zur Sanierung der Sportstätten

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5859

Anstehende Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG); Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen im Land

Anforderungen, Anwendungsbereich und Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen in BW, insbes betroffene Gebäude, Kosten beim Heizungsaustausch für die Erstellung gebäudeindividueller energetischer Sanierungsfahrpläne

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/5926

Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in BW (Erneuerbare-Wärme-Gesetz - EWärmeG)

Redaktionelle Anpassung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes durch Bereinigung von Vorgaben für den Neubaubereich aufgrund der Regelungen durch das Bundesgesetz; Weiterentwicklung der Regelungen für den Alt- und Bestandsbaubereich, insbes Erhöhung des Pflichtanteils an erneuerbarer Energie von 10 auf 15 %, Technologieoffenheit und größere Wahl- und Kombinationsmöglichkeit in den genutzten Technologien, Öffnungsklausel für neue Technologien, Einbeziehung von privaten und öffentlichen Nichtwohngebäuden, gebäudeindividuelles Sanierungskonzept

GesEntw
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/6236

Status Quo und Perspektiven der Außenstelle Göppingen der Hochschule Esslingen (Fakultät Mechatronik und Elektrotechnik)

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen der Außenstelle Göppingen; Finanzierung zusätzlicher Studienplätze durch die Programme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“; Sanierung der Hochschulgebäude; Forschungsprojekte der Außenstelle Göppingen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen; Einfluss der regionalen Wirtschaft bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte; Versorgung mit Studierendenwohnheimplätzen

KlAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/6421

Jugendherbergswesen in BW

Neueröffnungen und Schließungen von Jugendherbergen im Jahr 2014; Gründe der Schließung der Jugendherberge in Singen (Hohentwiel); Sanierungsbedarf bei den Jugendherbergen in BW; Entwicklung eines langfristigen Investitionskonzepts in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk; Förderung der Sa-

nierung bestehender Jugendherbergen im ländlichen Raum; Beachtung des Satzungszwecks bei den Angeboten von Jugendherbergen

Antr
s. *Jugendherberge*
Drs 15/6465

Denkmalschützerische Auflagen und Unterstützung des Landes für eine Sanierung des Landratsamts Schwäbisch Hall

Sachstand zur Gebäudesanierung des Landratsamts Schwäbisch-Hall, insbes Anforderungen des Denkmalschutzes, Unterstützung des Landes für die Gebäudeeigentümer für den Mehraufwand aufgrund des Denkmalschutzes

MdlAnfr
s. *Denkmalschutz*
Drs 15/6814

Polizeirevier Bad Säckingen

Baulicher Zustand des Polizeireviers Bad Säckingen und Umsetzung von Renovierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 15/6872

Sanierung der Stuttgarter Oper - Interimslösung

Sachstand zur Sanierung des Stuttgarter Opernhauses und zur Suche nach einer Interimsspielstätte, insbes Verhandlungsstand mit der Stadt, Sanierungskosten und Sanierungsdauer

KlAnfr
s. *Oper*
Drs 15/7275

Umsetzung des Sanierungsfahrplans

Sachstand zur Verzögerung bei der Bereitstellung des gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 11.09.2015 und Antw UM
Drs 15/7363

Sanierung und Renovierung am Gebäude des Finanzamts Leonberg

Sachstand zu anstehenden Sanierungs- und Renovierungsarbeiten am Gebäude des Finanzamts Leonberg, insbes Zeitplan, Einschränkungen durch den Denkmalschutz, Wirtschaftlichkeit eines Neubaus

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/7718

Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (E-WärmeG) zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen

Überlegungen zur Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen durch den notwendigen Einbau neuer Heizungen, insbes Einsparmöglichkeiten bei Nichtanwendung des EWärmeG

Antr
s. *Heizung*
Drs 15/7856

Warum fördert die grün-rote LReg mit ihrer Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung den Neu- und Umbau, aber nicht die Sanierung von Schulgebäuden?

Auskunft über Baujahr und letzte Sanierung der bestehenden Schulgebäude; Fördermöglichkeiten von Schulbaumaßnahmen durch das Land; Gründe der mangelnden Förderfähigkeit von Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen; Zahl der im Jahr 2015 gestellten Anträge auf Schulbauförderung; Umfang der bewilligten Zuschüsse und deren Verteilung auf die verschiedenen Schularten; Forderung nach einer Änderung der Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau); Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/7935

Bauschaden

s.a. *Straßenschaden*

Sanierungsbedürftige Brücken im Rhein-Neckar-Kreis

Zahl und Zustand der o.g. Brücken, Ausmaß der jeweiligen Schäden und des Sanierungsaufwands, Durchführung der Sanierungsvorhaben nach einer Prioritätenliste, Höhe und Verteilung der Kosten auf das Land, den Bund und die Kommunen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/313

Geothermie-Schäden in Leonberg

Ausmaß der Schäden an Gebäuden in einem Wohngebiet im Ortsteil Eltingen nach einer Geothermiebohrung, Beurteilung der vom Landratsamt Böblingen zur Genehmigung erteilten Auflagen und deren Überwachung, Konsequenzen für künftige Genehmigungen und für die Kriterien zur Zertifizierung von Baufirmen für Geothermiebohrungen; Möglichkeiten zur Unterstützung der Betroffenen bei der Schadensbehebung durch finanzielle Vorleistungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.08.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/428
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/907 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz u.a. CDU) S. 30 31
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Schäden am Engelbergbasistunnel

Art, Ursachen und Kosten der aktuellen Schäden am Leonberger Engelbergstunnel; Art und Auswirkungen der Erkundungsmaßnahmen; Frage nach einer dauerhaften Lösung des Anhydritproblems und Höhe der bisher aufgewandten Mittel zur Unterhaltung und Sanierung des Tunnels

KlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 15/914

Bauliche Weiterentwicklung der Kunsthalle Karlsruhe

Beurteilung bzw Behebung der Bauschäden, Darstellung der notwendigen Maßnahmen, insbes Überdachung des Innenhofs, Schaffung von Barrierefreiheit, eines Museumsshops sowie von Räumlichkeiten für größere Wechsellausstellungen auf internationalem Niveau; Etatisierung der erforderlichen Mittel

Antr
s. *Kunsthalle Karlsruhe*
Drs 15/1067

Perspektive und Nutzung der Geothermie in BW

Entwicklung der installierten Erdwärmesonden und geothermischen Gebäudeheizungen in den letzten fünf Jahren, Auswirkungen der Schadensfälle in Staufen, Schorndorf und Leonberg auf die Akzeptanz der Technologie, Erfahrungen mit den geänderten Anforderungen

GrAnfr
s. *Geothermische Energie*
Drs 15/1607

Planungen zu Erdwärmehohrungen in Korntal-Münchingen

Stand der o.g. Planung und Bürgerbeteiligung, Information der betroffenen Anwohner über die Gefahren und Haftungsfragen im Schadensfall; Frage nach einer gutachterlichen Grundlage für die Aussage des zuständigen Landratsamts, dass man keine Schäden an Gebäuden erwarte

KlAnfr
s. *Geothermische Energie*
Drs 15/2447

Schließung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau

Trägerschaft, Bauunterhalt und Stilllegung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau, insbes Kosten und Maßnahmen der Schadensbehebung; Gründe und Dauer des wegen der Schließung erfolgten Unterrichtsausfalls

KlAnfr
s. *Gewächshaus*
Drs 15/3025

Gebäudeschaden durch Erdhebungen in Böblingen

Ausmaß der Gebäudeschäden und Probleme der betroffenen Gebäudeeigentümer; Soforthilfe für die Hauseigentümer von Seiten der Stadt und des LKreises Böblingen sowie des Landes; Unterstützung der Gebäudeeigentümer bei den Haftungsfragen; Geltendmachung von Ansprüchen aus der verschuldensunabhängigen Haftung der Bohrfirmen gegenüber den Haftpflichtversicherern; Ermittlung der Ursachen für die Erdhebungen

KlAnfr Paul Nemeth CDU 31.10.2013 und Antw UM Drs 15/4265

Erdhebungen in Böblingen - Die LReg soll sich endlich ein Bild vor Ort machen

Ursache und Umfang der Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Erdhebungen in Böblingen; Ortstermin der LReg zur Schadensbegutachtung; Schadensersatzleistungen und Soforthilfe für betroffene Bürger; Gefahren durch Erdwärmehohrungen und Maßnahmen zur Schadensverhinderung

Antr
s. *Sachschaden*
Drs 15/4830

Schäden an Gebäuden durch Luftschadstoffe

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 665

Bauschutt

s. *Bauabfall*

Bausparen

s.a. *Bausparkasse*

Kündigungswelle bei Bausparverträgen

Kündigung von Bausparverträgen durch die Landesbausparkasse BW und andere Bausparkassen; Ursachen der Kündigungswelle; Rechtsgrundlage; Auskunft über die Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in Gremien von Bausparkassen; Handlungsmöglichkeiten des Landes

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 20.01.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6369
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.03.2015 Drs 15/6921 S. 59 60
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Bausparkasse*Kündigungswelle bei Bausparverträgen*

Kündigung von Bausparverträgen durch die Landesbausparkasse BW und andere Bausparkassen; Ursachen der Kündigungswelle; Rechtsgrundlage; Auskunft über die Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in Gremien von Bausparkassen; Handlungsmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Bausparen*
Drs 15/6369

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest (LBS Südwest)

Mittlg LReg 22.09.2015 Drs 15/7420
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8235
BeschlEmpf und Bericht InnenA 07.10.2015 Drs 15/7482
PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8341

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Staatsvertrag zwischen den Ländern BW und Rheinland-Pfalz und Anpassungen rechtlich unabdingbare Regelungen zur von den Trägern der LBS Landesbausparkassen BW und Rheinland-Pfalz angestrebten Fusion beider Institute zur LBS Landesbausparkasse Südwest; Übergangsregelung für die Personalvertretung

GesEntw LReg 10.11.2015 Drs 15/7677 (22 S.)
1. Beratung PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8491-8494
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7810
2. Beratung PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8705
GesBeschl 09.12.2015 Drs 15/7854
GBI 2015 Nr. 24 S. 1157-1162 (Ges vom 15.12.2015)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2016 Nr. 3 S. 95
Bekanntmachung des IM über das Inkrafttreten der Art 2 bis 6 des Staatsvertrags GBI 2016 Nr. 8 S. 267

Baustelle*Breitenbegrenzung von Fahrbahnen in Autobahnbaustellen*

Begrenzung auf zwei Meter trotz Überschreitung dieser Breite von Fahrzeugen der Kompaktklasse; Ermöglichung der Nutzung dieser Fahrstreifen von Serienfahrzeugen durch eine sachgerechte Breitenbegrenzung

Antr
s. *Fahrbahn*
Drs 15/276

Baustellenbedingter Lastwagenverkehr im Enzkreis

Verkehrsbelastung der Ortschaften im Enzkreis durch Baustellenverkehr während der Bauarbeiten an der A 8; Maßnahmen zur Verhinderung von Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Lkw in Mühlacker-Enzberg

KIAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/453

Tempolimits in Baustellenbereichen

Zuständige Behörden für die Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen an Straßenbaustellen; rechtliche Grundlagen und Kriterien der Geschwindigkeitsbeschränkungen im Baustellenbereich; Tempolimits an Autobahn- und Bundesstraßenbaustellen in den Jahren 2004 bis 2014; Sanktionierung von Geschwindigkeitsübertretungen; Geschwindigkeitsbegrenzungen und Regel-Ausnahme-Verhältnis in anderen Bundesländern

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5493

Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A) 8

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bisherige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung; Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direkten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines Direktanschlusses an die A 8

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/5564

Baustellenmanagement im LKreiss Esslingen

Fehlende Abstimmung bei Baustellen im LKreiss Esslingen, insbes in Nürtingen/Oberensingen (L 1205/Stuttgarter Straße mit Vollsperrung), der Brückensanierung der B 312 zwischen Neckartailfingen und Aich und der Belagssanierung an der A 8 zwischen Kirchheim und Neuhausen; Maßnahmen zur künftigen Vermeidung von Baustellenhäufungen

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 30.07.2014 und Antw MVI Drs 15/5579

Sicherheit auf den Straßen des LKreises Heidenheim

Häufigkeit der Verkehrsunfälle in den vergangenen fünf Jahren; Art und Schwere der Unfallfolgen; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallhäufigkeit, insbes im Bereich von Baustellen; Nutzen einer vorherigen Information der Bevölkerung über Straßenbaustellen

KIAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/5993

Baustellensituation auf der Bundesautobahn A 81

Zahl der Baustellen, betroffene Autobahnabschnitte; Art der Baumaßnahmen und deren voraussichtlicher Abschluss; Umfahrmöglichkeiten für Berufspendler; Verringerung der Beeinträchtigungen im Berufsverkehr

KIAnfr Karl Rombach CDU 27.11.2014 und Antw MVI Drs

15/6195

Baustoff*s.a. Holz**Verwendung von Holz bei Industrie- und Gewerbebauten*

Entwicklung des o.g. Anteils in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern, der Schweiz und Österreich; Frage nach Fördermöglichkeiten ggf. über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

KlAnfr

s. Holz

Drs 15/596

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kennnisgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw

s. Landesbauordnung für Baden-Württemberg

Drs 15/5294

Europäischer Materialpass und Folgen für die Bauwirtschaft

Intentionen des europäischen Forschungsprojekts „Buildings as Material Banks“ (BAMB) für die Reduktion des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Bauabfallmenge mittels eines elektronischen Materialpasses und Auswirkungen auf verbindliche Vorgaben auf EU-Ebene; Sachstand zur Wiederverwertung von Baumaterialien in BW und der Verbreitung des Materialpasses

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 04.11.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7646

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.12.2015 Drs 15/8019 S. 55

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Bautechnik*Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik*

Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen und im deutschen Recht in Bezug auf Bauprodukte; Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen

Mittlg LReg

s. Deutsches Institut für Bautechnik

Drs 15/7803

Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik

Zustimmung zum 3. DIBt-Änderungsabkommen; Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen in Bezug auf Bauprodukte; Aufnahme einer Öffnungsklausel in das DIBt-Abkommen zur Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt

durch Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern; Anpassung weiterer Vorschriften in Bezug auf das DIBt an die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen

GesEntw

s. Deutsches Institut für Bautechnik

Drs 15/7931

Bauunternehmen*s. Bauwirtschaft***Bauverwaltung***s.a. Bauleitplanung**s.a. Straßenbauverwaltung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 12: Landesbetrieb Vermögen und Bau

Mittlg LReg 02.11.2011 Drs 15/844

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/997

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Mittlg LReg 26.06.2013 Drs 15/3687 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4158

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Mittlg LReg 18.12.2014 Drs 15/6056

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6375

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Mittlg LReg 15.09.2015 Drs 15/7392

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7496

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Hochbauverwaltung - Technisches Fachpersonal

Personalentwicklung in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung seit 2005, Zahl der Teilnehmer an den Staatsprüfungen für den gehobenen und höheren technischen Dienst und der jeweils übernommenen Absolventen, Aufstiegschancen iRd aktuellen Personalentwicklungskonzepts; Auflistung der seit 2005 vergebenen Dienstleistungen und deren Kosten für externe Beratung und Gutachten

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 26.09.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2403

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 12 13

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Gehen dem Land die Kämmerer und Bauamtsleiter aus?

Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für die Kommunal- und Landesverwaltung, insbes Ausweitung der Beamtenstellen und Verbesserung der Beamtenbesoldung, Steigerung der finanziellen Attraktivität von Ingenieurs- und Führungsstellen im öffentlichen Dienst sowie in Grenzregionen; Daten zu unbesetzten Stellen von Kämmerern und Bauamtsleitern; Schwierigkeiten der qualifizierten Nachwuchsgewinnung in bestimmten Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr

s. Führungskraft

Drs 15/3414

Mehr Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden in BW

Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale bei Büros, Betriebs- und Produktionsstätten; Erhöhung der Sanierungsrate; Überarbeitung der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik zur Verringerung des Energieverbrauchs; Einsparpotenziale

bei mechanischen Raumlufthanlagen; regelmäßige Wartung der Raumlufthanlagen; Inspektion der Klimaanlage durch die Baurechtsbehörden; Kontrolle der praktischen Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV)

Antr
s. *Gewerbeimmobilien*
Drs 15/4344

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 20 - Projektsteuerung bei Hochbauvorhaben des Landes (Kap 1208, 1415, 1421 und 0702)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5420
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5920 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 14.08.2015 Drs 15/7308
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7498
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 21 - Wartung und Prüfung von Aufzügen in Landesgebäuden (Kap 1209)

Mittlg RH
s. *Aufzugsanlage*
Drs 15/5421

Ausbildungsstand und Personalsituation im höheren bautechnischen Dienst

Sachstand zur Personalsituation im höheren bautechnischen Dienst des Landes und der Kommunen, insbes Stellenangebot und Bewerberlage für den Referendardienst

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 10.07.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7159

Zuweisung der Verantwortung für die aufgetretenen Mängel bei der Sanierung des Stuttgarter Schauspielhauses an die Bauverwaltung im MFW

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1783-1793

Bauvorhaben

s.a. *Baufinanzierung*
s.a. *Baugenehmigung*
s.a. *Bauleitplanung*
s.a. *Baumaßnahme*
s.a. *Bauplanung*
s.a. *Städtebau*
s.a. *Straßenbau*
s.a. *Streckenbau*
s.a. *Verkehrsinvestition*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/4126 betr. Bausache

BeschlEmpf und Bericht PetA 21.07.2011 Drs 15/215 Nr. 2 S. 2-11
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 410
Mittlg LReg 24.05.2012 Drs 15/1776

Vergabeerleichterungen bei Bauaufträgen iRd Konjunkturpakets II

Bewirkung einer starken Einschränkung des Wettbewerbs durch die erleichterten Vergaben öffentlicher Aufträge des Bundes nach einer Untersuchung des Bundesrechnungs-

hofs; Veranlassung einer entsprechenden Untersuchung beim Zukunftsinvestitions- und Landesinfrastrukturprogramm

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1427

Beratende Äußerung des RH zur Vergabebesleunigung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO zur Vergabebesleunigung - Vergabe öffentlicher Bau- und Dienstleistungen, Umsetzung und Wirkung der Verwaltungsvorschrift zur Beschleunigung öffentlicher Aufträge

Mittlg RH
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1609

Errichtung von Seminar- und Institutsgebäuden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Karlsruhe

Bauabsichten der gemeinnützigen Klaus-Tschira-Stiftung auf landeseigenen Grundstücken in Karlsruhe; vorgesehene Nutzung des Neubaus; Verlagerung des Botanischen Gartens des KIT; Einbeziehung des Gewächshauses in das Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Karlsruher Institut für Technologie*
Drs 15/8085

Bauvorhaben der öffentlichen Hand

s. *Öffentliches Bauvorhaben*

Bauwesen

Holz aus BW

Bewertung und Förderung von Holz als Baustoff beim Hausbau in BW; Daten zur Herkunft und Verwendung von Holz im Hausbau; Einführung eines Gütesiegels „Holz aus BW“

Antr
s. *Holz*
Drs 15/2834

Bauwirtschaft

s.a. *Wohnungswirtschaft*

Geothermie-Schäden in Leonberg

Ausmaß der Schäden an Gebäuden in einem Wohngebiet im Ortsteil Eltingen nach einer Geothermiebohrung, Beurteilung der vom Landratsamt Böblingen zur Genehmigung erteilten Auflagen und deren Überwachung, Konsequenzen für künftige Genehmigungen und für die Kriterien zur Zertifizierung von Baufirmen für Geothermiebohrungen; Möglichkeiten zur Unterstützung der Betroffenen bei der Schadensbehebung durch finanzielle Vorleistungen

Antr
s. *Bauschaden*
Drs 15/428

Präqualifikation und „Eigenerklärung“ von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der öffentlichen Vergabe

Inanspruchnahme und Kosten der Aufnahme von Bauunternehmen in die bundesweite Liste der präqualifizierten Unternehmen; Entlastung von Wirtschaft und Verwaltung durch eine Entbürokratisierung und Kostenvergünstigung der o.g. Verfahren

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1702

Baumaschinen und Luftbelastung in Umweltzonen

Emissionsgrenzwerte für Baumaschinen; Verschärfung der Vorgaben in Umweltzonen; Anteil der auf Baumaschinen zurückzuführenden Feinstaubemissionen an den Gesamtmesswerten; Befreiung der Baufirmen von erhöhten Auflagen in Umweltzonen aufgrund der mit dem Einbau von Spezialfiltern verbundenen unverhältnismäßig hohen Mehrkosten

Antr
s. *Baumaschine*
Drs 15/4671

Verpflichtung der Bauunternehmen zur Durchführung von Bauaufträgen des Landes mit Stammpersonal; Vergabe der Aufträge für Stuttgart 21 zu Festpreisen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 518 529

Bayer, Christoph MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4803

Bayerisches Feiertagsgesetz

s. *Sonn- und Feiertage*

Bayern

s.a. *Allgäu*

S-Bahn-System in der Region Donau-Iller

Beurteilung der Realisierungschancen des o.g. Projekts, der möglichen räumlichen Ausdehnung und Förderung von Land und Bund; Positionierung des Freistaats Bayern zu den Plänen

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/162

Bildungsangebot verbessern - nicht verändern

Beurteilung des guten Abschneidens bei der jüngsten Bertelsmann-Studie zum Bildungsangebot in den Ländern und Kreisen, Orientierung von weiteren Verbesserungen am Bildungsangebot Bayerns

KlAnfr
s. *Bildung*
Drs 15/1048

Geplante Polizeireform

Einbeziehung der Evaluierungsergebnisse der bayerischen Polizeireform in den weiteren Prozess zur geplanten Polizeireform

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1188

Einrichtung einer Energiekommission zur Begleitung der Energiewende

Bewertung der bisherigen Arbeit und Zusammenarbeit der vom bayerischen Landtag eingesetzten Energiekommission mit den zuständigen Ministerien und Landtagsausschüssen

KlAnfr
s. *Energiekommission*
Drs 15/1234

Schülertourismus an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze

Umgang mit dem gewünschten Übergang von Schülern auf weiterführende Schulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung in BW, Bedeutung des jeweiligen Wohnsitzes, Frage nach möglichen Anmeldungen an einem Gymnasium auch mit einer Hauptschulempfehlung sowie nach einem Dialog mit den benachbarten Bundesländern

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/1313

Verweigerung der LReg für eine Verbesserung der Luftrettung in Ostwürttemberg und im LKreis Schwäbisch Hall

Verweigerung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit des Innenministers nach Aussage seines bayerischen Kollegen; Frage nach Vorschlägen zur Beseitigung der Lücken bei der Luftrettung in der o.g. Raumschaft

MdlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/1734

Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof

Mittlg RH
s. *Film*
Drs 15/2186

Zusammenarbeit zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und bayerischen Staatsregierung beim Ausbau der A 3 bei Wertheim

Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern über die Übernahme von Bauarbeiten auf einem in BW liegenden Teilstück der A 3; Ausbau der Autobahn A 3 bei Wertheim als prioritäre Maßnahme im aktuellen Investitionsrahmenplan (IRP); Verkehrsaufkommen auf dem betreffenden Streckenabschnitt, Verkehrsbelastung für die Bevölkerung bei einem Unterbleiben des Ausbaus; zu erwartende Kostensteigerungen; Neueinstufung der geplanten Ausbaumaßnahme

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2678

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerbedarf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2780

Verbesserung der Luftrettung im nord-östlichen Landesteil durch die Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers in Dinkelsbühl-Sinbronn (Bayern)

Verbesserung der Luftrettung im Nordosten Baden-Württembergs, insbes Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers unmittelbar an der Landesgrenze (A 7) in Dinkelsbühl-Sinbronn, Unterstützung des bayerischen

Innenministeriums bei Verhandlungen mit Krankenkassen bezüglich der erweiterten Luftrettung, Einrichtung von Hubschrauberlandemöglichkeiten in umliegenden Krankenhäusern; Inexistenz nachflugtauglicher Rettungs- oder Transporthubschrauber in BW und Konsequenzen für die medizinische Versorgung; Einsatz angekündigter, schneller fliegender, neuer Rettungshubschrauber

KlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/3041

Westfrankenbahn

Betrieb und Neuvergabe der Verkehrsleistungen für das Ausschreibungsnetz Hohenlohe-Franken in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern, insbes Wettbewerbssituation und technische Rahmenbedingungen; Prüfung der Verlängerung anhand der bisherigen Bedingungen oder Einholung eines Initiativangebots des aktuellen Betreibers

Antr
s. *Westfrankenbahn*
Drs 15/3142

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Ausbau der A 3 bei Wertheim

Priorisierung und Sachstand beim Ausbau der A 3 bei Wertheim; Gültigkeit der Vereinbarung des Landes BW mit dem Freistaat Bayern aus dem Jahr 2008

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/3523

Ehrenamtskarte

Einführung einer Ehrenamtskarte in BW nach bayerischem Vorbild; Auswirkungen einer Ehrenamtskarte auf das ehrenamtliche Engagement; Erfahrungen mit der Jugendleiter/in-Card (Juleica)

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/3892

Ausweitung der Atomstromproduktion im Kernkraftwerk Gundremmingen

Leistungssteigerung als zusätzliches Gefahrenpotential; Auswirkungen auf die Betriebssicherheit der Reaktoren; Abwendung der Genehmigung einer Produktionserhöhung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KGG)

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/3904

Baukultur als Bildungsauftrag

Rolle von Architektur, Denkmalschutz und Baukultur in der Bildungspolitik und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern,

insbes stärkere Verankerung im Unterricht bei der Überarbeitung der Bildungspläne; Einschätzung der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Architektur und Schule und Einrichtung einer ähnlichen Institution in BW

Antr
s. *Architektur*
Drs 15/4090

Die organisatorische Umsetzung der Energiewende in BW

Umsetzung der Energiewende im Vergleich zu Bayern; Vernetzung der in BW bestehenden Energieagenturen; Schaffung einer Dialogplattform; Gremium zu Koordination der Aktivitäten der verschiedenen Ministerien; Gründung einer institutionell verankerten, unabhängigen und zentralen Energieagentur vergleichbar der Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ; Unterschiede zu den bisherigen Tätigkeitsfeldern der Klimaschutz- und Energieagentur BW (KEA); Information der Bürger über den Umbau der Energieversorgung; Konsequenzen aus dem von der BReg angestoßenen Monitoring der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4116

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 15/4142

Ausbau der Bundesstraße (B) 10/B 28 durch die Erweiterung der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm

Projekt eines achtspurigen Neubaus der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm; gesetzlich vorgesehene Abstimmungsprozesse für ein solches grenzüberschreitendes Projekt; Federführung, Entscheidungskompetenz und Finanzierung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4355

Vorkehrungen gegen die Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (BHV-1) an der Landesgrenze

Erkenntnisse und Maßnahmen bezüglich des Ausbruchs der Rinderseuche BHV-1 im bayerischen LKreis Donau-Ries, insbes Vorkehrungen in benachbarten LKreisen Baden-Württembergs (v.a. Ostalbkreis, LKreis Heidenheim), Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung

KlAnfr
s. *Tierseuche*
Drs 15/4620

Bahnknoten Lindau und die baden-württembergischen Interessen

Entwicklung am Bahnknoten Lindau und Folgen für den Schienenpersonennahverkehr in der Bodenseeregion, insbes Maßnahmen auf bayerischer Seite und betriebliche und infrastrukturelle Zusammenarbeit mit Bahngesellschaften in Bayern

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4819

Breitbandausbau in BW

Förderung und Steigerung des Ausbaus der Breitbandversorgung in BW, insbes Übertragung der Planungen Bayerns zur Schaffung eines flächendeckenden Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzes auf BW

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/4854

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Gaskraftwerk Leipheim

Stand des Projekts der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH zur Entwicklung eines Gaskraftwerks auf dem ehemaligen Flugplatz in Leipheim in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk in Gundremmingen, insbes Kooperation mit der bayerischen Staatsregierung

KlAnfr
s. *Gaskraftwerk*
Drs 15/5296

Unterkunftskosten von Berufsschülern

Umsetzung der Empfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ zur Drittelbeteiligung des Landes an den Kosten der Unterbringung zur Beschulung an Landes-, Landesbezirks- und Bezirksfachklassen; Änderungen der Wohnheimfinanzierung, insbes Übernahme der „bayerischen Lösung“

Antr
s. *Wohnheim*
Drs 15/5584

Förderung von Mulch- und Direktsaat

Gründe für die Einstellung der Förderung der Mulch- und Direktsaat iRd Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) sowie der Fortsetzung der Förderung in Bayern

KlAnfr
s. *Saatgut*
Drs 15/6116

Kurskonzept „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“

Sachstand zum Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Bayerischen Staatsregierung „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“, insbes Kosten,

Personalressourcen, Teilnehmerzahlen, Teilnahmebeginn; Planungen und Hindernisse für ein entsprechendes Modellprojekt in BW

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6396

Auswirkungen des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) auf BW

Erhebung aktueller Daten zu Morbi-RSA und Gesundheitsfonds; Ergebnisse des bayerischen Gutachtens zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich; Entschärfung der Übergangsregelung zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG); Entwicklung eines neuen Berechnungsverfahrens für die Krankengeldzuweisungen; Berücksichtigung regionaler Faktoren beim Morbi-RSA; Gewichtung einzelner Parameter beim aktuellen Ausgleichsverfahren

Antr
s. *Risikostrukturausgleich*
Drs 15/6413

Gefährdet die Bayerische Staatsregierung die Stromversorgung in BW?

Sachstand zur Erschwerung des Netzausbaus durch geplante Regelungen der Bayerischen Staatsregierung im Landesentwicklungsprogramm, insbes Auswirkungen auf das Planungsverfahren für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung SuedLink, Gefährdung des geplanten Datums für die Inbetriebnahme von SuedLink im Jahr 2022, Folgen für die Stromversorgungssituation in BW; Gewährleistung der regionalen Versorgungssicherheit im Grenzgebiet zum Freistaat Bayern

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6753

Virtuelle Hochschule und virtuelle Lehrangebote der Hochschulen in BW

Sachstand zu onlinegestützten und virtuellen Lehrangeboten an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Anteil der Online-Lehrangebote, Rückmeldungen von Dozenten und Studenten zum Online-Lehrangebot, technische Infrastruktur der Hochschulen für Online-Lehrangebote, Förderung durch das Land, Ausbau der baden-württembergischen virtuellen Hochschule nach dem bayerischen Vorbild

Antr
s. *Virtuelle Hochschule*
Drs 15/6967

Verbesserte Notfallversorgung für den Landkreis Schwäbisch Hall durch neuen Luftrettungsstandort im bayerischen Dinkelsbühl-Sinnbronn

Sachstand zur Verbesserung der Luftrettung im Landkreis Schwäbisch Hall durch Indienststellung einer Luftrettungsstation im bayerischen Dinkelsbühl-Sinnbronn und ausgebliebene finanzielle Beteiligung des Landes BW

MdlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/7399

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Umsetzung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

in Landesrecht, insbes Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der Rohrfernleitungsverordnung von den bisher zuständigen Ländern auf die ZLS, Berücksichtigung von Änderungen aufgrund der Neuordnung des Produktsicherheitsrechts sowie aus einem geänderten Zuschnitt der bayerischen Ressorts

GesEntw
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/7753

Verweisung auf die niedrigen Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide in Bayern ohne Beschädigung der repräsentativen Demokratie

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 267 270 273

Verweisung auf die niedrigeren Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide in Bayern ohne Beschädigung der repräsentativen Demokratie

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 307

Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der beiden LKreise mit dem Nationalpark Bayerischer Wald, Erinnerung an den Borkenkäferbefall

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 560-565 568 569

Verweisung auf die Entschuldung Bayerns zulasten seiner Kommunen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 733

Verweisung auf die niedrigeren Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide in Bayern ohne Beschädigung der repräsentativen Demokratie

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1063

Bewertung der Polizeireform in Bayern; Kooperation mit Bayern beim Rettungsdienst

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1262 1265 1273 1275

Beamtenabordnung

s. *Abordnung*

Beamtenanwärter

Sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beseitigen

Arbeitslosigkeit o.g. Lehrkräfte nach Beendigung des Referendariats bis zum Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs; Schließung dieser Lücke durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes

Antr
s. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*
Drs 15/25

Personalsituation im Polizeivollzugsdienst

Entwicklung der Zahl von Beamten im Polizeivollzugsdienst, von Anwärtern, Regelarbeitszeitstunden und Beförderungen seit 2006; Darstellung der Stellenhebungen und Beförderungsmöglichkeiten bis 2016 sowie der Umsetzung der angekündigten 1.000 zusätzlichen Stellen; Fortführung des von der Vorgängerregierung beschlossenen Einstellungskorridors; Nutzung der hohen Bewerberzahlen nach dem doppelten Abiturjahrgang für zusätzliche Einstellungen

Antr

s. *Polizei*
Drs 15/146

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013

Umfang der freiwerdenden Stellen durch den Wegfall der doppelten Kursstufe und durch Pensionierung, Bezifferung des zusätzlichen Stellenbedarfs durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung, Rückgabe der freiwillig geleisteten Mehrarbeitsstunden, Zahl der zur Übernahme in den Schuldienst in den kommenden Jahren anstehenden Junglehrer und der geplanten Neueinstellungen, Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/1094

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 - Version 2.0

Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/1182

Polizeireform: Standortkonzeption für die künftigen Ausbildungseinrichtungen der Polizei

Zahl und Standortverteilung der in Ausbildung befindlichen Anwärter für den gehobenen und mittleren Dienst, Gewichtung der Zuordnung auf heimatnahe Ausbildungsstandorte der Bereitschaftspolizei; Begründung der Reduzierung auf nur noch zwei Standorte im südlichen Teil des Landes; Forderung auch von Standorten in der Nähe der Landeshauptstadt und der nordbairischen Ballungsräume

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2256

Lehrerausbildung in BW

Auswahlverfahren im Lehramtsstudium; Bewertung einer Umstellung der Abschlüsse im Lehramtsstudium von Staatsexamen auf Bachelor/Master of Education; zukünftige Rolle von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen bei der Neuordnung der Lehrerausbildung für die verschiedenen Schularten, insbes Erfahrungen anderer Bundesländer, Zusammenlegung oder Schließung von Einrichtungen; Regelung und wissenschaftliche Begleitung der zweiten Phase der Lehrerausbildung; Projektplan, Zielvorgaben und Arbeitsinhalte der Expertenkommission zur

Weiterentwicklung der Lehrerbildung, insbes. Überlegungen zur Einführung eines Stufenlehramts, Verbesserungen bei den Praxiserfahrungen und der Gymnasiallehrausbildung, Anforderungen an die berufliche Weiterbildung

GrAnfr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/2690

Endlich sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beenden

Erneuerung der Forderung nach Schließung der Lücke zwischen Beendigung des Referendariats und dem Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes; Vorschlag einer Verlängerung des Vorbereitungsdienstes ab dem Jahrgang 2013/2014; Aufforderung zu einer unverzüglichen Abkehr von der Entlassung angehender Lehrer in die Arbeitslosigkeit

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5433

Einstellung von 1.200 Polizeianwärtern im Jahr 2012

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412-414 416 419 420

Schaffung zusätzlicher Stellen für Polizeianwärter; Übernahme der ausgebildeten Polizisten als Polizeikommissare

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Schaffung zusätzlicher Stellen für Polizeianwärter

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1119 1121

Einstellung von 1.200 Polizeianwärtern im Jahr 2012

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1222 1224 1225 1228-1230

Einstellungschancen der Lehramtsanwärter für das Schuljahr 2012/2013; Schaffung zusätzlicher Stellen für Polizeianwärter

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972-1975 1978 1982 2043

Beamtenbeförderung

s. *Beförderung (Laufbahnrecht)*

Beamtenbeurteilung

s. *Dienstliche Beurteilung*

Beamtenernennung

s. *Ernennung zum Beamten*

Beamtengesetz

s. *Beamtenrecht*

Beamtenlaufbahn

s. *Laufbahn*

Beamtenpension

s. *Beamtenversorgung*

Beamtenrecht

s.a. *Besoldung*

s.a. *Dienstunfähigkeit*

s.a. *Disziplinarrecht*

Zweifelhafte Stellenbesetzungen im KM

Darlegung der öffentlichen Ausschreibung, der Beteiligung der Personalvertretung und beamtenrechtlichen Kriterien der Bewerberauswahl für die Stellenneubesetzungen

Antr
s. *Stellenplan*
Drs 15/306

Freistellungsjahr im Dienstrecht

Stand der Zulassung o.g. Freistellung nach dem Landesbeamten-gesetz durch die obersten Dienstbehörden, Zahl der Inanspruchnahmen durch Beamte in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Freistellung von der Arbeit*
Drs 15/605

Personalmaßnahmen der Landesregierung in der Ministerialverwaltung

Darlegung der o.g. Stellenneubesetzung, Anteil und Gründe der Besetzung mit Beamten, der Besetzung ohne Stellenausschreibung und Beteiligung der Personalräte, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragten, der Abweichung von beamtenrechtlichen Voraussetzungen u.a. rechtlichen Vorgaben; Sicherstellung einer Bewerberauswahl nach den dafür maßgeblichen Bestimmungen

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/628

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Umsetzung der mit den Kommunen vereinbarten Finanzverteilung, Erhöhung der Leistungen für die Kleinkindbetreuung entsprechend dem Pakt mit den kommunalen Landesverbänden für Familien mit Kindern; Anhebung des Kostenbeitrags für den Anspruch auf Beihilfe für Wahlleistungen beim stationären Krankenhausaufenthalt; Anhebung der Zuschüsse an Ersatzschulen; Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Landesbeamten-gesetzes, der Beihilfeverordnung und des Privatschulgesetzes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2012*
Drs 15/1001

Beachtung der Grundsätze des Berufsbeamtentums im Ministerium für Integration

Darlegung der o.g. Einstellungen im Beförderungsamts; Frage nach einer Ausschreibung der Stellen und Bewerberauswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung und Einhaltung der beamtenrechtlichen Bestimmungen

Antr
s. *Beamter*
Drs 15/1084

Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung

und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/1649

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/1719

Klärende Fragen II: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/1830

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
Drs 15/2561

Altersabhängige Staffelung des Urlaubsanspruches für Beamtinnen und Beamte; § 21 Abs 1 Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO)

Umsetzung des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur vom Lebensalter abhängigen Differenzierung der Urlaubsdauer vom 20. März 2012 für die Landesbeamten durch Änderung des § 21 Abs 1 Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO); rückwirkende Gewährung des zusätzlichen Erholungsurlaubs für Landesbeamte

MdlAnfr
s. *Urlaub*
Drs 15/3456

Nebentätigkeiten von Beamtinnen und Beamten des Landes BW
Rechtliche Bestimmungen für entgeltliche Nebentätigkeiten von Beamten des Landes BW, insbes Regelungen für das Verhält-

nis zur eigentlichen Dienstzeit und Vergütungshöchstgrenzen; eingenommener Höchstbetrag eines Landesbediensteten im Jahr 2012 und Verhältnis zur Höhe des Beamtengehalts; Anzahl der Beamten mit Nebentätigkeiten; Anpassung der Begrenzung für Nebeneinkünfte in der Landesnebtätigkeitsverordnung

KlAnfr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 15/3603

Mäßigungsgebot des § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz

Bedeutung des Mäßigungsgebots nach § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz für Beamte als Funktions- und Werbeträger einer politischen Partei, insbes Abbildung in Dienstuniform in einer Parteipublikation

MdlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/3608

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentscheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr
s. *Schule*
Drs 15/3740

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw
s. *Dienstrecht*
Drs 15/4054

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Erwerb der Laufbahnbefähigung aufgrund des Vorliegens besonderer Gründe

Erwerb der Laufbahnbefähigung nach § 16 Abs 3 des Landesbeamtengesetzes in den obersten Dienstbehörden seit Be-

ginn des Jahres 2011; Anzahl der jährlichen Verbeamtungen in den einzelnen Dienstbehörden; Anwendung der in § 16 Abs 3 geforderten Kriterien wie das Vorliegen bestimmter Bildungsvoraussetzungen sowie besonderer dienstlicher Gründe; Häufigkeit der Feststellung einer Laufbahnbefähigung für Nicht-Laufbahnbewerber durch den Landespersonalausschuss in den Jahren 2008 bis 2010; oberste Dienstbehörden der verbeamteten Personen

KlAnfr
s. *Laufbahn*
Drs 15/4658

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)
Änderung der §§ 15, 16 und 22 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Umsetzung des BAG-Urteils zur Regelung der Urlaubsdauer auf die Landesbeamten

Übertragbarkeit des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur vom Lebensalter abhängigen Differenzierung der Urlaubsdauer vom 20. März 2012 auf die Landesbeamten; Schwierigkeiten und Zeitplan der Umsetzung der rechtsverbindlichen Angleichung des Jahresurlaubs der Landesbeamten

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/4871

Rechtmäßigkeit der verzögerten Gehaltsanpassung für die Beamtinnen und Beamten des Landes BW vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2014 (Az.: 2 C 1.13)

Anerkennung des Zusammenhangs zwischen einem Streikverbot für Beamte und der Koppelung der Beamtenbesoldung an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst; Nachholung der Gehaltsanpassung für Beamte

MdlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/4915

Entwurf einer VO über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO)

Übernahme der bisherigen Regelstundenmaße der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, Unterrichtsverpflichtung der Schulleiter, Regelung zur Alters- und Schwerbehindertenermäßigung und den drei unterrichtsfreien Tagen; Neufassung der Altersermäßigung; Neuregelung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen

Mittlg LReg
s. *Lehrer*
Drs 15/5183

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5733

Einführung der flexiblen Altersgrenze im öffentlichen Dienst in BW

Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit bis zum 70. Lebensjahr; Anpassung des Landesbeamtengesetzes; Verkündung einer Vorgriffsregelung im Jahr 2014

KlAnfr
s. *Altersgrenze*
Drs 15/5754

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 13 und 45 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung vom 1. April 2014

GesEntw
s. *Ernennung zum Beamten*
Drs 15/5837

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften

Änderung in Buchstabe C des Anhangs des Landesbeamtengesetzes in der Fassung vom 23. Juli 2013

GesEntw
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/6654

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/6893

Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Anpassung des Besoldungs- und Versorgungsrechts an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sowie den Änderungsbedarf auf anderen Gebieten; Überleitungsregelung im Zusammenhang mit der neuen Laufbahn des gehobenen informationstechnischen Dienstes sowie in Folge der Laufbahnverordnung UM; Nachzahlungen für Kläger, Widerspruchsführer und Antragsteller; Übergangsregelung für begrenzt Dienstfähige

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/6961

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Ermöglichung der freiwilligen Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres; Rückführung der besonderen Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für die Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte durch die wirkungsgleiche Übertragung entsprechender Regelungen für Tarifbeschäftigte; weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts bei Regelungen zu den Bildungsvoraussetzungen für den mittleren Dienst sowie durch Anrechnung von Zeiten in Freiwilligendiensten auf die Probezeit

GesEntw LReg 13.10.2015 Drs 15/7552 (92 S.)
1. Beratung PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8438-8443
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.11.2015 Drs 15/7660
(dazu ÄAntr FDP/DVP Nr. 1 und ÄAntr CDU Nr. 2)
ÄAntr CDU 24.11.2015 Drs 15/7756-1 S. 1-2
ÄAntr FDP/DVP 24.11.2015 Drs 15/7756-2 S. 3-4
2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8551-8558
GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7782
GBI 2015 Nr. 22 S. 1035-1040 (Ges vom 01.12.2015)

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW
Änderung der §§ 16 und 85 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung vom 12. Mai 2015

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
Änderung der §§ 36 und 55 sowie in Abschnitt C des Anhangs des Landesbeamtengesetzes in der Fassung vom 12. Mai 2015

GesEntw
s. *Abschiebungshaft*
Drs 15/7614

Beamtenrechtszuständigkeitsverordnung

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften
Änderung von § 1 der BeamtenrechtszuständigkeitsVO in der Fassung vom 1. April 2014

GesEntw
s. *Ernennung zum Beamten*
Drs 15/5837

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften
Änderung von § 1 der Beamtenrechtszuständigkeitsverordnung in der Fassung vom 25. November 2014

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Beamtenstatusgesetz

Mäßigungsgebot des § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz
Bedeutung des Mäßigungsgebots nach § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz für Beamte als Funktions- und Werbeträger einer politischen Partei, insbes Abbildung in Dienstuniform in einer Parteipublikation

MdlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/3608

Beamtenversetzung

s. *Versetzung von Beamten*

Beamtenversorgung

s.a. *Kommunaler Versorgungsverband*
s.a. *Landesamt für Besoldung und Versorgung*

s.a. *Versorgungsempfänger*

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über einen Versorgungsfonds des Landes BW

Erhöhung des monatlichen Zuführungsbetrags von 500 auf 1.200 Euro; regelmäßige Dynamisierung dieses Betrags im Ausmaß der linearen Erhöhung der Beamtenegehälter

GesEntw FDP/DVP 05.07.2011 Drs 15/206
1. Beratung PIPr 15/10 21.07.2011 S. 402-408
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/541
2. Beratung PIPr 15/14 12.10.2011 S. 580-585 (Ablehnung)

Vergleich Rente und Ruhegehalt

Zu beachtende Faktoren bei einem Vergleich der beiden Alterssicherungssysteme, Höhe der Nettorente in vergleichbaren Fällen im direkten Vergleich zur Beamtenpension

Antr
s. *Alterssicherung*
Drs 15/332

Alterssicherungssysteme im Vergleich

Vergleich der Alterssicherung von Pensionären mit der ehemaliger Angestellter des Landes in Ergänzung der Stellungnahme auf Drs 15/332 unter Zugrundelegung derselben Fallgestaltungen, Verfahren und Berechnungsweisen; Zahl von Beschäftigten und Bereiche in der Privatwirtschaft mit und ohne zusätzliche betriebliche Alterssicherung; Frage nach einer wirkungsgleichen Übertragung der Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung auf das Versorgungsrecht seit 2000

Antr
s. *Alterssicherung*
Drs 15/526

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in BW (BVAnpGBW 2012)

Ausgestaltung der Einmalzahlung 2011 und der Anpassung 2012 für die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld, Hinausschiebung der Anpassung; Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, des Landesbeamtensversorgungsgesetzes und der Erschwerniszulagenverordnung

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/1002

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Weißbuch Pensionen und Renten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1456

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtensversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostenengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvor-

schriften

GesEntw

s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*

Drs 15/1719

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHOchschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw

s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*

Drs 15/2561

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 9. März 2013 für die Jahre 2013 und 2014 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw

s. *Besoldung*

Drs 15/3572

Position des Ministerpräsidenten zu den Beamtinnen und Beamten des Landes BW

Position und Planungen des Ministerpräsidenten zur Besoldung und Versorgung der Beamten des Landes BW

MdlAnfr

s. *Besoldung*

Drs 15/3731

Das Berufsbild des Lehrers bleibt in BW attraktiv

Besoldung verbeamteter Lehrkräfte in BW im Vergleich zu Beschäftigten einer vergleichbaren Tarifstufe und zu Lehrern in anderen Bundesländern; Pensionsniveau verbeamteter Lehrer im Vergleich zu Tarifbeschäftigten; Wechsel verbeamteter Lehrkräfte in das Angestelltenverhältnis; Vorzüge des Beamtenverhältnisses gegenüber einer Anstellung in der freien Wirtschaft; Übernahme der Lehrkräfte nach Ausbildungsabschluss in den Schuldienst

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/3782

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw

s. *Dienstrecht*

Drs 15/4054

Privatschulfinanzierung im LKreis Esslingen

Statistische Angaben zu den Privatschulen im LKreis Esslingen; Gründe für die steigenden Schülerzahlen an den Schulen in privater Trägerschaft; Anteil der vom Land beurlaubten verbeamteten Lehrer an Privatschulen; Entrichtung einer Versorgungsabgabe für die Lehrkräfte vonseiten der Privatschulen; Brutto-Kostendeckungsgrad der privaten Schulen; Höhe der ab August 2014 im Haushaltsplan vorgesehenen Landeszuschüsse

KlAnfr

s. *Privatschule*

Drs 15/4900

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 5 - Teilung von Versorgungslasten bei Dienstherrnwechsel

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5405

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5905

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 03.12.2015 Drs 15/7829

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7971

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr

s. *Besoldungsrecht*

Drs 15/5733

Beratende Äußerung „Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds“

Mittlg RH 02.04.2015 Drs 15/6699 (57 S.)

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7509

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7216 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD Anlage 2)

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Mittlg LReg 27.10.2016 Drs 16/898

Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 - 2 BvL 17/09 u.a. - in Sachen R-Besoldung

Sachstand zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 zur sogenannten R-Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Entwicklung der R-Besoldung, Vergleich mit Tariflohnentwicklung, Entwicklung von Beihilfe und Versorgung; Entwicklung der durchschnittlichen Abschlussnoten des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens in den Prüfungen sowie bei neu eingestellten Assessoren

Antr

s. *Besoldung*

Drs 15/6882

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2015/2016 (BVAnpGBW 2015/2016)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 28. März 2015 für die Jahre 2015 und 2016 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hin-

terbliebenengeld

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/6960

Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 20, 27, 66, 77, 96, 102, 113 und 114 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW in der Fassung vom 12. November 2013

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/6961

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel - Herausforderungen an die Landespolitik“

Bericht zur künftigen Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger, der Versorgungsausgaben sowie zu sonstigen wichtigen, hiermit im Zusammenhang stehenden Informationen; Darstellung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Verminderung der Versorgungsausgaben

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Demografischer Wandel“*
Drs 15/7036

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 23 und 27 des Landesbeamtengesetzes BW in der Fassung vom 21. Juli 2015

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Baden-Württemberg

Erleichterung der kurzfristigen Gewinnung von Pensionären für akuten Mehrbedarf an qualifiziertem Personal in der öffentlichen Verwaltung durch Öffnung der Hinzuverdienstgrenze bei Verwendungseinkommen in bestimmten Ausnahmefällen

GesEntw LReg 08.12.2015 Drs 15/7846
1. Beratung PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8834-8838
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7976 (dazu ÄAntr FDP/DVP Nr. 1 und ÄAntr CDU Nr. 2)
ÄAntr CDU 15.02.2016 Drs 15/8057-1 S. 1-3
ÄAntr FDP/DVP 15.02.2016 Drs 15/8057-2 S. 4
2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8956-8963
GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8067
GBI 2016 Nr. 4 S. 125 (Ges vom 23.02.2016)

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung von § 21 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung vom 1. Dezember 2015

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/7957

Betrachtung der Verschuldung unter Zuziehung der künftigen Versorgungslasten

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 26

Abmilderung der hohen Pensionsverpflichtungen mit dem Versorgungsfonds, Beklagung von zu niedrigen Zuführungen und daraus folgenden Deckungslücken

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 50

Beklagung mangelnder Zuführungen an den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage, Anstieg der Zahl von Versorgungsempfängern bis 2030

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121-124 127-130 132 134 135 137 139 141-144

Höhe der ungedeckten Pensionsverpflichtungen, Kritik an zu niedrigen Zuführungen an den Versorgungsfonds

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374 375 381 385 402-407

Zunahme der Pensionsverpflichtungen infolge der Stellenvermehrung der neuen LReg, Kritik an zu niedrigen Zuführungen an den Versorgungsfonds; Ablehnung von Einsparungen bei der Versorgung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886 887 889 893

Erinnerung an die Einrichtung eines weiteren Versorgungsfonds mit dem Nachtragshaushalt 2007/2008, Verweisung auf die Auflösung des Pensionsfonds in Rheinland-Pfalz, Anteil der Pensionsausgaben an den Personalausgaben

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1102 1125 1130 1131 1135

Entwicklung der Pensionsausgaben bis 2020

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2110 2112 2114 2119 2120

Beamtenversorgungsgesetz

s. *Beamtenversorgung*

Beamter

s.a. *Amtsbezeichnung*

s.a. *Beamtenanwärter*

s.a. *Beamtenrecht*

s.a. *Beamtenversorgung*

s.a. *Besoldung*

s.a. *Bürgermeister*

s.a. *Dienstunfähigkeit*

s.a. *Ernennung zum Beamten*

s.a. *Finanzbeamter*

s.a. *Landrat*

s.a. *Ministerialdirektor*

s.a. *Versetzung von Beamten*

s.a. *Versorgungsempfänger*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 5: Einstellung und Versetzung von Beamten nach Vollendung des 40. Lebensjahres

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/234

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Wege zur Gleichstellung zwischen verheirateten und in eingetragener Partnerschaft lebenden Beamtinnen und Beamten - Neuregelung des Familienzuschlags und anderer familienbezogener Regelungen

Vorschlag zum Verzicht auf einen ehebezogenen Teil des Familienzuschlags, Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel zur Erhöhung des kinderbezogenen Teils des Familienzuschlags, Prüfung einer entsprechend kinderbezogenen Umgestaltung von

weiteren Fällen familienbezogener Regelungen im Dienstrecht

Antr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/346

Schreiben des JM vom 04.08.2011 - Wahl der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats beim Verwaltungsgerichtshof BW in gerichtlichen Disziplinarverfahren nach dem Bundesdisziplinar-gesetz (§ 47 Abs 3 BDG i.V.m. § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG)

s 1 Satz 2 AGBDG
s. *Verwaltungsgericht*
PIPr 15/12 S. 453

Freistellungsjahr im Dienstrecht

Stand der Zulassung o.g. Freistellung nach dem Landesbeamten-gesetz durch die obersten Dienstbehörden, Zahl der Inanspruch-nahmen durch Beamte in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Freistellung von der Arbeit*
Drs 15/605

Personalmaßnahmen der Landesregierung in der Ministerialver-waltung

Darlegung der o.g. Stellenneubesetzung, Anteil und Gründe der Besetzung mit Beamten, der Besetzung ohne Stellenausschrei-bung und Beteiligung der Personalräte, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragten, der Abweichung von beamten-rechtlichen Voraussetzungen u.a. rechtlichen Vorgaben; Sicher-stellung einer Bewerberauswahl nach den dafür maßgeblichen Bestimmungen

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/628

Sonderopfer für Landesbeamte bei Rekorderneinnahmen des Lan-des

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 885-898

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in BW (BVAmpGBW 2012)

Ausgestaltung der Einmalzahlung 2011 und der Anpassung 2012 für die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld, Hinausschiebung der Anpassung; Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, des Lan-desbeamtenversorgungsgesetzes und der Erschwerniszulagen-verordnung

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/1002

Beachtung der Grundsätze des Berufsbeamtentums im Ministe-rium für Integration

Darlegung der o.g. Einstellungen im Beförderungsam; Frage nach einer Ausschreibung der Stellen und Bewerberauswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung und Einhaltung der beamtenrechtlichen Bestimmungen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU und Andreas Glück FDP/DVP 23.12.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/1084 BeschIEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 56
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Haushalt 2012; Epl 12

Verzicht auf die vorgesehenen Einsparungen zulasten der Beam-ten, Einführung eines differenzierten Lebensarbeitszeitkontos

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1112 4 S. 24-28
ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1116 12/5 S. 38-40
ÄAntr FDP/DVP 17.01.2012 Drs 15/1116 StHG/2 S. 42 43
ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1216-1 S. 2 3
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Personalfuktuation im Integrationsministerium

Zahl der ins Integrationsministerium wechselnden und neu be-setzten Stellen sowie der zwischenzeitlich wieder aus dem Res-sort ausgeschiedenen Stelleninhaber, Gründe für die Personalf-luktuation

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/1150

Landesbeamte im Kreuzfeuer der Regierungskoalition

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1539-1548

Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beam-tinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schullei-tern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/1649

Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Regelung der Urlaubsdauer in Tarifverträgen

Anhebung des Urlaubsanspruchs auf 30 Urlaubstage pro Jahr für die Angestellten und Beamten des Landes als Konsequenz aus dem o.g. Urteil

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/1657

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezo-gene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbe-amtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagege-setzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeam-tengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugs-kostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvor-schriften

GesEntw
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/1719

Klärende Fragen II: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/1830

Klärende Fragen III: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach weiteren Gesprächsangeboten der Kultusverwaltung über diesen Fall hinaus gegenüber Beamten wegen Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit der Bildungspolitik

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/2222

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, Privat-schulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
Drs 15/2561

Übertrag des Tarifabschlusses auf Beamte

Übertragung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst auf die Beamten; Anpassung der Besoldung seit 1990 mit der Angabe, ob die Anpassung jeweils zum selben Stichtag wie die Tarifierhöhung für Angestellte erfolgte

KlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/3512

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 9. März 2013 für die Jahre 2013 und 2014 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/3572

Mäßigungsgebot des § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz

Bedeutung des Mäßigungsgebots nach § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz für Beamte als Funktions- und Werbeträger einer politischen Partei, insbes Abbildung in Dienstuniform in einer Par-

teipublikation

MdlAnfr 5) Thomas Blenke CDU 14.06.2013 Drs 15/3608
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4347-4349

Das Berufsbild des Lehrers bleibt in BW attraktiv

Besoldung verbeamteter Lehrkräfte in BW im Vergleich zu Beschäftigten einer vergleichbaren Tarifstufe und zu Lehrern in anderen Bundesländern; Pensionsniveau verbeamteter Lehrer im Vergleich zu Tarifbeschäftigten; Wechsel verbeamteter Lehrkräfte in das Angestelltenverhältnis; Vorzüge des Beamtenverhältnisses gegenüber einer Anstellung in der freien Wirtschaft; Übernahme der Lehrkräfte nach Ausbildungsabschluss in den Schuldienst

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/3782

Unterstützung bei Musterklagen von Beamten

Unterstützung der LReg für Musterklagen von Beamten gegen die Besoldungsregelung in Anlehnung an das Verhalten der nordrhein-westfälischen LReg

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 17.07.2013 und Antw MFW Drs 15/3833

Landesbeamte des höheren Diensts in Landratsämtern

Zahl der seit 2004 bei den Landratsämtern beschäftigten Landesbeamten des höheren Diensts; Zuordnung der Beamten zu den Ministerien

KlAnfr
s. *Kreisverwaltung*
Drs 15/3841

Übertragung von Aufgaben an die Kommunen

Planung der Aufgaben- und Personalübertragung vom Land auf die Kommunen, insbes zur Kommunalisierung vorgesehene Aufgaben, angestrebte Einsparungen und Effizienzrendite, Kommunalisierung der Landratsämter und der dort beschäftigten Beamten des höheren Dienstes

Antr
s. *Kommunalisierung*
Drs 15/3884

Umsetzung des BAG-Urteils zur Regelung der Urlaubsdauer auf die Landesbeamten

Übertragbarkeit des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur vom Lebensalter abhängigen Differenzierung der Urlaubsdauer vom 20. März 2012 auf die Landesbeamten; Schwierigkeiten und Zeitplan der Umsetzung der rechtsverbindlichen Angleichung des Jahresurlaubs der Landesbeamten

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/4871

Rechtmäßigkeit der verzögerten Gehaltsanpassung für die Beamtinnen und Beamten des Landes BW vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2014 (Az.: 2 C 1.13)

Anerkennung des Zusammenhangs zwischen einem Streikverbot für Beamte und der Koppelung der Beamtenbesoldung an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst; Nachholung der Gehaltsanpassung für Beamte

MdlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/4915

Situation der sogenannten „Erfüller“

Zahl der fachlich die Voraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst erfüllenden, dauerhaft als Angestellte tätigen Lehrkräfte; deren Entlohnung im Vergleich mit verbeamteten Lehrern; Gründe für die Nichtverbeamtung; Argumente für eine Aufrechterhaltung der Nichtverbeamtung aus Altersgründen; Berücksichtigung außerhalb des öffentlichen Dienst gesammelter Berufserfahrung bei der Eingruppierung; Aufhebung der finanziellen Benachteiligung der „Erfüller“

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5613

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5733

Sogenannte „Erfüller“ im baden-württembergischen Schulsystem

Situation der nicht in ein Beamtenverhältnis übernommenen angestellten Lehrer mit fachlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung, insbes Abbau von Benachteiligungen gegenüber verbeamteten Kollegen bei Entlohnung und Arbeitspensum, Erzielung konkreter Verbesserungen im Zuge der anstehenden Tarifverhandlungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/6076

Vorzeitige Zurrücksetzung des Ministerialdirigenten F.

Angaben zur Datierung folgender Ereignisse: Beantragung des (Rest-)Urlaubs für das Jahr 2014 durch den Abteilungsleiter des Justizministeriums, Unterrichtung des Abteilungsleiters über seine Versetzung in den Ruhestand, Gesprächsaustausch des Abteilungsleiters mit dem Justizminister über Einzelhaft und Justizaufsicht

KlAnfr
s. *Versetzung in den Ruhestand*
Drs 15/6201

Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 - 2 BvL 17/09 u.a. - in Sachen R-Besoldung

Sachstand zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 zur sogenannten R-Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Entwicklung der R-Besoldung, Vergleich mit Tariflohnentwicklung, Entwicklung von Beihilfe und Versorgung; Entwicklung der durchschnittlichen Abschlussnoten des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens in den Prüfungen sowie bei neu eingestellten Assessoren

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/6882

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2015/2016 (BVAnpGBW 2015/2016)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 28. März 2015 für die Jahre 2015 und 2016 auf die Beamten, Rich-

ter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/6960

Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Anpassung des Besoldungs- und Versorgungsrechts an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sowie den Änderungsbedarf auf anderen Gebieten; Überleitungsregelung im Zusammenhang mit der neuen Laufbahn des gehobenen informationstechnischen Dienstes sowie in Folge der Laufbahnverordnung UM; Nachzahlungen für Kläger, Widerspruchsführer und Antragsteller; Übergangsregelung für begrenzt Dienstfähige

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/6961

Amtsleiterbesoldung in baden-württembergischen Großstädten in Theorie und Praxis

Sachstand zu Eingruppierung und Besetzung von Amtsleiterstellen in den baden-württembergischen Großstädten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.06.2015 und
Antw IM Drs 15/7047 (34 S.)

Umsetzung der Notariatsreform in BW - weitere Fragen

Sozialverträglichkeit der Reform; Anzahl der von der Reform betroffenen Notare, die zum Stichtag 1. Januar 2018 das 60. Lebensjahr vollendet haben werden; Option der Versetzung von Notaren in den einstweiligen Ruhestand; Unterschied bei den Beförderungsmöglichkeiten für Amtsnotare des badischen Landesteils; berufliche Einsatzmöglichkeiten der im Landesdienst verbleibenden badischen Amtsnotare, insbes der Einsatz an Gerichten

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 15/7767

Perspektiven der bei der Kriminalpolizei bzw bei der Schutzpolizei als Sachbearbeiter tätigen Beamten

Aufstieg von Beamten ohne Führungsfunktion in die Besoldungsgruppe A 13; Anteil der Personen mit Führungsfunktionen bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei; Aufstiegschancen von Sachbearbeitern; Zahl der in den letzten vier Jahren bei der Polizei vorgenommenen Beförderungen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7915

Ersetzung des Vorgriffsstundenmodells für Landesbeamte durch ein freiwilliges Lebensarbeitszeitkonto; Auswirkungen der längeren Lebenserwartung der Beamten auf die Pensionsverpflichtungen des Landes

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 127 130 139 144

Konkretisierung der geplanten Einsparungen bei den Beamten, Erhöhung des Zuführungsbetrags an den Versorgungsfonds pro neu eingestelltem Beamten; Erinnerung an den misslungenen Versuch zur Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 580-585

Kritik am Verzicht der neuen LReg auf die Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos für die Beamten, Vorwurf von Einsparungen ausschließlich zulasten der Beamten

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1103 1107 1108 1119 1123-1125 1128 1137 1138

Verteidigung der Einsparungen bei den Beamten; Kritik an der Stellenvermehrung im höheren Dienst; Anmahnung der Einführung des Lebensarbeitszeitkontos

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1192 1199 1201 1202 1208 1211 1216 1226

Kritik an den Einsparungen ausschließlich zulasten der Beamten

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1434 1435 1439-1441 1444 1446 1449 1450 1452 1453

Bewertung der Einsparungen zulasten der Beamten sowie des Vorschlags zur Verlagerung der Landesfinanzbeamten auf den Bund

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1924 1925 1930

Beamter im Justizvollzugsdienst

s. Justizvollzugsbeamter

Beamter im Ruhestand

s. Versorgungsempfänger

BeamtStG

s. Beamtenstatusgesetz

BeamtZuVO

s. Beamtenrechtszuständigkeitsverordnung

Bearbeitungsfrist

s. Frist

Beauftragte für Chancengleichheit

s. Gleichstellungsbeauftragte

Beauftragter für Behinderte

s. Behindertenbeauftragter

Beauftragter für den Datenschutz

s. Datenschutzbeauftragter

Beauftragter für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen

s. Vertriebenenbeauftragter

Beauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler

s. Vertriebenenbeauftragter

Bebauungsplan

s. Bauleitplanung

Bebenhausen, Ortsteil

s. Tübingen

Bedarfszuweisung

Hilfersuchen von hochwassergeschädigten Kommunen im Enzkreis

Beantragung und Bewilligung von Hilfsgeldern des Landes für die Städte und Gemeinden im Enzkreis, insbes für die Gemeinde Ötisheim

KlAnfr

s. Hochwasserschaden

Drs 15/3779

Bediensteter

s.a. Beamter

s.a. Beihilfe für Bedienstete

s.a. Forstberuf

s.a. Gehobener Dienst

s.a. Nebentätigkeit

Struktur der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Personelle Ausstattung, Aufgaben und Dotierung der Stellen der o.g. Organisationseinheit; externe Betätigung von Mitarbeitern in einem privaten Verkehrsplanungsbüro oder als Gesellschafter in Unternehmen? Frage nach einer Genehmigung als Nebentätigkeit und möglichen Interessenkonflikten in Fällen der Vergabe von Aufträgen an private Planungsbüros

Antr

s. Zentralstelle

Drs 15/192

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr

s. Befristetes Arbeitsverhältnis

Drs 15/407

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg MFW 29.11.2011 Drs 15/952

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 II. S. 3

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1184-1219

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 II. S. 3

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1219-1234

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 III. S. 9

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 II. S. 3

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108

II. S. 4
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109
 II. S. 7
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110
 II. S. 2
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1330-1348
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113
 II. S. 2
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1348-1370
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114
 II. S. 10
 PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422
 Mittlg MFW 13.11.2014 Drs 15/5964
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6002 II. S. 4
 PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6813-6843
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6003 II. S. 18
 PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6844-6860
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014 Drs 15/6004
 II. S. 9
 PIPr 15/116 12.12.2014 S. 6983-7009
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6005
 II. S. 4
 PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6901-6914
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.11.2014 Drs 15/6006
 II. S. 4
 PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7044-7063
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6008 II. S. 5
 PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6914-6930
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6009 II. S. 10)
 PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6930-6944
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014 Drs 15/6010
 II. S. 4
 PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6944-6958
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6011
 II. S. 1
 PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6872-6875
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.11.2014 Drs 15/6013
 II. S. 7
 PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6958-6975
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.11.2014 Drs 15/6014
 II. S. 11
 PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7009-7033

Unterstützung des Personalwesens der Bundeswehr durch die LReg

Unterstützung der Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren oder Reservisten an Schulen bzw der Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung der Bundeswehr; Zahl der als Reservisten beorderten Landesbediensteten, Unterstützung der Ableistung von Wehrübungen

Antr
 s. *Bundeswehr*
 Drs 15/1076

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
 s. *Akademischer Mittelbau*
 Drs 15/1156

Angehörige der Polizei in Stäben und nicht-operativen Bereichen

Zahl und Aufgabenwahrnehmung der in Stäben und Leitungsfunktionen eingesetzten Personen bei den Landespolizeidirektionen, Polizeidirektionen und -präsidien u.a. Dienststellen; jeweilige Anteile von Angehörigen der Schutz- oder Kriminalpolizei, von Beamten des Nicht-Vollzugsdienstes und Tarifbeschäftigten; Zahlen und Altersjahrgänge der Bediensteten in den einzelnen Laufbahn- und Entgeltgruppen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr
 s. *Polizei*
 Drs 15/1250

Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst

Beurteilung o.g. Verträge nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, Erfahrungen anderer BLänder mit solchen Verträgen und der Einführung dezentraler Personalmanagementsysteme, Ermöglichung von mehr unbefristeten Stellen mit einem Personalpool, entsprechende Anpassung der Verwaltungsvorschriften des MFW zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr

Antr
 s. *Personalplanung*
 Drs 15/1327

Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei

Stellenwert und Auswahlkriterien des „Interessenbekundungsverfahrens“ bei der Stellenbesetzung, Maßnahmen zum Ausgleich persönlicher Härten bei angezeigten Versetzungen und Neuverwendungen; Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen auf den juristischen Bestand der Polizeireviere, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei; Auswirkungen der Reform für die Bediensteten bei den Polizeireviere und die Tarifbeschäftigten; Art und Zeitrahmen der Stellenbesetzung bei den neuen Polizeipräsidien

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/1408

Positionspapier der baden-württembergischen CDU zur Polizeireform

Bewertung der o.g. Positionierung und dabei abgeleiteten Annahmen, insbes zum Abzug von Beamten und Dienststellen aus dem ländlichen Raum, zum damit verbundenen Verlust von Bürgernähe und langen Anfahrtswegen der Bediensteten, zur erwarteten Effizienzrendite und den Kosten der Reform sowie zur mangelnden Beteiligung der Betroffenen

Antr
 s. *Polizeireform*

Drs 15/1452

Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Regelung der Urlaubsdauer in Tarifverträgen

Anhebung des Urlaubsanspruchs auf 30 Urlaubstage pro Jahr für die Angestellten und Beamten des Landes als Konsequenz aus dem o.g. Urteil

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/1657

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 27 - Sondervertraglich Beschäftigte bei den Staatstheatern (Kap 1479 und 1480)

Mittlg RH
s. *Arbeitsvertrag*
Drs 15/1927

Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch Beschäftigte des öffentlichen Diensts

Engagement der Angehörigen des öffentlichen Diensts bei der freiwilligen Feuerwehr; Förderung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit durch den Dienstherrn; Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr im Anforderungsprofil einer Stellenausschreibung und als Kriterium bei der Personalauswahl

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/4998

Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidien

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstattung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5031

Zusicherung einer verlässlichen Partnerschaft des Landes mit seinen Bediensteten, Entwicklung einer Personalplanung 2020

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 54

Umwandlung der befristeten Stellen von Mitarbeitern an der Dualen Hochschule in dauerhafte Arbeitsverhältnisse

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1990 1991 1993 1994 1997

Beerdigung

s. *Bestattung*

Beerenobst

s. *Obst*

Befangenheit

Befangenheit von Schulleitung und Lehrkraft als Mitglied im Gemeinderat bei Einrichtung, Aufgabe und Änderung von Schulen
Anwendbarkeit des § 18 der Gemeindeordnung von BW (Ausschluss wegen Befangenheit) auf Schulleiter und Lehrer bei Abstimmungen über Schulthemen im Gemeinderat

KlAnfr Klaus Herrmann CDU 20.06.2013 und Antw IM Drs 15/3658

Befangenheit im kommunalen Entscheidungsprozess des Landes BW

Sachstand zum Ausschluss gewählter ehrenamtlicher kommunaler Entscheidungsträger in baden-württembergischen Gemeinderäten wegen Befangenheit

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 31.03.2016 und Antw IM Drs 15/8108

Beflaggung öffentlicher Gebäude

Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden

Regelung der Beflaggung durch Verwaltungsvorschriften des Landes und des Bundes; Entscheidungsgrundsätze und Zuständigkeit für die Beflaggungsanordnung; Bekanntmachung der Beflaggung; Flaggen von kirchlichen oder karitativen Organisationen oder von Parteien auf öffentlichen Gebäuden; Frage des Rechtsanspruchs und der Genehmigung; Rechtsmittel gegen eine Beflaggung

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 26.07.2013 und Antw StM Drs 15/3877

Beflaggung auf dem Neuen Schloss und Neutralitätspflicht des Staates

Rechtslage und der Geltungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums BW zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 23. August 2011, insbes Beantragung und Anordnung der Beflaggung auf dem Neuen Schloss mit der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day, Praxis der Hissung inoffizieller Flaggen an Regierungsdienstsitzen in Deutschland und Europa; Möglichkeit der ereignisbezogenen Beflaggung durch Kirchen, Parteien und den Bund der Vertriebenen

Antr Winfried Mack u.a. CDU 01.08.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3898
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4379 (dazu EAntr Winfried Mack u.a. CDU) S. 8-10
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Beflaggungstage

s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*

Beförderung von Beamten, Richtern und Soldaten

s. *Beförderung (Laufbahnrecht)*

Beförderung (Laufbahnrecht)

Personalsituation im Polizeivollzugsdienst

Entwicklung der Zahl von Beamten im Polizeivollzugsdienst, von Anwärtern, Regelarbeitszeitstunden und Beförderungen seit 2006; Darstellung der Stellenhebungen und Beförderungsmöglichkeiten bis 2016 sowie der Umsetzung der angekündigten 1.000 zusätzlichen Stellen; Fortführung des von der Vorgängerregierung beschlossenen Einstellungskorridors; Nutzung der hohen Bewerberzahlen nach dem doppelten Abiturjahrgang für zusätzliche Einstellungen

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/146

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmehzahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Ge-

winnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Situation der Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte verbessern

Zahl und Besoldung der o.g. Lehrkräfte, verfügbare Beförderungsstellen und Stellenhebungen

KlAnfr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/2566

Situation der Fachlehrer und Technischen Lehrer

Schulartbezogene Deputatsangleichungen, Besoldung und Beförderungsmöglichkeiten für Technische Lehrkräfte

KlAnfr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/3029

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerausbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerausbildung zur Schaffung eines gemeinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/3322

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Jährliche Zusatzkosten und ihre Gegenfinanzierung; Anzahl der Stellenhebungen iRd Einführung einer zweigeteilten Laufbahn; künftige Verteilung der Stellen des Polizeivollzugsdienstes auf die verschiedenen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes; Zugang von Personen mit mittlerem Bildungsabschluss zum Polizeidienst; Anpassung der Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an der Hochschule für Polizei; Aufstiegschancen der Angehörigen des mittleren Dienstes; Wartezeiten für Angehörige des gehobenen Dienstes

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/3437

Organisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Umorganisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, insbes betroffene Referate und Abteilungen, flankierende Sach- und Personalkosten, Schaffung und Besetzung zusätzlicher Leitungsstellen, Beförderungschancen der Bestandsbeamten, Anteil und Erhöhung der Zahl weiblicher Führungskräfte

KlAnfr
s. *Ministerium*
Drs 15/3481

Polizeireform: Auswirkungen fehlender Dienstpostenbewertungen auf künftige Personalverfügungen

Bestand nicht bewerteter Stellen in der Landesverwaltung; Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011; seine Geltung für die Frage der Versetzung von Beamten; Dienstpostenbewertung als Voraussetzung für eine amtsangemessene Beschäftigung; Bewertung bislang nicht bewerteter Stellen im Zuge der Polizeireform; Einrichtung gebündelter Dienstposten; Auswirkungen der Stellenbewertung auf die Beförderungspraxis bei der Polizei

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3943

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturereform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3996

Entwicklung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen/Fachlehrer bzw Technische Lehrerinnen/Lehrer und Zukunft der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren

Entwicklung und Planung der Beförderungsstellen für Fachlehrer bzw Technische Lehrer, insbes Beförderungswartezeiten und Schaffung zusätzlicher Beförderungsstellen; Einbeziehung der Pädagogischen Fachseminare in die angestrebte Weiterentwicklung der Lehrerbildung

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4010

Grün-rote Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Stellenneuschaffungen, Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung, insbes ab Besoldungsgruppe A 15; vorgenommene Sprungbeförderungen; nicht vollzogene Regelbeförderungen aufgrund von Neueinstellungen; Nicht-Besetzung freier bzw freiwerdender Lehrerstellen

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4656

Beförderungssituation bei der Polizei

Beförderungssituation bei der Polizei vor und nach der Polizeireform; Auswirkungen der Polizeireform auf die Beförderungsmöglichkeiten der zur Beförderung anstehenden Polizeibeamten; Gründe der nicht ausgeschöpften Beförderungsmöglichkeiten und Einsparvolumen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5155

Stabsstelle im Kultusministerium und Stellenbesetzungen der LReg

Besoldung des Leiters der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“; rechtliche Grundlage der Eingruppierung; Stellenbe-

setzungsverfahren; Dienstwagennutzung; Stellenbesetzungen in den Besoldungsgruppen B 3 und höher in den einzelnen Ministerien seit Mai 2011 sowie ihre rechtliche Basis

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/6565

Stellensituation im höheren Polizeivollzugsdienst

Sachstand zur Stellenbesetzung und Beförderungspraxis im höheren Polizeivollzugsdienst, insbes Bewerberzahlen, Studienplätze, Möglichkeit für Juristen für einen Direkteinstieg im höheren Polizeivollzugsdienst, Beförderungssituation für die nach A15 und A16 bewerteten Stellen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7270

Perspektiven der bei der Kriminalpolizei bzw bei der Schutzpolizei als Sachbearbeiter tätigen Beamten

Aufstieg von Beamten ohne Führungsfunktion in die Besoldungsgruppe A 13; Anteil der Personen mit Führungsfunktionen bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei; Aufstiegschancen von Sachbearbeitern; Zahl der in den letzten vier Jahren bei der Polizei vorgenommenen Beförderungen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7915

Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Sachstand zu Stellenneubesetzungen sowie Beförderungen ab Besoldungsgruppe A 15 in der Ministerial- und Landesverwaltung in tabellarischer Darstellung

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7946

Erinnerung an die Beförderungen bei der Polizei in der letzten Wahlperiode; Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten bei der Bereitschaftspolizei

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 414 419 420

Beförderungsamt

s. *Beförderung (Laufbahnrecht)*

Beförderungspreis

s. *Verkehrstarif*

Befristetes Arbeitsverhältnis

s.a. *Leiharbeit*
s.a. *Teilzeitarbeit*

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 08.08.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/407 (18 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 17.11.2011 Drs 15/1300 S. 16
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst
Beurteilung o.g. Verträge nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, Erfahrungen anderer BLänder mit solchen Verträgen und der Einführung dezentraler Personalmanagementsysteme, Ermöglichung von mehr unbefristeten Stellen mit einem Personalpool, entsprechende Anpassung der Verwaltungsvorschriften des MFW zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/1327

Arbeitsbedingungen am Landesflughafen Stuttgart

Entwicklung der Zahl, Einsatzbereiche und Vergütung der Beschäftigten in den einzelnen Gesellschaften in Voll- und Teilzeit, Leiharbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen; Frage nach Betriebsräten und deren Bewertung der Arbeitsbedingungen sowie nach Einflussmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1737

Pädagogische Assistenten

Anzahl der gegenwärtig in den verschiedenen Schularten beschäftigten Pädagogischen Assistenten; ihre Aufgaben und durchschnittliche Wochenstundenzahl; Evaluierung ihrer Arbeit an Grundschulen; Weiterbeschäftigung der Assistentenkräfte in der Grundschule und Umwandlung ihrer bisher befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2335

Gute Arbeit an den Hochschulen: Entfristung von Stellen

Bewertung der Situation der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Ursachen für deren Zunahme; detaillierte Daten zu be- und entfristeten Beschäftigten und deren Stellen; Position zu zweijährigen Mindestvertragslaufzeiten für befristete Verträge an Hochschulen und der Begrenzung der Anzahl der Folgeverträge; Umsetzung von Entfristungsmaßnahmen und Orientierung am Leitbild „Gute Arbeit“

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE und Martin Rivoir u.a. SPD 31.01.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/2958 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 34 35
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Befristete Arbeitsverhältnisse

Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beim Land zum Stichtag 1. April 2013; Verteilung auf die Bereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Justizvollzug, Steuer- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung und Sonstige; Gründe für die zeitliche Befristung; Dauer der Arbeitsverhältnisse; Zeitverträge mit jungen Berufstätigen; Anteil der in Dauerarbeitsverhältnisse überführten befristeten Arbeitsverhältnisse

KlAnfr Karl Rombach CDU 07.06.2013 und Antw MFW Drs 15/3599 (20 S.)

Auswirkungen eines möglichen gesetzlichen Mindestlohns auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft und Landwirtschaft

Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in BW bei der gesetzlichen Verankerung eines Mindestlohns, insbes in den auf Saisonarbeiter und Minijobber angewiesenen Branchen Landwirtschaft und Gastronomie

MdIANfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/4358

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KIANfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/4435

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/5138

Finanzielle Bedingungen der einzelnen Hochschularten unter dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Aktuelle Anteilshöhe an Grundfinanzierungs-, Programm- und sogenannten Drittmitteln bei den verschiedenen Hochschularten; Veränderung der jeweiligen Finanzierungsanteile durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag; Höhe der den einzelnen Hochschulen bis zum Jahr 2020 zusätzlich zur Verfügung stehenden Landesmittel; Kriterien der Mittelzuteilung; Entfrischung von Personalstellen; Verteilung der Mittel des Bausonderprogramms an die einzelnen Hochschularten; Begründung des Mehrbedarfs der medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6027

Beschäftigungssituation der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten an den baden-württembergischen Hochschulen

Anteil der befristet Beschäftigten im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst der Hochschulen; Kriterien für eine Festanstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter; Kriterien für die befristete Anstellung wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals; Laufzeit der Zeitverträge; Gründe für eine von der Finanzierungsdauer eines Forschungsprojekts abweichende Befristungsdauer; Personalentwicklungsplanung an den

Hochschulen

Antr
s. *Hochschulpersonal*
Drs 15/6107

Faire Arbeitsverhältnisse an Baden-Württembergs Hochschulen schaffen

Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ zur Sicherung fairer Arbeitsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Universitäten, insbes bei den befristeten Arbeitsverhältnissen im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/7116

Eindämmung der Leih- und Zeitarbeit

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25

Anstrengung einer Umwandlung der befristeten Stellen von wissenschaftlichen Mitarbeitern an den Hochschulen in dauerhafte Arbeitsverhältnisse, Verteidigung der befristeten Anstellung von Doktoranden

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280 282 283 289

Eintreten für einen gesetzlichen Mindestlohn auf dem Niveau der Zeitarbeit

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 780

Beklagung des hohen Anteils an neuen Stellen in der Zeitarbeitsbranche

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176

Umwandlung der befristeten Stellen von Mitarbeitern an der Dualen Hochschule in dauerhafte Arbeitsverhältnisse

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1990 1991 1993 1994 1997

Befristetes Beschäftigungsverhältnis

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Begabtenförderung

s.a. *Ausbildungsförderung*
s.a. *Stipendium*

Haushaltsmittel der Landesakademie für die musizierende Jugend in BW in Ochsenhausen

Höhe der für 2012 etatisierten bzw der notwendigen Mittel, bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel im Haushaltsvollzug 2012; Betrauung der Akademie und Mittelbereitstellung zur Umsetzung eines Stipendiatenprogramms „Pop-Masterclasses“ für hochbegabte Jugendliche

Antr
s. *Landesakademie Ochsenhausen*
Drs 15/1540

Werden hochbegabte Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen vernachlässigt?

Entwicklung der Zahlen von Hochbegabten und der Förderangebote bzw Verhaltensstörungen seit 2002; Frage nach einer spezifischen Förderung an den Gemeinschaftsschulen im gemeinsamen Unterricht mit besonders lernschwachen Kindern sowie nach einer Weiterentwicklung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2054
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.02.2013 Drs 15/3571 S. 8 9
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Situation und Förderung von Hochbegabten

Begriffsdefinition und Diagnoseverfahren von Hochbegabung; Beratungsangebote für Eltern sowie Inhalte in der Lehrer- und Erzieherausbildung zum Thema Hochbegabung; Erkenntnisse aus dem Comenius-Regio-Projekt und Langzeitstudien zur Entwicklung Hochbegabter; Planungen in der Hochbegabtenförderung, insbes im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Gymnasialbildung sowie eine Kooperation mit Hochschulen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.01.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2888
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 S. 7 8
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Errichtung eines Musikgymnasiums in Karlsruhe

Sachstand der Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe und der staatlichen Hochschule für Musik Karlsruhe; Anzahl potenzieller Schüler aus dem Raum Karlsruhe; Stellenwert der Förderung musikalisch Hochbegabter; Hinderungsgründe für die Einrichtung eines Musikgymnasiums mit Internat in Karlsruhe

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/2922

Hochbegabte im südlichen LKreis Karlsruhe

Zahl der zwischen den Städten Ettlingen und Karlsruhe pendelnden Gymnasiasten; Angebote für hochbegabte Schüler an Ettlinger und Karlsruher Gymnasien; Förderung regionaler Schulangebote

KlAnfr Werner Raab CDU 30.07.2013 und Antw KM Drs 15/3893

Begabtenförderung für Muslime

Begabtenförderung für muslimische Studierende durch das Avicenna-Studienwerk, insbes Notwendigkeit dieser Stiftung, integrationspolitisches Signal, Förderbedingungen sowie Förderprojekte mit ähnlicher Zielrichtung auf Landesebene

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 23.01.2014 und Antw MWK Drs 15/4642

Hochbegabtenförderung in Hochbegabtenzügen oder in Hochbegabtenklassen?

Bedeutung und Zukunft der Hochbegabtenförderung in BW, insbes Stellenwert der Hochbegabtenförderung in Hochbegabtenzügen, Überlegungen zur Umwandlung der bisherigen Hochbegabtenzüge in Hochbegabtenklassen, Umsetzung der Hochbegabtenförderung an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien

KlAnfr Paul Locherer CDU 23.01.2014 und Antw KM Drs 15/4644

Die Entwicklung der Förderung Hochbegabter in BW

Sachstand zur Förderung von Hochbegabten in BW, insbes Detailübersicht zu Schulplätzen an staatlichen und privaten Schulen, Veränderung der Auslastung dieser Schulplätze, Abweisung von Schülern aufgrund mangelnder Kapazität, Überlegungen zum Ausbau der Schulplätze, eingesetzte und geplante Personalstellen in der Hochbegabtenförderung

Antr Andreas Deuschle CDU 17.06.2015 und Stellungnah-

me KM Drs 15/7026

Die Erhebung der Hochbegabung

Sachstand zur Feststellung und Erhebung der Hochbegabung bei Kindern und Jugendlichen in BW vor und nach dem Schuleintritt, insbes Instrumente und Testverfahren sowie deren Evaluation, Qualifikation pädagogischer Fachkräfte, Zahl der festgestellten Hochbegabungen und ergriffene Maßnahmen

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 17.06.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7027

Begleitetes Fahren

s.a. *Fahrausbildung*
s.a. *Verkehrserziehung*

Moped-Führerschein mit 15 Jahren

Erfahrungen mit dem Führerschein mit 17; Überblick über die Erfahrungen mit dem Moped-Führerschein mit 15 in anderen Bundesländern; Folgerungen für dessen Einführung in BW

Antr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/4519

Begutachtung

s. *Gutachten*

Beherbergungsgewerbe

s. *Gastgewerbe*

Beherbergungsstatistik

s.a. *Tourismus*

Wirtschaftsfaktor Tourismus in BW

Entwicklung der Übernachtungszahlen in den letzten fünf Jahren; Anteil der ausländischen Gäste im Vergleich zu anderen Bundesländern; Bedeutung und jährliche Umsätze der Tourismussegmente Geschäftsreisende, Tagesausflügler und Urlauber; Wachstumspotenziale; Förderung durch die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW); Verschiebung der Förderschwerpunkte; Zielgruppenansprache

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 28.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4997
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 34
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Jugendherbergswesen in BW

Bestand der Jugendherbergen während der letzten zehn Jahre; Übernachtungsstatistik; Förderung der Jugendherbergen von Seiten des Landes und der Kommunen; Steuer- und Abgabenbefreiung der Jugendherbergen; Abführung einer kommunalen Übernachtungssteuer („Bettensteuer“); Beschwerden über nicht satzungskonforme, der Gemeinnützigkeit widersprechende Aktivitäten und Angebote einzelner Jugendherbergen; Ansprache älterer Zielgruppen durch ein auf sie ausgerichtetes Seminar- und Tagungsangebot sowie durch das Angebot alkoholischer Getränke

Antr
s. *Jugendherberge*
Drs 15/5707

Behindertenbeauftragter

Stellung der Behindertenbeauftragten der Stadt- und LKreise in BW

Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Behindertenbeauftragten der Stadt- und LKreise in BW, insbes Art der Bestellung, Situation in Städten und Gemeinden, Ebenen übergreifende Vernetzung, Bedeutung bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Antr Sabine Wölfe u.a. SPD 14.05.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3495 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht SoZA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 40 41

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - L-BGG)

Umsetzung von Zielen und Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention, insbes Einbeziehung von Kommunen in den Anwendungsbereich des Gesetzes, Stärkung der Interessenvertretung von Behinderten, Schaffung von Behindertenbeauftragten in den Kommunen, Verpflichtung zur Bestellung von Behindertenbeauftragten in den Stadt- und LKreisen, Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeit und Regelung zur Beweislastumkehr

GesEntw

s. *Behinderter*

Drs 15/5936

Partizipation von Menschen mit Autismus in BW

Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung in BW; Beteiligung von Menschen mit Autismus an Entscheidungen, die diese Menschengruppe betreffen; Handreichung für Verwaltungsbeschäftigte zum Umgang mit an Autismus leidenden Menschen; Ansprechpartner für Menschen mit Autismus in der Kommunal- und in der Landesverwaltung; Bereitstellung der für die Selbsthilfe von Autisten notwendigen Ressourcen

Antr

s. *Teilhabe behinderter Menschen*

Drs 15/6277

Bevorzugung einer Person mit Behinderung als Behindertenbeauftragter der LReg; Bemühungen des Beauftragten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315 1319 1321 1322 1326 1329

Behindertenbeirat

s.a. *Behinderter*

s.a. *Kommunalvertretung*

s.a. *Teilhabe behinderter Menschen*

Partizipation von Menschen mit Autismus in BW

Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung in BW; Beteiligung von Menschen mit Autismus an Entscheidungen, die diese Menschengruppe betreffen; Handreichung für Verwaltungsbeschäftigte zum Umgang mit an Autismus leidenden Menschen; Ansprechpartner für Menschen mit Autismus in der Kommunal- und in der Landesverwaltung; Bereitstellung der für die Selbsthilfe von Autisten notwendigen Ressourcen

Antr

s. *Teilhabe behinderter Menschen*

Drs 15/6277

Behinderteneinrichtung

Unterbringung im Einzel- und Doppelzimmer in Wohnheimen bei Behindertenwerkstätten

Anzahl der bestehenden Einzel- und Doppelzimmer; bisherige Regelungen des Landesheimgesetzes und Bezuschussungspraxis; geplante Änderungen bei der Neufassung des Landesheimgesetzes hinsichtlich der Ausstattung der Wohnheime mit Einzel- und Doppelzimmern; Übergangsfristen; Förderprogramm zur Umgestaltung und Erweiterung bestehender Einrichtungen und zum Bau neuer Wohnheime

Antr

s. *Unterbringung*

Drs 15/2823

Förderstau bei Investitionen in der Behindertenhilfe

Statistiken und Umsetzung der Förderung von Investitionen in Behinderteneinrichtungen, u.a. geförderte Einzelmaßnahmen, Gründe und Konsequenzen für Nichtförderung von Zuschussanträgen, Erarbeitung neuer Förderrichtlinien

Antr Werner Raab u.a. CDU 07.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3183

BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.04.2013 Drs 15/3712 (dazu ÄAntr Thomas Poreski u.a. GRÜNE und Rainer Hinderer u.a. SPD) S. 29 30

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Inklusive Wohn- und Beschäftigungsangebote

Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen; Behinderte, denen mit Unterstützung durch soziale Dienste eine eigenständige Lebensführung ermöglicht wird; in stationären oder teilstationären Einrichtungen lebende Behinderte; Konversion von Komplexeinrichtungen in der Behindertenhilfe; Förderung inklusiver Wohn- und Beschäftigungsangebote in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales BW (KVJS); Einbeziehung der Betroffenen in die Planungen; Umsetzung und Finanzierung des Umbaus

Antr

s. *Behinderter*

Drs 15/3269

Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderung

Zahl der Missbrauchsfälle in BW; Täter und Umfeld der Tat; Maßnahmen zur Prävention; Stärkung der Selbstbehauptung von Menschen mit Behinderung; fachlicher Austausch mit den Vertretern der Behinderteneinrichtungen; Fachberatungsstellen für die Betroffenen und deren Eltern

KlAnfr

s. *Sexueller Missbrauch*

Drs 15/3900

Investitionsförderung in der Eingliederungshilfe

Unterstützung der Einrichtungsträger bei der Umwandlung von Doppel- und Mehrfachzimmern zu Einzelzimmern bis 2019; Berücksichtigung der Wünsche von Personen mit kognitiven und kommunikativen Einschränkungen sowie von deren Betreuern und Angehörigen; Entscheidungen nach Maßgabe von Forschungsergebnissen und Versorgungsrealität; Angebot und Nachfrage bei Plätzen in Komplexeinrichtungen; Merkmale „innovativer“ Wohn- und Beschäftigungsformen im Sinne der Förderrichtlinien; Bekämpfung des Fachkräftemangels im Bereich

der Eingliederungshilfe

Antr

s. Eingliederungshilfe für Behinderte

Drs 15/4186

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw

s. Heimrecht

Drs 15/4852

Auswirkungen der Auflösung von Komplexeinrichtungen auf den ländlichen Raum

Inanspruchnahme stationärer, teilstationärer und ambulater Versorgungs- bzw Unterstützungsangebote durch Menschen mit Behinderungen; Nachfrage nach stationären Versorgungsangeboten vonseiten schwerst- und mehrfachbehinderter Menschen; Folgen der Verwaltungsstrukturreform 2005 auf die Versorgung von Menschen mit Behinderungen; Auswirkungen einer Dezentralisierung der Komplexeinrichtungen insbes im ländlichen Raum; Alternativen zur bisherigen Rundumversorgung

KlAnfr Werner Raab CDU 10.04.2014 und Antw SM Drs 15/5070

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr

s. Wohngemeinschaft

Drs 15/5072

Umsetzungsprobleme der Landesheimbauverordnung (LHeim-BauVO) in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach

Bewertung der in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach praktizierten Form der Teilhabe von Menschen mit Behinderung; Unterstützung der Gemeinschaft bei den durch die Landesheimbauverordnung vorgeschriebenen Maßnahmen; Verlängerung des Umsetzungszeitraums der Landesheimbauverordnung über den Stichtag 31. August 2019 hinaus

Antr

s. Landesheimbauverordnung

Drs 15/6147

Dezentralisierung der Komplexträgerinrichtungen der Behindertenhilfe im Land BW

Sachstand zur Konversion und Dezentralisierung der Komplexträgerinrichtungen der Behindertenhilfe in BW

KlAnfr Sabine Wölflé u.a. SPD 14.07.2015 und Antw SM

Drs 15/7163

Behindertengerechte Gestaltung

s. Barrierefreiheit

Behindertengerechtes Bauen

s. Barrierefreiheit

Behindertengleichstellungsgesetz

s. Behinderter

Behindertenrecht

Keine Hindernisse für die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung

Statistische Angaben zur Elternschaft geistig behinderter Menschen und zur Art ihrer Unterstützung; Einfluss einer gezielten Unterstützung bei der Alltagsbewältigung; rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Elternschaft geistig Behinderter; Betreuung des Kindes durch eine Pflegefamilie oder Freigabe zur Adoption; Entziehung des Sorgerechts; Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Elternassistenz; Unterstützung der Elternschaft bei Personen mit anderen Arten von Behinderung

Antr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/3936

Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG)

Position der LReg zu dem in der vergangenen Wahlperiode von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag zur Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (Antrag 14/1507 vom 11. Juli 2007) und der damaligen Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 17.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4171

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 75

PlPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Behindertensport

Inklusion im Sport

Integration von Menschen mit Behinderungen in den Sportunterricht und in außerschulische Sport- und Bewegungsangebote, insbes Möglichkeit von Schulsportwettbewerben für Schüler mit geistiger bzw körperlicher Behinderung; Forschungsförderung zu Inklusion im Sport; Informationsangebote zu inklusiven Sportangeboten und zur Umsetzung von Barrierefreiheit im Sport

Antr

s. Inklusion

Drs 15/3336

Förderung der Beratungs- und Koordinationsstelle von Special Olympics durch das Land

Stellenwert des Sports bei der Miteinbeziehung von Menschen mit geistiger Behinderung in die Gesellschaft; Ressortzuständigkeit und Förderwürdigkeit der Sportorganisation Special Olympics BW; Höhe der bisherigen Fördermittel des Landes; künftige Bezuschussung der Beratungs- und Koordinationsstelle

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4472

Behindertenwerkstatt

s. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Behinderter

s.a. *Barrierefreiheit*

s.a. *Behindertenbeauftragter*

s.a. *Behindertenbeirat*

s.a. *Behindertes Kind*

s.a. *Betreutes Wohnen*

s.a. *Blinder*

s.a. *Eingliederungshilfe für Behinderte*

s.a. *Rehabilitation*

s.a. *Schwerbehinderter*

s.a. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Einsatz und Effizienz o.g. Instrumente in den letzten fünf Jahren; Auswirkungen der Kürzungen des Bundes mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, insbes für Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitssuchende, benachteiligte Jugendliche, Migranten, Geringqualifizierte und Menschen mit Behinderungen; Bewertung der Einschnitte für den Bereich der beruflichen Qualifizierungen in der Altenpflege

Antr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 15/444

Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Bewertung der Zahl von Fällen eines gelingenden Übergangs; Beeinträchtigung von Anreizen für den Übergang durch die derzeitige Ausgestaltung des Werkstätten- und Leistungsrechts, Beurteilung des Vorschlags für ein „umfassendes Rückkehrrecht“ vom allgemeinen Arbeitsmarkt in die Werkstätten für Behinderte

Antr Werner Raab u.a. CDU 21.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/763

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 37 38

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Haushalt 2012; Epl 09

Aufstockung der Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und deren Verbände auf dem Gebiet der Behindertenhilfe

ÄAntr FDP/DVP 11.01.2012 Drs 15/1109-2 S. 32

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-5 S. 36 37

ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-13 S. 49 50

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-1 S. 2 3

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr in BW

Entwicklung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe im Land und im VVS in den letzten fünf Jahren; Bewertung des Programms der Bahn; Art, Zeit- und Kostenrahmen der Bemühungen um einen möglichst weitreichenden barrierefreien ÖPNV; Impulse durch das zu überarbeitende Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Antr

s. *Barrierefreiheit*

Drs 15/1181

Konversion von Komplexeinrichtungen in der Behindertenhilfe

Darlegung des o.g. Prozesses, der Herausforderungen, Fördermöglichkeiten und Auswirkungen; Standorte, Platzzahlen und Auslastung der Einrichtungen; Auswirkungen für die Mitarbeiter und kleinen Einrichtungen

Antr Werner Raab u.a. CDU 20.04.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1589

BeschlEmpf und Bericht SozA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 66-68

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an baden-württembergischen Hochschulen

Anzahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung; Nutzung und Qualität der vorhandenen Beratungsstellen; Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals; Angebot behindertengerechter Wohnheimplätze; barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen einschließlich Verkehrsanbindung; Frage der Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen

Antr

s. *Student*

Drs 15/2106

Zuwendungen des Landes für Investitionen in Behinderteneinrichtungen

Zahl der geschaffenen Plätze mit und ohne Zuwendungen des Landes in Wohnstätten, Betreuungsgruppen und Behindertenwerkstätten seit 2007; Gründe für den Ausschluss von privaten Investoren und Anbietern von barrierefreien Mietwohnungen von der Landesförderung; Weiterentwicklung der o.g. Verwaltungsvorschrift, Ermöglichung von Zuwendungen an private Investoren für die genannte Mietslösung für gemeinnützige Betreiber

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 19.07.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2133

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 61 62

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr

s. *Barrierefreiheit*

Drs 15/2206

Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt

Erkenntnisse über die Zahl von Fällen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderung, über die Täter und Tatorte; präventive Maßnahmen speziell in Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; therapeutische Unterstützung, Beratung und Begleitung der Opfer vor Gericht, insbes von Frauen mit einer geistigen Behinderung; Schulung des Personals in Schulen u.a. Einrichtungen für Behinderte zum Thema Sexualität

Antr

s. *Frau*

Drs 15/2494

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KIAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/2636

Fahrgastinformationssysteme: Berücksichtigung der Interessen von Älteren und Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Art der eingesetzten Fahrgastinformationssysteme; Berücksichtigung der Bedürfnisse von behinderten und alten Menschen bei den bestehenden Informationssystemen sowie dem sich in der Testphase befindlichen System RUBIK für den regionalen Busverkehr; Kosten einer flächendeckenden Einführung eines Fahrgastinformationssystems im ländlichen Raum; zuständige öffentliche Träger

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/2698

Unterbringung im Einzel- und Doppelzimmer in Wohnheimen bei Behindertenwerkstätten

Anzahl der bestehenden Einzel- und Doppelzimmer; bisherige Regelungen des Landesheimgesetzes und Besuchspraxis; geplante Änderungen bei der Neufassung des Landesheimgesetzes hinsichtlich der Ausstattung der Wohnheime mit Einzel- und Doppelzimmern; Übergangsfristen; Förderprogramm zur Umgestaltung und Erweiterung bestehender Einrichtungen und zum Bau neuer Wohnheime

Antr
s. *Unterbringung*
Drs 15/2823

Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Inklusive Wohn- und Beschäftigungsangebote

Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen; Behinderte, denen mit Unterstützung durch soziale Dienste eine eigenständige Lebensführung ermöglicht wird; in stationären oder teilstationären Einrichtungen lebende Behinderte; Konversion von Komplexeinrichtungen in der Behindertenhilfe; Förderung inklusiver Wohn- und Beschäftigungsangebote in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales BW (KVJS); Einbeziehung der Betroffenen in die Planungen; Umsetzung und Finanzierung des Umbaus

Antr Rainer Hinderer u.a. SPD 21.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3269 (48 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 48 49
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderung

Zahl der Missbrauchsfälle in BW; Täter und Umfeld der Tat; Maßnahmen zur Prävention; Stärkung der Selbstbehauptung von Menschen mit Behinderung; fachlicher Austausch mit den Vertretern der Behinderteneinrichtungen; Fachberatungsstellen für

die Betroffenen und deren Eltern

KIAnfr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3900

Bessere Hilfen für arbeitsmarktferne Personen

Statistiken, Zielsetzung, Zielvorgaben, Steuerung und mögliche Fehlentwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bei der Vermittlung benachteiligter Personengruppen bzw arbeitsmarktferner Leistungsberechtigter in BW

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/3926

Keine Hindernisse für die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung

Statistische Angaben zur Elternschaft geistig behinderter Menschen und zur Art ihrer Unterstützung; Einfluss einer gezielten Unterstützung bei der Alltagsbewältigung; rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Elternschaft geistig Behinderter; Betreuung des Kindes durch eine Pflegefamilie oder Freigabe zur Adoption; Entziehung des Sorgerechts; Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Elternassistenz; Unterstützung der Elternschaft bei Personen mit anderen Arten von Behinderung

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/3936

Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG)

Position der LReg zu dem in der vergangenen Wahlperiode von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag zur Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (Antrag 14/1507 vom 11. Juli 2007) und der damaligen Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales

Antr
s. *Behindertenrecht*
Drs 15/4171

Barrierefreier Tourismus in BW

Angebot und Nachfrage nach barrierefreiem Tourismus; Förderung des barrierefreien Tourismus; Umsetzung der bundeseinheitlichen Kennzeichnungen für barrierefreie Angebote; Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Prüfung von Anträgen auf Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm; Barrierefreiheit für Besucher des Nationalparks Schwarzwald und dessen Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln

KIAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/4783

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschal

lensystem

KlAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/5069

Auswirkungen der Auflösung von Komplexeinrichtungen auf den ländlichen Raum

Inanspruchnahme stationärer, teilstationärer und ambulanter Versorgungs- bzw Unterstützungsangebote durch Menschen mit Behinderungen; Nachfrage nach stationären Versorgungsangeboten vonseiten schwerst- und mehrfachbehinderter Menschen; Folgen der Verwaltungsstrukturreform 2005 auf die Versorgung von Menschen mit Behinderungen; Auswirkungen einer Dezentralisierung der Komplexeinrichtungen insbes im ländlichen Raum; Alternativen zur bisherigen Rundumversorgung

KlAnfr
s. *Behinderteneinrichtung*
Drs 15/5070

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - L-BGG)

Umsetzung von Zielen und Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention, insbes Einbeziehung von Kommunen in den Anwendungsbereich des Gesetzes, Stärkung der Interessenvertretung von Behinderten, Schaffung von Behindertenbeauftragten in den Kommunen, Verpflichtung zur Bestellung von Behindertenbeauftragten in den Stadt- und LKreisen, Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeit und Regelung zur Beweislastumkehr

GesEntw LReg 21.10.2014 Drs 15/5936 (42 S.)
1. Beratung PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6580
BeschlEmpf und Bericht SozA 26.11.2014 Drs 15/6171 (dazu Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP)
2. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7102-7108
GesBeschl 17.12.2014 Drs 15/6290
GBI 2014 Nr. 25 S. 819-823 (Ges vom 17.12.2014)

Persönliches Budget in BW

Zahl der Empfänger Persönlicher Budgets seit dem Jahr 2010; Anzahl der trägerübergreifenden Budgets; Inanspruchnahme und Ausgestaltung der Persönlichen Budgets; Gewährung des Persönlichen Budgets für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung; Erhöhung der Inanspruchnahme Persönlicher Budgets durch Menschen mit Behinderungen

KlAnfr
s. *Persönliches Budget*
Drs 15/6223

Partizipation von Menschen mit Autismus in BW

Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung in BW; Beteiligung von Menschen mit Autismus an Entscheidungen, die diese Menschengruppe betreffen; Handreichung für Verwaltungsbeschäftigte zum Umgang mit an Autismus leidenden Menschen; Ansprechpartner für Menschen mit Autismus in der Kommunal- und in der Landesverwaltung; Bereitstellung der für die Selbsthilfe von Autisten notwendigen Ressourcen

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/6277

Inklusion von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen

Erhöhung der Barrierefreiheit; Vermeidung von Fehlinterpretationen des Asperger-Syndroms; Maßnahmen zur Früherkennung von Autismus-Spektrum-Störungen (ASS); Zahl der spe-

zialisierten Versorgungszentren in BW; Strukturen und Maßnahmen zur Verbesserung der Alltagskompetenz von Personen mit ASS sowie zur Vorbereitung dieser Personen auf das Berufsleben; Anerkennung des Autismus als eigenständigen Hilfebedarf in BW

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/6305

Gestaltung des Schriftverkehrs für Blinde und Menschen mit Sehbehinderung

Gestaltung und Vermittlung von Text- und Bilddokumenten für Blinde und Sehbehinderte über den Tastsinn und ohne die Verwendung von Software mit Sprachausgabe, insbes Erlass entsprechender Verordnungen zur Ausgestaltung des § 9 Landes-Behindertengleichstellungsgesetz

KlAnfr
s. *Blinder*
Drs 15/6400

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Wohnberatungsstellen

Sachstand zur Arbeit von Wohnberatungsstellen für ältere und behinderte Menschen, insbes Angebot, Trägerschaft und Beratungsgebühr

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/6784

Flüchtlinge mit Behinderung - besondere Schutzbedürftigkeit

Sachstand zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung, insbes Vorbereitung der Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünfte auf die besonderen Bedürfnisse behinderter Flüchtlinge, Vornahme von Untersuchungen oder Erhebungen der Aufnahmeeinrichtungen zur Feststellung von Behinderungen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6815

40 Jahre Erklärung über die Rechte der Behinderten - wo steht Baden-Württemberg bei der Inklusion?

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8655-8665

Finanzierung barrierefreier Angebote mit dem Rundfunkbeitrag von Menschen mit Behinderungen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 401

Übergang von festgestellten psychischen Erkrankungen in eine Behinderung; Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 718 722

Forderung einer Rücknahme der Kürzung für die familienentlastenden Dienste für Menschen mit Behinderung; Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1317 1319 1321-1323 1326 1328 1329

Behinderter Arbeitnehmer

s.a. Schwerbehindertenausgleichsabgabe

Modellprojekt „Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe; Schwerpunkt Teilhabe am Arbeitsleben“

Beteiligung am Modellprojekt außerhalb des Landkreises Karlsruhe; Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Modellprojekts; Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum; Einrichtung von Netzwerken zur Aufnahme einer Arbeitsstelle außerhalb von Behindertenwerkstätten; Zahl der am Projekt beteiligten Arbeitgeber, Zahl und Ausgestaltung der vermittelten Arbeitsplätze; Bewertung einer flächendeckenden Einführung in BW; Frage der Anschlussfinanzierung

Antr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/2764

Inklusion in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt voranbringen

Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, insbes Eintritt in eine Berufsausbildung, Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt, Arbeitslosenanteil der Schwerbehinderten unter 25 Jahren, Unterstützung für Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe bei der Einstellung bzw Ausbildung Schwerbehinderter, Umsetzung von Projekten und Vorhaben des Bundes im Bereich der Inklusion in der Ausbildung

Antr

s. Schwerbehinderter

Drs 15/5083

Inklusion in der Polizei

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei, insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturreform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehindertenvertretungen

Antr

s. Inklusion

Drs 15/5120

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/6231

Inklusion von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen

Erhöhung der Barrierefreiheit; Vermeidung von Fehlinterpretationen des Asperger-Syndroms; Maßnahmen zur Früherkennung von Autismus-Spektrum-Störungen (ASS); Zahl der spezialisierten Versorgungszentren in BW; Strukturen und Maßnahmen zur Verbesserung der Alltagskompetenz von Personen mit ASS sowie zur Vorbereitung dieser Personen auf das Berufsleben; Anerkennung des Autismus als eigenständigen Hilfebedarf in BW

Antr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/6305

Behinderter Jugendlicher

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. Inklusion

Drs 15/4965

Sportunterricht für Schülerinnen und Schüler mit körperlicher Behinderung

Ermöglichung einer gerecht benoteten Teilnahme von Schülern mit körperlicher Behinderung am regulären Sportunterricht, insbes in der gymnasialen Oberstufe

Antr

s. Sportunterricht

Drs 15/5068

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. Inklusion

Drs 15/5189

Inklusion im Landkreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. Inklusion

Drs 15/5382

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5851

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6339

Behindertes Kind

- s.a. *Inklusion*
- s.a. *Lernstörung*
- s.a. *Sonderkindergarten*
- s.a. *Sonderpädagogik*

Der baden-württembergische Weg zum Ausbau inklusiver Bildungsangebote setzt auf Qualität und individuelle Lösungen

Heranziehung der in den Erprobungsregionen gewonnenen Erfahrungen für eine landesweite Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern an den Regelschulen, Eignung der „Bildungswegekonferenz“ als Steuerungsinstrument für die Schulverwaltung, Weiterentwicklung der Sonderschulen zu „Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren“, Qualifikation der Lehrkräfte an den Regelschulen, Zeitperspektive für das Gesetzgebungsverfahren zur inklusiven Beschulung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/258

Abschaffung der Sonderkindergärten

Frage nach der künftigen Unterstützung von Kindern mit unterschiedlichen Behinderungen im Kindergarten

MdlAnfr
s. *Sonderkindergarten*
Drs 15/257

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Missstände bei der Beförderung von behinderten Kindern

Mittlg LReg
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/339

Umsetzung der Inklusion an allgemeinen Schulen

Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern an weiterführenden Schulen aufgeschlüsselt nach Schultypen; Quantifizierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern der Primar- und Sekundar-

stufe im Schuljahr 2010/2011; Inklusionsanteil in Kindertagesstätten, Grundschulen und in der Sekundarstufe I; Auflistung der Schulen in den Wahlkreisen Wiesloch, Reutlingen und Lahr, welche die Inklusion bereits umsetzen; Zahl der inkludierten Kinder und Art der Inklusion; Lehrerfortbildung und Informationsangebote für interessierte Eltern

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/498

Standortauflösung der Fakultät für Sonderpädagogik Reutlingen

Auswirkungen einer Verlagerung der Fakultät nach Ludwigsburg, insbes für die Vermittlung von sonder- und inklusionspädagogischen Grundkompetenzen, die Kooperation mit klinischen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen der Universität Tübingen, für die außerschulische Behindertenhilfe und Benachteiligtenförderung in Südwürttemberg, die Studierenden und Mitarbeiter; Darstellung der Kosten und finanziellen Folgen der Standortverlagerung; Abmilderung der sozialen Härten für die Mitarbeiter

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/1588

Außenklassen von Sonderschulen

Entwicklung der Zahl von Außenklassen und Schülern sowie der eingesetzten Ressourcen seit 2007; Bewertung des Beitrags zur Inklusion und der sonderpädagogischen Förderung; Akzeptanz der Außenklassen bei den behinderten Schülern, ihren Eltern und den Sonderpädagogen; Darstellung der Entwicklungsperspektiven für die Einrichtung von Außenklassen und für eine stärkere Einbeziehung der behinderten Kinder in das Zusammenleben in der Regelschule

Antr
s. *Außenklasse*
Drs 15/2154

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersagung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2168

Inklusion bei der Aus- und Weiterbildung der in § 7 Abs 2 Kindertagesbetreuungsgesetz aufgeführten Fachkräfte

Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten; erhöhte Anforderungen an die dort arbeitenden Fachkräfte; Vorbereitung der in § 7 Abs 2 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz - KiTaG) genannten Fachkräfte durch entsprechende Weiterbildung; Inklusion als Ausbildungsinhalt von Fachkräften für Kindertagesstätten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Inklusion*

Drs 15/3739

Kosten der Inklusion an Schulen

Teilnahme von Schülern mit Behinderung am integrativen Unterricht; Anzahl der Schüler in den vergangenen fünf Jahren; voraussichtliche Schülerzahl bei Erreichung der Endstufe des Inklusionsprozesses im Jahr 2018; Anzahl der durchschnittlich pro Schüler veranschlagten sonderpädagogischen Wochenstunden; darüber hinausgehender Bedarf an einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsangebot z.B. für seelisch beeinträchtigte Schüler; Höhe der pro behindertem Kind für den gemeinsamen Unterricht veranschlagten Kosten; Kostenträger auf Landes- und Bundesebene; Verteilung der Sach- und Personalmittel; Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/4268

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/4965

Inklusion im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umsetzung der Inklusion in den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises in den vergangenen Schuljahren; Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Erreichung eines Schulabschlusses; Berücksichtigung des integrativen Unterrichts bei der Lehrerbildung

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/5013

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/5189

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderun-

gen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/5322

Inklusion im LKreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/5382

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schulart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr

s. *Sonderschule*

Drs 15/5437

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/5851

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6339

Realschule Walldorf/Inklusion

Sachstand zur Entscheidungsfindung für den Schulbesuch eines vom Down-Syndrom betroffenen Jungen auf der Realschule in Walldorf ab dem Schuljahr 2015/2016; Diskussionsstand zur gesetzlichen Regelung inklusiver Bildungsangebote

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6833

*Förderung der Integration von Kindern mit Behinderung im vor-
schulischen Bereich und in der Regelschule*

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

*Schaffung eines flächendeckenden Angebots zur Beschulung von
behinderten Kindern an den allgemeinen Schulen*

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1377 1378 1391

*Gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinde-
rung an der Gemeinschaftsschule*

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1718 1720 1724

Behla, Ortsteil

s. Hüfingen

Behörde

s.a. Amtshilfe

s.a. Aufsichtsbehörde

s.a. Ausländerbehörde

s.a. Behördenstandort

*Schließung von Dienststellen und Behörden iRd der Verwal-
tungsstrukturreform 2005*

Auflistung der im ländlichen Raum geschlossenen Behörden iRd
Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter, Erzie-
lung der angestrebten Effizienzrendite von 20 % in allen Land-
kreisen?

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 15/1445

Ökostrom in Behörden und Einrichtungen des Landes

Art und Umfang der Strombeschaffung für landeseigene Lie-
genschaften und Liegenschaften ausgegliederter Einrichtungen
und Gesellschaften mit Landesbeteiligung; derzeitige und künf-
tig mögliche Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien, je-
weilige Auswirkungen auf die Klimabilanz, entsprechende Ein-
wirkung der Klima- und Energieagenturen des Landes bei der
Beratung von Kommunen

Antr

s. *Elektrizität*

Drs 15/1550

*Externe Personen in der baden-württembergischen Landesver-
waltung*

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und
organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien
und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der
Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusam-
menhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvor-
schrift zum Einsatz externer Personen

Antr

s. *Lobbyismus*

Drs 15/2308

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift
2006 des RH zur LHR von BW für das Hj 2004 - Beitrag Nr. 6:*

Vergabe von Gutachten durch Landesbehörden

Mittlg LReg

s. *Gutachten*

Drs 15/2621

*Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur
Änderung weiterer Vorschriften*

Gebietsfestlegung für den Nationalpark bestehend aus den bei-
den Teilbereichen Ruhestein und Hoher Ochsenkopf/Plättig;
Gliederung in Kern-, Entwicklungs- und Managementzonen mit
unterschiedlichen Zielsetzungen auf der Grundlage des Natio-
nalparkplans; Einrichtung eines Nationalparkrats als Entschei-
dungsgremium unter Beteiligung von Land, Naturpark Schwarz-
wald Mitte/Nord und betroffenen Kreisen und Kommunen; Er-
richtung einer Nationalparkverwaltung als höhere Sonderbehör-
de für den Nationalparkbetrieb, Bildungsangebote und als An-
sprechpartner in allen Fragen des Schutzgebiets; Gründung ei-
nes Nationalparkbeirats als Beratungsgremium mit Vertretern
aus Naturschutz, Forst, Wirtschaft und Kirchen

GesEntw

s. *Nationalpark*

Drs 15/4127

*Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung
des Nationalparks Nordschwarzwald*

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Natio-
nalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der
Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Na-
tionalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der
Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolu-
men und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leis-
tungen in der Managementzone des Nationalparks durch den
Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den
Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/4636

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW

Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Drit-
ten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermitt-
lungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und
außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von
Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische
Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den
vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-
Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten
der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung
und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KlAnfr

s. *Durchsuchung*

Drs 15/4806

Entwicklung des Portals für die e-Bürgerdienste in BW

Ziele des Portals „service-bw“; Funktionen und Inhalte von
„service-bw“; Administration und redaktionelle Betreuung des
Portals; Auskunft über bereits bestehende, vollständig elektro-
nisch und ohne Medienbruch über „service-bw“ durchführbare
Verwaltungsverfahren; Ursachen für vorhandene Medienbrüche;
Querbeziehungen zu anderen Portalen und Diensten des Landes
und der Kommunen; einheitlicher Behördenruf 115; Weiterent-
wicklung und Ausbau des Portals

KlAnfr

s. *E-Government*

Drs 15/4896

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5651

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftszweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/5844

Brandschutzaufgaben zur Weihnachts- und Adventszeit in Schulen

Aufgaben bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen in Klassenzimmern, Fluren, Treppenhäusern und auf Rettungswegen; Erteilung von Handlungsanweisungen an die unteren Verwaltungsbehörden für das Aufstellen von Weihnachtsbäumen in öffentlichen Gebäuden; Haftung im Schadensfall

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/6197

Entwicklung des Vorschlagswesens im öffentlichen Dienst des Landes BW

Maßnahmen zur Erhöhung der Beteiligungsquote; Entwicklung der Mitarbeiterbeteiligung in den einzelnen Teilen der Landesverwaltung und den Landesbetrieben; Prämierung von Vorschlägen; Ersparnisse infolge der Umsetzung von Vorschlägen; Controlling innerhalb des Vorschlagswesens; Übertragung geeigneter Vorschläge einer einzelnen Behörde auf weitere Teile der Landesverwaltung

Antr
s. *Vorschlagswesen*
Drs 15/6481

Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium

Sachstand zu Entwicklung bei den Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium und Reaktion der beiden Ministerien

KlAnfr
s. *Arbeitsbedingungen*
Drs 15/6854

Mehr Behördenkooperation in der Flüchtlingsproblematik und ein Universaldokument für Flüchtlinge

Sachstand zur Verbesserung der Behördenkooperation bei der Flüchtlingsproblematik, insbes Änderung des Datenschutzrechts zur Erfassung und zum Austausch von Flüchtlingsdaten

MdlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7860

Behördenaufbau

Organisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Umorganisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, insbes betroffene Referate und Abteilungen, flankierende Sach- und Personalkosten, Schaffung und Besetzung zusätzlicher Leitungsstellen, Beförderungschancen der Bestandsbeamten, Anteil und Erhöhung der Zahl weiblicher Führungskräfte

KlAnfr
s. *Ministerium*
Drs 15/3481

Leitstelle Arzneimittelüberwachung BW

Organisation der Arzneimittelüberwachung im Land; Personalausstattung und Finanzierung der Leitstelle

KlAnfr
s. *Arzneimittelsicherheit*
Drs 15/7609

Behördenorganisation

s. *Behördenaufbau*

Behördenschriftgut

s. *Schriftgut*

Behördensitz

s. *Behördenstandort*

Behördenstandort

s.a. *Behörde*

Neue Standortsuche des geplanten Gefängnisneubaus - welche Kriterien sind maßgeblich?

Aufgabe der bisherigen Bewertungsmatrix beim „Standortsuchlauf“; Auskunft über die maßgeblichen Kriterien der Standortauswahl; Berücksichtigung der Haltung der betroffenen Gemeinden; Beteiligung des Landtags und der Gemeinden an der Standortauswahl

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6503

Weitere Nutzung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim

Sachstand zur künftigen Nutzung des Standorts Wertheim der Hochschule für Polizei

MdlAnfr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/6895

Zukunft der vom Land angemieteten Liegenschaften im Umfeld der Karlsruher Kaiserstraße

Laufzeit der bestehenden Mietverträge; Mietflächen und Miethöhe; zu erwartende Mieterhöhungen im Zuge der Fertigstellung des Straßenbahntunnels unter der Kaiserstraße (Kombilösung Karlsruhe); Prüfung einer Verlagerung der im Bereich der Kaiserstraße gelegenen Landeseinrichtungen

KlAnfr
s. *Dienstgebäude*
Drs 15/7947

Behördenstruktur

s. *Behördenaufbau*

Behördliche Auskunft

s. *Auskunfterteilung*

Behördliches Genehmigungsverfahren

s. *Genehmigung*

Beigeordnete

s. *Beigeordneter*

Beigeordneter

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes
Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5363

Kandidaturen kommunaler Wahlbeamter bei den Kreistagswahlen am 25. Mai 2014

Anteil der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Beigeordneten in den neu gewählten Kreistagen; Fraktionszugehörigkeit; Gesamtzahl der Wahlbeamten unter den Kandidaten; Kandidatur ehrenamtlicher Bürgermeister sowie von Bürgermeistern im Ruhestand und ihre Wahl in den Kreistag; Zusammensetzung der Kreistage im Vergleich zu den bisherigen Kreistagen; Geschlechterverhältnis

Antr
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/5393

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/6893

Beihilfe für Bedienstete

Beihilfe

Darstellung der wesentlichen Regelungen zur Beihilfe in BW, anderen Ländern und beim Bund sowie der Veränderungen in den letzten zehn Jahren; Planung weiterer Änderungen im Zuge von Einsparungen iRd Haushalts 2012?

Antr FDP/DVP 18.10.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/737 (13 S.)

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Umsetzung der mit den Kommunen vereinbarten Finanzverteilung, Erhöhung der Leistungen für die Kleinkindbetreuung entsprechend dem Pakt mit den kommunalen Landesverbänden für Familien mit Kindern; Anhebung des Kostenbeitrags für den Anspruch auf Beihilfe für Wahlleistungen beim stationären Krankenhausaufenthalt; Anhebung der Zuschüsse an Ersatzschulen; Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Landesbeamtengesetzes, der Beihilfeverordnung und des Privatschulgesetzes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2012*
Drs 15/1001

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/1719

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, L HochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, L BesoldungsGes, JugendbildungsGes, L BeamtenversorgungGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, L Haushaltsordnung, PrivatschulGes sowie L BeamtenGes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
Drs 15/2561

Änderung der Beihilfeverordnung BW durch Artikel 9 des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 und Auswirkungen

Begründung, Zahlen und Härtefallklauseln zur Absenkung der Einkommensgrenze bei Ehegatten hinsichtlich der Beihilfeberechtigung; Kriterien für die Einschränkung der Beihilfefähigkeit zahnärztlicher Behandlungen; Entstehung von Mehrkosten bzw Einkommensminderungen bei den Betroffenen; Vereinbarkeit mit der Familienfreundlichkeit; Auswirkungen auf die Heilfürsorgeberechtigten mit (ruhenden) Krankenversicherungsanswartschaften; fachliche Einbeziehung von Vertretern der privaten Krankenkassen; Nichtübertragung der Abschaffung der Praxisgebühr auf die Beihilfe und Erhöhung der Kostendämpfungspauschale

Antr Dieter Hillebrand u.a. CDU 20.12.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2836
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 (dazu ÄAntr Klaus Herrmann u.a. CDU) S. 19 20
 PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw
 s. *Dienstrecht*
 Drs 15/4054

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/4620 betr. Beihilfe, Aufwendungen Fahrtkosten

BeschlEmpf und Bericht PetA 16.04.2015 Drs 15/6664 Nr. 1 S. 2
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Mittlg LReg 24.09.2015 Drs 15/7526

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/4086 betr. Gewährung von Beihilfe

BeschlEmpf und Bericht PetA 18.06.2015 Drs 15/6946 Nr. 2 S. 4-6
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
 Mittlg LReg 14.08.2015 Drs 15/7307

Beihilfeanträge beim Landesamt für Besoldung und Versorgung BW

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen; Erhöhung der Bearbeitungsdauer gegenüber dem Vorjahr; Information über den Bearbeitungsstand

KlAnfr
 s. *Verwaltungsakt*
 Drs 15/7717

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/5532 betr. Beihilfeangelegenheit, Kosten für ein Blutgerinnungsmittel

BeschlEmpf und Bericht PetA 18.02.2016 Drs 15/8021 Nr. 2 S. 3-5
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Mittlg LReg 08.04.2016 Drs 15/8111

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/5205 betr. Beihilfeangelegenheit, Erstattung von Impfkosten

BeschlEmpf und Bericht 18.02.2016 Drs 15/8021 Nr. 1 S. 2 3
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Mittlg LReg 18.04.2016 Drs 15/8115

Entwicklung der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger bis 2030, Vorschlag einer zumutbaren Absenkung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 404 405

Entwicklung der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger, Vorschlag einer zumutbaren Absenkung

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 580-582

Erwartete Einsparungen durch die Kürzungen im Bereich der Beihilfeleistungen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886 888-890 893 897

Beihilfe (Beamtenrecht)

s. *Beihilfe für Bedienstete*

Beihilfe (Subvention)

s. *Subvention*

Beihilferecht

s. *Beihilfe für Bedienstete*

Beihilfeverordnung

s. *Beihilfe für Bedienstete*

Beilstein

Der aktuelle Maßnahmenplan, die Priorisierung von Neubau- maßnahmen und die Ortsumgehung der Stadt Beilstein (Kreis Heilbronn)

Berücksichtigung der Ortsumfahrung der Stadt Beilstein im Maßnahmenplan des Landes, insbes Kriterien für die Gewichtung der Gesamtwertermittlung

KlAnfr
 s. *Ortsumgehung*
 Drs 15/6838

Beimerstetten

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr
 s. *Bahnstrecke*
 Drs 15/5975

Beirat

Mögliche Interessenkollisionen durch Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung (DFS)

Aufgaben und Dauer der Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung; Rolle und Position der Deutschen Flugsicherung bei der Ausarbeitung des Fluglärm-Staatsvertrags zwischen Deutschland und der Schweiz, insbes Kenntnisse und Tätigkeit des Ministers als Beiratsmitglied

Antr
 s. *DFS Deutsche Flugsicherung*
 Drs 15/2862

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr

s. Ökologische Landwirtschaft

Drs 15/4115

Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften

Gebietsfestlegung für den Nationalpark bestehend aus den beiden Teilbereichen Ruhestein und Hoher Ochsenkopf/Plättig; Gliederung in Kern-, Entwicklungs- und Managementzonen mit unterschiedlichen Zielsetzungen auf der Grundlage des Nationalparkplans; Einrichtung eines Nationalparkrats als Entscheidungsgremium unter Beteiligung von Land, Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord und betroffenen Kreisen und Kommunen; Einrichtung einer Nationalparkverwaltung als höhere Sonderbehörde für den Nationalparkbetrieb, Bildungsangebote und als Ansprechpartner in allen Fragen des Schutzgebiets; Gründung eines Nationalparkbeirats als Beratungsgremium mit Vertretern aus Naturschutz, Forst, Wirtschaft und Kirchen

GesEntw

s. Nationalpark

Drs 15/4127

Aktueller Stand im Bereich der kulturellen Bildung

Übergang der Federführung vom Kultus- auf das Wissenschaftsministerium; Empfehlungen des Fachbeirats Kulturelle Bildung; Aufnahme einer Leitperspektive „Kulturelle Bildung“ in die neuen Bildungspläne

Antr

s. Kulturelle Bildung

Drs 15/6517

Überlegungen der LReg, die sogenannte Tierrechtsorganisation PETA in den Landesbeirat für Tierschutz aufzunehmen und ihr ein Verbandsklagerecht einzuräumen

Motive für die o.g. Überlegungen; Zweifel an der Rechtstreue der Organisation angesichts des radikalen Auftretens einzelner Mitarbeiter; Bekenntnis der Tierrechtsorganisation zur geltenden Rechtsordnung als Bedingung für die Aufnahme in den Landesbeirat für Tierschutz und für die Zuerkennung des Verbandsklagerechts

Antr

s. PETA Deutschland

Drs 15/7633

Beteiligung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubensgemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz,

der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Abschluss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr

s. Islamischer Religionsunterricht

Drs 15/8032

Beirat für Menschen mit Behinderungen*s. Behindertenbeirat***Beitrag***s.a. Gebühren**s.a. Rundfunkbeitrag*

Ablehnung der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, u.a. wegen dem Einzug von Beiträgen von allen Studierenden

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 630 631 633-635

Beitritt zur EU*s. EU-Erweiterung***Bejagung***s. Jagd***Bekanntmachung***Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden*

Regelung der Beflaggung durch Verwaltungsvorschriften des Landes und des Bundes; Entscheidungsgrundsätze und Zuständigkeit für die Beflaggungsanordnung; Bekanntmachung der Beflaggung; Flaggen von kirchlichen oder karitativen Organisationen oder von Parteien auf öffentlichen Gebäuden; Frage des Rechtsanspruchs und der Genehmigung; Rechtsmittel gegen eine Beflaggung

KlAnfr

s. Beflaggung öffentlicher Gebäude

Drs 15/3877

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Unterrichtung der Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr; Verdacht der Vorabinformation der SPD-Generalsekretärin; Vorwurf der unzulässigen Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw Parlamentsangelegenheiten

KlAnfr

s. Parteipolitische Neutralität

Drs 15/5039

Bekleidung*s.a. Schutzkleidung**s.a. Textil- und Bekleidungsindustrie**s.a. Uniform*

Cradle to Cradle-Konzept (Ökoeffektivität) in der Textilindustrie
Umfang und Förderung der Anwendung von Kleiderrecycling in der Textilindustrie, Beurteilung der bisherigen Entsorgung und Erfassung von Altkleidern und Schuhen, Höhe der möglichen

Einsparung von Rohstoffkosten bei der Textilproduktion durch vollständiges Kleiderrecycling, Qualitätsbewertung des Recyclings und der damit erzeugten Produkte

Antr Tobias Wald u.a. CDU 16.12.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/1049

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 8

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Probleme mit der Aufstellung illegaler Altkleidercontainer

Umfang und Umgang mit der illegalen Aufstellung von Altkleidercontainern in den Gemeinden nach der durch die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes geänderten Rechtslage; Genehmigungsverfahren für von Vereinen, Verbänden und Betrieben legal aufgestellte Altkleidercontainer; Einführung unmissverständlicher Kennzeichnungen an Altkleidercontainern; wirtschaftliche und ökologische Weiterverwertung der gesammelten Altkleider

Antr

s. *Alttextilien*

Drs 15/3532

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und des Kindertagesbetreuungsgesetzes

Einschränkung des bisherigen generellen Kopftuchverbots für Lehrerinnen an Schulen und Kindertageseinrichtungen in Übernahme einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. März 2015 für nordrhein-westfälische Schulen

GesEntw

s. *Religiöses Symbol*

Drs 15/7061

Kopftuchverbot

Auswirkung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot auf die Geltung und Einhaltung von § 38 des Schulgesetzes für BW

MdlAnfr

s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*

Drs 15/7399

Wider die „Wegwerfgesellschaft“

Sachstand zur Entwicklung des Abfallaufkommens und zur Abfallvermeidung in BW, insbes Verschwendung von Lebensmitteln, Absatz von „Fast Fashion“, Erstnutzungsdauer von Elektrogeräten, Verwendung von Bauteilen zur geplanten Obsoleszenz, bisherige Beiträge der LReg gegen Wegwertendenzen und notwendige Maßnahmen

Antr

s. *Abfallvermeidung*

Drs 15/7874

Erinnerung des Abg Funk an die Regelung zur Anbehaltung der Jacke im Plenarsaal, bevor nicht der Präsident die Jacke ausgezogen hat; Behandlung des Themas in der nächsten Präsidiumssitzung

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 316 317

Bekleidungsindustrie

s. *Textil- und Bekleidungsindustrie*

Belastung von Lebensmitteln

s. *Rückstände in Lebensmitteln*

Bemessungsgrundlage (Steuerrecht)

s. *Steuerbemessungsgrundlage*

Bempflingen

Länge der Bahnsteige auf der Neckar-Alb-Bahn

Bahnsteiglänge entlang der Neckar-Alb-Bahn für Haltestellen des ab 2019 verkehrenden Metropol-Express; Ausbaulänge des Bahnsteigs am Bahnhof Bempflingen

MdlAnfr

s. *Bahnhof*

Drs 15/8025

Haltung der Bürger in Bempflingen zu Stuttgart 21 und zur Volksabstimmung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 593-595 599

Benotung (Schulausbildung)

s. *Schulleistung*

Benzin

s. *Kraftstoff*

Benzinverbrauch

s. *Kraftstoffverbrauch*

Beobachtungsgesundheitsamt

s. *Gesundheitsbehörde*

Beratende Äußerung des Rechnungshofs

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH „BKV - Bäder- und Kurverwaltung BW und ihre Beteiligung an Bäder- und Kurunternehmen“

Mittlg LReg

s. *Landesbeteiligung*

Drs 15/93

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zur Organisationsuntersuchung bei den Reg-Präs des Landes

Mittlg LReg

s. *Regierungspräsidium*

Drs 15/145

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 22.10.2009 zu Ansätzen für ein optimiertes Erhaltungsmanagement bei Landesstraßen

s. *Landesstraße*

Drs 15/242

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zum Glücksspiel

Mittlg LReg

s. *Glücksspiel*

Drs 15/426

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 27.03.2007 zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landesverwaltung

s. Steuerungsmodell
Drs 15/758

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung

Mittlg LReg
s. Informations- und Kommunikationstechnik
Drs 15/900

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 06.10.2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in BW

Mittlg LReg
s. Grundbuchamt
Drs 15/991

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des RH - Sachstand des Projekts KONSSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen

Mittlg LReg
s. Software
Drs 15/1047

Beratende Äußerung des RH zur Vergabebeschleunigung
Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO zur Vergabebeschleunigung - Vergabe öffentlicher Bau- und Dienstleistungen, Umsetzung und Wirkung der Verwaltungsvorschrift zur Beschleunigung öffentlicher Aufträge

Mittlg RH
s. Öffentlicher Auftrag
Drs 15/1609

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 16.12.2005 zu Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW

Mittlg LReg
s. Finanzverwaltung
Drs 15/1964

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 07.04.2010 zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Mittlg LReg
s. Rhein
Drs 15/2567

Beratende Äußerung „Die Musikhochschulen in BW“

Mittlg RH
s. Musikhochschule
Drs 15/3777

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH
s. Programm der Landesregierung
Drs 15/4004

Beratende Äußerung „Förderung von großen Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Personennahverkehr“

Mittlg RH
s. Öffentlicher Personennahverkehr
Drs 15/5290

Welche Risiken verbergen sich hinter der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Kombilösung Karlsruhe?

Konsequenzen der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Finanzierung der Kombilösung Karlsruhe, insbes Kostenrisiko für die Stadt Karlsruhe, Abweichung des Landes von der bisherigen Festbetragszusage

Antr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/5639

Beratende Äußerung „Unterstützungsleistungen für Schulleitungen“

Untersuchung des Landesrechnungshofs zur aktuellen Situation bei den schulischen Managementaufgaben unter Auswertung einer Online-Umfrage zu den Unterstützungsleistungen für Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen

Mittlg RH
s. Schulleiter
Drs 15/5730

Beratende Äußerung „Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds“

Mittlg RH
s. Beamtenversorgung
Drs 15/6699

Beratende Äußerung „Kontrollsystem und Verwaltungskosten bei EU-Förderverfahren in den Bereichen EGFL und ELER“

Mittlg RH
s. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
Drs 15/7140

Beratende Äußerung „Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben - Planung, Herstellung, Pflege und Unterhalt“

Mittlg LReg
s. Naturschutzrecht
Drs 15/7500

Beratende Äußerung „Landesbetriebe“

Mittlg RH
s. Öffentliches Unternehmen
Drs 15/7606

Beratung

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. Biber
Drs 15/4253

Fallbesprechungsgruppen

Situation der Fallbesprechungsgruppen für Lehrer an den Schulen Baden-Württembergs und Mittelbereitstellung für deren Fortbestand

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/4789

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biberschutz gegenüber anderen Interessen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/5017

Beratungslehrer*Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“*

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbes Stellenerhöhung und Qualifizierungskonzept für Beratungslehrkräfte, Gewaltpräventionsberater und Schulpsychologen, Einrichtung des „Schulpsychologischen Kompetenzzentrums“, Ausbau des Anti-Gewalt-Programms nach Dan Olweus an den Schulen

Antr
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/1946

Beratungsstelle*Kontaktstellen Frau und Beruf in BW*

Anzahl, Einrichtungsdatum, Standorte und Träger; Nutzungsstatistik, spezifische Merkmale und Standards der Einrichtungen; Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte; Motivierung der Frauen zu einer Tätigkeit im MINT-Bereich; berufliche Förderung von Migrantinnen; Ergebnisse der Evaluation der Kontaktstellen und daraus folgende Konsequenzen

Antr
s. *Frauenerwerbstätigkeit*
Drs 15/2684

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen

Weibliche Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2007 bis 2011 (tabellarische Aufstellung); Leistungsfähigkeit der Beratungs- und Anlaufstellen; Beurteilung des Modellprojekts „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG)“; Anwendung des S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramms in Krankenhäusern; Fachberatungsstellen zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels und ihre Finanzierung; Verfahren der anonymen Spurensicherung; Beweissicherung ohne Anzeige; Grundzüge des künftigen Landesaktionsplans gegen Gewalt

Antr
s. *Häusliche Gewalt*
Drs 15/2788

Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KIAnfr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/3480

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderung

Zahl der Missbrauchsfälle in BW; Täter und Umfeld der Tat; Maßnahmen zur Prävention; Stärkung der Selbstbehauptung von Menschen mit Behinderung; fachlicher Austausch mit den Vertretern der Behinderteneinrichtungen; Fachberatungsstellen für die Betroffenen und deren Eltern

KIAnfr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3900

Arbeit der Mobbing-Hotline BW

Bedarf an einem Beratungsangebot für Mobbing-Opfer; Erkenntnisse über die durch Mobbing verursachten finanziellen Einbußen der Arbeitgeber sowie über die Folgen von Mobbing für das Sozialversicherungssystem; Zahl der über die Mobbing-Hotline in den Jahren 2009 bis 2012 durchgeführten telefonischen Beratungen; Bewertung der Arbeit der Mobbing-Hotline; Fortbildungsangebote zum Thema Mobbing; Finanzierung des Beratungsangebots, geeignete Rechtsformen und Trägerstrukturen zur Sicherung des Fortbestands der Mobbing-Hotline; weitere Hilfsangebote für von Mobbing betroffene Arbeitnehmer

Antr
s. *Mobbing*
Drs 15/3934

Beim Ausbau der Schulpsychologie herrscht Stillstand

Stand des Ausbaus der Schulpsychologenstellen entsprechend der Empfehlung des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen - Jugendgefährdung und Jugendgewalt“; Beanspruchung der vorhandenen

Schulpsychologen durch Verwaltungsaufgaben; Kosten eines Ausbaus der Leistungsfähigkeit der Beratungsstellenverwaltung; Beantragung von Mitteln zur Aufstockung der Beratungsstellen im Nachtragshaushalt; Besetzung der zugesagten Schulpsychologenstellen

Antr

s. *Schulpsychologische Beratung*

Drs 15/4139

Umsetzung von Platzverweisen für gewalttätige Partner

Verfahrensablauf bei Ausspruch eines Platzverweises gegen einen gewalttätigen Partner, insbes Richtlinien und Schulungen für Polizeibeamte, Informationsfluss zu Interventions- und Beratungsstellen, Sicherstellung zeitnaher beratender Maßnahmen für die Betroffenen

KlAnfr

s. *Platzverweis*

Drs 15/4193

Förderung der Beratungs- und Koordinationsstelle von Special Olympics durch das Land

Stellenwert des Sports bei der Miteinbeziehung von Menschen mit geistiger Behinderung in die Gesellschaft; Ressortzuständigkeit und Förderwürdigkeit der Sportorganisation Special Olympics BW; Höhe der bisherigen Fördermittel des Landes; künftige Bezuschussung der Beratungs- und Koordinationsstelle

Antr

s. *Behindertensport*

Drs 15/4472

Prüfung der Schaffung zentraler Beratungsstellen zur Unterstützung Hinterbliebener bei Todesfällen

Beratung und Unterstützung Hinterbliebener bei der Abgabe der gegenüber öffentlichen Stellen notwendigen Erklärungen; Einführung zentraler Erbschaftsstellen

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4680

Beratungsdienste

Ziele der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Beratung; Aufrechterhaltung der Förderung des betriebswirtschaftlichen Erfolgs sowie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe; Einbindung der Mitarbeiter der Beratungsdienste in das neue Beratungskonzept; Fortbestand der Unterrichtstätigkeit in den landwirtschaftlichen Fachschulen; Bereitstellung einer flächendeckenden landwirtschaftlichen Beratung; Kostensteigerung bei den Beratungsdiensten; Leistungsfähigkeit des künftigen Beratungsmodells

Antr

s. *Landwirtschaftliche Beratung*

Drs 15/5008

Doppelstrukturen bei der Energieeffizienzberatung auf der Schwäbischen Alb?

Aktionsplan „Energieeffizienz Biosphärengebiet Schwäbische Alb“; Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Münsingen durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Aufgabe des Koordinierungsbüros im Unterschied zu den bestehenden regionalen Energieagenturen in den Kreisen Esslingen, Reutlingen und Alb-Donau-Kreis; Verwendung der Fördermittel; Dienstleistung „Energiediagnose“; Beauftragung des BUND

Antr

s. *Energieberatung*

Drs 15/5331

Wirtschaftskompetenz stärken - Schülerfirmen unterstützen

Bedeutung von Schülerfirmen bei der Vermittlung und Aneignung von Wirtschaftskompetenz in der Sekundarstufe; statistische Angaben zu den in den letzten fünf Jahren gegründeten Schülerfirmen; Bewertung der vorhandenen Förderprogramme; Unterstützung und Anerkennung der sich unternehmerisch betätigenden Schüler und der sie begleitenden Lehrer; Hilfestellung der Schüler- und Juniorfirmenberatungsstelle der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie weiterer Kammern oder Unternehmen

Antr

s. *Unternehmensgründung*

Drs 15/5451

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG)

Verbindliche Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und Stärkung der Rechtsstellung psychisch kranker oder behinderter Personen, insbes Gewährleistung der ambulanten Grundversorgung durch die sozialpsychiatrischen Dienste, Etablierung unabhängiger Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen auf Kreisebene, Einrichtung einer übergeordneten unabhängigen Ombudsstelle auf Landesebene, Regelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und des Maßregelvollzugs

GesEntw

s. *Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz*

Drs 15/5521

Einfluss von sektenähnlichen Psychogruppen auf Schulen im LKreis Böblingen

Gruppe um eine die „Psychologische Lehr- und Beratungsstelle“ in Böblingen betreibende pensionierte Gymnasiallehrerin; Auskunft über deren Verbindung zum Begründer der sogenannten Zürcher Schule und zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“; Konkretisierung der Vorwürfe gegenüber einer der Gruppe angehörenden Grundschulleiterin; Zugehörigkeit weiterer Schulleiter und Lehrer zu jener Gruppe; Verbreitung ideologischer Inhalte im Unterricht und im Schulbetrieb; Dienstanweisung zur Verweisung an Beratungsstellen; Aufklärung der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 13.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5620

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.01.2015 Drs 15/6639 S. 14 15

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr

s. *Frau*

Drs 15/5648

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5651

Präventionsmaßnahmen zum Einbruchschutz

Gesetzliche Vorgaben und Verwaltungsvorschriften zum Einbruchschutz; Verankerung von Mindeststandards in der Landesbauordnung oder einer anderen Rechtsvorschrift; bestehende Präventionsmaßnahmen und Beratungseinrichtungen; Einführung einer Abwrackprämie für nicht einbruchssichere Fenster und Türen

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6521

Wohnberatungsstellen

Sachstand zur Arbeit von Wohnberatungsstellen für ältere und behinderte Menschen, insbes Angebot, Trägerschaft und Beratungsgebühr

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/6784

Entwicklung ambulanter Wohnformen auf Grundlage des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes BW (WTPG)

Nutzung der Beratungsstelle für ambulant betreute Wohnformen beim Kommunalverband für Jugend und Soziales BW; Beratungsschwerpunkte; Zahl der bisher auf der Basis des WTPG ins Leben gerufenen Wohngemeinschaften; Schwierigkeiten bei der Schaffung ambulant betreuter Wohnformen; bisherige Erfahrungen mit den in § 4 Abs 2 WTPG geforderten Abstandsregelungen, den Transparenzbestimmungen und der Zusammenarbeit bei der Durchführung von Prüfungen (§ 25 WTPG)

Antr
s. *Wohnform*
Drs 15/7979

Unabhängigkeit psychosozialer medizinischer Beratungsstellen
Sachstand zum Interessenkonflikt bei einer durch das Land geförderten unabhängigen psychosozialen Krebsberatungsstelle in den Räumen des Helios-Klinikums Pforzheim für die Zuführung von beratenen Patienten zur weiteren Behandlung an dieses Klinikum

KlAnfr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/8104

Beratungsunternehmen

s. *Unternehmensberatung*

Berechnungsverfahren (Sitzverteilung)

s. *Sitzverteilung*

Bereitschaftsdienst

s. *Bereitschaftszeit*

Bereitschaftspolizei

Pressemitteilung des Innenministeriums vom 3. August 2011 zur Modernisierung der technischen Ausstattung der Polizei

Höhe und Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel im Rahmen eines Sofortprogramms, insbes für die Beschaffung von Fahrzeugen der Bereitschaftspolizei; Verzicht auf die Zuständigkeit und Kostenübernahme des Bundes hierfür sowie für den Unterhalt, die Reparatur- und Werkstattkosten; Bewertung der Beschaffung von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizei durch das Land vom Rechnungshof

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/540

Polizeireform - Auswirkungen auf die Hochschule für Polizei

(Formelle) Beteiligung und Stellungnahme des MWK vor Veröffentlichung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeireform, Gründe für die Neustrukturierung des Präsidiums „Bildung und Personalgewinnung“ und Zuordnung der Hochschule für Polizei; Erhaltung der akademischen Selbstständigkeit der Hochschule für Polizei sowie der Aus- und Fortbildungsaufgaben bzw der Polizeischulen in der Zuständigkeit der Bereitschaftspolizei

Antr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/2077

Polizeireform: Standortkonzeption für die künftigen Ausbildungseinrichtungen der Polizei

Zahl und Standortverteilung der in Ausbildung befindlichen Anwärter für den gehobenen und mittleren Dienst, Gewichtung der Zuordnung auf heimatnahe Ausbildungsstandorte der Bereitschaftspolizei; Begründung der Reduzierung auf nur noch zwei Standorte im südlichen Teil des Landes; Forderung auch von Standorten in der Nähe der Landeshauptstadt und der nordbadischen Ballungsräume

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2256

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Beurteilung der Einführung von Namensschildern für Polizeibeamte zu Großeinsätzen in Berlin, Ablehnung der Entsendung der Bereitschaftspolizei für Einsätze in Berlin; Schaffung von Beförderungsmöglichkeiten bei der Bereitschaftspolizei

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 415 420 421

Beklagung mangelnder Unterstützung des Bundes bei der Fahrzeugausstattung der Bereitschaftspolizei

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1229

Bereitschaftszeit

EU-Arbeitszeitrichtlinie

Bewertung einer Regelung von Arbeitszeitbestimmungen auf europäischer Ebene, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber; Stand der Überarbeitung o.g. Richtlinie, Eintreten für einen europaweit arbeitsfreien Sonntag; Bewertung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit nach dem vom Europäischen Gerichtshof entwickelten Grundsatz

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 15/1839

Bergbau

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung einer EU-Richtlinie als Konsequenz auf Unglücke im Metallerzbergbau in Spanien und Rumänien, Regelungen zur Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit bergbaulichen Abfällen mit erheblichem Schadstoffpotenzial, Aufstellung von Notfallplänen für Abfallentsorgungseinrichtungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

GesEntw

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/1011

Fracking-Konzession im Bodenseegebiet

Gründe für die Verlängerung der Konzession des Unternehmens Parkyn Energy Germany für zwei Erdgaserkundungsfelder am Bodensee; Frage des Fortbestands der Konzession nach der Eingliederung des Unternehmens in den Konzern Rose Petroleum; Verhinderung von Probebohrungen in der Bodenseeregion

KlAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/5135

Beurteilung der unkonventionellen Gasförderung auf der gesetzlichen Grundlage des Bergrechts, Aufnahme einer UVP-Pflicht iR einer Novellierung des Bergrechts

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2315-2318

Bergbronn, Ortsteil

s. *Kreßberg*

Berggebiet

s. *Gebirge*

Bergland

s. *Gebirge*

Berglen

Sanierung und Ausbau der Landesstraße (L) 1120 zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg

Sachstand zu Gefahrensituation und Ausbauzustand der Landesstraße 1120 im Streckenabschnitt zwischen Berglen-Stöckenhof

und Althütte-Kallenberg, insbes Unfallstatistik, Verkehrsaufkommensprognose, Sanierungsbedürftigkeit

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/7904

Bergrecht

s. *Bergbau*

Bergregion

s. *Gebirge*

Bergrutsch

s. *Erdrutsch*

Bergwacht Schwarzwald

Einsatzsituation der Bergwacht in BW

Rechtlicher Status der Bergwacht Schwarzwald und der Bergwacht Württemberg; finanzielle Ausstattung dieser Bergrettungsorganisationen; Zahl und Art der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren; Anzahl der den Rettungsdienst ausübenden Mitglieder und deren Einsatzfähigkeit; technische Ausrüstung; Versicherungsstatus der Mitglieder bei einem Einsatz; Aufwandsentschädigung; finanzielle Förderung der Bergwacht durch das Land

Antr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/5831

Finanzierung der Bergwacht in Baden-Württemberg

Sachstand zur finanziellen Ausstattung der Bergwacht Schwarzwald und der DRK-Bergwacht Württemberg

KlAnfr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/8093

Bergwacht Württemberg

Einsatzsituation der Bergwacht in BW

Rechtlicher Status der Bergwacht Schwarzwald und der Bergwacht Württemberg; finanzielle Ausstattung dieser Bergrettungsorganisationen; Zahl und Art der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren; Anzahl der den Rettungsdienst ausübenden Mitglieder und deren Einsatzfähigkeit; technische Ausrüstung; Versicherungsstatus der Mitglieder bei einem Einsatz; Aufwandsentschädigung; finanzielle Förderung der Bergwacht durch das Land

Antr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/5831

Finanzierung der Bergwacht in Baden-Württemberg

Sachstand zur finanziellen Ausstattung der Bergwacht Schwarzwald und der DRK-Bergwacht Württemberg

KlAnfr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/8093

Bericht*EU-Fortschrittsbericht zur Donaunraumstrategie*

Bewertung der Ergebnisse des aktuellen Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur EU-Strategie für den Donaunraum (EUS-DR) und Konsequenzen für das Land BW, insbes Zusammenwirken der Landesministerien, Zusammenarbeit der Regierungen, aktuelle und künftige Arbeitsschwerpunkte, hauptsächlicher Mitteleinsatz, Zwischenbilanz im PAC 8-Prioritätsbereich „Wettbewerb/kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, Rolle der Donautransferzentren, Maßnahmen zu den ab 2014 geltenden Freizügigkeitsrechten für Bürger aus Bulgarien und Rumänien, Rolle der beruflichen Ausbildung

Antr
s. *Donaunraum*
Drs 15/3388

3. IQB-Länderbericht 2012 - Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP

Beurteilung der Ergebnisse des 3. Länderberichts 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Ursachen der schlechten Bewertung BW; Einfluss der Schulstruktur auf die Schulleistungen; Umsetzung der bildungspolitischen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Datenerhebung; Maßnahmen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den vergangenen zwei Jahren; Stärkung der Kompetenzen der Schüler in den sogenannten MINT-Fächern

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4170

Nachfrage im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Stand zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Schienenpersonennahverkehr und der Menge der bestellten Zugkilometer; Erkenntnisse über deutlich unterbesetzte Züge; Maßnahmen zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen; Erstellung eines regelmäßig dem Landtag vorzulegenden detaillierten Berichts über die Entwicklung von Zugangebot und Fahrgastzahlen auf den einzelnen SPNV-Strecken

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4837

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Bericht der ARD an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5125

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags; Zugrundelegung der Ergebnisse des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 sowie der Ansätze des Haushaltsplans für das Jahr 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5126

Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests - Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Umsetzung der Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests, insbes Aufsichtsregelungen, Ergänzung der Berichte durch das Justizministerium, Umgang mit Beschwerden über mangelhafte Berichte, Einführung einheitlicher Standards, Anpassung der notwendigen Personal- und Sachausstattung

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6104

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/6835

Ergebnis der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg eingesetzten Kommission

Sachstand zu den Ergebnissen der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg eingesetzten Kommission, insbes Zahl und Mitwirkung an den unterschiedlichen Berichtsversionen, ausgesprochene Empfehlungen für bestimmte Personengruppen oder Personen, Überlegungen des Ministeriums zu personellen Folgen an der Hochschule

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/7596

Bericht der Bundesregierung*Abbau der kalten Progression*

Initiative für eine Änderung des Einkommensteuertarifs im Bundesrat; regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs zur Abmilderung der kalten Progression; Vorlage eines Berichts über die Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf durch die BReg

Antr
s. *Steuertarif*
Drs 15/4634

„Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten“ (Armutsmigrationsbericht)

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen im Armutsmigrationsbericht, insbes Unterstützung der vorgeschlagenen Änderungen von Bundesgesetzen und im europäischen Sekundärrecht; Bewertung der Aussagen im Armutsmigrationsbericht zur Situation in der Stadt Mannheim

KIAnfr
s. *Soziale Sicherung*
Drs 15/5676

Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission

s. Kommunalen Finanzausgleich

Bericht der Landesregierung

Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW

Benennung der wesentlichen Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende in BW; Schwerpunkt Versorgungssicherheit der am 8. November 2013 vorgestellten Studie „Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW“; Berücksichtigung der Strompreisentwicklung und des Fortschritts beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in künftigen Monitoring-Berichten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4350

Männergesundheit im Fokus

Stärkung der geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung; Unterstützung von Initiativen und Projekten zum Thema Männergesundheit; Berücksichtigung der Gesundheit von Männern bei den Gesundheitszielen des Landes; Einführung eines Männergesundheitsberichts; Ansprechpartner im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4941

Jungen- und Männergesundheit in BW

Sachstand zur Jungen- und Männergesundheit in BW, insbes Bewertung des Berichts „Jungen- und Männergesundheit in BW 2015“, Umsetzung der Empfehlungen, besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/7432

Berkheim, Ortsteil

s. Esslingen am Neckar

Berlin

s.a. Abgeordnetenhaus von Berlin

Auskunft von Frau Ministerin Krebs zur Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Klärung der Frage einer Bedingung der o.g. Mitgliedschaft für die Beteiligung an Verfahren der Härtefallkommission des Landes Berlin

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/86

Berlin als Vorbild für BW? - Geplante Änderungen in der Lehrerbildung

Bewertung der Vorschläge der Expertenkommission „Ausbildung von Lehrkräften in Berlin“ zur Einrichtung eines gemeinsamen Lehramtsstudiengangs für Sekundarschulen und Gymnasien, der Abschaffung des eigenständigen Studiengangs „Lehramt Sonderpädagogik“ und der Einrichtung einer „School of Education“; möglicher Modellcharakter der Berliner Vorschläge für

die Arbeit der von der LReg eingerichteten „Expertenkommission Lehrerbildung“

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/2800

Lückenschluss Schnellstrecke Stuttgart-Berlin über die Murrbahn

Umsetzung des Konzepts einer ICE-Verbindung Stuttgart-Berlin über die Murrbahn; Einsatz eines „Flügelzugs“ zum geplanten ICE München-Nürnberg-Berlin

KlAnfr
s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*
Drs 15/4722

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/7389

Vergleich der Ausländerintegration mit Berlin, Forderung nach Niederlegung des Mandats von Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37 38 71 76 91

Verweisung auf die Kriminalitätsrate in Berlin; Beurteilung der Einführung von Namensschildern für Polizeibeamte in Berlin; Vergleich der Dotierung von Führungspositionen im neuen Integrationsministerium und in Berlin

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 411 412 415 440

Berliner Mauer

Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer am Sonntag, 9. November 2014

s. *Gedenken*
PIPr 15/112 S. 6677

Bermatingen

Landesstraßen im Bodenseekreis

Zeitpunkt des Baubeginns der Ortsumgehungen von Salem-Neufrach und Bermatingen im Zuge der L 205, Rangplatz in der Reihenfolge der zum Bau anstehenden Straßen

MdlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2089

Impulsprogramm - Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach

Stand der 2008 als Sonderprogramm aufgelegten Vorhaben und ihre Finanzierung; Planungsstand und Kostenentwicklung der noch nicht begonnenen Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach; Priorisierung o.g. Straßenbaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3847

Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach iRd Impulsprogramms 2008/2009

Aktueller Planungsstand, Zeitplan und Finanzierung des Baus der Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3956

Straßenplanungskapazität im Bodenseekreis

Sachstand zur Kapazität bei Straßenbauplanungen im Bodenseekreis, insbes Planungsaufwand und Planungsstand bei den Ortsumfahrungen Bermatingen, Salem-Neufrach und Hagnau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6804

Beruf

s.a. *Ausbildungsberuf*

s.a. *Berufsrecht*

s.a. *Kontaktstelle Frau und Beruf*

Ausbau der Kleinkindbetreuung sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/187

Berufsorientierung in den Schulen

Darstellung o.g. Angebote nach Schularten und Klassenstufen; Verankerung in den Bildungsplänen, in der Lehreraus- und -fortbildung sowie in der Selbst- und Fremdevaluation; einbezogene externe Partner wie Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen; verfügbare Handreichungen für die Schulen; Ausbau von Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Jungen für nicht geschlechtstypische Berufe; Informationsangebote von Vereinen für Hochbegabte und Studienmöglichkeiten; Erkenntnisse über Berufspraktika von Schülern in Eigeninitiative

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/357

Frauen als Ernährerinnen

Anteil der o.g. Frauen im Vergleich zur traditionellen Rollenverteilung, zu den anderen BLändern und EU-Staaten; Darlegung der hauptsächlichen Berufe der Alleinverdienerinnen und der Bewertung in der Arbeitswelt, insbes der besonderen Belastung von alleinerziehenden Frauen; Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen und sozialen Situation der Familienernährerinnen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/686

Binationale Ehen

Anteil und Herkunftsländer der mit deutschen Partnern verheirateten Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund, Gründe für den größeren Erfolg und höhere Einkommen dieser Migranten im Berufsleben im Vergleich zu Migranten mit Ehepartnern aus derselben Migrantengruppe

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/861

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anerkennung von Berufsqualifikationen

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der VO über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems KOM(2011)883 endg.

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1201

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1286

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1387

Ausweitung des Modells der Teilzeitausbildung

Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer und Förderung des o.g. Modells; Möglichkeiten zur Einbindung der beruflichen Schulen, öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen, von Kammern, kleinen und mittleren Unternehmen und weiteren Akteuren; Erleichterung des Zugangs zu weiteren Ausbildungsberufen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1811

Frauen in MINT-Berufen in BW

Frauenanteil in MINT-nahen Berufsausbildungen und Studiengängen; Ursachen und Gründe für ihre schwache Repräsentation; Effektivität der Initiativen und Projekte zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Steigerung; Rückgewinnung nicht erwerbstätiger Ingenieurinnen für den Arbeitsmarkt; Karrierechancen für Frauen in MINT-Berufen; Maßnahmen in anderen europäischen Staaten

Antr
s. *Frau*

Drs 15/2633

Lehrerbildung

Stand der Neuordnung der Lehrerbildung; Bestimmung der beruflichen Eignung angehender Lehrer

MdlAnfr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/5396

Stabile Regelung für häusliche Betreuung durch externe Betreuungskräfte sicherstellen

Aktuelle Daten zur häuslichen Pflege in BW; statistische Erfassung der Pflegefälle und der Qualität der Betreuung; Fördermodelle zur Betreuung in anderen Staaten der Europäischen Union; Initiierung eines Hausbetreuungsgesetzes im Bundesrat mit folgenden Inhalten: Fördermittelmodell zur Betreuung von Pflegebedürftigen, arbeits- und steuerrechtliche Einordnung des Berufs des Personenbetreuers, Sicherung der Betreuungsqualität und Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Antr

s. *Häusliche Pflege*

Drs 15/5931

Doping am Arbeitsplatz - Medikamentenmissbrauch in BW

Sachstand zum Konsum von Medikamenten zur Leistungssteigerung am Arbeitsplatz in BW, insbes Kenntnisstand über verwendete Mittel sowie Gründe und Risiken für solche Praktiken, geplante Maßnahmen zur Eindämmung dieses Phänomens auch im Bereich der Landesbediensteten

Antr

s. *Arzneimittelmisbrauch*

Drs 15/6845

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Plädoyer für eine kinderfreundlichere Gesellschaft

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenbetreuungsplatz bis 2013; Ermöglichung einer Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss für jeden Jugendlichen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 24 25 27

Anstrengung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verweisung auf den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 36 37 41 42 51

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erinnerung an den starken Ausbau der Kleinkind- und Ganztagsbetreuung, Notwendigkeit einer offeneren Berufswahl von Mädchen und jungen Frauen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 196 197 199 201

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959-968 971

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kita-Plätze, Bewertung des Betreuungsgelds als kontraproduktiv

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2151 2152 2154 2157 2160

Beruf und Familie*Weibliche Repräsentanz an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in BW*

Anteil der weiblichen Studierenden, des weiblichen Personals und der Hochschullehrerinnen; geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Rektorate, Hochschulräte und Senate; Anteil des weiblichen Personals in den Leitungsorganen und Gremien; Gewährleistung der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie; Ermütigung von Studentinnen zu leitenden Tätigkeiten im Beruf; Potenzial der für Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung geeigneten Absolventinnen

Antr

s. *Frauenquote*

Drs 15/2654

Telearbeit in der Steuerverwaltung

Erfahrungen in anderen Bundesländern (tabellarische Aufstellung); Chancen (z.B. Erhöhung der Vereinbarkeit von Beruf und privater familiärer Lebensführung) und Risiken (z.B. beim Datenschutz und der Wahrung des Steuergeheimnisses); Organisations- und Koordinationsaufwand beim Einrichten und Unterhalten von Telearbeitsplätzen; Kosten pro Telearbeitsplatz; Bedarf an Heimarbeitsplätzen nach einer Umfrage der Oberfinanzdirektion; Einrichtung auswärtiger Dienstsitze; weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Steuerverwaltung

Antr

s. *Telearbeit*

Drs 15/2738

Kinderbetreuungsangebote an den Hochschulen in BW

Daten und Entwicklung von Kinderbetreuungsangeboten an den Hochschulen, insbes Höhe der Fördermittel, ausreichendes Fachkräfteangebot sowie Bedarfsdeckung, Qualität, Umfang und Permanenz des Betreuungsangebots; Zusatzangebote für Studierende mit Kind; Einfluss eines positiv zertifizierten Kinderbetreuungsangebots auf das Hochschulranking

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 15/2960

Frauen + Wirtschaft = Wachstum

Situation und Statistik zu Frauenarbeitsverhältnissen in der Wirtschaft Baden-Württembergs, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Beschäftigten in der Wirtschaft im Deutschland- und EU-Vergleich; Initiativen von Staat und Wirtschaft zur Erhöhung des Frauenanteils in der Wirtschaft und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbes Bewertung der Arbeit von „familyNET“

Antr

s. *Frauenerwerbstätigkeit*

Drs 15/4579

Vereinbarkeit von Familie und Landtagsmandat in BW

Einführung von Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten für Abgeordnete; Änderung des § 75 der Geschäftsordnung des Landtags von BW

Antr

s. *Landtag, Geschäftsordnung*

Drs 15/5500

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Ermöglichung der freiwilligen Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres; Rückführung der besonderen Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für die Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte durch die wirkungsgleiche Übertragung entsprechender Regelungen für Tarifbeschäftigte; weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts bei Regelungen zu den Bildungsvoraussetzungen für den mittleren Dienst sowie durch Anrechnung von Zeiten in Freiwilligendiensten auf die Probezeit

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW (Chancengleichheitsgesetz - ChancenG) und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW, insbes Ablösung des bisherigen Chancengleichheitsgesetzes aus dem Jahr 2005, gezielte Förderung des beruflichen Vorankommens von Frauen in der Verwaltung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Pflegeaufgaben und Beruf für Frauen und Männer, Verpflichtung zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in Stadt- und Landkreisen und Städten ab 50.000 Einwohnern, Stärkung der Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/7844

Berufliche Ausbildung

s. *Berufliche Bildung*

Berufliche Bildung

- s.a. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*
- s.a. *Ausbildungsabschluss*
- s.a. *Ausbildungsförderung*
- s.a. *Ausbildungsstätte*
- s.a. *Auszubildender*
- s.a. *Berufliche Weiterbildung*
- s.a. *Berufsbildende Schule*
- s.a. *Berufsfachschule*
- s.a. *Berufsvorbereitung*
- s.a. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
- s.a. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
- s.a. *Internationales Institut für Berufsbildung*
- s.a. *Lehrerbildung*
- s.a. *Pflegeausbildung*
- s.a. *Praktikum*

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Anstreben eines Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebots für alle Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der jungen Migranten und benachteiligten Jugendlichen, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife der Bewerber und zur Reduzierung der Zahl von Ausbildungsabbrüchen, Stärkung der

Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife, Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum sowie des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, Entwicklung eines Zeitplans zur Einführung der integrierten Ausbildungsstatistik

Antr CDU 26.05.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/42
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 329-336

Regierungsbefragung

Bilanz der Ausbildungssituation in BW - Bericht zum Spitzengespräch am 10.06.2011

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 164-167

„*Integration und Fernsehen*“ - ZKM-Projekt „*Agac yas iken egilir*“

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/181

Anerkennungsgesetz

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Einschätzung des damit zu gewinnenden Fachkräftepotenzials in BW, Umsetzung des Gesetzes nach Inkrafttreten, Förderung von Anschluss- und Weiterbildungsqualifikationen

Antr
s. *Ausbildungsabschluss*
Drs 15/279

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/315

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Mittlg LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/316

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
Drs 15/319

Rahmenbedingungen der Unterbringung von Asylbewerbern und Grundlagen für deren Integration im Falle des Erhalts eines Aufenthaltstitels in BW

Kriterien für die Unterbringung von Flüchtlingen in BW; Quoten/Verteilungsschlüssel für die Zuweisung auf LKreise bzw Kommunen; Angaben zur Gruppengröße und der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in den Gemeinschaftsunterkünften; die zehn größten Standorte und ihre spezifischen Probleme; Anforderungen an die Lage, Größe und Ausstattung künftiger Gemeinschaftsunterkünfte; Angebot an Sprach- und Integrationskursen; berufliche Ausbildung insbes junger Asylbewerber, um Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/501

Gute Arbeit in BW durch Tariftreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger

Aktuelle Debatte
s. *Arbeit*
PIPr 15/13 S. 512

Potenzial der Studienabbrecher nutzen - Fachkräftemangel bekämpfen

Entwicklung der Zahlen von Studienabbrechern und ihrer weiteren Berufswege; Darstellung der Begleitung durch die Hochschulen, insbes Ermöglichung von Kontakten zu einer praxisbezogenen Ausbildung; Hinwirkung auf eine vertiefte Berufsorientierung mit Betriebspraktika für die Schüler und Lehrkräfte auch an allgemeinbildenden Gymnasien

Antr
s. *Studienabbruch*
Drs 15/755

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung der an den Realschulen praktizierten Berufsorientierung; Entwicklung der Übergangszahlen von Absolventen in eine duale Berufsausbildung

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Einführung einer Ausbildung zum „Technischen Assistenten für regenerative Energietechnik und Energiemanagement“

Einführung des o.g. Ausbildungsangebots an den beruflichen Schulen, Aufnahme entsprechender Gespräche mit den Kammern

KlAnfr
s. *Techniker*
Drs 15/1170

Duale Ausbildung stärken und ihre Attraktivität steigern

Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen mit einem Stufenplan; Erarbeitung von Leitlinien zur Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung der Demografie, des Berufswahlverhaltens und der Modernisierung von Ausbildungsberufen; Erhaltung der Attraktivität des Direkteinstiegs der Schulabgänger ins duale Ausbildungssystem; Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag zur Anerkennung schulischer Ausbildungszeiten durch die Kammern sowie Einführung der Kammerprüfung für Berufskollegs

Antr FDP/DVP 07.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1223
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2596-2605

Duales Ausbildungsangebot für die Gewinnung zusätzlicher Erzieherinnen und Erzieher

Ausgestaltung der o.g. Neuordnung im Vergleich zu der bisherigen Ausbildung an einer Fachschule für Sozialpädagogik, Darlegung der Zugangsvoraussetzungen und der praktischen Ausbildungsabschnitte bei unterschiedlichen Trägern, Zeitplan für eine flächendeckende Einführung und eine mögliche Ersetzung der bisherigen Ausbildungsstruktur an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Gewinnung von mehr männlichen Auszubildenden für das Berufsbild Erzieher

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/1230

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1239

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 07.03.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1387
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 12 13
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Radikale Kürzung der Lehrstellen an beruflichen Schulen

Zeitpunkt der Information der beruflichen Schulen über die Zahl der verfügbaren Lehrkräfte; Vereinbarkeit der geplanten Kürzung mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der beruflichen Gymnasien und Umsetzung des Rechtsanspruchs von Realschülern auf Aufnahme, mit der flächendeckenden Erhaltung der dualen Ausbildung, von kleineren Klassen und berufsbildenden Angeboten; geplante Schritte für den Abbau des strukturellen Versorgungs-

defizits, Festhalten an der Gewinnung von Quereinsteigern für den beruflichen Schuldienst

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/1471

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/1561

Berufseinstiegsbegleitung fortführen und ausbauen

Erfahrungen mit dem o.g. Angebot an Schulen seit 2009, Zahl der (erfolgreichen) Teilnahmen von Schülern beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Ausbildung, Höhe und Träger der Kosten, Bewertung der Überführung der Berufseinstiegsbegleitung in den Regelleistungskatalog der Bundesagentur für Arbeit, Beteiligung an der seit April 2012 erforderlichen Kofinanzierung, Art und Ergebnisse von Gesprächen zwischen Ministerien und Institutionen zum Ausbau des Angebots

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1635

Ausbildungssituation im Weinbau in BW

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/1701

Das berufliche Übergangssystem in BW

Bewertung der Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems sowie der Teilnehmerzahlen seit 2002, Auswirkungen auf das Eintrittsalter der angehenden Auszubildenden in das duale System, Anrechnung der erworbenen Qualifikationen, geplante Veränderungen?

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1783

Ausweitung des Modells der Teilzeitausbildung

Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer und Förderung des o.g. Modells; Möglichkeiten zur Einbindung der beruflichen Schulen, öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen, von Kammern, kleinen und mittleren Unternehmen und weiteren Akteuren; Erleichterung des Zugangs zu weiteren Ausbildungsberufen

KIAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 12.06.2012 und Antw MFW Drs 15/1811

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr
s. *Ausbildungsplatz*

Drs 15/1895

Nachwuchs im Handwerk sichern

Entwicklung der Differenz zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage im Handwerk seit 2002; Erwartung eines Rückgangs der Anforderungen mit der sinkenden Zahl von Bewerbern; Entwicklung der Zahlen von Absolventen differenziert nach Schularten, die ein Studium, eine duale Ausbildung und im Anschluss eine Weiterbildung zum Meister oder Techniker einschlagen in den letzten zehn Jahren; verstärkte Werbung für die Möglichkeit einer dualen Ausbildung parallel zur Erlangung der Fachhochschulreife

Antr
s. *Handwerk*
Drs 15/1897

Die Anerkennung des Realschulabschlusses nach erfolgreicher Berufsausbildung

Darlegung der o.g. Voraussetzungen für Auszubildende nach einer erfolgreichen Berufsausbildung; Information der Schulleiter und Beruflichen Schulen über die Verwaltungsvorschrift „Erwerb eines dem Hauptschulabschluss oder dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstandes an beruflichen Schulen“ und deren Anwendung

KIAnfr
s. *Ausbildungsabschluss*
Drs 15/2303

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/2333

Ausbildungssituation in BW

Verhältnis von Bewerbern und Ausbildungsplätzen der Dualen Ausbildung (nach Branchen) zum 1. September 2012 im Enzkreis und in BW; Bewerberanzahl und Ausbildungsplätze in den Jahren 2002 bis 2012 im Enzkreis; absoluter und relativer Anteil der gewerblich-technischen Berufe in der Dualen Ausbildung in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Förderung des gewerblich-technischen Bereichs; Einrichtung sogenannter Kleinklassen zum Schuljahr 2012/2013; Einrichtung von Klassen für Auszubildende des ersten Ausbildungsjahrs an Berufsschulen 2007 bis 2012

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 28.09.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2411 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.03.2013 Drs 15/3712 S. 9-11
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Migranten in Pflegeberufen

Aktuelle Anzahl der o.g. Personen; Veränderungen im Vergleich zu vergangenen Jahren und ihre Ursachen, Maßnahmen und Anreize zur Erhöhung der Anzahl der Pflegekräfte aus dem Perso-

nenkreis der Migranten; Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung, Anzahl der Auszubildenden und Ausbildungsplätze

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2433

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/2849

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr
s. *Palästinensische Gebiete*
Drs 15/4365

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 25.11.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/4378
BeschlEmpf und Bericht EuA 20.03.2014 Drs 15/5052 S. 70 71
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Qualifizierung von Leitstellendisponenten für die Tätigkeit in Integrierten Leitstellen

Tätigkeit und Qualifikation von Leitstellendisponenten in Integrierten Leitstellen, insbes Aus- und Weiterbildung gemäß Anlage 3 der gemeinsamen Hinweise zur Leitstellenstruktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr vom 9. Oktober 2010

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/4717

Zukunft der beruflichen Ausbildung und Umorientierung

Durchschnittsalter von Auszubildenden zu Beginn und am Ende ihrer Ausbildung; Bewertung von Angeboten für „Spätstarter“ im Hinblick auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Integration junger Menschen ohne Berufsausbil-

dung in den Arbeitsmarkt; Gewinnung von Studienabbrechern für Ausbildungsberufe; Nachfrage nach beruflicher Ausbildung im Abstand zum Schulabschluss sowie nach betriebsinternen Umschulungs- und Qualifizierungsangeboten; Ausnahmeregelung beim Mindestlohn

KlAnfr Leopold Grimm u.a. FDP/DVP 09.04.2014 und Antw MFW Drs 15/5048

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 13 - Förderung der beruflichen Ausbildung (Investitionen) (Kap 0710)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5413
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5913
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 15.07.2015 Drs 15/7169
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7499
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Bildungszeitgesetz BW (BzG BW)

Rechtsanspruch für Beschäftigte in BW gegenüber ihrem Arbeitgeber oder Dienstherrn auf Freistellung von der Arbeit an bis zu fünf Tagen pro Jahr zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen oder der politischen Weiterbildung sowie für die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit unter Fortzahlung ihrer Bezüge

GesEntw
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/6403

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Stärkung des dualen Ausbildungssystems, Ermöglichung einer Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss für jeden Jugendlichen, Gleichstellung des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Ermöglichung einer Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss für jeden Jugendlichen, Stärkung des dualen Ausbildungssystems

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52 55 56 68

Verweisung auf die Ausklammerung des beruflichen Bildungssystems durch die OECD bei ihren internationalen Vergleichsstudien; Feststellung von Defiziten bei den Übergängen im Bereich der beruflichen Bildung, Angebot einer geförderten Ausbildung für Bildungsschwache

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 501-504 513-516 519 520

Förderung von Modellen der assistierten Ausbildung für benachteiligte Jugendliche; Erleichterung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176-1179 1181-1183 1239 1241 1243 1244 1247 1248

Einführung einer Teilzeitausbildung für Frauen nach der Familienphase

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1532

Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung von jungen Menschen aus Burundi in Mannheim; Chancen der Realschulabsolventen auf dem dualen Ausbildungsmarkt

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1617 1619 1628 1629 1632 1634

Qualifizierung der Schulabgänger für eine duale Ausbildung

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1722 1723

Anstrengung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung; Qualifikation und Motivation von jungen Menschen im Übergangssystem für eine duale Ausbildung

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2221-2223 2225-2228

Berufliche Förderschule

s. Berufsförderschule

Berufliche Förderung behinderter Menschen

s. Berufliche Rehabilitation

Berufliche Förderung von Soldaten

s. Berufsförderung der Soldaten

Berufliche Fortbildung

s. Berufliche Weiterbildung

Berufliche Interessenvertretung

s. Berufsverband

Berufliche Qualifikation

s.a. Berufsqualifikationsrichtlinie

s.a. Gesetz zur Verbesserung der Feststellung u. Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen

Anerkennungsgesetz

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Einschätzung des damit zu gewinnenden Fachkräftepotenzials in BW, Umsetzung des Gesetzes nach Inkrafttreten, Förderung von Anschluss- und Weiterbildungsqualifikationen

Antr

s. Ausbildungsabschluss

Drs 15/279

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Anerkennung von Berufsqualifikationen

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der VO über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems KOM(2011)883 endg.

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1201

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr

s. Berufliche Bildung

Drs 15/1387

Das berufliche Übergangssystem in BW

Bewertung der Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems sowie der Teilnehmerzahlen seit 2002, Auswirkungen auf das Eintrittsalter der angehenden Auszubildenden in das duale System, Anrechnung der erworbenen Qualifikationen, geplante Veränderungen?

Antr

s. Berufsvorbereitung

Drs 15/1783

Die Anerkennung des Realschulabschlusses nach erfolgreicher Berufsausbildung

Darlegung der o.g. Voraussetzungen für Auszubildende nach einer erfolgreichen Berufsausbildung; Information der Schulleiter und Beruflichen Schulen über die Verwaltungsvorschrift „Erwerb eines dem Hauptschulabschluss oder dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstandes an beruflichen Schulen“ und deren Anwendung

KIAnfr

s. Ausbildungsabschluss

Drs 15/2303

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr

s. Gesundheitsberuf

Drs 15/2333

Erleichterungen für Erzieherinnen und Erzieher im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz

Pläne zur Deckung des steigenden Bedarfs an Fachkräften in Kindertagesstätten; berufsrechtliche Regelungen für bereits über einen vergleichbaren Abschluss verfügende Absolventen der Fachschulen für Sozialpädagogik; Frage der Einbeziehung der Fachschulen für Sozialpädagogik

Antr

s. Erzieher

Drs 15/2337

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Ziele, Verfahrensablauf und Auswirkungen des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz), insbes Zulauf ausländischer Fachkräfte nach BW, Qualitätserhalt deutscher Berufsabschlüsse, einbezogene Berufe auf Bundesebene und Effizienz des Verfahrens durch die zentrale Anerkennungsstelle; Zahl der Anträge und Bescheide seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes; beantragte Berufsarten im Anerkennungsverfahren in BW; Unterstützung und Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Regelung der Berufsanerkennung auf EU-Ebene und weiterer Regelungsbedarf

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 24.01.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/2919

Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG)

Modernisierung und Erweiterung des Fachkräftecatalogs der Kindertageseinrichtungen durch die Aufnahme weiterer Berufsbezeichnungen und beruflicher Qualifikationen; Anpassung der Aufgabenbeschreibung für die Leitungskräfte in den Tageseinrichtungen an die Aufgabenbeschreibung für Fachkräfte nach § 22 Absatz 2 SGB VIII

GesEntw
s. *Kindertagesbetreuungsgesetz*
Drs 15/3209

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Neugründung von Betrieben sowie die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes, insbes Statistiken zur handwerklichen Qualifikation der Neugründer, zum Betriebserfolg sowie zur Anzahl der Gewährleistungsansprüche im Schadensfall; Qualitätskriterien und Standards für Fliesenlegerbetriebe

Antr
s. *Handwerk*
Drs 15/3229

Anforderung an die Sprachkenntnisse ausländischer Pflegekräfte in BW

Anerkennung ausländischer Kranken- und Altenpfleger als Fachkräfte; Rechtsgrundlage für die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen, zuständige Stellen; Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern; Wettbewerbsnachteile für Pflegeeinrichtungen in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse ausländischer Fachkräfte

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/3273

Landesanererkennungsgesetz

Planung und Einbringung eines Landesgesetzes zur Verbesserung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse im Anschluss an das 2012 in Kraft getretene Bundesgesetz, insbes detaillierter Gesetzgebungsstand in anderen Bundesländern; Notwendigkeit und Planungsstand eines Landesanererkennungsgesetzes für BW

Antr FDP/DVP 09.04.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3329
PIPr 15/83 27.11.2013 S. 5001-5005

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Weiterbildung atypisch Beschäftigter

Förderung der Weiterqualifizierung atypisch Beschäftigter; Zertifizierung informell erworbener Kompetenzen in Betrieben, Unternehmen und Verbänden; Erkenntnisse über die Anerkennung von Kompetenz- und Qualifizierungspässen in den Betrieben; Wirksamkeit der Qualifizierungsmaßnahmen, Wechsel atypisch Beschäftigter in ein Normalarbeitsverhältnis infolge beruflicher Fortbildung; Berücksichtigung von Weiterbildungsmöglichkeiten für atypisch Beschäftigte im Bildungsfreistellungsgesetz

Antr
s. *Atypische Beschäftigung*
Drs 15/3931

Frauen im Handwerk in BW

Anteil der von Frauen geführten Handwerksbetriebe an der Gesamtzahl der baden-württembergischen Handwerksbetriebe; Zahl der Handwerksmeisterinnen nach Branchen; Anteil der in Handwerksbetrieben tätigen weiblichen Familienangehörigen, Art und Umfang von deren Tätigkeit; Qualifikations- und Fortbildungsangebote für Frauen im Handwerk und ihre Nutzung; Netzwerke für Frauen im Handwerk

Antr
s. *Frau*
Drs 15/3994

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kasenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/4059

Studium der Elementaren Musikpädagogik

Musikalische Früherziehung als Angebot an alle Kinder; Studium der Elementaren Musikpädagogik, Studienangebote an den

Hochschulen, Anzahl der Studienbewerber, Studierenden und Absolventen in den letzten fünf Jahren; eine Ausbildung in Elementarer Musikpädagogik voraussetzende Berufsfelder; voraussichtlicher Bedarf an Absolventen in den verschiedenen Berufsfeldern, insbes im Bereich der musikalischen Früherziehung in Kindertagesstätten und Musikschulen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/4245

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Erleichterte Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen durch die Regelung des allgemeinen Anspruchs auf individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen für landesrechtlich geregelte Berufe; Erlass des Landesanererkennungsgesetzes als Artikelgesetz entsprechend der Struktur des Bundesgesetzes

GesEntw LReg 12.11.2013 Drs 15/4325 (171 S.)
1. Beratung PIPr 15/83 27.11.2013 S. 5001-5005
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 11.12.2013 Drs 15/4452 (dazu ÄAntr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE und Rosa Grünstein u.a. SPD Nr. 1 und ÄAntr Dr. Bernhard Lassotta CDU Nr. 2) (17 S.)
ÄAntr CDU 17.12.2013 Drs 15/4514-1 S. 1-5
EAntr CDU 17.12.2013 Drs 15/4514-2 S. 6
2. Beratung PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5182-5188
GesBeschl 18.12.2013 Drs 15/4529 (46 S.)
GBI 2014 Nr. 1 S. 1-44 (Ges vom 19.12.2013)
Berichtigung GBI 2014 Nr. 5 S. 91
Mittlg LReg 23.02.2017 Drs 16/1391 (24 S.)

Ausbildungsinhalt Sport in Kindertagesstätten

Regelung der Aus- und Fortbildung von Erziehern im Bereich Bewegungserziehung und Sport sowie Ausbildungsinhalte; Zahl der Motorikzentren und Bedarfsabdeckung der dort erlangten Qualifizierungen; Umsetzung der Kooperationen zwischen Kindergärten und Sportvereinen nach dem Landesprogramm „Kooperation Schule - Verein“; Zahl der zertifizierten „bewegungsfreundlichen Kindergärten“

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/4476

Duale Ausbildung stärken - Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!

Erhalt des Meisterbriefs zur Stärkung der dualen Ausbildung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen sowie der Zahl der Ausbildungsplätze in BW, Deutschland und Europa; Qualifikationsnachweise von Leitern bestehender und neu gegründeter Handwerksbetriebe in BW und Deutschland; umfassende Evaluation der Novelle der Handwerksordnung von 2004

Antr
s. *Meister*
Drs 15/4687

Qualifizierung von Leitstellendisponenten für die Tätigkeit in Integrierten Leitstellen

Tätigkeit und Qualifikation von Leitstellendisponenten in Integrierten Leitstellen, insbes Aus- und Weiterbildung gemäß Anlage 3 der gemeinsamen Hinweise zur Leitstellenstruktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr vom 9. Oktober 2010

KIAnfr

s. *Rettungsdienst*
Drs 15/4717

Pläne der Europäischen Kommission zu den sogenannten reglementierten Berufen

Auswirkungen der Pläne der Europäischen Kommission zum erleichterten Zugang zu sogenannten reglementierten Berufen, insbes auf die duale Ausbildung, das Handwerk und andere reglementierte Berufe wie Ärzte und Apotheker

Antr
s. *Berufsfreiheit*
Drs 15/4833

Umsetzung der Eckpunkte zur Neugestaltung des Übergangs Schule - Beruf

Stand der Unterredungen mit den Partnern des „Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in BW 2010 bis 2014“; Schulversuch „Duale Ausbildungsvorbereitung (AV dual)“; Einrichtung des Bildungsgangs „Duale Berufsqualifizierung (BQ dual)“; Beteiligung von Stadt- und Landkreistag sowie der Wirtschaftsverbände und Kammern an der Auswahl der Modellregionen

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/4964

Auswirkungen einer Erhöhung der Akademisierungsquote auf Ausbildung und Beschäftigung

Voraussichtlicher Fachkräftebedarf in BW für den Zeitraum 2014 bis 2030; die voraussichtlich benötigte berufliche Qualifikation; Berufschancen von Hochschulabsolventen; Bereitschaft von Abiturienten zu einer Lehre im System der Dualen Ausbildung; Verringerung der Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei der Besetzung offener Stellen; Erhaltung der Wertschöpfung am Standort BW

KIAnfr Leopold Grimm FDP/DVP 03.04.2014 und Antw MFW Drs 15/5032 (29 S.)

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit

Antr
s. *Freizügigkeit*
Drs 15/5076

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht

Ersetzung der bisherigen statischen Verweisung im Architekten-gesetz und dem Ingenieurgesetz durch eine dynamische Verweisung auf die jeweils geltende Fassung der Berufsanerkenntnisrichtlinie der Europäischen Union

GesEntw
s. *Bauberuf*
Drs 15/5445

Umsetzung der beruflichen Anerkennung in BW

Situation bei der beruflichen Anerkennung in BW, insbes Personenzahl mit ausländischen Berufsabschlüssen aus EU-Staaten bzw Drittstaaten, Bearbeitungsdauer und Personaleinsatz bei Anträgen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz BW

(BQFG-BW); Maßnahmen von Unternehmen und Verbänden zur Arbeitskräftegewinnung im Ausland und Strukturen zur Erleichterung des „Ankommens“ in BW

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 09.07.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5455 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.01.2015 Drs 15/6921 S. 75-77
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KIAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5709

Situation und Zukunft der beruflichen Qualifikation von Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten in BW

Sachstand der beruflichen Qualifikation von Physiotherapeuten in BW, insbes Einbeziehung bei Initiativen gegen Fachkräftemangel, derzeitige Finanzierung der beruflichen schulischen Qualifizierung, Auswirkungen der Abschaffung des Schulgeldes, Möglichkeiten und künftige Ausgestaltung der staatlichen Zuschüsse, Sicherung des Qualitätsprofils

Antr
s. *Physiotherapeut*
Drs 15/5849

Fachkräftepotenzial von Flüchtlingen nutzen

Nutzung des Fachkräftepotenzials von Flüchtlingen, insbes Ermittlung der beruflichen Qualifikation, Einsatz von Förderinstrumenten zur Qualifizierung für den Arbeitsmarkt, Erreichung eines ausreichenden Kenntnisstand der deutschen Sprache

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5862

Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen und Zulassung „ausländischer“ Fachkräfte in BW

Ungenutztes Potenzial von Menschen mit internationalen Wurzeln bei im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen; Bezahlung von Menschen in Anpassungslehrgängen; zeitnahe Durchführung von beruflichen Anerkennungsverfahren

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 13.10.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5866
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.01.2015 Drs 15/6921 S. 75-77
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Situation der Pflegehelfer

Sachstand bei der Umsetzung der Nachqualifizierung zum Beruf des Altenpflegers von bereits im Pflegebereich Arbeitenden und Berufsrückkehrern, insbes Erfahrungen mit den Netzwerken Altenpflegeausbildung sowie regionalen Kooperationsverbänden zur Nachqualifizierung, Bewertung der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege 2012-2015

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/6094

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegeschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegeschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/6095

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr
s. *Landwirtschaftsverwaltung*
Drs 15/6119

Gefahr der Angleichung von Ausbildungsinhalten im Bereich der dualen Ausbildung durch detaillierte Vorgaben zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie

Sachstand zu Plänen der Europäischen Kommission zur Reform der Berufsanerkennungsrichtlinie; Auswirkungen von zu detaillierten EU-Vorgaben für Ausbildungsinhalte im Bereich der dualen Ausbildung

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/6562

Personelle Ausstattung des Kriminaldauerdienstes

Qualifizierung und Zuweisung von Beamten der Schutzpolizei für die Tätigkeit im Kriminaldauerdienst

MdlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6566

Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte

Sachstand zu Vorgaben und Verfahren bei der Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte, insbes Auswirkung der Umstrukturierung der bisherigen Abteilungen der Regierungspräsidien auf die Verfahrensdauer, Daten zu gestellten Anträgen und Entscheidungen sowie zu Ablehnungsgründen

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/6640

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7452

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der EU-Richtlinie 2005/36/EG, insbes Sicherung des Fachkräfteangebots, bessere Integration von Migranten und Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, Einführung eines europäischen Vorwarnmechanismus, Europäischer Berufsausweis, partieller Berufszugang, Regelung zu Fristen und einzureichenden Dokumenten, Ermöglichung einer elektronischen Antragstellung, Anpassung von Statistikvorschriften, Einbindung eines Einheitlichen Ansprechpartners in die Verfahrensabwicklung

GesEntw LReg 13.10.2015 Drs 15/7554 (40 S.)
1. Beratung PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8458-8460
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/7703 (dazu ÄAntr Rosa Grünstein u.a. SPD und Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE)
2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8558 8559
GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7783
GBI 2015 Nr. 22 S. 1040-1047 (Ges vom 01.12.2015)

Ausbildung von Physiotherapeuten und Sicherung der Ausbildungsstandorte

Sachstand zu Kosten und Zuschüssen zur beruflichen Qualifikation von Physiotherapeuten in BW, insbes Fördermöglichkeiten für Psychotherapieschulen

Antr
s. *Physiotherapeut*
Drs 15/7570

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Umsetzung europäischer Vorgaben bezüglich der Anerkennung von Berufsqualifikationen; Anpassung des Heilberufe-Kammergesetzes an Anforderungen der Praxis und Entwicklungen im Bereich der Selbstverwaltung, insbes bei Aufbewahrungspflicht für Patientenakten, Sprachprüfungen bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen

GesEntw
s. *Heilberufe-Kammergesetz*
Drs 15/7678

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KIAnfr
s. *Datenerhebung*
Drs 15/7733

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr
s. *Ausländerintegration*

Drs 15/7855

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze
Umsetzung der novellierten Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG für die Berufsgruppe der Architekten und Ingenieure und landesrechtliche Einführung der Partnergesellschaft mit beschränkter Berufshaftung für beide Berufsgruppen; Änderung der Regelungen zur Versicherungsaufsicht für die Versorgungswerke der Architekten, Ingenieure, Steuerberater, Rechtsanwälte und Notare; Ermöglichung der Vornahme von Entscheidungen über die Bewilligung von Förderleistungen durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank -(L-Bank) in einem vollautomatisierten Prozess

GesEntw
s. *Bauberuf*
Drs 15/7857

Ingenieurgesetz

Konzept der Ingenieurkammer BW zur praktischen Umsetzung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse; Ausschluss der Einführung einer verpflichtenden Mitgliedschaft der Ingenieurberufe der Kammer durch die übertragenen hoheitlichen Aufgaben

MdlAnfr
s. *Ingenieurkammer*
Drs 15/7860

Berufliche Rehabilitation

Inklusion in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt voranbringen

Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, insbes Eintritt in eine Berufsausbildung, Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt, Arbeitslosenanteil der Schwerbehinderten unter 25 Jahren, Unterstützung für Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe bei der Einstellung bzw Ausbildung Schwerbehinderter, Umsetzung von Projekten und Vorhaben des Bundes im Bereich der Inklusion in der Ausbildung

Antr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/5083

Berufliche Schule

s. Berufsbildende Schule

Berufliche Weiterbildung

s.a. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
s.a. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissenschaft“*

Anerkennungsgesetz

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Einschätzung des damit zu gewinnenden Fachkräftepotenzials in BW, Umsetzung des Gesetzes nach Inkrafttreten, Förderung von Anschluss- und Weiterbildungsqualifikationen

Antr
s. *Ausbildungsabschluss*
Drs 15/279

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/315

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/318

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/319

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/320

Dem Bündnis für Lebenslanges Lernen die finanzielle Basis sichern

Bedeutung, Ziele und Fortführung des o.g. Bündnisses zwischen dem Land und relevanten Trägern der Weiterbildung; Einbeziehung weiterer Akteure, u.a. von Abgeordneten des Landtags; Umsetzung von Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“; Mittelbereitstellung im Hpl 2012/2013

Antr

s. Lebenslanges Lernen

Drs 15/355

Akademische Weiterbildung in BW

Auf- und Ausbau von berufsbegleitenden Bachelor- und Masterstudiengängen, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Hochschulen, Vorlage eines mit den Hochschulen und Arbeitgebern abgestimmten Konzepts für die akademische Weiterbildung

Antr

s. Studium

Drs 15/513

Fachkräftemangel in Ingenieurberufen

Fachkräftebedarf in den Ingenieurberufen; Maßnahmen zur Behebung des Ingenieurmangels wie z.B. Anwerbung von Ingenieuren in anderen EU-Staaten oder Nachqualifizierung bereits hier lebender Menschen mit nicht gleichwertigen Studienabschlüssen; Einrichtung eines dualen Qualifizierungsstudiengangs und sonstiger überbetrieblicher Qualifizierungsmöglichkeiten für Ingenieure mit nicht gleichwertigen ausländischen Abschlüssen

Antr

s. Ingenieur

Drs 15/974

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/1561

Ausbildungsverkehr - Subventionierte Tickets im Rahmen einer Weiter- beziehungsweise Fortbildung

Subventionierte Fahrkarten für Schüler in einer Fort- oder Weiterbildung, insbes Form und Höhe der Kostenbeteiligung durch das Land sowie konkrete Ausgestaltung; Unterschiede in der Fahrkostenunterstützung bei (Fach-)Hochschulstudenten und Schülern in einer Weiter- oder Fortbildung

KIAnfr

s. Fahrkosten

Drs 15/2925

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinalgesetz

GesEntw

s. Landesrichtergesetz

Drs 15/3161

Zertifizierung von staatlichen Altenpflegeschulen durch die Agentur für Arbeit

Gleichmäßige Berücksichtigung aller Altenpflegeschulen in Trägerschaft der LKreise durch die Agentur für Arbeit bei der Zertifizierung für Weiterbildungsmaßnahmen

Antr

s. Altenpflegeschule

Drs 15/3289

Netzwerk von Neonazis in Justizvollzugsanstalten auch in BW?
Kontakte baden-württembergischer Inhaftierter zum Neonazi-Netzwerk „AD Jail Crew“, zu Personen aus dem NSU-Umfeld und von Inhaftierten des rechten Milieus untereinander; Durchführung von Zellendurchsuchungen oder Postkontrollen in den Justizvollzugsanstalten des Landes; Fortbildung des Personals der Justizvollzugsanstalten zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung von rechtsextremistischen Aktivitäten Inhaftierter

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/3462

Inklusion bei der Aus- und Weiterbildung der in § 7 Abs 2 Kindertagesbetreuungsgesetz aufgeführten Fachkräfte
Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten; erhöhte Anforderungen an die dort arbeitenden Fachkräfte; Vorbereitung der in § 7 Abs 2 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz - KiTaG) genannten Fachkräfte durch entsprechende Weiterbildung; Inklusion als Ausbildungsinhalt von Fachkräften für Kindertagesstätten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/3739

Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen die Pädagogik der Gemeinschaftsschule
Förderung von Projekten und Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums durch private Stiftungen; Umfang der finanziellen Unterstützung in den Jahren 2008 bis 2012; Förderung der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften für die Gemeinschaftsschule durch private Stiftungen; finanzielles Engagement der Robert-Bosch-Stiftung, der Stiftung Würth und der Breuninger-Stiftung; inhaltlicher Einfluss der Stiftungen auf die von ihnen geförderten Projekte; Entwicklung eines Weiterbildungsprogramms für die Lehrer an Gemeinschaftsschulen; Umgang der früheren LReg mit Stiftungsgeldern für den Bildungsbereich

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3745

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip
Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3845

Weiterbildung atypisch Beschäftigter

Förderung der Weiterqualifizierung atypisch Beschäftigter; Zertifizierung informell erworbener Kompetenzen in Betrieben, Unternehmen und Verbänden; Erkenntnisse über die Anerkennung von Kompetenz- und Qualifizierungspässen in den Betrieben; Wirksamkeit der Qualifizierungsmaßnahmen, Wechsel atypisch Beschäftigter in ein Normalarbeitsverhältnis infolge beruflicher Fortbildung; Berücksichtigung von Weiterbildungsmöglichkeiten für atypisch Beschäftigte im Bildungsfreistellungsgesetz

Antr
s. *Atypische Beschäftigung*
Drs 15/3931

Frauen im Handwerk in BW

Anteil der von Frauen geführten Handwerksbetriebe an der Gesamtzahl der baden-württembergischen Handwerksbetriebe; Zahl der Handwerksmeisterinnen nach Branchen; Anteil der in Handwerksbetrieben tätigen weiblichen Familienangehörigen, Art und Umfang von deren Tätigkeit; Qualifikations- und Fortbildungsangebote für Frauen im Handwerk und ihre Nutzung; Netzwerke für Frauen im Handwerk

Antr
s. *Frau*
Drs 15/3994

Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung

Umsetzungsverfahren für die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung, insbes hierfür beantragte Finanzmittel, Einbeziehung von Oppositionsparteien und Ltg in den Umsetzungsprozess

Antr
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/4427

Qualifizierung von Leitstellendisponenten für die Tätigkeit in Integrierten Leitstellen

Tätigkeit und Qualifikation von Leitstellendisponenten in Integrierten Leitstellen, insbes Aus- und Weiterbildung gemäß Anlage 3 der gemeinsamen Hinweise zur Leitstellenstruktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr vom 9. Oktober 2010

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/4717

Weiterbildung in BW

Umfang der Beteiligung von Unternehmen in BW an Weiterbildungsmaßnahmen und Vergleich mit anderen Bundesländern; Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen durch das Land; Verzicht auf eine gesetzliche Fixierung von Weiterbildungsmaßnahmen

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/5194

Bildung und Förderung der Mitarbeiter im Landesdienst

Stellenwert der Fortbildung der Mitarbeiter; Maßnahmen der Mitarbeiterfortbildung in der Ministerialverwaltung, der Polizei, dem Schuldienst und den sonstigen Institutionen des Landes in den Zeiträumen 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014; durchschnitt-

liche Fortbildungsdauer; prozentualer Anteil der an einer Fortbildung teilnehmenden Mitarbeiter; Art und Kosten der Fortbildungsmaßnahmen; zeitlicher Gesamtumfang der Fortbildung der Landesbediensteten in BW im Vergleich mit Bundesländern ohne Bildungsfreistellungsgesetz; Erfahrungen mit einem Bildungsfreistellungsgesetz in anderen Ländern

KlAnfr Katrin Schütz CDU 07.08.2014 und Antw IM Drs 15/5600 (22 S.)

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegeschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegeschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/6095

Wissenschaftsmanagement an den Universitäten und Hochschulen in BW

Projekte zum Thema Managementstrukturen sowie Stellen für Wissenschaftsmanager an den Universitäten und Hochschulen; Kooperationen zum Thema Wissenschaftsmanagement mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen; Strukturen und Ziele der Kooperationen; Gründung einer Führungsakademie für Hochschulwesen

Antr
s. *Hochschulorganisation*
Drs 15/6287

Polizeiakademie Wertheim

Aufrechterhaltung der Außenstelle Wertheim; Interimsnutzung während der Baumaßnahmen in Böblingen; Anschlussverwendung der Beschäftigten des Standorts Wertheim

KlAnfr
s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
Drs 15/6419

Anrechnung von Weiterbildung zur Bildungszeit

Sachstand zur Anrechnung interner und externer Weiterbildungen auf die Bildungszeit, insbes Instanzen und Rechtsvorschriften für die Auslegung einzelner Fälle und Bildungsangebote, Entscheidungsinstanzen bei Streitigkeiten

Antr
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/6482

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Übersetzung von beruflichen Weiterbildungsabschlüssen

Sachstand zur Nichtverwendung der Nutzung von „Bachelor Professional (Chamber of Commerce and Industry [CCI])“ und „Master Professional (CCI)“ als Übersetzungshilfen für berufliche Weiterbildungsabschlüsse in BW, insbes Vergleich zu anderen Bundesländern, Nachteile für Absolventen aus BW im globalen Wirtschaftsleben

Antr Claus Paal u.a. CDU 26.11.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7776

Anerkennung privater Hochschulen als Bildungseinrichtung im Sinne des Bildungszeitgesetzes

Aufnahme der Privathochschulen in die Liste der anerkannten Bildungseinrichtungen; Auskunft über das vorgesehene Anerkennungsverfahren

KlAnfr
s. *Privathochschule*
Drs 15/7993

Berufliche Wiedereingliederung

s. Berufliche Rehabilitation

Beruflicher Status

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/4059

Berufliches Gymnasium

s.a. Berufskolleg

Einrichtung eines technischen und/oder biotechnologischen Gymnasiums in Horb

Zahl der Bewerber mit Wohnsitz im und um den LKreiss Freudenstadt für die Aufnahme in ein berufliches Gymnasium oder eine Berufsoberschule, Zahl der Zusagen und Ablehnungen; Chancen eines Antrags des Kreistags mit o.g. Zielsetzung

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 01.07.2011 und Antw KM Drs 15/184

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Berufsoberschulen bedarfsgerecht ausbauen und Anspruch auf einen Schulplatz garantieren

Mittlg LReg 28.07.2011 Drs 15/338

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/694

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule, vom/zum Gymnasium, zur zweijährigen Berufsfachschule, zum Berufskolleg und auf das berufliche Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Haushalt 2012; Epl 04

Verwendung der für die G 9-Modellversuche vorgesehenen Personalressourcen für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der beruflichen Gymnasien

ÄAntr FDP/DVP 11.01.2012 Drs 15/1104-1 S. 53 54
ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1204-1 S. 2 3
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Radikale Kürzung der Lehrerstellen an beruflichen Schulen

Zeitpunkt der Information der beruflichen Schulen über die Zahl der verfügbaren Lehrkräfte; Vereinbarkeit der geplanten Kürzung mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der beruflichen Gymnasien und Umsetzung des Rechtsanspruchs von Realschülern auf Aufnahme, mit der flächendeckenden Erhaltung der dualen Ausbildung, von kleineren Klassen und berufsbildenden Angeboten; geplante Schritte für den Abbau des strukturellen Versorgungsdefizits, Festhalten an der Gewinnung von Quereinsteigern für den beruflichen Schuldienst

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/1471

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1599

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemein-

bildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1769

Lehrermangel an beruflichen Schulen in Pforzheim und dem Enzkreis

Kürzungen beim Wirtschaftsgymnasium und hohe Klassengrößen an der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim aufgrund des Lehrermangels; Erwartung weiterer Auswirkungen durch den erlassenen Überstundenstopp, Pensionierungen und Ausfälle durch Schwangerschaften und Elternzeiten; Frage nach Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Lehrermangels

KlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2184

Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen gefährdet die beruflichen Gymnasien

Wege zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife; Zahl der Absolventen an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien in den vergangenen zehn Jahren; Einrichtung zusätzlicher zum Abitur führender Züge; Bewertung der beruflichen Gymnasien in Vergleichsstudien wie TOSCA (Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren) oder dem Bildungsmonitor; Vorzüge des beruflichen Schulwesens; Einrichtung der Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen, bereits genehmigte Standorte; Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien bei rückläufiger Schülerzahl; Verzicht auf die Einrichtung von Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zur Existenzsicherung der beruflichen Gymnasien

Antr CDU 08.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3476
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5419-5427

Entwurf einer Rechtsverordnung zur Änderung der Verordnung über die Schultypen des Gymnasiums

Weiterentwicklung des bisherigen „sozialpädagogischen“ Typs des beruflichen Gymnasiums zu einem „sozial- und gesundheitswissenschaftlichen“ Typ

Mittlg LReg
s. *Gymnasium*
Drs 15/3981

Berufliche Gymnasien

Profile der beruflichen Gymnasien in BW; neu eingerichtete Profile und Standorte seit dem Schuljahr 2006/2007; Entwicklung der Schülerzahlen pro Schulprofil und der Anzahl der Klassenzüge; Prognose der Schülerzahlen in den einzelnen Stadt- und LKreisen bis 2020; Datengrundlage der Bedarfsplanungen für die beruflichen Gymnasien bis 2020; Rolle der beruflichen Gymnasien iRd regionalen Schulentwicklung, insbes im ländlichen Raum

KlAnfr Georg Wacker CDU 18.12.2013 und Antw KM Drs 15/4525 (22 S.)

Die Gemeinschaftsschule - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren

Aufnahme und Einsatz von Lehrern mit Gymnasialbefähigung an Gemeinschaftsschulen; Unterschiede und Bewertung der Wege zum Abitur über die Gemeinschaftsschule oder über die Realschule mit anschließendem beruflichem Gymnasium

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4911

Bedarfsgerechter Ausbau beruflicher Gymnasien

Umsetzung des bedarfsgerechten Kapazitätsausbaus der beruflichen Gymnasien in BW, insbes Bedarfsdeckungsgrad sowie Zahlen zu Bewerbung, Zuweisung und Belegung von Schulplätzen

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 22.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5524 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.04.2015 Drs 15/7081 S. 11 12
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5647

Welchen Stellenwert hat das berufliche Gymnasium noch unter Grün-Rot?

Ergebnisse des Arbeitskreises „Gymnasium 2020“ zur geplanten Weiterentwicklung des Gymnasiums und deren Umsetzung, insbes Auswirkungen einer Öffnung des Übergangs auf allgemeinbildende und berufliche Gymnasien für Absolventen der Realschule, Werkrealschule und Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/6603

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Unterrichtsausfall, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 10.06.2015 und Antw KM Drs 15/6975

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im Stadt- und LKreis Heilbronn

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Heilbronn, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 23.09.2015 und Antw KM Drs 15/7422

Verweisung auf den hohen Anteil von Abiturienten aus den beruflichen Gymnasien, Einrichtung von 100 zusätzlichen Klassen an den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 293 295 321 322 335

Anteil der Abiturienten aus den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 340 341 345

Feststellung eines hohen Anteils von Hochschulzugangsberechtigten aus den beruflichen Gymnasien, Verweisung auf die beruflichen Gymnasien als neunjährige Alternative zum G 8

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498 504-507 511

Schaffung von zusätzlichen Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1378 1380-1382 1391

Verweisung auf die geschaffenen zusätzlichen Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien, Anstrengung eines Rechtsanspruchs auf einen Platz in einem beruflichen Gymnasium

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1692 1693 1695

Feststellung eines hohen Anteils von Hochschulzugangsberechtigten aus den beruflichen Gymnasien, Zuweisung der notwendigen Deputate, Abordnung von zusätzlichen Referendaren an die beruflichen Gymnasien

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2221 2223-2227 2231 2232 2234-2236

Berufsabschluss

s. Ausbildungsabschluss

Berufsakademie

s. Duale Hochschule Baden-Württemberg

Berufsausbildung

Frauen in MINT-Berufen in BW

Frauenanteil in MINT-nahen Berufsausbildungen und Studiengängen; Ursachen und Gründe für ihre schwache Repräsentation; Effektivität der Initiativen und Projekte zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Steigerung; Rückgewinnung nicht erwerbstätiger Ingenieurinnen für den Arbeitsmarkt; Karrierechancen für Frauen in MINT-Berufen; Maßnahmen in anderen europäischen Staaten

Antr
s. *Frau*
Drs 15/2633

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis Waldshut

Aufstellung der im Jahr 2011 abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Branchen; im Zeitraum von 2007 bis 2011 ausgeschriebene und besetzte Ausbildungsplätze; Besetzung der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Initiativen zur Unterstützung der Ausbildungsplatzvermittlung

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/2723

Mobilität von Fachkräften aus Katalonien fördern

Statistische Daten zu Fachkräften aus Spanien auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs und der Nachfrage nach Deutschkursen in der Partnerregion Katalonien; Möglichkeiten der Information und Anwerbung von Fachkräften aus Spanien und Katalonien; Ausbildungskooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen in BW und Katalonien; Forderung nach dem Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Förderung der

Mobilität von Fachkräften zwischen Katalonien und BW in Orientierung am Vorbild des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid

Antr
s. *Spanien*
Drs 15/2829

Weiterentwicklung des Berufsbilds Heilerziehungspflegerin/Heilerziehungspfleger

Situation des Heilerziehungspflegeberufs, insbes Vereinheitlichung der Ausbildung, Probleme bei der Anerkennung als Pflegefachkräfte sowie Weiterentwicklung des Berufsbilds und Spezialisierung

Antr
s. *Heilerziehungspfleger*
Drs 15/3050

Perspektiven einer Fachschule für Technik - Fachrichtung Medizintechnik an der Heinrich-Wieland-Schule Pforzheim

Entwicklung der Medizintechnik im Raum Pforzheim; Fachkräftebedarf im Bereich Werkzeugmechaniker und Feinwerkmechaniker; Beurteilung bereits bestehender Fachschulen für Technik - Fachrichtung Medizintechnik in Heidelberg und Ansbach; Einrichtung eines entsprechenden Ausbildungsgangs an der Heinrich-Wieland-Schule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Fachschule*
Drs 15/3060

System „Duale Ausbildung“ exportieren

Vorbildcharakter des dualen Ausbildungssystems im europäischen und außereuropäischen Ausland, insbes Unterstützung durch Regierungen vor Ort sowie Implementierung in EU-Staaten; Erfahrungen baden-württembergischer Unternehmen an ihren Auslandsstandorten mit der dualen Ausbildung

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/3188

EU-Fortschrittsbericht zur Donaauraumstrategie

Bewertung der Ergebnisse des aktuellen Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur EU-Strategie für den Donaauraum (EUS-DR) und Konsequenzen für das Land BW, insbes Zusammenwirken der Landesministerien, Zusammenarbeit der Regierungen, aktuelle und künftige Arbeitsschwerpunkte, hauptsächlicher Mitteleinsatz, Zwischenbilanz im PAC 8-Prioritätsbereich „Wettbewerb/kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, Rolle der Donautransferzentren, Maßnahmen zu den ab 2014 geltenden Freizügigkeitsrechten für Bürger aus Bulgarien und Rumänien, Rolle der beruflichen Ausbildung

Antr
s. *Donaauraum*
Drs 15/3388

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehraufwand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/3535

Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung in BW

Ausbildung, Studium, Absolventenverbleib und Fachkräftebedarf im Bereich der kulturellen/musisch-ästhetischen Bildung in BW, insbes Statistiken zur Entwicklung der Studentenzahlen und des wissenschaftlichen Personals in Studienfächern und an Hochschulen mit kulturell/musisch-ästhetischen Inhalten, Auswirkungen der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Rolle der dualen und vollzeitschulischen Ausbildungswege für künstlerische Ausbildungsberufe, Berufsperspektiven und Abwanderungsbestrebungen von Künstlern und Kulturschaffenden

Antr
s. *Kulturelle Bildung*
Drs 15/3861

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr
s. *Fachklasse*
Drs 15/3853

Meisterkurse an beruflichen Schulen in BW

Anzahl der Schulen mit Meisterkursen für Handwerksmeister oder Industriemeister; im Kursangebot vertretene Berufe; Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Zahl der Absolventen (Meisterprüfung); Kursgebühren für Meisterkurse an öffentlichen berufsbildenden Schulen; Gesamtzahl der an öffentlichen beruflichen Schulen für Meisterkurse eingesetzten Lehrkräfte, Anzahl der ausschließlich für Meisterkurse eingesetzten Lehrer; Meisterkurse der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3875

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den beruflichen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Kooperation mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturierung

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3902

Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe

Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW, insbes Zahlen bzw Anteile der jeweiligen Ausbildungsberufe, Vertragsauflösungen, unbesetzten Ausbildungsplätze und Branchenwechsel; Förderung der Fachkräftesuche und Unterstützung des Ausbildungsversprechens des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) BW

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/4065

Verlegung und Schließung kleiner Klassen an beruflichen Schulen in der Technologieregion Karlsruhe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Berufsschulen mit kleinen Klassen, Zukunftsaussichten für diese Klassen; Aufrechterhaltung der Berufsausbildung in Ausbildungsberufen mit anhaltend wenigen Auszubildenden; Einfluss der Schließung bzw Verlegung von Ausbildungsklassen auf die Nachwuchsgewinnung und den wirtschaftlichen Erfolg der betroffenen Branchen; Ausbildung zum Physiklaboranten, Ausbildungsstandorte, Klassengrößen, Einstellung des Ausbildungsangebots an der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe, Erleichterungen für die von der Verlegung des Schulstandorts betroffenen Auszubildenden

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/4147

Erfolgreich in Sport und Beruf: Duale Karrieren von Spitzensportlern fördern

Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von sportlicher Laufbahn und Studium bzw Berufsausbildung für Spitzensportler als duale Karriere, insbes gegenwärtige Unterstützungsmaßnahmen; Rahmenbedingungen und angestrebte Verbesserungen für studierende Spitzensportler; Maßnahmen zum Ausbau beruflicher Einsatzmöglichkeiten von Spitzensportlern, insbes iRd Landesverwaltung

Antr
s. *Sportler*
Drs 15/4164

Berufliche Karrieren: Zugangs- und Fördermöglichkeiten für Leistungssportler und Kaderathleten

Ausbildungsförderung für Leistungssportler; Zahl, regionale Verteilung und Angebot der Eliteschulen und Hochschulen des Sports in BW sowie deren Interesse am beruflichen Weiterkommen der Leistungssportler; Möglichkeiten der beruflichen Förderung parallel zur sportlichen Karriere; Voraussetzungen für Fördermaßnahmen; Aufhebung der Ungleichbehandlung von Leistungssportlern und Kaderathleten

Antr
s. *Sportler*
Drs 15/4273

Zweite Ausbildungschance für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss schaffen

Ausbildungsmöglichkeiten für junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss, insbes Angebot eines Sofortprogramms, Vorrang einer Vermittlung in Ausbildung gegenüber einer Vermittlung in Arbeit, weitere Förderung der Teilzeitausbildung, testweise Einführung von Jugendberufsagenturen

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 07.11.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4232

Ausbildungschancen junger Erwachsener in BW

Situation bei der Erstausbildung junger Erwachsener in BW; Position der LReg zur Kampagne des Bundes „AusBILDUNG wird was - Spätstarter gesucht“; Instrumente und Einrichtungen in BW zur Gewinnung junger Erwachsener für eine betriebliche Ausbildung und den Erwerb eines beruflichen Abschlusses

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 03.01.2014 und Stellungnah-

me MFW Drs 15/4544
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2014 Drs 15/5052 S. 45 46
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Nachwuchssorgen im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW

Rückläufige Ausbildungszahlen im Hotel- und Gaststättengewerbe und Gegenmaßnahmen der LReg, insbes Veränderungen in der Ausbildung, Förderprogramm für ausbildungswillige EU-Ausländer

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/4917

Qualifizierten Nachwuchs sichern für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften

Situation und Sicherung qualifizierten Nachwuchses in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und der Gebietskörperschaften, insbes Beschäftigungssituation, Ausbildungshintergrund, Maßnahmen gegen Nachwuchsmangel, Schaffung von Ausbildungskonzepten in Partnerschaft mit der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 15/5002

Zukunft der beruflichen Ausbildung und Umorientierung

Durchschnittsalter von Auszubildenden zu Beginn und am Ende ihrer Ausbildung; Bewertung von Angeboten für „Spätstarter“ im Hinblick auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Integration junger Menschen ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt; Gewinnung von Studienabbrechern für Ausbildungsberufe; Nachfrage nach beruflicher Ausbildung im Abstand zum Schulabschluss sowie nach betriebsinternen Umschulungs- und Qualifizierungsangeboten; Ausnahmeregelung beim Mindestlohn

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/5048

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2328 betr. Abschlusszeugnis iR einer Berufsausbildung

BeschlEmpf und Bericht PetA 22.05.2014 Drs 15/5165 Nr. 1 S. 2
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
Mittlg LReg 10.07.2014 Drs 15/5476

Schleppende Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Zeitplan und Stand der Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes, insbes Finanzierung der Ausbildung und Schulungen der Notfallsanitäter, Schaffung der rechtlichen und praktischen Voraussetzungen für Prüfungen

Antr
s. *Notfallsanitäter*
Drs 15/5283

Ausbildungsprogramm „MetallPLUS“

Situation des Ausbildungsprogramms „MetallPLUS“, insbes organisatorische Voraussetzungen, Teilnehmerzahlen, Karrierechancen, Qualität des Programms und Weiterentwicklungsmöglichkeiten, Unterstützung durch die LReg

Antr
s. *Metallberuf*
Drs 15/5556

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, insbes Daten für eine Integrierte Ausbildungsstatistik, Kapazitätsausbau an Berufsoberschulen, Austausch von Lehrkräften, Weiterentwicklung des Modellprojekts CARPO (assistierte Ausbildung), Reduktion der Zahl der Ausbildungsberufe, Qualitätsentwicklung und -management an Berufsbildungsstätten, Validierung non-formaler und informeller Kompetenzen, Gutachten zur Fortentwicklung der Weiterbildungsförderung des Landes, Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte

Antr

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/6188

Gefahr der Angleichung von Ausbildungsinhalten im Bereich der dualen Ausbildung durch detaillierte Vorgaben zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie

Sachstand zu Plänen der Europäischen Kommission zur Reform der Berufsanerkennungsrichtlinie; Auswirkungen von zu detaillierten EU-Vorgaben für Ausbildungsinhalte im Bereich der dualen Ausbildung

Antr

s. *Duale Berufsausbildung*

Drs 15/6562

Ausbildungszugang für Flüchtlinge

Sachstand zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbes Abfrage beruflicher Qualifikationen der Flüchtlinge, Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verkürzung bzw Abschaffung der Vorrangprüfung, Kooperation mit berufsständischen Kammern zur Schaffung von Angeboten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6614

Auswirkungen einer Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen auf BW

Sachstand zu Auswirkungen einer Reform der Pflegeausbildung auf BW, insbes auf Präsenzzeiten der Auszubildenden, Refinanzierung der Ausbildungskosten, Attraktivität der Ausbildung im ländlichen Raum, Ansiedlung neuer integrierter Schulen zur beruflichen Qualifizierung des generalistischen Ausbildungsgangs, Bestandsschutz der staatlichen Altenpflegesschulen

Antr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/6721

Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) - Ein Erfolgsmodell für mehr Erzieherinnen und Erzieher

Sachstand zum bisherigen Verlauf und weiteren Planungen in der praxisintegrierten Ausbildung von Erziehern, insbes Vergleich zur klassischen Erzieherausbildung, Zahlen und beruflicher Hintergrund der Auszubildenden

Antr

s. *Erzieher*

Drs 15/6734

Humanität hat Vorrang: Baden-Württemberg-Programm zur Studienförderung von Flüchtlingen aus Syrien

Sachstand zur Umsetzung des Stipendienprogramms für Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg, insbes Flüchtlingsanteil mit Hochschulreife, Auswahlkriterien für die Stipendiaten; Zahl der in BW studierenden Flüchtlinge; Erleichterung des Zugangs von Flüchtlingen zu beruflichen Ausbildungen und Ermöglichung des Ausbildungsabschlusses

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6798

Etablierung des Konzepts „Spurwechsel - Techniker dual“ als Modellprojekt

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen in den MINT-Fächern (Fächerverbund Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik); Ausweitung des Modellprojekts „Spurwechsel - Techniker dual“ als schnellen und persönlichen Weg für Studienabbrecher zu einem Berufsabschluss

KlAnfr

s. *MINT-Wissenschaften*

Drs 15/6889

Das Modell „carpo - Assistierte Ausbildung“ in BW

Sachstand zum Modellprojekt „carpo - Assistierte Ausbildung“ und Maßnahmen zu Erhalt und Weiterführung des Projekts über 2015 hinaus

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 05.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7473

BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 63 64

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Berufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zusammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der Lernfabriken durch das Land

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/7635

Arbeitsfähigkeit der Verwaltungshochschule Ludwigsburg

Entwicklung der Verwaltungshochschule seit der Abwahl der Rektorin; Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltungshochschule; Auswirkungen der Führungskrise auf die Zahl der Studienbewerber; Berufsperspektive der Absolventen der Verwaltungshochschule

Antr

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*

Drs 15/7731

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr

s. *Digitalisierung*
Drs 15/8121

Berufsausbildungsstätte

s. *Ausbildungsstätte*

Berufsausübung

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Ziele, Verfahrensablauf und Auswirkungen des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz), insbes Zulauf ausländischer Fachkräfte nach BW, Qualitätserhalt deutscher Berufsabschlüsse, einbezogene Berufe auf Bundesebene und Effizienz des Verfahrens durch die zentrale Anerkennungsstelle; Zahl der Anträge und Bescheide seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes; beantragte Berufsarten im Anerkennungsverfahren in BW; Unterstützung und Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Regelung der Berufsanerkennung auf EU-Ebene und weiterer Regelungsbedarf

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/2919

Erfolgreich in Sport und Beruf: Duale Karrieren von Spitzensportlern fördern

Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von sportlicher Laufbahn und Studium bzw Berufsausbildung für Spitzensportler als duale Karriere, insbes gegenwärtige Unterstützungsmaßnahmen; Rahmenbedingungen und angestrebte Verbesserungen für studierende Spitzensportler; Maßnahmen zum Ausbau beruflicher Einsatzmöglichkeiten von Spitzensportlern, insbes iRd Landesverwaltung

Antr
s. *Sportler*
Drs 15/4164

Wirkung von studentischen Auslandsaufenthalten in BW

Daten zu ausländischen Studenten an den Hochschulen in BW, insbes Anzahl und Herkunftsstaaten, Studienfächer, Vollstudenten- und Stipendiatenanteil, beabsichtigte und tatsächliche Arbeitsaufnahme in BW nach dem Studienabschluss; Rahmenbedingungen zur Förderung des Verbleibs nach Studienabschluss; Gegenmaßnahmen der Hochschulen zum zukünftigen Rückgang an Studierenden

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/5586

Einführung der flexiblen Altersgrenze im öffentlichen Dienst in BW

Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit bis zum 70. Lebensjahr; Anpassung des Landesbeamtengesetzes; Verkündung einer Vorgriffsregelung im Jahr 2014

KlAnfr
s. *Altersgrenze*
Drs 15/5754

Umsetzung der Notariatsreform in BW - weitere Fragen

Sozialverträglichkeit der Reform; Anzahl der von der Reform betroffenen Notare, die zum Stichtag 1. Januar 2018 das 60. Lebensjahr vollendet haben werden; Option der Versetzung von Notaren in den einstweiligen Ruhestand; Unterschied bei den

Beförderungsmöglichkeiten für Amtsnotare des badischen Landesteils; berufliche Einsatzmöglichkeiten der im Landesdienst verbleibenden badischen Amtsnotare, insbes der Einsatz an Gerichten

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 15/7767

Berufsausübungsfreiheit

s. *Berufsfreiheit*

Berufsbeamtentum

s. *Beamter*

Berufsberatung

Kontaktstellen Frau und Beruf in BW

Anzahl, Einrichtungsdatum, Standorte und Träger; Nutzungsstatistik, spezifische Merkmale und Standards der Einrichtungen; Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte; Motivierung der Frauen zu einer Tätigkeit im MINT-Bereich; berufliche Förderung von Migrantinnen; Ergebnisse der Evaluation der Kontaktstellen und daraus folgende Konsequenzen

Antr
s. *Frauenerwerbstätigkeit*
Drs 15/2684

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis Waldshut

Aufstellung der im Jahr 2011 abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Branchen; im Zeitraum von 2007 bis 2011 ausgeschriebene und besetzte Ausbildungsplätze; Besetzung der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Initiativen zur Unterstützung der Ausbildungsplatzvermittlung

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/2723

Berufsbezeichnung

Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (Ki-TaG)

Modernisierung und Erweiterung des Fachkräftekatalogs der Kindertageseinrichtungen durch die Aufnahme weiterer Berufsbezeichnungen und beruflicher Qualifikationen; Anpassung der Aufgabenbeschreibung für die Leitungskräfte in den Tageseinrichtungen an die Aufgabenbeschreibung für Fachkräfte nach § 22 Absatz 2 SGB VIII

GesEntw
s. *Kindertagesbetreuungsgesetz*
Drs 15/3209

Berufsbild

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für unter Dreijährige im LKreis Schwäbisch Hall

Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kinderförderungsgesetz in den einzelnen Kommunen; Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige; Bedarf an qualifizierten Erziehungsfachkräften, Zahl der unbesetzten Stellen; Erhöhung der Attraktivität des Berufs der Erziehungsfachkraft für Männer; Berücksichtigung von Personen in der Kindertagespflege bei der

Bedarfsermittlung; Einbeziehung von Betreuungsplätzen in betrieblichen Kindertagesstätten bei der Abdeckung des Rechtsanspruchs; Betreuungs- und Auslastungsquotenkonzept für Kindertageseinrichtungen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3776

Das Berufsbild des Lehrers bleibt in BW attraktiv

Besoldung verbeamteter Lehrkräfte in BW im Vergleich zu Beschäftigten einer vergleichbaren Tarifstufe und zu Lehrern in anderen Bundesländern; Pensionsniveau verbeamteter Lehrer im Vergleich zu Tarifbeschäftigten; Wechsel verbeamteter Lehrkräfte in das Angestelltenverhältnis; Vorzüge des Beamtenverhältnisses gegenüber einer Anstellung in der freien Wirtschaft; Übernahme der Lehrkräfte nach Ausbildungsabschluss in den Schuldienst

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/3782

Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Im Gesetz vorgesehene Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung und ihre konkrete Umsetzung in den einzelnen Bundesländern; Schaffung eines einheitlichen Finanzierungsmodells; Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienst-Fachschulen als Ergänzungsschulen; Start der Regelausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Berufsbild und Ausbildungsordnung; Zuständigkeit für die Durchführung von Examina

KlAnfr
s. *Notfallsanitäter*
Drs 15/4751

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr
s. *Landwirtschaftsverwaltung*
Drs 15/6119

Junge Menschen im ländlichen Raum in BW

Ursachen für den Rückgang der jungen Arbeitskräfte in der Agrarwirtschaft; Jobaussichten für Agrarabsolventen im ländlichen Raum; Auflistung der vom Arbeitskräftemangel in der Agrarwirtschaft besonders betroffenen ländlichen Gebiete; Beeinträchtigung der Attraktivität des Berufsbilds Bauer durch Zerrbilder in den Medien; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Agrarberufs und des ländlichen Raums für junge Arbeitskräfte

Antr
s. *Agrarberuf*
Drs 15/6285

Wissenschaftsmanagement an den Universitäten und Hochschulen in BW

Projekte zum Thema Managementstrukturen sowie Stellen für Wissenschaftsmanager an den Universitäten und Hochschulen; Kooperationen zum Thema Wissenschaftsmanagement mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sonstigen Ein-

richtungen; Strukturen und Ziele der Kooperationen; Gründung einer Führungsakademie für Hochschulwesens

Antr
s. *Hochschulorganisation*
Drs 15/6287

Auswirkungen der „Digitalisierung der Wirtschaft“ auf die duale Ausbildung

Vorbereitung der Auszubildenden auf die zukünftige Arbeitswelt (Stichwort „Industrie 4.0“); Ausbildungsberufe mit besonderer Ausrichtung auf die Digitalisierung der Arbeit; Anpassung bestehender Ausbildungsgänge; Entwicklung neuer Berufsbilder

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/6385

Berufsbildende Schule

s.a. *Berufliches Gymnasium*
s.a. *Berufsfachschule*
s.a. *Berufskolleg*
s.a. *Berufsschullehrer*
s.a. *Berufsschulunterricht*
s.a. *Blockunterricht*
s.a. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Zukunft der Werkrealschule

Vorgaben und Konsequenzen der geplanten Konzeptionsänderungen für Schulen und Schulträger mit einer vorhandenen bzw beantragten Werkrealschule, Gestaltung der Wege zum Hauptschul- und Werkrealschulabschluss; Festhalten an der vorgesehenen Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfachschulen für Klasse 10 und an den Wahlpflichtfächern für Klassen 8 und 9; Öffnung der Kooperation mit den Berufsfachschulen für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/205

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/315

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Mittlg LReg
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
Drs 15/316

Strukturelles Unterrichtsversorgungsdefizit der beruflichen Schulen schneller abbauen

Entwicklung des o.g. Defizits, der Schüler- und Lehrerzahlen an den beruflichen Voll- und Teilzeitschulen seit 2000; Auf- und Abbau der Überstunden in den vergangenen Jahren und im laufenden Schuljahr nach einer Vereinbarung zwischen der früheren LReg und dem Berufsschullehrerverband; Anreize zur Gewinnung zusätzlicher qualifizierter Lehrkräfte in Mangelfächern zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. Berufsschullehrer
Drs 15/614

Einführung einer Ausbildung zum „Technischen Assistenten für regenerative Energietechnik und Energiemanagement“

Einführung des o.g. Ausbildungsangebots an den beruflichen Schulen, Aufnahme entsprechender Gespräche mit den Kammern

KlAnfr
s. Techniker
Drs 15/1170

Duale Ausbildung stärken und ihre Attraktivität steigern

Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen mit einem Stufenplan; Erarbeitung von Leitlinien zur Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung der Demografie, des Berufswahlverhaltens und der Modernisierung von Ausbildungsberufen; Erhaltung der Attraktivität des Direkteinstiegs der Schulabgänger ins duale Ausbildungssystem; Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag zur Anerkennung schulischer Ausbildungszeiten durch die Kammern sowie Einführung der Kammerprüfung für Berufskollegs

Antr
s. Berufliche Bildung
Drs 15/1223

Radikale Kürzung der Lehrerstellen an beruflichen Schulen

Zeitpunkt der Information der beruflichen Schulen über die Zahl der verfügbaren Lehrkräfte; Vereinbarkeit der geplanten Kürzung mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der beruflichen Gymnasien und Umsetzung des Rechtsanspruchs von Realschülern auf Aufnahme, mit der flächendeckenden Erhaltung der dualen Ausbildung, von kleineren Klassen und berufsbildenden Angeboten; geplante Schritte für den Abbau des strukturellen Versorgungsdefizits, Festhalten an der Gewinnung von Quereinsteigern für den beruflichen Schuldienst

Antr
s. Berufsschullehrer
Drs 15/1471

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr LReg
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
Drs 15/1561

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 14 - Berufliche Privatschulen (Kap 0435 und 0922)

Mittlg RH
s. Privatschule
Drs 15/1914

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sicherung der Unterrichtsversorgung an den o.g. Schulen; Steigerung der Attraktivität der beruflichen Schulen im ländlichen Raum für die Lehrer und Referendare

MdlAnfr
s. Berufsschullehrer
Drs 15/2089

Lehrermangel an beruflichen Schulen in Pforzheim und dem Enzkreis

Kürzungen beim Wirtschaftsgymnasium und hohe Klassengrößen an der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim aufgrund des Lehrermangels; Erwartung weiterer Auswirkungen durch den erlassenen Überstundenstopp, Pensionierungen und Ausfälle durch Schwangerschaften und Elternzeiten; Frage nach Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Lehrermangels

KlAnfr
s. Berufsschullehrer
Drs 15/2184

Wie funktioniert eine regionale Schulentwicklung?

Zeitplan und Ziele der o.g. Planung; Entscheidungskriterien und Auswirkungen der Schließung allgemeinbildender und beruflicher Schulen; Vornahme von Veränderungen an bestehenden Schulstandorten und Einrichtung von Gemeinschaftsschulen nur mit Zustimmung aller Schulträger in der betroffenen Region

Antr
s. Schulentwicklungsplan
Drs 15/2190

Schulschließungsliste BW

Kriterien und Folgewirkungen der Schließung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bis 2020, insbes im ländlichen Raum; Rückführung des Unterrichtsangebots und von Lehrerstellen an Berufs- und Fachschulen; Planung des Ausbaus von Bezirks-, Landesfach- und länderübergreifenden Klassen bis 2016; Vornahme einer dynamischen Standortentwicklung entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission

Antr
s. Schule
Drs 15/2197

Ausbildungssituation in BW

Verhältnis von Bewerbern und Ausbildungsplätzen der Dualen Ausbildung (nach Branchen) zum 1. September 2012 im Enz-

kreis und in BW; Bewerberanzahl und Ausbildungsplätze in den Jahren 2002 bis 2012 im Enzkreis; absoluter und relativer Anteil der gewerblich-technischen Berufe in der Dualen Ausbildung in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Förderung des gewerblich-technischen Bereichs; Einrichtung sogenannter Kleinklassen zum Schuljahr 2012/2013; Einrichtung von Klassen für Auszubildende des ersten Ausbildungsjahrs an Berufsschulen 2007 bis 2012

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/2411

Informationsveranstaltung der Grundschulen mit weiterführenden und beruflichen Schulen

Bedeutung der Halbjahresinformation in der vierten Klasse und der o.g. Veranstaltungen für die Entscheidung für eine weiterführende Schule, mögliche Auswirkungen einer Vorverlegung des Termins dieser Veranstaltung auf die Übergangszahlen auf weiterführende und berufliche Schulen, Frage nach der Gewichtung der Gemeinschaftsschule bei der Informationsveranstaltung

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2432

Kultusministerin schließt Schopfheimer Berufskolleg II im Alleingang

Bedeutung und Einzugsbereich des Schulstandorts Gewerbeschule Schopfheim, Gründe für die Ablehnung der Einrichtung des bereits genehmigten Berufskollegs II ohne Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort

Antr
s. *Berufskolleg*
Drs 15/2442

Stellensituation an den allgemein bildenden Gymnasien und Beruflichen Schulen

Stellenentwicklung im höheren Dienst (Besoldung A 13 und A 14) in den letzten zehn Jahren; Verhältnis dieser Besoldungsgruppen in den Gymnasien im Vergleich zu den Berufsschulen; Forderungen nach einer Gleichbehandlung der Beruflichen Schulen bei der Stellenzuweisung und nach mehr Planungssicherheit für diese Schulgattung durch rechtzeitige Lehrereinstellung

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2722

Entwicklung des strukturellen Unterrichtsdefizits an beruflichen Schulen in BW

Daten über die Versorgungssituation der einzelnen beruflichen Schulen in BW, insbes schulscharfe Darstellung des strukturellen Unterrichtsdefizits, der Überstundenbugwelle, der Anzahl der Kleinklassen sowie der Unterschreitung der Mindestgröße

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 19.02.2013 und Antw KM Drs 15/3077

Einrichtung einer beruflichen Gemeinschaftsschule

Einführung einer beruflichen Gemeinschaftsschule, insbes Standortplanung, Schulkonzept im Vergleich zur allgemeinbildenden Gemeinschaftsschule, Einbeziehung der dualen Partner in Betrieben und Kammern, Zusammenwirken mit den anderen beruflichen Schularten; Erhalt der Qualitätsstandards der bisherigen beruflichen Schularten

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU und Dr. Timm Kern u.a.

FDP/DVP 10.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3338
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.02.2014 Drs 15/4949
S. 4-6
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Netzwerkbetreuung an Schulen

Organisation, Zeitaufwand und Finanzierung der Netzwerkbetreuung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, insbes Berechnung der Anrechnungsstunden für Lehrer als IT-Betreuer; Einsatz und Verwendungsarten von Schulnetzwerken

KlAnfr
s. *Rechnernetz*
Drs 15/3401

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehraufwand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/3535

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Enzkreis/Pforzheim

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; Umfang der Angebote im Ergänzungsbereich; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts an den Berufsschulen im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/3580

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erlers-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erlers-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3670

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrerstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*

Drs 15/3839

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr

s. *Fachklasse*

Drs 15/3853

Meisterkurse an beruflichen Schulen in BW

Anzahl der Schulen mit Meisterkursen für Handwerksmeister oder Industriemeister; im Kursangebot vertretene Berufe; Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Zahl der Absolventen (Meisterprüfung); Kursgebühren für Meisterkurse an öffentlichen berufsbildenden Schulen; Gesamtzahl der an öffentlichen beruflichen Schulen für Meisterkurse eingesetzten Lehrkräfte, Anzahl der ausschließlich für Meisterkurse eingesetzten Lehrer; Meisterkurse der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern

KlAnfr Alfred Winkler SPD 26.07.2013 und Antw KM Drs 15/3875

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den beruflichen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Kooperation mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturierung

KlAnfr Katrin Schütz CDU 02.08.2013 und Antw KM Drs 15/3902

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Aktueller Bedarf und Besetzung von Vollzeit-Lehrerstellen an den beruflichen Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn; Gewährleistung von Pflichtunterricht, Krankheitsvertretungen sowie Unterricht im Ergänzungsbereich

KlAnfr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/4000

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bil-

dungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr

s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*

Drs 15/4063

Verlegung und Schließung kleiner Klassen an beruflichen Schulen in der Technologieregion Karlsruhe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Berufsschulen mit kleinen Klassen, Zukunftsaussichten für diese Klassen; Aufrechterhaltung der Berufsausbildung in Ausbildungsberufen mit anhaltend wenigen Auszubildenden; Einfluss der Schließung bzw Verlegung von Ausbildungsklassen auf die Nachwuchsgewinnung und den wirtschaftlichen Erfolg der betroffenen Branchen; Ausbildung zum Physikalaboranten, Ausbildungsstandorte, Klassengrößen, Einstellung des Ausbildungsangebots an der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe, Erleichterungen für die von der Verlegung des Schulstandorts betroffenen Auszubildenden

KlAnfr Katrin Schütz CDU 15.10.2013 und Antw KM Drs 15/4147

Berufliche Schulen und Sonderschulen im Landkreis Karlsruhe in Ettlingen, Bretten und Bruchsal

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen und Sonderschulen im Landkreis Karlsruhe, insbes Zahl der Fehlstunden und Ausfälle an Lehrerwochenstunden, benötigte Sonderpädagogik-Lehrerwochenstunden, Schließung von Kleinklassen

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 07.03.2014 und Antw KM Drs 15/4904

Umsetzung der Eckpunkte zur Neugestaltung des Übergangs Schule - Beruf

Stand der Unterredungen mit den Partnern des „Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in BW 2010 bis 2014“; Schulversuch „Duale Ausbildungsvorbereitung (AV dual)“; Einrichtung des Bildungsgangs „Duale Berufsqualifizierung (BQ dual)“; Beteiligung von Stadt- und Landkreistag sowie der Wirtschaftsverbände und Kammern an der Auswahl der Modellregionen

Antr

s. *Duale Berufsausbildung*

Drs 15/4964

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/4965

Einführung der Fremdsprache Englisch in der Berufsschule

Stand der Einführung von Englisch als Pflichtunterrichtsfach an Berufsschulen; Einhaltung der Zielvorgabe Schuljahr 2016/2017; Sicherung einer konstanten Unterrichtsversorgung

Antr

s. *Englisch*

Drs 15/4991

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5189

Novellierung des Schulgesetzes

-Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen

-Paritätische Besetzung der Schulkonferenz

-Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens

Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Berufliche Schulen Bad Krozingen - Müllheim

Ablehnung der Verlegung von Teilen der Kaufmännischen Schulen Müllheim nach Bad Krozingen

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 06.06.2014 und Antw KM
Drs 15/5319

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5332

Inklusion im LKreiss Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

rungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5382

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 8 - Berufliche Schulen und duale Ausbildung (Kap 0420)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5408
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5908
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 24.07.2015 Drs 15/7226
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5495

Unterkunftskosten von Berufsschülern

Umsetzung der Empfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ zur Drittelbeteiligung des Landes an den Kosten der Unterbringung zur Beschulung an Landes-, Landesbezirks- und Bezirksfachklassen; Änderungen der Wohnheimfinanzierung, insbes Übernahme der „bayerischen Lösung“

Antr
s. *Wohnheim*
Drs 15/5584

Sachkostenbeiträge für Schüler - LReg hängt Berufsschulen weiter ab

Senkung der Sachkostenbeiträge für Berufsschüler durch Änderung der Schullastenverordnung, insbes Gründe für jeweilige Erhöhungen und Senkungen, Konsequenzen für die Kommunen und die Arbeit der Berufsschulen

KlAnfr
s. *Schulausstattung*
Drs 15/5592

Einführung des neuen Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“

Details und Inhalte zum neuen Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“, insbes Stundenumfang, Klassenstufen, Qualifikation der Lehrer und Praktiker aus Wirtschaft und Alltag, Abgrenzung zu anderen Fächern, Kooperation von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/5629

Klassenbildung und Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen

Wiederbesetzung der zum kommenden Schuljahr frei werden- den Lehrerstellen; Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen zum Schuljahr 2014/2015; Entwicklung der Klassenstärke in den Vollzeitbildungsgängen in den letzten fünf Jahren; Reduzierung der Eingangsklassen beruflicher Bildungsgänge; Vorwurf der Benachteiligung der beruflichen Schulen gegenüber den Gemeinschaftsschulen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 26.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5656

Fachklassen für das Handwerk im Kreis Calw erhalten

Situation der Fachklassen der Berufsschulen im LKreis Calw und außerhalb, insbes Angebot an Berufsbildern im Handwerk, „Bonus“ für Klassengrößen im ländlichen Raum, Beschulung im Ausbildungsberuf Zerspanungsmechaniker

KlAnfr Thomas Blenke CDU 30.09.2014 und Antw KM Drs 15/5788

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5851

Kultusminister will Auszubildende in die Berufsschulen aufs Land bringen

Ausgestaltung und Umsetzung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung für berufliche Schulen, insbes Stärkung durch Schüler aus Ballungszentren, konkrete Kriterien und Vorgaben, Einbindung von Verbänden und Interessenvertretern, Ermessensspielräume vor Ort, Änderungen der Lehreraus- und -fortbildung, zusätzliche Kosten

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 15.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5882

Konzept der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen

Inhalt und Verbindlichkeit des angekündigten Maßnahmenpakets der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen, insbes Umfang zusätzlicher Ressourcen, Vorgaben für die zwei-jährige Orientierungsstufe, Auswirkungen auf die Bildungspläne, Bedingungen einer Bestandsgarantie für Realschulen, Zukunft des zwei-Säulen-Modells, Perspektiven für Werkrealschulen und berufliche Schulen, Verlagerung von pädagogisch-schulorganisatorischen Entscheidungskompetenzen auf die je-

weilige Schule und ihren Träger

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/6166

Situation der Berufsschulen im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Berufsschulen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes bei unterrichteten Berufsbildern, Schülerzahlen, Unterrichtsausfällen, Lehrergewinnung und Klassengrößen des Handwerks

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 26.11.2014 und Antw KM Drs 15/6184

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, insbes Daten für eine Integrierte Ausbildungsstatistik, Kapazitätsausbau an Berufsoberschulen, Austausch von Lehrkräften, Weiterentwicklung des Modellprojekts CARPO (assistierte Ausbildung), Reduktion der Zahl der Ausbildungsberufe, Qualitätsentwicklung und -management an Berufsbildungsstätten, Validierung non-formaler und informeller Kompetenzen, Gutachten zur Fortentwicklung der Weiterbildungsförderung des Landes, Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte

Antr
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/6188

Lehrerstellen für Integrationsklassen VABO/VABO2

Sachstand zu Lehrkräftebedarf und Anstellungsverhältnissen für die „VABO-Klassen“ der Berufsschulen im LKreis Konstanz

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/7356

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Berufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zusammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der Lernfabriken durch das Land

Antr Georg Wacker u.a. CDU 29.10.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7635

Regionale Schulentwicklung und Auswirkungen auf Zahl und Standorte der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

Fortbestand bestehender Berufsschulstandorte; Berücksichtigung leistungsfähiger kleiner Berufsschulen bei der Standortabwägung; Beurteilung des Standorts Ulm im Vergleich zu den umliegenden Berufsschulstandorten; Perspektive der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

KlAnfr Karl Traub CDU 07.12.2015 und Antw KM Drs 15/7837

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*

Drs 15/7945

Angleichung der Ressourcenausstattung der beruflichen Schulen an die der allgemeinbildenden Schulen, Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen; Erinnerung an die Gründung der ersten Berufsschulen im Königreich Württemberg

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 52 55 56 68

Verweisung auf die Ausklammerung der beruflichen Schulen durch die OECD bei ihren internationalen Vergleichsstudien; Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 501-507

Einforderung der Information über das berufliche Schulwesen iRd Informationsabende im zweiten Schulhalbjahr der vierten Klasse; Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 826 828 831

Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen, Verweisung auf das Angebot an hochwertigen Schulabschlüssen an den beruflichen Schulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1374-1376 1381 1382 1387 1388 1390 1391

Notwendigkeit zusätzlicher Eingangsklassen und Lehrer an den beruflichen Schulen, Abbau der Überstundenbugwelle

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972-1975 1977-1979 1982-1986 1988

Berufsbildung

Berufskolleg für Möbel und Raum

Bewertung, Daten und Besonderheiten des Berufskollegs für Möbel und Raum in Sindelfingen, insbes Anmeldezahlen, Absolventenzahlen, Absolventenverbleib, Leistungsbewertung von Absolventen; Schließungspläne für dieses und weitere Berufskollegs

Antr

s. *Berufskolleg*

Drs 15/2917

Leonardo da Vinci-Programm der EU in BW

Daten und Umsetzung des Leonardo da Vinci-Programms der EU zur Förderung des Austauschs von Auszubildenden, insbes Teilnehmerzahlen, bereitgestellte Landesmittel, Information an Schulen, Unterstützung durch Unternehmen und Gewerkschaften, Vorteile für Auszubildende im Handwerk; Änderungen durch neues EU-Programm „Erasmus für alle“; Auszubildenden-Austauschprogramme als Hilfe zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Antr

s. *LEONARDO*

Drs 15/3096

Übergangsmanagement Schule-Beruf

Statistiken, Arbeit und Förderung der Initiativen für das Übergangsmanagement Schule-Beruf zur Ermöglichung eines guten Berufsstarts von Schülern mit schlechteren Startchancen, insbes staatliche Unterstützungsleistungen, Berücksichtigung der Initiativen bei bildungspolitischen Maßnahmen, Herausforderungen aufgrund des Wegfalls der Notenhürden für Klasse 10 der Werkrealschule und für die zweijährige Berufsfachschule, frühe Integration von Schülern in das berufliche Bildungssystem,

Nutzung des Übergangs in die duale Ausbildung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3127

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.02.2014 Drs 15/4949 S. 4-6

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherschutzgesetzes

GrAnfr

s. *Tourismus*

Drs 15/3461

Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Ausbildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr

s. *Berufsfachschule*

Drs 15/4140

Ausbildungsinhalt Sport in Kindertagesstätten

Regelung der Aus- und Fortbildung von Erziehern im Bereich Bewegungserziehung und Sport sowie Ausbildungsinhalte; Zahl der Motorikzentren und Bedarfsabdeckung der dort erlangten Qualifizierungen; Umsetzung der Kooperationen zwischen Kindergärten und Sportvereinen nach dem Landesprogramm „Kooperation Schule - Verein“; Zahl der zertifizierten „bewegungsfreundlichen Kindergärten“

Antr

s. *Kindertagesstätte*

Drs 15/4476

Ausgebrannt in BW?

Entwicklung der Klein- und Obstbrennereien in BW, insbes Anzahl, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Vermarktungsstrukturen und alternative Verwertungsmöglichkeiten

Antr

s. *Brennerei*

Drs 15/4810

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Be-

ruffliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, insbes Daten für eine Integrierte Ausbildungsstatistik, Kapazitätsausbau an Berufsoberschulen, Austausch von Lehrkräften, Weiterentwicklung des Modellprojekts CARPO (assistierte Ausbildung), Reduktion der Zahl der Ausbildungsberufe, Qualitätsentwicklung und -management an Berufsbildungsstätten, Validierung non-formaler und informeller Kompetenzen, Gutachten zur Fortentwicklung der Weiterbildungsförderung des Landes, Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte

Antr

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/6188

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr

s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*

Drs 15/6203

Studiengänge in Gesundheitsfachberufen in BW - Update 2014

Aktueller Stand der Akademisierung der Gesundheitsfachberufe in BW; Sachstand zu Einrichtung von Studiengängen in den Bereichen Pflege, Therapie und Hebammenwesen, insbes Anzahl, Qualifizierungsziel, Studienplätze, Zielgruppen, Ausbildungsinhalte

Antr

s. *Gesundheitsberuf*

Drs 15/6306

Berufseinstieg

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr

s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*

Drs 15/4063

Arbeitsfähigkeit der Verwaltungshochschule Ludwigsburg

Entwicklung der Verwaltungshochschule seit der Abwahl der Rektorin; Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltungshochschule; Auswirkungen der Führungskrise auf die Zahl der Studienbewerber; Berufsperspektive der Absolventen der Verwaltungshochschule

Antr

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*

Drs 15/7731

Berufseinstiegsbegleitung

s. *Berufsvorbereitung*

Berufsfachschule

s.a. *Fachklasse*

s.a. *Fachschule für Sozialpädagogik*

Zentrale schriftliche Prüfungen an den Berufsfachschulen sichern die hohe Qualität

Sicherstellung o.g. Prüfungen an den zweijährigen Berufsfachschulen u.a. Schularten, Verhinderung eines vorzeitigen Durchsickerns von Prüfungsinhalten

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/63

Zukunft der Werkrealschule

Vorgaben und Konsequenzen der geplanten Konzeptionsänderungen für Schulen und Schulträger mit einer vorhandenen bzw beantragten Werkrealschule, Gestaltung der Wege zum Hauptschul- und Werkrealschulabschluss; Festhalten an der vorgesehenen Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfachschulen für Klasse 10 und an den Wahlpflichtfächern für Klassen 8 und 9; Öffnung der Kooperation mit den Berufsfachschulen für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen

Antr

s. *Werkrealschule*

Drs 15/205

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkrealschul- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10

GesEntw

s. *Schulrecht*

Drs 15/941

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule, vom/zum Gymnasium, zur zweijährigen Berufsfachschule, zum Berufskolleg und auf das berufliche Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss

GrAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/1030

Werkrealschule - eine Schulart, die nie eine Chance bekam

Bedeutung des Wahlpflichtfachs als Kernelement der berufspraktischen Ausrichtung der Werkrealschule, inhaltliche Ausgestaltung der Stundentafel nach dem Wegfall der Kooperation mit der zweijährigen Berufsfachschule, Organisation des integrierten Unterrichts in Klasse 10 bzw der gemeinsamen Vorbereitung

der Schüler auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss, Frage nach der Wertung eines in Klasse 9 und/oder Klasse 10 abgelegten Hauptschulabschlusses, Maßnahmen zur Kompensation der Berufsorientierung

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1095

Zweijährige Berufsfachschule - eine Schulart ohne Zukunft?

Darstellung der Schülerzahlen seit 2002, Wertschätzung der Absolventen von den Ausbildungsbetrieben, Bewertung der Kooperation mit der Werkrealschule im zehnten Schuljahr vonseiten der Wirtschaft und des Berufsschullehrerverbands, Auswirkungen des Wegfalls der Kooperation auf die Schülerzahlen und die beruflichen Schulstandorte insbes im ländlichen Raum; Fortführung der verpflichtenden Kooperation mit der Werkrealschule

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 03.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1196
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 (dazu ÄAntr Viktoria Schmid CDU) S. 15-18
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
Mittlg LReg 19.12.2012 Drs 15/2816

Mittlerer Bildungsabschluss - der Regelabschluss im differenzierten Bildungswesen in BW

Zahl der Absolventen mit o.g. Abschluss seit 2002 erworben an der Realschule, am Gymnasium, an der Werkrealschule, der zweijährigen Berufsfachschule, der Berufsaufbauschule, der Abendrealschule und auf anderen Wegen

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/1247

Schulschließungsliste BW

Kriterien und Folgewirkungen der Schließung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bis 2020, insbes im ländlichen Raum; Rückführung des Unterrichtsangebots und von Lehrern an Berufs- und Fachschulen; Planung des Ausbaus von Bezirks-, Landesfach- und länderübergreifenden Klassen bis 2016; Vornahme einer dynamischen Standortentwicklung entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2197

Übergangmanagement Schule-Beruf

Statistiken, Arbeit und Förderung der Initiativen für das Übergangmanagement Schule-Beruf zur Ermöglichung eines guten Berufsstarts von Schülern mit schlechteren Startchancen, insbes staatliche Unterstützungsleistungen, Berücksichtigung der Initiativen bei bildungspolitischen Maßnahmen, Herausforderungen aufgrund des Wegfalls der Notenhürden für Klasse 10 der Werkrealschule und für die zweijährige Berufsfachschule, frühe Integration von Schülern in das berufliche Bildungssystem, Nutzung des Übergangs in die duale Ausbildung

Antr
s. *Berufsbildung*
Drs 15/3127

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehrauf-

wand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/3535

Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Ausbildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 10.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4140

Verlegung und Schließung kleiner Klassen an beruflichen Schulen in der Technologieregion Karlsruhe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Berufsschulen mit kleinen Klassen, Zukunftsaussichten für diese Klassen; Aufrechterhaltung der Berufsausbildung in Ausbildungsberufen mit anhaltend wenigen Auszubildenden; Einfluss der Schließung bzw Verlegung von Ausbildungsklassen auf die Nachwuchsgewinnung und den wirtschaftlichen Erfolg der betroffenen Branchen; Ausbildung zum Physikkaboranten, Ausbildungsstandorte, Klassengrößen, Einstellung des Ausbildungsangebots an der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe, Erleichterungen für die von der Verlegung des Schulstandorts betroffenen Auszubildenden

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/4147

Beklagung eines Qualitätsverlusts der Werkrealschulen durch den Wegfall der Kooperation mit den zweijährigen Berufsfachschulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1373

Beklagung eines Qualitätsverlusts der Werkrealschulen durch die Streichung der Kooperation mit den zweijährigen Berufsfachschulen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1694-1696

Schaffung von mehr Ganztagsangeboten und individueller Förderung an den Berufsfachschulen

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2223 2224

Berufsfeuerwehr

s. *Feuerwehr*

Berufsförderschule

Status und Finanzierung von Sachkosten der Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in freier Trägerschaft

Standorte und Lehrangebot der staatlichen und privaten Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in BW; Höhe der Sachkostenzuschüsse; Finanzierung der nicht durch das Land abgedeckten Sachkosten

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 13.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5341

Berufsförderung Behinderter

s. Berufliche Rehabilitation

Berufsförderung der Soldaten

Stellenvorbehalt nach dem Soldatenversorgungsgesetz

Vorbehalt und Nachfrage nach Stellen im Verwaltungsdienst des Landes BW für ehemalige Zeitsoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz

MdlAnfr 3) Matthias Präfrock CDU 11.03.2014 Drs 15/4915
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5684 5685

Berufsförderung für behinderte Menschen

s. Berufliche Rehabilitation

Berufsfreiheit

Pläne der Europäischen Kommission zu den sogenannten reglementierten Berufen

Auswirkungen der Pläne der Europäischen Kommission zum erleichterten Zugang zu sogenannten reglementierten Berufen, insbes auf die duale Ausbildung, das Handwerk und andere reglementierte Berufe wie Ärzte und Apotheker

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.02.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/4833
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 67 68
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Berufsgeheimnis

s.a. Amtsgeheimnis

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Ausdehnung des absoluten Schutzes von Berufsgeheimnisträgern auf Rechtsanwälte

GesEntw
s. Polizeirecht
Drs 15/2434

Berufsgeheimnisträger

s. Berufsgeheimnis

Berufsgenossenschaft

Mostobstproduktion und Nutzungscodes in der Unfallversicherung

Bedeutung und Produktionsweisen beim heimischen Mostobstanbau; Unfallrisiko im Vertragsanbau mit mechanischer Bewirtschaftung und Ernteunterstützung; Nutzungscodes dieser Anbaumethode für die Einstufung in der Unfallversicherung der Berufsgenossenschaft; Einführung eines eigenen Nutzungscodes „Obstbau mit mechanischer Ernteunterstützung“

Antr
s. Obstbau
Drs 15/7055

Berufshaftpflichtversicherung

Resolution: Hebammen sind wichtig - für die Frauen und ihre Familien

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Hebammenarbeit, insbes mittel- und langfristige Sicherung der Geburtshilfe in BW, Gewährung von Sicherstellungszuschlägen, Gewährleistung einer Haftungsübernahme bei Berufshaftpflichtversicherungen für freiberuflich tätige Hebammen

Antr
s. Hebamme
Drs 15/5472

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw
s. Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz
Drs 15/5757

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025; Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr
s. Hebamme
Drs 15/6455

BerufszVO

s. Berufstätigenhochschulzugangsverordnung

Berufskolleg

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule, vom/zum Gymnasium, zur zweijährigen Berufsfachschule, zum Berufskolleg und auf das berufliche Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss

GrAnfr
s. Realschule
Drs 15/1030

Duale Ausbildung stärken und ihre Attraktivität steigern

Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag zur Anerkennung schulischer Ausbildungszeiten durch die Kammern sowie Einführung der Kammerprüfung für Berufskollegs

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1223

Kultusministerin schließt Schopfheimer Berufskolleg II im Alleingang

Bedeutung und Einzugsbereich des Schulstandorts Gewerbeschule Schopfheim, Gründe für die Ablehnung der Einrichtung des bereits genehmigten Berufskollegs II ohne Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 05.10.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2442
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.03.2013 Drs 15/3712 S. 11 12
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Berufskolleg für Möbel und Raum

Bewertung, Daten und Besonderheiten des Berufskollegs für Möbel und Raum in Sindelfingen, insbes Anmeldezahlen, Absolventenzahlen, Absolventenverbleib, Leistungsbewertung von Absolventen; Schließungspläne für dieses und weitere Berufskollegs

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 24.01.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2917
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.09.2013 Drs 15/4324 S. 15
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik der Gottlieb-Daimler-Schule Sindelfingen (ehemals Akademie für Datenverarbeitung)

Entwicklung der Bewerberzahlen in den Jahren 2010 bis 2013; Zahl der Schulabbrecher in diesem Zeitraum; Gründe für die geplante Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik; Berufsaussichten der Absolventen des Berufskollegs für Informatik

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 17.02.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4786

Novellierung des Schulgesetzes

-Ganztagsschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen

-Paritätische Besetzung der Schulkonferenz

-Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens

Verankerung der Ganztagsschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Weiterentwicklung des Berufskollegs zum dreijährigen dualen Berufskolleg bei gleichzeitiger Lehre mit Erwerb eines Berufsabschlusses sowie der Fachhochschulreife

Überlegungen und Planungen zur Einführung eines dreijährigen dualen Berufskollegs bei gleichzeitiger Lehre und Erwerb eines

Berufsabschlusses sowie der Fachhochschulreife, insbes Schülerpotenzial, Vorteile und Umsetzungsschwierigkeiten

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 22.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5525
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 59
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Berufskraftfahrer

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Schausteller und Marktkaufleute

Auswirkungen der Neuregelungen des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes auf die Verkehrssicherheit; zutreffende Anwendungsbestimmungen des Gesetzes für die Belange von Schaustellern und Marktkaufleuten

Antr
s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*
Drs 15/4564

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Land- und Forstwirtschaft

Aufwand und Probleme bei der Anwendung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes in land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen

KlAnfr
s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*
Drs 15/5517

Wettbewerbssituation der Busunternehmen in BW

Situation der Busunternehmen in BW, insbes Förderung von Echtzeitinformationssystemen, Schwierigkeiten bei der Busfahrerausbildung, Auswirkung der Regelung von Lenk- und Ruhezeiten auf die Stundenvergütung

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/5771

Situation der Lokführerinnen und Lokführer im Vergleich

Einkommenssituation und -entwicklung bei Lokführern bei der Deutschen Bahn AG im Vergleich zu Busfahrern bei privaten Unternehmen und im öffentlichen Dienst sowie Straßen- und Stadtbahnfahrten

KlAnfr
s. *Triebfahrzeugführer*
Drs 15/5924

Umwelt- und Sicherheitsstatus bei der Bedienung der Dienstfahrzeuge der Landesminister

Schulung des Fahrpersonals mit Umwelt- und Sicherheitsanforderung bei der Bedienung der Dienstwagen der Landesminister

MdAnfr
s. *Dienstwagen*
Drs 15/6090

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Schausteller und Marktkaufleute

Auswirkungen der Neuregelungen des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes auf die Verkehrssicherheit; zutreffende Anwendungsbestimmungen des Gesetzes für die Belange von Schaustellern und Marktkaufleuten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 08.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4564

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Land- und Forstwirtschaft

Aufwand und Probleme bei der Anwendung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes in land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Paul Locherer CDU 18.07.2014 und Antw MVI Drs 15/5517

Berufsoberschule

s. *Berufliches Gymnasium*

Berufsorganisation

s. *Berufsverband*

Berufsorientierung

s. *Berufsvorbereitung*

Berufspendler

s. *Pendler*

Berufspraktikum

s. *Praktikum*

Berufsqualifikation

s. *Berufliche Qualifikation*

Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Baden-Württemberg

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Aufstellung an das Bundesrecht angelehnter allgemeiner Kriterien für die Bewertung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Berufsqualifikationen und Regelung des entsprechenden Verfahrens vor allem für nicht reglementierte Berufe; vorrangige Geltung abweichender Anerkennungsregelungen in Berufsgesetzen und -verordnungen für das BQFG-BW nur bei ausdrücklicher Bezugnahme darauf; Regelungen zur wechselseitigen Anerkennung von Gleichwertigkeitsbescheiden der Bundesländer untereinander

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Umsetzung der beruflichen Anerkennung in BW

Situation bei der beruflichen Anerkennung in BW, insbes Personenzahl mit ausländischen Berufsabschlüssen aus EU-Staaten bzw Drittstaaten, Bearbeitungsdauer und Personaleinsatz bei Anträgen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz BW (BQFG-BW); Maßnahmen von Unternehmen und Verbänden zur Arbeitskräftegewinnung im Ausland und Strukturen zur Erleichterung des „Ankommens“ in BW

Antr

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/5455

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Änderung der §§ 2-6, 8-13, 16 und 17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes BW in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/7554

Berufsqualifikationsrichtlinie

s.a. *Berufliche Qualifikation*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Anerkennung von Berufsqualifikationen

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der VO über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems KOM(2011)883 endg.

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1201

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 15/1387

Berufsrecht

Erleichterungen für Erzieherinnen und Erzieher im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz

Pläne zur Deckung des steigenden Bedarfs an Fachkräften in Kindertagesstätten; berufsrechtliche Regelungen für bereits über einen vergleichbaren Abschluss verfügende Absolventen der Fachschulen für Sozialpädagogik; Frage der Einbeziehung der Fachschulen für Sozialpädagogik

Antr

s. *Erzieher*

Drs 15/2337

Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*
Drs 15/6139

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten

Kritische Hinterfragung der Evaluierung der Berufszugangsregelungen durch die EU-Kommission; Herausstellen der positiven Aspekte deutscher Berufszugangsregelungen; Ergreifung von Maßnahmen zum Erhalt der hohen Qualitätsstandards bei den Freien Berufen und dem Handwerk

Antr CDU 14.07.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7167

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in BW erhalten

Mitgestaltung der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission bei den Berufszugangsregelungen, insbes Erhalt der Reglementierung und der Qualitätsstandards in Freien Berufen und im Handwerk als autonome Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten, Beibehaltung der Selbstverwaltung und des Systems der Kammern, Weiterentwicklung des Systems der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe

Antr GRÜNE und SPD 15.07.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7176

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 8

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Mittlg LReg 20.12.2016 Drs 16/1145

Berufsrückkehr

Kontaktstellen Frau und Beruf in BW

Anzahl, Einrichtungsdatum, Standorte und Träger; Nutzungsstatistik, spezifische Merkmale und Standards der Einrichtungen; Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte; Motivierung der Frauen zu einer Tätigkeit im MINT-Bereich; berufliche Förderung von Migrantinnen; Ergebnisse der Evaluation der Kontaktstellen und daraus folgende Konsequenzen

Antr
s. *Frauenerwerbstätigkeit*
Drs 15/2684

Wiedereingliederung von Ärztinnen und Ärzten

Notwendigkeit und Strategien zur Wiedereingliederung von Ärzten in den Beruf nach einer Berufspause; Einbeziehung der Ärztekammern in die Rückgewinnung von Ärzten und die dafür notwendige Fortbildung

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/3836

Substitution in BW

Zahl der in Substitutionsbehandlung stehenden Personen; Wirksamkeit der Substitution mit Methadon und anderen Substanzen; Berücksichtigung der Veränderung des Konsumverhaltens bei der Substitutionsbehandlung; Problem der illegalen Methadon-Weitergabe; Pro-Kopf-Versorgung der Bevölkerung mit substituierenden Ärzten und deren Altersdurchschnitt; Sicherung der zukünftigen Substitutionsbehandlung; Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung substituierter Drogenabhängiger

Antr
s. *Substitutionstherapie*
Drs 15/5712

Berufsschulabschluss

s. *Schulabschluss*

Berufsschule

s. *Berufsbildende Schule*

Berufsschullehrer

Die Lehrerausbildung muss den Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens entsprechen

Vereinbarkeit einer gemeinsamen und gleichartigen Lehrerausbildung für alle Schularten mit den Erfordernissen des bestehenden differenzierten Schulsystems sowie einer einheitlichen Besoldungs- und Versorgungsstruktur für alle Lehrkräfte mit dem Fachlehrermangel an Gymnasien und beruflichen Schulen, Auswirkungen auf die quantitative und qualitative Sicherung des Unterrichts

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/61

Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler

Pläne zur Verlagerung von universitären Lehramtsstudiengängen für Gymnasien und berufliche Schulen an die Pädagogischen Hochschulen sowie zur Harmonisierung der Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten; Darstellung der Folgewirkungen für die Betroffenen und die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten und PH; Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Lehrerausbildung

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/62

Strukturelles Unterrichtsversorgungsdefizit der beruflichen Schulen schneller abbauen

Entwicklung des o.g. Defizits, der Schüler- und Lehrerzahlen an den beruflichen Voll- und Teilzeitschulen seit 2000; Auf- und Abbau der Überstunden in den vergangenen Jahren und im laufenden Schuljahr nach einer Vereinbarung zwischen der früheren LReg und dem Berufsschullehrerverband; Anreize zur Gewinnung zusätzlicher qualifizierter Lehrkräfte in Mangelfächern zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr CDU 29.09.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/614
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2221-2229

Radikale Kürzung der Lehrerstellen an beruflichen Schulen

Zeitpunkt der Information der beruflichen Schulen über die Zahl der verfügbaren Lehrkräfte; Vereinbarkeit der geplanten Kürzung mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der beruflichen Gymnasien und Umsetzung des Rechtsanspruchs von Realschülern auf Aufnahme, mit der flächendeckenden Erhaltung der dualen Ausbildung, von kleineren Klassen und berufsbildenden Angeboten; geplante Schritte für den Abbau des strukturellen Versorgungsdefizits, Festhalten an der Gewinnung von Quereinsteigern für den beruflichen Schuldienst

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 21.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1471

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.07.2012 Drs 15/2544
S. 27-30
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sicherung der Unterrichtsversorgung an den o.g. Schulen; Steigerung der Attraktivität der beruflichen Schulen im ländlichen Raum für die Lehrer und Referendare

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 13.07.2012
Drs 15/2089
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2470 2471

Lehrermangel an beruflichen Schulen in Pforzheim und dem Enzkreis

Kürzungen beim Wirtschaftsgymnasium und hohe Klassengrößen an der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim aufgrund des Lehrermangels; Erwartung weiterer Auswirkungen durch den erlassenen Überstundenstopp, Pensionierungen und Ausfälle durch Schwangerschaften und Elternzeiten; Frage nach Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Lehrermangels

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.08.2012 und
Antw KM Drs 15/2184

Schulschließungsliste BW

Kriterien und Folgewirkungen der Schließung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bis 2020, insbes im ländlichen Raum; Rückführung des Unterrichtsangebots und von Lehrstellen an Berufs- und Fachschulen; Planung des Ausbaus von Bezirks-, Landesfach- und länderübergreifenden Klassen bis 2016; Vornahme einer dynamischen Standortentwicklung entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2197

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft in Oberschwaben

Entwicklung der Schülerzahlen und Lehrerversorgung an den einzelnen Fachschulstandorten seit 2005, Berücksichtigung der gestellten Aufnahmeanträge an allen Standorten?

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2415

Situation der Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte verbessern

Zahl und Besoldung der o.g. Lehrkräfte, verfügbare Beförderungsstellen und Stellenhebungen

KlAnfr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/2566

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*

Drs 15/5495

Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen, Schaffung der notwendigen zusätzlichen Stellen, Verweisung auf die im System belassenen Stellen aus der demografischen Rendite, Gewinnung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1691-1693 1695

Notwendigkeit zusätzlicher Eingangsklassen und Lehrer an den beruflichen Schulen, Abbau der Überstundenbugwelle

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972-1975 1977-1979 1982-1986

Berufsschulunterricht

s.a. *Blockunterricht*

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Strukturelles Unterrichtsversorgungsdefizit der beruflichen Schulen schneller abbauen

Entwicklung des o.g. Defizits, der Schüler- und Lehrerzahlen an den beruflichen Voll- und Teilzeitschulen seit 2000; Auf- und Abbau der Überstunden in den vergangenen Jahren und im laufenden Schuljahr nach einer Vereinbarung zwischen der früheren LReg und dem Berufsschullehrerverband; Anreize zur Gewinnung zusätzlicher qualifizierter Lehrkräfte in Mangelfächern zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/614

Duale Ausbildung stärken und ihre Attraktivität steigern

Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen mit einem Stufenplan; Erarbeitung von Leitlinien zur Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung der Demografie, des Berufswahlverhaltens und der Modernisierung von Ausbildungsberufen; Erhaltung der Attraktivität des Direkteinstiegs der Schulabgänger ins duale Ausbildungssystem; Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag zur Anerkennung schulischer Ausbildungszeiten durch die Kammern sowie Einführung der Kammerprüfung für Berufskollegen

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1223

Radikale Kürzung der Lehrstellen an beruflichen Schulen

Zeitpunkt der Information der beruflichen Schulen über die Zahl der verfügbaren Lehrkräfte; Vereinbarkeit der geplanten Kürzung mit dem Ziel des weiteren Ausbaus der beruflichen Gymnasien und Umsetzung des Rechtsanspruchs von Realschülern auf Aufnahme, mit der flächendeckenden Erhaltung der dualen Ausbildung, von kleineren Klassen und berufsbildenden Angeboten; geplante Schritte für den Abbau des strukturellen Versorgungsdefizits, Festhalten an der Gewinnung von Quereinsteigern für den beruflichen Schuldienst

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/1471

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sicherung der Unterrichtsversorgung an den o.g. Schulen; Steigerung der Attraktivität der beruflichen Schulen im ländlichen Raum für die Lehrer und Referendare

MdlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2089

Lehrermangel an beruflichen Schulen in Pforzheim und dem Enzkreis

Kürzungen beim Wirtschaftsgymnasium und hohe Klassengrößen an der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim aufgrund des Lehrermangels; Erwartung weiterer Auswirkungen durch den erlassenen Überstundenstopp, Pensionierungen und Ausfälle durch Schwangerschaften und Elternzeiten; Frage nach Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Lehrermangels

KlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2184

Schulschließungsliste BW

Kriterien und Folgewirkungen der Schließung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bis 2020, insbes im ländlichen Raum; Rückführung des Unterrichtsangebots und von Lehrerstellen an Berufs- und Fachschulen; Planung des Ausbaus von Bezirks-, Landesfach- und länderübergreifenden Klassen bis 2016; Vornahme einer dynamischen Standortentwicklung entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2197

Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52

Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 504 505

Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1374 1375 1387 1388 1390 1391

Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen, Schaffung der notwendigen zusätzlichen Stellen, Hervorhebung der individuellen Gestaltung des Unterrichts

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1691-1693 1695

Abbau des Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972-1975 1977-1979 1982-1986

Behebung des Unterrichtsausfalls an den beruflichen Schulen

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2108 2115

Berufsonderschule

s. *Berufsförderschule*

Berufsständische Kammer

s. *Berufsständische Vereinigung*

Berufsständische Körperschaft

s. *Berufsständische Vereinigung*

Berufsständische Vereinigung

s.a. *Bauernverband*

s.a. *Kassenärztliche Vereinigung*

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner

Inanspruchnahme der EA bei den Kammern und Kommunen von in- und ausländischen Gewerbeanmeldern; Anteil der elektronisch abgewickelten und damit vereinfachten Verfahren, die zu einer Gründung oder Übernahme eines Unternehmens führten; Frage nach einem Vergleich zur Umsetzung der Richtlinie in den einzelnen BLändern

Antr
s. *Einheitlicher Ansprechpartner*
Drs 15/94

Sachstand zum elektronischen Gesundheitsberuferegister (eG-BR)

Zeitplan einer möglichen Einführung, erfasste Berufsgruppen, Beurteilung der Forderung und des Verfahrensstands in Bayern zur Einführung einer eigenen Heilberufe- und Pflegekammer

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/538

Einführung einer Ausbildung zum „Technischen Assistenten für regenerative Energietechnik und Energiemanagement“

Einführung des o.g. Ausbildungsangebots an den beruflichen Schulen, Aufnahme entsprechender Gespräche mit den Kammern

KlAnfr
s. *Techniker*
Drs 15/1170

Duale Ausbildung stärken und ihre Attraktivität steigern

Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag zur Anerkennung schulischer Ausbildungszeiten durch die Kammern sowie Einführung der Kammerprüfung für Berufskollegs

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1223

Energiepolitische Positionen der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern

Bewertung der o.g. Positionen, insbes zu den Ergebnissen des Gutachtens des Karlsruher Instituts für Technologie zur Entwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit; eigene Einschätzung der Strompreisentwicklung und des CO₂-Ausstoßes in den kommenden zehn Jahren; Festlegung von Teilzielen, Handlungserfordernissen und Maßnahmen zum Risikomanagement im Zuge der Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1748

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“
Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/2849

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land BW (EAG BW)

Mittlg LReg
s. *Einheitlicher Ansprechpartner*
Drs 15/3241

Meisterkurse an beruflichen Schulen in BW

Anzahl der Schulen mit Meisterkursen für Handwerksmeister oder Industriemeister; im Kursangebot vertretene Berufe; Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Zahl der Absolventen (Meisterprüfung); Kursgebühren für Meisterkurse an öffentlichen berufsbildenden Schulen; Gesamtzahl der an öffentlichen beruflichen Schulen für Meisterkurse eingesetzten Lehrkräfte, Anzahl der ausschließlich für Meisterkurse eingesetzten Lehrer; Meisterkurse der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3875

Familienfremde Betriebsübernahmen im baden-württembergischen Mittelstand

Volkswirtschaftliche Bedeutung der familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); Anzahl und Art der Betriebsübergaben in den letzten zehn Jahren; Anzahl der in den nächsten Jahren anstehenden Betriebsübergänge sowie der davon betroffenen Arbeitsplätze; bei der Unternehmensnachfolge auftretende Schwierigkeiten; Programme zur Förderung der Übergabe familiengeführter mittelständischer Unternehmen; fachliche Unterstützung durch die Kammern

Antr
s. *Klein- und Mittelunternehmen*
Drs 15/4437

Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*
Drs 15/6139

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in BW erhalten

Mitgestaltung der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission bei den Berufszugangsregelungen, insbes Erhalt der Reglementierung und der Qualitätsstandards in Freien Berufen und im Handwerk als autonome Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten, Beibehaltung der Selbstverwaltung und des

Systems der Kammern, Weiterentwicklung des Systems der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe

Antr
s. *Berufsrecht*
Drs 15/7176

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Umsetzung europäischer Vorgaben bezüglich der Anerkennung von Berufsqualifikationen; Anpassung des Heilberufe-Kammergesetzes an Anforderungen der Praxis und Entwicklungen im Bereich der Selbstverwaltung, insbes bei Aufbewahrungspflicht für Patientenakten, Sprachprüfungen bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen

GesEntw
s. *Heilberufe-Kammergesetz*
Drs 15/7678

Berufsständische Versorgung

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften

Schaffung landesrechtlicher Grundlagen zur Vorbereitung der am 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Notariatsreform, insbes Fortführung der Sonderlaufbahn des Bezirksnotars, Neufassung des Notarversorgungsgesetzes, Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit und des Landesjustizkostengesetzes; Aktualisierung der Subdelegationsverordnung Justiz im Hinblick auf Ermächtigungen in der Grundbuchordnung, der Grundbuchverfügung, der Schiffsregisterordnung und der Bundesnotarordnung; Anpassung der Vorschriften des Grundbuchsrechts an das Bundesrecht

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/6235

Berufstätigenhochschulzugangsverordnung

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Gleichstellung der Abschlüsse an einer Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie im Anschluß an eine mindestens zweijährige Berufsausbildung als sonstige berufliche Fortbildungen

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Berufstätigkeit

s. *Erwerbstätigkeit*

Berufsunfall

s. *Arbeitsunfall*

Berufsverband

s.a. *Gewerkschaft*
s.a. *Wirtschaftsverband*

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025;

Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/6455

Berufsvereinigung

s. *Berufsverband*

Berufsverkehr

s.a. *Jobticket*

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrslast auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzenbühl

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3642

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4381

Regionaler Zugverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart

Erhöhung der Pünktlichkeit der Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart, insbes während des Berufs- und Ausbildungsverkehrs

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4727

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Be-

reich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4814

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4826

Verkehrsanbindung der Metropole Mannheim

Behebung der Probleme bei der Anbindung der Metropole Mannheim im Berufsverkehr, insbes Verbesserung der Schienenpersonenfernverkehrsverbindungen auf der Strecke Stuttgart-Mannheim in den Randstunden für Berufspendler, Realisierung der Straßenrheinquering zwischen Altrip und Mannheim

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4913

Verkehrsentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets

Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr
s. *Jobticket*
Drs 15/5425

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5897

Baustellensituation auf der Bundesautobahn A 81

Zahl der Baustellen, betroffene Autobahnabschnitte; Art der Baumaßnahmen und deren voraussichtlicher Abschluss; Umfangungsmöglichkeiten für Berufspendler; Verringerung der Beeinträchtigungen im Berufsverkehr

KlAnfr
s. *Baustelle*
Drs 15/6195

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Berufsvorbereitung*s.a. Ausbildungsförderung
s.a. Praktikum**Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern*

Stärkung der Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Zukunft der Werkrealschule

Vorgaben und Konsequenzen der geplanten Konzeptionsänderungen für Schulen und Schulträger mit einer vorhandenen bzw beantragten Werkrealschule, Gestaltung der Wege zum Hauptschul- und Werkrealschulabschluss; Festhalten an der vorgesehenen Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfachschulen für Klasse 10 und an den Wahlpflichtfächern für Klassen 8 und 9; Öffnung der Kooperation mit den Berufsfachschulen für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/205

Berufsorientierung in den Schulen

Darstellung o.g. Angebote nach Schularten und Klassenstufen; Verankerung in den Bildungsplänen, in der Lehreraus- und -fortbildung sowie in der Selbst- und Fremdevaluation; einbezogene externe Partner wie Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen; verfügbare Handreichungen für die Schulen; Ausbau von Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Jungen für nicht geschlechertypische Berufe; Informationsangebote von Vereinen für Hochbegabte und Studienmöglichkeiten; Erkenntnisse über Berufspraktika von Schülern in Eigeninitiative

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 28.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/357

Potenzial der Studienabbrecher nutzen - Fachkräftemangel bekämpfen

Entwicklung der Zahlen von Studienabbrechern und ihrer weiteren Berufswege; Darstellung der Begleitung durch die Hochschulen, insbes Ermöglichung von Kontakten zu einer praxisbezogenen Ausbildung; Hinwirkung auf eine vertiefte Berufsorientierung mit Betriebspraktika für die Schüler und Lehrkräfte auch an allgemeinbildenden Gymnasien

Antr
s. *Studienabbruch*
Drs 15/755

Anpassung der Deutschprüfung im Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ) an die Hauptschulprüfung

Anpassung der höheren Anforderungen der BVJ-Zusatzprüfung an die der Hauptschulprüfung im Fach Deutsch

KlAnfr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 15/839

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkreal- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/941

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung der an den Realschulen praktizierten Berufsorientierung; Entwicklung der Übergangszahlen von Absolventen in eine duale Berufsausbildung

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Werkrealschule - eine Schulart, die nie eine Chance bekam

Bedeutung des Wahlpflichtfachs als Kernelement der berufspraktischen Ausrichtung der Werkrealschule, inhaltliche Ausgestaltung der Stundentafel nach dem Wegfall der Kooperation mit der zweijährigen Berufsfachschule, Organisation des integrierten Unterrichts in Klasse 10 bzw der gemeinsamen Vorbereitung der Schüler auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss, Frage nach der Wertung eines in Klasse 9 und/oder Klasse 10 abgelegten Hauptschulabschlusses, Maßnahmen zur Kompensation der Berufsorientierung

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1095

Zweijährige Berufsfachschule - eine Schulart ohne Zukunft?

Darstellung der Schülerzahlen seit 2002, Wertschätzung der Absolventen von den Ausbildungsbetrieben, Bewertung der Kooperation mit der Werkrealschule im zehnten Schuljahr vonseiten der Wirtschaft und des Berufsschullehrerverbands, Auswirkungen des Wegfalls der Kooperation auf die Schülerzahlen und die beruflichen Schulstandorte insbes im ländlichen Raum; Fortführung der verpflichtenden Kooperation mit der Werkrealschule

Antr
s. *Berufsfachschule*
Drs 15/1196

Qualitätsverfall in den Werkrealschulen - zu Lasten von Schülern, Lehrern, Schulträgern und dem Bildungsstandort BW

Auswirkungen des Hauptschulabschlusses in der zehnten Klasse auf die Lehrpläne der Haupt- und Werkrealschule; Umsetzung des angekündigten pädagogischen Konzepts und der Berufsorientierung in Klasse 10 der Werkrealschule, Vorbereitung der Lehrkräfte auf den „binnendifferenzierten Unterricht“ in den heterogen zusammengesetzten 10. Klassen; Auswirkungen der Veränderungen auf die eingesetzten Lehrerdeputate, Frage nach der Verwendung der eingesparten Mittel

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1314

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“
Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr Claus Paal u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/1610

Berufseinstiegsbegleitung fortführen und ausbauen
Erfahrungen mit dem o.g. Angebot an Schulen seit 2009, Zahl der (erfolgreichen) Teilnahmen von Schülern beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Ausbildung, Höhe und Träger der Kosten, Bewertung der Überführung der Berufseinstiegsbegleitung in den Regelleistungskatalog der Bundesagentur für Arbeit, Beteiligung an der seit April 2012 erforderlichen Kofinanzierung, Art und Ergebnisse von Gesprächen zwischen Ministerien und Institutionen zum Ausbau des Angebots

Antr Werner Raab u.a. CDU 30.04.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/1635

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3398
S. 21

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Qualipass im Ehrenamtsland

Akzeptanz und Wirkungen der o.g. Nachweismöglichkeit der Beteiligung von Jugendlichen an außerschulischen ehrenamtlichen Tätigkeiten; Zahl und Altersklassen der bislang zertifizierten Jugendlichen im Vergleich zu anderen BLändern; Darstellung der erworbenen Praxiserfahrungen und Kompetenzzgewinne, insbes auch im Hinblick auf die Berufsorientierung

Antr
s. *Kompetenz*
Drs 15/1762

Das berufliche Übergangssystem in BW

Bewertung der Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems sowie der Teilnehmerzahlen seit 2002, Auswirkungen auf das Eintrittsalter der angehenden Auszubildenden in das duale System, Anrechnung der erworbenen Qualifikationen, geplante Veränderungen?

Antr Gerhard Kleinböck u.a. SPD 31.05.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/1783 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.03.2013 Drs 15/3712
S. 4 5

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Wirtschaftskompetenz stärken - Schülerfirmen unterstützen

Bedeutung von Schülerfirmen bei der Vermittlung und Aneignung von Wirtschaftskompetenz in der Sekundarstufe; statistische Angaben zu den in den letzten fünf Jahren gegründeten Schülerfirmen; Bewertung der vorhandenen Förderprogramme; Unterstützung und Anerkennung der sich unternehmerisch betätigenden Schüler und der sie begleitenden Lehrer; Hilfestellung der Schüler- und Juniorfirmenberatungsstelle der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie weiterer Kammern oder Unternehmen

Antr
s. *Unternehmensgründung*

Drs 15/5451

Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf

Sachstand zur Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf in Vorbereitungsklassen (VKL) und Vorqualifizierungsjahren Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO), insbes Versorgungssituation, Übergang in Regelklassen, bildungsbiografische Ersterfassung, Konsequenzen aus den besonderen Anforderungen der VKL/VABO-Klassen, Vorbereitung der aufnehmenden Regelschulen, Besetzung neu geschaffener Lehrerstellen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8055

Ausweitung der Möglichkeiten zur Berufsorientierung und Berufswahl von Mädchen und jungen Frauen mit dem Girl's Day, Verweisung auf die Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 196 198

Festhalten an der Berufsorientierung in der Werkrealschule, Beklagung des hohen Anteils von Schulabgängern in berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 503 504 513

Beklagung eines Qualitätsverlusts der Werkrealschulen durch den Wegfall der Kooperation mit den zweijährigen Berufsfachschulen; Einführung der Kompetenzanalyse an den Realschulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1373 1376 1378

Ermöglichung neuer Einstiegswege für leistungsschwache Jugendliche mit einem dualisierten Angebot von Berufsvorbereitungsjahr, Berufseinstiegs- und Vorqualifizierungsjahr; Akzeptanz und Kosten des Übergangssystems in BW

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1691-1695

Berufswahl

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im Ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrerstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/3839

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr
s. *Fachklasse*
Drs 15/3853

Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) an Realschulen

Planung und Umsetzung der Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) zur Unterstützung der Berufsorientierung von Schülern an Realschulen, insbes Zeit- und Ressourcenaufwand, Vorbereitung von Lehrkräften und Multiplikatoren, bisherige Erfahrungen; Ergebnisse der Evaluation durch das Unternehmen Mensch-Technologie-Organisation (MTO)

Antr
s. *Schlüsselqualifikation*
Drs 15/4008

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Programme zur Motivation für MINT-Berufe in BW

Bedeutung und Initiative für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in BW, insbes Programme zur Motivation für MINT-Berufe für Frauen; Bewertung der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an MINT-Berufe durch Schule, naturwissenschaftlich-technische Jugendbildung und Science-Center

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/4578

Girls' Day Akademie

Zielgruppe, Angebote und jährliche Teilnahme an der Girls' Day Akademie; Förderung des Interesses von Mädchen für MINT-Berufe; Bewertung der Girls' Day Akademie durch Bildungs- und Unternehmensverbände; finanzielle Unterstützung durch das Land; Einrichtung einer Boys' Day Akademie

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 16.06.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5343
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 58
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Wirtschaftskompetenz stärken - Schülerfirmen unterstützen

Bedeutung von Schülerfirmen bei der Vermittlung und Aneignung von Wirtschaftskompetenz in der Sekundarstufe; statistische Angaben zu den in den letzten fünf Jahren gegründeten Schülerfirmen; Bewertung der vorhandenen Förderprogramme; Unterstützung und Anerkennung der sich unternehmerisch betätigenden Schüler und der sie begleitenden Lehrer; Hilfestellung der Schüler- und Juniorfirmenberatungsstelle der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie weiterer Kammern oder Unternehmen

Antr
s. *Unternehmensgründung*
Drs 15/5451

Einführung des neuen Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“

Details und Inhalte zum neuen Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“, insbes Stundenumfang, Klassenstufen, Qualifikation der Lehrer und Praktiker aus Wirtschaft und Alltag, Abgrenzung zu anderen Fächern, Kooperation von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/5629

Berufswahlfreiheit

s. *Berufsfreiheit*

Berufszugangsfreiheit

s. *Berufsfreiheit*

Berufung von Professoren

s. *Berufungsverfahren an Hochschulen*

Berufung (Hochschulrecht)

s. *Berufungsverfahren an Hochschulen*

Berufungsverfahren an Hochschulen

s.a. *Stellenbesetzung*

Die Berufungsverfahren zur Besetzung von Juniorprofessuren

Umfang, Gründe und Folgewirkungen der langen Dauer o.g. Berufungsverfahren, insbes für Frauen, im Vergleich zu anderen BLändern; Beurteilung von Vorschlägen der Hochschulen zur Beschleunigung der Verfahren

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 10.08.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/414
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/1821 S. 20
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Berufung und Besoldung von baden-württembergischen Hochschullehrern

Entwicklung des Bewerberinteresses und der Professorenbesoldung an den verschiedenen Hochschularten im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und in- und ausländischen Hochschulen; Anreize und Instrumente zur Steigerung der Attraktivität der akademischen Laufbahn für Frauen und Männer

Antr
s. *Hochschullehrer*
Drs 15/1287

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der

Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1751

Beschäftigtenstatistik

s. *Arbeitsmarktstatistik*

Beschäftigung

Entwicklung der Beschäftigungssituation an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Zahlen und Entwicklung der Beschäftigungssituation an den Universitätskliniken, insbes Budgetkürzung an der Universitätsklinik Freiburg und deren Konsequenzen für die Beschäftigten; Anteil der Universitätsklinik an der ambulanten Versorgung und der akademischen Weiterbildung; Übernahme der durch die studentische Ausbildung bedingten Verzögerungskosten durch das Ministerium

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/3134

Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal; Perspektiven für die betroffenen Mitarbeiter, insbes bezüglich der Zusage einer Beschäftigungsgarantie bis zum 31. Dezember 2014

MdlAnfr
s. *Nokia Siemens Networks*
Drs 15/3315

Auswirkungen der beabsichtigten Rentenrechtsänderung auf den Wirtschaftsstandort BW

Betroffene Personenzahl und Kostenwirkungen der beabsichtigten Rentenrechtsänderung für BW sowie Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung in BW

Antr
s. *Rentenversicherungsrecht*
Drs 15/4428

Beschäftigung im Niedriglohnssektor

s. *Geringfügige Beschäftigung*

Beschäftigungslage

s. *Beschäftigung*

Beschäftigungsniveau

s. *Beschäftigung*

Beschäftigungssituation

s. *Beschäftigung*

Beschäftigungsstatistik

s. *Arbeitsmarktstatistik*

Beschäftigungstherapeut

s. *Ergotherapie*

Beschäftigungsverhältnis

s. *Arbeitsverhältnis*

Beschaffung

s.a. *Ausschreibung*
s.a. *Kauf*

Pressemitteilung des Innenministeriums vom 3. August 2011 zur Modernisierung der technischen Ausstattung der Polizei

Höhe und Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel im Rahmen eines Sofortprogramms, insbes für die Beschaffung von Fahrzeugen der Bereitschaftspolizei; Verzicht auf die Zuständigkeit und Kostenübernahme des Bundes hierfür sowie für den Unterhalt, die Reparatur- und Werkstattkosten; Bewertung der Beschaffung von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizei durch das Land vom Rechnungshof

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/540

Tariftreueregelungen im Beschaffungsrecht

Einführung einer vergaberegelnden Bestimmung zu Tarifreue und Mindestlöhnen über den Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie hinaus? Bewirkung von Mehrbelastungen für die Vergabestellen und höheren Beschaffungskosten; Beurteilung der Kontrollen durch die Zollverwaltung im Rahmen des Entsendegesetzes sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur negativen Koalitionsfreiheit vor dem Hintergrund staatlich verordneter Löhne

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/615

Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz

Umgang mit den Vorgaben im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Zertifizierung von Energieberatern

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/627

Stellungnahme der LReg in der Plenardebatte vom 27. Juli 2011 zum Zustand der Polizei in BW

Konkretisierung und Aufarbeitung von angesprochenen Investitionsdefiziten, insbes bei der Schutzausrüstung, Fahrzeug- und EDV-Ausstattung; Auflistung der iRd Technik-Zukunftsprogramms in den letzten Jahren getätigten Beschaffungen; Definition des Begriffs „Bürgernähe“ für die Polizei; Darlegung des künftigen Personalkonzepts sowie der angekündigten Gegenfinanzierung der beabsichtigten Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/674

Pläne der EU-Kommission zur Regulierung des Zugangs von Waren und Dienstleistungen aus Drittstaaten zum öffentlichen Auftragswesen

Beurteilung der Auswirkungen o.g. Pläne auf das Beschaffungswesen von Land und Kommunen, auf die Exportchancen heimi-

scher Unternehmen, das Preisniveau von öffentlichen Aufträgen sowie auf die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1575

Künftige Entwicklung der Impfraten und der Versorgung mit Impfstoffen

Entwicklung der Impfraten, der Kosten und Finanzierung der Impfstoffe seit 2002; Beurteilung der Ausschreibung der Beschaffung von Impfstoffen und der Auswirkungen von Verträgen mit einem Impfstoffmittelhersteller

KlAnfr
s. *Impfung*
Drs 15/2237

Einsatz von Open-Source-Software (OSS) in der Landesverwaltung

Höhe der jährlichen Kosten für Informationstechnik in der Landesverwaltung seit 2002; Umfang des Einsatzes von OSS-Systemen und -produkten im Server- und Desktop-Bereich und der finanziellen Auswirkungen im selben Zeitraum; Frage nach der rechtlichen Möglichkeit einer Vorgabe von OSS bei Ausschreibungen, Vergaben und der Beschaffung

Antr
s. *Software*
Drs 15/2267

Rahmenbedingungen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW

Rahmenbedingungen für die Arbeit der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW, insbes Nennung der den BOS zugeordneten Einrichtungen, Förderung der Wartung von Kraftfahrzeugen und Gerätschaften, Einrichtung zusätzlicher Personräume, Umsetzung des angemeldeten Investitionsbedarfs, Finanzierungsregelung der Umrüstung auf Digitalfunk, Beschaffungssituation und Personenbeförderungskapazität im Bevölkerungsschutz sowie Anschaffung und Betrieb von Alarmgebern für Einsatzkräfte; effektive Warnung der Bevölkerung vor Großschadensfällen in Ortschaften ohne Alarmsirenen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2944

Vergaberecht - Möglichkeiten einer ökologischen und sozialen Beschaffung im Land weiterentwickeln

Berücksichtigung ökologisch-sozialer Kriterien im Rahmen der geltenden „Verwaltungsvorschrift der LReg über die Beschaffung in der Landesverwaltung (Beschaffungsanordnung - BAO)“ von 2007; Umfang der bereits jetzt bei Aufträgen des Landes geltend gemachten Anforderungen; bisherige Erfahrungen mit der Umsetzung eines fairen Beschaffungswesens; Beschaffungspraxis in anderen Bundesländern; EU- und Bundesrecht; Auswirkungen einer Implementierung des Grundsatzes der fairen, ökologischen und sozialen Beschaffung auf die Vergabestellen, die bietenden Unternehmen und die Beschäftigten; Schulung der für die Beschaffung in den Landesbehörden verantwortlichen Personen

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/3001

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5003

Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidien

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstattung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5031

Verpflichtung der Auftragnehmer im öffentlichen Beschaffungswesen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifvertragesgesetz

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 516-518

Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2082-2085

Ausschluss von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2165 2166

Beschaffungswesen

s. *Beschaffung*

Beschneidung

Rechtliche Bewertung von religiös begründeten Beschneidungen bei männlichen Minderjährigen

Darlegung o.g. Bewertung der im Judentum und Islam religiös begründeten Beschneidung; Beurteilung eines gesetzgeberischen Handlungsbedarfs

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/2087
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 52 53
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Erinnerung an den Vorstoß zur Schaffung eines eigenen Straftatbestands für Genitalverstümmelung

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1555

Beschützende Werkstatt

s. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Beschwerde

Verbraucherschutz bei Anlageberatung

Sachstand zu Beschwerden und Beschwerdegründen über Anlageberater und entsprechende Finanzdienstleister in BW im Beschwerderegister der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht; Qualifikation der Anlageberater; Verbesserung der Qualität der Anlageberatung

KlAnfr

s. *Anlageberatung*

Drs 15/5673

Beschwerdeverfahren

s. *Beschwerde*

Besigheim

Stromleitung über das Wohngebiet „Schäuber“ in Besigheim

Höhe und Träger der Kosten sowie Zeitpunkt der Sanierung von Masten durch die Wohngebiete Schäuber und Löchgauer Feld in Besigheim, Beurteilung einer möglichen Alternativführung der Stromleitung, Erwartung weiterer Sanierungen von Leitungen zwischen den Kohlekraftwerken Heilbronn, Walheim und Ludwigsburg-Hoheneck?

KlAnfr

s. *Stromnetz*

Drs 15/64

Sanierung der Neckarbrücke und Kreisverkehr in Besigheim/Neckar

Dringlichkeit der Brückensanierung im Zuge der L 1115 sowie des Baus eines Kreisverkehrsplatzes im Kreuzungsbereich der L 1113 zur Verbesserung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern; Frage nach einer finanziellen Beteiligung des Landes

KlAnfr

s. *Brücke*

Drs 15/1543

Besoldung

s.a. *Besoldungszulage*

s.a. *Landesamt für Besoldung und Versorgung*

s.a. *Vergütung*

Die Lehrerausbildung muss den Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens entsprechen

Vereinbarkeit einer gemeinsamen und gleichartigen Lehrerausbildung für alle Schularten mit den Erfordernissen des bestehenden differenzierten Schulsystems sowie einer einheitlichen Besoldungs- und Versorgungsstruktur für alle Lehrkräfte mit dem Fachlehrermangel an Gymnasien und beruflichen Schulen, Auswirkungen auf die quantitative und qualitative Sicherung des Unterrichts

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/61

Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler

Pläne zur Verlagerung von universitären Lehramtsstudiengängen für Gymnasien und berufliche Schulen an die Pädagogischen Hochschulen sowie zur Harmonisierung der Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten; Darstellung der Folgewirkungen für die Betroffenen und die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten und PH; Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Lehrerausbildung

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/62

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerausbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/360

Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Zeitpunkt der Einrichtung, Zusammensetzung und Arbeitsauftrag der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK zur Neuordnung der Lehrerausbildung für die Gemeinschaftsschule; Entwicklung einer einheitlichen Besoldungsstruktur und Deputatsverpflichtung

MdlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/607

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in BW (BVAnpGBW 2012)

Ausgestaltung der Einmalzahlung 2011 und der Anpassung 2012 für die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld, Hinausschiebung der Anpassung; Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und der Erschwerniszulagenverordnung

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1002 (36 S.)

1. Beratung PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099-1143

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/4 S. 24 25)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1117 (dazu ÄAntr 12/4 S. 7 8)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1118 (dazu ÄAntr 12/4)

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1212-5 S. 9 10

2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

GesBeschl 10.02.2012 Drs 15/1259 (15 S.)

GBI 2012 Nr. 2 S. 28-42 (Ges vom 14.02.2012)

Berichtigung GBI 2012 Nr. 9 S. 381

Berufung und Besoldung von baden-württembergischen Hochschullehrern

Entwicklung des Bewerberinteresses und der Professorenbesoldung an den verschiedenen Hochschularten im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und in- und ausländischen Hochschulen; Anreize und Instrumente zur Steigerung der Attraktivität der akademischen Laufbahn für Frauen und Männer

Antr

s. Hochschullehrer
Drs 15/1287

Professorenbesoldung in BW nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Umgang mit der o.g. Entscheidung zur Professorenbesoldung in Hessen, Beurteilung der Angemessenheit der Besoldung im Vergleich mit anderen BLändern

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 15.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1289
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 23 24
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur W-Besoldung in Hessen - Konsequenzen für BW?

Konsequenzen für die Professoren- und Beamtenbesoldung in BW?

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 20.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1309
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 23 24
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw
s. Gemeinschaftsschule
Drs 15/1466

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 15/1600

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostenengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw
s. Eingetragene Lebenspartnerschaft
Drs 15/1719

Situation der Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte verbessern

Zahl und Besoldung der o.g. Lehrkräfte, verfügbare Beförderungsstellen und Stellenhebungen

KlAnfr
s. Fachlehrer
Drs 15/2566

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
s. Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014
Drs 15/2561

Stellensituation an den allgemein bildenden Gymnasien und Beruflichen Schulen

Stellenentwicklung im höheren Dienst (Besoldung A 13 und A 14) in den letzten zehn Jahren; Verhältnis dieser Besoldungsgruppen in den Gymnasien im Vergleich zu den Berufsschulen; Forderungen nach einer Gleichbehandlung der Beruflichen Schulen bei der Stellenzuweisung und nach mehr Planungssicherheit für diese Schulgattung durch rechtzeitige Lehrereinstellung

KlAnfr
s. Lehrer
Drs 15/2722

Besoldung von Richterinnen/Richtern und Staatsanwältinnen/Staatsanwälten

Entwicklung der Fallzahlen bei den Gerichten in BW seit 1995; Anzahl der zum Jahresende nicht abgeschlossenen Fälle, gegliedert nach Fachgerichtsbarkeiten und Instanzen; Zahl der Richter und Richterinnen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften seit 1995, ihre Anzahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl; durchschnittliche Fallzahl pro Richter; Besoldungsentwicklung seit 1995, Einkommensentwicklung bei vergleichbar qualifizierten Juristen in der Privatwirtschaft; Aufforderung des Europarats, die Gehälter von Richtern und Staatsanwälten in Deutschland schrittweise anzuheben; daraus abgeleitete Schlussfolgerungen für das Besoldungssystem in BW

GrAnfr
s. Richter
Drs 15/2752

W-Besoldung in BW

Situation der W-Besoldung in BW und Reformpläne der LReg für die W2-Besoldung im Nachgang zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012

Antr
s. Hochschullehrer
Drs 15/3097

Drohen den Hochschulen nach Auslaufen des Solidarpakts Kürzungen?

Prüfung von Einsparmöglichkeiten bei Hochschule und Wissenschaft iRd Neuverhandlungen des Solidarpakts zur Finanzierung der Übernahme des Tarifergebnisses der Angestellten im öffent-

lichen Dienst für die Beamten

MdlAnfr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/3315

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerausbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerausbildung zur Schaffung eines gemeinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/3322

Gehen dem Land die Kämmerer und Bauamtsleiter aus?

Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für die Kommunal- und Landesverwaltung, insbes Ausweitung der Beamtenstellen und Verbesserung der Beamtenbesoldung, Steigerung der finanziellen Attraktivität von Ingenieurs- und Führungsstellen im öffentlichen Dienst sowie in Grenzregionen; Daten zu unbesetzten Stellen von Kämmerern und Bauamtsleitern; Schwierigkeiten der qualifizierten Nachwuchsgewinnung in bestimmten Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/3414

Übertrag des Tarifabschlusses auf Beamte

Übertragung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst auf die Beamten; Anpassung der Besoldung seit 1990 mit der Angabe, ob die Anpassung jeweils zum selben Stichtag wie die Tarifierhöhung für Angestellte erfolgte

KlAnfr Klaus Hermann CDU 15.05.2013 und Antw MFW
Drs 15/3512

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 9. März 2013 für die Jahre 2013 und 2014 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw LReg 04.06.2013 Drs 15/3572 (43 S.)
1. Beratung PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4349-4356
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3713 (dazu ÄAntr FDP/DVP Nr. 1, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 2 und ÄAntr CDU Nr. 3) (11 S.)
ÄAntr CDU 09.07.2013 Drs 15/3758-1 S. 1 2
ÄAntr CDU und FDP/DVP 09.07.2013 Drs 15/3758-2 S. 3
ÄAntr FDP/DVP 09.07.2013 Drs 15/3758-3 S. 4
2. Beratung PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4394-4403
GesBeschl 10.07.2013 Drs 15/3772 (24 S.)
GBI 2013 Nr. 10 S. 185-208 (Ges vom 16.07.2013)

Regierungsbefragung

Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer

s. *Lehrer*
PIPr 15/71 S. 4263

Reform der W-Besoldung in BW

Planungen für die Anpassung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen W2 und W3 in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012; Statistik zu W2- und W3-Professuren; aktueller Besoldungsdurchschnitt; Begründung für die bisherige Umsetzungsverzögerung; Detailplanungen zu Grundgehalt, Erfahrungsstufen und Leistungszulagen

Antr
s. *Hochschullehrer*
Drs 15/3728

Position des Ministerpräsidenten zu den Beamtinnen und Beamten des Landes BW

Position und Planungen des Ministerpräsidenten zur Besoldung und Versorgung der Beamten des Landes BW

MdlAnfr 1) Dr. Reinhard Löffler CDU 03.07.2013 Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4538 4539

Das Berufsbild des Lehrers bleibt in BW attraktiv

Besoldung verbeamteter Lehrkräfte in BW im Vergleich zu Beschäftigten einer vergleichbaren Tarifstufe und zu Lehrern in anderen Bundesländern; Pensionsniveau verbeamteter Lehrer im Vergleich zu Tarifbeschäftigten; Wechsel verbeamteter Lehrkräfte in das Angestelltenverhältnis; Vorzüge des Beamtenverhältnisses gegenüber einer Anstellung in der freien Wirtschaft; Übernahme der Lehrkräfte nach Ausbildungsabschluss in den Schuldienst

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/3782

Unterstützung bei Musterklagen von Beamten

Unterstützung der LReg für Musterklagen von Beamten gegen die Besoldungsregelung in Anlehnung an das Verhalten der nordrhein-westfälischen LReg

KlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/3833

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw
s. *Dienstrecht*
Drs 15/4054

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/723 betr. Eingruppierung einer Fachlehrerin für Sonderschulen

Petitionen
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4039

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung der §§ 24, 27, 39 und 59 sowie der Anlagen 1, 4 und 5 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Rechtmäßigkeit der verzögerten Gehaltsanpassung für die Beamtinnen und Beamten des Landes BW vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2014 (Az.: 2 C 1.13)

Anerkennung des Zusammenhangs zwischen einem Streikverbot für Beamte und der Koppelung der Beamtenbesoldung an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst; Nachholung der Gehaltsanpassung für Beamte

MdlAnfr 4) Klaus Herrmann CDU 11.03.2014 Drs 15/4915
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5685 5686

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes

Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5363

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5733

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes BW und anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 38, 59, 73, 95 und der Anlage 1 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 1. April 2014

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5933

Haushaltsbegleitgesetz 2015/16

Änderung von Anlage 1 (Landesbesoldungsordnung A) zum Landesbesoldungsgesetz BW in der Fassung vom 9. November 2010; Erhöhung des Stellenanteils der Besoldungsgruppe A 9 mit Amtszulage von 30 auf 35 Prozent zur strukturellen Verbesserung im Bereich des mittleren Dienstes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016*
Drs 15/5960

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften

Änderung von § 105 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 9. November 2010

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/6235

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/6463

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6479

Stabsstelle im Kultusministerium und Stellenbesetzungen der LReg

Besoldung des Leiters der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“; rechtliche Grundlage der Eingruppierung; Stellenbesetzungsverfahren; Dienstwagenutzung; Stellenbesetzungen in den Besoldungsgruppen B 3 und höher in den einzelnen Ministerien seit Mai 2011 sowie ihre rechtliche Basis

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/6565

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften

Änderung der Anlagen 2 und 5 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 10. Februar 2015

GesEntw
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/6654

Umgang mit dem offenen Brief des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. vom 23. April 2015 und Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung der Richter und Staatsanwälte

Einbeziehung der Interessenverbände der Richter und Staatsanwälte in Gespräche über die Übernahme des Tarifabschlusses 2015

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 08.05.2015 und Antw StM
Drs 15/6873

Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 - 2 BvL 17/09 u.a. - in Sachen R-Besoldung

Sachstand zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 zur sogenannten R-Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Entwicklung der R-Besoldung, Vergleich mit Tariflohnentwicklung, Entwicklung von Beihilfe und Versorgung; Entwicklung der durchschnittlichen Abschlussnoten des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens in den Prüfungen sowie bei neu eingestellten Assessoren

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 11.05.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6882 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/8019 S. 7

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2015/2016 (BVAnpGBW 2015/2016)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 28. März 2015 für die Jahre 2015 und 2016 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw LReg 09.06.2015 Drs 15/6960 (48 S.)

1. Beratung PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7936-7941

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7109 (dazu ÄAntr CDU)

ÄAntr CDU 14.07.2015 Drs 15/7166

2. Beratung PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8080-8088

GesBeschl 16.07.2015 Drs 15/7175 (25 S.)

GBI 2015 Nr. 15 S. 663-687 (Ges vom 21.07.2015)

Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 9, 41, 51, 57, 72, 104 und der Anlage 1, 5 und 14 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 12. Mai 2015

GesEntw

s. *Besoldungsrecht*

Drs 15/6961

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Änderung der Anlagen 1, 5 und 13 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 10. Februar 2015

GesEntw

s. *Inklusion*

Drs 15/6963

Amtsleiterbesoldung in baden-württembergischen Großstädten in Theorie und Praxis

Sachstand zu Eingruppierung und Besetzung von Amtsleiterstellen in den baden-württembergischen Großstädten

KIAnfr

s. *Beamter*

Drs 15/7047

Situation des technischen Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten des Landes

Sachstand zur Situation des technischen Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten des Landes, insbes Aufgaben, Personalbestand, berufliche Qualifikation, Besoldung und Einstufung

Antr

s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/7064

Statusamt und Funktion baden-württembergischer Gemeinschaftsschullehrkräfte

Sachstand zur Situation um die sich unterscheidenden Besoldungsstufen der Lehrer mit unterschiedlichen Lehrbefähigungen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/7321

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Änderung der §§ 77, 87a und 88 sowie der Anlagen 1, 4, 5 und 13 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg in der Fassung vom 21. Juli 2015

GesEntw

s. *Besoldungsrecht*

Drs 15/7417

Besoldung von Richtern und Staatsanwälten nach Erfahrung

Sachstand zur Berücksichtigung der Amtsamessenheit und Diensterefahrung bei Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Einspareffekt bei der Absenkung der Eingangsbesoldung, Zusatzkosten für durchgängige Besoldung nach der Endgrundgehaltsstufe der Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Antr

s. *Richter*

Drs 15/7576

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindewirtschaftsrecht)

Änderung der Anlagen 2 und 5 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 10. November 2015

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Änderung von § 50 und Anlage 1 des Landesbesoldungsgesetzes BW in der Fassung vom 21. Juli 2015

GesEntw

s. *Abschiebungshaft*

Drs 15/7614

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr

s. *Bildungsfinanzierung*

Drs 15/7945

Erwartete Einsparungen durch Verschiebung der Besoldungserhöhung, Erinnerung an das Versprechen zum Verzicht auf Einkünfte bei der Besoldung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886-891 893 897

Verteidigung der Verschiebung der Besoldungserhöhung, Bewertung als zumutbaren Sparbeitrag der Beamtenschaft

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1202

Einsparung bei der Beamtenbesoldung durch Verzögerung der Tarifierfassung

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1467 1471 1477

Kritik an der Verschiebung der Besoldungserhöhung angesichts der Rekordsteuereinnahmen, Erinnerung an die Verschiebung 2003 und 2008

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1536 1540 1542-1544 1547

Besoldungsgesetz

s. *Besoldung*

Besoldungsrecht

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiarztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw

s. *Dienstrecht*

Drs 15/4054

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes

Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltstfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw GRÜNE und SPD 25.06.2014 Drs 15/5363

1. Beratung PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6316-6321

Mittlg LtgPräs 29.08.2014 Drs 15/5671

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.09.2014 Drs 15/5758

(dazu EAntr FDP/DVP Nr. 1 und ÄAntr CDU Nr. 2)

EAntr FDP/DVP 13.10.2014 Drs 15/5865

2. Beratung PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6467-6469

GesBeschl 15.10.2014 Drs 15/5895

GBI 2014 Nr. 19 S. 493 494 (Ges vom 21.10.2014)

Reform der W-Besoldung; Gesetzgebungsverfahren

Gründe für die verspätete Umsetzung der Reform der W-Besoldung; steuerliche Auswirkungen einer rückwirkenden Besoldungserhöhung

MdlAnfr 3) Andreas Deuschle CDU 09.07.2014 Drs 15/5396

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6328 6329

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug

auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifiergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 17.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5733

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 11

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes BW und anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Anhebung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 2 und 3 mit Wirkung zum 1. Januar 2013; Erhöhung des Grundgehalts der Besoldungsgruppe W 1 mit Wirkung zum 1. Januar 2014; Erhöhung der Besoldungsdurchschnitte; Übergangsvorschriften für Ämter der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 sowie für Versorgungsempfänger

GesEntw LReg 21.10.2014 Drs 15/5933 (43 S.)

1. Beratung PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6672-6676

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.11.2014 Drs 15/6021 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD Anlage 1)

EAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6237

2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6975-6982

GesBeschl 11.12.2014 Drs 15/6255

GBI 2014 Nr. 24 S. 770-776 (Ges vom 16.12.2014)

Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Anpassung des Besoldungs- und Versorgungsrechts an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sowie den Änderungsbedarf auf anderen Gebieten; Überleitungsregelung im Zusammenhang mit der neuen Laufbahn des gehobenen informationstechnischen Dienstes sowie in Folge der Laufbahnverordnung UM; Nachzahlungen für Kläger, Widerspruchsführer und Antragsteller; Übergangsregelung für begrenzt Dienstfähige

GesEntw LReg 09.06.2015 Drs 15/6961 (43 S.)

1. Beratung PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7951-7955

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7110 (dazu ÄAntr FDP/DVP)

ÄAntr FDP/DVP 14.07.2015 Drs 15/7164

2. Beratung PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8046 8047

GesBeschl 15.07.2015 Drs 15/7174

GBI 2015 Nr. 15 S. 658-662 (Ges vom 21.07.2015)

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Einstufung des neuen Lehramts Grundschule in Besoldungsgruppe A 12; Einstufung des neuen Lehramts Werkreal-, Haupt- und Realschule in Besoldungsgruppe A 13; Einstufung der Funktionsämter im Bereich der Werkreal- und Hauptschulen auf dem maßgeblichen Niveau zur Zeit der Qualitätsoffensive Bildung; Eingruppierung funktionsgebundener Professorenämter für das Leitungspersonal am Center for Advanced Studies der Dualen Hochschule BW in der Besoldungsgruppe W 3

GesEntw LReg 22.09.2015 Drs 15/7417 (26 S.)

1. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8229-8234

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7492 (dazu EAntr Klaus Herrmann u.a. CDU)

EAntr FDP/DVP 27.10.2015 Drs 15/7617-1 S. 1

EAntr CDU 27.10.2015 Drs 15/7617-2 S. 2

2. Beratung PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8392-8398

GesBeschl 28.10.2015 Drs 15/7629

GBI 2015 Nr. 20 S. 895-898 (Ges vom 10.11.2015)

Besoldungszulage

Wege zur Gleichstellung zwischen verheirateten und in eingetragener Partnerschaft lebenden Beamtinnen und Beamten - Neuregelung des Familienzuschlags und anderer familienbezogener Regelungen

Vorschlag zum Verzicht auf einen ehebezogenen Teil des Familienzuschlags, Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel zur Erhöhung des kinderbezogenen Teils des Familienzuschlags, Prüfung einer entsprechend kinderbezogenen Umgestaltung von weiteren Fällen familienbezogener Regelungen im Dienstrecht

Antr

s. Eingetragene Lebenspartnerschaft

Drs 15/346

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in BW (BVAnpGBW 2012)

Ausgestaltung der Einmalzahlung 2011 und der Anpassung 2012 für die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld, Hinausschiebung der Anpassung; Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und der Erschwerniszulagenverordnung

GesEntw

s. Besoldung

Drs 15/1002

Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz - KIT-WG)

Weiterentwicklung der Selbstständigkeit des KIT, Überleitung des Personals und Übertragung des Vermögens auf das KIT; Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, der Leistungsbezügeverordnung und der Grundamtsbezeichnungsverordnung

GesEntw

s. Karlsruher Institut für Technologie

Drs 15/1495

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostenengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw

s. Eingetragene Lebenspartnerschaft

Drs 15/1719

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw

s. Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Drs 15/2561

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 9. März 2013 für die Jahre 2013 und 2014 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw

s. Besoldung

Drs 15/3572

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiarztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw

s. Dienstrecht

Drs 15/4054

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung der §§ 4-9 der Leistungsbezügeverordnung in der Fassung vom 23. Juli 2013

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 15/4684

Möglicherweise rechtswidrige Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Hintergründe zur Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Bewertung durch Rechtsgutachten, Informationsstand und -weitergabe innerhalb des Wissenschaftsministeriums und gegenüber der Staatsanwaltschaft, Aufklärung möglicher Rechtsverstöße

Antr

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Drs 15/6218

Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Behörden mit Vorgängen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zulagengewährung durch die zuständigen Behörden; Kenntnis der Richtlinie zur Vergabe von Zulagen bei den Behördenleitungen; Auskunft über den Vorgang der „rechtskonformen Umdeutung“ der Zulagen; Wortlaut der Unterrichtung des Wissenschaftsministeriums; Argument des Vertrauensschutzes; Hinzuziehung weiterer Behörden zur Aufklärung der Vorgänge an der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg; Inhalt der von der Hochschulleitung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zulagengewährung

Antr

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/6349

Ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ein Einzelfall oder ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch in anderen Fällen der Gewährung von Zulagen seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde nicht gerecht geworden?

Überwachung der Vergabe von Leistungs- und Funktionszulagen durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Auskunft über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße seit dem 1. Januar 2011; Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf Widersprüche und Beschwerden vonseiten der Hochschulen; Hilfestellung für die Hochschulleitungen bei der Zulagenvergabe; Festlegung von Kriterien für die Vergabe von Zulagen

Antr

s. Dienstaufsicht
Drs 15/6416

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2460 betr. Kinderbezogener Familienzuschlag

BeschlEmpf und Bericht PetA 12.03.2015 Drs 15/6537 Nr. 2 S. 4-6
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
Mittlg LReg 12.05.2015 Drs 15/6896

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2015/2016 (BVAnpGBW 2015/2016)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 28. März 2015 für die Jahre 2015 und 2016 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw

s. Besoldung
Drs 15/6960

Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 15, 16, 17, 18, 20, 21 und 22 der Erschwerniszulagenverordnung BW in der Fassung vom 12. November 2013, Änderung der Nummern 1-8 der Lehrkräftezulagenverordnung in der Fassung vom 9. November 2010

GesEntw

s. Besoldungsrecht
Drs 15/6961

Weiterentwicklung der Besoldungszulagen in Abhängigkeit der realen Aufgabenwahrnehmung und Leistungserbringung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 350 351

Erinnerung an die Streichung der Leistungsprämien für die Beamten

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1544

Besonders überwachungsbedürftiger Abfall

s. Sonderabfall

Bestandserhaltung

Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung des Bibliotheks- und Archivguts

Anteil des digitalisierten Materials am Gesamtbestand der Archive und Bibliotheken; Zeitplan für das Gesamt-Digitalisierungsvorhaben; Umsetzung der Kunst- und Kulturkonzeption „Kultur 2020“, insbes der Koordination der Digitalisierung von analogem Kulturgut; Einrichtungen und Spezialwerkstätten für Bestandserhaltung in Museen, Archiven und Bibliotheken; Ausbau vorhandener Digitalisierungswerkstätten zu spartenweisen Digitalisierungszentren; Ausbildungs- und Studiengänge; finanzielle Förderung der Digitalisierung und Bestandserhaltung; Höhe der bis 2016 bereitgestellten Mittel; Kofinanzierung durch die Europäische Union, den Bund bzw die Kulturstiftung der Länder

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 21.11.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4373

BeschlEmpf und Bericht WissA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 55 56

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Bestattung

s.a. Feuerbestattung

s.a. Friedhof

s.a. Grab

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Friedhofsträger für ein Verbot von Natursteinen zur Verwendung als Grabsteine und Grabeinfassungen, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt bzw bearbeitet wurden

GesEntw

s. Kinderarbeit
Drs 15/1648

Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen

Darlegung der Bestattungsformen nach dem Islam, dem Judentum, der Orthodoxie und dem Christentum; Unvereinbarkeit von Bestattungsritualen ohne Sarg und ewiges Ruherecht mit der geltenden Rechtslage; Umgang anderer BLänder und EU-Staaten mit kulturell und religiös begründeten und vom Christentum abweichenden Bestattungsritualen

Antr SPD 03.05.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1654
PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5327-5333

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Anpassung und Modernisierung des Bestattungsrechts zur Ausübung jüdischer und muslimischer Kultur und Tradition im Umgang mit Verstorbenen, insbes Aufhebung der Sargpflicht und Möglichkeit der Erdbestattung in Tüchern sowie Aufhebung der grundsätzlichen Mindestdauer bis zur Bestattung

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 20.12.2013
Drs 15/4543 (19 S.)

1. Beratung PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5327-5333

Mittlg LtgPräs 24.02.2014 Drs 15/4847 (38 S.)

BeschlEmpf und Bericht SoZA 13.03.2014 Drs 15/4927 (dazu ÄAntr Wilfried Klenk u.a. CDU, Manfred Lucha u.a. GRÜNE, Thomas Reusch-Frey u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP)

2. Beratung PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5631-5633

GesBeschl 26.03.2014 Drs 15/4994

GBI 2014 Nr. 6 S. 93-97 (Ges vom 01.04.2014)

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit
Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofssatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 24.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5979

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.01.2015 Drs 15/6496 S. 35 36

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Bestattungsgewerbe in BW

Anzahl, Größe und Umsatz der Bestattungsbetriebe; Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Bestattungsgewerbe; Anzeigen und Gerichtsverfahren wegen des Verdachts auf Betrug oder anderer Delikte; Durchführung von Kontrollen bei Bestattungsunternehmen; Konsequenzen aus dem Betrugsfall in Schwäbisch Hall; Regelung des Zugangs zum Bestattungsgewerbe

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 03.11.2014 und Antw MFW Drs 15/6029

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Regelung von Anforderungen an den zu erbringenden Nachweis für Grabsteine und Grabeinfassungen mit einer Herkunft aus fairem Handel und einer Herstellung ohne ausbeuterische Kinderarbeit

GesEntw
s. *Grab*
Drs 15/7553

Zulassung von Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionsgemeinschaften, Überprüfung der Sargpflicht und Änderung des Bestattungsgesetzes

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2085 2086

Zulassung von Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionsgemeinschaften, Überprüfung der Sargpflicht und Änderung des Bestattungsgesetzes

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2167 2168

Bestattungsgesetz

s. *Bestattung*

Bestechung

s. *Korruption*

Besteuerung von Zinserträgen

s. *Zinsbesteuerung*

Besteuerungsgrundlage

s. *Steuerbemessungsgrundlage*

Besteuerungsverfahren

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/3781

Betäubungsmittel

Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und Interventionsmaßnahmen

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE 15.01.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/2867 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2013 Drs 15/3571 S. 23 24

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Alternativen zur sich abzeichnenden Ferkelkastration unter Vollnarkose

Sachstand zu anstehenden Änderungen der rechtlichen Anforderungen an die Kastration männlicher Ferkel, insbes Probleme eines Einsatzes des Betäubungsmittels Isofluran und mögliche Alternativen, Einsatz der sogenannten Immunkastration

Antr
s. *Schwein*
Drs 15/6676

Betäubungsmittelrecht

s. *Arzneimittelrecht*

Beteiligung des Landes

s. *Landesbeteiligung*

Beteiligung (Wirtschaft)

s. *Kapitalbeteiligung*

Beteiligungsbericht

s. *Landesbeteiligung*

Beteiligungsgesellschaft des Landes

s. *Landesbeteiligung*

Beton

Kreisverkehre in Betonbauweise

Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren im Vergleich zu Ampel- einmündungen; Zahl der in den letzten fünf Jahren eingerichte-

ten Kreisverkehre; Wirtschaftlichkeit der Betonbauweise im Vergleich zu sonstigem Straßenbaumaterial

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/5704

Betreuer (Gesetzlicher Vertreter)

s. *Rechtliche Betreuung*

Betreutes Wohnen

Zuwendungen des Landes für Investitionen in Behinderteneinrichtungen

Zahl der geschaffenen Plätze mit und ohne Zuwendungen des Landes in Wohnstätten, Betreuungsgruppen und Behindertenwerkstätten seit 2007; Gründe für den Ausschluss von privaten Investoren und Anbietern von barrierefreien Mietwohnungen von der Landesförderung; Weiterentwicklung der o.g. Verwaltungsvorschrift, Ermöglichung von Zuwendungen an private Investoren für die genannte Mietlösung für gemeinnützige Betreiber

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/2133

Investitionsstau bei neuen ambulanten Wohngemeinschaften für Menschen mit Betreuungsbedarf aufgrund der Verfahrensdauer zum geplanten Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)

Verunsicherung der Investoren aufgrund des andauernden Gesetzgebungsprozesses; Anzahl, Kapazitäten und Investitionsumfang der zurückgestellten Projekte; Vorlage der eingegangenen Stellungnahmen und deren Bewertung vor der öffentlichen Anhörung; Kennzeichnung der Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf; Aufnahme einer Innovationsklausel in den Gesetzentwurf

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 07.02.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4731

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr
s. *Wohngemeinschaft*
Drs 15/5072

Stärkung ambulant betreuter Wohngruppen

Auswirkungen der iRD Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch vorgenommenen Neuregelung der zusätzlichen Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen (§ 38 a SGB XI) auf die Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur in BW, insbes bei Pflegeleistungen von Angehörigen, ehrenamtlichem Engagement, Umwidlungsmöglichkeit von Sachleistungen, Gesamtfinanzierungsanteil des pauschalen Zuschlags

Antr GRÜNE und SPD 10.12.2014 Drs 15/6242
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 56 57
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Entwicklung ambulanter Wohnformen auf Grundlage des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes BW (WTPG)

Nutzung der Beratungsstelle für ambulant betreute Wohnformen beim Kommunalverband für Jugend und Soziales BW; Beratungsschwerpunkte; Zahl der bisher auf der Basis des WTPG ins Leben gerufenen Wohngemeinschaften; Schwierigkeiten bei der Schaffung ambulant betreuter Wohnformen; bisherige Erfahrungen mit den in § 4 Abs 2 WTPG geforderten Abstandsregelungen, den Transparenzbestimmungen und der Zusammenarbeit bei der Durchführung von Prüfungen (§ 25 WTPG)

Antr
s. *Wohnform*
Drs 15/7979

Betreuung (Rechtsinstitut)

s. *Rechtliche Betreuung*

Betreuungsgeld

s.a. *Elterngeld*

Betreuungsgeld stoppen - Rückfall in die 50er Jahre verhindern!

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1847-1856

Was den Familien nützt: Geld in den Kita-Ausbau statt in Betreuungsprämien

Aktuelle Debatte
s. *Familie*
PIPr 15/39 S. 2151

Familienförderung durch Kindertagesstätten-Ausbau statt mit Herd-Prämien

Aktuelle Debatte
s. *Familie*
PIPr 15/51 S. 2923

Situation der Tagespflege

Formen und Mindestsatz der Kindertagespflege in BW; Zahl und Qualifikation von Tagesmüttern; Sicherung der Betreuungsqualität; Ausbau und Förderung von Kindertagespflegeangeboten; Möglichkeit der Inanspruchnahme des Betreuungsgelds für Leistungen der Kindertagespflege; Gesundheitsrisiken für Kleinkinder in Tagesbetreuung; Kostenangleichung für Kita-Platz und Kindertagesbetreuung

Antr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/2885

Ausgestaltung des Betreuungsgelds

Umsetzung der Auszahlung des Betreuungsgelds, insbes Informationsangebot für interessierte Eltern, Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen für die Antragsbearbeitung, erwartete Antragszahl und Bearbeitungsdauer

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 08.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3752

Kosten des Betreuungsgelds

Zahl der zum Stichtag 1. August 2013 anspruchsberechtigten Eltern; Zahl der bis zum 1. September 2013 zu erwartende Anträge; Berechnung der Verwaltungskosten; Veranschlagung der Mittel im Haushalt

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 08.08.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3928
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 50 51
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Das Elternwahlrecht sichern - Vorverurteilungen vermeiden

Antragszahlen für das Betreuungsgeld; Bildungshintergrund und Migrantenanteil der Antragsteller; Bewertung des Elternwahlrechts; künftige Maßnahmen zum Betreuungsgeld

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 06.08.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5599
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 27 28
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Das Betreuungsgeld als Baustein familienorientierter Politik

Bewertung der Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes in BW durch einen großen Teil der Eltern; Schaffung eines familien- und sozialpolitisch orientierten Ersatzangebots des Landes

MdlAnfr 8) Ulrich Müller CDU 10.02.2016 Drs 15/8025
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9051 9052

Verhinderung der Einführung des Betreuungsgelds

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2067

Betreuungsprämie

s. *Betreuungsgeld*

Betreuungsrecht

s. *Rechtliche Betreuung*

Betreuungsvereine*Betreuungsvereine in BW*

Sachstand zur Situation der Betreuungsvereine in BW, insbes Statistik zur Entwicklung bei Betreuungsverfahren, Kosten, Vereinen, Betreuern, Landesförderung; Evaluationsergebnisse; Anhebung der Vergütungssätze

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 08.07.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7143

Betreuungswesen

s. *Rechtliche Betreuung*

Betriebliche Berufsausbildung*Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk*

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Ausbildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr

s. *Berufsfachschule*
Drs 15/4140

Prämienprogramm „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“

Umsetzung des Prämienprogramms „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“, insbes Mittelabrufe, Antragsbewilligungen und -ablehnungen; Beteiligungsmöglichkeiten gemeinnütziger Vereine

KlAnfr

s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/4861

Studienabbrecherquoten und Vorbereitungsangebote für das Studium

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen nach Hochschulen und einzelnen Studienfächern; Gründe bzw Motive der Studienabbrüche; Angebote und Maßnahmen zur Vorbeugung; Nutzen eines „Studienführerscheins“; Verankerung eines Qualitätsmanagements sowie Strategien zur Vorbeugung von Studienabbrüchen im Hochschulrecht; Anerkennung von Studienleistungen bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung

Antr

s. *Studienabbruch*
Drs 15/5312

Betriebliche Forschung*Steuerliche Forschungsförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen*

Modelle und Instrumente einer steuerlichen Forschungsförderung; Förderung der Forschungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen; Nachteile des Instruments der steuerlichen Forschungsförderung; Höhe der zu erwartenden Steuerausfälle

Antr FDP/DVP 24.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6511

Betriebliche Fortbildung

s. *Berufliche Weiterbildung*

Betriebliche Gesundheitsförderung*Gesundheitsstrategie der LReg*

Ziele und Maßnahmen iRd Gesundheitsstrategie der LReg, insbes Umsetzung, Ergebnisse und Kosten des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Landesverwaltung sowie Zusammenarbeit mit den Kur- und Heilbädern

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3132 (19 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.04.2013 Drs 15/3571 S. 30 31

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Umsetzung der Gesundheitsstrategie der LReg im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Ziele und Stand der Umsetzung; Kriterien und Vergabeverfahren bei der Beauftragung externer Dienstleister; Beauftragung einer dem Amtschef des Ministeriums nahestehenden Person; Konditionen für die Dienstleistung

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 22.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3848

Jungen- und Männergesundheit in BW

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4176

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr
s. *Psychische Störung*
Drs 15/5713

Betriebliche Lagerhaltung

s. *Lagerung*

Betriebliche Mitbestimmung

s. *Mitbestimmung*

Betriebliche Vorratshaltung

s. *Lagerung*

Betriebliche Weiterbildung

s. *Berufliche Weiterbildung*

Betriebsansiedlung*Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (GQP)*

Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren außerhalb klassischer Einkaufszentren, insbes Festlegung von Aufwertungsbereichen zur Durchführung standortbezogener Maßnahmen in privater Verantwortung

GesEntw LReg 21.10.2014 Drs 15/5935 (27 S.)
1. Beratung PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6580-6587
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6038 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD Anlage 1 und ÄAntr CDU Anlage 2) (10 S.)
ÄAntr CDU 18.11.2014 Drs 15/6141
2. Beratung PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6801-6806

GesBeschl 26.11.2014 Drs 15/6180
GBl 2014 Nr. 23 S. 687-691 (Ges vom 09.12.2014)

Betriebsausgaben*Abzugsfähigkeit der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds als Betriebsausgabe*

Sachstand zur Nichtabzugsfähigkeit der Beiträge der deutschen Kreditinstitute zum deutschen Restrukturierungsfonds als Betriebsausgabe, insbes Wettbewerbsverzerrung und Belastung für Banken und Sparkassen, Regelung in anderen europäischen Ländern, Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Regelung in den europäischen Ländern

Antr
s. *Bank*
Drs 15/6560

Betriebsberatung

s. *Unternehmensberatung*

Betriebsergebnis*Situation ambulanter Pflegedienste in BW*

Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation der ambulanten Pflegedienste; Rolle der tariflichen Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal sowie der Erhöhung der Pflegevergütung durch die Krankenkassen; Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Dienste bei der Abrechnung mit den Krankenkassen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Pflegebedürftigen

KIAnfr
s. *Pflegedienst*
Drs 15/2799

Beratungsdienste

Ziele der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Beratung; Aufrechterhaltung der Förderung des betriebswirtschaftlichen Erfolgs sowie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe; Einbindung der Mitarbeiter der Beratungsdienste in das neue Beratungskonzept; Fortbestand der Unterrichtstätigkeit in den landwirtschaftlichen Fachschulen; Bereitstellung einer flächendeckenden landwirtschaftlichen Beratung; Kostensteigerung bei den Beratungsdiensten; Leistungsfähigkeit des künftigen Beratungsmodells

Antr
s. *Landwirtschaftliche Beratung*
Drs 15/5008

Betriebsgebäude

s. *Gewerbeimmobilien*

Betriebskosten*Situation ambulanter Pflegedienste in BW*

Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation der ambulanten Pflegedienste; Rolle der tariflichen Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal sowie der Erhöhung der Pflegevergütung durch die Krankenkassen; Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Dienste bei der Abrechnung mit den Krankenkassen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Pflegebedürftigen

KlAnfr
s. *Pflegedienst*
Drs 15/2799

Investitionsförderung der Krankenhäuser im LKreis Calw
Rechtsgrundlagen der Investitions- und Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser in BW; Daten zur Entwicklung der stationären Plätze im Land und im LKreis Calw; differenzierte Daten zu Landesinvestitionen in die Krankenhäuser im LKreis Calw

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2903

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis
Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3632

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreis Schwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreis Schwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreises Schwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5318

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Nationalpark-Besucherzentrum Ruhestein

Sachstand zur Planung bei den Bau- und Betriebskosten des Nationalpark-Besucherzentrums Ruhestein

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/6953

Informationszentrum Ruhestein

Sachstand der Planungen zum Informationszentrum Ruhestein des Nationalparks Nordschwarzwald, insbes Personal- und Betriebskosten, Kooperation mit einem Investor aus Sasbachwalden Breitmatt

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/7436

Betriebsmedizin

s. *Arbeitsmedizin*

Betriebspraktikum

s. *Praktikum*

Betriebsprüfung

s. *Außenprüfung*

Betriebsrat

Förderung der Verbraucherzentrale BW mit Landesmitteln

Gründe und Auswirkungen der Nichtauszahlung der im Haushalt 2012 ausgewiesenen Zuschüsse in der etatisierten Höhe; Rechtsgrundlage und Zielrichtung des MLR für die Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit und Personalentscheidungen der Verbraucherzentrale; Zeitpunkt der letzten Prüfung der Verwendungsnachweise durch das Ministerium; Frage nach Maßnahmen aufgrund der Beschwerde von verdi Stuttgart sowie nach Verhandlungen des Ministerialdirektors über einen Rücktritt von Betriebsratsmitgliedern

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/1718

Arbeitsbedingungen am Landesflughafen Stuttgart

Entwicklung der Zahl, Einsatzbereiche und Vergütung der Beschäftigten in den einzelnen Gesellschaften in Voll- und Teilzeit, Leiharbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen; Frage nach Betriebsräten und deren Bewertung der Arbeitsbedingungen sowie nach Einflussmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1737

Erinnerung an den Kampf um die Gründung von Betriebsräten bei Schlecker

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1568 1571

Betriebsspionage

s. *Wirtschaftsspionage*

Betriebsübergang

Familienfremde Betriebsübernahmen im baden-württembergischen Mittelstand

Volkswirtschaftliche Bedeutung der familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); Anzahl und Art der Betriebsübergaben in den letzten zehn Jahren; Anzahl der in den nächsten Jahren anstehenden Betriebsübergänge sowie der davon betroffenen Arbeitsplätze; bei der Unternehmensnachfolge auftretende Schwierigkeiten; Programme zur Förderung der Übergabe familiengeführter mittelständischer Unternehmen; fachliche Unterstützung durch die Kammern

Antr
s. *Klein- und Mittelunternehmen*
Drs 15/4437

Betriebsunfall

s. *Arbeitsunfall*

Betriebsverlagerung*s.a. Outsourcing*

Investitionen baden-württembergischer Industrieunternehmen
Umfang und Ziele der Investitionstätigkeit im In- und Ausland, Einhaltung des Welthandelsabkommens und Ausräumung protektionistischer Investitionshindernisse, Beeinflussung der Investitionsentscheidungen für ausländische Standorte durch Kostennachteile und Fachkräftemangel hierzulande?

KlAnfr
s. Investition
Drs 15/1636

Kenntnis der LReg über tarifpolitische Überlegungen der Energie BW AG (EnBW)

Beurteilung der geplanten Auslagerung von Geschäftsfeldern in tariffreie Zonen im Zuge eines Sparprogramms, Vereinbarkeit mit dem postulierten „Musterland für gute Arbeit mit gerechter Entlohnung“ und dem Tarifreugesetz, Positionierung der LReg als maßgeblicher Großaktionär der EnBW? Bewertung von entsprechenden Personalverlagerungen aus den Universitätskliniken

KlAnfr
s. Tarifvertrag
Drs 15/2428

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr
s. Energiepolitik
Drs 15/5381

Betriebsverlust*s. Verlust***Betrug***s.a. Wirtschaftskriminalität*

Einzeltrickbetrug in BW

Darlegung der o.g. Fälle in den letzten zehn Jahren, der entsprechenden Schäden, der besonders betroffenen Personen und Orte, der Aufklärungsquote und verhängten Strafen sowie der verfügbaren Ermittlungsinstrumente; Verstärkung der präventiven Maßnahmen und der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und Bundesbehörden

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 16.04.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1568
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/2007 S. 37 38
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Bestattungsgewerbe in BW

Anzahl, Größe und Umsatz der Bestattungsbetriebe; Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Bestattungsgewerbe; Anzeigen

und Gerichtsverfahren wegen des Verdachts auf Betrug oder anderer Delikte; Durchführung von Kontrollen bei Bestattungsunternehmen; Konsequenzen aus dem Betrugsfall in Schwäbisch Hall; Regelung des Zugangs zum Bestattungsgewerbe

KlAnfr
s. Bestattung
Drs 15/6029

Bekämpfung von Betrug im Internet

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1688

Betteln

Organisiertes und aggressives Betteln eindämmen

Anzahl der Platzverweise wegen aggressiven Bettelns pro Tag im Jahr 2011; Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl einer Kommune und den erteilten Platzverweisen; Entwicklung des aggressiven Bettelns seit 2002; Maßnahmen der Kommunen gegenüber aggressiven Bettlern in den Innenstädten; Erkenntnisse über organisierte Banden und ihre Binnenstruktur; Strategien zur Verhinderung der mit organisiertem Betteln in Zusammenhang stehenden Straftaten; Erleichterung des Ausstiegs der Bettler aus den Strukturen der organisierten Kriminalität

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 19.09.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2360
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 32 33
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Bettler*s. Betteln***Beurkundung**

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes

Übertragung der Begründung und Beurkundung von eingetragenen Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

GesEntw
s. Eingetragene Lebenspartnerschaft
Drs 15/768

Streichung des Staatsanteils an den Beurkundungsgebühren für gesellschaftsrechtliche Angelegenheiten

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 907 908

Bevölkerungsentwicklung*s. Demografie***Bevölkerungsforschung***s. Demografie***Bevölkerungsstatistik**

Bevölkerungsstatistik im Main-Tauber-Kreis

Statistische Entwicklung im Main-Tauber-Kreis für Geburten, Todesfälle, Erstwohnsitze, Einwohnerzahl sowie Eheschließungen und -scheidungen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 15.07.2013 und Antw MFW Drs 15/3783

Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen

Stellungnahmen der Kommunalen Landesverbände und Regionalverbände zur Fortschreibung der Hinweise für die Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise; Durchführung einer Verbandsanhörung vor der Fortschreibung der Hinweise; Vorwurf des Eingriffs in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung; Berücksichtigung örtlicher/regionaler Besonderheiten im Genehmigungsverfahren; Nutzung aktueller Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen; Überarbeitung der bisherigen Berechnungsformel; Vorwurf einer Absenkung des Wachstumsfaktors als Mittel zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Antr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/4521

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen der Städte und Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Bevölkerungsentwicklung und -vorausrechnung für die Kommunen im Schwarzwald-Baar-Kreis; Unterstützung der Kommunen bei der Innenbereichsentwicklung

KlAnfr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/4545

Strukturförderung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donauessingen

Bevölkerungsentwicklung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donauessingen; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen

KlAnfr

s. *Strukturpolitik*

Drs 15/4552

Strukturförderung im Main-Tauber-Kreis

Bevölkerungsentwicklung im Main-Tauber-Kreis; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr

s. *Strukturpolitik*

Drs 15/5121

Bevölkerungsstatistik

Statistische Entwicklung im Main-Tauber-Kreis für Geburten, Todesfälle, Erstwohnsitze, Zu- und Abwanderung sowie Einwohnerzahl

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.05.2015 und Antw MFW Drs 15/6908

Bevölkerungsumfrage

s. *Umfrage*

Bewachungsgewerbe

s. *Sicherungsgewerbe*

Bewährungs- und Gerichtshelfer

s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*

Bewährungs- und Gerichtshilfe

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 10: Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen freien Träger

Mittlg LReg 14.12.2011 Drs 15/1046

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1331 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 27.03.2014 Drs 15/5000 (256 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5719 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Peter Hofelich u.a. SPD)

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Mittlg LReg 03.09.2015 Drs 15/7376

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7974

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Mittlg LReg 20.10.2016 Drs 16/852

BeschlEmpf und Bericht FinA 08.12.2016 Drs 16/1142

PIPr 16/22 21.12.2016 S. 1102

Haushalt 2012; Epl 05

Erhöhung des Zuschusses an das Netzwerk Straffälligenhilfe, Fortführung des Projekts der Vermittlung von Straffälligen in gemeinnützige Arbeit („Schwitzen statt Sitzen“)

ÄAntr FDP/DVP 17.01.2012 Drs 15/1105-2 S. 10

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1105-3 S. 11 12

ÄAntr GRÜNE und SPD 19.01.2012 Drs 15/1105-5 S. 15 16

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1292-1301

Mitarbeiterbefragung in der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Frage nach den Ergebnissen der o.g. Befragung und nach der Berücksichtigung iRd Evaluation des Organisationsmodells der Bewährungs- und Gerichtshilfe; Erkenntnisse über einen erhöhten Krankenstand der in diesem Bereich tätigen Bediensteten

Antr Karl Zimmermann u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme JM Drs 15/2207

BeschlEmpf und Bericht StändA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 8 9

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Was will die LReg aus der professionell und effizient arbeitenden Bewährungshilfe mit ihren Hunderten Ehrenamtlern machen?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7166-7177

Ehrenamt und Qualität der baden-württembergischen Bewährungs- und Gerichtshilfe im Ländervergleich

Sachstand zur Arbeit der baden-württembergischen Bewährungs- und Gerichtshilfe im Bundesländervergleich, insbes Anzahl der ehrenamtlich Tätigen, Betreuungsschlüssel, fachliche Qualität, Wirtschaftlichkeit

Antr FDP/DVP 22.05.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6917 (11 S.)

Bewertung der privaten NEUSTART gGmbH als Träger der Bewährungs- und Gerichtshilfe, Durchführung einer ergebnisoffenen Evaluierung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1296 1297 1300

Bewährungshelfer

s. Bewährungs- und Gerichtshilfe

Bewährungshilfe

s. Bewährungs- und Gerichtshilfe

Bewässerung

Entgeltspflicht für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in BW

Abschaffung der Abgabe für die Wasserentnahme und ihre Begründung; Gründe für die Wiedereinführung der Entgeltspflicht; künftige Entgeltsätze, Ermäßigungen und Sonderregelungen; Höhe der zusätzlichen Einnahmen und ihre Verwendung; Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Weinbau; Haltung der landwirtschaftlichen Interessenverbände zur Wiedereinführung des Wasserentnahmeentgelts

Antr

s. Wasserentnahmeentgelt

Drs 15/3449

Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Berieselung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr

s. Wasserentnahmeentgelt

Drs 15/3618

Bewegungserziehung

Frauengesundheit in BW

Entwicklung des Körpergewichts von Mädchen bzw Frauen gegenüber vergangenen Zeiten, Beurteilung des Gesundheits- und Körperbewusstseins im Vergleich zu Männern; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr

s. Gesundheit

Drs 15/964

Sportkindergärten in BW

Sportkindergärten mit dem Zertifikat des Landessportverbands für bewegungsfreundliche Kindergärten; Darstellung des Bedarfs und Einsatzes von Fachkräften, Sportwissenschaftlern u.a. Personen; Bedeutung der Kooperation zwischen Sportkindergärten und Sportvereinen

KlAnfr

s. Kindertagesstätte

Drs 15/1307

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Förderung von Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen und Sportvereinen; Umfang der (fachfremd) erteilten Bewegungs-, Spiel- und Sportstunden an Grundschulen; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter; schrittweise Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde an allen Grundschulen; Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr

s. Sport

Drs 15/1873

Neustrukturierung der Baden-Württemberg-Stiftung

Höhe der Förderung von Sportprojekten seit 2007, Ausgestaltung der aktuellen Förderlinie für die Bereiche Sport/Bewegung/Prävention; künftige Unterstützung von integrationspolitischen und gesundheitspräventiven Projekten im Zusammenhang mit dem Thema Sport; Frage nach zusätzlichen Sport-Fördermaßnahmen

Antr

s. Stiftung

Drs 15/1984

Ausbildungsinhalt Sport in Kindertagesstätten

Regelung der Aus- und Fortbildung von Erziehern im Bereich Bewegungserziehung und Sport sowie Ausbildungsinhalte; Zahl der Motorikzentren und Bedarfsabdeckung der dort erlangten Qualifizierungen; Umsetzung der Kooperationen zwischen Kindergärten und Sportvereinen nach dem Landesprogramm „Kooperation Schule - Verein“; Zahl der zertifizierten „bewegungsfreundlichen Kindergärten“

Antr

s. Kindertagesstätte

Drs 15/4476

Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde in der Grundschule

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1384

Bewegungsförderung

s. Bewegungserziehung

Beweislast

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - L-BGG)

Umsetzung von Zielen und Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention, insbes Einbeziehung von Kommunen in den Anwendungsbereich des Gesetzes, Stärkung der Interessenvertretung von Behinderten, Schaffung von Behindertenbeauftragten in den Kommunen, Verpflichtung zur Bestellung von Behindertenbeauftragten in den Stadt- und LKreisen, Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeit und Regelung zur Beweislastumkehr

GesEntw

s. Behinderter

Drs 15/5936

Beweislastumkehr

s. *Beweislast*

Beweissicherung

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr

s. *Ambulante Behandlung*

Drs 15/3944

Bewerberauslese

s. *Personalauswahl*

Bewerberauswahl

s. *Personalauswahl*

Bezirksfachklasse

s. *Fachklasse*

Bezirksregierung

s. *Regierungspräsidium*

Beznau

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt
Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KlAnfr

s. *Atomausstieg*

Drs 15/2339

BGB

s. *Bürgerliches Gesetzbuch*

Biber

Situation des Bibers in BW

Verbreitung des Bibers in BW; Umfang und Prävention der durch Biber verursachten Schäden, insbes im Hochwasserschutz und bei Personengefährdung; Organisation eines einheitlichen, landesweiten Bibermanagements; Berücksichtigung des Bibers im zu novellierenden Wassergesetz und in der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft

Antr

s. *Nagetier*

Drs 15/3387

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr CDU 28.10.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4253

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5841-5849

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biberschutzes gegenüber anderen Interessen

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 07.04.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5017

BeschlEmpf und Bericht LandWA 16.07.2014 Drs 15/5989 S. 34 35

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Biberschäden im LKreis Waldshut

Sachstand zur Entwicklung der Biberpopulation und Biberschäden im LKreis Waldshut

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 23.03.2015 und Antw MLR Drs 15/6649

Maßnahmen der LReg zur Vermeidung weiterer Schäden durch den Biber

Sachstand zu durch Biber verursachten Hochwasserschäden und Maßnahmen der LReg zur Vermeidung weiterer Schäden

Antr Klaus Burger u.a. CDU 01.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7088

BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 31-33

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Biberach an der Riß

Ausbau der B 30 als zentrale Verkehrsachse in Oberschwaben

Stand der Planungen für den Ausbau der einzelnen Abschnitte zwischen Biberach und Baienfurt; Beurteilung der Dringlichkeit von Bund, Land, Wirtschaftsverbänden und angrenzenden Gebietskörperschaften; Frage nach der Möglichkeit einer Finanzierung über ein streckenbezogenes Lkw-Maut-Modell

KlAnfr

s. *Bundesstraße 30*

Drs 15/748

Priorisierung der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Vorarbeiten und Möglichkeiten der Einflussnahme auf den neuen Bundesverkehrswegeplan ab 2016; Chancen für die Aufstufung der noch nicht ausgebauten Streckenabschnitte und Ortsumfahrungen in den „vordringlichen Bedarf“, insbes Ausbau zwischen Biberach und Baidt, Ortsumgehungen von Gais-

beuren und Enzisreute sowie Ausbau der Ortsumfahrung Bad Waldsee

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/2095

Maßnahmen an Bundesstraßen im LKreises Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personalmangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3471

Biberach, Landkreis

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreises Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr
s. *Verkehrsvermeidung*
Drs 15/373

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreises Biberach

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen in o.g. Gebietskörperschaften, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/485

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreises Biberach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1535

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreises Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim

RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1632

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Biberach

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1879

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreises Biberach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Frage nach den Kosten der Reform bei einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1977

Landesstraßenbau im LKreises Biberach

Berücksichtigung von Aus- und Neubaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2062

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreises Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2091

Landesstraßenbau im LKreises Biberach

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreises Biberach

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-

teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3026

Zunahme von Wohnungseinbrüchen entlang der Autobahn 7
Bekämpfung und Daten zu Wohnungseinbrüchen in den Gemeinden direkt an der Autobahn A 7 im LKreis Biberach, insbes generelle Zunahme von Eigentumsdelikten in der Nähe von Autobahnen, Erkenntnisse über mögliche Beteiligung organisierter Banden

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3102

Chemische Parameter bei der Trinkwasseruntersuchung für Eigenwasserversorger

Schadstoffe in den Eigentrinkwasserversorgungen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung der LKreise Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und dem Bodenseekreis seit 2003; Schadstoffarten, Überschreiten der Grenzwerte der geltenden Trinkwasserverordnung; Kostenentwicklung für Eigenwasserversorger

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/3342

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im LKreis Biberach

Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3468

Maßnahmen an Bundesstraßen im LKreis Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personal-mangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3471

Bundesstraße (B) 30 - Ortsumfahrung Oberessendorf im LKreis Biberach

Verkehrsbelastung, Leistungsfähigkeit und Ausbauplanungen der Bundesstraße 30 bei Oberessendorf; Anmeldung der B 30 als zweistreifige Ortsumgehung für Oberessendorf für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3754

Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn

Mittelbereitstellung und Härtefallregelungen bei der Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn; Zeitplan und Förderung des Bahnhofsmo-dernisierungsprogramms entlang der Bahnstrecke Tannheim - Wangen

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3831

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Biberach

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Biberach

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4824

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

„PartyPass“ in BW

Bisherige Erfahrungen mit dem „PartyPass“ für minderjährige Partygänger; Erhöhung seines Bekanntheitsgrads im Land; Unterstützung von Angeboten zur Alkoholprävention

KlAnfr
s. *Ausweis*
Drs 15/7641

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/8091

Bibliothek

s.a. *Kultureinrichtung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 27: Bibliotheksservice-Zentrum BW

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/237
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 04.06.2013 Drs 15/3576
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3718
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Sicherung und Stärkung von öffentlichen Bibliotheken

Stabilisierung der o.g. Bibliotheken durch eine garantierte Grundfinanzierung und ein Personalprogramm, Zuweisung von Einnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer an die Kommunen auch für Bibliotheken? Vorgesehene Projekte zur Digitalisierung von Angeboten; Frage nach einem Gespräch mit dem Landesverband BW im Deutschen Bibliotheksverband

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1227

BeschlEmpf und Bericht WissA 14.06.2012 Drs 15/2007 S. 26

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Bücher mit rechtsradikalem Inhalt in Landesbibliotheken

Frage nach o.g. Beständen mit rechtsextremistischem und geschichtsrevisionistischem Inhalt sowie nach entsprechenden Prüfungen und Konsequenzen, Verhinderung einer unkritischen Nutzung solcher Werke

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/1950

Bibliotheksgesetzgebung für BW

Bewertung der o.g. Empfehlung der Enquete-Kommission des Bundestags „Kultur in Deutschland“ an die Länder, Umsetzung und Erfahrungen in anderen BLändern? Anwendbarkeit eines vom Deutschen Bibliotheksverband 2008 veröffentlichten Musterentwurfs

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 30.08.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2281

BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 46 47

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Erweiterung der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart

Baulicher Zustand und räumliche Kapazitäten; Kosten- und Zeitrahmen einer Sanierung der vorhandenen Räumlichkeiten; Kosten und räumliche Kapazitäten des geplanten Erweiterungsgebäudes; sein zu erwartender Nutzen wie z.B. eine Optimierung des Betriebsablaufs oder der Wegfall von Mietkosten für Außenstellen; Gründe für die Verschiebung der Baumaßnahme, voraussichtlicher Baubeginn und Fertigstellungstermin; Maßnahmen zur Behebung der drängendsten Probleme

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 08.11.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2634

Öffnungszeiten von Bibliotheken

Rechtliche Rahmenbedingungen und Praxis bei den Öffnungszeiten von öffentlichen Bibliotheken in BW; Position von LReg, bibliothekarischen Verbänden und Bibliotheksnutzern zum Thema Sonntagsöffnung; Praxis der Sonntagsöffnung anderer kultureller Einrichtungen sowie von öffentlichen Bibliotheken in anderen Bundesländern, insbes Ergebnisse des Modellversuchs in der Stadtbibliothek Bremen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 09.09.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4015

BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 13

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung des Bibliotheks- und Archivguts

Anteil des digitalisierten Materials am Gesamtbestand der Archive und Bibliotheken; Zeitplan für das Gesamt-

Digitalisierungsvorhaben; Umsetzung der Kunst- und Kulturkonzeption „Kultur 2020“, insbes der Koordination der Digitalisierung von analogem Kulturgut; Einrichtungen und Spezialwerkstätten für Bestandserhaltung in Museen, Archiven und Bibliotheken; Ausbau vorhandener Digitalisierungswerkstätten zu spartenweisen Digitalisierungszentren; Ausbildungs- und Studiengänge; finanzielle Förderung der Digitalisierung und Bestandserhaltung; Höhe der bis 2016 bereitgestellten Mittel; Kofinanzierung durch die Europäische Union, den Bund bzw die Kulturstiftung der Länder

Antr

s. *Bestandserhaltung*

Drs 15/4373

Ausstattung der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen

Situation und Perspektiven der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen, insbes Personal- und Finanzausstattung, Aufgabenerfüllung; Aufgaben und Finanzierung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle des Deutschen Bibliotheksverbands in Stuttgart

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 14.05.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5193

BeschlEmpf und Bericht WissA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 13

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Bibliotheksgesetz

s. *Bibliothek*

Bibliotheksservice-Zentrum

s. *Bibliothek*

Bibliothekswesen

s. *Bibliothek*

Biene*Bienenhaltung in BW*

Entwicklung der Imkerei seit 2003; Jahresproduktion an Honig in BW; Unterstützung der Erzeugung und Vermarktung von Honig; Förderung der Aus- und Weiterbildung von Imkern sowie der Zucht und Haltung von Bienenvölkern; Nahrungsangebot der Bienen; Befall der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe, Maßnahmen zur Varroosebekämpfung

Antr

s. *Imkerei*

Drs 15/3277

Schutz der Bienen vor Neonicotinoiden

Einsatz von Pestiziden mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonicotinoide in Deutschland, insbes Daten zur Einsatzmenge, Schäden bei Bienenvölkern in BW, Rückstände in Honig und Pollen in BW, Belastungen von Böden und Gewässern; Stand des Zulassungsverfahrens für das Maisbeizmittel Sonido; Einsatz der LReg in Beratungen auf EU-Ebene über Anwendungsverbote für Pestizide, Verbesserung des Schutzes der Bienen vor Neonicotinoiden; Schließung der Forschungs- und Datenlücken zu ökologischen Risiken von Neonicotinoiden durch unabhängige Studien; Förderung der Forschung und Entwicklung nicht-chemischer und präventiver Pflanzenschutzmaßnahmen für den Einsatz in der Landwirtschaft

Antr Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE 28.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3300
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 54
 PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
 Mittlg LReg 17.04.2014 Drs 15/5104

Bienensterben in der Ortenau im April 2014

Schadensmeldung, Schadensgebiet und Art der Schäden an den Bienenvölkern; Auftreten vergleichbarer Ereignisse in der Vergangenheit; Ermittlung der Ursachen des Bienensterbens; Zusammenhang mit Pestizideinsatz im Obstbau; Konsequenzen für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln

Antr Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE 24.06.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5358
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 53
 PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Unterstützung der Imker bei der Bekämpfung der Varroamilbe durch das Land

Unterstützung der Imker bei den zunehmenden Problemen in der Bienenhaltung mit dem Parasiten Varroamilbe, insbes Zahlung einer Bestäubungsprämie

MdlAnfr
s. Bienenseuche
 Drs 15/5396

Einsatz von Insektiziden zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege

Bewertung des Einsatzes des Insektizids SpinTor (Spinosad) zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege im Wein- und Obstbau; Zulassung des Insektizids Piretro Verde bzw Pyrethrine; Risikobewertung des Einsatzes von SpinTor und Piretro Verde durch die landwirtschaftlichen Landesanstalten; Auswirkungen des Insektizideinsatzes auf die heimischen Bienenpopulationen; Strategien und Mittel gegen die asiatische Kirschessigfliege in anderen Ländern

Antr
s. Pflanzenschutzmittel
 Drs 15/5759

Ernteauffälle im Enzkreis durch die asiatische Kirschessigfliege

Umfang der Ernteauffälle bei den Wein- und Obstbauern im Enzkreis; Bekämpfung der Kirschessigfliege mithilfe von Insektiziden; Vermeidung negativer Folgen für die Bienenpopulation

KlAnfr
s. Schädling
 Drs 15/5925

Durchwachsene Silphie in BW

Bedeutung der Durchwachsenen Silphie für die Landwirtschaft und die Biomasseerzeugung, insbes Vergleich zum Maisanbau, Beitrag zur Sicherung des Bienenbestandes; Förderung und wissenschaftliche Erforschung dieser Energiepflanze in BW und im Bundesländervergleich

Antr
s. Pflanze
 Drs 15/5954

Imkerei stärken, Bienen schützen

Sachstand zur Entwicklung von Imkereien und Honigbienenvölkern in BW, insbes Anzahl der konventionellen und der Bio-Imkereien, Nahrungsangebot für Bienen, Vermarktungsförde-

rung für heimischen Honig, Einsatz von Pestiziden mit bienengefährlichen Wirkstoffen und deren Auswirkung auf die Bienenvölker

Antr GRÜNE 01.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7093
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 71 72
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Bienenhonig

s. Honig

Bienenseuche

Bienenhaltung in BW

Entwicklung der Imkerei seit 2003; Jahresproduktion an Honig in BW; Unterstützung der Erzeugung und Vermarktung von Honig; Förderung der Aus- und Weiterbildung von Imkern sowie der Zucht und Haltung von Bienenvölkern; Nahrungsangebot der Bienen; Befall der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe, Maßnahmen zur Varroosebekämpfung

Antr
s. Imkerei
 Drs 15/3277

Unterstützung der Imker bei der Bekämpfung der Varroamilbe durch das Land

Unterstützung der Imker bei den zunehmenden Problemen in der Bienenhaltung mit dem Parasiten Varroamilbe, insbes Zahlung einer Bestäubungsprämie

MdlAnfr 6) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 18.07.2014
 Drs 15/5396
 PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6332-6334

Bienenzucht

s. Imkerei

Bier

500 Jahre deutsches Reinheitsgebot - Bier und Brauereiwirtschaft in BW

Entwicklung der Braustätten im Land, Zahl der Beschäftigten; Bierproduktion im Jahr 2015, Bierkonsum in den vergangenen fünf Jahren; Anteil baden-württembergischen Biers am Gesamtabsatz; Bedeutung und Zukunftsaussichten des Reinheitsgebots; Hopfenanbau in BW; Einfluss ausländischer und neuartiger Biere; Marktanteil alkoholfreier, alkoholreduzierter und mit Limonaden versetzter Biere; Förderung der Vermarktung von Bier durch das Land

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 11.01.2016 und Stellungnahme MLR Drs 15/7929

Biermann, Wolf

Auftritt des Liedermachers Biermann vor dem Bundestag zum Mauerfall am 7. November 2014

Planungen zur Einladung des Liedermachers Wolf Biermann zu einer Veranstaltung der LReg

MdlAnfr
s. Veranstaltung
 Drs 15/6090

Bietigheim-Bissingen

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/805

Stadtbahnstrecken zwischen Karlsruhe und Bietigheim

Erhöhung der Pünktlichkeit und der Fahrgastzahlen auf der Stadtbahnlinie S 5; Verlegung eines dritten Gleises auf der Strecke zwischen Pfingsttal-Söllingen und Pforzheim; Vorschlag, die Stadtbahnlinie S 5 in Pforzheim enden zu lassen und dafür die von Bad Wildbad kommende Linie S 6 nach Bietigheim-Bissingen durchzubinden

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3103

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggonen durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4258

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4804

Verkehrsunfallzahlen der Stadt Bietigheim-Bissingen

Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen in der Stadt Bietigheim-Bissingen und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/7188

Pläne für Biogutvergärung im LKreis Ludwigsburg

Sach- und Planungsstand für die Errichtung einer Biogutvergärungsanlage in Bietigheim-Bissingen

KlAnfr
s. *Bioabfall*

Drs 15/7728

Bilanz

„Kassensturz“ der LReg; Kaufmännisches Rechnungswesen als Zukunftsmodell der staatlichen Rechnungslegung

Schritte und Zeitplan zur Einführung der Doppik im Landeshaushalt; Umgang mit den Kommunen, die ihr Rechnungswesen bereits umgestellt haben bzw dies noch vornehmen (müssen); Gewährung von Schadenersatz für die geleisteten Aufwendungen im Falle der Einräumung eines Wahlrechts? Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Kassensturz unter Zuziehung von externen Experten; Vorlage einer testierten Vermögensrechnung und Eröffnungsbilanz mit dem Hpl 2012 bzw 2013; Festhalten an der Rechtslage für die Kommunen zur Umsetzung der Doppik mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Antr
s. *Kassen- und Rechnungswesen*
Drs 15/134

Bericht der LReg zum Kassensturz

Mittlg LReg 28.06.2011 Drs 15/155 (26 S.)
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.07.2011 Drs 15/341 II. S. 3
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430-449

RegErkl - Kassensturz: Finanzielle Erblasten und Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierungen in BW und Aussprache

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119-144

Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz

Handhabung der mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz eingeführten elektronischen Übermittlung der Jahresabschlüsse an die Finanzverwaltung; Eintreten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Beseitigung der mit Schreiben von acht großen Wirtschaftsverbänden aufgeführten Kritikpunkte

Antr FDP/DVP 06.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1370
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.06.2012 Drs 15/2007 S. 10
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Bewertung der finanzpolitischen Bilanz der abgewählten Regierung, Ankündigung eines Kassensturzes

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 54 59 63 72 76 77

Bildende Künste

s. *Bildende Kunst*

Bildende Kunst

Archiv für die bildende Kunst in BW

Errichtung eines Archivs für die Nachlässe anerkannter bildender Künstler aus BW; Aufwand und Kosten; Bedeutung des Deutschen Literaturarchivs Marbach für die Bewahrung der Nachlässe namhafter Schriftsteller

Antr
s. *Archiv*
Drs 15/4701

Unterrichtsversorgung am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim

Entwicklung der Zahl der Schüler, Klassen und Lehrerdeputate am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich sowie in den Fächern „Latein“, „Bildende Kunst“, „Informationstechnische Grundbildung (ITG)“ und „Naturwissenschaften“

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5206

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Kunsterziehung*
Drs 15/5746

Bildung

s.a. *Berufliche Bildung*
s.a. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*
s.a. *Bildungsforschung*
s.a. *Bildungshaus*
s.a. *Bildungsplan*
s.a. *Bildungspolitik*
s.a. *Erwachsenenbildung*
s.a. *Jugendbildung*
s.a. *Lebenslanges Lernen*
s.a. *Politische Bildung*

Das „Bildungshaus 3-10“ schafft gleiche Startchancen

Beurteilung der o.g. Einrichtungen im Elementarbildungsbereich, insbes zur Vermittlung der erforderlichen Kompetenzen zum Schulstart durch die enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule zu einem pädagogischen Verbund; Ausstattung der geschaffenen und neuen Bildungshäuser mit den notwendigen Ressourcen, Aufstellung eines Zeitplans zum flächendeckenden Ausbau

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/33

„Singen - Bewegen - Sprechen“ - ein Erfolgsmodell in der frühkindlichen Bildung

Nutzung der zu erwartenden Evaluationsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung als Entscheidungsgrundlage für den weiteren Standortausbau des o.g. Förderprogramms; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen; Bewertung der Beteiligung von Musikschulen und Musikvereinen; Entwicklung einer Fortbildungskonzeption für die weitere musikalische Qualifizierung der Erziehungs- und Lehrkräfte

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/43

Der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ sieht das baden-württembergische Schulwesen gut aufgestellt

Bewertung bzw Umsetzung der Handlungsempfehlungen nach dem Abschlussbericht des o.g. Gremiums, Frage nach Erkenntnissen über die Erfolgsaussichten der angekündigten Gemeinschaftsschule sowie nach einer wissenschaftlichen Begleitung dieser Schulart; Festhalten an der Verantwortung für die Schulpolitik, Weiterentwicklung des differenzierten Schulsystems

Antr
s. *Schule*
Drs 15/75

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/85

Umsetzung der Konzeption „Kultur 2020 - Kunstkonzeption für BW“

Entwicklung von Stufenplänen mit den notwendigen Ressourcen zur Umsetzung o.g. Handlungsempfehlungen, insbes mit den Schwerpunktthemen der Konzeption „Kulturelle Bildung“ und „Interkulturelle Kulturarbeit“; Einrichtung des Fachbeirats „Kulturelle Bildung“ und der Landeskunstkonferenz unter Einbeziehung der Landtagsfraktionen; Fortführung des Dialogs mit den Kunschtchaffenden; flächendeckende Einrichtung der Funktion von Kulturbeauftragten an Schulen

Antr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/259

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/286

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes: Bildungs- und Infrastrukturpauschalen

s. *Investition*
Drs 15/542

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/612

Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE im LKreis Schwäbisch Hall

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine und Hilfen in besonderen Lebenssituationen von jungen Eltern seit 2009, Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel

KlAnfr

s. *Landesprogramm STÄRKE*

Drs 15/786

Bildungsangebot verbessern - nicht verändern

Beurteilung des guten Abschneidens bei der jüngsten Bertelsmann-Studie zum Bildungsangebot in den Ländern und Kreisen, Orientierung von weiteren Verbesserungen am Bildungsangebot Bayerns

KlAnfr Karl Rombach CDU 16.12.2011 und Antw KM Drs 15/1048

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1239

Förderung von Elternkompetenzen - Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine, der Beratungs- und Unterstützungsangebote von Familien in besonderen Lebenssituationen seit 2008; Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel; Auflistung der besonders und der weniger nachgefragten Angebote; Umsetzung einer vom Sonderausschuss Amoklauf in Winnenden erarbeiteten Konzeption zur flächendeckenden Einführung eines Fortbildungsangebots für Eltern mit Kindern in typischen Umbruchphasen; Frage nach geplanten Programmänderungen

Antr

s. *Landesprogramm STÄRKE*

Drs 15/1533

Kulturelle Bildung und freier Eintritt in Museen

Entwicklung der Besucherzahlen in den staatlichen Museen seit Einführung von Eintrittsgeldern 1995; Stärkung der kulturellen Bildung und Steigerung der Besucherzahlen mit einer Abschaffung von Eintrittsgeldern für Kinder und Jugendliche in die Dauerausstellungen der staatlichen Museen - mit Erstattung der entgangenen Eintritte für die Einrichtungen

Antr

s. *Museum*

Drs 15/1616

Bildungschancen jugendlicher Strafgefangener in baden-württembergischen Gefängnissen

Situation der Beschulung der o.g. Gefangenen und Untersuchungshäftlinge, insbes auch von Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und mangelhaften Deutschkenntnissen; Erfahrungen bei der Gewinnung von Lehrern; Teilhabe der Schulen in den Vollzugsanstalten an der Strukturreform des Schulsystems; Kooperationen zwischen diesen Schulen und Institutionen außerhalb der JVA

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 21.05.2012 und Stellungnah-

me JM Drs 15/1738

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 42 43

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Bildungsaufbruch ohne Unterrichtsversorgung

Aktuelle Debatte

s. *Bildungspolitik*

PIPr 15/37 S. 1972

Neue Denkansätze für die Bildung - bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/2909

Kulturelle Bildung in BW

Arbeit und Ergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung und Umsetzung seiner Vorschläge auch in den neuen Bildungsplänen; Verbesserung der Infrastrukturen und Vernetzung von Schulen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung; Ausweitung der Antragsberechtigung für den „Innovationsfonds Kunst“; Reaktionen und Umsetzung der Aufforderung an Schulen zur Benennung von Lehrkräften als Kulturbeauftragte

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 30.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3447

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897 S. 28 29

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH

s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*

Drs 15/3636

Kann Bildung „gerecht“ sein?

Erreichung von mehr „Chancengleichheit“ im baden-württembergischen Schul- und Bildungssystem durch das mehrgliedrige Schulsystem bzw die Gemeinschaftsschule; Möglichkeiten der Entkoppelung sozialer Unterschiede der Schüler bzw deren sozialer Herkunft zugunsten einer erfolgreichen Schullaufbahn durch schulischen Unterricht; Vergleich des Schulerfolgs verschiedener Bildungssysteme mit dem Ziel der Erreichung sozialer Bildungsgerechtigkeit

Antr Georg Wacker u.a. CDU 30.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4097 (11 S.)

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Ge-

schichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4100

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr
s. *Erziehung*
Drs 15/5084

Unsere Volkshochschulen und ihr Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu mehr Bildungsgerechtigkeit

Aktuelle Debatte
s. *Volkshochschule*
PIPr 15/104 S. 6213

Baden-Württemberg - Spitzenplatz in der frühkindlichen Bildung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8274 (abgesetzt)

Baden-Württemberg - Spitzenplatz in der frühkindlichen Bildung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8354-8364

Auf die Lehrer kommt es an - Bildung muss auch künftig der Investitionsschwerpunkt im Landeshaushalt sein

Aktuelle Debatte
s. *Lehrer*
PIPr 15/148 S. 8867

Anstreben von gleichen Bildungschancen für alle als Ziel der neuen LReg, Hervorhebung des Stellenwerts der frühkindlichen Bildung, Ermöglichung eines Bildungsaufbruchs an den Schulen; Finanzierung der Hochschulbildung mit Steuermitteln

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 23-25 27 28

Eintreten für Bildungsgerechtigkeit, Wertung der Arbeitsmarktdaten als Beleg für eine erfolgreiche Bildungspolitik, Verstärkung der Förderung der frühkindlichen Bildung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 34 36 40-42 49-52 55-57 62 67 68 73 77 87 90

Kritik an der fehlenden Finanzierung der Qualitätsoffensive Bildung ab 2013, Einsatz der demografischen Rendite für Verbesserungen im Bildungsbereich

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121 126 127 130-133 136 137 139 140

Feststellung von Fortschritten auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit, Kritik an der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Erwartung einer besseren individuellen Förderung der Schüler in der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498-512 515 516

Anstreben von gleichen Bildungschancen für alle Kinder, Stärkung der frühkindlichen Bildung; Befürchtung einer Angleichung der Bildungsziele auf niedrigem Niveau mit der Gemeinschaftsschule; Ausbau der Bildungspartnerschaften mit der Wirtschaft

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642 643 647 648 654 656-663

Anstreben gleicher Bildungschancen für alle Kinder, Stärkung der frühkindlichen Bildung; Bewertung der Abschaffung der Studiengebühren als Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959-979 991-1001 1009 1010

Hervorhebung der Investitionen in die vorschulische, schulische und universitäre Bildung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040-1042

Bewertung der Investitionen in die vorschulische, schulische und universitäre Bildung; Stärkung der interkulturellen Bildung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1106 1108-1119 1122 1123 1128 1129 1133 1134 1136 1139 1148-1150 1154-1157

Hervorhebung der Investitionen in die Bildung; Bewertung der Bildung als Schlüsselfaktor für die Integration der Migranten

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190 1191 1196 1206 1213 1236 1237 1239 1241 1243 1244 1247

Stellenwert der frühkindlichen Bildung, Fortführung des Projekts „Singen - Bewegen - Sprechen“, Abkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft; Hervorhebung der Investitionen in die Bildung; Anregung eines Förderprogramms für die kulturelle Bildung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1392 1394-1398 1409-1420 1425 1430 1435 1439-1441 1445 1449

Bildungs- und Teilhabeleistungen

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in BW

Mittelabfluss 2011 an die Kommunen, Verwendung der Mittel für die vorgesehenen Zwecke, Gründe für eine mögliche „Überkompensation“ durch die Bundesmittel zugunsten der Kommunen 2011 und 2012

Antr Rainer Hinderer u.a. SPD 25.06.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1943

BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 69 70

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Lernförderung im Bildungs- und Teilhabepaket

Bisherige Umsetzung der außerschulischen ergänzenden Lernförderung; Bewertung der aktuellen Förderbedingungen; mangelnde Berücksichtigung von Kindern mit Lernstörungen wie Legasthenie oder Dyskalkulie; Genehmigungsdauer eines Antrags auf Lernförderung

KIAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 12.03.2013 und Antw SM Drs 15/3205

Außerschulische Lernförderung iRd Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Erkenntnisse und aufgetretene Probleme als Notwendigkeit für die Novellierung von Gesetzen im Bildungs- und Teilhabepaket; Bewilligungskriterien, Antragszahl und Genehmigungen für außerschulische Lernförderung; Ergebnisse der Rechtsstreitigkeiten bei abgelehnter außerschulischer Lernförderung; Ausweitung der außerschulischen Lernförderung

Antr
s. *Nachhilfeunterricht*
Drs 15/4161

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw
s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*
Drs 15/5166

Bildungsabschluss*Bildungsabschlüsse der Auszubildenden bei der Polizei in BW*

Sachstand und Statistik zum Anteil der verschiedenen Bildungsabschlüsse bei Bewerbungen und Einstellungen für Ausbildungen im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst

Antr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6806

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7452

Übersetzung von beruflichen Weiterbildungsabschlüssen

Sachstand zur Nichtverwendung der Nutzung von „Bachelor Professional (Chamber of Commerce and Industry [CCI])“ und „Master Professional (CCI)“ als Übersetzungshilfen für berufliche Weiterbildungsabschlüsse in BW, insbes Vergleich zu anderen Bundesländern, Nachteile für Absolventen aus BW im globalen Wirtschaftsleben

Antr
s. *Berufliche Weiterbildung*
Drs 15/7776

Bildungsberatung*Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft - das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung*

Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Bildung, Aus- und Weiterbildung“ in Bezug auf das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung durch das Bündnis für Lebenslanges Lernen, insbes Aufbau auf bestehenden Angeboten, zugrunde gelegte Qualitätskriterien, Beteiligungsmöglichkeiten für Einrichtungen, Organisation, Möglichkeit zur Bildung regionaler Netzwerke, wissenschaftliche Begleitung

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 10.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5461

Bildungsdefizit*Alphabetisierung ernst nehmen - Förderangebote in BW*

Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten; Zielsetzung der seit 2011 eingeleiteten Fördermaßnahmen; Teilnahme finanziell benachteiligter Personen an den Alphabetisierungskursen; Qualitätssicherung der Förderkurse und Qualifizierung der Dozenten; Höhe der jährlichen Fördermittel

Antr
s. *Analphabetismus*
Drs 15/4169

Bildungseinrichtung*Außerschulische Bildung - MINTech-Zentrum Bad Saulgau*

Höhe der für die außerschulische Bildung vorgesehenen Haushaltsmittel; Erkenntnisse über die Qualität der Bildungseinrichtungen im MINT-Bereich sowie über den Beitrag dieser Einrichtungen zur Behebung des Fachkräftemangels; Bewilligung und finanzielle Förderung des in Bad Saulgau geplanten MINTech-Zentrums

Antr
s. *Außerschulische Jugendbildung*
Drs 15/2599

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr
s. *Laienmusik*
Drs 15/3137

Kleingartenwesen in BW

Statistik, Situation und Förderung des Kleingartenwesens in BW; Erbringung von Integrationsleistungen für Menschen mit

Migrationshintergrund; Kooperation mit Bildungseinrichtungen; Anerkennung von Ausgleichsfällen

Antr
s. *Kleingarten*
Drs 15/4707

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Bestand, Kooperation und Perspektiven von Bildungshäusern im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7858

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im LKreis Heidenheim

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7869

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Villingen-Schwenningen

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7870

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Nürtingen-Filder

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Nürtingen-Filder

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7872

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Esslingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Esslingen

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7896

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Vaihingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses in Vaihingen-Roßwag

KlAnfr

s. *Bildungshaus*
Drs 15/7897

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Main-Tauber
Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses Ahorn im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7921

Anerkennung privater Hochschulen als Bildungseinrichtung im Sinne des Bildungszeitgesetzes

Aufnahme der Privathochschulen in die Liste der anerkannten Bildungseinrichtungen; Auskunft über das vorgesehene Anerkennungsverfahren

KlAnfr
s. *Privathochschule*
Drs 15/7993

Bildungsfinanzierung

Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen die Pädagogik der Gemeinschaftsschule

Förderung von Projekten und Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums durch private Stiftungen; Umfang der finanziellen Unterstützung in den Jahren 2008 bis 2012; Förderung der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften für die Gemeinschaftsschule durch private Stiftungen; finanzielles Engagement der Robert-Bosch-Stiftung, der Stiftung Würth und der Breuninger-Stiftung; inhaltlicher Einfluss der Stiftungen auf die von ihnen geförderten Projekte; Entwicklung eines Weiterbildungsprogramms für die Lehrer an Gemeinschaftsschulen; Umgang der früheren LReg mit Stiftungsgeldern für den Bildungsbereich

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3745

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3845

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.01.2016 und Stellungnahme KM Drs 15/7945

Bildungsforschung

Aussage von Frau Ministerin Öney zum Fernsehkonsum von Türlen

Forderung nach fundierten Belegen für die Behauptung Bilkay Öneys; Bewertung der Studie „Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. im Hinblick darauf, ob die Ministerin für Integration die dort über das Mediennutzungsverhalten von sozial benachteiligten Schülern gemachten Aussagen unzulässig verallgemeinert hat; ob die Ministerin nicht ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Integration von Ausländern schadet, wenn sie Behauptungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen aufstellt

Antr
s. Öney, Bilkay SPD
Drs 15/466

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 15/694

Haushalt 2012; Epl 14

Mittelaufstockung für Vorhaben der Empirischen Bildungsforschung

ÄAntr FDP/DVP 24.01.2012 Drs 15/1114-4 S. 37
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

Kultusministerkonferenz - Zensur der Pisa-Daten?

Gründe und verantwortliche Länder für das Wissenschaftlern auferlegte Verbot einer Veröffentlichung bestimmter Pisa-Daten, Verhinderung einer Identifikation einzelner Bundesländer bzw der Verdeutlichung des schlechten Abschneidens von Ländern mit Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen, Darlegung der Ergebnisse des Landes bei den neuen Ländervergleichen in den bisher zugänglichen Daten von 2009; Eintreten in der KMK für eine flächendeckende und freie Erforschung der Pisa-Daten

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 19.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1455
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 11-13
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Qualität der Schulabschlüsse erhalten

Entwicklung des Niveaus und der Ergebnisse der Abschlussprüfungen an den verschiedenen Schularten im Vergleich mit anderen BLändern, u.a. mit Nordrhein-Westfalen; Sicherung der notwendigen Kompetenzen für die nächsthöhere Jahrgangsstufe im Falle einer Abschaffung der Klassenwiederholung; Umgang mit Anfragen von Bildungsforschern zur Untersuchung des Rück-

gangs der Abitur-Durchfallquoten; Beurteilung der Schaffung eines gemeinsamen Aufgabenpools für die Abiturprüfung sowie der Qualität der Abschlussprüfungen an der Gemeinschaftsschule; Erhaltung einer mindestens gleichbleibenden Qualität der Prüfungsaufgaben, regelmäßige Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. Schulabschluss
Drs 15/1481

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. Bildungspolitik
Drs 15/2402

Ist ein erfolgreiches Abitur an den Gemeinschaftsschulen möglich?

Bewertung von Studien aus anderen Bundesländern, insbes aus NRW, zum Vergleich der Ergebnisse und Quoten des Abiturs an Gesamtschulen und allgemeinbildenden Gymnasien und zur Studierfähigkeit der jeweiligen Absolventen; Frage nach Maßnahmen gegen das schlechtere Abschneiden der Schüler an den gesamtschulartigen Gemeinschaftsschulen hierzulande

Antr
s. Abitur
Drs 15/2469

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr
s. Grundschule
Drs 15/2801

Situation und Förderung von Hochbegabten

Begriffsdefinition und Diagnoseverfahren von Hochbegabung; Beratungsangebote für Eltern sowie Inhalte in der Lehrer- und Erzieherausbildung zum Thema Hochbegabung; Erkenntnisse aus dem Comenius-Regio-Projekt und Langzeitstudien zur Entwicklung Hochbegabter; Planungen in der Hochbegabtenförderung, insbes im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Gymnasialbildung sowie eine Kooperation mit Hochschulen

Antr
s. Begabtenförderung
Drs 15/2888

Aktuelle Bildungsforschung belegt: Guter Unterricht braucht gute Lehrer - und keine bloßen Lernbegleiter

Folgerungen aus der bildungswissenschaftlichen Studie von John Hattie für den pädagogischen Ansatz der Gemeinschaftsschule sowie Wissensgewinn und Lernerfolg; Abhängigkeit des Lernerfolgs von Rolle, Kompetenzen und Qualifikation der Lehrer; Grundlage für erfolgreichen Unterricht bei Modellen des offenen Unterrichts und des jahrgangsübergreifenden Lernens; Gründe für Ablehnung des Frontalunterrichts; Auswirkung der Finanzausstattung der Schule sowie Einfluss von Leitungsüberprüfungen und Feedback-Elementen auf Wissensgewinn und Lernerfolg der Schüler; Stellenwert einer stringenten Klassenführung des Lehrers; Verständnis des Lehrers weniger als Lernbegleiter sondern als Regisseur

GrAnfr CDU 15.05.2013 und Antw LReg Drs 15/3500 (11 S.)

PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7400-7408

3. IQB-Länderbericht 2012 - Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP

Beurteilung der Ergebnisse des 3. Länderberichts 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Ursachen der schlechten Bewertung BW; Einfluss der Schulstruktur auf die Schulleistungen; Umsetzung der bildungspolitischen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Datenerhebung; Maßnahmen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den vergangenen zwei Jahren; Stärkung der Kompetenzen der Schüler in den sogenannten MINT-Fächern

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/4170

„Jeder sechste deutsche Erwachsene liest wie ein Zehnjähriger“ - PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) und die Folgen für die Erwachsenen- und Weiterbildung in BW

Wesentliche Ergebnisse der PIAAC-Studie zur Untersuchung von Alltagskompetenzen Erwachsener, insbes Folgen für die Weiterbildungspolitik und die Erwachsenenbildung in BW

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 03.12.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4419

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 10 11

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Finnlands Pisa-Erfolg - ein missverstandenes Vorbild grün-roter Bildungsideologie

Sachstand zur Bewertung von Finnlands Pisa-Erfolg aus dem Jahr 2000, insbes Bewertung der Studienergebnisse des britischen Bildungsforschers Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics, Auswirkungen seiner Erkenntnisse auf die Bildungspolitik in BW, Gegenmaßnahmen zum in ähnlicher Weise erwartbaren Absinken des Leistungsniveaus der Schüler im Land wie in Finnland

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/7299

Ergebnisse der Bildungsforschung über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg; Verweisung auf die Spitzenpositionen des Landes bei den verschiedenen Bildungsstudien

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 295 296 299 302

Ergebnisse der Bildungsforschung über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg, Erkenntnisse aus dem Bildungsmonitor 2011 und der OECD-Studie

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498-501 503 505-507 509

Verweisung auf verschiedene Studien über die Auswirkungen der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Übergangszahlen ins Gymnasium, insbes von Kindern aus bildungsfernen Schichten

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 928-930 932 935

Ergebnisse von Bildungsstudien über die Leistungen der Schüler an der Grundschule und in der Sekundarstufe

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1718 1725

Abschneiden des Landes beim Bildungsmonitor 2011 der Bertelsmann-Stiftung, Ergebnisse der Bildungsforschung über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg, Leistungen der Schüler beim IQB-Ländervergleich

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1767-1769 1777

Ablehnung des Betreuungsgelds von Bildungsforschern in ihrem aktuellen Bund-Länder-Bericht, Erkenntnisse über den Entwicklungsstand von außerfamiliär betreuten Kindern

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2151 2154 2156-2158

Bildungsgrad

s. *Bildungsniveau*

Bildungsgutschein

Programm „STÄRKE - Bildungsgutscheinverfahren“ fortführen Umsetzung der Vorgaben des Bundeskinderschutzgesetzes in BW; Landesprogramm STÄRKE als Kinderschutzprogramm und als ein an alle Kinder und Familien in BW gerichtetes Programm; Vermeidung einer Einengung der Zielgruppe auf einkommensschwache Familien; Forderung nach einer Fortführung des Programms

Antr

s. *Landesprogramm STÄRKE*

Drs 15/3830

Bildungshaus

s.a. *Grundschule*

s.a. *Kindertagesstätte*

Das „Bildungshaus 3-10“ schafft gleiche Startchancen

Beurteilung der o.g. Einrichtungen im Elementarbildungsbereich, insbes zur Vermittlung der erforderlichen Kompetenzen zum Schulstart durch die enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule zu einem pädagogischen Verbund; Ausstattung der geschaffenen und neuen Bildungshäuser mit den notwendigen Ressourcen, Aufstellung eines Zeitplans zum flächendeckenden Ausbau

Antr CDU 26.05.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/33

EAntr CDU 30.06.2011 Drs 15/173

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231-238

Mittlg LReg 30.08.2012 Drs 15/2283

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKreises Calw erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten

Neuanträge

KlAnfr Thomas Blenke CDU 01.08.2011 und Antw KM Drs 15/376

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Weinheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Bewertung der Standorte Ilvesheim und Dossenheim, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Georg Wacker CDU 11.08.2011 und Antw KM Drs 15/419

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Baden-Baden/Bühl erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Tobias Wald CDU 19.08.2011 und Antw KM Drs 15/439

Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKkreis Esslingen

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 31.08.2011 und Antw KM Drs 15/463

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKkreis Waldshut erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Felix Schreiner CDU 02.09.2011 und Antw KM Drs 15/479

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Enz erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge; Bewertung der Arbeit im Bildungshaus der Grundschule Schützingen (Gemeinde Illingen) mit dem Kindergarten Schützingen

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 29.09.2011 und Antw KM Drs 15/626

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im Wahlkreis Bodensee erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Ulrich Müller CDU 04.10.2011 und Antw KM Drs 15/637

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKkreis Karlsruhe erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 12.10.2011 und Antw KM Drs 15/681

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKkreis Sigmaringen erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Tanja Gönner CDU 19.10.2011 und Antw KM Drs 15/740

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Sinsheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 02.11.2011 und Antw KM Drs 15/798

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Waiblingen erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge; Bewertung der Arbeit im Bildungshaus der Grundschule Breuningsweiler und im Bildungshaus der Schillerschule Bittenfeld mit den Kindergärten

KlAnfr Matthias Pröfrock CDU 08.12.2011 und Antw KM Drs 15/987

Bildungshäuser für Kinder im Alter zwischen drei und zehn Jahren im Wahlkreis 13 Vaihingen

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr Konrad Epple CDU 14.12.2011 und Antw KM Drs 15/1019

Errichtung eines „Bildungshauses 3-10“ in Marbach

Beurteilung der bisherigen Arbeit und Förderung der Bildungshäuser, Bewirkung einer verbesserten Schulreife der Grundschulkinder, Bewertung der o.g. Nachfrage von Eltern, Erziehern und Lehrern in Marbach im Vergleich zum Angebot der verlässlichen Kooperationszeit für Kindergärten und Grundschulen; Fortführung der Förderung und Ausbau des Modells der Bildungshäuser

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1694

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 41 42

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Zukunft der Bildungshäuser

Frage nach einer Bestandsgarantie für die knapp 200 Bildungshäuser in BW; Rolle der Bildungshäuser in der regionalen Schulentwicklung; künftige Förderung der Bildungshäuser und ihres erzieherischen Ansatzes

KlAnfr Paul Locherer CDU 08.05.2013 und Antw KM Drs 15/3470

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Ein-

richtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr CDU 30.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4098
PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7545-7551

„Bildungshaus 3-10“: *Wie geht es weiter?*

Nachfrage nach den „Bildungshäusern 3-10“; Erfahrungen mit dem Modellprojekt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport BW; Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung; Frage der Fortführung des Projekts; Einführung einer Zertifizierung der bestehenden Bildungshäuser

KlAnfr
s. *Elementarbildung*
Drs 15/5899

Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“

Sachstand zur Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“; insbes wissenschaftliche Ergebnisse, Erfahrungen beteiligter Kindergärten und Grundschulen, Maßnahmen zur Fortführung und Ausbau des Modellprojekts

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 29.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6426
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 21-23
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Bestand, Kooperation und Perspektiven von Bildungshäusern im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr Peter Hauk CDU 10.12.2015 und Antw KM Drs 15/7858 (10 S.)

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im LKreis Heidenheim

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 11.12.2015 und Antw KM Drs 15/7869

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Villingen-Schwenningen

KlAnfr Karl Rombach CDU 11.12.2015 und Antw KM Drs 15/7870

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Nürtingen-Filder

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis

Nürtingen-Filder

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 11.12.2015 und Antw KM Drs 15/7872

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Esslingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Esslingen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 16.12.2015 und Antw KM Drs 15/7896

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Vaihingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses in Vaihingen-Roßwag

KlAnfr Konrad Epple CDU 16.12.2015 und Antw KM Drs 15/7897

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Main-Tauber

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses Ahorn im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 22.12.2015 und Antw KM Drs 15/7921

Ausbau der Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen durch Bildungshäuser

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 77

Kritik an der Einstellung der Förderung für die Bildungshäuser; Verweisung auf die Verhandlungen mit den kommunalen Trägern

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 961 966 971 972 977

Erfolgsbewertung der Bildungshäuser; Verhinderung eines Rückzugs aus der Förderung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105

Bildungsniveau

Kompetenzorientierung - „sapere aude!“

Definition des Begriffs Kompetenz bzw Kompetenzorientierung in Bezug auf das Schulsystem; Art der in den verschiedenen Schularten zu vermittelnden Fähigkeiten; Stellenwert der Vermittlung von Werten, Moralität, Humanität, Kultur u.a. in den Kompetenzlehrplänen; Einfluss des Schulsystems auf soziales Engagement und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein; Schaffung eines messbaren und operationalisierten Kompetenzmodells zur internationalen Vergleichbarkeit von Bildung, Denken und Wissen; Vor- und Nachteile von Kompetenzlehrplänen für die Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2631

Umgang mit steigender Heterogenität

Aktueller Leistungsstand der Schüler von Eingangsklassen der Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie der Schüler der gleichen Stufe an Gemeinschaftsschulen; Klassenwiederholung oder Wechsel der Schulart aufgrund mangelhafter

Leistungen in der fünften Klasse; Erhaltung des Leistungsniveaus an Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/3126

Mathematikkenntnisse junger Menschen in BW

Entwicklung der Mathematikkenntnisse der Schüler in BW für die Anforderungen in Ausbildung und Studium und Maßnahmen zur Verbesserung, insbes schularten- und ländervergleichende Statistiken, Ursachen für die qualitative Veränderung der mathematischen Kenntnisse, Einschätzungen von Hochschulen und Ausbildungsbetrieben, Einrichtung mathematischer Vorkurse für entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge

Antr
s. *Mathematik*
Drs 15/3521

Hat das Förderkonzept „Schulreifes Kind“ noch eine Zukunft?

Maßnahmen und Ergebnisse der Fördermodelle und -instrumente iRd Konzepts „Schulreifes Kind“; Weiterentwicklung der Modellvarianten des Förderkonzepts, Ausbau an weiteren Standorten und Finanzierung

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 15/4124

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4895

Bildungspaket

s. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*

Bildungspersonal

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7855

Bildungsplan

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Stärkung der Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 15/157

Junge Menschen zur sachgerechten und verantwortlichen Nutzung moderner Medien qualifizieren

Planung der Einführung eines eigenständigen Schulfachs „Medienkompetenz“, Vergleich mit der bisherigen Vermittlung von medienpädagogischen Inhalten im Querschnitt über die verschiedenen Unterrichtsfächer; Weiterentwicklung der medien-didaktischen Ziele in den bestehenden Bildungsplänen für alle Schularten; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für das Landesmedienzentrum und den Medienzentrenverbund, Ausbau der fachlichen und didaktischen Beratung der Lehrkräfte

Antr
s. *Medienpädagogik*
Drs 15/166

Vorhaben der LReg für Änderungen im allgemeinbildenden Gymnasium

Ermöglichung unterschiedlicher Züge mit differenzierter Schulzeit bis zur allgemeinen Hochschulreife an den o.g. Gymnasien, Rahmenbedingungen für die angekündigte Verteilung des Stoffs der Klassen 5 und 6 auf drei Klassen auf der Grundlage des geltenden Bildungsplans, Auswirkungen für die betroffenen Schüler und Mindestschülerzahlen, zusätzlicher Ressourcenbedarf und Zeitplan für die Umsetzung des Vorhabens

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/266

Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule im „Hau-Ruck-Verfahren“

Begründung der o.g. Streichung des Unterrichtsangebots für Grundschüler der ersten und zweiten Klasse, Bewertung von den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen, Angebot von Englisch oder Französisch ab Klasse 3, Einführung neuer Bildungspläne und Schulbücher für den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule?

Antr
s. *Fremdsprache*

Drs 15/422

Verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans

Bisherige Umsetzung und Kostenverteilung sowie weitere Schritte zur verbindlichen Umsetzung der Bestandteile des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, Einführung der Zusammenarbeit von pädagogischen Fach- und Lehrkräften beim Übergang in die Grundschule, Finanzierung der Ansprüche der Kommunen auf Ausgleichsleistungen nach dem Konnexitätsprinzip, Mitfinanzierung der Verbindlichkeit des Orientierungsplans aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer?

Antr Georg Wacker u.a. CDU 06.12.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/961

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 S. 12 13

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Qualitätsverfall in den Werkrealschulen - zu Lasten von Schülern, Lehrern, Schulträgern und dem Bildungsstandort BW

Auswirkungen des Hauptschulabschlusses in der zehnten Klasse auf die Lehrpläne der Haupt- und Werkrealschule; Umsetzung des angekündigten pädagogischen Konzepts und der Berufsorientierung in Klasse 10 der Werkrealschule, Vorbereitung der Lehrkräfte auf den „binnendifferenzierten Unterricht“ in den heterogen zusammengesetzten 10. Klassen; Auswirkungen der Veränderungen auf die eingesetzten Lehrere deputate, Frage nach der Verwendung der eingesparten Mittel

Antr

s. *Werkrealschule*

Drs 15/1314

Leistungsanspruch an der sogenannten Gemeinschaftsschule?

Ausstattung der o.g. Schulen mit qualifizierten Lehrkräften für Unterricht und individuellen Förderung von leistungsschwachen und -starken Schülern nach einem „Patchwork-Lehrplan“ aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium; Frage nach Zwangsversetzungen von Lehrern mit Gymnasiallehrausbildung; Unterstützung von Schülern mit Behinderung; Gründe und Auswirkungen des Wegfalls der Klassenwiederholung und Notengebung, Ausgestaltung der Leistungsbeurteilung, Verpflichtung der Schüler zur Wiederholung von Klasse 10 vor dem Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1319

Stand der Bildungsplanvorbereitung und Lehrerfortbildung für die Gemeinschaftsschule

Zeitpunkt der Vorlage des GesEntw zur Einführung der Gemeinschaftsschule bzw der Fertigstellung der Bildungspläne und Durchführung der notwendigen Lehrerfortbildung; Art und Weise sowie Verantwortliche der Bestimmung der Schnittmenge aus den Bildungsplänen der Haupt-/Werkrealschule, der Realschule und des Gymnasiums sowie einer Definition der zu erreichenden Kompetenzen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1431

Lehrerausbildung sowie Leistungsfeststellung und -bewertung an der Gemeinschaftsschule

Konzeption für die Ausbildung der Lehramtsanwärter und Referendare an Gemeinschaftsschulen, Vorbereitung für die künftige

Funktion als Lernbegleiter, Frage nach den Schulwahlmöglichkeiten der Referendare sowie nach der Art ihrer Nachweiserbringung für die Unterrichtsbefähigung; Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards und Lernziele der unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Lerngruppen; Umgang mit den Schülern, die Lernziele oder Bildungsstandards nicht erreichen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/1666

Qualitätskontrolle und Evaluation an Gemeinschaftsschulen

Gewährleistung der Bildungsstandards und der Bildungsniveaus von Hauptschule, Realschule und Gymnasium an den neuen Gemeinschaftsschulen; Bewertung ihrer Bildungsqualität nach einem bestimmten Zeitraum; Leistungskriterien und Methodik der Bewertung; Angaben zu der mit der Evaluation beauftragten Einrichtung; geplanter jährlicher Aufwand zur Sicherung der Unterrichtsqualität innerhalb der neun Einführungsjahre; Modus der öffentlichen Berichterstattung

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/2052

Kompetenzorientierung - „sapere aude!“

Definition des Begriffs Kompetenz bzw Kompetenzorientierung in Bezug auf das Schulsystem; Art der in den verschiedenen Schularten zu vermittelnden Fähigkeiten; Stellenwert der Vermittlung von Werten, Moralität, Humanität, Kultur u.a. in den Kompetenzlehrplänen; Einfluss des Schulsystems auf soziales Engagement und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein; Schaffung eines messbaren und operationalisierten Kompetenzmodells zur internationalen Vergleichbarkeit von Bildung, Denken und Wissen; Vor- und Nachteile von Kompetenzlehrplänen für die Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler

Antr

s. *Schule*

Drs 15/2631

Regierungsbefragung

Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten

s. *Schule*

PIPr 15/50 S. 2895

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr

s. *Grundschule*

Drs 15/2801

Einsatz von Tageszeitungen und anderen Medien im Schulunterricht

Daten zu medienpädagogischen Kooperationen zwischen Schulen und Tageszeitungen in BW sowie vergleichbaren Projekten mit Online-Medien und dem Rundfunk; Bedeutung, Kompetenzförderung, Bildungsplanung und Lehrerfortbildung zu Einsatz von Tageszeitungen im Schulunterricht

KIAnfr

s. Lehr- und Lernmittel
Drs 15/2912

Umgang mit Lebensmitteln als Unterrichtsthema

Vermittlung eines bewussten und respektvollen Umgangs mit Nahrungsmitteln im Unterricht; bereits bestehende Unterrichtseinheiten in einzelnen Schularten und Unterrichtsfächern; Förderung einer Intensivierung des Themas im Schulunterricht

KlAnfr
s. Unterrichtsfach
Drs 15/3052

Bildungsplanreform für das allgemein bildende Gymnasium in BW

Ausgestaltung und Fertigstellung der Bildungspläne für das achtjährige Gymnasium (G8), das neunjährige Gymnasium (G9) und die Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule sowie ihre gegenseitige Vereinbarkeit; Leistungsbeurteilungen, Schulwechsel; Fortbestand von Fächerverbänden im gymnasialen Lehrplan; Veränderungen im Stundenplan zu Lasten einzelner Fächer

Antr
s. Gymnasium
Drs 15/3059

Kommt eine Bestandsgarantie für die Realschule?

Zukunft und Umbau der Realschulen in BW, insbes Unterscheidungsmerkmale zwischen einer „weiterentwickelten Realschule“ bzw einer „Realschule mit gymnasialer Oberstufe“ und einer Gemeinschaftsschule; Bestandsgarantie für Realschulen als eigenständige Schulart mit eigenständigem Bildungsplan

Antr
s. Realschule
Drs 15/3231

Online-Portal zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit

Einrichtung eines Online-Portals zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit, insbes Zeitplan, konkrete Ausgestaltung und Funktionsweise

Antr CDU 08.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3320
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5508-5515

Zukunft der Bildungshäuser

Frage nach einer Bestandsgarantie für die knapp 200 Bildungshäuser in BW; Rolle der Bildungshäuser in der regionalen Schulentwicklung; künftige Förderung der Bildungshäuser und ihres erzieherischen Ansatzes

KlAnfr
s. Bildungshaus
Drs 15/3470

Kampagne „Wählen ab 16“

Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung von Jugendlichen; Erhöhung des Sachverstands der Erstwähler; Anpassung der Lehrpläne in den verschiedenen Schularten bis zur Kommunalwahl 2014; Projektpartner und Finanzierung der Kampagne; Skepsis der Jugendlichen gegenüber einer Vorverlegung des Wahlalters; Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Republik Österreich mit der Absenkung des Wahlalters

Antr
s. Wahlalter
Drs 15/3543

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Organisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maßnahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beeinflussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Parteien

Antr
s. Wahlalter
Drs 15/3551

Zukunft der naturwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen

Einführung eines neuen Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in den Klassen 5 und 6; inhaltliche Schwerpunkte des neuen Unterrichtsfachs für die verschiedenen Schularten und Bildungsgänge; Bildungsstandards für die Fächer Physik, Chemie, Biologie und Technik in den Lehrplänen für die Sekundarstufe I; Standpunkte der Bildungsplankommissionen für die Einzelfächer zum geplanten Fächerverband

KlAnfr
s. Unterrichtsfach
Drs 15/3693

Zukünftige Verankerung des Fachs Informatik in den Bildungsplänen

Situation der Informatik in den baden-württembergischen Bildungsplänen und künftige Verankerung des Fachs im Zuge der Entwicklung neuer Bildungsstandards, insbes künftige Ausgestaltung der Stundentafel, Stellenwert der Bezugsdisziplinen Informatik und Medienpädagogik, Angebotsplanung für Schularten und Klassenstufen; Veränderungen in der Lehrerbildung für Informatik

Antr
s. Informatik
Drs 15/3792

Welche Zukunft hat das Fach Geografie bzw Erdkunde im neuen Bildungsplan?

Stellenwert und Zukunft des Faches Geografie bzw Erdkunde an den Schularten in BW und angestrebte Stundenausstattung im Bildungsplan 2015

Antr
s. Geografie
Drs 15/3896

Schule „Profil C“ nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) im LKreis Esslingen

Umsetzung der Anforderungen der staatlich vorgegebenen Richtlinien und Bildungspläne sowie der an die Schulbildung gestellten verfassungsrechtlichen Grundsätze durch die nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) arbeitende Schule „Profil C“ im Landkreis Esslingen, insbes Auswahl und Qualifikation der eingesetzten Lehrkräfte, Lernerfolg und Bildungsniveau der Schüler, Qualität und staatliche Anerkennung der angebotenen Schulabschlüsse, Zusammenarbeit der Schule mit den staatlichen Schulbehörden

KlAnfr
s. Privatschule
Drs 15/3918

Abschaffung der Freiheit der Gymnasien, den Beginn der zweiten Fremdsprache festzulegen, im Zuge der Bildungsplanreform

Auswirkungen und Konsequenzen der Festlegung des Beginns der zweiten Fremdsprache an Gymnasien in Klasse 6 im Zuge der Bildungsplanreform, insbes für die Entscheidungsfreiheit der Gymnasien sowie auf Grundschulen der Rheinschiene und bilinguale Gymnasialzüge (Abibac)

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/3969

Die Bedeutung der Förderung exekutiver Funktionen für den Lern- und Bildungserfolg in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Ausbau der Förderung der exekutiven Funktionen bei Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen sowie an Grund- und weiterführenden Schulen, insbes Berücksichtigung bei der Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern sowie der Erstellung von Bildungsplänen

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 15/4006

Baukultur als Bildungsauftrag

Rolle von Architektur, Denkmalschutz und Baukultur in der Bildungspolitik und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern, insbes stärkere Verankerung im Unterricht bei der Überarbeitung der Bildungspläne; Einschätzung der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Architektur und Schule und Einrichtung einer ähnlichen Institution in BW

Antr
s. *Architektur*
Drs 15/4090

Verankerung des Themas Homosexualität im Bildungsplan

Aufnahme des Themas Homosexualität im Bildungsplan, insbes einbezogene Schularten und Klassenstufen, geplante Unterrichtsinhalte und -methoden sowie Verankerung in der Lehrerbildung; Einbeziehung und Einflussnahme von Interessenverbänden

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 15/4095

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4100

Wie soll die Verankerung der Leitprinzipien im Bildungsplan 2015 erfolgen?

Auswahl und Verankerung der Leitprinzipien im Bildungsplan 2015 und konkrete Umsetzung im Unterricht

Antr CDU 08.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4126

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kulturrministerkonferenz im geplanten Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverbund; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept des Fächerverbands; Ablehnung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr
s. *Bildungsstandards*
Drs 15/4347

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015

Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4631 (17 S.)

Spaltet ein ideologischer Bildungsplan unser Land?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5264-5276

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr
s. *Umfrage*
Drs 15/4705

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der

Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr
s. *Erziehung*
Drs 15/5084

Erlernen einer Grundschrift

Erprobung der Grundschrift an ausgewählten Grundschulen seit 2011; Rückmeldungen vonseiten der Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern; Erkenntnisse der Experten; Auswirkungen der Grundschrift auf die Rechtschreibung; Berücksichtigung der Erkenntnisse der Erprobungsphase in den neuen Bildungsplänen

Antr
s. *Schreiben*
Drs 15/5434

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals, Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr
s. *Informationstechnische Bildung*
Drs 15/5814

Ausschreitungen bei Bildungsplandemonstrationen

Umstände und Konsequenzen aus den Ausschreitungen und Rechtsverstößen von Gegendemonstranten bei Bildungsplandemonstrationen

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/6148

Konzept der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen

Inhalt und Verbindlichkeit des angekündigten Maßnahmenpakets der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen, insbes Umfang zusätzlicher Ressourcen, Vorgaben für die zweijährige Orientierungsstufe, Auswirkungen auf die Bildungspläne, Bedingungen einer Bestandsgarantie für Realschulen, Zukunft des zwei-Säulen-Modells, Perspektiven für Werkrealschulen und berufliche Schulen, Verlagerung von pädagogisch-schulorganisatorischen Entscheidungskompetenzen auf die jeweilige Schule und ihren Träger

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/6166

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbunds durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbunds für die Lehrerbildung

Antr FDP/DVP 22.12.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6307
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.12.2015 Drs 15/8048 S. 15-17

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Aktueller Stand im Bereich der kulturellen Bildung

Übergang der Federführung vom Kultus- auf das Wissenschaftsministerium; Empfehlungen des Fachbeirats Kulturelle Bildung; Aufnahme einer Leitperspektive „Kulturelle Bildung“ in die neuen Bildungspläne

Antr
s. *Kulturelle Bildung*
Drs 15/6517

Damit die Kuh nicht lila wird

Sachstand zum Lernort Bauernhof für Kinder und Jugendliche, insbes Einrichtungen und Projekte in BW für Kinder und Jugendliche zur Gewährung von Einblicken in die Welt der Landwirtschaft und die Arbeit der Landwirte, Bildungspläne zu Arbeit und Stellung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, Bereitstellung von Finanzmitteln

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6673

Theoretischer Hintergrund und praktische Folgen der „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“

Hintergrund und praktische Konsequenzen der Formulierung „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ des „Arbeitspapiers zur Verankerung von Leitperspektiven“ vom 8. April 2014 für den künftigen Bildungsplan, insbes Gewichtung der verschiedenen Rechtsgüter und Prinzipien, Stellenwert der Fragestellungen zur geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, Bedeutung der genderorientierten Sexualpädagogik

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 26.03.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6685
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.12.2015 Drs 15/8048 S. 24-26
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztagsgrundschule)

Weiterentwicklung des Auftrags der Realschule; Schaffung einer Strukturierung der Bildungspläne nach Niveaustufen und Anpassung der Rechtsgrundlage für die Schulbuchzulassung; Ermöglichung der sukzessiven Einrichtung von Ganztagschulen in der Wahlform an Grundschulen sowie den Grundstufen der Förderschulen

GesEntw
s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/7134

Urheberrecht im schulischen Verwaltungsbereich

Sachstand zur urheber- und nutzungsrechtlichen Situation bei Lehr- und Bildungsplänen, für den Schulbetrieb relevanten Verordnungen und Anlagen sowie zentralen Prüfungs- und Klausuraufgaben für das Abitur in BW

KIAnfr
s. *Urheberrecht*
Drs 15/7228

Wird das Gymnasium durch den neuen Bildungsplan auf sechs Jahre gekürzt?

Sachstand zur Lerngeschwindigkeit in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schularten der Orientierungsstufe, insbes Auswirkung auf das Unterrichtsniveau der Gymnasien und eine

Verdichtung des Lernstoffs in den Klassen sieben bis zwölf

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/7324

Vorfälle bei der „Demo für alle“ am 11. Oktober 2015 in Stuttgart

Verhinderung einer Nutzung des Opernhauses als Kulisse für die Teilnehmer der „Demo für alle“; Nutzung der Terrasse des Opernhauses für politische Meinungsbekundung; Entrollen eines Transparents in Regenbogenfarben mit der Aufschrift „Vielfalt“ durch Gegendemonstranten an der Fassade des Opernhauses; Anzahl der während der Demonstration festgenommenen und verletzten Personen; Höhe der Sachschäden; Kosten des Polizeieinsatzes sowie des Einsatzes von Hilfs- und Rettungsdiensten

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/7603

Verankerung der Themen Klimaschutz und Erreichung des 2-Grad-Ziels in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen

Berücksichtigung des Klimaschutzgesetzes des Landes in den Bildungsplänen; Forderung nach einer verbindlichen Beschäftigung mit den Themenbereichen Klimawandel und Klimaschutz im Unterricht

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Gabi Rolland u.a. SPD 01.12.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7801
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.01.2016 Drs 15/8048 S. 58-60
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Ungereimtheiten im Anhörungsverfahren der neuen Bildungspläne (Bildungsplanreform 2016)

Sachstand zum sechswöchigen Anhörungsverfahren zu den neuen Bildungsplänen auf der Internetseite www.bildungsplaene-bw.de, insbes Aktualisierung der Anhörungsentwürfe vor Ablauf der Rückmeldefrist

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.12.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7830

Bildungsplanreform 2016 - Sport ohne Sportarten und Sportgeräte?

Bedeutung und Bildungsziele des Unterrichtsfachs Sport an den verschiedenen Schularten in BW, insbes inhaltliche Veränderungen im neuen Bildungsplan, berücksichtigte Sportarten und Sportgeräte

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/7836

Evaluation der G9-Modellschulen

Wissenschaftliche Begleitung des Schulversuchs mit sämtlichen daran teilnehmenden Modellschulen; Ausarbeitung eines eigenen Bildungsplans für die G9-Modellschule; Fortführung des Modellversuchs, das Abitur nach neun statt nach acht Schuljahren zu erwerben

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/7919

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Erziehung zu Toleranz und Akzeptanz sexueller Vielfalt

Sachstand zu den Unterschieden bezüglich des Themas „Toleranz gegenüber sexuell abweichendem Verhalten“ zwischen dem Bildungsplan 2004 und dem künftigen Bildungsplan, insbes Bedeutung der Aufnahme der Zielformulierung „Akzeptanz sexueller Vielfalt“

KIAnfr Ulrich Müller CDU 12.02.2016 und Antw KM Drs 15/8058

Erneute gewalttätige Störungen linker Gruppierungen gegen die „Demo für alle“

Sachstand zu Behinderungen, Ausschreitungen und Rechtsverstößen von Teilnehmern der Gegendemonstration zur „Demo für alle“ gegen den neuen Bildungsplan der grün-roten LReg am letzten Februarwochenende 2016 in Stuttgart

KIAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/8092

Verbindliche Einführung und gesetzliche Verankerung des Orientierungsplans für alle Kindertageseinrichtungen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Flächendeckende Einführung des Orientierungsplans in den Kindergärten

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231-234 236 237

Etatisierung der notwendigen Mittel zur verbindlichen Umsetzung des Orientierungsplans in allen Kindertagesstätten

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 326

Vorgabe von Bildungsstandards für die Gemeinschaftsschulen, Vermittlung von Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung und Mediennutzung; Erinnerung an die Bildungsplanreform 2004

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 500 503 509 510

Problematik eines Bildungsplans für die Gemeinschaftsschule, Beurteilung der Eignung des Bildungsplans der Realschule

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 657 658 663

Etatisierung der notwendigen Mittel zur verbindlichen Umsetzung des Orientierungsplans; Unterrichtung in den Hauptschulen nach dem Bildungsplan der Werkrealschulen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 961 965 966 970 971 1009 1010

Etatisierung der notwendigen Mittel zur verbindlichen Umsetzung des Orientierungsplans in allen Kindertagesstätten; Beibehaltung des bisherigen Bildungsplans an der Werkrealschule

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1163 1164 1167

Erarbeitung bundesweit geltender Bildungsstandards und Aufgabenpools für die Allgemeine Hochschulreife in den Fächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache unter der Leitung des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Verzicht auf zentrale Abiturprüfungen

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1488-1494

Berücksichtigung des Informationsbedarfs über (spekulative) Finanzprodukte im Bildungsplan; individuelle Anwendung des Bildungsplans in der Gemeinschaftsschule nach dem jeweiligen Leistungsstand der Schüler

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1701 1723 1724 1726 1730

Start der Gemeinschaftsschulen ohne fertiggestellten Bildungsplan und ohne Lehrerfortbildung

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1771 1773 1776

Bildungspolitik

s.a. Bildungsplan

s.a. Bologna-Prozess

s.a. Schule

Regierungsbefragung

Schulpolitik der LReg

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 320-322

Grün-rote Schulmodelle schaffen Schüler zweiter Klasse

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498-512

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.10.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/694

Arbeitsgruppe zur regionalen Schulentwicklungsplanung

Zusammensetzung, Arbeitsauftrag, Zeitplan und Ziele der Arbeitsgruppe der kommunalen Landesverbände zur Erarbeitung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung; Frage nach der Zusammenarbeit mit dem KM und Abgabe einer Empfehlung zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Antr

s. Schulentwicklungsplan

Drs 15/1601

Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schullei-

tern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr

s. Schulleiter

Drs 15/1649

Bildungsaufbruch ohne Unterrichtsversorgung

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972-1990

Klärende Fragen II: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr

s. Schulleiter

Drs 15/1830

Studie: „Lehr(er) in Zeiten der Bildungs-panik“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst, zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehreraus- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. Lehrer

Drs 15/1947

Regionale Schulentwicklung in BW

Auswirkungen des Rückgangs der Schülerzahlen auf die Bildungslandschaft; Bedeutung einer regionalen Schulentwicklungsplanung in BW u.a. BLändern, Einleitung entsprechender Schritte im Austausch mit allen betroffenen Akteuren, Darstellung der Schulgrößen gegliedert nach Schultypen

Antr

s. Schulentwicklungsplan

Drs 15/2010

Klärende Fragen III: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach weiteren Gesprächsangeboten der Kultusverwaltung über diesen Fall hinaus gegenüber Beamten wegen Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit der Bildungspolitik

Antr

s. Schulleiter

Drs 15/2222

Haben die Schulen im ländlichen Raum noch eine Zukunft?

Aktuelle Situation der Schulstruktur im ländlichen Raum; voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2022; Zukunft eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und an weiterführenden Schulen; Schulentwicklungsplan für den ländlichen Raum; Forderung nach einer Beteiligung der Kommunalen Landesverbände, Schulen, Lehrerverbände, Wirtschaft, Elternschaft etc an den Entscheidungsprozessen; Kritik an einer ideologisch motivierten Bevorzugung der Schulart

GrAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2348

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr FDP/DVP 05.10.2012 und Antw LReg Drs 15/2402 (10 S.)
Antr FDP/DVP 11.04.2013 Drs 15/3347
Antr GRÜNE und SPD 11.04.2013 Drs 15/3351
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3944-3952
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 S. 14 15
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Mittlg LReg 16.04.2014 Drs 15/5100

Bildungspolitik muss in der Verantwortung des Landes bleiben

Beurteilung der finanziellen Folgen einer Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots für den Schul- und Hochschulbereich; Höhe der fehlenden Mittel nach Auslaufen der Hochschulbauförderung 2014; Möglichkeiten einer Folgefinanzierung nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017; Entwicklung einer abgestimmten Position aller Fraktionen für die Schul- bzw Hochschulpolitik und Vertretung gegenüber dem Bund, Initiierung einer untergesetzlichen Regelung in Form eines Staatsvertrags, Abwendung einer Grundgesetzänderung zur Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots

Antr CDU 24.10.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2552
ÄAntr GRÜNE und SPD 06.03.2013 Drs 15/3182
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3734 (abgesetzt)
ÄAntr FDP/DVP 11.04.2013 Drs 15/3346
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3932-3938
Mittlg LReg 16.07.2014 Drs 15/5489

Plant die Landesregierung ein „Abschulungsverbot“ für die Gymnasien?

Zielvorstellungen zur künftigen Gliederung des Schulsystems; Bewertung der o.g. Maßnahme sowie der fundamentalen Kritik der Schulleiter an Gymnasien an der Bildungspolitik der LReg

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/2595

Regionale Schulentwicklung sofort! Gegen ein grün-rotes Schulschließungsprogramm

Aktuelle Debatte
s. *Schulentwicklungsplan*
PIPr 15/49 S. 2764

Bildungsabbruch statt Bildungsaufbruch - Verlierer sind unsere Kinder

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3129-3145

Schulpolitik der LReg auf dem Prüfstand der Realität: Baden-Württemberg braucht die Realschule

Aktuelle Debatte
s. *Realschule*
PIPr 15/61 S. 3621

Einsatz von „Teach First Deutschland“-Fellows an Schulen in BW

Einsatz von externen Mitarbeitern nach dem Modell der „Teach First“-Fellows an Schulen in BW, insbes Bewertung des Erfolges und Ergebnis externer Evaluationen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/3283

„Hilfe, ich bin Lehrer - holt mich hier raus!“ - die grün-rote Bildungspolitik mit ihrem geplanten Einheitslehrer erneut auf Abwegen

Aktuelle Debatte
s. *Lehrer*
PIPr 15/64 S. 3805

RegErkl - Regionale Schulentwicklung - die baden-württembergische Bildungslandschaft erfolgreich gestalten und Aussprache

RegErkl
s. *Schulentwicklung*
PIPr 15/68 S. 4055

Zur Rolle des Schweizer Schulunternehmers P.F. beim Totalumbau unseres Schulwesens

Rolle des Schweizer Schulunternehmers Peter Fratton in der Schulpolitik des Landes, insbes ausgeübte Funktionen, Stellenwert seiner schulpolitischen Äußerungen und Konzepte für Kultusministerium und Schulverwaltung, Aufträge und Kontakte der Schulverwaltung zu Peter Fratton bzw seiner Ehefrau, Gründe und Rechtsfolgen des Rückzugs Frattons aus seiner Beratertätigkeit für das Land; künftige Zusammenarbeit des Landes mit allen am Schulprozess beteiligten Hauptakteuren; Ursachen der schlechten demoskopischen Werte der Bildungspolitik der LReg

Antr Karl-Wilhelm Röhm u.a. CDU 28.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3541

Gibt es einen Verfall der Rechtschreibkenntnisse bei unseren Schülern?

Situation der Rechtschreibleistungen baden-württembergischer Grundschüler im nationalen und internationalen Längs- und Querschnittsvergleich; Umfang und Grund für den Abbau der Förderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie im Ergänzungsbereich; Bewertung und Umsetzung reformpädagogischer Konzepte der Vermittlung von Rechtschreib- und Lesekenntnissen in der Grundschule; Beteiligung und Stellenwert von Vorreitern oder Vertretern reformpädagogischer An-

sätze bei der pädagogischen Konzeption für die Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Rechtschreibung*
Drs 15/3790

Bildungschaos in BW - eine Fortsetzungsgeschichte

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4511-4526

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr Georg Wacker u.a. CDU 19.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3845 (11 S.)

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

3. IQB-Länderbericht 2012 - Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP

Beurteilung der Ergebnisse des 3. Länderberichts 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Ursachen der schlechten Bewertung BW; Einfluss der Schulstruktur auf die Schulleistungen; Umsetzung der bildungspolitischen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Datenerhebung; Maßnahmen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den vergangenen zwei Jahren; Stärkung der Kompetenzen der Schüler in den sogenannten MINT-Fächern

Antr SPD 16.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4170
PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6112-6120

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Ge-

meinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 04.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4272
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.01.2015 Drs 15/6639 S. 12 13
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr
s. *Umfrage*
Drs 15/4705

Regierungsbefragung

Schulpolitik

PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6103-6109

Bedeutung des Kooperationsverbots

Position zum Erhalt des Kooperationsverbots für den Schulbereich und der Gestaltungshoheit des Landes in der Bildungspolitik; Verzicht auf eine Finanzierung der aktuellen bildungspolitischen Aufgaben durch zusätzliche finanzielle Zuwendungen des Bundes

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/5646

Der Vorschlag der FDP/DVP-Fraktion für einen Schulfrieden - was denken die anderen Fraktionen darüber?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6492-6504

Wie denn? Wo denn? Was denn? Die Widersprüche der CDU in der Bildungspolitik

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6543-6556

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Ludwigsburg

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den LKreis Ludwigsburg, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Hochschulfinanzierung

KIAntr Claus Schmiedel u.a. SPD 15.04.2015 und Antw KM Drs 15/6732

Bildungspolitik ohne Plan - die Abschaffung des Informatikunterrichts

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7903-7916

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den Stadtkreis Mannheim

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den Stadtkreis Mannheim, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschu-

len, Schulsozialarbeit

KlAnfr Dr. Stefan Fulst-Blei SPD 29.06.2015 und Antw KM Drs 15/7073

Wird die LReg bei von ihr selbst organisierten Podiumsdiskussionen dem Anspruch der Überparteilichkeit gerecht?

Sachstand zur Durchführung der Veranstaltungsreihe „Gemeinsam gute Schule machen“, insbes Berücksichtigung von Bestimmungen für die Organisation und Durchführung von allgemein politischen Diskussionsveranstaltungen an baden-württembergischen Schulen sowie der Zusammensetzung der Podien mit Angehörigen politischer Parteien, Bewertung der am 13. Juni 2015 in Ulm getätigten Äußerung des Podiumsteilnehmers und Landeselternbeiratsvorsitzenden Dr. C.R.

Antr FDP/DVP 30.06.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7086

Finnlands Pisa-Erfolg - ein missverstandenes Vorbild grün-roter Bildungsideologie

Sachstand zur Bewertung von Finnlands Pisa-Erfolg aus dem Jahr 2000, insbes Bewertung der Studienergebnisse des britischen Bildungsforschers Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics, Auswirkungen seiner Erkenntnisse auf die Bildungspolitik in BW, Gegenmaßnahmen zum in ähnlicher Weise erwartbaren Absinken des Leistungsniveaus der Schüler im Land wie in Finnland

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7299

Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen

Sachstand zu den im Teilgutachten für die Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen aufgedeckten Qualitätsmängeln und bildungspolitische Konsequenzen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7354

Schulpolitik in BW - Freiraum und bessere Chancen für alle

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8575-8589

Individuelle Förderung und Chancengerechtigkeit als Leitgedanken der neuen Bildungspolitik, Ermöglichung eines Bildungsaufbruchs an den Schulen; Finanzierung der Hochschulbildung mit Steuermitteln

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 23-25 27 28

Eintreten für Bildungsgerechtigkeit, Wertung der Arbeitsmarktdaten als Beleg für eine erfolgreiche Bildungspolitik, Verstärkung der Förderung der frühkindlichen Bildung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 34 36 40-42 49-52 55-57 62 67 68 73 77

Forderung eines Faktenchecks in der Bildungspolitik, Gegenüberstellung eines differenzierten Schulmodells und eines Gesamtschulmodells, Hervorhebung der Investitionen in die Bildung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1189-1191 1196 1206 1213 1237 1239 1241

Weiterentwicklung der Strukturen im Bildungssystem, Einführung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1717-1731

Bildungsreform

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4100

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kulturministerkonferenz im geplanten Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverbund; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept des Fächerverbunds; Ablehnung des Fächerverbunds „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr
s. *Bildungsstandards*
Drs 15/4347

Bildungsstätte

s. *Bildungseinrichtung*

Bildungsstand

s. *Bildungsniveau*

Bildungsstandard

s. *Bildungsplan*

Bildungsstandards

Kompetenzorientierung - „sapere aude!“

Definition des Begriffs Kompetenz bzw Kompetenzorientierung in Bezug auf das Schulsystem; Art der in den verschiedenen Schularten zu vermittelnden Fähigkeiten; Stellenwert der Vermittlung von Werten, Moralität, Humanität, Kultur u.a. in den Kompetenzlehrplänen; Einfluss des Schulsystems auf soziales Engagement und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein; Schaffung eines messbaren und operationalisierten Kompetenzmodells zur internationalen Vergleichbarkeit von Bildung, Denken und Wissen; Vor- und Nachteile von Kompetenzlehrplänen für die Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2631

Bildungsplanreform für das allgemein bildende Gymnasium in BW

Ausgestaltung und Fertigstellung der Bildungspläne für das achtjährige Gymnasium (G8), das neunjährige Gymnasium (G9) und die Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule sowie ihre gegenseitige Vereinbarkeit; Leistungsbeurteilungen, Schulwechsel; Fortbestand von Fächerverbänden im gymnasialen Lehrplan; Veränderungen im Stundenplan zu Lasten einzelner Fächer

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/3059

Mathematikkenntnisse junger Menschen in BW

Entwicklung der Mathematikkenntnisse der Schüler in BW für die Anforderungen in Ausbildung und Studium und Maßnahmen zur Verbesserung, insbes schularten- und ländervergleichende Statistiken, Ursachen für die qualitative Veränderung der mathematischen Kenntnisse, Einschätzungen von Hochschulen und Ausbildungsbetrieben, Einrichtung mathematischer Vorkurse für entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge

Antr

s. *Mathematik*

Drs 15/3521

Zukunft der naturwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen

Einführung eines neuen Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in den Klassen 5 und 6; inhaltliche Schwerpunkte des neuen Unterrichtsfachs für die verschiedenen Schularten und Bildungsgänge; Bildungsstandards für die Fächer Physik, Chemie, Biologie und Technik in den Lehrplänen für die Sekundarstufe I; Standpunkte der Bildungsplankommissionen für die Einzelfächer zum geplanten Fächerverband

KlAnfr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/3693

Fächerverband „Naturphänomene und Technik“

Stellenwert der naturwissenschaftlichen Fächer, insbes der Biologie in der Sekundarstufe I; Überlegungen für die Schaffung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in der fünften und sechsten Klasse; Fächerverband in Form einzelner Lerneinheiten; Erfüllung der Standards der Kultusministerkonferenz für das Fach Biologie und für die übrigen Fächer; Fortführung eines eigenständigen Fachs Biologie neben einem aus den Fächern Physik, Chemie und Technik bestehenden Fächerverbands; Anpassung der Hochschulausbildung der Lehrkräfte

Antr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/3912

Schule „Profil C“ nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) im Landkreis Esslingen

Umsetzung der Anforderungen der staatlich vorgegebenen Richtlinien und Bildungspläne sowie der an die Schulbildung gestellten verfassungsrechtlichen Grundsätze durch die nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) arbeitende Schule „Profil C“ im Landkreis Esslingen, insbes Auswahl und Qualifikation der eingesetzten Lehrkräfte, Lernerfolg und Bildungsniveau der Schüler, Qualität und staatliche Anerkennung der angebotenen Schulabschlüsse, Zusammenarbeit der Schule mit den staatlichen Schulbehörden

KlAnfr

s. *Privatschule*

Drs 15/3918

Taschenrechner im Abitur

Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie wissenschaftlichen Taschenrechnern, grafikfähigen Taschenrechnern (GTR) und Computeralgebrasystemen (CAS) im Mathematikunterricht an den Gymnasien; Nutzung dieser technischen Hilfsmittel in den Abiturprüfungen im Fach Mathematik; Begründung der Einschränkung auf wissenschaftliche Taschenrechner ab dem Abiturjahrgang 2017; Standpunkt der Kultusministerkonferenz im Hinblick auf gemeinsame Bildungsstandards; Beschaffung gleicher Geräte für alle Schüler iRd Lernmittelfreiheit

Antr

s. *Taschenrechner*

Drs 15/4327

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kultusministerkonferenz im geplanten Fächerverband „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverband; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept des Fächerverbands; Ablehnung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr FDP/DVP 18.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4347

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7794-7801

Regierungsbefragung

Zuständigkeitsbereich der Abteilung 3 - Konkretisierung: Bildungsstandards Mathematik

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4976-4982

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/4895

Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA)

Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) für die einzelnen Schularten, Klassenstufen und Bildungsstandards, insbes Verfahren der Lernstandserhebung an den Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Schulleistungstest*

Drs 15/5173

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines ungehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzenbleiber

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6075

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbunds durch Mitglieder der Bildungspunktkommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbunds für die Lehrerbildung

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/6307

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6479

Ergebnisse der Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA) für das Schuljahr 2014/2015

Ergebnisse der Lernstandserhebung unter Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) im Schuljahr 2014/2015 für die einzelnen Schularten und Bildungsstandards, insbes Erhebung und Ergebnisse der Gemeinschaftsschulen, Konsequenzen aus den Erkenntnissen

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/6901

Bildungsstudie

s. *Bildungsforschung*

Bildungssystem

s. *Bildungswesen*

Bildungsurlaub*Zukunft der Volkshochschulen in BW*

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Entlastung von Kleinbetrieben beim Bildungsfreistellungsgesetz

Umfang der Mehrbelastungen für die Betriebe durch das geplante Bildungsfreistellungsgesetz; Erkenntnisse aus der von TNS Infratest Sozialforschung erstellten Studie „Weiterbildung in BW 2012“; ablehnende Haltung der Handwerksbetriebe aus Furcht vor einer überproportionalen Mehrbelastung; Schaffung von Ausnahmeregelungen für Betriebe bis zu einer bestimmten Größenordnung

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.07.2014 und
Antw MFW Drs 15/5509

Bildung und Förderung der Mitarbeiter im Landesdienst

Stellenwert der Fortbildung der Mitarbeiter; Maßnahmen der Mitarbeiterfortbildung in der Ministerialverwaltung, der Polizei, dem Schuldienst und den sonstigen Institutionen des Landes in den Zeiträumen 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014; durchschnittliche Fortbildungsdauer; prozentualer Anteil der an einer Fortbildung teilnehmenden Mitarbeiter; Art und Kosten der Fortbildungsmaßnahmen; zeitlicher Gesamtumfang der Fortbildung der Landesbediensteten in BW im Vergleich mit Bundesländern ohne Bildungsfreistellungsgesetz; Erfahrungen mit einem Bildungsfreistellungsgesetz in anderen Ländern

KIAnfr
s. *Berufliche Weiterbildung*
Drs 15/5600

Bildungszeitgesetz, ein Kompetenzirrtum des Landes?

Hinterfragung der Kompetenz des Landes, in der geplanten Form ein Bildungsfreistellungsgesetz zu erlassen; Verwirklichung des Anspruchs von Arbeitnehmern in Kleinbetrieben auf Bildungsurlaub; gesetzliche Regelung des Bildungsfreistellungsanspruchs in anderen EU-Staaten

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 26.01.2015 und
Stellungnahme JM Drs 15/6399 (10 S.)

Bildungszeitgesetz BW (BzG BW)

Rechtsanspruch für Beschäftigte in BW gegenüber ihrem Arbeitgeber oder Dienstherrn auf Freistellung von der Arbeit an bis zu fünf Tagen pro Jahr zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen oder der politischen Weiterbildung sowie für die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit unter Fortzahlung ihrer Bezüge

GesEntw LReg 27.01.2015 Drs 15/6403 (19 S.)
1. Beratung PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7237-7245
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6548
2. Beratung PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7380-7388

GesBeschl 11.03.2015 Drs 15/6609
 GBl 2015 Nr. 5 S. 161-163 (Ges vom 17.03.2015)

Anrechnung von Weiterbildung zur Bildungszeit

Sachstand zur Anrechnung interner und externer Weiterbildungen auf die Bildungszeit, insbes Instanzen und Rechtsvorschriften für die Auslegung einzelner Fälle und Bildungsangebote, Entscheidungsinstanzen bei Streitigkeiten

Antr Claus Paal u.a. CDU 13.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6482

Bildungswesen

Unterstützung des Bildungs- und Ausbildungssystems in Rumänien

Unterstützung deutschsprachiger Bildungsangebote in Rumänien durch BW, insbes durch die Entsendung von Lehrern, finanzielle Zuschüsse und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte aus Rumänien; Umsetzung der durch den Europäischen Rat gefassten Beschlüsse und Empfehlungen zur Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit; Hilfe Baden-Württembergs beim Aufbau eines dualen Ausbildungssystems in Rumänien

Antr
 s. *Rumänien*
 Drs 15/3905

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr
 s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*
 Drs 15/4063

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreuz Konstanz

Sachstand zu Verbesserungen im Bildungsbereich im LKreuz Konstanz, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Sprachförderung, Ganztags schulbetrieb, Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Schulraumförderung, sonderpädagogischer Förderung, Studentenzahlen und Studienplätzen

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 23.01.2015 und Antw KM Drs 15/6394

Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg

Bildungszeitgesetz BW (BzG BW)

Rechtsanspruch für Beschäftigte in BW gegenüber ihrem Arbeitgeber oder Dienstherrn auf Freistellung von der Arbeit an bis zu fünf Tagen pro Jahr zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen oder der politischen Weiterbildung sowie für die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit unter Fortzahlung ihrer Bezüge

GesEntw
 s. *Bildungsurlaub*
 Drs 15/6403

Anerkennung privater Hochschulen als Bildungseinrichtung im Sinne des Bildungszeitgesetzes

Aufnahme der Privathochschulen in die Liste der anerkannten Bildungseinrichtungen; Auskunft über das vorgesehene Anerkennungsverfahren

KlAnfr
 s. *Privathochschule*
 Drs 15/7993

Bilinguale Schule

s. *Zweisprachiger Unterricht*

Bilingualer Unterricht

s. *Zweisprachiger Unterricht*

Billigalkohol

s. *Alkohol*

BImA

s. *Bundesanstalt für Immobilienaufgaben*

Binationale Ehe

s. *Ehe*

Binder, Sascha MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
 PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7293

Binnengewässer

s. *Gewässer*

Binnenhafen

s. *Hafen*

Binnenmarkt der EU

s. *Europäischer Binnenmarkt*

Binnenmigration

s. *Binnenwanderung*

Binnenschiff

s. *Wasserfahrzeug*

Binnenschifffahrt

s. *Schifffahrt*

Binnensee

Belastung der Süßwasser-Ökosysteme Baden-Württembergs mit Kunststoffpartikeln

Untersuchungen und Ergebnisse zum Ausmaß der Verschmutzung durch Plastikpartikel in den Seen BW, insbes des Bodensees; Konsequenzen aus der Verschmutzung der Süßwasser-Ökosysteme mit Kunststoffpartikeln

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/4276

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4759

Binnenwanderung

s.a. *Migration*

Die Bevölkerungsentwicklung in BW und ihre Herausforderungen

Bevölkerungsentwicklung und -wanderung in Stadt- und LKreisen in BW und ihre Auswirkungen auf Mobilitätsverhalten und die Mobilitätsbedürfnisse sowie Konsequenzen für die zukünftige Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden

Antr
s. *Demografie*
Drs 15/4764

Binnenwasserstraße

s. *Wasserstraße*

Bioabfall

s.a. *Kompostierung*

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land
Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstreben einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Akkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr
s. *Abfallwirtschaft*
Drs 15/532

Bioabfälle als Rohstoff für moderne Biomasseverwertung

Art und Mengen der Verwendung von Siedlungsabfällen zur Biogaserzeugung, Zahl und Kapazitäten von vorhandenen bzw dazu notwendigen Anlagen, insbes auch zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität und Einspeisung ins Erdgasnetz; technischer und finanzieller Aufwand für die entsprechende Nachrüstung von Anlagen; Darstellung des Forschungsbedarfs, von möglichen Rechtsänderungen für die Förderung sowie Wettbewerbsbedingungen für die einzelnen Biogasproduzenten aus Bioabfällen und nachwachsenden Rohstoffen

Antr
s. *Biogas*
Drs 15/932

Bioabfalltüten statt Bioabfallbehälter - ein neuer Weg zu mehr getrennter Bioabfallerfassung?

Bewertung eines Berliner Pilotprojekts zur Nutzung von Abfalltüten aus kompostierbarem Kunststoff für Bioabfälle in Privathaushalten; Frage nach der Befürwortung einer Einführung solcher Abfalltüten in BW; Auskunft über die Herstellung des kompostierbaren Kunststoffs und die Materialzusammensetzung; Gefahr einer durch die Verwendung von Maisstärke bedingten Grundwasserbelastung bei der Kompostierung, sonstige Gefahren für die Umwelt bei Nichtkompostierung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2346

Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung der Einführung der Biotonne im LKreis Lörrach

Beurteilung der geplanten Einführung der Biotonne unter den o.g. Aspekten, Zumutbarkeit einer Finanzierung der zusätzlichen Kosten über eine Erhöhung der Abfallgebühren, Vereinbarkeit der geplanten stofflichen Verwertung durch Kompostierung mit der langfristigen vertraglichen Vereinbarung mit der Müllverwertungsanlage Basel

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2440

Neuregelungen für Biogasanlagen durch neues Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf den Betrieb von Biogasanlagen in BW; fachliche Einschätzung der Neuregelungen; Verwendung tierischer Nebenprodukte in Biogasanlagen; Kategorisierung eines vergärbaren Stoffes als Abfall, Konsequenzen dieser Einstufung für die Zusammensetzung der Verwertungsmasse

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/2789

Reichweite der fortgeschriebenen Autarkieverordnung für BW

Umfang der ab 2015 getrennt zu erfassenden Bioabfälle nach Kreisen; Kapazität der vorhandenen Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen; Anwendungsbereich der Autarkieverordnung, insbes deren Anwendung auf Bioabfälle

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/4971

Verwertung und Entsorgung von Treber

Nutzung der bei der Bierherstellung anfallenden Malzrückstände zur Energiegewinnung

KlAnfr
s. *Biomasse*
Drs 15/5763

Pläne für Biogutvergärung im LKreis Ludwigsburg

Sach- und Planungsstand für die Errichtung einer Biogutvergärungsanlage in Bietigheim-Bissingen

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 17.11.2015 und Antw UM
Drs 15/7728

Müllexport aus BW ins Ausland

Unsachgemäße Entsorgung von Müll aus BW im Ausland; Strafanzeige gegen ein Voralberger Abfallentsorgungsunternehmen wegen illegaler Mülldeponierung; Verarbeitung von Biomüll aus BW durch dieses Unternehmen

KlAnfr
s. *Abfallverbringung*
Drs 15/8105

Einforderung eines stärkeren Engagements der LKreise in der Biomüllvergärung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 186

Bioabfallverordnung*s.a. Bodenbelastung**Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbairischen Raum*

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/5575

BioAbfV*s. Bioabfallverordnung***Bioalkohol***Aktivitäten der Landesregierung zur Unterstützung bäuerlicher Kleinbrennereien nach dem Wegfall des Branntweinmonopols*

Rechtliche Gründe gegen ein alternatives Fördermodell; Unterstützung der bäuerlichen Kleinbrennereien durch das Agrarinvestitionsförderprogramm; Fördermöglichkeit genossenschaftlich organisierter Brennereibetriebe; Verwendung von Bioethanol in Blockheizkraftwerken; Stand der angekündigten Streuobstkonzeption

Antr
s. *Brennerei*
Drs 15/2696

Biodiversität*s.a. Artenschutz**Eindämmung des Biodiversitätsverlusts*

Kernelemente der o.g. neuen Strategie der EU-Kommission, Einbindung in das globale Umwelt-Vertragswerk der Vereinten Nationen und in die Strategie Europa 2020, Bewirkung einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik? Beiträge eines intelligenten Landwirtschaftsmanagements zur Förderung der Biodiversität; Rolle der Neophyten in der Gesamtbilanz; Leistungsfähigkeit der integrativen Biodiversitätsforschung; Konzeption, finanzielle Ausstattung und Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 20.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/310
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 44-46
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Kleintierzucht in BW

Zahl der Kleintierzüchter und ihrer Organisationen; Bewertung ihrer Tätigkeit; Bedeutung von Kleintierschauen und Wettbewerben für den Erhalt alter und vom Aussterben bedrohter Geflügelrassen; Beitrag der Kleintierzüchter zur Verminderung von Übertypisierungen; Auswirkungen der geplanten Neuformulierung des Qualzuchtverbots in § 11b des Tierschutzgesetzes (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10572) auf die Kleintierzucht; Förderung der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit von Kleintierzüchtereinheiten mit Schulen

Antr
s. *Tierzucht*
Drs 15/2693

Ökologie auf dem Abstellgleis? Taxonomische Ausbildung in BW

Situation und Statistiken zur taxonomischen Forschung und Lehre an den Hochschulen in BW, insbes Personal, Finanzmittel, abgedeckte Artengruppen in der taxonomischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Museen sowie Taxonomie-Pflichtstunden in Studiengängen; Weiterentwicklung, Forschungsprogramme und (inter-)nationale Kooperation im Wissenschaftsbereich Taxonomie; Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Antr
s. *Biologie*
Drs 15/2847

Nationalpark Nordschwarzwald

Untersuchungsauftrag und Zwischenberichte der Gutachter zum Nationalpark Nordschwarzwald; Plan und Finanzierung des Personalkonzepts und von am Zeiträumen orientierten Waldumbaumaßnahmen; Biodiversität bei einer sich selbst überlassenen Waldfläche im Vergleich zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung; Gesamtbilanz unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte neben den ökologischen

Antr
s. *Nordschwarzwald, Region*
Drs 15/2864

Bewertung der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft durch die LReg

Positive Bewertung von Bioprodukten und Biolandbau durch die Broschüre „Ökologischer Landbau in BW“ der LReg und Herabsetzung der Leistungen der konventionellen Landwirtschaft, insbes Bedeutung bei der Bewahrung der Schöpfung sowie bei nachhaltiger und artgerechter Bewirtschaftung; Beitrag zur Nachhaltigkeit und ökologischer Vielfalt durch Biobetriebe und konventionelle Landwirtschaftsbetriebe

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/3166

Naturschutzstrategie BW 2020

Überarbeitung und Umsetzung der Naturschutzstrategie BW 2020, insbes Anlass, Ziele, Mittelbereitstellung, Zeitplan und Ressorteinbindung; Kostenkonkurrenz zu anderen Naturschutzprojekten; Stellenwert und Konkurrenz von Biodiversität, Klimaschutz, Flurneuordnung und Landentwicklung im Zusammenhang mit der Naturschutzstrategie

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 15/3688

Neobiota im Nationalpark Schwarzwald

Vorkommen von Neophyten und Neozoen auf dem Gebiet des Nationalparks; Störung des Ökosystem und Gefährdung der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Neophyten und Neozoen; Gegenmaßnahmen, Erstellung eines Aktionsplans; Finanzierung der Bekämpfung von Neobiota; Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5507

Erfahrungen aus der Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald und weitere Perspektiven

Sachstand der FSC-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald; Durchführung betrieblicher Veränderungen beim Landesbetrieb ForstBW iRd Zertifizierung; Kosten der Maßnahmen zur Anpassung an den FSC-Standard; Auswirkungen auf Artenschutz und Biodiversität; Stand des Zertifizierungsprozesses in den Staats-, Körperschafts- und Privatwäldern bundesweit

Antr
s. *Wald*
Drs 15/5570

Die Erwärmung des Neckars zerstört die Artenvielfalt

Sachstand zur Entwicklung der Wassertemperatur des Neckars, insbes Ursachen eines Temperaturanstiegs, Auswirkungen auf Fischfauna und Gewässerökologie, Maßnahmen zur Absenkung der Wassertemperatur

Antr
s. *Neckar*
Drs 15/7152

Zucht- und Haltungsverbot gebietsfremder invasiver Tierarten in Zoologischen Gärten gemäß der Verordnung Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten

Einschränkung der Zoologischen Gärten durch die EU-Verordnung; betroffene Tierarten; Beurteilung der Artenauswahl der Unionsliste; Beantragung einer Ausnahmeregelung für Zoos

KlAnfr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/8087

Bioei

s. *Eier*

Bioenergie*Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW*

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2344

Energie aus Wildpflanzen

Vorteile und Unterstützung der mehrjährigen Ansaat von Wildpflanzenmischungen zur Verbreiterung der Grundlage der Bio-

gaserzeugung in BW, insbes Reduktion der Wildschadensproblematik, Verbesserung der Bodenökologie, Nutzen für die Bienenhaltung, Anerkennung der Anbauflächen als ökologische Vorrangflächen, Anerkennung und Vergütung durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/4057

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse; Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/4086

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 16 - Förderprogramme des Landes im Energiebereich (Kap 1009)

Mittlg RH
s. *Förderprogramm*
Drs 15/5416

Ökologische Bewertung von Energiepflanzen im Verhältnis zu Grünland

Ökologische Bewertung einer Lockerung des Grünlandumbruchs zugunsten von Energiepflanzen, insbes Auswirkungen des Anbaus von Energiepflanzen auf Boden, Wasser, Artenvielfalt und Klima

KlAnfr
s. *Nachwachsender Rohstoff*
Drs 15/5539

Energetische Nutzung von Schlachtabfällen

Jährliche Menge der in den Tierkörperverwertungsanlagen anfallenden Schlachtabfälle und Tierkadaver; regionale und zeitliche Verteilung des Aufkommens; Ökobilanz der gegenwärtigen Tierkörperbeseitigung; Forschungsprojekte zur energetischen Nutzung von Tierkörperabfällen; Förderung einer Projektstudie zur Nutzung von Tierkörperabfällen zur Biogasgewinnung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.08.2014 und Antw MLR Drs 15/5597

Verwertung und Entsorgung von Treber

Nutzung der bei der Bierherstellung anfallenden Malzrückstände zur Energiegewinnung

KlAnfr
s. *Biomasse*
Drs 15/5763

Bioenergieforschung

s. *Energieforschung*

Biogas*s.a. Klärschlamm**Ausbau der Nahwärmenetze zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen*

Bundes- und Landesprogramme zum Ausbau der regenerativen Energien für Kommunen und Privatpersonen, u.a. auch zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen; Darlegung der tatsächlichen und möglichen Abwärmenutzung; Prüfung der Einrichtung eines o.g. kommunalen Förderprogramms, insbes auch zum Nachteilsausgleich aus der räumlichen Distanz zwischen Anlagen und Wärmeabnehmer

Antr
s. *Abwärme*
Drs 15/296

Bioabfälle als Rohstoff für moderne Biomasseverwertung

Art und Mengen der Verwendung von Siedlungsabfällen zur Biogaserzeugung, Zahl und Kapazitäten von vorhandenen bzw dazu notwendigen Anlagen, insbes auch zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität und Einspeisung ins Erdgasnetz; technischer und finanzieller Aufwand für die entsprechende Nachrüstung von Anlagen; Darstellung des Forschungsbedarfs, von möglichen Rechtsänderungen für die Förderung sowie Wettbewerbsbedingungen für die einzelnen Biogasproduzenten aus Bioabfällen und nachwachsenden Rohstoffen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 25.11.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/932
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.03.2012 Drs 15/3063 S. 38 39
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Biogasanlagen als Chance für die Landschaftspflege

Förderung der Verwertung von Schnittgut von Landschaftspflegeflächen, von Straßenrändern, aus der Garten- und Parkpflege nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in Biogasanlagen

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/1228

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmenutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Stromproduktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Abwärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 15/1613

Biogasanlagen im LKreis Waldshut

Zahl, Kapazitäten, verwertete Substrate und Standorte der Biogasanlagen im LKreis Waldshut; Frage nach der Entwicklungsperspektive bis 2022 und den Auswirkungen auf den Anbau und die Verwertung von Rohstoffen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 09.07.2012 und Antw UM Drs 15/2065

Energetische Nutzung von Stroh und Naturschutzgras

Beurteilung der o.g. thermischen Nutzung in Form von Pellets sowie bei der Biogasgewinnung, Einsatzmöglichkeiten solcher Pellets in Kleinf Feuerungsanlagen auch in Privathaushalten, Umsetzung von Erkenntnissen des Bundes-Projekts „Effizienzsteigerung von Grünsubstraten in der Biogasgewinnung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange“ sowie des EU-Projekts „PROGRASS“; Schaffung zusätzlicher Impulse, Empfehlungen und Förderungen für interessierte Landwirte

Antr
s. *Biomasse*
Drs 15/2286

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Energie aus Wildpflanzen

Vorteile und Unterstützung der mehrjährigen Ansaat von Wildpflanzenmischungen zur Verbreiterung der Grundlage der Biogaserzeugung in BW, insbes Reduktion der Wildschadensproblematik, Verbesserung der Bodenökologie, Nutzen für die Bienenhaltung, Anerkennung der Anbauflächen als ökologische Vorrangflächen, Anerkennung und Vergütung durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/4057

Auswirkungen der geplanten großen EEG-Novelle für Biogas- und Biomasseanlagen in BW

Vorstellungen und Aktivitäten der LReg zu den massiven Einschränkungen der künftigen Fördermöglichkeiten für Biogas- und Biomasseanlagen im Referentenentwurf des Gesetzes zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), insbes Bestandsschutz für Biomethananlagen, Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen in Anlehnung an den Bayernplan Biogas

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/4920

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität

Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermodelle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr
s. *Gas*

Drs 15/5660

Abwendung der Benachteiligung von kleineren Biogasanlagen bei der geplanten Novellierung des EEG

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 176 183

Bezeichnung des Ausbaus der Biogasnutzung im Agrarbereich als Fehlentwicklung

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257

Gewinnung von Biogas durch Vergärung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 622

Verlust von Grünland durch die Ausweitung der Förderung großer Biogasanlagen, Begrüßung des Umwandlungsverbots für Dauergrünland

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876 878 879

Verlust von Grünland durch die Ausweitung der Förderung großer Biogasanlagen, Begrüßung des Umwandlungsverbots von Dauergrünland

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 945

Biogasanlage

Situation der Energieerzeugung im Wahlkreis Waldshut

Gesamtleistung und Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Wahlkreis Waldshut im Vergleich zum Land und den anderen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen Biogas-, Solarenergie- und Windkraftanlagen im Wahlkreis Waldshut; Standorte der Wasserkraftanlagen; Leistungszahlen von Wasserkraft- und Biogasanlagen; Gesamtenergieverbrauch im Wahlkreis Waldshut

KlAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 15/2891

Entwicklung der Biogasanlagen in BW

Anzahl und Standort der im Jahr 2012 in BW installierten Biogasanlagen; Auswirkungen des neuen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Installation von Biogasanlagen im Vergleich zu anderen Bundesländern; Einschätzung einer künftigen Rentabilität von Biogasanlagen; Bewertung der von der Universität Hohenheim durchgeführten Studie „Globale Analyse und Abschätzung des Biomasse-Flächennutzungspotentials“

Antr Paul Locherer u.a. CDU 08.11.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2632

BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.02.2013 Drs 15/3398 S. 83

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Neuregelungen für Biogasanlagen durch neues Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf den Betrieb von Biogasanlagen in BW; fachliche Einschätzung der Neuregelungen; Verwendung tierischer Nebenprodukte in Biogasanlagen; Kategorisierung eines vergärbaren Stoffes als Abfall, Konsequenzen dieser Einstufung für die Zusammensetzung der Verwertungsmasse

Antr Paul Locherer u.a. CDU 11.12.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2789

BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 25

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Regenerative Energien im Main-Tauber-Kreis

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den übrigen LKreisen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 15/2865

Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Anzahl und Größe der Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen sowie Zukunftserwartungen; abgebaute Substrate; Sicherstellung der Betriebssicherheit

KlAnfr Tobias Wald u.a. CDU 22.03.2013 und Antw UM Drs 15/3281

Regenerative Energien im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden im Vergleich zu den übrigen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Standorte von Wasser- und Windkraftanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasserkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien in beiden Kreisen

KlAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 15/3282

EU-Nachhaltigkeitsrahmen für Biogas- und Biomasseanlagen

Zunahme der Biogasanlagen in den letzten zehn Jahren; aktuelle Nachhaltigkeitskriterien für Biogas- und Biomasseanlagen; Entwicklung der EU-weit einheitlichen Nachhaltigkeitskriterien durch die Europäische Kommission; Bewertung der geplanten Neuregelungen; voraussichtliche Einbringung des Richtlinienvorschlages durch die Europäische Kommission

Antr Paul Locherer u.a. CDU 25.09.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4087

Klimaschutz - Methanentwicklung bei Biogasanlagen

Betriebssicherheit und Überprüfung von Biogasanlagen; Einführung eines Befähigungsnachweises für Biogasanlagenbetreiber sowie einer einheitlichen Biogasanlagenverordnung

KlAnfr Thomas Marwein GRÜNE 06.11.2013 und Antw UM Drs 15/4297

Auswirkungen der geplanten großen EEG-Novelle für Biogas- und Biomasseanlagen in BW

Vorstellungen und Aktivitäten der LReg zu den massiven Einschränkungen der künftigen Fördermöglichkeiten für Biogas- und Biomasseanlagen im Referentenentwurf des Gesetzes zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), insbes Bestandsschutz für Biomethananlagen, Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen in Anlehnung an den Bayernplan Biogas

Antr Paul Locherer u.a. CDU 12.03.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4920

Mögliche Verwertung von Fruchtsaftresten in Biogasanlagen
Verwertung von Fruchtsaftresten (Fruchtsaftpressrückständen) in Biogasanlagen, bei der Tierfütterung und bei weiteren Möglichkeiten

KlAnfr Paul Locherer CDU 18.07.2014 und Antw MLR Drs 15/5519

Energetische Nutzung von Schlachtabfällen

Jährliche Menge der in den Tierkörperverwertungsanlagen anfallenden Schlachtabfälle und Tierkadaver; regionale und zeitliche Verteilung des Aufkommens; Ökobilanz der gegenwärtigen Tierkörperbeseitigung; Forschungsprojekte zur energetischen Nutzung von Tierkörperabfällen; Förderung einer Projektstudie zur Nutzung von Tierkörperabfällen zur Biogasgewinnung

KlAnfr
s. *Bioenergie*
Drs 15/5597

Biogas und sein Beitrag zur Energiewende

Sachstand zu Ausbauzielen und Zukunftsperspektiven von Biogasanlagen, insbes Zahlenentwicklung nach Größenklassen, Effizienzunterschiede beim Betrieb mit Reststoffen bzw Energiepflanzen, Lastverschiebung in die kältere Jahreszeit zur besseren Wärmenutzung

Antr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE 19.08.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7316 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 49-51
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Sicherheitszustand von Biogasanlagen

Sachstand zur Sicherheit von Biogasanlagen, insbes Mängel und Schäden an Biogasbrütern

KlAnfr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 17.02.2016 und Antw UM Drs 15/8077

Biokompost

s. *Kompost*

Bio-Label

s. *Bio-Siegel*

Biolandbau

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Bio-Lebensmittel

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl Übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2657

Falsche Deklaration von Bio-Eiern in BW

Art und Umfang von Kontrollen der ökologischen Erzeugung und des Vertriebs von Hühner-Eiern aus BW, insbes Kontrollmöglichkeiten über das Öko-Monitoring; Verifizierung der zulässigen Zahl der Legehennen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3147

Falschdeklarierung von Eiern

Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3152

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/4115

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5054

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/5453

Kontrollen in der Bio-Landwirtschaft

Art der für den ökologischen Landbau genutzten Siegel; Art der in zertifizierten Bio-Landwirtschaftsbetrieben erforderlichen Kontrollen; Umfang der Routine-, Zusatz- und Stichprobenkontrollen in den vergangenen fünf Jahren; Kontrollen entsprechend der EU-Richtlinien und der Verbandszugehörigkeit; Verringerung des durch die Kontrollen entstehenden Verwaltungsaufwands durch Bündelung der Kontrolltermine sowie durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik; Veränderungen durch die Revision der EU-Ökoverordnung

Antr

s. Ökologische Landwirtschaft

Drs 15/5985

Biologie

Ökologie auf dem Abstellgleis? Taxonomische Ausbildung in BW
Situation und Statistiken zur taxonomischen Forschung und Lehre an den Hochschulen in BW, insbes Personal, Finanzmittel, abgedeckte Artengruppen in der taxonomischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Museen sowie Taxonomie-Pflichtstunden in Studiengängen; Weiterentwicklung, Forschungsprogramme und (inter-)nationale Kooperation im Wissenschaftsbereich Taxonomie; Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Antr Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE 07.01.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/2847 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 06.06.2013 Drs 15/3712 S. 14 15

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“

Stellenwert der naturwissenschaftlichen Fächer, insbes der Biologie in der Sekundarstufe I; Überlegungen für die Schaffung des Fächerverbunds „Naturphänomene und Technik“ in der fünften und sechsten Klasse; Fächerverbund in Form einzelner Lerneinheiten; Erfüllung der Standards der Kultusministerkonferenz für das Fach Biologie und für die übrigen Fächer; Fortführung eines eigenständigen Fachs Biologie neben einem aus den Fächern Physik, Chemie und Technik bestehenden Fächerverbunds; Anpassung der Hochschulausbildung der Lehrkräfte

Antr

s. Unterrichtsfach

Drs 15/3912

Gravierende Änderungen im Fach Biologie

Planungen und Auswirkungen der Abschaffung des Biologieunterrichts als eigenständiges Fach in den Klassenstufen fünf und sechs und der Einbindung in einen neuen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik (NpT)“, insbes Sicherung von Fachlichkeit und gymnasialem Anspruch biologischer Themenfelder, Verlust der Unterrichtsqualität bei einem Einsatz fachfremder Lehrkräfte

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 07.02.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4735

Biologische Vielfalt*s. Biodiversität***Biologischer Landbau***s. Ökologische Landwirtschaft***Biomasse***Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende*

Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie

Antr

s. Energiepolitik

Drs 15/159

Ausbau der Nahwärmenetze zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen

Bundes- und Landesprogramme zum Ausbau der regenerativen Energien für Kommunen und Privatpersonen, u.a. auch zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen; Darlegung der tatsächlichen und möglichen Abwärmenutzung; Prüfung der Einrichtung eines o.g. kommunalen Förderprogramms, insbes auch zum Nachteilsausgleich aus der räumlichen Distanz zwischen Anlagen und Wärmeabnehmer

Antr

s. Abwärme

Drs 15/296

Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix

Entwicklung der verfügbaren Mengen und des Einsatzes von Energieholz seit 2000 und bis 2020 zur Erreichung der Klimaschutzziele, Anteil bei öffentlichen und privaten Gebäuden im Vergleich zu Öl- und Gasheizungen, Steigerung des Anteils bei den eigenen Liegenschaften; Weiterentwicklung der Programme zur Förderung des Einsatzes von Biomasse im Wärmemarkt; Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr

s. Holz

Drs 15/1081

Bioenergie und Bioenergieforschung

Bedeutung des o.g. Forschungsbereichs für den Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien, Höhe der jährlichen Mittelbereitstellung von Bund und Land, Bewertung des nationalen Biomasseaktionsplans sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz von Pflanzen als Bioenergieträger

Antr

s. Energieforschung

Drs 15/1154

Biogasanlagen als Chance für die Landschaftspflege

Förderung der Verwertung von Schnittgut von Landschaftspflegeflächen, von Straßenrändern, aus der Garten- und Parkpflege nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in Biogasanlagen

Antr

s. Landschaftspflege

Drs 15/1228

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Ergänzung energiepolitischer Maßnahmen des Bundes durch eigene Landesprogramme, u.a. zur Erzeugung von Biomasse als Energieträger oder durch die Geothermie und Wasserkraft

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Biogasanlagen im LKreis Waldshut

Zahl, Kapazitäten, verwertete Substrate und Standorte der Biogasanlagen im LKreis Waldshut; Frage nach der Entwicklungsperspektive bis 2022 und den Auswirkungen auf den Anbau und die Verwertung von Rohstoffen

KlAnfr
s. *Biogas*
Drs 15/2065

Energetische Nutzung von Stroh und Naturschutzgras

Beurteilung der o.g. thermischen Nutzung in Form von Pellets sowie bei der Biogasgewinnung, Einsatzmöglichkeiten solcher Pellets in Kleinfeuerungsanlagen auch in Privathaushalten, Umsetzung von Erkenntnissen des Bundes-Projekts „Effizienzsteigerung von Grünsubstraten in der Biogasgewinnung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange“ sowie des EU-Projekts „PROGRASS“; Schaffung zusätzlicher Impulse, Empfehlungen und Förderungen für interessierte Landwirte

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 03.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2286
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 58
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Entwicklung der Biogasanlagen in BW

Anzahl und Standort der im Jahr 2012 in BW installierten Biogasanlagen; Auswirkungen des neuen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Installation von Biogasanlagen im Vergleich zu anderen Bundesländern; Einschätzung einer künftigen Rentabilität von Biogasanlagen; Bewertung der von der Universität Hohenheim durchgeführten Studie „Globale Analyse und Abschätzung des Biomasse-Flächennutzungspotentials“

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/2632

Energie aus Wildpflanzen

Vorteile und Unterstützung der mehrjährigen Ansaat von Wildpflanzenmischungen zur Verbreiterung der Grundlage der Biogaserzeugung in BW, insbes Reduktion der Wildschadensproblematik, Verbesserung der Bodenökologie, Nutzen für die Bienenhaltung, Anerkennung der Anbauflächen als ökologische Vorrangflächen, Anerkennung und Vergütung durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/4057

Verwertung und Entsorgung von Treber

Nutzung der bei der Bierherstellung anfallenden Malzrückstände zur Energiegewinnung

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 24.09.2014 und Antw MLR Drs 15/5763

Durchwachsene Silphie in BW

Bedeutung der Durchwachsenen Silphie für die Landwirtschaft und die Biomasseerzeugung, insbes Vergleich zum Maisanbau, Beitrag zur Sicherung des Bienenbestandes; Förderung und wissenschaftliche Erforschung dieser Energiepflanze in BW und im Bundesländervergleich

Antr
s. *Pflanze*
Drs 15/5954

Naturverträglicher Ausbau der Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Angestrebter Anteil der Biomasse an der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 618 621 622

Angestrebter Anteil der Biomasse an der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334

Biometrie

s.a. Personenbezogene Daten

Feldversuch zur automatisierten Gesichtserkennung in Videoströmen in Karlsruhe

Datenschutzrechtliche Bewertung des o.g. Feldversuchs des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) im Karlsruher Wildparkstadion, der durch das Eingreifen des Landesbeauftragten für Datenschutz gestoppt wurde; Frage der Berücksichtigung des Datenschutzes bei der Beantragung des Forschungsprojekts „Parallele Gesichtserkennung in Videoströmen“ (PaGeVi) und den noch ausstehenden Feldversuchen; Bewertung der Kombination von Videoüberwachung und automatisierter Gesichtserkennung, des Einsatzes dieser Techniken an halböffentlichen Orten wie Fußballstadien; Angaben über Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der automatisierten Gesichtserkennung, die vom Land BW unterstützt werden

KlAnfr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 01.09.2011 und Antw IM Drs 15/470

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Geänderter Vorschlag der EU-Kommission für eine EURODAC-Verordnung

Ermöglichung des Zugangs der Strafverfolgungsbehörden zu den biometrischen EURODAC-Daten von in einem EU-Mitgliedstaat registrierten Asylbewerbern

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1788

Kritik an der Speicherung biometrischer Daten auf dem elektronischen Aufenthaltstitel-Ausweis

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 874

Speicherung biometrischer Profile von Nutzern in sozialen Netzwerken wie Facebook

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1896

Biometrik

s. Biometrie

Biometrische Erkennung

s. Biometrie

Bio-Siegel

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/5054

Kontrollen in der Bio-Landwirtschaft

Art der für den ökologischen Landbau genutzten Siegel; Art der in zertifizierten Bio-Landwirtschaftsbetrieben erforderlichen Kontrollen; Umfang der Routine-, Zusatz- und Stichprobenkontrollen in den vergangenen fünf Jahren; Kontrollen entsprechend der EU-Richtlinien und der Verbandszugehörigkeit; Verringerung des durch die Kontrollen entstehenden Verwaltungsaufwands durch Bündelung der Kontrolltermine sowie durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik; Veränderungen durch die Revision der EU-Ökoverordnung

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/5985

Biosphärenreservat

s. *Naturschutzgebiet*

Biotechnik

s. *Biotechnologie*

Biotechnologie

s.a. *Gentechnik*

*Einrichtung eines technischen und/oder biotechnologischen
Gymnasiums in Horb*

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/184

Innovationspolitik des Landes BW

Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

„Rote“ Gentechnologie in Arzneimitteln

Haltung der LReg zum Einsatz der „roten“ Gentechnik in der modernen Medizin, der pharmazeutischen Forschung und bei der Herstellung von Arzneimitteln

KlAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/5387

Nutzung von in der Natur vorhandenen Wirkstoffen und Materialien

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 563

Biotop

s. *Ökosystem*

Biozid

EU-Verordnung zu Bioziden

Einschätzung der Auswirkungen o.g. Verordnung für die Hersteller, Verbraucher und Umwelt; Erwartung einer Verringerung der Zahl von Tierversuchen sowie schärferer Sicherheitskontrollen; Ersetzung der nationalen Verfahren durch die EU-weite Zulassung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 20.02.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1303
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.03.2012 Drs 15/2007 S. 86 87
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Die Eichenprozessionsspinner-Raupe - Risiken und Bekämpfung
Ausbreitung und Bekämpfungsmöglichkeiten des Eichen-Prozessionsspinners, insbes verursachte Schäden im Eichenbestand, zur Raupenbekämpfung zugelassene Pflanzenschutzmittel und Biozide, Gefährdungslage von Mensch und Tier durch das Nesselgift Thaumetopoein, Angebote der Gesundheitsaufklärung und -vorsorge

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/3430

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel

Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.09.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4084
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.12.2013 Drs 15/4897 S. 64
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Bekämpfung des Drahtwurms im Kartoffelanbau

Unterstützung der Genehmigung eines auf 120 Tage beschränkten Einsatzes des Wirkstoffs Fipronil

Antr
s. *Schädlingsbekämpfung*
Drs 15/4351

Biozid-Verordnung

s. *Biozid*

Birenbach

Situation des Rettungsdienstwesens im Kreis Göppingen

Entwicklung des Rettungsdienstwesens im LKreis Göppingen, insbes Anfahrtszeiten und Einhaltung der Hilfsfristen; Situation in den Gemeinden Wäschenbeuren und Birenbach

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/6182

Birk, Dietrich Dr. MdL CDU

Würdigung und Verabschiedung des Abg Dr. Dietrich Birk
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5209

Birkenfeld

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Planungen zur 380-kV-Leitung Birkenfeld-Ötisheim

Sachstand zur Verlegung der geplanten 380-kV-Leitung von Birkenfeld nach Ötisheim, insbes Möglichkeit einer Teilerdbelegung im Bereich der Wohnbebauung und des Kindergartens in der Gemeinde Kieselbronn

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6994

BISp

s. *Bundesinstitut für Sportwissenschaft*

BITBW

s. *IT Baden-Württemberg*

Bittenfeld, Ortsteil

s. *Waiblingen*

BKGG

s. *Bundeskindergeldgesetz*

BKrfQG

s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*

Blättgen, Hans Heribert MdL SPD

Eintritt des Abg Hans Heribert Blättgen
PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7153

Blaubeuren

Erster Schritt zur Verwirklichung des S-Bahn-Systems in Ulm
Umsetzung und Zeitplan der Ausschreibung zur Durchbindung der Strecke Weißenhorn-Ulm nach Blaubeuren iRd S-Bahn-Systems in Ulm; Vertragsgrundlage für veralteten Fahrzeugeinsatz auf der Strecke Blaubeuren-Ulm

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/3533

Blaufelden

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2284

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Blauzungenkrankheit

Blauzungenkrankheit in BW

Jährliche Tiererkrankungen bei Schafen, Ziegen und Rindern seit 2005; Auswirkungen der Krankheitsfälle auf den Handel; Rechtslage hinsichtlich Meldung und vorbeugender Impfung; Häufigkeit von Komplikationen bei Impfungen; Erfolg und Kosten bisher durchgeführter Impfkampagnen; Versicherung und Erstattung von Tierverlusten

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 14.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2664
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 78 79
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Blei

EU lässt Orgelpfeifen zittern!

Bedeutung des Orgelbauhandwerks in BW, Zahl der Betriebe und Mitarbeiter; Relevanz und Auswirkungen einer EU-Richtlinie mit dem Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten, Hinwirkung auf eine Herausnahme des Verbots der Verarbeitung von Blei beim Orgelpfeifenbau aus der Richtlinie

Antr
s. *Musikinstrument*
Drs 15/1503

Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd

Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen;

Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr
s. *Jagd*
Drs 15/3140

Bleiberecht

s. *Aufenthaltsrecht*

Blindengeld

s.a. *Blinder*

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe
Umsetzung des Beschäftigungsland-Prinzips der EU, Gewährung der Landesblindenhilfe für hier beschäftigte Betroffene; Anwendung des Verfahrensrechts des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sowie Eröffnung des Rechtswegs zu den Sozialgerichten

GesEntw
s. *Blinder*
Drs 15/1872

Inklusion von blinden und sehbehinderten Menschen in BW

Zahl der Empfänger von Landesblindengeld u.a. Hilfen 2011, Beurteilung der Forderung nach Erhöhung und Einführung eines Sehbehindertengelds; Zahl und Anteil von Aufzügen zur Personenbeförderung in den Liegenschaften des Landes mit Benutzerinformationen in Blindenschrift und akustischen Informationssystemen, Kosten einer entsprechenden Ausrüstung bei allen Neubauten und Sanierungen

Antr
s. *Blinder*
Drs 15/2142

Blindenhilfe

s. *Blinder*

Blinder

s.a. *Blindengeld*

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe
Umsetzung des Beschäftigungsland-Prinzips der EU, Gewährung der Landesblindenhilfe für hier beschäftigte Betroffene; Anwendung des Verfahrensrechts des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sowie Eröffnung des Rechtswegs zu den Sozialgerichten

GesEntw LReg 19.06.2012 Drs 15/1872
1. Beratung PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2464
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2373
2. Beratung PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2539-2542
GesBeschl 26.09.2012 Drs 15/2407
GB1 2012 Nr. 14 S. 545-547 (Ges vom 09.10.2012)

Inklusion von blinden und sehbehinderten Menschen in BW

Zahl der Empfänger von Landesblindengeld u.a. Hilfen 2011, Beurteilung der Forderung nach Erhöhung und Einführung eines Sehbehindertengelds; Zahl und Anteil von Aufzügen zur Personenbeförderung in den Liegenschaften des Landes mit Benutzerinformationen in Blindenschrift und akustischen Informationssystemen, Kosten einer entsprechenden Ausrüstung bei allen Neubauten und Sanierungen

Antr Werner Raab u.a. CDU 23.07.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2142
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 62 63
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Gestaltung des Schriftverkehrs für Blinde und Menschen mit Sehbehinderung

Gestaltung und Vermittlung von Text- und Bilddokumenten für Blinde und Sehbehinderte über den Tastsinn und ohne die Verwendung von Software mit Sprachausgabe, insbes Erlass entsprechender Verordnungen zur Ausgestaltung des § 9 Landesbehindertengleichstellungsgesetz

KIAnfr Werner Raab CDU 26.01.2015 und Antw SM Drs 15/6400

Blockade

Bewertung der rechtswidrigen Besetzung des Stuttgarter Schlossgartens durch Parkschützer sowie der Erprobung und Umsetzung von Blockaden der Baustelle für Stuttgart 21 am Bahnhof

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 47

Blockheizkraftwerk

s. *Wärmekraftwerk*

Blockunterricht

Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Inanspruchnahme und Bezuschussung von Jugendwohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung, Vergleich mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel für das Schuljahr 2011/12; Entwicklung eines tragfähigen Konzepts im Dialog mit den Beteiligten unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquete-kommission

Antr
s. *Wohnheim*
Drs 15/438

Haushalt 2012; Epl 04

Anhebung der Bezuschussung von Wohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung

Haushalt
s. *Wohnheim*
Drs 15/1104

Blumberg

Ortsumfahrung Blumberg-Randen und Blumberg-Zollhaus im Zuge der Bundesstraße 27 in der Südbaar

Darstellung des aktuellen Planungsstands, der bisherigen und weiteren Vorarbeiten; Zeitpunkt der Vorlage der Umweltverträglichkeitsstudie zur Bewertung der unterschiedlichen Trassenvarianten

KIAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/430

Zukunft des Tourismusmagneten Sauschwänzlebahn

Ziel der Überwachung der Mopsfledermäuse in den Tunnel der Museumsbahn Sauschwänzlebahn und mögliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit des Betriebs der Museumsbahn mit den Bedürfnissen der Mopsfledermäuse

KlAnfr
s. *Fledermaus*
Drs 15/4864

Blume*Obst-, Weintrauben- und Schnittblumendiebstahl in BW*

Sachstand zur Entwicklung von Diebstahlsdelikten von unmittelbar vom Feld entwendeten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Obst, Weintrauben oder Schnittblumen, insbes wirtschaftlicher Gesamtschaden, polizeiliche Ermittlungsarbeit, Beratung und Unterstützung von Gegenmaßnahmen der Landwirte

Antr
s. *Obst*
Drs 15/7084

Blut*Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes*

Erweiterung der Zuständigkeiten für eine Blutentnahme nach dem Infektionsschutzgesetz auf den Polizeivollzugsdienst

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Blutentnahme

s. *Blut*

Blutprobe

s. *Blut*

BMAS

s. *Bundesministerium für Arbeit und Soziales*

BMBF

s. *Bundesministerium für Bildung und Forschung*

BMF

s. *Bundesministerium der Finanzen*

BMG (Bundesmeldegesetz)

s. *Bundesmeldegesetz*

BMVI

s. *Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur*

BMZ

s. *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

BNA

s. *Bundesverband für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz*

BNatSchG

s. *Bundesnaturschutzgesetz*

Bodanrück

Windkraftstandorte im Landschaftsschutzgebiet Bodanrück am Bodensee

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1833

Bodanwerft

s. *Werft*

Boden

s.a. *Bodenschutz*
s.a. *Flächennutzung*
s.a. *Geologie*
s.a. *Grünland*
s.a. *Landwirtschaftliche Betriebsfläche*

Bedeutung der Mulchsaat im Kraichgau

Bewertung der Mulch- bzw Direktsaatvariante im Vergleich zur Pflugvariante, insbes im Blick auf die Erosions- und Hochwassergefahr; Bedeutung der Mulchsaat für den Wasser- und Stoffhaushalt des Bodens und für den ökologischen Landbau; Gründe und Folgen des Ausstiegs aus der Förderung iRd MEKA-Programms

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/1857

Terra Preta als CO₂-Speicher für den Klimaschutz

Einsatz von Terra Preta zur Anhebung der Humusgehalte der Böden und Wirkung als CO₂-Speicher, insbes bodenbiologische und bodenphysikalische Auswirkungen sowie ökonomische Modelle zur flächenhaften Anwendung

Antr
s. *CO₂-Abscheidung und -Speicherung*
Drs 15/4290

Bodenbakterien

s. *Bakterien*

Bodenbelastung

s.a. *Bioabfallverordnung*
s.a. *Bodenschutz*

Uranbelastung des Grund- und Trinkwassers

Grundwasserbelastung durch den Urangehalt mineralischer Phosphat-Düngemittel; Urankonzentration im Trinkwasser; Erkenntnisse über eine Uranbelastung von Böden im Zusammenhang mit der Landnutzung; spezielle Messungen und Untersuchungen; Verfahren zur Verringerung der Uranbelastung, vorbeugender Bodenschutz

KlAnfr
s. *Grundwasserbelastung*
Drs 15/2797

Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd

Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen; Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr
s. *Jagd*
Drs 15/3140

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbadischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr Beate Böhlen u.a. GRÜNE 30.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5575
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 26-30
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Nitrat in den baden-württembergischen Böden

Entwicklung des Nitratgehalts landwirtschaftlicher Böden im Vergleich zum Nitratgehalt von Haus- und Kleingartenböden; Information der Kleingärtner über das Thema Düngung; Einfluss von Förderprogrammen wie der MEKA-Programme auf die Nitratreinträge in den Boden; Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung mithilfe des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)

Antr
s. *Nitrat*
Drs 15/5991

PFC-Funde im Raum Nordbaden; weitere Entwicklung

Sachstand zur Belastung mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) im Raum Nordbaden, insbes Untersuchungsergebnisse der Sachverhaltsermittlung, landesweite Situation bei der Entsorgung von Papierschlämmen, Sicherstellung der Erstattung der notwendigen Sanierungskosten, Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung

Antr Karl-Wolfgang Jägel u.a. CDU 20.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6158
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 26-30
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Sanierungsplan PFC-Belastung in Mittelbaden

Sachstand des Sanierungsplans zur per- und polyfluorierten Chemikalien-Belastung (PFC-Belastung) in Mittelbaden, insbes Sanierungsvorüberlegungen, Ursachenforschung, weitere Maß-

nahmen zum Schutz der Bevölkerung und des Bodens, Zuständigkeitsregelung bei den Behörden

KlAnfr Beate Böhlen u.a. GRÜNE 16.12.2014 und Antw UM Drs 15/6258

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck II

Sachstand zur Beseitigung der Ruine des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“, insbes Umgang mit dem Widerspruch der Eigentümer, Verhinderung der Bodenverschmutzung durch Heizöl

KlAnfr
s. *Abriss*
Drs 15/7738

Bodendenkmal*Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW*

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr SPD 14.02.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4776
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6337-6343

Bodenerosion

s. *Boden*

Bodenhumus

s. *Humus*

Bodenkontamination

s. *Bodenbelastung*

Bodennutzung

s. *Flächennutzung*

Bodenpreis

Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden und/oder den Regionalverbänden bei der Festlegung des Wohnbauflächenbedarfs; Basis der neuen Kennziffern; Berücksichtigung der besonderen Situation von Städten oder Gemeinden mit Hochschuleinrichtungen; Auswirkungen auf die Grundstückspreise und Mieten in den Gemeinden; Wechselwirkung zwischen dem Wohnungsbau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/3909

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Einheitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Länderröfnungsklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr
s. *Verkehrswert*
Drs 15/4755

Bodenschutz

s.a. *Altlastensanierung*

s.a. *Bodenbelastung*

s.a. *Gewässerschutz*

Bedeutung der Mulchsaat im Kraichgau

Bewertung der Mulch- bzw Direktsaatvariante im Vergleich zur Pflugvariante, insbes im Blick auf die Erosions- und Hochwassergefahr; Bedeutung der Mulchsaat für den Wasser- und Stoffhaushalt des Bodens und für den ökologischen Landbau; Gründe und Folgen des Ausstiegs aus der Förderung iRd MEKA-Programms

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/1857

Uranbelastung des Grund- und Trinkwassers

Grundwasserbelastung durch den Urangelhalt mineralischer Phosphat-Düngemittel; Urankonzentration im Trinkwasser; Erkenntnisse über eine Uranbelastung von Böden im Zusammenhang mit der Landnutzung; spezielle Messungen und Untersuchungen; Verfahren zur Verringerung der Uranbelastung, vorbeugender Bodenschutz

KlAnfr
s. *Grundwasserbelastung*
Drs 15/2797

Bodenschutz im Forst

Bodenschutzkonzept des Landesbetriebs ForstBW iR einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung des Staatswalds; Empfehlungen für die Bewirtschaftung von Körperschafts- und Privatwäldern; Anteil der Feinerschließung im Forst im Verhältnis zur Produktionsfläche; Grenzwerte für Fahrspurtiefen in Rückegassen; Standards und Regelungen zur Vermeidung von Bodenschäden bei der Waldbewirtschaftung; Anforderungen für Verträge mit Unternehmern im Forst im Hinblick auf eine Zertifizierung der Waldbewirtschaftung (PEFC, FSC); Kartierung der Befahrbarkeit von Waldböden

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 15/4616

Bodenschutz bei Windenergieanlagen (WEA)

Sachstand zur Berücksichtigung des quantitativen Bodenschutzes bei der Planung und Errichtung von Windenergieanlagen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6797

Bodenschutz im Forst

Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen des Bodenschutzes im Forst, insbes Erfahrungen mit dem landesweiten Konzept zur Sicherstellung der dauerhaften Funktionsfähigkeit von Rückegassen

Antr
s. *Wald*
Drs 15/6880

Nachhaltigkeit in der Politik des Ländlichen Raums und Verbraucherschutzes des Landes

Sachstand zur konkreten Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im Bereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, insbes inhaltliche und programmatische Schwerpunkte, Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen, Verzahnung mit der Naturschutzstrategie, Bedeutung des Boden- und Klimaschutzes

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6941

Bedeutung des Umwandlungsverbots für Dauergrünland für den Bodenschutz

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876 877 881

Bedeutung des Umwandlungsverbots von Dauergrünland für den Bodenschutz

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 944

Bodensee

s.a. *Bodensee-Oberschwaben, Region*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 27: Internationale Bodensee-Hochschule

Mittlg LReg
s. *Privathochschule*
Drs 15/34

Planung Kressbronner Bodenseeufer im Bereich Bodanwerft

Planungsstand für eine nachhaltige Folgenutzung des Geländes der insolventen Bodanwerft, Gewichtung von Erfordernissen des Denkmalschutzes, des Naturschutzes, Tourismus, der Raumplanung und des Verkehrs

KlAnfr
s. *Kressbronn*
Drs 15/979

Motorschiffahrt auf dem Bodensee

Entwicklung des jährlichen Anmeldestands von Motorfahrzeugen und der Anerkennung anderer Schifffahrtspatente nach der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung seit 2006; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen des Fahrverbots und der Geschwindigkeitsbegrenzung in Uferzonen durch die Wasserschutzpolizei, Auswirkungen und Konsequenzen von Verstößen, Frage nach weiteren Möglichkeiten zur Erhöhung der Akzeptanz von Einschränkungen der Schifffahrt in den Uferzonen

KlAnfr
s. *Schifffahrt*
Drs 15/1198

Weitere Ökologisierung des Bodensees

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 20.03.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1467
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.05.2012 Drs 15/2351 S. 46 47
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Die Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit vielfältig nutzen

Beurteilung der Entwicklung und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und in der Bodensee-Region; Förderung von grenzüberschreitenden Forschungs- und Innovationsvorhaben sowie Synergien im Energiebereich; Entwicklungspotenzial der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr
s. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
 Drs 15/1755

Windkraftstandorte im Landschaftsschutzgebiet Bodanrück am Bodensee

KlAnfr
s. Windenergieanlage
 Drs 15/1833

„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee

Darstellung der o.g. Maßnahmen und Entwicklungen seit 2002 bzw seit Beantwortung der Drs 14/5038 und 14/6420 sowie der weiteren Maßnahmen und dafür vorgesehenen Mittel; Stand der Kartierung und Renaturierung der Moore und Bodenseeufer, Ergebnisse des Aktionsprogramms zur Sanierung oberschwäbischer Seen, Lösungsansätze für Konflikte mit der landwirtschaftlichen Nutzung; Initiierung neuer Forschungsvorhaben; Vorlage eines Förderkonzepts

Antr
s. Gewässerschutz
 Drs 15/2078

Zukunft der EURES-T-Grenzpartnerschaften

Bewertung o.g. Partnerschaften am Bodensee und Oberrhein im Hinblick auf einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und als Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels; Beurteilung des Vorschlags der EU-Kommission zur Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds ab der Förderperiode 2014-2020; Eintreten für eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Sozialer Wandel und Innovation“

Antr
s. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
 Drs 15/2220

Ausbau des Radwegenetzes im LKreiss Konstanz und in der Bodenseeregion

Auflistung o.g. Maßnahmen seit 2006 und in den kommenden Jahren, Bedeutung der Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Maßnahmen zur Verbesserung des Radfahrens rund um den Bodensee sowie des grenzüberschreitenden Radverkehrs mit der Schweiz

KlAnfr
s. Radweg
 Drs 15/2266

Aus für das Hafenkonzert - Programmstruktur des SWR 4

Reaktion der Hörerschaft auf die angekündigte Programmänderung; Absprache des Südwestrundfunks (SWR) mit den an der Sendung beteiligten Rundfunkanstalten der Nachbarländer; Intentionen einer Neukonzeption der Hafenkonzerte am Bodensee; Programmfenster für die von Vereinen getragene Musikkultur; Ausprägung des Landesprofils in der Programmstruktur des SWR im Vergleich zu anderen Rundfunksendern; Zusammenhang zwischen regional bezogenen Sendungen und einem positiven Werbeeffekt für das Land

KlAnfr
s. Rundfunk
 Drs 15/2367

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr
s. Gewässerschutz
 Drs 15/2459

Stromnetze und Speicherkapazitäten im Bodenseeraum

Beurteilung der Bodenseestudie der Netzbetreiber Amprion, TransnetBW, Vorarlberg Netz, Swissgrid und Axpo; Verantwortlichkeiten für öffentlich-rechtliche Planungsverfahren in der Bodenseeregion; Einschätzung des in der Studie beschriebenen Netz- und Speicherausbaubedarfs; Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten; Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bodenseeraum

Antr
s. Stromnetz
 Drs 15/3352

Kein Fracking in BW - Grundwasser und Bodensee schützen

Aktuelle Debatte
s. Fracking
 PIPr 15/71 S. 4239

Verhandlungsproblematik in Hafengebieten am Bodensee

Ursachen, Umfang und Bekämpfung der Verlandung von Hafengebieten und Häfen für die gewerbliche Schifffahrt sowie die Freizeitschifffahrt am Bodensee, insbes Problematik am Fährhafen in Friedrichshafen; Verantwortung des Landes als Träger der Gewässerunterhaltungspflicht

KlAnfr
s. Hafen
 Drs 15/3699

Gewässerschutz, Fischerei und Tourismus am Bodensee

Veränderung von Fischerei und Gewässerschutz am Bodensee, insbes Entwicklung der Fangerträge der Berufsfischerei, Anzahl der Fischereibetriebe, Ursachen des Ertragsrückgangs, Anforderungen und Entwicklung der Wasserqualität, Ursachen von genetischen Veränderungen der Fische, Herausforderungen des Tourismussektors; Maßnahmen zur Unterstützung der Fischbestände, Fischerei und Gewässerqualität

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/3737

Belastung der Süßwasser-Ökosysteme Baden-Württembergs mit Kunststoffpartikeln

Untersuchungen und Ergebnisse zum Ausmaß der Verschmutzung durch Plastikpartikel in den Seen BW, insbes des Bodensees; Konsequenzen aus der Verschmutzung der Süßwasser-Ökosysteme mit Kunststoffpartikeln

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/4276

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4314

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 15/832, 15/1007, 15/2832 und 15/3081 betr. Umnutzung des Geländes der ehemaligen Bodan-Werft

Petitionen
s. *Werft*
Drs 15/4332

Ökonomische Situation der Berufsfischer am Bodensee - Zukünftige Konzeptionen für einen effektiven Gewässerschutz im Einklang mit Fischerei und Tourismus

Bedeutung und ökonomische Situation der Berufsfischerei am Bodensee, insbes Entwicklung der Fischereibetriebe, Fangrechte und Fangerträge; Auswirkungen der Reduktion der Phosphorgehälte; Forschungsmaßnahmen zu Fischzuchtbedingungen; regionale und touristische Vermarktung der Bodenseefelchen

Antr
s. *Fischerei*
Drs 15/4468

Mikroplastik-Partikel in den Gewässern Baden-Württembergs - insbes im Bodensee

Konkrete Gefahren für Mensch, Tier- und Pflanzenwelt durch Gewässerverunreinigung mit Mikroplastik-Partikeln, insbes bei den Trinkwasserspeichern wie dem Bodensee; Ergebnisse nationaler und internationaler Untersuchungen; geeignete Präventionsmöglichkeiten; bisherige Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/4479

Stromspeicher und Stromnetze in BW und Europa - die PCI der Europäischen Kommission und die Haltung der LReg

Bedeutung und Umfang des grenzüberschreitenden Ausbaubedarfs für Stromnetze und Stromspeicher in BW; Umsetzung der BW betreffenden Projekte auf der Liste der Energie-Infrastrukturmaßnahmen der Europäischen Kommission, insbes Finanzierungsfragen und Genehmigungsverfahren; Überlegun-

gen der EU für die Projekte des internationalen Bodenseeraums

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/4480

Zukunft der Bodenseefischerei

Zukunftsperspektiven für die Fischereibetriebe am Bodensee; Ausgleichsmaßnahmen aufgrund sinkender Fischerträge

KlAnfr
s. *Fischerei*
Drs 15/5046

Auswirkung des neuen Wasserrechts in BW auf eventuelle künftige Anträge für Probebohrungen von unkonventionellen Erdgasvorkommen

Rechtliche Möglichkeiten des novellierten Wasserrechts zur Ablehnung von Anträgen auf Erteilung eines Rechts auf Genehmigung von Probebohrungen für das Frackingverfahren; Sachstand bei der Prüfung der Fracking-Konzession in der Bodenseeregion, insbes Zuverlässigkeit des Konzessionsinhabers

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/5864

Konzessionsvergabe zur Erkundung von Erdgas und Erdöl am Bodensee

Hintergrund zu den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau gestellten Konzessionsanträgen zur Erkundung von Erdgas- bzw Erdölvorkommen am Bodensee, insbes Einsatz von Frackingtechnologie, Gemarkungen der Erkundungsanträge, Zeitpunkt der Entscheidung; Auskunftsverweigerung des Landesamts angesichts des Landesumweltinformationsgesetz

KlAnfr
s. *Gasgewinnung*
Drs 15/6122

Metropolregion Bodensee

Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bodenseeraum, insbes Bewertung des Schweizer Vorschlags einer „trilateralen Metropolitanregion St. Gallen-Bodensee“, Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) zu den metropolitanen Grenzregionen in Europa, Erfahrungen aus der Trilateralen Metropolregion Oberrhein

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 23.03.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6650
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 68
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Geplante Verbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

Sachstand zu geplanten investiven Maßnahmen und Qualitätsverbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

MdlAnfr
s. *Bodenseegürtelbahn*
Drs 15/6690

Aktuelle Situation der Berufsfischer am Bodensee

Fangzahlen im Jahr 2015; Phosphatkonzentration im Bodensee im Zeitraum 1990 bis 2014; Untergrenze der zur Erhaltung der Fischfauna des Bodensees notwendigen Phosphatkonzentration; Erforschung der Zucht von Felchen in Aquakulturen durch die Fischereiforschungsstelle; Prüfung der Anliegen der örtlichen

Berufsfischer durch die Regierung

KlAnfr
s. *Fischerei*
Drs 15/7953

Begleitung von Minister Dr. Schmid beim Versuch, über den Bodensee zu laufen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1936

Verhinderung der Anwendung von Fracking zur Gasförderung am Bodensee

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2314-2318

Bodenseegürtelbahn

Geplante Verbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

Sachstand zu geplanten investiven Maßnahmen und Qualitätsverbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

MdlAnfr 2) Ulrich Müller CDU 09.04.2015 Drs 15/6690
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7599 7600

Angebotsveränderungen und Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Bodenseegürtelbahn

Sachstand zu Angebotsveränderungen mit dem Fahrplanwechsel im Schienenpersonennahverkehr auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen Hafen und Singen (Hohentwiel), insbes Fahrgastzahlen und Belegungskapazitäten auf den Ersatzverbindungen, barrierefreie Nutzbarkeit von Bahnhöfen, Auswirkung der Leistungskürzungen auf die Bestellerentgelte

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 19.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7732

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7864

Bodensee-Hochschule

s. *Privathochschule*

Bodenseekreis

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im Wahlkreis Bodensee erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/637

Polizeireform: Auswirkungen auf den Bodenseekreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1442

Landesstraßen im Bodenseekreis

Zeitpunkt des Baubeginns der Ortsumgehungen von Salem-Neufrach und Bermatingen im Zuge der L 205, Rangplatz in der Reihenfolge der zum Bau anstehenden Straßen

MdlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2089

Ausbau des Radwegenetzes im LKreis Konstanz und in der Bodenseeregion

Auflistung o.g. Maßnahmen seit 2006 und in den kommenden Jahren, Bedeutung der Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Maßnahmen zur Verbesserung des Radfahrens rund um den Bodensee sowie des grenzüberschreitenden Radverkehrs mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2266

Bahnhofsentscheidung in Lindau - Welche Auswirkungen hat sie auf BW?

Bedeutung der Neuausrichtung der Bahninfrastruktur in Lindau für die Städte und Gemeinden im Bodenseekreis sowie im württembergischen Allgäu; Ausschöpfung des Fahrgastpotenzials durch die Einrichtung durchgehender RE-/S-Bahnverbindungen zwischen dem neuen Bahnhof in Lindau-Reutin und Vorarlberg/St. Gallen, Bregenz, Lindau und Friedrichshafen; Geltendmachung baden-württembergischer Interessen im Planungsprozess z.B. durch einen zweigleisigen Ausbau der Aeschacher Kurve und durch ein Eintreten für einen geeigneten Ausbaustandard des Bahnhofs sowie dessen gute Verknüpfung mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2370

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Bodenseekreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2978

Chemische Parameter bei der Trinkwasseruntersuchung für Eigenwasserversorger

Schadstoffe in den Eigentrinkwasserversorgungen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung der LKreise Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und dem Bodenseekreis seit 2003; Schadstoffarten, Überschreiten der Grenzwerte der geltenden Trinkwasserverordnung; Kostenentwicklung für Eigenwasserversorger

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/3342

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des Bodenseekreises

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ auf die Gemeinden des Bodenseekreises; Wirkung zusätzlicher bodenseespezifischer Regelungen zur weiteren Begrenzung der Ausweisung von Bauflächen; Spielräume für örtlichen Bedarf, Berücksichtigung genereller oder regions- und ortsbezogener Bedarfsentwicklungen

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4262

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr
s. *Bodendenkmal*
Drs 15/4776

Bahnknoten Lindau und die baden-württembergischen Interessen

Entwicklung am Bahnknoten Lindau und Folgen für den Schienenpersonennahverkehr in der Bodenseeregion, insbes Maßnahmen auf bayerischer Seite und betriebliche und infrastrukturelle Zusammenarbeit mit Bahngesellschaften in Bayern

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4819

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Straßenplanungskapazität im Bodenseekreis

Sachstand zur Kapazität bei Straßenbauplanungen im Bodenseekreis, insbes Planungsaufwand und Planungsstand bei den Ortsumfahrungen Bermatingen, Salem-Neufrach und Hagnau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6804

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

Diskussion über die Einschränkung der Verwendung von Hagelschutznetzen

Sachstand zu Genehmigungsvorbehalten oder naturschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Untersagung von Hagelschutznetzen für landwirtschaftliche Sonderkulturen innerhalb bzw außerhalb von Landschafts- oder Naturschutzgebieten, insbes mögliches Vorgehen des Landratsamts Bodenseekreis gegen den Einsatz von Hagelschutznetzen rund um das Landschaftsschutzgebiet Tettlinger Wald

KlAnfr
s. *Hagel*
Drs 15/7373

Radwegebau im Bodenseekreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Bodenseekreis, insbes Realisierung der Verbindungen zwischen Herdwangen-Schönach und Owingen sowie zwischen Frickingen und Lippertsreute

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/7958

Bodensee-Oberschwaben, Region*Ausbau der B 30 als zentrale Verkehrsachse in Oberschwaben*

Stand der Planungen für den Ausbau der einzelnen Abschnitte zwischen Biberach und Baienfurt; Beurteilung der Dringlichkeit von Bund, Land, Wirtschaftsverbänden und angrenzenden Gebietskörperschaften; Frage nach der Möglichkeit einer Finanzierung über ein streckenbezogenes Lkw-Maut-Modell

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/748

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Süden des Landes - Konsequenzen aus dem Entwurf des Investitionsrahmenplans des Bundes für 2011 bis 2015

Auflistung der Schienen- und Fernstraßenprojekte, insbes in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee; Beteiligung an der Erarbeitung des IRP, Zeitpunkt der Inkraftsetzung, Höhe der vorgesehenen Investitionsmittel

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/772

Polizeistrukturereform - Oberschwaben zwischen den Stühlen in Ulm und Konstanz

Gründe und Auswirkungen der Entscheidung für Konstanz als Sitz des neuen Polizeipräsidiums, Bewertung der verkehrlichen Anbindung und der dort verfügbaren Räumlichkeiten; Auswirkungen der neuen Strukturen auf die personelle Stärke der Polizei; Frage nach einer Weiterverfolgung der Neubaupläne für die Polizei in Ravensburg sowie nach Vorschlägen für und gegen eine Zuteilung der oberschwäbischen Landkreise nach Konstanz

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1529

Die Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit vielfältig nutzen

Beurteilung der Entwicklung und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und in der Bodensee-Region; Förderung von grenzüberschreitenden Forschungs- und Innovationsvorhaben sowie Synergien im Energiebereich; Entwicklungspotenzial der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/1755

„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee

Darstellung der o.g. Maßnahmen und Entwicklungen seit 2002 bzw seit Beantwortung der Drs 14/5038 und 14/6420 sowie der weiteren Maßnahmen und dafür vorgesehenen Mittel; Stand der Kartierung und Renaturierung der Moore und Bodenseeufer, Ergebnisse des Aktionsprogramms zur Sanierung oberschwäbischer Seen, Lösungsansätze für Konflikte mit der landwirtschaftlichen Nutzung; Initiierung neuer Forschungsvorhaben; Vorlage eines Förderkonzepts

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2078

Zukunft der EURES-T-Grenzpartnerschaften

Bewertung o.g. Partnerschaften am Bodensee und Oberrhein im Hinblick auf einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und als Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels; Beurteilung des Vorschlags der EU-Kommission zur Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds ab der Förderperiode 2014-2020; Eintreten für eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Sozialer Wandel und Innovation“

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/2220

Ausbau des Radwegenetzes im LKreis Konstanz und in der Bodenseeregion

Auflistung o.g. Maßnahmen seit 2006 und in den kommenden Jahren, Bedeutung der Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindefinanzierungsgesetz; Maßnahmen zur Verbesserung des Radfahrens rund um den Bodensee sowie des grenzüberschreitenden Radverkehrs mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2266

Aus für das Hafenkonzert - Programmstruktur des SWR 4

Reaktion der Hörerschaft auf die angekündigte Programmänderung; Absprache des Südwestrundfunks (SWR) mit den an der Sendung beteiligten Rundfunkanstalten der Nachbarländer; Intentionen einer Neukonzeption der Hafenkonzerte am Bodensee; Programmfenster für die von Vereinen getragene Musikkultur; Ausprägung des Landesprofils in der Programmstruktur des SWR im Vergleich zu anderen Rundfunksendern; Zusammenhang zwischen regional bezogenen Sendungen und einem positiven Werbeeffect für das Land

KlAnfr
s. *Rundfunk*
Drs 15/2367

Bahnhofsentscheidung in Lindau - Welche Auswirkungen hat sie auf BW?

Bedeutung der Neuausrichtung der Bahninfrastruktur in Lindau für die Städte und Gemeinden im Bodenseekreis sowie im württembergischen Allgäu; Ausschöpfung des Fahrgastpotenzials durch die Einrichtung durchgehender RE-/S-Bahn-Verbindungen zwischen dem neuen Bahnhof in Lindau-Reutin und Vorarlberg/St. Gallen, Bregenz, Lindau und Friedrichshafen; Geltendmachung baden-württembergischer Interessen im Planungsprozess z.B. durch einen zweigleisigen Ausbau der Aeschacher Kurve und durch ein Eintreten für einen geeigneten Ausbaustandard des Bahnhofs sowie dessen gute Verknüpfung mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2370

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft in Oberschwaben

Entwicklung der Schülerzahlen und Lehrerversorgung an den einzelnen Fachschulstandorten seit 2005, Berücksichtigung der gestellten Aufnahmeanträge an allen Standorten?

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2415

Genehmigungen des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Erkundung von Fracking-geeigneten Gasfeldern

Verlängerung der Konzession zur Erkundung geeigneter Gasfelder in Oberschwaben und am Bodensee; rechtliche Grundlage und Zeitraum der erteilten Konzessionen; Einhaltung der gesetzlichen Auflagen, insbes der Information und Anhörung von Trägern öffentlicher Belange; Folgerungen aus der einstimmigen Ablehnung von Fracking im Landtag von Baden-Württemberg; Möglichkeiten des nachträglichen Entzugs der Konzession; Verbot von Fracking in BW

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/3910

Fracking-Konzession im Bodenseegebiet

Gründe für die Verlängerung der Konzession des Unternehmens Parkyn Energy Germany für zwei Erdgaserkundungsfelder am Bodensee; Frage des Fortbestands der Konzession nach der Eingliederung des Unternehmens in den Konzern Rose Petroleum; Verhinderung von Probebohrungen in der Bodenseeregion

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/5135

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/5381

Weitere offene Fragen zur Verwaltungspraxis bei der Erteilung von Fracking-Konzessionen im Bodenseegebiet

Verstoß des Unternehmens Parkyn Energy Germany gegen Nebenbestimmungen der Konzessionen für zwei Erdgaserkundungsfelder am Bodensee; Rechtsnatur der Nebenbestimmungen; Einhaltung der Nachfrist zur Vorlage des Arbeitsprogramms durch das Unternehmen; Unterrichtung über die Nachfrist durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau; Prozessrisiko im Falle eines Widerrufs der Konzessionen

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/5616

Rückgang von Grünland in der Region Bodensee-Oberschwaben

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 939 940 945

Bodenseeschifffahrt

s. *Schifffahrt*

Bodenverkehrsdienst

s. *Luftverkehr*

Bodenverseuchung

s. *Bodenbelastung*

Bodenversiegelung*Natur- und landwirtschaftsdienender Ausgleich*

Umfang der seit 2007 der Landwirtschaftsnutzung entzogenen Flächen; Anteil der zur Kompensation von Flächenversiegelungen entzogenen landwirtschaftlichen Nutzflächen; Ausgleichsmaßnahmen ohne die Landwirtschaftsflächen zu verringern; Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/3652

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse;

Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/4086

Bodenverunreinigung

s. *Bodenbelastung*

Böblingen*A 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen-Ost - Ausbau, Überdeckung und zusätzlicher Lärmschutz*

Einhaltung der o.g. Zusagen der alten LReg und der finanziellen Beteiligung, Unterstützung der Verlegung der Anschlussstelle Böblingen-Ost, Einbeziehung der Bürgerinitiative und der Kommunen in die Planungen; Zeitpunkt der Einleitung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, des Planfeststellungsbeschlusses und des Beginns der Bauarbeiten

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/309

Einrichtung einer Hochschulaußenstelle im LKreis Böblingen

Unterstützung der Einrichtung einer gemeinsamen Außenstelle der Hochschulen Reutlingen und Esslingen sowie der Universität Stuttgart in den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 15/1470

Daten zu den Polizeidirektionen in Pforzheim, Ludwigsburg und Böblingen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten Jahren; Darlegung der verfügbaren Liegenschaften als Grundlage der Entscheidung für Ludwigsburg als Standort des künftigen Präsidiums

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1554

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Gewichtung der direkten Anbindung der Gäubahn über Herrenberg und Böblingen an den Flughafen und des entsprechenden Votums bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bewertung des o.g. Vorschlags mit seinen zusätzlichen Maßnahmen und Kosten sowie seiner Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen zwischen den Projektträgern von Stuttgart 21; Scheitern der angestrebten Wiedereinführung eines ICE-Halts in Böblingen im Falle einer Umsetzung der o.g. Trassenvariante

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1790

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flug-

hafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1992

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftsmodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilnetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/3621

Gebäudeschaden durch Erdhebungen in Böblingen

Ausmaß der Gebäudeschäden und Probleme der betroffenen Gebäudeeigentümer; Soforthilfe für die Hauseigentümer von Seiten der Stadt und des LKreises Böblingen sowie des Landes; Unterstützung der Gebäudeeigentümer bei den Haftungsfragen; Geltendmachung von Ansprüchen aus der verschuldensunabhängigen Haftung der Bohrfirmen gegenüber den Haftpflichtversicherern; Ermittlung der Ursachen für die Erdhebungen

KlAnfr
s. *Bauschaden*
Drs 15/4265

Erdhebungen in Böblingen - Die LReg soll sich endlich ein Bild vor Ort machen

Ursache und Umfang der Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Erdhebungen in Böblingen; Ortstermin der LReg zur Schadensbegutachtung; Schadensersatzleistungen und Soforthilfe für betroffene Bürger; Gefahren durch Erdwärmebohrungen und Maßnahmen zur Schadensverhinderung

Antr
s. *Sachsachen*
Drs 15/4830

Schließung der Außenstelle Wertheim des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei BW zum Jahresende 2015 und damit verbundene mögliche Interimsunterbringungen bis zur Fertigstellung eines Neubaus am Standort Böblingen

Nutzbarkeit des Neubaus des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei am Standort Böblingen; Kosten einer Interimslösung aufgrund der Schließung des bisherigen Standorts in Wertheim zum Jahresende 2015

MdlAnfr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/6342

Preistransparenz bei Fernwärme

Sachstand zur kartellrechtlichen Beurteilung der geplanten Preiserhöhung für Fernwärme durch die Stadtwerke Böblingen, insbes Überprüfung durch die Energiekartellbehörde

KlAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 15/7364

Deckelung der Autobahn (A) 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen Ost - finanzielle Beteiligung des Landes

Sachstand zur finanziellen Beteiligung des Landes an einer Überdeckelung bei der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen; Bewertung der Verfassungswidrigkeit einer Bezuschussung von Projekten durch Land und Kommunen für Straßenbaumaßnahmen des Bundes

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/7664

Anfrage zur Gefahreinschätzung durch Erdwärmesonden in der Stadt Böblingen im Zeitraum von 2002 und 2006 bis 2008

Änderungen in der Gefahreinschätzung für das Wasserschutzgebiet Böblingen III; Genehmigung von Erdwärmesonden im Zeitraum 2006 bis 2008; Zahl der Anträge, Durchführung von Einzelprüfungen; Auflagen zur Bohrausführung

KlAnfr
s. *Bohrung*
Drs 15/7859

Böblingen, Landkreis

Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreis Böblingen bis 2016

KlAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/83

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Böblingen

Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Böblingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/656

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/843

Ärzteversorgung im LKreis Böblingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuel-

le und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1281

Einrichtung einer Hochschulaußenstelle im LKreis Böblingen
Unterstützung der Einrichtung einer gemeinsamen Außenstelle der Hochschulen Reutlingen und Esslingen sowie der Universität Stuttgart in den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 15/1470

Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen im LKreis Böblingen

Übergangszahlen auf die weiterführenden Schularten nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Vergleich zu den Vorjahren, Bildung von Kombinationsklassen bzw Zusammenlegungen von Klassen benachbarter Schulen aufgrund zu geringer Anmeldezahlen, Umfang der Aufnahme und der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, Zahlen von Abweichungen von der Grundschulempfehlung bzw vom Beratungsgespräch sowie von erwarteten Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1722

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Gewichtung der direkten Anbindung der Gäubahn über Herrenberg und Böblingen an den Flughafen und des entsprechenden Votums bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bewertung des o.g. Vorschlags mit seinen zusätzlichen Maßnahmen und Kosten sowie seiner Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen zwischen den Projektträgern von Stuttgart 21; Scheitern der angestrebten Wiedereinführung eines ICE-Halts in Böblingen im Falle einer Umsetzung der o.g. Trassenvariante

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1790

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Böblingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1866

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Böblingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu

Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2962

Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen, insbes Gründe für bewilligte bzw abgelehnte Anträge und Prognosen zu Schülerzahlen und Schülerströmen; Berücksichtigung der Stellungnahmen des zuständigen Schulamts, Regierungspräsidiums und des Kultusministeriums sowie der Interessen benachbarter Schulträger bei der Entscheidungsfindung; Auswirkungen neuer Gemeinschaftsschulen auf die umliegenden Schulen; erforderliche Änderungen der baulichen und sächlichen Ausstattung und kalkuliertes finanzielles Volumen sowie Übernahme der finanziellen Mehrausgaben; bisheriger Verzicht auf eine regionale Schulentwicklungsplanung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3128

Sperrung der Landstraße 1187 zwischen Glemseck und Schattingrund für Motorradfahrer

Streckensperrung der Mahdentalstrasse für Motorradfahrer aufgrund von Straßenschäden, insbes Maßstäbe, Begründung und Ermessensspielraum bei der Entscheidung

KlAnfr
s. *Straßenschaden*
Drs 15/3486

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Böblingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Böblingen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Regionalplans, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Entwicklung der Bevölkerungsdichte; Perspektiven und Fördermaßnahmen der Innenstadtentwicklung sowie Auswirkungen steigender Grundstückspreise

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4307

Breitbandversorgung im LKreis Böblingen

Sachstand zur Breitband- und Internetversorgung im LKreis Böblingen, insbes Stand des Ausbaus und der verwendeten Technologien; Ausbauvorhaben und -konzepte, Nutzung von Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6326

Zukunft der Krankenhäuser im LKreis Böblingen

Bewertung und Förderungsmöglichkeiten des Neubaus einer Zentralklinik auf dem Flugfeld Böblingen/Sindelfingen; Hintergründe der durch die Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren verkündeten Fristsetzung für den Böblinger Kreistag zur Verabschiedung eines medizinischen Konzepts für den Klinikneubau

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4923

Derzeitige Situation und Zukunftsaussichten der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg

Situation der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg am gegenwärtigen Standort Stuttgart-Vaihingen und Planungen einer Verlagerung in den LKreis Ludwigsburg oder Böblingen

KlAnfr
s. *Verkehrspolizei*
Drs 15/5179

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Böblingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Böblingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/5262

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Haben radikale Kräfte im LKreis Böblingen bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien bei der Kommunalwahl 2014 von dem von Grün-Rot eingeführten neuen Berechnungsverfahren nach Sainte-Lague/Schepers profitiert?

Auswirkungen der Änderung des Berechnungsverfahrens auf die Sitzverteilung in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten im LKreis Böblingen, im Kreistag des LKreises Böblingen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart; Anzahl der Kreistagssitze für NPD und Die Linke bei der Anwendung des früheren Berechnungsverfahrens nach d'Hondt; Bewertung des Erfolgs von radikalen und Splitterparteien bei der Kommunalwahl 2014 im Vergleich zur Kommunalwahl 2009; Konsequenzen für das Sitzverteilungsverfahren

KlAnfr
s. *Sitzverteilung*
Drs 15/5335

Einfluss von sektenähnlichen Psychogruppen auf Schulen im LKreis Böblingen

Gruppe um eine die „Psychologische Lehr- und Beratungsstelle“ in Böblingen betreibende pensionierte Gymnasiallehrerin; Auskunft über deren Verbindung zum Begründer der sogenannten Zürcher Schule und zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“; Konkretisierung der Vorwürfe gegenüber einer der Gruppe angehörenden Grundschulleiterin; Zugehörigkeit weiterer Schulleiter und Lehrer zu jener Gruppe; Verbreitung ideologischer Inhalte im Unterricht und im Schulbetrieb; Dienstanweisung zur Verweisung an Beratungsstellen; Aufklärung der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe

Antr
s. *Beratungsstelle*
Drs 15/5620

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Fortentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Stuttgart durch Umsetzung der Vereinbarung „Nachhaltig mobil: Für einen zukunftsorientierten ÖPNV in der Region Stuttgart“ zwischen dem Land BW, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den LKreisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, insbes Zuständigkeit- und Verfahrensregelung für den Erlass einer EU-konformen Vorschrift, Erweiterung der Zuständigkeiten der Verbands Region Stuttgart im Bereich des ÖPNV

GesEntw
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6570

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Unterrichtsausfall, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/6975

Flüchtlingssituation im LKreis Böblingen

Anzahl und Unterbringung der Flüchtlinge zum Stichtag 30. November 2015, unterschieden nach staatlicher vorläufiger Aufnahme und kommunaler Anschlussunterbringung; Aufnahmekapazitäten; Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge; Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Herrenberg

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7841

Bönnigheim*Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg*

Geplante Sanierungsmaßnahmen an Ortsdurchfahrten; Zustand der Landesstraßen L 1106 und L 1107 in der Ortsdurchfahrt Bönnigheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/8079

Börse

s.a. *Finanzinstrument*

Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf den Börsenplatz Stuttgart

Auswirkungen einer nationalen sowie einer internationalen Finanztransaktionssteuer auf den Börsenplatz, die Wirtschaft, Reallohne und Einnahmesituation des Landes; Zurückführung der Ursachen für die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise auf eine fehlende Finanztransaktionssteuer oder andere Ereignisse?

KlAnfr

s. *Finanztransaktionssteuer*

Drs 15/925

Perspektiven und Hintergründe zur Börse Stuttgart

Vertretung der Interessen des Landes in der „Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.“; Entwicklung des Handelsvolumens und der Mitarbeiterzahl an der Stuttgarter Börse seit 2000 im bundesweiten Börsenvergleich; Umfang und Risiken des Handels mit Aktien, Fonds und Derivaten sowie des computergestützten Hochfrequenzhandels; Einschätzung der Auswirkungen der geplanten Finanztransaktionssteuer für die Stuttgarter Börse und Stuttgart Financial

Antr Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE 01.08.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2180

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/3063 S. 13

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Bedeutung des Börsenplatzes Stuttgart im Derivatehandel, Gefährdung der Börsen weltweit durch künstlich erzeugte Kurschwankungen von Finanzmarktakteuren

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1079 1080 1082

Börse Stuttgart

s. *Börse*

Börsenmanipulation

s. *Marktmanipulation*

Börsenplatz

s. *Börse*

Börsenprospekt

s. *Wertpapierprospekt*

Bohrung

Gebäudeschaden durch Erdhebungen in Böblingen

Ausmaß der Gebäudeschäden und Probleme der betroffenen Gebäudeeigentümer; Soforthilfe für die Hauseigentümer von Seiten der Stadt und des LKreises Böblingen sowie des Landes; Unterstützung der Gebäudeeigentümer bei den Haftungsfragen; Geltendmachung von Ansprüchen aus der verschuldensunabhängigen Haftung der Bohrfirmen gegenüber den Haftpflichtversicherern; Ermittlung der Ursachen für die Erdhebungen

KlAnfr

s. *Bauschaden*

Drs 15/4265

Erdhebungen in Böblingen - Die LReg soll sich endlich ein Bild vor Ort machen

Ursache und Umfang der Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Erdhebungen in Böblingen; Ortstermin der LReg zur Schadensbegutachtung; Schadensersatzleistungen und Soforthilfe für betroffene Bürger; Gefahren durch Erdwärmebohrungen und Maßnahmen zur Schadensverhinderung

Antr

s. *Sachschaden*

Drs 15/4830

Anfrage zur Gefahreneinschätzung durch Erdwärmesonden in der Stadt Böblingen im Zeitraum von 2002 und 2006 bis 2008

Änderungen in der Gefahreneinschätzung für das Wasserschutzgebiet Böblingen III; Genehmigung von Erdwärmesonden im Zeitraum 2006 bis 2008; Zahl der Anträge, Durchführung von Einzelprüfungen; Auflagen zur Bohrausführung

KlAnfr Paul Nemeth CDU 10.12.2015 und Antw UM Drs 15/7859

Bologna-Prozess

s.a. *Hochschulabschluss*

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudiengang an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr

s. *Rechtswissenschaft*

Drs 15/896

Erhalt des akademischen Grads „Diplom-Ingenieur“ und der Herkunftsbezeichnungen

Gleichsetzung eines Bachelor-Studiums mit anschließendem Master-Studium mit den klassischen Diplom-Studiengängen; Schaffung einer Regelung zur Führung des o.g. zusätzlichen akademischen Grads für die Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge analog zu anderen BLändern und unter Vermeidung eines Zielkonflikts mit dem Bologna-Prozess

Antr

s. *Diplom*

Drs 15/1498

Bewertung des bisherigen Bologna-Prozesses an den Hochschulen in BW

Bewertung der Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge und -abschlüsse, Akzeptanz der dabei erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen sowie der Berufsbefähigung der Absolventen vonseiten der Wirtschaft, Auswirkungen der Umstellung vom Diplom auf die Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studiendauer; Aufnahme und Behebung der studentischen Kritik an der Veranstaltungs- und Prüfungsdichte sowie Stofffülle

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 02.04.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1541

BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S.

27

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Öffnung der juristischen Ausbildung

Erfüllung wissenschaftlicher Standards und praktischer Anforderungen in der am Richtergesetz orientierten klassischen juristischen Ausbildung; Umstellung der juristischen Ausbildung auf die Bologna-Struktur

KlAnfr

s. Juristenausbildung

Drs 15/4408

Bologna-Reform*s. Bologna-Prozess***Bolz, Eugen***Villa Bolz - Denkmal der Demokratie*

Sachstand zu Erwerb und Erhalt der „Villa Bolz“ als Stätte der politischen Bildung und Erinnerung an den Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, insbes. Erhaltungszustand, Sanierungskosten, Einrichtung einer Gedenkstätte für Eugen Bolz zusammen mit der Stadt Stuttgart und der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Antr

s. Gedenkstätte

Drs 15/7462

Bonde, Alexander GRÜNE*Berufung und Vereidigung von Alexander Bonde zum/als Minister für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz**s. Minister für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz*

PIPr 15/3 S. 15

Bondorf*Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)*

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr

s. Schulentwicklung

Drs 15/5326

Bootswerft*s. Werft***Borkenkäfer***s. Schädling***Borreliose***s. Infektionskrankheit***Boser, Sandra MdL GRÜNE***Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2127

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4301

BOS-Funk*Rahmenbedingungen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW*

Rahmenbedingungen für die Arbeit der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW, insbes. Nennung der den BOS zugeordneten Einrichtungen, Förderung der Wartung von Kraftfahrzeugen und Gerätschaften, Einrichtung zusätzlicher Personalräume, Umsetzung des angemeldeten Investitionsbedarfs, Finanzierungsregelung der Umrüstung auf Digitalfunk, Beschaffungssituation und Personenbeförderungskapazität im Bevölkerungsschutz sowie Anschaffung und Betrieb von Alarmgebern für Einsatzkräfte; effektive Warnung der Bevölkerung vor Großschadensfällen in Ortschaften ohne Alarmsirenen

Antr

s. Katastrophenschutz

Drs 15/2944

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 6 - BOS-Digitalfunk BW (Kap 0314)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3806

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4206

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7074

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7210

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Bosnien und Herzegowina*Flüchtlingsaufnahme in BW*

Sachstand bei der Flüchtlingsaufnahme in BW, insbes. Aufnahmezahlen der Landeserstaufnahmestelle, Kapazitäten und Auslastung der Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern, Schaffung vorübergehender Aufnahmemöglichkeiten, Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, Asylbewerber aus Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina), durchgeführte Rückführungen, Richterstellen zur Bearbeitung von Asylverfahren; monatliche Berichterstattung an den Landtag

Antr

s. Flüchtling

Drs 15/5867

Botanischer Garten*Errichtung von Seminar- und Institutsgebäuden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Karlsruhe*

Bauabsichten der gemeinnützigen Klaus-Tschira-Stiftung auf landeseigenen Grundstücken in Karlsruhe; vorgesehene Nutzung des Neubaus; Verlagerung des Botanischen Gartens des KIT; Einbeziehung des Gewächshauses in das Bauvorhaben

KlAnfr

s. Karlsruher Institut für Technologie

Drs 15/8085

Bottwartalbahn*Bottwartalbahn*

Auflistung der aktuellen und geplanten SPNV-Projekte und deren Finanzierung; Höhe und Träger der Kosten für die Bottwartalbahn und deren Betrieb, insbes für die angrenzenden Kommunen; Frage nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Chancen für eine Realisierung der Bottwartalbahn

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 12.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2081

Boxberg*Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart*

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerberarf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2780

BQFG-BW

s. *Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Baden-Württemberg*

Brache

s. *Brachfläche*

Brachfläche

Was bewirkt grün-rote Politik in Landwirtschaft und Gesellschaft?

Auswirkung der Regelung von Gewässerrandstreifen, Brachflächen und ökologischen Vorrangflächen; Entwicklung der Agrarpreise und der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7149

Brachland

s. *Brachfläche*

Brackenheim*Ortsumfahrung Dürrenzimmern*

Bewertung des o.g. Projekts im Zuge der L 1106 und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. *Landesstraße 1106*
Drs 15/618

Branchenmindestlohn

s. *Mindestlohn*

Brand

s.a. *Brandschutz*

Unerlaubte Abfallverbrennung und Umweltgefährdung durch einen Brand beim Georg-Faller-Brunnen im Mittleren Schlossgarten am 25.10.2011

Zahl von Fällen bzw Tolerierung von Umweltstraftaten auf Landesliegenschaften

MdlAnfr
s. *Umweltkriminalität*
Drs 15/791

Gedenken an die Opfer der Brandkatastrophe in Titisee-Neustadt

s. *Gedenken*
PIPr 15/52 S. 2993

Nach der Brandkatastrophe in Backnang: Sicheres Wohnen gewährleisten!

Rechtliche Möglichkeiten der Mieter und öffentlicher Stellen zur Einforderung eines ausreichenden Sicherheitsniveaus für Wohnungen; Erneuerung der Elektroinstallationen in älteren Mietshäusern; Verpflichtung des Vermieters zur Einhaltung von Sicherheitsstandards insbes im Altbwohnungsbestand; Anpassung der Landesbauordnung

Antr SPD 21.03.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3270
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 11
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafenstraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 04.07.2013 und Antw UM Drs 15/3744

Einsatz der Kriminalpolizei bei einem Brand am 1. Januar 2015 in Sinsheim-Rohrbach

Hintergründe der polizeilichen Behandlung des Brands am Ausiedlerhof in Sinsheim-Rohrbach am 1. Januar 2015, insbes Verständigung und verspäteter Einsatz der Kriminalpolizei

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 12.01.2015 und Antw IM Drs 15/6336

Großbrand an der Universität Stuttgart - Sicherstellung des Lehrbetriebs

Maßnahmen der LReg zur Bewältigung der Folgen des Großbrands an der Universität Stuttgart, insbes Hilfe zur schnellstmöglichen Rückkehr zu einem geordneten Lehrbetrieb, Unterstützung bei der Wiederherstellung der beim Brand zerstörten Forschungsergebnisse

MdlAnfr
s. *Universität Stuttgart*
Drs 15/5293

Einsatz der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Dühren

Hintergründe des verzögerten Eintreffens der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Düren

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/5928

Aktuelle Situation der Umsetzung der Rauchwarnmelderpflicht in BW

Sachstand zur Umsetzung der Rauchwarnmelderpflicht in BW, insbes Probleme aufgrund von Lieferengpässen oder Verzug bei der Installation, Planung einer Fristverlängerung, rechtliche Situation für Wohnungseigentümer in Brandschadensfällen gegenüber Versicherungen bei fehlenden Rauchmeldern

Antr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/6288

Brandkatastrophe

s. *Brand*

Brandschutz

s.a. *Feuerschutzsteuer*
s.a. *Feuerwehr*

Pflicht zum Einbau von Rauchmeldern in Privatwohngebäuden zur Brandprävention

Möglichkeiten zur Normierung o.g. Verpflichtung nach dem Beispiel anderer BLänder, Darlegung der Rechtslage in Übernachtungsstätten

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 28.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/803
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 35
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Präventive Neuinstallation und/oder Nachrüstung von Rauchmeldern in der Landesbauordnung (LBO)

Verankerung der o.g. Verpflichtung für private und öffentliche Gebäude in der LBO

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 07.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1382

Herausforderungen durch Fotovoltaik für die Feuerwehr

Angaben über besondere Vorsichtsmaßnahmen der Feuerwehr an Gebäuden mit Fotovoltaik-Anlagen und dadurch bedingte Verzögerung der Löscharbeiten; Anzahl der aufgrund nicht entdeckter Fotovoltaik-Anlagen verletzten Feuerwehrleute seit 2007; Erwägung einer Kennzeichnungspflicht für Gebäude

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/2307

Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke;

Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/2813

Regelungen zum Brandschutz in BW

Zulassung von Sachverständigen für Brandschutz nach Europäischem Recht in BW in Abstimmung mit dem Bund, insbes Umsetzung der europäischen Norm und parallele Anerkennung zu den bisherigen öffentlich bestellten Sachverständigen; Brand-schutzarbeit von Landeseinrichtungen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 05.02.2013 und Antw MFW Drs 15/3027

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1564 betr. Brandmelder in Krankenhäuser

Petitionen
s. *Rauchmelder*
Drs 15/3091

Verpflichtung zum Einbau von Rauchmeldern in Wohngebäuden

Erfahrungen anderer Bundesländer mit der Verpflichtung zum Einbau von Rauchmeldern in Neu- und Bestandsbauten, insbes Übergangsfristen, Träger der Installations- und Unterhaltskosten, Überwachung und Sanktionsregelungen

KlAnfr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/3242

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern für Aufenthaltsräume, in denen bestimmungsgemäß Personen schlafen sowie Flure zur rechtzeitigen Selbstrettung (Flucht) von schlafenden Personen im Brandfall durch Erweiterung des § 15 der Landesbauordnung zum Brandschutz

GesEntw
s. *Rauchmelder*
Drs 15/3251

Situation der Freiwilligen Feuerwehren

Entwicklung und Verbesserung der personellen und sächlichen Situation der Freiwilligen Feuerwehren, insbes Maßnahmen gegen zunehmende Unattraktivität der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit und Erschwerung des Freistellungsanspruchs aktiver Feuerwehrleute durch die Betriebe sowie Attraktivitätssteigerung des freiwilligen Feuerwehrdienstes durch bevorzugte Einstellung im öffentlichen Dienst, Feuerwehrpauschale bei Lohn- und Einkommenssteuer, Feuerwehrrente und kostengünstige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Unterstützung präventiver Brandschutzschulungen in Kindergärten und Grundschulen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3499

Gefahren durch Photovoltaikanlagen bei Bränden und Hochwasser

Sachgemäße Installation und Überprüfung von auf privaten oder öffentlichen Gebäuden installierten Photovoltaikanlagen; Maßnahmen zur Verhinderung von durch Photovoltaikanlagen ausgehende Gefahren bei Bränden und Hochwasser

Antr

s. *Photovoltaik*
Drs 15/3959

Brandschutz bei Windkraftanlagen

Verlauf des Feuerwehreinsatzes beim Brand eines Windrads auf dem Langenhard in Lahr im September 2013; Verfügbarkeit von Löschwasser an der Brandstelle; Besonderheiten der Brandbekämpfung bei Windrädern; Gefahren und Risiken

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4120

Planungen zu Stuttgart 21

Aktueller Planungsstand zu Stuttgart 21, insbes zu den Themen Grundwassermanagement, Nesenbachdüker, Brandschutz, Verkehrsbelastung, Bauablauf Kostenentwicklung und finanzielle Forderungen der Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/5108

Wer trägt die Kosten für die durch Rauchwarnmelder verursachten Fehl- bzw Täuschungsalarme?

Funktion der Rauchwarnmelder als Brandmeldeanlage; Kostenersatz bei Fehlalarm

KlAnfr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/5342

Brandschutzaufgaben zur Weihnachts- und Adventszeit in Schulen

Aufgaben bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen in Klassenzimmern, Fluren, Treppenhäusern und auf Rettungswegen; Erteilung von Handlungsanweisungen an die unteren Verwaltungsbehörden für das Aufstellen von Weihnachtsbäumen in öffentlichen Gebäuden; Haftung im Schadensfall

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 27.11.2014 und Antw KM
Drs 15/6197

Verantwortlichkeit der LReg zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in BW

Aufgabenwahrnehmung bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation im Geschäftsablauf der zuständigen Ministerien; Maßnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, insbes bei Kriminalitätsbekämpfung und Brandschutz

MdlAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7399

Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher

Sachstand zur Auslegung und tatsächlichen Belegung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher, insbes Auswirkungen der massiven Überbelegungen, Gewährleistung des Brandschutzes

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7581

Anmahnung eines Brandschutzkonzepts für Notfälle in den Tunnelbauwerken im Zuge des Projekts Stuttgart 21

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 526

Mehrkosten bei Stuttgart 21 für die Anforderungen der Stuttgarter Feuerwehr zum Brandschutz

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 790

Umgang mit den Anregungen der Stuttgarter Feuerwehr zum Brandschutz im neuen Bahnhof

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2208 2209 2215

Brandschutzversicherung

s. *Feuerversicherung*

Brandverhütung

s. *Brandschutz*

Brandversicherung

s. *Feuerversicherung*

Brauchtum

s.a. *Heimatspflege*

s.a. *Tanz*

s.a. *Theater*

s.a. *Veranstaltung*

s.a. *Volksfest*

Cannstatter Volksfest

Erwartung an den SWR, bei der Planung und Fernsehübertragung der Eröffnungsveranstaltung die Tradition und Bedeutung dieses Volksfests zu berücksichtigen und den Zuschauern angemessen zu vermitteln; Beitrag des Cannstatter Wasens zur Wirtschafts- und Imageförderung der Region und des Landes

KlAnfr
s. *Volksfest*
Drs 15/621

Landespreis für Volkstheaterstücke

Entwicklung der Definition o.g. Theaterstücke und der Preisverleihung seit 1978, Auflistung der ausgezeichneten Autoren, jeweilige Rolle der Laien- und Profikunst bei der Besetzung der Jury, Verstärkung der Trennung zwischen Amateurtheater, Volkstheater und Kleinkunst? Frage nach dem zuständigen Ministerium für die Förderung des Amateurtheaters und des Volkstheaterwesens

Antr
s. *Theater*
Drs 15/859

Förderung Heimatverbände

Gründe für das Ausbleiben der Zuschüsse an die Heimatverbände im Jahr 2012; Umfang der zu erwartenden Unterstützung; Rechtfertigung des Fernbleibens von der Verleihung der Heimatmedaille

Antr
s. *Heimatspflege*
Drs 15/2369

Zulässigkeit von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Schützenvereine bei Straßenfesten

Verbot des Abfeuerns von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Mitglieder des örtlichen Schützenvereins bei der Eröffnung eines Straßenfestes in Wiernsheim im Enzkreis

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 15/5510

Brandschutzauflagen zur Weihnachts- und Adventszeit in Schulen

Auflagen bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen in Klassenzimmern, Fluren, Treppenhäusern und auf Rettungswegen; Erteilung von Handlungsanweisungen an die unteren Verwaltungsbehörden für das Aufstellen von Weihnachtsbäumen in öffentlichen Gebäuden; Haftung im Schadensfall

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/6197

Steuerbefreiung bei Brauchtumsfahrten

Sachstand zu Möglichkeiten der Gewährung von Steuerfreiheit für einen vorübergehenden Einsatz landwirtschaftlicher Geräte bei Brauchtumsveranstaltungen

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/6589

Brauerei

Familiengeführte Regionalbrauereien in BW

Entwicklung und aktuelle Markt- und Preissituation bei familiengeführten Regionalbrauereien in BW und bestehende Unterstützungsmöglichkeiten durch das Land, insbes bei Investitionen und Absatzförderung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 26.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4089
BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 99 100
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Verwertung und Entsorgung von Treber

Nutzung der bei der Bierherstellung anfallenden Malzrückstände zur Energiegewinnung

KlAnfr
s. *Biomasse*
Drs 15/5763

Privat- und Familienbrauereien in BW

Sachstand zur Entwicklung unabhängiger bzw inhabergeführter Privat- und Familienbrauereien in BW, insbes Ausbildungszahlen, Zahl der Mälzereien, Erzeugung und Absatz von Braugerste und Hopfen, steuerliche Behandlung brauereieigener Gaststätten im Erbschaftsteuerfall

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 16.04.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6743

500 Jahre deutsches Reinheitsgebot - Bier und Brauereiwirtschaft in BW

Entwicklung der Braustätten im Land, Zahl der Beschäftigten; Bierproduktion im Jahr 2015, Bierkonsum in den vergangenen fünf Jahren; Anteil baden-württembergischen Biers am Gesamtabsatz; Bedeutung und Zukunftsaussichten des Reinheitsgebots; Hopfenanbau in BW; Einfluss ausländischer und neuartiger Biere; Marktanteil alkoholfreier, alkoholreduzierter und mit Limonaden versetzter Biere; Förderung der Vermarktung von Bier durch das Land

Antr
s. *Bier*

Drs 15/7929

Breisach

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim, Beurteilung der Kommunikation der Entscheidung durch das MVI per Pressemitteilung sowie des weiteren Vorgehens bei anderen in der Planung befindlichen Abschnitten zum dreistreifigen Ausbau der B 31 Ost, Frage nach Maßnahmen zur Höherstufung des Falkensteigtunnels in den vordringlichen Bedarf

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/887

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim; Entlastung der Gemeinden Gottenheim, Bötzingen, Wasenweiler, Ihringen und Breisach vom Durchgangsverkehr; Darlegung der Planungen für den weiteren Ausbau der B 31 von Breisach bis Donaueschingen und des Zeitpunkts der Realisierung

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/1082

B 31 West - Kosten der Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens

Umgang mit dem Angebot der Gemeinden Breisach, Bötzingen, Gottenheim, Vogtsburg, Merdingen, Eichstetten, March und Umkirch zur kommunalen Vorfinanzierung der Kosten für die Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens; Wiederaufnahme und Abschluss des Verfahrens

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/2229

Potenzial der Binnenschifffahrt am Oberrhein

Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschifffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 15/5110

Integriertes Rheinprogramm Abschnitt Breisach-Burkheim

Sachstand zum Umgang mit der Umweltverträglichkeitsstudie iRd Integrierten Rheinprogramms für den Abschnitt Breisach-Burkheim, insbes Präferenz der LReg für Einführung von ökologischen Flutungen gegenüber der „Ökologischen Schlutenlösung Plus“

KlAnfr
s. *Integriertes Rheinprogramm*
Drs 15/7579

Breisgau, Region*Leistungen Breisgau-S-Bahn 2020*

Durchführung des Vergabeverfahrens für das Liniennetz der Breisgau-S-Bahn; Zeitpunkt der Unterzeichnung der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), dem Land und der DB Netz AG; Bezuschussung der Ausbaustufe durch das Land in Abhängigkeit von der Einhaltung der mit der Neuvergabe gesetzten wirtschaftlichen Ziele; Planungssicherheit für die Region beim Ausbau des Liniennetzes durch ein verbindliches Grundangebot

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/5150

Finanzierung von flexiblen Nachmittagsbetreuungsangeboten

Sachstand zu Angeboten und Finanzierung von flexiblen Nachmittagsbetreuungsangeboten in den Gemeinden im Wahlkreis Breisgau

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/7429

Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis*Tourismus im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald*

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports in der Region Hochschwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/677

Polizeireform: Auswirkungen auf den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunkteplans zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1434

Lehrerversorgung an den Schulen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2034

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012 und 2013; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2439

B 31 Falkensteigtunnel

Einsatz der LReg für das Projekt Falkensteigtunnel auf der Bundesstraße 31 bei Buchenbach zur Entlastung durch den Transitverkehr mit Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan, insbes kommunale Planungsvorfinanzierung, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Priorität gegenüber dem Freiburger Stadttunnel, Aussagen des Ministerpräsidenten, Verkehrssituation und Planungsalternativen

Antr
s. *Tunnel*
Drs 15/2889

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2935

Situation der Gymnasien im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Unterrichtsausfall, Art der Grundschulempfehlungen der Gymnasialschüler der 5. Klasse; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents und der Hausaufgabenbetreuung

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3539

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flä-

chen über einem Hektar, Konsequenzen für die Wohnungs- und Baulandpreise; Spielräume für örtlichen Bedarf; Berücksichtigung der besonderen Zuzugssituation vieler Gemeinden

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4313

Auswirkung der Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) auf den LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4739

Berufliche Schulen Bad Krozingen - Müllheim

Ablehnung der Verlegung von Teilen der Kaufmännischen Schulen Müllheim nach Bad Krozingen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5319

Ausbau Bundesstraße (B) 31 Ost

Beginn des dreispurigen Ausbaus der B 31 Ost von Löffingen bis Hinterzarten; Höhe der für die einzelnen Bauabschnitte veranschlagten Kosten; Bau einer Tank- und Rastanlage im Bereich Röttenbach

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5621

Schienepersonennahverkehr (SPNV) - Ausschreibung Netz 4 a - Expresszugangebot

Vorgaben der Ausschreibung; Auskunft über das geplante Expresszugangebot; Beibehaltung der Haltestellen in Bad Krozingen und Heitersheim

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6315

Situation der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen in den letzten drei Jahren; Anzahl der im aktuellen Schuljahr für den Pflichtunterricht im LKreis erforderlichen Lehrerstellen; Neueinstellungen; Unterrichtsausfall; Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/6467

Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Sachstand zur Entwicklung des Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Beschäftigtenzahl, beantragte Tourismusförderprojekte

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/7428

Breisgau-S-Bahn

Breisgau S-Bahn

Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung für die Breisgau S-Bahn, Gründe und Auswirkungen der Verzögerung für die planmäßige Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2016 angesichts der Vorlaufzeiten für die Beschaffung von Neufahrzeugen, Einhaltung der Zusagen iRd Vereinbarung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 18.05.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1731
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 96 97
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Breisgau-S-Bahn - Ausschreibung von Verkehrsleistungen

Stand der Vorbereitungen für die o.g. Ausschreibung; Zeitplan für die Ausschreibung, die Vergabe- und Verhandlungsprozesse bis zur Auftragserteilung; Rüstzeiten für Neufahrzeuge und modernisierte Gebrauchtfahrzeuge, Frage nach möglichen Fahrzeugfinanzierungsmodellen

KlAnfr Gabi Rolland u.a. SPD 20.06.2012 und Antw MVI Drs 15/1876

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Breisgau-S-Bahn 2020

Abweichungen der „abgespeckten“ Version vom ursprünglichen Konzept; Abstimmung der Planung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF); Finanzierung; Elektrifizierung der Bahnstrecken ins Elztal und nach Breisach sowie der Höllentalbahn Neustadt - Donaueschingen; Stand der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3125
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 03.07.2013 Drs 15/4191 S. 22 23
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Schienepersonennahverkehr - Umsetzung des Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts

Angebot und Ausschreibung des Schienepersonennahverkehrs (SPNV) iRd Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts, insbes Zeitplan, erwartete Kostensteigerungen, Fahrplan- und Linienkonzept, Einsatz von Wagen- und Fahrzeugmaterial, jährlich gefahrene Fahrzeugkilometer und durchschnittlicher Kilometerpreis; Stand der Ausschreibungen für die Elektrifizierung der Höllentalbahn; Überprüfung der verbesserten Takte auf der Rheintalbahn; Verhandlungsstand zum Erwerb der Nebenstrecken

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/3518

Mehrverkehre Elztalbahnhof und Kaiserstuhlbahn

Geplanter Beginn der Mehrverkehre auf der Elztalbahnhof sowie der westlichen und nördlichen Kaiserstuhlbahn iRd Gesamtnetzausbauprogramms „Breisgau-S-Bahn 2020“; Übernahme des Ausfallrisikos für das Projekt „Breisgau-S-Bahn 2020“ durch das Land

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3881

Vergabeverfahren Netz 9 a - Breisgau-S-Bahn, Ost-West

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 9 a (Breisgau-S-Bahn, Ost-West); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4318

Ausschreibung Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

Mehrkosten und Auswirkungen auf den Wettbewerb durch die verspätete Ausschreibung der Nahverkehrsleistungen für die Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4503

Leistungen Breisgau-S-Bahn 2020

Durchführung des Vergabeverfahrens für das Liniennetz der Breisgau-S-Bahn; Zeitpunkt der Unterzeichnung der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), dem Land und der DB Netz AG; Bezuschussung der Ausbaustufe durch das Land in Abhängigkeit von der Einhaltung der mit der Neuvergabe gesetzten wirtschaftlichen Ziele; Planungssicherheit für die Region beim Ausbau des Liniennetzes durch ein verbindliches Grundangebot

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 05.05.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5150

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - Breisgau-S-Bahn 2020

Stand des Vergabeverfahrens der Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr für die Netze 4 und 9 a auf der Breisgau-S-Bahn, insbes geplanter Verfahrensbeginn und -abschluss, Vertragslaufzeiten

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5858

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im LKreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahnhof, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahnhof (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahnhof zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6469

Breitbandanschluss

s. *Breitbandkommunikation*

Breitbandkabelnetz

s. *Kabelnetz*

Breitbandkommunikation

s.a. *Internet*
s.a. *Kabelnetz*
s.a. *Telekommunikation*

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Förderung der gleichen Zugangschancen zu den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze

Antr
s. *Frau*
Drs 15/41

Zugang zu schnellem Internet im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Übertragungsraten in allen Ortsteilen der Gemeinde Neuhäusern

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 30.05.2011 und Antw MLR Drs 15/49

Breitbandinfrastruktur in BW

Stand und Zielvorgaben für die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, insbes auch im ländlichen Raum; Beurteilung der Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die großen Netzbetreiber; Erfahrungen mit den Modellversuchen des Micro-Trenching (Verlegung der Rohre mit Glasfaserkabeln im Gehweg in geringer Tiefe); Forcierung der flächendeckenden Einführung dieser Technik

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 20.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/303
BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.10.2011 Drs 15/1301 (dazu ÄAntr Dr. Bernd Murschel GRÜNE) S. 7-11
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
Mittlg LReg 17.09.2012 Drs 15/2330

Zugang zu schnellem Internet im LKreis Rottweil

Versorgung o.g. Gemeinden, insbes auch Rottweil mit den Ortsteilen Neukirch, Gölldorf, Feckenhausen, mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen; Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die Anbieter von Breitbandnetzen

KlAnfr Stefan Teufel CDU 17.08.2011 und Antw MLR Drs 15/434

Regierungsbefragung

Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Förderung des Breitbandausbaus iRd Breitbandinitiative BW

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 737-742

Breitband im ländlichen Raum

Ausbau des Glasfasernetzes für eine verbesserte Breitbandversorgung, Nutzung des Know-hows der EnBW-Tochter Neckarcom Telekommunikation GmbH, Forcierung eines abgestimmten Ausbaus des Strom- und Breitbandnetzes über die Beteiligung des Landes an der EnBW, Darstellung der Strategie

zur Umsetzung eines Gesamtkonzepts zum Breitbandausbau im ländlichen Raum

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 12.01.2012 und Antw MLR Drs 15/1131

Breitbandversorgung im LKreis Hohenlohe

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 27.03.2012 und Antw MLR Drs 15/1494

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Ausbau der o.g. Breitbandversorgung durch Einwirkung auf die Netzbetreiber, Weiterentwicklung der Förderprogramme, Erschließung europäischer Förderprogramme und Aufnahme der Breitbandversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in das Kommunalabgabengesetz

KlAnfr Karl Rombach CDU 18.04.2012 und Antw MLR Drs 15/1577

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung der Programmmittel des Entwicklungsprogramms ländlicher Raum seit 2010, Anteil der Mittelumwidmung für die Breitbandinitiative

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreis Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/1663

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 18.05.2012 und Antw MLR Drs 15/1730

Micro-Trenching als Möglichkeit für den zügigen Ausbau schneller Internetverbindungen im Enzkreis

Technische und rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten zur Anwendung des o.g. Verfahrens; Gründe für die Ablehnung des Antrags der Gemeinde Friolzheim zur Anwendung des Verfahrens im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt durch einen besonders kostengünstigen Ausbau der Glasfaserleitungen, Anregung einer nochmaligen Überprüfung der abschlägigen Entscheidung des RegPräs

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 23.07.2012 und Antw MLR Drs 15/2137

Breitbandversorgung im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 31.07.2012 und Antw MLR Drs 15/2175

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung, Einsatz des Verlegeverfahrens Micro-Trenching als Alternative zum konventionellen Breitbandausbau

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 03.08.2012 und Antw MLR Drs 15/2196

Breitbandversorgung im Alb-Donau-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr Karl Traub CDU 30.08.2012 und Antw MLR Drs 15/2276

Breitbandversorgung im LKreis Freudenstadt

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 27.09.2012 und Antw MLR Drs 15/2405

Breitbandversorgung in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Versorgungsstand und aktuelle Übertragungsrate in den einzelnen Städten und Gemeinden; Förderung des weiteren Ausbaus der Breitbandversorgung; Einsatz von Glasfasertechnik; Breitbandversorgung als Standortfaktor für Unternehmen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 16.11.2012 und Antw MLR Drs 15/2677

Breitbandversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Stadt- und LKreis Heilbronn, insbes unter Nutzung der Breitbandinitiative

KlAnfr Rainer Hinderer SPD 06.03.2013 und Antw MLR Drs 15/3168

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRd Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KlAnfr Gernot Gruber SPD 11.06.2013 und Antw MLR Drs 15/3616

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz ge-

mäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*
Drs 15/3636

Ausbau der Breitbandversorgung durch Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen

Risiko einer Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität bei der Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen; Maßnahmen zur Vorbeugung von Trinkwasserverunreinigungen bei der Verlegung oder Reparatur von Glasfaserkabeln; Vorteil einer Verlegung über Trinkwasserleitungen im Vergleich zur Verlegung über Regenwasser- oder Abwasserleitungen; Einsparpotenzial bei einer Verlegung über der bestehenden Kanalisation; Ergebnisse der Pilotprojekte zum Wasser-Faser-System (WFS); Auskunft über konkrete Planungen zum Ausbau der Breitbandversorgung über Wasserleitungen

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 19.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3650

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 02.07.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3723
BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 88 89
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Ausbau Breitbandversorgung im LKreis Karlsruhe

Ausstattung der Gemeinden des LKreises Karlsruhe mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen; Erhöhung der Übertragungsraten in kleinen und bisher unterversorgten Orten; Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den Jahren 2011 bis 2013; Nutzung der Förderprogramme des Landes und des Bundes; Versorgungsgrad und Übertragungsraten

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 14.08.2013 und Antw MLR Drs 15/3941

Breitbandausbau in BW

Entwicklung, Maßnahmen, Programme und Kosten des Breitbandausbaus in BW

Antr Paul Locherer u.a. CDU 23.08.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3975
BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 93 94
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Zugang zu Breitbandinternetanschlüssen im Main-Tauber-Kreis
Zustand und Ausbauplanung von Breitbandinternetanschlüssen in den Gemeinden des Main-Tauber-Kreises, insbes vorhandene Versorgungslücken, Unterschiede in den Übertragungsgeschwindigkeiten

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.12.2013 und Antw MLR Drs 15/4547

Breitbandversorgung im LKreis Böblingen

Sachstand zur Breitband- und Internetversorgung im LKreis Böblingen, insbes Stand des Ausbaus und der verwendeten Technologien; Ausbauvorhaben und -konzepte, Nutzung von Förderprogrammen

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 07.01.2015 und Antw MLR Drs 15/6326

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Breitbandausbau in BW

Förderung und Steigerung des Ausbaus der Breitbandversorgung in BW, insbes Übertragung der Planungen Bayerns zur Schaffung eines flächendeckenden Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetzes auf BW

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 26.02.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4854

Digitale Infrastruktur in BW

Entwicklung des Datenverkehrs und der wirtschaftlichen Wertschöpfung; Ausbauplanungen und Mittelbereitstellung für die digitale Infrastruktur in BW, insbes Forderungen der baden-württembergischen Unternehmen; Steigerung der Grundversorgung mit Breitbandanschlüssen; Bewertung von Qualität und Angebot der Netzbetreiber; Bereitstellung von Forschungsmitteln zu Telekommunikation und IT; sicherheitspolitische Herausforderungen

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 05.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4894
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 28.05.2014 Drs 15/5374 S. 18 19
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungsabwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation

on; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KIAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/4970

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Moratorium Breitbandförderung - Wirtschaftlichkeitslücke

Gründe für den Genehmigungsstopp bei der Breitbandförderung zur Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken; Anzahl der betroffenen Gemeinden, Investitionsvolumen; Notwendigkeit einer Notifizierung der Rahmenregelung für Höchstgeschwindigkeitsnetze (NGA) bei der EU-Kommission; Wiederaufnahme der Förderung; Auswirkungen des Förderstopps auf den Breitbandausbau in BW

KIAnfr Wilfried Klenk u.a. CDU 25.07.2014 und Antw MLR Drs 15/5553

Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart (HLRS) und dessen Breitbandanbindung an kleine und mittlere Unternehmen

Situation des Höchstleistungszentrums Stuttgart, insbes Auslastung, Wettbewerbsfähigkeit, Zukunftsperspektiven, Glasfaser-/Breitbandanbindung von kleinen und mittleren Unternehmen und Förderung

Antr
s. *Rechenzentrum*
Drs 15/5562

Breitband im ländlichen Raum

Möglichkeit zur Nutzung vorhandener Glasfaserstrukturen für die Breitbandversorgung von Gemeinden und Ortsteilen im ländlichen Raum, insbes im Ortsteil Nesselbach der Stadt Langenburg

KIAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 05.08.2014 und Antw MLR Drs 15/5595

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Main-Tauber-Kreis, insbes unter Nutzung der Breitbandinitiative

KIAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 07.08.2014 und Antw MLR Drs 15/5607

Breitbandstrategie des Landes BW

Strategie für eine zukunftsorientierte Breitbandversorgung in BW und Vergleich mit den anderen Bundesländern; Umsetzung des Ausbaus des schnellen Internets, insbes Bedeutung für den ländlichen Raum, favorisierte Technologien, Rahmen der finanziellen Förderung, Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr GRÜNE 21.08.2014 und Stellungnahme MLR Drs

15/5641
PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6369-6375

Breitbandversorgung im Rems-Murr-Kreis

Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung im Rems-Murr-Kreis, insbes bestehende und geschlossene Versorgungslücken, Kombination der Ausbauprogramme von Land und Bund, Förderung von VDSL 100

KIAnfr Gernot Gruber SPD 11.09.2014 und Antw MLR Drs 15/5708

Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar - steuerliche Behandlung

Steuerliche Behandlung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Breitband im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Übersteigerung des Fördervorteils durch Aufzehrung der Umsatzsteuer auf Investitionsumlagen; Verbesserung der ertragssteuerlichen Behandlung bezüglich der von Gemeinden in einen Zweckverband eingebrachten Netze

KIAnfr Karl Rombach CDU 26.09.2014 und Antw MFW Drs 15/5778

Breitbandversorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in Frankenhardt-Oberspeltach

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 01.10.2014 und Antw MLR Drs 15/5798

Breitbandversorgung im LKreis Rems-Murr

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Rems-Murr-Kreis

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 07.10.2014 und Antw MLR Drs 15/5840

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Geförderte Gemeinden und Projekte; Fertigstellung des Basisnetzes im LKreis Esslingen; Gemeinden mit direktem Anschluss an das Basisnetz; Mitverlegung von Glasfaserkabeln beim Bau der Verbindungspipeline zwischen dem zentraleuropäischen Kerosinpipelinesystem und dem Flughafen Stuttgart; Förderung des Ausbaus der Breitbandversorgung

KIAnfr Andreas Deuschle CDU 31.10.2014 und Antw MLR Drs 15/5999

Nutzung der Investitionsoffensive der Europäischen Union für den Breitbandausbau; wo sind die Projekte für BW?

Nutzung von EU-Mitteln für den Breitbandausbau in BW, insbes Gründe für das Fehlen Baden-Württembergs auf der Projektliste der EU-Kommission zur Erschließung und zum Ausbau des Breitbandnetzes in Deutschland, anderweitige Möglichkeiten zur Nutzung von EU-Investitionsmitteln für den Breitbandausbau

Antr Paul Locherer u.a. CDU 12.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6250

BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 68

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Breitbandausbau im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Stand der Breitbandversorgung; Förderung von Breitbandprojekten seit dem Jahr 2011; Verfügbarkeit von Highspeed-Internet; Anschluss an überregionale Datenleitungen; Versor-

gungsqualität im ländlichen Raum

KlAnfr Felix Schreiner CDU 17.12.2014 und Antw MLR Drs 15/6289

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Förderzusagen an Gemeinden im Main-Tauber-Kreis iRd Breitbandinitiative II; Anschluss der Gemeinden an das Basisnetz

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 16.01.2015 und Antw MLR Drs 15/6351

Breitbandversorgung im Ostalbkreis

Geförderte Gemeinden und Projekte; Breitbandversorgung im Ostalbkreis im Vergleich zu anderen LKreisen; Beitritt einzelner Kommunen zum interkommunalen Breitbandverbund „Komm.Pakt.net“; Förderprogramme für den Ausbau der Breitbandversorgung

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 26.01.2015 und Antw MLR Drs 15/6401

Ausbau der Breitbandversorgung im LKreis Göppingen

Bestehende Verbindungen, eingesetzte Techniken; Breitbandanbieter; vorgesehene Maßnahmen; Inanspruchnahme von Förderprogrammen des Landes; zusätzliche Angebote zur Förderung des Breitbandausbaus

KlAnfr Peter Hofelich SPD 29.01.2015 und Antw MLR Drs 15/6431

Breitbandversorgung im LKreis Ludwigsburg

Ausbau der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden seit 2011; Anbieter und Art der verwendeten Technik; Nutzung von Förderprogrammen des Landes, Anschluss an das Basisnetz

KlAnfr Konrad Epple u.a. CDU 02.03.2015 und Antw MLR Drs 15/6567

Digitalisierung der Schulen in BW

Sachstand zur IT-Infrastruktur und -Unterricht an den Schulen in BW, insbes Anteil an Rechnern und Schülerarbeitsplätzen, Breitbandanschluss, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich IT und Medienpädagogik für die Lehrer, Computer/IT-Unterricht

Antr
s. *Schulausstattung*
Drs 15/6680

Breitbandversorgung und -ausbau in Karlsruhe

Sachstand zu Breitbandversorgung und -ausbau in Karlsruhe, insbes Entwicklung der Nachfrage nach höheren Datenübertragungsraten, Bedarf der Unternehmen bzw Wirtschafts- und Kommunalverbände

KlAnfr Bettina Meier-Augenstein CDU 13.05.2015 und Antw MLR Drs 15/6894

Was ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen in BW und welche Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft?

Sachstand zur Digitalisierung und digitalen Infrastruktur an den Schulen in BW, insbes bei Arbeitsabläufen, Unterricht, Lernplattformen, Bildungsangeboten; Schutz der personenbezogenen Daten

Antr
s. *Schule*
Drs 15/7085

Breitbandversorgung im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Entwicklung der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden des Landkreises Emmendingen, insbes Nutzung von Fördermitteln aus Landesprogrammen

KlAnfr Sabine Wölflé SPD 06.07.2015 und Antw MLR Drs 15/7129

EU-Investitionsoffensive - Breitbandförderung

Sachstand zur Anmeldung und Beantragung von Projekten im Bereich Breitbandförderung für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr 4) Paul Locherer CDU 09.07.2015 Drs 15/7139
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8108 8109

Unstimmigkeiten im neuen Verfahren zur Förderung des Breitbandausbaus in BW

Zahl und Verfahrensdauer bei Förderanträgen zum Breitbandausbau sowie Umsetzungsfehler beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung

MdlAnfr 1) Wolfgang Reuther CDU 12.10.2015 Drs 15/7550
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8445-8447

Warum fördert die grün-rote LReg mit ihrer Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung den Neu- und Umbau, aber nicht die Sanierung von Schulgebäuden?

Auskunft über Baujahr und letzte Sanierung der bestehenden Schulgebäude; Fördermöglichkeiten von Schulbaumaßnahmen durch das Land; Gründe der mangelnden Förderfähigkeit von Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen; Zahl der im Jahr 2015 gestellten Anträge auf Schulbauförderung; Umfang der bewilligten Zuschüsse und deren Verteilung auf die verschiedenen Schularten; Forderung nach einer Änderung der Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau); Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/7935

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr
s. *Digitalisierung*
Drs 15/8121

Ausbau der Breitbandnetze für schnelles Internet im ländlichen Raum

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Ausbau der Breitbandverkabelung im ländlichen Raum

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1130

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Ausbau der Breitbandverkabelung im ländlichen Raum

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Ausbau der Breitbandverkabelung im ländlichen Raum, Verweisung auf die Breitbandinitiative II

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1303 1306 1310 1312

Breitbandversorgung

s. Breitbandkommunikation

Breitensport

s. Sport

Brennelement

s. Kernbrennstoff

Brennelemente-Zwischenlager

s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle

Brennelement-Zwischenlager

s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle

Brennerei

Aktivitäten der Landesregierung zur Unterstützung bäuerlicher Kleinbrennereien nach dem Wegfall des Branntweinmonopols
Rechtliche Gründe gegen ein alternatives Fördermodell; Unterstützung der bäuerlichen Kleinbrennereien durch das Agrarinvestitionsförderprogramm; Fördermöglichkeit genossenschaftlich organisierter Brennereibetriebe; Verwendung von Bioethanol in Blockheizkraftwerken; Stand der angekündigten Streuobstkonzeption

Antr Paul Locherer u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2696

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 81

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Ausgebrannt in BW?

Entwicklung der Klein- und Obstbrennereien in BW, insbes Anzahl, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Vermarktungsstrukturen und alternative Verwertungsmöglichkeiten

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 19.02.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4810

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 47-49

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Brennstoff

Energieholznutzung und Klimaschutzziele

Menge und Herkunft des in BW für Energiezwecke genutzten Holzes; Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung des Landesforsts auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten für bestehende Holzheizwerke, Holzheizkraftwerke sowie Scheitholznutzer und Selbstwerber; FSC-Zertifizierung und Erreichung der im Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Klimaschutzziele; Einsatz für die Energieholznutzung bei einer Revision der FSC-Richtlinien; Kompensation wegfallender Mengen an Hackholz; Nutzung des Restholzes zur Verbesserung der Bodenstruktur

Antr

s. Holz

Drs 15/4310

Zertifizierungsrichtlinien der Forest Stewardship Council (FSC) in BW

Umfang des aus dem Forst (Staats-, Kommunal- und Privatwald) stammenden Energieholzes; Umfang des Energieholzeinsatzes in BW, aufgeschlüsselt nach Forst, Landschaftspflege, kommunalen Reststoffen, Industrierestholz und Altholz; Verhältnis von Scheitholz zu Hackholz; Auswirkungen der Einführung der FSC-Zertifizierung auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten sowie den Fortbestand der Holzheizwerke und Holzheizkraftwerke; Folgen der Einschränkung der Energieholznutzung im Landesforst für den Klimaschutz; Mitwirkung bei der Revision der Zertifizierungsrichtlinien; Kompensation der wegfallenden Hackholzmenge

KlAnfr

s. Holz

Drs 15/4524

Brennstoffelement

s. Brennstoffzelle

Brennstoffzelle

s.a. Elektrizitätserzeugung

Kompetenzzentrum Elektromobilität, Batterieforschung und Brennstoffzellentechnologie in Ulm

Auflistung der mit den o.g. Themen beschäftigten Institute und Einrichtungen, Höhe und Herkunft der verfügbaren Mittel, beteiligte Unternehmen u.a. Partner, vorhandene und geplante Studiengänge mit einem direkten thematischen Bezug zu diesen Einrichtungen an der Universität Ulm und der Hochschule Ulm

KlAnfr

s. Elektromobilität

Drs 15/321

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

„Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/4012

Einsatz von Brennstoffzellensystemen

Einsatz und Anwendungen von Brennstoffzellensystemen im Verkehrssektor, Automobilbereich und im stationären Bereich; klimatische Auswirkungen; Fördermaßnahmen für Entwicklung und Produktion; wirtschaftliches Potenzial

Antr GRÜNE 05.08.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5593

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 24-26

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Bewertung der bisherigen Brennstoffzellenförderung seit Lothar Späth als weitgehend wirkungslos

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 426

Zukunftsperspektive der Brennstoffzelle für den Fahrzeugantrieb

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1805 1808-1811

Brennstoffzellentechnologie

s. *Brennstoffzelle*

Brenzbahn*Ausbau der Brenzbahn*

Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten für den Ausbau der Brenzbahn; Steigerung der Attraktivität für den Personen- und Güterverkehr; Frage nach Art und Zeitpunkt der notwendigen nächsten Schritte

KlAnfr Bernd Hitzler u.a. CDU 14.12.2011 und Antw MVI
Drs 15/1021

Schienerpersonennahverkehr auf der Brenzbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Brenzbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept sowie notwendige Streckenbaumaßnahmen; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3428

Entwicklungsperspektiven der Brenzbahn

Entwicklung von Zugangebot, Fahrgastzahlen und Investitionen auf der Brenzbahn; Planungen der Streckenertüchtigung der Brenzbahn zur Integration in den Ausbau des Fernverkehrs sowie des S-Bahn-Systems in der Region Donau-Iller

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 19.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4807
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5374 S. 15 16
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnnoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Bretten

Bewahrung und kulturelle Vermittlung des humanistischen Erbes
Bedeutung des Erbes von Johannes Reuchlin und Philipp Melanchthon in BW; Möglichkeiten für eine breite Vermittlung über die Standortpräsentationen in Pforzheim und Bretten hinaus, insbes für Schüler

KlAnfr
s. *Weltanschauung*
Drs 15/274

Straßensanierungen an den Grenzen des Enzkreises

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertigstellung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1163

Verkehrssicherheit auf der Bundesstraße 293 zwischen Heilbronn und Bretten

Art, Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Verkehrsüberwachung auf dem o.g. Streckenabschnitt; Entwicklung der Zahl und Folgen von Verkehrsunfällen in den vergangenen zwei Jahren

KlAnfr
s. *Bundesstraße 293*
Drs 15/2024

Regionale Planung der Schulstruktur im Mittelbereich Bretten - Auswirkungen der Gemeinschaftsschulen auf den Bestand der Schulen

Darlegung der o.g. Auswirkungen; Höhe und Träger der Planungs- und Investitionskosten für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, Vergleich des geforderten Raumprogramms mit Realschulen und Werkrealschulen; Sicherung von Qualität und Quantität der Lehrer an den Gemeinschaftsschulen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2194

Änderungen des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal

Situation des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal im Vergleich zu anderen ländlichen Gebieten; zumutbare Entfernung zur nächsten Notdienst-Apotheke; Anzahl der Notdienststage je Apotheke

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/4692

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Bretten

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/4693

Änderungen des ärztlichen Bereitschaftsdiensts (hausärztlicher Notdienst) im Raum Bretten/Bruchsal

Hintergründe und Kriterien der Neuordnung des Bereitschaftsdiensts; Inanspruchnahme des Rettungsdienstes aufgrund langer Wartezeiten; Verhinderung einer Mehrbelastung des Rettungsdienstes; Bindung der Patienten an die Gebieteinteilung des Bereitschaftsdiensts

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/4694

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5897

Bedarfsplanung für Kinderärzte in der Region

Kinderärztliche Versorgungsdichte im LKreis Karlsruhe; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung im Raum Bretten; für Bewohner des ländlichen Raums zumutbare Anfahrsdauer zu einer Kinderarztpraxis

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6127

Hochwasser im Bereich Bretten am 6. Juni 2015

Folgen des Unwetters mit Starkregen am 6. Juni 2015 für den Raum Bretten/Gondelsheim; Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Schadensbeseitigung; Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen zur Vermeidung von künftigen Überschwemmungen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6974

Breuningsweiler, Ortsteil

s. *Winnenden*

Brieftaube

s. *Vogel*

Browserspiel

s. *Computerspiel*

Bruchsal

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal
Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/874

Die Situation der Landesfeuerwehrschule Bruchsal

Mit dem Neubau der Landesfeuerwehrschule verbundene Veränderungsvorhaben; Verbesserung der Zusammenarbeit der im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen; Erweiterung des Aufgabenspektrums der Akademie um die Gefahrenabwehr; praktische Umsetzung von Forschungserkenntnissen; Erhöhung der Attraktion für Frauen

Antr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/2672

Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal; Perspektiven für die betroffenen Mitarbeiter, insbes bezüglich der Zusage einer Beschäftigungsgarantie bis zum 31. Dezember 2014

MdlAnfr
s. *Nokia Siemens Networks*
Drs 15/3315

Änderungen des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal

Situation des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal im Vergleich zu anderen ländlichen Gebieten; zumutbare Entfernung zur nächsten Notdienst-Apotheke; Anzahl der Notdiensttage je Apotheke

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/4692

Änderungen des ärztlichen Bereitschaftsdiensts (hausärztlicher Notdienst) im Raum Bretten/Bruchsal

Hintergründe und Kriterien der Neuordnung des Bereitschaftsdiensts; Inanspruchnahme des Rettungsdienstes aufgrund langer Wartezeiten; Verhinderung einer Mehrbelastung des Rettungsdienstes; Bindung der Patienten an die Gebieteinteilung des Bereitschaftsdiensts

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/4694

Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme, medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5694

Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen, bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information des Ministers

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5876

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6071

Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests - Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Umsetzung der Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests, insbes Aufsichtsregelungen, Ergänzung der Berichte durch das Justizministerium, Umgang mit Beschwerden über mangelhafte Berichte, Einführung einheitlicher Standards, Anpassung der notwendigen Personal- und Sachausstattung

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6104

Entlassung des Justizministers Rainer Stickelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
s. *Justizminister*
Drs 15/6170

Kommunikation zwischen dem Justizministerium und der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zur Kommunikation des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Einzelhäftlings in Bruchsal mit der Leitung der JVA Bruchsal sowie zur Reaktion des Justizministeriums als Aufsichtsbehörde

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6768

Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal vom 8. April 2015 und Drogen im Justizvollzug

Hintergründe zum Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Drogenprobleme des Verstorbenen, Durchführung von Zellenkontrollen, Umgang des Justizministeriums mit Überlastungsanzeigen von Sanitätsbediensteten der JVA Bruchsal

KlAnfr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6855

Weiterer ungeklärter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Sachstand zum ungeklärten Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, psychische und physische Konstitution des Verstorbenen, Kenntnis des Justizministeriums von eventuell psychischen Auffälligkeiten und konkreten Haftumständen des Strafgefangenen vor dem Todeseintritt

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6869

Teilschließung der Geburtshilfestation im Krankenhaus Bruchsal

Sachstand zur Umstellung der Geburtshilfe im Krankenhaus Bruchsal auf Tagesbetrieb, insbes Vorkehrungen für Notfälle im 24-Stunden-Betrieb

KlAnfr
s. *Geburtshilfe*

Drs 15/6930

Erneuter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal am 22. Oktober 2014

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings am 22. Oktober 2014 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, medizinische Behandlung, Obduktionsergebnisse, Personalbesetzung und Überlastungsanzeigen im Zeitraum August 2014/Okttober 2014

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6996

Suspendierung und Disziplinarverfahren gegen den Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zu den Gründen für die Suspendierung des Anstaltsleiters der Justizvollzugsanstalt Bruchsal im August 2014 sowie für die Einleitung des Disziplinarverfahrens

KlAnfr
s. *Vorläufige Dienstenthebung*
Drs 15/7189

Brücke

s.a. *Verkehrsweg*

Neubau der L 597 inkl. Neckarbrücke bei Ladenburg/Ilvesheim
Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr Georg Wacker CDU 26.05.2011 und Antw MVI Drs 15/37

Hochbrücke Horb am Neckar

Bewertung des o.g. Projekts und weiterer Maßnahmen zur Entlastung der Horber Innenstadt von Verkehr, Lärm und Feinstaub; Einbeziehung des Radverkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Verwirklichung des Vorhabens

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 16.06.2011 und Antw MVI Drs 15/131

Sanierungsbedürftige Brücken im Rhein-Neckar-Kreis

Zahl und Zustand der o.g. Brücken, Ausmaß der jeweiligen Schäden und des Sanierungsaufwands, Durchführung der Sanierungsvorhaben nach einer Prioritätenliste, Höhe und Verteilung der Kosten auf das Land, den Bund und die Kommunen

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 20.07.2011 und Antw MVI Drs 15/313

Zweite Rheinbrücke Karlsruhe-Wörth

Forcierung der Planung und Realisierung der o.g. Rheinbrücke, Frage nach den bisherigen Schritten auch vonseiten des Landes Rheinland-Pfalz sowie nach der Gestaltung und Besetzung des geplanten „Faktenchecks“

KlAnfr Katrin Schütz CDU 22.07.2011 und Antw MVI Drs 15/334

Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth
Bewertung der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer zweiten Rheinbrücke und Anbindung an die bestehende B 36 bzw der Sanierung der jetzigen Rheinbrücke, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz

Antr Manfred Groh u.a. CDU 04.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/639
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 30-35
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Fernverkehrsrelevanz von Straßen in der Region Karlsruhe

Fernverkehrsaufkommen und -relevanz beim Bau einer Nordumgehung um Knielingen zwischen der geplanten zweiten Rheinbrücke und der B 36 sowie im Falle der ursprünglich geplanten Anbindung dieser Nordumgehung an die bestehende Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe, Fernverkehrsaufkommen und -relevanz der Karlsruher Südtangente zwischen der Ausfahrt Kühler Krug und der Autobahnanschlussstelle Karlsruhe-Mitte, Chancen und Kosten von Lärmschutzmaßnahmen entlang dieser Südtangente

KlAnfr
s. *Fernstraße*
Drs 15/751

Leistungsfähigkeit der geplanten zweiten Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe

Prüfung der o.g. Leistungsfähigkeit für den Fall einer Vollsperrung der bestehenden Rheinbrücke, insbes anzunehmende Fahrzeugzahlen auf den einzelnen Zu- und Abfahrtsrampen auf beiden Seiten; Auslegung des Ölkreuzes auf badischer Seite auch für den Begegnungsverkehr größerer Lkws?

KlAnfr Johannes Stober SPD 27.10.2011 und Antw MVI Drs 15/797

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim, Beurteilung der Kommunikation der Entscheidung durch das MVI per Pressemitteilung sowie des weiteren Vorgehens bei anderen in der Planung befindlichen Abschnitten zum dreistreifigen Ausbau der B 31 Ost, Frage nach Maßnahmen zur Höherstufung des Falkensteigtunnels in den vordringlichen Bedarf

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/887

„Faktencheck“ zum Thema „Zweite Rheinbrücke“: hoher Aufwand, geringer Nutzen?

Ergebnisse des o.g. Verfahrens in Karlsruhe, Höhe und Träger der entstandenen Kosten; Beurteilung der Notwendigkeit angesichts des bereits laufenden Verfahrens mit Anhörungs- und Beteiligungsrechten, Anstrengung eines umfassenden Hauptverfahrens im Sinne des Planungsrechts mit zeitiger und umfassender Beteiligung der Bürger

KlAnfr Katrin Schütz CDU 21.12.2011 und Antw MVI Drs 15/1072

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim; Entlastung der Gemeinden Gottenheim, Bötzingen, Wasenweiler, Ihringen und Breisach vom Durchgangsverkehr; Darlegung der Planungen für den weiteren Ausbau der B 31 von Breisach bis Donaueschingen und des Zeitpunkts der Realisierung

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/1082

Nord-Ost-Umfahrung im Raum Stuttgart

Planungsstand des o.g. Vorhabens im Zuge der L 1197 und Verkehrsentwicklung an der bestehenden Neckarquerung in Remseck unter Berücksichtigung der verschärften Luftreinhaltemaßnahmen und des Lkw-Durchfahrtsverbots in Stuttgart sowie der Autobahnmaut; Verzicht auf eine Weiterverfolgung des Vorhabens, Frage nach einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position sowie nach anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1179

Intransparenz beim „Faktencheck“

Nichtbeantwortung der Fragen zu Personalkosten und weiteren Kosten des Faktenchecks zur zweiten Rheinbrücke bei der Beantwortung der KlAnfr 15/1072 - im Gegensatz zur Herausgabe dieser Informationen auf Anfrage der Zeitung „Rheinpfalz“

KlAnfr Katrin Schütz CDU 20.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1306

Arbeitsgruppe zur zweiten Rheinbrücke und Planfeststellungsverfahren

Zusammensetzung und geplante Sitzungen der o.g. Arbeitsgruppe, Zeitpunkt der Vorlage und Veröffentlichung der Ergebnisse, Erwartung einer Verzögerung des laufenden Planfeststellungsverfahrens; Festsetzung des Erörterungstermins und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr CDU 01.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1355
ÄAntr CDU 17.07.2012 Drs 15/2111
ÄAntr GRÜNE und SPD 17.07.2012 Drs 15/2113
PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2429-2438
Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2824

Bau einer Neckarbrücke zwischen Ladenburg und Edingen-Neckarhausen (L 597 neu)

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Umwelt- und Verkehrsentlastung, insbes für Seckenheim und Ilvesheim durch Ausweichverkehr zur dortigen Neckarquerung; Einstufung einer neuen Brücke als Voraussetzung für die umfassende Neugestaltung der Seckenheimer Innenstadt

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 21.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1473

Sanierung der Neckarbrücke und Kreisverkehr in Besigheim/Neckar

Dringlichkeit der Brückensanierung im Zuge der L 1115 sowie des Baus eines Kreisverkehrsplatzes im Kreuzungsbereich der L 1113 zur Verbesserung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern; Frage nach einer finanziellen Beteiligung des Landes

KlAnfr Daniel Renkonen GRÜNE 02.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1543

Sanierung der Eisenbahnbrücke über die L 190 in Gottmadingen (LKreis Konstanz)

Koordination von Baumaßnahmen an Landesstraßen, für die eine Eisenbahnkreuzungsvereinbarung erforderlich ist, zwischen den RegPräs und der Bahn AG; Gründe für die Verzögerung der o.g. bereits ausgeschriebenen Maßnahme; Konsequenzen für den Bahnverkehr im Falle einer Sperrung der Brücke aus Sicherheits-

gründen; Berücksichtigung von Projekten nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz in der geplanten Straßenbau-Prioritätenliste des MVI?

KlAnfr
s. *Bahnkreuzung*
Drs 15/1739

Länderübergreifende Arbeitsgruppe und Baumaßnahmen zur zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Abschluss des Faktenchecks und Vorlage der Ergebnisse; Bewertung der notwendigen Ertüchtigungsmaßnahmen an der bestehenden Brücke hinsichtlich ihrer technischen, wirtschaftlichen und baubetrieblichen Umsetzung sowie ihrer Wirkungen auf eine längere Lebensdauer der Brücke; Erfahrungen mit vergleichbaren technischen Verfahren im Ausland

Antr Manfred Groh u.a. CDU 25.05.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1764
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 97-99
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Errichtung von Brücken an Landesstraßen im Enzkreis

Vorgesehene neue Brückenverbindungen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. in Neuenbürg an der L 381; Zuschussfähigkeit dieses Vorhabens sowie eines Kreisverkehrsplatzes an der L 381

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2165

Angebot an Pendler für freie Bahnfahrten über den Rhein am 22. August 2012

Nutzung des o.g. Angebots während der Sanierungsarbeiten an der Rheinbrücke Maxau und der damit verbundenen Einschränkungen beim Befahren der Bundesstraße 10; Kosten dieser dreistündigen „Werbeaktion zur Nutzung des ÖPNV in Karlsruhe“; Bedingungen für ähnliche Aktionen; Pendlerzahlen für die Linien R 51 (Kandel-Wörth-Karlsruhe), S 5 (Wörth-Karlsruhe), S 51 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) und S 52 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) von 2007 bis 2012

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2366

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen im LKreiss Esslingen

Zustand der Bundes- und Landesstraßen im Vergleich zur letzten Zustandserfassung; Sanierung der als „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteten Streckenabschnitte einschließlich der Brückenbauwerke; Verkehrsbelastung der Streckenabschnitte

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3343

Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn 8 (A 8) im Enzkreis

Entwicklung der Lärmbelastung auf dem Streckenabschnitt zwischen Karlsbad und Pforzheim-West seit 2008; nach dem Abschluss des Autobahnausbaus zu erwartendes Verkehrsaufkommen; Durchführung von Lärmessungen; Unmut über unzureichenden Lärmschutz an der Pfingsttalbrücke bei Remchingen; Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes an der A 8 bei Remchingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*

Drs 15/3404

Sanierungsmittel für die Landesstraßen im Landeshaushalt

Sanierungs- und Ausbauplanung von Landesstraßen und Brücken, insbes Sanierungskriterien, Zurücksetzung des ländlichen Raums, Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit durch gesenkte Standards, Erhöhung oder Verrechnung der Sanierungshaushaltsmittel zur Brückensanierung mit Mitteln der mittelfristigen Finanzplanung

Antr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3434

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3641

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 8

Verkehrsaufkommen, Lkw-Anteil in der Nacht; Lärmschutzmaßnahmen an der Pfingsttalbrücke; Einbeziehung der Klosterwegbrücke in den Planfeststellungsbeschluss

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3649

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 16 - Erhalt von Brücken an Landesstraßen (Kap 1304)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3816
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4216
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 05.12.2014 Drs 15/6217
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6629
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Diskussion um eine „Ersatzbrücke“ im Bereich Karlsruhe-Wörth

Haltung des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber einer Ersatzbrücke; Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen; Durchführung des Baus einer Ersatzbrücke; erforderliche Baumaßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite; Kosten der Ersatzbrücke sowie für die Anschlussbauwerke und die mit der Ersatzbrücke verbundenen Straßenbaumaßnahmen; Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Antr Manfred Groh u.a. CDU 30.08.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3988
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 77-79
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Bundesstraße (B) 31 West - Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“

Stand der Auswertung des Abschlussberichts der Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“; bislang angefallene Kosten für die Arbeit der Projektgruppe und für Gutachten; Kostenträgerschaft außerhalb des Bundesverkehrswegeplans für die B 31 West und den Brückenbau bei Gottenheim

KlAnfr
s. *Bundesstraße*

Drs 15/4102

Aufnahme einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Überlegungen der LReg zum Bau einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe und die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015, insbes Planungsbeginn, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz, Kostenschätzungen, Konsequenzen für den geplanten Bau einer zweiten Rheinbrücke

Antr Manfred Groh u.a. CDU 01.10.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4101

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.12.2013 Drs 15/4581 S. 36 37

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Brückensanierung im LKreiss Esslingen

Zuständigkeit für die Erhaltung und Sanierung von Brückenbauwerken des Landes; finanzielle Förderung der LKreise und Kommunen beim Erhalt der Brücken; Höhe der Zuschüsse des Landes an den LKreiss Esslingen und die Kommunen des LKreises in den Jahren 2010 bis 2013; Zustand der Baulast des Landes unterliegenden Brücken im LKreiss Esslingen, Aufwand für ihre Sanierung; Programm zur Sanierung der Brücken und Höhe der dafür zur Verfügung stehenden Mittel; Haltung der LReg bei den Verhandlungen der Bund-Länder-Kommission zur Finanzierung der Verkehrswege

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 24.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4236

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Beurteilung der Ergebnisse der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“; Umfang des Finanzierungdefizits im Bereich der Landesstraßen und Lösungen für eine Verstärkung der Landesstraßenfinanzierung; Personalausstattung im Verkehrsinfrastrukturbereich; Ausweitungsmöglichkeiten der Nutzerfinanzierung durch Erhöhung der Lkw-Maut bzw der Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für Pkw; Ausweitung bzw Dynamisierung der finanziellen Fördermöglichkeiten; Zustandserhebung, Finanzierung und Durchführung der notwendigen Brückensanierungen außerhalb der Baulast des Bundes; Zielkonflikt zwischen Nettonull beim Flächenverbrauch und dem Neu- und Ausbau des Radverkehrsnetzes

GrAnfr
s. Verkehrsinfrastruktur
Drs 15/4283

Wann endlich kommt das angekündigte Brückensanierungsprogramm?

Mittelbedarf und -bereitstellung über den Nachtragshaushalt für ein Sanierungsprogramm für Brücken in der Baulast des Landes

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 06.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4287

Ausbau der Bundesstraße (B) 10/B 28 durch die Erweiterung der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm

Projekt eines achtspurigen Neubaus der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm; gesetzlich vorgesehene Abstimmungsprozesse für ein solches grenzüberschreitendes Projekt; Federführung, Entscheidungskompetenz und Finanzierung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4355

Vorgehensweise der LReg beim Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth und bei der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord

Detailangaben zu Überlegungen der LReg und zu den Abstimmungsgesprächen mit Rheinland-Pfalz zum Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth; Gründe für die Nichtanmeldung der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015

Antr Manfred Groh u.a. CDU 28.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4398

Realisierung der Hochbrücke Horb am Neckar

Genehmigung der Hochbrücke durch das Bundesverkehrsministerium; Einleitung des Planfeststellungsverfahrens; voraussichtliche Umsetzung der Baumaßnahme

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 11.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4746

Straßenbau im LKreiss Esslingen im Jahr 2014

Vorgesehene Bau- und Sanierungsmaßnahmen für Landesstraßen und Brücken im LKreiss Esslingen im Jahr 2014

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/4924

Weiteres Vorgehen zur Ersatzbrücke bei Karlsruhe

Konsequenzen aus der Absage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Aufnahme der Ersatzbrücke in den Bundesverkehrswegeplan 2015; Auskunft über bereits erteilte Planungsaufträge; Zusammenarbeit mit dem BMVI und mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz; Vorgehensweise beim Thema „zweite Rheinbrücke“

Antr Manfred Groh u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5015

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 35 36

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 24.09.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5760

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 42 43

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Aktueller Stand im Verfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Stand der Verfahren zum Planfeststellungsverfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe in BW und Rheinland-Pfalz; Zustand, Verkehrsprognosen und Sanierungsüberlegungen für die bestehende Rheinbrücke Maxau

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 12.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6112

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs

15/6496 S. 49 50

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Zustand von Brückenbauwerken der Bundesfernstraßen

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke der Bundesfernstraßen in BW, insbes dringend sanierungsbedürftige Brücken, gesperrte oder nutzungsbeschränkte Brücken; Sanierung und Aufhebung der Tempobeschränkung auf der Gumpenbachbrücke der B 27 bei Kornwestheim

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 05.02.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6460

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 70 71

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Förderung von Fuß- und Radwegebrücken

Förderbedingungen für Fuß- und Radwegebrücken, insbes Förderung der iRd Bundesgartenschau 2019 zu erstellenden Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Hauptbahnhof in Heilbronn

KlAnfr Alexander Throm CDU 17.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6494

Zustand von Brückenbauwerken der Bundesfern- und der Landesstraßen im LKkreis Waldshut

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke der Bundesfern- und der Landesstraßen im LKkreis Waldshut, insbes Einstufung der Sanierungsbedürftigkeit, Bauwerke mit Nutzungseinschränkungen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 20.03.2015 und Antw MVI Drs 15/6645

Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW

Sachstand zum Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW, insbes Einstufungen in Kategorie „nicht ausreichender Zustand“ und schlechter, veränderte Anforderungen an die Bauwerke seit 1960, Bedarf für Instandsetzungen und Errichtung von Ersatzbauwerken

Antr

s. *Tunnel*

Drs 15/6689

Neubau maroder Brücken im Enzkreis

Sach- und Planungsstand zum Neubau maroder Brücken im Enzkreis, insbes Zeitrahmen und Finanzierung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 31.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7246

Brückenbauwerke im Alb-Donau-Kreis

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke im Alb-Donau-Kreis, insbes Nutzungseinschränkungen beim Großraum- und/oder Schwerverkehr, geplante Maßnahmen zur Instandhaltung

KlAnfr Karl Traub CDU 14.10.2015 und Antw MVI Drs 15/7566

Klärung der widersprüchlichen Aussagen zum aktuellen Stand des Planfeststellungsverfahrens zur zweiten Rheinbrücke Karlsruhe

Unterlagen über Untersuchungen zur technischen Machbarkeit der Ersatzbrückenlösung; Überarbeitung der Untersuchungen des Landesbetriebs Mobilität Speyer (LBM); Benachrichtigung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über den Sach-

stand durch das RegPräs Karlsruhe; Bedarf an weiteren Gutachten vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens; Haltung des Bundes zu einer Ersatzbrücke

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 04.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7649

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 80 81

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Begründung der Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1206 1207

Kritik am fehlenden Engagement des Verkehrsministers für die Horber Hochbrücke; Einrichtung von Landschaftsbrücken über der Rheintalbahn

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1357 1368

Sanierungsbedarf von Fernstraßenbrücken aus den Sechziger- und Siebzigerjahren

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1796 1800

Brunnemer, Elke MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8235

Brustkrebs

s. *Krebserkrankung*

Bruttoinlandsprodukt

s. *Volkswirtschaft*

Bruttosozialprodukt

s. *Volkswirtschaft*

Bruttowertschöpfung

s. *Wertschöpfung*

Buch

s.a. *Autor*

s.a. *Bibliothek*

s.a. *Buchhandel*

s.a. *Elektronische Publikation*

s.a. *Literatur*

s.a. *Schriftgut*

s.a. *Verlag*

Bücher mit rechtsradikalem Inhalt in Landesbibliotheken

Frage nach o.g. Beständen mit rechtsextremistischem und geschichtsrevisionistischem Inhalt sowie nach entsprechenden Prüfungen und Konsequenzen, Verhinderung einer unkritischen Nutzung solcher Werke

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/1950

Zukunft des Urheberrechts - Situation der Schriftsteller in BW
Tätigkeitsbereiche sowie kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der haupt- und nebenberuflichen Schriftstellerinnen und

Schriftsteller; Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf Schriftsteller, Verlage und Buchhandlungen; dadurch bedingte Veränderungen im Verhältnis zwischen Urheber, Verwerter und Nutzer; Haltung zur geplanten Novellierung des Urheberrechts der BReg und zu Modellen wie „Kulturflatrate“ oder „Kulturwertmark“

Antr
s. *Urheberrecht*
Drs 15/2129

Buchen (Odenwald)

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmefähigkeit der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Buchführung

s. *Kassen- und Rechnungswesen*

Buchhandel

Zukunft des Urheberrechts - Situation der Schriftsteller in BW
Tätigkeitsbereiche sowie kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der haupt- und nebenberuflichen Schriftstellerinnen und Schriftsteller; Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf Schriftsteller, Verlage und Buchhandlungen; dadurch bedingte Veränderungen im Verhältnis zwischen Urheber, Verwerter und Nutzer; Haltung zur geplanten Novellierung des Urheberrechts der BReg und zu Modellen wie „Kulturflatrate“ oder „Kulturwertmark“

Antr
s. *Urheberrecht*
Drs 15/2129

Buchprüfung

s. *Wirtschaftsprüfung*

Buddhismus

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW
Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr
s. *Religion*
Drs 15/2811

Budgetdefizit

s. *Haushaltsdefizit*

Budgetkontrolle

s. *Öffentliche Finanzkontrolle*

Budgetpolitik

s. *Haushaltspolitik*

Budgetrecht

s.a. *Haushaltsrecht*

Wie geht die LReg mit den Vorschriften des § 42 a der Landeshaushaltsordnung (LHO) um?

Auskunft über die Bildung von Rücklagen gemäß § 42 a LHO im Zuge des Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2014; Höhe der Rücklagen; Zweckbindung und Zweckbindungszeitraum; Unterrichtung des Landtags über die Rücklagenbildung

Antr
s. *Rücklage*
Drs 15/4633

Bühl (Baden)

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Baden-Baden/Bühl erhalten

Auffüstung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/439

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/820

Innerörtliche Saatkrähen-Problematik in der Stadt Bühl (Baden)

Bestandsentwicklung, Verbreitung und Schäden im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden, Art und Erfolg von Methoden zur Vergrämung und Bestandsregulierung, Unterstützung der Kommunen bei der Bestandseindämmung

KlAnfr
s. *Vogel*
Drs 15/1443

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den Wahlkreis 33 (Baden-Baden/Bühl)

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3601

Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKreis Rastatt)

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-

Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwischen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegebau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/6183

Bühl

Waldgrundstücktausch zwischen dem Land BW und der Stadt Bühl

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6395

Bündnis für die Jugend

s. *Jugendlicher*

Bündnis für Lebenslanges Lernen

s. *Lebenslanges Lernen*

Bündnis 90/Die Grünen

Gestaltung der Wahlunterlagen zur Volksabstimmung S 21 - Einflussnahme der Grünen auf das Stimmverhalten?

Aktuelle Debatte
s. *Stuttgart 21*
PIPr 15/15 S. 593

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr
s. *Papsttum*
Drs 15/778

Pädophilie darf nicht verharmlost werden - GRÜNE müssen sich ihrer Geschichte stellen

Aktuelle Debatte
s. *Sexueller Missbrauch*
PIPr 15/72 S. 4313

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*

Drs 15/3873

Wenn sich GRÜNE nicht mehr grün sind - Trittin versus Kretschmann und die Folgen für BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4641-4652

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bundestagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundesparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr
s. *Staatsministerium*
Drs 15/4136

LReg und Bundeswehr - noch immer keine Klarheit

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land BW; Haltung der LReg gegenüber der Kooperation; „bewährte Kooperation“ oder „Weiterentwicklung“ der Kooperationsvereinbarung; Ergebnisse der seit 2013 mit Vertretern der Bundeswehr geführten Gespräche; Beschluss „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Ende 2012; Artikel „Kein Werben für's Sterben“ in der Zeitschrift des Landeselternbeirats; schulrechtliche Bewertung des Musterantrags „Antrag auf Freistellung vom Unterricht durch Bundeswehr-Vertreter“ von terre des hommes

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/4790

Regierungsbefragung

Muss die Justiz doch noch nicht sparen? Grüne lassen mit sich reden

s. *Rechtspflege*
PIPr 15/92 S. 5504

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW

Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/5143

Einflussnahme der GRÜNEN in Landtag und Ministerien von BW bei der Stellenbesetzung in der Staatsanwaltschaft

Hintergründe der Besetzung der Position des Generalstaatsanwalts in BW, insbes Kommunikation zwischen Justizministerium und Staatsministerium sowie Einflussnahme der Landtagsfraktion der Grünen

Antr

s. *Generalstaatsanwaltschaft*
Drs 15/5201

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5230

Die Grünen und ihr moralischer Anspruch - gilt der nur für andere?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6686-6699

Bürgerbeauftragter

Stuttgart 21: Aktivistinnen gegen S 21 als Bürgerreferentin des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI)

Beschäftigung von Frau Böninger als Bürgerbeauftragte des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI) für das Projekt Stuttgart 21, insbes Durchführung des Personalauswahlverfahrens; Vereinbarkeit öffentlicher Aussagen der Beauftragten gegen Stuttgart 21 mit der Loyalitäts- und Projektförderungspflicht

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3040

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albaniens bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. *Albanien*
Drs 15/4802

Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes BW

Einführung eines Bürgerbeauftragten als eine beim Landtag angesiedelte, neutrale Person zur Stärkung der Bürgerinteressen bei Anliegen mit Bezug zur öffentlichen Verwaltung; Zuständigkeit für die Landespolizei zur Klärung innerpolizeilicher Anliegen von Polizeibeschäftigten sowie möglichem persönlichen Fehlverhalten einzelner Polizeibeschäftigter gegenüber Bürgern

GesEntw
s. *Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/7862

Bürgerbegehren

s. *Bürgerentscheid*

Bürgerbeteiligung

s.a. *Gemeinderat*
s.a. *Jugendgemeinderat*
s.a. *Kommunalpolitik*
s.a. *Mitbestimmung*
s.a. *Öffentlichkeit*
s.a. *Politischer Protest*
s.a. *Volksabstimmung*

Standorte für Windkraftanlagen in BW

Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele bis 2020 bzw 2050, u.a. Verkürzung der Genehmigungsverfahren für Neu- und Ersatzbauten sowie Ausbau der Stromnetze für den Umstieg auf regenerative Energien insgesamt, Höhe der Kosten für eine generelle Erdverkabelung; Anwendung des Windatlas zur Erleichterung der Standortausweisung; Darlegung der zu erwartenden Konflikte, insbes auch aus der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der angestrebten stärkeren Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/170

„Faktencheck“ zum Thema „Zweite Rheinbrücke“: hoher Aufwand, geringer Nutzen?

Ergebnisse des o.g. Verfahrens in Karlsruhe, Höhe und Träger der entstandenen Kosten; Beurteilung der Notwendigkeit angesichts des bereits laufenden Verfahrens mit Anhörungs- und Beteiligungsrechten, Anstreben eines umfassenden Hauptverfahrens im Sinne des Planungsrechts mit zeitiger und umfassender Beteiligung der Bürger

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1072

Einrichtung und Förderung des Dialogforums zu Stuttgart 21
Reaktivierung des Dialogforums der Vorgängerregierung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/1378

Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung zur Frage der möglichen Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

Rechtliche Möglichkeiten und (zeitliche) Planung einer Bürgerbefragung nach Vorlage des derzeit ausgeschriebenen Gutachtens zum Nationalpark, Frage nach Einholung eines Votums der betroffenen Gemeinden und Landkreise bzw von deren Gemeinde- und Kreisräten oder möglichen anderen Formen der Bürgerbeteiligung

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1530

Bürgerbeteiligung bei der Errichtung von Großschutzgebieten

Rechtliche Möglichkeiten der Beteiligung durch Bürgerbefragung, Bürgerentscheid oder Volksabstimmung bei der Einrichtung eines Biosphärengebiets oder eines Nationalparks im Nordschwarzwald; Frage nach der Bindungswirkung einer mehrheitlichen Ablehnung des Vorhabens; Einlösung der Zusage, dass es gegen den Willen der Menschen vor Ort keinen Nationalpark geben wird

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 04.04.2012 und
Stellungnahme MLR Drs 15/1548

BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.10.2012 Drs 15/3063
S. 53-55
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums als Wohnort, u.a. durch Programme zur Dorfentwicklung und Dorferneuerung, durch die Nahversorgung im Einzelhandel und Weiterentwicklung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Senioren (Seniorenräte)

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Regierungsbefragung

Filderdialog

s. *Filder (Landschaft)*
PIPr 15/27 S. 2006

Geplante Ausgaben des Landes für den Nationalpark Nordschwarzwald

Bezifferung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, obwohl das vergebene Gutachten noch nicht vorliegt und die Bürgerbeteiligung noch nicht abgeschlossen ist

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1800

Auswahl und Einladung von Bürgerinnen und Bürgern für den Filderdialog

Eingesetzte Verfahren und Software für die o.g. elektronische Zufallsauswahl, Wahrung des Datenschutzes bei der Adressatenauswahl; Bewertung der intensiven Bemühungen um Teilnehmer, insbes der Kontaktaufnahme zu Mütterzentren, nach Ankündigung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft; Beurteilung der Eignung und gesellschaftlichen Abbildung der Anwohnerschaft auf den Fildern durch Personenkreise im Umfeld von Mütterzentren

Antr
s. *Filder (Landschaft)*
Drs 15/1958

Konsequenzen aus dem Filderdialog - Chancen für die Filderregion nutzen durch einheitliche Positionierung der LReg

Aktuelle Debatte
s. *Filder (Landschaft)*
PIPr 15/42 S. 2321

Einstellung des Landes zu Möglichkeiten iR bestehender und geplanter melderechtlicher Regelungen

Zugriff des StM auf Daten der Meldeämter bei der Auswahl von Bürgern für den Filderdialog, Bewertung vor dem Hintergrund der Kritik an dem geplanten Meldegesetz des Bundes sowie aus der Sicht des Datenschutzes, Frage nach einer Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 15/2167

Verbraucherschutz und Bürgerwindräder

Gesellschaftsformen und Bürgerbeteiligung der o.g. Windkraftanlagen, Darstellung der Anlegerschutzregelungen bei den jeweiligen Beteiligungsformen; Hinwirkung auf Beteiligungskonstruktionen, bei denen die Bürger nicht mit ihrem privaten Ver-

mögen für die Gesellschaft haften; Kriterien zur Qualitätsbeurteilung der Entwickler, Investoren und Betreiber

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2171

Erläuterung und Abgrenzung von Begrifflichkeiten bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark

Gegenüberstellung der Schutzkategorien FFH-Gebiet, Biosphärengebiet, Naturpark und Nationalpark nach ihren rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, nach ihren Auswirkungen auf die regionale (Holz-)Wirtschaft und den Tourismus; Darlegung der mit der Einrichtung der vier Gebiete verfolgten Ziele; Information und Einbeziehung der Bürger zur möglichen Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2235

Geodatenbasierte Online-Plattform für Hinweise aus der Bürgerschaft

Nutzen und Effekte o.g. Plattformen für Mängelhinweise wie z.B. „Maerker Brandenburg“ oder das von der Stadt London eingesetzte System während der Olympischen Spiele; Beurteilung der Möglichkeit zur Ergänzung des Geodatenportals des Landes um eine entsprechende Feedbackfunktion oder Nutzung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung als Datengrundlage; Überlegungen zur Einbeziehung von Geodaten in die Bürgerbeteiligungsstrategie

KlAnfr
s. *Geoinformation*
Drs 15/2301

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Zukünftige Umsetzung der Projekte im Bereich Entwicklungszusammenarbeit

Kosten des Bürgerdialogs „Welt:Bürger gefragt!“ und der Erarbeitung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes; Finanzbedarf für die Umsetzung von Entwicklungsprojekten sowie für Öffentlichkeitsarbeit; Durchführung von Projekten durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ); Verwendung der im Staatshaushaltsplan in Kapitel 0202 Titel 685 70 eingestellten Mittel; Kriterien für Projektauswahl und Mittelvergabe

Antr
s. *Entwicklungszusammenarbeit*
Drs 15/2771

Windkraft-Planungen in BW

Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Wohngebieten in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Vergrößerung des Mindestabstands auf 1500 Meter; Formen der Bürgerbeteiligung; wesentliche Einwände gegen den Bau von Windkraft-

anlagen; Unterstützung der Regionalverbände, Planungsverbände bzw Kommunen bei Einsprüchen; seit 2006 errichtete und bis 2014 geplante Windkraftanlagen; Volllaststunden und Abschaltungsverpflichtungen, Wirtschaftlichkeit der Anlagen, insbes des Windparks Simmersfeld im LKkreis Calw; Akzeptanz des Sieben-Punkte-Programms und Windenergieerlasses

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3057

Teilnahme des Landes am Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zum Endlager Bure

Stand der Planungen und Erkundungen zum geplanten französischen Atommüllendlager Bure, insbes Informationen zum Sicherheitskonzept und die Möglichkeiten einer Teilnahme von BW an dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren der Nationalen Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle (L' Agence nationale pour la gestion des déchets radioactif - ANDRA); Vernetzung und Wissensaustausch von BW mit Frankreich zur Endlagerthematik

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3153

Neuausrichtung und Modernisierung der Flurneuordnung in BW
Schwerpunkte der Neuausrichtung der Flurneuordnung in BW, insbes Umsetzung eines landesweiten Biotopverbunds, Ausrichtung an naturschutzfachlichen Gesichtspunkten, Unterstützung von Regionalentwicklungsprozessen, verstärkte Bürgereinbindung

Antr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/3185

Der Filderdialog in der Bewertung

Bewertung der Form der Bürgerbeteiligung im Filderdialog; Umsetzung der Ergebnisse

MdlAnfr 8) Thaddäus Kunzmann CDU 05.04.2013 Drs 15/3315
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3931 3932

Online-Portal zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit
Einrichtung eines Online-Portals zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit, insbes Zeitplan, konkrete Ausgestaltung und Funktionsweise

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/3320

Zwischenlagerung der am Standort Obrigheim befindlichen abgebrannten Brennelemente im Zwischenlager Neckarwestheim

Bewertung der Ankündigung der EnBW zur Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im vorhandenen Zwischenlager am Standort Neckarwestheim, insbes rechtliche Situation, Einschätzungen aus dem Raum Neckarwestheim, konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, Umgang mit möglichem Widerstand aus der Bevölkerung für notwendige Castor-Transporte; Überlegungen zur Errichtung eines neuen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort Obrigheim und mögliche Alternativstandorte

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3418

Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0

Planungen und Kosten zur Einrichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes vorliegendes Personalkonzept, erforderliche Waldumbaumaßnahmen und Finanzmittel zur sofortigen Umgestaltung der Entwicklungszonen, Ausgestaltung der Politik des „Gehörtwerdens“ und Einfluss der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, Kompensation der zugesicherten Holzmenge für die Holzindustrie, mittel- bzw langfristiges Konzept zur Sicherung der Nadelholzversorgung, zusätzliche Waldflächen-Stilllegungen

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3460

Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegebauplans Straße

Konzeption und Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung; Partizipation der betroffenen Bürger mittels einer Vergabe von Bewertungspunkten für einzelne Maßnahmen bei den Regionalkonferenzen; Einfluss der auf diese Weise ermittelten Ergebnisse auf die Anmeldungen zum Bundesverkehrswegebauplan Straße; Beteiligungsform bei der Anmeldung für den Bundesverkehrswegebauplan Schiene

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3510

Regierungsbefragung

Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4087-4092

Die Politik des Gehörtwerdens und das Ende des Nationalparks!

Aktuelle Debatte
s. *Nationalpark*
PIPr 15/69 S. 4132

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Bedeutung von Bürgerbefragungen in der Landespolitik

Bedeutung der Bürgermeinung vor Ort, insbes bei Großprojekten; Bürgerbefragungen als Ausdruck einer „Bürgerregierung“ bzw einer „Politik des Gehörtwerdens“; Stellenwert der Ergebnisse von Bürgerbefragungen; Bürgerbefragungen zum Thema „Nationalpark“ in den Gemeinden des Nordschwarzwalds und ihre Ergebnisse; Resultate der Beratungen über einen Nationalpark im Schwarzwald in den kommunalen Gremien; Einfluss der genannten Ergebnisse auf die Politik

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 24.07.2013 und
Stellungnahme MLR Drs 15/3869 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.09.2013 Drs 15/4324

S. 59-63

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland

Unterstützung des bisherigen Vorgehens der LReg zur Regelung der unkonventionellen Gasförderung im Land und auf Bundesebene; Schaffung einer gesetzlichen Regelung über den Bundesrat mit einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und einer entsprechenden Bürgerbeteiligung vor jeder Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking

Antr

s. *Fracking*

Drs 15/3976

Naturschutzgebiet Ulm-Lichternsee

Stand der Genehmigung und Beteiligungsprozess für die Ausweisung eines Naturschutzgebiets „Lichternsee“ an der Donau westlich von Ulm

KlAnfr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/4001

Zusicherungen der Ministerin Bauer

Konkreter Zeitplan für die Umsetzung der Veränderungen an den baden-württembergischen Musikhochschulen; Einbindung der Betroffenen in den weiteren Prozess

MdlAnfr

s. *Musikhochschule*

Drs 15/4105

Beteiligungsportal möglicher Nationalpark Nordschwarzwald

Löschung von Kommentaren auf dem Beteiligungsportal zum möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

MdlAnfr

s. *Nationalpark*

Drs 15/4105

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärm-mindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/4333

Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen

Planung und Gestaltung des Diskussionsprozesses zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen, insbes Auswahl beteiligter Institutionen, entstehende Kosten, Dokumentation der Ergebnisse und deren Bedeutung für die Neukonzeption

Antr

s. *Musikhochschule*

Drs 15/4762

RegErkl

Auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie in BW und Aussprache

PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5577-5611

Der Windkraftausbau im Land darf nicht mit der Brechstange erfolgen - die Anliegen der betroffenen Bürger müssen Gehör finden

Bürgerinitiativen gegen die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in BW; Berücksichtigung der Anliegen der Bürgerinitiativen; Erschwerung einer Bürgerbeteiligung wegen sich überschneidender Zuständigkeiten der Kommunen und Regionalverbände beim Ausweisen von Windkraftstandorten; Umgang mit den Befürchtungen betroffener Bürger; Gewichtung und Beachtung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/5483

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungsrecht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhabenträgers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umweltmediation, Umsetzung des Umweltschadengesetzes, Anerkennung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinformation; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

GesEntw

s. *Umweltverwaltung*

Drs 15/5487

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich - Umsetzung von EU- und Bundesrecht

Beweggründe für die über eine Eins-zu-eins-Umsetzung des bestehenden Europa- und Bundesrecht hinausgehenden Vorgaben und die Setzung neuer Standards beim Gesetzentwurf; Ausmaß des zu erwartenden Mehraufwands für die öffentliche Verwaltung und private Vorhabenträger

Antr

s. *Umweltverwaltungsgesetz*

Drs 15/5587

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Chance für Wirtschaft und Natur

Sachstand bei der Verwirklichung des Biosphärengebiets Südschwarzwald, insbes Größe und Kommunen der Suchkulisse, Naturschutzgebiete und Bannwaldflächen für die Kernzonen, Staatswaldflächen für die Pflegezone, Förderprogramme in der Entwicklungszone, Bürgerbeteiligung bei der Planung

Antr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/6144

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultramet im Raum Philippsburg

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/6169

Neue Standortsuche des geplanten Gefängnisneubaus - welche Kriterien sind maßgeblich?

Aufgabe der bisherigen Bewertungsmatrix beim „Standortsuchlauf“; Auskunft über die maßgeblichen Kriterien der Standortauswahl; Berücksichtigung der Haltung der betroffenen Gemeinden; Beteiligung des Landtags und der Gemeinden an der Standortauswahl

Antr

s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/6503

Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze

Anpassung des Landesrechts an das geänderte Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes, insbes Ausdehnung verfahrensbeschleunigender, verallgemeinerungsfähiger Regelungen der Fachgesetze zum Planfeststellungsverfahren auf das Planfeststellungsrecht insgesamt, Einführung allgemeiner Vorschriften über die „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“, Zulassung weiterer schriftformersetzender elektronischer Verfahren

GesEntw

s. *Verwaltungsverfahren*

Drs 15/6618

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler Ebene durch Änderung von Quoren und Fristen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; Regelung zur Bildung von Fraktionen und deren Rechte in kommunalen Gremien; Stärkung der Minderheitenrechte in kommunalen Gremien; Festschreibung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung; Fortentwicklung bei der Transparenz der örtlichen Verwaltung

GesEntw

s. *Kommunalrecht*

Drs 15/7265

Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung des Zusammenwirkens von Land und Kommunen im Bereich des Gesundheitswesens und Intensivierung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit der Akteure des Gesundheitswesens; Etablierung und Regelung von Arbeitsweisen und Zuständigkeiten von Beteiligungsgremien wie der Landesgesundheitskonferenz, kommunalen Gesundheitskonferenzen und dem Landesausschuss Gesundheitsförderung und Prävention; Schaffung von Beteiligungsformen zur frühzeitigen Einbezie-

hung von Bürgern und Patienten in den Gremien; Anpassung der Zusammensetzung des Landeskrankenhausausschusses und des Landespflegeausschusses

GesEntw

s. *Landesgesundheitsgesetz*

Drs 15/7722

Untersuchung einer Intensivierung der Bürgerbeteiligung im Vorfeld administrativer und politischer Entscheidungen iR einer Enquetekommission

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 2 3 7

Umsetzung des Politikwechsels im Dialog mit den Bürgern, Beschreibung der Schritte in die Bürgergesellschaft, Begrüßung der neuen Formen von Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 28-30

Beurteilung der angekündigten Erweiterung der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, Plädoyer für eine umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Großprojekten

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 44-46 48 51 53-55 62 63 72 73 77 78 83 90

Verbesserung der Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 169

Erweiterung der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, Absenkung des Quorums für eine Volksabstimmung auf ein Fünftel der Stimmberechtigten, umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Großprojekten

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 266-276

Beurteilung der Absenkung des Quorums für eine Volksabstimmung auf ein Fünftel der Stimmberechtigten, Annahmung eines Gesamtkonzepts, Werbung um mehr Bürgerbeteiligung innerhalb des Systems der repräsentativen Demokratie, Wiederholung der Anregung zur Einrichtung einer Enquetekommission

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 303-309

Erinnerung an eine Gesetzesinitiative der früheren LReg im Bundesrat zur frühzeitigen und umfassenden Bürgerbeteiligung bei Großprojekten, Verweisung auf eine andere Herangehensweise an das Thema

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 372 373

Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Entscheidung über die Einrichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 559 561 562 565-569

Umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Großprojekten, Erinnerung an eine entsprechende Gesetzesinitiative der früheren LReg im Bundesrat

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 852 857-859 862 867

Ausbau der Bürgerbeteiligung im Land und in den Kommunen als Konsequenz aus der Volksabstimmung zu Stuttgart 21, Bemühungen um mehr direkte Demokratie

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 983-987 991

Ausbau der Bürgerbeteiligung im Land und in den Kommunen als Konsequenz aus der Volksabstimmung zu Stuttgart 21, Bemühungen um mehr direkte Demokratie, Einrichtung einer Kommission, umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Großprojekten

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1059-1067

Bewertung der Politik des Gehörtwerdens der neuen LReg, Beispiele von Bürgerbeteiligung bei neuen Gesetzesvorhaben

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1192 1195 1200

Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Entscheidung über die Einrichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald, Akzeptanz des Ergebnisses eines möglichen Bürgerentscheids; Bürgerbeteiligung bei neuen Gesetzesvorhaben

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1597-1599 1602 1604 1607 1608

Verbesserung der Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Windkraftnutzung sowie bei neuen Gesetzesvorhaben

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1945 1946 1948-1950 1962 1963 1965 1966

Beklagung von mangelndem Interesse bei Verfahren mit Bürgerbeteiligung, Verweisung auf das Beispiel Filderdialog; Erweiterung der Bürgerbeteiligung mit der Direktwahl der Landräte; Ausweitung des Themenkatalogs für Bürgerbegehren

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062 2075 2077 2079-2081

Erweiterung der Bürgerbeteiligung mit der Direktwahl der Landräte; Bürgerbeteiligung bei neuen Gesetzesvorhaben

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2187-2190 2196 2200-2202

Gewährleistung der Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung der Energiewende, insbes beim notwendigen Ausbau der Stromnetze und Stromspeicher

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2352

Bürgerbus

Bürgerbusse zur Sicherung der Mobilität im Ländlichen Raum Angebot, Konzepte und Förderung von Bürgerbussen und Ruftaxen zur Sicherstellung der Mobilität im Ländlichen Raum

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 09.07.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3759

BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 57-59

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Zukunft der Bürgerbusvereine in BW

Voraussetzungen für einen Landeszuschuss bei der Neubeschaffung eines Bürgerbusses; Überschreitung des für die Führerscheinklasse B maximalen Gesamtgewichts von 3,5 Tonnen aufgrund der geforderten Ausstattung der Busse; Ausnahmeregelungen bei den Abgasgrenzwerten und der Busausstattung; Sondergenehmigung für die Fahrer der Bürgerbusse bei der Überschreitung des zulässigen Fahrzeuggewichts; Einschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerbusvereine im Allgemeinen und des Bürgerbusvereins Ebersbach im Besonderen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 07.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4736

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5374 S. 14 15

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Bürgerbusbetrieb

s. Bürgerbus

Bürgerbusverein

s. Bürgerbus

Bürgerengagement

s. Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerentscheid

s.a. Kommunalpolitik

s.a. Quorum

s.a. Volksabstimmung

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr

s. Wahlverhalten

Drs 15/5397

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler Ebene durch Änderung von Quoren und Fristen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; Regelung zur Bildung von Fraktionen und deren Rechte in kommunalen Gremien; Stärkung der Minderheitenrechte in kommunalen Gremien; Festschreibung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung; Fortentwicklung bei der Transparenz der örtlichen Verwaltung

GesEntw

s. Kommunalrecht

Drs 15/7265

Bürgerfunk

s. Bürgermedien

Bürgergesellschaft

s. Zivilgesellschaft

Bürgerinitiative

s.a. Politische Partizipation

Ausbau der Windenergie in BW

Gründe für den Protest von Bürgerinitiativen gegen das im Mai 2012 novellierte Landesplanungsgesetz; Akzeptanzsteigerung für den Ausbau der Windenergie; Nachbesserungen beim Landesplanungsgesetz und beim Windenergieerlass; Zusammenarbeit mit den Kommunen beim Windenergieausbau, insbes Fortschreibung von Flächennutzungsplänen, Nutzung von Potenzial-

karten und Planungshilfen; Zulassung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/2983

Der Windkraftausbau im Land darf nicht mit der Brechstange erfolgen - die Anliegen der betroffenen Bürger müssen Gehör finden

Bürgerinitiativen gegen die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in BW; Berücksichtigung der Anliegen der Bürgerinitiativen; Erschwerung einer Bürgerbeteiligung wegen sich überschneidender Zuständigkeiten der Kommunen und Regionalverbände beim Ausweisen von Windkraftstandorten; Umgang mit den Befürchtungen betroffener Bürger; Gewichtung und Beachtung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5483

Windkraftanlagen

Konsequenzen aus dem im Auftrag des „Landesverbands baden-württembergischer Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ erstellten Rechtsgutachtens für den Windenergieerlass; Aussetzung laufender Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6267

Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

s. *Bürgerversicherung*

Bürgerliches Gesetzbuch

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Änderung von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von § 17 und Artikel 228 in der Anlage des Baden-Württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Bürgermedien

Förderung „freier Radios“ in BW

Sachstand zur Umsetzung der Förderung nichtkommerzieller lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter in BW durch die Landesanstalt für Kommunikation

Antr
s. *Lokaler Rundfunk*
Drs 15/6745

Bürgermeister

Gebot der Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen

Handhabung der §§ 34 und 35 der Gemeindeordnung, insbes bei Angelegenheiten in der vornehmlichen Zuständigkeit des Bürgermeisters

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 15/1256

Werbung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart für einen kommerziellen Finanzdienstleister

Zulässiger Rahmen des Engagements für die Interessen und das Geschäftssegment eines Unternehmens; Aufschluss über die dem Oberbürgermeister aus diesem Engagement erwachsenen materiellen und immateriellen Vorteile; Stellungnahme der Aufsichtsbehörde; Prospekthaftungsansprüche und andere Schadensansprüche enttäuschter Verbraucher; Stellung des Unternehmens ECOeffect auf dem Markt des „nachhaltigen Investments“; Beziehungen des Unternehmens zu Mitgliedern der LReg; wettbewerbliche Benachteiligung anderer Finanzanlagendienstleister

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 11.10.2013 und Antw IM
Drs 15/4146

Kommunalwahlrecht

Wahlbeteiligung der 16-18-jährigen sowie der 18-25-jährigen Wahlberechtigten an den Bürgermeisterwahlen nach der Herabsetzung des aktiven Wahlalters im April 2013; Einführung eines kommunalen Elternwahlrechts

KlAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/4295

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes

Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5363

Kandidaturen kommunaler Wahlbeamter bei den Kreistagswahlen am 25. Mai 2014

Anteil der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Beigeordneten in den neu gewählten Kreistagen; Fraktionszugehörigkeit; Gesamtzahl der Wahlbeamten unter den Kandidaten; Kandidatur ehrenamtlicher Bürgermeister sowie von Bürgermeistern im Ruhestand und ihre Wahl in den Kreistag; Zusammensetzung der Kreistage im Vergleich zu den bisherigen Kreistagen; Geschlechterverhältnis

Antr
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/5393

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw

s. *Kommunaler Wahlbeamter*

Drs 15/6893

Bürgernähe

Plant die LReg eine Schwächung bewährter Justizstrukturen, des Ehrenamts und des ländlichen Raums durch Zentralisierung der Vereinsregister?

Ziel der geplanten Änderungen bei der Organisation der Vereinsregister, davon betroffene Gerichte; Höhe der erwarteten Einsparungen; Gewährleistung einer bürgernahen Justiz im ländlichen Raum; Beratungsfunktion der Amtsgerichte gegenüber ehrenamtlich engagierten Bürgern

Antr

s. *Vereinsregister*

Drs 15/2770

Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes BW

Einführung eines Bürgerbeauftragten als eine beim Landtag angesiedelte, neutrale Person zur Stärkung der Bürgerinteressen bei Anliegen mit Bezug zur öffentlichen Verwaltung; Zuständigkeit für die Landespolizei zur Klärung innerpolizeilicher Anliegen von Polizeibeschäftigten sowie möglichem persönlichen Fehlverhalten einzelner Polizeibeschäftigter gegenüber Bürgern

GesEntw

s. *Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg*

Drs 15/7862

Bürgerpartizipation

s. *Bürgerbeteiligung*

Bürgerrundfunk

s. *Bürgermedien*

Bürgerschaftliches Engagement

s.a. *Politische Partizipation*

Finanzielle Unterstützung durch Elternvereine und private Initiativen im Bereich der Universitätskliniken des Landes

Bedeutung und Umfang der Mitfinanzierung von Universitätskliniken durch private Initiativen und Elternvereine bei medizinischer Ausstattung, Geräteanschaffungen und Forschungsvorhaben, insbes bei der Universitätsklinik Freiburg

KlAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/4859

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Situation des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements und Maßnahmen zu deren Förderung

KlAnfr

s. *Ehrenamt*

Drs 15/5227

Das Profil der baden-württembergischen Realschule muss klar erkennbar bleiben

Situation der Profilentwicklung der Realschule in BW; Maßnahmen der LReg zur Schärfung des Realschul-Profiles, insbes bei bilingualen Zügen, Technik-Frühförderung, Sozialem (Engagement) und Inklusion

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/5619

Bürgersteig

s. *Gehweg*

Bürgerversammlung

s.a. *Kommunalpolitik*

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr

s. *Wahlverhalten*

Drs 15/5397

Bürgerversicherung

Mögliche Auswirkungen der Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung

Konkrete Folgen einer möglichen Einführung der Bürgerversicherung in BW, insbes zusätzliche jährliche Beitragslast für Land und Kommunen, Veränderung der Krankenversicherungsbeiträge in Schlüsselbranchen in BW, Umfang der Einnahmeausfälle für Ärzte und Krankenhäuser sowie der Arbeitsplatzverluste bei Versicherungsunternehmen und Abrechnungsdienstleistern beim Wegfall der privaten Krankenversicherung (PKV), Konsequenzen für die Versorgungsqualität des Gesundheitswesens und die Vergütung von innovativen Behandlungsmethoden, Auswirkungen auf das Mietpreisniveau bei künftigen beitragspflichtigen Mieteinnahmen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 02.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3725

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 44 45

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Bürgerwehr

Neueste Entwicklungen im Bereich Wohnungseinbrüche im Wahlkreis 42

Entwicklung der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Pforzheim seit 2013, besonders betroffene Stadtteile und Gemeinden; Ursachen der Entwicklung und Gegenmaßnahmen; Wirkung der in-

tensivierten Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls; Beurteilung eines Einsatzes von Bürgerwehren und privater Sicherheitsdienste; Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Wohnungseinbruchdiebstahl

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5071

Bürgerwindrad

s. *Windenergieanlage*

Bürgschaft

s.a. *Bürgschaftsbank*

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?

Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/1551

Bürgschaften des Landes für kleine und mittlere Unternehmen in der Insolvenz

Entwicklung der o.g. Bürgschaften seit 2002; Rechtsgrundlagen, Voraussetzungen und Entscheidungsträger

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 22.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1932

Weiterentwicklung der Bürgschaftsbank

Wirksamkeit staatlicher Bürgschaften zur Wirtschaftsförderung, Auflistung der geförderten Vorhaben in den letzten Jahren, Beurteilung der Geschäftsentwicklung der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft im nationalen Vergleich; Bewertung der Programme „Energieeffizienzfinanzierung Mittelstand“ der L-Bank; Fortführung der Startfinanzierungshilfen für junge Unternehmen; Anhebung der Bürgschaftsobergrenze der Bürgschaftsbank

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2056
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 29.11.2012 Drs 15/3245 S. 14
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Insolvenz der A.S.e.K.: Was wusste der Finanz- und Wirtschaftsminister?

Art und Zeitpunkt der Einbindung des Ministers bereits im Vorfeld der Insolvenz, Frage nach dem Ergebnis der Prüfung der Bürgschaftsvoraussetzungen und von evtl Insolvenzstraftatbeständen und Information des FinWiA über die Erkenntnisse; künftige Vorgehensweise bei vergleichbaren Sachverhaltsgestaltungen

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/2146

Wirtschaftsförderung bei Fortführung des Geschäftsbetriebs insolventer Unternehmen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Weiterführung einiger Filialen der insolventen Drogeriemarktkette S. durch die ehemaligen Mitarbeiter, Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Konzepts des geplanten Genossenschaftsmodells und der Wettbewerbschancen; Unterstützung mit Existenzgründungsdarlehen, Bürgschaften u.a. Instrumenten der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände?

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/2282

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes Abhängigkeit von Unternehmen vom Import und Export mit Russland, Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen, Anträge auf Ausfallbürgschaften, Einbußen bei russischen Touristen, Fortführung von Projekten mit Russland

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5105

Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft nach der Schlecker-Insolvenz, Verweisung auf die vielen Landesbürgschaften zur Existenzsicherung kleiner und mittlerer Betriebe

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1561-1564 1568 1570 1572

Bürgschaftsbank

Weiterentwicklung der Bürgschaftsbank

Wirksamkeit staatlicher Bürgschaften zur Wirtschaftsförderung, Auflistung der geförderten Vorhaben in den letzten Jahren, Beurteilung der Geschäftsentwicklung der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft im nationalen Vergleich; Bewertung der Programme „Energieeffizienzfinanzierung Mittelstand“ der L-Bank; Fortführung der Startfinanzierungshilfen für junge Unternehmen; Anhebung der Bürgschaftsobergrenze der Bürgschaftsbank

Antr
s. *Bürgschaft*
Drs 15/2056

Büro

Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidien

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstattung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5031

Umgang mit zeitlich befristeten Wechseln im Umfeld des Ministerpräsidenten

Hintergrund zu einem zeitlich befristeten Wechsel in der Leitung des persönlichen Büros des Ministerpräsidenten

KlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 15/6564

Bürobetrieb*s. Büro***Bürokratie**

s.a. Deregulierung
s.a. Gesetzesfolgenabschätzung
s.a. Normenkontrolle

Entbürokratisierung

Beauftragung eines Regierungsmitglieds als Beauftragten für Bürokratieabbau und als Ombudsmann, Verpflichtung von Ministerien und Verwaltung zur Anwendung des Standard-Kosten-Modells zur Messung von Bürokratiekosten, Einrichtung eines Normenkontrollgremiums für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung; regelmäßige Berichterstattung

KlAnfr Karl Rombach CDU 25.11.2011 und Antw IM Drs 15/933

Bürokratieabbau bei der Kfz-Ummeldung ohne Halterwechsel

Möglichkeiten zur Vereinfachung der o.g. Ummeldung auf der Zulassungsstelle beim Umzug innerhalb eines Landkreises sowie in einen anderen Landkreis, z.B. durch verstärktes E-Government, durch Abwicklung von der Meldebehörde oder Beibehaltung des bisherigen Kennzeichens

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/1056

Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz

Handhabung der mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz eingeführten elektronischen Übermittlung der Jahresabschlüsse an die Finanzverwaltung; Eintreten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Beseitigung der mit Schreiben von acht großen Wirtschaftsverbänden aufgeführten Kritikpunkte

Antr
s. *Bilanz*
Drs 15/1370

Bürokratie in der Pflege

Aufgabenbeschreibung der von der BReg eingesetzten Ombudsfrau für die Entbürokratisierung in der Pflege, entsprechende Überprüfung und Überarbeitung des Landesrechts, Berücksichtigung der Ansatzpunkte der Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste und des Landespflegerats

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1531

EU-Bürokratieabbau

Bürokratiebelastung von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern mit Ursprung im EU-Recht und dessen Umsetzung auf Landes- und regionaler Ebene; Bewertung von Vorschlägen der Expertengruppe für EU-Bürokratieabbau, u.a. Einführung einer Begründungspflicht bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten für

über das EU-Mindestmaß hinausgehende Verwaltungsanforderungen; Frage nach überflüssigen EU-Vorschriften sowie nach der Wiedereinführung eines Beauftragten für Bürokratieabbau

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 20.04.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1591
BeschlEmpf und Bericht EuA 12.07.2012 Drs 15/2351 S. 93 94
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Aufwand für die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials (MELAP Plus)

Angestrebte Ziele einer wissenschaftlichen Begleitung des Programms; Möglichkeiten zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands

KlAnfr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/1885

Subventionsabbau in BW

Bewertung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel zum Subventionsabbau, mögliche Einsparungen von Haushaltsmitteln und Bürokratiekosten durch Umsetzung der Vorschläge

Antr
s. *Subvention*
Drs 15/1898

Kenntnisgabe- und Baugenehmigungsverfahren in der Landesbauordnung

Ursprüngliche Zielsetzung des Kenntnisgabeverfahrens gemäß § 51 Landesbauordnung (LBO); Anteil der mittels Kenntnisgabeverfahren durchgeführten Bauvorhaben; Gründe für die in der Novellierung der LBO beabsichtigte Einschränkung des Kenntnisgabeverfahrens; zu erwartender bürokratischer Mehraufwand durch den Wechsel des Verwaltungsverfahrens

KlAnfr
s. *Baugenehmigung*
Drs 15/3876

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Erstes Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform und zum Bürokratieabbau im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Mittlg LReg
s. *Föderalismus*
Drs 15/4250

Baden-württembergischen Normenkontrollrat einrichten, um Bürokratieabbau zu beschleunigen

Finanzieller und zeitlicher Aufwand der baden-württembergischen Wirtschaft durch die Befolgung rechtlicher Normen und Einsparungspotential bei nicht notwendigen Bürokratiekosten; Umsetzung der Maßnahmen der LReg zum Bürokratieabbau, insbes Einrichtung eines Normenkontrollrats nach dem Standard-Kosten-Modell

Antr FDP/DVP 17.12.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4512
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 13
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Bürokratie abbauen und Liquidität von Handwerk und Mittelstand verbessern - Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben rückgängig machen

Rücknahme der im Jahr 2005 erfolgten Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge; Befürwortung dieses Anliegens im Bundesrat

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/5129

Konjunkturprogramm für Bürokratie statt für effektiven Straßenbau: Dobrindt-Maut mit Risiken und Nebenwirkungen für BW

Aktuelle Debatte
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
PIPr 15/105 S. 6243

Breitbandstrategie des Landes BW

Strategie für eine zukunftsorientierte Breitbandversorgung in BW und Vergleich mit den anderen Bundesländern; Umsetzung des Ausbaus des schnellen Internets, insbes Bedeutung für den ländlichen Raum, favorisierte Technologien, Rahmen der finanziellen Förderung, Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5641

Einsparungen für BW durch europäischen Bürokratieabbau

Erstellung und Umsetzung des Abschlussberichts über Maßnahmen des Abbaus von Bürokratie in der Europäischen Union, insbes Einbeziehung Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer bei der Berichterstellung, Schlussfolgerungen für die Landesgesetzgebung und die Verwaltung in BW, Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Folgenabschätzung der Gesetzgebung und zur Überprüfung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, Ausnahme von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Kleinstunternehmen von (EU-)Auflagen

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 30.10.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5992
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6639 S. 9 10
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Gesetz zur Aufhebung des Tariftrue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW

Aufhebung des Landestariftrue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW mit Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes (MiloG) des Bundes zur Vermeidung von doppelten Melde- und Dokumentationspflichten

GesEntw
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/6098

Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*
Drs 15/6139

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*
Drs 15/6203

Mindestlohn: Kontrolle und Konsequenzen

Sachstand zur Umsetzung der Bestimmungen des Mindestlohns, insbes Abgrenzungs- und Durchführungsschwierigkeiten für Vereine und Verbände bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, bürokratische Auswirkungen und Kontrollbelastungen für kleine und mittlere Betriebe (Meldepflicht, Dokumentationspflicht, Bußgeldvorschriften), Auswirkungen auf die Angebotslage von Praktika außerhalb der Pflichtpraktika, Nutzung von Vereinfachungs- und Abwandlungsmöglichkeiten zum Bürokratieabbau

GrAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/6408

Regierungsbefragung

Bürokratie
PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7705-7708

Bürokratische Hürden bei der FAKT-Förderung

Sachstand zum bürokratischen Aufwand der Landwirte und der Verwaltung für die Gewährung der FAKT-Weideprämie, insbes Führung eines detaillierten Weidetagebuchs, Orientierung an der Regelung in Nordrhein-Westfalen

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 15/7648

Bürokratieabbau

s. *Bürokratie*

Bürokratiekosten

s. *Bürokratie*

Büroraum

s. *Büro*

Buggingen

Niveaufreie Anbindung der Rheintalbahn im Raum Buggingen
Beteiligung an den Mehrkosten einer niveaufreien Verknüpfung von Alt- und Neubaustrecke

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/1592

Bundesstraße (B) 3 - Kreisverkehr Buggingen

Verbesserung der Verkehrssicherheit durch einen Kreisverkehr in Buggingen an der Kreuzung der Bundesstraße 3 mit Breitenweg

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/4305

Klärung der Trassen- und Kostenfrage bei der Umfahrung von Buggingen im Zuge der Rheintalbahn

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1353 1354 1368

Bulgarien*Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen*

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiedereinreisesperren; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuflichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/4612

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014, insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 15/4960

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit

Antr
s. *Freizügigkeit*

Drs 15/5076

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw
s. *Grundsicherung*
Drs 15/7802

BUND

s. *Umweltschutzorganisation*

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

s. *Umweltschutzorganisation*

Bundesagentur für Arbeit

s. *Arbeitsverwaltung*

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*Aussetzung der Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung*

Konsequenzen der drohenden Versorgungslücke bei Kursen zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund aufgrund der bis Ende April 2014 aufgebrachten Mittel des Europäischen Sozialfonds, insbes Situation für Kursanbieter und Zielpersonen in BW, weitere Planungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Weiterführung des Kursangebots

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5064

Integrationskurse/Sprachkurse für Zuwanderer mit Aufenthaltstitel, EU-Bürger und Asylbewerber

Angebot und Nutzung der allgemeinen Integrationskurse mit Förderung der deutschen Sprachkenntnisse bei Neuzugewanderten und Asylbewerbern; Kooperation des Landes mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5603

Kurskonzept „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“

Sachstand zum Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Bayerischen Staatsregierung „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“, insbes Kosten, Personalressourcen, Teilnehmerzahlen, Teilnahmebeginn; Planungen und Hindernisse für ein entsprechendes Modellprojekt in BW

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6396

Europäischer Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Sachstand zur Erarbeitung und Umsetzung des nationalen Programms des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in BW, insbes Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Fördermöglichkeiten des Programms, Unterstützung für Kommunen und Organisationen bei der Mittelbeantragung, Unterstützung und Beteiligung des Landes an AMIF-Projekten

Antr

s. *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds*

Drs 15/6830

Besondere Herausforderungen bei Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Sachstand zu Terminvergabe und Anreisemöglichkeiten aus Erstaufnahmestellen zu Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Reutlingen/Eningen, insbes Ermöglichung eines ausgeruhten Erscheinens zur Anhörung, Anreisemöglichkeiten aus Meßstetten, Schaffung einer einmaligen Übernachtungsmöglichkeit in räumlicher Nähe zur BAMF-Außenstelle

KlAnfr

s. *Anhörung*

Drs 15/8114

Bundesamt für Verfassungsschutz

s. *Verfassungsschutz*

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*Verbraucherschutz bei Anlageberatung*

Sachstand zu Beschwerden und Beschwerdegründen über Anlageberater und entsprechende Finanzdienstleister in BW im Beschwerderegister der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht; Qualifikation der Anlageberater; Verbesserung der Qualität der Anlageberatung

KlAnfr

s. *Anlageberatung*

Drs 15/5673

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben*Die Konversion gestalten - Planungen des Bundes*

Hinwirkung auf eine finanzielle Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an den Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der ehemaligen Standorte der Bundeswehr, der US-Armee und der Nato-Truppen; Vorlage eines Zeitplans für die geplanten Schließungen der Bundeswehrstandorte; Eintreten für eine Neufassung des Auftrags der BImA unter Berücksichtigung der schwierigen Verwertbarkeit der Liegenschaften im ländlichen Raum

Antr

s. *Konversion*

Drs 15/1499

Rolle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beim Konversionsprozess in BW

Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und den Kommunen sowie dem Land BW beim Konversionsprozess, insbes Erfahrungen bei der Altlastensanierung mit der BImA, Einfluss der BImA auf die kommunale Planungshoheit bei Nachnutzungskonzepten, Abschluss

von Konversionsvereinbarungen, Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie Unterstützung des ländlichen Raums bei der Verwertung der Konversionsliegenschaften

Antr

s. *Konversion*

Drs 15/3232

Vermarktung der frei werdenden Konversionsflächen des Bundes durch die BImA, Stärkung der Einflussnahme von Ländern und Kommunen mit einer Änderung des BImA-Gesetzes

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171-2174 2176 2178-2180

Bundesanstalt für Straßenwesen*Verkehrssicherheit auf Landstraßen*

Aufgreifen und Umsetzung der Empfehlungen für die Sicherheitsanalyse von Straßennetzen (ESN) der Bundesanstalt für Straßenwesen (BaSt) für BW, insbes die Vorschläge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Landesstraßen mit abschnittsweise ausgebauten Fahrstreifen zum Überholen und einer verstärkten Geschwindigkeitsüberwachung

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/3602

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk*Neuordnung des Katastrophenschutzdienstes und Auswirkungen der geplanten Strukturreform der Bundeswehr*

Auswirkungen des neuen Katastrophenschutzkonzepts auf die Arbeit und Kosten von freiwilligen Helferorganisationen, Gewährung eines Ausgleichs für die Mehrkosten; Kompensation des Wegfalls von Bundeswehrressourcen im Katastrophenfall durch die o.g. Strukturreform, Bedeutung des Technischen Hilfswerks in Katastrophenfällen, Kompetenzverteilung zwischen dem Land und THW

Antr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/352

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr

s. *Migrant*

Drs 15/742

Personalsituation bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk (THW) und Bevölkerungsschutz

Personalsituation bei Einrichtungen der örtlichen Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz, insbes Entwicklung des Anteils von Frauen und von EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie die Auswirkungen der Wehrpflicht-Aussetzung; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbes durch Zusammenarbeit mit Schulen, Förderung der Jugendgruppenarbeit, Gewährung öffentlicher Anerkennung, Freistellung von der Arbeit und dabei Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, Gewährung ausreichenden Versicherungsschutzes sowie zusätzliche Förderung fachlicher Qualifizierung und Ausbildung

Antr

s. Katastrophenschutz
Drs 15/2943

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten der Landes- und Bundespolizei zugunsten des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehren in BW; Ausmusterungsverfahren bei analogen Polizeifunkgeräten in anderen Bundesländern

Antr
s. Funkgerät
Drs 15/3919

Notwendigkeit des Feuerwehrführerscheins auch für das Technische Hilfswerk

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 833-837

Bundesarbeitsministerium

s. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bundesausbildungsförderungsgesetz

s. Ausbildungsförderung

Bundesautobahn

s. Autobahn

Bundesbildungsministerium

s. Bundesministerium für Bildung und Forschung

Bundesdisziplinarrecht

s. Disziplinarrecht

Bundeselterngeld

s. Elterngeld

Bundesentwicklungshilfeministerium

s. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Bundesfachklasse

s. Fachklasse

Bundesfernstraße

Beanspruchung zusätzlicher Mittel für den Bundesfernstraßenbau für BW

Sicherstellung einer angemessenen Berücksichtigung des Landes BW bei der Vergabe der zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur in Aussicht gestellten Mittel; mögliche Auswirkungen auf die Priorisierungsliste des Landes und auf die zeitliche Umsetzung von Straßenbaumaßnahmen; Abrücken von der restriktiven Haltung gegenüber Neubauplanungen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 06.11.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2622

Neubaumaßnahmen

Planfestgestellte Aus- und Neubaumaßnahmen im Bereich des Bundesfernstraßenbaus und der Stand der Ausführungsplanung

Antr
s. Straßenbau
Drs 15/4974

Bau von Bundesfernstraßen in BW

Entscheidungsmöglichkeiten des Landes zur Mittelverwendung iRd Fernstraßenbaugesetzes; Höhe nicht verwendeter Mittel aus dem Bereich des Radverkehrs im Jahr 2013; Zuständigkeitsübertragung auf das Staatsministerium bei den Verhandlungen über Mittel für den kommunalen Straßenunterhalt; Sicherstellung des vollumfänglichen Abrufs von Bundesmitteln für den Straßenbau

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 09.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5047

Swing-Mittel für den Bundesfernstraßenbau

Zuweisung und Ausschöpfung von Investitionsmitteln des Bundes für den Bundesfernstraßenbau in BW in den Jahren 2004 bis 2013; Bedarf, Zuweisung und Abruf von Ausgleichsmitteln (Swing-Mittel) des Bundes in den Jahren 2004 bis 2013; Nicht-Abruf der Swing-Mittel im Jahr 2013 in BW und Swing-Mittelabruf der anderen Bundesländer im selben Jahr

Antr Nicole Razavi u.a. CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP 11.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5078
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 22.10.2014 Drs 15/6338 S. 113-117
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Bundesmittel im Straßenbau 2013

Höhe der im Jahr 2013 für den Straßenbau verwendeten Fördermittel des Bundes; Forcierung des Beginns weiterer Baumaßnahmen aufgrund der Mittelaufstockung vor der Bundestagswahl; möglicher Beginn von Bundesfernstraßenprojekten; bisheriger Einsatz der „Swing-Mittel“; Personallage in der Straßenbauverwaltung

Antr
s. Straßenbaufinanzierung
Drs 15/5323

Öffentlich-private Partnerschafts (ÖPP)-Finanzierungen bei Bundesfernstraßen in BW

Sachstand der Finanzierung von Bundesfernstraßenprojekten in BW mit öffentlich-privaten Partnerschafts-Modellen und dessen Folgen, insbes planmäßige Abfinanzierung, langfristige Gesamtkosten, Kostenübernahme für Instandhaltung und Sanierung

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 13.08.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5617
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 50-52
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Kostenplanabweichungen bei Bauvorhaben an Bundesfernstraßen in BW

Ursachen für Kostenplanabweichungen bei Bauvorhaben an Bundesfernstraßen in BW im Vergleich zur Vorausberechnung und Meldung an den Bund; Situation in den anderen Bundesländern

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 15.09.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5715
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs

15/6496 S. 39 40

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr

s. *Brücke*

Drs 15/5760

Mittelzuweisung Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Anzahl der für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldeten Projekte; Gesamtvolumen der Projekte im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer; Zahlenverhältnis der für den Bundesverkehrswegeplan 2003 gemeldeten Projekte zu den tatsächlich in den BVWP 2003 aufgenommenen Projekten; Kriterien der Mittelzuweisung des Bundes für den Bundesfernstraßenbau; Abhängigkeit der Mittelzuweisung von der Summe der gemeldeten Projekte sowie der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Projekte

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/5887

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellte sowie künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtungen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr

s. *Verkehrsinfrastruktur*

Drs 15/6273

Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW

Sachstand zum Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW, insbes Einstufungen in Kategorie „nicht ausreichender Zustand“ und schlechter, veränderte Anforderungen an die Bauwerke seit 1960, Bedarf für Instandsetzungen und Errichtung von Ersatzbauwerken

Antr

s. *Tunnel*

Drs 15/6689

Nachträgliche Anmeldung der Nordtangente in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Nachträgliche Aufnahme der Nordtangente Karlsruhe entsprechend des bisherigen Bedarfsplans für Bundesfernstraßen 2004 für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bei der BReg; Realisierbarkeit und finanzielle Förderung der in der Diskussion befindlichen Südumfahrung Karlsruhe-Hagsfeld

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/6972

Bund und Länder müssen gemeinsam die Verwaltung der Bundesfernstraßen verbessern!

Einsatz für den Fortbestand der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Abbau vorhandener Schnittstellenprobleme zwischen Bund und Ländern im Bundesfernstraßenbau

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 26.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7786

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 (dazu ÄAntr Nicole Razavi u.a. CDU, Andreas Schwarz u.a. GRÜNE, Hans-Martin Haller u.a. SPD und Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP) S. 87 88

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Mittlg LReg 02.08.2016 Drs 16/387

Keine Unterstützung für die Schaffung einer Infrastruktugesellschaft des Bundes - bewährte Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen beibehalten

Absage an eine Infrastruktugesellschaft des Bundes für Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen; Befürwortung des Fortbestands der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Erstattung der Planungskosten

Antr

s. *Verkehrsinfrastruktur*

Drs 15/7849

Bundesfernstraßen im LKreis Ludwigsburg

Sachstand zu Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundesfernstraßen im LKreis Ludwigsburg, insbes Verfahrensstand hinsichtlich der für Vaihingen-Enz geplanten Ortsumfahrung der Bundesstraße 10 bzw des Verkehrsknotens „Vaihinger Eck“

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 18.02.2016 und Antw MVI Drs 15/8080

Bundesfinanzministerium

s. *Bundesministerium der Finanzen*

Bundeschforschungsministerium

s. *Bundesministerium für Bildung und Forschung*

Bundesfreiwilligendienst

s. *Freiwilligendienst*

Bundesgartenschau

s. *Gartenschau*

Bundesimmissionsschutzgesetz

s. *Immissionsschutz*

Bundesimmobilienanstalt

s. *Bundesanstalt für Immobilienaufgaben*

Bundesinstitut für Sportwissenschaft

Analyse zur Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“

Erkenntnisse aus der durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) initiierten und vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) geförderten Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ über systemisches bzw. systematisches Doping in BW, insbes Bewertung der Doping-Versuche am Universitätsklinikum Freiburg und politische Konsequenzen

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3954

Bundeskindergeldgesetz

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw
s. *Grundsicherung*
Drs 15/7802

Bundeskinderschutzgesetz

Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes

Voraussichtlicher Zeitrahmen der Umsetzung des o.g. Bundesgesetzes auf Landesebene; Verwendung der für den Auf- und Ausbau des Netzwerks Frühe Hilfen und den Einsatz von Familienhebammen zur Verfügung stehenden Fördergelder; Maßnahmen und Projekte für einen präventiven Kinderschutz seit 2011; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen; Förderung von Netzwerken und Interventionsmöglichkeiten vor Ort

Antr
s. *Kinderschutz*
Drs 15/2635

Programm „STÄRKE - Bildungsgutscheinverfahren“ fortführen
Umsetzung der Vorgaben des Bundeskinderschutzgesetzes in BW; Landesprogramm STÄRKE als Kinderschutzprogramm und als ein an alle Kinder und Familien in BW gerichtetes Programm; Vermeidung einer Einengung der Zielgruppe auf einkommensschwache Familien; Forderung nach einer Fortführung des Programms

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/3830

Bundesligafußball

s. *Fußball*

Bundesmeldegesetz

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Anpassung landesspezifischer Regelungen an das neue Bundesmeldegesetz zur Sicherstellung dessen Vollzugs

GesEntw LReg 10.03.2015 Drs 15/6594 (30 S.)
1. Beratung PlPr 15/124 25.03.2015 S. 7503
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.04.2015 Drs 15/6770
2. Beratung PlPr 15/128 06.05.2015 S. 7720 7721
GesBeschl 06.05.2015 Drs 15/6859
GBI 2015 Nr. 10 S. 320-323 (Ges vom 12.05.2015)

Bundesministerium der Finanzen

Neuordnung der Erbschaftssteuer

Sachstand zu Steueraufkommen und Reformen der Erbschaftsteuer; Bewertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der Reformvorschläge des Bundesfinanzministeriums; Ausgestaltungsmöglichkeiten bei der Neuordnung der Erbschaftsteuer

Antr
s. *Erbschaftsteuer*
Drs 15/6556

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Aussetzung der Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung

Konsequenzen der drohenden Versorgungslücke bei Kursen zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund aufgrund der bis Ende April 2014 aufgebrauchten Mittel des Europäischen Sozialfonds, insbes Situation für Kursanbieter und Zielpersonen in BW, weitere Planungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Weiterführung des Kursangebots

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5064

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Möglichkeiten des Hochschulzugangs in BW

Situation des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte, insbes Umgang mit der veränderten Diversität an den Hochschulen, Studienvorbereitung für Nicht-Abiturienten; Umgang mit der Forderung der Bundesbildungsministerin zur Senkung der Eingangsbarrieren für das Studium von Nicht-Abiturienten

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5224

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Nein zur Maut - Für eine nachhaltige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur

Ablehnung der vom Bundesverkehrsminister geplanten Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut); Umsetzung des einstimmigen Beschlusses der Sonderkonferenz der Verkehrsminister in Berlin vom 2. Oktober 2013 zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, insbes der Ausweitung der Lkw-Maut

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 15/5761

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

EEG-Reform - 10 Milliarden Euro Mehrkosten aufgrund der Länderwünsche?

Veröffentlichung der Kostenaufstellung des Bundeswirtschaftsministeriums über die Länderwünsche zur EEG-Reform; Auskunft über die dort vorausgesetzte Kostensteigerung bei der EEG-Umlage bis zum Jahr 2020; Berechnungsgrundlage für die Berechnung der EEG-Umlage; Ergebnisse des Bund-Länder-Kompromisses zur EEG-Reform und ihre Auswirkungen auf die Höhe der EEG-Umlage

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/5314

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entschließung zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes - globale Verantwortung übernehmen

Unterstützung der entwicklungspolitischen Leitlinien, der Millennium-Entwicklungsziele und der Global Marshall Plan Initiative; Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dessen Organisationen; Weiterführung des parteiübergreifenden entwicklungspolitischen Engagements; Unterstützung der mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW und entwicklungspolitisch orientierten Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten entwicklungspolitischen Ansätze; Partnerschaft des Landtags mit dem Parlament von Burundi

Antr
s. *Entwicklungszusammenarbeit*
Drs 15/4083

Bundesmittel

Aktivitäten des Bundes und von BW zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung

Fördermöglichkeiten und -voraussetzungen zur energetischen Gebäudesanierung für privaten Wohnraum in BW; Umfang der Fördermittel durch Land und Bund; erreichte und angestrebte Sanierungsquoten in BW; Verhältnis von Steuermehreinnahmen aufgrund von Wertschöpfungszuwachs durch das Handwerk gegenüber den Kosten der Förderverfahren bei einer Sanierungsquote von zwei Prozent

Antr
s. *Gebäudeenergieeffizienz*
Drs 15/2861

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschulen; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungskonzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteili-

gung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/5040

Swing-Mittel für den Bundesfernstraßenbau

Zuweisung und Ausschöpfung von Investitionsmitteln des Bundes für den Bundesfernstraßenbau in BW in den Jahren 2004 bis 2013; Bedarf, Zuweisung und Abruf von Ausgleichsmitteln (Swing-Mittel) des Bundes in den Jahren 2004 bis 2013; Nicht-Abruf der Swing-Mittel im Jahr 2013 in BW und Swing-Mittelabruf der anderen Bundesländer im selben Jahr

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/5078

Bundesmittel im Straßenbau 2013

Höhe der im Jahr 2013 für den Straßenbau verwendeten Fördermittel des Bundes; Forcierung des Beginns weiterer Baumaßnahmen aufgrund der Mittelaufstockung vor der Bundestagswahl; möglicher Beginn von Bundesfernstraßenprojekten; bisheriger Einsatz der „Swing-Mittel“; Personallage in der Straßenbauverwaltung

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/5323

Revision der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes seit Regionalisierung des SPNV im Jahr 1996 und deren Verwendung; Stand der Revision; Schlussfolgerungen aus Gutachten; Abmilderung von Kostensteigerungen durch eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel; Aufteilung in Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und Mittel für den SPNV-Betrieb; Erzielung eines angemessenen Anteils an der Gesamtsumme für BW

Antr
s. *Regionalisierungsgesetz*
Drs 15/5328

Was macht das Kultusministerium mit den zusätzlichen 60 Millionen Euro Bundesmitteln?

Verteilungskriterien und Verwendung der zusätzlich verfügbaren 60 Millionen Euro Bundesmittel für den Schulbereich, insbes bei bildungspolitischen Projekten, zusätzlichen Deputaten, Ganztagschulausbau, Investitionen zur Umsetzung der Inklusion, individueller Schülerförderung, Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/5635

Bedeutung des Kooperationsverbots

Position zum Erhalt des Kooperationsverbots für den Schulbereich und der Gestaltungshoheit des Landes in der Bildungspolitik; Verzicht auf eine Finanzierung der aktuellen bildungspolitischen Aufgaben durch zusätzliche finanzielle Zuwendungen des Bundes

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/5646

Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Rems-Murr-Kreis
 Beantragung einer energieeinsparenden Modernisierung der Straßenbeleuchtung vonseiten der Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises; geförderte Projekte; Höhe des Förderbetrags; Nutzung von Fördermitteln des Bundes

KlAnfr
s. Straßenbeleuchtung
 Drs 15/5973

Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene Kommunen

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Heizung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr
s. Einwanderung
 Drs 15/6671

Hochschulfinanzierung

Zuweisung von Bundesmitteln iRd Hochschulpakts 2020 für Studienanfängerplätze und Verteilung auf die einzelnen Hochschulen

MdlAnfr
s. Hochschulfinanzierung
 Drs 15/7650

Bundesnaturschutzgesetz

s.a. Naturschutzrecht

Kompensationsverordnung gemäß § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Inhalte einer Kompensationsverordnung gemäß § 15 BNatSchG auf Bundesebene und vergleichbare Regelungen der Bundesländer, insbes Erlass einer eigenen Kompensationsverordnung für BW; Anforderungen an den naturschutzrechtlichen Ausgleich bei der Ertüchtigung und Verstärkung von Dammbauwerken im Zuge der weiteren Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Antr
s. Naturschutzrecht
 Drs 15/3157

Bundesnetzagentur

s. Aufsichtsbehörde

Bundesprogramm

s. Programm der Bundesregierung

Bundesrat

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Abschluss der Bund-Ländervereinbarung zum StabilisierungsmechanismusGes (StabMechG)

Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Unterrichtung des BRats nach dem StabMechG; Umsetzung der beschlossenen Ausweitung der Aufgaben des bestehenden Euro-Rettungsschirms (EFSF) und der entsprechenden Änderung des EFSF-Rahmenvertrags durch eine Anpassung des StabMechG

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 Drs 15/1211

Forderung der Länder nach Änderungen bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie mögliche Konflikte bei der EEG-Novelle mit der Europäischen Union (EU)

Anzahl, Inhalte und Auswirkungen der Änderungsanträge von BW und der anderen Bundesländer zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes; Beurteilung der Einwände der Europäischen Union gegen das EEG und die EEG-Novelle und die absehbaren Folgen

Antr
s. Erneuerbare-Energien-Gesetz
 Drs 15/5469

Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe

Sachstand zur Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Ermöglichung der Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe gemäß dem Beschluss des Landtags (Drs 15/5124)

Antr
s. Landwirtschaftsbetrieb
 Drs 15/6574

Bedarfsgerechte, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen

Etablierung eines Zuwanderungsgesetzes über eine Bundesratsinitiative unter Berücksichtigung von Grundsätzen gelungener Arbeitsmigration, insbes Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts zu einem Punktesystem, Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Förderung und Verpflichtung zum Erwerb der deutschen Sprache, Ausbau von Ausländerämtern und Visavergabestellen sowie Willkommenszentralen

Antr
s. Einwanderung
 Drs 15/6619

Auswirkungen der „Lex Porsche“ auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Änderungen des Umsatzsteuergesetzes sowie des neuregelten § 50 i Einkommenssteuergesetz auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW, insbes Bewertung der Kritik der Wirtschaftsverbände, Einsatz der LReg für eine Korrektur der Reform im Bundesrat

Antr
s. Steuerrecht
 Drs 15/7142

Beklagung der mangelnden Information des Bundesrats durch die BReg über die zu beschließenden Maßnahmen zum Euro-Rettungsschirm

PlPr 15/13 28.09.2011 S. 482-484 486 487 491 493 495-497

Bundesregierung

Schreiben des BVerfG vom 18.01.2012, Az.: 2 BvE 7/11 - Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

//
s. Parlamentarische Anfrage

PIPr 15/29 S. 1529

Schreiben des BVerfG vom 19.01.2012, Az.: 2 BvE 2/11 - Organstreitverfahren von vier Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

änkter Beantwort

s. *Parlamentarische Anfrage*

PIPr 15/29 S. 1529

Schreiben des BVerfG vom 20.02.2012, Az.: 2 BvE 4/07 - Organstreitverfahren eines Mitglieds des Bundestages und der Bundestagsfraktion DIE LINKE gegen den Bundesminister des Innern und die Bundesregierung wegen Beobachtung von Mitgliedern des Bundestages durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

obachtung von Mi

s. *Verfassungsschutz*

PIPr 15/32 S. 1699

Information über die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Ländern über die Ratifizierung des Fiskalvertrags durch den Ministerpräsidenten

s. *Finanzpolitik*

PIPr 15/41 S. 2251

Bundesstaatliche Ordnung

s. *Föderalismus*

Bundesstaatsprinzip

s. *Föderalismus*

Bundesstraße

Haltung der LReg zum Bau von Umgehungsstraßen

Eintreten beim Bund für den zügigen Bau von geplanten Umgehungsstraßen im Zuge von Bundesstraßen, u.a. für den Bau der Westtangente Pforzheim

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/16

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr

s. *Verkehrsvermeidung*

Drs 15/373

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen in o.g. Gebietskörperschaften, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/485

Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen und Landesstraßen in BW

Realisierung, Baubeginn, Planung und Fertigstellung o.g. Radwege seit 2005 bis 2012

KlAnfr

s. *Radweg*

Drs 15/602

Straßenbaumaßnahmen im LKreis Göppingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/624

Straßenbaumaßnahmen im LKreis Tübingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/635

Straßenbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2010 und 2011, geplante Maßnahmen 2012 ff, Höhe der bereitgestellten und benötigten Mittel

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/953

Lkw-Maut in geschlossenen Ortschaften

Einführung der Lkw-Maut auch auf den innerörtlichen Abschnitten von Bundesstraßen, Beteiligung der als Baulastträger betroffenen Kommunen an den Einnahmen

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 15/976

Straßen im Hohenlohekreis

Zustand der Landesstraßen im Hohenlohekreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau und Sanierungsmaßnahmen seit 2006; geplante Maßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2012 und 2013; Darstellung der besonders vordringlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1174

Straßenbaumaßnahmen im Rems-Murr-Kreis und im Wahlkreis Waiblingen

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2009; Höhe der dafür bereitgestellten

Mittel; planfestgestellte Straßenbaumaßnahmen, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1246

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2010; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; geplante und planfestgestellte Maßnahmen für 2012 und 2013, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1257

Regierungsbefragung

Abstufung nicht mehr verkehrsrelevanter Bundesstraßen
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1596 1597

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Bundesfernstraßen in der Planfeststellung

Stand der Planfeststellung für Maßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen; Darlegung von gestoppten Planfeststellungsverfahren, der jeweiligen Begründung und bisher verursachten Kosten sowie des weiteren Vorgehens

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1528

Bau von Umgehungsstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bau von Umgehungsstraßen im Bereich der Bundesstraßen; Eintreten für eine zügige Planfeststellung des zweiten Bauabschnitts der Pforzheimer Westtangente; Kriterien für die Bearbeitung noch nicht begonnener planfestgestellter Maßnahmen des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/1558

Sanierung von Bundesstraßen im Enzkreis

Darstellung der geplanten Sanierungen, Zeitpunkt des Baubeginns an der B 35, Führung des Umleitungsverkehrs während dieser Bauphase durch Knittlingen, Ausmaß des zu erwartenden zusätzlichen Verkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Koordinierung des Umleitungsverkehrs zwischen dem RegPräs Karlsruhe, der Verkehrsbehörde Enzkreis, der Polizei und der Stadt Knittlingen

KlAnfr

s. *Straßenbau*
Drs 15/1709

Weiterbau von Bundesstraßen im LKreis Göppingen

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1735

Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte

Berücksichtigung des Auslaufens von Planfeststellungsbeschlüssen, von Lärmaktionsplänen, Ausgleichsmaßnahmen u.a. bei den o.g. Kriterien für die geplante Priorisierung von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten; Frage nach vorliegenden Ergebnissen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der Projekte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1798

Regierungsbefragung

Priorisierungsliste für den Bundesfernstraßenbau
s. *Fernstraße*
PIPr 15/40 S. 2206

Abstufung von Landesstraßen

Voraussetzungen für die Abstufung einer Landes- oder Bundesstraße; Auflistung der seit 2006 umgewidmeten Landesstraßen und -straßenabschnitte; Beurteilung einer pauschalen Ablösezahlung bei der Übergabe einer Straße an die künftig zuständige Gebietskörperschaft

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2172

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßenanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enzkreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweißenstein und Unterreichenbach im LKreis Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2354

Flächendeckendes Verkehrsmonitoring in BW

Stand des Ausbaus eines landesweiten Verkehrsmonitorings, Auskunft über die bisherigen Erfahrungen; Aussagen über die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Funktionen des Verkehrsmonitorings; Einschätzung der Verkehrs- und Lärmbelastung von Straßenabschnitten, Möglichkeiten der Verkehrslenkung; Vergleich der automatischen Erhebung gegenüber einer manuellen in Bezug auf Zähldauer, Genauigkeit und Kosten

Antr
s. *Verkehrsstatistik*
Drs 15/2371

Ortsumfahrung Unlingen im Zuge der B 311

Verkehrssituation und Verkehrsbelastung der Gemeinde Unlingen; Einschätzung des Entlastungseffekts durch eine Ortsumfahrung; veranschlagte Kosten; Rang der Maßnahme in der Priorisierungsliste der planfestgestellten und baureifen Bundesfernstraßenprojekte, Kosten-Nutzen-Faktor

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/2416

Mittel des Bundes für Bundesfernstraßen in BW bedarfsgerecht bereitstellen

Mittelbereitstellung des Bundes für den Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen seit 2005: angewandte Kriterien für die Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßen; Aufforderung der BReg zur Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung der im Bedarfsplan nach dem Priorisierungskonzept der LReg enthaltenen Maßnahmen

Antr
s. *Fernstraße*
Drs 15/2417

Sachstandsbericht zur Realisierung des laufenden Bundesverkehrswegeplans

Stand der Abarbeitung der Bundesfernstraßenprojekte im „Vordringlichen Bedarf“, Zeitperspektive und Mittelbedarf für die Realisierung aller Maßnahmen in dieser sowie in der Kategorie „weiterer Bedarf mit Stern“

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2452

Ausbau der B 27 zwischen Aich und dem Echterdinger Ei

Ergebnisse von Verkehrszählungen auf der B 27 zwischen dem Anschluss der B 312 und dem Echterdinger Ei; Verbesserung der Situation durch Verkehrssteuerungsmaßnahmen; Auswirkungen zusätzlichen Lkw-Verkehrs auf die Verkehrsauslastung dieses Teilstücks; Unterstützung eines sechsspurigen Ausbaus

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2775

Lärmschutz durch sogenannten „Flüsterasphalt“

Einsatz, Kriterien und Kosten für die Verwendung von „Flüsterasphalt“ bei Sanierungsmaßnahmen von stark befahrenen Autobahnen und Bundesstraßen iRd Lärmschutzes

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3170

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen im LKreiss Esslingen

Zustand der Bundes- und Landesstraßen im Vergleich zur letzten Zustandserfassung; Sanierung der als „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteten Streckenabschnitte einschließlich der Brückenbauwerke; Verkehrsbelastung der Streckenabschnitte

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3343

Aufstufung L 1115 zur Bundesstraße

Planungsstand der Aufstufung der L 1115 von einer Landes- zur Bundesstraße, insbes Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur im Raum Backnang für die Kommunen Aspach und Backnang; Verkehrsbelastung auf den einzelnen Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Mundelsheim und Backnang

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/3403

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreiss Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßensperren; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Maßnahmen an Bundesstraßen im LKreiss Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personal-mangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr Peter Schneider CDU 08.05.2013 und Antw MVI
Drs 15/3471

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3641

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrsbelastung auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzenbühl

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3642

Bundesstraße (B) 31 West Projektgruppe

Ergebnis der Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ und deren Aussage zur Frage der Verkehrslenkung; Verlangen und Anspruch der betroffenen Gemeinden nach einer Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens; Festhalten des Bundesverkehrsministeriums an der Gesamtmaßnahme (1. und 2. Bauabschnitt); Forderung nach Wiederaufnahme und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 21.06.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3665

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 39-41

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Mittlg LReg 16.04.2014 Drs 15/5109

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 21.06.2013 und Antw MVI Drs 15/3667

Ausbau der Bundesstraße (B) 27 zwischen dem Echterdinger Ei und Aichtal

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf dem genannten Teilstück seit 2011; Priorisierung dessen Ausbaus im Bundesverkehrswegeplan; weitere Straßenbaumaßnahmen im LKreiss Esslingen und deren Einstufung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 02.09.2013 und Antw MVI Drs 15/3992

Ergänzende Antw MVI 21.10.2013 Drs 15/4188

Ortsumfahrung Neckarhausen Bundesstraße (B) 297

Vorschlag der Ortsumgehung Nürtingen-Neckarhausen für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3993

Bundesverkehrswegeplan - Maßnahmen an Bundesstraßen im Regierungsbezirk Tübingen

Ausgabenverteilung für Bundesstraßen im Zeitraum 2003 bis 2013 auf die vier Regierungsbezirke; Investitionskostenverteilung auf die vier Regierungsbezirke für die im Anmeldeentwurf des Landes zum Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Straßenbaumaßnahmen, insbes Verteilung bei Aufnahme aller Vorschläge für den Regierungsbezirk Tübingen; Kriterien und Verfahren der Priorisierung der in den Maßnahmenpool für den Bundesstraßenplan aufgenommenen Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/4009

Bundesstraße (B) 31 West - Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“

Stand der Auswertung des Abschlussberichts der Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“; bislang angefallene Kosten für die Arbeit der Projektgruppe und für Gutachten; Kostenträgerschaft

außerhalb des Bundesverkehrswegeplans für die B 31 West und den Brückenbau bei Gottenheim

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 30.09.2013 und Antw MVI Drs 15/4102

Ausbau der Bundesstraße (B) 10/B 28 durch die Erweiterung der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm

Projekt eines achtspurigen Neubaus der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm; gesetzlich vorgesehene Abstimmungsprozesse für ein solches grenzüberschreitendes Projekt; Federführung, Entscheidungskompetenz und Finanzierung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4355

B 31 West - Priorisierung von Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan

Ergebnis bei den Kriterien zur Priorisierung der Bundesstraße 31 West und Änderung der Kostenkalkulation in der Priorisierungsliste für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 08.01.2014 und Antw MVI Drs 15/4565

Zustand der Fahrbahnen von Bundesstraßen im Enzkreis

Zustand der Bundesstraßen im Enzkreis nach der Bundesstraßenanierung im Jahr 2013; Kontrolle der ausführenden Firmen; Mängel im Fahrbahnbelag der B 294 zwischen Neuenbürg und Birkenfeld; Nachbesserung des Fahrbahnbelags; Qualitätssicherung in der Straßensanierung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/4744

Ausbau der Bundesstraße (B) 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen und Zuschuss nach dem Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Planungs- und Genehmigungsstand zum Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen; Verkehrs-, Lärm-, Feinstaubbelastung und volkswirtschaftlicher Schaden durch das hohe Verkehrsaufkommen; finanzielle Auswirkungen und Härtefallregelung für die Gemeinde Holzgerlingen durch Kürzung der Zuschüsse iRd LGVFG

KlAnfr
s. *Bundesstraße 464*
Drs 15/4873

Ausbau Bundesstraße (B) 31 Ost

Beginn des dreispurigen Ausbaus der B 31 Ost von Löffingen bis Hinterzarten; Höhe der für die einzelnen Bauabschnitte veranschlagten Kosten; Bau einer Tank- und Rastanlage im Bereich Röttenbach

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 13.08.2014 und Antw MVI Drs 15/5621

Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27 in Leinfeld-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 16.09.2014 und Antw MVI Drs 15/5717

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Entscheidung über Wiederaufnahme oder Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West im Zusammenhang mit einer Klage der Kaiserstühler Kommunen gegen das Land

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/5825

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Hintergründe zur Rücknahme des Antrags auf ein Planfeststellungsverfahren für die B 31 West durch das Verkehrsministerium, insbes Entscheidungsfindung, Informationsweitergabe, Mittelverschwendung; Revidierung der Entscheidung zur Antragsrücknahme

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/6140

Mängel auf frisch sanierten Straßen im Land

Auftreten von Schäden in der Fahrbahndecke von Landes- und Bundesstraßen im Anschluss an deren Sanierung; Fahrbahnschäden im Enzkreis und in Pforzheim; Ursachen der Schäden im Straßenbelag auf der B 10 bei Pforzheim-Eutingen; Behebung und künftige Vermeidung von Mängeln bei der Straßeninstandhaltung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/6361

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Autobahn A 8

Gründe für die bisherige Ablehnung eines Tempolimits auf dem genannten Streckenabschnitt; Anzahl der auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführenden dortigen Verkehrsunfälle; Gründe für die nunmehrige Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/6365

Zustand von Brückenbauwerken der Bundesfernstraßen

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke der Bundesfernstraßen in BW, insbes dringend sanierungsbedürftige Brücken, gesperrte oder nutzungsbeschränkte Brücken; Sanierung und Aufhebung der Tempobeschränkung auf der Gumpenbachbrücke der B 27 bei Kornwestheim

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/6460

Planfeststellungsverfahren Bundesstraße (B) 31 West

Hintergründe zur Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West durch das Verkehrsministerium, insbes Datum der Wiederaufnahme, weitere konkrete Verfahrensschritte, Abschlusstermin

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/7319

Lückenschluss der Bundesstraße (B) 3 neu - Sachstand

Stand der Straßenbauarbeiten im Abschnitt zwischen dem Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim; voraussichtliche Fertigstellung und Verkehrsfreigabe dieses Abschnitts; Kosten der Baumaßnahme

KlAnfr
s. *Bundesstraße 3*
Drs 15/7653

Einforderung von mehr Mitteln für den Bau und Ausbau von Bundesstraßen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 60 61

Bundesstraße 3*Straßenbauprojekte im Landtagswahlkreis Wiesloch - Verkehrsinfrastruktur BW*

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte im o.g. Wahlkreis und landesweit, insbes auch auf die anstehende und notwendige zweispurige Ertüchtigung der L 723 sowie auf den geplanten Knotenpunktbau B 3/L 723; Auswirkungen auf den Generalverkehrsplan, die Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1159

Lückenschluss der Bundesstraße 3 neu

Stand, Zeit- und Kostenperspektive für die Realisierung des Lückenschlusses der B 3 zwischen Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim sowie der L 80 in Sinzheim; Einbindung der betroffenen Gemeinden, des LKreises Rastatt und des Stadtkreises Baden-Baden bei der Fortführung des Verfahrens

KlAnfr Tobias Wald CDU 22.10.2012 und Antw MVI Drs 15/2542

Bundesstraße (B) 3 - Kreisverkehr Buggingen

Verbesserung der Verkehrssicherheit durch einen Kreisverkehr in Buggingen an der Kreuzung der Bundesstraße 3 mit Breitenweg

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/4305

Lückenschluss der Bundesstraße (B) 3 neu - Sachstand

Stand der Straßenbauarbeiten im Abschnitt zwischen dem Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim; voraussichtliche Fertigstellung und Verkehrsfreigabe dieses Abschnitts; Kosten der Baumaßnahme

KlAnfr Tobias Wald CDU 05.11.2015 und Antw MVI Drs 15/7653

Bundesstraße 10*Weiterbau von Bundesstraßen im LKreis Göppingen*

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1735

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1759

Radaktionstag des LKreises Göppingen auf der Bundesstraße 10

Art der Beteiligung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur an der Planung und Durchführung des Rad-Aktionstags am 16. September 2012; Kosten für die beteiligten Körperschaften, Verhältnismäßigkeit der Aktion; Beanstandung der Sperrung der Bundesstraße 10 für den Kraftwagenverkehr, der Streckenführung der Verkehrsumleitung, des zusätzlichen Verkehrsaufkommens und der mangelnden Information über die Verkehrslage

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/2376

Feinstaubwertentwicklung auf der B 10 und B 313

Entwicklung der Feinstaubwerte nach der Realisierung des Verkehrslenkungs Konzeptes und der Einführung von Tempo 80 auf der B 313/B 10 und politische Konsequenzen

MdlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/3456

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7256

Bundesstraße 14*Feinstaubreduktion durch Geschwindigkeitsbeschränkung*

Belegung des o.g. Zusammenhangs durch Messungen an der Cannstatter Straße (B 14) in Stuttgart seit der Einführung des dortigen Tempolimits? Entwicklung der Zahl von festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen, Beurteilung der Notwendigkeit einer Verdeutlichung der Hinweise auf die zulässige Höchstgeschwindigkeit

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/349

Stand von Planung, Finanzierung und Baubeginn der Baumaßnahme B 14 Weilertor Schwäbisch Hall

Frage nach den o.g. Daten und der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung des Weilertortunnels im Zuge der B 14

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 26.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1165

Anschluss des Weissacher Tals an die B 14

Berücksichtigung der Interessen der Gemeinden Weissach, Althütte, Allmersbach und Auenwald bei den Planungen zum Weiterbau der B 14, Eintreten für einen verstärkten Lärmschutz an den Ortsdurchfahrten der Ortsteile Waldrems und Heiningen

KlAnfr
s. *Weissach im Tal*
Drs 15/1276

Bewertung der B 14 - Abschnitt Nellmersbach/Backnang-West

Bewertung des o.g. Abschnitts gemäß den für den Priorisierungskatalog entwickelten Kriterien

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU, Petra Häffner u.a. GRÜNE, Gernot Gruber u.a. SPD und Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 24.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2157
Ergänzende Stellungnahme MVI 28.09.2015 Drs 15/7439

Stand von Planung, Finanzierung und Baubeginn der Baumaßnahme B 14 Weilertor Schwäbisch Hall

Fortführung der Baumaßnahme B 14 Weilertor in Schwäbisch Hall, insbes aktueller Stand von Planung und Finanzierung

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.04.2013
Drs 15/3315
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3925 3926

Bundesstraße B 14 - Ortsumfahrung Oppenweiler

Sach- und Planungsstand zur Ortsumfahrung Oppenweiler der Bundesstraße 14

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/7148

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7254

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14 Nellmersbach - Backnang, Bauabschnitt (BA) 1.1

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14 Nellmersbach-Backnang, Bauabschnitt 1.1, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7281

Bundesstraße 19*Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis*

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Luda-Königshofen sowie dem sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4549

Verkehrssituation und Maßnahmen der LReg durch Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

Planungen zur effektiven Verkehrsführung und Maßnahmen zur Beschleunigung der Bauarbeiten in Bezug auf die Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

MdlAnfr 5) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.03.2015
Drs 15/6566
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7456 7457

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7254

Bundesstraße 27

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspürigen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterdinger Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf im nächsten Bedarfsplan; Entlastungswirkungen einer Herabstufung der B 312 im Zuge der Ortsdurchfahrt Filderstadt-Bernhausen; Unterstützung eines Tempolimits auf der B 27 bereits vor dem Aichtalviadukt in Richtung Stuttgart; Bedingungen für eine Ampelsteuerung auf den Filder-Zufahrten auf die B 27 sowie für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

Ortsumfahrung Blumberg-Randen und Blumberg-Zollhaus im Zuge der Bundesstraße 27 in der Südbaar

Darstellung des aktuellen Planungsstands, der bisherigen und weiteren Vorarbeiten; Zeitpunkt der Vorlage der Umweltverträglichkeitsstudie zur Bewertung der unterschiedlichen Trassenvarianten

KlAnfr Guido Wolf CDU 17.08.2011 und Antw MVI Drs 15/430

Vierstreifiger Ausbau der B 27 Donaueschingen-Mitte/Hüfingen Wasserturm

Darstellung des aktuellen Planungsstands und der zu erwartenden Kosten für den o.g. Streckenabschnitt, Zeitperspektive für den Planfeststellungsbeschluss und Baubeginn

KlAnfr Guido Wolf CDU 17.08.2011 und Antw MVI Drs 15/431

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspürigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/576

Belastung auf der B 27 zwischen Aichtal und Leinfelden-Echterdingen

Verkehrsbelastung des o.g. Abschnitts, Position unter allen Bundesstraßen in Deutschland; Eintreten für die Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den vordringlichen Bedarf des nächsten Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 23.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2141

Ausbau der B 27 zwischen Aich und dem Echterdinger Ei

Ergebnisse von Verkehrszählungen auf der B 27 zwischen dem Anschluss der B 312 und dem Echterdinger Ei; Verbesserung der Situation durch Verkehrssteuerungsmaßnahmen; Auswirkungen zusätzlichen Lkw-Verkehrs auf die Verkehrsauslastung dieses Teilstücks; Unterstützung eines sechsspürigen Ausbaus

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2775

Ausbau der Bundesstraße (B) 27 zwischen dem Echterdinger Ei und Aichtal

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf dem genannten Teilstück seit 2011; Priorisierung dessen Ausbaus im Bundesverkehrswegeplan; weitere Straßenbaumaßnahmen im LKreiss Esslingen und deren Einstufung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3992

Lösungsansätze zur Vermeidung eines Verkehrschaos bei der geplanten Vollsperrung iRd Baumaßnahme B 19 in Untermünkheim, LKreiss Schwäbisch Hall

Beschleunigte Durchführung der Baumaßnahmen der Bundesstraße 19 in Untermünkheim; Pläne zur Verkehrslenkung während der mit der Baumaßnahme verbundenen Vollsperrung

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4426

Aktuelle Belastung auf der Bundesstraße (B) 27

Situation und Veränderung der Verkehrsbelastung der Bundesstraße 27 zwischen dem Echterdinger Ei und der Abzweigung der Bundesstraße 312, insbes Anteil des Schwerlastverkehrs

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 09.07.2014 und Antw MVI Drs 15/5459

Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27 in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5717

Zustand von Brückenbauwerken der Bundesfernstraßen

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke der Bundesfernstraßen in BW, insbes dringend sanierungsbedürftige Brücken, gesperrte oder nutzungsbeschränkte Brücken; Sa-

nierung und Aufhebung der Tempobeschränkung auf der Gumpenbachbrücke der B 27 bei Kornwestheim

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/6460

Fehlende Toilettenanlage auf der Bundesstraße B 27

Sachstand zu Auswirkungen der fehlenden Toilettenanlage auf der Bundesstraße 27 zwischen Tübingen und Stuttgart, insbes Bewertung der Position des Regierungspräsidiums

KlAnfr
s. *Sanitäre Einrichtung*
Drs 15/6692

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraße B 27 zwischen Leinfelden-Echterdingen und Aichtal

Lärmbelastung der Wohnstraßen in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal entlang der Bundesstraße 27 und umgesetzte und geplante Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/6922

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 27

Voraussetzungen zur Anordnung eines Tempolimits auf der Bundesstraße 27 entlang der besonders vom Lärm belasteten Wohnbauten in Höhe Leinfelden-Echterdingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/7091

Verkehrssituation auf der Bundesstraße B 27 bei Allmendshofen
Sachstand zur Unfallentwicklung auf der Bundesstraße 27 im Kreuzungsbereich Allmendshofen und Maßnahmen zur Verringerung des Unfallrisikos

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/7117

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Donaueschingen - Hüfingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Donaueschingen - Hüfingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7252

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Ortsumfahrung (OU) Behla

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Ortsumfahrung Behla, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7253

Bundesstraße 28

Finanzierungsprüfung des zweiten Bauabschnitts der Bundesfernstraße B 28 neu bei Rottenburg-Kiebingen durch die LReg
Bewertung einer Tieferlegung und Deckelung des o.g. Abschnitts und deren Finanzierung aus Landesmitteln, Durchfüh-

rung einer Finanzierungsprüfung auch für andere planfestgestellte Baumaßnahmen von Fernstraßen, Bewertung der verfassungsrechtlichen Relevanz von Mischfinanzierungen zwischen Land und Bund

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 30.01.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1184
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 78 79
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg

MdlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1734

Straßenverkehrsvorhaben im LKreis Calw

Sachstand zu Straßenverkehrsvorhaben im LKreis Calw, insbes Zustandserhalt der Bundesstraße 28, Ausbau der Landesstraße 353

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6702

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 28 - Rottenburg - Tübingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 28 - Rottenburg - Tübingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7260

Bundesstraße 29

Bundesstraße 29

Zeitpunkt des Erlöschens des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau der Ortsumfahrung Mögglingen und für den Bau der Strecke Essingen-Aalen im Zuge der B 29

KlAnfr Winfried Mack CDU 28.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1326

Ortsumfahrung Mögglingen

Darstellung der bisherigen Planungen und Vorarbeiten für die B-29-Ortsumfahrung und deren Kosten; Gründe und Auswirkungen der Einstufung in Gruppe 3 der Priorisierungsliste von baureifen Bundesstraßen; Bewertung der Zusage des Baubeginns nach dem Stadttunnel Schwäbisch Gmünd durch die frühere LReg bzw der Netzwirkung des Gmünder Tunnels auf die B 29 zwischen Schwäbisch Gmünd und der A 7; Frage nach vorhandenen Mitteln für die Verwirklichung des Projekts

Antr Winfried Mack u.a. CDU 25.06.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1945
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.02.2013 Drs 15/3245 S. 84-86
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Verkehr und Straßenbau im Ostalbkreis nach der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels

Auswirkungen der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels auf das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsströme im Ostalbkreis, insbes auf der Bundesstraße 29; geplante Folgemaßnahmen im Straßenbau auf den Landesstrassen

KlAnfr
s. *Verkehrsaufkommen*
Drs 15/5978

Falschfahrer auf der Bundesstraße (B) 29

Ursachen der Häufung von Falschfahrern auf der Bundesstraße 29 auf dem Streckenabschnitt zwischen Fellbach und Schwäbisch Gmünd und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Unfallverhütung*
Drs 15/7236

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 29 - Essingen-Aalen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 29 - Essingen-Aalen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7278

Höherstufung der B-29-Ortsumfahrung Möggingen

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2173

Bundesstraße 30*Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach*

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/15

Vorfinanzierung der B 31 - Umfahrung in Friedrichshafen

Fortführung der Bemühungen beim Bund für eine private Vorfinanzierung des o.g. Vorhabens, Festhalten an der im März 2011 vertretenen Haltung von MinPräs Kretschmann gegen einen Ausbau der B 31 und B 30 im Raum Friedrichshafen-Ravensburg?

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/325

Ausbau der B 30 südlich von Bad Waldsee

Maßnahmen zur Entlastung der Ortsdurchfahrten Gaisbeuren und Enzisreute, Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung und Ausbau des Bauabschnitts „B 30 Süd“

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 02.09.2011 und Antw MVI Drs 15/476

Ausbau der B 30 als zentrale Verkehrsachse in Oberschwaben

Stand der Planungen für den Ausbau der einzelnen Abschnitte zwischen Biberach und Baienfurt; Beurteilung der Dringlichkeit

von Bund, Land, Wirtschaftsverbänden und angrenzenden Gebietskörperschaften; Frage nach der Möglichkeit einer Finanzierung über ein streckenbezogenes Lkw-Maut-Modell

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.10.2011 und Antw MVI Drs 15/748

Straßenbauvorhaben in Donaurieden

Auswirkungen einer Änderung der Linienführung der Querspange B 311 / B 30 bei Erbach auf die prognostizierten Kosten im Vergleich zu anderen prioritären Vorhaben des Investitionsrahmenplans und einer alternativen Trassenführung; Höhe der Mehrkosten für das Land aufgrund der laut Planfeststellungsbeschluss vorgesehenen Abstufung von rund 12 km bisheriger Bundesstraße in eine Landesstraße

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1423

Priorisierung der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Vorarbeiten und Möglichkeiten der Einflussnahme auf den neuen Bundesverkehrswegeplan ab 2016; Chancen für die Aufstufung der noch nicht ausgebauten Streckenabschnitte und Ortsumfahrungen in den „vordringlichen Bedarf“, insbes Ausbau zwischen Biberach und Baidt, Ortsumgehungen von Gaisbeuren und Enzisreute sowie Ausbau der Ortsumfahrung Bad Waldsee

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 13.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2095

Bundesstraße (B) 30 - Ortsumfahrung Oberessendorf im LKreis Biberach

Verkehrsbelastung, Leistungsfähigkeit und Ausbauplanungen der Bundesstraße 30 bei Oberessendorf; Anmeldung der B 30 als zweistreifige Ortsumgehung für Oberessendorf für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3754

Bundesstraße 31*Vorfinanzierung der B 31 - Umfahrung in Friedrichshafen*

Fortführung der Bemühungen beim Bund für eine private Vorfinanzierung des o.g. Vorhabens, Festhalten an der im März 2011 vertretenen Haltung von MinPräs Kretschmann gegen einen Ausbau der B 31 und B 30 im Raum Friedrichshafen-Ravensburg?

KlAnfr Ulrich Müller CDU 22.07.2011 und Antw MVI Drs 15/325

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim, Beurteilung der Kommunikation der Entscheidung durch das MVI per Pressemitteilung sowie des weiteren Vorgehens bei anderen in der Planung befindlichen Abschnitten zum dreistreifigen Ausbau der B 31 Ost, Frage nach Maßnahmen zur Höherstufung des Falkensteigtunnels in den vordringlichen Bedarf

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 17.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/887

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs

15/1538 (dazu ÄAntr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU und ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 36-40

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Mittlg LReg 19.10.2012 Drs 15/2543

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/2856

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim; Entlastung der Gemeinden Gottenheim, Bötzingen, Wasenweiler, Ihringen und Breisach vom Durchgangsverkehr; Darlegung der Planungen für den weiteren Ausbau der B 31 von Breisach bis Donaueschingen und des Zeitpunkts der Realisierung

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 22.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/1082

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 36-39

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Mittlg LReg 19.10.2012 Drs 15/2543

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/2856

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

B 31 West - Kosten der Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens

Umgang mit dem Angebot der Gemeinden Breisach, Bötzingen, Gottenheim, Vogtsburg, Merdingen, Eichstetten, March und Umkirch zur kommunalen Vorfinanzierung der Kosten für die Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens; Wiederaufnahme und Abschluss des Verfahrens

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 13.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2229

B 31 Falkensteigtunnel

Einsatz der LReg für das Projekt Falkensteigtunnel auf der Bundesstraße 31 bei Buchenbach zur Entlastung durch den Transitverkehr mit Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan, insbes kommunale Planungsvorfinanzierung, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Priorität gegenüber dem Freiburger Stadttunnel, Aussagen des Ministerpräsidenten, Verkehrssituation und Planungsalternativen

Antr

s. *Tunnel*

Drs 15/2889

Bundesstraße (B) 31 West Projektgruppe

Ergebnis der Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ und deren Aussage zur Frage der Verkehrslenkung; Verlangen und Anspruch der betroffenen Gemeinden nach einer Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens; Festhalten des Bundesverkehrsministeriums an der Gesamtmaßnahme (1. und 2. Bauabschnitt); Forderung nach Wiederaufnahme und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/3665

Bundesstraße (B) 31 West - Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“

Stand der Auswertung des Abschlussberichts der Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“; bislang angefallene Kosten für die Arbeit der Projektgruppe und für Gutachten; Kostenträgerschaft außerhalb des Bundesverkehrswegeplans für die B 31 West und den Brückenbau bei Gottenheim

KlAnfr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/4102

B 31 West - Priorisierung von Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan

Ergebnis bei den Kriterien zur Priorisierung der Bundesstraße 31 West und Änderung der Kostenkalkulation in der Priorisierungsliste für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/4565

B 31 Falkensteigtunnel - Priorisierung von Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan

Kostenberechnung des Falkensteigtunnels und Einstufung in der Priorisierungsliste der LReg für die Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr

s. *Tunnel*

Drs 15/4566

Ausbau Bundesstraße (B) 31 Ost

Beginn des dreispurigen Ausbaus der B 31 Ost von Löffingen bis Hinterzarten; Höhe der für die einzelnen Bauabschnitte veranschlagten Kosten; Bau einer Tank- und Rastanlage im Bereich Röttenbach

KlAnfr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/5621

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Entscheidung über Wiederaufnahme oder Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West im Zusammenhang mit einer Klage der Kaiserstühler Kommunen gegen das Land

MdlAnfr 4) Dr. Patrick Rapp CDU 10.10.2014 Drs 15/5825

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6523-6526

B 31 West ist überall - die Alleingänge des Verkehrsministers

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6699-6708

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Hintergründe zur Rücknahme des Antrags auf ein Planfeststellungsverfahren für die B 31 West durch das Verkehrsministerium, insbes Entscheidungsfindung, Informationsweitergabe, Mittelverschwendung; Revidierung der Entscheidung zur Antragsrücknahme

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 18.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6140

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs 15/6496 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 51-54

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Mittlg LReg 24.08.2015 Drs 15/7334

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 31 - Überlingen/West - Überlingen/Ost

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 31 - Überlingen/West - Überlingen/Ost, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7261

Planfeststellungsverfahren Bundesstraße (B) 31 West

Hintergründe zur Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West durch das Verkehrsministerium, insbes Datum der Wiederaufnahme, weitere konkrete Verfahrensschritte, Abschlussstermin

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 20.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7319
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 87 88
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Einbeziehung der Bundesstraße 31 in die Umweltzone - verkehrliche Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden

Sachstand zur Einbeziehung der Bundesstraße 31 in die Umweltzone Freiburgs, insbes Auswirkungen des Ausweichverkehrs auf die Umlandgemeinden

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/7463

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1364

Bundesstraße 33*Straßenbauprojekte im Wahlkreis Singen*

Unterstützung der Fortsetzung des vierspurigen Ausbaus der B 33 neu zwischen Allensbach und Konstanz, der Finanzierung der weiteren Abschnitte, der Realisierung der Umfahrung „Westlicher Bodensee“ sowie der Ortsumfahrung Rielasingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/253

B 33 bei Steinach im Kinzigtal

Beurteilung der Notwendigkeit und Realisierungschancen einer direkten Anbindung des interkommunalen Gewerbegebiets an die B 33

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 24.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1594

B 33 - Umfahrung der Stadt Haslach im Kinzigtal

Auswirkungen des jüngsten Votums des Gemeinderats der Stadt Haslach für eine Tunnellösung auf die laufenden, mit dem Hochwasserschutz kombinierten Planungen und auf die Kosten

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 24.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1595

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt (BA): A, B und E

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt: A, B und E, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7259

Bundesstraße 34*Planungen zur A 98*

Stand der Planungen, Zeitpunkt des Baubeginns, Höhe der Planungs- und Baukosten für die Abschnitte A 98.4 Eichsel-Karsau und A 98.5 Karsau-Wehr; Frage nach Alternativplanungen zum Ausbau einer B 34 neu mit Umfahrungen der Ortschaften

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/366

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 34 - Ortsumfahrung (OU) Wyhlen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 34 - Ortsumfahrung Wyhlen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7258

Bundesstraße 35*Straßensanierungen an den Grenzen des Enzkreises*

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertigstellung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1163

Sanierung von Bundesstraßen im Enzkreis

Darstellung der geplanten Sanierungen, Zeitpunkt des Baubeginns an der B 35, Führung des Umleitungsverkehrs während dieser Bauphase durch Knittlingen, Ausmaß des zu erwartenden zusätzlichen Verkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Koordinierung des Umleitungsverkehrs zwischen dem RegPräs Karlsruhe, der Verkehrsbehörde Enzkreis, der Polizei und der Stadt Knittlingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1709

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1759

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßensanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Bundesstraße 36

Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth
Bewertung der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer zweiten Rheinbrücke und Anbindung an die bestehende B 36 bzw der Sanierung der jetzigen Rheinbrücke, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/639

Fernverkehrsrelevanz von Straßen in der Region Karlsruhe

Fernverkehrsaufkommen und -relevanz beim Bau einer Nordumgehung um Knielingen zwischen der geplanten zweiten Rheinbrücke und der B 36 sowie im Falle der ursprünglich geplanten Anbindung dieser Nordumgehung an die bestehende Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe, Fernverkehrsaufkommen und -relevanz der Karlsruher Südtangente zwischen der Ausfahrt Kühler Krug und der Autobahnanschlussstelle Karlsruhe-Mitte, Chancen und Kosten von Lärmschutzmaßnahmen entlang dieser Südtangente

KlAnfr
s. *Fernstraße*
Drs 15/751

Bundesstraße 290*Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis*

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Lauda-Königshofen sowie dem sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4549

Bundesstraße 292*Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim*

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenausbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3667

Bundesstraße 293*Verkehrssicherheit auf der Bundesstraße 293 zwischen Heilbronn und Bretten*

Art, Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Verkehrsüberwachung auf dem o.g. Streckenabschnitt; Entwicklung der Zahl und Folgen von Verkehrsunfällen in den vergangenen zwei Jahren

KlAnfr Rainer Hinderer SPD 04.07.2012 und Antw IM Drs 15/2024

Bundesstraße 294*Ortsumfahrung Winden B 294 und Straßenbau im LKkreis Emmendingen*

Priorität und Realisierungschancen des o.g. Projekts und von weiteren anstehenden Modernisierungs-, Aus- und Neubauvorhaben im LKkreis Emmendingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/140

Ortsumfahrung B 294 Winden

Priorität, Baubeginn und Fertigstellung des o.g. Projekts und von weiteren Ortsumfahrungen im Wahlkreis Emmendingen; Frage nach Mittelfreigaben für die Bahn zur Realisierung von zwei Eisenbahnüberführungen im Bereich der Ortsumfahrung Winden

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/895

Zustand der Fahrbahnen von Bundesstraßen im Enzkreis

Zustand der Bundesstraßen im Enzkreis nach der Bundesstraßensanierung im Jahr 2013; Kontrolle der ausführenden Firmen; Mängel im Fahrbahnbelag der B 294 zwischen Neuenbürg und Birkenfeld; Nachbesserung des Fahrbahnbelags; Qualitätssicherung in der Straßensanierung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/4744

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 294 - Ortsumfahrung (OU) Winden

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 294 - Ortsumfahrung Winden, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7257

Bundesstraße 295*Lückenschluss Bundesstraßen (B) 295/(B) 464 bei Renningen*

Sachstand zum Lückenschluss zwischen der B 295 und der B 464 im Bereich von Renningen, insbes Planungen für eine endgültige Lösung, Bürgerbeteiligung, Verkehrsaufkommen sowie Lärm- und Schadstoffbelastung im Bereich von Renningen und Leonberg

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/6715

Bundesstraße 297*Nordumfahrung von Nürtingen und Reudern*

Beurteilung der Entlastungswirkung und Unterstützung der o.g. Umgehung sowie des Oberensinger Tunnels im Zuge der B 297

KlAnfr
s. *Nürtingen*
Drs 15/363

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreiss Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/364

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspurigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/576

Ortsumfahrung Neckarhausen Bundesstraße (B) 297

Vorschlag der Ortsumgehung Nürtingen-Neckarhausen für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3993

Lkw-Fahrverbot auf der Bundesstraße B 297

Möglichkeit und Auswirkung eines Lkw-Fahrverbots auf der Bundesstraße 297

KlAnfr
s. *Fahrverbot*
Drs 15/6834

Bundesstraße 311*Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach*

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspanne von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/15

Straßenbauvorhaben in Donaurieden

Auswirkungen einer Änderung der Linienführung der Querspanne B 311 / B 30 bei Erbach auf die prognostizierten Kosten im Vergleich zu anderen prioritären Vorhaben des Investitionsrahmenplans und einer alternativen Trassenführung; Höhe der Mehrkosten für das Land aufgrund der laut Planfeststellungsbeschluss vorgesehenen Abstufung von rund 12 km bisheriger Bundesstraße in eine Landesstraße

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1423

Ortsumfahrung Unlingen im Zuge der B 311

Verkehrssituation und Verkehrsbelastung der Gemeinde Unlingen; Einschätzung des Entlastungseffekts durch eine Ortsumfahrung; veranschlagte Kosten; Rang der Maßnahme in der Priorisierungsliste der planfestgestellten und baureifen Bundesfernstraßenprojekte, Kosten-Nutzen-Faktor

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/2416

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 311 - Erbach - Dellmensingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 311 - Erbach - Dellmensingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7255

Höherstufung der Maßnahmen im Bereich der B 311, Ortsumfahrung Unlingen und Erbach-Dellmensingen

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2173

Bundesstraße 312*Verkehrsverbesserungen auf den Fildern*

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspurigen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterdingener Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf im nächsten Bedarfsplan; Entlastungswirkungen einer Herabstufung der B 312 im Zuge der Ortsdurchfahrt Filderstadt-Bernhausen; Unterstützung eines Tempolimits auf der B 27 bereits vor dem Aichtalviadukt in Richtung Stuttgart; Bedingungen für eine Ampelsteuerung auf den Filder-Zufahrten auf die B 27 sowie für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

Albaufstieg der B 312 bei Lichtenstein

Bewertung der unterschiedlichen Aussagen des Verkehrsministers über einen generellen Verzicht auf Straßenneubau und des Votums eines Abgeordneten der Grünen für den o.g. Albaufstieg; Eintreten für die Aufnahme des Vorhabens in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 08.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1235

Ausbau der Bundesstraße (B) 27 zwischen dem Echterdinger Ei und Aichtal

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf dem genannten Teilstück seit 2011; Priorisierung dessen Ausbaus im Bundesverkehrswegeplan; weitere Straßenbaumaßnahmen im LKreis Esslingen und deren Einstufung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3992

Bundesstraße 313

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreis Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/364

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspurigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/576

Feinstaubwertentwicklung auf der B 10 und B 313

Entwicklung der Feinstaubwerte nach der Realisierung des Verkehrslenkungskonzeptes und der Einführung von Tempo 80 auf der B 313/B 10 und politische Konsequenzen

MdlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/3456

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Autobahn A 8

Gründe für die bisherige Ablehnung eines Tempolimits auf dem genannten Streckenabschnitt; Anzahl der auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführenden dortigen Verkehrsunfälle; Gründe für die nunmehrige Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/6365

Tempolimit auf der Bundesstraße B 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Bundesautobahn A 8

Hintergründe zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Bundesstraße 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Bundesautobahn 8, insbes Bedeutung der Breite der Standstreifen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/7042

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 313 - Ortsumfahrung (OU) Grafenberg

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 313 - Ortsumfahrung Grafenberg, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7277

Bundesstraße 314

Sach- und Planungsstand zur Ortsumfahrung B 314 Grimmshofen

Beurteilung des Planungsstands, der Dringlichkeit und unterschiedlichen Trassenvarianten der o.g. Maßnahme; Darstellung der weiteren Schritte, Zeitpunkt des Baubeginns; Eintreten in Verhandlungen mit dem Bund für eine Einbeziehung des Nutzens für die gesamte Hochrhein-Region als Lückenschluss zur B 314 in die Kosten-Nutzen-Berechnung

KlAnfr Felix Schreiner CDU 07.10.2011 und Antw MVI Drs 15/665

Überplanungsbedarf des Knotenpunkts der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98 und der Wiesentalstraße B 317

Zeitplan und Maßnahmen für die Überplanung des Knotenpunkts der Wiesentalstraße (B 317) in Lörrach und der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98

MdlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7550

Bundesstraße 462

Maßnahmen gegen Verkehrsbelastungen der Schramberger Talstadt

Priorität der o.g. Talstadumfahrung im Zuge der B 462 und weiterer Ortsumfahrungen im Landkreis Rottweil; Beurteilung der bisher eingerichteten Umweltzonen in Kommunen landesweit; Bewertung einer beabsichtigten Umweltzone in der gesamten Schramberger Talstadt als ungeeignet und unverhältnismäßig durch den Gemeinderat der Stadt Schramberg

KlAnfr
s. *Schramberg*
Drs 15/915

Bundesstraße 463

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enzkreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweißenstein und Unterreichenbach im LKreis Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2354

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 463 - Westtangente Pforzheim, Bauabschnitt (BA) 1.02

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 463 - Westtangente Pforzheim, Bauabschnitt 1.02, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7262

Bundesstraße 464

Umbau Kreuzung Kälberstelle (B 464/L 1208)

Datenbasis und Maßnahmen zur Entschärfung des o.g. Unfallschwerpunkts, insbes durch Umbau zu einem Kreisverkehr; Umgang des Verkehrsministers mit dem Schreiben einer Abgeordneten der SPD, Zeitpunkt einer Beantwortung

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/1284

Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen

Verkehrsbelastung, Stauzeiten, Lärm- und Feinstaubbelastung der Anwohner im o.g. Bereich; Höhe des jährlichen volkswirtschaftlichen Schadens; Stand der Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau, angemeldete Priorisierung beim Bund; Maßnahmen zur Ermöglichung eines schnellen Ausbaus, ggfls Bereitstellung finanzieller Mittel

KlAnfr Paul Nemeth CDU 14.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1436

Ausbau der Bundesstraße (B) 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen und Zuschuss nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Planungs- und Genehmigungsstand zum Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen; Verkehrs-, Lärm-, Feinstaubbelastung und volkswirtschaftlicher Schaden durch das hohe Verkehrsaufkommen; finanzielle Auswirkungen und Härtefallregelung für die Gemeinde Holzgerlingen durch Kürzung der Zuschüsse iRd LGVFG

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 27.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4873

Lückenschluss Bundesstraßen (B) 295/(B) 464 bei Renningen

Sachstand zum Lückenschluss zwischen der B 295 und der B 464 im Bereich von Renningen, insbes Planungen für eine endgültige Lösung, Bürgerbeteiligung, Verkehrsaufkommen sowie Lärm- und Schadstoffbelastung im Bereich von Renningen und Leonberg

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/6715

Bundesstraße 466

B 466 Ortsdurchfahrung Heidenheim

Beurteilung der o.g. Trassenführung und Verkehrsbelastung in Heidenheim, Frage nach den Möglichkeiten und der Finanzie-

rung einer Umgehungsstraße oder eines innerstädtischen Tunnels sowie nach den nächsten Schritten

KlAnfr Bernd Hitzler u.a. CDU 14.12.2011 und Antw MVI Drs 15/1022

Weiterbau von Bundesstraßen im LKreis Göppingen

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1735

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3641

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrsbelastung auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzengühl

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3642

Bundesstraße 535

Die innerörtliche Verkehrsbelastung der Gemeinde Oftersheim als Folge der Fertigstellung der B 535

Auswirkungen auf den Durchgangsverkehr in Schwetzingen, Plankstadt und Oftersheim, insbes in der Zähringerstraße in Schwetzingen und der Heidelberger Straße (L 544) in Oftersheim; Frage nach einer Berücksichtigung potenzieller Probleme in der Planung sowie nach möglichen Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Oftersheim*
Drs 15/408

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5225 betr. Rückbau der L 600

Petitionen
s. *Landesstraße 600*
Drs 15/2884

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5225 betr. Teilrückbau der ehemaligen L 600

Petitionen
s. *Landesstraße 600*
Drs 15/4465

Bundesstraße 929

Kreisverkehrsplatz B 929/L 551 in Angelbachtal
Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung der o.g. Maßnahme zur Reduzierung der Feinstaub-, Lärm- und Abgasbelastung sowie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1545

Bundestag

Schreiben des BVerfG vom 18.01.2012, Az.: 2 BvE 7/11 - Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

//
s. *Parlamentarische Anfrage*
PIPr 15/29 S. 1529

Schreiben des BVerfG vom 19.01.2012, Az.: 2 BvE 2/11 - Organstreitverfahren von vier Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

änkter Beantwort
s. *Parlamentarische Anfrage*
PIPr 15/29 S. 1529

Schreiben des BVerfG vom 20.02.2012, Az.: 2 BvE 4/07 - Organstreitverfahren eines Mitglieds des Bundestages und der Bundestagsfraktion DIE LINKE gegen den Bundesminister des Innern und die Bundesregierung wegen Beobachtung von Mitgliedern des Bundestages durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

obachtung von Mi
s. *Verfassungsschutz*
PIPr 15/32 S. 1699

2. *Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“)*

Leistung von Amtshilfe bei der Beweiserhebung auf Ersuchen des o.g. Untersuchungsausschusses

MdlAnfr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1734

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/2233

Bundestagswahl

Wahlbeteiligung von Erstwählern im Wahlkreis 42

Wahlbeteiligung der Erstwähler in den einzelnen Gemeinden des Landtagswahlkreises 42 (Pforzheim) bei der Kommunalwahl 2014, der Bundestagswahl 2013 und der Landtagswahl 2011

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*

Drs 15/5808

Bundesverband für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz

Möglichkeiten der Natur- und Tierschutzbildung im BNA-Schulungszentrum Hambrücken

Bewertung des Konzepts des Schulungszentrums des Bundesverbandes für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz (BNA) als außerschulischem Lernort und für berufliche Fortbildungs- und Qualifizierungsleistungen; Unterstützungsmaßnahmen der LReg für Angebote und Leistungen des BNA

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 27.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5663

Bundesverdienstkreuz

s. *Auszeichnung*

Bundesverfassungsgericht

Schreiben des BVerfG vom 02.03.2011, Az.: 1 BvF 1/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

s. *Staatsvertrag*
PIPr 15/4 S. 19

Schreiben des BVerfG vom 26.05.2011, Az.: 2 BvR 633/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs 1 Satz 1, § 15 Abs 1 UnterbringungsGes wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation im Maßregelvollzug

im Maßregelvoll
s. *Medizinische Versorgung*
PIPr 15/6 S. 119

Schreiben des BVerfG vom 01.09.2011; Az.: 1 BvL 8/11 - Normenkontrollverfahren zu § 21 Satz 2 des Gesetzes betreffend die Staatliche Kreditanstalt Oldenburg wegen Selbsttitulierungsrecht in der Zwangsvollstreckung

//
s. *Vollstreckung von Forderungen*
PIPr 15/12 S. 453

Schreiben des BVerfG vom 20.10.2011, Az.: 1 BvF 4/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

s. *Staatsvertrag*
PIPr 15/19 S. 841

Ein neues NPD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht und wirksames staatlich/bürgerschaftliches Handeln gegen den Rechtsextremismus

Aktuelle Debatte
s. *Extremismus*
PIPr 15/20 S. 898

Professorenbesoldung in BW nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Umgang mit der o.g. Entscheidung zur Professorenbesoldung in Hessen, Beurteilung der Angemessenheit der Besoldung im Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/1289

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur W-Besoldung in Hessen - Konsequenzen für BW?

Konsequenzen für die Professoren- und Beamtenbesoldung in BW?

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/1309

Schreiben des BVerfG vom 18.01.2012, Az.: 2 BvE 7/11 - Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

//
s. *Parlamentarische Anfrage*
PIPr 15/29 S. 1529

Schreiben des BVerfG vom 19.01.2012, Az.: 2 BvE 2/11 - Organstreitverfahren von vier Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

änkter Beantwort
s. *Parlamentarische Anfrage*
PIPr 15/29 S. 1529

Schreiben des BVerfG vom 14.02.2012, Az.: 1 BvR 2297/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Enteignung und vorzeitige Besitzeinweisung nach dem Baden-Württembergischen Ethylen-Rohrleitungsgesetz

s. *Gasleitung*
PIPr 15/32 S. 1699

Schreiben des BVerfG vom 20.02.2012, Az.: 2 BvE 4/07 - Organstreitverfahren eines Mitglieds des Bundestages und der Bundestagsfraktion DIE LINKE gegen den Bundesminister des Innern und die Bundesregierung wegen Beobachtung von Mitgliedern des Bundestages durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

obachtung von Mi
s. *Verfassungsschutz*
PIPr 15/32 S. 1699

Schreiben des BVerfG vom 19.04.2012, Az.: 1 BvR 458/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Untersagung einer Veranstaltung am Karfreitag nach Art 3 Abs 2 des bayerischen Feiertagsgesetzes

s. *Sonn- und Feiertage*
PIPr 15/37 S. 1971

Zwangsweise Unterbringung und Zwangsbehandlung in BW
Entwicklung der o.g. Zahlen seit 2007 und Möglichkeiten zu deren Reduzierung; Umgang mit einem Verbot der (psychiatrischen) Zwangsbehandlung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Frage nach einer gesetzlichen Neuregelung

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1767

Verzicht der EnBW auf Verfassungsbeschwerde

Frage nach einer Einflussnahme des Aufsichtsrats oder des MinPräs auf die Entscheidung des EnBW-Vorstands gegen eine Verfassungsbeschwerde gegen die 13. Atomgesetz-Novelle beim BVerfG mit der Begründung mangelnder Grundrechtsfähigkeit, Beurteilung der juristischen Einschätzung und der Erfolgsaussichten von Entschädigungszahlungen aufgrund einer eigenen

Verfassungsbeschwerde oder aufgrund eines Erfolgs der klagenden Konkurrenten

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2200

Schreiben des BVerfG vom 19.10.2012, Az.: 2 BvR 1561/12, 2 BvR 1562/12, 2 BvR 1563/12 und 2 BvR 1564/12 - Verfassungsbeschwerden gegen die Filmabgabe

s. *Film*
PIPr 15/52 S. 2993

Schreiben des BVerfG vom 30.07.2013, Az.: 2 BvF 1/13 - Normenkontrollverfahren gegen Vorschriften des Maßstäbengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen

ungen//
s. *Länderfinanzausgleich*
PIPr 15/76 S. 4586

Schreiben des BVerfG vom 10.06.2014, Az.: 1 BvL 5/13, 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14 und 1 BvL 5/14 - Normenkontrollverfahren gegen die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes und die einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften über die zentrale Vergabe von Studienplätzen im Auswahlverfahren

iften über die z
s. *Studienplatz*
PIPr 15/105 S. 6243

Schreiben des BVerfG vom 31.07.2014, Az.: 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09 und 1 BvR 3187/10

- Verfassungsbeschwerden gegen landesrechtliche Vorschriften zur Erfassung und zum Abgleich von Kfz-Kennzeichen (Art 33 und 38 BayPAG, § 22 a PolG BW, §§ 14 a, 22 HSOG)

8 BayPAG, § 22 a
s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*
PIPr 15/107 S. 6367

Neuordnung der Erbschaftsteuer

Sachstand zu Steueraufkommen und Reformen der Erbschaftsteuer; Bewertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der Reformvorschläge des Bundesfinanzministeriums; Ausgestaltungsmöglichkeiten bei der Neuordnung der Erbschaftsteuer

Antr
s. *Erbschaftsteuer*
Drs 15/6556

Schreiben des BVerfG vom 9. März 2015, Az.: 1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13 und 1 BvR 1874/13 - Verfassungsbeschwerde gegen den Glücksspielstaatsvertrag und landesrechtliche Vorschriften zum Glücksspielwesen (SpielhG Bln, BayAGGlüStV, SSpiegelhG)

lwesen (SpielhG
s. *Glücksspiel*
PIPr 15/125 S. 7509

Position der LReg zur rückwirkenden Erhebung von Kommunalabgaben, die auf Jahrzehnte zurückliegende Sachverhalte Bezug nimmt

Schlussfolgerungen der LReg mit Blick auf die Rechtslage in BW aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 5. März 2013 zur Verfassungswidrigkeit unbegrenzt festsetzbarer Kommunalabgaben, insbes Planungen zur Änderung des Kom-

munalabgabengesetzes

KlAnfr

s. *Kommunalabgaben*

Drs 15/6940

Kopftuchverbot

Auswirkung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot auf die Geltung und Einhaltung von § 38 des Schulgesetzes für BW

MdlAnfr

s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*

Drs 15/7399

Schreiben des BVerfG vom 08.10.2015, Az.: 1 BvR 354/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 7 des Kindertagesbetreuungsgesetzes wegen des Verbots des Tragens einer religiös motivierten Kopfbedeckung

s. *Kindertagesbetreuungsgesetz*

PIPr 15/142 S. 8475

Schreiben des BVerfG vom 14.12.2015, Az.: 1 BvR 176/15 - Verfassungsbeschwerde gegen die Erhebung eines Wasserversorgungsbeitrags

s. *Wasserversorgung*

PIPr 15/148 S. 8857

Bundesverkehrsministerium (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur)

s. *Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur*

Bundesverkehrswegeplan

s. *Verkehrsplanung*

Bundesversammlung

Wahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der 15. Bundesversammlung

PIPr 15/28 01.03.2012 S. 1521-1527

Bundesverwaltungsgericht

Dienstpostenbewertungen bei der Polizei

Auswirkung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, insbes auf die Stellenbewertung im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst sowie vorzunehmende Regel- und Anlassbeurteilungen

MdlAnfr

s. *Polizeibeamter*

Drs 15/6895

Bundeswasserstraße

Wassertourismus in BW

Sachstand zum Wassertourismus in BW, insbes Badewasserqualität, Binnen- und Fließgewässerqualität, Fördermaßnahmen und Qualitätssiegel für Wassertourismus, Sportunfälle in Gewässern, Auswirkungen des Klimawandels, Rückzug des Bundes aus der Eigentümersicherungspflicht bei „Sonstigen Wasserstraßen“ des Bundeswasserstreckennetzes

Antr

s. *Tourismus*

Drs 15/6591

Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen

Sachstand zum Ausbau des Neckars bis Plochingen, insbes Umsetzung der Vereinbarung von Bund und Land aus dem Jahr 2007, Zeitplan für Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen

Antr

s. *Schleuse*

Drs 15/7298

Bundeswasserstraße Neckar

s. *Neckar*

Bundeswasserweg

s. *Bundeswasserstraße*

Bundeswehr

s.a. *Kaserne*

s.a. *Militärische Infrastruktur*

Neuordnung des Katastrophenschutzdienstes und Auswirkungen der geplanten Strukturreform der Bundeswehr

Auswirkungen des neuen Katastrophenschutzkonzepts auf die Arbeit und Kosten von freiwilligen Helferorganisationen, Gewährung eines Ausgleichs für die Mehrkosten; Kompensation des Wegfalls von Bundeswehrressourcen im Katastrophenfall durch die o.g. Strukturreform, Bedeutung des Technischen Hilfswerks in Katastrophenfällen, Kompetenzverteilung zwischen dem Land und THW

Antr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/352

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Intensität und Qualität der Katastrophenschutzübungen, Zusammenarbeit der Behörden und Organisationen, Bewertung der Ressourcen der Bundeswehr

GrAnfr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/603

Maßnahmen der LReg iRd Bundeswehrreform

Auswirkungen der anstehenden Bundeswehrreform für die betroffenen Soldaten, Zivilbeschäftigten, Kommunen und LKreise; Eintreten für den Erhalt von Standorten und Dienstposten, insbes im ländlichen Raum, sowie für eine Abfederung möglicher Standortschließungen oder -reduzierungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 04.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/636

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/940 S. 10 11

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Gespräch des Innenministers am 20.09.2011 in Berlin

Inhalte und Ergebnisse des o.g. Gesprächs über die Bundeswehrstrukturreform im Verteidigungsministerium

MdlAnfr 4) Matthias Präfrock CDU 10.10.2011 Drs 15/607

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 640-642

Unterstützung des Personalwesens der Bundeswehr durch die LReg

Unterstützung der Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren oder Reservisten an Schulen bzw der Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung der Bundeswehr; Zahl der als Reservisten beorderten Landesbediensteten, Unterstützung der Ableistung von Wehrübungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 22.12.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/1076

BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 19 20

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Haushalt 2012; Epl 08

Mittelbereitstellung für Konversionsmaßnahmen für die von Standortschließungen der Bundeswehr im ländlichen Raum betroffenen Gemeinden

Haushalt

s. *Konversion*

Drs 15/1108

Fluglärm in der Region Ulm

Entwicklung der Fluglärmbelastung durch Militärflugzeuge in der Region Ulm sowie der entsprechenden Beschwerden bei der Bundeswehr u.a. Stellen; Initiativen zur Minimierung des Fluglärms

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1490

Die Konversion gestalten - Planungen des Bundes

Hinwirkung auf eine finanzielle Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an den Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der ehemaligen Standorte der Bundeswehr, der US-Armee und der Nato-Truppen; Vorlage eines Zeitplans für die geplanten Schließungen der Bundeswehrstandorte; Eintreten für eine Neufassung des Auftrags der BImA unter Berücksichtigung der schwierigen Verwertbarkeit der Liegenschaften im ländlichen Raum

Antr

s. *Konversion*

Drs 15/1499

Zutrittsverbot für Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen?

Beurteilung der o.g. Forderung der Grünen Jugend BW bzw des Auftrags und der Bedeutung der Bundeswehr, insbes auch für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und das Konzept der politischen Bildung in Gestalt des Staatsbürgers in Uniform; Maßnahmen zur Ermutigung junger Menschen zum Dienst in den Streitkräften oder im Bundesfreiwilligendienst; Stellenwert der Themen „Bundeswehr“ bzw „Landesverteidigung“ im Schulunterricht

Antr CDU 31.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1787

PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3430-3438

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum

Grundlagen, Ziele, Auswahlverfahren und Kosten des in Auftrag gegebenen externen Gutachtens; Bewertung des Vorkaufsrechts der Kommunen für freiwerdende Liegenschaften; Erfahrungen mit der Konversion von Flächen nach dem Abzug internationaler Truppen; Ziele und Förderrahmen für die Konversionsräume einschließlich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung; Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRd Polizeireform; Gewichtung strukturpolitischer Gesichtspunkte bei

der Preisgestaltung für Bundeswehrliegenschaften

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 13.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1834

BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 58-60

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr

s. *Konversion*

Drs 15/1962

Konversion von Bundeswehrstandorten in BW - der Bund lässt die Kommunen im Stich

Aktuelle Debatte

s. *Konversion*

PIPr 15/40 S. 2171

Unterstützung der von der Bundeswehrreform besonders betroffenen Kommunen des Ländlichen Raums

Unterstützung bei Konversionsmaßnahmen und Nachfolgenutzungen der frei werdenden Areale, Beteiligung der Bürger vor Ort am Konversionsprozess

Antr

s. *Konversion*

Drs 15/2555

Landesregierung und Bundeswehr - Klarheit ist notwendig

Ankündigung einer Prüfung der Kooperationsvereinbarung des KM mit der Bundeswehr sowie einer Einbindung „privater Friedensorganisationen“ im Schulunterricht auf Drs 15/1787, Umgang mit der erneuten Forderung der Grünen Jugend nach einem Zutrittsverbot für Jugendoffiziere an den Schulen sowie mit deren Zusammenarbeit mit linksextremistisch beeinflussten Organisationen

Antr CDU 24.10.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2557

PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3430-3438

LReg und Bundeswehr - noch immer keine Klarheit

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land BW; Haltung der LReg gegenüber der Kooperation; „bewährte Kooperation“ oder „Weiterentwicklung“ der Kooperationsvereinbarung; Ergebnisse der seit 2013 mit Vertretern der Bundeswehr geführten Gespräche; Beschluss „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Ende 2012; Artikel „Kein Werben für's Sterben“ in der Zeitschrift des Landeselternbeirats; schulrechtliche Bewertung des Musterantrags „Antrag auf Freistellung vom Unterricht durch Bundeswehr-Vertreter“ von terre des hommes

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 18.02.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4790

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 24.09.2014 Drs 15/6338

S. 79-81

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Bundeswehrkaserne

s. Kaserne

Bundeswehrreform

s. Bundeswehr

Bund-Länder-Programm Stadtumbau West

Finanzierung von Konversionsaufgaben iRd Städtebauförderprogramms und des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR)

Zahl der den zuständigen Ministerien vorliegenden Anträge; Anzahl der Anträge von Kommunen mit militärischen Konversionsarealen; Höhe des beantragten Finanzvolumens; Anzahl der im Jahr 2013 erteilten Förderzusagen; Anzahl der abschlägig beschiedenen Anträge; Vorrangigkeit der Konversion militärischer Liegenschaften; Gewichtung der Konversionsmaßnahmen unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände; Aufstockung des Städtebauförderprogramms und des ELR für Konversionsaufgaben

Antr

s. *Konversion*

Drs 15/3908

Bund-Länder-Verhältnis

s. *Föderalismus*

Bund-Länder-Verwaltungsabkommen

s. *Verwaltungsabkommen*

Bure (Meuse)

Teilnahme des Landes am Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zum Endlager Bure

Stand der Planungen und Erkundungen zum geplanten französischen Atommüllendlager Bure, insbes Informationen zum Sicherheitskonzept und die Möglichkeiten einer Teilnahme von BW an dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren der Nationalen Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle (L'Agence nationale pour la gestion des déchets radioactifs - ANDRA); Vernetzung und Wissensaustausch von BW mit Frankreich zur Endlagerthematik

Antr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/3153

Burg Hohen Neuffen

Touristische Bedeutung der Burg Hohen Neuffen

Bedeutung als Kulturdenkmal in BW; Beurteilung der Möglichkeit für ein Hinweisschild entlang der A 8

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 27.07.2011 und Antw

MVI Drs 15/361

Burger, Klaus MdL CDU

Eintritt des Abg Klaus Burger

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2321

Burkheim am Kaiserstuhl

Integriertes Rheinprogramm Abschnitt Breisach-Burkheim

Sachstand zum Umgang mit der Umweltverträglichkeitsstudie iRd Integrierten Rheinprogramms für den Abschnitt Breisach-Burkheim, insbes Präferenz der LReg für Einführung von ökologischen Flutungen gegenüber der „Ökologischen Schlutenlösung Plus“

KlAnfr

s. *Integriertes Rheinprogramm*

Drs 15/7579

Burladingen

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die zukünftige Nutzung der Burg Holstein in Burladingen-Stetten u.H.

Kulturhistorische Bedeutung, Überlegungen zur weiteren Nutzung und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für Burg Hölstein (Ruine Holstein) in der Gemeinde Burladingen

KlAnfr

s. *Baudenkmal*

Drs 15/7563

Burschenschaft

s. *Studentische Verbindung*

Burundi

Partnerschaft mit Burundi

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr SPD 23.11.2011 und Stellungnahme StM, MFW, KM, MLR und MWK Drs 15/909

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1614-1621

Verhandlungen mit der Republik Burundi

Stand der Gespräche mit der Republik Burundi zur Vertiefung der Partnerschaft, insbes Inhalte und Ziele sowie Einbindung von Parlament und Öffentlichkeit

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 08.07.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3750

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.10.2013 Drs 15/4324 S. 92 93

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Entschließung zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes - globale Verantwortung übernehmen

Unterstützung der entwicklungspolitischen Leitlinien, der Millennium-Entwicklungsziele und der Global Marshall Plan Initiative; Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dessen Organisationen; Weiterführung des parteiübergreifenden entwicklungspolitischen Engagements; Unterstützung der mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW und entwicklungspolitisch orientierten Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten entwicklungspolitischen Ansätze; Partnerschaft des Landtags mit dem Parlament von Burundi

Antr
s. *Entwicklungszusammenarbeit*
Drs 15/4083

Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Beteiligung Baden-Württembergs und Ausgestaltung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015, insbes Kofinanzierung von Maßnahmen, Einbindung der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit und der Partnerschaft mit Burundi

Antr
s. *Europäisches Jahr*
Drs 15/5276

„Fairtrade-Towns“ in BW

Beteiligung, Erfolge und Unterstützung der Initiativen „Fairtrade-Towns“ zur Förderung des fairen Handels auf kommunaler Ebene sowie der Initiative „Fairtrade-Universities“ im Hochschulbereich in BW; Berücksichtigung der Partnerschaft mit Burundi

Antr
s. *Fairer Handel*
Drs 15/5640

Den Hunger in der Welt stillen

Ursachen und Entwicklung von Hunger und Mangelernährung; Maßnahmen der LReg zur Verbesserung der Ernährungssituation in von Hunger und Mangelernährung betroffenen Regionen, insbes im Partnerland Burundi

Antr
s. *Hunger*
Drs 15/6192

Entwicklungszusammenarbeit in BW

Sachstand zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes BW, insbes Auswirkungen auf Arbeitsstrukturen innerhalb des Landes der entwicklungspolitischen Förderlandschaft, Stellenwert und Arbeitsschwerpunkte der landeseigenen Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg, Maßnahmen in der entwicklungspolitischen Partnerschaft mit Burundi, inhaltliche Begleitung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015

Antr
s. *Entwicklungszusammenarbeit*
Drs 15/6747

Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi

Sachstand zur Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi, insbes prioritäre Ziele für das Jahr 2015, Aufgaben und Finanzierung der Burundiservicestelle der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ), Partnerschaften und Kooperationen zwischen baden-württembergischen und burundischen Institutionen und Körperschaften, Zusammenarbeit auf der Ebene von Behörden und staatlichen Einrichtungen, Fördervolumen und Kontrolle partnerschaftlicher Projekte, Vermittlung der Partnerschaft in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bildungsplan der Schulen

Antr Petra Häffner u.a. GRÜNE 30.06.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/7076 (12 S.)

Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Sachstand zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, insbes Anpassung der entwicklungspolitischen Leitlinien, Erhöhung der Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit, Bekämpfung von Fluchtursachen, Berücksichtigung bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit Burundi, Rolle der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung der Agenda

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/7537

Busförderung

s. *Omnibus*

Bushaltestelle

s. *Haltestelle*

Business Improvement Districts

s. *Stadtentwicklung*

Bußgeld

s. *Geldbuße*

Bußgeldstelle

s. *Straßenverkehrsbehörde*

Busverkehr

s. *Omnibus*

BVerfG

s. *Bundesverfassungsgericht*

BVerwG

s. *Bundesverwaltungsgericht*

BW AGBMG

s. *Baden-württembergisches Ausführungsgesetz zum Bundesmeldegesetz*

BWI

s. *Wirtschaftsfördergesellschaft BW International*

BWPatMobG

s. *Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz*

BWS

s. *Wertschöpfung*

BzG BW

s. *Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg*

Calw

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Aktuelle Diskussion um die Hermann-Hesse-Bahn und eine Verlängerung der S-Bahn-Linie 6 bis Calw

Ergebnis der Standardisierten Bewertung der geplanten Hermann-Hesse-Bahn im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur; Bewertung des Vorschlags bezüglich einer Verlängerung der S-Bahn-Linie 6 in den Raum Calw

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/6476

Kompromiss zur Hermann-Hesse-Bahn

Sachstand und Zeitplan des Stufenkonzepts für die Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn zwischen Calw und Renningen

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/7193

Calw, Landkreis

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKreis Calw erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/376

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum - Motor für den LKreis Calw

Höhe der seit 2006 bewilligten ELR-Mittel für Vorhaben von Kommunen, Gastronomie, Handwerk und Mittelstand; Umfang der ausgelösten Investitionen, von erhaltenen und geschaffenen Arbeitsplätzen; Auswirkungen der angekündigten Umgestaltung der Förderkriterien, insbes Verlust der Förderfähigkeit von bisher bewilligten Maßnahmen

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/415

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Calw

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen

Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1367

Nutzung landeseigener Gebäude im LKreis Calw

Auflistung o.g. Gebäude und deren Nutzung, Unterbringung von Polizeidienststellen in leerstehenden landeseigenen Gebäuden

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/1392

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr
s. *Nordschwarzwald, Region*
Drs 15/1644

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Calw

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1804

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Calw

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2241

Investitionsförderung der Krankenhäuser im LKreis Calw

Rechtsgrundlagen der Investitions- und Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser in BW; Daten zur Entwicklung der stationären Plätze im Land und im LKreis Calw; differenzierte Daten zu Landesinvestitionen in die Krankenhäuser im LKreis Calw

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2903

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Calw

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2924

Kunst in Kreisverkehren - der Würzbacher Hirsch muss zurück!
Haltung der LReg zur Beseitigung von Kunst in Kreisverkehren; Rückführung des Kunstwerks „Würzbacher Hirsch“ auf den Kreisverkehr der K 4325 im LKreis Calw

KlAnfr
s. *Kunstwerk*
Drs 15/3048

Ganztagschulen im LKreis Calw

Zahlen und Genehmigungsverfahren von Anträgen auf Einrichtung einer Ganztagschule im LKreis Calw; Ablehnungsgründe für den Antrag der Gemeinde Gechingen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/3503

Situation der Asylbewerber im LKreis Calw

Zahl der Asylsuchenden im Zeitraum von 2011 bis 2013; Anzahl der abgelehnten/bewilligten Anträge auf Asyl; Ausreise und Rückführung von Asylbewerbern in ihre Heimatländer; Entwicklung der Krankenhilfekosten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/3894

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Calw

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Calw, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4304

Wie steht die LReg zur künftigen Struktur der Kreiskliniken im LKreis Calw?

Haltung der LReg zu Standorten und künftiger Struktur der Kreiskliniken im LKreis Calw

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4455

Schienepersonennahverkehr zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung des Schienepersonennahverkehrs zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Fahrplanwechsel ohne zusätzliche Verbindungen am Abend und am Wochenende; Benachteiligung Pforzheims bei den Spätverbindungen im Vergleich zu anderen regionalen Oberzentren; Streichung der Spätverbindung von Pforzheim in den Calwer Raum

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4494

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Calw

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Calw

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4780

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Fachklassen für das Handwerk im Kreis Calw erhalten

Situation der Fachklassen der Berufsschulen im LKreis Calw und außerhalb, insbes Angebot an Berufsbildern im Handwerk, „Bonus“ für Klassengrößen im ländlichen Raum, Beschulung im Ausbildungsberuf Zerspannungsmechaniker

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5788

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand im Verfahren zur Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen, insbes Eingang des Förderantrags, Haltung des Verkehrsministeriums, Auswirkung auf die S 6 und S 60, Durchführung eines Stress-tests, Kosten für die Ertüchtigung des Bahnhofs Renningen, Lärmschutzertüchtigungsmaßnahmen, Alternativen zur verkehrlichen Anbindung des LKreises Calw an Stuttgart

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5932

Straßenverkehrsvorhaben im LKreis Calw

Sachstand zu Straßenverkehrsvorhaben im LKreis Calw, insbes Zustandserhalt der Bundesstraße 28, Ausbau der Landesstraße 353

KlAnfr

s. Straßenbau
Drs 15/6702

Naturschutz bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw

Sachstand zur Einhaltung der Naturschutzbestimmungen bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw, insbes Missachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb

KlAnfr
s. Naturschutz
Drs 15/6846

Auswirkungen der Polizeireform auf den LKkreis Calw
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1264 1271 1272

Camping

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 23.09.2013 und Antw MLR
Drs 15/4073 (23 S.)

Cannabis

s. Suchtstoff

Cannstatter Volksfest

s. Volksfest

Carbon Dioxide Capture and Storage

s. CO₂-Abscheidung und -Speicherung

CCS-Technologie

s. CO₂-Abscheidung und -Speicherung

CDU

s. Christlich Demokratische Union Deutschlands

CEC

s. Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz

Centre Europeen de la Consommation

s. Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz

CETA-Abkommen

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW
Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche

Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 18.12.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/6292 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 05.03.2015 Drs 15/6733 (dazu ÄAntr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU) S. 43-47
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Chancengerechtigkeit

s. Chancengleichheit

Chancengleichheit

Weibliche Repräsentanz an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in BW

Anteil der weiblichen Studierenden, des weiblichen Personals und der Hochschullehrerinnen; geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Rektorate, Hochschulräte und Senate; Anteil des weiblichen Personals in den Leitungsorganen und Gremien; Gewährleistung der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie; Ermutigung von Studentinnen zu leitenden Tätigkeiten im Beruf; Potenzial der für Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung geeigneten Absolventinnen

Antr
s. Frauenquote
Drs 15/2654

Kann Bildung „gerecht“ sein?

Erreichung von mehr „Chancengleichheit“ im baden-württembergischen Schul- und Bildungssystem durch das mehrgliedrige Schulsystem bzw die Gemeinschaftsschule; Möglichkeiten der Entkoppelung sozialer Unterschiede der Schüler bzw deren sozialer Herkunft zugunsten einer erfolgreichen Schullaufbahn durch schulischen Unterricht; Vergleich des Schulerfolgs verschiedener Bildungssysteme mit dem Ziel der Erreichung sozialer Bildungsgerechtigkeit

Antr
s. Bildung
Drs 15/4097

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habilitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr
s. Frau
Drs 15/4244

Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes

Stand der Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes; erwartete Zusatzkosten für die Umsetzung der Änderungen

MdlAnfr
s. Gleichberechtigung
Drs 15/5114

Chancengleichheit im Arbeitsleben in BW

Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Geschäftsinhabern bzw Geschäftsführern; Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Transferempfängern in der erwerbsfähigen Bevölkerung und Ursachen; Umgang mit etwaiger Benachteiligung von Männern in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder in Bereichen des öffentlichen Dienstes; Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Wahl der Chancengleichheitsbeauftragten

Antr Friedlinda Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.05.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5249

BeschlEmpf und Bericht SozA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 23 24

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Gleiches Geld für gleiche Arbeit - ein Entgeltgleichheitsgesetz als Antwort auf die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben

Aktuelle Debatte

s. *Gleichberechtigung*

PIPr 15/124 S. 7490

Chancengleichheitsbeauftragte

Sachstand zur Neuregelung des Chancengleichheitsgesetzes, insbes Regelungen in Bezug auf die Bestellung und Aufgaben von Chancengleichheitsbeauftragten in den anderen Bundesländern, Kostenverteilung zwischen Land und Kommunen, Auswirkungen auf die Selbstverwaltungshoheit der Kommunen, zusätzliche Einrichtung von kommunalen Diversity-Beauftragten

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 15.04.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6735 (15 S.)

Bilanzbericht zum Chancengleichheitsgesetz (2009 bis 2013)

Mittlg LReg 23.09.2015 Drs 15/7380 (58 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 12.11.2015 Drs 15/7675

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw LReg 13.10.2015 Drs 15/7555 (75 S.)

1. Beratung PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8460-8465

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/7704

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.11.2015 Drs 15/7759

2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8559-8565

GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7784

GBI 2015 Nr. 22 S. 1047-1055 (Ges vom 01.12.2015)

Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW (Chancengleichheitsgesetz - ChancenG) und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW, insbes Ablösung des bisherigen Chancengleichheitsgesetzes aus dem Jahr 2005, gezielte Förderung des beruflichen Vorankom-

mens von Frauen in der Verwaltung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Pflegeaufgaben und Beruf für Frauen und Männer, Verpflichtung zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in Stadt- und Landkreisen und Städten ab 50.000 Einwohnern, Stärkung der Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit

GesEntw

s. *Gleichberechtigung*

Drs 15/7844

Chancengleichheitsgesetz

s. *Gleichberechtigung*

Chefarzt

s. *Arzt*

Chemieabfall

s. *Sonderabfall*

Chemieindustrie

s. *Chemische Industrie*

Chemiemüll

s. *Sonderabfall*

Chemieprodukt

s. *Chemikalie*

Chemiewerk

s. *Chemische Industrie*

Chemikalie

s.a. *Duftstoff*

s.a. *Kunststoff*

s.a. *Multiple chemische Sensibilität*

s.a. *Ozon*

s.a. *Pflanzenschutzmittel*

s.a. *Stickoxide*

Multiple Chemikalien Sensitivität (MCS)

Erkenntnisse über die o.g. Erkrankung als Reaktion des zentralen Nervensystems gegenüber Chemikalien und Umweltschadstoffen, Art und Ausmaß der Beteiligung von Duftstoffen, Entwicklung der Zahl von Betroffenen in den letzten fünf Jahren, Gründe für die bisherige Nichtanerkennung von den Sozialversicherungsträgern; Schritte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit MCS

KIAnfr

s. *Multiple chemische Sensibilität*

Drs 15/777

Chemische Behandlung von Überseecontainern

Internationale Rechtslage zur Begasung von Frachten und Transportmitteln, Intensität und Ergebnisse von Schadstoffmessungen, Überprüfung der Einhaltung der Technischen Regelung für Gefahrstoffe, Bewertung von Gesundheitsrisiken, Aufklärung und Beratung der betroffenen Unternehmen

Antr
s. *Container*
Drs 15/2119

Auswirkungen der europäischen REACH-Verordnung

Ziele, Umsetzung und Auswirkungen der EU-Chemikalienverordnung REACH in BW, insbes erreichtes Schutzniveau, Nutzung von Verbraucherrechten, wirtschaftliche Folgen für Unternehmen und Betriebe sowie Anzahl der Verstöße; notwendige Veränderungen bei einer Fortschreibung der Verordnung

Antr
s. *REACH-System*
Drs 15/3339

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbadischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/5575

PFC-Funde im Raum Nordbaden; weitere Entwicklung

Sachstand zur Belastung mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) im Raum Nordbaden, insbes Untersuchungsergebnisse der Sachverhaltsermittlung, landesweite Situation bei der Entsorgung von Papierschlämmen, Sicherstellung der Erstattung der notwendigen Sanierungskosten, Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6158

Auswirkungen von REACH-Zulassung „besonders besorgniserregender Stoffe“

Zulassung von „besonders besorgniserregenden Stoffen“ (substances of very high concern, SVHC) iRd Umsetzung der REACH-Verordnung, insbes Unsicherheiten bei der Zulassung von Azodikarbonsäureamid (ADCA) und Auswirkungen einer Nicht-Zulassung

KlAnfr
s. *REACH-System*
Drs 15/6160

Sanierungsplan PFC-Belastung in Mittelbaden

Sachstand des Sanierungsplans zur per- und polyfluorierten Chemikalien-Belastung (PFC-Belastung) in Mittelbaden, insbes Sanierungsvorüberlegungen, Ursachenforschung, weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und des Bodens, Zuständigkeitsregelung bei den Behörden

KlAnfr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6258

Verpressung giftiger Chemikalien bei der Anwendung von Fracking zur Gasförderung, Verhinderung dieser Methode in Deutschland

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2314-2318

Chemikalienrecht

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel

Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/4084

Chemikalienüberempfindlichkeit

s. Multiple chemische Sensibilität

Chemische Industrie

s.a. Chemikalie

Erdbebengefährdung Ernst nehmen und Erdbebensicherheit gewährleisten

Beurteilung der Erdbebengefahr in BW und der Schweiz, insbes für Chemiestandorte, Kernkraftwerke u.a. sicherheitsrelevante Anlagen, sowie für die Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle; Bedeutung und Ausstattung des Landes-erdbebendienstes im Vergleich mit Einrichtungen in Frankreich und der Schweiz

Antr
s. *Erdbeben*
Drs 15/295

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel

Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/4084

Chemische Verbindung

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Neue Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A
Beurteilung und Konsequenzen aus der neuen Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), insbes Bewertung des seit dem 1. Januar 2015 in Frankreich geltenden generellen Verbots von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen

KlAnfr
s. *Gesundheitsschädlicher Stoff*
Drs 15/6597

Chemischer Abfall

s. *Sonderabfall*

Chemischer Betrieb

s. *Chemische Industrie*

Chemisches Produkt

s. *Chemikalie*

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt

s. *Untersuchungsamt*

Chemisches Untersuchungsamt

s. *Untersuchungsamt*

China

Wettbewerbschancen nutzen statt Klientelpolitik zu fordern - kein Handelskrieg mit China!

Aktuelle Debatte
s. *Wettbewerb*
PIPr 15/72 S. 4301

Ausländische Patentanmeldungen in Deutschland und in BW
Zahl von Patentanmeldungen aus Ostasien (insbes aus China, Japan und Korea) in Europa und Deutschland, insbes betroffene Branchen; Entwicklung der durch ostasiatische Patentanmeldungen entstandenen Patentstreitigkeiten sowie Auswirkungen auf die baden-württembergische Industrie

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/4267

Weinhandelsstreit

Situation des Weinhandelsstreits der Europäischen Union mit China, insbes Auswirkungen auf den baden-württembergischen Weinexport, Maßnahmen der LReg zur Beilegung des Streits

Antr
s. *Wein*
Drs 15/5285

Exportstärke der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Situation und Entwicklung beim Export von Agrarerzeugnissen und Ernährungsprodukten aus Deutschland und BW, insbes Anteile der Exportmärkte EU, USA und China; organisatorische Unterstützung des Agrarexports in BW und den anderen deutschen Flächenländern; Auswirkung des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens auf Agrarexport

Antr
s. *Agraraußenhandel*
Drs 15/5557

Beklagung der Herkunft der meisten Solarmodule aus China, Verweisung auf deren Produktion mit Maschinen aus BW
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 181

Herstellung der Solarmodule in China mit Maschinen aus BW
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1055

Engagement der Chinesen in Afrika vor allem mit dem Ziel der Ausbeutung von Bodenschätzen
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1615

Eindämmung des Imports von Grabsteinen aus China, Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2082 2083

Eindämmung des Imports von Grabsteinen aus China, Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit
PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2166

Chirurgie

s.a. *Transplantationsmedizin*

Adipositas bei Kindern und Erwachsenen

Entwicklung der Zahlen und Kosten von stark übergewichtigen Patienten unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Darlegung von präventiven Maßnahmen und Behandlungsmethoden, Kosten und Nutzen von Magenverkleinerungen, insbes Gewichtung der erzielbaren Reduzierung von Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck

KlAnfr
s. *Übergewicht*
Drs 15/846

Chirurgischer Eingriff

s. *Chirurgie*

Chor

s.a. *Musiker*
s.a. *Musikverein*

Streichung von Lehrerstunden für Arbeitsgemeinschaften an den Schulen durch die Schulverwaltung

Begründung, Umfang und betroffene Schularten der Streichung des ergänzenden Unterrichtsangebots an Förderstunden für Schulchor, Musik AG, Theater AG u.a.; Rücknahme der vorgenommenen Streichungen

Antr
s. *Arbeitsgemeinschaft*
Drs 15/433

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Lieds“; Musikunterricht als Mittel zur Integration jun-

ger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/2058

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr
s. *Laienmusik*
Drs 15/3137

Christentum

s.a. Kirche

Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen

Darlegung der Bestattungsformen nach dem Islam, dem Judentum, der Orthodoxie und dem Christentum; Unvereinbarkeit von Bestattungsritualen ohne Sarg und ewiges Ruherecht mit der geltenden Rechtslage; Umgang anderer BLänder und EU-Staaten mit kulturell und religiös begründeten und vom Christentum abweichenden Bestattungsritualen

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/1654

Schule „Profil C“ nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) im LKreis Esslingen

Umsetzung der Anforderungen der staatlich vorgegebenen Richtlinien und Bildungspläne sowie der an die Schulbildung gestellten verfassungsrechtlichen Grundsätze durch die nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) arbeitende Schule „Profil C“ im Landkreis Esslingen, insbes Auswahl und Qualifikation der eingesetzten Lehrkräfte, Lernerfolg und Bildungsniveau der Schüler, Qualität und staatliche Anerkennung der angebotenen Schulabschlüsse, Zusammenarbeit der Schule mit den staatlichen Schulbehörden

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/3918

Situation der Aramäer und anderer Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak

Sachstand zur Lage der orientalischen Christen und Jesiden in Syrien und im Irak; Einsatz der LReg für Flüchtlinge dieser Bevölkerungsgruppen, insbes Aufnahme und Betreuung in BW

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6866

Bewahrung der Schöpfung aus der Sicht des christlichen Glaubens

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 562-564 569

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Vorwürfe der Ministerin für Integration an die Adresse der CDU-Fraktion

Äußerungen der Integrationsministerin Bilkay Öney gegenüber türkischsprachigen Medien und deren Wiedergabe; Anfeindung der Integrationsministerin durch die CDU-Fraktion aufgrund ihrer Herkunft und ihres Eintretens für die doppelte Staatsbürgerschaft; Fremden- bzw. Türkenfeindlichkeit der CDU

KlAnfr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3825

Fortdauer der Veröffentlichung von ehrabschneidenden Äußerungen der Integrationsministerin über die Christlich Demokratische Union im Internet - was unternimmt die LReg?

Frage des unerlaubten Zitats von Äußerungen der Integrationsministerin in den Medien; Adressaten der Bemerkungen über die CDU-Landtagsfraktion und über einen „tiefen Staat“; Unterscheidung zwischen dienstlichen und privaten Äußerungen der Ministerin Bilkay Öney; Interventionen bei den Medien wegen der Veröffentlichung unautorisierter Äußerungen; Erkenntnisse über das Vorliegen von Straftatbeständen; Forderung nach einer Gegendarstellung; Wunsch nach der Überlassung eines Mitschnitts der Äußerungen der Integrationsministerin

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3989

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr
s. *Umfrage*
Drs 15/4705

Christliche Kirche

s. Kirche

Chronische Krankheit

s. Krankheit

City

s. Stadtzentrum

City-Maut

s. Straßenbenutzungsgebühren

Cluster

Standortentscheidung Daimler-Testzentrum für Elektro- und Hybridfahrzeuge

Beurteilung o.g. Planung und der zur Entscheidung der Konzernleitung konkurrierenden Standorte, Eintreten für eine Berück-

sichtigung vorhandener Kompetenzcluster

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/78

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungskluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/84

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Bedeutung und Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen, insbes beim Technologietransfer mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen; Steigerung der Innovationsfähigkeiten von Unternehmen durch Förderung von „Unternehmens-Clustern“

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

BW als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit

Art, Umfang und Akteure der Förderung o.g. Ziele an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Darstellung der Clusterbildung und Vernetzung mit der Wirtschaft und Verbänden; Höhe und Herkunft der Drittmiteleinwerbung an den Hochschulen seit 2007; Bedeutung der Profilbildung, der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des studentischen Engagements für die Ausrichtung von Hochschulen an nachhaltiger Entwicklung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/1827

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konsequenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie, u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Innovationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr
s. *Technologie*
Drs 15/1990

Innovationspolitik des Landes BW

Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung von fakultätsübergreifenden Clustern und Graduiertenschulen von den in der Exzellenz-Initiative ausgezeichneten Hochschulen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Exportserfolge baden-württembergischer Unternehmen durch eine besondere außenwirtschaftliche Unterstützung von Clusterorganisationen ausbauen

Potenzial einer Internationalisierung von Clusterinitiativen und Innovationsnetzwerken; Fördereinrichtungen und Förderinstrumente; Begleitung entsprechender EU-Programme; Unterstützung einer grenzüberschreitenden, internationalen Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und weiteren in einem bestimmten Bereich tätigen Organisationen

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/2681

Cluster-Agentur in BW

Sachstand zu Cluster-Initiativen in BW, insbes relevante Technologiebereiche, regionale Schwerpunkte, Rechtsform, Auswirkung auf den Unternehmenserfolg, Berücksichtigung in der Infrastrukturpolitik, Förderinstrumente, Arbeit der ClusterAgentur BW, Ergebnisse iRd EU-Projekts CluStrat in BW

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 02.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6438
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 6
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Clusterpolitik BW im europäischen Vergleich

Sachstand zur Clusterpolitik des Landes BW, insbes Ziele und Maßnahmen, Vergleich der Clusterlandschaft in BW zu anderen europäischen Initiativen

Antr SPD 21.09.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7409 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7755 S. 6
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Gewinn des Spitzenclusterwettbewerbs mit dem Thema „Industrialisierung der Elektromobilität“

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1804 1806 1807 1811

Cohn-Bendit, Daniel

Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern

Wichtigkeit der Bekämpfung des sexuellen Missbrauch von Kindern; Maßnahmen zur Prävention; Auszeichnung des Politikers und Publizisten Daniel Cohn-Bendit mit dem Theodor-Heuss-Preis

Antr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3243

Position der LReg zur angekündigten Aufarbeitung der pädophilen Vergangenheit von Daniel Cohn-Bendit

Teilnahme der LReg an der Preisverleihung für Herrn Cohn-Bendit trotz des vorherigen Bekanntwerdens einer unwirksamen Entlastung vom Vorwurf des Kindermissbrauchs; Richtigkeit der

Preisverleihung aufgrund neuerer Informationen und Aufarbeitungspläne

MdlAnfr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3456

Über die „intensive Bearbeitung der Journalisten in der Nacht vor und am Rande der Heuss-Preisverleihung“

Pressearbeit des Regierungssprechers und ihre Grenzen; Begründung des Einsatzes des Pressesprechers der LReg im Zusammenhang mit der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an Daniel Cohn-Bendit; Begünstigung Daniel Cohn-Bendits durch die begleitende Pressearbeit; Höhe des dadurch entstandenen finanziellen Aufwands

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/3491

Comburg Schwäbisch Hall

s. *Kloster*

Comprehensive Economic and Trade Agreement

s. *CETA-Abkommen*

Computer

s.a. *Rechenzentrum*
s.a. *Software*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 6 - IuK-Serverlandschaft BW

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/106

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 21: Neubau für den Höchstleistungsrechner der Universität Stuttgart

s. *Hochschulbau*
Drs 15/223

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr
s. *Technische Observation*
Drs 15/669

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spyssoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Software*
Drs 15/860

Informationstechnik (IT)-Netzwerkinfrastrukturmaßnahmen
Modernisierung und Vereinheitlichung o.g. Strukturen, Zentralisierung des Einkaufs von IT-Netzwerkhardware für die öffentlichen Verwaltungen und Landesrechenzentren, Darlegung der erzielbaren Einsparungen, Einsetzung eines Runden Tisches

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/1071

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Digitalisierung der Schulen in BW

Sachstand zur IT-Infrastruktur und -Unterricht an den Schulen in BW, insbes Anteil an Rechnern und Schülerarbeitsplätzen, Breitbandanschluss, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich IT und Medienpädagogik für die Lehrer, Computer/IT-Unterricht

Antr
s. *Schulausstattung*
Drs 15/6680

Finanzierung der Anschaffung von Höchstleistungsrechnern an Hochschulen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 286

Wegfall einer Gebührenpflicht für radio- und fernsehtaugliche PC mit der Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 398 400

Beklagung einer mangelhaften PC-Ausstattung der Polizei

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412 416 419

Kofinanzierung des Höchstleistungsrechners am Rechenzentrum der Universität Stuttgart

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1411 1412

Computergestützter Unterricht

s. *E-Learning*

Computergestütztes Lernen

s. *E-Learning*

Computerheimarbeit

s. *Telearbeit*

Computerindustrie

s. *ITK-Branche*

Computerkriminalität

s. *Kriminalität*

Computernetz

s. *Rechnernetz*

Computernetzwerk

s. *Rechnernetz*

Computerprogramm

s. *Software*

Computerschrott

s. *Elektronikschrott*

Computerspiel

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-
Glücksspiel*

Mittlg LReg
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2803

Jugendliche und Glücksspiel in BW

Glücksspielnutzung von Jugendlichen und Entwicklung des Spielverhaltens; Anteil der spielsüchtigen oder spielsuchtgefährdeten Jugendlichen; Maßnahmen und Planungen der Spielsuchtprävention, insbes Einführung eines personalisierten Spielerausweises und Restriktionen bei Online-Spielen; Position zur Novellierung der Spielverordnung durch die BReg

Antr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/3340

Entwicklung des illegalen Internetglücksspiels

Verlagerung des Glücksspiels ins Internet; Zunahme der legalen und der illegalen Online-Glücksspiele; Spielanreiz durch das Angebot kostenloser Spiele; Suchtgefahr, Spielsuchtprävention und -therapie; Möglichkeiten des Landes zur Eindämmung illegaler Glücksspiele im Internet

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/3459

Gefahren der Internetsucht

Sachstand zum pathologischen Computer- und Internetgebrauch, insbes Statistik (Altersstruktur, Geschlecht, Nutzungsart und -häufigkeit), Bedeutung der Online-Computerspielsucht, Gefahren für Kinder und Jugendliche, therapeutische Maßnahmen, Suchtprävention

Antr
s. *Internet*
Drs 15/5896

Computertomografie

Eröffnung der Magnetresonanztomographie (MRT)-Praxis MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg
Sachstand zu Hintergründen und Zielsetzungen der Eröffnung der Tochtergesellschaft der Universität Heidelberg MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 17.09.2015 und Antw MWK Drs 15/7396

Computerunterstütztes Lernen

s. *E-Learning*

Computerwissenschaft

s. *Informatik*

Consulting

s. *Unternehmensberatung*

Container*Containerzellen bei S 21-Protesten*

Aufstellung von Containerzellen auf dem Cannstatter Wasen bei einer Zunahme der Proteste gegen Stuttgart 21 zur Festsetzung von gewaltbereiten Projektgegnern

MdlAnfr
s. *Haftraum*
Drs 15/791

Chemische Behandlung von Überseecontainern

Internationale Rechtslage zur Begasung von Frachten und Transportmitteln, Intensität und Ergebnisse von Schadstoffmessungen, Überprüfung der Einhaltung der Technischen Regelung für Gefahrstoffe, Bewertung von Gesundheitsrisiken, Aufklärung und Beratung der betroffenen Unternehmen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 18.07.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2119

Entwicklungspotenzial des Containerverkehrs auf dem Neckar; Verlängerung der Neckarschleusen auf 135 m bis Plochingen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 765-767

Contracting*Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim*

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr
s. *Umweltmanagement*
Drs 15/4370

Verbraucherschutz bei „Contracting-Modellen“

Sachstand zum Verbraucherschutz bei „Contracting-Modellen“ im Energiebereich, insbes Risiken und Unwägbarkeiten aufgrund der vertraglichen Komplexität für Kommunen und Unternehmen sowie Privathaushalte, Beteiligung an der Herausgabe von Handreichung und Musterverträgen für Privathaushalte im Zuge der „Contracting-Offensive BW“, rechtliche Möglichkeiten von „Contracting-Nehmern“ nach Vertragsabschluss

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 29.04.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6825

Controlling*s.a. Wirtschaftsprüfung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 (vgl Drs 14/2950) - Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem Vereinfachung und Optimierung des o.g. Verfahrens zur Umsetzung der europäischen Agrarpolitik, Verbesserung der technischen Ausstattung, Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis

ierung des o.g.
s. Agrarpolitik
Drs 15/227

Energieeinsparungsmöglichkeiten in Landesliegenschaften durch ein verbessertes Energiemanagement

Entwicklung der Ausgaben für Strom und Wärme seit 2002, angenommener Energieverbrauch und Energiepreis für die mittelfristige Finanzplanung; Übertragbarkeit von Energieeinsparmaßnahmen im kommunalen Bereich; Aufwand und Einsparpotenzial der flächendeckenden Einführung eines automatisierten Energieverbrauchscontrollings in den Liegenschaften des Landes; wirtschaftliche Anreize zum Energiesparen in der Landesverwaltung über den Bereich der Universitäten und Universitätskliniken hinaus

Antr
s. Energieeinsparung
Drs 15/2581

Vergabepaxis der LReg bei externen Gutachten

Anstieg der externen Gutachten seit dem Regierungswechsel 2011; Kriterien und Verfahren der Vergabe von Gutachten an externe Sachverständige; Beurteilung des Instruments der freihändigen Vergabe; Festsetzung eines Budgets für externe Gutachten im Landeshaushalt; Einrichtung einer zentralen Vergabestelle; Projektcontrolling bei der Gutachtenvergabe an Externe; Evaluierung der Auftragsdurchführung

Antr
s. Gutachten
Drs 15/5684

Einführung eines ressortübergreifenden Haushaltcontrollings, verstärkte Überprüfung der Förderprogramme auf ihre Effizienz

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 125 136

Erinnerung an die Einrichtung eines Controllingsystems zur laufenden Überprüfung der Kosten des Projekts Stuttgart 21

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 372

Einführung eines ressortübergreifenden Haushaltcontrollings

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1044

Einführung eines ressortübergreifenden Haushaltcontrollings

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1136

Aufbau eines Controllings bei der Nahverkehrsgesellschaft und im MVI

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1750-1752 1755

Einführung eines ressortübergreifenden Haushaltcontrollings

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1932

Corporate Governance*s. Geschäftsführung***CO2-Abscheidung und -Speicherung***Möglichkeiten der Nutzung und Erforschung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in BW*

Freigesetzte Mengen an Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen in den letzten fünf Jahren, Definition der Carbon Dioxide Capture and Storage-Technologie und von dafür geeigneten Standorten in BW; Interessen der Wirtschaft, insbes der Energieversorger, an der weiteren Erforschung und Nutzung der CCS-Technologie; Unterstützung der Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit CCS an Universitäten und Forschungseinrichtungen im Land

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 22.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/331
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.10.2011 Drs 15/1300 S. 25 26
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Terra Preta als CO2-Speicher für den Klimaschutz

Einsatz von Terra Preta zur Anhebung der Humusgehalte der Böden und Wirkung als CO2-Speicher, insbes bodenbiologische und bodenphysikalische Auswirkungen sowie ökonomische Modelle zur flächenhaften Anwendung

Antr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE 07.11.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4290
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 23.01.2014 Drs 15/4897 S. 67
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

CO2-Emissionshandel*s. Emissionshandel***CO2-Speicherung***s. CO2-Abscheidung und -Speicherung***Cradle to Cradle-Konzept***s. Bekleidung***Crailsheim***Finanzamtsaußenstelle Crailsheim des Finanzamts Schwäbisch Hall*

Beurteilung des baulichen Zustands der o.g. Außenstelle sowie der notwendigen räumlichen Veränderungen für den Fall einer Personalaufstockung; Etatisierung der Mittel zur Beseitigung der räumlichen und baulichen Mängel

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/132

Zustand bzw. Neubau eines grünen Bahnhofs in Crailsheim
Beteiligung am Neubau eines umweltfreundlichen Bahnhofs iRd Förderung städtebaulicher Entwicklung bzw. gemeinsame Realisierung eines Modellbahnhofs mit der Bahn und der Stadt Crailsheim

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2295

Wiedereinführung des Kraftfahrzeugkennzeichens
Beantragung der Wiedereinführung von Kraftfahrzeugkennzeichen; Wiedereinführung des Kraftfahrzeugkennzeichens CR für Crailsheim

MdlAnfr
s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*
Drs 15/2843

Einrichtung einer Außenstelle einer Technischen Hochschule in der drittgrößten Stadt der Region Heilbronn-Franken mit dem Schwerpunkt Maschinenbau in Crailsheim
Einrichtung eines Studiengangs Maschinenbau in Crailsheim als Außenstelle einer Hochschule oder Akademie

MdlAnfr
s. *Technische Hochschule*
Drs 15/3731

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw. Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/4175

Finanzielle Unterstützung des Landes zur Sanierung des Industriedenkmal „Crailsheimer Wasserturm“

Baulicher Zustand des über 100 Jahre alten Wasserturms; Bedeutung des Gesamtareals aus Wasserturm und Lokschruppen für den Tourismus; Sanierung des Industriedenkmal mit Mitteln der Denkmalstiftung des Landes oder aus dem Städtebauförderprogramm; Nutzung sonstiger Förderprogramme

KlAnfr
s. *Industriedenkmal*
Drs 15/5330

Gruppendiskussion „Das Leben in Crailsheim heute und morgen“

Hintergründe zur Gruppendiskussion „Das Leben in Crailsheim, wie es ist und wie es in Zukunft sein soll - und was die Bürger in diesem Zusammenhang von der Politik erwarten“, insbes Ziel,

Kosten, Auftraggeber, Verbindung zur LReg

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 15/6280

Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall

Auswirkungen der Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall auf Mitarbeiter und Gebäude sowie den Fortbestand des Bioland-Betriebs mit der Milchviehherde Limpurger Rind auf der Klein Komburg

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6502

Verbesserungen im Bahnverkehr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg, insbes bei Spätverbindungen

Einrichtung einer Spätverbindung nach 21 Uhr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg; Verlängerung des S-Bahn-Anschlusses von Nürnberg bis nach Crailsheim

MdlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7399

Creglingen

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Cross-Border-Leasing

s. *Leasing*

Crowdsourcing

s. *Outsourcing*

Cyber-Kriminalität

s. *Kriminalität*

Dach

Photovoltaikanlagen in BW

Zahl der in BW gefertigten und installierten Anlagen auf Dächern von Wohnhäusern und Gewerbebetrieben seit 2000, Darstellung der steuer- und gewerberechlichen Vorgaben u.a. bürokratischen Hürden

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/249

Folgen der Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus Fotovoltaik

Auswirkungen der Absenkung der Vergütung von Strom aus kleineren Dachanlagen

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/1353

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften für die Erzeugung von Fotovoltaikstrom

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/1360

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

Steigerung der Energieeffizienz sowie des Anteils erneuerbarer Energien an der Wärmebereitstellung, Ermöglichung des Zugangs von Dachflächen landeseigener Gebäude zur Nutzung durch Fotovoltaik

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/1426

Bereitstellung landeseigener Dachflächen für Bürgersolaranlagen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Bereitstellung landeseigener Dachflächen für Bürgersolaranlagen, Nutzung des Dachs der Villa Reitzenstein

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 67

Installation von Fotovoltaikanlagen auf den Dächern landeseigener Gebäude

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1624 1628

Dachmarke Allgäu

s. *Allgäu*

Dänemark*Infraschall bei Windenergieanlagen*

Sachstand zu Tierverendungen durch Infraschall bei Windenergieanlagen, insbes aktuelle Diskussion in Dänemark und Konsequenzen für den Windkraftausbau

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7151

Rückgang der Unfälle und Verkehrstoten in Dänemark nach Herabsetzung des Tempolimits von 110 auf 130 km/h

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 668 669

Kritik an dem hohen Anteil von Christbaumimporten aus Dänemark

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 938 943

Daimler AG

s. *Kraftfahrzeugindustrie*

DAPHNE*EU-Programm „Daphne“*

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte Förderprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.04.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3337
BeschlEmpf und Bericht EuA 11.07.2013 Drs 15/4040 S. 71 72
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Darmsheim, Ortsteil

s. *Sindelfingen*

Darstellende Kunst*Akademie für Darstellende Kunst BW*

Entwicklung der o.g. Akademie in Ludwigsburg seit ihrer Gründung 2007, ihr Stellenwert für den Kunst- und Medienstandort BW; Anzahl der Studierenden und Absolventen; Stellenstruktur, Kooperationen; Finanzierung und laufende Kosten; Zukunftsaussichten nach dem Ende der Anschubfinanzierung insbes im Hinblick auf geplante Haushaltseinsparungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2340
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 47 48
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Die Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes BW

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den Musikhochschulen, Akademien der Bildenden Künste, der Filmakademie, Popakademie und den Theaterakademien; Vergleich der Kosten bei einer Erbringung durch festangestellte Lehrkräfte; Frage nach einem Stufenplan zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten

KIAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/2398

Zukunft der Akademie für Darstellende Kunst BW GmbH

Empfehlungen des Gutachtens zur Evaluierung der Akademie für Darstellende Kunst (ADK); Zusammenlegung der ADK mit der Filmakademie BW; Weiterfinanzierung der ADK; Neubesetzung der Stelle des künstlerischen Direktors und Geschäftsführers; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 07.01.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4541
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 3 4
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Daseinsvorsorge

s.a. *Alterssicherung*
s.a. *Gesundheitsvorsorge*
s.a. *Umweltschutz*

Reform des Europäischen Vergaberechts

Auswirkungen o.g. Regelungsvorschläge der EU-Kommission und des neuen Richtlinienvorschlags für Konzessionen, insbes auf die Bereiche der sozialen Dienstleistungen und der interkommunalen Zusammenarbeit, auf die Rettungsdienste, die Kreditversorgung der Kommunen, auf kleine und mittlere Unternehmen; Auswirkungen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Dienstleistungskonzessionen für den Bereich der Daseinsvorsorge; Vereinbarkeit der geplanten Nationalen Aufsichtsstelle mit der föderalen Kompetenzordnung

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1524

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Ausbau der o.g. Breitbandversorgung durch Einwirkung auf die Netzbetreiber, Weiterentwicklung der Förderprogramme, Erschließung europäischer Förderprogramme und Aufnahme der Breitbandversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in das Kommunalabgabengesetz

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1577

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung seit Erteilung der Empfehlungen der Demografie-Enquete auf Drs 13/4900; Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, beim ÖPNV und Individualverkehr, den Schulen und Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen, der Energiewirtschaft, Landwirtschaft und beim Tourismus; Förderung der Attraktivität durch Programme zur Dorfentwicklung, kulturelle Angebote, Nahversorgung im Einzelhandel und Stärkung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Haltung der LReg zur geplanten Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Sachstand zur Haltung der LReg zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen, insbes Stellenwert des Eckpunktapiers „Positionierung zu TTIP“ als Kriterienkatalog für eine mögliche Zustimmung im Bundesrat, Unterstützung der Verhandlungen auf der Bundes- und EU-Ebene, Ausgestaltung der Informationspolitik, Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Zusammensetzung des künftigen TTIP-Beirats

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartner-schaft*
Drs 15/6709

Erhalt der kommunalen Verantwortung für die Abfallentsorgung inklusive Verwertung als öffentliche Daseinsvorsorge

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1506-1512

Auswirkungen der Bundeswehrkonversion auf Einrichtungen der Daseinsvorsorge, insbes im ländlichen Raum

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171 2174 2175

Datenaustausch*s.a. Datenverarbeitung**Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder*

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/3210

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Übergang von Kindern und Jugendlichen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, berufliche Schule); Verwaltungsvorschrift zur Weitergabe personenbezogener Daten zwischen Grundschule und weiterführender Schule; Anlass und konkrete Vorgabe des Landesdatenschutzbeauftragten für die rechtliche Regelung; erste Erfahrungen mit dem Wegfall der Grundschulempfehlung

KlAnfr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/4526

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW

Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Dritten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermittlungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KlAnfr
s. *Durchsuchung*
Drs 15/4806

Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Südwest, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder FehldeklARATION solcher Warensendungen

KlAnfr
s. *Einfuhr*
Drs 15/5059

Abfrage unter anderem von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Initiator, Wortlaut und Zweck des Auskunftsverlangens; Aufklärung über die mit der Anfrage im Staats- und im Justizministerium befassten Personen; Grundlage der Informationsweitergabe des Justizministerium an das Staatsministerium

KlAnfr Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 16.04.2014 und
Antw StM Drs 15/5095

Melderecht in der Verwaltungspraxis

Zahl der im baden-württembergischen Melderegister erfassten Personen; Anzahl der jährlich beantragten einfachen und erweiterten Melderegisterauskünfte seit 2009; Antragsteller; Verweigerung von Auskünften und ihre Begründung; Auskunftssperren; Prüfung der Voraussetzungen für eine Auskunftssperre durch die Meldebehörden; Beschwerden über die Weitergabe von Meldedaten an Dritte

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 15/5710

Nutzung von EUSka-Daten zur Unfallprävention in BW

Nutzung und Weitergabe der Unfalldaten der elektronischen Unfalltypensteckkarte EUSka zur Unfallprävention in BW, insbes Voraussetzungen für Kommunen zum dauerhaften Datenzugriff, Regelung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/6246

Asylverfahren - Zustände in den Landeserstaufnahmestellen und Umgang mit Datenschutz

Sachstand zum Asylverfahren, insbes Gesundheitsuntersuchungen und Weitergabe deren Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes, Auslastung der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe

KlAnfr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7237

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der EU-Richtlinie 2005/36/EG, insbes Sicherung des Fachkräfteangebots, bessere Integration von Migranten und Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, Einführung eines europäischen Vorwarnmechanismus, Europäischer Berufsausweis, partieller Berufszugang, Regelung zu Fristen und einzureichenden Dokumenten, Ermöglichung einer elektronischen Antragstellung, Anpassung von Statistikvorschriften, Einbindung eines Einheitlichen Ansprechpartners in die Verfahrensabwicklung

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr
s. *Datenerhebung*
Drs 15/7733

Mehr Behördenkooperation in der Flüchtlingsproblematik und ein Universaldokument für Flüchtlinge

Sachstand zur Verbesserung der Behördenkooperation bei der Flüchtlingsproblematik, insbes Änderung des Datenschutzrechts zur Erfassung und zum Austausch von Flüchtlingsdaten

MdlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7860

Datenbank

s. *Informationssystem*

Datendiebstahl

s. *Datenmissbrauch*

Datenerfassung

s. *Datenverarbeitung*

Datenerhebung

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW

Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Dritten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermittlungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KlAnfr
s. *Durchsuchung*
Drs 15/4806

Nutzung personengebundener Hinweise

Rechtsgrundlagen für die Speicherung und Nutzung sogenannter personengebundener Hinweise (PHW) durch Behörden; Nutzung personengebundener Hinweise in BW; Anzahl der betroffenen Personen; bestehende Datenbanken und Zugriffsberechtigte; Menge und Art der im Informationssystem INPOL gespeicherten personengebundener Hinweise aus BW; Umgang mit Personen, zu denen personengebundener Hinweise vorliegen; Anrecht der Betroffenen auf Auskunft über die gespeicherten Daten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5841

Abfragen des Statistischen Landesamts bei Betrieben

Auswahlverfahren und Kriterien der Datenerhebung bei den Betrieben; Zahl der im Jahr 2014 befragten Unternehmen; Bußgelder bei nicht ordnungsgemäßer oder fristgerechter Beantwortung der Fragebögen; Anteil der wiederholt befragten Betriebe; Aufbewahrungspflicht von Unterlagen zum Zwecke der statistischen Erhebung

KlAnfr
s. *Statistik*
Drs 15/6489

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/6835

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 15/7621

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 19.11.2015 und Antw
IntM Drs 15/7733

Datenmissbrauch

s.a. *Datenschutz*
s.a. *Personenbezogene Daten*

Datendiebstahl bei der Polizei

Auskunft über die auf den entwendeten Datenträgern gespeicherten Daten; Zweck der Sammlung der Datensätze; Information des Innenministeriums über den Diebstahl vom 26. August 2014; Art der eingeleiteten Maßnahmen; Umstände der Zurückerlangung der gestohlenen Datenträger; Zuständigkeit für die Sammlung und Verwaltung von Daten bei der Polizei; Sicherung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine vorschriftsmäßige Speicherung und Nutzung der Datensätze

Antr
s. *Datenträger*
Drs 15/5843

Verbraucher- und Datenschutz in der Versicherungswirtschaft

Missbräuchliche Nutzung des Hinweis- und Informationssystems (HIS) durch die Versicherungswirtschaft; datenschutzrechtliche Bewertung des HIS; Schutz des Verbrauchers vor missbräuchlicher Verwendung des HIS

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.02.2015 und
Antw MLR Drs 15/6475

Umgang mit Kundendaten bei der EnBW

Sachstand zu Datenschutzverstößen der EnBW bei Aufzeichnung und Auswertung von telefonischen Kundengesprächen, insbes Auswertungskriterien, Softwarenutzung, Verantwortung des Landes als Hauptaktionär

Antr
s. *Datenschutz*
Drs 15/6826

Datennetz

s. *Rechnernetz*

Datenschutz

s.a. *Amtsgeheimnis*
s.a. *Bankgeheimnis*
s.a. *Datenmissbrauch*
s.a. *Datenschutzbeauftragter*
s.a. *Datenschutzbericht*
s.a. *Persönlichkeitsrecht*
s.a. *Personenbezogene Daten*

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/169

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/171

Datensicherheit und Verlässlichkeit der Zensus-Erhebungen im Enzkreis

Gründe für den Versand von Erinnerungsschreiben trotz fristgerecht beantworteter Fragebögen und mehrfachen Versand von Fragebögen durch das Statistische Landesamt im Zusammenhang mit der Gebäude- und Wohnungszählung; Gewährleistung der Sicherheit der für den Zensus 2011 erhobenen Daten von Einwohnern des Enzkreises

KlAnfr
s. *Statistik*
Drs 15/196

Feldversuch zur automatisierten Gesichtserkennung in Videoströmen in Karlsruhe

Datenschutzrechtliche Bewertung des o.g. Feldversuchs des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) im Karlsruher Wildparkstadion, der durch das Eingreifen des Landesbeauftragten für Datenschutz gestoppt wurde; Frage der Berücksichtigung des Datenschutzes bei der Beantragung des Forschungsprojekts

„Parallele Gesichtserkennung in Videoströmen“ (PaGeVi) und den noch ausstehenden Feldversuchen; Bewertung der Kombination von Videoüberwachung und automatisierter Gesichtserkennung, des Einsatzes dieser Techniken an halböffentlichen Orten wie Fußballstadien; Angaben über Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der automatisierten Gesichtserkennung, die vom Land BW unterstützt werden

KlAnfr
s. *Biometrie*
Drs 15/470

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften; hier: Datenschutz bei der Erhebung von Rundfunkgebühren

Untersuchung der Verhältnismäßigkeit der Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten durch die Rundfunkanstalten, Einbeziehung der Landesdatenschutzbeauftragten in die Vorbereitung und Durchführung dieser Evaluierung, Prüfung des Verzichts auf den Abgleich von Daten mit nichtöffentlichen Stellen

EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 11.10.2011 Drs 15/671
PIPr 15/14 12.10.2011 S. 569-574
Mittlg LReg 03.04.2012 Drs 15/873
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.05.2012 Drs 15/1690
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spysoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Software*
Drs 15/860

Section Control (abschnittsbezogene Geschwindigkeitsmessung)

Beurteilung der vorgesehenen Erprobung o.g. Geschwindigkeitsmessungen ohne Rechtsgrundlage des Bundes, Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und dem Datenschutzrecht, Frage nach der Aufbewahrung der gespeicherten Filme und nach den Zugriffsberechtigten

KlAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/1034

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Neureglung des Datenschutzrechts*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1302

Polizeipräsenz im Internet

Erfahrungen mit o.g. Präsenz im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Stand der Überlegungen zur Einrichtung von permanenten Präsenzen der Dienststellen zentral oder dezentral in sozialen Netzwerken, Darlegung der Datenschutzproblematik, der Kosten und notwendigen Schulung der Beamten; Umfang der bis-

herigen Kontaktaufnahme von Bürgern mit der Polizei über das Internet

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1374

Elektronische Patientenakten an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Darlegung der o.g. Dokumentation und der Erfahrungen an den Universitätskliniken, Unterstützung bei der Einführung dieser Systeme und der Gewährleistung des Datenschutzes

KlAnfr
s. *Krankenunterlagen*
Drs 15/2135

Auswahl und Einladung von Bürgerinnen und Bürgern für den Filderdialog

Eingesetzte Verfahren und Software für die o.g. elektronische Zufallsauswahl, Wahrung des Datenschutzes bei der Adressatenauswahl; Bewertung der intensiven Bemühungen um Teilnehmer, insbes der Kontaktaufnahme zu Mütterzentren, nach Ankündigung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft; Beurteilung der Eignung und gesellschaftlichen Abbildung der Anwohnerschaft auf den Fildern durch Personenkreise im Umfeld von Mütterzentren

Antr
s. *Filder (Landschaft)*
Drs 15/1958

Meldegesetz der BReg stoppen - Datenschutz stärken

Aktuelle Debatte
s. *Meldewesen*
PIPr 15/42 S. 2341

Einstellung des Landes zu Möglichkeiten iR bestehender und geplanter melderechtlicher Regelungen

Zugriff des StM auf Daten der Meldeämter bei der Auswahl von Bürgern für den Filderdialog, Bewertung vor dem Hintergrund der Kritik an dem geplanten Meldegesetz des Bundes sowie aus der Sicht des Datenschutzes, Frage nach einer Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 15/2167

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Anpassung der Speicherfristen personenbezogener Daten für den Fall der Hinzuspeicherung neuer Daten; Erweiterung der Verarbeitungsmöglichkeiten von Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle gespeichert wurden

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW

Verfahren und Datenschutz bei der Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW, insbes Regelungen für die einzelnen Studiengänge, Umsetzung der Ministeriumsempfehlung zur Einrichtung einer eigenen Post- und Faxadresse für die Übersendung der ärztlichen Atteste, Ablehnungsquote und Begründungen bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähig-

keit; datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste nach der Entscheidungsfindung der Prüfungsbehörden; Übertragung der Entscheidung über die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit von den Prüfungsbehörden auf medizinisch fachkompetente Entscheidungsträger

Antr
s. *Arbeitsunfähigkeit*
Drs 15/3061

Informationsfreiheitsgesetz für BW

Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw
s. *Informationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/3114

Verbot sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer - Ein Dilemma zwischen Datenschutz und Lebenswirklichkeit

Motiv für die Handreichung „Der Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen“; Definition des „dienstlichen Charakters“ der Nutzung; datenschutzrechtliche Schulung der Lehrkräfte statt Regelkatalog; Auswirkungen der Handreichungen auf das Image der Lehrer; negative Erfahrungen mit der Nutzung sozialer Netzwerke an Schulen; Vorteile sozialer Netzwerke für die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern; Einrichtung von Arbeits- oder Lerngruppen in Online-Netzwerken

Antr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/3906

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften

Zustimmung zum novellierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk; Folgeänderungen und redaktionelle Anpassungen des Landesmediengesetzes sowie des Landesdatenschutzgesetzes an die Regelungen des novellierten Staatsvertrags; Verlängerung der Zuweisungsdauer von Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter sowie der Zulassungsdauer eines privaten Rundfunkveranstalters von jeweils acht auf zehn Jahre

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/4223

Verordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID) - Umsetzung in BW

Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PIDV) in BW, insbes Bestimmung der Anzahl und Qualitätssicherung der Zentren zur Präimplantationsdiagnostik (PID), mögliche Kooperation mit anderen Bundesländern bei der Einrichtung von Ethikkommissionen, deren konkrete Ausgestaltung und personelle Zusammensetzung; datenschutzrechtliche Konsequenzen für die statistische Erfassung der Diagnosen und den Umgang mit genetischen Überschussinformationen

Antr
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/4488

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Übergang von Kindern und Jugendlichen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, berufliche Schule); Verwaltungsvorschrift zur Weitergabe personenbezogener Daten zwischen Grundschule und weiterführender Schule; Anlass und konkrete Vorgabe des Landesdatenschutzbeauftragten für die rechtliche Regelung; erste Erfahrungen mit dem Wegfall der Grundschulempfehlung

KIAnfr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/4526

Daten- und Verbraucherschutz gegenüber Wirtschaftsauskunfteien

Anzahl der in Deutschland tätigen Kreditschutzorganisationen; Marktanteile der fünf größten Auskunfteien; Auswirkungen der Auskunfteidienstleistungen auf das Niveau von Kredit- und Finanzierungskonditionen; Art der für die Scorings der Auskunfteien gespeicherten und genutzten Daten; Bewertung einzelner Scoring-Verfahren wie Geoscoreing oder Social-Scoring; Beurteilung des Auskunftsanspruchs erfasster Personen und Unternehmen; Folgen einer jährlichen Offenlegungspflicht gegenüber den Personen und Unternehmen für die Geschäftsmodelle und den Wettbewerb der Auskunfteien untereinander; Stärkung einer bundeseinheitlichen Marktüberwachung

Antr
s. *Wirtschaftsauskunftei*
Drs 15/4886

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KIAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/4957

Zur Sache, Herr Ministerpräsident: Sollte Ihr Staatsministerium die persönlichen Daten von S 21-Befürwortern und Polizisten sammeln?

Aktuelle Debatte
s. *Personenbezogene Daten*
PIPr 15/97 S. 5791

Generalvertrag des Landes über Mobilfunkleistungen

Bestehende Rahmenverträge mit Anbietern von Mobilfunkleistungen; Laufzeit, Termin der Neuausschreibung; Weitergabe von Kundendaten an Geheimdienste durch den britischen Mobilfunkanbieter

Antr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/5574

Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim und die Konsequenzen für den Datenschutz?

Bewertung des VGH-Urteils im Rechtsstreit des ehemaligen MinPräs Mappus mit dem Land BW im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen; Umgang mit ggf. vorhandenen, in der 14. WP gefertigten Sicherungskopien von Daten der Mitarbeiter der Ministerien; Einwände gegen den datenschutzrechtlichen Lösungsanspruch; Unterrichtung des Untersuchungsausschusses „Polizeieinsatz Schlossgarten II“ und des Parlaments über die Datenlöschung; Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes

KlAnfr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/5594

Datendiebstahl bei der Polizei

Auskunft über die auf den entwendeten Datenträgern gespeicherten Daten; Zweck der Sammlung der Datensätze; Information des Innenministeriums über den Diebstahl vom 26. August 2014; Art der eingeleiteten Maßnahmen; Umstände der Zurückerlangung der gestohlenen Datenträger; Zuständigkeit für die Sammlung und Verwaltung von Daten bei der Polizei; Sicherung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine vorschriftsmäßige Speicherung und Nutzung der Datensätze

Antr

s. *Datenträger*

Drs 15/5843

Datenschutz nach Interessenlage? - GRÜNE zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7117-7128

Verbraucher- und Datenschutz in der Versicherungswirtschaft

Missbräuchliche Nutzung des Hinweis- und Informationssystems (HIS) durch die Versicherungswirtschaft; datenschutzrechtliche Bewertung des HIS; Schutz des Verbrauchers vor missbräuchlicher Verwendung des HIS

KlAnfr

s. *Datenmissbrauch*

Drs 15/6475

Informationssperre zwischen den Schulen „aus Datenschutzgründen“

Datenschutzrechtliche Klärung zwischen dem Kultusministerium und dem Landesdatenschutzbeauftragten zur Nichtweitergabe der Grundschulempfehlung an die aufnehmende Schule

MdlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/6814

Umgang mit Kundendaten bei der EnBW

Sachstand zu Datenschutzverstößen der EnBW bei Aufzeichnung und Auswertung von telefonischen Kundengesprächen, insbes Auswertungskriterien, Softwarenutzung, Verantwortung des Landes als Hauptaktionär

Antr FDP/DVP 29.04.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6826

Hybrid broadcast broadband TV (HbbTV) und Datenschutz

Sachstand zum Datenschutz bei Nutzung von HbbTV- Informationsangeboten mit Digitalfernsehgeräten, insbes Datenerhebung und -verwertung, Ausgestaltung der Gerätevoreinstellungen, Informationskampagnen zur Darstellung der

Problematik

Antr

s. *Digitales Fernsehen*

Drs 15/6844

Asylverfahren - Zustände in den Landeserstaufnahmestellen und Umgang mit Datenschutz

Sachstand zum Asylverfahren, insbes Gesundheitsuntersuchungen und Weitergabe deren Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes, Auslastung der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe

KlAnfr

s. *Asylverfahren*

Drs 15/7237

Grüne Vorratsdatenspeicherung

Sachstand zur nicht vorgenommenen Löschung personenbezogener Daten der Mitarbeiter des ehemaligen Umweltministeriums

KlAnfr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/7314

Beweisverwertung nach rechtswidriger Vorratsdatenspeicherung

Sachstand zur Verwertbarkeit personenbezogener Daten aus der („wahrscheinlich“) rechtswidrigen Vorratsdatenspeicherung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft für das Beweisverfahren des Untersuchungsausschusses

KlAnfr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/7315

Evaluation zur Transparenzklausel

Sachstand zur Umsetzung der Transparenzklausel des Landeshochschulgesetzes an den Universitäten und Hochschulen, insbes Entwicklung der Gesamtfinanzierung und Drittmitteleinnahmen, Anzahl der Stiftungsprofessoren, Gewährleistung von Datenschutz und Forschungsfreiheit bei der Auskunftspflicht der Hochschulen zu Drittmitteleinnahmen

Antr

s. *Hochschulfinanzierung*

Drs 15/7318

Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG)

Gewährung eines umfassenden Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens; Festlegung des Anwendungsbereichs; Ausgleich zwischen öffentlichem Informationsinteresse mit dem Schutz personenbezogener Daten und sonstiger berechtigter Interessen (Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen); Normierung von Regelungen für die Antragsbearbeitung in Bezug auf das Verfahren und die Kosten; Einrichtung eines Informationsregisters durch die LReg; Wahrnehmung des Amtes eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw

s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*

Drs 15/7720

Auswirkungen des geplanten Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende auf Datenschutz, Verbraucherschutz und Wettbewerb

Sachstand zu den Auswirkungen des im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehenen Pflichteinbaus intelligenter Messsysteme auf Datenschutz, Verbraucherrechten und Wettbewerb

KlAnfr
s. *Energierecht*
Drs 15/7848

Mehr Behördenkooperation in der Flüchtlingsproblematik und ein Universaldokument für Flüchtlinge

Sachstand zur Verbesserung der Behördenkooperation bei der Flüchtlingsproblematik, insbes Änderung des Datenschutzrechts zur Erfassung und zum Austausch von Flüchtlingsdaten

MdlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7860

Wahrung des Datenschutzes bei der Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 398-401

Wahrung des Datenschutzes bei der Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 570-573

Etatisierung der Mittel für die Dienststelle des Datenschutzbeauftragten beim Landtag, Würdigung der Zusammenführung des Datenschutzes für den öffentlichen und privaten Bereich

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289-1292

Datenschutzbeauftragter

s.a. *Datenschutzbericht*

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften; hier: Datenschutz bei der Erhebung von Rundfunkgebühren

Untersuchung der Verhältnismäßigkeit der Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten durch die Rundfunkanstalten, Einbeziehung der Landesdatenschutzbeauftragten in die Vorbereitung und Durchführung dieser Evaluierung, Prüfung des Verzichts auf den Abgleich von Daten mit nichtöffentlichen Stellen

Antr
s. *Datenschutz*
Drs 15/671

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spysoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Software*
Drs 15/860

30. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz BW 2010/2011

Mittlg LReg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 15/955

Haushalt 2012; Epl 01

Aufstockung der Personal- und Sachmittel beim Landesbeauftragten für den Datenschutz

ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 18.01.2012 Drs 15/1101 2 3 S. 12-15
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289-1292

Informationsfreiheitsgesetz für BW

Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw
s. *Informationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/3114

31. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz BW 2012/2013

Mittlg LReg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 15/4600

Informationssperre zwischen den Schulen „aus Datenschutzgründen“

Datenschutzrechtliche Klärung zwischen dem Kultusministerium und dem Landesdatenschutzbeauftragten zur Nichtweitergabe der Grundschulempfehlung an die aufnehmende Schule

MdlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/6814

Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG)

Gewährung eines umfassenden Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens; Festlegung des Anwendungsbereichs; Ausgleich zwischen öffentlichem Informationsinteresse mit dem Schutz personenbezogener Daten und sonstiger berechtigter Interessen (Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen); Normierung von Regelungen für die Antragsbearbeitung in Bezug auf das Verfahren und die Kosten; Einrichtung eines Informationsregisters durch die LReg; Wahrnehmung des Amtes eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw
s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/7720

32. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz BW für die Jahre 2014/2015

Mittlg LReg
s. Datenschutzbericht
Drs 15/7990

Neue Landesbeauftragte bzw neuer Landesbeauftragter für den Datenschutz

Sachstand zur Klärung der Nachfolge für den Landesbeauftragten für den Datenschutz, insbes Vorschläge zur Nachfolge, Auswahlverfahren, Ausschreibung, erforderliche Qualifikationen

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 01.02.2016 und Antw StM
Drs 15/8037

Etatisierung der Mittel für die Dienststelle des Datenschutzbeauftragten beim Landtag, Würdigung der Zusammenführung des Datenschutzes für den öffentlichen und privaten Bereich

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289-1292

Datenschutzbericht

30. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz BW 2010/2011

Mittlg Datenschutzbeauftragter 01.12.2011 Drs 15/955 (264 S.)
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.03.2012 Drs 15/1500 (40 S.)
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1892-1898

31. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz BW 2012/2013

Mittlg Landesbeauftragter für den Datenschutz 17.01.2014 Drs 15/4600 (206 S.)
PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5309
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.06.2014 Drs 15/5302 (41 S.)
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6194-6200

32. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz BW für die Jahre 2014/2015

Mittlg Datenschutzbeauftragter 21.01.2016 Drs 15/7990 (254 S.)
PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8903
BeschlEmpf und Bericht StändA 01.06.2017 Drs 16/2118
PIPr 16/37 22.06.2017 S. 2079-2086

Datenschutzrecht

s. Datenschutz

Datensicherheit

s. Datenverarbeitung

Datenspeicherung

s. Datenverarbeitung

Datenträger

Erfolgspraxis beim Ankauf von „Steuer-CDs“

Erfolg der Ankaufpraxis von „Steuer-CDs“, insbes Anzahl der Ankäufe und Ankaufsbeteiligungen, aufgewandte Summe, getä-

tigte und erwartete Erlöse sowie verhängte und erwartete Haftstrafen durch Ankäufe im Zusammenhang mit Selbstanzeigen

Antr
s. Steuerdelikt
Drs 15/3477

Datendiebstahl bei der Polizei

Auskunft über die auf den entwendeten Datenträgern gespeicherten Daten; Zweck der Sammlung der Datensätze; Information des Innenministeriums über den Diebstahl vom 26. August 2014; Art der eingeleiteten Maßnahmen; Umstände der Zurückerlangung der gestohlenen Datenträger; Zuständigkeit für die Sammlung und Verwaltung von Daten bei der Polizei; Sicherung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine vorschriftsmäßige Speicherung und Nutzung der Datensätze

Antr CDU 08.10.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5843
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.03.2015 Drs 15/6733 S. 14
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Mobile Ticketing im Öffentlichen Personennahverkehr

Verkehrsverbünde mit einem Mobil-Ticketing-Angebot; Nutzung des sogenannten Handy-Tickets; Auftreten von Problemen bei der Fahrausweiskontrolle; Vereinheitlichung der eingesetzten Systeme; Förderung von Mobile Ticketing durch die LReg

KlAnfr
s. Fahrausweis
Drs 15/6333

Datentransfer

s. Datenaustausch

Datenübermittlung

s. Datenaustausch

Datenübertragung

s. Datenaustausch

Datenübertragungsnetz

s. Telekommunikationsnetz

Datenverarbeitung

s.a. Biometrie
s.a. Computer
s.a. Dokumentation
s.a. Informatik
s.a. Informations- und Kommunikationstechnik
s.a. Informationssystem
s.a. Outsourcing
s.a. Rechenzentrum
s.a. Software
s.a. Telearbeit

Datenerhebung bei den Stadtwerken

Gründe und Auswirkungen der umfangreicheren Datenerhebung der Landesregulierungsbehörde bei der „Datenerhebung Kostenprüfung - Gas“ von den Stadtwerken im Vergleich zur Bundesnetzagentur, Höhe und Träger der Kosten für die Landeskontrollbehörde, Beurteilung der Aufgabenverteilung zwischen der

Bundesnetzagentur und den Ländern und der damit verbundenen Parallelstrukturen

Antr
s. *Aufsichtsbehörde*
Drs 15/89

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 29.06.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/169
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2011 Drs 15/747 (dazu ÄAntr Bernd Hitzler u.a. CDU) S. 3 4
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 29.06.2011 und Antw IM Drs 15/171

Datensicherheit und Verlässlichkeit der Zensus-Erhebungen im Enzkreis

Gründe für den Versand von Erinnerungsschreiben trotz fristgerecht beantworteter Fragebögen und mehrfachen Versand von Fragebögen durch das Statistische Landesamt im Zusammenhang mit der Gebäude- und Wohnungszählung; Gewährleistung der Sicherheit der für den Zensus 2011 erhobenen Daten von Einwohnern des Enzkreises

KlAnfr
s. *Statistik*
Drs 15/196

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 4: IuK-Ausfallvorsorge für Großschadensfälle

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/225

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal

s. *Personalplanung*
Drs 15/230

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 10: Datenverarbeitung der Polizei

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/232
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 15.08.2012 Drs 15/2156
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2479
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815
Mittlg LReg 13.06.2013 Drs 15/3634
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3715

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr
s. *Technische Observation*
Drs 15/669

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften; hier: Datenschutz bei der Erhebung von Rundfunkgebühren

Untersuchung der Verhältnismäßigkeit der Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten durch die Rundfunkanstalten, Einbeziehung der Landesdatenschutzbeauftragten in die Vorbereitung und Durchführung dieser Evaluierung, Prüfung des Verzichts auf den Abgleich von Daten mit nichtöffentlichen Stellen

Antr
s. *Datenschutz*
Drs 15/671

Elektronische Patientenakten an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Darlegung der o.g. Dokumentation und der Erfahrungen an den Universitätskliniken, Unterstützung bei der Einführung dieser Systeme und der Gewährleistung des Datenschutzes

KlAnfr
s. *Krankenunterlagen*
Drs 15/2135

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 7 - Nutzung und Finanzierung von länderübergreifenden IT-Programmen

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/1907

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 8 - Datenübertragung zwischen den Hochschulen und dem Landesamt für Besoldung und Versorgung

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1908
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2508
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3683
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4050
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
Mittlg LReg 30.06.2014 Drs 15/5394
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5726
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
Mittlg LReg 19.12.2014 Drs 15/6302
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6377
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 15 - Gemeinsame Datenverarbeitungsstelle der Justiz (Kap 0502, 0503, 0511 und 0512)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1915
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2515 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
 Mittlg LReg 17.12.2013 Drs 15/4511
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4710
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
 Mittlg LReg 20.03.2015 Drs 15/6632
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6775
 PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
 s. *Online-Netzwerk*
 Drs 15/2066

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsgeheimnisträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw
 s. *Polizeirecht*
 Drs 15/2434

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHOchsulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
 s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
 Drs 15/2561

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-

codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
 s. *Polizeirecht*
 Drs 15/4421

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Strategien oder präventive Maßnahmen gegen potenzielle Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr
 s. *Rechtsextremistische Organisation*
 Drs 15/4517

Digitale Infrastruktur in BW

Entwicklung des Datenverkehrs und der wirtschaftlichen Wertschöpfung; Ausbauplanungen und Mittelbereitstellung für die digitale Infrastruktur in BW, insbes Forderungen der badenwürttembergischen Unternehmen; Steigerung der Grundversorgung mit Breitbandanschlüssen; Bewertung von Qualität und Angebot der Netzbetreiber; Bereitstellung von Forschungsmitteln zu Telekommunikation und IT; sicherheitspolitische Herausforderungen

Antr
 s. *Breitbandkommunikation*
 Drs 15/4894

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
 s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
 Drs 15/5003

Generalvertrag des Landes über Mobilfunkleistungen

Bestehende Rahmenverträge mit Anbietern von Mobilfunkleistungen; Laufzeit, Termin der Neuausschreibung; Weitergabe von Kundendaten an Geheimdienste durch den britischen Mobilfunkanbieter

Antr
 s. *Mobilfunk*
 Drs 15/5574

Nutzung personengebundener Hinweise

Rechtsgrundlagen für die Speicherung und Nutzung sogenannter personengebundener Hinweise (PHW) durch Behörden; Nutzung personengebundener Hinweise in BW; Anzahl der betroffenen Personen; bestehende Datenbanken und Zugriffsberechtigte; Menge und Art der im Informationssystem INPOL gespeicherten personengebundener Hinweise aus BW; Umgang mit Personen, zu denen personengebundener Hinweise vorliegen; Anrecht der Betroffenen auf Auskunft über die gespeicherten Daten

KlAnfr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/5841

Datendiebstahl bei der Polizei

Auskunft über die auf den entwendeten Datenträgern gespeicherten Daten; Zweck der Sammlung der Datensätze; Information des Innenministeriums über den Diebstahl vom 26. August 2014; Art der eingeleiteten Maßnahmen; Umstände der Zurückerlangung der gestohlenen Datenträger; Zuständigkeit für die Sammlung und Verwaltung von Daten bei der Polizei; Sicherung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine vorschriftsmäßige Speicherung und Nutzung der Datensätze

Antr

s. *Datenträger*

Drs 15/5843

Strategie zur Cybersicherheit

Sachstand zur Cybersicherheit in BW, insbes Entwicklung der Computer- und Internetkriminalität, Situation der IT-Sicherheitsstrukturen, Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit, Zusammenarbeit mit dem Bund und Sicherheitsbehörden des Landes

Antr

s. *Kriminalität*

Drs 15/6681

EDV-Probleme in der Steuerverwaltung

Sachstand zu Ausfallzeiten durch EDV-Probleme bei der Steuerverwaltung sowie Maßnahmen und Investitionen zur Minimierung dieser Probleme

Antr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 15/7272

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindewirtschaftsrecht)

Änderung von § 15 des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes in der Fassung vom 18. Dezember 2012

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr

s. *Privatisierung*

Drs 15/7621

Landwirtschaft 4.0 in BW

Potenzial einer Digitalisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse; Vorbereitung der Landwirte auf den digitalen Wandel; Anforderungen an die Datenerfassung und Datenverarbeitung in der Landwirtschaft; infrastrukturelle Voraussetzungen, insbes die Verfügbarkeit des LTE-Mobilfunkstandards; Forschungsprojekte, Fachtagungen und Förderprogramme zum Thema Landwirtschaft 4.0/Farming 4.0

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 15/7861

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr

s. *Software*

Drs 15/7987

Einsparpotenzial einer Neuorganisation der Datenverarbeitung in der Landesverwaltung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 136

Sicherung der Zugänglichkeit der iRd Forschung erhobenen und verarbeiteten Daten für die weitere Forschung

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 286

Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung, Bekämpfung von Rechtsextremismus und Wirtschaftskriminalität im Internet

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1664 1665 1685

Regelungsbedarf beim Thema Vorratsdatenspeicherung

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1893

Datenverarbeitungsanlage

s. *Computer*

Datenverarbeitungsindustrie

s. *ITK-Branche*

Datenverarbeitungszentrum

s. *Rechenzentrum*

Datenweitergabe

s. *Datenaustausch*

Dauerarrest

s. *Jugendarrest*

Dauergrünland

s. *Grünland*

DB

s. Deutsche Bahn

DBV

s. Deutscher Bibliotheksverband

DDR

s. Deutsche Demokratische Republik

DEHOGA

s. Deutscher Hotel- und Gaststättenverband

Deich

Hochwasserschutz im LKkreis Esslingen

Durchgeführte, aktuelle und künftige Hochwasserschutzmaßnahmen von Bund und Land im LKkreis Esslingen (mit detaillierter Auflistung), insbes vorliegende und bewilligte Anträge der Kommunen und des LKreises sowie Zustand und Sanierungsplan für die Hochwasserdämme im LKkreis

KlAnfr
s. Hochwasser
Drs 15/3672

Deichbau

s. Deich

Deizisau

Verlosung von G9-Plätzen und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium

Situation um das Losverfahren um die G9-Plätze und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium, insbes Angebot flächendeckend zumutbarer Möglichkeiten für G9-Schulplätze, Ungleichbehandlung gegenüber Schulanmeldungen bei der Gemeinschaftsschule Deizisau, Gesprächstand des Gymnasiums mit dem RegPräs und dem Kultusministerium und weiteres Vorgehen

Antr
s. Gymnasium
Drs 15/5223

Dekontamination

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. Kernkraftwerk
Drs 15/2750

Demenz

Würdevoller Umgang mit Demenzzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 12.03.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1418

Zunahme demenzieller Erkrankungen in einer alternden Gesellschaft

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Aufbau neuer Betreuungsangebote für Demenzzkranke

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1320 1326

Demenzerkrankung

s. Demenz

Demografie

Integration und Demografie

Anteil, Altersdurchschnitt und Geschlecht von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an einem Altersjahrgang zwischen 2005 und 2010; Vergleich der demografischen Effekte bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund; Entwicklung von Konzepten gegen die Vereinzelung von Migranten im Ruhestand und zur Erreichung von älteren Migranten mit sozialen Hilfsangeboten

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/278 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 31-33

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Migration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und nach BW

Darstellung der Wanderungsbewegungen o.g. Personen von und nach BW und Deutschland seit 2001, Zahl von Auswanderungen gut ausgebildeter Kinder von Migranten, insbes türkischer Herkunft, in die Türkei; Auswirkungen auf den Fachkräftemangel; Frage nach einem Zuzug von gut Ausgebildeten aus den europäischen Krisenländern, insbes nach dem Aufruf der Bundeskanzlerin aus Spanien; Entwicklung von zielgruppenspezifischen Anwerbestrategien

Antr
s. Migrant
Drs 15/889

Auswirkungen der Zweitwohnungsteuer in Universitätsstädten auf Bevölkerungsentwicklung und Finanzausgleich in ländlichen Kommunen

KlAnfr
s. Zweitwohnungsteuer
Drs 15/1158

Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum

Ursachen und Konsequenzen der o.g. Problematik, Ausmaß im Wahlkreis Hohenlohe, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr
s. *Gebäude*
Drs 15/1172

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung seit Erteilung der Empfehlungen der Demografie-Enquete auf Drs 13/4900; Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, beim ÖPNV und Individualverkehr, den Schulen und Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen, der Energiewirtschaft, Landwirtschaft und beim Tourismus; Förderung der Attraktivität durch Programme zur Dorfentwicklung, kulturelle Angebote, Nahversorgung im Einzelhandel und Stärkung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

GrAnfr FDP/DVP 25.04.2012 und Antw LReg Drs 15/1608 (33 S.)
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2674-2682

Leerstandsproblematik im Main-Tauber-Kreis

Ursachen und Konsequenzen der Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum, Ausmaß im Main-Tauber-Kreis, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr
s. *Gebäude*
Drs 15/1729

Frauen auf dem Land in BW

Anteile von Männern und Frauen im ländlichen Raum; Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von Frauen, notwendige Rahmenbedingungen und Instrumente zur Trendumkehr, insbes des von der EU mitfinanzierten Förderprogramms „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum (IMF)“, bisherige Projektförderungen und geplante Neuauflage des Programms ab 2014, Ermunterung von Frauen zur Einreichung von Anträgen zum Agrarinvestitionsförderprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1770

Regionale Schulentwicklung in BW

Auswirkungen des Rückgangs der Schülerzahlen auf die Bildungslandschaft; Bedeutung einer regionalen Schulentwicklungsplanung in BW u.a. BLändern, Einleitung entsprechender Schritte im Austausch mit allen betroffenen Akteuren, Darstellung der Schulgrößen gegliedert nach Schultypen

Antr
s. *Schulentwicklungsplan*
Drs 15/2010

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 13 - Demografische Entwicklung der Schülerzahlen und ihre Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (Kap 0405, 0408, 0410, 0416, 0436 und 0437)

Mittlg RH
s. *Schüler*
Drs 15/1913

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich; Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Krankenhäuser und Arztpraxen; Versorgungsgrad an Haus- und Fachärzten; Praxisschließungen in den Jahren 2009 bis 2013; Situation der Notfallversorgung

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/3784

Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen

Stellungnahmen der Kommunalen Landesverbände und Regionalverbände zur Fortschreibung der Hinweise für die Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise; Durchführung einer Verbandsanhörung vor der Fortschreibung der Hinweise; Vorwurf des Eingriffs in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung; Berücksichtigung örtlicher/regionaler Besonderheiten im Genehmigungsverfahren; Nutzung aktueller Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen; Überarbeitung der bisherigen Berechnungsformel; Vorwurf einer Absenkung des Wachstumsfaktors als Mittel zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4521

Strukturförderung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

Bevölkerungsentwicklung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/4552

Die Bevölkerungsentwicklung in BW und ihre Herausforderungen

Bevölkerungsentwicklung und -wanderung in Stadt- und LKreisen in BW und ihre Auswirkungen auf Mobilitätsverhalten und die Mobilitätsbedürfnisse sowie Konsequenzen für die zukünftige Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 13.02.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4764 (42 S.)

Kur- und Erholungsorte in BW

Situation und Entwicklung der Kur- und Erholungsorte in BW, insbes Statistiken, internationale Marketingmaßnahmen, Zukunftskonzepte angesichts der demografischen Entwicklung und

Zertifizierung von Nachhaltigkeit

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/4766

Strukturförderung im Wahlkreis Sigmaringen

Bevölkerungsentwicklung und Förderung von ELR-Projekten (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum) im Wahlkreis Sigmaringen

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/4793

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Ko-finanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalausgaben durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Strukturförderung im Main-Tauber-Kreis

Bevölkerungsentwicklung im Main-Tauber-Kreis; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/5121

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel - Herausforderungen an die Landespolitik“

Bericht zur künftigen Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger, der Versorgungsausgaben sowie zu sonstigen wichtigen, hiermit im Zusammenhang stehenden Informationen; Darstellung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Verminderung der Versorgungsausgaben

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Demografischer Wandel“*
Drs 15/7036

Vom konjunkturellen Mehrwert der Aufnahme von Flüchtlingen im Land

Sachstand zu Auswirkungen der Flüchtlingsaufnahme auf die Wirtschaft, die demografische Entwicklung und den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8090

Herausforderungen des demografischen Wandels für die politischen Entscheidungsträger auf Landes-, Bundes- und Europäebene

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Zunahme der Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen mit dem demografischen Wandel

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 25

Weiterentwicklung der kleineren Gemeinden angesichts der demografischen Herausforderungen, Zunahme der Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 44 50 51

Verweisung auf die demografischen Probleme im ländlichen Raum durch Abwanderung und steigende Lebenserwartung der Menschen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1303 1312 1320 1326

Demokratie

s.a. *Bürgerbeteiligung*
s.a. *Direkte Demokratie*
s.a. *Gewaltenteilung*
s.a. *Rechtsstaat*

Demokratische Offensive gegen rechtsextremistische Gewalt - auch in BW

Aktuelle Debatte
s. *Extremismus*
PIPr 15/19 S. 841

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitgliedsvereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/983

Den Schwung der Volksabstimmung nützen - eine neue Ära direkter Demokratie für unser Land

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1059-1067

Erstes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für eine erfolgreiche Volksabstimmung in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Drittel der Stimmberechtigten auf ein Fünftel der Stimmberechtigten

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4078

Zweites Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Sechstel der Stimmberechtigten auf ein Zehntel der Stimmberechtigten

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4079

Drittes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Einführung eines Rechts der Bürger auf Einbringung einer Volksinitiative in der Landesverfassung für das Land BW betreffende Gegenstände politischer Willensbildung nach Unterzeichnung von mindestens 50000 Wahlberechtigten; Beratungsanspruch durch das Innenministerium für Vertrauensleute einer Volksinitiative zu deren Vorbereitung; Befassungspflicht für den Landtag innerhalb von sechs Monaten nach Zustandekommen der Initiative; Recht zur Einleitung eines Volksbegehrens nach Ablehnung einer Volksinitiative mit einem Gesetzentwurf als Gegenstand durch den Landtag

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4080

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/7178

Bewertung von kontroversen Debatten im Parlament als Teil des demokratischen Wettbewerbs, Verweisung auf die Errungenschaften der repräsentativen Demokratie

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 6 7

Anmahnung einer fairen und zivilisierten Streitkultur in der Demokratie, Notwendigkeit einer selbstbewussten Kultur als Ausdruck eines autonomen Bürgerbewusstseins, Ausbau der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen, Abbau der Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 28-30

Festhalten am Wesen und Kern der repräsentativen Demokratie, Beurteilung der angekündigten Erweiterung der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 44-47 53 54 72 73 90

Stärkung des Vertrauens in die repräsentative Demokratie durch Erweiterung der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 266-276

Werbung um mehr Bürgerbeteiligung innerhalb des Systems der repräsentativen Demokratie

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 303-309

Bewertung des Parlaments als den wesentlichsten Teil der Demokratie, Bemühungen um einen Abbau der Distanz zwischen Politikern und Bürgern

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 674 675

Verteidigung der repräsentativen Demokratie, Schaffung von mehr Möglichkeiten für direkte Demokratie

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851 852 857-859 862 865 867

Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch den Rechtsextremismus und damit verbundene Parteien wie die NPD, Verweisung auf die Möglichkeiten einer wehrhaften Demokratie

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 898 899 902 903

Ausbau der Bürgerbeteiligung im Land und in den Kommunen innerhalb des Systems der repräsentativen Demokratie, Bekräftigung der Akzeptanz demokratischer Mehrheitsentscheidungen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 983-988 991

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet, Verweisung auf die Möglichkeiten einer wehrhaften Demokratie; Notwendigkeit einer breiten Mittelschicht als Fundament einer stabilen Demokratie

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1663-1668 1674 1675

Demokratisierung

Petersburger Dialog 2013

Verlauf der Planungen des Petersburger Dialogs in Baden-Baden; Gründe für die Rücknahme der Förderung; Argumente gegen die Förderung bzw gegen den Dialog an sich; Höhe der Exportquote der baden-württembergischen Wirtschaft nach Russland; gegenwärtiger Stand des Dialogs zwischen BW und Russland; Einflussmöglichkeiten des Landes BW auf die Beachtung der Menschenrechte und eine Demokratisierung in Russland

Antr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2662

Einladung des Petersburger Dialogs nach BW

Gründe für die Absage der 2013 in Baden-Baden geplanten Veranstaltung; Gesamtvolumen der veranschlagten Kosten; Frage nach politischen Gründen für die Absage; Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit Russland

KlAnfr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2680

Demonstration

s.a. *Blockade*
s.a. *Politischer Protest*

Straftaten iRd Proteste gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ am 20.06.2011

Zahl und Art der Verletzungen von Polizeibeamten, Zahl und Gegenstand von Ermittlungen gegen gewalttätige Demonstranten

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Verschärfung der Situation durch den Weiterbau der Bahn nach Meinung von Minister Hermann? Beurteilung der Schadenersatzpflicht für die von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Zustandekommen, Art und Höhe der von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Angekündigte Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeiuniformen

Einführungsgründe, Ausgestaltung und Auswirkungen eines anonymisierten Kennzeichnungssystems; Frage nach einem Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Gegnern des Projekts Stuttgart 21 gegen Polizisten am 20.06.2011; Haltung der Polizeigewerkschaften; Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamten, Schutz vor Denunziationen, Bedrohungen und Gewalt

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/189

Wohnorte der rechtskräftig Verurteilten im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“

Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten u.a. rechtswidrigen Handlungen seit 2010, Wohnsitze der Verurteilten bzw Angabe des Bundeslandes bei Wohnsitzen außerhalb von BW

Antr
s. *Wohnsitz*
Drs 15/304

Abbruch von Einsätzen als taktische Alternative bei der Bewältigung von Großlagen

Bewertung o.g. Entscheidungsalternative als eine der Empfehlungen aus der Nachbereitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten, Vereinbarkeit mit der Rechtslage bzw mit den Dienstpflichten von Polizeibeamten und der gebotenen Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates; Auswahl und Zusammensetzung des angekündigten Expertenpools zur Unterstützung von Einsatzleitern, Einbeziehung der persönlichen Bewertung von Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt und der taktischen Variante „Einsatzabbruch“ als Kriterium bei der Expertenauswahl?

Antr
s. *Polizei*

Drs 15/406

Ankündigung polizeilicher Maßnahmen aufgrund von Protesten gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21

Gründe und Auswirkungen einer Ankündigung o.g. Polizeieinsätze im Vorfeld, insbes auf die Intensität und räumliche Konzentration des Widerstands der Projektgegner sowie auf den (erhöhten) Bedarf an Polizeikräften; Kompensation möglicher Nachteile?

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/425

Behinderung der Polizei iRd der Protestaktionen am 5. September 2011 in Stuttgart

Zahl der eingesetzten Polizisten und Einsatzkonzept bei der Kundgebung gegen Stuttgart 21 und dem anschließenden nicht genehmigten Protestmarsch, rechtliche Bewertung der o.g. Behinderung durch Demonstrationsteilnehmer und des damit bewirkten Scheiterns von Personenkontrollen, Zahl der eingeleiteten Ermittlungen; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Einsatzabbrüche

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/536

Sommertour der NPD in BW

Veranstaltung von kurzfristig angemeldeten Kundgebungen und Demonstrationen durch die NPD und nahestehende Gruppierungen an verschiedenen Orten, Frage nach Teilnehmerzahlen und Möglichkeiten der Kommunen zum Verbot solcher Veranstaltungen

KlAnfr
s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/2397

Kurdenkrawalle in Mannheim - Polizei als Freiwillig?

Aktuelle Debatte
s. *Polizei*
PIPr 15/45 S. 2519

Polizeilicher Einsatz zum Gedenktag am 23. Februar 2013 in Pforzheim

Auskunft über die an diesem Tag in der Region Pforzheim durchgeführten Demonstrationen und ihre jeweilige Teilnehmerzahl; politische Zuordnung und Aggressionspotenzial der einzelnen Teilnehmergruppen; zeitlicher und räumlicher Ablauf der Demonstrationen; Straftaten, Gewaltausübung, Anzahl der verletzten Personen (Demonstranten, Polizisten und sonstige Beteiligte); Zahl und Organisationseinheiten der eingesetzten Polizeibeamten; abschließende Beurteilung des Polizeieinsatzes

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/3146

Entwicklung der Kosten für Polizeieinsätze rund um das Bahnprojekt Stuttgart 21

Kostenentwicklung der Polizeieinsätze iRd Bahnprojekts Stuttgart 21, insbes zu den wöchentlichen Montagsdemonstrationen

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3155

Amnestie im Zusammenhang mit der Stuttgart 21-Demonstration am „Schwarzen Donnerstag“

Zahl der gegen Demonstranten sowie gegen Polizeibeamte eingeleiteten Strafverfahren; Stand dieser Verfahren; Vorschlag einer generellen Amnestie für alle im Zusammenhang mit der Demonstration und dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten begangenen Straftaten; Vereinbarkeit einer Amnestie mit dem Legalitätsprinzip; Auswirkungen auf künftige Polizeieinsätze bei Demonstrationen

KIAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3323

Teilnahme baden-württembergischer Verbände an einer Großdemonstration der UETD (Union of European Turkish Democrats) am 7. Juli 2013 in Düsseldorf

Erkenntnisse über die Organisation UETD, deren Mitgliedsverbände sowie die Verbindungen dieser Organisation zu dritten, staatlichen bzw halbstaatlichen/quasi-gubernativen Organisationen und deren Wirken innerhalb und außerhalb BW; Informationen zu Zweck, Organisatoren und geäußerten Inhalten bei der Großdemonstration am 7. Juli 2013 in Düsseldorf, insbes Beteiligung von (Unter-)Organisationen, Verbänden, Vereinigungen und spezifizierbaren Einzelpersonen aus BW sowie Planung vergleichbarer Veranstaltungen in BW

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.07.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3793

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten
Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KIAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Antisemitisch motivierte Manifestationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg

Hintergründe antisemitischer Äußerungen und Handlungen bei Protesten gegen den Gaza-Krieg und Reaktion der Strafverfolgungsbehörden; Verbindung islamistischer zu rechts- bzw links-extremistischen Gruppen; Schutzmaßnahmen für jüdische Mit-

bürger und Einrichtungen vor antisemitisch motivierten Aktivitäten

Antr
s. *Antisemitismus*
Drs 15/5581

Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Einsatzstrategien für Demonstrationen zu den Konflikten im Nahen Osten, Einsatz des Landesamts für Verfassungsschutz

Umgang mit zunehmender Gewalttätigkeit bei Demonstrationen anlässlich der Konflikte im Nahen Osten; Ausarbeitung von Strategien zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Koordination des Vorgehens von Polizeiführung, Staatsanwaltschaften und Innen- und Justizministerium; Anzahl der den Phänomenbereich Islamismus beobachtenden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 15.10.2014 und Antw IM Drs 15/5879

Auswirkungen der sogenannten Montagsdemonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 auf Handel, Gastronomie und Beherbergungsgewerbe

Anzahl der bisherigen Demonstrationen, deren durchschnittliche Dauer und Teilnehmerzahl; Umsatzeinbußen bei den Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Gaststätten entlang der Demonstrationsstrecke; Höhe der bisher für die Begleitung der Demonstrationen durch Polizei- und Sicherheitskräfte entstandenen Personal- und Sachkosten

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 22.10.2014 und Antw IM Drs 15/5957

Ausschreitungen bei Bildungsplandemonstrationen

Umstände und Konsequenzen aus den Ausschreitungen und Rechtsverstößen von Gegendemonstranten bei Bildungsplandemonstrationen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.11.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6148
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 25 26
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Unterstützung der Eröffnungsfeier der „Transnationalen Aktionen gegen die Europäische Zentralbank“ durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg, insbes Mittelverwendung

MdIANfr 1) Sabine Kurtz CDU 30.03.2015 Drs 15/6690
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7597-7599

Unterstützung der Blockupy-Demonstrationen anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg, insbes Ergebnis der rechtsaufsichtlichen Überprüfung durch die Universität Heidelberg, Veränderungen hinsichtlich bestehender Regelungen der Verfassten Studierendenschaften zur Gewährleistung weltanschaulicher und parteipolitischer Neutralität

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 26.05.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6926
BeschlEmpf und Bericht WissA 08.10.2015 Drs 15/7638 S.

24 25

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Vorfälle bei der „Demo für alle“ am 11. Oktober 2015 in Stuttgart

Verhinderung einer Nutzung des Opernhauses als Kulisse für die Teilnehmer der „Demo für alle“; Nutzung der Terrasse des Opernhauses für politische Meinungsbekundung; Entrollen eines Transparents in Regenbogenfarben mit der Aufschrift „Vielfalt“ durch Gegendemonstranten an der Fassade des Opernhauses; Anzahl der während der Demonstration festgenommenen und verletzten Personen; Höhe der Sachschäden; Kosten des Polizeieinsatzes sowie des Einsatzes von Hilfs- und Rettungsdiensten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 23.10.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7603

BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 50 51

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Polizeieinsatz vom 20. bis 22. November 2015 in Weinheim

Sachstand zum Polizeieinsatz anlässlich des Bundesparteitages der NPD und von Gegenveranstaltungen am 21. und 22. November 2015 in Weinheim, insbes angemeldete Veranstaltungen, Polizeistärke, Einsatzverlauf, Kosten, Gewalttätigkeiten, Verletzungen, Ermittlungsverfahren

KIAnfr

s. *Polizeieinsatz*

Drs 15/7906

Erneute gewalttätige Störungen linker Gruppierungen gegen die „Demo für alle“

Sachstand zu Behinderungen, Ausschreitungen und Rechtsverstößen von Teilnehmern der Gegendemonstration zur „Demo für alle“ gegen den neuen Bildungsplan der grün-roten LReg am letzten Februarwochenende 2016 in Stuttgart

KIAnfr Thomas Blenke CDU 29.02.2016 und Antw IM Drs 15/8092

Beurteilung von Art und Maß der Demonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21, Bewertung als Entmündigung des Parlaments

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 44-48 72 73

Verurteilung der Ausschreitungen von militanten Parkschützern im Anschluss an die Demonstration gegen Stuttgart 21 am 20.06.2011, Erinnerung an die Ereignisse vom 30.09.2010, Vorwurf einer Anfeuerung der Proteste durch die Grünen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145-152 158 159 161-164

Feststellung einer Zunahme von verbaler und physischer Gewalt gegen Polizeibeamte im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen Stuttgart 21, Unterstützung der Polizei bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412-415 417 421 422 432

Ausschluss einer Beteiligung der Grünen an weiteren Demonstrationen gegen Stuttgart 21 nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung für das Projekt

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 988

Verweisung auf den weit verbreiteten Wunsch der Bürger nach einem Ende der Demonstrationen gegen Stuttgart 21 nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1061

Erinnerung an den Polizeieinsatz am 30.09.2010, Verweisung auf die danach angewandte Deeskalationsstrategie der Polizei bei Demonstrationen gegen Stuttgart 21

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1278-1281

Demonstrationsrecht

s. *Demonstration*

Demontage

s. *Rückbau*

Demoskopie

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/4272

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten der Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr

s. *Umfrage*

Drs 15/4705

Denkendorf

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/752

ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen, Planfeststellungsabschnitt 1.4 (Filderbereich)

Lärmschutzmaßnahmen und zu erwartende Lärmimmissionen im Filderbereich durch die Bahntrasse der ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen im Zusammenwirken mit dem Verkehrslärm der Bundesautobahn 8 und dem Flughafen Stuttgart

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3175

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)
Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Denkmalerhaltung

s. *Denkmalpflege*

Denkmalpflege

s.a. *Bausanierung*
s.a. *Bodendenkmal*
s.a. *Denkmalschutz*
s.a. *Heimatspflege*
s.a. *Kulturdenkmal*
s.a. *Restaurierung*

Sanierung der ehemaligen Hochschule für Gestaltung Ulm
Unterstützung der o.g. Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude und Einrichtung eines Dokumentationszentrums für die Designgeschichte des 20. Jahrhunderts

KlAnfr
s. *Kunsthochschule*
Drs 15/90

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 16: Zuwendungen für Erhalt und Pflege von Kulturdenkmälern

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/240
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis
Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadumbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/841

Archäologisches Landesmuseum und archäologisches Zentraldepot

Darstellung der Abläufe und Zuständigkeiten bei archäologischen Funden mit Erläuterungen zu Ausgrabung, Dokumentation, Archivierung und Ausstellung; durchgeführte Maßnahmen zur Umwandlung des Archäologischen Landesmuseums (ALM) zu einem Landesbetrieb; Beurteilung der Entflechtung des ALM

vom Landesamt für Denkmalpflege; Planungen für die Zuordnung des Archäologischen Zentralarchivs in Rastatt; Erwartungen an die neue Museumskonzeption

Antr
s. *Archäologie*
Drs 15/1656

Denkmalstiftung BW

Planung von Veränderungen der Größe, Zusammensetzung und Arbeit des künftigen Vorstands und Kuratoriums der Stiftung Denkmalschutz?

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 08.05.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1672
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/3063 S. 11
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/2206

Baukultur als Bildungsauftrag

Rolle von Architektur, Denkmalschutz und Baukultur in der Bildungspolitik und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern, insbes stärkere Verankerung im Unterricht bei der Überarbeitung der Bildungspläne; Einschätzung der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Architektur und Schule und Einrichtung einer ähnlichen Institution in BW

Antr
s. *Architektur*
Drs 15/4090

Regierungsbefragung

Organisationsreform in der Denkmalpflege
PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5180-5182

Neuordnung der Denkmalpflege

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Verhältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftigten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Esslingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 16.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4598

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen

Fundstätte Heuneburg: Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr
s. *Bodendenkmal*
Drs 15/4776

„Klosterlandschaft“ Maulbronn

Zusammenarbeit der Kommunal- und Landesbehörden bei der Denkmalpflege der „Klosterlandschaft“ Maulbronn, insbes Vorgehensweise bei der Neubewertung der Pufferzone

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5267

Finanzielle Unterstützung des Landes zur Sanierung des Industriedenkmal „Crailsheimer Wasserturm“

Baulicher Zustand des über 100 Jahre alten Wasserturms; Bedeutung des Gesamtareals aus Wasserturm und Lokschuppen für den Tourismus; Sanierung des Industriedenkmal mit Mitteln der Denkmalstiftung des Landes oder aus dem Städtebauförderprogramm; Nutzung sonstiger Förderprogramme

KlAnfr
s. *Industriedenkmal*
Drs 15/5330

Denkmalschutz

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis
Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadtumbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/841

Denkmalstiftung BW

Planung von Veränderungen der Größe, Zusammensetzung und Arbeit des künftigen Vorstands und Kuratoriums der Stiftung Denkmalschutz?

Antr
s. *Denkmalpflege*
Drs 15/1672

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/2206

Baukultur als Bildungsauftrag

Rolle von Architektur, Denkmalschutz und Baukultur in der Bildungspolitik und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern, insbes stärkere Verankerung im Unterricht bei der Überarbeitung der Bildungspläne; Einschätzung der bayerischen Landes-

arbeitsgemeinschaft Architektur und Schule und Einrichtung einer ähnlichen Institution in BW

Antr
s. *Architektur*
Drs 15/4090

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes

Konzentration der fachlichen Denkmalpflege im Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart, insbes Integration der regionalen Fachreferate; Einrichtung eines Denkmalsrats beim Finanz- und Wirtschaftsministerium; Aktualisierung des Bußgeldrahmens für denkmalschutzrechtliche Ordnungswidrigkeiten

GesEntw LReg 14.10.2014 Drs 15/5870 (30 S.)
1. Beratung PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6580
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6020 (dazu EAntr GRÜNE und SPD Anlage 1)
2. Beratung PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6796-6801
GesBeschl 26.11.2014 Drs 15/6179
GBI 2014 Nr. 23 S. 686 687 (Ges vom 09.12.2014)
Mittlg LReg 24.07.2015 Drs 15/7227
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7696
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Denkmalschützerische Auflagen und Unterstützung des Landes für eine Sanierung des Landratsamts Schwäbisch Hall

Sachstand zur Gebäudesanierung des Landratsamts Schwäbisch-Hall, insbes Anforderungen des Denkmalschutzes, Unterstützung des Landes für die Gebäudeeigentümer für den Mehraufwand aufgrund des Denkmalschutzes

MdlAnfr 4) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 29.04.2015
Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7773 7774

Schutz der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe

Sachstand zum Denkmalschutz landschaftsprägender Alleen wie der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe

KlAnfr
s. *Allee*
Drs 15/7468

Denkmalschutzgesetz

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes

Konzentration der fachlichen Denkmalpflege im Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart, insbes Integration der regionalen Fachreferate; Einrichtung eines Denkmalsrats beim Finanz- und Wirtschaftsministerium; Aktualisierung des Bußgeldrahmens für denkmalschutzrechtliche Ordnungswidrigkeiten

GesEntw
s. *Denkmalschutz*
Drs 15/5870

Denkmalstiftung

s. *Denkmalpflege*

Denkschrift des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung

s. *Haushaltsrechnung*

Der Grüne Punkt

s. Duales System Deutschland

Deregulierung

s.a. Bürokratie

s.a. Normenkontrolle

s.a. Ombudsmann

Entbürokratisierung

Beauftragung eines Regierungsmitglieds als Beauftragten für Bürokratieabbau und als Ombudsmann, Verpflichtung von Ministerien und Verwaltung zur Anwendung des Standard-Kosten-Modells zur Messung von Bürokratiekosten, Einrichtung eines Normenkontrollgremiums für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung; regelmäßige Berichterstattung

KlAnfr

s. Bürokratie

Drs 15/933

Bürokratie in der Pflege

Aufgabenbeschreibung der von der BReg eingesetzten Ombudsfrau für die Entbürokratisierung in der Pflege, entsprechende Überprüfung und Überarbeitung des Landesrechts, Berücksichtigung der Ansatzpunkte der Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste und des Landespflegerats

Antr

s. Pflege

Drs 15/1531

EU-Bürokratieabbau

Bürokratiebelastung von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern mit Ursprung im EU-Recht und dessen Umsetzung auf Landes- und regionaler Ebene; Bewertung von Vorschlägen der Expertengruppe für EU-Bürokratieabbau, u.a. Einführung einer Begründungspflicht bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten für über das EU-Mindestmaß hinausgehende Verwaltungsanforderungen; Frage nach überflüssigen EU-Vorschriften sowie nach der Wiedereinführung eines Beauftragten für Bürokratieabbau

Antr

s. Bürokratie

Drs 15/1591

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vorgaben mit denen der anderen Netzagenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr

s. Energiepolitik

Drs 15/1700

Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht nach dem Heimgesetz für BW

Umsetzung der o.g. Dokumentationspflicht in elektronischer bzw digitaler Form ohne zusätzliche Aufbewahrung in Papierform? Entlastung der Pflegekräfte durch Berücksichtigung technischer Neuerungen der Dokumentenverwaltung im Zuge der angekündigten Novellierung des Heimgesetzes

KlAnfr

s. Dokumentation

Drs 15/1978

Gesetz zur Aufhebung des Sammlungsgesetzes

Entfallen der Erlaubnispflicht für Haus- und Straßensammlungen sowie der Verpflichtung der Sammlungsveranstalter zur Vorlage von Abrechnungen; Aufhebung einer behördlichen Überwachungsmöglichkeit nicht erlaubnisbedürftiger Sammlungen; Ersparnis von Verwaltungskosten bei den Regierungspräsidien, Kreisen und Gemeinden durch den Abbau verzichtbarer staatlicher Aufgaben

GesEntw

s. Spende

Drs 15/2384

Liberalisierung der europäischen Postmärkte

Vorteile der Liberalisierung der Postmärkte für Bürger und Unternehmen; Wettbewerbschancen und Preisentwicklung; Qualität und Serviceleistungen; Deregulierung des Briefmarkts; Postdienste baden-württembergischer Unternehmen in EU-Mitgliedstaaten; Einrichtung grenzüberschreitender Postdienste in grenznahen Regionen; Zukunftsperspektive der europäischen Postmärkte

Antr

s. Postbeförderung

Drs 15/4269

Baden-württembergischen Normenkontrollrat einrichten, um Bürokratieabbau zu beschleunigen

Finanzieller und zeitlicher Aufwand der baden-württembergischen Wirtschaft durch die Befolgung rechtlicher Normen und Einsparungspotential bei nicht notwendigen Bürokratiekosten; Umsetzung der Maßnahmen der LReg zum Bürokratieabbau, insbes Einrichtung eines Normenkontrollrats nach dem Standard-Kosten-Modell

Antr

s. Bürokratie

Drs 15/4512

Design

s.a. Baugestaltung

Sanierung der ehemaligen Hochschule für Gestaltung Ulm

Unterstützung der o.g. Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude und Einrichtung eines Dokumentationszentrums für die Designgeschichte des 20. Jahrhunderts

KlAnfr

s. Kunsthochschule

Drs 15/90

Designgeschichte

s. Design

Dettenhausen, Landkreis Tübingen*Möglichkeiten zur effizienten Eindämmung und Verhinderung von Lärmbelästigungen*

Maßnahmen zur effizienten Eindämmung und Verhinderung von nächtlichen Lärmbelästigungen durch Jugendliche im Bereich der Schönbuchschule in Dettenhausen

KlAnfr
s. *Lärm*
Drs 15/5502

Deuschle, Andreas MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8476 8495

Deutsch

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen
Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5495

Deutsch als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen
Unterstützung nach BW zugezogener schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ohne ausreichende Deutschsprachkenntnisse durch Sprachunterricht und allgemeine Sprachförderung, insbes Wirksamkeit und Förderung schulischer Angebote, Einsatz und Qualifizierung von Lehrkräften für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5530

Konsequenzen und integrationsfördernde Maßnahmen infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Familiennachzug in BW
Folgen des Urteils des EuGH zum Nachzug von Familienangehörigen in BW, insbes Konsequenzen unzureichender Kenntnisse der deutschen Sprache nachziehender Ehegatten, Auswirkungen auf Zwangsverheiratungen; Maßnahmen der LReg zur Förderung der Teilnahme türkischer Frauen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben

Antr
s. *Familiennachzug*
Drs 15/5692

Förderung der Deutschkenntnisse von Interessenten an einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst
Überprüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache im Einstellungsverfahren für eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst; mangelnde Deutschkenntnisse als Grund für eine Nichtberücksichtigung von Bewerbern; Eignung von Personen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation für den Öffentlichen Dienst; Unterstützung potenzieller Stellenbewerber beim Erwerb der erforderlichen Sprachkenntnisse

Antr
s. *Sprachkompetenz*
Drs 15/6113

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn
Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Lan-

desdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6499

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn
Sachstand zur Unterrichtsversorgung beim Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/6717

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6883

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn
Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6966

Lehrerversorgung an Schulen im Main-Tauber-Kreis
Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/7220

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im Landkreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen
Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerber-

familien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

Deutsche Annington Immobilien SE

Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des erneuten Verkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien

Sachstand zur Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des Weiterverkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien durch die Patrizia Immobilien AG an die Deutsche Annington Immobilien, insbes. Wohnungsverkäufe vor dem Weiterverkauf, Weiterverkaufspreis des übrigen Wohnungsbestandes, Mieterhöhungen bzw. Beendigung von Mietverhältnissen durch die Patrizia Immobilien AG, Rechtssicherheit und Bestand der vorliegenden Sozialcharta sowie der Mieterschutzvorschriften nach dem Weiterverkauf, Maßnahmen der LReg zum Schutz der betroffenen Mieter, öffentlich geförderte Wohnungsneubauten an den Standorten der ehemaligen LBBW-Immobilien

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/7144

Deutsche Bahn

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Klares Bekenntnis zu Baden 21

Hinwirkung auf angemessene Lärmschutzmaßnahmen der Bahn AG entlang der gesamten Strecke; Eintreten für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung zwischen Karlsruhe und Basel; Berücksichtigung des Landesanteils in der mittelfristigen Finanzplanung

Mittlg LReg
s. *Baden 21*
Drs 15/12

Kosten des Baustopps beim Bahnprojekt Stuttgart 21 beziffern - In Zukunftsprojekte statt in Stillstand investieren

Höhe der von der Bahn bisher errechneten und der noch zu erwartenden Kosten bei Fortsetzung des Baustopps bis zu einer Volksabstimmung im Oktober 2011, Darstellung des evtl. Landesanteils und dessen Etatisierung; Hinwirkung auf eine sofortige Aufhebung des Baustopps

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/24

S-Bahn Rhein-Neckar, zweite Ausbaustufe - Weinheim

Höhe und Träger der Gesamtkosten im Vergleich zu den Vorplanungen, Begründung der für die Kostensteigerungen ursächlichen Einzelmaßnahmen, Zurechnung der Notwendigkeit dieser Maßnahmen für die S-Bahn oder auch für den Fern- und Güterverkehr? Eintreten für eine Beteiligung der Bahn AG an den gestiegenen Kosten

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/79

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Bewertung der von der Bahn bezifferten Schadenersatzforderungen wegen des Baustopps und der Mehrkosten wegen zusätzlicher Risiken sowie höherer Stations- und Trassenpreise nach

Realisierung des Projekts; Beurteilung evtl. Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen; Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestgestellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhöfen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/96

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenfern- und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weilhaltingen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/133

Stuttgart 21: Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann und Positionierung des MinPräs

Aufklärung der o.g. Widersprüche, Frage nach Kenntnissen des MinPräs über die fortlaufende Unterrichtung der LReg über die Ergebnisse des Stresstests durch die Bahn AG

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/180

Stuttgart 21: Unterlagen zum Ergebnis des Stresstests und Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann

Umfang, Inhalte und Zeitpunkt der Übergabe von o.g. Unterlagen der Bahn AG an die LReg bzw. an das MVI; Darlegung der Gespräche und des Schriftverkehrs mit der Bahn; Aufklärung der Widersprüche in den Äußerungen von Minister Hermann

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/178

Stuttgart 21: Gutachten zum Antrag der Deutschen Bahn AG auf Erhöhung der Grundwasserentnahme

Einholung eines externen Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen des o.g. Antrags der Bahn beim Eisenbahnbundesamt: Vereinbarkeit mit dem vorhandenen Fachwissen im Umweltministerium und der Verpflichtung zur Sparsamkeit, Gründe für die Vergabe an die beauftragte Kanzlei, Einhaltung der Vergabevorschriften, Bewertung der Ergebnisse des Gutachtens

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/188

Kein Antrag des Landes auf Bau- und Vergabestopp bei Stuttgart 21

Umschwenken des MinPräs zur Erwägung eines Baustopps: Höhe und Nutzen einer Kostenbeteiligung des Landes hierfür, Ver-

einbarkeit mit dem Baurecht der DBAG sowie mit der zu erwartenden Erfüllung des Schlichterspruchs durch die Ergebnisse des Stresstests und ihrer Bewertung durch die SMA; Frage nach der Bereitschaft zur Verschiebung der Volksabstimmung bis zur abschließenden Klärung der Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit; Verzicht auf die Beantragung eines Baustopps

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/209

Vergabe des Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen der Erhöhung der Grundwasserentnahme beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Beteiligungsrechte des Landes im Verfahren zur rechtlichen Beurteilung der Auswirkungen der von der Bahn beantragten Erhöhung der Grundwasserentnahme in Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss, Begründung der Einholung eines externen Gutachtens trotz des im Umweltministerium vorhandenen Fachwissens, Frage nach dem vergaberechtlichen Verfahren zur Beauftragung des ausgewählten Gutachters sowie nach den Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/247

Kostensteigerungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 - und ihre Folgen

Information der LReg seit 2004 durch die Bahn über außerplanmäßige Kostensteigerungen? Beurteilung von internen Berechnungen und Risikoanalysen sowie von Mehrkosten nach Realisierung des Projekts durch höhere Stationsgebühren und Trassenpreise; Höhe und Träger der Mehrkosten bei einer Überschreitung des Kostenrahmens und Kündigung des Vertrags; rechtliche Beurteilung der Vorfinanzierung der NBS Wendlingen-Ulm; Frage nach einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für die Inanspruchnahme des Risikopuffers

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/272

Qualität der Telefonie auf Strecken der Deutschen Bahn AG in BW und auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg

Beklagung des o.g. Missstands auf Nebenstrecken, u.a. auf der Murr- und Remstalbahn; Hinwirkung auf Abhilfemaßnahmen

KlAnfr
s. *Telefonie*
Drs 15/275

Sicherheit im geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21

Frage nach einem Not- und Störfallkonzept der Bahn sowie nach der Barrierefreiheit des geplanten Bahnhofs; Erkenntnisse über geologische Risiken durch Tunnelbohrungen in den Gipskeuper-Anhydrit-Gesteinsformationen; Art der verwendeten Stahlrohre für das 17 Kilometer lange Grundwasser-Leitungssystem; Bewertung der noch offenen Planungsverfahren für den Bau des Flughafenbahnhofs

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/289

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die

Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/299

Stationspreissystem der Deutschen Bahn

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems auf die Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr, Frage nach der Finanzierung der Mehrkosten sowie nach einer Überprüfung bereits bestellter Leistungen

Antr
s. *Stationspreis*
Drs 15/390

Kosten und Inhalt der „Volksbefragung zu S 21“

Offenlegung der o.g. Kosten sowie der zur Abstimmung zu stellenden Frage: Ausübung von Kündigungsrechten eines mit der Bahn geschlossenen Finanzierungsvertrags?

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/403

Zahlungen Stuttgart 21 an die Deutsche Bahn AG

Ausgestaltung der o.g. Zahlungsvereinbarungen, Gründe für die Verweigerung und spätere Leistung der Zahlungen, Information der Projektpartner, Umgang mit Zinsgewinnen? Rechtliche Bewertung der verweigerten Weiterreichung der Zahlungen der Stadt Stuttgart und der Region Stuttgart; fristgerechte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen zu Stuttgart 21

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/569

Clausula rebus sic stantibus (Wegfall der Geschäftsgrundlage) und S 21 Finanzierungsvertrag

Entwicklung, Anwendung in der Rechtsprechung und Rechtsfolgen des o.g. Rechtsinstituts; Beurteilung einer entsprechenden Regelung im Finanzierungsvertrag zwischen dem Land und der Bahn und deren Auslegung durch das MVI, erwartete Schadenersatzansprüche im Falle einer Kündigung des Vertrags unter Berufung auf das Rechtsinstitut „Wegfall der Geschäftsgrundlage“

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/616

Verbindlichkeit von Parteitagsäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/683

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21
Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/695

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Mehrkosten durch den Bau der großen Wendlinger Kurve für den zweigleisigen Anschluss des Regionalverkehrs aus Richtung Tübingen an die ICE-Neubaustrecke nach Ulm sowie durch den notwendigen Ausbau der Bahnhöfe an der Murrbahn, Aufflistung und Bezifferung der insgesamt 121 Kostenrisiken für das Projekt, Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/752

S-Bahn Rhein-Neckar - Verzögerungen zweite Ausbaustufe

Gründe und Auswirkungen der Verzögerungen; Darstellung der Regelungen für den Zeitablauf der Baumaßnahmen und des Gesamtprojekts nach dem Kooperationsvertrag zwischen BW, Hessen und Rheinland-Pfalz, der Bahn, dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar sowie den darauf basierenden Bau- und Finanzierungsverträgen; Hinwirkung auf Einhaltung der Zeitplanung durch die Bahn

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/1140

Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr in BW

Entwicklung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe im Land und im VVS in den letzten fünf Jahren; Bewertung des Programms der Bahn; Art, Zeit- und Kostenrahmen der Bemühungen um einen möglichst weitreichenden barrierefreien ÖPNV; Impulse durch das zu überarbeitende Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Antr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/1181

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/1537

Komfortable menschen- und umweltfreundliche Lösungen für die Gäubahn

Pläne der Bahn zur Einschränkung des Fernverkehrs zwischen Stuttgart und Zürich; aktuelle Fahrgastzahlen und Prognosen bis 2025 auf den Abschnitten der Gäubahn und zum Stuttgarter

Flughafen; Planungsstand für die Stilllegung der Gäubahntrasse in Stuttgart, Beurteilung der Fortführung der Vermarktung dieser Flächen durch die Bahn ungeachtet der Ergebnisse des Filderdialogs, Diskussion über neue Varianten mit o.g. Zielsetzung und Einhaltung des Kostendeckels mit den Projektpartnern von Stuttgart 21

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1629

ICE-Verkehr auf der Gäubahn - Schienenverkehr attraktiver gestalten

Darlegung der o.g. Bemühungen; Wiederaufnahme von regelmäßigen ICE-Verkehren und von Intercityexpresszügen mit Neigtechnik durch die Bahn AG, Verbesserung der Tagesrandverbindungen und des Betriebsprogramms am Wochenende

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2179

Auswirkungen der Planungsänderungen der Bahn im Bauablauf des Fildertunnels

Änderungen im Bauverfahren und in der Bauausführung; Folgen für den Abtransport des Aushubs; Streckenlänge der Lkw-Fahrten für den Abtransport des Aushubs; absehbare Menge der Lkw-Fahrten pro Tag während der Bauzeit; zu erwartende Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße B 27 und der Autobahn A 8; Lärm- und Abgasbelastung; Lagerung des gipshaltigen Aushubs auf geeigneter Deponie

KlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 15/2650

Folgen durch Zugausfälle und -verspätungen für das Land

Vertragliche und finanzielle Konsequenzen durch Zugausfälle und -verspätungen im Nah- und Regionalverkehr; Möglichkeiten des Landes bei der Vertragsgestaltung mit Verkehrsunternehmen

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/2810

Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke; Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/2813

Anfrage der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Bahn zum Projekt Stuttgart 21

Fragen von der Arbeitnehmerseite des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn zur Haltung der LReg zum Bahnprojekt Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3155

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr

s. *Eisenbahninfrastruktur*

Drs 15/3439

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im LKreiss Konstanz

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnhofsmodernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen; Kostenverteilung auf die einzelnen Projektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu Bahnhofsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr

s. *Bahnhof*

Drs 15/3771

Sicherstellung der Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen ab 2016

Verhinderung einer Versorgungslücke in der Übergangszeit zwischen dem Auslaufen der bisherigen Verkehrsverträge bis zur Betriebsaufnahme neuer Verkehrsverträge über Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen ab 2016, insbes Ausgestaltung der Übergangszeit beim Einsatz von Schienenfahrzeugen und Personal bei der Deutschen Bahn AG und anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3951

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4177

Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Regi-

on Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4334

Sanktionierung eingeschränkter Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Zugausfälle oder verkürzte Züge im Bereich des regionalen Schienenverkehrs in Württemberg seit der Inbetriebnahme der Fahrzeug-Instandhaltungs-, Behandlungs- und Abstellanlage (Fiba) in Ulm und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Deutschen Bahn Regio auf Basis des laufenden Großen Verkehrsvertrags

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4848

Geplante Streichung von IC-Verbindungen in BW

Geplante Streichung der zwei verbliebenen IC-Verbindungen auf der Strecke der Schwarzwaldbahn durch die Deutsche Bahn AG, insbes Gründe, Entscheidungsstand, Nachfragesituation auf der Schwarzwaldbahn, Maßnahmen der LReg zur Verhinderung der Streichung der Verbindung

Antr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/4944

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in Deutschland

Bewertung des großen Verkehrsvertrags BW aus dem Jahr 2003 im Vergleich zu den anderen SPNV-Verträgen in Deutschland

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/5315

Vergabeverfahren Main-Neckar-Ried - „sorgsamer Umgang mit Steuergeldern“?

Aufgabenträger und Zeitpunkt des Zuschlags; Höhe des Bestellertgelts; Verlauf des Vergabeverfahrens, Ursachen für dessen Verzögerung; Auswirkungen auf Folgeausschreibungen; Finanzierung des Einsatzes neuer Schienenfahrzeuge auf der Strecke; Angebotsverbesserungen durch die Neuvergabe

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/5333

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im LKreiss Konstanz

Stand der Planungen für die Sanierung der Seehas-Haltestellen; Kostenentwicklung und Aufteilung der Kosten unter den Beteiligten; Zeitplanung der Deutschen Bahn; Unterstützung der Kommunen bei der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung der Haltestellen

KlAnfr

s. *Haltestelle*

Drs 15/5346

Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A) 8

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bisherige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung; Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direk-

ten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines Direktanschlusses an die A 8

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/5564

Die Mär vom Großen Verkehrsvertrag

Höhe der seit 2003 an die DB Regio geleisteten Zahlungen; Frage der Rechtswirksamkeit des großen Verkehrsvertrags; Vorliegen einer „Überkompensation“ zulasten des Landes; Fortdauer der Zahlungen an die DB Regio; Gründe für das späte Zur-Sprache-Bringen des Themas

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/5628

Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze - Nutzen oder Schaden für den Wettbewerb?

Hintergründe und Folgen der Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze, insbes sachliche Erwägungen (Vor- und Nachteile), Auswirkung auf Wettbewerb und Zugkilometer-Preise, Konsequenzen für die Deutsche Bahn und ihre Mitarbeiter; Erfahrungen aus anderen Bundesländern; Verzicht auf die Anwendung der Loslimitierung

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/5767

Ökonomische Nachteile und schlechte Qualitätsmerkmale des Großen Verkehrsvertrags

Zwischenergebnisse der Prüfung des Verkehrsvertrags hinsichtlich einer „Überkompensation“ der Leistungen der DB Regio durch das Land; Höhe des Streitwerts; Berechnungsmodus der vom Land zu tragenden Infrastrukturkosten; weitere für das Land nachteilige Vertragsinhalte; Vertragsbedingungen im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/5889

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6335

Pünktlichkeit des Schienenpersonenverkehrs in BW

Sachstand zur Entwicklung der Pünktlichkeit des Schienenpersonenverkehrs in BW, insbes Pünktlichkeitswerte einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen, Ursachen für Verspätungen, Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern, Regelungen und Strafen in den Verkehrsverträgen, Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit der Bahnen, Anforderung eines jährlichen Infrastrukturberichts von der Deutschen Bahn

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6791

Rechtsgutachten der Wirtschaftskanzlei H. und Partner zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag

Sachstand zu Art, Umfang und Inhalt des Rechtsgutachtens der Wirtschaftskanzlei H. und Partner im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag gegenüber der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6874

Offene Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn

Sachstand zum neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn, insbes Angebotsverschlechterungen, Einsparungen für das Land, Vertragsausgestaltung mit der Deutschen Bahn AG; Wiedereinführung von Neigetechnik

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/6903

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonenverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/7611

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Warum haben frühere LReg den Wettbewerb auf der Schiene verschlafen?

Überblick über die Wettbewerbssituation im Schienenpersonenverkehr in Deutschland seit 1996, insbes Entwicklung der Betriebsleistung der Deutschen Bahn AG und deren Wettbewerber, Überführung großvolumiger Verkehrsverträge in den Wettbewerb, Auswirkungen des Großen Verkehrsvertrags auf den Wettbewerb bei SPNV-Leistungen in BW

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7765

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KlAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/7913

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/8063

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr
s. Funkverkehr
Drs 15/8091

Regelmäßige Unterrichtung der LReg über die Ergebnisse des Stresstests zu Stuttgart 21 durch die Bahn AG, Bekenntnis der neuen LReg zum Baurecht der Bahn, Forderung einer Verlängerung des Baustopps

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145 148-150 152-162 186-191

Bewertung der Bemühungen der alten und neuen LReg um Einhaltung des von der Bahn kalkulierten Kostenrahmens für Stuttgart 21; Beurteilung der bezifferten Gesamtkosten von der BReg, dem Bundesrechnungshof und von Wirtschaftsprüfern

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 351-355 359-374

Rechtliche Möglichkeiten zur Kündigung des Finanzierungsvertrags mit der Bahn zu Stuttgart 21, Beurteilung des von der Bahn kalkulierten Kostenrahmens für das Gesamtprojekt

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 454-479

Beurteilung der Kostenberechnungen und der erteilten Vergaben der Bahn zum Projekt Stuttgart 21, Bezifferung der Kosten für die 121 Risikopositionen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520-535

Rechtliche Möglichkeiten zur Kündigung des Finanzierungsvertrags mit der Bahn zu Stuttgart 21, Beurteilung der Zusicherung der Bahn zur Einhaltung des Kostenrahmens

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 785-791 793 794 797 798

Erwartung einer engen Kooperation des Verkehrsministers mit der Bahn zur Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung, Realisierung des Projekts innerhalb des Kostenrahmens; Einforderung der von der Bahn zugesagten anderen großen Schienenprojekte im Land

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 980-991 1030-1037

Verweisung auf Versäumnisse und damit Rückstände der Bahn bei der Umsetzung des Projekts Stuttgart 21, Vorlage eines aktualisierten Zeitplans; polizeilicher Schutz der Bauarbeiten

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1278-1289

Bewertung des im Jahr 2003 mit der Bahn abgeschlossenen Verkehrsvertrags, Anmahnung der Neuausschreibung von Strecken des im Jahr 2016 auslaufenden Vertrags

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1741-1756

Deutsche Bahn AG

s. Deutsche Bahn

Deutsche Burschenschaft

Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen

Entwicklung von Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen und Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis von Prävention und Aufklärung; Aktivitäten von Gruppen der Deutschen Burschenschaft an den baden-württembergischen Hochschulen

Antr
s. Extremismus
Drs 15/5573

Deutsche Demokratische Republik

Museale Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Förderung von Gedenkstätten und Museen zur Geschichte der DDR und der Teilung Deutschlands in BW, insbes des DDR-Museums Pforzheim bzw des Trägervereins „Gegen das Vergessen e.V.“

KlAnfr
s. Museum
Drs 15/474

Deutsche Institute für Textil- und Faserforschung

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 11 - Deutsche Institute für Textil- und Faserforschung (Kap 0708)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3811
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4211 (dazu Antr GRÜNE und SPD)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 25.09.2014 Drs 15/5775
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6041
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Deutsche Post AG

Verfahren des Bundeskartellamts gegen die Deutsche Post AG
Sachstand zu Verträgen über Briefdienstleistungen von Landesbehörden in BW mit der Deutschen Post AG sowie deren Tochterunternehmen, insbes Gewährung von Rabatten unterhalb der Preise der Teilleistungsentgelte für Wettbewerber

KlAnfr Paul Nemeth CDU 24.11.2015 und Antw IM Drs 15/7748

Deutsche Sprache

s.a. Fremdsprache
s.a. Lesen
s.a. Literatur
s.a. Schreiben
s.a. Sprachunterricht

Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug

Beurteilung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzung einfacher deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug im Hinblick auf die Integration, insbes zur Verhinderung von

Zwangsehen und Schutz von nachziehenden Frauen vor Ausnutzung; Bewertung der Vorstöße der Fraktionen von Grünen und Linkspartei im Bundestag zur Abschaffung dieser Voraussetzung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 29.06.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/164
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.09.2011 Drs 15/907 (dazu Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU) S. 70-73
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Arbeitssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in BW

Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Arbeitslosen; Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen fehlenden deutschen Sprachkenntnissen, dem Geschlecht und dem Risiko der Erwerbslosigkeit; Maßnahmen zur Absenkung der Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Arbeit*
Drs 15/277

Sprach- und Weiterbildungskurse an Volkshochschulen

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgliedert nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund und ihres Erfolgs in Deutschkursen und Alphabetisierungskursen sowie in Kursen zum Erwerb eines Schulabschlusses; Höhe der bisherigen und geplanten Förderung der Volkshochschulen aus öffentlichen Haushalten; Zahl der arbeitslosen und auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Menschen mit Migrationshintergrund; Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für den Spracherwerb von Migranten

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/280

Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund; Höhe der Mittelbereitstellung von Bund, Land und Kommunen; Sensibilisierung der Eltern mit Migrationshintergrund für einen möglichst frühzeitigen Spracherwerb ihrer Kinder als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/282

Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an Schulen in BW

Bilanz der bisherigen Maßnahmen zur Gewinnung o.g. Lehrkräfte und der erreichten Vorteile für Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund und das Schulleben insgesamt, angewandte Eignungskriterien bei der Einstellung, Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/443

Sprachtests vor Zuwanderung

Festhalten am Sprachtest für Zuwanderer aus der Türkei u.a. Herkunftsländern vor der Einreise

KlAnfr Karl Rombach CDU 26.09.2011 und Antw IntM Drs 15/597

Anpassung der Deutschprüfung im Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ) an die Hauptschulprüfung

Anpassung der höheren Anforderungen der BVJ-Zusatzprüfung an die der Hauptschulprüfung im Fach Deutsch

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 07.11.2011 und Antw KM Drs 15/839

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzugang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Abitur*
Drs 15/891

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney

Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1129

Interkulturelle Kompetenz bei der personellen Besetzung von Rettungsleitstellen und Integrierten Leitstellen in BW

Anteil von Notrufen von Personen in Fremdsprachen oder mit eingeschränkter deutscher Sprachkompetenz; verstärkte Förderung und Gewichtung der Fremdsprachenfähigkeit und interkulturellen Kompetenz von Disponenten bei der Ausbildung und Einstellung im Rettungsdienst

Antr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/1372

Erschleichung von Einbürgerungen in BW?

Erschleichung von Einbürgerungen mit gefälschten oder erschlichenen Sprachnachweisen nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz, Frage nach Kontrollmechanismen für Identitätsprüfungen und Ausstellung der Nachweise nur an die tatsächlichen Prüfungsteilnehmer sowie Vorkehrungen gegen eine nachträgliche Verfälschung der Nachweise; Zeitpunkt der Kenntniserlangung der LReg und deren Weitergabe an die Behörden im nachgeordneten Bereich

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/1483

Überprüfung von Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen infolge der bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten

Durchführung o.g. Überprüfungen in Anbetracht der bekannt gewordenen massenhaften Erschleichung von Sprachnachweisen; Feststellung und Korrektur von erschlichenen Ein-

bürgerungen und Niederlassungserlaubnissen, Zahl der nach Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht eingeleiteten Rücknahmeverfahren

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/1486

Regierungsbefragung

Frühkindliche Sprachförderung aus einem Guss - Konsequente, ganzheitliche Sprachförderung von Anfang an - „Singen - Bewegen - Sprechen“: Integraler Bestandteil der frühkindlichen Sprachförderung

g//
s. *Sprachunterricht*
PIPr 15/37 S. 2001

Ist die hohe Qualität der Sprachförderung im Kindergarten ausreichend gesichert?

Höhe der Mittelbereitstellung für die neu strukturierten Sprachförderprogramme; finanzielle Auswirkungen der Neustrukturierung auf die HSL-Richtlinie für die außerschulische Hausaufgaben-, Lern- und Sprachhilfe; Ermöglichung des gleichzeitigen Angebots des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ und der Fördermaßnahme „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“?

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/2210

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKkreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/2262

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4740

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw. Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7855

Anwendung der Stichtagsregelung bei der Bezuschussung privater Schulen; Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in den Bildungsgang „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“

Status des Bildungsgangs „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“; Vornahme von Änderungen bei der Bezuschussung privater Schulen aufgrund der hohen Fluktuation in den VABO-Klassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/8038

Bezeichnung der Sprache als Schlüssel für Bildungsbeteiligung, Einführung einer alltagsintegrierten Sprachförderung vom ersten Kindertag an

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Flächendeckende Sprachförderung im Kindergarten, Vermittlung von Sprach- und Lesekompetenz in den Bildungshäusern

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231 235

Probleme von Kindern mit Migrationshintergrund im Fach Deutsch an der Grundschule, Auswirkungen auf die Grundschulempfehlung, stärkere Gewichtung der gesamten Begabungen nach Abschaffung der Verbindlichkeit der Empfehlung, Gewinnung von mehr Zeit für das Erlernen der deutschen Sprache

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 297 333

Verhinderung von Einschnitten im Fach Deutsch im zehnten Schuljahr der Werkrealschule

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1163

Beförderung der Sprachentwicklung mit dem Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“, Mittelaufstockung für die Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371 1372 1375 1376 1378 1380 1382 1385 1386 1392 1439

Deutsche Telekom

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher
Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/3723

Deutsche Umwelthilfe

Fahrverbote in der Stadt Stuttgart

Umsetzung von Fahrverboten in der Stadt Stuttgart, insbes Position der LReg zur Klage der Deutschen Umwelthilfe, Zeitrahmen für die Einführung einer „blauen Plakette“

MdlAnfr

s. *Fahrverbot*

Drs 15/8025

Deutscher Bibliotheksverband

Ausstattung der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen
Situation und Perspektiven der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen, insbes Personal- und Finanzausstattung, Aufgabenerfüllung; Aufgaben und Finanzierung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle des Deutschen Bibliotheksverbands in Stuttgart

Antr

s. *Bibliothek*

Drs 15/5193

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband

Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe
Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW, insbes Zahlen bzw Anteile der jeweili-

gen Ausbildungsberufe, Vertragsauflösungen, unbesetzten Ausbildungsplätze und Branchenwechsel; Förderung der Fachkräftesuche und Unterstützung des Ausbildungsversprechens des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) BW

Antr

s. *Gastgewerbe*

Drs 15/4065

Deutscher Olympischer Sportbund

Analyse zur Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“

Erkenntnisse aus der durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) initiierten und vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) geförderten Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ über systemisches bzw systematisches Doping in BW, insbes Bewertung der Doping-Versuche am Universitätsklinikum Freiburg und politische Konsequenzen

Antr

s. *Doping*

Drs 15/3954

Deutsches Institut für Bautechnik

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen und im deutschen Recht in Bezug auf Bauprodukte; Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen

Mittlg LReg 02.12.2015 Drs 15/7803 (16 S.)

PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8655

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.12.2015 Drs 15/7833

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik
Zustimmung zum 3. DIBt-Änderungsabkommen; Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen in Bezug auf Bauprodukte; Aufnahme einer Öffnungsklausel in das DIBt-Abkommen zur Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern; Anpassung weiterer Vorschriften in Bezug auf das DIBt an die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen

GesEntw LReg 12.01.2016 Drs 15/7931 (25 S.)

1. Beratung PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8888

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.01.2016 Drs 15/8001

2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8977-8979

GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8071

GBI 2016 Nr. 4 S. 156-161 (Ges vom 23.02.2016)

Deutsches Literaturarchiv Marbach

Archiv für die bildende Kunst in BW

Errichtung eines Archivs für die Nachlässe anerkannter bildender Künstler aus BW; Aufwand und Kosten; Bedeutung des

Deutschen Literaturarchivs Marbach für die Bewahrung der Nachlässe namhafter Schriftsteller

Antr
s. *Archiv*
Drs 15/4701

Deutsches Rotes Kreuz

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/742

„Jeder ist ein Held“ - Erste-Hilfe-Ausbildung in BW

Häufigkeit der Notfallmeldung „plötzlicher Herzstillstand“; Überlebenswahrscheinlichkeit bei einem „plötzlichen Herzstillstand“ mit und ohne Laienhilfe; Anteil lebensrettender Sofortmaßnahmen durch Laien nach Bundesländern, Staaten der Europäischen Union sowie OECD-Staaten; Steigerung der Erste-Hilfe-Leistung durch Laien durch Schulung der Bevölkerung; Nutzen der „Woche der Wiederbelebung“; Einführung eines Schulsanitätsdienstes und eines jährlichen Erste-Hilfe-Trainings für die Schüler an weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz

Antr
s. *Lebensrettung*
Drs 15/4239

Deutsches Tagebucharchiv

Deutsches Tagebucharchiv (DTA) in Emmendingen

Bedeutung und Arbeit des Deutschen Tagebucharchivs in Emmendingen insbes personelle und finanzielle Ausstattung, Landesförderung, Kooperationen

Antr
s. *Archiv*
Drs 15/6412

Deutsches Volksliedarchiv (Freiburg im Breisgau)

s. *Zentrum für Populäre Kultur und Musik*

Deutschland (Östliche Länder)

s. *Neue Bundesländer*

Deutschlandradio

s. *Rundfunk*

Deutschlandstipendium

s. *Stipendium*

Deutschunterricht

Kurskonzept „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“

Sachstand zum Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Bayerischen Staatsregierung „Erstorien-

tierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“, insbes Kosten, Personalressourcen, Teilnehmerzahlen, Teilnahmebeginn; Planungen und Hindernisse für ein entsprechendes Modellprojekt in BW

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6396

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKkreis Esslingen

Sachstand zu zusätzlichem Deutschunterricht als Ergänzungsunterricht bzw in Vorbereitungsklassen im LKkreis Esslingen, insbes für Kinder aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 18.06.2015 und Antw KM Drs 15/7041 (12 S.)

Offene Fragen in der Verwaltungsvorschrift „VwV Deutsch für Flüchtlinge“

Sachstand zu offenen Fragen in der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen an Stadt- und Landkreise zur Förderung von Deutschkenntnissen bei Asylbewerbern und Flüchtlingen in BW („VwV Deutsch für Flüchtlinge“)

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7206

Ist die Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge gedeckt?

Sachstand zu Organisation und Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge, insbes Sicherstellung des Bedarfs an Lehrkräften mit einer Ausbildung „Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“

Antr FDP/DVP 30.09.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7453
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.12.2015 Drs 15/8048 S. 33-35
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Devisen

Auswirkungen von Fremdwährungskrediten auf baden-württembergische Kommunen

Sachstand zur Aufnahme von Fremdwährungskrediten durch Kommunen in BW, insbes Mehrkosten als Auswirkungen des Wechselkursrisikos für die Kommunen, gesetzgeberische Maßnahmen zur Vermeidung dieser Mehrkosten durch Verpflichtung zu Währungsabsicherungsgeschäften

Antr
s. *Auslandsschulden*
Drs 15/7304

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos in der Gemeindeordnung für BW

GesEntw
s. *Kredit*
Drs 15/7340

Dezentralisation

s. *Dezentralisierung*

Dezentralisierung

s.a. *Föderalismus*

s.a. *Subsidiaritätsprinzip*

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr

s. *Serbien*

Drs 15/6299

DFS Deutsche Flugsicherung

Mögliche Interessenkollisionen durch Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung (DFS)

Aufgaben und Dauer der Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung; Rolle und Position der Deutschen Flugsicherung bei der Ausarbeitung des Fluglärm-Staatsvertrags zwischen Deutschland und der Schweiz, insbes Kenntnisse und Tätigkeit des Ministers als Beiratsmitglied

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 11.01.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/2862

Mögliche Änderungen beim Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich

Gespräche zwischen der Deutschen Flugsicherung und Skyguide zur Erarbeitung eines Flugbetriebskonzepts für den süddeutschen Raum; Koordination mit dem Bundesverkehrsministerium; Unterstützung des Anliegens der Stuttgarter Erklärung; Auskunft über geplante Flugrouten, Flughöhen und Flugbewegungen; Beurteilung der gegenwärtigen Baumaßnahmen am Flughafen Zürich; Erzielung einer langfristigen Lärmentlastung für Süddeutschland

KlAnfr

s. *Flughafen Zürich*

Drs 15/5398

DHBW

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*

Diäten

s. *Abgeordnetenentschädigung*

Diagnose- und Vergleichsarbeit

s. *Klassenarbeit*

Diagnosebezogene Fallgruppen

s. *Fallpauschalensystem*

Diagnosebezogenes Vergütungssystem

s. *Fallpauschalensystem*

Diagnosis Related Groups

s. *Fallpauschalensystem*

DIBt

s. *Deutsches Institut für Bautechnik*

DIBt-Übertragungsverordnung

Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik
Änderung der Nummern 1-4 der DIBt-Übertragungsverordnung in der Fassung vom 5. Juni 1999

GesEntw

s. *Deutsches Institut für Bautechnik*

Drs 15/7931

Dickleibigkeit

s. *Übergewicht*

Die Grünen

s. *Bündnis 90/Die Grünen*

DIE LINKE

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr

s. *Papsttum*

Drs 15/778

Schreiben des BVerfG vom 18.01.2012, Az.: 2 BvE 7/11 - Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

//

s. *Parlamentarische Anfrage*

PIPr 15/29 S. 1529

Schreiben des BVerfG vom 20.02.2012, Az.: 2 BvE 4/07 - Organstreitverfahren eines Mitglieds des Bundestages und der Bundestagsfraktion DIE LINKE gegen den Bundesminister des Innern und die Bundesregierung wegen Beobachtung von Mitgliedern des Bundestages durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

obachtung von Mi

s. *Verfassungsschutz*

PIPr 15/32 S. 1699

Entscheidung von Innenminister Gall zur Beschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Einschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz, insbes Zeitpunkt der Ent-

scheidung des Innenministers, Zeitpunkt und Form der Übermittlung an das Landesamt, Gründe der Entscheidung sowie Vorgehen anderer Bundesländer

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2969

Haben radikale Kräfte im LKreiss Böblingen bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien bei der Kommunalwahl 2014 von dem von Grün-Rot eingeführten neuen Berechnungsverfahren nach Sainte-Lague/Schepers profitiert?

Auswirkungen der Änderung des Berechnungsverfahrens auf die Sitzverteilung in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten im LKreiss Böblingen, im Kreistag des LKreises Böblingen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart; Anzahl der Kreistagssitze für NPD und Die Linke bei der Anwendung des früheren Berechnungsverfahrens nach d'Hondt; Bewertung des Erfolgs von radikalen und Splitterparteien bei der Kommunalwahl 2014 im Vergleich zur Kommunalwahl 2009; Konsequenzen für das Sitzverteilungsverfahren

KlAnfr
s. *Sitzverteilung*
Drs 15/5335

25 Jahre nach friedlicher Beendigung der SED-Herrschaft und dem Mauerfall - Zusammenarbeit der grün-roten Koalition in BW mit dem rot-rot-grünen Linksbündnis in Thüringen?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6887-6897

Kritik an der Zusammenarbeit der Grünen mit der vom Verfassungsschutz beobachteten Linkspartei zur Verhinderung von Stuttgart 21

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 594-596 606

Die Linkspartei

s. *DIE LINKE*

Die Übermorgenmacher

s. *Innovation*

Diebstahl

Datendiebstahl bei der Polizei

Auskunft über die auf den entwendeten Datenträgern gespeicherten Daten; Zweck der Sammlung der Datensätze; Information des Innenministeriums über den Diebstahl vom 26. August 2014; Art der eingeleiteten Maßnahmen; Umstände der Zurückerlangung der gestohlenen Datenträger; Zuständigkeit für die Sammlung und Verwaltung von Daten bei der Polizei; Sicherung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine vorschriftsmäßige Speicherung und Nutzung der Datensätze

Antr
s. *Datenträger*
Drs 15/5843

Obst-, Weintrauben- und Schnittblumendiebstahl in BW

Sachstand zur Entwicklung von Diebstahlsdelikten von unmittelbar vom Feld entwendeten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Obst, Weintrauben oder Schnittblumen, insbes wirtschaftlicher Gesamtschaden, polizeiliche Ermittlungsarbeit, Beratung und Unterstützung von Gegenmaßnahmen der Landwirte

Antr
s. *Obst*
Drs 15/7084

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Dienstaufsicht

s.a. *Schulaufsicht*

Verortung von Sonderpädagogen im Zuge der Inklusion

Dienstrechtliche Verortung der Sonderpädagogen; Sicherstellung eines bedarfsorientierten Einsatzes sonderpädagogischer Lehrkräfte an den Regelschulen; Zusammenarbeit mit privaten Förderschulen; Auswirkungen auf die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Sicherung der Fortbildung und des fachlichen Austauschs

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/5066

Gefährdet eine Verortung der Sonderschullehrkräfte an den Regelschulen die Qualität?

Rolle der Sonderschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Aufbau eines inklusiven Bildungssystems; dienstrechtliche Verortung von Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen; Sicherung der Fachkompetenz der an Gemeinschaftsschulen tätigen sonderpädagogischen Lehrkräfte; Erläuterung der Begriffe „Schulen mit sonderpädagogischer Fachrichtungsexpertise“ und „Einrichtung mit sonderpädagogischen Handlungsfeldern“

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 15/5590

Ist die Gemeinschaftsschule eine geeignete Inklusionsschule?

Festsetzung der Gemeinschaftsschule als Schwerpunktschule für Inklusion; aktueller Umfang des inklusiven Unterrichts an Gemeinschaftsschulen; Umfang des gemeinsamen Lernens in Lerngruppen; Einbeziehung von Schülern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in das selbstorganisierte Lernen; Anzahl der an den einzelnen Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Verortung der überhäufig an Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Rechtsanspruch auf Aufnahme an einer Gemeinschaftsschule; Ausarbeitung und Umsetzung des inklusiven Bildungsangebots

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5643

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr CDU 04.11.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/6071

Nachschau des Justizministeriums bezüglich weiterer Fälle rechtswidriger Einzelhaft in Justizvollzugsanstalten

Überprüfung der Haftsituation der in Einzelhaft untergebrachten Strafgefangenen; Auskunft über die von Seiten des Justizministeriums geforderten Bearbeitungsfristen; Datum der Anordnung einer sofortigen Berichtspflicht durch den Justizminister; Zeitpunkt des Vorliegens der Berichte; Datum der Unterrichtung von Personen innerhalb des Justizministeriums über die Ergebnisse der Nachschau; Veranlassung einer weiteren Nachschau; Weisungen des Justizministeriums im zeitlichen Zusammenhang mit der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 03.12.2014 und Antw JM Drs 15/6205

Straf- und Disziplinarverfahren gegen Justizvollzugsbeamte

Zahl der gegenwärtig anhängigen Verfahren gegen Justizvollzugsbeamte; Ermittlung gegen einen Beamten der Jugendjustizvollzugsanstalt Pforzheim; Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das Justizministerium

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.01.2015 und Antw JM Drs 15/6321

Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Behörden mit Vorgängen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zulagengewährung durch die zuständigen Behörden; Kenntnis der Richtlinie zur Vergabe von Zulagen bei den Behördenleitungen; Auskunft über den Vorgang der „rechtskonformen Umdeutung“ der Zulagen; Wortlaut der Unterrichtung des Wissenschaftsministeriums; Argument des Vertrauensschutzes; Hinzuziehung weiterer Behörden zur Aufklärung der Vorgänge an der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg; Inhalt der von der Hochschulleitung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zulagengewährung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/6349

Handlungsfähigkeit des Justizministers

Anlass, Absender und Adressaten der E-Mail vom 10. September 2014; Kenntnis des Justizministers von dem im September 2014 durch den zuständigen Territorialreferenten geforderten ergänzenden Bericht zur Dauer und zur Genehmigung der Einzelhaft; Einholung von Informationen über das Ergebnis der anlassbezogenen Nachschau durch den Justizminister; Einfluss der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014 auf die Entscheidung des Ministers, eine zusätzliche Überprüfung der Einzelhaftfälle einzurichten; Versetzung des Leiters der Justizvollzugsabteilung in den Ruhestand

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 19.01.2015 und Antw JM

Drs 15/6355

Ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ein Einzelfall oder ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch in anderen Fällen der Gewährung von Zulagen seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde nicht gerecht geworden?

Überwachung der Vergabe von Leistungs- und Funktionszulagen durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Auskunft über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße seit dem 1. Januar 2011; Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf Widersprüche und Beschwerden vonseiten der Hochschulen; Hilfestellung für die Hochschulleitungen bei der Zulagenvergabe; Festlegung von Kriterien für die Vergabe von Zulagen

Antr FDP/DVP 28.01.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6416
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 39-42
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Engagement des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und seiner Ministerin angesichts einer Resolution zu den Zuständen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Sachstand zum Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit der „Resolution der erweiterten Fakultätsvorstände der Fakultäten I und II“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg vom 14. März 2014, insbes Position und Engagement der Ministerin, Überprüfung dienstrechtlicher Vergehen in Bezug auf die Hochschule bzw ihre Angehörigen

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7131

Umgang der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Studentinnen und Studenten der Hochschule Ludwigsburg

Berücksichtigung der Belange der Studierendenschaft bei der Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule Ludwigsburg; Anliegen des ehemaligen ASTA-Vorsitzenden; Konflikte zwischen Hochschullehrern und Studierenden; Maßnahmen des Ministeriums zum Schutz der Studierenden; Rückhalt der ehemaligen Rektorin in der Studierendenschaft; Kommunikation des Ministeriums mit der eingesetzten Kommission; Behandlung der Vorkommnisse an der Hochschule Ludwigsburg im Kabinett

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7597

Dienstfahrt

s. Dienstreise

Dienstfahrzeug

s. Dienstwagen

Dienstgebäude*Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden*

Umsetzung von Energieeffizienz-Standards bei Neubau und Sanierung von Landesimmobilien sowie bei Landesförderprogrammen; Realisierung von Niedrigenergiehäusern, KfW-60-Häusern, 3-Liter-Häusern und Passivhäusern; Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 15/3272

Zukunft der vom Land angemieteten Liegenschaften im Umfeld der Karlsruher Kaiserstraße

Laufzeit der bestehenden Mietverträge; Mietflächen und Miethöhe; zu erwartende Mieterhöhungen im Zuge der Fertigstellung des Straßenbahntunnels unter der Kaiserstraße (Kombilösung Karlsruhe); Prüfung einer Verlagerung der im Bereich der Kaiserstraße gelegenen Landeseinrichtungen

KlAnfr Johannes Stober SPD 15.01.2016 und Antw MFW
Drs 15/7947

Dienstgeheimnis

s. *Amtsgeheimnis*

Dienstkraftfahrzeug

s. *Dienstwagen*

Dienstleistung

s.a. *Einheitlicher Ansprechpartner*

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner

Inanspruchnahme der EA bei den Kammern und Kommunen von in- und ausländischen Gewerbeanmeldern; Anteil der elektronisch abgewickelten und damit vereinfachten Verfahren, die zu einer Gründung oder Übernahme eines Unternehmens führten; Frage nach einem Vergleich zur Umsetzung der Richtlinie in den einzelnen BLändern

Antr

s. *Einheitlicher Ansprechpartner*

Drs 15/94

„Crowdsourcing“, Weg zum digitalen Proletarier?

Beurteilung des in den USA entwickelten Konzepts des Auslagerns einer von Arbeitnehmern erbrachten entgeltlichen Leistung durch eine Organisation/Unternehmen oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufs an eine unbekannte Zahl von Akteuren, Darlegung entsprechender Internet-Plattformen und der Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerschutzrechten, Relevanz des Heimarbeitsgesetzes; Ergreifung einer Initiative auf Bundesebene zur Regelung der Teilnahmebedingungen, des Immaterialgüterrechtsschutzes und der Vergütung?

Antr

s. *Outsourcing*

Drs 15/1242

Reform des Europäischen Vergaberechts

Auswirkungen o.g. Regelungsvorschläge der EU-Kommission und des neuen Richtlinienvorschlages für Konzessionen, insbes auf die Bereiche der sozialen Dienstleistungen und der interkommunalen Zusammenarbeit, auf die Rettungsdienste, die Kreditversorgung der Kommunen, auf kleine und mittlere Unter-

nehmen; Auswirkungen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Dienstleistungskonzessionen für den Bereich der Daseinsvorsorge; Vereinbarkeit der geplanten Nationalen Aufsichtsstelle mit der föderalen Kompetenzordnung

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 15/1524

Pläne der EU-Kommission zur Regulierung des Zugangs von Waren und Dienstleistungen aus Drittstaaten zum öffentlichen Auftragswesen

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 15/1575

Beratende Äußerung des RH zur Vergabebesleunigung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO zur Vergabebesleunigung - Vergabe öffentlicher Bau- und Dienstleistungen, Umsetzung und Wirkung der Verwaltungsvorschrift zur Beschleunigung öffentlicher Aufträge

Mittlg RH

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 15/1609

Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen

Beurteilung der Einschränkung o.g. Absetzbarkeit auf Rechnungsbeträge ab 300 Euro und der Auswirkungen dieser Pläne auf die Auftragslage im Handwerk

KlAnfr

s. *Steuerentlastung*

Drs 15/1664

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Art und Folgen der Umsetzung o.g. Richtlinie im Vergleich zu anderen BLändern, insbes Auswirkungen des Instruments der Genehmigungsfiktion auf die Dauer der Genehmigungsverfahren mit dem Einheitlichen Ansprechpartner; Höhe der Verwaltungskosten beim Land und bei den Kommunen; Auswirkungen von erwünschten Änderungen für die Wirtschaft und Verwaltung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 09.05.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1685

BeschlEmpf und Bericht EuA 25.04.2013 Drs 15/3571 S. 45
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Wertigkeit regionaler Dachmarken erforschen und entwickeln

Initiierung von wissenschaftlich erarbeiteten und begleiteten Konzepten zur Entwicklung regionaler Dachmarken zur besseren Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen aus der entsprechenden Region, z.B. für den Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder Hohenlohe

Antr

s. *Region*

Drs 15/2410

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land BW (EAG BW)

Mittlg LReg

s. *Einheitlicher Ansprechpartner*

Drs 15/3241

Umsetzung der Gesundheitsstrategie der LReg im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Ziele und Stand der Umsetzung; Kriterien und Vergabeverfahren bei der Beauftragung externer Dienstleister; Beauftragung einer dem Amtschef des Ministeriums nahestehenden Person; Konditionen für die Dienstleistung

KlAnfr

s. *Betriebliche Gesundheitsförderung*

Drs 15/3848

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr

s. *Infrastruktur*

Drs 15/5450

Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tarifreuegesetz BW

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestarifreugesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tarifreuegesetz; Schadenersatz an geschlossene Bieter

Antr

s. *Vergaberecht*

Drs 15/5815

Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (GQP)

Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren außerhalb klassischer Einkaufszentren, insbes Festlegung von Aufwertungsbereichen zur Durchführung standortbezogener Maßnahmen in privater Verantwortung

GesEntw

s. *Betriebsansiedlung*

Drs 15/5935

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsiniciativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr

s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*

Drs 15/6203

Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen

Festsetzung eines Mindestbetrags von 300 Euro für die Absetzbarkeit von Rechnungen über haushaltsnahe Dienst- bzw Handwerkerleistungen; mögliche Auswirkungen auf die Auftragslage im Handwerk; Einfluss des Steuerrechts auf den Rückgang der Schwarzarbeit

KlAnfr

s. *Abzugsfähige Ausgaben*

Drs 15/6213

EU-weite Normung von Gesundheitsdienstleistungen

Sachstand zur EU-weiten Normung von Gesundheitsdienstleistungen, insbes Inhalte und Gründe der Planungen der Europäischen Kommission, Beteiligung an der Ausarbeitung, Bewertung durch die LReg, Auswirkungen auf die Qualität der Gesundheitsversorgung in BW

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/6670

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr

s. *Privatisierung*

Drs 15/7621

Verweisung auf das Wertschöpfungspotenzial der wirtschaftsnahen Dienstleistungen und im Bereich des Gesundheitswesens, Berücksichtigung des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen bei allen Produkten und Dienstleistungen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 22

Dienstleistungsfreiheit

s. *Dienstleistung*

Dienstleistungsrichtlinie

s. *Dienstleistung*

Dienstleistungswirtschaft*Marktzugang für baden-württembergische Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz*

Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungsunternehmen aus BW in der Schweiz; Anmeldung von Selbstständigen, Kautionspflichten und Kontrollen durch die Verwaltung; Zugang von Taxiunternehmen aus BW am Flughafen Zürich; Vorteile eines Rahmenabkommens der EU mit der Schweiz zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln; Interessenvertretung des Landes BW; Förderung des Abschlusses eines Rahmenabkommens; Ziel eines Agrarfreihandelsabkommens

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 24.10.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4235 (25 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 13

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4615

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr
s. *Technologiepolitik*
Drs 15/5016

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5796

Dienstliche Beurteilung*Dienstpostenbewertungen bei der Polizei*

Auswirkung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, insbes auf die Stellenbewertung im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst sowie vorzunehmende Regel- und Anlassbeurteilungen

MdlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6895

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Neufassung der Bestimmungen zu den örtlichen Richter- und Staatsanwaltsräten; Bildung klassischer Stufenvertretungen auf der Ebene der Obergerichte des Landes sowie der Generalstaatsanwaltschaften; Einrichtung von Einigungsstellen zur Konfliktlösung auf Bezirksebene; Einrichtung eines Landesrichter- und -staatsanwaltsrat als eigenständiges Organ auf der Ebene des Justizministeriums; Festschreibung der justizweiten Anhörung als unmittelbares Beteiligungsrecht der Richter und Staatsanwälte; eigenständiges Freistellungsrecht für die Mitglieder der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen; Verpflichtung zur Stichtagsbeurteilung im Beurteilungsrecht

GesEntw
s. *Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz*
Drs 15/7135

Dienstpostenbewertung

s. *Eingruppierung*

Dienstrecht

s.a. *Beamtenrecht*

Wege zur Gleichstellung zwischen verheirateten und in eingetragener Partnerschaft lebenden Beamtinnen und Beamten - Neuregelung des Familienzuschlags und anderer familienbezogener Regelungen

Vorschlag zum Verzicht auf einen ehebezogenen Teil des Familienzuschlags, Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel zur Erhöhung des kinderbezogenen Teils des Familienzuschlags, Prüfung einer entsprechend kinderbezogenen Umgestaltung von weiteren Fällen familienbezogener Regelungen im Dienstrecht

Antr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/346

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst

Prüfung bzw Umsetzung von Vorschlägen zu den Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen, zur Reform des Laufbahnrechts und der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes iRd Dienstrechtsreform

Mittlg LReg
s. *Gehobener Dienst*
Drs 15/417

Freistellungsjahr im Dienstrecht

Stand der Zulassung o.g. Freistellung nach dem Landesbeamten-gesetz durch die obersten Dienstbehörden, Zahl der Inanspruchnahmen durch Beamte in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Freistellung von der Arbeit*
Drs 15/605

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeam-

tengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostenengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/1719

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw LReg 17.09.2013 Drs 15/4054 (41 S.)
1. Beratung PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4659-4662
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4153 (dazu ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP) (10 S.)
2. Beratung PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4839-4843
GesBeschl 06.11.2013 Drs 15/4303
GB1 2013 Nr. 15 S. 304-309 (Ges vom 12.11.2013)

Situation der sogenannten „Erfüller“

Zahl der fachlich die Voraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst erfüllenden, dauerhaft als Angestellte tätigen Lehrkräfte; deren Entlohnung im Vergleich mit verbeamteten Lehrern; Gründe für die Nichtverbeamtung; Argumente für eine Aufrechterhaltung der Nichtverbeamtung aus Altersgründen; Berücksichtigung außerhalb des öffentlichen Dienst gesammelter Berufserfahrung bei der Eingruppierung; Aufhebung der finanziellen Benachteiligung der „Erfüller“

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5613

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Dienstrechtsreform

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 196

Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst mit einer Modernisierung des Dienstrechts

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1232

Dienstrechtsreformgesetz

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung von § 62 des Dienstrechtsreformgesetzes in der Fassung vom 9. November 2010

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Dienstreise

s.a. *Auslandsreise*
s.a. *Kilometerentschädigung*

s.a. *Reise*
s.a. *Reisekosten*
s.a. *Schulfahrt*

Einsatz des Dienst-Kfz des Ministerpräsidenten

Klärung des Widerspruchs zwischen dem aktuell erklärten Verzicht auf ein gepanzertes Fahrzeug und dem mit Sicherheitsgründen gerechtfertigten Einsatz dieses Fahrzeugs anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2011 in Lübeck; Frage nach der mit dem MinPräs in Lübeck zurückgelegten Strecke sowie nach den Kosten für den dortigen Einsatz des Dienstwagens

Antr
s. *Dienstwagen*
Drs 15/1152

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 7: Dienstreisemanagement

Mittlg LReg 27.06.2012 Drs 15/1967
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2323
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Personalressourcen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Regelmäßige Dienstverrichtung des Ministerialdirektors am Freitag per Telearbeit, Frage nach dem Arbeitsort und nach der Vertretung im Ministerium bei dringlichen Angelegenheiten mit erforderlicher persönlicher Präsenz; Zahl und Zweck von Dienstreisen des MD nach Berlin im Umfeld von Wochenenden; Auflistung von realisierten und geplanten Projekten des auf 13 Personen angewachsenen Bereichs „nachhaltige Mobilität“ sowie des neu geschaffenen Referats „Rad- und Fußverkehr, Kommunale Verkehrskonzepte, Bürgerbeteiligung“

Antr
s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*
Drs 15/2009

Kostenerfassung im Rahmen der Vorbereitungen zur Polizeistrukturreform

Frage nach einer gesonderten Erfassung und Abrechnung der Kosten für Besprechungs- und Planungsfahrten sowie der Arbeitszeit der betroffenen Beamten oder Bestreitung der Kosten von den Dienststellen iRd dezentralen Budgetierung

KIAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2224

Aufkommen und Verwendung der Mittel aus der Abgabe für klimaneutrales Fliegen

Höhe und Verwendung der auf freiwilliger Basis von Abgeordneten des Landtags an einen im UM eingerichteten Fonds seit 2008 abgeführten Mittel

KIAnfr
s. *Ausgleichsabgabe*
Drs 15/2285

Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Aufgabe der Verweisung auf die steuerrechtlich maßgebenden Sätze bei der Gewährung von Tagegeld zur Abgeltung der Mehraufwendung für Verpflegung; Beibehaltung der bisherigen Tagegeldsätze

GesEntw
s. *Reisekosten*

Drs 15/4225

Wirtschaftsfaktor Tourismus in BW

Entwicklung der Übernachtungszahlen in den letzten fünf Jahren; Anteil der ausländischen Gäste im Vergleich zu anderen Bundesländern; Bedeutung und jährliche Umsätze der Tourismussegmente Geschäftsreisende, Tagesausflügler und Urlauber; Wachstumspotenziale; Förderung durch die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW); Verschiebung der Förderschwerpunkte; Zielgruppenansprache

Antr

s. *Beherbergungsstatistik*

Drs 15/4997

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 11 - Dienstreisemanagement des Landes (Kap 0618)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5411

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5911

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 27.11.2015 Drs 15/7797

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7970

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Einsparung von Stellen durch die Neuorganisation des Dienstreisemanagements

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1444

Dienstreisemanagement

s. *Dienstreise*

Dienstreiseverkehr

s. *Dienstreise*

Dienststz

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr

s. *Landesbehörde*

Drs 15/3632

Polizeireform im Kreis Rottweil: neue Entwicklungen

Auswirkungen der Polizeireform auf den LKreis Rottweil; Einrichtung eines Standorts der Kriminalpolizei in der Stadt Rottweil; Raumbedarf; Dienstortwechsel aufgrund der Polizeireform im zuständigen Polizeipräsidium Tuttlingen, Zahl der betroffenen Personen

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4112

Dienstunfähigkeit

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der baden-württembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten;

Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr

s. *Psychosoziale Beratung*

Drs 15/908

Gewalt gegen Polizeibeamte

Anzahl der pro Jahr auf Polizeibeamte verübten Angriffe seit 2011; Art der dadurch verursachten Verletzungen; Dienstausschluss, Dienstunfähigkeit und Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand; Situationen, in denen Polizisten besonders gefährdet sind; Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamten vor Übergriffen

Antr

s. *Polizeibeamter*

Drs 15/6227

Dienstvergehen

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg

Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr

s. *Schweigepflicht*

Drs 15/4815

Dienstvertrag

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg LReg

s. *Landesbediensteter*

Drs 15/2630

Dienstwagen

s.a. *Polizeifahrzeug*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 8: Fuhrparkmanagement bei den Regierungspräsidien

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/222

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Fuhrparkmanagement der Ministerialfahrzeuge in BW

Verzicht auf die Nutzung des Dienstfahrzeugs des ehemaligen Finanzministers und von sonstigen seitherigen Dienstfahrzeugen von Regierungsmitgliedern, Höhe der laufenden Kosten für die nicht genutzten Fahrzeuge

MdlAnfr 5) Dr. Reinhard Löffler CDU 14.07.2011 Drs 15/257

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 396

Einsatz des Dienst-Kfz des Ministerpräsidenten

Klärung des Widerspruchs zwischen dem aktuell erklärten Verzicht auf ein gepanzertes Fahrzeug und dem mit Sicherheitsgründen gerechtfertigten Einsatz dieses Fahrzeugs anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2011 in Lübeck; Frage nach der mit dem MinPräs in Lübeck zurückgelegten Strecke sowie nach den Kosten für den dortigen Einsatz des Dienstwagens

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 19.01.2012 und
Stellungnahme StM Drs 15/1152
Ergänzende Stellungnahme StM 19.01.2012 Drs 15/1397

Downsizing der Dienstwagenflotte der LReg

Auflistung des Dienstwagenbestands am 12.05.2011 und am 21.02.2012

MdlAnfr 3) Dr. Stefan Scheffold CDU 08.03.2012 Drs
15/1393
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1680-1682

Förderung und Ausbau der Fahrradinfrastuktur

Entwicklung des Mitteleinsatzes von Land und Kommunen für den Ausbau von Radwegen; Beurteilung einer Beteiligung der Nutzer an der Finanzierung des weiteren Ausbaus differenziert nach Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs; Befürwortung der Einführung einer Helm- und Führerscheinplicht? Hinwirkung auf gleiche Steuererleichterungen auch für Dienstfahrräder, Dienst-Pedelecs und E-Bikes wie für privat genutzte Dienstwagen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/2574

Förderung von Elektromobilität in BW

Förderung von Projekten zur Elektromobilität in BW, insbes Anzahl und Fördervolumen, Einsatz von Elektroautos, Umsetzung von Projektzielen, Nutzung von EFRE-Fördergeldern, Beschaffungsinitiative für die Landesflotte; Nutzung von Busspuren durch Elektroautos

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/5747

Umwelt- und Sicherheitsstatus bei der Bedienung der Dienstfahrzeuge der Landesminister

Schulung des Fahrpersonals mit Umwelt- und Sicherheitsanforderung bei der Bedienung der Dienstwagen der Landesminister

MdlAnfr 8) Dr. Reinhard Löffler CDU 10.11.2014 Drs
15/6090
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6718 6719

Artikel 561 Zollkodex-Durchführungsverordnung (ZK-DVO) - Auswirkungen einer möglichen Änderung des Artikels der ZK-DVO auf deutsche Grenzgänger

Sachstand zur vollständigen Befreiung von Einfuhrabgaben bei der privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen für in BW ansässige Beschäftigte von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz aufgrund von Artikel 561 der ZK-DVO, insbes geplante Änderungen und deren Auswirkungen

KlAnfr
s. *Zoll*
Drs 15/6126

Stabsstelle im Kultusministerium und Stellenbesetzungen der LReg

Besoldung des Leiters der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“; rechtliche Grundlage der Eingruppierung; Stellenbesetzungsverfahren; Dienstwagenutzung; Stellenbesetzungen in den Besoldungsgruppen B 3 und höher in den einzelnen Ministerien seit Mai 2011 sowie ihre rechtliche Basis

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/6565

Sachstand zur privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen für Grenzgänger aus der Schweiz

Sachstand zur privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen für Grenzgänger aus der Schweiz im Zusammenhang mit dem geänderten Art 561 der Zollkodex-DurchführungsVO und Initiativen des Landes bei der EU-Kommission zur weiteren Änd des Artikels

MdlAnfr
s. *Zoll*
Drs 15/6814

Rundfunkbeitrag belastungsgerecht weiterentwickeln

Sachstand zur Mehrbelastung für Unternehmen durch die Neuregelung des Rundfunkbeitrages, insbes Vergleich zur alten Regelung, Reduzierung der Belastung durch Schaffung von Freikontingenten für betriebliche Fahrzeuge

Antr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/7029

Empfehlung der Beschaffung und Nutzung von Daimler-Fahrzeugen von den Mitgliedern der LReg; verstärkte Nutzung von Elektrofahrzeugen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 422 423 428

Hinweis auf den Widerspruch zwischen dem Verzicht des MinPräs auf ein gepanzertes Fahrzeug und dem mit Sicherheitsgründen erklärten Einsatz dieses Fahrzeugs bei der Ministerpräsidentenkonferenz in Lübeck

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1199

Dienstzeugnis

s. *Dienstliche Beurteilung*

Dieter Schwarz Stiftung*Zukünftige Entwicklung der Dualen Hochschule BW in Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn*

Entwicklung des Studienangebots und der Zahl der Studierenden an der DHBW Mosbach; Profile der drei Campus-Standorte Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn und deren Zusammenarbeit; Empfehlung des zentralen Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW für eine Eigenständigkeit des Campus Heilbronn; Vor- und Nachteile einer Verselbständigung des Campus Heilbronn für die DHBW Mosbach; Beurteilung des Engagements der Dieter Schwarz Stiftung für die Duale Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4173

Digitale Wirtschaft

s. *ITK-Branche*

Digitales Fernsehen

Hybrid broadcast broadband TV (HbbTV) und Datenschutz

Sachstand zum Datenschutz bei Nutzung von HbbTV-
Informationsangeboten mit Digitalfernsehgeräten, insbes
Datenerhebung und -verwertung, Ausgestaltung der Geräte-
voreinstellungen, Informationskampagnen zur Darstellung der
Problematik

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 05.05.2015 und Stellungnahme
StM Drs 15/6844

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 S.
7-9

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Digitalfernsehen

s. *Digitales Fernsehen*

Digitalfunk

s. *Funkverkehr*

Digitalisierung

*Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung des
Bibliotheks- und Archivguts*

Anteil des digitalisierten Materials am Gesamtbestand
der Archive und Bibliotheken; Zeitplan für das Gesamt-
Digitalisierungsvorhaben; Umsetzung der Kunst- und Kul-
turkonzeption „Kultur 2020“, insbes der Koordination der
Digitalisierung von analogem Kulturgut; Einrichtungen und
Spezialwerkstätten für Bestandserhaltung in Museen, Archiven
und Bibliotheken; Ausbau vorhandener Digitalisierungswerk-
stätten zu spartenweisen Digitalisierungszentren; Ausbildungs-
und Studiengänge; finanzielle Förderung der Digitalisierung
und Bestandserhaltung; Höhe der bis 2016 bereitgestellten
Mittel; Kofinanzierung durch die Europäische Union, den Bund
bzw die Kulturstiftung der Länder

Antr

s. *Bestandserhaltung*

Drs 15/4373

*RegErkl - Heimat, High Tech, High Speed - die Chancen der
Digitalisierung für BW nutzen und Aussprache*

PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6413-6440

*Auswirkungen der „Digitalisierung der Wirtschaft“ auf die dua-
le Ausbildung*

Vorbereitung der Auszubildenden auf die zukünftige Arbeitswelt
(Stichwort „Industrie 4.0“); Ausbildungsberufe mit besonderer
Ausrichtung auf die Digitalisierung der Arbeit; Anpassung be-
stehender Ausbildungsgänge; Entwicklung neuer Berufsbilder

Antr

s. *Duale Berufsausbildung*

Drs 15/6385

*Was ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen in BW und
welche Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft?*

Sachstand zur Digitalisierung und digitalen Infrastruktur an den
Schulen in BW, insbes bei Arbeitsabläufen, Unterricht, Lern-

plattformen, Bildungsangeboten; Schutz der personenbezogenen
Daten

Antr

s. *Schule*

Drs 15/7085

Regierungsbefragung

*Maßnahmen der LReg zur Digitalisierung von Wirtschaft und
Gesellschaft*

PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8017-8022

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Ber-
ufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten
Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zu-
sammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der
Lernfabriken durch das Land

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/7635

Landwirtschaft 4.0 in BW

Potenzial einer Digitalisierung der landwirtschaftlichen Pro-
duktionsprozesse; Vorbereitung der Landwirte auf den digita-
len Wandel; Anforderungen an die Datenerfassung und Daten-
verarbeitung in der Landwirtschaft; infrastrukturelle Vorausset-
zungen, insbes die Verfügbarkeit des LTE-Mobilfunkstandards;
Forschungsprojekte, Fachtagungen und Förderprogramme zum
Thema Landwirtschaft 4.0/Farming 4.0

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 15/7861

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung
bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Regi-
on Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die
Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelstän-
dische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft,
Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz
in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 27.04.2016 und Stel-
lungnahme MFW Drs 15/8121

DIN-Norm

Zulässiges Gesamtgewicht von Feuerwehrfahrzeugen

Gewichtsbeschränkung auf 12 Tonnen als Hindernis für die
Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen des Typs „HFL 10“;
Möglichkeiten einer Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts;
Schaffung einer bundeseinheitlichen Regelung

KlAnfr

s. *Feuerwehrfahrzeug*

Drs 15/2779

Dioxin

Dioxin verseuchte Bioeier

Frage nach Erkenntnissen über die Handelswege der o.g. aus
NRW eingeführten Eier sowie nach einer Kennzeichnung von
Eiern und Eierzeugnissen nach Herkunft und Produzenten von
Bioware und konventioneller Ware

MdlAnfr

s. Eier
Drs 15/1557

Diplom

Erhalt des akademischen Grads „Diplom-Ingenieur“ und der Herkunftsbezeichnungen

Gleichsetzung eines Bachelor-Studiums mit anschließendem Master-Studium mit den klassischen Diplom-Studiengängen; Schaffung einer Regelung zur Führung des o.g. zusätzlichen akademischen Grads für die Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge analog zu anderen BLändern und unter Vermeidung eines Zielkonflikts mit dem Bologna-Prozess

Antr CDU 27.03.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1498
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2605-2611
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 38 39
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Bewertung des bisherigen Bologna-Prozesses an den Hochschulen in BW

Bewertung der Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge und -abschlüsse, Akzeptanz der dabei erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen sowie der Berufsbefähigung der Absolventen vonseiten der Wirtschaft, Auswirkungen der Umstellung vom Diplom auf die Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studiendauer; Aufnahme und Behebung der studentischen Kritik an der Veranstaltungs- und Prüfungsdichte sowie Stofffülle

Antr
s. Bologna-Prozess
Drs 15/1541

Diplomabschluss

s. Diplom

Diplomatische Vertretung

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Landeseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr
s. Internationale Beziehungen
Drs 15/2786

Asiatische Migranten: Unerkannte Potenziale im toten Winkel der Integrationspolitik?

Statistiken und Stand der Integration asiatischer Migranten in BW im Vergleich zu den anderen großen Migrantengruppen, insbes prozentualer Bevölkerungsanteil, Art der Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse, Beschäftigungsquote und Beschäftigungsbereiche; Kontaktpflege des Landes über die vertretenen Konsulate asiatischer Länder; Branchen- und Wirtschaftskontakte zu

asiatischen Ländern; Zuständigkeitsregelung für Asien im Ministerium für Integration; angemessene Vertretung asiatischer Migranten in migrationsrelevanten Gremien

Antr
s. Migrant
Drs 15/3538

Diplom-Ingenieur

s. Ingenieur

Direkte Demokratie

Ausbau der direkten Demokratie - offen diskutieren, zeitgemäß ausgestalten

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4631-4641

RegErkl

Auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie in BW und Aussprache

RegErkl
s. Bürgerbeteiligung
PIPr 15/94 S. 5577

Direktvermarktung von Agrarprodukten

s. Landwirtschaftliche Direktvermarktung

Diskotheek

Tarifreform 2013 der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)

Auswirkungen der o.g. Tarifreform für die Betreiber von Tanzlokalen und Diskotheken vor allem im ländlichen Raum, Befürchtung von existenzgefährdenden Mehrbelastungen, Beurteilung der ebenfalls geplanten Gebührenerhöhung für USB-Speichersticks; Darstellung des Handlungsbedarfs und der ergriffenen Maßnahmen im Interesse der Betroffenen

Antr
s. Verwertungsgesellschaft
Drs 15/1883

Diskriminierung

Asylgrund sexuelle Verfolgung

Sachstand zum Ablauf von Verfahren mit Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung als Asylgrund, insbes Glaubhaftmachung dieses Asylgrunds

KlAnfr
s. Asylverfahren
Drs 15/6573

Diskriminierungsfreier Zugang

s. Netzzugang

Diskriminierungsverbot

s.a. Gleichberechtigung

Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle im Ministerium für Integration

Aufgaben und Personalausstattung der angekündigten Antidiskriminierungsstelle, Abgrenzung von den Aufgabenkreisen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Empfehlung der Einrichtung solcher Stellen bei nachgeordneten Behörden oder Selbstverwaltungskörperschaften?

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/568

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 49 50

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt bekämpfen

Aktuelle Debatte

s. *Frau*

PIPr 15/29 S. 1530

Disziplinarmaßnahme*s.a. Disziplinarverfahren**Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg*

Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr

s. *Schweigepflicht*

Drs 15/4815

Disziplinarrecht*s.a. Disziplinarverfahren*

Schreiben des JM vom 04.08.2011 - Wahl der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats beim Verwaltungsgerichtshof BW in gerichtlichen Disziplinarverfahren nach dem Bundesdisziplinargesetz (§ 47 Abs 3 BDG i.V.m. § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG)

s 1 Satz 2 AGBDG

s. *Verwaltungsgericht*

PIPr 15/12 S. 453

Einschüchterung mündiger Schulleiterinnen und Schulleiter durch die Kultusministerin?

Bewertung des öffentlichen Eintretens von rund 60 Schulleitern für das im Schulgesetz verankerte Schulsystem sowie eines Schulleiters aus Ravensburg für die bildungspolitischen Ziele der SPD kurz vor der Landtagswahl; Darlegung von Anhaltspunkten für disziplinarrechtliche Schritte aufgrund des Eintretens für das geltende Schulgesetz, Begründung des persönlichen Schreibens der Ministerin an die 60 Schulleiter mit dem Hinweis auf die Loyalitätspflichten eines Beamten, Frage nach einem entsprechenden Vorgehen im Ravensburger Fall

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 15/622

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinargesetz

GesEntw

s. *Landesrichtergesetz*

Drs 15/3161

Disziplinarverfahren*s.a. Disziplinarmaßnahme*

Schreiben des JM vom 04.08.2011 - Wahl der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats beim Verwaltungsgerichtshof BW in gerichtlichen Disziplinarverfahren nach dem Bundesdisziplinargesetz (§ 47 Abs 3 BDG i.V.m. § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG)

s 1 Satz 2 AGBDG

s. *Verwaltungsgericht*

PIPr 15/12 S. 453

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der ergriffenen Disziplinarmaßnahmen; Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM; flächendeckende Untersuchung extremistischer Aktivitäten innerhalb der Polizei, Vermeidung einer Stellung aller Polizeibeamten unter Generalverdacht; umfassende Information des Innenausschusses

Antr

s. *Polizei*

Drs 15/2233

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinargesetz

GesEntw

s. *Landesrichtergesetz*

Drs 15/3161

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger

Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6071

Straf- und Disziplinarverfahren gegen Justizvollzugsbeamte
Zahl der gegenwärtig anhängigen Verfahren gegen Justizvollzugsbeamte; Ermittlung gegen einen Beamten der Jugendjustizvollzugsanstalt Pforzheim; Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das Justizministerium

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6321

Suspendierung und Disziplinarverfahren gegen den Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zu den Gründen für die Suspendierung des Anstaltsleiters der Justizvollzugsanstalt Bruchsal im August 2014 sowie für die Einleitung des Disziplinarverfahrens

KlAnfr
s. *Vorläufige Dienstenthebung*
Drs 15/7189

DITF

s. *Deutsche Institute für Textil- und Faserforschung*

DITIB

s. *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion*

Ditzingen

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen
Gründe für die Einrichtung und Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen; Folgen der Standortschließung in Bezug auf Kosten, Personalveränderungen, Sicherheitsaspekte, bisherige Immobiliennutzung; Auswirkungen auf das angrenzende Logistikzentrum der Polizei

KlAnfr
s. *Autobahnpolizei*
Drs 15/4641

Diyanet Isleri Türk Islam Birliği

s. *Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion*

Dobel

Bedeutung des Kurortgesetzes bei der Errichtung von Windkraftanlagen

Bewertung der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen im Bereich der Markungsgrenze zum Kurort Dobel, insbes unter Berücksichtigung von Landschaftsschutz, Tourismus und dem Kurortgesetz

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6156

Döttingen-Beznau

s. *Beznau*

Doktorprüfung

s. *Promotion*

Dokumentation

s.a. *Archiv*
s.a. *Information*
s.a. *Kommunikation*

Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht nach dem Heimgesetz für BW

Umsetzung der o.g. Dokumentationspflicht in elektronischer bzw digitaler Form ohne zusätzliche Aufbewahrung in Papierform? Entlastung der Pflegekräfte durch Berücksichtigung technischer Neuerungen der Dokumentenverwaltung im Zuge der angekündigten Novellierung des Heimgesetzes

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 28.06.2012 und Antw SM Drs 15/1978

Dolmetscher

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Anpassung der Gebühren für Übersetzer und Dolmetscher

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Hörgeschädigte und Gebärdensprachdolmetscher

Situation gehörloser und hörgeschädigter Menschen in BW, insbes Umsetzung des Anspruchs auf Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher

KlAnfr
s. *Hörbehinderter*
Drs 15/4103

Notfallbereitschaft von Gehörlosen-Dolmetschern

Situation der Gehörlosen in BW im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anzahl, Ausbildung und Einsatz von Gebärdensprach-Dolmetschern

KlAnfr
s. *Gehörloser*
Drs 15/4396

Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer

Verordnung und Inanspruchnahme von Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer, insbes Rechtsgrundlagen, Kostenträgerschaft und Kostenerstattung

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 03.03.2014 und Antw IntM Drs 15/4885

Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Organisation der Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge des Landes und der Kommunen; Hintergründe zur Einstellung des ehrenamtlichen Dolmetscherdiensts durch die Ulmer Notfallseelsorge; Schaffung von Möglichkeiten der Religionsausübung in den Aufnahmeeinrichtungen

KlAnfr Dr. Monika Stolz CDU 15.01.2016 und Antw IntM Drs 15/7950

Mittelbereitstellung zur Deckung der zusätzlichen Kosten für Gebärdendolmetscher

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1322

Donau

EU-Donauraumstrategie

Potenziale der EU-Donauraumstrategie für die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten; Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität; Aufgaben und Zusammenarbeit des neuen Servicebüros mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm; Fortführung und Ziele der Donaukonferenzen in der Vertretung des Landes bei der EU

Antr

s. *Donauraum*

Drs 15/326

Umsetzung der EU-Donauraumstrategie

Einbeziehung der Bürger und der beteiligten EU- und Nicht-EU-Staaten an der Umsetzung der Strategie, Unterstützung des Landes für die beteiligten Staaten und Regionen beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten zur Abrufung von EU-Mitteln und Durchführung von Projekten, Höhe der Mittelbereitstellung des Landes und der EU iRd neuen Förderperiode 2014-2020, Aufgabenwahrnehmung der von Ungarn eingerichteten Donau-Handelskammer

Antr

s. *Donauraum*

Drs 15/749

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Petition 14/5537 betr. Wasserrechtliche VO zur Einschränkung des

Gemeingebrauchs auf der Donau

Petition 14/5556 betr. Wasserrechtliche VO

Petitionen

s. *Wasserrecht*

Drs 15/919

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1373 betr. Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Renaturierung der Donau

Petitionen

s. *Lärmschutz*

Drs 15/4185

Donau-Ilter, Region

Vierstreifiger Ausbau der B 27 Donau-Ilter-Mitte/Hüfingen Wasserturm

Darstellung des aktuellen Planungsstands und der zu erwartenden Kosten für den o.g. Streckenabschnitt, Zeitperspektive für den Planfeststellungsbeschluss und Baubeginn

KlAnfr

s. *Bundesstraße 27*

Drs 15/431

Konversion Donau-Ilter

Auswirkungen der Auflösung des 110. Infanterieregiments auf die Stadt Donau-Ilter, insbes Erhalt als Truppenstandort und finanzielle Förderung des Konversionsprozesses

KlAnfr

s. *Konversion*

Drs 15/4400

Strukturförderung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donau-Ilter Bevölkerungsentwicklung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donau-Ilter; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Wahlkreis Tuttlingen-Donau-Ilter

KlAnfr

s. *Strukturpolitik*

Drs 15/4552

Verkehrssituation auf der Bundesstraße B 27 bei Allmendshofen Sachstand zur Unfallentwicklung auf der Bundesstraße 27 im Kreuzungsbereich Allmendshofen und Maßnahmen zur Verringerung des Unfallrisikos

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/7117

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Donau-Ilter - Hüfingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Donau-Ilter - Hüfingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 15/7252

Einrichtung einer Erstaufnahmestelle in Donau-Ilter

Sachstand zu Planungen für die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle oder einer bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Donau-Ilter

KlAnfr

s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*

Drs 15/7288

Freigabe nördliches Konversionsgelände Donau-Ilter

Zustimmung zum Verkauf der nördlichen Fläche des Konversionsgeländes der ehemaligen französischen Kaserne an die Stadt Donau-Ilter zur Schaffung von Wohnraum

MdlAnfr

s. *Konversion*

Drs 15/8025

Donau-Ilter, Region

s.a. Donau-Ilter-Nahverkehrsverbund

Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs in der Region Ulm

Planungen, Zeiträume, Investitionskosten, Projekt- und Kostenträger für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und der S-Bahn; Höhe der Zuschüsse des Landes nach der Verabschiedung des LandesgemeindevkehrsfinanzierungsGes

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/31

S-Bahn-System in der Region Donau-Ilter

Beurteilung der Realisierungschancen des o.g. Projekts, der möglichen räumlichen Ausdehnung und Förderung von Land und Bund; Positionierung des Freistaats Bayern zu den Plänen

KlAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 15/162

Zu erwartende Auswirkungen des Projekts „Stuttgart 21“ auf die Regio-S-Bahn Donau-Iller

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/822

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Fluglärm in der Region Ulm

Entwicklung der Fluglärmbelastung durch Militärflugzeuge in der Region Ulm sowie der entsprechenden Beschwerden bei der Bundeswehr u.a. Stellen; Initiativen zur Minimierung des Fluglärms

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1490

Bau eines fünften Bahnsteigs im Ulmer Hauptbahnhof

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Hinwirkung auf den Bau eines fünften Bahnsteigs zur Umsetzung des S-Bahn-Konzepts für die Region Donau-Iller

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/1877

Ein S-Bahn-System für die Region Donau-Iller

Planungsstand, Finanzierungsbedarf und Zeitperspektive für die Realisierung des o.g. Projekts; Höhe und Träger der Kosten für Planung, Bau und Betrieb; Berücksichtigung des Betriebs in den Ausschreibungen für den SPNV ab 2016

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/2084

Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems in der Region Donau-Iller

Ausbaukonzept, Zeitplan und Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems Donau-Iller, insbes Betriebskosten des geplanten und aktuellen Nahverkehrssystems sowie Kosten des Infrastrukturausbaus

KlAnfr
s. *Donau-Iller-Nahverkehrsverbund*
Drs 15/2987

Status der Windkraftnutzung im baden-württembergischen Teil des Regionalverbands Donau-Iller

Zahl der seit 2008 ausgewiesenen und rechtskräftig verabschiedeten Vorranggebiete für Windkraftanlagen; Zahl der errichteten Anlagen sowie der Bauanfragen in diesem Zeitraum; Rechtsgrundlage für die Genehmigung der einzelnen Standorte; Genehmigungsdauer; Stand des Anhörungsverfahrens zur Ausweisung von Standortvorrangflächen; Verbindlichkeit des Standortgutachten des TÜV Süd zur Windhöflichkeit für Standortentscheidungen; Modifizierung des Staatsvertrags für den Regionalverband Donau-Iller zugunsten einer Standortentscheidung der

Kreise

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2988

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5975

Donau-Iller-Nahverkehrsverbund

Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs in der Region Ulm

Planungen, Zeiträume, Investitionskosten, Projekt- und Kostenträger für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und der S-Bahn; Höhe der Zuschüsse des Landes nach der Verabschiedung des LandesgemeindevkehrsfinanzierungsGes

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/31

S-Bahn-System in der Region Donau-Iller

Beurteilung der Realisierungschancen des o.g. Projekts, der möglichen räumlichen Ausdehnung und Förderung von Land und Bund; Positionierung des Freistaats Bayern zu den Plänen

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/162

Zu erwartende Auswirkungen des Projekts „Stuttgart 21“ auf die Regio-S-Bahn Donau-Iller

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/822

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Bau eines fünften Bahnsteigs im Ulmer Hauptbahnhof

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Hinwirkung auf den Bau eines fünften Bahnsteigs zur Umsetzung des S-Bahn-Konzepts für die Region Donau-Iller

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/1877

Ein S-Bahn-System für die Region Donau-Iller

Planungsstand, Finanzierungsbedarf und Zeitperspektive für die Realisierung des o.g. Projekts; Höhe und Träger der Kosten für

Planung, Bau und Betrieb; Berücksichtigung des Betriebs in den Ausschreibungen für den SPNV ab 2016

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/2084

Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems in der Region Donau-Iller

Ausbaukonzept, Zeitplan und Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems Donau-Iller, insbes Betriebskosten des geplanten und aktuellen Nahverkehrssystems sowie Kosten des Infrastrukturausbaus

KlAnfr Martin Rivoir SPD 01.02.2013 und Antw MVI Drs 15/2987

Regio-S-Bahn Donau-Iller

Zeitplan zur Realisierung der „Regio-S-Bahn Donau-Iller“; Sachstand bezüglich der Finanzierung und Anbindung der Haltestelle Aulendorf an die S 7

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/4643

Entwicklungsperspektiven der Brenzbahn

Entwicklung von Zugangebot, Fahrgastzahlen und Investitionen auf der Brenzbahn; Planungen der Streckenerüchtigung der Brenzbahn zur Integration in den Ausbau des Fernverkehrs sowie des S-Bahn-Systems in der Region Donau-Iller

Antr
s. *Brenzbahn*
Drs 15/4807

Donauraum

EU-Donauraumstrategie

Potenziale der EU-Donauraumstrategie für die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten; Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität; Aufgaben und Zusammenarbeit des neuen Servicebüros mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm; Fortführung und Ziele der Donaukonferenzen in der Vertretung des Landes bei der EU

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.07.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/326 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.09.2011 Drs 15/907 S. 75-76
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Stand des Ausbaus der Magistrale für Europa (Paris-Bratislava) im Hinblick auf das Teilstück Stuttgart-Ulm

Bedeutung des Abschnitts Stuttgart-Ulm als Teil der o.g. Hochgeschwindigkeitsstrecke, Zunahme des Bedarfs für eine zügige Fertigstellung durch die Baufortschritte in Frankreich und Österreich, Frage nach einem Zusammenhang mit der EU-Donauraumstrategie; Beurteilung der vorgesehenen Aufnahme der Strecke Karlsruhe-Stuttgart-München als Teilstück des Internationalen Korridors Nr. 10 Seine-Donau in das Kernnetz der Transeuropäischen Netze

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/328

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donauraumstrategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr
s. *Rumänien*
Drs 15/682

Umsetzung der EU-Donauraumstrategie

Einbeziehung der Bürger und der beteiligten EU- und Nicht-EU-Staaten an der Umsetzung der Strategie, Unterstützung des Landes für die beteiligten Staaten und Regionen beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten zur Abrufung von EU-Mitteln und Durchführung von Projekten, Höhe der Mittelbereitstellung des Landes und der EU iRd neuen Förderperiode 2014-2020, Aufgabenwahrnehmung der von Ungarn eingerichteten Donau-Handelskammer

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 19.10.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/749
BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1538 S. 49-51
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union

Auswirkungen des o.g. Beitritts zum EU-Binnenmarkt auf die bestehende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung in der Gemischten Regierungskommission, für die hiesigen Unternehmen und für die Donaustategie; Unterstützung der Behörden bei der weiteren Umsetzung von EU-Recht und Verwaltung der EU-Fördermittel; Unterstützung der Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen von EU-kofinanzierten Projekten

Antr
s. *Kroatien*
Drs 15/1253

Ungarn in BW

Aufnahme und Integration von Ungarndeutschen und „Donauschwaben“ in BW nach dem Zweiten Weltkrieg, Höhe der jährlichen Förderung der Kulturarbeit dieser Vertriebenen, Schlussfolgerungen für die heutige Integrationspolitik; Entwicklung der Austauschbeziehungen und -programme zwischen BW und Ungarn, insbes auf akademischer Ebene; Bewertung der Arbeit des Kulturinstituts der Republik Ungarn in Stuttgart und dessen Beitrag zur Umsetzung der EU-Donauraumstrategie; Aufgabenwahrnehmung der ebenfalls in Stuttgart ansässigen Deutsch-Ungarischen Gesellschaft

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/2296

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen

Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donauraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr
s. *Ungarn*

Drs 15/3378

EU-Fortschrittsbericht zur Donaunraumstrategie

Bewertung der Ergebnisse des aktuellen Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur EU-Strategie für den Donaunraum (EUS-DR) und Konsequenzen für das Land BW, insbes Zusammenwirken der Landesministerien, Zusammenarbeit der Regierungen, aktuelle und künftige Arbeitsschwerpunkte, hauptsächlicher Mitteleinsatz, Zwischenbilanz im PAC 8-Prioritätsbereich „Wettbewerb/kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, Rolle der Donautransferzentren, Maßnahmen zu den ab 2014 geltenden Freizügigkeitsrechten für Bürger aus Bulgarien und Rumänien, Rolle der beruflichen Ausbildung

Antr SPD 18.04.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3388 (14 S.)

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5356-5363

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donaunraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr

s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*

Drs 15/4063

Status der Aktivitäten des Landes iRd Donaunraumstrategie der Europäischen Union

Überblick über die Aktivitäten der verschiedenen politischen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen iRd EU-Donaunraumstrategie und deren Koordination

KlAnfr Martin Rivoir SPD 06.11.2013 und Antw StM Drs 15/4286 (10 S.)

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donaunraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr

s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Drs 15/5667

Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donaunraum

Sachstand zur Gründung eines Netzwerks von Frauenpolitikerinnen im Donaunraum, insbes Bewertung und Unterstützung durch die LReg, bisherige Erfahrungen zur vernetzten Zusammenarbeit von Frauen in den Donaunraumstaaten, Beitrag der LReg zur Stärkung der Partizipation und Herstellung von Chancengleichheit in den Ländern des Donaunraums, geeignete Bereiche und Themenfelder sowie Kooperationspartner für das Netzwerk, Fi-

nanzierungsmöglichkeiten

Antr

s. *Frauenpolitik*

Drs 15/6124

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donaunraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donaunraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr

s. *Serbien*

Drs 15/6299

Erinnerung an die Initiierung der Donaunraumstrategie in BW

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 487

Donaunraumstrategie

s. *Donaunraum*

Donaunried

Vergrößerung des EU-Wasserschutzbereichs im Donaunried

Sachstand zur Vergrößerung des EU-Wasserschutzbereichs im Donaunried auf 691 Quadratkilometer, insbes Planungs- und Informationsstand vor Ort, Auswirkungen auf Kommunen und Landwirte sowie Grundstückseigentümer

Antr

s. *Wasserschutzgebiet*

Drs 15/7622

Donaunrieden, Ortsteil

s. *Erbach*

Donaunstrategie

s. *Donaunraum*

Donaunaltbahn

Schienenpersonennahverkehr auf der Donaunaltbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Donaunaltbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbaumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3427

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donaunaltbahn, Brenzbahn, Illertalbahnhofsbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Doping

Fit für die Zukunft - Die Sportmedizinischen Einrichtungen an den Universitätskliniken in BW

Aufgabenwahrnehmung in der Forschung, Lehre, der Prävention, Rehabilitation, der klinischen Versorgung und Begleitung des Breiten- und des Spitzensports; Stellenwert bei der Betreuung von Spitzensportlern sowie als Referenzzentren für Anti-Doping-Maßnahmen und Medikamenteninformation; Weiterentwicklung des Struktur- und Funktionsplans von 1973 unter Einbeziehung der Doping-Aufklärung und -Bekämpfung; Erhaltung der Eigenständigkeit und Organisationshoheit

Antr
s. *Sportmedizin*
Drs 15/348

Strafrechtliche Bekämpfung von Doping

Rechtsgrundlagen der strafrechtlichen Bekämpfung; Erfahrungen mit dem 2007 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport“ und den Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Dopingstraftaten; Zahl der Ermittlungsverfahren und die Art ihres Abschlusses; Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts der Bundesregierung; Strafbarkeit von Sportlern wegen des Besitzes „geringer Mengen“ eines Dopingmittels; Haltung der Sportverbände

GrAnfr SPD 20.02.2013 und Antw LReg Drs 15/3093 (12 S.)
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4127-4132

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 21.05.2013 und Stellungnahme JM Drs 15/3526
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.09.2013 Drs 15/4324 S. 18-20
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Dopingvergangenheit in BW aufarbeiten

Erkenntnisse über systematisch und organisiert betriebenes Doping und die daran beteiligten Einrichtungen; Finanzierung der Dopingforschung durch Steuergelder; Universität Freiburg als Ort der Dopingforschung; Aufarbeitung des Dopings seit den 1970er Jahren

Antr Sabine Wölfe u.a. SPD 05.08.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3915

Wissenschaftliche Erkenntnisse über Doping in BW

Forschungsarbeiten zur Dopingpraxis in BW; Erkenntnisse aus der Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“; Unterstützung des Projekts durch die Universität Freiburg; Stand der Evaluierung der Abteilung „Rehabilitative und Präventive Sportmedizin“ der Freiburger Sportmedizin durch die „Unabhängige Gutachterkommission“ unter Vorsitz von Profes-

sor Dr. L.P; Bereitstellung von Akten sowie Akteneinsicht; Zusammensetzung und Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der Dopingprävention

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 09.08.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3930

Evaluierung der Freiburger Sportmedizin hinsichtlich ihrer Dopingvergangenheit durch die Evaluierungskommission der Freiburger Sportmedizin

Stand und bisherige Erkenntnisse der Evaluierungskommission; Spezifizierung des Arbeitsauftrags der Kommission; Auswertung datenschutzrechtlich sensibler Unterlagen; Zugang zu den Archiven der Sportverbände; Einblick in Unterlagen der Gutachter des Bundesinstituts für Sportwissenschaft; vormalige Position des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Thema Doping in der Abteilung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg; Vorlage des Abschlussberichts der Kommission

KlAnfr Gabi Rolland SPD 13.08.2013 und Antw MWK Drs 15/3933

Analyse zur Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“

Erkenntnisse aus der durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) initiierten und vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) geförderten Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ über systemisches bzw systematisches Doping in BW, insbes Bewertung der Doping-Versuche am Universitätsklinikum Freiburg und politische Konsequenzen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 16.08.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3954
BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 22-24
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Regierungsbefragung

Beitrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport iRd Anti-dopingaktivitäten der LReg

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4982-4984

Abschluss der Evaluierungskommission Sportmedizin und Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Maßnahmen zur Aufklärung der Dopingvergangenheit in der Sportmedizin, insbes Ergebnisse der Evaluierungskommission Sportmedizin, Ziel der Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE und Gabi Rolland u.a. SPD 21.10.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5934

Ergebnisse der „Unabhängigen Gutachterkommission zur Evaluierung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg“

Sachstand zur Aufklärung der Vorgänge an der Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg, insbes Arbeit und bisherige Ergebnisse der unabhängigen Gutachterkommission, Zielvorstellungen der Kommissionsarbeit, Umfang bisher nicht ausgewerteter Unterlagen, Schlichtung zwischen Untersuchungskommission und Universität, Zeitplan und Maßnahmen zur raschen und vollständigen Aufklärung der Doping-Vorwürfe

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 23.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6316

BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 22-24
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Erinnerung an die Dopingfälle in der sportmedizinischen Abteilung am Universitätsklinikum Freiburg
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 653

Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Doping in Freiburg
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1294

Doppelte Buchführung

Umstellung von Kameralistik auf Doppik bei den Kommunen und LKreisen
Sachstand zur Umsetzung der Umstellung von Kameralistik auf Doppelte Buchführung bei den Kommunen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 14.10.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7568
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/8019 S. 22 23
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Doppelte Staatsangehörigkeit

s. Staatsangehörigkeit

Doppik

s. Kassen- und Rechnungswesen

Dorf

s.a. Ländlicher Raum

Nahversorgung im ländlichen Raum

Entwicklung und Förderung der Grund- und Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum in BW, insbes Strategien für kleine Kommunen, getätigter Investitionsumfang nach LKreisen, bewilligte und abgelehnte Förderanträge iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), Unterstützung der Umwandlung von ehemaligen Schlecker-Filialen in Dorfläden

Antr
s. Lebensmitteleinzelhandel
Drs 15/3384

Dorfgaststätte

s. Gastgewerbe

Dorfläden

s. Handel

DOSB

s. Deutscher Olympischer Sportbund

Dossenheim

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Weinheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Bewertung der Standorte Ivesheim und Dossenheim, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. Bildungshaus
Drs 15/419

Drautz, Richard FDP/DVP

Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten und Staatssekretär Richard Drautz

PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5851

Dreidimensionale Computergraphik

Visualisierung von Windkraftanlagen

Möglichkeiten einer wirklichkeitsnahen Visualisierung zur Versachlichung der Diskussion über die Standortwahl; Unterstützung solcher Verfahren; Vorgaben für eine Visualisierung in objektiver und einheitlicher Form im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. Windenergieanlage
Drs 15/2695

Dresden

Mögliches Fernverkehrsangebot auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden

Sachstand zur Verwirklichung eines zusätzlichen Fernverkehrsangebots auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden durch ein privates Eisenbahnunternehmen

KlAnfr
s. Eisenbahnpersonenverkehr
Drs 15/7398

Drexler, Wolfgang MdL SPD

Wahl der stellvertretenden Präsidenten

1. Stellvertretende Präsidentin Brigitte Lösch GRÜNE
2. Stellvertretender Präsident Wolfgang Drexler SPD
s. Landtagsvizepräsident
PIPr 15/1 S. 8

DRG

s. Dienstrechtsreformgesetz

DRG-System

s. Fallpauschalensystem

Dringliches Vorkaufsrecht

s. Vorkaufsrecht

Dritte Säule des EU-Vertrags

s. Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres

Drittes Reich

Gedenkstättenkonzeption für BW unter Einbeziehung des Lern- und Erinnerungsorts Hotel Silber

Sachstand, Zeitplan und geplante Konzeption für einen Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber als ehemaligem Sitz der Gestapo in Stuttgart, insbes Finanzierung von Umbau und Betrieb; Entwicklung einer neuen übergreifenden Gedenkstättenkonzeption für das Land BW

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3148

Finanzierung der geplanten Gedenkstätte im „Hotel Silber“

Kostenkalkulation und Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Aufteilung der Kosten für die geplante Gedenkstätte Hotel Silber zwischen Land und Kommune

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3315

Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber

Gespräche mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der geplanten Gedenkstätte Hotel Silber und Ergebnisse bezüglich der Kostenverteilung für Investitionen, Ausstellungskonzeption und jährlichen Betrieb; geplante inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3731

Drittland

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4454

Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Süd-

west, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionsunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder Fehldeklaration solcher Warensendungen

KlAnfr
s. *Einfuhr*
Drs 15/5059

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2014

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Unterbringung, Einreisen über sichere Drittländer, wiederholte Einreisen; Abschiebezahlen; Wartezeit für Anhörungen und erstinstanzliche Entscheidungen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5460

Drittmittel

s.a. *Forschungsfinanzierung*
s.a. *Hochschulfinanzierung*

Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an Hochschulen in BW

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungsorientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit verbundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstellen und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Industry on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/897

BW als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit

Art, Umfang und Akteure der Förderung o.g. Ziele an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Darstellung der Clusterbildung und Vernetzung mit der Wirtschaft und Verbänden; Höhe und Herkunft der Drittmittelaufkommens an den Hochschulen seit 2007; Bedeutung der Profilbildung, der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des studentischen Engagements für die Ausrichtung von Hochschulen an nachhaltiger Entwicklung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/1827

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Stellenwert der Drittmittelforschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; Rolle von Stiftungslehrstühlen und Industry-on-Campus-Projekten

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der

Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr
s. *Photovoltaik*
Drs 15/3623

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/4523

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karrieremöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Evaluation zur Transparenzklausel

Sachstand zur Umsetzung der Transparenzklausel des Landeshochschulgesetzes an den Universitäten und Hochschulen, insbes Entwicklung der Gesamtfinanzierung und Drittmiteleinahmen, Anzahl der Stiftungsprofessoren, Gewährleistung von Datenschutz und Forschungsfreiheit bei der Auskunftspflicht der

Hochschulen zu Drittmiteleinahmen

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/7318

Materielle Abhängigkeit und Erfolgsdruck der Wissenschaftler bei der Drittmittelforschung, Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für die Einwerbung von Drittmitteln

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280 286 288

Drittmittelförderung

s. *Drittmittel*

Drittmittelforschung

s. *Drittmittel*

DRK

s. *Deutsches Rotes Kreuz*

Drobs

s. *Drogenberatung*

Droge

s. *Suchtstoff*

Drogenabhängiger

s. *Drogenabhängigkeit*

Drogenabhängigkeit

Verbot des Konsums von Cannabis-Produkten aufrecht erhalten
Zahl der o.g. Konsumenten, Einschätzung der Gefährdung durch den Konsum von Cannabis-Produkten; Grenzwerte für die Einstellung eines betäubungsmittelrechtlichen Strafverfahrens und für das Führen eines Kraftfahrzeugs im öffentlichen Straßenverkehr; Beurteilung von Bestrebungen zur legalen Abgabe von Cannabis-Produkten durch öffentlich-rechtliche Stellen sowie von Modellen zur Analyse illegaler Drogen für die Konsumenten

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/1190

Drogenkonsum Jugendlicher in BW

Schlüsse aus dem Bericht zur Drogenaffinität Jugendlicher 2011; Bewertung der Entwicklung des Konsums von Alkohol, Cannabis u.a. legalen und illegalen Drogen im Vergleich zu anderen BLändern; Positionen zum Einsatz jugendlicher Testkäufer, zu einem generellen Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr sowie zur Forderung von Kommunen nach möglichen Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/1324

Änderungen bei der Diamorphinbehandlung

Sachstand und Änderungen bei der diamorphingestützten Substitution in BW; Missbrauchsfälle und Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern; Mehrkosten, Ärztezah, Missbrauchsrisiko sowie ärztliche Behandlungsqualität bei Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Substitutionstherapie*
Drs 15/2837

Substitution in BW

Zahl der in Substitutionsbehandlung stehenden Personen; Wirksamkeit der Substitution mit Methadon und anderen Substanzen; Berücksichtigung der Veränderung des Konsumverhaltens bei der Substitutionsbehandlung; Problem der illegalen Methadon-Weitergabe; Pro-Kopf-Versorgung der Bevölkerung mit substituierenden Ärzten und deren Altersdurchschnitt; Sicherung der zukünftigen Substitutionsbehandlung; Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung substituierter Drogenabhängiger

Antr
s. *Substitutionstherapie*
Drs 15/5712

Aufsuchende Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten des Landes

Wichtigkeit der Beratung suchtkranker und suchtgefährdeter Strafgefangener; Zahl der in den Justizvollzugsanstalten tätigen externen Fachkräfte; Finanzierung der aufsuchenden Suchtberatung; künftige personelle und finanzielle Ausstattung der Suchtberatung für Strafgefangene; Anzahl der seit 2009 in externe Suchtrehamaßnahmen vermittelten Strafgefangenen; Bewertung der aktuellen Regelungen zur Zurückstellung der Strafvollstreckung; Stärkung der externen medizinischen Suchtrehabilitation gegenüber dem Maßregelvollzug für drogenabhängige Straftäter; Sicherung der Suchtberatung in den Haftanstalten

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/5736

Unterstützung einer Verbesserung der Diamorphinbehandlung von schwer Drogenabhängigen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 63

Drogenarbeit

s. *Drogenberatung*

Drogenberatung

Auskömmliche Finanzierung von Suchtberatungsstellen in BW

Sachstand zur Arbeit und Finanzierung der Suchtberatungsstellen in BW, insbes Behebung einer möglichen Unterfinanzierung

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/6672

Drogenberatungsstelle

s. *Drogenberatung*

Drogenhilfe

s. *Suchtkrankenhilfe*

Drogenkonsum

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und

Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Spaßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KIAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/3610

Genderspezifische Suchtprävention in BW

Entwicklung und Unterschiede im Suchtverhalten von Frauen und Männern in BW, insbes Angebot und Finanzierung genderspezifischer Ansätze in der Suchtprävention

Antr
s. *Suchtprävention*
Drs 15/3882

Crystal Meth - Gefahren und Gegenmaßnahmen in BW

Gefahren des Konsums von N-Methylamphetamin (Crystal Meth); Zahl und Sozialstruktur der Drogenkonsumenten; konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenkonsums, Aufklärung insbes junger Menschen über die Gefährlichkeit der Droge; wissenschaftliche Untersuchungen zum Konsum von Crystal Meth; Erstellung eines Programms zur Bekämpfung der Verbreitung und des Konsums dieser Droge

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/3965

„Legal Highs“ - Gefahren scheinbar legaler Drogen

Erkenntnisse über die Verbreitung der „Legal Highs“ in BW; Konsumformen und Konsummuster; Gesundheitsrisiken; Unterstützung der Suchthilfe durch eine genaue Erfassung der Konsumformen und Wirkungsweisen der Drogen in der landesweiten Suchthilfestatistik; Präventionsmaßnahmen zum Schutz der meist jungen Konsumenten; Unterdrückung des Konsums und des Vertriebs; Erarbeitung eines Plans zur Eindämmung des Konsums der „Legal Highs“ durch Jugendliche

Antr
s. *Synthetische Droge*
Drs 15/4962

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr
s. *Promillegrenze*
Drs 15/4992

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchtgefährdenden Stoffen

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchtgefährdenden Stoffen, insbes Bedeutung der Suchtprävention im Bereich von Cannabisprodukten, Initiativen zur Abmilderung be-

stehender Verbotsnormen, Auswirkung einer öffentlichen Zurschaustellung von Hanfpflanzen auf die Ziele einer auf Jugendschutz und Vermeidung von Erstkonsum abzielenden Präventionsstrategie

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/6444

Drogenkriminalität

Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und Interventionsmaßnahmen

Antr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 15/2867

Überlastung des Heilbronner Landgerichts

Gründe und Auswirkungen der Überlastung des Heilbronner Landgerichts und Gegenmaßnahmen des Justizministeriums; Konsequenzen der Haushaltskürzungen im Justizbereich; Umstände des Falls des nicht rechtzeitig erfolgten Prozessbeginns gegen fünf mutmaßliche Drogendealer

KlAnfr
s. *Landgericht*
Drs 15/4555

Drogenpolitik

Crystal Meth - Gefahren und Gegenmaßnahmen in BW

Gefahren des Konsums von N-Methylamphetamin (Crystal Meth); Zahl und Sozialstruktur der Drogenkonsumenten; konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenkonsums, Aufklärung insbes junger Menschen über die Gefährlichkeit der Droge; wissenschaftliche Untersuchungen zum Konsum von Crystal Meth; Erstellung eines Programms zur Bekämpfung der Verbreitung und des Konsums dieser Droge

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/3965

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchtgefährlichen Stoffen

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchtgefährlichen Stoffen, insbes Bedeutung der Suchtprävention im Bereich von Cannabisprodukten, Initiativen zur Abmilderung bestehender Verbotsnormen, Auswirkung einer öffentlichen Zurschaustellung von Hanfpflanzen auf die Ziele einer auf Jugendschutz und Vermeidung von Erstkonsum abzielenden Präventionsstrategie

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/6444

Drogerie

Transferegesellschaften versus Arbeitsagenturen

Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der betroffenen Arbeitnehmer 2011, Anteil und Erfolgsquote von Transferegesellschaften und der regionalen Arbeitsagenturen bei der Qualifizierung und Vermittlung der betroffenen Mitarbeiter; Einschätzung der Erfolgsquote der Agenturen bei den Betroffenen der Drogeriemarktkette S.

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1552

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?

Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/1551

Unterstützung des Landes bei der Fortführung ehemaliger Schlecker-Filialen im ländlichen Raum

Sicherstellung der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum; Unterstützung der Fortführung o.g. Filialen als Dorfläden iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum

MdlAnfr
s. *Schlecker*
Drs 15/1953

Insolvenz der A.S.e.K.: Was wusste der Finanz- und Wirtschaftsminister?

Art und Zeitpunkt der Einbindung des Ministers bereits im Vorfeld der Insolvenz, Frage nach dem Ergebnis der Prüfung der Bürgschaftsvoraussetzungen und von evtl Insolvenzstraftatbeständen und Information des FinWiA über die Erkenntnisse; künftige Vorgehensweise bei vergleichbaren Sachverhaltsgestaltungen

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/2146

Wirtschaftsförderung bei Fortführung des Geschäftsbetriebs insolventer Unternehmen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Weiterführung einiger Filialen der insolventen Drogeriemarktkette S. durch die ehemaligen Mitarbeiter, Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Konzepts des geplanten Genossenschaftsmodells und der Wettbewerbschancen; Unterstützung mit Existenzgründungsdarlehen, Bürgschaften u.a. Instrumenten der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände?

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/2282

Drohne

s. *Flugzeug*

Druckerzeugnis

Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung des Bibliotheks- und Archivguts

Anteil des digitalisierten Materials am Gesamtbestand der Archive und Bibliotheken; Zeitplan für das Gesamt-Digitalisierungsvorhaben; Umsetzung der Kunst- und Kulturkonzeption „Kultur 2020“, insbes der Koordination der Digitalisierung von analogem Kulturgut; Einrichtungen und Spezialwerkstätten für Bestandserhaltung in Museen, Archiven und Bibliotheken; Ausbau vorhandener Digitalisierungswerkstätten zu spartenweisen Digitalisierungszentren; Ausbildungs- und Studiengänge; finanzielle Förderung der Digitalisierung und Bestandserhaltung; Höhe der bis 2016 bereitgestellten Mittel; Kofinanzierung durch die Europäische Union, den Bund bzw die Kulturstiftung der Länder

Antr

s. *Bestandserhaltung*

Drs 15/4373

Drucksache (Parlamentsveröffentlichung)

s. *Parlamentsmaterialien*

DSchG

s. *Denkmalschutzgesetz*

DSD (Abfallwirtschaft)

s. *Duales System Deutschland*

DSL

s. *Breitbandkommunikation*

Duale Ausbildung

s. *Duale Berufsausbildung*

Duale Berufsausbildung

Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Ausbildung - Fachkräfte sichern

Anwerbung arbeitsloser Jugendlicher aus EU-Mitgliedsstaaten für eine Ausbildung in BW aufgrund des Fachkräftemangels; Bedarf nach Branchen und Dringlichkeit; bisherige Erfahrung mit grenzüberschreitenden Ausbildungsprogrammen; Förderung dualer Ausbildungsprogramme im Rahmen des EU-Programms INTERREG und anderer Programme; duale Ausbildungsprojekte im Rahmen der EU-Donauraumstrategie; Austausch mit den Unternehmen im Land

Antr

s. *Fachkraft*

Drs 15/2639

Übergangmanagement Schule-Beruf

Statistiken, Arbeit und Förderung der Initiativen für das Übergangmanagement Schule-Beruf zur Ermöglichung eines guten Berufsstarts von Schülern mit schlechteren Startchancen, insbes

staatliche Unterstützungsleistungen, Berücksichtigung der Initiativen bei bildungspolitischen Maßnahmen, Herausforderungen aufgrund des Wegfalls der Notenhürden für Klasse 10 der Werkrealschule und für die zweijährige Berufsfachschule, frühe Integration von Schülern in das berufliche Bildungssystem, Nutzung des Übergangs in die duale Ausbildung

Antr

s. *Berufsbildung*

Drs 15/3127

System „Duale Ausbildung“ exportieren

Vorbildcharakter des dualen Ausbildungssystems im europäischen und außereuropäischen Ausland, insbes Unterstützung durch Regierungen vor Ort sowie Implementierung in EU-Staaten; Erfahrungen baden-württembergischer Unternehmen an ihren Auslandsstandorten mit der dualen Ausbildung

Antr Claus Paal u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3188

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 10 11

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im Ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 18.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3839

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KIAnfr

s. *Fachklasse*

Drs 15/3853

Unterstützung des Bildungs- und Ausbildungssystems in Rumänien

Unterstützung deutschsprachiger Bildungsangebote in Rumänien durch BW, insbes durch die Entsendung von Lehrern, finanzielle Zuschüsse und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte aus Rumänien; Umsetzung der durch den Europäischen Rat gefassten Beschlüsse und Empfehlungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; Hilfe Baden-Württembergs beim Aufbau eines dualen Ausbildungssystems in Rumänien

Antr

s. *Rumänien*

Drs 15/3905

Zukünftige Entwicklung der Dualen Hochschule BW in Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn

Entwicklung des Studienangebots und der Zahl der Studierenden an der DHBW Mosbach; Profile der drei Campus-Standorte Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn und deren Zusammenarbeit; Empfehlung des zentralen Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW für eine Eigenständigkeit des Campus Heilbronn; Vor- und Nachteile einer Verselbständigung des Campus Heilbronn für die DHBW Mosbach; Beurteilung des Engagements der Dieter Schwarz Stiftung für die Duale Hochschule BW

Antr

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*

Drs 15/4173

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*

Drs 15/4175

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der aufgrund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidarpakt III

Antr

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*

Drs 15/4260

Duale Ausbildung in BW: Mit dem Ausbildungsbündnis die beruflichen Perspektiven für alle Jugendlichen verbessern und die Wirtschaft stärken

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4813-4825

Duale Ausbildung stärken - Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!

Erhalt des Meisterbriefs zur Stärkung der dualen Ausbildung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen sowie der Zahl der Ausbildungsplätze in BW, Deutschland und Europa; Qualifikationsnachweise von Leitern bestehender und neu gegründeter Handwerksbetriebe in BW und Deutschland; umfassende Evaluation der Novelle der Handwerksordnung von 2004

Antr

s. *Meister*

Drs 15/4687

Pläne der Europäischen Kommission zu den sogenannten reglementierten Berufen

Auswirkungen der Pläne der Europäischen Kommission zum erleichterten Zugang zu sogenannten reglementierten Berufen, insbes auf die duale Ausbildung, das Handwerk und andere reglementierte Berufe wie Ärzte und Apotheker

Antr

s. *Berufsfreiheit*

Drs 15/4833

Umsetzung der Eckpunkte zur Neugestaltung des Übergangs Schule - Beruf

Stand der Unterredungen mit den Partnern des „Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in BW 2010 bis 2014“; Schulversuch „Duale Ausbildungsvorbereitung (AV dual)“; Einrichtung des Bildungsgangs „Duale Berufsqualifizierung (BQ dual)“; Beteiligung von Stadt- und Landkreistag sowie der Wirtschaftsverbände und Kammern an der Auswahl der Modellregionen

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 20.03.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4964

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 28.05.2014 Drs 15/5743 S. 5 6

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Auswirkungen einer Erhöhung der Akademisierungsquote auf Ausbildung und Beschäftigung

Voraussichtlicher Fachkräftebedarf in BW für den Zeitraum 2014 bis 2030; die voraussichtlich benötigte berufliche Qualifikation; Berufschancen von Hochschulabsolventen; Bereitschaft von Abiturienten zu einer Lehre im System der Dualen Ausbildung; Verringerung der Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei der Besetzung offener Stellen; Erhaltung der Wertschöpfung am Standort BW

KIAnfr

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/5032

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 8 - Berufliche Schulen und duale Ausbildung (Kap 0420)

Mittlg RH

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/5408

Mobilitätsprobleme von Studenten unter 18 Jahren

Anzahl der an den Dualen Hochschulen immatrikulierten unter Achtzehnjährigen; durchschnittliche Entfernung zwischen den Dualen Hochschulen und den Ausbildungsbetrieben; Mobilitätsprobleme der Studienanfänger aufgrund fehlender Verkehrsverbindungen oder Verkehrsmittel; Ausnahmeregelungen für das unbegleitete Fahren eines Pkws durch unter achtzehnjährige Führerscheinbesitzer

KIAnfr

s. *Mobilität*

Drs 15/5762

Auswirkungen der „Digitalisierung der Wirtschaft“ auf die duale Ausbildung

Vorbereitung der Auszubildenden auf die zukünftige Arbeitswelt (Stichwort „Industrie 4.0“); Ausbildungsberufe mit besonderer Ausrichtung auf die Digitalisierung der Arbeit; Anpassung bestehender Ausbildungsgänge; Entwicklung neuer Berufsbilder

Antr Claus Paal u.a. CDU 22.01.2015 und Stellungnahme

MFW Drs 15/6385
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6921 S. 14
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Gefahr der Angleichung von Ausbildungsinhalten im Bereich der dualen Ausbildung durch detaillierte Vorgaben zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie

Sachstand zu Plänen der Europäischen Kommission zur Reform der Berufsanerkennungsrichtlinie; Auswirkungen von zu detaillierten EU-Vorgaben für Ausbildungsinhalte im Bereich der dualen Ausbildung

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 27.02.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6562
 BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/7081 S. 60 61
 PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungskluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr
 s. *Fachkraft*
 Drs 15/84

Haushalt 2012; Epl 14

Gewährung eines Sonderausgleichs für die Duale Hochschule für den Wegfall der Studiengebühren

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1114-2 S. 35
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1214-3 S. 5 6
 PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

Haushalt 2012; Epl 12

Errichtung eines Neubaus für die Duale Hochschule in Mosbach

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1112-9 S. 33 34
 PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Situation der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Entwicklung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen in den vergangenen fünf und kommenden Jahren; Darlegung der dualen Partner an den einzelnen Standorten und der Karrierechancen der Absolventen; notwendige finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung sowie Wohnunterbringung zur Aufnahme aller Bewerber; Beurteilung der Beschäftigungssituation und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter sowie der Leistungsfähigkeit der DHBW im Forschungsbereich

Antr GRÜNE 14.03.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1430
 PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1990-1998

Kompensation der Studiengebühren an der Dualen Hochschule BW ((DHBW)

Finanzsituation der Dualen Hochschule BW nach Abschaffung der Studiengebühren, insbes bisheriger Mittelzufluss aus Studiengebühren und Höhe der Qualitätssicherungsmittel an den einzelnen Standorten sowie vorgenommene oder beabsichtigte Ausgleichszahlungen; Stellenwert und Gewährleistung der Qua-

litätssicherung von Forschung und Lehre an der Dualen Hochschule BW

Antr
 s. *Hochschulfinanzierung*
 Drs 15/3415

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 18.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4175
 BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 48-52
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der aufgrund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidarpakt III

Antr
 s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
 Drs 15/4260

Zusammenarbeit mit Israel im Bereich der Hochschulen

Praxis der Hochschulkooperation Baden-Württembergs mit Israel, insbes bestehende Hochschulpartnerschaften und Austauschprogramme, Unterstützung bei der Umsetzung des Dualen Hochschulkonzepts in Israel

Antr
 s. *Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Staaten*
 Drs 15/4655

Fünf Jahre Duale Hochschule BW - eine Erfolgsgeschichte

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5477-5486

Qualifizierten Nachwuchs sichern für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften

Situation und Sicherung qualifizierten Nachwuchses in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und der Gebietskörperschaften, insbes Beschäftigungssituation, Ausbildungshintergrund, Maßnahmen gegen Nachwuchsmangel, Schaffung von Ausbildungskonzepten in Partnerschaft mit der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Antr
 s. *Verwaltung*

Drs 15/5002

Mobilitätsprobleme von Studenten unter 18 Jahren

Anzahl der an den Dualen Hochschulen immatrikulierten unter Achtzehnjährigen; durchschnittliche Entfernung zwischen den Dualen Hochschulen und den Ausbildungsbetrieben; Mobilitätsprobleme der Studienanfänger aufgrund fehlender Verkehrsverbindungen oder Verkehrsmittel; Ausnahmeregelungen für das unbegleitete Fahren eines Pkws durch unter achtzehnjährige Führerscheinbesitzer

KlAnfr

s. *Mobilität*

Drs 15/5762

Beklagung einer unzureichenden Kompensation der wegfallenden Studiengebühren für die Duale Hochschule

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 994 995

Beklagung einer unzureichenden Kompensation der wegfallenden Studiengebühren für die Duale Hochschule, Notwendigkeit einer Erhöhung der Grundfinanzierung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1150 1151 1158 1159

Beklagung einer unzureichenden Kompensation der wegfallenden Studiengebühren für die Duale Hochschule, Notwendigkeit einer Erhöhung der Grundfinanzierung, Verweisung auf den Neubau in Mosbach

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1402-1405 1407 1413 1444

Duale Hochschule Baden-Württemberg Karlsruhe*Kinderbetreuungseinrichtung für die Pädagogische Hochschule Karlsruhe*

Voraussetzungen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte an der PH Karlsruhe; Kooperation mit anderen Hochschulen in Karlsruhe wie der Dualen Hochschule sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten für die Studierenden, das Lehrpersonal und die Verwaltungsmitarbeiter; Kinderbetreuungsangebote als Standortfaktor; Modell TIGER (Tagespflege in geeigneten Räumen) als Alternative zur Kindertagesstätte; Überlassung eines für den Bau bzw Betrieb einer Kindertagesstätte geeigneten Grundstücks in Karlsruhe

Antr

s. *Kindertagesstätte*

Drs 15/3780

Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*Zukünftige Entwicklung der Dualen Hochschule BW in Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn*

Entwicklung des Studienangebots und der Zahl der Studierenden an der DHBW Mosbach; Profile der drei Campus-Standorte Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn und deren Zusammenarbeit; Empfehlung des zentralen Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW für eine Eigenständigkeit des Campus Heilbronn; Vor- und Nachteile einer Verselbständigung des Campus Heilbronn für die DHBW Mosbach; Beurteilung des Engagements der Dieter Schwarz Stiftung für die Duale Hochschule BW

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE und Martin Rivoir u.a. SPD 17.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4173

BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S.

48-52

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*

Drs 15/4175

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der aufgrund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidaripakt III

Antr Peter Hauk u.a. CDU 29.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4260

BeschlEmpf und Bericht WissA 16.01.2014 Drs 15/4949 S. 20 21

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Duales System Deutschland*Barrierefreie Abfallentsorgung*

Sachstand zur Bevorzugung des Bringsystems für Wertstoffe des Dualen Systems Deutschland in einigen Stadt- und Landkreisen in BW, insbes Höhe der Abfallgebühren gegenüber Holsystemen, fehlende Barrierefreiheit, Einwirkung auf die Landkreise zur Umstellung auf Holsysteme

Antr

s. *Abfallbeseitigung*

Drs 15/7132

Dubliner Verordnungs. *Dublin-Verordnung***Dublin-III-Verordnung**s. *Dublin-Verordnung***Dublin-II-Verordnung**s. *Dublin-Verordnung*

Dublin-Verordnung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

VO in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/5670

Einrichtung von Transitzonen

Sachstand zur Einrichtung von Transitzonen an den deutschen Grenzen, insbes europäische Vorgaben, Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, Bewertung des Landkreistags, Auswirkungen auf BW, Anteil von Asylbewerbern ohne bzw mit gefälschten Ausweispapieren, Anteil der erledigten Asylverfahren durch Dublin-Entscheidungen

Antr

s. Asylverfahren

Drs 15/7488

DüMV

s. Düngemittelverordnung

Düngemittel

s.a. Düngemittelverordnung

s.a. Nitrat

Grundwasserqualität und Ausbringung von „Wirtschaftsdünger“ pflanzlicher Herkunft

Entwicklung der Grundwasserqualität seit 2001 im Vergleich zu den Messdaten in anderen Bundesländern, Inanspruchnahme der Ausgleichsleistungen nach der SchALVO von den Landwirten und Wirkungen in den letzten 20 Jahren; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Nitratbelastung und der Ausbringung des o.g. Düngers aus Gärresten von Energiepflanzen

Antr

s. Gewässergüte

Drs 15/461

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbadi-schen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr

s. Bodenbelastung

Drs 15/5575

Nitrat in den baden-württembergischen Böden

Entwicklung des Nitratgehalts landwirtschaftlicher Böden im Vergleich zum Nitratgehalt von Haus- und Kleingartenböden; Information der Kleingärtner über das Thema Düngung; Einfluss von Förderprogrammen wie der MEKA-Programme auf die Nitratreinträge in den Boden; Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung mithilfe des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)

Antr

s. Nitrat

Drs 15/5991

Erwartung einer Verteuerung der Futtermittelherstellung unter Einsatz von Kunstdünger; Bewertung als Zukunftschance für die ökologische Landwirtschaft; Hinweis auf die Gefahr der Überdüngung auch beim ökologischen Landbau

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 260-262

Düngemittelverordnung

s.a. Düngemittel

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbadi-schen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr

s. Bodenbelastung

Drs 15/5575

Düngeverordnung

Auswirkungen der neuen EU-Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor auf die Förderprogramme des Landes
Änderungen bei den staatlichen Beihilfen im Agrar- und Forstsektor; Fortsetzung von Förderprogrammen des Landes wie den Leistungen nach der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO); Ursachen des Vorbehalts bei den SchALVO-Zahlungen; Auswirkungen der geplanten Novellierung der Düngeverordnung auf die Förderprogramme des Landes

Antr

s. Agrarsubvention

Drs 15/6393

Dürrenzimmern, Ortsteil

s. Brackenheim

Duftstoff

Multiple Chemikalien Sensitivität (MCS)

Erkenntnisse über die o.g. Erkrankung als Reaktion des zentralen Nervensystems gegenüber Chemikalien und Umweltschadstoffen, Art und Ausmaß der Beteiligung von Duftstoffen, Entwicklung der Zahl von Betroffenen in den letzten fünf Jahren, Gründe für die bisherige Nichtanerkennung von den Sozialversicherungsträgern; Schritte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit MCS

KIAnfr

s. Multiple chemische Sensibilität

Drs 15/777

Allergene Duftstoffe in Kosmetikprodukten

Ergebnisse der 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Risikoanalyse des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) zu allergenen Duftstoffen in Kosmetikprodukten (Opinion on fragrance allergens in cosmetic products, SCCS/1459/11); Existenzgefährdung der Naturkosmetik-Hersteller in BW durch die geplante Novellierung der EU-Kosmetikverordnung

KIAnfr Peter Hofelich u.a. SPD 20.03.2013 und Antw MLR
Drs 15/3259

DUH

s. *Deutsche Umwelthilfe*

Durchleitungsbedingungen

s. *Netzzugang*

Durchleitungsrecht

s. *Netzzugang*

Durchsuchung

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr

s. *Technische Observation*

Drs 15/669

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verlagsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spysoftware oder Plagiatsoftware; Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr

s. *Software*

Drs 15/860

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr

s. *Nachrichtendienstliche Mittel*

Drs 15/3662

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für ge-

plante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr

s. *Nachrichtendienstliche Mittel*

Drs 15/3727

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW

Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Dritten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermittlungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 18.02.2014 und Antw IM
Drs 15/4806

DVO GemO

s. *Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Gemeindeordnung*

DVO LKrO

s. *Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Landkreisordnung*

Dyskalkulie

Dyskalkulie und ihre Prävention im Vorschul- und Schulalter

Förderung der mathematischen Bildung und der Sprachentwicklung durch das Projekt „Zahlenland“; Beteiligung der Kindertagesstätten und Grundschulen an diesem Projekt; Projektförderung; sonstige Projekte zur Förderung mathematischer Bildung im Vorschul- und Schulalter; Beratungs- und Unterstützungsangebote für solche Projekte; Stärkung der Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen bei der Prävention von Rechenschwäche

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4677

EA

s. *Einheitlicher Ansprechpartner*

EAG BW

s. *Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg*

Eberhardzell

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im LKreis Biberach

Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrsweplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KIAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/3468

Bundesstraße (B) 30 - Ortsumfahrung Oberessendorf im LKreis Biberach

Verkehrsbelastung, Leistungsfähigkeit und Ausbauplanungen der Bundesstraße 30 bei Oberessendorf; Anmeldung der B 30 als zweistreifige Ortsumgehung für Oberessendorf für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3754

Ebersbach an der Fils

Zukunft der Bürgerbusvereine in BW

Voraussetzungen für einen Landeszuschuss bei der Neubeschaffung eines Bürgerbusses; Überschreitung des für die Führerscheinklasse B maximalen Gesamtgewichts von 3,5 Tonnen aufgrund der geforderten Ausstattung der Busse; Ausnahmeregelungen bei den Abgasgrenzwerten und der Busausstattung; Sondergenehmigung für die Fahrer der Bürgerbusse bei der Überschreitung des zulässigen Fahrzeuggewichts; Einschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerbusvereine im Allgemeinen und des Bürgerbusvereins Ebersbach im Besonderen

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/4736

Verschiedene Fragen zur möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöfe

Notwendigkeit und Planungsstand zu einer möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöfe

KlAnfr
s. *Hochspannungsleitung*
Drs 15/5217

Eberstadt

Zeitliche Umsetzung der Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes in der Ortseinfahrt der Gemeinde Eberstadt

Nichteinhaltung der für 2013/14 angesetzten Bauplanung und Bauausführung; Einfluss einer Verschiebung auf die Finanzierung; Zeitraum der voraussichtlichen Umsetzung; Verteilung der Kosten auf die jeweiligen Kostenträger

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2778

E-Bike

s. *Elektrofahrrad*

E-Bilanz

s. *Bilanz*

Ebola

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung

der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr Stefan Teufel u.a. CDU 22.10.2014 und Antw SM
Drs 15/5955

Ebola-Fieber

s. *Ebola*

Ebola-Infektion

s. *Ebola*

Ebola-Virus

s. *Ebola*

Ebringen

Kreisverkehr Ebringen

Beurteilung der Notwendigkeit eines Kreisverkehrs auf der L 125 bei Ebringen, Frage nach einer entsprechenden Kontaktaufnahme mit dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zur Einbindung der K 953

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1478

E-Business

s. *Elektronischer Handel*

ECFR

s. *European Council for Fatwa and Research*

Eckart Witzigmann-Preis

s. *Auszeichnung*

Edingen-Neckarhausen

Bau einer Neckarbrücke zwischen Ladenburg und Edingen-Neckarhausen (L 597 neu)

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Umwelt- und Verkehrsentlastung, insbes für Seckenheim und Ilvesheim durch Ausweichverkehr zur dortigen Neckarquerung; Einstufung einer neuen Brücke als Voraussetzung für die umfassende Neugestaltung der Seckenheimer Innenstadt

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1473

EDV

s. *Datenverarbeitung*

EDV-Anlage

s. *Computer*

EEG

s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*

EEVO

s. Einvernehmensersatzverordnung

E-Fahrrad

s. Elektrofahrrad

Effektenhandel

s. Wertpapierhandel

EFRE

s. Europäischer Regionalfonds

EFRE-Strukturfonds

s. Europäischer Regionalfonds

Efringen-Kirchen

Schienenpersonennahverkehr Rheintalbahnhof Freiburg-Basel
Planungen und Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr auf der Rheintalbahn; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen

KlAnfr

s. Bahnstrecke

Drs 15/3292

EFSA

s. Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

EG-Bioverordnung

s. EG-Öko-Basisverordnung

EG-Empfehlung

s. Empfehlung der EU

EGFL

s. Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft

Eggingen

Fertigstellung/Sanierung von Ortsdurchfahrten
Mittelbereitstellung 2012 und Fertigstellung der Maßnahmen an der L 163 a Ortsdurchfahrt Erzingen, L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen und L 150 St. Blasien; Höhe der von der früheren LReg für die Sanierung der L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen zugesagten Mittel

KlAnfr

s. Ortsdurchfahrt

Drs 15/1931

EglG

s. Eingliederungsgesetz

EG-Novel-Food-Verordnung

s. Novel-Food-Verordnung

EG-Öko-Basisverordnung

Revision der EU-Ökoverordnung

Geplante Änderungen der EU-Ökoverordnung durch die Europäische Kommission und Auswirkungen auf die Biobetriebe in BW, insbes für Betriebe mit abgetrennter Produktion, Verbot der Anbindehaltung von Biorindern, Sicherung gleicher Standards bei Importprodukten

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 28.02.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4880

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 49 50

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/5054

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr

s. Ökologische Landwirtschaft

Drs 15/5453

EG-Ökoverordnung

s. EG-Öko-Basisverordnung

E-Government

s.a. Elektronischer Handel

s.a. Open Data

s.a. Telekommunikation

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 4 - E-Government in der Landesverwaltung

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/104

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/704

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 31.10.2012 Drs 15/2593

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3073

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Mittlg LReg 24.09.2014 Drs 15/5770 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6044

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Bürokratieabbau bei der Kfz-Ummeldung ohne Halterwechsel
Möglichkeiten zur Vereinfachung der o.g. Ummeldung auf der Zulassungsstelle beim Umzug innerhalb eines Landkreises sowie in einen anderen Landkreis, z.B. durch verstärktes E-Government, durch Abwicklung von der Meldebehörde oder Beibehaltung des bisherigen Kennzeichens

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/1056

Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz

Handhabung der mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz eingeführten elektronischen Übermittlung der Jahresabschlüsse an die Finanzverwaltung; Eintreten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Beseitigung der mit Schreiben von acht großen Wirtschaftsverbänden aufgeführten Kritikpunkte

Antr
s. *Bilanz*
Drs 15/1370

Entwicklung des Portals für die e-Bürgerdienste in BW

Ziele des Portals „service-bw“; Funktionen und Inhalte von „service-bw“; Administration und redaktionelle Betreuung des Portals; Auskunft über bereits bestehende, vollständig elektronisch und ohne Medienbruch über „service-bw“ durchführbare Verwaltungsverfahren; Ursachen für vorhandene Medienbrüche; Querbeziehungen zu anderen Portalen und Diensten des Landes und der Kommunen; einheitlicher Behördenruf 115; Weiterentwicklung und Ausbau des Portals

KlAnfr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 06.03.2014 und Antw IM Drs 15/4896

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 28.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5561
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 17
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze

Anpassung des Landesrechts an das geänderte Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes, insbes Ausdehnung verfahrensbeschleunigender, verallgemeinerungsfähiger Regelungen der Fachgesetze zum Planfeststellungsverfahren auf das Planfeststellungsrecht insgesamt, Einführung allgemeiner Vorschriften über die „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“, Zulassung weiterer schriftformersetzender elektronischer Verfahren

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 15/6618

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 11 - IT-Neuordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0602, 0607 und 0610)

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/7011

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Umsetzung für das Land sinnvoller Regelungen des E-Government-Gesetzes des Bundes in das Landesrecht; Festlegungen zum elektronischen Zugang zur Verwaltung und der Information über die Verwaltung, zur elektronischen Aktenführung, zum Dienstleistungsportal des Landes und zur Informationssicherheit; Verankerung des Beauftragten der LReg für Informationstechnologie; Regelung der Organisation und Strukturen der Zusammenarbeit in der Informationstechnologie innerhalb der Landesverwaltung und zwischen Land und Kommunen; Änderung verschiedener Gesetze und VO zur Ermöglichung und Verbesserung der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren

GesEntw
s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*
Drs 15/7724

Initiierung des Projekts E-Justice

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1295

E-Government-Gesetz Baden-Württemberg

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Umsetzung für das Land sinnvoller Regelungen des E-Government-Gesetzes des Bundes in das Landesrecht; Festlegungen zum elektronischen Zugang zur Verwaltung und der Information über die Verwaltung, zur elektronischen Aktenführung, zum Dienstleistungsportal des Landes und zur Informationssicherheit; Verankerung des Beauftragten der LReg für Informationstechnologie; Regelung der Organisation und Strukturen der Zusammenarbeit in der Informationstechnologie innerhalb der Landesverwaltung und zwischen Land und Kommunen; Änderung verschiedener Gesetze und VO zur Ermöglichung und Verbesserung der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren

GesEntw LReg 17.11.2015 Drs 15/7724 (93 S.)
1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7817
2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8732-8736
GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7887 (11 S.)
GBl 2015 Nr. 25 S. 1191-1200 (Ges vom 17.12.2015)

EGovG BW

s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*

EGV 258/97

s. *Novel-Food-Verordnung*

EGV 834/2007

s. *EG-Öko-Basisverordnung*

EG-Vertragsverletzungsverfahren

s. *Vertragsverletzungsverfahren*

EG-Wasserrahmenrichtlinie

s. *Wasserrecht*

Ehe

s.a. *Zwangsehe*

Wege zur Gleichstellung zwischen verheirateten und in eingetragener Partnerschaft lebenden Beamtinnen und Beamten - Neuregelung des Familienzuschlags und anderer familienbezogener Regelungen

Vorschlag zum Verzicht auf einen ehebezogenen Teil des Familienzuschlags, Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel zur Erhöhung des kinderbezogenen Teils des Familienzuschlags, Prüfung einer entsprechend kinderbezogenen Umgestaltung von weiteren Fällen familienbezogener Regelungen im Dienstrecht

Antr

s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*

Drs 15/346

Binationale Ehen

Anteil und Herkunftsländer der mit deutschen Partnern verheirateten Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund, Gründe für den größeren Erfolg und höhere Einkommen dieser Migranten im Berufsleben im Vergleich zu Migranten mit Ehepartnern aus derselben Migrantengruppe

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/861

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw

s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*

Drs 15/1719

Ehe für alle: Respekt und volle Rechte für gleichgeschlechtliche Paare auf dem Standesamt

Aktuelle Debatte

s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*

PIPr 15/130 S. 7803

Familien stärken - Verantwortung und Beistand unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge

Aktuelle Debatte

s. *Gesundheitsvorsorge*

PIPr 15/133 S. 7969

Übertragung der Beurkundung von Lebenspartnerschaften auf die Standesämter; Gleichstellung mit der Eheschließung von heterosexuellen Paaren, Bekenntnis zur besonderen Unterstützung von Ehe und Familie

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 729-732

Übertragung der Beurkundung von Lebenspartnerschaften auf die Standesämter; Gleichstellung mit der Eheschließung von heterosexuellen Paaren, Bekenntnis zur besonderen Unterstützung von Ehe und Familie

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 924-926

EHEC

s. *Bakterien*

Ehegattennachzug

s. *Familiennachzug*

Ehegattensplitting

s. *Steuerveranlagung*

Eheliche Lebensgemeinschaft

s. *Ehe*

Ehingen (Donau)

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeirevieren in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiums in Ulm

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4842

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4858

Ehrenamt

s.a. *Auszeichnung*

s.a. *Freiwilligendienst*

s.a. *Freiwilliger Polizeidienst*

s.a. *Jugendleiter*

s.a. *Ombudsmann*

s.a. *Selbsthilfe*

Den Freiwilligen Polizeidienst in BW erhalten

Entwicklung der Zahl von Angehörigen des FPD, der Einsatzbereiche und -stunden seit dessen Bestehen; Bewertung des ehrenamtlichen Engagements bei Präsenzstreifen, Großveranstaltungen, Verkehrserziehung u.a.; Bezifferung der Zahl von zusätzlichen Stellen des Polizeivollzugsdienstes und deren Kosten im Falle einer Abschaffung des FPD; Festhalten am Freiwilligendienst und Vorlage einer Konzeption zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes bei schlichthoheitlichen Tätigkeiten und der kommunalen Kriminalprävention bis 31.10.2011

Antr
s. *Freiwilliger Polizeidienst*
Drs 15/168

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Bedeutung und Anteil des o.g. Engagements in Vereinen, Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anteil von Migranten in Führungsfunktionen und bei der Gründung von Vereinen, Heranführung von Jugendlichen und älteren Mitbürgern, Begleitung der Organisationen des Katastrophenschutzes bei der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/284

Das ehrenamtliche Engagement der Schüler stärken

Entwicklung und Förderung des sozialen oder karitativen Engagements von Schülern innerhalb und außerhalb der Schule, z.B. als Jugendbegleiter, Schulsanitäter, Streitschlichter oder Hausaufgabenbetreuer; Einführung eines Wahlpflichtfachs „Ehrenamt“ als Teil des Schulcurriculums; Erfahrungen aus anderen BLändern; Ausrichtung des Konzepts für die Ganztagschulen auf eine stärkere Förderung von Sozialkompetenz, ehrenamtlichem Engagement und gesellschaftlichem Verantwortungsbeusstsein

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 05.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/405
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.10.2011 Drs 15/1300 S. 12 13
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren im Enzkreis

Anteil des o.g. Engagements in Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anzahl der Migranten, die Führungsaufgaben im Vereinsvorstand oder als Übungsleiter/Jugendreferent wahrnehmen; Strategien, um insbes Jugendliche an ehrenamtliches Engagement bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz heranzuführen

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/491

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 22.09.2011 und Antw KM Drs 15/575

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Qualifizierung der Führungskräfte und der ehrenamtlichen Helfer, Stand der Jugendarbeit, Freistellung der Helfer vom Arbeitsplatz

GrAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/603

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/742

Ganztagsbildung und -betreuung im LKreis Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 18.11.2011 und Antw KM Drs 15/898 (14 S.)

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Verliehene Ehrungen und Preise für das ehrenamtliche Engagement von Personen, Vereinen und Organisationen seit 2010; Auslobung eines Ehrenamtspreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und für Vereine und Organisationen für die interkulturelle Öffnung, Hervorhebung entsprechender Beispiele iR einer Werbekampagne

Antr
s. *Auszeichnung*
Drs 15/1166

Betreuung durch Jugendbegleiter im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl, Qualifikation und Einsatzbereiche der ehrenamtlichen schulischen Jugendbegleiter; Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund oder von Migrantenvereinen an den Jugendbegleiterprogrammen

KlAnfr
s. *Jugendleiter*
Drs 15/1450

Hospizarbeit in BW

Umfang und Auslastung der ambulanten und stationären Angebote in Hospizeinrichtungen in BW, Standorte und Träger von Einrichtungen im Hohenlohekreis, Höhe der Förderung und durchschnittlichen Verweildauer, Zahl der ehrenamtlich Tätigen, Einschätzung der Versorgungssituation im Vergleich zu anderen BLändern

KlAnfr
s. *Sterbebegleitung*
Drs 15/1534

Zukunft des Freiwilligen Polizeidienstes

Begründung und Einsparwirkungen des verhängten Aufnahmestopps und einer Reduzierung der Fortbildung für den Freiwilligen Polizeidienst, Zeitpunkt des Ausscheidens des letzten Polizeifreiwilligen; Frage nach Unterschieden zwischen dem Einsatz von Ehrenamtlichen in einem kommunalen Ordnungsdienst und dem Freiwilligen Polizeidienst

Antr
s. *Freiwilliger Polizeidienst*

Drs 15/1652

Qualipass im Ehrenamtsland

Akzeptanz und Wirkungen der o.g. Nachweismöglichkeit der Beteiligung von Jugendlichen an außerschulischen ehrenamtlichen Tätigkeiten; Zahl und Altersklassen der bislang zertifizierten Jugendlichen im Vergleich zu anderen BLändern; Darstellung der erworbenen Praxiserfahrungen und Kompetenzgewinne, insbes auch im Hinblick auf die Berufsorientierung

Antr
s. *Kompetenz*
Drs 15/1762

Änderung EU-Arbeitszeitrichtlinie - Anrechnung ehrenamtlicher Tätigkeit auf die Arbeitszeit

Beurteilung o.g. Pläne der EU-Kommission und ihrer Auswirkungen für das Ehrenamt, insbes für die Mitglieder und den Dienst der freiwilligen Feuerwehren

KlAnfr
s. *Arbeitszeit*
Drs 15/2011

Die Situation der Ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz
Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Katastrophenschutz; Preise, Ehrungen und Auszeichnungen; Einführung einer „Ehrenamtskarte“; Abhängigkeit des ehrenamtlichen Engagements von der Betriebsgröße des Arbeitgebers; Arbeitsplatzverlust durch Einsatz im Katastrophenschutz; privilegierter Zugang zu Schulen für die im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zur Nachwuchswerbung; Auswirkung der Aussetzung der Wehrpflicht auf die Personalstruktur von Hilfsorganisationen; Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2356

Bundesfreiwilligendienst in BW

Zahl und Altersstruktur der Teilnehmer am o.g. Freiwilligendienst seit dessen Einführung im Juli 2011, Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund; Auflistung der Träger, des Bedarfs und der Nachfrage von Stellen in BW; Motivation der Teilnehmer zu einem weiteren ehrenamtlichen Engagement

Antr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/2471

Jugend auf dem Land in BW

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Jugendarbeit im ländlichen Raum; hauptamtliche und ehrenamtliche Jugendarbeit als Standortfaktor; Gewährleistung des Fortbestands der Jugendarbeit und ihre finanzielle Förderung durch das Land; ehrenamtliche Jugendarbeit als Ansatzpunkt zur Vermeidung von Generationenkonflikten; Förderung der Anerkennungskultur und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen; Einbeziehung der lokalen Träger der Jugendarbeit in den Planungsprozess

Antr
s. *Jugendarbeit*
Drs 15/2928

Personalsituation bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk (THW) und Bevölkerungsschutz

Personalsituation bei Einrichtungen der örtlichen Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz, insbes Entwicklung des Anteils von Frauen und von EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie die Auswirkungen der Wehrpflicht-Aussetzung; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbes durch Zusammenarbeit mit Schulen, Förderung der Jugendgruppenarbeit, Gewährung öffentlicher Anerkennung, Freistellung von der Arbeit und dabei Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, Gewährung ausreichenden Versicherungsschutzes sowie zusätzliche Förderung fachlicher Qualifizierung und Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2943

Notwendiger Schutz vor Emissionen bei der Freiwilligen Feuerwehr

Arbeitsschutz für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr; Ausstattung der Magazine mit Absauganlagen zum Schutz der Ehrenamtlichen vor den gesundheitsschädlichen Diesellabgasen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3136

Anerkennung des Ehrenamts bei der Feuerwehr

Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren, insbes Werbung für das Ehrenamt, zusätzliche - über das Feuerwehrgesetz hinausgehende - Leistungen für Mitglieder, Einführung einer Feuerwehrrente

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3213

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hausaufgaben*
Drs 15/3381

Situation der Freiwilligen Feuerwehren

Entwicklung und Verbesserung der personellen und sächlichen Situation der Freiwilligen Feuerwehren, insbes Maßnahmen gegen zunehmende Unattraktivität der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit und Erschwerung des Freistellungsanspruchs aktiver Feuerwehrleute durch die Betriebe sowie Attraktivitätssteigerung des freiwilligen Feuerwehrdienstes durch bevorzugte Einstellung im öffentlichen Dienst, Feuerwehrpauschale bei Lohn- und Einkommenssteuer, Feuerwehrrente und kostengünstige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Unterstützung präventiver Brandschutzschulungen in Kindergärten und Grundschulen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3499

Finanzielle Ausstattung der Ganztags- und Schülerbetreuungen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

Einpassung der bestehenden Betreuungskonzepte des Jugendbegleiters und der ehrenamtlichen Schülerbetreuung in den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und ihre künftige Förderung; Entwicklung und finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Schülerbetreuung sowie des Jugendbegleiter-Programms seit 2003; Zahl der Jugendbegleiter und der von ihnen betreuten Schüler

KlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/3619

Museen in BW

Veränderung der Museumslandschaft in den letzten zehn Jahren; Entwicklung der Besucherzahlen; Auskunft über die vom Land BW geförderten Museen; Situation der kommunalen und privaten Museen; Beitrag des ehrenamtlichen Engagements zum Erhalt der Museumslandschaft; Attraktivität der Ausstellungs- und Vermittlungskonzepte; Bedeutung der Museen für den Tourismus; Sicherung des Bestands der Einrichtungen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/3638

Neubürgerempfang für Menschen mit Migrationshintergrund

Veranstaltung von Neubürgerempfangen in den Gemeinden; Bewertung der Einbürgerungsfeiern, Unterstützung der Gemeinden und Städte bei ihrer Durchführung; Teilnahme der Neubürger an den Veranstaltungen; Herkunftsländer der Neubürger; Aufruf zu ehrenamtlicher Tätigkeit in den neuen Heimatorten während der Neubürgerempfang

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/3680

Ehrenamt

Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit in BW; im „sozialen Ehrenamt“ tätige Vereine, Verbände und Organisationen und ihre Förderung durch das Land; Arbeit des Landesseniorenrats für das Ehrenamt; Gewinnung von Senioren für die ehrenamtliche Betätigung; Information der Bürger über die vorhandenen Möglichkeiten und Projekte; finanzielle Förderung der vom Landesseniorenrat herausgegebenen Zeitschrift „im blick“

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 23.07.2013 und Antw SM Drs 15/3854

Ehrenamtskarte

Einführung einer Ehrenamtskarte in BW nach bayerischem Vorbild; Auswirkungen einer Ehrenamtskarte auf das ehrenamtliche Engagement; Erfahrungen mit der Jugendleiter/in-Card (Juleica)

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 30.07.2013 und Antw SM Drs 15/3892

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreis Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streitschlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von

Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Hospize fördern

Höhe der finanziellen Defizite der Hospize im Land; Umfang der durch Spenden zu erwirtschaftenden Beträge; Finanzierung der Zusatzangebote; Zahl der jährlich von den Krankenhäusern an die Hospize überwiesenen Patienten; Höhe der Einsparungen für die Krankenhäuser bzw die Krankenkassen; Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Aufrechterhaltung des Hospizbetriebs; Bundesratsinitiative für eine Auszahlung des vollen Pflegegesetzes an die Hospize

Antr
s. *Hospiz*
Drs 15/4113

Strukturelle Unterschiede bei der Finanzierung des Rettungswesens im Bundesvergleich und die Folgen

Unterschiede in der Höhe der Kosten pro Versicherten für Rettungseinsätze und Notärzte in den Bundesländern; Qualität des Rettungsdienstes in BW; Verbesserungspotenzial; Einberechnung des Einsatzes von Ehrenamtlichen im Rettungsdienst bei der Ermittlung der Kosten; Einführung der Ausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Finanzierung und Durchführung dieser Ausbildung

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/4369

Freistellungstage für ehrenamtliche Tätigkeiten

Regelungen zu Freistellung und Sonderurlaub für die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit bzw Weiterbildung für das Ehrenamt; geplante Änderungen im Bildungsfreistellungsgesetz

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 04.12.2013 und Antw SM Drs 15/4430

Zukunft der Bürgerbusvereine in BW

Voraussetzungen für einen Landeszuschuss bei der Neubeschaffung eines Bürgerbusses; Überschreitung des für die Führerscheinklasse B maximalen Gesamtgewichts von 3,5 Tonnen aufgrund der geforderten Ausstattung der Busse; Ausnahmeregelungen bei den Abgasgrenzwerten und der Busausstattung; Sondergenehmigung für die Fahrer der Bürgerbusse bei der Überschreitung des zulässigen Fahrzeuggewichts; Einschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerbusvereine im Allgemeinen und des Bürgerbusvereins Ebersbach im Besonderen

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/4736

Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch Beschäftigte des öffentlichen Diensts

Engagement der Angehörigen des öffentlichen Diensts bei der freiwilligen Feuerwehr; Förderung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit durch den Dienstherrn; Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr im Anforderungsprofil einer Stellenausschreibung und als Kriterium bei der Personalauswahl

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/4998

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuer von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr
s. *Wohngemeinschaft*
Drs 15/5072

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Situation des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements und Maßnahmen zu deren Förderung

KlAnfr Karl Rombach CDU 21.05.2014 und Antw SM Drs 15/5227

Regierungsbefragung

Engagementstrategie der LReg

PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6099-6103

Einsatzsituation der Bergwacht in BW

Rechtlicher Status der Bergwacht Schwarzwald und der Bergwacht Württemberg; finanzielle Ausstattung dieser Bergrettungsorganisationen; Zahl und Art der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren; Anzahl der den Rettungsdienst ausübenden Mitglieder und deren Einsatzfähigkeit; technische Ausrüstung; Versicherungsstatus der Mitglieder bei einem Einsatz; Aufwandsentschädigung; finanzielle Förderung der Bergwacht durch das Land

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5831

Mindestlohn und die finanzielle Situation von Sportvereinen

Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Entlohnung von Vertragssportlern, Übungsleitern, Mitarbeitern, Praktikanten und Trainees; 250-Euro-Verträge der Vertragssportler

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/6397

Bildungszeitgesetz BW (BzG BW)

Rechtsanspruch für Beschäftigte in BW gegenüber ihrem Arbeitgeber oder Dienstherrn auf Freistellung von der Arbeit an bis zu fünf Tagen pro Jahr zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen oder der politischen Weiterbildung sowie für die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit unter Fortzahlung ihrer Bezüge

GesEntw
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/6403

Mindestlohn: Kontrolle und Konsequenzen

Sachstand zur Umsetzung der Bestimmungen des Mindestlohns, insbes Abgrenzungs- und Durchführungsschwierigkeiten für Vereine und Verbände bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, bürokratische Auswirkungen und Kontrollbelastungen für kleine und mittlere Betriebe (Meldepflicht, Dokumentations-

pflicht, Bußgeldvorschriften), Auswirkungen auf die Angebotslage von Praktika außerhalb der Pflichtpraktika, Nutzung von Vereinfachungs- und Abwandlungsmöglichkeiten zum Bürokratieabbau

GrAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/6408

Was will die LReg aus der professionell und effizient arbeitenden Bewährungshilfe mit ihren Hunderten Ehrenamtlern machen?

Aktuelle Debatte
s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*
PIPr 15/119 S. 7166

Ehrenamt und Qualität der baden-württembergischen Bewährungs- und Gerichtshilfe im Ländervergleich

Sachstand zur Arbeit der baden-württembergischen Bewährungs- und Gerichtshilfe im Bundesländervergleich, insbes Anzahl der ehrenamtlich Tätigen, Betreuungsschlüssel, fachliche Qualität, Wirtschaftlichkeit

Antr
s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*
Drs 15/6917

Ehrenamtliche Fahrdienste nur mit Personenbeförderungsschein?

Sachstand zur Rechtslage bei ehrenamtlichen Fahrdiensten; Erlass einer Verwaltungsvorschrift zur einheitlichen Auslegung des Begriffs der „entgeltlichen“ Personenbeförderung im Sinne des Personenbeförderungsrechts zur Ermöglichung ehrenamtlich geleisteter Fahrdienste außerhalb des Personenbeförderungsrechts

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/6968

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele)

Ergänzung der Landesverfassung durch Hinzufügung von Staatszielbestimmungen, insbes zu Kinder- und Jugendrechten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Infrastrukturen sowie Arbeitsbedingungen, Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl

GesEntw
s. *Landesverfassung*
Drs 15/7412

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7421

Umgang mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Flüchtlingsunterbringung

Sachstand zum effektiven Einsatz ehrenamtlicher Helfer bei der Flüchtlingsunterbringung, insbes Vermeidung von Doppelarbeit, Aufwand und Kosten für den Zeltaustausch bei der Unterbringung in Neuenstadt am Kocher

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7431

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen/Asylbewerbern sowie Situation in Patrick Henry Village (PHV) Heidelberg

Sachstand zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Durchführung und Befunde der medizinischen Erstuntersuchungen, medizinische Weiterversorgung, Schutz der ehrenamtlichen Helfer vor gesundheitlichen Risiken, Gewährleistung der kurzen Verweildauer im Patrick Henry Village in Heidelberg

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/7434

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr
s. *Informationsschrift*
Drs 15/7619

*Regierungsbefragung**Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW*

s. *Informationsschrift*
PIPr 15/140 S. 8384

Würdigung der Gedenkstättenarbeit durch ehrenamtlich Tätige; Dank an die ehrenamtlichen Helfer bei der Landtagswahl

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 757 758 761 762 770-772

Unterstützung der Menschen im Ehrenamt, Einführung des Feuerwehrführerscheins

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 832-837

Dank an die ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Justiz; Würdigung des ehrenamtlichen Engagements im Sozialbereich

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1300 1317 1320 1322

Qualitätsbewertung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern an Ganztagschulen; Gewinnung von Jugendlichen für ein ehrenamtliches Engagement

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1757-1764 1826

Ehrenamtliche Hilfsorganisation

s. *Hilfsorganisation*

Ehrenamtliche Tätigkeit

s. *Ehrenamt*

Ehrenamtlicher Finanzrichter

s. *Finanzrichter*

Ehrenamtlicher Polizeidienst

s. *Freiwilliger Polizeidienst*

Ehrenamtspreis

s. *Auszeichnung*

Ehrenpatenschaft

s. *Patenschaft*

Ehrenpreis

s. *Auszeichnung*

Ehrenzeichen

s. *Auszeichnung*

Ei

s. *Eier*

Eichstetten am Kaiserstuhl

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr
s. *Wohngemeinschaft*
Drs 15/5072

Eichung

s. *Eichwesen*

Eichverwaltung

s. *Eichwesen*

Eichwesen

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte

Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits-

und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucherschutzpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr
s. *Verbraucherpolitik*
Drs 15/5740

Eid

Eid als Bekenntnisformel

Befragung der zur Wahl für das Richteramt am Staatsgerichtshof stehenden Kandidaten, ob sie im Falle ihrer Wahl durch den Landtag den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung leisten werden

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 29.05.2012 und Antw
StM Drs 15/1766

Eier

EU-weites Verbot konventioneller Käfighaltung

Umfang und Herkunftsländer von Eiern und Verarbeitungsprodukten aus konventioneller Käfighaltung im Handel hierzulande; Umsetzung des o.g. Verbots konventioneller Käfige für Legehennen ab 2012

Antr
s. *Geflügel*
Drs 15/910

Abschaffung der konventionellen Hennen-Käfighaltung

Entwicklung der Eierproduktion, der Eierimporte und -preise seit dem o.g. Ausstieg 2010 in Deutschland; Beurteilung der wirtschaftlichen Situation von Hennenhaltern in BW; Auflistung der das o.g. EU-weite Verbot ab 2012 verfehlenden Mitgliedsländer; geplante Maßnahmen zur Umsetzung des beschlossenen Importverbots von Eiern aus konventioneller Hennen-Käfighaltung ab 01.01.2012

Antr
s. *Geflügel*
Drs 15/943

Dioxin verseuchte Bioeier

Frage nach Erkenntnissen über die Handelswege der o.g. aus NRW eingeführten Eier sowie nach einer Kennzeichnung von Eiern und Eiererzeugnissen nach Herkunft und Produzenten von Bioware und konventioneller Ware

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.04.2012
Drs 15/1557
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1856-1858

Falsche Deklaration von Bio-Eiern in BW

Art und Umfang von Kontrollen der ökologischen Erzeugung und des Vertriebs von Hühner-Eiern aus BW, insbes Kontrollmöglichkeiten über das Öko-Monitoring; Verifizierung der zulässigen Zahl der Legehennen

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 28.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3147
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 9 10
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Falschdeklarierung von Eiern

Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der

staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE 01.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3152
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 9 10
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Eigenbetrieb

s. *Kommunales Unternehmen*

Eigenkapital

s. *Kapital*

Eigentumsdelikt

s. *Vermögensdelikt*

Eignungstest

Auswahlverfahren der Universität Heidelberg für das Studium der Humanmedizin

Anwendung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens; Gewichtung der Punkte im Abitur und im Test für medizinische Studiengänge (TMS); Rechtskonformität der Gewichtungformel; Bewertung der verschiedenen Auswahlverfahren für das Studium der Humanmedizin

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5782

Einäscherung

s. *Feuerbestattung*

Einbruchdiebstahl

Zunahme von Wohnungseinbrüchen entlang der Autobahn 7

Bekämpfung und Daten zu Wohnungseinbrüchen in den Gemeinden direkt an der Autobahn A 7 im LKreiss Biberach, insbes generelle Zunahme von Eigentumsdelikten in der Nähe von Autobahnen, Erkenntnisse über mögliche Beteiligung organisierter Banden

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 20.02.2013 und Antw IM
Drs 15/3102

Kriminalitätsbelastung entlang Bundesautobahnen in BW

Statistiken zur Kriminalität in den Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in BW, insbes zu Wohnungseinbrüchen, weiteren Deliktsformen sowie Delikten auf Autobahnparkplätzen; Erkenntnisse zur gestiegenen Kriminalitätsbelastung an Autobahnen, insbes durch die Nähe zur Bundesgrenze, durch Nutzung als Schleuser-Routen sowie im Hinblick auf organisierte Kriminalität; Maßnahmen der LReg zur Prävention und Aufklärung dieser Delikte, insbes Möglichkeiten und Personalausstattung der Autobahnpolizei

Antr
s. *Vermögensdelikt*
Drs 15/3436

Zunahme von Wohnungseinbrüchen im Alb-Donau-Kreis

Ursachen und Prävention von Wohnungseinbrüchen im Alb-Donau-Kreis, insbes statistische Entwicklung und Vergleich mit ähnlichen Gebieten; erzielte Aufklärungsquote; entstandene Schadenshöhe; Bedeutung der Delikt erleichternden Autobahnnahe; Rolle organisierter Banden

KlAnfr Karl Traub CDU 03.05.2013 und Antw IM Drs 15/3454

Einbruchserie in Pforzheim

Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim seit Beginn des Jahres 2013 im Vergleich zu den Vorjahren; besonders betroffene Stadtteile; Ursachen für einen Anstieg der Einbrüche; Durchführung von Gegenmaßnahmen; Auswirkungen der Polizeireform auf Prävention und Strafverfolgung

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 28.06.2013 und Antw IM Drs 15/3696

Zunahme von Wohnungseinbrüchen und Eigentumsdelikten in den Herbst- und Wintermonaten im Alb-Donau-Kreis

Situation bei Wohnungseinbrüchen und Eigentumsdelikten im Alb-Donau-Kreis in den Herbst- und Wintermonaten im Vergleich mit anderen Kreisen sowie konkrete Gegenmaßnahmen und Bewertung der Polizeipräsenz

KlAnfr Karl Traub CDU 20.12.2013 und Antw IM Drs 15/4546

Einbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Situation bei Wohnungseinbrüchen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt, insbes statistische Entwicklung, lokale Brennpunkte, Schwerpunkte bei Einzelatbeständen und Serien; Ursachen und Gegenmaßnahmen für einen Anstieg der Einbrüche

KlAnfr Tobias Wald CDU 16.01.2014 und Antw IM Drs 15/4599

Einbruchdelikte im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung und Umstände der Einbruchdelikte im Main-Tauber-Kreis, insbes Anteile von Gewerbe und Wohnimmobilien, Gesamtschadenssumme, Tatzeitpunkte, Veränderungen bei der Ermittlungsarbeit

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 06.02.2014 und Antw IM Drs 15/4728

Wohnungseinbrüche in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Wohnungseinbrüche im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr; Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 31.03.2014 und Antw IM Drs 15/5005

Wohnungseinbrüche in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote; Entwicklung der Einbruchzahlen und Aufklärungsquoten in den oben genannten LKreisen; Einfluss des Neuzuschnitts der Polizeireviere infolge der Polizeireform auf die Aufklärungsquote; Unterschiede in der Häufung der Wohnungseinbrüche in städtischen und ländlichen Regionen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.04.2014 und Antw IM Drs 15/5037

Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Kriminalitätsentwicklung im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Anzahl der Straftaten nach Deliktarten, Kriminalitätsschwerpunkte, Aufklärungsquote, Zahl der Wohnungseinbrüche

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5058

Neueste Entwicklungen im Bereich Wohnungseinbrüche im Wahlkreis 42

Entwicklung der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Pforzheim seit 2013, besonders betroffene Stadtteile und Gemeinden; Ursachen der Entwicklung und Gegenmaßnahmen; Wirkung der intensivierten Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls; Beurteilung eines Einsatzes von Bürgerwehren und privater Sicherheitsdienste; Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Wohnungseinbruchdiebstahl

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 10.04.2014 und Antw IM Drs 15/5071

Wohnungseinbrüche im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Rems-Murr-Kreis und Aufklärungsquote

KlAnfr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 05.05.2014 und Antw IM Drs 15/5160

Kriminalität im Wahlkreis Eppingen

Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Eppingen, insbes Straftatenzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5228

Einbruchdelikte im Enzkreis

Entwicklung und Umstände der Einbruchdelikte im Enzkreis, insbes Anteile von Gewerbe und Wohnimmobilien, lokale Schwerpunkte, Tatzeitpunkte, Aufklärungsquote, Veränderungen bei der Ermittlungsarbeit

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 23.05.2014 und Antw IM Drs 15/5257

Kriminalitätsbelastung im LKreis Göppingen

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Göppingen; Straftaten iRd organisierter Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Prävention von Einbruchdiebstählen; Aufklärungsquote; Delikthäufigkeit in ländlichen und städtischen Regionen; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5308

Entwicklung und Maßnahmen bezüglich der Plünderung von Lastkraftwagen auf Parkplätzen entlang der A 6

Zahlenentwicklung der Plünderung parkender Lastkraftwagen entlang der A 6 und Gegenmaßnahmen der Polizei

MdlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/5293

Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und in der Stadt Rheinfelden

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und der Stadt Rheinfelden und Aufklärungsquote

KlAnfr Felix Schreiner CDU 27.06.2014 und Antw IM Drs 15/5388

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse, Rolle der organisierten Kriminalität, Vorsorgemaßnahmen der Bürger, Aufklärungsquote und Einsatzkonzepte der Polizei

Antr CDU 09.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5449

Kriminalität und Wohnungseinbrüche im LKreis Esslingen

Entwicklung der Kriminalität im LKreis Esslingen, insbes Straftatenanzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5457

Kriminalitätsbelastung im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Schwäbisch Hall; Straftaten iRd organisierten Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Aufklärungsquote; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5577

Wohnungseinbrüche im LKreis Rottweil

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im LKreis Rottweil, Aufklärungsquote und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr Stefan Teufel CDU 22.08.2014 und Antw IM Drs 15/5650

Wohnungseinbrüche im Ostalbkreis

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Ostalbkreis, lokale Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold u.a. CDU 19.09.2014 und Antw IM Drs 15/5749

Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sowie der Computerkriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis durch die Polizei; Personalstand und räumliche Unterbringung der Kriminalinspektion 5 (Fachinspektion Cyber Crime) bei der Kriminalpolizeidirektion Rottweil; Nachwuchsgewinnung, Fortbildung der Beamten sowie deren Ausstattung mit aktueller Hard- und Software

KlAnfr
s. *Kriminalprävention*
Drs 15/6093

Wohnungseinbrüche im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im LKreis Schwäbisch Hall, lokale Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 10.12.2014 und Antw IM Drs 15/6240

Wohnungseinbruchsdiebstahl in Mannheim

Entwicklung der Wohnungseinbrüche im Stadtkreis innerhalb der letzten zehn Jahre; lokale Schwerpunkte; Aufklärungsquote, Tätergruppen; Maßnahmen zur Prävention

KlAnfr Georg Wacker CDU 12.12.2014 und Antw IM Drs 15/6263

Wohnungseinbruchsdiebstahl im Wahlkreis Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis)

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), lokale Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr Georg Wacker CDU 12.12.2014 und Antw IM Drs 15/6264

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in Neulingen

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche in Neulingen, Tathintergründe, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 05.02.2015 und Antw IM Drs 15/6466

Maßnahmen gegen die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen
Sachstand zur steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, Gegenmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 09.02.2015 und Antw IM Drs 15/6468

Versicherungsschutz Einbruchdiebstahl

Umgang der Versicherungswirtschaft mit den steigenden Fallzahlen beim Einbruchdiebstahl, insbes Prämien erhöhungen, Mindestanforderung zum Einbruchschutz, Schadensregulierung bei Einbruchversuch

Antr Claus Paal u.a. CDU 25.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6520
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 36 37
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Präventionsmaßnahmen zum Einbruchschutz

Gesetzliche Vorgaben und Verwaltungsvorschriften zum Einbruchschutz; Verankerung von Mindeststandards in der Landesbauordnung oder einer anderen Rechtsvorschrift; bestehende Präventionsmaßnahmen und Beratungseinrichtungen; Einführung einer Abwrackprämie für nicht einbruchsichere Fenster und Türen

Antr Claus Paal u.a. CDU 25.02.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6521
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 36 37
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Wohnungseinbrüche im Alb-Donau-Kreis im Jahr 2014

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Alb-Donau-Kreis, Aufklärungsquote, Höhe der Sachschäden

KlAnfr Karl Traub CDU 12.03.2015 und Antw IM Drs 15/6600

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung und Aufklärungsquote in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse über Tätergruppen und -herkunft, Anteil

der organisierten Kriminalität, Anteil und Aufenthaltsstatus der nichtdeutschen Tatverdächtigen, Konzepte für den Polizeieinsatz

Antr CDU 18.03.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6620
BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 48 49
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Einbrüche im LKreiss Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Straftaten und Einbruchskriminalität im LKreiss Esslingen, insbes Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 25.03.2015 und Antw IM Drs 15/6667

Wohnungseinbrüche im Stadt- und LKreiss Heilbronn

Sachstand zur Zunahme bei Wohnungseinbrüchen im Stadt- und LKreiss Heilbronn, insbes Zahlen, Maßnahmen, Polizeibeamteneinsatz, Aufklärungsquote

KlAnfr Alexander Throm CDU 08.04.2015 und Antw IM Drs 15/6716

Entwicklung einer App zum Thema Einbruchdiebstahl

Überlegungen zur Entwicklung einer App für Smartphones als Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Einbruchdiebstahl; Einsatz einer solchen App in anderen Bundesländern bzw europäischen Ländern

Antr Claus Paal u.a. CDU 15.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6738
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 36 37
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr CDU 29.04.2015 und Antw LReg Drs 15/6816 (18 S.)

Kriminalitätsbekämpfung im LKreiss Waldshut

Sachstand zur Kriminalitätsbekämpfung im LKreiss Waldshut, insbes Fallzahlen und Aufklärungsquote bei Wohnungseinbruchdiebstahl und Straßenkriminalität, Auswirkungen der Erhöhung der Personalstärke der Polizeireviere

KlAnfr
s. *Verbrechensbekämpfung*
Drs 15/6931

Gefährdung der inneren Sicherheit durch steigende Zahl an Wohnungseinbrüchen

Sachstand zur Entwicklung der Zahl von Wohnungseinbrüchen in BW, im Enzkreis und der Gemeinde Illingen; konkrete Gegenmaßnahmen und Besetzungstärke der Landespolizisten im Enzkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 21.07.2015 und Antw IM Drs 15/7194

Wohnungseinbrüche in Illingen

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche in Illingen, Tathintergründe, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 23.07.2015 und Antw IM Drs 15/7219

Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7218

Kriminalität im LKreiss Rottweil

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im LKreiss Rottweil, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7379

Zahl der Wohnungseinbrüche im zweiten Halbjahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche in BW im Vergleich zu den Vorjahren; Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim, aufgliedert nach Stadtteilen, seit dem Wegfall der Polizeidirektion zum Jahresbeginn 2014; Besetzungstärke der Reviere und Polizeiposten im Stadtkreis; Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung von Wohnungseinbrüchen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.12.2015 und Antw IM Drs 15/7843

Kriminalität im Wahlkreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Esslingen, insbes Anzahl der Straftaten, Zahl der Einbrüche und örtliche Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis und Täternetze bei den Wohnungseinbruchdiebstählen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7898

Entwicklung der Kriminalität in BW

Termin der Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik 2015; Begründung der Terminierung; Erkenntnisse über die im Jahr 2015 verübten Straftaten

Antr
s. *Kriminalstatistik*
Drs 15/7991

Zahl der Wohnungseinbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreiss Rastatt im Jahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche seit 2011; lokale Häufung von Einbrüchen; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wohnungseinbrüche; Besetzung der Polizeireviere und Polizeiposten im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreiss Rastatt

KlAnfr Tobias Wald CDU 18.02.2016 und Antw IM Drs 15/8083

Einbürgerung*Einbürgerungen, Erwerb der doppelten Staatsangehörigkeit und Verlust der Staatsangehörigkeit*

Entwicklung der o.g. Daten in den vergangenen zehn bzw fünf Jahren mit den jeweiligen Fallgestaltungen; Zahl von Personen, die der Optionspflicht unterlagen und die sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden; Anteil von Verlusten der deutschen Staatsangehörigkeit durch Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts oder durch Eintritt in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates

Antr
s. *Staatsangehörigkeit*
Drs 15/685

Erschleichung von Einbürgerungen in BW?

Erschleichung von Einbürgerungen mit gefälschten oder erschlichenen Sprachnachweisen nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz, Frage nach Kontrollmechanismen für Identitätsprüfungen und Ausstellung der Nachweise nur an die tatsächlichen Prüfungsteilnehmer sowie Vorkehrungen gegen eine nachträgliche Verfälschung der Nachweise; Zeitpunkt der Kenntniserlangung der LReg und deren Weitergabe an die Behörden im nachgeordneten Bereich

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.03.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1483
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.06.2012 Drs 15/2544 S. 104
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter Medien durch die Pressearbeit der LReg?

Beurteilung einer inhaltlich und zeitlich abweichenden Information von Presseorganen durch das Integrationsministerium über Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Einbürgerung; Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LReg

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/1485

Überprüfung von Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen infolge der bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten

Durchführung o.g. Überprüfungen in Anbetracht der bekannt gewordenen massenhaften Erschleichung von Sprachnachweisen; Feststellung und Korrektur von erschlichenen Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen, Zahl der nach Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht eingeleiteten Rücknahmeverfahren

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1486
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 09.05.2012 Drs 15/2007 S. 82 83
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Bessere Integration durch erleichterte Einbürgerung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3367-3377

Neubürgerempfänge für Menschen mit Migrationshintergrund

Veranstaltung von Neubürgerempfängen in den Gemeinden; Bewertung der Einbürgerungsfeiern, Unterstützung der Gemeinden und Städte bei ihrer Durchführung; Teilnahme der Neubürger an

den Veranstaltungen; Herkunftsländer der Neubürger; Aufruf zu ehrenamtlicher Tätigkeit in den neuen Heimatorten während der Neubürgerempfänge

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.06.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3680
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 90 91
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuflichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 20.01.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/4612
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 16
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albaniens bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. *Albanien*
Drs 15/4802

Einbürgerungen in BW

Sachstand zur Entwicklung der Einbürgerungen und zur Einbürgerungspraxis in BW, insbes Zahlenentwicklung, Schwerpunkte bei bestimmten Nationalitäten, Altersstruktur, bisherige Aufenthaltsdauer, Doppelstaatsbürgerschaften, flankierende Fördermaßnahmen zur Erhöhung der Integrationschancen

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 23.04.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6787 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 10.06.2015 Drs 15/7081 S. 57 58
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Erinnerung an die Abschaffung des Gesprächsleitfadens für Einbürgerungsgespräche, Abbau von Hürden für die Einbürgerung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1235 1237-1239 1244 1245

Einbürgerungsrecht

s. *Einbürgerung*

Eindeichung

s. *Deich*

Ein-Eltern-Familie

s. *Alleinerziehender*

Einfuhr*EU-Regelungen zum Lebensmittelimport aus Drittstaaten*

Umfang und Art der Lebensmittelimporte seit 2003; bei der Lebensmittelüberwachung entdeckte Sicherheits- und Qualitätsmängel; Untersuchung der Nahrungsmittel entsprechend den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen; Zuverlässigkeit des EU-Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF); Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes durch eine Verschärfung der EU-Regelungen

Antr
s. *Lebensmittelsicherheit*
Drs 15/3345

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelserleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr
s. *Handelsabkommen*
Drs 15/4681

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausapotheken; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/5025

Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Südwest, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionsunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder Fehldeklaration solcher Warensendungen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 09.04.2014 und Antw MFW
Drs 15/5059

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Umfang der aufgedeckten illegalen Hundetransporte in BW; von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten für die Unterbringung und Versorgung der sichergestellten Hunde; Herkunftsländer, Organisationsstrukturen und Transportwege des illegalen Handels mit Hundewelpen; Überprüfung verdächtiger Transportfahrzeuge und Verkaufsangebote; Aufklärung potenzieller Hundekäufer; Einführung einer EU-weiten Chip- und Registrierungspflicht für Hunde

Antr
s. *Hund*
Drs 15/5139

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5667

Einfuhrumsatzsteuer*Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW*

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Südwest, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionsunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder Fehldeklaration solcher Warensendungen

KlAnfr
s. *Einfuhr*
Drs 15/5059

Einfuhrzoll

s. *Zoll*

Eingetragene Lebenspartnerschaft

s.a. *Homosexualität*

Wege zur Gleichstellung zwischen verheirateten und in eingetragener Partnerschaft lebenden Beamtinnen und Beamten - Neuregelung des Familienzuschlags und anderer familienbezogener Regelungen

Vorschlag zum Verzicht auf einen ehebezogenen Teil des Familienzuschlags, Verwendung der dadurch frei werdenden Mittel zur Erhöhung des kinderbezogenen Teils des Familienzuschlags, Prüfung einer entsprechend kinderbezogenen Umgestaltung von weiteren Fällen familienbezogener Regelungen im Dienstrecht

Antr FDP/DVP 26.07.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/346
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/747 (dazu Antr FDP/DVP) S. 8 9
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes

Übertragung der Begründung und Beurkundung von eingetragenen Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

GesEntw LReg 24.10.2011 Drs 15/768
1. Beratung PIPr 15/17 09.11.2011 S. 728-732
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/876
2. Beratung PIPr 15/20 07.12.2011 S. 924-927
GesBeschl 07.12.2011 Drs 15/1038
GBI 2011 Nr. 21 S. 550 (Ges vom 13.12.2011)

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw LReg 15.05.2012 Drs 15/1719 (35 S.)
1. Beratung PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2303-2307
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2013
2. Beratung PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2424-2428
GesBeschl 18.07.2012 Drs 15/2122
GBI 2012 Nr. 12 S. 482-488 (Ges vom 24.07.2012)

Vorwärts war gestern - kein Umsteuern der CDU bei Eingetragenen Lebenspartnerschaften

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3145-3154

Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KIAnfr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 08.05.2013 und Antw SM Drs 15/3480

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw
s. *Dienstrecht*
Drs 15/4054

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Anpassung an Änderungen des Bundesrechts, insbes des Lebenspartnerschaftsrechts; Klarstellung und Vereinheitlichung landesrechtlicher Bestimmungen; Konzentration der Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

GesEntw

s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

Regelung der Abführung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge nach der bundesgesetzlichen Vorgabe; Umsetzung der Gleichbehandlung von Ehegatten und Lebenspartnern; Umsetzung der Vorschläge zur Harmonisierung der Kirchensteuergesetze der Länder

GesEntw
s. *Kirchensteuer*
Drs 15/5444

Ehe für alle: Respekt und volle Rechte für gleichgeschlechtliche Paare auf dem Standesamt

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/130 10.06.2015 S. 7803-7811

Familien stärken - Verantwortung und Beistand unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge

Aktuelle Debatte
s. *Gesundheitsvorsorge*
PIPr 15/133 S. 7969

Unterstützung einer Besserstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 63

Eingetragener Verein

s. *Verein*

Eingliederungsgesetz

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaffläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 15/4352

Eingliederungshilfe für Arbeitssuchende

s. *Arbeitsförderung*

Eingliederungshilfe für Behinderte

Investitionsförderung in der Eingliederungshilfe

Unterstützung der Einrichtungsträger bei der Umwandlung von Doppel- und Mehrfachzimmern zu Einzelzimmern bis 2019; Berücksichtigung der Wünsche von Personen mit kognitiven und kommunikativen Einschränkungen sowie von deren Betreuern und Angehörigen; Entscheidungen nach Maßgabe von

Forschungsergebnissen und Versorgungsrealität; Angebot und Nachfrage bei Plätzen in Komplexeinrichtungen; Merkmale „innovativer“ Wohn- und Beschäftigungsformen im Sinne der Förderrichtlinien; Bekämpfung des Fachkräftemangels im Bereich der Eingliederungshilfe

Antr Werner Raab u.a. CDU 21.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4186
 BeschlEmpf und Bericht SoZA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 22-24
 PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Inklusion
 Drs 15/4965

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Inklusion
 Drs 15/5189

Lichtsignal-Rauchmelder für gehörlose Menschen

Berücksichtigung gehörloser Menschen im Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung; Aufnahme spezieller Rauchmelder in den sogenannten Hilfsmittelkatalog der gesetzlichen Krankenkassen; Kostenübernahme iRd Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

KlAnfr
s. Rauchmelder
 Drs 15/5263

Inklusion im Landkreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Inklusion
 Drs 15/5382

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in

beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Inklusion
 Drs 15/5851

Persönliches Budget in BW

Zahl der Empfänger Persönlicher Budgets seit dem Jahr 2010; Anzahl der trägerübergreifenden Budgets; Inanspruchnahme und Ausgestaltung der Persönlichen Budgets; Gewährung des Persönlichen Budgets für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung; Erhöhung der Inanspruchnahme Persönlicher Budgets durch Menschen mit Behinderungen

KlAnfr
s. Persönliches Budget
 Drs 15/6223

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr
s. Teilhabe behinderter Menschen
 Drs 15/6231

Inklusion von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen

Erhöhung der Barrierefreiheit; Vermeidung von Fehlinterpretationen des Asperger-Syndroms; Maßnahmen zur Früherkennung von Autismus-Spektrum-Störungen (ASS); Zahl der spezialisierten Versorgungszentren in BW; Strukturen und Maßnahmen zur Verbesserung der Alltagskompetenz von Personen mit ASS sowie zur Vorbereitung dieser Personen auf das Berufsleben; Anerkennung des Autismus als eigenständigen Hilfebedarf in BW

Antr
s. Teilhabe behinderter Menschen
 Drs 15/6305

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/4274 betr. Einrichtungen der Eingliederungshilfe

BeschlEmpf und Bericht PetA 16.04.2015 Drs 15/6664 Nr. 2 S. 3 4
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Mittlg LReg 08.06.2015 Drs 15/6979

Schrittweise Übernahme der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch den Bund

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2253 2255 2258 2260 2263

Eingriffsregelung (Naturschutzrecht)

s. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Eingruppierung

Externe und interne Kommunikation des Integrationsministeriums

Stellenbeschreibung des Mitarbeiters für „Entwicklung und Umsetzung externer und interner Kommunikationsmaßnahmen in türkischer Sprache“ in der Pressestelle des Integrationsministeriums; Eingruppierung der Stellen in der Pressestelle; verwendete Sprachen in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Integrationsministeriums; herausgehobene Rolle der türkischen Sprache

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3741

Polizeireform: Auswirkungen fehlender Dienstpostenbewertungen auf künftige Personalverfügungen

Bestand nicht bewerteter Stellen in der Landesverwaltung; Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011; seine Geltung für die Frage der Versetzung von Beamten; Dienstpostenbewertung als Voraussetzung für eine amtsangemessene Beschäftigung; Bewertung bislang nicht bewerteter Stellen im Zuge der Polizeireform; Einrichtung gebündelter Dienstposten; Auswirkungen der Stellenbewertung auf die Beförderungspraxis bei der Polizei

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3943

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes
Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltstfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5363

Situation der sogenannten „Erfüller“

Zahl der fachlich die Voraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst erfüllenden, dauerhaft als Angestellte tätigen Lehrkräfte; deren Entlohnung im Vergleich mit verbeamteten Lehrern; Gründe für die Nichtverbeamtung; Argumente für eine Aufrechterhaltung der Nichtverbeamtung aus Altersgründen; Berücksichtigung außerhalb des öffentlichen Dienst gesammelter Berufserfahrung bei der Eingruppierung; Aufhebung der finanziellen Benachteiligung der „Erfüller“

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5613

Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst

Berufliche Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst, insbes Auslauf von Zeitverträgen, tarifliche Bezahlung und Eingruppierung; konkrete Situation bei der Polizeidirektion Karlsruhe und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5930

Dienstpostenbewertungen bei der Polizei

Auswirkung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, insbes auf die Stellenbewertung im mittleren und gegebenen Polizeivollzugsdienst sowie vorzunehmende Regel- und Anlassbeurteilungen

MdAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6895

Amtsleiterbesoldung in baden-württembergischen Großstädten in Theorie und Praxis

Sachstand zu Eingruppierung und Besetzung von Amtsleiterstellen in den baden-württembergischen Großstädten

KlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/7047

Einheitlicher Ansprechpartner

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner

Inanspruchnahme der EA bei den Kammern und Kommunen von in- und ausländischen Gewerbeanmeldern; Anteil der elektronisch abgewickelten und damit vereinfachten Verfahren, die zu einer Gründung oder Übernahme eines Unternehmens führten; Frage nach einem Vergleich zur Umsetzung der Richtlinie in den einzelnen BLändern

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 14.06.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/94
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/747 S. 6 7
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Art und Folgen der Umsetzung o.g. Richtlinie im Vergleich zu anderen BLändern, insbes Auswirkungen des Instruments der Genehmigungsfiktion auf die Dauer der Genehmigungsverfahren mit dem Einheitlichen Ansprechpartner; Höhe der Verwaltungskosten beim Land und bei den Kommunen; Auswirkungen von erwünschten Änderungen für die Wirtschaft und Verwaltung

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 15/1685

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land BW (EAG BW)

Mittlg LReg 18.03.2013 Drs 15/3241 (146 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/3366
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4200 4201

Einheitsschule

s. *Gemeinschaftsschule*

Einheitswert

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Ein-

heitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Ländereffnungsklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr
s. *Verkehrswert*
Drs 15/4755

Einkommen

s.a. *Abgeordnetenentschädigung*
s.a. *Besoldung*
s.a. *Einkommensteuer*
s.a. *Landwirtschaftliches Einkommen*
s.a. *Vergütung*

Frauen als Ernährerinnen

Anteil der o.g. Frauen im Vergleich zur traditionellen Rollenverteilung, zu den anderen BLändern und EU-Staaten; Darlegung der hauptsächlichen Berufe der Alleinverdienerinnen und der Bewertung in der Arbeitswelt, insbes der besonderen Belastung von alleinerziehenden Frauen; Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen und sozialen Situation der Familienernährerinnen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/686

Bedeutung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns für BW

Definition der jeweiligen Niedriglohngrenze auf dem Arbeitsmarkt bundesweit und in BW; Zahl der unterhalb dieser Grenze sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten; erwartete Wirkungen des o.g. Mindestlohns von 8,50 Euro für die Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Hand und Sozialkassen; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Forderung einer Abstimmung mit den Sozialpartnern

Antr
s. *Vergütung*
Drs 15/942

Grundlagen und Auswirkungen der Bundesratsinitiative zum Mindestlohn

Grundlagen für die Höhe des geforderten Mindestlohns von 8,50 Euro; Auswirkungen für die betroffenen Branchen und Tarifverträge, für die Arbeitnehmer, öffentliche Hand und Sozialkassen; Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Tarifautonomie; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Darstellung des zusätzlichen bürokratischen Aufwands und Personalbedarfs

Antr
s. *Vergütung*
Drs 15/968

Situation der Lokführerinnen und Lokführer im Vergleich

Einkommenssituation und -entwicklung bei Lokführern bei der Deutschen Bahn AG im Vergleich zu Busfahrern bei privaten Unternehmen und im öffentlichen Dienst sowie Straßen- und Stadtbahnfahrten

KlAnfr
s. *Triebfahrzeugführer*
Drs 15/5924

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anrechnung von Erwerbseinkünften sowohl aus öffentlich-rechtlicher als auch aus privatwirtschaftlicher Tätigkeit auf das Übergangsgeld der Abgeordneten

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 15/7542

Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25

Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen; Anpassung der Abgeordnetenentschädigung entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 197 199 201 217-219

Entlastung der unteren und mittleren Einkommen durch die Beseitigung der kalten Progression beim Steuertarif

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 676-684

Plädoyer für Mindestlöhne und damit für ein auskömmliches Einkommen aus Erwerbsarbeit

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 775-785

Einkommensentwicklung in Deutschland seit Einführung der Hartz-IV-Reformen 2005

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1668-1676

Einkommen eines Landwirts

s. *Landwirtschaftliches Einkommen*

Einkommensgrenze

Änderung der Beihilfeverordnung BW durch Artikel 9 des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 und Auswirkungen

Begründung, Zahlen und Härtefallklauseln zur Absenkung der Einkommensgrenze bei Ehegatten hinsichtlich der Beihilfeberechtigung; Kriterien für die Einschränkung der Beihilfefähigkeit zahnärztlicher Behandlungen; Entstehung von Mehrkosten bzw Einkommensminderungen bei den Betroffenen; Vereinbarkeit mit der Familienfreundlichkeit; Auswirkungen auf die Heilfürsorgeberechtigten mit (ruhenden) Krankenversicherungsansparungen; fachliche Einbeziehung von Vertretern der privaten Krankenkassen; Nichtübertragung der Abschaffung der Praxisgebühr auf die Beihilfe und Erhöhung der Kostendämpfungspauschale

Antr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 15/2836

Einkommensteuer

s.a. *Kapitalertragsteuer*
s.a. *Solidaritätszuschlag*
s.a. *Steuerfreibetrag*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 20: Außergewöhnliche Belastungen bei der Einkommensteuer

Mittlg LReg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 15/60

Erhebung der Vermögensteuer und weitere steuerpolitische Vorhaben der grün-roten LReg

Erarbeitung von Modellen und Vorbereitungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer im MFW; Frage nach einem Einvernehmen innerhalb der Regierung und einer Abstimmung mit anderen BLändern, insbes auch zu einer Verschärfung der Erbschaftsteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer

Antr
s. *Steuerpolitik*
Drs 15/1794

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 20 - Arbeitsweise der Veranlagungsstellen für natürliche Personen (Kap 1201)

Mittlg RH
s. *Steuerveranlagung*
Drs 15/1920

Steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen bei Einhaltung einer Lohnuntergrenze

Bindung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen an die Einhaltung einer Lohnuntergrenze, insbes Einbringung einer entsprechenden Gesetzesinitiative über den Bundesrat und Bestätigung der Einhaltung von Tariflöhnen bzw einer Lohnuntergrenze vom Unternehmer auf der Rechnung; derzeitige Rechtslage für gegenwärtige Lohnuntergrenzen; Rechtsgrundlagen der Finanzverwaltung für die Anerkennung der Absetzbarkeit

KlAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/3046

Einkommensteuererklärung

Statistiken und Vorteile der schriftlichen bzw elektronischen Abfassungs- und Einreichungsart der jährlichen Einkommensteuererklärung in BW; Wiedereinführung des Formularversands per Post

KlAnfr Karl Rombach CDU 21.05.2013 und Antw MFW
Drs 15/3527

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 14 - Der Abzug von Mehraufwendungen für eine doppelte Haushaltsführung als Werbungskosten (Kap 1201)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3814
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4214
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7075
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7214
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Abbau der kalten Progression

Initiative für eine Änderung des Einkommensteuertarifs im Bundesrat; regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs zur Abmilderung der kalten Progression; Vorlage eines Berichts über die Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf durch die BReg

Antr
s. *Steuertarif*
Drs 15/4634

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 17 - Umgang der Steuerverwaltung mit den elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen (Kap 1201)

Mittlg RH
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/5417

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 18 - Auswertung von gewerblichen ESt4B-Mitteilungen bei natürlichen Personen (Kap 1201)

Mittlg RH
s. *Steuerveranlagung*
Drs 15/5418

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 19 - Umgang der Steuerverwaltung mit Rentenbezugsmitteilungen (Kap 1201)

Mittlg RH
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/5419

Kalte Progression und Solidaritätszuschlag im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Einkommensverteilung, Belastung für kleine und mittlere Einkommen; Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der kalten Progression

KlAnfr
s. *Solidaritätszuschlag*
Drs 15/6266

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr
s. *Steueraufkommen*
Drs 15/6391

Einkommensteuererklärung

s. *Steuerveranlagung*

Einkommensteuergesetz

Auswirkungen der „Lex Porsche“ auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Änderungen des Umwandlungssteuergesetzes sowie des neuregelten § 50 i Einkommenssteuergesetz auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW, insbes Bewertung der Kritik der Wirtschaftsverbände, Einsatz der LReg für eine Korrektur der Reform im Bundesrat

Antr
s. *Steuerrecht*
Drs 15/7142

Einkommensverteilung

Gutachtenvergabe iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung
Sachstand zur Vergabe von Gutachten und Forschungsaufträgen iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung, insbes Arten der Ausschreibung, Auftragswerte, Zwischenergebnisse, inhaltliche Überschneidungen, Einarbeitung der Empfehlungen in den Bericht

Antr
s. *Armut*
Drs 15/6751

Einkünfte

s. *Einkommen*

Einkünfte aus Kapitalvermögen

s. *Kapitaleinkünfte*

Einlagenschutz

s. *Einlagensicherung*

Einlagensicherung

Pläne zur Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems

Bewertung des Vorschlags zur Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems, insbes Gefahr von Fehlanreizen und neuen Bankenrisiken, Pläne und Zeitplan zur Umsetzung des Vorschlags durch eine Rechtsetzungsinitiative der Europäischen Kommission, Einsatz für den Erhalt der nationalen Einlagensicherungssysteme

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 25.09.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7438
BeschlEmpf und Bericht EuA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 98
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Einlagenversicherungssystem

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7956

Einlagensicherungsfonds

s. *Einlagensicherung*

Einlagensicherungssystem

s. *Einlagensicherung*

Einnahmen

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr
s. *Camping*
Drs 15/4073

Einreisevisum

s. *Visum*

Einrichtung der Erwachsenenbildung

s. *Weiterbildungseinrichtung*

Einsatzfahrzeug

Rahmenbedingungen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW

Rahmenbedingungen für die Arbeit der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW, insbes Nennung der den BOS zugeordneten Einrichtungen, Förderung der Wartung von Kraftfahrzeugen und Gerätschaften, Einrichtung zusätzlicher Personalräume, Umsetzung des angemeldeten Investitionsbedarfs, Finanzierungsregelung der Umrüstung auf Digitalfunk, Beschaffungssituation und Personenbeförderungskapazität im Bevölkerungsschutz sowie Anschaffung und Betrieb von Alarmgebern für Einsatzkräfte; effektive Warnung der Bevölkerung vor Großschadensfällen in Ortschaften ohne Alarmsirenen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2944

Einschleusen von Ausländern

s. *Schleuserkriminalität*

Einschreibung an Hochschulen

s. *Immatrikulation*

Einschulung

Sprachstandserhebung vor Schuleintritt

Verfahren und Methoden zur Ermittlung von Sprachstand und Sprachentwicklung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen vor dem Schuleintritt

KlAnfr
s. *Sprachkompetenz*
Drs 15/5229

Einsparungen

s. *Sparen*

Einstellplatz (Kfz)

s. *Garage*

Einstellungsverfahren

s. *Personalbeschaffung*

Einstweilige Anordnung

s. *Einstweiliger Rechtsschutz*

Einstweilige Verfügung*s. Einstweiliger Rechtsschutz***Einstweiliger Rechtsschutz***Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)*

Umbenennung des Staatsgerichtshofs in Verfassungsgerichtshof; Änderungen zur Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens, insbes unmittelbare Aktenvorlage von Gerichten bei Verfassungsbeschwerden, längere Frist für die Entscheidungsverkündung, teilweiser Ausschluss eines Widerspruchs bei Entscheidungen über einstweilige Anordnungen in Verfahren der Verfassungsbeschwerde, Klarstellung bezüglich der erforderlichen Anhörung vor Erlass einer einstweiligen Anordnung, Einrichtung von Kammerverfahren in bestimmten Fällen

GesEntw

s. Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg

Drs 15/7378

Eintrittsgebühren*s. Gebühren***Einvernehmensersatzverordnung***Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz)*

Aufhebung der Einvernehmensersatzverordnung in der Fassung vom 23. März 2012

GesEntw

s. Hochschulfinanzierung

Drs 15/6653

Einwanderung*s.a. Asylbewerber**s.a. Aussiedler**s.a. Auswanderung**s.a. Familiennachzug**s.a. Freizügigkeit**s.a. Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg**s.a. Migrant**s.a. Migration**s.a. Vertriebener***Integrationspolitik**

Beschreitung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr

s. Ausländerintegration

Drs 15/85

Sprachtests vor Zuwanderung

Festhalten am Sprachtest für Zuwanderer aus der Türkei u.a. Herkunftsländern vor der Einreise

KlAnfr

s. Deutsche Sprache

Drs 15/597

Migration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und nach BW

Darstellung der Wanderungsbewegungen o.g. Personen von und nach BW und Deutschland seit 2001, Zahl von Auswanderungen gut ausgebildeter Kinder von Migranten, insbes türkischer Herkunft, in die Türkei; Auswirkungen auf den Fachkräftemangel; Frage nach einem Zuzug von gut Ausgebildeten aus den europäischen Krisenländern, insbes nach dem Aufruf der Bundeskanzlerin aus Spanien; Entwicklung von zielgruppenspezifischen Anwerbestrategien

Antr

s. Migrant

Drs 15/889

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres - Mehrjähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020*

Schaffung eines Instruments zur finanziellen Unterstützung für Außengrenzen und Visa iRd Fonds für die innere Sicherheit; Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds; Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1087

Ausländerbehörden als Visitenkarten des Landes

Umgang der Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern und Asylbewerbern aus Drittstaaten, Ausgestaltung der Beratungs- und Servicekomponenten, Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Koordination der Zuständigkeitsbereiche des Integrationsministeriums und Innenministeriums

Antr

s. Ausländerbehörde

Drs 15/1132

Integration fördern, Situation der irakischen Einwanderer in Pforzheim verbessern

Ausmaß der o.g. Zuwanderung nach BW und Pforzheim seit 2002, Anteil von Familiennachzug und Kindern, Volks- und Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge und daraus folgende Probleme; Unterstützung der Stadt Pforzheim, insbes bei einer angemessenen Quartiersdurchmischung der Wohnbevölkerung sowie einer integrationsfördernden Beschulung der oft besonders förderbedürftigen irakischen Kinder an den innerstädtischen Schulen, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Antr

s. Ausländerintegration

Drs 15/1574

Partnerschaft mit Griechenland

Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sowie Austausch im kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich; Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Versorgung von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern; Austausch und Zuwanderung von Fachkräften

seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland; bisherige und künftige gemeinsame EU-Projekte iRd neuen Förderperiode 2014-2020

Antr
s. *Griechenland*
Drs 15/1585

Bevölkerungsumfrage zur Integration im Land

Beurteilung der Ergebnisse o.g. Umfrage zur Integration von Zuwanderern; Schlussfolgerungen und Maßnahmen zur Erreichung der integrationspolitischen Ziele

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2117

Entwicklung der Asylbewerberzahlen

Entwicklung der o.g. Zahlen differenziert nach Nationalitäten und Folgeantragstellern, die zuvor mit Ausreisezuschüssen in ihr Heimatland zurückgekehrt waren

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/2461

Mobilität von Fachkräften aus Katalonien fördern

Statistische Daten zu Fachkräften aus Spanien auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs und der Nachfrage nach Deutschkursen in der Partnerregion Katalonien; Möglichkeiten der Information und Anwerbung von Fachkräften aus Spanien und Katalonien; Ausbildungskooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen in BW und Katalonien; Forderung nach dem Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Förderung der Mobilität von Fachkräften zwischen Katalonien und BW in Orientierung am Vorbild des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid

Antr
s. *Spanien*
Drs 15/2829

Moderne Integrationspolitik in BW

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3038

Zuwanderung aus Südosteuropa

Überblick über zugewanderte Personen aus Südosteuropa, insbes Statistik und Problemlagen für Land und Kommunen, Lebenssituation der Migranten, Stand der Integration und Bedarf an weiteren Integrationsmaßnahmen

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE 19.02.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3080 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 24.04.2013 Drs 15/3712 S.

46
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiedereinreiseperrnen; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3589 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.11.2013 Drs 15/4897 (dazu ÄAntr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE und Rosa Grünstein u.a. SPD Anlage 1 und
ÄAntr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU, Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE, Rosa Grünstein u.a. SPD und Andreas Glück FDP/DVP Anlage 2) S. 124-128
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
Mittlg LReg 26.11.2014 Drs 15/6190

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuf-

lichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/4612

Qualifizierte Zuwanderung als Chance verstehen - bei Integration punkten

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/91 19.02.2014 S. 5452-5462

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit

Antr
s. *Freizügigkeit*
Drs 15/5076

„Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten“ (Armutsmigrationsbericht)

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen im Armutsmigrationsbericht, insbes Unterstützung der vorgeschlagenen Änderungen von Bundesgesetzen und im europäischen Sekundärrecht; Bewertung der Aussagen im Armutsmigrationsbericht zur Situation in der Stadt Mannheim

KlAnfr
s. *Soziale Sicherung*
Drs 15/5676

Bedarfsgerechte, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen

Etablierung eines Zuwanderungsgesetzes über eine Bundesratsinitiative unter Berücksichtigung von Grundsätzen gelungener Arbeitsmigration, insbes Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts zu einem Punktesystem, Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Förderung und Verpflichtung zum Erwerb der deutschen Sprache, Ausbau von Ausländerämtern und Visavergabestellen sowie Willkommenszentralen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 17.03.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6619

Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene Kommunen

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Heizung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 25.03.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6671
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 10.06.2015 Drs 15/7352 S. 80 81
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Umsetzung der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben aus der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“, insbes Zukunft

des Personenfreizügigkeitsabkommens, Auswirkungen auf in BW wohnhafte Grenzgänger

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 17.04.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6752 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.07.2015 Drs 15/7352 S. 92 93
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Europäische Flüchtlingspolitik

Sachstand zur Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union, insbes Flüchtlingszahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und in BW, Möglichkeiten zur Erweiterung der legalen Zuwanderung, Überwachung der Einhaltung der Rechts- und Sozialstandards bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern, Unterbindung der Aktivitäten organisierter Schlepper, Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms im Mittelmeer, Mitwirkung der LReg an einer gesamteuropäischen Flüchtlingsstrategie

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/6774

Gemeinschaftliche Statistiken über handlungsrelevante Daten zu Bildung und Beschäftigung von Zuwanderern

Erstellung fortlaufender Statistiken zu Bildung und Beschäftigung von Zuwanderern durch verpflichtendes Zusammenwirken der beteiligten Behörden unter Berücksichtigung bestimmter inhaltlicher Angaben und methodischer Kriterien

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/6909

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw
s. *Grundsicherung*
Drs 15/7802

Abbau von Hemmnissen bei der Zuwanderung und Integration von qualifizierten Arbeitskräften

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25 29

Senkung der Hürden für die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 974-976 978

Erforschung von Einstellungen der Aufnahmegesellschaft zur Zuwanderung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Abbau der Hürden für die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1429

Einwegflasche

s. *Einwegverpackung*

Einwegverpackung

Das Umweltbundesamt auf Abwegen? - Zusatzabgabe für Einwegflaschen zur Stützung des Mehrwegsystems

Position der LReg und Hintergründe zum Vorschlag des Umweltbundesamts zur Einführung einer zusätzlichen Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen zur Stärkung des Mehrwegsystems, insbes Umweltbilanz von bepfandeten Einweggetränkeverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 04.05.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6840

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.07.2015 Drs 15/7534 S. 7-9

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Einwohnermeldeamt

s. Meldewesen

Einwohnerversammlung

s. Bürgerversammlung

Einzäunung

s. Zaun

Einzelhandel

s.a. Fabrikverkauf

s.a. Ladenöffnungszeit

Online-Shopping

Entwicklung des Einkaufens über das Internet seit 2001 differenziert nach Bevölkerungs- und Altersgruppen; Einschätzung der weiteren Entwicklung und evtl Gefährdung funktionierender Einzelhandelsstrukturen; Maßnahmen zur Information und zum Schutz der Verbraucher, insbes der älteren Nutzer

Antr

s. Elektronischer Handel

Drs 15/638

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung seit Erteilung der Empfehlungen der Demografie-Enquete auf Drs 13/4900; Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, beim ÖPNV und Individualverkehr, den Schulen und Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen, der Energiewirtschaft, Landwirtschaft und beim Tourismus; Förderung der Attraktivität durch Programme zur Dorfentwicklung, kulturelle Angebote, Nahversorgung im Einzelhandel und Stärkung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

GrAnfr

s. Demografie

Drs 15/1608

Erfahrungen anderer Bundesländer mit landesgesetzlichen Regelungen für Business Improvement Districts

Darlegung o.g. Erfahrungen der Stadtentwicklung durch Aufwertung von Laden- und Geschäftsstraßen bzw Kerngebieten mittels privater Initiativen, Unterstützung solcher Maßnahmen mit öffentlichen Mitteln?

KIAnfr

s. Stadtentwicklung

Drs 15/2183

Grüne Citymaut-Pläne in BW - Pendler, Mittelstand und Einzelhandel in Gefahr

Aktuelle Debatte

s. Straßenbenutzungsgebühren

PIPr 15/46 S. 2559

Umstellung auf SEPA-Verfahren bei baden-württembergischen Unternehmen

Stand der Umstellung auf das SEPA-Verfahren insbes bei kleinen und mittelständischen Unternehmen; bekannte Schwierigkeiten bei der Umstellung; durchschnittliche Kosten pro Unternehmen; Einsparungen durch das Preisgleichheitsgebot; Auswirkungen der Abschaffung des elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV) ab 2016 auf Einzelhandel und Gastgewerbe; Alternativverfahren zu ELV

KIAnfr

s. Bargeldloser Zahlungsverkehr

Drs 15/3085

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot, insbes Überprüfung von Kriminalitätsentwicklung, wirtschaftlichen Auswirkungen für die Verkaufsstellen (v.a. Tankstellen und Einzelhandel), alkoholbedingten Behandlungsfällen in Krankenhäusern sowie Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots für Verkaufsstellen

Mittlg LReg

s. Alkoholverbot

Drs 15/3666

Mehrbelastungen durch den Rundfunkbeitrag

Mehrausgaben des Einzelhandels und der Kommunen im Vergleich zur vorherigen Gebührenregelung; Maßnahmen zur Erleichterung ihrer finanziellen Belastung; Verwendung der Mehreinnahmen zur Entlastung einzelner Härtefälle; Gutachten für den Handelsverband Deutschland (HDE) beurteilt das neue Beitragsmodell als verfassungswidrig

KIAnfr

s. Rundfunkbeitrag

Drs 15/4779

Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (GQP)

Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren außerhalb klassischer Einkaufszentren, insbes Festlegung von Aufwertungsbereichen zur Durchführung standortbezogener Maßnahmen in privater Verantwortung

GesEntw

s. Betriebsansiedlung

Drs 15/5935

Auswirkungen der sogenannten Montagsdemonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 auf Handel, Gastronomie und Beherbergungsgewerbe

Anzahl der bisherigen Demonstrationen, deren durchschnittliche Dauer und Teilnehmerzahl; Umsatzeinbußen bei den Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Gaststätten entlang der Demonstrationsstrecke; Höhe der bisher für die Begleitung der Demonstrationen durch Polizei- und Sicherheitskräfte entstandenen Personal- und Sachkosten

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5957

Verkaufsfläche und E-Commerce-Umsatz im Einzelhandel in BW
Lage und Zukunft des Einzelhandels aufgrund des Strukturwandels, insbes Zahlen zu Verkaufsfläche des stationären Handels, Umsätze im E-Commerce-Bereich

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 04.02.2015 und Antw MFW
Drs 15/6454

Mindesteinkaufswert bei der Mehrwertsteuer-Rückerstattung für Schweizer

Einführung einer Bagatellgrenze für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer; Folgen für den Einzelhandel in Südbaden

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/6529

Vergrößerung der Outlecity Metzingen und die Auswirkungen auf die Nachbarstädte

Sachstand zur Entwicklung und geplanten Vergrößerung der Outlecity Metzingen und Auswirkungen auf den Einzelhandel der umliegenden Städte

KlAnfr
s. *Fabrikverkauf*
Drs 15/6579

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Registrierkassen

Sachstand zur Prüfung von Registrierkassen bei Betriebsprüfungen im Einzelhandel, insbes Beanstandungen nachträglicher Erlösverkürzungen, Anforderungen an den technischen Manipulationsschutz, Umsetzung von Umrüstungsmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.09.2015 und Antw MFW Drs 15/7359

Digitale Einkaufsstadt BW

Maßnahmen zur Verbesserung der Innenstadtentwicklung im Hinblick auf die Einkaufsstandorte, insbes Beratungsangebote und Fördermittel des Landes; Ausschreibung eines Modellprojekts zur Entwicklung von Strategien hinsichtlich digitaler Innovationen im Handel

Antr
s. *Stadtzentrum*
Drs 15/7608

Eis

Enteisung von Lastkraftwagen an Autobahnrastanlagen in BW

Einrichtung zum Enteisen von Lastkraftwagen auf Autobahnrastplätzen; Art der eingesetzten Technik; Forschungsvorhaben und Modellprojekte für ein automatisiertes Enteisen von Lkw-Dächern; Betrieb von Enteisungsanlagen in anderen Ländern; Handlungsbedarf

Antr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/4118

Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald und Auswirkungen auf den Wandertourismus

Sachstand zum Risiko von Eisschlag bzw Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald, insbes Gefährdungssituation für Mensch und Tier, Sperrung von Gefährdungsbereichen im Umkreis von Windkraftanlagen und Auswirkungen auf den regionalen Wandertourismus und die örtliche Gastronomie

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/8034

Eisenbahnberuf

s. *Eisenbahnpersonal*

Eisenbahnbrücke

s. *Brücke*

Eisenbahn-Bundesamt

s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*

Eisenbahner

s. *Eisenbahnpersonal*

Eisenbahngesellschaft

s. *Eisenbahnverkehrsunternehmen*

Eisenbahngüterverkehr

s. *Güterverkehr*

Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsverkehr

s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*

Eisenbahninfrastruktur

Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz-Fördermittel 2013/2014

Höhe und Einsatz von Fördermitteln zur Unterhaltung und Erneuerung von Eisenbahninfrastrukturen nach dem Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz (LEFG); Vereinbarkeit von Mittelkürzungen mit den gewünschten Verbesserungen bei der Schieneninfrastruktur und insbes bei der Zugsicherung

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 28.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3149
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 05.06.2013 Drs 15/3712 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 39-42
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
Mittlg LReg 11.03.2014 Drs 15/4817
Mittlg LReg 20.06.2014 Drs 15/5350

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations-

und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr GRÜNE 29.04.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3439

ÄAntr GRÜNE und SPD 29.01.2014 Drs 15/4664

ÄAntr CDU und FDP/DVP 30.01.2014 Drs 15/4673

ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 30.01.2014 Drs 15/4675

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5403-5412

Mittlg LReg 30.07.2014 Drs 15/5571

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr

s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*

Drs 15/3511

Umsetzung des Bahnstationsmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnstationsmodernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen; Kostenvorteil auf die einzelnen Projektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu Bahnstationsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr

s. *Bahnhof*

Drs 15/3771

Zustand des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental im LKreis Schwäbisch Hall

Sanierung des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental und Verbesserung der Bahninfrastruktur im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr

s. *Bahnhof*

Drs 15/3879

Fortführung und Förderung des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm

Option eines Projektabbruchs zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Standpunkt zu einer Ausstieginitiative eines Projektpartners; Inpflichtnahme des Bundes bei der Projektförderung nach der Bundestagswahl; Vorrang anderer Schienenprojekte gegenüber Stuttgart 21; Haltung gegenüber der „Kombilösung“; Marktwert der bei einer „Kombilösung“ weiterhin für den Bahnverkehr genutzten Grundstücke

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/4018

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4177

Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4334

Förderung des Schienengüterverkehrs

Entwicklung und Maßnahmen zur Stärkung des Schienengüterverkehrs, insbes Bau von Knotenpunkten und Güterverkehrszentren, Förderung von Gleisanschlüssen und Umschlaganlagen bei Betrieben

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 15/4772

Revision der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes seit Regionalisierung des SPNV im Jahr 1996 und deren Verwendung; Stand der Revision; Schlussfolgerungen aus Gutachten; Abmilderung von Kostensteigerungen durch eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel; Aufteilung in Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und Mittel für den SPNV-Betrieb; Erzielung eines angemessenen Anteils an der Gesamtsumme für BW

Antr

s. *Regionalisierungsgesetz*

Drs 15/5328

Situation und Perspektiven der S-Bahn in der Region Stuttgart

Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Auslastung und Attraktivität der S-Bahn; Abfertigungskapazität am S-Bahn-Bahnhof am Stuttgarter Hauptbahnhof; Auswirkungen des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm auf den S-Bahn-Verkehr; Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur; finanzielle Förderung eines verbesserten Lärmschutzes auf den Fildern

KlAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 15/5816

Ökonomische Nachteile und schlechte Qualitätsmerkmale des Großen Verkehrsvertrags

Zwischenergebnisse der Prüfung des Verkehrsvertrags hinsichtlich einer „Überkompensation“ der Leistungen der DB Regio durch das Land; Höhe des Streitwerts; Berechnungsmodus der vom Land zu tragenden Infrastrukturkosten; weitere für das Land nachteilige Vertragsinhalte; Vertragsbedingungen im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern

Antr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/5889

Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs in BW

Sachstand zur Entwicklung der Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs in BW, insbes Pünktlichkeitswerte einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen, Ursachen für Verspätungen, Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern, Regelungen und Strafen in den Verkehrsverträgen, Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit der Bahnen, Anforderung eines jährlichen Infrastrukturberichts von der Deutschen Bahn

Antr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/6791

Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) durch die Umstellung auf European Train Control System (ETCS)

Sachstand zu Änderungsaufwand und Kosten für die Umstellung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs auf das European Train Control System (ETCS); Gründe und Auswirkungen der vorzeitigen Linienbeendungen im Bereich der S-Bahn Stuttgart

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 02.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7642

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahn und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KlAnfr

s. *Nebenbahnverkehr*

Drs 15/7739

Eisenbahnkreuzung

s. *Bahnkreuzung*

Eisenbahnlärm

s. *Schieneverkehrsärm*

Eisenbahnpersonal

s.a. *Triebfahrzeugführer*

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Neckartalbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Neckartalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/3450

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Frankenbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Frankenbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/3451

Eisenbahnpersonenverkehr*Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung*

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/2795

Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke; Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 14.12.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2813

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.04.2013 Drs 15/3571 S. 37 38

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Fahrplan Höllentalbahn 2012/2013

Fahrplanänderungen auf der Höllentalbahn zwischen Freiburg und Donaueschingen, insbes Umstände und Bedeutung der Streichung der Zughalte in Unadingen und Bachheim am Wochenende und an Feiertagen sowie weitere Planungen für diese Stationen

KlAnfr

s. *Höllentalbahn*

Drs 15/2890

Verbesserung der Zuganbindung des Enzkreises und Pforzheims an Stuttgart, Karlsruhe und das Fernbahnnetz

Zugangebot, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeitswerte für Pforzheim auf der Bahnstrecke Stuttgart-Karlsruhe, insbes der Interregio-Express-Züge (IRE); Pünktlichkeitswerte und Maßnahmen zur guten Erreichbarkeit der Intercity-Express-Züge

(ICE) in Karlsruhe für Fahrgäste aus Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr
s. *Pforzheim*
Drs 15/2892

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3390

Fahrplanverbesserungen im Jestetter Zipfel

Auswirkungen der Fahrplanänderungen des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) auf die Zugverbindungen nach Lottstetten und Jestetten; Dialog mit den zuständigen Schweizer Stellen, um eine Verschlechterung der Bahnanbindung des Jestetter Zipfels zu verhindern; Benennung der für die Bahnverbindung auf deutschem Gebiet maßgeblichen Inhalte des 1875 zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossenen Staatsvertrags

KlAnfr Felix Schreiner CDU 25.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3871

Lückenschluss Schnellstrecke Stuttgart-Berlin über die Murrbahn

Umsetzung des Konzepts einer ICE-Verbindung Stuttgart-Berlin über die Murrbahn; Einsatz eines „Flügelzugs“ zum geplanten ICE München-Nürnberg-Berlin

KlAnfr
s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*
Drs 15/4722

Entwicklungsperspektiven der Brenzbahn

Entwicklung von Zugangebot, Fahrgastzahlen und Investitionen auf der Brenzbahn; Planungen der Streckenerüchtigung der Brenzbahn zur Integration in den Ausbau des Fernverkehrs sowie des S-Bahn-Systems in der Region Donau-Iller

Antr
s. *Brenzbahn*
Drs 15/4807

Geplante Streichung von IC-Verbindungen in BW

Geplante Streichung der zwei verbliebenen IC-Verbindungen auf der Strecke der Schwarzwaldbahn durch die Deutsche Bahn AG, insbes Gründe, Entscheidungsstand, Nachfragesituation auf der Schwarzwaldbahn, Maßnahmen der LReg zur Verhinderung der Streichung der Verbindung

Antr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/4944

Die Neckar-Alb-Bahn braucht zu den Morgenstunden auch weiterhin einen verdichteten Takt

Nachfrage und Fahrgastzahlen für einen verdichteten Takt auf der Neckar-Alb-Bahn zwischen Tübingen und Plochingen bzw Stuttgart in der Zeit zwischen Betriebsbeginn und 9 Uhr; Beibehaltung dieses Zugangebots auf heutigem Niveau

Antr
s. *Neckar-Alb-Bahn*

Drs 15/5783

WLAN im Bahnverkehr

Bahnhöfe und Gleisstrecken in BW mit bestehendem bzw geplantem WLAN-Zugang; Maßnahmen zum Ausbau von WLAN-Zugängen im Nah- und Fernverkehr und der Verbesserung der Mobilfunkanbindung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/6178

Zugverbindungen zwischen den Metropolregionen Stuttgart und Nürnberg: Fällt ab den Jahren 2017/2018 für Pendler beiderseits der Landesgrenze am Abend der „blau-weiße Schlagbaum“?

Sachstand zur Fahrplanausgestaltung für die Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Stuttgart und Nürnberg ab 2017/18, insbes Einstellung der Zugverbindungen ab 21.00 Uhr

MdlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6895

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/7389

Mögliches Fernverkehrsangebot auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden

Sachstand zur Verwirklichung eines zusätzlichen Fernverkehrsangebots auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden durch ein privates Eisenbahnunternehmen

KlAnfr Johannes Stober u.a. SPD 18.09.2015 und Antw MVI Drs 15/7398

Schienenpersonennah- und -fernverkehr in Ostwürttemberg

Verbesserungen im Ausschreibungsnetz 1b (Remseck-Fils); Ausgestaltung des Fahrplans und voraussichtliche Inbetriebnahme des Streckennetzes; künftige Anbindung der Region Ostwürttemberg an den neuen Filderbahnhof; Schaffung neuer Haltepunkte; Realisierungschancen einer neuen IC-Strecke zwischen dem Großraum Stuttgart und Ingolstadt-Augsburg

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7595

Eisenbahnregulierungsgesetz

Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich (Eisenbahnregulierungsgesetz) und des geänderten Trassenpreissystems auf BW

Sachstand zum geplanten Bundesgesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich und dem geänderten Trassenpreissystem, insbes Unterschiede zwischen dem kommenden und dem bisherigen Trassenpreissystem, Auswirkungen auf den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr in BW und dessen Finanzierung, notwendige Änderungen zur Unterstützung des angestrebten Wachstums des Schienenverkehrs in allen Sparten

Antr
s. *Eisenbahnverkehr*

Drs 15/7052

Eisenbahnstrecke*s. Bahnstrecke***Eisenbahntarif**

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21
Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/695

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3390

Eisenbahntechnik

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. Unternehmensübernahme
Drs 15/5208

Eisenbahntunnel*s. Tunnel***Eisenbahnüberführung***s. Bahnüberführung***Eisenbahnunglück***s. Schienenverkehrsunfall***Eisenbahnunternehmen***s. Eisenbahnverkehrsunternehmen***Eisenbahnverkehr***Westfrankenbahn*

Betrieb und Neuvergabe der Verkehrsleistungen für das Ausschreibungsnetz Hohenlohe-Franken in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern, insbes Wettbewerbssituation und technische Rahmenbedingungen; Prüfung der Verlängerung anhand der bisherigen Bedingungen oder Einholung eines Initiativangebots des aktuellen Betreibers

Antr
s. Westfrankenbahn
Drs 15/3142

Förderung des Schienengüterverkehrs

Entwicklung und Maßnahmen zur Stärkung des Schienengüterverkehrs, insbes Bau von Knotenpunkten und Güterverkehrszentren, Förderung von Gleisanschlüssen und Umschlaganlagen bei Betrieben

Antr
s. Güterverkehr
Drs 15/4772

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 15/6031

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärm-schutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr
s. Streckenbau
Drs 15/6427

Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich (Eisenbahnregulierungs-gesetz) und des geänderten Trassenpreissystems auf BW

Sachstand zum geplanten Bundesgesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich und dem geänderten Trassenpreissystem, insbes Unterschiede zwischen dem kommenden und dem bisherigen Trassenpreissystem, Auswirkungen auf den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr in BW und dessen Finanzierung, notwendige Änderungen zur Unterstützung des angestrebten Wachstums des Schienenverkehrs in allen Sparten

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 23.06.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7052

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs
15/8019 S. 82 83
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Eisenbahnverkehrsunternehmen

s.a. Allgäubahn
s.a. Bottwartalbahn
s.a. Brenzbahn
s.a. Deutsche Bahn
s.a. Enztalbahn
s.a. Gäubahn
s.a. Hochrheinbahn
s.a. Hohenlohebahn
s.a. Kandertalbahn
s.a. Murrbahn
s.a. Remstalbahn
s.a. Rheintalbahn
s.a. Schönbuchbahn
s.a. Schwarzwaldbahn
s.a. Südbahn
s.a. Taubertalbahn
s.a. Zabergäubahn
s.a. Zollernalbbahn

Pünktlichkeit im Schienenpersonennahverkehr in BW

Entwicklung der Pünktlichkeit und Anschlussicherheit im regionalen Schienenverkehr seit der Einführung von Messstellen; Veröffentlichung von Daten zur Pünktlichkeit in der Hauptverkehrszeit, im Tagesdurchschnitt und im Jahresverlauf; Maßnahmen der Eisenbahnunternehmen und Nahverkehrsgesellschaft BW zur Verbesserung der Pünktlichkeit und Anschlussicherheit; Berücksichtigung dieser Zielvorgaben bei der Ausschreibung und Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/475

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/1537

Folgen durch Zugausfälle und -verspätungen für das Land

Vertragliche und finanzielle Konsequenzen durch Zugausfälle und -verspätungen im Nah- und Regionalverkehr; Möglichkeiten des Landes bei der Vertragsgestaltung mit Verkehrsunternehmen

Antr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/2810

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes;

Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr
s. Eisenbahninfrastruktur
Drs 15/3439

Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - landeseigene Eisenbahnen

Aufstellung der von landeseigenen Eisenbahnverkehrsunternehmen bedienten Strecken, Nennung der für die jeweilige Bahnstrecke zuständigen Eisenbahnunternehmen; Vertragsbedingungen, Laufzeit der Verträge; Ausschreibungsbedingungen für die gegenwärtig von landeseigenen Eisenbahnen bedienten Strecken im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3742

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/4177

Begrüßung des Wettbewerbs zwischen der Deutschen Bahn und den privaten Bahnen auf der Schiene

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 170

Eisenbahnverkehrsverwaltung

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen, Stand der Bescheidung des gestellten Antrags beim Eisenbahn-Bundesamt

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/96

Stuttgart 21: Gutachten zum Antrag der Deutschen Bahn AG auf Erhöhung der Grundwasserentnahme

Einholung eines externen Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen des o.g. Antrags der Bahn beim Eisenbahn-Bundesamt; Vereinbarkeit mit dem vorhandenen Fachwissen im Umweltministerium und der Verpflichtung zur Sparsamkeit, Gründe für die Vergabe an die beauftragte Kanzlei, Einhaltung der Vergabevorschriften, Bewertung der Ergebnisse des Gutachtens

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/188

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerungen im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 15.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3511

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 03.07.2013 Drs 15/4191 S. 34-36

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Kritik an der schleppenden Bearbeitung von Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren auf den Fildern für das Projekt Stuttgart 21 beim Eisenbahn-Bundesamt, Verweisung auf entsprechende Klagen bei Umplanungen zum Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 989 1033 1036

Dauer der Genehmigungsverfahren für Teilaspekte des Projekts Stuttgart 21 beim Eisenbahn-Bundesamt; Anmahnung einer besseren Personalausstattung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1278 1279 1283-1288

Eisenbahnwagen

s. *Schienenfahrzeug*

Eisenbahnwesen

s. *Eisenbahnverkehr*

Eiswein

s. *Wein*

EIT

s. *Europäisches Technologieinstitut*

Eiweiß

s. *Protein*

E-Learning

Papierloser Unterricht in BW

Potenzial der Digitalisierung der Bildung und der Einführung von papierlosem Unterricht, insbes Absichten der Europäischen Union und der LReg, pädagogischer Nutzen, Auswirkungen auf den Lernerfolg und den Verlust der Kulturtechnik des Schreibens; Lizenz- und Rechtsfragen sowie Kosten einer Einführung des papierlosen Unterrichts als Regelunterrichtsform

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/5275

Virtuelle Hochschule und virtuelle Lehrangebote der Hochschulen in BW

Sachstand zu onlinegestützten und virtuellen Lehrangeboten an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Anteil der Online-Lehrangebote, Rückmeldungen von Dozenten und Studenten zum Online-Lehrangebot, technische Infrastruktur der Hochschulen für Online-Lehrangebote, Förderung durch das Land, Ausbau der baden-württembergischen virtuellen Hochschule nach dem bayerischen Vorbild

Antr
s. *Virtuelle Hochschule*
Drs 15/6967

Was ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen in BW und welche Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft?

Sachstand zur Digitalisierung und digitalen Infrastruktur an den Schulen in BW, insbes bei Arbeitsabläufen, Unterricht, Lernplattformen, Bildungsangeboten; Schutz der personenbezogenen Daten

Antr
s. *Schule*
Drs 15/7085

Electronic Government

s. *E-Government*

Electronic Learning

s. *E-Learning*

Electronic Publishing

s. *Elektronische Publikation*

Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken

s. *Streckenelektrifizierung*

Elektrifizierung (Eisenbahn)

s. *Streckenelektrifizierung*

Elektrische Energie

s. *Elektrizität*

Elektrische Leitung

s. *Stromnetz*

Elektrischer Strom

s. *Elektrizität*

Elektrisches Gerät

s. *Elektrogerät*

Elektrisches Versorgungsnetz

s. *Stromnetz*

Elektrizität

s.a. *Brennstoffzelle*
 s.a. *Elektrizitätserzeugung*
 s.a. *Elektrogerät*
 s.a. *Energiespeicher*
 s.a. *Streckenelektrifizierung*
 s.a. *Stromeinspeisung*
 s.a. *Stromnetz*
 s.a. *Stromverbrauch*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom
 Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/6

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen
 Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO; ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr
 s. *Wärmetechnik*
 Drs 15/411

EU-Verordnung über den Großhandel mit Strom und Gas
 Entwicklung der Belastung der privaten Haushalte mit Strom- und Gaskosten seit 2002; erwartete Auswirkungen der o.g. Verordnung auf die Strom- und Gaspreise, den Energiemarkt und die Versorgungssicherheit in BW; Art der Mechanismen und Aufwand zur Umsetzung der VO

Antr
 s. *Energiewirtschaft*
 Drs 15/858

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW
 Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Attdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr
 s. *Energiespeicher*
 Drs 15/906

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften
 Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinika); Höhe der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch; Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlagen; Anwendung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sa-

nierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Gesamtsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamteinsparpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der Landesgebäude

Antr
 s. *Landeseigene Liegenschaft*
 Drs 15/947

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft
 Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstetigung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/1135

Folgen der Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus Fotovoltaik
 Folgen für die Klimaschutzziele; Auswirkungen der Zunahme der Importe von meist preisgünstigeren Anlagen aus China, insbes für die Arbeitsplätze in der Solarbranche

Antr
 s. *Solartechnik*
 Drs 15/1353

„Power to Gas“-Technologie in BW - Das Erdgasnetz als Stromspeichermedium
 Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Marktreife der o.g. Technologie, Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Ausräumung von hinderlichen Rahmenbedingungen, derzeitige und künftig notwendige Kapazitäten des Erdgasnetzes als Medium zur Speicherung und zum Transport von Strom aus regenerativen Quellen

Antr
 s. *Energiespeicher*
 Drs 15/1410

Ökostrom in Behörden und Einrichtungen des Landes
 Art und Umfang der Strombeschaffung für landeseigene Liegenschaften und Liegenschaften ausgegliederter Einrichtungen und Gesellschaften mit Landesbeteiligung; derzeitige und künftig mögliche Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien, jeweilige Auswirkungen auf die Klimabilanz, entsprechende Einwirkung der Klima- und Energieagenturen des Landes bei der Beratung von Kommunen

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 05.04.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1550
 BeschIEmpf und Bericht UmEnA 25.10.2012 Drs 15/3063 S. 42 43
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe*

Mittlg LReg
*s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/3071

Forschung, Entwicklung und Marktbedingungen für Elektrizitätsspeicher

Umfang der bereits bestehenden Speicherkapazitäten; zukünftig erwarteter Kapazitätsbedarf; Gesamtkonzept für die Verteilung von Speicherkapazitäten; Folgen der EEG-Umlage auf Eigenstrom für den Ausbau dezentraler Speicherkapazitäten; Marktbedingungen für Stromspeicher; Einrichtung von Unterflur-Pumpspeicherwerken in stillgelegten Bergwerken; Nutzung der Batteriespeichertechnik, des Power-to-Gas-Verfahrens, des Druckluftspeicherverfahrens und weiterer Speichertechniken; Errichtung von Demonstrations- oder Pilotanlagen; Fortschritte in der Elektrizitätsspeicherentwicklung; Forschungsförderung auf dem Gebiet der Speichertechnik

GrAnfr
s. Energiespeicher
Drs 15/6525

Ablehnung des dauerhaften Imports von Atomstrom, Befürwortung des Bezugs von regenerativ erzeugtem Strom aus anderen Ländern

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 71 79

Verweisung auf die Stromexportüberschüsse seit 2006

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 184

Beklagung der Abhängigkeit von Stromimporten nach der Energiewende

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 616 617 627 628

Befürchtung der Abhängigkeit von Atomstromimporten nach der Energiewende; Bezug von Atomstrom aus Polen, Tschechien, Frankreich und der Schweiz

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1045-1047 1050 1056-1058

Befürchtung der Abhängigkeit von Atomstromimporten nach der Energiewende; Bezug von Atomstrom aus Frankreich und Tschechien

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1212

Befürchtung der Abhängigkeit von Atomstromimporten nach der Energiewende; Verweisung auf den aktuellen Stromexport nach Frankreich

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1342 1343 1347

Elektrizitätseinspeisung

s. Stromeinspeisung

Elektrizitätserzeugung

s.a. Brennstoffzelle

s.a. Elektrizität

s.a. Stromeinspeisung

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und

sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. Energiepolitik
Drs 15/2659

Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Laufleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO₂-Emission

Antr
s. Kohlekraftwerk
Drs 15/2688

Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW

Benennung der wesentlichen Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende in BW; Schwerpunkt Versorgungssicherheit der am 8. November 2013 vorgestellten Studie „Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW“; Berücksichtigung der Strompreisentwicklung und des Fortschritts beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in künftigen Monitoring-Berichten

Antr
s. Energiepolitik
Drs 15/4350

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemarkungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr
s. Windenergie
Drs 15/4520

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KIAnfr Leopold Grimm FDP/DVP 18.02.2014 und Antw UM Drs 15/4801

Reform der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) notwendig, um Stromversorgungssicherheit nicht zu gefährden?

Anteil des von privaten und gewerblichen Stromverbrauchern selbst produzierten Stroms an der Elektrizitätserzeugung in BW; Entwicklung der Eigenstromproduktion in den letzten fünf Jahren; Verfahren zur Finanzierung der Stromnetze; prozentualer Anteil der Netznutzungsentgelte am Strompreis; Korrelation der Entgelthöhe mit der Eigenstromproduktion; Gefährdung der Versorgungssicherheit durch die Eigenstromproduktion privater und gewerblicher Verbraucher; Reformbedarf der bestehenden Stromentgeltverordnung; Erhebung leistungsbasierter Netzentgelte

Antr
s. *Stromnetzentgeltverordnung*
Drs 15/5338

Windenergie in BW

Sachstand zur Windenergie in BW, insbes Inbetriebnahme und Stilllegung von Windenergieanlagen, Abstände der Anlagen zur Wohnbebauung, Leistungsdaten zur Stromerzeugung aus Windenergie; Regelung des Mindestabstands von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung durch das Baugesetzbuch

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/6346

Stromgewinnung durch Abwasserströmungen

Nutzung von Abwasserströmungen zur Stromerzeugung; Höhe des vorhandenen Stromproduktionspotenzials; Wirtschaftlichkeit und ökologische Bewertung dieser Art der Stromgewinnung

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 03.02.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6445

Divergierende Ziele von Bund und Ländern beim Ausbau der Windenergie an Land

Bewertung der unterschiedlichen Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren iRd Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG); Steuerung des Ausbaus der Stromerzeugung aus Wind an Land über Ausschreibungen; Berücksichtigung der Akzeptanz in den Ausschreibungsbedingungen

KIAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/7727

Elektrizitätsgewinnung

s. *Elektrizitätserzeugung*

Elektrizitätsnetz

s. *Stromnetz*

Elektrizitätsverbrauch

s. *Stromverbrauch*

Elektrizitätsversorgung

s. *Elektrizitätswirtschaft*

Elektrizitätswirtschaft

s.a. *Stromverbrauch*

Stromversorgung im Grenzgebiet zur Schweiz

Sachstand zur Frage der freien Stromanbieterwahl in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen der LKreise Konstanz und Waldshut (vgl. Drs 14/1112); Entwicklung des Strompreises für die Endverbraucher in den betreffenden Gemeinden in den Jahren 2007 bis 2012 im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Anschluss der Gebiete an das deutsche Hochspannungsnetz

KIAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/2669

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2863

Wettbewerbssituation bei den Anbietern von Heizstrom

Entwicklung der Strompreise für Nachtspeicherheizungen im Vergleich zu den Tagespreisen für private Stromkunden; Wettbewerbsverzerrungen auf dem Nachtstromspeichermarkt; Kartellverfahren; Hemmnisse beim Anbieterwechsel für den Verbraucher; Speicherkapazität der installierten Stromspeicherheizungen; technische Voraussetzungen für eine Aufnahme überschüssiger Strommengen aus dem Stromnetz

KIAnfr
s. *Nachtstromspeicherheizung*
Drs 15/3206

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftermodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilnetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/3621

Strombezugsvertrag der EnBW über Energielieferungen aus dem französischen Kernkraftwerk Fessenheim

Inhalt und Kostenregelung des von der EnBW fortgeführten Strombezugsvertrags zwischen der Badenwerk AG und der EdF über Energielieferungen aus dem französischen Kernkraftwerk Fessenheim

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 13.12.2013 und Stellungnah-

me MFW Drs 15/4493
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 23.01.2014 Drs 15/4897
 S. 68-70
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Versorgungssicherheit gewährleisten - die Reservekraftwerksverordnung (ResKV) vernünftig gestalten

Situation der Reservekraftwerke und der Versorgungssicherheit in BW, insbes Beitrag und Weiterentwicklung der bestehenden Reservekraftwerksverordnung

Antr SPD 05.05.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5153

Perspektiven des Wärmestrommarkts in BW

Zahl der Nutzer von Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpenstrom; Wirtschaftlichkeit von Nachtspeicherheizungen sowie elektrischer Wärmepumpen in Privathaushalten; Rückkehr zur Strompreisermäßigung für Nachtstrom; Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs auf dem Wärmestrommarkt

Antr
 s. *Nachstromspeicherheizung*
 Drs 15/5325

Mikrostromausfälle in BW

Erfassung von Mikrostromausfällen im Land; Ursachen der Mikrostromausfälle in der Region Stuttgart; Auswirkungen der Netzstörungen; Nutzung von USV-Einheiten; weitere Vorkehrungsmaßnahmen und deren Kosten

KlAnfr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/6407

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportale; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
 s. *Wettbewerbsaufsicht*
 Drs 15/6429

Gefährdet die Bayerische Staatsregierung die Stromversorgung in BW?

Sachstand zur Erschwerung des Netzausbaus durch geplante Regelungen der Bayerischen Staatsregierung im Landesentwicklungsprogramm, insbes Auswirkungen auf das Planungsverfahren für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung SuedLink, Gefährdung des geplanten Datums für die Inbetriebnahme von SuedLink im Jahr 2022, Folgen für die Stromversorgungssituation in BW; Gewährleistung der regionalen Versorgungssicherheit im Grenzgebiet zum Freistaat Bayern

Antr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/6753

Aktuelle Rechtsprechung des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf zur Reservekraftwerksverordnung

Sachstand zur Anwendung der Reservekraftwerksverordnung, insbes Inhalte der Entscheidung des Oberlandesgerichts Düssel-

dorf vom 28. April 2015, Kosten für die Stromkunden, Bedeutung von Vergütungen an die Energieversorger für den angeordneten Fortbetrieb ihrer Anlagen, Überlegungen zur Fortentwicklung der Verordnung

Antr
 s. *Reservekraftwerksverordnung*
 Drs 15/6865

Umsetzung der Beiträge der Smart-Grids-Plattform e.V. durch die LReg

Sachstand zu aktuellen und geplanten Vorhaben der LReg beim Ausbau intelligenter Stromnetze, insbes konkreten Beiträge des Vereins zur Förderung des Ausbaus intelligenter Netze, Kosten und Zeitplan bisher initiiierter Projekte, Kooperation mit den anderen Bundesländern

Antr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/7028

Erklärung der „12 elektrischen Nachbarn“ zur gemeinsamen Zusammenarbeit bei der Versorgungssicherheit; Bedeutung für BW

Sachstand zur Erklärung der „12 elektrischen Nachbarn“ zur gemeinsamen Zusammenarbeit bei der Versorgungssicherheit, insbes wesentliche Inhalte, Auswirkungen für BW, anstehende Maßnahmen zur Umsetzung der Erklärung

Antr
 s. *Energieversorgung*
 Drs 15/7049

Auswirkungen auf die Trassenführung aufgrund der Ergebnisse des letzten Koalitionsgipfels zur Energiepolitik

Sach- und Planungsstand zur Trassenführung der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung von Brunsbüttel nach Großgartach auf dem Territorium BW

MdlAnfr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/7139

Mikrostromausfälle und kurze Versorgungsunterbrechungen in BW

Gewinnung neuer Erkenntnisse bei der Beobachtung von Mikrostromausfällen und Spannungseinbrüchen in der Region Stuttgart oder anderen Regionen während der vergangenen acht Monate; Einleitung von Vorkehrungen und Gegenmaßnahmen; Veranstaltung eines Fachdialogs zum Thema Spannungsschwankungen/kurze Versorgungsunterbrechungen am 25. November 2015; Kosten der Veranstaltung

KlAnfr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/7601

Elektroaltgerät

s. *Elektronikschrott*

Elektrofahrrad

Fahrradsicherheit und Fahrradunfälle

Unfallzahlen von Radfahrern; Sicherheitsüberprüfung und -zustand von Fahrrädern; Verkehrssicherheit bei antriebsunterstützten Fahrrädern; Akzeptanz und Nutzung von Fahrradhelmen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/4278

Elektrofahrzeug

Richtzeichen für Elektrotankstellen

Einführung eines Richtzeichens Elektrotankstelle nach § 42 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Einbringung einer entsprechenden Initiative im Bundesrat

KlAnfr
s. *Verkehrszeichen*
Drs 15/2751

Auswirkungen der Energiewende / Elektromobilität auf die Zukunft des Verbrennungsmotors und des Automobilstandorts BW
Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und Unterstützung von Forschungsanstrengungen durch Bund und Land, insbes Entwicklung und Herstellung von alternativen Kraftstoffen sowie Reduktionsmöglichkeiten für Verbrauch und Abgas; Vergleich der Wertschöpfungskette sowie der CO₂-Bilanz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren mit Elektro- und Hybridfahrzeugen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3794

Förderung von Elektromobilität in BW

Förderung von Projekten zur Elektromobilität in BW, insbes Anzahl und Fördervolumen, Einsatz von Elektroautos, Umsetzung von Projektzielen, Nutzung von EFRE-Fördergeldern, Beschaffungsinitiative für die Landesflotte; Nutzung von Busspuren durch Elektroautos

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/5747

Elektromobilität und Wertschöpfung

Ausgangslage und Herausforderungen der Automobilbranche in BW, insbes Bedeutung, Mitarbeiterzahl, Umsatzentwicklung, wichtige Märkte; Zukunftsperspektiven bestimmter Schlüsseltechnologien und -bereiche in Bezug auf die Elektromobilität; Maßnahmen zur Förderung von Schlüsseltechnologien der Elektromobilität in der wirtschaftsnahen Forschung, insbes geförderte Forschungseinrichtungen, Weiterbildung und Qualifizierung von Unternehmensmitarbeitern, Clusterförderung, bisheriger Erfolg der Landesinitiative Elektromobilität II

GrAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/5774

Gesetzesinitiative Elektromobilität

Sachstand zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität, insbes Bewertung der hessischen Bundesratsinitiative

MdlAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/6814

Dezentrale Energiespeicherung mittels Batterietechnik

Sachstand zu Pilotprojekten zur dezentralen Speicherung erneuerbarer Energie mittels Batterien bei Endverbrauchern, insbes Bewertung eingesetzter Batterietechnologien, Integration von Elektroautos in zentralgesteuerte Netze, Auswirkungen auf Strom- und Verteilnetze, Förderprogramme von Bund und Land

Antr
s. *Batterie*
Drs 15/7133

Elektrogerät

s.a. *Elektromobilität*
s.a. *Elektromotor*

Aus für Kochplatten in der EU

Pläne der EU-Kommission zur Einschränkung des Verkaufs von Herden und Kochfeldern mit bestimmten Effizienzwerten; Einschätzung der Auswirkungen für Unternehmen, Preise und Verbraucher hierzulande; Einflussnahme auf diese Planungen

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 05.07.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2033
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 54 55
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/5569

Wider die „Wegwerfgesellschaft“

Sachstand zur Entwicklung des Abfallaufkommens und zur Abfallvermeidung in BW, insbes Verschwendung von Lebensmitteln, Absatz von „Fast Fashion“, Erstnutzungsdauer von Elektrogeräten, Verwendung von Bauteilen zur geplanten Obsoleszenz, bisherige Beiträge der LReg gegen Wegwerftendenzen und notwendige Maßnahmen

Antr
s. *Abfallvermeidung*
Drs 15/7874

Elektromagnetische Strahlung

s. *Strahlung*

Elektromobil

s. *Elektromobilität*

Elektromobilität

s.a. *Brennstoffzelle*
s.a. *Elektrogerät*
s.a. *Elektromotor*
s.a. *Hybridfahrzeug*

Standortentscheidung Daimler-Testzentrum für Elektro- und Hybridfahrzeuge

Beurteilung o.g. Planung und der zur Entscheidung der Konzernleitung konkurrierenden Standorte, Eintreten für eine Berücksichtigung vorhandener Kompetenzcluster

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/78

*Regierungsbefragung
Elektromobilität in BW*

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 172-174

Strukturwandel E-Mobilität und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Förderung des Wandels zur E-Mobilität in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern, Einschätzung der Wachstumspotenziale für konventionelle und neue Antriebstechnologien, Beurteilung der Aussagen einer Studie der IHK Region Stuttgart über Defizite der mittelständischen Automobilzulieferindustrie, Maßnahmen zur Verbesserung deren Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers in diese Unternehmen, Hinwirkung auf eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 08.07.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/250
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 5
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Kompetenzzentrum Elektromobilität, Batterieforschung und Brennstoffzellentechnologie in Ulm

Auflistung der mit den o.g. Themen beschäftigten Institute und Einrichtungen, Höhe und Herkunft der verfügbaren Mittel, beteiligte Unternehmen u.a. Partner, vorhandene und geplante Studiengänge mit einem direkten thematischen Bezug zu diesen Einrichtungen an der Universität Ulm und der Hochschule Ulm

KlAnfr Martin Rivoir SPD 22.07.2011 und Antw MWK Drs 15/321

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Attdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Wirtschaftsstandort BW - Die Perspektiven der Elektromobilität und notwendige Strategien

Ziele, Ausgestaltung und Ergebnisse einer Wirtschaftsdelegationsreise in die USA, Einfluss in die Strategie zur Elektromobilität? Schlussfolgerungen aus der aktualisierten Strukturstudie „BWe-Mobil“; geplante Aktivitäten der e-mobil BW GmbH; Unterstützung der Bewerbungen von Regionen des Landes iRd Demonstrations- und Pilotvorhabens „Schaufenster Elektromobilität“ der BREG

Antr SPD 25.11.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/935
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1803-1812

Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität

Handlungsvorstellungen zur o.g. Aus-, Fort- und Weiterbildung; Stand der Planungen einer Produktionslinie zur Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung; Aktivitäten und Ziele zur Leichtbauweise, insbes am Deutschen Institut für Textil- und Faserforschung; Stand der Entwicklungen der Projektgruppe neue Antriebssysteme (NAS) am Fraunhofer-Institut in Karlsruhe

Antr SPD 25.11.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/936
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1803-1812

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstetigung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Normen und Standards bei der Elektromobilität

Festlegung und Überwachung von global einheitlichen technischen Normen und Standards für die Kompatibilität mit den Stromnetzen und Komponenten innerhalb der Fahrzeuge; Frage nach Notfallkonzepten sowie Konzepten und Verfahren zur Entsorgung von Fahrzeugen und ihrer Komponenten; notwendige Regelungen zum Schutz der Nutzer von E-Bikes

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 21.05.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1736 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 7
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Elektromobilität im ländlichen Raum

Förderung der Elektromobilität und der notwendigen Infrastruktur im ländlichen Raum, Beurteilung der Chancen für den ÖPNV und die Tourismusvermarktung und -förderung

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 12.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2075

Empfehlungen der hochrangigen Gruppe „CARS 21“ zur EU-Automobilpolitik

Positionierung zu den o.g. Empfehlungen, insbes zur Forderung einer weiteren Harmonisierung der Standards im Bereich E-Mobilität und zur Ausweitung der Forschungsaktivitäten im Bereich der Antriebstechnologien; Erhalt von fairen Wettbewerbsbedingungen für die hiesigen Premiumhersteller bei der Ausrichtung der künftigen CO₂-Regulierung im Fahrzeugbereich; Erwartung einer fortdauernden Dominanz des Verbrennungsmotors und einer erst allmählichen Ersetzung durch alternative Antriebsarten

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/2105

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Energieforschung in BW

Höhe der in die Energieforschung (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Speicher- und Netztechnologien, Elektromobilität; kerntechnische Forschung und sonstige Energieforschung) investierten Mittel; Zuschüsse der Europäischen Union und des Bundes; Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sowie mit den Unternehmen im Land; universitäre und außeruniversitäre Forschungsschwerpunkte und deren Förderung; Umfang der künftigen Forschungsförderung einschließlich der Akzeptanzforschung

Antr
s. *Energieforschung*
Drs 15/2412

Förderung von Elektromobilität in BW

Förderung von Projekten zur Elektromobilität in BW, insbes Anzahl und Fördervolumen, Einsatz von Elektroautos, Umsetzung von Projektzielen, Nutzung von EFRE-Fördergeldern, Beschaffungsiniziative für die Landesflotte; Nutzung von Busspuren durch Elektroautos

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 19.09.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5747

Elektromobilität und Wertschöpfung

Ausgangslage und Herausforderungen der Automobilbranche in BW, insbes Bedeutung, Mitarbeiterzahl, Umsatzentwicklung, wichtige Märkte; Zukunftsperspektiven bestimmter Schlüsseltechnologien und -bereiche in Bezug auf die Elektromobilität; Maßnahmen zur Förderung von Schlüsseltechnologien der Elektromobilität in der wirtschaftsnahen Forschung, insbes geförderte Forschungseinrichtungen, Weiterbildung und Qualifizierung von Unternehmensmitarbeitern, Clusterförderung, bisheriger Erfolg der Landesinitiative Elektromobilität II

GrAnfr SPD 25.09.2014 und Antw LReg Drs 15/5774 (29 S.)

Elektromobilität im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Erprobung von Elektrobussen im ÖPNV; Mehrkosten im Vergleich zum konventionellen Dieselbetrieb; Vorteile elektrischer Antriebe bei der Energiebilanz und den Emissionen; Förderprogramme des Landes

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 05.02.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6459

Gesetzesinitiative Elektromobilität

Sachstand zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität, insbes Bewertung der hessischen Bundesratsinitiative

MdlAnfr 6) Klaus Herrmann CDU 29.04.2015 Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7775-7777

Herausforderungen und Chancen der Elektromobilität

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 21

Bezeichnung der Elektromobilität als eines der großen Wachstumfelder in BW, Erinnerung an die Gründung der Landesagentur für Elektromobilität

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 39 42

Bezeichnung von Elektrofahrzeugen als Autos der Zukunft, Vereinbarkeit mit der Abschaltung von Kraftwerken; Erinnerung an die Gründung der Landesagentur für Elektromobilität, Bemühungen um Teilnahme am Programm „Nationale Plattform Elektromobilität“

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423-426 428-430

Bedeutung der lokalen Stromverteilernetze für den Ausbau der E-Mobilität

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 694

Einrichtung eines Förderprogramms Elektromobilität

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Schaffung der Infrastruktur für Elektromobilität im ländlichen Raum, Mittelbereitstellung für eine ressortübergreifende Initiative

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1109 1114 1134

Mittelbereitstellung für die Initiative Elektromobilität

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1205

Unterstützung der Initiative Elektromobilität II, Verknüpfung der Elektromobilität mit dem öffentlichen Nahverkehr

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1353 1354 1356 1357

Aufbau der Landesinitiative Elektromobilität II, Unterstützung der Automobilzulieferer beim Wandel zur E-Mobilität

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425-1428 1430

Verweisung auf den Gewinn des Bundeswettbewerbs „Schaufenster Elektromobilität“ und des Spitzenclusters Elektromobilität

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1927 1928 1934 1947

Elektromotor

s.a. *Elektromobilität*

Steigerung der Energieeffizienz durch Austausch von Elektromotoren

Angaben zum Einsatz von Elektromotoren in Industrie, Gewerbe, Verkehr, privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen; Stromverbrauch im Vergleich zum Gesamtstromverbrauch; Nachfrage nach sparsameren Motoren und Einsparttechnologien; Einsparpotenzial beim Stromverbrauch; Förderung des Austauschs veralteter, ineffizienter Elektromotoren; Norm für Elektromotoren der Effizienzklasse IE4; Forderung einer Werbekampagne für energieeffiziente Elektromotoren im Jahr 2013

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2341

Elektronik-Altgerät

s. *Elektronikschrott*

Elektronikschrott

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 15/5569

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5572

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7960

Elektronisch überwachter Hausarrest

s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*

Elektronische Aktenführung

Aktenführung und Archivpflicht im Licht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH)

Rechtliche Regelung der Aktenführung in der LReg; Berücksichtigung der Anforderung der Vollständigkeit der Akten; Unterschiede in der Aktenführung gegenüber der Regierung Mapus; Speicherung der Unterlagen des exekutiven Kernbereichs und deren spätere Archivierung im Landesarchiv

KlAnfr

s. *Akten*

Drs 15/5658

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr

s. *Gerichtsentscheidung*

Drs 15/5877

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Umsetzung für das Land sinnvoller Regelungen des E-Government-Gesetzes des Bundes in das Landesrecht; Festlegungen zum elektronischen Zugang zur Verwaltung und der Information über die Verwaltung, zur elektronischen Aktenführung, zum Dienstleistungsportal des Landes und zur Informationssicherheit; Verankerung des Beauftragten der LReg für Informationstechnologie; Regelung der Organisation und Strukturen der Zusammenarbeit in der Informationstechnologie innerhalb der Landesverwaltung und zwischen Land und Kommunen; Änderung verschiedener Gesetze und VO zur Ermöglichung und Verbesserung der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren

GesEntw

s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*

Drs 15/7724

Elektronische Bürgerdienste

s. *E-Government*

Elektronische Datenübermittlung

s. *Elektronischer Datenaustausch*

Elektronische Datenverarbeitung

s. *Datenverarbeitung*

Elektronische Fessel

s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*

Elektronische Fußfessel

s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*

Elektronische Gesundheitskarte

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW, insbes Vorteile der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, Zusagen und gesetzlichen Voraussetzungen des Bundes für deren Einführung, Ermöglichung der psychotherapeutischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7317

Elektronische Identitätskarte für Gesundheitsleistungen und weitere Anwendungen insbesondere für Flüchtlinge

Sachstand zu Schwierigkeiten bei der Ausgabe von Krankenversichertenkarten der Gesetzlichen Krankenversicherung für Flüchtlinge und Vorteile der Einführung einer elektronischen Identitätskarte für Flüchtlinge (refugee identification card), insbes Kosten für die Abrechnung medizinischer Leistungen an Flüchtlingen im Vergleich für beide Kartenmodelle

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7654

Elektronische Patientenakte

s. *Krankenunterlagen*

Elektronische Publikation

s.a. *Open Access*

Zukunft des Urheberrechts - Situation der Schriftsteller in BW
Tätigkeitsbereiche sowie kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der haupt- und nebenberuflichen Schriftstellerinnen und Schriftsteller; Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf Schriftsteller, Verlage und Buchhandlungen; dadurch bedingte Veränderungen im Verhältnis zwischen Urheber, Verwerter und Nutzer; Haltung zur geplanten Novellierung des Urheberrechts der BReg und zu Modellen wie „Kulturfltrate“ oder „Kulturwertmark“

Antr
s. *Urheberrecht*
Drs 15/2129

Open Access

Höhe der seit 2002 vonseiten des Landes und der Europäischen Union in die Forschung in BW geflossenen Mittel; Frage nach der freien Zugänglichkeit der aus Landesmitteln finanzierten Forschungsergebnisse; Gründe der Europäischen Kommission, den Zugang zu den aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsergebnissen zu erleichtern; Konsequenzen eines solchen Schrittes für die Wissenschaftler, die Universitäten sowie den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW; Frage der Bevorzugung eines bestimmten Publikationswegs

Antr
s. *Open Access*
Drs 15/2343

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr
s. *E-Government*
Drs 15/5561

Nachhaltige Zeitschriftenversorgung baden-württembergischer Universitäts- und Hochschulbibliotheken

Ausgaben der Universitäts- und Hochschulbibliotheken für Zeitschriften; Kostenentwicklung seit 2005; Veränderungen bei der Zahl der abonnierten Zeitschriftentitel und ihre Bewertung; Maßnahmen und Programme zur Stärkung der Universitäts- und Hochschulbibliotheken; freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen (Open Access); Auswirkungen der Insolvenz des Informationsdienstleisters Swets

Antr
s. *Hochschulbibliothek*
Drs 15/6117

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Elektronische Stimmabgabe

s. *Elektronische Wahl*

Elektronische Überwachung von Straftätern*Einsatz der elektronischen Fußfessel in BW*

Fallgestaltungen für den Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung

MdIANfr 7) Jürgen Filius GRÜNE 18.07.2011 Drs 15/257
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 397

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

Mittlg LReg 19.07.2011 Drs 15/298 (13 S.)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 411
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2011 Drs 15/565
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

GesEntw LReg 09.11.2011 Drs 15/856 (20 S.)
1. Beratung PIPr 15/19 23.11.2011 S. 882 883
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.11.2011 Drs 15/923
2. Beratung PIPr 15/20 07.12.2011 S. 949-952
GesBeschl 07.12.2011 Drs 15/1041
GBI 2011 Nr. 21 S. 554-557 (Ges vom 13.12.2011)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2012 Nr. 2 S. 63

Fortführung des Einsatzes der elektronischen Fußfessel; Verweisung auf die elektronische Aufenthaltsüberwachung als eine Maßnahme der Führungsaufsicht für schwere Straftäter

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1300

Elektronische Verwaltung

s. *E-Government*

Elektronische Wahl*Das Wahlverfahren zum Landesschülerbeirat*

Wahlbeteiligung bei den bisherigen Wahlen zum Landesschülerbeirat; Zustellung der amtlichen Einladung an die Wahlberechtigten; Erleichterung der Teilnahme an den Wahlen durch Fahrkostenerstattung und Freistellung vom Unterricht; Nutzung eines alternativen Wahlverfahrens wie der Online-Wahl; bildungspolitisches Mandat sowie Rechte und Pflichten des Landesschülerbeirats

Antr

s. *Mitwirkung im Schulwesen*

Drs 15/6319

Online-Wahlen an Hochschulen

Sachstand zur Durchführung von Online-Wahlen an Hochschulen, insbes derzeitige Rechtslage, Chancen und Risiken, Formate und Möglichkeiten bei den verschiedenen Hochschultypen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 24.06.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7053

BeschlEmpf und Bericht WissA 08.10.2015 Drs 15/8019 (dazu ÄAntr Alexander Salomon GRÜNE und Gabi Rolland SPD und ÄAntr Sabine Kurtz CDU) S. 16-18

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Elektronische Zeiterfassung

s. *Arbeitszeit*

Elektronische Zigarette

s. *Tabak*

Elektronischer Aufenthaltstitel

s. *Aufenthaltsrecht*

Elektronischer Datenaustausch

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsidien

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsidien im Zuge der Polizeistrukturreform

Antr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4872

Elektronischer Geschäftsverkehr

s. *Elektronischer Handel*

Elektronischer Handel

s.a. *E-Government*

s.a. *Telekommunikation*

Online-Shopping

Entwicklung des Einkaufens über das Internet seit 2001 differenziert nach Bevölkerungs- und Altersgruppen; Einschätzung der weiteren Entwicklung und evtl Gefährdung funktionierender Einzelhandelsstrukturen; Maßnahmen zur Information und zum Schutz der Verbraucher, insbes der älteren Nutzer

Antr Paul Locherer u.a. CDU 04.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/638

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 41 42

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

E-Commerce-Verbraucherschutz durch Online-Schlichtungen

Förderung der Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten durch einen Online-Schlichter; Kooperationspartner des beim Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz in Kehl angesiedelten Internetportals online-schlichter.de; Anzahl und inhaltliche Schwerpunkte der Schlichtungsanträge in den vergangenen fünf Jahren; Anteil der außergerichtlichen Streitbeilegungen; durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Schlichtungsverfahren; Entlastungs- und Einspareffekte für die Justiz des Landes BW

KlAnfr

s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

Drs 15/6091

Verkaufsfläche und E-Commerce-Umsatz im Einzelhandel in BW

Lage und Zukunft des Einzelhandels aufgrund des Strukturwandels, insbes Zahlen zu Verkaufsfläche des stationären Handels, Umsätze im E-Commerce-Bereich

KlAnfr

s. *Einzelhandel*

Drs 15/6454

Digitale Einkaufsstadt BW

Maßnahmen zur Verbesserung der Innenstadtentwicklung im Hinblick auf die Einkaufsstandorte, insbes Beratungsangebote und Fördermittel des Landes; Ausschreibung eines Modellprojekts zur Entwicklung von Strategien hinsichtlich digitaler Innovationen im Handel

Antr

s. *Stadtzentrum*

Drs 15/7608

Elektronischer Hausarrest

s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*

Elektronisches Buch

s. *Elektronische Publikation*

Elektronisches Grundbuch

s. *Grundbuch*

Elektronisches Informationssystem

s. *Informationssystem*

Elektronisches Lernen

s. *E-Learning*

Elektronisches Publizieren

s. *Elektronische Publikation*

Elektronisches Wahlsystem

s. *Elektronische Wahl*

Elektrorad

s. *Elektrofahrrad*

Elektroschrott

s. *Elektronikschrott*

Elektrosmog

s. *Strahlung*

Elektrotechnik

Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Ausbildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr

s. *Berufsfachschule*

Drs 15/4140

Elementarbildung

s.a. *Kindertagespflege*

s.a. *Kindertagesstätte*

s.a. *Kleinkind*

Zukunft der Bildungshäuser

Frage nach einer Bestandsgarantie für die knapp 200 Bildungshäuser in BW; Rolle der Bildungshäuser in der regionalen Schulentwicklung; künftige Förderung der Bildungshäuser und ihres erzieherischen Ansatzes

KlAnfr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/3470

„Singen - Bewegen - Sprechen“

Entwicklung des Landesförderprogramms „Singen - Bewegen - Sprechen“ als Instrument der frühkindlichen Förderung, insbes Zahl der Kooperation und der erreichten Kinder; Auswirkungen und Vergleich zu anderen Programmen der Sprachförderung; Ausweitung der Kooperation mit Musikschulen und Laienmusik bei „Singen - Bewegen - Sprechen“ auch für Grundschulen

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/3791

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Einrichtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die

Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/4098

Studium der Elementaren Musikpädagogik

Musikalische Früherziehung als Angebot an alle Kinder; Studium der Elementaren Musikpädagogik, Studienangebote an den Hochschulen, Anzahl der Studienbewerber, Studierenden und Absolventen in den letzten fünf Jahren; eine Ausbildung in Elementarer Musikpädagogik voraussetzende Berufsfelder; voraussichtlicher Bedarf an Absolventen in den verschiedenen Berufsfeldern, insbes im Bereich der musikalischen Früherziehung in Kindertagesstätten und Musikschulen

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/4245

Dyskalkulie und ihre Prävention im Vorschul- und Schulalter

Förderung der mathematischen Bildung und der Sprachentwicklung durch das Projekt „Zahlenland“; Beteiligung der Kindertagesstätten und Grundschulen an diesem Projekt; Projektförderung; sonstige Projekte zur Förderung mathematischer Bildung im Vorschul- und Schulalter; Beratungs- und Unterstützungsangebote für solche Projekte; Stärkung der Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen bei der Prävention von Rechenschwäche

Antr

s. *Dyskalkulie*

Drs 15/4677

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms; Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/5462

„Singen - Bewegen - Sprechen“

Adressaten des Programms; Erweiterung des bisherigen Personenkreises; Qualitätssicherung durch qualifiziertes Personal; Kooperation mit den Grundschulen

KlAnfr Stefan Teufel CDU 15.10.2014 und Antw KM Drs 15/5881

„Bildungshaus 3-10“: Wie geht es weiter?

Nachfrage nach den „Bildungshäusern 3-10“; Erfahrungen mit dem Modellprojekt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport BW; Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung; Frage der Fortführung des Projekts; Einführung einer Zertifizierung der bestehenden Bildungshäuser

KlAnfr Stefan Teufel CDU 16.10.2014 und Antw KM Drs 15/5899

Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“

Sachstand zur Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“, insbes wissenschaftliche Ergebnisse, Erfahrungen beteilig-

ter Kindergärten und Grundschulen, Maßnahmen zur Fortführung und Ausbau des Modellprojekts

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/6426

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Elementarpädagogik

s. *Pädagogik*

ELER

s. *Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums*

E-Lernen

s. *E-Learning*

Elftes Buch Sozialgesetzbuch

s. *Sozialgesetzbuch XI*

Ellwangen (Jagst)

Erledigungsstau an Amtsgerichten in BW

Erledigungsstau und Nichteinhaltung von Verfahrensterminen an Amtsgerichten in BW, insbes an den Amtsgerichten der Landgerichtsbezirke Ellwangen und Heilbronn

MdlAnfr
s. *Amtsgericht*
Drs 15/5396

Was hat das Land bei der Flüchtlingsunterbringung zu verbergen?

Hintergründe zur zunächst geplanten Aussperrung der Presse iR eines Besuchs der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Ellwangen am 15. Juli 2015, insbes generellen Erwägungen, rechtliche Grundlage

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7225

Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher

Sachstand zur Auslegung und tatsächlichen Belegung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher, insbes Auswirkungen der massiven Überbelegungen, Gewährleistung des Brandschutzes

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7581

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauferklinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäusern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7685

ELR

s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*

Elsass

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6883

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung von Ausbildungsplätzen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKkreis Rastatt), insbes schulische Vorbildung der Auszubildenden, Anteil der weiblichen Auszubildenden sowie der aus dem Elsass stammenden Jugendlichen

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/7290

Elterliche Sorge

Entwicklung der Interventionen durch das Jugendamt bei Familien mit Migrationshintergrund

Entwicklung der Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durch Jugendämter seit 2001, Dauer der Inobhutnahmen, Anteil der nicht zu den ursprünglich Sorgeberechtigten zurückkehrenden Betroffenen, Ursachen der hohen Zahl von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit; Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter, Gewinnung von Migranten für die bei den Jugendämtern vertretenen Berufsbilder

Antr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 15/385

Keine Hindernisse für die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung

Statistische Angaben zur Elternschaft geistig behinderter Menschen und zur Art ihrer Unterstützung; Einfluss einer gezielten

Unterstützung bei der Alltagsbewältigung; rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Elternschaft geistig Behinderter; Betreuung des Kindes durch eine Pflegefamilie oder Freigabe zur Adoption; Entziehung des Sorgerechts; Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Elternassistenz; Unterstützung der Elternschaft bei Personen mit anderen Arten von Behinderung

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/3936

Elterliches Sorgerecht

s. *Elterliche Sorge*

Eltern

s.a. *Alleinerziehender*
s.a. *Elterliche Sorge*
s.a. *Elterngeld*
s.a. *Elternzeit*
s.a. *Familie*
s.a. *Kind*
s.a. *Mutter*

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/85

Zukünftige Ausgestaltung der Grundschulempfehlung

Ersetzung der Grundschulempfehlung für eine weiterführende Schulart durch eine qualifizierte Elternberatung? Festhalten an einer förmlichen Grundschulempfehlung auch nach Abschaffung ihrer Verbindlichkeit

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/158

Die Zukunft der Grundschulempfehlung in BW: Mit qualifizierter Beratung die Elternrechte stärken sowie den frühen und überzogenen Leistungsdruck auf Mädchen und Jungen reduzieren

Aktuelle Debatte
s. *Schullaufbahneempfehlung*
PIPr 15/9 S. 291

Ungewisse Rahmenbedingungen für die unverbindliche Grundschulempfehlung zum kommenden Schuljahr

Folgewirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, einbezogene Fächer und Kompetenzen des einzelnen Schülers in die künftige Empfehlung; Entwicklung eines Leitfadens und einer Fortbildungskonzeption für die Lehrkräfte für das Beratungsgespräch mit den Eltern; Umgang mit einem von der verbindlichen Grundschulempfehlung abweichenden Elternwillen zum Schuljahr 2011/12

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/382

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/575

Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE im LKkreis Schwäbisch Hall

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine und Hilfen in besonderen Lebenssituationen von jungen Eltern seit 2009, Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel

KlAnfr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/786

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Ersetzung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Elternberatung

GesEntw
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/823

Ganztagsbildung und -betreuung im LKkreis Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/898

Das Konzept der „Unverbindlichen Grundschulempfehlung“ bleibt unklar

Zeitplan der Einführung, organisatorische Ausgestaltung und Zielgenauigkeit des Qualifizierungskonzepts für die Grundschullehrkräfte zur Vorbereitung auf das ausschließlich beratende Elterngespräch

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/1167

Förderung von Elternkompetenzen - Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine, der Beratungs- und Unterstützungsangebote von Familien in besonderen Lebenssituationen seit 2008; Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel; Auflistung der besonders und der weniger nachgefragten Angebote; Umsetzung einer vom Sonderausschuss Amoklauf in Winnenden erarbeiteten Konzeption zur flächendeckenden Einführung eines Fortbildungsangebots für Eltern mit Kindern in typischen Umbruchphasen; Frage nach geplanten Programmänderungen

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/1533

Keine Hindernisse für die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung

Statistische Angaben zur Elternschaft geistig behinderter Menschen und zur Art ihrer Unterstützung; Einfluss einer gezielten Unterstützung bei der Alltagsbewältigung; rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Elternschaft geistig Behinderter; Betreuung des Kindes durch eine Pflegefamilie oder Freigabe

zur Adoption; Entziehung des Sorgerechts; Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Elternassistenz; Unterstützung der Elternschaft bei Personen mit anderen Arten von Behinderung

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/3936

Grundschullehrern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4271

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4272

Berücksichtigung der Elternwünsche bei der inklusiven Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1019-1024

Eltern- und Familienbildung

Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE

Evaluationsergebnisse und geplante Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE; Bewertung und Fortsetzung des Gutscheinvfahrens

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/3498

Elternbeiratsverordnung

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung der §§ 14 und 26 der Elternbeiratsverordnung in der Fassung vom 16. Juli 1985

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Elternbildung

s. *Eltern- und Familienbildung*

Elterngeld

s.a. *Betreuungsgeld*

Zukunft des Landeserziehungsgelds

Festhalten an der Umwidmung o.g. Mittel für Eltern, bei denen das Elterngeld auf die ALG-II-Unterstützung angerechnet wird, sowie für den Ausbau der Kleinkindbetreuung? Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/787

Erhaltung des Landeserziehungsgelds nach dem Bezug von Elterngeld; Kritik am Ausschluss der Hartz-IV-Empfänger vom Elterngeld

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 323-328

Weiterentwicklung der Elterngeldregelung

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531

Elternrecht

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Elternvertretung

Ist die politische Neutralität des Landeselternbeirats noch gewährleistet?

Stellenwert der parteipolitischen Neutralität von Beratungsgremien des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport; Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft im Vorstand des Landeselternbeirats BW mit einem Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag; Zulässigkeit der ehrenamtlichen Betätigung der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken als stellvertretende Vorsitzende des Landeselternbeirats

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4114

LReg und Bundeswehr - noch immer keine Klarheit

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land BW; Haltung der LReg gegenüber der Kooperation; „bewährte Kooperation“ oder „Weiterentwicklung“ der Kooperationsvereinbarung; Ergebnisse der seit 2013 mit Vertretern der Bundeswehr geführten Gespräche; Beschluss „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Ende 2012; Artikel „Kein Werben für's Sterben“ in der Zeitschrift des Landeselternbeirats; schulrechtliche Bewertung des Musterantrags „Antrag auf Freistellung vom Unterricht durch Bundeswehr-Vertreter“ von terre

des hommes

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/4790

Elternzeit

s.a. *Elterngeld*

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/257

Vereinbarkeit von Familie und Landtagsmandat in BW

Einführung von Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten für Abgeordnete; Änderung des § 75 der Geschäftsordnung des Landtags von BW

Antr
s. *Landtag, Geschäftsordnung*
Drs 15/5500

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr
s. *Teilzeitarbeit*
Drs 15/5675

Polizeivollzugsbeamte in Teil- und Vollzeit im Enzkreis

Stellenverteilung bei Polizeivollzugsbeamten in Teil- und Vollzeit im Enzkreis; Personalplanung für durch Mutterschutz oder Elternzeit ausgefallene Beschäftigte

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6644

Stand der Kinderbetreuung

Sachstand zur Kinderbetreuung im LKkreis Esslingen, insbes Angebot und Nutzung von Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, Inanspruchnahme von Elternzeit, Beschäftigte und Auszubildende in der Kinderbetreuung

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/6678

Elztalbahnhof

Mehrverkehre Elztalbahnhof und Kaiserstuhlbahn

Geplanter Beginn der Mehrverkehre auf der Elztalbahnhof sowie der westlichen und nördlichen Kaiserstuhlbahn iRd Gesamtnetzausbauprogramms „Breisgau-S-Bahn 2020“; Übernahme des Ausfallrisikos für das Projekt „Breisgau-S-Bahn 2020“ durch das Land

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3881

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im LKkreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahnhof, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahnhof (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahnhof zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6469

E-Mail

Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums

Frage nach dem Staatsministerium vorliegenden Daten und Dokumenten, die dem Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ nicht vorgelegt wurden, nach ihrer Form (z.B. Sicherungskopien) und ihrem Inhalt, und nach sonstigen im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss stehenden Daten und Dokumenten

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/2640

Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim und die Konsequenzen für den Datenschutz?

Bewertung des VGH-Urteils im Rechtsstreit des ehemaligen MinPräs Mappus mit dem Land BW im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen; Umgang mit ggf. vorhandenen, in der 14. WP gefertigten Sicherungskopien von Daten der Mitarbeiter der Ministerien; Einwände gegen den datenschutzrechtlichen Lösungsanspruch; Unterrichtung des Untersuchungsausschusses „Polizeieinsatz Schlossgarten II“ und des Parlaments über die Datenlöschung; Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5594

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr
s. *Gerichtsentscheidung*
Drs 15/5877

Regierungsbefragung

Löschung von E-Mails

PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6445 6446

Externe Prüfung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Mannheim zu den E-Mails des MinPräs a.D. Mappus

Status des Vorgangs „Umgang mit der Sicherungskopie des E-Mail-Postfachs des Ministerpräsidenten a.D. Mappus/Übergabe der E-Mails an das Landesarchiv/Löschung der E-Mails“; Begründung und Kosten für die Erstellung externer Rechtsgutachten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5942

Prüfung des Integrationsministeriums durch den Landesrechnungshof

Anzweiflung der Neutralität des Landesrechnungshofs durch Mitarbeiter des Integrationsministeriums; Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom Juni 2013; Motiv der Verfasserin sowie deren Kenntnis der Funktion und der verfassungsrechtlichen Stellung des Rechnungshofs; Höhe der dem Landeshaushalt durch die Eigenständigkeit des Ministeriums seit 2011 entstandenen Kosten

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/5953

Befassung der LReg mit den E-Mail-Konten des MinPräs a.D. Mappus und Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Vergütungsregelung für das Gutachten zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim; Kommunikation der LReg über die mittlerweile vernichteten E-Mail-Konten des Ministerpräsidenten a.D. Mappus und die Ergebnisse, insbes innerhalb der LReg, mit Angehörigen der Fraktionen GRÜNE und SPD sowie mit Organisationen und Privatpersonen; Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, insbes im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen aus dem Landtag

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/6428

Existenzielle Kritik des Landesrechnungshofs am Bestehen des Integrationsministeriums

Sachstand zum Umgang der LReg mit der Kritik des Landesrechnungshofs an Existenz und Arbeit des Integrationsministeriums, insbes Rücknahme rechtswidriger Förderbescheide, Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom 5. Juni 2013

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/7584

Embryonale Stammzelle

s. *Stammzelle*

Emigration

s. *Auswanderung*

Emission

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen in BW

Umsetzung der neuen Industrieemissions-Richtlinie in BW, insbes neue Aufgaben für Regierungspräsidien und untere Verwaltungsbehörden im Bereich der Gewerbeaufsicht, sachgerechte Regelung der landesrechtlichen Zuständigkeiten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/3162

Lärm- und Erschütterungsschutz für Leinfelden-Echterdingen

Umgang mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Erschütterung aufgrund der Nutzung der S-Bahn-Gleise zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen durch die Gäubahn; Schutzmaßnahmen; Vorschläge und Finanzierung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3204

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafenstraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr
s. *Brand*
Drs 15/3744

Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen

Planungen zur Verlagerung von Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen am Hohentwiel durch das Kinzig- und Gutachtal und daraus resultierende künftige Belastungen

MdlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/3731

Elektromobilität im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Erprobung von Elektrobussen im ÖPNV; Mehrkosten im Vergleich zum konventionellen Dieselbetrieb; Vorteile elektrischer Antriebe bei der Energiebilanz und den Emissionen; Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/6459

Infraschall bei Windenergieanlagen

Sachstand zu Tierverendungen durch Infraschall bei Windenergieanlagen, insbes aktuelle Diskussion in Dänemark und Konsequenzen für den Windkraftausbau

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7151

Emissionshandel*Der EU-Emissionshandel und die Energiewende in BW*

Beurteilung des o.g. Systems zur Emissionsreduzierung in Phase II und künftig in Phase III, Entwicklung der Preise für die Zertifikate, Bewertung der Abschaffung der nationalen Allokationspläne in Phase III und der neuen Vorgabe einer EU-weiten Gesamobergrenze für CO₂-Emissionen, Erwartung einer starken Freisetzung von kostengünstigen Zertifikaten durch den Ausbau der regenerativen Energien und Energieeinsparung hierzulande; Hinwirkung auf EU- und Bundesebene auf eine Verringerung der Zahl von Emissionshandelszertifikaten

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2101

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 49 50

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Umweltschutz durch Emissionshandel für Privatpersonen und die öffentliche Hand

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten, Übertragbarkeit des hessischen Projekts „Emissionshandel durch Schornsteinfeger für energetische Verbesserungen in Anlagentechnik und Gebäudehülle“, Sammlung der Verkaufsrechte für eingespartes Kohlendioxid von privaten und öffentlichen Gebäudeeigentümern in einem Pool bei der L-Bank oder LBBW?

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2214

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 57 58

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4756

Überlegungen zur Einbeziehung des Straßenverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem

Sachstand zu Überlegungen über die Einbeziehung des Straßenverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem, insbes Rahmenbedingungen, Konsequenzen einer Umsetzung, Position der LReg

Antr
s. *Straßenverkehr*

Drs 15/6864

Deckelung der Emissionen innerhalb der EU durch den Emissionshandel

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1057

Verfall der Zertifikatspreise beim Emissionshandel

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1344

Emissionsprospekt

s. *Wertpapierprospekt*

Emissionszertifikat

s. *Emissionshandel*

Emmendingen*Deutsches Tagebucharchiv (DTA) in Emmendingen*

Bedeutung und Arbeit des Deutschen Tagebucharchivs in Emmendingen insbes personelle und finanzielle Ausstattung, Landesförderung, Kooperationen

Antr
s. *Archiv*
Drs 15/6412

Situation des zentralen Grundbuchamts Emmendingen

Sachstand zur Situation des zentralen Grundbuchamts Emmendingen, insbes Höhe der Bearbeitungsrückstände, Beschäftigtenzahl, Zahl der Dienstaufsichtsbeschwerden; Entlastung des zentralen Grundbuchamts durch Stopp bzw Verlangsamung der Eingliederung anderer Grundbuchämter

KlAnfr
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/6905

Emmendingen, Landkreis*Ortsumfahrung Winden B 294 und Straßenbau im LKkreis Emmendingen*

Priorität und Realisierungschancen des o.g. Projekts und von weiteren anstehenden Modernisierungs-, Aus- und Neubauvorhaben im LKkreis Emmendingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/140

Ortsumfahrung B 294 Winden

Priorität, Baubeginn und Fertigstellung des o.g. Projekts und von weiteren Ortsumfahrungen im Wahlkreis Emmendingen; Frage nach Mittelfreigaben für die Bahn zur Realisierung von zwei Eisenbahnüberführungen im Bereich der Ortsumfahrung Winden

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/895

Situation der Polizei im LKkreis Emmendingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Bereich der Polizeidirektion Emmendingen seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKkreis Emmendingen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1236

Medizinische Versorgung im LKkreis Emmendingen

Darstellung der Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich mit den Kreisen Freiburg-Stadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Ortenau; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1245

Landeserziehungsgeld

Zahl der Bezieher von Landeserziehungsgeld im LKreis Emmendingen in den letzten fünf Jahren; Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/1299

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Emmendingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1991

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Emmendingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2046

Förderung nach dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) im LKreis Emmendingen

Umfang und Schwerpunkte der Förderung von privaten und öffentlichen Projekten nach dem ELR seit 2007, Entwicklung der Ansätze im Landeshaushalt in diesem Zeitraum

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/2139

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3049

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Emmendingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4274

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für den LKreis Emmendingen und dessen Kommunen, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5518

Bearbeitungsrückstände in zentralen Grundbuchämtern

Stand der Umsetzung der Reform des Grundbuchwesens; Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen; Beseitigung der Bearbeitungsrückstände in den zentralen Grundbuchämtern des Landes

KlAnfr
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/5927

Entwicklung der Ganztagschulen im LKreis Emmendingen

Ganztagsschulangebote an öffentlichen Schulen im LKreis Emmendingen; Zahl der davon profitierenden Schüler; Ausgestaltung des Ganztagsangebots an den verschiedenen Schularten; Nutzung des Instruments der Kapitalisierung von Lehrerwochenstunden für die Kooperation mit außerschulischen Partnern; Förderung der Hortbetreuung an Grundschulen; Integration kommunaler Betreuungsangebote in den Ganztagsschulbetrieb von Grundschulen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/6331

U3-Betreuung im LKreis Emmendingen

Daten und Entwicklung zum Stand der Betreuungssituation für Unter-Dreijährige im LKreis Emmendingen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/6332

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im LKreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahn, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahn (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahn zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6469

Situation der Realschulen im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Situation der Realschulen im LKreis Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/6795

Breitbandversorgung im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Entwicklung der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden des Landkreises Emmendingen, insbes Nutzung von Fördermitteln aus Landesprogrammen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/7129

Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Emmendingen, insbes Zahlen und Herkunft, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7191

Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im Landkreis Emmendingen

Sachstand zur Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im LKreis Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Lehrerversorgung, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/7292

„PartyPass“ in BW

Bisherige Erfahrungen mit dem „PartyPass“ für minderjährige Partygänger; Erhöhung seines Bekanntheitsgrads im Land; Unterstützung von Angeboten zur Alkoholprävention

KlAnfr
s. *Ausweis*
Drs 15/7641

Flüchtlingssituation im LKreis Emmendingen

Sachstand zu Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen, insbes Herkunftsstatistik, Anerkennungsquote, Zahlenentwicklung, Rückführungen, Anzeigen und Ermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7866

E-Mobilität

s. *Elektromobilität*

Empfängnisverhütung

Verschreibungspflicht der „Pille danach“

Wirkungsweise von postkoitalen Kontrazeptiva (Pille danach), insbes auf der Basis von Levonorgestrel in Unterscheidung zum Wirkstoff Ulipristal; Einordnung durch den Deutschen Ethikrat; Zahl der Verordnungen für Levonorgestrel in BW; Bewertung der Empfehlung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Aufhebung der Verschreibungspflicht für Levonorgestrel sowie deren Nichtbeachtung durch den Bund; Erfahrungen aus anderen EU-Staaten und der Schweiz; Beratung durch Apotheker bei rezeptfreier Abgabe; Erschwerung des Zugangs zu diesem Notfallkontrazeptivum durch Ärzte bzw Apotheker aufgrund einer konservativen Sexualmoral; Werbung unter den Bundesländern zur Aufhebung der Rezeptpflicht und Einbringung einer Bundesratsinitiative

Antr
s. *Verhütungsmittel*
Drs 15/2857

Empfehlung der EG

s. *Empfehlung der EU*

Empfehlung der EU

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Ratsempfehlung zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3914

Einsparungen für BW durch europäischen Bürokratieabbau

Erstellung und Umsetzung des Abschlussberichts über Maßnahmen des Abbaus von Bürokratie in der Europäischen Union, insbes Einbeziehung Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer bei der Berichterstellung, Schlussfolgerungen für die Landesgesetzgebung und die Verwaltung in BW, Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Folgenabschätzung der Gesetzgebung und zur Überprüfung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, Ausnahme von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Kleinstunternehmen von (EU-)Auflagen

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 15/5992

Empirische Bildungsforschung

s. *Bildungsforschung*

EnBW

s.a. *Energiewirtschaft*

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen

Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO;

ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/411

Konsequenzen aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs zum Verfassungsbruch beim EnBW-Rückkauf durch die frühere Landesregierung

Aktuelle Debatte
s. *Landesverfassung*
PIPr 15/14 S. 548

EnBW fit für die Zukunft machen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684-699

Prüfung des Ankaufs von EnBW-Anteilen durch das Land BW hinsichtlich der Grundlagen für die Bewertung der Anteile vor dem Kauf

Einholung einer gutachtlichen Stellungnahme des RH nach § 88 Abs 3 LHO, Prüfung der Durchführung eines ordnungsgemäßen und wirtschaftlich fundierten Bewertungsverfahrens vor dem Ankauf der EnBW-Anteile von der EdF

DringlAntr GRÜNE und SPD 09.11.2011 Drs 15/852 (erledigt s.a. Fußnote)

Regierungsbefragung

Haltung der LReg zur Energie BW AG
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 918-924

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufarbeitung der Umstände um den Kaufvertrag vom 06.12.2010, in welchem die Neckarpri GmbH 45,01 Prozent der Aktien der Energie BW AG (EnBW) erworben hat, und Aufarbeitung der Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung der EnBW (EnBW-Untersuchungsausschuss)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1015

Einsetzung eines UA zum Thema „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land BW und seine Folgen (EnBW-Deal)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1018

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1186

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Hinwirkung auf einen beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, der Stromnetze und Speichermöglichkeiten, u.a. durch beschleunigte Planverfahren

Antr CDU 15.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1263
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1876-1885

Einführung eines Studiengangs „Energemarktmanagement“

Einrichtung des o.g. Forschungsgebiets und eines neuen Studiengangangebots, Verknüpfung mit vorhandenen energiewirtschaftlichen und -technischen Studiengängen, Kooperation mit Stadtwerken, der EnBW u.a. EVU

Antr CDU 13.03.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1429
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 36-38
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

ICC-Klage der LReg - Schaden für das Land und die EnBW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2132-2151

Grün-roter Kurzschluss bei der EnBW - Einflussnahme auf das operative Geschäft?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2265-2276

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr FDP/DVP 17.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2108
Ergänzende Stellungnahme MFW 29.08.2012 Drs 15/2280

Sicherung der Ansprüche des Landes im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Landesanteile von der Électricité de France

Unterstützung der ICC-Klage und sämtlicher Schritte zur Sicherung o.g. Ansprüche

Antr GRÜNE und SPD 20.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2136
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 11
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
Mittlg LReg 17.12.2013 Drs 15/4510
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4709
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529

Verzicht der EnBW auf Verfassungsbeschwerde

Frage nach einer Einflussnahme des Aufsichtsrats oder des MinPräs auf die Entscheidung des EnBW-Vorstands gegen eine Ver-

fassungsbeschwerde gegen die 13. Atomgesetz-Novelle beim BVerfG mit der Begründung mangelnder Grundrechtsfähigkeit, Beurteilung der juristischen Einschätzung und der Erfolgsaussichten von Entschädigungszahlungen aufgrund einer eigenen Verfassungsbeschwerde oder aufgrund eines Erfolgs der klagenden Konkurrenten

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 07.08.2012 und Stellungnahme StM und MFW Drs 15/2200

Ergänzende Stellungnahme StM 03.12.2012 Drs 15/2776

Sachstand des Schiedsverfahrens der LReg vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC)

Frage nach der Bildung eines Schiedsgerichts, den Namen der Schiedsrichter sowie dem Inhalt des Schiedsauftrags; Gründe für die Absenkung der ursprünglichen Forderung gegenüber der EdF; Risiko einer Abtretung der EnBW-Anteile an die EdF oder an einen Dritten infolge des Schiedsspruchs; Kaufoption von EnBW-Aktien für die OEW

Antr CDU 13.09.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2309

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 15-22

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Kosten des ICC-Schiedsverfahrens

Bisherige Ausgaben im o.g. Schiedsverfahren insbes für Rechtsanwälte, Gutachter, Übersetzungen, Dolmetscher und Gerichtsgebühren; durch den Personaleinsatz in den Ministerien und die Anreise zum Verfahrensauftritt in Paris am 6. September 2012 entstandene Kosten; im Verlauf des Verfahrens zu erwartende weitere Kosten

Antr

s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Drs 15/2355

Kenntnis der LReg über tarifpolitische Überlegungen der Energie BW AG (EnBW)

Beurteilung der geplanten Auslagerung von Geschäftsfeldern in tariffreie Zonen im Zuge eines Sparprogramms, Vereinbarkeit mit dem postulierten „Musterland für gute Arbeit mit gerechter Entlohnung“ und dem Tariftrueugesetz, Positionierung der LReg als maßgeblicher Großaktionär der EnBW? Bewertung von entsprechenden Personalverlagerungen aus den Universitätskliniken

KlAnfr

s. *Tarifvertrag*

Drs 15/2428

Umgang von Aufsichtsrat und Betriebsprüfung mit Anhaltspunkten auf (Steuer-)Straftaten

Umgang des Aufsichtsrats der EnBW und der Finanzverwaltung mit den Geschäften der EnBW im Rahmen eines Anfangsverdachts wegen Untreue und Steuerhinterziehung

Antr FDP/DVP 13.12.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2802

Ergänzende Stellungnahme MFW 12.04.2013 Drs 15/4695

Bilanzierung und Bewertung des von der Neckarpri GmbH gehaltenen EnBW-Anteils

Veröffentlichung des Bilanzabschlusses der Neckarpri GmbH; Wertgutachten zu den EnBW-Anteilen; ICC-Schiedsklage gegen die Electricite de France SA (EdF)

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 17.12.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2814

Jahresabschluss der Neckarpri GmbH

Überschreitung der gesetzlichen Aufstellungsfrist für Jahresabschluss und Lagebericht der Neckarpri GmbH zum Ende des Geschäftsjahres 2010/2011; Bewertung der Beteiligung der Neckarpri GmbH an der EnBW AG durch den Abschlussprüfer KPMG; Kenntnisnahme von Landesbediensteten und Mitgliedern der LReg vom von KPMG ermittelten Wert der EnBW-Beteiligung; Durchführung von Werthaltigkeitstest und Impairmenttest und der daraus abgeleitete unterschiedliche Abwertungsbedarf

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 02.01.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/2845

Wahl von Mitgliedern und der/des Vorsitzenden im UA „EnBW-Deal“

s. *Untersuchungsausschuss*

PIPr 15/60 S. 3586

Zwischenlagerung der am Standort Obrigheim befindlichen abgebrannten Brennelemente im Zwischenlager Neckarwestheim

Bewertung der Ankündigung der EnBW zur Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im vorhandenen Zwischenlager am Standort Neckarwestheim, insbes rechtliche Situation, Einschätzungen aus dem Raum Neckarwestheim, konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, Umgang mit möglichem Widerstand aus der Bevölkerung für notwendige Castor-Transporte; Überlegungen zur Errichtung eines neuen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort Obrigheim und mögliche Alternativstandorte

Antr

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/3418

Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ansprüche der Betreiber

Aktuelle Situation der geplanten Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ersatzforderungen der Anteilseigner, insbes diesbezügliche Kontakte der LReg zu offiziellen Stellen auf französischer Seite, der Électricité de France oder der EnBW

Antr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 15/3695

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmehereitschaft der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/4144

Sachstand der ICC-Schiedsklage

Weitere Verhandlungstermine im Schiedsverfahren des Landes BW gegen die Électricité de France (EDF) vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC-Schiedskammer); Ersuchen an den EnBW-Untersuchungsausschuss zur Nutzung der Protokolle über Zeugenaussagen in öffentlichen Sitzungen

Antr

s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Drs 15/4148

EnBW-Deal: Zuerst Verfassungsbruch der CDU-Regierung und nun 780 Millionen Euro zu viel. Schaden für das Land jetzt gemeinsam abwenden!

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5031-5041

Gleichmäßige Information des Ltg zur ICC-Schiedsklage

Informationspolitik zum Stand der Klage Baden-Württembergs gegen die Électricité de France (EDF) vor dem Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris („ICC-Schiedsklage“), insbes gleichmäßige und sachgerechte Zugänglichmachung der Informationen an die Mitglieder des Landtags

Antr Alexander Throm u.a. CDU 27.02.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4866

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten der Windenergiebranche

Nachrangdarlehen für Windkraftanlagen des EnBW-Tochterunternehmens Wind Onshor I als Geldanlage; Rechte, Pflichten und Risiken für den Darlehensgeber; Haftung der EnBW AG sowie des Landes BW bei einer Insolvenz des EnBW-Tochterunternehmens

KlAnfr
s. *Kapital*
Drs 15/5971

Schiedsklage des Landes BW gegen die Eléctricité de France (EdF) wegen des Ankaufs von Anteilen an der EnBW Energie BW AG (EnBW AG) im Jahr 2010

Bisherige Sitzungstermine des Schiedsgerichts bei der Internationalen Handelskammer; Datum der Übergabe des Schiedsauftrags an den Schiedsgerichtshof; Inhalt des Verfahrenskalenders; Überschreitung der Frist für den Erlass des Endschiedsspruchs; Refinanzierung der von der Neckarpri GmbH bzw der Neckarpri Beteiligungsgesellschaft mbH erworbenen EnBW-Anteile; Änderungen gegenüber der ursprünglichen vorgesehenen Refinanzierung; langfristige Sicherung günstiger Refinanzierungskonditionen

KlAnfr
s. *Schiedsrichterliches Verfahren*
Drs 15/6353

Kein Platz für Castoren? Weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit der durch die LReg angebotenen Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW

Aufnahme der Castor-Behälter in den Bundesländern; Fortschritte bei der Schaffung neuer zentraler Zwischenlager; Anwendung des Verursacherprinzips bei der Rücknahme radioaktiven Abfalls; Kosten der Umrüstung bestehender Zwischenlager; Kostenübernahme durch die EnBW

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6443

Schiedsklage gegen die Électricité de France (EDF)

Sachstand zur Aufrechterhaltung der Schiedsklage gegen den französischen Energieversorger Électricité de France, insbes Höhe der Verfahrenskosten

KlAnfr
s. *Schiedsrichterliches Verfahren*
Drs 15/6636

Umgang mit Kundendaten bei der EnBW

Sachstand zu Datenschutzverstößen der EnBW bei Aufzeichnung und Auswertung von telefonischen Kundengesprächen, insbes Auswertungskriterien, Softwarenutzung, Verantwortung des Landes als Hauptaktionär

Antr
s. *Datenschutz*
Drs 15/6826

Stellenausschreibung bei der EnBW Energie BW AG

Hintergründe zur aktuellen Stellenausschreibung der EnBW Energie BW AG „Senior Referent (w/m) Politik & Wirtschaft“ mit dem Anforderungskriterium „Parteimitgliedschaft vorzugsweise bei der SPD“

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 24.06.2015 und Antw MFW Drs 15/7059

EnBW-Schiedsklage; Auswirkungen des „Kohle-Kompromisses“ der Bundesregierung auf den bilanziellen Wert der EnBW und andere

Bewertung der Ergebnisse des „Kohle-Kompromisses“; Auswirkungen auf den Unternehmenswert der EnBW auf die EnBW-Schiedsklage; von der finanziellen Entschädigung begünstigte Kraftwerke

Antr Claus Paal u.a. CDU 22.07.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7205

EnBW-Schiedsklage; aktueller Sachstand

Sachstand des Verfahrens vor der ICC-Schiedskammer zur EnBW-Schiedsklage, insbes Verhandlungstermine, angefallene Kosten

Antr Claus Paal u.a. CDU 22.07.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7207

Kapitalaufstockung der Juwi AG durch die MVV Energie AG

Sachstand zum Einstieg und zur Kapitalerhöhung der MVV Energie AG bei der Juwi AG, insbes Rolle der mehrheitlich in Besitz des Landes befindlichen EnBW AG als zweitgrößter Anteilseignerin der MVV Energie AG

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/7414

Rechte und Pflichten des Landes als Anteilseigner der EnBW Energie BW AG

Mittlg RH 29.09.2015 Drs 15/7400 (20 S.)

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8235

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7807 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Mittlg LReg 07.06.2016 Drs 16/69

Verweisung auf die Haushaltsrisiken durch den kreditfinanzierten Kauf der EnBW-Anteile von der EdF

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 122 124 128 132 138 139

Verweisung auf die offenen Risiken aus dem kreditfinanzierten Kauf der EnBW-Anteile von der EdF

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374 388

Rückerwerb der EnBW-Aktien von der EdF, Inanspruchnahme des Notbewilligungsrechts nach der Landesverfassung durch den damaligen Finanzminister; Bewertung als Verfassungsbruch durch den Staatsgerichtshof; Bereitstellung der notwendigen Kapitalerhöhung für die EnBW

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 547-558

Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Umsetzung der Energiewende, Unterstützung einer Kapitalerhöhung bei der EnBW, Kritik am Umgang mit dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW, angestrebte Anteile der einzelnen Energieträger am Energiemix der Zukunft; Aufarbeitung des Rückkaufs der EnBW-Anteile von der EdF durch einen Untersuchungsausschuss

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042-1059 1067-1078

Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Umsetzung der Energiewende, insbes zur Förderung der erneuerbaren Energien und Entwicklung neuer Formen der Energiespeicherung; Finanzierung einer Kapitalerhöhung bei der EnBW über die Neckarpri; Aufarbeitung des Rückkaufs der EnBW-Anteile von der EdF durch einen Untersuchungsausschuss

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1107-1109 1111 1114 1123 1126 1127 1132 1133 1136 1139 1143-1147

Konzepte zur Umsetzung der Energiewende, Unterstützung der Kapitalerhöhung bei der EnBW

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1191 1200 1201 1203 1204 1210-1212 1214-1216

Zustimmung zur Kapitalerhöhung bei der EnBW, Kritik an der Verknüpfung mit der Nichtverlängerung des Vertrags mit dem Vorstandsvorsitzenden; Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Umsetzung der Energiewende; Aufarbeitung des Rückkaufs der EnBW-Anteile von der EdF durch einen Untersuchungsausschuss

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423 1425 1426 1440 1442 1444 1448 1451 1452

Verweisung auf die Nachfolgeregelung im Vorstandsvorsitz und die Kapitalerhöhung der EnBW; Engagement der Energiewirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1935 1939 1944 1945 1947 1952

Umgang der neuen LReg mit der EnBW, Verknüpfung der Kapitalerhöhung mit der Nichtverlängerung des Vertrags mit dem Vorstandsvorsitzenden, Verunsicherung der Mitarbeiter mit der ICC-Schiedsgerichtsklage und einer dadurch möglichen Rückabwicklung des Aktienrückkaufs

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2265-2276

Endlager (Kerntechnik)

s. Endlagerung radioaktiver Abfälle

Endlagersuchgesetz

s. Standortauswahlgesetz

Endlagerung radioaktiver Abfälle

s.a. Nukleare Entsorgung

s.a. Standortauswahlgesetz

s.a. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle

Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle

Bindung der Entscheidung über eine Erkundung geeigneter Gebiete bzw Standorte in BW an einen Bürgerentscheid? Eintreten für den Abschluss der Verfahren zur Endlagerstätte Gorleben und einen störungsfreien Verlauf der Transporte und Einlagerungen in Gorleben

KIAnfr Karl Rombach CDU 11.05.2011 und Antw UM Drs 15/9

Standortsuche für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in BW

Wissenschaftliche Kriterien, Rechtsgrundlagen, geeignete geologische Formationen und Standorte für eine sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen; Zeitbedarf für die Suche nach einem Endlagerstandort bei einem Verzicht auf die Endlagerstätte Gorleben, Konsequenzen für die Zwischenlagerung von Brennelementen in BW; Eintreten für eine abschließende Prüfung der Eignung des Salzstocks in Gorleben

Antr FDP/DVP 24.05.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/23

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Rolle von hocheffizienten Gaskraftwerken sowie der erneuerbaren Energieträger Wasser, Wind, Sonne und Biomasse; Frage nach Vorschlägen zur Verbesserung der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Klimaschutzgesetzes und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr
s. Energiepolitik
Drs 15/77

Erdbebengefährdung Ernst nehmen und Erdbebensicherheit gewährleisten

Beurteilung der Erdbebengefahr in BW und der Schweiz, insbes für Chemiestandorte, Kernkraftwerke u.a. sicherheitsrelevante Anlagen, sowie für die Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle; Bedeutung und Ausstattung des Landes-erdbebendienstes im Vergleich mit Einrichtungen in Frankreich und der Schweiz

Antr
s. Erdbeben
Drs 15/295

Anerkennung deutscher Kommunen im Sinne des Sachplans geologische Tiefenlager der Schweiz

Auflistung der o.g. Kommunen bzw der als „weiter betroffen“ anerkannten Kommunen sowie der hierfür maßgeblichen Kriterien, Beurteilung des für die Betroffenheit zugestandenen Umkreises von fünf Kilometern; Unterstützung der Anerkennung der Gemeinde Gottmadingen als „weiter betroffene Kommune“

KIAnfr Hans-Peter Storz SPD 27.07.2012 und Antw UM Drs 15/2170

Endlagersuche für radioaktive Abfälle

Festhalten an einer ergebnisoffenen bundesweiten Suche nach einer Endlagerstätte; Haltung zur Standortsuche in BW nach dem Ausschluss von Gorleben als möglicher Lagerstätte für radioaktive Abfälle; Auswahl der für ein Endlager in Frage kommenden Standorte in BW

KIAnfr Karl Rombach CDU 22.02.2013 und Antw UM Drs 15/3117

Teilnahme des Landes am Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zum Endlager Bure

Stand der Planungen und Erkundungen zum geplanten französischen Atommüllendlager Bure, insbes Informationen zum Sicherheitskonzept und die Möglichkeiten einer Teilnahme von BW an dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren der Nationalen Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle (L'Agence nationale pour la gestion des déchets radioactif - ANDRA); Vernetzung und Wissensaustausch von BW mit Frankreich zur Endlagerthematik

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 04.03.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3153

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.04.2013 Drs 15/3712 S. 25

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Einigung von Bund und Ländern vom 9. April 2013 auf ein gemeinsames Vorgehen zum Erlass eines Standortauswahlgesetzes; Konsequenzen für BW

Hauptinhalt der Einigung; Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren; Zusage einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern im Zuge der Verhandlungen; rechtliche Rahmenbedingungen und Standortwahl für eine Zwischenlagerung in BW; Haltung der EnBW gegenüber der Endlagersuche und einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 15.04.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3361

Regierungsinformation zum Endlagersuchgesetz durch den Ministerpräsidenten und Aussprache

PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3963-3987

Atomendlagersuche in der Schweiz

Auswahlverfahren bei der Suche nach einem Atomendlager in der Schweiz, insbes geführte oder geplante Gespräche der LReg mit der Schweiz über ein Endlager in Grenznähe, Offenheit des Verfahrens und Beteiligung deutscher Gemeinden, Beibehaltung der Ablehnung eines Kombilagers mit der Schweiz, Eignung bestimmter grenznaher Schweizer Standorte sowie baden-württembergischer Gebiete mit Opalinuston-Formation für ein Endlager

KlAnfr Felix Schreiner CDU 29.04.2013 und Antw UM Drs 15/3432

Umgang mit zurückkommenden radioaktiven Abfällen aus Wiederaufarbeitungsanlagen: Die CDU drückt sich vor der Verantwortung ihrer jahrzehntelangen Atompolitik

Aktuelle Debatte

s. *Radioaktiver Abfall*

PIPr 15/102 S. 6087

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endla-

gerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/5375

Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz

Stand des Verfahrens zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz und Position der LReg; Auswirkungen eines grenznahen Standorts; Standortkriterien

KlAnfr Felix Schreiner CDU 04.08.2014 und Antw UM Drs 15/5591

Schwach- und mittelradioaktiver Abfall auf dem Gelände des KIT Campus Nord in Karlsruhe

Korrosion der Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall auf dem Gelände des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Campus Nord in Karlsruhe; Überprüfung der Korrosionsschäden; Beurteilung der Lagerungsbedingungen auf dem Gelände des KIT Campus Nord durch das Bundesamt für Strahlenschutz; Situation in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerkstandorten Philippsburg und Neckarwestheim; Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen

Antr

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/6163

Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz

Beurteilung einer durch das schweizerische Bundesamt für Energie (BfE) erstellten Studie über die sozioökonomisch-ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf sechs potenzielle Standortregionen in der Schweiz; Einschätzung der darin formulierten Auswirkungen auf deutsche Gemeinden; Durchführung einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung für die möglichen Standortregionen

KlAnfr Felix Schreiner u.a. CDU 12.12.2014 und Antw UM Drs 15/6265

Kein Platz für Castoren? Weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit der durch die LReg angebotenen Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW

Aufnahme der Castor-Behälter in den Bundesländern; Fortschritte bei der Schaffung neuer zentraler Zwischenlager; Anwendung des Verursacherprinzips bei der Rücknahme radioaktiven Abfalls; Kosten der Umrüstung bestehender Zwischenlager; Kostenübernahme durch die EnBW

Antr

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/6443

Fördermoratorium in potenziellen Endlagern für hochradioaktiven Abfall

Sachstand zum von führenden Mitgliedern der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages geforderten Fördermoratorium in potenziellen Endlagern für hochradioaktiven Abfall, insbes Auswirkungen auf Standorte und Regionen in BW, Einschränkungen bei der Erschließung und Förderung heimischer Rohstoffe

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 28.04.2015 und Antw UM Drs 15/6813

Atom-Endlager im Jahr 2170 - Zeichen nachhaltiger Politik oder einer Bankrotterklärung?

Bewertung der langfristigen Voraussage einer Arbeitsgruppe der Endlager-Suchkommission zur Verdoppelung der Kosten für ein atomares Endlager sowie über den Zustand eines verschlossenen Endlagerbergwerks zwischen 2095 und 2170, insbes Konsequenzen für bestehende Zwischenlager und entsorgungspflichtige Energieversorger

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 21.05.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6914

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/8019 S. 35-39

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Forderung einer Offenlegung geeigneter Gesteinsschichten und Standorte für eine Endlagerung von radioaktiven Abfällen in BW

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 67

Anstrebung einer neuen Übereinkunft von Bund und Ländern bei der Endlagersuche für radioaktive Abfälle

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1203

Erinnerung an das Engagement und Verhandlungsgeschick von Winfried Kretschmann bei der Suche nach einem atomaren Endlagerstandort

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1337

Endlagerung (Kerntechnik)

s. Endlagerung radioaktiver Abfälle

Endverbraucher

s. Verbraucher

Energieausweis

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften
Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinika); Höhe der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch; Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlagen; Anwendung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sanierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Gesamtsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamteinsparpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der Landesgebäude

Antr

s. Landeseigene Liegenschaft

Drs 15/947

Energiebedarfsausweis

s. Energieausweis

Energieberatung

s.a. Energieausweis

Förderung von örtlichen Leistungsschauen, Gewerbeausstellungen und Energiemessen

Festhalten an der bewährten Förderpraxis für die o.g. regionalen Verbrauchermessen

Antr

s. Ausstellung

Drs 15/449

Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz

Umgang mit den Vorgaben im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Zertifizierung von Energieberatern

Antr

s. Energieeinsparung

Drs 15/627

Haushalt 2012; Epl 08

Rücknahme der Mittelkürzung für die einzelbetriebliche Beratung der landwirtschaftlichen Betriebe und Energieberatung

Haushalt

s. Landwirtschaftliche Beratung

Drs 15/1108

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen

GrAnfr

s. Agrarpolitik

Drs 15/1468

Ökostrom in Behörden und Einrichtungen des Landes

Art und Umfang der Strombeschaffung für landeseigene Liegenschaften und Liegenschaften ausgegliederter Einrichtungen und Gesellschaften mit Landesbeteiligung; derzeitige und künftig mögliche Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien, jeweilige Auswirkungen auf die Klimabilanz, entsprechende Einwirkung der Klima- und Energieagenturen des Landes bei der Beratung von Kommunen

Antr

s. Elektrizität

Drs 15/1550

Doppelstrukturen bei der Energieeffizienzberatung auf der Schwäbischen Alb?

Aktionsplan „Energieeffizienz Biosphärengebiet Schwäbische Alb“; Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Münsingen durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Aufgabe des Koordinierungsbüros im Unterschied zu den bestehenden regionalen Energieagenturen in den Kreisen Esslingen, Reutlingen und Alb-Donau-Kreis; Verwendung der Fördermittel; Dienstleistung „Energiediagnose“; Beauftragung des BUND

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 10.06.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5331

Energetische Gebäudesanierung - Schlüssel für die Energiewende in BW

Situation der energetischen Gebäudesanierung in BW und Unterstützungsmöglichkeiten, insbes steuerliche Förderung und Energieberatung zu Sanierungsoptionen

Antr

s. Bausanierung

Drs 15/5436

Organisation und Finanzierung der Veranstaltungsreihe „Verbraucher 60+: Energie und Kosten senken“

Gründe für die Absage der Veranstaltungsreihe im Sommer 2014; Absage von Veranstaltungen zum Thema „Energie und Kosten sparen“ im Jahr 2013; Ausgaben für Organisation, Vorbereitung und Bewerbung der Veranstaltungsreihe; Zuständigkeit und spezielle Kompetenzen des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für diesen Themenkreis; Abgrenzung zur Tätigkeit der baden-württembergischen Verbraucherschutzorganisationen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 28.07.2014 und
Antw MLR Drs 15/5563

Organisationsformen regionaler Energieagenturen

Sachstand zu Organisationsformen und Einbindung von Organisationen, Verbänden und Unternehmen in die regionalen Energieagenturen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 09.07.2015 und
Antw UM Drs 15/7153

Energiebericht

Bericht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu einem Beschluss des Ltg; hier: Aktuelle Daten zum Energieverbrauch 2010; Erneuerbare Energien in BW 2010

Mittlg UM 27.06.2011 Drs 15/174

Energiebesteuerung

s. Energiesteuer

Energieeffizienz

s. Energieeinsparung

Energieeinsparung

s.a. Energieausweis

s.a. Energieberatung

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

Antr
s. Energiepolitik
Drs 15/159

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 21 - Energiespar-Contracting bei Landesimmobilien (Kap 1209)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/121
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/721
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 28.09.2012 Drs 15/2423
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2869
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler und landeseigener Gebäude, bei angemieteten Liegenschaften sowie Gebäuden und Betriebsstätten von landesbeteiligten Unternehmen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 22.07.2011 und Stellungnahme
MFW Drs 15/330

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/599
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG, KOM(2011) 370 endg.*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/436

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat: Auswirkungen auf den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Position zur Aufteilung der Kosten einer Energiesparinvestition zwischen Vermieter und Mieter sowie der Steuerausfälle zwischen Bund und Ländern; Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Falle der Behandlung des GesEntw im Vermittlungsausschuss

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 30.08.2011 und Stellungnahme
MFW Drs 15/458
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.10.2011 Drs 15/1300
(dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) S. 28 29
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
Mittlg LReg 18.10.2012 Drs 15/2495
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/2868
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung

Bedeutung der energetischen Gebäudesanierung für den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat, Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Vermittlungsausschuss

KlAnfr Felix Schreiner u.a. CDU 26.09.2011 und Antw
MFW Drs 15/595

Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz

Beurteilung der Vereinbarkeit o.g. Richtlinie mit dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz; Quantifizierung des Beitrags zum nationalen Energieeffizienzverpflichtungssystem, der Einsparvolumina von kommunalen EVU sowie des Potenzials für Kraft-Wärme-Kopplungen; Umgang mit den Vorgaben im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Zertifizierung von Energieberatern

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 29.09.2011 und Stellungnahme
UM Drs 15/627
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.11.2011 Drs 15/1300
S. 32 33
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung zur Energieeinsparung

Stand der o.g. energetischen Modernisierung, der eingesetzten Lampentechnik und erzielten Stromeinsparungen; Umfang der Nutzung von Landesmitteln und des Förderprogramms des Bundes; verstärkte Vermeidung unnötiger Lichtabstrahlung in den Himmel

Antr
s. Straßenbeleuchtung
Drs 15/788

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften
Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinika); Höhe der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch; Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlage; Anwendung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sanierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Gesamtsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamteinsparpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der Landesgebäude

Antr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/947

Stromverbrauchsreduzierung bei Umwälzpumpen

Einschätzung von Zahl und Strombedarf von Umwälzpumpen in Gebäudeheizungsanlagen; Darlegung des Aufwands und Einsparpotenzials einer Umstellung auf energiesparende Pumpen; Initiierung eines Modernisierungsschubs mit den beteiligten Wirtschaftskreisen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 07.12.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/970
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 08.03.2012 Drs 15/1646 S. 33
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Kontrollpflicht nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) bei der Raumkühlung

Einschätzung von Zahl und Alter o.g. Anlagen in Nichtwohngebäuden und Wohngebäuden; Darlegung der Einsparpotenziale durch Ersetzung von älteren Belüftungssystemen durch neuere, energieeffizientere Anlagen, durch eine höhere allgemeine Inspektionsquote sowie verbesserte Wartung

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 07.12.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/971
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 08.03.2012 Drs 15/1646 S. 33 34
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Künftige Wohnungspolitik

Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie

Positionierung zum o.g. Vorschlag der EU-Kommission und den darin vorgesehenen pauschalen Einsparverpflichtungen zur Verringerung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent, insbes auch zur verbindlichen Sanierungsquote für öffentliche Gebäude; Bezifferung der Kosten für das Land, die Kommunen, Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr FDP/DVP 11.01.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1127

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstetigung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Der EU-Emissionshandel und die Energiewende in BW

Beurteilung des o.g. Systems zur Emissionsreduzierung in Phase II und künftig in Phase III, Entwicklung der Preise für die Zertifikate, Bewertung der Abschaffung der nationalen Allokationspläne in Phase III und der neuen Vorgabe einer EU-weiten Gesamtobergrenze für CO₂-Emissionen, Erwartung einer starken Freisetzung von kostengünstigen Zertifikaten durch den Ausbau der regenerativen Energien und Energieeinsparung hierzulande; Hinwirkung auf EU- und Bundesebene auf eine Verringerung der Zahl von Emissionshandelszertifikaten

Antr
s. *Emissionshandel*
Drs 15/2101

Steigerung der Energieeffizienz durch Austausch von Elektromotoren

Angaben zum Einsatz von Elektromotoren in Industrie, Gewerbe, Verkehr, privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen; Stromverbrauch im Vergleich zum Gesamtstromverbrauch; Nachfrage nach sparsameren Motoren und Einsparttechnologien; Einsparpotenzial beim Stromverbrauch; Förderung des Austauschs veralteter, ineffizienter Elektromotoren; Norm für Elektromotoren der Effizienzklasse IE4; Forderung einer Werbekampagne für energieeffiziente Elektromotoren im Jahr 2013

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2341
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 58 59
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Reduzierung des Stromverbrauchs und Ausbau der Stromproduktion in den Klärwerken BW

Einsparpotenzial beim Stromverbrauch der Kläranlagen; Klärwerke als Stromproduzenten und als Energiespeicher; Forschung zur Stromerzeugung in Klärwerken; Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs im bundesdeutschen Vergleich; Steuerung durch finanzielle Anreize

Antr
s. *Kläranlage*
Drs 15/2345

Sanierungsbedarf an den Hochschulen BW

Fortschritt der baulichen und energetischen Sanierung der Hochschulgebäude; voraussichtlicher Sanierungsbedarf an den einzelnen Hochschulstandorten in den nächsten Jahren, Höhe der dafür eingeplanten Mittel; Höhe der 2007 bis 2012 für die bauliche

und energetische Gebäudesanierung aufgewendeten Mittel; Umfang des Sanierungsbedarfs der Gebäude der Hochschule Esslingen und Kostenschätzung

Antr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/2386

Energetische Sanierung von Landesliegenschaften mittels Contracting-Verfahren

Umfang der bislang durchgeführten und künftig möglichen Sanierungen des Landes und der Kommunen im Rahmen des Projekts VIRE und von Energieeinspar-Contracting unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020; Einschätzung der Einsparungen an CO₂-Emissionen sowie Heiz- und Stromkosten; Wirtschaftlichkeit des Einbaus von Blockheizkraftwerken sowie von solarthermischen Anlagen und Erdwärmesonden im Zuge von Contracting-Verfahren

Antr Johannes Stober u.a. SPD 29.10.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2580 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/4190 S. 4
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Energieeinsparungsmöglichkeiten in Landesliegenschaften durch ein verbessertes Energiemanagement

Entwicklung der Ausgaben für Strom und Wärme seit 2002, angenommener Energieverbrauch und Energiepreis für die mittelfristige Finanzplanung; Übertragbarkeit von Energieeinsparmaßnahmen im kommunalen Bereich; Aufwand und Einsparpotenzial der flächendeckenden Einführung eines automatisierten Energieverbrauchscontrollings in den Liegenschaften des Landes; wirtschaftliche Anreize zum Energiesparen in der Landesverwaltung über den Bereich der Universitäten und Universitätskliniken hinaus

Antr Johannes Stober u.a. SPD 29.10.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2581
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/4190 S. 4
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2659

Aktivitäten des Bundes und von BW zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung

Fördermöglichkeiten und -voraussetzungen zur energetischen Gebäudesanierung für privaten Wohnraum in BW; Umfang der Fördermittel durch Land und Bund; erreichte und angestrebte Sanierungsquoten in BW; Verhältnis von Steuermehreinnahmen aufgrund von Wertschöpfungszuwachs durch das Handwerk gegenüber den Kosten der Förderverfahren bei einer Sanierungs-

quote von zwei Prozent

Antr
s. *Gebäudeenergieeffizienz*
Drs 15/2861

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2863

Energieverschwendung durch Einsatz offener Kühltheken in Supermärkten und anderen Lebensmittelläden

Rechtliche Regelungen zur Eindämmung dieser Form von Energieverschwendung; Förderung des Ersatzes nicht effizienter Kühltheken und Kühltruhen durch energiesparende Geräte

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 20.02.2013 und Antw UM Drs 15/3094

Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden

Umsetzung von Energieeffizienz-Standards bei Neubau und Sanierung von Landesimmobilien sowie bei Landesförderprogrammen; Realisierung von Niedrigenergiehäusern, KfW-60-Häusern, 3-Liter-Häusern und Passivhäusern; Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 21.03.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3272
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 13.06.2013 Drs 15/4040 S. 38
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Energieeinsparung in den EDV-Anwendungen der Landesverwaltung

Potentiale und Maßnahmen zur Energieeinsparung in den IT-Geräten und -Anwendungen der Landesverwaltung, insbes durch Einsatz von Thin Clients und Server based Computing, standardisierte Voreinstellung klimaneutraler Suchmaschinen, Konsolidierung und Virtualisierung landeseigener Server, Nutzung der Abwärme landeseigener Server; Entwicklung des Stromverbrauchs der Landesverwaltung und des IT-Anteils

Antr Gernot Gruber u.a. SPD 18.04.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3386
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.07.2013 Drs 15/4190 S. 42 43
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in BW

Vorgabe eines Treibhausgasemissionsminderungsziels für BW und Ergänzung des Klimaschutzziels durch einen allgemeinen Klimaschutzgrundsatz; Regelung notwendiger Umsetzungsinstrumente, insbes Verabschiedung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts (IEKK) zur Hinterlegung der Klimaschutzziele, Festlegung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand sowie einer allgemeinen Verpflichtung für Jedermann zur

Verwirklichung der Klimaschutzziele, Begleitung der Umsetzung der Klimaschutzziele durch Monitoring und Klimaschutzbeirat; Berücksichtigung der Klimaschutzziele im Landesplanungsgesetz

GesEntw
s. *Klimaschutz*
Drs 15/3465

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 15 - Energieeffizienz der Landesgebäude (Kap 1208 und 1209)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3815
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4215 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 04.12.2014 Drs 15/6215
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6378
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Auswirkungen der Energiewende / Elektromobilität auf die Zukunft des Verbrennungsmotors und des Automobilstandorts BW
Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und Unterstützung von Forschungsanstrengungen durch Bund und Land, insbes Entwicklung und Herstellung von alternativen Kraftstoffen sowie Reduktionsmöglichkeiten für Verbrauch und Abgas; Vergleich der Wertschöpfungskette sowie der CO₂-Bilanz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren mit Elektro- und Hybridfahrzeugen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 15.07.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3794
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.10.2013 Drs 15/4379 S. 23 24
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Ausbau der Windkraft

Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und wirtschaftlicher Nutzen beim Ausbau der Windkraft in BW, insbes Standortprüfungen auf Windhöflichkeit und wirtschaftlichen Betrieb, Veröffentlichung von Kennzahlen zu genehmigten und geplanten Windkraftanlagen, Ausweisung von Konzentrationszonen und Ausschlussgebieten für Windräder, Verbraucherschutz bei Investitionen in Windkraft; Abweichung beim vorgeschriebenen Abstand der Windkraftanlagen zur nächsten Wohnbebauung von den WHO-Mindeststandards

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4196

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4615

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW;

Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5003

Entwurf des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts BW (IEKK)

Strategie- und Maßnahmenprogramm der LReg zur Erreichung der im Klimaschutzgesetz festgelegten Klimaschutzziele, insbes Beschreibung von konkreten Maßnahmen für unterschiedliche Sektoren zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Energieeffizienz unter Berücksichtigung von Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung; Entscheidungshilfe für Kommunen und betroffene gesellschaftliche Gruppen

Mittlg LReg
s. *Klimaschutz*
Drs 15/5186

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Energiesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/5116

Doppelstrukturen bei der Energieeffizienzberatung auf der Schwäbischen Alb?

Aktionsplan „Energieeffizienz Biosphärengebiet Schwäbische Alb“; Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Münsingen durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Aufgabe des Koordinierungsbüros im Unterschied zu den bestehenden regionalen Energieagenturen in den Kreisen Esslingen, Reutlingen und Alb-Donau-Kreis; Verwendung der Fördermittel; Dienstleistung „Energiediagnose“; Beauftragung des BUND

Antr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5331

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr
s. *Energiepolitik*

Drs 15/5381

Intelligente Heizungssteuerung zur Senkung des Energieverbrauchs

Stand der energetischen Gebäudesanierung in BW; Erforschung und Produktion alternativer Technologien zur Gebäudesanierung mit Wärmedämmung, insbes Potentiale intelligenter Heizungssteuerungssysteme zur Senkung des Verbrauchs an Heizenergie in den nächsten Jahren

Antr

s. *Gebäudeenergieeffizienz*

Drs 15/5435

Energie- und Kosteneinsparung durch Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW

Stand der Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW und der Beleuchtung der landeseigenen Liegenschaften, insbes Umfang der Modernisierung und Einbeziehung der LED-Technologie, erzielte Strom- und Kosteneinsparungen, Anwendung von Contracting-Modellen und Verfahren bei der Finanzierung

Antr

s. *Straßenbeleuchtung*

Drs 15/5528

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Energieeffizienz und ihr Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5662

Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Rems-Murr-Kreis

Beantragung einer energieeinsparenden Modernisierung der Straßenbeleuchtung vonseiten der Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises; geförderte Projekte; Höhe des Förderbetrags; Nutzung von Fördermitteln des Bundes

KlAnfr

s. *Straßenbeleuchtung*

Drs 15/5973

Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in BW (Erneuerbare-Wärme-Gesetz - EWärmeG)

Redaktionelle Anpassung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes durch Bereinigung von Vorgaben für den Neubaubereich aufgrund der Regelungen durch das Bundesgesetz; Weiterentwicklung der Regelungen für den Alt- und Bestandsbaubereich, insbes Erhöhung des Pflichtanteils an erneuerbarer Energie von 10 auf 15 %, Technologieoffenheit und größere Wahl- und Kombinationsmöglichkeit in den genutzten Technologien, Öffnungsklausel für neue Technologien, Einbeziehung von privaten und öffentlichen Nichtwohngebäuden, gebäudeindividuelles Sanierungskonzept

GesEntw

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/6236

Gut für Klima, Haus und Handwerk: Baden-Württemberg macht Dampf bei der Energieeffizienz!

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7671-7681

Energieeffizienzvorgaben für Flüchtlingsunterkünfte

Sachstand zu Ausnahmen und Befreiungen von Energieeffizienzvorgaben bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden und Neubauten

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7450

Verweisung auf das Energieeinsparpotenzial im Gebäudebereich, Ankündigung einer Vorbildfunktion bei den Landesgebäuden, Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 23

Unterstützung der kommunalen Konzepte zur Energieeinsparung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 51 58

Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude, Realisierung der Einsparpotenziale in der Industrie

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 135 136 182 184

Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude, Refinanzierung durch die eingesparten Energiekosten, Begrüßung der Energieeffizienzrichtlinie der EU-Kommission

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040 1041 1055 1056

Vergleich der Einsparkonzepte von Opposition und Regierung zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1210 1214-1216

Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude, Refinanzierung durch die eingesparten Energiekosten; Energieeinsparung durch mehr Energieeffizienz; steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1335 1337 1340 1342 1344 1361 1362

Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude, Refinanzierung durch die eingesparten Energiekosten; Förderung von Veranstaltungen zum Thema Energieeinsparung; steuerliche Förderung der energetischen Sanierung von Wohngebäuden

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425 1428-1431 1440 1444

Erschließung der großen Potenziale zur Energieeinsparung

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2350 2352

Energieeinsparverordnungs. *Energieeinsparung***Energieerzeugung**s.a. *Brennstoffzelle*s.a. *Kraftwerk**Kleinwindanlagen in BW*

Zahl, Standorte und Stromerzeugungsleistung von Kleinwindanlagen mit einer Höhe bis und über zehn Metern; Bewertung der Möglichkeiten und Rentabilität der Einspeisung ins Stromnetz; Frage nach einem Änderungsbedarf der immissionsschutz- und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/460

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW
Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Attdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix
Entwicklung der verfügbaren Mengen und des Einsatzes von Energieholz seit 2000 und bis 2020 zur Erreichung der Klimaschutzziele, Anteil bei öffentlichen und privaten Gebäuden im Vergleich zu Öl- und Gasheizungen, Steigerung des Anteils bei den eigenen Liegenschaften; Weiterentwicklung der Programme zur Förderung des Einsatzes von Biomasse im Wärmemarkt; Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr
s. *Holz*
Drs 15/1081

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstärkung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Nutzung von gebrauchten Speiseölen als Betriebsstoff in Blockheizkraftwerken

Art der Verwertung und Entsorgung o.g. Speiseöle aus der Gastronomie; rechtliche Vorgaben, technische Standards und Beispiele der energetischen Verwertung in Verbrennungsmotoren und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen; anfallende Mengen an Speiseölen und möglicher Beitrag zur Energieversorgung; Ermöglichung des Betriebs von Anlagen mit einer Ausnahme genehmigung?

Antr
s. *Öl*
Drs 15/1195

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen; Zahl und Perspektiven der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Fotovoltaik auf die Strompreise und die Leipziger Strombörse; verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften; Auswirkungen der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der damit vorgesehenen Senkung der Vergütungssätze, Frage nach den notwendigen Vergütungsregelungen zur weiteren Markteinführung der Fotovoltaik

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/1360

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1468

Rahmenbedingungen und Notwendigkeit für die Realisierung von Spitzenlastkraftwerken in BW

Einschätzung der Entwicklung von Strommix, Stromverbrauch und Lastspitzen bis 2050; Strategien zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit; Beurteilung des Bedarfs an modernen Gas- und Dampf-Kombikraftwerken; notwendige Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlich rentablen Zubau von GuD-Kraftwerksleistung

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/1757

Potenzial und Entwicklung von Reserveleistung in der Stromversorgung

Verfügbare und in Spitzenzeiten bis 2022 benötigte Reservekapazitäten zur Stromerzeugung landes- und bundesweit; Gründe für die Stromengpässe im Februar; Anreize und Regelungen für die Betreiber zur Vorhaltung fossiler Kraftwerkskapazitäten; Maßnahmen zur Schaffung von Kapazitätsmechanismen bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2182

Energetische Nutzung von Stroh und Naturschutzgras

Beurteilung der o.g. thermischen Nutzung in Form von Pellets sowie bei der Biogasgewinnung, Einsatzmöglichkeiten solcher Pellets in Kleinfeuerungsanlagen auch in Privathaushalten, Umsetzung von Erkenntnissen des Bundes-Projekts „Effizienzsteigerung von Grünsubstraten in der Biogasgewinnung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange“ sowie des EU-Projekts „PROGRASS“; Schaffung zusätzlicher Impulse, Empfehlungen und Förderungen für interessierte Landwirte

Antr
s. *Biomasse*
Drs 15/2286

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/2344

Reduzierung des Stromverbrauchs und Ausbau der Stromproduktion in den Klärwerken BW

Einsparpotenzial beim Stromverbrauch der Kläranlagen; Klärwerke als Stromproduzenten und als Energiespeicher; Forschung zur Stromerzeugung in Klärwerken; Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs im bundesdeutschen Vergleich; Steuerung durch finanzielle Anreize

Antr

s. *Kläranlage*

Drs 15/2345

Gasinfrastruktur in BW - Strategische Gasreserve für BW

Anteil verschiedener Gaspipelines an der Erdgasversorgung; Einsatz von Erdgas zur Stromversorgung, vorhandene Stromerzeugungskapazitäten; genutzte und nicht genutzte Gasspeicher; Verträge mit den Nachbarländern über die Ein- und Auspeisung von Gas; Gaslieferantenverträge; Transportkapazitäten der aus Norddeutschland nach BW führenden Gasleitungen; Ausbau der Gasinfrastruktur zur Vorsorge gegen Versorgungsengpässe; Anpassung der Rahmenbedingungen für das Bereithalten von Gasspeichern

Antr

s. *Gasleitung*

Drs 15/2357

Entwicklung und Entwicklungshemmnisse der Wasserkraftnutzung in BW

Auflistung der Anlagen und Stromerzeugungsmengen, der vorliegenden Anträge auf Errichtung oder Erweiterung und Dauer der Genehmigungsverfahren; Auswirkungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie u.a. gesetzlicher Änderungen; Möglichkeiten für den Ausbau der Wasserkraftnutzung unter Beachtung artenschutzrechtlicher Belange

Antr

s. *Wasserkraft*

Drs 15/2401

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/2456

Potenzial der Wasserkraft an schiffbaren Flüssen in BW stärker nutzen

Zahl und installierte Leistung der Wasserkraftanlagen an den schiffbaren Schleusen an Rhein und Neckar; Auflistung der je-

weiligen Betreiber, des Sanierungsbedarfs und Potenzials zur Steigerung der Stromerzeugung; Frage nach entsprechenden Planungen der Betreiber

Antr

s. *Wasserkraft*

Drs 15/2583

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr

s. *Technologiepolitik*

Drs 15/5016

Energiegewinnung mit Flussturbinen

Energetisches und wirtschaftliches Potenzial von Flussturbinen beim Einsatz zur Energiegewinnung und ökologische Auswirkungen

KlAnfr

s. *Wasserkraftwerk*

Drs 15/6200

Anstrengung einer zentralen Rolle der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38-40 57 58 67 71 74-76 79 90

Stand und Ziele beim Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 181

Stand und Ziele beim Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1944 1947 1951-1953

Forcierung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Erfolgswertung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349 2350-2352

Energieforschung*Kompetenzzentrum Elektromobilität, Batterieforschung und Brennstoffzellentechnologie in Ulm*

Auflistung der mit den o.g. Themen beschäftigten Institute und Einrichtungen, Höhe und Herkunft der verfügbaren Mittel, beteiligte Unternehmen u.a. Partner, vorhandene und geplante Studiengänge mit einem direkten thematischen Bezug zu diesen Einrichtungen an der Universität Ulm und der Hochschule Ulm

KlAnfr

s. *Elektromobilität*

Drs 15/321

Errichtung eines Windtestfelds für BW

Bewertung der Potenziale zur technischen Weiterentwicklung der Windkraft; Beteiligung an der Finanzierung und Umsetzung eines Windtestfelds

Antr

s. *Windenergieanlage*
Drs 15/630

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW
Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Attdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität

Handlungsvorstellungen zur o.g. Aus-, Fort- und Weiterbildung; Stand der Planungen einer Produktionslinie zur Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung; Aktivitäten und Ziele zur Leichtbauweise, insbes am Deutschen Institut für Textil- und Faserforschung; Stand der Entwicklungen der Projektgruppe neue Antriebssysteme (NAS) am Fraunhofer-Institut in Karlsruhe

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/936

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 14: Förderung von Demonstrationsvorhaben im Energiesektor
Förderung von Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energieträger

Mittlg LReg 27.12.2011 Drs 15/1089
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1334
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Fördermittel für Umweltforschung, Entwicklung von Umwelttechnologien und das Forschungsprogramm Energiespeichertechnologien

Haushalt
s. *Umweltforschung*
Drs 15/1110

Bioenergie und Bioenergieforschung

Bedeutung des o.g. Forschungsbereichs für den Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien, Höhe der jährlichen Mittelbereitstellung von Bund und Land, Bewertung des nationalen Biomasseaktionsplans sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz von Pflanzen als Bioenergieträger

Antr Paul Locherer u.a. CDU 19.01.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1154 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 77-79
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Haushalt 2012; Epl 07

Mittelbereitstellung für einen Neubau des Zentrums für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1107-6 S. 19 20
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

„Power to Gas“-Technologie in BW - Das Erdgasnetz als Stromspeichermedium

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Marktreife der o.g. Technologie, Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Ausräumung von hinderlichen Rahmenbedingungen, derzeitige und künftig notwendige Kapazitäten des Erdgasnetzes als Medium zur Speicherung und zum Transport von Strom aus regenerativen Quellen

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/1410

Einführung eines Studiengangs „Energemarktmanagement“

Einrichtung des o.g. Forschungsgebiets und eines neuen Studiengangangebots, Verknüpfung mit vorhandenen energiewirtschaftlichen und -technischen Studiengängen, Kooperation mit Stadtwerken, der EnBW u.a. EVU

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1429

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Auswirkungen der Ansiedlung des Helmholtz-Instituts für Elektrochemische Energieforschung auf den Forschungsstandort Ulm und die regionale Wirtschaft

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2344

Reduzierung des Stromverbrauchs und Ausbau der Stromproduktion in den Klärwerken BW

Einsparpotenzial beim Stromverbrauch der Kläranlagen; Klärwerke als Stromproduzenten und als Energiespeicher; Forschung zur Stromerzeugung in Klärwerken; Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs im bundesdeutschen Vergleich; Steuerung durch finanzielle Anreize

Antr
s. *Kläranlage*
Drs 15/2345

Energieforschung in BW

Höhe der in die Energieforschung (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Speicher- und Netztechnologien, Elektromobilität; kerntechnische Forschung und sonstige Energieforschung) investierten Mittel; Zuschüsse der Europäischen Union und des Bundes; Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sowie mit den Unternehmen im Land; universitäre und außeruniversitäre

sitätäre Forschungsschwerpunkte und deren Förderung; Umfang der künftigen Forschungsförderung einschließlich der Akzeptanzforschung

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 28.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2412 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3571 S. 18 19

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.04.2013 Drs 15/3712 S. 20-22

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW
Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr

s. *Energieversorgung*

Drs 15/2863

Förderung der „Power-to-Gas“-Technologie als Energiespeicherlösung iRd Energiewende

Finanzielle Fördermittel durch Land, Bund und Europäische Union für die Erforschung und Erprobung von Umsetzungsmöglichkeiten der „Power-to-Gas“-Technologie als langfristige Energiespeicherlösung; Förderung und Erforschung alternativer Langzeitspeicherlösungen und Bewertung ihrer Potenziale als verlässliche Langzeitspeicher im Vergleich zur „Power-to-Gas“-Technologie

Antr

s. *Energiespeicher*

Drs 15/3925

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 12 - Zuwendungen für die Baumaßnahme „Innovationszentrum Batterietechnologie“ des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung BW (Kap 0708)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5412

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5912

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 22.05.2015 Drs 15/6827

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7104

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Stärkung der Energieforschung an den Hochschulen zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 283

Entwicklung neuer Formen der Energiespeicherung, Investitionen in Forschungs- und Pilotprojekte

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114

Energiegenossenschaft

s. *Genossenschaft*

Energieholz

s. *Holz*

Energiekommission

Einrichtung einer Energiekommission zur Begleitung der Energiewende

Bewertung der bisherigen Arbeit und Zusammenarbeit der vom bayerischen Landtag eingesetzten Energiekommission mit den zuständigen Ministerien und Landtagsausschüssen

KIAnfr Paul Nemeth CDU 08.02.2012 und Antw UM Drs 15/1234

Energiekosten

s. *Energiepreis*

Energieleitungsausbaugesetz

s.a. *Stromnetz*

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöfe) im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöfe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KIAnfr

s. *Hochspannungsleitung*

Drs 15/5622

Energiemanagement

s. *Energienutzung*

Energiemarkt

s. *Energiewirtschaft*

Energiemesse

s. *Messe (Ausstellung)*

Energienutzung

s.a. *Energieberatung*

s.a. *Energieeinsparung*

s.a. *Energiespeicher*

Bericht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu einem Beschluss des Ltg; hier: Aktuelle Daten zum Energieverbrauch 2010; Erneuerbare Energien in BW 2010

Mittlg LReg

s. *Energiebericht*

Drs 15/174

Ausbau der Nahwärmenetze zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen

Bundes- und Landesprogramme zum Ausbau der regenerativen Energien für Kommunen und Privatpersonen, u.a. auch zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen; Darlegung der tatsäch-

lichen und möglichen Abwärmenutzung; Prüfung der Einrichtung eines o.g. kommunalen Förderprogramms, insbes auch zum Nachteilsausgleich aus der räumlichen Distanz zwischen Anlagen und Wärmeabnehmer

Antr
s. *Abwärme*
Drs 15/296

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler und landeseigener Gebäude, bei angemieteten Liegenschaften sowie Gebäuden und Betriebsstätten von landesbeteiligten Unternehmen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/330

Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz

Beurteilung der Vereinbarkeit o.g. Richtlinie mit dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz; Quantifizierung des Beitrags zum nationalen Energieeffizienzverpflichtungssystem, der Einsparvolumina von kommunalen EVU sowie des Potenzials für Kraft-Wärme-Kopplungen; Umgang mit den Vorgaben im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Zertifizierung von Energieberatern

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/627

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; weitere Entwicklung der Lithium-Ionen-Technologie als Energiespeichertechnik, insbes in Kopplung mit Mikro-Kraftwärmekopplungsanlagen sowie Kleinwind- und Photovoltaikanlagen

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinika); Höhe der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch; Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlagen; Anwendung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sanierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Gesamtsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamteinsparpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der Landesgebäude

Antr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/947

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 14: Förderung von Demonstrationsvorhaben im Energiesektor
Förderung von Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energieträger

Mittlg LReg
s. *Energieforschung*

Drs 15/1089

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstetigung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Nutzung von gebrauchten Speiseölen als Betriebsstoff in Blockheizkraftwerken

Art der Verwertung und Entsorgung o.g. Speiseöle aus der Gastronomie; rechtliche Vorgaben, technische Standards und Beispiele der energetischen Verwertung in Verbrennungsmotoren und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen; anfallende Mengen an Speiseölen und möglicher Beitrag zur Energieversorgung; Ermöglichung des Betriebs von Anlagen mit einer Ausnahmegeheimung?

Antr
s. *Öl*
Drs 15/1195

Nahwärmenetze

Voraussetzungen, Art und Umfang der Förderung von Nahwärmenetzen seit 2002; Standorte, Art der Energieerzeugung, Betreiber und Eigentumsverhältnisse

KlAnfr
s. *Nahwärme*
Drs 15/1357

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmenutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Stromproduktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Abwärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1613
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 36 37
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-

Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1884

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 26: Energieverbrauch der Universitätsgebäude

Mittlg LReg 06.07.2012 Drs 15/2039
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2328
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
Mittlg LReg 02.05.2014 Drs 15/5161
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5238
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Energetische Nutzung von Stroh und Naturschutzgras

Beurteilung der o.g. thermischen Nutzung in Form von Pellets sowie bei der Biogasgewinnung, Einsatzmöglichkeiten solcher Pellets in Kleinf Feuerungsanlagen auch in Privathaushalten, Umsetzung von Erkenntnissen des Bundes-Projekts „Effizienzsteigerung von Grünsubstraten in der Biogasgewinnung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange“ sowie des EU-Projekts „PROGRASS“; Schaffung zusätzlicher Impulse, Empfehlungen und Förderungen für interessierte Landwirte

Antr
s. *Biomasse*
Drs 15/2286

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2344

Reduzierung des Stromverbrauchs und Ausbau der Stromproduktion in den Klärwerken BW

Einsparpotenzial beim Stromverbrauch der Kläranlagen; Klärwerke als Stromproduzenten und als Energiespeicher; Forschung zur Stromerzeugung in Klärwerken; Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs im bundesdeutschen Vergleich; Steuerung durch finanzielle Anreize

Antr
s. *Kläranlage*
Drs 15/2345

Energieeinsparungsmöglichkeiten in Landesliegenschaften durch ein verbessertes Energiemanagement

Entwicklung der Ausgaben für Strom und Wärme seit 2002, angenommener Energieverbrauch und Energiepreis für die mittelfristige Finanzplanung; Übertragbarkeit von Energieeinsparmaßnahmen im kommunalen Bereich; Aufwand und Einsparpotenzial der flächendeckenden Einführung eines automatisierten Energieverbrauchscontrollings in den Liegenschaften des Landes; wirtschaftliche Anreize zum Energiesparen in der Landesverwaltung über den Bereich der Universitäten und Universitätskliniken hinaus

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2581

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitumstellung in Mitteleuropa und ihre Abschaffung

Volkswirtschaftliche Kosten der Zeitumstellung in BW, Deutschland und Europa; Nutzen der Zeitumstellung; Auswirkungen der Zeitumstellung auf Menschen, Tiere, Umwelt und Wirtschaft; Begründung des Festhaltens an der Zeitumstellung; erforderliches Verfahren zur Abschaffung der Sommerzeit; Engagement für eine Abschaffung der Zeitumstellung in Mitteleuropa

Antr
s. *Sommerzeit*
Drs 15/4436

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4615

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4968

Umsatzsteuerliche Behandlung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen); Umsatzbesteuerung des Eigenverbrauchs von Wärme

Sachstand im Bundesministerium der Finanzen (BMF); Auswirkungen der geplanten Umsatzsteuer auf die Wärmeabgabe für die Betreiber von KWK-Anlagen; Verwendung einer alternativen Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraft-Wärme-Kopplung*
Drs 15/5018

Vereinbarkeit der Abschaltung von Kraftwerken mit der Zielmarke von Elektroautos und dem damit verbundenen höheren Stromverbrauch

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423 426

Energiepass

s. *Energieausweis*

Energiepolitik

s.a. *Energiebericht*
 s.a. *Energieeinsparung*
 s.a. *Energieforschung*
 s.a. *Energiekommission*
 s.a. *Energieversorgung*
 s.a. *Energiewirtschaft*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Rolle von hocheffizienten Gaskraftwerken sowie der erneuerbaren Energieträger Wasser, Wind, Sonne und Biomasse; Frage nach Vorschlägen zur Verbesserung der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Klimaschutzgesetzes und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr GRÜNE und SPD 07.06.2011 und Stellungnahme UM
 Drs 15/77

ÄAntr GRÜNE und SPD 28.06.2011 Drs 15/159

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 174-186

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Hinwirkung auf eine dauerhafte Stilllegung der abgeschalteten Atomkraftwerke, insbes auch von Philippsburg I und Neckarwestheim I; Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie; Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

ÄAntr GRÜNE und SPD 28.06.2011 Drs 15/159

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 174-186

Mittlg LReg 15.12.2011 Drs 15/1043

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 08.03.2012 Drs 15/1361

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Rückenwind beim Energiemix!

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1044-1059

Einrichtung einer Energiekommission zur Begleitung der Energiewende

Bewertung der bisherigen Arbeit und Zusammenarbeit der vom bayerischen Landtag eingesetzten Energiekommission mit den zuständigen Ministerien und Landtagsausschüssen

KlAnfr

s. *Energiekommission*

Drs 15/1234

Positionierung zur Energiepolitik der Schweiz

Bewertung des geplanten Atomausstiegs der Schweiz 2034 und der Auswirkungen auf die Energiepolitik und -unternehmen hierzulande, Beurteilung des technischen Stands der grenznahen Atomkraftwerke und des Schweizer Stresstests; Ausbau der erneuerbaren Energien und der länderübergreifenden Stromnetze, Nutzung der Schweizer Netze bei wachsender Stromeinspeisung aus Photovoltaik und Windkraft

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 10.02.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1254

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.03.2012 Drs 15/3063 (dazu ÄAntr Ulrich Lusche u.a. CDU) S. 40 41

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Hinwirkung auf einen beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, der Stromnetze und Speichermöglichkeiten, u.a. durch beschleunigte Planverfahren

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/1263

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen; Zahl und Perspektiven der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Fotovoltaik auf die Strompreise und die Leipziger Strombörse; verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften; Auswirkungen der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der damit vorgesehenen Senkung der Vergütungssätze, Frage nach den notwendigen Vergütungsregelungen zur weiteren Markteinführung der Fotovoltaik

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 15/1360

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Ergänzung energiepolitischer Maßnahmen des Bundes durch eigene Landesprogramme, u.a. zur Erzeugung von Biomasse als Energieträger oder durch die Geothermie und Wasserkraft

GrAnfr

s. *Demografie*

Drs 15/1608

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vorgaben mit denen der anderen Netzenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1700 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 43 44

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Umgang des Umweltministers Franz Untersteller MdL mit dem wissenschaftlichen Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Bewertung der Kritik des Ministers am o.g. Gutachten zur Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit, Bezeichnung der ermittelten Zahlen über Strompreiserhöhungen als unseriös und Vergleich der Expertise mit dem Orakel von Delphi; Frage nach dem Stellenwert von wissenschaftlichen Gutachten für den Mi-

nister und nach der evtl Vergabe des Auftrags für ein Gegengutachten

KlAnfr
s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*
Drs 15/1733

Energiepolitische Positionen der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern

Bewertung der o.g. Positionen, insbes zu den Ergebnissen des Gutachtens des Karlsruher Instituts für Technologie zur Entwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit; eigene Einschätzung der Strompreisentwicklung und des CO₂-Ausstoßes in den kommenden zehn Jahren; Festlegung von Teilzielen, Handlungserfordernissen und Maßnahmen zum Risikomanagement im Zuge der Umsetzung der Energiewende

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 23.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1748
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.07.2012 Drs 15/2544 S. 64-66
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Auflösung des Nachhaltigkeitsbeirats durch die Landesregierung und Ersatz durch ein Gremium aus Vertretern verschiedener Verbände

Gründe, Zeitpunkt und Ziele der Ersetzung des o.g. Beirats; Zusammensetzung und Fachkompetenz des bisherigen und künftigen Gremiums; Bewertung der bisher erstellten wissenschaftlichen Gutachten des Nachhaltigkeitsbeirats, insbes auch des jüngsten Gutachtens zum Thema Energiewende; Beteiligung des Landtags und seiner Mitglieder an der anstehenden Entscheidung bzw an der Nachfolgeorganisation

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/1791

Genossenschaftswesen in BW

Bewertung der zunehmenden Zahl von Energiegenossenschaften und deren Beitrag zur Energiewende

Antr
s. *Genossenschaft*
Drs 15/1870

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KlAnfr Paul Nemeth CDU 20.06.2012 und Antw UM Drs 15/1884

Gemeinsam für die Energiewende: Eine Politik für mehr Koordination zwischen Europa, dem Bund und den Ländern anstatt passiver „Autarkiepolitik“

Zurechnung der Investitionen in Kraftwerke, Leitungen und Speicher dem Land und seinen Unternehmen nach dem Territorialitätsprinzip; Abstimmung der Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Bund u.a. Ländern; Bemühungen um o.g. Koordination in Fragen der Stromerzeugung, der Stromspei-

cherung und des Stromtransports; bisherige und künftige Maßnahmen für Kraftwerkskapazitäten und Netzausbau zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2100
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 48 49
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Der EU-Emissionshandel und die Energiewende in BW

Beurteilung des o.g. Systems zur Emissionsreduzierung in Phase II und künftig in Phase III, Entwicklung der Preise für die Zertifikate, Bewertung der Abschaffung der nationalen Allokationspläne in Phase III und der neuen Vorgabe einer EU-weiten Gesamtobergrenze für CO₂-Emissionen, Erwartung einer starken Freisetzung von kostengünstigen Zertifikaten durch den Ausbau der regenerativen Energien und Energieeinsparung hierzulande; Hinwirkung auf EU- und Bundesebene auf eine Verringerung der Zahl von Emissionshandelszertifikaten

Antr
s. *Emissionshandel*
Drs 15/2101

RegErkl - Die Energiewende - Chance für die Wirtschaft, Schutz für das Klima, Gewinn für die Menschen und Aussprache

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349-2384

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2344
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3398 S. 70 71
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Energieforschung in BW

Höhe der in die Energieforschung (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Speicher- und Netztechnologien, Elektromobilität; kerntechnische Forschung und sonstige Energieforschung) investierten Mittel; Zuschüsse der Europäischen Union und des Bundes; Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sowie mit den Unternehmen im Land; universitäre und außeruniversitäre Forschungsschwerpunkte und deren Förderung; Umfang der künftigen Forschungsförderung einschließlich der Akzeptanzforschung

Antr
s. *Energieforschung*
Drs 15/2412

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch

und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr CDU 14.11.2012 und Antw LReg Drs 15/2659 (20 S.)
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8410

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Qualität von Otto- und Dieselmotoren und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen*

Mittlg LReg
s. Kraftstoff
Drs 15/2686

Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Laufleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO₂-Emission

Antr
s. Kohlekraftwerk
Drs 15/2688

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. Energieversorgung
Drs 15/2863

Strompreisentwicklung in Zeiten der Energiewende

Aktuelle Debatte
s. Strompreis
PIPr 15/65 S. 3881

Bundesnetzausbau Korridor A und die Bedeutung für das Land
Ausbau des Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Korridors A von Emden/Borßum über Osterath bis nach Philippsburg iRd Netzentwicklungsplans; Verzögerung beim nördlichen Teilabschnitt des HGÜ-Korridors A aufgrund des Widerstands gegen Bau des Doppelkonverters in Meerbusch-Osterath; Auswirkungen auf die Stromversorgung in BW

KlAnfr
s. Stromnetz
Drs 15/3362

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftermodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilnetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr
s. Stromnetz
Drs 15/3621

Dialogkampagne der LReg zur Energiewende

Ziele, Kosten und Veranstaltungen der Dialogkampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft BW zur Energiewende; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen zur Beschränkung der Öffentlichkeitsarbeit der Exekutive in der Vorwahlzeit

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 13.06.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3629

Ausgestaltung der EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)-Förderung in BW in der Förderperiode 2014 bis 2020

Erhöhung und Zuweisung der Fördermittel iRd Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) an BW; Ziele und Schwerpunkte der künftigen Regionalentwicklung der LReg, insbes Beitrag zur Energiewende und Förderung des ländlichen Raums

Antr
s. Europäischer Regionalfonds
Drs 15/4027

Siebtes Umweltaktionsprogramm der EU bis 2020 - Auswirkungen auf BW

Inhalte und Ziele des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) der EU und dessen Auswirkungen auf BW; Mitwirkung Baden-Württembergs an der Ausarbeitung des Programms; Vereinbarkeit des angekündigten integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts mit den Inhalten und Zielen des 7. UAP; Berücksichtigung einer Beteiligung an Umweltprojekten im Haushaltsplan; für die Umsetzung des Programms erforderliche Rechtsakte auf Bundes- und auf Landesebene

Antr
s. Umweltschutz
Drs 15/4092

Die organisatorische Umsetzung der Energiewende in BW

Umsetzung der Energiewende im Vergleich zu Bayern; Vernetzung der in BW bestehenden Energieagenturen; Schaffung einer Dialogplattform; Gremium zu Koordination der Aktivitäten der verschiedenen Ministerien; Gründung einer institutionell verankerten, unabhängigen und zentralen Energieagentur vergleichbar der Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ; Unterschiede zu den bisherigen Tätigkeitsfeldern der Klimaschutz- und Energieagentur BW (KEA); Information der Bürger über den Umbau der Energieversorgung; Konsequenzen aus dem von der BReg angestoßenen Monitoring der Energiewende

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 04.10.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4116
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.03.2014 Drs 15/5272 S. 24 25
 PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW

Benennung der wesentlichen Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende in BW; Schwerpunkt Versorgungssicherheit der am 8. November 2013 vorgestellten Studie „Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW“; Berücksichtigung der Strompreisentwicklung und des Fortschritts beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in künftigen Monitoring-Berichten

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 19.11.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4350
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 23.01.2014 Drs 15/4897 S. 67 68
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Auswirkungen der Energiewende auf die Landwirtschaft in BW
 Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Kopf seit 1950; Getreideproduktion und -verbrauch seit dem Jahr 2000; Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seit 2000; Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf die baden-württembergische Landwirtschaft; Einfluss der Energiepreise auf deren Wettbewerbsfähigkeit; Erwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch die Energiewende; Schutz der baden-württembergischen Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen der Energiewende

Antr
 s. *Landwirtschaft*
 Drs 15/4356

Neue Haltung der LReg zu den Ausbauzielen bei der Windkraft in BW?

Erreichbarkeit der Ausbauziele bei Windkraftanlagen in BW; Äußerungen von Regierungsmitgliedern zum Ausbau der Windkraft; Validität der dem Windatlas zugrundeliegenden Daten; Verzicht auf die Vorlage eines Windgutachtens zur Beschleunigung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Antr
 s. *Windenergieanlage*
 Drs 15/4498

Vergabepaxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftssysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr
 s. *Öffentlicher Auftrag*
 Drs 15/4499

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten der Kampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft; mit der Durchführung der Kampagne beauftragte Firmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Personal- und Sachkosten für die Durchführung der Kampagne innerhalb

der Landesverwaltung; Bekanntheitsgrad der Kampagne bei den Bürgern; Besuch der Internetseite der Kampagne und Nutzung der interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten

Antr
 s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
 Drs 15/4500

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemarkungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr
 s. *Windenergie*
 Drs 15/4520

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 20.01.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4615
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 31 32
 PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Regierungsbefragung

Energiewende/Problempunkte/Wirtschaft
 PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5335-5340

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
 Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030*

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/4754

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/4968

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr
s. *Technologiepolitik*
Drs 15/5016

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - Vergabeverfahren, detaillierte Kosten und Weiterentwicklung

Durchführung der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Personal- und Sachkosten, Auftragsvergabe, Betreuung der Internetseite www.50-80-90.de; Abwicklung der Kampagne wegen Erfolgslosigkeit

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5063

Entwurf des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts BW (IEKK)

Strategie- und Maßnahmenprogramm der LReg zur Erreichung der im Klimaschutzgesetz festgelegten Klimaschutzziele, insbes Beschreibung von konkreten Maßnahmen für unterschiedliche Sektoren zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Energieeffizienz unter Berücksichtigung von Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung; Entscheidungshilfe für Kommunen und betroffene gesellschaftliche Gruppen

Mittlg LReg
s. *Klimaschutz*
Drs 15/5186

Novellierung des Landesentwicklungsplans BW 2002

Überlegungen zur Novellierung des Landesentwicklungsplans BW 2002, insbes Gründe für eine Novellierung als Zielsetzung im Koalitionsvertrag, Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik als Novellierungsgrund, Auswirkungen durch die Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)

Antr
s. *Landesplanung*
Drs 15/5098

Weitere Nachfragen zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten, Auftragsvergabe und Bekanntheit der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5380

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KIAnfr Paul Locherer CDU 02.07.2014 und Antw UM Drs

15/5381

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Energieeffizienz und ihr Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5662

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5667

Versorgungssicherheit und Energiewende nicht gefährden! - Baden-Württemberg steht zum Netzausbau

Aufforderung an den Bund, ein transparentes Genehmigungsverfahren festzulegen und die Bundesnetzagentur als Genehmigungsbehörde mit ausreichenden Ressourcen auszustatten; bundesrechtliche Regelung zur Nutzung von Teilerdverkabelungen für Gleichstromprojekte; Befürwortung eines zügigen, umweltschonenden und wirtschaftlichen Netzausbaus im Bundesrat

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/5863

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - weitere offene Fragen

Sachstand zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Wirkung, Mitteleinsatz sowie Auswahl und Honorar des Politikberaters N.H.

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6198

Windkraftausbau in BW

Stand des Windkraftausbaus im Jahr 2014; Auskunft über Anschlüsse von Windkraftanlagen ans Netz sowie über Stilllegungen von Windrädern

KIAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6281

Entwicklung der oberflächennahen Geothermie in BW

Arten der oberflächennahen Erdwärmennutzung; Entwicklung der Erdwärmennutzung, insbes seit der Einführung der Leitlinien Qualitätssicherung Erdwärmesonden (LQS EWS) im Jahr 2011; Reduzierung des Risikos von durch Erdwärmesonden verursachten Schäden; Rolle der oberflächennahen Geothermie bei der Energiewende; Forschungsförderung

Antr
s. *Geothermische Energie*

Drs 15/6313

Revision EURATOM-Vertrag

Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kern-technischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr

s. *Europäische Atomgemeinschaft*

Drs 15/6433

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6684

Nachhaltigkeitsstrategie; Nachhaltigkeit in der Umwelt- und Energiepolitik des Landes

Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, insbes Schwerpunkte und Ziele in der Umwelt- und Energiepolitik, Erfahrungen mit der „Wirtschaftsinitiative WIN“, Maßnahmen im Bereich der „Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit“

Antr

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Drs 15/7183

Vergabe der Leistung „Beratungs- und Umsetzungsleistungen beim Forum Energiedialog“

Sachstand zur Vergabe der Leistung „Beratungs- und Umsetzungsleistungen beim Forum Energiedialog“ mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 2,1 Millionen Euro im Wege eines Verhandlungsverfahrens

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 29.10.2015 und Antw UM

Drs 15/7624

Forcierung der Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien, Eintreten für einen beschleunigten Atomausstieg

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Begrüßung der Zusammenführung der Umwelt- und Energiepolitik in einem Ressort, Unterstützung des Umstiegs von der Atomenergie auf erneuerbare Energien

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37-39 50 57 58 67 71 72 74-76 78 79 86 87 90

Umsetzung der Energiewende im UM mit neuem Personal

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 251

Unterstützung des Einstiegs von Stadtwerken bei der EnBW, Notwendigkeit dezentraler Strukturen zur Bewältigung der Energiewende, Bereitstellung des notwendigen Kapitals der EnBW für den Umstieg auf erneuerbare Energien

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684-699

Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Umsetzung der Energiewende, Unterstützung einer Kapitalerhöhung bei der EnBW, angestrebte Anteile der einzelnen Energieträger am Energiemix der Zukunft; Aufarbeitung des Rückkaufs der EnBW-Anteile von der EdF durch einen Untersuchungsausschuss

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042-1059 1067-1078

Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Umsetzung der Energiewende, insbes zur Förderung der erneuerbaren Energien; Aufarbeitung des Rückkaufs der EnBW-Anteile von der EdF durch einen Untersuchungsausschuss

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1107-1109 1111 1114 1132 1133 1136 1143-1147

Vergleich der Energiekonzepte von Opposition und Regierung zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1191 1200 1203 1204 1210-1212 1214-1216

Umsetzung der Energiewende, Bewertung als politische Schwerpunktsetzung, Vergleich der Energiekonzepte von Opposition und Regierung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1331-1347

Zustimmung zur Kapitalerhöhung bei der EnBW, Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Umsetzung der Energiewende; Aufarbeitung des Rückkaufs der EnBW-Anteile von der EdF durch einen Untersuchungsausschuss

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423 1425 1426 1440 1442 1444 1448 1451 1452

Verweisung auf das Energiekonzept der CDU als Leitlinie für die Energiewende in BW; Beteiligung der Kommunen an der Energiewende; energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1603-1607 1621-1624

Beitrag der Windkraftnutzung zur Energiewende; Steigerung der Stromproduktion aus regenerativen Quellen, Ausbau der Stromnetze und -speicher

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942-1954

Bedeutung der EnBW für die Umsetzung der Energiewende, Zustimmung zur Kapitalerhöhung bei der EnBW; Bewertung der ICC-Klage der LReg im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Anteile von der EdF

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2133-2150

Beklagung des Zeitverlusts bei der Umsetzung der Energiewende, Auflistung der in Angriff genommenen Komponenten zur Umsetzung der Energiewende, Übernahme einer Vorreiterrolle, Verweisung auf das Energiekonzept der CDU

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2240-2250

Vergleich des Mitteleinsatzes für die Energiewende zwischen BW und NRW, Bereitschaft und Fähigkeit der EnBW zu Investitionen in erneuerbare Energien

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2258 2259 2265-2276

Energiepreis

s.a. *Rohstoffpreis*

Datenerhebung bei den Stadtwerken

Gründe und Auswirkungen der umfangreicheren Datenerhebung der Landesregulierungsbehörde bei der „Datenerhebung Kostenprüfung - Gas“ von den Stadtwerken im Vergleich zur Bundesnetzagentur, Höhe und Träger der Kosten für die Landeskontrollbehörde, Beurteilung der Aufgabenverteilung zwischen der Bundesnetzagentur und den Ländern und der damit verbundenen Parallelstrukturen

Antr
s. *Aufsichtsbehörde*
Drs 15/89

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen

Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO; ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/411

EU-Verordnung über den Großhandel mit Strom und Gas

Entwicklung der Belastung der privaten Haushalte mit Strom- und Gaskosten seit 2002; erwartete Auswirkungen der o.g. Verordnung auf die Strom- und Gaspreise, den Energiemarkt und die Versorgungssicherheit in BW; Art der Mechanismen und Aufwand zur Umsetzung der VO

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/858

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Frage nach differenzierenden Tarifsyste men der EVU für die smart-grid-Technologie

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen; Zahl und Perspektiven der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Fotovoltaik auf die Strompreise und die Leipziger Strombörse; verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften; Auswirkungen der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der damit vorgesehenen Senkung der Vergütungssätze, Frage nach den notwendigen Vergütungsregelungen zur weiteren Markteinführung der Fotovoltaik

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/1360

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vorgaben mit denen der anderen Netzagenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1700

Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit

Bewertung der Aussagen zur Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit bis 2025 im Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie sowie der Aussagen des Berichts der Bundesnetzagentur zur Versorgungssituation mit Strom und Gas im vergangenen Winter; mittel- und langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/1727

Umgang des Umweltministers Franz Untersteller MdL mit dem wissenschaftlichen Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Bewertung der Kritik des Ministers am o.g. Gutachten zur Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit, Bezeichnung der ermittelten Zahlen über Strompreiserhöhungen als unseriös und Vergleich der Expertise mit dem Orakel von Delphi; Frage nach dem Stellenwert von wissenschaftlichen Gutachten für den Minister und nach der evtl Vergabe des Auftrags für ein Gegengutachten

KlAnfr
s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*
Drs 15/1733

Energiepolitische Positionen der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern

Bewertung der o.g. Positionen, insbes zu den Ergebnissen des Gutachtens des Karlsruher Instituts für Technologie zur Entwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit; eigene Einschätzung der Strompreisentwicklung und des CO₂-Ausstoßes in den kommenden zehn Jahren; Festlegung von Teilzielen, Handlungserfordernissen und Maßnahmen zum Risikomanagement im Zuge der Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1748

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheiz-

kraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KlAnfr
s. *Energiapolitik*
Drs 15/1884

Energetische Sanierung von Landesliegenschaften mittels Contracting-Verfahren

Umfang der bislang durchgeführten und künftig möglichen Sanierungen des Landes und der Kommunen im Rahmen des Projekts VIRE und von Energieeinspar-Contracting unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020; Einschätzung der Einsparungen an CO₂-Emissionen sowie Heiz- und Stromkosten; Wirtschaftlichkeit des Einbaus von Blockheizkraftwerken sowie von solarthermischen Anlagen und Erdwärmesonden im Zuge von Contracting-Verfahren

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2580

Energieeinsparungsmöglichkeiten in Landesliegenschaften durch ein verbessertes Energiemanagement

Entwicklung der Ausgaben für Strom und Wärme seit 2002, angenommener Energieverbrauch und Energiepreis für die mittelfristige Finanzplanung; Übertragbarkeit von Energieeinsparmaßnahmen im kommunalen Bereich; Aufwand und Einsparpotenzial der flächendeckenden Einführung eines automatisierten Energieverbrauchscontrollings in den Liegenschaften des Landes; wirtschaftliche Anreize zum Energiesparen in der Landesverwaltung über den Bereich der Universitäten und Universitätskliniken hinaus

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2581

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2863

Auswirkungen der Energiewende auf die Landwirtschaft in BW

Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Kopf seit 1950; Getreideproduktion und -verbrauch seit dem Jahr 2000; Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seit 2000; Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf die baden-württembergische Landwirtschaft; Einfluss der Energiepreise auf deren Wettbewerbsfähigkeit; Erwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch die Energiewende; Schutz der baden-württembergischen Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen der Energiewende

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/4356

Wie transparent sind die Energiepreise aus Verbrauchersicht?

Konsequenzen des EuGH-Urteils (Rechtssachen C-359/11 und C-400/11) vom 23. Oktober 2014 für Haushaltskunden in der Grundversorgung von Strom- und Gasanbietern; Auswirkungen auf die Preisbildung; Entwicklung des Gaspreises im Zeitraum 2004 bis 2014; Hinweise für ungerechtfertigte Tarifierhöhungen innerhalb dieses Zeitraums; Maßnahmen zur Verhinderung unbilliger und intransparenter Tarifänderungen vonseiten der Energieversorgungsunternehmen; Förderung der Transparenz bei der Preisgestaltung in der Grundversorgung; Wettbewerbssituation auf dem Gasmarkt

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 05.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6073

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr
s. *Wärmeversorgung*
Drs 15/6149

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportal; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
s. *Wettbewerbsaufsicht*
Drs 15/6429

Preistransparenz bei Fernwärme

Sachstand zur kartellrechtlichen Beurteilung der geplanten Preiserhöhung für Fernwärme durch die Stadtwerke Böblingen, insbes Überprüfung durch die Energiekartellbehörde

KlAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 15/7364

Verbraucherschutzansätze für leitungsgebundene Wärmeversorgung

Sachstand zur Regulierung von Wettbewerb und Verbraucherschutz bei der leitungsgebundenen Fernwärmeversorgung, insbes Veröffentlichung der Wärmepreise durch die Fernwärmeversorger

KlAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 15/7590

Fern- und Nahwärme in Freiburg

Sachstand zur unterschiedlichen Preisgestaltung für Fernwärme in den Stadtgebieten Freiburgs, insbes Höhe und Bestandteile der Wärmepreise im Baugebiet Gutleutmatten

KlAnfr
s. Fernwärme
Drs 15/7726

Darstellung der Pro-Kopf-Ausgaben für Energie und des möglichen Einsparpotenzials, Gewährleistung einer bezahlbaren Energieversorgung auch nach dem Atomausstieg

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 58 67 71

Erinnerung an die Begründung der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke mit drohenden Strompreiserhöhungen, Gewährleistung von bezahlbarem Strom auch nach der Energiewende

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 179 180 183-185

Erwartung weiter steigender Strompreise nach der Energiewende in Deutschland; Forcierung der Forschung an neuen Antriebstechnologien angesichts der Ölpreisentwicklung

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423 426

Gewährleistung von bezahlbarem Strom auch nach der Energiewende, Befürchtung einer Umlegung der den großen Unternehmen eingeräumten Erstattungsmöglichkeiten auf die Kleinverbraucher

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1046 1048 1050 1051 1054 1055 1057 1059

Gewährleistung von bezahlbarem Strom auch nach der Energiewende

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1203 1212

Gewährleistung von bezahlbarem Strom auch nach der Energiewende

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1340 1343 1346

Befürchtung von Produktionsverlagerungen ins Ausland durch steigende Energiepreise

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423

Anteil der Förderung der erneuerbaren Energien am Strompreis, Bewertung der Kürzung der Fördersätze für die Einspeisung von Solarstrom

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1652-1662

Auswirkungen der höheren Energiepreise auf den Schienenpersonennahverkehr

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1740 1742 1745 1749 1753

Erinnerung an das Versprechen sinkender Strompreise nach einem Verkauf der EnBW-Anteile an die EdF

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2135

Auswirkungen des Umgangs der neuen LReg mit der EnBW auf den Strompreis, Gewährleistung von Versorgungssicherheit und Preisstabilität auch nach der Energiewende

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2265 2266 2274

Gewährleistung von bezahlbarem Strom auch nach der Energiewende, Erwartung von langfristig sinkenden Preisen

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2351 2352

Energierecht

Aktuelle Rechtsprechung des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf zur Reservekraftwerksverordnung

Sachstand zur Anwendung der Reservekraftwerksverordnung, insbes Inhalte der Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 28. April 2015, Kosten für die Stromkunden, Bedeutung von Vergütungen an die Energieversorger für den angeordneten Fortbetrieb ihrer Anlagen, Überlegungen zur Fortentwicklung der Verordnung

Antr
s. Reservekraftwerksverordnung
Drs 15/6865

Auswirkungen des geplanten Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende auf Datenschutz, Verbraucherschutz und Wettbewerb

Sachstand zu den Auswirkungen des im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehenen Pflichteinbaus intelligenter Messsysteme auf Datenschutz, Verbraucherrechten und Wettbewerb

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 08.12.2015 und Antw UM
Drs 15/7848

Energiespar-Contracting

s. Energieeinsparung

Energiesparen

s. Energieeinsparung

Energiesparlampe

Energie- und Kosteneinsparung durch Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW

Stand der Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW und der Beleuchtung der landeseigenen Liegenschaften, insbes Umfang der Modernisierung und Einbeziehung der LED-Technologie, erzielte Strom- und Kosteneinsparungen, Anwendung von Contracting-Modellen und Verfahren bei der Finanzierung

Antr
s. Straßenbeleuchtung
Drs 15/5528

Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Rems-Murr-Kreis

Beantragung einer energieeinsparenden Modernisierung der Straßenbeleuchtung vonseiten der Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises; geförderte Projekte; Höhe des Förderbetrags; Nutzung von Fördermitteln des Bundes

KlAnfr
s. Straßenbeleuchtung
Drs 15/5973

Energiesparleuchte

s. Energiesparlampe

Energiespeicher

s.a. Batterie

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen

Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO; ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/411

Möglichkeiten der Nutzung bestehender und künftiger Pumpspeicherkapazitäten in der Schweiz und in Österreich für BW

Darlegung der o.g. Möglichkeiten und dazu notwendigen Voraussetzungen, Umfang der erforderlichen Speicherkapazität in Deutschland und BW zur Umsetzung der Energiewende

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/572
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 08.03.2012 Drs 15/1646 S. 30 31
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Pumpspeicherwerk Atdorf

Bewertung des Ergebnisses der Schlichtungsgespräche zum Pumpspeicherwerk Atdorf in Bad Säckingen; Gewichtung der vorgebrachten naturschutzrechtlichen Bedenken, insbes Schutz der vorhandenen Moore; Frage nach weiteren Planungen und Alternativenplanungen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 10.11.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/867

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Atdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr SPD 23.11.2011 und Antw LReg Drs 15/906 (24 S.)
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1833 (abgesetzt)
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2240-2250

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstetigung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Fördermittel für Umweltforschung, Entwicklung von Umwelttechnologien und das Forschungsprogramm Energiespeichertechnologien

Haushalt
s. *Umweltforschung*
Drs 15/1110

Haushalt 2012; Epl 10

Förderung des Einsatzes von Batteriespeichern bei Fotovoltaikanlagen und effizienter Wärmepumpen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1110-5 S. 21 22
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1210-5 S. 10 11
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1330-1348

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Hinwirkung auf einen beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, der Stromnetze und Speichermöglichkeiten, u.a. durch beschleunigte Planverfahren

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1263

„Power to Gas“-Technologie in BW - Das Erdgasnetz als Stromspeichermedium

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Marktreife der o.g. Technologie, Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Ausräumung von hinderlichen Rahmenbedingungen, derzeitige und künftig notwendige Kapazitäten des Erdgasnetzes als Medium zur Speicherung und zum Transport von Strom aus regenerativen Quellen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 08.03.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1410
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.10.2012 Drs 15/3063 S. 41 42
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Gemeinsam für die Energiewende: Eine Politik für mehr Koordination zwischen Europa, dem Bund und den Ländern anstatt passiver „Autarkiepolitik“

Zurechnung der Investitionen in Kraftwerke, Leitungen und Speicher dem Land und seinen Unternehmen nach dem Territorialitätsprinzip; Abstimmung der Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Bund u.a. Ländern; Bemühungen um o.g. Koordination in Fragen der Stromerzeugung, der Stromspeicherung und des Stromtransports; bisherige und künftige Maßnahmen für Kraftwerkskapazitäten und Netzausbau zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2100

Reduzierung des Stromverbrauchs und Ausbau der Stromproduktion in den Klärwerken BW

Einsparpotenzial beim Stromverbrauch der Kläranlagen; Klärwerke als Stromproduzenten und als Energiespeicher; Forschung zur Stromerzeugung in Klärwerken; Maßnahmen zur Verrin-

gerung des Stromverbrauchs im bundesdeutschen Vergleich; Steuerung durch finanzielle Anreize

Antr
s. *Kläranlage*
Drs 15/2345

Gasinfrastruktur in BW - Strategische Gasreserve für BW

Anteil verschiedener Gaspipelines an der Erdgasversorgung; Einsatz von Erdgas zur Stromversorgung, vorhandene Stromerzeugungskapazitäten; genutzte und nicht genutzte Gasspeicher; Verträge mit den Nachbarländern über die Ein- und Ausspeisung von Gas; Gaslieferantenverträge; Transportkapazitäten der aus Norddeutschland nach BW führenden Gasleitungen; Ausbau der Gasinfrastruktur zur Vorsorge gegen Versorgungsengpässe; Anpassung der Rahmenbedingungen für das Bereithalten von Gasspeichern

Antr
s. *Gasleitung*
Drs 15/2357

Energieforschung in BW

Höhe der in die Energieforschung (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Speicher- und Netztechnologien, Elektromobilität; kerntechnische Forschung und sonstige Energieforschung) investierten Mittel; Zuschüsse der Europäischen Union und des Bundes; Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sowie mit den Unternehmen im Land; universitäre und außeruniversitäre Forschungsschwerpunkte und deren Förderung; Umfang der künftigen Forschungsförderung einschließlich der Akzeptanzforschung

Antr
s. *Energieforschung*
Drs 15/2412

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromspeisung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Laufleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO₂-Emission

Antr
s. *Kohlekraftwerk*
Drs 15/2688

Wettbewerbsituation bei den Anbietern von Heizstrom

Entwicklung der Strompreise für Nachtspeicherheizungen im Vergleich zu den Tagespreisen für private Stromkunden; Wettbewerbsverzerrungen auf dem Nachtspeichermarkt; Kar-

tellverfahren; Hemmnisse beim Anbieterwechsel für den Verbraucher; Speicherkapazität der installierten Stromspeicherheizungen; technische Voraussetzungen für eine Aufnahme überschüssiger Strommengen aus dem Stromnetz

KlAnfr
s. *Nachtspeicherspeicherung*
Drs 15/3206

Stromnetze und Speicherkapazitäten im Bodenseeraum

Beurteilung der Bodenseestudie der Netzbetreiber Amprion, TransnetBW, Vorarlberg Netz, Swissgrid und Axpo; Verantwortlichkeiten für öffentlich-rechtliche Planungsverfahren in der Bodenseeregion; Einschätzung des in der Studie beschriebenen Netz- und Speicherausbaubedarfs; Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten; Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bodenseeraum

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/3352

Förderung der „Power-to-Gas“-Technologie als Energiespeicherlösung iRd Energiewende

Finanzielle Fördermittel durch Land, Bund und Europäische Union für die Erforschung und Erprobung von Umsetzungsmöglichkeiten der „Power-to-Gas“-Technologie als langfristige Energiespeicherlösung; Förderung und Erforschung alternativer Langzeitspeicherlösungen und Bewertung ihrer Potenziale als verlässliche Langzeitspeicher im Vergleich zur „Power-to-Gas“-Technologie

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 07.08.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3925
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.10.2013 Drs 15/4379 S. 23 24
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Stromspeicher und Stromnetze in BW und Europa - die PCI der Europäischen Kommission und die Haltung der LReg

Bedeutung und Umfang des grenzüberschreitenden Ausbaubedarfs für Stromnetze und Stromspeicher in BW; Umsetzung der BW betreffenden Projekte auf der Liste der Energieinfrastrukturmaßnahmen der Europäischen Kommission, insbes. Finanzierungsfragen und Genehmigungsverfahren; Überlegungen der EU für die Projekte des internationalen Bodenseeraums

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4480
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.03.2014 Drs 15/5137 S. 14-17
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Welchen Beitrag können Pumpspeicherkraftwerke zum Gelingen der Energiewende leisten?

Bedeutung und Einsatzfähigkeit von Pumpspeicherkraftwerken für das Gelingen der Energiewende sowie anderer CO₂-freier bzw. klimafreundlicher Speichertechnologien; Erstellung und Veröffentlichung des im Jahr 2011 angekündigten landesweiten Speicherkonzepts

Antr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/5532

Forschung, Entwicklung und Marktbedingungen für Elektrizitätsspeicher

Umfang der bereits bestehenden Speicherkapazitäten; zukünftig erwarteter Kapazitätsbedarf; Gesamtkonzept für die Verteilung

von Speicherkapazitäten; Folgen der EEG-Umlage auf Eigenstrom für den Ausbau dezentraler Speicherkapazitäten; Marktbedingungen für Stromspeicher; Einrichtung von Unterflur-Pumpspeicherwerken in stillgelegten Bergwerken; Nutzung der Batteriespeichertechnik, des Power-to-Gas-Verfahrens, des Druckluftspeicherverfahrens und weiterer Speichertechniken; Errichtung von Demonstrations- oder Pilotanlagen; Fortschritte in der Elektrizitätsspeicherentwicklung; Forschungsförderung auf dem Gebiet der Speichertechnik

GrAnfr FDP/DVP 24.02.2015 und Antw LReg Drs 15/6525 (25 S.)

Dezentrale Energiespeicherung mittels Batterietechnik

Sachstand zu Pilotprojekten zur dezentralen Speicherung erneuerbarer Energie mittels Batterien bei Endverbrauchern, insbes Bewertung eingesetzter Batterietechnologien, Integration von Elektroautos in zentralgesteuerte Netze, Auswirkungen auf Strom- und Verteilnetze, Förderprogramme von Bund und Land

Antr
s. *Batterie*
Drs 15/7133

Entwicklung und Bedeutung der Energiespeicher für die Energiewende

Sachstand zur Entwicklung und Bedeutung der Strom- und Energiespeicher für die Energiewende, insbes marktfähige technologische Möglichkeiten, bestehende Energiespeichermöglichkeiten und Ausbauziele

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 23.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7224
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/8019 S. 41-43
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Förderung der Entwicklung von Stromspeichertechnologien, Kritik an der vorgesehenen EEG-Umlage für Teile des Speichersstroms, Eintreten für den Bau des Pumpspeicherkraftwerks in Atdorf

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 175 180 185

Notwendigkeit großer Stromspeicher zur Umsetzung der Energiewende, Eintreten für den Bau des Pumpspeicherkraftwerks in Atdorf

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 616 626-629

Notwendigkeit großer Stromspeicher zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1045 1053 1054

Entwicklung neuer Formen der Energiespeicherung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114

Notwendigkeit großer Stromspeicher zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1947 1951 1952

Notwendigkeit großer Stromspeicher zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2350

Energiespeichertechnologie

s. *Energiespeicher*

Energiestatistik

Entwicklung der Bürgerenergiegenossenschaften in BW

Situation der Energiegenossenschaften in BW und im Ländervergleich, insbes Gesamt- und Mitgliederzahl, abgedeckte Energiebereiche, Anteil an Stromerzeugung und -verbrauch, Auszahlung von Dividenden, Ausrichtung des Geschäftsmodells an der Stromselbstvermarktung bzw der Abschöpfung der Einspeisevergütung, Zusammenarbeit mit regionalen Energieversorgern; beratende und finanzielle Unterstützung der Energiegenossenschaften durch das Land und Ausgestaltung der Förderung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/4195

Energiesteuer

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6

Energietechnik

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2659

Förderung und Entwicklung der Kraftwärmekopplung (KWK) in BW

Bedeutung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung in BW, insbes Daten zu Gesamtleistung, Anteil an der Strom- und Wärmeerzeugung, Verbesserung der Versorgungssicherheit; Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Förderung von KWK-Anlagen in Bund und Land; Ausbau, wirtschaftliches Potenzial und Fördermöglichkeiten kleinerer Blockheizkraftwerke; Wärmenutzung bei in Bau befindlichen Kohlekraftwerken

Antr SPD 30.01.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/2956 (11 S.)
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4185-4191

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformieren, um die Energiewende zu retten

Entschleunigung und grundlegende Reform der Energiewende, insbes kosteneffiziente, versorgungssichere und umweltverträgliche Gestaltung; Entwicklung einer Fördersystematik und

Ersatz des Systems garantierter Förderhöhen durch ein Mengenmodell; Erstellung eines Stufenplans für den Wechsel aller Technologien von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung; aufkommensneutrale Absenkung der Stromsteuer; Förderung von Großanlagen entsprechend der regionalen Nachfrage

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/3412

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waiblingen

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waiblingen; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. *Unternehmensübernahme*
Drs 15/5208

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts

Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stilllegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 15/5392

Energiegewinnung mit Flussturbinen

Energetisches und wirtschaftliches Potenzial von Flussturbinen beim Einsatz zur Energiegewinnung und ökologische Auswirkungen

KlAnfr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/6200

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 15/7909

Energietechniker

s. *Techniker*

Energieverbrauch

s. *Energienutzung*

Energieverbrauchsteuer

s. *Energiesteuer*

Energieversorgung

s.a. *Energieerzeugung*
s.a. *Energiespeicher*
s.a. *Kraftwerk*
s.a. *Stromnetz*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Rolle von hocheffizienten Gaskraftwerken sowie der erneuerbaren Energieträger Wasser, Wind, Sonne und Biomasse; Frage nach Vorschlägen zur Verbesserung der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Klimaschutzes und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/77

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen

Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO; ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/411

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG, KOM(2011) 370 endg.

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*

Angelegenheiten
Drs 15/436*Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz*

Beurteilung der Vereinbarkeit o.g. Richtlinie mit dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz; Quantifizierung des Beitrags zum nationalen Energieeffizienzverpflichtungssystem, der Einsparvolumina von kommunalen EVU sowie des Potenzials für Kraft-Wärme-Kopplungen; Umgang mit den Vorgaben im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Zertifizierung von Energieberatern

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/627

EU-Verordnung über den Großhandel mit Strom und Gas

Entwicklung der Belastung der privaten Haushalte mit Strom- und Gaskosten seit 2002; erwartete Auswirkungen der o.g. Verordnung auf die Strom- und Gaspreise, den Energiemarkt und die Versorgungssicherheit in BW; Art der Mechanismen und Aufwand zur Umsetzung der VO

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/858

Rückenwind beim Energiemix!

Aktuelle Debatte
s. *Energiepolitik*
PIPr 15/22 S. 1044

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstetigung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Bioenergie und Bioenergieforschung

Bedeutung des o.g. Forschungsbereichs für den Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien, Höhe der jährlichen Mittelbereitstellung von Bund und Land, Bewertung des nationalen Biomasseaktionsplans sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz von Pflanzen als Bioenergeträger

Antr
s. *Energieforschung*
Drs 15/1154

Einführung eines Studiengangs „Energiemarktmanagement“

Einrichtung des o.g. Forschungsgebiets und eines neuen Studiengangangebots, Verknüpfung mit vorhandenen energiewirtschaftlichen und -technischen Studiengängen, Kooperation mit Stadtwerken, der EnBW u.a. EVU

Antr

s. *EnBW*
Drs 15/1429

Ökostrom in Behörden und Einrichtungen des Landes

Art und Umfang der Strombeschaffung für landeseigene Liegenschaften und Liegenschaften ausgegliederter Einrichtungen und Gesellschaften mit Landesbeteiligung; derzeitige und künftig mögliche Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien, jeweilige Auswirkungen auf die Klimabilanz, entsprechende Einwirkung der Klima- und Energieagenturen des Landes bei der Beratung von Kommunen

Antr
s. *Elektrizität*
Drs 15/1550

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vorgaben mit denen der anderen Netzagenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1700

Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit

Bewertung der Aussagen zur Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit bis 2025 im Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie sowie der Aussagen des Berichts der Bundesnetzagentur zur Versorgungssituation mit Strom und Gas im vergangenen Winter; mittel- und langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr GRÜNE 18.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1727
PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3343-3353

Umgang des Umweltministers Franz Untersteller MdL mit dem wissenschaftlichen Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Bewertung der Kritik des Ministers am o.g. Gutachten zur Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit, Bezeichnung der ermittelten Zahlen über Strompreiserhöhungen als unseriös und Vergleich der Expertise mit dem Orakel von Delphi; Frage nach dem Stellenwert von wissenschaftlichen Gutachten für den Minister und nach der evtl Vergabe des Auftrags für ein Gegengutachten

KIAnfr
s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*
Drs 15/1733

Energiepolitische Positionen der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern

Bewertung der o.g. Positionen, insbes zu den Ergebnissen des Gutachtens des Karlsruher Instituts für Technologie zur Entwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit; eigene Einschätzung der Strompreisentwicklung und des CO₂-Ausstoßes in den kommenden zehn Jahren; Festlegung von Teilzielen, Handlungser-

forderungen und Maßnahmen zum Risikomanagement im Zuge der Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1748

Rahmenbedingungen und Notwendigkeit für die Realisierung von Spitzenlastkraftwerken in BW

Einschätzung der Entwicklung von Strommix, Stromverbrauch und Lastspitzen bis 2050; Strategien zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit; Beurteilung des Bedarfs an modernen Gas- und Dampf-Kombikraftwerken; notwendige Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlich rentablen Zubau von GuD-Kraftwerksleistung

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 24.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1757
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 44-46
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1884

Gemeinsam für die Energiewende: Eine Politik für mehr Koordination zwischen Europa, dem Bund und den Ländern anstatt passiver „Autarkiepolitik“

Zurechnung der Investitionen in Kraftwerke, Leitungen und Speicher dem Land und seinen Unternehmen nach dem Territorialitätsprinzip; Abstimmung der Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Bund u.a. Ländern; Bemühungen um o.g. Koordination in Fragen der Stromerzeugung, der Stromspeicherung und des Stromtransports; bisherige und künftige Maßnahmen für Kraftwerkskapazitäten und Netzausbau zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2100

Potenzial und Entwicklung von Reserveleistung in der Stromversorgung

Verfügbare und in Spitzenzeiten bis 2022 benötigte Reservekapazitäten zur Stromerzeugung landes- und bundesweit; Gründe für die Stromengpässe im Februar; Anreize und Regelungen für die Betreiber zur Vorhaltung fossiler Kraftwerkskapazitäten; Maßnahmen zur Schaffung von Kapazitätsmechanismen bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr Johannes Stober u.a. SPD 01.08.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2182
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 44-46
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Gasinfrastruktur in BW - Strategische Gasreserve für BW

Anteil verschiedener Gaspipelines an der Erdgasversorgung; Einsatz von Erdgas zur Stromversorgung, vorhandene Stromerzeugungskapazitäten; genutzte und nicht genutzte Gasspeicher; Verträge mit den Nachbarländern über die Ein- und Ausspeisung von Gas; Gaslieferantenverträge; Transportkapazitäten der aus Norddeutschland nach BW führenden Gasleitungen; Ausbau der Gasinfrastruktur zur Vorsorge gegen Versorgungsengpässe; Anpassung der Rahmenbedingungen für das Bereithalten von Gasspeichern

Antr
s. *Gasleitung*
Drs 15/2357

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr FDP/DVP 11.01.2013 und Antw LReg Drs 15/2863 (22 S.)

Förderung und Entwicklung der Kraftwärmekopplung (KWK) in BW

Bedeutung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung in BW, insbes Daten zu Gesamtleistung, Anteil an der Strom- und Wärmeerzeugung, Verbesserung der Versorgungssicherheit; Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Förderung von KWK-Anlagen in Bund und Land; Ausbau, wirtschaftliches Potenzial und Fördermöglichkeiten kleinerer Blockheizkraftwerke; Wärmenutzung bei in Bau befindlichen Kohlekraftwerken

Antr
s. *Energietechnik*
Drs 15/2956

Erweiterung der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung

Bedeutung der kommunalen Unternehmen bei der Energieerzeugung und -versorgung; ihre Rolle bei der Umstrukturierung der Energieversorgung iRd Energiewende; Aufhebung des Verbots der überörtlichen wirtschaftlichen Betätigung in § 102 der Gemeindeordnung für BW (GemO), um Kooperationen zwischen kommunalen Unternehmen und überregionalen Energieunternehmen zu ermöglichen

Antr
s. *Kommunales Unternehmen*
Drs 15/3255

Stromnetze und Speicherkapazitäten im Bodenseeraum

Beurteilung der Bodenseestudie der Netzbetreiber Amprion, TransnetBW, Vorarlberg Netz, Swissgrid und Axpo; Verantwortlichkeiten für öffentlich-rechtliche Planungsverfahren in der Bodenseeregion; Einschätzung des in der Studie beschriebenen Netz- und Speicherausbaubedarfs; Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten; Gewährleistung der Versorgungssicherheit im

Bodenseeraum

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/3352

Bundesnetzausbau Korridor A und die Bedeutung für das Land
Ausbau des Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Korridors A von Emden/Borßum über Osterath bis nach Philippsburg iRd Netzentwicklungsplans; Verzögerung beim nördlichen Teilabschnitt des HGÜ-Korridors A aufgrund des Widerstands gegen Bau des Doppelkonverters in Meerbusch-Osterath; Auswirkungen auf die Stromversorgung in BW

KlAnfr

s. *Stromnetz*

Drs 15/3362

Die organisatorische Umsetzung der Energiewende in BW

Umsetzung der Energiewende im Vergleich zu Bayern; Vernetzung der in BW bestehenden Energieagenturen; Schaffung einer Dialogplattform; Gremium zu Koordination der Aktivitäten der verschiedenen Ministerien; Gründung einer institutionell verankerten, unabhängigen und zentralen Energieagentur vergleichbar der Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ; Unterschiede zu den bisherigen Tätigkeitsfeldern der Klimaschutz- und Energieagentur BW (KEA); Information der Bürger über den Umbau der Energieversorgung; Konsequenzen aus dem von der BReg angestoßenen Monitoring der Energiewende

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/4116

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr

s. *Umweltmanagement*

Drs 15/4370

Poldererschließung Wyhl-Weisweil iRd Integrierten Rheinprogramms

Stand der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, insbes für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil; Prioritätensetzung und Zeitplan; Unterstützung der Gemeinde Weisweil für eine Ausnahmegenehmigung zur Stromversorgung mehrerer Gebäude auf der deutschen Rheinseite der Électricité de France (EDF)

KlAnfr

s. *Integriertes Rheinprogramm*

Drs 15/4375

Stromspeicher und Stromnetze in BW und Europa - die PCI der Europäischen Kommission und die Haltung der LReg

Bedeutung und Umfang des grenzüberschreitenden Ausbaubedarfs für Stromnetze und Stromspeicher in BW; Umsetzung der BW betreffenden Projekte auf der Liste der Energie-Infrastrukturmaßnahmen der Europäischen Kommission, insbes Finanzierungsfragen und Genehmigungsverfahren; Überlegungen der EU für die Projekte des internationalen Bodenseeraums

Antr

s. *Energiespeicher*

Drs 15/4480

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/4968

Entwurf des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts BW (IEKK)

Strategie- und Maßnahmenprogramm der LReg zur Erreichung der im Klimaschutzgesetz festgelegten Klimaschutzziele, insbes Beschreibung von konkreten Maßnahmen für unterschiedliche Sektoren zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Energieeffizienz unter Berücksichtigung von Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung; Entscheidungshilfe für Kommunen und betroffene gesellschaftliche Gruppen

Mittlg LReg

s. *Klimaschutz*

Drs 15/5186

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5446

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Energieeffizienz und ihr Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5662

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Gründe für den Verzicht auf eine Änderung von § 102 der Gemeindeordnung über die Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen; Ermöglichung der überörtlichen Betätigung kommunaler Energieunternehmen

Antr

s. *Kommunales Unternehmen*

Drs 15/6249

Mikrostromausfälle in BW

Erfassung von Mikrostromausfällen im Land; Ursachen der Mikrostromausfälle in der Region Stuttgart; Auswirkungen der Netzstörungen; Nutzung von USV-Einheiten; weitere Vorkehrungsmaßnahmen und deren Kosten

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6407

Erklärung der „12 elektrischen Nachbarn“ zur gemeinsamen Zusammenarbeit bei der Versorgungssicherheit; Bedeutung für BW

Sachstand zur Erklärung der „12 elektrischen Nachbarn“ zur gemeinsamen Zusammenarbeit bei der Versorgungssicherheit, insbes wesentliche Inhalte, Auswirkungen für BW, anstehende Maßnahmen zur Umsetzung der Erklärung

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 22.06.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7049

Versorgungssicherheit in BW

Sachstand zur Versorgungssicherheit in BW, insbes Entwicklung des jährlichen Strombedarfs, Situation des Stromnetzes, Stromausfälle und deren Ursachen, Gewährleistung der Versorgungssicherheit nach dem Abschalten der Kernkraftwerke

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 28.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7233
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/8019 S. 46-48
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Mikrostromausfälle und kurze Versorgungsunterbrechungen in BW

Gewinnung neuer Erkenntnisse bei der Beobachtung von Mikrostromausfällen und Spannungseinbrüchen in der Region Stuttgart oder anderen Regionen während der vergangenen acht Monate; Einleitung von Vorkehrungen und Gegenmaßnahmen; Veranstaltung eines Fachdialogs zum Thema Spannungsschwankungen/kurze Versorgungsunterbrechungen am 25. November 2015; Kosten der Veranstaltung

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/7601

Sicherstellung einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung auch nach dem Umstieg von der Atomenergie auf erneuerbare Energien

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38 39 50 57 58 67 71 79 90

Sicherstellung einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung auch nach der Energiewende

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 616 625-628

Sicherstellung einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung auch nach der Energiewende

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1332-1347

Sicherstellung einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung auch nach der Energiewende

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1603

Sicherstellung einer verlässlichen und bezahlbaren Energieversorgung auch nach der Energiewende

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2266 2267 2269

Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, Schaffung der notwendigen Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349-2352

Energieversorgungsunternehmen

s. *Energiewirtschaft*

Energiewende

s. *Energiepolitik*

Energiewirtschaft

s.a. *EnBW*
s.a. *Energiebericht*
s.a. *Energiekommission*
s.a. *Energiepolitik*
s.a. *Energiewirtschaftsgesetz*
s.a. *Kraftwerk*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Rolle von hocheffizienten Gaskraftwerken sowie der erneuerbaren Energieträger Wasser, Wind, Sonne und Biomasse; Frage nach Vorschlägen zur Verbesserung der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Klimaschutzes und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/77

Datenerhebung bei den Stadtwerken

Gründe und Auswirkungen der umfangreicheren Datenerhebung der Landesregulierungsbehörde bei der „Datenerhebung Kostenprüfung - Gas“ von den Stadtwerken im Vergleich zur Bundesnetzagentur, Höhe und Träger der Kosten für die Landeskontrollbehörde, Beurteilung der Aufgabenverteilung zwischen der Bundesnetzagentur und den Ländern und der damit verbundenen Parallelstrukturen

Antr
s. *Aufsichtsbehörde*
Drs 15/89

Möglichkeiten der Nutzung und Erforschung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in BW

Freigesetzte Mengen an Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen in den letzten fünf Jahren, Definition der Carbon Dioxide Capture and Storage-Technologie und von dafür geeigneten Standorten in BW; Interessen der Wirtschaft, insbes der Energieversorger, an der weiteren Erforschung und Nutzung der CCS-Technologie; Unterstützung der Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit CCS an Universitäten und Forschungseinrichtungen im Land

Antr
s. *CO₂-Abscheidung und -Speicherung*
Drs 15/331

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen

Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO;

ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/411

EU-Verordnung über den Großhandel mit Strom und Gas

Entwicklung der Belastung der privaten Haushalte mit Strom- und Gaskosten seit 2002; erwartete Auswirkungen der o.g. Verordnung auf die Strom- und Gaspreise, den Energiemarkt und die Versorgungssicherheit in BW; Art der Mechanismen und Aufwand zur Umsetzung der VO

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.11.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/858
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.03.2012 Drs 15/2007 S. 85 86
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Rückenwind beim Energiemix!

Aktuelle Debatte
s. *Energiepolitik*
PIPr 15/22 S. 1044

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstärkung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/1135

Einführung eines Studiengangs „Energiemarktmanagement“

Einrichtung des o.g. Forschungsgebiets und eines neuen Studiengangangebots, Verknüpfung mit vorhandenen energiewirtschaftlichen und -technischen Studiengängen, Kooperation mit Stadtwerken, der EnBW u.a. EVU

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1429

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Ergänzung energiepolitischer Maßnahmen des Bundes durch eigene Landesprogramme, u.a. zur Erzeugung von Biomasse als Energieträger oder durch die Geothermie und Wasserkraft

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vor-

gaben mit denen der anderen Netzagenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1700

Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit

Bewertung der Aussagen zur Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit bis 2025 im Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie sowie der Aussagen des Berichts der Bundesnetzagentur zur Versorgungssituation mit Strom und Gas im vergangenen Winter; mittel- und langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/1727

Umgang des Umweltministers Franz Untersteller MdL mit dem wissenschaftlichen Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Bewertung der Kritik des Ministers am o.g. Gutachten zur Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit, Bezeichnung der ermittelten Zahlen über Strompreiserhöhungen als unseriös und Vergleich der Expertise mit dem Orakel von Delphi; Frage nach dem Stellenwert von wissenschaftlichen Gutachten für den Minister und nach der evtl Vergabe des Auftrags für ein Gegengutachten

KlAnfr
s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*
Drs 15/1733

Energiepolitische Positionen der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern

Bewertung der o.g. Positionen, insbes zu den Ergebnissen des Gutachtens des Karlsruher Instituts für Technologie zur Entwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit; eigene Einschätzung der Strompreisentwicklung und des CO₂-Ausstoßes in den kommenden zehn Jahren; Festlegung von Teilzielen, Handlungserfordernissen und Maßnahmen zum Risikomanagement im Zuge der Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1748

Gemeinsam für die Energiewende: Eine Politik für mehr Koordination zwischen Europa, dem Bund und den Ländern anstatt passiver „Autarkiepolitik“

Zurechnung der Investitionen in Kraftwerke, Leitungen und Speicher dem Land und seinen Unternehmen nach dem Territorialitätsprinzip; Abstimmung der Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Bund u.a. Ländern; Bemühungen um o.g. Koordination in Fragen der Stromerzeugung, der Stromspeicherung und des Stromtransports; bisherige und künftige Maßnahmen für Kraftwerkskapazitäten und Netzausbau zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2100

Potenzial und Entwicklung von Reserveleistung in der Stromversorgung

Verfügbare und in Spitzenzeiten bis 2022 benötigte Reservekapazitäten zur Stromerzeugung landes- und bundesweit; Gründe für die Stromengpässe im Februar; Anreize und Regelungen für die Betreiber zur Vorhaltung fossiler Kraftwerkskapazitäten; Maßnahmen zur Schaffung von Kapazitätsmechanismen bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr

s. *Energieversorgung*

Drs 15/2182

Gasinfrastruktur in BW - Strategische Gasreserve für BW

Anteil verschiedener Gaspipelines an der Erdgasversorgung; Einsatz von Erdgas zur Stromversorgung, vorhandene Stromerzeugungskapazitäten; genutzte und nicht genutzte Gasspeicher; Verträge mit den Nachbarländern über die Ein- und Ausspeisung von Gas; Gaslieferantenverträge; Transportkapazitäten der aus Norddeutschland nach BW führenden Gasleitungen; Ausbau der Gasinfrastruktur zur Vorsorge gegen Versorgungsengpässe; Anpassung der Rahmenbedingungen für das Bereithalten von Gasspeichern

Antr

s. *Gasleitung*

Drs 15/2357

Energienetze - Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Interesse der Netzkunden

Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Zusammenhang mit dem Neuabschluss von Strom- und Gaswegenutzungsverträgen nach § 46 Abs 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), insbes Gefahr einer Zersplitterung der Verteilnetze durch kommunale Netzbeteiligungen und Konsequenzen für den ländlichen Raum; Anteil kommunaler Netzbeteiligungen und Auswirkungen auf Kommunalhaushalt und Netznutzungsentgelte; solidarische Verteilung der Netzausbaukosten zwischen Städten und ländlichem Raum

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 13.03.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3227

Erweiterung der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung

Bedeutung der kommunalen Unternehmen bei der Energieerzeugung und -versorgung; ihre Rolle bei der Umstrukturierung der Energieversorgung iRd Energiewende; Aufhebung des Verbots der überörtlichen wirtschaftlichen Betätigung in § 102 der Gemeindeordnung für BW (GemO), um Kooperationen zwischen kommunalen Unternehmen und überregionalen Energieunternehmen zu ermöglichen

Antr

s. *Kommunales Unternehmen*

Drs 15/3255

Stromnetze und Speicherkapazitäten im Bodenseeraum

Beurteilung der Bodenseestudie der Netzbetreiber Amprion, TransnetBW, Vorarlberg Netz, Swissgrid und Axpo; Verantwortlichkeiten für öffentlich-rechtliche Planungsverfahren in der Bodenseeregion; Einschätzung des in der Studie beschriebenen Netz- und Speicherausbaubedarfs; Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten; Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bodenseeraum

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/3352

Entwicklung der Bürgerenergiegenossenschaften in BW

Situation der Energiegenossenschaften in BW und im Ländervergleich, insbes Gesamt- und Mitgliederzahl, abgedeckte Energiebereiche, Anteil an Stromerzeugung und -verbrauch, Auszahlung von Dividenden, Ausrichtung des Geschäftsmodells an der Stromselbstvermarktung bzw der Abschöpfung der Einspeisevergütung, Zusammenarbeit mit regionalen Energieversorgern; beratende und finanzielle Unterstützung der Energiegenossenschaften durch das Land und Ausgestaltung der Förderung in anderen Bundesländern

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 23.10.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4195

Poldererschließung Wyhl-Weisweil iRd Integrierten Rheinprogramms

Stand der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, insbes für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil; Prioritätensetzung und Zeitplan; Unterstützung der Gemeinde Weisweil für eine Ausnahmegenehmigung zur Stromversorgung mehrerer Gebäude auf der deutschen Rheinseite der Électricité de France (EDF)

KIAnfr

s. *Integriertes Rheinprogramm*

Drs 15/4375

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/4615

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr

s. *Technologiepolitik*

Drs 15/5016

Fracking-Konzession im Bodenseegebiet

Gründe für die Verlängerung der Konzession des Unternehmens Parkyn Energy Germany für zwei Erdgaserkundungsfelder am Bodensee; Frage des Fortbestands der Konzession nach der Eingliederung des Unternehmens in den Konzern Rose Petroleum; Verhinderung von Probebohrungen in der Bodenseeregion

KIAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/5135

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität

Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermo-

delle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr
s. *Gas*
Drs 15/5660

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten der Windenergiebranche

Nachrangdarlehen für Windkraftanlagen des EnBW-Tochterunternehmens Wind Onshor I als Geldanlage; Rechte, Pflichten und Risiken für den Darlehensgeber; Haftung der EnBW AG sowie des Landes BW bei einer Insolvenz des EnBW-Tochterunternehmens

KlAnfr
s. *Kapital*
Drs 15/5971

Wie transparent sind die Energiepreise aus Verbrauchersicht?

Konsequenzen des EuGH-Urteils (Rechtssachen C-359/11 und C-400/11) vom 23. Oktober 2014 für Haushaltskunden in der Grundversorgung von Strom- und Gasanbietern; Auswirkungen auf die Preisbildung; Entwicklung des Gaspreises im Zeitraum 2004 bis 2014; Hinweise für ungerechtfertigte Tarifierhöhungen innerhalb dieses Zeitraums; Maßnahmen zur Verhinderung unbilliger und intransparenter Tarifänderungen vonseiten der Energieversorgungsunternehmen; Förderung der Transparenz bei der Preisgestaltung in der Grundversorgung; Wettbewerbssituation auf dem Gasmarkt

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 15/6073

Gasaustritt in Schwäbisch Gmünd am 25. August 2014

Ursache für das Leck und den damit verbundenen Gasaustritt an der „Staufen-Leitung“ von Essingen nach Dürnau an der Gemarkungsgrenze von Schwäbisch Gmünd und Waldstetten; Alarmierung des Betreibers terranets bw und der zuständigen öffentlichen Stellen; eingeleitete Maßnahmen; Gefährdung der Bevölkerung; Häufigkeit von Gasaustritten; Unterrichtung der Bevölkerung über Schäden an öffentlichen Gasleitungen und damit verbundene Gasaustritte

KlAnfr
s. *Gaspipeline*
Drs 15/6105

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr
s. *Wärmeversorgung*
Drs 15/6149

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportale; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
s. *Wettbewerbsaufsicht*
Drs 15/6429

Auswirkungen der Novellierungspläne für die Anreizregulierungsverordnung auf kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber

Sachstand zu den Auswirkungen der von der BReg geplanten Novellierung der Anreizregulierungsverordnung auf kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber

KlAnfr
s. *Anreizregulierungsverordnung*
Drs 15/6765

Verbraucherschutz bei „Contracting-Modellen“

Sachstand zum Verbraucherschutz bei „Contracting-Modellen“ im Energiebereich, insbes Risiken und Unwägbarkeiten aufgrund der vertraglichen Komplexität für Kommunen und Unternehmen sowie Privathaushalte, Beteiligung an der Herausgabe von Handreichung und Musterverträgen für Privathaushalte im Zuge der „Contracting-Offensive BW“, rechtliche Möglichkeiten von „Contracting-Nehmern“ nach Vertragsabschluss

Antr
s. *Contracting*
Drs 15/6825

Umgang mit Kundendaten bei der EnBW

Sachstand zu Datenschutzverstößen der EnBW bei Aufzeichnung und Auswertung von telefonischen Kundengesprächen, insbes Auswertungskriterien, Softwarenutzung, Verantwortung des Landes als Hauptaktionär

Antr
s. *Datenschutz*
Drs 15/6826

Atom-Endlager im Jahr 2170 - Zeichen nachhaltiger Politik oder einer Bankrotterklärung?

Bewertung der langfristigen Voraussage einer Arbeitsgruppe der Endlager-Suchkommission zur Verdoppelung der Kosten für ein atomares Endlager sowie über den Zustand eines verschlossenen Endlagerbergwerks zwischen 2095 und 2170, insbes Konsequenzen für bestehende Zwischenlager und entsorgungspflichtige Energieversorger

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6914

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Öffentliche Konsultation zur Umgestaltung des Energiemarkts

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7401

Kapitalaufstockung der Juwi AG durch die MVV Energie AG
Sachstand zum Einstieg und zur Kapitalerhöhung der MVV Energie AG bei der Juwi AG, insbes Rolle der mehrheitlich in Besitz des Landes befindlichen EnBW AG als zweitgrößter Anteilseignerin der MVV Energie AG

Antr FDP/DVP 22.09.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7414

Versteckte Subventionen für Windenergieanlagen?

Verzicht auf Ausgleichszahlungen bei durch Windenergieanlagen verursachten Eingriffen in Natur und Landschaft in Rheinland-Pfalz; Höhe der in den vergangenen fünf Jahren in BW geltend gemachten Ausgleichszahlungen; Zahlungsbedingungen in den Verträgen zwischen dem Staatsforst und den Betreibern von Windenergieanlagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/8003

Forcierung der Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien, Eintreten für einen beschleunigten Atomausstieg

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Vergleich der Energiekonzepte von Opposition und Regierung zur Umsetzung der Energiewende; Notwendigkeit von Anreizen für die EVU zum Bau von modernen Gaskraftwerken

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1331-1347

Erinnerung an den mit der Energiewirtschaft ausgehandelten Konsens zum Atomausstieg, Instrumente und Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende, Perspektiven der EnBW als Vorzeigunternehmen der Energiewende

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349-2352

Energiewirtschaftsgesetz

Energienetze - Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Interesse der Netzkunden

Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Zusammenhang mit dem Neuabschluss von Strom- und Gaswegenutzungsverträgen nach § 46 Abs 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), insbes Gefahr einer Zersplitterung der Verteilnetze durch kommunale Netzbeteiligungen und Konsequenzen für den ländlichen Raum; Anteil kommunaler Netzbeteiligungen und Auswirkungen auf Kommunalhaushalt und Netznutzungsentgelte; solidarische Verteilung der Netzausbaukosten zwischen Städten und ländlichem Raum

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/3227

Energiewirtschaftsrecht

s. *Energierecht*

Engelberg-Tunnel

s. *Tunnel*

Engelsbrand

Ausbau des Teilstücks der L 338 zwischen Unterreichenbach und Grunbach

Prioritätsstufe und Zeitplan zum Ausbau des o.g. Streckenabschnitts

KlAnfr
s. *Landesstraße 338*
Drs 15/809

Engeser, Marianne Dr. MdL CDU

Eintritt der Abg Dr. Marianne Engeser
PIPr 15/12 16.09.2011 S. 453

England

s. *Großbritannien*

Englisch

Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule im „Hau-Ruck-Verfahren“

Begründung der o.g. Streichung des Unterrichtsangebots für Grundschüler der ersten und zweiten Klasse, Bewertung von den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen, Angebot von Englisch oder Französisch ab Klasse 3, Einführung neuer Bildungspläne und Schulbücher für den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule?

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/422

Wissenschaftliche Untersuchung des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen

Ergebnisse o.g. Untersuchungen zum Englisch- und Französischunterricht, Bewertung der Empfehlung des Expertenrats „Herkunft und Bildungserfolg“ zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, Umfang der Beibehaltung bzw des Wechsels der Grundschulfremdsprache an der weiterführenden Schule sowie infolge eines Umzugs, Realisierung eines freiwilligen Angebots nach einem Wegfall von Französischunterricht an der Rheinschiene?

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/511

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den beruflichen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Kooperation mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturierung

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3902

Einführung der Fremdsprache Englisch in der Berufsschule

Stand der Einführung von Englisch als Pflichtunterrichtsfach an Berufsschulen; Einhaltung der Zielvorgabe Schuljahr 2016/2017; Sicherung einer konstanten Unterrichtsversorgung

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 26.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4991
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352

S. 15 16

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr

s. *Ausländerbehörde*

Drs 15/5498

Englisch als Verkehrssprache in staatlichen Einrichtungen, insbes in Ausländerbehörden und Universitäten

Anerkennung des Englischen als Verkehrssprache in Ausländerbehörden; Zulassung der englischen Sprache bei Arbeiten zur Erlangung akademischer Grade an Universitäten und Fachhochschulen

Antr

s. *Verkehrssprache*

Drs 15/5499

Englische Spraches. *Englisch***Eningen unter Achalm***Besondere Herausforderungen bei Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)*

Sachstand zu Terminvergabe und Anreisemöglichkeiten aus Erstaufnahmestellen zu Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Reutlingen/Eningen, insbes Ermöglichung eines ausgerufenen Erscheinens zur Anhörung, Anreisemöglichkeiten aus Meßstetten, Schaffung einer einmaligen Übernachtungsmöglichkeit in räumlicher Nähe zur BAMF-Außenstelle

KlAnfr

s. *Anhörung*

Drs 15/8114

Enkeltrickbetrugs. *Betrug***EnLAG**s. *Energieleitungsausbaugesetz***Enquete-Kommission***Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“*

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/315

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Mittlg LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/316

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/318

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/319

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/320

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.3.12 - Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Mittlg LReg
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
Drs 15/450

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr LReg
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
Drs 15/1561

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Mittlg LReg
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
Drs 15/2849

Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung

Umsetzungsverfahren für die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung, insbes hierfür beantragte Finanzmittel, Einbeziehung von Oppositionsparteien und Ltg in den Umsetzungsprozess

Antr
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
Drs 15/4427

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr
s. Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“
Drs 15/4977

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr
s. Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“

Drs 15/5131

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr
s. Extremismus
Drs 15/5752

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr
s. Extremismus
Drs 15/5777

Enquetekommission „Demografischer Wandel“

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel - Herausforderungen an die Landespolitik“

Bericht zur künftigen Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger, der Versorgungsausgaben sowie zu sonstigen wichtigen, hiermit im Zusammenhang stehenden Informationen; Darstellung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Verminderung der Versorgungsausgaben

Mittlg LReg 17.06.2015 Drs 15/7036
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7216 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD Anlage 2)
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg 21.07.2011 Drs 15/315

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/557

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670 671

Mittlg LReg 21.07.2011 Drs 15/317 (44 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.09.2011 Drs 15/527

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 671

Mittlg LReg 20.12.2011 Drs 15/1057 (42 S.)

Mittlg LReg 20.12.2011 Drs 15/1059 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 II. S. 4

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1344

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1690-1696

Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2848 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3224

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2851 (23 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.02.2013 Drs 15/3095

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Mittlg LReg 25.11.2015 Drs 15/7758 (17 S.)

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Mittlg LReg 21.07.2011 Drs 15/316

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.09.2011 Drs 15/527

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 671

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg 21.07.2011 Drs 15/318

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.09.2011 Drs 15/527

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 671

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg 21.07.2011 Drs 15/319

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2011 Drs 15/534

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 671

Mittlg LReg 20.12.2011 Drs 15/1058

Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2850

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2013 Drs 15/3104
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg 21.07.2011 Drs 15/320

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.09.2011 Drs 15/519

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 671

Mittlg LReg 23.11.2012 Drs 15/2736

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.3.12 - Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Mittlg LReg 26.08.2011 Drs 15/450

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2011 Drs 15/534

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 671

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr MFW 23.04.2012 Drs 15/1561

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1643

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2849

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 27.02.2013 Drs 15/3113

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung

Umsetzungsverfahren für die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung, insbes hierfür beantragte Finanzmittel, Einbeziehung von Oppositionsparteien und Ltg in den Umsetzungsprozess

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 03.12.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4427 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 14-16

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, insbes Daten für

eine Integrierte Ausbildungsstatistik, Kapazitätsausbau an Berufsoberschulen, Austausch von Lehrkräften, Weiterentwicklung des Modellprojekts CARPO (assistierte Ausbildung), Reduktion der Zahl der Ausbildungsberufe, Qualitätsentwicklung und -management an Berufsbildungsstätten, Validierung non-formaler und informeller Kompetenzen, Gutachten zur Fortentwicklung der Weiterbildungsförderung des Landes, Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 26.11.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6188

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.03.2015 Drs 15/7755 S. 7 8

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Regierungsbefragung

Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8530-8535

Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 330 331 334 335

Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr GRÜNE und SPD 30.04.2014 Drs 15/5131

ÄAntr FDP/DVP 30.04.2014 Drs 15/5132

ÄAntr CDU 30.04.2014 Drs 15/5134

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5817-5823

PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5876 5884 (Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder)

PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6063 6064 6066 (Wahl der externen Mitglieder und der stellvertretenden externen Mitglieder)

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 05.11.2014 Drs 15/6047

PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6563-6572

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr

s. Extremismus

Drs 15/5752

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr

s. Extremismus

Drs 15/5777

Gutachtenaffäre der GRÜNEN - Verbindungen der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Staatsministerium

Zeitpunkt der Kenntnisaufnahme des von der Landtagsverwaltung im Auftrag der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ erstellten Gutachtens durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter des Staatsministeriums; Abgabe von schriftlichen oder mündlichen Einschätzungen oder Bewertungen in Bezug auf das Gutachten durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter des Staatsministeriums sowie deren Kommunikation

KlAnfr

s. Gutachten

Drs 15/6150

Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr CDU 25.02.2014 Drs 15/4851 (zurückgezogen und ersetzt durch Drs 15/4977)

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 25.03.2014 Drs 15/4977

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5697-5701 5722 (Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder)

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5761 5762 5790 (Wahl der externen Mitglieder)

Bericht und Empfehlungen 22.01.2016 Drs 15/7980 (1012 S.)

PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8889-8901

Mittlg LReg 27.10.2016 Drs 16/881 (227 S.)

Ensemble recherche*s. Orchester***Entbindung***s. Geburt***Entbindungspfleger***s. Hebamme***Entbürokratisierung***s. Bürokratie***Ente***s. Geflügel***Enteignung***s.a. Entschädigung*

Schreiben des BVerfG vom 14.02.2012, Az.: 1 BvR 2297/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Enteignung und vorzeitige Besitzzeineinweisung nach dem Baden-Württembergischen Ethylen-Rohrleitungsgesetz

s. Gasleitung

PIPr 15/32 S. 1699

Entfernungsabhängige Pkw-Maut*s. Straßenbenutzungsgebühren***Entflechtungsgesetz**

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im LKreis Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr

s. Straßenbau

Drs 15/640

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelumichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbunds? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr

s. Verkehrsinvestition

Drs 15/934

Fördermittel nach Entflechtungsgesetz

Auswirkungen der o.g. Mittelumichtung auf den kommunalen Straßenbau, Höhe der notwendigen Zuwendungen für angemeldete und bereits aufgenommene Maßnahmen im Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau, verfügbare Fördermittel für neue Bewilligungen bis 2019; Finanzierung des geplanten Sonderprogramms Radwege

Antr CDU 19.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/1052 (14 S.)

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1829-1833

Verlässliche Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) - Fortführung der Kompensationsmittel nach dem Entflechtungsgesetz und der Schienenpersonennahverkehr(SPNV)-Bestellmittel nach dem Regionalisierungsgesetz

Förderung von ÖPNV-Projekten nach dem GVFG-Bundes- und Landesprogramm, Höhe der jeweiligen Fördersummen und Kostensteigerungen; Auflistung der seit 2001 abgeschlossenen, der noch laufenden und noch nicht begonnenen bzw genehmigten Maßnahmen; Eintreten für eine Nachfolgeregelung für die ÖPNV-Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz sowie für das GVFG-Bundesprogramm nach 2019 und für eine Fortführung und Dynamisierung der Finanzierung von SPNV-Bestellungen nach dem Regionalisierungsgesetz über das Jahr 2013 hinaus

Antr

s. Öffentlicher Personennahverkehr

Drs 15/1683

Schienenpersonennahverkehrs-Projekte in BW nach dem Entflechtungsgesetz (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz(GVFG)-Bundesprogramm)

Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierung für die o.g. Projekte, von Mitteln iRd Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zur Weiterfinanzierung von Projekten über 2019 hinaus sowie von Mitteln für Erhaltungsinvestitionen

Antr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/2069

Mittelbereitstellung des Bundes nach dem Entflechtungsgesetz für die Jahre 2014 bis 2019

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2253 2258 2260

Entlassung eines Regierungsmitglieds*s. Regierungsumbildung***Entlastungskontingent***s. Stundenpool***Entschädigung***s.a. Abgeordnetenentschädigung**s.a. Kilometerentschädigung**s.a. Kostenerstattung**s.a. Opferentschädigung**s.a. Regress**s.a. Trennungentschädigung*

Folgen der EHEC-Krise für die Landwirtschaft in BW

Ausgleich der den Betrieben ohne Eigenverschuldung entstandenen Schäden

MdlAnfr

s. Landwirtschaft

Drs 15/98

Bejagung von Schwarzwild

Entwicklung der Bestände landesweit und im Enzkreis seit 2008, Wirksamkeit von Regulierungsmaßnahmen der Jäger und Land-

wirte, Beurteilung von Forderungen nach ganzjähriger Bejagung der Bachen, verbindlichen Abschussplänen, angeordneten Zwangsbejagungen u.a.; Eintreten für die gleiche Entschädigung von Wildschäden in Obstanlagen und Streuobstwiesen wie in Weinbergen

KlAnfr
s. *Wildschwein*
Drs 15/1260

Verzicht der EnBW auf Verfassungsbeschwerde

Frage nach einer Einflussnahme des Aufsichtsrats oder des MinPräs auf die Entscheidung des EnBW-Vorstands gegen eine Verfassungsbeschwerde gegen die 13. Atomgesetz-Novelle beim BVerfG mit der Begründung mangelnder Grundrechtsfähigkeit, Beurteilung der juristischen Einschätzung und der Erfolgsaussichten von Entschädigungszahlungen aufgrund einer eigenen Verfassungsbeschwerde oder aufgrund eines Erfolgs der klagenden Konkurrenten

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2200

Erdhebungen in Böblingen - Die LReg soll sich endlich ein Bild vor Ort machen

Ursache und Umfang der Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Erdhebungen in Böblingen; Ortstermin der LReg zur Schadensbegutachtung; Schadensersatzleistungen und Soforthilfe für betroffene Bürger; Gefahren durch Erdwärmebohrungen und Maßnahmen zur Schadensverhinderung

Antr
s. *Sachschaden*
Drs 15/4830

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biberschutzes gegenüber anderen Interessen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/5017

Kritik an der starken Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Staatsrätin

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 442 443

Prüfung von Schadenersatzansprüchen im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Aktien von der EdF

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 549 552 558

Bemängelung fehlender Hinweise auf Schadenersatzforderungen beim S 21-Kündigungsgesetz, Verweisung auf die von Wirtschaftsprüfern berechnete Schadenersatzhöhe

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 605 606 612 613

Erwartete Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle einer Kündigung des Finanzierungsvertrags zu Stuttgart 21

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 786 787 791 793 794 796-798

Erwartete Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Projekt Stuttgart 21, Begleichung aus dem Verkehrsstat

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851 853 861 864 868

Zahl und Schicksal der Heimkinder zwischen 1949 und 1975, Ausstattung und Ziele des Entschädigungsfonds

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 953-957

Entschädigung für Gewaltopfer

s. *Opferentschädigung*

Entschädigung von Abgeordneten

s. *Abgeordnetenentschädigung*

Entsendung von Arbeitnehmern

s. *Arbeitnehmerentsendung*

Entsendung von Bediensteten

s. *Abordnung*

Entsorgung

s.a. *Abfallbeseitigung*
s.a. *Abwasserbeseitigung*
s.a. *Nukleare Entsorgung*

„Entsorgungskonzeption des Landes für Solar- und Windenergieanlagen in BW“

Energieausbeute aus o.g. Anlagen seit 2002; wirtschaftliche Nutzungsdauer von alten und neuen Anlagen, insbes nach Auslaufen der 20-jährigen Einspeisevergütung; Zahl und Materialmasse von ausgedienten Anlagen, Art und Anteil von wiederverwertbaren und gefährlichen Stoffen, Kosten von Abbau und Entsorgung; Bewertung der Anforderungen an die Umsetzung der anstehenden Novelle zur Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall-Richtlinie; Erarbeitung der o.g. Konzeption mit Vertretern aus Forschung, Industrie, Handel und Handwerk

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1698

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.07.2012 Drs 15/2544 S. 62

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmehereitschaft der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Deponierung von Bauschutt und Erdaushub

Vorhaltung von Deponien für Bauschutt und Erdaushub durch die Gemeinden und Kreise; Anzahl und Kapazität der Deponien der Klassen DK 1 und DK 0 im Land; Befreiung von der Deponierungspflicht; Verlängerung der Entsorgungswege; Anteil des wiederverwerteten Materials

Antr
s. *Baubabfall*
Drs 15/4670

Altreifenrecycling in BW

Gesetzliche Regelung der Entsorgung von Altreifen; Förderung einer Verwertung von Altreifen

KlAnfr
s. *Recycling*
Drs 15/5669

Entsorgung radioaktiver Abfälle

s. *Nukleare Entsorgung*

Entsorgungskonzeption

s. *Entsorgung*

Entwicklungspolitik

s.a. *Fairer Handel*
s.a. *Nichtregierungsorganisation*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Strukturform der deutschen Entwicklungspolitik; Mannheim als Standort sichern

Mittlg LReg 28.07.2011 Drs 15/386

Partnerschaft mit Burundi

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr
s. *Burundi*
Drs 15/909

Pläne der EU-Kommission zur Regulierung des Zugangs von Waren und Dienstleistungen aus Drittstaaten zum öffentlichen Auftragswesen

Beurteilung der Auswirkungen o.g. Pläne auf das Beschaffungswesen von Land und Kommunen, auf die Exportchancen heimischer Unternehmen, das Preisniveau von öffentlichen Aufträgen sowie auf die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1575

Schließung des Internationalen Instituts für Berufsbildung in Mannheim

Gründe und Auswirkungen der o.g. Schließung, Aufgabenwahrnehmung und Bedeutung des IfB iRd Entwicklungszusammenarbeit

KlAnfr

s. *Internationales Institut für Berufsbildung*
Drs 15/2387

Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Beteiligung Baden-Württembergs und Ausgestaltung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015, insbes Kofinanzierung von Maßnahmen, Einbindung der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit und der Partnerschaft mit Burundi

Antr
s. *Europäisches Jahr*
Drs 15/5276

Entwicklungszusammenarbeit in BW

Sachstand zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes BW, insbes Auswirkungen auf Arbeitsstrukturen innerhalb des Landes der entwicklungspolitischen Förderlandschaft, Stellenwert und Arbeitsschwerpunkte der landeseigenen Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg, Maßnahmen in der entwicklungspolitischen Partnerschaft mit Burundi, inhaltliche Begleitung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015

Antr
s. *Entwicklungszusammenarbeit*
Drs 15/6747

Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi

Sachstand zur Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi, insbes prioritäre Ziele für das Jahr 2015, Aufgaben und Finanzierung der Burundiservicestelle der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit BW (SEZ), Partnerschaften und Kooperationen zwischen baden-württembergischen und burundischen Institutionen und Körperschaften, Zusammenarbeit auf der Ebene von Behörden und staatlichen Einrichtungen, Fördervolumen und Kontrolle partnerschaftlicher Projekte, Vermittlung der Partnerschaft in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bildungsplan der Schulen

Antr
s. *Burundi*
Drs 15/7076

Entwicklungspolitische Leitlinien der LReg

Sachstand zu Umsetzung und Kosten der entwicklungspolitischen Leitlinien der LReg, insbes bei entwicklungspolitischen Landeskonferenzen, Arbeit des Rats für Entwicklungszusammenarbeit, „Eine-Welt-Promotoren-Programm BW“, Entwicklungsprojekten

Antr Peter Hauk u.a. CDU 11.08.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/7271 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 97 98
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

s.a. *Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume*

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum - Motor für den LKreis Calw

Höhe der seit 2006 bewilligten ELR-Mittel für Vorhaben von Kommunen, Gastronomie, Handwerk und Mittelstand; Umfang der ausgelösten Investitionen, von erhaltenen und geschaffenen Arbeitsplätzen; Auswirkungen der angekündigten Umgestaltung

der Förderkriterien, insbes Verlust der Förderfähigkeit von bisher bewilligten Maßnahmen

KlAnfr Thomas Blenke CDU 10.08.2011 und Antw MLR Drs 15/415

Verwendung von Holz bei Industrie- und Gewerbebauten

Entwicklung des o.g. Anteils in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern, der Schweiz und Österreich; Frage nach Fördermöglichkeiten ggf. über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

KlAnfr
s. Holz
Drs 15/596

Haushalt 2012; Epl 12

Mittelumschichtung von der Kommunalen Investitionspauschale zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1112 08/03 S. 17 18
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung der Programmmittel des Entwicklungsprogramms ländlicher Raum seit 2010, Anteil der Mittelumwidmung für die Breitbandinitiative

GrAnfr
s. Demografie
Drs 15/1608

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/1730

Unterstützung des Landes bei der Fortführung ehemaliger Schlecker-Filialen im ländlichen Raum

Sicherstellung der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum; Unterstützung der Fortführung o.g. Filialen als Dorfläden iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum

MdlAnfr
s. Schlecker
Drs 15/1953

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr
s. Konversion
Drs 15/1962

Förderung nach dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) im LKreis Emmendingen

Umfang und Schwerpunkte der Förderung von privaten und öffentlichen Projekten nach dem ELR seit 2007, Entwicklung der Ansätze im Landeshaushalt in diesem Zeitraum

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 23.07.2012 und Antw MLR Drs 15/2139

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung, Einsatz des Verlegeverfahrens Micro-Trenching als Alternative zum konventionellen Breitbandausbau

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/2196

Breitbandversorgung im Alb-Donau-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/2276

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum - Wahlkreis Weinheim

Höhe der bewilligten ELR-Mittel für private, privat-gewerbliche und kommunale Vorhaben im Wahlkreis Weinheim; Aufstellung der geförderten Projekte nach Gemeinden; Umfang der Gesamtinvestitionen; Weiterentwicklungsperspektive in Schriesheim-Altenbach; künftige Förderungswürdigkeit der ländlichen Gebiete an der Bergstraße nach den ELR-Kriterien

KlAnfr Georg Wacker CDU 24.09.2012 und Antw MLR Drs 15/2380

Nahversorgung im ländlichen Raum

Entwicklung und Förderung der Grund- und Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum in BW, insbes Strategien für kleine Kommunen, getätigter Investitionsumfang nach LKreisen, bewilligte und abgelehnte Förderanträge iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), Unterstützung der Umwandlung von ehemaligen Schlecker-Filialen in Dorfläden

Antr
s. Lebensmitteleinzelhandel
Drs 15/3384

Finanzierung von Konversionsaufgaben iRd Städtebauförderprogramms und des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR)

Zahl der den zuständigen Ministerien vorliegenden Anträge; Anzahl der Anträge von Kommunen mit militärischen Konversionsarealen; Höhe des beantragten Finanzvolumens; Anzahl der im Jahr 2013 erteilten Förderzusagen; Anzahl der abschlägig beschiedenen Anträge; Vorrangigkeit der Konversion militärischer Liegenschaften; Gewichtung der Konversionsmaßnahmen unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände; Aufstockung des Städtebauförderprogramms und des ELR für Konversionsaufgaben

Antr

s. *Konversion*
Drs 15/3908

Strukturförderung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Zu- und Abwanderung im Wahlkreis Villingen-Schwenningen in den vergangenen 20 Jahren; Anzahl und Volumen der seit 2000 im Wahlkreis 54 geförderten sowie der seit 2011 bewilligten ELR-Projekte im Vergleich zu anderen Landtagswahlkreisen; Bedeutung der ELR-geförderten Projekte für die kleinen und mittleren Unternehmen und die Kommunen im ländlichen Raum

KlAnfr Karl Rombach CDU 25.10.2013 und Antw MLR Drs 15/4246

Strukturförderung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

Bevölkerungsentwicklung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/4552

Förderung von kommunalen Bauhöfen

Förderung von kommunalen bzw interkommunalen Bauhöfen, insbes Fördermöglichkeiten in Flächenkommunen, Anpassungen der Förderrichtlinien im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Antr
s. *Bauhof*
Drs 15/4788

Strukturförderung im Wahlkreis Sigmaringen

Bevölkerungsentwicklung und Förderung von ELR-Projekten (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum) im Wahlkreis Sigmaringen

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/4793

Strukturförderung im Main-Tauber-Kreis

Bevölkerungsentwicklung im Main-Tauber-Kreis; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/5121

Den Herausforderungen in den Ländlichen Räumen begegnen - die Neuausrichtung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR)

Besondere Herausforderungen der Ländlichen Räume Baden-Württembergs; Überlegungen und Zielsetzungen für die Neustrukturierung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), insbes Erweiterungen der Förderschwerpunkte, Gegenmaßnahmen zur Abwanderungstendenz

Antr GRÜNE 23.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5540

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis Neckarsulm

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis Neckarsulm, insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förder-

schwerpunkte

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 30.03.2015 und Antw MLR Drs 15/6693

Mitteleinsatz beim Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Sachstand zur Verwendung von Rückflussmitteln beim Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, insbes Kriterien für die Auskehr von Rückflussmitteln

Antr Paul Locherer u.a. CDU 25.06.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7062
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 70
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKkreis Rastatt), insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderschwerpunkte

KlAnfr Tobias Wald CDU 11.08.2015 und Antw MLR Drs 15/7289

Projektende MELAP PLUS und ELR-Schwerpunktgemeinden - Wie geht es weiter?

Sachstand zu Erkenntnissen aus den Modellprojekten MELAP und MELAP PLUS iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum nach zwei Förderperioden, insbes zukünftigen Projekte gegen den Flächenverbrauch in Kommunen und Förderung der Innenentwicklung

Antr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/7910

Kritik an der Kürzung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1104 1130

Mittelumschichtung von der Kommunalen Investitionspauschale zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1303 1310 1312

Entwicklungszusammenarbeit

Zukünftige Umsetzung der Projekte im Bereich Entwicklungszusammenarbeit

Kosten des Bürgerdialogs „Welt:Bürger gefragt!“ und der Erarbeitung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes; Finanzbedarf für die Umsetzung von Entwicklungsprojekten sowie für Öffentlichkeitsarbeit; Durchführung von Projekten durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ); Verwendung der im Staatshaushaltsplan in Kapitel 0202 Titel 685 70 eingestellten Mittel; Kriterien für Projektauswahl und Mittelvergabe

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 04.12.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2771
BeschlEmpf und Bericht EuA 28.02.2013 Drs 15/3245 S. 98 99
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Entschließung zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes - globale Verantwortung übernehmen

Unterstützung der entwicklungspolitischen Leitlinien, der Millennium-Entwicklungsziele und der Global Marshall Plan Initiative; Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dessen Organisationen; Weiterführung des parteiübergreifenden entwicklungspolitischen Engagements; Unterstützung der mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW und entwicklungspolitisch orientierten Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten entwicklungspolitischen Ansätze; Partnerschaft des Landtags mit dem Parlament von Burundi

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 25.09.2013 Drs 15/4083

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4851-4857

Mittlg LReg 05.05.2014 Drs 15/5112

Förderung der Entwicklungszusammenarbeit

Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, insbes bereitgestellte Haushaltsmittel, genehmigte Projekte, Projektanteil in Partnerländern, Verfahren und Kriterien der Projektauswahl

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 08.10.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/4122

BeschlEmpf und Bericht EuA 12.12.2013 Drs 15/4581 S. 44
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr

s. *Flüchtlingspolitik*

Drs 15/4197

Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Beteiligung Baden-Württembergs und Ausgestaltung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015, insbes Kofinanzierung von Maßnahmen, Einbindung der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit und der Partnerschaft mit Burundi

Antr

s. *Europäisches Jahr*

Drs 15/5276

Entwicklungszusammenarbeit in BW

Sachstand zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes BW, insbes Auswirkungen auf Arbeitsstrukturen innerhalb des Landes der entwicklungspolitischen Förderlandschaft, Stellenwert und Arbeitsschwerpunkte der landeseigenen Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg, Maßnahmen in der entwicklungspolitischen Partnerschaft mit Burundi, inhaltliche Begleitung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 17.04.2015 und Stellungnah-

me StM Drs 15/6747 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 11.06.2015 Drs 15/7352 S. 90-92

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi

Sachstand zur Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi, insbes prioritäre Ziele für das Jahr 2015, Aufgaben und Finanzierung der Burundiservicestelle der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ), Partnerschaften und Kooperationen zwischen baden-württembergischen und burundischen Institutionen und Körperschaften, Zusammenarbeit auf der Ebene von Behörden und staatlichen Einrichtungen, Förder volumen und Kontrolle partnerschaftlicher Projekte, Vermittlung der Partnerschaft in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bildungsplan der Schulen

Antr

s. *Burundi*

Drs 15/7076

Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Sachstand zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, insbes Anpassung der entwicklungspolitischen Leitlinien, Erhöhung der Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit, Bekämpfung von Fluchtursachen, Berücksichtigung bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit Burundi, Rolle der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung der Agenda

Antr

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Drs 15/7537

EnWG

s. *Energiewirtschaftsgesetz*

Enz

s.a. *Enztal*

Hochwasserschutz im Enzkreis und in Pforzheim

Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes am Enzufer in Mühlacker-Dürrenz sowie im Mühlacker Flussvorland nahe der Hartplätze und des Freibads

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 15/1359

Hochwasserschutz in Mühlacker

Stand der Planungen und Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Enz in und um Mühlacker

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 15/1364

Pläne für Renaturierungen der Enz im LKreis Ludwigsburg

Vorschläge zur Renaturierung der Enz auf dem Abschnitt Vaihingen/Enz-Roßwag bis Besigheim; Förderung der Renaturierungsmaßnahmen durch das Land

KlAnfr

s. *Renaturierung*

Drs 15/8047

Enzkreis*s.a. Enztal**s.a. Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis**Anbindung des Enzkreises an den Landesflughafen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Nachtzeit und in Tagesrandlagen*

Derzeit vorhandene und mögliche Verbindungen für Reisende aus dem Enzkreis zum/vom Flughafen Stuttgart zu den o.g. Zeiten; Erwartung von Fahrplanverbesserungen nach Realisierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Ulm, Eintreten für kurzfristige Maßnahmen

KlAnfr

s. Flughafen Stuttgart

Drs 15/29

Zugang zu schnellem Internet im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Übertragungsraten in allen Ortsteilen der Gemeinde Neuhäusen

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/49

Lärmkartierung im Enzkreis

Voraussetzungen für die Aufnahme von innerörtlichen Landesstraßen in die Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Bewertung der Chancen für eine Aufnahme der Ortsdurchfahrten der Landesstraße 562 in Kelttern-Dietlingen und Kelttern-Ellmendingen

KlAnfr

s. Lärmschutz

Drs 15/144

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr

s. Fahrplan

Drs 15/152

Datensicherheit und Verlässlichkeit der Zensus-Erhebungen im Enzkreis

Gründe für den Versand von Erinnerungsschreiben trotz fristgerecht beantworteter Fragebögen und mehrfachen Versand von Fragebögen durch das Statistische Landesamt im Zusammenhang mit der Gebäude- und Wohnungszählung; Gewährleistung der Sicherheit der für den Zensus 2011 erhobenen Daten von Einwohnern des Enzkreises

KlAnfr

s. Statistik

Drs 15/196

Sanierung bzw. Ausbesserung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Auflistung der durch Ortschaften verlaufenden sanierungsbedürftigen Landesstraßen; Bewertung der Chancen für eine zeitnahe Sanierung der L 1134 und der L 1125 in der Ortsdurchfahrt von Wiernsheim-Pinache bzw für den Bau einer Umgehungs-

straße

KlAnfr

s. Ortsdurchfahrt

Drs 15/255

Personelle Besetzung von Polizeiposten im Enzkreis

Vakante Planstellen im Enzkreis, Neubesetzung des Polizeipostens in Niefern-Öschelbronn nach den jüngsten Überfällen

KlAnfr

s. Polizei

Drs 15/418

Baustellenbedingter Lastwagenverkehr im Enzkreis

Verkehrsbelastung der Ortschaften im Enzkreis durch Baustellenverkehr während der Bauarbeiten an der A 8; Maßnahmen zur Verhinderung von Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Lkw in Mühlacker-Enzberg

KlAnfr

s. Güterverkehr

Drs 15/453

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im Enzkreis

Auflistung der vorliegenden Anträge; Stand des Genehmigungsverfahrens für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Kelttern-Dietlingen; gesetzliche und strukturelle Voraussetzungen der Genehmigung

KlAnfr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/467

Ganztagsschulen im Enzkreis

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge, zu erwartende Fördermittel in den kommenden zwei Jahren

KlAnfr

s. Ganztagschule

Drs 15/478

Polizeipräsenz im Enzkreis

Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Enzkreis seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Polizeidienststellen bei Straftaten seit 2006, wegen Personalmangels ausgefallene Streifenfahrten und Nachtdienste; Prüfung, ob die Polizeipräsenz im Enzkreis erhöht und die Polizeidienststelle in Neuenbürg erhalten werden kann

KlAnfr

s. Polizei

Drs 15/486

Beruhigung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Einführung eines Tempolimits und bauliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr in verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten zu beruhigen, insbes entlang der L 1134/1177 in Mönshausen

KlAnfr

s. Verkehrsberuhigung

Drs 15/487

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren im Enzkreis

Anteil des o.g. Engagements in Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anzahl der Migranten, die

Führungsaufgaben im Vereinsvorstand oder als Übungsleiter/Jugendreferent wahrnehmen; Strategien, um insbes Jugendliche an ehrenamtliches Engagement bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz heranzuführen

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/491

Unterrichtsausfall an Schulen in Pforzheim und im Enzkreis

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/509

ÖPNV-Anbindung der Gemeinden im Heckengäu bzw im östlichen Enzkreis an das Mittelzentrum Mühlacker

Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen ÖPNV-Anbindung, insbes des Busverkehrs an das berufliche Schulzentrum in Mühlacker

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/574

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/575

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Enz erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge; Bewertung der Arbeit im Bildungshaus der Grundschule Schützingen (Gemeinde Illingen) mit dem Kindergarten Schützingen

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/626

Verweigerung von Gründungszuschüssen für Existenzgründer durch die Agentur für Arbeit in Pforzheim und im Enzkreis

Gründe für die Verweigerung o.g. Zuschüsse im Gegensatz zu anderen Agenturen und zur Intention der Programme; Bewertung der Zugrundelegung einer geplanten Rechtsänderung vor deren Inkrafttreten

KlAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 15/657

Planungen für Hochspannungsleitungen im Enzkreis und in Pforzheim

Darlegung o.g. Pläne, Bewertung der wohngebietsnahen Trassenführungsvariante in Ispringen, Eintreten für Alternativen bzw für eine Erdverkabelung

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/666

Bevorstehende Sanierungen von Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Darlegung der o.g. Planungen; Dauer und Auswirkungen der Sanierungsarbeiten an der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, Eintreten für eine weiträumige Umleitung während der Sanierungsarbeiten

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/756

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis

Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadtumbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/841

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/864

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/868

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelumschichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbunds? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/934

Tempo 40 auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Voraussetzungen für die Anordnung o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Auflistung der Ortsdurchfahrten im Enzkreis mit einer Tempo-40-Regelung; Eintreten für eine Sanierung des Straßenbelags und Tempo 40 in Mühlacker-Lienzingen und Mühlacker-Lomersheim

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1053

Zukunft von Kreisverkehrsplätzen im Enzkreis und in Pforzheim
Verbot von Bäumen, Kunstwerken u.a. Gestaltungselementen auf den Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen nach einem neuen Erlass des MVI, Begründung der Vorgaben, betroffene Standorte und deren Unfallhäufigkeit im Enzkreis, Höhe und Träger der Umbaukosten im Enzkreis und landesweit

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1096

Öffentliche Sicherheit im Enzkreis

Entwicklung der Fallzahlen von Einbrüchen und Diebstählen im Enzkreis und insbes in Knittlingen; Verstärkung der Polizeipräsenz und polizeilichen Ermittlungsarbeit in Knittlingen; strukturelle Verbesserung der polizeilichen Versorgung im Enzkreis und Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Dienststellen

KlAnfr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 15/1097

Lärm- und Luftschutz im Zuge des Ausbaus der A 8 im Enztal

Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen bei den o.g. Planungen, erneute Überprüfung der Verkehrsprognose für 2025 auf der A 8 nahe Kieselbronn, Eintreten für eine Ergänzung der schalltechnischen Untersuchung und Luftschadstoffhebung in Kieselbronn, Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen entlang der Autobahn

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1157

Straßenanierungen an den Grenzen des Enzkreises

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertigstellung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1163

Bejagung von Schwarzwild

Entwicklung der Bestände landesweit und im Enzkreis seit 2008, Wirksamkeit von Regulierungsmaßnahmen der Jäger und Landwirte, Beurteilung von Forderungen nach ganzjähriger Bejagung der Bächen, verbindlichen Abschussplänen, angeordneten Zwangsbejagungen u.a.; Eintreten für die gleiche Entschädigung von Wildschäden in Obstanlagen und Streuobstwiesen wie in Weinbergen

KlAnfr
s. *Wildschwein*
Drs 15/1260

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des bundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KlAnfr

s. *Fahrausweis*
Drs 15/1261

Sanierung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Vorrangiger Sanierungsbedarf von o.g. Landesstraßen; Bewertung des Zustands der Ortsdurchfahrt der L 1134 in Wiernsheim-Pinache sowie der geplanten Belagserneuerung durch die Gemeinde Wiernsheim mit eigenen Mitteln, Frage nach einer finanziellen Unterstützung der Gemeinde

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1297

Zuschüsse zu Ortskernsanierungen im Enzkreis

Auflistung o.g. Zuschüsse 2011; Höhe der Förderung der Ortskernsanierung in Kämpfelbach-Bilfingen, Gewährung einer Unterstützung der Gemeinde für den Abriss des leerstehenden Gebäudes in der Hauptstraße

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/1311

Niederschwellige Ausstellungsmöglichkeiten für nicht etablierte Künstlerinnen und Künstler in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 15/1318

Sparzwänge bei Streifenfahrten der Polizei im Enzkreis und in Pforzheim

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim; Darstellung der Personalsituation beim Polizeirevier Mühlacker u.a. Dienststellen im Bereich der PD Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1346

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1347

Einsatz privater Sicherheitsdienste durch Kommunen im Enzkreis und in Pforzheim

Beauftragung von privaten Sicherheitsdienstleistern mit Aufgaben ohne konkrete Veranlassung durch öffentliche Veranstaltungen, Darlegung der zuvor von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben, Frage nach den Kosten und einem Zusammenhang mit der Personal- und Sachausstattung der zuständigen Polizeiposten

KlAnfr
s. *Sicherheitsgewerbe*
Drs 15/1358

Hochwasserschutz im Enzkreis und in Pforzheim

Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes am Enzufer in Mühlacker-Dürrenz sowie im Mühlacker Flussvor-

land nahe der Hartplätze und des Freibads

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/1359

Polizeireform: Auswirkungen auf den Enzkreis/Pforzheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeiviertel und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1391

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/1521

Bau von Umgehungsstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bau von Umgehungsstraßen im Bereich der Bundesstraßen; Eintreten für eine zügige Planfeststellung des zweiten Bauabschnitts der Pforzheimer Westtangente; Kriterien für die Bearbeitung noch nicht begonnener planfestgestellter Maßnahmen des Bedarfplans für den Bundesfernstraßenbau

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/1558

Unterstützung kommunaler Kinderbetreuungsangebote in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung der Neubauten von Kindertagesstätten auch für bereits bestehende Krippengruppen, u.a. im Fall des bestehenden Krippenangebots der Gemeinde Friolzheim; Unterstützung der Kommunen bei Betreuungsangeboten für Grundschul Kinder

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1562

Kommunale Konzepte zur Verkehrsberuhigung auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Konzepte, u.a. Tempolimit mit Überwachungsanlagen und zusätzliche Fußgängerüberwege auf der L 1134 in Mönshausen; Zeitpunkt einer Umsetzung der Maßnahmen sowie einer von der Gemeinde Mönshausen angestrebten Ortsumfahrung für die L 1134

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/1583

Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Tempolimits, Eintreten für Tempo-30-Regelungen auf den Ortsdurchfahrten der L 562 in Kelttern

Dietlingen und Kelttern-Ellmendingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1597

Verkehrslärmbelastung im Enzkreis

Auflistung der zehn Ortsdurchfahrten von Landesstraßen mit der stärksten Verkehrs- und Lärmbelastung, u.a. auf der L 1134 (Enzstraße) in Mühlacker; Eintreten für Lärmschutzmaßnahmen und für den Bau einer neuen Enzbrücke

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1623

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr
s. *Nordschwarzwald, Region*
Drs 15/1644

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1645

Fortbestand von Grundschulen im Enzkreis

Frage nach schließungsbedrohten Grundschulen im Enzkreis, u.a. nach der Grundschule Mühlacker-Mühlhausen; Verzicht auf eine Kürzung der Deputatsstunden im Falle der Einrichtung einer altersgemischten Klasse der Jahrgangsstufen 1 bis 4

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/1661

Zuverlässigkeit von öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Verbindungen in Pforzheim und dem Enzkreis

Verspätungen und mangelnde Fahrgastinformation auf der Stadtbahnlinie S 5 zwischen Karlsruhe, Pforzheim und Bietigheim-Bissingen; Behebung der defekten Fahrscheinautomaten auf der Linie S 5; Installation der zugesagten Aufzüge am Pforzheimer Hauptbahnhof sowie eines ausreichenden Wetterschutzes am Pforzheimer Busbahnhof

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/1662

Sanierung von Bundesstraßen im Enzkreis

Darstellung der geplanten Sanierungen, Zeitpunkt des Baubeginns an der B 35, Führung des Umleitungsverkehrs während dieser Bauphase durch Knittlingen, Ausmaß des zu erwartenden

zusätzlichen Verkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Koordinierung des Umleitungsverkehrs zwischen dem RegPräs Karlsruhe, der Verkehrsbehörde Enzkreis, der Polizei und der Stadt Knittlingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1709

Tempolimits in der Nähe von Kindertagesstätten und Kindergärten im Enzkreis

Geplante Tempolimits auf Ortsdurchfahrtsstraßen, Eintreten für Tempo 30 auf der K 4577 in Tiefenbronn-Lehningen im Bereich des Gemeindekindergartens in der Hauptstraße

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1714

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1759

Ausbau des Fahrradwegenetzes an den Grenzen des Enzkreises

Darlegung des Bedarfs für den Bau oder Ausbau o.g. Radwege; Eintreten für den Bau einer Radwegverbindung zwischen Tiefenbronn-Lehningen und Hausen an der Würm im LKreis Böblingen

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/1781

Vollendung von Ortsdurchfahrtssanierungen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. auch des noch verbleibenden Abschnitts der Ortsdurchfahrt der L 1175 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1793

Grundschulstandorte in den ländlichen Räumen BW

Zahl der vorhandenen bzw schließungsbedrohten Grundschulen; Standorte mit Klassen unterhalb der Mindestschülerzahl, mit jahrgangübergreifenden Klassen oder Lerngruppen; Kooperationen und Zusammenlegungen von Grundschulen und weiterführenden Schulen; Entwicklung von Maßnahmen und Handlungsoptionen zur Erhaltung der Grundschulen vor Ort, Bewertung der Chancen im Enzkreis

Antr
s. *Grundschule*
Drs 15/1795

Lehrerversorgung an den Schulen im Enzkreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-

wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1865

Bürokratische Blockade des Zubaus von Windkraftanlagen im Enzkreis durch die Folgen der Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bestehende und geplante Windkraftanlagen im Enzkreis, erwarteter Zubau bis 2020; Notwendigkeit der Aufhebung von modifizierten Flächennutzungsplänen der Kommunen, die den Bau von Windkraftanlagen ermöglicht hätten, infolge der o.g. Änderung; Untersuchung möglicher Standorte anhand einzelner Gutachten, Einschätzung der Kosten dieser Gutachten; Frage nach der Zulässigkeit von Windkraftstandorten in Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1954

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Enzkreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2061

Ausbau von Kindertagesstätten in Pforzheim und dem Enzkreis

Bewertung der Betreuungsquote im landesweiten Vergleich; vorliegende Anträge auf Förderung betrieblicher Kindertagesstätten und deren Erfolgsaussichten, u.a. des Antrags der Arcus-Kliniken in Pforzheim; Erwartung einer Entspannung der Antragslage im Regierungsbezirk Karlsruhe infolge der aus dem Fiskalpakt zugeteilten Aufstockungsmittel für den Ausbau von Kindertagesstätten

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/2074

Micro-Trenching als Möglichkeit für den zügigen Ausbau schneller Internetverbindungen im Enzkreis

Technische und rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten zur Anwendung des o.g. Verfahrens; Gründe für die Ablehnung des Antrags der Gemeinde Friolzheim zur Anwendung des Verfahrens im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt durch einen besonders kostengünstigen Ausbau der Glasfaserleitungen, Anregung einer nochmaligen Überprüfung der abschlägigen Entscheidung des RegPräs

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2137

Errichtung von Brücken an Landesstraßen im Enzkreis

Vorgesehene neue Brückenverbindungen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. in Neuenbürg an der L 381; Zuschuss-

fähigkeit dieses Vorhabens sowie eines Kreisverkehrsplatzes an der L 381

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/2165

Provisorische Fußgängerverbindungen während des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Unterbrechung bestehender Querungen der A 8 im Zuge des sechsspurigen Ausbaus, u.a. der Autobahnunterführung an der Tullastraße zwischen Remchingen-Darmsbach und Remchingen-Nöttingen; Eintreten für eine provisorische Fußgängerquerung während der Unterbrechung

KlAnfr
s. *Fußgänger*
Drs 15/2166

Breitbandversorgung im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2175

Lehrermangel an beruflichen Schulen in Pforzheim und dem Enzkreis

Kürzungen beim Wirtschaftsgymnasium und hohe Klassengrößen an der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim aufgrund des Lehrermangels; Erwartung weiterer Auswirkungen durch den erlassenen Überstundenstopp, Pensionierungen und Ausfälle durch Schwangerschaften und Elternzeiten; Frage nach Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Lehrermangels

KlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2184

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßensanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Darstellung o.g. Maßnahmen für den Abschnitt bei Remchingen-Nöttingen und zwischen Karlsbad und Pforzheim-West, erneute Überprüfung der Lärmschutzplanung anhand des für 2025 prognostizierten Verkehrsaufkommens; Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen sowie für die Aufbringung von Flüsterasphalt in der Nähe von Remchingen-Nöttingen und Remchingen-Darmsbach

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2291

Lehrerversorgung in Pforzheim/Enzkreis

Zahl der Lehrerstellen (Vollzeitstellen und Teilzeitstellen) in den verschiedenen Schularten; frei werdende, wieder besetzte und unbesetzte Stellen zum Schuljahr 2012/2013, eingeplante Krankheitsvertretungen; zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts notwendige Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2338

Unzuverlässigkeit des Stadtbahnverkehrs in Pforzheim und dem Enzkreis

Angaben zu Zugverspätungen und Zugausfällen seit Januar 2012; Auskunft über Zugausfälle aufgrund fehlenden Zugpersonals oder fehlender Wagen bei der Stadtbahnlinie 9 (Mühlacker - Bruchsal) und den Einsatz von Wagen des Saarbrücker Verkehrsverbunds auf dieser Linie; Aufforderung zur Beseitigung der Missstände auf den Stadtbahnlinien S 5 (Karlsruhe - Bietigheim-Bissingen) und S 9

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2353

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enzkreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweißenstein und Unterreichenbach im LKreiszweig Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2354

Ausbildungssituation in BW

Verhältnis von Bewerbern und Ausbildungsplätzen der Dualen Ausbildung (nach Branchen) zum 1. September 2012 im Enzkreis und in BW; Bewerberanzahl und Ausbildungsplätze in den Jahren 2002 bis 2012 im Enzkreis; absoluter und relativer Anteil der gewerblich-technischen Berufe in der Dualen Ausbildung in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Förderung des gewerblich-technischen Bereichs; Einrichtung sogenannter Kleinklassen zum Schuljahr 2012/2013; Einrichtung von Klassen für Auszubildende des ersten Ausbildungsjahrs an Berufsschulen 2007 bis 2012

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/2411

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Planungsstopp für Ausbau von Landesstraßen im Enzkreis

Auflistung der vom o.g. Stopp betroffenen Straßenabschnitte mit der jeweiligen Begründung; Stand der Planung für die Sanierung

und den Ausbau der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach, Bewertung des Zustands und der Sicherheitsmängel dieses Straßenabschnitts

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2468

Entfernung von Kunstobjekten auf Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen

Kosten und Folgekosten der Sicherheitsüberprüfung von Kreisverkehrsplätzen und der darauf angeordneten Entfernung von Kunstobjekten im Enzkreis und landesweit; Relevanz der entsprechenden EU-Richtlinie für die betroffenen Kreise und Kommunen; Frage nach einer nochmaligen kritischen Überprüfung der Anwendbarkeit dieser Regelung bzw einer Rückkehr der Hirschskulptur auf ihren Platz im Kreisverkehr am Würzbacher Kreuz in Oberreichenbach

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2597

Anträge für die Aufstockung von Mitteln für Ortskernsanierungen im Enzkreis

Umgang des RegPräs Karlsruhe mit den Aufstockungsanträgen, u.a. der Stadt Mühlacker für das Sanierungsgebiet „Enzstraße/Waldenserstraße“ und den „Ortskern Dürrmenez“; Suche nach Lösungsmöglichkeiten für den Erhalt eines aus dem Jahr 1504 stammenden Gebäudes in der Hofstraße im Sanierungsgebiet „Ortskern Dürrmenez“

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/2598

Verzögerungen bei Lärmkartierung im Enzkreis

Gründe, Verantwortliche und Konsequenzen der o.g. Verzögerung für die betroffenen Kommunen, u.a. für die Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung in der Gemeinde Keltern

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2619

Neubau von Kindergärten im Enzkreis

Genehmigungsfähigkeit der gestellten Anträge auf Neubauten für bestehende Kindergärten oder Kindertagesstätten; Bewertung der Situation des Kindergartens „Schatzkiste“ in Illingen; Bezuschussung des aus akuten Sicherheitsgründen erforderlichen Kindergartenneubaus in Illingen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/2620

Projektpriorisierung im Maßnahmenplan zum neuen Generalverkehrsplan im Enzkreis

Grundsätzliche Bereitschaft zu Gewichtsänderungen im Maßnahmenplan Landesstraßen; Initiative zum Verzicht auf die Ortsumfahrung Niefern-Öschelbronn zugunsten einer höheren Priorisierung einer Ortsumfahrung für Wiernsheim-Pinache; Prüfung einer Anpassung des Maßnahmenplans

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2735

Tarifharmonisierung im Nahverkehr an den Verbundgrenzen von Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Harmonisierung der Nahverkehrstarife an den Übergängen zwischen regionalen Verkehrsverbänden, im Besonderen der Verkehrstarife zwischen VPE und VVS; Ausweitung der zum 1. August 2013 angekündigten Tarifvereinfachung auf weitere Ortsteile von Tiefenbronn und die benachbarten Heckengäugemeinden; Nutzung sogenannter Übergangskarten

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/2760

Verbesserung der Zuganbindung des Enzkreises und Pforzheims an Stuttgart, Karlsruhe und das Fernbahnnetz

Zugangebot, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeitswerte für Pforzheim auf der Bahnstrecke Stuttgart-Karlsruhe, insbes der Interregio-Express-Züge (IRE); Pünktlichkeitswerte und Maßnahmen zur guten Erreichbarkeit der Intercity-Express-Züge (ICE) in Karlsruhe für Fahrgäste aus Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr
s. *Pforzheim*
Drs 15/2892

Fahrplanpannen im Enzkreis und in Pforzheim

Fehlerhafte Fahrpläne des regionalen Schienenverkehrs seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012; betroffene Zugverbindungen; Abhilfe bei Servicemängeln im Stadtbahnnetz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2915

Zukunft von Hauptschulstandorten im Enzkreis

Schülerzahlen und Deputatzuweisungen der einzelnen Haupt- und Werkrealschulen im Enzkreis; Fortbestand der Haupt- und Werkrealschulstandorte, insbes Maulbronn

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 28.01.2013 und Antw KM Drs 15/2936
Ergänzende Antw KM 12.03.2013 Drs 15/3234

Sanierung von Dämmen und Rückhaltebecken im Enzkreis

Baulicher Zustand und Sanierungsbedarf bei Rückhaltebecken und Dämmen im Enzkreis, insbes in Straubenhardt; Veränderungen bei Richtlinien und Technikstandards für Stauanlagen; Förderfähigkeit durch das Land und geplante Änderungen sowie Umfang der Landeszuschüsse für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 28.01.2013 und Antw UM Drs 15/2937

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Enzkreis und im Stadtkreis Pforzheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*

Drs 15/2972

Medizinische Versorgung im Enzkreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Enzkreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/3145

Lärmaktionspläne im Enzkreis

Ursachen der deutlich später präsentierten Daten der Lärmkartierung im Enzkreis durch die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) und rechtliche Folgen für die Gemeinden in Bezug auf die fristgerechte Umsetzung des Lärmaktionsplans

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3156

Ophthalmologische Versorgung im Raum Pforzheim/Enzkreis

Regionale und fachliche Bedeutung der Augenklinik des Klinikums Pforzheim; Sicherung ihres Fortbestands

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/3207

Weiterführung von Stadtbahnlinien im Enzkreis

Lösungsvorschläge zur Weiterführung bestehender Stadtbahnlinien; Weiterführung der Stadtbahn S 11 von Ittersbach über Kelttern-Weiler, Kelttern-Ellmendingen, Kelttern-Dietenhausen bis zur Haltestelle der S 5 Remchingen/Wilferdingen-Singen; Anbindung von Karlsbad-Mutschelbach und Karlsbad-Auerbach; Konkurrenz zum Metrobus-Konzept der Stadt Pforzheim

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3372

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hausaufgaben*
Drs 15/3381

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf Ganztagschulen in offener Angebotsform im Enzkreis und in Pforzheim

Zahl der an den einzelnen Ganztagschulen entfallenden Entlastungsstunden; Existenzgefährdung von Ganztagschulen in offener Angebotsform durch die Streichung der Entlastungsstunden; Sicherstellung des Fortbestands des fünfzügigen Theodor-Heuss-Gymnasiums Mühlacker; Aufrechterhaltung zusätzlicher Angebote wie z.B. Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustauschprogramme und Präventionsprojekte

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/3402

Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn 8 (A 8) im Enzkreis

Entwicklung der Lärmbelastung auf dem Streckenabschnitt zwischen Karlsbad und Pforzheim-West seit 2008; nach dem Abschluss des Autobahnausbaus zu erwartendes Verkehrsaufkommen; Durchführung von Lärmmessungen; Unmut über unzureichenden Lärmschutz an der Pfinztalbrücke bei Remchingen; Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes an der A 8 bei Remchingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3404

Straßenbelag für die L 621 zwischen Königsbach und Stein

Planung und Finanzierung der Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf dem Streckenabschnitt L 621 zwischen Königsbach und Stein; Planung und Finanzierung weiterer Straßenbaumaßnahmen im Enzkreis; Verkehrsbelastung auf diesem Streckenabschnitt

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3455

Schließung der Schulstandorte im Enzkreis - Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

Planung und mögliche Schließung von Schulstandorten bei Haupt- bzw. Werkrealschulen im Enzkreis, insbes Schülerzahlen und Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3520

Zukunft von Sozialstationen im Enzkreis und in Pforzheim

Finanzierungslücken bei den Personalkosten und steigende Verwaltungskosten bedrohen Sozialstationen in ihrer Existenz

KlAnfr
s. *Sozialstation*
Drs 15/3542

Hochwasserschäden im Enzkreis und in Pforzheim

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3573

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Enzkreis/Pforzheim

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; Umfang der Angebote im Ergänzungsbereich; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts an den Berufsschulen im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/3580

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 8

Verkehrsaufkommen, Lkw-Anteil in der Nacht; Lärmschutzmaßnahmen an der Pfinztalbrücke; Einbeziehung der Klosterwegbrücke in den Planfeststellungsbeschluss

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3649

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3670

Qualität des Bahnverkehrs im Enzkreis und in Pforzheim

Bewertung des Nahverkehrs auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart; Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte im Schienenpersonennahverkehr gegenüber den Jahren 2008 und 2009; Aussicht auf einen Streckenausbau; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte und des Services im regionalen Stadtbahnbetrieb

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3704

Hilfersuchen von hochwassergeschädigten Kommunen im Enzkreis

Beantragung und Bewilligung von Hilfgeldern des Landes für die Städte und Gemeinden im Enzkreis, insbes für die Gemeinde Ötisheim

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3779

Ernteausfälle im Enzkreis und in Pforzheim infolge von Sturm- und Hagelschäden

Ernteausfälle infolge der Hagelstürme im Juli 2013; Gesamtschadenssumme in den landwirtschaftlichen Betrieben im Enzkreis und in Pforzheim; Versicherungsschutz gegen Hagelschäden; finanzielle Unterstützung der geschädigten Landwirtschaftsbetriebe

KlAnfr
s. *Ernteschaden*
Drs 15/3889

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis

Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Keltern-Ellmendingen und Keltern-Dietlingen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/4172

Mögliche Weiterführung der S-Bahn Stuttgart in den Enzkreis

Fahrplantechnische und bauliche Auswirkungen einer möglichen Erweiterung der Linie S 5 der S-Bahn Stuttgart von Bietigheim-Bissingen über Vaihingen/Enz nach Mühlacker sowie Bewertung alternativer Verkehrskonzepte

KlAnfr

s. *Schnellbahn*
Drs 15/4309

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlafflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Enzkreis und in Pforzheim

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Enzkreises und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4377

Programm für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung
Finanzvolumen des Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung für das Jahr 2014, insbes Erfolgchancen dazu vorliegender Anträge aus dem Enzkreis und Pforzheim

KlAnfr
s. *Städtebau*
Drs 15/4438

Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

Ziele, Umsetzung und Evaluierungsergebnisse der Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/4456

Stand der Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“

Höhe der bisher für Kultureinrichtungen im Enzkreis und in Pforzheim aufgewendeten Mittel; Höhe der 2014 für kulturelle Einrichtungen im Enzkreis vorgesehenen Mittel; Gründe für das Ausbleiben einer Förderung durch den Innovationsfonds Kunst 2012

KlAnfr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/4489

Schienenpersonennahverkehr zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Fahrplanwechsel ohne zusätzliche Verbindungen am Abend und am Wochenende; Benachteiligung Pforzheims bei den Spätverbindungen im Vergleich zu anderen regionalen Oberzentren; Streichung der Spätverbindung von Pforzheim in den Calwer Raum

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4494

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/4518

Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/4638

Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss beim Landessanierungsprogramm im Enzkreis

Unterstützung der Gemeinde Wimsheim bei den Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss aus dem Landessanierungsprogramm im Enzkreis

KlAnfr

s. *Förderprogramm*

Drs 15/4732

Zustand der Fahrbahnen von Bundesstraßen im Enzkreis

Zustand der Bundesstraßen im Enzkreis nach der Bundesstraßensanierung im Jahr 2013; Kontrolle der ausführenden Firmen; Mängel im Fahrbahnbelag der B 294 zwischen Neuenbürg und Birkenfeld; Nachbesserung des Fahrbahnbelags; Qualitätssicherung in der Straßensanierung

KlAnfr

s. *Straßenbelag*

Drs 15/4744

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr

s. *Landeseigene Liegenschaft*

Drs 15/4759

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Enzkreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Enzkreis

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4777

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4826

Ausschreibung von Führungspositionen bei der Polizei

Ausschreibungspflicht für Führungspositionen innerhalb der Polizei und ihre Kriterien; Kriterien für die Stellenbesetzungen bei der Autobahnpolizei und der Verkehrspolizei Pforzheim sowie im Polizeirevier Neuenbürg

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4952

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Person; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/4959

Wohnungseinbrüche in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Wohnungseinbrüche im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr; Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5005

Feinstaubwertmessungen

Entwicklung der Feinstaubwerte in baden-württembergischen Städten; Entwicklung des Feinstaubes in der Stadt Pforzheim und im Enzkreis; Einfluss der Witterung auf die Feinstaubwerte; Nutzen des Einsatzes von Wassersprengwagen

KlAnfr

s. *Feinstaub*

Drs 15/5117

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; An-

teil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5189

Einbruchsdelikte im Enzkreis

Entwicklung und Umstände der Einbruchsdelikte im Enzkreis, insbes Anteile von Gewerbe und Wohnimmobilien, lokale Schwerpunkte, Tatzeitpunkte, Aufklärungsquote, Veränderungen bei der Ermittlungsarbeit

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5257

Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen

Entwicklung der gestellten und der bewilligten Anträge zur Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen in BW sowie in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr
s. *Steuerschuld*
Drs 15/5268

Hochwasserschutz im Enzkreis

Durchgeführte und geplante Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Enzkreis, insbes Bezuschussung eines Projekts der Gemeinde Illingen; Gründung eines überregionalen Hochwasserschutzzweckverbands

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5295

Finanzielle Bezuschussung von Straßenbauvorhaben im Enzkreis

Förderung des Straßenbaus im Enzkreis, insbes des Baus einer Ortsumgehung Wurmberg, in den Jahren 2015 und 2016

KlAnfr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/5321

Tempo-30-Zonen in Ortsdurchfahrten

Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis und im LKreis Ludwigsburg; Einrichtung einer ganztägigen Tempo-30-Zone innerhalb der Ortsdurchfahrt von Illingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5665

Mängel bei Fahrbahnerneuerungen auf Landesstraßen

Erneuerung des Straßenbelags von Landesstraßen im Enzkreis; Mängel im Straßenbelag nach der Fahrbahnerneuerung; Ursache der Unebenheiten im Fahrbahnbelag zwischen Ellmendingen und Dietlingen; Behebung der Mängel und ihre Kosten; Vermeidung mangelhafter Bauleistungen im Straßenbau und des damit verbundenen Mehraufwands

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/5781

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des geplanten Gesetzes zur Bildungsfreistellung auf die Verwaltung der Stadt Pforzheim

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für die Stadt Pforzheim sowie die Kreisverwaltung und Kommunen des Enzkreises, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5807

Ernteaussfälle im Enzkreis durch die asiatische Kirschesigfliege

Umfang der Ernteaussfälle bei den Wein- und Obstbauern im Enzkreis; Bekämpfung der Kirschesigfliege mithilfe von Insektiziden; Vermeidung negativer Folgen für die Bienenpopulation

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/5925

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis

Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5983

Artenschutz beim Windkraftausbau im Stadtkreis Pforzheim

Auskunft über vorliegende Genehmigungsanträge und Voranfragen zum Bau von Windkraftanlagen; Berücksichtigung des vom Naturschutzbund Deutschland, Ortsverein Engelsbrand, ausführlich dokumentierten Vorkommens von Rotmilanen im Gebiet der Büchenbronner Höhe und des Saubergs bei der artenschutzrechtlichen Prüfung der geplanten Windkraftanlagen; Anpassung des Teilflächennutzungsplans Windenergie

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6103

Ökologische Modernisierung von kleinen Wasserkraftanlagen

Effekte und Modernisierungsstand kleiner Wasserkraftanlagen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes Maßnahmen zur Modernisierung des Wasserkraftwerks an der Unteren Reute in Neuenbürg sowie zur Beilegung des Interessenkonflikts zwischen Angelsportlern, Umweltschützern und Wasserkraftanlagenbetreiber

KlAnfr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/6152

Mängel auf frisch sanierten Straßen im Land

Auftreten von Schäden in der Fahrbahndecke von Landes- und Bundesstraßen im Anschluss an deren Sanierung; Fahrbahnschäden im Enzkreis und in Pforzheim; Ursachen der Schäden im Straßenbelag auf der B 10 bei Pforzheim-Eutingen; Behebung und künftige Vermeidung von Mängeln bei der Straßeninstandhaltung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/6361

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/6435

Bedarfsplanung für Kinderärzte im Enzkreis

Kinderärztliche Versorgungsdichte im Enzkreis; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung; zumutbare Anfahrsdauer zu einer Kinderarztpraxis für Bewohner des ländlichen Raums

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6448

Maßnahmen gegen die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen

Sachstand zur steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, Gegenmaßnahmen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6468

Realschulstandorte im Enzkreis

Zahl der Schulstandorte; Größe der einzelnen Realschulen; Gefährdung von Schulstandorten im Enzkreis durch die geplante Weiterentwicklung der Realschulen

KlAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/6477

Kleine Wasserkraft im Enzkreis

Überprüfung der Mindestwasserabgabe bei Kleinwasserkraftanlagen; Einhaltung der Mindestwasserabgabe am Wasserkraftwerk T 177 in Neuenbürg; Überprüfung des dortigen Fischpasses; Durchführung einer Gewässerschau

KlAnfr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/6507

Polizeivollzugsbeamte in Teil- und Vollzeit im Enzkreis

Stellenverteilung bei Polizeivollzugsbeamten in Teil- und Vollzeit im Enzkreis; Personalplanung für durch Mutterschutz oder Elternzeit ausgefallene Beschäftigte

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6644

Sturmschäden im Enzkreis und in Pforzheim

Sachstand zur Schadensbilanz infolge des Sturms (Sturmtief „Niklas“) Ende März 2015 im Enzkreis und in Pforzheim, insbes Kostenvolumen des Gesamtschadens in der Region

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/6711

Umgehungsstraßen im Enzkreis

Sachstand zu Neubauten von Umgehungsstraßen im Enzkreis zur Entlastung von Ortsdurchfahrten im Landesstraßenprogramm, insbes Chancen einer Umgehungsstraße in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/6978

Aktuelle Situation der Pflegeeinrichtungen im Enzkreis

Sachstand zu Anzahl, Trägerschaft, Zimmerstandards und Auslastung der Pflegeeinrichtungen im Enzkreis

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7057

Gefährdung der inneren Sicherheit durch steigende Zahl an Wohnungseinbrüchen

Sachstand zur Entwicklung der Zahl von Wohnungseinbrüchen in BW, im Enzkreis und der Gemeinde Illingen; konkrete Gegenmaßnahmen und Besetzungstärke der Landespolizisten im Enzkreis

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/7194

Neubau maroder Brücken im Enzkreis

Sach- und Planungsstand zum Neubau maroder Brücken im Enzkreis, insbes Zeitrahmen und Finanzierung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/7246

Tätigkeiten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. im Enzkreis

Sachstand zu Aktivitäten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. in BW und im Enzkreis bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge bzw Asylbewerber

KlAnfr
s. *Freiwilligenagentur*
Drs 15/7276

Förderung des Feuerwehrwesens im Enzkreis

Sachstand und Umfang der Förderung von Feuerwehrmaßnahmen im Enzkreis in den vergangenen fünf Jahren

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/7325

Mietpreisgestaltung bei Verträgen mit privaten Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern

Sachstand zu Mietverträgen und Mietpreisgestaltung zwischen Kommunen und Anbietern privater Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern in BW, insbes in Pforzheim und im Enzkreis

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7332

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Enzkreis, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7345

Unterstützung des Heini-Programms zur Gewaltprävention durch die LReg

Beurteilung des im Raum Pforzheim/Enzkreis angebotenen Präventionsprogramms für Kinder; finanzielle Förderung und Fortbestand des Programms

KlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/7769

Enztal

s.a. *Enztalbahn*

Lärm- und Luftschutz im Zuge des Ausbaus der A 8 im Enztal

Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen bei den o.g. Planungen, erneute Überprüfung der Verkehrsprognose für 2025 auf der A 8 nahe Kieselbronn, Eintreten für eine Ergänzung der schalltechnischen Untersuchung und Luftschadstoffhebung in Kieselbronn, Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen entlang der Autobahn

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1157

Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

Bedeutung von Weinberg-Terrassen als Kultur- und Naturlandschaft sowie finanzielle Fördermöglichkeiten und Projekte zu deren Erhalt; Unterstützung eines gemeinsamen Modellprojekts aus Mühlacker und Vaihingen zum Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

KlAnfr
s. *Weinbau*
Drs 15/5185

Enztalbahn

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/152

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4314

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der

Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 23.04.2014 und
Antw MVI Drs 15/5111

Epidemie

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5513

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr
s. *Ebola*
Drs 15/5955

Eppingen

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Zustand der Landesstraße (L) 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

Verkehrsbelastung, Zustand und Planung der Durchführung von Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an der Landesstraße 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3753

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Eppingen

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4922

Kriminalität im Wahlkreis Eppingen

Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Eppingen, insbes Straftatenzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kri-

minalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5228

E-Publishing

s. *Elektronische Publikation*

ERA

s. *Europäische Eisenbahngesellschaft*

E-Rad

s. *Elektrofahrrad*

ERASMUS-Programm

Zukunft des Erasmus-Programms im Hochschulbereich

Nutzung des Erasmus-Programms durch Studierende und Dozenten aus BW bzw durch ausländische Studierende und Dozenten an baden-württembergischen Hochschulen in den letzten Jahren; Verteilung der Fördersumme und geförderten Personen auf die einzelnen Hochschulen des Landes; Verhältnis von Bedarf und Angebot an Stipendien und Austauschplätzen; Geförderte nach Fachrichtung, Geschlecht und sozialer Herkunft; Auswirkungen der aktuellen Finanzierungslücke; Maßnahmen zur Sicherung des Erasmus-Programms

Antr
s. *Akademischer Austausch*
Drs 15/2658

Europäisches Studenten-Austauschprogramm ERASMUS

Stellenwert des europäischen Studenten-Austauschprogramms Erasmus; Statistiken zu ERASMUS-Teilnehmern für BW; Zukunft der finanziellen Förderung für das Auslandsstudium

Antr
s. *Akademischer Austausch*
Drs 15/2818

Auslandssemester

Mobilität baden-württembergischer Studenten zur Absolvierung eines Auslandssemesters und späterer beruflicher Nutzen, insbes statistische Entwicklung der Nutzung von Auslandssemestern und Inanspruchnahme von EU-Förderprogrammen sowie Veränderung durch die der Bologna-Reform; Ausweitung des ERASMUS-Programms

Antr
s. *Auslandsstudium*
Drs 15/3899

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren

und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/4803

EU-Mittel in der Förderperiode 2007 bis 2013

Zufluss von EU-Mitteln in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach BW, insbes Gesamtmittel, Direktzahlungen an Landwirte sowie Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm INTERREG IV, dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm „Life+“; Teilnehmerzahlen an den Austauschprogrammen „Comenius“ für Schüler und „Erasmus“ für Studenten

Antr
s. *EU-Mittel*
Drs 15/4943

Erbach

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspanne von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/15

Straßenbauvorhaben in Donaurieden

Auswirkungen einer Änderung der Linienführung der Querspanne B 311 / B 30 bei Erbach auf die prognostizierten Kosten im Vergleich zu anderen prioritären Vorhaben des Investitionsrahmenplans und einer alternativen Trassenführung; Höhe der Mehrkosten für das Land aufgrund der laut Planfeststellungsbeschluss vorgesehenen Abstufung von rund 12 km bisheriger Bundesstraße in eine Landesstraße

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1423

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/3600

Zukunft des Verkehrs auf der Südbahn

Zeitplan, Kostenstand und mögliche Änderungen bei der geplanten Elektrifizierung der Südbahn; Möglichkeit eines Interregio-Express-Halts in Erbach

KIAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/5107

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 311 - Erbach - Dellmensingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 311 - Erbach - Dellmensingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7255

Erbbaurecht*Heidelberg*

Ausgabe eines Erbbaurechts für eine Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 5932, Gemarkung Heidelberg

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/150

Freiburg

Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten der Fraunhofer-Gesellschaft

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4389

Karlsruhe

Ausgabe eines Erbbaurechts an Teilflächen der landeseigenen Grundstücke Flurstück Nrn. 2315 und 6617, Gemarkung Karlsruhe

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7925

Erbe

s.a. *Erbrecht*
s.a. *Erbschaftsteuer*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Union betreffend die VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2257

Vermittlungsverfahren gemäß §§ 363 ff Gesetz über das Verfahren in Familiensachen (FamFG)

Zahl und Ergebnisse der bei den Notariaten beantragten Vermittlungsverfahren bei Erbaseinandersetzungen

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 09.10.2012 und Antw JM
Drs 15/2449

Prüfung der Schaffung zentraler Beratungsstellen zur Unterstützung Hinterbliebener bei Todesfällen

Beratung und Unterstützung Hinterbliebener bei der Abgabe der gegenüber öffentlichen Stellen notwendigen Erklärungen; Einführung zentraler Erbschaftsstellen

Antr
s. *Beratungsstelle*
Drs 15/4680

Archiv für die bildende Kunst in BW

Errichtung eines Archivs für die Nachlässe anerkannter bildender Künstler aus BW; Aufwand und Kosten; Bedeutung des Deutschen Literaturarchivs Marbach für die Bewahrung der Nachlässe namhafter Schriftsteller

Antr
s. *Archiv*
Drs 15/4701

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Anpassung von Gesetzen und Verordnungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums an das Bundesrecht, insbes Zuständigkeitsregelung für die Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Verfahrenskostenhilfe, Erbenermittlung, Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor Sozialgerichten

GesEntw
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 15/6471

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 17 - Abwicklung von Fiskalerbschaften (Kap 1209)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7017
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7517
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 10.05.2016 Drs 16/11

Erbpacht

s. *Erbbaurecht*

Erbrecht

s.a. *Erbe*
s.a. *Erbschaftsteuer*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Union betreffend die VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2257

Erbsache

s. *Erbe*

Erbschaft

s. *Erbe*

Erbschaftsteuer

Erhebung der Vermögensteuer und weitere steuerpolitische Vorhaben der grün-roten LReg

Erarbeitung von Modellen und Vorbereitungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer im MFW; Frage nach einem Einvernehmen innerhalb der Regierung und einer Abstimmung mit anderen BLändern, insbes auch zu einer Verschärfung der Erbschaftsteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer

Antr
s. *Steuerpolitik*
Drs 15/1794

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 21 - Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung (Kap 1201)

Mittlg RH
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/1921

Neuordnung der Erbschaftsteuer

Sachstand zu Steueraufkommen und Reformen der Erbschaftsteuer; Bewertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der Reformvorschläge des Bundesfinanzministeriums; Ausgestaltungsmöglichkeiten bei der Neuordnung der Erbschaftsteuer

Antr Klaus Maier u.a. SPD 26.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6556

Reform der Erbschaftsteuer

Sachstand zur Erbschaftsteuerreform, insbes Auswirkungen auf Privatpersonen, Schutz von Unternehmen vor Mehrbelastungen

MdlAnfr 3) Joachim Kößler CDU 03.03.2015 Drs 15/6566
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7452 7453

Privat- und Familienbrauereien in BW

Sachstand zur Entwicklung unabhängiger bzw inhabergeführter Privat- und Familienbrauereien in BW, insbes Ausbildungszahlen, Zahl der Mälzereien, Erzeugung und Absatz von Braugerste und Hopfen, steuerliche Behandlung brauereieigener Gaststätten im Erbschaftsteuerfall

Antr
s. *Brauerei*
Drs 15/6743

Was denn nun, Herr Kretschmann? - Unterstützt der Ministerpräsident seinen Finanzminister bei der Erbschaftsteuerreform, oder nicht?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7574-7584

Auswirkungen im Falle einer Umsetzung der jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Erbschaftsteuer auf die familiengeführten mittelständischen Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Erbschaftssteuerreform auf die familiengeführten mittelständischen Betriebe in BW, insbes in der Region Heilbronn-Franken

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 08.07.2015
Drs 15/7139
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8104-8107

Begrüßung der Einigung mit der Schweiz bei der steuerlichen Behandlung von Erbschaften

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1912 1913 1918

Erdbeben

Erdbebengefährdung Ernst nehmen und Erdbebensicherheit gewährleisten

Beurteilung der Erdbebengefahr in BW und der Schweiz, insbes für Chemiestandorte, Kernkraftwerke u.a. sicherheitsrelevante Anlagen, sowie für die Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle; Bedeutung und Ausstattung des Landeserdbebendienstes im Vergleich mit Einrichtungen in Frankreich und der Schweiz

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 19.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/295
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/907 S. 29
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des badenwürttembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1263

Nachrüstung im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Verlängerung der Betriebserlaubnis und Nachrüstungsmaßnahmen im sicherheitstechnischen Bereich des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Verstärkung der Bodenplatte zur Erhöhung der Erdbebensicherheit

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/3559

Sicherheit des bayerischen Atomkraftwerks Gundremmingen

Gegenwärtige Erfüllung der aktuellen Sicherheitsanforderungen durch das Atomkraftwerk Gundremmingen sowie bei einer angestrebten Leistungserhöhung, insbes Nichterfüllung der Erdbe-

bensicherheitsauflagen

Antr

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 15/3891

Beurteilung der von Fracking zur Gasförderung ausgehenden Erdbebengefahr

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2314

Erdbebengefährdung

s. *Erdbeben*

Erdgas

s. *Gas*

Erdgasbohrung

s. *Gasgewinnung*

Erdgasfernleitung

s. *Gaspipeline*

Erdgasferntransport

s. *Gaspipeline*

Erdgasförderung

s. *Gasgewinnung*

Erdgasgewinnung

s. *Gasgewinnung*

Erdgasleitung

s. *Gasleitung*

Erdgaspipeline

s. *Gaspipeline*

Erdgasvorkommen

Genehmigungen des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Erkundung von Fracking-geeigneten Gasfeldern

Verlängerung der Konzession zur Erkundung geeigneter Gasfelder in Oberschwaben und am Bodensee; rechtliche Grundlage und Zeitraum der erteilten Konzessionen; Einhaltung der gesetzlichen Auflagen, insbes der Information und Anhörung von Trägern öffentlicher Belange; Folgerungen aus der einstimmigen Ablehnung von Fracking im Landtag von Baden-Württemberg; Möglichkeiten des nachträglichen Entzugs der Konzession; Verbot von Fracking in BW

KlAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/3910

Fracking-Konzession im Bodenseegebiet

Gründe für die Verlängerung der Konzession des Unternehmens Parkyn Energy Germany für zwei Erdgaskundungsfelder am Bodensee; Frage des Fortbestands der Konzession nach der Eingliederung des Unternehmens in den Konzern Rose Petroleum; Verhinderung von Probebohrungen in der Bodenseeregion

KlAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/5135

Weitere offene Fragen zur Verwaltungspraxis bei der Erteilung von Fracking-Konzessionen im Bodenseegebiet

Verstoß des Unternehmens Parkyn Energy Germany gegen Nebenbestimmungen der Konzessionen für zwei Erdgaskundungsfelder am Bodensee; Rechtsnatur der Nebenbestimmungen; Einhaltung der Nachfrist zur Vorlage des Arbeitsprogramms durch das Unternehmen; Unterrichtung über die Nachfrist durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau; Prozessrisiko im Falle eines Widerrufs der Konzessionen

KlAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/5616

Erdkabel

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöfe) im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöfe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KlAnfr

s. *Hochspannungsleitung*

Drs 15/5622

Versorgungssicherheit und Energiewende nicht gefährden! - Baden-Württemberg steht zum Netzausbau

Aufforderung an den Bund, ein transparentes Genehmigungsverfahren festzulegen und die Bundesnetzagentur als Genehmigungsbehörde mit ausreichenden Ressourcen auszustatten; bundesrechtliche Regelung zur Nutzung von Teilerdverkabelungen für Gleichstromprojekte; Befürwortung eines zügigen, umweltschonenden und wirtschaftlichen Netzausbaus im Bundesrat

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/5863

Fragen zur teilweisen Erdverkabelung bei Gleichstromleitungen in der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ-Technik) im Bereich der geplanten Stromtrasse Suedlink

Stand der Technik und Standards bei der Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen; Kostendifferenz zwischen der Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen und der Errichtung von Freileitungen; Ausführung bestimmter Streckenabschnitte der Stromtrasse Suedlink in Erdverkabelung; Art der vorgesehenen Erdverkabelungstechnik

KlAnfr

s. *Stromnetz*

Drs 15/6327

Erdverkabelung bei Neubau von Stromtrassen und Kompaktmasten beim Bau von Freileitungen

Sachstand zur Ermöglichung von Erdverkabelung beim Neubau von Stromtrassen und dem Einsatz von Kompaktmasten beim Bau von Freileitungen beim Neubau von Stromtrassen in der Gemeinde Kieselbronn

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/7247

Erdkunde

s. *Geografie*

Erdölbohrung

s. *Erdölgewinnung*

Erdölförderung

s. *Erdölgewinnung*

Erdölgewinnung

Öl- und Gasgewinnung in Deutschland und BW

Arten der Öl- und Gasgewinnung; Unterscheidung der Fracking-Arten; Einsatz chemischer Additive beim Fracking und Bedeutung für den Trink- und Grundwasserschutz; Bewertung der Pläne zum Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zum Schutz der Umwelt vor Fracking

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/5583

Konzessionsvergabe zur Erkundung von Erdgas und Erdöl am Bodensee

Hintergrund zu den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau gestellten Konzessionsanträgen zur Erkundung von Erdgas- bzw Erdölvorkommen am Bodensee, insbes Einsatz von Frackingtechnologie, Gemarkungen der Erkundungsanträge, Zeitpunkt der Entscheidung; Auskunftsverweigerung des Landesamts angesichts des Landesumweltinformationsgesetz

KlAnfr
s. *Gasgewinnung*
Drs 15/6122

Umgang mit Umweltrisiken durch alte Öl- und Gasbohrungen in BW

Sachstand zu Umweltrisiken bei stillgelegten Öl- und Gasbohrungen in BW, insbes technische Ausführung von Stilllegungen und Gefahren einer nicht fachgerechten Stilllegung, Altlasten durch stillgelegte Öl- und Gasbohrungen

KlAnfr
s. *Umweltgefährdung*
Drs 15/7575

Erdrutsch

Folgen des Bergsturzes in Mössingen-Öschingen für die Landhaussiedlung und die Stadt Mössingen

Schadenshöhe des Bergsturzes in Mössingen-Öschingen vom 2. Juni 2013 und Beteiligung an den Kosten durch die Europäische Union, den Bund und das Land

MdlAnfr 3) Rita Haller-Haid SPD 29.10.2013 Drs 15/4248
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4906-4908

Erdwärme

s. *Geothermische Energie*

Erdwärmebohrung

s. *Geothermische Energie*

Erfinder

s. *Erfindung*

Erfindung

s.a. *Lizenz*

Touristische Hinweistafel auf die historische Benz-Fabrik in Ladenburg im Zuge der A 5

Rechtfertigung o.g. Hinweistafel zum 125. Jahrestag der Erfindung des Automobils

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/776

Projekt „Übermorgenmacherinnen und Übermorgenmacher“

Zahl der eingegangenen Vorschläge und Bewerbungen, Frauenanteil in der Jury und unter den Teilnehmern, Steigerung des Frauenanteils bei der Auszeichnung für wertvolles Engagement in Zukunftsprojekten

KlAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/1556

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Bewertung der Dienstleistungseinheit Innovationsmanagement des Karlsruher Instituts für Technologie, Möglichkeiten zur Unterstützung der Patentverwertung und Existenzgründung; Ausbau der Existenzgründungsförderung aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Erfinderland BW

Initiierung einer Erfindermesse als eigenes Format oder in Kombination mit einer bereits bestehenden Messe

Antr Claus Paal u.a. CDU 01.08.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2181

Erinnerung an die großen Erfinder des Landes, Verweisung auf die Herausforderungen und Chancen einer neuen Gründerzeit

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22

Erinnerung an die großen Erfinder des Landes, Verweisung auf die bundesweite Spitzenposition bei den Patentanmeldungen, Intensität der Forschung der Automobilindustrie an neuen Antriebstechnologien

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423-425 428-430

Erinnerung an die großen Erfinder des Landes

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1717

Erinnerung an die großen Erfindungen im Land, Verweisung auf die bundesweite Spitzenposition bei den Patentanmeldungen

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2351

Erfrischungsgetränk

Zusatzstoffe in Limonaden

Bromierte Pflanzenöle (BVO) als Zusatzstoffe in Limonaden; Untersuchungen zum Einsatz der europaweit verbotenen Zusatzstoffe in Erfrischungsgetränken; Nachweis der bromierten Pflanzenöle in Limonadengetränken; Nachfrage nach diesen Produkten und ihr Vertrieb; Information der Verbraucher über die Gefahren bromierter Pflanzenöle in Erfrischungsgetränken

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE 25.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3678

BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 26

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Ergebnisbericht des Rechnungshofs

s. Rechnungshof

Ergotherapeut

Situation der Heilmittelbringer in BW

Beurteilung der vermehrten Zurückweisung von Heilmittelverordnungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden durch die Krankenkassen wegen sachlicher Mängel, Auslösung von Existenzproblemen und Kostenverlagerungen durch diese verschärfte Prüfpraxis der Krankenkassen; Hinwirkung auf einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren des Gesundheitswesens, Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmittelleistungen und einer angemessenen Vergütung

Antr

s. Heilmittel

Drs 15/818

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr

s. Gesundheitsberuf

Drs 15/2333

Erholung

Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Ge-

staltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw

s. Naturschutzgesetz

Drs 15/6886

Erholungsgebiet

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr

s. Nationalpark

Drs 15/3256

Erholungsurlaub

s. Urlaub

Erlaubnis

s. Genehmigung

Erlebnisbad

s. Schwimmbad

Erlenmoos

Maßnahmen an Bundesstraßen im LKreis Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personalmangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr

s. Bundesstraße

Drs 15/3471

Erler, Gisela GRÜNE

Berufung und Vereidigung von Gisela Erler zur/als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

s. Staatsrätin

PIPr 15/3 S. 17

Ermittlungsverfahren*Verfahren wegen Produktpiraterie in BW*

Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Verletzungen des Marken- und Urheberrechts in den letzten zehn Jahren; Art der Rechtsverletzung; Anteil der Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Ausübung; Höhe des wirtschaftlichen Schadens

Antr
s. *Produktpiraterie*
Drs 15/2794

Strafrechtliche Bekämpfung von Doping

Rechtsgrundlagen der strafrechtlichen Bekämpfung; Erfahrungen mit dem 2007 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport“ und den Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Dopingstraftaten; Zahl der Ermittlungsverfahren und die Art ihres Abschlusses; Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts der Bundesregierung; Strafbarkeit von Sportlern wegen des Besitzes „geringer Mengen“ eines Dopingmittels; Haltung der Sportverbände

GrAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3093

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 9 - Länderübergreifende Justizprüfung Ermittlungsverfahren bei Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldverfahren bei Amtsgerichten (Kap 0503)

Mittlg RH
s. *Personalkosten*
Drs 15/3809

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg

Verfahren zur Neubesetzung der Stelle der Ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg im Jahr 2011; Qualifikationen, Unbescholtenheit und Amtsführung der derzeitigen Stelleninhaberin, insbes Erkenntnisse über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen diese; Kenntnisse und Vorgehen des Ministeriums gegen eventuelle Missstände am Institut für Rechtsmedizin

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/3860

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahrens zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufungsverfahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu diesem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4135

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 18.03.2014 und Antw JM
Drs 15/4957

Abfrage unter anderem von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Initiator, Wortlaut und Zweck des Auskunftsverlangens; Aufklärung über die mit der Anfrage im Staats- und im Justizministerium befassten Personen; Grundlage der Informationsweitergabe des Justizministerium an das Staatsministerium

KlAnfr
s. *Datenaustausch*
Drs 15/5095

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW

Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr CDU 30.04.2014 und Antw LReg Drs 15/5143 (11 S.)
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8117-8125

Stuttgart 21 und die Beschäftigung des Kabinetts Kretschmann mit der Anfrage des Staatsministeriums beim Justizministerium

Kommunikation über Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zwischen Staatsministerium und Justizministerium und innerhalb des Kabinetts

Antr
s. *Informationsaustausch*
Drs 15/5222

Straf- und Disziplinarverfahren gegen Justizvollzugsbeamte

Zahl der gegenwärtig anhängigen Verfahren gegen Justizvollzugsbeamte; Ermittlung gegen einen Beamten der Jugendjustizvollzugsanstalt Pforzheim; Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das Justizministerium

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6321

Polizeiarbeit in und um Erstaufnahmestellen, strafrechtliche Konsequenzen und Maßnahmen der LReg in diesem Bereich

Sachstand zur Polizeiarbeit um die Landeserstaufnahmestellen, insbes personelle Belastungen durch Überstunden, Umfang und Status der Ermittlungsverfahren

KlAnfr

s. Polizeieinsatz
Drs 15/7361

Ermordung

s. Mord

Ernährung

s.a. Ernährungswirtschaft
s.a. Lebensmittel
s.a. Verpflegung

Umsetzung des Schulfruchtprogramms

Umsetzung und Kofinanzierung des EU-Programms zur Förderung eines gesunden Ernährungsverhaltens mit Obst und Gemüse; Teilnehmerzahlen und Fördersummen im Schuljahr 2010/2011; Frage nach Verbesserungsvorschlägen

Antr
s. Schulverpflegung
Drs 15/175

Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund differenziert nach Frauen und Männern, insbes Vergleich des Ernährungsverhaltens, der Prävention und Selbstmedikation, der Anwendung von Arzneimitteln, beim Blutspendeverhalten und Anschluss an Selbsthilfegruppen; Frage nach Strategien für eine aufsuchende zielgruppenspezifische Gesundheitsvorsorge

Antr
s. Gesundheit
Drs 15/611

Frauengesundheit in BW

Entwicklung des Körpergewichts von Mädchen bzw Frauen gegenüber vergangenen Zeiten, Beurteilung des Gesundheits- und Körperbewusstseins im Vergleich zu Männern; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr
s. Gesundheit
Drs 15/964

Qualität des Schulessens in BW

Einschätzung bzw Gewährleistung der Qualität des Schulessens in Schulmensen im Vergleich zu anderen BLändern; Fortführung der Qualifizierung von freiwilligen Essensbegleiterinnen sowie der Sensibilisierung und Fortbildung von Lehrern und Schülern für gesunde Ernährung, Essenskultur und Verwendung regionaler Produkte

Antr Tobias Wald u.a. CDU 09.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1413

Vernetzungsstelle Schulverpflegung

Bewertung der Arbeit und Angebote, der Finanzierung und personellen Ausstattung der o.g. Einrichtung; Kooperation zwischen den 16 Vernetzungsstellen der Länder; Hinwirkung auf die Verwendung von Bioprodukten und Minimierung von Lebensmittelabfällen in Schulmensen; Eintreten für eine Verlängerung der finanziellen Förderung des Bundes

Antr
s. Schulverpflegung
Drs 15/1693

Ernährungssicherheit auf EU-Ebene

Entwicklung der Reserven an Grundnahrungsmitteln in der EU seit 2002, Beitrag der EU-Programme für Landwirte zur Nahrungsmittelproduktion und -versorgung; Darstellung des Ausbaupotenzials, der Auswirkungen des Ausbaus regenerativer Energien und der Strategien der EU zur Eindämmung der Nahrungsmittelverschwendung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 11.10.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2458
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 96
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Schulverpflegung durch regionale Anbieter

Anteil von Großküchen, regionalen Gasthäusern, Metzgereien u.a. Anbietern von Schulverpflegung; Unterstützung von regionalen Anbietern mit ihren regionalen Produkten, Gewinnung von Gastronomen durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband

Antr
s. Schulverpflegung
Drs 15/2531

Ernährungszentren in BW

Aufgaben und Entwicklung der Ernährungszentren des Landes BW, insbes Beitrag zur Unterstützung regionaler Lebensmittel, organisatorische Anbindung an die unteren Landwirtschaftsbehörden und Vergleich mit den anderen Bundesländern

Antr Paul Locherer u.a. CDU 21.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3107
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 5 6
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Wie bringt die LReg das Schulfruchtprogramm voran?

Ausbau des Schulfruchtprogramms in BW, insbes Gewinnung weiterer teilnehmender Schulen

MdlAnfr
s. Schulverpflegung
Drs 15/4426

„Komm in Form 2018 - Initiative für clevere Ernährung BW“ und aid-Ernährungsführerschein

Sachstand zur Zwischenbilanz und Bewertung von „Komm in Form - Initiative für clevere Ernährung BW“ für eine bessere Ernährung von Kindern und Jugendlichen, insbes Pläne der LReg zur Weiterführung der Initiative über das Jahr 2018 hinaus, Stellenwert des aid-Ernährungsführerscheins und Angebot in Schulen

Antr
s. Ernährungsweise
Drs 15/7351

Öffentlichkeitskampagne der Landesregierung „Mach's Mahl - Gutes Essen für BW“

Sachstand zur Konzeption, Durchführung und Finanzierung der Öffentlichkeitskampagne der LReg „Mach's Mahl - Gutes Essen für BW“

KlAnfr
s. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung
Drs 15/7458

Anstieg der Nachfrage nach Bioprodukten, Thematisierung einer gesunden Ernährung in den schulischen Lehrplänen

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-261

Wertevermittlung für gesunde Ernährung in der Schule; Sicherung der Welternährung durch nachhaltige Landwirtschaft
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301 1305

Zweifel an der Sicherung der Welternährung mithilfe der Agrotechnik
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1711 1712

Verweisung auf die vielfältigen regionalen Produkte im Land, Werbung für eine gesunde Ernährung in den Familien mit Produkten aus dem eigenen Garten, Thematisierung einer gesunden Ernährung in den schulischen Lehrplänen
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2022-2024

Ernährungsberatung

Ernährungszentren in BW

Aufgaben und Entwicklung der Ernährungszentren des Landes BW, insbes Beitrag zur Unterstützung regionaler Lebensmittel, organisatorische Anbindung an die unteren Landwirtschaftsbehörden und Vergleich mit den anderen Bundesländern

Antr
s. *Ernährung*
Drs 15/3107

Ernährungsgewerbe

s. *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe*

Ernährungssicherheit

s. *Ernährung*

Ernährungsweise

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2657

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr
s. *Weidewirtschaft*

Drs 15/2927

„Veggie Day“ in BW?

Bevormundung des Verbrauchers durch die Einführung eines wöchentlichen „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen; an der Einführung beteiligte Ressorts; Zweck eines fleischlosen Tags; Erreichung desselben Zwecks auf anderen Wegen als dem verpflichtenden Angebot fleischloser Gerichte; Entschädigung der Pächter bei Umsatzeinbußen; Umfragen zur Akzeptanz eines „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen

Antr
s. *Verpflegung*
Drs 15/3929

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr
s. *Milch*
Drs 15/4349

Ernährungsführerschein in BW

Umsetzung des Unterrichtskonzepts des aid-Ernährungsführerscheins in BW; gesellschaftliche Unterstützung des Konzepts; Lehrerfortbildung; Inhalte des Unterrichtskonzepts; sächliche Voraussetzungen für eine Umsetzung; flächendeckende Einführung des aid-Ernährungsführerscheins

Antr Paul Locherer u.a. CDU 21.11.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4372
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 105 106
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

„Komm in Form 2018 - Initiative für clevere Ernährung BW“ und aid-Ernährungsführerschein

Sachstand zur Zwischenbilanz und Bewertung von „Komm in Form - Initiative für clevere Ernährung BW“ für eine bessere Ernährung von Kindern und Jugendlichen, insbes Pläne der LReg zur Weiterführung der Initiative über das Jahr 2018 hinaus, Stellenwert des aid-Ernährungsführerscheins und Angebot in Schulen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 01.09.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7351
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 74 75
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Öffentlichkeitskampagne der Landesregierung „Mach's Mahl - Gutes Essen für BW“

Sachstand zur Konzeption, Durchführung und Finanzierung der Öffentlichkeitskampagne der LReg „Mach's Mahl - Gutes Essen für BW“

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/7458

Ernährungswirtschaft*s.a. Fischerei**s.a. Geflügelwirtschaft**s.a. Marketinggesellschaft BW**s.a. Schlachtbetrieb**Bedeutung von Mitbürgern mit Migrationshintergrund für die Ernährungswirtschaft in BW*

Bisherige und mögliche Marktbedeutung ethnischer Produkte für die Ernährungswirtschaft in BW, Umsatzvolumen der (nach islamischem Recht zulässigen) Halal-Produkte; Begleitung der Nahrungsmittelunternehmen bei der Markterschließung für ethnische Produkte durch die Marketinggesellschaft BW

Antr Friedlinda Gurr-Hirsch u.a. CDU 01.08.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/384

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 47

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Chancen der kleinstrukturierten Lebensmittelwirtschaft in BW

Stärkung der Erzeugung, Weiterverarbeitung und des Handels regionaler, ökologischer Produkte; Abbau von Defiziten gegenüber großindustriellen Wissenschaftsbemühungen in Grundlagenforschung wie in Produktentwicklung; Schaffung eines entsprechenden Verbraucherbewusstseins, insbes schon an den Schulen, für regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologische Mehrwerterzeugung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 30.11.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/945

BeschlEmpf und Bericht LandwA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 45 46

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Agrar- und Ernährungsexporte aus BW

Darstellung der o.g. Entwicklung differenziert nach Produkten und Zielländern seit 2002; Anteile der Exporte nach Frankreich, Österreich, China und in die Schweiz; Vergleich mit anderen BLändern, insbes mit Niedersachsen; verfügbare Marketingunterstützungsstrukturen für die Agrar- und Ernährungswirtschaft

Antr

s. Agrarprodukt

Drs 15/1249

Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Gründe für das Scheitern einer bundeseinheitlichen Regelung für die Gastronomie u.a. Lebensmittelunternehmen; Auflistung der BLänder, die an einer verpflichtenden Hygiene-Ampel festhalten bzw diese ablehnen; Bezifferung des zusätzlichen Personalbedarfs; Frage nach Modellen in anderen EU-Ländern und deren Erfolg

Antr

s. Lebensmittelkontrolle

Drs 15/2212

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse;

Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr

s. Flächennutzung

Drs 15/4086

Anstrengung einer gentechnikfreien Lebensmittelwirtschaft

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1707 1712-1715

Ernennung zum Beamten*Erwerb der Laufbahnbefähigung aufgrund des Vorliegens besonderer Gründe*

Erwerb der Laufbahnbefähigung nach § 16 Abs 3 des Landesbeamtengesetzes in den obersten Dienstbehörden seit Beginn des Jahres 2011; Anzahl der jährlichen Verbeamtungen in den einzelnen Dienstbehörden; Anwendung der in § 16 Abs 3 geforderten Kriterien wie das Vorliegen bestimmter Bildungsvoraussetzungen sowie besonderer dienstlicher Gründe; Häufigkeit der Feststellung einer Laufbahnbefähigung für Nicht-Laufbahnbewerber durch den Landespersonalausschuss in den Jahren 2008 bis 2010; oberste Dienstbehörden der verbeamteten Personen

KlAnfr

s. Laufbahn

Drs 15/4658

Die Bedeutung psychischer Schwierigkeiten und Krankheiten für die Verbeamtung im Schulwesen

Hauptursachen für das Scheitern von Verbeamtungen im Schulwesen; Hauptursachen für eine Verneinung der gesundheitlichen Eignung; Stellenwert der psychischen Beeinträchtigungen und deren Diagnose; Verzicht der Lehramtskandidaten auf eine Behandlung psychischer Krankheiten, um die angestrebte Verbeamtung nicht zu gefährden; Auftreten psychischer Störungen innerhalb des ersten Jahrs nach der Verbeamtung; Unterstützungsangebote bei psychischen Schwierigkeiten

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 12.02.2014 und Antw KM Drs 15/4752

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften

Ausdehnung des Ernennungsrechts für weitere Besoldungsgruppen bei Hochschullehrern und Beamten im wissenschaftlichen Dienst auf das Wissenschaftsministerium und die Universitäten und Hochschulen im dortigen Geschäftsbereich

GesEntw LReg 07.10.2014 Drs 15/5837

1. Beratung PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6530

BeschlEmpf und Bericht StändA 06.11.2014 Drs 15/6082

2. Beratung PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6721-6723

GesBeschl 13.11.2014 Drs 15/6134

GBl 2014 Nr. 21 S. 581 582 (Ges vom 25.11.2014)

Ernennung (Beamtenrecht)*s. Ernennung zum Beamten*

Ernennungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften

Ausdehnung des Ernennungsrechts für weitere Besoldungsgruppen bei Hochschullehrern und Beamten im wissenschaftlichen Dienst auf das Wissenschaftsministerium und die Universitäten und Hochschulen im dortigen Geschäftsbereich

GesEntw

s. *Ernennung zum Beamten*

Drs 15/5837

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften

Änderung von § 4 des Ernennungsgesetzes in der Fassung vom 23. Juli 2013

GesEntw

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Drs 15/6654

Erneuerbare Energie

s.a. *Biomasse*

s.a. *Energieforschung*

s.a. *Energiespeicher*

s.a. *Geothermische Energie*

s.a. *Solartechnik*

s.a. *Stromeinspeisung*

s.a. *Wasserkraft*

s.a. *Windenergieanlage*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Rolle von hocheffizienten Gaskraftwerken sowie der erneuerbaren Energieträger Wasser, Wind, Sonne und Biomasse; Frage nach Vorschlägen zur Verbesserung der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Klimaschutzgesetzes und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/77

Bericht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu einem Beschluss des Ltg; hier: Aktuelle Daten zum Energieverbrauch 2010; Erneuerbare Energien in BW 2010

Mittlg LReg

s. *Energiebericht*

Drs 15/174

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Hinwirkung auf eine dauerhafte Stilllegung der abgeschalteten Atomkraftwerke, insbes auch von Philippsburg I und Neckarwestheim I; Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie; Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/159

Standorte für Windkraftanlagen in BW

Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele bis 2020 bzw 2050, u.a. Verkürzung der Genehmigungsverfahren für Neu- und Ersatzbauten sowie Ausbau der Stromnetze für den Umstieg auf regenerative Energien insgesamt, Höhe der Kosten für eine generelle Erdverkabelung; Anwendung des Windatlas zur Erleichterung der Standortausweisung; Darlegung der zu erwartenden Konflikte, insbes auch aus der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der angestrebten stärkeren Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/170

Photovoltaikanlagen in BW

Zahl der in BW gefertigten und installierten Anlagen auf Dächern von Wohnhäusern und Gewerbebetrieben seit 2000, Darstellung der steuer- und gewerberechtlichen Vorgaben u.a. bürokratischen Hürden; Art und Herkunft der benötigten Primär- und Sekundärrohstoffe für die Herstellung von Photovoltaikanlagen, Rückführung dieser Rohstoffe in den Fertigungskreislauf durch entsprechendes Recycling der Anlagen; Schutz des Know-hows der Hersteller und Zulieferer vor Plagiatoren; Eintreten für den Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Installation von Anlagen oder Vereinfachung anderer Maßnahmen zur dezentralen Energieerzeugung

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 15/249

Ausbau der Nahwärmenetze zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen

Bundes- und Landesprogramme zum Ausbau der regenerativen Energien für Kommunen und Privatpersonen, u.a. auch zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen; Darlegung der tatsächlichen und möglichen Abwärmenutzung; Prüfung der Einrichtung eines o.g. kommunalen Förderprogramms, insbes auch zum Nachteilsausgleich aus der räumlichen Distanz zwischen Anlagen und Wärmeabnehmer

Antr

s. *Abwärme*

Drs 15/296

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler Gebäude, Verpflichtung der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Bereich Gebäudebeheizung, Förderung von Stromsparmaßnahmen bei kommunaler Infrastruktur wie der Straßenbeleuchtung

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 15/330

Ausbau der Stromnetze

Arten, Länge und Eigentümer der vorhandenen und der für den angestrebten Ausbau der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien benötigten Leitungsnetze; notwendige Genehmigungsverfahren und Verfahrensänderungen zur Reduzierung der Verfahrensdauer, Zuständigkeiten der einzelnen Landes- und Bundesbehörden; Höhe der Kosten des beschleunigten Ausbaus für das Land und die Verbraucher

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/380

Erfahrungsbericht nach § 4 Abs 9 des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes BW (EWärmeG)

Mittlg UM 03.08.2011 Drs 15/399 (91 S.)

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 453

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/599

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Wasserkraftanlagen und Wasserrahmenrichtlinie

Auswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2012 auf die Gutachterpraxis und die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie und des WasserhaushaltsGes; Anspruch der Betreiber auf eine erhöhte Einspeisevergütung nach Erfüllung der Anforderungen der o.g. Richtlinie und deren gutachterlichen Bestätigung; Frage nach Missbrauchsfällen, dem Stand der Ermittlungen und Ausgang der Missbrauchsverfahren

KlAnfr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/606

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Attdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr

s. *Energiespeicher*

Drs 15/906

Künftige Wohnungspolitik

Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr

s. *Wohnungsbau*

Drs 15/988

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 14: Förderung von Demonstrationsvorhaben im Energiesektor

Förderung von Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieverwendung und Nutzung erneuerbarer Energieträger

Mittlg LReg

s. *Energieforschung*

Drs 15/1089

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Techno-

logie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstetigung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/1135

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Sanierung von Gebäuden und der Nutzung erneuerbarer Energien; Programm Zukunft Altbau

Haushalt

s. *Gebäude*

Drs 15/1110

Situation der Energieerzeugung im Wahlkreis Waldshut

Gesamtleistung und Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Wahlkreis Waldshut im Vergleich zum Land und den anderen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen Biogas-, Solarenergie- und Windkraftanlagen im Wahlkreis Waldshut; Standorte der Wasserkraftanlagen; Leistungszahlen von Wasserkraft- und Biogasanlagen; Gesamtenergieverbrauch im Wahlkreis Waldshut

KlAnfr Felix Schreiner CDU 18.01.2013 und Antw UM Drs 15/2891

Bioenergie und Bioenergieforschung

Bedeutung des o.g. Forschungsbereichs für den Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien, Höhe der jährlichen Mittelbereitstellung von Bund und Land, Bewertung des nationalen Biomasseaktionsplans sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz von Pflanzen als Bioenergieträger

Antr

s. *Energieforschung*

Drs 15/1154

Einführung einer Ausbildung zum „Technischen Assistenten für regenerative Energietechnik und Energiemanagement“

Einführung des o.g. Ausbildungsangebots an den beruflichen Schulen, Aufnahme entsprechender Gespräche mit den Kamern

KlAnfr

s. *Techniker*

Drs 15/1170

Positionierung zur Energiepolitik der Schweiz

Bewertung des geplanten Atomausstiegs der Schweiz 2034 und der Auswirkungen auf die Energiepolitik und -unternehmen hierzulande, Beurteilung des technischen Stands der grenznahen Atomkraftwerke und des Schweizer Stresstests; Ausbau der erneuerbaren Energien und der länderübergreifenden Stromnetze, Nutzung der Schweizer Netze bei wachsender Stromeinspeisung aus Photovoltaik und Windkraft

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/1254

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Hinwirkung auf einen beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, der Stromnetze und Speichermöglichkeiten, u.a. durch beschleunigte Planverfahren

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1263

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen; Zahl und Perspektiven der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Fotovoltaik auf die Strompreise und die Leipziger Strombörse; verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften; Auswirkungen der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der damit vorgesehenen Senkung der Vergütungssätze, Frage nach den notwendigen Vergütungsregelungen zur weiteren Markteinführung der Fotovoltaik

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/1360

„Power to Gas“-Technologie in BW - Das Erdgasnetz als Stromspeichermedium

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Marktreife der o.g. Technologie, Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Ausräumung von hinderlichen Rahmenbedingungen, derzeitige und künftig notwendige Kapazitäten des Erdgasnetzes als Medium zur Speicherung und zum Transport von Strom aus regenerativen Quellen

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/1410

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

Steigerung der Energieeffizienz sowie des Anteils erneuerbarer Energien an der Wärmebereitstellung, Ermöglichung des Zugangs von Dachflächen landeseigener Gebäude zur Nutzung durch Fotovoltaik

ÄAntr CDU 14.03.2012 Drs 15/1426
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1621-1628
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646
(dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) (ÄAntr CDU Drs 15/1426 zurückgezogen) S. 6-8
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Ökostrom in Behörden und Einrichtungen des Landes

Art und Umfang der Strombeschaffung für landeseigene Liegenschaften und Liegenschaften ausgegliederter Einrichtungen und Gesellschaften mit Landesbeteiligung; derzeitige und künftig mögliche Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien, jeweilige Auswirkungen auf die Klimabilanz, entsprechende Einwirkung der Klima- und Energieagenturen des Landes bei der Beratung von Kommunen

Antr
s. *Elektrizität*
Drs 15/1550

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Ergänzung energiepolitischer Maßnahmen des Bundes durch eigene Landesprogramme, u.a. zur Erzeugung von Biomasse als Energieträger oder durch die Geothermie und Wasserkraft

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KIAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1884

Gemeinsam für die Energiewende: Eine Politik für mehr Koordination zwischen Europa, dem Bund und den Ländern anstatt passiver „Autarkiepolitik“

Zurechnung der Investitionen in Kraftwerke, Leitungen und Speicher dem Land und seinen Unternehmen nach dem Territorialitätsprinzip; Abstimmung der Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Bund u.a. Ländern; Bemühungen um o.g. Koordination in Fragen der Stromerzeugung, der Stromspeicherung und des Stromtransports; bisherige und künftige Maßnahmen für Kraftwerkskapazitäten und Netzausbau zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2100

Der EU-Emissionshandel und die Energiewende in BW

Beurteilung des o.g. Systems zur Emissionsreduzierung in Phase II und künftig in Phase III, Entwicklung der Preise für die Zertifikate, Bewertung der Abschaffung der nationalen Allokationspläne in Phase III und der neuen Vorgabe einer EU-weiten Gesamtobergrenze für CO₂-Emissionen, Erwartung einer starken Freisetzung von kostengünstigen Zertifikaten durch den Ausbau der regenerativen Energien und Energieeinsparung hierzulande; Hinwirkung auf EU- und Bundesebene auf eine Verringerung der Zahl von Emissionshandelszertifikaten

Antr
s. *Emissionshandel*
Drs 15/2101

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Erneuerbare Energien - ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2350

Energieforschung in BW

Höhe der in die Energieforschung (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Speicher- und Netztechnologien, Elektromobilität; kerntechnische Forschung und sonstige Energieforschung) in-

vestierten Mittel; Zuschüsse der Europäischen Union und des Bundes; Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sowie mit den Unternehmen im Land; universitäre und außeruniversitäre Forschungsschwerpunkte und deren Förderung; Umfang der künftigen Forschungsförderung einschließlich der Akzeptanzforschung

Antr
s. *Energieforschung*
Drs 15/2412

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 10.10.2012 und Antw UM Drs 15/2456

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2659

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Qualität von Otto- und Dieselmotoren und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen

Mittlg LReg
s. *Kraftstoff*
Drs 15/2686

Regenerative Energien im Main-Tauber-Kreis

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den übrigen LKreisen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 14.01.2013 und Antw UM Drs 15/2865

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3071

Regenerative Energien im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden im Vergleich zu den übrigen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Standorte von Wasser- und Windkraftanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasserkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien in beiden Kreisen

KlAnfr Tobias Wald u.a. CDU 22.03.2013 und Antw UM Drs 15/3282

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformieren, um die Energiewende zu retten

Entschleunigung und grundlegende Reform der Energiewende, insbes kosteneffiziente, versorgungssichere und umweltverträgliche Gestaltung; Entwicklung einer Fördersystematik und Ersatz des Systems garantierter Förderhöhen durch ein Mengenmodell; Erstellung eines Stufenplans für den Wechsel aller Technologien von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung; aufkommensneutrale Absenkung der Stromsteuer; Förderung von Großanlagen entsprechend der regionalen Nachfrage

Antr FDP/DVP 24.04.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3412
PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5152-5164

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftsmodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilnetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/3621

EEG 2.0 - ein neues Finanzierungsdesign für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/79 23.10.2013 S. 4777-4790

Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW

Benennung der wesentlichen Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende in BW; Schwerpunkt Versorgungssicherheit der am 8. November 2013 vorgestellten Studie „Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW“; Berücksichtigung der Strompreisentwicklung und des Fortschritts beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in künftigen Monitoring-Berichten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4350

Auswirkungen der Energiewende auf die Landwirtschaft in BW
Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Kopf seit 1950; Getreideproduktion und -verbrauch seit dem Jahr 2000; Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seit 2000; Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf die baden-württembergische Landwirtschaft; Einfluss der Energiepreise auf deren Wettbewerbsfähigkeit; Erwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch die Energiewende; Schutz der baden-württembergischen Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen der Energiewende

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/4356

Lockerung des Grünlandumbruchverbots zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Nutzung von Miscanthus als Energieträger; gegenwärtige Anbaufläche des nachwachsenden Rohstoffs in BW; Zulassung von Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Antr
s. *Nachwachsender Rohstoff*
Drs 15/4374

Regierungsbefragung

Energiewende/Problempunkte/Wirtschaft
s. *Energiepolitik*
PIPr 15/89 S. 5335

Zwischen Strompreisbremse und Wirtschaftsstandort - Haltung der LReg zur Weiterentwicklung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Anwendung und Weiterentwicklung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), insbes Auswirkung und Bewertung der beschlossenen Eckpunkte der Bundesregierung zur EEG-Reform und die entsprechende Haltung der Industrieverbände und betroffenen Unternehmen

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/4791

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KlAnfr
s. *Elektrizitätserzeugung*
Drs 15/4801

Sonnenkollektoren in Kugelform

Fördermöglichkeiten und Unterstützung der Weiterentwicklung und Verbreitung von Sonnenkollektoren in Kugelform in BW

KlAnfr
s. *Solarthermie*
Drs 15/4912

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energie-

bedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4968

Entwurf des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts BW (IEKK)

Strategie- und Maßnahmenprogramm der LReg zur Erreichung der im Klimaschutzgesetz festgelegten Klimaschutzziele, insbes Beschreibung von konkreten Maßnahmen für unterschiedliche Sektoren zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Energieeffizienz unter Berücksichtigung von Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung; Entscheidungshilfe für Kommunen und betroffene gesellschaftliche Gruppen

Mittlg LReg
s. *Klimaschutz*
Drs 15/5186

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kennnisgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw
s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*
Drs 15/5294

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 12 - Zuwendungen für die Baumaßnahme „Innovationszentrum Batterietechnologie“ des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung BW (Kap 0708)

Mittlg RH
s. *Energieforschung*
Drs 15/5412

Forderung der Länder nach Änderungen bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie mögliche Konflikte bei der EEG-Novelle mit der Europäischen Union (EU)

Anzahl, Inhalte und Auswirkungen der Änderungsanträge von BW und der anderen Bundesländer zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes; Beurteilung der Einwände der Europäischen Union gegen das EEG und die EEG-Novelle und die absehbaren Folgen

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/5469

Anstehende Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG); Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen im Land

Anforderungen, Anwendungsbereich und Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen in BW, insbes betroffene Gebäude, Kosten beim Heizungstausch für die Erstellung gebäudeindividueller energetischer Sanierungsfahrpläne

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 17.10.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5926

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 05.03.2015 Drs 15/6380 (20 S.)

PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7371-7379

Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in BW (Erneuerbare-Wärme-Gesetz - EWärmeG)

Redaktionelle Anpassung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes durch Bereinigung von Vorgaben für den Neubaubereich aufgrund der Regelungen durch das Bundesgesetz; Weiterentwicklung der Regelungen für den Alt- und Bestandsbaubereich, insbes Erhöhung des Pflichtanteils an erneuerbarer Energie von 10 auf 15 %, Technologieoffenheit und größere Wahl- und Kombinationsmöglichkeit in den genutzten Technologien, Öffnungsklausel für neue Technologien, Einbeziehung von privaten und öffentlichen Nichtwohngebäuden, gebäudeindividuelles Sanierungskonzept

GesEntw LR09 09.12.2014 Drs 15/6236 (77 S.)

1. Beratung PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7141-7147

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 05.03.2015 Drs 15/6380 (20 S.)

2. Beratung PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7371-7379

GesBeschl 11.03.2015 Drs 15/6608 (11 S.)

GBI 2015 Nr. 5 S. 151-160 (Ges vom 17.03.2015)

Revision EURATOM-Vertrag

Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kerntechnischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr

s. *Europäische Atomgemeinschaft*

Drs 15/6433

Forschung, Entwicklung und Marktbedingungen für Elektrizitätsspeicher

Umfang der bereits bestehenden Speicherkapazitäten; zukünftig erwarteter Kapazitätsbedarf; Gesamtkonzept für die Verteilung von Speicherkapazitäten; Folgen der EEG-Umlage auf Eigenstrom für den Ausbau dezentraler Speicherkapazitäten; Marktbedingungen für Stromspeicher; Einrichtung von Unterflur-Pumpspeicherwerken in stillgelegten Bergwerken; Nutzung der Batteriespeichertechnik, des Power-to-Gas-Verfahrens, des Druckluftspeicherverfahrens und weiterer Speichertechniken; Errichtung von Demonstrations- oder Pilotanlagen; Fortschritte in der Elektrizitätsspeicherentwicklung; Forschungsförderung auf dem Gebiet der Speichertechnik

GrAnfr

s. *Energiespeicher*

Drs 15/6525

Fortbildungsveranstaltung zum gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplan nach dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz

Sachstand zur Terminierung einer Fortbildungsveranstaltung zum gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplan nach dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz vor dem Ende der Anhörungsphase

KIAnfr Andreas Glück FDP/DVP 18.05.2015 und Antw UM Drs 15/6897

Divergierende Ziele von Bund und Ländern beim Ausbau der Windenergie an Land

Bewertung der unterschiedlichen Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren iRd Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG); Steuerung des Ausbaus der Stromerzeugung aus Wind an Land über Ausschreibungen; Berücksichtigung der Akzeptanz in den Ausschreibungsbedingungen

KIAnfr

s. *Windenergie*

Drs 15/7727

Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (E-WärmeG) zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen

Überlegungen zur Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen durch den notwendigen Einbau neuer Heizungen, insbes Einsparmöglichkeiten bei Nichtanwendung des EWärmeG

Antr

s. *Heizung*

Drs 15/7856

Nicht ausreichende Netzkapazitäten für den Transport von aus Solar- und Windkraft erzeugter Energie

Sachstand zur Abschaltung von Wind- und Solarkraftwerken wegen fehlender Netzkapazitäten für den Transport des erzeugten Stroms, insbes Gründe für die Eingriffe der Netzbetreiber zur Sicherstellung der Netzsicherheit, Eingriffshäufigkeit in Regionen mit hohem Sonnen- und Windenergieanteil, Maßnahmen zur Steigerung des Netzausbaus

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/7918

Forcierung der Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien, Anstreben einer zentralen Rolle der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Unterstützung des Umstiegs von der Atomenergie auf erneuerbare Energien, Bedarf an Speicherkraftwerken und neuen Stromtrassen, Vorreiterrolle des Landes mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 37-39 57 58 67 71 75 76 79

Ausbau der Windkraftnutzung als wirtschaftlichste Art der erneuerbaren Energien

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614-630

Investitionen der EnBW in Projekte für erneuerbare Energien, Darstellung des weiteren Kapitalbedarfs zur Gestaltung der Energiewende

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 685 686 688 693-699

Ausbau des Engagements der EnBW im Bereich der erneuerbaren Energien gemeinsam mit den Stadtwerken

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 918 919

Mittelaufstockung zur Förderung der erneuerbaren Energien, Anteile der erneuerbaren Energien am Energiemix der Zukunft

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042 1044-1046 1048-1056 1058 1059 1067

Mittelaufstockung zur Förderung der erneuerbaren Energien

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114 1132 1133 1136

Angestrebte Ziele beim Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1191 1204 1210 1212 1214 1215

Angestrebter Anteil der Windkraft an der Bruttostromerzeugung bis 2020, Anteile der erneuerbaren Energien am Energiemix der Zukunft

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1333-1340 1342-1347

Bereitschaft und Fähigkeit der EnBW zu Investitionen in erneuerbare Energien; Bewertung der unkonventionellen Gasförderung als Brückentechnologie hin zum Vollausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2265-2267 2315

Umbau der Energiewirtschaft auf erneuerbare Energien; Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349-2352

Erneuerbare-Energien-Gesetz

Entwicklung der Biogasanlagen in BW

Anzahl und Standort der im Jahr 2012 in BW installierten Biogasanlagen; Auswirkungen des neuen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Installation von Biogasanlagen im Vergleich zu anderen Bundesländern; Einschätzung einer künftigen Rentabilität von Biogasanlagen; Bewertung der von der Universität Hohenheim durchgeführten Studie „Globale Analyse und Abschätzung des Biomasse-Flächennutzungspotentials“

Antr

s. *Biogasanlage*

Drs 15/2632

Auswirkungen der besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf Unternehmen in BW
Entwicklung der Entlastung stromintensiver Unternehmen nach §§ 40 ff EEG, insbes Auswirkungen und Wettbewerbsperspektiven von Unternehmen aus BW sowie Alternativvorstellungen der LReg

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 04.03.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3158

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.04.2013 Drs 15/3712 S. 25 26

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformieren, um die Energiewende zu retten

Entschleunigung und grundlegende Reform der Energiewende, insbes kosteneffiziente, versorgungssichere und umweltverträgliche Gestaltung; Entwicklung einer Fördersystematik und Ersatz des Systems garantierter Förderhöhen durch ein Mengenmodell; Erstellung eines Stufenplans für den Wechsel aller Technologien von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung; aufkommensneutrale Absenkung der Stromsteuer; Förderung von Großanlagen entsprechend der regionalen Nachfrage

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/3412

Entwicklung der Netzentgelte und ihre Umlegung auf die Stromverbraucher

Strompreisentwicklung hinsichtlich der Erneuerbarer Energie- und Netzentgeltumlage; Auswirkung der Befreiung von Unternehmen von der Zahlung der Umlage, insbes Art und Anzahl der profitierenden Unternehmen und Entwicklung der Zahl der befreiten Betriebe; Position zur geplanten Gesetzesänderung der BReg

Antr

s. *Strompreis*

Drs 15/3823

Weiterentwicklung des EEG

Auswirkungen der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien auf BW; Rahmenbedingungen, Statistiken und Maßnahmen zur Überprüfung der Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage; Auswirkungen einer Abschaffung der Stromsteuer auf den Strompreis

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 13.12.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4497

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 27-29

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Zwischen Strompreisbremse und Wirtschaftsstandort - Haltung der LReg zur Weiterentwicklung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Anwendung und Weiterentwicklung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), insbes Auswirkung und Bewertung der beschlossenen Eckpunkte der Bundesregierung zur EEG-Reform und die entsprechende Haltung der Industrieverbände und betroffenen Unternehmen

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 17.02.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4791 (29 S.)

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 27-29

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KIAnfr

s. *Elektrizitätserzeugung*

Drs 15/4801

Auswirkungen der geplanten großen EEG-Novelle für Biogas- und Biomasseanlagen in BW

Vorstellungen und Aktivitäten der LReg zu den massiven Einschränkungen der künftigen Fördermöglichkeiten für Biogas- und Biomasseanlagen im Referentenentwurf des Gesetzes zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), insbes Bestandsschutz für Biomethananlagen, Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen in Anlehnung an den Bayernplan Biogas

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/4920

Regierungsinformation zum „Stand der Bund-Länder-Verhandlungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz - Bewertung aus der Sicht Baden-Württembergs“ durch den MinPräs und Aussprache

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5723-5740

Drohender Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Härtereien infolge einer Belastung durch die Erneuerbare-Energien-Gesetz(EEG)-Umlage

Anzahl der im vergangenen Jahr von der EEG-Umlage teilweise befreiten Härtereien; Zahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer; Folgen einer Belastung der Unternehmen durch die EEG-Umlage; Einführung einer Härtefallregelung für die Härtereibranche

KlAnfr
s. *Metallindustrie*
Drs 15/5119

EEG-Reform - 10 Milliarden Euro Mehrkosten aufgrund der Länderwünsche?

Veröffentlichung der Kostenaufstellung des Bundeswirtschaftsministeriums über die Länderwünsche zur EEG-Reform; Auskunft über die dort vorausgesetzte Kostensteigerung bei der EEG-Umlage bis zum Jahr 2020; Berechnungsgrundlage für die Berechnung der EEG-Umlage; Ergebnisse des Bund-Länder-Kompromisses zur EEG-Reform und ihre Auswirkungen auf die Höhe der EEG-Umlage

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 05.06.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5314
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 89-91
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen in BW

Entwicklung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Windkraftanlagen und der Zahl der Windkraftanlagenhersteller in Deutschland während der letzten zehn Jahre; Auswirkungen der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Vergütung des Stroms aus Windkraft und die Genehmigung von Windenergieanlagen; Entwicklung der Pachtpreise für Windkraftflächen und ihre Folgen für Struktur der Projektentwickler

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5339

Forderung der Länder nach Änderungen bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie mögliche Konflikte bei der EEG-Novelle mit der Europäischen Union (EU)

Anzahl, Inhalte und Auswirkungen der Änderungsanträge von BW und der anderen Bundesländer zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes; Beurteilung der Einwände der Europäischen Union gegen das EEG und die EEG-Novelle und die absehbaren Folgen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 10.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5469
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 89-91
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Windenergie in BW - Auswirkungen der Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Sachstand zu den Auswirkungen der Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf den Zubau und Wirtschaftlichkeit von neuen Windenergieanlagen in BW

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7559

Erneuerbare-Wärme-Gesetz

s. *Erneuerbare Energie*

ErnG

s. *Ernennungsgesetz*

Ernte

Schäden in der Landwirtschaft durch Krähen

Entwicklung der Krähenpopulation seit 2001 landesweit und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes in der Nähe von Mülldeponien; Wirksamkeit von rechtlich zulässigen Vergrämungsmaßnahmen; Ausmaß der o.g. Schäden und Möglichkeiten zur Unterstützung oder Entschädigung der betroffenen Landwirte

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/429

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Transport und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmarktakteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr
s. *Agrarprodukt*
Drs 15/696

Lebensmittelbegriff

Sachstand zur Definition des Lebensmittelbegriffs bei Pflanzen, insbes unter Berücksichtigung der Bedeutung der Ernte

KlAnfr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/7908

Ernteausfall

s. *Ernte*

Ernteschaden

Einfluss von Krähen auf die Obsternte in BW

Einbußen bei der Obsternte in den letzten Jahren; Krähen als Eirräuber; Abschussverbot für Vögel im Landesnaturschutzgesetz, Maßnahmen zur Verringerung des Krähenbestands

KlAnfr
s. *Obstbau*
Drs 15/2773

Ernteausfälle im Enzkreis und in Pforzheim infolge von Sturm- und Hagelschäden

Ernteausfälle infolge der Hagelstürme im Juli 2013; Gesamtschadenssumme in den landwirtschaftlichen Betrieben im Enzkreis und in Pforzheim; Versicherungsschutz gegen Hagelschäden; finanzielle Unterstützung der geschädigten Landwirtschaftsbetriebe

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 30.07.2013 und
Antw MLR Drs 15/3889

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/4253

Einsatz von Insektiziden zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege

Bewertung des Einsatzes des Insektizids SpinTor (Spinosad) zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege im Wein- und Obstbau; Zulassung des Insektizids Piretro Verde bzw Pyrethrine; Risikobewertung des Einsatzes von SpinTor und Piretro Verde durch die landwirtschaftlichen Landesanstalten; Auswirkungen des Insektizideinsatzes auf die heimischen Bienenpopulationen; Strategien und Mittel gegen die asiatische Kirschessigfliege in anderen Ländern

Antr
s. *Pflanzenschutzmittel*
Drs 15/5759

Ernteausfälle im Enzkreis durch die asiatische Kirschessigfliege
Umfang der Ernteausfälle bei den Wein- und Obstbauern im Enzkreis; Bekämpfung der Kirschessigfliege mithilfe von Insektiziden; Vermeidung negativer Folgen für die Bienenpopulation

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/5925

Trockenschäden in der Landwirtschaft

Sachstand zu den Auswirkungen der anhaltenden Trockenheit des Sommers auf die Situation der Landwirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes besonders betroffene Regionen, finanzielle Hilfen, Freigabe ökologischer Vorrangflächen als Ausnahmeregelung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.08.2015 und
Antw MLR Drs 15/7295

Errichtungsgesetz BITBW

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften
Gründung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) zur zentralen Gesamtsteuerung der IT in der Landesverwaltung, insbes Definition der Aufgaben und der verschiedenen Finanzierungsformen

GesEntw
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/6654

Ersatzfreiheitsstrafe

s. *Freiheitsstrafe*

Ersatzschule

s. *Privatschule*

Erschütterung

Überprüfung des Lärm- und Erschütterungsschutzes der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen

Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Erschütterung auf der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen, insbes Überprüfung der Wirksamkeit des Lärm- und Erschütterungsschutzes durch die Deutsche Bahn; finanzielles Beteiligungsangebot der Kommune bei Lärmschutzmaßnahmen; frühzeitige Veränderungen der Lärmschutzplanungen wegen möglicher Verschärfung der Richtwerte

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3043

Lärm- und Erschütterungsschutz für Leinfelden-Echterdingen

Umgang mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Erschütterung aufgrund der Nutzung der S-Bahn-Gleise zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen durch die Gäubahn; Schutzmaßnahmen; Vorschläge und Finanzierung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3204

Erschwerniszulage

Erschwerniszulagen für Spezialeinheiten der Polizei

Zahl der aktuellen Empfänger einer monatlichen Erschwerniszulage; jährliche Summe der Erschwerniszulagen für Spezialeinheiten im Vergleich mit anderen Bundesländern sowie dem Bund; Erhöhung der Erschwerniszulagen für Bundespolizisten im Mai 2008; Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Erschwerniszulage; Angleichung der Erschwerniszulage der polizeilichen Spezialeinheiten Baden-Württembergs an die des Bundes

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5682
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.10.2014 Drs 15/6123 S. 19-21
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Erschwerniszulagenverordnung*s. Besoldungszulage***Erstattung der Kosten***s. Kostenerstattung***Erstaufnahmeeinrichtung***s. Flüchtlingsunterbringung***Erste Hilfe***s. Lebensrettung***Erste Verordnung zur Durchführung des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes***s. Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen***Erster Weltkrieg***s. Krieg***Erstes Buch Sozialgesetzbuch***s. Sozialgesetzbuch I***Erstklässler***s. Schulanfänger***Erstsemester***s. Studienanfänger***Ertragsbesteuerung***s. Ertragsteuer***Ertragsteuer***Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar - steuerliche Behandlung*

Steuerliche Behandlung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Breitband im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes. Übersteigerung des Fördervorteils durch Aufzehrung der Umsatzsteuer auf Investitionsumlagen; Verbesserung der ertragssteuerlichen Behandlung bezüglich der von Gemeinden in einen Zweckverband eingebrachten Netze

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/5778

Erwachsenenbildung*s.a. Berufliche Weiterbildung**s.a. Lebenslanges Lernen**s.a. Volkshochschule**Sprach- und Weiterbildungskurse an Volkshochschulen*

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgliedert nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund und ihres Erfolgs in Deutschkursen und Alphabetisierungskursen sowie in Kursen zum Erwerb eines Schulabschlusses; Höhe der bisherigen und geplanten Förderung der Volkshochschulen aus öffentlichen Haushalten; Zahl der arbeitslosen und auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Menschen mit Migrationshintergrund; Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für den Spracherwerb von Migranten

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/280

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 34 35

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der**Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“**Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung*

Mittlg LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/318

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der**Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“**Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung**Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung*

Mittlg LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/319

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der**Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“**Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung*

Mittlg LReg

s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“

Drs 15/320

Dem Bündnis für Lebenslanges Lernen die finanzielle Basis sichern

Bedeutung, Ziele und Fortführung des o.g. Bündnisses zwischen dem Land und relevanten Trägern der Weiterbildung; Einbeziehung weiterer Akteure, u.a. von Abgeordneten des Landtags; Umsetzung von Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“; Mittelbereitstellung im Hpl 2012/2013

Antr

s. Lebenslanges Lernen

Drs 15/355

20 Jahre Jahreszeitakademien am Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm

Strukturen, Aufgaben, Aktivitäten, personelle und finanzielle Ausstattung des ZAWiW; Zahl der studierenden Senioren; Nut-

zung und Übertragung der Erfahrungen auch auf andere Universitäten und darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Fachverbänden und landesweiten Organisationen

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.08.2011 und Antw MWK Drs 15/445

Akademische Weiterbildung in BW

Auf- und Ausbau von berufsbegleitenden Bachelor- und Masterstudiengängen, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Hochschulen, Vorlage eines mit den Hochschulen und Arbeitgebern abgestimmten Konzepts für die akademische Weiterbildung

Antr
s. *Studium*
Drs 15/513

Haushalt 2012; Epl 04

Aufstockung der Fördermittel für die Volkshochschulen u.a. Weiterbildungseinrichtungen

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1104-Reste 3 S. 108 109
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1239

Förderung von Elternkompetenzen - Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine, der Beratungs- und Unterstützungsangebote von Familien in besonderen Lebenssituationen seit 2008; Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel; Auflistung der besonders und der weniger nachgefragten Angebote; Umsetzung einer vom Sonderausschuss Amoklauf in Winnenden erarbeiteten Konzeption zur flächendeckenden Einführung eines Fortbildungsangebots für Eltern mit Kindern in typischen Umbruchphasen; Frage nach geplanten Programmänderungen

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/1533

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung in BW (ALEB)

Organisationen und Einrichtungen unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft, Höhe der Bezuschussung seit 2007 und in den kommenden Jahren, Bewertung der Rolle der ALEB iRd Bündnisses für lebenslanges Lernen

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 18.05.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1732
BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 88
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/2262

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 20 - Weiterbildung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft (Kap 1440 bis 1464)

Mittlg RH
s. *Fachhochschule*
Drs 15/3820

Alphabetisierung ernst nehmen - Förderangebote in BW

Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten; Zielsetzung der seit 2011 eingeleiteten Fördermaßnahmen; Teilnahme finanziell benachteiligter Personen an den Alphabetisierungskursen; Qualitätssicherung der Förderkurse und Qualifizierung der Dozenten; Höhe der jährlichen Fördermittel

Antr
s. *Analphabetismus*
Drs 15/4169

„Jeder sechste deutsche Erwachsene liest wie ein Zehnjähriger“ - PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) und die Folgen für die Erwachsenen- und Weiterbildung in BW

Wesentliche Ergebnisse der PIAAC-Studie zur Untersuchung von Alltagskompetenzen Erwachsener, insbes Folgen für die Weiterbildungspolitik und die Erwachsenenbildung in BW

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/4419

Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung

Umsetzungsverfahren für die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ für den Bereich der Weiterbildung, insbes hierfür beantragte Finanzmittel, Einbeziehung von Oppositionsparteien und Ltg in den Umsetzungsprozess

Antr

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/4427

Freistellungstage für ehrenamtliche Tätigkeiten

Regelungen zu Freistellung und Sonderurlaub für die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit bzw Weiterbildung für das Ehrenamt; geplante Änderungen im Bildungsfreistellungsgesetz

KlAnfr

s. *Ehrenamt*

Drs 15/4430

Weiterbildung in BW

Umfang der Beteiligung von Unternehmen in BW an Weiterbildungsmaßnahmen und Vergleich mit anderen Bundesländern; Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen durch das Land; Verzicht auf eine gesetzliche Fixierung von Weiterbildungsmaßnahmen

Antr CDU 14.05.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5194

PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7380-7388

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr

s. *Volkshochschule*

Drs 15/5253

Entlastung von Kleinbetrieben beim Bildungsfreistellungsgesetz

Umfang der Mehrbelastungen für die Betriebe durch das geplante Bildungsfreistellungsgesetz; Erkenntnisse aus der von TNS Infratest Sozialforschung erstellten Studie „Weiterbildung in BW 2012“; ablehnende Haltung der Handwerksbetriebe aus Furcht vor einer überproportionalen Mehrbelastung; Schaffung von Ausnahmeregelungen für Betriebe bis zu einer bestimmten Größenordnung

KlAnfr

s. *Bildungsurlaub*

Drs 15/5509

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/7855

Anhebung der Grundförderung für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52

Erwachsenenbildungseinrichtung

s. *Weiterbildungseinrichtung*

Erwachsener

„Jeder sechste deutsche Erwachsene liest wie ein Zehnjähriger“ - PIAAC (*Programme for the International Assessment of Adult Competencies*) und die Folgen für die Erwachsenen- und Weiterbildung in BW

Wesentliche Ergebnisse der PIAAC-Studie zur Untersuchung von Alltagskompetenzen Erwachsener, insbes Folgen für die Weiterbildungspolitik und die Erwachsenenbildung in BW

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 15/4419

Ausbildungschancen junger Erwachsener in BW

Situation bei der Erstausbildung junger Erwachsener in BW; Position der LReg zur Kampagne des Bundes „AusBILDUNG wird was - Spätstarter gesucht“; Instrumente und Einrichtungen in BW zur Gewinnung junger Erwachsener für eine betriebliche Ausbildung und den Erwerb eines beruflichen Abschlusses

Antr

s. *Berufsausbildung*

Drs 15/4544

Erweiterung der EU

s. *EU-Erweiterung*

Erweiterung der Europäischen Union

s. *EU-Erweiterung*

Erwerbseinkommen

s. *Einkommen*

Erwerbsstatistik

s. *Arbeitsmarktstatistik*

Erwerbstätigkeit

Vergünstigungen für arbeitende Asylbewerber und deren Angehörige

Arbeitsbereitschaft von Asylbewerbern und Erfahrungen von Stadt- und LKreisen mit beschränkter Erwerbsarbeit von Asylbewerbern; Gewährung von Vergünstigungen in Bildungs- und Sporteinrichtungen der Kommunen für berufstätige Asylbewerber

Antr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/4289

Einführung der flexiblen Altersgrenze im öffentlichen Dienst in BW

Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit bis zum 70. Lebensjahr; Anpassung des Landesbeamtengesetzes; Verkündung einer Vorgriffsregelung im Jahr 2014

KlAnfr

s. *Altersgrenze*

Drs 15/5754

Unterbringung, Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem anderen Bundesland

Sachstand zu Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in Grenznähe zu einem Nachbarbundesland, insbes Schaffung von Ausnahmeregelungen zur Erledigung der Dinge des täglichen Bedarfs im Nachbarbundesland, Unterstützung der Gemeinde Fichtenau in dieser Problemlage; Maßnahmen zur best- und schnellstmöglichen beruflichen Integration der Asylbewerber und in den deutschen Arbeitsmarkt

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6584

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr
s. *Datenerhebung*
Drs 15/7733

Erwerbstätigkeit der Frau

s. *Frauenerwerbstätigkeit*

Erzbergbau

s. *Bergbau*

Erzeugergemeinschaft

Aktivitäten der Landesregierung zur Unterstützung bäuerlicher Kleinbrennereien nach dem Wegfall des Branntweinmonopols

Rechtliche Gründe gegen ein alternatives Fördermodell; Unterstützung der bäuerlichen Kleinbrennereien durch das Agrarinvestitionsförderprogramm; Fördermöglichkeit genossenschaftlich organisierter Brennereibetriebe; Verwendung von Bioethanol in Blockheizkraftwerken; Stand der angekündigten Streuobstkonzeption

Antr
s. *Brennerei*
Drs 15/2696

Erzieher

s.a. *Erziehung*
s.a. *Kindertagesstätte*
s.a. *Lehrer*
s.a. *Pädagoge*

Ausbau der Kleinkindbetreuung sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zeitplan zur Erfüllung des Rechtsanspruchs bis 2013, Entwicklung der Betreuungsquote in den Ballungsgebieten seit 2008 und bis 2014, Erfassung der Bedarfslagen vor Ort, Bereitstellung und Abruf der Landesfördermittel, Aufstockung der Kapazitäten für die Erzieherinnenausbildung, Ausgestaltung der angekündigten Neujustierung der Finanzvereinbarung mit dem Bund und den Kommunen

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/187

Kurzfristige Erhöhung der Ausbildungskapazitäten von Erzieherinnen und Erziehern

Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Voll- und Teilzeit

Antr Dr. Stefan Fult-Blei u.a. SPD 29.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/381
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.11.2011 Drs 15/1300 S. 11-12
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/427
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1646 S. 13-15
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123-2124

Situation der Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Frühkindliche Erziehung“

Zahl, Einsatzbereiche, Berufsbezeichnung und berufsbegleitende Weiterbildung der o.g. Absolventen; Erteilung eines Qualitätssiegels für die vorschulischen Erziehungseinrichtungen im Falle der Einstellung von Absolventen; Eintreten für eine Vergütung wie Grundschullehrer bei öffentlichen und öffentlich geförderten Trägern von Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderkrippen

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 14.12.2011 und Antw KM Drs 15/1020

Zukunft der Studienangebote Elementarpädagogik

Bewertung der o.g. Studiengänge im Vergleich zu den Ausbildungsgängen an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Einschätzung des Bedarfs an Absolventen, Entwicklung der Zahl der angebotenen und besetzten Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen und kirchlichen Hochschulen seit 2007, Darstellung von berufsbegleitenden und integrativen Studienangeboten, Anrechnung einer Erzieherinnenausbildung auf das Studium, Einschätzung der Bewerbersituation an den PH nach dem Wegfall der Studiengebühren, Ausweitung der dortigen Studienplatzkapazitäten, Unterstützung der kirchlichen Hochschulen

Antr
s. *Pädagogik*
Drs 15/1145

Duales Ausbildungsangebot für die Gewinnung zusätzlicher Erzieherinnen und Erzieher

Ausgestaltung der o.g. Neuordnung im Vergleich zu der bisherigen Ausbildung an einer Fachschule für Sozialpädagogik, Darlegung der Zugangsvoraussetzungen und der praktischen Ausbildungsabschnitte bei unterschiedlichen Trägern, Zeitplan für eine flächendeckende Einführung und eine mögliche Ersetzung der bisherigen Ausbildungsstruktur an den Fachschulen für Sozial-

pädagogik, Gewinnung von mehr männlichen Auszubildenden für das Berufsbild Erzieher

Antr Tobias Wald u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1230
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3245 S. 23
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Sportkindergärten in BW

Sportkindergärten mit dem Zertifikat des Landessportverbands für bewegungsfreundliche Kindergärten; Darstellung des Bedarfs und Einsatzes von Fachkräften, Sportwissenschaftlern u.a. Personen; Bedeutung der Kooperation zwischen Sportkindergärten und Sportvereinen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/1307

Situation der Kleinkindbetreuung im LKreiss Esslingen

Entwicklung der Betreuungs- und Auslastungsquote der Kindertageseinrichtungen in den letzten und kommenden fünf Jahren; Einschätzung bzw Deckung des zusätzlichen Bedarfs an qualifizierten Erziehungsfachkräften, zusätzlichen Betreuungsangeboten und Neubauten von Kindertagesstätten ab 2013

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1448

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 15/1873

Erleichterungen für Erzieherinnen und Erzieher im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz

Pläne zur Deckung des steigenden Bedarfs an Fachkräften in Kindertagesstätten; berufsrechtliche Regelungen für bereits über einen vergleichbaren Abschluss verfügende Absolventen der Fachschulen für Sozialpädagogik; Frage der Einbeziehung der Fachschulen für Sozialpädagogik

Antr Dieter Hillebrand CDU 17.09.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2337
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.04.2013 Drs 15/4040 S. 15 16
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG)

Modernisierung und Erweiterung des Fachkräftekatalogs der Kindertageseinrichtungen durch die Aufnahme weiterer Berufsbezeichnungen und beruflicher Qualifikationen; Anpassung der Aufgabenbeschreibung für die Leitungskräfte in den Tageseinrichtungen an die Aufgabenbeschreibung für Fachkräfte nach § 22 Absatz 2 SGB VIII

GesEntw
s. *Kindertagesbetreuungsgesetz*
Drs 15/3209

Ausbau von Kindertagesstätten im Wahlkreis 33 (südlicher Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden)

Betreuungsquote in den Kindertageseinrichtungen; Bewilligung von Förderanträgen und Ausbau der Kindertagesstätten durch Mittel aus dem Fiskalpakt; Ausgleich des Mangels an pädagogischem Fachpersonal; Sicherung des Qualitätsniveaus der Betreuungseinrichtungen; Unterstützung der Kommunen gegenüber den ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz eintragenden Eltern

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3271

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehraufwand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 23.05.2013 und Antw KM Drs 15/3535

Erweiterung des Fachpersonalkörpers an Schulkindergärten

Beschäftigung anderer Berufsgruppen neben den staatlich anerkannten Erziehern in Schulkindergärten analog zu der Regelung für Kindertagesstätten

KlAnfr
s. *Schulkindergarten*
Drs 15/3755

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für unter Dreijährige im LKreiss Schwäbisch Hall

Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kinderförderungsgesetz in den einzelnen Kommunen; Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige; Bedarf an qualifizierten Erziehungsfachkräften, Zahl der unbesetzten Stellen; Erhöhung der Attraktivität des Berufs der Erziehungsfachkraft für Männer; Berücksichtigung von Personen in der Kindertagespflege bei der Bedarfsermittlung; Einbeziehung von Betreuungsplätzen in betrieblichen Kindertagesstätten bei der Abdeckung des Rechtsanspruchs; Betreuungs- und Auslastungsquotenkonzept für Kindertageseinrichtungen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3776

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Ausbildungsinhalt Sport in Kindertagesstätten

Regelung der Aus- und Fortbildung von Erziehern im Bereich Bewegungserziehung und Sport sowie Ausbildungsinhalte; Zahl der Motorikzentren und Bedarfsabdeckung der dort erlangten Qualifizierungen; Umsetzung der Kooperationen zwischen Kindergärten und Sportvereinen nach dem Landesprogramm „Kooperation Schule - Verein“; Zahl der zertifizierten „bewegungsfreundlichen Kindergärten“

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/4476

Sozialpädagogische Fachkraft - Praxisintegrierte Ausbildung (PIA)

Ziel und Dauer der praxisintegrierten Erzieherausbildung; Ausbildungsplan und Organisation des Unterrichts; Anforderungen an die Bewerber; Angebot der Fachausbildung im Rhein-Neckar-Kreis; Schülerzahlen an den jeweiligen Standorten; Anmeldungen für das Schuljahr 2014/2015; Entwicklung von Angebot und Nachfrage an den Fachschulstandorten

KlAnfr
s. *Ausbildungsberuf*
Drs 15/5661

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Stand der Kinderbetreuung

Sachstand zur Kinderbetreuung im LKreiss Esslingen, insbes Angebot und Nutzung von Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, Inanspruchnahme von Elternzeit, Beschäftigte und Auszubildende in der Kinderbetreuung

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/6678

Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) - Ein Erfolgsmodell für mehr Erzieherinnen und Erzieher

Sachstand zum bisherigen Verlauf und weiteren Planungen in der praxisintegrierten Ausbildung von Erziehern, insbes Vergleich zur klassischen Erzieherausbildung, Zahlen und beruflicher Hintergrund der Auszubildenden

Antr SPD 15.04.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6734 (19 S.)

Bedarf an zusätzlichen Erziehungsfachkräften für den Ausbau der Krippenbetreuung bis 2013, Verbesserung der Attraktivität der Erzieherberufe

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 25

Erinnerung an die Erhöhung des Personalschlüssels zur flächendeckenden Einführung des Orientierungsplans, Reform der Erzieherinnenausbildung und Ausbau der Ausbildungskapazitäten, Kooperation mit den Grundschulpädagogen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231 233-237

Einführung einer dualen Ausbildung für Erzieherinnen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1391

Qualifizierung der Erzieherinnen für die Begleitung beim Spracherwerb im Kindergarten

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2004-2006

Bedarf an zusätzlichen Erziehungsfachkräften für den Ausbau der Krippenbetreuung bis 2013, Einführung einer dualen Ausbildung für Erzieherinnen, Verbesserung der Vergütung

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2152 2153 2156

Erzieherin

s. *Erzieher*

Erziehverordnung*Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesenerkennungsgesetz BW - LANGBW)*

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Erziehverordnung in der Fassung vom 21. Juli 2015

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

ErzieherVO

s. *Erziehverordnung*

Erziehung

s.a. *Alleinerziehender*
s.a. *Bewegungserziehung*
s.a. *Erzieher*
s.a. *Heimerziehung*
s.a. *Musikerziehung*
s.a. *Pädagogik*

Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE im LKreiss Schwäbisch Hall

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine und Hilfen in besonderen Lebenssituationen von jungen Eltern seit 2009, Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel

KlAnfr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/786

Situation der Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Frühkindliche Erziehung“

Zahl, Einsatzbereiche, Berufsbezeichnung und berufsbegleitende Weiterbildung der o.g. Absolventen; Erteilung eines Qualitätssiegels für die vorschulischen Erziehungseinrichtungen im Falle der Einstellung von Absolventen; Eintreten für eine Vergütung wie Grundschullehrer bei öffentlichen und öffentlich geförderten Trägern von Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderkrippen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/1020

Förderung von Elternkompetenzen - Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine, der Beratungs- und Unterstützungsangebote von Familien in besonderen Lebenssituationen seit 2008; Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel; Auflistung der besonders und der weniger nachgefragten Angebote; Umsetzung einer vom Sonderausschuss Amoklauf in Winnenden erarbeiteten Konzeption zur flächendeckenden Einführung eines Fortbildungsangebots für Eltern mit Kindern in typischen Umbruchphasen; Frage nach geplanten Programmänderungen

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/1533

Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE

Evaluationsergebnisse und geplante Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE; Bewertung und Fortsetzung des Gutscheinverfahrens

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/3498

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5084 (10 S.)

Bedeutung einer funktionierenden Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 501

Erziehungsgeld

Erhalt des Landeserziehungsgelds

Begründung und Auswirkungen der geplanten Umwidmung des Landeserziehungsgelds zur Kleinkindbetreuung, insbes für einkommensschwache Familien; Erhaltung und dauerhafte Sicherung des Landeserziehungsgelds

Antr CDU 09.06.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/87
ÄAntr FDP/DVP 19.07.2011 Drs 15/301
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 322-329

Zukunft des Landeserziehungsgelds

Festhalten an der Umwidmung o.g. Mittel für Eltern, bei denen das Elterngeld auf die ALG-II-Unterstützung angerechnet wird, sowie für den Ausbau der Kleinkindbetreuung? Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 26.10.2011 und Antw SM Drs 15/787

Das Landeserziehungsgeld auch für Schwellenhaushalte erhalten

Zahl und Lebenssituation von unterstützungsbedürftigen Familien, die 2010 und 2011 Landeserziehungsgeld erhielten, aber keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen haben; Frage nach deren künftigen Unterstützung nach der Umschichtung von Mitteln des Landeserziehungsgelds für den Ausbau der Kleinkindbetreuung

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 02.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1191
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 45 46
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Landeserziehungsgeld

Zahl der Bezieher von Landeserziehungsgeld im LKreis Emmendingen in den letzten fünf Jahren; Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 17.02.2012 und Antw SM Drs 15/1299

Ergebnisse der Anhörung zur Änderung des Landeserziehungsgelds

Offenlegung und Bewertung der Stellungnahmen der betroffenen Institutionen, insbes der Liga der freien Wohlfahrtspflege, des Landesfamilienrats, der Kirchen und des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1611
BeschlEmpf und Bericht SozA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 70 71
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Streichung des Landeserziehungsgeldes

Gewährleistung der notwendigen Unterstützung für Geringverdiener und Leistungsbezieher

MdlAnfr 2) Thaddäus Kunzmann CDU 08.10.2012 Drs 15/2429
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2667 2668

Auswirkung der Abschaffung des Landeserziehungsgelds auf den LKreis Waldshut

Zahl und Einkommenssituation der Bezieher und der von der Abschaffung des Landeserziehungsgelds Betroffenen im LKreis Waldshut, Anteil der künftig unter die Armutsgrenze fallenden Familien, Erwartung eines vermehrten Bedarfs an Kinderkrippenplätzen?

KlAnfr Felix Schreiner CDU 11.10.2012 und Antw SM Drs 15/2462

Streichung des Landeserziehungsgelds

Höhe der seit 2010 gewährten Leistungen, Frage nach einer Anrechnung auf das ALG II bzw die Sozialhilfe; Gründe und Auswirkungen der Abschaffung des Landeserziehungsgelds, Verstärkung des Armutrisikos der einkommensschwachen Familien, Aufnahme der Folgen in den geplanten Armuts- und Reichtumsbericht

Antr CDU 15.10.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2474

Landeserziehungsgeld im LKreis Esslingen

Zahl der gestellten Anträge und Empfänger seit 2007 differenziert nach Schwellenhaushalten, Hartz IV-Empfängern, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden sowie Familien mit beiden Elternteilen in Teilzeitbeschäftigung

KlAnfr Andreas Deuschle u.a. CDU 18.10.2012 und Antw SM Drs 15/2498

Aktueller Sachstand zum Armuts- und Reichtumsbericht

Konkrete Planungen, Aufteilung der im Haushalt veranschlagten Mittel auf einzelne Themenbereiche; Benennung der an der Erstellung des Berichts beteiligten Institutionen; Auswirkungen der Abschaffung des Landeserziehungsgeldes

Antr

s. *Armuts- und Reichtumsbericht*

Drs 15/2825

War die Abschaffung des Landeserziehungsgelds ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung?

Abschaffung des Landeserziehungsgelds als Maßnahme zur Konsolidierung des Landeshaushalts

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 25.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4243

BeschlEmpf und Bericht SozA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 24

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Ablehnung der angekündigten Umwidmung des Landeserziehungsgelds zur Kleinkindbetreuung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 41

Kritik an der Kürzung des Landeserziehungsgelds

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1130

Kritik an der Halbierung der Mittel für das Landeserziehungsgeld, Umschichtung der frei werdenden Mittel in die Kinderbetreuung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1317 1322 1325 1327

Kritik an der Abschaffung des Landeserziehungsgelds, Verweisung auf die Notwendigkeit einer Novellierung aufgrund der Anrechnung von Elterngeld auf Hartz IV

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1670 1671 1674 1676

Erziehungsheim

s. *Heimerziehung*

Erziehungspädagogik

s. *Pädagogik*

Erziehungssystem

s. *Bildungswesen*

Erziehungsurlaub

s. *Elternzeit*

Erziehungswissenschaft

s. *Pädagogik*

Erzingen, Ortsteil

s. *Klettgau*

ESF

s. *Europäischer Sozialfonds*

Espoo-Vertragsgesetz*Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz*

Beurteilung einer durch das schweizerische Bundesamt für Energie (BfE) erstellten Studie über die sozioökonomisch-ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf sechs potenzielle Standortregionen in der Schweiz; Einschätzung der darin formulierten Auswirkungen auf deutsche Gemeinden; Durchführung einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung für die möglichen Standortregionen

KlAnfr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/6265

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der Schweiz

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaßnahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkommens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr

s. *Fluglärm*

Drs 15/6309

Essingen*Bundesstraße 29*

Zeitpunkt des Erlöschens des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau der Ortsumfahrung Mögglingen und für den Bau der Strecke Essingen-Aalen im Zuge der B 29

KlAnfr

s. *Bundesstraße 29*

Drs 15/1326

Unternehmensflurbereinigung im Zuge des Neubaus der B 29

Unternehmensflurbereinigungsverfahren im Zuge des Neubaus der B 29 Ortsumgehung Mögglingen auf den Gemarkungen Mögglingen, Essingen und Heubach-Lautern, insbes mögliche Änderung der bisherigen Zuschussvoraussetzungen durch die zeitliche Verzögerung des Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr

s. *Flurneuordnung*

Drs 15/3193

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 29 - Essingen-Aalen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 29 - Essingen-Aalen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7278

Zurückweisung des Einspruchs wegen eines Verstoßes gegen den Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit durch die Zuordnung der Gemeinde Essingen vom Wahlkreis Aalen zum Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 770

Esslingen am Neckar

s.a. *Hochschule Esslingen*

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Fahrzeitvorteile von Esslingen mit Ortsteilen nach Stuttgart-Hauptbahnhof und -Flughafen, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Ulm; Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/654

Geplante Schließung von Polizeiposten im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Gründe und Auswirkungen o.g. Schließungspläne, Frage nach einer bereits vollzogenen Kündigung der Mietverträge für die Immobilien der Polizeiposten Sulzgries und Berkheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1631

Einsatz der Mobilen Wache im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen

Einsatz Mobiler Wachen im Land und insbes im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen; Entwicklung der Kriminalstatistik an den Einsatzorten

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/3285

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)

Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/4435

Neuordnung der Denkmalpflege

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Verhältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftigten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Esslingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr
s. *Denkmalpflege*
Drs 15/4598

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014

Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidiums Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4654

Barrierefreiheit für die S-Bahnhöfe Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen

Barrierefreier Ausbau der S-Bahnhöfe Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen, insbes finanzielle Trägerschaft, Planungen und erwartete Kosten

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/4726

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/5090

Streichung der Deputatszuweisung an das Sprachzentrum der Katharinenschule in Esslingen

Stundenstreichungen am Sprachzentrum der Katharinenschule in Esslingen und Fortführung dieser Arbeit als Vorzeigebjekt

MdlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5396

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen Ende 2014

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach der Umsetzung der Polizeireform, insbes Änderungen bei der Zahl der Bediensteten und der Verteilung der Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/6262

Einrichtung einer Leseklasse an der Katharinenschule in Esslingen

Kriterien und bereitgestellte Mittel für die Einrichtung von Leseklassen; Erfüllung der Kriterien durch das Konzept der Katharinenschule in Esslingen

KlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/6616

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Esslingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Esslingen

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7896

Kriminalität im Wahlkreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Esslingen, insbes Anzahl der Straftaten, Zahl der Einbrüche und örtliche Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis und Täternetze bei den Wohnungseinbruchdiebstählen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7898

Esslingen

Grundstücktausch mit der Stadt Esslingen im Zusammenhang mit der Verlagerung eines Teils der Hochschule Esslingen in die „Neue Weststadt“

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7924

Esslingen, Landkreis

s.a. *Schurwald*

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreiss Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Aufflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Be-

wertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/364

Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKreiss Esslingen

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/463

Nachmittags- und Ferienbetreuung in den Grundschulen des LKreises Esslingen

Beurteilung o.g. Angebote von Grundschulen und Kommunen; Unterstützung des Ausbaus landesweit

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/464

Türkischer Linksextremismus und kurdische Aktivitäten im LKreiss Esslingen

Erkenntnisse über Kontakte und Kooperationen von Vereinen im LKreiss Esslingen zu linksextremistischen türkischen Vereinen und Parteien sowie zum Umfeld der PKK

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/468

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im LKreiss Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/640

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Fahrzeitvorteile von Esslingen mit Ortsteilen nach Stuttgart-Hauptbahnhof und -Flughafen, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Ulm; Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/654

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreiss Esslingen

Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreiss Esslingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/678

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Rems-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Beschränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr
s. *Schurwald*
Drs 15/871

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreiss Esslingen seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2006; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Esslingen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/872

Ganztagsbildung und -betreuung im LKreiss Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/898

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*
Drs 15/1169

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreiss Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1351

Ärzteversorgung im LKreiss Esslingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1352

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreiss Esslingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeiviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1415

Städtebauförderung im LKreiss Esslingen

Unterstützte Projekte seit 2002, vorliegende und noch nicht beschiedene Anträge, Förderfähigkeit und Zeitvorgaben der Sanierungsmaßnahme Wörth in Nürtingen

KlAnfr
s. *Städtebau*
Drs 15/1435

Situation der Kleinkindbetreuung im LKreiss Esslingen

Entwicklung der Betreuungs- und Auslastungsquote der Kindertageseinrichtungen in den letzten und kommenden fünf Jahren; Einschätzung bzw Deckung des zusätzlichen Bedarfs an qualifizierten Erziehungsfachkräften, zusätzlichen Betreuungsangeboten und Neubauten von Kindertagesstätten ab 2013

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1448

Geplante Schließung von Polizeiposten im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Gründe und Auswirkungen o.g. Schließungspläne, Frage nach einer bereits vollzogenen Kündigung der Mietverträge für die Immobilien der Polizeiposten Sulzgries und Berkheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1631

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Esslingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1891

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKreiss Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen An-

meldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschul-/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2003

Breitbandversorgung im LKreiss Esslingen

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung, Einsatz des Verlegeverfahrens Micro-Trenching als Alternative zum konventionellen Breitbandausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2196

Schulen im LKreiss Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2195

Landeserziehungsgeld im LKreiss Esslingen

Zahl der gestellten Anträge und Empfänger seit 2007 differenziert nach Schwellenhaushalten, Hartz IV-Empfängern, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden sowie Familien mit beiden Elternteilen in Teilzeitbeschäftigung

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/2498

Ergänzungsbereich an den Grundschulen im LKreiss Esslingen

Umfang und Bildungsangebote im Ergänzungsbereich differenziert nach der jeweiligen Grundschule im LKreiss Esslingen; Streichung von Deputatsstunden an Grundschulen; Bewertung von Angeboten im Ergänzungsbereich; Umfang und Weiterführung dezidiert Förderangebote

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2833

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreiss Esslingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*

Drs 15/2977

Lebensmittelüberwachung im LKreiss Esslingen

Maßnahmen und Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung im LKreiss Esslingen; Anpassung des Verhältnisses der beschäftigten Lebensmittelkontrolleure an die Anzahl der der Lebensmittelüberwachung unterliegenden Betriebe im LKreiss Esslingen

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/3176

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreiss Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen seit 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3177

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKreiss Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKreiss Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3179

Ergänzungsunterricht an den Schulen im LKreiss Esslingen

Umfang der Schulstunden im Ergänzungsbereich differenziert nach der jeweiligen Schule im LKreiss Esslingen; Umfang und Inhalte der Förderangebote

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/3186

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen im LKreiss Esslingen

Zustand der Bundes- und Landesstraßen im Vergleich zur letzten Zustandserfassung; Sanierung der als „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteten Streckenabschnitte einschließlich der Brückenbauwerke; Verkehrsbelastung der Streckenabschnitte

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3343

Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 im LKreiss Esslingen

Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erhaltung der Landesstraßen L 1200/1202/1192 in dem Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der BAB A 8 und der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10; Streichung der Verlegung der L 1204 nördlich von Neuhausen auf den Fildern aus dem aktuellen Maßnahmenplan „Neubaumaßnahmen“

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3431

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr

Nennung sanierungsbedürftiger, in den Kategorien „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteter Streckenabschnitte der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr und vorgesehener Sanierungszeitplan

Antr
s. *Straßenschaden*
Drs 15/3530

Hochwasserschutz im LKreis Esslingen

Durchgeführte, aktuelle und künftige Hochwasserschutzmaßnahmen von Bund und Land im LKreis Esslingen (mit detaillierter Auflistung), insbes vorliegende und bewilligte Anträge der Kommunen und des LKreises sowie Zustand und Sanierungsplan für die Hochwasserdämme im LKreis

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3672

Sanierung von Bahnhöfen im LKreis Esslingen

Planung und Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen an Bahnhöfen im LKreis Esslingen, insbes Beteiligung am Bahnhofsmodernisierungsprogramm BW 2009 bis 2018

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/3673

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingert für den LKreis Esslingen

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3682

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)

Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Schule „Profil C“ nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) im LKreis Esslingen

Umsetzung der Anforderungen der staatlich vorgegebenen Richtlinien und Bildungspläne sowie der an die Schulbildung gestellten verfassungsrechtlichen Grundsätze durch die nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) arbeitende Schule „Profil C“ im Landkreis Esslingen, insbes Auswahl und Qualifikation der eingesetzten Lehrkräfte, Lernerfolg und Bildungsniveau der Schüler, Qualität und staatliche Anerkennung

der angebotenen Schulabschlüsse, Zusammenarbeit der Schule mit den staatlichen Schulbehörden

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/3918

Esslingen

Landeseigene Grundstücke im Landkreis Esslingen

Gegenwärtige Nutzung der Grundstücke; Eignung der Grundstücke für eine Wohnbebauung; Verkauf landeseigener Grundstücke

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/3940

Hagelschäden im LKreis Esslingen und der Einsatz von Hagelfliegern

Durch das Hagelgewitter vom 28. Juli 2013 verursachte Schäden; Einsatz und Wirksamkeit von Hagelfliegern an diesem Tag und generell; Dachsanierung entsprechend der Vorgaben der Energiesparverordnung (EnEV); Kriterien für eine Befreiung von der energetischen Bausanierung

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/3978

Ausbau der Bundesstraße (B) 27 zwischen dem Echterdinger Ei und Aichtal

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf dem genannten Teilstück seit 2011; Priorisierung dessen Ausbaus im Bundesverkehrswegeplan; weitere Straßenbaumaßnahmen im LKreis Esslingen und deren Einstufung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3992

Leseklassen im LKreis Esslingen

Angebot, Finanzierung, Schülerbesuch und Lernerfolge durch Leseklassen an Grundschulen im LKreis Esslingen; Fortsetzung der Förderung von Schülern mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche bei Wegfall von Leseklassen

KlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/4058

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/4061

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreis Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor,

Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streitschlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Schulsozialarbeit im Landkreis Esslingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4082

Brückensanierung im Landkreis Esslingen

Zuständigkeit für die Erhaltung und Sanierung von Brückenbauwerken des Landes; finanzielle Förderung der LKreise und Kommunen beim Erhalt der Brücken; Höhe der Zuschüsse des Landes an den Landkreis Esslingen und die Kommunen des Landkreises in den Jahren 2010 bis 2013; Zustand der Baulast des Landes unterliegenden Brücken im Landkreis Esslingen, Aufwand für ihre Sanierung; Programm zur Sanierung der Brücken und Höhe der dafür zur Verfügung stehenden Mittel; Haltung der LReg bei den Verhandlungen der Bund-Länder-Kommission zur Finanzierung der Verkehrswege

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4236

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im Landkreis Esslingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden im Landkreis Esslingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4254

Hilfsfristen im Landkreis Esslingen

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und bei den Notärzten; Zuständigkeit für die Überwachung der Hilfsfristen; Rechtsaufsicht

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/4255

Extremistische Aktivitäten im Landkreis Esslingen

Extremistische Aktivitäten und Straftaten in den Jahren 2012 und 2013; Auftreten von Links- und Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus und türkischem Nationalismus; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Grup-

pierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4321

Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im Landkreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4320

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im Landkreis Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im Landkreis Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreistraßen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4395

Die hausärztliche und fachärztliche Versorgung im Landkreis Esslingen

Gegenwärtiger Stand der Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten; Einschätzung der künftigen Entwicklung, insbes in den ländlichen Gebieten des Landkreises; Entwicklungstendenz von den Einzelpraxen hin zu Versorgungszentren

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4690

Die Situation der Kliniken im Landkreis Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des Landkreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Landkreis Esslingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Landkreis Esslingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4849

Privatschulfinanzierung im LKreis Esslingen

Statistische Angaben zu den Privatschulen im LKreis Esslingen; Gründe für die steigenden Schülerzahlen an den Schulen in privater Trägerschaft; Anteil der vom Land beurlaubten verbeamteten Lehrer an Privatschulen; Entrichtung einer Versorgungsabgabe für die Lehrkräfte vonseiten der Privatschulen; Brutto-Kostendeckungsgrad der privaten Schulen; Höhe der ab August 2014 im Haushaltsplan vorgesehenen Landeszuschüsse

KlAnfr

s. *Privatschule*

Drs 15/4900

Straßenbau im LKreis Esslingen im Jahr 2014

Vorgesehene Bau- und Sanierungsmaßnahmen für Landesstraßen und Brücken im LKreis Esslingen im Jahr 2014

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/4924

Hubschrauberlandeplätze im LKreis Esslingen

Genehmigung der Landeplätze nach § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

KlAnfr

s. *Landeplatz*

Drs 15/5347

Kriminalität und Wohnungseinbrüche im LKreis Esslingen

Entwicklung der Kriminalität im LKreis Esslingen, insbes Straftatenanzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 15/5457

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2014

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Unterbringung, Einreisen über sichere Drittländer, wiederholte Einreisen; Abschiebezahlen; Wartezeit für Anhörungen und erstinstanzliche Entscheidungen

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/5460

Baustellenmanagement im LKreis Esslingen

Fehlende Abstimmung bei Baustellen im LKreis Esslingen, insbes in Nürtingen/Oberensingen (L 1205/Stuttgarter Straße mit Vollsperrung), der Brückensanierung der B 312 zwischen Neckartailfingen und Aich und der Belagssanierung an der A 8 zwischen Kirchheim und Neuhausen; Maßnahmen zur künftigen Vermeidung von Baustellenhäufungen

KlAnfr

s. *Baustelle*

Drs 15/5579

Finanzierung von flexiblen Nachmittags-Betreuungsangeboten an Grundschulen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Höhe der im Jahr 2013 gewährten Landeszuschüsse für Kernzeitbetreuung an Grundschulen sowie für flexible Nachmittagsbetreuung und Schülerhorte; Auswirkungen des Umstiegs auf Ganztagschulen auf die künftige Höhe der Zuschüsse

KlAnfr

s. *Schülerbetreuung*

Drs 15/5672

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/5681

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen, insbes Anmeldungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschulempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwanderkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KlAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 15/5750

Situation der Pflege im LKreis Esslingen

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis Esslingen

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/5751

Salafismus im LKreis Esslingen

Umfang und Altersstruktur der Anhängerschaft des Salafismus im Kreis; Anzahl der überregional in der Salafistenszene aktiven Personen; Existenz von den Salafisten nahestehenden Vereinen und Gruppierungen und deren Aktivitäten; Vernetzung mit Vereinen und Gruppierungen in der Region Stuttgart; Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Anhängerschaft des Salafismus; Beteiligung von Salafisten aus dem LKreis Esslingen an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr

s. *Islam*

Drs 15/5929

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Geförderte Gemeinden und Projekte; Fertigstellung des Basisnetzes im LKreis Esslingen; Gemeinden mit direktem Anschluss an das Basisnetz; Mitverlegung von Glasfaserkabeln beim Bau der Verbindungspipeline zwischen dem zentraleuropäischen Kerosinpipelinesystem und dem Flughafen Stuttgart; Förderung des Ausbaus der Breitbandversorgung

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/5999

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr

s. Schulweg
Drs 15/6081

Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft im Landkreis Esslingen

Anzahl und Standort der ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe; Entwicklung der Betriebe und Anbauflächen in den letzten zehn Jahren; Förderung des ökologischen Landbaus im Landkreis Esslingen durch das Land seit 2011

KlAnfr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/6089

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultratnet im Raum Philippsburg

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6169

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im Landkreis Esslingen

Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015; Wechsel an Privatschulen in Klassenstufe 5; Nichtversetzung in den Eingangsklassen seit dem Schuljahr 2011/2012; Ursachen des Anstiegs der Klassenwiederholung an den weiterführenden Schulen, insbes an den Realschulen; Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Wiederholer im Landkreis Esslingen; Anzahl und Art der Schulübertritte in den Klassenstufen 5 und 6 seit dem Schuljahr 2003/2004 in den einzelnen LKreisen von BW

KlAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6185

Windpark Schurwald im Bereich Esslingen/Plochingen

Stand der Errichtung des Windparks Schurwald; Bedenken von Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld der Genehmigung; Beeinträchtigung des An- und Abflugs am Flughafen Stuttgart durch die Windkraftanlagen; Abstand zur Wohnbebauung; Gesundheitsgefährdung durch Licht- und Lärmemission

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6219

Entwicklungen der Klassen 4 und 5 im Landkreis Esslingen

Berücksichtigung der Grundschulempfehlungen für das Schuljahr 2014/2015; Wechsel an eine andere Schule sowie Klassenwiederholung in der fünften Klasse

KlAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6501

Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Esslingen im Jahr 2015
Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Esslingen, insbes Anteil der Roma, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, wiederholte Einreisen, Anerkennungsquoten; Bedingungen zur Arbeitsaufnahme bzw einer Ausbildung oder eines Studiums

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6528

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Fortentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Stuttgart durch Umsetzung der Vereinbarung „Nachhaltig mobil: Für einen zukunftsorientierten ÖPNV in der Region Stuttgart“ zwischen dem Land BW, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den LKreisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, insbes Zuständigkeit- und Verfahrensregelung für den Erlass einer EU-konformen Vorschrift, Erweiterung der Zuständigkeiten der Verbands Region Stuttgart im Bereich des ÖPNV

GesEntw
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6570

Förderprogramm Regiobuslinien

Sachstand zum Förderprogramm Regiobuslinien, insbes Kriterien für das förderfähige Netz, entfallene Relationen in Stuttgart gegenüber dem ÖPNV-Pakt, Förderung des Expressbusangebots im Landkreis Esslingen, Mittelbedarf an Kofinanzierung des Landes

Antr
s. *Omnibusverkehr*
Drs 15/6571

Einbrüche im Landkreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Straftaten und Einbruchskriminalität im Landkreis Esslingen, insbes Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6667

Stand der Kinderbetreuung

Sachstand zur Kinderbetreuung im Landkreis Esslingen, insbes Angebot und Nutzung von Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, Inanspruchnahme von Elternzeit, Beschäftigte und Auszubildende in der Kinderbetreuung

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/6678

Qualität der häuslichen Pflege und rechtlichen Betreuung

Sachstand zur Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualität der häuslichen Pflege durch Angehörige sowie der rechtlichen Betreuung der Pflegebedürftigen; Zahlen zu Pflegebedürftigen und Angehörigen als Betreuer im Landkreis Esslingen

KlAnfr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/6796

Geh- und Radschulwegeplanung im Landkreis Esslingen

Sachstand zur Geh- und Radschulwegeplanung im Landkreis Esslingen, insbes Planungsstand der einzelnen Schulen, Nutzung

des internetbasierten Informationssystem WebGIS des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6923

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis Esslingen

Sachstand zu zusätzlichem Deutschunterricht als Ergänzungsunterricht bzw in Vorbereitungsklassen im LKreis Esslingen, insbes für Kinder aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien

KlAnfr
s. *Deutschunterricht*
Drs 15/7041

Landesstraßen L 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im Kreis Esslingen

Sachstand zu Bauplanung und Kosten für die einzelnen Optimierungsvorhaben auf den Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der Bundesautobahn 8 und der Anschlussstelle Esslingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7190

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015

Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Zahlen und Herkunft, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/7239

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

ESStG

s. *Einkommensteuergesetz*

E-Teaching

s. *E-Learning*

Ethical trade

s. *Fairer Handel*

Ethik

s.a. *Philosophie*
s.a. *Soziale Werte*

Ethikunterricht an Schulen

Angebot an Ethik- und Religionsunterricht und Zahl der teilnehmenden Schüler, Anteil von konfessionslosen oder einer nicht-christlichen Konfession angehörenden Schüler; Beurteilung der

Forderung von Eltern zur Einführung von Ethikunterricht auch an Grundschulen und allen Klassen der weiterführenden Schulen, Festhalten an dieser Zielsetzung im Koalitionsvertrag, Bezifferung der zusätzlichen Kosten für ein flächendeckendes Unterrichtsangebot im Fach Ethik

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.08.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/2230
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2741
S. 16-18
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Zivilklauseln und Ethikkommissionen der Hochschulen des Landes

Bestehende und geplante Zivilklauseln, Friedensklauseln, auf den Bereich Rüstungsforschung anwendbare Ethikrichtlinien, Ethikkommissionen oder vergleichbare Instrumente

KlAnfr
s. *Forschung*
Drs 15/2261

Die besondere Situation der Brötzingener Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingener Schule; Unterstützung der Brötzingener Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungsklassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3872

Verordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID) - Umsetzung in BW

Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PIDV) in BW, insbes Bestimmung der Anzahl und Qualitätssicherung der Zentren zur Präimplantationsdiagnostik (PID), mögliche Kooperation mit anderen Bundesländern bei der Einrichtung von Ethikkommissionen, deren konkrete Ausgestaltung und personelle Zusammensetzung; datenschutzrechtliche Konsequenzen für die statistische Erfassung der Diagnosen und den Umgang mit genetischen Überschussinformationen

Antr
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/4488

Informationen über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Errichtung einer gemeinsamen Ethikkommission der Länder BW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen bei der Landesärztekammer BW zur Durchführung der Präimplantationsdiagnostik; Konkretisierung der Vorgaben der Präimplantationsdiagnostikverordnung des Bundes (PIDV) für die Durchführung der Präimplantationsdiagnostik (PID) in einem PID-Zentrum, insbes die Zuständigkeit der gemeinsamen Ethikkommission, ihre Zusammensetzung, die Benennung und Berufung der Mitglieder sowie die Berichtspflicht der Kommission gegenüber den beteiligten Ländern

Mittlg LReg

s. Präimplantationsdiagnostik
Drs 15/5337

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Zustimmung zum Staatsvertrag mit den beteiligten Ländern über die Einrichtung einer gemeinsamen Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

GesEntw
s. Präimplantationsdiagnostik
Drs 15/5937

Islamistischen Hasspredigern den Boden entziehen: Ausbau des islamischen Religionsunterrichts und des Ethikunterrichts an unseren Schulen

Erkenntnisse des Modellprojekts islamischer Religionsunterricht, daran teilnehmende Schulen; vorgesehener Ausbau des Unterrichtsangebots; Ethikunterricht als Alternative zum Religionsunterricht; Ausarbeitung eines Plans zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts an allen Schularten sowie eines Plans zum Ausbau des Unterrichtsangebots im Fach Ethik

Antr
s. Islamischer Religionsunterricht
Drs 15/6343

Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium

Erfahrungen mit dem Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudium in der Lehrerbildung; Evaluation des Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudiums sowie dessen Einbeziehung in die Reform der Lehrerbildung; Mitwirkung von Vertretern der Kirchen in der Kommission zur Reform des allgemeinbildenden Lehramts; Verankerung der Vermittlung von Basiswissen auf den Gebieten der Philosophie und der Ethik in Rahmenvorgaben des Kultusministeriums; Stellenwert der christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerte in der baden-württembergischen Lehrerbildung

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 15/6383

Ethikkommission

s. Ethik

Ethikunterricht

s. Ethik

Ethnische Diskriminierung

Rezeption von Migranten in den Medien

Vorherrschende Volksgruppen und Nachrichtenfaktoren in der Berichterstattung über Migranten in den letzten zehn Jahren; Unterschiede in der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Sender und privater; Tendenz zur Verallgemeinerung in den Berichten; Anteil des Unterhaltungssektors und des Sektors Information/Dokumentation; Förderung der Medienkompetenz von Migranten

KlAnfr
s. Migrant
Drs 15/3124

Ethnische Gruppe

Aramäer in BW

Zahl der im Land lebenden Aramäer, Sitz aramäischer Gemeinden; Religionszugehörigkeit und theologische Ausbildung; Maßnahmen zur Integration; Lage der in der Türkei und Syrien lebenden aramäischen Christen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.11.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/2667
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.01.2013 Drs 15/3398 S. 107 108
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Rezeption von Migranten in den Medien

Vorherrschende Volksgruppen und Nachrichtenfaktoren in der Berichterstattung über Migranten in den letzten zehn Jahren; Unterschiede in der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Sender und privater; Tendenz zur Verallgemeinerung in den Berichten; Anteil des Unterhaltungssektors und des Sektors Information/Dokumentation; Förderung der Medienkompetenz von Migranten

KlAnfr
s. Migrant
Drs 15/3124

Ethylen-Pipeline

s. Gasleitung

Ethylen-Rohrleitung

s. Gasleitung

Ettlingen

Hochbegabte im südlichen LKreiss Karlsruhe

Zahl der zwischen den Städten Ettlingen und Karlsruhe pendelnden Gymnasiasten; Angebote für hochbegabte Schüler an Ettlinger und Karlsruher Gymnasien; Förderung regionaler Schulangebote

KlAnfr
s. Begabtenförderung
Drs 15/3893

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 31 Ettlingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Wahlkreis Ettlingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Rechtsverbindlichkeit der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung

KlAnfr
s. Bauleitplanung
Drs 15/4338

Bus- und Bahnverkehr auf gemeinsamer Trasse

Rechtliche Bedingungen zur Freigabe der Schienenanlage in Ettlingen auf der Trasse der Albtaal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG)

im Abschnitt zwischen Rastatter Straße und Wattkopfweg für den öffentlichen Busverkehr nach einer geeigneten Befestigung

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4397

Finanzneutrale Ausstattung des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen

Rechtliche Voraussetzungen zur Ausstattung der Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen im Bereich des Polizeireviers Ettlingen durch eine Geldspende

MdlAnfr
s. *Freiwilliger Polizeidienst*
Drs 15/4426

Stand der infrastrukturellen Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen)

Sachstand zu Finanzierung und Fertigstellung infrastruktureller Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen), insbes in den Bereichen kommunaler Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr

KlAnfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7058

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 24 - Schlossfestspiele Ettlingen und Ludwigsburger Schlossfestspiele (Kap 1481)

Mittlg RH
s. *Theater*
Drs 15/7024

Landesförderung für die Schlossfestspiele Ettlingen

Sachstand zu Besucheraufkommen und Eintrittspreisen sowie zum Ungleichgewicht in der Landesförderung der Schlossfestspiele Ettlingen und Ludwigsburg

Antr
s. *Festspiele*
Drs 15/7572

EU 2020

s. *Europa 2020*

EU-Abfallrahmenrichtlinie

s. *Abfallrahmenrichtlinie*

EU-Agentur

s. *Europäische Agentur*

EU-Agrarpolitik

s. *Agrarpolitik*

EU-Aktionsprogramm

s. *Programm der EU*

EU-Arbeitszeitrichtlinie

s. *Arbeitszeit*

EU-Beauftragter

EU-Beauftragte in BW

Einsatz von EU-Beauftragten in Landkreisen und Kommunen im Bundesvergleich, Kooperation von EU-Beauftragten untereinander; Verbesserung der Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten auf EU-Ebene; Unterstützung bei der Beschaffung von EU-Fördermitteln und der Umsetzung von EU-Programmen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 23.07.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2147
BeschlEmpf und Bericht EuA 25.10.2012 Drs 15/3063 S. 90
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

EU-Beitritt

s. *EU-Erweiterung*

EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

s. *Berufliche Bildung*

EU-Binnenmarkt

s. *Europäischer Binnenmarkt*

EU-Bioverordnung

s. *EG-Öko-Basisverordnung*

EU-Bürger

s. *Unionsbürgerschaft*

EU-Bürgerschaft

s. *Unionsbürgerschaft*

EU-Chemikalienregulierung

s. *REACH-System*

EU-Dienstleistungsrichtlinie

s. *Dienstleistung*

EU-Donauraumstrategie

s. *Donauraum*

EU-Empfehlung

s. *Empfehlung der EU*

EU-Erweiterung

s.a. *Europäische Union*

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albaniens bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. *Albanien*
Drs 15/4802

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien
Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. *Serbien*
Drs 15/6299

EU-EWR-Lehrerverordnung

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)
Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW
Änderung der §§ 1 und 3-17 der EU-EWR-Lehrerverordnung in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

EU-Fördergelder

s. *EU-Mittel*

EU-Fördermittel

s. *EU-Mittel*

EU-Förderprogramm

s. *Programm der EU*

EU-Fonds

s. *Fonds der EU*

EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG

s. *INTERREG*

EU-Grenzschutzagentur

s. *Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*

EU-Haushalt

Chance für weniger Bürokratie in der Landwirtschaft - Nationale Zuverlässigkeitserklärung auf politischer Ebene im Bereich der Agrarförderung

Umfang und Sachverhalte für Anlastungen im Bereich der EU-Agrarförderung in BW; Änderungen im Kontrollregime im Bereich Agrarförderung, insbes Abgabe nationaler Zuverlässigkeitserklärungen der Mitgliedsstaaten iRd EU-Haushaltsrechts; Entlastungen im Bereich der Kontrollen durch Herstellung eines einheitlichen Kontrollrahmens; Möglichkeit einer Abgabe der Zuverlässigkeitserklärung durch das Land BW

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/2905

Die Brüsseler Finanzbeschlüsse schwächen die ländlichen Räume in BW

Aktuelle Debatte
s. *Ländlicher Raum*
PIPr 15/62 S. 3724

EU-Kommission

s. *Europäische Kommission*

EU-Lebensmittelbehörde

s. *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit*

EU-Mittel

Ausgestaltung und Finanzierung der EU-Förderverfahren für das Übergangsjahr 2014

Organisation und Finanzierung des Übergangszeitraums des Jahres 2014 zur Fortsetzung der EU-Förderprogramme, insbes Berücksichtigung möglicher Szenarien der Übergangsphase, Bereitstellung von Mitteln im Nachtragshaushalt zur Kompensation etwaiger Mittelausfälle; Planungen der EU zur künftigen Ausgestaltung der wesentlichen EU-Förderprogramme; Sicherstellung von Informations- und Beratungsangeboten bei Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3729

Verwendung der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2006 bis 2013

Entwicklung von Anteil und Abruf der auf BW entfallenen Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2006 bis 2013; detaillierte Auszahlungsstatistik

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/3947

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/4004

EU-Fördermittel für die Städte, Gemeinden und LKreise in BW
Fördermöglichkeiten durch Programme der Europäischen Union und deren Nachfrage aus Städten, Gemeinden und LKreisen in

BW, insbes Höhe und regionale Verteilung der abgerufenen EU-Mittel; Informations- und Beratungsbedarf zu den verschiedenen EU-Förderprogrammen; Auswirkungen der Förderung auf Stadt- und LKreise, Forschungseinrichtungen sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr

s. *Programm der EU*

Drs 15/4663

EU-Mittel in der Förderperiode 2007 bis 2013

Zufluss von EU-Mitteln in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach BW, insbes Gesamtmittel, Direktzahlungen an Landwirte sowie Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm INTERREG IV, dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm „Life+“; Teilnehmerzahlen an den Austauschprogrammen „Comenius“ für Schüler und „Erasmus“ für Studenten

Antr Friedlinda Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.03.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/4943

BeschlEmpf und Bericht EuA 15.05.2014 Drs 15/5272 S. 69 70

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Zukunft der Telemedizin

Stärkung der Telemedizin durch Beantragung von EU-Fördermitteln; Erfolge der Koordinierungsstelle „Telemedizin BW“

MdlAnfr

s. *Telemedizin*

Drs 15/4915

Regierungsbefragung

Erhöhte Fördermittel der EU für den Ausbau der Europatrasse Baden 21

s. *Baden 21*

PIPr 15/94 S. 5617

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr

s. *Ferien auf dem Bauernhof*

Drs 15/5468

Fördermittel der Europäischen Union für Verkehrsvorhaben in BW

Sachstand zur Bereitstellung und Verwendung zusätzlicher Fördermittel der Europäischen Union für Verkehrsvorhaben in BW

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/7182

EU-Novel-Food-Verordnung

s. *Novel-Food-Verordnung*

EU-Öko-Erzeugnisse-Verordnung

s. *EG-Öko-Basisverordnung*

EU-Ökoverordnung

s. *EG-Öko-Basisverordnung*

EU-Programm

s. *Programm der EU*

EU-Programm für Umwelt- und Klimapolitik

s. *LIFE-Programm*

EU-Programm zur Nahrungsmittelabgabe

s. *Lebensmittel*

EURATOM

s. *Europäische Atomgemeinschaft*

EU-Recht

s. *Europäisches Gemeinschaftsrecht*

EU-Rechtsangleichung

s. *Rechtsangleichung in der EU*

EU-Regionalfonds

s. *Europäischer Regionalfonds*

EURES-T-Grenzpartnerschaft

s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*

Euro

s. *Währung*

Euro-Airport Basel-Mulhouse

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Eurobonds

s. *Finanzinstrument*

Eurocopter

s. *Airbus Helicopters*

EU-Rohstoffinitiative

s. *Rohstoff*

Europa

s.a. *EU-Beauftragter*

s.a. *Europäische Regionen*

s.a. *Europäische Union*

s.a. *Europäischer Binnenmarkt*

s.a. *Europäisches Gemeinschaftsrecht*

s.a. *Europäisches Jahr*

s.a. *Osteuropa*

Strategische Ausrichtung der Vier Motoren für Europa

Gemeinsame Initiativen, Ziele und Schwerpunkte iRd Partnerschaft mit Rhone-Alpes, Katalonien und der Lombardei; Impulse zur Stärkung der Europäischen Integration nach der Strategie 2020 sowie zur Erholung und Dynamisierung des europäischen Wirtschaftsraums; Resultate der Entsendung institutioneller und wirtschaftlicher Missionen nach Ägypten sowie des Erfahrungsaustauschs mit anderen außereuropäischen Regionen in Südamerika und Asien

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 15/424

Festvortrag: Die Rolle der Länderparlamente im europäischen Integrationsprozess

s. *Rede*

PIPr 15/35 S. 1903

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Mittlg LReg 11.05.2012 Drs 15/1706 (15 S.)

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1971

BeschlEmpf und Bericht EuA 12.07.2012 Drs 15/2016

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2480-2491

Mittlg LReg 10.09.2012 Drs 15/2305 (13 S.)

PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2507

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2478

ÄAntr CDU 24.10.2012 Drs 15/2554

PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2730-2736

Mittlg LReg 09.01.2013 Drs 15/2853 (14 S.)

PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3367

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/2902

EAntr GRÜNE und SPD 06.03.2013 Drs 15/3167

ÄAntr CDU 06.03.2013 Drs 15/3169

PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3635-3643

Mittlg LReg 08.10.2013 Drs 15/4150 (zu Drs 15/3167)

Mittlg LReg 14.03.2013 Drs 15/3238

BeschlEmpf und Bericht EuA 21.03.2013 Drs 15/3248

PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4039-4047

Mittlg LReg 28.06.2013 Drs 15/3703 (31 S.)

PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4369

BeschlEmpf und Bericht EuA 11.07.2013 Drs 15/3748

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4538 4566 (abgesetzt)

PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4622-4629

Mittlg LReg 09.10.2013 Drs 15/4133 (17 S.)

PIPr 15/79 23.10.2013 S. 4763

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.10.2013 Drs 15/4179

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4857-4864

Mittlg LReg 09.01.2014 Drs 15/4460 (17 S.)

PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5264

BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4624 (10 S.)

EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 29.01.2014 Drs 15/4667

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5397-5403

Mittlg LReg 22.07.2014 Drs 15/5490 (zu Drs 15/4460)

Mittlg LReg 26.03.2014 Drs 15/4990 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.04.2014 Drs 15/5011

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5723

EAntr GRÜNE und SPD 20.05.2014 Drs 15/5221

PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5926-5936

Mittlg LReg 21.11.2014 Drs 15/6162 (zu Drs 15/4990)

Mittlg LReg 03.07.2014 Drs 15/5430 (31 S.)

PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203

BeschlEmpf und Bericht EuA 17.07.2014 Drs 15/5473

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6343-6354

Mittlg LReg 22.10.2014 Drs 15/5967 (23 S.)

PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6539

BeschlEmpf und Bericht EuA 06.11.2014 Drs 15/5987

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6746-6752

Mittlg LReg 20.01.2015 Drs 15/6363 (23 S.)

PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7117

BeschlEmpf und Bericht EuA 29.01.2015 Drs 15/6381

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7473-7481

Mittlg LReg 09.04.2015 Drs 15/6719 (21 S.)

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7509

BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/6758

EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 06.05.2015 Drs 15/6853

PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7689-7699

Mittlg LReg 10.11.2015 Drs 15/7681 (zu Drs 15/6719)

Mittlg LReg 06.07.2015 Drs 15/7122 (24 S.)

PIPr 15/133 08.07.2015 S. 7961

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.07.2015 Drs 15/7136

PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8410

Mittlg LReg 27.10.2015 Drs 15/7616 (21 S.)

PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8476

BeschlEmpf und Bericht EuA 19.11.2015 Drs 15/7709

EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 16.12.2015 Drs 15/7895

PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8768-8775

Mittlg LReg 16.06.2016 Drs 16/257 (40 S.) (zu Drs 15/7616)

Mittlg LReg 20.01.2016 Drs 15/7981 (33 S.)

PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8857

BeschlEmpf und Bericht EuA 28.01.2016 Drs 15/7995

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9064-9069

Mittlg LReg 13.04.2016 Drs 15/8112 (34 S.)

PIPr 16/5 08.06.2016 S. 35

BeschlEmpf und Bericht EuA 22.06.2016 Drs 16/146

PIPr 16/8 30.06.2016 S. 264-273

EU-Beauftragte in BW

Einsatz von EU-Beauftragten in Landkreisen und Kommunen im Bundesvergleich, Kooperation von EU-Beauftragten untereinander; Verbesserung der Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten auf EU-Ebene; Unterstützung bei der Beschaffung von EU-Fördermitteln und der Umsetzung von EU-Programmen

Antr

s. *EU-Beauftragter*

Drs 15/2147

Bedingungen und Dauer von Tiertransporten

Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Tierschutz beim Transport von landwirtschaftlichen Nutztieren in Deutschland und Europa, insbes Entwicklung und Statistiken zu Transportdauer, Transportbedingungen und Kontrollen

Antr

s. *Tiertransport*

Drs 15/3139

System „Duale Ausbildung“ exportieren

Vorbildcharakter des dualen Ausbildungssystems im europäischen und außereuropäischen Ausland, insbes Unterstützung durch Regierungen vor Ort sowie Implementierung in EU-Staaten; Erfahrungen baden-württembergischer Unternehmen an ihren Auslandsstandorten mit der dualen Ausbildung

Antr

s. *Duale Berufsausbildung*

Drs 15/3188

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen - Fachkräftemangel in Deutschland überwinden

Aktuelle Debatte
s. *Arbeitslosigkeit*
PIPr 15/67 S. 3999

Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden - Europa braucht Demokratie mit Demokraten

Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen in Europa, vor allem in der Schweiz, Frankreich, Ungarn und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die LReg und Entwicklung von Gegenstrategien, insbes Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5093

Mehr Steuergerechtigkeit in Europa - internationale Steuerergestaltungen bekämpfen

Aktuelle Debatte
s. *Steuerpolitik*
PIPr 15/99 S. 5893

Maßnahmen und Initiativen zur Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem (EU-)Ausland

Maßnahmen zur Gewinnung und Integration von Auszubildenden und Fachkräften aus dem europäischen Ausland, insbes Einbindung ins Berufsleben, Unterstützung im Alltag, kommunale und regionale Programme, EU-Förderprogramme, Kooperation mit der Partnerregion Katalonien, Einbeziehung von Vereinen und Verbänden, Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle

Antr
s. *Ausländischer Auszubildender*
Drs 15/5631

Sachstand zur Umsetzung der EU-Investitionsoffensive

Geplante Projekte iRd EU-Investitionsoffensive; Maximierung von Landesförderungen durch Risikoabsicherung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

MdlAnfr
s. *Investitionsförderung*
Drs 15/7139

EU-Investitionsoffensive - Breitbandförderung

Sachstand zur Anmeldung und Beantragung von Projekten im Bereich Breitbandförderung für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/7139

EU-Investitionsoffensive - Bereich Verkehrsinfrastruktur

Sachstand zur Auswahl und Anmeldung von Projekten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7139

Unsere Zukunft liegt in einem gestärkten Europa

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8068-8080

Clusterpolitik BW im europäischen Vergleich

Sachstand zur Clusterpolitik des Landes BW, insbes Ziele und Maßnahmen, Vergleich der Clusterlandschaft in BW zu anderen europäischen Initiativen

Antr
s. *Cluster*
Drs 15/7409

Fortführung von Initiativen des Landtags zur weiteren Integration Europas

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 5 7

Übernahme einer Vorreiterrolle des Landes als Motor der weiteren Integration Europas

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20

Notwendigkeit von mehr Subsidiarität und starken Regionen in Europa

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 675

Ausrichtung des Landes auf Europa, Einbeziehung der Länder bei der Umsetzung des Fiskalpakts, Wahrnehmung der Verantwortung zur Stabilisierung des Euro

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251-2264

Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Wohnimmobilienkreditverträge

Mittlg MFW 02.05.2011 Drs 15/3
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.06.2011 Drs 15/70
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom

Mittlg MFW 05.05.2011 Drs 15/6
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 09.06.2011 Drs 15/66

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Weißbuch der Kommission: Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum - Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem

Mittlg MVI 06.05.2011 Drs 15/8
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 09.06.2011 Drs 15/67

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050

Mittlg UM 24.05.2011 Drs 15/21
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.06.2011 Drs 15/72
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)

Stellungnahme des Ltg durch den EuA 09.06.2011 Drs 15/68
(zu Mittlg FM Drs 14/7698)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.06.2011 Drs 15/69 (zu Mittlg FM Drs 14/7697)
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Beteiligung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als Beobachter an den Arbeiten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.06.2011 Drs 15/71 (zu Mittlg FM Drs 14/7696)
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.06.2011 Drs 15/73 (zu Mittlg FM Drs 14/7695)
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: GRÜN-BUCH „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.06.2011 Drs 15/74 (zu Mittlg FM Drs 14/7641)
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind*

Mittlg IM 15.06.2011 Drs 15/99
Stellungnahme des Ltg durch den InnenA 06.07.2011 Drs 15/201

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein Haushalt für „Europa 2020“*

Mittlg LReg 14.07.2011 Drs 15/287
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.09.2011 Drs 15/608
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Grünbuch der Kommission: Stärkung des gegenseitigen Vertrauens im europäischen Rechtsraum - Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs

Mittlg JM 28.07.2011 Drs 15/396
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.09.2011 Drs 15/609
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG, KOM(2011) 370 endg.*

Mittlg UM 18.08.2011 Drs 15/436
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.09.2011 Drs 15/610
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Schengen-Governance-Paket*

Mittlg IM 06.10.2011 Drs 15/670
BeschlEmpf und Bericht EuA 27.10.2011 Drs 15/796
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Finanztransaktionssteuersystem*

Mittlg MFW 24.10.2011 Drs 15/773
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/886
PIPr 15/19 23.11.2011 S. 883

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Gemeinsames Europäisches Kaufrecht*

Mittlg JM 07.11.2011 Drs 15/848 (10 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 24.11.2011 Drs 15/929

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Strukturpolitik ab 2014*

Mittlg LReg 09.11.2011 Drs 15/853 (31 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.11.2011 Drs 15/930 (17 S.)
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1079

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Weiterentwicklung des Systems der Regulierung der Märkte für Finanzinstrumente*

Mittlg MFW 25.11.2011 Drs 15/946
BeschlEmpf und Bericht EuA 13.12.2011 Drs 15/1007
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1079-1083

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Grünbuch über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen*

Mittlg MFW 09.12.2011 Drs 15/992
BeschlEmpf und Bericht EuA 13.12.2011 Drs 15/1008
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen*

Mittlg MFW 13.12.2011 Drs 15/1031 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1148
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1251-1257

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschläge zur Regulierung von Ratingagenturen*Mittlg MFW 20.12.2011 Drs 15/1060
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1149
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1251-1257*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres - Mehr-
jähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020*Schaffung eines Instruments zur finanziellen Unterstützung für
Außengrenzen und Visa iRd Fonds für die innere Sicherheit;
Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds; Unterstützung der
polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kri-
minalitätsbekämpfungMittlg IM 23.12.2011 Drs 15/1087 (19 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.03.2012 Drs 15/1330
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2012*Mittlg LReg 10.01.2012 Drs 15/1160 (34 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1389 (25
S.)
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlagspaket zum Rahmenprogramm für Forschung und In-
novation „Horizont 2020“*Mittlg MWK 11.01.2012 Drs 15/1100 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1390
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations-
und Technologieinstituts (EIT)*Mittlg MWK 17.01.2012 Drs 15/1137
BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1390
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschläge zur Reform des Europäischen Vergaberechts*Mittlg MFW 07.02.2012 Drs 15/1200
Stellungnahme des Ltg durch den FinWiA 01.03.2012 Drs
15/1323 (dazu Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP)
Mittlg MFW 16.01.2013 Drs 15/2701*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Katastrophenschutzverfahren der Union*Mittlg IM 07.02.2012 Drs 15/1222
Stellungnahme des Ltg durch den InnenA 29.02.2012 Drs
15/1322*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allge-
meine und berufliche Bildung, Jugend und Sport*Mittlg KM 08.02.2012 Drs 15/1239 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1474
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anerkennung von Berufsqualifikationen**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und
Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Aner-
kennung von Berufsqualifikationen und der VO über die Verwal-
tungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssys-
tems KOM(2011)883 endg.*Mittlg IntM 09.02.2012 Drs 15/1201
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 15.02.2012 Drs
15/1205*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**Abschluss der Bund-Ländervereinbarung zum Stabilisierungs-
mechanismusGes (StabMechG)*Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Unterrich-
tung des BRats nach dem StabMechG; Umsetzung der be-
schlossenen Ausweitung der Aufgaben des bestehenden Euro-
Rettungsschirms (EFSF) und der entsprechenden Änderung des
EFSF-Rahmenvertrags durch eine Anpassung des StabMechGMittlg LReg 13.02.2012 Drs 15/1211 (26 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1381
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen*Mittlg SM 14.02.2012 Drs 15/1292
Stellungnahme des Ltg durch den SozA 01.03.2012 Drs
15/1321*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik*Mittlg UM 20.02.2012 Drs 15/1206
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 08.03.2012 Drs 15/1362
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
Mittlg LReg 14.09.2012 Drs 15/2361
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.10.2012 Drs 15/2496
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Neureglung des Datenschutzrechts*Mittlg IM 20.02.2012 Drs 15/1302 (14 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den StändA 29.03.2012 Drs
15/1501 (26 S.)*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Statut der Europäischen Stiftung*Mittlg JM 05.03.2012 Drs 15/1124
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1460
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Festlegung des Zollkodex der Europäischen Union*

Mittlg MFW 14.03.2012 Drs 15/1439

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1461

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Weißbuch Pensionen und Renten*

Mittlg SM 19.03.2012 Drs 15/1456

Stellungnahme des Ltg durch den EuA 29.03.2012 Drs

15/1502

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Europäische Statistiken*

Mittlg MFW 22.05.2012 Drs 15/1754

Stellungnahme des Ltg durch den FinWiA 14.06.2012 Drs

15/1816

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Geänderter Vorschlag der EU-Kommission für eine EURODAC-Verordnung*

Ermöglichung des Zugangs der Strafverfolgungsbehörden zu den biometrischen EURODAC-Daten von in einem EU-Mitgliedstaat registrierten Asylbewerbern

Mittlg IM 04.07.2012 Drs 15/1788

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2359

PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2542

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen*

Mittlg MFW 05.07.2012 Drs 15/1933

Stellungnahme des Ltg durch den FinWiA 20.09.2012 Drs

15/2315

Mittlg LReg 21.03.2013 Drs 15/3276

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/3367

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4200 4201

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Union betreffend die VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses*

Mittlg JM 07.08.2012 Drs 15/2257

BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2378

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Verringerung der CO2-Emissionen neuer Personenkraftwagen*

Mittlg MVI 13.08.2012 Drs 15/2040

BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2377

ÄAntr CDU 11.10.2012 Drs 15/2464

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2690 2691

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Verringerung der CO2-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge*

Mittlg MVI 13.08.2012 Drs 15/2234

BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2377

ÄAntr CDU 11.10.2012 Drs 15/2464

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2690 2691

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern*

Mittlg MVI 17.08.2012 Drs 15/2306

Stellungnahme des Ltg durch den Verk/InfraA 19.09.2012

Drs 15/2332

Mittlg LReg 08.03.2013 Drs 15/3233

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Erneuerbare Energien - ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt*

Mittlg UM 18.09.2012 Drs 15/2350 (26 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2383

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen*

Mittlg IM 05.10.2012 Drs 15/2445 (43 S.)

Stellungnahme des Ltg durch den EuA 25.10.2012 Drs

15/2489

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Bankenunion - Vorschläge für eine europäische Bankenaufsicht*

Mittlg MFW 15.10.2012 Drs 15/2336 (70 S.)

Stellungnahme des Ltg durch den EuA 25.10.2012 Drs

15/2490

Mittlg LReg 23.08.2013 Drs 15/3971

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Verordnungen über In-vitro-Diagnostika sowie über Medizinprodukte*

Mittlg SM 25.10.2012 Drs 15/2588

BeschlEmpf und Bericht SoZA 14.11.2012 Drs 15/2660

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Mittlg LReg 14.02.2013 Drs 15/3064

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Umfassende Risiko- und Sicherheitsbewertungen („Stresstests“) von Kernkraftwerken in der Europäischen Union und damit verbundene Tätigkeiten*

Mittlg LReg

s. Nukleare Sicherheit

Drs 15/2644

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Qualität von Otto- und Dieselmotoren und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen

Mittlg LReg
s. *Kraftstoff*
Drs 15/2686

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten

Mittlg LReg
s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
Drs 15/2743

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Fluorierte Treibhausgase

Mittlg LReg
s. *Fluorkohlenwasserstoff*
Drs 15/2761

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
CARS 2020 - Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa

Mittlg LReg
s. *Kraftfahrzeugindustrie*
Drs 15/2777

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg LReg
s. *Frauenquote*
Drs 15/2787

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-Glücksspiel

Mittlg LReg
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2803

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein Blueprint für den Schutz der Wasserressourcen

Mittlg UM 20.12.2012 Drs 15/2831 (34 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3079
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 30.08.2013 Drs 15/3986

Neue Denkansätze für die Bildung - bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen

Mittlg KM 22.01.2013 Drs 15/2909 (30 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 11.07.2013 Drs 15/3082
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2013

Mittlg LReg 19.02.2013 Drs 15/3081 (56 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 21.03.2013 Drs 15/3246 (23 S.)
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Mittlg MVI 28.02.2013 Drs 15/3071 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht Verk/Infra 13.03.2013 Drs 15/3199
PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3800

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
4. EU-Eisenbahnpaket

Mittlg MVI 04.03.2013 Drs 15/3160 (32 S.)
BeschlEmpf und Bericht Verk/Infra 13.03.2013 Drs 15/3201
EAntr CDU 20.03.2013 Drs 15/3253
EAntr GRÜNE und SPD 20.03.2013 Drs 15/3257
PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3793-3800
Mittlg LReg 28.08.2013 Drs 15/3984
Mittlg LReg 28.08.2013 Drs 15/3985

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Marktüberwachung von Produkten

Mittlg UM 11.03.2013 Drs 15/3200
Stellungnahme des Ltg durch den UmEnA 25.04.2013 Drs 15/3375 (dazu Antr Ulrich Lusche u.a. CDU und Andreas Glück u.a. FDP/DVP)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinienentwurf Finanztransaktionssteuer

Mittlg MFW 12.03.2013 Drs 15/3211
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 21.03.2013 Drs 15/3249 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU und Leopold Grimm FDP/DVP und Antr Josef Frey GRÜNE und Rita Haller-Haid SPD)
Mittlg LReg 05.03.2014 Drs 15/4891

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorbereitungen für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014

Mittlg IM 19.04.2013 Drs 15/3389
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 25.04.2013 Drs 15/3405

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation

Mittlg MLR 23.04.2013 Drs 15/3385
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 25.04.2013 Drs 15/3413 (dazu Antr Friedlinde Gurr-Hirr u.a. CDU)

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)*

Mittlg IM 21.05.2013 Drs 15/3528

Stellungnahme des Ltg durch den InnenA 05.06.2013 Drs 15/3555

Mittlg LReg 11.12.2013 Drs 15/4459

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**EU-Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen*

Mittlg JM 11.06.2013 Drs 15/3613 (45 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 13.06.2013 Drs 15/3625

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Europäisches Semester 2013 - länderspezifische Empfehlungen: Europa aus der Krise führen*

Mittlg LReg 04.07.2013 Drs 15/3581

BeschlEmpf und Bericht EuA 11.07.2013 Drs 15/3747 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung*

Mittlg MFW 12.07.2013 Drs 15/3781

Stellungnahme des Ltg durch den FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4042

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen*

Mittlg UM 16.07.2013 Drs 15/3796 (44 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 26.09.2013 Drs 15/4069

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Ratsempfehlung zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013*

Mittlg StM 05.08.2013 Drs 15/3914 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 26.09.2013 Drs 15/4067 (10 S.)

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Vorschlag über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft*

Mittlg JM 23.08.2013 Drs 15/3977 (75 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 26.09.2013 Drs 15/4068

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Vorschlag für eine Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und einen einheitlichen Bankenabwicklungsfonds*

Mittlg MFW 03.09.2013 Drs 15/3997 (12 S.)

Stellungnahme des Ltg durch den FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4043

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**„Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“*

Mittlg MWK 10.09.2013 Drs 15/4012 (54 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.10.2013 Drs 15/4178

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung*

Mittlg MFW 13.11.2013 Drs 15/4328 (28 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4362

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Mittlg LReg 28.05.2014 Drs 15/5284

Mittlg LReg 12.08.2016 Drs 16/404

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Änderung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten*

Mittlg UM 04.12.2013 Drs 15/4361

BeschlEmpf und Bericht EuA 12.12.2013 Drs 15/4467

PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5205

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern*

Mittlg MLR 06.12.2013 Drs 15/4454

BeschlEmpf und Bericht EuA 12.12.2013 Drs 15/4466

PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5205

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Harmonisierte Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor in den Mitgliedstaaten*

Mittlg MFW 11.12.2013 Drs 15/4487

BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4625 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU, Josef Frey u.a. GRÜNE, Rita Haller-Haid u.a. SPD und Leopold Grimm FDP/DVP)

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5427-5431

Mittlg LReg 22.07.2014 Drs 15/5536

Mittlg LReg 12.06.2015 Drs 15/6988

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren*

Mittlg JM 07.01.2014 Drs 15/4461 (25 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4626

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder

Mittlg JM 07.01.2014 Drs 15/4571 (31 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4627
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Mittlg JM 07.01.2014 Drs 15/4572 (21 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4628
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg MLR 15.01.2014 Drs 15/4596 (30 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4622
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verordnung über neuartige Lebensmittel

Mittlg MLR 15.01.2014 Drs 15/4597 (59 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4623
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft

Mittlg UM 16.01.2014 Drs 15/4605 (33 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4629
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 25.07.2014 Drs 15/5548

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG

Mittlg MVI 17.01.2014 Drs 15/4608 (50 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4630
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 19.02.2014 Drs 15/4834

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030

Mittlg UM 12.02.2014 Drs 15/4754 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.02.2014 Drs 15/4784
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten

Mittlg UM 12.02.2014 Drs 15/4756 (13 S.)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.02.2014 Drs 15/4785

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2014

Mittlg LReg 12.02.2014 Drs 15/4770 (64 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 20.03.2014 Drs 15/4955 (22 S.)
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strukturelle Maßnahmen zu Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten

Mittlg MFW 27.02.2014 Drs 15/4869 (79 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 20.03.2014 Drs 15/4953
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Mittlg MFW 03.03.2014 Drs 15/4887 (63 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 20.03.2014 Drs 15/4954
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie
Mittlg MFW 04.03.2014 Drs 15/4888 (36 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den FinWiA 13.03.2014 Drs 15/4930

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Mittlg LReg 07.04.2014 Drs 15/5038
BeschlEmpf und Bericht EuA 15.05.2014 Drs 15/5176
PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5946

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg MLR 09.04.2014 Drs 15/5054
BeschlEmpf und Bericht EuA 15.05.2014 Drs 15/5174 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU, Josef Frey u.a. GRÜNE, Rita Haller-Haid u.a. SPD und Leopold Grimm FDP/DVP)
PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5946

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung

Mittlg IM 28.04.2014 Drs 15/5118
BeschlEmpf und Bericht EuA 15.05.2014 Drs 15/5175
PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5946

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Semester 2014 - länderspezifische Empfehlungen:
Wachstum schaffen

Mittlg LReg 30.06.2014 Drs 15/5395 (47 S.)
 Stellungnahme des Ltg durch den FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5438

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung

Mittlg UM 10.07.2014 Drs 15/5446 (39 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 17.07.2014 Drs 15/5474 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU und Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD) (16 S.)
 PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
 Mittlg LReg 25.02.2015 Drs 15/6530

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen

Mittlg LReg 22.07.2014 Drs 15/5522 (13 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 09.10.2014 Drs 15/5818
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie

Mittlg UM 30.07.2014 Drs 15/5572 (48 S.)
 Stellungnahme des Ltg durch den EuA 09.10.2014 Drs 15/5821

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) - Bestandsaufnahme und Ausblick

Mittlg LReg 06.08.2014 Drs 15/5598 (38 S.)
 Stellungnahme des Ltg durch den EuA 09.10.2014 Drs 15/5819 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU, Josef Frey u.a. GRÜNE, Peter Hofelich u.a. SPD und Niko Reith FDP/DVP)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
VO in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben

Mittlg IM 28.08.2014 Drs 15/5670 (15 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 09.10.2014 Drs 15/5820
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Mittlg UM 15.10.2014 Drs 15/5891 (92 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 06.11.2014 Drs 15/5988 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU und Antr Ulrich Lusche u.a. CDU)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Eine Investitionsoffensive für Europa

Mittlg LReg 08.01.2015 Drs 15/6330 (33 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 29.01.2015 Drs 15/6358 (18 S.)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7284-7289

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015

Mittlg LReg 16.02.2015 Drs 15/6495 (80 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 05.03.2015 Drs 15/6538 (22 S.)
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Mittlg LReg 17.02.2015 Drs 15/6497 (61 S.)
 Stellungnahme des Ltg durch den EuA 05.03.2015 Drs 15/6539 (14 S.)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020

Mittlg UM 24.03.2015 Drs 15/6651 (27 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/6759 (14 S.)
 PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7699-7705
 Mittlg LReg 16.10.2015 Drs 15/7589

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie

Mittlg UM 26.03.2015 Drs 15/6684
 BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/6759 (dazu Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD) (14 S.)
 EAntr CDU 05.05.2015 Drs 15/6849
 PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7699-7705
 Mittlg LReg 16.10.2015 Drs 15/7589

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrichtlinie - Maßnahmen zum Erreichen eines guten Gewässerzustands in der EU und zur Verringerung der Hochwasserrisiken

Mittlg UM 01.04.2015 Drs 15/6706 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/6761

PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7705

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie des Rates zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG -
Besteuerung von Zinserträgen

Mittlg MFW 21.04.2015 Drs 15/6763 (20 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/6767
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen
im Bereich der Besteuerung

Mittlg MFW 21.04.2015 Drs 15/6764 (44 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/6767
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Justizbarometer 2015

Mittlg JM 23.04.2015 Drs 15/6788 (65 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/6799
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Uni-
on betreffend die Richtlinie zur Beschränkung oder Untersagung
des Anbaus von GVO in den Mitgliedstaaten

Mittlg MLR 01.06.2015 Drs 15/6954 (23 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 11.06.2015 Drs 15/6957 (dazu
Antr Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE und Thomas Reusch-
Frey u.a. SPD) (10 S.)
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
Mittlg LReg 14.12.2015 Drs 15/7873

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Europäische Migrationsagenda

Mittlg IM 26.06.2015 Drs 15/7067 (35 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 09.07.2015 Drs
15/7096 (10 S.)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa

Mittlg LReg 30.06.2015 Drs 15/7070 (33 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 09.07.2015 Drs
15/7097

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der Euro-
päischen Union - Fünf Aktionsschwerpunkte

Mittlg MFW 07.09.2015 Drs 15/7357 (30 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 24.09.2015 Drs
15/7406

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum

Mittlg LReg 17.09.2015 Drs 15/7397 (22 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 24.09.2015 Drs
15/7408

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Öffentliche Konsultation zur Umgestaltung des Energiemarkts

Mittlg UM 18.09.2015 Drs 15/7401 (29 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 24.09.2015 Drs
15/7407

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungs-
maßnahmen und Förderung von Investitionen in CO2-effiziente
Technologien

Mittlg UM 23.09.2015 Drs 15/7430 (57 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 15.10.2015 Drs 15/7529
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen

Mittlg IM 02.10.2015 Drs 15/7471 (39 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 15.10.2015 Drs
15/7546

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten

Mittlg IM 02.10.2015 Drs 15/7472 (31 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 15.10.2015 Drs
15/7546

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten
von Italien, Griechenland und Ungarn

Mittlg IM 08.10.2015 Drs 15/7531 (58 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 15.10.2015 Drs
15/7546

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Aktionsplan für die Rückkehr

Mittlg IM 09.10.2015 Drs 15/7541 (26 S.)
Stellungnahme des Ltg durch den EuA 15.10.2015 Drs
15/7546 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspoliti-
sche und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migra-
tionsagenda

Mittlg IM 13.10.2015 Drs 15/7551 (51 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 15.10.2015 Drs 15/7562
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8364-8371

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Handel für alle - Hin zu einer verantwortungsbewussteren
Handels- und Investitionspolitik

Mittlg FM 12.11.2015 Drs 15/7688 (41 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7818
 PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8705 8706

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

Mittlg MFW 13.11.2015 Drs 15/7706 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7819
 (dazu Antr Dr. Wolfgang Reinhart CDU, Josef Frey GRÜNE,
 Rita Haller-Haid SPD und Niko Reith FDP/DVP)
 PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8705 8706
 Mittlg LtgPräs 07.06.2016 Drs 16/58

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im
Euro-Währungsgebiet

Mittlg MFW 13.11.2015 Drs 15/7707 (14 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7819
 PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8705 8706

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Den Binnenmarkt weiter ausbauen - mehr Chancen für die Men-
schen und die Unternehmen

Mittlg MFW 13.11.2015 Drs 15/7708 (36 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7820
 PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8705 8706

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über
die Verbriefung und Aufsichtsbedingungen an Kreditinstitute und
Wertpapierfirmen

Mittlg MFW 25.11.2015 Drs 15/7764 (195 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 10.12.2015 Drs 15/7831
 PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016
 Mittlg LReg 01.12.2015 Drs 15/7799 (65 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 28.01.2016 Drs 15/7994 (23
 S.)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Er-
werbs und des Besitzes von Waffen

Mittlg IM 17.12.2015 Drs 15/7903 (53 S.)
 Stellungnahme des Ltg durch den EuA 28.01.2016 Drs
 15/7997

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Einlagenversicherungssystem

Mittlg MFW 19.01.2016 Drs 15/7956 (96 S.)
 Stellungnahme des Ltg durch den EuA 28.01.2016 Drs

15/7996

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket

Mittlg UM 19.01.2016 Drs 15/7960 (138 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 28.01.2016 Drs 15/7998
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Würdigung der stärkeren Beteiligung des Landtags in Angele-
genheiten der Europäischen Union

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 481 483 489 491 493

Europa 2020

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes,
nachhaltiges und integratives Wachstum

Mittlg LReg
 s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
 Angelegenheiten
 Drs 15/5038

Europäische Agentur

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Beteiligung
der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als Beob-
achter an den Arbeiten der Agentur der Europäischen Union für
Grundrechte

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
 Angelegenheiten
 Drs 15/71

Europäische Agentur für die operative Zusammenar-

beit an den Außengrenzen

FRONTEX-Missionen in BW
 Statistiken, Rahmenbedingungen und Finanzierung der
 FRONTEX-Abschiebeflüge, insbes Konsultation eines unab-
 hängigen Abschiebebeobachters, rechtzeitige Information von
 Innenministerium, Landesbehörden und eines unabhängigen
 Menschenrechtsmonitorers zur individuellen Überprüfung der
 geplanten Abschiebemaßnahmen

Antr Josef Frey u.a. GRÜNE 04.03.2013 und Stellungnahme
 IM Drs 15/3154
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 05.06.2013 Drs 15/3712 S.
 17
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Europäische Atomgemeinschaft

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechni-
scher Anlagen

Mittlg LReg
 s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
 Angelegenheiten
 Drs 15/3796

Revision EURATOM-Vertrag
 Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an
 die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer

Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kerntechnischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr GRÜNE 30.01.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6433

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 31-33

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

Neue Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A
Beurteilung und Konsequenzen aus der neuen Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), insbes Bewertung des seit dem 1. Januar 2015 in Frankreich geltenden generellen Verbots von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen

KlAnfr

s. *Gesundheitsschädlicher Stoff*

Drs 15/6597

Europäische Eisenbahnagentur

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

4. EU-Eisenbahnpaket

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/3160

Europäische Fördergelder

s. *EU-Mittel*

Europäische Fördermittel

s. *EU-Mittel*

Europäische Grenzschutzagentur

s. *Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*

Europäische Kommission

s.a. *Grünbuch der Europäischen Kommission*

s.a. *Weißbuch der Europäischen Kommission*

Import- und Exportkontrolle durch die EU-Kommission

Abmilderung der Außenhandelsungleichgewichte in Europa

KlAnfr

s. *Außenwirtschaft*

Drs 15/790

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2012

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*

Angelegenheiten

Drs 15/1160

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die zukünftige Konzessionsvergabe (KOM 2011/897) und hieraus resultierende Folgen für die baden-württembergischen Kommunen

Beurteilung des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission für ein neues europaweites Vergaberecht, insbes bürokratischer Aufwand und geplante Hilfestellungen für Kommunen bei der Umsetzung, Höhe der Schwellenwerte und Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen, Auswirkungen für die Rettungsdienste, Einbeziehung der Konzessionsvergabe für den Wassermarkt und Erschwerung der interkommunalen Zusammenarbeit

KlAnfr

s. *Richtlinie der EU*

Drs 15/2914

Entwurf EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Ablehnung der Regelung der Wasserversorgungsdienste im Entwurf einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe, insbes Wasserzugang als Menschenrecht und Wasser als nicht übliche Handelsware; Wasserversorgung und -bewirtschaftung als Kernstück kommunaler Daseinsvorsorge fällt nach einem Zusatzprotokoll des Lissabonvertrags nicht unter die Regelungen des europäischen Binnenmarkts

Antr

s. *Wasser*

Drs 15/2957

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2013

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/3081

Modernisierung des EU-Beihilferechts

Modernisierung des EU-Beihilferechts und Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für die Förderung des Landes und der Kommunen in BW, insbes durch Überarbeitung von Ermächtigungsverordnung, Verfahrensverordnung, Allgemeiner Gruppenfreistellungsverordnung, DE-Minimis-Verordnung, Risikokapitaleitlinien und des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Antr

s. *Europäisches Gemeinschaftsrecht*

Drs 15/4064

Neue Forststrategie der Europäischen Kommission

Entwicklung von Waldflächen und Holzvorrat in BW und der EU; Leitgrundsätze der neuen Forststrategie der Europäischen Kommission und Auswirkungen auf Forstbehörden und Forstpolitik Baden-Württembergs

Antr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 15/4698

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2014

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*

Angelegenheiten
Drs 15/4770

Pläne der Europäischen Kommission zu den sogenannten reglementierten Berufen

Auswirkungen der Pläne der Europäischen Kommission zum erleichterten Zugang zu sogenannten reglementierten Berufen, insbes auf die duale Ausbildung, das Handwerk und andere reglementierte Berufe wie Ärzte und Apotheker

Antr
s. *Berufsfreiheit*
Drs 15/4833

EU-Projekt „e-SENS“ (Electronic Simple European Networked Services)

Sachstand des neuen Projekts „e-SENS“ der Europäischen Kommission zum Aufbau einer europaweit anwendbaren, digitalen Infrastruktur für rechtssichere und grenzüberschreitende Online-Dienste, insbes Vorteile für Wirtschaft und Verwaltung in BW

Antr
s. *Telemedien*
Drs 15/4835

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6495

EU-weite Normung von Gesundheitsdienstleistungen

Sachstand zur EU-weiten Normung von Gesundheitsdienstleistungen, insbes Inhalte und Gründe der Planungen der Europäischen Kommission, Beteiligung an der Ausarbeitung, Bewertung durch die LReg, Auswirkungen auf die Qualität der Gesundheitsversorgung in BW

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/6670

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) auf dem europarechtlichen Prüfstand - EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Sachstand zur Bedeutung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, insbes Auswirkungen auf Bauqualität und -sicherheit sowie Planungs- und Kostentransparenz, Bewertung und Erfolgsaussichten der Prüfung einer Vertragsverletzung durch die EU-Kommission

Antr
s. *Honorarordnung für Architekten und Ingenieure*
Drs 15/7082

Sachstand zur Umsetzung der EU-Investitionsoffensive

Geplante Projekte iRd EU-Investitionsoffensive; Maximierung von Landesförderungen durch Risikoabsicherung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

MdlAnfr
s. *Investitionsförderung*
Drs 15/7139

EU-Investitionsoffensive - Breitbandförderung

Sachstand zur Anmeldung und Beantragung von Projekten im Bereich Breitbandförderung für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/7139

EU-Investitionsoffensive - Bereich Verkehrsinfrastruktur

Sachstand zur Auswahl und Anmeldung von Projekten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7139

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten

Kritische Hinterfragung der Evaluierung der Berufszugangsregelungen durch die EU-Kommission; Herausstellen der positiven Aspekte deutscher Berufszugangsregelungen; Ergreifung von Maßnahmen zum Erhalt der hohen Qualitätsstandards bei den Freien Berufen und dem Handwerk

Antr
s. *Berufsrecht*
Drs 15/7167

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in BW erhalten

Mitgestaltung der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission bei den Berufszugangsregelungen, insbes Erhalt der Reglementierung und der Qualitätsstandards in Freien Berufen und im Handwerk als autonome Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten, Beibehaltung der Selbstverwaltung und des Systems der Kammern, Weiterentwicklung des Systems der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe

Antr
s. *Berufsrecht*
Drs 15/7176

Pläne zur Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems

Bewertung des Vorschlags zur Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems, insbes Gefahr von Fehlanreizen und neuen Bankenrisiken, Pläne und Zeitplan zur Umsetzung des Vorschlags durch eine Rechtsetzungsinitiative der Europäischen Kommission, Einsatz für den Erhalt der nationalen Einlagensicherungssysteme

Antr
s. *Einlagensicherung*
Drs 15/7438

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7799

Anstrebung einer bei der EU-Kommission angesiedelten europäischen Wirtschaftsregierung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 486 490 491 493 494

Europäische Lebensmittelagentur

s. *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit*

Europäische Lebensmittelbehörde

s. *Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit*

Europäische Metropolregion Stuttgart

s. *Metropolregion Stuttgart*

Europäische Regionen

s.a. *Donauraum*

s.a. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*

Strategische Ausrichtung der Vier Motoren für Europa

Gemeinsame Initiativen, Ziele und Schwerpunkte iRd Partnerschaft mit Rhone-Alpes, Katalonien und der Lombardei; Impulse zur Stärkung der Europäischen Integration nach der Strategie 2020 sowie zur Erholung und Dynamisierung des europäischen Wirtschaftsraums; Resultate der Entsendung institutioneller und wirtschaftlicher Missionen nach Ägypten sowie des Erfahrungsaustauschs mit anderen außereuropäischen Regionen in Südamerika und Asien

Antr Josef Frey u.a. GRÜNE 15.08.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/424 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 120-123

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

EU-Regionalpolitik in der Förderperiode 2014 bis 2020

Einschätzung der Veränderungen und höheren Mittelzuflüsse in der neuen Förderperiode, Abbildung der Förderschwerpunkte der EU-Fonds für Regionale Entwicklung und Soziales, Übereinstimmung mit der Agenda für Wachstum und Beschäftigung? Frage nach eigenen Akzenten sowie Initiativen der vier Motoren für Europa, Erhaltung von Handlungsspielräumen für bestimmte Fördertatbestände wie Energieeffizienz oder Stadtentwicklung, Anstrengung von weniger Bürokratie bei der Projektentwicklung; Bewertung der Ergebnisse der vergangenen Förderperiode bis 2013

Antr

s. *Strukturpolitik*

Drs 15/793

Erinnerung an die Initiierung eines Europas der Regionen von Lothar Späth

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 487

Auflistung der Regionen ohne Gentechnik in Europa, Beitritt des Landes zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen Europas

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1709 1712 1714

Europäische Schule

Beibehaltung des Landeszuschusses für die Europäische Schule Karlsruhe

Bedeutung der Europäischen Schule Karlsruhe und Sicherstellung einer zukunfts- und tragfähigen finanziellen Unterstützung ab 2017

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 25.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6518

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 23 24

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Wie geht es ab 2017 mit dem Landeszuschuss für die Europäische Schule Karlsruhe weiter?

Bedeutung der Europäischen Schule Karlsruhe für die Technologieregion Karlsruhe und für das Land BW; Fortbestand der finanziellen Förderung durch das Land BW

KIAnfr Bettina Meier-Augenstein CDU 19.01.2016 und Antw KM Drs 15/7959

Europäische Statistik

s. *Statistik*

Europäische Stiftung

s. *Stiftung*

Europäische Union

s.a. *EU-Beauftragter*

s.a. *EU-Erweiterung*

s.a. *Europäische Agentur*

s.a. *Europäische Kommission*

s.a. *Europäische Regionen*

s.a. *Europäische Zentralbank*

s.a. *Europäischer Binnenmarkt*

s.a. *Europäischer Regionalfonds*

s.a. *Europäischer Sozialfonds*

s.a. *Europäisches Gemeinschaftsrecht*

s.a. *Europäisches Jahr*

s.a. *Europäisches Technologieinstitut*

s.a. *LEADER*

s.a. *Subsidiaritätsprinzip*

Information über die Stresstests für Atomkraftwerke in der Europäischen Union

Umfang, Kriterien und Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung der europäischen Atomkraftwerke

Mittlg LReg

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 15/176

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2012

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1160

Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union

Auswirkungen des o.g. Beitritts zum EU-Binnenmarkt auf die bestehende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung in der Gemischten Regierungskommission, für die hiesigen Unternehmen und für die Donaustategie; Unterstützung der Behörden bei der weiteren Umsetzung von EU-Recht und Verwaltung der EU-Fördermittel; Unterstützung der Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen von EU-kofinanzierten Projekten

Antr

s. *Kroatien*

Drs 15/1253

Festvortrag: Die Rolle der Länderparlamente im europäischen Integrationsprozess

s. Rede

PIPr 15/35 S. 1903

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Mittlg LReg

s. Europa

Drs 15/1706

Neue Entwicklungen in den Beziehungen EU - Schweiz

Beurteilung des Vorschlags des Schweizer Bundesrats für einen Verhandlungsrahmen für ein EU-Schweiz-Rahmenabkommen zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln sowie der Auswirkungen für BW; Einbringung des Anliegens von gleichen Wettbewerbschancen für Handwerker, Dienstleister und Landwirte beim Bund; Chancen nach Abschluss des Rahmenabkommens für den erfolgreichen Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens?

Antr

s. *Europäischer Binnenmarkt*

Drs 15/2032

EU-Beauftragte in BW

Einsatz von EU-Beauftragten in Landkreisen und Kommunen im Bundesvergleich, Kooperation von EU-Beauftragten untereinander; Verbesserung der Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten auf EU-Ebene; Unterstützung bei der Beschaffung von EU-Fördermitteln und der Umsetzung von EU-Programmen

Antr

s. *EU-Beauftragter*

Drs 15/2147

Unterichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umfassende Risiko- und Sicherheitsbewertungen („Stresstests“) von Kernkraftwerken in der Europäischen Union und damit verbundene Tätigkeiten

Mittlg LReg

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 15/2644

Europäisches Studenten-Austauschprogramm ERASMUS

Stellenwert des europäischen Studenten-Austauschprogramms Erasmus; Statistiken zu ERASMUS-Teilnehmern für BW; Zukunft der finanziellen Förderung für das Auslandsstudium

Antr

s. *Akademischer Austausch*

Drs 15/2818

EU-Absatzförderung

Art, Ziele, Ausgabenhöhe und geplante Änderungen der EU-Absatzförderungsmaßnahmen für Lebensmittel aus europäischer Landwirtschaft, insbes Nutzen für BW, Förderung qualitätsorientierter und umweltfreundlicher Produktion, Unterstützung lokaler Märkte und kurzer Vertriebswege, Aufklärung von Verbrauchern über Produktqualität

Antr

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/2904

Chance für weniger Bürokratie in der Landwirtschaft - Nationale Zuverlässigkeitserklärung auf politischer Ebene im Bereich der Agrarförderung

Umfang und Sachverhalte für Anlastungen im Bereich der EU-Agrarförderung in BW; Änderungen im Kontrollregime im Bereich Agrarförderung, insbes Abgabe nationaler Zuverlässigkeitserklärungen der Mitgliedsstaaten iRd EU-Haushaltsrechts; Entlastungen im Bereich der Kontrollen durch Herstellung eines einheitlichen Kontrollrahmens; Möglichkeit einer Abgabe der Zuverlässigkeitserklärung durch das Land BW

Antr

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/2905

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Haltung zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA; verbesserter Zugang zum US-Markt für baden-württembergische Unternehmen infolge einer Aufhebung der Zölle; profitierende Branchen; Direktinvestitionen aus den USA sowie aus Drittstaaten in BW; Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in BW; Chancen und Risiken einer Liberalisierung des Handels für den Bereich der Landwirtschaft; Erhaltung bestehender Standards; Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung

Antr

s. *Handelsabkommen*

Drs 15/3197

EU-Fortschrittsbericht zur Donaunraumstrategie

Bewertung der Ergebnisse des aktuellen Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur EU-Strategie für den Donaunraum (EUS-DR) und Konsequenzen für das Land BW, insbes Zusammenwirken der Landesministerien, Zusammenarbeit der Regierungen, aktuelle und künftige Arbeitsschwerpunkte, hauptsächlich Mitteleinsatz, Zwischenbilanz im PAC 8-Prioritätsbereich „Wettbewerb/kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, Rolle der Donautransferzentren, Maßnahmen zu den ab 2014 geltenden Freizügigkeitsrechten für Bürger aus Bulgarien und Rumänien, Rolle der beruflichen Ausbildung

Antr

s. *Donaunraum*

Drs 15/3388

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/3528

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltssende und Verhängung von Wiedereinreiseperrnen; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Semester 2013 - länderspezifische Empfehlungen: Europa aus der Krise führen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3581

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3977

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr
s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*
Drs 15/4063

Liberalisierung der europäischen Postmärkte

Vorteile der Liberalisierung der Postmärkte für Bürger und Unternehmen; Wettbewerbschancen und Preisentwicklung; Qualität und Serviceleistungen; Deregulierung des Briefmarkts; Postdienste baden-württembergischer Unternehmen in EU-Mitgliedstaaten; Einrichtung grenzüberschreitender Postdienste in grenznahen Regionen; Zukunftsperspektive der europäischen Postmärkte

Antr
s. *Postbeförderung*
Drs 15/4269

Kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union

Historische Entwicklung und Zahl der Gemeindepartnerschaften; Gründe und Ziele kommunaler Partnerschaften; Intensität der Beziehungen zwischen Partnerstädten; Haltung der kommunalen Spitzenverbände zu den Städtepartnerschaften; Förderung kommunaler Partnerschaften durch das Land und die Europäische Union; Zukunft der Städtepartnerschaften

Antr
s. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*
Drs 15/4270

Status der Aktivitäten des Landes iRd Donauraumstrategie der Europäischen Union

Überblick über die Aktivitäten der verschiedenen politischen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen iRd EU-Donauraumstrategie und deren Koordination

KIAnfr
s. *Donauraum*
Drs 15/4286

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4572

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuflichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/4612

Mögliche Neuregelungen zum Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung zur Einwanderung in der Schweiz

Entwicklung der Zahl der Grenzpendler mit der Schweiz; Auswirkungen der angenommenen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz, insbes für den Grenzverkehr und grenznahe Kommunen, die Personenfreizügigkeit, Unternehmensstandorte und die bestehenden bilateralen Vertragsbeziehungen mit der EU

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/4832

Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Süd-

west, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionsunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder Fehldeklaration solcher Warene sendungen

KlAnfr
s. *Einfuhr*
Drs 15/5059

Umsetzung der Subsidiarität auf europäischer Ebene

Anzahl und Begründungen der eingeleiteten Subsidiaritätsrügen bzw Subsidiaritätsklagen gegen die Europäische Union wegen Verletzung des Grundsatzes der Subsidiarität bei europäischen Entscheidungen

KlAnfr
s. *Subsidiaritätsprinzip*
Drs 15/5364

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Semester 2014 - länderspezifische Empfehlungen: Wachstum schaffen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5395

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberechtigungsrecht

Ersetzung der bisherigen statischen Verweisung im Architekten-gesetz und dem Ingenieurgesetz durch eine dynamische Verweisung auf die jeweils geltende Fassung der Berufsanerkenntnisrichtlinie der Europäischen Union

GesEntw
s. *Bauberechtigungsrecht*
Drs 15/5445

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5446

Forderung der Länder nach Änderungen bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sowie mögliche Konflikte bei der EEG-Novelle mit der Europäischen Union (EU)

Anzahl, Inhalte und Auswirkungen der Änderungsanträge von BW und der anderen Bundesländer zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes; Beurteilung der Einwände der Europäischen Union gegen das EEG und die EEG-Novelle und die absehbaren Folgen

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/5469

Exportstärke der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Situation und Entwicklung beim Export von Agrarerzeugnissen und Ernährungsprodukten aus Deutschland und BW, insbes Anteile der Exportmärkte EU, USA und China; organisatorische Unterstützung des Agrarexports in BW und den anderen deutschen Flächenländern; Auswirkung des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens auf Agrarexport

Antr
s. *Agraraußenhandel*
Drs 15/5557

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5667

Die europäische Bankenabgabe und ihre Auswirkungen auf das Förderkreditgeschäft in BW

Risiken und Auswirkungen der geplanten europäischen Bankenabgabe auf das Förderkreditgeschäft in BW, insbes Mehrfachbelastungen von Banken und Sparkassen mit Institutssicherungssystemen; Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen auf Kreditinstitute und das Fördergeschäft, insbes der Ausnahme von Förderkrediten von einer Belastung durch die zukünftige europäische Bankenabgabe

Antr
s. *Bank*
Drs 15/5691

Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-out“?

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr
s. *Gentechnik*
Drs 15/6283

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW

Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr
s. *CETA-Abkommen*
Drs 15/6292

Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene Kommunen

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Hei-

zung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6671

Europäische Flüchtlingspolitik

Sachstand zur Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union, insbes Flüchtlingszahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und in BW, Möglichkeiten zur Erweiterung der legalen Zuwanderung, Überwachung der Einhaltung der Rechts- und Sozialstandards bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern, Unterbindung der Aktivitäten organisierter Schlepper, Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms im Mittelmeer, Mitwirkung der LReg an einer gesamt europäischen Flüchtlingsstrategie

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/6774

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Justizbarometer 2015

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6788

EU-Flüchtlingsgipfel: Die Europäische Union braucht eine humane und faire Flüchtlingspolitik

Aktuelle Debatte
s. *Flüchtlingspolitik*
PIPr 15/127 S. 7625

EU-weite Normung zur Minderung des Plastiktütenverbrauchs
Sachstand und Position der LReg zur geplanten Regulierung des Plastiktütenverbrauchs durch die Europäische Union, insbes Plastiktütenverbrauch in BW, Auswirkungen einer Besteuerung bzw eines Verbots von Plastiktüten auf den Einzelhandel und die Verbraucher

Antr
s. *Kunststoffprodukt*
Drs 15/6856

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Europäische Migrationsagenda

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7067

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union - Fünf Aktionsschwerpunkte

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7357

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7397

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migrationsagenda

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7551

Europäischer Materialpass und Folgen für die Bauwirtschaft
Intentionen des europäischen Forschungsprojekts „Buildings as Material Banks“ (BAMB) für die Reduktion des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Bauabfallmenge mittels eines elektronischen Materialpasses und Auswirkungen auf verbindliche Vorgaben auf EU-Ebene; Sachstand zur Wiederverwertung von Baumaterialien in BW und der Verbreitung des Materialpasses

Antr
s. *Baustoff*
Drs 15/7646

Beurteilung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union, Wahrung des Zusammenhalts der EU, Plädoyer für eine europaweite Finanztransaktionssteuer

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 481-498

Einbeziehung der Länder bei der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise in der EU, Wahrnehmung der Verantwortung mit der Umsetzung des Fiskalpakts zur Stabilisierung des Euro

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251-2264

Europäische Union / Ausschuss der Regionen

s. *Ausschuss der Regionen der Europäischen Union*

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7706

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7707

Europäische Zentralbank

Unterstützung der Eröffnungsfeier der „Transnationalen Aktionen gegen die Europäische Zentralbank“ durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg, insbes Mittelverwendung

MdlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/6690

Unterstützung der Blockupy-Demonstrationen anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg, insbes Ergebnis der rechtsaufsichtlichen Überprüfung durch die Universität Heidelberg, Veränderungen hinsichtlich bestehender Regelungen der Verfassten Studierendenschaften zur Gewährleistung weltanschaulicher und parteipolitischer Neutralität

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/6926

Kritik am starken Ankauf von Staatsanleihen europäischer Schuldenländer durch die EZB, Erinnerung an die Warnungen der EZB vor einer Aufnahme Griechenlands in die Eurozone

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 483 484 487 489 490 493

Vorschlag einer Aufwertung der EZB zu einem zentralen Finanzierungsinstitut der EU ohne Gefährdung ihrer politischen Unabhängigkeit

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1082 1083

Europäischer Binnenmarkt

Strategische Ausrichtung der Vier Motoren für Europa

Gemeinsame Initiativen, Ziele und Schwerpunkte iRd Partnerschaft mit Rhone-Alpes, Katalonien und der Lombardei; Impulse zur Stärkung der Europäischen Integration nach der Strategie 2020 sowie zur Erholung und Dynamisierung des europäischen Wirtschaftsraums; Resultate der Entsendung institutioneller und wirtschaftlicher Missionen nach Ägypten sowie des Erfahrungsaustauschs mit anderen außereuropäischen Regionen in Südamerika und Asien

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 15/424

Import- und Exportkontrolle durch die EU-Kommission
Abmilderung der Außenhandelsungleichgewichte in Europa

KlAnfr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/790

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anerkennung von Berufsqualifikationen

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der VO über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems KOM(2011)883 endg.

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1201

Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union

Auswirkungen des o.g. Beitritts zum EU-Binnenmarkt auf die bestehende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung in der Gemischten Regierungskommission, für die hiesigen Unternehmen und für die Donaustrategie; Unterstützung der Behörden bei der weiteren Umsetzung von EU-Recht und Verwaltung der EU-Fördermittel; Unterstützung der Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen von EU-kofinanzierten Projekten

Antr
s. *Kroatien*
Drs 15/1253

Nachteile für Unternehmen aus BW auf dem europäischen Markt wegen geringer Frauenquote

Ausschluss o.g. Unternehmen vom Wettbewerb in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Äußerungen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Positionen der Unternehmensverbände zu einer verbindlichen Frauenquote im Vorstand von Unternehmen; Beurteilung des Handlungsbedarfs bei den auf dem europäischen Markt agierenden Unternehmen, u.a. auch bei denen mit Landesbeteiligung

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1510

Neue Entwicklungen in den Beziehungen EU - Schweiz

Beurteilung des Vorschlags des Schweizer Bundesrats für einen Verhandlungsrahmen für ein EU-Schweiz-Rahmenabkommen zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln sowie der Auswirkungen für BW; Einbringung des Anliegens von gleichen Wettbewerbschancen für Handwerker, Dienstleister und Landwirte beim Bund; Chancen nach Abschluss des Rahmenabkommens für den erfolgreichen Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens?

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 05.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2032

Gelangensbestätigung

Darlegung der Bürokratiepflichten und Existenzrisiken für mittelständische Unternehmer sowie Speditions- und Logistikbetriebe durch die 2012 eingeführte Gelangensbestätigung für den innergemeinschaftlichen Handel zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug; Anweisungen des Bundesfinanzministers zur Umsetzung des Instruments und Erfahrungen der nachgeordneten Finanzbehörden; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des freien Binnenmarkts; Änderungsvorschläge gegenüber dem BMF oder im Bundesrat

Antr
s. *Umsatzsteuer*

Drs 15/2085

Folgen von Leistungsbilanzungleichgewichten auf die baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem sogenannten Economic Governance-Paket

Höhe der jährlichen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und BW seit der Finanzkrise 2009 im Vergleich zu den Euro-Staaten, Darlegung der o.g. Auswirkungen und der Forderung der EU-Kommission zur Ankurbelung des Binnenkonsums durch öffentliche Investitionen und höhere Löhne in den Überschussländern, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und Tariffreiheit, Frage nach einer Beteiligung an Strafzahlungen nach einem von der EU-Kommission festgestellten „übermäßigen makroökonomischen und volkswirtschaftlichen Ungleichgewicht“

Antr

s. *Außenwirtschaft*

Drs 15/2215

Arbeitsmigration in der Europäischen Union

Entwicklung der Wahrnehmung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in den Euro-Ländern seit Einführung der gemeinsamen Währung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in BW; Maßnahmen und Programme zur Stimulanz der Arbeitsmigration mit dem Ziel einer Abmilderung der Arbeitslosigkeit in den wirtschaftlich schwächeren sowie des Fachkräftemangels in den stärkeren Regionen

Antr

s. *Arbeitskraft*

Drs 15/2577

Marktzugang für baden-württembergische Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz

Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungsunternehmen aus BW in der Schweiz; Anmeldung von Selbstständigen, Kautionspflichten und Kontrollen durch die Verwaltung; Zugang von Taxiunternehmen aus BW am Flughafen Zürich; Vorteile eines Rahmenabkommens der EU mit der Schweiz zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln; Interessenvertretung des Landes BW; Förderung des Abschlusses eines Rahmenabkommens; Ziel eines Agrarfreihandelsabkommens

Antr

s. *Dienstleistungswirtschaft*

Drs 15/4235

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4454

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7070

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Den Binnenmarkt weiter ausbauen - mehr Chancen für die Menschen und die Unternehmen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7708

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7764

Hervorhebung der Vorteile des Binnenmarkts für die deutsche Wirtschaft

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482 486 487 489-491 496

Hervorhebung der Vorteile des Binnenmarkts für die deutsche Wirtschaft

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251 2257

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

s. *Europäischer Regionalfonds*

Europäischer Freiwilligendienst

s.a. *Freiwilligendienst*

Europäischer Freiwilligendienst

Sachstand zum Europäischen Freiwilligendienst, insbes Stellenwert, Inhalt, Voraussetzungen, Ziele, Durchschnittsdauer, Nutzen für die Teilnehmer, Teilnehmerzahlen aus BW in der EU, EU-Teilnehmerzahlen in BW, Zugänglichkeit für junge Menschen mit erhöhtem pädagogischem und psychologischem Förderbedarf

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.12.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6310

BeschlEmpf und Bericht EuA 05.03.2015 Drs 15/6921 S. 89 90

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft

Beratende Äußerung „Kontrollsystem und Verwaltungskosten bei EU-Förderverfahren in den Bereichen EGFL und ELER“

Mittlg RH

s. *Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums*

Drs 15/7140

Europäischer Gerichtshof*Regierungsbefragung*

Rechtlicher Umgang mit neuen Formen von Drogen, die nach der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs außerhalb der Strafbarkeit liegen

s. Synthetische Droge

PIPr 15/105 S. 6269

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

Auswirkungen der neuen EU-Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor auf die Förderprogramme des Landes
Änderungen bei den staatlichen Beihilfen im Agrar- und Forstsektor; Fortsetzung von Förderprogrammen des Landes wie den Leistungen nach der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO); Ursachen des Vorbehalts bei den SchALVO-Zahlungen; Auswirkungen der geplanten Novellierung der Düngerverordnung auf die Förderprogramme des Landes

Antr

s. Agrarsubvention

Drs 15/6393

Beratende Äußerung „Kontrollsystem und Verwaltungskosten bei EU-Förderverfahren in den Bereichen EGFL und ELER“

Mittlg RH 09.07.2015 Drs 15/7140 (105 S.)

PIPr 15/134 15.07.2015 S. 7991

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7693

(16 S.)

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Europäischer Regionalfonds

s.a. LEADER

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Förderung von Projekten aus dem Europäischen Regionalfonds ab der Förderperiode 2014 bis 2020

Antr

s. Frau

Drs 15/41

EU-Strukturförderung

Höhe, Verwendungszwecke und Zielgenauigkeit der im Verlauf der Förderperiode 2007 bis 2013 abgerufenen Mittel aus dem EFRE und ESF entsprechend dem Nationalen Strategischen Rahmenplan und den Operationellen Programmen des Landes; Organisation der Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts untereinander und mit den Sozialpartnern; notwendige Änderungen der bisherigen Vergabe- und Förderpraxis, Beteiligung der Begleitausschüsse, Regionalen Arbeitskreise u.a. bei der Überführung der Förderpolitik in die neue Förderperiode 2014 bis 2020

Antr

s. Strukturpolitik

Drs 15/423

EU-Regionalpolitik in der Förderperiode 2014 bis 2020

Einschätzung der Veränderungen und höheren Mittelzuflüsse in der neuen Förderperiode, Abbildung der Förderschwerpunkte der EU-Fonds für Regionale Entwicklung und Soziales, Übereinstimmung mit der Agenda für Wachstum und Beschäftigung? Frage nach eigenen Akzenten sowie Initiativen der vier Motoren

für Europa, Erhaltung von Handlungsspielräumen für bestimmte Fördertatbestände wie Energieeffizienz oder Stadtentwicklung; Anstrengung von weniger Bürokratie bei der Projektentwicklung; Bewertung der Ergebnisse der vergangenen Förderperiode bis 2013

Antr

s. Strukturpolitik

Drs 15/793

Regionalentwicklung in BW - Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER in der Förderperiode 2014 bis 2020

Bedeutung der nachhaltigen Regionalentwicklung als Strategie zur Ausrichtung der Politik für die Ländlichen Räume in BW, insbes Herausforderungen des demografischen Wandels sowie derzeitige Strukturen und Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung; Umsetzung und Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER, insbes zentrale Kritikpunkte, Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Arbeit Lokaler Aktionsgruppen, Vorschaltung eines inoffiziellen Interessensaufbaus; Folgen für die Regionalpolitik aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr

s. LEADER

Drs 15/3053

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Umsetzung des Operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in BW, insbes konkreten Auswirkungen der Vereinbarung der Wirtschaftsministerkonferenz vom 3./4. Dezember 2012 zu innerdeutschen Mittelverteilung; Vermeidung einer Doppelförderung von Projekten im Bereich der CO2-Reduktion; Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens „Zukunftsfähige Regionalentwicklung in funktionalen Räumen“

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3131

BeschlEmpf und Bericht EuA 11.07.2013 Drs 15/4040 S. 71

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Operationelles Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für BW

Anteil und Umfang der Mittelbereitstellung aus dem EFRE-Fonds der EU für Förderprogramme aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, insbes konkrete Ausgestaltung des Wettbewerbs „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit (RegioWIN)“

Antr Paul Locherer u.a. CDU 10.07.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3770

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 39 40

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Verwendung der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2006 bis 2013

Entwicklung von Anteil und Abruf der auf BW entfallenen Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in der Förderperiode 2006 bis 2013; detaillierte Auszahlungsstatistik

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 15.08.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3947

Ausgestaltung der EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)-Förderung in BW in der Förderperiode 2014 bis 2020

Erhöhung und Zuweisung der Fördermittel iRd Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) an BW; Ziele und Schwerpunkte der künftigen Regionalentwicklung der LReg, insbes Beitrag zur Energiewende und Förderung des ländlichen Raums

Antr GRÜNE 13.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4027
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5834-5841

Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN

Berücksichtigung des Gemeindetags, Städtetags und Landkreistags bei der Besetzung der Jury im Wettbewerb „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit - RegioWIN“

MdlAnfr
s. *Regionalpolitik*
Drs 15/4358

EU-Mittel in der Förderperiode 2007 bis 2013

Zufluss von EU-Mitteln in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach BW, insbes Gesamtmittel, Direktzahlungen an Landwirte sowie Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm INTERREG IV, dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm „Life+“; Teilnehmerzahlen an den Austauschprogrammen „Comenius“ für Schüler und „Erasmus“ für Studenten

Antr
s. *EU-Mittel*
Drs 15/4943

Förderung von Elektromobilität in BW

Förderung von Projekten zur Elektromobilität in BW, insbes Anzahl und Fördervolumen, Einsatz von Elektroautos, Umsetzung von Projektzielen, Nutzung von EFRE-Fördergeldern, Beschaffungsiniziativa für die Landesflotte; Nutzung von Busspuren durch Elektroautos

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/5747

Europäischer Sozialfonds

EU-Strukturförderung

Höhe, Verwendungszwecke und Zielgenauigkeit der im Verlauf der Förderperiode 2007 bis 2013 abgerufenen Mittel aus dem EFRE und ESF entsprechend dem Nationalen Strategischen Rahmenplan und den Operationellen Programmen des Landes; Organisation der Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts untereinander und mit den Sozialpartnern; notwendige Änderungen der bisherigen Vergabe- und Förderpraxis, Beteiligung der Begleitausschüsse, Regionalen Arbeitskreise u.a. bei der Überführung der Förderpolitik in die neue Förderperiode 2014 bis 2020

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/423

EU-Regionalpolitik in der Förderperiode 2014 bis 2020

Einschätzung der Veränderungen und höheren Mittelzuflüsse in der neuen Förderperiode, Abbildung der Förderschwerpunkte der EU-Fonds für Regionale Entwicklung und Soziales, Übereinstimmung mit der Agenda für Wachstum und Beschäftigung? Frage nach eigenen Akzenten sowie Initiativen der vier Motoren für Europa, Erhaltung von Handlungsspielräumen für bestimmte Fördertatbestände wie Energieeffizienz oder Stadtentwicklung, Anstrengung von weniger Bürokratie bei der Projektentwicklung; Bewertung der Ergebnisse der vergangenen Förderperiode bis 2013

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/793

Zukunft der EURES-T-Grenzpartnerschaften

Bewertung o.g. Partnerschaften am Bodensee und Oberrhein im Hinblick auf einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und als Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels; Beurteilung des Vorschlags der EU-Kommission zur Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds ab der Förderperiode 2014-2020; Eintreten für eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Sozialer Wandel und Innovation“

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/2220

EU-Mittel in der Förderperiode 2007 bis 2013

Zufluss von EU-Mitteln in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach BW, insbes Gesamtmittel, Direktzahlungen an Landwirte sowie Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm INTERREG IV, dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm „Life+“; Teilnehmerzahlen an den Austauschprogrammen „Comenius“ für Schüler und „Erasmus“ für Studenten

Antr
s. *EU-Mittel*
Drs 15/4943

Aussetzung der Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung

Konsequenzen der drohenden Versorgungslücke bei Kursen zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund aufgrund der bis Ende April 2014 aufgebrauchten Mittel des Europäischen Sozialfonds, insbes Situation für Kursanbieter und Zielpersonen in BW, weitere Planungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Weiterführung des Kursangebots

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5064

Finanzierung der „Welcome-Center“

Regionale Verteilung und Träger der neu eingerichteten „Welcome-Center“; Höhe und Herkunft der für den Aufbau und Betrieb der einzelnen Einrichtung zur Verfügung stehenden Mittel; Finanzierung und Weiterführung der „Welcome-Center“ ab dem Jahr 2015

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/5497

Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene Kommunen

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Heizung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6671

Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt*s. Stabilitäts- und Wachstumspakt***Europäisches Gemeinschaftsrecht***EU-Bürokratieabbau*

Bürokratiebelastung von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern mit Ursprung im EU-Recht und dessen Umsetzung auf Landes- und regionaler Ebene; Bewertung von Vorschlägen der Expertengruppe für EU-Bürokratieabbau, u.a. Einführung einer Begründungspflicht bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten für über das EU-Mindestmaß hinausgehende Verwaltungsanforderungen; Frage nach überflüssigen EU-Vorschriften sowie nach der Wiedereinführung eines Beauftragten für Bürokratieabbau

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 15/1591

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditverteuerung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr
s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*
Drs 15/2820

Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht

Aktuelle Debatte
s. *Wasser*
PIPr 15/58 S. 3407

Entwurf EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Ablehnung der Regelung der Wasserversorgungsdienste im Entwurf einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe, insbes Wasserzugang als Menschenrecht und Wasser als nicht übliche Handelsware; Wasserversorgung und -bewirtschaftung als Kernstück kommunaler Daseinsvorsorge fällt nach einem Zusatzprotokoll des Lissabonvertrags nicht unter die Regelungen des europäischen Binnenmarkts

Antr
s. *Wasser*
Drs 15/2957

Regelungen zum Brandschutz in BW

Zulassung von Sachverständigen für Brandschutz nach Europäischem Recht in BW in Abstimmung mit dem Bund, insbes Umsetzung der europäischen Norm und parallele Anerkennung zu den bisherigen öffentlich bestellten Sachverständigen; Brandschutzarbeit von Landeseinrichtungen

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/3027

Neue EU-Medizinprodukte-Verordnung

Entwurf der Europäischen Kommission für eine neue EU-Medizinprodukte-Verordnung, insbes erwartete Auswirkungen für die Medizinproduktehersteller in BW und Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

KlAnfr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/3062

„Made in Germany“-Herkunftsbezeichnung

Einführung, Entwicklung und Bedeutung der Herkunftsbezeichnung „Made in Germany“; Planungen der Europäischen Kommission zur europarechtlichen Verankerung der Herkunftsbezeichnung von Produkten, insbes Auswirkungen auf Unternehmen und Verbraucher

Antr
s. *Herkunftsbezeichnung*
Drs 15/4016

Modernisierung des EU-Beihilferechts

Modernisierung des EU-Beihilferechts und Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für die Förderung des Landes und der Kommunen in BW, insbes durch Überarbeitung von Ermächtigungsverordnung, Verfahrensverordnung, Allgemeiner Gruppenfreistellungsverordnung, DE-Minimis-Verordnung, Risikokapitalleitlinien und des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 19.09.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4064 (10 S.)

Konsultation zur Überarbeitung des EU-Abfallrechts

Position der LReg zu Themen des Konsultationsverfahrens zur Vorbereitung der Novellierung des EU-Abfallrechts; Auswirkungen der umfassenden Überarbeitung des EU-Abfallrechts auf den deutschen Rechtsrahmen; Bewertung der Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in der Praxis; Umsetzungsstand der Getrenntsammlungspflicht von Bioabfällen sowie Papier-, Kunststoff- und Glasabfällen ab dem Jahr 2015

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/4071

EU-Richtlinie über Einpersonengesellschaften

Bewertung und Hintergründe des Entwurfs der EU-Kommission für eine Richtlinie über Einpersonengesellschaften, insbes Bedarf an der Gesellschaftsform „Societas Unius Personae“ (SUP) für Einzelpersonengesellschaften aus BW, Angemessenheit des Mindestkapitals und Gläubigerschutzes

Antr
s. *Rechtsform*

Drs 15/5209

Europäischer Verbraucherschutz

Umsetzung, Einhaltung und Kontrolle von EU-Verbraucherschutzvorschriften in BW, insbes Rolle des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz

Antr

s. Verbraucherschutz

Drs 15/5210

Umsetzung der Subsidiarität auf europäischer Ebene

Anzahl und Begründungen der eingeleiteten Subsidiaritätsrügen bzw Subsidiaritätsklagen gegen die Europäische Union wegen Verletzung des Grundsatzes der Subsidiarität bei europäischen Entscheidungen

KlAnfr

s. Subsidiaritätsprinzip

Drs 15/5364

Pläne zur Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems

Bewertung des Vorschlags zur Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems, insbes Gefahr von Fehlanreizen und neuen Bankenrisiken, Pläne und Zeitplan zur Umsetzung des Vorschlags durch eine Rechtsetzungsinitiative der Europäischen Kommission, Einsatz für den Erhalt der nationalen Einlagensicherungssysteme

Antr

s. Einlagensicherung

Drs 15/7438

Europäisches Innovations- und Technologieinstitut*s. Europäisches Technologieinstitut***Europäisches Jahr***Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 in BW*

Erwartete Impulse und Veränderungen durch das o.g. Europäische Jahr, eigene Aktivitäten und Fördermöglichkeiten des Landes

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 24.01.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1161

BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 44 45

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Beteiligung Baden-Württembergs und Ausgestaltung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015, insbes Kofinanzierung von Maßnahmen, Einbindung der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit und der Partnerschaft mit Burundi

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 30.05.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5276

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.10.2014 Drs 15/5989 S. 53 54

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Europäisches Kaufrecht*s. Kauf***Europäisches Parlament***Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Union betreffend die VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/2257

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Vorbereitungen für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/3389

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/3528

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/6497

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/6651

Europäisches Recht*s. Europäisches Gemeinschaftsrecht***Europäisches Sekundärrecht***s. Sekundäres Gemeinschaftsrecht*

Europäisches Semester

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
 Europäisches Semester 2013 - länderspezifische Empfehlungen:
 Europa aus der Krise führen

Mittlg LReg
 s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
 Angelegenheiten
 Drs 15/3581

Europäisches Technologieinstitut

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
 Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations-
 und Technologieinstituts (EIT)

Mittlg LReg
 s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
 Angelegenheiten
 Drs 15/1137

Europäisches Vergaberecht

s. Öffentlicher Auftrag

Europapolitik

Beziehungen zur Republik Albanien
 Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den
 Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bil-
 dung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in
 den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen
 Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug
 sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Re-
 publik Albanien; Unterstützung Albanien bei den im Hinblick
 auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
 s. Albanien
 Drs 15/4802

Europarecht

s. Europäisches Gemeinschaftsrecht

Europawahl

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
 Vorbereitungen für die Wahlen zum Europäischen Parlament
 2014

Mittlg LReg
 s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
 Angelegenheiten
 Drs 15/3389

Europa-2020-Strategie

s. Europa 2020

European Atomic Energy Community

s. Europäische Atomgemeinschaft

European Council for Fatwa and Research

Zentrum für islamische Theologie an der Universität Tübingen
 Sachstand zur Arbeit des Zentrums für islamische Theologie
 an der Universität Tübingen, insbes Entwicklung einer euro-
 päischen Ausrichtung des Islams, Zusammensetzung des Bei-
 rats und die fehlende Repräsentation der Aleviten, Einfluss des
 Vereins DITIB sowie der extremistischen Gruppierungen Mi-
 li Görüs und der „Grauen Wölfe“, Beziehung zum European
 Council for Fatwa and Research (ECFR)

KIAnfr
 s. Islam
 Drs 15/7232

European Food Safety Authority

s. Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit

European Railway Agency

s. Europäische Eisenbahnagentur

Europol

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
 Die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Ge-
 biet der Strafverfolgung (Europol)

Mittlg LReg
 s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
 Angelegenheiten
 Drs 15/3528

Euro-Stabilitätspakt

s. Stabilitäts- und Wachstumspakt

EU-Sozialfonds

s. Europäischer Sozialfonds

EU-Staaten

Einbürgerungen in andere EU-Länder
 Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitglieds-
 staaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Er-
 werb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Be-
 wohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuf-
 lichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme
 von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumä-
 nien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
 s. Einbürgerung
 Drs 15/4612

*Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in
 BW und Europa*

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von
 Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostituti-
 on; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinde-
 rung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen
 zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen
 EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von
 Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prosti-
 tutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU,

CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr
s. *Zuhälterei*
Drs 15/4646

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht
Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasystemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5340

Anerkennung von Schwerbehindertenausweisen in Europa
Anerkennung der deutschen Behindertenausweise in den 28 EU-Mitgliedsstaaten und in der Schweiz; Anerkennung der Schwerbehindertenausweise in Abhängigkeit vom Grad der Behinderung; Schaffung eines EU-einheitlichen Behindertenausweises

KIAnfr
s. *Schwerbehindertenausweis*
Drs 15/5552

„Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten“ (Armutsmigrationsbericht)

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen im Armutsmigrationsbericht, insbes Unterstützung der vorgeschlagenen Änderungen von Bundesgesetzen und im europäischen Sekundärrecht; Bewertung der Aussagen im Armutsmigrationsbericht zur Situation in der Stadt Mannheim

KIAnfr
s. *Soziale Sicherung*
Drs 15/5676

Stabile Regelung für häusliche Betreuung durch externe Betreuungskräfte sicherstellen

Aktuelle Daten zur häuslichen Pflege in BW; statistische Erfassung der Pflegefälle und der Qualität der Betreuung; Fördermodelle zur Betreuung in anderen Staaten der Europäischen Union; Initiierung eines Hausbetreuungsgesetzes im Bundesrat mit folgenden Inhalten: Fördermittelmodell zur Betreuung von Pflegebedürftigen, arbeits- und steuerrechtliche Einordnung des Berufs des Personenbetreuers, Sicherung der Betreuungsqualität und Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Antr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/5931

Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-out“?

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr
s. *Gentechnik*
Drs 15/6283

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union - Fünf Aktionsschwerpunkte

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7357

EU-Strafrecht

s. *Strafrecht*

EU-Strukturfonds

s. *Strukturpolitik*

EU-Strukturpolitik

s. *Strukturpolitik*

Eutingen im Gäu

Neue Standorte für Terminals für den Kombinierten Verkehr - insbes Standort Eutingen im Gäu

Sachstand zu angekündigten Detailuntersuchungen zu möglichen neuen Standorten für Terminals des Kombinierten Verkehrs, insbes in Eutingen im Gäu; Einbeziehung von Wirtschaft und Anwohnern in den Entscheidungsprozess

KIAnfr
s. *Kombinierter Verkehr*
Drs 15/6848

EU-Verträge

s. *Primäres Gemeinschaftsrecht*

EU-Vertragsverletzungsverfahren

s. *Vertragsverletzungsverfahren*

EU-Vorlage

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Fluorierte Treibhausgase

Mittlg LReg
s. *Fluorkohlenwasserstoff*
Drs 15/2761

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
CARS 2020 - Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa

Mittlg LReg
s. *Kraftfahrzeugindustrie*
Drs 15/2777

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg LReg
s. *Frauenquote*
Drs 15/2787

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-
Glücksspiel*

Mittlg LReg
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2803

EU-Wasserrahmenrichtlinie

s. *Wasserrecht*

EU-Weinmarktordnung

s. *Weinmarktordnung*

EU-Zahlungsdiensterichtlinie

s. *Zahlungsdiensterichtlinie*

EU-Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie

s. *Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie*

EU-Zinsrichtlinie

s. *Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie*

EU-Zinssteuerrichtlinie

s. *Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie*

EU-2020-Strategie

s. *Europa 2020*

Evaluation

s.a. *Gesetzesfolgenabschätzung*

*Einsatz von „Teach First Deutschland“-Fellows an Schulen in
BW*

Einsatz von externen Mitarbeitern nach dem Modell der „Teach
First“-Fellows an Schulen in BW, insbes Bewertung des Erfolges
und Ergebnis externer Evaluationen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/3283

*Fremdevaluation von öffentlichen Schulen im Zollernalbkreis
und im LKkreis Sigmaringen*

Aufwand, Methoden und Erkenntnisse der Fremdevaluation
durch das Landesinstitut für Schulentwicklung an öffentlichen
Schulen im Zollernalbkreis und im LKkreis Sigmaringen

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 24.05.2013 und Antw KM
Drs 15/3540

*Wissenschaftliche Evaluation der Gemeinschaftsschule durch
den überzeugten Befürworter der neuen Schulart T.B.*

Fragen nach Methoden, Vorgehensweise und Zeitraum der Eva-
luation sowie der voraussichtlichen Präsentation der Ergebnis-
se; Aussagen über die Leistungsfähigkeit und Qualität der Ge-
meinschaftsschule im Vergleich zu den übrigen weiterführen-
den Schulen in der von Thorsten Bohl mitherausgegebenen „Ex-
pertise Gemeinschaftsschule“; vertragliche Gestaltung des For-

schungsauftrags an Thorsten Bohl; Forderung nach einer Auf-
kündigung des Vertrags mit dem Tübinger Hochschullehrer we-
gen Voreingenommenheit und nach einer erneuten Ausschrei-
bung der Evaluation; Ausdehnung der Evaluation über den ge-
samten Einführungszeitraum und Erstellung einer Längsschnitt-
studie

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3788

Wissenschaftliche Erkenntnisse über Doping in BW

Forschungsarbeiten zur Dopingpraxis in BW; Erkenntnisse aus
der Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus
historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimi-
tion“; Unterstützung des Projekts durch die Universität Freiburg;
Stand der Evaluierung der Abteilung „Rehabilitative und Prä-
ventive Sportmedizin“ der Freiburger Sportmedizin durch die
„Unabhängige Gutachterkommission“ unter Vorsitz von Profes-
sor Dr. L.P.; Bereitstellung von Akten sowie Akteneinsicht; Zu-
sammensetzung und Ergebnisse der Kommission zur Verbesse-
rung der Dopingprävention

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3930

*Evaluierung der Freiburger Sportmedizin hinsichtlich ihrer Do-
pingvergangenheit durch die Evaluierungskommission der Frei-
burger Sportmedizin*

Stand und bisherige Erkenntnisse der Evaluierungskommission;
Spezifizierung des Arbeitsauftrags der Kommission; Auswer-
tung datenschutzrechtlich sensibler Unterlagen; Zugang zu den
Archiven der Sportverbände; Einblick in Unterlagen der Gutach-
ter des Bundesinstituts für Sportwissenschaft; vormalige Posi-
tion des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst
zum Thema Doping in der Abteilung Rehabilitative und Präven-
tive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg; Vorlage
des Abschlussberichts der Kommission

KlAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3933

*Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) an Realschu-
len*

Planung und Umsetzung der Kompetenzanalyse Profil Assess-
ment Center (AC) zur Unterstützung der Berufsorientierung von
Schülern an Realschulen, insbes Zeit- und Ressourcenaufwand,
Vorbereitung von Lehrkräften und Multiplikatoren, bisherige Er-
fahrungen; Ergebnisse der Evaluation durch das Unternehmen
Mensch-Technologie-Organisation (MTO)

Antr
s. *Schlüsselqualifikation*
Drs 15/4008

Evaluation der baden-württembergischen Pflegestützpunkte

Auswertung des Abschlussberichts über die Pflegestützpunkte in
BW und Erörterung der Ergebnisse mit den Pflege- und Kran-
kenkassen

MdlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/4248

Zukunft der Akademie für Darstellende Kunst BW GmbH

Empfehlungen des Gutachtens zur Evaluierung der Akademie
für Darstellende Kunst (ADK); Zusammenlegung der ADK mit

der Filmakademie BW; Weiterfinanzierung der ADK; Neubesetzung der Stelle des künstlerischen Direktors und Geschäftsführers; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/4541

Stellung der Universitätsmedizin in Mannheim

Evaluation und wirtschaftliche Situation der fünf baden-württembergischen Universitätsklinika und deren Medizinischer Fakultäten; wissenschaftliche Kompetenz, Qualität der Ärzteausbildung und Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung an der Universitätsmedizin Mannheim

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/5213

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms; Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5462

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungsrecht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhabenträgers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umweltmediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerkennung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinformation; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Zuschuss des Landes für die Konzertorchester in BW

Beurteilung der von der Kulturstrukturkommission empfohlenen Bezuschussung der Konzertorchester durch das Land; Berücksichtigung der in den Jahren 2013 und 2014 erfolgten Tarifierhöhungen im Doppelhaushalt 2015/2016; Maßnahmen gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Konzertorchester; Evaluation der institutionellen Orchesterförderung des Landes; Gewährung von Planungssicherheit durch den Abschluss mehrjähriger Zuwendungsverträge

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/5627

Vergabepaxis der LReg bei externen Gutachten

Anstieg der externen Gutachten seit dem Regierungswechsel 2011; Kriterien und Verfahren der Vergabe von Gutachten an externe Sachverständige; Beurteilung des Instruments der frei-

händigen Vergabe; Festsetzung eines Budgets für externe Gutachten im Landeshaushalt; Einrichtung einer zentralen Vergabestelle; Projektcontrolling bei der Gutachtenvergabe an Externe; Evaluierung der Auftragsdurchführung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5684

Auswirkungen des neuen Rundfunkbeitrags auf den Handel und die Industrie

Evaluierungsverfahren und -ergebnisse zu den Auswirkungen des nutzungsunabhängigen Rundfunkbeitrags auf Handel und Industrie im Nachgang zur KlAnfr Drs 15/3244 vom 9. April 2013; Planungen zur Änderung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/5854

Evaluation und Änderungen des Nichtrauchererschutzgesetzes

Ergebnisse und Konsequenzen aus der Evaluation zur Umsetzung des Landesnichtraucherschutzgesetzes und angestrebte Gesetzesänderungen

Antr
s. *Nichtraucherschutz*
Drs 15/5871

„Bildungshaus 3-10“: Wie geht es weiter?

Nachfrage nach den „Bildungshäusern 3-10“; Erfahrungen mit dem Modellprojekt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport BW; Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung; Frage der Fortführung des Projekts; Einführung einer Zertifizierung der bestehenden Bildungshäuser

KlAnfr
s. *Elementarbildung*
Drs 15/5899

Abschluss der Evaluierungskommission Sportmedizin und Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Maßnahmen zur Aufklärung der Dopingvergangenheit in der Sportmedizin, insbes Ergebnisse der Evaluierungskommission Sportmedizin, Ziel der Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Antr
s. *Doping*
Drs 15/5934

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbands durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbands für die Lehrerbildung

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/6307

Pflegestützpunkte im LKreis Karlsruhe und Evaluierung in BW
 Bewerbungsverfahren im LKreis Karlsruhe zur Errichtung weiterer Pflegestützpunkte; Ergebnisse der Evaluierung der Pflegestützpunkte in BW und Erkenntnisse der LReg

KlAnfr
s. Pflegestützpunkt
 Drs 15/6929

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten

Kritische Hinterfragung der Evaluierung der Berufszugangsregelungen durch die EU-Kommission; Herausstellen der positiven Aspekte deutscher Berufszugangsregelungen; Ergreifung von Maßnahmen zum Erhalt der hohen Qualitätsstandards bei den Freien Berufen und dem Handwerk

Antr
s. Berufsrecht
 Drs 15/7167

Auftragsvergabe zur Evaluation der Polizeireform

Sachstand zur Auftragsvergabe für die wissenschaftliche Evaluation der Polizeireform, insbes Evaluationsauftrag, Zeitplan, Kosten, Gründe für die Vergabeentscheidung

Antr
s. Polizeireform
 Drs 15/7269

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Landespolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringsberichts zur Polizeireform

GrAnfr
s. Polizeireform
 Drs 15/7306

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Bestand, Kooperation und Perspektiven von Bildungshäusern im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr
s. Bildungshaus
 Drs 15/7858

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im LKreis Heidenheim

KlAnfr
s. Bildungshaus
 Drs 15/7869

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Villingen-Schwenningen

KlAnfr
s. Bildungshaus
 Drs 15/7870

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Nürtingen-Filder

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Nürtingen-Filder

KlAnfr
s. Bildungshaus
 Drs 15/7872

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Esslingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Esslingen

KlAnfr
s. Bildungshaus
 Drs 15/7896

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Vaihingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses in Vaihingen-Roßwag

KlAnfr
s. Bildungshaus
 Drs 15/7897

Evaluation der G9-Modellschulen

Wissenschaftliche Begleitung des Schulversuchs mit sämtlichen daran teilnehmenden Modellschulen; Ausarbeitung eines eigenen Bildungsplans für die G9-Modellschule; Fortführung des Modellversuchs, das Abitur nach neun statt nach acht Schuljahren zu erwerben

Antr
s. Gymnasium
 Drs 15/7919

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Main-Tauber

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses Ahorn im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. Bildungshaus
 Drs 15/7921

Evaluierung

s. Evaluation

Evangelische Hochschule Ludwigsburg

Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Standort Schwäbisch Hall - aktueller Stand und Zukunftsszenarien

Entscheidungsstand des Vorhabens der Etablierung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Standort Schwäbisch Hall, insbes Zusammenarbeit der Projektpartner, Chancen für den Arbeits- und Studienort Schwäbisch Hall, Unterstützung und Förderung durch die LReg

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 09.04.2014 und
Antw MWK Drs 15/5030

Aktueller Stand der Entscheidungsfindung der LReg zur Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn

Möglichkeit der Zustimmung der LReg zur Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn unter Einbeziehung des Haushaltsentwurfs

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.11.2014
Drs 15/6090
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6708 6709

Entscheidungskriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie

Vergabekriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie; Gründe für Ablehnung der Einrichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall

MdlAnfr
s. *Studienfach*
Drs 15/7550

Evangelischer Oberkirchenrat Stuttgart

Einflussnahme in kirchliche Angelegenheiten durch die Vizepäsidentin des Landtags

Schreiben der Landtagsvizepäsidentin an die Evangelische Landeskirche mit der Aufforderung zur Aufhebung der Suspendierung eines Pfarrers

KlAnfr
s. *Geistlicher*
Drs 15/5236

E-Voting

s. *Elektronische Wahl*

EVU

s. *Energiewirtschaft*

EWU

s. *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion*

Existenzgründung

Integrationspolitik

Beschreibung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr

s. *Ausländerintegration*
Drs 15/85

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner

Inanspruchnahme der EA bei den Kammern und Kommunen von in- und ausländischen Gewerbeanmeldern; Anteil der elektronisch abgewickelten und damit vereinfachten Verfahren, die zu einer Gründung oder Übernahme eines Unternehmens führten; Frage nach einem Vergleich zur Umsetzung der Richtlinie in den einzelnen BLändern

Antr

s. *Einheitlicher Ansprechpartner*
Drs 15/94

Migranten als Unternehmer

Angaben über die unternehmerische Tätigkeit von Ausländern oder Migranten in BW, insbes ihren Anteil an Unternehmensgründungen; Unterschiede im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung hinsichtlich der Häufigkeit von Unternehmensneugründungen, von Voll- und Nebenerwerbsgründungen und der Dauer ihres Fortbestands; Beitrag dieser Unternehmen zum Bruttoinlandsprodukt von BW im Jahr 2010, Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, bevorzugte Branchen; Umfang der Unternehmensgründungen in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen

Antr

s. *Migrant*
Drs 15/473

Verweigerung von Gründungszuschüssen für Existenzgründer durch die Agentur für Arbeit in Pforzheim und im Enzkreis

Gründe für die Verweigerung o.g. Zuschüsse im Gegensatz zu anderen Agenturen und zur Intention der Programme; Bewertung der Zugrundelegung einer geplanten Rechtsänderung vor deren Inkrafttreten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.10.2011 und
Antw SM Drs 15/657

Hof mit Zukunft - auch ohne Nachfolger

Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben mit einem Nachfolgeproblem sowie von jungen Menschen ohne eigenen Hof, die sich eine landwirtschaftliche Existenz aufbauen wollen; Erfolgsfaktoren für einen gelingenden außerfamiliären Generationswechsel; Frage nach einer Institution zur Kontaktherstellung u.a. unterstützenden Maßnahmen

Antr

s. *Landwirt*
Drs 15/1871

Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Existenzgründungen nach Branchen seit 2007; Umfang der Unterstützung vonseiten der EU, des Bundes und Landes; Frage nach zusätzlichen Fördermaßnahmen und einer besonderen Schwerpunktbildung im ländlichen Raum

KlAnfr Karl Rombach CDU 21.06.2012 und Antw MFV
Drs 15/1892 (14 S.)

Weiterentwicklung der Bürgschaftsbank

Fortführung der Startfinanzierungshilfen für junge Unternehmen; Anhebung der Bürgschaftsobergrenze der Bürgschaftsbank

Antr

s. *Bürgschaft*
Drs 15/2056

Innovationspolitik des Landes BW

Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Bewertung der Dienstleistungseinheit Innovationsmanagement des Karlsruher Instituts für Technologie, Möglichkeiten zur Unterstützung der Patentverwertung und Existenzgründung; Ausbau der Existenzgründungsförderung aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Eigenkapitalausstattung von Unternehmen

Auswirkungen von Basel III auf die Anforderungen an Sicherheiten und Eigenanteilen bei Bankkrediten für Unternehmen, insbes für Unternehmensgründungen und Finanzierung betrieblicher Innovationen; Hinwirkung auf eine steuerliche Erleichterung der Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital und Abbau der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital, z.B. bei der Gewerbesteuer

KlAnfr
s. *Kapital*
Drs 15/2192

Wirtschaftsförderung bei Fortführung des Geschäftsbetriebs insolventer Unternehmen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Weiterführung einiger Filialen der insolventen Drogeriemarktkette S. durch die ehemaligen Mitarbeiter, Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Konzepts des geplanten Genossenschaftsmodells und der Wettbewerbschancen; Unterstützung mit Existenzgründungsdarlehen, Bürgschaften u.a. Instrumenten der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände?

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/2282

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/5074

Beschreibung des Bedarfs für eine neue Gründerzeit, insbes auch von Frauen und im Bereich der sozialen Dienstleistungen
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21

Fortschreibung der Fördermittelansätze für Existenzgründungen, Behebung des Mangels an technologieintensiven Existenzgründungen
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1428-1430

Modernisierung der Gründerberatung und -förderung, Forcierung von technologieintensiven Existenzgründungen
PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1928 1934 1940

Existenzgründungszuschuss

s. *Existenzgründung*

Exklusion

s. *Diskriminierung*

Experiment

s. *Versuch*

Experimenteller Reaktor

s. *Forschungsreaktor*

Expertengutachten

s. *Gutachten*

Expertise

s. *Gutachten*

Export

s. *Außenwirtschaft*

Exportförderung

s. *Außenhandelsförderung*

Exportunterstützung

s. *Außenhandelsförderung*

Exportverbot

s. *Ausfuhrverbot*

Extensive Landwirtschaft

s. *Extensivlandwirtschaft*

Extensivierung (Landwirtschaft)

s. *Extensivlandwirtschaft*

Extensivlandwirtschaft*Pflege von Ausgleichsflächen aus bäuerlicher Hand*

Umfang der landwirtschaftlichen Nutzung von Ausgleichsflächen; extensive landwirtschaftliche Nutzung als Kompensation; Ausgleich durch Streuobstwiesen in den vergangenen zehn Jahren; Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächennutzung bei der Planung von Ausgleichsflächen; finanzielle Förderung der Pflege von Naturausgleichsmaßnahmen; Stand des im Koalitionsvertrag angekündigten Streuobstkonzepts

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5035

Externer Lehrbeauftragter

s. *Lehrbeauftragter*

Extremismus

s.a. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
s.a. *Terrorismus*

Islamismus in BW

Entwicklung der Zahl und Schwere von Straftaten mit islamistischem Hintergrund in BW oder mit Bezug zu BW seit 2001; präventive Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Muslime, insbes gegen die Selbstradikalisierung durch islamistische Internetpropaganda; Frage nach Ausstiegsprogrammen und Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Glaubensgemeinschaften und Verbänden

Antr
s. *Islam*
Drs 15/281

Extremistische Bestrebungen in Moscheevereinen

Netzwerke zwischen Organisationen wie „Graue Wölfe“, „Mili Görus“ und Moscheevereinen, u.a. der beiden Nürtinger Moscheevereine; Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit mit einem bundesweit bekannten Salafitenprediger? Frage nach Maßnahmen gegen o.g. Bestrebungen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 27.07.2011 und Antw IM
Drs 15/362

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW

Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Integration in die deutsche Gesellschaft

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 01.08.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/383
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 46
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Rechtspopulismus in BW

Erkenntnisse über Aktivitäten und evtl Radikalisierungstendenzen der rechtspopulistischen Szene, Beurteilung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit; Frage nach einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie nach Anwendung polizeili-

cher Instrumente, des Waffenrechts sowie der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 09.08.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/409
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 23-25
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Türkischer Linksextremismus und kurdische Aktivitäten im LKkreis Esslingen

Erkenntnisse über Kontakte und Kooperationen von Vereinen im LKkreis Esslingen zu linksextremistischen türkischen Vereinen und Parteien sowie zum Umfeld der PKK

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.09.2011 und Antw IM
Drs 15/468

Einschätzung des Gefährdungspotenzials von Linksextremismus und Verhältnis zu anderen Formen des Extremismus

Entwicklung der Zahl von Gewaltdelikten von Linksextremisten, Rechtsextremisten und Islamisten seit 2010; Frage nach einer unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Formen des Extremismus; Übertragung der Programme gegen Rechtsextremismus auch auf andere Felder der Extremismusprävention

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 25.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/774
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.03.2012 Drs 15/1821 S. 6
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr
s. *Papsttum*
Drs 15/778

Linksextreme Szene stärker überwachen

Entwicklung der o.g. Szene und der von ihr verübten Gewaltdelikte; Zahl der beim Verfassungsschutz und der Polizei mit der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung betrauten Beamten, Planung einer Personalaufstockung? Einschätzung der Gefahr von zusätzlichen Gewalttaten und Anschlägen im Zuge der Proteste gegen Stuttgart 21 und als Nachahmung der Anschläge auf Bahnanlagen in Berlin

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.11.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/833
BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 16 17
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Resolution des Landtags von Baden-Württemberg gegen rechtsextremistische Gewalt

Verurteilung der rechtsterroristischen Mordtaten, Forderung einer rückhaltlosen Aufklärung der Verbrechen und Hintergründe sowie konsequenter Bestrafung der Täter und Helfer, Aufruf der Bürger zum entschiedenen Widerstand gegen jeglichen Extremismus, Bekundung des Mitgefühls gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 22.11.2011 Drs 15/903

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 841-850

Demokratische Offensive gegen rechtsextremistische Gewalt - auch in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/19 23.11.2011 S. 841-850

*Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Straftaten
s. Gedenken*

PIPr 15/19 S. 841

Zusammenarbeit zwischen NPD, rechtsextremen Gruppierungen und sogenannten Grauen Wölfen in BW?

Erkenntnisse über die o.g. Zusammenarbeit und Verbindungen, Darlegung der zugrundeliegenden politisch-weltanschaulichen Überzeugungen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 06.12.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/958

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 64

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Ein neues NPD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht und wirksames staatlich/bürgerschaftliches Handeln gegen den Rechtsextremismus

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 898-905

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Aufrechterhaltung der Bewertung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als radikal, nationalistisch und antidemokratisch durch Ministerin Öney? Vereinbarkeit mit den o.g. Wahlkampfauftritten bei dem den „Grauen Wölfen“ zuzurechnenden Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen; Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD mit entsprechenden Vereinen

Antr

s. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Drs 15/982

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitgliedsvereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr CDU 08.12.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/983
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1812-1819

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken

Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets zur Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder und Begehung von Straftaten; Bemühungen um Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei Straftaten im Internet; Nutzung der Programme des Landes durch Schulen zur Erlangung oder Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern, Lehrern und Eltern

Antr SPD 21.12.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/1069
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1663-1668

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr

s. Ausländerorganisation
Drs 15/1130

Verteilung kostenloser Koran-Ausgaben durch religiöse Extremisten in BW

Beurteilung der o.g. Verteilaktion von Anhängern eines radikal-salafistischen Islam in rechtlicher Hinsicht sowie unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Erkenntnisse über die beteiligten Personen und Finanzierung der Aktion, Beobachtung der Salafisten vom Verfassungsschutz, Frage nach Möglichkeiten zur Untersagung und Aufklärung

Antr

s. Koran
Drs 15/1576

Rechtsstaat schützen - Salafismus entschlossen bekämpfen!

Zahl, Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Salafisten in BW; vorbeugende Maßnahmen nach den Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen; Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Koordination der Bekämpfung des Salafismus in allen gesellschaftlichen Bereichen; entsprechende Erweiterung der Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz; Vorlage eines Maßnahmenkatalogs gegen die extremistische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen in Wohnheimen im Umfeld religiöser Einrichtungen; konsequente Anwendung des Ausländer-, Steuer- und Vereinsrechts; Entwicklung von Präventionsangeboten über die Landeszentrale für politische Bildung

Antr

s. Rechtsstaat
Drs 15/1697

Regionale Verteilung von Rechtsextremisten in BW

Zahlen, Verteilung und Schwerpunkte von Aktivitäten der Rechtsextremisten

KIAnfr Florian Wahl SPD 25.05.2012 und Antw IM Drs 15/1758

Äußerungen von Ministerin Öney über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland

Konkretisierung o.g. Äußerung bei einer Veranstaltung im Alevischen Kulturzentrum in Stuttgart auf die Frage eines Zuhörers, Wiedergabe des Sachverhalts in der türkischen Tageszeitung Hürriyet, Verwendung des im Türkischen feststehenden Begriffs für eine Verflechtung von Sicherheitskräften, Politik, Justiz, Verwaltung und organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland; Gründe für das Aufgreifen des Begriffs durch die Ministerin, statt der Unterstellung des Zuhörers entgegenzutreten, was sie erst nachträglich tat

Antr

s. Rechtsstaat

Drs 15/1809

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Auflistung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitsgipfel

Antr

s. *Gewaltprävention*

Drs 15/1856

Bücher mit rechtsradikalem Inhalt in Landesbibliotheken

Frage nach o.g. Beständen mit rechtsextremistischem und geschichtsrevisionistischem Inhalt sowie nach entsprechenden Prüfungen und Konsequenzen, Verhinderung einer unkritischen Nutzung solcher Werke

KlAnfr Florian Wahl SPD 25.06.2012 und Antw MWK Drs 15/1950

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/1959

Zukunft des „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“

Bisherige Arbeit, Arbeitsschwerpunkte und Finanzierung des o.g. Modellprojekts der Baden-Württemberg-Stiftung betreut von der Landeszentrale für politische Bildung; Planungen und Prioritäten der Landeszentrale zur Fortführung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus

Antr Felix Schreiner u.a. CDU, Alexander Salomon u.a. GRÜNE, Christoph Bayer u.a. SPD und Dr. Timm Kern FDP/DVP 09.07.2012 und Stellungnahme StM und IM Drs 15/2057

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.03.2013 Drs 15/3712 S. 6 7

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Gespräche mit vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppen

Frage nach geführten oder beabsichtigten Gesprächen der Integrationsministerin mit extremen Vertretern des Islam, nach deren Inhalten und Ergebnissen; Beurteilung der Gefahr einer Aufwertung dieser vom „Runden Tisch Islam“ ausgeschlossenen Verbände und gleichzeitigen Abwertung dieses Gesprächsforums

Antr

s. *Ministerin für Integration*

Drs 15/2086

Rechtsextremisten und Soziale Netzwerke

Darlegung der o.g. Nutzung, insbes zur Anwerbung von Sympathisanten, zur Planung von Konzerten und Events und rechtsextremer Gewalt

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 23.07.2012 und Antw IM Drs 15/2145

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der ergriffenen Disziplinarmaßnahmen; Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM; flächendeckende Untersuchung extremistischer Aktivitäten innerhalb der Polizei; Vermeidung einer Stellung aller Polizeibeamten unter Generalverdacht; umfassende Information des Innenausschusses

Antr

s. *Polizei*

Drs 15/2233

Verbot und Entziehung der Gemeinnützigkeit extremistischer Vereine

Notwendige Voraussetzungen für o.g. Maßnahmen; Auflistung der mit Erfolg durchgeführten Verfahren seit 2010 und der noch anhängigen Verfahren mit der jeweiligen Begründung

KlAnfr

s. *Verein*

Drs 15/2263

Linksextremistische Gewalt in BW

Maßnahmen gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft linker Autonomer und den Anstieg linksextremistischer Gewalttaten; Erkenntnisse über die Nutzung und Förderung von autonomen Zentren und Szenetreffpunkten; Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen vor der Instrumentalisierung durch linksextremistische Musik; Fokussierung der Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus und der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz auch auf den gewaltbereiten Linksextremismus

Antr Karl Zimmermann u.a. CDU 10.10.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2457 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.01.2013 Drs 15/3063 S. 7

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Schnittpunkte von Burschenschaften in BW mit dem Rechtsextremismus

Aktive Burschenschaften und studentische Verbindungen an den Universitäten und Mitgliederzahlen, Art und Umfang der Unterstützung durch die Hochschulen; Organisation in den Dachverbänden „Deutsche Burschenschaft“, „Neue Deutsche Burschenschaft“ und „Burschenschaftliche Gemeinschaft“; Frage nach neuen Erkenntnissen zu Berührungspunkten zwischen Burschenschaften und dem rechtsextremen Spektrum seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/1172 im Jahr 2002 sowie nach einer Beteiligung von Burschenschaftlern an Gewaltdelikten

KlAnfr

s. *Studentische Verbindung*

Drs 15/2488

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Unterstützung und Zusammenarbeit der Polizei mit Anlaufstellen für Opfer extremistischer und speziell rechtsextremistischer Gewalt, u.a. Zahlen und Beratungsangebote, Erfahrungen aus

anderen Bundesländern

Antr
s. *Opferhilfe*
Drs 15/3163

Netzwerk von Neonazis in Justizvollzugsanstalten auch in BW?

Kontakte baden-württembergischer Inhaftierter zum Neonazi-Netzwerk „AD Jail Crew“, zu Personen aus dem NSU-Umfeld und von Inhaftierten des rechten Milieus untereinander; Durchführung von Zellendurchsuchungen oder Postkontrollen in den Justizvollzugsanstalten des Landes; Fortbildung des Personals der Justizvollzugsanstalten zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung von rechtsextremistischen Aktivitäten Inhaftierter

Antr Jürgen Filius u.a. GRÜNE 07.05.2013 und Stellungnahme JM Drs 15/3462
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4324 S. 7
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Organisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maßnahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beeinflussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Parteien

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/3551

Frauen und Mädchen in der rechtsradikalen Szene in BW

Engagement von Frauen und Mädchen in der rechtsextremistischen Szene seit 2003; von diesen bevorzugte rechtsradikale Gruppierungen, spezifische Frauen- und Mädchenorganisationen innerhalb der rechten Szene; Beweggründe von Frauen für eine Hinwendung zum Rechtsradikalismus; Aktivitäten der Frauen; Unterstützung der Forschung zu Frauen und Rechtsextremismus; speziell auf Frauen und Mädchen zugeschnittene Ausstiegsprogramme; Frauenanteil und Frauenbeteiligung in rechtsextremistischen Organisationen im Vergleich zu anderen Bundesländern

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.06.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3669
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4324 S. 10
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KIAnfr

s. *Rechtsextremistische Organisation*

Drs 15/4134

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KIAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/4264

Rechtsradikale Aktivitäten im Stadt- und LKreis Heilbronn

Aktivitäten rechtsradikaler Organisationen oder Personen im Stadt- und LKreis Heilbronn und Gegenmaßnahmen der Polizei

KIAnfr Alexander Throm u.a. CDU 06.11.2013 und Antw IM Drs 15/4294

Extremistische Aktivitäten im LKreis Esslingen

Extremistische Aktivitäten und Straftaten in den Jahren 2012 und 2013; Auftreten von Links- und Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus und türkischem Nationalismus; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 11.11.2013 und Antw IM Drs 15/4321

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Strategien oder präventive Maßnahmen gegen potenzielle Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4517

Rechtsradikale und linksradikale Aktivitäten im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher LKreis Rastatt)

Aktivitäten rechts- und linksextremistischer Organisationen oder Personen im Wahlkreis 33; Situation im Vergleich zu anderen Gegenden im Land; Extremismusprävention

KIAnfr Tobias Wald CDU 20.01.2014 und Antw IM Drs 15/4617

Rechtsextremismus im LKreis Freudenstadt

Rechtsextreme Parteien, Organisationen und Gruppierungen im LKreis Freudenstadt; Bestehen sogenannter „Freier Kameradschaften“, Größe der „Kameradschaft Freudenstadt“; Beziehung zu den sogenannten „Autonomen Nationalisten“; Form der Zusammenarbeit; überregionale Kontakte; Straf- und Gewalttaten

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 01.04.2014 und Antw IM Drs 15/5004

Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden - Europa braucht Demokratie mit Demokraten

Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen in Europa, vor allem in der Schweiz, Frankreich, Ungarn und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die LReg und Entwicklung von Gegenstrategien, insbes Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration

Antr GRÜNE 16.04.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5093

PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5885-5893

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr

s. *Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“*

Drs 15/5131

Haben radikale Kräfte im LKreis Böblingen bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien bei der Kommunalwahl 2014 von dem von Grün-Rot eingeführten neuen Berechnungsverfahren nach Sainte-Lague/Schepers profitiert?

Auswirkungen der Änderung des Berechnungsverfahrens auf die Sitzverteilung in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten im LKreis Böblingen, im Kreistag des LKreises Böblingen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart; Anzahl der Kreistagsitze für NPD und Die Linke bei der Anwendung des früheren Berechnungsverfahrens nach d'Hondt; Bewertung des Erfolgs von radikalen und Splitterparteien bei der Kommunalwahl 2014 im Vergleich zur Kommunalwahl 2009; Konsequenzen für das Sitzzuteilungsverfahren

KlAnfr

s. *Sitzverteilung*

Drs 15/5335

Verfassungsschutzbericht 2013 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie Aktivitäten von Scientology; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr

s. *Verfassungsschutzbericht*

Drs 15/5471

Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen

Entwicklung von Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen und Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis von Prävention und Aufklärung; Aktivitäten von Gruppen der Deutschen Burschenschaft an den baden-württembergischen Hochschulen

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 30.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5573 (15 S.)

Antisemitisch motivierte Manifestationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg

Hintergründe antisemitischer Äußerungen und Handlungen bei Protesten gegen den Gaza-Krieg und Reaktion der Strafverfolgungsbehörden; Verbindung islamistischer zu rechts- bzw links-extremistischen Gruppen; Schutzmaßnahmen für jüdische Mitbürger und Einrichtungen vor antisemitisch motivierten Aktivitäten

Antr

s. *Antisemitismus*

Drs 15/5581

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr FDP/DVP 18.09.2014 Drs 15/5752

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

DringlAntr FDP/DVP 26.09.2014 Drs 15/5777

PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367-6369 6375-6378 (Dringlichkeit abgelehnt)

Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Einsatzstrategien für Demonstrationen zu den Konflikten im Nahen Osten, Einsatz des Landesamts für Verfassungsschutz

Umgang mit zunehmender Gewalttätigkeit bei Demonstrationen anlässlich der Konflikte im Nahen Osten; Ausarbeitung von Strategien zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Koordination des Vorgehens von Polizeiführung, Staatsanwaltschaften und Innen- und Justizministerium; Anzahl der den Phänomenbereich Islamismus beobachtenden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

KlAnfr

s. *Demonstration*

Drs 15/5879

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus
Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr
s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Nationalsozialistischer Untergrund*
Drs 15/6049

Integrationsfeindliche Radikalisierung junger Menschen vermeiden - Präventionsstrategie gegen Islamismus, Extremismus und Radikalismus ausbauen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6556-6563

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen im Stadt- und LKreis Karlsruhe

Sachstand zu rechtsextremen bzw rechtspopulistischen Gruppierungen, Organisationen und Parteien im Stadt- und LKreis Karlsruhe, insbes Musikszene, überregionale Verbindungen, Straftaten, Aktivitäten von Migranten, Verbindungen zur Rocker- und Hooligan-Szene, Auftreten von Gruppierungen wie „Pegida“ und „Hogesa“, Vergleich mit anderen Regionen Baden-Württembergs, Maßnahmen des Landes

KlAnfr Alexander Salomon u.a. GRÜNE und Johannes Sto-ber SPD 13.01.2015 und Antw IM Drs 15/6314 (19 S.)

Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW

Aufgaben und Betätigungsfeld der interministeriellen Arbeitsgruppe; Bearbeitung von Bürgeranfragen; Austausch mit den Sektenbeauftragten anderer Bundesländer; Kenntnisse über islamistische Bewegungen in Deutschland; Maßnahmen zur Aufklärung über die Gülen-Bewegung, über Salafismus und ISIS, über die sogenannte Reichsbürgerbewegung und über Scientology

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/6473

Extremistische Bestrebungen im Kreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung (religiös begründeter) extremistischer Aktivitäten im LKreis Göppingen, insbes Straftaten,

Kundgebungen, Scientology-Werbestände, Islamismus

KlAnfr Jutta Schiller CDU 17.02.2015 und Antw IM Drs 15/6492 (12 S.)

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen in der Metropolregion Rhein-Neckar

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen in der Metropolregion Rhein-Neckar, insbes begangene Straftaten, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Aktivität der rechten Musikszene; Prävention und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/6523

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr CDU 10.03.2015 und Antw LReg Drs 15/6596 (23 S.)

Politisch motivierte Kriminalität und extremistische Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim

Situation der politisch motivierten Kriminalität und extremistischer Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim, insbes Straftaten und Gefährdungspotenzial in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, politisch motivierte Ausländerkriminalität und Islamismus/Salafismus

KlAnfr Georg Wacker CDU 25.03.2015 und Antw IM Drs 15/6674 (26 S.)

Besuch des Generalsekretärs der türkischen Milliyetçi Hareket Partisi (= Partei der Nationalistischen Bewegung) (MHP) in BW

Sachstand zu Programm und Aktivität der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) in BW, insbes Verbindungen zur Organisation „Graue Wölfe“, Erkenntnisse über den Besuch des Prof. Dr. M.E. im April 2015 in BW

KlAnfr
s. *Milliyetçi Hareket Partisi*
Drs 15/6841

Extremistische Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer und islamistischer Gruppierungen und Organisationen im Rems-Murr-Kreis, insbes aktive Personen und Kontakte in andere Bundesländer, begangene Straftaten, Aktivität der rechten Musikszene, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/7039

Verfassungsrechtlich bedenkliche Verlage im Kreis Tübingen
Sachstand zur Beobachtung von Verlagen und Buchversandhäusern im Kreis Tübingen mit rechtsextremistischer und antisemitischer Literatur durch den Verfassungsschutz, insbes beim K.-Verlag und dem Grabert-Verlag

KlAnfr
s. Verlag
Drs 15/7467

Beitrag der Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 758

Bereitstellung personeller Ressourcen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, Erinnerung an die Opfer rechtsextremistischer Straftaten

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1227 1228 1230 1237 1244

Extremwetter

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr
s. Schädling
Drs 15/7625

Wassermangel durch versiegende Quellen im Hochschwarzwald
Gefährdung der Trinkwasserversorgung im Hochschwarzwald durch versiegende Quellen und Absenkung des Grundwasserspiegels; Förderung des Anschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung oder einer Umstellung auf andere Formen der Wasserversorgung

Antr
s. Wasserversorgung
Drs 15/7659

Exzellenzinitiative

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 19.06.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1875
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 49-51
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Finanzbedarf

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 20.06.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1882
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 49-51
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Abschneiden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) bei der Exzellenzinitiative II

Bewertung des eingereichten Zukunftskonzepts und des Verlusts des Exzellenzstatus; Konsequenzen für die Jahre 2013-2017 und für die laufenden Forschungsprojekte; Aufschlüsselung des Gesamthaushalts des KIT nach Landes-, Bundes- und Drittmitteln; Frage nach einer Gefährdung des Fusionsprozesses am KIT

KlAnfr
s. Karlsruher Institut für Technologie
Drs 15/1939

Auswirkungen der Ergebnisse der Exzellenzinitiative auf das Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Bewertung des Abschneidens des KIT und des Verlusts des Exzellenzstatus, Auswirkungen auf die Forschung und Lehre bzw für das befristet eingestellte Personal; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Leistung der notwendigen Unterstützung

Antr
s. Karlsruher Institut für Technologie
Drs 15/1983

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung von fakultätsübergreifenden Clustern und Graduiertenschulen von den in der Exzellenz-Initiative ausgezeichneten Hochschulen

GrAnfr
s. Innovation
Drs 15/2163

Bildungspolitik muss in der Verantwortung des Landes bleiben

Beurteilung der finanziellen Folgen einer Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots für den Schul- und Hochschulbereich; Höhe der fehlenden Mittel nach Auslaufen der Hochschulbauförderung 2014; Möglichkeiten einer Folgefinanzierung nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017; Entwicklung einer abgestimmten Position aller Fraktionen für die Schul- bzw Hochschulpolitik und Vertretung gegenüber dem Bund, Initiierung einer untergesetzlichen Regelung in Form eines Staatsvertrags, Abwendung einer Grundgesetzänderung zur Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 15/2552

Zukunft der Exzellenzinitiative - das Land steht zur Spitzenforschung. Wo steht der Bund?

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8308-8318

Eyb, Arnulf von MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371

EZB

s. Europäische Zentralbank

E-Zigarette

s. Tabak

Fabrik

s. Industrieanlage

Fabrikverkauf

Factory-Outlet-Center Sinsheim

Kriterien für die Genehmigung von Fabrikverkaufszentren, Chancen einer Genehmigung des o.g. Antrags und Auswirkungen auf die umliegenden Städte und Gemeinden

KlAnfr Alexander Throm CDU 05.10.2011 und Antw MVI
Drs 15/659

Vergrößerung der Outletcity Metzingen und die Auswirkungen auf die Nachbarstädte

Sachstand zur Entwicklung und geplanten Vergrößerung der Outletcity Metzingen und Auswirkungen auf den Einzelhandel der umliegenden Städte

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 04.03.2015 und Antw
MVI Drs 15/6579

Facebook

Verwendung des großen Landeswappens auf privatem Facebook-Profil

Beurteilung des o.g. Verhaltens des Ministerialdirektors im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Daniel Rousta, und der Verunglimpfung von politischen Wettbewerbern in Vulgärsprache; Vereinbarkeit mit Bestimmungen, Vorgaben und Gesetzen des Landes sowie mit dem von einem ranghöchsten Beamten zu erwartenden Stilgefühl

KlAnfr
s. Rousta, Daniel
Drs 15/1578

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
s. Online-Netzwerk
Drs 15/2066

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr
s. Online-Netzwerk
Drs 15/2476

Verbot der Nutzung sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer

Nutzung sozialer Netzwerke durch Lehrer, insbes bekannt gewordene Fälle von Austausch personenbezogener Daten mit dienst- und datenschutzrelevanten Informationen und dienstrechtlichen Maßnahmen, Beweggründe für die Erstellung der Handreichung des Kultusministeriums zum Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen; Gefahren der Nutzung sozialer Netzwerke durch Landesbeamte und -beschäftigte; Sanktionsregelungen für das posten unangemessener Inhalte; Begründung des Verbots der Nutzung von Fan Pages und sozialen Plug-Ins für Schulen

Antr
s. Online-Netzwerk
Drs 15/3858

Facebook-Werbung der LReg

Intention, Einsatz und Finanzierung von Werbemaßnahmen der LReg und angegliederter Behörden im Sozialen Netzwerk „Facebook“

KlAnfr Felix Schreiner CDU 14.05.2014 und Antw StM Drs
15/5190 (10 S.)

Facebook-Party

s. Internet

Facharzt

s.a. Krankenhausarzt
s.a. Psychologe
s.a. Psychotherapeut

Situation der Versorgung mit Hautärzten im LKreis Schwäbisch Hall

Beurteilung der o.g. vertragsärztlichen Versorgung; Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation - evtl iR einer Sonderbedarfsfeststellung

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 10.08.2011 und Antw SM
Drs 15/413

Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in BW

Entwicklung der Zahl o.g. Behandlungsfälle und Ärzte im niedergelassenen Bereich, in teil- und vollstationären Einrichtungen seit 2006; Beurteilung der Versorgungssituation im Rems-Murr-Kreis, Unterstützung der Einrichtung von 14 teilstationären Betten beim Klinikum Schloss Winnenden? Zeitpunkt der Vorlage der Eckpunkte des angekündigten Landespsychiatriegesetzes

Antr
s. *Kinder- und Jugendmedizin*
Drs 15/802

Ärzteversorgung im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Wehr

Darstellung der o.g. medizinischen Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; Zahl der bis 2016 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/928

Masern-Impfungen in BW forcieren

Entwicklung der o.g. Erkrankungen und Impfquote von Kindern, älteren Menschen und Migranten; Möglichkeiten zur Bekämpfung der Impfmüdigkeit, insbes von Ärzten iRd Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und zur Nachholung des Impfschutzes vor Eintritt in die Kindertagesstätte und Schule

Antr
s. *Impfung*
Drs 15/1006

Ärzte-Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1141

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1173

Medizinische Versorgung im LKreis Emmendingen

Darstellung der Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich mit den Kreisen Freiburg-Stadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Ortenau; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1245

Ärzteversorgung im LKreis Böblingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1281

Gesundheitsversorgung im LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1283

Ärzteversorgung im LKreis Esslingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1352

Ärztliche Versorgung im LKreis Rottweil

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1384

Ärzteversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2022

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1449

Ärzte-Versorgung im LKreis Göppingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1489

Gesundheitsversorgung im LKreis Karlsruhe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1555

Ärztliche Versorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1780

Antibiotika-Verordnungen bei Kindern

Bewertung der Erkenntnisse der o.g. Studie der Bertelsmann-Stiftung, Darstellung der Situation im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu anderen Regionen, Zurückführung der Ursachen für die unterschiedliche Handhabung auf den Rückgang der Zahl von Kinderärzten und Verlagerung pädiatrischer Leistungen hin zu den Hausärzten

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/2079

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW anerkennen und sichern

Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW, insbes Aufgaben, aktuelle Herausforderungen, Auswirkung der aufgestockten Landesförderung, Beitrag zur Einbeziehung psychisch kranker Menschen in die Gemeinschaft, Behandlungserfolge durch Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken sowie Fach- und Hausärzten

Antr
s. *Sozialpsychiatrie*
Drs 15/3567

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahrens zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufungsverfahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu diesem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4135

Die hausärztliche und fachärztliche Versorgung im LKreis Esslingen

Gegenwärtiger Stand der Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten; Einschätzung der künftigen Entwicklung, insbes in den ländlichen Gebieten des Landkreises; Entwicklungstendenz von den Einzelpraxen hin zu Versorgungszentren

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4690

Zukunft der Arbeitsmedizin in BW

Stellenwert und Zukunft der Arbeitsmedizin in BW, insbes Einrichtung weiterer Kompetenzzentren für Arbeitsmedizin, Veränderung beim Fachärztebedarf für Arbeitsmedizin

Antr
s. *Arbeitsmedizin*
Drs 15/4836

Arztzahlen in BW

Situation der ärztlichen Versorgung und Anzahl der niedergelassenen Haus- und Fachärzte in BW

Antr
s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/5254

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Aufkauf von Arztsitzen in BW

Überführung der gesetzlichen Vorgaben zum Abbau ärztlicher Überversorgung durch den Aufkauf von Arztsitzen in eine Soll-Regelung; Anzahl der von der Kassenärztlichen Vereinigung BW aufzukaufenden Arztsitze; Maßgaben für den Aufkauf eines Arztsitzes; Entschädigung von Ärzten; Zahl der vom Aufkauf von Arztsitzen betroffenen Patienten; Verschärfung des Ärztemangels durch die Aufkaufpflicht

Antr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/5827

Einrichtung der Terminservicestelle für Facharzttermine in BW

Planungen des Bundes zur Einrichtung von Terminservicestellen bei der Kassenärztlichen Vereinigung für Facharzttermine und Auswirkungen auf BW, insbes Kosten und Personalbedarf der Terminservicestellen; Zahlen zu Facharztüberweisungen, Wartezeiten und Beschwerdefällen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 16.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5892
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.01.2015 Drs 15/6496 (dazu ÄAntr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE und Florian Wahl u.a. SPD) S. 33-35
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
Mittlg LReg 24.08.2015 Drs 15/7333

Bedarfsplanung für Kinderärzte in der Region

Kinderärztliche Versorgungsdichte im LKreis Karlsruhe; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung im Raum Bretten; für Bewohner des ländlichen Raums zumutbare Anfahrsdauer zu einer Kinderarztpraxis

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6127

Ärztliche Versorgung im Ostalbkreis

Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im Ostalbkreis; Daten zu Kommunen und LKreisen zu bewilligten Förderanträgen iRd Förderprogramms „Landärzte“

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6230

Bedarfsplanung für Kinderärzte im Enzkreis

Kinderärztliche Versorgungsdichte im Enzkreis; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung; zumutbare Anfahrsdauer zu einer Kinderarztpraxis für Bewohner des ländlichen Raums

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6448

Ärztliche Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis
Situation der haus- und fachärztlichen Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis; Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6508

Ärztliche Versorgung im LKreis Sigmaringen
Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im LKreis Sigmaringen; Ausweisung von Kommunen als Fördergebiet iRd Förderprogramms „Landärzte“; Ausbaustand der Palliativ-Medizin

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6612

Fachaufsicht

s. *Staatsaufsicht*

Fachgymnasium

s. *Berufliches Gymnasium*

Fachhochschulbibliothek

s. *Hochschulbibliothek*

Fachhochschule

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 20 - Weiterbildung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Kap 1440 bis 1464)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3821
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4220
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 10.12.2014 Drs 15/6061
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6542
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 21 - Lehrverpflichtung der Professoren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Kap 1442, 1443, 1450, 1451 und 1457)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3821
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4221
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 06.06.2014 Drs 15/5327
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5441
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften

Gegenwärtige Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften an den Hochschulen in BW; Unterstützung der Einrichtung einer Fakultät für Sozialpädagogik am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sozialwissenschaft*
Drs 15/4358

Promotionsrecht an Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Geplante Reform des Landeshochschulgesetzes im Bereich des Promotionsrechts an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, insbes konkreter Planungsinhalt und Einbindung der Universitäten

MdlAnfr
s. *Promotion*
Drs 15/4652

Öffnung des Promotionsrechts für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Ziele und Alternativen zur Neuregelung des Promotionsrechts an Hochschulen für angewandte Wissenschaften; Ausgestaltung der Experimentierklausel für den Zusammenschluss von Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) mit der Ermöglichung eines thematisch begrenzten und befristeten Promotionsrechts

Antr
s. *Promotion*
Drs 15/4761

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr
s. *Hochschule Heilbronn*
Drs 15/5494

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/5498

Englisch als Verkehrssprache in staatlichen Einrichtungen, insbes in Ausländerbehörden und Universitäten

Anerkennung des Englischen als Verkehrssprache in Ausländerbehörden; Zulassung der englischen Sprache bei Arbeiten zur Erlangung akademischer Grade an Universitäten und Fachhochschulen

Antr
s. *Verkehrssprache*
Drs 15/5499

Zulassungsvoraussetzung für ein Masterstudium am Beispiel des Psychologischen Psychotherapeuten

Zulassungsvoraussetzungen für ein Masterstudium im Fach „Psychologischer Psychotherapeut“ in BW, insbes Zulassungspraxis des Landes Sachsen-Anhalt und die Konsequenzen für die Absolventen baden-württembergischer Universitäten, Bewertung der nicht-bundeseinheitlichen Auslegungs- und Zu-

lassungspraxis; Zulassungspraxis einzelner Bundesländer bei Absolventen von Fachhochschulstudiengängen zu universitären Masterstudiengängen

KlAnfr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5554

Ausgestaltung des Promotionsrechts für Zusammenschlüsse von Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Erarbeitung von Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts; Mitwirkung der Universitäten und Fachhochschulen an der Erarbeitung der Kriterien; Konsultierung des Wissenschaftsrats; Einrichtung zusätzlicher Stellen im akademischen Mittelbau zur Betreuung der Promovierenden; Berücksichtigung des zusätzlichen Personalbedarfs beim Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Antr
s. *Promotion*
Drs 15/5674

Fachhochschule Biberach

s. *Hochschule Biberach*

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

s. *Verwaltungsfachhochschule*

Fachhochschule für Polizei

s. *Hochschule für Polizei*

Fachhochschule Ulm

s. *Hochschule Ulm*

Fachhochschulreife

Berechnung des Fachs „Religion“ im Gesamtdurchschnitt der Fachhochschulreife

Stellenwert des Fachs Religion; Gründe für mangelnde Berücksichtigung des Fachs bei der Berechnung des Notendurchschnitts der Fachhochschulreife; Begründung der unterschiedlichen Bewertung von Nebenfächern bei der Berechnung des Gesamtdurchschnitts

KlAnfr
s. *Religion*
Drs 15/3937

Fachklasse

Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Inanspruchnahme und Bezuschussung von Jugendwohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung, Vergleich mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel für das Schuljahr 2011/12; Entwicklung eines tragfähigen Konzepts im Dialog mit den Beteiligten unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquetekommission

Antr
s. *Wohnheim*
Drs 15/438

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.3.12 - Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/450

Schulschließungsliste BW

Kriterien und Folgewirkungen der Schließung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bis 2020, insbes im ländlichen Raum; Rückführung des Unterrichtsangebots und von Lehrern an Berufs- und Fachschulen; Planung des Ausbaus von Bezirks-, Landesfach- und länderübergreifenden Klassen bis 2016; Vornahme einer dynamischen Standortentwicklung entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2197

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr Viktoria Schmid CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP
23.07.2013 und Antw KM Drs 15/3853

Fachklassen für das Handwerk im Kreis Calw erhalten

Situation der Fachklassen der Berufsschulen im LKreis Calw und außerhalb, insbes Angebot an Berufsbildern im Handwerk, „Bonus“ für Klassengrößen im ländlichen Raum, Beschulung im Ausbildungsberuf Zerspanungsmechaniker

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5788

Fachklinik

s. *Fachkrankenhaus*

Fachkräfteallianz Baden-Württemberg

s. *Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg*

Fachkraft

s.a. *Hochqualifizierte Arbeitskraft*

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Anstreben eines Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebots für alle Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der jungen Migranten und benachteiligten Jugendlichen, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife der Bewerber und zur Reduzierung der Zahl von Ausbildungsabbrüchen, Stärkung der Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der

Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife, Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum sowie des Hochschulzuzugs für beruflich qualifizierte, Entwicklung eines Zeitplans zur Einführung der integrierten Ausbildungsstatistik

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungskluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr Paul Locherer u.a. CDU 09.06.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/84

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund; Beschreitung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/85

Anerkennungsgesetz

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Einschätzung des damit zu gewinnenden Fachkräftepotenzials in BW, Umsetzung des Gesetzes nach Inkrafttreten, Förderung von Anschluss- und Weiterbildungsqualifikationen

Antr
s. *Ausbildungsabschluss*
Drs 15/279

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Auswirkungen der seit Mai geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den acht (östlichen) EU-Beitrittsstaaten auf Gesellschaft und Wirtschaft in BW; Nutzung als Chance zur Abmilderung des Fachkräftemangels, Unterstützung der Unternehmen zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, Angebot von Hilfestellungen wie z.B. Sprachförderung; Forcierung der Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Zertifikate anderer EU-Staaten

Antr
s. *Arbeitskraft*
Drs 15/327

Potenzial der Studienabbrecher nutzen - Fachkräftemangel bekämpfen

Entwicklung der Zahlen von Studienabbrechern und ihrer weiteren Berufswege; Darstellung der Begleitung durch die Hochschulen, insbes Ermöglichung von Kontakten zu einer praxisbe-

zogenen Ausbildung; Hinwirkung auf eine vertiefte Berufsorientierung mit Betriebspraktika für die Schüler und Lehrkräfte auch an allgemeinbildenden Gymnasien

Antr
s. *Studienabbruch*
Drs 15/755

Migration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und nach BW

Darstellung der Wanderungsbewegungen o.g. Personen von und nach BW und Deutschland seit 2001, Zahl von Auswanderungen gut ausgebildeter Kinder von Migranten, insbes türkischer Herkunft, in die Türkei; Auswirkungen auf den Fachkräftemangel; Frage nach einem Zuzug von gut Ausgebildeten aus den europäischen Krisenländern, insbes nach dem Aufruf der Bundeskanzlerin aus Spanien; Entwicklung von zielgruppenspezifischen Anwerbestrategien

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/889

Fachkräftemangel in Ingenieurberufen

Fachkräftebedarf in den Ingenieurberufen; Maßnahmen zur Behebung des Ingenieurmangels wie z.B. Anwerbung von Ingenieuren in anderen EU-Staaten oder Nachqualifizierung bereits hier lebender Menschen mit nicht gleichwertigen Studienabschlüssen; Einrichtung eines dualen Qualifizierungsstudiengangs und sonstiger überbetrieblicher Qualifizierungsmöglichkeiten für Ingenieure mit nicht gleichwertigen ausländischen Abschlüssen

Antr
s. *Ingenieur*
Drs 15/974

Ausländerbehörden als Visitenkarten des Landes

Umgang der Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern und Asylbewerbern aus Drittstaaten, Ausgestaltung der Beratungs- und Servicekomponenten, Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Koordination der Zuständigkeitsbereiche des Integrationsministeriums und Innenministeriums

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/1132

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Ingenieuren, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von Frauen für MINT-Bereiche

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1240

Partnerschaft mit Griechenland

Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sowie Austausch im kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich; Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Versorgung von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern; Austausch und Zuwanderung von Fachkräften seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland; bisherige

und künftige gemeinsame EU-Projekte iRd neuen Förderperiode 2014-2020

Antr
s. *Griechenland*
Drs 15/1585

Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl und Anteil der o.g. Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Selbstständigen; Zahl der Migrantinnen mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss; Einschätzung des Beitrags des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/1618

Ausbildungssituation im Weinbau in BW

Entwicklung der Ausbildungssituation in den Weinbauberufen sowie der weinspezifischen Studienangebote und Studierendenzahlen an der Hochschule Heilbronn, Sicherung des Bedarfs an Weinbaufachkräften durch die Abgänger und Absolventen, Erhaltung des Weinbauinstituts Freiburg und der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/1701

Der zunehmende Fachkräftebedarf als Wachstumshemmnis und politische Aufgabe

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2394-2402

Zukunft der EURES-T-Grenzpartnerschaften

Bewertung o.g. Partnerschaften am Bodensee und Oberrhein im Hinblick auf einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und als Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels; Beurteilung des Vorschlags der EU-Kommission zur Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds ab der Förderperiode 2014-2020; Eintreten für eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Sozialer Wandel und Innovation“

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/2220

Frauen in MINT-Berufen in BW

Frauenanteil in MINT-nahen Berufsausbildungen und Studiengängen; Ursachen und Gründe für ihre schwache Repräsentation; Effektivität der Initiativen und Projekte zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Steigerung; Rückgewinnung nicht erwerbstätiger Ingenieurinnen für den Arbeitsmarkt; Karrierechancen für Frauen in MINT-Berufen; Maßnahmen in anderen europäischen Staaten

Antr
s. *Frau*
Drs 15/2633

Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Ausbildung - Fachkräfte sichern

Anwerbung arbeitsloser Jugendlicher aus EU-Mitgliedsstaaten für eine Ausbildung in BW aufgrund des Fachkräftemangels; Bedarf nach Branchen und Dringlichkeit; bisherige Erfahrung mit grenzüberschreitenden Ausbildungsprogrammen; Förderung dualer Ausbildungsprogramme im Rahmen des EU-Programms

INTERREG und anderer Programme; duale Ausbildungsprojekte im Rahmen der EU-Donauraumstrategie; Austausch mit den Unternehmen im Land

Antr CDU 08.11.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2639
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 14 15
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Mobilität von Fachkräften aus Katalonien fördern

Statistische Daten zu Fachkräften aus Spanien auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs und der Nachfrage nach Deutschkursen in der Partnerregion Katalonien; Möglichkeiten der Information und Anwerbung von Fachkräften aus Spanien und Katalonien; Ausbildungskooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen in BW und Katalonien; Forderung nach dem Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Förderung der Mobilität von Fachkräften zwischen Katalonien und BW in Orientierung am Vorbild des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid

Antr
s. *Spanien*
Drs 15/2829

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Ziele, Verfahrensablauf und Auswirkungen des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz), insbes Zulauf ausländischer Fachkräfte nach BW, Qualitätserhalt deutscher Berufsabschlüsse, einbezogene Berufe auf Bundesebene und Effizienz des Verfahrens durch die zentrale Anerkennungsstelle; Zahl der Anträge und Bescheide seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes; beantragte Berufsarten im Anerkennungsverfahren in BW; Unterstützung und Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Regelung der Berufsankennung auf EU-Ebene und weiterer Regelungsbedarf

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/2919

Frauen im Fokus der Fachkräftestrategie für den Mittelstand - Kontaktstellen Frau und Beruf stärken

Aktuelle Debatte
s. *Frau*
PIPr 15/59 S. 3497

Anforderung an die Sprachkenntnisse ausländischer Pflegekräfte in BW

Anerkennung ausländischer Kranken- und Altenpfleger als Fachkräfte; Rechtsgrundlage für die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen, zuständige Stellen; Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern; Wettbewerbsnachteile für Pflegeeinrichtungen in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse ausländischer Fachkräfte

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/3273

Internationalisierung der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen

Statistik zu ausländischen Studierenden in BW, insbes zu Herkunftsländern (aufgeschlüsselt nach Hochschularten), Studiengängen und Verbleib in der Region nach Studienende; Statistik zum Angebot englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Stu-

diengänge; Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Finanzmittel zur Anwerbung von ausländischen Studierenden, insbes Angebot an Betreuungspersonal und Wohnheimplätzen sowie Schaffung einer Willkommenskultur; Strategien der Hochschulen, der Wirtschaft und des Landes zum Verbleib von qualifizierten ausländischen Absolventen in BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/3416

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen - Fachkräftemangel in Deutschland überwinden

Aktuelle Debatte
s. *Arbeitslosigkeit*
PIPr 15/67 S. 3999

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr
s. *Arbeitsmigration*
Drs 15/3663

Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes auf Schulkindergärten

Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes auf die Zusammensetzung des pädagogischen Personals an Schulkindergärten; vorgesehene Erweiterung des Fachkräftekatalogs; Begegnung des Fachkräftemangels im Bereich der Schulkindergärten

KlAnfr
s. *Schulkindergarten*
Drs 15/3694

Inklusion bei der Aus- und Weiterbildung der in § 7 Abs 2 Kindertagesbetreuungsgesetz aufgeführten Fachkräfte

Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten; erhöhte Anforderungen an die dort arbeitenden Fachkräfte; Vorbereitung der in § 7 Abs 2 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz - KiTaG) genannten Fachkräfte durch entsprechende Weiterbildung; Inklusion als Ausbildungsinhalt von Fachkräften für Kindertagesstätten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/3739

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei

der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr
s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*
Drs 15/4063

Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe

Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW, insbes Zahlen bzw Anteile der jeweiligen Ausbildungsberufe, Vertragsauflösungen, unbesetzten Ausbildungsplätze und Branchenwechsel; Förderung der Fachkräftesuche und Unterstützung des Ausbildungsversprechens des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) BW

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/4065

Investitionsförderung in der Eingliederungshilfe

Unterstützung der Einrichtungsträger bei der Umwandlung von Doppel- und Mehrfachzimmern zu Einzelzimmern bis 2019; Berücksichtigung der Wünsche von Personen mit kognitiven und kommunikativen Einschränkungen sowie von deren Betreuern und Angehörigen; Entscheidungen nach Maßgabe von Forschungsergebnissen und Versorgungsrealität; Angebot und Nachfrage bei Plätzen in Komplexeinrichtungen; Merkmale „innovativer“ Wohn- und Beschäftigungsformen im Sinne der Förderrichtlinien; Bekämpfung des Fachkräftemangels im Bereich der Eingliederungshilfe

Antr
s. *Eingliederungshilfe für Behinderte*
Drs 15/4186

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber

Mitarbeitersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.11.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4380
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/5052 S. 5 6
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Qualifizierten Nachwuchs sichern für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften

Situation und Sicherung qualifizierten Nachwuchses in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und der Gebietskörperschaften, insbes Beschäftigungssituation, Ausbildungshintergrund, Maßnahmen gegen Nachwuchsmangel, Schaffung von Ausbildungskonzepten in Partnerschaft mit der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 15/5002

Auswirkungen einer Erhöhung der Akademisierungsquote auf Ausbildung und Beschäftigung

Voraussichtlicher Fachkräftebedarf in BW für den Zeitraum 2014 bis 2030; die voraussichtlich benötigte berufliche Qualifikation; Berufschancen von Hochschulabsolventen; Bereitschaft von Abiturienten zu einer Lehre im System der Dualen Ausbildung; Verringerung der Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei der Besetzung offener Stellen; Erhaltung der Wertschöpfung am Standort BW

KlAnfr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/5032

Zukunft der beruflichen Ausbildung und Umorientierung

Durchschnittsalter von Auszubildenden zu Beginn und am Ende ihrer Ausbildung; Bewertung von Angeboten für „Spätstarter“ im Hinblick auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Integration junger Menschen ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt; Gewinnung von Studienabbrechern für Ausbildungsberufe; Nachfrage nach beruflicher Ausbildung im Abstand zum Schulabschluss sowie nach betriebsinternen Umschulungs- und Qualifizierungsangeboten; Ausnahmeregelung beim Mindestlohn

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/5048

Technikbegeisterung im Kleinkindalter wecken!

Initiativen zur Heranführung von Kleinkindern an Technik und Naturwissenschaften; Fachkräftesituation in den Bereichen Technik und Naturwissenschaft in BW und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung

Antr
s. *Technik*
Drs 15/5250

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Finanzierung der „Welcome-Center“

Regionale Verteilung und Träger der neu eingerichteten „Welcome-Center“; Höhe und Herkunft der für den Aufbau und Betrieb der einzelnen Einrichtung zur Verfügung stehenden Mittel; Finanzierung und Weiterführung der „Welcome-Center“ ab dem Jahr 2015

Antr Claus Paal u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5497
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 58
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Maßnahmen und Initiativen zur Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften aus dem (EU-)Ausland

Maßnahmen zur Gewinnung und Integration von Auszubildenden und Fachkräften aus dem europäischen Ausland, insbes Einbindung ins Berufsleben, Unterstützung im Alltag, kommunale und regionale Programme, EU-Förderprogramme, Kooperation mit der Partnerregion Katalonien, Einbeziehung von Vereinen und Verbänden, Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle

Antr
s. *Ausländischer Auszubildender*
Drs 15/5631

Herausforderungen der Kreativwirtschaft in BW

Anzahl der im Zeitraum 2011 bis 2014 in der Kreativwirtschaft tätigen Unternehmen und deren Umsatz; Gesamtzahl der in diesem Bereich Erwerbstätigen; Fazit der Einführung des Innovationsgutscheins C; Förderung kleiner und kleinster Unternehmen der Kreativbranche; Erleichterung der Kreditgewährung; Fachkräftebedarf; Instrumente zur Abwendung eines Fachkräftemangels; Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Eingehen von Innovationspartnerschaften (Open Innovation)

Antr
s. *Unternehmen*
Drs 15/5654

Förderung internationaler Schulen

Situation und Finanzierung internationaler Schulen in BW, insbes Bedeutung für die Gewinnung ausländischer Fachkräfte

Antr
s. *Internationale Schule*
Drs 15/5739

Zukunft des Förderprogramms MobiPro-EU

Notwendigkeit zur Deckung des Fach- bzw Arbeitskräftebedarfs in BW durch Zuwanderung junger Menschen aus den europäischen Nachbarländern; Rahmenbedingungen, Bedeutung und Umsetzung des Programms MobiPro-EU in BW

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5792

Zukunft der Physiotherapieschule Heidelberg

Entwicklung und Zukunftschancen der Physiotherapieschule Heidelberg, insbes Schließung der Finanzlücke nach Wegfall des Schulgeldes, mögliche Übernahme in private Trägerschaft; Entwicklung der Schülerzahlen in Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie, Maßnahmen gegen den mittelfristigen Fachkräftemangel in sozialen Berufen

Antr
s. *Physiotherapeut*
Drs 15/5855

Fachkräftepotenzial von Flüchtlingen nutzen

Nutzung des Fachkräftepotenzials von Flüchtlingen, insbes Ermittlung der beruflichen Qualifikation, Einsatz von Förderinstrumenten zur Qualifizierung für den Arbeitsmarkt, Erreichung eines ausreichenden Kenntnisstand der deutschen Sprache

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5862

Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen und Zulassung „ausländischer“ Fachkräfte in BW

Ungenutztes Potenzial von Menschen mit internationalen Wurzeln bei im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen; Bezahlung von Menschen in Anpassungslehrgängen; zeitnahe Durchführung von beruflichen Anerkennungsverfahren

Antr

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/5866

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr

s. *Landwirtschaftsverwaltung*

Drs 15/6119

Fachkraftquote in Pflegeheimen mit geschlossenem Bereich

Mehrbedarf an Pflegefachkräften in der Nachtwache in geschlossenen Bereichen infolge des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes; Erarbeitung und Umsetzung einer Landesverordnung

KlAnfr

s. *Pflegeheim*

Drs 15/6345

Fachkräfteallianz BW

Sachstand zur Arbeit der Allianz für Fachkräfte in BW, insbes Organisation, Arbeitsprogramm, Ergebnisse, Finanzierung und Mittelverwendung

Antr

s. *Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg*

Drs 15/6792

Fachkraftquote und Landesheimpersonalverordnung

Sachstand zu Veränderungen bei der Landesheimpersonalverordnung, insbes Anpassung der Regelungen im Bereich der Fachkraftquote

KlAnfr

s. *Heimrecht*

Drs 15/6843

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7452

Überbelastung der Intensivpflegekräfte

Gewinnung von Pflegefachkräften für die Intensivstationen an den Universitätskliniken in BW; Belastung der Intensivpflege-

kräfte durch Überstunden; Sicherstellung der Versorgung von Intensivpatienten

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/7907

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr

s. *Digitalisierung*

Drs 15/8121

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger gemeinsam mit der Wirtschaft, Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs, Initiierung einer Allianz für Fachkräfte mit den Akteuren des Arbeitsmarkts

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24-27

Erinnerung an das Arbeitskräftepotenzial in der industriellen Gründerzeit des Landes und an die Anfänge der beruflichen Qualifizierung von Fachkräften; Ausschöpfung aller Potenziale zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 55 56 60 88

Verbesserung der Attraktivität der dualen Ausbildung zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 165 166

Abmilderung des Fachkräftemangels durch Ausschöpfung des Erwerbspotenzials von Frauen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 195 197 198 200

Beschäftigtenanteil der Automobilindustrie in BW, Feststellung eines Fachkräftemangels

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423-430

Erschließung der Begabungen aller Kinder und Jugendlichen zur Abmilderung des Fachkräftemangels; Würdigung der Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer im Land, Eintreten für Mindestlöhne und ein Tarifreuegesetz

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 501 502 513-520

Entlastung der Arbeitnehmereinkommen durch die Beseitigung der kalten Progression beim Steuertarif; Abmilderung des Fachkräftemangels durch Ausschöpfung des Erwerbspotenzials von Frauen

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 676-679 683 684 702-704

Abmilderung des Fachkräftemangels durch Ausschöpfung des Erwerbspotenzials der gut ausgebildeten Frauen; Senkung der Hürden für ausländische Fachkräfte

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959 960 968 974-976 978 979

Investitionen in die frühkindliche Bildung und in die Hochschulbildung als Vorbeugung gegen den Fachkräftemangel

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1108 1110 1115 1148 1149

Abmilderung des zunehmenden Fachkräftemangels mit dem Konzept „Gute und sichere Arbeit“ und mit dem Ausbau der Kleinkindbetreuung; Senkung der Hürden für ausländische Fachkräfte

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176 1180-1182 1191 1239 1243 1244 1247

Abdeckung des künftigen Fachkräftebedarfs mit gut qualifizierten Schülern, Investitionen in die Hochschulbildung als Vorbeugung gegen den Fachkräftemangel; Befürchtung eines neuen, digitalen Proletariats durch Crowdsourcing; Stärkung der dualen Ausbildung; Einrichtung der „Allianz für Fachkräfte“

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1376 1412 1423-1425 1427 1429-1431 1445

Abdeckung des künftigen Fachkräftebedarfs mit gut qualifizierten Schülern, Fortführung des Ausbaus der Ganztagschulen; Fachkräftebedarf für den Ausbau der Elektromobilität

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1756 1810 1811

Sicherung des Fachkräftebedarfs, Verweisung auf die „Allianz für Fachkräfte“; weitere Öffnung der Hochschulen für die Berufstätigen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1928 1934 1962

Fachkrankenhaus

s.a. *Kinderkrankenhaus*

s.a. *Psychiatrie*

s.a. *Universitätsklinik*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens

Stand der Durchsetzung von Forderungen und Schadensregulierung nach der Eingliederung der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg in das Universitätsklinikum

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/224

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Schließung der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH) - Fachklinik Neckargemünd

Folgen o.g. Schließung für die medizinische Versorgung im Rhein-Neckar-Kreis; künftige Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Schädigungen des zentralen Nervensystems, ambulante und stationäre Angebote auf dem Gebiet der Kinderneurologie

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 09.09.2011 und Antw SM Drs 15/488

Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

Entwicklung der Patientenzahlen in den einzelnen Hochschulambulanzen der Universitätskliniken; finanzielle Auswirkungen für das Land und die GKV durch die Integration der Orthopädischen Klinik und der Lungenfachklinik in Heidelberg in die Universitätsklinik Heidelberg, durch Übernahme des „Zentrums für Brustkrankungen Südbaden“ vom Universitätsklinikum Freiburg und dessen Fusion mit dem Herzzentrum Bad Krozingen; Sicherstellung der Einbindung des Haushaltsgesetzgebers in strukturell bedeutsame Entscheidungen der Universitätsklinika

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/687

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/2575

Kinderzentrum Maulbronn

Zahl der Kliniken für Sozialpädiatrie in BW sowie ihr künftiges Entwicklungspotenzial; das Kinderzentrum Maulbronn als Arbeitgeber in der Region; Förderung des geplanten Anbaus durch das Land

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 22.02.2013 und

Antw SM Drs 15/3116

Ophthalmologische Versorgung im Raum Pforzheim/Enzkreis

Regionale und fachliche Bedeutung der Augenklinik des Klinikums Pforzheim; Sicherung ihres Fortbestands

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.03.2013 und

Antw SM Drs 15/3207

Kinderklinik Freiburg

Notwendigkeit und Planungen zum Neubau der Kinderklinik Freiburg, insbes Kostenrahmen, Finanzierung, Überlegungen zur Ausgliederung der Kinderkardiologie

KlAnfr

s. *Kinderkrankenhaus*

Drs 15/5551

Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königfeld und psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund

Sachstand zur Sicherstellung der kultursensiblen psychotherapeutischen und psychiatrischen Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, insbes Bedeutung und Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königfeld

KlAnfr Manfred Lucha GRÜNE 03.02.2016 und Antw SM

Drs 15/8040

Fachlehrer

Situation der Fachlehrkräfte und Technischen Lehrkräfte verbessern

Zahl und Besoldung der o.g. Lehrkräfte, verfügbare Beförderungsstellen und Stellenhebungen

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 24.10.2012 und Antw

KM Drs 15/2566

Situation der Fachlehrer und Technischen Lehrer

Schulartbezogene Deputatsangleichungen, Besoldung und Beförderungsmöglichkeiten für Technische Lehrkräfte

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 06.02.2013

und Antw KM Drs 15/3029

Tätigkeitsbereich der Fachlehrer/Fachlehrerinnen und Technischen Lehrer/Lehrerinnen im Wandel

Veränderungen in der Tätigkeitszuordnung und Aufgabenteilung von Sonderschullehrern und Fachlehrern bzw Technischen Lehrern an den Schulen für Geistig- und Körperbehinderte; Trennung von Unterricht und „pflegerischen Aufgaben“; Anglei-

chung von Arbeitszeit und Besoldung; Entwicklung der Beförderungsstellen

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 24.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3537

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.10.2013 Drs 15/4379 S. 11 12

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Entwicklung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen/Fachlehrer bzw Technische Lehrerinnen/Lehrer und Zukunft der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren

Entwicklung und Planung der Beförderungsstellen für Fachlehrer bzw Technische Lehrer, insbes Beförderungswartezeiten und Schaffung zusätzlicher Beförderungsstellen; Einbeziehung der Pädagogischen Fachseminare in die angestrebte Weiterentwicklung der Lehrerbildung

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 06.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4010

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897 S. 36 37

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/4100

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/723 betr. Eingruppierung einer Fachlehrerin für Sonderschulen

BeschlEmpf und Bericht PetA 10.10.2013 Drs 15/4039 Nr. 1 S. 2 3

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Mittlg LReg 12.12.2013 Drs 15/4504

Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Ausbildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr

s. *Berufsfachschule*

Drs 15/4140

Lehrbefähigung der Lehrerinnen und Lehrer in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik

Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik durch Lehrer ohne entsprechende Lehrbefähigung, insbes Ursachen und Anteil des in diesen Fächern fachfremd erteilten Unterrichts sowie ergriffene oder geplante Gegenmaßnahmen

Antr FDP/DVP 08.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4308

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7794-7801

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/4895

Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Art und Umfang der von Fachlehrern mit gymnasialer Lehrbefähigung an Gemeinschaftsschulen unterrichteten Fächer; Anzahl der Bewerber um eine erste Stelle an einer Gemeinschaftsschule; Abordnung von Gymnasiallehrern an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/5065

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr

s. *Kunsterziehung*

Drs 15/5746

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/6479

Fachmesse

s. *Messe (Ausstellung)*

Fachschule

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerberauf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/2780

Perspektiven einer Fachschule für Technik - Fachrichtung Medizintechnik an der Heinrich-Wieland-Schule Pforzheim

Entwicklung der Medizintechnik im Raum Pforzheim; Fachkräftebedarf im Bereich Werkzeugmechaniker und Feinwerkmechaniker; Beurteilung bereits bestehender Fachschulen für Technik - Fachrichtung Medizintechnik in Heidelberg und Ansbach; Einrichtung eines entsprechenden Ausbildungsgangs an der Heinrich-Wieland-Schule in Pforzheim

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 14.02.2013 und Antw KM Drs 15/3060

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegbau, Bahnhofsmo- dernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr

s. *Infrastruktur*

Drs 15/5450

Sozialpädagogische Fachkraft - Praxisintegrierte Ausbildung (PIA)

Ziel und Dauer der praxisintegrierten Erzieherausbildung; Ausbildungsplan und Organisation des Unterrichts; Anforderungen an die Bewerber; Angebot der Fachausbildung im Rhein-Neckar-Kreis; Schülerzahlen an den jeweiligen Standorten; Anmeldungen für das Schuljahr 2014/2015; Entwicklung von Angebot und Nachfrage an den Fachschulstandorten

KlAnfr

s. *Ausbildungsberuf*

Drs 15/5661

Fachschule für Landwirtschaft

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Fachschule für Sozialpädagogik

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr

s. *Erzieher*

Drs 15/427

Zukunft der Studienangebote Elementarpädagogik

Bewertung der o.g. Studiengänge im Vergleich zu den Ausbildungsgängen an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Einschätzung des Bedarfs an Absolventen, Entwicklung der Zahl der angebotenen und besetzten Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen und kirchlichen Hochschulen seit 2007, Darstellung von berufsbegleitenden und integrativen Studienangeboten, Anrechnung einer Erzieherinnenausbildung auf das Studium, Einschätzung der Bewerbersituation an den PH nach dem Wegfall der Studiengebühren, Ausweitung der dortigen Studienplatzkapazitäten, Unterstützung der kirchlichen Hochschulen

Antr

s. *Pädagogik*

Drs 15/1145

Duales Ausbildungsangebot für die Gewinnung zusätzlicher Erzieherinnen und Erzieher

Ausgestaltung der o.g. Neuordnung im Vergleich zu der bisherigen Ausbildung an einer Fachschule für Sozialpädagogik, Darlegung der Zugangsvoraussetzungen und der praktischen Ausbildungsabschnitte bei unterschiedlichen Trägern, Zeitplan für eine flächendeckende Einführung und eine mögliche Ersetzung der bisherigen Ausbildungsstruktur an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Gewinnung von mehr männlichen Auszubildenden für das Berufsbild Erzieher

Antr

s. *Erzieher*

Drs 15/1230

Erleichterungen für Erzieherinnen und Erzieher im Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz

Pläne zur Deckung des steigenden Bedarfs an Fachkräften in Kindertagesstätten; berufsrechtliche Regelungen für bereits über einen vergleichbaren Abschluss verfügende Absolventen der Fachschulen für Sozialpädagogik; Frage der Einbeziehung der Fachschulen für Sozialpädagogik

Antr

s. *Erzieher*

Drs 15/2337

Factory-Outlet-Center

s. *Fabrikverkauf*

Fälschung von Markenartikeln

s. *Produktpiraterie*

Fahrausbildung

s.a. *Begleitetes Fahren*
s.a. *Fahrerlaubnis*

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radelnder Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrserziehung*
Drs 15/4085

Reform der Fahrlehrerausbildung

Sachstand zur Reform der Fahrlehrerausbildung aufgrund des Eckpunktepapiers der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Reform des Fahrlehrerrechts“ sowie des Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, insbes Erhöhung der Qualität der pädagogischen Ausbildung, vorgesehene Veränderungen bei der Ausbildung von Fahrschülern sowie im Fahrerlaubnisrecht

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 12.05.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6887

Fahrausweis

s.a. *Verkehrstarif*

Verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln als Ziel der Modellregion für eine nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart

Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Fahrgästen im ÖPNV, u.a. Entwicklung einer einheitlichen Mobilitätskarte für den Geltungsbereich des VVS, Initiierung ergänzender Angebote an den Stationen wie Leihfahrräder und Carsharingfahrzeuge, Verbesserung der Fahrgastinformation, der Anschlusssicherung, Sauberkeit und Zuverlässigkeit, Einrichtung eines Online-Vertriebs für Fahrkarten, Mittelbereitstellung zur Beteiligung von (mehr) Kommunen an den Projekten

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/97

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des verbundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1261

Einführung eines Landestickets und Finanzierung von Verbundtarifen zwischen Verkehrsverbänden

Planungen zur Einführung eines neuen Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bezuschussung von Tarifvollverbänden, insbes Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Metropolticket

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/3236

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Urlaub

Mobilitätsverhalten von Touristen bei der An- und Abreise sowie am Urlaubsort; Anbindung von Reisezielen an das öffentliche Nah-, Regional- und Fernverkehrsnetz; Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Angebot vergünstigter Kombitickets; Beteiligung von Einzelhandel, Tourismusverbänden und Gastronomiebetrieben an solchen Angeboten für Tagesgäste und Urlauber; Erhöhung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr; Verbesserung der Erreichbarkeit von Skigebieten

Antr
s. *Öffentlicher Personenverkehr*
Drs 15/6225

Mobile Ticketing im Öffentlichen Personennahverkehr

Verkehrsverbände mit einem Mobil-Ticketing-Angebot; Nutzung des sogenannten Handy-Tickets; Auftreten von Problemen bei der Fahrausweiskontrolle; Vereinheitlichung der eingesetzten Systeme; Förderung von Mobile Ticketing durch die LReg

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 09.01.2015 und Antw MVI Drs 15/6333

Auswirkungen der Planungen der Deutschen Bahn AG über zusätzliche Fernverkehrsverbindungen und -halte auf das Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr

Sachstand zu Planungen der Deutschen Bahn AG zu zusätzlichen Fernverkehrsverbindungen und -halten iRd sogenannten Verkehrs-offensive, insbes betroffene Netze im Schienenpersonenregionalverkehr, Nutzung von Nahverkehrsfahrausweisen auf einzelnen Relationen des zusätzlichen Fernverkehrsangebots; Realisierung eines Bahnhalts in Merklingen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6742

Nachfrage im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Stand zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen

Sachstand zur Nachfrage auf den einzelnen Strecken im Schienenpersonennahverkehr, insbes Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Menge der bestellten Zugkilometer, Kapazitätsengpässe und Gegenmaßnahmen, Erkenntnisse über deutlich unterbesetzte Züge, Veränderungen im Fahrplan- und Fahrzeugangebot, Erkenntnisse aus dem Controlling, Verkaufszahlen des Baden-Württemberg-Tickets und des Metropoltickets für die Region Stuttgart

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6790

Stand der Einführung eines Landestickets und Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Sachstand zur Einführung eines Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr, insbes geplante Ausbaustufen und deren Anschubfinanzierung, Reduzierung der unübersichtlichen Tarifvielfalt, Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 10.06.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6980
BeschIEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 81 82
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7913

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs II

Sachstand zur kostenfreien Nutzung von Intercity-Zügen für Reisende mit Regionalbahntickets bei Verspätungen des Regionalverkehrs auf von Verspätungen regelmäßig betroffenen Strecken, insbes auf der Strecke von Pforzheim nach Karlsruhe

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7936

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/8063

Fahrbahn

s.a. *Straßenausstattung*
s.a. *Straßenbelag*

Breitenbegrenzung von Fahrbahnen in Autobahnbaustellen

Begrenzung auf zwei Meter trotz Überschreitung dieser Breite von Fahrzeugen der Kompaktklasse; Ermöglichung der Nutzung dieser Fahrstreifen von Serienfahrzeugen durch eine sachgerechte Breitenbegrenzung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 14.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/276
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 54 55
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Nutzung der Möglichkeit zum Fahren auf den Standspuren bei Autobahnstaus

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 358

Plädoyer für eine temporäre Freigabe der Seitenstreifen an Autobahnen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1799

Fahrbahnbelag

s. *Straßenbelag*

Fahrbahnschaden

s. *Straßenschaden*

Fahrberechtigungsgesetz

s. *Fahrerlaubnis*

Fahreignungsprüfung

s. *Medizinisch-Psychologische Untersuchung*

Fahrerlaubnis

s.a. *Fahrausbildung*
s.a. *Fahrverbot*
s.a. *Kraftfahrer*

Feuerwehrführerschein

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

Antr CDU 19.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/738
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 832-838
Mittlg LReg 26.04.2012 Drs 15/1628

Sachstand zum sogenannten „Feuerwehrführerschein“

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

KlAnfr Konrad Epple CDU 13.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1255

Gesetz zur Aufhebung des Fahrberechtigungsgesetzes

Neuerlass der Landesverordnung zur Fahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge aufgrund der Neufassung der bundesrechtlichen Ermächtigung durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

GesEntw LReg 26.06.2012 Drs 15/1960
1. Beratung PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2465-2468
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2331
2. Beratung PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2573-2576
GesBeschl 10.10.2012 Drs 15/2467
GBI 2012 Nr. 15 S. 556-565 (Ges vom 23.10.2012)

Anerkennung und Erwerb des Führerscheins von Migrantinnen und Migranten

Bedingungen für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Führerscheinen; Möglichkeiten für die Ablegung der theoretischen Prüfung in der Herkunftssprache und für die Inanspruchnahme eines Dolmetschers für die theoretische und praktische Prüfung; verfügbare Unterrichtsmaterialien in den Herkunftssprachen; Erhöhung der Arbeitsmarktchancen durch die Kombination von Führerscheinkursen und Sprachkursen

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 05.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2288
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.01.2013 Drs 15/3398 S. 103
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Förderung und Ausbau der Fahrradinfrastruktur

Entwicklung des Mitteleinsatzes von Land und Kommunen für den Ausbau von Radwegen; Beurteilung einer Beteiligung der Nutzer an der Finanzierung des weiteren Ausbaus differenziert nach Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs; Befürwortung der Einführung einer Helm- und Führerscheinpflcht? Hinwirkung auf gleiche Steuererleichterungen auch für Dienstfahrräder, Dienst-Pedelecs und E-Bikes wie für privat genutzte Dienstwagen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/2574

Anerkennung türkischer Fahrerlaubnisse

Voraussetzungen für ihre Anerkennung in Deutschland; Zahl der Anträge pro Jahr in BW; Bedingungen für die Erteilung eines deutschen Pkw-Führerscheins sowie von Fahrerlaubnissen sonstiger Führerscheinklassen; für einen Antrag erforderliche Unterlagen; Vorlage eines Führungszeugnisses; Verzicht auf zusätzliche Fahrerlaubnisprüfungen bei bestimmten Ausstellungsstaaten

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.06.2013 und
Antw MVI Drs 15/3620

Moped-Führerschein mit 15 Jahren

Erfahrungen mit dem Führerschein mit 17; Überblick über die Erfahrungen mit dem Moped-Führerschein mit 15 in anderen Bundesländern; Folgerungen für dessen Einführung in BW

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 18.12.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4519
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 12.02.2014 Drs 15/4949 S. 30 31
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbünde; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr
s. *Mobilität*
Drs 15/4576

Zukunft der Bürgerbusvereine in BW

Voraussetzungen für einen Landeszuschuss bei der Neubeschaffung eines Bürgerbusses; Überschreitung des für die Führerscheinklasse B maximalen Gesamtgewichts von 3,5 Tonnen aufgrund der geforderten Ausstattung der Busse; Ausnahmeregelungen bei den Abgasgrenzwerten und der Busausstattung; Sondergenehmigung für die Fahrer der Bürgerbusse bei der Überschreitung des zulässigen Fahrzeuggewichts; Einschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerbusvereine im Allgemeinen und des Bürgerbusvereins Ebersbach im Besonderen

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/4736

Mobilitätsprobleme von Studenten unter 18 Jahren

Anzahl der an den Dualen Hochschulen immatrikulierten unter Achtzehnjährigen; durchschnittliche Entfernung zwischen den Dualen Hochschulen und den Ausbildungsbetrieben; Mobilitätsprobleme der Studienanfänger aufgrund fehlender Verbindungen oder Verkehrsmittel; Ausnahmeregelungen für das unbegleitete Fahren eines Pkws durch unter achtzehnjährige Führerscheinbesitzer

KlAnfr
s. *Mobilität*
Drs 15/5762

Reform der Fahrlehrerausbildung

Sachstand zur Reform der Fahrlehrerausbildung aufgrund des Eckpunktepapiers der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Reform des Fahrlehrerrechts“ sowie des Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, insbes Erhöhung der

Qualität der pädagogischen Ausbildung, vorgesehene Veränderungen bei der Ausbildung von Fahrschülern sowie im Fahrerlaubnisrecht

Antr
s. *Fahrausbildung*
Drs 15/6887

Fahrgast

s.a. *Fluggast*
s.a. *Öffentlicher Personenverkehr*
s.a. *Passagierrechte*
s.a. *Pendler*

Anbindung des Enzkreises an den Landesflughafen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Nachtzeit und in Tagesrandlagen

Derzeit vorhandene und mögliche Verbindungen für Reisende aus dem Enzkreis zum/vom Flughafen Stuttgart zu den o.g. Zeiten; Erwartung von Fahrplanverbesserungen nach Realisierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Ulm, Eintreten für kurzfristige Maßnahmen

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/29

Verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln als Ziel der Modellregion für eine nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart

Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Fahrgästen im ÖPNV, u.a. Entwicklung einer einheitlichen Mobilitätskarte für den Geltungsbereich des VVS, Initiierung ergänzender Angebote an den Stationen wie Leihfahräder und Carsharingfahrzeuge, Verbesserung der Fahrgastinformation, der Anschlusssicherung, Sauberkeit und Zuverlässigkeit, Einrichtung eines Online-Vertriebs für Fahrkarten, Mittelbereitstellung zur Beteiligung von (mehr) Kommunen an den Projekten

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/97

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreiszirkel Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/367

Möglichkeiten zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW - Fortführung des Pauschalierungsvertrags für die Ausgleichsleistung nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ausgestaltung und Zeitperspektive einer Nachfolgeregelung; Gewichtung der Interessen der Fahrgäste nach günstigen Fahrpreisen im Ausbildungsverkehr, der Omnibusunternehmen nach Planungssicherheit durch einen mehrjährigen Vertrag und der Abrechnungsstellen nach Verwaltungsvereinfachung; Ermöglichung einer einheitlichen Kinderaltersgrenze bei allen Verkehrs-

verbünden, der kostenlosen Fahrradmitnahme auch in Bussen, der Einführung von Übergangstarifen zwischen Verkehrsverbünden u.a.

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/421

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/806

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/807

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/808

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*

Drs 15/814

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/816

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/817

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/820

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der

Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/834

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/835

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und LKreis Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/843

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/864

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/874

Situation in den Regionalzügen/Schwarzwaldbahn auf der Rheintalbahn zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr

Auslastung bzw. Überfüllung der o.g. Züge im Berufs-/Pendelverkehr, Höhe des Anteils von Studenten insbes durch

den doppelten Abiturjahrgang 2012, verursachte Verspätungen durch überfüllte Züge und Verfehlung von Anschlussverbindungen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1091

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des verbundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/1261

Optimierung Situation Schwarzwaldbahn/Planung Zukunft Schwarzwaldbahn

Erweiterung der Waggonkapazitäten zum Abbau von überbelegten Regionalzügen bis 2016, Aufnahme einer verbesserten Attraktivität der Angebote und Ausstattung der Züge für die Fahrgäste in der Ausgestaltung der Ausschreibung für die Zeit ab 2016

Antr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/1356

Öffentliche Personennahverkehrs(ÖPNV)-Offensive für die Fläche

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Busverkehr seit 2005; Erfahrungen mit und Kosten von bedarfsorientierten öffentlichen Verkehrssystemen wie Rufbusse und Taxis; Möglichkeiten und Kosten der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für bedarfs-gesteuerte innovative Nahverkehrssysteme; erwartete Auswirkungen auf das Taxigewerbe

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/1596

Komfortable menschen- und umweltfreundliche Lösungen für die Gäubahn

Pläne der Bahn zur Einschränkung des Fernverkehrs zwischen Stuttgart und Zürich; aktuelle Fahrgastzahlen und Prognosen bis 2025 auf den Abschnitten der Gäubahn und zum Stuttgarter Flughafen; Planungsstand für die Stilllegung der Gäubahntrasse in Stuttgart, Beurteilung der Fortführung der Vermarktung dieser Flächen durch die Bahn ungeachtet der Ergebnisse des Filddialogs, Diskussion über neue Varianten mit o.g. Zielsetzung und Einhaltung des Kostendeckels mit den Projektpartnern von Stuttgart 21

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1629

Zuverlässigkeit von öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Verbindungen in Pforzheim und dem Enzkreis

Verspätungen und mangelnde Fahrgastinformation auf der Stadtbahnlinie S 5 zwischen Karlsruhe, Pforzheim und Bietigheim-Bissingen; Behebung der defekten Fahrscheinautomaten auf der Linie S 5; Installation der zugesagten Aufzüge am Pforzheimer Hauptbahnhof sowie eines ausreichenden Wetterschutzes am Pforzheimer Busbahnhof

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/1662

Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs

Entwicklung der Grundlagen zur Verteilung der o.g. Mittel sowie der Bevölkerung, der gefahrenen Zugkilometer und des Beförderungsaufkommens seit Inkrafttreten des Regionalisierungsgesetzes 1996; Beurteilung der Chancen für einen höheren Anteil des Landes ab 2015

Antr
s. *Regionalisierungsgesetz*
Drs 15/2187

Service auf der Regionalzugverbindung Karlsruhe-Stuttgart

Massive Verspätungen und Überfüllungen der RE- und IRE-Züge an den Samstagvormittagen am 29. September und am 6. Oktober 2012, Frage nach dem Angebot an Ersatzzügen und Informationsservice für die wartenden Fahrgäste; Verbesserung der künftigen Vorbereitung auf vorhersehbare Großereignisse wie z.B. das Cannstatter Volksfest

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2446

Fahrgastinformationssysteme: Berücksichtigung der Interessen von Älteren und Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Art der eingesetzten Fahrgastinformationssysteme; Berücksichtigung der Bedürfnisse von behinderten und alten Menschen bei den bestehenden Informationssystemen sowie dem sich in der Testphase befindlichen System RUBIK für den regionalen Busverkehr; Kosten einer flächendeckenden Einführung eines Fahrgastinformationssystems im ländlichen Raum; zuständige öffentliche Träger

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/2698

Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke; Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/2813

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggons durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr
s. *Stadtbahn*

Drs 15/4258

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4381

„Blauwal“ - Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse

Entwicklung der Fahrgastzahlen seit Reaktivierung der Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse und Steigerungsmöglichkeiten

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4559

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbünde; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr
s. *Mobilität*
Drs 15/4576

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. *Enztalbahn*
Drs 15/5111

Warnsignalton in S-Bahnen

Auftreten technischer Probleme bei den S-Bahnen der Baureihe ET 430; Streckeneinsatz dieser S-Bahn-Züge; Beschwerden von Fahrgästen über die Lautstärke des Warntons beim Öffnen und Schließen der Türen; EU-rechtliche Vorgaben für akustische Warnsignale beim Öffnen oder Schließen von Fahrgasttüren

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5299

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Reningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Reningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der

Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Sachstand zur Situation von Übergriffen auf Fahrgäste und Beschäftigte im öffentlichen Personennahverkehr, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, strafrechtliche Ahndung, Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen zur Verhütung von Gewalttaten

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6995

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7913

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/8063

Verbesserung der Fahrgastinformation im ÖPNV

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1352

Fahrgastverkehr

s. *Personenverkehr*

Fahrgemeinschaft

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete
Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftskoordination

Antr
s. *Pendler*
Drs 15/3995

Fahrkarte

s. *Fahrausweis*

Fahrkosten

Ausbildungsverkehr - Subventionierte Tickets im Rahmen einer Weiter- beziehungsweise Fortbildung

Subventionierte Fahrkarten für Schüler in einer Fort- oder Weiterbildung, insbes Form und Höhe der Kostenbeteiligung durch das Land sowie konkrete Ausgestaltung; Unterschiede in der Fahrkostenunterstützung bei (Fach-)Hochschulstudenten und Schülern in einer Weiter- oder Fortbildung

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 24.01.2013 und Antw MVI
Drs 15/2925

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturreform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3996

Unentgeltliche Praktika im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport und anderen Ressorts

Umfang, Einsatzdauer und Aufgabenbereiche von Praktikanten im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport und in anderen Ressorts; Praxis bei Vergütung und Fahrkostenerstattung, insbes Widerspruch zum geforderten flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn

Antr
s. *Praktikum*
Drs 15/5255

Fahrlehrer

s. *Fahrausbildung*

Fahrpersonal

s.a. *Kraftfahrer*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Mehr Sicherheit im Taxi - Schutzmaßnahmen für Taxifahrerinnen und Taxifahrer

Mittlg LReg
s. *Taxigewerbe*
Drs 15/400

Zukunft der Bürgerbusvereine in BW

Voraussetzungen für einen Landeszuschuss bei der Neubeschaffung eines Bürgerbusses; Überschreitung des für die Führerscheinklasse B maximalen Gesamtgewichts von 3,5 Tonnen aufgrund der geforderten Ausstattung der Busse; Ausnahmeregelungen bei den Abgasgrenzwerten und der Busausstattung; Sondergenehmigung für die Fahrer der Bürgerbusse bei der Überschreitung des zulässigen Fahrzeuggewichts; Einschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerbusvereine im Allgemeinen und des Bürgerbusvereins Ebersbach im Besonderen

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/4736

Sicherheitsbestimmungen in Bussen zur Schülerbeförderung
Sicherheitsstandards für die Schülerbeförderung im Linienbus- und im Schulbusverkehr; Zulässigkeit von Stehplätzen im Schulbusverkehr; Bereithaltung eines ausreichenden Sitzplatzangebots beim Transport von Schülern; Schulung der Busfahrer in der Schülerbeförderung

KlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/6259

Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Sachstand zur Situation von Übergriffen auf Fahrgäste und Beschäftigte im öffentlichen Personennahverkehr, insbes. statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, strafrechtliche Ahndung, Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen zur Verhütung von Gewalttaten

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6995

Fahrplan

Fahrplananforderungen für die Schaffung eines Halbstundentaktes

Möglichkeiten und Voraussetzungen für die o.g. Taktung der IRE/IC-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart über Pforzheim, Mühlacker und Vaihingen/Enz

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 19.05.2011 und Antw MVI
Drs 15/19

Anbindung des Enzkreises an den Landesflughafen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Nachtzeit und in Tagesrandlagen

Derzeit vorhandene und mögliche Verbindungen für Reisende aus dem Enzkreis zum/vom Flughafen Stuttgart zu den o.g. Zeiten; Erwartung von Fahrplanverbesserungen nach Realisierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Ulm, Eintreten für kurzfristige Maßnahmen

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/29

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestgestellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhöfen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/96

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 28.06.2011 und Antw MVI Drs 15/152

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern
Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/299

Magistrale für Europa (Trans European Network (TEN)-Achse 17)

Zahl der künftigen Direktverbindungen über die o.g. Magistrale Paris-Budapest bzw Paris-Bratislava nach der Fertigstellung des Projekts „Stuttgart 21“; Zahl der dann angebotenen umstiegsfreien Verbindungen Stuttgart-Wien; Intensität der Nachrüstung der TGV-Züge in Frankreich für den Einsatz auf der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/365

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreise Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/367

Fahrzeitverkürzung zwischen Nürtingen und dem Flughafen bei Realisierung von Stuttgart 21

Fahrzeitverkürzung für die Berufspendler auf der o.g. Strecke und weiter zum Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.08.2011 und Antw MVI Drs 15/378

Fahrplan 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Ulm und Stuttgart in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr, Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr Martin Rivoir SPD 02.08.2011 und Antw MVI Drs 15/394

Pünktlichkeit im Schienenpersonennahverkehr in BW

Entwicklung der Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit im regionalen Schienenverkehr seit der Einführung von Messstellen; Veröffentlichung von Daten zur Pünktlichkeit in der Hauptverkehrszeit, im Tagesdurchschnitt und im Jahresverlauf; Maßnahmen der Eisenbahnunternehmen und Nahverkehrsgesellschaft BW zur Verbesserung der Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit; Berücksichtigung dieser Zielvorgaben bei der Ausschreibung und Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/475

Südbahn 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Lindau/Friedrichshafen, Ulm, Stuttgart-Flughafen und Hauptbahnhof in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr; Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/516

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen, Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

KlAnfr Martin Rivoir SPD 20.09.2011 und Antw MVI Drs 15/522

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Fahrzeitvorteile von Esslingen mit Ortsteilen nach Stuttgart-Hauptbahnhof und -Flughafen, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Ulm; Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 04.10.2011 und Antw MVI Drs 15/654

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/806

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der

Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/807

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/808

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/814

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/816

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/817

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/820

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/834

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/835

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und LKreise Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Geplante Veränderungen des Zugangebots rund um Stuttgart und deren verschiedene Ursachen

Zuggattungen und Fahrzeiten nach dem aktuellen Fahrplan, für die Ausschreibungen nach Auslaufen des Verkehrsvertrags mit der Bahn, nach Fertigstellung von Stuttgart 21 bzw nach dem Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 auf den Strecken von Stuttgart Hbf nach Schwäbisch Hall-Hessental, Aalen, Göppingen, Ulm, Tübingen, Rottweil, Mühlacker und Heilbronn; Fahrzeitveränderungen aufgrund leistungsstärkerer Fahrzeuge, wegfallender Halte u.a.

lender Halte u.a.

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/837

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreise Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/843

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/864

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/874

Situation in den Regionalzügen/Schwarzwaldbahn auf der Rheintalbahn zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr

Auslastung bzw Überfüllung der o.g. Züge im Berufs-/Pendelverkehr, Höhe des Anteils von Studenten insbes durch den doppelten Abiturjahrgang 2012, verursachte Verspätungen durch überfüllte Züge und Verfehlung von Anschlussverbindungen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1091

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilome-

tern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/1537

ICE-Verkehr auf der Gäubahn - Schienenverkehr attraktiver gestalten

Darlegung der o.g. Bemühungen; Wiederaufnahme von regelmäßigen ICE-Verkehren und von Intercityexpresszügen mit Neige-technik durch die Bahn AG, Verbesserung der Tagesrandverbindungen und des Betriebsprogramms am Wochenende

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2179

Unzuverlässigkeit des Stadtbahnverkehrs in Pforzheim und dem Enzkreis

Angaben zu Zugverspätungen und Zugausfällen seit Januar 2012; Auskunft über Zugausfälle aufgrund fehlenden Zugpersonals oder fehlender Wagen bei der Stadtbahnlinie 9 (Mühlacker - Bruchsal) und den Einsatz von Wagen des Saarbrücker Verkehrsverbunds auf dieser Linie; Aufforderung zur Beseitigung der Missstände auf den Stadtbahnlinien S 5 (Karlsruhe - Bietigheim-Bissingen) und S 9

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2353

Service auf der Regionalzugverbindung Karlsruhe-Stuttgart

Massive Verspätungen und Überfüllungen der RE- und IRE-Züge an den Samstagvormittagen am 29. September und am 6. Oktober 2012, Frage nach dem Angebot an Ersatzzügen und Informationsservice für die wartenden Fahrgäste; Verbesserung der künftigen Vorbereitung auf vorhersehbare Großereignisse wie z.B. das Cannstatter Volksfest

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/2446

Lückenhafter Bahn-Fahrplan zwischen Freiburg und Konstanz
Bedeutung und Fahrplansituation der o.g. Bahnverbindung, insbes an Wochenenden; Bewertung des neu eingeführten Reiseangebots von „DeinBus“ als Alternative? Beurteilung der Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Bundesbahnen; Frage nach Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrplansituation

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 17.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2493

Fahrplan 2020

Überprüfung der Realisierung und Finanzierung des Fahrplans 2020 unter Zugrundelegung der heutigen Rahmendaten

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 31.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2590
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 85-88
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/2795

Fahrplan Höllentalbahn 2012/2013

Fahrplanänderungen auf der Höllentalbahn zwischen Freiburg und Donaueschingen, insbes Umstände und Bedeutung der Streichung der Zughalte in Unadingen und Bachheim am Wochenende und an Feiertagen sowie weitere Planungen für diese Stationen

KlAnfr
s. *Höllentalbahn*
Drs 15/2890

Fahrplanpannen im Enzkreis und in Pforzheim

Fehlerhafte Fahrpläne des regionalen Schienenverkehrs seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012; betroffene Zugverbindungen; Abhilfe bei Servicemängeln im Stadtbahnnetz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2915

Qualität der bei der Albtal-Verkehrsgesellschaft mbH bestellten SPNV-Dienstleistungen des Landes

Vereinbarungen des Landes mit der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG) zur Qualitätssicherung im Schienenpersonennahverkehr, insbes zur Pünktlichkeit und zur Anschlusssicherung; Pünktlichkeitswerte auf den Straßenbahnlinien und den reinen Eisenbahnlinien; Anpassung der Anforderungen während der Bauarbeiten an der „Kombilösung“ in der Karlsruher Innenstadt; Absprachen mit der AVG über baustellenbedingte Fahrplanänderungen

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3374

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3517

Qualität des Bahnverkehrs im Enzkreis und in Pforzheim

Bewertung des Nahverkehrs auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart; Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte im Schienenpersonennahverkehr gegenüber den Jahren 2008 und 2009; Aussicht auf einen Streckenausbau; Verbesserung der

Pünktlichkeitswerte und des Services im regionalen Stadtbahnbetrieb

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/3704

Fahrplanverbesserungen im Jestetter Zipfel

Auswirkungen der Fahrplanänderungen des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) auf die Zugverbindungen nach Lottstetten und Jestetten; Dialog mit den zuständigen Schweizer Stellen, um eine Verschlechterung der Bahnabbindung des Jestetter Zipfels zu verhindern; Benennung der für die Bahnabbindung auf deutschem Gebiet maßgeblichen Inhalte des 1875 zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossenen Staatsvertrags

KlAnfr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/3871

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4177

Zustand und Aussicht auf der Hochrheinstrecke

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barrierefreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hochrheinstrecke; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/4234

Schienepersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4334

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4381

Schienepersonennahverkehr zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung des Schienepersonennahverkehrs zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Fahrplanwechsel ohne zusätzliche Verbindungen am Abend und am Wochenende; Benachteiligung Pforzheims bei den Spätverbindungen im Vergleich zu anderen regionalen Oberzentren; Streichung der Spätverbindung von Pforzheim in den Calwer Raum

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4494

Regionaler Zugverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart

Erhöhung der Pünktlichkeit der Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart, insbes während des Berufs- und Ausbildungsverkehrs

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4727

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4826

Die Neckar-Alb-Bahn braucht zu den Morgenstunden auch weiterhin einen verdichteten Takt

Nachfrage und Fahrgastzahlen für einen verdichteten Takt auf der Neckar-Alb-Bahn zwischen Tübingen und Plochingen bzw Stuttgart in der Zeit zwischen Betriebsbeginn und 9 Uhr; Beibehaltung dieses Zugangebots auf heutigem Niveau

Antr
s. *Neckar-Alb-Bahn*
Drs 15/5783

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Fahrplangestaltung auf der Gäubahn für das Jahr 2015, insbes Hintergründe der Streichung der letzten Verbindung von Stuttgart nach Singen ab 22.25 Uhr, Beschleunigung der Verbindung nach Zürich, Verlängerung der schnellen Züge ab St. Gallen

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/5786

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5897

Ausschreibung der Stuttgarter Netze

Erstellung und Versand der Fahrpläne zur Ausschreibung der Stuttgarter Netze

MdlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6090

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Verschlechterung des Fahrplanangebots für Fornsbach und Fichtenberg durch das neue Fahrplankonzept

Bedeutung der Bahnhaltepunkte Fornsbach und Fichtenberg auf der Murrthalbahn und Erhalt des Fahrplanangebots bei den Neuausschreibungen

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.01.2015
Drs 15/6342
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7250-7252

Interregio-Express (IRE)-Bahnangebot und Fernverkehrsanbindung der Hochrhein-Region ab 2016 und den Folgejahren

Sachstand zu Anbindungsqualität und Fernverkehrsanbindung der Hochrheinregion, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Pünktlichkeit der IRE-Züge, Auswirkungen des veränderten Fahrplanangebots auf Hochrheinbahn und Gäubahn, Verbesserung von Angebot und Zuverlässigkeit der Verbindungen, Gewährleistung von Barrierefreiheit

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 09.02.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6470

Zugausfälle auf der Neckar-Alb-Bahn

Sachstand zur Entwicklung von Zugausfällen und Unpünktlichkeit von Zügen auf der Neckar-Alb-Bahn

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6666

Auswirkungen der Planungen der Deutschen Bahn AG über zusätzliche Fernverkehrsverbindungen und -halte auf das Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr

Sachstand zu Planungen der Deutschen Bahn AG zu zusätzlichen Fernverkehrsverbindungen und -halten iRd sogenannten Verkehrsoffensive, insbes betroffene Netze im Schienenpersonennahverkehr, Nutzung von Nahverkehrsfahrausweisen auf einzelnen Relationen des zusätzlichen Fernverkehrsangebots; Realisierung eines Bahnhalts in Merklingen

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6742

Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs in BW

Sachstand zur Entwicklung der Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs in BW, insbes Pünktlichkeitswerte einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen, Ursachen für Verspätungen, Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern, Regelungen und Strafen in den Verkehrsverträgen, Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit der Bahnen, Anforderung eines jährlichen Infrastrukturberichts von der Deutschen Bahn

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6791

Zugverbindungen zwischen den Metropolregionen Stuttgart und Nürnberg: Fällt ab den Jahren 2017/2018 für Pendler beiderseits der Landesgrenze am Abend der „blau-weiße Schlagbaum“?

Sachstand zur Fahrplanausgestaltung für die Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Stuttgart und Nürnberg ab 2017/18, insbes Einstellung der Zugverbindungen ab 21.00 Uhr

MdlAnfr 6) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.06.2015
Drs 15/6895
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7949-7951

Fahrplankonzept „Interim Plus“ auf der Gäubahn

Sachstand zu Wirtschaftlichkeit und Realisierungsmöglichkeit des Fahrplankonzepts „Interim Plus“ auf der Gäubahn

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/7235

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 16.09.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7389

Verbesserungen im Bahnverkehr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg, insbes bei Spätverbindungen

Einrichtung einer Spätverbindung nach 21 Uhr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg; Verlängerung des S-Bahn-Anschlusses von Nürnberg bis nach Crailsheim

MdlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7399

Schienepersonennah- und -fernverkehr in Ostwürttemberg

Verbesserungen im Ausschreibungsnetz 1b (Remseck-Fils); Ausgestaltung des Fahrplans und voraussichtliche Inbetriebnahme des Streckennetzes; künftige Anbindung der Region Ostwürttemberg an den neuen Filderbahnhof; Schaffung neuer Haltepunkte; Realisierungschancen einer neuen IC-Strecke zwischen dem Großraum Stuttgart und Ingolstadt-Augsburg

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7595

Angebotsveränderungen und Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Bodenseegürtelbahn

Sachstand zu Angebotsveränderungen mit dem Fahrplanwechsel im Schienenpersonennahverkehr auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen Hafen und Singen (Hohentwiel), insbes Fahrgastzahlen und Belegungskapazitäten auf den Ersatzverbindungen, barrierefreie Nutzbarkeit von Bahnhöfen, Auswirkung der Leistungskürzungen auf die Bestellerentgelte

Antr
s. *Bodenseegürtelbahn*
Drs 15/7732

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs II

Sachstand zur kostenfreien Nutzung von Intercity-Zügen für Reisende mit Regionalbahntickets bei Verspätungen des Regionalverkehrs auf von Verspätungen regelmäßig betroffenen Strecken, insbes auf der Strecke von Pforzheim nach Karlsruhe

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7936

Erwartung eines kundenfreundlicheren Fahrplans nach der Realisierung von Stuttgart 21 im Jahr 2020

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 46

Verweisung auf den Fahrplan als Basis für den Stresstest für Stuttgart 21

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 147 148 152 154-158

Berücksichtigung ausreichender Umsteigezeiten beim Fahrplan 2020 nach Vollendung des Projekts Stuttgart 21, Beurteilung des zugrunde gelegten Fahrplans für den Stresstest

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 368 369

Beurteilung möglicher Fahrplanverbesserungen nach Vollendung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 456 458 459 462 467 477-479

Fahrplan 2020

s. *Fahrplan*

Fahrplantest

s. *Test*

Fahrpreis

s. *Verkehrstarif*

Fahrrad

s.a. *Kraftrad*
s.a. *Radverkehr*
s.a. *Radweg*

Möglichkeiten zur Verbesserung der Fahrradverkehrssituation in BW

Ausbau und durchgängige Beschilderung des Radwegenetzes, Verknüpfung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, insbes kostenlose Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen, Ausbau der Radverkehrsschulung von Schülern, Unterstützung von fahrradfreundlichen Arbeitgebern, Absenkung der Bagatellgrenze im LandesgemeindeverkehrsfinanzierungsGes für Investitionen für Fußgänger und Radverkehr; Aufstockung des Etatansatzes für Fahrradverkehr im Hpl 2012

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/273

Haushalt 2012; Epl 13

Steigerung des Radverkehrsanteils, Förderung von Fahrradabstellanlagen an Stationen des Öffentlichen Personennahverkehrs

Haushalt
s. *Radverkehr*
Drs 15/1113

Fahrradinfrastruktur im Land ausbauen

Jährliche Ausgaben des Landes für die Fahrradinfrastruktur seit 2002; Anteil des Fahrradverkehrs am Personenverkehr; Maßnahmen zur Aufwertung und Förderung des Radverkehrs; gesetzliche Regelung für Fahrradschutzstreifen außerhalb geschlossener Ortschaften; Förderung leistungsfähiger Radverkehrsverbindungen für das Pendeln zur Arbeit oder zum Ausbildungsplatz; Unterstützung einer breiteren Nutzung von Pedelecs; Vereinheitlichung der Fahrradverleihsysteme, Abstellstationen und Leihbedingungen; Pakt des Landes mit den Kommunen für mehr Radverkehr; Erhöhung des Radverkehrsanteils auf 20 Prozent

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/2372

Radaktionstag des LKreises Göppingen auf der Bundesstraße 10

Art der Beteiligung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur an der Planung und Durchführung des Rad-Aktionstags am 16. September 2012; Kosten für die beteiligten Körperschaften, Verhältnismäßigkeit der Aktion; Beanstandung der Sperrung der Bundesstraße 10 für den Kraftwagenverkehr, der Streckenführung der Verkehrsumleitung, des zusätzlichen Verkehrsaufkommens und der mangelnden Information über die Verkehrslage

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/2376

Förderung und Ausbau der Fahrradinfrastruktur

Entwicklung des Mitteleinsatzes von Land und Kommunen für den Ausbau von Radwegen; Beurteilung einer Beteiligung der Nutzer an der Finanzierung des weiteren Ausbaus differenziert nach Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs; Befürwortung der Einführung einer Helm- und Führerscheinpflicht? Hinwirkung auf gleiche Steuererleichterungen auch für Dienstfahrräder, Dienst-Pedelecs und E-Bikes wie für privat genutzte Dienstwagen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 26.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2574
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.02.2013 Drs 15/3245 S. 91 92
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radelnder Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr

s. *Verkehrserziehung*

Drs 15/4085

Fahrradsicherheit und Fahrradunfälle

Unfallzahlen von Radfahrern; Sicherheitsüberprüfung und -zustand von Fahrrädern; Verkehrssicherheit bei antriebsunterstützten Fahrrädern; Akzeptanz und Nutzung von Fahrradhelmen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 05.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4278

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 115 116

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Radstellplätze

Förderung des Radverkehrs durch Stellplätze für Fahrräder; Vorhaben einer verpflichtenden Einrichtung von Radstellplätzen bei Wohnungsneubauten; Ausweisung von Stellmöglichkeiten für Kinderwagen und Rollatoren

KlAnfr Karl Rombach CDU 20.01.2014 und Antw MVI Drs 15/4609

Nachhaltige Mobilität für Landesbedienstete

Mobilitätsunterstützung für Landesbedienstete, insbes Bezuschussung des VVS-Firmentickets, Bereitstellung von „Dienstfahrrädern“

MdlAnfr

s. *Jobticket*

Drs 15/5396

JobRad - Gehaltsumwandlungskonzept für Fahrräder, Pedelecs und E-Bikes

Sachstand zu Radleasingmodellen und Gehaltsumwandlungskonzepten für Fahrräder im öffentlichen Dienst

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 29.04.2015 und Antw MVI Drs 15/6828

Einrichtung von „Fahrradhäusle“ im Schwarzwald als Unterkünfte für Radtouristen; Kritik der Fahrradverbände an der Radverkehrspolitik der LReg

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1821-1823

Fahrradtourismus*Radwege in Ulm und im Alb-Donau-Kreis*

Ausbau des Radwegenetzes im Hinblick auf Tourismus und Alltagsverkehr; Zusammenstellung der in den Jahren 2006 bis 2011 in den beiden Kreisen fertiggestellten Radwege, jeweils mit Angabe von Jahr, Länge und Kosten; Aufstellung der Projekte bis 2016; vorgesehene Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in der Region

KlAnfr

s. *Radweg*

Drs 15/2652

Radtouristikfahrten in BW

Anzahl der jährlich als Breitensportveranstaltungen stattfindenden Radtouristikfahrten in BW; Gründe für die Genehmigungspflicht ab einer Teilnahme von 100 Personen; Verzicht auf eine Genehmigungspflicht für Radtouristikfahrten

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 18.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4958

Fahrradtourismus in BW

Übernachtungszahlen, Verweildauer und Herkunft der Fahrradtouristen; Anstieg der Zahl der fahrradfreundlichen Gastbetriebe; Ausbau der Infrastruktur und Qualität des Radwegenetzes; Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer im Straßenverkehr; Stärkung des Fahrradtourismus in BW; Kooperation mit den Nachbarländern

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 05.06.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5317

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 36

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr

s. *Grenzüberschreitender Verkehr*

Drs 15/5565

Wachstumsmarkt Tourismus BW

Sachstand zur Förderung und Entwicklung des Tourismus in BW, insbes finanzielle Förderung, geförderte Tourismusprojekte, Nachhaltigkeit, Radtourismus, barrierefreier Tourismus, touristische Infrastruktur im ländlichen Raum

Antr

s. *Tourismus*

Drs 15/6410

Tourismus im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Entwicklung des Tourismus im Main-Tauber-Kreis, insbes geförderte Tourismusförderprojekte, Verbesserung der touristischen Infrastruktur beim Radtourismus und beim Öffentlichen Personennahverkehr

KlAnfr

s. *Tourismus*

Drs 15/6647

Fahrradverkehr

s. *Radverkehr*

Fahrradweg

s. *Radweg*

Fahrschein

s. *Fahrausweis*

Fahrschulausbildung

s. *Fahrausbildung*

Fahrschule

s. *Fahrausbildung*

Fahrstuhl

s. *Aufzugsanlage*

Fahrtenschreiber

s. *Messgerät*

Fahrunterricht

s. *Fahrausbildung*

Fahruntüchtigkeit*Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim*

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Späßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KlAnfr

s. *Verkehrskontrolle*

Drs 15/3610

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr

s. *Promillegrenze*

Drs 15/4992

Fahrverbot

s.a. *Fahrerlaubnis*

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr

s. *Feinstaub*

Drs 15/271

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreiss Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/364

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreiss Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr

s. *Verkehrsvermeidung*

Drs 15/373

Geplanter Autobahn-Halbanschluss und „Schwörer-Trasse“ in Freiberg/Neckar

Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit und Finanzierbarkeit einer neuen Anschlussstelle an der A 81 mit der geplanten Teilortsumfahrung von Ingersheim sowie der o.g. Trasse durch das Industriegebiet Neckar mit der Ortsumfahrung von Freiberg, Zulässigkeit des geforderten Lkw-Fahrverbots auf der L 1125 auch ohne den Bau des geplanten Halbanschlusses?

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/446

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspürigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspürigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/576

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Reims-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Beschränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regional-

verkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr
s. *Schurwald*
Drs 15/871

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*
Drs 15/1169

Lkw-Fahrverbot auf der Bundesstraße B 297

Möglichkeit und Auswirkung eines Lkw-Fahrverbots auf der Bundesstraße 297

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 30.04.2015 und Antw MVI Drs 15/6834

Umweltzonen in BW

Sachstand zur Ausweisung von Umweltzonen in BW, insbes Auswirkungen auf die Luftqualität im Vergleich zu Nicht-Umweltzonen, Bedeutung der Fahrverbote für Fahrzeuge mit gelber oder roter Plakette

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/6971

Einführung einer blauen Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen

Entwicklung und Messverfahren des Stickoxid- bzw Feinstaubaufkommens in Stuttgart; Umweltnutzen durch Ersatz von EURO-5-Fahrzeugen durch EURO-6-Fahrzeuge; Durchführung und Überwachung der Zufahrtsbeschränkungen in Stuttgart; Differenzierungen bei der Einführung einer blauen Plakette; Feinstaubbelastungen in Tunneln des Schienenpersonennahverkehrs; Einbeziehung des Verkehrssektors in den EU-Emissionshandel

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/7030

Fahrverbote in der Stadt Stuttgart

Umsetzung von Fahrverboten in der Stadt Stuttgart, insbes Position der LReg zur Klage der Deutschen Umwelthilfe, Zeitrahmen für die Einführung einer „blauen Plakette“

MdlAnfr 2) Nicole Razavi CDU 02.02.2016 Drs 15/8025
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9041-9045

Fahrverbot für Lastkraftwagen

s. *Fahrverbot*

Fahrzeug

s. *Verkehrsmittel*

Fair trade

s. *Fairer Handel*

Fairer Handel

Fairtrade

Entwicklung und Stellenwert des Fairtrade-Handels mit Produkten aus der Dritten Welt, Bewertung als Beitrag zur aktiven Entwicklungshilfe; Stand der Bewerbungen von Städten und Gemeinden -national und international- als Fairtrade-Town; Beurteilung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger für Fairtrade-Aktivitäten; Angebot von entsprechenden Erzeugnissen bei Bewirtungen, Empfängen, Veranstaltungen oder in den landeseigenen Kantinen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 23.05.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1746
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 19 20
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

„Fairtrade-Towns“ in BW

Beteiligung, Erfolge und Unterstützung der Initiativen „Fairtrade-Towns“ zur Förderung des fairen Handels auf kommunaler Ebene sowie der Initiative „Fairtrade-Universities“ im Hochschulbereich in BW; Berücksichtigung der Partnerschaft mit Burundi

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 19.08.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5640
BeschlEmpf und Bericht EuA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 124-126
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ) und der Messe Friedrichshafen

Sachstand zur Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW mit der Messe Friedrichshafen im Themenbereich „Fair Trade“

KlAnfr
s. *Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg*
Drs 15/7180

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Regelung von Anforderungen an den zu erbringenden Nachweis für Grabsteine und Grabeinfassungen mit einer Herkunft aus fairem Handel und einer Herstellung ohne ausbeuterische Kinderarbeit

GesEntw
s. *Grab*
Drs 15/7553

Unterstützung des Fairtrade-Handels mit Produkten aus der Dritten Welt

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1617 1619 1620

Unterstützung des Fairtrade-Handels mit Produkten aus der Dritten Welt, Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2084 2085

Unterstützung des Fairtrade-Handels mit Produkten aus der Dritten Welt, Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2165-2167

Fallpauschale

s. *Fallpauschalensystem*

Fallpauschalensystem

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/5069

Forderung nach einer Korrektur bei den Fallpauschalen und nach praxistauglichen Orientierungswerten; Gewährleistung einer Modernisierung der medizinischen Versorgung durch eine angemessene Vergütung der Leistungen

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1841 1846

Familie

s.a. *Alleinerziehender*

s.a. *Ehe*

s.a. *Familiennachzug*

s.a. *Familientourismus*

s.a. *Kind*

s.a. *Kinderreiche Familie*

Erhalt des Landeserziehungsgelds

Begründung und Auswirkungen der geplanten Umwidmung des Landeserziehungsgelds zur Kleinkindbetreuung, insbes für einkommensschwache Familien; Erhaltung und dauerhafte Sicherung des Landeserziehungsgelds

Antr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/87

Ausbau der Kleinkindbetreuung sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 15/187

Zukunft des Landeserziehungsgelds

Festhalten an der Umwidmung o.g. Mittel für Eltern, bei denen das Elterngeld auf die ALG-II-Unterstützung angerechnet wird, sowie für den Ausbau der Kleinkindbetreuung? Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/787

Das Landeserziehungsgeld auch für Schwellenhaushalte erhalten

Zahl und Lebenssituation von unterstützungsbedürftigen Familien, die 2010 und 2011 Landeserziehungsgeld erhielten, aber keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen haben; Frage nach deren künftigen Unterstützung nach der Umschichtung von Mitteln des Landeserziehungsgelds für den Ausbau der Kleinkindbetreuung

Antr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/1191

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 15/1286

Landeserziehungsgeld

Zahl der Bezieher von Landeserziehungsgeld im LKreis Emmendingen in den letzten fünf Jahren; Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/1299

Förderung von Elternkompetenzen - Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine, der Beratungs- und Unterstützungsangebote von Familien in besonderen Lebenssituationen seit 2008; Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel; Auflistung der besonders und der weniger nachgefragten Angebote; Umsetzung einer vom Sonderausschuss Amoklauf in Winnenden erarbeiteten Konzeption zur flächendeckenden Einführung eines Fortbildungsangebots für Eltern mit Kindern in typischen Umbruchphasen; Frage nach geplanten Programmänderungen

Antr

s. *Landesprogramm STÄRKE*

Drs 15/1533

Was den Familien nützt: Geld in den Kita-Ausbau statt in Betreuungsprämien

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2151-2161

Auswirkung der Abschaffung des Landeserziehungsgelds auf den LKreis Waldshut

Zahl und Einkommenssituation der Bezieher und der von der Abschaffung des Landeserziehungsgelds Betroffenen im LKreis Waldshut, Anteil der künftig unter die Armutsgrenze fallenden Familien, Erwartung eines vermehrten Bedarfs an Kinderkrippenplätzen?

KlAnfr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/2462

Streichung des Landeserziehungsgelds

Höhe der seit 2010 gewährten Leistungen, Frage nach einer Anrechnung auf das ALG II bzw die Sozialhilfe; Gründe und Auswirkungen der Abschaffung des Landeserziehungsgelds, Verstärkung des Armutsrisikos der einkommensschwachen Familien, Aufnahme der Folgen in den geplanten Armuts- und Reichtumsbericht

Antr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/2474

Landeserziehungsgeld im LKreiss Esslingen

Zahl der gestellten Anträge und Empfänger seit 2007 differenziert nach Schwellenhaushalten, Hartz IV-Empfängern, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden sowie Familien mit beiden Elternteilen in Teilzeitbeschäftigung

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/2498

Familienförderung durch Kindertagesstätten-Ausbau statt mit Herd-Prämien

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2923-2933

Familienerholungsmaßnahmen in BW

Angebote und finanzielle Förderung der Jugend- und Familienerholung; gemeinnützige Träger der Familienerholung; Zielgruppen und Inanspruchnahme der Angebote; aktueller Stand und Zeitplan des bedarfsgerechten Ausbaus der Jugend- und Familienerholung; Nutzung der Erfahrungen der Jugend- und Familienwerke bei der Erarbeitung der Fördermaßnahmen; individuelle Förderung für Familien iRd Landesprogramms STÄRKE

Antr
s. *Jugend- und Familienerholung*
Drs 15/3597

Familienorientierte Rehabilitation verwaister Familien

Konzept der Deutschen Rentenversicherung BW, der AOK BW sowie der Nachsorgeklinik Tannheim zur familienorientierten Rehabilitation verwaister Familien; Bedarf und Angebot an Therapie- und Rehabilitationsplätzen in BW

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 15/4279

Jedes Kind hat das Recht auf ein suchtfreies Leben - Kindern suchtkranker Eltern helfen

Informationen und Statistiken über die Situation suchtbelasteter Familien in BW und geplante Maßnahmen der LReg, insbes Hilfe für suchtbelastete Familien mit Migrationshintergrund, Identifizierung und Begleitung von Hochrisikofamilien, Zusammenarbeit mit kommunalen Suchthilfenetzwerken

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/4775

Spitze für Familien im Land - Baden-Württemberg ist bundesweit führend bei der Qualität der Kinderbetreuung

Aktuelle Debatte
s. *Kinderbetreuung*
PIPr 15/123 S. 7426

Familienangehörige in Kommunalparlamenten - Hinderungsgründe

Sachstand zum Hinderungsgrund „Verwandtschaftsverhältnis“ in § 29 Abs 2 der Gemeindeordnung, insbes Fälle von Mandatsverzicht bei der Kommunalwahl 2014, Möglichkeit zur weiteren Absenkung der Einwohnergrenze

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/6904

Bezahlbarer Wohnraum für unsere Familien - die Regierungskoalition handelt

Aktuelle Debatte
s. *Wohnungsbedarf*
PIPr 15/131 S. 7835

Familien stärken - Verantwortung und Beistand unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge

Aktuelle Debatte
s. *Gesundheitsvorsorge*
PIPr 15/133 S. 7969

Finanzierung der Schülerbeförderung in BW

Sachstand zur Finanzierung der Schülerbeförderung in BW, insbes Entwicklung des Gesamtaufwands, Bedarfserhebung, Regelungen und Hilfen für Familien mit geringem Einkommen, Unterschiede in den Schülerbeförderungssatzungen, Kostenübernahme für Primarstufe und Sekundarstufe I, Überprüfung der Mittelverwendung, Ausgleich für Fahrdienste von Eltern bei unzureichenden Busverbindungen, Ausgleich von Mehrkosten für Schülerbeförderung aufgrund der bildungspolitischen Maßnahmen

GrAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/7393

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Plädoyer für eine kinderfreundlichere Gesellschaft

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenbetreuungsplatz bis 2013

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 24 25 27

Anstrengung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verweisung auf den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 36 37 41 42 51

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erinnerung an den starken Ausbau der Kleinkind- und Ganztagsbetreuung

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 196 197 199 201

Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer, Bewertung als Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642-649

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Verwendung des Mehraufkommens für den Ausbau der Kleinkindbetreuung

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 699-707

Bekanntnis zur besonderen Unterstützung von Ehe und Familie, Ablehnung einer Umdeutung und Verwässerung des Familienbegriffs; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Ausbau der Kinderbetreuung

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 729-731 734-737

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959-979

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Verwendung des Mehraufkommens für den Ausbau der Kleinkindbetreuung; Kritik an der Kürzung der Familienhilfe

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1106 1108 1129 1132 1155

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1181 1191 1206 1213

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen, Verweisung auf den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1317 1320 1322 1324

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen; Verweisung auf die einseitige Verteilung der Familienarbeit auf die Frauen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530-1539 1554

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot; Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Familienentwürfen, Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Familien mit Kindern sowie größere Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rente; Förderung der Nichterwerbstätigkeit der Mutter durch das Betreuungsgeld

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1848-1852 1854-1856

Familienbetrieb

s. Familienunternehmen

Familienbildung

s. Eltern- und Familienbildung

Familienferien

s. Familientourismus

Familiengesellschaft

s. Familienunternehmen

Familienhebamme

s. Hebamme

Familienleistungsausgleich

Das Betreuungsgeld als Baustein familienorientierter Politik

Bewertung der Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes in BW durch einen großen Teil der Eltern; Schaffung eines familien- und sozialpolitisch orientierten Ersatzangebots des Landes

MdlAnfr

s. *Betreuungsgeld*

Drs 15/8025

Familiennachzug

Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug

Beurteilung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzung einfacher deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug im Hinblick auf die Integration, insbes zur Verhinderung von Zwangsehen und Schutz von nachziehenden Frauen vor Ausnutzung; Bewertung der Vorstöße der Fraktionen von Grünen und Linkspartei im Bundestag zur Abschaffung dieser Voraussetzung

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 15/164

Sprachtests vor Zuwanderung

Festhalten am Sprachtest für Zuwanderer aus der Türkei u.a. Herkunftsländern vor der Einreise

KlAnfr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 15/597

Integration fördern, Situation der irakischen Einwanderer in Pforzheim verbessern

Ausmaß der o.g. Zuwanderung nach BW und Pforzheim seit 2002, Anteil von Familiennachzug und Kindern, Volks- und Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge und daraus folgende Probleme; Unterstützung der Stadt Pforzheim, insbes bei einer angemessenen Quartiersdurchmischung der Wohnbevölkerung sowie einer integrationsfördernden Beschulung der oft besonders förderbedürftigen irakischen Kinder an den innerstädtischen Schulen, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/1574

Konsequenzen und integrationsfördernde Maßnahmen infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Familiennachzug in BW

Folgen des Urteils des EuGH zum Nachzug von Familienangehörigen in BW, insbes Konsequenzen unzureichender Kenntnisse der deutschen Sprache nachziehender Ehegatten, Auswirkungen auf Zwangsverheiratungen; Maßnahmen der LReg zur Förderung der Teilnahme türkischer Frauen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 05.09.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5692 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.01.2015 Drs 15/6921 S. 73 74

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Familienpolitik

Familienförderung durch Kindertagesstätten-Ausbau statt mit Herd-Prämien

Aktuelle Debatte
s. *Familie*
PIPr 15/51 S. 2923

Familienerholungsmaßnahmen in BW

Angebote und finanzielle Förderung der Jugend- und Familienerholung; gemeinnützige Träger der Familienerholung; Zielgruppen und Inanspruchnahme der Angebote; aktueller Stand und Zeitplan des bedarfsgerechten Ausbaus der Jugend- und Familienerholung; Nutzung der Erfahrungen der Jugend- und Familienwerke bei der Erarbeitung der Fördermaßnahmen; individuelle Förderung für Familien iRd Landesprogramms STÄRKE

Antr
s. *Jugend- und Familienerholung*
Drs 15/3597

Familienreise

s. *Familientourismus*

Familientourismus

s.a. *Familie*

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr
s. *Ferien auf dem Bauernhof*
Drs 15/5468

Familienunternehmen

Familiengeführte Regionalbrauereien in BW

Entwicklung und aktuelle Markt- und Preissituation bei familiengeführten Regionalbrauereien in BW und bestehende Unterstützungsmöglichkeiten durch das Land, insbes bei Investitionen und Absatzförderung

Antr
s. *Brauerei*
Drs 15/4089

Familienfremde Betriebsübernahmen im baden-württembergischen Mittelstand

Volkswirtschaftliche Bedeutung der familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); Anzahl und Art der Betriebsübergaben in den letzten zehn Jahren; Anzahl der in den nächsten Jahren anstehenden Betriebsübergänge sowie der davon betroffenen Arbeitsplätze; bei der Unternehmensnachfolge auftretende Schwierigkeiten; Programme zur Förderung der Übergabe familiengeführter mittelständischer Unternehmen; fachliche Unterstützung durch die Kammern

Antr
s. *Klein- und Mittelunternehmen*
Drs 15/4437

Situation der Getreidemühlenbetreiber in BW

Entwicklung der baden-württembergischen Getreidemühlenbetreiber, insbes Anzahl der Mühlen und Beschäftigten, Vermahlungsmengen, Situation bei Klein- und Familienbetrieben; Hauptherausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für Klein- und Familienbetriebe; Initiativen zum Bürokratieabbau in der Lebensmittelbranche; Kostenübernahme für Lebensmittelkontrollen

Antr
s. *Getreideprodukt*
Drs 15/4568

Auswirkungen der „Lex Porsche“ auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Änderungen des Umwandlungssteuergesetzes sowie des neuregelten § 50 i Einkommenssteuergesetz auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW, insbes Bewertung der Kritik der Wirtschaftsverbände, Einsatz der LReg für eine Korrektur der Reform im Bundesrat

Antr
s. *Steuerrecht*
Drs 15/7142

Familienurlaub

s. *Urlaub*

Familienzusammenführung

s. *Familiennachzug*

Familienzuschlag

s. *Besoldungszulage*

Fangbeschränkung

s.a. *Fischerei*

Nachtangelverbot in BW

Regelung des Nachtangelverbots; Haltung der Fischereiverbände zum Nachtangelverbot; Argumente für und wider das Angeln während der Nachtstunden; Kontrolle des Nachtangelverbots und die dadurch entstehenden Kosten; nächtliche Angelbeschränkung in anderen Bundesländern; Änderung der bestehenden Vorschriften

Antr
s. *Sportfischerei*
Drs 15/5748

Fangquote

s. *Fangbeschränkung*

Farbmittel

s.a. *Kosmetika*
s.a. *Lebensmittelzusatzstoff*

Warnung vor Fanschminke

Untersuchung von Fanschminkestiften auf Einhaltung der EU-Kosmetikverordnung; Zeitpunkt des Vorliegens der Untersuchungsergebnisse; Unterrichtung der Öffentlichkeit über gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe nach Beginn der Fußballweltmeisterschaft

Antr

s. *Gesundheitsschädlicher Stoff*

Drs 15/5454

Farbpigment

s. *Farbmittel*

Farbstoff

s. *Farbmittel*

Faulschlamm

s. *Klärschlamm*

FDP/DVP

s. *Freie Demokratische Partei*

Feiertag

s. *Sonn- und Feiertage*

Feiertagsarbeit

s. *Wochenendarbeit*

Feiertagsgesetz

Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Einmalige Erhebung des Reformationstags am 31. Oktober 2017 zum gesetzlichen Feiertag aus Anlass des 500. Reformationsjubiläums

GesEntw

s. *Reformation*

Drs 15/5718

Änderung des Feiertagsgesetzes (FTG)

GesEntw LReg 07.10.2015 Drs 15/7486 (17 S.)

1. Beratung PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8433-8438

BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.11.2015 Drs 15/7661

2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8548-8551

GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7780

GBI 2015 Nr. 22 S. 1034 1035 (Ges vom 01.12.2015)

Feindliche Übernahme

s. *Unternehmensübernahme*

Feinpartikel

s. *Feinstaub*

Feinstaub

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr Karl Rombach CDU 14.07.2011 und Antw MVI Drs 15/271

Ortsumfahrung Ilsfeld

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität, insbes wegen der dortigen Umweltzone

KlAnfr

s. *Ilsfeld*

Drs 15/312

Feinstaubreduktion durch Geschwindigkeitsbeschränkung

Belegung des o.g. Zusammenhangs durch Messungen an der Cannstatter Straße (B 14) in Stuttgart seit der Einführung des dortigen Tempolimits? Entwicklung der Zahl von festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen, Beurteilung der Notwendigkeit einer Verdeutlichung der Hinweise auf die zulässige Höchstgeschwindigkeit

Antr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/349

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/1085

Umweltzonen

Auflistung der eingerichteten Umweltzonen zur Vermeidung der Belastung von Feinstaub und Stickstoffdioxid, Auswirkungen des Partikelfilters und der Abgasnorm Euro 6 auf die Verminderung des Stickstoffdioxidausstoßes bei Dieselfahrzeugen, wirtschaftliche Auswirkungen der Umweltzonen

KlAnfr

s. *Umweltzone*

Drs 15/1492

Luftreinhaltepläne und Umweltzonen in BW - Bilanz und Entwicklung

Neue Festsetzungen und Beschlüsse zu Luftreinhalteplänen und Umweltzonen in Städten und LKreisen; Anteil der inzwischen erfassten Landesfläche und Bevölkerung; Entwicklung der Belastung mit Feinstaub und Stickoxiden in den seit 2009 bestehenden Umweltzonen; Ausnahmegenehmigungen für Kraftfahrzeuge ohne Plakette; Auswirkungen der Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) auf die Luftbelastung; Umrüstung von Bussen des Öffentlichen Nahverkehrs, von Müll- und Rettungsfahrzeugen; Lkw-Durchfahrtsverbote, Einsatz von Dieselfiltern

Antr

s. *Umweltzone*

Drs 15/2668

Feinstaubwertentwicklung auf der B 10 und B 313

Entwicklung der Feinstaubwerte nach der Realisierung des Verkehrslenkungs Konzeptes und der Einführung von Tempo 80 auf der B 313/B 10 und politische Konsequenzen

MdlAnfr 5) Thaddäus Kunzmann CDU 07.05.2013 Drs 15/3456
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4179 4180

Baumaschinen und Luftbelastung in Umweltzonen

Emissionsgrenzwerte für Baumaschinen; Verschärfung der Vorgaben in Umweltzonen; Anteil der auf Baumaschinen zurückzuführenden Feinstaubemissionen an den Gesamtmesswerten; Befreiung der Baufirmen von erhöhten Auflagen in Umweltzonen aufgrund der mit dem Einbau von Spezialfiltern verbundenen unverhältnismäßig hohen Mehrkosten

Antr
s. *Baumaschine*
Drs 15/4671

Wirksamkeit von Umweltzonen

Wirksamkeit und Effizienz von Umweltzonen bei der Reduzierung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/4914

Feinstaubwertmessungen

Entwicklung der Feinstaubwerte in baden-württembergischen Städten; Entwicklung des Feinstaubes in der Stadt Pforzheim und im Enzkreis; Einfluss der Witterung auf die Feinstaubwerte; Nutzen des Einsatzes von Wassersprengwagen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.04.2014 und Antw MVI Drs 15/5117

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrverboten auf die Luftreinhaltung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/5974

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/6031

Einführung einer blauen Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen

Entwicklung und Messverfahren des Stickoxid- bzw Feinstaubaufkommens in Stuttgart; Umweltnutzen durch Ersatz von EURO-5-Fahrzeugen durch EURO-6-Fahrzeuge; Durchführung und Überwachung der Zufahrtsbeschränkungen in Stuttgart; Differenzierungen bei der Einführung einer blauen Plakette; Feinstaubbelastungen in Tunneln des Schienenpersonennahverkehrs;

Einbeziehung des Verkehrssektors in den EU-Emissionshandel

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/7030

Bewertung von Tempolimits zur Feinstaubreduktion

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 664 665

Feinstaubbelastung

s. *Feinstaub*

Feldbau

s. *Ackerbau*

Feldberg

Landeszuschuss für den Bau des Parkhauses in Feldberg

Umsetzung des Beschlusses der vorherigen LReg; Beurteilung der Realisierungschancen des Projekts; Erwartung eines rechtlich verbindlichen Förderbescheids

KlAnfr
s. *Parkraum*
Drs 15/39

Parkhaus Feldberg

Beurteilung der Begründung und Kommunikation der ablehnenden Entscheidung gegenüber der Gemeinde Feldberg, Information der Gemeinde über die Bedingungen für die Förderung eines nachhaltigen Verkehrskonzepts, Frage nach einem noch möglichen Kompromiss zur finanziellen Unterstützung des Projekts

KlAnfr
s. *Parkraum*
Drs 15/507

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 16.07.2014 und Antw MVI Drs 15/5508

Feldfrucht

s. *Pflanzenbauprodukt*

Feldfruchtanbau

s. *Ackerbau*

Feldversuch

s. *Versuch*

Feldweg

s. *Wirtschaftsweg*

Feldwirtschaft

s. *Ackerbau*

Fellbach*Sportstättenförderung - Rhythmische Sportgymnastik (RSG) - Bundesstützpunkt Fellbach-Schmiden*

Umsetzung der Förderung von überregional bedeutsamen Sportstätten durch das Landesprogramm „Zukunftsoffensive III“; Hintergründe und Folgewirkungen des Rückforderungsbescheids für das Hallendach der Sporthalle im Ortsteil Fellbach-Schmiden

KlAnfr
s. *Sportstätte*
Drs 15/4796

Falschfahrer auf der Bundesstraße (B) 29

Ursachen der Häufung von Falschfahrern auf der Bundesstraße 29 auf dem Streckenabschnitt zwischen Fellbach und Schwäbisch Gmünd und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Unfallverhütung*
Drs 15/7236

Ferien

s.a. *Ferien auf dem Bauernhof*
s.a. *Urlaub*

Sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beseitigen

Arbeitslosigkeit o.g. Lehrkräfte nach Beendigung des Referendariats bis zum Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs; Schließung dieser Lücke durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes

Antr
s. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*
Drs 15/25

Sommerschulen in BW

Bewertung des o.g. pädagogischen Modells und Angebots, Einbeziehung der Eltern und von außerschulischen Partnern, Ausbau auf der Grundlage der Evaluation, Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen, Ausweitung auf alle Schularten sowie auf die Oster- und Herbstferien?

Antr
s. *Sommerschule*
Drs 15/260

Nachmittags- und Ferienbetreuung in den Grundschulen des LKreises Esslingen

Beurteilung o.g. Angebote von Grundschulen und Kommunen; Unterstützung des Ausbaus landesweit

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/464

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes. Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Ge-

bührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherschutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

Sommerschulen in Karlsruhe

Beurteilung der Sommerschulen und ähnlicher Programme zur Vorbereitung von Kindern auf das kommende Schuljahr; Förderangebote an Karlsruher Schulen während der Ferienzeiten; Zahl der geförderten Kinder; Perspektive des Förderunterrichts

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4020

Endlich sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beenden

Erneuerung der Forderung nach Schließung der Lücke zwischen Beendigung des Referendariats und dem Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes; Vorschlag einer Verlängerung des Vorbereitungsdienstes ab dem Jahrgang 2013/2014; Aufforderung zu einer unverzüglichen Abkehr von der Entlassung angehender Lehrer in die Arbeitslosigkeit

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5433

Verweisung auf die Sommerkollegs während den Sommerferien zur Qualifizierung von schwächeren Hauptschulabgängern für eine Ausbildung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 165 166

Erneuerung der Forderung einer Verlängerung des Referendariats für Junglehrer über die Sommerferien bis zum Antritt der Stelle

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 347

Ferien auf dem Bauernhof*„Wwoofen“ oder das „Tom Sawyer-Prinzip“*

Beurteilung des o.g. Alternativurlaubs mit Leben und Arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben als zusätzliche Einnahmequelle im Vergleich mit anderen Bundesländern; Eignung der vorhandenen oder neuer Förderinstrumente; Ermunterung der Betriebe zur Ausweitung der Angebote mit einer Informationskampagne

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/370

Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall

Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen, u.a. für Urlaub auf dem Bauernhof, Tagestourismus, Tagungstourismus und Familienurlaub; Ausbau des Radwegenetzes; Verbindung von Tourismus und Naturschutz

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/402

Agrartourismus

Bedeutung des Agrartourismus und der vorhandenen Förderinstrumente für die heimischen Landwirtschaftsbetriebe im Vergleich mit anderen Flächenländern, Erschließung des Potenzials von ausländischen Touristen, Beurteilung von Urlaubsangeboten mit Ausrichtung auf die ländliche Kultur, Veranstaltungen und Kurse; Steigerung des Absatzes von örtlichen Agrarprodukten; Bewertung des Projekts der BReg „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/1153

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr Karl Rombach u.a. CDU 10.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5468
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 37
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Ferkel

s. *Schwein*

Ferndiagnostik

s. *Telemedizin*

Fernheizung

s. *Fernwärme*

Fernmeldedienst

s. *Telekommunikationsdienst*

Fernmeldenetz

s. *Telekommunikationsnetz*

Fernmelderecht

s. *Telekommunikationsrecht*

Fernsehanstalt

s. *Fernsehen*

Fernsehen

s.a. *Fernsehrat*
s.a. *Film*
s.a. *Rundfunk*

„Integration und Fernsehen“ - ZKM-Projekt „Agac yas iken egilir“

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und

berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/181

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Ersetzung der geräteabhängigen Rundfunkgebühr durch einen haushaltsbezogenen bzw betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag; Einschränkung der Möglichkeiten des Sponsorings im öffentlich-rechtlichen Fernsehen; Änderung des LandesmedienGes

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/197

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012

s. *Rundfunk*
Drs 15/246

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der ARTE Deutschland TV GmbH einschließlich ihrer Betätigung bei der ARTE G.E.I.E. für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

Mittlg RH 28.07.2011 Drs 15/395
PIPr 15/12 16.09.2011 S. 453
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.11.2011 Drs 15/920
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
Mittlg LReg 28.06.2012 Drs 15/1989
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2022 (15 S.)
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Aussage von Frau Ministerin Öney zum Fernsehkonsum von Türken

Forderung nach fundierten Belegen für die Behauptung Bilkay Öneys; Bewertung der Studie „Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. im Hinblick darauf, ob die Ministerin für Integration die dort über das Mediennutzungsverhalten von sozial benachteiligten Schülern gemachten Aussagen unzulässig verallgemeinert hat; ob die Ministerin nicht ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Integration von Ausländern schadet, wenn sie Behauptungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen aufstellt

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/466

Cannstatter Volksfest

Erwartung an den SWR, bei der Planung und Fernsehübertragung der Eröffnungsveranstaltung die Tradition und Bedeutung dieses Volksfests zu berücksichtigen und den Zuschauern angemessen zu vermitteln; Beitrag des Cannstatter Wasens zur Wirtschafts- und Imageförderung der Region und des Landes

KlAnfr
s. *Volksfest*
Drs 15/621

Filmförderung des Landes BW

Umsetzungsstand bzw Fortschreibung der Filmkonzeption; Bewertung der Arbeit der Medien- und Filmgesellschaft, der Filmakademie und des Filmbüros BW sowie der Beschäftigungssituation von Filmschaffenden; Konsequenzen aus der vorzeitigen Einstellung von hier produzierten Fernsehserien, Aufbau von dauerhaften Filmserienstrukturen in BW

Antr
s. *Film*
Drs 15/744

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ZDF 27.04.2012 Drs 15/1633 (68 S.)
PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2022 (15 S.)
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/1741

Besetzung ZDF-Fernsehrat

Gründe für die Entsendung des SPD-Bundestagsabgeordneten Christian Lange statt eines Vertreters der hiesigen LReg oder des Ltg

MdlAnfr
s. *Fernsehrat*
Drs 15/1734

Novellierung des SWR-Staatsvertrags

Stand, inhaltliche Ausgestaltung und beteiligte Akteure der Novellierung, insbes stärkere Konzentration auf Kernbereiche des öffentlich-rechtlichen Auftrags sowie auf die Verantwortung für eine vielfältige Medienlandschaft, Harmonisierung mit nationalen und europäischen Regelungen sowie Abbau von Doppelstrukturen

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 15/1773

Ausschreibungen und Auftragsvergaben in der Filmbranche

Darstellung o.g. Verfahren und Vorgaben beim SWR u.a. Sendern; Entwicklung neuer Formate, Kriterien und Prozesse bei Ausschreibungen und Vergaben mit mehr Transparenz; Beurteilung der öffentlichen Ausschreibung des Produktionsauftrags für einen Tatort durch den Mitteldutschen Rundfunk; Bewertung der Auftragsituation für Produzenten und Dienstleister in BW

Antr
s. *Film*
Drs 15/1975

Vernetzung von Organisationen im Umfeld der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen

Konzernstruktur und Produkte der World Media Group AG; Auf-
lagenhöhe insbes der Zeitung „Zaman“ sowie Verbreitung der

Sender Samanyolu TV und Ebru TV in Deutschland bzw in BW; Anteil der Publikationen und Medieninhalte am türkischsprachigen Medienmarkt in Deutschland bzw BW; Erkenntnisse über Verbindungen der World Media Group mit der Panega-Organisation sowie der Panega-Organisation mit den Prisma-Schulen; sonstige Verbindungen der World Media Group mit gesellschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen; Redaktionsbesuch und Interview der Integrationsministerin bei der Tageszeitung „Zaman“ Ende März/Anfang April 2013

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/4963

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags; Zugrundelegung der Ergebnisse des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 sowie der Ansätze des Haushaltsplans für das Jahr 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5126

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des ARD/ZDF-Kinderkanals (KiKA)

Mittlg RH 28.01.2015 Drs 15/6422
PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7153
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.03.2015 Drs 15/6583
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
Mittlg LReg 28.06.2016 Drs 16/197
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2016 Drs 16/671
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Anpassung des ZDF-Staatsvertrags an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014; Umsetzung vorgegebener Rechtssoheitskriterien der EU-Richtlinie 2010/13/EU über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste; Entsendung einer Vertretung aus dem Bereich Verbraucherschutz in den ZDF-Fernsehrat

GesEntw
s. *Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7415

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Klarstellung zur Werbung als Teil des Programms und Gegenstand der Rundfunklizenz; Regelung eines grundsätzlichen Verbots regionenspezifischer Ausstrahlung von Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter mit einem landesgesetzlichen Erlaubnisvorbehalt zur Verbreitung von Werbung für das jeweilige Landesgebiet

GesEntw
s. *Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7556

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei

den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Erhaltung von Programmqualität mit den öffentlich-rechtlichen Sendern

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 208

Fernseher

s. *Fernsehtechnik*

Fernsehfilm

s. *Film*

Fernsehgerät

s. *Fernsehtechnik*

Fernsehprogramm

Umsetzung des Maßnahmenkatalogs 2013 zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots

Stand der Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots der ARD; Audiodeskription und Untertitelung von Sendungen der ARD; Zuspruch für die bisher untertitelten Formate; Anteil der barrierefreien Sendungen am Gesamtprogramm des SWR bis Jahresende

KlAnfr Werner Raab CDU 25.10.2013 und Antw StM Drs 15/4241

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr
s. *Medienkompetenz*
Drs 15/5812

Fernsehrat

Besetzung ZDF-Fernsehrat

Gründe für die Entsendung des SPD-Bundestagsabgeordneten Christian Lange statt eines Vertreters der hiesigen LReg oder des Ltg

MdlAnfr 4) Günther-Martin Pauli CDU 21.05.2012 Drs 15/1734
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2093

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Anpassung des ZDF-Staatsvertrags an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014; Umsetzung vorgegebener Rechtshoheitskriterien der EU-Richtlinie 2010/13/EU über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste; Entsendung einer Vertretung aus dem Bereich Verbraucherschutz in den ZDF-Fernsehrat

GesEntw
s. *Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7415

Fernsehtechnik

Hybrid broadcast broadband TV (HbbTV) und Datenschutz

Sachstand zum Datenschutz bei Nutzung von HbbTV-Informationsangeboten mit Digitalfernsehgeräten, insbes Datenerhebung und -verwertung, Ausgestaltung der Gerätevoreinstellungen, Informationskampagnen zur Darstellung der Problematik

Antr
s. *Digitales Fernsehen*
Drs 15/6844

Fernsehtechnologie

s. *Fernsehtechnik*

Fernsehwerbung

s. *Werbung*

Fernsprechverkehr

s. *Telefonie*

Fernstraße

s.a. *Autobahn*
s.a. *Bundesstraße*

Fernverkehrsrelevanz von Straßen in der Region Karlsruhe

Fernverkehrsaufkommen und -relevanz beim Bau einer Nordumgehung um Knielingen zwischen der geplanten zweiten Rheinbrücke und der B 36 sowie im Falle der ursprünglich geplanten Anbindung dieser Nordumgehung an die bestehende Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe, Fernverkehrsaufkommen und -relevanz der Karlsruher Südtangente zwischen der Ausfahrt Kühler Krug und der Autobahnanschlussstelle Karlsruhe-Mitte, Chancen und Kosten von Lärmschutzmaßnahmen entlang dieser Südtangente

KlAnfr Johannes Stober SPD 18.10.2011 und Antw MVI
Drs 15/751

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Süden des Landes - Konsequenzen aus dem Entwurf des Investitionsrahmenplans des Bundes für 2011 bis 2015

Auflistung der Schienen- und Fernstraßenprojekte, insbes in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee; Beteiligung an der Erarbeitung des IRP, Zeitpunkt der Inkraftsetzung, Höhe der vorgesehenen Investitionsmittel

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/772

Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung

Auflistung der dringlichen Fernstraßenprojekte des Bundes und der dazu notwendigen Mittel, Beurteilung einer entfernungsunabhängigen Vignette und entfernungsabhängigen Pkw-Maut; Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Verbesserung der Finanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur durch ein System der Nutzerfinanzierung, Angebot des Landes als Modellregion

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/799

Finanzierungsprüfung des zweiten Bauabschnitts der Bundesfernstraße B 28 neu bei Rottenburg-Kiebingen durch die LReg

Bewertung einer Tieferlegung und Deckelung des o.g. Abschnitts und deren Finanzierung aus Landesmitteln, Durchführung einer Finanzierungsprüfung auch für andere planfestgestellte Baumaßnahmen von Fernstraßen, Bewertung der verfassungsrechtlichen Relevanz von Mischfinanzierungen zwischen Land und Bund

Antr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 15/1184

Regierungsbefragung

Abstufung nicht mehr verkehrsrelevanter Bundesstraßen
s. *Bundesstraße*
PIPr 15/30 S. 1596

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Bundesfernstraßen in der Planfeststellung

Stand der Planfeststellung für Maßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen; Darlegung von gestoppten Planfeststellungsverfahren, der jeweiligen Begründung und bisher verursachten Kosten sowie des weiteren Vorgehens

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1528

Bau von Umgehungsstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bau von Umgehungsstraßen im Bereich der Bundesstraßen; Eintreten für eine zügige Planfeststellung des zweiten Bauabschnitts der Pforzheimer Westtangente; Kriterien für die Bearbeitung noch nicht begonnener planfestgestellter Maßnahmen des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/1558

Weiterbau von Bundesstraßen im LKreis Göppingen

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1735

Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte

Berücksichtigung des Auslaufens von Planfeststellungsbeschlüssen, von Lärmaktionsplänen, Ausgleichsmaßnahmen u.a. bei den o.g. Kriterien für die geplante Priorisierung von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten; Frage nach vorliegenden Ergebnissen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der Projekte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1798

Regierungsbefragung

Priorisierungsliste für den Bundesfernstraßenbau
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2206-2215

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Mittel des Bundes für Bundesfernstraßen in BW bedarfsgerecht bereitstellen

Mittelbereitstellung des Bundes für den Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen seit 2005: angewandte Kriterien für die Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßen; Aufforderung der BReg zur Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung der im Bedarfsplan nach dem Priorisierungskonzept der LReg enthaltenen Maßnahmen

Antr GRÜNE und SPD 28.09.2012 und Stellungnahme MVI
Drs 15/2417
PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3599-3608
Mittlg LReg 22.08.2013 Drs 15/3970

Sachstandsbericht zur Realisierung des laufenden Bundesverkehrswegeplans

Stand der Abarbeitung der Bundesfernstraßenprojekte im „Vordringlichen Bedarf“, Zeitperspektive und Mittelbedarf für die Realisierung aller Maßnahmen in dieser sowie in der Kategorie „weiterer Bedarf mit Stern“

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2452

Einforderung einer bedarfsgerechten Mittelausstattung des Bundes für den Fernstraßenbau

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 60 61

Einforderung von mehr Mitteln des Bundes für den Fernstraßenbau

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 359-361

Einforderung einer bedarfsgerechten Mittelzuteilung des Bundes für den Fernstraßenbau

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430

Beurteilung der Mittelzuteilung des Bundes für den Fernstraßenbau

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349 1350 1355-1361 1364

Fernverkehr

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7913

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/8063

Fernwärme

s.a. *Nahwärme*

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmenutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Stromproduktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Abwärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr

s. *Energienutzung*

Drs 15/1613

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 22 - Wirtschaftlichkeit landeseigener Heizwerke (Kap 1208 und 1209)

Mittlg RH

s. *Wärmekraftwerk*

Drs 15/1922

Entwicklung der Nah- und Fernwärmeversorgung in BW

Kennzahlen zu existierenden Nah- und Fernwärmenetzen in BW; Entwicklung des Einsatzes der energieeffizienten Kraftwärmekopplung (KWK) in Nah- und Fernwärmenetzen, insbes Stand des Ausbaus und Nutzung von Förderprogrammen

Antr

s. *Kraft-Wärme-Kopplung*

Drs 15/6086

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr

s. *Wärmeversorgung*

Drs 15/6149

Preistransparenz bei Fernwärme

Sachstand zur kartellrechtlichen Beurteilung der geplanten Preiserhöhung für Fernwärme durch die Stadtwerke Böblingen, insbes Überprüfung durch die Energiekartellbehörde

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 11.09.2015 und Antw UM

Drs 15/7364

Verbraucherschutzansätze für leitungsgebundene Wärmeversorgung

Sachstand zur Regulierung von Wettbewerb und Verbraucherschutz bei der leitungsgebundenen Fernwärmeversorgung, insbes Veröffentlichung der Wärmepreise durch die Fernwärmeversorger

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 19.10.2015 und Antw UM

Drs 15/7590

Fern- und Nahwärme in Freiburg

Sachstand zur unterschiedlichen Preisgestaltung für Fernwärme in den Stadtgebieten Freiburgs, insbes Höhe und Bestandteile der Wärmepreise im Baugebiet Gutleutmatten

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 17.11.2015 und Antw UM

Drs 15/7726

Fernwärmeversorgung

s. *Fernwärme*

Fertigungsanlage

s. *Industrieanlage*

Fertigungstechnik

s. *Produktionsverfahren*

Fertigungsverfahren

s. *Produktionsverfahren*

Fessenheim

Kernkraftwerk Fessenheim

Beurteilung der Sicherheit des Kernkraftwerks Fessenheim und der Entscheidung der französischen Atomaufsicht zum Weiterbetrieb von Block 1 unter Auflagen; Frage nach Schritten zur Verhinderung des Weiterbetriebs

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 15/252

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Sofortige und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim

Bewertung des AKW Fessenheim als Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung in Südbaden und im Elsass; Eintreten für die o.g. Zielsetzung auf allen politischen Ebenen sowie gegenüber der französischen Atomaufsicht

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/2120

Nachrüstung im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Verlängerung der Betriebslaubnis und Nachrüstungsmaßnahmen im sicherheitstechnischen Bereich des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Verstärkung der Bodenplatte zur Erhöhung der Erdbebensicherheit

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/3559

Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ansprüche der Betreiber

Aktuelle Situation der geplanten Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ersatzforderungen der Anteilseigner, insbes diesbezügliche Kontakte der LReg zu offiziellen Stellen auf französischer Seite, der Électricité de France oder der EnBW

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/3695

Strombezugsvertrag der EnBW über Energielieferungen aus dem französischen Kernkraftwerk Fessenheim

Inhalt und Kostenregelung des von der EnBW fortgeführten Strombezugsvertrags zwischen der Badenwerk AG und der EdF über Energielieferungen aus dem französischen Kernkraftwerk Fessenheim

Antr
s. *Elektrizitätswirtschaft*
Drs 15/4493

Störfälle und Sicherheitsdefizite im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Sicherheitszustand des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Ursachen aktueller Störfälle, umgesetzte Nachrüstungsmaßnahmen und bestehende Sicherheitsprobleme; Stilllegung wegen erheblicher Sicherheitsmängel

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4685

Festnahme

s.a. *Haftbefehl*
s.a. *Polizeiliche Maßnahme*

Die Polizeireform als Ursache für den Ermittlungserfolg in Sachen „Doppelmord von Albstadt“

Bewertung der Ermittlungen und der Festnahme des Tatverdächtigen im Kontext der Polizeireform; Standorte der beteiligten Dienststellen, Ausbildungsgrad der eingesetzten Polizeibeamten

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/5051

Festspiele

Landesförderung für die Schlossfestspiele Ettlingen

Sachstand zu Besucheraufkommen und Eintrittspreisen sowie zum Ungleichgewicht in der Landesförderung der Schlossfestspiele Ettlingen und Ludwigsburg

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 14.10.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7572

Festvortrag

s. *Rede*

Fethullah-Gülen-Bewegung

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.10.2011 und Stellungnahme
IntM Drs 15/612
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 09.05.2012 Drs 15/2007 S.
66-68
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Zusammenhang der Gülen-Bewegung mit Privatschulen im Land

Einstufung der Gülen-Bewegung und ihrer Ziele; Erkenntnisse über ihre Verfassungstreue und Finanzierung; Aufklärung über die der Gülen-Bewegung nahestehenden oder von ihr getragenen Schulen; Beobachtung ungewöhnlicher Aktivitäten iRd Schulaufsicht; Dialog mit der Gülen-Bewegung

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 22.03.2013 und Stellungnahme
IntM Drs 15/3280
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 12.06.2013 Drs 15/4191 S.
49-52
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Bewegung um den Prediger Fethulla Gülen in BW

Größe, Struktur, Vernetzung und Finanzierung der Gülen-Bewegung; Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über ihre Verfassungstreue; Überprüfung der Förderung von der Gülen-Bewegung zuzurechnenden Schulen und Einrichtungen; Einschaltung der Schulaufsicht und Aufklärung der Vorgänge an einigen Privatschulen; Kontakte der LReg mit der Gülen-Bewegung oder ihr nahestehenden Organisationen; Vorlage des internen Verfassungsschutzberichts zur Gülen-Bewegung; Klärstellung der Haltung der LReg zur Gülen-Bewegung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 05.02.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4721
BeschlEmpf und Bericht StändA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 5-68
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Vernetzung von Organisationen im Umfeld der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen

Konzernstruktur und Produkte der World Media Group AG; Auf-
lagenhöhe insbes der Zeitung „Zaman“ sowie Verbreitung der
Sender Samanyolu TV und Ebru TV in Deutschland bzw in
BW; Anteil der Publikationen und Medieninhalte am türkisch-
sprachigen Medienmarkt in Deutschland bzw BW; Erkenntnis-
se über Verbindungen der World Media Group mit der Panega-
Organisation sowie der Panega-Organisation mit den Prisma-
Schulen; sonstige Verbindungen der World Media Group mit
gesellschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen; Redaktions-
besuch und Interview der Integrationsministerin bei der Tages-
zeitung „Zaman“ Ende März/Anfang April 2013

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 20.03.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/4963
BeschlEmpf und Bericht StändA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 5-68
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

*Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und
Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-
Bewegung“ nahestehen*

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirt-
schaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern
der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen;
Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehme-
rvereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV
Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veran-
staltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshin-
tergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“
nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen
in die Türkei

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.04.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5074
Ergänzende Stellungnahme MFW 17.06.2014 Drs 15/5352

*Verhältnis des Ministeriums und des Ministers für Finanzen und
Wirtschaft zu Personen, Verbänden und Unternehmen, die der
„Gülen-Bewegung“ nahestehen sowie zur „Gülen-Bewegung“
selbst*

Rechtliche und sonstige Gründe, die einer Veröffentlichung der
Kontakte und Verbindungen mit der Gülen-Bewegung nahesteh-
enden Personen oder Organisationen entgegenstehen; Vernet-
zung des Bundesverbands der Unternehmervereingung (BUV)
mit der „Gülen-Bewegung“; Kontakte des Ministers für Finan-
zen und Wirtschaft mit den in der Drucksache 15/4721 namentlich
genannten Organisationen; Einschätzung der „Gülen-
Bewegung“

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5492

*Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter
Sekten und Psychogruppen beim Ministerium für Kultus,
Jugend und Sport BW*

Aufgaben und Betätigungsfeld der interministeriellen Arbeits-
gruppe; Bearbeitung von Bürgeranfragen; Austausch mit den
Sektenbeauftragten anderer Bundesländer; Kenntnisse über isla-
mistische Bewegungen in Deutschland; Maßnahmen zur Aufklä-

rung über die Gülen-Bewegung, über Salafismus und ISIS, über
die sogenannte Reichsbürgerbewegung und über Scientology

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/6473

*Das Projekt eines Gymnasiums in privater Trägerschaft in Ulm
und seine Hintergründe*

Gründung eines Gymnasiums durch den angeblich der Gülen-
Bewegung nahestehenden Verein „Bildungsinitiative Blautal“;
Voraussetzungen für die Gründung und für die staatliche Aner-
kennung eines privaten Gymnasiums

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/8089

Fettleibigkeit

s. *Übergewicht*

Feuchtgebiet

s.a. *Ökosystem*
s.a. *Überschwemmungsgebiet*
s.a. *Wasserschutzgebiet*

Haushalt 2012; Epl 12

*Erwerb von Grundstücken für Zwecke des Naturschutzes, Siche-
rung der Moorflächen im LKreis Waldshut*

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1112-11 S. 38
39
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

*„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein
Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee*

Darstellung der o.g. Maßnahmen und Entwicklungen seit 2002
bzw seit Beantwortung der Drs 14/5038 und 14/6420 sowie
der weiteren Maßnahmen und dafür vorgesehenen Mittel; Stand
der Kartierung und Renaturierung der Moore und Bodenseeufer,
Ergebnisse des Aktionsprogramms zur Sanierung oberschwäbi-
scher Seen, Lösungsansätze für Konflikte mit der landwirtschaft-
lichen Nutzung; Initiierung neuer Forschungsvorhaben; Vorlage
eines Förderkonzepts

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2078

Erarbeitung eines Moorschutzkonzepts

Planungs- und Entwicklungsstand des angekündigten landes-
weiten Moorschutzkonzepts, insbes vorgesehener Umsetzungs-
zeitraum, Personal- und Mitteleinsatz, Organisationsstrukturen
der Umsetzungsphase

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 21.01.2014 und
Antw MLR Drs 15/4621

Entwicklung der Moorschutzkonzeption

Vergabeverfahren und Zeitplan der Entwicklung der Moor-
schutzkonzeption

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.09.2014 und
Antw MLR Drs 15/5702

Wasserkreuzkraut auf Landschaftspflegeflächen im Wurzacher Ried

Gefahren für landwirtschaftliche Nutztiere bei der Grünlandwirtschaft; Bekämpfung des Wasserkreuzkrauts mithilfe von Herbiziden; Abgeltung des bei der Bekämpfung der Pflanze entstehenden Aufwands; Maßnahmen zur Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung des Wasserkreuzkrauts in der Region Wurzacher Ried

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/8103

Feudenheim-Realschule

s. *Realschule*

Feuerbestattung

Krematorien und die wachsende Zahl übergewichtiger Menschen

Entwicklung der Zahl von Krematorien seit 1992; Darstellung der (technischen) Probleme bei der Einäscherung übergewichtiger Menschen, Frage nach einer Gewichtsobergrenze sowie nach Überlegungen zur baulichen Anpassung der Krematorien an die wachsende Zahl von Übergewichtigen; Vergleich der Emissionsgrenzwerte mit anderen Verbrennungsanlagen

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 22.10.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2541

Feuerbrand

s. *Pflanzenkrankheit*

Feuerlöschfahrzeug

s. *Feuerwehrfahrzeug*

Feuerschutz

s. *Brandschutz*

Feuerschutzsteuer

s.a. *Brandschutz*

Verwendung des Aufkommens der Feuerschutzsteuer

Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2013; Nutzung des Überschussbetrags für den Katastrophenschutz und zur Deckung des Haushalts; geplante Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2014; Einholung der Zustimmung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft bei über- oder außerplanmäßigen Ausgaben

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 29.04.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5128

Feuerung

s. *Feuerungsanlage*

Feuerungsanlage

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4605

Auswirkungen der zweiten Grenzwert-Stufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche

Sachstand zur Sanierungspflicht von Einzelraumfeuerungsanlagen; Auswirkungen der zum 1. Januar 2015 in Kraft tretenden zweiten Grenzwert- und Nachweispflichtstufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 04.12.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6212
BeschlEmpf und Bericht Landwa 25.03.2015 Drs 15/6921 S. 57 58
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Drohender Entsorgungsnotstand infolge knapper Verbrennungskapazitäten?

Sachstand zu Verbrennungspreisen und Auslastung inländischer Verbrennungsanlagen; Ermöglichung einer zeit- und ortsnahe Entsorgung von Sortier- und Schredderrückständen aus der Schrottaufbereitung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 15.09.2015 und Antw UM Drs 15/7370

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 18.12.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7909 (11 S.)
Ergänzende Stellungnahme UM 01.03.2016 Drs 15/8094 (21 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.01.2016 Drs 15/8048 S. 61-63
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Feuerungstechnik

s. *Feuerungsanlage*

Feuerversicherung

Aktuelle Situation der Umsetzung der Rauchwarnmelderpflicht in BW

Sachstand zur Umsetzung der Rauchwarnmelderpflicht in BW, insbes Probleme aufgrund von Lieferengpässen oder Verzug bei der Installation, Planung einer Fristverlängerung, rechtliche Situation für Wohnungseigentümer in Brandschadensfällen gegenüber Versicherungen bei fehlenden Rauchmeldern

Antr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/6288

Feuerwehr

s.a. *Brandschutz*
s.a. *Feuerwehrfahrzeug*

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Bedeutung und Anteil des o.g. Engagements in Vereinen, Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anteil von Migranten in Führungsfunktionen und bei der Gründung von Vereinen, Heranführung von Jugendlichen und älteren Mitbürgern, Begleitung der Organisationen des Katastrophenschutzes bei der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/284

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren im Enzkreis

Anteil des o.g. Engagements in Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anzahl der Migranten, die Führungsaufgaben im Vereinsvorstand oder als Übungsleiter/Jugendreferent wahrnehmen; Strategien, um insbes Jugendliche an ehrenamtliches Engagement bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz heranzuführen

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/491

Feuerwehrführerschein

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

Antr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/738

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/742

Erhalt der Feuerwehr-Luftbeobachtung

Aufgabenwahrnehmung und Kosten der o.g. Luftüberwachung, Überlegungen zur Nichtverlängerung der VwV-Luftbeobachtung und Übertragung der Aufgaben auf die Polizeihubschrauberstaffel, Frage nach Gesprächen mit dem Landesfeuerwehrverband und den dabei vorgebrachten Argumenten, Umgang mit dem Vorschlag des RH zur Reduzierung der Zahl und Personalstärke der Polizeihubschrauber

Antr
s. *Hubschrauber*
Drs 15/1138

Sachstand zum sogenannten „Feuerwehrführerschein“

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

KlAnfr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/1255

Gesetz zur Aufhebung des Fahrberechtigungsgesetzes

Neuerlass der Landesverordnung zur Fahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge aufgrund der Neufassung der bundesrechtlichen Ermächtigung durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

GesEntw
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/1960

Regierungsbefragung

Anregungen der Stuttgarter Feuerwehr zu Stuttgart 21
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2215

Änderung EU-Arbeitszeitrichtlinie - Anrechnung ehrenamtlicher Tätigkeit auf die Arbeitszeit

Beurteilung o.g. Pläne der EU-Kommission und ihrer Auswirkungen für das Ehrenamt, insbes für die Mitglieder und den Dienst der freiwilligen Feuerwehren

KlAnfr
s. *Arbeitszeit*
Drs 15/2011

Herausforderungen durch Fotovoltaik für die Feuerwehr

Angaben über besondere Vorsichtsmaßnahmen der Feuerwehr an Gebäuden mit Fotovoltaik-Anlagen und dadurch bedingte Verzögerung der Löscharbeiten; Anzahl der aufgrund nicht entdeckter Fotovoltaik-Anlagen verletzten Feuerwehrleute seit 2007; Erwägung einer Kennzeichnungspflicht für Gebäude

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/2307

Die Situation der Landesfeuerweherschule Bruchsal

Mit dem Neubau der Landesfeuerweherschule verbundene Veränderungsvorhaben; Verbesserung der Zusammenarbeit der im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen; Erweiterung des Aufgabenspektrums der Akademie um die Gefahrenabwehr; praktische Umsetzung von Forschungserkenntnissen; Erhöhung der Attraktion für Frauen

Antr SPD 15.11.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2672
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3938-3944

Personalsituation bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk (THW) und Bevölkerungsschutz

Personalsituation bei Einrichtungen der örtlichen Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz, insbes Entwicklung des Anteils von Frauen und von EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie die Auswirkungen der Wehrpflicht-Aussetzung; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbes durch Zusammenarbeit mit Schulen, Förderung der Jugendgruppenarbeit, Gewährung öffentlicher Anerkennung, Freistellung von der Arbeit und dabei Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, Gewährung ausreichenden Versicherungsschutzes sowie zusätzliche Förderung fachlicher Qualifizierung und Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2943

Notwendiger Schutz vor Emissionen bei der Freiwilligen Feuerwehr

Arbeitsschutz für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr; Ausstattung der Magazine mit Absauganlagen zum Schutz der Ehrenamtlichen vor den gesundheitsschädlichen Dieselabgasen

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 27.02.2013 und Antw IM Drs 15/3136

Anerkennung des Ehrenamts bei der Feuerwehr

Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren, insbes Werbung für das Ehrenamt, zusätzliche - über das Feuerwehrgesetz hinausgehende - Leistungen für Mitglieder, Einführung einer Feuerwehrrente

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 12.03.2013 und Antw IM Drs 15/3213

Situation der Freiwilligen Feuerwehren

Entwicklung und Verbesserung der personellen und sächlichen Situation der Freiwilligen Feuerwehren, insbes Maßnahmen gegen zunehmende Unattraktivität der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit und Erschwerung des Freistellungsanspruchs aktiver Feuerwehrleute durch die Betriebe sowie Attraktivitätssteigerung des freiwilligen Feuerwehrdienstes durch bevorzugte Einstellung im öffentlichen Dienst, Feuerwehrpauschale bei Lohn- und Einkommenssteuer, Feuerwehrrente und kostengünstige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Unterstützung präventiver Brandschutzschulungen in Kindergärten und Grundschulen

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 15.05.2013 und Antw IM Drs 15/3499

Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren bei der Hochwasserbekämpfung

Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren bei der Hochwasserbekämpfung und Katastrophenschutz, insbes Einbindung in Organisationsstrukturen, rechtliche Rahmenbedingungen, zurückliegende länderübergreifende Einsatzbeteiligungen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.06.2013 und Antw IM Drs 15/3674

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafenstraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr
s. *Brand*
Drs 15/3744

Hagelschäden in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb

Ausmaß und Kosten der Hagelschäden vom 28. Juli 2013 in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb sowie Einsatzaufkommen, -dauer und -kapazitäten der Rettungskräfte

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/3883

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten der Landes- und Bundespolizei zugunsten des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehren in BW; Ausmusterungsverfahren bei analogen Polizeifunkgeräten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Funkgerät*
Drs 15/3919

Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für Leupolz und Karssee, Stadt Wangen im Allgäu

Vorteile und bauplanungsrechtliche Hindernisse für den Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses zweier Ortsteile der Stadt Wangen im Allgäu

KlAnfr Paul Locherer CDU 16.08.2013 und Antw IM Drs 15/3948

Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch Beschäftigte des öffentlichen Diensts

Engagement der Angehörigen des öffentlichen Diensts bei der freiwilligen Feuerwehr; Förderung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit durch den Dienstherrn; Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr im Anforderungsprofil einer Stellenanzeige und als Kriterium bei der Personalauswahl

KlAnfr Konrad Epple CDU 28.03.2014 und Antw IM Drs 15/4998

Feuerwehrfrauen in BW

Situation von Frauen in den Berufs- und freiwilligen Feuerwehren Baden-Württembergs, insbes Entwicklung des Frauenanteils, Teilzeitarbeit, Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Qualifizierungsangebote für Frauen; Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Feuerwehren

Antr Konrad Epple u.a. CDU 11.04.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5080
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 18 19
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Einhaltung der Hilfsfristen in BW im Jahr 2013

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist von 15 Minuten und der gesetzlichen Soll-Hilfsfrist von 10 Minuten im Rettungsdienst und in der Notarztversorgung; Veränderung der Einsatzzeiten gegenüber den Jahren 2004 und 2008; Verpflichtung der die gesetzlichen Vorgaben dauerhaft verfehlenden Landkreise auf die Einhaltung der Hilfsfristen; Vorteile der Verlagerung der Zuständigkeit für den Rettungsdienst in das Innenministerium im Jahr 2011; Förderung der Einrichtung integrierter Leitstellen für die Feuerwehr und den Rettungsdienst

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5313

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Erreichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Inte-

grierten Leitstelle in Heidelberg

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5655

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Kooperation Rettungsdienst und Feuerwehr

Wahrnehmung von Aufgaben des Rettungsdienstes durch die Feuerwehr

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6275

Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle - LReg muss handeln

Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ im Strafgesetzbuch

Antr
s. *Strafgesetzbuch*
Drs 15/6818

Förderung des Feuerwehrwesens im Enzkreis

Sachstand und Umfang der Förderung von Feuerwehrmaßnahmen im Enzkreis in den vergangenen fünf Jahren

KlAnfr Viktoria Schmid CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.08.2015 und Antw IM Drs 15/7325

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Ermöglichung der freiwilligen Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres; Rückführung der besonderen Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für die Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte durch die wirkungsgleiche Übertragung entsprechender Regelungen für Tarifbeschäftigte; weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts bei Regelungen zu den Bildungsvoraussetzungen für den mittleren Dienst sowie durch Anrechnung von Zeiten in Freiwilligendiensten auf die Probezeit

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Sicherung des Personalbestandes der Feuerwehren; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Feuerwehren; Verhinderung von Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots über Alkoholbringdienste und Warenautomaten; Anpassung einer Verweisung im Landeskatastrophenschutzgesetz

GesEntw LReg 27.10.2015 Drs 15/7613 (58 S.)
1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8642-8646

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7815
2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8727
GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7885
GBI 2015 Nr. 25 S. 1184-1186 (Ges vom 17.12.2015)

Investitionen in die Feuerwehr, Forderung der Zusammenlegung von Rettungsdienst und Feuerwehr, Neuausrichtung der Landesfeuerweherschule

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1224 1228 1231

Feuerwehrausrüstung

Situation der Freiwilligen Feuerwehren

Entwicklung und Verbesserung der personellen und sächlichen Situation der Freiwilligen Feuerwehren, insbes Maßnahmen gegen zunehmende Unattraktivität der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit und Erschwerung des Freistellungsanspruchs aktiver Feuerwehrleute durch die Betriebe sowie Attraktivitätssteigerung des freiwilligen Feuerwehrdienstes durch bevorzugte Einstellung im öffentlichen Dienst, Feuerwehrpauschale bei Lohn- und Einkommenssteuer, Feuerwehrrente und kostengünstige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Unterstützung präventiver Brandschutzschulungen in Kindergärten und Grundschulen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3499

Feuerwehrfahrzeug

Feuerwehrführerschein

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

Antr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/738

Sachstand zum sogenannten „Feuerwehrführerschein“

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

KlAnfr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/1255

Gesetz zur Aufhebung des Fahrberechtigungsgesetzes

Neuerlass der Landesverordnung zur Fahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge aufgrund der Neufassung der bundesrechtlichen Ermächtigung durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

GesEntw
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/1960

Zulässiges Gesamtgewicht von Feuerwehrfahrzeugen

Gewichtsbeschränkung auf 12 Tonnen als Hindernis für die Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen des Typs „HFL 10“; Möglichkeiten einer Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichts; Schaffung einer bundeseinheitlichen Regelung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 05.12.2012 und Antw IM Drs 15/2779

Auslieferung von Feuerwehrfahrzeugen nach BW

Verteilungsschlüssel für die Feuerwehrfahrzeuge aus dem Katastrophenschutzprogramm des Bundes; Zeitplan für die Zutei-

lung; Einsatzfahrzeugtypen; Anzahl der bereits ausgelieferten Fahrzeuge; Beschleunigung der Verteilung

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 26.02.2013 und Antw IM
Drs 15/3123

Feuerwehrführerschein

s. *Fahrerlaubnis*

Feuerwehrgesetz

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Sicherung des Personalbestandes der Feuerwehren; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Feuerwehren; Verhinderung von Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots über Alkoholbringdienste und Warenautomaten; Anpassung einer Verweisung im Landeskatastrophenschutzgesetz

GesEntw
s. *Feuerwehr*
Drs 15/7613

Feuerwehrrhubschrauber

s. *Hubschrauber*

FFH-Gebiet

s. *Naturschutzgebiet*

FFH-Richtlinie

s.a. *Artenschutz*

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsvorschlägen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstwerte für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*
Drs 15/6203

Ausweisung von Flora-Fauna-Habitat-Mähwiesen (FFH-Mähwiesen) im Landkreis Reutlingen

Sachstand zur Neukartierung von Flora-Fauna-Habitat-Mähwiesen im Landkreis Reutlingen, insbes Vergleich mit den übrigen LKreisen, Beteiligung der betroffenen Landwirte und Grundeigentümer

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/6998

Natura 2000 - Fitness-Check für die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie

Sachstand zur Umsetzung von Natura 2000 in BW, insbes Auswirkungen der Flora-Fauna-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie auf den Natur- und Artenschutz, Auswirkungen auf die

Natura 2000-Standards durch das REFIT-Programm und den „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/7168

FhG

s. *Fraunhofer-Gesellschaft*

Fichtenau

Unterbringung, Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem anderen Bundesland

Sachstand zu Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in Grenznähe zu einem Nachbarbundesland, insbes Schaffung von Ausnahmeregelungen zur Erledigung der Dinge des täglichen Bedarfs im Nachbarbundesland, Unterstützung der Gemeinde Fichtenau in dieser Problemlage; Maßnahmen zur best- und schnellstmöglichen beruflichen Integration der Asylbewerber und in den deutschen Arbeitsmarkt

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6584

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die Nutzung des Schlosses Wildenstein, Gemeinde Fichtenau

Kulturhistorische Bedeutung, Überlegungen zur weiteren Nutzung und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für das Schloss Wildenstein in der Gemeinde Fichtenau

KlAnfr
s. *Schloss*
Drs 15/7540

Fichtenberg

Verschlechterung des Fahrplanangebots für Fornsbach und Fichtenberg durch das neue Fahrplankonzept

Bedeutung der Bahnhaltspunkte Fornsbach und Fichtenberg auf der Murrthalbahn und Erhalt des Fahrplanangebots bei den Neuausschreibungen

MdlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6342

FIFA-Weltmeisterschaft

s. *Fußballweltmeisterschaft*

FIFA-WM

s. *Fußballweltmeisterschaft*

Filder (Landschaft)

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im Landkreis Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der

vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/364

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspürigen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterdinger Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf im nächsten Bedarfsplan; Entlastungswirkungen einer Herabstufung der B 312 im Zuge der Ortsdurchfahrt Filderstadt-Bernhausen; Unterstützung eines Tempolimits auf der B 27 bereits vor dem Aichtalviadukt in Richtung Stuttgart; Bedingungen für eine Ampelsteuerung auf den Filder-Zufahrten auf die B 27 sowie für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

Komfortable menschen- und umweltfreundliche Lösungen für die Gäubahn

Pläne der Bahn zur Einschränkung des Fernverkehrs zwischen Stuttgart und Zürich; aktuelle Fahrgastzahlen und Prognosen bis 2025 auf den Abschnitten der Gäubahn und zum Stuttgarter Flughafen; Planungsstand für die Stilllegung der Gäubahntrasse in Stuttgart, Beurteilung der Fortführung der Vermarktung dieser Flächen durch die Bahn ungeachtet der Ergebnisse des Filderdialogs, Diskussion über neue Varianten mit o.g. Zielsetzung und Einhaltung des Kostendeckels mit den Projektpartnern von Stuttgart 21

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1629

Folgen bei einem Gäubahnhalt in Stuttgart-Vaihingen

Pläne und Maßnahmen zur Führung der Gäubahn auf der bisherigen Trasse in den neuen Stuttgarter Tiefbahnhof, Bedeutung einer direkten Schienenverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Filder mit dem Flughafen und Böblingen/Sindelfingen; Frage nach einer Doppelnutzung von S-Bahn und Gäubahn im Bereich des Bahnhofs Stuttgart-Vaihingen

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1728

Regierungsbefragung

Filderdialog

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2006-2012

Auswahl und Einladung von Bürgerinnen und Bürgern für den Filderdialog

Eingesetzte Verfahren und Software für die o.g. elektronische Zufallsauswahl, Wahrung des Datenschutzes bei der Adressatenauswahl; Bewertung der intensiven Bemühungen um Teilnehmer, insbes. der Kontaktaufnahme von Mütterzentren, nach Ankündigung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft; Beurteilung der Eignung und gesellschaftlichen Abbildung der Anwohnerschaft auf den Fildern durch Personenkreise im Umfeld von Mütterzentren

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 26.06.2012 und
Stellungnahme StM Drs 15/1958

Geheimgutachten zur „Hermann-Trasse“

Gründe für die Vergabe eines Gutachtens zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen mit einem Umstieg in Vaihingen, Inhalte und Kosten der Expertise; Vereinbarkeit dieser Auftragsvergabe für eine Trassenführung, die gegen die Finanzierungsverträge und die Volksabstimmung verstößt, mit der Pflicht zur Förderung des Projekts und zur sparsamen Haushaltsführung

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2037

Konsequenzen aus dem Filderdialog - Chancen für die Filderregion nutzen durch einheitliche Positionierung der LReg

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2321-2341

Gutachten von „E.+B.“ sowie „SMA und Partner“

Gründe und Fragestellungen für die Vergabe unterschiedlicher Gutachten im Zusammenhang mit dem Filderdialog noch vor dessen Beginn; Frage nach einer Einbindung der Projektpartner bei der Beauftragung der Gutachten sowie nach der öffentlichen Zugänglichkeit dieser Expertisen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 19.07.2012 und
Stellungnahme MVI Drs 15/2131

Einstellung des Landes zu Möglichkeiten iR bestehender und geplanter melderechtlicher Regelungen

Zugriff des StM auf Daten der Meldeämter bei der Auswahl von Bürgern für den Filderdialog, Bewertung vor dem Hintergrund der Kritik an dem geplanten Meldegesetz des Bundes sowie aus der Sicht des Datenschutzes, Frage nach einer Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 15/2167

Kosten der neuen Filderbahnhof-Variante

Gründe für die Anzweiflung von Mehrkosten bei der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“, Kommunikation der Erkenntnisse bereits iRd Filderdialogs? Frage nach einer Beteiligung an möglichen zusätzlichen Kosten der Variante auch bei einer Überschreitung des Kostendeckels sowie Beteiligung an den Kosten für den zusätzlichen Lärmschutz entlang der S-Bahn-Trasse in Leinfeldern

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2219

Haltung der LReg zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“

Kostenanschlag und Kostenteilung gegenüber dem ursprünglich beantragten Bahnhof; Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit einer Finanzierung der Mehrkosten aus dem Projektbudget von Stuttgart 21; Frage nach der Bereitschaft des Landes zu einer über den bisherigen Finanzierungsbeitrag hinausgehenden Beteiligung an den Mehrkosten des „Flughafenbahnhofs Plus“; Haltung gegenüber einer Abkopplung des Baus des Flughafenbahnhofs vom Bau der Anschlussstrecke

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2420

Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 und der S 2
Bedeutung, Finanzierung und Kosten-Nutzen-Verhältnis der
Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 zum Flughafen
und der S 2 nach Neuhausen/Filder

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3171

*ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen, Planfeststellungsab-
schnitt 1.4 (Filderbereich)*

Lärmschutzmaßnahmen und zu erwartende Lärmimmissionen
im Filderbereich durch die Bahntrasse der ICE-Neubaustrecke
Stuttgart-Wendlingen im Zusammenwirken mit dem Verkehrs-
lärm der Bundesautobahn 8 und dem Flughafen Stuttgart

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3175

Der Filderdialog in der Bewertung

Bewertung der Form der Bürgerbeteiligung im Filderdialog;
Umsetzung der Ergebnisse

MdlAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 15/3315

*Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A)
8*

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bishe-
rige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung;
Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direk-
ten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der
Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines
Direktanschlusses an die A 8

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/5564

*Investitionsoffensive der Europäischen Union: Verkehrsprojekte
für BW*

Finanzierung von Verkehrsprojekten in BW mit Hilfe des Inves-
titionsprogramms der EU; Aufnahme zusätzlicher Projekte in die
Projektliste; Beschleunigung von Planungsprozessen sowie der
Verwirklichung baureifer Verkehrsprojekte; Förderfähigkeit von
Projekten; Anmeldung von Schienen- und Flugverkehrsprojek-
ten; Aufnahme des Filderbahnhofs Plus als intermodales Ver-
kehrsprjekt in die Projektliste

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6357

*S 21-Filderbahnhof, wo kein Wille da kein Weg - Landesregie-
rung vertut Jahrhundertchance*

Aktuelle Debatte
s. *Bahnhof*
PIPr 15/122 S. 7344

*Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Vari-
ante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof*

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“
im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahn-
steigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im
Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäu-
bahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für
den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht

auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Fil-
derbahnhof

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/6851

*Verweisung auf die offenen Varianten für das noch nicht begon-
nene Planfeststellungsverfahren auf den Fildern für das Projekt
Stuttgart 21*

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 984-986 988-990

*Verweisung auf die offenen Varianten für das noch nicht begon-
nene Planfeststellungsverfahren auf den Fildern für das Projekt
Stuttgart 21*

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1280 1285 1288

*Beklagung von mangelndem Interesse bei Verfahren mit Bürger-
beteiligung, Verweisung auf das Beispiel Filderdialog*

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062

Filderdialog

s. *Filder (Landschaft)*

Filderstadt

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspuri-
gen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterding-
er Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Be-
darf im nächsten Bedarfsplan; Entlastungswirkungen einer Her-
abstufung der B 312 im Zuge der Ortsdurchfahrt Filderstadt-
Bernhausen; Unterstützung eines Tempolimits auf der B 27 be-
reits vor dem Aichtalviadukt in Richtung Stuttgart; Bedingungen
für eine Ampelsteuerung auf den Filder-Zufahrten auf die B 27
sowie für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach
Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

*Kosten-Nutzen-Berechnung einer
Schienenpersonennahverkehrs-Verbindung Bernhausen-
Neuhausen auf den Fildern*

Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Untersuchung einer
Stadtbahnverlängerung von Möhringen nach Neuhausen unter
Zugrundelegung von Stuttgart 21 aus dem Jahr 2003

KlAnfr
s. *Wirtschaftlichkeit*
Drs 15/580

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen bei 33 An-
meldungen in der Eingangsklasse, insbes Begründung der vor-
läufigen Ablehnung einer Zweizügigkeit, Vergleich mit der Klas-
senbildung an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3921

*Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger
Ei*

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Ech-
terdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27

in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr
s. Bundesstraße
Drs 15/5717

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraße B 27 zwischen Leinfelden-Echterdingen und Aichtal

Lärmbelastung der Wohnstraßen in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal entlang der Bundesstraße 27 und umgesetzte und geplante Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. Lärmschutz
Drs 15/6922

Film

s.a. *Filmakademie Baden-Württemberg*
s.a. *Medien- und Filmgesellschaft*

„Integration und Fernsehen“ - ZKM-Projekt „Agac yas iken egilir“

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/181

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH 23.09.2011 Drs 15/561
PIPr 15/14 12.10.2011 S. 548
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.11.2011 Drs 15/921
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Filmförderung des Landes BW

Umsetzungsstand bzw Fortschreibung der Filmkonzeption; Bewertung der Arbeit der Medien- und Filmgesellschaft, der Filmakademie und des Filmbüros BW sowie der Beschäftigungssituation von Filmschaffenden; Konsequenzen aus der vorzeitigen Einstellung von hier produzierten Fernsehserien, Aufbau von dauerhaften Filmserienstrukturen in BW

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 19.10.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/744
BeschlEmpf und Bericht WissA 15.12.2011 Drs 15/1300 S. 21
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Haushalt 2012; Epl 12

Mittelaufstockung für die Filmförderung

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1112-14 S. 42 43
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Ausschreibungen und Auftragsvergaben in der Filmbranche

Darstellung o.g. Verfahren und Vorgaben beim SWR u.a. Sendern; Entwicklung neuer Formate, Kriterien und Prozesse bei Ausschreibungen und Vergaben mit mehr Transparenz; Beurteilung der öffentlichen Ausschreibung des Produktionsauftrags für einen Tatort durch den Mitteldeutschen Rundfunk; Bewertung

der Auftragssituation für Produzenten und Dienstleister in BW

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 28.06.2012 und Stellungnahme StM und MWK Drs 15/1975
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 42 43
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof

Mittlg RH 01.08.2012 Drs 15/2186
PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2507
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.10.2012 Drs 15/2568
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Schreiben des BVerfG vom 19.10.2012, Az.: 2 BvR 1561/12, 2 BvR 1562/12, 2 BvR 1563/12 und 2 BvR 1564/12 - Verfassungsbeschwerden gegen die Filmabgabe

PIPr 15/52 28.11.2012 S. 2993
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.01.2013 Drs 15/2719
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?

Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemeinschaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Informationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webauftritt des Kultusministeriums

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5009

Mittelaufstockung für die Filmförderung, Umsetzung der neuen Filmkonzeption

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1414 1417-1420 1444

Filmakademie Baden-Württemberg

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 15 - Filmakademie BW (Kap 0620)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/115
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/715
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 06.07.2012 Drs 15/2002
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2327
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
Mittlg LReg 17.09.2014 Drs 15/5737
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6042
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Filmförderung des Landes BW

Umsetzungsstand bzw Fortschreibung der Filmkonzeption; Bewertung der Arbeit der Medien- und Filmgesellschaft, der Filmakademie und des Filmbüros BW sowie der Beschäftigungssituation von Filmschaffenden; Konsequenzen aus der vorzeitigen Einstellung von hier produzierten Fernsehserien, Aufbau von dauerhaften Filmserienstrukturen in BW

Antr
s. *Film*
Drs 15/744

Die Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes BW

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den Musikhochschulen, Akademien der Bildenden Künste, der Filmakademie, Popakademie und den Theaterakademien; Vergleich der Kosten bei einer Erbringung durch festangestellte Lehrkräfte; Frage nach einem Stufenplan zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten

KlAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/2398

Zukunft der Akademie für Darstellende Kunst BW GmbH

Empfehlungen des Gutachtens zur Evaluierung der Akademie für Darstellende Kunst (ADK); Zusammenlegung der ADK mit der Filmakademie BW; Weiterfinanzierung der ADK; Neubesetzung der Stelle des künstlerischen Direktors und Geschäftsführers; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/4541

Filmförderung

s. *Film*

Filmkonzeption

s. *Film*

Filstal

Fahrplan 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Ulm und Stuttgart in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr, Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/394

Südbahn 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Lindau/Friedrichshafen, Ulm, Stuttgart-Flughafen und Hauptbahnhof in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr; Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/516

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Göppingen

Auswirkungen der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreiss Göppingen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/808

Planfeststellungsverfahren für den Bau und Betrieb der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL, Abschnitt IV-Aichwald bis zur Station Amerdingen) - Planänderung Nr. 9a

Gründe für die späte geologische Prüfung mit der Folge einer weiteren Planänderung für die Vorzugstrasse durch eine sensible und artenreiche Kulturlandschaft, Frage nach untersuchten Streckenalternativen für den Alaufstieg außerhalb des mittleren Filstals sowie nach Techniken und ausführenden Baufirmen für die grabenlose Verlegung (Untertunnelung) von Gasleitungen in schwierigem Gelände

KlAnfr
s. *Gasleitung*
Drs 15/1860

Finanzamt

s. *Finanzverwaltung*

Finanzausgleich zwischen den Ländern

s. *Länderfinanzausgleich*

Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Finanzausgleichsgesetz

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Finanzausstattung der Kommunen

s. *Gemeindefinanzen*

Finanzbeamter

Personalsituation der Steuerverwaltung

Entwicklung der Personalausstattung, der Gesamtsteuereinnahmen, der Prüfungsintervalle nach Betriebsgrößen, der erzielten Mehrsteuern durch die Betriebsprüfung seit 2008 im Bundesvergleich; geplante Neueinstellungen in den einzelnen Laufbahngruppen 2011

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/88

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Einstellung von 100 zusätzlichen Betriebsprüfern

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244-251 256

Bewertung des Vorschlags zur Verlagerung der Landesfinanzbeamten auf den Bund

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1924 1925 1930 1940 1941

Finanzdienstleistung

Werbung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart für einen kommerziellen Finanzdienstleister

Zulässiger Rahmen des Engagements für die Interessen und das Geschäftssegment eines Unternehmens; Aufschluss über die dem Oberbürgermeister aus diesem Engagement erwachsenen materiellen und immateriellen Vorteile; Stellungnahme der Aufsichtsbehörde; Prospekthaftungsansprüche und andere Schadensansprüche enttäuschter Verbraucher; Stellung des Unternehmens ECOeffect auf dem Markt des „nachhaltigen Investments“; Beziehungen des Unternehmens zu Mitgliedern der LReg; wettbewerbliche Benachteiligung anderer Finanzdienstleister

KlAnfr
s. *Bürgermeister*
Drs 15/4146

Verbraucherschutz bei Anlageberatung

Sachstand zu Beschwerden und Beschwerdegründen über Anlageberater und entsprechende Finanzdienstleister in BW im Beschwerderegister der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht; Qualifikation der Anlageberater; Verbesserung der Qualität der Anlageberatung

KlAnfr
s. *Anlageberatung*
Drs 15/5673

Finanzdienstleistungsaufsicht

s.a. *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*

Euribor/Libor-Manipulation und die Folgen für den baden-württembergischen Finanzmarkt für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen

Folgen für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen und den Finanzmarkt in BW durch die Euribor/Libor-Manipulation, insbes Schadenshöhe, Klageunterstützung und Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen; Konsequenzen aus der Sonderprüfung der deutschen Finanzaufsicht BaFin; Amtshaftungsansprüche wegen unzureichender staatlicher Kontrolle

KlAnfr
s. *Zins*
Drs 15/3098

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4887

Finanzen der Kommunen

s. *Gemeindefinanzen*

Finanzgericht

Schreiben des JuM vom 01.02.2011 - Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht BW in Stuttgart; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Ltg (§ 23 Abs 2 FGO)

s. *Finanzrichter*
PIPr 15/4 S. 19

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Änderung von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1771

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Änderung von § 6 des Gesetzes zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 15/6471

Finanzgerichtsordnung

s. *Finanzgericht*

Finanzhilfe (Finanzausgleich)

s. *Finanzzuweisung*

Finanzhilfe (Subvention)

s. *Subvention*

Finanzielle Studienförderung

s. *Studienförderung*

Finanzierung aus EU-Mitteln

s. *EU-Mittel*

Finanzierung aus Landesmitteln

s. *Landesmittel*

Finanzierungsinstrument für die Umwelt

s. *LIFE-Programm*

Finanzierungsvertrag

s. *Vertrag*

Finanzinstrument

s.a. *Finanztransaktionssteuer*

s.a. *Kredit*

s.a. *Wertpapier*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Weiterentwicklung des Systems der Regulierung der Märkte für
Finanzinstrumente

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*

Drs 15/946

*Finanzielle Auswirkungen von Eurobonds für den Haushalt des
Landes BW*

MdlAnfr 4) Joachim Kößler CDU 02.12.2011 Drs 15/949

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1007 1008

Auswirkungen der Einführung von Euro-Bonds

Darlegung o.g. Folgen für den Haushalt des Landes, die Wirt-
schaft und den Bankenmarkt

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 07.12.2011 und Stel-
lungnahme MFW Drs 15/966

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/2007 S.
8

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Grünbuch über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabi-
litätsanleihen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*

Drs 15/992

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres - Mehr-
jähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020

Schaffung eines Instruments zur finanziellen Unterstützung für
Außengrenzen und Visa iRd Fonds für die innere Sicherheit;
Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds; Unterstützung der
polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kri-
minalitätsbekämpfung

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*

Drs 15/1087

*Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen
Haushaltsrecht*

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzge-
schäfte, insbes mit spekulativen Papieren und Finanzinstrumen-
ten, in der Gemeindeordnung

GesEntw

s. *Haushaltsrecht*

Drs 15/1571

*Verkauf von riskanten Finanzprodukten an Kommunen durch die
Landesbank BW (LBBW)*

Zahl und Volumen der o.g. Verkäufe der LBBW und ihrer Betei-
ligungen an Kommunen, Zweckverbände oder kommunale Un-
ternehmen; Bewertung solcher Geschäftspraktiken und des Ver-
handlungsstands der LBBW mit den betroffenen Kommunen;
Maßnahmen zum Schutz der Kommunen, Umgang mit dem Ges-
Entw 15/1571 zur Verankerung eines Spekulationsverbots im
kommunalen Haushaltsrecht der Gemeindeordnung

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 06.06.2012 und
Stellungnahme MFW Drs 15/1801

Ergänzende Stellungnahme MFW 31.07.2012 Drs 15/2178

Perspektiven und Hintergründe zur Börse Stuttgart

Vertretung der Interessen des Landes in der „Vereinigung Baden-
Württembergische Wertpapierbörse e.V.“; Entwicklung des Han-
delsvolumens und der Mitarbeiterzahl an der Stuttgarter Bör-
se seit 2000 im bundesweiten Börsenvergleich; Umfang und
Risiken des Handels mit Aktien, Fonds und Derivaten sowie
des computergestützten Hochfrequenzhandels; Einschätzung der
Auswirkungen der geplanten Finanztransaktionssteuer für die
Stuttgarter Börse und Stuttgart Financial

Antr

s. *Börse*

Drs 15/2180

*Geschäfte von Kommunen mit spekulativen Finanzprodukten,
insbes mit Zinsderivaten; Verschärfung des entsprechenden Ver-
bots in der Gemeindeordnung*

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699-1706

*Einbeziehung aller Finanzinstrumente in eine Finanztransakti-
onssteuer; Verhinderung von Eurobonds*

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252 2256 2262-2264

Finanzmarkt

s.a. *Bank*

s.a. *Bankenaufsicht*

s.a. *Börse*

s.a. *Finanzinstrument*

s.a. *Finanzpolitik*

s.a. *Finanztransaktionssteuer*

s.a. *Kapital*

s.a. *Stabilisierungsmechanismusgesetz*

s.a. *Wertpapier*

*Ratifizierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über
Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt*

Einschätzung der einmaligen und fortlaufenden Zuflüsse nach
dem o.g. Steuerabkommen für das Land und die Kommunen;
Verzicht auf eine Verhinderung der Ratifizierung über den Bun-
desrat

Antr

s. *Internationales Abkommen*

Drs 15/672

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den
letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung
und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Trans-
port und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung
von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmark-

takteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr
s. *Agrarprodukt*
Drs 15/696

Steuerabkommen mit der Schweiz

Einschätzung der Vermögenssummen von Landesbürgern auf Schweizer Bankkonten und der Steuereinnahmen nach Inkrafttreten des o.g. Abkommens; Gründe und Auswirkungen der Ablehnung des Ratifizierungsgesetzes im BRat; strafrechtliche Beurteilung der Erstellung, Weitergabe und des Erwerbs von Steuer-CDs; Frage nach unverzichtbaren Vertragsbestandteilen eines Steuerabkommens mit der Schweiz sowie nach Bestrebungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer

Antr
s. *Internationales Abkommen*
Drs 15/765

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Finanztransaktionssteuersystem*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/773

Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf den Börsenplatz Stuttgart

Auswirkungen einer nationalen sowie einer internationalen Finanztransaktionssteuer auf den Börsenplatz, die Wirtschaft, Reallohne und Einnahmesituation des Landes; Zurückführung der Ursachen für die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise auf eine fehlende Finanztransaktionssteuer oder andere Ereignisse?

KlAnfr
s. *Finanztransaktionssteuer*
Drs 15/925

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Weiterentwicklung des Systems der Regulierung der Märkte für Finanzinstrumente*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/946

Auswirkungen der Einführung von Euro-Bonds

Darlegung o.g. Folgen für den Haushalt des Landes, die Wirtschaft und den Bankenmarkt

Antr
s. *Finanzinstrument*
Drs 15/966

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1031

Abbau der Verschuldung des Landes BW

Anstrebung einer zeitnahen Entschuldung, Höhe von möglichen Einsparungen durch eine aktuell günstige Finanzierung auf den Kapitalmärkten im Vergleich zu den mittleren Finanzierungskosten der letzten 15 Jahre

KlAnfr
s. *Schulden*
Drs 15/1175

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte, insbes mit spekulativen Papieren und Finanzinstrumenten, in der Gemeindeordnung

GesEntw
s. *Haushaltsrecht*
Drs 15/1571

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Schweizer Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Aktuelle Debatte
s. *Internationales Abkommen*
PIPr 15/36 S. 1911

Verkauf von riskanten Finanzprodukten an Kommunen durch die Landesbank BW (LBBW)

Zahl und Volumen der o.g. Verkäufe der LBBW und ihrer Beteiligungen an Kommunen, Zweckverbände oder kommunale Unternehmen; Bewertung solcher Geschäftspraktiken und des Verhandlungsstands der LBBW mit den betroffenen Kommunen; Maßnahmen zum Schutz der Kommunen, Umgang mit dem GesEntw 15/1571 zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht der Gemeindeordnung

Antr
s. *Finanzinstrument*
Drs 15/1801

Zustimmung zum Fiskalpakt als Weg aus der Krise nutzen - für solide Finanzen, nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa

Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa, Flankierung durch Maßnahmen für ein nachhaltiges Wachstum, Beteiligung der Finanzmärkte an den Stützungsmaßnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer; Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Haushaltsautonomie der Länderparlamente bei der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts; Begrüßung der in den Verhandlungen mit dem Bund erreichten deutlichen Entlastung der Kommunen

Antr
s. *Finanzpolitik*
Drs 15/1968

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1933

Perspektiven und Hintergründe zur Börse Stuttgart

Vertretung der Interessen des Landes in der „Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.“; Entwicklung des Handelsvolumens und der Mitarbeiterzahl an der Stuttgarter Börse seit 2000 im bundesweiten Börsenvergleich; Umfang und Risiken des Handels mit Aktien, Fonds und Derivaten sowie des computergestützten Hochfrequenzhandels; Einschätzung der Auswirkungen der geplanten Finanztransaktionssteuer für die Stuttgarter Börse und Stuttgart Financial

Antr
s. *Börse*
Drs 15/2180

Euribor/Libor-Manipulation und die Folgen für den baden-württembergischen Finanzmarkt für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen

Folgen für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen und den Finanzmarkt in BW durch die Euribor/Libor-Manipulation, insbes Schadenshöhe, Klageunterstützung und Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen; Konsequenzen aus der Sonderprüfung der deutschen Finanzaufsicht BaFin; Amtshaftungsansprüche wegen unzureichender staatlicher Kontrolle

KlAnfr
s. *Zins*
Drs 15/3098

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte

Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits- und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucherchutzpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr
s. *Verbraucherpolitik*
Drs 15/5740

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7764

Rolle des Euro für die Unternehmen bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise, Verweisung auf die derzeit günstige Refinanzierung des Bundes an den Kapitalmärkten mit Staatsanleihen, Ausstattung und Möglichkeiten der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, Notwendigkeit einer strengen Regulierung der Finanzmärkte und einer Finanztransaktionssteuer

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482-498

Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen in der Finanzmarktkrise

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 732

Beteiligung der Finanzbranche an der Behebung der von ihr verursachten Finanzmarktkrise, Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer; Betrachtung des Fiskalpakts als starkes Signal an die Finanzmärkte

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252 2254-2256 2262 2263

Finanzminister

s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*

Finanzministerkonferenz*Anwesenheit des Ministers Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz?*

Anwesenheit von Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz im Jahr 2012

MdlAnfr 7) Dr. Reinhard Löffler CDU 05.04.2013 Drs 15/3315
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3930 3931

Finanzministerkonferenz der Länder

s. *Finanzministerkonferenz*

Finanzplanung

s. *Finanzpolitik*

Finanzpolitik

s.a. *Finanzinstrument*
s.a. *Finanzmarkt*
s.a. *Gemeindefinanzen*
s.a. *Kommunaler Finanzausgleich*
s.a. *Sparen*
s.a. *Stabilisierungsmechanismusgesetz*
s.a. *Steuerpolitik*

RegErkl - Kassensturz: Finanzielle Erblasten und Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierungen in BW und Aussprache

RegErkl
s. *Bilanz*
PIPr 15/6 S. 119

Abbau der Verschuldung des Landes BW

Anstreben einer zeitnahen Entschuldung, Höhe von möglichen Einsparungen durch eine aktuell günstige Finanzierung auf den Kapitalmärkten im Vergleich zu den mittleren Finanzierungskosten der letzten 15 Jahre

KlAnfr
s. *Schulden*
Drs 15/1175

Turbulenzen im Ministerium? - Wohin geht die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Landes?

Aktuelle Debatte
s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*
PIPr 15/36 S. 1922

Zustimmung zum Fiskalpakt als Weg aus der Krise nutzen - für solide Finanzen, nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa

Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa, Flankierung durch Maßnahmen für ein nachhaltiges Wachstum, Beteiligung der Finanz-

märkte an den Stützungsmaßnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer; Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Haushaltsautonomie der Länderparlamente bei der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts; Begrüßung der in den Verhandlungen mit dem Bund erreichten deutlichen Entlastung der Kommunen

EAntr GRÜNE und SPD 27.06.2012 Drs 15/1968
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2264

Information über die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Ländern über die Ratifizierung des Fiskalvertrags durch den Ministerpräsidenten

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251-2265

Rüge des Rechnungshofs durch den Ministerpräsidenten

Umgang des MinPräs mit der Forderung des RH zur schwarzen Null in den Haushalten ab 2015

MdlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 15/2089

Folgen von Leistungsbilanzungleichgewichten auf die baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem sogenannten Economic Governance-Paket

Höhe der jährlichen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und BW seit der Finanzkrise 2009 im Vergleich zu den Euro-Staaten, Darlegung der o.g. Auswirkungen und der Forderung der EU-Kommission zur Ankurbelung des Binnenkonsums durch öffentliche Investitionen und höhere Löhne in den Überschussländern, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und Tariffreiheit, Frage nach einer Beteiligung an Strafzahlungen nach einem von der EU-Kommission festgestellten „übermäßigen makroökonomischen und volkswirtschaftlichen Ungleichgewicht“

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/2215

Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid

Entlassung wegen verfehlter Personalpolitik, Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs und behaupteter „Vertraulichkeit“ des ICC-Schiedsverfahrens

Antr
s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*
Drs 15/2808

Anwesenheit des Ministers Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz?

Anwesenheit von Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz im Jahr 2012

MdlAnfr
s. *Finanzministerkonferenz*
Drs 15/3315

Finanzplan des Landes BW gemäß § 18 Abs 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: Juni 2013)

Mittlg LReg 27.06.2013 Drs 15/3692 (17 S.)
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4425
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4041
PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4616-4622

Politik mit ungedeckten Schecks - die Wahlversprechen der CDU und ihre Auswirkungen auf BW

Aktuelle Debatte
s. *Haushaltsausgaben*
PIPr 15/75 S. 4526

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/4004

Finanzplan des Landes BW gemäß § 18 Abs 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: November 2013) einschließlich der verbindlichen Orientierungspläne für die Hj 2015 und 2016

Mittlg LReg 04.12.2013 Drs 15/4413 (20 S.)
PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5107
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.12.2013 Drs 15/4443
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5223-5242

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 4 - Finanzplan 2020

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5404
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5904
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Finanzplan des Landes BW gemäß 18 Abs 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2014 bis 2020 (Stand: 14. November 2014)

Mittlg LReg 14.11.2014 Drs 15/5961 (19 S.)
PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6763
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.11.2014 Drs 15/6019
PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7044-7063

Arbeit, Export, Finanzen - Baden-Württemberg ist Meister aller Klassen

Aktuelle Debatte
s. *Baden-Württemberg*
PIPr 15/121 S. 7294

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 4 - Finanzplan 2020

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7004
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7504
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 09.08.2016 Drs 16/415

Finanzplan des Landes BW gemäß § 18 Abs 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2015 bis 2020 (Stand: November 2015)

Mittlg LReg 26.11.2015 Drs 15/7702 (20 S.)
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8575
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7773
PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8680-8699

Einleitung einer nachhaltigen Finanzpolitik, Ausrichtung auf die Einhaltung der Schuldenbremse 2020, Einführung einer für alle Ressorts verbindlichen Orientierungsplanung und eines Haushaltscontrollings

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 26-28

Kritik am finanzpolitischen Kurs der neuen LReg bzw am fehlenden Willen zum Schuldenabbau und zu Einsparungen, Verweisung auf die hinterlassenen Schulden und Deckungslücken

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 35-37 50 54 55 58 59 63 64 72 76 79

Offenlegung der Finanzlage des Landes mit dem Kassensturz, Verweisung auf die Deckungslücken der mittelfristigen Finanzplanung, Einführung eines ressortübergreifenden Haushaltscontrollings

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119-144

Vereinbarkeit der Stellenausweitung der neuen LReg mit einer nachhaltigen Finanzpolitik

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244-257

Ergebnisse des durchgeführten Kassensturzes, Einleitung einer nachhaltigen Finanzpolitik, Nutzung der Möglichkeit zur Nullverschuldung mithilfe der Steuermehreinnahmen 2011, Einforderung einer regelgebundenen Finanzpolitik

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-389 403-408

Ergebnisse des durchgeführten Kassensturzes, Einleitung einer nachhaltigen Finanzpolitik; Bewertung der Neuverschuldung 2011 als Verstoß gegen die LHO

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-445

Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 486 490 491 494

Beurteilung der Vereinbarkeit der vom Bund geplanten Steuerenkungen mit einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik, Anstrengung einer nachhaltigen Finanzpolitik

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 675 676 678-684 701-703 705-707

Anstrengung solider Finanzen mit dem Hpl 2012, Verweisung auf die Deckungslücken in der mittelfristigen Finanzplanung der Vorgängerregierung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039-1044 1080

Anstrengung solider Finanzen mit dem Hpl 2012, Einforderung einer nachhaltigen Finanzpolitik, Schließung der Deckungslücken durch Einsparungen, Vorlage des angekündigten Finanzplans 2020

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099-1139

Anstrengung solider Finanzen mit dem Hpl 2012, Einforderung einer nachhaltigen Finanzpolitik, Verweisung auf die Deckungslücken in der mittelfristigen Finanzplanung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1186 1190 1192 1196-1202 1210 1211 1213 1219 1220

Konsolidierung des Staatshaushalts bis 2020; Verzicht auf die Aufnahme neuer Schulden bei der Aufstellung des Haushalts 2012

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1463 1466 1467 1469 1470 1476 1479 1482-1484

Bewertung der geplanten Neuverschuldung, Vereinbarkeit mit der angekündigten nachhaltigen Finanzpolitik; Kritik aus den Reihen der SPD an der Zusammenlegung der Ministerien für Finanzen und Wirtschaft; Vorbereitung eines Finanzplans 2020

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1915 1916 1923-1928 1930-1933 1937-1942

Verweisung auf die Deckungslücken in der mittelfristigen Finanzplanung, u.a. zulasten der Bildungspolitik

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1975 1976 1978 1979 1986 1987 2003 2004 2043

Aufwertung des Schuldenverbots in der LHO, Vergleich der mittelfristigen Finanzplanungen der alten und neuen LReg, Umsetzung des Fiskalpakts

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2095-2123

Finanzrichter

Schreiben des JuM vom 01.02.2011 - Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht BW in Stuttgart; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Ltg (§ 23 Abs 2 FGO)

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19

Finanztransaktionssteuer

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Finanztransaktionssteuersystem

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/773

Auswirkungen der Finanztransaktionssteuer auf den Börsenplatz Stuttgart

Auswirkungen einer nationalen sowie einer internationalen Finanztransaktionssteuer auf den Börsenplatz, die Wirtschaft, Reallohne und Einnahmesituation des Landes; Zurückführung der Ursachen für die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise auf eine fehlende Finanztransaktionssteuer oder andere Ereignisse?

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 24.11.2011 und Antw MFW Drs 15/925

Zustimmung zum Fiskalpakt als Weg aus der Krise nutzen - für solide Finanzen, nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa

Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa, Flankierung durch Maßnahmen für ein nachhaltiges Wachstum, Beteiligung der Finanzmärkte an den Stützungsmaßnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer; Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Haushaltsautonomie der Länderparlamente bei der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts; Begrüßung der in den Verhandlungen mit dem Bund erreichten deutlichen Entlastung der Kommunen

Antr

s. Finanzpolitik

Drs 15/1968

Perspektiven und Hintergründe zur Börse Stuttgart

Vertretung der Interessen des Landes in der „Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.“; Entwicklung des Handelsvolumens und der Mitarbeiterzahl an der Stuttgarter Börse seit 2000 im bundesweiten Börsenvergleich; Umfang und Risiken des Handels mit Aktien, Fonds und Derivaten sowie des computergestützten Hochfrequenzhandels; Einschätzung der Auswirkungen der geplanten Finanztransaktionssteuer für die Stuttgarter Börse und Stuttgart Financial

Antr
s. *Börse*
Drs 15/2180

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinienentwurf Finanztransaktionssteuer*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/3211

*Position der LReg und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft
zur Transaktionssteuer*

Bewertung der Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch die LReg und den Minister für Finanzen und Wirtschaft, insbes ausschlaggebende Gründe für den Meinungswechsel des Finanzministers

MdlAnfr 2) Dr. Reinhard Löffler CDU 13.06.2013 Drs 15/3608
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4342-4344

*Befürwortung einer von der EU-Kommission vorgeschlagenen
Finanztransaktionssteuer*

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 491 494 495 497

*Befürwortung einer von der EU-Kommission vorgeschlagenen
Finanztransaktionssteuer*

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1081 1082

*Befürwortung einer von der EU-Kommission vorgeschlagenen
Finanztransaktionssteuer*

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1253

Einigung von Regierung und Opposition auf eine Finanztransaktionssteuer unter Einbeziehung aller Finanzinstrumente

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252 2256 2260-2262 2281 2282

Finanzverfassung

Auswirkungen der Föderalismusreform II auf BW

Einzahlungen des Landes BW in den Länderfinanzausgleich seit 2005, ab 2013 zu erwartende Beträge; weitere sich zu Ungunsten Baden-Württembergs auswirkende Ausgleichssysteme zwischen den Bundesländern; Höhe der Beiträge Baden-Württembergs in den letzten zehn Jahren; Nachzahlungen aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011; Zufriedenheit mit den Resultaten der Föderalismusreform II; zentrale Anliegen einer Föderalismusreform III

Antr
s. *Länderfinanzausgleich*
Drs 15/3681

Stärkung der Finanzautonomie der Bundesländer

Vorbereitung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern; Haltung der LReg zu verschiedenen Vorschlägen, insbes zu einer Stärkung der Finanzautonomie der Länder; Zuschlagsrechte zur Einkommensteuer für die Länder; zentrale Themen einer Neuordnung; Reform des Länderfinanzausgleichs; Nachfolgeregelung für den Solidarpakt; Evaluation der Ergebnisse der Föderalismuskommission; Vorschläge des im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion der Länder BW, Bayern und Hessen von Lars P. Feld, Hanno Kube und Jan Schnellenbach erstellten Gutachtens „Optionen für eine Reform des bundesdeut-

schen Finanzausgleichs“

Antr FDP/DVP 21.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4635

Finanzverwaltung

s.a. *Außenprüfung*
s.a. *Finanzbeamter*
s.a. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg*
s.a. *Steuerfahndung*

Personalsituation der Steuerverwaltung

Entwicklung der Personalausstattung, der Gesamtsteuereinnahmen, der Prüfungsintervalle nach Betriebsgrößen, der erzielten Mehrsteuern durch die Betriebsprüfung seit 2008 im Bundesvergleich; geplante Neueinstellungen in den einzelnen Laufbahngruppen 2011

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 09.06.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/88 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/747 S. 5 6
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Finanzamtsaußenstelle Crailsheim des Finanzamts Schwäbisch Hall

Beurteilung des baulichen Zustands der o.g. Außenstelle sowie der notwendigen räumlichen Veränderungen für den Fall einer Personalaufstockung; Etatisierung der Mittel zur Beseitigung der räumlichen und baulichen Mängel

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 17.06.2011 und Antw MFW Drs 15/132

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 26.08.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/447
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 6 7
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 19: Organisation und Arbeitsweise der Betriebsprüfungsstellen

Mittlg LReg 14.12.2011 Drs 15/1045
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1336
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
Mittlg LReg 28.04.2015 Drs 15/6809
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.05.2015 Drs 15/6910
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des RH - Sachstand des Projekts KONSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen

Mittlg LReg
s. *Software*
Drs 15/1047

Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz

Handhabung der mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz eingeführten elektronischen Übermittlung der Jahresabschlüsse an die Finanzverwaltung; Eintreten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Beseitigung der mit Schreiben von acht großen Wirtschaftsverbänden aufgeführten Kritikpunkte

Antr

s. Bilanz

Drs 15/1370

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr

s. Kraftfahrzeugsteuer

Drs 15/1521

Anwendung des Umwandlungssteuerrechts

Zahl und Gestaltung der vom Umwandlungssteuerrecht betroffenen Fälle; Gründe für die Nichtbesteuerung von Umstrukturierungsfällen, Höhe der dadurch entstehenden Steuerausfälle; Begründung der Praxis und des Anspruchs auf Erteilung von rechtsverbindlichen Auskünften, u.a. für die beiden Automobilhersteller; Prüfung eines Missbrauchs von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten nach der Abgabenordnung bei der Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes?

Antr

s. Steuerrecht

Drs 15/1832

Bedeutung des Umwandlungssteuergesetzes im Fall eines Automobilkonzerns

Zustandekommen der rechtsverbindlichen Auskunft für zwei Autobauer und beteiligte Stellen der Finanzverwaltung in BW, Niedersachsen und beim Bund unter Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes; Klärung weiterer Sachverhalte; Bewertung des Gesetzes bzw einer notwendigen Änderung im Hinblick auf Fusionen und Umstrukturierungsfälle; Begründung der festgesetzten Gebühren für die Auskunftserteilung

Antr

s. Steuerrecht

Drs 15/1835

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 18: Organisation und Arbeitsweise der Amtsbetriebsprüfung

Mittlg LReg 20.06.2012 Drs 15/1641

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2021

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Mittlg LReg 29.04.2014 Drs 15/5130

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5239

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 16.12.2005 zu Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW

Mittlg LReg 27.06.2012 Drs 15/1964

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2324

(dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD und Antr Tobias Wald CDU)

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Mittlg LReg 21.09.2015 Drs 15/7410

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7694

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 20 - Arbeitsweise der Veranlagungsstellen für natürliche Personen (Kap 1201)

Mittlg RH

s. Steuerveranlagung

Drs 15/1920

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 21 - Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung (Kap 1201)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1921

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2521

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3684

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4160

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Mittlg LReg 17.09.2014 Drs 15/5738

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6043

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Forderungsmanagement für die Justiz

Aufwand, Kosten und Wirtschaftlichkeit der Rückübertragung und Weiterbearbeitung der an den Dienstleister übergebenen Forderungen durch die Landesoberkasse; Art der Tätigkeit und Ressourceneinsatz bei der Landesoberkasse für die Betreuung des Dienstleisters; Berücksichtigung der besseren Zahlungsquote der durch den Dienstleister verwalteten Forderungen bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Prozesskostenhilfe?

Antr

s. Forderungen

Drs 15/2155

Forderungsmanagement für die Justiz II

Externe Kosten und interner Aufwand für die Mahnung, Vollstreckung und Bonitätsprüfung vor Niederschlagung; Art, Volumina und Aufwand der Langzeitbearbeitung von Forderungen durch die Landesoberkasse im Vergleich zur infoscore Forderungsmanagement GmbH; Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Langzeitbearbeitung, Höhe der eingesparten Vergütung von Fremddienstleistungen in der Buchhaltung durch den Einsatz der frei gewordenen Personalkapazitäten aus der Prozesskostenhilfe

Antr

s. Forderungen

Drs 15/2264

Telearbeit in der Steuerverwaltung

Erfahrungen in anderen Bundesländern (tabellarische Aufstellung); Chancen (z.B. Erhöhung der Vereinbarkeit von Beruf und privater familiärer Lebensführung) und Risiken (z.B. beim Datenschutz und der Wahrung des Steuergeheimnisses); Organisations- und Koordinationsaufwand beim Einrichten und Unterhalten von Telearbeitsplätzen; Kosten pro Telearbeitsplatz; Bedarf an Heimarbeitsplätzen nach einer Umfrage der Oberfinanzdirektion; Einrichtung auswärtiger Dienstsitze; weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Steuerverwaltung

Antr
s. *Telearbeit*
Drs 15/2738

Umgang von Aufsichtsrat und Betriebsprüfung mit Anhaltspunkten auf (Steuer-)Straftaten

Umgang des Aufsichtsrats der EnBW und der Finanzverwaltung mit den Geschäften der EnBW im Rahmen eines Anfangsverdachts wegen Untreue und Steuerhinterziehung

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2802

Gehen dem Land die Kämmerer und Bauamtsleiter aus?

Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für die Kommunal- und Landesverwaltung, insbes Ausweitung der Beamtenstellen und Verbesserung der Beamtenbesoldung, Steigerung der finanziellen Attraktivität von Ingenieurs- und Führungsstellen im öffentlichen Dienst sowie in Grenzregionen; Daten zu unbesetzten Stellen von Kämmerern und Bauamtsleitern; Schwierigkeiten der qualifizierten Nachwuchsgewinnung in bestimmten Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/3414

Befristete Arbeitsverhältnisse

Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beim Land zum Stichtag 1. April 2013; Verteilung auf die Bereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Justizvollzug, Steuer- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung und Sonstige; Gründe für die zeitliche Befristung; Dauer der Arbeitsverhältnisse; Zeitverträge mit jungen Berufstätigen; Anteil der in Dauerarbeitsverhältnisse überführten befristeten Arbeitsverhältnisse

KlAnfr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/3599

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3781

Steuererreinnahmen durch Betriebsprüfer

Zurückweisung von Verrechnungspreisen bei der Betriebsprüfung durch die Finanzdirektion; Zahl der eingelegten Rechtsmittel; Vorgaben der obersten Finanzverwaltung für Buchprüfer; Erzielung eines festgelegten Einnahmehudgets bei der Betriebsprüfung; verbindliche Verfahren zur Ermittlung der Verrechnungspreise

KlAnfr
s. *Außenprüfung*
Drs 15/3885

Karlsruhe

Verkauf des landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14

Verkauf des durch das Finanzamt Karlsruhe-Stadt genutzten landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14 in Karlsruhe für 24 Millionen Euro an die Landeskreditbank BW (L-Bank); Finanzierung der Neuunterbringung des Finanzamts durch den Kauf-

preis; unentgeltliche Nutzung des Gebäudes durch das Finanzamt bis zur Fertigstellung des Neubaus

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4110

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 17 - Umgang der Steuerverwaltung mit den elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen (Kap 1201)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5417
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5917
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 15.09.2015 Drs 15/7391
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7494
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 18 - Auswertung von gewerblichen ESt4B-Mitteilungen bei natürlichen Personen (Kap 1201)

Mittlg RH
s. *Steuerveranlagung*
Drs 15/5418

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 19 - Umgang der Steuerverwaltung mit Rentenbezugsmitteilungen (Kap 1201)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5419
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5919
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7065
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7215
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungssteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr
s. *Steueraufkommen*
Drs 15/6391

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 06.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6463
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6733 S. 5 6
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen
im Bereich der Besteuerung*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/6764

*Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs
15/7000); hier: Beitrag Nr. 14 - Umgang der Steuerverwaltung
mit den elektronischen Mitteilungen über Beiträge zur privaten
Kranken- und Pflegeversicherung (Kap 1201)*

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7014
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7514
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 01.06.2016 Drs 16/51
Mittlg LReg 13.07.2016 Drs 16/224
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/599
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

EDV-Probleme in der Steuerverwaltung

Sachstand zu Ausfallzeiten durch EDV-Probleme bei der Steuerverwaltung sowie Maßnahmen und Investitionen zur Minimierung dieser Probleme

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 04.08.2015 und Stellungnahme
MFW Drs 15/7272 (15 S.)

*Sanierung und Renovierung am Gebäude des Finanzamts Leon-
berg*

Sachstand zu anstehenden Sanierungs- und Renovierungsarbeiten am Gebäude des Finanzamts Leonberg, insbes Zeitplan, Einschränkungen durch den Denkmalschutz, Wirtschaftlichkeit eines Neubaus

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 17.11.2015 und Antw MFW Drs
15/7718

*Verbesserung der Steuereinnahmen durch personelle Stärkung
der Steuerverwaltung*

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 27

*Personalaufstockung in der Steuerverwaltung, Einstellung von
100 zusätzlichen Betriebsprüfern*

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244-251

Personelle Stärkung der Steuerverwaltung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375 376 380 383 389

Personelle Stärkung der Steuerverwaltung

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 680

Personelle Stärkung der Steuerverwaltung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Personelle Stärkung der Steuerverwaltung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1424 1441 1442 1450

Bewertung des Vorschlags zur Verlagerung der Landesfinanzbeamten auf den Bund; Problematik der Synchronisation der EDV-Systeme der Länderfinanzverwaltungen; Verweisung auf die Personalaufstockung in der Steuerverwaltung

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1924 1925 1930 1933 1940 1941

Finanzzuweisung

*Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene
Kommunen*

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Heizung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6671

Finnland

Klassenwiederholung in BW und Finnland

Regelung der Wiederholung von Klassen in BW (Primar- und Sekundarstufen) und der Entscheidung über die Nicht-Versetzung, insbes statistischer Vergleich der Wiederholerzahlen mit den anderen Bundesländern und Finnland, Abschaffung des Sitzenbleibens, Maßnahmen zur Vermeidung der Klassenwiederholung, Möglichkeit der „Versetzung auf Probe“

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/3196

*Finnlands Pisa-Erfolg - ein missverstandenes Vorbild grün-roter
Bildungsideologie*

Sachstand zur Bewertung von Finnlands Pisa-Erfolg aus dem Jahr 2000, insbes Bewertung der Studienergebnisse des britischen Bildungsforschers Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics, Auswirkungen seiner Erkenntnisse auf die Bildungspolitik in BW, Gegenmaßnahmen zum in ähnlicher Weise erwartbaren Absinken des Leistungsniveaus der Schüler im Land wie in Finnland

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7299

FIONA

Praktische Probleme im System FIONA

Behebung der Probleme bei der Anwendung des Online-Systems FIONA (Flächeninformation und Online-Antrag) zur Beantragung von flächenbezogenen landwirtschaftlichen Fördermitteln

MdlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/3456

Firma

s. *Unternehmen*

Firmenberatung

s. *Unternehmensberatung*

Firmenübernahme

s. *Unternehmensübernahme*

Firmenverlagerung

s. *Betriebsverlagerung*

Fisch*s.a. Fischerei**Durchlässigkeit der Alb und Pfalz für Wanderfische*

Verbesserung der Durchlässigkeit o.g. Flüsse, insbes für Lachse; Maßnahmen, Finanzierung, Zeitplan

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 29.09.2011 und Antw UM Drs 15/619

Bedeutung der Kleinen Wasserkraft in BW

Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der Durchgängigkeit von Fischbeständen, Aufwertung von Gewässerlebensräumen im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach der Ökokonto-Verordnung; Unterstützung der Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen im Zuge der weiteren Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Antr
s. Wasserkraft
Drs 15/660

Bestandsentwicklung des Kormorans sowie gefährdeter Fischarten in BW

Umsetzung und Wirkung der neuen Kormoranverordnung in der Praxis, insbes Darstellung des Verwaltungsvollzugs; Daten zur Entwicklung der Kormoranpopulation und der als gefährdet eingestuft Fischarten in BW, den anderen Bundesländern und der EU sowie daraus abgeleitete Handlungsnotwendigkeiten

Antr
s. Kormoran
Drs 15/3150

Gewässerschutz, Fischerei und Tourismus am Bodensee

Veränderung von Fischerei und Gewässerschutz am Bodensee, insbes Entwicklung der Fangträge der Berufsfischerei, Anzahl der Fischereibetriebe, Ursachen des Ertragsrückgangs, Anforderungen und Entwicklung der Wasserqualität, Ursachen von genetischen Veränderungen der Fische, Herausforderungen des Tourismussektors; Maßnahmen zur Unterstützung der Fischbestände, Fischerei und Gewässerqualität

Antr
s. Gewässerschutz
Drs 15/3737

Fischtreppen an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau

Bau und Planungen von Fischtreppen an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau, insbes Kosten und Nutzen, gleichzeitige Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr Willi Stächele CDU 14.04.2014 und Antw UM Drs 15/5085

Nationaler Strategieplan Aquakultur

Fertigstellung des Nationalen Strategieplans Aquakultur; Situation der Fischwirtschaft und -vermarktung in BW; Maßnahmen zur Steigerung der Fischproduktion, insbes Erleichterung der Genehmigung neuer Fischzuchtanlagen

Antr
s. Aquakultur
Drs 15/5219

Situation des Huchens in BW

Sachstand zu Bedeutung und Erhaltung der Huchenpopulation in BW, insbes Verbesserung des Lebensraums, Förderung von Nachzuchtungsprojekten

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 24.02.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6516

Ursache, Folgen und Maßnahmen zur Wiederbelebung der Gewässerökologie und des Fischbestands in der Jagst bei Kirchberg nach dem massenhaften Fischsterben aufgrund des verheerenden Mühlenbrands

Sachstand zu Ausmaß und Bewältigung des massenhaften Fischsterbens an der Jagst infolge des Mühlenbrands bei Kirchberg-Lobenhausen

KlAnfr
s. Jagst
Drs 15/7346

Gewässerökologische Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst

Sachstand zu gewässerökologischen Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst, insbes Wiederherstellung eines hochwertigen gewässerökologischen Zustands, Unterstützung örtlicher Fischereiverbände, Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Flusses

Antr
s. Gewässerschutz
Drs 15/7395

Aktuelle Situation der Berufsfischer am Bodensee

Fangzahlen im Jahr 2015; Phosphatkonzentration im Bodensee im Zeitraum 1990 bis 2014; Untergrenze der zur Erhaltung der Fischfauna des Bodensees notwendigen Phosphatkonzentration; Erforschung der Zucht von Felchen in Aquakulturen durch die Fischereiforschungsstelle; Prüfung der Anliegen der örtlichen Berufsfischer durch die Regierung

KlAnfr
s. Fischerei
Drs 15/7953

Maßnahmen zum Erhalt und Schutz der Fischbestände, Anstreben einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischarten

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 946-949

Fischer*s. Fischerei***Fischerei**

s.a. Fangbeschränkung
s.a. Fischereiverwaltung
s.a. Sportfischerei

Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für BW

Umsetzung von Regelungen der EU, Schaffung von Anordnungsbefugnissen der Fischereibehörde und Duldungspflichten der Fischereibeteiligten, Herabsetzung des Mindestalters zur Erlangung eines Jugendfischereischeins, Realisierung von redaktionellen Anpassungen, u.a. an das geänderte Bürgerliche Gesetzbuch und an die Grundbuchordnung

GesEntw LReg 09.11.2011 Drs 15/855
1. Beratung PIPr 15/20 07.12.2011 S. 946-949
BeschlEmpf und Bericht LandWA 07.03.2012 Drs 15/1388 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD)
2. Beratung PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1580-1585
GesBeschl 14.03.2012 Drs 15/1440
GBI 2012 Nr. 5 S. 146 147 (Ges vom 20.03.2012) (Ge-

setz zur Änderung des Fischereigesetzes für BW und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes)

Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2009

Fördermöglichkeiten bei der Sicherheitsüberprüfung von Dämmen für gemeinnützige Vereine, wie z.B. Angelsportvereine u.a. Gewässereigentümer; Herstellung der Förderfähigkeit durch Änderung der o.g. Richtlinien

KlAnfr
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 15/1437

Bestandsentwicklung des Kormorans sowie gefährdeter Fischarten in BW

Umsetzung und Wirkung der neuen Kormoranverordnung in der Praxis, insbes Darstellung des Verwaltungsvollzugs; Daten zur Entwicklung der Kormoranpopulation und der als gefährdet eingestuften Fischarten in BW, den anderen Bundesländern und der EU sowie daraus abgeleitete Handlungsnotwendigkeiten

Antr
s. *Kormoran*
Drs 15/3150

Gewässerschutz, Fischerei und Tourismus am Bodensee

Veränderung von Fischerei und Gewässerschutz am Bodensee, insbes Entwicklung der Fangerträge der Berufsfischerei, Anzahl der Fischereibetriebe, Ursachen des Ertragsrückgangs, Anforderungen und Entwicklung der Wasserqualität, Ursachen von genetischen Veränderungen der Fische, Herausforderungen des Tourismussektors; Maßnahmen zur Unterstützung der Fischbestände, Fischerei und Gewässerqualität

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/3737

Ökonomische Situation der Berufsfischer am Bodensee - Zukünftige Konzeptionen für einen effektiven Gewässerschutz im Einklang mit Fischerei und Tourismus

Bedeutung und ökonomische Situation der Berufsfischerei am Bodensee, insbes Entwicklung der Fischereibetriebe, Fangrechte und Fangerträge; Auswirkungen der Reduktion der Phosphorgehälte; Forschungsmaßnahmen zu Fischzuchtbedingungen; regionale und touristische Vermarktung der Bodenseefelchen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 11.12.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4468
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.02.2014 Drs 15/5052 S. 52 53
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Zukunft der Bodenseefischerei

Zukunftsperspektiven für die Fischereibetriebe am Bodensee; Ausgleichsmaßnahmen aufgrund sinkender Fischerträge

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 08.04.2014 und Antw MLR Drs 15/5046
Ergänzende Antw MLR 26.06.2014 Drs 15/5367

Fischtreppe an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau

Bau und Planungen von Fischtreppe an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau, insbes Kosten und Nutzen, gleichzeitige Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Fisch*
Drs 15/5085

Fischartenschutz an der Jagst

Fraßdruck der Kormorane auf die Fischbestände an der Jagst; Sachstand des Antrags der Fischhegegemeinschaft Jagst auf eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zur Kormoranvergrämung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 30.04.2014 und Antw MLR Drs 15/5133

Verpachtung landeseigener Fischgewässer

Sachstand zu den vom Land bzw durch den Landesbetrieb ForstBW verpachteten landeseigenen Fischgewässer, insbes Pachteinahmen, Grundvoraussetzungen für Pächter

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 15.09.2015 und Antw MLR Drs 15/7371 (23 S.)

Gewässerökologische Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst

Sachstand zu gewässerökologischen Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst, insbes Wiederherstellung eines hochwertigen gewässerökologischen Zustands, Unterstützung örtlicher Fischereiverbände, Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Flusses

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/7395

Aktuelle Situation der Berufsfischer am Bodensee

Fangzahlen im Jahr 2015; Phosphatkonzentration im Bodensee im Zeitraum 1990 bis 2014; Untergrenze der zur Erhaltung der Fischfauna des Bodensees notwendigen Phosphatkonzentration; Erforschung der Zucht von Felchen in Aquakulturen durch die Fischereiforschungsstelle; Prüfung der Anliegen der örtlichen Berufsfischer durch die Regierung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 18.01.2016 und Antw MLR Drs 15/7953

Abwägung zwischen der Wasserkraftnutzung und den Interessen der Fischerei, Einhaltung der Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 183

Fischereibehörde

s. *Fischereiverwaltung*

Fischereigesetz

s. *Fischerei*

Fischereiquote

s. *Fangbeschränkung*

Fischereischein

s. *Fischerei*

Fischereiverwaltung

Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für BW

Umsetzung von Regelungen der EU, Schaffung von Anordnungsbefugnissen der Fischereibehörde und Duldungspflichten der Fischereibeteiligten, Herabsetzung des Mindestalters zur Erlangung eines Jugendfischereischeins, Realisierung von redak-

tionellen Anpassungen, u.a. an das geänderte Bürgerliche Gesetzbuch und an die Grundbuchordnung

GesEntw
s. *Fischerei*
Drs 15/855

Umstrukturierung der Fischereibehörden

Verlagerung der Obersten Fischereibehörde des Landes in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung 5 (Waldwirtschaft, Landesbetrieb Forst BW) innerhalb des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Gründe für diese Umstrukturierung; personelle Veränderungen; Folgen für die zum Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg gehörende Fischereiforschungsstelle Langenargen; Anpassung der Zuständigkeiten für das Fischereiwesen in den Regierungspräsidien

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 14.01.2015 und
Stellungnahme MLR Drs 15/6341

Wahrheitsgehalt der Stellungnahme des Ministers für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 5. Februar 2015 zur Umstrukturierung der Fischereiverwaltung

Rückfragen zur Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in der Landtagsdrucksache 15/6341 zur Umstrukturierung der Fischereiverwaltung, insbes Hintergründe zur Veränderung der Zuständigkeiten für die Fischerei innerhalb der Abteilungsstruktur des Ministeriums

Antr FDP/DVP 19.02.2015 und Stellungnahme MLR Drs
15/6498

Fischfang

s. *Fischerei*

Fischfangquote

s. *Fangbeschränkung*

Fischfangverbot

s. *Fangbeschränkung*

Fischwirtschaft

Nationaler Strategieplan Aquakultur

Fertigstellung des Nationalen Strategieplans Aquakultur; Situation der Fischwirtschaft und -vermarktung in BW; Maßnahmen zur Steigerung der Fischproduktion, insbes Erleichterung der Genehmigung neuer Fischzuchtanlagen

Antr
s. *Aquakultur*
Drs 15/5219

Fischzucht

s. *Aquakultur*

FISCUS

s. *Software*

Fiskalpolitik

s. *Finanzpolitik*

Flächeninformation und Online-Antrag

s. *FIONA*

Flächenmanagement

s. *Flächennutzung*

Flächennutzung

s.a. *Bauland*

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien; Umressortierung des Flächenmanagements aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in den des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur
Gründe für die o.g. Umressortierung, Umfang und Zeitpunkt einer Übertragung der Ressourcen, Darstellung der Aufgabenabgrenzung zwischen den von der Thematik berührten Ressorts; Berücksichtigung der besonderen umweltpolitischen Anforderungen des Flächenmanagements; Festhalten am Strategieprogramm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, insbes am Ziel des Nullflächenverbrauchs

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 06.07.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/210
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/907 S. 26 27
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Aufwand für die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials (MELAP Plus)

Angestrebte Ziele einer wissenschaftlichen Begleitung des Programms; Möglichkeiten zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands

KIAnfr Leopold Grimm FDP/DVP 20.06.2012 und Antw
MLR Drs 15/1885

Aktivitäten der LReg zur Eindämmung des Flächenverbrauchs

Entwicklung des Flächenverbrauchs seit 2007 und Einschätzung der künftigen Entwicklung; Darstellung der Aktivitäten seit der Umressortierung des Flächenmanagements in das MVI, Wahrnehmung der Koordinierungsfunktion innerhalb der LReg, verfügbare Personal- und Sachmittel für Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 25.06.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1948
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.04.2013 Drs 15/3712 S. 19 20
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Waldtausch und Größe für einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Aufklärung über Verhandlungen der dem Land unterstellten Behörden oder Landesbetriebe wie Forst BW mit dem Ziel, an den geplanten Nationalpark angrenzende private oder kommunale Waldflächen zu tauschen; Begründung von Tauschverhandlungen vor der Entscheidung über den Nationalpark; angestrebte Flächenausdehnung des Nationalparks; Anmahnung konkreter Kostenaussagen; Durchführung einer regionalen repräsentativen Umfrage

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2127

Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Flächenmanagement in BW

Bisherige Ergebnisse des Förderprogramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“; Vorteile der im Koalitionsvertrag angekündigten Bündelung der Genehmigungszuständigkeit für Flächennutzungspläne; künftiger Bedarf an Siedlungs- und Gewerbeflächen; Bestand an unbebauten erschlossenen Gewerbeflächen; Ausweisung von Gewerbegebieten, interkommunalen Gewerbeflächen und Gewerbeflächenpools; Baugebote zur Schließung von Baulücken; Herausnahme von Flächen aus Flächennutzungsplänen; Anwendung der Eingriffsregelung nach dem Baugesetzbuch

Antr Alexander Schoch u.a. GRÜNE 20.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2375 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.02.2013 Drs 15/3245 S. 86-88

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Natur- und landwirtschaftsdienender Ausgleich

Umfang der seit 2007 der Landwirtschaftsnutzung entzogenen Flächen; Anteil der zur Kompensation von Flächenversiegelungen entzogenen landwirtschaftlichen Nutzflächen; Ausgleichsmaßnahmen ohne die Landwirtschaftsflächen zu verringern; Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen

Antr

s. *Landwirtschaftsfläche*

Drs 15/3652

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse; Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr Klaus Burger u.a. CDU 25.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4086

BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 97 98

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Ökopunkte-Handel in BW

Entwicklung und Folgen des Ökopunkte-Handels mittels Ökokonten zur Vorratsbildung von ökologischen Ausgleichsflächen in BW

Antr

s. *Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung*

Drs 15/4475

Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen

Stellungnahmen der Kommunalen Landesverbände und Regionalverbände zur Fortschreibung der Hinweise für die Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise; Durchführung einer Verbandsanhörung vor der Fortschreibung der Hinweise; Vorwurf des Eingriffs in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung; Berücksichtigung örtlicher/regionaler Besonderheiten im Genehmigungsverfahren; Nutzung aktueller Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung des Flächen-

bedarfs der Kommunen; Überarbeitung der bisherigen Berechnungsformel; Vorwurf einer Absenkung des Wachstumsfaktors als Mittel zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Antr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/4521

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorndorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4804

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KIAnfr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4877

Pflege von Ausgleichsflächen aus bäuerlicher Hand

Umfang der landwirtschaftlichen Nutzung von Ausgleichsflächen; extensive landwirtschaftliche Nutzung als Kompensation; Ausgleich durch Streuobstwiesen in den vergangenen zehn Jahren; Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächennutzung bei der Planung von Ausgleichsflächen; finanzielle Förderung der Pflege von Naturausgleichsmaßnahmen; Stand des im Koalitionsvertrag angekündigten Streuobstkonzepts

Antr

s. *Landschaftspflege*

Drs 15/5035

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biber-schutzes gegenüber anderen Interessen

Antr

s. *Biber*

Drs 15/5017

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw. Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/5090

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/5453

Wie plausibel ist die „Plausibilitätsprüfung von Bauflächenbedarfsnachweisen nach §§ 6 und 10 Absatz 2 BauGB“ und welche Rolle soll künftig § 65 WG spielen?

Sachstand zu Auswirkungen des Erlasses vom 23. Mai 2013 zur „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ im Hinblick auf das kommunale Planungsrecht und die kommunale Selbstverwaltung; Bedeutung des Bauverbots nach § 65 Wassergesetz für BW im Zusammenhang von anerkannten Flächenreserven und dem Wegfall solcher Reserven

Antr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/7157

Projektende MELAP PLUS und ELR-Schwerpunktgemeinden - Wie geht es weiter?

Sachstand zu Erkenntnissen aus den Modellprojekten MELAP und MELAP PLUS iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum nach zwei Förderperioden, insbes zukünftigen Projekte gegen den Flächenverbrauch in Kommunen und Förderung der Innenentwicklung

Antr

s. *Ländlicher Raum*

Drs 15/7910

Schutzzone für das Black Forest Observatory (BFO)

Ausweitung der Schutzzone um das Geowissenschaftliche Gemeinschaftsobservatorium in Schiltach; Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb der Schutzzone

KlAnfr

s. *Geowissenschaftliches Gemeinschaftsobservatorium (Schiltach)*

Drs 15/8099

Umfang des Flächenverbrauchs für den Bau von 1.200 Windrädern, Erinnerung an das Ziel der Netto-Null beim Flächenverbrauch

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 617 623 624 628 644

Umfang des täglichen Landschaftsverbrauchs für Siedlungsflächen und Verkehrswegebau; Zuständigkeit des MLR für das Flächenmanagement

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1313 1331 1345 1368

Umressortierung des Flächenmanagements aus dem Geschäftsbereich des UM in das MVI

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2161 2162

Flächennutzungsplan

s. *Bauleitplanung*

Flächenstilllegung

Natur- und landwirtschaftsdienender Ausgleich

Umfang der seit 2007 der Landwirtschaftsnutzung entzogenen Flächen; Anteil der zur Kompensation von Flächenversiegelungen entzogenen landwirtschaftlichen Nutzflächen; Ausgleichsmaßnahmen ohne die Landwirtschaftsflächen zu verringern; Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen

Antr

s. *Landwirtschaftsfläche*

Drs 15/3652

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse; Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr

s. *Flächennutzung*

Drs 15/4086

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biber-schutzes gegenüber anderen Interessen

Antr

s. *Biber*

Drs 15/5017

Flächenverbrauch

s. *Flächennutzung*

Flagge

s.a. *Staatsymbol*

Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden

Regelung der Beflaggung durch Verwaltungsvorschriften des Landes und des Bundes; Entscheidungsgrundsätze und Zuständigkeit für die Beflaggungsanordnung; Bekanntmachung der Beflaggung; Flaggen von kirchlichen oder karitativen Organisationen oder von Parteien auf öffentlichen Gebäuden; Frage des Rechtsanspruchs und der Genehmigung; Rechtsmittel gegen eine Beflaggung

KlAnfr

s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*

Drs 15/3877

Gesetz zur Reform des Wappenrechts

Erweiterung des Katalogs der wappenführenden Stellen; Ausdehnung der genehmigungsfreien Verwendung des Landeswappens; Befreiung von der Genehmigungspflicht der Wappenverwendung für öffentliche Schulen und staatliche Hochschulen in bestimmten Konstellationen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Einschreiten in Fällen von grundlegender Bedeutung oder gravierendem Missbrauch der Hoheitszeichen; Zuständigkeitsverlagerung für die Genehmigung zum Zeigen der Landesdienstflagge bei nicht wappenführenden Stellen auf das Innenministerium; Zuständigkeitsübertragung für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf das Regierungspräsidium Karlsruhe

GesEntw

s. *Landeshoheitszeichengesetz*

Drs 15/7196

Fledermaus

Zukunft des Tourismusmagneten Sauschwänzlebahn

Ziel der Überwachung der Mopsfledermäuse in den Tunnel der Museumsbahn Sauschwänzlebahn und mögliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit des Betriebs der Museumsbahn mit den Bedürfnissen der Mopsfledermäuse

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 26.02.2014 und Antw MLR Drs 15/4864

Flein

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr

s. *Grundschule*

Drs 15/2277

Fleisch

Eiweißpflanzen in BW

Umfang des eigenen Anbaus von Eiweißpflanzen und des Imports von Sojaschrot für die Fleischproduktion; Anstreben eines höheren Selbstversorgungsgrads mit gentechnikfreiem Soja, Unterstützung des Konzepts der „Donau-Bohne“

Antr

s. *Sojabohne*

Drs 15/190

Schlachtbetriebe in BW im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Regionalität

Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der Schlachtbetriebe, der Zahl von Schlachtungen von Schweinen, Rindern, Schafen und Ziegen sowie der Gebühren für Veterinäruntersuchungen seit 2005; Strukturierung der Betriebe nach ihrer Rechtsform und Trägerschaft; Verarbeitungsanteile von Nischenprodukten oder Biofleisch; Maßnahmen zur Stärkung der Betriebe

Antr

s. *Schlachtbetrieb*

Drs 15/1237

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr

s. *Weidewirtschaft*

Drs 15/2927

Maßnahmen des Landes im „Pferdefleisch-Skandal“

Verarbeitung von Pferdefleisch als Lebensmittel in BW; Auswirkungen des „Pferdefleisch-Skandals“ auf Produzenten und Lebensmittelhändler; Erkenntnisse über gesundheitsschädigende Verbrauchertäuschung; Auskunft über die seit 2011 von der Lebensmittelüberwachung entdeckten Fälle falsch deklarierten Fleisches; Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Dokumentation der Lieferwege; Maßnahmen zur zeitnahen Information des Verbrauchers

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 20.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3092

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 4 5

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Pferdefleisch in Fleischerzeugnissen

Information der Verbraucher in BW bei der Aufklärung des Pferdefleisch-Skandals; Fälle nicht deklarierten Pferdefleisches in Rindfleischprodukten und deren Entfernung aus dem Handel; Arzneimittelbelastung; Transparenz bei den Verarbeitungsstufen der Produkte; Erhöhung der Eigenkontrolle der Hersteller; Stärkung der Lebensmittelkontrolle und Maßnahmen zur Verhütung von Verbrauchertäuschung

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE 22.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3115

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 4 5

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Zeitpunkt der Veranlassung von Kontrollen und Maßnahmen gegen nicht deklariertes Pferdefleisch durch die LReg

Aufklärung über den Zeitpunkt der Benachrichtigung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); Gründe für die Verzögerungen bei den eingeleiteten Lebensmittelkontrollen und dem Sicherstellen der Pferdefleisch enthaltenden Ware; Zeitspanne bis zur Unterrichtung der Öffentlichkeit

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 26.02.2013 und
Stellungnahme MLR Drs 15/3122

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191
S. 4 5

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Lieferketten und Kennzeichnung von Lebensmitteln im Zuge des aktuellen Pferdefleischskandals

Anforderung von Lieferlisten bei der EU zur Aufklärung von Lieferketten; Brauchbarkeit der infolge des BSE-Skandals eingeführten Kennzeichnung frischen Rindfleisches; Ausdehnung der Kennzeichnung auf andere Fleischsorten; Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten und Transparenz der Vertriebswege

Antr

s. *Lebensmittelkennzeichnung*

Drs 15/3143

„Veggie Day“ in BW?

Bevormundung des Verbrauchers durch die Einführung eines wöchentlichen „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen; an der Einführung beteiligte Ressorts; Zweck eines fleischlosen Tags; Erreichung desselben Zwecks auf anderen Wegen als dem verpflichtenden Angebot fleischloser Gerichte; Entschädigung der Pächter bei Umsatzeinbußen; Umfragen zur Akzeptanz eines „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen

Antr

s. *Verpflegung*

Drs 15/3929

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz verpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerechts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr

s. *Fleischerei*

Drs 15/5506

Kennzeichnung von Fleisch von Schweinen, die mit gentechnisch verändertem Soja gefüttert wurden

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1712 1713

Fleischerei

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den

Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr

s. *Fachklasse*

Drs 15/3853

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz verpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerechts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr Paul Locherer u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme
MFW Drs 15/5506

BeschlEmpf und Bericht LandWA 04.03.2015 Drs 15/6733
S. 26-28

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Mittlg LReg 06.11.2015 Drs 15/7656

Fleischerzeugnis

s. *Fleisch*

Fleischhygiene

Fleischbeschaugebühren in BW

Höhe der Gebühren für Schlachtier- und Fleischuntersuchungen nach Stadt- und LKreisen; Gesamtgebühren für einzelne Tierarten (Schwein, Rind, Kalb, Ziege/Schaf); Zusammensetzung und Berechnung der Gebühren (Personalkosten für Beschau und Untersuchung, Verwaltungskosten, Größe des Schlachtbetriebs, Stundensätze etc.); Lösungen zur Reduzierung der vorhandenen Preisunterschiede; rechtliche Voraussetzungen für die Übertragung der Fleischbeschau; mögliche Auswirkungen einer Zulassung nichtstaatlicher Kontrollstellen

Antr Martin Hahn u.a. GRÜNE und Alfred Winkler u.a. SPD
19.12.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2826 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.02.2013 Drs 15/3398
S. 85 86

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Mittlg LReg 24.10.2013 Drs 15/4231

Schweinehaltung in BW

Situation und Zukunftsaussichten der Schweinehaltung und der Schweinehaltungsbetriebe in BW insbes Selbstversorgungsgrad an Schweinefleisch, Fleischkontrolle, Beratungsstruktur für die Betriebe

Antr

s. *Schwein*

Drs 15/5484

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz vor-

verpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerichts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr
s. *Fleischerei*
Drs 15/5506

Fleischprodukt

Pferdefleisch in Fleischerzeugnissen

Information der Verbraucher in BW bei der Aufklärung des Pferdefleisch-Skandals; Fälle nicht deklarierten Pferdefleisches in Rindfleischprodukten und deren Entfernung aus dem Handel; Arzneimittelbelastung; Transparenz bei den Verarbeitungsstufen der Produkte; Erhöhung der Eigenkontrolle der Hersteller; Stärkung der Lebensmittelkontrolle und Maßnahmen zur Verhütung von Verbrauchertäuschung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3115

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz von verpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerichts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr
s. *Fleischerei*
Drs 15/5506

Fleischwaren

s. *Fleisch*

Fliegende Bauten

Bestandsschutz bei der Regulierung von älteren „Fliegenden Bauten“ von Schaustellern

Sachstand zur Sicherheitsüberprüfung von älteren „Fliegenden Bauten“ von Schaustellern im Übergang zur neuen Prüfnorm DIN EN 13814, insbes Prüf- und Genehmigungsverfahrenunterschiede zu festinstallierten Fahrgeschäften, Schaffung eines Bestandsschutzes für Anlagen aus der Zeit vor Entstehung dieser Norm bei Gewährleistung des Sicherheitsniveaus

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 14.04.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6718
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.05.2015 Drs 15/7081 (dazu Antr Dr. Reinhard Löffler CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 50-52
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
Mittlg LReg 30.09.2015 Drs 15/7456
Mittlg LReg 24.11.2015 Drs 15/7749

Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie

s. *FFH-Richtlinie*

FlüAG

s. *Flüchtlingsaufnahmegesetz*

Flüchtling

s.a. *Asylbewerber*
s.a. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
s.a. *Migrant*
s.a. *Vertriebenenbeauftragter*

Rolle der Spätaussiedler, Umsiedler und Vertriebenen in BW

Entwicklung des Zuzugs und der Bedeutung o.g. Personengruppen seit 2001, Beurteilung der Integrationssituation und der Traditionspflege durch das neue Integrationsministerium, Bedeutung des Hauses der Heimat, Benennung eines Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr
s. *Aussiedler*
Drs 15/283

Neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Zahl der seit 01.09.2010 nach Serbien und in den Kosovo zurückgeführten Angehörigen ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter differenziert nach Familien mit Kindern, Alten, Kranken, Einzelpersonen und Straffälligen; Gewichtung der Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des Auswärtigen Amtes über die Situation in den Herkunftsländern bei der Einzelfallprüfung vor der Rückführung? Eintreten in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat für eine neue Bleiberechtsregelung ausgerichtet an humanitären Kriterien

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/359

Die Arbeit der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in BW

Anzahl der Mitarbeiter in psychosozialen Zentren, die sich um Flüchtlinge und Folteropfer kümmern; Entwicklung der Zahl der Klienten bzw Patienten; Herkunftsländer, Art der Belastungen; Beurteilung und Finanzierung o.g. Arbeit

Antr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/617

Haushalt 2012; Epl 15

Veranschlagung von Zuschüssen an den Flüchtlingsrat BW und an die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer

Haushalt
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/1115

Ernennung eines Landesbeauftragten für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen

Rolle der Spätaussiedler, Flüchtlinge und Vertriebenen beim Wiederaufbau und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nach dem Krieg; Stellenwert der Vertriebenenverbände im kulturellen Bereich und bei der Aufarbeitung der eu-

ropäischen Geschichte und Aussöhnung unter den Völkern; Einsetzung eines Beauftragten für die Belange der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr
s. *Vertriebenenbeauftragter*
Drs 15/1177

Hilfen des Landes für Städte und Gemeinden bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Bisherige und künftige Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/1559

Integration fördern, Situation der irakischen Einwanderer in Pforzheim verbessern

Ausmaß der o.g. Zuwanderung nach BW und Pforzheim seit 2002, Anteil von Familiennachzug und Kindern, Volks- und Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge und daraus folgende Probleme; Unterstützung der Stadt Pforzheim, insbes bei einer angemessenen Quartiersdurchmischung der Wohnbevölkerung sowie einer integrationsfördernden Beschulung der oft besonders förderbedürftigen irakischen Kinder an den innerstädtischen Schulen, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/1574

Schutz minderjähriger Asylbewerber

Zahl von illegal eingereisten Jugendlichen und Kindern seit 2000, die ohne Eltern Asyl beantragt haben; Umsetzung der Schulpflicht und Betreuung dieser Personen, Unterbringung und Höchstverweildauer in Sammelunterkünften

Antr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/1660

Praktische Relevanz bestehender Bleiberechtsregelungen in BW

Darlegung der o.g. Fallzahlen, der erteilten und verlängerten Aufenthaltserlaubnisse nach dem Aufenthaltsgesetz; Anteil von minderjährigen Kindern sowie der zur Ausreise verpflichteten Personen, bei denen die Ausreisepflicht derzeit nicht vollzogen werden kann; Auswirkungen von Vorschlägen verschiedener BLänder zur Ausgestaltung einer Bleiberechtsregelung im Aufenthaltsgesetz

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/1705

Änderungsdruck beim Sachleistungsprinzip für Asylbewerber

Erfahrungen mit der Anwendung des Sachleistungsprinzips, vorgebrachte Komplikationen vonseiten der Flüchtlinge und Leistungserbringer; Darlegung des Änderungsbedarfs aus den bisherigen Erfahrungen und aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012

Antr
s. *Sachleistung*
Drs 15/2116

Feststellung der Staatsangehörigkeit kosovarischer Flüchtlinge

Fälle von o.g. Auskunftsersuchen deutscher an serbische Stellen mit dem Ergebnis einer Bestätigung der serbischen Staatsangehörigkeit von kosovarischen Flüchtlingen, weil Serbien Teile

der Republik Kosovo als serbisches Territorium betrachtet; Frage nach Handlungsanweisungen für die Ausländer- und Polizeibehörden in BW

KlAnfr
s. *Staatsangehörigkeit*
Drs 15/2158

Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 18.07.2012 auf BW - Lebensunterhalt, Leistungsgewährung und Unterbringung für Flüchtlinge

Auswirkungen des o.g. Urteils zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zahl der Leistungsberechtigten und Höhe der zusätzlichen Kosten und nachträglichen Leistungen, Art und Zeitrahmen der rechtlichen Neuregelungen und nachträglichen Leistungsgewährung, Frage nach einer Neubewertung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

KlAnfr Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE 25.07.2012 und
Antw IntM Drs 15/2159

Zustände in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) in Karlsruhe

Beurteilung der o.g. Situation, insbes der Versorgung mit sanitären Anlagen, Heizung, Möglichkeiten zur Wäschetrocknung und Versorgung der Schulkinder mit Schulmaterialien; Maßnahmen zur Behebung der Mängel und zur Bereitstellung adäquater Unterkünfte für den weiter anwachsenden Flüchtlingszustrom in den Kommunen; Berücksichtigung des Umfelds der neu einzurichtenden Unterkünfte

KlAnfr
s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/2408

Rückführung von Minderheitsangehörigen in den Kosovo

Erkenntnisse aus der Reise des Petitionsausschusses und zur Rechtfertigung einer weiteren Aussetzung der Ausreisepflicht für Angehörige ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter in die Republik Kosovo; Zahl der anhängigen bisher nicht vollzogenen Rückführungsfälle, Frage nach den Kosten und dem Zeitpunkt einer Wiederaufnahme der Rückführungen

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 15/2470

Selbständigkeit von Flüchtlingen stärken - Teilhabe durch Umstellung auf Geldleistungen fördern

Auszahlungsform (Sachleistung, Gutschein, Bargeld) der im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG) vorgeschriebenen Leistungen der Stadt- und LKreise an die von ihnen untergebrachten Flüchtlinge; Aufstellung der Kreise nach Auszahlungsform; Durchführung der Leistungsauszahlung, Handhabung der Erhöhung der Leistungssätze, Zeitpunkt der Umstellung auf Bargeldzahlung; Fälle von Leistungskürzungen und ihre Anlässe

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE 20.02.2013 und
Stellungnahme IntM Drs 15/3084
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 24.04.2013 Drs 15/3712 S. 46
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Hilfen des Landes für die Stadt Pforzheim bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden; Anfragen und Anträge der Stadt Pforzheim zur Förderung von Integrationsmaßnahmen seit 2012; Bewilligung zusätzlicher Fördermittel; Einschätzung der gewalttätigen, einen Polizeieinsatz erfordernden Auseinandersetzungen unter irakischen Jesiden in der Pforzheimer Innenstadt; Ausweitung schulischer Integrationsmodelle auf irakische Schüler

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3319

Qualitative Verbesserung der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung

Situation von Flüchtlingen bei der vorläufigen und endgültigen Unterbringung, insbes Daten aus Stadt- und LKreisen; Qualität der Standards bei Sozialbetreuung und Beratung; geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Integration

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE 10.04.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3335
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 12.06.2013 Drs 15/4191 S. 52
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Überplanmäßige Ausgabe bei der Landesaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe (Epl 15 Kap 1503 Tit 75) im Hj 2013

Mittlg LReg
s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/3762

Regierungsbefragung

Flüchtlingsaufnahmegesetz

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4830-4834

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im LKreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4320

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlaflflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern;

kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 15.11.2013 und Antw IntM Drs 15/4339

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaflfläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw LReg 19.11.2013 Drs 15/4352 (46 S.)
1. Beratung PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099-5105
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 11.12.2013 Drs 15/4453 (dazu EAntr GRÜNE und SPD Nr. 1, ÄAntr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE und Rosa Grünstein u.a. SPD Nr. 2 und ÄAntr Dr. Bernhard Lasotta CDU Nr. 3) (15 S.)
ÄAntr CDU 17.12.2013 Drs 15/4516 1-2 S. 1-3
ÄAntr FDP/DVP 18.12.2013 Drs 15/4516-3 S. 4
2. Beratung PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5252-5259
GesBeschl 19.12.2013 Drs 15/4534
GBI 2013 Nr. 18 S. 493-498 (Ges vom 19.12.2013)
Mittlg LReg 11.06.2014 Drs 15/5336
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 16.07.2014 Drs 15/5488
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
Mittlg LReg 15.04.2016 Drs 15/8113

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Rechtsgrundlagen der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in BW, insbes Ausgabenverantwortlichkeit, Verwaltungsaufwand und Entscheidungskriterien über eine medizinische Behandlung von Flüchtlingen; Alternative Möglichkeiten zur Gesundheitsversorgung Asylsuchender unter Einbeziehung des Bremer Modells

Antr Florian Wahl u.a. SPD 15.01.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/4595
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 19.02.2014 Drs 15/5052 S. 66-69
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4638

Bezuschussung der psychosozialen Zentren in BW

Förderung der fünf psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in BW, insbes Fördersumme und Finanzierungsanteil des Landes und der EU

KlAnfr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/4868

Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer

Verordnung und Inanspruchnahme von Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer, insbes Rechtsgrundlagen, Kostenträgerschaft und Kostenerstattung

KlAnfr
s. *Dolmetscher*
Drs 15/4885

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4921

Aufnahme syrischer Kontingentflüchtlinge

Sachstand bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Syrien in BW, insbes Aufnahmeprozedere und Aufnahmesituation, Lebensverhältnisse und Unterbringung, Hilfe- und Unterstützungsangebote

Antr
s. *Syrien*
Drs 15/5079

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreiss Esslingen im Jahr 2014

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreiss Esslingen, insbes Unterbringung, Einreisen über sichere Drittländer, wiederholte Einreisen; Abschiebezahlen; Wartezeit für Anhörungen und erstinstanzliche Entscheidungen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5460

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr

s. Sprachunterricht

Drs 15/5495

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5513

Flüchtlingerstaufnahme im Land sicherstellen

Situation und Zukunft der Flüchtlingerstaufnahme in BW, insbes Auslastung und Verweildauer in der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe, Unterschreitung der Wohn-, Schlafflächen- und Hygienestandards, Nutzung der Ausnahmeregelung im Flüchtlingsaufnahmegesetz, künftiger Bedarf an Unterbringungsplätzen, Einrichtung einer zweiten Erstaufnahmeeinrichtung

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 17.07.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5515
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 08.10.2014 Drs 15/6123 (dazu ÄAntr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU) S. 40 41
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in BW

Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in BW, insbes Einschätzung der Zuzugsentwicklung, Herkunftsstaaten, Wohn- und Lebensbedingungen, Betreuungssituation in den Kommunen, Gefahr der Straffälligkeit, Organisation der Aufnahme

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 05.09.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5693
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 05.11.2014 Drs 15/6338 S. 118 119
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*

Drs 15/5796

Fachkräftepotenzial von Flüchtlingen nutzen

Nutzung des Fachkräftepotenzials von Flüchtlingen, insbes Ermittlung der beruflichen Qualifikation, Einsatz von Förderinstrumenten zur Qualifizierung für den Arbeitsmarkt, Erreichung eines ausreichenden Kenntnisstand der deutschen Sprache

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 13.10.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5862

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.01.2015 Drs 15/6921 S. 74 75

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Flüchtlingsaufnahme in BW

Sachstand bei der Flüchtlingsaufnahme in BW, insbes Aufnahmezahlen der Landeserstaufnahmestelle, Kapazitäten und Auslastung der Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern, Schaffung vorübergehender Aufnahmemöglichkeiten, Erweiterung der Liste sicherer Herkunftstaaten, Asylbewerber aus Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina), durchgeführte Rückführungen, Richterstellen zur Bearbeitung von Asylverfahren; monatliche Berichterstattung an den Landtag

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 13.10.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5867 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.01.2015 Drs 15/6921 S. 77-79

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Sicherstellung der Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land

Sicherstellung einer zeitnahen und vollständigen Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land BW, insbes Infektionskrankheiten in den Herkunftsländern, Gesundheitsvorschriften für die Landeserstaufnahmestelle, Umfang der Untersuchungen, Mittel- und Personaleinsatz

Antr

s. *Medizinische Untersuchung*

Drs 15/5980

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur psychologischen Betreuung in BW von Flüchtlingen und Folteropfern aus den Krisengebieten, insbes Anteil der behandlungsbedürftigen Flüchtlinge und der tatsächlich durchgeführten Behandlungen, Sicherstellung der Betreuung in Flüchtlingsunterkünften, Verfahrensabläufe für fachärztliche oder psychologische Versorgung, Schulung und Unterstützung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 03.11.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/6028

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.01.2015 Drs 15/6921 S. 81 82

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Durchsetzung von bestehenden Ausreiseverpflichtungen

Anzahl der zur Ausreise verpflichteten Personen sowie Anzahl der jährlich erfolgten Abschiebungen seit 2011; Arten von Abschiebehindernissen; Durchsetzung bestehender Ausreiseverpflichtungen; Gründe der Erfolglosigkeit geplanter Abschiebungen; Abschiebestopp in den Wintermonaten

Antr

s. *Abschiebung*

Drs 15/6143

Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf die Länder

Anzahl und Herkunft der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sowie deren Verteilung auf die Stadt- und LKreise; Regeln für den Umgang mit aufgegriffenen minderjährigen Flüchtlingen; durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Minderjährigen in der Obhut der Jugendämter; Rückführung der jugendlichen Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer; Abkommen und Verträge mit den Herkunftsländern über eine Rücknahme der minderjährigen Flüchtlinge; Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die Bundesländer

Antr

s. *Flüchtlingspolitik*

Drs 15/6239

Zahlungskonto für Flüchtlinge und Asylsuchende

Verweigerung eines Zahlungskontos für Flüchtlinge und Asylsuchende vonseiten der Banken; Bedarf an einem Zahlungskonto für Flüchtlinge aufgrund der Umstellung von Sach- auf Geldleistungen; bisherige Form der Übermittlung von Geldleistungen an Flüchtlinge; Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/92 vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen in nationales Recht; Unterstützung einer entsprechenden Bundesratsinitiative

Antr

s. *Bankkonto*

Drs 15/6329

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KIAnfr

s. *Schulbesuch*

Drs 15/6493

Situation der Flüchtlinge in der Ukraine

Zahl und Lage der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine; Zahl der nach Deutschland bzw BW geflohenen Personen; Hilfsmaßnahmen von deutscher Seite in der Ukraine

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 25.02.2015 und Antw IntM Drs 15/6527

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Anteil der Roma, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, wiederholte Einreisen, Anerkennungsquoten; Bedingungen zur Arbeitsaufnahme bzw einer Ausbildung oder eines Studiums

KIAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/6528

Kritik an den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe

Bewertung der Vorwürfe zu den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe, insbes bei der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter, Wartezeiten und Wartemöglichkeiten für Antragsteller

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/6578

Unterbringung, Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem anderen Bundesland

Sachstand zu Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in Grenznähe zu einem Nachbarbundesland, insbes Schaffung von Ausnahmeregelungen zur Erledigung der Dinge des täglichen Bedarfs im Nachbarbundesland, Unterstützung der Gemeinde Fichtenau in dieser Problemlage; Maßnahmen zur best- und schnellstmöglichen beruflichen Integration der Asylbewerber und in den deutschen Arbeitsmarkt

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6584

Aufnahme und Betreuung traumatisierter Frauen aus Syrien und aus dem Irak

Sachstand zur Aufnahme und Behandlung von misshandelten und traumatisierten Frauen aus den Krisengebieten im Irak und in Syrien iRd Sonderprogramms der LReg

KlAnfr
s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/6587

Ausbildungszugang für Flüchtlinge

Sachstand zur Integration von Flüchtlingen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, insbes Abfrage beruflicher Qualifikationen der Flüchtlinge, Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Verkürzung bzw Abschaffung der Vorrangprüfung, Kooperation mit berufsständischen Kammern zur Schaffung von Angeboten für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 13.03.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6614

Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis, insbes Unterbringung, Anerkennungsquoten, Rückführungen, Straftaten, Arbeitsaufnahmen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6691

Neuorganisation der Zuständigkeiten bei Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien

Sachstand zur Neuorganisation der Zuständigkeiten bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien, insbes Arbeitsbelastung, Personalsituation, Bereitstellung von zusätzlichen Personal- und Sachmitteln

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 31.03.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6700
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 10.06.2015 Drs 15/7081 S. 56 57
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Impfschutz bei Asylbewerberinnen und -bewerbern

Sachstand zum Impfschutz bei Asylbewerbern, insbes Erfassung und Statistik, Handlungsbedarf bei bestimmten Krankheiten, bestehende Impfangebote

KlAnfr
s. *Impfung*
Drs 15/6722

Regierungsbefragung

Weitergabe der millionenschweren Soforthilfe des Bundes für die Flüchtlingsunterbringung

s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
PIPr 15/125 S. 7537

Europäische Flüchtlingspolitik

Sachstand zur Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union, insbes Flüchtlingszahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und in BW, Möglichkeiten zur Erweiterung der legalen Zuwanderung, Überwachung der Einhaltung der Rechts- und Sozialstandards bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern, Unterbindung der Aktivitäten organisierter Schlepper, Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms im Mittelmeer, Mitwirkung der LReg an einer gesamteuropäischen Flüchtlingsstrategie

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/6774

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 23.04.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6785

Humanität hat Vorrang: Baden-Württemberg-Programm zur Studienförderung von Flüchtlingen aus Syrien

Sachstand zur Umsetzung des Stipendienprogramms für Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg, insbes Flüchtlingsanteil mit Hochschulreife, Auswahlkriterien für die Stipendiaten; Zahl der in BW studierenden Flüchtlinge; Erleichterung des Zugangs von Flüchtlingen zu beruflichen Ausbildungen und Ermöglichung des Ausbildungsabschlusses

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE 27.04.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6798
BeschlEmpf und Bericht WissA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 29-31
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6803

Flüchtlinge mit Behinderung - besondere Schutzbedürftigkeit

Sachstand zur Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung, insbes Vorbereitung der Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünfte auf die besonderen Bedürfnisse behinderter Flüchtlinge, Vornahme von Untersuchungen oder Erhebungen der Aufnahmeeinrichtungen zur Feststellung von Behinderungen

Antr Thomas Poreski u.a. GRÜNE 28.04.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6815

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 08.07.2015 Drs 15/7352 S. 81-82

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295-8296

Zuteilung von Flüchtlingen an die Kreise zur vorläufigen Unterbringung in Standorten mit einer Landeserstaufnahmeeinrichtung

Reduzierung der Zuteilungsquote von Flüchtlingen zur vorläufigen Unterbringung in Kreisen mit Landeserstaufnahmeeinrichtungen, insbes in Ellwangen und Schwäbisch Hall

MdlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/6814

Situation der Aramäer und anderer Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak

Sachstand zur Lage der orientalischen Christen und Jesiden in Syrien und im Irak; Einsatz der LReg für Flüchtlinge dieser Bevölkerungsgruppen, insbes Aufnahme und Betreuung in BW

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.05.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6866

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 08.07.2015 Drs 15/7352 S. 82-84

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295-8296

Situation der syrischen Flüchtlinge in BW

Sachstand zur Situation syrischer Flüchtlinge in BW, insbes Zahlen, Unterbringungsbedingungen, Hilfe bei Ausbildungs- oder Arbeitsstellensuche, Sprachkursangebot, Schulbesuch, Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.05.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6871

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 08.07.2015 Drs 15/7352 S. 84-88

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295-8296

Durchführung der Irak-Mission des Staatsministeriums

Sachstand zur Durchführung der Irak-Mission des Staatsministeriums, insbes Auswahlverfahren für die Aufnahme von traumatisierten Frauen, Verzicht auf Abstimmung der Mission mit dem Bund und den anderen Ländern, Aufgaben und Auswahlkriterien der eingesetzten Landesbediensteten, Mitteleinsatz für einzelne Personen und Organisationen im Irak iRd Mission

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.05.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6939

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.07.2015 Drs 15/7638 S. 32-34

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652-8653

Versicherungsprämien bei der Unterbringung von Flüchtlingen

Sachstand zur Praxis von Versicherungsunternehmen bei der Wohngebäude- und Inventarversicherung der Kommunen und privaten Hausbesitzer bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden, insbes deutliche Erhöhung der Versiche-

rungsbeiträge, Verweigerung der Versicherung bzw Kündigung bestehender Verträge, Kriterien und Rechtsgrundlage für die Bestimmung des versicherungstechnischen Risikos bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Auswirkungen auf die Integrationsmaßnahmen des Landes

Antr

s. *Versicherungsbeitrag*

Drs 15/6942

Vorbereitung und Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak

Sachstand zur Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak, insbes Vorbereitung der freiwilligen Landesbediensteten, Zusammenarbeit mit der BReg sowie mit Nachrichtendiensten und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen im Nahen Osten (Irak, Syrien, Türkei)

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 15.06.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6989

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.07.2015 Drs 15/7638 S. 32-34

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652-8653

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Die Europäische Migrationsagenda

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7067

Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt

Sachstand zur schnelleren Eingliederung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt in BW, insbes Bedarf auf dem Arbeitsmarkt, Austausch mit Unternehmern, Notwendigkeit von Änderungen im Asylrecht, Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene

Antr

s. *Ausländischer Arbeitnehmer*

Drs 15/7124

Kommunen entlasten - Flüchtlinge gezielt unterstützen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/134 15.07.2015 S. 7999-8011

Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Landkreis Emmendingen, insbes Zahlen und Herkunft, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr

s. *Asylverfahren*

Drs 15/7191

Offene Fragen in der Verwaltungsvorschrift „VwV Deutsch für Flüchtlinge“

Sachstand zu offenen Fragen in der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen an Stadt- und Landkreise zur Förderung von Deutschkenntnissen bei Asylbewerbern und Flüchtlingen in BW („VwV Deutsch für Flüchtlinge“)

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/7206

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015
Sachstand zur Situation von Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Zahlen und Herkunft, Anerkennungs- und Abschiebequote

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/7239

Erstaufnahme von Flüchtlingen im Stadtkreis Mannheim
Sachstand zur Flüchtlingserstaufnahme im Stadtkreis Mannheim, insbes Anmietung und Auslastung von Kapazitäten zur Unterbringung, Beteiligung der Stadt bei den Planungen

KlAnfr Georg Wacker CDU 31.07.2015 und Antw IntM Drs 15/7248

Tätigkeiten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. im Enzkreis

Sachstand zu Aktivitäten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. in BW und im Enzkreis bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge bzw Asylbewerber

KlAnfr
s. *Freiwilligenagentur*
Drs 15/7276

Einrichtung einer Erstaufnahmestelle in Donaueschingen
Sachstand zu Planungen für die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle oder einer bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Donaueschingen

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7288

Polizeieinsätze in und um Erstaufnahmestellen und der Umgang mit diesen

Sachstand zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Strafverfolgung im Umkreis von 20 km um die Landeserstaufnahmestellen, insbes Zuständigkeiten bei der Polizei, Einsatzzahlen, Ausmaß der Eigentums- oder Körperverletzungsdelikte sowie politisch motivierter Straftaten

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7305

Bestand und Zukunftskonzept von landeseigenen Immobilien in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber
Sachstand zur Sanierung und Nutzung landeseigener Immobilien in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber-Kreis, insbes Verwendung zur Unterbringung von Flüchtlingen

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7312

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW, insbes Vorteile der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, Zusagen und gesetzlichen Voraussetzungen des Bundes für deren Einführung, Ermöglichung der psychotherapeutischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern

Antr GRÜNE 19.08.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7317

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 65 66
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Göppingen

Statistik zu schulpflichtigen Personen unter den Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Göppingen; Auswirkung auf Vorbereitung von Lehrkräften sowie Bedarf an zusätzlichem Personal an Schulen

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 15/7338

Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen

Situation der Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen, insbes Beeinträchtigung des schulischen Sportunterrichts sowie des Vereins- und Wettkampfsports

Antr
s. *Sporthalle*
Drs 15/7339

Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu Maßnahmen der Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften, insbes Erstellung und Übersetzung von Hausordnungen, Sanktionsmöglichkeiten, Deeskalationsschulungen für Mitarbeiter der Einrichtungen

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7343

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Enzkreis, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7345

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr
s. *Wohnungsbedarf*
Drs 15/7358

Polizeiarbeit in und um Erstaufnahmestellen, strafrechtliche Konsequenzen und Maßnahmen der LReg in diesem Bereich

Sachstand zur Polizeiarbeit um die Landeserstaufnahmestellen, insbes personelle Belastungen durch Überstunden, Umfang und Status der Ermittlungsverfahren

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7361

Baurechtliche Erleichterungen zur Realisierung von Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung baurechtlicher Verfahren zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, insbes Änderungen in der Landesbauordnung

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 16.09.2015 und Antw MVI
Drs 15/7381

Verantwortlichkeit der LReg zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in BW

Aufgabenwahrnehmung bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation im Geschäftsablauf der zuständigen Ministerien; Maßnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, insbes bei Kriminalitätsbekämpfung und Brandschutz

MdlAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7399

Sprachförderung für Flüchtlinge und Migranten in BW

Sachstand zu Sprachförderungsprogrammen für Asylsuchende im Kindes- und Jugendalter, insbes Programmangebot, Inanspruchnahme durch Flüchtlinge, finanzielle und personelle Ausstattung des Programms SPATZ für die steigende Zahl von Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7403

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7421

Flüchtlingspolitik - besonnenes Handeln

Umsetzung der zwischen Bund und Ländern erzielten Verhandlungsergebnisse in der Flüchtlingspolitik im Land BW, insbes Entscheidung über weitere sichere Herkunftsländer

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7425

Flüchtlinge in Deutschland und in Baden-Württemberg

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD und der CDU
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129-8157

Gesundheitsuntersuchungen der Asylbewerber

Sachstand zur Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen für ankommende Asylbewerber unmittelbar nach ihrem Eintreffen, insbes Erhöhung des Personals und der medizinischen Geräte

KlAnfr
s. *Medizinische Untersuchung*

Drs 15/7433

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen/Asylbewerbern sowie Situation in Patrick Henry Village (PHV) Heidelberg

Sachstand zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Durchführung und Befunde der medizinischen Erstuntersuchungen, medizinische Weiterversorgung, Schutz der ehrenamtlichen Helfer vor gesundheitlichen Risiken, Gewährleistung der kurzen Verweildauer im Patrick Henry Village in Heidelberg

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/7434

Flüchtlingsverteilung in BW

Sachstand zur Verteilung der Flüchtlinge in BW, insbes Verteilung in den einzelnen Regierungsbezirken, Soll- und Ist-Anteil der Flüchtlinge in BW anhand des Königsteiner Schlüssels, Unausgewogenheit bei der geografischen Verteilung der Erstaufnahmeeinrichtungen, Einführung von Tragfähigkeitsobergrenzen bei Gemeinden; Erhöhung der Polizeipräsenz bei den Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr Peter Hauk u.a. CDU 29.09.2015 und Stellungnahme
IntM Drs 15/7444
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/8048 S. 99 100
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Energieeffizienzvorgaben für Flüchtlingsunterkünfte

Sachstand zu Ausnahmen und Befreiungen von Energieeffizienzvorgaben bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden und Neubauten

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 29.09.2015 und Antw UM
Drs 15/7450

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr FDP/DVP 29.09.2015 und Antw LReg Drs 15/7452 (17 S.)

Ist die Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge gedeckt?

Sachstand zu Organisation und Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge, insbes Sicherstellung des Bedarfs an Lehrkräften mit einer Ausbildung „Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“

Antr
s. *Deutschunterricht*
Drs 15/7453

Berichterstattung über besondere Vorkommnisse in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten oder sonstige besondere Vorkommnisse in oder im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften im Vergleich zu sonstigen Vorkomm-

nissen

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7485

Einrichtung von Transitzonen

Sachstand zur Einrichtung von Transitzonen an den deutschen Grenzen, insbes europäische Vorgaben, Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, Bewertung des Landkreistags, Auswirkungen auf BW, Anteil von Asylbewerbern ohne bzw mit gefälschten Ausweispapieren, Anteil der erledigten Asylverfahren durch Dublin-Entscheidungen

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7488

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien, Griechenland und Ungarn

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7531

Rechtliche Rahmenbedingungen zum Einsatz von Pensionären bei der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zu Verfahren, Vergütung und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Rückholung von Pensionären für den Einsatz bei der Flüchtlingsaufnahme

KlAnfr
s. *Versorgungsempfänger*
Drs 15/7535

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migrationsagenda

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7551

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Pforzheim (42)

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7567

Medizinische Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen

Sachstand zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen, insbes freiwillige Tätigkeit von Ärzten im Ruhestand und begleitende Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/7569

Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher

Sachstand zur Auslegung und tatsächlichen Belegung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher, insbes Auswirkungen der massiven Überbelegungen, Gewährleistung des Brandschutzes

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7581

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingsunterkünften; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7591

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Erstaufnahmestandorte bedarfsgemäß ertüchtigen

Sachstand zur Durchführung der medizinischen Eingangsuntersuchungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen und zur medizinischen Versorgung an den Erstaufnahmestandorten

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 27.10.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7618

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr
s. *Informationsschrift*
Drs 15/7619

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr

s. Privatisierung
Drs 15/7621

Nutzung von EU-Mitteln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Sachstand zur Nutzung von EU-Fonds als Finanzierungsinstrumente von Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie Infrastrukturmaßnahmen und sozialem Wohnungsbau zur Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 29.10.2015 und Antw IntM Drs 15/7632

Elektronische Identitätskarte für Gesundheitsleistungen und weitere Anwendungen insbesondere für Flüchtlinge

Sachstand zu Schwierigkeiten bei der Ausgabe von Krankenversichertenkarten der Gesetzlichen Krankenversicherung für Flüchtlinge und Vorteile der Einführung einer elektronischen Identitätskarte für Flüchtlinge (refugee identification card), insbes Kosten für die Abrechnung medizinischer Leistungen an Flüchtlingen im Vergleich für beide Kartenmodelle

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 05.11.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7654

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Sachstand zur Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie zur Erfüllung der Schulpflicht bei Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold u.a. CDU 12.11.2015 und Antw IntM Drs 15/7686

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. Sprachunterricht
Drs 15/7699

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauferklinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäusern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold u.a. CDU 16.11.2015 und Antw SM Drs 15/7685

Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zur Praxis der Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsunterbringung, insbes bei den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit den Erstaufnahmeeinrichtungen

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 16.11.2015 und Antw IntM Drs 15/7712

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Sachstand zur Bewährung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) seit dem Inkrafttreten am 12. August 2013 als Förderinstrument für die Integrationsarbeit in den Kommunen in BW, insbes Beitrag zur Stärkung kommunaler Strukturen, Auswirkung auf Kommunen mit besonders hohem Migrantenanteil, Eignung für die besonderen integrationspolitischen Herausforderungen angesichts steigender Flüchtlingszahlen

Antr
s. Ausländerintegration
Drs 15/7714

Flüchtlingssituation im Main-Tauber-Kreis

Zahl und Zusammensetzung der im Main-Tauber-Kreis untergebrachten Flüchtlinge; Anerkennungsquote; Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Auslastung der bestehenden Flüchtlingsunterkünfte; Bedarfsplanung; Anzeigen und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Flüchtlingen; Art der Delikte

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 17.11.2015 und Antw IntM Drs 15/7719

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr
s. Datenerhebung
Drs 15/7733

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungszentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. Asylrecht
Drs 15/7689

Auswirkungen der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes

Sachstand zur Entwicklung der Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in Asyl- bzw Flüchtlingsachen bei den Verwaltungsgerichten, insbes Eingangszahlen im Jahr 2015, geschätzte Eingangszahlen für die Jahre 2016-2018, zugeordnete Richterstellen, Möglichkeiten zur Abordnung bzw Versetzung von zum Richteramt befähigten Beamten

Antr
s. Asylverfahren
Drs 15/7754

Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Frauen in BW
Sachstand über Entwicklung und aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Frauen in Landeserstaufnahmestellen und bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen in BW, insbes separate Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen, Vor- und Nachsorge von Schwangeren, Möglichkeiten zur Sonderunterbringung für besonders schutzbedürftige Frauen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/7788

Anpacken und handeln - Baden-Württemberg als Vorreiter bei der Umsetzung des Asylpakets

Aktuelle Debatte
s. *Asylbewerber*
PIPr 15/144 S. 8589

Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
Erteilung der Arbeitserlaubnis an Asylbewerber durch die Ausländerbehörden in den Jahren 2014 und 2015; Stand der Erfassung der Qualifikationen von Flüchtlingen; Mehrbelastung der Arbeitsagenturen durch den erleichterten Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen; bisherige Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt; Ausnahme von Flüchtlingen vom Mindestlohn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7789

Flüchtlingssituation im LKreis Böblingen

Anzahl und Unterbringung der Flüchtlinge zum Stichtag 30. November 2015, unterschieden nach staatlicher vorläufiger Aufnahme und kommunaler Anschlussunterbringung; Aufnahmekapazitäten; Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge; Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Herrenberg

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 07.12.2015 und Antw IntM
Drs 15/7841

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7855

Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (E-WärmeG) zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen

Überlegungen zur Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen durch den notwendigen Einbau neuer Heizungen, insbes Einsparmöglichkeiten bei Nichtanwendung des EWärmeG

Antr
s. *Heizung*
Drs 15/7856

Mehr Behördenkooperation in der Flüchtlingsproblematik und ein Universaldokument für Flüchtlinge

Sachstand zur Verbesserung der Behördenkooperation bei der Flüchtlingsproblematik, insbes Änderung des Datenschutzrechts zur Erfassung und zum Austausch von Flüchtlingsdaten

MdlAnfr 2) Ulrich Müller CDU 10.12.2015 Drs 15/7860
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8814 8815

Flüchtlingssituation im LKreis Emmendingen

Sachstand zu Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen, insbes Herkunftsstatistik, Anerkennungsquote, Zahlenentwicklung, Rückführungen, Anzeigen und Ermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 11.12.2015 und Antw IntM
Drs 15/7866

Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Organisation der Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge des Landes und der Kommunen; Hintergründe zur Einstellung des ehrenamtlichen Dolmetscherdiensts durch die Ulmer Notfallseelsorge; Schaffung von Möglichkeiten der Religionsausübung in den Aufnahmeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Dolmetscher*
Drs 15/7950

Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Abweisung von Flüchtlingen

Sachstand zu Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Zurückweisung von Flüchtlingen an den deutschen Grenzen und Beurteilung der Zurückweisungen durch die LReg

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.01.2016 und Antw IM Drs 15/8002

Vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen durch das Land

Sachstand zur konzeptionellen und planerischen Vorbereitung der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, insbes bei Wohnungsbau, kalkulierten Pro-Kopf-Kosten, Grundstücksauswahl, Gestaltung von Wohnungen und Siedlungen, Gesamtnutzungszeit der Gebäude durch Flüchtlinge und Anschlussnutzung, vorgesehene Betreuungs- und Integrationsarbeit

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/8059

Flüchtlingssituation im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt

Zahl der im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt untergebrachten Flüchtlinge und Asylbewerber; anerkannte Flüchtlinge, Personen ohne abgeschlossene Asylverfahren sowie ausreisepflichtige Personen; Anzeigen und Ermittlungsverfahren gegen Flüchtlinge und Asylbewerber; Art der Delikte

KlAnfr Tobias Wald CDU 18.02.2016 und Antw IntM Drs
15/8081

Wie will die LReg endlich den Flüchtlingszugang in den Griff bekommen?

Aktuelle Debatte
s. *Flüchtlingspolitik*
PIPr 15/150 S. 8993

Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf

Sachstand zur Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf in Vorbereitungsklassen (VKL) und Vorqualifizierungsjahren Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO), insbes Versorgungssituation, Übergang in Regelklassen, bildungsbiografische Erfassung, Konsequenzen aus den besonderen Anforderungen der VKL/VABO-Klassen, Vorbereitung der aufnehmenden Regelschulen, Besetzung neu geschaffener Lehrerstellen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 22.02.2016 und Stellungnahme
KM Drs 15/8055

Vom konjunkturellen Mehrwert der Aufnahme von Flüchtlingen im Land

Sachstand zu Auswirkungen der Flüchtlingsaufnahme auf die Wirtschaft, die demografische Entwicklung und den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

KlAnfr Paul Locherer CDU 26.02.2016 und Antw MFW Drs
15/8090

Besondere Herausforderungen bei Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Sachstand zu Terminvergabe und Anreisemöglichkeiten aus Erstaufnahmestellen zu Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Reutlingen/Enningen, insbes Ermöglichung eines ausgeruhten Erscheinens zur Anhörung, Anreisemöglichkeiten aus Meßstetten, Schaffung einer einmaligen Übernachtungsmöglichkeit in räumlicher Nähe zur BAMF-Außenstelle

KlAnfr
s. *Anhörung*
Drs 15/8114

Bewertung der Etatansätze im Epl 15 für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen; Förderung des Landesflüchtlingsrats; Anstrengung einer humanen Flüchtlingspolitik

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1235 1236 1238 1239 1242 1243 1245

Flüchtlingsaufnahmegesetz

Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in BW sowie zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, des Landesbeamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften
Änderung von § 2 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Abschiebungshaft*
Drs 15/7614

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Änderung der VO des Integrationsministeriums über die Durchführung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

GesEntw
s. *Heilberufe-Kammergesetz*
Drs 15/7678

Flüchtlingsheim

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Flüchtlingshilfe*Europäischer Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds*

Sachstand zur Erarbeitung und Umsetzung des nationalen Programms des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in BW, insbes Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Fördermöglichkeiten des Programms, Unterstützung für Kommunen und Organisationen bei der Mittelbeantragung, Unterstützung und Beteiligung des Landes an AMIF-Projekten

Antr
s. *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds*
Drs 15/6830

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Europäische Migrationsagenda*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7067

Rechtliche Rahmenbedingungen zum Einsatz von Pensionären bei der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zu Verfahren, Vergütung und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Rückholung von Pensionären für den Einsatz bei der Flüchtlingsaufnahme

KlAnfr
s. *Versorgungsempfänger*
Drs 15/7535

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migrationsagenda*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7551

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr
s. *Informationsschrift*
Drs 15/7619

Regierungsbefragung

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW

s. *Informationsschrift*
PIPr 15/140 S. 8384

Nutzung von EU-Mitteln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Sachstand zur Nutzung von EU-Fonds als Finanzierungsinstrumente von Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie Infrastrukturmaßnahmen und sozialem Wohnungsbau zur Flücht-

lingsunterbringung

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7632

Vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen durch das Land

Sachstand zur konzeptionellen und planerischen Vorbereitung der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, insbes bei Wohnungsbau, kalkulierten Pro-Kopf-Kosten, Grundstücksauswahl, Gestaltung von Wohnungen und Siedlungen, Gesamtnutzungszeit der Gebäude durch Flüchtlinge und Anschlussnutzung, vorgesehene Betreuungs- und Integrationsarbeit

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/8059

Flüchtlingslager

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5796

Sicherstellung der Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land

Sicherstellung einer zeitnahen und vollständigen Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land BW, insbes Infektionskrankheiten in den Herkunftsländern, Gesundheitsvorschriften für die Landeserstaufnahmestelle, Umfang der Untersuchungen, Mittel- und Personaleinsatz

Antr
s. *Medizinische Untersuchung*
Drs 15/5980

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur psychologischen Betreuung in BW von Flüchtlingen und Folteropfern aus den Krisengebieten, insbes Anteil der behandlungsbedürftigen Flüchtlinge und der tatsächlich durchgeführten Behandlungen, Sicherstellung der Betreuung in Flüchtlingsunterkünften, Verfahrensabläufe für fachärztliche oder psychologische Versorgung, Schulung und Unterstützung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6028

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern;

Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KlAnfr
s. *Schulbesuch*
Drs 15/6493

Übersicht über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, ab einem Betrag von 100.000 Euro oder mehr (§ 37 Abs 4 LHO i.V.m. § 7 Abs 5 StHG 2013/2014) sowie Bericht des Integrationsministeriums über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten Mehrausgaben aus dem Epl 15 für Ausgaben zur Flüchtlingsunterbringung (vgl Haushaltsvermerk bei Kap 1503 - Ausgaben)

Mittlg LReg
s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*
Drs 15/7287

Berichterstattung über besondere Vorkommnisse in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten oder sonstige besondere Vorkommnisse in oder im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften im Vergleich zu sonstigen Vorkommnissen

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7485

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingsunterkünften; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7591

Nutzung von EU-Mitteln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Sachstand zur Nutzung von EU-Fonds als Finanzierungsinstrumente von Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie Infrastrukturmaßnahmen und sozialem Wohnungsbau zur Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7632

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungszentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr

s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

Flüchtlingspolitik

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen
Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3799

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr CDU 23.10.2013 und Antw LReg Drs 15/4197 (40 S.)
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5776-5783

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreise Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im LKreise Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4320

Unsere Flüchtlingspolitik nach dem Flüchtlingsgipfel

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6479-6492

Durchsetzung von bestehenden Ausreiseverpflichtungen

Anzahl der zur Ausreise verpflichteten Personen sowie Anzahl der jährlich erfolgten Abschiebungen seit 2011; Arten von Abschiebehindernissen; Durchsetzung bestehender Ausreisever-

pflchtigungen; Gründe der Erfolglosigkeit geplanter Abschiebungen; Abschiebestopp in den Wintermonaten

Antr
s. *Abschiebung*
Drs 15/6143

Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf die Länder

Anzahl und Herkunft der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sowie deren Verteilung auf die Stadt- und LKreise; Regeln für den Umgang mit aufgegriffenen minderjährigen Flüchtlingen; durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Minderjährigen in der Obhut der Jugendämter; Rückführung der jugendlichen Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer; Abkommen und Verträge mit den Herkunftsländern über eine Rücknahme der minderjährigen Flüchtlinge; Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die Bundesländer

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 10.12.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6239
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 04.03.2015 Drs 15/6921 S. 83-85
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Europäische Flüchtlingspolitik

Sachstand zur Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union, insbes Flüchtlingszahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und in BW, Möglichkeiten zur Erweiterung der legalen Zuwanderung, Überwachung der Einhaltung der Rechts- und Sozialstandards bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern, Unterbindung der Aktivitäten organisierter Schlepper, Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms im Mittelmeer, Mitwirkung der LReg an einer gesamteuropäischen Flüchtlingsstrategie

Antr GRÜNE und SPD 22.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6774 (29 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 28.01.2016 Drs 15/8048 (dazu ÄAntr Josef Frey u.a. GRÜNE und Rita Haller-Haid u.a. SPD) S. 108 109
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
Mittlg LReg 04.08.2016 Drs 16/397

EU-Flüchtlingsgipfel: Die Europäische Union braucht eine humane und faire Flüchtlingspolitik

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7625-7635

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Die Europäische Migrationsagenda

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7067

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im

Wohnungsbau

Antr
s. *Wohnungsbedarf*
Drs 15/7358

Verantwortlichkeit der LReg zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in BW
Aufgabenwahrnehmung bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation im Geschäftsablauf der zuständigen Ministerien; Maßnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, insbes bei Kriminalitätsbekämpfung und Brandschutz

MdlAnfr 1) Thomas Blenke CDU 18.09.2015 Drs 15/7399
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8275-8278

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 23.09.2015 Drs 15/7421
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129-8157

Fehlanreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen
Vermeidung von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem; Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten

Antr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7424

Flüchtlingspolitik - besonnenes Handeln

Umsetzung der zwischen Bund und Ländern erzielten Verhandlungsergebnisse in der Flüchtlingspolitik im Land BW, insbes Entscheidung über weitere sichere Herkunftsländer

Antr GRÜNE und SPD 23.09.2015 Drs 15/7425
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8157

RegErkl - Herausforderung bewältigen, Verantwortung übernehmen, Integration zum Erfolg führen und Aussprache
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8235-8274

Einrichtung von Transitzonen

Sachstand zur Einrichtung von Transitzonen an den deutschen Grenzen, insbes europäische Vorgaben, Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, Bewertung des Landkreistags, Auswirkungen auf BW, Anteil von Asylbewerbern ohne bzw mit gefälschten Ausweispapieren, Anteil der erledigten Asylverfahren durch Dublin-Entscheidungen

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7488

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migrationsagenda

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7551

Regierungsbefragung

Flüchtlingspolitik

PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8535-8539

Anpacken und handeln - Baden-Württemberg als Vorreiter bei der Umsetzung des Asylpakets

Aktuelle Debatte
s. *Asylbewerber*
PIPr 15/144 S. 8589

Wie will die LReg endlich den Flüchtlingszugang in den Griff bekommen?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 8993-9008

Flüchtlingsunterbringung

Rahmenbedingungen der Unterbringung von Asylbewerbern und Grundlagen für deren Integration im Falle des Erhalts eines Aufenthaltstitels in BW

Kriterien für die Unterbringung von Flüchtlingen in BW; Quoten/Verteilungsschlüssel für die Zuweisung auf LKreise bzw Kommunen; Angaben zur Gruppengröße und der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in den Gemeinschaftsunterkünften; die zehn größten Standorte und ihre spezifischen Probleme; Anforderungen an die Lage, Größe und Ausstattung künftiger Gemeinschaftsunterkünfte; Angebot an Sprach- und Integrationskursen; berufliche Ausbildung insbes junger Asylbewerber, um Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen

Antr FDP/DVP 15.09.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/501
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 51-53
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Aktuelle Herausforderungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern

Entwicklung der Zahlen von Asylbewerbern in den letzten und kommenden Jahren; Höhe und Träger der Mehrkosten, insbes auch durch die beabsichtigten Veränderungen bei den Unterbringungsstandards und die steigenden Zugangszahlen; Abgeltung der Mehrkosten für die Stadt- und LKreise nach dem Konnexitätsprinzip; Bereitstellung von frei werdenden Grundstücken und Gebäuden des Landes und Bundes, insbes von Kasernen

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 09.03.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1414
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 09.05.2012 Drs 15/2007 (dazu ÄAntr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE und Rosa Grünstein u.a. SPD) S. 80-82
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
Mittlg LReg 25.01.2013 Drs 15/2930

Schutz minderjähriger Asylbewerber

Zahl von illegal eingereisten Jugendlichen und Kindern seit 2000, die ohne Eltern Asyl beantragt haben; Umsetzung der Schulpflicht und Betreuung dieser Personen, Unterbringung und Höchstverweildauer in Sammelunterkünften

Antr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/1660

Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 18.07.2012 auf BW - Lebensunterhalt, Leistungsgewährung und Unterbringung für Flüchtlinge

Auswirkungen des o.g. Urteils zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zahl der Leistungsberechtigten und Höhe der zusätzlichen Kosten und nachträglichen Leistungen, Art und Zeitrahmen der rechtlichen Neuregelungen und nachträglichen Leistungsgewährung, Frage nach einer Neubewertung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/2159

Qualitative Verbesserung der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung

Situation von Flüchtlingen bei der vorläufigen und endgültigen Unterbringung, insbes Daten aus Stadt- und LKreisen; Qualität der Standards bei Sozialbetreuung und Beratung; geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Integration

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/3335

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr

s. *Flüchtlingspolitik*

Drs 15/4197

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKkreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im LKkreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leerstehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/4320

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlafflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/4339

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaffläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw

s. *Flüchtling*

Drs 15/4352

Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/4638

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/4921

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Person; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von

Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Viktoria Schmid CDU 19.03.2014 und Antw IntM Drs 15/4959

Flüchtlingsunterbringung im Rems-Murr-Kreis

Zahlen der zugewiesenen Flüchtlinge im Rems-Murr-Kreis; Ausgestaltung und Probleme der Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr Matthias Pröfrock CDU 30.05.2014 und Antw IntM Drs 15/5280

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2014

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Unterbringung, Einreisen über sichere Drittländer, wiederholte Einreisen; Abschiebezahlen; Wartezeit für Anhörungen und erstinstanzliche Entscheidungen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5460

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge*
Drs 15/5513

Flüchtlingserstaufnahme im Land sicherstellen

Situation und Zukunft der Flüchtlingserstaufnahme in BW, insbes Auslastung und Verweildauer in der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe, Unterschreitung der Wohn-, Schlafflächen- und Hygienestandards, Nutzung der Ausnahmeregelung im Flüchtlingsaufnahmegesetz, künftiger Bedarf an Unterbringungsplätzen, Einrichtung einer zweiten Erstaufnahmestelle

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5515

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5709

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge*
Drs 15/5796

Unterbringung, Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem anderen Bundesland

Sachstand zu Residenzpflicht und Bewegungsmöglichkeiten von Asylbewerbern in BW in Grenznähe zu einem Nachbarbundesland, insbes Schaffung von Ausnahmeregelungen zur Erledigung der Dinge des täglichen Bedarfs im Nachbarbundesland, Unterstützung der Gemeinde Fichtenau in dieser Problemlage; Maßnahmen zur best- und schnellstmöglichen beruflichen Integration der Asylbewerber und in den deutschen Arbeitsmarkt

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6584

Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis, insbes Unterbringung, Anerkennungsquoten, Rückführungen, Straftaten, Arbeitsaufnahmen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6691

Regierungsbefragung

Weitergabe der millionenschweren Soforthilfe des Bundes für die Flüchtlingsunterbringung

s. *Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
PIPr 15/125 S. 7537

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6785

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft

aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr
s. Asylbewerber
Drs 15/6803

Zuteilung von Flüchtlingen an die Kreise zur vorläufigen Unterbringung in Standorten mit einer Landeserstaufnahmeeinrichtung

Reduzierung der Zuteilungsquote von Flüchtlingen zur vorläufigen Unterbringung in Kreisen mit Landeserstaufnahmeeinrichtungen, insbes in Ellwangen und Schwäbisch Hall

MdlAnfr 7) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 29.04.2015
Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7777 7778

Situation der syrischen Flüchtlinge in BW

Sachstand zur Situation syrischer Flüchtlinge in BW, insbes Zahlen, Unterbringungsbedingungen, Hilfe bei Ausbildungs- oder Arbeitsstellensuche, Sprachkursangebot, Schulbesuch, Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis

Antr
s. Flüchtling
Drs 15/6871

Versicherungsprämien bei der Unterbringung von Flüchtlingen

Sachstand zur Praxis von Versicherungsunternehmen bei der Wohngebäude- und Inventarversicherung der Kommunen und privaten Hausbesitzer bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden, insbes deutliche Erhöhung der Versicherungsbeiträge, Verweigerung der Versicherung bzw Kündigung bestehender Verträge, Kriterien und Rechtsgrundlage für die Bestimmung des versicherungstechnischen Risikos bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Auswirkungen auf die Integrationsmaßnahmen des Landes

Antr
s. Versicherungsbeitrag
Drs 15/6942

Was hat das Land bei der Flüchtlingsunterbringung zu verbergen?

Hintergründe zur zunächst geplanten Aussperrung der Presse iR eines Besuchs der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Ellwangen am 15. Juli 2015, insbes generellen Erwägungen, rechtliche Grundlage

Antr
s. Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge
Drs 15/7225

Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen durch den Bund

Sachstand zur Aufteilung des Sondervermögens von 168 Millionen Euro aufgrund des „Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ auf die einzelnen Gemeinden des Landes

KlAnfr
s. Gemeindefinanzen
Drs 15/7230

Erstaufnahme von Flüchtlingen im Stadtkreis Mannheim

Sachstand zur Flüchtlingserstaufnahme im Stadtkreis Mannheim, insbes Anmietung und Auslastung von Kapazitäten zur

Unterbringung, Beteiligung der Stadt bei den Planungen

KlAnfr
s. Flüchtling
Drs 15/7248

Übersicht über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, ab einem Betrag von 100.000 Euro oder mehr (§ 37 Abs 4 LHO i.V.m.§ 7 Abs 5 StHG 2013/2014) sowie Bericht des Integrationsministeriums über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten Mehrausgaben aus dem Epl 15 für Ausgaben zur Flüchtlingsunterbringung (vgl Haushaltsvermerk bei Kap 1503 - Ausgaben)

Mittlg LReg
s. Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben
Drs 15/7287

Bestand und Zukunftskonzept von landeseigenen Immobilien in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sachstand zur Sanierung und Nutzung landeseigener Immobilien in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber-Kreis, insbes Verwendung zur Unterbringung von Flüchtlingen

KlAnfr
s. Landeseigene Liegenschaft
Drs 15/7312

Unterbringung von Flüchtlingen in der Halle 6 der Messe Sinsheim

Sachstand zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in der Messehalle 6 in Sinsheim

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 20.08.2015 und Antw IntM
Drs 15/7327

Mietpreisgestaltung bei Verträgen mit privaten Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern

Sachstand zu Mietverträgen und Mietpreisgestaltung zwischen Kommunen und Anbietern privater Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern in BW, insbes in Pforzheim und im Enzkreis

KlAnfr
s. Miete
Drs 15/7332

Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen

Situation der Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen, insbes Beeinträchtigung des schulischen Sportunterrichts sowie des Vereins- und Wettkampfsports

Antr
s. Sporthalle
Drs 15/7339

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Enzkreis, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 26.08.2015 und Antw IntM
Drs 15/7345

Flüchtlingsunterbringung in Herrenberg

Sachstand zur möglichen Einrichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in einem Firmenschulungszentrum in Herrenberg, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Zeitraum der Unterbringung, Kosten

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 04.09.2015 und Antw IntM Drs 15/7353

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr
s. *Wohnungsbedarf*
Drs 15/7358

Flüchtlingsunterbringung in Hardheim, Neckar-Odenwald-Kreis

Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung in der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Hardheim, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Verteilungskriterien für Erstaufnahmeeinrichtungen, Erhöhung der Polizeipräsenz

KlAnfr Peter Hauk CDU 23.09.2015 und Antw IntM Drs 15/7423

Umgang mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Flüchtlingsunterbringung

Sachstand zum effektiven Einsatz ehrenamtlicher Helfer bei der Flüchtlingsunterbringung, insbes Vermeidung von Doppelarbeit, Aufwand und Kosten für den Zeltaustausch bei der Unterbringung in Neuenstadt am Kocher

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 24.09.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7431
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 09.12.2015 Drs 15/8019 S. 92 93
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Verfügbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen

Sachstand zu Verfüg- und Nutzbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen, insbes aktueller Gebäudeleerstand, Gebäudeangebote der Kirchen

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 29.09.2015 und Antw IntM Drs 15/7448

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Pforzheim (42)

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 14.10.2015 und Antw IntM Drs 15/7567

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafiten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingseinrichtungen; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr

s. *Unterkunft*
Drs 15/7591

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 15/7621

Regierungsbefragung

Flüchtlingsunterbringung in BW

PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8379-8384

Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zur Praxis der Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsunterbringung, insbes bei den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit den Erstaufnahmeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7712

Flüchtlingssituation im Main-Tauber-Kreis

Zahl und Zusammensetzung der im Main-Tauber-Kreis untergebrachten Flüchtlinge; Anerkennungsquote; Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Auslastung der bestehenden Flüchtlingsunterkünfte; Bedarfsplanung; Anzeigen und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Flüchtlingen; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7719

Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auf Ebene der Kommunen

Sachstand zur mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Vereinbarung über den Ersatz der den Kommunen aus der Flüchtlingsunterbringung entstehenden Kosten, insbes Festlegungen für die Abrechnungsmodalitäten

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 19.11.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7736
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.01.2016 Drs 15/8048 S. 105 106
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungscentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von

Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

Faktische Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen

Sachstand zur Erstattung der faktischen Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen, insbes Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 26.11.2015 und Antw IntM Drs 15/7768

Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Frauen in BW
Sachstand über Entwicklung und aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Frauen in Landeserstaufnahmestellen und bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen in BW, insbes separate Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen, Vor- und Nachsorge von Schwangeren, Möglichkeiten zur Sonderunterbringung für besonders schutzbedürftige Frauen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/7788

Flüchtlingssituation im Landkreis Böblingen

Anzahl und Unterbringung der Flüchtlinge zum Stichtag 30. November 2015, unterschieden nach staatlicher vorläufiger Aufnahme und kommunaler Anschlussunterbringung; Aufnahmekapazitäten; Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge; Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Herrenberg

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7841

Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (E-WärmeG) zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen

Überlegungen zur Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen durch den notwendigen Einbau neuer Heizungen, insbes Einsparmöglichkeiten bei Nichtanwendung des EWärmeG

Antr
s. *Heizung*
Drs 15/7856

Vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen durch das Land

Sachstand zur konzeptionellen und planerischen Vorbereitung der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, insbes bei Wohnungsbau, kalkulierten Pro-Kopf-Kosten, Grundstücksauswahl, Gestaltung von Wohnungen und Siedlungen, Gesamtnutzungszeit der Gebäude durch Flüchtlinge und Anschlussnutzung, vorgesehene Betreuungs- und Integrationsarbeit

KlAnfr Ulrich Müller CDU 15.02.2016 und Antw IntM Drs 15/8059

Besondere Herausforderungen bei Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Sachstand zu Terminvergabe und Anreisemöglichkeiten aus Erstaufnahmestellen zu Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Reutlingen/Enningen, insbes Ermöglichung eines ausgeruhten Er-

scheinens zur Anhörung, Anreisemöglichkeiten aus Meßstetten, Schaffung einer einmaligen Übernachtungsmöglichkeit in räumlicher Nähe zur BAMF-Außenstelle

KlAnfr
s. *Anhörung*
Drs 15/8114

Flüchtlingsunterkunft

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Flüssiggas

Verstärkte Nutzung von Flüssiggas und Erdgas zur Luftreinhaltung

Sachstand zur Nutzung von Erdgas und Flüssiggas als Fahrzeugtreibstoff, insbes Auswirkungen auf die damit verbundenen Emissionen, geplante Beendigung der Steuervergünstigung, Umstellung der Fahrzeugflotte des Landes

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 15/7479

Flüster-Asphalt

s. *Straßenbelag*

Fluggast

s.a. *Öffentlicher Personenverkehr*
s.a. *Personenkontrolle*

Anbindung des Enzkreises an den Landesflughafen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Nachtzeit und in Tagesrandlagen

Derzeit vorhandene und mögliche Verbindungen für Reisende aus dem Enzkreis zum/vom Flughafen Stuttgart zu den o.g. Zeiten; Erwartung von Fahrplanverbesserungen nach Realisierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Ulm, Eintreten für kurzfristige Maßnahmen

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/29

Flughafen Friedrichshafen - Änderung der luftrechtlichen Genehmigung

Art und Ergebnisse der Ermittlung der Grundlagendaten (Passagierzahlen, Flugbewegungen und Auslastungsgrad) für den o.g. Antrag auf Lockerung bestehender Nachtflugverbote; Auflagen und Kontrolle der Zuschussgewährung zur Reduzierung der negativen Bilanzen der FFG

KlAnfr
s. *Flughafen Friedrichshafen*
Drs 15/980

Zukunft und Weiterentwicklung des Baden-Airparks in Karlsruhe/Baden-Baden

Verbesserung der Anbindung des Flughafens und Gewerbestandorts an die Straße und Schiene, Maßnahmen zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, Entwicklung der Zahl von Arbeitsplätzen und Passagieren in den letzten und kommenden Jahren, Beurteilung der allgemeinen Entwicklung des Baden-Airparks

Antr
s. *Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden*
Drs 15/1341

Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land
 Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr
s. Flughafen
 Drs 15/4187

Fluggastkontrolle

s. Personenkontrolle

Flughafen

s.a. Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg
s.a. Flughafen Friedrichshafen
s.a. Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden
s.a. Flughafen Stuttgart
s.a. Flughafen Zürich
s.a. Landeplatz

Luftverkehrssicherheitskontrollen an baden-württembergischen Flughäfen

Beurteilung der auf mehrere Behörden verteilten Zuständigkeit für die o.g. Kontrollen, Organisation der Gebührekalkulation und -eintreibung, Kostendeckungsgrad des Gebührenaufkommens, vereinbarte Qualitätsstandards mit den privaten Dienstleistern und deren Überwachung, Beurteilung einer Bündelung der Sicherheitskontrollen in einer Hand bei den Flugplatzbetreibern

Antr
s. Luftverkehrssicherheit
 Drs 15/537

Haushalt 2012; Epl 13

Rücknahme der Streichung der Investitionszuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätzen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1113 1 2 S. 24 25
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1213 4 5 S. 6 7
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1348-1370

Zukunft der regionalen Flughäfen und Luftverkehrsdienste in der EU

Bewertung der o.g. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10.05.2012, u.a. der Forderung nach Einbindung von regionalen Flughäfen in die transeuropäischen Verkehrsnetze und der Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus in den Regionen durch die Regionalluftfahrt; Erhöhung der Investitionszuschüsse für die Regionalflughäfen

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2099
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 69-71
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Wirtschaftspolitische Bedeutung von Verkehrslandeplätzen

Mittelfristige Gefährdung der Regionalflugplätze aufgrund neuer Sicherheitsanforderungen; Ausbau von Verkehrslandeplätzen

als Instrument regionaler Wirtschaftsförderung; Haltung der EU zu Regionalflugplätzen; Fahrgastzahlen des Adolf-Würth-Airport in Schwäbisch Hall

Antr Winfried Mack u.a. CDU 12.11.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2653
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.02.2013 Drs 15/3245 S. 95
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Konzept für den Luftverkehr in BW

Entwicklung des Luftverkehrs in den letzten fünf Jahren unter Einbeziehung des Generalverkehrsplans; Prognosen für den Linienflugverkehr sowie den Fracht- und Charterverkehr der einzelnen Flughäfen und Landeplätze; Verkehrsverlagerung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern; Konzepte zur Reduzierung der mit dem Verkehrsaufkommen verbundenen Lärm- und Umweltbelastungen

Antr
s. Luftverkehr
 Drs 15/2772

FRONTEX-Missionen in BW

Statistiken, Rahmenbedingungen und Finanzierung der FRONTEX-Abschiebeflüge, insbes Konsultation eines unabhängigen Abschiebebeobachters, rechtzeitige Information von Innenministerium, Landesbehörden und eines unabhängigen Menschenrechtsmonitorers zur individuellen Überprüfung der geplanten Abschiebemaßnahmen

Antr
s. Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen
 Drs 15/3154

Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumentengestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KIAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 15/3516

Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land

Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 21.10.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4187
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.12.2013 Drs 15/4581 S. 37-39
 PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Ener-

giesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/5116

Aktuelle Situation und Perspektiven des EuroAirports Basel/Mulhouse

Entwicklung der Passagierzahlen und Flüge in den letzten drei Jahren; Anzahl der am Flughafen Beschäftigten, unterschieden nach ihrer Herkunft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz; Anzahl der in der Nähe des Flughafens angesiedelten deutschen, französischen, schweizerischen und sonstigen Unternehmen; Stand des geplanten Schienenanschlusses, Zahlung eines Landeszuschusses; Differenzen zwischen den beiden den Flughafen betreibenden Staaten Frankreich und Schweiz; Bedeutung der weiteren Entwicklung des Flughafens für BW

KlAnfr
s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
Drs 15/5666

Pläne zur Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet

Inhalte und Auswirkungen der von der Schweiz geplanten Änderungen zur 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet, insbes Folgen für die Flugverkehrsbelastungen Südbadens, Art der Umsetzung, Weiterleitung von Informationen an den Flugbeirat; Einsatz des Ministerpräsidenten gegen eine Änderung der Durchführungsverordnung

Antr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/5888

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der Schweiz

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaßnahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkommens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr
s. *Fluglärm*
Drs 15/6309

Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart

Sachstand zur Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart, insbes Planungsstand, Finanzierung, Zeitplan für die Umsetzung

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/6675

Betriebskonzepte am Flughafen Zürich

Sachstand zur Diskussion der verschiedenen Betriebskonzepte für den Flughafen Zürich, insbes Auswirkungen auf den südbadischen Raum, Beurteilung der Sicherheitsfragen, Vorschlag von 137 Schweizer Gemeinden zur Gestaltung des Flugbetriebs

KlAnfr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/7187

Unterstützung des Flughafens Friedrichshafen

Sachstand zur Beteiligung des Landes an der Förderung der Sicherung und Weiterentwicklung des Flughafens Friedrichshafen

MdlAnfr
s. *Flughafen Friedrichshafen*
Drs 15/7650

Autobahnanschluss an den Baden-Airpark

Sach- und Planungsstand zur Anbindung des Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden (Baden-Airpark) an die Bundesautobahn 5

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/7948

Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg

Bahnanbindung Euro-Airport Basel/Mulhouse

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Höhe der Kosten und einer Beteiligung des Landes an der Schienenanbindung

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 03.08.2011 und Antw MVI
Drs 15/398

Schienenanschluss für den EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Rücknahme der in Aussicht gestellten finanziellen Unterstützung des o.g. Bahnanschlusses, Kommunikation des Rückzugs über die Presse statt mit den beteiligten Akteuren in der Schweiz und in Frankreich, Vereinbarkeit mit dem Kabinettsbeschluss zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Bewertung der Aufforderung des Oberrheinrats zur Erfüllung der Zusage

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2097

Aktuelle Situation und Perspektiven des EuroAirports Basel/Mulhouse

Entwicklung der Passagierzahlen und Flüge in den letzten drei Jahren; Anzahl der am Flughafen Beschäftigten, unterschieden nach ihrer Herkunft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz; Anzahl der in der Nähe des Flughafens angesiedelten deutschen, französischen, schweizerischen und sonstigen Unternehmen; Stand des geplanten Schienenanschlusses, Zahlung eines Landeszuschusses; Differenzen zwischen den beiden den Flughafen betreibenden Staaten Frankreich und Schweiz; Bedeutung der weiteren Entwicklung des Flughafens für BW

KlAnfr Ulrich Lusche CDU 28.08.2014 und Antw MVI Drs 15/5666

Flughafen Friedrichshafen

Flughafen Friedrichshafen - Änderung der luftrechtlichen Genehmigung

Art und Ergebnisse der Ermittlung der Grundlagendaten (Passagierzahlen, Flugbewegungen und Auslastungsgrad) für den o.g. Antrag auf Lockerung bestehender Nachtflugverbote; Auflagen und Kontrolle der Zuschussgewährung zur Reduzierung der negativen Bilanzen der FFG

KlAnfr Martin Hahn u.a. GRÜNE 12.12.2011 und Antw MVI Drs 15/980

Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land
 Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr
s. Flughafen
 Drs 15/4187

Unterstützung des Flughafens Friedrichshafen
 Sachstand zur Beteiligung des Landes an der Förderung der Sicherung und Weiterentwicklung des Flughafens Friedrichshafen
 MdlAnfr 4) Ulrich Müller CDU 23.11.2015 Drs 15/7650
 PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8640-8642

Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden

Zukunft und Weiterentwicklung des Baden-Airparks in Karlsruhe/Baden-Baden

Verbesserung der Anbindung des Flughafens und Gewerbestandorts an die Straße und Schiene, Maßnahmen zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit, Entwicklung der Zahl von Arbeitsplätzen und Passagieren in den letzten und kommenden Jahren, Beurteilung der allgemeinen Entwicklung des Baden-Airparks

Antr Tobias Wald u.a. CDU 29.02.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1341
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 89 90
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Autobahnanschluss an den Baden-Airpark

Sach- und Planungsstand zur Anbindung des Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden (Baden-Airpark) an die Bundesautobahn 5

KlAnfr
s. Autobahn
 Drs 15/7948

Flughafen Stuttgart

Anbindung des Enzkreises an den Landesflughafen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Nachtzeit und in Tagesrandlagen

Derzeit vorhandene und mögliche Verbindungen für Reisende aus dem Enzkreis zum/vom Flughafen Stuttgart zu den o.g. Zeiten; Erwartung von Fahrplanverbesserungen nach Realisierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Ulm, Eintreten für kurzfristige Maßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.05.2011 und Antw MVI Drs 15/29

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KlAnfr
s. Schienenverkehr
 Drs 15/299

Fahrzeitverkürzung zwischen Nürtingen und dem Flughafen bei Realisierung von Stuttgart 21

Fahrzeitverkürzung für die Berufspendler auf der o.g. Strecke und weiter zum Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr
s. Fahrplan
 Drs 15/378

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen, Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

KlAnfr
s. Fahrplan
 Drs 15/522

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Fahrzeitvorteile von Esslingen mit Ortsteilen nach Stuttgart-Hauptbahnhof und -Flughafen, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Ulm; Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr
s. Fahrplan
 Drs 15/654

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. Stuttgart 21
 Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. Stuttgart 21
 Drs 15/806

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/807

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreiss Göppingen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/808

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/814

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/816

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/817

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/820

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/834

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/835

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und LKreiss Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*

Drs 15/843

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/864

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/874

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Bahnstrecke Heilbronn-Mosbach-Neckarelz

Erwartung einer Verkürzung der Fahrzeiten zum Stuttgarter Hauptbahnhof, Flughafen, zur Landesmesse und in andere Regionen; Beurteilung der Perspektiven des Bahnhofs Mosbach-Neckarelz als Bahnknoten für den Regionalverkehr zwischen den Räumen Rhein-Neckar, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/1199

Ja zum direkten Anschluss der Gäubahn an den Flughafen Stuttgart

Bedeutung der o.g. Anbindung als wesentliche Zielsetzung in der Gesamtkonzeption von Stuttgart 21 und des entsprechenden Votums der Anwohner entlang der Gäubahnverbindung bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bekenntnis zur Realisierung des Anschlusses

Antr

s. *Gäubahn*

Drs 15/1406

Anschluss der Gäubahn

Auswirkungen einer Anbindung der Gäubahn an den Flughafen Stuttgart mit Halt in Tübingen, insbes für die Anbindung des Raums Böblingen und den Ausbau der Wendlinger Kurve; Bewirkung weiterer Baumaßnahmen, Höhe und Träger der Kosten einer solchen Variante; Frage nach einer Positionierung der Schweizerischen Bundesbahnen

Antr

s. *Gäubahn*

Drs 15/1602

Komfortable menschen- und umweltfreundliche Lösungen für die Gäubahn

Pläne der Bahn zur Einschränkung des Fernverkehrs zwischen Stuttgart und Zürich; aktuelle Fahrgastzahlen und Prognosen bis 2025 auf den Abschnitten der Gäubahn und zum Stuttgarter Flughafen; Planungsstand für die Stilllegung der Gäubahntrasse in Stuttgart, Beurteilung der Fortführung der Vermarktung die-

ser Flächen durch die Bahn ungeachtet der Ergebnisse des Filderdialogs, Diskussion über neue Varianten mit o.g. Zielsetzung und Einhaltung des Kostendeckels mit den Projektpartnern von Stuttgart 21

Antr

s. *Gäubahn*

Drs 15/1629

Folgen bei einem Gäubahnhalt in Stuttgart-Vaihingen

Pläne und Maßnahmen zur Führung der Gäubahn auf der bisherigen Trasse in den neuen Stuttgarter Tiefbahnhof, Bedeutung einer direkten Schienenverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Filder mit dem Flughafen und Böblingen/Sindelfingen; Frage nach einer Doppelnutzung von S-Bahn und Gäubahn im Bereich des Bahnhofs Stuttgart-Vaihingen

Antr

s. *Gäubahn*

Drs 15/1728

Arbeitsbedingungen am Landesflughafen Stuttgart

Entwicklung der Zahl, Einsatzbereiche und Vergütung der Beschäftigten in den einzelnen Gesellschaften in Voll- und Teilzeit, Leiharbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen; Frage nach Betriebsräten und deren Bewertung der Arbeitsbedingungen sowie nach Einflussmöglichkeiten des Landes

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 21.05.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1737 (18 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 (dazu ÄAntr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) S. 16-19

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Mittlg LReg 15.11.2013 Drs 15/4342

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Gewichtung der direkten Anbindung der Gäubahn über Herrenberg und Böblingen an den Flughafen und des entsprechenden Votums bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bewertung des o.g. Vorschlags mit seinen zusätzlichen Maßnahmen und Kosten sowie seiner Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen zwischen den Projektträgern von Stuttgart 21; Scheitern der angestrebten Wiedereinführung eines ICE-Halts in Böblingen im Falle einer Umsetzung der o.g. Trassenvariante

Antr

s. *Gäubahn*

Drs 15/1790

Chancen des Flughafens Stuttgart durch Stuttgart 21/Neubaustrecke (NBS) Wendlingen-Ulm

Erwartungen an die o.g. in den Finanzierungsverträgen geregelte Anbindung des Flughafens, Höhe der finanziellen Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH, Vereinbarkeit eines nicht direkten Anschlusses des Flughafens an die Gäubahn mit den in den Finanzierungsverträgen samt Anlagen getroffenen Absprachen, Frage nach einem möglichen Ausstieg des Flughafens als Projektpartner in diesem Fall und nach den finanziellen Folgen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 05.06.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1797

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1966

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flughafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 29.06.2012 und Antw MVI Drs 15/1992

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit dauerhaft gewährleisten

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1996

Geheimgutachten zur „Hermann-Trasse“

Gründe für die Vergabe eines Gutachtens zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen mit einem Umstieg in Vaihingen, Inhalte und Kosten der Expertise; Vereinbarkeit dieser Auftragsvergabe für eine Trassenführung, die gegen die Finanzierungsverträge und die Volksabstimmung verstößt, mit der Pflicht zur Förderung des Projekts und zur sparsamen Haushaltsführung

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2037

Kosten der neuen Filderbahnhof-Variante

Gründe für die Anzweiflung von Mehrkosten bei der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“, Kommunikation der Erkenntnisse bereits iRd Filderdialogs? Frage nach einer Beteiligung an möglichen zusätzlichen Kosten der Variante auch bei einer Überschreitung des Kostendeckels sowie Beteiligung an den Kosten für den zusätzlichen Lärmschutz entlang der S-Bahn-Trasse in Leinfelden

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2219

Haltung der LReg zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“

Kostenanschlag und Kostenteilung gegenüber dem ursprünglich beantragten Bahnhof; Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit einer Finanzierung der Mehrkosten aus dem Projektbudget von Stuttgart 21; Frage nach der Bereitschaft des Landes zu einer über den bisherigen Finanzierungsbeitrag hinausgehenden Beteiligung an den Mehrkosten des „Flughafenbahnhofs Plus“; Haltung gegenüber einer Abkopplung des Baus des Flughafenbahnhofs vom Bau der Anschlussstrecke

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2420

Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 und der S 2
Bedeutung, Finanzierung und Kosten-Nutzen-Verhältnis der Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 zum Flughafen und der S 2 nach Neuhausen/Filder

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3171

Der Filderdialog in der Bewertung

Bewertung der Form der Bürgerbeteiligung im Filderdialog; Umsetzung der Ergebnisse

MdlAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 15/3315

Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land

Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/4187

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Energiesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 29.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5116
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 39 40
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren

Vermeidung von Steuerbetrug bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf dem Flughafen Stuttgart bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren iRd Zollabfertigung

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 15/5149

Fernbusse ermöglichen mehr Mobilität

Fernbus-Unternehmen sowie Fernbus-Linien in BW; Genehmigungspraxis für Fernbus-Verbindungen; Einrichtung eigener Haltestellen für Fernbus-Verbindungen; Fördermittel aus dem Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Kapazitäten des geplanten Fernbus-Bahnhofs am Flughafen Stuttgart

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/6079

Windpark Schurwald im Bereich Esslingen/Plochingen

Stand der Errichtung des Windparks Schurwald; Bedenken von Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld der Genehmigung; Beeinträchtigung des An- und Abflugs am Flughafen Stuttgart durch die Windkraftanlagen; Abstand zur Wohnbebauung; Gesundheitsgefährdung durch Licht- und Lärmemission

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6219

Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart

Sachstand zur Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart, insbes Planungsstand, Finanzierung, Zeitplan für die Umsetzung

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 25.03.2015 und Antw
MVI Drs 15/6675

Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahnsteigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäubahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Filderbahnhof

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/6851

Mehrkosten für Stuttgart 21 durch das zweite Gleis beim Flughafen, Verweisung auf das noch offene Planfeststellungsverfahren; Fahrzeivorteile zum Flughafen nach der Vollendung von Stuttgart 21

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 455 458 459 467

Bewertung von Verlauf und Ergebnissen des Filderdialogs zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2006-2011

Bewertung von Verlauf und Ergebnissen des Filderdialogs zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen, Verweisung auf Studien zur Verbesserung des Flughafenbahnhofs

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2321-2341

Flughafen Zürich*Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich*

Unterstützung der Position der südbadischen Region gegenüber dem Bundesverkehrsminister, ausschließliche Akzeptanz von Flugbewegungen als Planungs-, Steuerungs- und Kontrollkriterium; Mitwirkung in der Begleitkommission beim Regierungspräsidium Freiburg und im Fluglärmbeirat; Unterstützung der In-

itiative des Fluglärmbeirats zur Schaffung von Transparenz der Vorgänge im südbadischen Luftraum

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/186

Fluglärmgespräche mit Schweizer Regierungsvertretern

Frage nach den jeweiligen Positionen zur Zahl der Flugbewegungen vom und zum Flughafen Zürich über dem südbadischen Luftraum; Einschätzung der Möglichkeiten für eine baldige Lösung des Fluglärmstreits mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/435

Ergebnisse des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ergebnisse der Gespräche über den „Fluglärm-Streit Flughafen Zürich“, die „Elektrifizierung der Hoahrheinbahn“ u.a. Themen

KlAnfr
s. *Schweiz*
Drs 15/1761

Folgen des Staatsvertrags über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf BW

Maximal zulässige Anzahl von Anflügen über baden-württembergisches Gebiet, Flughöhe und Zeitraum innerhalb des Tagesverlaufs; zu erwartende Änderungen ab 2020 insbes durch Neufestlegung der Flugrouten; Bewertung dieser Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf den Lärmschutz

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2313

Staatsvertrag Fluglärm Zürich mit der Schweiz - Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung

Ablehnung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form; Hinwirkung auf Aufnahme der Positionen der Stuttgarter Erklärung, insbes der Begrenzung der Flugbewegungen auf 80.000/Jahr, in den Staatsvertrag

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2484

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz

Beurteilung der Ergebnisse der Begleitkommission zum Fluglärm-Staatsvertrag der Schweiz und des Fluglärmbeirats; Gespräche der LReg über den Fluglärm-Staatsvertrag mit Vertretern der Schweiz, des Flughafens Zürich und der Bundesregierung und deren Ergebnisse; Berücksichtigung der „Stuttgarter Erklärung“ in neuerlichen Verhandlungen zur Lösung des Fluglärms durch den Flughafen Zürich

Antr
s. *Fluglärm*
Drs 15/4570

Mögliche Änderungen beim Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich

Gespräche zwischen der Deutschen Flugsicherung und Skyguide zur Erarbeitung eines Flugbetriebskonzepts für den süddeutschen Raum; Koordination mit dem Bundesverkehrsministerium; Unterstützung des Anliegens der Stuttgarter Erklärung; Auskunft über geplante Flugrouten, Flughöhen und Flugbe-

wegungen; Beurteilung der gegenwärtigen Baumaßnahmen am Flughafen Zürich; Erzielung einer langfristigen Lärmentlastung für Süddeutschland

KlAnfr Felix Schreiner u.a. CDU 02.07.2014 und Antw MVI Drs 15/5398

Pläne zur Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet

Inhalte und Auswirkungen der von der Schweiz geplanten Änderungen zur 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet, insbes Folgen für die Flugverkehrsbelastungen Südbadens, Art der Umsetzung, Weiterleitung von Informationen an den Flugbeirat; Einsatz des Ministerpräsidenten gegen eine Änderung der Durchführungsverordnung

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 15.10.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5888

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der Schweiz

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaßnahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkommens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr
s. *Fluglärm*
Drs 15/6309

Betriebskonzepte am Flughafen Zürich

Sachstand zur Diskussion der verschiedenen Betriebskonzepte für den Flughafen Zürich, insbes Auswirkungen auf den südbadischen Raum, Beurteilung der Sicherheitsfragen, Vorschlag von 137 Schweizer Gemeinden zur Gestaltung des Flugbetriebs

KlAnfr Felix Schreiner u.a. CDU 20.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7187

Reduzierung der Fluglärmbelastung Südbadens durch den Flughafen Zürich, Einbringung der Forderungen aus der Stuttgarter Erklärung in einen Staatsvertrag mit der Schweiz

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1169-1175

Flughafengebühren

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 9 - Luftsicherheitsgebühren (Kap 0305 und 0307)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/109
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/709
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 18.09.2012 Drs 15/2347
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2480
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815

Luftverkehrssicherheitskontrollen an baden-württembergischen Flughäfen

Beurteilung der auf mehrere Behörden verteilten Zuständigkeit für die o.g. Kontrollen, Organisation der Gebührenkalkulation und -eintreibung, Kostendeckungsgrad des Gebührenaufkommens, vereinbarte Qualitätsstandards mit den privaten Dienstleistern und deren Überwachung, Beurteilung einer Bündelung der Sicherheitskontrollen in einer Hand bei den Flugplatzbetreibern

Antr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 15/537

Fluglärm

Konzept für den Luftverkehr in BW

Entwicklung des Luftverkehrs in den letzten fünf Jahren unter Einbeziehung des Generalverkehrsplans; Prognosen für den Liniennflugverkehr sowie den Fracht- und Charterverkehr der einzelnen Flughäfen und Landeplätze; Verkehrsverlagerung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern; Konzepte zur Reduzierung der mit dem Verkehrsaufkommen verbundenen Lärm- und Umweltbelastungen

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2772

Gibt es einen Fluglärmdeal mit der Schweiz?

Koppelung an andere Projekte (Paketlösung) bei Verhandlungen über den Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz; Zusagen oder Bedingungen der Schweiz im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Gäubahn; Äußerungen und Absichten des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/2910

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.06.2013 und Antw MVI Drs 15/3627

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz

Beurteilung der Ergebnisse der Begleitkommission zum Fluglärm-Staatsvertrag der Schweiz und des Fluglärmbeirats; Gespräche der LReg über den Fluglärm-Staatsvertrag mit Vertretern der Schweiz, des Flughafens Zürich und der Bundesregierung und deren Ergebnisse; Berücksichtigung der „Stuttgarter Erklärung“ in neuerlichen Verhandlungen zur Lösung des Fluglärms durch den Flughafen Zürich

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 09.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4570

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Energiesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/5116

Mögliche Änderungen beim Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich

Gespräche zwischen der Deutschen Flugsicherung und Skyguide zur Erarbeitung eines Flugbetriebskonzepts für den süddeutschen Raum; Koordination mit dem Bundesverkehrsministerium; Unterstützung des Anliegens der Stuttgarter Erklärung; Auskunft über geplante Flugrouten, Flughöhen und Flugbewegungen; Beurteilung der gegenwärtigen Baumaßnahmen am Flughafen Zürich; Erzielung einer langfristigen Lärmentlastung für Süddeutschland

KlAnfr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/5398

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz

Sachstand beim Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz, insbes Zusammenhang mit dem von der Schweiz beantragten satellitengestützten Anflugverfahren über Deutschland, Mitarbeit des Bundes

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 14.08.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5623
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 22.10.2014 Drs 15/6123 (dazu ÄAntr Felix Schreiner u.a. CDU, Andreas Schwarz u.a. GRÜNE, Wolfgang Drexler u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 35-39
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982
Mittlg LReg 05.05.2015 Drs 15/6850

Pläne zur Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet

Inhalte und Auswirkungen der von der Schweiz geplanten Änderungen zur 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet, insbes Folgen für die Flugverkehrsbelastungen Südbadens, Art der Umsetzung, Weiterleitung von Informationen an den Flugbeirat; Einsatz des Ministerpräsidenten gegen eine Änderung der Durchführungsverordnung

Antr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/5888

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der Schweiz

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaßnahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkommens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 22.12.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6309
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 25.02.2015 Drs 15/6639 (dazu ÄAntr Nicole Razavi u.a. CDU, Andreas Schwarz u.a. GRÜNE, Hans-Martin Haller u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 58-60
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
Mittlg LReg 07.10.2015 Drs 15/7487

Bedeutung der Fluglärmfrage in der Zusammenarbeit mit der Schweiz

Sachstand zur Zusammenarbeit mit der Schweiz bei grenzüberschreitenden Vorhaben und gemeinsamen Interessen, insbes Rolle der Fluglärmfrage

KlAnfr

s. *Schweiz*
Drs 15/6877

Fluglärm und Luftbetankungen in der Region Ulm

Sachstand zu verstärkten Übungsflügen durch Militärflugzeuge in der Region Ulm und der Häufung von Beschwerden über Fluglärm und Luftbetankungen

KlAnfr Martin Rivoir SPD 17.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7184

Flugplatz

Modellflugplatz Malsch im LKreis Karlsruhe

Sachstand zu Vorschriften für Modellflugplätze in BW sowie Umgang mit Beschwerden zum Betrieb des Modellflugplatzes in Malsch im LKreis Karlsruhe

KlAnfr Werner Raab CDU 31.03.2015 und Antw MVI Drs 15/6697

Flugsicherheit

s. Luftverkehrssicherheit

Flugverkehr

s. Luftverkehr

Flugzeug

s.a. *Hubschrauber*
s.a. *Luftverkehr*
s.a. *Militärflugzeug*

„Drohnen“ als fliegende Überwachungstechnik in BW?

Ermöglichung des Einsatzes o.g. Luftfahrtgeräte mit der vorgesehenen Änderung des Luftfahrtgesetzes durch den Bund, Darlegung der Einsatzzwecke und geplanten Systeme sowie der notwendigen (und evtl bereits erworbenen) Qualifikation von Polizeibeamten als „Luftfahrzeugführer“

KlAnfr Thomas Funk SPD 12.03.2012 und Antw IM Drs 15/1421

Hagelschäden im LKreis Esslingen und der Einsatz von Hagelfliegern

Durch das Hagelgewitter vom 28. Juli 2013 verursachte Schäden; Einsatz und Wirksamkeit von Hagelfliegern an diesem Tag und generell; Dachsanierung entsprechend der Vorgaben der Energiesparverordnung (EnEV); Kriterien für eine Befreiung von der energetischen Bausanierung

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/3978

Hagelprävention durch Einsatz von Hagelfliegern

Höhe von Hagelschäden und betroffene Regionen in BW; Einsatz, Finanzierung und Nutzen des Einsatzes von Hagelfliegern in der Hagelprävention in den LKreisen; Aufbau, Unterstützung und Förderung der Hagelabwehr in besonders hagelträchtigen Regionen

Antr
s. *Hagel*
Drs 15/4029

Rebschutz durch Helikoptereinsätze in BW

Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln in Steillagen per Hubschrauber; Anwendung und Nutzen dieser Technik; Einschränkung des Pflanzenschutzes per Helikopter durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit; Einhaltung eines Abstands zu Gewässern; Einsatz von Drohnen für den Rebschutz in Steillagen

Antr
s. *Pflanzenschutz*
Drs 15/5007

Rahmenbedingungen und Einsatzmöglichkeiten für die Nutzung von zivilen unbemannten Luftfahrtsystemen (UAS) in BW

Rahmenbedingungen für den Einsatz von unbemannten Luftfahrtsystemen (Drohnen) im zivilen Bereich in BW, insbes bestehende Auflagen, Nutzungspotenzial, Gesetzeslage, Genehmigungsverfahren, Beachtung des Datenschutzes

Antr Paul Locherer u.a. CDU 23.07.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5531 (11 S.)

Modellflugplatz Malsch im LKreis Karlsruhe

Sachstand zu Vorschriften für Modellflugplätze in BW sowie Umgang mit Beschwerden zum Betrieb des Modellflugplatzes in Malsch im LKreis Karlsruhe

KlAnfr
s. *Flugplatz*
Drs 15/6697

Fluorkohlenwasserstoff*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten - Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Fluorierte Treibhausgase*

Mittlg UM 28.11.2012 Drs 15/2761
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/2899
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Flurbereinigung

s. *Flurneuordnung*

Flurbereinigungsverfahren

s. *Flurneuordnung*

Flurneuordnung*Flurneuordnung und Landentwicklung in BW*

Aufgaben und (ökologische) Bedeutung der Flurneuordnung und Landentwicklung, insbes für den Tourismus durch den Ausbau von Rad- und Wanderwegen, für den ländlichen Wegebau und Waldwegebau; Darlegung der künftigen Schwerpunkte und vorrangigen Verfahrensarten; Fortschreibung und bedarfsgerechte Anpassung der Etatansätze

Antr FDP/DVP 29.06.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/167
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749-756

Flurneuordnung in BW

Künftige Bedeutung und finanzielle Ausstattung der Flurneuordnung, Akzeptanz und Fortführung der Modellprojekte Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte, Stellenwert der Agrarstrukturverbesserung und des ländlichen Wegebbaus, Fortschreibung der

„Anweisung zur Ökologischen Ressourcenanalyse und Bewertung in der Flurneuordnung“, Zusammensetzung und Ergebnisse des Arbeitskreises „Ökologisierung in der Flurneuordnung“

Antr Paul Locherer u.a. CDU 13.04.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1564
BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 55 56
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Neuausrichtung und Modernisierung der Flurneuordnung in BW

Schwerpunkte der Neuausrichtung der Flurneuordnung in BW, insbes Umsetzung eines landesweiten Biotopverbunds, Ausrichtung an naturschutzfachlichen Gesichtspunkten, Unterstützung von Regionalentwicklungsprozessen, verstärkte Bürgereinbindung

Antr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE und Alfred Winkler u.a. SPD 07.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3185
BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.04.2013 Drs 15/3712 S. 32-34
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Unternehmensflurbereinigung im Zuge des Neubaus der B 29

Unternehmensflurbereinigungsverfahren im Zuge des Neubaus der B 29 Ortsumgehung Mögglingen auf den Gemarkungen Mögglingen, Essingen und Heubach-Lautern, insbes mögliche Änderung der bisherigen Zuschussvoraussetzungen durch die zeitliche Verzögerung des Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr Klaus Maier SPD 08.03.2013 und Antw MLR Drs 15/3193

Naturschutzstrategie BW 2020

Überarbeitung und Umsetzung der Naturschutzstrategie BW 2020, insbes Anlass, Ziele, Mittelbereitstellung, Zeitplan und Ressorteinbindung; Kostenkonkurrenz zu anderen Naturschutzprojekten; Stellenwert und Konkurrenz von Biodiversität, Klimaschutz, Flurneuordnung und Landentwicklung im Zusammenhang mit der Naturschutzstrategie

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 15/3688

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung BW (LGL) - Schließung des Standorts Karlsruhe

Aufwendungen, Einsparpotenziale und Auswirkungen der Zentralisierung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) durch Schließung des Standorts Karlsruhe, insbes geplante Aufgabenveränderung beim LGL, Planung der Stellenentwicklung, Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse für den Standort Karlsruhe, Standorterhalt durch Veränderung von Aufgaben und Bündelung von Kompetenzen

Antr
s. *Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg*
Drs 15/4070

Perspektiven und Herausforderungen des Gemüseanbaus auf der Insel Reichenau

Entwicklung, Zukunft und Unterstützung des Gemüseanbaus auf der Insel Reichenau, insbes Bedeutung für Agrarstruktur, Versorgung, Landschaftsbild und Tourismus; Rückbau ineffizienter Gewächshäuser; Ermöglichung von Flurbereinigung und Diversifizierung

Antr

s. Gemüsebau
Drs 15/4088

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2789 betr. Flurbereinigung, Vermessungskosten

BeschlEmpf und Bericht PetA 07.11.2013 Drs 15/4185 Nr. 1 S. 2
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923–4925
Mittlg LReg 07.01.2014 Drs 15/4560

Flurneuordnung in BW

Sachstand zu durchgeführten Flurneuordnungsverfahren, insbes Beteiligung, Fläche, Ausführungskosten

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.09.2015 und Antw MLR Drs 15/7411

Fluss

Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)
Entwicklung und aktueller Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für BW im Bundesvergleich, insbes Zuständigkeit für Kontrolle und Koordination der Umsetzung, Vorrangigkeit bestimmter Fließgewässer, Konsequenzen der Umsetzung für die Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen; Maßnahmen gegen Wassermangel der Flüsse Acher und Rench

Antr
s. Wasserrecht
Drs 15/3897

Energiegewinnung mit Flussturbinen

Energetisches und wirtschaftliches Potenzial von Flussturbinen beim Einsatz zur Energiegewinnung und ökologische Auswirkungen

KlAnfr
s. Wasserkraftwerk
Drs 15/6200

Pläne für Renaturierungen der Enz im LKreis Ludwigsburg

Vorschläge zur Renaturierung der Enz auf dem Abschnitt Vaihingen/Enz-Roßwag bis Besigheim; Förderung der Renaturierungsmaßnahmen durch das Land

KlAnfr
s. Renaturierung
Drs 15/8047

Flussausbau

s. Gewässerausbau

Flussbau

s. Gewässerausbau

Flußbegradigung

s. Gewässerausbau

Flussdeich

s. Deich

Flussregulierung

s. Gewässerausbau

Flussufer

s. Ufer

Flutschaden

s. Hochwasserschaden

FOC

s. Fabrikverkauf

Föderale Ordnung

s. Föderalismus

Föderales System

s. Föderalismus

Föderalismus

s.a. Dezentralisierung
s.a. Gemeinschaftsaufgabe
s.a. Länder der Bundesrepublik Deutschland
s.a. Subsidiaritätsprinzip

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen

Artikel 1 Landesgesetz zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartierstrukturen (Landeswohnraumförderungsgesetz - LWoFG)

Mittlg LReg
s. Wohnungsbau
Drs 15/2492

Bildungspolitik muss in der Verantwortung des Landes bleiben

Beurteilung der finanziellen Folgen einer Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots für den Schul- und Hochschulbereich; Höhe der fehlenden Mittel nach Auslaufen der Hochschulbauförderung 2014; Möglichkeiten einer Folgefinanzierung nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017; Entwicklung einer abgestimmten Position aller Fraktionen für die Schul- bzw Hochschulpolitik und Vertretung gegenüber dem Bund, Initiierung einer untergesetzlichen Regelung in Form eines Staatsvertrags, Abwendung einer Grundgesetzänderung zur Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 15/2552

Auswirkungen der Föderalismusreform II auf BW

Einzahlungen des Landes BW in den Länderfinanzausgleich seit 2005, ab 2013 zu erwartende Beträge; weitere sich zu Ungunsten Baden-Württembergs auswirkende Ausgleichssysteme zwischen den Bundesländern; Höhe der Beiträge Baden-Württembergs in den letzten zehn Jahren; Nachzahlungen aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011; Zufriedenheit mit den Resultaten der Föderalismusreform II; zentrale Anliegen einer Föderalismusreform III

Antr
s. Länderfinanzausgleich
Drs 15/3681

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Erstes Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform und zum Bürokratieabbau im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Mittlg LReg 24.10.2013 Drs 15/4250

Stärkung der Finanzautonomie der Bundesländer

Vorbereitung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern; Haltung der LReg zu verschiedenen Vorschlägen, insbes zu einer Stärkung der Finanzautonomie der Länder; Zuschlagsrechte zur Einkommensteuer für die Länder; zentrale Themen einer Neuordnung; Reform des Länderfinanzausgleichs; Nachfolgeregelung für den Solidaripakt; Evaluation der Ergebnisse der Föderalismuskommission; Vorschläge des im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion der Länder BW, Bayern und Hessen von Lars P. Feld, Hanno Kube und Jan Schnellenbach erstellten Gutachtens „Optionen für eine Reform des bundesdeutschen Finanzausgleichs“

Antr

s. *Finanzverfassung*

Drs 15/4635

Neuordnung des Finanzföderalismus, Anstreben einer leistungsgerechten Grundlage für den Länderfinanzausgleich, Eintreten für eine verstärkte Steuerautonomie der Länder

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 27 28

Eintreten für eine verstärkte Steuerautonomie der Länder iRd anstehenden Föderalismusreform III

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 643 648

Erreichung einer Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz und von mehr Steuerautonomie der Länder iRd Föderalismuskommission II

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 802 803 805-807 811

Neuordnung des Finanzföderalismus, Anstreben einer leistungsgerechten Grundlage für den Länderfinanzausgleich, Anknüpfung an die erfolgreichen Föderalismuskommissionen I und II

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1202 1203

Föderalismuskommission

s. *Föderalismus*

Föderalismusreform

s. *Föderalismus*

Föderatives Bildungssystem

s. *Bildungswesen*

Föderatives System

s. *Föderalismus*

Fördergelder der EU

s. *EU-Mittel*

Fördergelder des Landes

s. *Landesmittel*

Fördermittel der EU

s. *EU-Mittel*

Fördermittel der Europäischen Union

s. *EU-Mittel*

Fördermittel des Landes

s. *Landesmittel*

Förderprogramm

s.a. *Agrarprogramm*

s.a. *Infrastruktur*

s.a. *Investition*

s.a. *Subvention*

s.a. *Wirtschaftsförderung*

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis
Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadtumbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.11.2011 und
Antw MFW Drs 15/841

Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss beim Landessanierungsprogramm im Enzkreis

Unterstützung der Gemeinde Wimsheim bei den Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss aus dem Landessanierungsprogramm im Enzkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.02.2014 und
Antw MFW Drs 15/4732

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 16 - Förderprogramme des Landes im Energiebereich (Kap 1009)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5416

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5916

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 16.06.2015 Drs 15/6993

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7114

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Regelmäßige Überprüfung der Strukturen und Zielschärfe von Förderprogrammen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1130

Ausrichtung verschiedener Förderprogramme von Bund und Land auf die Bundeswehrkonversion

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171-2175 2177 2179 2180

Förderprogramm der Bundesregierung

s. *Programm der Bundesregierung*

Förderprogramm der EU

s. *Programm der EU*

Förderprogramm der Landesregierung

s. Programm der Landesregierung

Förderprogramm „Singen - Bewegen - Sprechen“

s. Musikerziehung

Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

s. Wasserwirtschaft

Förderschule

s. Sonderschule

Förderschule für Kranke

s. Schule für Kranke

Förderung der Prostitution

s. Zuhälterei

Förderunterricht

s.a. Nachhilfeunterricht

Sommerschulen in BW

Bewertung des o.g. pädagogischen Modells und Angebots, Einbeziehung der Eltern und von außerschulischen Partnern, Ausbau auf der Grundlage der Evaluation, Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen, Ausweitung auf alle Schularten sowie auf die Oster- und Herbstferien?

Antr

s. Sommerschule

Drs 15/260

Streichung von Lehrerstunden für Arbeitsgemeinschaften an den Schulen durch die Schulverwaltung

Begründung, Umfang und betroffene Schularten der Streichung des ergänzenden Unterrichtsangebots an Förderstunden für Schulchor, Musik AG, Theater AG u.a.; Rücknahme der vorgenommenen Streichungen

Antr

s. Arbeitsgemeinschaft

Drs 15/433

Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an Förderschulen in Metzingen und Bad Urach

Unterrichtsausfall an der Wilhelmschule Bad Urach und der Seyboldschule Metzingen bedingt durch Krankheit oder Mutterschutz von Lehrkräften; Gründe und Abhilfemaßnahmen für das Fehlen von Klassenlehrern in den Eingangsklassen beider Schulen

KlAnfr

s. Sonderschule

Drs 15/1724

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr

s. Grundschule

Drs 15/2277

Sachstand Ergänzungsbereich an Grundschulen

Förderunterricht an Grundschulen im LKreiss Göppingen seit 2002; Bildungsangebote je Grundschule; Konkretisierung des in den kommenden fünf Jahren vorgesehenen Ergänzungsunterrichts; Gründe für die Streichung von Unterrichtsstunden; geplante Ausgleichsmaßnahmen; Fortführung spezieller Förderangebote u.a. für Schüler mit Lese-Rechtschreib-Schwäche oder Dyskalkulie

KlAnfr

s. Grundschule

Drs 15/2628

Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Fachliche und pädagogische Bedeutung des Ergänzungsunterrichts; Einstufung unterschiedlicher Angebote des Ergänzungsunterrichts; individuelle Förderung von Schülern im Ergänzungsunterricht; Höhe der im Vergleich zu den letzten fünf Jahren im Schuljahr 2012/13 bereitgestellten Mittel; Beurteilung der Unterrichtsversorgung speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote aufgeschlüsselt nach den Schularten; Einsatz externer Kräfte zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich

Antr

s. Unterrichtsversorgung

Drs 15/2763

Ergänzungsbereich an den Grundschulen im LKreiss Esslingen

Umfang und Bildungsangebote im Ergänzungsbereich differenziert nach der jeweiligen Grundschule im LKreiss Esslingen; Streichung von Deputatsstunden an Grundschulen; Bewertung von Angeboten im Ergänzungsbereich; Umfang und Weiterführung dezidiert Förderangebote

KlAnfr

s. Grundschule

Drs 15/2833

Zunahme des Anteils der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft und deren Bildungserfolg

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungserfolg des steigenden Anteils ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen, insbes Erhöhung der Stütz- und Förderstundenzahl, individuelle Förderangebote an Gemeinschaftsschulen; Prüfung der Ursache für den höheren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Realschulen und Gymnasien und deren Leistungsniveau und Bildungserfolg

Antr

s. Schulleistung

Drs 15/3069

Individuelle Förderung an allen Schulen in BW

Situation, Maßnahmen und Finanzierung der individuellen Förderung an allen Schularten BW, insbes Konzept und Gewährleistung des Ausbaus der individuellen Förderung bei einem gleichzeitigen Abbau von insgesamt 11.600 Lehrerstellen bis 2020

Antr Georg Wacker u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3194 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.02.2014 Drs 15/4949 S. 3 4

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Lernförderung im Bildungs- und Teilhabepaket

Bisherige Umsetzung der außerschulischen ergänzenden Lernförderung; Bewertung der aktuellen Förderbedingungen; mangelnde Berücksichtigung von Kindern mit Lernstörungen wie Legasthenie oder Dyskalkulie; Genehmigungsdauer eines Antrags auf Lernförderung

KlAnfr

s. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*

Drs 15/3205

Einsatz von „Teach First Deutschland“-Fellows an Schulen in BW

Einsatz von externen Mitarbeitern nach dem Modell der „Teach First“-Fellows an Schulen in BW, insbes Bewertung des Erfolges und Ergebnis externer Evaluationen

KlAnfr Claus Schmiedel SPD 22.03.2013 und Antw KM Drs 15/3283

Leseklassen fallen dem Rotstift zum Opfer

Bedeutung der Leseklassen für den Schulerfolg der Schüler; Einstellung dieser Extraförderung

MdlAnfr

s. *Lesen*

Drs 15/3731

Haben die Sommerschulen bzw die schulischen Förderangebote in den Ferien noch eine Zukunft in BW?

Situation und künftige Planungen für die Sommerschulen bzw die schulischen Förderangebote in den Ferien in BW, insbes Folgen der Sparmaßnahmen, Aufrechterhaltung des Angebots dieser Schulangebote in den Ferien und ausreichend Mittelbereitstellung durch die LReg

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3920 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.02.2014 Drs 15/4949 S. 6 7

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Sommerschulen in Karlsruhe

Beurteilung der Sommerschulen und ähnlicher Programme zur Vorbereitung von Kindern auf das kommende Schuljahr; Förderangebote an Karlsruher Schulen während der Ferienzeiten; Zahl der geförderten Kinder; Perspektive des Förderunterrichts

KlAnfr Katrin Schütz CDU 10.09.2013 und Antw KM Drs 15/4020

Leseklassen im LKreis Esslingen

Angebot, Finanzierung, Schülerbesuch und Lernerfolge durch Leseklassen an Grundschulen im LKreis Esslingen; Fortsetzung der Förderung von Schülern mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche bei Wegfall von Leseklassen

KlAnfr

s. *Lesen*

Drs 15/4058

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/4061

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreis Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streitschlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 19.09.2013 und Antw KM Drs 15/4062

Sind die geplanten Leseklassen wirklich gleichwertig?

Gleichwertigkeit der Förderung und konkrete Ausgestaltung des vom Staatlichen Schulamt Ludwigsburg entwickelten Nachfolgekonzpts der Leseklassen

MdlAnfr

s. *Lesen*

Drs 15/4105

Unterrichtsversorgung muss auch den Ergänzungsbereich einbeziehen

Individuelle Förderung der Schüler durch Förder- und Unterstützungsangebote sowie Bildungsangebote des Ergänzungsbereichs; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 an den verschiedenen Schularten für den Ergänzungsbereich zur Verfügung stehenden Lehrerdeputate; Beurteilung der Unterrichtsversorgung im Allgemeinen und speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote und ihre quantitative Entwicklung seit dem Schuljahr 2012/2013; Nutzung der vorgesehenen Unterrichtszeit für Krankheitsvertretung; Förderung der Bildungsgerechtigkeit durch eine ausreichende Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/4650

Klassengröße und Lehrer-Schüler-Relation

Entwicklung von Klassengrößen, Lehrer- bzw Schülerzahlen und Lehrer-Schüler-Relationen an Grundschulen und weiterführenden Schularten in BW sowie künftige Entwicklung; Umfang des geplanten Lehrkräfteabbaus; Bedeutung und Qualität der Unterrichtsversorgung, insbes im Ergänzungsbereich

Antr

s. *Klassenstärke*

Drs 15/4697

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. Inklusion
Drs 15/4965

Inklusion im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umsetzung der Inklusion in den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises in den vergangenen Schuljahren; Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Erreichung eines Schulabschlusses; Berücksichtigung des integrativen Unterrichts bei der Lehrerbildung

KlAnfr
s. Inklusion
Drs 15/5013

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Inklusion
Drs 15/5189

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr
s. Gemeinschaftsschule
Drs 15/5322

Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Lese-Rechtschreibschwäche

Zahl der Grundschulschüler mit besonderem Förderbedarf beim Lesen und bei der Rechtschreibung; Diagnose der Lese-Rechtschreibschwäche; Förderkonzepte und individuelle Förderung innerhalb und außerhalb des Regelunterrichts an den Grundschulen; Finanzierung der Fördermaßnahmen vonseiten der Staatlichen Schulämter; Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

Antr
s. Lernstörung
Drs 15/5354

Inklusion im LKreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Inklusion
Drs 15/5382

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Inklusion
Drs 15/5851

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. Lehrbedarf
Drs 15/6499

Einrichtung einer Leseklasse an der Katharinenschule in Esslingen

Kriterien und bereitgestellte Mittel für die Einrichtung von Leseklassen; Erfüllung der Kriterien durch das Konzept der Katharinenschule in Esslingen

KlAnfr
s. Lesen
Drs 15/6616

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Sachstand zur Unterrichtsversorgung beim Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik an den Schulen im Stadt- und LKkreis Heilbronn

KlAnfr Alexander Throm CDU 08.04.2015 und Antw KM
Drs 15/6717

Lehrerversorgung an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. Lehrbedarf
Drs 15/7220

Folteropfer

s. Verbrechensoffer

Fonds*Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds*

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/4253

Einrichtung eines Sozialchartafonds für die Mieter der LBBW-Wohnungen aus der Vergleichssumme von J.P.M.

Finanzmittel aus dem Vergleich mit der US-Investmentbank JP Morgan Chase; Stillschweigen der LBBW über eine Vergleichszahlung; Urteil des Stuttgarter Landgerichts im Streit um eine Mieterhöhung für eine vormalige LBBW-Wohnung durch die heutige Eigentümerin; Unwirksamkeit der Sozialcharta; Einhaltung des zugesagten Mieterschutzes; Nutzung der Vergleichssumme für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung ehemaliger LBBW-Mieter in Härtefällen

Antr
s. *Wohnimmobilien*
Drs 15/4382

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biberschutzes gegenüber anderen Interessen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/5017

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/5375

Abrufen verfügbarer Mittel zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor

Sachstand zur Umsetzung der Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor, insbes Verfahren zum Mittelabruf aus einem Strukturfonds iRd geplanten Krankenhaus-Strukturgesetzes, Förderkriterien des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für den Innovationsfonds, Mittelbereitstellung durch den geplanten Kommunalinvestitionsförderungsfonds; Aufgabe von Krankenhausstandorten

Antr
s. *Gesundheitswirtschaft*
Drs 15/6852

Fonds der EU*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und einen einheitlichen Bankenabwicklungsfonds

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3997

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6497

Europäischer Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Sachstand zur Erarbeitung und Umsetzung des nationalen Programms des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in BW, insbes Abstimmung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über die Fördermöglichkeiten des Programms, Unterstützung für Kommunen und Organisationen bei der Mittelbeantragung, Unterstützung und Beteiligung des Landes an AMIF-Projekten

Antr
s. *Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds*
Drs 15/6830

Nutzung von EU-Mitteln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Sachstand zur Nutzung von EU-Fonds als Finanzierungsinstrumente von Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie Infrastrukturmaßnahmen und sozialem Wohnungsbau zur Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7632

Forderung im bürgerlichen Recht

s. *Forderungen*

Forderungen

s.a. *Inkassobüro*

*s.a. Vollstreckung von Forderungen**Forderungsmanagement für die Justiz*

Aufwand, Kosten und Wirtschaftlichkeit der Rückübertragung und Weiterbearbeitung der an den Dienstleister übergebenen Forderungen durch die Landesoberkasse; Art der Tätigkeit und Ressourceneinsatz bei der Landesoberkasse für die Betreuung des Dienstleisters; Berücksichtigung der besseren Zahlungsquote der durch den Dienstleister verwalteten Forderungen bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Prozesskostenhilfe?

Antr Tobias Wald u.a. CDU 24.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2155

Forderungsmanagement für die Justiz II

Externe Kosten und interner Aufwand für die Mahnung, Vollstreckung und Bonitätsprüfung vor Niederschlagung; Art, Volumina und Aufwand der Langzeitbearbeitung von Forderungen durch die Landesoberkasse im Vergleich zur infoscore Forderungsmanagement GmbH; Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Langzeitbearbeitung, Höhe der eingesparten Vergütung von Fremddienstleistungen in der Buchhaltung durch den Einsatz der frei gewordenen Personalkapazitäten aus der Prozesskostenhilfe

Antr Tobias Wald u.a. CDU 27.08.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2264

Fragen zur Wirtschaftlichkeit der Einführung einer neuen Mahnungs- und Vollstreckungssoftware iRd Projekts „Forderungsmanagement für die Justiz“

Sachstand zu Ergebnissen des Projekts „Forderungsmanagement für die Justiz“, insbes Auswirkungen auf die Einnahmesituation, Kosten und Betrieb der neuen Mahnungs- und Vollstreckungssoftware

Antr Tobias Wald u.a. CDU 04.02.2016 und Stellungnahme MFW Drs 15/7988

Forderungsmanagement*s. Forderungen***Forensische Medizin***s. Rechtsmedizin***Formblatt***s. Formular***Formular***Einkommensteuererklärung*

Statistiken und Vorteile der schriftlichen bzw elektronischen Abfassungs- und Einreichungsart der jährlichen Einkommensteuererklärung in BW; Wiedereinführung des Formularversands per Post

KlAnfr
s. Einkommensteuer
Drs 15/3527

Formularvordruck*s. Formular***Forschung***s.a. Agrarwissenschaft**s.a. Bildungsforschung**s.a. Cluster**s.a. Drittmittel**s.a. Energieforschung**s.a. Europäisches Technologieinstitut**s.a. Exzellenzinitiative**s.a. Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie**s.a. Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart**s.a. Fraunhofer-Gesellschaft**s.a. Helmholtz-Gemeinschaft**s.a. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg**s.a. Max-Planck-Gesellschaft**s.a. Medizinische Forschung**s.a. Open Access**s.a. Technologietransfer**s.a. Umweltforschung**s.a. Wehrtechnik**s.a. Wissenschaftler**s.a. Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: GRÜN-BUCH „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/74

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungscluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr
s. Fachkraft
Drs 15/84

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 15: Förderung von Vertragsforschungseinrichtungen

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/226
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Forschungslandschaft sichern und erhöhen

Förderung der Ansiedlung, Neugründung und Erweiterung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in BW, u.a. von Instituten und Forschergruppen der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/265
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.09.2011 Drs 15/747 S. 11-13
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Nutzung des 7. Forschungsrahmenprogramms

Teilhabe des Landes am o.g. EU-Programm im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Möglichkeiten zur Steigerung

des Mittelanteils, Unterstützung von interessierten Akteuren bei der Antragstellung; Frage nach einer zunehmenden Verlagerung von Forschungsaktivitäten der Unternehmen nach Asien

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/270

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.09.2011 Drs 15/747 S. 11-13
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Gutes Klima für Forschung und Lehre an unseren Hochschulen

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280-291

Möglichkeiten der Nutzung und Erforschung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in BW

Freigesetzte Mengen an Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen in den letzten fünf Jahren, Definition der Carbon Dioxide Capture and Storage-Technologie und von dafür geeigneten Standorten in BW; Interessen der Wirtschaft, insbes der Energieversorger, an der weiteren Erforschung und Nutzung der CCS-Technologie; Unterstützung der Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit CCS an Universitäten und Forschungseinrichtungen im Land

Antr
s. *CO2-Abscheidung und -Speicherung*
Drs 15/331

Stellung und Finanzierung der privaten Hochschulen in BW

Stimulanz des Wettbewerbs zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen; Anstrengung der Gleichbehandlung und Integration der privaten Hochschulen in die Hochschullandschaft; Förderung auch der Forschungsprojekte in Kooperation von staatlichen mit privaten Hochschulen; Vorlage eines Konzepts für die Einbeziehung der privaten Hochschulen in den Prozess von Forschung und Kooperation

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 15/368

Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an Hochschulen in BW

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungsorientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit verbundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstellen und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Industry on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 18.11.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/897
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/1821 S. 20 21
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität

Handlungsvorstellungen zur o.g. Aus-, Fort- und Weiterbildung; Stand der Planungen einer Produktionslinie zur Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung; Aktivitäten und Ziele zur Leichtbauweise, insbes am Deutschen Institut für Textil- und Faserforschung; Stand der Entwicklungen der Projektgruppe neue Antriebssysteme (NAS) am Fraunhofer-Institut in Karlsruhe

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/936

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlagspaket zum Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont 2020“

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1100

Die Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit vielfältig nutzen

Beurteilung der Entwicklung und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und in der Bodensee-Region; Förderung von grenzüberschreitenden Forschungs- und Innovationsvorhaben sowie Synergien im Energiebereich; Entwicklungspotenzial der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/1755

BW als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit

Art, Umfang und Akteure der Förderung o.g. Ziele an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Darstellung der Clusterbildung und Vernetzung mit der Wirtschaft und Verbänden; Höhe und Herkunft der Drittmittelinwerbung an den Hochschulen seit 2007; Bedeutung der Profilbildung, der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des studentischen Engagements für die Ausrichtung von Hochschulen an nachhaltiger Entwicklung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/1827

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1875

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Fi-

nanzbedarf

Antr

s. *Exzellenzinitiative*

Drs 15/1882

Abschneiden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) bei der Exzellenzinitiative II

Bewertung des eingereichten Zukunftskonzepts und des Verlusts des Exzellenzstatus; Konsequenzen für die Jahre 2013-2017 und für die laufenden Forschungsprojekte; Aufschlüsselung des Gesamthaushalts des KIT nach Landes-, Bundes- und Drittmitteln; Frage nach einer Gefährdung des Fusionsprozesses am KIT

KlAnfr

s. *Karlsruher Institut für Technologie*

Drs 15/1939

Auswirkungen der Ergebnisse der Exzellenzinitiative auf das Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Bewertung des Abschneidens des KIT und des Verlusts des Exzellenzstatus, Auswirkungen auf die Forschung und Lehre bzw für das befristet eingestellte Personal; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Leistung der notwendigen Unterstützung

Antr

s. *Karlsruher Institut für Technologie*

Drs 15/1983

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konsequenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie, u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Innovationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr

s. *Technologie*

Drs 15/1990

Innovationspolitik des Landes BW

Grundlagen, Instrumente und Schwerpunkte der Innovationspolitik; Ergänzung der projektorientierten Technologiepolitik durch eine steuerliche Förderung von FuE-Investitionen; Umsetzungsstand der Studie zu technologischen Perspektiven bis 2020; Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung; Erweiterung der Innovationsgutscheine, Einbeziehung der Kreativwirtschaft; Berufung eines ständigen Innovationsrats mit einer periodischen Berichterstattung

GrAnfr

s. *Innovation*

Drs 15/2071

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an

Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr

s. *Innovation*

Drs 15/2163

Zivilklauseln und Ethikkommissionen der Hochschulen des Landes

Bestehende und geplante Zivilklauseln, Friedensklauseln, auf den Bereich Rüstungsforschung anwendbare Ethikrichtlinien, Ethikkommissionen oder vergleichbare Instrumente

KlAnfr Alexander Salomon GRÜNE 22.08.2012 und Antw MWK Drs 15/2261

Open Access

Höhe der seit 2002 vonseiten des Landes und der Europäischen Union in die Forschung in BW geflossenen Mittel; Frage nach der freien Zugänglichkeit der aus Landesmitteln finanzierten Forschungsergebnisse; Gründe der Europäischen Kommission, den Zugang zu den aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsergebnissen zu erleichtern; Konsequenzen eines solchen Schrittes für die Wissenschaftler, die Universitäten sowie den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW; Frage der Bevorzugung eines bestimmten Publikationswegs

Antr

s. *Open Access*

Drs 15/2343

Ökologie auf dem Abstellgleis? Taxonomische Ausbildung in BW

Situation und Statistiken zur taxonomischen Forschung und Lehre an den Hochschulen in BW, insbes Personal, Finanzmittel, abgedeckte Artengruppen in der taxonomischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Museen sowie Taxonomie-Pflichtstunden in Studiengängen; Weiterentwicklung, Forschungsprogramme und (inter-)nationale Kooperation im Wissenschaftsbereich Taxonomie; Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Antr

s. *Biologie*

Drs 15/2847

Obstbau-Forschung in BW

Schwerpunkte der Obstbauforschung an den drei Standorten Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) Weinsberg, Landwirtschaftliches Technologiezentrum (LTZ) Augustenberg und Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee (KOB) Bavendorf; Ausstattung mit Personal und Sachmitteln; länderübergreifende Zusammenarbeit im Obstbauversuchswesen; Umsetzung der Forschungsergebnisse in der Beratungspraxis

Antr

s. *Obstbau*

Drs 15/3278

Kompensation der Studiengebühren an der Dualen Hochschule BW ((DHBW)

Finanzsituation der Dualen Hochschule BW nach Abschaffung der Studiengebühren, insbes bisheriger Mittelzufluss aus Studiengebühren und Höhe der Qualitätssicherungsmittel an den einzelnen Standorten sowie vorgenommene oder beabsichtigte

Ausgleichszahlungen; Stellenwert und Gewährleistung der Qualitätssicherung von Forschung und Lehre an der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/3415

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr
s. *Photovoltaik*
Drs 15/3623

Finanzierung der Institute der Innovationsallianz BW

Bedeutung, Arbeit und Finanzierung der Innovationsallianz BW und der sie tragenden 12 unabhängigen Forschungsinstitute

KIAnfr Paul Nemeth CDU 24.06.2013 und Antw MFW Drs 15/3671

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/4115

Umsetzung der zur Sicherung der Belange des Natur- und Artenschutzes in der Regional- und Bauleitplanung auf Grundlage des Windenergieerlasses notwendigen Maßnahmen durch die LReg

Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei der Genehmigung von Windkraftanlagen; Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden; Schutz der unter Ziffer 4.2 im Windenergieerlass BW vom 9. Mai 2012 definierten Tabubereiche; Kartierung der Horste geschützter Vögel; wissenschaftliche Untersuchung und Kartierung der Flugrouten von Vögeln und Fledermäusen; Aufschluss über den Vogelzug entlang des Alpennordrands und am Bodensee, Erforschung der Flughöhe nachts ziehender Vögel; Veröffentlichung der planungsrechtlich bedeutsamen Forschungsergebnisse; Zeitplan und Finanzierung der Maßnahmen

Antr
s. *Vogelschutz*
Drs 15/4445

Vergabepaxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftsenergiesysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4499

EU-Mittel in der Förderperiode 2007 bis 2013

Zufluss von EU-Mitteln in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach BW, insbes Gesamtmittel, Direktzahlungen an Landwirte sowie Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm INTERREG IV, dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm „Life+“; Teilnehmerzahlen an den Austauschprogrammen „Comenius“ für Schüler und „Erasmus“ für Studenten

Antr
s. *EU-Mittel*
Drs 15/4943

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KIAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr

s. *Patentverfahren*

Drs 15/5609

Etatisierung zusätzlicher Mittel für die Forschung über einen Nachtragshaushalt

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 27

Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für staatliche Investitionen in die Forschung, Erfolgswertung der Forschung an Hochschulen und Unternehmen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 49 52 70

Bündelung der Forschungsaktivitäten für die Hybrid- und Elektromobilität, Verknüpfung der außeruniversitären und universitären Forschung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 172-174

Forschungsanteil der Automobilbranche in Deutschland, Intensität der Forschung an neuen Antriebstechnologien und Leichtbauweisen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423-426 428-430

Argumentation der Nehmerländer im Länderfinanzausgleich mit der hohen Forschungsförderung der südlichen Bundesländer vom Bund

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1139-1141

Ausbau der angewandten Forschung an den Fachhochschulen, Nutzung von Forschungsmitteln der EU und des Bundes; Anregung eines Kompetenzzentrums für Provenienzforschung; Aufstockung der Mittel für die wirtschaftsnahe Forschung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1402 1405-1407 1409-1413 1416 1419 1425 1426 1428 1430 1442 1447

Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie als internationale Spitzenforschungseinrichtung, Ermöglichung der zivilen und militärischen Nutzung von Forschungsergebnissen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1956-1960

Mittelbereitstellung für die Forschung an der Dualen Hochschule

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1993

Forschungsanstalt

s. *Forschungseinrichtung*

Forschungseinrichtung

EU-Fördermittel für die Städte, Gemeinden und LKreise in BW
Fördermöglichkeiten durch Programme der Europäischen Union und deren Nachfrage aus Städten, Gemeinden und LKreisen in BW, insbes Höhe und regionale Verteilung der abgerufenen EU-Mittel; Informations- und Beratungsbedarf zu den verschiede-

nen EU-Förderprogrammen; Auswirkungen der Förderung auf Stadt- und LKreise, Forschungseinrichtungen sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr

s. *Programm der EU*

Drs 15/4663

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karrieremöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 15/4684

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KIAnfr Martin Rivoir SPD 29.07.2014 und Antw MWK Drs 15/5568 (13 S.)

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr

s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*

Drs 15/5734

Elektromobilität und Wertschöpfung

Ausgangslage und Herausforderungen der Automobilbranche in BW, insbes Bedeutung, Mitarbeiterzahl, Umsatzentwicklung, wichtige Märkte; Zukunftsperspektiven bestimmter Schlüsseltechnologien und -bereiche in Bezug auf die Elektromobilität; Maßnahmen zur Förderung von Schlüsseltechnologien der Elektromobilität in der wirtschaftsnahen Forschung, insbes geförderte Forschungseinrichtungen, Weiterbildung und Qualifizierung von Unternehmensmitarbeitern, Clusterförderung, bisheriger Er-

folg der Landesinitiative Elektromobilität II

GrAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/5774

Die Bedeutung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute für die gute wirtschaftliche Entwicklung im Land

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7156-7166

Schutzzone für das Black Forest Observatory (BFO)

Ausweitung der Schutzzone um das Geowissenschaftliche Gemeinschaftsobservatorium in Schiltach; Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb der Schutzzone

KlAnfr
s. *Geowissenschaftliches Gemeinschaftsobservatorium (Schiltach)*
Drs 15/8099

Forschungsfinanzierung

s.a. *Drittmittel*
s.a. *Forschungspolitik*
s.a. *Hochschulfinanzierung*

Auswirkungen der EU-Haushaltsbeschlüsse zum Finanzrahmen 2014 bis 2020 auf den Wissenschaftsstandort BW

Bedeutung der EU-Forschungsförderung für BW, insbes differenzierte Zahlen zur Mittelvergabe an Einrichtungen in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten, Beteiligungen an EU-Projekten aus BW, Anteil der EU-Zuschüsse an der Forschungsfinanzierung in BW, Änderungen in der Forschungsfinanzierung aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 13.02.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3056
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 44 45
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Drohen den Hochschulen nach Auslaufen des Solidarpakts Kürzungen?

Prüfung von Einsparmöglichkeiten bei Hochschule und Wissenschaft iRd Neuverhandlungen des Solidarpakts zur Finanzierung der Übernahme des Tarifergebnisses der Angestellten im öffentlichen Dienst für die Beamten

MdlAnfr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/3315

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr
s. *Photovoltaik*
Drs 15/3623

Dopingvergangenheit in BW aufarbeiten

Erkenntnisse über systematisch und organisiert betriebenes Doping und die daran beteiligten Einrichtungen; Finanzierung der Dopingforschung durch Steuergelder; Universität Freiburg als Ort der Dopingforschung; Aufarbeitung des Dopings seit den 1970er Jahren

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3915

Solidarpakt III mit den Hochschulen

Rahmenbedingungen und Ausgestaltung des Solidarpakts III mit den Hochschulen des Landes, insbes Berücksichtigung wachsender Studentenzahlen und verstärkter Ausschreibung von Forschungsprojekten der EU sowie enge Einbindung des Landtags als Haushaltsgesetzgeber

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/4291

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/4523

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr
s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*
Drs 15/5734

Sicherstellung der Forschung an adulten Stammzellen in BW

Förderung der Stammzellforschung durch die Baden-Württemberg Stiftung; Einstellung der Forschungsförderung im Jahr 2015; Fortführung der Forschung an adulten Stammzellen in BW; Forschungsprogramme und Forschungsorganisationen

Antr
s. *Forschungspolitik*
Drs 15/6243

Steuerliche Forschungsförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Modelle und Instrumente einer steuerlichen Forschungsförderung; Förderung der Forschungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen; Nachteile des Instruments der steuerlichen Forschungsförderung; Höhe der zu erwartenden Steuerausfälle

Antr
s. Betriebliche Forschung
 Drs 15/6511

Forschung, Entwicklung und Marktbedingungen für Elektrizitätsspeicher

Umfang der bereits bestehenden Speicherkapazitäten; zukünftig erwarteter Kapazitätsbedarf; Gesamtkonzept für die Verteilung von Speicherkapazitäten; Folgen der EEG-Umlage auf Eigenstrom für den Ausbau dezentraler Speicherkapazitäten; Marktbedingungen für Stromspeicher; Einrichtung von Unterflur-Pumpspeicherwerken in stillgelegten Bergwerken; Nutzung der Batteriespeichertechnik, des Power-to-Gas-Verfahrens, des Druckluftspeicherverfahrens und weiterer Speichertechniken; Errichtung von Demonstrations- oder Pilotanlagen; Fortschritte in der Elektrizitätsspeicherentwicklung; Forschungsförderung auf dem Gebiet der Speichertechnik

GrAnfr
s. Energiespeicher
 Drs 15/6525

Forschungsfreiheit

s. Wissenschaftsfreiheit

Forschungsinstitut

s. Forschungseinrichtung

Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 17 - Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie (Kap 0708)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/117
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/717
 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 12.06.2012 Drs 15/1824
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2023
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 26 - Zusammenarbeit zwischen der Universität Stuttgart und dem Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (Kap 1418)

Mittlg RH
s. Universität Stuttgart
 Drs 15/1926

Forschungskooperation

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Lan-

deseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr
s. Internationale Beziehungen
 Drs 15/2786

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr
s. Photovoltaik
 Drs 15/3623

Telemedizin in BW

Nutzung der Telemedizin zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen im medizinischen Bereich; Förderung des Programms „Medizin und Pflege - Projektlinie zur Telemedizin“; Höhe der Fördermittel im Vergleich zu den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen; Aufbau eines zentralen Netzwerks für Telemedizin; Entwicklung gemeinsamer technischer Standards als Voraussetzung der Kooperation; Beurteilung des Projekts „A.T.e.m. - Alltag mit Telemedizin erfolgreich meistern“ der Techniker Krankenkasse mit Bosch Healthcare und dem Robert-Bosch-Krankenhaus; verhaltenes Agieren der technischen Anbieter auf dem telemedizinischen Markt

KlAnfr
s. Telemedizin
 Drs 15/4527

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
 Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungskooperationen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbezirk und LKreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr
s. Tschechische Republik
 Drs 15/4947

Wissenschaftsmanagement an den Universitäten und Hochschulen in BW

Projekte zum Thema Managementstrukturen sowie Stellen für Wissenschaftsmanager an den Universitäten und Hochschulen; Kooperationen zum Thema Wissenschaftsmanagement mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen; Strukturen und Ziele der Kooperationen; Gründung einer Führungsakademie für Hochschulwesen

Antr
s. Hochschulorganisation
 Drs 15/6287

Forschungspolitik

s.a. Forschungsfinanzierung

Auswirkungen der EU-Haushaltsbeschlüsse zum Finanzrahmen 2014 bis 2020 auf den Wissenschaftsstandort BW

Bedeutung der EU-Forschungsförderung für BW, insbes differenzierte Zahlen zur Mittelvergabe an Einrichtungen in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten, Beteiligungen an EU-Projekten aus BW, Anteil der EU-Zuschüsse an der Forschungsfinanzierung in BW, Änderungen in der Forschungsfinanzierung aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr
s. *Forschungsfinanzierung*
Drs 15/3056

Digitale Infrastruktur in BW

Entwicklung des Datenverkehrs und der wirtschaftlichen Wertschöpfung; Ausbauplanungen und Mittelbereitstellung für die digitale Infrastruktur in BW, insbes Forderungen der badenwürttembergischen Unternehmen; Steigerung der Grundversorgung mit Breitbandanschlüssen; Bewertung von Qualität und Angebot der Netzbetreiber; Bereitstellung von Forschungsmitteln zu Telekommunikation und IT; sicherheitspolitische Herausforderungen

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/4894

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/5609

Elektromobilität und Wertschöpfung

Ausgangslage und Herausforderungen der Automobilbranche in BW, insbes Bedeutung, Mitarbeiterzahl, Umsatzentwicklung, wichtige Märkte; Zukunftsperspektiven bestimmter Schlüsseltechnologien und -bereiche in Bezug auf die Elektromobilität; Maßnahmen zur Förderung von Schlüsseltechnologien der Elektromobilität in der wirtschaftsnahen Forschung, insbes geförderte Forschungseinrichtungen, Weiterbildung und Qualifizierung von Unternehmensmitarbeitern, Clusterförderung, bisheriger Erfolg der Landesinitiative Elektromobilität II

GrAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/5774

Sicherstellung der Forschung an adulten Stammzellen in BW

Förderung der Stammzellforschung durch die Baden-Württemberg Stiftung; Einstellung der Forschungsförderung im Jahr 2015; Fortführung der Forschung an adulten Stammzellen in BW; Forschungsprogramme und Forschungsorganisationen

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 10.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6243

Nachhaltigkeit als Thema der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung in der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes, insbes Verankerung der Nachhaltigkeit an den einzelnen Hochschulen, Umsetzung und Unterstützung von entsprechenden Förderprogrammen und Forschungsprojekten

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/7179

Forschungsprogramm

Telemedizin in BW

Nutzung der Telemedizin zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen im medizinischen Bereich; Förderung des Programms „Medizin und Pflege - Projektlinie zur Telemedizin“; Höhe der Fördermittel im Vergleich zu den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen; Aufbau eines zentralen Netzwerks für Telemedizin; Entwicklung gemeinsamer technischer Standards als Voraussetzung der Kooperation; Beurteilung des Projekts „A.T.e.m. - Alltag mit Telemedizin erfolgreich meistern“ der Techniker Krankenkasse mit Bosch Healthcare und dem Robert-Bosch-Krankenhaus; verhaltenes Agieren der technischen Anbieter auf dem telemedizinischen Markt

KlAnfr
s. *Telemedizin*
Drs 15/4527

Ressourceneffizienz als Chance für BW

Bedeutung der Ressourceneffizienz für den Wirtschaftsstandort BW; Ziele des Projekts „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“; Indikatoren einer effizienten Nutzung von Ressourcen; Arbeitsstand der „Akteursplattform Ressourceneffizienz BW“; Gründung einer Denkfabrik (Think Tank) für Industrie- und Ressourcenpolitik in BW; Errichtung einer zentralen Recyclinganlage zur Phosphorgewinnung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6087

Sicherstellung der Forschung an adulten Stammzellen in BW

Förderung der Stammzellforschung durch die Baden-Württemberg Stiftung; Einstellung der Forschungsförderung im Jahr 2015; Fortführung der Forschung an adulten Stammzellen in BW; Forschungsprogramme und Forschungsorganisationen

Antr
s. *Forschungspolitik*
Drs 15/6243

Nachhaltig innovativ: Reallabore für BW

Sachstand zur Umsetzung der Ausschreibung „Reallabor“ iRd Nachhaltigkeitsstrategie, insbes geförderte Anträge und Förderumfang, Bedeutung dieses Forschungsformats, Schwerpunkte der zweiten Ausschreibungsrunde „Reallabor Stadt“

Antr GRÜNE 26.03.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6682 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 43 44
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Forschungsprogramm der EU

Auswirkungen der EU-Haushaltsbeschlüsse zum Finanzrahmen 2014 bis 2020 auf den Wissenschaftsstandort BW

Bedeutung der EU-Forschungsförderung für BW, insbes differenzierte Zahlen zur Mittelvergabe an Einrichtungen in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten, Beteiligungen an EU-Projekten aus BW, Anteil der EU-Zuschüsse an der Forschungsfinanzierung in BW, Änderungen in der Forschungsfinanzierung aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr
s. *Forschungsfinanzierung*
Drs 15/3056

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/4803

Horizont 2020

Schwerpunkte des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ und dessen Umsetzung in BW, insbes Förderzusagen an Hochschulen, Unterstützung von Forschungsaufenthalten, Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 31.03.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5006
BeschlEmpf und Bericht EuA 17.07.2014 Drs 15/5743 S. 44 45
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Forschungsprojekt

s.a. *Modellprojekt*

Dopingvergangenheit in BW aufarbeiten

Erkenntnisse über systematisch und organisiert betriebenes Doping und die daran beteiligten Einrichtungen; Finanzierung der Dopingforschung durch Steuergelder; Universität Freiburg als Ort der Dopingforschung; Aufarbeitung des Dopings seit den 1970er Jahren

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3915

Evaluierung der Freiburger Sportmedizin hinsichtlich ihrer Dopingvergangenheit durch die Evaluierungskommission der Freiburger Sportmedizin

Stand und bisherige Erkenntnisse der Evaluierungskommission; Spezifizierung des Arbeitsauftrags der Kommission; Auswer-

tung datenschutzrechtlich sensibler Unterlagen; Zugang zu den Archiven der Sportverbände; Einblick in Unterlagen der Gutachter des Bundesinstituts für Sportwissenschaft; vormalige Position des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Thema Doping in der Abteilung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg; Vorlage des Abschlussberichts der Kommission

KlAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3933

Zukunft des Projekts „Ökologie von Zecken als Überträger von Krankheitserregern in BW“

Bewertung des Forschungsprojekts „Ökologie von Zecken als Überträger von Krankheitserregern in BW“ und Gründe für die Ablehnung des Aufstockungsantrags zur Fortführung des Projekts

Antr
s. *Zecke*
Drs 15/4787

Energetische Nutzung von Schlachtabfällen

Jährliche Menge der in den Tierkörperverwertungsanlagen anfallenden Schlachtabfälle und Tierkadaver; regionale und zeitliche Verteilung des Aufkommens; Ökobilanz der gegenwärtigen Tierkörperbeseitigung; Forschungsprojekte zur energetischen Nutzung von Tierkörperabfällen; Förderung einer Projektstudie zur Nutzung von Tierkörperabfällen zur Biogasgewinnung

KlAnfr
s. *Bioenergie*
Drs 15/5597

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr
s. *Psychische Störung*
Drs 15/5713

Forschungsprojekt der Universität Freiburg/Hochschule Rottenburg „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“

Hintergründe zum Forschungsprojekt „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“, insbes Umfang und Fördermittel, Personaleinsatz; Überlegungen zu vergleichbaren Forschungsprojekten für Biosphärengebiete, Naturparke und PLENUM-Gebiete

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5956

Status Quo und Perspektiven der Außenstelle Göppingen der Hochschule Esslingen (Fakultät Mechatronik und Elektrotechnik)

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen der Außenstelle Göppingen; Finanzierung zusätzlicher Studienplätze durch die Programme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“; Sanierung der Hochschulgebäude; Forschungsprojekte der Außenstelle Göppingen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen; Einfluss der regionalen Wirtschaft bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte; Versorgung mit Studierendenwohnheimplätzen

KlAnfr
s. Hochschule Esslingen
Drs 15/6421

Forschungsauftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Sachstand zu Forschungsinhalten des vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beauftragten und von der Zeppelin Universität und der Copenhagen Business School durchgeführten Forschungsprojektes „Do people like nudges?“

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.10.2015 und
Antw MLR Drs 15/7478

Europäischer Materialpass und Folgen für die Bauwirtschaft

Intentionen des europäischen Forschungsprojekts „Buildings as Material Banks“ (BAMB) für die Reduktion des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Bauabfallmenge mittels eines elektronischen Materialpasses und Auswirkungen auf verbindliche Vorgaben auf EU-Ebene; Sachstand zur Wiederverwertung von Baumaterialien in BW und der Verbreitung des Materialpasses

Antr
s. Baustoff
Drs 15/7646

Landwirtschaft 4.0 in BW

Potenzial einer Digitalisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse; Vorbereitung der Landwirte auf den digitalen Wandel; Anforderungen an die Datenerfassung und Datenverarbeitung in der Landwirtschaft; infrastrukturelle Voraussetzungen, insbes die Verfügbarkeit des LTE-Mobilfunkstandards; Forschungsprojekte, Fachtagnungen und Förderprogramme zum Thema Landwirtschaft 4.0/Farming 4.0

Antr
s. Landwirtschaft
Drs 15/7861

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr
s. Feuerungsanlage
Drs 15/7909

Forschungsrahmenprogramm

s. Forschung

Forschungsreaktor

Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren

Situation bei Betrieb, Stilllegung und Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren in BW, insbes Entsorgung anfallenden radioaktiven bzw radioaktiv belasteten Materials, Höhe und Träger der Rückbaukosten

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 23.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5527
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6496 S. 29 30
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Forschungsstätte

s. Forschungseinrichtung

Forschungszentrum

s. Forschungseinrichtung

Forst

s. Wald

Forstarbeiter

s. Forstberuf

Forstbediensteter

s. Forstberuf

Forstbehörde

s. Forstverwaltung

Forstberuf

Bericht der LReg zu einem Beschluss des LtG; hier: Ausbildungssituation und Berufs-Chancen für Absolventinnen und Absolventen forstlicher Ausbildungsgänge an Hoch- und Fachhochschulen sowie für Auszubildende des Ausbildungsberufes Forstwirtin/Forstwirt; Gehobenen Forstdienst endlich dem technischen Dienst zuordnen

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/139

Baden-Württembergs Forststruktur im Umbruch

Sicherstellung einer umfassend nachhaltigen Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten innerhalb einer kartellrechtskonformen Forststruktur, insbes Anpassung der Organisationsstrukturen, zentrale Bereitstellung forstfachlicher Grundlagen und Fortbildung, Erhalt der forstfachlichen Standards in der Hochschulausbildung, Schaffung direkter Fördermöglichkeiten für Waldbesitzer, Stärkung von Vereinen und Verbänden in der Waldbewirtschaftung, Novellierung des Landeswaldgesetzes

Antr
s. Forstwirtschaft
Drs 15/5687

Bedarf an Förstern und Waldarbeitern in einem Nationalpark

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 563 565

Forstbetrieb

s. *Forstwirtschaft*

ForstBW

s. *Forstverwaltung*

Forstgebäude

Forsthäuser im Nordschwarzwald

Auflistung der o.g. landeseigenen Forsteinrichtungen, deren kulturhistorische Bedeutung, Zustand, Ausstattung und derzeitige Nutzung; Möglichkeiten und Bedingungen für eine Vermietung oder Veräußerung; Frage nach einer touristischen Nutzung als Hütten für Wanderer im künftigen Nationalpark

KlAnfr Dr. Bernd Murschel GRÜNE 15.11.2011 und Antw
MLR Drs 15/877

Forsthaus

s. *Forstgebäude*

Forstrecht

§ 9 Abs 3 Landeswaldgesetz (LWaldG)

Kriterien zur Auslegung der numerischen Reihung in § 9 Abs 3 Landeswaldgesetz (LWaldG)

KlAnfr
s. *Landeswaldgesetz*
Drs 15/5279

Baden-Württembergs Forststruktur im Umbruch

Sicherstellung einer umfassend nachhaltigen Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten innerhalb einer kartellrechtskonformen Forststruktur, insbes Anpassung der Organisationsstrukturen, zentrale Bereitstellung forstfachlicher Grundlagen und Fortbildung, Erhalt der forstfachlichen Standards in der Hochschulausbildung, Schaffung direkter Fördermöglichkeiten für Waldbesitzer, Stärkung von Vereinen und Verbänden in der Waldbewirtschaftung, Novellierung des Landeswaldgesetzes

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 15/5687

Forstschutz

s. *Waldschutz*

Forstverwaltung

s.a. *Forstgebäude*
s.a. *Forstwirtschaft*

Aktuelle Waldsituation in BW

Darstellung der Forstschutzsituation, der Waldbesitzverteilung und Baumartenverteilung, der waldbaulichen Ziele sowie der Bedeutung der Wälder im Landeseigentum für das wirtschaftliche Gesamtergebnis des Staatsforstbetriebs

Antr
s. *Wald*
Drs 15/65

Regionale Öffentlichkeitsarbeit der LReg für die Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

Rechtfertigung von Zielen und Aufwand für die Flugblattaktion zur Werbung um den Nationalpark, Begründung der engen Fristsetzung und deren Aufhebung, Kriterien für die Auswertung der Antwortkarten, Bewegung der Forstverwaltung zum Verzicht auf fachliche Stellungnahmen, Frage nach weiteren Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/510

FSC-Zertifizierung von ForstBW umsetzen

Erstellung eines Vermarktungskonzepts und Werbung für das o.g. Qualitätssiegel bei Waldbesitzern und Unternehmen, Entwicklung eines Informations- und Schulungskonzepts, Beratung der Kommunen und LKreise, Kalkulation der Anpassungskosten unter Berücksichtigung der Baumartenwahl, von Biotop- und Totholz, Einsatz von Bioziden und Ausweisung von Bannwäldern

Antr
s. *Holz*
Drs 15/530

Aufgabengerechte Stärkung der Forstverwaltung

Umsetzung der o.g. Formulierung im Koalitionsvertrag mit den damit verbundenen Personaleinsparungen, Vereinbarkeit mit den zusätzlichen Aufgaben durch die Energiewende, die Ausweisung neuer Großschutzgebiete, die FSC-Zertifizierung im Staatswald u.a.; Frage nach einem Ausgleich für die Einnahmeverluste und Mehrausgaben

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 08.03.2012 und
Stellungnahme MLR Drs 15/1411
BeschEmpf und Bericht LandWA 09.05.2012 Drs 15/2007
S. 57 58
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Ausbau der Windenergienutzung in Waldgebieten

Notwendige Voraussetzungen und Genehmigungsverfahren, insbes für die Prüfung und Genehmigung einer Waldumwandlung nach § 9 Landeswaldgesetz durch die Forstbehörden; Auswirkungen der Genehmigungspraxis auf die kommunale Planungshoheit

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2559

Notwendige Stärkung der Forstverwaltung und des Landesbetriebes ForstBW

Anpassung der Personalsituation in der Forstverwaltung und im Landesbetrieb ForstBW an die gewachsenen Aufgaben

MdlAnfr 4) Dr. Patrick Rapp CDU 04.03.2013 Drs 15/3155
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3741 3742

Auskehrungsantrag der anteiligen Jagdpacht für den Staatsforst
Inanspruchnahme des Anteils am Reinertrag in den Jagdgenossenschaften Niederhofen und Stetten am Heuchelberg sowie in anderen Bezirken oder Jagdgenossenschaften; Vorgaben der Forstverwaltung für die Beanspruchung der Auskehrung; Reaktionen der betroffenen Jagdgenossenschaften und Gemeinden; Fortführung der gegenwärtigen Verwaltungspraxis; Gewinn des Landes durch die Auskehrung der anteiligen Jagdpacht in den vergangenen fünf Jahren

KlAnfr

s. *Jagdrecht*
Drs 15/3514

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägebetriebe; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebsergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3878

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4636

Neue Forststrategie der Europäischen Kommission

Entwicklung von Waldflächen und Holzvorrat in BW und der EU; Leitgrundsätze der neuen Forststrategie der Europäischen Kommission und Auswirkungen auf Forstbehörden und Forstpolitik Baden-Württembergs

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 15/4698

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr
s. *Kiesabbau*
Drs 15/5220

Erfahrungen aus der Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald und weitere Perspektiven

Sachstand der FSC-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald; Durchführung betrieblicher Veränderungen beim Landesbetrieb ForstBW iRd Zertifizierung; Kosten der Maßnahmen zur Anpassung an den FSC-Standard; Auswirkungen auf Artenschutz und Biodiversität; Stand des Zertifizierungsprozesses in den Staats-, Körperschafts- und Privatwäldern bundesweit

Antr

s. *Wald*
Drs 15/5570

Baden-Württembergs Forststruktur im Umbruch

Sicherstellung einer umfassend nachhaltigen Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten innerhalb einer kartellrechtskonformen Forststruktur, insbes Anpassung der Organisationsstrukturen, zentrale Bereitstellung forstfachlicher Grundlagen und Fortbildung, Erhalt der forstfachlichen Standards in der Hochschulausbildung, Schaffung direkter Fördermöglichkeiten für Waldbesitzer, Stärkung von Vereinen und Verbänden in der Waldbewirtschaftung, Novellierung des Landeswaldgesetzes

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 15/5687

Fehlende Holz mengen im Nordschwarzwald

Sachstand zu Beeinträchtigungen der regionalen Holzwirtschaft aufgrund der Ausweisung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes Ausgleich fehlender Holz mengen durch den Landesbetrieb ForstBW, Mengenrückgang bei den Sägewerken, Verunsicherung über bisher nicht erfolgte Ausweisung der Kernzone des Nationalparks, Lieferung der kalkulierten Fichtenholzmenge, Umgang mit dem geschnittenen Fichtenholz

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6402

Minister Bonde unterliegt im Kartellverfahren um das Einheitsforstamt

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7483-7490

Windkraft in BW

Sachstand zu potenziellen Windkraftflächen in BW sowie zur Flächenvergabe durch die Forstverwaltung für Windkraftanlagen

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/7274

Ausschreibungen und Gestattungsverträge des Landesbetriebs ForstBW für Windkraftstandorte

Standorte der Ausschreibungen und Gestattungsverträge des Landesbetriebs ForstBW für Windenergieanlagen sowie der potenziellen Flächen des Staatsforsts in der Vorprüfung oder Ausschreibung

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7543

Gestaltung von Jagdbezirken im Bereich des Staatsforsts

Umfang für die Jagd genutzten Flächen des Landesbetriebs ForstBW bzw der Landesforstverwaltung; Anteil der verpachteten Flächen; Auftreten von Wildschäden infolge der Reduzierung angegliederter Feldflächen; Führungsrolle und Vorbildfunktion des Landes als größter Eigentümer jagdlich nutzbarer Flächen; Einflussnahme des Landes auf Jagdpflege und Jagdausübung außerhalb des Staatswaldes

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 15/7823

Versteckte Subventionen für Windenergieanlagen?

Verzicht auf Ausgleichszahlungen bei durch Windenergieanlagen verursachten Eingriffen in Natur und Landschaft in Rheinland-Pfalz; Höhe der in den vergangenen fünf Jahren in BW geltend gemachten Ausgleichszahlungen; Zahlungsbedingungen in den Verträgen zwischen dem Staatsforst und den Betreibern von Windenergieanlagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/8003

Forstwirt

s. *Forstberuf*

Forstwirtschaft

s.a. *Baumschule*
s.a. *Forstverwaltung*
s.a. *Holzwirtschaft*
s.a. *Landwirtschaft*
s.a. *Wald*

Mehr Bannwälder - weniger Einnahmen

Auswirkungen der vorgesehenen Ausweitung der Bannwälder und damit verbundenen Einschränkung der Holznutzung und Einnahmeverluste im Landeshaushalt; Bezifferung der zusätzlichen Aufwendungen für den Umbau der Waldnutzung durch die geplante FSC-Zertifizierung

Antr
s. *Wald*
Drs 15/46

Aktuelle Waldsituation in BW

Darstellung der Forstschutzsituation, der Waldbesitzverteilung und Baumartenverteilung, der waldbaulichen Ziele sowie der Bedeutung der Wälder im Landeseigentum für das wirtschaftliche Gesamtergebnis des Staatsforstbetriebs

Antr
s. *Wald*
Drs 15/65

Haushalt 2011; Vierter Nachtrag

Einrichtung einer generellen Risikorücklage für unwetterbedingte Schadensgroßereignisse in der Land- und Forstwirtschaft

Haushalt
s. *Rücklage*
Drs 15/341

FSC-Zertifizierung von ForstBW umsetzen

Erstellung eines Vermarktungskonzepts und Werbung für das o.g. Qualitätssiegel bei Waldbesitzern und Unternehmen, Entwicklung eines Informations- und Schulungskonzepts, Beratung der Kommunen und LKreise, Kalkulation der Anpassungskosten unter Berücksichtigung der Baumartenwahl, von Biotop- und Totholz, Einsatz von Bioziden und Ausweisung von Bannwäldern

Antr
s. *Holz*
Drs 15/530

Nationalpark Nordschwarzwald

Risiken und Chancen eines Nationalparks, insbes im Vergleich zu anderen Großschutzgebieten; Auswirkungen auf Forst- und

Holzwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft; zu erwartende Investitionskosten für Personal, Gebäude und Informationsinfrastruktur; Förderung des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord; Aufforderung, die betroffenen Kommunen, Kreise, Verbände und die Landtagsfraktionen an der Diskussion zu beteiligen; Gutachten über die Gefahr, dass sich in angrenzenden Privat- und Kommunalwäldern Borkenkäfer ausbreiten

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/658

Förderung der Aufforstung in BW

Umfang und regionale Verteilung der Erstaufforstungsförderung landwirtschaftlicher Flächen seit 2005; Entwicklung der Verbuchung landwirtschaftlicher Flächen, der Neuanlage von Weihnachtsbaumkulturen und Kurzumtriebsplantagen sowie der Anteile von Fichtenbeständen, Laub- und Mischwald; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Frage nach dem weiteren Sinn einer Förderung der Erstaufforstung

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 07.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/662
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.05.2012 Drs 15/2007 S. 42 43
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes

Neuregelung der Vorschriften zur Anlage von Weihnachtsbaumkulturen, Kulturen zur Gewinnung von Schmuck- und Zierreisig sowie Kurzumtriebsplantagen

GesEntw
s. *Grünland*
Drs 15/854

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur

Personalausstattung der anderen Nationalparke in Deutschland und Regelungen zum Betretungsrecht der Kernzonen; touristische Entwicklung der Nationalparkgemeinden am Nationalpark Bayerischer Wald; Ermöglichung von Wanderwegen, Wildnispfaden und Langlaufloipen auch in den Kernzonen? Regelung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparks; Umfang des Holzeinschlags in den Höhenlagen des Nordschwarzwalds und in Wald-FFH-Gebieten in BW; jährliche Besucherzahlen der Wildnispfade im Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/904

Ausbau von Windkraftanlagen

Beteiligung der Land- und Forstwirte und deren Organisationen an der Planung von Windkraftanlagen; Schaffung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Wertschöpfung der Standortgemeinden und örtlichen Land- und Forstwirtschaft vom Bau von Windkraftanlagen; rechtliche Gleichbehandlung land- und forstwirtschaftlicher Flächen; Ausgleichsleistungen für Schutzauflagen; Standortkriterien für Windkraftanlagen unter Berücksichtigung von Naturschutz, Landschaftsschutz, Tourismus etc.

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/978

Haushalt 2012; Epl 08

Bemühungen um EU-Mittel für unwitterbedingte Schadensgroßereignisse in der Land- und Forstwirtschaft iRd Verhandlungen zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik; Rücknahme der Kürzungen bei den Agrarumweltprogrammen

Haushalt
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1108

Aufgabengerechte Stärkung der Forstverwaltung

Umsetzung der o.g. Formulierung im Koalitionsvertrag mit den damit verbundenen Personaleinsparungen, Vereinbarkeit mit den zusätzlichen Aufgaben durch die Energiewende, die Ausweisung neuer Großschutzgebiete, die FSC-Zertifizierung im Staatswald u.a.; Frage nach einem Ausgleich für die Einnahmeverluste und Mehrausgaben

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 15/1411

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/1521

Anerkennung von Fahrzeughaltern als land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb

Voraussetzungen zur o.g. Anerkennung nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz, Umfang und Form der zu erbringenden Nachweise

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/2225

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhstein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0

Planungen und Kosten zur Einrichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes vorliegendes Personalkonzept, erforderliche Waldumbaumaßnahmen und Finanzmittel zur sofortigen Umgestaltung der Entwicklungszonen, Ausgestaltung der Politik des „Gehörtwerdens“ und Einfluss der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, Kompensation der zugesicherten Holzmenge für die Holzindustrie, mittel- bzw langfristiges Konzept zur Sicherung der Nadelholzversorgung, zusätzliche Waldflächenstilllegungen

Antr

s. *Nationalpark*
Drs 15/3460

Situation und Nutzung der Buchenwälder in BW

Derzeitiger und künftiger forstlicher Umgang mit den Buchenwäldern in BW, insbes Situation und Nutzung der Buchenwälder im Staatswald, Stadium der Erfassung von Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Lebensräumen, Erfüllung der Standards von Forest Stewardship Council (FSC)-Deutschland durch die Waldentwicklungstypenrichtlinie, Umfang und Gründe für großflächige Fällungen bzw Kahlhiebe

Antr
s. *Wald*
Drs 15/3855

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP) nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4077

Energieholznutzung und Klimaschutzziele

Menge und Herkunft des in BW für Energiezwecke genutzten Holzes; Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung des Landesforsts auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten für bestehende Holzheizwerke, Holzheizkraftwerke sowie Scheitholznutzer und Selbstwerber; FSC-Zertifizierung und Erreichung der im Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Klimaschutzziele; Einsatz für die Energieholznutzung bei einer Revision der FSC-Richtlinien; Kompensation wegfallender Mengen an Hackholz; Nutzung des Restholzes zur Verbesserung der Bodenstruktur

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4310

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemar-

kungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/4520

Zertifizierungsrichtlinien der Forest Stewardship Council (FSC) in BW

Umfang des aus dem Forst (Staats-, Kommunal- und Privatwald) stammenden Energieholzes; Umfang des Energieholzeinsatzes in BW, aufgeschlüsselt nach Forst, Landschaftspflege, kommunalen Reststoffen, Industrierestholz und Altholz; Verhältnis von Scheitholz zu Hackholz; Auswirkungen der Einführung der FSC-Zertifizierung auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten sowie den Fortbestand der Holzheizwerke und Holzheizkraftwerke; Folgen der Einschränkung der Energieholznutzung im Landesforst für den Klimaschutz; Mitwirkung bei der Revision der Zertifizierungsrichtlinien; Kompensation der wegfallenden Hackholzmenge

KlAnfr
s. *Holz*
Drs 15/4524

Bodenschutz im Forst

Bodenschutzkonzept des Landesbetriebs ForstBW iR einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung des Staatswalds; Empfehlungen für die Bewirtschaftung von Körperschafts- und Privatwäldern; Anteil der Feinerschließung im Forst im Verhältnis zur Produktionsfläche; Grenzwerte für Fahrspurtiefen in Rückegassen; Standards und Regelungen zur Vermeidung von Bodenschäden bei der Waldbewirtschaftung; Anforderungen für Verträge mit Unternehmern im Forst im Hinblick auf eine Zertifizierung der Waldbewirtschaftung (PEFC, FSC); Kartierung der Befahrbarkeit von Waldböden

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 15/4616

Neue Forststrategie der Europäischen Kommission

Entwicklung von Waldflächen und Holzvorrat in BW und der EU; Leitgrundsätze der neuen Forststrategie der Europäischen Kommission und Auswirkungen auf Forstbehörden und Forstpolitik Baden-Württembergs

Antr CDU 31.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4698
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6188-6194

Zertifizierungssysteme in der Forstwirtschaft

Anwendung, Kosten und Auswirkungen der Zertifizierung nach dem Zertifizierungssystem für nachhaltige Waldbewirtschaftung (PEFC) bzw des Forest Stewardship Council (FSC) in Deutschland und BW, insbes Mehrwert der geplanten zusätzlichen FSC-Zertifizierung des baden-württembergischen Staatswalds

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 30.04.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5140

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 15 - Förderung einer nachhaltigen Waldwirtschaft (Kap 0804)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5415
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5915
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 02.06.2015 Drs 15/6949
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7108
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Eschensterben in Deutschland und BW

Umfang und Ursachen des Eschensterbens in Deutschland und BW sowie betroffene Regionen; Folgen für die Forst- und Holzwirtschaft; Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Baumerkrankung

Antr
s. *Baum*
Drs 15/5503

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Land- und Forstwirtschaft

Aufwand und Probleme bei der Anwendung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes in land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen

KlAnfr
s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*
Drs 15/5517

Erfahrungen aus der Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald und weitere Perspektiven

Sachstand der FSC-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald; Durchführung betrieblicher Veränderungen beim Landesbetrieb ForstBW iRd Zertifizierung; Kosten der Maßnahmen zur Anpassung an den FSC-Standard; Auswirkungen auf Artenschutz und Biodiversität; Stand des Zertifizierungsprozesses in den Staats-, Körperschafts- und Privatwäldern bundesweit

Antr
s. *Wald*
Drs 15/5570

FSC (Forest Stewardship Council)-Zertifizierung im Staatswald BW

Hintergründe und Konsequenzen der Forest Stewardship Council-Zertifizierung im Staatswald BW, insbes Wettbewerbsverzerrung durch uneinheitliche länderspezifische FSC-Kriterien, Mitwirkung an der Revision der nationalen FSC-Standards, Vorteile der FSC-Zertifizierung gegenüber gesetzgeberischen Maßnahmen

Antr
s. *Wald*
Drs 15/5559

Baden-Württembergs Forststruktur im Umbruch

Sicherstellung einer umfassend nachhaltigen Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten innerhalb einer kartellrechtskonformen Forststruktur, insbes Anpassung der Organisationsstrukturen, zentrale Bereitstellung forstfachlicher Grundlagen und Fortbildung, Erhalt der forstfachlichen Standards in der Hochschulausbildung, Schaffung direkter Fördermöglichkeiten für Waldbesitzer, Stärkung von Vereinen und Verbänden in der Waldbewirtschaftung, Novellierung des Landeswaldgesetzes

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 04.09.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5687
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 43 44
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Zugpferde in der Land- und Forstwirtschaft

Situation und Entwicklung beim Einsatz von Zugpferden in der Land- und Forstwirtschaft, insbes im Hinblick auf Natur- und Umweltschutz, Landschaftspflege und Wirtschaftlichkeit; Maßnahmen und Möglichkeiten zur Unterstützung des Zugpferdeinsatzes der Land- und Forstwirte durch Land, Bund und EU

Antr
s. *Pferd*
Drs 15/5984

Heimische Christbäume für BW

Marktentwicklung und rechtliche Rahmenbedingungen für Weihnachtsbaumerzeuger in BW, insbes internationale Wettbewerbsfähigkeit, Vergaberichtlinien für Ökologie- und Nachhaltigkeitsiegel, Überprüfung des Anbauverbots auf Grünland, anhängige Klagen zur Genehmigungspflicht für Weihnachtsbaumkulturen

Antr
s. *Baum*
Drs 15/6072

Auswirkungen der neuen EU-Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor auf die Förderprogramme des Landes
Änderungen bei den staatlichen Beihilfen im Agrar- und Forstsektor; Fortsetzung von Förderprogrammen des Landes wie den Leistungen nach der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO); Ursachen des Vorbehalts bei den SchALVO-Zahlungen; Auswirkungen der geplanten Novellierung der Düngeverordnung auf die Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Agrarsubvention*
Drs 15/6393

Befreiung von Zugmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer; weitere Entwicklung

Aktueller Sachstand zur Befreiung von Zugmaschinen in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer, insbes Einheitlichkeit der Verwaltungspraxis der Zollbehörden, Zugrundelegung weiterer Kriterien, Kontakte der LReg zu den zuständigen Zollbehörden

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/6522

Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung

Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC- und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6669

Naturschutz bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw

Sachstand zur Einhaltung der Naturschutzbestimmungen bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw, insbes Missachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/6846

Bodenschutz im Forst

Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen des Bodenschutzes im Forst, insbes Erfahrungen mit dem landesweiten Konzept zur Sicherstellung der dauerhaften Funktionsfähigkeit von Rückegassen

Antr
s. *Wald*
Drs 15/6880

Nationalpark

Stand des Verfahrens zur Errichtung eines Entwicklungsnationalparks und Maßnahmen zum angestrebten Waldumbau

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/7594

Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald

Sachstand zur Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald, insbes Bedeutung für die heimische Holz- und Forstwirtschaft, Unterschiede zwischen nachhaltig bewirtschafteten und nicht bewirtschafteten Wäldern, Entwicklung und Sicherung des Nadelholzanbaus

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 15/7883

Auswirkungen eines Nationalparks Nordschwarzwald auf die Forst- und Holzwirtschaft

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 560-563

Auswirkungen eines Nationalparks Nordschwarzwald auf die Forst- und Holzwirtschaft

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1598 1599

Forstwirtschaftlicher Weg

s. *Wirtschaftsweg*

Fortbildungseinrichtung

s. *Weiterbildungseinrichtung*

Fortbildungsstätte

s. *Weiterbildungseinrichtung*

Fortbildungsstätte der Polizei

s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

Foto

s. *Fotografie*

Fotoaufnahme

s. *Fotografie*

Fotografie*Freie Lizenzierung von landeseigenem Bildmaterial*

Freie Verfügbarkeit des Bildmaterials im Webangebot von Einrichtungen des Landes; Voraussetzungen einer freien Lizenzierung; Schaden durch missbräuchliche Nutzung von landeseigenem Bildmaterial; möglicher Ertrag einer kommerziellen Verwertung frei lizenzierten Bildmaterials

KlAnfr
s. *Lizenz*
Drs 15/4669

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Fotovoltaik

s. *Photovoltaik*

Fracarbeiten

s. *Fracking*

Frac-Behandlung

s. *Fracking*

Fraccen

s. *Fracking*

Fraccing

s. *Fracking*

Frachtcontainer

s. *Container*

Frachtschiff

s. *Wasserfahrzeug*

Fracing

s. *Fracking*

Fracking

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern
Beurteilung o.g. Gasförderungsvorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Energiegewinnungsmethode - evtl über die Landesplanung und Ausweisung von Abschlussgebieten

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 07.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/217
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/907 S. 28 29
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Unkonventionelle Gasförderung und Ölschieferorkommen in BW

Beurteilung der o.g. Vorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Bewertung

der Empfehlungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft für ein grundsätzliches Verbot von Explorationsbohrungen in Trinkwasserzonen; Anpassung des rechtlichen Instrumentariums für die Genehmigung und Prüfung von Risiken

Antr SPD 23.04.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1598
ÄAntr GRÜNE und SPD 27.06.2012 Drs 15/1969
EAntr FDP/DVP 28.06.2012 Drs 15/1976
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2314-2319
Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2841

Einsatz von Fracking zur Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen

Bewertung des Gutachtens „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“ sowie der Schlussfolgerungen des Bundesumweltministers und des Präsidenten des Umweltbundesamts, insbes zur Einführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung; Beurteilung der Forderung des EU-Energiekommissars zur intensiven Förderung von Schiefergas in Deutschland; Positionierung der Nachbarländer Schweiz und Österreich zu möglichen Fracking-Vorhaben in der Bodenseeregion

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 10.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2302
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.10.2012 Drs 15/3063 S. 51
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Kein Fracking in BW - Grundwasser und Bodensee schützen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4239-4249

Genehmigungen des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Erkundung von Fracking-geeigneten Gasfeldern

Verlängerung der Konzession zur Erkundung geeigneter Gasfelder in Oberschwaben und am Bodensee; rechtliche Grundlage und Zeitraum der erteilten Konzessionen; Einhaltung der gesetzlichen Auflagen, insbes der Information und Anhörung von Trägern öffentlicher Belange; Folgerungen aus der einstimmigen Ablehnung von Fracking im Landtag von Baden-Württemberg; Möglichkeiten des nachträglichen Entzugs der Konzession; Verbot von Fracking in BW

KlAnfr Rosa Grünstein u.a. SPD 05.08.2013 und Antw UM Drs 15/3910

Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland

Unterstützung des bisherigen Vorgehens der LReg zur Regelung der unkonventionellen Gasförderung im Land und auf Bundesebene; Schaffung einer gesetzlichen Regelung über den Bundesrat mit einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und einer entsprechenden Bürgerbeteiligung vor jeder Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking

Antr GRÜNE und SPD 26.08.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3976
ÄAntr GRÜNE und SPD 09.04.2014 Drs 15/5055
ÄAntr CDU 09.04.2014 Drs 15/5056
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5762-5768
Mittlg LReg 19.09.2014 Drs 15/5773

Fracking-Konzession im Bodenseegebiet

Gründe für die Verlängerung der Konzession des Unternehmens Parkyn Energy Germany für zwei Erdgaserkundungsfelder am Bodensee; Frage des Fortbestands der Konzession nach der Ein-

gliederung des Unternehmens in den Konzern Rose Petroleum; Verhinderung von Probebohrungen in der Bodenseeregion

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 05.05.2014 und Antw UM Drs 15/5135

Kein umweltgefährdendes Fracking in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6067-6075

Öl- und Gasgewinnung in Deutschland und BW

Arten der Öl- und Gasgewinnung; Unterscheidung der Fracking-Arten; Einsatz chemischer Additive beim Fracking und Bedeutung für den Trink- und Grundwasserschutz; Bewertung der Pläne zum Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zum Schutz der Umwelt vor Fracking

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 01.08.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5583

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 30-33

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Weitere offene Fragen zur Verwaltungspraxis bei der Erteilung von Fracking-Konzessionen im Bodenseegebiet

Verstoß des Unternehmens Parkyn Energy Germany gegen Nebenbestimmungen der Konzessionen für zwei Erdgaskundungsfelder am Bodensee; Rechtsnatur der Nebenbestimmungen; Einhaltung der Nachfrist zur Vorlage des Arbeitsprogramms durch das Unternehmen; Unterrichtung über die Nachfrist durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau; Prozessrisiko im Falle eines Widerrufs der Konzessionen

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 12.08.2014 und Antw UM Drs 15/5616

Auswirkung des neuen Wasserrechts in BW auf eventuelle künftige Anträge für Probebohrungen von unkonventionellen Erdgasvorkommen

Rechtliche Möglichkeiten des novellierten Wasserrechts zur Ablehnung von Anträgen auf Erteilung eines Rechts auf Genehmigung von Probebohrungen für das Frackingverfahren; Sachstand bei der Prüfung der Fracking-Konzession in der Bodenseeregion; insbes Zuverlässigkeit des Konzessionsinhabers

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 13.10.2014 und Antw UM Drs 15/5864

Konzessionsvergabe zur Erkundung von Erdgas und Erdöl am Bodensee

Hintergrund zu den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau gestellten Konzessionsanträgen zur Erkundung von Erdgas- bzw Erdölvorkommen am Bodensee, insbes Einsatz von Frackingtechnologie, Gemarkungen der Erkundungsanträge, Zeitpunkt der Entscheidung; Auskunftsverweigerung des Landesamts angesichts des Landesumweltinformationsgesetz

KlAnfr

s. Gasgewinnung

Drs 15/6122

Fracking-Technologie

s. Fracking

Frac-Technologie

s. Fracking

Frac-Verfahren

s. Fracking

Fragerecht des Parlaments

s. *Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht*

Fraktion

s.a. *Abgeordneter*

s.a. *Sitzverteilung*

Veröffentlichung der Rechnungen der Fraktionen im Ltg von BW

Bericht für die Jahre 2010/2011

Mittlg LtgPräs 21.12.2011 Drs 15/1086 (13 S.)

Bericht für die Jahre 2011/2012

Mittlg LtgPräs 12.12.2012 Drs 15/2781 (13 S.)

Bericht für die Jahre 2012/2013

Mittlg LtgPräs 19.12.2013 Drs 15/4540 (13 S.)

Bericht für die Jahre 2013/2014

Mittlg LtgPräs 10.12.2014 Drs 15/6224 (13 S.)

Bericht für die Jahre 2014/2015

Mittlg LtgPräs 16.12.2015 Drs 15/7880 (12 S.)

Vorwürfe der Ministerin für Integration an die Adresse der CDU-Fraktion

Äußerungen der Integrationsministerin Bilkay Öney gegenüber türkischsprachigen Medien und deren Wiedergabe; Anfeindung der Integrationsministerin durch die CDU-Fraktion aufgrund ihrer Herkunft und ihres Eintretens für die doppelte Staatsbürgerschaft; Fremden- bzw Türkenfeindlichkeit der CDU

KlAnfr

s. *Ministerin für Integration*

Drs 15/3825

Fortdauer der Veröffentlichung von ehrabschneidenden Äußerungen der Integrationsministerin über die Christlich Demokratische Union im Internet - was unternimmt die LReg?

Frage des unerlaubten Zitats von Äußerungen der Integrationsministerin in den Medien; Adressaten der Bemerkungen über die CDU-Landtagsfraktion und über einen „tiefen Staat“; Unterscheidung zwischen dienstlichen und privaten Äußerungen der Ministerin Bilkay Öney; Interventionen bei den Medien wegen der Veröffentlichung unautorisierter Äußerungen; Erkenntnisse über das Vorliegen von Straftatbeständen; Forderung nach einer Gegendarstellung; Wunsch nach der Überlassung eines Mitschnitts der Äußerungen der Integrationsministerin

Antr

s. *Ministerin für Integration*

Drs 15/3989

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bundestagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundesparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr

s. *Staatsministerium*

Drs 15/4136

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr
s. *Umfrage*
Drs 15/4705

Einflussnahme der GRÜNEN in Landtag und Ministerien von BW bei der Stellenbesetzung in der Staatsanwaltschaft

Hintergründe der Besetzung der Position des Generalstaatsanwalts in BW, insbes Kommunikation zwischen Justizministerium und Staatsministerium sowie Einflussnahme der Landtagsfraktion der Grünen

Antr
s. *Generalstaatsanwaltschaft*
Drs 15/5201

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5230

Umgang des Ministerpräsidenten Kretschmann und der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre

Umgang des MinPräs bzw der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“; insbes Kontakte zu den Landtagsfraktionen von SPD und Grünen sowie zu nicht dem Landtag angehörenden Personen

KlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 15/6268

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler Ebene durch Änderung von Quoren und Fristen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; Regelung zur Bildung von Fraktionen und deren Rechte in kommunalen Gremien; Stärkung der Minderheitenrechte in kommunalen Gremien; Festschreibung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung; Fortentwicklung bei der Transparenz der örtlichen Verwaltung

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Begründung von Höhe und Transparenz der Fraktionszuschüsse
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1291**Fraktionsvorsitzender***Änderung der Freibeträge bei der Versteuerung von Entschädigungen und Sitzungsgeldern für die ehrenamtliche Mitgliedschaft in kommunalen Vertretungen*

Anlass der Änderung der Steuerfreibeträge für pauschale Entschädigungen und Sitzungsgelder ab 2013; Festsetzung des Freibetrags für Fraktionsvorsitzende in Gemeinden und Städten mit bis zu 50.000 Einwohnern; Vorwurf der Schlechterstellung der Fraktionsvorsitzenden in kleineren Gemeinden; Anhörung von Organisationen und Einzelpersonen zur Festsetzung der Freibeträge

KlAnfr
s. *Kommunalvertretung*
Drs 15/5742

Frankenbahn*Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Frankenbahn*

Angebot und Ausschreibung des Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Frankenbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/3451

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienepersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4314

Vergabeverfahren Netz 11 - Hohenlohe-Franken

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienepersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 11 (Hohenlohe-Franken); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4319

Frankenhardt*Gemeinschaftsschule Frankenhardt*

Entscheidung über die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Honhardt; Berücksichtigung aller Schülerströme bei der Berechnung der Schülerzahlen

MdlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4652

Windenergiepläne im LKreis Schwäbisch Hall

Genehmigung von Windenergieanlagen im LKreis Schwäbisch Hall; Planungen von Windenergieanlagen im Schäferwald in der Gemeinde Frankenhardt, insbes Beachtung von Arten- und Vogelschutz

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5184

Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern im Landkreis Schwäbisch Hall

Baulicher Zustand der Freibäder im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 15/5544

Breitbandversorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in Frankenhardt-Oberspeltach

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5798

Frankfurt am Main

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5199

Neubaustrecke Frankfurt/Mannheim - Führung des bestehenden Fernverkehrs

Sachstand zu Plänen zur Verlagerung des bestehenden Fernverkehrs auf der Main-Neckar-Bahn auf die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim unter Umgehung der Bergstraße, insbes Auswirkungen auf die Berufspendler

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7119

Fernverkehr zwischen der Bergstraße und Stuttgart

Sachstand zu Änderungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 für die Verbindungen zwischen Frankfurt und Stuttgart, insbes Auswirkung der ersatzlosen Streichung von IC 181 auf die Berufspendler

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7620

Frankreich

s.a. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
s.a. *Französisch*
s.a. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Kernkraftwerk Fessenheim

Beurteilung der Sicherheit des Kernkraftwerks Fessenheim und der Entscheidung der französischen Atomaufsicht zum Weiterbetrieb von Block 1 unter Auflagen; Frage nach Schritten zur Verhinderung des Weiterbetriebs

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/252

Magistrale für Europa (Trans European Network (TEN)-Achse 17)

Zahl der künftigen Direktverbindungen über die o.g. Magistrale Paris-Budapest bzw Paris-Bratislava nach der Fertigstellung des Projekts „Stuttgart 21“; Zahl der dann angebotenen umstiegsfreien Verbindungen Stuttgart-Wien; Intensität der Nachrüstung der TGV-Züge in Frankreich für den Einsatz auf der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/365

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Sofortige und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim

Bewertung des AKW Fessenheim als Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung in Südbaden und im Elsass; Eintreten für die o.g. Zielsetzung auf allen politischen Ebenen sowie gegenüber der französischen Atomaufsicht

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/2120

Wirtschaftliche Potenziale für den Oberrhein mit einer Binnenwasserstraße Rhein-Rhone erschließen

Eintreten für eine Realisierung einer direkten Binnenschiff-fahrtsverbindung Nordsee-Mittelmeer über den Oberrhein

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 15/2627

Teilnahme des Landes am Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zum Endlager Bure

Stand der Planungen und Erkundungen zum geplanten französischen Atommüllendlager Bure, insbes Informationen zum Sicherheitskonzept und die Möglichkeiten einer Teilnahme von BW an dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren der Nationa-

len Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle (L' Agence nationale pour la gestion des déchets radioactif - ANDRA); Vernetzung und Wissensaustausch von BW mit Frankreich zur Endlagerthematik

Antr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/3153

Nachrüstung im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Verlängerung der Betriebserlaubnis und Nachrüstungsmaßnahmen im sicherheitstechnischen Bereich des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Verstärkung der Bodenplatte zur Erhöhung der Erdbebensicherheit

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 15/3559

Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ansprüche der Betreiber

Aktuelle Situation der geplanten Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ersatzforderungen der Anteilseigner, insbes diesbezügliche Kontakte der LReg zu offiziellen Stellen auf französischer Seite, der Électricité de France oder der EnBW

Antr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 15/3695

Kernkraftwerk (KKW) Fessenheim - Perspektiven für die Region nach dem Abschalten des Kernkraftwerks

Einstellung der umliegenden französischen Gemeinden zu einer Abschaltung des Atomkraftwerks; Termin der Entscheidung über die Stilllegung; Werbung für eine Stilllegung des KKW Fessenheim bei der elsässischen Bevölkerung sowie bei den politisch Verantwortlichen; Schaffung eines binationalen Gewerbeparks, bestehend aus dem Gewerbepark Breisgau und der Konversionsfläche des Kernkraftwerks; Fördermöglichkeiten durch das Land und die Europäische Union

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 15/4363

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 15/4378

Poldererschließung Wyhl-Weisweil iRd Integrierten Rheinprogramms

Stand der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, insbes für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil; Prioritätensetzung und Zeitplan; Unterstützung der Gemeinde Weisweil für eine Ausnahmegenehmigung zur Stromversorgung mehrerer Gebäude auf der deutschen Rheinseite der Électricité de France (EDF)

KlAnfr

s. *Integriertes Rheinprogramm*

Drs 15/4375

„Blauwal“ - Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse

Entwicklung der Fahrgastzahlen seit Reaktivierung der Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse und Steigerungsmöglichkeiten

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/4559

Störfälle und Sicherheitsdefizite im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Sicherheitszustand des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Ursachen aktueller Störfälle, umgesetzte Nachrüstungsmaßnahmen und bestehende Sicherheitsprobleme; Stilllegung wegen erheblicher Sicherheitsmängel

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/4685

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr

s. *Notfallvorsorge*

Drs 15/5014

Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden - Europa braucht Demokratie mit Demokraten

Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen in Europa, vor allem in der Schweiz, Frankreich, Ungarn und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die LReg und Entwicklung von Gegenstrategien, insbes Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/5093

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr

s. *Grenzüberschreitender Verkehr*

Drs 15/5550

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-

Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotter auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr

s. *Grenzüberschreitender Verkehr*

Drs 15/5565

Aktuelle Situation und Perspektiven des EuroAirports Basel/Mulhouse

Entwicklung der Passagierzahlen und Flüge in den letzten drei Jahren; Anzahl der am Flughafen Beschäftigten, unterschieden nach ihrer Herkunft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz; Anzahl der in der Nähe des Flughafens angesiedelten deutschen, französischen, schweizerischen und sonstigen Unternehmen; Stand des geplanten Schienenanschlusses, Zahlung eines Landeszuschusses; Differenzen zwischen den beiden den Flughafen betreibenden Staaten Frankreich und Schweiz; Bedeutung der weiteren Entwicklung des Flughafens für BW

KlAnfr

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Drs 15/5666

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen BW und Frankreich

Sachstand zu den Plänen Frankreichs hinsichtlich der Zusammenlegung von Gebietskörperschaften; Auswirkungen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Gremien und bei gemeinsamen grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten

Antr

s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*

Drs 15/6254

Zustand der Reaktordruckbehälter im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim und Störfall vom 9. April 2014

Sachstand zum Sicherheitszustand des Atomkraftwerks Fessenheim, insbes Untersuchungsverfahren und -ergebnisse zur Materialsicherheit des Reaktordruckbehälters, Auswirkungen des Störfalls vom 9. April 2014 auf die Sicherheit des Reaktordruckgefäßes, Ergebnisse der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) zum Störfall

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 15/6294

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Abkommens zwischen der Regierung des Landes BW und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung und den Betrieb einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation

Mittlg LReg

s. *Wasserschutzpolizei*

Drs 15/6440

Mögliche Einleitung von Calciumchloridrückständen in den Rhein

Sachstand zu Überlegungen französischer Wasserbehörden über eine mögliche Einleitung von Calciumchloridrückständen in den Rhein zur Verringerung des Chloridgehalts der Mosel, insbes Bewertung des Vorhabens unter dem Aspekt des Trinkwasserschutzes, Einbindung der Landesregierungen angrenzender Bun-

desländer in den Diskussionsprozess

Antr

s. *Gewässerschutz*

Drs 15/6687

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/6883

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn

Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/6966

250. Geburtstag Friedrich Hölderlin

Sachstand zu den Vorbereitungen des 250. Geburtstags von Friedrich Hölderlin, insbes Förderung der Feierlichkeiten, Neugestaltungen von literarischen Ausstellungen an Orten Friedrich Hölderlins, Kontakte der Kulturinstitute zu Frankreich aus Anlass des Jubiläums

Antr

s. *Autor*

Drs 15/7204

Befürchtung der Abhängigkeit von Atomstromimporten aus Frankreich nach der Energiewende

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1045 1047 1050 1056-1058

Verweisung auf den aktuellen Stromexport nach Frankreich

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1343

Französisch

Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule im „Hau-Ruck-Verfahren“

Begründung der o.g. Streichung des Unterrichtsangebots für Grundschüler der ersten und zweiten Klasse, Bewertung von den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen, Angebot von Englisch oder Französisch ab Klasse 3, Einführung neuer Bildungspläne und Schulbücher für den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule?

Antr

s. *Fremdsprache*

Drs 15/422

Wissenschaftliche Untersuchung des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen

Ergebnisse o.g. Untersuchungen zum Englisch- und Französischunterricht, Bewertung der Empfehlung des Expertenrats „Herkunft und Bildungserfolg“ zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, Umfang der Beibehaltung bzw. des Wechsels der Grundschulfremdsprache an der weiterführenden Schule sowie infolge eines Umzugs, Realisierung eines freiwilligen Angebots nach einem Wegfall von Französischunterricht an der Rheinschiene?

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/511

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes. Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6883

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn

Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6966

Fratton, Peter

Zur Rolle des Schweizer Schulunternehmers P.F. beim Totalumbau unseres Schulwesens

Rolle des Schweizer Schulunternehmers Peter Fratton in der Schulpolitik des Landes, insbes. ausgeübte Funktionen, Stellenwert seiner schulpolitischen Äußerungen und Konzepte für Kultusministerium und Schulverwaltung, Aufträge und Kontakte der Schulverwaltung zu Peter Fratton bzw. seiner Ehefrau, Gründe und Rechtsfolgen des Rückzugs Frattons aus seiner Beratertätigkeit für das Land; künftige Zusammenarbeit des Landes mit allen am Schulprozess beteiligten Hauptakteuren; Ursachen der schlechten demoskopischen Werte der Bildungspolitik der LReg

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3541

Die Arbeit an der Gemeinschaftsschule verdient Lob und Anerkennung

Beratertätigkeit von Peter Fratton im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Gründe für seinen Rückzug; vertragliche Vereinbarung mit seiner Ehefrau; Stellenwert individueller und kooperativer Lernformen im pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule; Rolle der Schulämter, Regierungspräsidien und

Schulträger bei der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule auf kommunaler Ebene und bei den Eltern; Befürworter der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3554

Der geschäftstüchtige Schweizer Schulunternehmer P.F. - ein Mitglied der Expertenkommission der LReg zur Lehrerbildung?

Auswahlkriterien für die Mitglieder der Expertenkommission zur Lehrerbildung; Argumente für die Berufung des Beraters Peter Fratton und dessen Bevorzugung gegenüber baden-württembergischen Bildungsexperten; Vorschläge des Beraters zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, ihre Übernahme in die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission; Haltung gegenüber seinen pädagogischen Anschauungen; Qualität seiner Fortbildungen für Lehrer an Gemeinschaftsschulen an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau; finanzielle Entschädigung für seine Mitarbeit in der Regierungskommission; Folgen seines Rückzugs aus der Expertenkommission

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/3622

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

Geschützte Begriffe des Bildungsunternehmers P.F.

Beanspruchung des Markenrechts für bestimmte, von ihm geprägte Begriffe durch den ehemaligen Berater des Kultusministeriums, Peter Fratton; Schaffung ersatzweiser Begriffe und Information der Schulen im Land über die Begriffsänderungen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4610

Frau

s.a. *Frauenbildung*
s.a. *Frauenförderung*
s.a. *Frauenhaus*
s.a. *Kontaktstelle Frau und Beruf*
s.a. *Landfrau*
s.a. *Mädchen*
s.a. *Mutter*
s.a. *Schwangerschaft*

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Konsequenzen der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 05.04.2011 zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und

im ländlichen Raum, insbes für die künftige Verteilung der Fördermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds, für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen Absicherung u.a.m.; Förderung der gleichen Zugangschancen zu den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze; Beteiligung von Frauen an lokalen Aktionsgruppen und Partnerschaften iRd Leader-Programms, Anstrengung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Verwaltungsgremien

Antr Paul Locherer u.a. CDU 26.05.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/41
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 13.07.2011 Drs 15/504 S. 14 15
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Integrationspolitik

Beschreibung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr
 s. *Ausländerintegration*
 Drs 15/85

Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug

Beurteilung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzung einfacher deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug im Hinblick auf die Integration, insbes zur Verhinderung von Zwangsehen und Schutz von nachziehenden Frauen vor Ausnutzung; Bewertung der Vorstöße der Fraktionen von Grünen und Linkspartei im Bundestag zur Abschaffung dieser Voraussetzung

Antr
 s. *Deutsche Sprache*
 Drs 15/164

Zugangsweg für Frauen zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft verbessern

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
 PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193-201

Die Berufungsverfahren zur Besetzung von Juniorprofessuren

Umfang, Gründe und Folgewirkungen der langen Dauer o.g. Berufungsverfahren, insbes für Frauen, im Vergleich zu anderen BLändern; Beurteilung von Vorschlägen der Hochschulen zur Beschleunigung der Verfahren

Antr
 s. *Berufungsverfahren an Hochschulen*
 Drs 15/414

Frauen als Ernährerinnen

Anteil der o.g. Frauen im Vergleich zur traditionellen Rollenverteilung, zu den anderen BLändern und EU-Staaten; Darlegung der hauptsächlichen Berufe der Alleinverdienerinnen und der Bewertung in der Arbeitswelt, insbes der besonderen Belastung von alleinerziehenden Frauen; Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen und sozialen Situation der Familienernährerinnen

Antr CDU 13.10.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/686 (14 S.)
 PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530-1539

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr
 s. *Gleichberechtigung*
 Drs 15/957

Frauengesundheit in BW

Vergleich der Krankheitsrisiken und Erkrankungen von Frauen und Männern deutschland- und europaweit; Darlegung der Kaiserschnitttrate und Geburtsrisiken, der frauenspezifischen Krebserkrankungen und psychischen Erkrankungen seit 2001 sowie der Präventions- und Behandlungserfolge; Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr
 s. *Gesundheit*
 Drs 15/964

Hochschullehrerinnen in BW

Entwicklung des o.g. Anteils differenziert nach Hochschulen und Fachrichtungen landes- und bundesweit seit 2001; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Steigerung des Anteils, insbes durch Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft für das wissenschaftliche Personal; Gründe für die Einstellung der Zeitschrift „AKTIV-Frauen in Baden-Württemberg“ durch das Sozialministerium

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 09.12.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/1005
 BeschlEmpf und Bericht WissA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 13 14
 PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
 s. *Armut*
 Drs 15/2886

Haushalt 2012; Epl 09

Mittelaufstockung für den Landesfrauenrat

ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-21 S. 64
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Ingenieurinnen, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von

Frauen für MINT-Bereiche

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1240 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 9 10
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Erfahrungen mit den kommunalen Frauenförderplänen und dem Chancengleichheitsgesetz im öffentlichen Dienst; Koordination der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Unternehmen; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1286

Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt bekämpfen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530-1539

Gremienbesetzungen

Darlegung der Besetzung von Gremien durch die LReg, Bewertung des Frauenanteils

Antr
s. *Gremium*
Drs 15/1412

Übernahme von Informationsmaterial türkischer Stellen durch Behörden des Landes BW?

Beurteilung der Übernahme o.g. Materialien zur Rolle der Frau und von häuslicher Gewalt sowie der Verbreitung hierzulande, Frage nach einem Anpassungsbedarf im Blick auf die unterschiedliche Lebenssituation in der Türkei und der Migranten in Deutschland sowie nach bereits vorhandenen Publikationen von Bund und Land sowie anderer BLänder

Antr
s. *Türkei*
Drs 15/1484

Nachteile für Unternehmen aus BW auf dem europäischen Markt wegen geringer Frauenquote

Ausschluss o.g. Unternehmen vom Wettbewerb in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Äußerungen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Positionen der Unternehmensverbände zu einer verbindlichen Frauenquote im Vorstand von Unternehmen; Beurteilung des Handlungsbedarfs bei den auf dem europäischen Markt agierenden Unternehmen, u.a. auch bei denen mit Landesbeteiligung

Antr SPD 28.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1510 (18 S.)
ÄAntr CDU, GRÜNE und SPD 10.10.2012 Drs 15/2453
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2612-2619
Mittlg LReg 10.04.2013 Drs 15/3334

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen

Polizeipräsidien

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1553

Projekt „Übermorgenmacherinnen und Übermorgenmacher“

Zahl der eingegangenen Vorschläge und Bewerbungen, Frauenanteil in der Jury und unter den Teilnehmern, Steigerung des Frauenanteils bei der Auszeichnung für wertvolles Engagement in Zukunftsprojekten

KIAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/1556

Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl und Anteil der o.g. Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Selbstständigen; Zahl der Migrantinnen mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss; Einschätzung des Beitrags des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/1618

Berücksichtigung von Frauen bei der Verleihung von Orden und Ehrenzeichen im Land BW

Anteil von Frauen in den vergangenen fünf Jahren, die mit den verschiedenen Orden und Medaillen des Landes und den verschiedenen Stufen des Bundesverdienstkreuzes ausgezeichnet wurden

Antr
s. *Auszeichnung*
Drs 15/1619

Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten Parite-Gesetzgebung

Zurückführung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, in Gemeinderäten und Kreistagen auf das jeweilige Wahlrecht? Ergebnisse der angekündigten Überprüfung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts unter dem Gesichtspunkt einer „geschlechtergerechten Ausgestaltung“; Vorlage eines eigenen Entwurfs für ein Parite-Gesetz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1626

Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik durch sinnvolle Maßnahmen nachhaltig verbessern

Beauftragung der Landeszentrale für politische Bildung mit einer Informationskampagne 2013 zur Gewinnung von Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2014; Anstrengung von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten für ehrenamtlich tätige Mandatsträger während präsenzpflichtiger Sitzungen kommunaler Gremien

Antr CDU 22.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1743
BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 41-43
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
Mittlg LReg 11.04.2013 Drs 15/3349

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1751

Frauen auf dem Land in BW

Anteile von Männern und Frauen im ländlichen Raum; Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von Frauen, notwendige Rahmenbedingungen und Instrumente zur Trendumkehr, insbes des von der EU mitfinanzierten Förderprogramms „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum (IMF)“, bisherige Projektförderungen und geplante Neuauflage des Programms ab 2014, Ermunterung von Frauen zur Einreichung von Anträgen zum Agrarinvestitionsförderprogramm

Antr Karl Traub u.a. CDU 29.05.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1770
BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 37 38
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1771

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr SPD 22.06.2012 und Antw LReg Drs 15/1886 (58 S.)
Antr GRÜNE und SPD 05.03.2013 Drs 15/3164
PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3684-3691

Frauen im Justizvollzug in BW

Entwicklung der Art und Zahlen von Straftaten sowie der einsitzenden Frauen seit 2002, Umgang mit weiblichen Straftätern im Vollzug, Frage nach spezifischen Förderprogrammen und Ausbildungsmaßnahmen sowie nach der Kinderbetreuung und

Rückfallquote weiblicher Straftäter

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.06.2012 und Stellungnahme JM Drs 15/1985
BeschlEmpf und Bericht StändA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 8
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Frauenhilfestrukturen für von Gewalt betroffene Frauen im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Kapazitäten und Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Fachberatungsstellen für von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffene Frauen landesweit sowie im LKreis Freudenstadt

KIAnfr
s. *Frauenhaus*
Drs 15/1988

Fragen zur Paritätsgesetzgebung

Beurteilung des Vorschlags zur Änderung des Kommunalwahlrechts im Hinblick auf eine paritätische Besetzung der Wahlvorschläge im Reißverschlussverfahren

MdlAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/2089

Finanzierung von Unterstützungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder

Angebot, Bedarf und Finanzierung von Frauenhäusern, -beratungsstellen und -notrufen, insbes auch im ländlichen Raum; Zahl der vorhandenen und benötigten Plätze für Frauen und Kinder; Erreichung des vom Europarat empfohlenen Einwohnerschlüssels pro Frauenhausplatz? Bewertung des zum Jahresende startenden bundesweiten Hilfefoneins „Gewalt gegen Frauen“

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 15/2218

Wie begegnet die LReg systematisch dem Mangel an Bewerbungen zur Besetzung frei werdender Schulleiterstellen?

Zahl der offenen Stellen seit 2006 und infolge von Pensionierungen bis 2016, Fälle von mehrfachen Ausschreibungen und Frauenanteil unter den Bewerbern, Bewertung der „Vorbereitungs- und Auswahlseminare“ sowie einer flächendeckenden Einführung von Schulassistenten zur Entlastung der Schulleiter, Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten qualifizierten Persönlichkeiten, Einbindung der Lehrerverbände zur Bewerbungsermunterung

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/2209

Zukunft des Projekts „Integration durch Sport“

Finanzierung und Fortführung des Projekts durch das Ministerium für Integration; Bewertung und weitere Förderung des Projekts „Sport für Frauen aus aller Welt“ bzw „Sport für muslimische Frauen“ der Turn- und Sportvereinigung Metzingen und des Turnvereins Neuhausen

KIAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2287

Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt
Erkenntnisse über die Zahl von Fällen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderung, über die Täter und Tatorte; präventive Maß-

nahmen speziell in Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; therapeutische Unterstützung, Beratung und Begleitung der Opfer vor Gericht, insbes von Frauen mit einer geistigen Behinderung; Schulung des Personals in Schulen u.a. Einrichtungen für Behinderte zum Thema Sexualität

Antr Sabine Wölfe u.a. SPD 17.10.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2494
 BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 69 70
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Frauen in MINT-Berufen in BW

Frauenanteil in MINT-nahen Berufsausbildungen und Studiengängen; Ursachen und Gründe für ihre schwache Repräsentation; Effektivität der Initiativen und Projekte zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Steigerung; Rückgewinnung nicht erwerbstätiger Ingenieurinnen für den Arbeitsmarkt; Karrierechancen für Frauen in MINT-Berufen; Maßnahmen in anderen europäischen Staaten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.11.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2633
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 13 14
 PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Verschreibung von Psychopharmaka und psychotherapeutische Versorgung von Frauen in BW

Bewertung der im BARMER GEK Arzneimittelreport 2012 aufgezeigten ungleichen Verschreibungspraxis von Psychopharmaka gegenüber Frauen im Vergleich zu Männern; prozentualer Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Psychopharmaka einnehmenden Personen in BW; Anteil der Personen in psychotherapeutischer Behandlung nach Geschlecht; geschlechtsspezifische Unterschiede bei Nebenwirkungen von Medikamenten; Gefahr der Medikamentenabhängigkeit; Akzeptanz niedrigschwelliger Angebote für psychisch Kranke; Einschätzung der Versorgungslage

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE 08.11.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2641
 BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 72 73
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Kontaktstellen Frau und Beruf in BW

Anzahl, Einrichtungsdatum, Standorte und Träger; Nutzungsstatistik, spezifische Merkmale und Standards der Einrichtungen; Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte; Motivierung der Frauen zu einer Tätigkeit im MINT-Bereich; berufliche Förderung von Migrantinnen; Ergebnisse der Evaluation der Kontaktstellen und daraus folgende Konsequenzen

Antr
s. Frauenerwerbstätigkeit
 Drs 15/2684

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten - Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg LReg
s. Frauenquote
 Drs 15/2787

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen

Weibliche Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2007 bis 2011 (tabellarische Aufstellung); Leistungsfähigkeit der Beratungs- und Anlaufstellen; Beurteilung des Modellprojekts „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG)“; Anwendung des S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramms in Krankenhäusern; Fachberatungsstellen zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels und ihre Finanzierung; Verfahren der anonymen Spurensicherung; Beweissicherung ohne Anzeige; Grundzüge des künftigen Landesaktionsplans gegen Gewalt

Antr
s. Häusliche Gewalt
 Drs 15/2788

Unternehmensgründerinnen in BW

Daten zu Unternehmensgründerinnen in BW, insbes zum allgemeinen Frauenanteil bei Unternehmensgründungen, Anteil der Unternehmerinnen im erwerbsfähigen Alter sowie bevorzugte Branchen und Marktbeständigkeit bei Gründungen durch Frauen; Probleme bei Frauen als Unternehmensgründerinnen sowie Risikobereitschaft und Finanzausstattung im Vergleich zu Männern; Förderung von Unternehmensgründerinnen durch das Land, insbes Erfolgskontrolle vorhandener Maßnahmen sowie Angebot gezielter Mentoring- und Hilfsprogramme

Antr
s. Unternehmensgründung
 Drs 15/2959

Frauen im Fokus der Fachkräftestrategie für den Mittelstand - Kontaktstellen Frau und Beruf stärken

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3497-3507

Neue Wege in die geschlechtergerechte Gesellschaft - Der Internationale Frauentag als Mahnung und Auftrag

Aktuelle Debatte
s. Internationaler Frauentag
 PIPr 15/61 S. 3611

EU-Programm „Daphne“

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte Förderprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr
s. DAPHNE
 Drs 15/3337

Frauengeschichte in BW

Relevanz und Förderung der frauenhistorischen Forschung in BW; Unterstützung von Forschungseinrichtungen; Gewährleistung der Darstellung und Aufarbeitung der Frauengeschichte; Frauengeschichte als angemessener Anteil an der Erinnerungskultur in den Museen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.05.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3475
 BeschlEmpf und Bericht WissA 04.07.2013 Drs 15/4040 S. 33 34
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Frauen und Mädchen in der rechtsradikalen Szene in BW

Engagement von Frauen und Mädchen in der rechtsextremistischen Szene seit 2003; von diesen bevorzugte rechtsradikale Gruppierungen, spezifische Frauen- und Mädchenorganisationen innerhalb der rechten Szene; Beweggründe von Frauen für eine Hinwendung zum Rechtsradikalismus; Aktivitäten der Frauen; Unterstützung der Forschung zu Frauen und Rechtsextremismus; speziell auf Frauen und Mädchen zugeschnittene Ausstiegsprogramme; Frauenanteil und Frauenbeteiligung in rechtsextremistischen Organisationen im Vergleich zu anderen Bundesländern

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/3669

Gleiche Chancen durch konkretes Handeln! Reden allein bringt Frauenpolitik nicht voran

Aktuelle Debatte
s. *Frauenpolitik*
PIPr 15/73 S. 4369

Genderspezifische Suchtprävention in BW

Entwicklung und Unterschiede im Suchtverhalten von Frauen und Männern in BW, insbes Angebot und Finanzierung genderspezifischer Ansätze in der Suchtprävention

Antr
s. *Suchtprävention*
Drs 15/3882

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmerkultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3968

Frauen im Handwerk in BW

Anteil der von Frauen geführten Handwerksbetriebe an der Gesamtzahl der baden-württembergischen Handwerksbetriebe; Zahl der Handwerksmeisterinnen nach Branchen; Anteil der in Handwerksbetrieben tätigen weiblichen Familienangehörigen, Art und Umfang von deren Tätigkeit; Qualifikations- und Fortbildungsangebote für Frauen im Handwerk und ihre Nutzung; Netzwerke für Frauen im Handwerk

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 02.09.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3994
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 13 14
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in

den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/4059

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habilitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4244
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 52 53
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Strategien oder präventive Maßnahmen gegen potenzielle Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4517

Programme zur Motivation für MINT-Berufe in BW

Bedeutung und Initiative für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in BW, insbes Programme zur Motivation für MINT-Berufe für Frauen; Bewertung der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an MINT-Berufe durch Schule, naturwissenschaftlich-technische Jugendbildung und Science-Center

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/4578

Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in BW und Europa

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostitution; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prostitutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutions-

gesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr
s. *Zuhälterei*
Drs 15/4646

„Datenbank für Spitzenfrauen“

Dauer des Bestands der Datenbank „Spitzenfrauen in Gremien!"; Anzahl der dort registrierten Frauen; Ziele des Projekts; ähnliche Projekte zur Förderung qualifizierter Frauen in anderen Bundesländern; Kooperationspartner des Projekts und dessen Förderung durch das Land; Akzeptanz und Nutzung der Datenbank durch die Unternehmen; Vermittlung der Frauen an die Unternehmen

Antr
s. *Informationssystem*
Drs 15/4678

Frauen als landwirtschaftliche Unternehmerinnen in BW

Frauenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben; Höhe des Anteils der von Frauen geleiteten Landwirtschaftsbetriebe; Anzahl der einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb leitenden Frauen; Förderinstrumente für Frauen in der Landwirtschaft; Ermutigung und Qualifizierung von Frauen zur Leitung landwirtschaftlicher Unternehmen; Unterstützung durch die Landfrauenorganisationen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 04.04.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5036

Feuerwehrfrauen in BW

Situation von Frauen in den Berufs- und freiwilligen Feuerwehren Baden-Württembergs, insbes Entwicklung des Frauenanteils, Teilzeitarbeit, Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Qualifizierungsangebote für Frauen; Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Feuerwehren

Antr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/5080

Frauen in Führung

Entwicklung des Anteils weiblicher Führungskräfte in den börsennotierten Unternehmen im Vergleich mit anderen Bundesländern und EU-Ländern; branchenspezifische Besonderheiten; Maßnahmen und Programme zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Führungskräften von Unternehmen, insbes der staatlichen Betriebe; Auswirkungen eines Bundesgesetzes zur Einführung einer Frauenquote

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5154

Gemeinderäte ohne Frauen

Gemeinden, in die bei der Kommunalwahl 2014 keine Frauen gewählt wurden; Zahl der dort im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlbewerber aufgestellten Kandidatinnen; Zahl der Wahlvorschläge in den betreffenden Kommunen; Tendenzen bei der Anzahl der Gemeinderäte ohne Frauen seit 1999

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5383

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von

Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.08.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5648
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 29 30
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr
s. *Teilzeitarbeit*
Drs 15/5675

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr
s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Tandem-Führung in Verwaltungen

Sachstand zum Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung, insbes Anteil der Frauen mit Teilzeitarbeit; Bewertung und Unterstützung von Tandem-Führungen in der Verwaltung zum Aufbau weiblicher Führungskräfte und Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/6096

Aufnahme und Betreuung traumatisierter Frauen aus Syrien und aus dem Irak

Sachstand zur Aufnahme und Behandlung von misshandelten und traumatisierten Frauen aus den Krisengebieten im Irak und in Syrien iRd Sonderprogramms der LReg

KlAnfr
s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/6587

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6785

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/6835

Vorbereitung und Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak

Sachstand zur Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak, insbes Vorbereitung der freiwilligen Landesbediensteten, Zusammenarbeit mit der BReg sowie mit Nachrichtendiensten und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen im Nahen Osten (Irak, Syrien, Türkei)

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6989

Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Sachstand zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), insbes Stand der Ratifizierung, Verbesserungen für die Situation von Frauen in BW

KlAnfr
s. *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ..*
Drs 15/7137

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Sachstand zu Situation und Führungskräften in Unternehmen mit mittelbarer oder unmittelbarer Beteiligung des Landes BW, insbes Entwicklung des Frauenanteils und der Teilzeitarbeitungsverhältnisse, Maßnahmen zur Verhinderung einer Schlechterstellung von in Teilzeit arbeitenden Führungskräften

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/7461

Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Frauen in BW

Sachstand über Entwicklung und aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Frauen in Landeserstaufnahmestellen und bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen in BW, insbes separate Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen, Vor- und Nachsorge von Schwangeren, Möglichkeiten zur Sonderunterbringung für besonders schutzbedürftige Frauen

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE
26.11.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7788
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.01.2016 Drs 15/8048

S. 106 107
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Wissenschaftlerinnen an baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur aktuellen Situation von Frauen im Bereich der Wissenschaft und Leitung an baden-württembergischen Hochschulen, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Promotionen und Habilitationen (aufgeteilt nach Fachbereichen und Fächergruppen), Entwicklung des Frauenanteils bei den Professuren und den Positionen der Hochschulleitungen, Wirkung spezieller Frauenförderprogramme, Frauenanteil an den umgewidmeten Stellen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.02.2016 und Stellungnahme MWK Drs 15/8054 (13 S.)

Maßnahmen zur Erhöhung des Beschäftigungsanteils der gut ausgebildeten Frauen, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Plädoyer für eine kinderfreundlichere Gesellschaft

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Feststellung einer wachsenden Zahl von Frauen bei den Existenzgründungen; Eintreten für gleiche Löhne für Männer und Frauen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 25

Stand und Nachholbedarf von Frauen in der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft; Änderung des Landtagswahlrechts zur Steigerung der Repräsentanz von Frauen im Landtag

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53

Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbes in den MINT-Berufen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 330 332 334 335

Gewinnung von mehr jungen Frauen für technische Berufe

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 349

Beklagung einer höheren Kinderlosigkeit und Scheidungsrate bei Frauen im Polizeidienst

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 413

Eintreten für eine Frauenquote in Führungspositionen; Beklagung des hohen Frauenanteils im Niedriglohnsektor, Plädoyer für Mindestlöhne

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 775 776

Beklagung des hohen Frauenanteils im Niedriglohnsektor mit der Folge von späterer Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 914

Steigerung der Erwerbsbeteiligung der gut ausgebildeten Frauen, Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959 960 968 971

Abmilderung des Fachkräftemangels durch Ausschöpfung der Arbeitskraft gut ausgebildeter Frauen; Förderung der Nichterwerbstätigkeit der Mutter bzw Behinderung ihrer frühzeitigen Rückkehr in den Beruf durch das Betreuungsgeld

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1848 1850 1852-1854

*Beurteilung einer gesetzlichen Regelung zur gleichmäßigen Be-
setzung der Kommunalwahllisten mit Frauen und Männern; Er-
innerung an die Einführung des Wahlrechts für Frauen 1918*

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062-2074

Fraude à la loi

s. Gesetzesumgehung

Frauenarbeit

s. Frauenerwerbstätigkeit

Frauenbeauftragte

s. Gleichstellungsbeauftragte

Frauenbildung

s.a. Frau

*Bürgermentoringen und Bürgermentoren mit Migrationshinter-
grund*

Integrationsförderung durch Bürgermentoren mit Migrations-
hintergrund; Stärkung der Bildungschancen von Migrantinnen,
Mittlerfunktion für Migranten und Migrantinnen gegen-
über der Mehrheitsgesellschaft, sonstige Aufgabengebiete; Pro-
gramm und Inhalte der Ausbildung zu Bürgermentoren

Antr

s. Ausländerintegration

Drs 15/3664

Frauenerwerbstätigkeit

s.a. Frauenförderung

s.a. Teilzeitarbeit

Frauen in MINT-Berufen in BW

Frauenanteil in MINT-nahen Berufsausbildungen und Studien-
gängen; Ursachen und Gründe für ihre schwache Repräsentati-
on; Effektivität der Initiativen und Projekte zur Erhöhung des
Frauenanteils in MINT-Berufen; Maßnahmen zu einer nach-
haltigen Steigerung; Rückgewinnung nicht erwerbstätiger Inge-
nieurinnen für den Arbeitsmarkt; Karrierechancen für Frauen in
MINT-Berufen; Maßnahmen in anderen europäischen Staaten

Antr

s. Frau

Drs 15/2633

Kontaktstellen Frau und Beruf in BW

Anzahl, Einrichtungsdatum, Standorte und Träger; Nutzungs-
statistik, spezifische Merkmale und Standards der Einrichtun-
gen; Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte; Motivierung
der Frauen zu einer Tätigkeit im MINT-Bereich; berufliche För-
derung von Migrantinnen; Ergebnisse der Evaluation der Kon-
taktstellen und daraus folgende Konsequenzen

Antr CDU 19.11.2012 und Stellungnahme MFW Drs
15/2684

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3497-3507

*Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in
BW ermöglichen*

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen
im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit

Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztin-
nen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter
65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil un-
ter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in
den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den
Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und
Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kas-
senärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich
zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärz-
tinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr

s. Arzt

Drs 15/4059

Frauen + Wirtschaft = Wachstum

Situation und Statistik zu Frauenarbeitsverhältnissen in der Wirt-
schaft Baden-Württembergs, insbes Entwicklung des Frauenan-
teils bei den Beschäftigten in der Wirtschaft im Deutschland-
und EU-Vergleich; Initiativen von Staat und Wirtschaft zur Er-
höhung des Frauenanteils in der Wirtschaft und der besseren Ver-
einbarkeit von Familie und Beruf, insbes Bewertung der Arbeit
von „familyNET“

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 13.01.2014 und Stel-
lungnahme MFW Drs 15/4579 (17 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/5052 S.
7 8

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Frauenförderung

s.a. Frauenerwerbstätigkeit

s.a. Gleichstellungsbeauftragte

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Konsequenzen der Entschließung des Europäischen Parlaments
vom 05.04.2011 zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und
im ländlichen Raum, insbes für die künftige Verteilung der För-
dermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds, für die Ge-
staltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen Ab-
sicherung u.a.m.; Förderung der gleichen Zugangschancen zu
den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnel-
len Breitbandnetze; Beteiligung von Frauen an lokalen Aktions-
gruppen und Partnerschaften iRd Leader-Programms, Anstre-
bung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Ver-
waltungsgremien

Antr

s. Frau

Drs 15/41

*Zugangswege für Frauen zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft
verbessern*

Aktuelle Debatte

s. Frau

PIPr 15/7 S. 193

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in
der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, An-
teil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der
Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstat-
tung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit
mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Re-
gierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Män-
nern besetzten Stellen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/957

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Erfahrungen mit den kommunalen Frauenförderplänen und dem Chancengleichheitsgesetz im öffentlichen Dienst; Koordination der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Unternehmen; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1286

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1751

Frauen auf dem Land in BW

Anteile von Männern und Frauen im ländlichen Raum; Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von Frauen, notwendige Rahmenbedingungen und Instrumente zur Trendumkehr, insbes des von der EU mitfinanzierten Förderprogramms „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum (IMF)“, bisherige Projektförderungen und geplante Neuaufgabe des Programms ab 2014, Ermunterung von Frauen zur Einreichung von Anträgen zum Agrarinvestitionsförderprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1770

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1771

Frauen im Fokus der Landespolitik

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2910-2918

Kontaktstellen Frau und Beruf in BW

Anzahl, Einrichtungsdatum, Standorte und Träger; Nutzungsstatistik, spezifische Merkmale und Standards der Einrichtungen; Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte; Motivierung der Frauen zu einer Tätigkeit im MINT-Bereich; berufliche Förderung von Migrantinnen; Ergebnisse der Evaluation der Kontaktstellen und daraus folgende Konsequenzen

Antr
s. *Frauenerwerbstätigkeit*
Drs 15/2684

Organisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Umorganisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, insbes betroffene Referate und Abteilungen, flankierende Sach- und Personalkosten, Schaffung und Besetzung zusätzlicher Leitungsstellen, Beförderungschancen der Bestandsbeamten, Anteil und Erhöhung der Zahl weiblicher Führungskräfte

KlAnfr
s. *Ministerium*
Drs 15/3481

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/4059

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habilitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr
s. *Frau*
Drs 15/4244

Frauen + Wirtschaft = Wachstum

Situation und Statistik zu Frauenarbeitsverhältnissen in der Wirtschaft Baden-Württembergs, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Beschäftigten in der Wirtschaft im Deutschland- und EU-Vergleich; Initiativen von Staat und Wirtschaft zur Erhöhung des Frauenanteils in der Wirtschaft und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbes Bewertung der Arbeit von „familyNET“

Antr
s. *Frauenerwerbstätigkeit*
Drs 15/4579

„Datenbank für Spitzenfrauen“

Dauer des Bestands der Datenbank „Spitzenfrauen in Gremien!“, Anzahl der dort registrierten Frauen; Ziele des Projekts; ähnliche Projekte zur Förderung qualifizierter Frauen in anderen Bundesländern; Kooperationspartner des Projekts und dessen Förderung durch das Land; Akzeptanz und Nutzung der Datenbank durch die Unternehmen; Vermittlung der Frauen an die Unternehmen

Antr
s. *Informationssystem*
Drs 15/4678

Frauen als landwirtschaftliche Unternehmerinnen in BW

Frauenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben; Höhe des Anteils der von Frauen geleiteten Landwirtschaftsbetriebe; Anzahl der einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb leitenden Frauen; Förderinstrumente für Frauen in der Landwirtschaft; Ermutigung und Qualifizierung von Frauen zur Leitung landwirtschaftlicher Unternehmen; Unterstützung durch die Landfrauenorganisationen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5036

Feuerwehrfrauen in BW

Situation von Frauen in den Berufs- und freiwilligen Feuerwehren Baden-Württembergs, insbes Entwicklung des Frauenanteils, Teilzeitarbeit, Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Qualifizierungsangebote für Frauen; Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Feuerwehren

Antr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/5080

Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe in BW durch den neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum (MEPL)

Umfang und Ausgestaltung des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL); Unterstützung der LReg bei der Bewirtschaftung von Grünland und Steillagen, artgerechter Tierhaltung, Naturschutz, Frauenförderung im ländlichen Raum

Antr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/5195

Wissenschaftlerinnen an baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur aktuellen Situation von Frauen im Bereich der Wissenschaft und Leitung an baden-württembergischen Hochschulen, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Promotionen und Habilitationen (aufgeteilt nach Fachbereichen und Fächergruppen), Entwicklung des Frauenanteils bei den Professuren und den Positionen der Hochschulleitungen, Wirkung spezieller Frauenförderprogramme, Frauenanteil an den umgewidmeten Stellen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

Antr
s. *Frau*
Drs 15/8054

Stand und Nachholbedarf der Frauenförderung in der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft; Änderung des Landtagswahlrechts zur Steigerung der Repräsentanz von Frauen im Landtag

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53

Frauenhandel

s. *Menschenhandel*

Frauenhaus

s.a. *Häusliche Gewalt*

Frauenhilfestruckturen für von Gewalt betroffene Frauen im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Kapazitäten und Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Fachberatungsstellen für von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffene Frauen landesweit sowie im LKreis Freudenstadt

KIAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 28.06.2012 und Antw SM Drs 15/1988 (18 S.)

Finanzierung von Unterstützungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder

Angebot, Bedarf und Finanzierung von Frauenhäusern, -beratungsstellen und -notrufen, insbes auch im ländlichen Raum; Zahl der vorhandenen und benötigten Plätze für Frauen und Kinder; Erreichung des vom Europarat empfohlenen Einwohner-schlüssels pro Frauenhausplatz? Bewertung des zum Jahresende startenden bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE 08.08.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2218 (20 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 65
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5648

Frauenheilkunde

s. *Gynäkologie*

Frauenpolitik

Die Situation der Gleichstellungspolitik an den baden-württembergischen Hochschulen

Aktuelle Situation der Gleichstellungsförderung durch Gleichstellungsbeauftragte sowie schwerpunktmäßige Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity; Struktur und Verankerung der Gleichstellungsstellen in den Hochschulen; personelle und sachliche Ausstattung; Gleichstellungsmaßnahmen; Situation des Forschungsbereichs Gender Studies an den Hochschulen; Förderung von Professorinnen

GrAnfr SPD 12.12.2012 und Antw LReg Drs 15/2796 (22 S.)

PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4293-4299

Gleiche Chancen durch konkretes Handeln! Reden allein bringt Frauenpolitik nicht voran

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4369-4378

Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donauraum

Sachstand zur Gründung eines Netzwerks von Frauenpolitikerinnen im Donauraum, insbes Bewertung und Unterstützung durch die LReg, bisherige Erfahrungen zur vernetzten Zusammenarbeit von Frauen in den Donauraumstaaten, Beitrag der LReg zur Stärkung der Partizipation und Herstellung von Chancengleichheit in den Ländern des Donauraums, geeignete Bereiche und Themenfelder sowie Kooperationspartner für das Netzwerk, Finanzierungsmöglichkeiten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU, Brigitte Lösch u.a. GRÜNE, Rita Haller-Haid u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP 14.11.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/6124 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 63 64

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Frauenquote

Weibliche Repräsentanz an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in BW

Anteil der weiblichen Studierenden, des weiblichen Personals und der Hochschullehrerinnen; geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Rektorate, Hochschulräte und Senate; Anteil des weiblichen Personals in den Leitungsorganen und Gremien; Gewährleistung der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie; Ermutigung von Studentinnen zu leitenden Tätigkeiten im Beruf; Potenzial der für Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung geeigneten Absolventinnen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.11.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2654

BeschlEmpf und Bericht WissA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 29 30

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg SM 07.12.2012 Drs 15/2787 (39 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/2900

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Frauen in Führung

Entwicklung des Anteils weiblicher Führungskräfte in den börsennotierten Unternehmen im Vergleich mit anderen Bundesländern und EU-Ländern; branchenspezifische Besonderheiten; Maßnahmen und Programme zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Führungskräften von Unternehmen, insbes der staatlichen Betriebe; Auswirkungen eines Bundesgesetzes zur Einführung einer Frauenquote

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 05.05.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5154

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 55 56

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW nach den Wahlen im Mai 2014

Entwicklung des Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen von BW; Umsetzung der Sollregelung aus dem Kommunalwahlgesetz zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sowie Aufnahme von geeigneten Regelungen in die Satzungen der Parteien

Antr SPD 02.06.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5271 (10 S.)

PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8334-8340

Gemeinderäte ohne Frauen

Gemeinden, in die bei der Kommunalwahl 2014 keine Frauen gewählt wurden; Zahl der dort im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlbewerber aufgestellten Kandidatinnen; Zahl der Wahlvorschläge in den betreffenden Kommunen; Tendenzen bei der Anzahl der Gemeinderäte ohne Frauen seit 1999

KIAnfr

s. Kommunalwahl

Drs 15/5383

Frauenquotierung

s. Frauenquote

Frauentag

s. Internationaler Frauentag

Fraunhofer-Gesellschaft

Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Forschungslandschaft sichern und erhöhen

Förderung der Ansiedlung, Neugründung und Erweiterung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in BW, u.a. von Instituten und Forschergruppen der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Antr

s. Forschung

Drs 15/265

Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität

Handlungsvorstellungen zur o.g. Aus-, Fort- und Weiterbildung; Stand der Planungen einer Produktionslinie zur Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung; Aktivitäten und Ziele zur Leichtbauweise, insbes am Deutschen Institut für Textil- und Faserforschung; Stand der Entwicklungen der Projektgruppe neue Antriebssysteme (NAS) am Fraunhofer-Institut in Karlsruhe

Antr

s. Elektromobilität

Drs 15/936

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konsequenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie,

u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Innovationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr
s. *Technologie*
Drs 15/1990

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft
Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Fraus legis

s. *Gesetzesumgehung*

Freibad

s. *Schwimmbad*

Freiberg am Neckar

Geplanter Autobahn-Halbanschluss und „Schwörer-Trasse“ in Freiberg/Neckar

Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit und Finanzierbarkeit einer neuen Anschlussstelle an der A 81 mit der geplanten Teilortsumfahrung von Ingersheim sowie der o.g. Trasse durch das Industriegebiet Neckar mit der Ortsumfahrung von Freiberg, Zulässigkeit des geforderten Lkw-Fahrverbots auf der L 1125 auch ohne den Bau des geplanten Halbanschlusses?

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/446

Autobahnabschnitt A 81 Pleidelsheim/Ludwigsburg-Nord
Verkehrsaufkommen auf diesem Autobahnabschnitt; Häufigkeit und Dauer von Staus auf diesem Streckenabschnitt; Anzahl der Unfälle in den letzten drei Jahren; Lärmbelastung der Stadt Freiberg am Neckar; Ausbau des Autobahnabschnitts

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/6121

Freiberufler

s. *Freier Beruf*

Freiberuflich tätiger Arzt

s. *Niedergelassener Arzt*

Freiberufliche Tätigkeit

s. *Freier Beruf*

Freiburg im Breisgau

s.a. *Breisgau-S-Bahn*
s.a. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
s.a. *Katholische Hochschule Freiburg*
s.a. *Regierungsbezirk Freiburg*
s.a. *Regierungspräsidium Freiburg*
s.a. *Universität Freiburg*
s.a. *Universitätsklinik Freiburg*

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr
s. *Papsttum*
Drs 15/778

Förderung des ensemble recherche Freiburg

Bedeutung und finanzielle Situation des o.g. Kammermusikensembles, Beurteilung einer Übertragung der Förderung im Haushalt in das Kapitel für Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/1704

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1884

Lückenhafter Bahn-Fahrplan zwischen Freiburg und Konstanz
Bedeutung und Fahrplansituation der o.g. Bahnverbindung, insbes an Wochenenden; Bewertung des neu eingeführten Reiseangebots von „DeinBus“ als Alternative? Beurteilung der Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Bundesbahnen; Frage nach Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrplansituation

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/2493

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2935

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3004

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3019

Breisgau-S-Bahn 2020

Abweichungen der „abgespeckten“ Version vom ursprünglichen Konzept; Abstimmung der Planung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF); Finanzierung; Elektrifizierung der Bahnstrecken ins Elztal und nach Breisach sowie der Höllentalbahn Neustadt - Donaueschingen; Stand der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/3125

Schienenpersonennahverkehr Rheintalbahnhof Freiburg-Basel

Planungen und Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr auf der Rheintalbahnhof; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-

Kirchen

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3292

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Ausbau der Bundesautobahn 5 (A5)

Verkehrssituation und Ausbau der Bundesautobahn A5 zwischen Offenburg und Freiburg, insbes Daten zu Verkehrsaufkommen und Unfallquote, sowie Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den Bedarfsplan für Bundesautobahnen

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/3768

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des LKreises Breisgau-Hochschwarzwald

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar, Konsequenzen für die Wohnungs- und Baulandpreise; Spielräume für örtlichen Bedarf; Berücksichtigung der besonderen Zugangssituation vieler Gemeinden

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4313

Freiburg

Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten der Fraunhofer-Gesellschaft

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4389

Hochschulstandort Freiburg

Entwicklung der Zahlen der Studenten, Beschäftigten, Stellenfrüherungen und Studienplätze an Hochschulen in Freiburg; Unterstützung des Landes für Hochschulen und Universitäten bei der Studieneingangsphase, einem berufsbegleitenden Masterprogramm sowie der Weiterentwicklung des internationalen Forschungskollegs FRIAS

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 15/4881

Die Zukunft des Studierendenhauses „KuCa“ der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Bereitstellung von Ersatzräumen für das Kulturcafé („KuCa“) an der PH Freiburg; Beteiligung der Studierendenvertretung, des Studierendenwerks, des Rektorats und der Stadt an der Suche nach einem neuen Standort

KlAnfr
s. Hochschulbau
Drs 15/4940

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunkinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. Musik
Drs 15/4981

Kinderklinik Freiburg

Notwendigkeit und Planungen zum Neubau der Kinderklinik Freiburg, insbes Kostenrahmen, Finanzierung, Überlegungen zur Ausgliederung der Kinderkardiologie

KlAnfr
s. Kinderkrankenhaus
Drs 15/5551

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr
s. Landespersonalvertretungsgesetz
Drs 15/6115

Landeszuschuss Neubau Stadion SC Freiburg

Errichtung eines neuen Fußballstadions in Freiburg im Breisgau; Unterstützung des Neubaus durch das Land; Stand der Gespräche mit der Stadt Freiburg

Antr
s. Sportstätte
Drs 15/6199

Sportstättenförderung - Stadionneubau des SC Freiburg

Situation um einen möglichen Förderzuschuss für den Stadionneubau des SC Freiburg; Planungen zur Neuaufgabe eines Förderprogramms zum Sportstättenbau

Antr
s. Sportstätte
Drs 15/6558

Neubau der Universitäts-Kinderklinik Freiburg

Bauzustand und Neubauplanungen zur Kinderklinik des Universitätsklinikums Freiburg

MdlAnfr
s. Universitätsklinik
Drs 15/6690

Einbeziehung der Bundesstraße 31 in die Umweltzone - verkehrliche Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden

Sachstand zur Einbeziehung der Bundesstraße 31 in die Umweltzone Freiburgs, insbes Auswirkungen des Ausweichverkehrs auf die Umlandgemeinden

Antr
s. Umweltzone
Drs 15/7463

Fern- und Nahwärme in Freiburg

Sachstand zur unterschiedlichen Preisgestaltung für Fernwärme in den Stadtgebieten Freiburgs, insbes Höhe und Bestandteile der Wärmepreise im Baugebiet Gutleutmatte

KlAnfr
s. Fernwärme
Drs 15/7726

Freiburg

Veräußerung von rund 6,3 ha landeseigener Flächen an die Stadt Freiburg

Antr LReg
s. Landeseigene Liegenschaft
Drs 15/7901

Erinnerung an die Aufhebung der Freiburger PolizeiVO zur Begrenzung des Alkoholkonsums auf öffentlichen Plätzen vom VGH Mannheim 2009; Schaffung einer gerichtsfesten Rechtsgrundlage mit der Änderung des Polizeigesetzes

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 209-212

Freie Berufswahl

s. Berufsfreiheit

Freie Demokratische Partei

Organstreitverfahren von sieben Abgeordneten des Ltg und der Fraktion der FDP/DVP gegen die LReg wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

s. Parlamentarische Anfrage
PIPr 15/60 S. 3567

Freie Heilfürsorge

s. Heilfürsorge

Freie Schule

s. Privatschule

Freie Software

s. *Software*

Freier Beruf

Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*
Drs 15/6139

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025; Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/6455

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten

Kritische Hinterfragung der Evaluierung der Berufszugangsregelungen durch die EU-Kommission; Herausstellen der positiven Aspekte deutscher Berufszugangsregelungen; Ergreifung von Maßnahmen zum Erhalt der hohen Qualitätsstandards bei den Freien Berufen und dem Handwerk

Antr
s. *Berufsrecht*
Drs 15/7167

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in BW erhalten

Mitgestaltung der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission bei den Berufszugangsregelungen, insbes Erhalt der Reglementierung und der Qualitätsstandards in Freien Berufen und im Handwerk als autonome Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten, Beibehaltung der Selbstverwaltung und des Systems der Kammern, Weiterentwicklung des Systems der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe

Antr
s. *Berufsrecht*
Drs 15/7176

Freier Mitarbeiter

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die

Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. *Versicherungspflicht*
Drs 15/4477

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - weitere offene Fragen

Sachstand zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Wirkung, Mitteleinsatz sowie Auswahl und Honorar des Politikberaters N.H.

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6198

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Freier Welthandel

s. *Freihandel*

Freihandel

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW

Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr
s. *CETA-Abkommen*
Drs 15/6292

Haltung der LReg zur geplanten Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Sachstand zur Haltung der LReg zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen, insbes Stellenwert des Eckpunktepapiers „Positionierung zu TTIP“ als Kriterienkatalog für eine mögliche Zustimmung im Bundesrat, Unterstützung der Verhandlungen auf der Bundes- und EU-Ebene, Ausgestaltung der Informationspolitik, Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Zusammensetzung des künftigen TTIP-Beirats

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*
Drs 15/6709

Freihandelsabkommen EU-Kanada

s. *CETA-Abkommen*

Freihandelszone

s.a. *Handelsabkommen*

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Haltung zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA; verbesserter Zugang zum US-Markt für baden-württembergische Unternehmen infolge einer Aufhebung der Zölle; profitierende Branchen; Direktinvestitionen aus den USA sowie aus Drittstaaten in BW; Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in BW; Chancen und Risiken einer Liberalisierung des Handels für den Bereich der Landwirtschaft; Erhaltung bestehender Standards; Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung

Antr

s. *Handelsabkommen*

Drs 15/3197

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Drs 15/4509

Freiheit

Baden-württembergische Interessen schützen - die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten finden

Aktuelle Debatte

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

PIPr 15/74 S. 4425

Freiheit der Berufswahl

s. *Berufsfreiheit*

Freiheit der Forschung

s. *Wissenschaftsfreiheit*

Freiheit der Kunst

s. *Kunstfreiheit*

Freiheit der Lehre

s. *Wissenschaftsfreiheit*

Freiheit der Wissenschaft

s. *Wissenschaftsfreiheit*

Freiheit von Forschung und Lehre

s. *Wissenschaftsfreiheit*

Freiheitsentziehung

Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Regelung des Vollzugs der Therapieunterbringungen von psychisch gestörten Sexual- und Gewalttätern in BW aufgrund des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) des Bundes vom 22. Dezember 2010

GesEntw

s. *Therapieunterbringungsvollzugsgesetz*

Drs 15/3643

Freiheitsentzug

s. *Freiheitsentziehung*

Freiheitsstrafe

s.a. *Haft*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Grünbuch der Kommission: Stärkung des gegenseitigen Vertrauens im europäischen Rechtsraum - Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/396

Frauen im Justizvollzug in BW

Entwicklung der Art und Zahlen von Straftaten sowie der einsitzenden Frauen seit 2002, Umgang mit weiblichen Straftätern im Vollzug, Frage nach spezifischen Förderprogrammen und Ausbildungsmaßnahmen sowie nach der Kinderbetreuung und Rückfallquote weiblicher Straftäter

Antr

s. *Frau*

Drs 15/1985

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Strafhaft in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafschuldner

KlAnfr

s. *Haft*

Drs 15/2587

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3368 betr. Strafaussetzung zur Bewährung

Petitionen

s. *Haft*

Drs 15/4976

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5709

Nutzung der elektronischen Fußfessel zur Vermeidung von kurzen Freiheitsstrafen oder Ersatzfreiheitsstrafen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 950 952

Vermeidung von kurzen Freiheitsstrafen oder Ersatzfreiheitsstrafen durch die elektronische Fußfessel und das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1294 1296 1297 1299 1300

Freikirche*Vertretung der Freikirchen im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben*

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Freikirchen den Sitz im Rundfunkrat zu entziehen; Besetzung des frei gewordenen Sitzes durch muslimische Verbände; künftige Interessenvertretung der Freikirchen im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2683

Freileitung

s. *Stromnetz*

Freisleben, Günther*Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei*

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Freistaat Bayern

s. *Bayern*

Freistellung von der Arbeit*Situation des Katastrophenschutzes in BW*

Qualifizierung der Führungskräfte und der ehrenamtlichen Helfer, Stand der Jugendarbeit, Freistellung der Helfer vom Arbeitsplatz

GrAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/603

Freistellungsjahr im Dienstrecht

Stand der Zulassung o.g. Freistellung nach dem Landesbeamten-gesetz durch die obersten Dienstbehörden, Zahl der Inanspruchnahmen durch Beamte in den letzten fünf Jahren

Antr SPD 28.09.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/605
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/940 S. 10
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/110 betr. Nutzung der Sabbatjahrbezüge zur häuslichen Pflege

BeschlEmpf und Bericht PetA 08.12.2011 Drs 15/919 Nr. 2 S. 6 7
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
Mittlg LReg 30.01.2012 Drs 15/1189

Sonderurlaub für Bedienstete im Justizvollzug

Umsetzungsstadium der geplanten Neuregelung für ältere, im Wechselschichtdienst tätige Polizisten; Einführung einer vergleichbaren Regelung für die Bediensteten im Strafvollzug; Prüfung einer Übertragung auf weitere Landesbedienstete

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 27.11.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2740
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.01.2013 Drs 15/3063 S. 7 8
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Zukünftige Kosten und zusätzliche Freistellungen in Folge der geplanten Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)

Auswirkungen und Stellungnahmen zum Anhörungsentwurf des Innenministeriums zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), insbes zu erwartende Freistellungen und Mehraufwand in den Landes- und Kommunalbehörden und -einrichtungen, Erstattungsmöglichkeiten entsprechend dem Konnexitätsprinzip für diese Institutionen; Gründe für die Einrichtung von Wirtschaftsausschüssen und Regelung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Personalvertretungsrecht*
Drs 15/4075

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Enzkreis und in Pforzheim

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Enzkreises und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4377

Freistellungstage für ehrenamtliche Tätigkeiten

Regelungen zu Freistellung und Sonderurlaub für die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit bzw Weiterbildung für das Ehrenamt; geplante Änderungen im Bildungsfreistellungsgesetz

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/4430

Auswirkung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe der für die o.g. LKreise und deren Kommunen entstehenden Mehrkosten; Auskunft über die zu erwartenden zusätzlichen Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4439

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für den LKreis Emmendingen und dessen Kommunen, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5518

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des geplanten Gesetzes zur Bildungsfreistellung auf die Verwaltung der Stadt Pforzheim

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für die Stadt Pforzheim sowie die Kreisverwaltung und Kommunen des Enzkreises, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5807

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/6115

Freistellungsjahr

s. *Freistellung von der Arbeit*

Freiwillige Feuerwehr

s. *Feuerwehr*

Freiwillige Hilfsorganisation

s. *Hilfsorganisation*

Freiwilligenagentur

Tätigkeiten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. im Enzkreis

Sachstand zu Aktivitäten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. in BW und im Enzkreis bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge bzw Asylbewerber

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 06.08.2015 und Antw IntM
Drs 15/7276

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis

Tätigkeiten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. im Enzkreis

Sachstand zu Aktivitäten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. in BW und im Enzkreis bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge bzw Asylbewerber

KlAnfr
s. *Freiwilligenagentur*
Drs 15/7276

Freiwilligendienst

s.a. *Europäischer Freiwilligendienst*

Haushalt 2012; Epl 09

Aufstockung der Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres

ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-17 S. 56
57
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Zutrittsverbot für Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen?

Beurteilung der o.g. Forderung der Grünen Jugend BW bzw des Auftrags und der Bedeutung der Bundeswehr, insbes auch für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und das Konzept der politischen Bildung in Gestalt des Staatsbürgers in Uniform; Maßnahmen zur Ermutigung junger Menschen zum Dienst in den Streitkräften oder im Bundesfreiwilligendienst; Stellenwert der Themen „Bundeswehr“ bzw „Landesverteidigung“ im Schulunterricht

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1787

Bundesfreiwilligendienst in BW

Zahl und Altersstruktur der Teilnehmer am o.g. Freiwilligendienst seit dessen Einführung im Juli 2011, Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund; Auflistung der Träger, des Bedarfs und der Nachfrage von Stellen in BW; Motivation der Teilnehmer zu einem weiteren ehrenamtlichen Engagement

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 15.10.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2471
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 67 68
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

FSJ-Plätze (Freiwilliges Soziales Jahr) im Bereich Pflege in BW
Gewinnung junger Menschen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahl der FSJ-Plätze in den Stadt- und Landkreisen; FSJ-Plätze in der Altenpflege, in der Arbeit mit behinderten Menschen und in Krankenhäusern; Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses im sozialen Bereich nach Abschluss des Freiwilligendienstes; Anerkennung des Freiwilligen Sozialen Jahres bei einer anschließenden Ausbildung im sozialen Bereich

KlAnfr Werner Raab CDU 14.08.2013 und Antw SM Drs 15/3942

Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)

Bedeutung und Fördermaßnahmen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahlenentwicklung und Situation der Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr, insbes Tätigkeiten und Einsatzgebiete, anschließende Berufswahl im Sozialbereich

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU 02.05.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5146

BeschlEmpf und Bericht SozA 10.07.2014 Drs 15/5743 (dazu ÄAntr Manfred Lucha u.a. GRÜNE und Rainer Hinderer u.a. SPD) S. 32 33

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Mittlg LReg 03.04.2015 Drs 15/6728

Freiwilliges Ökologisches Jahr in BW

Aktuelle Situation des Freiwilligen Ökologischen Jahrs in BW, insbes Teilnehmerzahlen, Einsatzbereiche, Nutzen für Gesellschaft und Berufsfindung, Landesmittelaufwendungen, Teilnehmerberatung und -betreuung, Reduktionsabsicht für FÖJ-Stellen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 15.05.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5203

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6496 S. 29

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Musikalisches Angebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen

Sachstand zum musikalischen Bildungsangebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen, insbes Ausbau der Kooperationen mit Musikvereinen, Einführung eines „Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) Musik und Schule“ analog zum „Freiwilligen Sozialen Jahr Sport und Schule“

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7437

Freiwilliger Polizeidienst

Den Freiwilligen Polizeidienst in BW erhalten

Entwicklung der Zahl von Angehörigen des FPD, der Einsatzbereiche und -stunden seit dessen Bestehen; Bewertung des ehrenamtlichen Engagements bei Präsenzstreifen, Großveranstaltungen, Verkehrserziehung u.a.; Bezifferung der Zahl von zusätzlichen Stellen des Polizeivollzugsdienstes und deren Kosten im Falle einer Abschaffung des FPD; Festhalten am Freiwilligen dienst und Vorlage einer Konzeption zur Entlastung des Polizeivollzugsdienstes bei schlichthoheitlichen Tätigkeiten und der kommunalen Kriminalprävention bis 31.10.2011

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.06.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/168

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 19-21

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Haushalt 2012; Epl 03

Erhaltung des freiwilligen Polizeidienstes

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1103-1 S. 20 21

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1203

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1219-1234

Zukunft des Freiwilligen Polizeidienstes

Begründung und Einsparwirkungen des verhängten Aufnahme stopps und einer Reduzierung der Fortbildung für den Freiwilli-

gen Polizeidienst, Zeitpunkt des Ausscheidens des letzten Polizeifreiwilligen; Frage nach Unterschieden zwischen dem Einsatz von Ehrenamtlichen in einem kommunalen Ordnungsdienst und dem Freiwilligen Polizeidienst

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1652

BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 38

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Umgang mit Mitgliedern des Freiwilligen Polizeidienstes

Gründe für die Verweigerung der neuen blauen Uniformen trotz deren Verfügbarkeit im Logistikzentrum

MdlAnfr

s. *Uniform*

Drs 15/2429

50 Jahre Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/70 12.06.2013 S. 4212-4221

Finanzneutrale Ausstattung des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen

Rechtliche Voraussetzungen zur Ausstattung der Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen im Bereich des Polizeireviers Ettlingen durch eine Geldspende

MdlAnfr 5) Werner Raab CDU 11.12.2013 Drs 15/4426

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5248 5249

Aufwertung des Freiwilligen Polizeidienstes durch das neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Gründe für die Subsumierung der Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes unter den Beschäftigtenbegriff des LPVG; Verzicht auf die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes

MdlAnfr 5) Thomas Blenke CDU 13.10.2014 Drs 15/5825

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6526

Will das Innenministerium jetzt durch die Hintertür das Wahlrecht von Polizeifreiwilligen bei den Personalratswahlen aushebeln?

Aushebelung des Personalratswahlrechts für die Polizeifreiwilligen auf Grundlage des neuen Landespersonalvertretungsgesetzes über Berücksichtigung der Aufrufe zum Dienst

MdlAnfr 4) Thomas Blenke CDU 06.11.2014 Drs 15/6090

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6712-6714

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/6816

Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 413

Würdigung der Einsätze des freiwilligen Polizeidienstes bei Sportgroßereignissen, Eintreten für den Erhalt des FPD
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2058 2061

Freiwilliges Soziales Jahr

s. Freiwilligendienst

Freizeit

Unterrichtsausfall durch Freizeitausgleich statt Altersermäßigung

Sachstand zum Unterrichtsausfall durch von Lehrern in Anspruch genommenen Freizeitausgleich anstelle einer Auszahlung der im aktiven Schuldienst erworbenen Altersermäßigung bzw des regulären Zeitausgleichs, insbes Höhe der finanziellen Einsparungen für das Land, Auswirkung auf das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel zum Abbau von Unterrichtsausfall

Antr
s. Unterrichtsversorgung
Drs 15/7300

Freizeitanlage

s. Freizeiteinrichtung

Freizeitarrest

s. Jugendarrest

Freizeiteinrichtung

s.a. Kultureinrichtung

Problematik von Laserspielhallen

Zahl der Laserspielhallen in baden-württembergischen Gemeinden; Art der angebotenen Spiele; Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche; Altersbeschränkung; Handlungsspielraum der Kommunen bei der Genehmigung von Laserhallen und ähnlichen Einrichtungen

Antr
s. Spiel
Drs 15/3198

Nationalpark-Besucherzentrum Ruhestein

Sachstand zur Planung bei den Bau- und Betriebskosten des Nationalpark-Besucherzentrums Ruhestein

KlAnfr
s. Nationalpark
Drs 15/6953

Freizeitanlagen für alle Generationen in BW

Sachstand zu Gestaltungs- und Nutzungskonzeptionen, Angebot, Fördermöglichkeiten und Potenzial von Freizeitanlagen für alle Generationen in BW

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.06.2015 und
Antw SM Drs 15/7072

Informationszentrum Ruhestein

Sachstand der Planungen zum Informationszentrum Ruhestein des Nationalparks Nordschwarzwald, insbes Personal- und Be-

triebskosten, Kooperation mit einem Investor aus Sasbachwal-
den Breitmatt

KlAnfr
s. Nationalpark
Drs 15/7436

Freizeitgestaltung

Vereine und Ganztagschulen

Auswirkungen des Ganztagschulausbaus auf die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen und das Vereinsleben, insbes im ländlichen Raum und für den LKreis Hohenlohe

KlAnfr
s. Verein
Drs 15/2866

Angebote für kinderreiche Familien

Sachstand zu Angeboten und Maßnahmen der LReg für kinderreiche Familien, insbes Kinderbetreuung, angemessener Wohnraum, Freizeitgestaltung, Familieneintrittskarten ohne Begrenzung bei der Anzahl der Kinder, entsprechende ÖPNV-Tarife

Antr
s. Kinderreiche Familie
Drs 15/6757

Freizeitpark

s. Freizeiteinrichtung

Freizeitsport

Sportorientierte Jugendarbeit - Projekt „Kick Fair“

Bewertung und Förderung des Projekts KickFair iRd offenen, sportorientierten Jugendarbeit

KlAnfr
s. Jugendarbeit
Drs 15/3100

Inklusion im Sport

Integration von Menschen mit Behinderungen in den Sportunterricht und in außerschulische Sport- und Bewegungsangebote, insbes Möglichkeit von Schulsportwettbewerben für Schüler mit geistiger bzw körperlicher Behinderung; Forschungsförderung zu Inklusion im Sport; Informationsangebote zu inklusiven Sportangeboten und zur Umsetzung von Barrierefreiheit im Sport

Antr
s. Inklusion
Drs 15/3336

Radfahren im Wald - Waldwegenutzung im Spannungsverhältnis
Nutzungsregelung für Waldwege und daraus resultierende Probleme durch Freizeitsportler, Radfahrer auf schmalen Wegen und Mountainbikern auf Singletrails; Einigung von Tourismusverbänden und Forstbehörden zur Nutzung von Waldwegen durch Mountainbiker; Änderung von § 37 Abs 3 S. 3 Landeswaldgesetz zur Aufhebung des absoluten Nutzungsverbots für Radfahrer auf Wegen unter 2 Metern Breite

Antr
s. Radverkehr
Drs 15/3726

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW
 Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr
 s. *Radverkehr*
 Drs 15/3991

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr
 s. *Feldberg*
 Drs 15/5508

Freizeitzentrum

s. *Freizeiteinrichtung*

Freizügigkeit

s.a. *Aufenthaltsrecht*
 s.a. *Migration*
 s.a. *Schengener Abkommen*

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Auswirkungen der seit Mai geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den acht (östlichen) EU-Beitrittsstaaten auf Gesellschaft und Wirtschaft in BW; Nutzung als Chance zur Abmilderung des Fachkräftemangels, Unterstützung der Unternehmen zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, Angebot von Hilfestellungen wie z.B. Sprachförderung; Forcierung der Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Zertifikate anderer EU-Staaten

Antr
 s. *Arbeitskraft*
 Drs 15/327

Verordnung über das vorübergehende Verlassen des Aufenthaltsbereichs durch Asylbewerber

Begründung und mögliche Auswirkungen des o.g. Entwurfs; Einschränkung der generellen landesweiten Freizügigkeit nur für Straftäter und Personen, gegen die wegen Straftaten ermittelt wird, aber nicht für Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist; Verzicht auf den Erlass der Verordnung

Antr
 s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
 Drs 15/901

Pläne der EU-Kommission zur Regulierung des Zugangs von Waren und Dienstleistungen aus Drittstaaten zum öffentlichen Auftragswesen

Beurteilung der Auswirkungen o.g. Pläne auf das Beschaffungswesen von Land und Kommunen, auf die Exportchancen heimischer Unternehmen, das Preisniveau von öffentlichen Aufträgen sowie auf die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes

Antr
 s. *Öffentlicher Auftrag*
 Drs 15/1575

Arbeitsmigration in der Europäischen Union

Entwicklung der Wahrnehmung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in den Euro-Ländern seit Einführung der gemeinsamen Währung, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in BW; Maßnahmen und Programme zur Stimulanz der Arbeitsmigration mit dem Ziel einer Abmilderung der Arbeitslosigkeit in den wirtschaftlich schwächeren sowie des Fachkräftemangels in den stärkeren Regionen

Antr
 s. *Arbeitskraft*
 Drs 15/2577

EU-Fortschrittsbericht zur Donaunraumstrategie

Bewertung der Ergebnisse des aktuellen Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur EU-Strategie für den Donaunraum (EUS-DR) und Konsequenzen für das Land BW, insbes Zusammenwirken der Landesministerien, Zusammenarbeit der Regierungen, aktuelle und künftige Arbeitsschwerpunkte, hauptsächlich Mitteleinsatz, Zwischenbilanz im PAC 8-Prioritätsbereich „Wettbewerb/kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, Rolle der Donaunraumtransferzentren, Maßnahmen zu den ab 2014 geltenden Freizügigkeitsrechten für Bürger aus Bulgarien und Rumänien, Rolle der beruflichen Ausbildung

Antr
 s. *Donaunraum*
 Drs 15/3388

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuflichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
 s. *Einbürgerung*
 Drs 15/4612

Mögliche Neuregelungen zum Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung zur Einwanderung in der Schweiz

Entwicklung der Zahl der Grenzpendler mit der Schweiz; Auswirkungen der angenommenen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz, insbes für den Grenzverkehr und grenznahe Kommunen, die Personenfreizügigkeit, Unternehmensstandorte und die bestehenden bilateralen Vertragsbeziehungen mit der EU

Antr
 s. *Aufenthaltsrecht*
 Drs 15/4832

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit

Antr Josef Frey u.a. GRÜNE 11.04.2014 und Stellungnahme

SM Drs 15/5076 (11 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 17.07.2014 Drs 15/5743 S. 45
 46
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Umsetzung der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben aus der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“, insbes Zukunft des Personenfreizügigkeitsabkommens, Auswirkungen auf in BW wohnhafte Grenzgänger

Antr
s. Einwanderung
 Drs 15/6752

Fremdenfeindlichkeit

Vorwürfe der Ministerin für Integration an die Adresse der CDU-Fraktion

Äußerungen der Integrationsministerin Bilkay Öney gegenüber türkischsprachigen Medien und deren Wiedergabe; Anfeindung der Integrationsministerin durch die CDU-Fraktion aufgrund ihrer Herkunft und ihres Eintretens für die doppelte Staatsbürgerschaft; Fremden- bzw Türkenfeindlichkeit der CDU

KIAnfr
s. Ministerin für Integration
 Drs 15/3825

Fremdenrecht

s. Ausländerrecht

Fremdenverkehr

s. Tourismus

Fremdenverkehrsgebiet

s. Tourismusregion

Fremdenverkehrsregion

s. Tourismusregion

Fremdenverkehrsstatistik

s. Beherbergungsstatistik

Fremdsprache

s.a. Englisch
s.a. Französisch
s.a. Russisch
s.a. Sprachunterricht

Verschiebung der Kommunikationsprüfung beim Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien um ein Jahr auf 2014

Stand der Vorbereitung der Schüler und Lehrer für die mündliche Prüfung der Abiturienten über die erworbene Kommunikationsfähigkeit in den modernen Fremdsprachen, Gründe und Auswirkungen der Verschiebung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 05.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/404
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 S. 7
 PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule im „Hau-Ruck-Verfahren“

Begründung der o.g. Streichung des Unterrichtsangebots für Grundschüler der ersten und zweiten Klasse, Bewertung von den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen, Angebot von Englisch oder Französisch ab Klasse 3, Einführung neuer Bildungspläne und Schulbücher für den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule?

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 15.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/422
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.11.2011 Drs 15/1300 S. 13 14
 PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an Schulen in BW

Bilanz der bisherigen Maßnahmen zur Gewinnung o.g. Lehrkräfte und der erreichten Vorteile für Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund und das Schulleben insgesamt, angewandte Eignungskriterien bei der Einstellung, Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. Migrant
 Drs 15/443

Wissenschaftliche Untersuchung des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen

Ergebnisse o.g. Untersuchungen zum Englisch- und Französischunterricht, Bewertung der Empfehlung des Expertenrats „Herkunft und Bildungserfolg“ zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, Umfang der Beibehaltung bzw des Wechsels der Grundschulfremdsprache an der weiterführenden Schule sowie infolge eines Umzugs, Realisierung eines freiwilligen Angebots nach einem Wegfall von Französischunterricht an der Rheinschiene?

KIAnfr Katrin Schütz u.a. CDU 19.09.2011 und Antw KM Drs 15/511

Muttersprachliche Patientenberatung

Bewertung der vom Verband der Privaten Krankenversicherung angebotenen und finanzierten „Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)“ für Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. Patientenberatung
 Drs 15/750

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung des Schulversuchs „Kooperation Hauptschule - Realschule“; Ausbau des bilingualen Lehrens und Lernens an den Realschulen

GrAnfr
s. Realschule
 Drs 15/1030

Interkulturelle Kompetenz bei der personellen Besetzung von Rettungsleitstellen und Integrierten Leitstellen in BW

Anteil von Notrufen von Personen in Fremdsprachen oder mit eingeschränkter deutscher Sprachkompetenz; verstärkte Förderung und Gewichtung der Fremdsprachenfähigkeit und interkulturellen Kompetenz von Disponenten bei der Ausbildung und Einstellung im Rettungsdienst

Antr
s. Rettungsdienst

Drs 15/1372

Wahlfreiheit bei Fremdsprachenunterricht

Schaffung der Voraussetzungen für eine freie Wahlmöglichkeit der weiterführenden Schulen hinsichtlich der zweiten Fremdsprache

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 14.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1432

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 10

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Anerkennung und Erwerb des Führerscheins von Migrantinnen und Migranten

Bedingungen für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Führerscheinen; Möglichkeiten für die Ablegung der theoretischen Prüfung in der Herkunftssprache und für die Inanspruchnahme eines Dolmetschers für die theoretische und praktische Prüfung, verfügbare Unterrichtsmaterialien in den Herkunftssprachen; Erhöhung der Arbeitsmarktchancen durch die Kombination von Führerscheinkursen und Sprachkursen

Antr

s. *Fahrerlaubnis*

Drs 15/2288

Zweite Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen

Unterrichtsangebot in der zweiten Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen, insbes beginnende Jahrgangsstufe und erforderliche Mindestschülerzahl; standortgenaue, tabellarische Auflistung angebotener zweiter Fremdsprachen an Gemeinschaftsschulen; Realisierung des gymnasialen Niveaus für die zweite Fremdsprache, insbes angewandter Bildungsplan, Ausgestaltung der Stundentafel, Gewährleistung der Durchlässigkeit zum Gymnasium (G8)

Antr CDU 27.06.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3689

ÄAntr CDU 26.03.2014 Drs 15/4979

PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5635-5642

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den beruflichen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Kooperation mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturierung

KlAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/3902

Abschaffung der Freiheit der Gymnasien, den Beginn der zweiten Fremdsprache festzulegen, im Zuge der Bildungsplanreform

Auswirkungen und Konsequenzen der Festlegung des Beginns der zweiten Fremdsprache an Gymnasien in Klasse 6 im Zuge der Bildungsplanreform, insbes für die Entscheidungsfreiheit der Gymnasien sowie auf Grundschulen der Rheinschiene und bilinguale Gymnasialzüge (Abibac)

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 22.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3969

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.10.2013 Drs 15/4379

(dazu ÄAntr Volker Schebesta u.a. CDU) S. 17 18

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/4100

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/4895

Einführung der Fremdsprache Englisch in der Berufsschule

Stand der Einführung von Englisch als Pflichtunterrichtsfach an Berufsschulen; Einhaltung der Zielvorgabe Schuljahr 2016/2017; Sicherung einer konstanten Unterrichtsversorgung

Antr

s. *Englisch*

Drs 15/4991

Fremdsprache der Partnerstädte erlernen

Angebot an nicht englisch- und französischsprachigem Unterricht an den Gemeinschaftsschulen in BW in den Fremdsprachen der jeweiligen Partnerstädte, insbes in Italienisch und Spanisch

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 02.07.2014 und Antw KM Drs 15/5423

Deutsch als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen

Unterstützung nach BW zugezogener schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ohne ausreichende Deutschsprachkenntnisse durch Sprachunterricht und allgemeine Sprachförderung, insbes Wirksamkeit und Förderung schulischer Angebote, Einsatz und Qualifizierung von Lehrkräften für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“

Antr

s. *Deutsch*

Drs 15/5530

Schulversuch NwT-1

Situation des Schulversuchs NwT-1 mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik an den baden-württembergischen Schulen; Bedeutung der zweiten Fremdsprache im Schulversuch NwT-1, insbes Raum und Stellenwert der alten Sprachen Latein und Griechisch

Antr
s. *Schulversuch*
Drs 15/5604

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6883

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn

Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6966

Fremdsprachenunterricht

s. *Fremdsprache*

Fremdwährung

s. *Devisen*

Freudenberg*Ausbau der L 2310 zwischen Freudenberg und Wertheim-Bettingen*

Stand der einzelnen Planfeststellungsverfahren, Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses der einzelnen Bauabschnitte, insbes im Bereich Tremhof

KlAnfr
s. *Landesstraße 2310*
Drs 15/634

Freudenstadt*Krankenhausstruktur im LKreis Freudenstadt*

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb

sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2783

Freudenstadt, Landkreis*Einrichtung eines technischen und/oder biotechnologischen Gymnasiums in Horb*

Zahl der Bewerber mit Wohnsitz im und um den LKreis Freudenstadt für die Aufnahme in ein berufliches Gymnasium oder eine Berufsoberschule, Zahl der Zusagen und Ablehnungen; Chancen eines Antrags des Kreistags mit o.g. Zielsetzung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/184

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Freudenstadt

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/518

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Freudenstadt

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1447

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr
s. *Nordschwarzwald, Region*
Drs 15/1644

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Freudenstadt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1893

Frauenhilfstrukturen für von Gewalt betroffene Frauen im LKreiss Freudenstadt

Entwicklung der Kapazitäten und Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Fachberatungsstellen für von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffene Frauen landesweit sowie im LKreiss Freudenstadt

KlAnfr
s. *Frauenhaus*
Drs 15/1988

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreiss Freudenstadt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2242

Breitbandversorgung im LKreiss Freudenstadt

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2405

Tourismus im LKreiss Freudenstadt

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports für den Schwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/2422

Krankenhausstruktur im LKreiss Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw. Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2783

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreiss Freudenstadt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-

teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2931

Hochwasserschäden im LKreiss Freudenstadt

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3575

Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KlAnfr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4134

Wildschäden im LKreiss Freudenstadt

Höhe der Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreiss Freudenstadt, insbes lokale Schwerpunkte, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren; Abschusszahlen von Schwarzwild; Sicherstellung einer ausreichenden Bejagung von Schwarz- und Rotwild in den Staatsforstgebieten im Kreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Wildschaden*
Drs 15/4594

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Freudenstadt

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4857

Rechtsextremismus im LKreiss Freudenstadt

Rechtsextreme Parteien, Organisationen und Gruppierungen im LKreiss Freudenstadt; Bestehen sogenannter „Freier Kameradschaften“, Größe der „Kameradschaft Freudenstadt“; Beziehung zu den sogenannten „Autonomen Nationalisten“; Form der Zusammenarbeit; überregionale Kontakte; Straf- und Gewalttaten

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/5004

Kosten und Nutzen des Nationalparks Nordschwarzwald

Änderungen hinsichtlich des Nationalparks Nordschwarzwald im Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016; Kalkulation der Besucherzahlen in den Haushaltsentwürfen und den Gutachten von PricewaterhouseCoopers und Ö:Konzept; Übernachtungs- und Tagesgäste in den LKreisen Freudenstadt, Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5900

Auswirkungen der veränderten Bemessungsgrundlage in der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Kindertagespflege im LKreis Freudenstadt

Auswirkungen der Beendigung der Sonderregelung im Krankenversicherungsrecht für Tagespflegepersonen auf die Entwicklung der Kindertagespflege sowie das Angebot an Kindertagespflegesätzen im Land sowie im LKreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/6606

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Sachstand zu Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes Höhe der Schwarzwildschäden, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren, Abschusszahlen von Schwarzwild, ergriffene Maßnahmen, Beauftragung der Landeswildforschungsstelle Aulendorf mit der Erstellung einer Konzeption

Antr
s. *Wildschaden*
Drs 15/6658

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Freudenstadt

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1977

Frickingen*Radwegebau im Bodenseekreis*

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Bodenseekreis, insbes Realisierung der Verbindungen zwischen Herdwangen-Schönach und Owingen sowie zwischen Frickingen und Lippertsreute

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/7958

Friedenserhaltung

s. *Friedenssicherung*

Friedenspolitik

s. *Friedenssicherung*

Friedensrichter

s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

Friedenssicherung*LReg und Friedensorganisationen - Klarheit ist notwendig*

Hintergründe zum Austausch des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit Verbänden, Organisationen und Institutionen

aus dem Bereich der Friedensbildung für die Friedensbildung an Schulen, insbes beteiligte Friedensorganisationen, Einbeziehung kirchlicher Organisationen, Beteiligung vom Verfassungsschutz beobachteter Organisationen, Mitwirkungsrechte am Unterricht, Inhalte einer „gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung“; Abgrenzung und Verhältnis der Begriffe „Friedenspolitik“ und „Sicherheitspolitik“

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 15/5972

Friedenswahrung

s. *Friedenssicherung*

Friedhof

s.a. *Grab*

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Friedhofsträger für ein Verbot von Natursteinen zur Verwendung als Grabsteine und Grabeinfassungen, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt bzw bearbeitet wurden

GesEntw
s. *Kinderarbeit*
Drs 15/1648

Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen

Darlegung der Bestattungsformen nach dem Islam, dem Judentum, der Orthodoxie und dem Christentum; Unvereinbarkeit von Bestattungsritualen ohne Sarg und ewiges Ruherecht mit der geltenden Rechtslage; Umgang anderer BLänder und EU-Staaten mit kulturell und religiös begründeten und vom Christentum abweichenden Bestattungsritualen

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/1654

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Anpassung und Modernisierung des Bestattungsrechts zur Ausübung jüdischer und muslimischer Kultur und Tradition im Umgang mit Verstorbenen, insbes Aufhebung der Sargpflicht und Möglichkeit der Erdbestattung in Tüchern sowie Aufhebung der grundsätzlichen Mindestdauer bis zur Bestattung

GesEntw
s. *Bestattung*
Drs 15/4543

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit

Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofssatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/5979

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Regelung von Anforderungen an den zu erbringenden Nachweis für Grabsteine und Grabeinfassungen mit einer Herkunft aus fai-

rem Handel und einer Herstellung ohne ausbeuterische Kinderarbeit

GesEntw
s. *Grab*
Drs 15/7553

Friedrich, Peter SPD

Berufung und Vereidigung von Peter Friedrich zum/als Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

s. *Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten*
PIPr 15/3 S. 15

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7671 7673

Friedrichshafen

s.a. *Flughafen Friedrichshafen*

Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/195

Vorfinanzierung der B 31 - Umfahrung in Friedrichshafen

Fortführung der Bemühungen beim Bund für eine private Vorfinanzierung des o.g. Vorhabens, Festhalten an der im März 2011 vertretenen Haltung von MinPräs Kretschmann gegen einen Ausbau der B 31 und B 30 im Raum Friedrichshafen-Ravensburg?

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/325

Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/1044

Elektrifizierung der Südbahn zügig vorantreiben - Südbahn wieder in den Investitionsrahmenplan aufnehmen

Gründe und Auswirkungen der Streichung o.g. Elektrifizierung der Ausbaustrecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme des Projekts in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Südbahn*
Drs 15/1121

Priorisierung der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Vorarbeiten und Möglichkeiten der Einflussnahme auf den neuen Bundesverkehrswegeplan ab 2016; Chancen für die Aufstufung der noch nicht ausgebauten Streckenabschnitte und

Ortsumfahrungen in den „vordringlichen Bedarf“, insbes Ausbau zwischen Biberach und Baidt, Ortsumgehungen von Gaisbeuren und Enzisreute sowie Ausbau der Ortsumfahrung Bad Waldsee

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/2095

Südbahn

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/2591

Verhandlungsproblematik in Hafengebieten am Bodensee

Ursachen, Umfang und Bekämpfung der Verlandung von Hafengebieten und Häfen für die gewerbliche Schifffahrt sowie die Freizeitschifffahrt am Bodensee, insbes Problematik am Fährhafen in Friedrichshafen; Verantwortung des Landes als Träger der Gewässerunterhaltungspflicht

KlAnfr
s. *Hafen*
Drs 15/3699

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4272

Die Gemeinschaftsschule in Friedrichshafen - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren?

Genehmigungskriterien für gymnasiale Oberstufen an Realschulen und Gemeinschaftsschulen, insbes zugesagte Unterstützung des Landes bei der Genehmigung an der bisherigen Real- und künftigen Gemeinschaftsschule „Graf Soden“ in Friedrichshafen

MdlAnfr
s. *Gymnasiale Oberstufe*
Drs 15/4915

Finanzierung von Verbraucherschutzforschung an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

Finanzierung und Mittelverwendung des Forschungszentrums „Verbraucher, Markt und Politik“ der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

KlAnfr
s. *Hochschulforschung*
Drs 15/5732

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als

Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ) und der Messe Friedrichshafen

Sachstand zur Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW mit der Messe Friedrichshafen im Themenbereich „Fair Trade“

KlAnfr
s. *Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg*
Drs 15/7180

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7864

Friolzheim

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/868

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1347

Unterstützung kommunaler Kinderbetreuungsangebote in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung der Neubauten von Kindertagesstätten auch für bereits bestehende Krippengruppen, u.a. im Fall des bestehenden Krippenangebots der Gemeinde Friolzheim; Unterstützung der Kommunen bei Betreuungsangeboten für Grundschul Kinder

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1562

Micro-Trenching als Möglichkeit für den zügigen Ausbau schneller Internetverbindungen im Enzkreis

Technische und rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten zur Anwendung des o.g. Verfahrens; Gründe für die Ablehnung des Antrags der Gemeinde Friolzheim zur Anwendung des Verfahrens im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt durch einen besonders kostengünstigen Ausbau der Glasfaserleitungen, Anregung einer nochmaligen Überprüfung der abschlägigen Entscheidung des RegPräs

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2137

Frist

Lärmaktionspläne im Enzkreis

Ursachen der deutlich später präsentierten Daten der Lärmkartierung im Enzkreis durch die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) und rechtliche Folgen für die Gemeinden in Bezug auf die fristgerechte Umsetzung des Lärmaktionsplans

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3156

Weitere offene Fragen zur Verwaltungspraxis bei der Erteilung von Fracking-Konzessionen im Bodenseegebiet

Verstoß des Unternehmens Parkyn Energy Germany gegen Nebenbestimmungen der Konzessionen für zwei Erdgaskundungsfelder am Bodensee; Rechtsnatur der Nebenbestimmungen; Einhaltung der Nachfrist zur Vorlage des Arbeitsprogramms durch das Unternehmen; Unterrichtung über die Nachfrist durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau; Prozessrisiko im Falle eines Widerrufs der Konzessionen

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/5616

Fristablauf

s. *Frist*

FRONTEX

s. Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen

Frostschaden

Frostschäden in Wein- und Obstbau; Risikoausgleichsrücklagen für die Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden von Anfang Mai sowie der Schäden in der Landwirtschaft durch die Trockenheit; Darlegung der vorgesehenen Hilfen sowie der bisherigen Unterstützung bei klimabedingten Schäden seit 2005; Beurteilung der Forderung der Landwirte nach steuerfreien Risikoausgleichsrücklagen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 31.05.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/59
BeschlEmpf und Bericht LandWA 13.07.2011 Drs 15/747 S. 19-22
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838
Mittlg LReg 13.04.2012 Drs 15/1563

Unterstützung des Landes für unsere Winzer nach den verheerenden Frostschäden im Mai 2011 muss bei den Betroffenen tatsächlich ankommen

Erweiterung der Zielgruppe der Anspruchsberechtigten

MdlAnfr
s. Weinbau
Drs 15/607

Frostschäden in der Landwirtschaft

Stand der o.g. Schadensregulierung, Höhe der verfügbaren Mittel zur positiven Bescheidung der Anträge aller Anspruchsberechtigten

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 01.12.2011
Drs 15/949
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1001-1003

Massive Frostschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden vom Februar 2012 in der Landwirtschaft und im Weinbau landesweit und in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe, Schwäbisch-Hall und Neckar-Odenwald sowie im Regierungsbezirk Freiburg; Darlegung der geleisteten und vorgesehenen Hilfen sowie der Unterstützung bei zunehmenden klimabedingten Schadensgroßeignissen in der Landwirtschaft; Vermeidung unbilliger Härten beim Vollzug der allgemeinen Regelungen zur Fruchtfolge und iRd MEKA-Verpflichtungen

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1519
BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 35 36
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Gewährung einer Beihilfe des Landes zum Ausgleich der in der Landwirtschaft entstandenen Frostschäden

MdlAnfr 3) Arnulf Freiherr von Eyb CDU 16.04.2012 Drs 15/1557
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1860-1862

Anmahnung von Hilfen für die von Frostschäden betroffenen Landwirte

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1710 1711

Fruchtsaft

Validität der Verbrauchszahlen beim Apfelsaftkonsum

Sachstand zur Validität der Produktions- und Verbrauchszahlen von Apfelsaft bzw Fruchtsaft in BW, insbes unter Berücksichtigung der mobilen Mostereien; Verstärkung der Abgabe von Apfelsaft an Schulen iRd Schulfruchtprogramms

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 15.10.2015 und Antw MLR Drs 15/7578

Frühdiagnose

s. Früherkennung von Krankheiten

Früherkennung von Krankheiten

Autismus

Krankheitsbild und Diagnostik von Autismus sowie Häufigkeit in BW; Informations- und Fördermöglichkeiten für Menschen mit Autismus und deren Angehörige sowie Finanzierung dieser Leistungen; Integrationsmaßnahmen für Autisten

Antr
s. Autismus
Drs 15/3297

Früherkennungsuntersuchung

s. Vorsorgeuntersuchung

Frühkindliche Bildung

s. Bildung

Frühpensionierung

Ruhestand von Lehrkräften

Sachstand zu vorzeitig in den Ruhestand versetzten Lehrern, insbes Gründe für das Ausscheiden, Durchschnittsalter, Auswirkung auf Zahl der Personalstellen und Personalkosten

Antr
s. Lehrer
Drs 15/6252

FSC

s. Gütezeichen

FSJ

s. Freiwilligendienst

FTG

s. Feiertagsgesetz

Fuchs

s.a. Bandwurm

Fuchsbandwurm im Bereich des Biosphärengebiets Schwäbische Alb

Verbreitung des Fuchsbandwurms im o.g. Bereich im bundesweiten Vergleich; Anreize zur Reduzierung der Fuchsbestände durch eine konsequentere Bejagung sowie Bekämpfung des Parasiten durch die Ausbringung von Ködern zur Entwurmung

KlAnfr
s. Bandwurm
Drs 15/1852

Fuchsbandwurm - Lage in BW

Aktuelle Lage und Entwicklung des Befalls von Füchsen mit dem Fuchsbandwurm in BW und Gegenmaßnahmen der LReg

KlAnfr
s. Bandwurm
Drs 15/3924

Fuchsbandwurm

s. Bandwurm

Führerschein

s. Fahrerlaubnis

Führerschein mit 17

s. Begleitetes Fahren

Führungsakademie Baden-Württemberg*Besetzung der Präsidentschaft der Führungsakademie*

Kriterien der Kandidatenauswahl für die künftige Präsidentschaft der Führungsakademie BW; Führungserfahrung des ausgewählten Kandidaten

MdlAnfr 9) Bernd Hitzler CDU 15.07.2013 Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4550 4551

Führungskraft*s.a. Akademiker**s.a. Aufsichtsrat**s.a. Geschäftsführung**s.a. Höherer Dienst**s.a. Ministerialdirektor**s.a. Regierungspräsident**s.a. Vorstand**Zugangswege für Frauen zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft verbessern*

Aktuelle Debatte

s. Frau

PIPr 15/7 S. 193

Betätigung des Leiters der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Datum der Arbeitsaufnahme, Arbeitsumfang (Vollzeit oder Teilzeit); Änderungen des Arbeitsumfangs und des Arbeitsverhältnisses seit Beginn der Arbeitsaufnahme; Strukturierung des Arbeitsgebiets

Antr

s. Zentralstelle

Drs 15/506

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Qualifizierung der Führungskräfte und der ehrenamtlichen Helfer, Stand der Jugendarbeit, Freistellung der Helfer vom Arbeitsplatz

GrAnfr

s. Katastrophenschutz

Drs 15/603

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/957

Vergütung von Intendanten und Direktoren im Kulturbetrieb

Entwicklung der Vergütung o.g. Führungskräfte im Vergleich zu anderen BLändern, zu den Leitern freier Theater und soziokultureller Zentren und zu Geschäftsführern anderer Unternehmen mit Landesbeteiligung; Beurteilung des Prüfberichts des RH über die Vergütung der Theaterintendanten; Auswirkungen einer Änderung der Gehaltsstruktur und Offenlegung der Vergütungen auf die Gewinnung qualifizierter Spitzenkräfte für Leitungsaufgaben an Kultureinrichtungen

Antr

s. Theaterintendant

Drs 15/1232

Angehörige der Polizei in Stäben und nicht-operativen Bereichen

Zahl und Aufgabenwahrnehmung der in Stäben und Leitungsfunktionen eingesetzten Personen bei den Landespolizeidirektionen, Polizeidirektionen und -präsidien u.a. Dienststellen; jeweilige Anteile von Angehörigen der Schutz- oder Kriminalpolizei, von Beamten des Nicht-Vollzugsdienstes und Tarifbeschäftigten; Zahlen und Altersjahrgänge der Bediensteten in den einzelnen Laufbahn- und Entgeltgruppen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr

s. Polizei

Drs 15/1250

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Erfahrungen mit den kommunalen Frauenförderplänen und dem Chancengleichheitsgesetz im öffentlichen Dienst; Koordination der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Unternehmen; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/1286

Nachteile für Unternehmen aus BW auf dem europäischen Markt wegen geringer Frauenquote

Ausschluss o.g. Unternehmen vom Wettbewerb in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Äußerungen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Positionen der Unternehmensverbände zu einer verbindlichen Frauenquote im Vorstand von Unternehmen; Beurteilung des Handlungsbedarfs bei den auf dem europäischen Markt agierenden Unternehmen, u.a. auch bei denen mit Landesbeteiligung

Antr

s. Frau

Drs 15/1510

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsidien

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/1553

Wirtschaftliche Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl und Beteiligungsverhältnisse der Tochterunternehmen seit 2002, Planung weiterer Outsourcing-Maßnahmen? Darlegung der Aufgabenerfüllung, des Leistungsbezugs von der Muttergesellschaft und der Kontrollgremien zur Überwachung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Ausgründungen; Frage nach Leitungsfunktionen in Personalunion von Führungspersonal der Universitätskliniken

KIAnfr

s. Unternehmen
Drs 15/1622

Benennung der designierten Polizeipräsidenten nach Umsetzung der geplanten Polizeistrukturreform

Auflistung der o.g. Führungskräfte mit Bild in der Stuttgarter Zeitung und Onlineausgabe vor der Einleitung eines parlamentarischen Verfahrens: Bewertung vor dem Hintergrund einer „Politik des Gehörtwerdens“ und aus rechtlichen Gründen, Frage nach einer Positionierung gegen die Veröffentlichung sowie nach der verlangten beruflichen Qualifikation für die Leitung eines Polizeipräsidiums

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/1669

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1771

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg LReg
s. *Frauenquote*
Drs 15/2787

Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG)

Modernisierung und Erweiterung des Fachkräftekatalogs der Kindertageseinrichtungen durch die Aufnahme weiterer Berufsbezeichnungen und beruflicher Qualifikationen; Anpassung der Aufgabenbeschreibung für die Leitungskräfte in den Tageseinrichtungen an die Aufgabenbeschreibung für Fachkräfte nach § 22 Absatz 2 SGB VIII

GesEntw
s. *Kindertagesbetreuungsgesetz*
Drs 15/3209

Gehen dem Land die Kämmerer und Bauamtsleiter aus?

Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für die Kommunal- und Landesverwaltung, insbes Ausweitung der Beamtenstellen und Verbesserung der Beamtenbesoldung, Steigerung der finanziellen Attraktivität von Ingenieurs- und Führungsstellen im öffentlichen Dienst sowie in Grenzregionen; Daten zu unbesetzten Stellen von Kämmerern und Bauamtsleitern; Schwierigkeiten der qualifizierten Nachwuchsgewinnung in bestimmten Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 24.04.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3414
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.09.2013 Drs 15/4190 S. 26
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Besetzung der Präsidentschaft der Führungsakademie

Kriterien der Kandidatenauswahl für die künftige Präsidentschaft der Führungsakademie BW; Führungserfahrung des ausgewählten Kandidaten

MdlAnfr
s. *Führungsakademie Baden-Württemberg*
Drs 15/3731

Frauen im Handwerk in BW

Anteil der von Frauen geführten Handwerksbetriebe an der Gesamtzahl der baden-württembergischen Handwerksbetriebe; Zahl der Handwerksmeisterinnen nach Branchen; Anteil der in Handwerksbetrieben tätigen weiblichen Familienangehörigen, Art und Umfang von deren Tätigkeit; Qualifikations- und Fortbildungsangebote für Frauen im Handwerk und ihre Nutzung; Netzwerke für Frauen im Handwerk

Antr
s. *Frau*
Drs 15/3994

Altersstruktur von landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern in BW

Durchschnittsalter der Landwirte, Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtzahl; zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern; Hinderungsgründe junger Menschen für die Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs; Sicherung des Fortbestands der Landwirtschaftsbetriebe in BW; Vermittlungsangebote sowie Unterstützung junger Frauen und Männer bei der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe; Nutzung von EU-Förderprogrammen

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/4023

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/4059

Chaos beim Start der Polizeireform: Stopp der Besetzung der Führungspositionen der Polizei durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe

Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Führungsebene und Verwendung der derzeit kommissarisch eingesetzten Leiter, übergangsweise Rückführung der Polizei in die bis zum 31. Dezember 2013 geltende Struktur bis zu einer rechtmäßig erfolgten Führungspersonalauswahl

Antr

s. Polizeireform
Drs 15/4607

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten
Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/4619

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/4636

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014
Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidioms Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/4654

„Datenbank für Spitzenfrauen“

Dauer des Bestands der Datenbank „Spitzenfrauen in Gremien!“; Anzahl der dort registrierten Frauen; Ziele des Projekts; ähnliche Projekte zur Förderung qualifizierter Frauen in anderen Bundesländern; Kooperationspartner des Projekts und dessen Förderung durch das Land; Akzeptanz und Nutzung der Datenbank durch die Unternehmen; Vermittlung der Frauen an die Unternehmen

Antr
s. Informationssystem
Drs 15/4678

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung ei-

nes neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/4715

Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Rangstufen der als Vizepräsidenten zu entbindenden 14 Beigeladenen in den regionalen Polizeipräsidiolen und im Polizeipräsidium Einsatz; Rangfolge der Beigeladenen im Verhältnis zu den rangdienstältesten Polizeivollzugsbeamten des höheren Diensts; Wahrnehmung von Vertretungsfunktionen durch die Beigeladenen; Vertreter der kommissarisch eingesetzten Präsidenten

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/4765

Fehlstart der Polizeireform: Offene Fragen zu den Stellenbesetzungsverfahren nach der Sitzung des Innenausschusses

Abordnung der wiederabberufenen Polizeipräsidenten an Dienststellen mit kommissarischer Leitung für die betreffenden Polizeipräsidiolen; Ausschluss einer Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ihres ehemaligen Präsidioms; Sonderaufgaben der als Polizeipräsidenten vorgesehenen und abberufenen Personen; Einfluss einer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Beurteilung der Eignung für ein Führungsamt; Durchführung und Kriterien des neuen Auswahlverfahrens; künftige Besetzung der Stellvertreterposten; Forderung nach Unvoreingenommenheit bei der Personalauswahl

Antr
s. Polizeibehörde
Drs 15/4820

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsidiolen

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsidiolen im Zuge der Polizeistrukturreform

Antr
s. Polizeibehörde
Drs 15/4872

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform

Detailangaben zu Bewerbern aus der Landesverwaltung Baden-Württembergs im ersten und zweiten Besetzungsverfahren für die Posten der Polizeipräsidenten und Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform, insbes Beschränkung des bewerbungsberechtigten Personenkreises, Frauenanteil, Zugehörigkeit des Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft zum bewerbungsberechtigten Personenkreis

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/4950

Ausschreibung von Führungspositionen bei der Polizei

Ausschreibungspflicht für Führungspositionen innerhalb der Polizei und ihre Kriterien; Kriterien für die Stellenbesetzungen bei der Autobahnpolizei und der Verkehrspolizei Pforzheim sowie im Polizeirevier Neuenbürg

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4952

Frauen als landwirtschaftliche Unternehmerinnen in BW

Frauenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben; Höhe des Anteils der von Frauen geleiteten Landwirtschaftsbetriebe; Anzahl der einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb leitenden Frauen; Förderinstrumente für Frauen in der Landwirtschaft; Ermutigung und Qualifizierung von Frauen zur Leitung landwirtschaftlicher Unternehmen; Unterstützung durch die Landfrauenorganisationen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5036

Frauen in Führung

Entwicklung des Anteils weiblicher Führungskräfte in den börsennotierten Unternehmen im Vergleich mit anderen Bundesländern und EU-Ländern; branchenspezifische Besonderheiten; Maßnahmen und Programme zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Führungskräften von Unternehmen, insbes der staatlichen Betriebe; Auswirkungen eines Bundesgesetzes zur Einführung einer Frauenquote

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5154

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5230

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsidenten; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5231

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform

Auskunft über die an der Formulierung der zweiten Ausschreibung beteiligten Personen bzw Stellen; Zahl und Varianten der Ausschreibungstextentwürfe; Mitwirkung der politischen Führung des Innenministeriums und ihrer persönlichen Mitarbeiter an Ausschreibungsverfahren und Ausschreibungsformulierung; Behandlung des Ausschreibungsverfahrens im Kabinett

Antr

s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5234

Chancengleichheit im Arbeitsleben in BW

Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Geschäftsinhabern bzw Geschäftsführern; Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Transferempfängern in der erwerbsfähigen Bevölkerung und Ursachen; Umgang mit etwaiger Benachteiligung von Männern in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder in Bereichen des öffentlichen Dienstes; Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Wahl der Chancengleichheitsbeauftragten

Antr
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/5249

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsidenten, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, eingegangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5543

Umgang der LReg mit parlamentarischen Initiativen und Verfahren zur Besetzung der Polizeipräsidentenposten

Auslegung parlamentarischer Anfragen; Unterschiede zwischen den Personalauswahlverfahren von 2013 und 2014; Anzahl der 2013 für die zu besetzenden Stellen qualifizierten Beamten; Berücksichtigung besonderer Fähigkeiten bei den Personalentscheidungen; Ausschluss von Bewerbern im Jahr 2013; Unterrichtung abgelehnter Bewerber über ihre Erfolgslosigkeit; Einlegung von Rechtsmitteln vonseiten abgelehnter Bewerber

KIAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5585

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr

s. Teilzeitarbeit
Drs 15/5675

Tandem-Führung in Verwaltungen

Sachstand zum Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung, insbes Anteil der Frauen mit Teilzeitarbeit; Bewertung und Unterstützung von Tandem-Führungen in der Verwaltung zum Aufbau weiblicher Führungskräfte und Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 06.11.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6096

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr
s. Finanzverwaltung
Drs 15/6463

Stabsstelle im Kultusministerium und Stellenbesetzungen der LReg

Besoldung des Leiters der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“; rechtliche Grundlage der Eingruppierung; Stellenbesetzungsverfahren; Dienstwagennutzung; Stellenbesetzungen in den Besoldungsgruppen B 3 und höher in den einzelnen Ministerien seit Mai 2011 sowie ihre rechtliche Basis

KlAnfr
s. Stellenbesetzung
Drs 15/6565

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Sachstand zu Situation und Führungskräften in Unternehmen mit mittelbarer oder unmittelbarer Beteiligung des Landes BW, insbes Entwicklung des Frauenanteils und der Teilzeitarbeitsschäftungsverhältnisse, Maßnahmen zur Verhinderung einer Schlechterstellung von in Teilzeit arbeitenden Führungskräften

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 30.09.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7461

Leitungsfreistellung in Kindertagesstätten

Sachstand zur gesetzlichen Ausgestaltung der Leitungsfunktion in einer Kindertagesstätte, insbes Regelung der Leitungsfreistellung

KlAnfr
s. Kindertagesstätte
Drs 15/7477

Perspektiven der bei der Kriminalpolizei bzw bei der Schutzpolizei als Sachbearbeiter tätigen Beamten

Aufstieg von Beamten ohne Führungsfunktion in die Besoldungsgruppe A 13; Anteil der Personen mit Führungsfunktionen bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei; Aufstiegschancen von Sachbearbeitern; Zahl der in den letzten vier Jahren bei der Polizei vorgenommenen Beförderungen

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/7915

Bewertung der Führungsstruktur bei der Polizei, Problematik des Aufstiegs von Spezialisten in Führungspositionen; Zahl von zusätzlichen Spitzenpositionen nach Umsetzung der Polizeireform

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1261-1265

Steigerung des Frauenanteils in den Unternehmensleitungen und Führungspositionen im öffentlichen Dienst

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530-1532 1534-1536 1538 1539

Steigerung des Frauenanteils in den Unternehmensleitungen und Führungspositionen im öffentlichen Dienst

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2066 2067 2069

Führungspersonal

s. Führungskraft

Führungsposition

s. Führungskraft

Führungszeugnis

Anerkennung türkischer Fahrerlaubnisse

Voraussetzungen für ihre Anerkennung in Deutschland; Zahl der Anträge pro Jahr in BW; Bedingungen für die Erteilung eines deutschen Pkw-Führerscheins sowie von Fahrerlaubnissen sonstiger Führerscheinklassen; für einen Antrag erforderliche Unterlagen; Vorlage eines Führungszeugnisses; Verzicht auf zusätzliche Fahrerlaubnisprüfungen bei bestimmten Ausstellungsstaaten

KlAnfr
s. Fahrerlaubnis
Drs 15/3620

Fürsorgepflicht des Dienstherrn

Erweiterte Unterrichtsverpflichtung für Referendare

Geplante Ausweitung der Unterrichtsverpflichtung für Referendare - differenziert nach Schularten; Geltung der Fürsorgepflicht für Referendare durch Schutz vor einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung

MdAnfr
s. Vorbereitungsdienst für das Lehramt
Drs 15/2843

Fürstengruft

s. Grab

Fütterung

s. Tierernährung

Fundamentalismus

Schule „Profil C“ nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) im Landkreis Esslingen

Umsetzung der Anforderungen der staatlich vorgegebenen Richtlinien und Bildungspläne sowie der an die Schulbildung gestellten verfassungsrechtlichen Grundsätze durch die nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) arbeitende Schule „Profil C“ im Landkreis Esslingen, insbes Auswahl und Qualifikation der eingesetzten Lehrkräfte, Lernerfolg und Bildungsniveau der Schüler, Qualität und staatliche Anerkennung

der angebotenen Schulabschlüsse, Zusammenarbeit der Schule mit den staatlichen Schulbehörden

KIAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/3918

Salafismus in BW

Inhalte des Salafismus; Bedeutung des Salafismus in BW; Zahl und Altersstruktur seiner Anhänger; Organisationsstruktur und Finanzierung; Verbreitungswege; Motive insbes junger Menschen für eine Hinwendung zum Salafismus; Aufklärung über Widersprüche zur freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands; Rolle des Predigers Pierre Vogel; Spendensammungen des Vereins „Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst“ (IHED)

Antr
s. *Islam*
Drs 15/4679

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5752

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5777

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr
s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Muslimische Jugendorganisationen

Sachstand zur Arbeit und Bedeutung muslimischer Jugendorganisationen in BW, insbes Mitgliederzahlen, Organisationsstruk-

tur, Finanzierung, Förderung durch das Land, Einbeziehung in das Qualifizierungsprogramm MEMO, Unterwanderung durch religiös-extremistische Strömungen

Antr
s. *Jugendorganisation*
Drs 15/6947

Funkgerät

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten der Landes- und Bundespolizei zugunsten des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehren in BW; Ausmusterungsverfahren bei analogen Polizeifunkgeräten in anderen Bundesländern

Antr Tobias Wald u.a. CDU 07.08.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3919
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.11.2013 Drs 15/4581 S. 15
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Funktionalreform

Neuordnung der Denkmalpflege

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Verhältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftigten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Esslingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr
s. *Denkmalpflege*
Drs 15/4598

Funkverkehr

WLAN-freie Schulen in BW

Möglichkeiten und Rechtsgrundlagen für o.g. Zielsetzung

KIAnfr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 13.10.2011 und Antw KM Drs 15/692

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KIAnfr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/730

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für

Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/847

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Esslingen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/872

Situation der Polizei im LKreiss Emmendingen

Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Emmendingen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1236

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreiss Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KlAnfr Felix Schreiner CDU 07.05.2012 und Antw IM Drs 15/1663

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1730

Breitbandversorgung im LKreiss Esslingen

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung, Einsatz des Verlegeverfahrens Micro-Trenching als Alternative zum konventionellen Breitbandausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2196

Mobilfunk im Nordschwarzwald

Derzeitige bzw notwendige Netzabdeckung, Auswirkungen weißer Flecken bei Notfällen von Forstbediensteten und Touristen;

Anstrebung einer ausreichenden Netzabdeckung

KlAnfr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/2389

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten der Landes- und Bundespolizei zugunsten des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehren in BW; Ausmusterungsverfahren bei analogen Polizeifunkgeräten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Funkgerät*
Drs 15/3919

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr Katrin Schütz CDU 26.08.2014 26.08.2014 und Antw IM Drs 15/5659

WLAN im Bahnverkehr

Bahnhöfe und Gleisstrecken in BW mit bestehendem bzw geplantem WLAN-Zugang; Maßnahmen zum Ausbau von WLAN-Zugängen im Nah- und Fernverkehr und der Verbesserung der Mobilfunkanbindung

Antr Tobias Wald u.a. CDU 26.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6178

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreiss Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.02.2016 und Antw MVI Drs 15/8091

Kostensteigerung der Einführung des Digitalfunks für die Polizei und Rettungsdienste

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 124 137 140 142

Verweisung auf die Mehrkosten beim digitalen Polizeifunk

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374

Beklagung der immer noch veralteten Ausstattung der Polizei mit Funkgeräten

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412

Mittelbereitstellung für den digitalen Polizeifunk

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1119 1121

Sicherstellung der Finanzierung des digitalen Polizeifunks

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1222 1224 1229

Verweisung auf den Investitionsstau beim digitalen Polizeifunk

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2033 2036 2043

Fusion*Fusion der SWR-Rundfunkorchester*

Ablauf und Folgen der Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des Südwestrundfunks (RSO) und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu einem Klangkörper, insbes beim künftigen musikalischen Profil, Personalbestand, Infrastruktur, Probenmöglichkeiten und Konzertanzahl; finanzieller Einspareffekt; Konsequenzen der Zusammenlegung für den Bereich der kulturellen Bildung

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/3130

Fußball*s.a. Hooligan**Bedeutung des Leistungssports in BW*

Art, Umfang und Träger der Unterstützung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie Trainern; Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Olympiastützpunkten, Eliteschulen des Sports und des Fußballs; Auflistung der für die olympischen Spiele in London 2012 nominierten Athleten aus BW aufgeschlüsselt nach Sportarten und regionalen Stützpunkten; Höhe der finanziellen Förderung und Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Sportstätten für die Leistungssportinfrastruktur bis 2016

Antr
s. *Sport*
Drs 15/939

Gewalt in Fußballstadien eindämmen

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 15/38 S. 2053

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Auflistung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitsgipfel

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1856

Gewalt in Fußballstadien

Ausweitung der Fanprojekte auf die Vereine der ersten bis dritten Fußballligen u.a. Möglichkeiten der Gewaltprävention von der ersten bis zur fünften Liga

MdlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1953

Fanprojekte in BW - frühzeitige Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

Auflistung o.g. Projekte sportnaher Jugend- und Sozialarbeit, deren Ausgestaltung, Förderung und Erfolg; Frage nach weiteren gestellten Anträgen und deren Bescheidung sowie nach einem regelmäßigen Austausch zwischen Ministerien, Vertretern der Projekte und Vereine; Fortschreibung der etatisierten Haushaltsansätze; Ausblick auf künftige Herausforderungen mit Blick auf

das zunehmende Gewaltpotenzial innerhalb und außerhalb der Stadien

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1997

Gewalt im Rahmen von Spielen der Fußball-Bundesligen in BW
Anzahl der Polizeieinsätze im Rahmen von Bundesliga-Spielen seit dem 7. August 2009, aufgeschlüsselt nach Vereinen, Einsatzkräften und Einsatzstunden; Gesamtkosten der Polizeieinsätze; Entscheidungskriterien für Umfang und Ausführung von Polizeieinsätzen; Maßnahmen der Vereine und Fanggruppierungen bei Spielen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial; in der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) unter der Datei „Gewalttäter Sport“ gespeicherte Personen, darunter Personen mit rechtsextremen Hintergrund; durch Fangewalt verletzte unbeteiligte Dritte; Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hooligan*
Drs 15/2642

Sportorientierte Jugendarbeit - Projekt „Kick Fair“

Bewertung und Förderung des Projekts KickFair iRd offenen, sportorientierten Jugendarbeit

KlAnfr
s. *Jugendarbeit*
Drs 15/3100

Gewaltprävention und Wirksamkeit der Fanprojekte

Bestand und Bedarf an Fanprojekten in BW; Aufgabenfelder; präventive Wirkung von Fanprojekten; Arbeit des Fanprojekts in Mannheim/Ludwigshafen; Förderung von Fanprojekten durch das Land; bisherige Erfahrungen mit dem Sicherheitskonzept der Deutschen Fußball Liga (DFL); Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kommunen, Fanprojekten und Polizei; Strafverfolgung der Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels Offenbacher Kickers und SV Waldhof Mannheim am 25. August 2013; Gewaltprävention im Amateurbereich

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/3990

Landeszuschuss Neubau Stadion SC Freiburg

Errichtung eines neuen Fußballstadions in Freiburg im Breisgau; Unterstützung des Neubaus durch das Land; Stand der Gespräche mit der Stadt Freiburg

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/6199

Regierungsbefragung

Gewaltphänomene im Zusammenhang mit Fußballspielen
s. *Gewaltprävention*
PIPr 15/122 S. 7365

Feststellung einer zunehmenden Zahl von erheblich verletzten Polizeibeamten im Zusammenhang mit den Spielen der Fußballbundesliga

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 413

Zulässigkeit von Ergebniswetten im Fußball, Verbot von Live-wetten

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2130 2131

Fußballsport

s. *Fußball*

Fußballstadion

s. *Sportstätte*

Fußballweltmeisterschaft

Außenbewirtschaftung während der Fußballweltmeisterschaft 2014

Planungen der LReg zur Verkürzung der Sperrzeiten der (Außen-)Gastronomie während der Fußball-Weltmeisterschaft 2014, insbes Entscheidungskompetenz der Kommunen

MdlAnfr
s. *Polizeistunde*
Drs 15/4426

Unterrichtsbeginn während der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Organisatorischer Aufwand und Umsetzbarkeit eines späteren Schulbeginns in Anbetracht fester Busverbindungen, fehlender Betreuungsmöglichkeiten für jüngere Schüler durch deren Eltern sowie der Notwendigkeit, den ausgefallenen Unterricht nachzuholen; Zulässigkeit eines späteren Unterrichtsbegins bei weiteren sportlichen Großereignissen wie z.B. den Olympischen Spielen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/5324

Warnung vor Fanschminke

Untersuchung von Fanschminkstiften auf Einhaltung der EU-Kosmetikverordnung; Zeitpunkt des Vorliegens der Untersuchungsergebnisse; Unterrichtung der Öffentlichkeit über gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe nach Beginn der Fußballweltmeisterschaft

Antr
s. *Gesundheitsschädlicher Stoff*
Drs 15/5454

Fußball-WM

s. *Fußballweltmeisterschaft*

Fußgänger

s.a. *Wandern*

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelumschichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbunds? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/934

Provisorische Fußgängerverbindungen während des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Unterbrechung bestehender Querungen der A 8 im Zuge des sechsspurigen Ausbaus, u.a. der Autobahnunterführung an der Tullastraße zwischen Remchingen-Darmsbach und Remchingen-Nöttingen; Eintreten für eine provisorische Fußgängerquerung während der Unterbrechung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.07.2012 und
Antw MVI Drs 15/2166

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6081

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/6435

Fragen zur Gestaltung von Ortsdurchfahrten

Sachstand zur Umsetzung von Projekten zum Thema „Gestaltung von Straßen als gemeinsamer Verkehrsraum für eine gleichberechtigte Begegnung von Fuß- und Autoverkehr“, insbes von Projekten zur baulichen Umgestaltung von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/6677

Fußgängerverkehr

s. *Fußgänger*

Fußgängerweg

s. *Gehweg*

Fussweg

s. *Gehweg*

Futtermittel

Eiweißpflanzen in BW

Umfang des eigenen Anbaus von Eiweißpflanzen und des Imports von Sojaschrot für die Fleischproduktion; Anstrebung ei-

nes höheren Selbstversorgungsgrads mit gentechnikfreiem Soja, Unterstützung des Konzepts der „Donau-Bohne“

Antr
s. *Sojabohne*
Drs 15/190

Lebens- und Futtermittelsicherheit in BW

Beurteilung der rechtlichen Vorgaben des Bundes und der EU für die Länder zum Vollzug der Lebens- und Futtermittelüberwachung, Positionierung zur Ausweitung der Regelungen nach dem Dioxinskandal und der Verbreitung des EHEC-Erregers sowie zur Forderung nach einer Zentralisierung von Kompetenzen auf Bundesebene; Zahl der vorhandenen und der notwendigen Kontrollen in BW, Umfang und Zeitpunkt einer Personalaufstockung

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/1134

Haushalt 2012; Epl 08

Verbesserung der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln, Förderung von Anbauversuchen

ÄAntr GRÜNE und SPD 24.01.2012 Drs 15/1108-6 S. 37
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315

„Eiweißstrategie für BW“

Steigerung des Anbaus von Eiweißpflanzen ohne Gentechnik seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 15/190; Ergebnisse der Anbau- und Sortenversuche zur Entwicklung von Verfahren für eine verlustarme Konservierung eiweißreicher Grünland- und Ackerfutteraufwüchse; Bewertung des bayerischen Aktionsprogramms „Heimische Eiweißfuttermittel“; Entwicklung der o.g. Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Importsoja in der Rinderhaltung, ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfs in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1696
BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 38-40
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
Mittlg LReg 29.05.2013 Drs 15/3552

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg

Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland

im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 15/2927

Lebensmittel und Futtermittelkontrolle - Aflatoxine

Verfahren und Resultate der Lebens- und Futtermittelkontrollen in BW bezüglich der Untersuchungen auf Schimmelpilzgifte, insbes Aflatoxine; zusätzliche Maßnahmen der LReg nach dem Bekanntwerden eines konkreten Verdachtsfalls mit überschnittenen Grenzwerten für Aflatoxine bei importiertem Futtermais aus Serbien im Herbst 2012

Antr
s. *Mykotoxin*
Drs 15/3165

Nutzung des Eiweißpotenzials von Grünlandflächen durch Futtertrocknungen

Struktur der Futtertrocknungsbetriebe in BW und deren Unterstützung durch das Land; Bedeutung und aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen der Futtertrocknungen

Antr
s. *Pflanzenfutter*
Drs 15/4166

Auswertung der Ausschussreise nach Brasilien - Lebensmittel ohne Gentechnik erzeugen und vermarkten

Situation des weltweiten Sojaanbaus und des Handels mit Soja und Sojaprodukten; soziale, ökologische und ökonomische Folgen des Sojaanbaus in Hauptanbauländern; Alternativen zu GVO-freiem Soja aus Südamerika; Eiweißpflanzenanbau und Bedarf an Eiweißfuttermitteln in der baden-württembergischen Tierhaltung; Gegenüberstellung der Nutzung von Soja aus Südamerika mit einer Nutzung von einheimischen/europäischem Soja in der Fleischproduktion; Ausbau der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln; Absatz von als gentechnikfrei gekennzeichneten Futtermitteln; Ergänzung des Qualitätszeichens BW (QZBW) im tierischen Bereich um das Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“

Antr Paul Locherer u.a. CDU, Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE, Thomas Reusch-Frey u.a. SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 01.04.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5010 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 16.07.2014 Drs 15/5989 S. 31-34
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762
Mittlg LReg 13.01.2016 Drs 15/7800

Mögliche Verwertung von Fruchtsafttrester in Biogasanlagen

Verwertung von Fruchtsafttrester (Fruchtsaftpressrückständen) in Biogasanlagen, bei der Tierfütterung und bei weiteren Möglichkeiten

KlAnfr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/5519

Importverbot gentechnisch veränderter Lebensmittel und Versorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln

Sachstand zur Versorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln ohne gentechnisch veränderte Organismen (GVO), insbes

Marktsituation und Anbauförderung GVO-freier Eiweißfuttermittel, Möglichkeit eines Importverbots für gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel durch einzelne EU-Mitgliedstaaten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7251

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 64

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Erwartung einer Verteuerung der Futtermittelherstellung unter Einsatz von Kunstdünger, Bewertung als Zukunftschance für die ökologische Landwirtschaft, Erinnerung an das Hormonverbot in Futtermitteln bereits in den Achtzigerjahren

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 260 262

Zunahme des Bedarfs an Eiweißpflanzen, Bewertung des Imports von Sojaschrot als teuerste Form der Futtermittelbeschaffung, Plädoyer für die Eiweißgewinnung aus heimischen Ressourcen

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 879 881 882

Verbesserung der Futtermittelversorgung mit heimischen Eiweißpflanzen, Verzicht auf Importe von gentechnisch produziertem Soja, Umstellung auf GVO-freie Futtermittel in den Landesanstalten

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1708 1710 1712-1716

FwG

s. *Feuerwehrgesetz*

G 10-Kommission

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW
Überblick über Kontrollrahmen, Organisation und Befugnisse der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer und des Bundes, insbes Gremiengröße, Häufigkeit des Zusammentretens, Kontrollrechte (u.a. Akteneinsicht, Befragungsrechte, Zutrittsrechte); Handlungsempfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse sowie der Bundesländer-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR) zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden; Überlegungen zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW, insbes Bündelung von Befugnissen des G 10-Gremiums und des Ständigen Ausschusses, Entscheidungsbefugnisse in Grundsatzfragen, Mitbestimmungsrecht bei konkreten Einsätzen

GrAnfr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 15/4660

Gästehaus

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 23 - Gästehäuser der Universitäten (Kap 1410, 1412, 1414, 1415 und 1420)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/123

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/723

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 14.12.2012 Drs 15/2809

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3218

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Gästezahlen

s. *Beherbergungsstatistik*

Gäu, Region

s.a. *Calw, Landkreis*

s.a. *Enzkreis*

s.a. *Freudenstadt, Landkreis*

s.a. *Gäubahn*

s.a. *Nordschwarzwald, Region*

ÖPNV-Anbindung der Gemeinden im Heckengäu bzw im östlichen Enzkreis an das Mittelzentrum Mühlacker

Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen ÖPNV-Anbindung, insbes des Busverkehrs an das berufliche Schulzentrum in Mühlacker

KIAnfr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/574

Gemeinsame Verkehrsverbünde im Heckengäu

ÖPNV-Pendlerzahlen aus dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) in die Nachbarverbünde Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) und Karlsruher Verkehrsverbund (KVV); Gründe für die mangelnde Durchlässigkeit zwischen dem VPE und dem VVS und Einflussmöglichkeiten der LReg zur Verbesserung der Durchlässigkeit

KIAnfr

s. *Verkehrsverbund*

Drs 15/3838

Zustand der Landesstraßen (L) im Heckengäu

Sanierung der Landesstraßen L 1175, L 1180 und L 1134 im Heckengäu; tägliche Verkehrsbelastung und Zustand der genannten Landesstraßen

KIAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/5171

Aktueller Stand zum Ausbau der ÖPNV-Anbindung des Heckengäus an den Nahverkehr der Region Stuttgart

Situation der Anbindung des Heckengäus im Öffentlichen Personennahverkehr an die Region Stuttgart, insbes Probleme der Berufspendler und im Schülerverkehr, Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis; Maßnahmen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsanbindung

KIAnfr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/5481

Gäubahn

Ausbau der Gäubahn

Unterstützung des doppelspurigen Ausbaus und der Planungsarbeiten der Bahn AG für den ersten Streckenabschnitt zwischen Horb und Neckarhausen sowie die weiterhin notwendigen Doppelpurinseln; Fortführung der bewährten Vorfinanzierung von Planungskosten auch für die weiteren Ausbauabschnitte; Eintreten für eine Aufnahme des Projekts in die Fortschreibung des Investitionsrahmenplans des Bundes

Antr Guido Wolf u.a. CDU 04.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/194

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/907

S. 51-53

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Mittlg LReg 06.06.2012 Drs 15/1817

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Finanzierung des Ausbaus der Gäubahn

Mittlg LReg 26.08.2011 Drs 15/452

Weiterentwicklung der Gäubahn

Ausschreibungsnetz, in dem die Bahnverbindung Stuttgart-Singen neu ausgeschrieben wird; künftig eingesetzte Zuggattungen auf der Strecke Stuttgart-Zürich; Haltung zum zweigleisigen Ausbau des Streckenabschnitts Horb-Neckarhausen

KlAnfr Guido Wolf CDU 09.09.2011 und Antw MVI Drs 15/490

Ausbau der Gäubahn - Vorfinanzierung der Planungskosten weiterer Streckenabschnitte

Vorfinanzierung der Planungskosten für den Streckenabschnitt Horb-Neckarhausen, Erteilung der Zusage für eine Vorfinanzierung der weiteren Streckenabschnitte im Bereich der LKreise Tuttlingen und Rottweil

Antr Guido Wolf u.a. CDU 23.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/582

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 S. 24

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Bahnprojekten

Darlegung von Grundlagen und relevanten Parametern für Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei der Planung von Bahnprojekten, insbes für die Gäubahn und Südbahn und deren Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21; Auswirkungen eines Bruchs der Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr

s. *Wirtschaftlichkeit*

Drs 15/769

Keine Kannibalisierung durch Stuttgart 21

Höhe und Finanzierung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Rheintalbahn, Gäubahn und Südbahn; Höhe der Bundesmittel für diese Maßnahmen und für Stuttgart 21 nach den S 21-Finanzierungsverträgen; Bereitstellung von Landesmitteln für die genannten Maßnahmen neben den zu erwartenden Schadensersatzleistungen nach einem Ausstieg aus Stuttgart 21

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/825

Ja zum direkten Anschluss der Gäubahn an den Flughafen Stuttgart

Bedeutung der o.g. Anbindung als wesentliche Zielsetzung in der Gesamtkonzeption von Stuttgart 21 und des entsprechenden Votums der Anwohner entlang der Gäubahnverbindung bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bekenntnis zur Realisierung des Anschlusses

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 08.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1406

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/2007 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 61-64

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2842

Anschluss der Gäubahn

Auswirkungen einer Anbindung der Gäubahn an den Flughafen Stuttgart mit Halt in Tübingen, insbes für die Anbindung des Raums Böblingen und den Ausbau der Wendlinger Kurve; Bewirkung weiterer Baumaßnahmen, Höhe und Träger der Kosten einer solchen Variante; Frage nach einer Positionierung der Schweizerischen Bundesbahnen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 24.04.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1602

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 85-88

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Komfortable menschen- und umweltfreundliche Lösungen für die Gäubahn

Pläne der Bahn zur Einschränkung des Fernverkehrs zwischen Stuttgart und Zürich; aktuelle Fahrgastzahlen und Prognosen bis 2025 auf den Abschnitten der Gäubahn und zum Stuttgarter Flughafen; Planungsstand für die Stilllegung der Gäubahntrasse in Stuttgart, Beurteilung der Fortführung der Vermarktung dieser Flächen durch die Bahn ungeachtet der Ergebnisse des Filderdialogs, Diskussion über neue Varianten mit o.g. Zielsetzung und Einhaltung des Kostendeckels mit den Projektpartnern von Stuttgart 21

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 27.04.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1629

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 94

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Folgen bei einem Gäubahnhalt in Stuttgart-Vaihingen

Pläne und Maßnahmen zur Führung der Gäubahn auf der bisherigen Trasse in den neuen Stuttgarter Tiefbahnhof, Bedeutung einer direkten Schienenverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Filder mit dem Flughafen und Böblingen/Sindelfingen; Frage nach einer Doppelnutzung von S-Bahn und Gäubahn im Bereich des Bahnhofs Stuttgart-Vaihingen

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 18.05.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1728

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 94

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Gewichtung der direkten Anbindung der Gäubahn über Herrenberg und Böblingen an den Flughafen und des entsprechenden Votums bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bewertung des o.g. Vorschlags mit seinen zusätzlichen Maßnahmen und Kosten sowie seiner Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen zwischen den Projektträgern von Stuttgart 21; Scheitern der angestrebten Wiedereinführung eines ICE-Halts in Böblingen im Falle einer Umsetzung der o.g. Trassenvariante

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 01.06.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1790

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 94

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

*Chancen des Flughafens Stuttgart durch Stuttgart 21/Neubau-
strecke (NBS) Wendlingen-Ulm*

Erwartungen an die o.g. in den Finanzierungsverträgen geregelte Anbindung des Flughafens, Höhe der finanziellen Beteiligung

der Flughafen Stuttgart GmbH, Vereinbarkeit eines nicht direkten Anschlusses des Flughafens an die Gäubahn mit den in den Finanzierungsverträgen samt Anlagen getroffenen Absprachen, Frage nach einem möglichen Ausstieg des Flughafens als Projektpartner in diesem Fall und nach den finanziellen Folgen

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1797

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flughafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1992

Geheimgutachten zur „Hermann-Trasse“

Gründe für die Vergabe eines Gutachtens zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen mit einem Umstieg in Vaihingen, Inhalte und Kosten der Expertise; Vereinbarkeit dieser Auftragsvergabe für eine Trassenführung, die gegen die Finanzierungsverträge und die Volksabstimmung verstößt, mit der Pflicht zur Förderung des Projekts und zur sparsamen Haushaltsführung

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 05.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2037

ICE-Verkehr auf der Gäubahn - Schienenverkehr attraktiver gestalten

Darlegung der o.g. Bemühungen; Wiederaufnahme von regelmäßigen ICE-Verkehren und von Intercityexpresszügen mit Neigetechnik durch die Bahn AG, Verbesserung der Tagesrandverbindungen und des Betriebsprogramms am Wochenende

Antr GRÜNE 01.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2179
PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3473-3478

Gibt es einen Fluglärmdeal mit der Schweiz?

Koppelung an andere Projekte (Paketlösung) bei Verhandlungen über den Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz; Zusagen oder Bedingungen der Schweiz im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Gäubahn; Äußerungen und Absichten des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/2910

Lärm- und Erschütterungsschutz für Leinfelden-Echterdingen

Umgang mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Erschütterung aufgrund der Nutzung der S-Bahn-Gleise zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen durch die Gäubahn; Schutzmaßnahmen; Vorschläge und Finanzierung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3204

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/3517

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4177

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4314

Finanzierung der Elektrifizierung der Hoahrhainstrecke

Sachstand zur Elektrifizierung der Hoahrhainstrecke und deren Finanzierung; Stand der Ausschreibung im Vergabeverfahren für die Hoahrhainstrecke; Auswirkungen geplanter Fahrplanänderungen auf der Gäubahn

KlAnfr
s. *Hoahrhainbahn*
Drs 15/5060

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Fahrplangestaltung auf der Gäubahn für das Jahr 2015, insbes Hintergründe der Streichung der letzten Verbindung von Stuttgart nach Singen ab 22.25 Uhr, Beschleunigung der Verbindung nach Zürich, Verlängerung der schnellen Züge ab St. Gallen

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 30.09.2014 und Antw MVI Drs 15/5786

Interregio-Express (IRE)-Bahnangebot und Fernverkehrsanbindung der Hochrhein-Region ab 2016 und den Folgejahren

Sachstand zu Anbindungsqualität und Fernverkehrsanbindung der Hochrheinregion, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Pünktlichkeit der IRE-Züge, Auswirkungen des veränderten Fahrplanangebots auf Hochrheinbahn und Gäubahn, Verbesserung von Angebot und Zuverlässigkeit der Verbindungen, Gewährleistung von Barrierefreiheit

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6470

Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahnsteigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäubahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Filderbahnhof

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/6851

Offene Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn

Sachstand zum neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn, insbes Angebotsverschlechterungen, Einsparungen für das Land, Vertragsausgestaltung mit der Deutschen Bahn AG; Wiedereinführung von Neigetechnik

KlAnfr Nicole Razavi CDU 20.05.2015 und Antw MVI Drs 15/6903

Fahrplankonzept „Interim Plus“ auf der Gäubahn

Sachstand zu Wirtschaftlichkeit und Realisierungsmöglichkeit des Fahrplankonzepts „Interim Plus“ auf der Gäubahn

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 29.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7235

Neigetechnikzüge im Fernverkehr auf der Relation Zürich-Stuttgart-Nürnberg

Sachstand zum Einsatz von Neigetechnikzügen im Fernverkehr auf der Strecke Zürich-Stuttgart-Nürnberg, insbes Konzeptionen, notwendige Investitionen auf Gäubahn und Remsbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7766

Anmahnung gemeinsamer Anstrengungen zum zweigleisigen Ausbau der Gäubahn

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 358-360 370 371

Bemühungen um Aufnahme der Gäubahn in den Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 747-749

Bedeutung von Stuttgart 21 für den Ausbau der Gäubahn

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851 853 863

Bemühungen um Aufnahme der Gäubahn in den Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 984 986 989 990 1034

Bewertung von Verlauf und Ergebnissen des Filderdialogs zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen; Offenhaltung der alten Gäubahntrasse als Ausweichtrasse für den Güterverkehr

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2006-2012

Bewertung von Verlauf und Ergebnissen des Filderdialogs zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen, Einforderung der Direktanbindung; Offenhalten der alten Gäubahntrasse als Ausweichtrasse für den Güterverkehr

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2321-2341

Gäufelden

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5326

Gaildorf

Zukünftige medizinische Versorgung im Limpurger Land (LKreis Schwäbisch Hall)

Beurteilung der Forderungen der Bürgerinitiative „Krankenhaus Gaildorf“, insbes zur Verweigerung der Freigabe von Fördermitteln für die Baumaßnahmen in Schwäbisch Hall und Crailsheim ohne Einbindung der Gaildorfer Einrichtung in den Gesamtplan

MdlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1734

Gesundheits- und notärztliche Versorgung im Limpurger Land

Gewährleistung ausreichender rettungsdienstlich-notärztlicher Versorgung unter Beachtung der Rettungsfristen im Limpurger Land sowie der ärztlich-medizinischen Versorgung nach Schließung des Kreiskrankenhauses Gaildorf

MdlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/3731

Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern im Landkreis Schwäbisch Hall

Baulicher Zustand der Freibäder im LKkreis Schwäbisch Hall, insbes in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 15/5544

Gall, Reinhold MdL SPD

Berufung und Vereidigung von Reinhold Gall zum/als Innenminister

s. *Innenminister*
PIPr 15/3 S. 15

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg
Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr
s. *Schweigepflicht*
Drs 15/4815

Gans

Herkunft und Kennzeichnung von Gänsestopfleberprodukten
Herstellungsmethoden, gesetzliche Regelungen, Importe nach BW; Kennzeichnung der Stopfleberprodukte und ihre Kontrolle in BW; Vorschläge zur Verbesserung der Produktkennzeichnung; Verbesserung des Tierschutzes auf Landes- und auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene; Verbraucherinformation über die tierquälereische Herstellung der vermeintlichen Delikatessen

KlAnfr
s. *Lebensmittelkennzeichnung*
Drs 15/3425

Die Gänsepopulation am unteren Neckar und ihre Auswirkungen
Sachstand zur stark zugenommenen Gänsepopulation am unteren Neckar, insbes Populationsentwicklung eingewanderter Gänsearten, natur- und artenschutzfachliche Bewertung, Gesundheitsgefahren durch Gänsekot, Maßnahmen der LReg

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 23.04.2015 und Antw MLR
Drs 15/6789

Ganztagsschule

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 15/157

Zukunft der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in den soziokulturellen Zentren

Anteil und Bewertung der Kinder- und Jugendarbeit an den Kursangeboten der soziokulturellen Zentren; Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagschulen auf die Nachfrage, u.a. auch beim Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

KlAnfr

s. *Soziokultur*
Drs 15/388

Das ehrenamtliche Engagement der Schüler stärken

Entwicklung und Förderung des sozialen oder karitativen Engagements von Schülern innerhalb und außerhalb der Schule, z.B. als Jugendbegleiter, Schulsanitäter, Streitschlichter oder Hausaufgabenbetreuer; Einführung eines Wahlpflichtfachs „Ehrenamt“ als Teil des Schulcurriculums; Erfahrungen aus anderen BLändern; Ausrichtung des Konzepts für die Ganztagschulen auf eine stärkere Förderung von Sozialkompetenz, ehrenamtlichem Engagement und gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/405

Nachmittags- und Ferienbetreuung in den Grundschulen des LKreises Esslingen

Beurteilung o.g. Angebote von Grundschulen und Kommunen; Unterstützung des Ausbaus landesweit

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/464

Ganztagschulen im Enzkreis

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge, zu erwartende Fördermittel in den kommenden zwei Jahren

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 02.09.2011 und Antw KM
Drs 15/478

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/575

Errichtung einer Evangelischen Ganztagsgrundschule in Weinsberg-Gellmersbach

Gründe und Auswirkungen der schleppenden Antragsbescheidung im KM trotz der Befürwortung vom RegPräs

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 04.10.2011 und Antw KM
Drs 15/653

Ganztagsbildung und -betreuung im LKreis Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/898

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen in der Stadt und im LKreis Karlsruhe

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2014; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr Katrin Schütz CDU 08.12.2011 und Antw KM Drs 15/986

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung von Ganztagsangeboten an den Realschulen; Zuweisung von zusätzlichen Lehrkräften und Pädagogischen Assistenten, insbes zum Ausbau der Ganztagsbeschulung

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Ausbau der Ganztagschulen

Darstellung der o.g. Entwicklung und Mittelbereitstellung für die einzelnen Schularten seit 2002; Gleichbehandlung der etablierten Schularten und der Gemeinschaftsschulen beim weiteren Ausbau zu Ganztagschulen und bei deren räumlichen und personellen Ausstattung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 01.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1187
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 S. 13 14
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Jugendbegleiterprogramm II - einen geeigneten Rahmen für die Kooperation von (Ganztags-)Schulen mit außerschulischen Partnern schaffen

Aktuelle Debatte
s. *Jugendleiter*
PIPr 15/33 S. 1756

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2020; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr Tobias Wald CDU 31.05.2012 und Antw KM Drs 15/1785

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 15/1873

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*

Drs 15/2402

Ganztagsschulen in Mannheim

Zahl der Ganztagschulen in BW und Mannheim differenziert nach Ausprägungen bzw Modellen; Gewährung von Bestandsschutz bei der Personalausstattung für allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsbetreuung in Mannheim insbes beim Geschwister-Scholl-Gymnasium

KlAnfr Georg Wacker CDU 20.12.2012 und Antw KM Drs 15/2832

Ausbau der Ganztagschulen

Kriterien für den Ausbau von Ganztagschulen; Berücksichtigung und Umfang der Förderung beim Ganztagschulaausbau der übrigen weiterführenden Schularten im Vergleich zur Gemeinschaftsschule; Planung und Finanzierung der Ressourcen für den Ganztagschulaausbau, insbes Zusammenhang und Vergleich zum Ausbau der Gemeinschaftsschulen; Aufnahme der Ganztagschule in das Schulgesetz

Antr Georg Wacker u.a. CDU 11.01.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2860
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.04.2013 Drs 15/4040 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU) S. 19 20
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Vereine und Ganztagschulen

Auswirkungen des Ganztagschulaausbaus auf die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen und das Vereinsleben, insbes im ländlichen Raum und für den LKkreis Hohenlohe

KlAnfr
s. *Verein*
Drs 15/2866

Perspektiven für Haupt- und Werkrealschullehrer

Zahlen und Prognosen zu Hauptschulanmeldungen im Rems-Murr-Kreis; Pläne zur Schließung bzw zum Umbau in Ganztagschulen für Haupt- und Werkrealschulen im Rems-Murr-Kreis sowie Maßnahmen für das Lehrpersonal; Entwicklung der Studienabschlüsse für das Hauptschullehramt

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 15/2875

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf Ganztagschulen in offener Angebotsform im Enzkreis und in Pforzheim

Zahl der an den einzelnen Ganztagschulen entfallenden Entlastungsstunden; Existenzgefährdung von Ganztagschulen in offener Angebotsform durch die Streichung der Entlastungsstunden; Sicherstellung des Fortbestands des fünfzügigen Theodor-Heuss-Gymnasiums Mühlacker; Aufrechterhaltung zusätzlicher Angebote wie z.B. Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustauschprogramme und Präventionsprojekte

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 22.04.2013 und Antw KM Drs 15/3402

Kulturelle Bildung in BW

Arbeit und Ergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung und Umsetzung seiner Vorschläge auch in den neuen Bildungsplänen; Verbesserung der Infrastrukturen und Vernetzung von Schulen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung; Ausweitung der Antragsberechtigung für den „Innovationsfonds Kunst“; Reaktionen und Umsetzung der Aufforderung an Schulen zur Benennung von Lehrkräften als Kulturbeauftragte

Antr

s. Bildung
Drs 15/3447

Ganztagsschulen im LKreis Calw

Zahlen und Genehmigungsverfahren von Anträgen auf Einrichtung einer Ganztagschule im LKreis Calw; Ablehnungsgründe für den Antrag der Gemeinde Gechingen

KlAnfr Thomas Blenke CDU 15.05.2013 und Antw KM Drs 15/3503

Finanzielle Ausstattung der Ganztags- und Schülerbetreuungen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

Einpassung der bestehenden Betreuungskonzepte des Jugendbegleiters und der ehrenamtlichen Schülerbetreuung in den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und ihre künftige Förderung; Entwicklung und finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Schülerbetreuung sowie des Jugendbegleiter-Programms seit 2003; Zahl der Jugendbegleiter und der von ihnen betreuten Schüler

KlAnfr
s. Schülerbetreuung
Drs 15/3619

Unterrichtsversorgung an den Realschulen im Land

Schüler- und Lehrerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006; Zahl und Größe der Eingangsklassen; für das Schuljahr 2013/2014 zu erwartende Schülerzahl; Zahl der eingeplanten und der neu einzustellenden Realschullehrer; Stellenplan für die Realschulen; Deputate für den Ergänzungsbereich, für individuelle Fördermaßnahmen und für den Ausbau von Ganztagsangeboten

Antr
s. Realschule
Drs 15/3679

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungs-klassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztags-schulen

KlAnfr
s. Werkrealschule
Drs 15/3872

Gesetz zur Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW)

Verankerung der Ganztagschule in offener wie gebundener Form im Schulgesetz; Begriffsdefinition, zeitliche und inhaltliche Ausgestaltung sowie Förderungsgrundsätze der Ganztags-schule; Neuregelung der Zuständigkeiten von Land, Kommunen und Schulen im Errichtungsverfahren

GesEntw
s. Schulgesetz für Baden-Württemberg
Drs 15/4025

Musikschulen und Musikvereine als Bildungsträger erhalten

Sicherung der musikalischen Bildung in einer sich verändernden Erziehungs- und Bildungslandschaft; Intensivierung der Zusammenarbeit von Musikschulen und Musikvereinen mit Kindertagesstätten; Zusammenarbeit mit den Grundschulen und den

weiterführenden Schulen zur Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, der Förderung musikalischer Begabung sowie der Verwirklichung anspruchsvoller Projekte; Bestandsgefährdung von Chören, Ensembles und Orchestern an Musikschulen und in Vereinen durch den Ausbau der Ganztagschulen; Verhinderung eines gemeinsamen Musizierens von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schultypen

Antr
s. Musikerziehung
Drs 15/4657

Historischer Erfolg - Einigung über den weiteren Ausbau der Ganztagschule zwischen der LReg und den kommunalen Landesverbänden

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5383-5397

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schular-ten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stellenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Ver-gütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztags-grundschulen

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 05.02.2014 und Antw KM Drs 15/4723

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtun-gen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bau-leitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klima-schutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzaus-bau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Ko-finanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmiss-brauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. Kommunalpolitik
Drs 15/4853

Ausgestaltung der Ganztagschule: Wie können externe Sportangebote finanziert und einbezogen werden?

Finanzierung und Einbeziehung externer Sportangebote in den Betrieb der Ganztagschule, insbes Beteiligung von Turn- und Sportvereinen, Bereitstellung von qualifizierten Trainern und Betreuungspersonal

Antr CDU 14.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4945
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7761-7767

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschu-

len; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungskonzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteiligung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr CDU 07.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5040

Weshalb werden die Privatschulen beim Ausbau der Ganztagschulen benachteiligt?

Beteiligung von Privatschulen beim Ausbau der Ganztagessschule, insbes an der Erarbeitung von Eckpunktepapier und Gesetzentwurf, Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen, Anpassung der Vereinbarung mit den Privatschulen

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/5067

Wenn Sport Schule macht - Sportvereine in BW sind jetzt Partner beim Ausbau der Ganztagschule

Aktuelle Debatte
s. *Sportverein*
PIPr 15/96 S. 5740

Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Stillstand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land steht still!

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule; Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rahmenvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirchlichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zukunftsplans Jugend

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/5215

Novellierung des Schulgesetzes

-Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen

-Paritätische Besetzung der Schulkonferenz

-Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens

Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Was macht das Kultusministerium mit den zusätzlichen 60 Millionen Euro Bundesmitteln?

Verteilungskriterien und Verwendung der zusätzlich verfügbaren 60 Millionen Euro Bundesmittel für den Schulbereich, insbes bei bildungspolitischen Projekten, zusätzlichen Deputaten, Ganztagschulausbau, Investitionen zur Umsetzung der Inklusi-

on, individueller Schülerförderung, Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/5635

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5642

Finanzierung von flexiblen Nachmittags-Betreuungsangeboten an Grundschulen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Höhe der im Jahr 2013 gewährten Landeszuschüsse für Kernzeitbetreuung an Grundschulen sowie für flexible Nachmittagsbetreuung und Schülerhorte; Auswirkungen des Umstiegs auf Ganztagschulen auf die künftige Höhe der Zuschüsse

KIAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/5672

Zusätzlicher Sport- und Musikunterricht an Grundschulen

Rahmenbedingungen zur Einbindung gewerblicher Sport- und Musikschulen iRd Ganztagsbetriebs an Grundschulen, insbes Budget, Stundenlohn, pädagogische Qualifikation

KIAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/5810

Sportstättennutzungen im Ganztagsschulbetrieb

Nutzung der Sportstätten für Sportangebote iRd Ganztagsschulbetriebs sowie für Sportangebote der örtlichen Sportvereine; Beanspruchung vorrangiger Nutzungsrechte durch Ganztagschulen; Lösungskonzepte bei Konflikten zwischen Schulen und Sportvereinen; Abschluss vertraglicher Vereinbarungen; Interessenausgleich zwischen Schulsport und Vereinssport bei der Sportstättennutzung

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5981

Entwicklung der Ganztagschulen im LKreis Emmendingen

Ganztagsschulangebote an öffentlichen Schulen im LKreis Emmendingen; Zahl der davon profitierenden Schüler; Ausgestaltung des Ganztagsangebots an den verschiedenen Schularten; Nutzung des Instruments der Kapitalisierung von Lehrerwochenstunden für die Kooperation mit außerschulischen Partnern; Förderung der Hortbetreuung an Grundschulen; Integration kommunaler Betreuungsangebote in den Ganztagsschulbetrieb von Grundschulen

KIAnfr Sabine Wölfe SPD 09.01.2015 und Antw KM Drs 15/6331

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Konstanz
Sachstand zu Verbesserungen im Bildungsbereich im LKreis Konstanz, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Sprachförderung, Ganztags schulbetrieb, Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Schulraumförderung, sonderpädagogischer Förderung, Studentenzahlen und Studienplätzen

KlAnfr
s. *Bildungswesen*
Drs 15/6394

Gelingt die Monetarisierung von Lehrerstunden im Ganztags schulkonzept?

Kooperation von Ganztags schulen mit außerschulischen Partnern wie Musikschulen und Sportvereinen; Nutzung der Möglichkeit der Monetarisierung von Lehrerwochenstunden; Monetarisierungs-Grad; Unterschiede zwischen Stadt und Land; erstmalige Beantragung des Ganztagsbetriebs unter Einbeziehung außerschulischer Partner für das Schuljahr 2015/2016

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 02.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6439

Werden die Kirchen bei der „Kooperationsoffensive Ganztags schule“ benachteiligt?

Sachstand zur Behandlung der beiden großen Kirchen sowie anderer Religionsgemeinschaften iRd „Kooperationsoffensive Ganztags schule“, insbes Ausweitung des Gebots der Wertneutralität, schul- und verfassungsrechtliche Grundlage der ungleichen Behandlung, Verbesserung der Kooperation und Einbindung der Kirchen in das Ganztagskonzept

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6484

Konkrete Umsetzung der Kooperationen zwischen Ganztags schulen und Musikschulen im Land

Sachstand zur konkreten Umsetzung der Kooperationsvereinbarung des Landes mit dem Landesverband der Musikschulen e.V. über die Bildungsarbeit der Musikschulen an Ganztags schulen, insbes Regelung der Finanzierung, Ermöglichung von Individualunterricht neben dem gruppenmusikalischen Unterricht

KlAnfr Paul Locherer CDU 20.03.2015 und Antw KM Drs 15/6643

Ausbau der Ganztagsgrundschulen in BW

Sachstand zum Ausbau Ganztagsgrundschulen in BW, insbes Statistiken zu Neuanträgen, Ganztags- oder Wahlform, Teilnehmerzahlen am Ganztags- und Halbtagsbetrieb sowie zu Grundschulen mit Hort

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.04.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6726 (14 S.)

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Ludwigsburg

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den LKreis Ludwigsburg, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Hochschulfinanzierung

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/6732

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den Stadtkreis Mannheim

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den Stadtkreis Mannheim, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7073

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztags grundschule)

Weiterentwicklung des Auftrags der Realschule; Schaffung einer Strukturierung der Bildungspläne nach Niveaustufen und Anpassung der Rechtsgrundlage für die Schulbuchzulassung; Ermöglichung der sukzessiven Einrichtung von Ganztags schulen in der Wahlform an Grundschulen sowie den Grundstufen der Förderschulen

GesEntw
s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/7134

Kooperationen zwischen Ganztags schulen und außerschulischen Partnern im Bereich der Musik

Sachstand zu Kooperationen zwischen Ganztags schulen und außerschulischen Partnern im musikalischen Bereich, insbes Unterstützung der Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen, Mitsprachemöglichkeiten von Eltern, Bereitstellung einer Erstausrüstung mit Instrumenten; Teilnahmemöglichkeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien am kostenpflichtigen musikalischen Angebot iRd Ganztags schule

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7195

Schwimmunterricht

Sachstand zur Bedeutung und Sicherstellung des regulären Schwimmunterrichts an den Grundschulen, insbes Qualifikationsmaßnahmen für Lehrkräfte, Zahlen und Begründungen für Nicht-Durchführung von Schwimmunterricht an Grundschulen, Gründe für die vorläufige Einschränkung des Programms „Schwimmfix“ auf Ganztags schulen

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 15/7301

Musikalisches Angebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen

Sachstand zum musikalischen Bildungsangebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen, insbes Ausbau der Kooperationen mit Musikvereinen, Einführung eines „Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) Musik und Schule“ analog zum „Freiwilligen Sozialen Jahr Sport und Schule“

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7437

Wie steht es um die Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich der Ganztagsbetreuung in der Grundschule?

Bewertung der Studie „Familienbild im Wandel - Lebensentwürfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forderung nach größerer Flexibilität der Ganztags schul- und Betreuungsangebote an Grundschulen; Förderung von Horten und flexibler Nachmittagsbetreuung an Ganztags schulen; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine offene Ganztags schule

Antr FDP/DVP 20.11.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7747
PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8707-8715

Ganztagsgrundschule

Sachstand zur Erhaltung der Wahlfreiheit bei der Umstellung auf eine Ganztagsgrundschule in Karlsruhe-Durlach bei gleichzeitiger Schließung bzw Auslaufen eines Kinderhorts

MdlAnfr 1) Bettina Meier-Augenstein CDU 10.12.2015 Drs 15/7860

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8812-8814

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr

s. *Bildungsfinanzierung*

Drs 15/7945

Ausbau der Ganztagschule als Lern- und Lebensort

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Verankerung der Ganztagschulen im Schulgesetz

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 41 42 51 52 68

Verstärkter Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 236 237

Beitrag der Ganztagschulen zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit, vorrangiger Ausbau der Gemeinschaftsschulen zu Ganztagschulen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 500 504

Plädoyer für den weiteren Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372 1376 1382

Einführung der Gemeinschaftsschule als verbindliche Ganztagschule, Bewertung als Beitrag zum Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1718-1720 1722 1726 1728

Nachholbedarf beim Ausbau der Ganztagschulen, vorrangiger Ausbau der Gemeinschaftsschulen zu Ganztagschulen, Verankerung der Ganztagschulen im Schulgesetz

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1773 1774 1777

Garage**Novellierung der Garagenverordnung BW (GaVO)?**

Regelungen der GaVO und ihre Bemessungsgrundlagen; Anpassung der Stellplatzbreite an die gegenwärtige Pkw-Breite; Änderungsbedarf bei den Vorschriften für Parkplätze im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich; Regelungen für die Lagerung von Kinderwagen

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 21.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4969

Garten

Bestimmungen zur verfahrensfreien Errichtung von Gerätehütten in Nutzgärten und Streuobstwiesen im Außenbereich

Festlegung unterschiedlicher Höchstgrenzen für den zulässigen Brutto-Rauminhalt im Innen- und im Außenbereich in der Landesbauordnung (LBO); zunehmender Raumbedarf für Gartengeräte durch steigende Mechanisierung bei der Bewirtschaftung; Zulässigkeit eines im Verhältnis zur Grundstücksgröße steigenden Raumvolumens; Regelung in den Bauordnungen anderer

Bundesländer

Antr

s. *Baugenehmigung*

Drs 15/3646

Gartenplakette nach dem Vorbild Vorarlbergs auch für BW

Unterstützung und Beratung zu Anlage und Entwicklung von Privatgärten; Bewertung der Initiative „Natur im Garten“ des Landes Vorarlberg/Österreich und von „faktor NATUR“; Anerkennung von ökologisch wertvolle Privatgärten als Naturschutz-Ausgleichsflächen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 17.04.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6749

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.06.2015 Drs 15/7352 S. 77

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Gartenakademie Baden-Württemberg**Arbeit und Finanzierung der Gartenakademie in Heidelberg**

Aufgaben, Resonanz und Finanzierung der Gartenakademie BW, insbes Projektplanungen und Verwendung erhaltener Projektmittel

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 18.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3383

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4191 S. 15 16

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Gartenbau

s.a. *Baumschule*

s.a. *Gartenschau*

s.a. *Obstbau*

Erhalt der Reiserschnittgärten in BW

Einschränkung der Bewirtschaftung auf den Flächen der Reiserschnittgarten Weinsberg GmbH infolge von Bodenmüdigkeit, Vermeidung von Versorgungsengpässen für die heimischen Baumschulen, Gartenbauvereine sowie Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände bei der Produktion gesunder Obstgehölze; Beteiligung an einer Anschubfinanzierung beim Neuaufbau eines weiteren Reiserschnittgartens im Land

Antr

s. *Obstbau*

Drs 15/1075

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie Landwirtschaftliche Schule in Hohenheim

Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart und der Planungen zu einem gemeinsamen Neubau für die beiden Schulen; Begründung des Vorschlags einer Übernahme der Trägerschaft für beide Schulen durch die Stadt Stuttgart, Auswirkungen auf die Kooperation mit der Universität Hohenheim

KlAnfr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/1711

Schließung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau

Trägerschaft, Bauunterhalt und Stilllegung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau, insbes Kosten und Maßnahmen der Schadensbehebung;

Gründe und Dauer des wegen der Schließung erfolgten Unterrichtsausfalls

KlAnfr
s. *Gewächshaus*
Drs 15/3025

Arbeit und Finanzierung der Gartenakademie in Heidelberg
Aufgaben, Resonanz und Finanzierung der Gartenakademie BW, insbes Projektplanungen und Verwendung erhaltener Projektmittel

Antr
s. *Gartenakademie Baden-Württemberg*
Drs 15/3383

Ausmaß und aktuelle Schäden durch Kälte, Nässe und Hochwasser in der Landwirtschaft und im Gartenbau in BW sowie mögliche Hilfen

Aufgetretene Witterungsschäden in Landwirtschaft und Gartenbau in BW sowie mögliche Landeshilfen für existenzgefährdete Betriebe

MdlAnfr
s. *Schaden*
Drs 15/3608

Pläne zur Mehrwertsteuerbefreiung kommunaler Unternehmen
Sachstand und Bewertung der geplanten Befreiung kommunaler Unternehmen von der Umsatzsteuer bei Tätigkeiten im Dienste anderer Städte und Gemeinden, insbes Beratungsstand im Bundesrat, Wettbewerbsverzerrungen gegenüber mittelständischen Garten- und Landschaftsbaubetrieben, Europarechtskonformität

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/6817

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim
Sachstand zur Sicherstellung der Eigenständigkeit der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim, insbes Infragestellung der Ressourcen durch Masterpläne von Universität und Universitätsbauamt, Beseitigung des Investitionsstaus bei der Infrastruktur des Lehr- und Versuchsbetriebs, Sanierung im Sanitärbereich des Schülerwohnheims, Mischnutzung der Flächen und Räumlichkeiten des Lehr- und Versuchsbetriebs, Ersatz von Personalressourcen

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/7069

Gartenbaubetrieb

s. *Gartenbau*

Gartengerät

Bestimmungen zur verfahrensfreien Errichtung von Gerätehütten in Nutzgärten und Streuobstwiesen im Außenbereich

Festlegung unterschiedlicher Höchstgrenzen für den zulässigen Brutto-Rauminhalt im Innen- und im Außenbereich in der Landesbauordnung (LBO); zunehmender Raumbedarf für Gartengeräte durch steigende Mechanisierung bei der Bewirtschaftung; Zulässigkeit eines im Verhältnis zur Grundstücksgröße steigenden Raumvolumens; Regelung in den Bauordnungen anderer Bundesländer

Antr
s. *Baugenehmigung*

Drs 15/3646

Gartenhaus

s. *Kleingebäude*

Gartenlaube

s. *Kleingarten*

Gartenschau

Bundesgartenschau

Höhe der Mittelbereitstellung im Vorfeld der Bundesgartenschauen in Mannheim und Stuttgart; Beurteilung der bisherigen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Pläne für die Bundesgartenschau 2019 in Heilbronn; Einrichtung eines besonderen Förderschwerpunkts für die BUGA in Heilbronn

KlAnfr Alexander Throm CDU 12.10.2011 und Antw MLR
Drs 15/680

Unterstützung der ausrichtenden Städte und Gemeinden bei Landesgartenschauen

Art und Umfang der o.g. Unterstützung für die letzten zehn sowie künftigen Ausrichter; Begründung und Konsequenzen des Ausbleibens der Bewilligung des Antrags der Stadt Mühlacker als Ausrichter der Kleinen Gartenschau 2015 auf Förderung aus dem Landessanierungsprogramm

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.04.2012 und
Antw MLR Drs 15/1584

SWR-Sendemast in Mühlacker

Von der Einstellung des SWR-Mittelwelle-Sendebetriebs betroffene Sendeanlagen; Prüfung einer Weiternutzung des Sendemasts in Mühlacker; Fortbestand des Sendemasts als Wahrzeichen; Verhinderung einer Sprengung des Masts während der Landesgartenschau 2015

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/5081

Barrierefreie Erreichbarkeit der interkommunalen Gartenschau im Remstal 2019

Stand der Barrierefreiheit der Haltepunkte und Bahnhöfe der Remsbahn und des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich der geplanten interkommunalen Gartenschau; Investitionsaufwand für die zur Erreichung der Barrierefreiheit erforderlichen Anpassungen; Verfügbarkeit der bestehenden Einrichtungen zur Barrierefreiheit; finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV bis zum Jahr 2019

Antr
s. *Remstalbahn*
Drs 15/5289

Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker

Probleme mit der Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker und geplante Maßnahmen zur Abhilfe insbes im Hinblick auf die diesjährige Landesgartenschau

KlAnfr
s. *Aufzugsanlage*
Drs 15/6360

Fördermittel und Unterstützungsprogramme für die Bundesgartenschau (BUGA) 2019 in Heilbronn

Stellenwert der Bundesgartenschau (BUGA) 2019 in Heilbronn und Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.02.2015 und
Antw MLR Drs 15/6458

Bilanz der Landesgartenschau

Sachstand zur Landesförderung Landesgartenschau 2015 in Mühlacker und deren Erfolgsbilanz

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.09.2015 und
Antw MLR Drs 15/7367

Gas

s.a. *Biogas*

s.a. *Gasleitung*

Datenerhebung bei den Stadtwerken

Gründe und Auswirkungen der umfangreicheren Datenerhebung der Landesregulierungsbehörde bei der „Datenerhebung Kostenprüfung - Gas“ von den Stadtwerken im Vergleich zur Bundesnetzagentur, Höhe und Träger der Kosten für die Landeskontrollbehörde, Beurteilung der Aufgabenverteilung zwischen der Bundesnetzagentur und den Ländern und der damit verbundenen Parallelstrukturen

Antr
s. *Aufsichtsbehörde*
Drs 15/89

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern

Beurteilung o.g. Gasförderungsvorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Energiegewinnungsmethode - evtl über die Landesplanung und Ausweisung von Abschlussgebieten

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/217

EU-Verordnung über den Großhandel mit Strom und Gas

Entwicklung der Belastung der privaten Haushalte mit Strom- und Gaskosten seit 2002; erwartete Auswirkungen der o.g. Verordnung auf die Strom- und Gaspreise, den Energiemarkt und die Versorgungssicherheit in BW; Art der Mechanismen und Aufwand zur Umsetzung der VO

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/858

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; weitere Entwicklung der Lithium-Ionen-Technologie als Energiespeichertechnik, insbes in Kopplung mit Mikro-Kraftwärmekopplungsanlagen sowie Kleinwind- und Photovoltaikanlagen

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Bioabfälle als Rohstoff für moderne Biomasseverwertung

Art und Mengen der Verwendung von Siedlungsabfällen zur Biogaserzeugung, Zahl und Kapazitäten von vorhandenen bzw dazu notwendigen Anlagen, insbes auch zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität und Einspeisung ins Erdgasnetz; technischer und finanzieller Aufwand für die entsprechende Nachrüstung von Anlagen; Darstellung des Forschungsbedarfs, von möglichen Rechtsänderungen für die Förderung sowie Wettbewerbsbedingungen für die einzelnen Biogasproduzenten aus Bioabfällen und nachwachsenden Rohstoffen

Antr
s. *Biogas*
Drs 15/932

„Power to Gas“-Technologie in BW - Das Erdgasnetz als Stromspeichermedium

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Marktreife der o.g. Technologie, Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Ausräumung von hinderlichen Rahmenbedingungen, derzeitige und künftig notwendige Kapazitäten des Erdgasnetzes als Medium zur Speicherung und zum Transport von Strom aus regenerativen Quellen

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/1410

Unkonventionelle Gasförderung und Ölschieferorkommen in BW

Beurteilung der o.g. Vorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Bewertung der Empfehlungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft für ein grundsätzliches Verbot von Explorationsbohrungen in Trinkwasserzonen; Anpassung des rechtlichen Instrumentariums für die Genehmigung und Prüfung von Risiken

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/1598

Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit

Bewertung der Aussagen zur Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit bis 2025 im Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie sowie der Aussagen des Berichts der Bundesnetzagentur zur Versorgungssituation mit Strom und Gas im vergangenen Winter; mittel- und langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/1727

Einsatz von Fracking zur Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen

Bewertung des Gutachtens „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“ sowie der Schlussfolgerungen des Bundesumweltministers und des Präsidenten des Umweltbundesamts, insbes zur Einführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung; Beurteilung der Forderung des EU-Energiekommissars zur intensiven Förderung von Schiefergas in Deutschland; Positionierung der Nachbarländer Schweiz und Österreich zu möglichen Fracking-Vorhaben in der Bodenseeregion

Antr

s. Fracking
Drs 15/2302

Gasinfrastruktur in BW - Strategische Gasreserve für BW
Anteil verschiedener Gaspipelines an der Erdgasversorgung; Einsatz von Erdgas zur Stromversorgung, vorhandene Stromerzeugungskapazitäten; genutzte und nicht genutzte Gasspeicher; Verträge mit den Nachbarländern über die Ein- und Ausspeisung von Gas; Gaslieferantenverträge; Transportkapazitäten der aus Norddeutschland nach BW führenden Gasleitungen; Ausbau der Gasinfrastruktur zur Vorsorge gegen Versorgungsengpässe; Anpassung der Rahmenbedingungen für das Bereithalten von Gasspeichern

Antr
s. Gasleitung
Drs 15/2357

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/3071

Förderung der „Power-to-Gas“-Technologie als Energiespeicherlösung iRd Energiewende

Finanzielle Fördermittel durch Land, Bund und Europäische Union für die Erforschung und Erprobung von Umsetzungsmöglichkeiten der „Power-to-Gas“-Technologie als langfristige Energiespeicherlösung; Förderung und Erforschung alternativer Langzeitspeicherlösungen und Bewertung ihrer Potenziale als verlässliche Langzeitspeicher im Vergleich zur „Power-to-Gas“-Technologie

Antr
s. Energiespeicher
Drs 15/3925

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität
Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermodelle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr Andreas Glück FDP/DVP 27.08.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5660
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.05.2015 Drs 15/7081 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD) S. 43-45
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
Mittlg LReg 30.12.2015 Drs 15/7926

Gasaustritt in Schwäbisch Gmünd am 25. August 2014

Ursache für das Leck und den damit verbundenen Gasaustritt an der „Staufen-Leitung“ von Essingen nach Dürnau an der Gemarkungsgrenze von Schwäbisch Gmünd und Waldstetten; Alarmierung des Betreibers terranets bw und der zuständigen öffentlichen Stellen; eingeleitete Maßnahmen; Gefährdung der Bevöl-

kerung; Häufigkeit von Gasaustritten; Unterrichtung der Bevölkerung über Schäden an öffentlichen Gasleitungen und damit verbundene Gasaustritte

KlAnfr
s. Gaspipeline
Drs 15/6105

Verstärkte Nutzung von Flüssiggas und Erdgas zur Luftreinhaltung

Sachstand zur Nutzung von Erdgas und Flüssiggas als Fahrzeugtreibstoff, insbes Auswirkungen auf die damit verbundenen Emissionen, geplante Beendigung der Steuervergünstigung, Umstellung der Fahrzeugflotte des Landes

Antr
s. Kraftstoff
Drs 15/7479

Nutzung des Gasnetzes als Stromspeichermedium mit dem Power-to-Gas-Verfahren

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334-1336 1342 1347

Verweisung auf die Verknappung der weltweiten Gasvorräte

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2350 2351

Gasfernleitung

s. Gaspipeline

Gasgewinnung

Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland

Unterstützung des bisherigen Vorgehens der LReg zur Regelung der unkonventionellen Gasförderung im Land und auf Bundesebene; Schaffung einer gesetzlichen Regelung über den Bundesrat mit einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und einer entsprechenden Bürgerbeteiligung vor jeder Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking

Antr
s. Fracking
Drs 15/3976

Öl- und Gasgewinnung in Deutschland und BW

Arten der Öl- und Gasgewinnung; Unterscheidung der Fracking-Arten; Einsatz chemischer Additive beim Fracking und Bedeutung für den Trink- und Grundwasserschutz; Bewertung der Pläne zum Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zum Schutz der Umwelt vor Fracking

Antr
s. Fracking
Drs 15/5583

Weitere offene Fragen zur Verwaltungspraxis bei der Erteilung von Fracking-Konzessionen im Bodenseegebiet

Verstoß des Unternehmens Parkyn Energy Germany gegen Nebenbestimmungen der Konzessionen für zwei Erdgaskundungsfelder am Bodensee; Rechtsnatur der Nebenbestimmungen; Einhaltung der Nachfrist zur Vorlage des Arbeitsprogramms durch das Unternehmen; Unterrichtung über die Nachfrist durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau; Prozessrisiko im Falle eines Widerrufs der Konzessionen

KlAnfr
s. Fracking
Drs 15/5616

Konzessionsvergabe zur Erkundung von Erdgas und Erdöl am Bodensee

Hintergrund zu den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau gestellten Konzessionsanträgen zur Erkundung von Erdgas- bzw Erdölvorkommen am Bodensee, insbes Einsatz von Frackingtechnologie, Gemarkungen der Erkundungsanträge, Zeitpunkt der Entscheidung; Auskunftsverweigerung des Landesamts angesichts des Landesumweltinformationsgesetz

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 13.11.2014 und Antw UM Drs 15/6122

Umgang mit Umweltrisiken durch alte Öl- und Gasbohrungen in BW

Sachstand zu Umweltrisiken bei stillgelegten Öl- und Gasbohrungen in BW, insbes technische Ausführung von Stilllegungen und Gefahren einer nicht fachgerechten Stilllegung, Altlasten durch stillgelegte Öl- und Gasbohrungen

KlAnfr
s. *Umweltgefährdung*
Drs 15/7575

Gaskraftwerk*Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende*

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Laufleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO₂-Emission

Antr
s. *Kohlekraftwerk*
Drs 15/2688

Gaskraftwerk Leipheim

Stand des Projekts der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH zur Entwicklung eines Gaskraftwerks auf dem ehemaligen Flugplatz in Leipheim in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk in Gundremmingen, insbes Kooperation mit der bayerischen Staatsregierung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 03.06.2014 und Antw UM Drs 15/5296

Gasleitung*„Power to Gas“-Technologie in BW - Das Erdgasnetz als Stromspeichermedium*

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Marktreife der o.g. Technologie, Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Ausräumung von hinderlichen Rahmenbedingungen, derzeitige und künftig notwendige Kapazitäten des Erdgasnetzes als Medium zur Speicherung und zum Transport von Strom aus regenerativen Quellen

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/1410

Schreiben des BVerfG vom 14.02.2012, Az.: 1 BvR 2297/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Enteignung und vorzeitige Besitzeinweisung nach dem Baden-Württembergischen Ethylen-Rohrleitungsgesetz

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.05.2012 Drs 15/1691
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Planfeststellungsverfahren für den Bau und Betrieb der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL, Abschnitt IV-Aichwald bis zur Station Amerdingen) - Planänderung Nr. 9a

Gründe für die späte geologische Prüfung mit der Folge einer weiteren Planänderung für die Vorzugstrasse durch eine sensible und artenreiche Kulturlandschaft, Frage nach untersuchten Streckenalternativen für den Albaufstieg außerhalb des mittleren Filstals sowie nach Techniken und ausführenden Baufirmen für die grabenlose Verlegung (Untertunnelung) von Gasleitungen in schwierigem Gelände

KlAnfr Nicole Razavi CDU 20.06.2012 und Antw UM Drs 15/1860

Gasinfrastruktur in BW - Strategische Gasreserve für BW

Anteil verschiedener Gaspipelines an der Erdgasversorgung; Einsatz von Erdgas zur Stromversorgung, vorhandene Stromerzeugungskapazitäten; genutzte und nicht genutzte Gasspeicher; Verträge mit den Nachbarländern über die Ein- und Ausspeisung von Gas; Gaslieferantenverträge; Transportkapazitäten der aus Norddeutschland nach BW führenden Gasleitungen; Ausbau der Gasinfrastruktur zur Vorsorge gegen Versorgungsengpässe; Anpassung der Rahmenbedingungen für das Bereithalten von Gasspeichern

Antr SPD 19.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2357
ÄAntr CDU, GRÜNE und SPD 31.01.2013 Drs 15/2942
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3556-3563
Mittlg LReg 28.11.2013 Drs 15/4448
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/5944
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Nutzung des Gasnetzes als Stromspeichermedium mit dem Power-to-Gas-Verfahren

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334-1336 1342 1347

Gaspipeline*EU-Infrastrukturpaket und Förderprogramm „Connecting Europe“*

Auswirkungen von Plänen der Europäischen Kommission zur Schaffung von sogenannten Vorhaben von gemeinsamen Interesse (VGI) im Bereich der Energieinfrastruktur iRd Förderprogramms „Connecting Europe“ für BW, insbes Einbindung in grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte in bestimmten Infrastrukturkorridoren sowie Planungen und Projektanmeldungen des Landes

Antr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/3653

Gasaustritt in Schwäbisch Gmünd am 25. August 2014

Ursache für das Leck und den damit verbundenen Gasaustritt an der „Staufen-Leitung“ von Essingen nach Dürnau an der Gemarkungsgrenze von Schwäbisch Gmünd und Waldstetten; Alarmierung des Betreibers terranets bw und der zuständigen öffentlichen Stellen; eingeleitete Maßnahmen; Gefährdung der Bevölkerung; Häufigkeit von Gasaustritten; Unterrichtung der Bevöl-

kerung über Schäden an öffentlichen Gasleitungen und damit verbundene Gasaustritte

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 10.11.2014 und Antw UM
Drs 15/6105

Gaspreis

s. Energiepreis

Gastgewerbe

s.a. Diskothek
s.a. Gästehaus
s.a. Gastronomie
s.a. Rastanlage

Hygiene-Ampel

Bewertung der Aussagekraft o.g. Klassifizierung im Gaststättengewerbe; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Durchführung der Kontrollen; Initiierung einer breit angelegten Informations- und Aufklärungskampagne

Antr
s. Hygiene
Drs 15/47

Veränderungen durch Hygiene-Kontrollbarometer

Auswirkungen der Einführung des o.g. bundeseinheitlichen Kontrollbarometers mit der öffentlichen Dokumentation der Ergebnisse der Lebensmittelhygiene-Kontrollen, Reaktionsmöglichkeiten der beurteilten Gastronomiebetriebe, Beurteilung des Wachstums der Betriebe ohne gaststättenrechtliche Konzession und der befürchteten Wettbewerbsverzerrung zulasten der Betriebe mit Konzession

Antr
s. Hygiene
Drs 15/358

Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen, der Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Voll- und Teilzeit im Tourismus und in der Gastronomie seit 2008; Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen, u.a. für Urlaub auf dem Bauernhof, Tagestourismus, Tagungstourismus und Familienurlaub; Ausbau des Radwegenetzes; Verbindung von Tourismus und Naturschutz

KlAnfr
s. Tourismus
Drs 15/402

Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports in der Region Hochschwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr
s. Tourismus
Drs 15/677

Pflicht zum Einbau von Rauchmeldern in Privatwohngebäuden zur Brandprävention

Möglichkeiten zur Normierung o.g. Verpflichtung nach dem Beispiel anderer BLänder, Darlegung der Rechtslage in Übernachtungsstätten

Antr
s. Brandschutz
Drs 15/803

Entwicklung des Tourismus in BW

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen in den einzelnen Regionen differenziert nach Angeboten für Senioren, Familien, Behinderten, Kulturreisen, Bädertourismus etc; Instrumente und Schwerpunkte in der Förderpolitik, Höhe der bereitgestellten Mittel von Land, Bund und EU seit 2006; Ausrichtung der Förderpraxis auf Nachhaltigkeit, Umsetzung des Nachhaltigkeitschecks in den besucherstärksten Regionen; Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum; Bedeutung von Biosphärengebieten und Nationalparks; Ausbau und Vernetzung von ÖPNV-Angeboten; Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW

GrAnfr
s. Tourismus
Drs 15/865

Zukunft des Wintersports in BW

Wirtschaftliche Bedeutung (Umsatz, Arbeitsplätze, Übernachtungen) des Wintersports, Unterstützung des alpinen Wintersporttourismus und der ihn tragenden Gemeinden

Antr
s. Wintersport
Drs 15/944

Verlust der Vergabe des Internationalen Eckart Witzigmann-Preises

Gründe und Auswirkungen des Verlusts der o.g. Preisverleihung, insbes für die Imagekampagne „Genießerland Baden-Württemberg“; Frage nach Stellungnahmen der Spitzengastronomie im Land und der berufsständischen Vertretung sowie nach Maßnahmen zur Rückholung der Veranstaltung

Antr
s. Auszeichnung
Drs 15/985

„Entwicklung und Erhalt der Dorfgaststätten in kleinen Gemeinden und Teilorten des Ländlichen Raumes“

Entwicklung der Zahl o.g. Gaststätten in den letzten zehn Jahren, Einschätzung der künftigen Entwicklung und der Bedeutung für die Vereine, den gegenseitigen Austausch und Zusammenhalt der Bürger; Eignung von touristischen Angeboten, von gemeinsamen Vermarktungsstrategien regionaler Produkte u.a. Maßnahmen zur Unterstützung des Erhalts der Dorfgaststätten

Antr Paul Locherer u.a. CDU 16.02.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1295
BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 34 35
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Tourismus im LKreis Göppingen

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2002; Höhe der Investitionen und der touristischen Wertschöpfung; Unterstützung der Erschließung des thematischen touristischen Potenzials; Auflistung der Förderbeträge in den letzten zehn Jahren

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/1493

Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Gründe für das Scheitern einer bundeseinheitlichen Regelung für die Gastronomie u.a. Lebensmittelunternehmen; Auflistung der BLänder, die an einer verpflichtenden Hygiene-Ampel festhalten bzw diese ablehnen; Bezifferung des zusätzlichen Personalbedarfs; Frage nach Modellen in anderen EU-Ländern und deren Erfolg

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/2212

Tourismus im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports für den Schwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen Mitbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/2422

Schulverpflegung durch regionale Anbieter

Anteil von Großküchen, regionalen Gasthäusern, Metzgereien u.a. Anbietern von Schulverpflegung; Unterstützung von regionalen Anbietern mit ihren regionalen Produkten, Gewinnung von Gastronomen durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2531

Gastronomische Betriebe in der Schulverpflegung in BW

Beteiligung gastronomischer Betriebe an der Schulverpflegung in BW, insbes Beteiligungsbeginn, Anforderungen und Vorbereitung auf die Aufgabe, Verwendung biologischer bzw aus kontrolliertem Anbau stammender Lebensmittel, Bilanz der Entwicklung sowie Vergleich zu ortsfremden Caterern in den Bereichen Qualität und Ausgewogenheit; Marktchancen und Attraktivität für die einheimische Gastronomie auch im Hinblick auf die steigende Zahl an Ganztagschulen; Zusammenarbeit des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung und dem Hotel- und Gaststättenverband BW im Bereich der Schulverpflegung

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2939

Tourismus stärken - Ja zur ermäßigten Umsatzsteuer für Beherbergungsleistungen

Zahlen zur Übernachtungsbranche in BW, insbes zu Arbeitsplätzen und Übernachtungen für die verschiedenen Hotelarten; Wettbewerbssituation und Investitionsverhalten der Hotellerie; Bundesratsaktivitäten zur Streichung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

Antr CDU 07.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3039

Umstellung auf SEPA-Verfahren bei baden-württembergischen Unternehmen

Stand der Umstellung auf das SEPA-Verfahren insbes bei kleinen und mittelständischen Unternehmen; bekannte Schwierigkeiten bei der Umstellung; durchschnittliche Kosten pro Unternehmen; Einsparungen durch das Preisgleichheitsgebot; Auswirkungen der Abschaffung des elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV) ab 2016 auf Einzelhandel und Gastgewerbe; Alternativverfahren zu ELV

KlAnfr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3085

Tourismus im Main-Tauber-Kreis

Übernachtungszahlen und Umsätze in der Tourismusbranche seit 2008; Gesamtzahl der in der Tourismusbranche Beschäftigten; zusätzliche Investitionen in den Beherbergungsbetrieben seit der Senkung der Mehrwertsteuer; Ausbau des Fahrradtourismus; Summe der für die Tourismusförderung verbrauchten Gelder, künftige Förderprogramme

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3290

Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe

Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW, insbes Zahlen bzw Anteile der jeweiligen Ausbildungsberufe, Vertragsauflösungen, unbesetzten Ausbildungsplätze und Branchenwechsel; Förderung der Fachkräftesuche und Unterstützung des Ausbildungsversprechens des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) BW

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 19.09.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4065 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 10
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Nachwuchssorgen im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW

Rückläufige Ausbildungszahlen im Hotel- und Gaststättengewerbe und Gegenmaßnahmen der LReg, insbes Veränderungen in der Ausbildung, Förderprogramm für ausbildungswillige EU-Ausländer

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.03.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4917
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5374 S. 3
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Kosten und Umsetzung der Eröffnungsfeierlichkeiten zum Nationalpark Schwarzwald

Gesamtkosten und Finanzierung der Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nationalparks am 2. und 3. Mai 2014; Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung sowie der örtlichen Hotellerie und Gastronomie in die Feierlichkeiten; Auswahl der beteiligten Firmen; Besucherzahl während der Eröffnungsfeierlichkeiten; Prognose der Besucherzahl des Nationalparks bis Ende des Jahres

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5172

Allergenkennzeichnung und die Folgen für die gastgewerblichen Betriebe in BW

Konkrete Ausgestaltung der Vorschriften der EU-Lebensmittelinformationsverordnung zur Allergenkennzeichnung bei loser Ware in gastgewerblichen Betrieben in BW

Antr
s. *Lebensmittelkennzeichnung*
Drs 15/5286

Fahrradtourismus in BW

Übernachtungszahlen, Verweildauer und Herkunft der Fahrradtouristen; Anstieg der Zahl der fahrradfreundlichen Gastbetriebe; Ausbau der Infrastruktur und Qualität des Radwegenetzes; Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer im Straßenverkehr; Stärkung des Fahrradtourismus in BW; Kooperation mit den Nachbarländern

Antr
s. *Fahrradtourismus*
Drs 15/5317

Privat- und Familienbrauereien in BW

Sachstand zur Entwicklung unabhängiger bzw inhabergeführter Privat- und Familienbrauereien in BW, insbes Ausbildungszahlen, Zahl der Mälzereien, Erzeugung und Absatz von Braugerste und Hopfen, steuerliche Behandlung brauereieigener Gaststätten im Erbschaftsteuerfall

Antr
s. *Brauerei*
Drs 15/6743

Gewerbesteuerhinzurechnung bei Hotelreservierungen

Streichung der Gewerbesteuerhinzurechnung der Entgelte für die Anmietung von Hotelunterkünften durch Reiseveranstalter, insbes Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nr. 1 Gewerbesteuergesetz in der Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 vom 14. August 2007

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 15/6970

Bedeutung sogenannter „Couchsurfing“-Portale im Tourismus

Sachstand zu „grauen Übernachtungsmärkten“ im Rahmen von sogenannten „Sharing Economy“-Angeboten im Internet und Auswirkungen auf Wettbewerb, Verbraucherschutz und Sicherheit im klassischen Hotel- und Gaststättengewerbe

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 19.10.2015 und
Antw MLR Drs 15/7592

Bewertung des Agrotourismus als Ergänzung der örtlichen Gastronomie, Umsetzung der Kampagne „Genießerland“

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820 1822-1824

Gastronomie*Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall*

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen, der Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Voll- und Teilzeit im Tourismus und in der Gastronomie seit 2008

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/402

Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/677

Tourismus im LKreis Göppingen

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2002

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/1493

Tourismus im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/2422

Gastronomische Betriebe in der Schulverpflegung in BW

Beteiligung gastronomischer Betriebe an der Schulverpflegung in BW, insbes Beginn, Anforderungen und Vorbereitung auf die Aufgabe, Verwendung biologischer bzw aus kontrolliertem Anbau stammender Lebensmittel, Bilanz der Entwicklung sowie Vergleich zu ortsfremden Caterern in den Bereichen Qualität und Ausgewogenheit; Marktchancen und Attraktivität für die einheimische Gastronomie auch im Hinblick auf die steigende Zahl an Ganztagschulen; Zusammenarbeit des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung und dem Hotel- und Gaststättenverband BW im Bereich der Schulverpflegung

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2939

Auswirkungen eines möglichen gesetzlichen Mindestlohns auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft und Landwirtschaft

Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in BW bei der gesetzlichen Verankerung eines Mindestlohns, insbes in den auf Saisonarbeiter und Minijobber angewiesenen Branchen Landwirtschaft und Gastronomie

MdlAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/4358

Außenbewirtschaftung während der Fußballweltmeisterschaft 2014

Planungen der LReg zur Verkürzung der Sperrzeiten der (Außen-)Gastronomie während der Fußball-Weltmeisterschaft 2014, insbes Entscheidungskompetenz der Kommunen

MdlAnfr
s. *Polizeistunde*
Drs 15/4426

Auswirkungen der sogenannten Montagsdemonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 auf Handel, Gastronomie und Beherbergungsgewerbe

Anzahl der bisherigen Demonstrationen, deren durchschnittliche Dauer und Teilnehmerzahl; Umsatzeinbußen bei den Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Gaststätten entlang der Demonstrationstrecke; Höhe der bisher für die Begleitung der De-

monstrationen durch Polizei- und Sicherheitskräfte entstandenen Personal- und Sachkosten

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5957

Die Wirkung des Labels „Schmeck den Süden“ auf die regionale Gastronomie

Sachstand zu Zielgruppe, Teilnahme und bisherigen Erfahrungen mit der Initiative „Schmeck den Süden“ zur Stärkung regional erzeugter Lebensmittel und der regionalen Küche

Antr Paul Locherer u.a. CDU 07.08.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7280
BeschlEmpf und Bericht LandwA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 74
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Gaststätte

s. *Gastgewerbe*

Gaswirtschaft

s. *Energiewirtschaft*

G-DRG

s. *Fallpauschalensystem*

Gebärdensprache

Hörgeschädigte und Gebärdensprachdolmetscher

Situation gehörloser und hörgeschädigter Menschen in BW, insbes Umsetzung des Anspruchs auf Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher

KlAnfr
s. *Hörbehinderter*
Drs 15/4103

Notfallbereitschaft von Gehörlosen-Dolmetschern

Situation der Gehörlosen in BW im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anzahl, Ausbildung und Einsatz von Gebärdensprach-Dolmetschern

KlAnfr
s. *Gehörloser*
Drs 15/4396

Gebäude

s.a. *Aufzugsanlage*
s.a. *Bauschaden*
s.a. *Dach*
s.a. *Energieausweis*
s.a. *Forstgebäude*
s.a. *Gästehaus*
s.a. *Gebäudeversicherung*
s.a. *Heizung*
s.a. *Kleingebäude*
s.a. *Landtagsgebäude*
s.a. *Landwirtschaftliche Immobilien*
s.a. *Öffentliches Gebäude*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 20: Steuervorteile bei Gebäuden in Sanierungsgebieten

s. *Steuerentlastung*
Drs 15/238

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat: Auswirkungen auf den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Position zur Aufteilung der Kosten einer Energiesparinvestition zwischen Vermieter und Mieter sowie der Steuerausfälle zwischen Bund und Ländern; Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Falle der Behandlung des GesEntw im Vermittlungsausschuss

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/458

Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung

Bedeutung der energetischen Gebäudesanierung für den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat, Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Vermittlungsausschuss

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/595

Pflicht zum Einbau von Rauchmeldern in Privatwohngebäuden zur Brandprävention

Möglichkeiten zur Normierung o.g. Verpflichtung nach dem Beispiel anderer BLänder, Darlegung der Rechtslage in Übernachtungsstätten

Antr
s. *Brandschutz*
Drs 15/803

Kontrollpflicht nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) bei der Raumkühlung

Einschätzung von Zahl und Alter o.g. Anlagen in Nichtwohngebäuden und Wohngebäuden; Darlegung der Einsparpotenziale durch Ersetzung von älteren Belüftungssystemen durch neuere, energieeffizientere Anlagen, durch eine höhere allgemeine Inspektionsquote sowie verbesserte Wartung

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/971

Haushalt 2012; Epl 09

Beteiligung an der Komplementärförderung von Mehrgenerationenhäusern

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-10 S. 44 45
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-7 S. 12 13
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Sanierung von Gebäuden und der Nutzung erneuerbarer Energien; Programm Zukunft Altbau

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1110-3 S. 17 18

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1210-3 S. 6 7

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1330-1348

Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum

Ursachen und Konsequenzen der o.g. Problematik, Ausmaß im Wahlkreis Hohenlohe, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 30.01.2012 und Antw MLR Drs 15/1172

Präventive Neuinstallation und/oder Nachrüstung von Rauchmeldern in der Landesbauordnung (LBO)

Verankerung der o.g. Verpflichtung für private und öffentliche Gebäude in der LBO

KlAnfr

s. Brandschutz

Drs 15/1382

Leerstandsproblematik im Main-Tauber-Kreis

Ursachen und Konsequenzen der Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum, Ausmaß im Main-Tauber-Kreis, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 24.05.2012 und Antw MLR Drs 15/1729

Umweltschutz durch Emissionshandel für Privatpersonen und die öffentliche Hand

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten, Übertragbarkeit des hessischen Projekts „Emissionshandel durch Schornsteinfeger für energetische Verbesserungen in Anlagentechnik und Gebäudehülle“, Sammlung der Verkaufsrechte für eingespartes Kohlendioxid von privaten und öffentlichen Gebäudeeigentümern in einem Pool bei der L-Bank oder LBBW?

Antr

s. Emissionshandel

Drs 15/2214

Herausforderungen durch Fotovoltaik für die Feuerwehr

Angaben über besondere Vorsichtsmaßnahmen der Feuerwehr an Gebäuden mit Fotovoltaik-Anlagen und dadurch bedingte Verzögerung der Löscharbeiten; Anzahl der aufgrund nicht entdeckter Fotovoltaik-Anlagen verletzten Feuerwehrleute seit 2007; Erwägung einer Kennzeichnungspflicht für Gebäude

Antr

s. Solartechnik

Drs 15/2307

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und umgesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnahmen des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasserschutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms; Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentionsgebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwasser-Managements während des diesjährigen Hochwassers; Hochwasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Land-

wirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der daraus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr

s. Hochwasser

Drs 15/3651

Bedeutung von Heilquellenschutzgebieten in BW

Flächen der Heilquellenschutzgebiete und deren Verteilung im Land; Definition und rechtsverbindliche Festlegung der Schutz-zonen in Analogie zu den Wasserschutz-zonen; Anzahl und Art der Gebäude in Heilquellenschutzgebieten; Erkenntnisse über Quellenverunreinigungen bzw Gewässerbelastungen durch defekte öffentliche Kanalisation; sonstige Gefährdungen für Heil-quellen und Häufigkeit ihres Auftretens; Anforderungen für die jeweiligen Heilquellenschutz-zonen

Antr

s. Heilquelle

Drs 15/4357

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die zukünftige Nutzung der Burg Holstein in Burladingen-Stetten u.H.

Kulturhistorische Bedeutung, Überlegungen zur weiteren Nutzung und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für Burg Hölstein (Ruine Holstein) in der Gemeinde Burladingen

KlAnfr

s. Baudenkmal

Drs 15/7563

Erklärung von Passivhäusern zum neuen Standard von Wohn- und Betriebsgebäuden, Ankündigung einer Vorbildfunktion bei den Landesgebäuden

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20

Gebäudeabbruch

s. Abriss

Gebäudeabriss

s. Abriss

Gebäudeabstand

s. Abstandsfläche

Gebäudedach

s. Dach

Gebäudeenergieeffizienz

s.a. Bausanierung

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch

und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2659

Aktivitäten des Bundes und von BW zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung

Fördermöglichkeiten und -voraussetzungen zur energetischen Gebäudesanierung für privaten Wohnraum in BW; Umfang der Fördermittel durch Land und Bund; erreichte und angestrebte Sanierungsquoten in BW; Verhältnis von Steuererminderungen aufgrund von Wertschöpfungszuwachs durch das Handwerk gegenüber den Kosten der Förderverfahren bei einer Sanierungsquote von zwei Prozent

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 11.01.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/2861
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 13.06.2013 Drs 15/3712 S. 23-25
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Abwicklung der Förderungen von energetischen Sanierungsmaßnahmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Programme zur Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen, Volumen der Fördermittel; Programme der KfW und deren Volumen; Nachfrage nach Förderprogrammen der KfW in den letzten fünf Jahren; Einbeziehung eines Sachverständigen; Schaffung eines finanziellen Anreizes zur energetischen Gebäudesanierung

KlAnfr
s. *Bausanierung*
Drs 15/3611

Hagelschäden im LKreiss Esslingen und der Einsatz von Hagelfliegern

Durch das Hagelgewitter vom 28. Juli 2013 verursachte Schäden; Einsatz und Wirksamkeit von Hagelfliegern an diesem Tag und generell; Dachsanierung entsprechend der Vorgaben der Energiesparverordnung (EnEV); Kriterien für eine Befreiung von der energetischen Bausanierung

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/3978

Mehr Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden in BW

Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale bei Büros, Betriebs- und Produktionsstätten; Erhöhung der Sanierungsrate; Überarbeitung der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik zur Verringerung des Energieverbrauchs; Einsparpotenziale bei mechanischen Raumlufanlagen; regelmäßige Wartung der Raumlufanlagen; Inspektion der Klimaanlage durch die Baurechtsbehörden; Kontrolle der praktischen Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV)

Antr
s. *Gewerbeimmobilien*
Drs 15/4344

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contrac-

ting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr
s. *Umweltmanagement*
Drs 15/4370

Intelligente Heizungssteuerung zur Senkung des Energieverbrauchs

Stand der energetischen Gebäudesanierung in BW; Erforschung und Produktion alternativer Technologien zur Gebäudesanierung mit Wärmedämmung, insbes Potentiale intelligenter Heizungssteuerungssysteme zur Senkung des Verbrauchs an Heizenergie in den nächsten Jahren

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 04.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5435
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 23 24
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Gebäudeinstandsetzung

s. *Bausanierung*

Gebäudesanierung

s. *Bausanierung*

Gebäudeschaden

s. *Bauschaden*

Gebäudeversicherung

s.a. *Gebäude*

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4804

Versicherungsprämien bei der Unterbringung von Flüchtlingen

Sachstand zur Praxis von Versicherungsunternehmen bei der Wohngebäude- und Inventarversicherung der Kommunen und privaten Hausbesitzer bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden, insbes deutliche Erhöhung der Versicherungsbeiträge, Verweigerung der Versicherung bzw Kündigung bestehender Verträge, Kriterien und Rechtsgrundlage für die Bestimmung des versicherungstechnischen Risikos bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Auswirkungen auf die Integrationsmaßnahmen des Landes

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/6942

Gebirge*Einsatzsituation der Bergwacht in BW*

Rechtlicher Status der Bergwacht Schwarzwald und der Bergwacht Württemberg; finanzielle Ausstattung dieser Bergrettungsorganisationen; Zahl und Art der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren; Anzahl der den Rettungsdienst ausübenden Mitglieder und deren Einsatzfähigkeit; technische Ausrüstung; Versicherungsstatus der Mitglieder bei einem Einsatz; Aufwandsentschädigung; finanzielle Förderung der Bergwacht durch das Land

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5831

Gebirgslandschaft

s. *Gebirge*

Gebühren

s.a. *Abfallgebühren*
s.a. *Abwasserabgabe*
s.a. *Beitrag*
s.a. *Flughafengebühren*
s.a. *Kindergartengebühren*
s.a. *Polizeikosten*
s.a. *Rundfunkbeitrag*
s.a. *Straßenbenutzungsgebühren*
s.a. *Studiengebühren*
s.a. *Vermessungsgebühren*

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Anpassung des LJKG an Vorgaben des Europarechts, Einführung von Gebühren für das Verfahren zur Auswahl und Bestellung von Notaren, Anpassung der Gebühren für Übersetzer und Dolmetscher sowie der Verwahrung von Sondergrundbüchern an die Grundbuchamtsreform, Vereinheitlichung der Regeln über die Amtstracht der Rechtspflegeorgane; Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB; Änderung des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Lizenzgebühren bei Schultheateraufführungen

Schritte zur Entschärfung der o.g. Problematik - evtl durch eine entsprechende Bundesratsinitiative

Antr
s. *Theater*
Drs 15/1409

Vergleich der Höhe von Gebühren für die Durchführung der Aufbewahrungskontrollen nach § 36 Abs 3 Waffengesetz (WaffG)

Gegenüberstellung der Gebührenerhebung der Waffenbehörden für Kontrollen ohne und mit Beanstandungen

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 13.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1425
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/2007 S.

32 33

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Kulturelle Bildung und freier Eintritt in Museen

Entwicklung der Besucherzahlen in den staatlichen Museen seit Einführung von Eintrittsgeldern 1995; Stärkung der kulturellen Bildung und Steigerung der Besucherzahlen mit einer Abschaffung von Eintrittsgeldern für Kinder und Jugendliche in die Dauerausstellungen der staatlichen Museen - mit Erstattung der entgangenen Eintritte für die Einrichtungen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/1616

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreis Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KIAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/1663

Tarifreform 2013 der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)

Auswirkungen der o.g. Tarifreform für die Betreiber von Tanzlokalen und Diskotheken vor allem im ländlichen Raum, Befürchtung von existenzgefährdenden Mehrbelastungen, Beurteilung der ebenfalls geplanten Gebührenerhöhung für USB-Speichersticks; Darstellung des Handlungsbedarfs und der ergriffenen Maßnahmen im Interesse der Betroffenen

Antr
s. *Verwertungsgesellschaft*
Drs 15/1883

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes

Erhöhung und Vereinheitlichung der Gebühr für den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis, Abwicklung über das gemeinsame elektronische Vollstreckungsportal der Länder; Erhöhung der Gebühren für richterliche Entscheidungen in Polizeigewahrsamsangelegenheiten; Sicherstellung der gebührenanteilsrechtlichen Gleichbehandlung der beamteten Bezirksnotare im württembergischen Rechtsgebiet im Zuge der sukzessiven Aufhebung und Zuweisung der Grundbuchämter zu den Amtsgerichten

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/2451

Fleischbeschauggebühren in BW

Höhe der Gebühren für Schlachtier- und Fleischuntersuchungen nach Stadt- und LKreisen; Gesamtgebühren für einzelne Tierarten (Schwein, Rind, Kalb, Ziege/Schaf); Zusammensetzung und Berechnung der Gebühren (Personalkosten für Beschau und Untersuchung, Verwaltungskosten, Größe des Schlachtbetriebs, Stundensätze etc.); Lösungen zur Reduzierung der vorhandenen Preisunterschiede; rechtliche Voraussetzungen für die Übertragung der Fleischbeschau; mögliche Auswirkungen einer Zulassung nichtstaatlicher Kontrollstellen

Antr

s. *Fleischhygiene*
Drs 15/2826

Informationsfreiheitsgesetz für BW

Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw

s. *Informationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/3114

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw

s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/3210

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr

s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/3439

Auswirkungen der Revision der Lebensmittelkontrollverordnung auf Handwerk und Mittelstand

Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur LebensmittelkontrollVO; Beurteilung der dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle über Gebühren, zu einer transparenten Informationspolitik und zur Hinterlegung einer Zweitprobe; zahlenmäßiges Verhältnis der Lebensmittelkontrollen zu den zu kontrollierenden Betrieben in BW; aktuelle Kontrollintervalle; Festschreibung einer zeitnahen Nachkontrolle in der LebensmittelkontrollVO; Ausgleich der Interessen der Verbraucher und der der kleinen und mittleren Unternehmen des Lebensmittelhandwerks

KlAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/4737

Zuschüsse zur Kleinkindbetreuung prüfen

Berechnungsgrundlage für die Förderung der Kleinkindbetreuung; finanzielle Förderung der Kleinkindbetreuung durch das Land im Jahr 2014; Erhöhung der Betreuungsquote; Nutzung von Steuereinnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Quersubventionierung der Kindergartengebühren

Antr

s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5311

Gebührenfestsetzung bei Gewerbeausstellungen

Bedeutung von Gewerbeausstellungen; Zahlen und Kriterien für die Gebührenfestsetzung durch die Landratsämter

KlAnfr

s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 15/5787

Waffen und die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz in der Praxis

Sachstand zur Umsetzung verdachtsunabhängiger Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Abs 3 Waffengesetz, insbes registrierter Waffenbestand, Gebührenerhebung durch die Kommunen, Bestand illegaler Waffen, Straftaten mit legalen bzw illegalen Waffen

Antr

s. *Waffenbesitz*
Drs 15/6226

Waffenkontrollen in BW

Sachstand zu Durchführung von Waffenkontrollen in BW, insbes Qualifikation der Kontrolleure, Gebührenfreiheit der Kontrollen, Schulkooperationen mit dem Verband „Deutsche Schützenjugend“

KlAnfr

s. *Waffenbesitz*
Drs 15/7291

Die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz und die damit einhergehende Belastung der Bürger

Anzahl der in BW registrierten Waffen sowie der im Jahr 2015 durchgeführten verdachtsunabhängigen Kontrollen; Ausmaß der Beanstandungen; erzielttes Gebührenaufkommen; Maßnahmen zur Verringerung des illegalen Waffenbesitzes; Verzicht auf Gebührenerhebung bei Kontrollen ohne Beanstandung

Antr

s. *Waffengesetz*
Drs 15/7705

Angleichung der Gebühren für die Beurkundung von Lebenspartnerschaften und Eheschließungen; Überprüfung der Gebühren für Unternehmensflurneuordnungen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 729 731 755

Kritik am Anstieg der Gebühren für den elektronischen Aufenthaltstitel

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 874 875

Angleichung der Gebühren für die Beurkundung von Lebenspartnerschaften und Eheschließungen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 924 925

Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

s. *GEZ*

Gebührenordnung für Ärzte

Haltung der LReg zur Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ)

Bewertung der wesentlichen Inhalte der GOÄ-Reform; Haltung zu Stellungnahmen der SPD-Bundestagsfraktion zur Vergütung ärztlicher Leistungen; Honorareinbußen für die niedergelassenen Ärzte beim Ausbleiben einer Anpassung der Gebührenordnung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 12.01.2016 und Stellungnahme SM Drs 15/7933

Gebührenverordnung IntM

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Änderung der Anlage der Gebührenverordnung IntM in der Fassung vom 29. Januar 2015

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Geburt

s.a. *Babyklappe*
s.a. *Geburtshilfe*

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Auflistung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/899

Frauengesundheit in BW

Entwicklung der Kaiserschnittquote und des Komplikationsrisikos bei Geburten in den vergangenen zehn Jahren; Initiativen zur Reduzierung der Kaiserschnittquote

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Leben ermöglichen - Babys in BW schützen

Vorhandene und notwendige sowie bisher in Anspruch genommene Möglichkeiten der Babyklappe und anonymen Geburt; alternative niedrigschwellige Angebote in anderen Ländern; Beurteilung des Fehlens von Angeboten im württembergischen Landesteil sowie in Nordbaden; Anstreben eines Dialogs mit den Kirchen; Schaffung flächendeckender Angebote für Mütter mit schwerwiegenden Problemen

Antr
s. *Kind*
Drs 15/1065

Neugeborenencreening zur Erkennung von Immundefekten

KlAnfr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/1457

Verbleib von Kindern, die anonym geboren oder in Babyklappen gelegt wurden

Zahl der o.g. Kinder im Zeitraum von 2000 bis 2009; Sicherstellung künftiger Angaben über den Verbleib dieser Kinder

KlAnfr
s. *Kind*
Drs 15/1539

Kampagne für die Stärkung der natürlichen Geburt

Informationskampagne unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren; Einrichtung eines vom Ministerium berufenen Beirats aus Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen sowie der beteiligten Organisationen; Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2013/2014

Antr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE und Rainer Hinderer u.a. SPD 13.11.2012 Drs 15/2661
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.11.2012 Drs 15/2741 S. 28-30
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
Mittlg LReg 03.06.2013 Drs 15/3558

Geburtshilfe

s.a. *Hebamme*

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Auflistung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/899

Hebammenversorgung in BW

Entwicklung der Zahlen, der Haftungs- und Einkommenssituation, der Art und des Umfangs der Tätigkeiten von angestellten und freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfern seit 2002; Entwicklung der Nachfrage von Schwangeren nach Hebammenleistungen sowie der Zahl von Ausbildungsplätzen und Absolventen im selben Zeitraum; Möglichkeiten zur Reduzierung der hohen Versicherungsprämien; Initiierung einer Studie zur Vergütungs- und Versorgungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/1168

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/2333

Geburtshilfen im LKreis Karlsruhe

Situation der Notfallversorgung im Bereich Geburtshilfe im LKreis Karlsruhe

KlAnfr Joachim Köbler u.a. CDU 20.12.2013 und Antw SM
Drs 15/4551

Resolution: Hebammen sind wichtig - für die Frauen und ihre Familien

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Hebammenarbeit, insbes mittel- und langfristige Sicherung der Geburtshilfe in BW, Gewährung von Sicherstellungszuschlägen, Gewährleistung einer Haftungsübernahme bei Berufshaftpflichtversicherungen für freiberuflich tätige Hebammen

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/5472

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025; Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/6455

Teilschließung der Geburtshilfestation im Krankenhaus Bruchsal

Sachstand zur Umstellung der Geburtshilfe im Krankenhaus Bruchsal auf Tagesbetrieb, insbes Vorkehrungen für Notfälle im 24-Stunden-Betrieb

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 28.05.2015 und Antw SM
Drs 15/6930

Geburtsmedizin

s. *Geburtshilfe*

GebVO IntM

s. *Gebührenverordnung IntM*

Gechingen*Ganztagsschulen im LKreis Calw*

Zahlen und Genehmigungsverfahren von Anträgen auf Einrichtung einer Ganztagsschule im LKreis Calw; Ablehnungsgründe für den Antrag der Gemeinde Gechingen

KlAnfr
s. *Ganztagsschule*
Drs 15/3503

Gedenken

s.a. *Gedenkstätte*
s.a. *Gedenktag*

Gedenkrede zum 67. Jahrestag des 20. Juli 1944

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 279

Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Straftaten

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 841

Gedenken an die Opfer der Brandkatastrophe in Titisee-Neustadt

PIPr 15/52 28.11.2012 S. 2993

Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer am Sonntag, 9. November 2014

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6677-6686

Gedenken an den verstorbenen früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker

PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7153

Gedenken an die Opfer des Flugzeugabsturzes vom 24. März 2015

PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7483

Die Befreiung am 8. Mai 1945 als europäische Geburtsstunde - Erinnerung, Verpflichtung, Aufgaben

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7681-7689

Gedenken an den verstorbenen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung Ralf Streckfuß

s. *Streckfuss, Ralf*
PIPr 15/128 S. 7681

Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in Paris vom 13. November 2015

PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8475

Ansprache des Präsidenten zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8857

Gedenkrede

s. *Gedenken*

Gedenkstätte

s.a. *Museum*

Förderung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in BW

Höhe der Förderung von Land und Bund 2010/2011, Verteilung auf die einzelnen Gedenkstätten und Projekte; gestellte, abgelehnte und zurückgezogene Anträge auf direkte Gedenkstättenförderung; Frage nach nicht gestellten Anträgen wegen Ausschöpfung der Mittel, Höhe des tatsächlichen Förderbedarfs; Beurteilung der dezentralen Struktur und Zusammenarbeit von Gedenkstätten; verstärkte Förderung von wissenschaftlicher Kompetenz im Hinblick auf die Vorteile der dezentralen Gedenkstättenkonzeption für Forschung zur Lokal- und Regionalgeschichte

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 27.07.2011 und
Stellungnahme StM Drs 15/354 (19 S.)
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 757-762

Museale Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Förderung von Gedenkstätten und Museen zur Geschichte der DDR und der Teilung Deutschlands in BW, insbes des DDR-Museums Pforzheim bzw des Trägervereins „Gegen das Vergessen e.V.“

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 15/474

Konzeption für die zukünftige Nutzung des Hotels Silber in Stuttgart

Stand und inhaltliche Ausgestaltung der Pläne zur Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Gestapo-Zentrale in der Stuttgarter Dorotheenstraße 10 als Gedenkstätte; Höhe und Träger der Kosten für die Renovierung und den Betrieb; Stand der Gespräche des Runden Tisches

KlAnfr Helen Heberer SPD 09.05.2012 und Antw MFW Drs 15/1680

Gedenkstättenkonzeption für BW unter Einbeziehung des Lern- und Erinnerungsorts Hotel Silber

Sachstand, Zeitplan und geplante Konzeption für einen Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber als ehemaligem Sitz der Gestapo in Stuttgart, insbes Finanzierung von Umbau und Betrieb; Entwicklung einer neuen übergreifenden Gedenkstättenkonzeption für das Land BW

Antr CDU 28.02.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3148
EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 10.10.2013 Drs 15/4130
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4741-4748

Finanzierung der geplanten Gedenkstätte im „Hotel Silber“

Kostenkalkulation und Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Aufteilung der Kosten für die geplante Gedenkstätte Hotel Silber zwischen Land und Kommune

MdlAnfr 6) Sabine Kurtz CDU 05.04.2013 Drs 15/3315
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3930

Lernort Literaturmuseum

Entwicklung und Bewertung der „Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten“ beim Deutschen Literaturarchiv Marbach, insbes Aktivitäten der Arbeitsstelle und der von ihr betreuten Einrichtungen; Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Bundesländern und Nachbarländern; Betrieb und finanzielle Förderung von literarischen Museen, Archiven und Gedenkstätten in Kommunen

Antr
s. *Literaturförderung*
Drs 15/3654

Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber

Gespräche mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der geplanten Gedenkstätte Hotel Silber und Ergebnisse bezüglich der Kostenverteilung für Investitionen, Ausstellungskonzeption und jährlichen Betrieb; geplante inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte

MdlAnfr 4) Sabine Kurtz CDU 11.07.2013 Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4544-4548

Gedenkstättenförderung in BW

Planungen zur Gedenkstättenförderung, insbes Einrichtung weiterer Gedenkstättenverbände, Anstellung hauptamtlicher Mitarbeiter; Bewertung der bisherigen Arbeit des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb und dessen künftige Förderung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 30.09.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5795 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.01.2015 Drs 15/6496 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz CDU) S. 14 15
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Villa Bolz - Denkmal der Demokratie

Sachstand zu Erwerb und Erhalt der „Villa Bolz“ als Stätte der politischen Bildung und Erinnerung an den Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, insbes Erhaltungszustand, Sanierungskosten, Einrichtung einer Gedenkstätte für Eugen Bolz zusammen mit der Stadt Stuttgart und der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 30.09.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/7462
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/8048 S. 14 15
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Mittelaufstockung für die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in BW

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 843

Mittelaufstockung für die Gedenkstättenarbeit zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in BW

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 901 904

Gedenkstättenförderung

s. *Gedenkstätte*

Gedenktag

s.a. *Jubiläum*
s.a. *Tag der Deutschen Einheit*

Gedenkrede zum 67. Jahrestag des 20. Juli 1944

s. *Gedenken*
PIPr 15/9 S. 279

Festsitzung des Landtags aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung des Landes BW

s. *Jubiläum*
PIPr 15/35 S. 1899

Reformationstag 2017 als arbeitsfreier Feiertag

Erklärung des Reformationstags am 31. Oktober 2017 als 500. Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers zum einmaligen gesetzlichen Feiertag, insbes Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen durch Abstimmung mit dem Bund und den anderen Bundesländern

Antr
s. *Reformation*
Drs 15/2929

Polizeilicher Einsatz zum Gedenktag am 23. Februar 2013 in Pforzheim

Auskunft über die an diesem Tag in der Region Pforzheim durchgeführten Demonstrationen und ihre jeweilige Teilnehmerzahl; politische Zuordnung und Aggressionspotenzial der einzelnen Teilnehmergruppen; zeitlicher und räumlicher Ablauf der Demonstrationen; Straftaten, Gewaltausübung, Anzahl der verletzten Personen (Demonstranten, Polizisten und sonstige Beteiligte); Zahl und Organisationseinheiten der eingesetzten Polizeibeamten; abschließende Beurteilung des Polizeieinsatzes

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/3146

Beflaggung auf dem Neuen Schloss und Neutralitätspflicht des Staates

Rechtslage und der Geltungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums BW zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 23. August 2011, insbes Beantragung und Anordnung der Beflaggung auf dem Neuen Schloss mit der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day, Praxis der Hissung inoffizieller Flaggen an Regierungsdienstsitzen in Deutschland und Europa; Möglichkeit der ereignisbezogenen Beflaggung durch Kirchen, Parteien und den Bund der Vertriebenen

Antr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3898

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten
Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextrêmern am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Einmalige Erhebung des Reformationstags am 31. Oktober 2017 zum gesetzlichen Feiertag aus Anlass des 500. Reformationsjubiläums

GesEntw
s. *Reformation*
Drs 15/5718

Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer am Sonntag, 9. November 2014

s. *Gedenken*
PIPr 15/112 S. 6677

Die Befreiung am 8. Mai 1945 als europäische Geburtsstunde - Erinnerung, Verpflichtung, Aufgaben

Aktuelle Debatte
s. *Gedenken*
PIPr 15/128 S. 7681

Gedenkwort

s. *Gedenken*

Gefährdung des Straßenverkehrs

s. *Straßenverkehrsgefährdung*

Gefährlicher Abfall

s. *Sonderabfall*

Gefährlicher Stoff

s. *Gefahrstoff*

Gefängnis

s. *Justizvollzugsanstalt*

Gefängniszelle

s. *Haftraum*

Gefahrenabwehr

Die Situation der Landesfeuerweherschule Bruchsal

Mit dem Neubau der Landesfeuerweherschule verbundene Veränderungsvorhaben; Verbesserung der Zusammenarbeit der im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen; Erweiterung des Aufgabenspektrums der Akademie um die Gefahrenabwehr; praktische Umsetzung von Forschungserkenntnissen; Erhöhung der Attraktion für Frauen

Antr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/2672

Baden-württembergische Interessen schützen - die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten finden

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 15/74 S. 4425

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Gefahrstoff

s.a. *Altlastensanierung*
s.a. *Chemikalie*

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Mittlg LReg
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/202

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes
Umsetzung einer EU-Richtlinie als Konsequenz auf Unglücke im Metallergbergbau in Spanien und Rumänien, Regelungen zur Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit bergbaulichen Abfällen mit erheblichem Schadstoffpotenzial, Aufstellung von Notfallplänen für Abfallentsorgungseinrichtungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

GesEntw
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/1011

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1206

Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

GesEntw
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/1465

EU lässt Orgelpfeifen zittern!

Bedeutung des Orgelbauhandwerks in BW, Zahl der Betriebe und Mitarbeiter; Relevanz und Auswirkungen einer EU-Richtlinie mit dem Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten, Hinwirkung auf eine Herausnahme des Verbots der Verarbeitung von Blei beim Orgelpfeifenbau aus der Richtlinie

Antr
s. *Musikinstrument*
Drs 15/1503

Auswirkungen der geplanten Verordnung des Bundes über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen aus BW

Inhaltliche Ausgestaltung und Verfahrensstand der o.g. Verordnung; Bewertung der im Entwurf angelegten Verschärfungen im Verhältnis zur bisherigen Praxis nach der Verwaltungsvorschrift des Landes zum Wasserhaushaltsgesetz, Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen; Verhinderung von Regelungen, die über die Gewährleistung eines effektiven Grundwasserschutzes hinausgehen, über den BRat

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/1686

„Entsorgungskonzeption des Landes für Solar- und Windenergieanlagen in BW“

Energieausbeute aus o.g. Anlagen seit 2002; wirtschaftliche Nutzungsdauer von alten und neuen Anlagen, insbes nach Auslau-

fen der 20-jährigen Einspeisevergütung; Zahl und Materialmasse von ausgedienten Anlagen, Art und Anteil von wiederverwertbaren und gefährlichen Stoffen, Kosten von Abbau und Entsorgung; Bewertung der Anforderungen an die Umsetzung der anstehenden Novelle zur Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall-Richtlinie; Erarbeitung der o.g. Konzeption mit Vertretern aus Forschung, Industrie, Handel und Handwerk

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 15/1698

Chemische Behandlung von Überseecontainern

Internationale Rechtslage zur Begasung von Frachten und Transportmitteln, Intensität und Ergebnisse von Schadstoffmessungen, Überprüfung der Einhaltung der Technischen Regelung für Gefahrstoffe, Bewertung von Gesundheitsrisiken, Aufklärung und Beratung der betroffenen Unternehmen

Antr
s. *Container*
Drs 15/2119

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung der neuen sogenannten Seveso-II-Richtlinie der EU (2012/18/EU) mit Management- und Berichtspflichten für Betreiber von Industrieanlagen mit besonders gefährlichen Stoffen, insbes Anhebung des Schutzniveaus, Berücksichtigung weiterer Gefahren für Gesundheit und Umwelt, geänderte Anforderungen für externe Notfallpläne bestimmter Betriebe im Bereich des Katastrophenschutzes

GesEntw
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/5791

Gefahrstoffrecht

s. *Gefahrstoff*

Geflügel

s.a. *Eier*
s.a. *Geflügelwirtschaft*

Ursachen und Maßnahmen bei der in BW aufgetretenen Geflügelpest

Bedeutung von Betriebsgrößen, Wirtschaftsweisen und Haltungsformen für das Auftreten und die Verbreitung der o.g. Tierseuche

MdlAnfr
s. *Tierseuche*
Drs 15/98

Aufhebung der mit der Vogelgrippe begründeten Stallpflicht

Darstellung der noch vorhandenen Sperrzonen fünf Jahre nach Ausbruch der Vogelgrippe, Vergleich der Regelungen in den Nachbarländern der von der Vogelgrippe betroffenen Bodensee-region; Erwägungen zur Aufhebung der Sperrzonen und Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung zulasten der heimischen Geflügelwirtschaft

Antr
s. *Tierseuche*
Drs 15/248

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr

s. *Tierschutz*

Drs 15/845

EU-weites Verbot konventioneller Käfighaltung

Umfang und Herkunftsländer von Eiern und Verarbeitungsprodukten aus konventioneller Käfighaltung im Handel hierzulande; Umsetzung des o.g. Verbots konventioneller Käfige für Legehennen ab 2012

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 23.11.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/910

BeschlEmpf und Bericht LandwA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 44 45

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern

Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr

s. *Tierhaltung*

Drs 15/913

Abschaffung der konventionellen Hennen-Käfighaltung

Entwicklung der Eierproduktion, der Eierimporte und -preise seit dem o.g. Ausstieg 2010 in Deutschland; Beurteilung der wirtschaftlichen Situation von Hennenhaltern in BW; Auflistung der das o.g. EU-weite Verbot ab 2012 verfehlenden Mitgliedsländer; geplante Maßnahmen zur Umsetzung des beschlossenen Importverbots von Eiern aus konventioneller Hennen-Käfighaltung ab 01.01.2012

Antr Paul Locherer u.a. CDU 30.11.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/943

BeschlEmpf und Bericht LandwA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 44 45

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung in BW

Erkenntnisse über den Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, insbes in Geflügelmastbetrieben; Maßnahmen zur Reduzierung des Einsatzes, für eine effektivere Überwachung der Anwendung und Herkunftskennzeichnung

Antr

s. *Tierarzneimittel*

Drs 15/1366

Kleintierzucht in BW

Zahl der Kleintierzüchter und ihrer Organisationen; Bewertung ihrer Tätigkeit; Bedeutung von Kleintierschauen und Wettbewerben für den Erhalt alter und vom Aussterben bedrohter Geflügelrassen; Beitrag der Kleintierzüchter zur Verminderung von

Übertypisierungen; Auswirkungen der geplanten Neuformulierung des Zuchtverbots in § 11b des Tierschutzgesetzes (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10572) auf die Kleintierzucht; Förderung der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit von Kleintierzüchtervereinen mit Schulen

Antr

s. *Tierzucht*

Drs 15/2693

Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereierot am See, LKreis Schwäbisch Hall

Bedeutung des Putenschlacht- und -verarbeitungsstandorts in Rot am See; Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereierot am See und Möglichkeiten zur Weiterführung des Betriebs

KlAnfr

s. *Schlachtbetrieb*

Drs 15/4878

Geflügelhaltung

s. *Geflügelwirtschaft*

Geflügelpest

s. *Tierseuche*

Geflügelwirtschaft*Ursachen und Maßnahmen bei der in BW aufgetretenen Geflügelpest*

Bedeutung von Betriebsgrößen, Wirtschaftsweisen und Haltungsformen für das Auftreten und die Verbreitung der o.g. Tierseuche

MdlAnfr

s. *Tierseuche*

Drs 15/98

Aufhebung der mit der Vogelgrippe begründeten Stallpflicht

Darstellung der noch vorhandenen Sperrzonen fünf Jahre nach Ausbruch der Vogelgrippe, Vergleich der Regelungen in den Nachbarländern der von der Vogelgrippe betroffenen Bodensee-region; Erwägungen zur Aufhebung der Sperrzonen und Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung zulasten der heimischen Geflügelwirtschaft

Antr

s. *Tierseuche*

Drs 15/248

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr

s. *Tierschutz*

Drs 15/845

EU-weites Verbot konventioneller Käfighaltung

Umfang und Herkunftsländer von Eiern und Verarbeitungsprodukten aus konventioneller Käfighaltung im Handel hierzulande;

Umsetzung des o.g. Verbots konventioneller Käfige für Legehennen ab 2012

Antr
s. *Geflügel*
Drs 15/910

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern
Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/913

Abschaffung der konventionellen Hennen-Käfighaltung
Entwicklung der Eierproduktion, der Eierimporte und -preise seit dem o.g. Ausstieg 2010 in Deutschland; Beurteilung der wirtschaftlichen Situation von Hennenhaltern in BW; Auflistung der das o.g. EU-weite Verbot ab 2012 verfehlenden Mitgliedsländer; geplante Maßnahmen zur Umsetzung des beschlossenen Importverbots von Eiern aus konventioneller Hennen-Käfighaltung ab 01.01.2012

Antr
s. *Geflügel*
Drs 15/943

Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung in BW
Erkenntnisse über den Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, insbes in Geflügelmastbetrieben; Maßnahmen zur Reduzierung des Einsatzes, für eine effektivere Überwachung der Anwendung und Herkunftskennzeichnung

Antr
s. *Tierarzneimittel*
Drs 15/1366

Falsche Deklaration von Bio-Eiern in BW
Art und Umfang von Kontrollen der ökologischen Erzeugung und des Vertriebs von Hühner-Eiern aus BW, insbes Kontrollmöglichkeiten über das Öko-Monitoring; Verifizierung der zulässigen Zahl der Legehennen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3147

Falschdeklarierung von Eiern
Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3152

Geflügelzucht

s. *Geflügelwirtschaft*

Gegendarstellung

Fortdauer der Veröffentlichung von ehrabschneidenden Äußerungen der Integrationsministerin über die Christlich Demokratische Union im Internet - was unternimmt die LReg?

Frage des unerlaubten Zitats von Äußerungen der Integrationsministerin in den Medien; Adressaten der Bemerkungen über die CDU-Landtagsfraktion und über einen „tiefen Staat“; Unterscheidung zwischen dienstlichen und privaten Äußerungen der Ministerin Bilkay Öney; Interventionen bei den Medien wegen der Veröffentlichung unautorisierter Äußerungen; Erkenntnisse über das Vorliegen von Straftatbeständen; Forderung nach einer Gegendarstellung; Wunsch nach der Überlassung eines Mitschnitts der Äußerungen der Integrationsministerin

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3989

Gehaltsgruppe

s. *Eingruppierung*

Geheime Staatspolizei

Gedenkstättenkonzeption für BW unter Einbeziehung des Lern- und Erinnerungsorts Hotel Silber

Sachstand, Zeitplan und geplante Konzeption für einen Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber als ehemaligem Sitz der Gestapo in Stuttgart, insbes Finanzierung von Umbau und Betrieb; Entwicklung einer neuen übergreifenden Gedenkstättenkonzeption für das Land BW

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3148

Finanzierung der geplanten Gedenkstätte im „Hotel Silber“

Kostenkalkulation und Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Aufteilung der Kosten für die geplante Gedenkstätte Hotel Silber zwischen Land und Kommune

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3315

Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber

Gespräche mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der geplanten Gedenkstätte Hotel Silber und Ergebnisse bezüglich der Kostenverteilung für Investitionen, Ausstellungskonzeption und jährlichen Betrieb; geplante inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3731

Geheimhaltung

s.a. *Vertraulichkeit*

Woher hat der Finanz- und Wirtschaftsminister umfassendes Insider-Wissen?

Herkunft seiner inhaltlichen Kenntnis der ausschließlich den Mitgliedern des EnBW-Untersuchungsausschusses zugängli-

chen Vernehmungsprotokolle der französischen Ermittlungsbehörden

KlAnfr
s. *Verschlusssache*
Drs 15/4909

Geheimhaltungspflicht

s. *Geheimhaltung*

Geheimnisbruch

s. *Geheimnisverrat*

Geheimnisverletzung

s. *Geheimnisverrat*

Geheimnisverrat

Aktivitäten der LReg nach dem Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten

Sachstand zu Aktivitäten der LReg in Reaktion auf den Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten vom 13. Juli 2015 mit Verwendung von Informationen aus der nicht-öffentlichen Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 2015

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.09.2015 und
Antw IM Drs 15/7449

Gehirnschlag

s. *Schlaganfall*

Gehobener Dienst

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Ausbildungssituation und Berufs-Chancen für Absolventinnen und Absolventen forstlicher Ausbildungsgänge an Hoch- und Fachhochschulen sowie für Auszubildende des Ausbildungsberufes Forstwirtin/Forstwirt; Gehobenen Forstdienst endlich dem technischen Dienst zuordnen

Mittlg LReg
s. *Forstberuf*
Drs 15/139

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst

Prüfung bzw Umsetzung von Vorschlägen zu den Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen, zur Reform des Laufbahnrechts und der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes iRd Dienstrechtsreform

Mittlg LReg 11.08.2011 Drs 15/417 (115 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/759
(dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838
Mittlg LReg 11.09.2012 Drs 15/2304
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2481
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Aktuelle Ausbildungssituation des gehobenen Verwaltungsdienstes - Entwicklung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der Zahlen von Bewerbern, Zulassungen und Absolventen; Auswirkungen des doppelten Abiturjahrgangs sowie der Aussetzung der Wehrpflicht, Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze; Einschätzung der Berufsaussichten für die Absolventen

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/762

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsidien

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1553

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Auswirkungen der zweigeteilten Laufbahn, insbes Zahl der Stellenhebungen, Mehrkosten und deren Gegenfinanzierung; Darstellung der künftigen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst und die Hochschule für Polizei; Zeitdauer der Einführung bis zur vollständigen Umsetzung

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/2006

Hochbauverwaltung - Technisches Fachpersonal

Personalentwicklung in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung seit 2005, Zahl der Teilnehmer an den Staatsprüfungen für den gehobenen und höheren technischen Dienst und der jeweils übernommenen Absolventen, Aufstiegschancen iRd aktuellen Personalentwicklungskonzepts; Auflistung der seit 2005 vergebenen Dienstleistungen und deren Kosten für externe Beratung und Gutachten

Antr
s. *Bauverwaltung*
Drs 15/2403

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013;

Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/6463

Feststellung einer Eingruppierung von 55 % der Polizeibeamten im gehobenen Dienst, Anmahnung einer Konzeption für die angestrebte zweigeteilte Laufbahn

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 414

Gehobener Verwaltungsdienst

s. *Gehobener Dienst*

Gehörgeschädigter

s. *Hörbehinderter*

Gehörloser

Notfallbereitschaft von Gehörlosen-Dolmetschern

Situation der Gehörlosen in BW im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anzahl, Ausbildung und Einsatz von Gebärdensprach-Dolmetschern

KlAnfr Katrin Schütz CDU 27.11.2013 und Antw SM Drs 15/4396

Lichtsignal-Rauchmelder für gehörlose Menschen

Berücksichtigung gehörloser Menschen im Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung; Aufnahme spezieller Rauchmelder in den sogenannten Hilfsmittelkatalog der gesetzlichen Krankenkassen; Kostenübernahme iRd Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

KlAnfr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/5263

Pflegeangebote für gehörlose Senioren

Sachstand zur Bewertung bisheriger Pflegeangebote für gehörlose Senioren und erwarteten künftigen Bedarf

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 15.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7582
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 68 69
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Gehörlosigkeit

s. *Gehörloser*

Gehörschädigung

s. *Hörbehinderter*

Gehsteig

s. *Gehweg*

Gehweg

s.a. *Verkehrsweg*

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelumschichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbunds? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/934

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5565

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6081

Förderung von Fuß- und Radwegebrücken

Förderbedingungen für Fuß- und Radwegebrücken, insbes Förderung der iRd Bundesgartenschau 2019 zu erstellenden Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Hauptbahnhof in Heilbronn

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/6494

Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen

Sachstand zur Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen, insbes Planungsstand der einzelnen Schulen, Nutzung des internetbasierten Informationssystem WebGIS des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6923

Geisingen*Verkehrsknoten Geisingen*

Unfallgeschehen und Verkehrssicherheit an Straßenkreuzungen in Abhängigkeit von deren Ausgestaltung; Verkehrsbelastung an der Einmündung der Landesstraße 185 in die Bundesstraße 31 in Geisingen und Planungsstand zur Ertüchtigung dieses Verkehrsknotens

KlAnfr

s. *Straßenkreuzung*

Drs 15/8075

Geislingen*Landesstraßenbau L 415 Ortsumfahrung Geislingen*

Bewertung der Dringlichkeit, der weiteren Verfahrensschritte und des Baubeginns für das o.g. Projekt

KlAnfr

s. *Landesstraße 415*

Drs 15/141

Geislingen an der Steige*Schallschutzwände im Stadtgebiet Geislingen/Steige an der Eisenbahnstrecke Stuttgart-Ulm*

Ausstattung des Bereichs der Paul-Kauzmann-Straße und Georg-Preßmar-Straße mit Schallschutzwänden

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/2001

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4816

Geistig Behinderter*Keine Hindernisse für die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung*

Statistische Angaben zur Elternschaft geistig behinderter Menschen und zur Art ihrer Unterstützung; Einfluss einer gezielten Unterstützung bei der Alltagsbewältigung; rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Elternschaft geistig Behinderter; Betreuung des Kindes durch eine Pflegefamilie oder Freigabe zur Adoption; Entziehung des Sorgerechts; Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Elternassistenz; Unterstützung der Elternschaft bei Personen mit anderen Arten von Behinderung

Antr

s. *Teilhabe behinderter Menschen*

Drs 15/3936

Förderung der Beratungs- und Koordinationsstelle von Special Olympics durch das Land

Stellenwert des Sports bei der Miteinbeziehung von Menschen mit geistiger Behinderung in die Gesellschaft; Ressortzuständigkeit und Förderwürdigkeit der Sportorganisation Special Olympics BW; Höhe der bisherigen Fördermittel des Landes; künftige Bezuschussung der Beratungs- und Koordinationsstelle

Antr

s. *Behindertensport*

Drs 15/4472

Geistiges Eigentum

s. *Immaterialgüterrecht*

Geistiges Eigentumsrecht

s. *Immaterialgüterrecht*

Geistlicher*Einflussnahme in kirchliche Angelegenheiten durch die Vizepräsidentin des Landtags*

Schreiben der Landtagsvizepräsidentin an die Evangelische Landeskirche mit der Aufforderung zur Aufhebung der Suspendierung eines Pfarrers

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 21.05.2014 und Antw StM Drs 15/5236

Gelangsbestätigung

s. *Umsatzsteuer*

Geldautomat*Barrierefreiheit an Geldautomaten gewährleisten*

Verbreitung barrierefreier Geldautomaten in BW; Normen und Techniken zur barrierefreien Benutzung von Geldautomaten; Zielvereinbarung über barrierefreie Dienstleistungen des Sparkassenverbands BW und seiner Mitgliedsparkassen

KlAnfr

s. *Barrierefreiheit*

Drs 15/3560

Spielbanken in BW

Flächen und Geräte für das Kleine Spiel in den Spielbanken Baden-Baden, Konstanz und Stuttgart; Mindesteinsatzhöhe sowie höchstmöglicher Gewinn; Maßnahmen zum Spielerschutz; Schulung der Spielbankmitarbeiter im Umgang mit dem Spielgast; räumliche Trennung zwischen Spielbereich und kartengestützter Geldauszahlung in den Spielbanken

KlAnfr

s. *Spielbank*

Drs 15/5012

Geldbuße

s.a. *Geldstrafe*

Inanspruchnahme von Störern iRd Protests gegen das Projekt „Stuttgart 21“ und Kosten privater Sicherheitsdienste

Höhe und Einbringlichkeit der Forderungen des Landes und der Stadt Stuttgart gegenüber o.g. Personen aus Bußgeldern, Geldstrafen u.ä.; Umfang und Zuordnung der Kosten für die von der Bahn eingesetzten privaten Sicherheitsdienste

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/1371

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 10 - Zentrale Bußgeldstelle beim Regierungspräsidium Karlsruhe (Kap 0305)

Mittlg RH
s. *Straßenverkehrsbehörde*
Drs 15/1910

Umgang des Statistischen Landesamts mit mittelständischen Unternehmen

Einleitung eines Bußgeldverfahrens bei leicht verspäteten Meldungseingängen für die monatliche Binnenhandelsstatistik; Bewertung dieser Vorgehensweise und Einleitung einer zeitnahen Änderung dieser Praxis

KlAnfr
s. *Statistik*
Drs 15/2185

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3332 betr. Ordnungswidrigkeitenverfahren

Petitionen
s. *Ordnungswidrigkeit*
Drs 15/4976

Rauchwarnmelder - Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Konsequenzen einer Nichtbeachtung von § 15 Abs 7 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)

Konsequenzen der Nichtbeachtung der Landesbauordnung bezüglich der Installation von Rauchwarnmeldern, insbes rechtlichen und versicherungstechnischen Folgen im Schadensfall, strafrechtliche Konsequenzen und Sanktionsmechanismen in anderen Bundesländern; Notwendigkeit der Nachbesserung der gesetzlichen Regelung bezüglich Hinweispflicht, Kontrollen und Bußgeldern

Antr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/5103

Geschwindigkeitsüberwachung

Ergebnisse des Einsatzes stationärer Messgeräte zur Kfz-Geschwindigkeitsüberwachung, insbes Unfallzahlenentwicklung, Bußgeldaufkommen und -verwendung

KlAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/5278

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3436 betr. Radfahren auf Waldwegen; Streichung der „2-Meter-Regel“ und der entsprechenden Bußgeldbestimmung im Landeswaldgesetz

Petitionen
s. *Radverkehr*
Drs 15/5806

Abfragen des Statistischen Landesamts bei Betrieben

Auswahlverfahren und Kriterien der Datenerhebung bei den Betrieben; Zahl der im Jahr 2014 befragten Unternehmen; Bußgelder bei nicht ordnungsgemäßer oder fristgerechter Beantwortung der Fragebögen; Anteil der wiederholt befragten Betriebe; Aufbewahrungspflicht von Unterlagen zum Zwecke der statistischen Erhebung

KlAnfr
s. *Statistik*
Drs 15/6489

Geldkapital

s. *Kapital*

Geldleistung

Selbständigkeit von Flüchtlingen stärken - Teilhabe durch Umstellung auf Geldleistungen fördern

Auszahlungsform (Sachleistung, Gutschein, Bargeld) der im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vorgeschriebenen Leistungen der Stadt- und LKreise an die von ihnen untergebrachten Flüchtlinge; Aufstellung der Kreise nach Auszahlungsform; Durchführung der Leistungsauszahlung, Handhabung der Erhöhung der Leistungssätze, Zeitpunkt der Umstellung auf Bargeldzahlung; Fälle von Leistungskürzungen und ihre Anlässe

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3084

Zahlungskonto für Flüchtlinge und Asylsuchende

Verweigerung eines Zahlungskontos für Flüchtlinge und Asylsuchende vonseiten der Banken; Bedarf an einem Zahlungskonto für Flüchtlinge aufgrund der Umstellung von Sach- auf Geldleistungen; bisherige Form der Übermittlung von Geldleistungen an Flüchtlinge; Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/92 vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen in nationales Recht; Unterstützung einer entsprechenden Bundesratsinitiative

Antr
s. *Bankkonto*
Drs 15/6329

Geldspende

s. *Spende*

Geldspielautomat

s. *Spielautomat*

Geldstrafe

s.a. *Geldbuße*

Inanspruchnahme von Störern iRd Protests gegen das Projekt „Stuttgart 21“ und Kosten privater Sicherheitsdienste

Höhe und Einbringlichkeit der Forderungen des Landes und der Stadt Stuttgart gegenüber o.g. Personen aus Bußgeldern, Geldstrafen u.ä.; Umfang und Zuordnung der Kosten für die von der Bahn eingesetzten privaten Sicherheitsdienste

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/1371

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Straftat in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g.

Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafschuldner

KlAnfr
s. Haft
Drs 15/2587

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 10 - Geldauflagen in Strafverfahren (Kap 0503)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5410
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5910
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 16.06.2015 Drs 15/6992
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7113
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Geldverkehr

s. Zahlungsverkehr

GEMA

s. Verwertungsgesellschaft

Gemeinde

s. Kommunale Gebietskörperschaft

Gemeindeabgaben

s. Kommunalabgaben

Gemeindeautonomie

s. Kommunale Selbstverwaltung

Gemeindebezirk

Unechte Teilortswahl/Aufhebung der Ortschaftsverfassung
Unechte Teilortswahlen bei den Gemeinderatswahlen seit 1975; Änderung von § 73 Abs 3 Gemeindeordnung, um die in den Gemeinden bestehenden Ortschaftsverfassungen ohne Zustimmung des Ortschaftsrats aufheben zu können

Antr
s. Kommunalwahl
Drs 15/6437

Gemeindefinanzen

s.a. Finanzpolitik
s.a. Kommunalen Finanzausgleich
s.a. Kommunales Wirtschaftsrecht

Auswirkung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe der für die o.g. LKreise und deren Kommunen entstehenden Mehrkosten; Auskunft über die zu erwartenden zusätzlichen Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. Landespersonalvertretungsgesetz
Drs 15/4439

Starkes Land - starke Kommunen - Lage der Kommunen in BW
Entwicklung der Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften in BW im Bundesländervergleich; Entwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Land sowie Kommunen und Bund, insbes Auswirkungen aktueller Gesetzesinitiativen, Verordnungen und Bundesratsinitiativen auf die kommunale Finanzausstattung

Antr GRÜNE 10.01.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4573 (25 S.)
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5801-5810

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für den LKreis Emmendingen und dessen Kommunen, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. Landespersonalvertretungsgesetz
Drs 15/5518

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des geplanten Gesetzes zur Bildungsfreistellung auf die Verwaltung der Stadt Pforzheim

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für die Stadt Pforzheim sowie die Kreisverwaltung und Kommunen des Enzkreises, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. Landespersonalvertretungsgesetz
Drs 15/5807

Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene Kommunen

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiterleitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Heizung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr
s. Einwanderung
Drs 15/6671

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die Kommunen bei der Umsetzung der schulischen Inklusion und dem Aufbau pädagogischer schulischer Netze; Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in den Bereichen Trinkwasserüberwachung und Lebensmittelüberwachung; Unterstützung des investiven Ausbaus der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren

GesEntw LReg 09.06.2015 Drs 15/6962 (36 S.)
1. Beratung PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7927-7936
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 01.07.2015 Drs 15/7080
2. Beratung PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8031-8046
GesBeschl 15.07.2015 Drs 15/7173
GBI 2015 Nr. 15 S. 654-658 (Ges vom 21.07.2015)

Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen durch den Bund

Sachstand zur Aufteilung des Sondervermögens von 168 Millionen Euro aufgrund des „Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ auf die einzelnen Gemeinden des Landes

KlAnfr Klaus Herrmann CDU 24.07.2015 und Antw MFW
Drs 15/7230 (44 S.)

Anstehende Gewerbesteuerrückzahlung und finanzielle Belastung für die Stadt Künzelsau

Auswirkungen der Steuerrückzahlung an das Künzelsau ansässige Unternehmen auf den Gemeindehaushalt; Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Verhinderung einer Überforderung der Stadt und ihrer Bewohner

KlAnfr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 15/7651

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungszentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

Gemeindefinanzwirtschaft

s. *Gemeindefinanzen*

Gemeindehaushaltsrecht

s. *Haushaltsrecht*

Gemeindekassenverordnung

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Änderung von § 13 der Gemeindekassenverordnung in der Fassung vom 16. April 2013

GesEntw
s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*
Drs 15/7724

Gemeindeordnung

Gebot der Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen

Handhabung der §§ 34 und 35 der Gemeindeordnung, insbes bei Angelegenheiten in der vornehmlichen Zuständigkeit des Bürgermeisters

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 15/1256

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte, insbes mit spekulativen Papieren und Finanzinstrumenten, in der Gemeindeordnung

GesEntw
s. *Haushaltsrecht*
Drs 15/1571

Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher in der Kommunalpolitik

Verbesserung der Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene, insbes durch die Einrichtung eines Jugendgemeinderats; Regelung der Beteiligungsrechte im Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

GesEntw
s. *Jugendlicher*
Drs 15/1674

Verkauf von riskanten Finanzprodukten an Kommunen durch die Landesbank BW (LBBW)

Zahl und Volumen der o.g. Verkäufe der LBBW und ihrer Beteiligungen an Kommunen, Zweckverbände oder kommunale Unternehmen; Bewertung solcher Geschäftspraktiken und des Verhandlungsstands der LBBW mit den betroffenen Kommunen; Maßnahmen zum Schutz der Kommunen, Umgang mit dem GesEntw 15/1571 zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht der Gemeindeordnung

Antr
s. *Finanzinstrument*
Drs 15/1801

Erweiterung der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung

Bedeutung der kommunalen Unternehmen bei der Energieerzeugung und -versorgung; ihre Rolle bei der Umstrukturierung der Energieversorgung iRd Energiewende; Aufhebung des Verbots der überörtlichen wirtschaftlichen Betätigung in § 102 der Gemeindeordnung für BW (GemO), um Kooperationen zwischen kommunalen Unternehmen und überregionalen Energieunternehmen zu ermöglichen

Antr
s. *Kommunales Unternehmen*
Drs 15/3255

Anträge in Gemeinderäten

Rechtsprechung zur Dauer der Bearbeitung von Gemeinderatsanträgen durch die Kommunalverwaltung; beispielhafte Regelung von Bearbeitungsfristen in Städten und Gemeinden des Landes; Frage der Wiederbehandlung im Gemeinderat für bereits in Fachausschüssen erörterte Anträge; Rangordnung der Normen Gemeindeordnung für BW (GemO) und Geschäftsordnung des Gemeinderats

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 15/3488

Befangenheit von Schulleitung und Lehrkraft als Mitglied im Gemeinderat bei Einrichtung, Aufgabe und Änderung von Schulen
Anwendbarkeit des § 18 der Gemeindeordnung von BW (Ausschluss wegen Befangenheit) auf Schulleiter und Lehrer bei Abstimmungen über Schulthemen im Gemeinderat

KlAnfr

s. *Befangenheit*

Drs 15/3658

Verdrängung des regionalen mittelständischen Handwerks - die grün-roten Pläne zur Änderung der Gemeindeordnung

Aktuelle Debatte

s. *Handwerk*

PIPr 15/101 S. 6029

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Gründe für den Verzicht auf eine Änderung von § 102 der Gemeindeordnung über die Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen; Ermöglichung der überörtlichen Betätigung kommunaler Energieunternehmen

Antr

s. *Kommunales Unternehmen*

Drs 15/6249

Unechte Teilortswahl/Aufhebung der Ortschaftsverfassung

Unechte Teilortswahlen bei den Gemeinderatswahlen seit 1975; Änderung von § 73 Abs 3 Gemeindeordnung, um die in den Gemeinden bestehenden Ortschaftsverfassungen ohne Zustimmung des Ortschaftsrats aufheben zu können

Antr

s. *Kommunalwahl*

Drs 15/6437

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw

s. *Kommunaler Wahlbeamter*

Drs 15/6893

Familienangehörige in Kommunalparlamenten - Hinderungsgründe

Sachstand zum Hinderungsgrund „Verwandtschaftsverhältnis“ in § 29 Abs 2 der Gemeindeordnung, insbes Fälle von Mandatsverzicht bei der Kommunalwahl 2014, Möglichkeit zur weiteren Absenkung der Einwohnergrenze

KlAnfr

s. *Kommunalwahl*

Drs 15/6904

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 19, 20, 20a, 20b, 21, 24, 30, 32, 32a, 34, 35, 38, 39, 41a, 41b, 55, 64 und 72 der Gemeindeordnung in der Fassung vom 16. April 2013

GesEntw

s. *Kommunalrecht*

Drs 15/7265

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos in der Gemeindeordnung für

BW

GesEntw

s. *Kredit*

Drs 15/7340

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeinewirtschaftsrecht)

Einführung der selbständigen Kommunalanstalt als neue Organisationsform für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen; Fortentwicklung der vorhandenen und bewährten öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit der Kommunen; Bildung von gemeinsamen Dienststellen für eine effektivere Zusammenarbeit bei den Verwaltungsdienstleistungen; Modernisierung der Regelungen für den Kommunalen Versorgungsverband BW; Harmonisierung der Reihenfolge der Parteien in den Bekanntmachungen und auf den Stimmzetteln der Landtagswahl mit den Regelungen zur Bundestagswahl

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeinewirtschaftsrecht)

Änderung der §§ 29, 96, 102 und 103 der Gemeindeordnung in der Fassung vom 28. Oktober 2015

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften
Änderung der §§ 79, 80, 84, 86, 87, 89, 95, 96, 112, 114 und 145 der Gemeindeordnung in der Fassung vom 28. Oktober 2015

GesEntw

s. *Kommunaler Haushalt*

Drs 15/7721

Verschärfung des Verbots von spekulativen Finanzgeschäften für die Kommunen in der Gemeindeordnung

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699-1706

Gemeindepartnerschaft

s. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*

Gemeindeprüfungsanstalt

s.a. *Kommunales Wirtschaftsrecht*

Prüfung der Einhaltung des Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht durch die Gemeindeprüfungsanstalt

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1701-1703 1706

Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeinewirtschaftsrecht)

Änderung der §§ 2 und 11 des Gemeindeprüfungsanstaltsgesetzes in der Fassung vom 4. Mai 2009

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Gemeinderat

s.a. *Jugendgemeinderat*
s.a. *Kommunalpolitik*

Jugendgemeinderäte

Politische Teilhabe von Jugendlichen in den Gemeinden als Jugendgemeinderäte, Entwicklung der installierten Gremien in den letzten fünf Jahren, Darstellung der eingeräumten Beteiligungsrechte (im Gemeinderat und seinen Ausschüssen) und Budgets, Art und Akzeptanz der Angebote der Landeszentrale für politische Bildung für Jugendgemeinderäte

Antr
s. *Jugendgemeinderat*
Drs 15/1126

Gebot der Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen

Handhabung der §§ 34 und 35 der Gemeindeordnung, insbes bei Angelegenheiten in der vornehmlichen Zuständigkeit des Bürgermeisters

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 13.02.2012 und
Antw IM Drs 15/1256

Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten Parite-Gesetzgebung

Zurückführung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, in Gemeinderäten und Kreistagen auf das jeweilige Wahlrecht? Ergebnisse der angekündigten Überprüfung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts unter dem Gesichtspunkt einer „geschlechtergerechten Ausgestaltung“; Vorlage eines eigenen Entwurfs für ein Parite-Gesetz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1626

Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher in der Kommunalpolitik

Verbesserung der Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene, insbes durch die Einrichtung eines Jugendgemeinderats; Regelung der Beteiligungsrechte im Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

GesEntw
s. *Jugendlicher*
Drs 15/1674

Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik durch sinnvolle Maßnahmen nachhaltig verbessern

Beauftragung der Landeszentrale für politische Bildung mit einer Informationskampagne 2013 zur Gewinnung von Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2014; Anstreben von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten für ehrenamtlich tätige Mandatsträger während präsenzpflichtiger Sitzungen kommunaler Gremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1743

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht;

Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr
s. *Frau*
Drs 15/1886

Mögliche Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Hare/Niemeyer oder Sainte-Lague/Schepers

Auswirkungen der Anwendung o.g. Berechnungsverfahren bei den Kommunalwahlen 2009 auf die Sitzverteilung in den einzelnen Gemeinderäten und Kreistagen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart, Darstellung der Veränderungen beim landesweiten Ergebnis

Antr
s. *Sitzverteilung*
Drs 15/2253

Jugendliche in der Kommunalpolitik in BW

Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Anteils der Erstwahlberechtigten bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seit 2002; Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von Jugendlichen an der Kommunalpolitik; Frage nach den vorgesehenen Änderungen bei der bevorstehenden Reform des Kommunalwahlrechts, u.a. Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 oder auf Antrag auf 14 Jahre

Antr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/2279

Wird die Schule bei der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gehört?

Stellenwert der Meinungen und Haltungen der Entscheidungsträger vor Ort zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule; rechtliche Bedeutung der Zustimmung von Gemeinderat und Schule im Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3321

Anträge in Gemeinderäten

Rechtsprechung zur Dauer der Bearbeitung von Gemeinderatsanträgen durch die Kommunalverwaltung; beispielhafte Regelung von Bearbeitungsfristen in Städten und Gemeinden des Landes; Frage der Wiederbehandlung im Gemeinderat für bereits in Fachausschüssen erörterte Anträge; Rangordnung der Normen Gemeindeordnung für BW (GemO) und Geschäftsordnung des Gemeinderats

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 13.05.2013 und
Antw IM Drs 15/3488

Befangenheit von Schulleitung und Lehrkraft als Mitglied im Gemeinderat bei Einrichtung, Aufgabe und Änderung von Schulen
Anwendbarkeit des § 18 der Gemeindeordnung von BW (Ausschluss wegen Befangenheit) auf Schulleiter und Lehrer bei Abstimmungen über Schulthemen im Gemeinderat

KlAnfr
s. *Befangenheit*
Drs 15/3658

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW nach den Wahlen im Mai 2014

Entwicklung des Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen von BW; Umsetzung der Sollregelung aus dem Kommunalwahlgesetz zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sowie Aufnahme von geeigneten Regelungen in die Satzungen der Parteien

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5271

Gemeinderäte ohne Frauen

Gemeinden, in die bei der Kommunalwahl 2014 keine Frauen gewählt wurden; Zahl der dort im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlbewerber aufgestellten Kandidatinnen; Zahl der Wahlvorschläge in den betreffenden Kommunen; Tendenzen bei der Anzahl der Gemeinderäte ohne Frauen seit 1999

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5383

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr
s. *E-Government*
Drs 15/5561

Befangenheit im kommunalen Entscheidungsprozess des Landes BW

Sachstand zum Ausschluss gewählter ehrenamtlicher kommunaler Entscheidungsträger in baden-württembergischen Gemeinderäten wegen Befangenheit

KlAnfr
s. *Befangenheit*
Drs 15/8108

Anstrebung eines höheren Frauenanteils in den Gemeinderäten, Beurteilung von Vorschlägen zur paritätischen Besetzung von Kommunalwahllisten

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062-2074

Gemeinderatssitzung

s. *Gemeinderat*

Gemeinderatswahl

s. *Kommunalwahl*

Gemeindesatzung

s. *Kommunale Satzung*

Gemeindeschulden

s. *Kommunalverschuldung*

Gemeindeteil

s. *Gemeindebezirk*

Gemeindeunternehmen

s. *Kommunales Unternehmen*

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Verlässliche Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) - Fortführung der Kompensationsmittel nach dem Entflechtungsgesetz und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV)-Bestellmittel nach dem Regionalisierungsgesetz

Förderung von ÖPNV-Projekten nach dem GVFG-Bundes- und Landesprogramm, Höhe der jeweiligen Fördersummen und Kostensteigerungen; Auflistung der seit 2001 abgeschlossenen, der noch laufenden und noch nicht begonnenen bzw. genehmigten Maßnahmen; Eintreten für eine Nachfolgeregelung für die ÖPNV-Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz sowie für das GVFG-Bundesprogramm nach 2019 und für eine Fortführung und Dynamisierung der Finanzierung von SPNV-Bestellungen nach dem Regionalisierungsgesetz über das Jahr 2013 hinaus

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/1683

Regierungsbefragung

Künftige Finanzierung von GVFG-Projekten in BW

s. *Verkehrsinvestition*
PIPr 15/50 S. 2890

Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Planungsstand und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße, insbes. Finanzierungsanteile der Projektpartner, Hintergründe der gemeinsamen „Basler Erklärung“ zur Gesamtfinanzierung sowie Investitionen iRd. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)

Antr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3446

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Stellenwert der Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hochrheinstraße bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3890

Mittelrückfluss aus dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Höhe der seit 2011 an die vier Regierungspräsidien des Landes ausgezahlten Fördermittel nach dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und Verwendung der zurückgeflossenen Gelder

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4682

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Welche Risiken verbergen sich hinter der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Kombilösung Karlsruhe?

Konsequenzen der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Finanzierung der Kombilösung Karlsruhe, insbes Kostenrisiko für die Stadt Karlsruhe, Abweichung des Landes von der bisherigen Festbetragszusage

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/5639

Ausbau und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Sachstand zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW, insbes bei den großen Schienenausbauprojekten, Umsetzung und Finanzierung der einzelnen S-Bahn-, Straßenbahn- und Stadtbahnprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Maßnahmen für den ÖPNV im ländlichen Raum, Stellenwert und Unterstützung der Barrierefreiheit

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6272

Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Ökologische, nachhaltige und kommunalfreundliche Ausgestaltung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes zeitgemäße Anpassung der Fördertatbestände, stärkere Gewichtung der Förderung des barrierefreien Zugangs zum öffentlichen Personennahverkehr, Förderung des Einsatzes neuer Technologien sowohl für Nutzer als auch Anbieter von Öffentlichem Personennahverkehr, Stärkung der Fördermöglichkeiten für Verkehrsträger im Umweltverbund sowie deren Vernetzung untereinander

GesEntw
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/7416

Gemeindevertretung

s. *Gemeinderat*

Gemeindewahl

s. *Kommunalwahl*

Gemeindewahlbeamter

s. *Kommunaler Wahlbeamter*

Gemeindewerke

s. *Kommunale Versorgungswirtschaft*

Gemeindewirtschaftsrecht

s. *Kommunales Wirtschaftsrecht*

Gemeindezweckverband

s. *Zweckverband*

Gemeinnützigkeit

Das Gemeinnützigkeitsprivileg des Bunds für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) vor dem Hintergrund seiner Inkassofunktion für die sogenannten „Parkschützer - Das Netzwerk des Widerstands“

Beurteilung des Aufrufs der o.g. Protestbewegung gegen Stuttgart 21 zu Spenden über ein Konto des BUND; Vereinbarkeit mit dem Gemeinnützigkeitsprivileg des BUND und den damit verbundenen Anforderungen im Sinne der Abgabenordnung

KlAnfr
s. *Umweltschutzorganisation*
Drs 15/161

Verbot und Entziehung der Gemeinnützigkeit extremistischer Vereine

Notwendige Voraussetzungen für o.g. Maßnahmen; Auflistung der mit Erfolg durchgeführten Verfahren seit 2010 und der noch anhängigen Verfahren mit der jeweiligen Begründung

KlAnfr
s. *Verein*
Drs 15/2263

Jugendherbergswesen in BW

Bestand der Jugendherbergen während der letzten zehn Jahre; Übernachtungsstatistik; Förderung der Jugendherbergen von Seiten des Landes und der Kommunen; Steuer- und Abgabenbefreiung der Jugendherbergen; Abführung einer kommunalen Übernachtungssteuer („Bettensteuer“); Beschwerden über nicht satzungskonforme, der Gemeinnützigkeit widersprechende Aktivitäten und Angebote einzelner Jugendherbergen; Ansprache älterer Zielgruppen durch ein auf sie ausgerichtetes Seminar- und Tagungsangebot sowie durch das Angebot alkoholischer Getränke

Antr
s. *Jugendherberge*
Drs 15/5707

Auswirkungen der geplanten Erweiterung des Kleinanlegerschutzes

Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Kleinanlegerschutz; Praktikabilität der vorgesehenen Ausnahmen von der Prospektspflicht für über Internet-Dienstleistungsplattformen angebotene Vermögensanlagen, für Darlehen von Kleinstkapitalgesellschaften an soziale und gemeinnützige Projekte sowie von Darle-

hen von Mitgliedern einer Genossenschaft an ihre Genossenschaft; Gefährdung der Finanzierung gemeinnütziger Einrichtungen und Initiativen durch das geplante Kleinanlegerschutzgesetz

Antr
s. *Anlegerschutz*
Drs 15/6409

Infragestellung der Gemeinnützigkeit des BUND
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289

Gemeinnützigkeit im Steuerrecht

s. *Gemeinnützigkeit*

Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle

s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*

Gemeinsame EU-Agrarpolitik

s. *Agrarpolitik*

Gemeinsame Finanzkommission

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Gemeinsame Innen- und Justizpolitik

s. *Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres*

Gemeinsame Innen- und Rechtspolitik

s. *Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres*

Gemeinsame Klassenlotterie der Länder

s. *Lotterie*

Gemeinsamer Markt der EU

s. *Europäischer Binnenmarkt*

Gemeinschaftsaufgabe

s.a. *Entflechtungsgesetz*

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2011 (mit Fortschreibung bis 2014)

Mittlg LReg 30.06.2011 Drs 15/172
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.07.2011 Drs 15/343
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2012 (mit Fortschreibung bis 2015)

Mittlg LReg 14.12.2011 Drs 15/1012
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1462
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: 2. (berichtigte) Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2012 (mit Fortschreibung bis 2015)

Mittlg LReg 18.05.2012 Drs 15/1723
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1971
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2036
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2013 (mit Fortschreibung bis 2016)

Mittlg LReg 25.10.2012 Drs 15/2576
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2737
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3072
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7066
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7208
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: 2. berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2013 (mit Fortschreibung bis 2016)

Mittlg LReg 09.04.2013 Drs 15/3331
PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3963
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3562
PIPr 15/70 12.06.2013 S. 4226

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 13 - Agrarinvestitionsförderungsprogramm (Kap 0804)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3813
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4213
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 31.08.2015 Drs 15/7374
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7491
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2014 (mit Fortschreibung bis 2017)

Mittlg LReg 26.09.2014 Drs 15/5833
PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6035
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2015 (mit Fortschreibung bis 2018)

Mittlg LReg 04.03.2015 Drs 15/6575
PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7333
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6781
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Sonderrahmenplan „Präventiver Hochwasserschutz“ für 2015 (mit Fortschreibung bis 2017)

Mittlg LReg 29.09.2015 Drs 15/7447
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8235
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7695
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder

s. *Gemeinschaftsaufgabe*

Gemeinschaftsinitiative INTERREG*s. INTERREG***Gemeinschaftskunde***s. Politische Bildung***Gemeinschaftsrecht***s. Herkunftsbezeichnung***Gemeinschaftsrecht der EU***s. Europäisches Gemeinschaftsrecht***Gemeinschaftsschule***s.a. Schulverbund**Der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ sieht das baden-württembergische Schulwesen gut aufgestellt*

Bewertung bzw Umsetzung der Handlungsempfehlungen nach dem Abschlussbericht des o.g. Gremiums, Frage nach Erkenntnissen über die Erfolgsaussichten der angekündigten Gemeinschaftsschule sowie nach einer wissenschaftlichen Begleitung dieser Schullart; Festhalten an der Verantwortung für die Schulpolitik, Weiterentwicklung des differenzierten Schulsystems

Antr

s. Schule

Drs 15/75

Größe der Einheitsschule

Notwendige Schülerzahl zur Genehmigung einer Gemeinschaftsschule

MdlAnfr 3) Georg Wacker CDU 13.07.2011 Drs 15/257

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 392-394

Vorliegende Anträge auf Einrichtung der sogenannten Gemeinschaftsschule

Auflistung der vorliegenden und angekündigten genehmigungsfähigen Anträge, Standorte der beantragten Einrichtung eines gymnasialen Aufsetzers, Vor-Ort-Besuche und Zusagen des Leiters der Stabstelle „Gemeinschaftsschule, Schulmodelle, Inklusion“ des KM, vorgesehene Entwicklungsperspektiven für kleine, mittlere und große Gemeinschaftsschulen; monatliche Berichterstattung über neu hinzugekommene Anträge

Antr CDU 28.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/356

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 654-663

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Bedeutung einer differenzierten Lehrerbildung für das gegliederte Schulwesen; Zusammensetzung, Arbeitsauftrag und Zeitplan der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK; Einbindung von Verbänden, Institutionen u.a. Experten; verfügbare Kompetenzen einer Lehrkraft zum gleichzeitigen Fördern und Fordern von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern im gemeinsamen Unterricht der Gemeinschaftsschule; Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr

s. Lehrerbildung

Drs 15/360

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im Enzkreis

Auflistung der vorliegenden Anträge; Stand des Genehmigungsverfahrens für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Kelttern-Dietlingen; gesetzliche und strukturelle Voraussetzungen der Genehmigung

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 01.09.2011 und Antw KM

Drs 15/467

Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Zeitpunkt der Einrichtung, Zusammensetzung und Arbeitsauftrag der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK zur Neuordnung der Lehrerbildung für die Gemeinschaftsschule; Entwicklung einer einheitlichen Besoldungsstruktur und Deputatsverpflichtung

MdlAnfr

s. Lehrer

Drs 15/607

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr

s. Bildungspolitik

Drs 15/694

Dubiose Standortliste der Kultusministerin zur Einrichtung einer sogenannten „Gemeinschaftsschule“

Auflistung der auf o.g. Liste aufgeführten Kommunen und der jeweiligen Gründe für die Aufnahme; Prüfung einer vorgetragenen Interessenbekundung auf ihren Rückhalt beim Schulträger, in der Bevölkerung bzw Elternschaft? Ausgestaltung der Kontakte mit dem Ministerium und der Schulverwaltung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 28.10.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/810

BeschEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 S. 8-10

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzugang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr

s. Abitur

Drs 15/891

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im LK Kreis Karlsruhe

Frage nach vorliegenden Anträgen oder Absichtserklärungen von Schulträgern im LK Kreis Karlsruhe, einer Prüfung der Geneh-

migungsfähigkeit und den notwendigen gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 07.12.2011 und Antw KM Drs 15/977

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Zeitpunkt der Einrichtung und Zusammensetzung der angekündigten Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Schulbauförderrichtlinien; Berücksichtigung der pädagogischen Neukonzeption, der verbindlichen Ganztagsbeschulung, der angebotenen Schulabschlüsse und inklusiven Beschulung bei der Ausgestaltung und zusätzlichen Mittelausstattung der Schulbauförderung; Ausschluss einer Benachteiligung der bestehenden Schularten

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/1073

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013

Umfang der freiwerdenden Stellen durch den Wegfall der doppelten Kursstufe und durch Pensionierung, Bezifferung des zusätzlichen Stellenbedarfs durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung, Rückgabe der freiwillig geleisteten Mehrarbeitsstunden, Zahl der zur Übernahme in den Schuldienst in den kommenden Jahren anstehenden Junglehrer und der geplanten Neueinstellungen, Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/1094

Auswahlkriterien für die Gemeinschaftsschulen und Ablehnung aller Bewerber aus dem LKreisschwäbisch Hall

Darlegung der Auswahlkriterien für die 34 Starterschulen sowie der o.g. Ablehnungsgründe, Umfang der finanziellen Aufwendungen und der Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Vergünstigungen, Einrichtung einer Sekundarstufe II am Schulzentrum Mainhardt?

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 19.01.2012 und Antw KM Drs 15/1155

Auswahl der 34 Versuchsstandorte für die sogenannte Gemeinschaftsschule im Land

Kriterien für die Auswahl bzw Ablehnung der beantragten Starterschulen, Anteil von Standorten mit einer gymnasialen Oberstufe, Gründe für die Konzentration auf ein- bis zweizügige Schulstandorte im ländlichen Raum mit der Folge eines regionalen Ungleichgewichts, Zahl der notwendigen Realschul- und Gymnasiallehrer, Begründung der Einbeziehung der Gewerkschaft GEW in den Entwicklungsprozess unter Ausgrenzung der anderen Verbände

Antr Georg Wacker u.a. CDU 30.01.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1176 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 S. 8-10
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Ausbau der Ganztagschulen

Darstellung der o.g. Entwicklung und Mittelbereitstellung für die einzelnen Schularten seit 2002; Gleichbehandlung der etablierten Schularten und der Gemeinschaftsschulen beim weite-

ren Ausbau zu Ganztagschulen und bei deren räumlichen und personellen Ausstattung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/1187

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 - Version 2.0

Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/1182

Einrichtung von sogenannten Gemeinschaftsschulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreiss Rastatt (Wahlkreis 33)

Frage nach vorliegenden Anträgen oder Absichtserklärungen von Schulträgern, einer Prüfung der Genehmigungsfähigkeit und den notwendigen gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen

KlAnfr Tobias Wald CDU 10.02.2012 und Antw KM Drs 15/1252

Die Realschule - eine vom Kultusministerium benachteiligte Schulart

Vergleich der Ausstattung der Realschulen und Gemeinschaftsschulen mit Personal und Sachmitteln, Verteilung und Einsatz der zusätzlichen 200 Lehrerstellen, Maßnahmen zur individuellen Förderung der Realschüler, Ausstattung der Realschulen mit einem den Gemeinschaftsschulen gleichwertigen Ergänzungsbereich

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1294

Leistungsanspruch an der sogenannten Gemeinschaftsschule?

Ausstattung der o.g. Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zur Unterrichtung und individuellen Förderung von leistungsschwachen und -starken Schülern nach einem „Patchwork-Lehrplan“ aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium; Frage nach Zwangsversetzungen von Lehrern mit Gymnasiallehrausbildung; Unterstützung von Schülern mit Behinderung; Gründe und Auswirkungen des Wegfalls der Klassenwiederholung und Notengebung, Ausgestaltung der Leistungsbeurteilung, Verpflichtung der Schüler zur Wiederholung von Klasse 10 vor dem Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums

Antr Georg Wacker u.a. CDU 27.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1319
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 24-26
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Genehmigungspraxis sogenannter Gemeinschaftsschulen

Frage nach Gesprächen mit Kommunen zur Gewinnung weiterer Standorte für Gemeinschaftsschulen

MdlAnfr 2) Alexander Throm CDU 08.03.2012 Drs 15/1393
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1680 (zurückgezogen)

Stand der Bildungsplanvorbereitung und Lehrerfortbildung für die Gemeinschaftsschule

Zeitpunkt der Vorlage des GesEntw zur Einführung der Gemeinschaftsschule bzw der Fertigstellung der Bildungspläne und Durchführung der notwendigen Lehrerfortbildung; Art und Weise sowie Verantwortliche der Bestimmung der Schnittmenge aus den Bildungsplänen der Haupt-/Werkrealschule, der Realschule und des Gymnasiums sowie einer Definition der zu erreichenden Kompetenzen

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 14.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1431

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 24-26

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Antrag der Gemeinde Heiningen auf Errichtung einer Werkrealschule

Auswirkungen der Bewilligung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll sowie des o.g. Antrags der Gemeinde Heiningen auf Einrichtung einer einzügigen Werkrealschule auf der Grundlage eines von der Schule entwickelten pädagogischen Konzepts, insbes auf die zu erwartenden Schülerströme in der Raumschaft Bad Boll/Heiningen; Bewertung der Willensäußerungen der Eltern nach Einrichtung einer Werkrealschule in Heiningen im Vergleich zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll

Antr

s. *Werkrealschule*

Drs 15/1433

Kultusministerkonferenz - Zensur der Pisa-Daten?

Gründe und verantwortliche Länder für das Wissenschaftlern auferlegte Verbot einer Veröffentlichung bestimmter Pisa-Daten, Verhinderung einer Identifikation einzelner Bundesländer bzw der Verdeutlichung des schlechten Abschneidens von Ländern mit Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen, Darlegung der Ergebnisse des Landes bei den neuen Ländervergleichen in den bisher zugänglichen Daten von 2009; Eintreten in der KMK für eine flächendeckende und freie Erforschung der Pisa-Daten

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 15/1455

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schultart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw LReg 20.03.2012 Drs 15/1466 (76 S.)

1. Beratung PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1717-1731

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 30.03.2012 Drs 15/1522 (35 S.)

EAntr FDP/DVP 17.04.2012 Drs 15/1572

2. Beratung PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1764-1781

GesBeschl 18.04.2012 Drs 15/1580

GBI 2012 Nr. 7 S. 209-212 (Ges vom 24.04.2012)

Qualität der Schulabschlüsse erhalten

Entwicklung des Niveaus und der Ergebnisse der Abschlussprüfungen an den verschiedenen Schularten im Vergleich mit anderen BLändern, u.a. mit Nordrhein-Westfalen; Sicherung der notwendigen Kompetenzen für die nächsthöhere Jahrgangsstufe im Falle einer Abschaffung der Klassenwiederholung; Umgang mit Anfragen von Bildungsforschern zur Untersuchung des Rückgangs der Abitur-Durchfallquoten; Beurteilung der Schaffung

eines gemeinsamen Aufgabenpools für die Abiturprüfung sowie der Qualität der Abschlussprüfungen an der Gemeinschaftsschule; Erhaltung einer mindestens gleichbleibenden Qualität der Prüfungsaufgaben, regelmäßige Berichterstattung an den Landtag

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/1481

Schulwechsel: Flucht aus der „Gemeinschaftsschule“?

Akzeptanz der Gemeinschaftsschule in Oberkochen; An- und Abmeldungen in Klasse 5 der Dreißental-Schule seit dem Schuljahr 2012/13; Gründe für den Schulwechsel; Anpassung des Schulangebots in Oberkochen

KIAnfr Karl-Wilhelm Röhm CDU 17.04.2013 und Antw KM Drs 15/3376

Arbeitsgruppe zur regionalen Schulentwicklungsplanung

Zusammensetzung, Arbeitsauftrag, Zeitplan und Ziele der Arbeitsgruppe der kommunalen Landesverbände zur Erarbeitung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung; Frage nach der Zusammenarbeit mit dem KM und Abgabe einer Empfehlung zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Schulentwicklungsplan*

Drs 15/1601

Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 15/1649

Rückerstattung von Schulbaufördermitteln

Umfang der Gewährung und evtl Rückforderung o.g. Mittel seit 2002; Auslösung von Schulschließungen, insbes von Haupt- und Werkrealschulen, durch den Rückgang der Schülerzahlen infolge der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Vermeidung einer drohenden Rückerstattung gewählter Fördermittel durch Umwandlung einer Schule in eine Gemeinschaftsschule? Umfang der Interessenbekundung von Schulträgern für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule aus diesem Grunde

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 15/1651

Wie passt eine „Politik des Gehörtwerdens“ mit der gezielten Einschüchterung von kritischen Schulleitern zusammen?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Kritik an der Gemeinschaftsschule durch den Leiter der Stabsstelle im KM; Frage nach dem Hintergrund, Inhalt und der Atmosphäre des Telefonats sowie nach weiteren Fällen und Kompetenzen des Stabsstellenleiters

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 15/1665

Lehrerausbildung sowie Leistungsfeststellung und -bewertung an der Gemeinschaftsschule

Konzeption für die Ausbildung der Lehramtsanwärter und Referendare an Gemeinschaftsschulen, Vorbereitung für die künftige Funktion als Lernbegleiter, Frage nach den Schulwahlmöglichkeiten der Referendare sowie nach der Art ihrer Nachweiseinbringung für die Unterrichtsbefähigung; Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards und Lernziele der unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Lerngruppen; Umgang mit den Schülern, die Lernziele oder Bildungsstandards nicht erreichen

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/1666

Schulversuch am Realschulstandort Meckesheim

Steuerung der Schülerströme und Erhalt von Schulstandorten in der Raumschaft Elsenz-/Lobbach-/Schwarzbachtal - unter besonderer Berücksichtigung des Schulstandorts Meckesheim; Genehmigungsfähigkeit des beantragten o.g. Schulversuchs mit einem integrierten Angebot für Real- und Werkrealschüler, Zulassung auch von Entwicklungen „von unten“ neben den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1747

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemeinbildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1769

Wissenschaftliche Begleitung der Gemeinschaftsschule

Ausschreibung der o.g. wissenschaftlichen Begleitung; Ausstattung, Untersuchungsauftrag und Zeitrahmen für die Lieferung von Ergebnissen; Rolle der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei der Evaluation der Gemeinschaftsschule

KlAnfr Tobias Wald CDU 21.06.2012 und Antw MWK Drs 15/1887

Klärende Fragen II: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr
s. *Schulleiter*

Drs 15/1830

Studie: „Lehre(r) in Zeiten der Bildungs-panik“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst, zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehrerausbildungs- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/1947

Sind die Privatschulen die Stiefkinder von grün/rot?

Stellenwert von Schulen in freier Trägerschaft im Hinblick auf eine vielfältige, wettbewerbsorientierte und innovative Bildungslandschaft; Anmahnung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Aufstockung der Förderquote und des verbindlichen Stufenplans zur Erreichung des Kostendeckungsgrads von 80 Prozent; Einsparung durch Förderbeschränkung bei den Ergänzungsschulen; Begründung der geänderten Förderungs- und Genehmigungspraxis, Auswirkungen der Einführung der Gemeinschaftsschule auf die gegenwärtige Genehmigungs- und Anerkennungspraxis

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/2050

Qualitätskontrolle und Evaluation an Gemeinschaftsschulen

Gewährleistung der Bildungsstandards und der Bildungsniveaus von Hauptschule, Realschule und Gymnasium an den neuen Gemeinschaftsschulen; Bewertung ihrer Bildungsqualität nach einem bestimmten Zeitraum; Leistungskriterien und Methodik der Bewertung; Angaben zu der mit der Evaluation beauftragten Einrichtung; geplanter jährlicher Aufwand zur Sicherung der Unterrichtsqualität innerhalb der neun Einführungsjahre; Modus der öffentlichen Berichterstattung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2052
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.02.2013 Drs 15/3571 S. 5-8
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Lehrerfortbildung

Konzeption, zeitlicher und finanzieller Aufwand für die Fortbildungsmaßnahmen zur Einführung der Gemeinschaftsschule; Aufteilung der zusätzlichen Haushaltsmittel und Wirkungen der globalen Minderausgabe für Fortbildungsmaßnahmen der einzelnen Schularten; Frage nach dem Unterrichtsausfall an den Gemeinschaftsschulen infolge Wahrnehmung der Fortbildungsangebote während der Unterrichtszeit

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/2053

Werden hochbegabte Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen vernachlässigt?

Entwicklung der Zahlen von Hochbegabten und der Förderangebote bzw Verhaltensstörungen seit 2002; Frage nach einer spe-

zifischen Förderung an den Gemeinschaftsschulen im gemeinsamen Unterricht mit besonders lernschwachen Kindern sowie nach einer Weiterentwicklung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/2054

Erweiterung der Gemeinschaftsschule ohne das Wissen der Schulträger?

Gegenüberstellung der Fälle von Antragstellung der Schulträger und der Antragsgenehmigung der Schulverwaltung auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in den Klassenstufen 5 bis 10; Fälle der Umwandlung der Grundschulklassen 1 bis 4 in eine Gemeinschaftsschule - entgegen dem Antrag des Schulträgers; Frage nach Auswirkungen und der Form der Information der Schulträger; Wiederherstellung der Eigenständigkeit der Grundschule an den Gemeinschaftsschulstandorten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 19.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2130
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 11 12
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Nutzen starre Vorgaben einer landesweiten Neuordnung der Schulstandorte?

Beurteilung der von den Regierungsfractionen vorgeschlagenen Kriterien für die Erhaltung von Schulstandorten, insbes zur notwendigen Zweizügigkeit, Schüler- und Einwohnerzahl des Einzugsbereichs; Vorgabe eines bestimmten Stichtags oder einer Perspektivplanung; Frage nach einer besonderen Behandlung der an 42 Standorten startenden Gemeinschaftsschulen; Festlegung der Kriterien im Konsens mit den kommunalen Landesverbänden, den Lehrerverbänden, der Wirtschaft und den Beratungsgremien des KM; Anwendung flexibler Entscheidungsparameter für die unterschiedlichen Standorte in ländlichen, stadtnahen und städtischen Regionen

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2188

Verbundschulen

Beurteilung der bestehenden Verbundschulen von Haupt-/Werkreal- und Realschulen unter einem gemeinsamen Dach; Gründe für die Ablehnung aller weiteren Anträge, Vereinbarkeit mit der postulierten „Schulentwicklung von unten“ und der „Politik des Gehörtwerdens“; Zulassung von Verbundschulen und Verzicht auf eine Zielvereinbarung auf Weiterentwicklung zu Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulverbund*
Drs 15/2189

Wie funktioniert eine regionale Schulentwicklung?

Zeitplan und Ziele der o.g. Planung; Entscheidungskriterien und Auswirkungen der Schließung allgemeinbildender und beruflicher Schulen; Vornahme von Veränderungen an bestehenden Schulstandorten und Einrichtung von Gemeinschaftsschulen nur mit Zustimmung aller Schulträger in der betroffenen Region

Antr
s. *Schulentwicklungsplan*
Drs 15/2190

Regionale Planung der Schulstruktur im Mittelbereich Bretten - Auswirkungen der Gemeinschaftsschulen auf den Bestand der Schulen

Darlegung der o.g. Auswirkungen; Höhe und Träger der Planungs- und Investitionskosten für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, Vergleich des geforderten Raumprogramms mit Realschulen und Werkrealschulen; Sicherung von Qualität und Quantität der Lehrer an den Gemeinschaftsschulen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2194

Klärende Fragen III: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach weiteren Gesprächsangeboten der Kultusverwaltung über diesen Fall hinaus gegenüber Beamten wegen Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit der Bildungspolitik

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/2222

Welche Entwicklungsperspektive hat der Schulstandort Albershausen?

Schaffung einer Verbundschule aus Werkrealschule und Realschule durch die Einrichtung eines Realschulzugs in Albershausen; Gründe für die Ablehnung des im Schulverband Westliche Voralb „von unten“ gewünschten Realschulzugs; Frage nach einer Bevorzugung der Gemeinschaftsschule aus schulpolitischen Erwägungen

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2334

Ein Sommermärchen: Der rasche Wandel vom „Schulrebell“ zum Schulpräsidenten

Kritik an der Berufung eines bekannten Kritikers des Schulsystems zum Leiter der Schulabteilung am RegPräs Freiburg; Fragen nach den Kriterien der Personalauswahl, der Qualifikation, der persönlichen Eignung etc; Erwartungen an den neuen Schulpräsidenten insbes im Hinblick auf die Etablierung der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/2342

Haben die Schulen im ländlichen Raum noch eine Zukunft?

Aktuelle Situation der Schulstruktur im ländlichen Raum; voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2022; Zukunft eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und an weiterführenden Schulen; Schulentwicklungsplan für den ländlichen Raum; Forderung nach einer Beteiligung der Kommunalen Landesverbände, Schulen, Lehrerverbände, Wirtschaft, Elternschaft etc an den Entscheidungsprozessen; Kritik an einer ideologisch motivierten Bevorzugung der Schulart

GrAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2348

Was kostet den Steuerzahler die Werbeoffensive für die Gemeinschaftsschule?

Art der eingesetzten Werbemittel, Höhe der Kosten und Adressaten der Kampagne zur Einführung der Gemeinschaftsschule; Auflistung von weiteren Aktivitäten und Informationsveranstaltungen zur Bewerbung der Gemeinschaftsschule und deren Kosten sowie der bisherigen Gespräche des KM mit Schulleitungen und Schulträgern

Antr Georg Wacker u.a. CDU 26.09.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2388

Informationsveranstaltung der Grundschulen mit weiterführenden und beruflichen Schulen

Bedeutung der Halbjahresinformation in der vierten Klasse und der o.g. Veranstaltungen für die Entscheidung für eine weiterführende Schule, mögliche Auswirkungen einer Vorverlegung des Termins dieser Veranstaltung auf die Übergangszahlen auf weiterführende und berufliche Schulen, Frage nach der Gewichtung der Gemeinschaftsschule bei der Informationsveranstaltung

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2432

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Ist ein erfolgreiches Abitur an den Gemeinschaftsschulen möglich?

Bewertung von Studien aus anderen Bundesländern, insbes aus NRW, zum Vergleich der Ergebnisse und Quoten des Abiturs an Gesamtschulen und allgemeinbildenden Gymnasien und zur Studierfähigkeit der jeweiligen Absolventen; Frage nach Maßnahmen gegen das schlechtere Abschneiden der Schüler an den gesamtschulartigen Gemeinschaftsschulen hierzulande

Antr
s. *Abitur*
Drs 15/2469

Regierungsbefragung

Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten

s. *Schule*
PIPr 15/50 S. 2895

Kostengefahr Gemeinschaftsschule

Veranschlagung der Ausgaben pro Schüler für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Kostenberechnung unter Berücksichtigung der Schüler-Lehrer-Relation; Maßnahmen zur Finanzierung der bei dieser Schulart zusätzlich anfallenden Kosten für individuelle Förderstunden, integrativen Unterricht, Ganztagsangebote, spezifische Fortbildungsangebote etc.; Umschichtung

von Lehrerstellen; Vereinbarkeit der teuersten Schulart mit den geplanten Einsparungen im Schulbereich

Antr CDU 21.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2699
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4483-4490

Berlin als Vorbild für BW? - Geplante Änderungen in der Lehrerausbildung

Bewertung der Vorschläge der Expertenkommission „Ausbildung von Lehrkräften in Berlin“ zur Einrichtung eines gemeinsamen Lehramtsstudiengangs für Sekundarschulen und Gymnasien, der Abschaffung des eigenständigen Studiengangs „Lehramt Sonderpädagogik“ und der Einrichtung einer „School of Education“; möglicher Modellcharakter der Berliner Vorschläge für die Arbeit der von der LReg eingerichteten „Expertenkommission Lehrerbildung“

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/2800

Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Planungen und Statistiken zum Wegfall der Haupt-/Werkrealschulen und den dadurch frei werdenden Lehrkräften, hier insbes Altersstruktur, Pensionierungszahlen und Stellenstreichungen; zukünftiger Einsatz und Umschulung von Haupt-/Werkrealschullehrkräften unter Berücksichtigung von fachlich-didaktischer Ausbildung und Laufbahnrecht; Verfahrensstand der Schulentwicklungspläne; Umfang, zukünftiger Einsatz und Besoldung von Lehrkräften mit Ausbildung für unterschiedliche Schultypen an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/2859

Ausbau der Ganztagschulen

Kriterien für den Ausbau von Ganztagschulen; Berücksichtigung und Umfang der Förderung beim Ganztagschulausbau der übrigen weiterführenden Schularten im Vergleich zur Gemeinschaftsschule; Planung und Finanzierung der Ressourcen für den Ganztagschulausbau, insbes Zusammenhang und Vergleich zum Ausbau der Gemeinschaftsschulen; Aufnahme der Ganztagschule in das Schulgesetz

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/2860

Gemeinschaftsschule ohne Mehrheit - Bad Saulgau ist überall

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3507-3525

Ausbau der Gemeinschaftsschule ohne regionale Schulentwicklung

Bewilligungskriterien und detaillierte Daten zu Schulstandorten bei Anträgen auf Gemeinschaftsschulen in der zweiten Tranche; Bedeutung des ländlichen Raums sowie Beteiligung von Institutionen und Experten im Bewilligungsverfahren; Umgang mit möglichem Konfliktpotenzial bei Standortfragen, insbes bei Schulschließungen; Anfragen zur Errichtung anderer Schularten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2992 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.12.2013 Drs 15/4897 S. 21-25
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Zunahme des Anteils der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft und deren Bildungserfolg

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungserfolg des steigenden Anteils ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen, insbes Erhöhung der Stütz- und Förderstundenzahl, individuelle Förderangebote an Gemeinschaftsschulen; Prüfung der Ursache für den höheren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Realschulen und Gymnasien und deren Leistungsniveau und Bildungserfolg

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/3069

Schulbauförderungsrichtlinien für Gemeinschaftsschulen

Raumbedarfsermittlungsgrundlage für die künftige Schulbauförderungsrichtlinie für Gemeinschaftsschulen, insbes Berücksichtigung des Raumbedarfs für die besondere pädagogische Arbeit, Vergleich mit anderen Bundesländern, Erstattung der Differenz zwischen der endgültig und der vorläufig als förderfähig erachteten Fördersumme an die Kommunen durch das Land

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 19.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3078

Kennt die Landesregierung die Grundschulempfehlung wirklich noch nicht?

Stellenwert der Übergangsempfehlungen und Übergangszahlen auf weiterführende Schulen im Hinblick auf die Bildungsverläufe der Schüler; Datenerhebung und Veröffentlichung der Daten für das Schuljahr 2012/13; Abweichung der Schulanmeldungen von den Bildungsgangempfehlungen für die jeweiligen Schüler; Übergang von Schülern mit Haupt-/Werkrealschulempfehlung, Realschulempfehlung oder Gymnasialempfehlung an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/2993

Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im LKreiß Böblingen

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im LKreiß Böblingen, insbes Gründe für bewilligte bzw abgelehnte Anträge und Prognosen zu Schülerzahlen und Schülerströmen; Berücksichtigung der Stellungnahmen des zuständigen Schulamts, Regierungspräsidiums und des Kultusministeriums sowie der Interessen benachbarter Schulträger bei der Entscheidungsfindung; Auswirkungen neuer Gemeinschaftsschulen auf die umliegenden Schulen; erforderliche Änderungen der baulichen und sächlichen Ausstattung und kalkuliertes finanzielles Volumen sowie Übernahme der finanziellen Mehrausgaben; bisheriger Verzicht auf eine regionale Schulentwicklungsplanung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3128
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 S. 9 10
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Übergangszahlen an die weiterführenden Schulen, insbes an die Gemeinschaftsschulen

Verteilung der Schüler mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung auf die Gemeinschaftsschulen; Schullaufbahneempfehlung der die heutigen Gemeinschaftsschulen besuchenden Schüler; vormaliger Anteil der Schüler mit Gymnasialempfehlung in den Realschulen sowie mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung in den Haupt- und Werkrealschulen; Zunahme der Heterogenität der Schulklassen an Gymnasien und Realschulen aufgrund der

Abschaffung der verbindlichen Übergangsempfehlung

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3129

Kommt eine Bestandsgarantie für die Realschule?

Zukunft und Umbau der Realschulen in BW, insbes Unterscheidungsmerkmale zwischen einer „weiterentwickelten Realschule“ bzw einer „Realschule mit gymnasialer Oberstufe“ und einer Gemeinschaftsschule; Bestandsgarantie für Realschulen als eigenständige Schulart mit eigenständigem Bildungsplan

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/3231

Wird die Schule bei der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gehört?

Stellenwert der Meinungen und Haltungen der Entscheidungsträger vor Ort zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule; rechtliche Bedeutung der Zustimmung von Gemeinderat und Schule im Genehmigungsverfahren

Antr Georg Wacker u.a. CDU 08.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3321

Einrichtung einer beruflichen Gemeinschaftsschule

Einführung einer beruflichen Gemeinschaftsschule, insbes Standortplanung, Schulkonzept im Vergleich zur allgemeinbildenden Gemeinschaftsschule, Einbeziehung der dualen Partner in Betrieben und Kammern, Zusammenwirken mit den anderen beruflichen Schularten; Erhalt der Qualitätsstandards der bisherigen beruflichen Schularten

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3338

Verfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Herrischried-Rickenbach

Statistiken und Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule Hotzenwald in Herrischried-Rickenbach, insbes zugehörige Gemeinden im Einzugsgebiet mit kalkulierten Übergangsquoten aus der Grundschule, Anmeldezahlen und Daten zur Schülerverteilung nach Schulart bei den Eingangsklassen, Verlauf der Planungsgespräche mit den Gemeinden Görwihl sowie Rickenbach und Herrischried

KIAnfr Felix Schreiner CDU 30.04.2013 und Antw KM Drs 15/3445

Wie kommt der Ausbau der Inklusion voran?

Situation und der Planungsstand der Umsetzung der inklusiven Beschulung in BW, insbes vorrangige Umsetzung der Inklusion an Gemeinschaftsschulen gegenüber anderen weiterführenden Schularten, angezielter Informationsgewinn durch Verlängerung des Erprobungsstatus

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/3472

Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen gefährdet die beruflichen Gymnasien

Wege zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife; Zahl der Absolventen an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien in den vergangenen zehn Jahren; Einrichtung zusätzlicher zum Abitur führender Züge; Bewertung der beruflichen Gymnasien in Vergleichsstudien wie TOSCA (Transformation des Se-

kundarschulsystems und akademische Karrieren) oder dem Bildungsmonitor; Vorzüge des beruflichen Schulwesens; Einrichtung der Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen, bereits genehmigte Standorte; Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien bei rückläufiger Schülerzahl; Verzicht auf die Einrichtung von Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zur Existenzsicherung der beruflichen Gymnasien

Antr

s. *Berufliches Gymnasium*

Drs 15/3476

Aktuelle Bildungsforschung belegt: Guter Unterricht braucht gute Lehrer - und keine bloßen Lernbegleiter

Folgerungen aus der bildungswissenschaftlichen Studie von John Hattie für den pädagogischen Ansatz der Gemeinschaftsschule sowie Wissensgewinn und Lernerfolg; Abhängigkeit des Lernerfolgs von Rolle, Kompetenzen und Qualifikation der Lehrer; Grundlage für erfolgreichen Unterricht bei Modellen des offenen Unterrichts und des jahrgangsübergreifenden Lernens; Gründe für Ablehnung des Frontalunterrichts; Auswirkung der Finanzausstattung der Schule sowie Einfluss von Leistungsüberprüfungen und Feedback-Elementen auf Wissensgewinn und Lernerfolg der Schüler; Stellenwert einer stringenten Klassenführung des Lehrers; Verständnis des Lehrers weniger als Lernbegleiter sondern als Regisseur

GrAnfr

s. *Bildungsforschung*

Drs 15/3500

Bettelbrief des Kultusministeriums an erfahrene Realschul- und Gymnasiallehrkräfte

Bedarf und Verfahren zur Gewinnung von Realschul- und Gymnasiallehrkräften für einen Einsatz an Gemeinschaftsschulen in BW, insbes differenzierte Bedarfsfeststellung an Gemeinschaftsschulen und Art der Anwerbemaßnahmen; Ersetzung der versetzten und abgeordneten Lehrkräfte an den Gymnasien und Realschulen; schulscharfe Erfolgsstatistik der Lehrerwerbung nach Unterrichtsfächern; Durchführung weiterer Sonderausschreibungen für Gemeinschaftsschulen; Bezahlungsregelung und Rückkehrrecht für auf Gemeinschaftsschulen gewechselte Realschul- und Gymnasiallehrer

Antr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/3547

Die Arbeit an der Gemeinschaftsschule verdient Lob und Anerkennung

Berater Tätigkeit von Peter Fratton im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Gründe für seinen Rückzug; vertragliche Vereinbarung mit seiner Ehefrau; Stellenwert individueller und kooperativer Lernformen im pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule; Rolle der Schulämter, Regierungspräsidien und Schulträger bei der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule auf kommunaler Ebene und bei den Eltern; Befürworter der Gemeinschaftsschule

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 31.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3554

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und

Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KIAnfr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/3600

Finanzielle Ausstattung der Ganztags- und Schülerbetreuungen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

Einpassung der bestehenden Betreuungskonzepte des Jugendbegleiters und der ehrenamtlichen Schülerbetreuung in den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und ihre künftige Förderung; Entwicklung und finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Schülerbetreuung sowie des Jugendbegleiter-Programms seit 2003; Zahl der Jugendbegleiter und der von ihnen betreuten Schüler

KIAnfr

s. *Schülerbetreuung*

Drs 15/3619

Der geschäftstüchtige Schweizer Schulunternehmer P.F. - ein Mitglied der Expertenkommission der LReg zur Lehrerbildung?

Auswahlkriterien für die Mitglieder der Expertenkommission zur Lehrerbildung; Argumente für die Berufung des Beraters Peter Fratton und dessen Bevorzugung gegenüber baden-württembergischen Bildungsexperten; Vorschläge des Beraters zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, ihre Übernahme in die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission; Haltung gegenüber seinen pädagogischen Anschauungen; Qualität seiner Fortbildungen für Lehrer an Gemeinschaftsschulen an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau; finanzielle Entschädigung für seine Mitarbeit in der Regierungskommission; Folgen seines Rückzugs aus der Expertenkommission

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/3622

Finanzielle Förderung der erforderlichen Anpassung von Räumlichkeiten an der Gemeinschaftsschule Amtzell

Finanzielle Förderung der Gemeinde Amtzell für erforderliche Umbauarbeiten der Gemeinschaftsschule, insbes Anpassung der Schulbauförderung zur möglichen späteren Umsetzung notwendiger Baumaßnahmen

MdIAnfr

s. *Schulgebäude*

Drs 15/3608

Anspruch und Wirklichkeit: Die Gemeinschaftsschulen und ihre Schülerzahlen

Mindestgröße und „optimale Betriebsgröße“ für Gemeinschaftsschulen und andere weiterführende Schulen; Ausnahmekriterien bei der Mindestgröße; prognostizierte Schülerzahlen und tatsächliche Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulstandorten für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Ursachen für die Abweichungen von der Prognose bzw der festgelegten Mindestgröße; Einfluss der regionalen Schulentwicklung auf die Schulstandorte; Verhinderung einer Privilegierung der Gemeinschaftsschulen auf Kosten anderer weiterführender Schulen

Antr CDU 15.06.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3524

Ergänzende Stellungnahme KM 05.08.2013 Drs 15/3913 (10 S.)

PIPr 15/93 19.03.2014 S. 5565-5576

Zweite Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen

Unterrichtsangebot in der zweiten Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen, insbes beginnende Jahrgangsstufe und erforderliche Mindestschülerzahl; standortgenaue, tabellarische Auflistung angebotener zweiter Fremdsprachen an Gemeinschaftsschulen; Realisierung des gymnasialen Niveaus für die zweite Fremdsprache, insbes angewandter Bildungsplan, Ausgestaltung der Stundentafel, Gewährleistung der Durchlässigkeit zum Gymnasium (G8)

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/3689

Regionale Schulentwicklung gefährdet rund ein Fünftel der baden-württembergischen Gymnasien

Situation und Zukunft der Gymnasien im Land, insbes Gründe für Festlegung unterschiedlicher Mindestschülerzahlen in den Eingangsklassen bei Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, Möglichkeit der Schließung von Gymnasien bzw der Umwandlung in Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der Mindestschülerzahl, Stellenwert kleinerer Gymnasien im ländlichen Raum, Konkurrenzsituation zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, Zukunft des Zwei-Säulen-Modells

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3721

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentcheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr
s. *Schule*
Drs 15/3740

Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen die Pädagogik der Gemeinschaftsschule

Förderung von Projekten und Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums durch private Stiftungen; Umfang der finanziellen Unterstützung in den Jahren 2008 bis 2012; Förderung der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften für die Gemeinschaftsschule durch private Stiftungen; finanzielles Engagement der Robert-Bosch-Stiftung, der Stiftung Würth und der Breuninger-Stiftung; inhaltlicher Einfluss der Stiftungen auf die von ihnen geförderten Projekte; Entwicklung eines Weiterbildungsprogramms für die Lehrer an Gemeinschaftsschulen; Umgang der früheren LReg mit Stiftungsgeldern für den Bildungsbereich

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 04.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3745

Genehmigung der Gemeinschaftsschule Lauda-Königshofen
Genehmigungsverfahren für die Gemeinschaftsschule Lauda-Königshofen, insbes Reihenfolge der einzelnen Verfahrensschritte und Einbindung der Entscheidung der Schulkonferenz

MdIANfr 2) Georg Wacker CDU 09.07.2013 Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4539-4541

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Raumprogramm der Gemeinschaftsschulen im Vergleich zum Modellraumprogramm einer Ganztags-Werkrealschule; Beachtung gymnasialer Standards bei Ausgestaltung der Unterrichts-räume für die naturwissenschaftlichen Fächer; Berücksichtigung der Einführung der zweiten Fremdsprache im Raumprogramm; Förderung der Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen zur Ermöglichung eines integrativen Unterrichts; Bekanntmachung der überarbeiteten Schulbauförderrichtlinien; Einbeziehung von Umbaumaßnahmen aufgrund von Bildungsreformen und gewandelter pädagogischer Leitideen; ausreichendes Raumangebot als Genehmigungsvoraussetzung

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/3775

Wissenschaftliche Evaluation der Gemeinschaftsschule durch den überzeugten Befürworter der neuen Schulart T.B.

Fragen nach Methoden, Vorgehensweise und Zeitraum der Evaluation sowie der voraussichtlichen Präsentation der Ergebnisse; Aussagen über die Leistungsfähigkeit und Qualität der Gemeinschaftsschule im Vergleich zu den übrigen weiterführenden Schulen in der von Thorsten Bohl mitherausgegebenen „Expertise Gemeinschaftsschule“; vertragliche Gestaltung des Forschungsauftrags an Thorsten Bohl; Forderung nach einer Aufkündigung des Vertrags mit dem Tübinger Hochschullehrer wegen Voreingenommenheit und nach einer erneuten Ausschreibung der Evaluation; Ausdehnung der Evaluation über den gesamten Einführungszeitraum und Erstellung einer Längsschnittstudie

Antr CDU 15.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3788
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5708-5716

Gibt es einen Verfall der Rechtschreibkenntnisse bei unseren Schülern?

Situation der Rechtschreibleistungen baden-württembergischer Grundschüler im nationalen und internationalen Längs- und Querschnittsvergleich; Umfang und Grund für den Abbau der Förderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie im Ergänzungsbereich; Bewertung und Umsetzung reformpädagogischer Konzepte der Vermittlung von Rechtschreib- und Lesekenntnissen in der Grundschule; Beteiligung und Stellenwert von Vorreitern oder Vertretern reformpädagogischer Ansätze bei der pädagogischen Konzeption für die Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Rechtschreibung*
Drs 15/3790

Gemeinschaftsschulen in BW

Daten zu genehmigten Gemeinschaftsschulen für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014, insbes Schulanzahl, Klassenanzahl, Schüleranzahl und Schüleranteil aus Nachbargemeinden; notwendige Bau- und Sachinvestitionen und Anteil der Landes-zuschüsse; Bestandsfestigkeit und Unterschreitung der Mindestgröße der genehmigten Gemeinschaftsschulen

Antr Joachim Köbler u.a. CDU 17.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3828 (13 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4379 S. 6 7
 PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
 s. *Bildungspolitik*
 Drs 15/3845

Aufnahme von Schülerinnen und Schülern an Gemeinschaftsschulen über die vorgesehene Zügigkeit hinaus

Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den Gemeinschaftsschulen; Aufnahme zusätzlicher Klassenzüge bei eingeschränkten räumlichen und strukturellen Kapazitäten; Möglichkeiten der Abweisung von Schülern; Frage des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Gemeinschaftsschule

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 22.07.2013 und Antw KM Drs 15/3849

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
 s. *Richtlinienkompetenz*
 Drs 15/3873

Die Entwicklung der Privatschulen in BW

Zahl der Privatschulen, aufgeschlüsselt nach Schularten; Klassen und Schülerzahlen; Anmeldungen in Klassenstufe 5 im Vergleich zu öffentlichen Gymnasien, Realschulen sowie Haupt- und Werkrealschulen; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 gegründeten privaten Gemeinschaftsschulen; Einrichtung bzw Schließung allgemeinbildender privater Schulen in den letzten fünf Jahren; pädagogische und organisatorische Entwicklung der Privatschulen im Vergleich zu anderen Ländern

Antr
 s. *Privatschule*
 Drs 15/3911

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen bei 33 Anmeldungen in der Eingangsklasse, insbes Begründung der vorläufigen Ablehnung einer Zweizügigkeit, Vergleich mit der Klassenbildung an Gemeinschaftsschulen

Antr
 s. *Werkrealschule*
 Drs 15/3921

Unterrichtspraktische Unterstützung der Gemeinschaftsschulen

Unterstützung von Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen hinsichtlich differenzierender Unterrichtsmaterialien, didaktischer Hilfestellung und Vernetzungsangeboten; Kooperation und Kommunikation der Schulbehörden und Schulen mit den Schulbuchverlagen iR kommender Schulbuchserien für Gemeinschaftsschulen

KlAnfr Sandra Boser GRÜNE 13.09.2013 und Antw KM Drs 15/4030

Kann Bildung „gerecht“ sein?

Erreichung von mehr „Chancengleichheit“ im baden-württembergischen Schul- und Bildungssystem durch das mehrgliedrige Schulsystem bzw die Gemeinschaftsschule; Möglichkeiten der Entkoppelung sozialer Unterschiede der Schüler bzw deren sozialer Herkunft zugunsten einer erfolgreichen Schullaufbahn durch schulischen Unterricht; Vergleich des Schulerfolgs verschiedener Bildungssysteme mit dem Ziel der Erreichung sozialer Bildungsgerechtigkeit

Antr
 s. *Bildung*
 Drs 15/4097

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr
 s. *Sprachunterricht*
 Drs 15/4100

Gibt es ministerielle Zusagen für Gemeinschaftsschulen?

Zusagen des Kultusministeriums zur Genehmigung bzw Standortsicherung von Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der vorgegebenen Mindestschülerzahl

MdlAnfr 3) Ulrich Müller CDU 02.10.2013 Drs 15/4105
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4729-4731

Die baden-württembergischen Verbundschulen brauchen eine echte Perspektive

Situation und Zukunftspläne für die Verbundschulen in BW, insbes Konzept und Standortkriterien, Zusammensetzung der Schülerschaft und Unterschiede zu Gemeinschaftsschülern, Anforderungen an ein genehmigungsfähiges Verbundschulkonzept, bevorzugte Genehmigung von Gemeinschaftsschulen, Erhalt oder

Änderung der gesetzlichen Regelungen und Vorgaben zu Schulverbänden

Antr
s. *Schulverbund*
Drs 15/4138

Schülerbeförderung zu den Gemeinschaftsschulen

Auswirkungen der Einführung der Gemeinschaftsschule auf den Schülerverkehr in den einzelnen Gegenden; Verbesserungsbedarf beim Schülertransport zu den Gemeinschaftsschulen; Schaffung neuer Konzepte der Schülerbeförderung; zusätzliche Kosten für die Beförderung der Schüler zu den neuen Gemeinschaftsschulen für Eltern, Schulträger und Schulen; Berücksichtigung des Schülerverkehrs im Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule; Nutzung individueller Beförderungsangebote; zumutbare Dauer des Schulwegs

Antr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/4165

Grundschulleitern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4271

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4272

Geschützte Begriffe des Bildungsunternehmers P.F.

Beanspruchung des Markenrechts für bestimmte, von ihm geprägte Begriffe durch den ehemaligen Berater des Kultusministeriums, Peter Fratton; Schaffung ersatzweiser Begriffe und Information der Schulen im Land über die Begriffsänderungen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 20.01.2014 und Antw KM Drs 15/4610

Gemeinschaftsschule Frankenhardt

Entscheidung über die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Honhardt; Berücksichtigung aller Schülerströme bei der Berechnung der Schülerzahlen

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 23.01.2014
Drs 15/4652
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5412 5413

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr CDU 05.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4895
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7751-7761

Die Gemeinschaftsschule - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren

Aufnahme und Einsatz von Lehrern mit Gymnasialbefähigung an Gemeinschaftsschulen; Unterschiede und Bewertung der Wege zum Abitur über die Gemeinschaftsschule oder über die Realschule mit anschließendem beruflichen Gymnasium

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 11.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4911

Die Gemeinschaftsschule in Friedrichshafen - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren?

Genehmigungskriterien für gymnasiale Oberstufen an Realschulen und Gemeinschaftsschulen, insbes zugesagte Unterstützung des Landes bei der Genehmigung an der bisherigen Real- und künftigen Gemeinschaftsschule „Graf Soden“ in Friedrichshafen

MdlAnfr
s. *Gymnasiale Oberstufe*
Drs 15/4915

Werkrealschulen in BW

Anzahl der aktuell bestehenden Werkrealschulen; Auflösung bzw Weiterbestand von Werkrealschulen mit mehreren Standorten; Umwandlung in Gemeinschaftsschulen; Kooperationsmöglichkeiten der Werkrealschulen neuen Typs

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/4967

Erschwert die LReg den Schulartwechsel?

Problematik bei Schulartwechseln von Gymnasiasten oder Realschülern zu Gemeinschaftsschulen oder Haupt-/Werkrealschulen, insbes Statistik, Verwaltungsanweisungen zu Wechselempfehlungen, Abweisungsgründe bei Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4985

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?

Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemeinschaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Informationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webauftritt des Kultusministeriums

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5009

Zusage vor Antragstellung? Ungereimheiten bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschule Salem klären

Mündliche Zusage für eine Umwandlung der Werkrealschule Salem in eine Gemeinschaftsschule; Aufklärung des Widerspruchs zwischen den Aussagen des örtlichen Schulleiters und des Ministerialdirektors im Kultusministerium in der Mündlichen Fragestunde vom 10. Oktober 2013; Konsequenzen einer rechtswidrigen Zusage; Sanktionierung einer falschen dienstlichen Erklärung

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 04.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5034
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 28.05.2014 Drs 15/5743 S. 6-9
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Art und Umfang der von Fachlehrern mit gymnasialer Lehrbefähigung an Gemeinschaftsschulen unterrichteten Fächer; Anzahl der Bewerber um eine erste Stelle an einer Gemeinschaftsschule; Abordnung von Gymnasiallehrern an Gemeinschaftsschulen

Antr CDU 10.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5065
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7751-7761

Inklusion an den Gemeinschaftsschulen

Eignung der Gemeinschaftsschule für inklusive Beschulung und Umfang der Ressourcenbereitstellung

MdlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5114

Üben die staatlichen Schulämter Druck auf die Realschulen aus?

Verhalten der staatlichen Schulämter gegenüber Realschulen zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, insbes Verbreitung missverständlicher Aussagen über das Bildungskonzept der CDU-Landtagsfraktion; Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen ab Klasse sieben; Bedingungen zur Bildung von Schulverbänden aus Werkrealschule und Realschule

Antr
s. *Schulverwaltung*
Drs 15/5087

Schülertransportverkehr

Änderung im Schülertransportverkehr und Einsatz neuer Transportmöglichkeiten durch die Einführung der Gemeinschaftsschule

MdlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/5114

Entwurf einer VO über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO)

Übernahme der bisherigen Regelstundenmaße der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, Unterrichtsverpflichtung der Schulleiter, Regelung zur Alters- und Schwerbehindertenermäßigung und den drei unterrichtsfreien Tagen; Neufassung der Altersermäßigung; Neuregelung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen

Mittlg LReg
s. *Lehrer*

Drs 15/5183

Gemeinschaftsschule Bammental - Wohin mit den abgewiesenen Schülerinnen und Schülern?

Überschreitung der vorgesehenen Aufnahmekapazitäten durch zu hohe Anmeldezahlen an der Gemeinschaftsschule „Elsentalschule Bammental“ und Planungen zur Beschulung der abgewiesenen Schüler

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 07.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5147
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 6
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA)

Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) für die einzelnen Schularten, Klassenstufen und Bildungsstandards, insbes Verfahren der Lernstandserhebung an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/5173

Verlosung von G9-Plätzen und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium

Situation um das Losverfahren um die G9-Plätze und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium, insbes Angebot flächendeckend zumutbarer Möglichkeiten für G9-Schulplätze, Ungleichbehandlung gegenüber Schulanmeldungen bei der Gemeinschaftsschule Deizisau, Gesprächstand des Gymnasiums mit dem RegPräs und dem Kultusministerium und weiteres Vorgehen

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/5223

Kommunen werden bei regionaler Schulentwicklung gegeneinander ausgespielt - Regionale Schulentwicklung auf der Laichinger Alb

Situation der regionalen Schulentwicklung in der Raumschaft Laichingen, insbes Stellenwert eines konsensualen Vorgehens, Zeitplan der Schulentwicklungsplanungen, Entwicklung der Schülerströme, Zukunft und Perspektiven der Schulstandorte, Auswirkungen der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5225

Novellierung des Schulgesetzes

-*Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen*

-*Paritätische Besetzung der Schulkonferenz*

-*Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens*

Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heim-

sonderschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Plant der Kultusminister eine Erhöhung der Arbeitszeit für Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen?

Hintergründe der geplanten Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/5287

Sachkostenbeiträge für baden-württembergische Schulen

Berechnung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2010/2011; Verwendung der Sachkostenzuweisungen pro Schüler durch die Schulträger; Finanzierung der Schulausstattung vonseiten der Schulträger; Anpassung der Sachkostenbeiträge für die verschiedenen Schularten im Zuge der regionalen Schulentwicklung; unterschiedliche Bemessung der Sachkostenbeiträge für Gemeinschaftsschulen und Realschulen

Antr
s. *Schulausstattung*
Drs 15/5310

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 06.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5322
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.04.2015 Drs 15/7081 S. 9-11
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5326

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sinsheim

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis; Schülerzahlen an den Werkrealschulen in Angelbachtal, Epfenbach, Helmstadt-Bargen, Meckesheim, Sinsheim und Eberbach; Zukunftsperspektiven für die einzelnen Schulen und Schulstandorte, insbes für die Gemeinde Angelbachtal nach der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule in Sinsheim

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5344

Investitionsbedarf durch Einführung der Gemeinschaftsschule - doch Anpassung der Schulbauförderrichtlinie lässt auf sich warten

Stand und Zeitplan zur Ausarbeitung der neuen Schulbauförderrichtlinie; Situation bei Schulentwicklung und Schulhausbau, insbes Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel, Ausstattungs- und Raumbedarf an den Gemeinschaftsschulen und den etablierten Schularten, Gewährleistung von Planungssicherheit für die Investitionen der Gemeinden im Schulbau

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/5529

Gefährdet eine Verortung der Sonderschullehrkräfte an den Regelschulen die Qualität?

Rolle der Sonderschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Aufbau eines inklusiven Bildungssystems; dienstrechtliche Verortung von Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen; Sicherung der Fachkompetenz der an Gemeinschaftsschulen tätigen sonderpädagogischen Lehrkräfte; Erläuterung der Begriffe „Schulen mit sonderpädagogischer Fachrichtungsexpertise“ und „Einrichtung mit sonderpädagogischen Handlungsfeldern“

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 15/5590

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sigmaringen

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis Sigmaringen; Schüler- und Anmeldezahlen an den Werkrealschulen in Bad Saulgau, Mengen, Sigmaringen, Krauchenwies, Pfullendorf, Meßkirch, Sauldorf und Gammertingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5626

Was macht das Kultusministerium mit den zusätzlichen 60 Millionen Euro Bundesmitteln?

Verteilungskriterien und Verwendung der zusätzlich verfügbaren 60 Millionen Euro Bundesmittel für den Schulbereich, insbes bei bildungspolitischen Projekten, zusätzlichen Deputaten, Ganztagserschulungsbau, Investitionen zur Umsetzung der Inklusion, individueller Schülerförderung, Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/5635

Ist die Gemeinschaftsschule eine geeignete Inklusionsschule?

Festsetzung der Gemeinschaftsschule als Schwerpunktschule für Inklusion; aktueller Umfang des inklusiven Unterrichts an Gemeinschaftsschulen; Umfang des gemeinsamen Lernens in Lerngruppen; Einbeziehung von Schülern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in das selbstorganisierte Lernen; Anzahl der an den einzelnen Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Verortung der überhäufig an Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Rechtsanspruch auf Aufnahme an einer Gemeinschaftsschule; Ausarbeitung und Umsetzung des inklusiven Bildungsangebots

Antr
s. *Inklusion*

Drs 15/5643

Realschulen lehnen vielfach Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ab - wie reagiert der Kultusminister?

Umgang mit der ablehnenden Haltung der Realschullehrer gegenüber der vom Kultusministerium geforderten Weiterentwicklung der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen; Verhinderung einer erneuten Dreigliedrigkeit des Schulsystems; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule durch Schüler mit einer Schullempfehlung für das Gymnasium oder die Realschule; Vorschriften für ein Reformkonzept zur Weiterentwicklung der Realschule; Erwerb eines Hauptschulabschlusses an der Realschule; Gewährung zusätzlicher Deputate; Perspektive für die Realschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5644

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Kunsterziehung*
Drs 15/5746

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen, insbes Anmeldungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschullempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwanderkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 15/5750

Grundschullempfehlung beim Übergang in weiterführende Schularten

Relevanz der Kenntnis der Schulübergangsempfehlung durch die weiterführenden Schulen, insbes die Gemeinschaftsschule; Abfrage der Grundschullempfehlung in Aufnahmeanträgen von Gemeinschaftsschulen; Nutzung der Schullempfehlung zur Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen; Schaffung eines passgenauen Förder- und Unterstützungsangebots durch eine verpflichtende Vorlage der Grundschullempfehlung an allen weiterführenden Schularten zum Schuljahr 2015/2016

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/5813

Will der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Noten abschaffen?

Haltung zur Notengebung in der Schule; öffentliche Meinung zur Abschaffung der Notenvergabe; Fachdiskussion über die Notenvergabe und über Alternativen zu Ziffernnoten; Funktion der Noten; Unterschiede zwischen Ziffernnoten und verba-

len Leistungsbeschreibungen; Erprobung alternativer Leistungsbewertungen an Gemeinschaftsschulen und Grundschulen; Akzeptanz und Vergleichbarkeit alternativer Leistungsbewertungen

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/5883

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 12.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6337

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Konstanz

Sachstand zu Verbesserungen im Bildungsbereich im LKreis Konstanz, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Sprachförderung, Ganztagschulbetrieb, Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Schulraumförderung, sonderpädagogischer Förderung, Studentenzahlen und Studienplätzen

KlAnfr
s. *Bildungswesen*
Drs 15/6394

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr Georg Wacker u.a. CDU 12.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6479

Aufhebung der Realschule Süßen

Zusammenlegung der Geschwister-Scholl-Realschule Süßen mit der Johann-Georg-Fischer-Gemeinschaftsschule Süßen; Beantragung einer Aufhebung oder Änderung der Geschwister-Scholl-Realschule durch die Stadt Süßen als Schulträger; Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren gegen einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss; Beteiligung der beruflichen Schulen sowie der lokalen Unternehmen und Kammern an der regionalen Schulentwicklung; Aufnahme von Schülern der Realschule Süßen an umliegenden Realschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/6485

Schüler- und Anmeldezahlen an Schulen des Ostalbkreises

Entwicklung der Schülerzahlen und Höhe der Anmeldungen für die Real- und Gemeinschaftsschulen und die Privatschule für das Schuljahr 2015/2016 im Ostalbkreis

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6713

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Ludwigsburg
Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den LKreis Ludwigsburg, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Hochschulfinanzierung

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/6732

Ergebnisse der Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA) für das Schuljahr 2014/2015
Ergebnisse der Lernstandserhebung unter Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) im Schuljahr 2014/2015 für die einzelnen Schularten und Bildungsstandards, insbes Erhebung und Ergebnisse der Gemeinschaftsschulen, Konsequenzen aus den Erkenntnissen

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/6901

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den Stadtkreis Mannheim
Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den Stadtkreis Mannheim, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7073

Werden Schüler gezielt an die Gemeinschaftsschulen gelenkt?
Sachstand zur Organisation der Schülerlenkung bzw des Klassenausgleichs in BW, insbes Einzugsgebiet und Anmeldeverfahren an Gemeinschaftsschulen, Beteiligung der Schulträger an der Einrichtung weiterer Klassen

Antr Konrad Eppe u.a. CDU 07.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7282

Anmeldezahlen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulstandorten

Sachstand zur Schülerzahlprognose und der Entwicklung der Anmeldezahlen für die Klassenstufe fünf der baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen je Standort seit deren jeweiliger Einrichtung; Vornahme bzw Verzicht auf Klassenausgleiche an benachbarten Standorten; Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7302 (14 S.)

Klassenausgleich

Sachstand zur Handhabung des Klassenausgleichs an den verschiedenen Schularten in BW, insbes Verwendung unterschiedlicher Maßstäbe an den einzelnen Schularten, Gleichbehandlung der Schularten Gemeinschaftsschule und Gymnasium

Antr
s. *Klassenstärke*
Drs 15/7320

Statusamt und Funktion baden-württembergischer Gemeinschaftsschullehrkräfte

Sachstand zur Situation um die sich unterscheidenden Besoldungsstufen der Lehrer mit unterschiedlichen Lehrbefähigungen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*

Drs 15/7321

Arbeitszufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen

Sachstand zur Arbeitsbelastung und Arbeitszufriedenheit von Lehrern an den Gemeinschaftsschulen, insbes Anzahl der Versetzungsanträge, Höhe der Ausfallzeiten

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/7323

Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen

Sachstand zu den im Teilgutachten für die Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen aufgedeckten Qualitätsmängeln und bildungspolitische Konsequenzen

Antr Georg Wacker u.a. CDU und Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 04.09.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7354 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 29-33
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Gemeinschaftsschulgutachten unbekannt - Qualitätsmängel bekannt. Was nun, Herr Stoch?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8165-8178

Warum bewerben sich an den Gemeinschaftsschulen eingesetzte Gymnasiallehrerinnen und -lehrer weg oder quittieren gar den Dienst?

Sachstand zu Versetzungs- bzw Entlassungswünschen von an Gemeinschaftsschulen eingesetzten Gymnasiallehrern im Vergleich zu an anderen Schularten eingesetzten

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/7877

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Rechtsstreit mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung statt Qualitätsverbesserung der Gemeinschaftsschule

Verfahrensstand der Klage wegen der Berichterstattung über das Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen; Höhe der angefallenen bzw noch anfallenden Rechtsanwalts- und Gerichtskosten; Maßnahmen des Kultusministeriums zur Behebung der Qualitätsdefizite an der genannten Schule und an anderen Gemeinschaftsschulen seit Bekanntwerden des Teilgutachtens

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.01.2016 und Stellungnahme KM Drs 15/7983

Verankerung von Gemeinschaftsschulen mit eigenem pädagogischem Konzept im Schulgesetz

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Kritische Betrachtung der angekündigten Gemeinschaftsschulen, Anstreben von mehr Bildungsgerechtigkeit mit der Zusammenführung von Haupt- und Realschulen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 40 41 49-52 57 68 73 77

Plädoyer für das gegliederte Schulsystem, Vermutung eines Zusammenhangs zwischen der Abschaffung der Grundschulempfehlung und Einführung der Gemeinschaftsschule, Angebot aller Schulabschlüsse an der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 293-296 302 322 332 335

Orientierung der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen an den Wünschen der Schulträger, Ausgestaltung eines gymnasialen Aufsatzers

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 339 343 344 346

Plädoyer für das gegliederte Schulwesen, Bewertung der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung als ersten Schritt zur Einführung der Gemeinschaftsschule, Erwartung einer besseren individuellen Förderung der Schüler in der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498-500 503-512 516 529

Angebot aller Schulabschlüsse an der Gemeinschaftsschule, Erwartungen an die neue Schulart

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 824 825 828 830-832

Bewertung der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung als ersten Schritt zur Einführung der Gemeinschaftsschule, Erwartung einer besseren individuellen Förderung der Schüler in der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 929 931 933

Kritische Betrachtung der angekündigten Gemeinschaftsschulen; Verweisung auf das große Interesse der kommunalen Schulträger, u.a. in Möglingen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 971 975 978 979 1010 1011 1013-1017 1021 1023

Erwartung eines steigenden Zulaufs der Privatschulen von Schülern aus den Gemeinschaftsschulen, Frage nach einer Konzeption für die neue Schulart, Erwartungen an die Akzeptanz und den Erfolg der Gemeinschaftsschule, Entwicklung von Werkrealschulen zu Gemeinschaftsschulen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1106 1110 1111 1115-1117 1122 1124 1129 1133 1134 1139 1162-1164 1166

Verweisung auf das Interesse der Kommunen an der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, Forderung eines Verzichts auf das Projekt Einheitsschule

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1196 1211 1237

Vorwurf einer bevorzugten Personalausstattung der Gemeinschaftsschulen zulasten anderer Schularten, Verweisung auf die Akzeptanz und Unterstützung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372-1377 1379-1381 1386 1388-1390 1392 1394 1395 1447 1448

Eintreten für die gleiche Ausstattung von Realschulen und Gemeinschaftsschulen, Weiterentwicklung der Realschulen zu echten Gemeinschaftsschulen, Erwartungen an die Akzeptanz und den Erfolg der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1629 1630 1633 1635 1637-1639

Vorwurf einer Privilegierung der Gemeinschaftsschulen zulasten anderer Schularten, Bezeichnung der Gemeinschaftsschule als Rettungsschirm für Kommunen im ländlichen Raum; Verzicht auf die Notengebung und Klassenwiederholung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972 1973 1977 1978 1981 1985 1987-1989 2012 2014 2016-2020

Gemeinschaftsunterkunft

s. *Unterkunft*

Gemischtwirtschaftliches Unternehmen

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Sachstand zu Situation und Führungskräften in Unternehmen mit mittelbarer oder unmittelbarer Beteiligung des Landes BW, insbes Entwicklung des Frauenanteils und der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, Maßnahmen zur Verhinderung einer Schlechterstellung von in Teilzeit arbeitenden Führungskräften

Antr

s. *Führungskraft*

Drs 15/7461

GemKVO

s. *Gemeindekassenverordnung*

Gemüse

Umsetzung des Schulfruchtprogramms

Umsetzung und Kofinanzierung des EU-Programms zur Förderung eines gesunden Ernährungsverhaltens mit Obst und Gemüse; Teilnehmerzahlen und Fördersummen im Schuljahr 2010/2011; Frage nach Verbesserungsvorschlägen

Antr

s. *Schulverpflegung*

Drs 15/175

Wie bringt die LReg das Schulfruchtprogramm voran?

Ausbau des Schulfruchtprogramms in BW, insbes Gewinnung weiterer teilnehmender Schulen

MdlAnfr

s. *Schulverpflegung*

Drs 15/4426

Beschränkung des Schulobst- und Gemüseprogramms auf bestimmte Bildungseinrichtungen

Anlass für die Beschränkung des Schulobst- und Gemüseprogramms im Schuljahr 2014/2015 auf bestimmte Bildungseinrichtungen; Erweiterung der teilnahmeberechtigten Einrichtungen im Schuljahr 2015/2016

MdlAnfr

s. *Schulverpflegung*

Drs 15/6342

Zukunft des Schulfruchtprogramms

Quantität und Qualität der Obstversorgung in Schulen und Tageseinrichtungen; Zahl der am Programm teilnehmenden Einrichtungen; Kofinanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in den anderen Bundesländern; Auskunft über die Bearbeitungsdauer von Anträgen, die Zahl der Lieferanten sowie ausstehende Zahlungen an Lieferanten

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/7905

Gemüseanbau

s. *Gemüsebau*

Gemüsebau

Perspektiven und Herausforderungen des Gemüsebaus auf der Insel Reichenau

Entwicklung, Zukunft und Unterstützung des Gemüsebaus auf der Insel Reichenau, insbes Bedeutung für Agrarstruktur, Versorgung, Landschaftsbild und Tourismus; Rückbau ineffizienter Gewächshäuser; Ermöglichung von Flurbereinigung und Diversifizierung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 25.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4088

BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 98 99

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Gemüsebaubetrieb

s. *Gemüsebau*

Gemüseerzeugung

s. *Gemüsebau*

Gemüseproduktion

s. *Gemüsebau*

Gender-Mainstreaming

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg LReg
s. *Frauenquote*
Drs 15/2787

Die Situation der Gleichstellungspolitik an den baden-württembergischen Hochschulen

Aktuelle Situation der Gleichstellungsförderung durch Gleichstellungsbeauftragte sowie schwerpunktmäßige Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity; Struktur und Verankerung der Gleichstellungsstellen in den Hochschulen; personelle und sachliche Ausstattung; Gleichstellungsmaßnahmen; Situation des Forschungsbereichs Gender Studies an den Hochschulen; Förderung von Professorinnen

GrAnfr
s. *Frauenpolitik*
Drs 15/2796

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstät-

ten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Umbenennung Studentenwerk in Studierendenwerk

Aufwand für die Studentenwerke infolge der Umbenennung; Übernahme der Kosten; Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache in den Gesetzestexten und der dafür zu veranschlagende finanzielle Aufwand

KIAnfr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/5348

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/6835

Genehmigung

s.a. *Genehmigungsbedürftige Anlage*

Standorte für Windkraftanlagen in BW

Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele bis 2020 bzw 2050, u.a. Verkürzung der Genehmigungsverfahren für Neu- und Ersatzbauten sowie Ausbau der Stromnetze für den Umstieg auf regenerative Energien insgesamt, Höhe der Kosten für eine generelle Erdverkabelung; Anwendung des Windatlas zur Erleichterung der Standortausweisung; Darlegung der zu erwartenden Konflikte, insbes auch aus der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der angestrebten stärkeren Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/170

Visualisierung von Windkraftanlagen

Möglichkeiten einer wirklichkeitsnahen Visualisierung zur Versachlichung der Diskussion über die Standortwahl; Unterstützung solcher Verfahren; Vorgaben für eine Visualisierung in objektiver und einheitlicher Form im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2695

Status der Windkraftnutzung im baden-württembergischen Teil des Regionalverbands Donau-Iller

Zahl der seit 2008 ausgewiesenen und rechtskräftig verabschiedeten Vorranggebiete für Windkraftanlagen; Zahl der errichteten Anlagen sowie der Bauanfragen in diesem Zeitraum; Rechtsgrundlage für die Genehmigung der einzelnen Standorte; Ge-

nehmigungsdauer; Stand des Anhörungsverfahrens zur Ausweisung von Standortvorrangflächen; Verbindlichkeit des Standortgutachten des TÜV Süd zur Windhöflichkeit für Standortentscheidungen; Modifizierung des Staatsvertrags für den Regionalverband Donau-Iller zugunsten einer Standortentscheidung der Kreise

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2988

Strahlenbelastung durch Mobilfunkanlagen

Gesundheitliche Risiken und rechtliche Möglichkeiten bei der Errichtung von Mobilfunkmasten, insbes Stärkung der kommunalen Kompetenzen im Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/3144

Wird die Schule bei der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule gehört?

Stellenwert der Meinungen und Haltungen der Entscheidungsträger vor Ort zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule; rechtliche Bedeutung der Zustimmung von Gemeinderat und Schule im Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3321

Der Ausbau der Windkraft kommt wegen großer planungsrechtlicher Probleme nicht voran

Anzahl und Gesamtleistung der im Jahr 2012 in den einzelnen Bundesländern in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen; Ausweisung von Vorranggebieten durch die Regionalverbände in den Regionalplänen und von Standorten durch die Kommunen in den Flächennutzungsplänen seit der Änderung des Landesplanungsgesetzes und dem Inkrafttreten des Windenergieerlasses; Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen; Gründe für die Ablehnung eines Standorts oder Vorranggebiets; Änderungen von Schutzgebietsverordnungen durch die unteren (Stadt- und LKreise) oder die höheren Naturschutzbehörden (Regierungspräsidien); Handreichungen für den Artenschutz

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3353

Ganztagsschulen im LKreise Calw

Zahlen und Genehmigungsverfahren von Anträgen auf Einrichtung einer Ganztagsschule im LKreise Calw; Ablehnungsgründe für den Antrag der Gemeinde Gechingen

KlAnfr
s. *Ganztagsschule*
Drs 15/3503

Die Arbeit an der Gemeinschaftsschule verdient Lob und Anerkennung

Beratertätigkeit von Peter Fratton im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Gründe für seinen Rückzug; vertragliche Vereinbarung mit seiner Ehefrau; Stellenwert individueller und kooperativer Lernformen im pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule; Rolle der Schulämter, Regierungspräsidien und Schulträger bei der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule auf kommunaler Ebene und bei den Eltern; Befürworter der Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3554

Genehmigung der Gemeinschaftsschule Lauda-Königshofen

Genehmigungsverfahren für die Gemeinschaftsschule Lauda-Königshofen, insbes Reihenfolge der einzelnen Verfahrensschritte und Einbindung der Entscheidung der Schulkonferenz

MdlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3731

Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden und/oder den Regionalverbänden bei der Festlegung des Wohnbauflächenbedarfs; Basis der neuen Kennziffern; Berücksichtigung der besonderen Situation von Städten oder Gemeinden mit Hochschuleinrichtungen; Auswirkungen auf die Grundstückspreise und Mieten in den Gemeinden; Wechselwirkung zwischen dem Wohnungsbau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/3909

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB im Ortenaukreis

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im Ortenaukreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/3916

Naturschutzgebiet Ulm-Lichternsee

Stand der Genehmigung und Beteiligungsprozess für die Ausweisung eines Naturschutzgebiets „Lichternsee“ an der Donau westlich von Ulm

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/4001

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel

Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/4084

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Heidenheim

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im LKreis Heidenheim, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4198

Windkraft im Landkreis Schwäbisch Hall

Zahl und Standorte der seit 2011 im LKreis Schwäbisch Hall genehmigten Windkraftanlagen; Auskunft über in Genehmigungsverfahren befindliche sowie voraussichtlich 2013 in Betrieb gehende Windräder; Abstände der in Betrieb genommenen Windenergieanlagen zu Wohngebieten und zu Schutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4238

Situation des Netzausbaus in BW

Bestehende Projekte, Umfang der Maßnahmen im Bezug zur Länge der Trassen sowie zum finanziellen Gesamtvolumen; Zuständigkeiten für die Planungs- und die Genehmigungsverfahren; Widerstand gegen Planungs- und Genehmigungsverfahren; Mittel der Netzbetreiber zur Behebung der Konflikte vor Ort; Unterstützung privater Bauträger bei der Umsetzung von Projekten; Erhöhung der Akzeptanz von Netzausbauprojekten durch Neuerungen im Verwaltungsvollzug; Auswirkungen dieser Neuerungen in der Akzeptanzsicherung auf die Verfahrensdauer einzelner Maßnahmen; Kosten der Planungs- und Genehmigungsverfahren; Bewertung des aktuellen Stands des Netzausbaus

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4240

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises Neckarsulm

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden im Wahlkreis Neckarsulm, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4242

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Schwäbisch Hall

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6

und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in Städten und Gemeinden im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4249

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Esslingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden im LKreis Esslingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4254

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im LKreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4256

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Anhörungen von Gemeindegremien, Städtetag oder den Regionalverbänden im Vorfeld der Neufassung dieser Vorschrift

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4257

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den LKreisen Lörrach und Waldshut

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden der LKreise Lörrach und Waldshut

hut, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4259

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des Bodenseekreises

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ auf die Gemeinden des Bodenseekreises; Wirkung zusätzlicher bodenseespezifischer Regelungen zur weiteren Begrenzung der Ausweisung von Bauflächen; Spielräume für örtlichen Bedarf, Berücksichtigung genereller oder regions- und ortsbezogener Bedarfsentwicklungen

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4262

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis Schorndorf

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Wahlkreis Schorndorf, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4263

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Emmendingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4274

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des Alb-Donau-Kreises (Wahlkreis 65 Ehingen)

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Alb-Donau-

Kreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf, Berücksichtigung genereller oder regions- und ortsbezogener Bedarfsentwicklungen

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4275

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Konstanz

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Konstanz, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4293

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Calw

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Calw, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4304

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Wahlkreisen 60 Reutlingen, 61 Hechingen-Münsingen und 62 Tübingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden in den Wahlkreisen Reutlingen, Hechingen-Münsingen und Tübingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4306

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Böblingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohn-

bauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Böblingen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Regionalplans, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Entwicklung der Bevölkerungsdichte; Perspektiven und Fördermaßnahmen der Innenstadtentwicklung sowie Auswirkungen steigender Grundstückspreise

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4307

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Gemeinden des LKreises Breisgau-Hochschwarzwald

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar, Konsequenzen für die Wohnungs- und Baulandpreise; Spielräume für örtlichen Bedarf; Berücksichtigung der besonderen Zuzugssituation vieler Gemeinden

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4313

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 31 Ettlingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Wahlkreis Ettlingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Rechtsverbindlichkeit der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4338

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 39 (Weinheim)

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen der Gemeinden im Wahlkreis Weinheim, insbes auf die Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil; Reaktionen seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4336

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Mannheim

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen in Mannheim; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil der Metropolregion; Reaktionen der Kommunen, Regionalverbände, kommunalen Landesverbände sowie der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau in Mannheim

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4337

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Umsetzung der zur Sicherung der Belange des Natur- und Artenschutzes in der Regional- und Bauleitplanung auf Grundlage des Windenergieerlasses notwendigen Maßnahmen durch die LReg

Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei der Genehmigung von Windkraftanlagen; Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden; Schutz der unter Ziffer 4.2 im Windenergieerlass BW vom 9. Mai 2012 definierten Tabubereiche; Kartierung der Horste geschützter Vögel; wissenschaftliche Untersuchung und Kartierung der Flugrouten von Vögeln und Fledermäusen; Aufschluss über den Vogelzug entlang des Alpennordrands und am Bodensee, Erforschung der Flughöhe nachts ziehender Vögel; Veröffentlichung der planungsrechtlich bedeutsamen Forschungsergebnisse; Zeitplan und Finanzierung der Maßnahmen

Antr
s. *Vogelschutz*
Drs 15/4445

Neue Haltung der LReg zu den Ausbauzielen bei der Windkraft in BW?

Erreichbarkeit der Ausbauziele bei Windkraftanlagen in BW; Äußerungen von Regierungsmitgliedern zum Ausbau der Windkraft; Validität der dem Windatlas zugrundeliegenden Daten; Verzicht auf die Vorlage eines Windgutachtens zur Beschleunigung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Antr
s. *Windenergieanlage*

Drs 15/4498

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemarkungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/4520

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen der Städte und Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Bevölkerungsentwicklung und -vorausrechnung für die Kommunen im Schwarzwald-Baar-Kreis; Unterstützung der Kommunen bei der Innenbereichsentwicklung

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4545

Länderöffnungsklausel für Abstandsregelungen von Windkraftanlagen nutzen

Einfügung einer Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch; Nutzung der Möglichkeit einer länderspezifischen Festlegung der Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung; Mindestabstände in der bisherigen Genehmigungs- und Rechtsprechungspraxis; Zunahme der Nabenhöhe; Leistungsklassen der in BW rentabel zu betreibenden Windenergieanlagen; Festsetzung des Mindestabstands zwischen Windkraftanlagen und Wohngebäuden auf 1.000 Meter

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4574

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 42 (Pforzheim)

Auswirkungen der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in Städten und Gemeinden im Wahlkreis Pforzheim, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4580

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4759

Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für Investitionen in Windenergieanlagen

Genehmigungsverfahren für den Bau einer Windenergieanlage (WEA) in BW, insbes Planungszeiten und -kosten, angemessenen Stichtagsregelung sowie Vertrauensschutz für bereits getätigte Investitionen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4768

Radtouristikfahrten in BW

Anzahl der jährlich als Breitensportveranstaltungen stattfindenden Radtouristikfahrten in BW; Gründe für die Genehmigungspflicht ab einer Teilnahme von 100 Personen; Verzicht auf eine Genehmigungspflicht für Radtouristikfahrten

KlAnfr
s. *Fahrradtourismus*
Drs 15/4958

Zusage vor Antragstellung? Ungereimheiten bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschule Salem klären

Mündliche Zusage für eine Umwandlung der Werkrealschule Salem in eine Gemeinschaftsschule; Aufklärung des Widerspruchs zwischen den Aussagen des örtlichen Schulleiters und des Ministerialdirektors im Kultusministerium in der Mündlichen Fragestunde vom 10. Oktober 2013; Konsequenzen einer rechtswidrigen Zusage; Sanktionierung einer falschen dienstlichen Erklärung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5034

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschulen; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungskonzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteiligung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/5040

Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe

Errichtungszahlen und Klageverfahren gegen den Betrieb von Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe; Handlungsbedarf zur Einschränkung der Verfahrens- und Genehmigungsfreiheit durch die Landesbauordnung bei der Errichtung dieser Windkraftanlagen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5180

Nationaler Strategieplan Aquakultur

Fertigstellung des Nationalen Strategieplans Aquakultur; Situation der Fischwirtschaft und -vermarktung in BW; Maßnahmen zur Steigerung der Fischproduktion, insbes Erleichterung der Genehmigung neuer Fischzuchtanlagen

Antr
s. *Aquakultur*
Drs 15/5219

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr
s. *Kiesabbau*
Drs 15/5220

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kennznisgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw
s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*
Drs 15/5294

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5326

Die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen in BW

Entwicklung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Windkraftanlagen und der Zahl der Windkraftanlagenhersteller in Deutschland während der letzten zehn Jahre; Auswirkungen der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Vergütung des Stroms aus Windkraft und die Genehmigung von

Windenergieanlagen; Entwicklung der Pachtpreise für Windkraftflächen und ihre Folgen für Struktur der Projektentwickler

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5339

Hubschrauberlandeplätze im LKkreis Esslingen

Genehmigung der Landeplätze nach § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

KlAnfr
s. *Landeplatz*
Drs 15/5347

Der Windkraftausbau im Land darf nicht mit der Brechstange erfolgen - die Anliegen der betroffenen Bürger müssen Gehör finden

Bürgerinitiativen gegen die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in BW; Berücksichtigung der Anliegen der Bürgerinitiativen; Erschwerung einer Bürgerbeteiligung wegen sich überschneidender Zuständigkeiten der Kommunen und Regionalverbände beim Ausweisen von Windkraftstandorten; Umgang mit den Befürchtungen betroffener Bürger; Gewichtung und Beachtung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5483

Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A) 8

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bisherige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung; Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direkten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines Direktanschlusses an die A 8

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/5564

Versorgungssicherheit und Energiewende nicht gefährden! - Baden-Württemberg steht zum Netzausbau

Aufforderung an den Bund, ein transparentes Genehmigungsverfahren festzulegen und die Bundesnetzagentur als Genehmigungsbehörde mit ausreichenden Ressourcen auszustatten; bundesrechtliche Regelung zur Nutzung von Teilerdverkabelungen für Gleichstromprojekte; Befürwortung eines zügigen, umweltschonenden und wirtschaftlichen Netzausbaus im Bundesrat

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/5863

Fernbusse ermöglichen mehr Mobilität

Fernbus-Unternehmen sowie Fernbus-Linien in BW; Genehmigungspraxis für Fernbus-Verbindungen; Einrichtung eigener Haltestellen für Fernbus-Verbindungen; Fördermittel aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Kapazitäten des geplanten Fernbus-Bahnhofs am Flughafen Stuttgart

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/6079

Artenschutz beim Windkraftausbau im Stadtkreis Pforzheim

Auskunft über vorliegende Genehmigungsanträge und Voranfragen zum Bau von Windkraftanlagen; Berücksichtigung des vom Naturschutzbund Deutschland, Ortsverein Engelsbrand, ausführlich dokumentierten Vorkommens von Rotmilanen im Gebiet der Büchenbronner Höhe und des Saubergs bei der artenschutzrechtlichen Prüfung der geplanten Windkraftanlagen; Anpassung des Teilflächennutzungsplans Windenergie

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6103

Windpark Schurwald im Bereich Esslingen/Plochingen

Stand der Errichtung des Windparks Schurwald; Bedenken von Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld der Genehmigung; Beeinträchtigung des An- und Abflugs am Flughafen Stuttgart durch die Windkraftanlagen; Abstand zur Wohnbebauung; Gesundheitsgefährdung durch Licht- und Lärmemission

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6219

Auswirkungen der Novel-Food-Verordnung 258/97/EG auf BW

Zulassung für Novel-Food-Produkte; Nachweispflicht für die Hersteller der Produkte; Brauchbarkeit des „Novel Food Catalogue“ der Europäischen Kommission; Anerkennung von Positivlisten anderer EU-Staaten in Deutschland; Beurteilung des mit dem Genehmigungsverfahren verbundenen Aufwands insbes für kleinere Hersteller; Haltung zu einer Novellierung der Novel-Food-Verordnung; Produktion von Novel-Food-Produkten in BW und deren Überwachung

Antr

s. *Novel-Food-Verordnung*

Drs 15/6247

Windkraftanlagen

Konsequenzen aus dem im Auftrag des „Landesverbands baden-württembergischer Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ erstellten Rechtsgutachtens für den Windenergieerlass; Aussetzung laufender Genehmigungsverfahren

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6267

Fragen zur Planungs- und Genehmigungspraxis sowie zur energie- und volkswirtschaftlichen Bedeutung von Windkraftanlagen

Sachstand zur Planungs- und Genehmigungspraxis von Windkraftanlagen, insbes Verbindlichkeit der im Windatlas und im Potenzialatlas des Landes genannten Windwerte, Berücksichtigung von Körperschallübertragungen und Geräuschen beim Immissionsschutz

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6318

Hundetrainer-TÜV in BW

Eignungsnachweis für Hundetrainer zur Führung einer Hundeschule oder Hundepension; Einführung von Prüfungen; Erhebung von Prüfungsgebühren; Anerkennung bereits abgeschlossener Prüfungen und Lehrgänge; Notwendigkeit eines Eignungsnachweises für bereits eine Hundeschule oder Hundepension betreibende Hundetrainer

Antr

s. *Tierhaltung*

Drs 15/6417

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6441

Geplante Windkraftanlage Zollstock-Springstein (Rems-Murr-Kreis)

Sachstand zum Genehmigungsverfahren der geplanten sechs Windkraftanlagen im Bereich Zollstock-Springstein, insbes Berücksichtigung der Flugsicherheit, Suche nach Alternativen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6599

Genehmigungsbedürftige Anlage

s.a. *Genehmigung*

s.a. *Industrieanlage*

Neuregelungen für Biogasanlagen durch neues Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf den Betrieb von Biogasanlagen in BW; fachliche Einschätzung der Neuregelungen; Verwendung tierischer Nebenprodukte in Biogasanlagen; Kategorisierung eines vergärbaren Stoffes als Abfall, Konsequenzen dieser Einstufung für die Zusammensetzung der Verwertungsmasse

Antr

s. *Biogasanlage*

Drs 15/2789

Genehmigungsverfahren

s. *Genehmigung*

Generalstaatsanwalt

s. *Generalstaatsanwaltschaft*

Generalstaatsanwaltschaft

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW
Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf

das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/5143

Einflussnahme der GRÜNEN in Landtag und Ministerien von BW bei der Stellenbesetzung in der Staatsanwaltschaft

Hintergründe der Besetzung der Position des Generalstaatsanwalts in BW, insbes Kommunikation zwischen Justizministerium und Staatsministerium sowie Einflussnahme der Landtagsfraktion der Grünen

Antr CDU 15.05.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5201
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8117-8125

Versuchte Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Ernennung eines Generalstaatsanwalts?

Dokumentation des Telefonats zwischen dem Staatssekretär im Staatsministerium und der Amtschefin im Justizministerium; Verfügungen anlässlich oder infolge des Telefongesprächs; übliche Form der Unterrichtung des Kabinetts und anderer Ministerien über die Ernennung eines Generalstaatsanwalts durch das Justizministerium

Antr FDP/DVP 21.05.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5233

Generalverkehrsplan

s. *Verkehrsplanung*

Genetisch verändertes Lebensmittel

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Genetische Diversität

s. *Biodiversität*

Gen-Food

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Genitalverstümmelung

s. *Beschneidung*

Genlebensmittel

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Genmodifiziertes Lebensmittel

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Genossenschaft

s.a. *Kreditgenossenschaft*

Dorfläden in BW

Entwicklung der kleinen Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum in den letzten zehn Jahren; Bedeutung für die Nahversorgung in kleinen Kommunen, insbes für die ältere Bevölkerung; Möglichkeiten zur Erhaltung und Neueröffnung der Läden in der Rechtsform einer Genossenschaft, Unterstützung der Kommunen und des bürgerschaftlichen Engagements

Antr
s. *Lebensmitteleinzelhandel*
Drs 15/676

Genossenschaftswesen in BW

Entwicklung des Genossenschaftswesens in den letzten zehn und in den kommenden Jahren; Darstellung der Tätigkeitsschwerpunkte und Wirkungen, insbes im ländlichen Raum; Bewertung der zunehmenden Zahl von Energiegenossenschaften und deren Beitrag zur Energiewende; Frage nach Maßnahmen zur Förderung des Genossenschaftswesens

Antr CDU 18.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1870

PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3662-3669

Wirtschaftsförderung bei Fortführung des Geschäftsbetriebs insolventer Unternehmen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Weiterführung einiger Filialen der insolventen Drogeriemarktkette S. durch die ehemaligen Mitarbeiter, Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Konzepts des geplanten Genossenschaftsmodells und der Wettbewerbschancen; Unterstützung mit Existenzgründungsdarlehen, Bürgschaften u.a. Instrumenten der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände?

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/2282

Entwicklung der Bürgerenergiegenossenschaften in BW

Situation der Energiegenossenschaften in BW und im Ländervergleich, insbes Gesamt- und Mitgliederzahl, abgedeckte Energiebereiche, Anteil an Stromerzeugung und -verbrauch, Auszahlung von Dividenden, Ausrichtung des Geschäftsmodells an der Stromselbstvermarktung bzw der Abschöpfung der Einspeisevergütung, Zusammenarbeit mit regionalen Energieversorgern; beratende und finanzielle Unterstützung der Energiegenossenschaften durch das Land und Ausgestaltung der Förderung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/4195

Auswirkungen der geplanten Erweiterung des Kleinanlegerschutzes

Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Kleinanlegerschutz; Praktikabilität der vorgesehenen Ausnahmen von der Prospektspflicht für über Internet-Dienstleistungsplattformen angebotene Vermögensanlagen, für Darlehen von Kleinstkapitalgesellschaften an soziale und gemeinnützige Projekte sowie von Darlehen von Mitgliedern einer Genossenschaft an ihre Genossenschaft; Gefährdung der Finanzierung gemeinnütziger Einrichtungen und Initiativen durch das geplante Kleinanlegerschutzgesetz

Antr
s. *Anlegerschutz*
Drs 15/6409

Bewertung der zunehmenden Zahl von Bürgergenossenschaften für Windkraftanlagen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1943 1945 1947 1949

Genossenschaftsbank

s. *Kreditgenossenschaft*

Genossenschaftswesen

s. *Genossenschaft*

Genozid

s. *Völkermord*

Gentechnik

s.a. *Gentechnisch veränderter Organismus*

s.a. *Klonen*

Eiweißpflanzen in BW

Umfang des eigenen Anbaus von Eiweißpflanzen und des Imports von Sojaschrot für die Fleischproduktion; Anstreben eines höheren Selbstversorgungsgrads mit gentechnikfreiem Soja, Unterstützung des Konzepts der „Donau-Bohne“

Antr

s. *Sojabohne*

Drs 15/190

Gentechnikfreies BW - Chance für Landwirtschaft, Natur und VerbraucherInnen/Verbraucher

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1706-1717

„Eiweißstrategie für BW“

Steigerung des Anbaus von Eiweißpflanzen ohne Gentechnik seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 15/190; Ergebnisse der Anbau- und Sortenversuche zur Entwicklung von Verfahren für eine verlustarme Konservierung eiweißreicher Grünland- und Ackerfuturaufwüchse; Bewertung des bayerischen Aktionsprogramms „Heimische Eiweißfuttermittel“; Entwicklung der o.g. Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Importsoja in der Rinderhaltung, ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfs in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung

Antr

s. *Futtermittel*

Drs 15/1696

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg

Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr GRÜNE 23.05.2012 und Antw LReg Drs 15/1750 (15 S.)

PIPr 15/52 28.11.2012 S. 3027-3035

Landschaft und Lebensmittel ohne Gentechnik - Chance für Mensch und Natur

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2627-2638

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Drs 15/4509

Verbraucherinnen und Verbraucher schützen - keine Zulassung für Genmais in Europa

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5375-5383

„Rote“ Gentechnologie in Arzneimitteln

Haltung der LReg zum Einsatz der „roten“ Gentechnik in der modernen Medizin, der pharmazeutischen Forschung und bei der Herstellung von Arzneimitteln

KIAnfr Stefan Teufel CDU 27.06.2014 und Antw SM Drs 15/5387

Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-out“?

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr GRÜNE und SPD 17.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6283

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Union betreffend die Richtlinie zur Beschränkung oder Untersagung des Anbaus von GVO in den Mitgliedstaaten

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6954

Importverbot gentechnisch veränderter Lebensmittel und Versorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln

Sachstand zur Versorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln ohne gentechnisch veränderte Organismen (GVO), insbes Marktsituation und Anbauförderung GVO-freier Eiweißfuttermittel, Möglichkeit eines Importverbots für gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel durch einzelne EU-Mitgliedstaaten

Antr

s. *Futtermittel*

Drs 15/7251

Gentechnikrecht

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Uni-
on betreffend die Richtlinie zur Beschränkung oder Untersagung
des Anbaus von GVO in den Mitgliedstaaten*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/6954

Gentechnisch hergestelltes Lebensmittel

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Gentechnisch modifiziertes Lebensmittel

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Gentechnisch veränderter Organismus

s.a. *Gentechnik*

*Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-
out“?*

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr
s. *Gentechnik*
Drs 15/6283

*Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der
Landschaftspflege*

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Gestaltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw
s. *Naturschutzgesetz*
Drs 15/6886

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Uni-
on betreffend die Richtlinie zur Beschränkung oder Untersagung
des Anbaus von GVO in den Mitgliedstaaten*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/6954

*Importverbot gentechnisch veränderter Lebensmittel und Ver-
sorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln*

Sachstand zur Versorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln ohne gentechnisch veränderte Organismen (GVO), insbes

Marktsituation und Anbauförderung GVO-freier Eiweißfuttermittel, Möglichkeit eines Importverbots für gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel durch einzelne EU-Mitgliedstaaten

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/7251

Gentechnisch verändertes Lebensmittel

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

*Auswertung der Ausschussreise nach Brasilien - Lebensmittel
ohne Gentechnik erzeugen und vermarkten*

Situation des weltweiten Sojaanbaus und des Handels mit Soja und Sojaprodukten; soziale, ökologische und ökonomische Folgen des Sojaanbaus in Hauptanbauländern; Alternativen zu GVO-freiem Soja aus Südamerika; Eiweißpflanzenanbau und Bedarf an Eiweißfuttermitteln in der baden-württembergischen Tierhaltung; Gegenüberstellung der Nutzung von Soja aus Südamerika mit einer Nutzung von einheimischen/europäischem Soja in der Fleischproduktion; Ausbau der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln; Absatz von als gentechnikfrei gekennzeichneten Futtermitteln; Ergänzung des Qualitätszeichens BW (QZBW) im tierischen Bereich um das Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/5010

*Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-
out“?*

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr
s. *Gentechnik*
Drs 15/6283

Gentechnologie

s. *Gentechnik*

Genussmittelgewerbe

s. *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe*

Genverändertes Lebensmittel

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Geodaten

s. *Geoinformation*

Geografie

Welche Zukunft hat das Fach Geografie bzw Erdkunde im neuen Bildungsplan?

Stellenwert und Zukunft des Faches Geografie bzw Erdkunde an den Schularten in BW und angestrebte Stundenausstattung im Bildungsplan 2015

Antr Georg Wacker u.a. CDU 31.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3896
 BeschIEmpf und Bericht BildungsA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 16
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Welchen Stellenwert hat das Fach Geografie im neuen Bildungsplan?

Sachstand zur geplanten Streichung von zwei Stunden des Faches Geografie in der Kontingenzstundentafel, insbes Bedeutung des Fachs, Auswirkungen der Stundenkürzung auf das Ziel der Allgemeinbildung, Zusammenhang mit dem neu geplanten Fach Berufs- und Wirtschaftsorientierung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7283

Geografische Herkunftsangabe

s. *Herkunftsbezeichnung*

Geoinformation

Geodatenbasierte Online-Plattform für Hinweise aus der Bürgerschaft

Nutzen und Effekte o.g. Plattformen für Mängelhinweise wie z.B. „Maerker Brandenburg“ oder das von der Stadt London eingesetzte System während der Olympischen Spiele; Beurteilung der Möglichkeit zur Ergänzung des Geodatenportals des Landes um eine entsprechende Feedbackfunktion oder Nutzung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung als Datengrundlage; Überlegungen zur Einbeziehung von Geodaten in die Bürgerbeteiligungstrategie

KlAnfr Alexander Salomon GRÜNE 10.09.2012 und Antw IM Drs 15/2301

Open Data für Geobasisdaten der baden-württembergischen Vermessungsverwaltung

Bedeutung und Freigabe amtlicher Geobasisdaten im Sinne des Open-Data-Prinzips, insbes Datenform, Datenstruktur, Unentgeltlichkeit, Umfang, Lizenzierung und Konsequenzen der Verfügbarmachung; Nutzung ehrenamtlich gesammelter Geodaten durch das Land BW; Freigabepraxis anderer Bundesländer bei Geobasisdaten

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 18.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2893
 BeschIEmpf und Bericht LandwA 27.02.2013 Drs 15/3398 S. 89
 PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung BW (LGL) - Schließung des Standorts Karlsruhe

Aufwendungen, Einsparpotenziale und Auswirkungen der Zentralisierung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) durch Schließung des Standorts Karlsruhe, insbes geplante Aufgabenveränderung beim LGL, Planung der Stellenentwicklung, Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse für den Standort Karlsruhe, Standorterhalt durch Veränderung von Aufgaben und Bündelung von Kompetenzen

Antr

s. *Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg*

Drs 15/4070

Unfallschwerpunktkarte für BW

Einsatz des Instruments des Verkehrssicherheitscreenings in BW; Veröffentlichung der Unfallschwerpunktkarte; Einspeisung der aus den Unfallstreckenanalysen gewonnenen Daten in ein System zur interaktiven elektronischen Unfallverhütung; Übermittlung der Daten an die Versicherungswirtschaft

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/4371

Bodenschutz im Forst

Bodenschutzkonzept des Landesbetriebs ForstBW iR einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung des Staatswalds; Empfehlungen für die Bewirtschaftung von Körperschafts- und Privatwäldern; Anteil der Feinerschließung im Forst im Verhältnis zur Produktionsfläche; Grenzwerte für Fahrspurtiefen in Rückegassen; Standards und Regelungen zur Vermeidung von Bodenschäden bei der Waldbewirtschaftung; Anforderungen für Verträge mit Unternehmern im Forst im Hinblick auf eine Zertifizierung der Waldbewirtschaftung (PEFC, FSC); Kartierung der Befahrbarkeit von Waldböden

KlAnfr

s. *Wald*

Drs 15/4616

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4804

Praktische Fragen zur Fauna-Flora-Habitat (FFH-)Kartierung

Rechtlicher Rahmen der FFH-Kartierung; Veränderungen in der Bewaldung von FFH-Flächen gegenüber dem Jahr 2012; Fläche der Mähwiesen innerhalb und außerhalb von FFH-Gebieten; Information der angrenzenden Bewirtschafter und Eigentümer über bevorstehende FFH-Kartierung; rechtliche Auswirkungen der FFH-Kartierung; Fachbegleitung der betroffenen Bewirtschafter; Ausweisung von Referenz-Parzellen; künftige Förde-

zung der Bewirtschaftung von FFH-Mähwiesen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/5355

Rechtsunsicherheiten bei der Umsetzung von § 29 Wassergesetz für BW an künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben
Einstufung künstlich hergestellter Gräben als Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung; Entfernung der künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben aus dem Amtlichen Digitalen Wasserwirtschaftlichen Gewässernetz (AWGN)

Antr
s. *Wassergesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/5861

Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen

Sachstand zur Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen, insbes Planungsstand der einzelnen Schulen, Nutzung des internetbasierten Informationssystem WebGIS des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6923

Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte

Sachstand zur Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte durch die Landesverwaltung, insbes Gebührenerhebung, Vergleich mit dem Service in Hessen und Rheinland-Pfalz

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 18.01.2016 und
Antw MLR Drs 15/7954

Geoinformationssystem

s. *Geoinformation*

Geologie

Anerkennung deutscher Kommunen im Sinne des Sachplans geologische Tiefenlager der Schweiz

Auflistung der o.g. Kommunen bzw der als „weiter betroffen“ anerkannten Kommunen sowie der hierfür maßgeblichen Kriterien, Beurteilung des für die Betroffenheit zugestandenen Umkreises von fünf Kilometern; Unterstützung der Anerkennung der Gemeinde Gottmadingen als „weiter betroffene Kommune“

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/2170

Geothermie

s. *Geothermische Energie*

Geothermische Energie

s.a. *Wärmeversorgung*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern
Beurteilung o.g. Gasförderungsvorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Energiegewinnungsmethode - evtl über die Landesplanung und Ausweisung von Ausschlussgebieten

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/217

Geothermie-Schäden in Leonberg

Ausmaß der Schäden an Gebäuden in einem Wohngebiet im Ortsteil Eltingen nach einer Geothermiebohrung, Beurteilung der vom Landratsamt Böblingen zur Genehmigung erteilten Auflagen und deren Überwachung, Konsequenzen für künftige Genehmigungen und für die Kriterien zur Zertifizierung von Baufirmen für Geothermiebohrungen; Möglichkeiten zur Unterstützung der Betroffenen bei der Schadensbehebung durch finanzielle Vorleistungen

Antr
s. *Bauschaden*
Drs 15/428

Unkonventionelle Gasförderung und Ölschieferorkommen in BW

Beurteilung der o.g. Vorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Bewertung der Empfehlungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft für ein grundsätzliches Verbot von Explorationsbohrungen in Trinkwasserzonen; Anpassung des rechtlichen Instrumentariums für die Genehmigung und Prüfung von Risiken

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/1598

Perspektive und Nutzung der Geothermie in BW

Stand und Perspektiven der Strom- und Wärmegewinnung durch oberflächennahe und tiefe Geothermie, Entwicklung der installierten Erdwärmesonden und geothermischen Gebäudeheizungen in den letzten fünf Jahren, Auswirkungen der Schadensfälle in Staufen, Schorndorf und Leonberg auf die Akzeptanz der Technologie, Erfahrungen mit den geänderten Anforderungen; Vorgaben und Förderprogramme von Bund und Land, Perspektiven für Ausbau und Nutzung der Tiefengeothermie bundes- und landesweit

GrAnfr SPD 25.04.2012 und Antw LReg Drs 15/1607 (11 S.)
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2682-2689

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Ergänzung energiepolitischer Maßnahmen des Bundes durch eigene Landesprogramme, u.a. zur Erzeugung von Biomasse als Energieträger oder durch die Geothermie und Wasserkraft

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Planungen zu Erdwärmebohrungen in Korntal-Münchingen

Stand der o.g. Planung und Bürgerbeteiligung, Information der betroffenen Anwohner über die Gefahren und Haftungsfragen im Schadensfall; Frage nach einer gutachterlichen Grundlage für die Aussage des zuständigen Landratsamts, dass man keine Schäden an Gebäuden erwarte

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 09.10.2012 und Antw UM
Drs 15/2447

Energetische Sanierung von Landesliegenschaften mittels Contracting-Verfahren

Umfang der bislang durchgeführten und künftig möglichen Sanierungen des Landes und der Kommunen im Rahmen des Projekts VIRE und von Energieeinspar-Contracting unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020; Einschätzung der Einsparungen an CO₂-Emissionen sowie Heiz- und Stromkosten; Wirtschaftlichkeit des Einbaus von Blockheizkraftwerken sowie von solarthermischen Anlagen und Erdwärmesonden im Zuge von Contracting-Verfahren

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2580

Gebäudeschaden durch Erdhebungen in Böblingen

Ausmaß der Gebäudeschäden und Probleme der betroffenen Gebäudeeigentümer; Soforthilfe für die Hauseigentümer von Seiten der Stadt und des LKreises Böblingen sowie des Landes; Unterstützung der Gebäudeeigentümer bei den Haftungsfragen; Geltendmachung von Ansprüchen aus der verschuldensunabhängigen Haftung der Bohrfirmen gegenüber den Haftpflichtversicherern; Ermittlung der Ursachen für die Erdhebungen

KlAnfr
s. *Bauschaden*
Drs 15/4265

Erdhebungen in Böblingen - Die LReg soll sich endlich ein Bild vor Ort machen

Ursache und Umfang der Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Erdhebungen in Böblingen; Ortstermin der LReg zur Schadensbegutachtung; Schadensersatzleistungen und Soforthilfe für betroffene Bürger; Gefahren durch Erdwärmebohrungen und Maßnahmen zur Schadensverhinderung

Antr
s. *Sachschaden*
Drs 15/4830

Entwicklung der oberflächennahen Geothermie in BW

Arten der oberflächennahen Erdwärmennutzung; Entwicklung der Erdwärmennutzung, insbes seit der Einführung der Leitlinien Qualitätssicherung Erdwärmesonden (LQS EWS) im Jahr 2011; Reduzierung des Risikos von durch Erdwärmesonden verursachten Schäden; Rolle der oberflächennahen Geothermie bei der Energiewende; Forschungsförderung

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 22.12.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6313
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 40-42
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Anfrage zur Gefahreneinschätzung durch Erdwärmesonden in der Stadt Böblingen im Zeitraum von 2002 und 2006 bis 2008

Änderungen in der Gefahreneinschätzung für das Wasserschutzgebiet Böblingen III; Genehmigung von Erdwärmesonden im Zeitraum 2006 bis 2008; Zahl der Anträge, Durchführung von

Einzelprüfungen; Auflagen zur Bohrausführung

KlAnfr
s. *Bohrung*
Drs 15/7859

Erforschung der geologischen Lagen für den Ausbau der Tiefengeothermie; verbesserte Überwachung und Schadensversicherung nach den Schadensfällen in Leonberg

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 621 623 629

Eignung des Landes für die tiefe Geothermie, Anstreben eines Anteils von 10 % an der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1339-1341

Eignung des Landes für die tiefe Geothermie, Anstreben eines Anteils von 10 % an der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2241 2244 2247

Geowissenschaftliches Gemeinschaftsobservatorium (Schiltach)*Schutzzone für das Black Forest Observatory (BFO)*

Ausweitung der Schutzzone um das Geowissenschaftliche Gemeinschaftsobservatorium in Schiltach; Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb der Schutzzone

KlAnfr Norbert Beck CDU 08.03.2016 und Antw MVI Drs 15/8099

Gerabronn*Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg*

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2284

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Gerät

s.a. *Elektrogerät*
s.a. *Messgerät*

Erhalt der Arbeitsfähigkeit der baden-württembergischen Untersuchungseinrichtungen

Investitionsbedarf der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts zur Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien für die notwendigen Untersuchungen; Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Sicherstellung eines hohen Verbraucherschutzniveaus

Antr

s. *Untersuchungsamt*

Drs 15/2128

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5891

Finanzierung der Ausstattung der Hochschulen mit Großgeräten

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 286

Geräuschbelästigung

s. *Lärm*

Geräuschbelastung

s. *Lärm*

Geriatric*Geriatriche Institutsambulanzen*

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/1569

Krankenhausstruktur im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausbetten in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw. Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbrunn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatriche Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 15/2783

Geriatriche Rehabilitation in BW

Nachfrage nach geriatriche Rehabilitationseinrichtungen; Wirksamkeit geriatriche Leistungen im Hinblick auf den Eintritt der Pflegebedürftigkeit alter Menschen; Angebote in sta-

tionärer, ambulanter und mobiler Form; Stand der Kostenübernahme durch die Krankenkassen; Zweckdienlichkeit der geriatriche Versorgungsstrukturen; Verknüpfung der medizinischen Versorgung älterer Menschen mit den Pflegestrukturen; Beteiligung der Pflegeversicherung an den Kosten der geriatriche Rehabilitation

Antr

s. *Rehabilitation*

Drs 15/4614

Geriatriche Fachkompetenz in BW fördern

Bedeutung und Situation der geriatriche Fachkompetenz in BW, insbes im Bereich der ärztlichen Aus- und Weiterbildung, Bedarfsdeckung an qualifiziertem Krankenhauspersonal, Einrichtung bzw. Besetzung von Lehrstühlen für Geriatriche

KlAnfr Katrin Schütz CDU 09.10.2014 und Antw MWK Drs 15/5857

Gericht

s.a. *Amtsgericht*

s.a. *Arbeitsgerichtsbarkeit*

s.a. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

s.a. *Bundesverfassungsgericht*

s.a. *Finanzgericht*

s.a. *Gerichtsentscheidung*

s.a. *Klage*

s.a. *Landgericht*

s.a. *Schiedsrichterliches Verfahren*

s.a. *Sozialgerichtsbarkeit*

s.a. *Staatsgerichtshof*

s.a. *Verwaltungsgericht*

Einstellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Ernennung auf Lebenszeit

Kriterien für die Besetzung freier Planstellen und (vorzeitige) Ernennung auf Lebenszeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den Fachgerichtsbarkeiten; Gewährleistung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der Bewerber bei der Ausschreibung und Vergabe der freien Planstellen

KlAnfr

s. *Richter*

Drs 15/655

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 11: Personaleinsatz in den öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten

Mittlg LReg 21.12.2011 Drs 15/1079

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1332

Mittlg LReg 11.12.2012 Drs 15/2791

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3223

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Mittlg LReg 23.07.2014 Drs 15/5491

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5720

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Wirtschaftskriminalität und Internet

Personelle und finanzielle Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz
Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1771

Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnisgesetz - JWBG)

Vereinheitlichung und Kodifizierung der Auswahl polizeirechtlicher Befugnisse gegenüber Dritten, die der Justizwachtmeisterdienst zu Gefahrenabwehr und Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, insbes im Vorführdienst, bei der Bewachung Gefangener, bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Amtsgebäuden und bei der Vollziehung richterlicher und staatsanwaltschaftlicher Anordnungen

GesEntw
s. *Justizwachtmeisterbefugnisgesetz*
Drs 15/3076

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 9 - Personalplanung in der Justiz (Kap 0503, 0505 bis 0507, 0509, 0511 und 0512)

Mittlg RH
s. *Personalplanung*
Drs 15/5409

Ergebnisse der PEBB§Y-Fortschreibung 2014

Sachstand zu konkreten Auswirkungen der vollständigen Fortschreibung der PEBB§Y-Personalbedarfsberechnung 2014 für den Personalbedarf und den Personaldeckungsgrad der verschiedenen Berufsgruppen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 23.07.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/7223 (33 S.)

Bewertung der Arbeitsbelastung und Personalausstattung der Gerichte, Investitionen in die Sicherheit bei den Gerichten

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293-1295 1300

Gerichtsbeschluss

s. *Gerichtsentscheidung*

Gerichtsentscheidung

s.a. *Freiheitsstrafe*

Wohnorte der rechtskräftig Verurteilten im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“

Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten u.a. rechtswidrigen Handlungen seit 2010, Wohnsitze der Verurteilten bzw Angabe des Bundeslandes bei Wohnsitzen außerhalb von BW

Antr

s. *Wohnsitz*
Drs 15/304

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Straftaten in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafenschuldner

KlAnfr
s. *Haft*
Drs 15/2587

Verfahren wegen Produktpiraterie in BW

Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Verletzungen des Marken- und Urheberrechts in den letzten zehn Jahren; Art der Rechtsverletzung; Anteil der Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Ausübung; Höhe des wirtschaftlichen Schadens

Antr
s. *Produktpiraterie*
Drs 15/2794

Mögliche Auswirkung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom 19. Juni 2013 auf die von der LReg angebotene Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW

Relevanz und Auswirkung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom 19. Juni 2013 auf die Genehmigung der Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW, insbes tragende Urteilerwägungen, Konsequenzen für das Verwaltungsverfahren zur Genehmigung der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle, Folgen für den politischen Prozess zum Erlass eines Standortauswahlgesetzes

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3738

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. *Versicherungspflicht*
Drs 15/4477

Chaos beim Start der Polizeireform: Stopp der Besetzung der Führungspositionen der Polizei durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe

Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Führungsebene und Verwendung der derzeit kommissarisch einge-

setzten Leiter, übergangsweise Rückführung der Polizei in die bis zum 31. Dezember 2013 geltende Struktur bis zu einer rechtmäßig erfolgten Führungspersonalauswahl

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4607

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten
Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014
Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidiums Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4654

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4715

Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten
Rangstufen der als Vizepräsidenten zu entbindenden 14 Beigeladenen in den regionalen Polizeipräsidien und im Polizeipräsidium Einsatz; Rangfolge der Beigeladenen im Verhältnis zu den rangdienstältesten Polizeivollzugsbeamten des höheren Diensts; Wahrnehmung von Vertretungsfunktionen durch die Beigeladenen; Vertreter der kommissarisch eingesetzten Präsidenten

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4765

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5733

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 15.10.2014 und Antw
StM Drs 15/5877

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit
Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofssatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/5979

Befassung der LReg mit den E-Mail-Konten des MinPräs a.D. Mappus und Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Vergütungsregelung für das Gutachten zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim; Kommunikation der LReg über die mittlerweile vernichteten E-Mail-Konten des Ministerpräsidenten a.D. Mappus und die Ergebnisse, insbes innerhalb der LReg, mit Angehörigen der Fraktionen GRÜNE und SPD sowie mit Organisationen und Privatpersonen; Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, insbes im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen aus dem Landtag

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/6428

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Gerichtskosten

Positionierung zur Reform des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes

Haltung gegenüber einer baldigen Anhebung der Gebührensätze für Rechtsanwälte sowie einer Anhebung der Gerichtskosten

KlAnfr
s. *Kostenrecht*
Drs 15/3633

Gerichtsmedizin

s. *Rechtsmedizin*

Gerichtsreferendar

s. *Juristischer Vorbereitungsdienst*

Gerichtsreferendariat

s. *Juristischer Vorbereitungsdienst*

Gerichtsschutz

s. *Rechtsschutz*

Gerichtsurteil

s. *Gerichtsentscheidung*

Gerichtsverfahren

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgungsamt des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KlAnfr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/2774

Studienplatzklagen in BW

Bedingungen, Statistiken, Kosten und Verhinderungsmöglichkeiten von Studienplatzklagen in BW; weitere Klagemöglichkeiten an Hochschulen im Bereich des Hochschul- bzw Prüfungsrechts

Antr
s. *Studienplatz*
Drs 15/3068

Überlastung des Heilbronner Landgerichts

Gründe und Auswirkungen der Überlastung des Heilbronner Landgerichts und Gegenmaßnahmen des Justizministeriums; Konsequenzen der Haushaltskürzungen im Justizbereich; Umstände des Falls des nicht rechtzeitig erfolgten Prozessbeginns gegen fünf mutmaßliche Drogendealer

KlAnfr
s. *Landgericht*
Drs 15/4555

Erledigungsstau an Amtsgerichten in BW

Erledigungsstau und Nichteinhaltung von Verfahrensterminen an Amtsgerichten in BW, insbes an den Amtsgerichten der Landgerichtsbezirke Ellwangen und Heilbronn

MdlAnfr
s. *Amtsgericht*
Drs 15/5396

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Anpassung von Gesetzen und Verordnungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums an das Bundesrecht, insbes Zuständigkeitsregelung für die Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Verfahrenskostenhilfe, Erbenermittlung, Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor Sozialgerichten

GesEntw
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 15/6471

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)

Umbenennung des Staatsgerichtshofs in Verfassungsgerichtshof; Änderungen zur Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens, insbes unmittelbare Aktenvorlage von Gerichten bei Verfassungsbeschwerden, längere Frist für die Entscheidungsverkündigung, teilweiser Ausschluss eines Widerspruchs bei Entscheidungen über einstweilige Anordnungen in Verfahren der Verfassungsbeschwerde, Klarstellung bezüglich der erforderlichen Anhörung vor Erlass einer einstweiligen Anordnung, Einrichtung von Kammerverfahren in bestimmten Fällen

GesEntw
s. *Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg*
Drs 15/7378

Rechtsstreit mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung statt Qualitätsverbesserung der Gemeinschaftsschule

Verfahrensstand der Klage wegen der Berichterstattung über das Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen; Höhe der angefallenen bzw noch anfallenden Rechtsanwalts- und Gerichtskosten; Maßnahmen des Kultusministeriums zur Behebung der Qualitätsdefizite an der genannten Schule und an anderen Gemeinschaftsschulen seit Bekanntwerden des Teilgutachtens

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7983

Gerichtsverfassungsgesetz

s. *Verfahrensrecht*

Gerichtsvollzieher

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 8 - Gerichtsvollzieher (Kap 0503)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7008
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7508
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Ablehnung einer Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1296

Geringfügige Beschäftigung*s.a. Nebentätigkeit**Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes*

Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr

s. Befristetes Arbeitsverhältnis

Drs 15/407

Auswirkungen eines möglichen gesetzlichen Mindestlohns auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft und Landwirtschaft

Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in BW bei der gesetzlichen Verankerung eines Mindestlohns, insbes in den auf Saisonarbeiter und Minijobber angewiesenen Branchen Landwirtschaft und Gastronomie

MdlAnfr

s. Mindestlohn

Drs 15/4358

Beklagung des starken Anstiegs der Zahl von Minijobs

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 516

Beklagung des hohen Frauenanteils im Niedriglohnssektor; Plädoyer für Mindestlöhne

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 776

Zunahme der Zahl von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, Eintreten für einen gesetzlichen Mindestlohn

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 913-915 917

Beklagung des hohen Frauenanteils in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, Eintreten für einen flächendeckenden Mindestlohn

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531 1533 1534

Gerlingen*L 1141/L 1180/K 1659 Kreuzung „Schillerhöhe“ in Gerlingen - Anlage eines Kreisverkehrsplatzes*

Stand der Planung am o.g. Unfallschwerpunkt bzw der vom Reg-Präs vorgesehenen Planung, Einbindung von Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Gerlingen; Kosten, verkehrliche Vor- und Nachteile der Umsetzung und des Betriebs sowie der von der Polizeidirektion Ludwigsburg bei einem Ortstermin mit der Unfallkommission vorgeschlagenen provisorischen Signalisierung

KlAnfr

s. Kreisverkehr

Drs 15/1144

Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

Sachstand zu Planungen für den Umbau des provisorischen Kreisverkehrs am Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

KlAnfr

s. Straßenkreuzung

Drs 15/7604

German University in Cairo*s. Privathochschule***Gernsbach***Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Um-land*

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KlAnfr

s. Rechtsextremistische Organisation

Drs 15/4134

Gerste*s. Getreide***Gerstetten***Ortsumfahrung bei Gerstetten-Heuchlingen (LKreis Heidenheim) der L 1164*

Verkehrsbelastung auf der Landesstraße 1164 in Gerstetten-Heuchlingen; Maßnahmen zur Entlastung der Anwohner; Planungsstand und Finanzierung der Ortsumfahrung

KlAnfr

s. Ortsumgehung

Drs 15/8027

Gesamtbetriebsrat*s. Betriebsrat***Gesamtschule***s. Gemeinschaftsschule***Gesamtsteuerlast***s. Steuerbelastung***Geschäftsbereich***s.a. Zentralstelle**Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien*

Antr LReg

s. Ministerium

Drs 15/11

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg

s. Ministerium

Drs 15/147

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien; Umressortierung des Flächenmanagements aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in den des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur
Gründe für die o.g. Umressortierung, Umfang und Zeitpunkt einer Übertragung der Ressourcen, Darstellung der Aufgabenabgrenzung zwischen den von der Thematik berührten Ressorts; Berücksichtigung der besonderen umweltpolitischen Anforderungen des Flächenmanagements; Festhalten am Strategieprogramm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, insbes am Ziel des Nullflächenverbrauchs

Antr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/210

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg
s. *Ministerium*
Drs 15/1581

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg
s. *Ministerium*
Drs 15/3355

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 11 - IT-Neuordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0602, 0607 und 0610)

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/7011

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg
s. *Ministerium*
Drs 15/7390

Geschäftsführer

s. *Geschäftsführung*

Geschäftsführung

s.a. *Führungskraft*
s.a. *Vorstand*

Besetzung der Stellen der Geschäftsführer der Wirtschaftsfördergesellschaft BW International (BWI)

Gründe und Kosten der Beauftragung einer Beratungsfirma; Darlegung der Vorgaben, der Vorabsprachen zwischen den Koalitionspartnern und geforderten Voraussetzungen für die Stellenbesetzung; Gründe für die Nichtberücksichtigung der vorgeschlagenen zusätzlichen Bewerber bzw der verbliebenen Bewerberin nach dem Rücktritt des ausgewählten Bewerbers; Frage nach Regressansprüchen gegenüber der Beratungsfirma wegen fehlerhafter Gestaltung der Stellenausschreibung

Antr
s. *Wirtschaftsfördergesellschaft BW International*
Drs 15/1224

Vergütung von Intendanten und Direktoren im Kulturbetrieb

Entwicklung der Vergütung o.g. Führungskräfte im Vergleich zu anderen BLändern, zu den Leitern freier Theater und soziokultureller Zentren und zu Geschäftsführern anderer Unternehmen mit Landesbeteiligung; Beurteilung des Prüfberichts des RH über die Vergütung der Theaterintendanten; Auswirkungen einer Änderung der Gehaltsstruktur und Offenlegung der Vergütungen auf die Gewinnung qualifizierter Spitzenkräfte für Leitungsaufgaben an Kultureinrichtungen

Antr
s. *Theaterintendant*
Drs 15/1232

Compliance - Instrument öffentlicher Corporate Governance und des öffentlichen Auftragswesens

Umsetzung von Compliance (Einhaltung von Vorschriften und Regeln) durch Unternehmen (mit Landesbeteiligung), Entwicklung eines Compliance-Managements bzw von (Überwachungs-)Einrichtungen als Governance-Aufgabe für die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, Bewertung eines Tariftreugesetzes als dadurch überflüssig, Übernahme einer Zertifizierung von Compliance-Management-Systemen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 07.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1386
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 12
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7917

Geschäftsgebäude

s. *Gewerbeimmobilien*

Geschäftsleitung

s. *Geschäftsführung*

Geschäftsordnung des Landtags

s. *Landtag, Geschäftsordnung*

Geschäftsordnungskommission

s. *Landtag, Geschäftsordnung*

Geschichte

s.a. *Haus der Geschichte*
s.a. *Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg*

Förderung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in BW

Höhe der Förderung von Land und Bund 2010/2011, Verteilung auf die einzelnen Gedenkstätten und Projekte; gestellte, abge-

lehnte und zurückgezogene Anträge auf direkte Gedenkstättenförderung; Frage nach nicht gestellten Anträgen wegen Ausschöpfung der Mittel, Höhe des tatsächlichen Förderbedarfs; Beurteilung der dezentralen Struktur und Zusammenarbeit von Gedenkstätten; verstärkte Förderung von wissenschaftlicher Kompetenz im Hinblick auf die Vorteile der dezentralen Gedenkstättenkonzeption für Forschung zur Lokal- und Regionalgeschichte

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/354

Museale Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Förderung von Gedenkstätten und Museen zur Geschichte der DDR und der Teilung Deutschlands in BW, insbes des DDR-Museums Pforzheim bzw des Trägervereins „Gegen das Vergessen e.V.“

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 15/474

a) *Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 14/1398, 14/3130, 14/4053 betr.*

Heimerziehung/-unterbringung in den Jahren zwischen 1949 und 1975

b) *Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung, Finanzierung und Verwaltung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ und Durchführung eines Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in BW“*

Mittlg LReg
s. *Heimerziehung*
Drs 15/775

Umsetzung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“

Bewertung der Beratungspraxis der Regionalen Anlauf- und Beratungsstellen für die Opfer der Heimerziehung, Umsetzungsstand der Verwaltungsvereinbarung über den o.g. Fonds und des Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in BW“

MdlAnfr
s. *Heimerziehung*
Drs 15/1557

Gehören die Särge in der Pforzheimer Fürstengruft dem Land?

Zuordnung der Särge und Gebeine von Mitgliedern der ehemaligen badischen Herrscherfamilie in der Gruft der Schloss- und Stiftskirche St. Michael in Pforzheim in das Eigentum des Landes nach Auffassung eines Karlsruher Rechtshistorikers und Rechtsanwalts; Klärung der Eigentumsfrage und damit des Zutritts mit der Möglichkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung der Särge

KlAnfr
s. *Grab*
Drs 15/1955

Frauengeschichte in BW

Relevanz und Förderung der frauenhistorischen Forschung in BW; Unterstützung von Forschungseinrichtungen; Gewährleistung der Darstellung und Aufarbeitung der Frauengeschichte; Frauengeschichte als angemessener Anteil an der Erinnerungskultur in den Museen

Antr
s. *Frau*

Drs 15/3475

Analyse zur Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“

Erkenntnisse aus der durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) initiierten und vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) geförderten Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ über systemisches bzw systematisches Doping in BW, insbes Bewertung der Doping-Versuche am Universitätsklinikum Freiburg und politische Konsequenzen

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3954

Geschichtsforschung

s. *Geschichtswissenschaft*

Geschichtswissenschaft

Frauengeschichte in BW

Relevanz und Förderung der frauenhistorischen Forschung in BW; Unterstützung von Forschungseinrichtungen; Gewährleistung der Darstellung und Aufarbeitung der Frauengeschichte; Frauengeschichte als angemessener Anteil an der Erinnerungskultur in den Museen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/3475

Geschlechterforschung

Die Situation der Gleichstellungspolitik an den baden-württembergischen Hochschulen

Aktuelle Situation der Gleichstellungsförderung durch Gleichstellungsbeauftragte sowie schwerpunktmäßige Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity; Struktur und Verankerung der Gleichstellungsstellen in den Hochschulen; personelle und sachliche Ausstattung; Gleichstellungsmaßnahmen; Situation des Forschungsbereichs Gender Studies an den Hochschulen; Förderung von Professorinnen

GrAnfr
s. *Frauenpolitik*
Drs 15/2796

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/6835

Gleichstellungsarbeit an den baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Gleichstellungsmaß-

nahmen und Frauenanteil im Bundesländervergleich, Stärkung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten, Frauen- und Geschlechterforschung

Antr
s. Hochschule
Drs 15/6892

Geschlechtsverstümmelung

s. Beschneidung

Geschwindigkeitsbegrenzung

s.a. Verkehrsberuhigung
s.a. Verkehrssicherheit

Statistische Angaben zu Landesstraßen in BW

Gesamtlänge und Zustand der Landesstraßen; Art und Anteil sowie Kosten des Sanierungsbedarfs; Anteil mit Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund von Straßenschäden; vorgenommene Lärmschutzmaßnahmen

Antr
s. Landesstraße
Drs 15/288

Planungen der LReg zu einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und grundsätzlichem Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften

Konkretisierung o.g. Pläne und der erwarteten Wirkungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und Unfallzahlen, Auswirkungen von Tempo 30 sowie einer City-Maut in den Städten und Gemeinden; Positionen von Mittelstand, Handwerk und Gewerbetreibenden

Antr FDP/DVP 19.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/302
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 663-669

Feinstaubreduktion durch Geschwindigkeitsbeschränkung

Belegung des o.g. Zusammenhangs durch Messungen an der Cannstatter Straße (B 14) in Stuttgart seit der Einführung des dortigen Tempolimits? Entwicklung der Zahl von festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen, Beurteilung der Notwendigkeit einer Verdeutlichung der Hinweise auf die zulässige Höchstgeschwindigkeit

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 27.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/349

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Unterstützung eines Tempolimits auf der B 27 bereits vor dem Aichtalviadukt in Richtung Stuttgart

KIAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 15/377

Beruhigung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Einführung eines Tempolimits und bauliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr in verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten zu beruhigen, insbes entlang der L 1134/1177 in Mönshheim

KIAnfr
s. Verkehrsberuhigung
Drs 15/487

Geschwindigkeitsbegrenzung in den Leonberger Teilorten

Einführung von Tempo 30 auf den Durchfahrtsstraßen in Warmbronn, Höfingen und Gebersheim, Frage nach weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Reduzierung der Lärmbelastung

KIAnfr Sabine Kurtz CDU 07.10.2011 und Antw MVI Drs 15/663

Tempo 40 auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Voraussetzungen für die Anordnung o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Auflistung der Ortsdurchfahrten im Enzkreis mit einer Tempo-40-Regelung; Eintreten für eine Sanierung des Straßenbelags und Tempo 40 in Mühlacker-Lienzingen und Mühlacker-Lomersheim

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.12.2011 und Antw MVI Drs 15/1053

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen

Planungsstand und Realisierungschancen der o.g. Ortsumfahrung nach der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen; Darstellung des täglichen Durchgangsverkehrs nach jüngsten Verkehrszählungen; Befürwortung einer durchgängigen Tempo-30-Zone bis zur Realisierung der Umgehungsstraße?

KIAnfr
s. Landesstraße 384
Drs 15/1197

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Petition 14/5390 betr. Einführung streckenbezogener Geschwindigkeitsbegrenzungen

BeschlEmpf und Bericht PetA 19.04.2012 Drs 15/1509 Nr. 3 S. 4-7
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
Mittlg LReg 20.06.2012 Drs 15/1942

Kommunale Konzepte zur Verkehrsberuhigung auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Konzepte, u.a. Tempolimit mit Überwachungsanlagen und zusätzliche Fußgängerüberwege auf der L 1134 in Mönshheim; Zeitpunkt einer Umsetzung der Maßnahmen sowie einer von der Gemeinde Mönshheim angestrebten Ortsumfahrung für die L 1134

KIAnfr
s. Verkehrsberuhigung
Drs 15/1583

Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Tempolimits, Eintreten für Tempo-30-Regelungen auf den Ortsdurchfahrten der L 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 23.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1597

Tempolimits in der Nähe von Kindertagesstätten und Kindergärten im Enzkreis

Geplante Tempolimits auf Ortsdurchfahrtsstraßen, Eintreten für Tempo 30 auf der K 4577 in Tiefenbronn-Lehningen im Bereich des Gemeindekindergartens in der Hauptstraße

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 15.05.2012 und Antw MVI Drs 15/1714

Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübingen und Rottenburger Teilorten. Verbesserung des Lärmschutzes bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg

MdlAnfr 7) Rita Haller-Haid SPD 21.05.2012 Drs 15/1734
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2094 2095

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1759

Tempolimits

Beurteilung von generell Tempo 30 in Städten und generell Tempo 120 auf Autobahnen

MdlAnfr 2) Konrad Epple CDU 25.06.2012 Drs 15/1953
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2288-2294

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßensanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Feinstaubwertentwicklung auf der B 10 und B 313

Entwicklung der Feinstaubwerte nach der Realisierung des Verkehrslenkungskonzeptes und der Einführung von Tempo 80 auf der B 313/B 10 und politische Konsequenzen

MdlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/3456

Verkehrssicherheit in BW

Stellenwert und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in BW, insbes Statistik zur Entwicklung der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr, Umsetzung des Leitmotivs „vision zero“, Schutz besonders gefährdeter Personengruppen; Sicherheitsbeitrag von Schwerverkehrskontrollzentren, Straßenbauplanung und Tempolimits bei der Priorisierung der Bedarfsplanmaßnahmen; Bedeutung der Verkehrssicherheit im Schienenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/3701

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.12.2013 und
Antw MVI Drs 15/4518

Tempolimits in Baustellenbereichen

Zuständige Behörden für die Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen an Straßenbaustellen; rechtliche Grundlagen und Kriterien der Geschwindigkeitsbeschränkungen im Baustellenbereich; Tempolimits an Autobahn- und Bundesstraßenbaustellen in den Jahren 2004 bis 2014; Sanktionierung von Geschwindigkeitsübertretungen; Geschwindigkeitsbegrenzungen und Regel-Ausnahme-Verhältnis in anderen Bundesländern

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5493
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 49
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Tempo-30-Zonen in Ortsdurchfahrten

Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis und im LKreis Ludwigsburg; Einrichtung einer ganztägigen Tempo-30-Zone innerhalb der Ortsdurchfahrt von Illingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 28.08.2014 und
Antw MVI Drs 15/5665

Tempo-30-Zone in Kämpfelbach

Bestehende und geplante Tempo-30-Zonen bei Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis; Gründe für die Ablehnung einer Tempo-30-Zone in Kämpfelbach und Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 22.09.2014 und
Antw MVI Drs 15/5753

Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nähe von Waldparkplätzen und Waldkindergärten

Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Tiefenbronner Straße (K 9800) zwischen dem Wildpark Pforzheim und dem Seehaus; Reduzierung der Gefährdung von Nutzern des Waldparkplatzes; Schaffung eines sicheren Umfelds für den nahe gelegenen Waldkindergarten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 06.10.2014 und
Antw MVI Drs 15/5826

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrtsverboten auf die Luftreinhaltung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/5974

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis
Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5983

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/6031

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Autobahn A 8

Gründe für die bisherige Ablehnung eines Tempolimits auf dem genannten Streckenabschnitt; Anzahl der auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführenden dortigen Verkehrsunfälle; Gründe für die nunmehrige Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 20.01.2015 und Antw MVI Drs 15/6365

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/6435

Tempolimit auf der Bundesstraße B 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Bundesautobahn A 8

Hintergründe zur Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Bundesstraße 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Bundesautobahn 8, insbes Bedeutung der Breite der Standstreifen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 18.06.2015 und Antw MVI Drs 15/7042

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 27

Voraussetzungen zur Anordnung eines Tempolimits auf der Bundesstraße 27 entlang der besonders vom Lärm belasteten Wohnbauten in Höhe Leinfeld-Echterdingen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7091

Einheitliche Regelung der Tempo-30-Zonen in Keltern-Dietlingen

Sachstand zur Schaffung einer einheitlichen Regelung für die Tempo-30-Zonen in Keltern-Dietlingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7099

Generelles Tempolimit auf baden-württembergischen Autobahnen durch die Hintertüre?

Sachstand zum geplanten Modellversuch für ein Tempolimit auf den Abschnitten der A 96 von Achberg bis Aitrach und auf der A 81 vom Autobahnkreuz Hegau bis Bad Dürkheim, insbes tatsächlicher Projektbeginn, Auswahlkriterien der Streckenabschnitte, angestrebter Erkenntnisgewinn, rechtliche Grundlagen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 17.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7716

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 81-84

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Blaue Plakette, City-Maut, Versuchsballon Tempo 120 auf der Autobahn und Verwirrspiel um die Straßenbauverwaltung: Erlebt die Straßenverkehrspolitik BW unter Grün-Rot ihr blaues Wunder?

Aktuelle Debatte
s. *Straßenverkehr*
PIPr 15/145 S. 8665

Beurteilung der Forderung der LReg nach einem bundesweiten Tempolimit

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423 424

Geschwindigkeitsbeschränkung

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Geschwindigkeitsmessung

s. *Verkehrskontrolle*

Geschwindigkeitsüberwachung

s. *Verkehrskontrolle*

Gesellschaft

Armuts- und Reichtumsberichterstattung auch in BW einführen
Entwicklung eines o.g. Konzepts, Verbindung der Berichterstattung mit einem breiten Diskussionsprozess mit den Kirchen, Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft; Anknüpfung an vorliegende Definitionen und Vereinbarungen aus der Berichterstattung des Bundes und der EU; Hervorhebung von Kinder- und Altersarmut sowie der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Armutsgefährdung

Antr
s. *Armut*
Drs 15/1070

Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 in BW

Erwartete Impulse und Veränderungen durch das o.g. Europäische Jahr, eigene Aktivitäten und Fördermöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Europäisches Jahr*
Drs 15/1161

Regierungsbefragung
Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft
s. *Bürgerbeteiligung*
PIPr 15/68 S. 4087

Vielfalt in BW als Chance
Sachstand zur Berücksichtigung der Erkenntnisse des „Diversity Managements“ (Vielfaltigkeitsmanagements) bei Gleichstellung und Antidiskriminierung, insbes Beteiligung an Maßnahmen auf EU-Ebene, Förderung des Vielfältigkeitsmanagements in Unternehmen und Verwaltung, zentrale Bündelung der Teilbereiche des „Diversity Managements“ in der LReg
Antr FDP/DVP 09.06.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6965 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 57-59
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Regierungsbefragung
Maßnahmen der LReg zur Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft
s. *Digitalisierung*
PIPr 15/134 S. 8017

Herausforderungen der zunehmenden Alterung der Gesellschaft für die Politik, Plädoyer für eine kinderfreundlichere Gesellschaft, Hervorhebung einer Bringschuld der Politik für den Zusammenhalt der Gesellschaft
PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3 6 7

Suche nach Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen, Anstrengung einer ökologisch-sozialen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft, Ausbau der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22 25 28-30

Abbildung des gesamtgesellschaftlichen Spektrums in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Thematisierung der gesellschaftlichen Herausforderungen in der Medienpolitik
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 202-204

Feststellung einer Verrohung der Sitten mit steigender Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, insbes auch von jüngeren Menschen und gegenüber Polizeibeamten; Unterstützung der Polizei durch Politik und Gesellschaft
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412-415 418 420-422

Beitrag der Sozialpsychiatrischen Dienste zur Teilhabe von psychisch Kranken an der Gesellschaft; Eintreten für eine offene, tolerante Gesellschaft
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717 722 758 759

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Umsatzsteuerliche Behandlung von Zuschüssen an kommunale und landesbeteiligte Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)
Auswirkungen der Umsatzsteuerpflicht für Zuschüsse an kommunale und landesbeteiligte GmbHen, insbes Rechtslage, Entlastung von Nachforderungen sowie Änderung der

Organisations- und Vertragsgestaltung
Antr
s. *Kommunales Unternehmen*
Drs 15/3051

Gesellschaftliche Ausgrenzung

s. *Diskriminierung*

Gesellschaftliche Eingliederung

s. *Soziale Integration*

Gesellschaftliche Grundwerte

s. *Soziale Werte*

Gesellschaftliche Integration

s. *Soziale Integration*

Gesellschaftliches Engagement

s. *Bürgerschaftliches Engagement*

Gesellschaftsrecht

EU-Richtlinie über Einpersonengesellschaften
Bewertung und Hintergründe des Entwurfs der EU-Kommission für eine Richtlinie über Einpersonengesellschaften, insbes Bedarf an der Gesellschaftsform „Societas Unius Personae“ (SUP) für Einzelpersonengesellschaften aus BW, Angemessenheit des Mindestkapitals und Gläubigerschutzes

Antr
s. *Rechtsform*
Drs 15/5209

Gesellschaftswissenschaft

s. *Sozialwissenschaft*

Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft

s. *Naturschutzgesetz*

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien

s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*

Gesetz für Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen

s. *Entflechtungsgesetz*

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege

s. *Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz*

Gesetz über das Karlsruher Institut für Technologie

s. *KIT-Gesetz*

Gesetz über das Nachbarrecht*s. Nachbarrechtsgesetz***Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum***s. Zweckentfremdungsverbotsgesetz***Gesetz über das Versorgungswerk der Notarkammer Baden-Württemberg***s. Notarversorgungsgesetz***Gesetz über das Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Baden-Württemberg***s. Rechtsanwaltsversorgungsgesetz***Gesetz über das Versorgungswerk der Steuerberater in Baden-Württemberg***s. Steuerberaterversorgungsgesetz***Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg***Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefinanzierungsrecht)**Änderung der §§ 2, 4, 5, 18, 23, 24, 32 und 40 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband BW in der Fassung vom 20. Dezember 2010**GesEntw**s. Kommunale Zusammenarbeit**Drs 15/7610**Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften*
*Änderung von § 27 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg in der Fassung vom 20. Dezember 2010**GesEntw**s. Kommunaler Haushalt**Drs 15/7721***Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst***s. Gesundheitsdienstgesetz***Gesetz über den Rettungsdienst***s. Rettungsdienstgesetz***Gesetz über den Staatsgerichtshof***s. Staatsgerichtshof***Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg***s. Landesverfassungsschutzgesetz***Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln***s. Arzneimittelgesetz***Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in Baden-Württemberg***s. Abschiebungshaftvollzugsgesetz Baden-Württemberg***Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungs-gesetzes in Baden-Württemberg***s. Therapieunterbringungsvollzugsgesetz***Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg***s. Landesanererkennungsgesetz Baden-Württemberg***Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen***s. Besoldung***Gesetz über die Aufnahme von Flüchtlingen***s. Flüchtlingsaufnahmegesetz***Gesetz über die Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen***s. Anerkennungsberatungsgesetz***Gesetz über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft***Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht**Änderung von § 4 des Gesetzes über die Berufsausbildung in der Landwirtschaft in der Fassung vom 22. April 1969**GesEntw**s. Landesrecht**Drs 15/5443***Gesetz über die Besoldung und Dienstaufwandsentschädigung der Landräte...***s. Landeskommunalbesoldungsgesetz***Gesetz über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen ...***s. Kindertagesbetreuungsgesetz***Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg***Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes BW**Einführung eines Bürgerbeauftragten als eine beim Landtag angesiedelte, neutrale Person zur Stärkung der Bürgerinteressen bei Anliegen mit Bezug zur öffentlichen Verwaltung; Zuständigkeit für die Landespolizei zur Klärung innerpolizeilicher Anliegen von Polizeibeschäftigten sowie möglichem persönlichen Fehlverhalten einzelner Polizeibeschäftigter gegenüber Bürgern**GesEntw GRÜNE und SPD 11.12.2015 Drs 15/7862 (17 S.)**1. Beratung PlPr 15/147 17.12.2015 S. 8798-8804**BeschlEmpf und Bericht StändA 28.01.2016 Drs 15/8006**(dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) (10 S.)*

2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8970-8977
GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8070
GBI 2016 Nr. 4 S. 151-155 (Ges vom 23.02.2016)

Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit ...

s. *Arbeitsschutzgesetz*

**Gesetz über die Eingliederung von Spätaussiedlerin-
nen und Spätaussiedlern**

s. *Eingliederungsgesetz*

Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung

s. *Energiewirtschaftsgesetz*

**Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalt-
taten**

s. *Opferentschädigungsgesetz*

**Gesetz über die Erhebung von Steuern durch
öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften in BW**

s. *Kirchensteuergesetz*

**Gesetz über die Ernennung der Richter und Beamten
des Landes**

s. *Ernennungsgesetz*

**Gesetz über die Errichtung des Verbands Region
Stuttgart**

*Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennah-
verkehrs in der Region Stuttgart*

Änderung der §§ 3, 4 und 22 sowie der Anlagen zu § 4 des Ge-
setzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart in der
Fassung vom 16. April 2013

GesEntw
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6570

*Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vor-
schriften*

Änderung der §§ 12, 13a und 15a des Gesetzes über die Errich-
tung des Verbands Region Stuttgart in der Fassung vom 21. April
2015

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

**Gesetz über die Errichtung einer Ingenieurkammer
und über die Berufsordnung der Beratenden Ingen...**

s. *Ingenieurkammergesetz*

**Gesetz über die Erstattung von Leistungen nach dem
Asylbewerberleistungsgesetz**

*Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Er-
stattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
und zur Änderung sonstiger Vorschriften*

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Woh-
nungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungs-
einrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaflfläche in
den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung
der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen so-
wie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der
untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden;
Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten
für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und
LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 15/4352

**Gesetz über die Förderung von Investitionen im Be-
reich der Kindertagesbetreuung**

s. *Kinderbetreuungsfördergesetz*

Gesetz über die Gemeindeprüfungsanstalt

s. *Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz*

Gesetz über die Gerichte in Arbeitssachen

s. *Arbeitsgerichtsbarkeit*

**Gesetz über die Gestaltung und Durchführung des Ju-
gendarrestes in BW**

s. *Jugendarrestgesetz*

**Gesetz über die Grundqualifikation und Weiterbil-
dung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für ...**

s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*

**Gesetz über die Hoheitszeichen des Landes Baden-
Württemberg**

s. *Landeshoheitszeichengesetz*

**Gesetz über die juristischen Prüfungen und den juris-
tischen Vorbereitungsdienst**

s. *Juristenausbildungsgesetz*

**Gesetz über die Krebsregistrierung in Baden-
Württemberg**

s. *Landeskrebsregistergesetz*

Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg

*Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über
die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzge-
setzes*

Änderung von § 3 a des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW
in der Fassung vom 10. November 2009

GesEntw
s. *Feuerwehr*
Drs 15/7613

Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg

Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW

Errichtung der rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW als Fahrzeugeigentümerin und -verpächterin iR von Finanzierungshilfen des Landes bei der Beschaffung von Neufahrzeugen für Eisenbahnverkehrsunternehmen

GesEntw LReg 27.01.2015 Drs 15/6405 (15 S.)
1. Beratung PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7258-7263
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 25.02.2015 Drs 15/6505 (14 S.)
2. Beratung PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7443-7448
GesBeschl 11.03.2015 Drs 15/6611
GBI 2015 Nr. 5 S. 164-166 (Ges vom 17.03.2015)

Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg

s. *Landesbankgesetz*

Gesetz über die Landesblindenhilfe

s. *Blinder*

Gesetz über die Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank

Haushaltsbegleitgesetz 2015/16

Änderung von § 11 des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank in der Fassung vom 19. Dezember 2005; Ausweitung des Durchleitungsverfahrens bei Förderkrediten der L-Bank auf andere Finanzierungsinstitutionen

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016*
Drs 15/5960

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze

Änderung von § 3 des Gesetzes über die Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank -in der Fassung vom 16. Dezember 2014

GesEntw
s. *Bauberuf*
Drs 15/7857

Gesetz über die Landtagswahlen

s. *Landtagswahlgesetz*

Gesetz über die Pflege und Nutzung von Archivgut

s. *Landesarchivgesetz*

Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Änderung von § 6 des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in der

Fassung vom 3. Mai 2005

GesEntw
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6570

Gesetz über die Presse

s. *Landespressegesetz*

Gesetz über die Prüfung der Landtagswahlen

s. *Landeswahlprüfungsgesetz*

Gesetz über die Registrierung von Betrieben zur Haltung von Legehennen

s. *Legehennenbetriebsregistergesetz*

Gesetz über die Sonntage und Feiertage

s. *Feiertagsgesetz*

Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde

Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde (LRegBG)

Umsetzung von EU-Richtlinien mit Anforderungen an die Unabhängigkeit der für die Energieversorgungsnetze zuständigen nationalen Regulierungsbehörden; Errichtung einer unabhängigen Landesregulierungsbehörde BW beim zuständigen Ministerium und Vorschriften zur Sicherstellung ihrer weisungsfreien und unparteiischen Aufgabenerledigung

GesEntw LReg 12.01.2016 Drs 15/7932 (16 S.)
1. Beratung PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8888 8889
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.01.2016 Drs 15/7999
ÄAntr CDU 16.02.2016 Drs 15/8062
2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8979-8983
GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8072
GBI 2016 Nr. 4 S. 161-163 (Ges vom 23.02.2016)

Gesetz über die Universitätsklinik Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm

s. *Universitätsklinik-Gesetz*

Gesetz über die Unterbringung psychisch Kranker

s. *Unterbringungsgesetz*

Gesetz über die Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden

s. *Umweltschadensgesetz*

Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung

s. *ADV-Zusammenarbeitsgesetz*

Gesetz über einen Versorgungsfonds

s. *Beamtenversorgung*

Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gesetz über Einheitliche Ansprechpartner für das Land BW (EAG BW)

Mittlg LReg
s. *Einheitlicher Ansprechpartner*
Drs 15/3241

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Änderung der §§ 1, 2 und 8 des Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner für das Land BW in der Fassung vom 1. Dezember 2009

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Gesetz über europäische Mitteilungspflichten zu im Erziehungsbereich tätigen Personen

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der EU-Richtlinie 2005/36/EG, insbes Sicherung des Fachkräfteangebots, bessere Integration von Migranten und Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, Einführung eines europäischen Vorwarnmechanismus, Europäischer Berufsausweis, partieller Berufszugang, Regelung zu Fristen und einzureichenden Dokumenten, Ermöglichung einer elektronischen Antragstellung, Anpassung von Statistikvorschriften, Einbindung eines Einheitlichen Ansprechpartners in die Verfahrensabwicklung

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

s. *Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz*

Gesetz über kommunale Zusammenarbeit

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschrittsgesetz)

Änderung der Überschrift des Ersten Teils sowie der §§ 1, 4, 7, 19-21, 24, 25, 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung vom 4. Mai 2009

GesEntw
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7610

Gesetz über Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur...

s. *Grundstückverkehrsgesetz*

Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen

Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen (TierSchMVG)

Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine gegen tierschutzrechtliche Entscheidungen und tierschutzrelevante bau- und immissionsschutzrechtliche Genehmigungen für Vorhaben zum Halten von Tieren zu Erwerbszwecken; Mitwirkungsrecht für anerkannte Tierschutzvereine an tierschutzrelevanten Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren des Landes

GesEntw LReg 10.03.2015 Drs 15/6593 (24 S.)
1. Beratung PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7503-7508
BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.04.2015 Drs 15/6819
2. Beratung PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7713-7719
GesBeschl 06.05.2015 Drs 15/6858
GBI 2015 Nr. 10 S. 317-320 (Ges vom 12.05.2015)

Überlegungen der LReg, die sogenannte Tierrechtsorganisation PETA in den Landesbeirat für Tierschutz aufzunehmen und ihr ein Verbandsklagerecht einzuräumen

Motive für die o.g. Überlegungen; Zweifel an der Rechtstreue der Organisation angesichts des radikalen Auftretens einzelner Mitarbeiter; Bekenntnis der Tierrechtsorganisation zur geltenden Rechtsordnung als Bedingung für die Aufnahme in den Landesbeirat für Tierschutz und für die Zuerkennung des Verbandsklagerechts

Antr
s. *PETA Deutschland*
Drs 15/7633

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege

s. *Bundesnaturschutzgesetz*

Gesetz über verfassungskonkretisierende allgemeine Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteuer...

s. *Maßstäbengesetz*

Gesetz über Volksabstimmung und Volksbegehren

s. *Volksabstimmungsgesetz*

Gesetz zu dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik

Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik
Änderung von Überschrift und § 2 des Gesetzes zu dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Abkommen) und über Zuständigkeiten nach dem Bauproduktengesetz in der Fassung vom 25. April 2007

GesEntw
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7931

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Klarstellung zur Werbung als Teil des Programms und Gegenstand der Rundfunklizenz; Regelung eines grundsätzlichen

Verbots regionenspezifischer Ausstrahlung von Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter mit einem landesgesetzlichen Erlaubnisvorbehalt zur Verbreitung von Werbung für das jeweilige Landesgebiet

GesEntw LReg 13.10.2015 Drs 15/7556 (12 S.)
 1. Beratung PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8495-8497
 BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7740
 2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8565 8566
 GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7785
 GBl 2015 Nr. 22 S. 1055-1057 (Ges vom 01.12.2015)
 Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBl 2016 Nr. 3 S. 95

Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen

s. *Energieleitungsausbaugesetz*

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Einführung des Gesetzes zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

GesEntw
 s. *Gemeindefinanzen*
 Drs 15/6962

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
 Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw LReg 08.12.2015 Drs 15/7847 (56 S.)
 1. Beratung PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839
 BeschlEmpf und Bericht StändA 28.01.2016 Drs 15/8005
 2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8963
 GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8068 (14 S.)
 GBl 2016 Nr. 4 S. 126-136 (Ges vom 23.02.2016)
 Bekanntmachung des StM über das Teil-Inkrafttreten des Staatsvertrags GBl 2016 Nr. 19 S. 573

Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale

s. *Denkmalschutzgesetz*

Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten

s. *Landesdatenschutzgesetz*

Gesetz zum Schutz von Kulturgut

s. *Kulturgutschutzgesetz*

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Anpassung des ZDF-Staatsvertrags an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014; Umsetzung vorgegebener Rechthoheitskriterien der EU-Richtlinie 2010/13/EU über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste; Entsendung einer Vertretung aus dem Bereich Verbraucherschutz in den ZDF-Fernsehrat

GesEntw LReg 22.09.2015 Drs 15/7415 (39 S.)
 1. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8223
 BeschlEmpf und Bericht StändA 15.10.2015 Drs 15/7560
 2. Beratung PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8389-8392
 GesBeschl 28.10.2015 Drs 15/7628 (10 S.)
 GBl 2015 Nr. 20 S. 887-895 (Ges vom 10.11.2015)
 Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBl 2016 Nr. 3 S. 95

Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Zusammensetzung und Rechtsstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien Rundfunk- und Verwaltungsrat sowie zur Transparenz ihrer Arbeit für den rechtlichen Rahmen des Südwestrundfunks

GesEntw
 s. *Südwestrundfunk*
 Drs 15/6779

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren

s. *Studiengebühren*

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw
 s. *Dienstrecht*
 Drs 15/4054

Gesetz zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

s. *Finanzgericht*

Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

s. *Verwaltungsgericht*

Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes

s. *Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz*

Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von § 5 des Gesetzes zur Ausführung des Betreuungsgesetzes in der Fassung vom 1. Januar 2005

GesEntw

s. *Landesrecht*

Drs 15/5443

Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes

s. *Verfahrensrecht*

Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefirtschaftsrecht)

Änderung von § 4 des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 20. November 2012

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011

Gesetz zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011

Änderung von § 16 des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 in der Fassung vom 25. Januar 2012. Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes bis zum 31. Dezember 2019

GesEntw

s. *Landesglücksspielgesetz*

Drs 15/7443

Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches SGB und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b BKGG

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw

s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*

Drs 15/5166

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw

s. *Grundsicherung*

Drs 15/7802

Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw LReg 06.05.2014 Drs 15/5166 (19 S.)

1. Beratung PlPr 15/99 21.05.2014 S. 5926

BeschlEmpf und Bericht SoZA 28.05.2014 Drs 15/5274

2. Beratung PlPr 15/102 25.06.2014 S. 6109-6112

GesBeschl 25.06.2014 Drs 15/5357

GBI 2014 Nr. 12 S. 301-303 (Ges vom 08.07.2014)

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende

Auswirkungen des geplanten Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende auf Datenschutz, Verbraucherschutz und Wettbewerb

Sachstand zu den Auswirkungen des im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehenen Pflichteinbaus intelligenter Messsysteme auf Datenschutz, Verbraucherrechten und Wettbewerb

KlAnfr

s. *Energierecht*

Drs 15/7848

Gesetz zur Durchführung des Kapitels III der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen ...

s. *Bauprodukte-Marktüberwachungsdurchführungsgesetz*

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen W...

s. *Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz*

Gesetz zur Erhöhung der Grundgehälter in der Landesbesoldungsordnung W

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes BW und anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Anhebung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 2 und 3 mit Wirkung zum 1. Januar 2013; Erhöhung des Grundgehalts der Besoldungsgruppe W 1 mit Wirkung zum 1. Januar 2014; Erhöhung der Besoldungsdurchschnitte; Übergangsvorschriften für Ämter der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 sowie für Versorgungsempfänger

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5933

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg

s. *Errichtungsgesetz BITBW*

Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald

s. *Nationalparkgesetz*

Gesetz zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen in Baden-Württemberg

s. *Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Baden-Württemberg*

Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung

s. *Jugendbildung*

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg

s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*

Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern ...

Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen durch den Bund

Sachstand zur Aufteilung des Sondervermögens von 168 Millionen Euro aufgrund des „Gesetzes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ auf die einzelnen Gemeinden des Landes

KlAnfr
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/7230

Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens

s. *Meldewesen*

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbew.

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaffläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 15/4352

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts in Baden-Württemberg

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3760

Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streit-schlichtung

s. *Schlichtungsgesetz*

Gesetz zur Ordnung des Handwerks

s. *Handwerksordnung*

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts

s. *Wasserhaushaltsgesetz*

Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“

vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/3210

Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften
Änderung von § 13 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts in der Fassung vom 4. Mai 2009

GesEntw
s. *Kommunaler Haushalt*
Drs 15/7721

Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts

s. *Dienstrechtsreformgesetz*

Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern

s. *Beamtenstatusgesetz*

Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen in Baden-Württemberg

s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*

Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns

s. *Mindestlohngesetz*

Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs

s. *Regionalisierungsgesetz*

Gesetz zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften
Änderung von § 2 des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW in der Fassung vom 11. Oktober 2005

GesEntw
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/6654

Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Einrichtung eines neuen parlamentarischen Kontrollgremiums zur Bündelung von Kontrollkompetenzen des Ständigen Ausschusses zur Kontrolle des Verfassungsschutzes und des G 10-Gremiums des Ltg; Ausstattung des Kontrollgremiums mit um-

fangreichen Kontrollkompetenzen und einer regelmäßigen Berichtspflicht an den Ltg

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 17.04.2015
Drs 15/6746 (21 S.)

1. Beratung PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7666-7670

Mittlg LtgPräs 19.06.2015 Drs 15/7046

BeschlEmpf und Bericht StändA 09.07.2015 Drs 15/7147
(dazu ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP Nr. 1 und Nr. 2) (15 S.)

2. Beratung PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8027-8030

GesBeschl 15.07.2015 Drs 15/7171

GBI 2015 Nr. 15 S. 642-645 (Ges vom 21.07.2015)

Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative

Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative (GQP)

Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren außerhalb klassischer Einkaufszentren, insbes Festlegung von Aufwertungsbereichen zur Durchführung standortbezogener Maßnahmen in privater Verantwortung

GesEntw
s. *Betriebsansiedlung*
Drs 15/5935

Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter

s. *Therapieunterbringungsgesetz*

Gesetz zur Umsetzung der Pflegeversicherung in Baden-Württemberg

s. *Landespflegegesetz*

Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform

s. *Polizeistrukturereformgesetz*

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in BW

s. *Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz*

Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder

s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*

Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport

Strafrechtliche Bekämpfung von Doping

Rechtsgrundlagen der strafrechtlichen Bekämpfung; Erfahrungen mit dem 2007 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport“ und den Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Dopingstraftaten; Zahl der Ermittlungsverfahren und die Art ihres Abschlusses; Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts der Bundesregierung; Strafbarkeit von Sportlern wegen des Besitzes „geringer Mengen“ eines Dopingmittels; Haltung der Sportverbände

GrAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3093

Gesetz zur Verbesserung der Feststellung u. Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen

Landesanererkennungsgesetz

Planung und Einbringung eines Landesgesetzes zur Verbesserung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse im Anschluss an das 2012 in Kraft getretene Bundesgesetz, insbes detaillierter Gesetzgebungsstand in anderen Bundesländern; Notwendigkeit und Planungsstand eines Landesanererkennungsgesetzes für BW

Antr
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/3329

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen
Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3799

Gesetz zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3526

Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie

s. *Karlsruher Institut für Technologie*

Gesetzesentwurf

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen
Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen

Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3799

Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium

Hintergründe der Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes, insbes Gründe und Notwendigkeit einer externen Auftragsvergabe anstelle einer Ausarbeitung durch das Integrationsministerium bzw anderer Ministerien sowie Einbindung der Integrationsministerin in den Vorgang

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/3973

Investitionsstau bei neuen ambulanten Wohngemeinschaften für Menschen mit Betreuungsbedarf aufgrund der Verfahrensdauer zum geplanten Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)

Verunsicherung der Investoren aufgrund des andauernden Gesetzgebungsprozesses; Anzahl, Kapazitäten und Investitionsumfang der zurückgestellten Projekte; Vorlage der eingegangenen Stellungnahmen und deren Bewertung vor der öffentlichen Anhörung; Kennzeichnung der Änderungen am ursprünglichen Gesetzesentwurf; Aufnahme einer Innovationsklausel in den Gesetzesentwurf

Antr
s. *Betreutes Wohnen*
Drs 15/4731

Umfang der Prüfung zu Vorteilen der Kanzlei K. gegenüber anderen Bieterinnen iRd Vergabeverfahrens für das Integrationsministerium

Prüfung eines früheren Kontakts der Integrationsministerin mit dem Rechtsanwalt K.; übliche Prüfungsschritte bei Kontakten zwischen Auftraggeber und Bieter; Fortgang der inhaltlichen Umsetzung des Gutachtens der Kanzlei K.; Inhalte und Fertigstellung des Entwurfs eines Partizipations- und Integrationsgesetzes; Teilnehmer am öffentlichen Beteiligungsverfahren zur Vorbereitung des Gesetzes; Nutzen des Gutachtens im Hinblick auf eine Verkürzung des Gesetzgebungsverfahrens

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/5073

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich - Umsetzung von EU- und Bundesrecht

Beweggründe für die über eine Eins-zu-eins-Umsetzung des bestehenden Europa- und Bundesrecht hinausgehenden Vorgaben und die Setzung neuer Standards beim Gesetzesentwurf; Ausmaß des zu erwartenden Mehraufwands für die öffentliche Verwaltung und private Vorhabenträger

Antr
s. *Umweltverwaltungsgesetz*

Drs 15/5587

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 6 - Folgekosten von Gesetzen transparent machen

Mittlg RH
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/7006

Gesetzesevaluation

s. *Gesetzesfolgenabschätzung*

Gesetzesfolgenabschätzung

s.a. *Bürokratie*
s.a. *Evaluation*
s.a. *Gesetzgebungsverfahren*
s.a. *Rechtsvorschrift*

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*
Drs 15/6203

Gesetzeslücke

s. *Rechtslücke*

Gesetzesumgehung

Umgehung der Vorgaben des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes (ASVG) durch Zwangsversteigerung

Umgehung der Genehmigungspflicht für die Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) durch das Zwangsversteigerungsgesetz, insbes Zahlen über Umfang und Zweck der Nutzung von iR von Zwangsversteigerungen erworbener landwirtschaftlicher Grundstücke, Schließung der Rechtslücke beim Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke durch Einführung einer Bietererlaubnis bei der Zwangsversteigerung in das Landesrecht

Antr
s. *Landwirtschaftliche Immobilien*
Drs 15/3151

Gesetzesvollzug

Maßnahmen der LReg zur Verbesserung des Vollzugs im Naturschutz und zur Förderung der Landschaftserhaltungsverbände, insbes im LKreis Heidenheim

Verwendung zusätzlicher Haushaltsmittel für Naturschutz und Landschaftspflege seit 2011; Verbesserung der Personalausstattung in den RegPräs sowie des Vollzugs der bestehenden rechtlichen Vorgaben im Regierungsbezirk Stuttgart und

insbes im LKreis Heidenheim; Landschaftserhaltungsverbände (LEV) als Instrumente zur Unterstützung des Vollzugs; Nutzen des Landschaftserhaltungsverbands Heidenheim für Naturschutz und Kulturlandschaftsentwicklung, sein Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Flora-Fauna-Habitat Gebieten und Vogelschutzgebieten nach dem Konzept Natura 2000 sowie seine finanzielle Ausstattung

KIAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/3424

Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes (UIG)

Umsetzungsstand des UIG bei den nachgeordneten Behörden; Zahl und Qualität der jährlich bei der Umweltmeldestelle eingehenden Meldungen; Bereitstellung von Anwendungshinweisen zu einem erleichterten Zugang für Bürger zu Umweltinformationen; Erhöhung der Wirksamkeit des UIG; einheitliche Ausgestaltung und Handhabung der UIG in den Bundesländern; Einrichtung einer Ombudsstelle

Antr
s. *Umweltinformationsgesetz*
Drs 15/3515

Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Im Gesetz vorgesehene Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung und ihre konkrete Umsetzung in den einzelnen Bundesländern; Schaffung eines einheitlichen Finanzierungsmodells; Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienst-Fachschulen als Ergänzungsschulen; Start der Regelausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Berufsbild und Ausbildungsordnung; Zuständigkeit für die Durchführung von Examina

KIAnfr
s. *Notfallsanitäter*
Drs 15/4751

Bewertung des baden-württembergischen Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5817

Gesetzgebung

Pläne der LReg für ein Umweltverwaltungsgesetz

Ziel, Anlass, Regelungsinhalt und Zeitplan für ein Umweltverwaltungsgesetz in BW sowie ähnliche Planungen anderer Bundesländer

Antr
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/3312

Landesanererkennungsgesetz

Planung und Einbringung eines Landesgesetzes zur Verbesserung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse im Anschluss an das 2012 in Kraft getretene Bundesgesetz, insbes detaillierter Gesetzgebungsstand in anderen Bundesländern;

Notwendigkeit und Planungsstand eines Landesanerkenntnisgesetzes für BW

Antr

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/3329

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr

s. *Doping*

Drs 15/3526

Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland

Unterstützung des bisherigen Vorgehens der LReg zur Regelung der unkonventionellen Gasförderung im Land und auf Bundesebene; Schaffung einer gesetzlichen Regelung über den Bundesrat mit einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und einer entsprechenden Bürgerbeteiligung vor jeder Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking

Antr

s. *Fracking*

Drs 15/3976

Drittes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Einführung eines Rechts der Bürger auf Einbringung einer Volksinitiative in der Landesverfassung für das Land BW betreffende Gegenstände politischer Willensbildung nach Unterzeichnung von mindestens 50000 Wahlberechtigten; Beratungsanspruch durch das Innenministerium für Vertrauensleute einer Volksinitiative zu deren Vorbereitung; Befassungspflicht für den Landtag innerhalb von sechs Monaten nach Zustandekommen der Initiative; Recht zur Einleitung eines Volksbegehrens nach Ablehnung einer Volksinitiative mit einem Gesetzentwurf als Gegenstand durch den Landtag

GesEntw

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/4080

Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Aufgabe der Verweisung auf die steuerrechtlich maßgebenden Sätze bei der Gewährung von Tagegeld zur Abgeltung der Mehraufwendung für Verpflegung; Beibehaltung der bisherigen Tagegeldsätze

GesEntw

s. *Reisekosten*

Drs 15/4225

Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes

Stand der Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes; erwartete Zusatzkosten für die Umsetzung der Änderungen

MdlAnfr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 15/5114

Einsparungen für BW durch europäischen Bürokratieabbau

Erstellung und Umsetzung des Abschlussberichts über Maßnahmen des Abbaus von Bürokratie in der Europäischen Union, insbes Einbeziehung Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer bei der Berichterstellung, Schlussfolgerungen für die Landesgesetzgebung und die Verwaltung in BW, Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Folgenabschätzung der Gesetzgebung und zur Überprüfung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, Ausnahme von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Kleinstunternehmen von (EU-)Auflagen

Antr

s. *Bürokratie*

Drs 15/5992

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/7178

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung und Volksbegehren

Änderung des Volksabstimmungsgesetzes, insbes Regelung der näheren Ausgestaltung des neuen Volksantrags, Erleichterung der bestehenden plebiszitären Elemente wie Form und Frist der Unterschriftensammlung, Harmonisierung mit dem Landtagwahlrecht

GesEntw

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/7330

Gesetzgebungskompetenz

s.a. *Gesetzgebungsverfahren*

s.a. *Zuständigkeit*

Bildungszeitgesetz, ein Kompetenzirrtum des Landes?

Hinterfragung der Kompetenz des Landes, in der geplanten Form ein Bildungsfreistellungsgesetz zu erlassen; Verwirklichung des Anspruchs von Arbeitnehmern in Kleinbetrieben auf Bildungsurlaub; gesetzliche Regelung des Bildungsfreistellungsanspruchs in anderen EU-Staaten

Antr

s. *Bildungsurlaub*

Drs 15/6399

Gesetzgebungsverfahren

s.a. *Gesetzesfolgenabschätzung*

s.a. *Gesetzgebungskompetenz*

Einigung von Bund und Ländern vom 9. April 2013 auf ein gemeinsames Vorgehen zum Erlass eines Standortauswahlgesetzes; Konsequenzen für BW

Hauptinhalt der Einigung; Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren; Zusage einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern im Zuge der Verhandlungen; rechtliche Rahmenbedingungen und Standortwahl für eine Zwischenlagerung in BW; Haltung der EnBW gegenüber der Endlagersuche und einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern

Antr

s. Endlagerung radioaktiver Abfälle

Drs 15/3361

„Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten“ (Armutsmigrationsbericht)

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen im Armutsmigrationsbericht, insbes Unterstützung der vorgeschlagenen Änderungen von Bundesgesetzen und im europäischen Sekundärrecht; Bewertung der Aussagen im Armutsmigrationsbericht zur Situation in der Stadt Mannheim

KlAnfr

s. Soziale Sicherung

Drs 15/5676

Fortbildungsveranstaltung zum gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplan nach dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz

Sachstand zur Terminierung einer Fortbildungsveranstaltung zum gebäudeindividuellen Sanierungsfahrplan nach dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz vor dem Ende der Anhörungsphase

KlAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 15/6897

Stellungnahmen der Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)

Sachstand zu den eingegangenen Stellungnahmen iRd Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes beteiligte Verbände und Institutionen, Inhalte der Stellungnahmen, Möglichkeit zur Einsichtnahme durch den Landtag

Antr

s. Verkehrsinvestition

Drs 15/7040

Gesetzgebungszuständigkeit

s. Gesetzgebungskompetenz

Gesetzliche Betreuung

s. Rechtliche Betreuung

Gesetzliche Krankenkasse

s. Krankenversicherung

Gesetzliche Krankenversicherung

s. Krankenversicherung

Gesetzliche Rentenversicherung

s. Rentenversicherung

Gesetzliches Vorkaufsrecht

s. Vorkaufsrecht

Gestaltungsmisbrauch

s. Steuerumgehung

Gestapo

s. Geheime Staatspolizei

Gestüt

s. Pferdezucht

Gesundheit

s.a. Gesundheitsberuf

s.a. Gesundheitsgefährdung

s.a. Gesundheitsvorsorge

s.a. Gesundheitswesen

Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund differenziert nach Frauen und Männern, insbes Vergleich des Ernährungsverhaltens, der Prävention und Selbstmedikation, der Anwendung von Arzneimitteln, beim Blutspendeverhalten und Anschluss an Selbsthilfegruppen; Frage nach Strategien für eine aufsuchende zielgruppenspezifische Gesundheitsvorsorge

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 29.09.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/611

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 60 61

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Frauengesundheit in BW

Vergleich der Krankheitsrisiken und Erkrankungen von Frauen und Männern deutschland- und europaweit; Darlegung der Kaiserschnitt- und Geburtrisiken, der frauenspezifischen Krebserkrankungen und psychischen Erkrankungen seit 2001 sowie der Präventions- und Behandlungserfolge; Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr CDU 07.12.2011 und Antw LReg Drs 15/964 (22 S.)

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1551-1557

Haushalt 2012; Epl 09

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Maßnahmen in den Bereichen Gesundheitsdialog, Public Health, Prävention und Gesundheitsschutz

ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-26 S. 71 72

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe Lehrergesundheit

Umsetzung o.g. Ergebnisse mit dem mit den Berufsverbänden abgestimmten Maßnahmenkatalog, insbes mit dem Coachingprogramm nach dem Freiburger Modell, mit dem Stimmtraining für angehende Lehrer, den regelmäßig erfolgenden Gefährdungsbeurteilungen auf psychomentele Belastungen und einem Fortbildungsangebot für Schulleitungen; zeitliche und finanzielle Ausgestaltung der Umsetzung, Bereitstellung der zusätzlichen drei Millionen Euro pro Jahr

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/1183

Umfrage „Sport und Gesundheit 2012“

Beurteilung der Ergebnisse der Forsa-Umfrage; Gründe für die geringere sportliche Betätigung von Geringverdienern; Maßnahmen und Projekte zur Motivationsförderung für diese soziale Schicht; Gefährdung der Freizeitsportler durch übertriebenen Ehrgeiz und Schmerzmittelmissbrauch; Aufklärung über gesundheitsschädigendes Verhalten; Einbeziehung der Sportvereine in die Strategien zur Beseitigung der aufgezeigten Risiken und Ungleichgewichte

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 15/2798

Jungen- und Männergesundheit in BW

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE 18.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4176
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.02.2014 Drs 15/4897 S. 75 76
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitumstellung in Mitteleuropa und ihre Abschaffung

Volkswirtschaftliche Kosten der Zeitumstellung in BW, Deutschland und Europa; Nutzen der Zeitumstellung; Auswirkungen der Zeitumstellung auf Menschen, Tiere, Umwelt und Wirtschaft; Begründung des Festhaltens an der Zeitumstellung; erforderliches Verfahren zur Abschaffung der Sommerzeit; Engagement für eine Abschaffung der Zeitumstellung in Mitteleuropa

Antr
s. *Sommerzeit*
Drs 15/4436

Männergesundheit im Fokus

Stärkung der geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung; Unterstützung von Initiativen und Projekten zum Thema Männergesundheit; Berücksichtigung der Gesundheit von Männern bei den Gesundheitszielen des Landes; Einführung eines Männergesundheitsberichts; Ansprechpartner im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

KlAnfr Stefan Teufel CDU 14.03.2014 und Antw SM Drs 15/4941

EU-weite Normung von Gesundheitsdienstleistungen

Sachstand zur EU-weiten Normung von Gesundheitsdienstleistungen, insbes Inhalte und Gründe der Planungen der Europäischen Kommission, Beteiligung an der Ausarbeitung, Bewertung durch die LReg, Auswirkungen auf die Qualität der Ge-

sundheitsversorgung in BW

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/6670

Regierungsbefragung

Bündnis für Arbeit und Gesundheit in BW
PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7542-7545

Konkurrenz bei Sportangeboten von Vereinen und Volkshochschulen

Sachstand zur Konkurrenzsituation zwischen Sportvereinen und Volkshochschulen bei Angeboten aus dem Bereich Sport und Gesundheit und Lösungsmöglichkeiten für diese Problematik

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/6773

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE und Rainer Hinderer u.a. SPD 30.04.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6835 (103 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 02.07.2015 Drs 15/7352 (dazu ÄAntr Stefan Teufel CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 65-67
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
Mittlg LReg 15.03.2016 Drs 15/8101

Jungen- und Männergesundheit in BW

Sachstand zur Jungen- und Männergesundheit in BW, insbes Bewertung des Berichts „Jungen- und Männergesundheit in BW 2015“, Umsetzung der Empfehlungen, besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen

KlAnfr Stefan Teufel CDU 24.09.2015 und Antw SM Drs 15/7432

Ankündigung von regionalen Gesundheitskonferenzen sowie eines Gesundheitsdialogs mit allen Akteuren im Gesundheitswesen; Bildung größerer Einheiten mit der Krankenhausplanung, Steigerung der Qualität in der Gesundheitsversorgung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1318 1319 1321-1323 1327

Gesundheitliche Prävention

s. *Gesundheitsvorsorge*

Gesundheitliche Schädigung

s. *Gesundheitsschaden*

Gesundheitliche Versorgung

s. *Medizinische Versorgung*

Gesundheitliche Vorsorge

s. *Gesundheitsvorsorge*

Gesundheitsamt

s. *Gesundheitsbehörde*

Gesundheitsbedrohung

s. *Gesundheitsgefährdung*

Gesundheitsbehörde

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 7 - Landesbetrieb Landesgesundheitsamt (Kap 0304)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/107

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/707

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 03.07.2012 Drs 15/2012

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2322

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Mittlg LReg 07.06.2013 Drs 15/3604

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3716

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KlAnfr

s. *Strahlenschutz*

Drs 15/730

Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen in BW

Entwicklung der o.g. Teilnehmezahlen seit Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes, Inanspruchnahme der Bonusprogramme der gesetzlichen Krankenkassen, Beitritt der privaten Krankenversicherungen zur Rahmenvereinbarung des Landes; Zeitpunkt und Konsequenzen einer Überprüfung der Teilnahme, Information der Jugendämter in Versäumnisfällen, Informations- und Beratungsangebot der Gesundheitsämter für Familien, Vergleich mit anderen BLändern

Antr

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Drs 15/2579

Gutachten im Auftrag von Betreuungsgerichten

Sachstand zur Erstellung von Gutachten oder Attesten aus Verfahren in Betreuungssachen nach den §§ 1896 ff BGB, insbes Situation und Personalausstattung in den Gesundheitsämtern

Antr

s. *Rechtliche Betreuung*

Drs 15/6744

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung anderer Vorschriften

Anpassungen in den Strukturen und Inhalten des öffentlichen Gesundheitsdienstes für eine nachhaltige und bürger- bzw patientenorientierte Ausrichtung der Behörden; Festschreibung der

Beteiligung an Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie einer koordinierenden Rolle in den Land- und Stadtkreisen auf den Gebieten der Gesundheitsplanung und der Versorgungsstrukturen als künftige Kernaufgabe der Gesundheitsämter; Einrichtung von medizinischen Gutachtenstellen für bestimmte amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen; Durchführung von ärztlichen Einstellungsuntersuchungen und Erstellung ärztlicher Atteste auf Grundlage von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen durch geeignete Ärzte

GesEntw

s. *Gesundheitsdienstgesetz*

Drs 15/7723

Gesundheitsberatung

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte

Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits- und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucherpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr

s. *Verbraucherpolitik*

Drs 15/5740

Gesundheitsberuf

s.a. *Apotheke*

s.a. *Arzt*

s.a. *Ergotherapeut*

s.a. *Facharzt*

s.a. *Hebamme*

s.a. *Logopäde*

s.a. *Pflegepersonal*

s.a. *Physiotherapeut*

s.a. *Psychotherapeut*

Situation und Perspektive der medizinischen Berufe und Studiengänge in BW

Darstellung des o.g. Bedarfs und Angebots, insbes in der Alten- und Krankenpflege; Anerkennung von in- und ausländischen Berufskennntnissen und -abschlüssen zur Aufnahme eines medizinischen Studiums; Unterstützung einer verstärkten hochschulübergreifenden Zusammenarbeit; Erarbeitung eines mit den Verbänden und Trägern im Gesundheits-, Alten- und Pflegebereich abgestimmten Konzepts für den Ausbau der medizinischen Studiengänge

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 19.09.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/512

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.01.2015 Drs 15/6639 S. 16-18

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsankennung und Anrechnung der Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/531

Sachstand zum elektronischen Gesundheitsberuferegister (eG-BR)

Zeitplan einer möglichen Einführung, erfasste Berufsgruppen, Beurteilung der Forderung und des Verfahrensstands in Bayern zur Einführung einer eigenen Heilberufe- und Pflegekammer

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/538
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.10.2011 Drs 15/907 S. 37
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Pflege in BW

Entwicklung der Zahl und Altersstruktur der beschäftigten, verfügbaren und benötigten Pflegekräfte in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege in den entsprechenden Einrichtungen seit 2001 und bis 2027; Maßnahmen zur Optimierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung; Darlegung des Angebots und der Voraussetzungen für ein Hochschulstudium und für Assistenzberufe in der Pflege unter Anrechnung einer Vorausbildung; Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/1340

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1387

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr

s. *Demenz*
Drs 15/1418

Unterrichtsbefähigung für Pflegeausbildungen - Ausbildung der Ausbilder

Rechtliche Voraussetzungen für die Zuerkennung der Lehrbefähigung „Pflege“ bzw für eine Unterrichtstätigkeit in den Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflegeschulen; Auflistung der Einrichtungen mit Studien- und Ausbildungsangeboten, Entwicklung der dort vorhandenen und benötigten Ausbildungsplätze sowie der Absolventenzahlen seit 2001

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/1859

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr GRÜNE 17.09.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2333
PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3677-3684

Einbeziehung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten in das Landeskrankenhausgesetz sowie in Beiräte und Ausschüsse auf Landesebene

Regelungen der gegenüber den Fachärzten gleichgestellten Integration von Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) für die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im Landeskrankenhausgesetz; Sicherstellung der Vertretung der Landesärzte-, Landeszahnärzte- und Landespsychotherapeutenkammer in den Landesgremien zur Prävention, Bedarfsplanung und Versorgung

Antr
s. *Psychotherapeut*
Drs 15/3045

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw
s. *Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz*
Drs 15/5757

Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für

die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*
Drs 15/6139

Studiengänge in Gesundheitsfachberufen in BW - Update 2014
Aktueller Stand der Akademisierung der Gesundheitsfachberufe in BW; Sachstand zu Einrichtung von Studiengängen in den Bereichen Pflege, Therapie und Hebammenwesen, insbes Anzahl, Qualifizierungsziel, Studienplätze, Zielgruppen, Ausbildungsinhalte

Antr Petra Häffner u.a. GRÜNE 19.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6306 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 25 26
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes
Umsetzung europäischer Vorgaben bezüglich der Anerkennung von Berufsqualifikationen; Anpassung des Heilberufe-Kammergesetzes an Anforderungen der Praxis und Entwicklungen im Bereich der Selbstverwaltung, insbes bei Aufbewahrungspflicht für Patientenakten, Sprachprüfungen bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen

GesEntw
s. *Heilberufe-Kammergesetz*
Drs 15/7678

Gesundheitsbranche

s. *Gesundheitswirtschaft*

Gesundheitsdienstgesetz

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung anderer Vorschriften

Anpassungen in den Strukturen und Inhalten des öffentlichen Gesundheitsdienstes für eine nachhaltige und bürger- bzw patientenorientierte Ausrichtung der Behörden; Festschreibung der Beteiligung an Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie einer koordinierenden Rolle in den Land- und Stadtkreisen auf den Gebieten der Gesundheitsplanung und der Versorgungsstrukturen als künftige Kernaufgabe der Gesundheitsämter; Einrichtung von medizinischen Gutachtenstellen für bestimmte amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen; Durchführung von ärztlichen Einstellungsuntersuchungen und Erstellung ärztlicher Atteste auf Grundlage von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen durch geeignete Ärzte

GesEntw LReg 17.11.2015 Drs 15/7723 (102 S.)
1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8651 8652
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/7795
ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 16.12.2015 Drs 15/7879-1 S. 1-2
ÄAntr GRÜNE und SPD 15.12.2015 Drs 15/7879-2 S. 3
2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8756-8763
GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7892 (27 S.)
GBI 2015 Nr. 25 S. 1210-1234 (Ges vom 17.12.2015)

Gesundheitserziehung

Jungen- und Männergesundheit in BW

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4176

Gesundheitsfachberuf

s. *Gesundheitsberuf*

Gesundheitsfinanzierung

Mögliche Auswirkungen der Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung

Konkrete Folgen einer möglichen Einführung der Bürgerversicherung in BW, insbes zusätzliche jährliche Beitragslast für Land und Kommunen, Veränderung der Krankenversicherungsbeiträge in Schlüsselbranchen in BW, Umfang der Einnahmeausfälle für Ärzte und Krankenhäuser sowie der Arbeitsplatzverluste bei Versicherungsunternehmen und Abrechnungsdienstleistern beim Wegfall der privaten Krankenversicherung (PKV), Konsequenzen für die Versorgungsqualität des Gesundheitswesens und die Vergütung von innovativen Behandlungsmethoden, Auswirkungen auf das Mietpreinsniveau bei künftigen beitragspflichtigen Mieteinnahmen

Antr
s. *Bürgerversicherung*
Drs 15/3725

Strukturelle Unterschiede bei der Finanzierung des Rettungswesens im Bundesvergleich und die Folgen

Unterschiede in der Höhe der Kosten pro Versicherten für Rettungseinsätze und Notärzte in den Bundesländern; Qualität des Rettungsdienstes in BW; Verbesserungspotenzial; Einberechnung des Einsatzes von Ehrenamtlichen im Rettungsdienst bei der Ermittlung der Kosten; Einführung der Ausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Finanzierung und Durchführung dieser Ausbildung

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/4369

Abrufen verfügbarer Mittel zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor

Sachstand zur Umsetzung der Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor, insbes Verfahren zum Mittelabruf aus einem Strukturfonds iRd geplanten Krankenhaus-Strukturgesetzes, Förderkriterien des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für den Innovationsfonds, Mittelbereitstellung durch den geplanten Kommunalinvestitionsförderungsfonds; Aufgabe von Krankenhaus-

standorten

Antr

s. *Gesundheitswirtschaft*

Drs 15/6852

Gesundheitsförderung

s. *Gesundheitsvorsorge*

Gesundheitsfonds

s.a. *Risikostrukturausgleich*

Auswirkungen des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) in BW

Entwicklung der Umverteilung durch Morbi-RSA und Gesundheitsfonds; Berücksichtigung regionaler Unterschiede bei den Leistungsausgaben und Einführung von Regionalfaktoren zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Abkehr von einem gemeinsamen Gutachten mit Bayern zur regionalen Ausgestaltung des Gesundheitsfonds; Datengrundlage für eine maßvolle regionale Umverteilung

Antr

s. *Risikostrukturausgleich*

Drs 15/3598

Auswirkungen des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) auf BW

Erhebung aktueller Daten zu Morbi-RSA und Gesundheitsfonds; Ergebnisse des bayerischen Gutachtens zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich; Entschärfung der Übergangsregelung zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG); Entwicklung eines neuen Berechnungsverfahrens für die Krankengeldzuweisungen; Berücksichtigung regionaler Faktoren beim Morbi-RSA; Gewichtung einzelner Parameter beim aktuellen Ausgleichsverfahren

Antr

s. *Risikostrukturausgleich*

Drs 15/6413

Gesundheitsforschung

s. *Medizinische Forschung*

Gesundheitsgefährdung

s.a. *Krankheit*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1292

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr

s. *Radioaktivität*

Drs 15/1699

Herausforderungen durch Fotovoltaik für die Feuerwehr

Angaben über besondere Vorsichtsmaßnahmen der Feuerwehr an Gebäuden mit Fotovoltaik-Anlagen und dadurch bedingte Verzögerung der Löscharbeiten; Anzahl der aufgrund nicht entdeckter Fotovoltaik-Anlagen verletzten Feuerwehrleute seit 2007; Erwägung einer Kennzeichnungspflicht für Gebäude

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 15/2307

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafestraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr

s. *Brand*

Drs 15/3744

Ambrosia-Pflanze in BW

Herkunft und Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze in BW sowie ausgelöste Allergien; Maßnahmen und Programme von Land, Bund und Europäischer Union zur Eindämmung der Ausbreitung der Traubenkräuter

Antr

s. *Wildpflanze*

Drs 15/3946

Gesundheitliche Folgen des tieffrequenten Schalls von Windenergieanlagen

Umweltmedizinische Untersuchungen und Erkenntnisse über gesundheitliche Beschwerden als Folgen des tieffrequenten Schalls oder Infraschalls von Windenergieanlagen; Förderung von Maßnahmen zur Erforschung und Vorbeugung möglicher Gesundheitsrisiken in Verbindung mit Windenergieanlagen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/4889

Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW

Situation der Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW, insbes Nennung besonders betroffener Regionen, ergriffene oder geplante Gegenmaßnahmen

MdlAnfr

s. *Wildpflanze*

Drs 15/5396

Jakobskreuzkraut in BW

Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW und Eindämmungsmaßnahmen der LReg

KlAnfr

s. *Wildpflanze*

Drs 15/5779

Gesundheitshilfe*Situation der Asylbewerber im LKreis Calw*

Zahl der Asylsuchenden im Zeitraum von 2011 bis 2013; Anzahl der abgelehnten/bewilligten Anträge auf Asyl; Ausreise und Rückführung von Asylbewerbern in ihre Heimatländer; Entwicklung der Krankenhilfekosten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/3894

Gesundheitskarte*s. Elektronische Gesundheitskarte***Gesundheitspolitik***s. Gesundheitswesen***Gesundheitsprävention***s. Gesundheitsvorsorge***Gesundheitsreform***s. Gesundheitswesen***Gesundheitsrisiko***Männergesundheit im Fokus*

Stärkung der geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung; Unterstützung von Initiativen und Projekten zum Thema Männergesundheit; Berücksichtigung der Gesundheit von Männern bei den Gesundheitszielen des Landes; Einführung eines Männergesundheitsberichts; Ansprechpartner im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4941

„Legal Highs“ - Gefahren scheinbar legaler Drogen

Erkenntnisse über die Verbreitung der „Legal Highs“ in BW; Konsumformen und Konsummuster; Gesundheitsrisiken; Unterstützung der Suchthilfe durch eine genaue Erfassung der Konsumformen und Wirkungsweisen der Drogen in der landesweiten Suchthilfestatistik; Präventionsmaßnahmen zum Schutz der meist jungen Konsumenten; Unterdrückung des Konsums und des Vertriebs; Erarbeitung eines Plans zur Eindämmung des Konsums der „Legal Highs“ durch Jugendliche

Antr
s. *Synthetische Droge*
Drs 15/4962

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr
s. *Psychische Störung*
Drs 15/5713

PFC-Funde im Raum Nordbaden; weitere Entwicklung

Sachstand zur Belastung mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) im Raum Nordbaden, insbes Untersuchungsergebnisse der Sachverhaltsermittlung, landesweite Situation bei der Entsorgung von Papierschlämmen, Sicherstellung der Erstattung der notwendigen Sanierungskosten, Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6158

Wasserspender in BW

Kontrolle des hygienischen Zustands von Wasserspendern in öffentlichen Einrichtungen; Grenzwerte für die Belastung des Trinkwassers durch Keime; durch eine erhöhte Keimbelastung des Trinkwassers besonders gefährdete Personengruppen; Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen für das Aufstellen von Wasserspendern

Antr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/6251

Auswirkungen von Stromleitungen auf Mensch und Natur

Wissenschaftlicher Stand zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Stromleitungen

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6638

Jungen- und Männergesundheit in BW

Sachstand zur Jungen- und Männergesundheit in BW, insbes Bewertung des Berichts „Jungen- und Männergesundheit in BW 2015“, Umsetzung der Empfehlungen, besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/7432

Problematik der Arzneimittelnebenwirkungen und -wechselwirkungen bei multimorbiden Menschen ab 65 Jahre

Sachstand zur Problematik der Arzneimittelnebenwirkungen und -wechselwirkungen bei Polymedikation mit und ohne Selbstmedikation bei multimorbiden Menschen über 65 Jahren, insbes Zahlen der Einweisungen in Krankenhäuser aufgrund einer unerwünschten Arzneimittelwirkung bei Polymedikation, Aufklärung von Patienten über die Gefahren der Polymedikation, Risiko von dauerhaften Folgekrankheiten, Maßnahmen der LReg zur Minimierung des Risikos

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/7475

Gesundheitsschaden*Schäden durch Nikotin in der Schwangerschaft - Prävention und Maßnahmen*

Sachstand zu Gefahren für das ungeborene Kind durch den Nikotinkonsum durch die Mutter während der Schwangerschaft,

insbes Zahlen zu Kindern mit entsprechenden Gesundheitsschäden, Höhe und Übernahme zusätzlicher Kosten für die Betreuung nikotingeschädigter Neugeborener, Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen für Frauen und Mädchen über Risiko von Nikotingenuss in der Schwangerschaft

Antr
s. *Schwangerschaft*
Drs 15/6924

Gesundheitsschädigung

s. *Gesundheitsschaden*

Gesundheitsschädlicher Stoff

s.a. *Rückstände in Lebensmitteln*

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/1699

Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd

Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen; Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr
s. *Jagd*
Drs 15/3140

Chemische Parameter bei der Trinkwasseruntersuchung für Eigenwasserversorger

Schadstoffe in den Eigentrinkwasserversorgungen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung der LKreise Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und dem Bodenseekreis seit 2003; Schadstoffarten, Überschreiten der Grenzwerte der geltenden Trinkwasserverordnung; Kostenentwicklung für Eigenwasserversorger

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/3342

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Warnung vor Fanschminke

Untersuchung von Fanschminkestiften auf Einhaltung der EU-Kosmetikverordnung; Zeitpunkt des Vorliegens der Untersuchungsergebnisse; Unterrichtung der Öffentlichkeit über gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe nach Beginn der Fußballweltmeisterschaft

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 09.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5454

Neue Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A
Beurteilung und Konsequenzen aus der neuen Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), insbes Bewertung des seit dem 1. Januar 2015 in Frankreich geltenden generellen Verbots von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 11.03.2015 und Antw MLR Drs 15/6597

Gesundheitsschutz

Altersermäßigung für Lehrkräfte

Grundlage, Ausgestaltung und Zukunft der bisherigen Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes Regelung für die einzelnen Schularten, Abstimmung mit den Lehrerverbänden und Gewerkschaften; Regelung der Altersermäßigung für Schwerbehinderte; Umschichtung von gestrichenen Mitteln zur Altersermäßigung in andere Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes für Lehrkräfte

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/3417

Elektro-Shishas - Gefahr für Jugendliche?

Gesundheitliche Risiken von Elektro-Shishas und Verbreitung unter Jugendlichen; Maßnahmen zur Eindämmung des Konsums unter Jugendlichen; Handlungsempfehlungen für Schulen

KlAnfr
s. *Tabak*
Drs 15/5247

Gesundheitstelematik

Telemedizin

Fördermaßnahmen iRd Projektklinie zur Telemedizin (Gesundheitstelematik); Aufbau eines zentralen Netzwerks in Analogie zur „Bayerischen TelemedAllianz“; Partnerschaft mit dem Verein „Baden-Württemberg: connected“

Antr
s. *Telemedizin*
Drs 15/2784

Telemedizin in BW

Nutzung der Telemedizin zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen im medizinischen Bereich; Förderung des Programms „Medizin und Pflege - Projektklinie zur Telemedizin“; Höhe der Fördermittel im Vergleich zu den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen; Aufbau eines zentralen Netzwerks für Telemedizin; Entwicklung gemeinsamer technischer Standards als Voraussetzung der Kooperation; Beurteilung des Projekts „A.T.e.m. - Alltag mit Telemedizin erfolgreich meistern“ der Techniker Krankenkasse mit Bosch Healthcare und dem Robert-Bosch-Krankenhaus; verhaltenes Agieren der technischen Anbieter auf dem telemedizinischen Markt

KlAnfr
s. *Telemedizin*
Drs 15/4527

Gesundheitsuntersuchung

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Gesundheitsversorgung

s. *Medizinische Versorgung*

Gesundheitsvorsorge

s.a. *Bewegungserziehung*
s.a. *Hygiene*
s.a. *Impfung*
s.a. *Infektionsschutzgesetz*
s.a. *Kur*
s.a. *Lebensmittelkontrolle*
s.a. *Meldepflicht*
s.a. *Nichtraucherchutz*
s.a. *Vorsorgeuntersuchung*
s.a. *Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten*

Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund differenziert nach Frauen und Männern, insbes Vergleich des Ernährungsverhaltens, der Prävention und Selbstmedikation, der Anwendung von Arzneimitteln, beim Blutspendeverhalten und Anschluss an Selbsthilfegruppen; Frage nach Strategien für eine aufsuchende zielgruppenspezifische Gesundheitsvorsorge

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/611

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KlAnfr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/730

Adipositas bei Kindern und Erwachsenen

Entwicklung der Zahlen und Kosten von stark übergewichtigen Patienten unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Darlegung von präventiven Maßnahmen und Behandlungsmethoden, Kosten und Nutzen von Magenverkleinerungen, insbes Gewichtung der erzielbaren Reduzierung von Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck

KlAnfr
s. *Übergewicht*
Drs 15/846

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte

und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/847

Frauengesundheit in BW

Vergleich der Krankheitsrisiken und Erkrankungen von Frauen und Männern deutschland- und europaweit; Darlegung der Kaiserschnitttrate und Geburtsrisiken, der frauenspezifischen Krebserkrankungen und psychischen Erkrankungen seit 2001 sowie der Präventions- und Behandlungserfolge; Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Haushalt 2012; Epl 09

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Maßnahmen in den Bereichen Gesundheitsdialog, Public Health, Prävention und Gesundheitsschutz

Haushalt
s. *Gesundheit*
Drs 15/1109

Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe Lehrergesundheit

Umsetzung o.g. Ergebnisse mit dem mit den Berufsverbänden abgestimmten Maßnahmenkatalog, insbes mit dem Coachingprogramm nach dem Freiburger Modell, mit dem Stimmtraining für angehende Lehrer, den regelmäßig erfolgenden Gefährdungsbeurteilungen auf psychomentele Belastungen und einem Fortbildungsangebot für Schulleitungen; zeitliche und finanzielle Ausgestaltung der Umsetzung, Bereitstellung der zusätzlichen drei Millionen Euro pro Jahr

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/1183

Umsetzung von § 23 Abs 8 Infektionsschutzgesetz in BW (VO zum Schutz vor nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern)

Umsetzung der für Krankenhäuser erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen durch die bestehende KrankenhaushygieneVO?

Antr
s. *Infektionsschutzgesetz*
Drs 15/1512

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/1699

Neustrukturierung der Baden-Württemberg-Stiftung

Höhe der Förderung von Sportprojekten seit 2007, Ausgestaltung der aktuellen Förderlinie für die Bereiche Sport/Bewegung/Prävention; künftige Unterstützung von integrationspolitischen und gesundheitspräventiven Projekten im Zusammenhang mit dem Thema Sport; Frage nach zusätzlichen Sport-Fördermaßnahmen

Antr
s. *Stiftung*
Drs 15/1984

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und passgenauen Einsatz von Antibiotika

KlAnfr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 15/2584

Lehrergesundheit in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften

Programme und Kurse zur Vorbeugung von Erschöpfung und Krankheiten bei Lehrern; Angebote zu Classroom-Management und Zeitmanagement in der Lehreraus- und -fortbildung; Untersuchung der Persönlichkeitsstruktur angehender Lehrer im Hinblick auf spezifische, sich daraus erwachsende Gesundheitsrisiken und die Einleitung geeigneter Vorsorgemaßnahmen; Prävention und Gesundheitsprophylaxe als Führungsaufgabe der Schulleiter; Erörterung des Themas Lehrergesundheit in der „Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung in BW“; Höhe der veranschlagten Haushaltsmittel

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/2724

Gesundheitsstrategie der LReg

Ziele und Maßnahmen iRd Gesundheitsstrategie der LReg, insbes Umsetzung, Ergebnisse und Kosten des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Landesverwaltung sowie Zusammenarbeit mit den Kur- und Heilbädern

Antr
s. *Betriebliche Gesundheitsförderung*
Drs 15/3132

Entwicklung der Hautkreberkrankungen in BW und mögliche Präventionsmaßnahmen

Haltung zum Anstieg der durch Hautkrebs verursachten Sterbefälle; Aufklärung über die Risiken intensiver UV-Strahlung und Hinweise zur Vorbeugung; Kooperation mit Krankenkassen, Verbänden und sonstigen Partnern; Beurteilung der bayerischen Kampagne „Sonne mit Verstand“ und ihrer Aufklärungsarbeit z.B. in Kindergärten

Antr
s. *Krebserkrankung*
Drs 15/3258

Die Eichenprozessionsspinner-Raupe - Risiken und Bekämpfung
Ausbreitung und Bekämpfungsmöglichkeiten des Eichenprozessionsspinners, insbes verursachte Schäden im Eichenbestand, zur Raupenbekämpfung zugelassene Pflanzenschutzmittel und Biozide, Gefährdungslage von Mensch und Tier durch das Nesselgift Thaumetopoein, Angebote der Gesundheitsaufklärung und -vorsorge

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/3430

Jungen- und Männergesundheit in BW

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4176

Heilbäder und Kurorte in BW

Entwicklungen und Herausforderungen der Heilbäder und Kurorte in BW, insbes Arbeitsplätze und Bruttowertschöpfung im Kur- und Heilbäderwesen bzw im Cluster Gesundheitswirtschaft, Probleme und Chancen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, Anzahl verordneter ambulanter Kuren, Bereiche künftigen Wachstumspotenzials, Bedeutung des Selbstzahlermarkts; Aktivitäten der LReg zur Entwicklung eines Präventionsgesetzes auf Bundesebene; Planung einer Novellierung des Kurortegesetzes

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/4647

Auslastung der kinder- und jugendpsychiatrischen Kapazitäten in BW

Standorte, Nachfrage, Auslastung und Bedarfsanpassung der kinder- und jugendpsychiatrischen Störungen und Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 15/4773

Männergesundheit im Fokus

Stärkung der geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung; Unterstützung von Initiativen und Projekten zum Thema Männergesundheit; Berücksichtigung der Gesundheit von Männern bei den Gesundheitszielen des Landes; Einführung eines Männergesundheitsberichts; Ansprechpartner im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4941

Einsetzung einer Enquetekommission „Pfleger in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr

s. *Enquetekommission „Pfleger in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“*

Drs 15/4977

Präventionsarbeit in BW

Hintergründe der Präventionsarbeit in BW; fachübergreifender Austausch und Verbesserung der Vernetzung von Präventionsprojekten; Einrichtung eines Landespräventionsrats für Fragen der Kriminal- und Suchtprävention sowie der Gesundheitsförderung; Auswirkungen einer Stärkung der Prävention in den Bereichen Kriminalität, Gesundheit und Volkswirtschaft

Antr GRÜNE 25.03.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4980 (17 S.)

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7789-7794

Zweckgebundene Finanzmittel zur Gesundheitsvorsorge im Polizeipräsidium Karlsruhe

Höhe und Einsatz der zweckgebundenen Mittel zur Gesundheitsvorsorge des Polizeipräsidiums Karlsruhe, insbes Konsequenzen einer Zweckentfremdung, Verbleib der Mittel für die Polizeireviere in Pforzheim

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.09.2014 und Antw IM Drs 15/5677

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr

s. *Psychische Störung*

Drs 15/5713

Konkurrenz bei Sportangeboten von Vereinen und Volkshochschulen

Sachstand zur Konkurrenzsituation zwischen Sportvereinen und Volkshochschulen bei Angeboten aus dem Bereich Sport und Gesundheit und Lösungsmöglichkeiten für diese Problematik

Antr

s. *Sportverein*

Drs 15/6773

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Ge-

schlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr

s. *Gesundheit*

Drs 15/6835

Familien stärken - Verantwortung und Beistand unter Ehegatten und Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/133 08.07.2015 S. 7969-7974

„Komm in Form 2018 - Initiative für clevere Ernährung BW“ und aid-Ernährungsführerschein

Sachstand zur Zwischenbilanz und Bewertung von „Komm in Form - Initiative für clevere Ernährung BW“ für eine bessere Ernährung von Kindern und Jugendlichen, insbes Pläne der LReg zur Weiterführung der Initiative über das Jahr 2018 hinaus, Stellenwert des aid-Ernährungsführerscheins und Angebot in Schulen

Antr

s. *Ernährungsweise*

Drs 15/7351

Jungen- und Männergesundheit in BW

Sachstand zur Jungen- und Männergesundheit in BW, insbes Bewertung des Berichts „Jungen- und Männergesundheit in BW 2015“, Umsetzung der Empfehlungen, besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen

KIAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 15/7432

Badeärzte in BW

Zahl und Altersstruktur der Badeärzte; künftiger Bedarf an Badeärzten; Erleichterung des Erwerbs der Zusatzqualifikation „Badearzt“ für niedergelassene Ärzte; Funktion ambulanter Vorsorgeleistungen für die allgemeine Gesundheitsvorsorge; Maßnahmen zur Förderung der Kur- und Heilbäder im Land

Antr

s. *Arzt*

Drs 15/7835

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Weiterentwicklung und Verbesserung der Krebsregistrierung in BW, insbes Umsetzung der Vorgaben des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes, Weiterentwicklung der Aufgaben des Epidemiologischen Krebsregisters, Optimierung der Aufgabenerledigung im Krebsregister, Neuregelung des Widerspruchsrechts des Patienten, Regelung des länderübergreifenden Datenaustauschs, Durchführung von Qualitätskonferenzen zur Weiterentwicklung und Optimierung der onkologischen Versorgungsqualität und zur Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen

GesEntw

s. *Landeskrebsregistergesetz*

Drs 15/7845

Vorsorge und Gesundheit im Alter

Sachstand zur Früherkennung von Alterskrankheiten und Maßnahmen im Bereich der medizinischen Vorsorge zur Vermeidung einer vorzeitigen Alterung, insbes effektive Ursachenbekämpfung von multimorbiden Erkrankungen im Alter, regelmäßige

Untersuchung der Stoffwechselfaktoren eines Menschen, Erstellung eines Neurostressprofils zur Erkennung von Tendenzen zu einem Burn-out

Antr Karl Rombach u.a. CDU 14.12.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7875

Schaffung von Rahmenbedingungen für Gesundheitsprävention bei der Polizei

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 420

Verstärkte Förderung der gesundheitlichen Prävention, Plädoyer für ein Präventionsgesetz auf Bundesebene

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 719 722

Gesundheitswesen

s.a. Gesundheitsbehörde

s.a. Gesundheitsberuf

s.a. Gesundheitsvorsorge

s.a. Krankenversicherung

s.a. Medizinische Versorgung

Delegation und Kooperation zwischen stationärem und ambulanten Sektor im Gesundheitswesen

Bewertung von Finanzierungsmodellen für vor- oder nachstationäre Leistungserbringer sowie Programmen zur Qualitätssteigerung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 26.11.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4383

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2014 Drs 15/5052 S. 44 45

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr

s. Sekundäres Gemeinschaftsrecht

Drs 15/6203

Zweiter Gesundheitsmarkt in BW

Sachstand zu Entwicklung und Potenzialen des zweiten Gesundheitsmarkts in BW, insbes Beschäftigungswirkung, Auswirkung auf Verbesserung von Prävention und Gesunderhaltung, Förderung durch die LReg

Antr

s. Gesundheitswirtschaft

Drs 15/6595

Jungen- und Männergesundheit in BW

Sachstand zur Jungen- und Männergesundheit in BW, insbes Bewertung des Berichts „Jungen- und Männergesundheit in BW 2015“, Umsetzung der Empfehlungen, besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen

K1Anfr

s. Gesundheit

Drs 15/7432

Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung des Zusammenwirkens von Land und Kommunen im Bereich des Gesundheitswesens und Intensivierung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit der Akteure des Gesundheitswesens; Etablierung und Regelung von Arbeitsweisen und Zuständigkeiten von Beteiligungsgremien wie der Landesgesundheitskonferenz, kommunalen Gesundheitskonferenzen und dem Landesausschuss Gesundheitsförderung und Prävention; Schaffung von Beteiligungsformen zur frühzeitigen Einbeziehung von Bürgern und Patienten in den Gremien; Anpassung der Zusammensetzung des Landeskrankenhausausschusses und des Landespflegeausschusses

GesEntw

s. Landesgesundheitsgesetz

Drs 15/7722

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung anderer Vorschriften

Anpassungen in den Strukturen und Inhalten des öffentlichen Gesundheitsdienstes für eine nachhaltige und bürger- bzw patientenorientierte Ausrichtung der Behörden; Festschreibung der Beteiligung an Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie einer koordinierenden Rolle in den Land- und Stadtkreisen auf den Gebieten der Gesundheitsplanung und der Versorgungsstrukturen als künftige Kernaufgabe der Gesundheitsämter; Einrichtung von medizinischen Gutachtenstellen für bestimmte amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen; Durchführung von ärztlichen Einstellungsuntersuchungen und Erstellung ärztlicher Atteste auf Grundlage von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen durch geeignete Ärzte

GesEntw

s. Gesundheitsdienstgesetz

Drs 15/7723

Verweisung auf das Wertschöpfungspotenzial im Gesundheitssektor

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 27

Verweisung auf das Wertschöpfungspotenzial im Gesundheitssektor, insbes auch im ländlichen Raum

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114

Gesundheitswirtschaft

Heilbäder und Kurorte in BW

Entwicklungen und Herausforderungen der Heilbäder und Kurorte in BW, insbes Arbeitsplätze und Bruttowertschöpfung im Kur- und Heilbäderwesen bzw im Cluster Gesundheitswirtschaft, Probleme und Chancen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, Anzahl verordneter ambulanter Kuren, Bereiche künftigen Wachstumspotenzials, Bedeutung des Selbstzahlermarkts; Aktivitäten der LReg zur Entwicklung eines Präventionsgesetzes auf Bundesebene; Planung einer Novellierung des Kurortgesetzes

Antr

s. Kurort

Drs 15/4647

Zweiter Gesundheitsmarkt in BW

Sachstand zu Entwicklung und Potenzialen des zweiten Gesundheitsmarkts in BW, insbes Beschäftigungswirkung, Auswirkung auf Verbesserung von Prävention und Gesunderhaltung, Förderung durch die LReg

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 10.03.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6595

BeschlEmpf und Bericht Soza 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 33-36

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Volkswirtschaftliche Wertschöpfung im Gesundheits- und Sozialbereich in BW

Angebote und Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich in BW sowie Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung

KlAnfr Werner Raab CDU 31.03.2015 und Antw SM Drs 15/6698

Abrufen verfügbarer Mittel zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor

Sachstand zur Umsetzung der Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor, insbes Verfahren zum Mittelabruf aus einem Strukturfonds iRd geplanten Krankenhaus-Strukturgesetzes, Förderkriterien des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für den Innovationsfonds, Mittelbereitstellung durch den geplanten Kommunalinvestitionsförderungsfonds; Aufgabe von Krankenhausstandorten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 05.05.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6852

BeschlEmpf und Bericht Soza 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 69-71

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Gesundheitszustand

s. Gesundheit

Getreide*Auswirkungen der Energiewende auf die Landwirtschaft in BW*

Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Kopf seit 1950; Getreideproduktion und -verbrauch seit dem Jahr 2000; Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seit 2000; Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf die baden-württembergische Landwirtschaft; Einfluss der Energiepreise auf deren Wettbewerbsfähigkeit; Erwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch die Energiewende; Schutz der baden-württembergischen Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen der Energiewende

Antr

s. Landwirtschaft

Drs 15/4356

Verbraucherinnen und Verbraucher schützen - keine Zulassung für Genmais in Europa

Aktuelle Debatte

s. Gentechnik

PIPr 15/90 S. 5375

Situation der Handwerksbäckereien in BW

Entwicklung im Backgewerbe in BW, insbes Anzahl und Marktanteile der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Großbä-

ckereien, Anzahl der Backstationen in Discountern und der Verkaufsstände von Großhandelsbäckereien im Lebensmitteleinzelhandel, Markt der Tiefkühl-Backwaren; Situation der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Fördermöglichkeiten, insbes bei Getreidepreisen und Energiekosten

Antr

s. Backgewerbe

Drs 15/5151

Durchwachsene Silphie in BW

Bedeutung der Durchwachsenen Silphie für die Landwirtschaft und die Biomasseerzeugung, insbes Vergleich zum Maisanbau, Beitrag zur Sicherung des Bienenbestandes; Förderung und wissenschaftliche Erforschung dieser Energiepflanze in BW und im Bundesländervergleich

Antr

s. Pflanze

Drs 15/5954

Umbruch von Grünland für den Maisanbau zur Biogasnutzung, Begrüßung des Umwandlungsverbots für Dauergrünland, Auswirkungen auf den benötigten Anbau von heimischer Braugerste

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876 878 879 881

Umbruch von Grünland für den Maisanbau zur Biogasnutzung, Begrüßung des Umwandlungsverbots für Dauergrünland

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 943 945

Untersuchung von Maissaatgut auf gentechnisch veränderte Organismen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1712

Getreideprodukt*Situation der Getreidemühlenbetreiber in BW*

Entwicklung der baden-württembergischen Getreidemühlenbetreiber, insbes Anzahl der Mühlen und Beschäftigten, Vermahlungsmengen, Situation bei Klein- und Familienbetrieben; Hauptherausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für Klein- und Familienbetriebe; Initiativen zum Bürokratieabbau in der Lebensmittelbranche; Kostenübernahme für Lebensmittelkontrollen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 08.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4568

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 40 41

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

GEW

s. Gewerkschaft

Gewächshaus*Schließung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau*

Trägerschaft, Bauunterhalt und Stilllegung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau, insbes Kosten und Maßnahmen der Schadensbehebung; Gründe und Dauer des wegen der Schließung erfolgten Unterrichtsausfalls

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 05.02.2013 und Antw MWK Drs 15/3025

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim

Stellenwert der landwirtschaftlichen Ausbildung in Stuttgart-Hohenheim; Zustand der Gebäude und Gewächshäuser; Sanierungsvorhaben; jährliche Aufwendungen für das Land als Träger der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart über einen Neubau des Schulgebäudes; Bedingungen einer Übertragung der Trägerschaft an die Stadt Stuttgart; Vorschlag der Beibehaltung der zwischen Stadt und Land geteilten Zuständigkeit; Bereitstellung eines Grundstücks durch das Land und Übernahme der Baukosten durch die Stadt; Übertragung der Zuständigkeit innerhalb der LReg an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr

s. Landwirtschaftliche Ausbildung

Drs 15/3614

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Auskunft über vorhandene Gewächshausflächen; Nutzung des Gewächshauses „Klimatron“ für Forschungsprojekte; Darlegung des Rechtsverhältnis zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft (SfG); gesetzliche Pflichten des Schulträgers zur Weiterführung der Schule, zu ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln; Budgetierung im Haushalt der Universität Hohenheim; Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Land und der Stadt Stuttgart über einen Neubau und die Frage der Trägerschaft; Übertragung der Zuständigkeit in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr

s. Landwirtschaftliche Ausbildung

Drs 15/3645

Perspektiven und Herausforderungen des Gemüseanbaus auf der Insel Reichenau

Entwicklung, Zukunft und Unterstützung des Gemüseanbaus auf der Insel Reichenau, insbes Bedeutung für Agrarstruktur, Versorgung, Landschaftsbild und Tourismus; Rückbau ineffizienter Gewächshäuser; Ermöglichung von Flurbereinigung und Diversifizierung

Antr

s. Gemüsebau

Drs 15/4088

Gewährträgerhaftung*Universitätsmedizin in BW*

Situation und geplante Neuregelungen im Bereich der Universitätsmedizin in BW, insbes Regelungswünsche von Seiten der Beteiligten in Bezug auf das Organisations-, Kooperations- und Führungsmodell, die Gewährträgerhaftung sowie die Bauherreneigenschaft; zurückliegende Bauinvestitionen und künftiger Sanierungsbedarf; Regelung der Fach- und Rechtsaufsicht des Landes sowie der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsräten von Universitätsklinik; Beteiligungen und wirtschaftlicher Erfolg von Universitätsklinik; Zeitplan und Einbeziehung der Ergebnisse des Symposiums vom 26. Oktober 2012 in Ulm und Erfahrungen aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in die Neuregelungen

GrAnfr

s. Universitätsklinik

Drs 15/3138

Gewässer*s.a. Alb, Fluss**s.a. Bodensee**s.a. Donau**s.a. Enz**s.a. Gewässergüte**s.a. Gewässerschutz**s.a. Kocher**s.a. Neckar**s.a. Pfalz, Fluss**s.a. Rhein**s.a. Stauanlage**s.a. Überschwemmungsgebiet**s.a. Wasserverunreinigung**Wasserqualität fließender und ruhender Gewässer des Kreises Schwäbisch Hall*

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen im LKreis Schwäbisch Hall und landesweit, insbes auch in Bezug auf den EHEC-Erreger; Einschätzung der Gefahr einer Ausbreitung des Bakteriums über das Gewässersystem; Frage nach vorbeugenden Maßnahmen und einer Intensivierung der Messungen

KlAnfr

s. Gewässergüte

Drs 15/148

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 6: Das Ökokonto als Lösungsansatz für Umsetzungsdefizite bei Straßenbau und Gewässerentwicklung

ng//

s. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Drs 15/221

Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2009

Fördermöglichkeiten bei der Sicherheitsüberprüfung von Dämmen für gemeinnützige Vereine, wie z.B. Angelsportvereine u.a. Gewässereigentümer; Herstellung der Förderfähigkeit durch Änderung der o.g. Richtlinien

KlAnfr

s. Wasserwirtschaft

Drs 15/1437

„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee

Darstellung der o.g. Maßnahmen und Entwicklungen seit 2002 bzw seit Beantwortung der Drs 14/5038 und 14/6420 sowie der weiteren Maßnahmen und dafür vorgesehenen Mittel; Stand der Kartierung und Renaturierung der Moore und Bodenseeufer, Ergebnisse des Aktionsprogramms zur Sanierung oberschwäbischer Seen, Lösungsansätze für Konflikte mit der landwirtschaftlichen Nutzung; Initiierung neuer Forschungsvorhaben; Vorlage eines Förderkonzepts

Antr

s. Gewässerschutz

Drs 15/2078

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser

Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2459

Potenzial der Wasserkraft an schiffbaren Flüssen in BW stärker nutzen

Zahl und installierte Leistung der Wasserkraftanlagen an den schiffbaren Schleusen an Rhein und Neckar; Auflistung der jeweiligen Betreiber, des Sanierungsbedarfs und Potenzials zur Steigerung der Stromerzeugung; Frage nach entsprechenden Planungen der Betreiber

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 15/2583

Regierungsbefragung

Qualität der Badegewässer in BW
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4474

Mikroplastik-Partikel in den Gewässern Baden-Württembergs - insbes im Bodensee

Konkrete Gefahren für Mensch, Tier- und Pflanzenwelt durch Gewässerverunreinigung mit Mikroplastik-Partikeln, insbes bei den Trinkwasserspeichern wie dem Bodensee; Ergebnisse nationaler und internationaler Untersuchungen; geeignete Präventionsmöglichkeiten; bisherige Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/4479

Wassertourismus in BW

Sachstand zum Wassertourismus in BW, insbes Badewasserqualität, Binnen- und Fließgewässerqualität, Fördermaßnahmen und Qualitätssiegel für Wassertourismus, Sportunfälle in Gewässern, Auswirkungen des Klimawandels, Rückzug des Bundes aus der Eigentümerversicherungspflicht bei „Sonstigen Wasserstraßen“ des Bundeswasserstreckennetzes

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/6591

Trainingsstellen für den Kanu-Freestyle-Sport in BW

Sachstand zu Trainingsbedingungen und Trainingsanlagen für den Kanu-Freestyle-Sport in BW, insbes Ausbau von Trainingsstellen, Einrichtung von stehenden Wellen in baden-württembergischen Fließgewässern

Antr
s. *Kanusport*
Drs 15/7050

Verpachtung landeseigener Fischgewässer

Sachstand zu den vom Land bzw durch den Landesbetrieb ForstBW verpachteten landeseigenen Fischgewässer, insbes Pachteinahmen, Grundvoraussetzungen für Pächter

KlAnfr
s. *Fischerei*
Drs 15/7371

Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern

Sachstand zur Durchführung und Förderung von Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern in BW, insbes Anteil natürlicher oder naturnaher Gewässer, Generierung von Ökopunkten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.10.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7538 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 51-53
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Untersuchung der Potenziale für den Ausbau der Wasserkraftnutzung an den Flüssen des Landes

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 622 623

Gewässerausbau

Uferschutz durch Instream River Training

Sachstand zum Einsatz neuer Uferschutztechniken wie Lenkbuhnen, Strömungstrichter und Instream River Training

KlAnfr
s. *Ufer*
Drs 15/6955

Gewässerdirektion

s. *Wasser- und Schifffahrtsverwaltung*

Gewässergüte

Wasserqualität fließender und ruhender Gewässer des Kreises Schwäbisch Hall

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen im LKreis Schwäbisch Hall und landesweit, insbes auch in Bezug auf den EHEC-Erreger; Einschätzung der Gefahr einer Ausbreitung des Bakteriums über das Gewässersystem; Frage nach vorbeugenden Maßnahmen und einer Intensivierung der Messungen

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 24.06.2011 und Antw UM Drs 15/148

Grundwasserqualität und Ausbringung von „Wirtschaftsdünger“ pflanzlicher Herkunft

Entwicklung der Grundwasserqualität seit 2001 im Vergleich zu den Messdaten in anderen Bundesländern, Inanspruchnahme der Ausgleichsleistungen nach der SchALVO von den Landwirten und Wirkungen in den letzten 20 Jahren; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Nitratbelastung und der Ausbringung des o.g. Düngers aus Gärresten von Energiepflanzen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 31.08.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/461
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.10.2011 Drs 15/1300 S. 29 30
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz

Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr
s. Nitrat
Drs 15/1464

Gewässerrandstreifen

s. Ufer

Gewässerregulierung

s. Gewässerausbau

Gewässerschutz

s.a. Bodenschutz
s.a. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung
s.a. Wasserschutzgebiet
s.a. Wasserschutzpolizei
s.a. Wasserversorgung

Wasserqualität fließender und ruhender Gewässer des Kreises Schwäbisch Hall

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen im LKreis Schwäbisch Hall und landesweit, insbes auch in Bezug auf den EHEC-Erreger; Einschätzung der Gefahr einer Ausbreitung des Bakteriums über das Gewässersystem; Frage nach vorbeugenden Maßnahmen und einer Intensivierung der Messungen

KlAnfr
s. Gewässergüte
Drs 15/148

Tank- und Rastanlage im Enztal / A 8

Planungsstand der o.g. Tank- und Rastanlage an der Ausfahrt Pforzheim-Ost; Ausmaß der Flächen, die durch den Bau neu versiegelt werden; vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen; Größe der Tanks zur Lagerung grundwassergefährlicher Stoffe und Einstufung des damit verbundenen Gefährdungspotenzials; Maßnahmen zum Oberflächen- und Grundwasserschutz

KlAnfr
s. Rastanlage
Drs 15/499

Motorschiffahrt auf dem Bodensee

Entwicklung des jährlichen Anmeldestands von Motorfahrzeugen und der Anerkennung anderer Schifffahrtspatente nach der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung seit 2006; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen des Fahrverbots und der Geschwindigkeitsbegrenzung in Uferzonen durch die Wasserschutzpolizei, Auswirkungen und Konsequenzen von Verstößen, Frage nach weiteren Möglichkeiten zur Erhöhung der Akzeptanz von Einschränkungen der Schifffahrt in den Uferzonen

KlAnfr
s. Schifffahrt
Drs 15/1198

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/1206

Auswirkungen der geplanten Verordnung des Bundes über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen aus BW

Inhaltliche Ausgestaltung und Verfahrensstand der o.g. Verordnung; Bewertung der im Entwurf angelegten Verschärfungen im Verhältnis zur bisherigen Praxis nach der Verwaltungsvorschrift des Landes zum Wasserhaushaltsgesetz, Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen; Verhinderung von Regelungen, die über die Gewährleistung eines effektiven Grundwasserschutzes hinausgehen, über den BRat

Antr Tanja Gönner u.a. CDU 09.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1686
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.07.2012 Drs 15/2544 S. 61 62
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee

Darstellung der o.g. Maßnahmen und Entwicklungen seit 2002 bzw seit Beantwortung der Drs 14/5038 und 14/6420 sowie der weiteren Maßnahmen und dafür vorgesehenen Mittel; Stand der Kartierung und Renaturierung der Moore und Bodenseeufer, Ergebnisse des Aktionsprogramms zur Sanierung oberschwäbischer Seen, Lösungsansätze für Konflikte mit der landwirtschaftlichen Nutzung; Initiierung neuer Forschungsvorhaben; Vorlage eines Förderkonzepts

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 12.07.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2078
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 (dazu ÄAntr Ulrich Müller CDU) S. 55-57
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentswässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 11.10.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2459 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3398 S. 71 72
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Hochwasserschäden im Enzkreis und in Pforzheim

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten

KlAnfr
s. Hochwasserschaden
Drs 15/3573

Hochwasserschäden in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung ein-

zelter Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten; Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union für den Hochwasserschutz

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3578

Gewässerschutz, Fischerei und Tourismus am Bodensee

Veränderung von Fischerei und Gewässerschutz am Bodensee, insbes Entwicklung der Fangerträge der Berufsfischerei, Anzahl der Fischereibetriebe, Ursachen des Ertragsrückgangs, Anforderungen und Entwicklung der Wasserqualität, Ursachen von genetischen Veränderungen der Fische, Herausforderungen des Tourismussektors; Maßnahmen zur Unterstützung der Fischbestände, Fischerei und Gewässerqualität

Antr Reinhold Pix u.a. GRÜNE 03.07.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3737 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 56 57
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3760

Gewässerrandstreifen im Wassergesetz für BW (WG)

Anzahl der vom einzurichtenden Fünfmeterstreifen betroffenen Flurstücke bzw Landwirte; Umfang der entstehenden „unwirtschaftlichen Restflächen“; Art der empfohlenen Produktion und Pflege im Fünfmeterbereich; Verantwortlichkeit für die Pflege der Randflächen; Spezifizierung der von der Regelung ausgenommenen Oberflächengewässer von „wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“; Information der Landwirte; Wirksamkeit der Nitratrückhaltung; Forderung nach einer Ausnahme von der Umwandlungspflicht bei einem Damm oder fehlendem Gefälle

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3907

Belastung der Süßwasser-Ökosysteme Baden-Württembergs mit Kunststoffpartikeln

Untersuchungen und Ergebnisse zum Ausmaß der Verschmutzung durch Plastikpartikel in den Seen BW, insbes des Bodensees; Konsequenzen aus der Verschmutzung der Süßwasser-Ökosysteme mit Kunststoffpartikeln

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/4276

Konsequenzen der Novelle des Wassergesetzes für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW

Auswirkungen für die Landwirtschaft durch den Abzug der Gewässerrandstreifen von der landwirtschaftlich genutzten Fläche iRd Neufassung des Landeswassergesetzes, insbes Landwirtschaftsflächenverlust, Veränderung der Grundstückswertminderungen und Verteuerung der Bewirtschaftung; geplante Entschädigungs- bzw Ausgleichsmaßnahmen

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/4919

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Anteil der Gewässer in BW mit Gewässerentwicklungsplänen sowie einem angestrebten guten gewässerökologischen Zustand nach der Wasserrahmenrichtlinie; Sachstand bei der Maßnahmenumsetzung zur Zielerreichung der Wasserrahmenrichtlinie, insbes Zeitplan, regionale Schwerpunkte, Mittelaufwand

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/6120

Mögliche Einleitung von Calciumchloridrückständen in den Rhein

Sachstand zu Überlegungen französischer Wasserbehörden über eine mögliche Einleitung von Calciumchloridrückständen in den Rhein zur Verringerung des Chloridgehalts der Mosel, insbes Bewertung des Vorhabens unter dem Aspekt des Trinkwasserschutzes, Einbindung der Landesregierungen angrenzender Bundesländer in den Diskussionsprozess

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 30.03.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6687
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.07.2015 Drs 15/7534 S. 6 7
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Die Erwärmung des Neckars zerstört die Artenvielfalt

Sachstand zur Entwicklung der Wassertemperatur des Neckars, insbes Ursachen eines Temperaturanstiegs, Auswirkungen auf Fischfauna und Gewässerökologie, Maßnahmen zur Absenkung der Wassertemperatur

Antr
s. *Neckar*
Drs 15/7152

Vorkommen und Schutz der heimischen Muscheln und Krebse

Sachstand zum Vorkommen und Schutz der Flusskrebse und Süßwassermuscheln in BW, insbes aktuelle Gefährdung der Populationen, Rücksichtnahme bei Eingriffen in oder an Gewässern, Gefährdung durch Neozoen

Antr
s. *Artenschutz*
Drs 15/7198

Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen

Sachstand zur Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen, insbes Auswirkungen, Maßnahmen zur Reduzierung der Rückstände im Abwasser, Betrieb und Kosten von Anlagen zur Reduzierung der Arzneimittelrückstände durch Aktivkohle oder Ozonierung in Krankenhäusern Baden-Württembergs

Antr
s. *Wasserverunreinigung*

Drs 15/7217

Ursache, Folgen und Maßnahmen zur Wiederbelebung der Gewässerökologie und des Fischbestands in der Jagst bei Kirchberg nach dem massenhaften Fischsterben aufgrund des verheerenden Mühlenbrands

Sachstand zu Ausmaß und Bewältigung des massenhaften Fischsterbens an der Jagst infolge des Mühlenbrands bei Kirchberg-Lobenhausen

KlAnfr
s. *Jagst*
Drs 15/7346

Gewässerökologische Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst

Sachstand zu gewässerökologischen Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst, insbes Wiederherstellung eines hochwertigen gewässerökologischen Zustands, Unterstützung örtlicher Fischereiverbände, Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Flusses

Antr FDP/DVP 17.09.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7395

Bedeutung des Umwandlungsverbots für Dauergrünland für den Gewässerschutz

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876 881

Gewässerverunreinigung

s. *Wasserverunreinigung*

Gewalt

s.a. *Amoklauf*
s.a. *Frauenhaus*
s.a. *Gewaltprävention*
s.a. *Misshandlung*
s.a. *Nationalsozialistisches Unrecht*
s.a. *Rocker*
s.a. *Sachschaden*
s.a. *Sexualdelikt*
s.a. *Verbrechensopfer*

Angekündigte Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeiuniformen

Einführungsründe, Ausgestaltung und Auswirkungen eines anonymisierten Kennzeichnungssystems; Frage nach einem Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Gegnern des Projekts Stuttgart 21 gegen Polizisten am 20.06.2011; Haltung der Polizeigewerkschaften; Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamten, Schutz vor Denunziationen, Bedrohungen und Gewalt

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/189

Abbruch von Einsätzen als taktische Alternative bei der Bewältigung von Großlagen

Bewertung o.g. Entscheidungsalternative als eine der Empfehlungen aus der Nachbereitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten, Vereinbarkeit mit der Rechtslage bzw mit den Dienstpflichten von Polizeibeamten und der gebotenen Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates; Auswahl und Zusammensetzung des angekündigten Expertenpools zur Unterstützung von Einsatzleitern, Einbeziehung der

persönlichen Bewertung von Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt und der taktischen Variante „Einsatzabbruch“ als Kriterium bei der Expertenauswahl?

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/406

Übernahme von Informationsmaterial türkischer Stellen durch Behörden des Landes BW?

Beurteilung der Übernahme o.g. Materialien zur Rolle der Frau und von häuslicher Gewalt sowie der Verbreitung hierzulande, Frage nach einem Anpassungsbedarf im Blick auf die unterschiedliche Lebenssituation in der Türkei und der Migranten in Deutschland sowie nach bereits vorhandenen Publikationen von Bund und Land sowie anderer BLänder

Antr
s. *Türkei*
Drs 15/1484

Vollzug des Staatshaushaltsplans für 2012; hier: Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Antr LReg
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/1625

Gewalt in Fußballstadien eindämmen

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 15/38 S. 2053

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Aufstufung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitstgipfel

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1856

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbes Stellenerhöhung und Qualifizierungskonzept für Beratungslehrkräfte, Gewaltpräventionsberater und Schulpsychologen, Einrichtung des „Schulpsychologischen Kompetenzzentrums“, Ausbau des Anti-Gewalt-Programms nach Dan Olweus an den Schulen

Antr
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/1946

Gewalt in Fußballstadien

Ausweitung der Fanprojekte auf die Vereine der ersten bis dritten Fußballligen u.a. Möglichkeiten der Gewaltprävention von der ersten bis zur fünften Liga

MdlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1953

Frauenhilfstrukturen für von Gewalt betroffene Frauen im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Kapazitäten und Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Fachberatungsstellen für von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffene Frauen landesweit sowie im LKreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Frauenhaus*
Drs 15/1988

Fanprojekte in BW - frühzeitige Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

Auflistung o.g. Projekte sportnaher Jugend- und Sozialarbeit, deren Ausgestaltung, Förderung und Erfolg; Frage nach weiteren gestellten Anträgen und deren Bescheidung sowie nach einem regelmäßigen Austausch zwischen Ministerien, Vertretern der Projekte und Vereine; Fortschreibung der etatisierten Haushaltsansätze; Ausblick auf künftige Herausforderungen mit Blick auf das zunehmende Gewaltpotenzial innerhalb und außerhalb der Stadien

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1997

Finanzierung von Unterstützungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder

Angebot, Bedarf und Finanzierung von Frauenhäusern, -beratungsstellen und -notrufen, insbes auch im ländlichen Raum; Zahl der vorhandenen und benötigten Plätze für Frauen und Kinder; Erreichung des vom Europarat empfohlenen Einwohner-schlüssels pro Frauenhausplatz? Bewertung des zum Jahresende startenden bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 15/2218

Platzverweis für gewalttätige Partner

Anzahl der Polizeieinsätze und der jährlichen Platzverweise wegen häuslicher Gewalt seit 2002; Anteil der Fälle, in denen Kinder betroffen sind; durchschnittliche Dauer der Platzverweise, Anzahl der Wiederholungsfälle; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention; Bewertung des Instruments des Platzverweises

Antr
s. *Platzverweis*
Drs 15/2314

Konsequent handeln: Schluss mit der Gewalt gegen Polizeibeamte

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2638-2652

Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt
Erkenntnisse über die Zahl von Fällen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderung, über die Täter und Tatorte; präventive Maßnahmen speziell in Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; therapeutische Unterstützung, Beratung und Begleitung der Opfer vor Gericht, insbes von Frauen mit einer geistigen Behinderung; Schulung des Personals in Schulen u.a. Einrichtungen für Behinderte zum Thema Sexualität

Antr
s. *Frau*
Drs 15/2494

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KlAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/2636

Gewalt gegen Männer in BW

Zahl der im Zeitraum 2010 bis 2012 gegenüber Männern verübten Gewalttaten, aufgeschlüsselt nach physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt; Verteilung der Gewaltopfer nach Landkreisen; Altersstruktur der Betroffenen in Relation zur Art der erlittenen Gewalt; Gewalterfahrung in den Lebensbereichen Partnerschaft, Arbeit und Freizeit; konkrete Angebote und Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Mann*
Drs 15/2753

Friedlich zusammenleben - Maßnahmen gegen Gewalt irakischer Migranten in Pforzheim

Ursachen der Gewalteskalation zwischen jesidischen Irakern am 2. April 2013 in Pforzheim; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Gewaltausbrüche; Prüfung der Aufenthaltserlaubnis der beteiligten Gewalttäter in Deutschland; Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3420

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr
s. *Ambulante Behandlung*
Drs 15/3944

Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen

Beurteilung der steigenden Gewaltbereitschaft heranwachsender Jugendlicher und der Gewaltexzesse bestimmter Gruppierungen bei öffentlichen Veranstaltungen, insbes Vorkommnisse am Rande des Nachtumzugs in Unzhorst; Durchführung und Ausbau präventiver Maßnahmen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 07.03.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4908
BeschIEmpf und Bericht InnenA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 22 23
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Rechtsextremismus im Landkreis Freudenstadt

Rechtsextreme Parteien, Organisationen und Gruppierungen im Landkreis Freudenstadt; Bestehen sogenannter „Freier Kameradschaften“, Größe der „Kameradschaft Freudenstadt“; Beziehung zu den sogenannten „Autonomen Nationalisten“; Form der Zusammenarbeit; überregionale Kontakte; Straf- und Gewalttaten

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/5004

*Regierungsbefragung**Gewalt auf Sportplätzen*

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6265-6269

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5648

Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Einsatzstrategien für Demonstrationen zu den Konflikten im Nahen Osten, Einsatz des Landesamts für Verfassungsschutz

Umgang mit zunehmender Gewalttätigkeit bei Demonstrationen anlässlich der Konflikte im Nahen Osten; Ausarbeitung von Strategien zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Koordination des Vorgehens von Polizeiführung, Staatsanwaltschaften und Innen- und Justizministerium; Anzahl der den Phänomenbereich Islamismus beobachtenden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5879

Hooliganismus - gewaltbereite Gruppen in Pforzheim und BW

Anzahl der Hooligans in BW und insbes im Raum Pforzheim; Erkenntnisstand zur Gruppe „Berserker Pforzheim“; Einschränkung der Tätigkeit solcher Gruppen mit juristischen Mitteln; Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen

KlAnfr
s. *Hooligan*
Drs 15/5997

Gewalt gegen Polizeibeamte

Anzahl der pro Jahr auf Polizeibeamte verübten Angriffe seit 2011; Art der dadurch verursachten Verletzungen; Dienstausschluss, Dienstunfähigkeit und Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand; Situationen, in denen Polizisten besonders gefährdet sind; Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamten vor Übergriffen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6227

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsycho-

logen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Sachstand zur Situation von Übergriffen auf Fahrgäste und Beschäftigte im öffentlichen Personennahverkehr, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, strafrechtliche Ahndung, Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen zur Verhütung von Gewalttaten

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6995

Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu Maßnahmen der Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften, insbes Erstellung und Übersetzung von Hausordnungen, Sanktionsmöglichkeiten, Deeskalationsschulungen für Mitarbeiter der Einrichtungen

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7343

Beklagung der zunehmenden Gewalt von Jugendlichen unter Alkoholeinfluss, insbes auch von Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte; Schaffung der Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden an örtlichen Brennpunkten

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 209-216

Feststellung einer steigenden Zahl von jüngeren Straftätern und von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte, Unterstützung der Polizei in ihrem Vorgehen gegen gewalttätige Demonstranten

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412-415 420 421

Bewertung der zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft als Herausforderung für die Polizei, Bemühungen um Gewaltfreiheit bei den Projektgegnern von Stuttgart 21

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1266 1280 1281

Beklagung der zunehmenden Gewalt von Jugendlichen unter Alkoholeinfluss; Schaffung der Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden an örtlichen Brennpunkten; Entwicklung der tätlichen Übergriffe gegen Polizeibeamte; Zunahme der Gewalt in Burundi

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1586-1593 1609-1611 1614

Beteiligung von Rockerbanden an schwersten Gewaltdelikten; Hervorhebung des staatlichen Gewaltmonopols

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2180-2186

Gewalt gegen Personen

s. *Gewalt*

Gewalt gegen Sachen

s. *Gewalt*

Gewalt im sozialen Nahraum*s. Häusliche Gewalt***Gewalt in der Ehe***s. Häusliche Gewalt***Gewalt in der Familie***s. Häusliche Gewalt***Gewaltanwendung***s. Gewalt***Gewaltbereitschaft***s. Gewalt***Gewaltenteilung***s.a. Demokratie**s.a. Inkompatibilität**s.a. Parlamentarische Kontrolle**s.a. Rechtsstaat**Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes*

Strukturreform des Landesamtes für Verfassungsschutz und Stellenabbau; Bewertung der Arbeit des Landesamtes; Bewältigung von Aufgaben wie z.B. der Beobachtung islamistischer Gruppierungen; Haltung des Innenministers zu einem Stellenabbau und zur Aufgabe der Terrorismusbekämpfung; Risiken einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes; Wegfall der parlamentarischen Kontrolle bei einer Verlagerung von Aufgaben auf den Bund; Folgen für die horizontale Gewaltenteilung; Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses (Bundestagsdrucksache 17/14600 vom 22. August 2013); Zusammenarbeit der Verfassungsschutzorganisationen des Bundes und der Länder

GrAnfr

s. Verfassungsschutz

Drs 15/4539

Gewaltkriminalität*Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW*

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und Interventionsmaßnahmen

Antr

s. Betäubungsmittel

Drs 15/2867

Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen

Beurteilung der steigenden Gewaltbereitschaft heranwachsender Jugendlicher und der Gewaltexzesse bestimmter Gruppierungen

bei öffentlichen Veranstaltungen, insbes Vorkommnisse am Rande des Nachtumzugs in Unzhorst; Durchführung und Ausbau präventiver Maßnahmen

Antr

s. Gewalt

Drs 15/4908

Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle - LReg muss handeln

Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ im Strafgesetzbuch

Antr

s. Strafgesetzbuch

Drs 15/6818

Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Sachstand zur Situation von Übergriffen auf Fahrgäste und Beschäftigte im öffentlichen Personennahverkehr, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, strafrechtliche Ahndung, Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen zur Verhütung von Gewalttaten

KlAnfr

s. Öffentlicher Personennahverkehr

Drs 15/6995

Gewaltopfer*s. Verbrechensoffer***Gewaltopferentschädigung***s. Opferentschädigung***Gewaltprävention***s.a. Platzverweis**Einschätzung des Gefährdungspotenzials von Linksextremismus und Verhältnis zu anderen Formen des Extremismus*

Entwicklung der Zahl von Gewaltdelikten von Linksextremisten, Rechtsextremisten und Islamisten seit 2010; Frage nach einer unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Formen des Extremismus; Übertragung der Programme gegen Rechtsextremismus auch auf andere Felder der Extremismusprävention

Antr

s. Extremismus

Drs 15/774

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Auflistung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitstipfel

Antr Hans-Ulrich Sckerl u.a. GRÜNE 18.06.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1856

BeschIEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 58

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbes. Stellenerhöhung und Qualifizierungskonzept für Beratungslehrkräfte, Gewaltpräventionsberater und Schulpsychologen, Einrichtung des „Schulpsychologischen Kompetenzzentrums“, Ausbau des Anti-Gewalt-Programms nach Dan Olweus an den Schulen

Antr
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/1946

Gewalt in Fußballstadien

Ausweitung der Fanprojekte auf die Vereine der ersten bis dritten Fußballligen u.a. Möglichkeiten der Gewaltprävention von der ersten bis zur fünften Liga

MdlAnfr 3) Viktoria Schmid CDU 25.06.2012 Drs 15/1953
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2294-2296

Fanprojekte in BW - frühzeitige Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

Auflistung o.g. Projekte sportnaher Jugend- und Sozialarbeit, deren Ausgestaltung, Förderung und Erfolg; Frage nach weiteren gestellten Anträgen und deren Bescheidung sowie nach einem regelmäßigen Austausch zwischen Ministerien, Vertretern der Projekte und Vereine; Fortschreibung der etatisierten Haushaltsansätze; Ausblick auf künftige Herausforderungen mit Blick auf das zunehmende Gewaltpotenzial innerhalb und außerhalb der Stadien

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 29.06.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1997
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 05.06.2013 Drs 15/4040 S. 14 15
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Platzverweis für gewalttätige Partner

Anzahl der Polizeieinsätze und der jährlichen Platzverweise wegen häuslicher Gewalt seit 2002; Anteil der Fälle, in denen Kinder betroffen sind; durchschnittliche Dauer der Platzverweise, Anzahl der Wiederholungsfälle; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention; Bewertung des Instruments des Platzverweises

Antr
s. *Platzverweis*
Drs 15/2314

Linksextremistische Gewalt in BW

Maßnahmen gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft linker Autonomer und den Anstieg linksextremistischer Gewalttaten; Erkenntnisse über die Nutzung und Förderung von autonomen Zentren und Szenetreffpunkten; Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen vor der Instrumentalisierung durch linksextremistische Musik; Fokussierung der Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus und der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz auch auf den gewaltbereiten Linksextremismus

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/2457

Konsequent handeln: Schluss mit der Gewalt gegen Polizeibeamte

Aktuelle Debatte
s. *Gewalt*

PIPr 15/47 S. 2638

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KlAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/2636

Gewalt im Rahmen von Spielen der Fußball-Bundesligen in BW

Anzahl der Polizeieinsätze im Rahmen von Bundesliga-Spielen seit dem 7. August 2009, aufgeschlüsselt nach Vereinen, Einsatzkräften und Einsatzstunden; Gesamtkosten der Polizeieinsätze; Entscheidungskriterien für Umfang und Ausführung von Polizeieinsätzen; Maßnahmen der Vereine und Fanggruppierungen bei Spielen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial; in der Zentralen Informationsstelle Sporeinsätze (ZIS) unter der Datei „Gewalttäter Sport“ gespeicherte Personen, darunter Personen mit rechtsextremen Hintergrund; durch Fangewalt verletzte unbeteiligte Dritte; Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hooligan*
Drs 15/2642

Häusliche Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund

Anzahl bzw. Häufigkeit der polizeilich registrierten Straftaten im Vergleich zu solchen Familien ohne Migrationshintergrund; Zahl der seit 2002 jährlich ausgesprochenen Platzverweise; Gründe für eine hohe Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt; Frage nach dem Einfluss der Religion bzw. Glaubensrichtung der betroffenen Familien; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention

Antr
s. *Häusliche Gewalt*
Drs 15/2666

Gewalt gegen Männer in BW

Zahl der im Zeitraum 2010 bis 2012 gegenüber Männern verübten Gewalttaten, aufgeschlüsselt nach physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt; Verteilung der Gewaltopfer nach Landkreisen; Altersstruktur der Betroffenen in Relation zur Art der erlittenen Gewalt; Gewalterfahrung in den Lebensbereichen Partnerschaft, Arbeit und Freizeit; konkrete Angebote und Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Mann*
Drs 15/2753

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen

Weibliche Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2007 bis 2011 (tabellarische Aufstellung); Leistungsfähigkeit der Beratungs- und Anlaufstellen; Beurteilung des Modellprojekts „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG)“; Anwendung des S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramms in Krankenhäusern; Fachberatungsstellen zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels und ihre Finanzierung; Verfahren der anonymen Spurensicherung; Beweissicherung ohne Anzeige; Grund-

züge des künftigen Landesaktionsplans gegen Gewalt

Antr
s. *Häusliche Gewalt*
Drs 15/2788

EU-Programm „Daphne“

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte Förderprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr
s. *DAPHNE*
Drs 15/3337

Friedlich zusammenleben - Maßnahmen gegen Gewalt irakischer Migranten in Pforzheim

Ursachen der Gewalteskalation zwischen jesidischen Irakern am 2. April 2013 in Pforzheim; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Gewaltausbrüche; Prüfung der Aufenthaltserlaubnis der beteiligten Gewalttäter in Deutschland; Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KIAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3420

Cybermobbing auch in BW gezielt bekämpfen

Zahl der von Cybermobbing betroffenen Schüler; besonders gefährdete Personengruppen; Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen; Schulwechsel und schwerer wiegende Folgen von Mobbing in sozialen Netzwerken; Modelle, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing; niederschwellige Angebote an Schulen, Unterstützungsangebote von Schülern für Schüler; strafrechtliche Verfolgung von Cybermobbing, Hinweis auf Präzedenzfälle

Antr
s. *Mobbing*
Drs 15/3935

Gewaltprävention und Wirksamkeit der Fanprojekte

Bestand und Bedarf an Fanprojekten in BW; Aufgabenfelder; präventive Wirkung von Fanprojekten; Arbeit des Fanprojekts in Mannheim/Ludwigshafen; Förderung von Fanprojekten durch das Land; bisherige Erfahrungen mit dem Sicherheitskonzept der Deutschen Fußball Liga (DFL); Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kommunen, Fanprojekten und Polizei; Strafverfolgung der Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels Offenbacher Kickers und SV Waldhof Mannheim am 25. August 2013; Gewaltprävention im Amateurbereich

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 30.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3990
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.11.2013 Drs 15/4379 S. 19-21
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen

Beurteilung der steigenden Gewaltbereitschaft heranwachsender Jugendlicher und der Gewaltexzesse bestimmter Gruppierungen bei öffentlichen Veranstaltungen, insbes Vorkommnisse am Rande des Nachtzugs in Unzhorst; Durchführung und Ausbau präventiver Maßnahmen

Antr
s. *Gewalt*
Drs 15/4908

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5648

Hooliganismus - gewaltbereite Gruppen in Pforzheim und BW

Anzahl der Hooligans in BW und insbes im Raum Pforzheim; Erkenntnisstand zur Gruppe „Berserker Pforzheim“; Einschränkung der Tätigkeit solcher Gruppen mit juristischen Mitteln; Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen

KIAnfr
s. *Hooligan*
Drs 15/5997

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr FDP/DVP 16.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6347
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.03.2015 Drs 15/6921 (dazu ÄAntr FDP/DVP) S. 20 21
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Regierungsbefragung

Gewaltphänomene im Zusammenhang mit Fußballspielen

PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7365-7371

Unterstützung des Heini-Programms zur Gewaltprävention durch die LReg

Beurteilung des im Raum Pforzheim/Enzkreis angebotenen Präventionsprogramms für Kinder; finanzielle Förderung und Fortbestand des Programms

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.11.2015 und Antw IM Drs 15/7769

Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2053-2062

Gewalttäter

Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Regelung des Vollzugs der Therapieunterbringungen von psychisch gestörten Sexual- und Gewalttätern in BW aufgrund des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) des Bundes vom 22.

Dezember 2010

GesEntw
s. *Therapieunterbringungsvollzugsgesetz*
Drs 15/3643

Gewaltverbrecher

s. *Gewalttäter*

Gewehr

s. *Waffe*

Gewerbe

s.a. *Gewerbegebiet*
s.a. *Gewerbeimmobilien*
s.a. *Gewerberecht*
s.a. *Gewerbesteuer*
s.a. *Unternehmen*

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4615

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4968

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts

Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stilllegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 15/5392

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/6344

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/6420

Gewerbeanmeldung

s. *Verwaltungsverfahren*

Gewerbeansiedlung

s. *Betriebsansiedlung*

Gewerbeaufsicht

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen in BW

Umsetzung der neuen Industrieemissions-Richtlinie in BW, insbes neue Aufgaben für Regierungspräsidien und untere Verwaltungsbehörden im Bereich der Gewerbeaufsicht, sachgerechte Regelung der landesrechtlichen Zuständigkeiten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/3162

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Arbeitsschutz unter dem Aspekt psychischer Belastungen

Situation der psychischen Belastungen bei Arbeitnehmern in baden-württembergischen Unternehmen, insbes bei Stress und Burnout; Umsetzung des Bundesgesetzes zur Erweiterung des

Arbeitsschutzes im Hinblick auf psychische Belastungen bei Arbeitnehmern, insbes Ausführung durch die Gewerbeaufsicht

KlAnfr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 15/5386

Bestattungsgewerbe in BW

Anzahl, Größe und Umsatz der Bestattungsbetriebe; Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Bestattungsgewerbe; Anzeigen und Gerichtsverfahren wegen des Verdachts auf Betrug oder anderer Delikte; Durchführung von Kontrollen bei Bestattungsunternehmen; Konsequenzen aus dem Betrugsfall in Schwäbisch Hall; Regelung des Zugangs zum Bestattungsgewerbe

KlAnfr
s. *Bestattung*
Drs 15/6029

Erinnerung an die Zuordnung der Gewerbeaufsicht zu den LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform 2005

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1645

Gewerbeaufsichtsamt

s. *Gewerbeaufsicht*

Gewerbeausstellung

s. *Ausstellung*

Gewerbeerlaubnis

s. *Gewerbezulassung*

Gewerbeertragsteuer

s. *Gewerbesteuer*

Gewerbeförderung

s. *Wirtschaftsförderung*

Gewerbegebiet

s.a. *Gewerbe*

B 33 bei Steinach im Kinzigtal

Beurteilung der Notwendigkeit und Realisierungschancen einer direkten Anbindung des interkommunalen Gewerbegebiets an die B 33

KlAnfr
s. *Bundesstraße 33*
Drs 15/1594

Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Flächenmanagement in BW

Bisherige Ergebnisse des Förderprogramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“; Vorteile der im Koalitionsvertrag angekündigten Bündelung der Genehmigungszuständigkeit für Flächennutzungspläne; künftiger Bedarf an Siedlungs- und Gewerbeflächen; Bestand an unbebauten erschlossenen Gewerbeflächen; Ausweisung von Gewerbegebieten, interkommunalen Gewerbeflächen und Gewerbeflächenpools; Baugebote zur Schließung von Baulücken; Herausnahme von Flächen aus Flächennutzungsplänen; Anwendung der Eingriffsregelung nach dem Baugesetzbuch

Antr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/2375

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRd Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3616

Kernkraftwerk (KKW) Fessenheim - Perspektiven für die Region nach dem Abschalten des Kernkraftwerks

Einstellung der umliegenden französischen Gemeinden zu einer Abschaltung des Atomkraftwerks; Termin der Entscheidung über die Stilllegung; Werbung für eine Stilllegung des KKW Fessenheim bei der elsässischen Bevölkerung sowie bei den politisch Verantwortlichen; Schaffung eines binationalen Gewerbeparks, bestehend aus dem Gewerbepark Breisgau und der Konversionsfläche des Kernkraftwerks; Fördermöglichkeiten durch das Land und die Europäische Union

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/4363

Gewerbeimmobilien

s.a. *Gewerbe*

Mehr Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden in BW

Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale bei Büros, Betriebs- und Produktionsstätten; Erhöhung der Sanierungsrate; Überarbeitung der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik zur Verringerung des Energieverbrauchs; Einsparpotenziale bei mechanischen Raumlufteinrichtungen; regelmäßige Wartung der Raumlufteinrichtungen; Inspektion der Klimaanlage durch die Baurechtsbehörden; Kontrolle der praktischen Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV)

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 18.11.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4344
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.03.2014 Drs 15/5137 S. 12-14
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Novellierung der Garagenverordnung BW (GaVO)?

Regelungen der GaVO und ihre Bemessungsgrundlagen; Anpassung der Stellplatzbreite an die gegenwärtige Pkw-Breite; Änderungsbedarf bei den Vorschriften für Parkplätze im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich; Regelungen für die Lagerung von Kinderwagen

KlAnfr
s. *Garage*
Drs 15/4969

Anstehende Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG); Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen im Land
Anforderungen, Anwendungsbereich und Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energeti-

schen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen in BW, insbes betroffene Gebäude, Kosten beim Heizungstausch für die Erstellung gebäudeindividueller energetischer Sanierungsfahrpläne

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/5926

Gewerbekonzession

s. *Gewerbezulassung*

Gewerbeordnung

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Neue Regelungen bei der Festsetzung von Ausstellungen

Sachstand zur Verwaltungspraxis bei der Festsetzung von Ausstellungen im Sinne des § 65 Gewerbeordnung (GewO), insbes Änderung der Verwaltungsvorschriften

KIAnfr
s. *Ausstellung*
Drs 15/7593

Gewerberecht

s.a. *Gewerbe*

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Gewerbesteuer

s.a. *Gewerbe*

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KIAnfr
s. *Steueraufkommen*
Drs 15/6391

Gewerbesteuerhinzurechnung bei Hotelreservierungen

Streichung der Gewerbesteuerhinzurechnung der Entgelte für die Anmietung von Hotelunterkünften durch Reiseveranstalter, insbes Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nr. 1 Gewerbesteuergesetz in der Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 vom 14. August 2007

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 10.06.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6970

Gewerbesteuerrückzahlung der Stadt Sindelfingen

Sachstand zur Entscheidung und Auswirkung der Rückerstattung der Gewerbesteuer für die Jahre 2002 und 2003 durch die Stadt Sindelfingen

KIAnfr Paul Nemeth CDU 11.06.2015 und Antw MFW Drs 15/6984

Anstehende Gewerbesteuerrückzahlung und finanzielle Belastung für die Stadt Künzelsau

Auswirkungen der Steuerrückzahlung an das Künzelsau ansässige Unternehmen auf den Gemeindehaushalt; Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Verhinderung einer Überforderung der Stadt und ihrer Bewohner

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.11.2015 und Antw MFW Drs 15/7651

Erhaltung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 735 736

Erinnerung an den geplanten Umgang mit Fällen der Hinterziehung von Gewerbesteuer durch die rot-grüne BReg

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1913

Erhaltung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2281

Gewerbsteuergesetz

Gewerbesteuerhinzurechnung bei Hotelreservierungen

Streichung der Gewerbesteuerhinzurechnung der Entgelte für die Anmietung von Hotelunterkünften durch Reiseveranstalter, insbes Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nr. 1 Gewerbesteuergesetz in der Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 vom 14. August 2007

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 15/6970

Gewerbezulassung*s.a. Konzession**Bestattungsgewerbe in BW*

Anzahl, Größe und Umsatz der Bestattungsbetriebe; Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Bestattungsgewerbe; Anzeigen und Gerichtsverfahren wegen des Verdachts auf Betrug oder anderer Delikte; Durchführung von Kontrollen bei Bestattungsunternehmen; Konsequenzen aus dem Betrugsfall in Schwäbisch Hall; Regelung des Zugangs zum Bestattungsgewerbe

KlAnfr

s. Bestattung

Drs 15/6029

Gewerbliche Immobilien*s. Gewerbeimmobilien***Gewerbliche Wirtschaft***s. Gewerbe***Gewerblicher Güterkraftverkehr***s. Güterkraftverkehrsgewerbe***Gewerbsmäßige Hehlerei***s. Hehlerei***Gewerkschaft***s.a. Berufsverband**s.a. Mitbestimmung**Auswahl der 34 Versuchsstandorte für die sogenannte Gemeinschaftsschule im Land*

Begründung der Einbeziehung der Gewerkschaft GEW in den Entwicklungsprozess unter Ausgrenzung der anderen Verbände

Antr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/1176

Wissenschaftliche Begleitung der Gemeinschaftsschule

Ausschreibung der o.g. wissenschaftlichen Begleitung; Ausstattung, Untersuchungsauftrag und Zeitrahmen für die Lieferung von Ergebnissen; Rolle der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei der Evaluation der Gemeinschaftsschule

KlAnfr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/1887

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

GEW-Gutachten lenkt regionale Schulentwicklung aufs Glatteis
Kritik an dem im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erstellten „Gutachten zur Schulentwicklung in BW“ wegen seiner Datengrundlage, seiner Empfehlung der Alternative Verbundschule oder Sekundarschule sowie der Nichtberücksichtigung „mehrzügiger Schulen“; Einschätzung der im Gutachten beschriebenen Auswirkungen auf die Hauptschulen und die Anzahl der Schulstandorte; Brauchbarkeit der Empfehlungen des Gutachtens für die Schulpolitik

Antr

s. Schule

Drs 15/2790

Verwendung des großen Landeswappens

Anzeige „Wir kennen alles. Außer Homophobie“ der GEW und der Organisation Campact in Anlehnung an die Werbekampagne des Landes „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“; Nutzung des großen Landeswappens in der Zeitungsanzeige; Abänderung des Wappens; Genehmigung der Wappennutzung beim Innenministerium; Bewertung des Inhalts der Kampagne; Kenntnis von der Kampagne und deren Unterstützung

Antr

s. Staatssymbol

Drs 15/4688

GewStG*s. Gewerbesteuergesetz***GEZ***Befreiung von Hospizen von der Rundfunkgebührenpflicht*

Bewertung der Einstufung von gemeinnützigen Hospizen als Betriebsstätten von der GEZ; Anstrengung einer generellen Befreiung der Hospize von den Gebühren; Entbürokratisierung des Befreiungsverfahrens bei der GEZ

KlAnfr

s. Rundfunkbeitrag

Drs 15/2162

Entbürokratisierung der GEZ mit der Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag, Zurückweisung des angemeldeten Personalmehrbedarfs für die Umstellung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 398-400

Entbürokratisierung der GEZ mit der Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag, Zurückweisung des angemeldeten Personalmehrbedarfs für die Umstellung

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 570 571 573

Gift

Die Eichenprozessionsspinner-Raupe - Risiken und Bekämpfung
Ausbreitung und Bekämpfungsmöglichkeiten des Eichenprozessionsspinners, insbes verursachte Schäden im Eichenbestand, zur Raupenbekämpfung zugelassene Pflanzenschutzmittel und Biozide, Gefährdungslage von Mensch und Tier durch das Nesselgift Thaumetopoein, Angebote der Gesundheitsaufklärung und -vorsorge

KlAnfr

s. Schädling

Drs 15/3430

Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW

Situation der Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW, insbes Nennung besonders betroffener Regionen, ergriffene oder geplante Gegenmaßnahmen

MdlAnfr

s. Wildpflanze

Drs 15/5396

Jakobskreuzkraut in BW

Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW und Eindämmungsmaßnahmen der LReg

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/5779

Giftmüll

s. *Sonderabfall*

Giftstoff

s. *Gift*

Gingen an der Fils

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7256

Girls' Day

s. *Berufsvorbereitung*

Girokonto

s. *Bankkonto*

GKL

s. *Lotterie*

GKV

s. *Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg*

GKV-Versorgungsstrukturgesetz

s. *Medizinische Versorgung*

GKZ

s. *Gesetz über kommunale Zusammenarbeit*

Glasfasernetz

Ausbau der Breitbandversorgung durch Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen

Risiko einer Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität bei der Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen; Maßnahmen zur Vorbeugung von Trinkwasserverunreinigungen bei der Verlegung oder Reparatur von Glasfaserkabeln; Vorteil einer Verlegung über Trinkwasserleitungen im Vergleich zur Verlegung über Regenwasser- oder Abwasserleitungen; Einsparpotenzial bei einer Verlegung über der bestehenden Kanalisation; Ergebnisse der Pilotprojekte zum Wasser-Faser-System (WFS); Auskunft über konkrete Planungen zum Ausbau der Breitbandversorgung über Wasserleitungen

Antr

s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3650

Höchstleistungszentrum Stuttgart (HLRS) und dessen Breitbandanbindung an kleine und mittlere Unternehmen

Situation des Höchstleistungszentrums Stuttgart, insbes Auslastung, Wettbewerbsfähigkeit, Zukunftsperspektiven, Glasfaser-/Breitbandanbindung von kleinen und mittleren Unternehmen und Förderung

Antr
s. *Rechenzentrum*
Drs 15/5562

Breitband im ländlichen Raum

Möglichkeit zur Nutzung vorhandener Glasfaserstrukturen für die Breitbandversorgung von Gemeinden und Ortsteilen im ländlichen Raum, insbes im Ortsteil Nesselbach der Stadt Langenburg

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5595

Gleichbehandlungsgrundsatz

s.a. *Soziale Werte*

Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG)

Position der LReg zu dem in der vergangenen Wahlperiode von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag zur Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (Antrag 14/1507 vom 11. Juli 2007) und der damaligen Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales

Antr
s. *Behindertenrecht*
Drs 15/4171

Vielfalt in BW als Chance

Sachstand zur Berücksichtigung der Erkenntnisse des „Diversity Managements“ (Vielfaltigkeitsmanagements) bei Gleichstellung und Antidiskriminierung, insbes Beteiligung an Maßnahmen auf EU-Ebene, Förderung des Vielfaltigkeitsmanagements in Unternehmen und Verwaltung, zentrale Bündelung der Teilbereiche des „Diversity Managements“ in der LReg

Antr
s. *Gesellschaft*
Drs 15/6965

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw

s. Chancengleichheit
Drs 15/7555

Gleichberechtigung

s.a. Diskriminierungsverbot
s.a. Frauenförderung
s.a. Gleichstellungsbeauftragte

Geschlechtsspezifische Budgetierung

Erfahrungen mit geschlechtsspezifischer Budgetierung aus den Haushaltsjahren 2009 und 2010, notwendige Begleitmaßnahmen und Personalaufstockung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 27.10.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/794

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gender Budgeting im Landeshaushalt

Mittlg LReg 16.11.2011 Drs 15/892
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/999
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 05.12.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/957 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht Soza 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 42 43
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Erfahrungen mit den kommunalen Frauenförderplänen und dem Chancengleichheitsgesetz im öffentlichen Dienst; Koordination der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Unternehmen; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 15.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1286 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht Soza 14.06.2012 Drs 15/2351 S. 59-61
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsidien

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/1553

Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten Parite-Gesetzgebung

Zurückführung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, in Gemeinderäten und Kreistagen auf das jeweilige Wahlrecht? Ergebnisse der angekündigten Überprüfung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts unter dem Gesichtspunkt einer „geschlechtergerechten Ausgestaltung“; Vorlage eines eigenen Entwurfs für ein Parite-Gesetz

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 27.04.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1626
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/2007 S. 39 40
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 23.05.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1751
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 41 42
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Umbruch für die Kommunalpolitik - Praktikabilität der grünen Vorschläge einer zwingenden paritätischen Besetzung von Kommunalwahllisten

Aktuelle Debatte
s. Kommunalpolitik
PIPr 15/38 S. 2062

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE 29.05.2012 und Stellungnahme JM Drs 15/1771

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr
s. Frau
Drs 15/1886

Fragen zur Paritätsgesetzgebung

Beurteilung des Vorschlags zur Änderung des Kommunalwahlrechts im Hinblick auf eine paritätische Besetzung der Wahlvorschläge im Reißverschlussverfahren

MdlAnfr 7) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 16.07.2012 Drs 15/2089

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2476-2479

Neue Wege in die geschlechtergerechte Gesellschaft - Der Internationale Frauentag als Mahnung und Auftrag

Aktuelle Debatte

s. *Internationaler Frauentag*

PIPr 15/61 S. 3611

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr

s. *Jungenarbeit*

Drs 15/4174

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr

s. *Frau*

Drs 15/4244

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung von § 3 des Chancengleichheitsgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2008

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 15/4684

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr

s. *Erziehung*

Drs 15/5084

Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes

Stand der Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes; erwartete Zusatzkosten für die Umsetzung der Änderungen

MdlAnfr 4) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 29.04.2014 Drs 15/5114

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5993

Chancengleichheit im Arbeitsleben in BW

Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Geschäftsinhabern bzw Geschäftsführern; Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Transferempfängern in der erwerbsfähigen Bevölkerung und Ursachen; Umgang mit etwaiger Benachteiligung von Männern in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder in Bereichen des öffentlichen Dienstes; Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Wahl der Chancengleichheitsbeauftragten

Antr

s. *Chancengleichheit*

Drs 15/5249

Umbenennung Studentenwerk in Studierendenwerk

Aufwand für die Studentenwerke infolge der Umbenennung; Übernahme der Kosten; Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache in den Gesetzestexten und der dafür zu veranschlagende finanzielle Aufwand

KlAnfr

s. *Studentenwerk*

Drs 15/5348

Gleiches Geld für gleiche Arbeit - ein Entgeltgleichheitsgesetz als Antwort auf die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7490-7499

Chancengleichheitsbeauftragte

Sachstand zur Neuregelung des Chancengleichheitsgesetzes, insbes Regelungen in Bezug auf die Bestellung und Aufgaben von Chancengleichheitsbeauftragten in den anderen Bundesländern, Kostenverteilung zwischen Land und Kommunen, Auswirkungen auf die Selbstverwaltungshoheit der Kommunen, zusätzliche Einrichtung von kommunalen Diversity-Beauftragten

Antr

s. *Chancengleichheit*

Drs 15/6735

Gleichstellungsarbeit an den baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Gleichstellungsmaßnahmen und Frauenanteil im Bundesländervergleich, Stärkung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten, Frauen- und Geschlechterforschung

Antr

s. *Hochschule*

Drs 15/6892

Vielfalt in BW als Chance

Sachstand zur Berücksichtigung der Erkenntnisse des „Diversity Managements“ (Vielfaltigkeitsmanagements) bei Gleichstellung und Antidiskriminierung, insbes Beteiligung an Maßnahmen auf EU-Ebene, Förderung des Vielfaltigkeitsmanagements in Unternehmen und Verwaltung, zentrale Bündelung der Teilbereiche des „Diversity Managements“ in der LReg

Antr

s. *Gesellschaft*

Drs 15/6965

Regierungsbefragung

Chancengleichheitsgesetz

PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8200-8205

Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW (Chancengleichheitsgesetz - ChancenG) und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW, insbes. Ablösung des bisherigen Chancengleichheitsgesetzes aus dem Jahr 2005, gezielte Förderung des beruflichen Vorankommens von Frauen in der Verwaltung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Pflegeaufgaben und Beruf für Frauen und Männer, Verpflichtung zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in Stadt- und Landkreisen und Städten ab 50.000 Einwohnern, Stärkung der Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit

GesEntw LReg 08.12.2015 Drs 15/7844 (84 S.)

1. Beratung PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8822-8829

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2015 Drs 15/7939

2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8950-8956

GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8065 (12 S.)

GBI 2016 Nr. 4 S. 108-118 (Ges vom 23.02.2016)

Anstrengung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft; Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen; Erweiterung und Konkretisierung des ChancengleichheitsGes

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193-201

Handlungsbedarf zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Bewertung der Vergleichszahlen auf dem Gleichstellungsatlas der BReg, Aufnahme wirksamer Regelungen im Chancengleichheitsgesetz für den öffentlichen Dienst; Weiterentwicklung der Gender-Medizin

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1529-1539 1556 1557

Gleichberechtigung von Mann und Frau

s. Gleichberechtigung

Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft

s. Eingetragene Lebenspartnerschaft

Gleichgeschlechtlichkeit

s. Homosexualität

Gleichheitsrecht der Frau

s. Gleichberechtigung

Gleichstellung von Mann und Frau

s. Gleichberechtigung

Gleichstellungsbeauftragte

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der

Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/957

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Erfahrungen mit den kommunalen Frauenförderplänen und dem Chancengleichheitsgesetz im öffentlichen Dienst; Koordination der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Unternehmen; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/1286

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/1751

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/1771

Die Situation der Gleichstellungspolitik an den baden-württembergischen Hochschulen

Aktuelle Situation der Gleichstellungsförderung durch Gleichstellungsbeauftragte sowie schwerpunktmäßige Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity; Struktur und Verankerung der Gleichstellungsstellen in den Hochschulen; personelle und sachliche Ausstattung; Gleichstellungsmaßnahmen; Situation des Forschungsbereichs Gender Studies an den Hochschulen; Förderung von Professorinnen

GrAnfr

s. Frauenpolitik

Drs 15/2796

Gleichstellungsarbeit an den baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Gleichstellungsmaßnahmen und Frauenanteil im Bundesländervergleich, Stärkung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten, Frauen- und Geschlechterforschung

Antr
s. Hochschule
Drs 15/6892

Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW (Chancengleichheitsgesetz - ChancenG) und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW, insbes Ablösung des bisherigen Chancengleichheitsgesetzes aus dem Jahr 2005, gezielte Förderung des beruflichen Vorankommens von Frauen in der Verwaltung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Pflegeaufgaben und Beruf für Frauen und Männer, Verpflichtung zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in Stadt- und Landkreisen und Städten ab 50.000 Einwohnern, Stärkung der Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit

GesEntw
s. Gleichberechtigung
Drs 15/7844

Stärkung der Rechte von Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2069

Gleichstellungsstelle

s. Gleichstellungsbeauftragte

Gleisbau

s. Streckenbau

Global Marshall Plan Initiative*Entschließung zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes - globale Verantwortung übernehmen*

Unterstützung der entwicklungspolitischen Leitlinien, der Millennium-Entwicklungsziele und der Global Marshall Plan Initiative; Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dessen Organisationen; Weiterführung des parteiübergreifenden entwicklungspolitischen Engagements; Unterstützung der mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW und entwicklungspolitisch orientierten Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten entwicklungspolitischen Ansätze; Partnerschaft des Landtags mit dem Parlament von Burundi

Antr
s. Entwicklungszusammenarbeit
Drs 15/4083

Globalisierung

s.a. Europäische Regionen
s.a. Fairer Handel
s.a. Welthandelsorganisation

Orientierung der neuen LReg in der globalen Welt einer sozialen und vernetzten Marktwirtschaft, Annahme der Herausforderungen im globalen Wettbewerb

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 50 69 74

Notwendigkeit eines stabilen Euros in der globalisierten Welt, Abgabe von Hoheitsrechten an die EU

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251 2254

Glücksspiel

s.a. Spielplatz
s.a. Spielsucht
s.a. Spielverordnung

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zum Glücksspiel

Mittlg LReg 12.08.2011 Drs 15/426

Europarecht bei der Schaffung neuer Regelungen zum Glücksspiel beachten

Auswirkungen der EuGH-Entscheidung vom 8. September 2010 (C-409-06) sowie des VGH-Beschlusses vom 30. August 2011 (Az.: 6 S 1695/11) auf den Plan der LReg, den mit Ablauf des Jahres 2011 außer Kraft tretenden Glücksspielstaatsvertrag ab 1. Januar 2012 als Landesrecht fortgelten zu lassen; finanzielle und rechtliche Konsequenzen, die das als mit dem Europarecht vereinbar eingestufte, 2012 in Kraft tretende schleswig-holsteinische Glücksspielgesetz erwarten lässt; Aufforderung an die LReg, ihren GesEntw zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags zurückzuziehen

Antr FDP/DVP 15.09.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/500

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag - GlüStV)

Sicherung der Fortgeltung des Glücksspielstaatsvertrags für den Fall seines Außerkrafttretens mit Ablauf des 31. Dezember 2011 bis zu einer Neuregelung als Landesrecht sowie der auf seiner Grundlage erteilten Erlaubnisse zur Veranstaltung und Vermittlung von Glücksspielen

GesEntw LReg 12.10.2011 Drs 15/690
1. Beratung PIPr 15/18 10.11.2011 S. 822
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/870
2. Beratung PIPr 15/19 23.11.2011 S. 869-873
GesBeschl 23.11.2011 Drs 15/937
GBI 2011 Nr. 20 S. 533 (Ges vom 29.11.2011)
Bekanntmachung des IM über die Fortgeltung des Glücksspielstaatsvertrags als Landesrecht GBI 2012 Nr. 1 S. 17

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Ersten Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV)

Mittlg LReg 09.11.2011 Drs 15/849 (56 S.)
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 709

Bewertung der Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Glücksspieländerungsstaatsvertrag vom 20. März 2012

Bewertung der Bedenken der Kommission zur Europarechtskonformität des geplanten Staatsvertrags, insbes auch wegen nicht bereitgestellter Daten und Untersuchungen zur Prüfung der Geeignetheit und Erforderlichkeit der vorgesehenen Beschränkungen

gen des freien Dienstleistungsverkehrs oder der Verbote zur Abwehr von Suchtgefahren; Frage nach einer Verschiebung der Ratifizierung bis zum Vorliegen einer abschließenden positiven Stellungnahme der Kommission

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 27.03.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1497

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/1843 (12 S.)

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2127-2132

Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder

Umsetzung der o.g. Staatsverträge; Verhinderung von Glücksspielsucht und Wertsucht, Schaffung der Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung, Gewährleistung des Jugend- und Spielerschutzes, Eindämmung von unerlaubtem Glücksspiel

GesEntw LReg 17.04.2012 Drs 15/1570 (130 S.)

1. Beratung PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1968-1970

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/1843 (12 S.)

2. Beratung PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2127-2132

GesBeschl 20.06.2012 Drs 15/1934 (51 S.)

GBI 2012 Nr. 10 S. 385-436 (Ges vom 26.06.2012)

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr SPD 11.05.2012 und Antw LReg Drs 15/1707 (13 S.)

PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3361-3365

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spieler-sperrsystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkräfttreten des SpielbankenGes, des Ausführungs-Ges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und Lotterieges

GesEntw LReg 02.10.2012 Drs 15/2431 (185 S.)

1. Beratung PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2654-2660

BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.10.2012 Drs 15/2485 (13 S.)

ÄAntr GRÜNE und SPD 09.11.2012 Drs 15/2656

2. Beratung PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2946-2952

GesBeschl 15.11.2012 Drs 15/2674 (22 S.)

GBI 2012 Nr. 17 S. 604-624 (Ges vom 20.11.2012)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-Glücksspiel

Mittlg IM 12.12.2012 Drs 15/2803 (29 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/2901

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Mittlg LReg 30.07.2013 Drs 15/3888

Mittlg LReg 26.11.2014 Drs 15/6187

Folgen der Schließung von Toto-Lotto-Annahmestellen in BW

Umsetzung des neuen Landesglücksspielgesetzes und Auswirkungen auf die Toto-Lotto-Annahmestellen in BW, insbes Schließung von Annahmestellen und Auswirkungen auf Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum

Antr

s. Lotterie

Drs 15/3106

Jugendliche und Glücksspiel in BW

Glücksspielnutzung von Jugendlichen und Entwicklung des Spielverhaltens; Anteil der spielsüchtigen oder spielsuchtgefährdeten Jugendlichen; Maßnahmen und Planungen der Spielsuchtprävention, insbes Einführung eines personalisierten Spielerausweises und Restriktionen bei Online-Spielen; Position zur Novellierung der Spielverordnung durch die BReg

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 10.04.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3340

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 39 40

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Entwicklung des illegalen Internetglücksspiels

Verlagerung des Glücksspiels ins Internet; Zunahme der legalen und der illegalen Online-Glücksspiele; Spielanreiz durch das Angebot kostenloser Spiele; Suchtgefahr, Spielsuchtprävention und -therapie; Möglichkeiten des Landes zur Eindämmung illegaler Glücksspiele im Internet

KIAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 06.05.2013 und Antw IM Drs 15/3459

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 25.04.2013, Az.: 1 VB 15/13 und 1 VB 22/13 - Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie gegen das Landesglücksspielgesetz

PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4055

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2013 Drs 15/3630

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 16.09.2013, Az.: 1 VB 71/13 - Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie gegen das Landesglücksspielgesetz

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4631

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4229

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Verfassungsbeschwerde gegen das Landesglücksspielgesetz, hier: Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28.11.2013, Az.: 1 VB 115/13

PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5107

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.12.2013 Drs 15/4486

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5261 5262

Situation des Glücksspiels in BW

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetrei-

ber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugehenigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 12.12.2013 und Antw IM Drs 15/4470

Spielbanken in BW

Flächen und Geräte für das Kleine Spiel in den Spielbanken Baden-Baden, Konstanz und Stuttgart; Mindesteinsatzhöhe sowie höchstmöglicher Gewinn; Maßnahmen zum Spielerschutz; Schulung der Spielbankmitarbeiter im Umgang mit dem Spielgast; räumliche Trennung zwischen Spielbereich und kartengestützter Geldauszahlung in den Spielbanken

KlAnfr
s. *Spielbank*
Drs 15/5012

Gesetz zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes

Umsetzung des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 17.06.2014 zur Änderung von § 51 Abs 4 Satz 3 LGlüG durch Vorverlegung des Fristendes für die Einreichung des Erlaubnisanspruchs nach § 41 LGlüG um ein Jahr auf den 29.02.2016, insbes zur Einräumung einer ausreichenden Zeit zur Prüfung von Anträgen von Spielhallenbetreibern durch die Vollzugsbehörden und rechtzeitige Klarheit für die Betreiber über die Entscheidung zur Fortsetzung der Betriebserlaubnis

GesEntw
s. *Landesglücksspielgesetz*
Drs 15/6404

Schreiben des BVerfG vom 9. März 2015, Az.: 1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13 und 1 BvR 1874/13 - Verfassungsbeschwerde gegen den Glücksspielstaatsvertrag und landesrechtliche Vorschriften zum Glücksspielwesen (SpielhG Bln, BayAGGlüStV, SSpiehlhG)

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7509
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2015 Drs 15/6820
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Sachstand zur Einführung einer zentralen Sperrdatei

Sachstand zur Eindämmung des unregulierten Glücksspielmarkts sowie zur Einführung einer zentralen Sperrdatei in BW nach dem Glücksspielstaatsvertrag

Antr Tobias Wald u.a. CDU 14.08.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7310
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7755 S. 6
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Gesetz zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011

Änderung der §§ 2, 20, 41, 43, 45, 47, 48 und 51 des Landesglücksspielgesetzes in der Fassung vom 17. März 2015. Umsetzung der vom Staatsgerichtshof geforderten Änderung der Stichtagsregelung für Betreiber bestehender Spielhallen; Anpassungen im Bereich der Spielersperre in Spielhallen sowie weiterer Bestimmungen

GesEntw
s. *Landesglücksspielgesetz*
Drs 15/7443

Glücksspielautomat

s. *Spielautomat*

Glücksspielstaatsvertrag

Sachstand zur Einführung einer zentralen Sperrdatei

Sachstand zur Eindämmung des unregulierten Glücksspielmarkts sowie zur Einführung einer zentralen Sperrdatei in BW nach dem Glücksspielstaatsvertrag

Antr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/7310

Glücksspielsucht

s. *Spielesucht*

GlüStV

s. *Glücksspielstaatsvertrag*

GMP Initiative

s. *Global Marshall Plan Initiative*

Gnadenrecht

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1876 betr. Gnadensache

BeschlEmpf und Bericht PetA 07.03.2013 Drs 15/3091 Nr. 2 S. 2-4
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 11.04.2013 Drs 15/3348

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3332 betr. Ordnungswidrigkeitenverfahren

Petitionen
s. *Ordnungswidrigkeit*
Drs 15/4976

GOÄ

s. *Gebührenordnung für Ärzte*

Gönner, Tanja MdL CDU

Würdigung und Verabschiedung der Abg Tanja Gönner
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2264 2265 2318 2319

Göppingen

Die Wohnraumsituation für Studierende am Hochschulstandort Göppingen

Daten zur gegenwärtigen Wohnraumsituation für Studierende der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen und Zahlen für vergleichbare Hochschulstandorte; Planungen von Studentenwerk und betroffenen Kommunen zum Ausbau der Wohnheimkapazitäten für Göppinger Studenten sowie Anforderungen für eine Unterstützung durch das Land

KlAnfr
s. *Wohnungsversorgung*
Drs 15/3442

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr

s. *Hochschule Esslingen*

Drs 15/4435

Status Quo und Perspektiven der Außenstelle Göppingen der Hochschule Esslingen (Fakultät Mechatronik und Elektrotechnik)

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen der Außenstelle Göppingen; Finanzierung zusätzlicher Studienplätze durch die Programme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“; Sanierung der Hochschulgebäude; Forschungsprojekte der Außenstelle Göppingen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen; Einfluss der regionalen Wirtschaft bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte; Versorgung mit Studierendenwohnheimplätzen

KlAnfr

s. *Hochschule Esslingen*

Drs 15/6421

Göppingen, Landkreis*Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Göppingen*

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßenanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/624

Vorteile von Stuttgart 21 für den Landkreis Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den Landkreis Göppingen

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/808

Polizeireform: Auswirkungen auf den Landkreis Göppingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1453

Ärzte-Versorgung im Landkreis Göppingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr

s. *Arzt*

Drs 15/1489

Tourismus im Landkreis Göppingen

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2002; Höhe der Investitionen und der touristischen Wertschöpfung; Unterstützung der Erschließung des thematischen touristischen Potenzials; Auflistung der Förderbeträge in den letzten zehn Jahren

KlAnfr

s. *Tourismus*

Drs 15/1493

Weiterbau von Bundesstraßen im Landkreis Göppingen

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1735

Lehrerversorgung an den Schulen des Landkreises Göppingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2045

Radaktionstag des Landkreises Göppingen auf der Bundesstraße 10

Art der Beteiligung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur an der Planung und Durchführung des Rad-Aktionstags am 16. September 2012; Kosten für die beteiligten Körperschaften, Verhältnismäßigkeit der Aktion; Beanstandung der Sperrung der Bundesstraße 10 für den Kraftwagenverkehr, der Streckenführung der Verkehrsumleitung, des zusätzlichen Verkehrsaufkommens und der mangelnden Information über die Verkehrslage

Antr

s. *Radverkehr*

Drs 15/2376

Sachstand Ergänzungsbereich an Grundschulen

Förderunterricht an Grundschulen im Landkreis Göppingen seit 2002; Bildungsangebote je Grundschule; Konkretisierung des in den kommenden fünf Jahren vorgesehenen Ergänzungunterrichts; Gründe für die Streichung von Unterrichtsstunden; geplante Ausgleichsmaßnahmen; Fortführung spezieller Förderangebote u.a. für Schüler mit Lese-Rechtschreib-Schwäche oder Dyskalkulie

KlAnfr

s. *Grundschule*
Drs 15/2628

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Göppingen
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2949

Die Wohnraumsituation für Studierende am Hochschulstandort Göppingen

Daten zur gegenwärtigen Wohnraumsituation für Studierende der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen und Zahlen für vergleichbare Hochschulstandorte; Planungen von Studentenwerk und betroffenen Kommunen zum Ausbau der Wohnheimkapazitäten für Göppinger Studenten sowie Anforderungen für eine Unterstützung durch das Land

KlAnfr
s. *Wohnungsversorgung*
Drs 15/3442

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr

Nennung sanierungsbedürftiger, in den Kategorien „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteter Streckenabschnitte der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr und vorgesehener Sanierungszeitplan

Antr
s. *Straßenschaden*
Drs 15/3530

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Göppingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4903

Lehrerversorgung im LKreis Göppingen

Aktueller Bedarf und Besetzung von ganzen Lehrerstellen an den Schulen im LKreis Göppingen, insbes bei den Krankheits- und Schwangerschaftsvertretungen; Gewährleistung der Angebote im Ergänzungsbereich

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/5113

Kriminalitätsbelastung im LKreis Göppingen

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Göppingen; Straftaten iRd organisierten Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Prävention von Einbruchdiebstählen; Aufklärungsquote; Delikthäufigkeit in ländlichen und städtischen Regionen; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5308

Inklusion im LKreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5382

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöfe) im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöfe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KlAnfr
s. *Hochspannungsleitung*
Drs 15/5622

Situation des Rettungsdienstwesens im Kreis Göppingen

Entwicklung des Rettungsdienstwesens im LKreis Göppingen, insbes Anfahrtszeiten und Einhaltung der Hilfsfristen; Situation in den Gemeinden Wäschenbeuren und Birenbach

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/6182

Situation der Pflegeeinrichtungen im Kreis Göppingen

Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen im LKreis; Auslastung der Einrichtungen; Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen; Angebot an Ausbildungsplätzen für Altenpfleger, Pflegehilfskräfte oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen; Angebote für eine Ausbildung in Teilzeit; Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen; Wegfall von Pflegeheimplätzen aufgrund der gesetzlichen Forderung von Einzelzimmern

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6233

Ausbau der Breitbandversorgung im LKreis Göppingen

Bestehende Verbindungen, eingesetzte Techniken; Breitbandanbieter; vorgesehene Maßnahmen; Inanspruchnahme von Förderprogrammen des Landes; zusätzliche Angebote zur Förderung des Breitbandausbaus

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6431

Barrierefreier Ausbau der Bahnhöfe auf der Hauptstrecke Stuttgart-Ulm im LKreis Göppingen zwischen Reichenbach/Fils und Eislingen/Fils

Stand der Barrierefreiheit auf Bahnhöfen und Haltepunkten der Bahnstrecke Stuttgart-Ulm im LKreis Göppingen zwischen den Gemeinden Reichenbach/Fils und Eislingen/Fils, insbes Planungsstand, Kostenhöhe und -trägerschaft für die barrierefreie Umgestaltung

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/6432

Extremistische Bestrebungen im Kreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung (religiös begründeter) extremistischer Aktivitäten im LKreis Göppingen, insbes Straftaten, Kundgebungen, Scientology-Werbbestände, Islamismus

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6492

Schwimmen im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Situation des Schwimmunterrichts und Schwimmbadangebots im LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Schwimmen*
Drs 15/7336

Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den weiterführenden Schulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung der Schülerzahlen im LKreis Göppingen an den einzelnen Haupt- und Werkrealschulen, den Realschulen, den Gemeinschaftsschulen und an den Gymnasien in den jeweiligen Eingangsklassen sowie zum Übertrittsverhalten

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/7337

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Göppingen

Statistik zu schulpflichtigen Personen unter den Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Göppingen; Auswirkung auf Vorbereitung von Lehrkräften sowie Bedarf an zusätzlichem Personal an Schulen

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 15/7338

Görwühl

Verfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Herrischried-Rickenbach

Statistiken und Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule Hotzenwald in Herrischried-Rickenbach, insbes zugehörige Gemeinden im Einzugsgebiet mit kalkulierten Übergangsquoten aus der Grundschule, Anmeldezahlen und Daten zur Schülerverteilung nach Schulart bei den Eingangsklassen, Verlauf der Planungsgespräche mit den Gemeinden Görwühl sowie Rickenbach und Herrischried

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3445

Gomadingen

Umbau des Haupt- und Landgestüts Marbach zum Zentrum für Pferdezucht

Konkretisierung o.g. Pläne, künftige Gewichtung der Themen Reitsport und therapeutische Bedeutung der Pferdewirtschaft

Antr
s. *Pferdezucht*
Drs 15/800

Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach und seiner Service- und Deckstationen im Jahr des 500-jährigen Bestehens

Bedeutung, Gegenwart und Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach, insbes Höhe der Landesinvestitionen, wirtschaftliche Lage, geplante Sparmaßnahmen, Feier des 500-jährigen Bestehens, Rolle in Pferdezucht und Pferdesport, Vergleich mit deutschen und europäischen Staatsgestüten

Antr
s. *Pferdezucht*
Drs 15/4946

Google

Vorstellungen und Aktivitäten im Bereich der LReg zur Kooperation mit dem Unternehmen Google und zu weiteren Überlegungen im Rahmen von „Industrie 4.0“

Sachstand der Überlegungen der LReg zur Kooperation mit in- und ausländischen Institutionen und Unternehmen im Rahmen von „Industrie 4.0“, insbes Ziele der Einrichtung der „Geschäftsstelle Digitalisierung“ im Staatsministerium und der „Allianz Industrie 4.0“, Partnerschaft mit dem Unternehmen Google iRD „Lernfabriken Industrie 4.0“

Antr
s. *Industrie*
Drs 15/6934

Gorleben

s.a. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle

Bindung der Entscheidung über eine Erkundung geeigneter Gebiete bzw Standorte in BW an einen Bürgerentscheid? Eintreten für den Abschluss der Verfahren zur Endlagerstätte Gorleben und einen störungsfreien Verlauf der Transporte und Einlagerungen in Gorleben

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/9

Standortsuche für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in BW

Wissenschaftliche Kriterien, Rechtsgrundlagen, geeignete geologische Formationen und Standorte für eine sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen; Zeitbedarf für die Suche nach einem Endlagerstandort bei einem Verzicht auf die Endlagerstätte Gorleben, Konsequenzen für die Zwischenlagerung von Brennelementen in BW; Eintreten für eine abschließende Prüfung der Eignung des Salzstocks in Gorleben

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/23

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1949

Einigung von Bund und Ländern vom 9. April 2013 auf ein gemeinsames Vorgehen zum Erlass eines Standortauswahlgesetzes; Konsequenzen für BW

Hauptinhalt der Einigung; Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren; Zusage einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern im Zuge der Verhandlungen; rechtliche Rahmenbedingungen und Standortwahl für eine Zwischenlagerung in BW; Haltung der EnBW gegenüber der Endlagersuche und einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3361

Keine Einigung zur Zwischenlagerung des Atommülls aus Sellafield und La Hague

Sachstand zur Verbringung der aus den Wiederaufarbeitungsanlagen Sellafield und LaHague nach Deutschland zurückzuführenden hochradioaktiven Abfälle, insbes Übernahme der entstehenden Zusatzkosten, Zusatzkosten am Standort Philippsburg, Festhalten am Standort Gorleben

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/5212

Gottenheim

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim, Beurteilung der Kommunikation der Entscheidung durch das MVI per Pressemitteilung sowie des weiteren Vorgehens bei anderen in der Planung befindlichen Abschnitten zum dreistreifigen Ausbau der B 31 Ost, Frage nach Maßnahmen zur Höherstufung des Falkensteigtunnels in den vordringlichen Bedarf

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/887

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim; Entlastung der Gemeinden Gottenheim, Bötzingen, Wasenweiler, Ihringen und Breisach vom Durchgangsverkehr; Darlegung der Planungen für den weiteren Ausbau der B 31 von Breisach bis Donaueschingen und des Zeitpunkts der Realisierung

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/1082

B 31 West - Kosten der Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens

Umgang mit dem Angebot der Gemeinden Breisach, Bötzingen, Gottenheim, Vogtsburg, Merdingen, Eichstetten, March und Umkirch zur kommunalen Vorfinanzierung der Kosten für die Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens; Wiederaufnahme und Abschluss des Verfahrens

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/2229

Bundesstraße (B) 31 West - Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“

Stand der Auswertung des Abschlussberichts der Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“; bislang angefallene Kosten für die Arbeit der Projektgruppe und für Gutachten; Kostenträgerschaft außerhalb des Bundesverkehrswegeplans für die B 31 West und den Brückenbau bei Gottenheim

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/4102

Gottmadingen

Sanierung der Eisenbahnbrücke über die L 190 in Gottmadingen (LKreis Konstanz)

Koordination von Baumaßnahmen an Landesstraßen, für die eine Eisenbahnkreuzungsvereinbarung erforderlich ist, zwischen den RegPräs und der Bahn AG; Gründe für die Verzögerung der o.g. bereits ausgeschriebenen Maßnahme; Konsequenzen für den Bahnverkehr im Falle einer Sperrung der Brücke aus Sicherheitsgründen; Berücksichtigung von Projekten nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz in der geplanten Straßenbau-Prioritätenliste des MVI?

KlAnfr
s. *Bahnkreuzung*
Drs 15/1739

Anerkennung deutscher Kommunen im Sinne des Sachplans geologische Tiefenlager der Schweiz

Auflistung der o.g. Kommunen bzw der als „weiter betroffen“ anerkannten Kommunen sowie der hierfür maßgeblichen Kriterien, Beurteilung des für die Betroffenheit zugestandenen Umkreises von fünf Kilometern; Unterstützung der Anerkennung der Gemeinde Gottmadingen als „weiter betroffene Kommune“

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/2170

GPAG

s. *Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz*

GQP

s. *Gesetz zur Stärkung der Quartiersentwicklung durch Privatinitiative*

Grab*Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes*

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Friedhofsträger für ein Verbot von Natursteinen zur Verwendung als Grabsteine und Grabeinfassungen, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt bzw bearbeitet wurden

GesEntw
s. *Kinderarbeit*
Drs 15/1648

Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen

Darlegung der Bestattungsformen nach dem Islam, dem Judentum, der Orthodoxie und dem Christentum; Unvereinbarkeit von Bestattungsritualen ohne Sarg und ewiges Ruherecht mit der geltenden Rechtslage; Umgang anderer BLänder und EU-Staaten mit kulturell und religiös begründeten und vom Christentum abweichenden Bestattungsritualen

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/1654

Gehören die Särge in der Pforzheimer Fürstengruft dem Land?

Zuordnung der Särge und Gebeine von Mitgliedern der ehemaligen badischen Herrscherfamilie in der Gruft der Schloss- und Stiftskirche St. Michael in Pforzheim in das Eigentum des Landes nach Auffassung eines Karlsruher Rechtshistorikers und Rechtsanwalts; Klärung der Eigentumsfrage und damit des Zutritts mit der Möglichkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung der Särge

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.06.2012 und
Antw MFW Drs 15/1955
Ergänzende Antw MFW 25.06.2012 Drs 15/2381

Erhalt von Gräbern von Sinti und Roma, die Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen wurden

Bedeutung der Gräber von Sinti und Roma für die in BW lebenden Menschen dieser Volksgruppe; Förderung ihres Erhalts nach dem Gräbergesetz; Erhaltung der Gräber über die üblichen Ruhezeiten hinaus

KlAnfr
s. *Sinti und Roma*
Drs 15/4718

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit

Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofssatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/5979

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Regelung von Anforderungen an den zu erbringenden Nachweis für Grabsteine und Grabeinfassungen mit einer Herkunft aus fairem Handel und einer Herstellung ohne ausbeuterische Kinderarbeit

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 13.10.2015
Drs 15/7553
1. Beratung PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8454-8458
Mittlg LtgPräs 10.11.2015 Drs 15/7679 (48 S.)

(Erledigt durch Ablauf der WP)

Grabert-Verlag*Verfassungsrechtlich bedenkliche Verlage im Kreis Tübingen*

Sachstand zur Beobachtung von Verlagen und Buchversandhäusern im Kreis Tübingen mit rechtsextremistischer und antisemitischer Literatur durch den Verfassungsschutz, insbes beim K.-Verlag und dem Grabert-Verlag

KlAnfr
s. *Verlag*
Drs 15/7467

Grabstätte

s. *Grab*

Grabstein

s. *Steine und Erden*

Graduiertenförderung

Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Praxis der Promotionsförderung nach dem Landesgraduiertenförderungsgesetz

Mittlg MWK 09.11.2012 Drs 15/2645 (Bericht für die Jahre 2011/2012)
Mittlg MWK 17.12.2014 Drs 15/6295 (Bericht für die Jahre 2013/2014)

Landesgraduiertenförderung

Gesamtbetrag der Landesmittel zur Graduiertenförderung und Vergleich zu den anderen Bundesländern; Höhe und Kriterien der Mittelverteilung auf die einzelnen Hochschulen; Bedeutung der Landesgraduiertenförderung, künftige Mittelbereitstellung und mögliche Planungsüberlegungen zu ihrer Abschaffung

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 10.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4141
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 47
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Gräbergesetz

Erhalt von Gräbern von Sinti und Roma, die Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen wurden

Bedeutung der Gräber von Sinti und Roma für die in BW lebenden Menschen dieser Volksgruppe; Förderung ihres Erhalts nach dem Gräbergesetz; Erhaltung der Gräber über die üblichen Ruhezeiten hinaus

KlAnfr
s. *Sinti und Roma*
Drs 15/4718

Grafenberg

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 313 - Ortsumfahrung (OU) Grafenberg

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 313 - Ortsumfahrung Grafenberg, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7277

Graner, Anneke MdL SPD

Eintritt der Abg Anneke Graner
PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3757

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6413

Graue Wölfe

Besuch des Generalsekretärs der türkischen Milliyetçi Hareket Partisi (= Partei der Nationalistischen Bewegung) (MHP) in BW
Sachstand zu Programm und Aktivität der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) in BW, insbes Verbindungen zur Organisation „Graue Wölfe“, Erkenntnisse über den Besuch des Prof. Dr. M.E. im April 2015 in BW

KlAnfr
s. *Milliyetçi Hareket Partisi*
Drs 15/6841

Über die Arbeit und Programmatik der „Union europäischer türkischer Demokraten“ in BW

Sachstand zu Programm und Tätigkeit der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) in BW, insbes Verbindungen zu den Organisationen „Graue Wölfe“ und „Milli Görüs“; Erkenntnisse über den Besuch des türkischen AKP-Politikers M.O. im Mai 2015 in BW

KlAnfr
s. *Union of European Turkish Democrats*
Drs 15/6842

Zentrum für islamische Theologie an der Universität Tübingen
Sachstand zur Arbeit des Zentrums für islamische Theologie an der Universität Tübingen, insbes Entwicklung einer europäischen Ausrichtung des Islams, Zusammensetzung des Beirats und die fehlende Repräsentation der Aleviten, Einfluss des Vereins DITIB sowie der extremistischen Gruppierungen Milli Görüs und der „Grauen Wölfe“, Beziehung zum European Council for Fatwa and Research (ECFR)

KlAnfr
s. *Islam*
Drs 15/7232

GrdstVG

s. *Grundstückverkehrsgesetz*

Greifvogel

Situation der Brieftauben in BW

Entwicklung der Zahlen von Brieftauben, Brieftaubensportvereinen und deren Mitgliedern sowie der Population des Habichts in den letzten zehn Jahren; Beurteilung der in Niederösterreich 2009 eingeführten Regelung zur Bejagung von Greifvögeln zum Schutz der Brieftauben

KlAnfr
s. *Vogel*
Drs 15/1477

Schaustellerbetriebe mit Greifvögeln und Eulen in BW

Rechtsgrundlagen und Durchführung der Überwachung bei Schaustellereibetrieben mit Greifvögeln und Eulen in BW, insbes festgestellte Missstände und rechtliche Folgen

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3190

Artenschutz beim Windkraftausbau im Stadtkreis Pforzheim

Auskunft über vorliegende Genehmigungsanträge und Voranfragen zum Bau von Windkraftanlagen; Berücksichtigung des vom Naturschutzbund Deutschland, Ortsverein Engelsbrand, ausführlich dokumentierten Vorkommens von Rotmilanen im Gebiet der Büchenbronner Höhe und des Saubergs bei der artenschutzrechtlichen Prüfung der geplanten Windkraftanlagen; Anpassung des Teilflächennutzungsplans Windenergie

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6103

Schaustellereibetriebe mit Greifvögeln

Zahl der Falknereien in BW; Falknereien mit Gehege- oder Zoogenehmigung; Zahl der in Schaustellereibetrieben und Falknereien gehaltenen heimischen Greifvögel, Falken und Eulen; Haltung weiterer Greifvogelarten; Zwecke der Greifvogelhaltung; Erteilung von Vermarktungsgenehmigungen; Haltung oder Züchtung von Greifvogelhybriden

KlAnfr
s. *Schaustellergewerbe*
Drs 15/6563

Fachliche Ausarbeitung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) zur Bestimmung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan und deren Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen

Sachstand zur Festlegung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan, insbes Bewertung der naturschutzfachlichen Vorgaben der LUBW, Auswirkungen auf die Ausbauziele und Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen

Antr
s. *Vogelschutz*
Drs 15/7150

Gremium

s.a. *Aufsichtsrat*
s.a. *Europäische Agentur*
s.a. *Fernsehrat*
s.a. *Gremium nach Artikel 10 GG*
s.a. *Vorstand*

Gremienbesetzungen

Darlegung der Besetzung von Gremien durch die LReg, Bewertung des Frauenanteils

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.03.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1412 (28 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.06.2012 Drs 15/2007 S. 6
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Kampagne für die Stärkung der natürlichen Geburt

Informationskampagne unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren; Einrichtung eines vom Ministerium berufenen Beirats aus Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen sowie der be-

teiligten Organisationen; Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2013/2014

Antr
s. *Geburt*
Drs 15/2661

Konzept und Praxis des „Runden Tisches Islam“

Zwischenstand zum institutionalisierten Dialog durch den „Runden Tisch Islam“ mit den Muslimen in BW, insbes Auswirkungen auf den politischen und gesellschaftlichen Diskurs sowie aufgegriffene und umgesetzte Initiativen

Antr
s. *Islam*
Drs 15/4026

Die organisatorische Umsetzung der Energiewende in BW

Umsetzung der Energiewende im Vergleich zu Bayern; Vernetzung der in BW bestehenden Energieagenturen; Schaffung einer Dialogplattform; Gremium zu Koordination der Aktivitäten der verschiedenen Ministerien; Gründung einer institutionell verankerten, unabhängigen und zentralen Energieagentur vergleichbar der Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ; Unterschiede zu den bisherigen Tätigkeitsfeldern der Klimaschutz- und Energieagentur BW (KEA); Information der Bürger über den Umbau der Energieversorgung; Konsequenzen aus dem von der BReg angestoßenen Monitoring der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4116

„Datenbank für Spitzenfrauen“

Dauer des Bestands der Datenbank „Spitzenfrauen in Gremien!“; Anzahl der dort registrierten Frauen; Ziele des Projekts; ähnliche Projekte zur Förderung qualifizierter Frauen in anderen Bundesländern; Kooperationspartner des Projekts und dessen Förderung durch das Land; Akzeptanz und Nutzung der Datenbank durch die Unternehmen; Vermittlung der Frauen an die Unternehmen

Antr
s. *Informationssystem*
Drs 15/4678

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung des Zusammenwirkens von Land und Kommunen im Bereich des Gesundheitswesens und Intensivierung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit der Akteure des Gesundheitswesens; Etablierung und Regelung von Arbeitsweisen und Zuständigkeiten von Beteiligungsgremien wie der Landesgesundheitskonferenz, kommunalen Gesundheitskonferenzen und dem Landesausschuss Gesundheitsförderung und Prävention; Schaffung von Beteiligungsformen zur frühzeitigen Einbeziehung von Bürgern und Patienten in den Gremien; Anpassung der Zusammensetzung des Landeskrankenhausausschusses und des Landespflegeausschusses

GesEntw
s. *Landesgesundheitsgesetz*
Drs 15/7722

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7917

Gremium nach Artikel 10 GG

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 80 81 108

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. *Landtag, Präsidium*
Drs 15/2

Gremium nach Artikel 10 Grundgesetz

s. *G 10-Kommission*

Grenzabfertigung

s. *Grenzkontrolle*

Grenzabstand

s. *Abstandsfläche*

Grenzach-Wyhlen

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 34 - Ortsumfahrung (OU) Wyhlen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 34 - Ortsumfahrung Wyhlen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7258

Grenze*Situation der Polizei Kehl und Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg*

Sachstand zur Situation der Polizei Kehl und der Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg, insbes Personalausstattung, Realisierung des Einsatzes von Verbindungsbeamten, rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7476

Einrichtung von Transitzenen

Sachstand zur Einrichtung von Transitzenen an den deutschen Grenzen, insbes europäische Vorgaben, Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, Bewertung des Landkreistags, Auswirkungen auf BW, Anteil von Asylbewerbern ohne bzw mit gefälschten Ausweispapieren, Anteil der erledigten Asylverfahren durch Dublin-Entscheidungen

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7488

Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Abweisung von Flüchtlingen

Sachstand zu Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Zurückweisung von Flüchtlingen an den deutschen Grenzen und Beurteilung der Zurückweisungen durch die LReg

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8002

Grenzgebiet*s.a. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
s.a. Landesgrenze**Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger*

Bewertung des Plans des Bundesministeriums für Finanzen zur Einführung einer „Bagatellgrenze“ bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger in Höhe von 100 Euro zur Eindämmung des Mehrwertsteuertourismus, insbes Auswirkung auf den grenznahen Handel und Gleichbehandlung unterschiedlicher Branchen des Einzelhandels

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/2874

Marktzugang für baden-württembergische Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz

Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungsunternehmen aus BW in der Schweiz; Anmeldung von Selbstständigen, Kautionspflichten und Kontrollen durch die Verwaltung; Zugang von Taxiunternehmen aus BW am Flughafen Zürich; Vorteile eines Rahmenabkommens der EU mit der Schweiz zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln; Interessenvertretung des Landes BW; Förderung des Abschlusses eines Rahmenabkommens; Ziel eines Agrarfreihandelsabkommens

Antr
s. *Dienstleistungswirtschaft*
Drs 15/4235

Liberalisierung der europäischen Postmärkte

Vorteile der Liberalisierung der Postmärkte für Bürger und Unternehmen; Wettbewerbschancen und Preisentwicklung; Qualität und Serviceleistungen; Deregulierung des Briefmarkts; Postdienste baden-württembergischer Unternehmen in EU-Mitgliedstaaten; Einrichtung grenzüberschreitender Postdienste in grenznahen Regionen; Zukunftsperspektive der europäischen Postmärkte

Antr
s. *Postbeförderung*
Drs 15/4269

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. *Notfallvorsorge*
Drs 15/5014

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5565

Abgabe von Jodtabletten in der Schweiz

Verteilung von Jodtabletten an die schweizerische Bevölkerung zu deren Schutz vor Schilddrüsenkrebs im Fall eines Reaktorunfalls in der Schweiz; Unterrichtung der zuständigen Stellen und Kommunen in der baden-württembergischen Grenzregion über diese Maßnahme; Aushändigung von Jodtabletten an die deutschen Haushalte in der Grenzregion und ihre Finanzierung; Sicherstellung einer unverzüglichen Verständigung der deutschen Bevölkerung bei einem Unfall in einem schweizerischen Kernkraftwerk

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/6165

Mindesteinkaufswert bei der Mehrwertsteuer-Rückerstattung für Schweizer

Einführung einer Bagatellgrenze für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer; Folgen für den Einzelhandel in Südbaden

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/6529

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro bei Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr

Einsatz der LReg im Bundesrat für die Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro im Umsatzsteuergesetz für steuerfreie Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr als Reaktion auf die Arbeitsbelastung in den Zollämtern und den Auswirkungen in der Grenzregion zur Schweiz

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/7834

Zollamt Barga

Verhinderung der Schließung der Zollstelle Barga durch die Schweiz; Folgen einer Einstellung der Zollabfertigung in Barga für die Wirtschaft in der Grenzregion

KlAnfr
s. *Zollabfertigung*
Drs 15/8107

Grenzkontrolle

s.a. *Personenkontrolle*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Schengen-Governance-Paket

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/670

Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Abweisung von Flüchtlingen

Sachstand zu Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Zurückweisung von Flüchtlingen an den deutschen Grenzen und Beurteilung der Zurückweisungen durch die LReg

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8002

Grenzland

s. *Grenzgebiet*

Grenzpendler

s.a. *Migration*

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3966

Mögliche Neuregelungen zum Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung zur Einwanderung in der Schweiz

Entwicklung der Zahl der Grenzpendler mit der Schweiz; Auswirkungen der angenommenen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz, insbes für den Grenzverkehr und grenznahe Kommunen, die Personenfreizügigkeit, Unternehmensstandorte und die bestehenden bilateralen Vertragsbeziehungen mit der EU

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/4832

Artikel 561 Zollkodex-Durchführungsverordnung (ZK-DVO) - Auswirkungen einer möglichen Änderung des Artikels der ZK-DVO auf deutsche Grenzgänger

Sachstand zur vollständigen Befreiung von Einfuhrabgaben bei der privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen für in BW ansässige Beschäftigte von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz aufgrund von Artikel 561 der ZK-DVO, insbes geplante Änderungen und deren Auswirkungen

KlAnfr
s. *Zoll*
Drs 15/6126

Umsetzung der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben aus der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“, insbes Zukunft des Personenfreizügigkeitsabkommens, Auswirkungen auf in BW wohnhafte Grenzgänger

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6752

Sachstand zur privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen für Grenzgänger aus der Schweiz

Sachstand zur privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen für Grenzgänger aus der Schweiz im Zusammenhang mit dem geänderten Art 561 der Zollkodex-DurchführungsVO und Initiativen des Landes bei der EU-Kommission zur weiteren Änd des Artikels

MdlAnfr
s. *Zoll*
Drs 15/6814

Grenzpolizeiliche Kontrolle

s. Grenzkontrolle

Grenzraum

s. Grenzgebiet

Grenzregion

s. Grenzgebiet

Grenzüberschreitende Arbeitnehmerentsendung

s. Arbeitnehmerentsendung

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

s.a. Grenzgebiet

s.a. Internationales Abkommen

s.a. LEADER

s.a. Oberrheinrat

s.a. Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften

s.a. Wirtschaftliche Kooperation

s.a. Wissenschaftliche Kooperation

EU-Donauraumstrategie

Potenziale der EU-Donauraumstrategie für die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten; Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität; Aufgaben und Zusammenarbeit des neuen Servicebüros mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm; Fortführung und Ziele der Donaukonferenzen in der Vertretung des Landes bei der EU

Antr

s. Donauraum

Drs 15/326

Beziehungen zu Polen

Vorhandene Partnerschaften zwischen Städten, Vereinen, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen; Kooperationen zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen; Vermittlung von Kenntnissen über Polen und die polnische Sprache im schulischen und außerschulischen Bereich; Entwicklung, Stand und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen

KlAnfr

s. Polen

Drs 15/679

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donauraumstrategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr

s. Rumänien

Drs 15/682

Umsetzung der EU-Donauraumstrategie

Einbeziehung der Bürger und der beteiligten EU- und Nicht-EU-Staaten an der Umsetzung der Strategie, Unterstützung des Landes für die beteiligten Staaten und Regionen beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten zur Abrufung von EU-Mitteln

und Durchführung von Projekten, Höhe der Mittelbereitstellung des Landes und der EU iRd neuen Förderperiode 2014-2020, Aufgabenwahrnehmung der von Ungarn eingerichteten Donau-Handelskammer

Antr

s. Donauraum

Drs 15/749

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres - Mehrjähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020

Schaffung eines Instruments zur finanziellen Unterstützung für Außengrenzen und Visa iRd Fonds für die innere Sicherheit; Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds; Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1087

Wirtschaftskriminalität und Internet

Personelle und finanzielle Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr

s. Wirtschaftskriminalität

Drs 15/1092

Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union

Auswirkungen des o.g. Beitritts zum EU-Binnenmarkt auf die bestehende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung in der Gemischten Regierungskommission, für die hiesigen Unternehmen und für die Donaustrategie; Unterstützung der Behörden bei der weiteren Umsetzung von EU-Recht und Verwaltung der EU-Fördermittel; Unterstützung der Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen von EU-kofinanzierten Projekten

Antr

s. Kroatien

Drs 15/1253

Unterstützung für Griechenland

Beratung und Unterstützung in den Bereichen Verwaltung, berufliche Bildung, erneuerbare Energien, kleine und mittlere Unternehmen, Kooperationen und Forschungsaktivitäten von Hochschulen; Frage nach kommunalen Partnerschaften und solchen zwischen Vereinen u.a. Organisationen sowie nach der Nutzung von EU-Programmen zur Völkerverständigung

Antr

s. Griechenland

Drs 15/1516

Partnerschaft mit Griechenland

Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sowie Austausch im kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich; Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Versorgung von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern; Austausch und Zuwanderung von Fachkräften seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland; bisherige

und künftige gemeinsame EU-Projekte iRd neuen Förderperiode 2014-2020

Antr
s. *Griechenland*
Drs 15/1585

Die Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit vielfältig nutzen

Beurteilung der Entwicklung und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und in der Bodensee-Region; Förderung von grenzüberschreitenden Forschungs- und Innovationsvorhaben sowie Synergien im Energiebereich; Entwicklungspotenzial der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 24.05.2012 und Stellungnahme StM, MFW, MWK, MVI, UM und IM Drs 15/1755
BeschlEmpf und Bericht EuA 12.07.2012 Drs 15/2351 S. 94 95
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Zukunft der EURES-T-Grenzpartnerschaften

Bewertung o.g. Partnerschaften am Bodensee und Oberrhein im Hinblick auf einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und als Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels; Beurteilung des Vorschlags der EU-Kommission zur Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds ab der Förderperiode 2014-2020; Eintreten für eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Sozialer Wandel und Innovation“

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.08.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2220
BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 126 127
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Ungarn in BW

Aufnahme und Integration von Ungarndeutschen und „Donauschwaben“ in BW nach dem Zweiten Weltkrieg, Höhe der jährlichen Förderung der Kulturarbeit dieser Vertriebenen, Schlussfolgerungen für die heutige Integrationspolitik; Entwicklung der Austauschbeziehungen und -programme zwischen BW und Ungarn, insbes auf akademischer Ebene; Bewertung der Arbeit des Kulturinstituts der Republik Ungarn in Stuttgart und dessen Beitrag zur Umsetzung der EU-Donauraumstrategie; Aufgabenwahrnehmung der ebenfalls in Stuttgart ansässigen Deutsch-Ungarischen Gesellschaft

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/2296

Dachmarke Allgäu

Gemeinsame Vermarktungsstrategie des württembergischen Allgäus mit den angrenzenden bayerischen LKreisen unter der regionalen Dachmarke Allgäu; Nutzung der Marke Allgäu nicht nur in der Freizeit- und Tourismusindustrie, sondern auch im Wirtschaftsbereich; Vermarktung des Allgäus als Wirtschaftsstandort im ländlichen Raum im Unterschied zu solchen in den Ballungsräumen; länderübergreifende Kooperation zur Förderung und Weiterentwicklung der Marke Allgäu

KlAnfr
s. *Allgäu*
Drs 15/2382

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsgeheimnisträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Landesämtern

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Beziehungen zwischen BW und der Republik Kroatien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, insbes im Tourismusbereich und im Rahmen von konkreten Kooperationsprojekten; Beurteilung des Regionalisierungsprozesses innerhalb Kroatiens und der möglichen Zusammenarbeit mit regionalen Gebietskörperschaften, Frage nach einer Kontaktaufnahme mit der Region Istrien sowie nach der Fortführung der gemischten Kommission nach dem EU-Beitritt des Landes

Antr
s. *Kroatien*
Drs 15/2586

Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Ausbildung - Fachkräfte sichern

Anwerbung arbeitsloser Jugendlicher aus EU-Mitgliedsstaaten für eine Ausbildung in BW aufgrund des Fachkräftemangels; Bedarf nach Branchen und Dringlichkeit; bisherige Erfahrung mit grenzüberschreitenden Ausbildungsprogrammen; Förderung dualer Ausbildungsprogramme im Rahmen des EU-Programms INTERREG und anderer Programme; duale Ausbildungsprojekte im Rahmen der EU-Donauraumstrategie; Austausch mit den Unternehmen im Land

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/2639

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerberuf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meistersausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2780

Stromnetze und Speicherkapazitäten im Bodenseeraum

Beurteilung der Bodenseestudie der Netzbetreiber Amprion, TransnetBW, Vorarlberg Netz, Swissgrid und Axpo; Verantwortlichkeiten für öffentlich-rechtliche Planungsverfahren in der Bodenseeregion; Einschätzung des in der Studie beschriebenen

Netz- und Speicherausbaubedarfs; Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten; Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bodenseeraum

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/3352

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen

Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donaunraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/3378

EU-Fortschrittsbericht zur Donaunraumstrategie

Bewertung der Ergebnisse des aktuellen Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur EU-Strategie für den Donaunraum (EUS-DR) und Konsequenzen für das Land BW, insbes Zusammenwirken der Landesministerien, Zusammenarbeit der Regierungen, aktuelle und künftige Arbeitsschwerpunkte, hauptsächlich Mittel- und Kleinteilnehmer, Zwischenbilanz im PAC 8-Prioritätsbereich „Wettbewerb/kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, Rolle der Donaunraumbüros, Maßnahmen zu den ab 2014 geltenden Freizügigkeitsrechten für Bürger aus Bulgarien und Rumänien, Rolle der beruflichen Ausbildung

Antr
s. *Donaunraum*
Drs 15/3388

Atomendlagersuche in der Schweiz

Auswahlverfahren bei der Suche nach einem Atomendlager in der Schweiz, insbes geführte oder geplante Gespräche der LReg mit der Schweiz über ein Endlager in Grenznähe, Offenheit des Verfahrens und Beteiligung deutscher Gemeinden, Beibehaltung der Ablehnung eines Kombilagers mit der Schweiz, Eignung bestimmter grenznaher Schweizer Standorte sowie badenwürttembergischer Gebiete mit Opalinuston-Formation für ein Endlager

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3432

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Stellenwert der Elektrifizierung der Hochrheinstraße; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hochrheinstraße bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3890

Zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Derzeitige Strukturen und zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den INTERREG-Programmräumen „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Hochrhein-Bodensee“, insbes Höhe bereitgestellter und erwarteter EU- und Landesmittel für INTERREG-Projekte in beiden Programmräumen, Auswirkungen der Neuregelung der Vorgaben für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), Festlegung und Erarbeitung der thematischen Ausrichtung der künftigen INTERREG-V-Programme, künftige Beteiligung der Schweiz an beiden INTERREG-Programmen

Antr
s. *INTERREG*
Drs 15/3967

Status der Aktivitäten des Landes iRd Donaunraumstrategie der Europäischen Union

Überblick über die Aktivitäten der verschiedenen politischen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen iRd EU-Donaunraumstrategie und deren Koordination

KlAnfr
s. *Donaunraum*
Drs 15/4286

Ausbau der Bundesstraße (B) 10/B 28 durch die Erweiterung der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm

Projekt eines achtspurigen Neubaus der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm; gesetzlich vorgesehene Abstimmungsprozesse für ein solches grenzüberschreitendes Projekt; Federführung, Entscheidungskompetenz und Finanzierung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4355

Kernkraftwerk (KKW) Fessenheim - Perspektiven für die Region nach dem Abschalten des Kernkraftwerks

Einstellung der umliegenden französischen Gemeinden zu einer Abschaltung des Atomkraftwerks; Termin der Entscheidung über die Stilllegung; Werbung für eine Stilllegung des KKW Fessenheim bei der elsässischen Bevölkerung sowie bei den politisch Verantwortlichen; Schaffung eines binationalen Gewerbeparks, bestehend aus dem Gewerbepark Breisgau und der Konversionsfläche des Kernkraftwerks; Fördermöglichkeiten durch das Land und die Europäische Union

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/4363

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr
s. *Berufliche Bildung*

Drs 15/4378

Stromspeicher und Stromnetze in BW und Europa - die PCI der Europäischen Kommission und die Haltung der LReg

Bedeutung und Umfang des grenzüberschreitenden Ausbaubedarfs für Stromnetze und Stromspeicher in BW; Umsetzung der BW betreffenden Projekte auf der Liste der Energie-Infrastrukturmaßnahmen der Europäischen Kommission, insbes Finanzierungsfragen und Genehmigungsverfahren; Überlegungen der EU für die Projekte des internationalen Bodenseeraums

Antr

s. *Energiespeicher*

Drs 15/4480

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr

s. *Schweiz*

Drs 15/4803

Mögliche Neuregelungen zum Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung zur Einwanderung in der Schweiz

Entwicklung der Zahl der Grenzpendler mit der Schweiz; Auswirkungen der angenommenen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz, insbes für den Grenzverkehr und grenznahe Kommunen, die Personenfreizügigkeit, Unternehmensstandorte und die bestehenden bilateralen Vertragsbeziehungen mit der EU

Antr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 15/4832

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr

s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*

Drs 15/5033

EU-weiter Erfahrungsaustausch von Kommunen

Förderung und Unterstützung des EU-weiten Erfahrungsaustauschs baden-württembergischer Städte und Gemeinden durch

die LReg, insbes Bedeutung des EU-Programms URBACT für die Kommunen in BW

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 16.05.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5211

BeschlEmpf und Bericht EuA 17.07.2014 Drs 15/5743 S. 47 48

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw

s. *Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz*
Drs 15/5757*Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen BW und Frankreich*

Sachstand zu den Plänen Frankreichs hinsichtlich der Zusammenlegung von Gebietskörperschaften; Auswirkungen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Gremien und bei gemeinsamen grenzüberschreitenden Infrastrukturprojekten

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 12.12.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/6254

BeschlEmpf und Bericht EuA 30.04.2015 Drs 15/7081 S. 59 60

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Partnerschaften von Regierungspräsidien mit anderen Gebietskörperschaften

Sachstand zu Partnerschaften und Kooperationen zwischen Regierungspräsidien Baden-Württembergs und Gebietskörperschaften in anderen Staaten, insbes Anzahl der Partnerschaften, Antragstellungs- bzw Genehmigungsverfahren, Schwerpunkte der Kooperation

Antr

s. *Regierungspräsidium*

Drs 15/6278

Metropolregion Bodensee

Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bodenseeraum, insbes Bewertung des Schweizer Vorschlags einer „trinationalen Metropolitanregion St. Gallen-Bodensee“, Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) zu den metropolitanen Grenzregionen in Europa, Erfahrungen aus der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr

s. *Bodensee*

Drs 15/6650

Bedeutung der Fluglärmfrage in der Zusammenarbeit mit der Schweiz

Sachstand zur Zusammenarbeit mit der Schweiz bei grenzüberschreitenden Vorhaben und gemeinsamen Interessen, insbes Rolle der Fluglärmfrage

KlAnfr

s. Schweiz
Drs 15/6877

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie der Europäischen Union für den Alpenraum*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
Drs 15/7397

*Situation der Polizei Kehl und Zusammenarbeit mit der Police
Nationale Strasbourg*

Sachstand zur Situation der Polizei Kehl und der Zusammen-
arbeit mit der Police Nationale Strasbourg, insbes Personalaus-
stattung, Realisierung des Einsatzes von Verbindungsbeamten,
rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/7476

*Ankündigung eines ständigen Dialogs zwischen dem Landtag
und den europäischen Nachbarn*

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 7

Grenzüberschreitender Verkehr

„Blauwal“ - Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse

Entwicklung der Fahrgastzahlen seit Reaktivierung der Bahn-
strecke Müllheim-Mulhouse und Steigerungsmöglichkeiten

Antr
s. Bahnstrecke
Drs 15/4559

*Mögliche Neuregelungen zum Personenverkehr zwischen der
Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung zur Einwande-
rung in der Schweiz*

Entwicklung der Zahl der Grenzpendler mit der Schweiz; Aus-
wirkungen der angenommenen Volksinitiative „Gegen Massen-
einwanderung“ in der Schweiz, insbes für den Grenzverkehr
und grenznahe Kommunen, die Personenfreizügigkeit, Unter-
nehmensstandorte und die bestehenden bilateralen Vertragsbe-
ziehungen mit der EU

Antr
s. Aufenthaltsrecht
Drs 15/4832

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den
Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Sei-
te zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch
Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
(GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu er-
wartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim
Bahnbetrieb

KlAnfr Willi Stächele CDU 25.07.2014 und Antw MVI Drs
15/5550

*Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad-
und Fußwege*

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-
französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-
Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssi-
cherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und

Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den
Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des
Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr Willi Stächele u.a. CDU 29.07.2014 und Stellungnah-
me MVI Drs 15/5565

Grenzübergänge im LKreis Waldshut und Rheinfelden

Sachstand zur Verkehrssituation an den Grenzübergängen zur
Schweiz im Landkreis Waldshut und in Rheinfelden

KlAnfr Felix Schreiner CDU 01.04.2015 und Antw MVI Drs
15/6704

Zollamt Barga

Verhinderung der Schließung der Zollstelle Barga durch die
Schweiz; Folgen einer Einstellung der Zollabfertigung in Bar-
ga für die Wirtschaft in der Grenzregion

KlAnfr
s. Zollabfertigung
Drs 15/8107

Grenzverlauf

s. Grenze

Grenzwert

s. Messwert

Griechenland

Unterstützung für Griechenland

Beratung und Unterstützung in den Bereichen Verwaltung, be-
rufliche Bildung, erneuerbare Energien, kleine und mittlere Un-
ternehmen, Kooperationen und Forschungsaktivitäten von Hoch-
schulen; Frage nach kommunalen Partnerschaften und solchen
zwischen Vereinen u.a. Organisationen sowie nach der Nutzung
von EU-Programmen zur Völkerverständigung

Antr CDU 28.03.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1516
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2480-2491

Partnerschaft mit Griechenland

Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sowie
Austausch im kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen
und sportlichen Bereich; Zusammenarbeit im Katastrophenschutz
und bei der Versorgung von Flüchtlingen und illegale
Zuwanderern; Austausch und Zuwanderung von Fachkräften
seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland; bisherige
und künftige gemeinsame EU-Projekte iRd neuen Förderperiode
2014-2020

Antr SPD 20.04.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1585
(10 S.)
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2480-2491

*Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Inte-
grationspolitik*

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migra-
tionshintergrund aus Griechenland; Partnerschaften zwischen
Hochschulen in BW und Griechenland, Wahrnehmung von Stu-
dienangeboten von Studierenden mit griechischem Migrations-
hintergrund

GrAnfr
s. Ausländerintegration
Drs 15/2042

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten
von Italien, Griechenland und Ungarn*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7531

*Beratungen der Staats- und Regierungschefs über ein zweites
Rettungspaket für Griechenland, Notwendigkeit nationaler An-
strengungen zur Überwindung der Eurokrise*

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 376 377 386

*Warnung vor einem finanzpolitischen Kurs vergleichbar mit der
Entwicklung in Griechenland*

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 417 418 421 422

*Verhinderung einer Ausgrenzung Griechenlands aus der Eurozo-
ne, Beurteilung der europäischen Nothilfe und der eigenen Maß-
nahmen zur Stabilisierung Griechenlands, Aufbau eines funk-
tionierenden Steuervollzugs; Erinnerung an die Warnungen der
EZB vor einer Aufnahme Griechenlands in die Eurozone*

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482-485 487-490 492-498

*Verweisung auf den aktuellen EU-Gipfel zur Euro-Krise und
Griechenlandrettung*

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 675

Verweisung auf die Schuldenquote Griechenlands

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 802 804

*Verlust staatlicher Souveränitätsrechte durch Verschuldung, Ver-
weisung auf das Beispiel Griechenland*

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2255 2258 2260 2261

Griechisch

*Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanre-
form unter die Räder?*

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein inner-
halb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gym-
nasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die
Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Ge-
schichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der hu-
manistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der
in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach
altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an
den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fach-
lehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bil-
dungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der
5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4100

Schulversuch NwT-1

Situation des Schulversuchs NwT-1 mit dem Fach Naturwissen-
schaft und Technik an den baden-württembergischen Schulen;
Bedeutung der zweiten Fremdsprache im Schulversuch NwT-
1, insbes Raum und Stellenwert der alten Sprachen Latein und
Griechisch

Antr
s. *Schulversuch*

Drs 15/5604

Grimm, Leopold MdL FDP/DVP

Würdigung und Verabschiedung des Abg Leopold Grimm
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6293

Grimmelshofen, Ortsteil

s. *Stühlingen*

Groh, Manfred MdL CDU

Würdigung und Verabschiedung des Abg Manfred Groh
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6293

Großbäckerei

s. *Backgewerbe*

Großbetrieb

s. *Großunternehmen*

Grossbrand

s. *Brand*

Großbritannien

s.a. *Englisch*

*Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und bri-
tischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen
und Unternehmen in BW*

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen
Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, In-
stitutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der
erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW,
Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien
(Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Be-
troffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeits-
rechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur
künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaß-
nahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für ge-
plante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur
EU-DatenschutzVO

Antr
s. *Nachrichtendienstliche Mittel*
Drs 15/3727

*Bindung der Zustimmung zu einer Finanztransaktionssteuer an
die Einbeziehung Großbritanniens*

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 497

Große Landesausstellung

s. *Landesausstellung*

Großgerät

s. *Gerät*

Großhandel*EU-Verordnung über den Großhandel mit Strom und Gas*

Entwicklung der Belastung der privaten Haushalte mit Strom- und Gaskosten seit 2002; erwartete Auswirkungen der o.g. Verordnung auf die Strom- und Gaspreise, den Energiemarkt und die Versorgungssicherheit in BW; Art der Mechanismen und Aufwand zur Umsetzung der VO

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/858

Großraumtransport

s. *Güterverkehr*

Großstadt

s.a. *Ballungsraum*

Verkehrsentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets

Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr
s. *Jobticket*
Drs 15/5425

Amtsleiterbesoldung in baden-württembergischen Großstädten in Theorie und Praxis

Sachstand zu Eingruppierung und Besetzung von Amtsleiterstellen in den baden-württembergischen Großstädten

KlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/7047

Großunternehmen*Patentanmeldungen in BW*

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/5609

Großveranstaltung*Zustand der Sportstätten in BW*

Zweckdienlichkeit und baulicher Zustand der Sportstätten; Sanierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten; Förderung der Sportstättensanierung in den vergangenen fünf Jahren; Nutzung der Sportstätten im Land für sportliche Großveranstaltungen; Anteil des Sports an der Bruttowertschöpfung; Sportentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den

Sportvereinen und Sportverbänden; Programm zur Sanierung der Sportstätten

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5859

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 7 - Polizeikostensatz bei kommerziellen Großveranstaltungen (Kap 0314 und 0316)

Mittlg RH
s. *Polizeikosten*
Drs 15/7007

Grünabfall

s. *Bioabfall*

Grünbuch der EU

s. *Grünbuch der Europäischen Kommission*

Grünbuch der Europäischen Kommission

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: GRÜNBUCH „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation“

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/74

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Grünbuch der Kommission: Stärkung des gegenseitigen Vertrauens im europäischen Rechtsraum - Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/396

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Grünbuch über die Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/992

Gründungszuschuss

s. *Existenzgründung*

Grüne

s. *Bündnis 90/Die Grünen*

Grüne Jugend

s. *Bündnis 90/Die Grünen*

Grüner Punkt - Duales System Deutschland

s. *Duales System Deutschland*

Grünland*s.a. Weidewirtschaft**Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände*

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen bzw zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5

Rechtliche Rahmenbedingungen für das angekündigte Umbruchverbot bei Grünland

Bewertung der o.g. Ankündigung des rückwirkenden Inkrafttretens einer Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes, Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbot und mit dem Eigentumsrecht der betroffenen Grundstückseigentümer

MdlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/257

Entwicklung und Förderung des Grünlands in BW und Pläne der LReg zur Einführung eines gesetzlichen Umbruchverbots

Umwandlung von Grünland in Ackerflächen, Dauerkulturen, Aufforstung, Bebauung u.a. seit 2003; bisherige und künftige Förderung der Grünlandbewirtschaftung iRd MEKA, der Ausgleichszulage und Landschaftspflegerichtlinie; Art und Zeitpunkt der Einbeziehung der Berufsverbände und betroffenen Landwirte in die Überlegungen zur Schaffung eines gesetzlichen Umbruchverbots durch Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes

Antr CDU 22.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/323
PIPr 15/19 23.11.2011 S. 875-882

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes

Schutz des Dauergrünlands durch ein befristetes Umwandlungsverbot für Dauergrünland und eine Genehmigungspflicht für die Entwässerung von Dauergrünland; Neuregelung der Vorschriften zur Anlage von Weihnachtsbaumkulturen, Kulturen zur Gewinnung von Schmuck- und Zierreisig sowie Kurzumtriebsplantagen

GesEntw LReg 09.11.2011 Drs 15/854 (21 S.)
1. Beratung PIPr 15/19 23.11.2011 S. 875-882
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.11.2011 Drs 15/905
2. Beratung PIPr 15/20 07.12.2011 S. 938-946
GesBeschl 07.12.2011 Drs 15/1040
GBI 2011 Nr. 21 S. 551-553 (Ges vom 13.12.2011)

Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für BW

Übertragung der Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen gegen die Schutzbestimmungen für Dauergrünland von den Gemeinden auf die unteren Landwirtschaftsbehörden; Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes

ÄAntr GRÜNE und SPD 06.03.2012 Drs 15/1388 (aus BeschlEmpf und Bericht S. 6 7)

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1580-1585

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/885 betr. Errichtung eines Zaunes sowie Aufstellung eines Tierunterstandes im Außenbereich

Petitionen
s. *Weidewirtschaft*
Drs 15/2749

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 15/2927

Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots in der Praxis

Rechtliche Folgen und praktische Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots

Antr Klaus Burger u.a. CDU 21.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3112
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 6-8
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot nur gegen Naturschutzausgleich?

Rechtliche Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Grünlandumbruchverbot, insbes Bindung an naturschutzrechtliche Ausgleichsleistungen

MdlAnfr 1) Paul Locherer CDU 28.10.2013 Drs 15/4248
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4902-4904

Lockerung des Grünlandumbruchverbots zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Nutzung von Miscanthus als Energieträger; gegenwärtige Anbaufläche des nachwachsenden Rohstoffs in BW; Zulassung von Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Antr
s. *Nachwachsender Rohstoff*
Drs 15/4374

Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe in BW durch den neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum (MEPL)

Umfang und Ausgestaltung des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL); Unterstützung der LReg bei der Bewirtschaftung von Grünland und Steillagen, artgerechter Tierhaltung, Naturschutz, Frauenförderung im ländlichen Raum

Antr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/5195

Praktische Fragen zur Fauna-Flora-Habitat (FFH-)Kartierung
Rechtlicher Rahmen der FFH-Kartierung; Veränderungen in der Bewaldung von FFH-Flächen gegenüber dem Jahr 2012; Fläche der Mähwiesen innerhalb und außerhalb von FFH-Gebieten; Information der angrenzenden Bewirtschafter und Eigentümer über bevorstehende FFH-Kartierung; rechtliche Auswirkungen der FFH-Kartierung; Fachbegleitung der betroffenen Bewirtschafter; Ausweisung von Referenz-Parzellen; künftige Förderung der Bewirtschaftung von FFH-Mähwiesen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/5355

Ökologische Bewertung von Energiepflanzen im Verhältnis zu Grünland

Ökologische Bewertung einer Lockerung des Grünlandumbruchs zugunsten von Energiepflanzen, insbes Auswirkungen des Anbaus von Energiepflanzen auf Boden, Wasser, Artenvielfalt und Klima

KlAnfr
s. *Nachwachsender Rohstoff*
Drs 15/5539

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes

Weiterführung und Flexibilisierung des generellen Umwandlungsverbots für Dauergrünland sowie der Genehmigungspflicht für die Entwässerung von Dauergrünland; Umsetzung der finanziellen Folgen der von der EU-Kommission geforderten Trennung von Beratung, Verwaltungskontrolle und Vor-Ort-Kontrolle bei der Umsetzung von EU-Fördermaßnahmen; Erhöhung der Zuweisung infolge des Mehraufwands der unteren Verwaltungsbehörden durch die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2015

GesEntw LReg 10.11.2015 Drs 15/7676 (20 S.)
1. Beratung PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8487-8491
BeschlEmpf und Bericht LandwA 18.11.2015 Drs 15/7730
2. Beratung PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8700-8704
GesBeschl 09.12.2015 Drs 15/7853
GBI 2015 Nr. 24 S. 1155-1157 (Ges vom 15.12.2015)

Grünlandumbruchverbot - Interessen des Erwerbsobstbaus berücksichtigen

Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Umwandlung von Dauergrünland in andere landwirtschaftliche Nutzungen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 19.11.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7737

Vereinbarkeit der angestrebten Eiweißgewinnung aus heimischen Ressourcen mit dem erlassenen Grünlandumbruchverbot

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1303 1304 1313

Vereinbarkeit der angestrebten Eiweißgewinnung aus heimischen Ressourcen mit dem erlassenen Grünlandumbruchverbot

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1715 1716

Grünlandbetrieb

s. *Weidewirtschaft*

Grünlandfläche

s. *Grünland*

Gruft

s. *Grab*

Grunbach, Ortsteil

s. *Engelsbrand*

Grund- und Hauptschullehrer

Das Konzept der „Unverbindlichen Grundschulempfehlung“ bleibt unklar

Zeitplan der Einführung, organisatorische Ausgestaltung und Zielgenauigkeit des Qualifizierungskonzepts für die Grundschullehrkräfte zur Vorbereitung auf das ausschließlich beratende Elterngespräch; Bereitstellung von Entlastungsstunden für diese Lehrkräfte und der notwendigen zusätzlichen Ressourcen an den Realschulen und Gymnasien für die dort ansteigenden Schülerzahlen; Zuweisung neuer Aufgaben für die Lehrer an den Haupt- und Werkrealschulen wegen des dortigen Schüllerrückgangs; Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Auseinanderklaffens der Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und -fernen Schichten

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/1167

Lehrkräfte an den Haupt-/Werkrealschulen bedürfen einer beruflichen Perspektive

Sachstand zum berufsbegleitenden Fortbildungsprogramm für Lehrer an Haupt-/Werkrealschulen, insbes beauftragte Fortbildungsanbieter und deren Ausstattung, bereitgestellte Haushaltsmittel, Prüfungsordnung, Struktur der Lehrgänge, Aufstiegschancen für Teilnehmer

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/6480

Kooperation der Elementar- und Grundschulpädagogen in den Bildungshäusern, Bereitstellung der notwendigen Deputate

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231 233-237

Beschreibung des Drucks für Grund- und Hauptschullehrer ausgehend von der verbindlichen Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung, Vorbereitung der Lehrkräfte auf diese Beratung

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 292-301

Einrichtung eines eigenständigen Studiengangs für die Grundschullehrer sowie für die angehenden Haupt-, Werkreal- und Realschullehrer

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 337 338 340 342

Beschreibung des Drucks für Grund- und Hauptschullehrer ausgehend von der verbindlichen Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung, Vorbereitung der Lehrkräfte auf diese Beratung

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 823-830

Vorbereitung der Lehrkräfte auf die qualifizierte Elternberatung nach der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Erarbeitung eines Fortbildungskonzepts

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 929 930 932 935-937

Grundamtsbezeichnungsverordnung

s. *Amtsbezeichnung*

Grundbuch

s.a. *Grundbuchamt*

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Anpassung des LJKG an Vorgaben des Europarechts, Einführung von Gebühren für das Verfahren zur Auswahl und Bestellung von Notaren, Anpassung der Gebühren für Übersetzer und Dolmetscher sowie der Verwahrung von Sondergrundbüchern an die Grundbuchamtsreform, Vereinheitlichung der Regeln über die Amtstracht der Rechtspflegeorgane; Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB; Änderung des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 06.10.2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in BW

Mittlg LReg
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/991

Rücktritt des Vorstands des Württembergischen Notarvereins aus Protest gegen die LReg

Konsequenzen aus dem Rücktritt des Vorstandes des Württembergischen Notarvereins; sozial verträgliche Umsetzung der Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

MdlAnfr
s. *Notar*
Drs 15/6090

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften

Schaffung landesrechtlicher Grundlagen zur Vorbereitung der am 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Notariatsreform, insbes Fortführung der Sonderlaufbahn des Bezirksnotars, Neufassung des Notarversorgungsgesetzes, Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit und des Landesjustizkostengesetzes; Aktualisierung der Subdelegationsverordnung Justiz im Hinblick auf Ermächtigungen in der Grundbuchordnung, der Grundbuchverfügung, der Schiffsregisterordnung und der Bundesnotarordnung; Anpassung der Vorschriften des Grundbuchrechts an das Bundesrecht

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/6235

Bedeutung der Servitutenbücher in BW

Rechtlicher Stellenwert der Eintragungen in Servitutenbüchern und Bedeutung für Gerichtsbarkeit und Verwaltung

KlAnfr
s. *Grundstücksrecht*
Drs 15/6362

Stelleneinsparungen mit dem elektronischen Grundbuch
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1294 1299

Grundbuchamt

Zukunft der Standorte von Grundbuchämtern

Nochmalige Überprüfung der Entscheidung zur Konzentration der Grundbuchämter auf elf Standorte? Bewertung der Chancen zur Erhaltung des Standorts Maulbronn

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 16.05.2011 und
Antw JM Drs 15/13

Veränderter Zuschnitt der Grundbuchämter

Kriterien für die Erhöhung der bislang vorgesehenen elf um zwei zusätzliche Standorte

MdlAnfr 6) Tanja Gönner CDU 18.07.2011 Drs 15/257
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 396

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Anpassung des LJKG an Vorgaben des Europarechts, Einführung von Gebühren für das Verfahren zur Auswahl und Bestellung von Notaren, Anpassung der Gebühren für Übersetzer und Dolmetscher sowie der Verwahrung von Sondergrundbüchern an die Grundbuchamtsreform, Vereinheitlichung der Regeln über die Amtstracht der Rechtspflegeorgane; Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB; Änderung des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 06.10.2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in BW

Mittlg LReg 07.12.2011 Drs 15/991
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1329
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 9 - Personalplanung in der Justiz (Kap 0503, 0505 bis 0507, 0509, 0511 und 0512)

Mittlg RH
s. *Personalplanung*
Drs 15/5409

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform

Übernahme der reisekosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Verwaltungsstrukturreformgesetz und dem Polizeistrukturreformgesetz für die Mitarbeiter der Grundbuchämter und Notariate im Landesdienst, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw
s. *Trennungsschädigung*
Drs 15/5790

Bearbeitungsrückstände in zentralen Grundbuchämtern

Stand der Umsetzung der Reform des Grundbuchwesens; Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen; Beseitigung der Bearbeitungsrückstände in den zentralen Grundbuchämtern des Landes

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 17.10.2014 und Antw JM Drs 15/5927

Situation des zentralen Grundbuchamts Emmendingen

Sachstand zur Situation des zentralen Grundbuchamts Emmendingen, insbes Höhe der Bearbeitungsrückstände, Beschäftigtenzahl, Zahl der Dienstaufsichtsbeschwerden; Entlastung des zentralen Grundbuchamts durch Stopp bzw Verlangsamung der Eingliederung anderer Grundbuchämter

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 20.05.2015 und Antw JM Drs 15/6905

Situation des zentralen Grundbuchamts Villingen-Schwenningen

Sachstand zur Situation des zentralen Grundbuchamts Villingen-Schwenningen, insbes Zahl der einzugliedernden anderer Grundbuchämter, Höhe der Bearbeitungsrückstände, Wartezeiten, Beschäftigtenzahl

KlAnfr Karl Rombach CDU 26.05.2015 und Antw JM Drs 15/6925 (12 S.)

Personelle Stärkung der Justiz, Umsetzung der Grundbuchamtsreform

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041 1042

Bewertung der Notariats- und Grundbuchamtsreform

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293-1295 1299

Grunderwerbsteuer*Erhöhung der Grunderwerbsteuer und Weitergabe der Mittel an die Städte und Gemeinden*

Einschätzung des zu erwartenden Mehraufkommens, Weitergabe an die Stadt- und LKreise, Verwendung der zusätzlichen Mittel durch die Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung, Einrichtung eines Investitionsförderprogramms Kleinkindbetreuung

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/208

Geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer

Veränderung des Grunderwerbsteueraufkommens vor und nach der geplanten Erhöhung; Eintreten für eine steuerliche Begünstigung des Ersterwerbs einer Immobilie zu eigenen Wohnzwecken sowie für eine Begünstigung des Bestandserwerbs einer Immobilie im Innenbereich gegenüber dem Erwerb eines Grundstücks im unbebauten Außenbereich

Antr Guido Wolf u.a. CDU 26.08.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/448
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/757
PIPr 15/16 26.10.2011 S. 699-708

Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Erhöhung der Grunderwerbsteuer von bisher 3,5 Prozent auf 5 Prozent der Bemessungsgrundlage; durch die zu erwartenden Mehreinnahmen soll die Nettokreditaufnahme des Landes begrenzt und der vorgesehene „Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern“ verwirklicht werden; Anpassung des An-

teils der Stadt- und LKreise entsprechend der Höhe der Bemessungsgrenze; Verbleib der Steuermehreinnahmen im Land, da die Erhöhung des Steuersatzes den Länderfinanzausgleich nicht berührt

GesEntw LReg 13.09.2011 Drs 15/497
1. Beratung PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642-649
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/757
2. Beratung PIPr 15/16 26.10.2011 S. 699-708
GesBeschl 26.10.2011 Drs 15/812
GBI 2011 Nr. 18 S. 493 (Ges vom 26.10.2011)

Verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans

Mitfinanzierung der Verbindlichkeit des Orientierungsplans aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer?

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/961

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2011

Entwicklung des Aufkommens und der jeweiligen Verteilung nach dem FAG für das Land und die einzelnen Stadt- und LKreise 2011, Darlegung der maßgeblichen Effekte für das höhere Aufkommen und der Einnahmeerwartungen für 2012

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 01.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1349 (12 S.)

Wohnraumförderung in BW

Mittel und Programme zur Wohnraumförderung; Anzahl der im Jahr 2013 gestellten Anträge; Bedarf an geförderten Wohnungen in Städten und Gemeinden abseits von Groß- und Universitätsstädten, sonstigen Hochschulstandorten und Gemeinden in Verdichtungsräumen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2013 aus der Grunderwerbsteuer in die Förderung von Wohnraum geflossenen Beträge

KlAnfr
s. *Wohnungsbauförderung*
Drs 15/4844

Zuschüsse zur Kleinkindbetreuung prüfen

Berechnungsgrundlage für die Förderung der Kleinkindbetreuung; finanzielle Förderung der Kleinkindbetreuung durch das Land im Jahr 2014; Erhöhung der Betreuungsquote; Nutzung von Steuereinnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Quersubventionierung der Kindergartengebühren

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5311

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr
s. *Steueraufkommen*
Drs 15/6391

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2014

Sachstand zur Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens in BW, insbes Anteilsverteilung zwischen Land sowie Stadt- und

LKreisen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 29.05.2015 und Antw
MFW Drs 15/6933

Erhöhung der Grunderwerbssteuer

Sachstand zu den Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer, ins-
bes Anteile der Stadt- und Landkreise; Entwicklung der Zuwen-
dungen an die Kommunen für die Kinderbetreuung

KlAnfr Manfred Hollenbach CDU 20.07.2015 und Antw
MFW Drs 15/7192 (10 S.)

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2014 im Main-Tauber-Kreis
Sachstand zur Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens
im Main-Tauber-Kreis sowie der dem Kreis überlassenen Antei-
le

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 22.07.2015 und Antw
MFW Drs 15/7201

Ankündigung einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 27

*Forderung nach Verzicht auf die angekündigte Erhöhung der
Grunderwerbsteuer*

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 37 64

Kritik an der geplanten Erhöhung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 125 129 130 135 140 141

*Kritik an der vorgesehenen Erhöhung der Grunderwerbsteuer
auf 5 %, Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge
Familien*

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375 377 381

*Zuweisung des Mehraufkommens aus der Grunderwerbsteuerer-
höhung an die Kommunen für den Ausbau der Kinderbetreuung,
Verwendung eines Teils für die Wohnraumförderung*

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 732 733 735 736

*Erinnerung an die Übernahme der Grunderwerbsteuer in die
Kompetenz der Länder im Zuge der Föderalismuskommission II;
Ablehnung einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer*

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 806

*Zuweisung des Mehraufkommens aus der Grunderwerbsteuerer-
höhung an die Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreu-
ung, Verwendung eines Teils für die Wohnraumförderung*

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 960 962-977 979

*Zuweisung des Mehraufkommens aus der Grunderwerbsteuerer-
höhung an die Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreu-
ung, Verwendung eines Teils für die Wohnraumförderung*

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

*Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbsteuer, Erschwerung
des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien, Zuweisung
des Mehraufkommens an die Kommunen für den Ausbau der
Kleinkindbetreuung*

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1102 1107 1120 1129 1139

*Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbsteuer trotz der Re-
kordsteuereinnahmen*

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1199 1201 1213

*Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbsteuer, Erschwerung
des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien, Zuweisung
des Mehraufkommens an die Kommunen für den Ausbau der
Kleinkindbetreuung, Verwendung eines Teils für die Wohnraum-
förderung*

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1382 1397 1425 1428 1434 1443-
1446 1450

*Überlassung des zusätzlichen Steueraufkommens aus der Er-
höhung der Grunderwerbsteuer an die Kommunen für Kin-
derbetreuung, Schulsozialarbeit und Sprachförderung; Warnung
vor einem abschreckenden Effekt auf anzuwerbende Fachkräfte
durch die Grunderwerbsteuersatzerhöhung*

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1465 1470 1479 1484

*Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbsteuer, Erschwerung
des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien*

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2156 2159

*Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbsteuer trotz der Re-
kordsteuereinnahmen, Zuweisung des Mehraufkommens an die
Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung*

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2276 2277 2279 2282 2283

Grundgesetz

*Rechtsauffassung der LReg zu Mischfinanzierungen bei Ver-
kehrsinfrastrukturmaßnahmen*

Festhalten an der Unvereinbarkeit einer finanziellen Beteiligung
mit dem Grundgesetz unterlegt mit einem Rechtsgutachten zur
Neubaustrecke Stuttgart-Ulm? Frage nach aktuellen und geplan-
ten Verkehrsprojekten als unechte Gemeinschaftsaufgaben mit
Vor- und Mischfinanzierungen, jeweilige Auswirkungen eines
Finanzierungsausstiegs

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/525

*Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes
in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung
des Landes BW, zur Ausführung von Art 84 und 84 a der Verfas-
sung und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)*

Verankerung der dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des
Landes in der Landesverfassung und der Landeshaushaltsord-
nung durch Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3
Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmere-
gelungen; Verzicht auf volle Ausschöpfung der Übergangsfristen
für das Verbot einer Nettokreditaufnahme des Landes bis 2020
gemäß Art 143 d Grundgesetz

GesEntw

s. *Schulden*

Drs 15/3239

*Erinnerung an das Inkrafttreten des Grundgesetzes vor 63 Jah-
ren am 23.05.1949*

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1971

Grundgesetz Art. 109

*Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes
in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung
des Landes BW und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)*
Absicherung einer dauerhaften Begrenzung der Verschuldung
des Landes (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Umset-

zung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verkürzung der nach Art 143 d Grundgesetz möglichen Übergangsfristen auf den 31. Dezember 2015

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/5637

Grundgesetz Art. 143 d

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung) Absicherung einer dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verkürzung der nach Art 143 d Grundgesetz möglichen Übergangsfristen auf den 31. Dezember 2015

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/5637

Grundrecht

s.a. *Freizügigkeit*
s.a. *Menschenrechte*
s.a. *Persönlichkeitsrecht*
s.a. *Rechtsstaat*
s.a. *Verfassungsbeschwerde*
s.a. *Versammlungsrecht*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Beteiligung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als Beobachter an den Arbeiten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/71

Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/1649

Klärende Fragen II: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in

anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/1830

Klärende Fragen III: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach weiteren Gesprächsangeboten der Kultusverwaltung über diesen Fall hinaus gegenüber Beamten wegen Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit der Bildungspolitik

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/2222

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen

Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donauraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/3378

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Grundsatz der Subsidiarität

s. *Subsidiaritätsprinzip*

Grundschrift

s. *Schreiben*

Grundschule

s.a. *Bildungshaus*
s.a. *Grund- und Hauptschullehrer*

Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule im „Hau-Ruck-Verfahren“

Begründung der o.g. Streichung des Unterrichtsangebots für Grundschüler der ersten und zweiten Klasse, Bewertung von den

Lehrkräften an den weiterführenden Schulen, Angebot von Englisch oder Französisch ab Klasse 3, Einführung neuer Bildungspläne und Schulbücher für den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule?

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/422

Nachmittags- und Ferienbetreuung in den Grundschulen des LKreises Esslingen

Beurteilung o.g. Angebote von Grundschulen und Kommunen; Unterstützung des Ausbaus landesweit

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/464

Wissenschaftliche Untersuchung des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen

Ergebnisse o.g. Untersuchungen zum Englisch- und Französischunterricht, Bewertung der Empfehlung des Expertenrats „Herkunft und Bildungserfolg“ zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, Umfang der Beibehaltung bzw des Wechsels der Grundschulfremdsprache an der weiterführenden Schule sowie infolge eines Umzugs, Realisierung eines freiwilligen Angebots nach einem Wegfall von Französischunterricht an der Rheinschiene?

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/511

Verbindliches Erlernen der Schreibrift

Auflistung der Schulstandorte zur Erprobung der vom Grundschulverband entwickelten Grundschrift als Alternative zu den aktuell gelehrt Schreibriften; Vergleich der jeweiligen Lesbarkeit, Rechtschreibung, Flüssigkeit und Entwicklung der Feinmotorik der Grundschüler; Dauer der Erprobungsphase; Beurteilung der Problematik eines Schulwechsels sowie der kritischen Stimmen aus der Lehrerschaft

Antr
s. *Schreiben*
Drs 15/567

Errichtung einer Evangelischen Ganztagsgrundschule in Weinsberg-Gellmersbach

Gründe und Auswirkungen der schleppenden Antragsbescheidung im KM trotz der Befürwortung vom RegPräs

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/653

Lehrerstellen sparen durch Pädagogische Assistenten?

Gegenfinanzierung der Pädagogischen Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen in Form von Anteilen an Lehrerdeputaten, entsprechendes Vorgehen beim Auslaufen der Verträge der an Grundschulen beschäftigten Assistenten?

MdlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/791

Verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans

Bisherige Umsetzung und Kostenverteilung sowie weitere Schritte zur verbindlichen Umsetzung der Bestandteile des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, Einführung der Zusammenarbeit von pädagogischen

Fach- und Lehrkräften beim Übergang in die Grundschule, Finanzierung der Ansprüche der Kommunen auf Ausgleichsleistungen nach dem Konnexitätsprinzip, Mitfinanzierung der Verbindlichkeit des Orientierungsplans aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer?

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/961

Singen - Bewegen - Sprechen

Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen, insbes für die motorische Kompetenz, Sozialkompetenz und Sprachentwicklung sowie der Möglichkeit für Kinder aus sozial schwächeren Familien zur Teilhabe am Musikschulunterricht; Sicherung der Weiterfinanzierung bestehender und neuer Kooperationen sowie Fortführung in der Grundschule bis Klasse 4

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/1093

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Erhaltung eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und weiterführenden Schulen auch bei rückläufigen Schülerzahlen; Erhaltung und Ausbau der Hochschulen an allen Standorten

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Fortbestand von Grundschulen im Enzkreis

Frage nach schließungsbedrohten Grundschulen im Enzkreis, u.a. nach der Grundschule Mühlacker-Mühlhausen; Verzicht auf eine Kürzung der Deputatsstunden im Falle der Einrichtung einer altersgemischten Klasse der Jahrgangsstufen 1 bis 4

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.05.2012 und
Antw KM Drs 15/1661

Grundschulstandorte in den ländlichen Räumen BW

Zahl der vorhandenen bzw schließungsbedrohten Grundschulen; Standorte mit Klassen unterhalb der Mindestschülerzahl, mit jahrgangsübergreifenden Klassen oder Lerngruppen; Kooperationen und Zusammenlegungen von Grundschulen und weiterführenden Schulen; Entwicklung von Maßnahmen und Handlungsoptionen zur Erhaltung der Grundschulen vor Ort, Bewertung der Chancen im Enzkreis

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 04.06.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1795 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.04.2013 Drs 15/4040 S. 12-14
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Förderung von Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen und Sportvereinen; Umfang der (fachfremd) erteilten Bewegungs-, Spiel- und Sportstunden an Grundschulen; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter; schrittweise Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde an allen Grundschulen; Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr

s. Sport

Drs 15/1873

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Lieds“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/2058

Erweiterung der Gemeinschaftsschule ohne das Wissen der Schulträger?

Gegenüberstellung der Fälle von Antragstellung der Schulträger und der Antragsgenehmigung der Schulverwaltung auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in den Klassenstufen 5 bis 10; Fälle der Umwandlung der Grundschulklassen 1 bis 4 in eine Gemeinschaftsschule - entgegen dem Antrag des Schulträgers; Frage nach Auswirkungen und der Form der Information der Schulträger; Wiederherstellung der Eigenständigkeit der Grundschule an den Gemeinschaftsschulstandorten

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/2130

Ethikunterricht an Schulen

Angebot an Ethik- und Religionsunterricht und Zahl der teilnehmenden Schüler, Anteil von konfessionslosen oder einer nicht-christlichen Konfession angehörenden Schüler; Beurteilung der Forderung von Eltern zur Einführung von Ethikunterricht auch an Grundschulen und allen Klassen der weiterführenden Schulen, Festhalten an dieser Zielsetzung im Koalitionsvertrag, Bezifferung der zusätzlichen Kosten für ein flächendeckendes Unterrichtsangebot im Fach Ethik

Antr

s. *Ethik*

Drs 15/2230

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr Alexander Throm CDU 30.08.2012 und Antw KM

Drs 15/2277

Pädagogische Assistenten

Anzahl der gegenwärtig in den verschiedenen Schularten beschäftigten Pädagogischen Assistenten; ihre Aufgaben und durchschnittliche Wochenstundenzahl; Evaluierung ihrer Arbeit an Grundschulen; Weiterbeschäftigung der Assistenzkräfte in der Grundschule und Umwandlung ihrer bisher befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete

Antr

s. *Schulassistent*

Drs 15/2335

Haben die Schulen im ländlichen Raum noch eine Zukunft?

Aktuelle Situation der Schulstruktur im ländlichen Raum; voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2022; Zukunft eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und an weiterführenden Schulen; Schulentwicklungsplan für den ländlichen Raum; Forderung nach einer Beteiligung der Kommunalen Landesverbände, Schulen, Lehrerverbände, Wirtschaft, Elternschaft etc an den Entscheidungsprozessen; Kritik an einer ideologisch motivierten Bevorzugung der Schulart

GrAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2348

Keine Zentralisierung von Schulen

Gefährdung von Schulstandorten im Schwarzwald-Baar-Kreis, Anhörung der Betroffenen vor Ort zu den Schließungsabsichten; Bewertung der Qualität der kleinen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie des zusätzlichen Bedarfs an Schulsozialarbeit und Schülerbeförderungskosten bei zentralisierten Schulen

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2430

Informationsveranstaltung der Grundschulen mit weiterführenden und beruflichen Schulen

Bedeutung der Halbjahresinformation in der vierten Klasse und der o.g. Veranstaltungen für die Entscheidung für eine weiterführende Schule, mögliche Auswirkungen einer Vorverlegung des Termins dieser Veranstaltung auf die Übergangszahlen auf weiterführende und berufliche Schulen, Frage nach der Gewichtung der Gemeinschaftsschule bei der Informationsveranstaltung

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/2432

Pädagogische Assistenten im Wahlkreis Weinheim

Zahl und Aufgaben, Klassenstufen und zeitlicher Umfang der Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen; Organisation der Weiterbeschäftigung mit zusätzlichen Stellen für die Grundschulen? Frage nach einer Verrechnung mit Lehrerstellen oder Kürzung des Ergänzungsbereichs

KlAnfr

s. *Schulassistent*

Drs 15/2585

Sachstand Ergänzungsbereich an Grundschulen

Förderunterricht an Grundschulen im LKreis Göppingen seit 2002; Bildungsangebote je Grundschule; Konkretisierung des in den kommenden fünf Jahren vorgesehenen Ergänzungsunterrichts; Gründe für die Streichung von Unterrichtsstunden; geplante Ausgleichsmaßnahmen; Fortführung spezieller Förderangebote u.a. für Schüler mit Lese-Rechtschreib-Schwäche oder Dyskalkulie

KlAnfr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 07.11.2012 und Antw

KM Drs 15/2628

Pädagogische Assistenten

Frage des dauerhaften Einsatzes von Schulassistenten an Grundschulen sowie an Haupt- und Werkrealschulen

MdlAnfr

s. *Schulassistent*

Drs 15/2649

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschülern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 12.12.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2801

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.04.2013 Drs 15/4040 S. 18 19

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Ergänzungsbereich an den Grundschulen im LKreiss Esslingen

Umfang und Bildungsangebote im Ergänzungsbereich differenziert nach der jeweiligen Grundschule im LKreiss Esslingen; Streichung von Deputatsstunden an Grundschulen; Bewertung von Angeboten im Ergänzungsbereich; Umfang und Weiterführung dezidiert Förderangebote

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 20.12.2012 und Antw KM Drs 15/2833

Bildungsunternehmen in BW

Bildungs- und Schulkonzept der Klett Gruppe für die privat betriebene Galileo Grundschule und Anerkennung als förderungswürdige Privatschule; zusätzlicher Bedarf für dieses Schulkonzept in BW; Zusammenarbeit der Galileo Grundschule mit einer Kindertagesstätte; Eröffnung eigener Privatschulen durch Verlage und andere Bildungsunternehmen und Nutzen für die Bildungslandschaft

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/2940

Beschäftigung von Pädagogischen Assistentinnen/Assistenten an Grundschulen

Maßnahmen und Daten zur Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten im Rems-Murr-Kreis, insbes an Grundschulen; längerfristige Planungen zur Institution der Pädagogischen Assistenten

KlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/3028

Zweite Kooperationsstunde an den Grundschulen

Einführung einer zusätzlichen „Kooperationsstunde“ zur Verbesserung der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen; Finanzierung und Verrechnung der zusätzlichen Unterrichtsstunde im ersten Schuljahr

KlAnfr Georg Wacker CDU 20.02.2013 und Antw KM Drs 15/3099

Grundschulstudien TIMSS und IGLU - Ergebnisse und Konsequenzen für BW

Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Schulleistungsstudien TIMSS 2011 und IGLU 2011 für Grundschulen in BW, insbes im Hinblick auf Geschlecht, soziale Herkunft und Leistungsniveau

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/3111

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Zulassung eines fachlichen Informationsaustauschs zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie zwischen Kindergärten und Grundschulen, um eine individuelle Förderung von Schülern zu ermöglichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3279

Mensch, Natur und Kultur (MeNuK)

Stellenwert der musikalischen Bildung im Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur“ (MeNuK) an den Grundschulen, insbes Fachqualifikation und Mangelsituation bei Musiklehrern sowie Entwicklung musikalischer Angebote im Ergänzungsbereich; Erfahrungen und Evaluationsergebnisse zum Musikunterricht und Fächerverbund MeNuK; Auflösung des Fächerverbunds MeNuK an Grundschulen sowie des Fächerverbunds „Musik-Sport-Gestalten“ (MSG) an den Haupt- und Werkrealschulen

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/3341

Schulbauförderung - Friedrich-Ebert-Grundschule Ilvesheim

Schulbauförderung der vierzügigen Friedrich-Ebert-Grundschule Ilvesheim für die Kernzeitbetreuung, insbes Raumbedarf, aktueller Raumbestand und Nachnutzung ehemaliger Hauptschulräume; Möglichkeit zur Förderung von Umbaumaßnahmen aufgrund neuer Anforderungen an Zuschnitt oder Nutzungsart der Schulräume iRd Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/3690

Leseklassen fallen dem Rotstift zum Opfer

Bedeutung der Leseklassen für den Schulerfolg der Schüler; Einstellung dieser Extraförderung

MdlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/3731

Gibt es einen Verfall der Rechtschreibkenntnisse bei unseren Schülern?

Situation der Rechtschreibleistungen baden-württembergischer Grundschüler im nationalen und internationalen Längs- und Querschnittsvergleich; Umfang und Grund für den Abbau der Förderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie im Ergänzungsbereich; Bewertung und Umsetzung reformpädagogischer Konzepte der Vermittlung von Rechtschreib- und Lesekenntnissen in der Grundschule; Beteiligung und Stellenwert von Vorreitern oder Vertretern reformpädagogischer Ansätze bei der pädagogischen Konzeption für die Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Rechtschreibung*
Drs 15/3790

„Singen - Bewegen - Sprechen“

Entwicklung des Landesförderprogramms „Singen - Bewegen - Sprechen“ als Instrument der frühkindlichen Förderung, insbes Zahl der Kooperation und der erreichten Kinder; Auswirkungen und Vergleich zu anderen Programmen der Sprachförderung; Ausweitung der Kooperation mit Musikschulen und Laienmusik

bei „Singen - Bewegen - Sprechen“ auch für Grundschulen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/3791

Zahl der Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten

Stellenzahlen zu Beschäftigung, Ausscheiden und Wiederbesetzung Pädagogischer Assistenten an Werkreal-, Haupt- und Grundschulen sowie entsprechende Gesamtstundenzahlen

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 15/3953

Abschaffung der Freiheit der Gymnasien, den Beginn der zweiten Fremdsprache festzulegen, im Zuge der Bildungsplanreform

Auswirkungen und Konsequenzen der Festlegung des Beginns der zweiten Fremdsprache an Gymnasien in Klasse 6 im Zuge der Bildungsplanreform, insbes für die Entscheidungsfreiheit der Gymnasien sowie auf Grundschulen der Rheinschiene und bilinguale Gymnasialzüge (Abibac)

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/3969

Leseklassen im LKkreis Esslingen

Angebot, Finanzierung, Schülerbesuch und Lernerfolge durch Leseklassen an Grundschulen im LKkreis Esslingen; Fortsetzung der Förderung von Schülern mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche bei Wegfall von Leseklassen

KlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/4058

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radelnder Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrserziehung*
Drs 15/4085

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Einrichtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/4098

Unbesetzte Lehrerdeputate an der Waldschule Pforzheim-Büchenbronn

Lehrkräftebedarf der Waldschule Büchenbronn; Zuteilung weiterer Lehrkräfte zur Behebung des bestehenden Unterrichtsdefizits; Zusatzstunden für einen stufengetrennten Unterricht in den Kernfächern in Klasse 6 und Klasse 7; Lösungsvorschläge für die lehrplanmäßige Unterrichtserteilung in zusammengelegten Klassen; Chancengleichheit für die Schüler der Waldschule Büchenbronn

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4143

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Übergang von Kindern und Jugendlichen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, berufliche Schule); Verwaltungsvorschrift zur Weitergabe personenbezogener Daten zwischen Grundschule und weiterführender Schule; Anlass und konkrete Vorgabe des Landesdatenschutzbeauftragten für die rechtliche Regelung; erste Erfahrungen mit dem Wegfall der Grundschulempfehlung

KlAnfr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/4526

Sportunterricht an den Schulen in BW

Situation des Sportunterrichts an den Schulen in BW, insbes Unterrichtswochenstundenzahlen der einzelnen Schularten und Klassenstufen, Sportlehrerbedarf und Sportlehrerbildung, Ausbau des schulischen Sportangebots, Einführung einer Sport- und Bewegungsstunde in Grundschulen, Angebot an Schulschwimmunterricht sowie Vorbereitung der Inklusion

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/4577

Musikschulen und Musikvereine als Bildungsträger erhalten

Sicherung der musikalischen Bildung in einer sich verändernden Erziehungs- und Bildungslandschaft; Intensivierung der Zusammenarbeit von Musikschulen und Musikvereinen mit Kindertagesstätten; Zusammenarbeit mit den Grundschulen und den weiterführenden Schulen zur Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, der Förderung musikalischer Begabung sowie der Verwirklichung anspruchsvoller Projekte; Bestandsgefährdung von Chören, Ensembles und Orchestern an Musikschulen und in Vereinen durch den Ausbau der Ganztagschulen; Verhinderung eines gemeinsamen Musizierens von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schultypen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/4657

Dyskalkulie und ihre Prävention im Vorschul- und Schulalter

Förderung der mathematischen Bildung und der Sprachentwicklung durch das Projekt „Zahlenland“; Beteiligung der Kindertagesstätten und Grundschulen an diesem Projekt; Projektförderung; sonstige Projekte zur Förderung mathematischer Bildung im Vorschul- und Schulalter; Beratungs- und Unterstützungsangebote für solche Projekte; Stärkung der Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen bei der Prävention von Rechenschwäche

Antr
s. *Dyskalkulie*

Drs 15/4677

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stellenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Vergütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/4723

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschulen; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungskonzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteiligung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/5040

Stirbt der bilinguale Bildungsgang an Grundschulen in Raten?

Situation und Zukunft der bilingualen Bildungsgänge an den Grundschulen in BW, insbes Gründe für die Ablehnung von Anträgen zur Verlängerung des Modellversuchs; Evaluation der bilingualen Bildungsgänge an den beteiligten Grundschulen und Überführung in den Regelbetrieb

Antr
s. *Zweisprachiger Unterricht*
Drs 15/5214

Novellierung des Schulgesetzes

-*Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen*

-*Paritätische Besetzung der Schulkonferenz*

-*Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens*

Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Lese-Rechtschreibschwäche

Zahl der Grundschüler mit besonderem Förderbedarf beim Lesen und bei der Rechtschreibung; Diagnose der Lese-Rechtschreibschwäche; Förderkonzepte und individuelle Förderung innerhalb und außerhalb des Regelunterrichts an den Grundschulen; Finanzierung der Fördermaßnahmen vonseiten der Staatlichen Schulämter; Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/5354

Erlernen einer Grundschrift

Erprobung der Grundschrift an ausgewählten Grundschulen seit 2011; Rückmeldungen vonseiten der Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern; Erkenntnisse der Experten; Auswirkungen der Grundschrift auf die Rechtschreibung; Berücksichtigung der Erkenntnisse der Erprobungsphase in den neuen Bildungsplänen

Antr
s. *Schreiben*
Drs 15/5434

Möglichkeiten zur effizienten Eindämmung und Verhinderung von Lärmbelästigungen

Maßnahmen zur effizienten Eindämmung und Verhinderung von nächtlichen Lärmbelästigungen durch Jugendliche im Bereich der Schönbuchschule in Dettenhausen

KlAnfr
s. *Lärm*
Drs 15/5502

Einfluss von sektenähnlichen Psychogruppen auf Schulen im LKreis Böblingen

Gruppe um eine die „Psychologische Lehr- und Beratungsstelle“ in Böblingen betreibende pensionierte Gymnasiallehrerin; Auskunft über deren Verbindung zum Begründer der sogenannten Zürcher Schule und zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“; Konkretisierung der Vorwürfe gegenüber einer der Gruppe angehörenden Grundschulleiterin; Zugehörigkeit weiterer Schulleiter und Lehrer zu jener Gruppe; Verbreitung ideologischer Inhalte im Unterricht und im Schulbetrieb; Dienstanweisung zur Verweisung an Beratungsstellen; Aufklärung der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe

Antr
s. *Beratungsstelle*
Drs 15/5620

Finanzierung von flexiblen Nachmittags-Betreuungsangeboten an Grundschulen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Höhe der im Jahr 2013 gewährten Landeszuschüsse für Kernzeitbetreuung an Grundschulen sowie für flexible Nachmittagsbetreuung und Schülerhorte; Auswirkungen des Umstiegs auf Ganztagschulen auf die künftige Höhe der Zuschüsse

KlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/5672

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungs-

zahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Kunsterziehung*
Drs 15/5746

Zusätzlicher Sport- und Musikunterricht an Grundschulen

Rahmenbedingungen zur Einbindung gewerblicher Sport- und Musikschulen iRd Ganztagsbetriebs an Grundschulen, insbes Budget, Stundenlohn, pädagogische Qualifikation

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 02.10.2014 und Antw KM Drs 15/5810

Will der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Noten abschaffen?

Haltung zur Notengebung in der Schule; öffentliche Meinung zur Abschaffung der Notenvergabe; Fachdiskussion über die Notenvergabe und über Alternativen zu Ziffernnoten; Funktion der Noten; Unterschiede zwischen Ziffernnoten und verbalen Leistungsbeschreibungen; Erprobung alternativer Leistungsbewertungen an Gemeinschaftsschulen und Grundschulen; Akzeptanz und Vergleichbarkeit alternativer Leistungsbewertungen

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/5883

Grundschulstandort Straubenhardt

Sachstand zum Grundschulstandort Straubenhardt, insbes Anmeldezahlen, Zukunftsperspektiven, Überlegungen zur Schließung der Grundschule Ottenhausen

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 09.12.2014 und Antw KM Drs 15/6232

Entwicklung der Ganztagschulen im LKkreis Emmendingen

Ganztagsschulangebote an öffentlichen Schulen im LKkreis Emmendingen; Zahl der davon profitierenden Schüler; Ausgestaltung des Ganztagsangebots an den verschiedenen Schularten; Nutzung des Instruments der Kapitalisierung von Lehrerwochenstunden für die Kooperation mit außerschulischen Partnern; Förderung der Hortbetreuung an Grundschulen; Integration kommunaler Betreuungsangebote in den Ganztagschulbetrieb von Grundschulen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/6331

Flexible Betreuungsformen an Grundschulen

Angestrebte Betreuungsformen an Grundschulen; Förderung flexibler Betreuungsformen an Grundschulen

MdlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/6342

Islamistischen Hasspredigern den Boden entziehen: Ausbau des islamischen Religionsunterrichts und des Ethikunterrichts an unseren Schulen

Erkenntnisse des Modellprojekts islamischer Religionsunterricht, daran teilnehmende Schulen; vorgesehener Ausbau des Unterrichtsangebots; Ethikunterricht als Alternative zum Religi-

onsunterricht; Ausarbeitung eines Plans zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts an allen Schularten sowie eines Plans zum Ausbau des Unterrichtsangebots im Fach Ethik

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/6343

Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“

Sachstand zur Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“, insbes wissenschaftliche Ergebnisse, Erfahrungen beteiligter Kindergärten und Grundschulen, Maßnahmen zur Fortführung und Ausbau des Modellprojekts

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/6426

Keine Höhergruppierung bei Lehrkräften und Funktionsträgern an eigenständigen Grundschulen?

Sachstand zu Besoldungsverbesserungen für Lehrer und Funktionsinhaber an Haupt-, Werkreal- und Realschulen sowie zur Nichtberücksichtigung von eigenständigen Grundschulen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/6720

Ausbau der Ganztagsgrundschulen in BW

Sachstand zum Ausbau Ganztagsgrundschulen in BW, insbes Statistiken zu Neuanträgen, Ganztags- oder Wahlform, Teilnehmerzahlen am Ganztags- und Halbtagsbetrieb sowie zu Grundschulen mit Hort

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/6726

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn

Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6966

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztagsgrundschule)

Weiterentwicklung des Auftrags der Realschule; Schaffung einer Strukturierung der Bildungspläne nach Niveaustufen und Anpassung der Rechtsgrundlage für die Schulbuchzulassung; Ermöglichung der sukzessiven Einrichtung von Ganztagschulen in der Wahlform an Grundschulen sowie den Grundstufen der Förderschulen

GesEntw
s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/7134

Musikunterricht an den Grundschulen

Sachstand zur Erteilung des Musikunterrichts an den Grundschulen in BW, insbes Bedarf an und Unterrichtsversorgung mit

ausgebildeten Musiklehrkräften, Anteil fachfremd erteilten Unterrichts, Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7273

Schwimmunterricht

Sachstand zur Bedeutung und Sicherstellung des regulären Schwimmunterrichts an den Grundschulen, insbes Qualifikationsmaßnahmen für Lehrkräfte, Zahlen und Begründungen für Nicht-Durchführung von Schwimmunterricht an Grundschulen, Gründe für die vorläufige Einschränkung des Programms „Schwimmfix“ auf Ganztagschulen

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 15/7301

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Fördermöglichkeiten für versetzungsgefährdete Schüler; Verbesserung des Beratungskonzepts der Grundschulen zum Übergang an die weiterführenden Schulen

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/7311

Wie steht es um die Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich der Ganztagsbetreuung in der Grundschule?

Bewertung der Studie „Familienbild im Wandel - Lebensentwürfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forderung nach größerer Flexibilität der Ganztagsschul- und Betreuungsangebote an Grundschulen; Förderung von Horten und flexibler Nachmittagsbetreuung an Ganztagschulen; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine offene Ganztagschule

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/7747

Ganztagsgrundschule

Sachstand zur Erhaltung der Wahlfreiheit bei der Umstellung auf eine Ganztagsgrundschule in Karlsruhe-Durlach bei gleichzeitiger Schließung bzw Auslaufen eines Kinderhorts

MdlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/7860

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 77

Ermöglichung guter Startbedingungen in der Grundschule mit den Bildungshäusern, Notwendigkeit eines Unterstützungssystems an den Grundschulen für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231-237

Beschreibung des Drucks für alle Beteiligten in der Grundschule ausgehend von der verpflichtenden Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 292-302

Beschreibung des Drucks für alle Beteiligten in der Grundschule ausgehend von der verpflichtenden Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 823-832

Beschreibung des Drucks für alle Beteiligten in der Grundschule ausgehend von der verpflichtenden Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 928-937

Plädoyer für eine Fortführung des Projekts „Singen-Bewegen-Sprechen“ in der Grundschule

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2003-2006

Grundschulempfehlung

s. *Weiterführende Schule*

Grundschullehrer

s. *Grund- und Hauptschullehrer*

Grundsicherung

s.a. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Änderung der o.g. Ausführungsgesetze durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende und das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen: Anpassung der Aufsichts- und Prüfungsregelungen, Bestimmung der Stadt- und LKreise als zuständige Stellen für die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeld-Ges, Anpassung der Regelungen zur Verteilung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung und den Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

GesEntw
s. *Sozialrecht*
Drs 15/689

Zukunft des Landeserziehungsgelds

Festhalten an der Umwidmung o.g. Mittel für Eltern, bei denen das Elterngeld auf die ALG-II-Unterstützung angerechnet wird, sowie für den Ausbau der Kleinkindbetreuung? Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/787

Das Landeserziehungsgeld auch für Schwellenhaushalte erhalten

Zahl und Lebenssituation von unterstützungsbedürftigen Familien, die 2010 und 2011 Landeserziehungsgeld erhielten, aber keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen haben; Frage nach deren künftigen Unterstützung nach der Umschichtung von Mitteln des Landeserziehungsgelds für den Ausbau der Kleinkindbetreuung

Antr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/1191

Landeserziehungsgeld

Zahl der Bezieher von Landeserziehungsgeld im LKreis Emmendingen in den letzten fünf Jahren; Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/1299

Struktur der erwerbsfähigen Grundsicherungsberechtigten unter 25 Jahren

Zahl der o.g. bei den Jobcentern gemeldeten Personen; Anteil der in den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelbaren sowie der auf therapeutische Begleitung, Qualifizierungen oder Motivationshilfen angewiesenen Personen; notwendige Maßnahmen und Mittel zur raschen Heranführung an den Arbeitsmarkt; Anteil der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Antr

s. *Arbeitsförderung*

Drs 15/1768

Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 18.07.2012 auf BW - Lebensunterhalt, Leistungsgewährung und Unterbringung für Flüchtlinge

Auswirkungen des o.g. Urteils zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zahl der Leistungsberechtigten und Höhe der zusätzlichen Kosten und nachträglichen Leistungen, Art und Zeitrahmen der rechtlichen Neuregelungen und nachträglichen Leistungsgewährung, Frage nach einer Neubewertung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/2159

Streichung des Landeserziehungsgeldes

Gewährleistung der notwendigen Unterstützung für Geringverdiener und Leistungsbezieher

MdlAnfr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/2429

Streichung des Landeserziehungsgelds

Höhe der seit 2010 gewährten Leistungen, Frage nach einer Anrechnung auf das ALG II bzw die Sozialhilfe; Gründe und Auswirkungen der Abschaffung des Landeserziehungsgelds, Verstärkung des Armutrisikos der einkommensschwachen Familien, Aufnahme der Folgen in den geplanten Armuts- und Reichtumsbericht

Antr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/2474

Landeserziehungsgeld im LKreis Esslingen

Zahl der gestellten Anträge und Empfänger seit 2007 differenziert nach Schwellenhaushalten, Hartz IV-Empfängern, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehenden sowie Familien mit beiden Elternteilen in Teilzeitbeschäftigung

KlAnfr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/2498

Situation der SGB II (Hartz IV)-Aufstocker in BW

Situation erwerbstätiger Arbeitslosengeld-II Bezieher (Hartz IV-Aufstocker) in den LKreisen Baden-Württembergs, insbes Statistiken, rechtliche Voraussetzungen und regionale Unterschiede; Gründe für erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen; arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen abgesehen von einem gesetzlichen Mindestlohn

KlAnfr Felix Schreiner CDU 28.05.2013 und Antw SM Drs

15/3545

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw

s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*

Drs 15/5166

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw LReg 01.12.2015 Drs 15/7802

1. Beratung PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8798

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2015 Drs 15/7941

2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8947-8950

GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8064

GBl 2016 Nr. 4 S. 105-107 (Ges vom 23.02.2016)

Stromkosten und Hartz IV-Regelsätze

Sachstand zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte von den infolge der Energiewende gestiegenen Energiekosten, insbes Bewertung der Kostenlücke bei der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze

KlAnfr

s. *Strompreis*

Drs 15/8030

Verweisung auf die bundesweit niedrigste Zahl von Hartz-IV-Empfängern hierzulande

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34

Kritik an der Anrechnung des Bundeselterngelds auf Hartz-IV-Leistungen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 324-328

Verfestigung des Anteils der Arbeitslosen mit Grundsicherung sowie von erwerbstätigen Aufstockern

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513 516 519

Anteil der Bezieher von staatlichen Aufstockungen

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 780 784

Neufestsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, vollständige Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund ab 2014; Abhängigkeit von Frauen im Alter von der Grundsicherung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 909-912 914 915

Vollständige Finanzierung der Grundsicherung im Alter durch den Bund ab 2014

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 964 968

Anteil der Bezieher von staatlichen Aufstockungen sowie von Arbeitslosen in der Grundsicherung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176 1179 1181

Abhängigkeit von Frauen im Alter von der Grundsicherung

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1538

Vollständige Finanzierung der Grundsicherung im Alter durch den Bund ab 2014

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2253 2258 2260 2263

Grundsicherung für Arbeitssuchende

s. Grundsicherung

Grundsicherung im Alter

s. Grundsicherung

Grundsteuer

Eintreten für den Erhalt der Grundsteuer, Erhebung der aktuellen Vermögenswerte

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2283

Grundstück

s.a. Erbbaurecht

s.a. Grundsteuer

s.a. Grundstücksverkehr

s.a. Landwirtschaftliche Betriebsfläche

s.a. Pacht

s.a. Zaun

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/4525 betr. Einzäunung eines Grundstücks

Mittlg LReg

s. Petition

Drs 15/14

Geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer

Veränderung des Grunderwerbsteueraufkommens vor und nach der geplanten Erhöhung; Eintreten für eine steuerliche Begünstigung des Ersterwerbs einer Immobilie zu eigenen Wohnzwecken sowie für eine Begünstigung des Bestandserwerbs einer Immobilie im Innenbereich gegenüber dem Erwerb eines Grundstücks im unbebauten Außenbereich

Antr

s. Grunderwerbsteuer

Drs 15/448

Planung Kressbronner Bodenseeufer im Bereich Bodanwerft

Planungsstand für eine nachhaltige Folgenutzung des Geländes der insolventen Bodanwerft, Gewichtung von Erfordernissen des Denkmalschutzes, des Naturschutzes, Tourismus, der Raumplanung und des Verkehrs

KlAnfr

s. Kressbronn

Drs 15/979

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 15/832, 15/1007, 15/2832 und 15/3081 betr. Umnutzung des Geländes der ehemaligen Bodan-Werft

Petitionen

s. Werft

Drs 15/4332

Offenhaltung und Pflege der Kulturlandschaften in BW

Rechtliche Rahmenbedingungen für Kommunen und Kreise zur Anordnung von Pflegemaßnahmen gegenüber Grundstücksbesitzern bei Verwilderung von Grundstücken und Landschaften; Unterstützung von Nebenerwerbslandwirten und -obsterzeugern bei der Pflege der Kulturlandschaften in BW

Antr

s. Kulturlandschaft

Drs 15/4984

Grundstücksrecht

Bedeutung der Servitutenbücher in BW

Rechtlicher Stellenwert der Eintragungen in Servitutenbüchern und Bedeutung für Gerichtsbarkeit und Verwaltung

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 20.01.2015 und Antw JM

Drs 15/6362

Grundstücksverkauf

s. Grundstücksverkehr

Grundstücksverkehr

s.a. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

s.a. Kauf

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 22: Verkauf von Landesimmobilien

s. Landeseigene Liegenschaft

Drs 15/231

Geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer

Veränderung des Grunderwerbsteueraufkommens vor und nach der geplanten Erhöhung; Eintreten für eine steuerliche Begünstigung des Ersterwerbs einer Immobilie zu eigenen Wohnzwecken

sowie für eine Begünstigung des Bestandserwerbs einer Immobilie im Innenbereich gegenüber dem Erwerb eines Grundstücks im unbebauten Außenbereich

Antr
s. *Grunderwerbsteuer*
Drs 15/448

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/1032

Immobilientransaktion Rue Belliard 58 in Brüssel

Erwerb der o.g. Immobilie von der Bundesrepublik Deutschland
Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/1317

Esslingen

Landeseigene Grundstücke im Landkreis Esslingen

Gegenwärtige Nutzung der Grundstücke; Eignung der Grundstücke für eine Wohnbebauung; Verkauf landeseigener Grundstücke

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/3940

Fortführung und Förderung des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm

Option eines Projektabbruchs zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Standpunkt zu einer Ausstiegsinitiative eines Projektpartners; Inpflichtnahme des Bundes bei der Projektförderung nach der Bundestagswahl; Vorrang anderer Schienenprojekte gegenüber Stuttgart 21; Haltung gegenüber der „Kombilösung“; Marktwert der bei einer „Kombilösung“ weiterhin für den Bahnverkehr genutzten Grundstücke

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/4018

Umsiedlung der Hochschule Esslingen

Bauliche und energetische Sanierung der Hochschule Esslingen am Standort Flandernstraße oder Umsiedlung auf das sogenannte Güterbahnhofareal in der Esslinger Weststadt; Stand der Überlegungen; geschätzte Höhe der jeweiligen Investitionsvolumina; Größe der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücksflächen am Standort Flandernstraße; möglicher Erlös bei einem Verkauf als Bauland für eine Wohnbebauung; Errichtung des Ersatzneubaus für den Fachbereich Versorgungs- und Umwelttechnik auf dem Güterbahnhofareal statt auf dem Knäbelareal; Sondierungsgespräche mit der Stadtverwaltung Esslingen über eine Standortverlagerung in die Esslinger Weststadt

KlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/4738

Erschwernisse im Rechtsverkehr mit Grundstücken in Folge des Vorkaufsrechts bei Gewässerrandstreifen

Situation beim Vorkaufsrecht an Grundstücken mit Gewässerrandstreifen zu Gunsten der Träger der Unterhaltungslast, insbes Mehraufwand aller Beteiligten, Rechtslage in anderen Bundesländern; Streichung des Vorkaufsrechts im Wassergesetz

Antr Karl Rombach u.a. CDU 14.05.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5192
BeschlEmpf und Bericht LandwA 05.11.2014 Drs 15/6338 S. 106
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Informationspflicht benachbarter Landnutzer bei der Veräußerung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Einführung einer Informationspflicht der anliegenden bewirtschaftenden Pächter und Eigentümer bei der Veräußerung landwirtschaftlicher Flächen zur Verbesserung und Erhaltung der Agrarstruktur

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7539

Hinweis auf die Begünstigung des Erwerbs eines Grundstücks im unbebauten Außenbereich und Benachteiligung des Bestandserwerbs mit der Grunderwerbsteuererhöhung, Belastung des Mittelstands und von jungen Familien mit der Erhöhung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 644-649

Grundstückverkehrsgesetz

Umgehung der Vorgaben des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes (ASVG) durch Zwangsversteigerung

Umgehung der Genehmigungspflicht für die Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) durch das Zwangsversteigerungsgesetz, insbes Zahlen über Umfang und Zweck der Nutzung von iR von Zwangsversteigerungen erworbener landwirtschaftlicher Grundstücke, Schließung der Rechtslücke beim Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke durch Einführung einer Bietererlaubnis bei der Zwangsversteigerung in das Landesrecht

Antr
s. *Landwirtschaftliche Immobilien*
Drs 15/3151

Grundwasser

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen, Stand der Bescheidung des gestellten Antrags beim Eisenbahn-Bundesamt

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/96

Stuttgart 21: Gutachten zum Antrag der Deutschen Bahn AG auf Erhöhung der Grundwasserentnahme

Einholung eines externen Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen des o.g. Antrags der Bahn beim Eisenbahn-Bundesamt; Vereinbarkeit mit dem vorhandenen Fachwissen im Umweltministerium und der Verpflichtung zur Sparsamkeit, Gründe für die Vergabe an die beauftragte Kanzlei, Einhaltung der Vergabevorschriften, Bewertung der Ergebnisse des Gutachtens

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/188

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern
Beurteilung o.g. Gasförderungsvorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Energiegewinnungsmethode - evtl über die Landesplanung und Ausweisung von Abschlussgebieten

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/217

Vergabe des Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen der Erhöhung der Grundwasserentnahme beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Beteiligungsrechte des Landes im Verfahren zur rechtlichen Beurteilung der Auswirkungen der von der Bahn beantragten Erhöhung der Grundwasserentnahme in Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss, Begründung der Einholung eines externen Gutachtens trotz des im Umweltministerium vorhandenen Fachwissens, Frage nach dem vergaberechtlichen Verfahren zur Beauftragung des ausgewählten Gutachters sowie nach den Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/247

Sicherheit im geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21

Frage nach einem Not- und Störfallkonzept der Bahn sowie nach der Barrierefreiheit des geplanten Bahnhofs; Erkenntnisse über geologische Risiken durch Tunnelbohrungen in den Gipskeuper-Anhydrit-Gesteinsformationen; Art der verwendeten Stahlrohre für das 17 Kilometer lange Grundwasser-Leitungssystem; Bewertung der noch offenen Planungsverfahren für den Bau des Flughafenbahnhofs

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/289

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall
Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Grundwasserqualität und Ausbringung von „Wirtschaftsdünger“ pflanzlicher Herkunft

Entwicklung der Grundwasserqualität seit 2001 im Vergleich zu den Messdaten in anderen Bundesländern, Inanspruchnahme der Ausgleichsleistungen nach der SchALVO von den Landwirten und Wirkungen in den letzten 20 Jahren; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Nitratbelastung und der Ausbringung des o.g. Düngers aus Gärresten von Energiepflanzen

Antr
s. *Gewässergüte*
Drs 15/461

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz
Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr
s. *Nitrat*
Drs 15/1464

Unkonventionelle Gasförderung und Ölschieferorkommen in BW

Beurteilung der o.g. Vorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Bewertung der Empfehlungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft für ein grundsätzliches Verbot von Explorationsbohrungen in Trinkwasserzonen; Anpassung des rechtlichen Instrumentariums für die Genehmigung und Prüfung von Risiken

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/1598

Auswirkungen der geplanten Verordnung des Bundes über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen aus BW

Inhaltliche Ausgestaltung und Verfahrensstand der o.g. Verordnung; Bewertung der im Entwurf angelegten Verschärfungen im Verhältnis zur bisherigen Praxis nach der Verwaltungsvorschrift des Landes zum Wasserhaushaltsgesetz, Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen; Verhinderung von Regelungen, die über die Gewährleistung eines effektiven Grundwasserschutzes hinausgehen, über den BRat

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/1686

Konsequenzen aus dem Klimawandel für das Grundwasser im Oberrheingebiet

Auswirkungen auf die Trink- und Brauchwasserversorgung; Frage nach Handlungsempfehlungen und nach einer fachlichen Begleitung der klimatischen Veränderungen

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 11.06.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1810
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 53 54
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Bioabfalltüten statt Bioabfallbehälter - ein neuer Weg zu mehr getrennter Bioabfallfassung?

Bewertung eines Berliner Pilotprojekts zur Nutzung von Abfalltüten aus kompostierbarem Kunststoff für Bioabfälle in Privathaushalten; Frage nach der Befürwortung einer Einführung solcher Abfalltüten in BW; Auskunft über die Herstellung des kompostierbaren Kunststoffs und die Materialzusammensetzung; Gefahr einer durch die Verwendung von Maisstärke bedingten Grundwasserbelastung bei der Kompostierung, sonstige Gefahren für die Umwelt bei Nichtkompostierung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2346

Wassermangel im Weissacher Tal

Umfang und Auswirkungen von Grundwasserentnahmen und Entwässerungen, insbes auf das Gesamtsystem Wald; Frage nach Maßnahmen zur Reduktion von Grundwassernutzung bzw zu einer aktiveren Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Wasserwirtschaft für das Weissacher Tal und Umgebung

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 05.11.2012 und Antw UM Drs 15/2589

Nitratbelastung des Grundwassers: Zeitschienen-, Bundesländer- und Methodenvergleich sowie Ziele der LReg

Überblick über Entwicklung und Einflussfaktoren der Nitratbelastung des Grundwassers in BW und die Entwicklung bei anderen grundwasserschädigenden Stoffen; Längs- und Querschnittsvergleich mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern und Überblick über die jeweiligen verwendeten Methoden zur Bekämpfung eines zu hohen Nitratgehalts des Grundwassers; Ziele und angestrebte Methoden der LReg zur Senkung der Nitratbelastung

Antr
s. *Nitrat*
Drs 15/2835

Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Beriegnung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr
s. *Wasserentnahmeentgelt*
Drs 15/3618

Kein Fracking in BW - Grundwasser und Bodensee schützen

Aktuelle Debatte
s. *Fracking*
PIPr 15/71 S. 4239

Planungen zu Stuttgart 21

Aktueller Planungsstand zu Stuttgart 21, insbes zu den Themen Grundwassermanagement, Nesenbachdüker, Brandschutz, Verkehrsbelastung, Bauablauf Kostenentwicklung und finanzielle Forderungen der Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/5108

Öl- und Gasgewinnung in Deutschland und BW

Arten der Öl- und Gasgewinnung; Unterscheidung der Fracking-Arten; Einsatz chemischer Additive beim Fracking und Bedeutung für den Trink- und Grundwasserschutz; Bewertung der Pläne zum Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zum Schutz der Umwelt vor Fracking

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/5583

Beurteilung des externen Gutachtens zur Erhöhung der Grundwasserentnahme beim Projekt Stuttgart 21, Nachholung der Gestattungsverträge zur Verlegung der Rohre für das Grundwassermanagement über landeseigenes Gelände

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 146 148

Verzug der Planungen der Bahn beim Grundwassermanagement für Stuttgart 21

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1280 1283 1288 1289

Grundwasserabsenkung

s. *Grundwasserspiegel*

Grundwasserbelastung*Uranbelastung des Grund- und Trinkwassers*

Grundwasserbelastung durch den Urangelhalt mineralischer Phosphat-Düngemittel; Urankonzentration im Trinkwasser; Erkenntnisse über eine Uranbelastung von Böden im Zusammenhang mit der Landnutzung; spezielle Messungen und Untersuchungen; Verfahren zur Verringerung der Uranbelastung, vorbeugender Bodenschutz

KIAnfr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 12.12.2012 und Antw UM Drs 15/2797

Nitratbelastung des Grundwassers: Zeitschienen-, Bundesländer- und Methodenvergleich sowie Ziele der LReg

Überblick über Entwicklung und Einflussfaktoren der Nitratbelastung des Grundwassers in BW und die Entwicklung bei anderen grundwasserschädigenden Stoffen; Längs- und Querschnittsvergleich mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern und Überblick über die jeweiligen verwendeten Methoden zur Bekämpfung eines zu hohen Nitratgehalts des Grundwassers; Ziele und angestrebte Methoden der LReg zur Senkung der Nitratbelastung

Antr
s. *Nitrat*
Drs 15/2835

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbayerischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/5575

PFC-Funde im Raum Nordbaden; weitere Entwicklung

Sachstand zur Belastung mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) im Raum Nordbaden, insbes Untersuchungsergebnisse der Sachverhaltsermittlung, landesweite Situation bei der Entsorgung von Papierschlämmen, Sicherstellung der Erstattung der notwendigen Sanierungskosten, Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6158

Sanierungsplan PFC-Belastung in Mittelbaden

Sachstand des Sanierungsplans zur per- und polyfluorierten Chemikalien-Belastung (PFC-Belastung) in Mittelbaden, insbes. Sanierungsvorüberlegungen, Ursachenforschung, weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und des Bodens, Zuständigkeitsregelung bei den Behörden

KlAnfr

s. *Bodenbelastung*

Drs 15/6258

Grundwassergefährdung

s. *Grundwasserbelastung*

Grundwasserkontamination

s. *Grundwasserbelastung*

Grundwasserpegel

s. *Grundwasserspiegel*

Grundwasserspiegel

Wassermangel durch versiegende Quellen im Hochschwarzwald
Gefährdung der Trinkwasserversorgung im Hochschwarzwald durch versiegende Quellen und Absenkung des Grundwasserspiegels; Förderung des Anschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung oder einer Umstellung auf andere Formen der Wasserversorgung

Antr

s. *Wasserversorgung*

Drs 15/7659

Grundwasserstand

s. *Grundwasserspiegel*

Grundwasserverschmutzung

s. *Grundwasserbelastung*

Grundwasserverunreinigung

s. *Grundwasserbelastung*

Grundwerte

s. *Soziale Werte*

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

s. *Menschliches Verhalten*

Gschwend

Förderung des Vereins JuKi -Zukunft für Kinder und Jugendliche- mit seinem Programm Circartive in Gschwend

Bewertung des pädagogischen Angebot des Vereins JuKi - Zukunft für Kinder und Jugendliche - in Gschwend mit seinem Programm Circartive und Möglichkeiten für eine öffentliche Förderung

KlAnfr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 15/6741

Güglingen

Ortsumfahrung Güglingen/Pfaffenhofen

Bewertung des o.g. Projekts im Zuge der L 1103 neu und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr

s. *Landesstraße 1103*

Drs 15/369

Zustand der Landesstraße (L) 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

Verkehrsbelastung, Zustand und Planung der Durchführung von Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an der Landesstraße 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/3753

Gülen-Bewegung

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Gürakar, Hidir MdL SPD

Eintritt des Abg Hidir Gürakar

PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5263

Gütereinfuhr

s. *Einfuhr*

Güterfernverkehr

s. *Güterverkehr*

Güterkraftverkehrsgewerbe

Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Südwest, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionsunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder FehldeklARATION solcher Warensendungen

KlAnfr

s. *Einfuhr*

Drs 15/5059

Güterkraftverkehrsunternehmen

s. *Güterkraftverkehrsgewerbe*

Güterverkehr

s.a. *Atomtransport*

s.a. *Container*

s.a. *Nutzkraftfahrzeug*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 7: Polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten

Mittlg LReg
s. Polizei
Drs 15/81

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenfern- und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weil-Haltingen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr
s. Baden 21
Drs 15/133

Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/207

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr
s. Verkehrsvermeidung
Drs 15/373

Lkw-Tonnagebeschränkung auf der Ortsdurchfahrt Neckartenzlingen

Frage nach der o.g. Möglichkeit im Zuge der L 1208 b

KlAnfr
s. Nutzkraftfahrzeug
Drs 15/379

Baustellenbedingter Lastwagenverkehr im Enzkreis

Verkehrsbelastung der Ortschaften im Enzkreis durch Baustellenverkehr während der Bauarbeiten an der A 8; Maßnahmen zur Verhinderung von Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Lkw in Mühlacker-Enzberg

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.08.2011 und
Antw MVI Drs 15/453

Chancen eines Ausbaus von Neckarschleusen

Entwicklungsmöglichkeiten der Binnenschifffahrt zur Aufnahme des Mehraufkommens an Güterverkehr; Chancen, Kosten und Zeitperspektive für den Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen; Eintreten für die dafür notwendige Mittelbereitstellung des Bundes

Antr
s. Schleuse
Drs 15/570

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Möglichkeiten zur Verhinderung des mautpflichtigen Schwerlastverkehrs auf dem nachgeordneten Straßennetz im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. Landesstraße
Drs 15/691

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Rems-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Beschränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr
s. Schurwald
Drs 15/871

Mauterhebung auf der A 5

Höhe der Lkw-Mauteinnahmen je Autobahnkilometer sowie der Mautausfälle im Falle einer Rücknahme der Maut zwischen den Abfahrten Riegel und Bad Krozingen aus Gründen der Verkehrslenkung

KlAnfr
s. Straßenbenutzungsgebühren
Drs 15/962

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbunds für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. Schurwald
Drs 15/1169

Wirtschaftlicher und ökologischer Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar mit Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 1998 sowie der weiteren Potenziale; Folgen eines Verzichts des Bundes auf die Verlängerung einer Schleusenkammer von Heilbronn bis Plochingen für die Häfen in Stuttgart und Plochingen; Hinwirkung auf Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund von 2007 zur „Verlängerung

der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen“, in der die Sanierung, Modernisierung und Verlängerung der Schleusen und deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde; Ausbau des Neckars für die Erreichbarkeit aller Häfen von künftigen Europaschiffen mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. *Neckar*
Drs 15/1469

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Regierungsbefragung

Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkws - Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die VO über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusnV)

berlStVAusnV//
s. *Nutzkraftfahrzeug*
PIPr 15/40 S. 2205

Güterverkehr aus der Schweiz (Neue Eisenbahn-Alpentransversale - NEAT) und Auswirkungen auf den Rhein-Neckar-Raum

Auswirkungen des zusätzlichen Güterverkehrs aus dem Gotthard-Tunnel ab Ende 2016 im Bereich der Main-Neckar-Bahn und auf den Schienennahverkehr durch die Nutzung der vorhandenen Trassen, Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, Frage nach Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Kommunen

Antr Hans-Ulrich Sckerl u.a. GRÜNE 12.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 1572082
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 66-68
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

EuroCombi: Verkehrsträger Straße weiterentwickeln

Höhe des Güterverkehrsaufkommens bei den einzelnen Verkehrsträgern; Beurteilung des bundesweiten Feldversuchs mit Lang-Lkws und der Beanspruchung von Straßen, Brücken, Parkplätzen und Kreisverkehren; Ausschluss von Nachteilen für hiesige Unternehmen durch die Nichtbeteiligung des Landes am Feldversuch

Antr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/2132

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßenanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Güterverkehr und Logistik

Zahl der in diesem Bereich ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitsplätze, Anzahl der unbesetzten Stellen; Umsätze und Auftragslage; Insolvenzen und Betriebseinstellungen speziell kleiner und mittelständischer Speditions- und Logistikunternehmen; Optimierungsmöglichkeiten durch bessere Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und innovative Umschlagslösungen; Nutzung der Forschung und Entwicklung an den Hochschulen, Finanzierung der Forschungsprojekte durch EU-Fördermittel

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2697
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.04.2013 Drs 15/3571 S. 33-35
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Regierungsbefragung

Bessere Chancen für den Güterverkehr durch Unterstützung von Anlagen für den kombinierten Verkehr

PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4261-4263

Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen

Planungen zur Verlagerung von Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen am Hohentwiel durch das Kinzig- und Gutachtal und daraus resultierende künftige Belastungen

MdlAnfr 8) Helmut Rau CDU 15.07.2013 Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4549 4550

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/3979

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärmindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr
s. *Bahnstrecke*

Drs 15/4333

Der Gotthard-Basistunnel und seine erhofften (und befürchteten?) Rückwirkungen auf BW

Statistiken zum alpenquerenden Schienengüterverkehrsaufkommen und erwartete Veränderungen nach Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels; geplante Baumaßnahmen entlang der baden-württembergischen Zulaufstrecken zum Gotthard; wirtschaftliche, verkehrliche und ökologische Auswirkungen des Gotthard-Basistunnels auf BW

Antr

s. *Tunnel*

Drs 15/4542

Gütertransport in der Binnenschifffahrt

Entwicklung und Förderung des Gütertransports auf den Binnenwasserstraßen in BW, insbes Maßnahmen in Häfen zur stärkeren Einbindung des Binnenschiffs in die Transportkette sowie zur Verbesserung der Wasserstraßeninfrastruktur

Antr

s. *Schifffahrt*

Drs 15/4771

Förderung des Schienengüterverkehrs

Entwicklung und Maßnahmen zur Stärkung des Schienengüterverkehrs, insbes Bau von Knotenpunkten und Güterverkehrszentren, Förderung von Gleisanschlüssen und Umschlaganlagen bei Betrieben

Antr CDU 14.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4772
PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6287-6292

Neu-/Ausbau Rheintalbahn

Zeitplan für den Ausbau der Rheintalbahn; Position zur geplanten zweigleisigen Güterzugtrasse

KlAnfr

s. *Rheintalbahn*

Drs 15/4875

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaubereichs im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr

s. *Kiesabbau*

Drs 15/5220

Entwicklung und Maßnahmen bezüglich der Plünderung von Lastkraftwagen auf Parkplätzen entlang der A 6

Zahlenentwicklung der Plünderung parkender Lastkraftwagen entlang der A 6 und Gegenmaßnahmen der Polizei

MdlAnfr

s. *Nutzkraftfahrzeug*

Drs 15/5293

Aktuelle Belastung auf der Bundesstraße (B) 27

Situation und Veränderung der Verkehrsbelastung der Bundesstraße 27 zwischen dem Echterdinger Ei und der Abzweigung der Bundesstraße 312, insbes Anteil des Schwerlastverkehrs

KlAnfr

s. *Bundesstraße 27*

Drs 15/5459

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr

s. *Brücke*

Drs 15/5760

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis

Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 28.10.2014 und
Antw MVI Drs 15/5983

Großraum- und Schwertransporte

Situation bei der polizeilichen Begleitung von Großraum- und Schwertransporten in BW, insbes Einsatzstunden und gebundene Polizeibeamte im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Heilbronn; Möglichkeit und rechtliche Rahmenbedingungen einer Privatisierung der Großraum- und Schwertransporte

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 30.10.2014 und
Stellungnahme IM Drs 15/5990

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S.
21

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr

s. *Immissionschutz*

Drs 15/6031

Logistik in BW

Sachstand zur Logistik und Logistikbranche in BW, insbes Bedeutung, wirtschaftliche Kennzahlen, Güterverkehrskonzept, EU-Förderprogramme, Herausforderungen für die Infrastruktur, Sicherheitsgewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs auf Ortsumgehungen, Angebot an beruflicher Qualifikation und Studiengängen im Bereich Logistik, Erfolge bei der Umsetzung des Ziels „Güter auf die Schiene bringen“, Ziele des Leitbilds nachhaltiger Logistik, Chancen für die Branche bei Industrie 4.0, Potenzial des Telematik-Einsatzes, Auswirkungen des Mindestlohns, Problematik der Kabotage, Auswirkungen der Neurege-

lung der Lkw-Maut, Einsatz von Lang-Lkw

GrAnfr
s. *Logistik*
Drs 15/6340

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärmschutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr
s. *Streckenbau*
Drs 15/6427

Ausbau des Schienengüterverkehrs auf der Achse Köln-Karlsruhe und dessen Auswirkungen auf das Land BW

Tägliches Güterzugaufkommen auf der Strecke Köln-Karlsruhe; Anmeldung von Vorschlägen für den Ausbau dieses Güterverkehrskorridors für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015; Nutzen des viergleisigen Ausbaus der Strecke Graben-Neudorf-Karlsruhe; Aufnahme weiteren Schienengüterverkehrs auf den Trassen Germersheim-Graben-Neudorf und Wörth-Karlsruhe; Nutzung der Pfalzbahn für den Schienenpersonennahverkehr; Vorrang bei der Trassenvergabe

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/6461

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbau der Rheintalbahn; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspakets

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/6723

Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich (Eisenbahnregulierungs-gesetz) und des geänderten Trassenpreissystems auf BW

Sachstand zum geplanten Bundesgesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich und dem geänderten Trassenpreissystem, insbes Unterschiede zwischen dem kommenden und dem bisherigen Trassenpreissystem, Auswirkungen auf den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr in BW und dessen Finanzierung, notwendige Änderungen zur Unterstützung des angestrebten Wachstums des Schienenverkehrs in allen Sparten

Antr
s. *Eisenbahnverkehr*
Drs 15/7052

Einsatz der Dual-Fuel-Technik im Bereich von Lkw und Bussen zur Luftreinhaltung

Sachstand zum Einsatz der Dual-Fuel-Motortechnologie mit gleichzeitiger Verbrennung von Gas und Dieseltreibstoff zur Luftreinhaltung und zur möglichen Umrüstung von Fahrzeugen im Bereich des Schwerlastverkehrs oder der Schifffahrt

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 15/7483

Brückenbauwerke im Alb-Donau-Kreis

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke im Alb-Donau-Kreis, insbes Nutzungseinschränkungen beim Großraum- und/oder Schwerverkehr, geplante Maßnahmen zur Instandhaltung

KIAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/7566

Zollamt Barga

Verhinderung der Schließung der Zollstelle Barga durch die Schweiz; Folgen einer Einstellung der Zollabfertigung in Barga für die Wirtschaft in der Grenzregion

KIAnfr
s. *Zollabfertigung*
Drs 15/8107

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Wasserstraßen, Unterstützung des Ausbaus der Neckarschleusen, erwarteter Anstieg des Güterverkehrs bis 2025

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 74

Offenhaltung der alten Gäubahntrasse als Ausweichtrasse für den Güterverkehr

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2009 2011 2012

Gütesiegel

s. *Gütezeichen*

Gütezeichen

s.a. *Auszeichnung*
s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*
s.a. *Qualitätssicherung*
s.a. *Verbraucherinformation*

Mehr Bannwälder - weniger Einnahmen

Auswirkungen der vorgesehenen Ausweitung der Bannwälder und damit verbundenen Einschränkung der Holznutzung und Einnahmeverluste im Landeshaushalt; Bezifferung der zusätzlichen Aufwendungen für den Umbau der Waldnutzung durch die geplante FSC-Zertifizierung

Antr
s. *Wald*
Drs 15/46

Hygiene-Ampel

Bewertung der Aussagekraft o.g. Klassifizierung im Gaststättengewerbe; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Durchführung der Kontrollen; Initiierung einer breit angelegten Informations- und Aufklärungskampagne

Antr
s. *Hygiene*
Drs 15/47

Kulinarische Botschafter für BW

Entwicklung des Anteils regionaler Lebensmittel in BW, Beurteilung der Auszeichnung „Kulinarischer Botschafter Niedersachsens“, Vergleich mit dem Qualitätszeichen BW, Eignung der niedersächsischen Auszeichnung für die Absatzförderung regionaler Produkte hierzulande?

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/262
BeschlEmpf und Bericht LandwA 21.10.2011 Drs 15/1301 S. 5 6
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

FSC-Zertifizierung von ForstBW umsetzen

Erstellung eines Vermarktungskonzepts und Werbung für das o.g. Qualitätssiegel bei Waldbesitzern und Unternehmen, Entwicklung eines Informations- und Schulungskonzepts, Beratung der Kommunen und LKreise, Kalkulation der Anpassungskosten unter Berücksichtigung der Baumartenwahl, von Biotop- und Totholz, Einsatz von Bioziden und Ausweisung von Bannwäldern

Antr
s. *Holz*
Drs 15/530

Nachhaltigkeitssiegel beim Wein

Zugangskriterien der Weinbaubetriebe zum Fair-Choice-Siegel für nachhaltige Weinwirtschaft der Hochschule Heilbronn; Höhe und Träger der Kosten dieser Zertifizierung, Legitimation und Unabhängigkeit der Gutachter; Bereitstellung von Fördermitteln; Feststellung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens beim Einkauf regionaler Weine

Antr
s. *Wein*
Drs 15/594

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg

Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Gründe für das Scheitern einer bundeseinheitlichen Regelung für die Gastronomie u.a. Lebensmittelunternehmen; Auflistung der BLänder, die an einer verpflichtenden Hygiene-Ampel festhalten bzw diese ablehnen; Bezifferung des zusätzlichen Personalbedarfs; Frage nach Modellen in anderen EU-Ländern und deren Erfolg

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 15/2212

Aussagekraft und Bekanntheit von Siegeln und Kennzeichnungen bei Lebensmitteln

Bewertung der nationalen und europäischen Qualitäts- und Gütesiegel sowie Herkunftszeichen, Beeinflussung des Kaufverhaltens der Verbraucher, Untermauerung der Angabe „regional“ über die Vorgaben des Qualitätszeichens BW hinaus mit verbindlichen Kriterien, Maßnahmen gegen irreführende Verpackungsaufschriften

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2213
BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 63
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Wertigkeit regionaler Dachmarken erforschen und entwickeln

Initiierung von wissenschaftlich erarbeiteten und begleiteten Konzepten zur Entwicklung regionaler Dachmarken zur besseren Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen aus der entsprechenden Region, z.B. für den Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder Hohenlohe

Antr
s. *Region*
Drs 15/2410

Holz aus BW

Bewertung und Förderung von Holz als Baustoff beim Hausbau in BW; Daten zur Herkunft und Verwendung von Holz im Hausbau; Einführung eines Gütesiegels „Holz aus BW“

Antr
s. *Holz*
Drs 15/2834

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr
s. *Camping*
Drs 15/4073

Nachhaltigkeitschecks für Tourismusdestinationen

Umsetzung und Evaluation des Instruments Nachhaltigkeitsscheck für Tourismusdestinationen in BW, insbes Nachfrage und Zertifizierungskriterien des Siegels „Nachhaltiger Tourismus BW“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/5547

Heimische Christbäume für BW

Marktentwicklung und rechtliche Rahmenbedingungen für Weihnachtsbaumerzeuger in BW, insbes internationale Wettbewerbsfähigkeit, Vergaberichtlinien für Ökologie- und Nachhaltigkeitssiegel, Überprüfung des Anbauverbots auf Grünland, anhängige Klagen zur Genehmigungspflicht für Weihnachtsbaumkulturen

Antr
s. *Baum*

Drs 15/6072

Erinnerung an die Entwicklung des Bio-Zeichens BW gemeinsam mit den Ökoverbänden

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 261

Vermarktung von Lebensmitteln mit dem Logo „Ohne Gentechnik“, Weiterentwicklung des Qualitätszeichens QZBW

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1712-1714 1716

Gundremmingen

Sicherheit des bayerischen Atomkraftwerks Gundremmingen

Gegenwärtige Erfüllung der aktuellen Sicherheitsanforderungen durch das Atomkraftwerk Gundremmingen sowie bei einer angestrebten Leistungserhöhung, insbes Nichterfüllung der Erdbensicherheitsauflagen

Antr

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 15/3891

Ausweitung der Atomstromproduktion im Kernkraftwerk Gundremmingen

Leistungssteigerung als zusätzliches Gefahrenpotential; Auswirkungen auf die Betriebssicherheit der Reaktoren; Abwendung der Genehmigung einer Produktionserhöhung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KGG)

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/3904

Gaskraftwerk Leipheim

Stand des Projekts der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH zur Entwicklung eines Gaskraftwerks auf dem ehemaligen Flugplatz in Leipheim in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk in Gundremmingen, insbes Kooperation mit der bayerischen Staatsregierung

KlAnfr

s. *Gaskraftwerk*

Drs 15/5296

Gutach (Schwarzwaldbahn)

Museumsprojekt „Vogtsbauernhof“ - Freilichtmuseen in BW

Beurteilung des Museumsprojekts in Gutach im Schwarzwald; Bedeutung der Freilichtmuseen für den Tourismus und die heimatkundliche Bildung; staatliche Förderung der Freilichtmuseen; Entwicklung der Besucherzahlen in den letzten zehn Jahren; Verbesserung der Verkehrsanbindung des „Vogtsbauernhofs“ durch einen eigenen Schienenhalt

KlAnfr

s. *Museum*

Drs 15/4119

Gutachtal

Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen

Planungen zur Verlagerung von Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen am Hohentwiel durch das Kinzig- und Gutachtal und daraus resultierende künftige Belastungen

MdlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 15/3731

Gutachten

s.a. *Studie*

s.a. *Umfrage*

s.a. *Wirtschaftsprüfung*

Stuttgart 21: Gutachten zum Antrag der Deutschen Bahn AG auf Erhöhung der Grundwasserentnahme

Einholung eines externen Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen des o.g. Antrags der Bahn beim Eisenbahnbundesamt: Vereinbarkeit mit dem vorhandenen Fachwissen im Umweltministerium und der Verpflichtung zur Sparsamkeit, Gründe für die Vergabe an die beauftragte Kanzlei, Einhaltung der Vergabevorschriften, Bewertung der Ergebnisse des Gutachtens

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/188

Vergabe des Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen der Erhöhung der Grundwasserentnahme beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Beteiligungsrechte des Landes im Verfahren zur rechtlichen Beurteilung der Auswirkungen der von der Bahn beantragten Erhöhung der Grundwasserentnahme in Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss, Begründung der Einholung eines externen Gutachtens trotz des im Umweltministerium vorhandenen Fachwissens, Frage nach dem vergaberechtlichen Verfahren zur Beauftragung des ausgewählten Gutachters sowie nach den Kosten des Gutachtens

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/247

Gutachten der M.R. GmbH zu etwaigen Ausstiegskosten bei Kündigung des S 21-Finanzierungsvertrags durch das Land

Gründe für die alleinige Beauftragung des o.g. Gutachters, Ablehnung des Auftrags von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft P., Kosten des Gutachtens, Verbindlichkeit der Ergebnisse für die LReg, Verfehlung der Aufnahme in den GesEntw zum S 21-Kündigungsgesetz durch die Veröffentlichung erst im nahen Umfeld der Volksabstimmung

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/830

Prüfung des Ankaufs von EnBW-Anteilen durch das Land BW hinsichtlich der Grundlagen für die Bewertung der Anteile vor dem Kauf

Einholung einer gutachtlichen Stellungnahme des RH nach § 88 Abs 3 LHO, Prüfung der Durchführung eines ordnungsgemäßen und wirtschaftlich fundierten Bewertungsverfahrens vor dem Ankauf der EnBW-Anteile von der EdF

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/852

Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit

Bewertung der Aussagen zur Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit bis 2025 im Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie sowie der Aussagen des Berichts der Bundesnetzagentur zur Versorgungssituation mit Strom und Gas im vergangenen Winter; mittel- und langfristige Gewährleistung

der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/1727

Umgang des Umweltministers Franz Untersteller MdL mit dem wissenschaftlichen Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Bewertung der Kritik des Ministers am o.g. Gutachten zur Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit, Bezeichnung der ermittelten Zahlen über Strompreiserhöhungen als unseriös und Vergleich der Expertise mit dem Orakel von Delphi; Frage nach dem Stellenwert von wissenschaftlichen Gutachten für den Minister und nach der evtl Vergabe des Auftrags für ein Gegengutachten

KlAnfr
s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*
Drs 15/1733

Energiepolitische Positionen der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern

Bewertung der o.g. Positionen, insbes zu den Ergebnissen des Gutachtens des Karlsruher Instituts für Technologie zur Entwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit; eigene Einschätzung der Strompreisentwicklung und des CO₂-Ausstoßes in den kommenden zehn Jahren; Festlegung von Teilzielen, Handlungserfordernissen und Maßnahmen zum Risikomanagement im Zuge der Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1748

Auflösung des Nachhaltigkeitsbeirats durch die Landesregierung und Ersatz durch ein Gremium aus Vertretern verschiedener Verbände

Gründe, Zeitpunkt und Ziele der Ersetzung des o.g. Beirats; Zusammensetzung und Fachkompetenz des bisherigen und künftigen Gremiums; Bewertung der bisher erstellten wissenschaftlichen Gutachten des Nachhaltigkeitsbeirats, insbes auch des jüngsten Gutachtens zum Thema Energiewende; Beteiligung des Landtags und seiner Mitglieder an der anstehenden Entscheidung bzw an der Nachfolgeorganisation

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/1791

Geplante Ausgaben des Landes für den Nationalpark Nordschwarzwald

Bezifferung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, obwohl das vergebene Gutachten noch nicht vorliegt und die Bürgerbeteiligung noch nicht abgeschlossen ist

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1800

Wissenschaftliche Begleitung der Gemeinschaftsschule

Ausschreibung der o.g. wissenschaftlichen Begleitung; Ausstattung, Untersuchungsauftrag und Zeitrahmen für die Lieferung von Ergebnissen; Rolle der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei der Evaluation der Gemeinschaftsschule

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1887

Subventionsabbau in BW

Bewertung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel zum Subventionsabbau, mögliche Einsparungen von Haushaltsmitteln und Bürokratiekosten durch Umsetzung der Vorschläge

Antr
s. *Subvention*
Drs 15/1898

Studie: „Lehre(r) in Zeiten der Bildungs-panik“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst, zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehreraus- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/1947

Geheimgutachten zur „Hermann-Trasse“

Gründe für die Vergabe eines Gutachtens zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen mit einem Umstieg in Vaihingen, Inhalte und Kosten der Expertise; Vereinbarkeit dieser Auftragsvergabe für eine Trassenführung, die gegen die Finanzierungsverträge und die Volksabstimmung verstößt, mit der Pflicht zur Förderung des Projekts und zur sparsamen Haushaltsführung

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2037

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2108

Gutachten von „E.+B.“ sowie „SMA und Partner“

Gründe und Fragestellungen für die Vergabe unterschiedlicher Gutachten im Zusammenhang mit dem Filderdialog noch vor dessen Beginn; Frage nach einer Einbindung der Projektpartner bei der Beauftragung der Gutachten sowie nach der öffentlichen Zugänglichkeit dieser Expertisen

Antr
s. *Filder (Landschaft)*
Drs 15/2131

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr

s. *Autobahn*

Drs 15/2364

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/2402

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2006 des RH zur LHR von BW für das Hj 2004 - Beitrag Nr. 6: Vergabe von Gutachten durch Landesbehörden

Mittlg LReg 05.11.2012 Drs 15/2621 (120 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3074

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Mittlg LReg 22.07.2014 Drs 15/5526 (198 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6033

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

GEW-Gutachten lenkt regionale Schulentwicklung aufs Glatteis

Kritik an dem im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erstellten „Gutachten zur Schulentwicklung in BW“ wegen seiner Datengrundlage, seiner Empfehlung der Alternative Verbundschule oder Sekundarschule sowie der Nichtberücksichtigung „mehrzügiger Schulen“; Einschätzung der im Gutachten beschriebenen Auswirkungen auf die Hauptschulen und die Anzahl der Schulstandorte; Brauchbarkeit der Empfehlungen des Gutachtens für die Schulpolitik

Antr

s. *Schule*

Drs 15/2790

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Perso-

nalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr

s. *Nationalpark*

Drs 15/3256

Auswirkungen des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) in BW

Entwicklung der Umverteilung durch Morbi-RSA und Gesundheitsfonds; Berücksichtigung regionaler Unterschiede bei den Leistungsausgaben und Einführung von Regionalfaktoren zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Abkehr von einem gemeinsamen Gutachten mit Bayern zur regionalen Ausgestaltung des Gesundheitsfonds; Datengrundlage für eine maßvolle regionale Umverteilung

Antr

s. *Risikostrukturausgleich*

Drs 15/3598

Wissenschaftliche Evaluation der Gemeinschaftsschule durch den überzeugten Befürworter der neuen Schulart T.B.

Fragen nach Methoden, Vorgehensweise und Zeitraum der Evaluation sowie der voraussichtlichen Präsentation der Ergebnisse; Aussagen über die Leistungsfähigkeit und Qualität der Gemeinschaftsschule im Vergleich zu den übrigen weiterführenden Schulen in der von Thorsten Bohl mitherausgegebenen „Expertise Gemeinschaftsschule“; vertragliche Gestaltung des Forschungsauftrags an Thorsten Bohl; Forderung nach einer Aufkündigung des Vertrags mit dem Tübinger Hochschullehrer wegen Voreingenommenheit und nach einer erneuten Ausschreibung der Evaluation; Ausdehnung der Evaluation über den gesamten Einführungszeitraum und Erstellung einer Längsschnittstudie

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3788

Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium

Hintergründe der Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes, insbes Gründe und Notwendigkeit einer externen Auftragsvergabe anstelle einer Ausarbeitung durch das Integrationsministerium bzw anderer Ministerien sowie Einbindung der Integrationsministerin in den Vorgang

Antr CDU 23.08.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3973

Zurückhaltung von Vergabeunterlagen

Einsichtnahme des Ltgs in die von der CDU-Fraktion und dem LtgPräs angeforderte Vergabeakte des Ministeriums für Integration; Aushändigung des Gutachtens der Berliner Kanzlei; Beteiligung des Staatsministeriums an der Abfassung der Stellungnahme des Integrationsministeriums zum Antrag der CDU-Fraktion (Drs 15/3973); Benennung der aus dem Gutachten resultierenden Arbeitsergebnisse; Aufforderung zur unverzüglichen Vorlage aller gewünschten Unterlagen

Antr

s. *Akteneinsicht*

Drs 15/4345

Neue Haltung der LReg zu den Ausbauzielen bei der Windkraft in BW?

Erreichbarkeit der Ausbauziele bei Windkraftanlagen in BW; Äußerungen von Regierungsmitgliedern zum Ausbau der Wind-

kraft; Validität der dem Windatlas zugrundeliegenden Daten; Verzicht auf die Vorlage eines Windgutachtens zur Beschleunigung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4498

Vergabep Praxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftssysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4499

Zukunft der Akademie für Darstellende Kunst BW GmbH

Empfehlungen des Gutachtens zur Evaluierung der Akademie für Darstellende Kunst (ADK); Zusammenlegung der ADK mit der Filmakademie BW; Weiterfinanzierung der ADK; Neubesetzung der Stelle des künstlerischen Direktors und Geschäftsführers; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/4541

Vergabeakte zum Rechtsgutachten öffentlich und transparent machen

Einsichtnahme in die Akte zur Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes (vgl. auch Anträge und Stellungnahmen zu Drucksachen 15/3973 und 15/4345), insbes umfassende Einstufung der Vergabeakte als geheimhaltungsbedürftig, Möglichkeit der Kenntlichmachung geheimhaltungsbedürftiger Aktenteile, zeitverzögerte Vorlage; mögliche Vorteile für den erfolgreichen Bieter durch unmittelbare Kontakte zur Integrationsministerin sowie Dokumentation dieser Kontakte

Antr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/4606

Stärkung der Finanzautonomie der Bundesländer

Vorbereitung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern; Haltung der LReg zu verschiedenen Vorschlägen, insbes zu einer Stärkung der Finanzautonomie der Länder; Zuschlagsrechte zur Einkommensteuer für die Länder; zentrale Themen einer Neuordnung; Reform des Länderfinanzausgleichs; Nachfolgeregelung für den Solidarpakt; Evaluation der Ergebnisse der Föderalismuskommission; Vorschläge des im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion der Länder BW, Bayern und Hessen von Lars P. Feld, Hanno Kube und Jan Schnellenbach erstellten Gutachtens „Optionen für eine Reform des bundesdeutschen Finanzausgleichs“

Antr
s. *Finanzverfassung*
Drs 15/4635

Mehrbelastungen durch den Rundfunkbeitrag

Mehrausgaben des Einzelhandels und der Kommunen im Vergleich zur vorherigen Gebührenregelung; Maßnahmen zur Erleichterung ihrer finanziellen Belastung; Verwendung der Mehreinnahmen zur Entlastung einzelner Härtefälle; Gutachten für den Handelsverband Deutschland (HDE) beurteilt das neue Beitragsmodell als verfassungswidrig

KIAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/4779

Information der Kanzlei Dr. K. über eine bevorstehende Vergabe
Regeln für den Kontakt mit (potentiellen) Bietern vor Angebotsöffnung bzw Zuschlagserteilung bei einer freihändigen Vergabe; Mitteilung an den Rechtsanwalt K. über eine bevorstehende Aufforderung der später zum Zuge gekommenen Auftragnehmerin zur Angebotsabgabe; Anlass und Motivation der Integrationsministerin zu dieser Mitteilung; Spezifizierung der Angaben gegenüber dem Rechtsanwalt; Zusammenhang mit der Anforderung des Gutachtens; Prüfung von Konsequenzen für das Vergabeverfahren; Aufhebung bzw Begründung der Geheimhaltungsbedürftigkeit der dem Landtag vorliegenden Vergabeakte; Erleichterung einer öffentlichen Erörterung deren Inhalts

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4821

Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur BW im Zusammenhang mit dem Bahnprojekt Stuttgart-Ulm

Vorgangsweise des Verkehrsministeriums bei einem Gutachten der Karlsruher Verkehrsplaner PTV zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm, insbes Auftragsvergabe, Themenbereichsvorgabe, Ergebnisse und Veröffentlichung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/4926

„Grüner Filz“ - Leistungen der K. GmbH u.a. für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Gutachten, Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen der KCW GmbH für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) oder die Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW); Ausschreibung, Beauftragung und Auftragsvolumina der einzelnen Aufträge; Gesamtvolumen der an die KCW GmbH gegangenen Aufträge; Gründe für den Verzicht auf eine Leistungserbringung durch die NVBW; Anzahl und finanzielles Volumen der durch weitere externe Dienstleister für das MVI oder die NVBW erbrachten Leistungen

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4972

Umfang der Prüfung zu Vorteilen der Kanzlei K. gegenüber anderen Bietern iRd Vergabeverfahrens für das Integrationsministerium

Prüfung eines früheren Kontakts der Integrationsministerin mit dem Rechtsanwalt K.; übliche Prüfungsschritte bei Kontakten zwischen Auftraggeber und Bieter; Fortgang der inhaltlichen Umsetzung des Gutachtens der Kanzlei K.; Inhalte und Fertigstellung des Entwurfs eines Partizipations- und Integrationsgesetzes; Teilnehmer am öffentlichen Beteiligungsverfahren zur Vorbereitung des Gesetzes; Nutzen des Gutachtens im Hinblick auf eine Verkürzung des Gesetzgebungsverfahrens

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/5073

Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens „Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken“ der K. GmbH

Zweck und Auftraggeber des Gutachtens für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI); Gründe für eine externe Vergabe; Leistungsbeschreibung und Preiskalkulation bei der Direktvergabe an die KCW GmbH; Inhalt, Umfang und Verfasser des Gutachtens im MVI und interne Vermerke; Nutzen des Gutachtens; inhaltliche Überschneidungen zwischen dem Gutachten und einem iRd sogenannten Schlichtungsverfahrens zu Stuttgart 21 im November 2010 gehaltenen Vortrag; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 23.05.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5256

Revision der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes seit Regionalisierung des SPNV im Jahr 1996 und deren Verwendung; Stand der Revision; Schlussfolgerungen aus Gutachten; Abmilderung von Kostensteigerungen durch eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel; Aufteilung in Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und Mittel für den SPNV-Betrieb; Erzielung eines angemessenen Anteils an der Gesamtsumme für BW

Antr
s. *Regionalisierungsgesetz*
Drs 15/5328

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr
s. *Feldberg*
Drs 15/5508

Offen gebliebene und neue Fragen im Zusammenhang mit dem Antrag „Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens 'Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken' der K. GmbH“ (Drs 15/5256) - Auftragsvergabe

Wortlaut des Auftrags vom Juni 2011 an die KCW GmbH; Höhe der vereinbarten Kosten; Art der Auftragserteilung; Erweiterung bzw Aufstockung des Auftrags im August 2011; Inhalt und rechtliche Gestalt des Auftrags; Vereinbarung der schriftlichen Ausführung der Beratungsergebnisse; Art und Adressat der am Jahresende 2011 erbrachten Beratungsleistung; Information der Fachabteilungen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Übergabe der „nachlaufenden Dokumentation“; Anforderungen der schriftlichen Zusammenfassung der Beratungsergebnisse

Antr CDU 11.08.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5608

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöfe) im Energieleitungsbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöfe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung

des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KlAnfr
s. *Hochspannungsleitung*
Drs 15/5622

Vergabepaxis der LReg bei externen Gutachten

Anstieg der externen Gutachten seit dem Regierungswechsel 2011; Kriterien und Verfahren der Vergabe von Gutachten an externe Sachverständige; Beurteilung des Instruments der freihändigen Vergabe; Festsetzung eines Budgets für externe Gutachten im Landeshaushalt; Einrichtung einer zentralen Vergabestelle; Projektcontrolling bei der Gutachtenvergabe an Externe; Evaluierung der Auftragsdurchführung

Antr FDP/DVP 03.09.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5684

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr
s. *Gerichtsentscheidung*
Drs 15/5877

Externe Prüfung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Mannheim zu den E-Mails des MinPräs a.D. Mappus

Status des Vorgangs „Umgang mit der Sicherungskopie des E-Mail-Postfachs des Ministerpräsidenten a.D. Mappus/Übergabe der E-Mails an das Landesarchiv/Löschung der E-Mails“; Begründung und Kosten für die Erstellung externer Rechtsgutachten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5942

Neue Berechnungen zur Lärmbelastung an der Bundesautobahn A 8

Bewertung der Ergebnisse des Lärmgutachtens zur Lärmbelastung an der A 8 zwischen Karlsbad und Pforzheim/West im Bereich Remchingen und Konsequenzen für die Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärm*
Drs 15/6142

Bisherige Maßnahmen iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Förderung von Projekten im Kontext des Armuts- und Reichtumsberichts; Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Projekte in der Berichterstattung; Erstellung von Gutachten und deren Kosten; Kritik am Schwerpunkt Kinderarmut; Veröffentlichungstermin des Abschlussberichts

Antr
s. *Armuts- und Reichtumsbericht*
Drs 15/6145

Gutachtenaffäre der GRÜNEN - Verbindungen der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Staatsministerium

Zeitpunkt der Kenntnisnahme des von der Landtagsverwaltung im Auftrag der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ erstellten Gutachtens durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter des Staatsministeriums; Abgabe von schriftlichen oder mündlichen Einschätzungen oder Bewertungen in Bezug auf das Gutachten durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter des Staatsministeriums sowie deren Kommunikation

KlAnfr Matthias Präfrock CDU 19.11.2014 und Antw StM
Drs 15/6150

Windkraftanlagen

Konsequenzen aus dem im Auftrag des „Landesverbands baden-württembergischer Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ erstellten Rechtsgutachtens für den Windenergieerlass; Aussetzung laufender Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6267

Umgang des Ministerpräsidenten Kretschmann und der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre

Umgang des MinPräs bzw der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“, insbes Kontakte zu den Landtagsfraktionen von SPD und Grünen sowie zu nicht dem Landtag angehörenden Personen

KlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 15/6268

Studiengebühren für ausländische Studierende an Musikhochschulen

Anteil der ausländischen Studierenden sowie der Anteil der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern an den Hochschulen in BW; Studiengebühren für Studenten aus dem nicht-europäischen Ausland an Hochschulen in anderen Bundesländern; Stand des Rechtsverfahrens gegen die Musikhochschule Leipzig; Ergebnisse des Gutachtens zur Einführung selektiver Studiengebühren; Auswirkungen einer Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten

Antr
s. *Studiengebühren*
Drs 15/6297

Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Behörden mit Vorgängen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zulagengewährung durch die zuständigen Behörden; Kenntnis der Richtlinie zur Vergabe von Zulagen bei den Behördenleitungen; Auskunft über den Vorgang der „rechtskonformen Umdeutung“ der Zulagen; Wortlaut der Unterrichtung des Wissenschaftsministeriums; Argument des Vertrauensschutzes; Hinzuziehung weiterer Behörden zur Aufklärung der Vorgänge an der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg; Inhalt der von der Hochschulleitung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zulagengewährung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen*

Ludwigsburg
Drs 15/6349

Auswirkungen des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) auf BW

Erhebung aktueller Daten zu Morbi-RSA und Gesundheitsfonds; Ergebnisse des bayerischen Gutachtens zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich; Entschärfung der Übergangsregelung zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG); Entwicklung eines neuen Berechnungsverfahrens für die Krankengeldzuweisungen; Berücksichtigung regionaler Faktoren beim Morbi-RSA; Gewichtung einzelner Parameter beim aktuellen Ausgleichsverfahren

Antr
s. *Risikostrukturausgleich*
Drs 15/6413

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärmschutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr
s. *Streckenbau*
Drs 15/6427

Befassung der LReg mit den E-Mail-Konten des MinPräs a.D. Mappus und Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Vergütungsregelung für das Gutachten zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim; Kommunikation der LReg über die mittlerweile vernichteten E-Mail-Konten des Ministerpräsidenten a.D. Mappus und die Ergebnisse, insbes innerhalb der LReg, mit Angehörigen der Fraktionen GRÜNE und SPD sowie mit Organisationen und Privatpersonen; Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, insbes im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen aus dem Landtag

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/6428

Gutachtenvergabe iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Sachstand zur Vergabe von Gutachten und Forschungsaufträgen iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung, insbes Arten der Ausschreibung, Auftragswerte, Zwischenergebnisse, inhaltliche Überschneidungen, Einarbeitung der Empfehlungen in den Bericht

Antr
s. *Armut*
Drs 15/6751

Rechtsgutachten der Wirtschaftskanzlei H. und Partner zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag

Sachstand zu Art, Umfang und Inhalt des Rechtsgutachtens der Wirtschaftskanzlei H. und Partner im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur vermeintlichen Überkom-

pensation im Großen Verkehrsvertrag gegenüber der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6874

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 19 - Gutachten und Beratungsleistungen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (Kap 1303, 1304 und 1306)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7019
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7519
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Interkommunale Zusammenarbeit bei Gutachterausschüssen

Sachstand zur interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kommunalen Gutachterausschüsse, insbes Entwicklung der Zuständigkeiten, Synergiepotential, notwendige Anpassung des Rechtsrahmens durch die LReg

Antr
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7234

Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen

Sachstand zu den im Teilgutachten für die Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen aufgedeckten Qualitätsmängeln und bildungspolitische Konsequenzen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7354

Klärung der widersprüchlichen Aussagen zum aktuellen Stand des Planfeststellungsverfahrens zur zweiten Rheinbrücke Karlsruhe

Unterlagen über Untersuchungen zur technischen Machbarkeit der Ersatzbrückenlösung; Überarbeitung der Untersuchungen des Landesbetriebs Mobilität Speyer (LBM); Benachrichtigung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über den Sachstand durch das RegPräs Karlsruhe; Bedarf an weiteren Gutachten vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens; Haltung des Bundes zu einer Ersatzbrücke

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/7649

Kompetenzüberschreitungen des Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. des landeseigenen Verkehrsbetriebs SWEG

Art der dem Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. angelasteten Verstöße; Ausscheiden und Neubesetzung des technischen Vorstands; Forderung nach Einsichtnahme in das Gutachten des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft über die Vorgänge innerhalb der SWEG

Antr
s. *Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft*
Drs 15/7665

Privatschulbericht macht Finanzierungslücke sichtbar

Ursachen des Rückgangs der Privatschulfinanzierung; Landeszuschüsse pro Schüler und Schulart seit Einführung des Brutkostenmodells; Einnahmen des Landes aus der Versorgungsabgabe für neu eingestellte beamtete Lehrkräfte; Aufteilung der im Nachtragshaushalt eingeplanten 17 Millionen Euro für die Schulen in freier Trägerschaft; Dynamisierung der Privatschul-

förderung; Bestellung eines Rechtsgutachtens zur Novellierung des Privatschulgesetzes (PschG)

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/7711

Rechtsstreit mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung statt Qualitätsverbesserung der Gemeinschaftsschule

Verfahrensstand der Klage wegen der Berichterstattung über das Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen; Höhe der angefallenen bzw noch anfallenden Rechtsanwalts- und Gerichtskosten; Maßnahmen des Kultusministeriums zur Behebung der Qualitätsdefizite an der genannten Schule und an anderen Gemeinschaftsschulen seit Bekanntwerden des Teilgutachtens

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7983

Erstellung eines Gutachtens zur „Umsetzung der Schuldenbremse in baden-württembergisches Landesrecht“; Erstellung eines Gutachtens zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald unter Berücksichtigung der Auswirkungen eines Borkenkäferbefalls

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1482 1496-1500 1502 1503

Vergabe eines umfangreichen Gutachtens zur Einrichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald, Information über die Schlussphase der Vergabe in vier Losen

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1597-1599

Bewertung der Gutachten zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen; Verweisung auf die vergebenen Gutachten der früheren LReg und deren Kosten

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2322-2324 2330 2331 2335-2341

Gute und sichere Arbeit (Programm)

s. *Landesprogramm Gute und sichere Arbeit*

Gutschein

Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE

Evaluationsergebnisse und geplante Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE; Bewertung und Fortsetzung des Gutscheilverfahrens

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/3498

GVFG

s. *Verkehrsinvestition*

GVO

s. *Gentechnisch veränderter Organismus*

GVRS

s. *Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart*

Gymnasiale Oberstufe

Kommt eine Bestandsgarantie für die Realschule?

Zukunft und Umbau der Realschulen in BW, insbes Unterscheidungsmerkmale zwischen einer „weiterentwickelten Realschule“ bzw einer „Realschule mit gymnasialer Oberstufe“ und einer Gemeinschaftsschule; Bestandsgarantie für Realschulen als eigenständige Schulart mit eigenständigem Bildungsplan

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/3231

Die Gemeinschaftsschule in Friedrichshafen - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren?

Genehmigungskriterien für gymnasiale Oberstufen an Realschulen und Gemeinschaftsschulen, insbes zugesagte Unterstützung des Landes bei der Genehmigung an der bisherigen Real- und künftigen Gemeinschaftsschule „Graf Soden“ in Friedrichshafen

MdlAnfr 5) Ulrich Müller CDU 14.03.2014 Drs 15/4915
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5688-5690

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5326

Gymnasiallehrer

Die Lehrerausbildung muss den Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens entsprechen

Vereinbarkeit einer gemeinsamen und gleichartigen Lehrerausbildung für alle Schularten mit den Erfordernissen des bestehenden differenzierten Schulsystems sowie einer einheitlichen Besoldungs- und Versorgungsstruktur für alle Lehrkräfte mit dem Fachlehrermangel an Gymnasien und beruflichen Schulen, Auswirkungen auf die quantitative und qualitative Sicherung des Unterrichts

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/61

Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler

Pläne zur Verlagerung von universitären Lehramtsstudiengängen für Gymnasien und beruflichen Schulen an die Pädagogischen Hochschulen sowie zur Harmonisierung der Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten; Darstellung der Folgewirkungen für die Betroffenen und die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten und PH; Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Lehrerausbildung

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/62

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013

Umfang der freiwerdenden Stellen durch den Wegfall der doppelten Kursstufe und durch Pensionierung, Bezifferung des zusätzlichen Stellenbedarfs durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung, Rückgabe der freiwillig geleisteten Mehrarbeitsstunden, Zahl der zur Übernahme in den Schuldienst in den kommenden Jahren anstehenden Junglehrer und der geplanten Neueinstellungen, Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr CDU 03.01.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1094
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2229-2240

Auswahl der 34 Versuchsstandorte für die sogenannte Gemeinschaftsschule im Land

Kriterien für die Auswahl bzw Ablehnung der beantragten Starterschulen, Anteil von Standorten mit einer gymnasialen Oberstufe, Gründe für die Konzentration auf ein- bis zweizügige Schulstandorte im ländlichen Raum mit der Folge eines regionalen Ungleichgewichts, Zahl der notwendigen Realschul- und Gymnasiallehrer, Begründung der Einbeziehung der Gewerkschaft GEW in den Entwicklungsprozess unter Ausgrenzung der anderen Verbände

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1176

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 - Version 2.0

Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr CDU 10.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1182
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2229-2240

Leistungsanspruch an der sogenannten Gemeinschaftsschule?

Ausstattung der o.g. Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zur Unterrichtung und individuellen Förderung von leistungsschwachen und -starken Schülern nach einem „Patchwork-Lehrplan“ aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium; Frage nach Zwangsversetzungen von Lehrern mit Gymnasiallehrerausbildung; Unterstützung von Schülern mit Behinderung; Gründe und Auswirkungen des Wegfalls der Klassenwiederholung und Notengebung, Ausgestaltung der Leistungsbeurteilung, Verpflichtung der Schüler zur Wiederholung von Klasse 10 vor dem Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1319

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2195

Bettelbrief des Kultusministeriums an erfahrene Realschul- und Gymnasiallehrkräfte

Bedarf und Verfahren zur Gewinnung von Realschul- und Gymnasiallehrkräften für einen Einsatz an Gemeinschaftsschulen in BW, insbes differenzierte Bedarfsfeststellung an Gemeinschaftsschulen und Art der Anwerbemaßnahmen; Ersetzung der versetzten und abgeordneten Lehrkräfte an den Gymnasien und Realschulen; schulscharfe Erfolgsstatistik der Lehrerwerbung nach Unterrichtsfächern; Durchführung weiterer Sonderausschreibungen für Gemeinschaftsschulen; Bezahlungsregelung und Rückkehrrecht für auf Gemeinschaftsschulen gewechselte Realschul- und Gymnasiallehrer

Antr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/3547

Die Gemeinschaftsschule - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren

Aufnahme und Einsatz von Lehrern mit Gymnasialbefähigung an Gemeinschaftsschulen; Unterschiede und Bewertung der Wege zum Abitur über die Gemeinschaftsschule oder über die Realschule mit anschließendem beruflichen Gymnasium

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4911

Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Art und Umfang der von Fachlehrern mit gymnasialer Lehrbefähigung an Gemeinschaftsschulen unterrichteten Fächer; Anzahl der Bewerber um eine erste Stelle an einer Gemeinschaftsschule; Abordnung von Gymnasiallehrern an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5065

Plant der Kultusminister eine Erhöhung der Arbeitszeit für Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen?

Hintergründe der geplanten Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5287
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.04.2015 Drs 15/7352 S. 19 20
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Promotionskolleg der Pädagogischen Hochschulen

Kriterien für die Abordnung zum Promotionskolleg „Professionalisierung im Lehrberuf - Konzepte und Modelle auf dem Prüfstand“, insbes Berücksichtigung der Stellungnahme der Gutachterkommission zur Evaluation der Forschungs- und Nachwuchskollegs an Pädagogischen Hochschulen, Ausweitung der Zielgruppe auf Gymnasiallehrkräfte

Antr
s. *Promotion*
Drs 15/5649

Warum bewerben sich an den Gemeinschaftsschulen eingesetzte Gymnasiallehrerinnen und -lehrer weg oder quittieren gar den Dienst?

Sachstand zu Versetzungs- bzw Entlassungswünschen von an Gemeinschaftsschulen eingesetzten Gymnasiallehrern im Vergleich zu an anderen Schularten eingesetzten

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 15.12.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7877

lungnahme KM Drs 15/7877

Anmahnung einer Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation an den Gymnasien; Rückgabe der Bugwellenüberstunden an die Gymnasiallehrer

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1380-1382 1387-1390 1397

Einstellungschancen der Referendare an den Gymnasien

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1973

Gymnasium

s.a. *Berufliches Gymnasium*

s.a. *Gymnasiallehrer*

s.a. *Musikgymnasium*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 10: Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Gymnasien

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/228
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Vorhaben der LReg für Änderungen im allgemeinbildenden Gymnasium

Ermöglichung unterschiedlicher Züge mit differenzierter Schulzeit bis zur allgemeinen Hochschulreife an den o.g. Gymnasien, Rahmenbedingungen für die angekündigte Verteilung des Stoffs der Klassen 5 und 6 auf drei Klassen auf der Grundlage des geltenden Bildungsplans, Auswirkungen für die betroffenen Schüler und Mindestschülerzahlen, zusätzlicher Ressourcenbedarf und Zeitplan für die Umsetzung des Vorhabens

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/266
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.11.2011 Drs 15/1300 S. 8 9
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Notengebung und Wiederholung von Klassen

Bewertung der bestehenden Notenverordnung und Regelungen zur Klassenwiederholung, Vergleich der Wiederholerzahlen bundesweit und der Strategien zur weiteren Absenkung dieser Werte, Planung einer Abschaffung der Wiederholung von Klassen sowie von Alternativen zur Leistungsbewertung? Vorgesehene Regelungen zur Wiederholung an achtjährigen Gymnasien, Beurteilung des modularisierten Verfahrens für die Oberstufe in Österreich

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/344

Verschiebung der Kommunikationsprüfung beim Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien um ein Jahr auf 2014

Stand der Vorbereitung der Schüler und Lehrer für die mündliche Prüfung der Abiturienten über die erworbene Kommunikationsfähigkeit in den modernen Fremdsprachen, Gründe und Auswirkungen der Verschiebung

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/404

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Die Realschule in BW - im Schatten von Hauptschule und Gymnasium

Mittlg LReg
s. *Realschule*

Drs 15/455

Potenzial der Studienabbrecher nutzen - Fachkräftemangel bekämpfen

Entwicklung der Zahlen von Studienabbrechern und ihrer weiteren Berufswege; Darstellung der Begleitung durch die Hochschulen, insbes Ermöglichung von Kontakten zu einer praxisbezogenen Ausbildung; Hinwirkung auf eine vertiefte Berufsorientierung mit Betriebspraktika für die Schüler und Lehrkräfte auch an allgemeinbildenden Gymnasien

Antr

s. *Studienabbruch*

Drs 15/755

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzugang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Abitur*

Drs 15/891

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule, vom/zum Gymnasium, zur zweijährigen Berufsfachschule, zum Berufskolleg und auf das berufliche Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss

GrAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/1030

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013

Umfang der freiwerdenden Stellen durch den Wegfall der doppelten Kursstufe und durch Pensionierung, Bezifferung des zusätzlichen Stellenbedarfs durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung, Rückgabe der freiwillig geleisteten Mehrarbeitsstunden, Zahl der zur Übernahme in den Schuldienst in den kommenden Jahren anstehenden Junglehrer und der geplanten Neueinstellungen, Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr

s. *Gymnasiallehrer*

Drs 15/1094

Das Konzept der „Unverbindlichen Grundschulempfehlung“ bleibt unklar

Zeitplan der Einführung, organisatorische Ausgestaltung und Zielgenauigkeit des Qualifizierungskonzepts für die Grundschullehrkräfte zur Vorbereitung auf das ausschließlich beratende Elterngespräch; Bereitstellung von Entlastungsstunden für diese Lehrkräfte und der notwendigen zusätzlichen Ressourcen an den Realschulen und Gymnasien für die dort ansteigenden Schülerzahlen; Zuweisung neuer Aufgaben für die Lehrer an den

Haupt- und Werkrealschulen wegen des dortigen Schülerrückgangs; Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Auseinanderklaffens der Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und -fernen Schichten

Antr

s. *Schullaufbahneempfehlung*

Drs 15/1167

Auswahl der 34 Versuchsstandorte für die sogenannte Gemeinschaftsschule im Land

Kriterien für die Auswahl bzw Ablehnung der beantragten Starterschulen, Anteil von Standorten mit einer gymnasialen Oberstufe, Gründe für die Konzentration auf ein- bis zweizügige Schulstandorte im ländlichen Raum mit der Folge eines regionalen Ungleichgewichts, Zahl der notwendigen Realschul- und Gymnasiallehrer, Begründung der Einbeziehung der Gewerkschaft GEW in den Entwicklungsprozess unter Ausgrenzung der anderen Verbände

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1176

Mittlerer Bildungsabschluss - der Regelabschluss im differenzierten Bildungswesen in BW

Zahl der Absolventen mit o.g. Abschluss seit 2002 erworben an der Realschule, am Gymnasium, an der Werkrealschule, der zweijährigen Berufsfachschule, der Berufsaufbauschule, der Abendrealschule und auf anderen Wegen

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/1247

Einstellungsmöglichkeiten der Anwärter für das Lehramt am Gymnasium zum Schuljahr 2012/2013 - Version 2.0

Umfang des vorgesehenen Einsatzes an anderen Schularten, insbes an der Gemeinschaftsschule; Schaffung eines angemessenen Einstellungskorridors für qualifizierte Anwärter an den Gymnasien

Antr

s. *Gymnasiallehrer*

Drs 15/1182

Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien

Entwicklung von Bedarf und Nachfrage sowie der Mittelbereitstellung für die o.g. Betreuung seit Einführung des G 8, Umfang des Engagements von älteren Schülern, Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln und Lehrerwochenstunden bei einer Einbindung in ein Ganztagskonzept, Ausweitung der Hausaufgabenbetreuung auf die Realschulen?

Antr

s. *Hausaufgaben*

Drs 15/1248

Leistungsanspruch an der sogenannten Gemeinschaftsschule?

Ausstattung der o.g. Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zur Unterrichtung und individuellen Förderung von leistungsschwachen und -starken Schülern nach einem „Patchwork-Lehrplan“ aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium; Frage nach Zwangsversetzungen von Lehrern mit Gymnasiallehrausbildung; Unterstützung von Schülern mit Behinderung; Gründe und Auswirkungen des Wegfalls der Klassenwiederholung und Notengebung, Ausgestaltung der Leistungsbeurteilung, Verpflichtung der Schüler zur Wiederholung von Klasse 10 vor dem Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1319

Genehmigungsverfahren „Schulversuch G 9“
Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Ausgestaltung des o.g. Schulversuchs

MdlAnfr 1) Georg Wacker CDU 08.03.2012 Drs 15/1393
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1677-1680

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 11: Aufbaugymnasien mit Heim in Trägerschaft des Landes

Mittlg LReg 16.03.2012 Drs 15/1373
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1637
PIPr 15/38 24.05.2012 S.

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis
Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1599

Übergänge von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten

Übergangszahlen in den einzelnen LKreisen auf die weiterführenden Schularten des Sekundarbereichs I nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Umfang der Aufnahme bzw der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, erwartete Zahlen von Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen im Falle eines starken Rücklaufs; Maßnahmen zur Sicherung des bisherigen hohen Leistungsniveaus der Realschulen und Gymnasien

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1617

Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen im LKreis Böblingen

Übergangszahlen auf die weiterführenden Schularten nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Vergleich zu den Vorjahren, Bildung von Kombinationsklassen bzw Zusammenlegungen von Klassen benachbarter Schulen aufgrund zu geringer Anmeldezahlen, Umfang der Aufnahme und der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, Zahlen von Abweichungen von der Grundschulempfehlung bzw vom Beratungsgespräch sowie von erwarteten Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1722

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemein-

bildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1769

Schicksal der Aufbaugymnasien

Beurteilung des Vorschlags des RH zur Schließung der vier Aufbaugymnasien mit Heim in Trägerschaft des Landes; Klärung der unterschiedlichen Positionen zwischen dem MFW, dem KM und den Regierungsfraktionen; Erhaltung der Aufbaugymnasien unter Berücksichtigung der Überlegungen in Drs 15/1373

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 31.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1786
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 (dazu ÄAntr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) S. 20-23
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
Mittlg LReg 10.05.2013 Drs 15/3490

Einrichtung eines Schulversuchs an der Feudenheim-Realschule (Mannheim)

Bewertung der angestrebten Einrichtung eines Schulversuchs „Realschule Plus“ in Zusammenarbeit mit dem Feudenheim-Gymnasium; Begründung, Form und Zeitpunkt der signalisierten Ablehnung; Prüfung eines trotz der ablehnenden Haltung erfolgten Antrags? Erfahrungen an anderen Schulen mit vergleichbaren Modellen einer elften Klasse/Vorbereitungsklasse im Anschluss an die mittlere Reife

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1838

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKreis Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen Anmeldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschul-/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2003

Werden hochbegabte Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen vernachlässigt?

Entwicklung der Zahlen von Hochbegabten und der Förderangebote bzw Verhaltensstörungen seit 2002; Frage nach einer spezifischen Förderung an den Gemeinschaftsschulen im gemeinsamen Unterricht mit besonders lernschwachen Kindern sowie nach einer Weiterentwicklung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/2054

Vorgehensweise von Aufbaugymnasien mit Heim

MdlAnfr 6) Arnulf Freiherr von Eyb CDU 16.07.2012 Drs 15/2089

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2476 (zurückgezogen)

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2195

Kriterien für die Ablehnung von Anträgen zum Modellversuch G 9

Darlegung der o.g. quantitativen und qualitativen Entscheidungskriterien und deren Gewichtung für den Schulversuch zum Abitur der zwei Geschwindigkeiten an allgemeinbildenden Gymnasien, u.a. bei der Bewertung des Antrags der Stadt Rutesheim; einzelfallgerechte Begründung jeder Ablehnung eines Antrags gegenüber dem Antragsteller

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 20.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2254

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 18 19

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Ist ein erfolgreiches Abitur an den Gemeinschaftsschulen möglich?

Bewertung von Studien aus anderen Bundesländern, insbes aus NRW, zum Vergleich der Ergebnisse und Quoten des Abiturs an Gesamtschulen und allgemeinbildenden Gymnasien und zur Studierfähigkeit der jeweiligen Absolventen; Frage nach Maßnahmen gegen das schlechtere Abschneiden der Schüler an den gesamtschulartigen Gemeinschaftsschulen hierzulande

Antr

s. *Abitur*

Drs 15/2469

Plant die Landesregierung ein „Abschulungsverbot“ für die Gymnasien?

Zielvorstellungen zur künftigen Gliederung des Schulsystems; Bewertung der o.g. Maßnahme sowie der fundamentalen Kritik der Schulleiter an Gymnasien an der Bildungspolitik der LReg

Antr FDP/DVP 02.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2595

Regierungsbefragung

Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten

s. *Schule*

PIPr 15/50 S. 2895

Stellensituation an den allgemein bildenden Gymnasien und Beruflichen Schulen

Stellenentwicklung im höheren Dienst (Besoldung A 13 und A 14) in den letzten zehn Jahren; Verhältnis dieser Besoldungsgruppen in den Gymnasien im Vergleich zu den Berufsschulen; Forderungen nach einer Gleichbehandlung der Beruflichen Schulen bei der Stellenzuweisung und nach mehr Planungssicherheit für diese Schulgattung durch rechtzeitige Lehrereinstellung

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2722

Berlin als Vorbild für BW? - Geplante Änderungen in der Lehrerbildung

Bewertung der Vorschläge der Expertenkommission „Ausbildung von Lehrkräften in Berlin“ zur Einrichtung eines gemeinsamen Lehramtsstudiengangs für Sekundarschulen und Gymnasien, der Abschaffung des eigenständigen Studiengangs „Lehramt Sonderpädagogik“ und der Einrichtung einer „School of Education“; möglicher Modellcharakter der Berliner Vorschläge für die Arbeit der von der LReg eingerichteten „Expertenkommission Lehrerbildung“

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/2800

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr

s. *Grundschule*

Drs 15/2801

Ganztagsschulen in Mannheim

Zahl der Ganztagsschulen in BW und Mannheim differenziert nach Ausprägungen bzw Modellen; Gewährung von Bestandsschutz bei der Personalausstattung für allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsbetreuung in Mannheim insbes beim Geschwister-Scholl-Gymnasium

KlAnfr

s. *Ganztagsschule*

Drs 15/2832

Situation und Förderung von Hochbegabten

Begriffsdefinition und Diagnoseverfahren von Hochbegabung; Beratungsangebote für Eltern sowie Inhalte in der Lehrer- und Erzieherausbildung zum Thema Hochbegabung; Erkenntnisse aus dem Comenius-Regio-Projekt und Langzeitstudien zur Entwicklung Hochbegabter; Planungen in der Hochbegabtenförderung, insbes im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Gymnasialbildung sowie eine Kooperation mit Hochschulen

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 15/2888

Errichtung eines Musikgymnasiums in Karlsruhe

Sachstand der Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe und der staatlichen Hochschule für Musik Karlsruhe; Anzahl potenzieller Schüler aus dem Raum Karlsruhe; Stellenwert der Förderung musikalisch Hochbegabter; Hinderungsgründe für die Einrichtung eines Musikgymnasiums mit Internat in Karlsruhe

Antr Manfred Groh u.a. CDU 24.01.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2922

Bildungsplanreform für das allgemein bildende Gymnasium in BW

Ausgestaltung und Fertigstellung der Bildungspläne für das achtjährige Gymnasium (G8), das neunjährige Gymnasium (G9) und die Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule sowie ihre

gegenseitige Vereinbarkeit; Leistungsbeurteilungen, Schulwechsel; Fortbestand von Fächerverbänden im gymnasialen Lehrplan; Veränderungen im Stundenplan zu Lasten einzelner Fächer

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 14.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3059

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 12

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Zunahme des Anteils der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft und deren Bildungserfolg

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungserfolg des steigenden Anteils ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen, insbes Erhöhung der Stütz- und Förderstundenzahl, individuelle Förderangebote an Gemeinschaftsschulen; Prüfung der Ursache für den höheren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Realschulen und Gymnasien und deren Leistungsniveau und Bildungserfolg

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/3069

Antragsverfahren G9-Modellschulen

Antragsverfahren und Positionierung der G9-Modellschulen in der baden-württembergischen Schullandschaft, insbes Berücksichtigung aller Elternwünsche, Verbindlichkeit der Anzahl von 44 Standorten, Anforderungen und Kriterien für die Standortauswahl und geografische Verteilung, Auslastung aller Schularten mit einem neunjährigen Weg zum Abitur sowie Mehrwert des Schulversuchs G9 gegenüber G8

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3109

Umgang mit steigender Heterogenität

Aktueller Leistungsstand der Schüler von Eingangsklassen der Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie der Schüler der gleichen Stufe an Gemeinschaftsschulen; Klassenwiederholung oder Wechsel der Schulart aufgrund mangelhafter Leistungen in der fünften Klasse; Erhaltung des Leistungsniveaus an Gymnasien und Realschulen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/3126

Übergangszahlen an die weiterführenden Schulen, insbes an die Gemeinschaftsschulen

Verteilung der Schüler mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung auf die Gemeinschaftsschulen; Schullaufbahneempfehlung der die heutigen Gemeinschaftsschulen besuchenden Schüler; vormaliger Anteil der Schüler mit Gymnasialempfehlung in den Realschulen sowie mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung in den Haupt- und Werkrealschulen; Zunahme der Heterogenität der Schulklassen an Gymnasien und Realschulen aufgrund der Abschaffung der verbindlichen Übergangsempfehlung

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/3129

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKreiss Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKreiss Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

schulen aufgrund von Schülermangel

KIAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/3179

Situation der Gymnasien im LKreiss Breisgau-Hochschwarzwald
Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Unterrichtsausfall, Art der Grundschulempfehlungen der Gymnasialschüler der 5. Klasse; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents und der Hausaufgabenbetreuung

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 24.05.2013 und Antw KM Drs 15/3539

Zweite Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen

Unterrichtsangebot in der zweiten Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen, insbes beginnende Jahrgangsstufe und erforderliche Mindestschülerzahl; standortgenaue, tabellarische Auflistung angebotener zweiter Fremdsprachen an Gemeinschaftsschulen; Realisierung des gymnasialen Niveaus für die zweite Fremdsprache, insbes angewandter Bildungsplan, Ausgestaltung der Studententafel, Gewährleistung der Durchlässigkeit zum Gymnasium (G8)

Antr

s. *Fremdsprache*

Drs 15/3689

Regionale Schulentwicklung gefährdet rund ein Fünftel der baden-württembergischen Gymnasien

Situation und Zukunft der Gymnasien im Land, insbes Gründe für Festlegung unterschiedlicher Mindestschülerzahlen in den Eingangsklassen bei Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, Möglichkeit der Schließung von Gymnasien bzw der Umwandlung in Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der Mindestschülerzahl, Stellenwert kleinerer Gymnasien im ländlichen Raum, Konkurrenzsituation zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, Zukunft des Zwei-Säulen-Modells

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3721

Situation der Gymnasien im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Schwäbisch Hall, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Lehrer- und Unterrichtsausfall; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents

KIAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 03.07.2013 und Antw KM Drs 15/3735

Verlosung von G9-Plätzen am Theodor-Heuss-Gymnasium Schopfheim

Anmeldesituation und Losverfahren um die G9-Plätze am Theodor-Heuss-Gymnasium Schopfheim, insbes Vorgehen des Regierungspräsidiums Freiburg

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3769

Situation der Gymnasien im LKreiss Konstanz

Schülerzahl, Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Gymnasien im LKreiss Konstanz

KIAnfr Wolfgang Reuther CDU 17.07.2013 und Antw KM Drs 15/3826

Unterrichtsversorgung an den Gymnasien im Ostalbkreis

Situation der Unterrichtsversorgung an den Gymnasien im Ostalbkreis, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen sowie von Unterrichtsausfall, Ergänzungsbereich, Pflichtunterricht und Entlastungsstunden

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3866

Hochbegabte im südlichen LK Kreis Karlsruhe

Zahl der zwischen den Städten Ettlingen und Karlsruhe pendelnden Gymnasiasten; Angebote für hochbegabte Schüler an Ettlinger und Karlsruher Gymnasien; Förderung regionaler Schulangebote

KlAnfr

s. *Begabtenförderung*

Drs 15/3893

Entwurf einer Rechtsverordnung zur Änderung der Verordnung über die Schultypen des Gymnasiums

Weiterentwicklung des bisherigen „sozialpädagogischen“ Typs des beruflichen Gymnasiums zu einem „sozial- und gesundheitswissenschaftlichen“ Typ

Mittlg KM 20.08.2013 Drs 15/3981

PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4585

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.10.2013 Drs 15/4162

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Abschaffung der Freiheit der Gymnasien, den Beginn der zweiten Fremdsprache festzulegen, im Zuge der Bildungsplanreform

Auswirkungen und Konsequenzen der Festlegung des Beginns der zweiten Fremdsprache an Gymnasien in Klasse 6 im Zuge der Bildungsplanreform, insbes für die Entscheidungsfreiheit der Gymnasien sowie auf Grundschulen der Rheinschiene und bilinguale Gymnasialzüge (Abibac)

Antr

s. *Fremdsprache*

Drs 15/3969

Wiederholerzahlen an Realschulen und Gymnasien steigen massiv an!

Anzahl nicht versetzter Schüler und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren; Nichtversetzungen nach der 5. Klasse einschließlich der Zeit nach dem Wegfall einer verbindlichen Grundschulempfehlung; Zahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anwendung der „Versetzung auf Probe“ beim aktuellen Schuljahreswechsel; Versetzung trotz vorausgehender Versetzungsgefährdung; Wechsel der Schulart während oder nach dem ersten Schuljahr in der weiterführenden Schule; Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes an eine weiterführende Schule; Maßnahmen zur Verringerung der Klassenwiederholungen

Antr

s. *Versetzung von Schülern*

Drs 15/4099

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der

in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/4100

Anmeldesituation am Theodor-Heuss-Gymnasium Pforzheim

Außergewöhnlich hohe Nachfrage nach dem neunjährigen Weg zum Abitur; Anmeldung und Aufnahme von ca. 280 Schülern in Klassenstufe 5 im Schuljahr 2013/2014; Maßnahmen zur Sicherung eines geordneten Unterrichts am Theodor-Heuss-Gymnasium; Rechtfertigung der Ressourcenzuweisung gegenüber anderen Gymnasien in Pforzheim bzw im Land; Auswirkungen des Andrangs am Theodor-Heuss-Gymnasium auf die Auslastung der anderen Gymnasien am Ort; Umgang mit dem Unmut der Eltern über die Schulsituation; Konsequenzen aus dem Pforzheimer Fall für die Genehmigung weiterer G9-Modellschulen in BW

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 23.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4194

Taschenrechner im Abitur

Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie wissenschaftlichen Taschenrechnern, grafikfähigen Taschenrechnern (GTR) und Computeralgebrasystemen (CAS) im Mathematikunterricht an den Gymnasien; Nutzung dieser technischen Hilfsmittel in den Abiturprüfungen im Fach Mathematik; Begründung der Einschränkung auf wissenschaftliche Taschenrechner ab dem Abiturjahrgang 2017; Standpunkt der Kultusministerkonferenz im Hinblick auf gemeinsame Bildungsstandards; Beschaffung gleicher Geräte für alle Schüler iRd Lernmittelfreiheit

Antr

s. *Taschenrechner*

Drs 15/4327

Albgymnasium

Aufbauplanung des Albgymnasiums in Hohenstein, insbes Bewertung des Schulkonzepts und Unterstützung der Finanzierung

KlAnfr Karl-Wilhelm Röhm CDU 16.12.2013 und Antw KM Drs 15/4506

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung

Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdiens-tes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/4714

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stellenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Ver-

gütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/4723

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4895

Was geschieht mit den Progymnasien in der regionalen Schulentwicklung?

Anzahl und Verteilung der Standorte der Progymnasien in BW, insbes im ländlichen Raum; Anzahl der Klassen, Schüler und Lehrkräfte; Förderung der Schüler an Progymnasien im Vergleich zu allgemeinbildenden Gymnasien; Schulübergang nach der zehnten Klasse; Vorbereitung der Schüler auf die gymnasiale Oberstufe; Berücksichtigung der Progymnasien im regionalen Schulentwicklungsplan

Antr Georg Wacker u.a. CDU 12.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4933

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Gymnasien

Übergang von Schülern allgemeinbildender Gymnasien auf andere weiterführende Schularten während des Schuljahrs; Zusammensetzung der Schülerschaft an allgemeinbildenden Gymnasien seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Gymnasiasten; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Gymnasien im nationalen Vergleich

Antr Georg Wacker u.a. CDU 19.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4961

Inklusion ist Entwicklungsaufgabe für alle weiterführenden Schularten

Informationen zur Entwicklung inklusiver Unterrichtsangebote an den öffentlichen Gymnasien in BW in den vergangenen Jahren

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/4982

Sportunterricht für Schülerinnen und Schüler mit körperlicher Behinderung

Ermöglichung einer gerecht benoteten Teilnahme von Schülern mit körperlicher Behinderung am regulären Sportunterricht, insbes in der gymnasialen Oberstufe

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/5068

Wie entwickelt sich der Modellversuch G 9?

Sachstand und weitere Planungen bei den acht- bzw neun-jährigen Zügen an den allgemeinbildenden Gymnasien in BW, insbes Wahlverhalten und Elternwunsch, Situation der G9-Modellversuchsstandorte, Leistungsstand und Motivation bei Schülern beider Züge, Ausweitung des Modellversuchs

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5088

Gibt es für die CAS-Modellstandorte in BW noch eine Zukunft?

Situation und Zukunft der CAS-Modellstandorte in BW; Bedeutung des Einsatzes von Computeralgebrasytem-Taschenrechnern im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht an Gymnasien für die Anforderungen der Hochschulen; Durchführung einer Evaluation der CAS-Schulen und der Nutzung von CAS-Rechnern

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5122

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis 2014

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5136

Unterrichtsversorgung am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim

Entwicklung der Zahl der Schüler, Klassen und Lehrerdeputate am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich sowie in den Fächern „Latein“, „Bildende Kunst“, „Informationstechnische Grundbildung (ITG)“ und „Naturwissenschaften“

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5206

Verlosung von G9-Plätzen und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium

Situation um das Losverfahren um die G9-Plätze und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium, insbes Angebot flächendeckend zumutbarer Möglichkeiten für G9-Schulplätze, Ungleichbehandlung gegenüber Schulanmeldungen bei der Gemeinschaftsschule Deizisau, Gesprächsstand des Gymnasiums mit dem RegPräs und dem Kultusministerium und weiteres Vorgehen

Antr Karl Zimmermann u.a. CDU 21.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5223
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 09.07.2014 Drs 15/5989 S. 6 7
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht
Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasystemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5340

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Maßnahmen zur Förderung versetzungsgefährdeter Schüler

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/5520

Schülerzahlen im LKreisschwäbisch Hall

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im LKreisschwäbisch Hall im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Entwicklung der Schülerzahlen anhand der Geburtenzahlen ab 2010 in den kommenden zehn Jahren

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5567

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr
s. *Schulreform*
Drs 15/5589

Realschulen lehnen vielfach Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ab - wie reagiert der Kultusminister?

Umgang mit der ablehnenden Haltung der Realschullehrer gegenüber der vom Kultusministerium geforderten Weiterentwicklung der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen; Verhinderung einer erneuten Dreigliedrigkeit des Schulsystems; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule durch Schüler mit einer Schulempfehlung für das Gymnasium oder die Realschule; Vorschriften für ein Reformkonzept zur Weiterentwicklung der Realschule; Erwerb eines Hauptschulabschlusses an der Realschule; Gewährung zusätzlicher Deputate; Perspektive für die Realschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5644

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5647

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Kunsterziehung*
Drs 15/5746

Steigende Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen - Wie reagiert der Kultusminister?

Situation der Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen zum Schuljahr 2014/2015 in BW, insbes Auswirkungen des Wegfalls der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen; Maßnahmen der LReg zum Ausbau der steigenden Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/5982

Welchen Einfluss hat der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Nichtversetztenquote?

Hintergründe zum behaupteten Zusammenhang zwischen dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und einem landesweiten Anstieg der Nichtversetztenquote in den Klassenstufen 5 und 6 an öffentlichen Realschulen und Gymnasien, insbes Auswertung von statistischen Daten und Studien

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/6392

Situation der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreisschwäbisch-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen in den letzten drei Jahren; Anzahl der im aktuellen Schuljahr für den Pflichtunterricht im LKreisschwäbisch-Hochschwarzwald erforderlichen Lehrstellen; Neueinstellungen; Unterrichtsausfall; Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 05.02.2015 und Antw KM
Drs 15/6467

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht

terricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6479

Welchen Stellenwert hat das berufliche Gymnasium noch unter Grün-Rot?

Ergebnisse des Arbeitskreises „Gymnasium 2020“ zur geplanten Weiterentwicklung des Gymnasiums und deren Umsetzung, insbes Auswirkungen einer Öffnung des Übergangs auf allgemeinbildende und berufliche Gymnasien für Absolventen der Realschule, Werkrealschule und Gemeinschaftsschule

Antr Georg Wacker u.a. CDU 12.03.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6603

Schluss mit der Heimlichtuerei der LReg um das Papier Gymnasium 2020! - Gerät nach der Hauptschule und der Realschule nun auch das Gymnasium ins grün-rote Visier?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7729-7744

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2015/2016 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich der letzten drei Schuljahre; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9; Entwicklung der Schülerzahlen nach der aktuellen Schülerzahlvorausberechnung

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6906

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn
Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6966

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Unterrichtsausfall, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/6975

Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im Landkreis Emmendingen

Sachstand zur Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im LKreis Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Lehrerversorgung, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 11.08.2015 und Antw KM Drs 15/7292

Steigt die Zahl der Sitzbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Fördermöglichkeiten für versetzungsgefährdete Schüler; Verbesserung des Beratungskonzepts der Grundschulen zum Übergang an die weiterführenden Schulen

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/7311

Klassenausgleich

Sachstand zur Handhabung des Klassenausgleichs an den verschiedenen Schularten in BW, insbes Verwendung unterschiedlicher Maßstäbe an den einzelnen Schularten, Gleichbehandlung der Schularten Gemeinschaftsschule und Gymnasium

Antr
s. *Klassenstärke*
Drs 15/7320

Wird das Gymnasium durch den neuen Bildungsplan auf sechs Jahre gekürzt?

Sachstand zur Lerngeschwindigkeit in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schularten der Orientierungsstufe, insbes Auswirkung auf das Unterrichtsniveau der Gymnasien und eine Verdichtung des Lernstoffs in den Klassen sieben bis zwölf

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7324

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im Stadt- und LKreis Heilbronn

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Heilbronn, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/7422

MINT-Ausbildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vom Kindergarten bis zum Schulabschluss

Sachstand zur Ausbildung in den MINT-Fächern an den Schulen, insbes Weckung von Interesse und Motivation für MINT-Themen, Einrichtung von MINT-Beauftragten an den Schulen, Reduktion von Mathematik und Informatik am Gymnasium, Kooperation von Schulen bei Beschaffung und Betreuung von Geräten

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/7427

Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater

Sachstand zur Arbeit und die Weiterentwicklung der Schultheater, insbes Hintergründe zur ersatzlosen Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater, Weiterentwicklung des Schulversuchs „Literatur und Theater“ als Oberstufenfach an Gymnasien

Antr
s. *Theater*
Drs 15/7474

Privatschulbericht macht Finanzierungslücke sichtbar

Ursachen des Rückgangs der Privatschulfinanzierung; Landeszuschüsse pro Schüler und Schulart seit Einführung des Bruttokostenmodells; Einnahmen des Landes aus der Versorgungsabgabe für neu eingestellte beamtete Lehrkräfte; Aufteilung der im Nachtragshaushalt eingeplanten 17 Millionen Euro für die Schulen in freier Trägerschaft; Dynamisierung der Privatschulförderung; Bestellung eines Rechtsgutachtens zur Novellierung des Privatschulgesetzes (PschG)

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/7711

Evaluation der G9-Modellschulen

Wissenschaftliche Begleitung des Schulversuchs mit sämtlichen daran teilnehmenden Modellschulen; Ausarbeitung eines eigenen Bildungsplans für die G9-Modellschule; Fortführung des Modellversuchs, das Abitur nach neun statt nach acht Schuljahren zu erwerben

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.12.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7919

Erhebung der Sitzenbleiber im Schuljahr 2014/2015

Ergebnis der Sondererhebung des Kultusministeriums zur Quote der Nichtversetzten an öffentlichen Realschulen und Gymnasien (Klassenstufen 5 bis 7); Erhebung der nicht versetzten Schüler in den vergangenen Jahren; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wiederholer

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/7989

Das Projekt eines Gymnasiums in privater Trägerschaft in Ulm und seine Hintergründe

Gründung eines Gymnasiums durch den angeblich der Gülen-Bewegung nahestehenden Verein „Bildungsinitiative Blautal“; Voraussetzungen für die Gründung und für die staatliche Anerkennung eines privaten Gymnasiums

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/8089

Befürchtung eines Chaos mit der Wiedereinführung des G 9 neben dem G 8

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 68

Druck der Notenvorgabe für eine Gymnasialempfehlung an der Grundschule, Verweisung auf den Anstieg des Anteils der Gymnasialempfehlungen durch die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung; Erhaltung der Schulform Gymnasium

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 292-302 320-322

Befürchtung einer Abschaffung des Gymnasiums mit der Verlagerung der Gymnasiallehrerausbildung an die Pädagogischen Hochschulen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 338-341 343-346

Anstieg des Bedarfs an Nachhilfeunterricht für Kinder am Gymnasium, insbes nach Einführung des G 8; Ermöglichung der Wiedereinführung des G 9; Zunahme der Heterogenität der Gruppen an den Gymnasien

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 502-504 509 511

Druck der Notenvorgabe für eine Gymnasialempfehlung an der Grundschule, Erwerb der Hochschulberechtigung jenseits der allgemeinbildenden Gymnasien, Verweisung auf den Anstieg des Anteils der Gymnasialempfehlungen durch die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 823-829 831 832

Wechsel von mehr Kindern aus bildungsfernen Schichten auf das Gymnasium nach der Einführung der verbindlichen Grundschulempfehlung in NRW; Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen bei einem starken Anstieg der Anmeldezahlen nach Abschaffung der Verbindlichkeit in BW; Verweisung auf die permanenten Überstunden zur Aufrechterhaltung des Pflichtunterrichts

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 928-935 937

Ermöglichung der Wiedereinführung des G 9 an 22 Schulstandorten als Schulversuch, Anstieg der Anmeldezahlen an den Gymnasien nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Bereitstellung zusätzlicher Poolstunden

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372 1374-1376 1378 1380-1382 1387-1390 1397

Gynäkologie*Humane Papillomviren (HPV)-Impfungen in BW*

Situation der Impfungen gegen Humane Papillomviren (HPV) zur Reduktion von Gebärmutterhalskrankungen in BW, insbes Entwicklung der Impffzahlen, Wirksamkeit der zugelassenen HPV-Impfstoffe, aufgetretene Nebenwirkungen, Impfung von Männern, Impfkosten sowie vorhandene Aufklärungsangebote; Inanspruchnahme und Animation zu gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen; Entwicklung der Zahl der Zervixkarzinome in BW seit Einführung der HPV-Impfungen

Antr
s. *Impfung*
Drs 15/4132

G36-Sturmgewehr

s. *Waffe*

Habicht

s. *Greifvogel*

Habilitation*Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW*

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation;

individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habilitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr
s. *Frau*
Drs 15/4244

Häusliche Betreuung

s. *Häusliche Pflege*

Häusliche Gewalt

s.a. *Frauenhaus*

Häusliche Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund

Anzahl bzw Häufigkeit der polizeilich registrierten Straftaten im Vergleich zu solchen Familien ohne Migrationshintergrund; Zahl der seit 2002 jährlich ausgesprochenen Platzverweise; Gründe für eine hohe Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt; Frage nach dem Einfluss der Religion bzw Glaubensrichtung der betroffenen Familien; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.11.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/2666
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.01.2013 Drs 15/3398 S. 105-107
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Gewalt gegen Männer in BW

Zahl der im Zeitraum 2010 bis 2012 gegenüber Männern verübten Gewalttaten, aufgeschlüsselt nach physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt; Verteilung der Gewaltopfer nach Landkreisen; Altersstruktur der Betroffenen in Relation zur Art der erlittenen Gewalt; Gewalterfahrung in den Lebensbereichen Partnerschaft, Arbeit und Freizeit; konkrete Angebote und Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Mann*
Drs 15/2753

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen

Weibliche Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2007 bis 2011 (tabellarische Aufstellung); Leistungsfähigkeit der Beratungs- und Anlaufstellen; Beurteilung des Modellprojekts „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG)“; Anwendung des S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramms in Krankenhäusern; Fachberatungsstellen zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels und ihre Finanzierung; Verfahren der anonymen Spurensicherung; Beweissicherung ohne Anzeige; Grundzüge des künftigen Landesaktionsplans gegen Gewalt

Antr Sabine Wölflé u.a. SPD 10.12.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2788
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/4040 S. 41 42
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

EU-Programm „Daphne“

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte För-

derprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr
s. *DAPHNE*
Drs 15/3337

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungsgewinn der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KIAnfr
s. *Ambulante Behandlung*
Drs 15/3944

Umsetzung von Platzverweisen für gewalttätige Partner

Verfahrensablauf bei Ausspruch eines Platzverweises gegen einen gewalttätigen Partner, insbes Richtlinien und Schulungen für Polizeibeamte, Informationsfluss zu Interventions- und Beratungsstellen, Sicherstellung zeitnaher beratender Maßnahmen für die Betroffenen

KIAnfr
s. *Platzverweis*
Drs 15/4193

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5648

Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Sachstand zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), insbes Stand der Ratifizierung, Verbesserungen für die Situation von Frauen in BW

KIAnfr
s. *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ..*
Drs 15/7137

Häusliche Pflege

Situation ambulanter Pflegedienste in BW

Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation der ambulanten Pflegedienste; Rolle der tariflichen Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal sowie der Erhöhung der Pflegevergütung durch die Krankenkassen; Reduzierung des Verwaltungsaufwands der

Dienste bei der Abrechnung mit den Krankenkassen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Pflegebedürftigen

KlAnfr
s. *Pflegedienst*
Drs 15/2799

Herausforderungen und Handlungsbedarf bei der Pflege in der eigenen Häuslichkeit

Situation bei pflegebedürftigen Menschen in der eigenen Häuslichkeit, insbes Erkenntnisse über auftretende Pflegefehler, Herausforderungen der Qualitätssicherung, Handlungsbedarf bei den verschiedenen Vermittlungs- und Beschäftigungsformen von Betreuungskräften aus dem Ausland nach den Arbeits- und Sozialvorschriften und der Entrichtung von Steuer- und Sozialbeiträgen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 27.02.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4870
BeschlEmpf und Bericht SoZA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 28 29
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr
s. *Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“*
Drs 15/4977

Stabile Regelung für häusliche Betreuung durch externe Betreuungskräfte sicherstellen

Aktuelle Daten zur häuslichen Pflege in BW; statistische Erfassung der Pflegefälle und der Qualität der Betreuung; Fördermodelle zur Betreuung in anderen Staaten der Europäischen Union; Initiierung eines Hausbetreuungsgesetzes im Bundesrat mit folgenden Inhalten: Fördermittelmodell zur Betreuung von Pflegebedürftigen, arbeits- und steuerrechtliche Einordnung des Berufs des Personenbetreuers, Sicherung der Betreuungsqualität und Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 20.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5931
BeschlEmpf und Bericht SoZA 23.07.2015 Drs 15/7534 (dazu ÄAntr Stefan Teufel u.a. CDU, Bärbl Mielich u.a. GRÜNE, Thomas Reusch-Frey u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 14 15
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Stärkung ambulant betreuter Wohngruppen

Auswirkungen der iRD Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch vorgenommenen Neuregelung der zusätzlichen Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen (§ 38 a SGB XI) auf die Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur in BW, insbes bei Pflegeleistungen von Angehörigen, ehrenamtlichem Engagement, Umwidlungsmöglichkeit von Sachleistungen, Gesamtfinanzierungsanteil des pauschalen Zuschlags

Antr
s. *Betreutes Wohnen*

Drs 15/6242

Qualität der häuslichen Pflege und rechtlichen Betreuung

Sachstand zur Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualität der häuslichen Pflege durch Angehörige sowie der rechtlichen Betreuung der Pflegebedürftigen; Zahlen zu Pflegebedürftigen und Angehörigen als Betreuer im Landkreis Esslingen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 24.04.2015 und Antw SM Drs 15/6796

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Ermöglichung der freiwilligen Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres; Rückführung der besonderen Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für die Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte durch die wirkungsgleiche Übertragung entsprechender Regelungen für Tarifbeschäftigte; weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts bei Regelungen zu den Bildungsvoraussetzungen für den mittleren Dienst sowie durch Anrechnung von Zeiten in Freiwilligendiensten auf die Probezeit

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW (Chancengleichheitsgesetz - ChancenG) und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW, insbes Ablösung des bisherigen Chancengleichheitsgesetzes aus dem Jahr 2005, gezielte Förderung des beruflichen Vorankommens von Frauen in der Verwaltung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Pflegeaufgaben und Beruf für Frauen und Männer, Verpflichtung zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten in Stadt- und Landkreisen und Städten ab 50.000 Einwohnern, Stärkung der Rechte der Beauftragten für Chancengleichheit

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/7844

Kostenübernahme häusliche Krankenpflege

Sachstand zur Kostenerstattung durch Krankenkassen im Bereich der Leistungen für häusliche Krankenpflege in BW, insbes Auswirkungen der Verweigerung der Kostenübernahme durch eine spezielle Krankenkasse auf die finanzielle Situation ambulanter Pflegedienste

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 11.12.2015 und Antw SM Drs 15/7867

Hafen

Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/207

Wirtschaftlicher und ökologischer Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar mit Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 1998 sowie der weiteren Potenziale; Folgen eines Verzichts des Bundes auf die Verlängerung einer Schleusenammer von Heilbronn bis Plochingen für die Häfen in Stuttgart und Plochingen; Hinwirkung auf Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund von 2007 zur „Verlängerung der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen“, in der die Sanierung, Modernisierung und Verlängerung der Schleusen und deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde; Ausbau des Neckars für die Erreichbarkeit aller Häfen von künftigen Europaschiffen mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/1469

Verhandlungsproblematik in Hafenbereichen am Bodensee

Ursachen, Umfang und Bekämpfung der Verlandung von Hafenbereichen und Häfen für die gewerbliche Schifffahrt sowie die Freizeitschifffahrt am Bodensee, insbes Problematik am Fährhafen in Friedrichshafen; Verantwortung des Landes als Träger der Gewässerunterhaltungspflicht

KlAnfr Ulrich Müller u.a. CDU 28.06.2013 und Antw MVI
Drs 15/3699

Kombinierter Verkehr auf der Wasserstraße Neckar in der Region Stuttgart

Stellenwert des Kombinierten Verkehrs; Sachstand der Gespräche mit dem Bund zum Ausbau der Wasserstraße Neckar, insbes Verlängerung der Schleusen für 135 Meter lange Frachtschiffe und Bau eines weiteren Umschlagterminals im Hafen Plochingen

Antr
s. Wasserstraße
Drs 15/4189

Regierungsbefragung

Hafenkonzept für die See- und Binnenhäfen und die Auswirkungen auf BW

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4973-4976

Gütertransport in der Binnenschifffahrt

Entwicklung und Förderung des Gütertransports auf den Binnenwasserstraßen in BW, insbes Maßnahmen in Häfen zur stärkeren Einbindung des Binnenschiffs in die Transportkette sowie zur Verbesserung der Wasserstraßeninfrastruktur

Antr
s. Schifffahrt
Drs 15/4771

Potenzial der Binnenschifffahrt am Oberrhein

Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschifffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr
s. Schifffahrt

Drs 15/5110

Entwicklungsperspektiven der Häfen Heilbronn und Stuttgart, Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen für Lastschiffe mit einer Länge von 135 Metern

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 762-768

Hafenkonzert

s. Musikveranstaltung

Haft

s.a. Freiheitsstrafe
s.a. Haftraum
s.a. Strafvollzug

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Grünbuch der Kommission: Stärkung des gegenseitigen Vertrauens im europäischen Rechtsraum - Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/396

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1116 betr. Abschiebung aus der Haft

Petitionen
s. Ausweisung
Drs 15/2031

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Strafhaft in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafenschuldner

KlAnfr Jürgen Filius GRÜNE 02.11.2012 und Antw JM Drs 15/2587

Gefängnisneubau

Konkretisierung des Begriffs „heimatnahe Unterbringung“; gerichtliche Entscheidungen zu zumutbaren Anfahrtswegen oder zur Anfahrtsdauer für Angehörige der Strafgefangenen; Anwendbarkeit des Grundsatzes der heimatnahen Unterbringung bei zentralisierten Sonderhaftanstalten; Gültigkeit des Grundsatzes für die Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalten Rotenburg, Rottweil und Waldshut-Tiengen

KlAnfr
s. Justizvollzugsanstalt
Drs 15/3252

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3368 betr. Strafaussetzung zur Bewährung

BeschlEmpf und Bericht PetA 10.04.2014 Drs 15/4976 Nr. 2 S. 2 3
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5790
Mittlg LReg 22.05.2014 Drs 15/5242

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 9 - Haftplatzbedarf sowie Einrichtungen des offenen Vollzugs und des Freigangs (Kap 0508)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7009
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7509
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 09.06.2016 Drs 16/88
 BeschlEmpf und Bericht FinA 08.12.2016 Drs 16/1141
 PIPr 16/22 21.12.2016 S. 1102

Haftvermeidung durch das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ und durch die elektronische Fußfessel

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 950 952

Haftvermeidung durch die elektronische Fußfessel und das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“; Fortführung des Haftplatzentwicklungskonzepts

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1294 1296 1297 1299 1300

Haftbedingungen

Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme, medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr
s. Strafgefangener
 Drs 15/5694

Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen, bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information des Ministers

Antr
s. Strafgefangener
 Drs 15/5876

Medizinische und psychiatrische Versorgung von Strafgefangenen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Statistiken zu Angriffen auf Justizvollzugsbeamte in Justizvollzugsanstalten durch Strafgefangene und Anteil der psychisch Kranken; Todesfälle bei Strafgefangenen; Situation und Kosten der medizinischen und psychiatrischen Versorgung von Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten, insbes Anteil psychiatrisch Erkrankter; Zahlen und Genehmigungspraxis für Einzelhaft

Antr
s. Strafgefangener
 Drs 15/5986

Entlassung des Justizministers Rainer Stickelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichen-

der vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
s. Justizminister
 Drs 15/6170

Vorzeitige Zurrücksetzung des Ministerialdirigenten F.

Angaben zur Datierung folgender Ereignisse: Beantragung des (Rest-)Urlaubs für das Jahr 2014 durch den Abteilungsleiter des Justizministeriums, Unterrichtung des Abteilungsleiters über seine Versetzung in den Ruhestand, Gesprächsaustausch des Abteilungsleiters mit dem Justizminister über Einzelhaft und Justizaufsicht

KIAnfr
s. Versetzung in den Ruhestand
 Drs 15/6201

Bearbeitung einer SWR-Medienanfrage im Justizministerium

Sachstand zu den genauen Umständen des Eingangs und der Beantwortung einer Medienanfrage des SWR zum zweiten Fall einer rechtswidrigen Einzelhaft in BW sowie der Ermittlung und Aufklärung dieses Falls

KIAnfr
s. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung
 Drs 15/6204

Nachschau des Justizministeriums bezüglich weiterer Fälle rechtswidriger Einzelhaft in Justizvollzugsanstalten

Überprüfung der Haftsituation der in Einzelhaft untergebrachten Strafgefangenen; Auskunft über die von Seiten des Justizministeriums geforderten Bearbeitungsfristen; Datum der Anordnung einer sofortigen Berichtspflicht durch den Justizminister; Zeitpunkt des Vorliegens der Berichte; Datum der Unterrichtung von Personen innerhalb des Justizministeriums über die Ergebnisse der Nachschau; Veranlassung einer weiteren Nachschau; Weisungen des Justizministeriums im zeitlichen Zusammenhang mit der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014

KIAnfr
s. Dienstaufsicht
 Drs 15/6205

Handlungsfähigkeit des Justizministers

Anlass, Absender und Adressaten der E-Mail vom 10. September 2014; Kenntnis des Justizministers von dem im September 2014 durch den zuständigen Territorialreferenten geforderten ergänzenden Bericht zur Dauer und zur Genehmigung der Einzelhaft; Einholung von Informationen über das Ergebnis der anlassbezogenen Nachschau durch den Justizminister; Einfluss der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014 auf die Entscheidung des Ministers, eine zusätzliche Überprüfung der Einzelhaftfälle einzurichten; Versetzung des Leiters der Justizvollzugsabteilung in den Ruhestand

KIAnfr
s. Dienstaufsicht
 Drs 15/6355

Kommunikation zwischen dem Justizministerium und der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zur Kommunikation des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Einzelhäftlings in Bruchsal mit der Leitung der JVA Bruchsal sowie zur Reaktion des Justizministeriums als Aufsichtsbehörde

Antr
s. Strafgefangener
 Drs 15/6768

Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal vom 8. April 2015 und Drogen im Justizvollzug

Hintergründe zum Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Drogenprobleme des Verstorbenen, Durchführung von Zellenkontrollen, Umgang des Justizministeriums mit Überlastungsanzeigen von Sanitätsbediensteten der JVA Bruchsal

KlAnfr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6855

Weiterer ungeklärter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Sachstand zum ungeklärten Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, psychische und physische Konstitution des Verstorbenen, Kenntnis des Justizministeriums von eventuell psychischen Auffälligkeiten und konkreten Haftumständen des Strafgefangenen vor dem Todeseintritt

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6869

Haftbefehl

s.a. *Festnahme*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4572

Haftkrankenhaus

s. *Justizvollzugskrankenhaus*

Haftpflicht

s. *Haftung*

Haftpflichtversicherung

s.a. *Berufshaftpflichtversicherung*

Haftpflichtfälle von Asylbewerbern

Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Asylbewerber im Anerkennungsverfahren

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4899

Kurzzeitpflege stärken

Pflege von Kindern in Pflegefamilien; Zahl der Angebote für Kurz- und Langzeitpflege seit 2005; Vergütung und Anrechnung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung und sonstigen Sozialversicherung; Ungleichbehandlung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern; Unterstützung einer rechtlichen Gleichstellung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern in der Sozial- und Rentenversicherung und der Haftpflichtversicherung

Antr
s. *Pflegefamilie*
Drs 15/7623

Haftraum

s.a. *Strafgefangener*

Containerzellen bei S 21-Protesten

Aufstellung von Containerzellen auf dem Cannstatter Wasen bei einer Zunahme der Proteste gegen Stuttgart 21 zur Festsetzung von gewaltbereiten Projektgegnern

MdlAnfr 3) Nicole Razavi CDU 04.11.2011 Drs 15/791
PlPr 15/18 10.11.2011 S. 818 819

Haftstrafe

s. *Freiheitsstrafe*

Haftung

s.a. *Entschädigung*
s.a. *Regress*

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Hebammenversorgung in BW

Entwicklung der Zahlen, der Haftungs- und Einkommenssituation, der Art und des Umfangs der Tätigkeiten von angestellten und freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfern seit 2002; Entwicklung der Nachfrage von Schwangeren nach Hebammenleistungen sowie der Zahl von Ausbildungsplätzen und Absolventen im selben Zeitraum; Möglichkeiten zur Reduzierung der hohen Versicherungsprämien; Initiierung einer Studie zur Vergütungs- und Versorgungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/1168

Öffentliche WLAN-Hotspots in BW

Betrieb von öffentlichen WLAN-Hotspots in BW; Statistiken zu gewerblichen und kommunalen Hotspot-Angeboten; Verbesserungsmöglichkeiten der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Begrenzung des Haftungsrisikos

Antr
s. *Internet*
Drs 15/3419

Gebäudeschaden durch Erdhebungen in Böblingen

Ausmaß der Gebäudeschäden und Probleme der betroffenen Gebäudeeigentümer; Soforthilfe für die Hauseigentümer von Seiten der Stadt und des LKreises Böblingen sowie des Landes; Unter-

stützung der Gebäudeeigentümer bei den Haftungsfragen; Geltendmachung von Ansprüchen aus der verschuldensunabhängigen Haftung der Bohrfirmen gegenüber den Haftpflichtversicherern; Ermittlung der Ursachen für die Erdhebungen

KlAnfr
s. *Bauschaden*
Drs 15/4265

Haftpflichtfälle von Asylbewerbern

Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Asylbewerber im Anerkennungsverfahren

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4899

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr
s. *Wohngemeinschaft*
Drs 15/5072

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten der Windenergiebranche

Nachrangdarlehen für Windkraftanlagen des EnBW-Tochterunternehmens Wind Onshor I als Geldanlage; Rechte, Pflichten und Risiken für den Darlehensgeber; Haftung der EnBW AG sowie des Landes BW bei einer Insolvenz des EnBW-Tochterunternehmens

KlAnfr
s. *Kapital*
Drs 15/5971

Brandschutzaufgaben zur Weihnachts- und Adventszeit in Schulen

Auflagen bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen in Klassenzimmern, Fluren, Treppenhäusern und auf Rettungswegen; Erteilung von Handlungsanweisungen an die unteren Verwaltungsbehörden für das Aufstellen von Weihnachtsbäumen in öffentlichen Gebäuden; Haftung im Schadensfall

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/6197

Praktikable Änderungen und Klarstellungen beim Mindestlohngesetz (MiLoG)

Hinwirkung auf Änderungen beim Mindestlohngesetz über den Bundesrat, insbes bei Dokumentationspflicht, Jahresarbeitszeitkontenregelung, Jahresbetrachtung des Lohns, Umfang der Haftung für Werk-/Dienstverträge, Wiederholungen studienbegleitender Praktika im selben Unternehmen

Antr
s. *Mindestlohngesetz*
Drs 15/6659

Kurzzeitpflege stärken

Pflege von Kindern in Pflegefamilien; Zahl der Angebote für Kurz- und Langzeitpflege seit 2005; Vergütung und Anrechnung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung und sonstigen Sozialversicherung; Ungleichbehandlung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern; Unterstützung einer rechtlichen Gleichstellung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern in der Sozial- und Rentenversicherung und der Haftpflichtversicherung

Antr
s. *Pflegefamilie*
Drs 15/7623

Verzicht auf die Agrotechnik wegen der Haftungsfrage

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1716

Haftung für fehlerhafte Produkte

s. Produkthaftung

Hagel

Hagelprävention durch Einsatz von Hagelfliegern

Höhe von Hagelschäden und betroffene Regionen in BW; Einsatz, Finanzierung und Nutzen des Einsatzes von Hagelfliegern in der Hagelprävention in den LKreisen; Aufbau, Unterstützung und Förderung der Hagelabwehr in besonders hagelträchtigen Regionen

Antr Claus Paal u.a. CDU und Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 13.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4029 BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 28-30
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Diskussion über die Einschränkung der Verwendung von Hagelschutznetzen

Sachstand zu Genehmigungsvorbehalten oder naturschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Untersagung von Hagelschutznetzen für landwirtschaftliche Sonderkulturen innerhalb bzw außerhalb von Landschafts- oder Naturschutzgebieten, insbes mögliches Vorgehen des Landratsamts Bodenseekreis gegen den Einsatz von Hagelschutznetzen rund um das Landschaftsschutzgebiet Tettlinger Wald

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 15.09.2015 und Antw MLR Drs 15/7373

Hagelschaden

s. Unwetterschaden

Hagnau am Bodensee

Straßenplanungskapazität im Bodenseekreis

Sachstand zur Kapazität bei Straßenbauplanungen im Bodenseekreis, insbes Planungsaufwand und Planungsstand bei den Ortsumfahrungen Bermatingen, Salem-Neufrach und Hagnau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6804

Hahn, Martin MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614

Halder, Wilhelm MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243

Hallenbad

s. Schwimmbad

Haller-Haid, Rita MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959

Haltepunkt

s. Haltestelle

Haltestelle

s.a. Bahnhof
s.a. Öffentlicher Personennahverkehr
s.a. Omnibusverkehr

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5384 betr. Beschwerde über eine Bushaltestelle
BeschlEmpf und Bericht PetA 28.06.2012 Drs 15/1849 Nr. 2 S. 2 3
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
Mittlg LReg 29.08.2012 Drs 15/2274

Verkehrssicherheit und Maßnahmen an der Kreuzung L 1040/K 2500 Kirchberg/Jagst-Herbolzhausen

Beurteilung der Verkehrssituation an der o.g. Kreuzung und der Unfallentwicklung in den letzten fünf Jahren sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen; Höhe der Kosten und Realisierungschancen von Bau und Unterhalt einer vorschriftsgemäßen Bushaltestelle, eines Kreisverkehrs sowie einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung

KlAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 15/2269

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/2795

Schienenpersonennahverkehr Rheintalbahnhof Freiburg-Basel

Planungen und Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr auf der Rheintalbahn; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen

KlAnfr
s. Bahnstrecke
Drs 15/3292

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnhofsmodernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen; Kostenverteilung auf die einzelnen Projektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu Bahnhofsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr
s. Bahnhof
Drs 15/3771

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelsheim und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4473

Öffentlicher Nahverkehr für Menschen mit Behinderung im ländlichen Raum

Förderung barrierefreier Überlandbusse und Haltestellen im ländlichen Raum, insbes zielgerichtete Förderung von Bussen mit Lift

Antr
s. Barrierefreiheit
Drs 15/4474

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2426 betr. Beschwerde über eine Bushaltestelle

BeschlEmpf und Bericht PetA 26.02.2014 Drs 15/4743 Nr. 2 S. 5 6
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
Mittlg LReg 23.04.2014 Drs 15/5123

Barrierefreie Erreichbarkeit der interkommunalen Gartenschau im Remstal 2019

Stand der Barrierefreiheit der Haltepunkte und Bahnhöfe der Remsbahn und des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich der geplanten interkommunalen Gartenschau; Investitionsaufwand für die zur Erreichung der Barrierefreiheit erforderlichen Anpassungen; Verfügbarkeit der bestehenden Einrichtungen zur Barrierefreiheit; finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV bis zum Jahr 2019

Antr
s. Remstalbahn
Drs 15/5289

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Stand der Planungen für die Sanierung der Seehas-Haltestellen; Kostenentwicklung und Aufteilung der Kosten unter den Beteiligten; Zeitplanung der Deutschen Bahn; Unterstützung der

Kommunen bei der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung der Haltestellen

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 18.06.2014 und Antw MVI Drs 15/5346

Vergabeverfahren Zweite Ausbaustufe S-Bahn Rhein-Neckar
Planungs- und Umsetzungsstand für die Lose 1 und 2; Terminverschiebung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan; Folgen geänderter Ausschreibungsbedingungen für bereits geplante S-Bahnhalte; Unterstützung betroffener Kommunen; erwartete Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr nach der Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/5452

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Fernbusse ermöglichen mehr Mobilität

Fernbus-Unternehmen sowie Fernbus-Linien in BW; Genehmigungspraxis für Fernbus-Verbindungen; Einrichtung eigener Haltestellen für Fernbus-Verbindungen; Fördermittel aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Kapazitäten des geplanten Fernbus-Bahnhofs am Flughafen Stuttgart

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/6079

Schienepersonennahverkehr (SPNV) - Ausschreibung Netz 4 a - Expresszugangebot

Vorgaben der Ausschreibung; Auskunft über das geplante Expresszugangebot; Beibehaltung der Haltestellen in Bad Krozingen und Heitersheim

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6315

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienepersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/6335

Verschlechterung des Fahrplanangebots für Fornsbach und Fichtenberg durch das neue Fahrplankonzept

Bedeutung der Bahnhaltepunkte Fornsbach und Fichtenberg auf der Murraltalbahn und Erhalt des Fahrplanangebots bei den Neuausschreibungen

MdlAnfr

s. *Fahrplan*
Drs 15/6342

Haltestellen des Regionalexpress (RE) auf der Rheintalbahn
Sachstand zu Planungen für Haltestellen des Regionalexpress auf der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/7044

Schienepersonennah- und -fernverkehr in Ostwürttemberg
Verbesserungen im Ausschreibungsnetz 1b (Remseck-Fils); Ausgestaltung des Fahrplans und voraussichtliche Inbetriebnahme des Streckennetzes; künftige Anbindung der Region Ostwürttemberg an den neuen Filderbahnhof; Schaffung neuer Haltepunkte; Realisierungschancen einer neuen IC-Strecke zwischen dem Großraum Stuttgart und Ingolstadt-Augsburg

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7595

Bahnhalt in Merklingen - Sachstandsabfrage

Sachstand zu Planungen und Kosten für einen Bahnhalt in Merklingen und dessen Rückwirkungen auf den übrigen Bahnverkehr

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 02.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7644

Halt der Interregio-Express (IRE)-Verbindungen in Nürtingen
Ausschreibung der IRE-Verbindung zwischen Tübingen und Stuttgart; Art der künftig eingesetzten Eisenbahnwagen; Begrenzung der Stehplatzquote; IRE-Halt in Nürtingen

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7839

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7864

Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

Sachstand zu Förderbedingungen und Mittelverteilung iRd Sonderprogramms „Barrierefreiheit“ zur Förderung des barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 05.02.2016 und Stellungnahme MVI Drs 15/8045 (13 S.)

Länge der Bahnsteige auf der Neckar-Alb-Bahn

Bahnsteiglänge entlang der Neckar-Alb-Bahn für Haltestellen des ab 2019 verkehrenden Metropoli-Express; Ausbaulänge des Bahnsteigs am Bahnhof Bempflingen

MdlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/8025

Vermeiden negativer Rückwirkungen auf die Südbahn durch den Bahnhalt in Merklingen

Sachstand zur Lösung der betrieblichen Probleme auf der Südbahn nördlich von Ulm durch Einrichtung eines Bahnhalts in Merklingen

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/8086

Haltungen, Ortsteil

s. *Weil am Rhein*

Hamburg

Eröffnung der Magnetresonanztomographie (MRT)-Praxis MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg

Sachstand zu Hintergründen und Zielsetzungen der Eröffnung der Tochtergesellschaft der Universität Heidelberg MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg

KlAnfr
s. *Computertomografie*
Drs 15/7396

Verweisung auf die Volksabstimmung gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule in Hamburg

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 830 831

Handel

s.a. *Buchhandel*
s.a. *Elektronischer Handel*
s.a. *Fairer Handel*

Gelangensbestätigung

Darlegung der Bürokratiepflichten und Existenzrisiken für mittelständische Unternehmer sowie Speditions- und Logistikbetriebe durch die 2012 eingeführte Gelangensbestätigung für den innergemeinschaftlichen Handel zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug; Anweisungen des Bundesfinanzministers zur Umsetzung des Instruments und Erfahrungen der nachgeordneten Finanzbehörden; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des freien Binnenmarkts; Änderungsvorschläge gegenüber dem BMF oder im Bundesrat

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/2085

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4615

Handelsabkommen

s.a. *Freihandelszone*

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Haltung zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA; verbesserter Zugang zum US-Markt für baden-württembergische Unternehmen infolge einer Aufhebung der Zölle; profitierende Branchen; Direktinvestitionen aus den USA sowie aus Drittstaaten in BW; Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in BW; Chancen und Risiken einer Liberalisierung des Handels für den Bereich der Landwirtschaft; Erhaltung bestehender Standards; Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3197
BeschlEmpf und Bericht EuA 26.09.2013 Drs 15/4191 S. 53
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Wettbewerbschancen nutzen statt Klientelpolitik zu fordern - kein Handelskrieg mit China!

Aktuelle Debatte
s. *Wettbewerb*
PIPr 15/72 S. 4301

Marktzugang für baden-württembergische Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz

Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungsunternehmen aus BW in der Schweiz; Anmeldung von Selbstständigen, Kautionspflichten und Kontrollen durch die Verwaltung; Zugang von Taxiunternehmen aus BW am Flughafen Zürich; Vorteile eines Rahmenabkommens der EU mit der Schweiz zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln; Interessenvertretung des Landes BW; Förderung des Abschlusses eines Rahmenabkommens; Ziel eines Agrarfreihandelsabkommens

Antr
s. *Dienstleistungswirtschaft*
Drs 15/4235

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*
Drs 15/4509

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelserleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4681

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW
Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr
s. *CETA-Abkommen*
Drs 15/6292

Haltung der LReg zur geplanten Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Sachstand zur Haltung der LReg zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen, insbes Stellenwert des Eckpunktapiers „Positionierung zu TTIP“ als Kriterienkatalog für eine mögliche Zustimmung im Bundesrat, Unterstützung der Verhandlungen auf der Bundes- und EU-Ebene, Ausgestaltung der Informationspolitik, Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Zusammensetzung des künftigen TTIP-Beirats

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*
Drs 15/6709

Handelsbeschränkung

s. *Außenhandelsbeschränkung*

Handelsboykott

s. *Wirtschaftssanktion*

Handelsembargo

s. *Wirtschaftssanktion*

Handelshemmnis

s. *Außenhandelsbeschränkung*

Handelsmesse

s. *Messe (Ausstellung)*

Handelsregister

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/73

Handelsrestriktion

s. *Außenhandelsbeschränkung*

Handelssanktion

s. *Wirtschaftssanktion*

Handelsübereinkommen

s. *Handelsabkommen*

Handwerk

s.a. *Meister*

EU lässt Orgelpfeifen zittern!

Bedeutung des Orgelbauhandwerks in BW, Zahl der Betriebe und Mitarbeiter; Relevanz und Auswirkungen einer EU-Richtlinie mit dem Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten, Hinwirkung auf eine Herausnahme des Verbots der Verarbeitung von Blei beim Orgelpfeifenbau aus der Richtlinie

Antr
s. *Musikinstrument*
Drs 15/1503

Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen

Beurteilung der Einschränkung o.g. Absetzbarkeit auf Rechnungsbeträge ab 300 Euro und der Auswirkungen dieser Pläne auf die Auftragslage im Handwerk

KIAnfr
s. *Steuerentlastung*
Drs 15/1664

Nachwuchs im Handwerk sichern

Entwicklung der Differenz zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage im Handwerk seit 2002; Erwartung eines Rückgangs der Anforderungen mit der sinkenden Zahl von Bewerbern; Entwicklung der Zahlen von Absolventen differenziert nach Schularten, die ein Studium, eine duale Ausbildung und im Anschluss eine Weiterbildung zum Meister oder Techniker einschlagen in den letzten zehn Jahren; verstärkte Werbung für die Möglichkeit einer dualen Ausbildung parallel zur Erlangung der Fachhochschulreife

Antr CDU 21.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1897 (10 S.)
PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3354-3361

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Neugründung von Betrieben sowie die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes, insbes Statistiken zur handwerklichen Qualifikation der Neugründer, zum Betriebserfolg sowie zur Anzahl der Gewährleistungsansprüche im Schadensfall; Qualitätskriterien und Standards für Fliesenlegerbetriebe

Antr Paul Locherer u.a. CDU 13.03.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3229
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 25
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Meisterkurse an beruflichen Schulen in BW

Anzahl der Schulen mit Meisterkursen für Handwerksmeister oder Industriemeister; im Kursangebot vertretene Berufe; Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Zahl der Absolventen (Meisterprüfung); Kursgebühren für Meisterkurse an öffentlichen berufsbildenden Schulen; Gesamtzahl der an öffentlichen beruflichen Schulen für Meisterkurse eingesetzten Lehrkräfte, Anzahl der ausschließlich für Meisterkurse eingesetzten Lehrer; Meisterkurse der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3875

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg
Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Frauen im Handwerk in BW

Anteil der von Frauen geführten Handwerksbetriebe an der Gesamtzahl der baden-württembergischen Handwerksbetriebe; Zahl der Handwerksmeisterinnen nach Branchen; Anteil der in Handwerksbetrieben tätigen weiblichen Familienangehörigen, Art und Umfang von deren Tätigkeit; Qualifikations- und Fortbildungsangebote für Frauen im Handwerk und ihre Nutzung; Netzwerke für Frauen im Handwerk

Antr
s. *Frau*
Drs 15/3994

Duale Ausbildung stärken - Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!

Erhalt des Meisterbriefs zur Stärkung der dualen Ausbildung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen sowie der Zahl der Ausbildungsplätze in BW, Deutschland und Europa; Qualifikationsnachweise von Leitern bestehender und neu gegründeter Handwerksbetriebe in BW und Deutschland; umfassende Evaluation der Novelle der Handwerksordnung von 2004

Antr
s. *Meister*
Drs 15/4687

Bürokratie abbauen und Liquidität von Handwerk und Mittelstand verbessern - Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben rückgängig machen

Rücknahme der im Jahr 2005 erfolgten Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge; Befürwortung dieses Anliegens im Bundesrat

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/5129

Situation der Handwerksbäckereien in BW

Entwicklung im Backgewerbe in BW, insbes Anzahl und Marktanteile der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Großbäckereien, Anzahl der Backstationen in Discountern und der Verkaufsstände von Großhandelsbäckereien im Lebensmitteleinzelhandel, Markt der Tiefkühl-Backwaren; Situation der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Fördermöglichkeiten, insbes bei Getreidepreisen und Energiekosten

Antr

s. *Backgewerbe*
Drs 15/5151

Verdrängung des regionalen mittelständischen Handwerks - die grün-roten Pläne zur Änderung der Gemeindeordnung

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6029-6040

Entlastung von Kleinbetrieben beim Bildungsfreistellungsgesetz
Umfang der Mehrbelastungen für die Betriebe durch das geplante Bildungsfreistellungsgesetz; Erkenntnisse aus der von TNS Infratest Sozialforschung erstellten Studie „Weiterbildung in BW 2012“; ablehnende Haltung der Handwerksbetriebe aus Furcht vor einer überproportionalen Mehrbelastung; Schaffung von Ausnahmeregelungen für Betriebe bis zu einer bestimmten Größenordnung

KlAnfr
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/5509

Fachklassen für das Handwerk im Kreis Calw erhalten

Situation der Fachklassen der Berufsschulen im LKreis Calw und außerhalb, insbes Angebot an Berufsbildern im Handwerk, „Bonus“ für Klassengrößen im ländlichen Raum, Beschulung im Ausbildungsberuf Zerspannungsmechaniker

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5788

Bewertung des baden-württembergischen Landestariftrüeu- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5817

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftsweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/5844

Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen

Festsetzung eines Mindestbetrags von 300 Euro für die Absetzbarkeit von Rechnungen über haushaltsnahe Dienst- bzw Handwerkerleistungen; mögliche Auswirkungen auf die Auftragslage im Handwerk; Einfluss des Steuerrechts auf den Rückgang der Schwarzarbeit

KlAnfr

s. Abzugsfähige Ausgaben
Drs 15/6213

Gut für Klima, Haus und Handwerk: Baden-Württemberg macht Dampf bei der Energieeffizienz!

Aktuelle Debatte
s. Energieeinsparung
PIPr 15/128 S. 7671

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen erhalten

Kritische Hinterfragung der Evaluierung der Berufszugangsregelungen durch die EU-Kommission; Herausstellen der positiven Aspekte deutscher Berufszugangsregelungen; Ergreifung von Maßnahmen zum Erhalt der hohen Qualitätsstandards bei den Freien Berufen und dem Handwerk

Antr
s. Berufsrecht
Drs 15/7167

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in BW erhalten

Mitgestaltung der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission bei den Berufszugangsregelungen, insbes Erhalt der Reglementierung und der Qualitätsstandards in Freien Berufen und im Handwerk als autonome Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten, Beibehaltung der Selbstverwaltung und des Systems der Kammern, Weiterentwicklung des Systems der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe

Antr
s. Berufsrecht
Drs 15/7176

Mindestlohn in Handwerk und Mittelstand: Was von der guten Absicht in der Praxis ankommt

Aktuelle Debatte
s. Mindestlohn
PIPr 15/138 S. 8283

Akzeptanz von Mindestlöhnen beim Handwerk, Verbesserung der Wettbewerbschancen gegenüber der Billiglohnkonkurrenz

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 776 781 784

Bedeutung des Binnenmarkts und der Energiewende für das Handwerk; Aufstockung der Mittel für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423 1425 1426 1428 1430-1432

Handwerker

Steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen bei Einhaltung einer Lohnuntergrenze

Bindung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen an die Einhaltung einer Lohnuntergrenze, insbes Einbringung einer entsprechenden Gesetzesinitiative über den Bundesrat und Bestätigung der Einhaltung von Tariflöhnen bzw einer Lohnuntergrenze vom Unternehmer auf der Rechnung; derzeitige Rechtslage für gegenwärtige Lohnuntergrenzen; Rechtsgrundlagen der Finanzverwaltung für die Anerkennung der Absetzbarkeit

KlAnfr
s. Mindestlohn
Drs 15/3046

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Neugründung von Betrieben sowie die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes, insbes Statistiken zur handwerklichen Qualifikation der Neugründer, zum Betriebserfolg sowie zur Anzahl der Gewährleistungsansprüche im Schadensfall; Qualitätskriterien und Standards für Fliesenlegerbetriebe

Antr
s. Handwerk
Drs 15/3229

Pläne der Europäischen Kommission zu den sogenannten reglementierten Berufen

Auswirkungen der Pläne der Europäischen Kommission zum erleichterten Zugang zu sogenannten reglementierten Berufen, insbes auf die duale Ausbildung, das Handwerk und andere reglementierte Berufe wie Ärzte und Apotheker

Antr
s. Berufsfreiheit
Drs 15/4833

Handwerksbetrieb

s. Handwerk

Handwerksmeister

s. Meister

Handwerksordnung

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Neugründung von Betrieben sowie die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes, insbes Statistiken zur handwerklichen Qualifikation der Neugründer, zum Betriebserfolg sowie zur Anzahl der Gewährleistungsansprüche im Schadensfall; Qualitätskriterien und Standards für Fliesenlegerbetriebe

Antr
s. Handwerk
Drs 15/3229

Duale Ausbildung stärken - Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!

Erhalt des Meisterbriefs zur Stärkung der dualen Ausbildung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen sowie der Zahl der Ausbildungsplätze in BW, Deutschland und Europa; Qualifikationsnachweise von Leitern bestehender und neu gegründeter Handwerksbetriebe in BW und Deutschland; umfassende Evaluation der Novelle der Handwerksordnung von 2004

Antr
s. Meister
Drs 15/4687

HandwO

s. Handwerksordnung

Hardheim

Informationen zur Veranstaltungsreihe/Untersuchung, die der Diskussionsrunde „Das Leben in Hardheim heute und morgen“ zugrunde liegt

Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierung der Studie; Methode und Zweck der Untersuchung; Zahl der bereits durchgeführten Veranstaltungen; Verfolgung der Veranstaltungen durch Mitglieder der LReg; Auswahl der Veranstaltungsteilnehmer; Unterrichtung der Teilnehmer über den Zweck der Veranstaltung, über deren Aufzeichnung und die künftige Verwendung der gewonnenen Daten; Gründe für den Ausschluss von Journalisten

KlAnfr
s. Studie
Drs 15/6241

Flüchtlingsunterbringung in Hardheim, Neckar-Odenwald-Kreis

Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung in der bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Hardheim, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Verteilungskriterien für Erstaufnahmeeinrichtungen, Erhöhung der Polizeipräsenz

KlAnfr
s. Flüchtlingsunterbringung
Drs 15/7423

Hardware

Energieeinsparung in den EDV-Anwendungen der Landesverwaltung

Potentiale und Maßnahmen zur Energieeinsparung in den IT-Geräten und -Anwendungen der Landesverwaltung, insbes durch Einsatz von Thin Clients und Server based Computing, standardisierte Voreinstellung klimaneutraler Suchmaschinen, Konsolidierung und Virtualisierung landeseigener Server, Nutzung der Abwärme landeseigener Server; Entwicklung des Stromverbrauchs der Landesverwaltung und des IT-Anteils

Antr
s. Energieeinsparung
Drs 15/3386

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr
s. Software
Drs 15/7987

Hare-Niemeyer-Verfahren

s. Sitzverteilung

Hartz IV

s. Grundsicherung

Haslach

B 33 - Umfahrung der Stadt Haslach im Kinzigtal

Auswirkungen des jüngsten Votums des Gemeinderats der Stadt Haslach für eine Tunnellösung auf die laufenden, mit dem Hochwasserschutz kombinierten Planungen und auf die Kosten

KlAnfr
s. Bundesstraße 33
Drs 15/1595

Hasskriminalität

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. Flüchtlingspolitik
Drs 15/7421

Haupt- und Landgestüt Marbach

s. Pferdezucht

Hauptbahnhof

s. Bahnhof

Hauptschulabschluss

s. Schulabschluss

Hauptschule

s.a. Grund- und Hauptschullehrer

Zukunft der Werkrealschule

Vorgaben und Konsequenzen der geplanten Konzeptionsänderungen für Schulen und Schulträger mit einer vorhandenen bzw beantragten Werkrealschule, Gestaltung der Wege zum Hauptschul- und Werkrealschulabschluss; Festhalten an der vorgesehenen Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfachschulen für Klasse 10 und an den Wahlpflichtfächern für Klassen 8 und 9; Öffnung der Kooperation mit den Berufsfachschulen für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen

Antr
s. Werkrealschule
Drs 15/205

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Die Realschule in BW - im Schatten von Hauptschule und Gymnasium

Mittlg LReg
s. Realschule
Drs 15/455

*Regierungsbefragung**Zukunft der Hauptschulen und der Werkrealschulen*

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 577-580

Lehrerstellen sparen durch Pädagogische Assistenten?

Gegenfinanzierung der Pädagogischen Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen in Form von Anteilen an Lehrerdeputaten, entsprechendes Vorgehen beim Auslaufen der Verträge der an Grundschulen beschäftigten Assistenten?

MdlAnfr

s. *Schulassistent*

Drs 15/791

Anpassung der Deutschprüfung im Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ) an die Hauptschulprüfung

Anpassung der höheren Anforderungen der BVJ-Zusatzprüfung an die der Hauptschulprüfung im Fach Deutsch

KlAnfr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 15/839

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkreal- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10

GesEntw

s. *Schulrecht*

Drs 15/941

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung des Schulversuchs „Kooperation Hauptschule - Realschule“; Ausbau des bilingualen Lehrens und Lernens an den Realschulen

GrAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/1030

Droht den Haupt- und Werkrealschulen der Kahlschlag?

Entwicklung der Übergangszahlen auf die Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zum Vorjahr; Organisation der Klassenbildung, des Unterrichts und der Lehrerversorgung an Standorten mit weniger als 16 Anmeldungen; Beurteilung der Situation in Gemeinden, die zuvor erhebliche Modernisierungs- und Ausbauinvestitionen in ihre Schulen getätigt haben; Frage nach der künftigen Nutzung von leerstehenden Gebäuden sowie nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung für den Rückbau der Schulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.04.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1565

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 17-21

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1599

Rückerstattung von Schulbaufördermitteln

Umfang der Gewährung und evtl Rückforderung o.g. Mittel seit 2002; Auslösung von Schulschließungen, insbes von Haupt- und Werkrealschulen, durch den Rückgang der Schülerzahlen infolge der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Vermeidung einer drohenden Rückerstattung gewählter Fördermittel durch Umwandlung einer Schule in eine Gemeinschaftsschule? Umfang der Interessenbekundung von Schulträgern für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule aus diesem Grunde

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 15/1651

Auflösung kleiner Haupt- bzw Werkrealschulen im Land

Notwendige Zusammenlegungen der Klassen fünf und sechs oder von Schulstandorten im kommenden Schuljahr infolge der demografischen Entwicklung und Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Darlegung der betroffenen Standorte und Schulträger, der Kriterien und Verantwortlichen für die zu treffenden Entscheidungen; Frage nach Perspektiven für die Schulen ohne fünfte Klasse

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1752

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKreiss Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen Anmeldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschul-/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/2003

Schulen im LKreiss Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2195

Keine Zentralisierung von Schulen

Gefährdung von Schulstandorten im Schwarzwald-Baar-Kreis, Anhörung der Betroffenen vor Ort zu den Schließungsabsichten; Bewertung der Qualität der kleinen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie des zusätzlichen Bedarfs an Schulsozialarbeit und Schülerbeförderungskosten bei zentralisierten Schulen

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2430

Pädagogische Assistenten im Wahlkreis Weinheim

Zahl und Aufgaben, Klassenstufen und zeitlicher Umfang der Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen; Organisation der Weiterbeschäftigung mit zusätzlichen Stellen für die Grundschulen? Frage nach einer Verrechnung mit Lehrerstellen oder Kürzung des Ergänzungsbereichs

KlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2585

Pädagogische Assistenten

Frage des dauerhaften Einsatzes von Schulassistenten an Grundschulen sowie an Haupt- und Werkrealschulen

MdlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2649

Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Planungen und Statistiken zum Wegfall der Haupt-/Werkrealschulen und den dadurch frei werdenden Lehrkräften, hier insbes Altersstruktur, Pensionierungszahlen und Stellenstreichungen; zukünftiger Einsatz und Umschulung von Haupt-/Werkrealschullehrkräften unter Berücksichtigung von fachlich-didaktischer Ausbildung und Laufbahnrecht; Verfahrensstand der Schulentwicklungspläne; Umfang, zukünftiger Einsatz und Besoldung von Lehrkräften mit Ausbildung für unterschiedliche Schultypen an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/2859

Perspektiven für Haupt- und Werkrealschullehrer

Zahlen und Prognosen zu Hauptschulanmeldungen im Rems-Murr-Kreis; Pläne zur Schließung bzw zum Umbau in Ganztagschulen für Haupt- und Werkrealschulen im Rems-Murr-Kreis sowie Maßnahmen für das Lehrpersonal; Entwicklung der Studienabschlüsse für das Hauptschullehramt

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 16.01.2013 und Antw KM Drs 15/2875

Zukunft von Hauptschulstandorten im Enzkreis

Schülerzahlen und Deputatzuweisungen der einzelnen Haupt- und Werkrealschulen im Enzkreis; Fortbestand der Haupt- und Werkrealschulstandorte, insbes Maulbronn

KlAnfr
s. *Enzkreis*
Drs 15/2936

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKkreis Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKkreis Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3179

Mensch, Natur und Kultur (MeNuK)

Stellenwert der musikalischen Bildung im Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur“ (MeNuK) an den Grundschulen,

insbes Fachqualifikation und Mangelsituation bei Musiklehrern sowie Entwicklung musikalischer Angebote im Ergänzungsbereich; Erfahrungen und Evaluationsergebnisse zum Musikunterricht und Fächerverbund MeNuK; Auflösung des Fächerverbands MeNuK an Grundschulen sowie des Fächerverbands „Musik-Sport-Gestalten“ (MSG) an den Haupt- und Werkrealschulen

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/3341

Schließung der Schulstandorte im Enzkreis - Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

Planung und mögliche Schließung von Schulstandorten bei Haupt- bzw Werkrealschulen im Enzkreis, insbes Schülerzahlen und Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3520

Zahl der Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten

Stellenzahlen zu Beschäftigung, Ausscheiden und Wiederbesetzung Pädagogischer Assistenten an Werkreal-, Haupt- und Grundschulen sowie entsprechende Gesamtstundenzahlen

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 15/3953

Regionale Schulentwicklung - Ein Blick über den Tellerrand

Bedeutung kleinerer weiterführender Schulen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs; Konsequenzen für ortsansässige Betriebe, die strukturelle Entwicklung der Kommunen sowie das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen am Wohnort bei Schließung dieser Schulstandorte; Alternativen zu Schulschließungen an den kleineren Standorten; Rückgang der Schülerzahlen kleinerer Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/4125

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 04.12.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4431 (15 S.)

Was geschieht mit den Absolventen einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Zahl der Hauptschul- bzw Werkrealschulabsolventen in den letzten zehn Jahren; Quote der Schulabbrecher, Anteil der unter 30-jährigen Menschen ohne Schulabschluss im Vergleich zu anderen Bundesländern; Erreichen eines höheren Schulabschlusses durch Absolventen der Haupt- und Werkrealschulen; Lehrstellenmarkt und Berufsaussichten für Schüler der

Sekundarstufe I; Benachteiligung von Haupt- und Werkrealschülern aufgrund des abnehmenden Ansehens der Schulart

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/4432

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?

Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemeinschaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Informationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webauftritt des Kultusministeriums

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5009

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung an den Schulen vor Ort

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung für Schüler, Lehrkräfte und Kommunen vor Ort, insbes Stärkung der Haupt- und Werkrealschulen, Auflistung schließungsgefährdeter Schulen, Steuerung des Prozesses der regionalen Schulentwicklung durch die LReg

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5097

Auswirkungen der Regionalen Schulentwicklung auf Haupt- und Werkrealschullehrkräfte

Versetzungen und berufliche Entwicklungsperspektiven für Lehrer an Haupt- oder Werkrealschulen; Ausbau berufsbegleitender Fortbildungsmöglichkeiten für Haupt- und Werkrealschullehrer

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5182

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem; Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr
s. *Schulreform*
Drs 15/5589

Realschulen lehnen vielfach Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ab - wie reagiert der Kultusminister?

Umgang mit der ablehnenden Haltung der Realschullehrer gegenüber der vom Kultusministerium geforderten Weiterentwicklung der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen; Verhinderung einer erneuten Dreigliedrigkeit des Schulsystems; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule durch Schüler mit einer Schulempfehlung für das Gymnasium oder die Realschule; Vorschriften für ein

Reformkonzept zur Weiterentwicklung der Realschule; Erwerb eines Hauptschulabschlusses an der Realschule; Gewährung zusätzlicher Deputate; Perspektive für die Realschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5644

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen, insbes Anmeldungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschulempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwandererkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 19.09.2014 und Antw KM Drs 15/5750
Ergänzende Antw KM 04.11.2014 Drs 15/6085

Realschulstandorte im Enzkreis

Zahl der Schulstandorte; Größe der einzelnen Realschulen; Gefährdung von Schulstandorten im Enzkreis durch die geplante Weiterentwicklung der Realschulen

KIAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/6477

Lehrkräfte an den Haupt-/Werkrealschulen bedürfen einer beruflichen Perspektive

Sachstand zum berufsbegleitenden Fortbildungsprogramm für Lehrer an Haupt-/Werkrealschulen, insbes beauftragte Fortbildungsanbieter und deren Ausstattung, bereitgestellte Hausmittel, Prüfungsordnung, Struktur der Lehrgänge, Aufstiegschancen für Teilnehmer

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/6480

Schluss mit der Heimlichtuerei der LReg um das Papier Gymnasium 2020! - Gerät nach der Hauptschule und der Realschule nun auch das Gymnasium ins grün-rote Visier?

Aktuelle Debatte
s. *Gymnasium*
PIPr 15/129 S. 7729

Beschreibung der Drucksituation für alle Beteiligten zur Vermeidung einer Hauptschulempfehlung an der Grundschule; Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel für die Hauptschulen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 292-301 330 333

Festhalten an der Hauptschule trotz weiter zurückgehender Anmeldezahlen, Erhaltung der Hauptschulpädagogik

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 340 341 343-346

Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Anmeldezahlen und Zukunft der Hauptschulen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498-500 503

Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Anmeldezahlen und Zukunft der Hauptschulen

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 824-830

Gefährdung von kleinen Hauptschulstandorten durch den Schülerrückgang, Überführung der Hauptschulen in die neuen Gemeinschaftsschulen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1765 1767 1768 1778

Hauptschullehrer

s. *Grund- und Hauptschullehrer*

Hauptwohnsitz

s. *Wohnsitz*

Haus Baden

s. *Baden*

Haus der Geschichte

Große Landesausstellung im Haus der Geschichte zum Ersten Weltkrieg

Gefährdung der o.g. Ausstellung und weiterer Ausstellungen aus Einspargründen; Vorlage von Ergebnissen der von der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur erbetenen Prüfung, ob eine Kürzung der Zuschüsse für die Großen Landesausstellungen möglich ist; Art und Auswirkungen einer Änderung der bisherigen Konzeption der Großen Landesausstellungen für die betroffenen Museen

Antr

s. *Ausstellung*

Drs 15/2491

Haus der Heimat

Rolle der Spätaussiedler, Umsiedler und Vertriebenen in BW

Entwicklung des Zuzugs und der Bedeutung o.g. Personengruppen seit 2001, Beurteilung der Integrationssituation und der Traditionspflege durch das neue Integrationsministerium, Bedeutung des Hauses der Heimat, Benennung eines Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr

s. *Aussiedler*

Drs 15/283

Haus der Wirtschaft

Mietpreisentwicklung im Haus der Wirtschaft seit Regierungswechsel

Vereinbarkeit des Anstiegs der Mietpreise mit dem Ziel der Förderung der Wirtschaft, insbes des Mittelstands; Darlegung der Auslastung der Räumlichkeiten differenziert nach Nutzern und Veranstaltungsformen sowie des Kostendeckungsgrads

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 22.06.2012 und Antw MFW Drs 15/1940

Attikafiguren des Hauses der Wirtschaft

Auslagerung der zwölf Attikafiguren in einen Steinbruch in Eppingen-Mühlbach; Erhaltungszustand der Statuen; Kosten der Zwischenlagerung; Restaurierung und Wiederaufstellung

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 08.05.2013 und Antw MFW Drs 15/3469

Hausarzt

s. *Allgemeinarzt*

Hausaufgaben

Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien

Entwicklung von Bedarf und Nachfrage sowie der Mittelbereitstellung für die o.g. Betreuung seit Einführung des G 8, Umfang des Engagements von älteren Schülern, Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln und Lehrerwochenstunden bei einer Einbindung in ein Ganztagskonzept, Ausweitung der Hausaufgabenbetreuung auf die Realschulen?

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1248

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 8

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2195

Ist die hohe Qualität der Sprachförderung im Kindergarten ausreichend gesichert?

Höhe der Mittelbereitstellung für die neu strukturierten Sprachförderprogramme; finanzielle Auswirkungen der Neustrukturierung auf die HSL-Richtlinie für die außerschulische Hausaufgaben-, Lern- und Sprachhilfe; Ermöglichung des gleichzeitigen Angebots des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ und der Fördermaßnahme „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“?

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/2210

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.04.2013 und Antw KM Drs 15/3381

Bewertung der Hausaufgabenbetreuung durch ehrenamtliche Jugendbegleiter

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1759 1763

Hausaufgabenbetreuung

s. *Hausaufgaben*

Hausbau

Holz aus BW

Bewertung und Förderung von Holz als Baustoff beim Hausbau in BW; Daten zur Herkunft und Verwendung von Holz im Haus-

bau; Einführung eines Gütesiegels „Holz aus BW“

Antr

s. Holz

Drs 15/2834

Hausen an der Würm, Ortsteil

s. Weil der Stadt

Hausfriedensbruch

Besetzung des Stuttgarter Rathauses durch Stuttgart 21-Gegner

Bewertung o.g. Besetzung am Abend des 10. November 2012

MdlAnfr 6) Winfried Mack CDU 12.11.2012 Drs 15/2649

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2967-2969

Haushalt 2009

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 2 - Haushaltsplan und Haushaltsvollzug für das Hj 2009

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/102

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/702

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Haushalt 2010

s. Haushalt 2010 und 2011

Haushalt 2010 und 2011

Gesetz über die Feststellung eines Vierten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für das Hj 2011

GesEntw LReg 15.07.2011 Drs 15/300

1. Beratung PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-389

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.07.2011 Drs 15/340 (21 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.07.2011 Drs 15/341

(dazu ÄAntr CDU N 1-N 4, ÄAntr GRÜNE und SPD N 5-N 11, N 20, ÄAntr FDP/DVP N 12-N 18,

ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP N 19 (modifizierte Fassung)) (97 S.)

ÄAntr CDU 26.07.2011 Drs 15/345 1-5

ÄAntr FDP/DVP 26.07.2011 Drs 15/347

2. und 3. Beratung PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430-449

GesBeschl 27.07.2011 Drs 15/481

GBI 2011 Nr. 13 S. 397-402 (Ges vom 27.07.2011)

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 3 - Haushaltsplan und Haushaltsvollzug für das Hj 2010

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1903 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2503

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Ankündigung von Investitionen und einer Absenkung des Nettokreditrahmens mit dem Vierten Nachtrag 2011, Verweisung auf eine mögliche Nullverschuldung für 2011 mit den Steuermehreinnahmen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 125 126 129-131 133 139 142

Haushalt 2012

s.a. Haushaltsbegleitgesetz 2012

Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von BW für das Hj 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 - StHG 2012)

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)

1. Beratung (Etatrede) PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039-1044 (s.a. Anlagen 1-12 S. 1084-1095)

1. Beratung (Aussprache) PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099-1143

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1), ÄAntr 12/5, ÄAntr StHG/1-StHG/6) (50 S.)

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1212-6 S. 11-13

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1216 1-2

2. Beratung PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1184-1251 (Epl 02, 03, 11, 15)

2. Beratung PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289-1370 (Epl 01, 05, 08, 09, 10, 13)

2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1459 (Epl 04, 06, 07, 12, 14, StHG)

Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 (47 S.)

Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1221 (16 S.)

EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 14.02.2012 Drs 15/1262-1 S. 1 2

EAntr CDU und FDP/DVP 14.02.2012 Drs 15/1262-2 S. 3

3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

GesBeschl 15.02.2012 Drs 15/1293 (16 S.)

GBI 2012 Nr. 2 S. 43-56 (Ges vom 15.02.2012)

Mittlg LReg 16.08.2012 Drs 15/2245

Beratungen über den Epl 01: Landtag

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1101 (dazu ÄAntr 01/1-01/3) (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 12/5 S. 38-40)

2. Beratung PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289-1292

Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 1-3

3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 02: Staatsministerium

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1-02/8) (30 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114 (dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202 1-2
 2. Beratung PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1184-1219
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 4 5
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 03: Innenministerium

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 03/1-03/4, Reste 03/1, ÄAntr 02/1) (31 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114 (dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1203
 2. Beratung PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1219-1234
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 6-8
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1, ÄAntr 04/1, 04/3-04/19, 04/21-04/33, EAntr 04/2, 04/20,
 ÄAntr Reste 04/1-Reste 04/4, EAntr Reste 04/5) (112 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114 (dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1204-1 S. 2 3
 EAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1204 2-3 S. 4 5
 ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1204-4 S. 6
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1204 5-12 S. 7-16
 ÄAntr GRÜNE 08.02.2012 Drs 15/1204-13 S. 17
 2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 9-15
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487
 Mittlg LReg 17.07.2012 Drs 15/2164
 Mittlg LReg 14.08.2012 Drs 15/2169

Beratungen über den Epl 05: Justizministerium

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 05/1-05/5, ÄAntr 02/1) (20 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114 (dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 2. Beratung PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1292-1301
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 16 17
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 06/1-06/2, ÄAntr 02/1) (19 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114 (dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 18 19
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1107 (dazu ÄAntr 07/1-07/2, 07/4-07/9, ÄAntr 07/3 (mod. Fassung) (26 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 20
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1, EAntr 08/1, 08/10, ÄAntr 08/2-08/9, 08/11-08/12) (44 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 08/03 S. 17 18 und ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114

(dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1117 (dazu ÄAntr 08/03 S. 5 6)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 EAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1208-1 S. 2 3
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1208 2-4 S. 4-8
 2. Beratung PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 21-23
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1, ÄAntr 09/1-09/30) (79 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114 (dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209 1-8
 2. Beratung PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 24-29
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109
(dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110
(dazu ÄAntr 10/1-10/6, ÄAntr 02/1) (28 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112
(dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113
(dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114
(dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115
(dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116
(dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1210 1-5 S. 2-11
 2. Beratung PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1330-1348
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 30 31
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 11: Rechnungshof

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1111
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112
(dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116
(dazu ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 2. Beratung PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1248-1251
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 32
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 12: Allgemeine Finanzverwaltung

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112
(dazu ÄAntr 08/03, ÄAntr 12/1-12/5, 12/7-12/16, EAntr 12/6) (45 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116
(dazu ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1117
(dazu ÄAntr 08/03 S. 5 6 und ÄAntr 12/4 S. 7 8)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1118
(dazu ÄAntr 12/4 S. 4 5)
 ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1212-1 S. 2 3
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1212 2-6 S. 4-13
 EAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1212-7 S. 14
 2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 33-35
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102
(dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103
(dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104
(dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105
(dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106
(dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108
(dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109
(dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110
(dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112
(dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1113
(dazu ÄAntr 02/1, ÄAntr 13/1-13/11) (44 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114
(dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115
(dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116
(dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1213 1-3 S. 2-5
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1213 4-8 S. 6-12
 ÄAntr GRÜNE und SPD 08.02.2012 Drs 15/1213-9 S. 13 14
 EAntr CDU 09.02.2012 Drs 15/1213-10 S. 15 16
 2. Beratung PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1348-1370
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 36 37
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102
(dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103
(dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104
(dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105
(dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106
(dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108
(dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109
(dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110
(dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112
(dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113
(dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114
(dazu ÄAntr 02/1, ÄAntr 14/1-14/11) (54 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115
(dazu ÄAntr 02/1 S. 6-9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116
(dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1214 1-3 S. 2-6
 2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 38-46
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Beratungen über den Epl 15: Ministerium für Integration

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1000 (21 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1102
(dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1103
(dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 (dazu ÄAntr 02/1 S. 49-52)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1105 (dazu ÄAntr 02/1 S. 17-20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1106 (dazu ÄAntr 02/1 S. 16-19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1108 (dazu ÄAntr 02/1 S. 24-27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 (dazu ÄAntr 02/1 S. 27-30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1110 (dazu ÄAntr 02/1 S. 25-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 12/5 S. 26-28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113 (dazu ÄAntr 02/1 S. 20-23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1114 (dazu ÄAntr 02/1 S. 30-33)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.01.2012 Drs 15/1115 (dazu ÄAntr 02/1, 15/1-15/5) (16 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1116 (dazu ÄAntr 02/1 S. 34-37 und ÄAntr 12/5 S. 38-40)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1215 1-3 S. 2-5
 2. Beratung PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1234-1248
 Beschl 2. Beratung 10.02.2012 Drs 15/1220 S. 47
 3. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1487

Die Hypothekenlast der bisherigen LReg im Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Ausmaß der Vorbelastung des Epl 04 durch kw-Vermerke und aufgelaufene Überstunden an den Gymnasien und beruflichen Schulen; Darlegung der Risiken sowie der ausgleichenden Konzepte zur Abfederung der Eingriffe

Antr
s. Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
 Drs 15/1517

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr LReg
s. Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“
 Drs 15/1561

Vollzug des Staatshaushaltsplans für 2012; hier: Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Antr LReg
s. Sonderausschuss
 Drs 15/1625

Haushalt 2013 und 2014

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschul-

gebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBe-soldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, Privat-schulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
s. Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014
 Drs 15/2561

Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von BW für die Hj 2013/2014

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
 1. Beratung (Etatrede) PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2737-2743 (s.a. Anlagen 1-12 S. 2816-2827)
 1. Beratung (Aussprache) PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2829-2888
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 30.11.2012 Drs 15/2616 (dazu ÄAntr StHG/1-StHG/4) (37 S.)
 ÄAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2716-1 S. 1-2
 ÄAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2716-2 S. 3
 2. Beratung PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3037-3127 (Epl 01, 02, 03, 05, 11, 15)
 2. Beratung PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3154-3220 (Epl 08, 09, 10, 13)
 2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3240-3316 (Epl 04, 06, 07, 12, 14, StHG)
 Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 (79 S.)
 Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2721 (18 S.)
 EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 19.12.2012 Drs 15/2819
 3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337
 GesBeschl 19.12.2012 Drs 15/2821 (18 S.)
 GBl 2012 Nr. 20 S. 725-742 (Ges vom 19.12.2012)
 Mittlg LReg 20.06.2013 Drs 15/3659 (zu Drs 15/2819)

Beratungen über den Epl 01: Landtag

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2012/29.11.2012 Drs 15/2601 (dazu ÄAntr 01/1-01/9) (25 S.)
 2. Beratung PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3112-3116
 Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 1-5
 3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 02: Staatsministerium

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2012 Drs 15/2602 (dazu ÄAntr 02/1-02/5, EAntr 02/6) (18 S.)
 ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 10.12.2012 Drs 15/2702 1-2 S. 2-4
 ÄAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2702-3 S. 5
 ÄAntr CDU 10.12.2012 Drs 15/2702-4 S. 6
 2. Beratung PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3037-3078
 Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 6 7
 3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337
 Mittlg LReg 29.05.2013 Drs 15/3556 (zu Drs 15/2602 Abschnitt III)

Beratungen über den Epl 03: Innenministerium

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2012 Drs 15/2603 (dazu ÄAntr 03/1-03/6) (38 S.)
 Antr CDU 11.12.2012 Drs 15/2703-1 S. 2 3
 ÄAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2703-2 S. 4 5
 2. Beratung PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3078-3095
 Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 8-12

3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.11.2012 Drs 15/2604 (dazu ÄAntr 04/1-04/17, EAntr 04/18-04/20) (92 S.)
EAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2704-1 S. 2-3
ÄAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2704 2-3 S. 4-7
EAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2704-4 S. 8-9
ÄAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2704-5 S. 10
2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3240-3262
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 13-22
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 05: Justizministerium

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.11.2012 Drs 15/2605 (dazu ÄAntr 05/1-05/5, EAntr 05/6-05/7) (21 S.)
2. Beratung PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3116-3127
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 23-25
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337
Mittlg LReg 07.06.2013 Drs 15/3605 (zu Drs 15/2605 Abschnitt III)

Beratungen über den Epl 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2012 Drs 15/2606 (dazu ÄAntr 06/1-06/3) (23 S.)
2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 26-28
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 29.11.2012 Drs 15/2607 (dazu ÄAntr 07/1-07/6) (20 S.)
ÄAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2707 1-2 S. 2-3
2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 29-30
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.11.2012 Drs 15/2608 (dazu ÄAntr 08/1-08/6, EAntr 08/7-08/8) (25 S.)
EAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2708 1-2 S. 2-4
2. Beratung PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3154-3172
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 31-34
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.11.2012 Drs 15/2609 (dazu ÄAntr 09/1-09/18) (69 S.)
ÄAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2709
2. Beratung PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3172-3189
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 35-50
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2012/29.11.2012 Drs 15/2610 (dazu ÄAntr 10/1-10/3, EAntr Reste 10/1) (28 S.)
EAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2710
2. Beratung PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3189-3205
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 51-52
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 11: Rechnungshof

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2012 Drs 15/2611
2. Beratung PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3108-3112
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 53
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 12: Allgemeine Finanzverwaltung

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 30.11.2012 Drs 15/2612 (dazu Antr 12/1, 12/3, EAntr 12/2, 12/4, ÄAntr 12/5-12/10) (42 S.)
EAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2712-1 S. 2
Antr CDU 11.12.2012 Drs 15/2712 2-3 S. 3-9
EAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2712-4 S. 10
ÄAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2712-5 S. 11-12
ÄAntr GRÜNE und SPD 12.12.2012 Drs 15/2712-6 S. 13
2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 54-58
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2012 Drs 15/2613 (dazu ÄAntr 13/1-13/17) (45 S.)
ÄAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2713 1-2 S. 2-6
2. Beratung PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3205-3220
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 59-61
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 29.11.2012 Drs 15/2614 (dazu ÄAntr 14/1, 14/3-14/6, 14/8-14/10, 14/13-14/14, EAntr 14/2, 14/7, 14/11-14/12) (66 S.)
EAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2714-1 S. 2
ÄAntr FDP/DVP 11.12.2012 Drs 15/2714 2-3 S. 3-4
EAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2714 4-5 S. 5-7
ÄAntr GRÜNE und SPD 13.12.2012 Drs 15/2714-6 S. 8-14
2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3262-3286
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 62-77
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Beratungen über den Epl 15: Ministerium für Integration

GesEntw LReg 08.11.2012 Drs 15/2560 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2012 Drs 15/2615 (dazu ÄAntr 15/1-15/4) (13 S.)
EAntr CDU 11.12.2012 Drs 15/2715
2. Beratung PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3095-3108
Beschl 2. Beratung 14.12.2012 Drs 15/2720 S. 78-79
3. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3317-3337

Finanzielle Spielräume der LReg zur Absenkung der im Doppelhaushalt 2013/2014 geplanten Neuverschuldung

Nutzung von Überschüssen aus dem Haushalt 2011 und sonstiger Rücklagen aus früheren Haushaltsjahren sowie der erwarteten Mehreinnahmen der Jahre 2012, 2013 und 2014 zur Verringerung der Nettokreditaufnahme; Nutzung von Steuermehreinnahmen durch das Steuerabkommen mit der Schweiz; Berücksichtigung einer rückläufigen Entwicklung bei den Zinsausgaben sowie von Minderausgaben beim Personal

Antr

s. *Nettokreditaufnahme*

Drs 15/2758

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für die Hj 2013 und 2014

GesEntw LReg 19.03.2013 Drs 15/3250

1. Beratung PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3831-3846

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/3364 (dazu ÄAntr CDU Nr. 1, ÄAntr FDP/DVP Nr. 2, ÄAntr GRÜNE und SPD Nr. 3, EAntr GRÜNE und SPD Nr. 4) (18 S.)

ÄAntr CDU 23.04.2013 Drs 15/3409-1 S. 1

EAntr CDU 23.04.2013 Drs 15/3409-2 S. 2-3

ÄAntr FDP/DVP 23.04.2013 Drs 15/3409-3 S. 4

EAntr GRÜNE und SPD 23.04.2013 Drs 15/3409 4-5 S. 5-8

2. und 3. Beratung PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3987-3997

GesBeschl 24.04.2013 Drs 15/3443

GBl 2013 Nr. 5 S. 83 84 (Ges vom 30.04.2013)

Mittlg LReg 15.10.2013 Drs 15/4167

Mittlg LReg 25.10.2013 Drs 15/4251

Mittlg LReg 28.10.2013 Drs 15/4252

Mittlg LReg 16.04.2014 Drs 15/5101

Mittlg LReg 22.10.2014 Drs 15/5963

Mittlg LReg 09.04.2015 Drs 15/6701

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7442

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Mittlg LReg 07.10.2015 Drs 15/7484

Mittlg LReg 15.04.2016 Drs 15/8119

Mittlg LReg 10.10.2016 Drs 16/744

War die Abschaffung des Landeserziehungsgelds ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung?

Abschaffung des Landeserziehungsgelds als Maßnahme zur Konsolidierung des Landeshaushalts

Antr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/4243

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für das Hj 2014

GesEntw LReg 05.12.2013 Drs 15/4411 (10 S.)

1. Beratung PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5116-5135

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.12.2013 Drs 15/4440 (26 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.12.2013 Drs 15/4441 (dazu Antr CDU N/1, ÄAntr CDU N/2-N/4, ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP N/5-N/7, N/19,

ÄAntr GRÜNE und SPD N/8-N/12, N/14-N/18, ÄAntr Klaus Maier SPD N/13) (76 S.)

Antr CDU 19.12.2013 Drs 15/4450-1 S. 1-4

ÄAntr CDU 19.12.2013 Drs 15/4450 2-5 S. 5-10

ÄAntr GRÜNE und SPD 19.12.2013 Drs 15/4450-6 S. 11 12

ÄAntr CDU 04.12.2013 Drs 15/4451

2. und 3. Beratung PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5223-5242

GesBeschl 19.12.2013 Drs 15/4532

GBl 2013 Nr. 18 S. 485-490 (Ges vom 19.12.2013)

Kostenüberschreitung beim Tag der Deutschen Einheit

Höhe der für die Ausrichtung des Tags der Deutschen Einheit in BW angefallenen Kosten; Höhe der im Staatshaushaltsplan 2013/2014 für die Feierlichkeiten angesetzten Summe und ihre Berechnung; Ausschreibung von Leistungen und Einholung von Angeboten; Maßnahmen nach Entdeckung der Kostenüberschreitung; Reaktion des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft; Aufforderung an die LReg, den aufgestellten finanziellen Rahmen künftig einzuhalten

Antr

s. *Tag der Deutschen Einheit*

Drs 15/4648

Kosten der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit

Ausgleich der Überschreitung der im Einzelplan 02 (Staatsministerium) für die Feierlichkeiten angesetzten Haushaltsausgaben; prozentuale und absolute Steigerung der Ausgaben gegenüber den ursprünglichen Ansätzen; Kostensteigerung beim Agenturhonorar; Verfahren der Auftragsvergabe an die Agentur

Antr

s. *Tag der Deutschen Einheit*

Drs 15/4659

Verwendung des Aufkommens der Feuerschutzsteuer

Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2013; Nutzung des Überschussbetrags für den Katastrophenschutz und zur Deckung des Haushalts; geplante Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2014; Einholung der Zustimmung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft bei über- oder außerplanmäßigen Ausgaben

Antr

s. *Feuerschutzsteuer*

Drs 15/5128

Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für das Hj 2014

GesEntw LReg 13.05.2014 Drs 15/5187

1. Beratung PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5902-5916

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5241 (dazu ÄAntr CDU Nr. 1) (12 S.)

ÄAntr CDU 03.06.2014 Drs 15/5282-1 S. 1-4

ÄAntr GRÜNE und SPD 28.05.2014 Drs 15/5282-2 S. 5 6

2. und 3. Beratung PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6040-6053

GesBeschl 04.06.2014 Drs 15/5309

GBl 2014 Nr. 11 S. 277 278 (Ges vom 24.06.2014)

Haushalt 2015 und 2016

Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von BW für die Hj 2015/2016

GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)

1. Beratung (Etatrede) PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6539-6543 (s.a. Anlagen 1-12 S. 6588-6599)

1. Beratung (Aussprache) PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6603-6649

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.11.2014 Drs 15/6000 (dazu ÄAntr StHG/1) (30 S.)

ÄAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6050 1-2

2. Beratung PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6813-6875 (Epl 02, 03, 11, 15, 16)

2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6897-6975 (Epl 01, 05, 08, 09, 10, 13)
 2. Beratung PIPr 15/116 12.12.2014 S. 6983-7063 (Epl 04, 06, 07, 12, 14, StHG)
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 (109 S.)
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6069 (20 S.)
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102
 GesBeschl 17.12.2014 Drs 15/6070 (18 S.)
 GB1 2014 Nr. 25 S. 801-818 (Ges vom 17.12.2014)

Beratungen über den Epl 01: Landtag

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6001 (dazu ÄAntr 01/1-01/11, ÄAntr Reste 01/1-01/3) (43 S.)
 2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6897-6901
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 1-9
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 02: Staatsministerium

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6002 (dazu ÄAntr 02/1-02/7, ÄAntr Reste 02/1) (24 S.)
 ÄAntr CDU 09.12.2014 Drs 15/6052 1-2
 2. Beratung PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6813-6843
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 10-13
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 03: Innenministerium

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6003 (dazu ÄAntr 03/1-03/16, ÄAntr Reste 03/1) (78 S.)
 ÄAntr CDU 09.12.2014 Drs 15/6053 1-2 S. 2-12
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6053 3-4 S. 13-16
 2. Beratung PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6844-6860
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 14-31
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014 Drs 15/6004
 (dazu ÄAntr 04/1, 04/7-04/8, 04/11, 04/14, 04/17-04/30,
 EAntr 04/2-04/6, 04/9-04/10, 04/12-04/13, 04/15-04/16) (83 S.)
 ÄAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6054-1 S. 2
 EAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6054 2-4 S. 3-5
 ÄAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6054-5 S. 6
 EAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6054 6-9 S. 7-11
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6054-10 S. 12 13
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6054-11 S. 14
 Antr GRÜNE und SPD 10.12.2014 Drs 15/6054-12 S. 15 16
 2. Beratung PIPr 15/116 12.12.2014 S. 6983-7009
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 32-40
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102
 Mittlg LReg 30.11.2015 Drs 15/7790 (zu Drs 15/6054-12)

Beratungen über den Epl 05: Justizministerium

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6005
 (dazu ÄAntr 05/1-05/5) (16 S.)
 ÄAntr CDU 10.12.2014 Drs 15/6055 1-2 S. 2-6

- EAntr CDU 10.12.2014 Drs 15/6055-3 S. 7
 EAntr GRÜNE und SPD 10.12.2014 Drs 15/6055-4 S. 8 9
 2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6901-6914
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 41-43
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102
 Mittlg LReg 30.11.2015 Drs 15/7791 (zu Drs 15/6055-4)

Beratungen über den Epl 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.11.2014 Drs 15/6006
 (dazu ÄAntr 06/1-06/4) (15 S.)
 2. Beratung PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7044-7063
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 44-47
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.11.2014 Drs 15/6007
 (dazu ÄAntr 07/1-07/12) (68 S.)
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6057 1-2 S. 2 3
 2. Beratung PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7033-7044
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 48-51
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6008 (dazu EAntr 08/1, ÄAntr 08/2-08/14, Reste
 08/1) (36 S.)
 EAntr CDU 10.12.2014 Drs 15/6058 1-2 S. 2-4
 ÄAntr CDU 10.12.2014 Drs 15/6058 3-4 S. 5 6
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6058 5-6 S. 7-9
 2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6914-6930
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 52-55
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014/26.11.2014
 Drs 15/6009 (dazu ÄAntr 09/1-09/15, ÄAntr Reste 09/1) (55 S.)
 2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6930-6944
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 56-64
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014 Drs 15/6010
 (dazu ÄAntr 10/1-10/7, ÄAntr Reste 10/1) (25 S.)
 ÄAntr CDU 10.12.2014 Drs 15/6060-1 S. 2 3
 ÄAntr CDU 09.12.2014 Drs 15/6060-2 S. 4
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6060-3 S. 5 6
 2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6944-6958
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 65-67
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 11: Rechnungshof

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6011

2. Beratung PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6872-6875
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 68
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 12: Allgemeine Finanzverwaltung

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.11.2014 Drs 15/6012
 (dazu ÄAntr 12/1-12/7, 12/9-12/16, EAntr 12/8) (81 S.)
 ÄAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6062 1-8 S. 3-17
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6062-9 S. 18 19
 EAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6062-10 S. 20 21
 2. Beratung PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7044-7063
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 69-90
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.11.2014 Drs 15/6013
 (dazu ÄAntr 13/1-13/23) (49 S.)
 ÄAntr CDU 10.12.2014 Drs 15/6063 1-12 S. 2-14
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6063 13-14 S. 15 16
 EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 10.12.2014 Drs
 15/6063-15 S. 17 18
 2. Beratung PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6958-6975
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 91-96
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102
 Mittlg LReg 30.11.2015 Drs 15/7792 (zu Drs 15/6053-15)

Beratungen über den Epl 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.11.2014 Drs 15/6014
 (dazu ÄAntr 14/1-14/3, 14/5-14/14, EAntr 14/4) (49 S.)
 ÄAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6064 1-2 S. 2-4
 EAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6064-3 S. 5
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6064-4 S. 6
 2. Beratung PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7009-7033
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 97-106
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 15: Ministerium für Integration

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6015
 (dazu ÄAntr 15/1-15/4, EAntr 15/5) (14 S.)
 EAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6065
 2. Beratung PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6860-6872
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 107 108
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Beratungen über den Epl 16: Staatsgerichtshof

- GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5959 (29 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6016
 2. Beratung PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6813-6843
 Beschl 2. Beratung 12.12.2014 Drs 15/6068 S. 109
 3. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7085-7102

Die Kosten pro Schülerin bzw Schüler - hat die Opposition sich verrechnet?

Höhe und Zusammensetzung der im Bildungsfinanzbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes pro Schüler angesetzt Gesamtkosten; Höhe der an weiterführenden Schulen durchschnittlich pro Schüler anfallenden Personalkosten; Kostenunterschiede bei den verschiedenen weiterführenden Schularten; Höhe des im ak-

tuellen Haushaltsentwurf veranschlagten Personalkostenanteils pro Schultart; Höhe und Zusammensetzung des Sachkostenbeitrags pro Schüler seit 2005

Antr
 s. *Schulfinanzierung*
 Drs 15/6379

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für die Hj 2015 und 2016

- GesEntw LReg 09.04.2015 Drs 15/6688
 1. Beratung PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7584-7597
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 24.04.2015 Drs 15/6776
 (17 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6777
 (dazu ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP N/1, N/18,
 ÄAntr GRÜNE und SPD N/2, N/6-N/10, N/21, ÄAntr CDU
 N/3, N/11-N/15, N/20,
 EAntr FDP/DVP N/4, N/19, EAntr CDU und FDP/DVP N/5,
 N/16, EAntr CDU N/17) (64 S.)
 ÄAntr CDU 28.04.2015 Drs 15/6810-1 S. 2-4
 EAntr CDU und FDP/DVP 28.04.2015 Drs 15/6810-2 S. 5
 ÄAntr CDU 28.04.2015 Drs 15/6810 3-7 S. 6-15
 EAntr CDU und FDP/DVP 28.04.2015 Drs 15/6810-8 S. 16-
 18
 EAntr CDU 28.04.2015 Drs 15/6810-9 S. 19 20
 EAntr FDP/DVP 28.04.2015 Drs 15/6810-10 S. 21 22
 EAntr GRÜNE und SPD 28.04.2015 Drs 15/6810-11 S. 23
 24
 ÄAntr GRÜNE und SPD 28.04.2015 Drs 15/6811-1 S. 2 3
 ÄAntr CDU 28.04.2015 Drs 15/6811-2 S. 4 5
 2. und 3. Beratung PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7645-7661
 GesBeschl 29.04.2015 Drs 15/6831
 GBl 2015 Nr. 9 S. 305-312 (Ges vom 05.05.2015)
 Mittlg LReg 30.11.2015 Drs 15/7793 (zu Drs 15/6810-1)

Gesamtkonzept Personalentwicklungsplan; Einwilligung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft gemäß § 3 Abs 26 StHG 2015/16 in der Fassung des Nachtrags (zu dem Schreiben des MFW Anlage 1 S. 4)

s. *Personalplanung*
 Drs 15/7533

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für die Hj 2015 und 2016

- GesEntw LReg 18.11.2015 Drs 15/7700 (12 S.)
 1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8624-8635
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7770
 (27 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7771
 ÄAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774 1-3 S. 2-7
 EAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774-4 S. 8 9
 ÄAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774-5 S. 10 11
 EAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774-6 S. 12 13
 ÄAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774 7-8 S. 14-17
 EAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774-9 S. 18
 ÄAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774 10-11 S. 19 20
 EAntr CDU 08.12.2015 Drs 15/7774-12 S. 21
 2. und 3. Beratung PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8680-8699
 GesBeschl 09.12.2015 Drs 15/7777
 GBl 2015 Nr. 24 S. 1137-1146 (Ges vom 15.12.2015)
 Mittlg LReg 23.09.2016 Drs 16/637

Haushalt (Finanzen)

s.a. *Controlling*
s.a. *Finanzpolitik*
s.a. *Haushalt 2009*
s.a. *Haushalt 2010 und 2011*
s.a. *Haushalt 2012*
s.a. *Haushalt 2013 und 2014*
s.a. *Haushaltsausgaben*
s.a. *Haushaltsbegleitgesetz 2012*
s.a. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
s.a. *Haushaltsrechnung*
s.a. *Haushaltsrecht*
s.a. *Privathaushalt*
s.a. *Rechnungsprüfung*
s.a. *Stellenplan*

„Kassensturz“ der LReg; Kaufmännisches Rechnungswesen als Zukunftsmodell der staatlichen Rechnungslegung

Schritte und Zeitplan zur Einführung der Doppik im Landeshaushalt; Umgang mit den Kommunen, die ihr Rechnungswesen bereits umgestellt haben bzw dies noch vornehmen (müssen); Gewährung von Schadenersatz für die geleisteten Aufwendungen im Falle der Einräumung eines Wahlrechts? Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Kassensturz unter Zuziehung von externen Experten; Vorlage einer testierten Vermögensrechnung und Eröffnungsbilanz mit dem Hpl 2012 bzw 2013; Festhalten an der Rechtslage für die Kommunen zur Umsetzung der Doppik mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Antr
s. *Kassen- und Rechnungswesen*
Drs 15/134

Bericht der LReg zum Kassensturz

Mittlg LReg
s. *Bilanz*
Drs 15/155

RegErkl - Kassensturz: Finanzielle Erblasten und Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierungen in BW und Aussprache

RegErkl
s. *Bilanz*
PIPr 15/6 S. 119

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012

s. *Rundfunk*
Drs 15/246

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein Haushalt für „Europa 2020“

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/287

Aktuelle Haushaltsslage der Polizeidirektionen im Land

Haushalts- und Personallage der einzelnen Polizeidirektionen; Möglichkeiten zur Kompensation von Defiziten und der Belastungen im Zuge der geplanten Polizeireform

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/736

Geschlechtsspezifische Budgetierung

Erfahrungen mit geschlechtsspezifischer Budgetierung aus den Haushaltsjahren 2009 und 2010, notwendige Begleitmaßnahmen und Personalaufstockung

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/794

Geht der Polizei das Geld aus?

Vorgaben an die nachgeordneten Dienststellen für den weiteren Haushaltsvollzug 2011

MdlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/791

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gender Budgeting im Landeshaushalt

Mittlg LReg
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/892

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2013

Fusionserfahrungsbericht nach dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und dem Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/1279

Zustimmung zum Fiskalpakt als Weg aus der Krise nutzen - für solide Finanzen, nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa

Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa, Flankierung durch Maßnahmen für ein nachhaltiges Wachstum, Beteiligung der Finanzmärkte an den Stützungsmaßnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer; Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Haushaltsautonomie der Länderparlamente bei der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts; Begrüßung der in den Verhandlungen mit dem Bund erreichten deutlichen Entlastung der Kommunen

Antr
s. *Finanzpolitik*
Drs 15/1968

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 2 - Haushaltsreste und Kreditermächtigungen

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1902
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2502
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Rüge des Rechnungshofs durch den Ministerpräsidenten

Umgang des MinPräs mit der Forderung des RH zur schwarzen Null in den Haushalten ab 2015

MdlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 15/2089

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/3327

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 2 - Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Landes 2003 bis 2012

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3802
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4202
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägebetriebe; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebsergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3878

Kosten des Betreuungsgelds

Zahl der zum Stichtag 1. August 2013 anspruchsberechtigten Eltern; Zahl der bis zum 1. September 2013 zu erwartende Anträge; Berechnung der Verwaltungskosten; Veranschlagung der Mittel im Haushalt

Antr
s. *Betreuungsgeld*
Drs 15/3928

Entwicklung der Zinsbelastung des Landeshaushalts

Höhe des durchschnittlichen Zinssatzes in den Jahren 2006, 2007 und 2008 für die Kreditmarktschulden des Landes; Höhe der in der mittelfristigen Finanzplanung für 2008 bis 2012 sowie der darauffolgenden Jahre einkalkulierten Zinssätze; Tilgungsplan; Höhe der tatsächlichen in den Jahren 2009 bis 2012 gezahlten Zinssätze; Kalkulation des Zinsniveaus für alte und neue Kredite in der mittelfristigen Finanzplanung für die Doppelhaushalte 2013/2014 und 2015/2016; Schuldentilgung in den kommenden Jahren

Antr
s. *Zins*
Drs 15/4024

Nationalpark - Kosten und Sicherheit

Finanzierung des Nationalparks aus dem Naturschutzhaushalt bzw dem allgemeinen Haushalt; Auskunft über die für 2016 vorgesehenen 89 Personalstellen, Angaben zu Neueinstellungen, Aufgaben und Qualifikation; Kostenschätzung für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrs- und Tourismuskonzepts; Berücksichtigung der NATO-Pipeline bei der Festlegung der Nationalparkkulisse, Maßnahmen bei einem Unfall entlang der Pipeline; Stilllegung der Pipeline innerhalb des Entwicklungszeitraums von 30 Jahren

Antr
s. *Nationalpark*

Drs 15/4233

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4636

Rating der Kreditwürdigkeit von BW

Auftrag zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes; Datum der Auftragsvergabe, Auswahl der Ratingagentur sowie Kosten des Ratings; Datengrundlage und Stichtag; Gewichtung der mittelfristigen Finanzplanung; Berücksichtigung bestimmter Konsolidierungsmaßnahmen; künftige Ratings

KlAnfr
s. *Rating*
Drs 15/4883

Verfehlte Straßenbaupolitik der Vorgängerregierung

Bereitstellung regulärer Haushaltsmittel für Baumaßnahmen an Landesstraßen seit 2001; Umsetzung und Volumen der Sonderprogramme im Bereich Landesstraßenbau seit 1997, insbes Rückzahlungsverpflichtungen, Projektverzögerungen aufgrund unzureichender Mittelausstattung; Haushaltsbelastung durch Baumaßnahmen des Impulsprogramms

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4948

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2015

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/5042

Kosten und Umsetzung der Eröffnungsfeierlichkeiten zum Nationalpark Schwarzwald

Gesamtkosten und Finanzierung der Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nationalparks am 2. und 3. Mai 2014; Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung sowie der örtlichen Hotellerie und Gastronomie in die Feierlichkeiten; Auswahl der beteiligten Firmen; Besucherzahl während der Eröffnungsfeierlichkeiten; Prognose der Besucherzahl des Nationalparks bis Ende des Jahres

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5172

Solidarpaktverhandlungen und Verwendung der frei werdenden Mittel durch Entlastungen und Zuweisungen des Bundes

Zeitplan der Solidarpaktverhandlungen mit den Hochschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen; Auswirkungen einer Überführung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung; Höhe und Verwendung

frei werdender Mittel durch Entlastungen und Zuweisungen des Bundes

Antr
s. *Solidarpakt mit den Hochschulen*
Drs 15/5366

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 2 - Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Landes 2004 bis 2013

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5402
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5902
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Überschüsse im Landeshaushalt

Entwicklung der Zahlen bei Überschüssen, Kreditermächtigungen und der Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt für die Jahre 2008-2013

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 31.07.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5582
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 4
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Förderung von Jugendkunstschulen

Verwendung von Haushaltsmitteln für die Förderung des pädagogischen Personals und die Förderung von Schulkooperationen in den Jahren 2012, 2013 und 2014; Erhöhung der Regelförderung aufgrund der zu erwartenden Steigerung der Personalkosten der Jugendkunstschulen in den kommenden Jahren; Förderung der Kooperation von Jugendkunstschulen angesichts des Ausbaus des Ganztagsbetriebs in den Schulen; Berücksichtigung der Mittel für Schulkooperationen in Ziffer 2 der Erläuterungen zu Kapitel 0465 Titelgruppe 77 im Staatshaushaltsplan; Bewilligungen an den Landesverband der Kunstschulen BW

Antr
s. *Kunstschule*
Drs 15/5612

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)

Absicherung einer dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verkürzung der nach Art 143 d Grundgesetz möglichen Übergangsfristen auf den 31. Dezember 2015

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/5637

Vergabepaxis der LReg bei externen Gutachten

Anstieg der externen Gutachten seit dem Regierungswechsel 2011; Kriterien und Verfahren der Vergabe von Gutachten an externe Sachverständige; Beurteilung des Instruments der freihändigen Vergabe; Festsetzung eines Budgets für externe Gutachten im Landeshaushalt; Einrichtung einer zentralen Vergabestelle; Projektcontrolling bei der Gutachtenvergabe an Externe; Evaluierung der Auftragsdurchführung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5684

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2013 bis 2016

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6557

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 2 - Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Landes 2005 bis 2014

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7002
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7502
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 6 - Folgekosten von Gesetzen transparent machen

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7006
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7506
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 15.06.2016 Drs 16/144

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 25 - Ministerium für Integration - Organisation sowie Haushalts- und Wirtschaftsführung (Kap 1501)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7025
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7525 (dazu Antr CDU)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2014 bis 2017

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/8088

Anstrebung eines ausgeglichenen Haushalts, Ausrichtung auf die Einhaltung der Schuldenbremse 2020, Einführung einer für alle Ressorts verbindlichen Orientierungsplanung und eines Haushaltscontrollings

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 26-28

Bezeichnung der Haushaltslage des Landes als musterhaft durch den Präsidenten der EU-Kommission, Annahmung der Nullneverschuldung bereits 2011 mithilfe der Steuermehreinnahmen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34-37 46 48 50 54 55 58 59 63 64 68 72 76 79

Grundlegende Konsolidierung des Landeshaushalts, Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 799-814

Hervorhebung der Haushaltskonsolidierung als vorrangige Aufgabe der neuen LReg, Einführung einer für alle Ressorts verbindlichen Orientierungsplanung und eines Haushaltscontrollings

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039-1044 1080

Hervorhebung der Haushaltskonsolidierung als vorrangige Aufgabe der neuen LReg, Schließung der Deckungslücken durch Einsparungen, Kritik an Schattenhaushalten

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099-1139

Hervorhebung der Haushaltskonsolidierung als vorrangige Aufgabe der neuen LReg, Annahmung der Schuldentilgung mithilfe der Steuermehreinnahmen

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1186 1190 1192 1193 1196-1202 1205 1206 1208 1210 1211 1213 1214 1216 1219 1220 1228 1229 1249-1251

Maßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushalts bis 2020

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461-1463 1466 1467 1469 1470 1476 1479 1482-1484

Würdigung der Haushaltskonsolidierung des Landes durch die Ratingagentur Standard & Poor's, Heraufsetzung der Kreditwürdigkeit auf die höchste Stufe; Beratung von Einsparvorschlägen in der Haushaltsstrukturkommission

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1541 1542 1544-1548

Anstrebung ausgeglichener Haushalte und strenger Schuldenbremsen in den EU-Staaten mit dem Fiskalpakt, Erhaltung der Haushaltsautonomie der Länder bei der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts; Kritik an den beschlossenen Mehrausgaben, Feststellung eines Ausgabenproblems im Haushalt

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252-2262 2264 2277-2286

Haushalt (Lebensführung)

s. Privathaushalt

Haushaltsausgaben

s.a. Personalkosten

s.a. Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben

Mittlg des FM vom 05.04.2011 - Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Ltg vom 15.03.1973 Drs 6/1993 und vom 20.12.1973 Drs 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Hj 2010 Drs 14/7691

2010 Drs 14/7691

s. Steueraufkommen

PIPr 15/4 S. 19

Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Ltg vom 15.03.1973 Drs 6/1993 und vom 20.12.1973 Drs 6/3910 Ziff. II Nr. 6)

Mittlg LReg

s. Steueraufkommen

Drs 15/30

Ausgestaltung und Finanzierung der EU-Förderverfahren für das Übergangsjahr 2014

Organisation und Finanzierung des Übergangszeitraums des Jahres 2014 zur Fortsetzung der EU-Förderprogramme, insbes Berücksichtigung möglicher Szenarien der Übergangsphase, Bereitstellung von Mitteln im Nachtragshaushalt zur Kompensation etwaiger Mittelausfälle; Planungen der EU zur künftigen Ausgestaltung der wesentlichen EU-Förderprogramme; Sicherstellung von Informations- und Beratungsangeboten bei Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik

Antr

s. Programm der EU

Drs 15/3729

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 3 - Mehr Konsequenz beim Vollzug von Einsparverpflichtungen

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3803

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4203

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Politik mit ungedeckten Schecks - die Wahlversprechen der CDU und ihre Auswirkungen auf BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4526-4538

Kostenüberschreitung beim Tag der Deutschen Einheit

Höhe der für die Ausrichtung des Tags der Deutschen Einheit in BW angefallenen Kosten; Höhe der im Staatshaushaltsplan 2013/2014 für die Feierlichkeiten angesetzten Summe und ihre Berechnung; Ausschreibung von Leistungen und Einholung von Angeboten; Maßnahmen nach Entdeckung der Kostenüberschreitung; Reaktion des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft; Aufforderung an die LReg, den aufgestellten finanziellen Rahmen künftig einzuhalten

Antr

s. Tag der Deutschen Einheit

Drs 15/4648

Kosten der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit

Ausgleich der Überschreitung der im Einzelplan 02 (Staatsministerium) für die Feierlichkeiten angesetzten Haushaltsausgaben; prozentuale und absolute Steigerung der Ausgaben gegenüber den ursprünglichen Ansätzen; Kostensteigerung beim Agenturhonorar; Verfahren der Auftragsvergabe an die Agentur

Antr

s. Tag der Deutschen Einheit

Drs 15/4659

Kritik an der Höhe der globalen Minderausgaben sowie an den geplanten Mehrausgaben der neuen LReg

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121 126-130

Erinnerung an den starken Anstieg der Ausgaben 2009 und 2010

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040

Kritik an der exorbitanten Steigerung der Haushaltsausgaben, Überprüfung der Strukturen auf der Ausgabenseite

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1101 1103-1105 1120 1130 1131 1134 1135 1137 1139

Kritik an der exorbitanten Steigerung der Haushaltsausgaben, Überprüfung der Strukturen auf der Ausgabenseite, Erhöhung der globalen Minderausgabe

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1198 1199 1202 1210 1213 1220

Feststellung eines Ausgabenproblems im Haushalt, Notwendigkeit von Ausgabenkürzungen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2278-2282 2284-2286

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Umsetzung der mit den Kommunen vereinbarten Finanzverteilung, Erhöhung der Leistungen für die Kleinkindbetreuung entsprechend dem Pakt mit den kommunalen Landesverbänden für Familien mit Kindern; Anhebung des Kostenbeitrags für den Anspruch auf Beihilfe für Wahlleistungen beim stationären Kran-

kenhousaufenthalt; Anhebung der Zuschüsse an Ersatzschulen; Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Landesbeamtenengesetzes, der Beihilfeverordnung und des Privatschulgesetzes

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1001 (55 S.)
 1. Beratung PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099-1143
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.01.2012 Drs 15/1112 (dazu ÄAntr 08/03 S. 17 18 und ÄAntr 12/4 S. 24 25)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1117 (dazu ÄAntr 08/03, 12/4, BegleitG/1)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1118 (dazu ÄAntr 12/4)
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1212-5 S. 9 10
 2. Beratung PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459
 GesBeschl 10.02.2012 Drs 15/1258
 GBl 2012 Nr. 2 S. 25-28 (Ges vom 14.02.2012)
 Berichtigung GBl 2012 Nr. 6 S. 207

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw LReg 06.11.2012 Drs 15/2561 (159 S.)
 1. Beratung PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2829-2888
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 30.11.2012 Drs 15/2617 (dazu ÄAntr BegleitG/1-BegleitG/2) (22 S.)
 ÄAntr GRÜNE und SPD 13.12.2012 Drs 15/2717
 2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316
 GesBeschl 14.12.2012 Drs 15/2815 (10 S.)
 GBl 2012 Nr. 19 S. 677-686 (Ges vom 18.12.2012)

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften; gebündelte Dienstpostenbewertung; Abgeltung krankheitsbedingt bei Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht genommenen Erholungsurlaubs; Übergangsregelung zum Haushaltsbegleitgesetz für bestimmte herabgestufte Funktionsämter im Lehrerbereich; Anerkennung von Wehr- und Zivildienstzeiten bei der Stufenfestsetzung; Amtszulage für Leitungsfunktion im polizeiärztlichen Dienst; Berücksichtigung von Nachdienstzeiten im Ruhegehalt; Kindererziehungszuschlag im Versorgungsrecht; Vorrangigkeit des Altersgeldes; Besitzstandsregelung für die allgemeine Wartezeit zur Entstehung eines Ruhegehaltsanspruchs; Weitergeltung der Beihilfebemessungssätze für Pflegeaufwendungen

GesEntw
s. Dienstrecht
 Drs 15/4054

Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016

Haushaltsbegleitgesetz 2015/16

Zusammenfassung gesetzlicher Änderungen in einem Artikelgesetz zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen im Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/16; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landesbesoldungsgesetz BW (LBesGBW), Wassergesetz für BW (WG), Gesetz über die Landeskreditbank BW - Förderbank, Finanzausgleichsgesetz (FAG), Landshaushaltsordnung für BW (LHO)

GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/5960 (63 S.)
 1. Beratung PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6603-6649
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.11.2014 Drs 15/6017 (dazu ÄAntr BegleitG/1-2, 4, EAntr BegleitG/3) (11 S.)
 ÄAntr CDU 11.12.2014 Drs 15/6067-1 S. 2 3
 ÄAntr FDP/DVP 09.12.2014 Drs 15/6067-2 S. 4 5
 2. Beratung PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7044-7063
 GesBeschl 12.12.2014 Drs 15/6256
 GBl 2014 Nr. 24 S. 777 (Ges vom 16.12.2014)

Haushaltsdefizit

s.a. Haushaltskonsolidierung
s.a. Nettokreditaufnahme

Strukturelle Einsparungen im Landshaushalt

Bereiche, in denen seit dem Haushalt 2012 strukturelle Einsparungen vorgenommen werden; Wirksamkeit der Konsolidierungsmaßnahmen; Abbau des strukturellen Defizits seit 2012; voraussichtliche Verringerung des Haushaltsdefizits bis 2020

Antr
s. Haushaltskonsolidierung
 Drs 15/6101

Haushaltskonsolidierung

s.a. Haushaltsdefizit
s.a. Haushaltspolitik

Finanzielle Spielräume der LReg zur Absenkung der im Doppelhaushalt 2013/2014 geplanten Neuverschuldung

Nutzung von Überschüssen aus dem Haushalt 2011 und sonstiger Rücklagen aus früheren Haushaltsjahren sowie der erwarteten Mehreinnahmen der Jahre 2012, 2013 und 2014 zur Verringerung der Nettokreditaufnahme; Nutzung von Steuermehreinnahmen durch das Steuerabkommen mit der Schweiz; Berücksichtigung einer rückläufigen Entwicklung bei den Zinsausgaben sowie von Minderausgaben beim Personal

Antr
s. Nettokreditaufnahme
 Drs 15/2758

War die Abschaffung des Landeserziehungsgelds ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung?

Abschaffung des Landeserziehungsgelds als Maßnahme zur Konsolidierung des Landshaushalts

Antr
s. Erziehungsgeld
 Drs 15/4243

Rating der Kreditwürdigkeit von BW

Auftrag zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes; Datum der Auftragsvergabe, Auswahl der Ratingagentur sowie Kosten des Ratings; Datengrundlage und Stichtag; Gewichtung der mittelfristigen Finanzplanung; Berücksichtigung bestimmter Konsolidierungsmaßnahmen; künftige Ratings

KlAnfr
s. Rating
 Drs 15/4883

Strukturelle Einsparungen im Landshaushalt

Bereiche, in denen seit dem Haushalt 2012 strukturelle Einsparungen vorgenommen werden; Wirksamkeit der Konsolidierungsmaßnahmen; Abbau des strukturellen Defizits seit 2012; voraussichtliche Verringerung des Haushaltsdefizits bis 2020

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 07.11.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/6101
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 12-14
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Anstehende Gewerbesteuerrückzahlung und finanzielle Belastung für die Stadt Künzelsau

Auswirkungen der Steuerrückzahlung an das Künzelsau ansässige Unternehmen auf den Gemeindehaushalt; Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Verhinderung einer Überforderung der Stadt und ihrer Bewohner

KlAnfr
 s. *Gewerbesteuer*
 Drs 15/7651

Haushaltskontrolle

s. *Öffentliche Finanzkontrolle*

Haushaltspolitik

s.a. *Haushaltsrecht*
 s.a. *Öffentliche Finanzplanung*
 s.a. *Stabilitäts- und Konvergenzprogramme*
 s.a. *Stabilitäts- und Wachstumspakt*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Semester 2013 - länderspezifische Empfehlungen:
Europa aus der Krise führen

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/3581

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ratsempfehlung zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/3914

Wie geht die LReg mit den Vorschriften des § 42 a der Landeshaushaltsordnung (LHO) um?

Auskunft über die Bildung von Rücklagen gemäß § 42 a LHO im Zuge des Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2014; Höhe der Rücklagen; Zweckbindung und Zweckbindungszeitraum; Unterrichtung des Landtags über die Rücklagenbildung

Antr
 s. *Rücklage*
 Drs 15/4633

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Semester 2014 - länderspezifische Empfehlungen:
Wachstum schaffen

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/5395

Haushaltsrechnung

s.a. *Kassen- und Rechnungswesen*
 s.a. *Rechnungsprüfung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005

Mittlg LReg 03.05.2011 Drs 15/4 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/546 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669
 Mittlg LReg 28.06.2012 Drs 15/1998 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2321 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg LReg 08.07.2011 Drs 15/198 (zu Beitrag Nr. 28)
 Mittlg LReg 11.07.2012 Drs 15/2070 (zu Beitrag Nr. 28)
 Mittlg LReg 07.08.2013 Drs 15/3917 (zu Beitrag Nr. 28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4046 (zu Beitrag Nr. 28)
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Mittlg LReg 25.07.2014 Drs 15/5549 (zu Beitrag Nr. 28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5946 (zu Beitrag Nr. 28)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/221 (zu Beitrag Nr. 6)
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/222 (zu Beitrag Nr. 8)
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/227 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/232 (zu Beitrag Nr. 10)
 PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
 Mittlg LReg 15.08.2012 Drs 15/2156 (zu Beitrag Nr. 10)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2479 (zu Beitrag Nr. 10)
 PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815
 Mittlg LReg 13.06.2013 Drs 15/3634 (zu Beitrag Nr. 10)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3715 (zu Beitrag Nr. 10)
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/237 (zu Beitrag Nr. 27)
 PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
 Mittlg LReg 04.06.2013 Drs 15/3576 (zu Beitrag Nr. 27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3718 (zu Beitrag Nr. 27)
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Mittlg LReg 11.08.2011 Drs 15/417 (zu Beitrag Nr. 5)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/759 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 5)
 PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838
 Mittlg LReg 11.09.2012 Drs 15/2304 (zu Beitrag Nr. 5)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2481 (zu Beitrag Nr. 5)
 PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815
 Mittlg LReg 04.12.2013 Drs 15/4447 (zu Beitrag Nr. 16) (52 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4584

(zu Beitrag Nr. 16)

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008

Mittlg LReg 09.05.2011 Drs 15/7 (zu Beitrag Nr. 24)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/549 (zu Beitrag Nr. 24)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 27.05.2011 Drs 15/34 (zu Beitrag Nr. 27)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/553 (zu Beitrag Nr. 27)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 31.07.2013 Drs 15/3895 (zu Beitrag Nr. 27)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4048 (zu Beitrag Nr. 27)

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Mittlg LReg 01.06.2011 Drs 15/60 (zu Beitrag Nr. 20)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/547 (zu Beitrag Nr. 20)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669 670

Mittlg LReg 09.06.2011 Drs 15/81 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/545 (zu Beitrag Nr. 7)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

Mittlg LReg 12.06.2012 Drs 15/1825 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2019 (zu Beitrag Nr. 7)

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Mittlg LReg 15.06.2011 Drs 15/92 (zu Beitrag Nr. 22)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/550 (zu Beitrag Nr. 22)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 17.06.2011 Drs 15/130 (zu Beitrag Nr. 28)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/554 (zu Beitrag Nr. 28)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 21.03.2012 Drs 15/1476 (zu Beitrag Nr. 28)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1640 (zu Beitrag Nr. 28)

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/135 (zu Beitrag Nr. 21)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/548 (zu Beitrag Nr. 21)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/136 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/552 (zu Beitrag Nr. 18)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 28.06.2013 Drs 15/3700 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4044 (zu Beitrag Nr. 18)

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/137 (zu Beitrag Nr. 23)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/551 (zu Beitrag Nr. 23)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/138 (zu Beitrag Nr. 5)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/544 (zu Beitrag Nr. 5)

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

Mittlg LReg 05.09.2011 Drs 15/482 (zu Beitrag Nr. 15)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/760 (zu Beitrag Nr. 15)

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Mittlg LReg 19.10.2011 Drs 15/700 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/996 (zu Beitrag Nr. 13)

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Mittlg LReg 05.06.2012 Drs 15/1802 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2318 (zu Beitrag Nr. 13)

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Mittlg LReg 11.04.2013 Drs 15/3350 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3566 (zu Beitrag Nr. 13)

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Mittlg LReg 02.11.2011 Drs 15/844 (zu Beitrag Nr. 12)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/997 (zu Beitrag Nr. 12)

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Mittlg LReg 26.06.2013 Drs 15/3687 (zu Beitrag Nr. 12) (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4158 (zu Beitrag Nr. 12)

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Mittlg LReg 18.12.2014 Drs 15/6056 (zu Beitrag Nr. 12)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6375 (zu Beitrag Nr. 12)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Mittlg LReg 15.09.2015 Drs 15/7392 (zu Beitrag Nr. 12)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7496 (zu Beitrag Nr. 12)

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Mittlg LReg 08.11.2011 Drs 15/851 (zu Beitrag Nr. 8)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/998 (zu Beitrag Nr. 8)

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Mittlg LReg 14.12.2011 Drs 15/1045 (zu Beitrag Nr. 19)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1336 (zu Beitrag Nr. 19)

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 28.04.2015 Drs 15/6809 (zu Beitrag Nr. 19)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.05.2015 Drs 15/6910 (zu Beitrag Nr. 19)

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Mittlg LReg 14.12.2011 Drs 15/1046 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1331 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 10)

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 27.03.2014 Drs 15/5000 (zu Beitrag Nr. 10) (256 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5719 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Peter Hofelich u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 10)

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Mittlg LReg 03.09.2015 Drs 15/7376 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7974 (zu Beitrag Nr. 10)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Mittlg LReg 20.10.2016 Drs 16/852 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinA 08.12.2016 Drs 16/1142 (zu Beitrag Nr. 10)

PIPr 16/22 21.12.2016 S. 1102

Mittlg LReg 21.12.2011 Drs 15/1079 (zu Beitrag Nr. 11)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1332 (zu Beitrag Nr. 11)

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
 Mittlg LReg 11.12.2012 Drs 15/2791 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3223
 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
 Mittlg LReg 23.07.2014 Drs 15/5491 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5720
 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
 Mittlg LReg 27.12.2011 Drs 15/1089 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1334
 (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
 Mittlg LReg 27.12.2011 Drs 15/1090 (zu Beitrag Nr. 6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1328
 (zu Beitrag Nr. 6)
 PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
 Mittlg LReg 14.06.2013 Drs 15/3635 (zu Beitrag Nr. 6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3714
 (zu Beitrag Nr. 6)
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Mittlg LReg 24.03.2015 Drs 15/6652 (zu Beitrag Nr. 6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6782
 (zu Beitrag Nr. 6)
 PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
 Mittlg LReg 21.03.2012 Drs 15/1475 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1639
 (zu Beitrag Nr. 17)
 PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Mittlg LReg 08.06.2012 Drs 15/1805 (zu Beitrag Nr. 25)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2017
 (zu Beitrag Nr. 25)
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Mittlg LReg 13.08.2014 Drs 15/5683 (zu Beitrag Nr. 25)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6628
 (zu Beitrag Nr. 25)
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Mittlg LReg 02.07.2012 Drs 15/2000 (zu Beitrag Nr. 30)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2325
 (zu Beitrag Nr. 30)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg LReg 06.07.2012 Drs 15/2039 (zu Beitrag Nr. 26)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2328
 (zu Beitrag Nr. 26)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg LReg 02.05.2014 Drs 15/5161 (zu Beitrag Nr. 26)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5238
 (zu Beitrag Nr. 26)
 PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201
 Mittlg LReg 06.07.2012 Drs 15/2068 (zu Beitrag Nr. 29)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2326
 (zu Beitrag Nr. 29)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2838 (zu Beitrag Nr. 9) (10
 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3222
 (zu Beitrag Nr. 9)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

„Kassensturz“ der LReg; Kaufmännisches Rechnungswesen als
 Zukunftsmodell der staatlichen Rechnungslegung
 Schritte und Zeitplan zur Einführung der Doppik im Landes-
 haushalt; Umgang mit den Kommunen, die ihr Rechnungswesen
 bereits umgestellt haben bzw dies noch vornehmen (müssen);

Gewährung von Schadenersatz für die geleisteten Aufwendun-
 gen im Falle der Einräumung eines Wahlrechts? Erstellung einer
 Machbarkeitsstudie für den Kassensturz unter Zuziehung von
 externen Experten; Vorlage einer testierten Vermögensrechnung
 und Eröffnungsbilanz mit dem Hpl 2012 bzw 2013; Festhalten
 an der Rechtslage für die Kommunen zur Umsetzung der Doppik
 mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Antr
 s. *Kassen- und Rechnungswesen*
 Drs 15/134

*Denkschrift 2011 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
 des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2009*

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/100
 PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/101 (zu Beitrag Nr. 1)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/701 (zu
 Beitrag Nr. 1)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/102 (zu Beitrag Nr. 2)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/702 (zu
 Beitrag Nr. 2)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/103 (zu Beitrag Nr. 3)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/703 (zu
 Beitrag Nr. 3)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/104 (zu Beitrag Nr. 4)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/704 (zu
 den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 31.10.2012 Drs 15/2593 (zu den Beiträgen Nr.
 4-6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3073
 (zu den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Mittlg LReg 24.09.2014 Drs 15/5770 (zu den Beiträgen Nr.
 4-6) (15 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6044
 (zu den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/105 (zu Beitrag Nr. 5)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/704 (zu
 den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 31.10.2012 Drs 15/2593 (zu den Beiträgen Nr.
 4-6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3073
 (zu den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Mittlg LReg 24.09.2014 Drs 15/5770 (zu den Beiträgen Nr.
 4-6) (15 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6044
 (zu den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/106 (zu Beitrag Nr. 6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/704 (zu
 den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 31.10.2012 Drs 15/2593 (zu den Beiträgen Nr.
 4-6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3073
 (zu den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

- Mittlg LReg 24.09.2014 Drs 15/5770 (zu den Beiträgen Nr. 4-6) (15 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6044 (zu den Beiträgen Nr. 4-6)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/107 (zu Beitrag Nr. 7)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/707 (zu Beitrag Nr. 7)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 03.07.2012 Drs 15/2012 (zu Beitrag Nr. 7)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2322 (zu Beitrag Nr. 7)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg LReg 07.06.2013 Drs 15/3604 (zu Beitrag Nr. 7)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3716 (zu Beitrag Nr. 7)
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/108 (zu Beitrag Nr. 8)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/708 (zu Beitrag Nr. 8)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 12.07.2013 Drs 15/3778 (zu Beitrag Nr. 8)
 Mittlg LReg 08.01.2016 Drs 15/7928 (zu Beitrag Nr. 8)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7968 (zu Beitrag Nr. 8)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/109 (zu Beitrag Nr. 9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/709 (zu Beitrag Nr. 9)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 18.09.2012 Drs 15/2347 (zu Beitrag Nr. 9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2480 (zu Beitrag Nr. 9)
 PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/110 (zu Beitrag Nr. 10)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/710 (zu Beitrag Nr. 10)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 22.06.2012 Drs 15/1944 (zu Beitrag Nr. 10)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2320 (zu Beitrag Nr. 10)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6323 (zu Beitrag Nr. 10)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6373 (zu Beitrag Nr. 10)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/111 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/711 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 12.06.2012 Drs 15/1822 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2020 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/112 (zu Beitrag Nr. 12)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/712 (zu Beitrag Nr. 12)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 19.06.2012 Drs 15/1424 (zu Beitrag Nr. 12)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2018 (zu Beitrag Nr. 12)
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Mittlg LReg 19.12.2013 Drs 15/4535 (zu Beitrag Nr. 12)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/4931 (zu Beitrag Nr. 12)
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/113 (zu Beitrag Nr. 13)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/713 (dazu Antr GRÜNE und SPD) (zu Beitrag Nr. 13)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 25.03.2013 Drs 15/3286 (zu Beitrag Nr. 13)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3563 (zu Beitrag Nr. 13)
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/114 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/714 (dazu Antr Klaus Maier u.a. SPD und Muhterem Aras u.a. GRÜNE) (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 13.12.2012 Drs 15/2804 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3223 (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
 Mittlg LReg 23.07.2014 Drs 15/5491 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5720 (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/115 (zu Beitrag Nr. 15)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/715 (zu Beitrag Nr. 15)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 06.07.2012 Drs 15/2002 (zu Beitrag Nr. 15)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2327 (zu Beitrag Nr. 15)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg LReg 17.09.2014 Drs 15/5737 (zu Beitrag Nr. 15)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6042 (zu Beitrag Nr. 15)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/116 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/716 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 11.12.2012 Drs 15/2792 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3075 (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Mittlg LReg 03.06.2014 Drs 15/5298 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5724 (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/117 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/717 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 17)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 12.06.2012 Drs 15/1824 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2023 (zu Beitrag Nr. 17)
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/118 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/718 (zu Beitrag Nr. 18)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 26.10.2012 Drs 15/2578 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2872 (zu Beitrag Nr. 18)

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/119 (zu Beitrag Nr. 19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/719 (zu Beitrag Nr. 19)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 21.08.2012 Drs 15/2248 (zu Beitrag Nr. 19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2482 (zu Beitrag Nr. 19)
 PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/120 (zu Beitrag Nr. 20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/720 (zu Beitrag Nr. 20)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 29.06.2012 Drs 15/1986 (zu Beitrag Nr. 20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2329 (zu Beitrag Nr. 20)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/121 (zu Beitrag Nr. 21)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/721 (zu Beitrag Nr. 21)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 28.09.2012 Drs 15/2423 (zu Beitrag Nr. 21)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2869 (zu Beitrag Nr. 21)
 PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/122 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/722 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 03.12.2012 Drs 15/2769 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3216 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/123 (zu Beitrag Nr. 23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/723 (zu Beitrag Nr. 23)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 14.12.2012 Drs 15/2809 (zu Beitrag Nr. 23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3218 (zu Beitrag Nr. 23)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/124 (zu Beitrag Nr. 24)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/724 (zu Beitrag Nr. 24)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 30.11.2012 Drs 15/2762 (zu Beitrag Nr. 24)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3217 (zu Beitrag Nr. 24)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/125 (zu Beitrag Nr. 25)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/725 (zu Beitrag Nr. 25)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 05.06.2013 Drs 15/3577 (zu Beitrag Nr. 25)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3719 (zu Beitrag Nr. 25)
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/126 (zu Beitrag Nr. 26)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/726 (zu Beitrag Nr. 26)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 30.11.2012 Drs 15/2767 (zu Beitrag Nr. 26)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4415 (zu Beitrag Nr. 26)

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5261 5262
 Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6320 (zu Beitrag Nr. 26)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6546 (zu Beitrag Nr. 26)
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/127 (zu Beitrag Nr. 27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/727 (zu Beitrag Nr. 27)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 16.08.2013 Drs 15/3957 (zu Beitrag Nr. 27)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4049 (zu Beitrag Nr. 27)
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/128 (zu Beitrag Nr. 28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/728 (zu Beitrag Nr. 28)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 19.12.2012 Drs 15/2806 (zu Beitrag Nr. 28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3219 (zu Beitrag Nr. 28)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
 Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5361 (zu Beitrag Nr. 28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5949 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Johannes Stöber u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 28)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg LReg 01.09.2015 Drs 15/7375 (zu Beitrag Nr. 28)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7489 (zu Beitrag Nr. 28)
 PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474
 Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/129 (zu Beitrag Nr. 29)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/729 (zu Beitrag Nr. 29)
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 30.11.2012 Drs 15/2768 (zu Beitrag Nr. 29)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3220 (zu Beitrag Nr. 29)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 1 - Haushaltsrechnung des Landes für das Hj 2009

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/101
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/701
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 27 - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe (Kap 1428)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/127
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/727
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 16.08.2013 Drs 15/3957
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4049
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Ergebnisbericht 2010

s. Rechnungshof
 Drs 15/220

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/223 (zu Beitrag Nr. 21)

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
Mittlg LReg 26.03.2013 Drs 15/3295 (zu Beitrag Nr. 21)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3565 (zu Beitrag Nr. 21)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/225 (zu Beitrag Nr. 4)
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
Mittlg LReg 29.05.2013 Drs 15/3550 (zu Beitrag Nr. 4)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3717 (zu Beitrag Nr. 4)
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/226 (zu Beitrag Nr. 15)
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/228 (zu Beitrag Nr. 10)
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/229 (zu Beitrag Nr. 24)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 16.10.2012 Drs 15/2483 (zu Beitrag Nr. 24)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2870 (zu Beitrag Nr. 24)
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/231 (zu Beitrag Nr. 22)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/233 (zu Beitrag Nr. 7)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 29.06.2012 Drs 15/1999 (zu Beitrag Nr. 7) (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2317 (zu Beitrag Nr. 7)
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/234 (zu Beitrag Nr. 5)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/235 (zu Beitrag Nr. 27)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/236 (zu Beitrag Nr. 17)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 12.12.2011 Drs 15/1009 (zu Beitrag Nr. 17)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1333 (zu Beitrag Nr. 17)
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
Mittlg LReg 20.12.2013 Drs 15/4538 (zu Beitrag Nr. 17) (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4588 (zu Beitrag Nr. 17)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 19.12.2014 Drs 15/6301 (zu Beitrag Nr. 17)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6371 (zu Beitrag Nr. 17)
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
Mittlg LReg 11.12.2015 Drs 15/7775 (zu Beitrag Nr. 17)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7975 (zu Beitrag Nr. 17)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072
Mittlg LReg 09.08.2016 Drs 16/414 (zu Beitrag Nr. 17)
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/606 (zu

Beitrag Nr. 17)
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/238 (zu Beitrag Nr. 20)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/239 (zu Beitrag Nr. 6)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/240 (zu Beitrag Nr. 16)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/241 (zu Beitrag Nr. 23)
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 18.07.2011 Drs 15/292 (zu Beitrag Nr. 25)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/555 (zu Beitrag Nr. 25)
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670
Mittlg LReg 20.09.2013 Drs 15/4052 (zu Beitrag Nr. 25)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4152 (zu Beitrag Nr. 25)
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Mittlg LReg 25.07.2011 Drs 15/337 (zu Beitrag Nr. 26)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/556 (zu Beitrag Nr. 26)
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670
Mittlg LReg 12.12.2011 Drs 15/1010 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1459 (zu Beitrag Nr. 13)
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738
Mittlg LReg 16.03.2012 Drs 15/1373 (zu Beitrag Nr. 11)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1637 (zu Beitrag Nr. 11)
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4323 (dazu Antr Dr. Markus Rösler GRÜNE) (zu Beitrag Nr. 18)
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
Mittlg LReg 19.05.2014 Drs 15/5216 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5439 (zu Beitrag Nr. 18)
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/224 (zu Beitrag Nr. 24)
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/227 (zu Beitrag Nr. 15)
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
Mittlg LReg 28.09.2012 Drs 15/2426 (zu Beitrag Nr. 15)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3072 (zu Beitrag Nr. 15)
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7066 (zu Beitrag Nr. 15)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7208 (zu Beitrag Nr. 15)
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
Mittlg LReg 23.04.2012 Drs 15/1586 (zu Beitrag Nr. 11)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1638 (zu Beitrag Nr. 11)
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
Mittlg LReg 20.06.2012 Drs 15/1641 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2021

(zu Beitrag Nr. 18)
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Mittlg LReg 29.04.2014 Drs 15/5130 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5239
 (zu Beitrag Nr. 18)
 PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201
 Mittlg LReg 29.06.2012 Drs 15/1987 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2316
 (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens
 Stand der Durchsetzung von Forderungen und Schadensregulierung nach der Eingliederung der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg in das Universitätsklinikum

Stand der Durchs
 s. *Fachkrankenhaus*
 Drs 15/224

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/230 (zu Beitrag Nr. 5)
 PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
 Mittlg LReg 21.12.2011 Drs 15/1080 (zu Beitrag Nr. 23)
 Mittlg MWK 03.04.2012 Drs 15/1544 (zu Beitrag Nr. 23)
 Mittlg MWK 03.04.2013 Drs 15/3308 (zu Beitrag Nr. 23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4219
 (zu Beitrag Nr. 23)
 Mittlg MWK 20.03.2014 Drs 15/4966 (zu Beitrag Nr. 23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.05.2014 Drs 15/5144
 (zu Beitrag Nr. 23)
 PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Mittlg LReg 16.07.2014 Drs 15/5511 (zu Beitrag Nr. 23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5945
 (zu Beitrag Nr. 23)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg MWK 01.04.2015 Drs 15/6703 (zu Beitrag Nr. 23)
 Mittlg MWK 29.03.2016 Drs 15/8106 (zu Beitrag Nr. 23)
 (10 S.)
 Mittlg LReg 27.06.2012 Drs 15/1967 (zu Beitrag Nr. 7)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2323
 (zu Beitrag Nr. 7)
 PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der ARTE Deutschland TV GmbH einschließlich ihrer Betätigung bei der ARTE G.E.I.E. für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

Mittlg RH
 s. *Fernsehen*
 Drs 15/395

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH
 s. *Film*
 Drs 15/561

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2009 durch den Ltg

Mittlg RH
 s. *Rechnungshof*
 Drs 15/770

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2009

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/994
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2010

Antr MFW 13.12.2011 Drs 15/1042
 PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2625
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier:

a) *Denkschrift 2005 des RH zur LHR von BW für das Hj 2003*
 b) *Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008*

Mittlg LReg 27.12.2011 Drs 15/1090
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1328
 PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
 Mittlg LReg 14.06.2013 Drs 15/3635
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3714
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Mittlg LReg 24.03.2015 Drs 15/6652
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6782
 PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2006 des RH zur LHR von BW für das Hj 2004

Mittlg LReg 09.04.2012 Drs 15/1670 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.06.2012 Drs 15/1815
 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Mittlg LReg 05.11.2012 Drs 15/2621 (zu Beitrag Nr. 6) (120 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3074
 (zu Beitrag Nr. 6)
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Mittlg LReg 22.07.2014 Drs 15/5526 (zu Beitrag Nr. 6) (198 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6033
 (zu Beitrag Nr. 6)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Denkschrift 2012 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2010

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1900
 PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2507
 Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1901 (zu Beitrag Nr. 1)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2501
 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
 (zu Beitrag Nr. 1)
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
 Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1902 (zu Beitrag Nr. 2)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2502
 (zu Beitrag Nr. 2)
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
 Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1903 (zu Beitrag Nr. 3) (10 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2503
 (zu Beitrag Nr. 3)
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
 Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1904 (zu Beitrag Nr. 4)

- BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2504 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) (zu Beitrag Nr. 4)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 11.02.2014 Drs 15/4760 (zu Beitrag Nr. 4)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/4932 (zu Beitrag Nr. 4)
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1905 (zu Beitrag Nr. 5) (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2505 (zu Beitrag Nr. 5)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1906 (zu Beitrag Nr. 6)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2506 (dazu Antr Klaus Herrmann u.a. CDU) (zu Beitrag Nr. 6)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1907 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2507 (zu Beitrag Nr. 7)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 26.06.2013 Drs 15/3686 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4051 (zu Beitrag Nr. 7)
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
- Mittlg LReg 28.11.2014 Drs 15/6211 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6376 (zu Beitrag Nr. 7)
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1908 (zu Beitrag Nr. 8)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2508 (zu Beitrag Nr. 8)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3683 (zu Beitrag Nr. 8)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4050 (zu Beitrag Nr. 8)
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
- Mittlg LReg 30.06.2014 Drs 15/5394 (zu Beitrag Nr. 8)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5726 (zu Beitrag Nr. 8)
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
- Mittlg LReg 19.12.2014 Drs 15/6302 (zu Beitrag Nr. 8)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6377 (zu Beitrag Nr. 8)
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1909 (zu Beitrag Nr. 9)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2509 (zu Beitrag Nr. 9)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 16.12.2014 Drs 15/6051 (zu Beitrag Nr. 9)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6374 (zu Beitrag Nr. 9)
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1910 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2510 (zu Beitrag Nr. 10)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 20.12.2013 Drs 15/4557 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4713 (zu Beitrag Nr. 10)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
- Mittlg LReg 22.05.2015 Drs 15/6919 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7106 (zu Beitrag Nr. 10)
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1911 (zu Beitrag Nr. 11)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2511 (zu Beitrag Nr. 11)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 10.09.2013 Drs 15/4017 (zu Beitrag Nr. 11)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4151 (zu Beitrag Nr. 11)
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1912 (zu Beitrag Nr. 12)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2512 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) (zu Beitrag Nr. 12)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 27.09.2013 Drs 15/4094 (zu Beitrag Nr. 12)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4414 (zu Beitrag Nr. 12)
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5261 5262
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1913 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/2513 (zu Beitrag Nr. 13)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 30.09.2014 Drs 15/5799 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5943 (zu Beitrag Nr. 13)
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1914 (zu Beitrag Nr. 14)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/2514 (zu Beitrag Nr. 14)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 09.12.2014 Drs 15/6234 (zu Beitrag Nr. 14)
Mittlg LReg 05.02.2015 Drs 15/6457 (zu Beitrag Nr. 14)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6630 (zu Beitrag Nr. 14)
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1915 (zu Beitrag Nr. 15)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2515 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) (zu Beitrag Nr. 15)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 17.12.2013 Drs 15/4511 (zu Beitrag Nr. 15)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4710 (zu Beitrag Nr. 15)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
- Mittlg LReg 20.03.2015 Drs 15/6632 (zu Beitrag Nr. 15)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6775 (zu Beitrag Nr. 15)
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1916 (zu Beitrag Nr. 16)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2516 (zu Beitrag Nr. 16)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1917 (zu Beitrag Nr. 17)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2517 (zu Beitrag Nr. 17)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Mittlg LReg 19.12.2013 Drs 15/4536 (zu Beitrag Nr. 17)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4593 (zu Beitrag Nr. 17)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
- Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1918 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2518 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) (zu Beitrag Nr. 18)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

- Mittlg LReg 19.12.2013 Drs 15/4537 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4590
(zu Beitrag Nr. 18)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 02.06.2015 Drs 15/6948 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7107
(zu Beitrag Nr. 18)
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
Mittlg LReg 15.06.2016 Drs 16/145 (zu Beitrag Nr. 18)
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/600 (zu
Beitrag Nr. 18)
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1919 (zu Beitrag Nr. 19)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2519
(zu Beitrag Nr. 19)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 03.12.2013 Drs 15/4423 (zu Beitrag Nr. 19)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4585
(zu Beitrag Nr. 19)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1920 (zu Beitrag Nr. 20)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2520
(zu Beitrag Nr. 20)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 04.12.2013 Drs 15/4446 (zu Beitrag Nr. 20)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4592
(zu Beitrag Nr. 20)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 31.05.2016 Drs 16/45 (zu Beitrag Nr. 20)
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/598 (zu
Beitrag Nr. 20)
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1921 (zu Beitrag Nr. 21)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2521
(zu Beitrag Nr. 21)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3684 (zu Beitrag Nr. 21)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4160
(zu Beitrag Nr. 21)
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Mittlg LReg 17.09.2014 Drs 15/5738 (zu Beitrag Nr. 21)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6043
(zu Beitrag Nr. 21)
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1922 (zu Beitrag Nr. 22)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2522
(zu Beitrag Nr. 22)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 20.09.2013 Drs 15/4053 (zu Beitrag Nr. 22)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4159
(zu Beitrag Nr. 22)
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1923 (zu Beitrag Nr. 23)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2523
(zu Beitrag Nr. 23)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3685 (zu Beitrag Nr. 23)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4045
(zu Beitrag Nr. 23)
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1924 (zu Beitrag Nr. 24)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2524
(zu Beitrag Nr. 24)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 26.06.2014 Drs 15/5379 (zu Beitrag Nr. 24)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5721
(zu Beitrag Nr. 24)
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1925 (zu Beitrag Nr. 25)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.03.2013 Drs 15/2525
(zu Beitrag Nr. 25)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 28.06.2013 Drs 15/3702 (zu Beitrag Nr. 25)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4047
(zu Beitrag Nr. 25)
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
Mittlg LReg 02.06.2014 Drs 15/5288 (zu Beitrag Nr. 25)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5440
(zu Beitrag Nr. 25)
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6473-6477
Mittlg LReg 23.06.2015 Drs 15/7051 (zu Beitrag Nr. 25)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7209
(zu Beitrag Nr. 25)
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
Mittlg LReg 13.04.2016 Drs 15/8116 (zu Beitrag Nr. 25)
BeschlEmpf und Bericht FinA 07.07.2016 Drs 16/264 (zu
Beitrag Nr. 25)
PIPr 16/11 21.07.2016 S. 472 473
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1926 (zu Beitrag Nr. 26)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2526
(zu Beitrag Nr. 26)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3675 (zu Beitrag Nr. 26)
Mittlg LReg 18.01.2016 Drs 15/7951 (zu Beitrag Nr. 26)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7967
(zu Beitrag Nr. 26)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1927 (zu Beitrag Nr. 27)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/2527
(dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
(zu Beitrag Nr. 27)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 13.12.2013 Drs 15/4505 (zu Beitrag Nr. 27)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4587
(zu Beitrag Nr. 27)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6322 (zu Beitrag Nr. 27)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6783
(zu Beitrag Nr. 27)
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1928 (zu Beitrag Nr. 28)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2528
(zu Beitrag Nr. 28)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 23.12.2013 Drs 15/4558 (zu Beitrag Nr. 28)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4711
(zu Beitrag Nr. 28)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5359 (zu Beitrag Nr. 28)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6627
(zu Beitrag Nr. 28)
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
Mittlg LReg 09.06.2016 Drs 16/89 (zu Beitrag Nr. 28)
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1929 (zu Beitrag Nr. 29)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2529
(zu Beitrag Nr. 29)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 03.12.2013 Drs 15/4425 (zu Beitrag Nr. 29)

- BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4586
(zu Beitrag Nr. 29)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
- Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 1 - Haushaltsrechnung des Landes für das Hj 2010*
Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1901
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2501
(dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
- Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof*
Mittlg RH
s. *Film*
Drs 15/2186
- Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2010 durch den Ltg*
Mittlg RH
s. *Rechnungshof*
Drs 15/2477
- Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2011*
Antr MFW 29.11.2012 Drs 15/2782
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3037
PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3367
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4583
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
- Denkschrift 2013 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2011*
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3800
PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4369
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3801 (zu Beitrag Nr. 1)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4201
(zu Beitrag Nr. 1)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3802 (zu Beitrag Nr. 2)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4202
(zu Beitrag Nr. 2)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3803 (zu Beitrag Nr. 3)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4203
(zu Beitrag Nr. 3)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3804 (zu Beitrag Nr. 4)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4204
(zu Beitrag Nr. 4)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3805 (zu Beitrag Nr. 5)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4205
(dazu Antr GRÜNE und SPD) (zu Beitrag Nr. 5)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 11.06.2015 Drs 15/6985 (zu Beitrag Nr. 5)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7111
(zu Beitrag Nr. 5)
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3806 (zu Beitrag Nr. 6)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4206
(zu Beitrag Nr. 6)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7074 (zu Beitrag Nr. 6)
- BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7210
(zu Beitrag Nr. 6)
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3807 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4207
(dazu Antr CDU und Antr GRÜNE und SPD) (zu Beitrag Nr. 7) (11 S.)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5360 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6037
(dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD Anlage 2 und Antr CDU Anlage 3)
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
Mittlg LReg 18.12.2015 Drs 15/7912 (zu Beitrag Nr. 7)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7973
(zu Beitrag Nr. 7)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3808 (zu Beitrag Nr. 8)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4208
(zu Beitrag Nr. 8)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 19.12.2014 Drs 15/6303 (zu Beitrag Nr. 8)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6631
(zu Beitrag Nr. 8)
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3809 (zu Beitrag Nr. 9)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4209
(dazu Antr GRÜNE und SPD) (zu Beitrag Nr. 9)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 29.10.2015 Drs 15/7626 (zu Beitrag Nr. 9)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7806
(zu Beitrag Nr. 9)
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3810 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4210
(dazu Antr GRÜNE und SPD) (zu Beitrag Nr. 10)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 25.11.2014 Drs 15/6168 (zu Beitrag Nr. 10)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6372
(zu Beitrag Nr. 10)
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3811 (zu Beitrag Nr. 11)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4211
(dazu Antr GRÜNE und SPD) (zu Beitrag Nr. 11)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 25.09.2014 Drs 15/5775 (zu Beitrag Nr. 11)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6041
(zu Beitrag Nr. 11)
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3812 (zu Beitrag Nr. 12)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4212
(zu Beitrag Nr. 12)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 04.12.2014 Drs 15/6216 (zu Beitrag Nr. 12)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6544
(zu Beitrag Nr. 12)
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3813 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4213
(zu Beitrag Nr. 13)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 31.08.2015 Drs 15/7374 (zu Beitrag Nr. 13)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7491
(zu Beitrag Nr. 13)

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3814 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4214
 (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7075 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7214
 (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3815 (zu Beitrag Nr. 15)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4215
 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
 (zu Beitrag Nr. 15)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 04.12.2014 Drs 15/6215 (zu Beitrag Nr. 15)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6378
 (zu Beitrag Nr. 15)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3816 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4216
 (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 05.12.2014 Drs 15/6217 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6629
 (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3817 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4217
 (zu Beitrag Nr. 17)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5362 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5722
 (zu Beitrag Nr. 17)
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
 Mittlg LReg 16.06.2015 Drs 15/6991 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7212
 (zu Beitrag Nr. 17)
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Mittlg LReg 29.04.2016 Drs 15/8123 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 07.07.2016 Drs 16/265 (zu
 Beitrag Nr. 17)
 PIPr 16/11 21.07.2016 S. 472 473
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3818 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4218
 (zu Beitrag Nr. 18)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 11.07.2014 Drs 15/5485 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5948
 (zu Beitrag Nr. 18)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg LReg 26.03.2015 Drs 15/6683 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6780
 (zu Beitrag Nr. 18)
 PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3819 (zu Beitrag Nr. 19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4219
 (zu Beitrag Nr. 19)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 16.07.2014 Drs 15/5511 (zu Beitrag Nr. 19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5945
 (zu Beitrag Nr. 19)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3820 (zu Beitrag Nr. 20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4220

(zu Beitrag Nr. 20)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 10.12.2014 Drs 15/6061 (zu Beitrag Nr. 20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6542
 (zu Beitrag Nr. 20)
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3821 (zu Beitrag Nr. 21)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4221
 (zu Beitrag Nr. 21)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 06.06.2014 Drs 15/5327 (zu Beitrag Nr. 21)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5441
 (zu Beitrag Nr. 21)
 PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
 Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3822 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.12.2013 Drs 15/4222
 (dazu Antr GRÜNE und SPD) (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 26.06.2014 Drs 15/5378 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5951
 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Johannes Stober
 u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6324 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6633
 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Mittlg LReg 30.04.2015 Drs 15/6837 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.05.2015 Drs 15/6911
 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 1 - Haushaltsvollzug und Haushaltsrechnung des Landes für das Hj 2011

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3801
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4201
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Rechnungshofdenkschrift 2013 - Warnung vor Nichtstun und Treibenlassen!

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4435-4451

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2011 durch den Ltg

Mittlg RH
 s. Rechnungshof
 Drs 15/4247

Ergebnisbericht 2013

Mittlg RH
 s. Rechnungshof
 Drs 15/4300

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2012

Antr MFW 10.12.2013 Drs 15/4513
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6040
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2002 des RH zur LHR von BW für das Hj 2000

Mittlg LReg 16.04.2014 Drs 15/5106 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5240

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Denkschrift 2014 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2012

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5400

PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5401 (zu Beitrag Nr. 1)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5901 (zu Beitrag Nr. 1)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5402 (zu Beitrag Nr. 2)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5902 (zu Beitrag Nr. 2)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5403 (zu Beitrag Nr. 3)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5903 (zu Beitrag Nr. 3)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5404 (zu Beitrag Nr. 4)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5904 (zu Beitrag Nr. 4)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5405 (zu Beitrag Nr. 5)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5905 (zu Beitrag Nr. 5)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 03.12.2015 Drs 15/7829 (zu Beitrag Nr. 5)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7971 (zu Beitrag Nr. 5)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5406 (zu Beitrag Nr. 6)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5906 (zu Beitrag Nr. 6)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 22.05.2015 Drs 15/6918 (zu Beitrag Nr. 6)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7105 (zu Beitrag Nr. 6)

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5407 (zu Beitrag Nr. 7)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5907 (zu Beitrag Nr. 7)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 18.12.2015 Drs 15/7911 (zu Beitrag Nr. 7)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7972 (zu Beitrag Nr. 7)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5408 (zu Beitrag Nr. 8)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5908 (zu Beitrag Nr. 8)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 24.07.2015 Drs 15/7226 (zu Beitrag Nr. 8)

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5409 (zu Beitrag Nr. 9)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5909 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Peter Hofelich u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 9)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 29.10.2015 Drs 15/7626 (zu Beitrag Nr. 9)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7806 (zu Beitrag Nr. 9)

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5410 (zu Beitrag Nr. 10)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5910 (zu Beitrag Nr. 10)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 16.06.2015 Drs 15/6992 (zu Beitrag Nr. 10)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7113 (zu Beitrag Nr. 10)

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5411 (zu Beitrag Nr. 11)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5911 (zu Beitrag Nr. 11)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 27.11.2015 Drs 15/7797 (zu Beitrag Nr. 11)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7970 (zu Beitrag Nr. 11)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5412 (zu Beitrag Nr. 12)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5912 (zu Beitrag Nr. 12)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 22.05.2015 Drs 15/6827 (zu Beitrag Nr. 12)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7104 (zu Beitrag Nr. 12)

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5413 (zu Beitrag Nr. 13)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5913 (zu Beitrag Nr. 13)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 15.07.2015 Drs 15/7169 (zu Beitrag Nr. 13)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7499 (zu Beitrag Nr. 13)

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5414 (zu Beitrag Nr. 14)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5914 (zu Beitrag Nr. 14)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 23.09.2016 Drs 16/636 (zu Beitrag Nr. 14)

BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2016 Drs 16/994 (zu Beitrag Nr. 14)

PIPr 16/20 01.12.2016 S. 1015 1016

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5415 (zu Beitrag Nr. 15)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5915 (zu Beitrag Nr. 15)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 02.06.2015 Drs 15/6949 (zu Beitrag Nr. 15)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7108 (zu Beitrag Nr. 15)

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5416 (zu Beitrag Nr. 16)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5916 (zu Beitrag Nr. 16)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 16.06.2015 Drs 15/6993 (zu Beitrag Nr. 16)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7114 (zu Beitrag Nr. 16)

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5417 (zu Beitrag Nr. 17)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5917 (zu Beitrag Nr. 17)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 15.09.2015 Drs 15/7391 (zu Beitrag Nr. 17)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7494 (zu Beitrag Nr. 17)

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5418 (zu Beitrag Nr. 18)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5918 (zu Beitrag Nr. 18)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
 Mittlg LReg 25.11.2015 Drs 15/7763 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7969
 (zu Beitrag Nr. 18)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072
 Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5419 (zu Beitrag Nr. 19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5919
 (zu Beitrag Nr. 19)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
 Mittlg LReg 26.06.2015 Drs 15/7065 (zu Beitrag Nr. 19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7215
 (zu Beitrag Nr. 19)
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5420 (zu Beitrag Nr. 20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5920
 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier
 u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 20)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
 Mittlg LReg 14.08.2015 Drs 15/7308 (zu Beitrag Nr. 20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7498
 (zu Beitrag Nr. 20)
 PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474
 Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5421 (zu Beitrag Nr. 21)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5921
 (zu Beitrag Nr. 21)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
 Mittlg LReg 14.08.2015 Drs 15/7309 (zu Beitrag Nr. 21)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7495
 (zu Beitrag Nr. 21)
 PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474
 Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5422 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5922
 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
 Mittlg LReg 02.06.2015 Drs 15/6952 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7211
 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 1 - Haushaltsvollzug und Haushaltsrechnung des Landes für das Hj 2012

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5401
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5901
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2012 durch den Ltg

Mittlg RH
 s. *Rechnungshof*
 Drs 15/5977

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2013

Antr MFW 24.11.2014 Drs 15/6209
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7692
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des ARD/ZDF-Kinderkanals (KiKA)

Mittlg RH
 s. *Fernsehen*
 Drs 15/6422

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks (SWR) 2011 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

-Prüfungsmittelteil Teil 1: Allgemeiner Teil mit dem Schwerpunkt SWR in der Fläche (öffentlich)

-Prüfungsmittelteil Teil 2: Kosten der Sportsendungen einschließlich Sportrechteerwerb (vertraulich)

-Prüfungsmittelteil Teil 3: Fußball-Weltmeisterschaft 2010 (vertraulich) hier: Unterrichtung über die Prüfungsergebnisse nach § 35 Abs 3 SWR-Staatsvertrag

Mittlg RH
 s. *Südwestrundfunk*
 Drs 15/6760

Denkschrift 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2013

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7000
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7001 (zu Beitrag Nr. 1)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7501
 (zu Beitrag Nr. 1)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7002 (zu Beitrag Nr. 2)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7502
 (zu Beitrag Nr. 2)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7003 (zu Beitrag Nr. 3) (12 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7503
 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier
 u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 3)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7004 (zu Beitrag Nr. 4)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7504
 (zu Beitrag Nr. 4)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 09.08.2016 Drs 16/415 (zu Beitrag Nr. 4)
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7005 (zu Beitrag Nr. 5)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7505
 (zu Beitrag Nr. 5)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7006 (zu Beitrag Nr. 6)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7506
 (zu Beitrag Nr. 6)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 15.06.2016 Drs 16/144 (zu Beitrag Nr. 6)
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7007 (zu Beitrag Nr. 7)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7507
 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier
 u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 7)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 24.06.2016 Drs 16/188 (zu Beitrag Nr. 7)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/602 (zu
 Beitrag Nr. 7)
 PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7008 (zu Beitrag Nr. 8)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7508
 (zu Beitrag Nr. 8)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7009 (zu Beitrag Nr. 9)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7509
 (zu Beitrag Nr. 9)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 09.06.2016 Drs 16/88 (zu Beitrag Nr. 9)

BeschlEmpf und Bericht FinA 08.12.2016 Drs 16/1141 (zu Beitrag Nr. 9)
 PIPr 16/22 21.12.2016 S. 1102
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7010 (zu Beitrag Nr. 10)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7510 (zu Beitrag Nr. 10)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7011 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7511 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 01.07.2016 Drs 16/247 (zu Beitrag Nr. 11)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/604 (zu Beitrag Nr. 11)
 PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7012 (zu Beitrag Nr. 12)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7512 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 12)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 23.09.2016 Drs 16/521 (zu Beitrag Nr. 12)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2016 Drs 16/993 (zu Beitrag Nr. 12)
 PIPr 16/20 01.12.2016 S. 1015 1016
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7013 (zu Beitrag Nr. 13)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7513 (zu Beitrag Nr. 13)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7014 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7514 (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 01.06.2016 Drs 16/51 (zu Beitrag Nr. 14)
 Mittlg LReg 13.07.2016 Drs 16/224 (zu Beitrag Nr. 14)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/599 (zu Beitrag Nr. 14)
 PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7015 (zu Beitrag Nr. 15)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7515 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 15)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 08.09.2016 Drs 16/519 (zu Beitrag Nr. 15)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2016 Drs 16/842 (zu Beitrag Nr. 15)
 PIPr 16/17 10.11.2016 S. 849 850
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7016 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7516 (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 09.09.2016 Drs 16/527 (zu Beitrag Nr. 16)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2016 Drs 16/844 (zu Beitrag Nr. 16)
 PIPr 16/17 10.11.2016 S. 849 850
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7017 (zu Beitrag Nr. 17)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7517 (zu Beitrag Nr. 17)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 10.05.2016 Drs 16/11 (zu Beitrag Nr. 17)
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7018 (zu Beitrag Nr. 18)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7518 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 18)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 10.05.2016 Drs 16/10 (zu Beitrag Nr. 18)
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7019 (zu Beitrag Nr. 19)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7519 (zu Beitrag Nr. 19)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7020 (zu Beitrag Nr. 20)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7520 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 20)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg LReg 21.06.2016 Drs 16/165 (zu Beitrag Nr. 20)
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7021 (zu Beitrag Nr. 21)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7521 (zu Beitrag Nr. 21)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7022 (zu Beitrag Nr. 22)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7522 (zu Beitrag Nr. 22)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7023 (zu Beitrag Nr. 23)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7523 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 23)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7024 (zu Beitrag Nr. 24)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7524 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) (zu Beitrag Nr. 24)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053
 Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7025 (zu Beitrag Nr. 25)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7525 (dazu Antr CDU) (zu Beitrag Nr. 25)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 1 - Haushaltsvollzug und Haushaltsrechnung des Landes für das Hj 2013

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7001
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7501
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 25 - Ministerium für Integration - Organisation sowie Haushalts- und Wirtschaftsführung (Kap 1501)

Mittlg RH
 s. Haushalt (Finanzen)
 Drs 15/7025

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2013 durch den Ltg

Mittlg RH
 s. Rechnungshof
 Drs 15/7599

Ergebnisbericht 2015

Mittlg RH
 s. Rechnungshof
 Drs 15/7667

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2014

Antr MFW 15.12.2015 Drs 15/7900
 BeschlEmpf und Bericht FinA 08.12.2016 Drs 16/1144
 PIPr 16/27 08.03.2017 S. 1462-1477

Haushaltsrecht

s.a. *Budgetrecht*

s.a. *Haushaltspolitik*

s.a. *Öffentliche Finanzkontrolle*

„Kassensturz“ der LReg; *Kaufmännisches Rechnungswesen als Zukunftsmodell der staatlichen Rechnungslegung*

Schritte und Zeitplan zur Einführung der Doppik im Landeshaushalt; Umgang mit den Kommunen, die ihr Rechnungswesen bereits umgestellt haben bzw dies noch vornehmen (müssen); Gewährung von Schadenersatz für die geleisteten Aufwendungen im Falle der Einräumung eines Wahlrechts? Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Kassensturz unter Zuziehung von externen Experten; Vorlage einer testierten Vermögensrechnung und Eröffnungsbilanz mit dem Hpl 2012 bzw 2013; Festhalten an der Rechtslage für die Kommunen zur Umsetzung der Doppik mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Antr

s. *Kassen- und Rechnungswesen*

Drs 15/134

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW

Aufnahme des Verbots der Neuverschuldung; Anpassung der Landeshaushaltsordnung

GesEntw

s. *Schulden*

Drs 15/503

Für ein Spekulationsverbot im kommunalen Haushaltsrecht

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699-1706

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte, insbes mit spekulativen Papieren und Finanzinstrumenten, in der Gemeindeordnung

GesEntw FDP/DVP 17.04.2012 Drs 15/1571

Mittlg LtgPräs 12.06.2012 Drs 15/1831

1. Beratung PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2297-2303

BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/1813

2. Beratung PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2530-2535 (Ablehnung)

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr LReg

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/1561

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Aufwertung des Schuldenverbots in der LHO, Schaffung einer Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für Auslegungsfragen nach § 18 Abs 3 LHO

GesEntw

s. *Schulden*

Drs 15/1650

Verkauf von riskanten Finanzprodukten an Kommunen durch die Landesbank BW (LBBW)

Zahl und Volumen der o.g. Verkäufe der LBBW und ihrer Beteiligungen an Kommunen, Zweckverbände oder kommunale Unternehmen; Bewertung solcher Geschäftspraktiken und des Verhandlungsstands der LBBW mit den betroffenen Kommunen; Maßnahmen zum Schutz der Kommunen, Umgang mit dem GesEntw 15/1571 zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht der Gemeindeordnung

Antr

s. *Finanzinstrument*

Drs 15/1801

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBeoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw

s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*

Drs 15/2561

Chance für weniger Bürokratie in der Landwirtschaft - Nationale Zuverlässigkeitserklärung auf politischer Ebene im Bereich der Agrarförderung

Umfang und Sachverhalte für Anlastungen im Bereich der EU-Agrarförderung in BW; Änderungen im Kontrollregime im Bereich Agrarförderung, insbes Abgabe nationaler Zuverlässigkeitserklärungen der Mitgliedsstaaten iRd EU-Haushaltsrechts; Entlastungen im Bereich der Kontrollen durch Herstellung eines einheitlichen Kontrollrahmens; Möglichkeit einer Abgabe der Zuverlässigkeitserklärung durch das Land BW

Antr

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/2905

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW, zur Ausführung von Art 84 und 84 a der Verfassung und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)

Verankerung der dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes in der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung durch Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verzicht auf volle Ausschöpfung der Übergangsfristen für das Verbot einer Nettokreditaufnahme des Landes bis 2020 gemäß Art 143 d Grundgesetz

GesEntw

s. *Schulden*

Drs 15/3239

Wie geht die LReg mit den Vorschriften des § 42 a der Landeshaushaltsordnung (LHO) um?

Auskunft über die Bildung von Rücklagen gemäß § 42 a LHO im Zuge des Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2014; Höhe der Rücklagen; Zweckbindung und Zweckbindungszeitraum; Unterrichtung des Landtags über die Rücklagenbildung

Antr

s. *Rücklage*

Drs 15/4633

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)
Absicherung einer dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verkürzung der nach Art 143 d Grundgesetz möglichen Übergangsfristen auf den 31. Dezember 2015

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/5637

Hauskatze

s. *Katze*

Hauspersonal

Steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen bei Einhaltung einer Lohnuntergrenze
Bindung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen an die Einhaltung einer Lohnuntergrenze, insbes Einbringung einer entsprechenden Gesetzesinitiative über den Bundesrat und Bestätigung der Einhaltung von Tariflöhnen bzw einer Lohnuntergrenze vom Unternehmer auf der Rechnung; derzeitige Rechtslage für gegenwärtige Lohnuntergrenzen; Rechtsgrundlagen der Finanzverwaltung für die Anerkennung der Absetzbarkeit

KlAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/3046

Das neue Landesheimrecht - Präzisierung tut not
Differenzierung in der geplanten Novelle (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz) des Landesheimrechts zwischen den einzelnen Wohnformen; zukünftige Detailregelungen im Bereich des Baurechts und der personellen Anforderungen für verschiedene Wohn-/Grundleistungs- und Pflegekonstellationen

Antr
s. *Heimrecht*
Drs 15/3453

Hausrind

s. *Rind*

Haußmann, Ursula SPD

Gedenken an die verstorbene ehemalige Abgeordnete Ursula Haußmann
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1971 1972

Haustier

Pläne der Landestierschutzbeauftragten für eine Regulierung der Haltung von Haustieren
Sachstand zur Forderung der Landesbeauftragten für den Tierschutz nach bundeseinheitlichen Standards für die Haltung von Haustieren sowie Bewertung und Maßnahmen der LReg, insbes Verbesserung der tierschutzfachlichen und -rechtlichen Qualifikation für Beschäftigte des Zoofachhandels, Schaffung eines Informationsportals für Heimtierhalter im Internet nach dem

Schweizer Vorbild „www.meinheimtier.ch“, Verankerung des Tierschutzes als Bildungsziel in den Lehrplänen

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/7083

Unerlaubter Handel mit Hundewelpen und sonstigen Haustieren
Sachstand zu Delikten aus dem unerlaubten Handel mit Hundewelpen und sonstigen Haustieren; Konzept gegen potentielle Straftaten beim vorweihnachtlichen rasanten Anstieg von Haustierkäufen

MdlAnfr
s. *Tierhandel*
Drs 15/7650

Hauswirtschaft

Regionale Schulentwicklung und Auswirkungen auf Zahl und Standorte der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen
Fortbestand bestehender Berufsschulstandorte; Berücksichtigung leistungsfähiger kleiner Berufsschulen bei der Standortabwägung; Beurteilung des Standorts Ulm im Vergleich zu den umliegenden Berufsschulstandorten; Perspektive der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/7837

Hautarzt

s. *Facharzt*

Hautkrankheit

Entwicklung der Hautkrebskrankungen in BW und mögliche Präventionsmaßnahmen
Haltung zum Anstieg der durch Hautkrebs verursachten Sterbefälle; Aufklärung über die Risiken intensiver UV-Strahlung und Hinweise zur Vorbeugung; Kooperation mit Krankenkassen, Verbänden und sonstigen Partnern; Beurteilung der bayerischen Kampagne „Sonne mit Verstand“ und ihrer Aufklärungsarbeit z.B. in Kindergärten

Antr
s. *Krebserkrankung*
Drs 15/3258

HBKG

s. *Heilberufe-Kammergesetz*

Hebamme

s.a. *Geburtshilfe*

Familienhebammen

Begründung der Ablehnung der Bundesinitiative Familienhebammen im BRat; Rolle der Familienhebammen in dem im Koalitionsvertrag angekündigten LandeskinderschutzGes bzw beim Ausbau der frühen Hilfen

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/269
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2011 Drs 15/907 S. 33-35
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Hebammenversorgung in BW

Entwicklung der Zahlen, der Haftungs- und Einkommenssituation, der Art und des Umfangs der Tätigkeiten von angestellten und freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfern seit 2002; Entwicklung der Nachfrage von Schwangeren nach Hebammenleistungen sowie der Zahl von Ausbildungsplätzen und Absolventen im selben Zeitraum; Möglichkeiten zur Reduzierung der hohen Versicherungsprämien; Initiierung einer Studie zur Vergütungs- und Versorgungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE
26.01.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1168
BeschlEmpf und Bericht SozA 05.07.2012 Drs 15/2351 (dazu ÄAntr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE und Sabine Wölflé u.a. SPD) S. 56-58
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
Mittlg LReg 05.04.2013 Drs 15/3317
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.04.2013 Drs 15/3380
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4200 4201

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1387

Kinderschutzambulanzen an pädiatrischen Zentren

Weiterentwicklung des Themas Kinderschutz und Prävention von Kindesmisshandlungen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/885; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken und Vernetzung mit den vorhandenen Hilferatungsstellen und Jugendämtern; Angebot von Formen der aufsuchenden Hilfe für Risikogruppen, z.B. über ein Hebammenprogramm; Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen

Antr
s. *Kinderschutz*
Drs 15/1779

Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes

Voraussichtlicher Zeitrahmen der Umsetzung des o.g. Bundesgesetzes auf Landesebene; Verwendung der für den Auf- und Ausbau des Netzwerks Frühe Hilfen und den Einsatz von Familienhebammen zur Verfügung stehenden Fördergelder; Maßnahmen und Projekte für einen präventiven Kinderschutz seit 2011; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen; Förderung von Netzwerken und Interventionsmöglichkeiten vor Ort

Antr
s. *Kinderschutz*
Drs 15/2635

Unsere Hebammen und ihre Arbeitsbedingungen - der Bund muss jetzt diesen wesentlichen Pfeiler der Geburtshilfe stabilisieren!

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/93 19.03.2014 S. 5547-5553

Resolution: Hebammen sind wichtig - für die Frauen und ihre Familien

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Hebammenarbeit, insbes mittel- und langfristige Sicherung der Geburtshilfe in BW, Gewährung von Sicherstellungszuschlägen, Gewährleistung einer Haftungsübernahme bei Berufshaftpflichtversicherungen für freiberuflich tätige Hebammen

Antr Bärl Mielich u.a. GRÜNE, Rainer Hinderer u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP 10.07.2014 Drs 15/5472 (ohne Stellungnahme der Regierung)
BeschlEmpf und Bericht SozA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 33 34
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
Mittlg LReg 04.11.2014 Drs 15/6100

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025; Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 04.02.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6455 (29 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 27-30
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Stärkung der frühen Hilfen für junge Familien durch die Arbeit von Familienhebammen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315

Stärkung des Hebammenberufs, Initiativen zur Entlastung von den hohen Haftpflichtprämien, Einrichtung von hebammengeführten Geburtsstationen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1553

Hebammenversorgung

s. *Hebamme*

Hechingen-Münsingen

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4840

Heckengäu

s. *Gäu, Region*

Heddesheim

Ortsumgehung Heddesheim

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr Georg Wacker CDU 26.05.2011 und Antw MVI Drs 15/36

Hehlerei

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Straffrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6816

Heidelberg

s.a. *Universität Heidelberg*

s.a. *Universitätsklinik Heidelberg*

Heidelberg

Ausgabe eines Erbbaurechts für eine Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 5932, Gemarkung Heidelberg

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/150

Nachfragen zum Einsatz von Verdeckten Ermittlern in Heidelberg

Einsatz von weiteren Verdeckten Ermittlern des LKA an der Universität Heidelberg und bei zivilgesellschaftlichen Gruppierungen vor oder nach der Enttarnung von S.B.? Frage nach Ermittlungs- und Gerichtsverfahren aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse; Art und Verbleib der erhobenen und weitergegebenen Daten

KlAnfr
s. *Verdeckter Ermittler*
Drs 15/600

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/807

Sparmaßnahmen bei der Polizei

Art, Gründe, Umfang und Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen, insbes im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim und der Polizeidirektion Heidelberg und für die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum; Beeinträchtigung der allgemeinen Sicherheitslage und der Verfolgung von Straftaten? Frage nach Maßnahmen zur bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Polizei

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1745

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Heidelberg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1951

Situation der Studienanfänger in Heidelberg/Bau von studentischem Wohnraum

Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang; Errichtung von Studentenwohnheimen auf den durch die Konversion frei werdenden US-Militärflächen, Unterstützung des Studentenwerks

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/2421

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2968

Perspektiven einer Fachschule für Technik - Fachrichtung Medizintechnik an der Heinrich-Wieland-Schule Pforzheim

Entwicklung der Medizintechnik im Raum Pforzheim; Fachkräftebedarf im Bereich Werkzeugmechaniker und Feinwerkmechaniker; Beurteilung bereits bestehender Fachschulen für Technik - Fachrichtung Medizintechnik in Heidelberg und Ansbach; Einrichtung eines entsprechenden Ausbildungsgangs an der Heinrich-Wieland-Schule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Fachschule*
Drs 15/3060

Arbeit und Finanzierung der Gartenakademie in Heidelberg
Aufgaben, Resonanz und Finanzierung der Gartenakademie BW, insbes Projektplanungen und Verwendung erhaltener Projektmittel

Antr
s. *Gartenakademie Baden-Württemberg*
Drs 15/3383

Hilfsfristen im Rettungsdienst im Bereich Heidelberg/Rhein-Neckar

Standorte der Rettungswachen und Notärzte in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis; Maßnahmen zur Verkürzung der Hilfsfristen

KIAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/3786

Durchbindung der Linie Heidelberg - Mannheim - Mainz in Gefahr?

Verknüpfung der Linien Mainz - Mannheim und Mannheim - Bensheim als S-Bahn-Linie 6; Auswirkungen auf eine Durchbindung Mainz - Mannheim - Heidelberg - Meckesheim - Aglasterhausen/Eppingen; Sachstand und Zeitplan der Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Mannheim Hbf - Heidelberg Hbf

KIAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3837

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg
Verfahren zur Neubesetzung der Stelle der Ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg im Jahr 2011; Qualifikationen, Unbescholtenheit und Amtsführung der derzeitigen Stelleninhaberin, insbes Erkenntnisse über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen diese; Kenntnisse und Vorgehen des Ministeriums gegen eventuelle Missstände am Institut für Rechtsmedizin

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/3860

Radwege im LKreis Rhein-Neckar und in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim

Stand des Ausbaus des Radwegenetzes im LKreis Rhein-Neckar sowie in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim mit Förderung aus dem Landeshaushalt, insbes fertig gestellte und geplante Radwege; nicht-bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrs in der Region

KIAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4060

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahrens zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufungsverfahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu die-

sem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4135

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Erreichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Integrierten Leitstelle in Heidelberg

KIAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5655

Zukunft der Physiotherapieschule Heidelberg

Entwicklung und Zukunftschancen der Physiotherapieschule Heidelberg, insbes Schließung der Finanzlücke nach Wegfall des Schulgeldes, mögliche Übernahme in private Trägerschaft; Entwicklung der Schülerzahlen in Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie, Maßnahmen gegen den mittelfristigen Fachkräftemangel in sozialen Berufen

Antr
s. *Physiotherapeut*
Drs 15/5855

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KIAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5897

Heidelberg

Verkauf des landeseigenen Gebäudes Römerstraße 2-4

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6554

Regionalexpress-Verbindung Heidelberg-Stuttgart

Zielvorgaben, Kriterien und Finanzierung des „Zielkonzepts 2025 für den Schienenpersonennahverkehr“; Auswirkungen und Alternative eines Wegfalls der Regionalexpress-Verbindung Mannheim/Heidelberg-Stuttgart

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6708

Probleme bei der Sicherheitsdienstleistung in der Erstaufnahmestelle Patrick Henry Village

Sachstand zu qualitativen Mängeln oder rechtswidrigen Zuständen bei der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen in der Erstaufnahmestelle Patrick Henry Village sowie Kenntnisnahme und Veranlassungen der Unterbringungsverwaltung

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7402

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen/Asylbewerbern sowie Situation in Patrick Henry Village (PHV) Heidelberg

Sachstand zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Durchführung und Befunde der medizinischen Erstuntersuchungen, medizinische Weiterversorgung, Schutz der ehrenamtlichen Helfer vor gesundheitlichen Risiken, Gewährleistung der kurzen Verweildauer im Patrick Henry Village in Heidelberg

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/7434

JobTicket BW

Sachstand zur vereinzelt Teuerung des geplanten JobTickets BW gegenüber dem regulären Jahresticket, insbes in einigen Fällen bei Pendlern aus dem Großraum Heidelberg

MdlAnfr

s. *Jobticket*

Drs 15/7650

Heidenheim

B 466 Ortsdurchfahrung Heidenheim

Beurteilung der o.g. Trassenführung und Verkehrsbelastung in Heidenheim, Frage nach den Möglichkeiten und der Finanzierung einer Umgehungsstraße oder eines innerstädtischen Tunnels sowie nach den nächsten Schritten

KlAnfr

s. *Bundesstraße 466*

Drs 15/1022

Heidenheim, Landkreis

Ortsumfahrung Heuchlingen

Priorität, Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten des o.g. Projekts und von weiteren geforderten Ortsumfahrungen im Landkreis Heidenheim; Frage nach den nächsten Schritten und dem Zeitpunkt des Baubeginns

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/1023

Polizeireform: Auswirkungen auf den Landkreis Heidenheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1400

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Heidenheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1861

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Heidenheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2090

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Heidenheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2951

Maßnahmen der LReg zur Verbesserung des Vollzugs im Naturschutz und zur Förderung der Landschaftserhaltungsverbände, insbes im Landkreis Heidenheim

Verwendung zusätzlicher Haushaltsmittel für Naturschutz und Landschaftspflege seit 2011; Verbesserung der Personalausstattung in den RegPräs sowie des Vollzugs der bestehenden rechtlichen Vorgaben im Regierungsbezirk Stuttgart und insbes im Landkreis Heidenheim; Landschaftserhaltungsverbände (LEV) als Instrumente zur Unterstützung des Vollzugs; Nutzen des Landschaftserhaltungsverbands Heidenheim für Naturschutz und Kulturlandschaftsentwicklung, sein Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Flora-Fauna-Habitat Gebieten und Vogelschutzgebieten nach dem Konzept Natura 2000 sowie seine finanzielle Ausstattung

KlAnfr

s. *Naturschutz*

Drs 15/3424

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im Landkreis Heidenheim

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im Landkreis Heidenheim, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/4198

Vorkehrungen gegen die Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (BHV-1) an der Landesgrenze

Erkenntnisse und Maßnahmen bezüglich des Ausbruchs der Rinderseuche BHV-1 im bayerischen LKreis Donau-Ries, insbes Vorkehrungen in benachbarten LKreisen Baden-Württembergs (v.a. Ostalbkreis, LKreis Heidenheim), Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung

KlAnfr

s. *Tierseuche*

Drs 15/4620

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr

s. *Bodendenkmal*

Drs 15/4776

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Heidenheim

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Heidenheim

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4781

Dialog- und Beteiligungsverfahren zur regionalen Schulentwicklung im LKreis Heidenheim

Situation der regionalen Dialog- und Beteiligungsverfahren zur Schulentwicklung, insbes Umsetzung des Verfahrens im LKreis Heidenheim

Antr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/5152

Situation der Pflege im LKreis Heidenheim

Anzahl der in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege beschäftigten Pflegekräfte; zahlenmäßige Entwicklung der Pflegekräfte sowie der Empfänger von Pflegeleistungen seit dem Jahr 2000; Prognose des künftigen Bedarfs an Pflegepersonal in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und ambulanten Pflegediensten; Zukunft der Pflege im ländlichen Raum; private und öffentliche Träger der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Kreis

KlAnfr

s. *Pflege*

Drs 15/5764

Sicherheit auf den Straßen des LKreises Heidenheim

Häufigkeit der Verkehrsunfälle in den vergangenen fünf Jahren; Art und Schwere der Unfallfolgen; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallhäufigkeit, insbes im Bereich von Baustellen; Nutzen einer vorherigen Information der Bevölkerung über Straßebaustellen

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/5993

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im LKreis Heidenheim

KlAnfr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/7869

Ortsumfang bei Gerstetten-Heuchlingen (LKreis Heidenheim) der L 1164

Verkehrsbelastung auf der Landesstraße 1164 in Gerstetten-Heuchlingen; Maßnahmen zur Entlastung der Anwohner; Planungsstand und Finanzierung der Ortsumfang

KlAnfr

s. *Ortsumgebung*

Drs 15/8027

Heilbad

s. *Kurort*

Heilberuf

s. *Gesundheitsberuf*

Heilberufe-Kammergesetz

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von § 66 des Heilberufe-Kammergesetzes in der Fassung vom 16. März 1995

GesEntw

s. *Landesrecht*

Drs 15/5443

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Umsetzung europäischer Vorgaben bezüglich der Anerkennung von Berufsqualifikationen; Anpassung des Heilberufe-Kammergesetzes an Anforderungen der Praxis und Entwicklungen im Bereich der Selbstverwaltung, insbes bei Aufbewahrungspflicht für Patientenakten, Sprachprüfungen bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen

GesEntw LReg 10.11.2015 Drs 15/7678 (48 S.)

1. Beratung PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8494 8495

BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/7794 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD)

ÄAntr GRÜNE und SPD 15.12.2015 Drs 15/7882

2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8763-8767

GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7893 (11 S.)

GBI 2015 Nr. 25 S. 1234-1243 (Ges vom 17.12.2015)

Heilbronn

s.a. Hochschule Heilbronn

Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Darstellung der Priorität, der bisherigen und weiteren Mittelbereitstellung; Zeitpunkt des Baubeginns für die Ortsumfahrung, Frage nach einem Zusammenhang mit dem Ausbau und der Verlängerung der Saarlandstraße in Heilbronn

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/462

Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Kriterien und Zeitpunkt für eine landesweite Priorisierung von Straßenbauprojekten; Umsetzung der Zusagen der Vorgängerregierungen zur Förderung der o.g. Projekte

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/620

Bundesgartenschau

Höhe der Mittelbereitstellung im Vorfeld der Bundesgartenschauen in Mannheim und Stuttgart; Beurteilung der bisherigen städtebaulichen und landschaftsplanerischen Pläne für die Bundesgartenschau 2019 in Heilbronn; Einrichtung eines besonderen Förderschwerpunkts für die BUGA in Heilbronn

KlAnfr
s. *Gartenschau*
Drs 15/680

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/742

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und Landkreis Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Bahnstrecke Heilbronn-Mosbach-Neckarelz

Erwartung einer Verkürzung der Fahrzeiten zum Stuttgarter Hauptbahnhof, Flughafen, zur Landesmesse und in andere Regionen; Beurteilung der Perspektiven des Bahnhofs Mosbach-Neckarelz als Bahnknoten für den Regionalverkehr zwischen den Räumen Rhein-Neckar, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/1199

Ärzteversorgung im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2022

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1449

Betreuung durch Jugendbegleiter im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl, Qualifikation und Einsatzbereiche der ehrenamtlichen schulischen Jugendbegleiter; Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund oder von Migrantenvereinen an den Jugendbegleiterprogrammen

KlAnfr
s. *Jugendleiter*
Drs 15/1450

Landesstraßenbaumaßnahmen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen 2011-2013; geplante und planfestgestellte Maßnahmen; Höhe der dafür benötigten und in den Haushalten eingestellten Mittel; Frage nach Verschiebungen in der Priorisierung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1836

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1880

Verkehrssicherheit auf der Bundesstraße 293 zwischen Heilbronn und Bretten

Art, Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Verkehrsüberwachung auf dem o.g. Streckenabschnitt; Entwicklung der Zahl und Folgen von Verkehrsunfällen in den vergangenen zwei Jahren

KlAnfr
s. *Bundesstraße 293*
Drs 15/2024

Umgehungsstraße Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Gründe für die Nichtaufnahme der o.g. Projekte in den Maßnahmenplan zu den Landesstraßen; Position der beiden Projekte nach der wissenschaftlichen Auswertung des Maßnahmenplans und nach Gewichtung des zwingenden Zusammenhangs der beiden Vorhaben

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/2202

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/2262

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2277

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Land- und Stadtkreis Heilbronn

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2932

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3005

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3020

Breitbandversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Stadt- und LKreis Heilbronn, insbes unter Nutzung der Breitbandinitiative

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3168

Die Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zeit und Kostenplanung der Baumaßnahmen zur Inbetriebnahme der Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKreis Heilbronn; Planung und Finanzierung des Wagenmaterials

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3479

Geplante Struktur des zukünftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Ausschlaggebende fachliche Parameter für den Gebietszuschnitt und die Personalstärke der geplanten Regionalpräsidien der Polizei in BW, insbes Personalanteile von Schutz- und Kriminalpolizei, Begründung der deutlich niedrigeren Quote des Kriminalpolizeianteils im Präsidium Heilbronn

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3832

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Aktueller Bedarf und Besetzung von Vollzeit-Lehrerstellen an den beruflichen Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn; Gewährleistung von Pflichtunterricht, Krankheitsvertretungen sowie Unterricht im Ergänzungsbereich

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4000

Zukünftige Entwicklung der Dualen Hochschule BW in Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn

Entwicklung des Studienangebots und der Zahl der Studierenden an der DHBW Mosbach; Profile der drei Campus-Standorte Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn und deren Zusammenarbeit; Empfehlung des zentralen Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW für eine Eigenständigkeit des Campus Heilbronn; Vor- und Nachteile einer Verselbständigung des Campus Heilbronn für die DHBW Mosbach; Beurteilung des Engagements der Dieter Schwarz Stiftung für die Duale Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4173

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine

zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/4175

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der aufgrund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidarpakt III

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4260

Rechtsradikale Aktivitäten im Stadt- und LKreis Heilbronn

Aktivitäten rechtsradikaler Organisationen oder Personen im Stadt- und LKreis Heilbronn und Gegenmaßnahmen der Polizei

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4294

Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften

Gegenwärtige Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften an den Hochschulen in BW; Unterstützung der Einrichtung einer Fakultät für Sozialpädagogik am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sozialwissenschaft*
Drs 15/4358

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Strategien oder präventive Maßnahmen gegen potenzielle Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4517

Überlastung des Heilbronner Landgerichts

Gründe und Auswirkungen der Überlastung des Heilbronner Landgerichts und Gegenmaßnahmen des Justizministeriums; Konsequenzen der Haushaltskürzungen im Justizbereich; Umstände des Falls des nicht rechtzeitig erfolgten Prozessbeginns gegen fünf mutmaßliche Drogendealer

KlAnfr
s. *Landgericht*
Drs 15/4555

Unterrichtsversorgung an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2009/2010, Anzahl der Klassen und der Lehrerdeputate; im Schuljahr 2012/2013 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Versorgung im Ergänzungsbereich und bei Krankheitsvertretungen im laufenden Schuljahr im Vergleich zu den vergangenen Jahren

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/4757

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Stadt- und LKreis Heilbronn

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Stadt- und LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4794

Radwege im Stadt- und LKreis Heilbronn

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegengesetzes im Stadt- und LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4860

Situation des Rettungsdienstes und der notärztlichen Versorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Gründe für die Überschreitung der Hilfsfristen des Rettungsdienstes und des notärztlichen Dienstes im Stadt- und LKreis Heilbronn; Maßnahmen der Dienst- und Rechtsaufsicht zur Einhaltung der Hilfsfristen

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/4951

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4965

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr
s. *Hochschule Heilbronn*
Drs 15/5494

Erledigungsstau an Amtsgerichten in BW

Erledigungsstau und Nichteinhaltung von Verfahrensterminen an Amtsgerichten in BW, insbes an den Amtsgerichten der Landgerichtsbezirke Ellwangen und Heilbronn

MdlAnfr
s. *Amtsgericht*
Drs 15/5396

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und LKreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Auswahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie derjenigen im LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5578

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und LKreis Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5716

Personalentwicklung an Polizeirevieren im Stadt- und LKreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeirevieren und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5793

Großraum- und Schwertransporte

Situation bei der polizeilichen Begleitung von Großraum- und Schwertransporten in BW, insbes Einsatzstunden und gebundene Polizeibeamte im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Heilbronn; Möglichkeit und rechtliche Rahmenbedingungen einer Privatisierung der Großraum- und Schwertransporte

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5990

Fördermittel und Unterstützungsprogramme für die Bundesgartenschau (BUGA) 2019 in Heilbronn

Stellenwert der Bundesgartenschau (BUGA) 2019 in Heilbronn und Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene

KlAnfr
s. *Gartenschau*

Drs 15/6458

Förderung von Fuß- und Radwegebrücken

Förderbedingungen für Fuß- und Radwegebrücken, insbes Förderung der iRd Bundesgartenschau 2019 zu erstellenden Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Hauptbahnhof in Heilbronn

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/6494

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6499

Wohnungseinbrüche im Stadt- und LKreis Heilbronn

Sachstand zur Zunahme bei Wohnungseinbrüchen im Stadt- und LKreis Heilbronn, insbes Zahlen, Maßnahmen, Polizeibeamteneinsatz, Aufklärungsquote

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6716

Mögliches Fernverkehrsangebot auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden

Sachstand zur Verwirklichung eines zusätzlichen Fernverkehrsangebots auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden durch ein privates Eisenbahnunternehmen

KlAnfr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/7398

Stellenbesetzungen im Polizeipräsidium Heilbronn

Sachstand zu Stellenbesetzungen und Personaleinsatz bei den Polizeirevieren des Polizeipräsidiums Heilbronn, insbes Soll- und Ist-Zustand, Reaktion auf veränderte Sicherheitslage durch die Erstunterkünfte für Flüchtlinge, Einsatzverstärkungen im Streifendienst angesichts der Einbruchskriminalität

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7658

Beanspruchung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Polizeipräsidium Heilbronn

Sachstand zur Stellenauslastung und zum Überstundeneinsatz in den Polizeirevieren und Polizeiposten im Polizeipräsidium Heilbronn

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7840

Vertuschung von Ermittlungen beim Polizeipräsidium Heilbronn?

Hintergründe zur verzögerten Bekanntgabe eines versuchten Sexualdelikts am Fastnachtsdienstag im Bereich Mudau durch das Polizeipräsidium Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/8025

Heilbronn, Landkreis

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/742

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar
Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und Landkreis Heilbronn
Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Gesundheitsversorgung im Landkreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1283

Ärzteversorgung im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2022

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1449

Betreuung durch Jugendbegleiter im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl, Qualifikation und Einsatzbereiche der ehrenamtlichen schulischen Jugendbegleiter; Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund oder von Migrantenvereinen an den Jugendbegleiterprogrammen

KlAnfr
s. *Jugendleiter*
Drs 15/1450

Landesstraßenbaumaßnahmen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen 2011-2013; geplante und planfestgestellte Maßnahmen; Höhe der dafür benötigten und in den Haushalten eingestellten Mittel; Frage nach Verschiebungen in der Priorisierung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1836

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1880

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und Landkreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/2262

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2277

Das Sterben der Lämmer

Schafhaltung und Schafbestand in BW; Verletzung bzw Tötung von Lämmern durch Rabenvögel im Landkreis Heilbronn; Präventionsmaßnahmen und Entschädigung der Schafhalter; Angriffe von Rabenvögeln auf Spaziergänger oder Jogger; Voraussetzungen für eine Bejagung von Rabenvögeln

Antr

s. Schafhaltung
Drs 15/2757

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Land- und Stadtkreis Heilbronn

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/2932

Breitbandversorgung im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Stadt- und LKkreis Heilbronn, insbes unter Nutzung der Breitbandinitiative

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/3168

Die Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zeit und Kostenplanung der Baumaßnahmen zur Inbetriebnahme der Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKkreis Heilbronn; Planung und Finanzierung des Wagenmaterials

KlAnfr
s. Stadtbahn
Drs 15/3479

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr
s. Nebenbahnverkehr
Drs 15/3979

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Aktueller Bedarf und Besetzung von Vollzeit-Lehrerstellen an den beruflichen Schulen im Stadt- und LKkreis Heilbronn; Gewährleistung von Pflichtunterricht, Krankheitsvertretungen sowie Unterricht im Ergänzungsbereich

KlAnfr
s. Lehrerberbedarf
Drs 15/4000

Rechtsradikale Aktivitäten im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Aktivitäten rechtsradikaler Organisationen oder Personen im Stadt- und LKkreis Heilbronn und Gegenmaßnahmen der Polizei

KlAnfr
s. Extremismus
Drs 15/4294

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKkreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr
s. Rechtsextremistische Organisation
Drs 15/4517

Unterrichtsversorgung an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2009/2010, Anzahl der Klassen und der Lehrerdeputate; im Schuljahr 2012/2013 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Versorgung im Ergänzungsbereich und bei Krankheitsvertretungen im laufenden Schuljahr im Vergleich zu den vergangenen Jahren

KlAnfr
s. Unterrichtsversorgung
Drs 15/4757

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Stadt- und LKkreis Heilbronn

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4794

Radwege im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Stadt- und LKkreis Heilbronn

KlAnfr
s. Radweg
Drs 15/4860

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr
s. Asylbewerber
Drs 15/4921

Situation des Rettungsdienstes und der notärztlichen Versorgung im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Gründe für die Überschreitung der Hilfsfristen des Rettungsdienstes und des notärztlichen Diensts im Stadt- und LKkreis Heilbronn; Maßnahmen der Dienst- und Rechtsaufsicht zur Einhaltung der Hilfsfristen

KlAnfr
s. Rettungsdienst
Drs 15/4951

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4965

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Auswahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie derjenigen im Landkreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5578

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und Landkreis Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5716

Unterrichtsversorgung im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Kontingent und Einsatz von Krankheitsvertretungslehrern in den Schulen im Landkreis Heilbronn; eingestellte Junglehrer; Abdeckung des Stundenkontingents in Vorbereitungsklassen; Lehrerkontingent an Sonderschulen

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5784

Personalentwicklung an Polizeirevieren im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeirevieren und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5793

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau

Vernetzung des ÖPNV zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Landkreis Heilbronn; Fahrgastpotenzial einer direkten Busverbindung zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau; Einrichtung einer kreisübergreifenden Busverbindung; Rolle der Krebsbachtalbahn in einem kreisübergreifenden ÖPNV

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6453

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6499

Stadtbahn Heilbronn Süd (Zabergäubahn)

Reaktivierung der Zabergäubahn; Durchführung einer standardisierten Bewertung; Investitionskosten und Finanzierung; Einbindung der Zabergäubahn in das bestehende öffentliche Verkehrsnetz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/6509

Situation der Pflegeeinrichtungen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Pflegesituation im Stadt- und Landkreis Heilbronn, insbes Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, Auslastung der Einrichtungen, Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6705

Wohnungseinbrüche im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Sachstand zur Zunahme bei Wohnungseinbrüchen im Stadt- und Landkreis Heilbronn, insbes Zahlen, Maßnahmen, Polizeibeamteneinsatz, Aufklärungsquote

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6716

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Sachstand zur Unterrichtsversorgung beim Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/6717

Nationales Naturerbe - dritte Tranche

Sachstand zur Übergabe der ehemaligen militärischen Liegenschaft „Reisberg“ im Landkreis Heilbronn iRd dritten Tranche des

Nationalen Naturerbes und zur weiteren rechtlichen Einordnung und naturschutzfachlichen Entwicklung

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/7264

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKkreis Heilbronn, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/7422

Neue Chancen für die Reaktivierung der Zabergäubahn?

Sachstand zur Reaktivierung der Zabergäubahn unter Verwendung von Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Mitteln und zusätzlichen Regionalisierungsmitteln

KlAnfr
s. *Zabergäubahn*
Drs 15/7544

Kommunalpolitische Situation und Jugend im LKkreis Heilbronn nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im LKkreis Heilbronn, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/7684

Heilbronner, Hohenloher, Haller Nahverkehr

Verkehrsverbund zwischen Heilbronner Verkehrsverbund (HNV) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Vereinheitlichung der Tarifsysteme der baden-württembergischen Verkehrsverbände; Erleichterung des Übergangs zwischen den Verbundgrenzen, insbes für in Richtung Stuttgart pendelnde Fahrgäste aus dem Zabergäu

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/6157

Heilbronn-Franken, Region

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2273

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2284

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/4175

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber in der Region Heilbronn-Franken

Situation der Landestellen für Rettungshubschrauber in BW bei der Erfüllung der strengeren Richtlinien der umzusetzenden EU-Verordnung, insbes Auswirkung der EU-Vorgaben auf das Rettungswesen in BW sowie in der Region Heilbronn-Franken, Kosten für eine Nachrüstung

KlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/5345

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr
s. *Hochschule Heilbronn*
Drs 15/5494

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Auswahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn

und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie diejenigen im LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5578

Auswirkungen im Falle einer Umsetzung der jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Erbschaftsteuer auf die familiengeführten mittelständischen Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Erbschaftssteuerreform auf die familiengeführten mittelständischen Betriebe in BW, insbes in der Region Heilbronn-Franken

MdlAnfr
s. *Erbschaftsteuer*
Drs 15/7139

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr
s. *Digitalisierung*
Drs 15/8121

Heilerziehungspfleger

Weiterentwicklung des Berufsbilds Heilerziehungspflegerin/Heilerziehungspfleger

Situation des Heilerziehungspflegeberufs, insbes Vereinheitlichung der Ausbildung, Probleme bei der Anerkennung als Pflegefachkräfte sowie Weiterentwicklung des Berufsbilds und Spezialisierung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 12.02.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3050
BeschlEmpf und Bericht SoZA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 46 47
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Heilerziehungspflegeverordnung

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Heilerziehungspflegeverordnung in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Heilfürsorge

s.a. *Beihilfe für Bedienstete*
s.a. *Medizinische Versorgung*

Entwicklung der Heilfürsorgekosten für Polizeibeamte, Vorwurf der Streichung von Leistungen im Bereich der Heilfürsorge

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 416

Heiliger Stuhl

s. *Papsttum*

Heilkräuter

s. *Heilpflanze*

Heilkur

s. *Kur*

Heilmittel

s.a. *Arzneimittel*
s.a. *Heilpflanze*
s.a. *Kur*
s.a. *Medizinische Versorgung*
s.a. *Medizinprodukt*
s.a. *Medizintechnik*

Situation der Heilmittelerbringer in BW

Beurteilung der vermehrten Zurückweisung von Heilmittelverordnungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden durch die Krankenkassen wegen sachlicher Mängel, Auslösung von Existenzproblemen und Kostenverlagerungen durch diese verschärfte Prüfpraxis der Krankenkassen; Hinwirkung auf einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren des Gesundheitswesens, Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmittelleistungen und einer angemessenen Vergütung

Antr Stefan Teufel u.a. CDU und Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 03.11.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/818
BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.03.2012 Drs 15/1646 (dazu ÄAntr Bärl Mielich u.a. GRÜNE und Florian Wahl u.a. SPD) S. 38-40
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
Mittlg LReg 03.09.2012 Drs 15/2293

Heilmittelbehandlung

s. *Heilmittel*

Heilpädagoginnenverordnung

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Heilpflanze

s.a. *Heilmittel*

Heilpflanzen in BW

Art des Anbaus von Heilpflanzen und Bio-Heilpflanzen und deren medizinische Wirksamkeit, ökonomische Bedeutung von Heilpflanzen und natürlichen Arzneimitteln, u.a. auch für den

Tourismus und für die nachhaltige Entwicklung der Kulturlandschaft; wissenschaftliche Einrichtungen zur Erforschung von Heilpflanzen und deren Einsatzmöglichkeiten; Gewährleistung des Verbraucherschutzes, u.a. durch Rückstandsuntersuchungen auf Pflanzenschutzmittel

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 24.10.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2558
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 77
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Heilquelle

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen, Stand der Bescheidung des gestellten Antrags beim Eisenbahn-Bundesamt

Antr
 s. *Stuttgart 21*
 Drs 15/96

Landespavillon und Nesenbachdüker in Stuttgart

Abbruch des Landespavillons und Durchführung der o.g. Rohrunterführung; vorgesehene Technik und Materialien, ausführende Unternehmen und Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Heil- und Mineralquellen

KlAnfr
 s. *Rohrleitung*
 Drs 15/829

Bedeutung von Heilquellenschutzgebieten in BW

Flächen der Heilquellenschutzgebiete und deren Verteilung im Land; Definition und rechtsverbindliche Festlegung der Schutz-zonen in Analogie zu den Wasserschutz-zonen; Anzahl und Art der Gebäude in Heilquellenschutzgebieten; Erkenntnisse über Quellenverunreinigungen bzw Gewässerbelastungen durch defekte öffentliche Kanalisation; sonstige Gefährdungen für Heilquellen und Häufigkeit ihres Auftretens; Anforderungen für die jeweiligen Heilquellenschutz-zonen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 19.11.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4357

Heilverfahrensverordnung Baden-Württemberg

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von § 7 der HeilverfahrensVO BW in der Fassung vom 16. Dezember 2010

GesEntw
 s. *Landesrecht*
 Drs 15/5443

Heim

Auswirkung der Landesheimbauverordnung auf die pflegerische Infrastruktur

Daten zu Bestand und Entwicklung bei Pflegeheimplätzen in BW im Hinblick auf die Landesheimbauverordnung, insbes Auswirkungen auf das Land und die einzelnen Kreise, geplante Maßnahmen zur Sicherung der pflegerischen Infrastruktur, Beratung mit Trägern, Einrichtungen und Kommunen über Standards und Ausnahmen

Antr
 s. *Pflegeheim*
 Drs 15/2947

Anwendung der Verlängerungsoption zur Herstellung des Einzelzimmerstandards gemäß Landesheimbauverordnung (LHeim-BauVO) bei Bestandseinrichtungen

Umsetzung des Einzelzimmerstandards nach Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO) bei Bestandseinrichtungen, insbes Daten zu entfallenden und benötigten stationären Pflegeheimplätzen, wirtschaftlich erforderliche Mindestplatzkapazität, Voraussetzungen für eine verlängerte Übergangsfrist, Regelung in anderen Bundesländern und im derzeit zu erarbeitenden Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz

Antr
 s. *Pflegeheim*
 Drs 15/2967

Zukunft des Heimrechts in der Pflege

Änderung des Landesheimrechts und Umsetzung einer Landes-Personalheim-Verordnung, insbes Umsetzung neuer dezentraler Wohn- und Pflegeformen mit zumutbaren Pflegesätzen

Antr
 s. *Heimrecht*
 Drs 15/3296

Das neue Landesheimrecht - Präzisierung tut not

Differenzierung in der geplanten Novelle (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz) des Landesheimrechts zwischen den einzelnen Wohnformen; zukünftige Detailregelungen im Bereich des Baurechts und der personellen Anforderungen für verschiedene Wohn-/Grundleistungs- und Pflegekonstellationen

Antr
 s. *Heimrecht*
 Drs 15/3453

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw
 s. *Heimrecht*
 Drs 15/4852

Heimatpflege

s.a. *Brauchtum*
 s.a. *Denkmalpflege*

Förderung Heimatverbände

Gründe für das Ausbleiben der Zuschüsse an die Heimatverbände im Jahr 2012; Umfang der zu erwartenden Unterstützung; Rechtfertigung des Fernbleibens von der Verleihung der Heimat-medaille

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 19.09.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2369
 BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 49
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Museumsprojekt „Vogtsbauernhof“ - Freilichtmuseen in BW

Beurteilung des Museumsprojekts in Gutach im Schwarzwald; Bedeutung der Freilichtmuseen für den Tourismus und die hei-

matkundliche Bildung; staatliche Förderung der Freilichtmuseen; Entwicklung der Besucherzahlen in den letzten zehn Jahren; Verbesserung der Verkehrsanbindung des „Vogtsbauernhofs“ durch einen eigenen Schienenhalt

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 15/4119

Heimatverband

s. *Heimatpflege*

Heimatvertriebener

s. *Vertriebener*

Heimaufsicht

Widersprüche zwischen ordnungs- und leistungsrechtlichen Anforderungen beseitigen

Finanzielle Konsequenzen für die Träger von Pflegeheimen durch Widersprüche bei ordnungsrechtlichen Vorgaben der Heimaufsicht und leistungsrechtlichen Maßgaben des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, insbes über Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen nicht abgedeckte unterschiedliche Anforderungen an die Personalausstattung

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/3502

Pflegewissenschaftliche Analyse von Begehungsberichten der unteren Heimaufsichtsbehörden in BW

Inhalt und Bewertung der Studie „Pflegerwissenschaftliche Analyse von Begehungsberichten der unteren Heimaufsichtsbehörden in BW“ der Liga der freien Wohlfahrtspflege in BW und Umsetzung der Erkenntnisse dieser Analyse

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 13.08.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5618

Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung

Grundsätze der Zusammenarbeit; Anpassung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG); Informationsaustausch zwischen Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) über die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse; Vermeidung von Doppelarbeit der Institutionen; Ergebnisse des Modellprojekts im LKreis Ludwigsburg; Steigerung der Effizienz bei der Prüfungsdurchführung

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 27.02.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6561
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.05.2015 Drs 15/7352 S. 57-59
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Heimaufsichtsbehörde

s. *Heimaufsicht*

Heimerziehung

Regierungsbefragung

Umsetzung der Forderungen des runden Tisches „Heimerziehung in den Fünfziger- und Sechzigerjahren“

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 574-577

a) *Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 14/1398, 14/3130, 14/4053 betr.*

Heimerziehung/-unterbringung in den Jahren zwischen 1949 und 1975

b) *Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung, Finanzierung und Verwaltung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ und Durchführung eines Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in BW“*

Mittlg LReg 25.10.2011 Drs 15/775 (16 S.)

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 673

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/883 (dazu Antr Wilfried Klenk u.a. CDU (Anlage 1) und Antr Thomas Poreski u.a. GRÜNE und Ernst Kopp u.a. SPD (Anlage 2))
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 953-957

Mittlg LReg 05.04.2013 Drs 15/3318

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.04.2013 Drs 15/3379

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4200 4201

Mittlg LReg 21.02.2014 Drs 15/4827

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2014 Drs 15/4928 (dazu Antr Wilfried Klenk u.a. CDU, Thomas Poreski u.a. GRÜNE, Anneke Graner u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP)

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Mittlg LReg 07.12.2015 Drs 15/7804 (12 S.)

PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8707

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2016 Drs 15/7944

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Umsetzung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“

Bewertung der Beratungspraxis der Regionalen Anlauf- und Beratungsstellen für die Opfer der Heimerziehung, Umsetzungsstand der Verwaltungsvereinbarung über den o.g. Fonds und des Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in BW“

MdAnfr 5) Wilfried Klenk CDU 16.04.2012 Drs 15/1557

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1863 1864

Anerkennung des Leides von Betroffenen, die als Kinder und Jugendliche in Heimen der Behindertenhilfe oder stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht erfahren haben

Aufarbeitung und finanzielle Anerkennung des Leides für die von Unrecht betroffenen ehemaligen Heimkinder in Heimen der Behindertenhilfe oder stationären psychiatrischen Einrichtungen, insbes Abmilderung von Folgeschäden für den betroffenen Personenkreis durch die Einrichtung eines Hilfsfonds

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 01.07.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7092

BeschlEmpf und Bericht SozA 08.10.2015 Drs 15/7755 S. 21 22

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Mittelbereitstellung für den runden Tisch „Heimerziehung“

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Heimgesetz für Baden-Württemberg

s. *Landesheimgesetz*

Heimkind

s. *Heimerziehung*

Heimpädagogik

s. *Heimerziehung*

Heimpersonalverordnung

s. *Landesheimgesetz*

Heimrecht

Zukunft des Heimrechts in der Pflege

Änderung des Landesheimrechts und Umsetzung einer Landes-Personalheim-Verordnung, insbes Umsetzung neuer dezentraler Wohn- und Pflegeformen mit zumutbaren Pflegesätzen

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 26.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3296
 BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 38 39
 PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Das neue Landesheimrecht - Präzisierung tut not

Differenzierung in der geplanten Novelle (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz) des Landesheimrechts zwischen den einzelnen Wohnformen; zukünftige Detailregelungen im Bereich des Baurechts und der personellen Anforderungen für verschiedene Wohn-/Grundleistungs- und Pflegekonstellationen

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 03.05.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3453
 BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 38 39
 PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Regierungsbefragung

Neuordnung des Heimrechts

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4662-4666

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw LReg 25.02.2014 Drs 15/4852 (122 S.)
 1. Beratung PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5690-5697
 BeschlEmpf und Bericht SozA 08.05.2014 Drs 15/5170 (dazu ÄAntr FDP/DVP Anlage 1, ÄAntr Manfred Lucha u.a. GRÜNE und Rainer Hinderer u.a. SPD Anlage 2 und 4, ÄAntr CDU Anlage 3 und EAntr CDU Anlage 5) (23 S.)
 2. Beratung PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5870-5876
 GesBeschl 14.05.2014 Drs 15/5196 (18 S.)
 GBl 2014 Nr. 9 S. 241-257 (Ges vom 20.05.2014)

Fachkraftquote und Landesheimpersonalverordnung

Sachstand zu Veränderungen bei der Landesheimpersonalverordnung, insbes Anpassung der Regelungen im Bereich der Fachkraftquote

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 04.05.2015 und Antw SM Drs 15/6843

Entwicklung ambulanter Wohnformen auf Grundlage des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes BW (WTPG)

Nutzung der Beratungsstelle für ambulant betreute Wohnformen beim Kommunalverband für Jugend und Soziales BW; Beratungsschwerpunkte; Zahl der bisher auf der Basis des WTPG ins Leben gerufenen Wohngemeinschaften; Schwierigkeiten bei der Schaffung ambulant betreuter Wohnformen; bisherige Erfahrungen mit den in § 4 Abs 2 WTPG geforderten Abstandsregelungen, den Transparenzbestimmungen und der Zusammenarbeit bei der Durchführung von Prüfungen (§ 25 WTPG)

Antr
 s. *Wohnform*
 Drs 15/7979

Heimschule

s. *Internat*

Heimsheim

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KIAnfr
 s. *Ortsdurchfahrt*
 Drs 15/868

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KIAnfr
 s. *Ortsdurchfahrt*
 Drs 15/1347

Sanierungsmaßnahmen auf der Bundesautobahn 8

Frage nach weiteren Sanierungsmaßnahmen zwischen Karlsruhe und Stuttgart, Eintreten für eine zügige Sanierung der Autobahnausfahrt Heimsheim/Mönsheim in Richtung Karlsruhe

KIAnfr
 s. *Autobahn*
 Drs 15/1624

Vollendung von Ortsdurchfahrtssanierungen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. auch des noch verbleibenden Abschnitts der Ortsdurchfahrt der L 1175 in Heimsheim

KIAnfr
 s. *Ortsdurchfahrt*
 Drs 15/1793

Umbaumaßnahmen an der Landesstraße (L) 1180

Sachstand zur zeitlichen Planung der Baumaßnahmen an der Landesstraße 1180 bei Heimsheim mit dem Umbau der sogenannten Diebkreuzung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7243

Heimtier

s. *Haustier*

Heimüberwachung

s. *Heimaufsicht*

Heiningen

Antrag der Gemeinde Heiningen auf Errichtung einer Werkrealschule

Auswirkungen der Bewilligung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll sowie des o.g. Antrags der Gemeinde Heiningen auf Einrichtung einer einzügigen Werkrealschule auf der Grundlage eines von der Schule entwickelten pädagogischen Konzepts, insbes auf die zu erwartenden Schülerströme in der Raumschaft Bad Boll/Heiningen; Bewertung der Willensäußerungen der Eltern nach Einrichtung einer Werkrealschule in Heiningen im Vergleich zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1433

Heiningen, Ortsteil

s. *Backnang*

Heitersheim

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) - Ausschreibung Netz 4 a - Expresszugangebot

Vorgaben der Ausschreibung; Auskunft über das geplante Expresszugangebot; Beibehaltung der Haltestellen in Bad Krozingen und Heitersheim

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/6315

Heizöl

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck

Sachstand und Unterstützung der Kommune beim Komplettabriss des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“ und der umweltgerechten Beseitigung des Heizöltanks

KlAnfr
s. *Abriss*
Drs 15/4829

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck II

Sachstand zur Beseitigung der Ruine des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“, insbes Umgang mit dem Widerspruch der Eigentümer, Verhinderung der Bodenverschmutzung durch Heizöl

KlAnfr
s. *Abriss*
Drs 15/7738

Heizung

s.a. *Fernwärme*
s.a. *Nahwärme*
s.a. *Wärmetechnik*

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler Gebäude, Verpflichtung der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Bereich Gebäudebeheizung, Förderung von Stromsparmaßnahmen bei kommunaler Infrastruktur wie der Straßenbeleuchtung

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/330

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen

Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO; ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/411

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Einsatzmöglichkeiten und Entwicklungspotenzial der Redox-Flow-Batterie, Aufnahme von überschüssiger Stromleistung von den installierten Stromheizungen in BW; Projekte zur Erforschung und Entwicklung von Wärmespeichern

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Stromverbrauchsreduzierung bei Umwälzpumpen

Einschätzung von Zahl und Strombedarf von Umwälzpumpen in Gebäudeheizungsanlagen; Darlegung des Aufwands und Einsparpotenzials einer Umstellung auf energiesparende Pumpen; Initiierung eines Modernisierungsschubs mit den beteiligten Wirtschaftskreisen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/970

Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix

Entwicklung der verfügbaren Mengen und des Einsatzes von Energieholz seit 2000 und bis 2020 zur Erreichung der Klimaschutzziele, Anteil bei öffentlichen und privaten Gebäuden im Vergleich zu Öl- und Gasheizungen, Steigerung des Anteils bei den eigenen Liegenschaften; Weiterentwicklung der Programme zur Förderung des Einsatzes von Biomasse im Wärmemarkt; Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr
s. *Holz*
Drs 15/1081

Lärmentwicklung durch Luftwärmepumpen

Entwicklung des Einsatzes o.g. Wärmepumpen in Privatgebäuden und deren Lärmproblematik, insbes im niederfrequenten Bereich und in Wohngebieten; Einwirkung auf die Herstellerfirmen und ausführenden Handwerksbetriebe zur Verbesserung der Lärmschutzwerte; Möglichkeiten der Nachrüstung und Durchführung von Abnahmen und schalltechnischen Überprüfungen der Anlagen; Umsetzung der Beschlusslage der Umweltministerkonferenz zur Verbesserung des Lärmschutzes bei stationären und mobilen Geräten und Maschinen in Wohngebieten

Antr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/1527

Perspektive und Nutzung der Geothermie in BW

Stand und Perspektiven der Strom- und Wärmegegewinnung durch oberflächennahe und tiefe Geothermie, Entwicklung der installierten Erdwärmesonden und geothermischen Gebäudeheizungen in den letzten fünf Jahren, Auswirkungen der Schadensfälle in Staufen, Schorndorf und Leonberg auf die Akzeptanz der Technologie, Erfahrungen mit den geänderten Anforderungen; Vorgaben und Förderprogramme von Bund und Land, Perspektiven für Ausbau und Nutzung der Tiefengeothermie bundes- und landesweit

GrAnfr
s. *Geothermische Energie*
Drs 15/1607

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 22 - Wirtschaftlichkeit landeseigener Heizwerke (Kap 1208 und 1209)

Mittlg RH
s. *Wärmekraftwerk*
Drs 15/1922

Energetische Nutzung von Stroh und Naturschutzgras

Beurteilung der o.g. thermischen Nutzung in Form von Pellets sowie bei der Biogasgewinnung, Einsatzmöglichkeiten solcher Pellets in Kleinfeuerungsanlagen auch in Privathaushalten, Umsetzung von Erkenntnissen des Bundes-Projekts „Effizienzsteigerung von Grünsubstraten in der Biogasgewinnung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange“ sowie des EU-Projekts „PROGRASS“; Schaffung zusätzlicher Impulse, Empfehlungen und Förderungen für interessierte Landwirte

Antr
s. *Biomasse*
Drs 15/2286

Intelligente Heizungssteuerung zur Senkung des Energieverbrauchs

Stand der energetischen Gebäudesanierung in BW; Erforschung und Produktion alternativer Technologien zur Gebäudesanierung mit Wärmedämmung, insbes Potentiale intelligenter Heizungssteuerungssysteme zur Senkung des Verbrauchs an Heizenergie in den nächsten Jahren

Antr
s. *Gebäudeenergieeffizienz*
Drs 15/5435

Anstehende Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG); Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen im Land

Anforderungen, Anwendungsbereich und Kostenfolgen des geplanten Rechtsinstituts eines gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans im Bereich der Nichtwohngebäude für die Unternehmen in BW, insbes betroffene Gebäude, Kosten beim Heizungstausch für die Erstellung gebäudeindividueller energetischer Sanierungsfahrpläne

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/5926

Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (E-WärmeG) zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen

Überlegungen zur Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen durch den notwendigen Einbau neuer Heizungen, insbes Einsparmöglichkeiten bei Nichtanwendung des EWärmeG

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 10.12.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7856
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.01.2016 Drs 15/8048 S. 60 61
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Heizungsanlage

s. *Heizung*

Helikopter

s. *Hubschrauber*

Helmholtz-Gemeinschaft

Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Forschungslandschaft sichern und erhöhen

Förderung der Ansiedlung, Neugründung und Erweiterung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in BW, u.a. von Instituten und Forschergruppen der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/265

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Hemsbach*Schulbauförderung - Schulzentrum Hemsbach*

Raumbestand und Raumbedarf des Schulzentrums Hemsbach; Förderfähigkeit von Schulsanierungen bzw Schulneubauten gemäß der neuen Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau)

KlAnfr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/6839

Hentig, Hartmut von*Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015*

Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/4631

Herbertingen*Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW*

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr
s. *Bodendenkmal*
Drs 15/4776

Herdwangen-Schönach*Umsetzungsprobleme der Landesheimbauverordnung (LHeim-BauVO) in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach*

Bewertung der in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach praktizierten Form der Teilhabe von Menschen mit Behinderung; Unterstützung der Gemeinschaft bei den durch die Landesheimbauverordnung vorgeschriebenen Maßnahmen; Verlängerung des Umsetzungszeitraums der Landesheimbauverordnung über den Stichtag 31. August 2019 hinaus

Antr
s. *Landesheimbauverordnung*
Drs 15/6147

Radwegebau im Bodenseekreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegetzes im Bodenseekreis, insbes Realisierung der Verbindungen zwischen Herdwangen-Schönach und Owingen sowie zwischen Frickingen und Lippertsreute

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/7958

Herkunftsangabe

s. *Herkunftsbezeichnung*

Herkunftsbezeichnung*„Made in Germany“-Herkunftsbezeichnung*

Einführung, Entwicklung und Bedeutung der Herkunftsbezeichnung „Made in Germany“; Planungen der Europäischen Kommission zur europarechtlichen Verankerung der Herkunftsbezeichnung von Produkten, insbes Auswirkungen auf Unternehmen und Verbraucher

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 09.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4016
BeschlEmpf und Bericht EuA 12.12.2013 Drs 15/4581 S. 43
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Erhaltung heimischer Streuobstwiesen durch geschützte Herkunftsbezeichnungen

Erkenntnisse über die Entwicklung der hessischen Streuobstwiesen nach Einführung der geschützten geografischen Angabe „Hessischer Apfelwein“; Unterstützung von Bestrebungen in BW zur Aufnahme einer vergleichbaren Herkunftsbezeichnung für heimische Streuobsterzeugnisse

KlAnfr
s. *Obstbau*
Drs 15/6956

Herkunftskenzeichnung

s. *Herkunftsbezeichnung*

Herkunftszeichen

s. *Herkunftsbezeichnung*

Hermann, Winfried GRÜNE*Berufung und Vereidigung von Winfried Hermann zum/als Minister für Verkehr und Infrastruktur*

s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*
PIPr 15/3 S. 15

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2439

Mögliche Interessenkollisionen durch Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung (DFS)

Aufgaben und Dauer der Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung; Rolle und Position der Deutschen Flugsicherung bei der Ausarbeitung des Fluglärm-Staatsvertrags zwischen Deutschland und der Schweiz, insbes Kenntnisse und Tätigkeit des Ministers als Beiratsmitglied

Antr

s. *DFS Deutsche Flugsicherung*

Drs 15/2862

Gibt es einen Fluglärmdeal mit der Schweiz?

Koppelung an andere Projekte (Paketlösung) bei Verhandlungen über den Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz; Zusagen oder Bedingungen der Schweiz im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Gäubahn; Äußerungen und Absichten des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz

Antr

s. *Schweiz*

Drs 15/2910

Heroin*Änderungen bei der Diamorphinbehandlung*

Sachstand und Änderungen bei der diamorphingestützten Substitution in BW; Missbrauchsfälle und Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern; Mehrkosten, Ärztezah, Missbrauchsrisiko sowie ärztliche Behandlungsqualität bei Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr

s. *Substitutionstherapie*

Drs 15/2837

Herrenberg*Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes*

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreis Böblingen bis 2016

KlAnfr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/83

Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf den Betrieb der S-Bahn-Linie S 1 nach Kirchheim unter Teck und auf die S-Bahn-Stationen im Raum Kirchheim unter Teck

Darlegung o.g. Auswirkungen, Bewertung der Aussagen im Schlussbericht zum zweiten Stresstest von SMA und Partner AG, Gewährleistung der Durchbindung der S 1 von Kirchheim nach Herrenberg?

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/771

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr

s. *Schienerpersonennahverkehr*

Drs 15/3517

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/5326

Flüchtlingsunterbringung in Herrenberg

Sachstand zur möglichen Einrichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in einem Firmenschulungszentrum in Herrenberg, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Zeitraum der Unterbringung, Kosten

KlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/7353

Flüchtlingsituation im LKreis Böblingen

Anzahl und Unterbringung der Flüchtlinge zum Stichtag 30. November 2015, unterschieden nach staatlicher vorläufiger Aufnahme und kommunaler Anschlussunterbringung; Aufnahmekapazitäten; Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge; Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Herrenberg

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7841

Herrischried*Verfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Herrischried-Rickenbach*

Statistiken und Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule Hotzenwald in Herrischried-Rickenbach, insbes zugehörige Gemeinden im Einzugsgebiet mit kalkulierten Übergangsquoten aus der Grundschule, Anmeldezahlen und Daten zur Schülerverteilung nach Schulart bei den Eingangsklassen, Verlauf der Planungsgespräche mit den Gemeinden Görwihl sowie Rickenbach und Herrischried

KlAnfr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3445

Zukunft des Pumpspeicherprojekts Atdorf

Projektstand und Finanzierung des geplanten Pumpspeicherprojekts in Atdorf, insbes Bedeutung und Bewertung der Wiedereinstiegsklausel der RWE AG in das Projekt

Antr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/5611

Herstellerhaftung

s. *Produkthaftung*

Herstellungsverfahren

s. *Produktionsverfahren*

Hessen

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

Mittlg LReg
s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*
Drs 15/298

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH
s. *Film*
Drs 15/561

Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

GesEntw
s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*
Drs 15/856

Volksentscheid für Schuldenbremse in Hessen - auch bei uns?

Bisherige Erfahrungen in Hessen mit der Schuldenbremse, Gründe für die Herbeiführung eines Volksentscheids über die Aufnahme in die hessische Landesverfassung, Bewertung als nachahmenswert für BW?

KlAnfr
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/926

Übernahme des Kreiskrankenhauses Bergstraße in Heppenheim (Hessen) durch das Universitätsklinikum Heidelberg

Frage nach der Einbindung in die o.g. Übernahme, den Chancen und Risiken sowie Auswirkungen auf die Krankenhausversorgung in der Region

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2538

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Erhaltung heimischer Streuobstwiesen durch geschützte Herkunftsbezeichnungen

Erkenntnisse über die Entwicklung der hessischen Streuobstwiesen nach Einführung der geschützten geografischen Angabe „Hessischer Apfelwein“; Unterstützung von Bestrebungen in BW zur Aufnahme einer vergleichbaren Herkunftsbezeichnung für heimische Streuobsterzeugnisse

KlAnfr
s. *Obstbau*
Drs 15/6956

Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte

Sachstand zur Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte durch die Landesverwaltung, insbes Gebührenerhebung, Vergleich mit dem Service in Hessen und Rheinland-Pfalz

KlAnfr
s. *Geoinformation*
Drs 15/7954

Erinnerung an die Initiativen von CDU und FDP in Hessen zur Einrichtung eines Nationalparks in Nordhessen

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 562 569

Heubach*Straßenbaumaßnahmen im Bereich Schwäbisch Gmünd / Heubach*

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1308

Unternehmensflurbereinigung im Zuge des Neubaus der B 29

Unternehmensflurbereinigungsverfahren im Zuge des Neubaus der B 29 Ortsumgehung Mögglingen auf den Gemarkungen Mögglingen, Essingen und Heubach-Lautern, insbes mögliche Änderung der bisherigen Zuschussvoraussetzungen durch die zeitliche Verzögerung des Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/3193

Notariat Heubach

Sachstand zur Situation im Notariat Heubach, insbes Bearbeitungsstau, Erstattung von Kosten für das zwangsweise Ausweichen der Stadt Heubach auf ein Anwalts- und Notarbüro

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 15/7203

Heuchlingen

Ortsumfahrung Heuchlingen

Priorität, Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten des o.g. Projekts und von weiteren geforderten Ortsumfahrungen im LKreise Heidenheim; Frage nach den nächsten Schritten und dem Zeitpunkt des Baubeginns

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/1023

HGV

s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*

High Tech

s. *Spitzentechnologie*

Hilfsfrist im Rettungsdienst

s. *Rettungsdienst*

Hilfsmittel

Lichtsignal-Rauchmelder für gehörlose Menschen

Berücksichtigung gehörloser Menschen im Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung; Aufnahme spezieller Rauchmelder in den sogenannten Hilfsmittelkatalog der gesetzlichen Krankenkassen; Kostenübernahme iRd Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

KlAnfr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/5263

Abgrenzung von Mehrwertsteuersatz und vermindertem Mehrwertsteuersatz bei Bandagen und Orthesen

Sachstand zur Anwendung der Kriterien für die Belegung von Bandagen und Orthesen mit dem vollen bzw mit dem verminderten Mehrwertsteuersatz

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/6902

Hilfsorganisation

s.a. *Bundesanstalt Technisches Hilfswerk*

s.a. *Deutsches Rotes Kreuz*

s.a. *Feuerwehr*

s.a. *Freiwilligendienst*

s.a. *Katastrophenschutz*

s.a. *Nichtregierungsorganisation*

s.a. *Psychosoziale Beratung*

s.a. *Rettungsdienst*

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/742

Finanzmittel für Hilfsorganisationen in BW

Entwicklung der Zuschüsse und finanziellen Ausstattung der Organisationen des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes, insbes auch der DLRG, seit 2007; Bedeutung der Organisationen iRd nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr; Berücksichtigung von Bedarfszuwächsen, insbes im Bereich der Rettungs- und Einsatzfahrzeuge?

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 22.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1742
BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 41
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Die Situation der Ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz

Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Katastrophenschutz; Preise, Ehrungen und Auszeichnungen; Einführung einer „Ehrenamtskarte“; Abhängigkeit des ehrenamtlichen Engagements von der Betriebsgröße des Arbeitgebers; Arbeitsplatzverlust durch Einsatz im Katastrophenschutz; privilegierter Zugang zu Schulen für die im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zur Nachwuchswerbung; Auswirkung der Aussetzung der Wehrpflicht auf die Personalstruktur von Hilfsorganisationen; Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2356

Situation der Flüchtlinge in der Ukraine

Zahl und Lage der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine; Zahl der nach Deutschland bzw BW geflohenen Personen; Hilfsmaßnahmen von deutscher Seite in der Ukraine

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6527

Hillebrand, Dieter MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3497

Hilzingen

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr
s. *Kiesabbau*
Drs 15/5220

Hindenburg, Paul von

Umbenennung der Paul-von-Hindenburg-Straßen/Plätze

Bestehende Benennungen von Straßen und Plätzen in Kommunen nach dem früheren Reichspräsidenten; Eintreten für Umbe-

nennungen

KlAnfr
s. *Straße*
Drs 15/1151

Hinderer, Rainer MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5791

Hinduismus

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW
Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr
s. *Religion*
Drs 15/2811

Hinterbliebener

s.a. *Versorgungsempfänger*

Prüfung der Schaffung zentraler Beratungsstellen zur Unterstützung Hinterbliebener bei Todesfällen

Beratung und Unterstützung Hinterbliebener bei der Abgabe der gegenüber öffentlichen Stellen notwendigen Erklärungen; Einführung zentraler Erbschaftsstellen

Antr
s. *Beratungsstelle*
Drs 15/4680

Hinterlegungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in BW
Abschaffung der Verzinsung hinterlegten Geldes; Aufhebung der gesetzlichen Festlegung auf den Rechtspfleger als für die Geschäfte der Hinterlegungsstelle funktionell zuständiges Organ; Modifizierung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der Hinterlegungsstellen; Klarstellung in Bezug auf die landesgesetzlichen Grundlagen der Notariatsreform

GesEntw LReg 10.09.2013 Drs 15/4019 (12 S.)
1. Beratung PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4616
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4228
2. Beratung PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4827-4830
GesBeschl 06.11.2013 Drs 15/4302
GBI 2013 Nr. 15 S. 303 304 (Ges vom 12.11.2013)

Hinterzarten

Haushalt 2012; Epl 04
Neubau der Ausstiegshilfe am Adler-Skistadion in Hinterzarten
Haushalt
s. *Sportstätte*
Drs 15/1104

Schanzenzentrum Hinterzarten

Höhe der notwendigen Mittel zur Modernisierung des o.g. Skisportzentrums; jeweilige finanzielle Beteiligung von Land, Bund und Kommune; Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Förderung im Rahmen des Tourismusprogramms

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/2596

HintG

s. *Hinterlegungsgesetz*

Hinweisschild

Touristische Bedeutung der Burg Hohen Neuffen
Bedeutung als Kulturdenkmal in BW; Beurteilung der Möglichkeit für ein Hinweisschild entlang der A 8

KlAnfr
s. *Burg Hohen Neuffen*
Drs 15/361

Touristische Hinweistafel auf die historische Benz-Fabrik in Ladenburg im Zuge der A 5

Rechtfertigung o.g. Hinweistafel zum 125. Jahrestag der Erfindung des Automobils

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/776

Touristische Hinweistafel auf das Zweirad- und NSU-Museum der Stadt Neckarsulm an der A 6

Rechtfertigung der beantragten touristischen Hinweistafel mit der geschichtlichen Bedeutung Neckarsulms für die Mobilitätsentwicklung

KlAnfr
s. *Kraftrad*
Drs 15/1350

Hinzuverdienst

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg

Erleichterung der kurzfristigen Gewinnung von Pensionären für akuten Mehrbedarf an qualifiziertem Personal in der öffentlichen Verwaltung durch Öffnung der Hinzuverdienstgrenze bei Verwendungseinkommen in bestimmten Ausnahmefällen

GesEntw
s. *Beamtenversorgung*
Drs 15/7846

Hinzuverdienstgrenze

s. *Hinzuverdienst*

Hinzuverdienstregelung

s. *Hinzuverdienst*

Hirnschlag

s. *Schlaganfall*

Historiographie

s. *Geschichtswissenschaft*

Historische Forschung

s. *Geschichtswissenschaft*

Historisches Bauwerk

s. Baudenkmal

Historisches Fahrzeug

s. Oldtimer

Historisches Gebäude

s. Baudenkmal

HIV-Infektion

s. Aids

HOAI

s. Honorarordnung für Architekten und Ingenieure

Hochbau

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. Zukunftsinvestitionsgesetz
Drs 15/3636

Hochbauverwaltung

s. Bauverwaltung

Hochbegabtenförderung

s. Begabtenförderung

Hochbrücke Horb

s. Brücke

Hochgeschwindigkeitsbahn

s. Hochgeschwindigkeitszug

Hochgeschwindigkeitsverkehr

Lückenschluss Schnellstrecke Stuttgart-Berlin über die Murrbahn

Umsetzung des Konzepts einer ICE-Verbindung Stuttgart-Berlin über die Murrbahn; Einsatz eines „Flügelzugs“ zum geplanten ICE München-Nürnberg-Berlin

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.02.2014 und
Antw MVI Drs 15/4722

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr
s. Fahrplan
Drs 15/7389

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. Baden 21
Drs 15/7611

Hochgeschwindigkeitszug

Magistrale für Europa (Trans European Network (TEN)-Achse 17)

Zahl der künftigen Direktverbindungen über die o.g. Magistrale Paris-Budapest bzw Paris-Bratislava nach der Fertigstellung des Projekts „Stuttgart 21“; Zahl der dann angebotenen umstiegsfreien Verbindungen Stuttgart-Wien; Intensität der Nachrüstung der TGV-Züge in Frankreich für den Einsatz auf der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm

KIAnfr
s. Bahnstrecke
Drs 15/365

Hochmoor

s. Feuchtgebiet

Hochqualifizierte Arbeitskraft

Wirkung von studentischen Auslandsaufenthalten in BW

Daten zu ausländischen Studenten an den Hochschulen in BW, insbes Anzahl und Herkunftsstaaten, Studienfächer, Vollstudenten- und Stipendiatenanteil, beabsichtigte und tatsächliche Arbeitsaufnahme in BW nach dem Studienabschluss; Rahmenbedingungen zur Förderung des Verbleibs nach Studienabschluss; Gegenmaßnahmen der Hochschulen zum zukünftigen Rückgang an Studierenden

Antr
s. Ausländischer Student
Drs 15/5586

Hochqualifizierter

s. Hochqualifizierte Arbeitskraft

Hochqualifizierter Mitarbeiter

s. *Hochqualifizierte Arbeitskraft*

Hochradioaktiver Abfall

s. *Radioaktiver Abfall*

Hochrheinautobahn

s. *Autobahn*

Hochrheinbahn

Elektrifizierung der Hochrheinstraße Basel-Singen

Umsetzungsstand, Höhe und Träger der Finanzierung des o.g. Projekts; Zeitpunkt der Inbetriebnahme; Einschätzung der Auslastung im Personen- und Güterverkehr

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 14.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/1029
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/1821 S. 48-50
 PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Umsetzungsstand, Höhe und Träger der Finanzierung des o.g. Projekts; Stand der weiteren Planungsschritte und eingeleiteten Planfeststellungsverfahren; Zeitpunkt des Baubeginns, der Neuausschreibung und Inbetriebnahme

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 21.12.2011 und Antw MVI Drs 15/1068

Ergebnisse des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ergebnisse der Gespräche über den „Fluglärm-Streit Flughafen Zürich“, die „Elektrifizierung der Hochrheinbahn“ u.a. Themen

KlAnfr
 s. *Schweiz*
 Drs 15/1761

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstraße sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
 s. *Verkehr*
 Drs 15/2240

Hochrheinbahn

Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten für den Ausbau und die Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Beurteilung von Überlegungen der Schweiz über eine finanzielle Beteiligung und der dafür erwarteten Gegenleistungen

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 11.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2465
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.02.2013 Drs 15/3245 S. 88-91
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Aktueller Sachstand und Positionierung der LReg zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Umsetzung und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Basel und Schaffhausen, insbes Ablehnung einer Mitfinanzierung durch den Kanton Aargau

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 06.03.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3173
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 05.06.2013 Drs 15/3712 S. 42-45
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Planungsstand und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße, insbes Finanzierungsanteile der Projektpartner, Hintergründe der gemeinsamen „Basler Erklärung“ zur Gesamtfinanzierung sowie Investitionen iRd Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)

Antr
 s. *Streckenelektrifizierung*
 Drs 15/3446

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Stellenwert der Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstraße bereitzustellen; Berücksichtigung der Hochrheinstraße bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr
 s. *Streckenelektrifizierung*
 Drs 15/3890

Zustand und Aussicht auf der Hochrheinstraße

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barrierefreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hochrheinstraße; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hochrheinstraße; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr
 s. *Streckenelektrifizierung*
 Drs 15/4234

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Sachstand zur Elektrifizierung der Hochrheinstraße und deren Finanzierung; Stand der Ausschreibung im Vergabeverfahren für die Hochrheinstraße; Auswirkungen geplanter Fahrplanänderungen auf der Gäubahn

KlAnfr Felix Schreiner CDU 09.04.2014 und Antw MVI Drs 15/5060

Interregio-Express (IRE)-Bahnangebot und Fernverkehrsanhbindung der Hochrhein-Region ab 2016 und den Folgejahren

Sachstand zu Anbindungsqualität und Fernverkehrsanhbindung der Hochrheinregion, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Pünktlichkeit der IRE-Züge, Auswirkungen des veränderten Fahrplanangebots auf Hochrheinbahn und Gäubahn, Verbesse-

rung von Angebot und Zuverlässigkeit der Verbindungen, Gewährleistung von Barrierefreiheit

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6470

Aktuelle Ausschreibung und Elektrifizierung der Hochrheinbahn
Sachstand zur Elektrifizierung der Hochrheinstraße, insbes Finanzierung, Zusammenarbeit mit der Schweiz; Stand der Ausschreibung weiterer Zugangebote auf der Hochrheinstraße

KlAnfr Felix Schreiner CDU 26.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6552

Worin liegt der Durchbruch bei der Elektrifizierung der Hochrheinstraße?

Sachstand zum Finanzierungsmodell für die Elektrifizierung der Hochrheinstraße, insbes Anteil des Landes, Mitfinanzierung durch die Schweiz; Umsetzung des 30-Minuten-Takts

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 29.09.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7445
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 90 91
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7864

Hochrhein-Bodensee, Region

s.a. *Hochrheinbahn*

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Süden des Landes - Konsequenzen aus dem Entwurf des Investitionsrahmenplans des Bundes für 2011 bis 2015

Auflistung der Schienen- und Fernstraßenprojekte, insbes in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee; Beteiligung an der Erarbeitung des IRP, Zeitpunkt der Inkraftsetzung, Höhe der vorgesehenen Investitionsmittel

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/772

Die Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit vielfältig nutzen

Beurteilung der Entwicklung und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und in der Bodensee-Region; Förderung von grenzüberschreitenden Forschungs- und Innovationsvorhaben sowie Synergien im Energiebereich; Entwicklungspotenzial der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/1755

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Stellenwert der Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hochrheinstraße bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3890

Zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Derzeitige Strukturen und zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den INTERREG-Programmräumen „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Hochrhein-Bodensee“, insbes Höhe bereitgestellter und erwarteter EU- und Landesmittel für INTERREG-Projekte in beiden Programmräumen, Auswirkungen der Neuregelung der Vorgaben für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), Festlegung und Erarbeitung der thematischen Ausrichtung der künftigen INTERREG-V-Programme, künftige Beteiligung der Schweiz an beiden INTERREG-Programmen

Antr
s. *INTERREG*
Drs 15/3967

Mögliche Änderungen beim Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich

Gespräche zwischen der Deutschen Flugsicherung und Skyguide zur Erarbeitung eines Flugbetriebskonzepts für den süddeutschen Raum; Koordination mit dem Bundesverkehrsministerium; Unterstützung des Anliegens der Stuttgarter Erklärung; Auskunft über geplante Flugrouten, Flughöhen und Flugbewegungen; Beurteilung der gegenwärtigen Baumaßnahmen am Flughafen Zürich; Erzielung einer langfristigen Lärmentlastung für Süddeutschland

KlAnfr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/5398

Hochrheinstraße

s. *Hochrheinbahn*

Hochschulabschluss

s.a. *Akademiker*
s.a. *Bologna-Prozess*
s.a. *Diplom*
s.a. *Promotion*
s.a. *Staatsprüfung*

Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsanerkennung und Anrechnung der Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts

zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/531

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudiengang an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr
s. *Rechtswissenschaft*
Drs 15/896

Fachkräftemangel in Ingenieurberufen

Fachkräftebedarf in den Ingenieurberufen; Maßnahmen zur Behebung des Ingenieurmangels wie z.B. Anwerbung von Ingenieuren in anderen EU-Staaten oder Nachqualifizierung bereits hier lebender Menschen mit nicht gleichwertigen Studienabschlüssen; Einrichtung eines dualen Qualifizierungsstudiengangs und sonstiger überbetrieblicher Qualifizierungsmöglichkeiten für Ingenieure mit nicht gleichwertigen ausländischen Abschlüssen

Antr
s. *Ingenieur*
Drs 15/974

Situation der Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Frühkindliche Erziehung“

Zahl, Einsatzbereiche, Berufsbezeichnung und berufsbegleitende Weiterbildung der o.g. Absolventen; Erteilung eines Qualitätssiegels für die vorschulischen Erziehungseinrichtungen im Falle der Einstellung von Absolventen; Eintreten für eine Vergütung wie Grundschullehrer bei öffentlichen und öffentlich geförderten Trägern von Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderkrippen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/1020

Bewertung des bisherigen Bologna-Prozesses an den Hochschulen in BW

Bewertung der Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge und -abschlüsse, Akzeptanz der dabei erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen sowie der Berufsbefähigung der Absolventen vonseiten der Wirtschaft, Auswirkungen der Umstellung vom Diplom auf die Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studiendauer; Aufnahme und Behebung der studentischen Kritik an der Veranstaltungs- und Prüfungsdichte sowie Stofffülle

Antr
s. *Bologna-Prozess*
Drs 15/1541

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl und Anteil der o.g. Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Selbstständigen; Zahl der Migrantinnen mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss; Einschätzung des Beitrags des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/1618

Zukunftschancen ausländischer Studierender an den Hochschulen des Landes BW

Darlegung der Gründe für den Rückgang des Anteils o.g. Studierender; Bewertung der vorhandenen Informationsmaterialien bzw Initiierung einer Aufklärungskampagne für den Verbleib der ausgebildeten Akademiker nach Beendigung des Studiums am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/1695

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Anerkennung von Schulen in freier Trägerschaft

Verschärfung der Prüfung und Versagung der staatlichen Anerkennung bei einem Anteil von unter zwei Dritteln der Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen; Gewichtung der von den oberen Schulaufsichtsbehörden durchgeführten Unterrichtsbesuche zur Feststellung der pädagogischen Eignung von Lehrkräften ohne 2. Staatsexamen; Ermöglichung einer Nachqualifizierung und Gleichstellung von wissenschaftlich qualifizierten Lehrern ohne Staatsexamen

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/2160

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Lehrerausbildung in BW

Auswahlverfahren im Lehramtsstudium; Bewertung einer Umstellung der Abschlüsse im Lehramtsstudium von Staatsexamen auf Bachelor/Master of Education; zukünftige Rolle von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen bei der Neuordnung der Lehrerausbildung für die verschiedenen Schularten, insbes Erfahrungen anderer Bundesländer, Zusammenlegung oder Schließung von Einrichtungen; Regelung und wissenschaftliche Begleitung der zweiten Phase der Lehrerausbildung; Projektplan, Zielvorgaben und Arbeitsinhalte der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, insbes Überlegungen zur Einführung eines Stufenlehramts, Verbesserungen bei den Praxiserfahrungen und der Gymnasiallehrerausbildung, Anforderungen an die berufliche Weiterbildung

GrAnfr

s. *Lehrerbildung*
Drs 15/2690

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerausbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerausbildung zur Schaffung eines gemeinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr

s. *Lehrerbildung*
Drs 15/3322

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr

s. *Photovoltaik*
Drs 15/3623

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr

s. *Frau*
Drs 15/4244

Englisch als Verkehrssprache in staatlichen Einrichtungen, insbes in Ausländerbehörden und Universitäten

Anerkennung des Englischen als Verkehrssprache in Ausländerbehörden; Zulassung der englischen Sprache bei Arbeiten zur Erlangung akademischer Grade an Universitäten und Fachhochschulen

Antr

s. *Verkehrssprache*
Drs 15/5499

Hochschulabsolvent

s. *Akademiker*

Hochschulakkreditierung

s. *Akkreditierung (Hochschulwesen)*

Hochschulbau

s.a. *Öffentliches Bauvorhaben*

Sanierung der ehemaligen Hochschule für Gestaltung Ulm

Unterstützung der o.g. Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude und Einrichtung eines Dokumentationszentrums für die Designgeschichte des 20. Jahrhunderts

KlAnfr

s. *Kunsthochschule*
Drs 15/90

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 20 - Sanierungsbedarf an Universitätsgebäuden (Kap 1208)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/120

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/720

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 29.06.2012 Drs 15/1986

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2329

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 21: Neubau für den Höchstleistungsrechner der Universität Stuttgart

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/223

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Mittlg LReg 26.03.2013 Drs 15/3295

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3565

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Situation und Perspektiven der Hochschule Biberach

Darlegung des Gebäudeflächen- und -sanierungsbedarfs sowie der geplanten Maßnahmen

Antr
s. *Hochschule Biberach*
Drs 15/432

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 26: Energieverbrauch der Universitätsgebäude

Mittlg LReg
s. *Energienutzung*
Drs 15/2039

Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an baden-württembergischen Hochschulen

Anzahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung; Nutzung und Qualität der vorhandenen Beratungsstellen; Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals; Angebot behindertengerechter Wohnheimplätze; barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen einschließlich Verkehrsanbindung; Frage der Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen

Antr
s. *Student*
Drs 15/2106

Sanierungsbedarf an den Hochschulen BW

Fortschritt der baulichen und energetischen Sanierung der Hochschulgebäude; voraussichtlicher Sanierungsbedarf an den einzelnen Hochschulstandorten in den nächsten Jahren, Höhe der dafür eingeplanten Mittel; Höhe der 2007 bis 2012 für die bauliche und energetische Gebäudesanierung aufgewendeten Mittel; Umfang des Sanierungsbedarfs der Gebäude der Hochschule Esslingen und Kostenschätzung

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 26.09.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2386
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 49 50
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Bildungspolitik muss in der Verantwortung des Landes bleiben

Beurteilung der finanziellen Folgen einer Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots für den Schul- und Hochschulbereich; Höhe der fehlenden Mittel nach Auslaufen der Hochschulbauförderung 2014; Möglichkeiten einer Folgefinanzierung nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017; Entwicklung einer abgestimmten Position aller Fraktionen für die Schul- bzw Hochschulpolitik und Vertretung gegenüber dem Bund, Initiierung einer untergesetzlichen Regelung in Form eines Staatsvertrags, Abwendung einer Grundgesetzänderung zur Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2552

Universitätsmedizin in BW

Situation und geplante Neuregelungen im Bereich der Universitätsmedizin in BW, insbes Regelungswünsche von Seiten der Beteiligten in Bezug auf das Organisations-, Kooperations- und Führungsmodell, die Gewährträgerhaftung sowie die Bauherreneigenschaft; zurückliegende Bauinvestitionen und künftiger Sanierungsbedarf; Regelung der Fach- und Rechtsaufsicht des Landes sowie der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrä-

ten von Universitätsklinik; Beteiligungen und wirtschaftlicher Erfolg von Universitätskliniken; Zeitplan und Einbeziehung der Ergebnisse des Symposiums vom 26. Oktober 2012 in Ulm und Erfahrungen aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in die Neuregelungen

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/3138

Stand des Ausbaus des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn

Planungsstand beim Ausbau des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn inklusive der Förderung studentischer Wohnungen

MdIANfr 4) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.04.2013
Drs 15/3315
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3926 3927

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KIANfr
s. *Umweltmanagement*
Drs 15/4370

Umsiedlung der Hochschule Esslingen

Bauliche und energetische Sanierung der Hochschule Esslingen am Standort Flandernstraße oder Umsiedlung auf das sogenannte Güterbahnhofareal in der Esslinger Weststadt; Stand der Überlegungen; geschätzte Höhe der jeweiligen Investitionsvolumina; Größe der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücksflächen am Standort Flandernstraße; möglicher Erlös bei einem Verkauf als Bauland für eine Wohnbebauung; Errichtung des Ersatzneubaus für den Fachbereich Versorgungs- und Umwelttechnik auf dem Güterbahnhofareal statt auf dem Knäbelareal; Sondierungsgespräche mit der Stadtverwaltung Esslingen über eine Standortverlagerung in die Esslinger Weststadt

KIANfr Andreas Deuschle CDU 11.02.2014 und Antw MFW
Drs 15/4738

Die Zukunft des Studierendenhauses „KuCa“ der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Bereitstellung von Ersatzräumen für das Kulturcafé („KuCa“) an der PH Freiburg; Beteiligung der Studierendenvertretung, des Studierendenwerks, des Rektorats und der Stadt an der Suche nach einem neuen Standort

KIANfr Gabi Rolland SPD 13.03.2014 und Antw MWK Drs
15/4940

Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Standort Schwäbisch Hall - aktueller Stand und Zukunftsszenarien

Entscheidungsstand des Vorhabens der Etablierung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Standort Schwäbisch Hall, insbes Zusammenarbeit der Projektpartner, Chancen für den Arbeits- und Studienort Schwäbisch Hall, Unterstützung und Förderung durch die LReg

KIANfr

s. *Evangelische Hochschule Ludwigsburg*
Drs 15/5030

Sanierungen im Hochschulbau

Kostenschätzung der in den nächsten zehn Jahren anstehenden Sanierungsmaßnahmen; Kriterien der Priorisierung der Maßnahmen; Höhe der im nächsten Doppelhaushalt vorgesehenen Mittel; Finanzierungskonzept für die Sanierung von Hochschulgebäuden; Finanzierung der seit 2009 durchgeführten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen; Verwendung von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sowie dem Landesinfrastrukturprogramm; Nutzung hochschulinterner Pools gemäß den Vorgaben des Solidarpakts II

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 05.06.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5316

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr
s. *Hochschule Heilbronn*
Drs 15/5494

Sonderbauprogramm des Hochschulfinanzierungsvertrags BW 2015 bis 2020

Planung der durchschnittlichen Baumittel im Hochschulfinanzierungsvertrag BW 2015 bis 2020 und Bedeutung des Sonderbauprogramms, insbes Berechnungsgrundlage, Mittelverteilung, verantwortliches Ministerium, Energiekostenträgerschaft, Abdeckung energetischer Sanierungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 18.08.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5634
BeschlEmpf und Bericht WissA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 12 13
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Finanzielle Bedingungen der einzelnen Hochschularten unter dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Aktuelle Anteilshöhe an Grundfinanzierungs-, Programm- und sogenannten Drittmitteln bei den verschiedenen Hochschularten; Veränderung der jeweiligen Finanzierungsanteile durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag; Höhe der den einzelnen Hochschulen bis zum Jahr 2020 zusätzlich zur Verfügung stehenden Landesmittel; Kriterien der Mittelzuteilung; Entfristung von Personalstellen; Verteilung der Mittel des Bausonderprogramms an die einzelnen Hochschularten; Begründung des Mehrbedarfs der medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6027

Aktueller Stand der Entscheidungsfindung der LReg zur Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn

Möglichkeit der Zustimmung der LReg zur Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn unter Einbeziehung des Haushaltsentwurfs

MdlAnfr
s. *Evangelische Hochschule Ludwigsburg*
Drs 15/6090

Status Quo und Perspektiven der Außenstelle Göppingen der Hochschule Esslingen (Fakultät Mechatronik und Elektrotechnik)

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen der Außenstelle Göppingen; Finanzierung zusätzlicher Studienplätze durch die Programme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“; Sanierung der Hochschulgebäude; Forschungsprojekte der Außenstelle Göppingen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen; Einfluss der regionalen Wirtschaft bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte; Versorgung mit Studierendenwohnheimplätzen

KlAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/6421

Neubau der Universitäts-Kinderklinik Freiburg

Bauzustand und Neubauplanungen zur Kinderklinik des Universitätsklinikums Freiburg

MdlAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/6690

Errichtung von Seminar- und Institutsgebäuden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Karlsruhe

Bauabsichten der gemeinnützigen Klaus-Tschira-Stiftung auf landeseigenen Grundstücken in Karlsruhe; vorgesehene Nutzung des Neubaus; Verlagerung des Botanischen Gartens des KIT; Einbeziehung des Gewächshauses in das Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Karlsruher Institut für Technologie*
Drs 15/8085

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Hochschulgebäuden

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 26

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 59

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Hochschulgebäuden

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 123 134 135 137 138 140

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 254 256 257

Dringlichkeit des Sanierungsbedarfs bei den Hochschulgebäuden, Bildung von Rücklagen mit dem Nachtragshaushalt

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 281 283 286 287

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 434 435 437 440 441 445

Ausweitung der Bauherreneigenschaft für die Universitätsklinken

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 727

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden, Bezifferung des Mittelbedarfs bei der Universität Tübingen auf 500 Millionen Euro

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1113 1136 1137 1157

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1197

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden, Verweisung auf die Neubauvorhaben
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1407 1412 1431 1438 1442

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden
PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1933

Hochschulbibliothek

Nachhaltige Zeitschriftenversorgung baden-württembergischer Universitäts- und Hochschulbibliotheken

Ausgaben der Universitäts- und Hochschulbibliotheken für Zeitschriften; Kostenentwicklung seit 2005; Veränderungen bei der Zahl der abonnierten Zeitschriftentitel und ihre Bewertung; Maßnahmen und Programme zur Stärkung der Universitäts- und Hochschulbibliotheken; freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen (Open Access); Auswirkungen der Insolvenz des Informationsdienstleisters Swets

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 13.11.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6117
BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 28 29
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Hochschule

s.a. Akademischer Mittelbau
s.a. Berufungsverfahren an Hochschulen
s.a. Bologna-Prozess
s.a. Drittmittel
s.a. Duale Hochschule Baden-Württemberg
s.a. Exzellenzinitiative
s.a. Hochschulbau
s.a. Hochschule Biberach
s.a. Hochschule Esslingen
s.a. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
s.a. Hochschule für Polizei
s.a. Hochschule Heilbronn
s.a. Hochschule Reutlingen
s.a. Hochschule Ulm
s.a. Hochschullehre
s.a. Hochschullehrer
s.a. Hochschulrat
s.a. Hochschulrecht
s.a. Hochschulzulassung
s.a. Katholische Hochschule Freiburg
s.a. Kunsthochschule
s.a. Musikhochschule
s.a. Pädagogische Hochschule
s.a. Privathochschule
s.a. Professor
s.a. Studentenwerk
s.a. Studiengebühren
s.a. Universität
s.a. Universität Freiburg
s.a. Universität Heidelberg
s.a. Universität Hohenheim
s.a. Universität Karlsruhe
s.a. Universität Konstanz
s.a. Universität Mannheim

s.a. Universität Stuttgart
s.a. Universität Tübingen
s.a. Wissenschaftliche Kooperation

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Verbesserung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, Umsetzung der Neuregelungen zur erleichterten Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Studium

Antr
s. Berufliche Bildung
Drs 15/42

Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler

Pläne zur Verlagerung von universitären Lehramtsstudiengängen für Gymnasien und berufliche Schulen an die Pädagogischen Hochschulen sowie zur Harmonisierung der Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten; Darstellung der Folgewirkungen für die Betroffenen und die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten und PH; Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Lehrerausbildung

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 15/62

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungscluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr
s. Fachkraft
Drs 15/84

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 22 - Erhebung von Studiengebühren an den Hochschulen des Landes (Kap 1401)

Mittlg RH
s. Studiengebühren
Drs 15/122

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 23 - Gästehäuser der Universitäten (Kap 1410, 1412, 1414, 1415 und 1420)

Mittlg RH
s. Gästehaus
Drs 15/123

Abschaffung der Studiengebühren und Mitbestimmung der Studierenden über die Mittelverwendung an Hochschulen

Rechtsgrundlagen und Praxis der bisherigen und künftigen Mitsprachemöglichkeiten der Studierenden über die Verwendung der Studiengebühren bzw nach deren Abschaffung über die Kompensationsmittel aus dem Landeshaushalt für die einzelnen Hochschulen; Akzeptanz der bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten und Mittelverwendung; Beibehaltung der Studiengebühren bzw vollumfängliche Ersetzung der wegfallenden Mittel im Falle einer Abschaffung unter Berücksichtigung steigender Studentenzahlen

Antr

s. Studiengebühren
Drs 15/305

Gutes Klima für Forschung und Lehre an unseren Hochschulen
Aktuelle Debatte
s. Forschung
PIPr 15/9 S. 280

Regierungsbefragung
Hochschule 2012 - abschließender Ausbauschritt/Gesetz zur Rückabwicklung des UniversitätsmedizinGes
s. Hochschulrecht
PIPr 15/9 S. 310

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers
Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerausbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 15/360

Stellung und Finanzierung der privaten Hochschulen in BW
Stimulanz des Wettbewerbs zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen; Anstreben der Gleichbehandlung und Integration der privaten Hochschulen in die Hochschullandschaft; Förderung auch der Forschungsprojekte in Kooperation von staatlichen mit privaten Hochschulen; Vorlage eines Konzepts für die Einbeziehung der privaten Hochschulen in den Prozess von Forschung und Kooperation

Antr
s. Privathochschule
Drs 15/368

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes
Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr
s. Befristetes Arbeitsverhältnis
Drs 15/407

Ausländische Studierende und ihre Berücksichtigung in den Wohnheimen der Studierendenwerke unter dem Gesichtspunkt der Internationalisierung unserer Hochschulen
Darlegung o.g. Zahlen und Anteile differenziert nach Studierenden aus EU- und Nicht-EU-Ländern, Bereitschaft von Studentenwerken zur Reservierung fester Kontingente und Bereitstellung von zusätzlichen Wohnheimplätzen für ausländische Studierende

Antr
s. Ausländischer Student
Drs 15/412

Nutzung und Entwicklung von Open-Source-Software (OSS) an den baden-württembergischen Hochschulen
Aufstellung der jährlichen Ausgaben für Informationstechnik an den Hochschulen seit 2001 aufgeschlüsselt nach Hochschul-

ten, Personal, Infrastruktur, Hardware und Software in den Bereichen Lehre, Forschung und Verwaltung; Umfang des Einsatzes von OSS-Systemen und -Produkten; jährliche Lizenzkosten für Softwareprodukte; Erkenntnisse über Mehrkosten bzw. Einsparungen durch den Einsatz freier Software; Überlegungen zur Nutzung von OSS-Produkten in Bereichen, in denen hohe Lizenzkosten anfallen, sowie zur politischen Förderung des Einsatzes von OSS an den Hochschulen; Rolle der Hochschulen bei der Entwicklung quelloffener Software; Bedeutung von OSS im Technologietransfer in die Wirtschaft

Antr
s. Software
Drs 15/471

Akademische Weiterbildung in BW

Auf- und Ausbau von berufsbegleitenden Bachelor- und Masterstudiengängen, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Hochschulen, Vorlage eines mit den Hochschulen und Arbeitgebern abgestimmten Konzepts für die akademische Weiterbildung

Antr
s. Studium
Drs 15/513

Auf- und Ausbau von Masterstudienplätzen in BW ab 2012

Darstellung der verfügbaren und benötigten Masterstudienplätze nach Hochschularten und Studienfächern bis 2020 sowie des erforderlichen Mittelbedarfs; Unterstützung der staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen beim Ausbau der Masterstudienplätze

Antr
s. Studienplatz
Drs 15/514

Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes (UniMed-Rückabwicklungsges - UniMed-RüG)

Wiederherstellung des vor dem 15. Februar 2011 geltenden Rechtszustands; Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Universitätsklinik; Wahrung der Handlungsfähigkeit in Kooperation mit den Universitäten; Änderung des LandeshochschulGes, des UniversitätsklinikGes, LandeskrankenhausGes, LandespersonalvertretungsGes und von Artikel 9 des UniversitätsmedizinGes

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 15/631

Lehrbeauftragte an Hochschulen

Vergütung und soziale Absicherung der haupt- und nebenamtlichen Lehrbeauftragten; Anteil der von ihnen erbrachten Lehrleistungen; Ermöglichung von festen Anstellungsverträgen mit Kündigungsschutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub; Anerkennung als Mitglieder der Hochschule

Antr
s. Lehrbeauftragter
Drs 15/832

Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an Hochschulen in BW

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungsorientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit verbundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstel-

len und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Industry on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/897

Hochschullehrerinnen in BW

Entwicklung des o.g. Anteils differenziert nach Hochschulen und Fachrichtungen landes- und bundesweit seit 2001; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Steigerung des Anteils, insbes durch Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft für das wissenschaftliche Personal; Gründe für die Einstellung der Zeitschrift „AKTIV-Frauen in Baden-Württemberg“ durch das Sozialministerium

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1005

Kooperation von Hochschulen in BW mit türkischen Hochschulen

Auflistung der bestehenden Partnerschaften und Kooperationen, Unterstützung weiterer Verbindungen, Beurteilung der Überlegungen über einen internationalen Studiengang mit einer jeweils hälftigen Studienzzeit in BW und der Türkei

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 14.12.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/1025
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 65 66
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren

Höhe des Aufkommens und der Befreiungen von allgemeinen Studiengebühren bei den einzelnen Hochschulen und Hochschularten, Abgleichung mit den angedachten Kompensationsmitteln in Höhe von 280 Euro je Studierenden, Frage nach Ausgleichszahlungen im Falle des Unterschreitens der derzeitigen Mittel sowie nach einer Dynamisierung der Zahlungen

Antr
s. *Studiengebühren*
Drs 15/1026

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 23: Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Hochschulen und Universitätsklinik

Mittlg LReg
s. *Unternehmen*
Drs 15/1080

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Akademischer Mittelbau*
Drs 15/1156

Haushalt 2012; Epl 14

Schaffung zusätzlicher Stellen für die Hochschulen

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1114-6 S. 40-44
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

Einrichtung einer Hochschulaußenstelle im LKreis Böblingen

Unterstützung der Einrichtung einer gemeinsamen Außenstelle der Hochschulen Reutlingen und Esslingen sowie der Universität Stuttgart in den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik

KIAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 21.03.2012 und Antw MWK Drs 15/1470

Bewertung des bisherigen Bologna-Prozesses an den Hochschulen in BW

Bewertung der Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge und -abschlüsse, Akzeptanz der dabei erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen sowie der Berufsbefähigung der Absolventen vonseiten der Wirtschaft, Auswirkungen der Umstellung vom Diplom auf die Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studiendauer; Aufnahme und Behebung der studentischen Kritik an der Veranstaltungs- und Prüfungsdichte sowie Stofffülle

Antr
s. *Bologna-Prozess*
Drs 15/1541

Bericht des MWK zu Beschlüssen des Ltg; hier:

a) *zur Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 23: Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Hochschulen und Universitätsklinik*
b) *zum Landeshochschulgesetz und zum Universitätsklinikgesetz*

Mittlg LReg
s. *Unternehmen*
Drs 15/1544

Zusammensetzung und Kompetenzen der Aufsichtsräte/Hochschulräte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Kompetenzen, Auswahlkriterien und Amtsdauer der Hochschulräte an den einzelnen Hochschulen; Vertretungsanteile der hochschulinternen Gruppen und gesellschaftlichen Interessenverbände, von Frauen und Gleichstellungsbeauftragten

KIAnfr
s. *Hochschulrat*
Drs 15/1587

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Erhaltung eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und weiterführenden Schulen auch bei rückläufigen Schülerzahlen; Erhaltung und Ausbau der Hochschulen an allen Standorten

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Zukunftschancen ausländischer Studierender an den Hochschulen des Landes BW

Darlegung der Gründe für den Rückgang des Anteils o.g. Studierender; Bewertung der vorhandenen Informationsmaterialien bzw Initiierung einer Aufklärungskampagne für den Verbleib der ausgebildeten Akademiker nach Beendigung des Studiums am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/1695

BW als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit

Art, Umfang und Akteure der Förderung o.g. Ziele an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Darstellung der Clusterbildung und Vernetzung mit der Wirtschaft und Verbänden; Höhe und Herkunft der Drittmittelwerbung an den Hochschulen seit 2007; Bedeutung der Profilbildung, der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des studentischen Engagements für die Ausrichtung von Hochschulen an nachhaltiger Entwicklung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/1827

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1875

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Finanzbedarf

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1882

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 8 - Datenübertragung zwischen den Hochschulen und dem Landesamt für Besoldung und Versorgung

Mittlg RH
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/1908

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich mit anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Be-

deutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Zivilklauseln und Ethikkommissionen der Hochschulen des Landes

Bestehende und geplante Zivilklauseln, Friedensklauseln, auf den Bereich Rüstungsforschung anwendbare Ethikrichtlinien, Ethikkommissionen oder vergleichbare Instrumente

KIAnfr
s. *Forschung*
Drs 15/2261

Akademie für Darstellende Kunst BW

Entwicklung der o.g. Akademie in Ludwigsburg seit ihrer Gründung 2007, ihr Stellenwert für den Kunst- und Medienstandort BW; Anzahl der Studierenden und Absolventen; Stellenstruktur, Kooperationen; Finanzierung und laufende Kosten; Zukunftsaussichten nach dem Ende der Anschubfinanzierung insbes im Hinblick auf geplante Haushaltseinsparungen

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/2340

Schnittpunkte von Burschenschaften in BW mit dem Rechtsextremismus

Aktive Burschenschaften und studentische Verbindungen an den Universitäten und Mitgliederzahlen, Art und Umfang der Unterstützung durch die Hochschulen; Organisation in den Dachverbänden „Deutsche Burschenschaft“, „Neue Deutsche Burschenschaft“ und „Burschenschaftliche Gemeinschaft“; Frage nach neuen Erkenntnissen zu Berührungspunkten zwischen Burschenschaften und dem rechtsextremen Spektrum seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/1172 im Jahr 2002 sowie nach einer Beteiligung von Burschenschafflern an Gewaltdelikten

KIAnfr
s. *Studentische Verbindung*
Drs 15/2488

Bildungspolitik muss in der Verantwortung des Landes bleiben

Beurteilung der finanziellen Folgen einer Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots für den Schul- und Hochschulbereich; Höhe der fehlenden Mittel nach Auslaufen der Hochschulbauförderung 2014; Möglichkeiten einer Folgefinanzierung nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017; Entwicklung einer abgestimmten Position aller Fraktionen für die Schul- bzw Hochschulpolitik und Vertretung gegenüber dem Bund, Initiierung einer untergesetzlichen Regelung in Form eines Staatsvertrags, Abwendung einer Grundgesetzänderung zur Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2552

Die Situation der Gleichstellungspolitik an den baden-württembergischen Hochschulen

Aktuelle Situation der Gleichstellungsförderung durch Gleichstellungsbeauftragte sowie schwerpunktmäßige Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity; Struktur und Verankerung der Gleichstellungsstellen in den Hochschulen; personelle und sachliche Ausstattung; Gleichstellungsmaßnahmen; Situati-

on des Forschungsbereichs Gender Studies an den Hochschulen; Förderung von Professorinnen

GrAnfr
s. *Frauenpolitik*
Drs 15/2796

Ökologie auf dem Abstellgleis? Taxonomische Ausbildung in BW
Situation und Statistiken zur taxonomischen Forschung und Lehre an den Hochschulen in BW, insbes Personal, Finanzmittel, abgedeckte Artengruppen in der taxonomischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Museen sowie Taxonomie-Pflichtstunden in Studiengängen; Weiterentwicklung, Forschungsprogramme und (inter-)nationale Kooperation im Wissenschaftsbereich Taxonomie; Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Antr
s. *Biologie*
Drs 15/2847

Gute Arbeit an den Hochschulen: Entfristung von Stellen
Bewertung der Situation der befristeten Beschäftigungsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Ursachen für deren Zunahme; detaillierte Daten zu be- und entfristeten Beschäftigten und deren Stellen; Position zu zweijährigen Mindestvertragslaufzeiten für befristete Verträge an Hochschulen und der Begrenzung der Anzahl der Folgeverträge; Umsetzung von Entfristungsmaßnahmen und Orientierung am Leitbild „Gute Arbeit“

Antr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/2958

Kinderbetreuungsangebote an den Hochschulen in BW
Daten und Entwicklung von Kinderbetreuungsangeboten an den Hochschulen, insbes Höhe der Fördermittel, ausreichendes Fachkräfteangebot sowie Bedarfsdeckung, Qualität, Umfang und Permanenz des Betreuungsangebots; Zusatzangebote für Studierende mit Kind; Einfluss eines positiv zertifizierten Kinderbetreuungsangebots auf das Hochschulranking

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/2960

Datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW

Verfahren und Datenschutz bei der Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW, insbes Regelungen für die einzelnen Studiengänge, Umsetzung der Ministeriumsempfehlung zur Einrichtung einer eigenen Post- und Faxadresse für die Übersendung der ärztlichen Atteste, Ablehnungsquote und Begründungen bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit; datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste nach der Entscheidungsfindung der Prüfungsbehörden; Übertragung der Entscheidung über die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit von den Prüfungsbehörden auf medizinisch fachkompetente Entscheidungsträger

Antr
s. *Arbeitsunfähigkeit*
Drs 15/3061

Internationalisierung der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen

Statistik zu ausländischen Studierenden in BW, insbes zu Herkunftsländern (aufgeschlüsselt nach Hochschularten), Studiengängen und Verbleib in der Region nach Studienende; Statistik zum Angebot englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Studiengänge; Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Finanzmittel zur Anwerbung von ausländischen Studierenden, insbes Angebot an Betreuungspersonal und Wohnheimplätzen sowie Schaffung einer Willkommenskultur; Strategien der Hochschulen, der Wirtschaft und des Landes zum Verbleib von qualifizierten ausländischen Absolventen in BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/3416

Zukunftsperspektive für das Kooperationsprojekt „Vietnamesisch-Deutsche Universität“ (VGU) in Ho Chi Minh-Stadt

Finanzielle Beiträge der am Gemeinschaftsprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt beteiligten Einrichtungen und Unternehmen; Zukunft der Hochschule angesichts der mittelfristig zu erwartenden Finanzierungssituation; Gründe für die Streichung der Förderung des von der Hochschule Karlsruhe getragenen Masterstudiengangs „Mechatronics and Sensor Systems Technology“; ursprüngliche Intention der Förderung; Ziele der Internationalisierungsstrategie für die baden-württembergischen Hochschulen, Stellenwert der Region Südostasien und insbes Vietnams in diesem Zusammenhang

KlAnfr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 15/3609

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 19 - Unternehmensgründungen und Unternehmensbeteiligungen der Hochschulen (Kap 1417 bis 1419, 1421, 1443 und 1446)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3819
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4219
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 16.07.2014 Drs 15/5511
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5945
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Kinderbetreuungseinrichtung für die Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Voraussetzungen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte an der PH Karlsruhe; Kooperation mit anderen Hochschulen in Karlsruhe wie der Dualen Hochschule sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten für die Studierenden, das Lehrpersonal und die Verwaltungsmitarbeiter; Kinderbetreuungsangebote als Standortfaktor; Modell TIGER (Tagespflege in geeigneten Räumen) als Alternative zur Kindertagesstätte; Überlassung eines für den Bau bzw Betrieb einer Kindertagesstätte geeigneten Grundstücks in Karlsruhe

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3780

Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden und/oder den Regionalverbänden bei der Festlegung des

Wohnbauflächenbedarfs; Basis der neuen Kennziffern; Berücksichtigung der besonderen Situation von Städten oder Gemeinden mit Hochschuleinrichtungen; Auswirkungen auf die Grundstückspreise und Mieten in den Gemeinden; Wechselwirkung zwischen dem Wohnungsbau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/3909

Zukünftige Entwicklung der Dualen Hochschule BW in Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn

Entwicklung des Studienangebots und der Zahl der Studierenden an der DHBW Mosbach; Profile der drei Campus-Standorte Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn und deren Zusammenarbeit; Empfehlung des zentralen Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW für eine Eigenständigkeit des Campus Heilbronn; Vor- und Nachteile einer Verselbständigung des Campus Heilbronn für die DHBW Mosbach; Beurteilung des Engagements der Dieter Schwarz Stiftung für die Duale Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4173

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/4175

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der aufgrund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidarpakt III

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4260

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nach-

haltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KIAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/4435

Zukunft der Akademie für Darstellende Kunst BW GmbH

Empfehlungen des Gutachtens zur Evaluierung der Akademie für Darstellende Kunst (ADK); Zusammenlegung der ADK mit der Filmakademie BW; Weiterfinanzierung der ADK; Neubesetzung der Stelle des künstlerischen Direktors und Geschäftsführers; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/4541

Zusammenarbeit mit Israel im Bereich der Hochschulen

Praxis der Hochschulkooperation Baden-Württembergs mit Israel, insbes bestehende Hochschulpartnerschaften und Austauschprogramme, Unterstützung bei der Umsetzung des Dualen Hochschulkonzepts in Israel

Antr
s. *Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Staaten*
Drs 15/4655

Hochschulstandort Freiburg

Entwicklung der Zahlen der Studenten, Beschäftigten, Stellenfrüsten und Studienplätze an Hochschulen in Freiburg; Unterstützung des Landes für Hochschulen und Universitäten bei der Studieneingangsphase, einem berufsbegleitenden Masterprogramm sowie der Weiterentwicklung des internationalen Forschungskollegs FRIAS

KIAnfr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 28.02.2014 und Antw MWK Drs 15/4881

Gibt es für die CAS-Modellstandorte in BW noch eine Zukunft?

Situation und Zukunft der CAS-Modellstandorte in BW; Bedeutung des Einsatzes von Computeralgebrasystem-Taschenrechnern im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht an Gymnasien für die Anforderungen der Hochschulen; Durchführung einer Evaluation der CAS-Schulen und der Nutzung von CAS-Rechnern

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5122

Innovations- und Qualitätsfonds

Umsetzung und Bewertung des iRd Solidarpakts II eingerichteten Instruments des Innovations- und Qualitätsfonds (IQF) für die Hochschulen in BW, insbes durchgeführte Maßnahmen, Bedarf und Zukunftspläne

KIAnfr Sabine Kurtz CDU 09.05.2014 und Antw MWK Drs 15/5178

Gründungsförderung an den Hochschulen in BW

Maßnahmen, Projekte und Strukturen zur Gründungsförderung bzw Entrepreneurship an den Hochschulen in BW, insbes bisheriger Erfolg der Gründungskultur an den Hochschulen, Unterstützung der Hochschulleitungen bei der weiteren Förderung

Antr
s. *Unternehmensgründung*
Drs 15/5516

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr

s. Forschungseinrichtung

Drs 15/5568

Hochschulsituation im LKreisdistrict Waldshut

Möglichkeiten zur Einrichtung eines Hochschulstandorts im LKreisdistrict Waldshut

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 06.08.2014 und Antw MWK Drs 15/5596

„Fairtrade-Towns“ in BW

Beteiligung, Erfolge und Unterstützung der Initiativen „Fairtrade-Towns“ zur Förderung des fairen Handels auf kommunaler Ebene sowie der Initiative „Fairtrade-Universities“ im Hochschulbereich in BW; Berücksichtigung der Partnerschaft mit Burundi

Antr

s. Fairer Handel

Drs 15/5640

Hochschulfinanzierungsvertrag BW 2015-2020 - Erhöhung der Grundfinanzierung

Ausgestaltung der dreiprozentigen Erhöhung der Grundfinanzierung und Auswirkung auf die einzelnen Hochschulen

KlAnfr

s. Hochschulfinanzierung

Drs 15/5836

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften

Ausdehnung des Ernennungsrechts für weitere Besoldungsgruppen bei Hochschullehrern und Beamten im wissenschaftlichen Dienst auf das Wissenschaftsministerium und die Universitäten und Hochschulen im dortigen Geschäftsbereich

GesEntw

s. Ernennung zum Beamten

Drs 15/5837

Finanzielle Bedingungen der einzelnen Hochschularten unter dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Aktuelle Anteilshöhe an Grundfinanzierungs-, Programm- und sogenannten Drittmitteln bei den verschiedenen Hochschularten; Veränderung der jeweiligen Finanzierungsanteile durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag; Höhe der den einzelnen Hochschulen bis zum Jahr 2020 zusätzlich zur Verfügung stehenden Landesmittel; Kriterien der Mittelzuteilung; Entfristung von Personalstellen; Verteilung der Mittel des Bausonderprogramms an die einzelnen Hochschularten; Begründung des Mehrbedarfs der medizinischen Fakultäten

Antr

s. Hochschulfinanzierung

Drs 15/6027

Ausbau der Studienplätze im Bereich der Sonderschulpädagogik

Sachstand zum Bereich Sonderschulpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen und Hochschulen Baden-Württembergs, insbes vorhandene und geplante Studienplätze, vorhandene und geplante Personalstellen und Haushaltsmittel für diesen Bereich, aktuelle und geplante Ausbildungs- und Vorlesungsinhalte; Angebot an Praktikumsplätzen; Vergleich der individuellen Fördermöglichkeiten für Schüler mit Förderbedarf im inklusiven Unterricht und an Sonderschulen; Möglichkeit für Schüler mit Förderbedarf zum weiteren Schulbesuch nach Abschluss der Pflichtschuljahre

Antr

s. Sonderpädagogik

Drs 15/6286

Lehrbeauftragte an den Hochschulen in BW

Sachstand zur Situation der Lehrbeauftragten an Universitäten und Hochschulen in BW, insbes Vergütungsregelungen, allgemeines Arbeits- und Rechtsverhältnis

Antr

s. Lehrbeauftragter

Drs 15/6298

Ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ein Einzelfall oder ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch in anderen Fällen der Gewährung von Zulagen seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde nicht gerecht geworden?

Überwachung der Vergabe von Leistungs- und Funktionszulagen durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Auskunft über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße seit dem 1. Januar 2011; Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf Widersprüche und Beschwerden vonseiten der Hochschulen; Hilfestellung für die Hochschulleitungen bei der Zulagenvergabe; Festlegung von Kriterien für die Vergabe von Zulagen

Antr

s. Dienstaufsicht

Drs 15/6416

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr

s. Extremismus

Drs 15/6596

Zukunft der Cooperation Schule - Hochschule (cosh)

Sachstand zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Cooperation Schule - Hochschule (cosh), insbes Bewertung und Umsetzung des

Mindestanforderungskatalogs Mathematik, bisherige und künftige Unterstützung der Arbeitsgruppe, Ausbau der Kooperation zwischen Schulen und Hochschulen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU und Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 20.03.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6641
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 07.10.2015 Drs 15/7638
S. 20 21
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Gleichstellungsarbeit an den baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Gleichstellungsmaßnahmen und Frauenanteil im Bundesländervergleich, Stärkung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten, Frauen- und Geschlechterforschung

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 13.05.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6892 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 31-35
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Online-Wahlen an Hochschulen

Sachstand zur Durchführung von Online-Wahlen an Hochschulen, insbes derzeitige Rechtslage, Chancen und Risiken, Formate und Möglichkeiten bei den verschiedenen Hochschultypen

Antr
s. *Elektronische Wahl*
Drs 15/7053

Faire Arbeitsverhältnisse an Baden-Württembergs Hochschulen schaffen

Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ zur Sicherung fairer Arbeitsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Universitäten, insbes bei den befristeten Arbeitsverhältnissen im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 02.07.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7116
BeschlEmpf und Bericht WissA 08.10.2015 Drs 15/7638 S. 27-29
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Engagement des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und seiner Ministerin angesichts einer Resolution zu den Zuständen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Sachstand zum Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit der „Resolution der erweiterten Fakultätsvorstände der Fakultäten I und II“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg vom 14. März 2014, insbes Position und Engagement der Ministerin, Überprüfung dienstrechtlicher Vergehen in Bezug auf die Hochschule bzw ihre Angehörigen

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/7131

Nachhaltigkeit als Thema der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung in der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes, insbes Verankerung der Nachhaltigkeit an den

einzelnen Hochschulen, Umsetzung und Unterstützung von entsprechenden Förderprogrammen und Forschungsprojekten

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/7179

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 16 - Neubauten zur Kinderbetreuung an Hochschulen (Kap 1208)

Mittlg RH
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/7016

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 21 - Zentrale Datenschutzstelle der Hochschulen (Kap 1418)

Mittlg RH
s. *Zentrale Datenschutzstelle der baden-württembergischen Universitäten*
Drs 15/7021

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Ergebnis der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg eingesetzten Kommission

Sachstand zu den Ergebnissen der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg eingesetzten Kommission, insbes Zahl und Mitwirkung an den unterschiedlichen Berichtsversionen, ausgesprochene Empfehlungen für bestimmte Personengruppen oder Personen, Überlegungen des Ministeriums zu personellen Folgen an der Hochschule

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/7596

Einsetzung einer Kommission durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg

Sachstand zur Einsetzung einer Kommission des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Zielsetzung und Auftrag, Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Aktenführung und Akteneinsichtnahme

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen*

Ludwigsburg
Drs 15/7598

Anerkennung privater Hochschulen als Bildungseinrichtung im Sinne des Bildungszeitgesetzes

Aufnahme der Privathochschulen in die Liste der anerkannten Bildungseinrichtungen; Auskunft über das vorgesehene Anerkennungsverfahren

KlAnfr
s. *Privathochschule*
Drs 15/7993

Verweisung auf die Vielfalt und Exzellenz der Hochschullandschaft in BW, Ankündigung einer Abschaffung der Studiengebühren zum Sommersemester 2012

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24 25 27

Forschungs- und Lehrangebot der Hochschulen, Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren, Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Studienplätze, Erweiterung der studentischen Mitbestimmung, Abbau des Sanierungsstaus

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52 59 60 68 70

Bedeutung einer exzellenten Hochschulbildung für die Gesellschaft, Erleichterung der Aufnahme eines Studiums durch Abschaffung der Studiengebühren, Kompensation der entfallenden Einnahmen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 991-1000

Qualität und Attraktivität der Hochschulen in BW, Kritik an der Abschaffung der Studiengebühren; Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden; dauerhafte Sicherung der Hochschulfinanzierung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1106 1110 1113 1117 1118 1121 1124 1125 1136 1147-1159

Kompensation der wegfallenden Studiengebühren für die Hochschulen, Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191 1197

Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Masterstudium „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Sachstand zur Entwicklung des Masterstudiengangs „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, insbes. Studentenzahlen, Kosten; Unterstützung des Studiengangs und laufbahnrechtliche Anerkennung des Abschlusses im Polizeidienst

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 15/6696

Hochschule Biberach

Situation und Perspektiven der Hochschule Biberach

Zahl der geschaffenen und noch zu erwartenden Studienplätze und Studiengänge über das Programm Hochschule 2012, Beteiligung der regionalen Wirtschaft, Entwicklung der Bewerberzahlen und Wohnheimplätze der Studentenwerke u.a. Anbieter zum kommenden Wintersemester, Vorsorge für den Anstieg der Zahlen durch den doppelten Abiturjahrgang und Abschaffung der Wehrpflicht; Darlegung des Gebäudeflächen- und -sanierungsbedarfs sowie der geplanten Maßnahmen; Art und

Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Unternehmen in Forschung und Entwicklung

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 17.08.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/432
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/2007 S. 22
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Hochschule Esslingen

Einrichtung einer Hochschulaußenstelle im LKreis Böblingen

Unterstützung der Einrichtung einer gemeinsamen Außenstelle der Hochschulen Reutlingen und Esslingen sowie der Universität Stuttgart in den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 15/1470

Sanierungsbedarf an den Hochschulen BW

Fortschritt der baulichen und energetischen Sanierung der Hochschulgebäude; voraussichtlicher Sanierungsbedarf an den einzelnen Hochschulstandorten in den nächsten Jahren, Höhe der dafür eingeplanten Mittel; Höhe der 2007 bis 2012 für die bauliche und energetische Gebäudesanierung aufgewendeten Mittel; Umfang des Sanierungsbedarfs der Gebäude der Hochschule Esslingen und Kostenschätzung

Antr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/2386

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr Andrea Lindlohr GRÜNE 04.12.2013 und Antw MWK Drs 15/4435

Umsiedlung der Hochschule Esslingen

Bauliche und energetische Sanierung der Hochschule Esslingen am Standort Flandernstraße oder Umsiedlung auf das sogenannte Güterbahnhofareal in der Esslinger Weststadt; Stand der Überlegungen; geschätzte Höhe der jeweiligen Investitionsvolumina; Größe der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücksflächen am Standort Flandernstraße; möglicher Erlös bei einem Verkauf als Bauland für eine Wohnbebauung; Errichtung des Ersatzneubaus für den Fachbereich Versorgungs- und Umwelttechnik auf dem Güterbahnhofareal statt auf dem Knäbelareal; Sondierungsgespräche mit der Stadtverwaltung Esslingen über eine Standortverlagerung in die Esslinger Weststadt

KlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/4738

Status Quo und Perspektiven der Außenstelle Göppingen der Hochschule Esslingen (Fakultät Mechatronik und Elektrotechnik)

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen der Außenstelle Göppingen; Finanzierung zusätzlicher Studienplätze

durch die Programme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“; Sanierung der Hochschulgebäude; Forschungsprojekte der Außenstelle Göppingen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen; Einfluss der regionalen Wirtschaft bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte; Versorgung mit Studierendenwohnheimplätzen

KlAnfr Peter Hofelich SPD 28.01.2015 und Antw MWK Drs 15/6421

Hochschule für angewandte Wissenschaften

s. Fachhochschule

Hochschule für Gestaltung

s. Kunsthochschule

Hochschule für Musik

s. Musikhochschule

Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst

Prüfung bzw Umsetzung von Vorschlägen zu den Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen, zur Reform des Laufbahnrechts und der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes iRd Dienstrechtsreform

Mittlg LReg
s. *Gehobener Dienst*
Drs 15/417

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst

Prüfung bzw Umsetzung von Vorschlägen zu den Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen, zur Reform des Laufbahnrechts und der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes iRd Dienstrechtsreform

Mittlg LReg
s. *Gehobener Dienst*
Drs 15/417

Aktuelle Ausbildungssituation des gehobenen Verwaltungsdienstes - Entwicklung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der Zahlen von Bewerbern, Zulassungen und Absolventen; Auswirkungen des doppelten Abiturjahrgangs sowie der Aussetzung der Wehrpflicht, Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze; Einschätzung der Berufsaussichten für die Absolventen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 21.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/762
BeschlEmpf und Bericht WissA 15.12.2011 Drs 15/1300 S. 22
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr Karl Klein u.a. CDU 22.10.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2539
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 28 29
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Möglicherweise rechtswidrige Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Hintergründe zur Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Bewertung durch Rechtsgutachten, Informationsstand und -weitergabe innerhalb des Wissenschaftsministeriums und gegenüber der Staatsanwaltschaft, Aufklärung möglicher Rechtsverstöße

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 05.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6218
Ergänzende Stellungnahme MWK 16.01.2015 Drs 15/6348
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 39-42
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Behörden mit Vorgängen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zulagengewährung durch die zuständigen Behörden; Kenntnis der Richtlinie zur Vergabe von Zulagen bei den Behördenleitungen; Auskunft über den Vorgang der „rechtskonformen Umdeutung“ der Zulagen; Wortlaut der Unterrichtung des Wissenschaftsministeriums; Argument des Vertrauensschutzes; Hinzuziehung weiterer Behörden zur Aufklärung der Vorgänge an der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg; Inhalt der von der Hochschulleitung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zulagengewährung

Antr FDP/DVP 16.01.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6349 (29 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 39-42
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ein Einzelfall oder ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch in anderen Fällen der Gewährung von Zulagen seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde nicht gerecht geworden?

Überwachung der Vergabe von Leistungs- und Funktionszulagen durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Auskunft über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße seit dem 1. Januar 2011; Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf Widersprüche und Beschwerden vonseiten der Hochschulen; Hilfestellung für die Hochschulleitungen bei der Zulagenvergabe; Festlegung von Kriterien für die Vergabe von Zulagen

Antr
s. Dienstaufsicht
Drs 15/6416

Engagement des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und seiner Ministerin angesichts einer Resolution zu den Zuständen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Sachstand zum Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit der „Resolution der erweiterten Fakultätsvorstände der Fakultäten I und II“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg vom 14. März 2014, insbes Position und Engagement der Ministerin, Überprüfung dienstrechtlicher Vergehen in Bezug auf die Hochschule bzw ihre Angehörigen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 07.07.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7131
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S.
39-42
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Ergebnis der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg eingesetzten Kommission

Sachstand zu den Ergebnissen der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg eingesetzten Kommission, insbes Zahl und Mitwirkung an den unterschiedlichen Berichtsversionen, ausgesprochene Empfehlungen für bestimmte Personengruppen oder Personen, Überlegungen des Ministeriums zu personellen Folgen an der Hochschule

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 22.10.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7596
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S.
39-42
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Umgang der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Studentinnen und Studenten der Hochschule Ludwigsburg

Berücksichtigung der Belange der Studierendenschaft bei der Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule Ludwigsburg; Anliegen des ehemaligen ASTA-Vorsitzenden; Konflikte zwischen Hochschullehrern und Studierenden; Maßnahmen des Ministeriums zum Schutz der Studierenden; Rückhalt der ehemaligen Rektorin in der Studierendenschaft; Kommunikation des Ministeriums mit der eingesetzten Kommission; Behandlung der Vorkommnisse an der Hochschule Ludwigsburg im Kabinett

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 22.10.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7597
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S.
39-42

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Einsetzung einer Kommission durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg

Sachstand zur Einsetzung einer Kommission des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Zielsetzung und Auftrag, Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Aktenführung und Akteneinsichtnahme

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 22.10.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7598
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S.
39-42

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Inwieweit befasste sich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bzw die Ministerin mit Initiativen der Landtagsfraktion der SPD und GRÜNE zu Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg?

Kommunikation zwischen dem Ministerium und den Fraktionen über die Situation an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg; Berücksichtigung von Vorschlägen der Fraktionen; Unterrichtung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel, über geplante Maßnahmen; Verfahren zur Wiederbesetzung der Stelle der Hochschulleitung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 12.11.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7655
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S.
39-42
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Arbeitsfähigkeit der Verwaltungshochschule Ludwigsburg

Entwicklung der Verwaltungshochschule seit der Abwahl der Rektorin; Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltungshochschule; Auswirkungen der Führungskrise auf die Zahl der Studienbewerber; Berufsperspektive der Absolventen der Verwaltungshochschule

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 18.11.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7731
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S.
39-42
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart: Waren Ministerin Bauer in der Affäre um die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg alle Mittel recht, die Rektorin als Hauptsündenbock abzustempeln und loszuwerden?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8512-8522

Hochschule für Polizei

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 11: Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule für Polizei

Mittlg LReg 03.05.2011 Drs 15/4
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/546
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669
Mittlg LReg 28.06.2012 Drs 15/1998
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2321

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Nutzung der Neckartal-Kaserne in Mosbach-Neckarelz durch das Institut für Ausbildung und Training der Hochschule für Polizei BW

KlAnfr Georg Nelius SPD 25.06.2012 und Antw IM Drs 15/1941

Auswirkungen der Polizeireform auf die Hochschule für Polizei Erhaltung der Selbstständigkeit der Hochschule für Polizei

MdlAnfr 1) Thomas Blenke CDU 25.06.2012 Drs 15/1953
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2286-2288

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Auswirkungen der zweigeteilten Laufbahn, insbes Zahl der Stellenhebungen, Mehrkosten und deren Gegenfinanzierung; Darstellung der künftigen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst und die Hochschule für Polizei; Zeitdauer der Einführung bis zur vollständigen Umsetzung

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/2006

Polizeireform - Auswirkungen auf die Hochschule für Polizei

(Formelle) Beteiligung und Stellungnahme des MWK vor Veröffentlichung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeireform, Gründe für die Neustrukturierung des Präsidiums „Bildung und Personalgewinnung“ und Zuordnung der Hochschule für Polizei; Erhaltung der akademischen Selbstständigkeit der Hochschule für Polizei sowie der Aus- und Fortbildungsaufgaben bzw der Polizeischulen in der Zuständigkeit der Bereitschaftspolizei

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 12.07.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2077
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 60
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3006

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Abordnung oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3021

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Jährliche Zusatzkosten und ihre Gegenfinanzierung; Anzahl der Stellenhebungen iRd Einführung einer zweigeteilten Laufbahn; künftige Verteilung der Stellen des Polizeivollzugsdienstes auf die verschiedenen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes; Zugang von Personen mit mittlerem Bildungsabschluss zum Polizeidienst; Anpassung der Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an der Hochschule für Polizei; Aufstiegschancen der Angehörigen des mittleren Dienstes; Wartezeiten für Angehörige des gehobenen Dienstes

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/3437

Schließung der Außenstelle Wertheim des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei BW zum Jahresende 2015 und damit verbundene mögliche Interimsunterbringungen bis zur Fertigstellung eines Neubaus am Standort Böblingen

Nutzbarkeit des Neubaus des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei am Standort Böblingen; Kosten einer Interimslösung aufgrund der Schließung des bisherigen Standorts in Wertheim zum Jahresende 2015

MdlAnfr 4) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 27.01.2015
Drs 15/6342
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7252-7254

Stand der Planungen zur Schließung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim

Sachstand zu Schließungsplänen für die Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim, insbes aktueller Planungsstand, Beschäftigtenstruktur, Weiterbeschäftigungsangebote

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 18.03.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6624
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 40 41
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Weitere Nutzung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim

Sachstand zur künftigen Nutzung des Standorts Wertheim der Hochschule für Polizei

MdlAnfr 5) Thomas Blenke CDU 11.06.2015 Drs 15/6895
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7948 7949

Auswirkungen der Polizeireform auf die Hochschule für Polizei

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2039 2052

Hochschule Heilbronn

Nachhaltigkeitssiegel beim Wein

Zugangskriterien der Weinbaubetriebe zum Fair-Choice-Siegel für nachhaltige Weinwirtschaft der Hochschule Heilbronn; Höhe und Träger der Kosten dieser Zertifizierung, Legitimation und Unabhängigkeit der Gutachter; Bereitstellung von Fördermitteln; Feststellung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens beim Einkauf regionaler Weine

Antr
s. *Wein*
Drs 15/594

Ausbildungssituation im Weinbau in BW

Entwicklung der Ausbildungssituation in den Weinbauberufen sowie der weinspezifischen Studienangebote und Studierenden-

zahlen an der Hochschule Heilbronn, Sicherung des Bedarfs an Weinbaufachkräften durch die Abgänger und Absolventen, Erhaltung des Weinbauinstituts Freiburg und der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/1701

Stand des Ausbaus des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn

Planungsstand beim Ausbau des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn inklusive der Förderung studentischer Wohnungen

MdlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/3315

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5494
BeschlEmpf und Bericht WissA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 10 11
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Verweisung auf den Sanierungsbedarf der Hochschule Heilbronn

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1197

Hochschule in kirchlicher Trägerschaft

s. *Kirchliche Hochschule*

Hochschule Karlsruhe - Technik und Wirtschaft

Kinderbetreuungseinrichtung für die Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Voraussetzungen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte an der PH Karlsruhe; Kooperation mit anderen Hochschulen in Karlsruhe wie der Dualen Hochschule sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten für die Studierenden, das Lehrpersonal und die Verwaltungsmitarbeiter; Kinderbetreuungsangebote als Standortfaktor; Modell TIGER (Tagespflege in geeigneten Räumen) als Alternative zur Kindertagesstätte; Überlassung eines für den Bau bzw Betrieb einer Kindertagesstätte geeigneten Grundstücks in Karlsruhe

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3780

Hochschule Reutlingen

Einrichtung einer Hochschulaußenstelle im LKreiss Böblingen

Unterstützung der Einrichtung einer gemeinsamen Außenstelle der Hochschulen Reutlingen und Esslingen sowie der Universität Stuttgart in den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 15/1470

Hochschule Ulm

Kompetenzzentrum Elektromobilität, Batterieforschung und Brennstoffzellentechnologie in Ulm

Auflistung der mit den o.g. Themen beschäftigten Institute und Einrichtungen, Höhe und Herkunft der verfügbaren Mittel, beteiligte Unternehmen u.a. Partner, vorhandene und geplante Studiengänge mit einem direkten thematischen Bezug zu diesen Einrichtungen an der Universität Ulm und der Hochschule Ulm

KlAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/321

Hochschuletat

s. *Hochschulfinanzierung*

Hochschulfinanzierung

s.a. *Drittmittel*
s.a. *Forschungsfinanzierung*

Drohen den Hochschulen nach Auslaufen des Solidarpakts Kürzungen?

Prüfung von Einsparmöglichkeiten bei Hochschule und Wissenschaft iRd Neuverhandlungen des Solidarpakts zur Finanzierung der Übernahme des Tarifergebnisses der Angestellten im öffentlichen Dienst für die Beamten

MdlAnfr 1) Dr. Dietrich Birk CDU 04.04.2013 Drs 15/3315
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3920 3921

Kompensation der Studiengebühren an der Dualen Hochschule BW ((DHBW))

Finanzsituation der Dualen Hochschule BW nach Abschaffung der Studiengebühren, insbes bisheriger Mittelzufluss aus Studiengebühren und Höhe der Qualitätssicherungsmittel an den einzelnen Standorten sowie vorgenommene oder beabsichtigte Ausgleichszahlungen; Stellenwert und Gewährleistung der Qualitätssicherung von Forschung und Lehre an der Dualen Hochschule BW

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 24.04.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3415
BeschlEmpf und Bericht WissA 04.07.2013 Drs 15/4040 S. 31 32
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Zukunftsperspektive für das Kooperationsprojekt „Vietnamesisch-Deutsche Universität“ (VGU) in Ho Chi Minh-Stadt

Finanzielle Beiträge der am Gemeinschaftsprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt beteiligten Einrichtungen und Unternehmen; Zukunft der Hochschule angesichts der mittelfristig zu erwartenden Finanzierungssituation; Gründe für die Streichung der Förderung des von der Hochschule Karlsruhe getragenen Masterstudiengangs „Mechatronics and Sensor Systems Technology“; ursprüngliche Intention der Förderung; Ziele der Internationalisierungsstrategie für die baden-württembergischen Hochschulen, Stellenwert der Region Südostasien und insbes Vietnams in diesem Zusammenhang

KlAnfr

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Drs 15/3609

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der aufgrund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidarpaket III

Antr

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*

Drs 15/4260

Solidarpaket III mit den Hochschulen

Rahmenbedingungen und Ausgestaltung des Solidarpakts III mit den Hochschulen des Landes, insbes Berücksichtigung wachsender Studentenzahlen und verstärkter Ausschreibung von Forschungsprojekten der EU sowie enge Einbindung des Landtags als Haushaltsgesetzgeber

Antr CDU 06.11.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4291

BeschlEmpf und Bericht WissA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 53-55

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Mittlg LReg 17.09.2014 Drs 15/5735

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr

s. *Hochschule Esslingen*

Drs 15/4435

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/4523

Hochschulpaket 2020

Umsetzung des Hochschulpakts 2020 in BW, insbes erhaltene Bundesmittel, Studienplatzausbau, Stellenausbau; Bedarfsgerechtigkeit und Dauerhaftigkeit der neu geschaffenen Studienplätze

KlAnfr

s. *Hochschulpaket*

Drs 15/4901

Innovations- und Qualitätsfonds

Umsetzung und Bewertung des iRd Solidarpakts II eingerichteten Instruments des Innovations- und Qualitätsfonds (IQF) für die Hochschulen in BW, insbes durchgeführte Maßnahmen, Bedarf und Zukunftspläne

KlAnfr

s. *Hochschule*

Drs 15/5178

Sanierungen im Hochschulbau

Kostenschätzung der in den nächsten zehn Jahren anstehenden Sanierungsmaßnahmen; Kriterien der Priorisierung der Maßnahmen; Höhe der im nächsten Doppelhaushalt vorgesehenen Mittel; Finanzierungskonzept für die Sanierung von Hochschulgebäuden; Finanzierung der seit 2009 durchgeführten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen; Verwendung von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sowie dem Landesinfrastrukturprogramm; Nutzung hochschulinterner Pools gemäß den Vorgaben des Solidarpakts II

Antr

s. *Hochschulbau*

Drs 15/5316

Solidarpaketverhandlungen und Verwendung der frei werdenden Mittel durch Entlastungen und Zuweisungen des Bundes

Zeitplan der Solidarpaketverhandlungen mit den Hochschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen; Auswirkungen einer Überführung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung; Höhe und Verwendung frei werdender Mittel durch Entlastungen und Zuweisungen des Bundes

Antr

s. *Solidarpaket mit den Hochschulen*

Drs 15/5366

Wann ist Schluss mit dem durchsichtigen Land-Bund-Pingpongspiel bei den Solidarpaketverhandlungen mit den Hochschulen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6075-6087

Verhandlungen über den Solidarpaket III

Mittelfestlegung zur Verbesserung der Grundfinanzierung und rechtzeitige Verabschiedung des Solidarpakts III

MdlAnfr

s. *Solidarpaket mit den Hochschulen*

Drs 15/5396

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr

s. *Hochschule Heilbronn*

Drs 15/5494

Eckpunkte des Hochschulfinanzierungsvertrags BW 2015 bis 2020

Finanzielle Rahmenbedingungen für die Hochschulfinanzierung und Eckpunkte des Hochschulfinanzierungsvertrags BW 2015 bis 2020, insbes Mittelvolumen und Mittelherkunft, Einbeziehung der Programmmittel für den Ausbau Hochschule 2012 und Master 2016, Schaffung zusätzlicher Stellen, Einbeziehung von Tarif- und Pensionssteigerungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 18.08.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5633
 BeschlEmpf und Bericht WissA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 10-12
 PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Sonderbauprogramm des Hochschulfinanzierungsvertrags BW 2015 bis 2020

Planung der durchschnittlichen Baumittel im Hochschulfinanzierungsvertrag BW 2015 bis 2020 und Bedeutung des Sonderbauprogramms, insbes Berechnungsgrundlage, Mittelverteilung, verantwortliches Ministerium, Energiekostenträgerschaft, Abdeckung energetischer Sanierungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz

Antr
s. Hochschulbau
 Drs 15/5634

Ausgestaltung des Promotionsrechts für Zusammenschlüsse von Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Erarbeitung von Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts; Mitwirkung der Universitäten und Fachhochschulen an der Erarbeitung der Kriterien; Konsultierung des Wissenschaftsrats; Einrichtung zusätzlicher Stellen im akademischen Mittelbau zur Betreuung der Promovierenden; Berücksichtigung des zusätzlichen Personalbedarfs beim Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Antr
s. Promotion
 Drs 15/5674

Hochschulfinanzierungsvertrag BW 2015-2020 - Erhöhung der Grundfinanzierung

Ausgestaltung der dreiprozentigen Erhöhung der Grundfinanzierung und Auswirkung auf die einzelnen Hochschulen

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 07.10.2014 und Antw MWK Drs 15/5836

Zukünftige finanzielle Förderung des Landes für private und kirchliche Hochschulen

Förderung von Studienplätzen an privaten und kirchlichen Hochschulen in den vergangenen fünf Jahren; Förderung neuer Studienplätze in anderen Bundesländern; Gründe für die Kürzung der Fördermittel für die staatlich anerkannten privaten Hochschulen im Land; Gefährdung der Existenz privater Hochschulen; Benachteiligung der privaten und kirchlichen Hochschulen durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag BW

Antr
s. Privathochschule
 Drs 15/5885

*Regierungsbefragung**Hochschulfinanzierung*

PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6440-6445

Finanzielle Bedingungen der einzelnen Hochschularten unter dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Aktuelle Anteilshöhe an Grundfinanzierungs-, Programm- und sogenannten Drittmitteln bei den verschiedenen Hochschularten; Veränderung der jeweiligen Finanzierungsanteile durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag; Höhe der den einzelnen Hochschulen bis zum Jahr 2020 zusätzlich zur Verfügung stehenden Landesmittel; Kriterien der Mittelzuteilung; Entfristung von Personalstellen; Verteilung der Mittel des Bausonderprogramms an die einzelnen Hochschularten; Begründung des Mehrbedarfs der medizinischen Fakultäten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 03.11.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6027
 BeschlEmpf und Bericht WissA 22.01.2015 Drs 15/6496 S. 15 16
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Nachhaltige Zeitschriftenversorgung baden-württembergischer Universitäts- und Hochschulbibliotheken

Ausgaben der Universitäts- und Hochschulbibliotheken für Zeitschriften; Kostenentwicklung seit 2005; Veränderungen bei der Zahl der abonnierten Zeitschriftentitel und ihre Bewertung; Maßnahmen und Programme zur Stärkung der Universitäts- und Hochschulbibliotheken; freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen (Open Access); Auswirkungen der Insolvenz des Informationsdienstleisters Swets

Antr
s. Hochschulbibliothek
 Drs 15/6117

Studiengebühren für ausländische Studierende an Musikhochschulen

Anteil der ausländischen Studierenden sowie der Anteil der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern an den Hochschulen in BW; Studiengebühren für Studenten aus dem nicht-europäischen Ausland an Hochschulen in anderen Bundesländern; Stand des Rechtsverfahrens gegen die Musikhochschule Leipzig; Ergebnisse des Gutachtens zur Einführung selektiver Studiengebühren; Auswirkungen einer Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten

Antr
s. Studiengebühren
 Drs 15/6297

Beteiligung privater und kirchlicher Hochschulen an öffentlichen Programmen im Wissenschaftsbereich

Weiterförderung der iRd Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ an privaten und kirchlichen Hochschulen zusätzlich eingerichteten Studienplätze; Nutzung öffentlicher Förderprogramme durch kirchliche und private Hochschulen; Öffnung der wettbewerblich orientierten Landesprogramme in Forschung und Lehre für die privaten und kirchlichen Hochschulen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 23.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6317
 BeschlEmpf und Bericht WissA 23.04.2015 Drs 15/7352 S. 26 27
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz)

Übertragung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung der Hochschulen; Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 280 Euro pro Semester und Studenten in grundständigen Studiengängen und in konsekutiven Masterstudiengängen; ver-

pflichtende Beteiligung der Verfassten Studierendenschaft bei der hochschulinternen Verteilung von Qualitätssicherungsmitteln; Kapazitätsneutralität der aus Qualitätssicherungsmitteln finanzierten Maßnahmen und Stellen

GesEntw LReg 24.03.2015 Drs 15/6653 (13 S.)
1. Beratung PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7529-7535
BeschlEmpf und Bericht WissA 23.04.2015 Drs 15/6754
(dazu ÄAntr Sabine Kurtz CDU Nr. 1 und ÄAntr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP Nr. 2)
2. Beratung PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7661
GesBeschl 29.04.2015 Drs 15/6832
GBI 2015 Nr. 9 S. 313 (Ges vom 05.05.2015)

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Ludwigsburg
Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den LKreis Ludwigsburg, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Hochschulfinanzierung

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/6732

Faire Arbeitsverhältnisse an Baden-Württembergs Hochschulen schaffen

Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ zur Sicherung fairer Arbeitsverhältnisse an baden-württembergischen Hochschulen und Universitäten, insbes bei den befristeten Arbeitsverhältnissen im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/7116

Evaluation zur Transparenzklausel

Sachstand zur Umsetzung der Transparenzklausel des Landeshochschulgesetzes an den Universitäten und Hochschulen, insbes Entwicklung der Gesamtfinanzierung und Drittmitteleinnahmen, Anzahl der Stiftungsprofessoren, Gewährleistung von Datenschutz und Forschungsfreiheit bei der Auskunftspflicht der Hochschulen zu Drittmitteleinnahmen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 20.08.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7318

Hochschulfinanzierung

Zuweisung von Bundesmitteln iRd Hochschulpakts 2020 für Studienanfängerplätze und Verteilung auf die einzelnen Hochschularten

MdlAnfr 2) Sabine Kurtz CDU 17.11.2015 Drs 15/7650
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8637 8638

Erhöhung des Budgets für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

Sachstand zur Umsetzung der geplanten Erhöhung des Budgets um 28 Millionen Euro für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

MdlAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/7860

Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz

Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz)

Übertragung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung der Hochschulen; Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 280 Euro pro Semester und Studenten in grundständigen Studiengängen und in konsekutiven Masterstudiengängen; verpflichtende Beteiligung der Verfassten Studierendenschaft bei der hochschulinternen Verteilung von Qualitätssicherungsmitteln; Kapazitätsneutralität der aus Qualitätssicherungsmitteln finanzierten Maßnahmen und Stellen

GesEntw
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6653

Hochschulforschung

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr
s. *Photovoltaik*
Drs 15/3623

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/4115

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr

s. Schweiz
Drs 15/4803

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr
s. *Technologiepolitik*
Drs 15/5016

Großbrand an der Universität Stuttgart - Sicherstellung des Lehrbetriebs

Maßnahmen der LReg zur Bewältigung der Folgen des Großbrands an der Universität Stuttgart, insbes Hilfe zur schnellstmöglichen Rückkehr zu einem geordneten Lehrbetrieb, Unterstützung bei der Wiederherstellung der beim Brand zerstörten Forschungsergebnisse

MdlAnfr
s. *Universität Stuttgart*
Drs 15/5293

Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen

Entwicklung von Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen und Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis von Prävention und Aufklärung; Aktivitäten von Gruppen der Deutschen Burschenschaft an den baden-württembergischen Hochschulen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5573

Finanzierung von Verbraucherschutzforschung an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

Finanzierung und Mittelverwendung des Forschungszentrums „Verbraucher, Markt und Politik“ der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 17.09.2014 und
Antw MLR Drs 15/5732

Hochschulgebäude

s. *Hochschulbau*

Hochschulgebühren

s. *Studiengebühren*

Hochschulgebührengesetz

s. *Studiengebühren*

Hochschulgesetz

s. *Hochschulrecht*

Hochschulhaushalt

s. *Hochschulfinanzierung*

Hochschullehre

s.a. *Akademischer Mittelbau*
s.a. *Hochschullehrer*
s.a. *Lehrbeauftragter*
s.a. *Professor*

Gutes Klima für Forschung und Lehre an unseren Hochschulen

Aktuelle Debatte
s. *Forschung*
PIPr 15/9 S. 280

Lehrbeauftragte an Hochschulen

Vergütung und soziale Absicherung der haupt- und nebenamtlichen Lehrbeauftragten; Anteil der von ihnen erbrachten Lehrleistungen; Ermöglichung von festen Anstellungsverträgen mit Kündigungsschutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub; Anerkennung als Mitglieder der Hochschule

Antr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/832

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)

Abschaffung der Studiengebühren; Gesetz zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre; Gesetz über den Studienfonds; Änderung des LandeshochschulgebührenGes, LandeshochschulGes, AkademienGes, Hochschulzulassungsges, des Gesetzes zur Ausführung des Bundesausbildungsförderungsges, der Studiengebühren- und Hochschulvergabeverordnung; Erweiterung des Wirkungsbereichs der Eignungsprüfungen an den Pädagogischen Hochschulen

GesEntw
s. *Studiengebühren*
Drs 15/902

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Akademischer Mittelbau*
Drs 15/1156

Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten an Musikhochschulen verbessern

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den einzelnen Musikhochschulen im Vergleich zu Kunsthochschulen und Hochschulen für darstellende Kunst u.a. Hochschularten; Ausgestaltung der Arbeits- und Vergütungssituation; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einbeziehung in die demokratische Selbstverwaltung; Unterstützung der Initiative zur Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Betroffenen zur Erarbeitung gemeinsamer Standards zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen

Antr

s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/1193

Die Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes BW

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den Musikhochschulen, Akademien der Bildenden Künste, der Filmakademie, Popakademie und den Theaterakademien; Vergleich der Kosten bei einer Erbringung durch festangestellte Lehrkräfte; Frage nach einem Stufenplan zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten

KlAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/2398

Kompensation der Studiengebühren an der Dualen Hochschule BW ((DHBW)

Finanzsituation der Dualen Hochschule BW nach Abschaffung der Studiengebühren, insbes bisheriger Mittelzufluss aus Studiengebühren und Höhe der Qualitätssicherungsmittel an den einzelnen Standorten sowie vorgenommene oder beabsichtigte Ausgleichszahlungen; Stellenwert und Gewährleistung der Qualitätssicherung von Forschung und Lehre an der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/3415

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/4803

Großbrand an der Universität Stuttgart - Sicherstellung des Lehrbetriebs

Maßnahmen der LReg zur Bewältigung der Folgen des Großbrands an der Universität Stuttgart, insbes Hilfe zur schnellstmöglichen Rückkehr zu einem geordneten Lehrbetrieb, Unterstützung bei der Wiederherstellung der beim Brand zerstörten Forschungsergebnisse

MdlAnfr
s. *Universität Stuttgart*
Drs 15/5293

Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen

Entwicklung von Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen und Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis von Prävention und Aufklärung; Aktivitäten von Gruppen der Deutschen Burschenschaft an den baden-württembergischen Hochschulen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5573

Beitrag der Studiengebühren zur Verbesserung der Lehre, Finanzierung über den Haushalt nach Abschaffung der Studiengebühren, Verweisung auf das Programm des Bundes zur Sicherung der Qualität in der Lehre

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1402 1403 1406 1409 1410

Hochschullehrer

s.a. *Akademiker*
s.a. *Lehrbeauftragter*
s.a. *Professor*

Die Berufungsverfahren zur Besetzung von Juniorprofessuren

Umfang, Gründe und Folgewirkungen der langen Dauer o.g. Berufungsverfahren, insbes für Frauen, im Vergleich zu anderen BLändern; Beurteilung von Vorschlägen der Hochschulen zur Beschleunigung der Verfahren

Antr
s. *Berufungsverfahren an Hochschulen*
Drs 15/414

Hochschullehrerinnen in BW

Entwicklung des o.g. Anteils differenziert nach Hochschulen und Fachrichtungen landes- und bundesweit seit 2001; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Steigerung des Anteils, insbes durch Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft für das wissenschaftliche Personal; Gründe für die Einstellung der Zeitschrift „AKTIV-Frauen in Baden-Württemberg“ durch das Sozialministerium

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1005

Berufung und Besoldung von baden-württembergischen Hochschullehrern

Entwicklung des Bewerberinteresses und der Professorenbesoldung an den verschiedenen Hochschularten im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und in- und ausländischen Hochschulen; Anreize und Instrumente zur Steigerung der Attraktivität der akademischen Laufbahn für Frauen und Männer

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 15.02.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1287 (29 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 23 24
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur W-Besoldung in Hessen - Konsequenzen für BW?

Konsequenzen für die Professoren- und Beamtenbesoldung in BW?

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/1309

Weibliche Repräsentanz an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in BW

Anteil der weiblichen Studierenden, des weiblichen Personals und der Hochschullehrerinnen; geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Rektorate, Hochschulräte und Senate; Anteil des weiblichen Personals in den Leitungsorganen und Gremien; Ge-

währleistung der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie; Ermutigung von Studentinnen zu leitenden Tätigkeiten im Beruf; Potenzial der für Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung geeigneten Absolventinnen

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/2654

Zukunft des Erasmus-Programms im Hochschulbereich

Nutzung des Erasmus-Programms durch Studierende und Dozenten aus BW bzw durch ausländische Studierende und Dozenten an baden-württembergischen Hochschulen in den letzten Jahren; Verteilung der Fördersumme und geförderten Personen auf die einzelnen Hochschulen des Landes; Verhältnis von Bedarf und Angebot an Stipendien und Austauschplätzen; Geförderte nach Fachrichtung, Geschlecht und sozialer Herkunft; Auswirkungen der aktuellen Finanzierungslücke; Maßnahmen zur Sicherung des Erasmus-Programms

Antr
s. *Akademischer Austausch*
Drs 15/2658

Die Situation der Gleichstellungspolitik an den baden-württembergischen Hochschulen

Aktuelle Situation der Gleichstellungsförderung durch Gleichstellungsbeauftragte sowie schwerpunktmäßige Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity; Struktur und Verankerung der Gleichstellungsstellen in den Hochschulen; personelle und sachliche Ausstattung; Gleichstellungsmaßnahmen; Situation des Forschungsbereichs Gender Studies an den Hochschulen; Förderung von Professorinnen

GrAnfr
s. *Frauenpolitik*
Drs 15/2796

W-Besoldung in BW

Situation der W-Besoldung in BW und Reformpläne der LReg für die W2-Besoldung im Nachgang zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 20.02.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3097
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 25 26
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Reform der W-Besoldung in BW

Planungen für die Anpassung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen W2 und W3 in Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012; Statistik zu W2- und W3-Professuren; aktueller Besoldungsdurchschnitt; Begründung für die bisherige Umsetzungsverzögerung; Detailplanungen zu Grundgehalt, Erfahrungsstufen und Leistungszulagen

Antr CDU 02.07.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3728
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 25 26
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Stiftungsprofessuren an den Hochschulen in BW

Einrichtung und Entwicklung der Stiftungsprofessuren an den Hochschulen in BW, insbes Übersicht zu Anzahl und Fachbezeichnung, rechtliche Bedingungen, Finanzierungsanteil und -verantwortung des Landes, Maßnahmen von Land oder Drittmit-

telgeber zur Weiterbeschäftigung

KIAnfr Martin Rivoir u.a. SPD 29.07.2013 und Antw MWK Drs 15/3887

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karrieremöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Reform der W-Besoldung; Gesetzgebungsverfahren

Gründe für die verspätete Umsetzung der Reform der W-Besoldung; steuerliche Auswirkungen einer rückwirkenden Besoldungserhöhung

MdlAnfr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5396

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften

Ausdehnung des Ernennungsrechts für weitere Besoldungsgruppen bei Hochschullehrern und Beamten im wissenschaftlichen Dienst auf das Wissenschaftsministerium und die Universitäten und Hochschulen im dortigen Geschäftsbereich

GesEntw
s. *Ernennung zum Beamten*
Drs 15/5837

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes BW und anderer dienstrechtlicher Vorschriften

Anhebung der Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 2 und 3 mit Wirkung zum 1. Januar 2013; Erhöhung des Grundgehalts der Besoldungsgruppe W 1 mit Wirkung zum 1. Januar 2014; Erhöhung der Besoldungsdurchschnitte; Übergangsvorschriften für Ämter der Besoldungsgruppen W 2 und W 3 sowie für Versorgungsempfänger

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5933

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Einstufung des neuen Lehramts Grundschule in Besoldungsgruppe A 12; Einstufung des neuen Lehramts Werkreal-, Haupt- und Realschule in Besoldungsgruppe A 13; Einstufung der Funktionsämter im Bereich der Werkreal- und Hauptschulen auf dem maßgeblichen Niveau zur Zeit der Qualitätsoffensive Bildung; Eingruppierung funktionsgebundener Professorenämter für das Leitungspersonal am Center for Advanced Studies der Dualen Hochschule BW in der Besoldungsgruppe W 3

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/7417

Wissenschaftlerinnen an baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur aktuellen Situation von Frauen im Bereich der Wissenschaft und Leitung an baden-württembergischen Hochschulen, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Promotionen und Habilitationen (aufgeteilt nach Fachbereichen und Fächergruppen), Entwicklung des Frauenanteils bei den Professuren und den Positionen der Hochschulleitungen, Wirkung spezieller Frauenförderprogramme, Frauenanteil an den umgewidmeten Stellen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

Antr
s. Frau
Drs 15/8054

Festlegung der Vergütung der Hochschullehrer in der Weiterbildung durch die Hochschulen

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2198 2201 2202

Hochschulleitung*Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)*

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karrieremöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 15/4684

Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Behörden mit Vorgängen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zulagengewährung durch die zuständigen Behörden; Kenntnis der Richtlinie zur Vergabe von Zulagen bei den Behördenleitungen; Auskunft über den Vorgang der „rechtskonformen Umdeutung“ der Zulagen; Wortlaut der Unterrichtung des Wissenschaftsministeriums; Argument des Vertrauensschutzes; Hinzuziehung weiterer Behörden zur Aufklärung der Vorgänge an der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg; Inhalt der von der Hochschulleitung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zulagengewährung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/6349

Ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ein Einzelfall oder ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch in anderen Fällen der Gewährung von Zulagen seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde nicht gerecht geworden?

Überwachung der Vergabe von Leistungs- und Funktionszulagen durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Auskunft über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße seit dem 1. Januar 2011; Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf Widersprüche und Beschwerden vonseiten der Hoch-

schulen; Hilfestellung für die Hochschulleitungen bei der Zulagenvergabe; Festlegung von Kriterien für die Vergabe von Zulagen

Antr
s. Dienstaufsicht
Drs 15/6416

Inwieweit befasste sich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bzw die Ministerin mit Initiativen der Landtagsfraktion der SPD und GRÜNE zu Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg?

Kommunikation zwischen dem Ministerium und den Fraktionen über die Situation an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg; Berücksichtigung von Vorschlägen der Fraktionen; Unterrichtung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel, über geplante Maßnahmen; Verfahren zur Wiederbesetzung der Stelle der Hochschulleitung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7655

Arbeitsfähigkeit der Verwaltungshochschule Ludwigsburg

Entwicklung der Verwaltungshochschule seit der Abwahl der Rektorin; Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltungshochschule; Auswirkungen der Führungskrise auf die Zahl der Studienbewerber; Berufsperspektive der Absolventen der Verwaltungshochschule

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7731

Wissenschaftlerinnen an baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur aktuellen Situation von Frauen im Bereich der Wissenschaft und Leitung an baden-württembergischen Hochschulen, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Promotionen und Habilitationen (aufgeteilt nach Fachbereichen und Fächergruppen), Entwicklung des Frauenanteils bei den Professuren und den Positionen der Hochschulleitungen, Wirkung spezieller Frauenförderprogramme, Frauenanteil an den umgewidmeten Stellen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

Antr
s. Frau
Drs 15/8054

Hochschulmedizin

s. Universitätsklinik

Hochschulmensa

s. Mensa

Hochschulorganisation

Praktische Bedeutung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz (LHG)

Begründung und Anwendung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz in BW, insbes Statistiken zu daraufhin versagten Imma-

trikulationen, Verwaltungsaufwand der Hochschule, aufenthaltsrechtliche Konsequenzen einer Streichung dieser Regelung

Antr
s. *Immatrikulation*
Drs 15/3240

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/4059

Studentisches Dienstleistungszentrum an der Universität Ulm

Situation der Erbringung studienbezogener Dienstleistungen für Studierende an der Universität Ulm an räumlich getrennten Orten; Überlegungen zur Einrichtung eines zentralen studentischen Dienstleistungszentrums an der Universität Ulm und der Integration externer Partner

KlAnfr Martin Rivoir SPD 09.10.2013 und Antw MWK Drs 15/4131

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 15/4142

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5003

Wissenschaftsmanagement an den Universitäten und Hochschulen in BW

Projekte zum Thema Managementstrukturen sowie Stellen für Wissenschaftsmanager an den Universitäten und Hochschulen; Kooperationen zum Thema Wissenschaftsmanagement mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen; Strukturen und Ziele der Kooperationen; Gründung einer Führungsakademie für Hochschulwesen

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 17.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6287

Erfahrungen mit der Verfassten Studierendenschaft an Universitäten und Hochschulen in BW

Bilanz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft; Ursachen der geringen Beteiligung an der Wahl des Gremiums; Verabschiedung der Satzung sowie nachträgliche Satzungsänderungen an den Hochschulen; Erhebung und Verwendung von Beiträgen nach § 65 a Landeshochschulgesetz; Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitungen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als übergeordneter Instanz; Existenz von Doppelstrukturen durch den Fortbestand von Studierendenvertretungen mit Vereinsstatus

GrAnfr
s. *Studentenvertretung*
Drs 15/6449

Hochschulpakt

Hochschulpakt 2020

Umsetzung des Hochschulpakts 2020 in BW, insbes erhaltene Bundesmittel, Studienplatzausbau, Stellenausbau; Bedarfsgerechtigkeit und Dauerhaftigkeit der neu geschaffenen Studienplätze

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 07.03.2014 und Antw MWK Drs 15/4901

Hochschulfinanzierung

Zuweisung von Bundesmitteln iRd Hochschulpakts 2020 für Studienanfängerplätze und Verteilung auf die einzelnen Hochschularten

MdlAnfr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/7650

Hochschulpakt 2020

s. *Hochschulpakt*

Hochschulpersonal

Befristete Arbeitsverhältnisse

Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beim Land zum Stichtag 1. April 2013; Verteilung auf die Bereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Justizvollzug, Steuer- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung und Sonstige; Gründe für die zeitliche Befristung; Dauer der Arbeitsverhältnisse; Zeitverträge mit jungen Berufstätigen; Anteil der in Dauerarbeitsverhältnisse überführten befristeten Arbeitsverhältnisse

KlAnfr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/3599

Hochschulpakt 2020

Umsetzung des Hochschulpakts 2020 in BW, insbes erhaltene Bundesmittel, Studienplatzausbau, Stellenausbau; Bedarfsgerechtigkeit und Dauerhaftigkeit der neu geschaffenen Studienplätze

KlAnfr
s. *Hochschulpakt*
Drs 15/4901

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr
s. *Hochschule Heilbronn*
Drs 15/5494

Finanzielle Bedingungen der einzelnen Hochschularten unter dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Aktuelle Anteilshöhe an Grundfinanzierungs-, Programm- und sogenannten Drittmitteln bei den verschiedenen Hochschularten; Veränderung der jeweiligen Finanzierungsanteile durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag; Höhe der den einzelnen Hochschulen bis zum Jahr 2020 zusätzlich zur Verfügung stehenden Landesmittel; Kriterien der Mittelzuteilung; Entfristung von Personalstellen; Verteilung der Mittel des Bausonderprogramms an die einzelnen Hochschularten; Begründung des Mehrbedarfs der medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6027

Beschäftigungssituation der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten an den baden-württembergischen Hochschulen

Anteil der befristet Beschäftigten im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst der Hochschulen; Kriterien für eine Festanstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter; Kriterien für die befristete Anstellung wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals; Laufzeit der Zeitverträge; Gründe für eine von der Finanzierungsdauer eines Forschungsprojekts abweichende Befristungsdauer; Personalentwicklungsplanung an den Hochschulen

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 11.11.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6107

Hochschulpolitik*Zukunftsperspektive für das Kooperationsprojekt „Vietnamesisch-Deutsche Universität“ (VGU) in Ho Chi Minh-Stadt*

Finanzielle Beiträge der am Gemeinschaftsprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt beteiligten Einrichtungen und Unternehmen; Zukunft der Hochschule angesichts der mittelfristig zu erwartenden Finanzierungssituation; Gründe für die Streichung der Förderung des von der Hochschule Karlsruhe getragenen Masterstudiengangs „Mechatronics and Sensor Systems Technology“; ursprüngliche Intention der Förderung; Ziele der Internationalisierungsstrategie für die baden-württembergischen Hochschulen, Stellenwert der Region Südostasien und insbes Vietnams in

diesem Zusammenhang

KlAnfr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 15/3609

Hochschulpakt 2020

Umsetzung des Hochschulpakts 2020 in BW, insbes erhaltene Bundesmittel, Studienplatzausbau, Stellenausbau; Bedarfsgerechtigkeit und Dauerhaftigkeit der neu geschaffenen Studienplätze

KlAnfr
s. *Hochschulpakt*
Drs 15/4901

*Regierungsbefragung**Hochschulpolitik*

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6270-6274

Hochschulprofessor

s. *Professor*

Hochschulprüfung*Datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW*

Verfahren und Datenschutz bei der Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW, insbes Regelungen für die einzelnen Studiengänge, Umsetzung der Ministeriumsempfehlung zur Einrichtung einer eigenen Post- und Faxadresse für die Übersendung der ärztlichen Atteste, Ablehnungsquote und Begründungen bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit; datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste nach der Entscheidungsfindung der Prüfungsbehörden; Übertragung der Entscheidung über die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit von den Prüfungsbehörden auf medizinisch fachkompetente Entscheidungsträger

Antr
s. *Arbeitsunfähigkeit*
Drs 15/3061

Studienplatzklagen in BW

Bedingungen, Statistiken, Kosten und Verhinderungsmöglichkeiten von Studienplatzklagen in BW; weitere Klagemöglichkeiten an Hochschulen im Bereich des Hochschul- bzw Prüfungsrechts

Antr
s. *Studienplatz*
Drs 15/3068

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karrieremöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 15/4684

Hochschulrat

Hochschulräte in BW

Gründe und Auswirkungen der angekündigten Umwandlung in reine Beratergremien; Bewertung der Ergebnisse einer Umfrage zur Mitwirkung der Hochschulräte im Aufsichtsrat der Hochschulen; Verzicht auf die Umwandlungspläne, Weiterentwicklung der Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenzen der Hochschulräte

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 28.02.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1325
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 (dazu Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE und Martin Rivoir SPD) S. 33-36
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
Mittlg LReg 19.09.2013 Drs 15/4066

Zusammensetzung und Kompetenzen der Aufsichtsräte/Hochschulräte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Kompetenzen, Auswahlkriterien und Amtsdauer der Hochschulräte an den einzelnen Hochschulen; Vertretungsanteile der hochschulinternen Gruppen und gesellschaftlichen Interessenverbände, von Frauen und Gleichstellungsbeauftragten

KIAnfr Martin Rivoir SPD 20.04.2012 und Antw MWK Drs 15/1587

Zusammensetzung der Hochschulräte in BW

Erteilung einer Bestandsaufnahme in Ergänzung zur Stellungnahme auf Drs 15/1325, Beurteilung der Regelungen in den Hochschulgesetzen anderer BLänder und im benachbarten Ausland, Bewertung der Übernahmefähigkeit iRd Weiterentwicklung des Landeshochschulgesetzes, insbes Verbesserung des Frauenanteils und der Abbildung der Vielfalt an gesellschaftlichen Perspektiven

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 09.10.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2443
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 27 28
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Mitwirkung der externen Hochschulräte an der Strategieentwicklung der Hochschulen, Ablehnung einer Ersetzung durch beratende Hochschulbeiräte

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 282 287 288 290

Erhaltung der Kompetenzen der externen Hochschulräte

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1403 1404

Hochschulrecht

s.a. *Berufungsverfahren an Hochschulen*
s.a. *Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz*

Regierungsbefragung

Hochschule 2012 - abschließender Ausbauschritt/Gesetz zur Rückabwicklung des UniversitätsmedizinGes

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 310-316

Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze

Stärkung der studentischen Mitbestimmung durch die Einführung von Studentenparlamenten, Wahrnehmung der fachlichen und hochschulpolitischen Belange der Studierenden, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts über die Verwendung von Studiengebühren; Änderung des StudentenwerksGes und des LandeshochschulgebührenGes

GesEntw FDP/DVP 10.08.2011 Drs 15/416
1. Beratung PIPr 15/15 13.10.2011 S. 630-636
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.06.2012 Drs 15/1850 (dazu Antr FDP/DVP) (23 S.)
2. Beratung PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2191-2205 (Ablehnung)

Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes (UniMed-RückabwicklungGes - UniMed-RüG)

Wiederherstellung des vor dem 15. Februar 2011 geltenden Rechtszustands; Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Universitätsklinika; Wahrung der Handlungsfähigkeit in Kooperation mit den Universitäten; Änderung des LandeshochschulGes, des UniversitätsklinikaGes, LandeskrankenhausGes, LandespersonalvertretungsGes und von Artikel 9 des UniversitätsmedizinGes

GesEntw LReg 28.09.2011 Drs 15/631 (19 S.)
1. Beratung PIPr 15/15 13.10.2011 S. 649-654
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.10.2011 Drs 15/699
2. Beratung PIPr 15/17 09.11.2011 S. 723-728
GesBeschl 09.11.2011 Drs 15/869
GBI 2011 Nr. 19 S. 501-503 (Ges vom 22.11.2011)

Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

Entwicklung der Patientenzahlen in den einzelnen Hochschulambulanz der Universitätskliniken; finanzielle Auswirkungen für das Land und die GKV durch die Integration der Orthopädischen Klinik und der Lungenfachklinik in Heidelberg in die Universitätsklinik Heidelberg, durch Übernahme des „Zentrums für Brustkrankungen Südbaden“ vom Universitätsklinikum Freiburg und dessen Fusion mit dem Herzzentrum Bad Krozingen; Sicherstellung der Einbindung des Haushaltsgesetzgebers in strukturell bedeutsame Entscheidungen der Universitätsklinika

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/687

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)

Abschaffung der Studiengebühren; Gesetz zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre; Gesetz über den Studienfonds; Änderung des LandeshochschulgebührenGes, LandeshochschulGes, AkademienGes, HochschulzulassungGes, des Gesetzes zur Ausführung des BundesausbildungsförderungGes, der Studiengebühren- und Hochschulvergabeverordnung; Erweiterung des Wirkungsbereichs der Eignungsprüfungen an den Pädagogischen Hochschulen

GesEntw
s. *Studiengebühren*
Drs 15/902

Bericht des MWK zu Beschlüssen des Ltg; hier:

- a) zur Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 23: Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Hochschulen und Universitätsklinika
b) zum Landeshochschulgesetz und zum Universitätsklinika-Gesetz

Mittlg LReg
s. Unternehmen
Drs 15/1544

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufs begleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerksgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw LReg 24.04.2012 Drs 15/1600 (97 S.)
1. Beratung PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1961-1968
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.06.2012 Drs 15/1850 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD Nr. 1-4, EAntr GRÜNE und SPD) (23 S.)
ÄAntr CDU 26.06.2012 Drs 15/1956 1-2 S. 1-3
EAntr CDU 26.06.2012 Drs 15/1956 3-4 S. 4 5
EAntr FDP/DVP 26.06.2012 Drs 15/1956-5 S. 6
2. Beratung PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2191-2205
GesBeschl 27.06.2012 Drs 15/1971 (10 S.)
GBI 2012 Nr. 11 S. 457-466 (Ges vom 10.07.2012)
Mittlg LReg 06.12.2012 Drs 15/2785

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
s. Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014
Drs 15/2561

Die Situation der Gleichstellungspolitik an den baden-württembergischen Hochschulen

Aktuelle Situation der Gleichstellungsförderung durch Gleichstellungsbeauftragte sowie schwerpunktmäßige Umsetzung von Gender Mainstreaming und Diversity; Struktur und Verankerung der Gleichstellungsstellen in den Hochschulen; personelle und sachliche Ausstattung; Gleichstellungsmaßnahmen; Situation des Forschungsbereichs Gender Studies an den Hochschulen; Förderung von Professorinnen

GrAnfr
s. Frauenpolitik
Drs 15/2796

Studienplatzklagen in BW

Bedingungen, Statistiken, Kosten und Verhinderungsmöglichkeiten von Studienplatzklagen in BW; weitere Klagemöglichkei-

ten an Hochschulen im Bereich des Hochschul- bzw Prüfungsrechts

Antr
s. Studienplatz
Drs 15/3068

Praktische Bedeutung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz (LHG)

Begründung und Anwendung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz in BW, insbes Statistiken zu daraufhin versagten Immatrikulationen, Verwaltungsaufwand der Hochschule, aufenthaltsrechtliche Konsequenzen einer Streichung dieser Regelung

Antr
s. Immatrikulation
Drs 15/3240

Umsetzung der wieder eingeführten Verfassten Studierendenschaft vor Ort

Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft, insbes erreichte und angestrebte Umsetzungsschritte sowie Abstimmungsergebnisse über Organisationsmodelle an den einzelnen Hochschulen

Antr
s. Studentenschaft
Drs 15/3373

Status, Mitwirkung und Vertretung der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen

Situation der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen, insbes Anteil gegenüber festangestellten wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, Lastverteilung bei Stundenzahl und Einzelunterricht, Bedingungen für Prüfungsberechtigung, personal- und hochschulrechtlicher Status, Änderung gesetzlicher Regelungen im Landespersonalvertretungsgesetz und im Landeshochschulgesetz

Antr
s. Musikhochschule
Drs 15/3626

Qualitätssicherung im Promotionsverfahren

Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Onlinediskussion auf dem Bürgerbeteiligungsportal zur Qualitätssicherung im Promotionsverfahren für die Novellierung des Landeshochschulgesetzes, insbes weitergehende Regelung einzelner Punkte in der Promotionsvereinbarung, Einbeziehung in das Qualitätsmanagementsystem, Sanktionierung wissenschaftlichen Fehlverhaltens

Antr
s. Promotion
Drs 15/4014

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. Berufliche Qualifikation
Drs 15/4325

Promotionsrecht an Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Geplante Reform des Landeshochschulgesetzes im Bereich des Promotionsrechts an Hochschulen für angewandte Wissenschaften

ten, insbes konkreter Planungsinhalt und Einbindung der Universitäten

MdlAnfr
s. *Promotion*
Drs 15/4652

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karriereöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw LReg 04.02.2014 Drs 15/4684 (373 S.)
1. Beratung PIPr 15/91 19.02.2014 S. 5465-5476
BeschlEmpf und Bericht WissA 13.03.2014 Drs 15/4898 (dazu ÄAntr FDP/DVP Nr. 1-7, Nr. 10, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 8-9, EAntr FDP/DVP Nr. 11
ÄAntr GRÜNE und SPD Nr. 12-15, ÄAntr CDU Nr. 16, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 17, EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP Nr. 18) (31 S.)
Antr GRÜNE und SPD 25.03.2014 Drs 15/4978 1-2 S. 1-3
ÄAntr CDU 25.03.2014 Drs 15/4978 3-7 S. 4-10
ÄAntr CDU und FDP/DVP 25.03.2014 Drs 15/4978 8-9 S. 11-13
ÄAntr FDP/DVP 25.03.2014 Drs 15/4978 10-15 S. 14-19
EAntr FDP/DVP 25.03.2014 Drs 15/4978-16 S. 20
2. Beratung PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5667-5681
GesBeschl 27.03.2014 Drs 15/4996 (80 S.)
GBI 2014 Nr. 6 S. 99-174 (Ges vom 01.04.2014)
Mittlg LReg 17.09.2014 Drs 15/5772
Mittlg MWK 01.04.2015 Drs 15/6703
Mittlg LReg 30.04.2015 Drs 15/6836
Mittlg LReg 30.06.2015 Drs 15/7098 (10 S.)
Mittlg LReg 11.02.2016 Drs 15/8050 (18 S.)
Mittlg MWK 29.03.2016 Drs 15/8106 (10 S.)

Studienabbrecherquoten und Vorbereitungsangebote für das Studium

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen nach Hochschulen und einzelnen Studienfächern; Gründe bzw Motive der Studienabbrüche; Angebote und Maßnahmen zur Vorbeugung; Nutzen eines „Studienführerscheins“; Verankerung eines Qualitätsmanagements sowie Strategien zur Vorbeugung von Studienabbrüchen im Hochschulrecht; Anerkennung von Studienleistungen bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung

Antr
s. *Studienabbruch*
Drs 15/5312

Ausgestaltung des Promotionsrechts für Zusammenschlüsse von Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Erarbeitung von Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts; Mitwirkung der Universitäten und Fachhochschulen an der Erarbeitung der Kriterien; Konsultierung des Wissenschaftsrats; Einrichtung zusätzlicher Stellen im akademischen Mittelbau zur Betreuung der Promovierenden; Berücksichtigung des zusätzlichen Personalbedarfs beim Hochschulfinanzierungsver-

trag 2015 bis 2020

Antr
s. *Promotion*
Drs 15/5674

Leistungen der baden-württembergischen Studierendenwerke würdigen - bewährte Strukturen erhalten

Aufgabenspektrum der Studierendenwerke; Höhe der im Zeitraum von 2011 bis 2014 gewährten Betriebskosten- und Bauzuschüsse; Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Studierendenwerke im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern; Auswirkungen der Änderungen iRd 3. Hochschulrechtsänderungsgesetzes; Kommunikation und Aufgabenabgrenzung der Studierendenwerke mit den einzelnen Hochschulen und der Verfassten Studierendenschaft; Beibehaltung von Struktur und Zahl der Studierendenwerke

Antr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/6257

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 8. Mai 2015, Az.: 1 VB 16/15 - Verfassungsbeschwerde gegen verschiedene Vorschriften des Landeshochschulgesetzes wegen der Hochschulorganisation

PIPr 15/130 10.06.2015 S. 7803
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.06.2015 Drs 15/6969
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Änderung von § 27a des Landeshochschulgesetzes in der Fassung vom 1. April 2014

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/7417

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung der §§ 2, 4 und 65 des Landeshochschulgesetzes in der Fassung vom 1. April 2014

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Gesetz zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in BW (Chancengleichheitsgesetz - ChancenG) und zur Änderung anderer Gesetze

Änderung von § 20 des Landeshochschulgesetzes in der Fassung vom 1. April 2014

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/7844

Rückabwicklung des UniversitätsmedizinGes, Neuabstimmung des Kräfteverhältnisses zwischen Universität, Klinikum und Land mit einem neuen Gesetz; Ankündigung des Verfahrens für ein neues LandeshochschulGes

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 283 287 288 310 311

Hochschulrechtsänderungsgesetz

s. *Hochschulrecht*

Hochschulreife*Möglichkeiten des Hochschulzugangs in BW*

Situation des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, insbes Umgang mit der veränderten Diversität an den Hochschulen, Studienvorbereitung für Nicht-Abiturienten; Umgang mit der Forderung der Bundesbildungsministerin zur Senkung der Eingangsbarrieren für das Studium von Nicht-Abiturienten

Antr

s. *Hochschulzulassung*

Drs 15/5224

Hochschulsebstverwaltung

s. *Akademische Selbstverwaltung*

Hochschulstatistik*Auslastung der Studienplätze im medizinischen Bereich*

Auslastung und Zahlen zu Studienplätzen medizinischer Studiengänge in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern; geplanter Studienplatzausbau sowie Angebot von Teilstudienplätzen im medizinischen Bereich; Bewertung des Mannheimer Reformierten Curriculums für Medizin und medizinische Berufe

Antr

s. *Medizinische Ausbildung*

Drs 15/3135

Internationalisierung der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen

Statistik zu ausländischen Studierenden in BW, insbes zu Herkunftsländern (aufgeschlüsselt nach Hochschularten), Studiengängen und Verbleib in der Region nach Studienende; Statistik zum Angebot englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Studiengänge; Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Finanzmittel zur Anwerbung von ausländischen Studierenden, insbes Angebot an Betreuungspersonal und Wohnheimplätzen sowie Schaffung einer Willkommenskultur; Strategien der Hochschulen, der Wirtschaft und des Landes zum Verbleib von qualifizierten ausländischen Absolventen in BW

Antr

s. *Ausländischer Student*

Drs 15/3416

Zusammensetzung der Studierenden an baden-württembergischen Musikhochschulen

Zusammensetzung und Verteilung ausländischer und deutscher Studienbewerber und Studenten an baden-württembergischen Musikhochschulen, insbes nach Herkunftsländern und einzelnen Hochschulen aufgeschlüsselte Bewerber- und Immatrikulationsstatistik; Zulassungsbedingungen zu den Hauptfachstudiengängen an Musikhochschulen, insbes Berücksichtigung bereits begonnener bzw abgeschlossener Musikstudien, Erreichung von Chancengleichheit für deutsche Studienbewerber mit Abitur durch Quotierung ausländischer Studenten bzw Nicht-Berücksichtigung musikalischer Vorbildung (Studium)

KlAnfr

s. *Musikhochschule*

Drs 15/3661

Hochschulvergabeordnung

s. *Hochschulzulassung*

Hochschulzugangsberechtigung

s. *Hochschulzulassung*

Hochschulzulassung

s.a. *Berufstätigenhochschulzugangsverordnung*

s.a. *Studienanfänger*

Hochschulzulassungsverfahren

Entwicklung der Zahl von Bewerbern und Studienplätzen an den einzelnen Hochschulen in den letzten und kommenden Jahren, Auswirkungen des Problems der Mehrfachbewerbungen, Umsetzungsstand des „Dialogorientierten Serviceverfahrens“, Bewertung der Bedeutung von Auswahltests, Verbesserung der Effizienz der Zulassung zum Wintersemester 2012/13

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 30.08.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/456 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 15.12.2011 Drs 15/1300 S. 17

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/694

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)

Abschaffung der Studiengebühren; Gesetz zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre; Gesetz über den Studienfonds; Änderung des LandeshochschulgebührenGes, LandeshochschulGes, AkademienGes, Hochschulzulassungsges, des Gesetzes zur Ausführung des Bundesausbildungsförderungsges, der Studiengebühren- und Hochschulvergabeordnung; Erweiterung des Wirkungsbereichs der Eignungsprüfungen an den Pädagogischen Hochschulen

GesEntw

s. *Studiengebühren*

Drs 15/902

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule, vom/zum Gymnasium, zur zweijährigen Berufsfachschule, zum Berufskolleg und auf das berufliche Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss

GrAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/1030

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Studienorientierungsverfahren für künftige Studierende in BW

Erkenntnisse und weitere Planungen zum verpflichtenden Studienorientierungsverfahren für zukünftige Studenten in BW, insbes Erfahrungen mit dem Online-Orientierungstest „was-studiere-ich.de“

Antr
s. *Studienfachwahl*
Drs 15/3067

Studienplatzklagen in BW

Bedingungen, Statistiken, Kosten und Verhinderungsmöglichkeiten von Studienplatzklagen in BW; weitere Klagemöglichkeiten an Hochschulen im Bereich des Hochschul- bzw Prüfungsrechts

Antr
s. *Studienplatz*
Drs 15/3068

Ärzteausbildung in BW

Änderungsbedarf in der Ärzteausbildung im Hinblick auf den Ärztemangel im ländlichen Raum, insbes Zahlen und Zulassungskriterien zum Medizinstudium sowie Bedeutung der Lehre und Praxis der allgemeinmedizinischen Ausbildung

Antr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 15/3108

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Jährliche Zusatzkosten und ihre Gegenfinanzierung; Anzahl der Stellenhebungen iRd Einführung einer zweigeteilten Laufbahn; künftige Verteilung der Stellen des Polizeivollzugsdienstes auf die verschiedenen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes; Zugang von Personen mit mittlerem Bildungsabschluss zum Polizeidienst; Anpassung der Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an der Hochschule für Polizei; Aufstiegschancen der Angehörigen des mittleren Dienstes; Wartezeiten für Angehörige des gehobenen Dienstes

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/3437

Zusammensetzung der Studierenden an baden-württembergischen Musikhochschulen

Zusammensetzung und Verteilung ausländischer und deutscher Studienbewerber und Studenten an baden-württembergischen Musikhochschulen, insbes nach Herkunftsländern und einzelnen Hochschulen aufgeschlüsselte Bewerber- und Immatriku-

lationsstatistik; Zulassungsbedingungen zu den Hauptfachstudiengängen an Musikhochschulen, insbes Berücksichtigung bereits begonnener bzw abgeschlossener Musikstudien, Erreichung von Chancengleichheit für deutsche Studienbewerber mit Abitur durch Quotierung ausländischer Studenten bzw Nicht-Berücksichtigung musikalischer Vorbildung (Studium)

KlAnfr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3661

Abiturnote versus Test für medizinische Studiengänge (TMS) an der Universität Heidelberg

Bewertung und Maßnahmen der LReg bezüglich der Auswahlverfahren der Hochschulen für die Studiengänge Humanmedizin und Zahnmedizin, insbes zur angeblichen Ungleichgewichtung zwischen Abiturnote und dem Test für medizinische Studiengänge (TMS) im Auswahlverfahren der Universität Heidelberg

Antr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 15/3945

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung der §§ 1, 2b, 4, 6, 9, 10 und 11 des Hochschulzulassungsgesetzes in der Fassung vom 10. Juli 2012; Änderung der §§ 1, 14 und 20 der Hochschulvergabeverordnung in der Fassung vom 3. Dezember 2012

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Möglichkeiten des Hochschulzugangs in BW

Situation des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, insbes Umgang mit der veränderten Diversität an den Hochschulen, Studienvorbereitung für Nicht-Abiturienten; Umgang mit der Forderung der Bundesbildungsministerin zur Senkung der Eingangsbarrieren für das Studium von Nicht-Abiturienten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 21.05.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5224
BeschlEmpf und Bericht WissA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 13-15
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Hausarztversorgung im ländlichen Raum

Finanzielle Förderung der Anwerbung von Allgemeinmedizinern für die ärztliche Versorgung auf dem Land; Einflussnahme über die Ausgestaltung der Zulassung zum Medizinstudium

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/5501

Zulassungsvoraussetzung für ein Masterstudium am Beispiel des Psychologischen Psychotherapeuten

Zulassungsvoraussetzungen für ein Masterstudium im Fach „Psychologischer Psychotherapeut“ in BW, insbes Zulassungspraxis des Landes Sachsen-Anhalt und die Konsequenzen für die Absolventen baden-württembergischer Universitäten, Bewertung der nicht-bundeseinheitlichen Auslegungs- und Zulassungspraxis; Zulassungspraxis einzelner Bundesländer bei Absolventen von Fachhochschulstudiengängen zu universitären Masterstudiengängen

KlAnfr Ulrich Müller CDU 25.07.2014 und Antw SM Drs 15/5554

Auswahlverfahren der Universität Heidelberg für das Studium der Humanmedizin

Anwendung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens; Gewichtung der Punkte im Abitur und im Test für medizinische Studiengänge (TMS); Rechtskonformität der Gewichtungformel; Bewertung der verschiedenen Auswahlverfahren für das Studium der Humanmedizin

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 26.09.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5782
 BeschlEmpf und Bericht WissA 22.01.2015 Drs 15/6639 S. 19 20
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz)

Änderung von § 5 des Hochschulzulassungsgesetzes in der Fassung vom 10. Juli 2012

GesEntw
 s. *Hochschulfinanzierung*
 Drs 15/6653

Zulassungsverfahren zum Medizinstudium

Geplante Änderungen beim Zulassungsverfahren zum Medizinstudium; Anpassung des Auswahlverfahrens und sonstige Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherstellung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung; Anstrengungen zur Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin an den Hochschulen in BW seit 2014

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 04.11.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7647
 BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 71-73
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung

Fortentwicklung des bisher geltenden Staatsvertrags, insbes Integration des Zentralen Vergabeverfahrens in das Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV), Anpassung der Aufgabenbeschreibung, Optimierung der Vergabeverfahren, Folgeanpassung an tatsächliche oder rechtliche Veränderungen, Kostenteilung für die Durchführung des Zentralen Vergabeverfahrens gemäß dem Königsteiner Schlüssel, Beitragslösung aller Hochschulen für die Kostenträgerschaft für das DoSV in den übrigen Studiengängen

Mittlg LReg 15.12.2015 Drs 15/7878 (32 S.)
 PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8707
 BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/7942
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Zunahme der Zahl von Hochschulzugangsberechtigten, insbes auch aus den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498 506-511

Hochschulzulassungsgesetz

s. *Hochschulzulassung*

Hochschulzulassungsverfahren

s. *Hochschulzulassung*

Hochspannungsleitung

Flugverkehrssicherheit in BW und geeignete technische Maßnahmen als Reaktion auf den Hubschrauberabsturz nahe Schwäbisch-Hall

Verlauf von Hochspannungsleitungen an und über Autobahnen in BW; Anzahl der Helikopter-Sichtflugstunden in BW; Überprüfung der Sichtflugvorschriften und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverkehrssicherheit; visuelle oder elektronische Warnsignalgeber an Hochspannungsleitungen an Autobahnen und Bahnstrecken

KlAnfr
 s. *Luftverkehrssicherheit*
 Drs 15/2887

Verschiedene Fragen zur möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöhe

Notwendigkeit und Planungsstand zu einer möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöhe

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 20.05.2014 und Antw UM
 Drs 15/5217

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöhe) im Energieleitungsbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöhe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 14.08.2014 und Antw UM
 Drs 15/5622

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultratnet im Raum Philippsburg

Antr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/6169

Fragen zur teilweisen Erdverkabelung bei Gleichstromleitungen in der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ-Technik) im Bereich der geplanten Stromtrasse Suedlink

Stand der Technik und Standards bei der Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen; Kostendifferenz zwischen der Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen und der Errichtung von Freileitungen; Ausführung bestimmter Streckenabschnitte der Stromtrasse SuedLink in Erdverkabelung; Art der vorgesehenen Erdverkabelungstechnik

KlAnfr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/6327

Gefährdet die Bayerische Staatsregierung die Stromversorgung in BW?

Sachstand zur Erschwerung des Netzausbaus durch geplante Regelungen der Bayerischen Staatsregierung im Landesentwicklungsprogramm, insbes Auswirkungen auf das Planungsverfahren für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung SuedLink, Gefährdung des geplanten Datums für die Inbetriebnahme von SuedLink im Jahr 2022, Folgen für die Stromversorgungssituation in BW; Gewährleistung der regionalen Versorgungssicherheit im Grenzgebiet zum Freistaat Bayern

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6753

Auswirkungen auf die Trassenführung aufgrund der Ergebnisse des letzten Koalitionsgipfels zur Energiepolitik

Sach- und Planungsstand zur Trassenführung der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung von Brunsbüttel nach Großgartach auf dem Territorium BW

MdlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/7139

Hochspannungsnetz

s. *Stromnetz*

Hochtechnologie

s. *Spitzentechnologie*

Hochwasser

s.a. *Stauanlage*
s.a. *Überschwemmungsgebiet*

Integriertes Rheinprogramm (IRP), Hochwasserschutz am Oberrhein

Darstellung des aktuellen Stands, des Nachholbedarfs und der Zeitperspektive für die vollständige Umsetzung des IRP; Höhe der eingesetzten Mittel seit 2005 und der für 2012 veranschlagten Mittel zur Dammsicherung und Erstellung der Rückhalteräume zwischen Iffezheim und Mannheim

Antr
s. *Rhein*
Drs 15/911

Aufwand und Personalbedarf für das Hochwasserschutz- und Poldermanagement sowie die Dammüberwachung entlang des Rheins

Darstellung des o.g. Aufwands, des Personal- und Finanzbedarfs für die Projekte iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. *Rhein*
Drs 15/969

Hochwasserschutz im Enzkreis und in Pforzheim

Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes am Enzufer in Mühlacker-Dürrmenz sowie im Mühlacker Flussvorland nahe der Hartplätze und des Freibads

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.03.2012 und
Antw UM Drs 15/1359

Hochwasserschutz in Mühlacker

Stand der Planungen und Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Enz in und um Mühlacker

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 05.03.2012 und Antw UM
Drs 15/1364

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 07.04.2010 zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Mittlg LReg
s. *Rhein*
Drs 15/2567

Kompensationsverordnung gemäß § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Inhalte einer Kompensationsverordnung gemäß § 15 BNatSchG auf Bundesebene und vergleichbare Regelungen der Bundesländer, insbes Erlass einer eigenen Kompensationsverordnung für BW; Anforderungen an den naturschutzrechtlichen Ausgleich bei der Ertüchtigung und Verstärkung von Dammbauwerken im Zuge der weiteren Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Antr
s. *Naturschutzrecht*
Drs 15/3157

Situation des Bibers in BW

Verbreitung des Bibers in BW; Umfang und Prävention der durch Biber verursachten Schäden, insbes im Hochwasserschutz und bei Personengefährdung; Organisation eines einheitlichen, landesweiten Bibermanagements; Berücksichtigung des Bibers im zu novellierenden Wassergesetz und in der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft

Antr
s. *Nagetier*
Drs 15/3387

Hochwasserschäden im Enzkreis und in Pforzheim

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3573

Hochwasserschäden im LKreis Freudenstadt

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3575

Hochwasserschäden in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten; Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union für den Hochwasserschutz

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3578

Hochwasserschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Umfang der Schäden, besonders betroffene Regionen; Vergleich der aktuellen Hochwassersituation mit Hochwasserereignissen der vergangenen Jahre; Hilfsangebote von Seiten des Landes für die geschädigten Landwirtschaftsbetriebe; Bedarf an zusätzlicher Unterstützung

Antr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3579

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und umgesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnahmen des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasserschutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms; Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentionsgebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwassermanagements während des diesjährigen Hochwassers; Hochwasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Landwirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der daraus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr SPD 19.06.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3651

Hochwasserschutz in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4229-4239

Hochwasserschutz an Elsenz und Schwarzbach

Vorgesehene und bereits verwirklichte Hochwasserschutzmaßnahmen, Kostenrahmen und Finanzierung; Anzahl abgelehnter Anträge; Fördermöglichkeiten für die Erneuerung vorhandener Schutzmaßnahmen und deren Anpassung an den Stand der Technik

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 20.06.2013 und Antw UM Drs 15/3657

Hochwasserschutz im LKreiss Esslingen

Durchgeführte, aktuelle und künftige Hochwasserschutzmaßnahmen von Bund und Land im LKreiss Esslingen (mit detaillierter Auflistung), insbes vorliegende und bewilligte Anträge der Kommunen und des LKreises sowie Zustand und Sanierungsplan für die Hochwasserdämme im LKreiss

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 24.06.2013 und Antw UM Drs 15/3672

Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren bei der Hochwasserbekämpfung

Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren bei der Hochwasserbekämpfung und Katastrophenschutz, insbes Einbindung in Organisationsstrukturen, rechtliche Rahmenbedingungen, zurückliegende länderübergreifende Einsatzbeteiligungen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3674

Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen

Behebung, Kosten und Prävention von Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen, insbes nach Schlagen der oberen Bresche am Leopoldskanal; Bekämpfung der eingewanderten Stechmückenarten wie der Asiatischen Tigermoskito und der Japanischen Buschmoskito

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3765

Situation des Hochwasserschutzes in BW

Situation, Planungen, umgesetzte Maßnahmen und Finanzierung des Hochwasserschutzes in BW, insbes umweltschutzbedingte Projektverzögerungen, Hinlänglichkeit ökologischer Schutzmaßnahmen, Unverzichtbarkeit des technischen Hochwasserschutzes, verpflichtende Beteiligung der Versicherungswirtschaft an Hochwasserschutzmaßnahmen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 10.07.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3767

Planungsstau beim Bau des Retentionsraums Bellenkopf/Rappenwört auflösen

Stand des Planungsverfahrens für den Hochwasserrückhalte- raum Bellenkopf/Rappenwört; Fortgang des Planfeststellungsverfahrens, Finanzierung und Baubeginn

KlAnfr Werner Raab CDU 22.07.2013 und Antw UM Drs 15/3852

Gefahren durch Photovoltaikanlagen bei Bränden und Hochwasser

Sachgemäße Installation und Überprüfung von auf privaten oder öffentlichen Gebäuden installierten Photovoltaikanlagen; Maßnahmen zur Verhinderung von durch Photovoltaikanlagen ausgehende Gefahren bei Bränden und Hochwasser

Antr
s. *Photovoltaik*
Drs 15/3959

Regierungsbefragung

Hilfen für Hochwassergeschädigte in BW

s. *Hochwasserschaden*
PIPr 15/80 S. 4834

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 18: Hochwasserschutz für das Strudelbachtal

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4323 (dazu Antr Dr. Markus Rösler GRÜNE)

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Mittlg LReg 19.05.2014 Drs 15/5216

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5439

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorndorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der

Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4804

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4877

Fischtreppen an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau

Bau und Planungen von Fischtreppen an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau, insbes Kosten und Nutzen, gleichzeitige Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr

s. *Fisch*

Drs 15/5085

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/5090

Hochwasserschutz im Enzkreis

Durchgeführte und geplante Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Enzkreis, insbes Bezuschussung eines Projekts der Gemeinde Illingen; Gründung eines überregionalen Hochwasserschutzzweckverbands

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.06.2014 und Antw UM Drs 15/5295

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Rems-Murr-Kreis von 2006 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr Gernot Gruber SPD 14.08.2014 und Antw UM Drs 15/5624

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein

Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRd Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KlAnfr

s. *Baum*

Drs 15/5685

Wasserentnahmeentgelt und Hochwasserschutz

Antr

s. *Wasserentnahmeentgelt*

Drs 15/5688

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis von 2004 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 24.09.2014 und Antw UM Drs 15/5765

Hochwasserschutz in BW und Fortschritte bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Art und Umfang der in den Jahren 2011 bis 2014 für den Hochwasserschutz aufgewendeten Mittel; Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms seit 2013; Volumen der bis zum Jahresende 2014 erreichten Retentionsgebiete; Beantragung von Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Kommunen; zukünftige Hochwasserschutzmaßnahmen und IRP-Projekte sowie die dafür veranschlagten Kosten; Einkalkulierung erhöhter Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes; Einrichtung neuer Personalstellen seit 2012

Antr SPD 27.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6189

Hochwasserschutz im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 12.12.2014 und Antw UM Drs 15/6261

Praktische Probleme des Hochwasserschutzes im Spannungsfeld mit Eigentumsrechten und kommunaler Planungshoheit nach der Novelle des Landeswassergesetzes

Sachstand zu praktischen Problemen der landesgesetzlichen Regelung zur Umsetzung der Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes für Überschwemmungsgebiete, insbes beim Verfahren zur Erstellung der Hochwassergefahrenkarten gemäß dem Landeswassergesetz, Ersetzung der bisherigen Regelung durch eine praxistauglichere

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 02.02.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6442

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.03.2015 Drs 15/6921 S. 45-48

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrichtlinie - Maßnahmen zum Erreichen eines guten Gewässerzustands in der EU und zur Verringerung der Hochwasserrisiken

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6706

Hochwasser im Bereich Bretten am 6. Juni 2015

Folgen des Unwetters mit Starkregen am 6. Juni 2015 für den Raum Bretten/Gondelsheim; Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Schadensbeseitigung; Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen zur Vermeidung von künftigen Überschwemmungen

KlAnfr Joachim Kößler CDU 10.06.2015 und Antw UM Drs 15/6974

Integriertes Rheinprogramm Abschnitt Breisach-Burkheim

Sachstand zum Umgang mit der Umweltverträglichkeitsstudie iRd Integrierten Rheinprogramms für den Abschnitt Breisach-Burkheim, insbes Präferenz der LReg für Einführung von ökologischen Flutungen gegenüber der „Ökologischen Schlutenlösung Plus“

KlAnfr
s. *Integriertes Rheinprogramm*
Drs 15/7579

*Regierungsbefragung**Hochwasserschutz*

PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8937-8942

Mittelaufstockung für den Hochwasserschutz, Verweisung auf den Nachholbedarf beim Integrierten Rheinprogramm

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 124 137 138 142

Verweisung auf die ausstehenden Maßnahmen und Mehrkosten beim Hochwasserschutz

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374

Mittelbereitstellung für den Hochwasserschutz

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1121

Mittelaufstockung für den Hochwasserschutz

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1338 1341 1345 1347

Mittelaufstockung für den Hochwasserschutz, Verweisung auf die ausstehenden Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1438 1442 1449

Hochwasserschaden*Hochwasserschäden im Enzkreis und in Pforzheim*

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.06.2013 und Antw IM Drs 15/3573

Hochwasserschäden im LKreiss Freudenstadt

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 05.06.2013 und Antw IM Drs 15/3575

Hochwasserschäden in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden;

Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten; Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union für den Hochwasserschutz

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.06.2013 und Antw IM Drs 15/3578

Hochwasserschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Umfang der Schäden, besonders betroffene Regionen; Vergleich der aktuellen Hochwassersituation mit Hochwasserereignissen der vergangenen Jahre; Hilfsangebote von Seiten des Landes für die geschädigten Landwirtschaftsbetriebe; Bedarf an zusätzlicher Unterstützung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 05.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3579
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 25
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Ausmaß und aktuelle Schäden durch Kälte, Nässe und Hochwasser in der Landwirtschaft und im Gartenbau in BW sowie mögliche Hilfen

Aufgetretene Witterungsschäden in Landwirtschaft und Gartenbau in BW sowie mögliche Landeshilfen für existenzgefährdete Betriebe

MdlAnfr
s. *Schaden*
Drs 15/3608

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und umgesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnahmen des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasserschutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms; Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentionsgebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwassermanagements während des diesjährigen Hochwassers; Hochwasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Landwirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der daraus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3651

Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen

Behebung, Kosten und Prävention von Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen, insbes nach Schlägen der oberen Bresche am Leopoldskanal; Bekämpfung der eingewanderten Stechmückenarten wie der Asiatischen Tigermoskito und der Japanischen Buschmoskito

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 10.07.2013 und Antw UM Drs 15/3765

Hilfssuchen von hochwassergeschädigten Kommunen im Enzkreis

Beantragung und Bewilligung von Hilfsgeldern des Landes für die Städte und Gemeinden im Enzkreis, insbes für die Gemeinde Ötisheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.07.2013 und Antw IM Drs 15/3779

Hochwasserschäden im südlichen LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Art und Gesamtkosten der Hochwasserschäden im südlichen LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden sowie vorgesehene Hilfsmaßnahmen und Konsequenzen für den Hochwasserschutz; Erfolgsbilanz der bisherigen Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr Tobias Wald CDU 18.07.2013 und Antw IM Drs 15/3835

*Regierungsbefragung**Hilfen für Hochwassergeschädigte in BW*

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4834-4837

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze

Beteiligung der Kommunen an den Belastungen des Hochwasser-Aufbauhilfefonds; Anpassung von Verteilungsschlüsseln und Bemessungsgrundlagen für Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich

GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 15/4353

Hochwasser im Bereich Bretten am 6. Juni 2015

Folgen des Unwetters mit Starkregen am 6. Juni 2015 für den Raum Bretten/Gondelsheim; Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Schadensbeseitigung; Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen zur Vermeidung von künftigen Überschwemmungen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6974

Maßnahmen der LReg zur Vermeidung weiterer Schäden durch den Biber

Sachstand zu durch Biber verursachten Hochwasserschäden und Maßnahmen der LReg zur Vermeidung weiterer Schäden

Antr
s. *Biber*
Drs 15/7088

Hochwasserschutz

s. *Hochwasser*

Hockenheim*Lärmsanierung an Schienenwegen in Hockenheim*

Lärmbelastung und Lärmsanierung entlang der Schienenwege der Deutschen Bahn AG im Raum Hockenheim, insbes zukünftig zu erwartende Lärmbelastung iRd Ausbaus der Rheintalstrecke, Berücksichtigung der Lärmaktionspläne bei Lärmsanierungsmaßnahmen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3181

Ausbau der Autobahn (A) 61 Landesgrenze Rheinland Pfalz (RP)/Baden-Württemberg (BW) - Autobahndreieck Hockenheim
Stand, Kosten und verkehrliche Notwendigkeit der Maßnahme zum Ausbau der A 61 Landesgrenze RP/BW - Autobahndreieck Hockenheim, insbes Begründung für die Streichung aus der

Maßnahmenliste des Landes für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5205

Unterrichtsversorgung am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim

Entwicklung der Zahl der Schüler, Klassen und Lehrerdeputate am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich sowie in den Fächern „Latein“, „Bildende Kunst“, „Informationstechnische Grundbildung (ITG)“ und „Naturwissenschaften“

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5206

Höchstleistungsrechner

s. *Computer*

Höfen an der Enz*S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal*

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. *Enztalbahn*
Drs 15/5111

Höherer Dienst

s.a. *Führungskraft*
s.a. *Ministerialdirektor*
s.a. *Regierungspräsident*

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr
s. *Gleichberechtigung*

Drs 15/957

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsidien

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1553

Hochbauverwaltung - Technisches Fachpersonal

Personalentwicklung in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung seit 2005, Zahl der Teilnehmer an den Staatsprüfungen für den gehobenen und höheren technischen Dienst und der jeweils übernommenen Absolventen, Aufstiegschancen iRd aktuellen Personalentwicklungskonzepts; Auflistung der seit 2005 vergebenen Dienstleistungen und deren Kosten für externe Beratung und Gutachten

Antr

s. *Bauverwaltung*

Drs 15/2403

Stellensituation an den allgemein bildenden Gymnasien und Beruflichen Schulen

Stellenentwicklung im höheren Dienst (Besoldung A 13 und A 14) in den letzten zehn Jahren; Verhältnis dieser Besoldungsgruppen in den Gymnasien im Vergleich zu den Berufsschulen; Forderungen nach einer Gleichbehandlung der Beruflichen Schulen bei der Stellenzuweisung und nach mehr Planungssicherheit für diese Schulgattung durch rechtzeitige Lehrereinstellung

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2722

Unbesetzte Stellen des höheren Dienstes des Landes bei den Landratsämtern

Umfang und Gründe der Nicht-Besetzung von Stellen des höheren Landesdienstes bei den Landratsämtern; erzielte Personalkosteneinsparungen; Konsequenzen für die Aufgabenerfüllung; Kommunalisierung des höheren Dienstes und der zugehörigen Aufgaben bei den Landratsämtern

KlAnfr

s. *Kreisverwaltung*

Drs 15/3501

Landesbeamte des höheren Diensts in Landratsämtern

Zahl der seit 2004 bei den Landratsämtern beschäftigten Landesbeamten des höheren Diensts; Zuordnung der Beamten zu den Ministerien

KlAnfr

s. *Kreisverwaltung*

Drs 15/3841

Situation der sogenannten „Erfüller“

Zahl der fachlich die Voraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst erfüllenden, dauerhaft als Angestellte tätigen Lehrkräfte; deren Entlohnung im Vergleich mit verbeamteten Lehrern; Gründe für die Nichtverbeamtung aus Altersgründen; Berücksichtigung außerhalb des öffentlichen Dienst gesammelter Berufserfahrung bei der Eingruppierung; Aufhebung der finanziellen Benachteiligung der „Erfüller“

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/5613

Ausbildungsstand und Personalsituation im höheren bautechnischen Dienst

Sachstand zur Personalsituation im höheren bautechnischen Dienst des Landes und der Kommunen, insbes Stellenangebot und Bewerberlage für den Referendardienst

Antr

s. *Bauverwaltung*

Drs 15/7159

Stellensituation im höheren Polizeivollzugsdienst

Sachstand zur Stellenbesetzung und Beförderungspraxis im höheren Polizeivollzugsdienst, insbes Bewerberzahlen, Studienplätze, Möglichkeit für Juristen für einen Direkteinstieg im höheren Polizeivollzugsdienst, Beförderungssituation für die nach A15 und A16 bewerteten Stellen

Antr

s. *Polizeibeamter*

Drs 15/7270

Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Sachstand zu Stellenneubesetzungen sowie Beförderungen ab Besoldungsgruppe A 15 in der Ministerial- und Landesverwaltung in tabellarischer Darstellung

Antr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/7946

Schaffung zusätzlicher Stellen im höheren Dienst im Zuge der Polizeireform, Verweisung auf die Reduzierung der Führungsstäbe mit der Reform

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1264 1265 1269 1270

Hölderlin, Friedrich*250. Geburtstag Friedrich Hölderlin*

Sachstand zu den Vorbereitungen des 250. Geburtstags von Friedrich Hölderlin, insbes Förderung der Feierlichkeiten, Neugestaltungen von literarischen Ausstellungen an Orten Friedrich Hölderlins, Kontakte der Kulturinstitute zu Frankreich aus Anlass des Jubiläums

Antr

s. *Autor*

Drs 15/7204

Höllentalbahn*Fahrplan Höllentalbahn 2012/2013*

Fahrplanänderungen auf der Höllentalbahn zwischen Freiburg und Donaueschingen, insbes Umstände und Bedeutung der Streichung der Zughalte in Unadingen und Bachheim am Wochenende und an Feiertagen sowie weitere Planungen für diese Stationen

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 18.01.2013 und Antw MVI

Drs 15/2890

Schienepersonennahverkehr - Umsetzung des Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts

Angebot und Ausschreibung des Schienepersonennahverkehrs (SPNV) iRd Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts, insbes Zeitplan,

erwartete Kostensteigerungen, Fahrplan- und Linienkonzept, Einsatz von Wagen- und Fahrzeugmaterial, jährlich gefahrene Fahrzeugkilometer und durchschnittlicher Kilometerpreis; Stand der Ausschreibungen für die Elektrifizierung der Höllentalbahn; Überprüfung der verbesserten Takte auf der Rheintalbahn; Verhandlungsstand zum Erwerb der Nebenstrecken

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3518

Ausschreibung Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)
Mehrkosten und Auswirkungen auf den Wettbewerb durch die verspätete Ausschreibung der Nahverkehrsleistungen für die Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4503

Hörakustiker

s. *Hörgeräteakustiker*

Hörbehinderter

s.a. *Gehörloser*

Hörgeschädigte und Gebärdensprachdolmetscher

Situation gehörloser und hörgeschädigter Menschen in BW, insbes Umsetzung des Anspruchs auf Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher

KlAnfr Dr. Dietrich Birk CDU 30.09.2013 und Antw SM
Drs 15/4103

Notfallbereitschaft von Gehörlosen-Dolmetschern

Situation der Gehörlosen in BW im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anzahl, Ausbildung und Einsatz von Gebärdensprach-Dolmetschern

KlAnfr
s. *Gehörloser*
Drs 15/4396

Barrierefreie Notrufe in BW

Einrichtung eines flächendeckenden Notrufsystems für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung

KlAnfr
s. *Notruf*
Drs 15/5995

Umsetzung des universellen Neugeborenen-Hörscreenings (UNHS) in BW

Sachstand zur Umsetzung des universellen Neugeborenen-Hörscreenings zur Früherkennung und rechtzeitigen Behandlung von angeborenen Hörstörungen, insbes Planung und Kostenaufwand zur Einrichtung einer UNHS-Trackingzentrale zur Nachverfolgung der Kontrolluntersuchungen

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/6983

Hörbehinderung

s. *Hörbehinderter*

Hörgerät

s.a. *Hörgeräteakustiker*

Verkürzter Versorgungsweg im Bereich der Hörgeräteakustiker

Gefahr einer existenziellen Bedrohung der Hörgeräteakustiker durch den von einigen Krankenkassen eingeführten „verkürzten Versorgungsweg“; Wettbewerbssituation unter den Hörgeräteakustikern; Anstieg der Eigenbeteiligung der Versicherten seit der Festsetzung der neuen Festbeträge für Hörhilfen

KlAnfr
s. *Hörgeräteakustiker*
Drs 15/5601

Hörgeräteakustiker

s.a. *Hörgerät*

Verkürzter Versorgungsweg im Bereich der Hörgeräteakustiker

Gefahr einer existenziellen Bedrohung der Hörgeräteakustiker durch den von einigen Krankenkassen eingeführten „verkürzten Versorgungsweg“; Wettbewerbssituation unter den Hörgeräteakustikern; Anstieg der Eigenbeteiligung der Versicherten seit der Festsetzung der neuen Festbeträge für Hörhilfen

KlAnfr Stefan Teufel CDU 06.08.2014 und Antw SM Drs
15/5601

Hörgeschädigter

s. *Hörbehinderter*

Hörlebach, Ortsteil

s. *Wolpertshausen*

Hörschädigung

s. *Hörbehinderter*

Hofelich, Peter MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8707

HoFV-Begleitgesetz

s. *Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz*

Hoheitszeichen

s. *Staatsymbol*

Hohenlohebahn

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2273

Vergabeverfahren Netz 11 - Hohenlohe-Franken

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 11 (Hohenlohe-Franken); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4319

Hohenlohekreis

s.a. *Hohenlohebahn*

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/257

Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum

Ursachen und Konsequenzen der o.g. Problematik, Ausmaß im Wahlkreis Hohenlohe, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr
s. *Gebäude*
Drs 15/1172

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrtzeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1173

Straßen im Hohenlohekreis

Zustand der Landesstraßen im Hohenlohekreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau und Sanierungsmaßnahmen seit 2006; geplante Maßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2012 und 2013; Darstellung der besonders vordringlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1174

Polizeireform: Auswirkungen auf den Wahlkreis Hohenlohe

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen

Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1419

Breitbandversorgung im LKreis Hohenlohe

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1494

Hospizarbeit in BW

Umfang und Auslastung der ambulanten und stationären Angebote in Hospizeinrichtungen in BW, Standorte und Träger von Einrichtungen im Hohenlohekreis, Höhe der Förderung und durchschnittlichen Verweildauer, Zahl der ehrenamtlich Tätigen, Einschätzung der Versorgungssituation im Vergleich zu anderen BLändern

KlAnfr
s. *Sterbebegleitung*
Drs 15/1534

Lehrerversorgung an den Schulen des Hohenlohekreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2076

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sicherung der Unterrichtsversorgung an den o.g. Schulen; Steigerung der Attraktivität der beruflichen Schulen im ländlichen Raum für die Lehrer und Referendare

MdlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2089

Breitbandversorgung in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Versorgungsstand und aktuelle Übertragungsraten in den einzelnen Städten und Gemeinden; Förderung des weiteren Ausbaus der Breitbandversorgung; Einsatz von Glasfasertechnik; Breitbandversorgung als Standortfaktor für Unternehmen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2677

Vereine und Ganztagschulen

Auswirkungen des Ganztagschulenausbaus auf die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen und das Vereinsleben, insbes im ländlichen Raum und für den LKreis Hohenlohe

KlAnfr
s. *Verein*
Drs 15/2866

Integrationsmaßnahmen im Hohenlohekreis

Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund im Hohenlohekreis; Projekte und finanzielle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten durch das Land, u.a. Initiativen zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen; neu initiierte Integrationsmaßnahmen des Integrationsministeriums

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2965

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Hohenlohekreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2966

Schulentwicklung im Hohenlohekreis

Bewertung und Statistiken zur Schullandschaft im Hohenlohekreis, insbes nach Schularten aufgeschlüsselte Zahlen zu Schulstandorten, Schülerzahlen und Schulempfehlungen

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/2970

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreisel in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definition der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/3042

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßenspernungen; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Hochwasserschäden in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms

Wasserwirtschaft und Altlasten; Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union für den Hochwasserschutz

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3578

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Auswirkung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe der für die o.g. LKreise und deren Kommunen entstehenden Mehrkosten; Auskunft über die zu erwartenden zusätzlichen Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4439

Unterrichtsversorgung und Stundenausfall an den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

Statistik nach Schultypen zu Unterrichtsausfall in den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Maßnahmen der LReg zur Vermeidung künftiger Unterrichtsausfälle

MdlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/4426

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Hohenlohe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Hohenlohe

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4882

Wohnungseinbrüche in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote; Entwicklung der Einbruchszahlen und Aufklärungsquoten in den oben genannten LKreisen; Einfluss des Neuzuschnitts der Polizeireviere infolge der Polizeireform auf die Aufklärungsquote; Unterschiede in der Häufung der Wohnungseinbrüche in städtischen und ländlichen Regionen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5037

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Entwicklung der Vertretungsreserve

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5780

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/6420

Bestand und Zukunftskonzept von landeseigenen Immobilien in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sachstand zur Sanierung und Nutzung landeseigener Immobilien in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber-Kreis, insbes Verwendung zur Unterbringung von Flüchtlingen

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7312

Mittel des Landes für Erhalt, Sanierung und Ausbau von Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis in den Jahren 2005 bis 2015

Sachstand zur Bereitstellung von Landesmitteln für den Bau von Landes- und Kreisstraßen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber im Zeitraum von 2005 bis 2015; Bewertung der Kriterien für die Berechnung und Priorisierung der förderfähigen Straßenbaumaßnahmen für die ländlichen Räume gegenüber der Gesamtförderung des Verkehrs in Ballungsgebieten

MdlAnfr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/7860

Hohenstein (Reutlingen)*Albgynasium*

Aufbauplanung des Albgymnasiums in Hohenstein, insbes Bewertung des Schulkonzepts und Unterstützung der Finanzierung

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4506

Holz*s.a. Holzwirtschaft**Mehr Bannwälder - weniger Einnahmen*

Auswirkungen der vorgesehenen Ausweitung der Bannwälder und damit verbundenen Einschränkung der Holznutzung und Einnahmeverluste im Landeshaushalt; Bezifferung der zusätzlichen Aufwendungen für den Umbau der Waldnutzung durch die geplante FSC-Zertifizierung

Antr
s. *Wald*
Drs 15/46

FSC-Zertifizierung von ForstBW umsetzen

Erstellung eines Vermarktungskonzepts und Werbung für das o.g. Qualitätssiegel bei Waldbesitzern und Unternehmen, Entwicklung eines Informations- und Schulungskonzepts, Beratung der Kommunen und LKreise, Kalkulation der Anpassungskosten unter Berücksichtigung der Baumartenwahl, von Biotop- und Totholz, Einsatz von Bioziden und Ausweisung von Bannwäldern

Antr GRÜNE 21.09.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/530
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1001 1024 1025
BeschlEmpf und Bericht LandWA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 38 39
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
Mittlg LReg 06.12.2012 Drs 15/2732

Verwendung von Holz bei Industrie- und Gewerbebauten

Entwicklung des o.g. Anteils in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern, der Schweiz und Österreich; Frage nach Fördermöglichkeiten ggf. über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 26.09.2011 und Antw MLR Drs 15/596

Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix

Entwicklung der verfügbaren Mengen und des Einsatzes von Energieholz seit 2000 und bis 2020 zur Erreichung der Klimaschutzziele, Anteil bei öffentlichen und privaten Gebäuden im Vergleich zu Öl- und Gasheizungen, Steigerung des Anteils bei den eigenen Liegenschaften; Weiterentwicklung der Programme zur Förderung des Einsatzes von Biomasse im Wärmemarkt; Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr FDP/DVP 22.12.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/1081

Holz aus BW

Bewertung und Förderung von Holz als Baustoff beim Hausbau in BW; Daten zur Herkunft und Verwendung von Holz im Hausbau; Einführung eines Gütesiegels „Holz aus BW“

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 20.12.2012 und Stellung-

nahme MLR Drs 15/2834
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.02.2013 Drs 15/3398
S. 88 89
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Nationalpark - Auswirkungen auf die Sägeindustrie

Bedeutung der Holzverarbeitenden Industrie im Nordschwarzwald, Entwicklung der Holzindustrie im Land; Nachfrage nach bestimmten Holzarten; prozentualer Anteil bestimmter Holzarten an der Gesamtmenge des verarbeiteten Holzes; Herkunft des Holzes und Märkte der Holzverarbeitenden Betriebe im Nordschwarzwald; mittel- und langfristige Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf die Sägeindustrie; Maßnahmen zur Förderung von Sägewerken

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/2926

Offene Fragen zur Versorgung der Holzkunden und dem Tausch von Waldflächen bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Umsetzung der Zusage der LReg über Sicherstellung der Holzversorgung für bisherige Holzkunden sowie des Tauschs von Waldflächen im Zuge der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/3529

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägebetriebe; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebsergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3878

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KIAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/3979

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP) nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs-

und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 24.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4077
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.02.2014 Drs 15/5052
S. 49 50
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Energieholznutzung und Klimaschutzziele

Menge und Herkunft des in BW für Energiezwecke genutzten Holzes; Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung des Landesforsts auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten für bestehende Holzheizwerke, Holzheizkraftwerke sowie Scheitholznutzer und Selbstwerber; FSC-Zertifizierung und Erreichung der im Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Klimaschutzziele; Einsatz für die Energieholznutzung bei einer Revision der FSC-Richtlinien; Kompensation wegfallender Mengen an Hackholz; Nutzung des Restholzes zur Verbesserung der Bodenstruktur

Antr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE 15.11.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4310
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.02.2014 Drs 15/5052
S. 50-52
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Zertifizierungsrichtlinien der Forest Stewardship Council (FSC) in BW

Umfang des aus dem Forst (Staats-, Kommunal- und Privatwald) stammenden Energieholzes; Umfang des Energieholzeinsatzes in BW, aufgeschlüsselt nach Forst, Landschaftspflege, kommunalen Reststoffen, Industrierestholz und Altholz; Verhältnis von Scheitholz zu Hackholz; Auswirkungen der Einführung der FSC-Zertifizierung auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten sowie den Fortbestand der Holzheizwerke und Holzheizkraftwerke; Folgen der Einschränkung der Energieholznutzung im Landesforst für den Klimaschutz; Mitwirkung bei der Revision der Zertifizierungsrichtlinien; Kompensation der wegfallenden Hackholzmenge

KIAnfr Paul Nemeth CDU 18.12.2013 und Antw MLR Drs 15/4524

Förderung der regionalen Wertschöpfung in der Holzketten in BW

Unterstützung vorhandener Ansätze zur besseren Vermarktung von Holz aus BW, insbes Einführung des Zertifizierungssystems „Holz von Hier“ zur Verbesserung der regionalen Wertschöpfung bei der Holzverwendung in BW

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/6214

Fehlende Holz mengen im Nordschwarzwald

Sachstand zu Beeinträchtigungen der regionalen Holzwirtschaft aufgrund der Ausweisung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes Ausgleich fehlender Holz mengen durch den Landesbetrieb ForstBW, Mengenrückgang bei den Sägewerken, Verunsicherung über bisher nicht erfolgte Ausweisung der Kernzone des Nationalparks, Lieferung der kalkulierten Fichtenholzmengen, Umgang mit dem geschnittenen Fichtenholz

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 27.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6402
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.06.2015 Drs 15/7352
S. 72
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

*Regierungsbefragung**Holzvermarktung*

PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7182-7185

Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung

Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC- und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 25.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6669

BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 31

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr

s. *Feuerungsanlage*

Drs 15/7909

Umfang des Verzichts auf den Rohstoff Holz im Falle der Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald, Betrachtung von Biototholz als Lebensraum für Pilz- und Insektenarten

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 560-563 566-568

Forcierung der Holzvergasung zur Energieerzeugung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1340

Holzgerlingen*Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen*

Verkehrsbelastung, Stauzeiten, Lärm- und Feinstaubbelastung der Anwohner im o.g. Bereich; Höhe des jährlichen volkswirtschaftlichen Schadens; Stand der Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau, angemeldete Priorisierung beim Bund; Maßnahmen zur Ermöglichung eines schnellen Ausbaus, ggfls Bereitstellung finanzieller Mittel

KlAnfr

s. *Bundesstraße 464*

Drs 15/1436

Ausbau der Bundesstraße (B) 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen und Zuschuss nach dem Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Planungs- und Genehmigungsstand zum Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen; Verkehrs-, Lärm-, Feinstaubbelastung und volkswirtschaftlicher Schaden durch das hohe Verkehrsaufkommen; finanzielle Auswirkungen und Härtefallregelung für die Gemeinde Holzgerlingen durch Kürzung der Zuschüsse iRd LGVFG

KlAnfr

s. *Bundesstraße 464*

Drs 15/4873

Holzprodukt*Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung*

Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC- und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr

s. *Holz*

Drs 15/6669

Holzwirtschaft*s.a. Forstwirtschaft**s.a. Papierindustrie**Mehr Bannwälder - weniger Einnahmen*

Auswirkungen der vorgesehenen Ausweitung der Bannwälder und damit verbundenen Einschränkung der Holznutzung und Einnahmeverluste im Landeshaushalt; Bezifferung der zusätzlichen Aufwendungen für den Umbau der Waldnutzung durch die geplante FSC-Zertifizierung

Antr

s. *Wald*

Drs 15/46

Nationalpark Nordschwarzwald

Risiken und Chancen eines Nationalparks, insbes im Vergleich zu anderen Großschutzgebieten; Auswirkungen auf Forst- und Holzwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft; zu erwartende Investitionskosten für Personal, Gebäude und Informationsinfrastruktur; Förderung des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord; Aufforderung, die betroffenen Kommunen, Kreise, Verbände und die Landtagsfraktionen an der Diskussion zu beteiligen; Gutachten über die Gefahr, dass sich in angrenzenden Privat- und Kommunalwäldern Borkenkäfer ausbreiten

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/658

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur

Personalausstattung der anderen Nationalparke in Deutschland und Regelungen zum Betretungsrecht der Kernzonen; touristische Entwicklung der Nationalparkgemeinden am Nationalpark Bayerischer Wald; Ermöglichung von Wanderwegen, Wildnispfaden und Langlaufloipen auch in den Kernzonen? Regelung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparken; Umfang des Holzeinschlags in den Höhenlagen des Nordschwarzwalds und in Wald-FFH-Gebieten in BW; jährliche Besucherzahlen der Wildnispfade im Nordschwarzwald

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/904

Erläuterung und Abgrenzung von Begrifflichkeiten bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark

Gegenüberstellung der Schutzkategorien FFH-Gebiet, Biosphärengebiet, Naturpark und Nationalpark nach ihren rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, nach ihren Auswirkungen auf die regionale (Holz-)Wirtschaft und den Tourismus; Darlegung der mit der Einrichtung der vier Gebiete verfolgten Ziele; Information und Einbeziehung der Bürger zur möglichen Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2235

Klimaschutzgesetz und Nationalpark Nordschwarzwald

Ziele und Auswirkungen des zu erwartenden Klimaschutzgesetzes; Frage nach den Gründen für die Nichteinbeziehung eines eigenen Industrieerbeitskreises bei den regionalen Arbeitskreisen betreffend den Nationalpark Nordschwarzwald sowie weiterer Beteiligter des Clusters Forst und Holz wie z.B. die Papierindustrie

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2290

Holz aus BW

Bewertung und Förderung von Holz als Baustoff beim Hausbau in BW; Daten zur Herkunft und Verwendung von Holz im Hausbau; Einführung eines Gütesiegels „Holz aus BW“

Antr
s. *Holz*
Drs 15/2834

Nationalpark - Auswirkungen auf die Sägeindustrie

Bedeutung der holzverarbeitenden Industrie im Nordschwarzwald, Entwicklung der Holzindustrie im Land; Nachfrage nach bestimmten Holzarten; prozentualer Anteil bestimmter Holzarten an der Gesamtmenge des verarbeiteten Holzes; Herkunft des Holzes und Märkte der holzverarbeitenden Betriebe im Nordschwarzwald; mittel- und langfristige Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf die Sägeindustrie; Maßnahmen zur Förderung von Sägewerken

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 24.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2926

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0

Planungen und Kosten zur Einrichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes vorliegendes Personalkonzept, erforderliche Waldumbaumaßnahmen und Finanzmittel zur sofortigen Umgestaltung der Entwicklungszonen, Ausgestaltung der Politik des „Gehörtwerdens“ und Einfluss der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, Kompensation der zugesicherten Holzmengen für die Holzindustrie, mittel- bzw langfristiges Konzept zur Sicherung der Nadelholzversorgung, zusätzliche Waldflächen-Stilllegungen

Antr
s. *Nationalpark*

Drs 15/3460

Offene Fragen zur Versorgung der Holzkunden und dem Tausch von Waldflächen bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Umsetzung der Zusage der LReg über Sicherstellung der Holzversorgung für bisherige Holzkunden sowie des Tauschs von Waldflächen im Zuge der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 22.05.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3529

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägebetriebe; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebsergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3878

Versicherungsschutz für Sägewerke in BW

Wirtschaftliche Situation der Sägewerkindustrie in BW, insbes Entwicklung von Prämiensätzen sowie Auflagen bzw Ablehnung der Gewährung von Versicherungsschutz und wirtschaftliche Folgen

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 23.09.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4074
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 30
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Eschensterben in Deutschland und BW

Umfang und Ursachen des Eschensterbens in Deutschland und BW sowie betroffene Regionen; Folgen für die Forst- und Holzwirtschaft; Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Baumerkrankung

Antr
s. *Baum*
Drs 15/5503

Auswirkungen der zweiten Grenzwert-Stufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche

Sachstand zur Sanierungspflicht von Einzelraumfeuerungsanlagen; Auswirkungen der zum 1. Januar 2015 in Kraft tretenden zweiten Grenzwert- und Nachweispflichtstufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 15/6212

Förderung der regionalen Wertschöpfung in der Holzketten in BW
Unterstützung vorhandener Ansätze zur besseren Vermarktung von Holz aus BW, insbes Einführung des Zertifizierungssystems „Holz von Hier“ zur Verbesserung der regionalen Wertschöpfung bei der Holzverwendung in BW

Antr Paul Locherer u.a. CDU 04.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6214
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 53
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Fehlende Holz mengen im Nordschwarzwald

Sachstand zu Beeinträchtigungen der regionalen Holzwirtschaft aufgrund der Ausweisung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes Ausgleich fehlender Holz mengen durch den Landesbetrieb ForstBW, Mengenrückgang bei den Sägewerken, Versorgungsunsicherheit über bisher nicht erfolgte Ausweisung der Kernzone des Nationalparks, Lieferung der kalkulierten Fichtenholzmenge, Umgang mit dem geschnittenen Fichtenholz

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6402

Regierungsbefragung Holzvermarktung

s. *Holz*
PIPr 15/119 S. 7182

Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung

Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC- und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6669

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/7625

Auswirkungen eines Nationalparks Nordschwarzwald auf die Forst- und Holzwirtschaft

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 560 561 564 566-568

Auswirkungen eines Nationalparks Nordschwarzwald auf die Forst- und Holzwirtschaft

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1598 1599

Homepage

s. *Website*

Homosexualität

s.a. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*

Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/3480

Beflaggung auf dem Neuen Schloss und Neutralitätspflicht des Staates

Rechtslage und der Geltungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums BW zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 23. August 2011, insbes Beantragung und Anordnung der Beflaggung auf dem Neuen Schloss mit der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day, Praxis der Hissung inoffizieller Flaggen an Regierungsdienstsitzen in Deutschland und Europa; Möglichkeit der ereignisbezogenen Beflaggung durch Kirchen, Parteien und den Bund der Vertriebenen

Antr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3898

Verankerung des Themas Homosexualität im Bildungsplan

Aufnahme des Themas Homosexualität im Bildungsplan, insbes einbezogene Schularten und Klassenstufen, geplante Unterrichtsinhalte und -methoden sowie Verankerung in der Lehrerbildung; Einbeziehung und Einflussnahme von Interessenverbänden

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 30.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4095
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 24.09.2014 Drs 15/6338 S. 71-79
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015

Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichge-

schlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/4631

Verwendung des großen Landeswappens

Anzeige „Wir kennen alles. Außer Homophobie“ der GEW und der Organisation Campact in Anlehnung an die Werbekampagne des Landes „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“; Nutzung des großen Landeswappens in der Zeitungsanzeige; Abänderung des Wappens; Genehmigung der Wappennutzung beim Innenministerium; Bewertung des Inhalts der Kampagne; Kenntnis von der Kampagne und deren Unterstützung

Antr
s. *Staatssymbol*
Drs 15/4688

Entschließung zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer

Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer, insbes Entschuldigung des Landtags für die Anwendung von § 175 Strafgesetzbuch (StGB) sowie der Beeinträchtigung von Menschenwürde und Lebensqualität, Unterstützung von Initiativen zur historischen Aufarbeitung der Strafverfolgung und des späteren Umgangs mit den Opfern

Antr GRÜNE, SPD und FDP/DVP 11.07.2014 Drs 15/5475
ÄAntr CDU 14.10.2014 Drs 15/5874
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6530-6535

Vorfälle bei der „Demo für alle“ am 11. Oktober 2015 in Stuttgart

Verhinderung einer Nutzung des Opernhauses als Kulisse für die Teilnehmer der „Demo für alle“; Nutzung der Terrasse des Opernhauses für politische Meinungsbekundung; Entrollen eines Transparents in Regenbogenfarben mit der Aufschrift „Vielfalt“ durch Gegendemonstranten an der Fassade des Opernhauses; Anzahl der während der Demonstration festgenommenen und verletzten Personen; Höhe der Sachschäden; Kosten des Polizeieinsatzes sowie des Einsatzes von Hilfs- und Rettungsdiensten

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/7603

Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren, Übertragung der Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 728-732

Verurteilung der Anschläge von Rechtsextremisten auf Homosexuelle

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 842-848

Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Paaren, Übertragung der Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 924-927

Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2303-2307

Homosexueller

s. *Homosexualität*

Honig

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Eintritt in das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen; Festlegung von Mindestabständen von Schlägen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu Bienenständen und Schutzgebieten; Verkauf von Honig mit gentechnisch veränderten Pollen nur mit einer Zulassung; Hervorhebung der Gentechnikfreiheit iRD
Tourismuswerbung

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Bienenhaltung in BW

Entwicklung der Imkerei seit 2003; Jahresproduktion an Honig in BW; Unterstützung der Erzeugung und Vermarktung von Honig; Förderung der Aus- und Weiterbildung von Imkern sowie der Zucht und Haltung von Bienenvölkern; Nahrungsangebot der Bienen; Befall der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe, Maßnahmen zur Varroosebekämpfung

Antr
s. *Imkerei*
Drs 15/3277

Imkerei stärken, Bienen schützen

Sachstand zur Entwicklung von Imkereien und Honigbienenvölkern in BW, insbes Anzahl der konventionellen und der Bio-Imkereien, Nahrungsangebot für Bienen, Vermarktungsförderung für heimischen Honig, Einsatz von Pestiziden mit bienengefährlichen Wirkstoffen und deren Auswirkung auf die Bienenvölker

Antr
s. *Biene*
Drs 15/7093

Honorar

s.a. *Arzthonorar*
s.a. *Vergütung*

Honoraranpassung bei Apotheken

Haltung der LReg zu den geforderten Honoraranpassungen; Situation der Versorgung mit Apotheken speziell im ländlichen Raum; Veränderungen im Apothekenbestand seit 2007; Ursachen für einen evtl Rückgang, insbes für Schließungen von Apotheken im ländlichen Raum; Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung

Antr
s. *Apotheke*
Drs 15/2312

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) auf dem europarechtlichen Prüfstand - EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Sachstand zur Bedeutung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, insbes Auswirkungen auf Bauqualität und -sicherheit sowie Planungs- und Kostentransparenz, Bewertung und Erfolgsaussichten der Prüfung einer Vertragsverletzung durch die EU-Kommission

Antr

s. Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
Drs 15/7082

Honorarordnung für Architekten und Ingenieure

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) auf dem europarechtlichen Prüfstand - EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Sachstand zur Bedeutung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, insbes Auswirkungen auf Bauqualität und -sicherheit sowie Planungs- und Kostentransparenz, Bewertung und Erfolgsaussichten der Prüfung einer Vertragsverletzung durch die EU-Kommission

Antr Niko Reith u.a. FDP/DVP 30.06.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7082

BeschlEmpf und Bericht EuA 15.10.2015 Drs 15/7755 S. 44
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Hooligan

s.a. Fußball

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Auflistung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitsgipfel

Antr

s. Gewaltprävention

Drs 15/1856

Gewalt in Fußballstadien

Ausweitung der Fanprojekte auf die Vereine der ersten bis dritten Fußballligen u.a. Möglichkeiten der Gewaltprävention von der ersten bis zur fünften Liga

MdlAnfr

s. Gewaltprävention

Drs 15/1953

Fanprojekte in BW - frühzeitige Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

Auflistung o.g. Projekte sportnaher Jugend- und Sozialarbeit, deren Ausgestaltung, Förderung und Erfolg; Frage nach weiteren gestellten Anträgen und deren Bescheidung sowie nach einem regelmäßigen Austausch zwischen Ministerien, Vertretern der Projekte und Vereine; Fortschreibung der etatisierten Haushaltsansätze; Ausblick auf künftige Herausforderungen mit Blick auf das zunehmende Gewaltpotenzial innerhalb und außerhalb der Stadien

Antr

s. Gewaltprävention

Drs 15/1997

Gewalt im Rahmen von Spielen der Fußball-Bundesligen in BW

Anzahl der Polizeieinsätze im Rahmen von Bundesliga-Spielen seit dem 7. August 2009, aufgeschlüsselt nach Vereinen, Einsatzkräften und Einsatzstunden; Gesamtkosten der Polizeieinsätze; Entscheidungskriterien für Umfang und Ausführung von Polizeieinsätzen; Maßnahmen der Vereine und Fanggruppierungen bei Spielen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial; in der Zentralen Informationsstelle Sporeinsätze (ZIS) unter der Datei „Gewalttäter Sport“ gespeicherte Personen, darunter Personen mit

rechtsextremen Hintergrund; durch Fangewalt verletzte unbeteiligte Dritte; Präventionsmaßnahmen

KIAnfr Alexander Salomon GRÜNE 08.11.2012 und Antw IM Drs 15/2642 (12 S.)

Gewaltprävention und Wirksamkeit der Fanprojekte

Bestand und Bedarf an Fanprojekten in BW; Aufgabenfelder; präventive Wirkung von Fanprojekten; Arbeit des Fanprojekts in Mannheim/Ludwigshafen; Förderung von Fanprojekten durch das Land; bisherige Erfahrungen mit dem Sicherheitskonzept der Deutschen Fußball Liga (DFL); Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kommunen, Fanprojekten und Polizei; Strafverfolgung der Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels Offenbacher Kickers und SV Waldhof Mannheim am 25. August 2013; Gewaltprävention im Amateurbereich

Antr

s. Gewaltprävention

Drs 15/3990

Hooliganismus - gewaltbereite Gruppen in Pforzheim und BW

Anzahl der Hooligans in BW und insbes im Raum Pforzheim; Erkenntnisstand zur Gruppe „Berserker Pforzheim“; Einschränkung der Tätigkeit solcher Gruppen mit juristischen Mitteln; Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen

KIAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 31.10.2014 und Antw IM Drs 15/5997

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen in der Metropolregion Rhein-Neckar

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen in der Metropolregion Rhein-Neckar, insbes begangene Straftaten, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Aktivität der rechten Musikszene; Prävention und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Antr

s. Rechtsextremistische Organisation

Drs 15/6523

Extremistische Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer und islamistischer Gruppierungen und Organisationen im Rems-Murr-Kreis, insbes aktive Personen und Kontakte in andere Bundesländer, begangene Straftaten, Aktivität der rechten Musikszene, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Präventionsmaßnahmen

Antr

s. Rechtsextremistische Organisation

Drs 15/7039

Verurteilung der jüngsten Ausschreitungen von gewaltbereiten Fußballfans, Plädoyer für eine bessere Unterstützung der Fanprojekte, Forderung schärferer Zugangskontrollen und Trennung der einzelnen Fanggruppierungen in den Stadien

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2053-2062

Hopfen

500 Jahre deutsches Reinheitsgebot - Bier und Brauereiwirtschaft in BW

Entwicklung der Braustätten im Land, Zahl der Beschäftigten; Bierproduktion im Jahr 2015, Bierkonsum in den vergangenen fünf Jahren; Anteil baden-württembergischen Biers am Gesamtabsatz; Bedeutung und Zukunftsaussichten des Reinheitsgebots; Hopfenanbau in BW; Einfluss ausländischer und neuar-

tiger Biere; Marktanteil alkoholfreier, alkoholreduzierter und mit Limonaden versetzter Biere; Förderung der Vermarktung von Bier durch das Land

Antr
s. *Bier*
Drs 15/7929

Auswirkungen des Umbruchverbots für Dauergrünland für den heimischen Hopfenanbau

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 881

Hopmeier, Fritz Dr. CDU

Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Landtagspräsidenten Dr. Fritz Hopmeier

PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5263

Horb am Neckar

Hochbrücke Horb am Neckar

Bewertung des o.g. Projekts und weiterer Maßnahmen zur Entlastung der Horber Innenstadt von Verkehr, Lärm und Feinstaub; Einbeziehung des Radverkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Verwirklichung des Vorhabens

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/131

Einrichtung eines technischen und/oder biotechnologischen Gymnasiums in Horb

Zahl der Bewerber mit Wohnsitz im und um den LKreiss Freudenstadt für die Aufnahme in ein berufliches Gymnasium oder eine Berufsoberschule, Zahl der Zusagen und Ablehnungen; Chancen eines Antrags des Kreistags mit o.g. Zielsetzung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/184

Ausbau der Gäubahn

Unterstützung des doppelspurigen Ausbaus und der Planungsarbeiten der Bahn AG für den ersten Streckenabschnitt zwischen Horb und Neckarhausen sowie die weiterhin notwendigen Doppelspurinseln; Fortführung der bewährten Vorfinanzierung von Planungskosten auch für die weiteren Ausbauabschnitte; Eintreten für eine Aufnahme des Projekts in die Fortschreibung des Investitionsrahmenplans des Bundes

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/194

Ausbau der Ortsdurchfahrt Horb-Mühringen

Beurteilung der Verkehrssicherheit der o.g. Ortsdurchfahrt im Zuge der L 395; Planungsstand und Mittelbereitstellung, Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung des Vorhabens

KlAnfr
s. *Landesstraße 395*
Drs 15/254

Weiterentwicklung der Gäubahn

Ausschreibungsnetz, in dem die Bahnverbindung Stuttgart-Singen neu ausgeschrieben wird; künftig eingesetzte Zuggattungen auf der Strecke Stuttgart-Zürich; Haltung zum zweigleisigen Ausbau des Streckenabschnitts Horb-Neckarhausen

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/490

Ausbau der Gäubahn - Vorfinanzierung der Planungskosten weiterer Streckenabschnitte

Vorfinanzierung der Planungskosten für den Streckenabschnitt Horb-Neckarhausen, Erteilung der Zusage für eine Vorfinanzierung der weiteren Streckenabschnitte im Bereich der LKreise Tuttlingen und Rottweil

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/582

Krankenhausstruktur im LKreiss Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2783

Realisierung der Hochbrücke Horb am Neckar

Genehmigung der Hochbrücke durch das Bundesverkehrsministerium; Einleitung des Planfeststellungsverfahrens; voraussichtliche Umsetzung der Baumaßnahme

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4746

Erinnerung an die Geschichte der jüdischen Gemeinde im Horber Ortsteil Rexingen, Würdigung der Erhaltung der ehemaligen Synagoge

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 759 760

Kritik am fehlenden Engagement des Verkehrsministers für die Horber Hochbrücke

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1357

Horizontale Gewaltenteilung

s. *Gewaltenteilung*

Hort

Finanzierung von flexiblen Nachmittags-Betreuungsangeboten an Grundschulen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Höhe der im Jahr 2013 gewährten Landeszuschüsse für Kernzeitbetreuung an Grundschulen sowie für flexible Nachmittagsbetreuung und Schülerhorte; Auswirkungen des Umstiegs auf Ganztagsgrundschulen auf die künftige Höhe der Zuschüsse

KlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/5672

Ganztagsgrundschule

Sachstand zur Erhaltung der Wahlfreiheit bei der Umstellung auf eine Ganztagsgrundschule in Karlsruhe-Durlach bei gleichzeiti-

ger Schließung bzw Auslaufen eines Kinderhorts

MdlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/7860

Hortbetreuung

s. *Hort*

Horteinrichtung

s. *Hort*

Horzient 2020

Horizont 2020

Schwerpunkte des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ und dessen Umsetzung in BW, insbes Förderzusagen an Hochschulen, Unterstützung von Forschungsaufenthalten, Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Antr
s. *Forschungsprogramm der EU*
Drs 15/5006

Hospiz

Palliativversorgung im Landkreis Rottweil

Zahl der abgeschlossenen Verträge zur Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV); Entwicklungstendenzen, Einsatz von Palliative-Care-Teams; Bedarf und Angebot an Hospizplätzen; Förderung und Verbesserung der Palliativversorgung

KlAnfr
s. *Palliativmedizin*
Drs 15/2766

Hospize fördern

Höhe der finanziellen Defizite der Hospize im Land; Umfang der durch Spenden zu erwirtschaftenden Beträge; Finanzierung der Zusatzangebote; Zahl der jährlich von den Krankenhäusern an die Hospize überwiesenen Patienten; Höhe der Einsparungen für die Krankenhäuser bzw die Krankenkassen; Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Aufrechterhaltung des Hospizbetriebs; Bundesratsinitiative für eine Auszahlung des vollen Pflegegesetzes an die Hospize

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 02.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4113
BeschlEmpf und Bericht SozA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 21 22
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Finanzierung der stationären Palliativversorgung im Hospiz

Neue Erkenntnisse zur finanziellen Lage der Hospize; Hintergrund der unterschiedlichen Höhe der Tagessätze für stationäre Palliativversorgung in den Bundesländern; Reduzierung der Unterdeckung der stationären Palliativversorgung auf den zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Eigenanteil der Hospize von zehn Prozent

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 04.08.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5588
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 27-29
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Regierungsbefragung

Ausbaustand der Hospiz- und Palliativversorgung in BW
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6447-6449

Versorgungsstrukturen für chronische Schmerzpatienten in BW

Zahl der unter andauernden Schmerzen leidenden Personen; Art der diesen Schmerzen zugrundeliegenden Grundkrankheiten; Krankheitstage oder verminderte Erwerbsfähigkeit aufgrund chronischer Schmerzen und Höhe des dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Schadens; Ausbau der ambulanten und stationären Schmerzzentren; Vernetzung und interdisziplinärer Dialog in der Schmerzversorgung; Versorgung chronischer Schmerzpatienten durch Hausärzte; Schmerzversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen und Hospizen

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 15/7615

Hospizarbeit

s. *Sterbebegleitung*

Hostel

s. *Jugendherberge*

Hotel Silber

s. *Gedenkstätte*

Hotelgewerbe

s. *Gastgewerbe*

Hubschrauber

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 10 - Einsatz und Kosten der Hubschrauberstaffel der Polizei (Kap 0314)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/110
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/710
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 22.06.2012 Drs 15/1944
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2320
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6323
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6373
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Erhalt der Feuerwehr-Luftbeobachtung

Aufgabenwahrnehmung und Kosten der o.g. Luftüberwachung, Überlegungen zur Nichtverlängerung der VwV-Luftbeobachtung und Übertragung der Aufgaben auf die Polizeihubschrauberstaffel, Frage nach Gesprächen mit dem Landesfeuerwehrverband und den dabei vorgebrachten Argumenten, Umgang mit dem Vorschlag des RH zur Reduzierung der Zahl und Personalstärke der Polizeihubschrauber

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 17.01.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1138

Einsatz von Rettungshubschraubern zur Nachtzeit

Abhängigkeit der o.g. Luftrettung von Standorten angrenzender Länder; Frage nach dem Stand von Planungen zur Ermöglichung des Einsatzes zur Nachtzeit auch von Standorten in BW

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 17.01.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1139
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 20 21
 PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Verweigerung der LReg für eine Verbesserung der Luftrettung in Ostwürttemberg und im LKreis Schwäbisch Hall

Verweigerung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit des Innenministers nach Aussage seines bayerischen Kollegen; Frage nach Vorschlägen zur Beseitigung der Lücken bei der Luftrettung in der o.g. Raumschaft

MdlAnfr
s. Rettungsdienst
 Drs 15/1734

Flugverkehrssicherheit in BW und geeignete technische Maßnahmen als Reaktion auf den Hubschrauberabsturz nahe Schwäbisch-Hall

Verlauf von Hochspannungsleitungen an und über Autobahnen in BW; Anzahl der Helikopter-Sichtflugstunden in BW; Überprüfung der Sichtflugvorschriften und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverkehrssicherheit; visuelle oder elektronische Warnsignalgeber an Hochspannungsleitungen an Autobahnen und Bahnstrecken

KlAnfr
s. Luftverkehrssicherheit
 Drs 15/2887

Verbesserung der Luftrettung im nord-östlichen Landesteil durch die Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers in Dinkelsbühl-Sinbronn (Bayern)

Verbesserung der Luftrettung im Nordosten Baden-Württembergs, insbes Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers unmittelbar an der Landesgrenze (A 7) in Dinkelsbühl-Sinbronn, Unterstützung des bayerischen Innenministeriums bei Verhandlungen mit Krankenkassen bezüglich der erweiterten Luftrettung, Einrichtung von Hubschrauberlandemöglichkeiten in umliegenden Krankenhäusern; Inexistenz nachflugtauglicher Rettungs- oder Transporthubschrauber in BW und Konsequenzen für die medizinische Versorgung; Einsatz angekündigter, schneller fliegender, neuer Rettungshubschrauber

KlAnfr
s. Luftrettung
 Drs 15/3041

Hubschraubereinsatz im Rebpfanzenschutz

Praktische und rechtliche Probleme des Einsatzes von Agrarhubschraubern im Weinbau; Unterstützung von Weinbaubetrieben beim Rebpfanzenschutz

MdlAnfr
s. Rebe
 Drs 15/3456

Ausschreibungen iRd Erneuerung der Hubschrauberstaffel

Umstände der Ausschreibung zur Neuanschaffung von sechs Hubschraubern zum Zwecke der Erneuerung der Hubschrauberstaffel der baden-württembergischen Polizei, insbes Verhandlungen mit der Firma Eurocopter

KlAnfr Matthias Profrock CDU 03.01.2014 und Antw IM
 Drs 15/4554

Rebschutz durch Helikoptereinsätze in BW

Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln in Steillagen per Hubschrauber; Anwendung und Nutzen dieser Technik; Einschränkung des Pflanzenschutzes per Helikopter durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit; Einhaltung eines Abstands zu Gewässern; Einsatz von Drohnen für den Rebschutz in Steillagen

Antr
s. Pflanzenschutz
 Drs 15/5007

Hubschrauberlandeplätze im LKreis Esslingen

Genehmigung der Landeplätze nach § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

KlAnfr
s. Landeplatz
 Drs 15/5347

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber im Rems-Murr-Kreis

Zahl der von der Schließung bedrohten Hubschrauberlandeplätze; Folgen für das Rettungswesen im Rems-Murr-Kreis; mögliche Abhilfe; Kosten einer Nachrüstung gemäß den EU-Vorgaben

KlAnfr
s. Landeplatz
 Drs 15/5426

Engagement der Schweizer Luftrettung in BW

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschrauber-ausrüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

Antr
s. Luftrettung
 Drs 15/7035

Nachtstandorte für Rettungshubschrauber

Einsätze von Rettungshubschraubern aus anderen Ländern und Bundesländern aufgrund fehlender Nachtstandorte in BW; Einrichtung einer ausreichenden Anzahl von Nachtstandorten

MdlAnfr 1) Thomas Blenke CDU 28.01.2016 Drs 15/8025
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9039-9041

Sonderförderprogramm Luftrettung und Einhaltung der Hilfsfristen im Rettungswesen

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschrauber-ausrüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

KlAnfr
s. Luftrettung
 Drs 15/8039

Verbesserung der Einhaltung der Hilfeleistungsfristen bei der Luftrettung durch Rettungshubschrauber

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1231

Hubschrauberstaffel

s. Hubschrauber

Hüfingen

Verstreifiger Ausbau der B 27 Donaueschingen-Mitte/Hüfingen Wasserturm

Darstellung des aktuellen Planungsstands und der zu erwartenden Kosten für den o.g. Streckenabschnitt, Zeitperspektive für den Planfeststellungsbeschluss und Baubeginn

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/431

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Donaueschingen - Hüfingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Donaueschingen - Hüfingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7252

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Ortsumfahrung (OU) Behla

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Ortsumfahrung Behla, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7253

Chancen einer Realisierung der Ortsumgehung Behla

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2207-2209

Hühnerrei

s. *Eier*

Huhn

Falschdeklarierung von Eiern

Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3152

Humanismus

s. *Weltanschauung*

Humus

Terra Preta als CO₂-Speicher für den Klimaschutz

Einsatz von Terra Preta zur Anhebung der Humusgehalte der Böden und Wirkung als CO₂-Speicher, insbes bodenbiologische und bodenphysikalische Auswirkungen sowie ökonomische Modelle zur flächenhaften Anwendung

Antr
s. *CO₂-Abscheidung und -Speicherung*
Drs 15/4290

Hund

s.a. *Hundesteuer*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/883 betr. Herausgabe eines Hundes

BeschlEmpf und Bericht PetA 19.07.2012 Drs 15/2031 Nr. 1 S. 2 3
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
Mittlg LReg 14.08.2012 Drs 15/2271

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Umfang der aufgedeckten illegalen Hundetransporte in BW; von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten für die Unterbringung und Versorgung der sichergestellten Hunde; Herkunftsländer, Organisationsstrukturen und Transportwege des illegalen Handels mit Hundewelpen; Überprüfung verdächtiger Transportfahrzeuge und Verkaufsangebote; Aufklärung potenzieller Hundekäufer; Einführung einer EU-weiten Chip- und Registrierungspflicht für Hunde

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 02.05.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5139
BeschlEmpf und Bericht Landwa 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 34 35
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Rettungshundestaffeln in BW

Sachstand zu Rettungshundestaffeln in BW, insbes Anzahl, Einbindung in das Rettungssystem, Einsatzvergütung, Förderung durch das Land

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 12.12.2014 und Antw IM Drs 15/6260

Hundetrainer-TÜV in BW

Eignungsnachweis für Hundetrainer zur Führung einer Hundeschule oder Hundepension; Einführung von Prüfungen; Erhebung von Prüfungsgebühren; Anerkennung bereits abgeschlossener Prüfungen und Lehrgänge; Notwendigkeit eines Eignungsnachweises für bereits eine Hundeschule oder Hundepension betreibende Hundetrainer

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/6417

Situation der Rettungshundestaffeln in BW

Sachstand zur Situation der Rettungshundestaffeln in BW, insbes Tätigkeiten, Einsatzhäufigkeit, Personal, finanzielle Unterstützung durch das Land, Finanzierung in anderen Bundesländern

Antr Alexander Throm u.a. CDU 12.03.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6604
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 38 39
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Unerlaubter Handel mit Hundewelpen und sonstigen Haustieren

Sachstand zu Delikten aus dem unerlaubten Handel mit Hundewelpen und sonstigen Haustieren; Konzept gegen potentielle Straftaten beim vorweihnachtlichen rasanten Anstieg von Haustierkäufen

MdlAnfr
s. *Tierhandel*
Drs 15/7650

Unterstützung der Rettungshundestaffeln in BW

Förderung der Rettungshundestaffeln durch das Land; Befreiung von der Hundesteuer; Genehmigung von Trainingsflächen insbesondere in Wäldern; Erstattung der einsatzbedingten Aufwendungen

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/7687

Hundesteuer*Unterstützung der Rettungshundestaffeln in BW*

Förderung der Rettungshundestaffeln durch das Land; Befreiung von der Hundesteuer; fehlende Nennung der Rettungshunde im Rettungsdienstgesetz; Genehmigung von Trainingsflächen insbesondere in Wäldern; Erstattung der einsatzbedingten Aufwendungen

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/7687

Hunger*Den Hunger in der Welt stillen*

Ursachen und Entwicklung von Hunger und Mangelernährung; Maßnahmen der LReg zur Verbesserung der Ernährungssituation in von Hunger und Mangelernährung betroffenen Regionen, insbes im Partnerland Burundi

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 27.11.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/6192
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 65
66
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

HwO

s. *Handwerksordnung*

Hybridauto

s. *Hybridfahrzeug*

Hybridfahrzeug

s.a. *Elektromobilität*

Standortentscheidung Daimler-Testzentrum für Elektro- und Hybridfahrzeuge

Beurteilung o.g. Planung und der zur Entscheidung der Konzernleitung konkurrierenden Standorte, Eintreten für eine Berücksichtigung vorhandener Kompetenzcluster

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/78

Auswirkungen der Energiewende / Elektromobilität auf die Zukunft des Verbrennungsmotors und des Automobilstandorts BW

Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und Unterstützung von Forschungsanstrengungen durch Bund und Land, insbes Entwicklung und Herstellung von alternativen Kraftstoffen sowie Reduktionsmöglichkeiten für Verbrauch und Abgas; Vergleich der Wertschöpfungskette sowie der CO₂-Bilanz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren mit Elektro- und Hybridfahrzeugen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3794

Bündelung der Forschungsaktivitäten für die Hybrid- und Elektromotorenmobilität

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 173

Förderung der Beschaffung von Hybridomnibussen für kommunale und private Busunternehmen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1353

Bündelung der Forschungsaktivitäten für die Hybrid- und Elektromobilität, Verweisung auf die Kooperation der Universität Stuttgart und der Hochschule Esslingen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1811

Hydraulic Fracturing

s. *Fracking*

Hydraulische Rissbildung

s. *Fracking*

Hydrofracking

s. *Fracking*

Hygiene

s.a. *Lebensmittelkontrolle*

Hygiene-Ampel

Bewertung der Aussagekraft o.g. Klassifizierung im Gaststättengewerbe; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Durchführung der Kontrollen; Initiierung einer breit angelegten Informations- und Aufklärungskampagne

Antr Paul Locherer u.a. CDU 27.05.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/47
BeschlEmpf und Bericht LandWA 13.07.2011 Drs 15/747 S. 17
18
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Veränderungen durch Hygiene-Kontrollbarometer

Auswirkungen der Einführung des o.g. bundeseinheitlichen Kontrollbarometers mit der öffentlichen Dokumentation der Ergebnisse der Lebensmittelhygiene-Kontrollen, Reaktionsmöglichkeiten der beurteilten Gastronomiebetriebe, Beurteilung des Wachstums der Betriebe ohne gaststättenrechtliche Konzession und der befürchteten Wettbewerbsverzerrung zulasten der Betriebe mit Konzession

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 27.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/358
BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.10.2011 Drs 15/1301 S. 11
12
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Besserer Schutz vor Klinikkeimen - Hygiene an Krankenhäusern in BW

Mittlg LReg 30.08.2011 Drs 15/459

Lebensmittelüberwachung auf Vereins- und Straßenfesten

Entlastung der Vereine und ehrenamtlichen Organisationen von der Umsetzung der hygiene- und lebensmittelrechtlichen Vorschriften

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/523

Umsetzung von § 23 Abs 8 Infektionsschutzgesetz in BW (VO zum Schutz vor nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern)

Umsetzung der für Krankenhäuser erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen durch die bestehende KrankenhaushygieneVO?

Antr
s. *Infektionsschutzgesetz*
Drs 15/1512

Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Gründe für das Scheitern einer bundeseinheitlichen Regelung für die Gastronomie u.a. Lebensmittelunternehmen; Auflistung der BLänder, die an einer verpflichtenden Hygiene-Ampel festhalten bzw diese ablehnen; Bezifferung des zusätzlichen Personalbedarfs; Frage nach Modellen in anderen EU-Ländern und deren Erfolg

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/2212

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und passgenauen Einsatz von Antibiotika

KlAnfr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 15/2584

Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw
s. *Unterbringung*
Drs 15/3408

Die Situation der Kliniken im LKreiss Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Hygieneanforderungen in Zahnarztpraxen

Stand der Einhaltung und Umsetzung der gesetzlichen Hygienevorschriften in den Zahnarztpraxen in BW; Notwendigkeit von Hygiene-Fortbildungskursen für zahnmedizinische Fachangestellte; Abbau der zunehmenden Belastungen der Zahnarztpraxen durch steigende Hygieneanforderungen und bürokratische Reglementierungen; Umgang mit Medizinprodukten in den Zahnarztpraxen

Antr
s. *Zahnarzt*
Drs 15/5127

Wasserspender in BW

Kontrolle des hygienischen Zustands von Wasserspendern in öffentlichen Einrichtungen; Grenzwerte für die Belastung des Trinkwassers durch Keime; durch eine erhöhte Keimbelastung des Trinkwassers besonders gefährdete Personengruppen; Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen für das Aufstellen von Wasserspendern

Antr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/6251

Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen

Sachstand zur Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen, insbes Umfang und Finanzierung der Forschung, Einbindung von Medikamentenherstellern, Umsetzung von Forschungsergebnissen an Krankenhäusern, Risiko des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft für die menschliche Gesundheit, Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/7446

Hyperkinetisches Syndrom

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

ICC-Klage

s. *Klage*

ICE

s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*

ICE-Verkehr

s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*

IC-Verkehr

s. *Intercity-Verkehr*

Iffezheim

Integriertes Rheinprogramm (IRP), Hochwasserschutz am Oberrhein

Darstellung des aktuellen Stands, des Nachholbedarfs und der Zeitperspektive für die vollständige Umsetzung des IRP; Höhe

der eingesetzten Mittel seit 2005 und der für 2012 veranschlagten Mittel zur Dammsicherung und Erstellung der Rückhalteräume zwischen Iffezheim und Mannheim

Antr
s. *Rhein*
Drs 15/911

IGBW

s. *Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg*

IGLU-Studie

s.a. *Schulleistungstest*

Grundschulstudien TIMSS und IGLU - Ergebnisse und Konsequenzen für BW

Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Schulleistungstudien TIMSS 2011 und IGLU 2011 für Grundschulen in BW, insbes im Hinblick auf Geschlecht, soziale Herkunft und Leistungsniveau

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/3111

IGLU-Test

s. *IGLU-Studie*

IGMG

s. *Islamische Gemeinschaft Milli Görüs*

IHK

s. *Berufsständische Vereinigung*

IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg

s. *Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg*

Illegale Abfallbeseitigung

Müllexport aus BW ins Ausland

Unsachgemäße Entsorgung von Müll aus BW im Ausland; Strafanzeige gegen ein Vorarlberger Abfallentsorgungsunternehmen wegen illegaler Mülldeponierung; Verarbeitung von Biomüll aus BW durch dieses Unternehmen

KlAnfr
s. *Abfallverbringung*
Drs 15/8105

Illegale Beschäftigung

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südeuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden

durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Illegale Einwanderung

Schutz minderjähriger Asylbewerber

Zahl von illegal eingereisten Jugendlichen und Kindern seit 2000, die ohne Eltern Asyl beantragt haben; Umsetzung der Schulpflicht und Betreuung dieser Personen, Unterbringung und Höchstverweildauer in Sammelunterkünften

Antr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/1660

Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch von Kindern, die sich ihrem Aufenthaltsstatus nach „illegal“ in BW aufhalten sowie von Kindern, deren Eltern Asylbewerber oder „Geduldete“ sind

Schulbesuch von Kindern von Asylbewerbern „Geduldeten“ oder „Illegalen“, insbes detaillierte Zahlen nach Schularten und Orten; Gründe für Wartezeit und Wartelisten; möglicher Änderungsbedarf beim Schulgesetz

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 15/3284

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

EU-Aktionsplan für die Rückkehr

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7541

Illerkirchberg

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/15

Illertalbahn

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Illingen

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Enz erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge; Bewertung der Arbeit im Bildungshaus der Grundschule Schützingen (Gemeinde Illingen) mit dem Kindergarten Schützingen

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/626

Straßensanierungen an den Grenzen des Enzkreises

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertigstellung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1163

Planungsstopp für Ausbau von Landesstraßen im Enzkreis

Auflistung der vom o.g. Stopp betroffenen Straßenabschnitte mit der jeweiligen Begründung; Stand der Planung für die Sanierung und den Ausbau der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach, Bewertung des Zustands und der Sicherheitsmängel dieses Straßenabschnitts

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2468

Neubau von Kindergärten im Enzkreis

Genehmigungsfähigkeit der gestellten Anträge auf Neubauten für bestehende Kindergärten oder Kindertagesstätten; Bewertung der Situation des Kindergartens „Schatzkiste“ in Illingen; Bezuschussung des aus akuten Sicherheitsgründen erforderlichen Kindergartenneubaus in Illingen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/2620

Hochwasserschutz im Enzkreis

Durchgeführte und geplante Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Enzkreis, insbes Bezuschussung eines Projekts der Gemeinde Illingen; Gründung eines überregionalen Hochwasserschutzszweckverbands

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5295

Tempo-30-Zonen in Ortsdurchfahrten

Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis und im LKkreis Ludwigsburg; Einrichtung einer ganztägigen Tempo-30-Zone innerhalb der Ortsdurchfahrt von Illingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/5665

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/6435

Gefährdung der inneren Sicherheit durch steigende Zahl an Wohnungseinbrüchen

Sachstand zur Entwicklung der Zahl von Wohnungseinbrüchen in BW, im Enzkreis und der Gemeinde Illingen; konkrete Gegenmaßnahmen und Besetzungstärke der Landespolizisten im Enzkreis

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/7194

Wohnungseinbrüche in Illingen

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche in Illingen, Tathintergründe, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/7219

Ilfeld

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/271

Ortsumfahrung Ilfeld

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität, insbes wegen der dortigen Umweltzone

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 20.07.2011 und Antw MVI Drs 15/312

Ilshofen

Sanierung der Landesstraße L 1042 Ilshofen

Planungsstand, Kosten und Baubeginn der o.g. Maßnahme zwischen Ilshofen und Hörlebach; Beurteilung des Zustands der Straße und der Verkehrssicherheit, insbes im Hinblick auf die Häufung von Verkehrsunfällen

KlAnfr
s. *Landesstraße 1042*
Drs 15/1463

Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern im Landkreis Schwäbisch Hall

Baulicher Zustand der Freibäder im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 15/5544

Ilvesheim

Neubau der L 597 inkl. Neckarbrücke bei Ladenburg/Ilvesheim
Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/37

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Weinheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Bewertung der Standorte Ilvesheim und Dossenheim, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/419

Bau einer Neckarbrücke zwischen Ladenburg und Edingen-Neckarhausen (L 597 neu)

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Umwelt- und Verkehrsentslastung, insbes für Seckenheim und Ilvesheim durch Ausweichverkehr zur dortigen Neckarquerung; Einstufung einer neuen Brücke als Voraussetzung für die umfassende Neugestaltung der Seckenheimer Innenstadt

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1473

Schulbauförderung - Friedrich-Ebert-Grundschule Ilvesheim

Schulbauförderung der vierzügigen Friedrich-Ebert-Grundschule Ilvesheim für die Kernzeitbetreuung, insbes Raumbedarf, aktueller Raumbestand und Nachnutzung ehemaliger Hauptschulräume; Möglichkeit zur Förderung von Umbaumaßnahmen aufgrund neuer Anforderungen an Zuschnitt oder Nutzungsart der Schulräume iRd Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/3690

IMK

s. *Innenministerkonferenz*

Imker

s. *Imkerei*

Imkerei

s.a. *Honig*
s.a. *Insekt*

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur
Regelung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparks

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/904

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Eintritt in das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen; Festlegung von Mindestabständen von Schlägen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu Bienenständen und Schutzgebieten; Verkauf von Honig mit gentechnisch veränderten Pollen nur mit einer Zulassung; Hervorhebung der Gentechnikfreiheit iRd Tourismuswerbung

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Bienenhaltung in BW

Entwicklung der Imkerei seit 2003; Jahresproduktion an Honig in BW; Unterstützung der Erzeugung und Vermarktung von Honig; Förderung der Aus- und Weiterbildung von Imkern sowie der Zucht und Haltung von Bienenvölkern; Nahrungsangebot der Bienen; Befall der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe, Maßnahmen zur Varroosebekämpfung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 22.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3277
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 65 66
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Energie aus Wildpflanzen

Vorteile und Unterstützung der mehrjährigen Ansaat von Wildpflanzenmischungen zur Verbreiterung der Grundlage der Biogaserzeugung in BW, insbes Reduktion der Wildschadensproblematik, Verbesserung der Bodenökologie, Nutzen für die Bienenhaltung, Anerkennung der Anbauflächen als ökologische Vorrangflächen, Anerkennung und Vergütung durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/4057

Unterstützung der Imker bei der Bekämpfung der Varroamilbe durch das Land

Unterstützung der Imker bei den zunehmenden Problemen in der Bienenhaltung mit dem Parasiten Varroamilbe, insbes Zahlung einer Bestäubungsprämie

MdlAnfr
s. *Bienenseuche*
Drs 15/5396

Imkerei stärken, Bienen schützen

Sachstand zur Entwicklung von Imkereien und Honigbienenvölkern in BW, insbes Anzahl der konventionellen und der Bio-Imkereien, Nahrungsangebot für Bienen, Vermarktungsförderung für heimischen Honig, Einsatz von Pestiziden mit bienengefährlichen Wirkstoffen und deren Auswirkung auf die Bienenvölker

Antr
s. *Biene*
Drs 15/7093

Imkerwesen

s. *Imkerei*

Immaterialgüterrecht

s.a. *Erfindung*

s.a. *Lizenz*

s.a. *Produkt*

s.a. *Urheberrecht*

Schutz der Rechte geistigen Eigentums

Verstöße gegen Rechte des geistigen Eigentums von Rechteinhabern mit Sitz in BW und dadurch verursachte finanzielle Schäden, z.B. für Unternehmen durch Produktpiraterie; Durchsetzungsmöglichkeit ihrer Rechte durch Kulturschaffende sowie durch mittlere und kleinere Unternehmen; Maßnahmen zum Schutz des Verbrauchers vor gefälschten Markenprodukten; Beteiligung an der Revision der Richtlinie 2004/48/EG

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 19.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2126

BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 125 126

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Immatrikulation

s.a. *Studienanfänger*

Praktische Bedeutung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz (LHG)

Begründung und Anwendung des aufenthaltsrechtlichen Immatrikulationshindernisses nach § 60 Abs 5 Nr 4 Landeshochschulgesetz in BW, insbes Statistiken zu daraufhin versagten Immatrikulationen, Verwaltungsaufwand der Hochschule, aufenthaltsrechtliche Konsequenzen einer Streichung dieser Regelung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.03.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3240

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 12.06.2013 Drs 15/4191 S. 43

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Immatrikulationsverfahren

s. *Immatrikulation*

Immissionsschutz

s.a. *Abgasreinigung*

s.a. *Emissionshandel*

s.a. *Lärmschutz*

s.a. *Strahlenschutz*

s.a. *Umweltschutz*

s.a. *Umweltzone*

Privilegierung von Kinderlärm

Bewertung der Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes zur Privilegierung von anlagenbezogenem Kinderlärm; Anstreben von landesrechtlichen Regelungen zur Privilegierung von verhaltensbezogenem Kinderlärm, z.B. zur Erleichterung der Errichtung und Erweiterung von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten

Antr

s. *Lärm*

Drs 15/268

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 23.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/1085

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 44 45

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Lärm- und Luftschutz im Zuge des Ausbaus der A 8 im Enztal

Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen bei den o.g. Planungen, erneute Überprüfung der Verkehrsprognose für 2025 auf der A 8 nahe Kieselbronn, Eintreten für eine Ergänzung der schalltechnischen Untersuchung und Luftschadstoffhebung in Kieselbronn, Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen entlang der Autobahn

KIAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1157

Umweltzonen

Auflistung der eingerichteten Umweltzonen zur Vermeidung der Belastung von Feinstaub und Stickstoffdioxid, Auswirkungen des Partikelfilters und der Abgasnorm Euro 6 auf die Verminderung des Stickstoffdioxidausstoßes bei Dieselfahrzeugen, wirtschaftliche Auswirkungen der Umweltzonen

KIAnfr

s. *Umweltzone*

Drs 15/1492

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen; Auswirkungen für BW

Stand und Auswirkungen der Umsetzung der IED-Richtlinie, insbes für die betroffenen Unternehmen und Genehmigungsverfahren

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1525

Schutz vor verkehrsbedingten Immissionen in Bad Wimpfen

Höhe der Kosten und Effekte der genehmigten Umfahrung im Zuge der L 1100 im Vergleich zu der von der Bürgerinitiative Straßenverkehr Bad Wimpfen entwickelten Alternativplanung einer westlichen Spange; Gründe für die Aufhebung des Durchfahrtsverbots für Gefahrguttransporter; Umsetzungsstand des Lärmaktionsplans; Intensität und Ergebnisse der Schadstoffmessungen; Sicherheitsbewertung der Schulwege; Frage nach dem Planungsstand für die Aufnahme in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KIAnfr

s. *Bad Wimpfen*

Drs 15/1744

Neuregelungen für Biogasanlagen durch neues Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf den Betrieb von Biogasanlagen in BW; fachliche Einschätzung der Neuregelungen; Verwendung tierischer Nebenprodukte in Biogasanlagen; Kategorisierung eines vergärbaren Stoffes als

Abfall, Konsequenzen dieser Einstufung für die Zusammensetzung der Verwertungsmasse

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/2789

Notwendiger Schutz vor Emissionen bei der Freiwilligen Feuerwehr

Arbeitsschutz für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr; Ausstattung der Magazine mit Absauganlagen zum Schutz der Ehrenamtlichen vor den gesundheitsschädlichen Dieselabgasen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3136

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen in BW

Umsetzung der neuen Industrieemissions-Richtlinie in BW, insbes neue Aufgaben für Regierungspräsidien und untere Verwaltungsbehörden im Bereich der Gewerbeaufsicht, sachgerechte Regelung der landesrechtlichen Zuständigkeiten

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 05.03.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3162
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.04.2013 Drs 15/3571 S. 20 21
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4605

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4608

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrverboten auf die Luftreinhaltung

Antr GRÜNE 23.10.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5974
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 78
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-

40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr Nikolaus Tschenk u.a. GRÜNE 03.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6031
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 25.02.2015 Drs 15/6639 S. 57 58
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*
Drs 15/6203

Fragen zur Planungs- und Genehmigungspraxis sowie zur energie- und volkswirtschaftlichen Bedeutung von Windkraftanlagen

Sachstand zur Planungs- und Genehmigungspraxis von Windkraftanlagen, insbes Verbindlichkeit der im Windatlas und im Potenzialatlas des Landes genannten Windwerte, Berücksichtigung von Körperschallübertragungen und Geräuschen beim Immissionsschutz

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6318

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6441

Umweltzonen Reutlingen und Tübingen

Sachstand zu den erweiterten Umweltzonen der Städte Reutlingen und Tübingen, insbes Mehrbelastung an Lärm und Luftschadstoffen durch einen ohne grüne Plaketten zu befahrenden Korridor zwischen beiden Zonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/6648

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungs-
maßnahmen und Förderung von Investitionen in CO2-effiziente
Technologien*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7430

Verstärkte Nutzung von Flüssiggas und Erdgas zur Luftreinhaltung

Sachstand zur Nutzung von Erdgas und Flüssiggas als Fahrzeugtreibstoff, insbes Auswirkungen auf die damit verbundenen Emissionen, geplante Beendigung der Steuervergünstigung, Umstellung der Fahrzeugflotte des Landes

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 15/7479

Einsatz der Dual-Fuel-Technik im Bereich von Lkw und Bussen zur Luftreinhaltung

Sachstand zum Einsatz der Dual-Fuel-Motortechnologie mit gleichzeitiger Verbrennung von Gas und Dieseltreibstoff zur Luftreinhaltung und zur möglichen Umrüstung von Fahrzeugen im Bereich des Schwerlastverkehrs oder der Schifffahrt

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 15/7483

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 15/7909

Senkung der Treibgasemissionen bis 2050 um 80 %

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 39 69 74 79

Umressortierung des gebiets- und verkehrsbezogenen Immissionsschutzes aus dem Geschäftsbereich des UM in das MVI

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2161-2163

Immobilien

s.a. *Bundesanstalt für Immobilienaufgaben*

s.a. *Gebäude*

s.a. *Grundstück*

s.a. *Landeseigene Liegenschaft*

s.a. *Vermieter*

s.a. *Wohneigentum*

s.a. *Wohnung*

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Wohnimmobilienkreditverträge*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/3

Modalitäten beim Verkauf der Tochter LBBW-Immobilien durch die LBBW

Ausgestaltung des Bieterverfahrens bei einer EU-weiten Ausschreibung, Gewährleistung sozialer Rahmenbedingungen zum Schutz der Mieter

MdlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/98

Geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer

Veränderung des Grunderwerbsteueraufkommens vor und nach der geplanten Erhöhung; Eintreten für eine steuerliche Begünstigung des Ersterwerbs einer Immobilie zu eigenen Wohnzwecken sowie für eine Begünstigung des Bestandserwerbs einer Immobilie im Innenbereich gegenüber dem Erwerb eines Grundstücks im unbebauten Außenbereich

Antr
s. *Grunderwerbsteuer*
Drs 15/448

LBBW-Wohnungsverkauf

Stand des o.g. Wohnungsverkaufs; Berücksichtigung des Vorkaufsrechts der Kommunen; Stellenwert der sozialen Absicherung von Mitarbeitern und Mietern bei den Verkaufskriterien

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/623

Verkauf der LBBW Immobilien GmbH an das Konsortium unter Führung der P.I.AG

Entscheidungsgründe für die Erteilung des Zuschlags an das o.g. Bieterkonsortium, Vergleich mit den Auflagen der EU und den Festlegungen im Koalitionsvertrag, insbes zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wohnungsbestände, zum sozialen Schutz der Mieter und der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen; Frage nach entsprechenden Garantien der Bieter sowie Nachweisung von Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt in BW und einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen des Landes

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1304

Immobilientransaktion Rue Belliard 58 in Brüssel

Erwerb der o.g. Immobilie von der Bundesrepublik Deutschland

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/1317

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW

Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr

s. *Wohnung*
Drs 15/1369

Regierungsbefragung

Verkauf von LBBW-Immobilien

s. *Landesbank Baden-Württemberg*
PIPr 15/30 S. 1599

Sozialcharta: Sozialer Schutz oder Chicago School of Economics?

Beurteilung der Ausgestaltung und Laufzeit der vereinbarten erweiterten Sozialcharta der P.I.AG beim Kauf der Immobilien der LBBW; Klärung der Kontroverse zwischen dem Finanzminister und dem Stuttgarter OB über den Mieterschutz bzw den Umgang und die Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW; Vergleich mit dem Wohnungsverkauf der Stadt Dresden und den Vorgaben des Freistaats Bayern für den Wohnungsverkauf der bayerischen Landesbank; Frage nach dem Schutz der Mieter vor Eigenbedarfs- oder Verwertungskündigung nach 2016

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/1487

Immobilien des Südwestrundfunks (SWR) und die Auswirkungen des neuen Rundfunkstaatsvertrags

Eigene und angemietete Gebäude und Räumlichkeiten des SWR; weitervermietete Immobilien und Art der „Untermieter“; Änderungen im Gebäudebestand durch die Verlagerung von Produktionen infolge der Neuregelung des Rundfunkstaatsvertrags; Auswirkungen auf die Personalsituation an den jeweiligen Standorten

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3303

NPD-Aktivitäten im Raum Weinheim

Erkenntnisse über Veranstaltungen, Aktivitäten, Organisationsstrukturen und Netzwerke der NPD und rechtsextremer Kreise im Raum Weinheim und der Rhein-Neckar-Region; Nutzung einer Gaststätte im Weinheimer Ortsteil Sulzbach für NPD-Veranstaltungen und möglicher Verkauf an die NPD bzw NPD-nahe Personen; Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Einsatzkonzepts anlässlich des Bundesparteitags der NPD im Ortsteil Sulzbach durch stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der ansässigen Bürger

KlAnfr
s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/3504

Mietpreisgestaltung bei Verträgen mit privaten Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern

Sachstand zu Mietverträgen und Mietpreisgestaltung zwischen Kommunen und Anbietern privater Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern in BW, insbes in Pforzheim und im Enzkreis

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7332

Erschwerung des Immobilienerwerbs mit der Grunderwerbsteuererhöhung, Begünstigung des Neubaus auf der grünen Wiese

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 644-649

Immobilien des Landes

s. *Landeseigene Liegenschaft*

Immobilienfinanzierung

Investitionsstau bei neuen ambulanten Wohngemeinschaften für Menschen mit Betreuungsbedarf aufgrund der Verfahrensdauer zum geplanten Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)

Verunsicherung der Investoren aufgrund des andauernden Gesetzgebungsprozesses; Anzahl, Kapazitäten und Investitionsumfang der zurückgestellten Projekte; Vorlage der eingegangenen Stellungnahmen und deren Bewertung vor der öffentlichen Anhörung; Kennzeichnung der Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf; Aufnahme einer Innovationsklausel in den Gesetzentwurf

Antr
s. *Betreutes Wohnen*
Drs 15/4731

Immobilienkredit

s. *Kredit*

Immobilienwirtschaft

Investitionsstau bei neuen ambulanten Wohngemeinschaften für Menschen mit Betreuungsbedarf aufgrund der Verfahrensdauer zum geplanten Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG)

Verunsicherung der Investoren aufgrund des andauernden Gesetzgebungsprozesses; Anzahl, Kapazitäten und Investitionsumfang der zurückgestellten Projekte; Vorlage der eingegangenen Stellungnahmen und deren Bewertung vor der öffentlichen Anhörung; Kennzeichnung der Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf; Aufnahme einer Innovationsklausel in den Gesetzentwurf

Antr
s. *Betreutes Wohnen*
Drs 15/4731

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Einheitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Länderrückbauklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr
s. *Verkehrswert*
Drs 15/4755

Immunität der Abgeordneten

Beschlussfassung über das Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 9

Impfschutz

s. *Impfung*

Impfstatus

s. *Impfung*

Impfstoff

s. *Arzneimittel*

Impfstoffmittelhersteller

s. *Pharmazeutische Industrie*

Impfung*Masern-Impfungen in BW forcieren*

Entwicklung der o.g. Erkrankungen und Impfquote von Kindern, älteren Menschen und Migranten; Möglichkeiten zur Bekämpfung der Impfmüdigkeit, insbes von Ärzten iRd Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und zur Nachholung des Impfschutzes vor Eintritt in die Kindertagesstätte und Schule

Antr Gerhard Kleinböck u.a. SPD 12.12.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/1006
 BeschlEmpf und Bericht SoZA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 26 27
 PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Künftige Entwicklung der Impfraten und der Versorgung mit Impfstoffen

Entwicklung der Impfraten, der Kosten und Finanzierung der Impfstoffe seit 2002; Beurteilung der Ausschreibung der Beschaffung von Impfstoffen und der Auswirkungen von Verträgen mit einem Impfstoffmittelhersteller

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 15.08.2012 und Antw SM Drs 15/2237

Impfstatus in BW

Entwicklung der Impfraten und der Akzeptanz von Impfungen in den letzten Jahren; Informationen zu bestehenden Impfstoffen sowie Gefahren und Risiken bei Impfungen; Anstrengung einer flächendeckenden Durchimpfung der Bevölkerung mit einer entsprechenden Aufklärungsarbeit

KlAnfr Stefan Teufel CDU 10.10.2012 und Antw SM Drs 15/2454

Blauzungenkrankheit in BW

Jährliche Tiererkrankungen bei Schafen, Ziegen und Rindern seit 2005; Auswirkungen der Krankheitsfälle auf den Handel; Rechtslage hinsichtlich Meldung und vorbeugender Impfung; Häufigkeit von Komplikationen bei Impfungen; Erfolg und Kosten bisher durchgeführter Impfkampagnen; Versicherung und Erstattung von Tierverlusten

Antr
 s. *Blauzungenkrankheit*
 Drs 15/2664

Humane Papillomviren (HPV)-Impfungen in BW

Situation der Impfungen gegen Humane Papillomviren (HPV) zur Reduktion von Gebärmutterhalskrankungen in BW, insbes Entwicklung der Impffzahlen, Wirksamkeit der zugelassenen HPV-Impfstoffe, aufgetretene Nebenwirkungen, Impfung von Männern, Impfkosten sowie vorhandene Aufklärungsangebote; Inanspruchnahme und Animation zu gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen; Entwicklung der Zahl der Zervixkarzinome in BW seit Einführung der HPV-Impfungen

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE 09.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4132
 BeschlEmpf und Bericht SoZA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 72 73
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Polio-Erkrankung - Hilfe für Syrien beziehungsweise im Land
 Unterstützung der Poliobekämpfung in Syrien; Gesundheitsvorsorge, Durchimpfung und mögliche Impfmüdigkeit bei Polio-Erkrankungen in BW

KlAnfr
 s. *Kinderlähmung*
 Drs 15/4482

Impfschutz bei Asylbewerberinnen und -bewerbern

Sachstand zum Impfschutz bei Asylbewerbern, insbes Erfassung und Statistik, Handlungsbedarf bei bestimmten Krankheiten, bestehende Impfangebote

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 10.04.2015 und Antw SM Drs 15/6722

Import

s. *Einfuhr*

Impuls- und Konjunkturprogramm

s. *Konjunktur*

Indien

Eindämmung des Imports von Grabsteinen aus Indien, Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2082 2083

Eindämmung des Imports von Grabsteinen aus Indien, Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2166

Industrie

s.a. *Bergbau*
 s.a. *Chemische Industrie*
 s.a. *Industrieanlage*
 s.a. *Maschinenbau*
 s.a. *Mittelstand*
 s.a. *Papierindustrie*
 s.a. *Pharmazeutische Industrie*
 s.a. *Rüstungsindustrie*
 s.a. *Textil- und Bekleidungsgewerbe*
 s.a. *Unternehmen*
 s.a. *Zulieferindustrie*

Möglichkeiten der Nutzung und Erforschung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in BW

Freigesetzte Mengen an Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen in den letzten fünf Jahren, Definition der Carbon Dioxide Capture and Storage-Technologie und von dafür geeigneten Standorten in BW; Interessen der Wirtschaft, insbes der Energieversorger, an der weiteren Erforschung und Nutzung der CCS-Technologie; Unterstützung der Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit CCS an Universitäten und Forschungseinrichtungen im Land

Antr

s. CO2-Abscheidung und -Speicherung

Drs 15/331

Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an Hochschulen in BW

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungsorientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit verbundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstellen und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Industry on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr

s. Forschung

Drs 15/897

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen; Auswirkungen für BW

Stand und Auswirkungen der Umsetzung der IED-Richtlinie, insbes für die betroffenen Unternehmen und Genehmigungsverfahren

Antr

s. Immissionsschutz

Drs 15/1525

Investitionen baden-württembergischer Industrieunternehmen

Umfang und Ziele der Investitionstätigkeit im In- und Ausland, Einhaltung des Welthandelsabkommens und Ausräumung protektionistischer Investitionshindernisse, Beeinflussung der Investitionsentscheidungen für ausländische Standorte durch Kostennachteile und Fachkräftemangel hierzulande?

KlAnfr

s. Investition

Drs 15/1636

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Stellenwert der Drittmittelforschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; Rolle von Stiftungslehrstühlen und Industry-on-Campus-Projekten

GrAnfr

s. Innovation

Drs 15/2163

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen in BW

Umsetzung der neuen Industrieemissions-Richtlinie in BW, insbes neue Aufgaben für Regierungspräsidien und untere Verwaltungsbehörden im Bereich der Gewerbeaufsicht, sachgerechte Regelung der landesrechtlichen Zuständigkeiten

Antr

s. Immissionsschutz

Drs 15/3162

Meisterkurse an beruflichen Schulen in BW

Anzahl der Schulen mit Meisterkursen für Handwerksmeister oder Industriemeister; im Kursangebot vertretene Berufe; Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Zahl der Absolventen (Meisterprüfung); Kursgebühren für Meisterkurse an öffentlichen berufsbildenden Schulen; Gesamtzahl der an öffentlichen beruflichen Schulen für Meisterkurse eingesetzten Lehrkräfte, Anzahl der ausschließlich für Meisterkurse eingesetzten Lehrer; Meisterkurse der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern

KlAnfr

s. Berufsbildende Schule

Drs 15/3875

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr

s. Ländlicher Raum

Drs 15/3962

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr

s. Energiepolitik

Drs 15/4615

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Für ein Wiedererstarben der europäischen Industrie*

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/4888

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr

s. Unternehmensübernahme

Drs 15/5208

Vorstellungen und Aktivitäten im Bereich der LReg zur Kooperation mit dem Unternehmen Google und zu weiteren Überlegungen im Rahmen von „Industrie 4.0“

Sachstand der Überlegungen der LReg zur Kooperation mit in- und ausländischen Institutionen und Unternehmen im Rahmen von „Industrie 4.0“, insbes Ziele der Einrichtung der „Geschäftsstelle Digitalisierung“ im Staatsministerium und der „Allianz Industrie 4.0“, Partnerschaft mit dem Unternehmen Google iRd „Lernfabriken Industrie 4.0“

Antr FDP/DVP 29.05.2015 und Stellungnahme MFW Drs

15/6934

Erinnerung an die Basisinnovationen und Wurzeln der verarbeitenden Industrie im Land, Verweisung auf die Herausforderungen und Chancen einer neuen Gründerzeit

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22

Grundlagen und Indikatoren der industriellen Entwicklung des Landes, Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrieproduktion

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 55 56 75

Weiterentwicklung des Landes als erfolgreiche Industrieregion

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 427-430

Erwartung einer Abschwächung der Zuwachsraten der Exportindustrie 2012; Kritik an den Ausnahmeregelungen beim Strompreis für die Industrie

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1043 1051 1059

Erhaltung und Weiterentwicklung der Region Nordschwarzwald als Industriestandort

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114

Wachstumschancen für die Industrie durch Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425 1426 1431

Industrie- und Handelskammer

s. Berufsständische Vereinigung

Industrie- und Handelskammer Schwarzwald-Baar-Heuberg

Wirtschaftskompetenz stärken - Schülerfirmen unterstützen
Bedeutung von Schülerfirmen bei der Vermittlung und Aneignung von Wirtschaftskompetenz in der Sekundarstufe; statistische Angaben zu den in den letzten fünf Jahren gegründeten Schülerfirmen; Bewertung der vorhandenen Förderprogramme; Unterstützung und Anerkennung der sich unternehmerisch betätigenden Schüler und der sie begleitenden Lehrer; Hilfestellung der Schüler- und Juniorfirmenberatungsstelle der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie weiterer Kammern oder Unternehmen

Antr

s. Unternehmensgründung

Drs 15/5451

Industrieanlage

s.a. Genehmigungsbedürftige Anlage

s.a. Industrie

s.a. Produktion

s.a. Produzierendes Gewerbe

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Berufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zusammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der Lernfabriken durch das Land

Antr

s. Berufsbildende Schule

Drs 15/7635

Industriedenkmal

Finanzielle Unterstützung des Landes zur Sanierung des Industriedenkmal „Crailsheimer Wasserturm“

Baulicher Zustand des über 100 Jahre alten Wasserturms; Bedeutung des Gesamtareals aus Wasserturm und Lokschruppen für den Tourismus; Sanierung des Industriedenkmal mit Mitteln der Denkmalstiftung des Landes oder aus dem Städtebauförderprogramm; Nutzung sonstiger Förderprogramme

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.06.2014 und
Antw MFW Drs 15/5330

Industrieförderung

s. Industriepolitik

Industrieforschung

s. Betriebliche Forschung

Industriegebiet

s. Gewerbegebiet

Industrielle Forschung

s. Betriebliche Forschung

Industriepolitik

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/4888

Ressourceneffizienz als Chance für BW

Bedeutung der Ressourceneffizienz für den Wirtschaftsstandort BW; Ziele des Projekts „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“; Indikatoren einer effizienten Nutzung von Ressourcen; Arbeitsstand der „Akteursplattform Ressourceneffizienz BW“; Gründung einer Denkfabrik (Think Tank) für Industrie- und Ressourcenpolitik in BW; Errichtung einer zentralen Recyclinganlage zur Phosphorgewinnung

Antr

s. Nachhaltige Entwicklung

Drs 15/6087

Industrieprodukt

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/5569

Industriespionage

s. *Wirtschaftsspionage*

Infektionserkrankung

s. *Infektionskrankheit*

Infektionserreger

s. *Krankheitserreger*

Infektionskrankheit

s.a. *Aids*
s.a. *Infektionsschutzgesetz*
s.a. *Masern*
s.a. *Meldepflicht*

Meldepflicht bei Borreliose

Beurteilung der in Rheinland-Pfalz und dem Saarland eingeführten Meldepflicht für Borreliose

Antr Florian Wahl u.a. SPD 12.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/684
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/1300 S. 44
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Meldepflicht für Borreliose

Gesundheitliche Folgen der Lyme-Borreliose, Entwicklung der Zahl von Erkrankten und Neuinfizierten in den letzten fünf Jahren; Prüfung der Einführung einer Meldepflicht

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 14.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/697
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/1300 S. 44
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Meldepflicht für Borreliose jetzt - weiteres Zuwarten ist unnötig
Entwicklung der Erkrankungen mit FSME und Borreliose in den letzten zehn Jahren; Fortführung der Forschungsvorhaben zur biologischen Zeckenbekämpfung; Einführung einer Meldepflicht

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 12.03.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1417
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.05.2012 Drs 15/1821 S. 35 36
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Umsetzung von § 23 Abs 8 Infektionsschutzgesetz in BW (VO zum Schutz vor nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern)

Umsetzung der für Krankenhäuser erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen durch die bestehende KrankenhaushygieneVO?

Antr
s. *Infektionsschutzgesetz*
Drs 15/1512

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und passgenauen Einsatz von Antibiotika

KIAnfr Karl Rombach CDU 30.10.2012 und Antw SM Drs 15/2584

Humane Papillomviren (HPV)-Impfungen in BW

Situation der Impfungen gegen Humane Papillomviren (HPV) zur Reduktion von Gebärmutterhalskreislagen in BW, insbes Entwicklung der Imp fzahlen, Wirksamkeit der zugelassenen HPV-Impfstoffe, aufgetretene Nebenwirkungen, Impfung von Männern, Impfkosten sowie vorhandene Aufklärungsangebote; Inanspruchnahme und Animation zu gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen; Entwicklung der Zahl der Zervixkarzinome in BW seit Einführung der HPV-Impfungen

Antr
s. *Impfung*
Drs 15/4132

Sicherstellung der Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land

Sicherstellung einer zeitnahen und vollständigen Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land BW, insbes Infektionskrankheiten in den Herkunftsländern, Gesundheitsvorschriften für die Landeserstaufnahmestelle, Umfang der Untersuchungen, Mittel- und Personaleinsatz

Antr
s. *Medizinische Untersuchung*
Drs 15/5980

Gefahr der Ausbreitung exotischer Stechmücken als potenzielle Überträger von Erregern tropischer Krankheiten in BW

Sachstand über gesundheitliche Gefahren aufgrund der Ausbreitung exotischer Stechmücken in BW, insbes im Hinblick auf die Ausbreitung tropischer Krankheiten, Forschung zur Stechmückenproblematik; Beteiligung am geplanten bundesweiten Stechmücken-Monitoring

Antr
s. *Insekt*
Drs 15/7249

Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen

Sachstand zur Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen, insbes Umfang und Finanzierung der Forschung, Einbindung von Medikamentenherstellern, Umsetzung von Forschungsergebnissen an Krankenhäusern, Risiko des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft für die menschliche Gesundheit, Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/7446

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauferklinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäu-

sern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7685

Infektionsschutzgesetz

s.a. *Meldepflicht*

Umsetzung von § 23 Abs 8 Infektionsschutzgesetz in BW (VO zum Schutz vor nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern)

Umsetzung der für Krankenhäuser erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen durch die bestehende KrankenhaushygieneVO?

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 28.03.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1512
BeschlEmpf und Bericht SoZA 03.05.2012 Drs 15/1821 S. 36 37
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Erweiterung der Zuständigkeiten für eine Blutentnahme nach dem Infektionsschutzgesetz auf den Polizeivollzugsdienst

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Informatik

s.a. *Biometrie*

s.a. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Ingenieuren, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von Frauen für MINT-Bereiche

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1240

Einrichtung einer Hochschulaußenstelle im LKreis Böblingen

Unterstützung der Einrichtung einer gemeinsamen Außenstelle der Hochschulen Reutlingen und Esslingen sowie der Universität Stuttgart in den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 15/1470

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“

Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik

(MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1610

Zukunft von Informatik und Medienbildung an den Schulen

Planungen zur Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs für Informatik und Medienbildung an Schulen, insbes Verteilung der geplanten inhaltlichen Schwerpunkte und des Zeitumfangs auf die einzelnen Alters- und Jahrgangsstufen sowie Schularten und Bildungsgänge; Gewährleistung einer fundierten Grundbildung im Bereich Informatik durch genügend qualifizierte Lehrkräfte

KlAnfr
s. *Medienpädagogik*
Drs 15/3677

Zukünftige Verankerung des Fachs Informatik in den Bildungsplänen

Situation der Informatik in den baden-württembergischen Bildungsplänen und künftige Verankerung des Fachs im Zuge der Entwicklung neuer Bildungsstandards, insbes künftige Ausgestaltung der Stundentafel, Stellenwert der Bezugsdisziplinen Informatik und Medienpädagogik, Angebotsplanung für Schularten und Klassenstufen; Veränderungen in der Lehrerausbildung für Informatik

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3792

Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik der Gottlieb-Daimler-Schule Sindelfingen (ehemals Akademie für Datenverarbeitung)

Entwicklung der Bewerberzahlen in den Jahren 2010 bis 2013; Zahl der Schulabbrecher in diesem Zeitraum; Gründe für die geplante Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik; Berufsaussichten der Absolventen des Berufskollegs für Informatik

Antr
s. *Berufskolleg*
Drs 15/4786

Unterrichtsversorgung am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim

Entwicklung der Zahl der Schüler, Klassen und Lehrerdeputate am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich sowie in den Fächern „Latein“, „Bildende Kunst“, „Informationstechnische Grundbildung (ITG)“ und „Naturwissenschaften“

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5206

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals, Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr
s. *Informationstechnische Bildung*
Drs 15/5814

Lehrerbedarf im Fach Informatik

Zusätzlicher Lehrerbedarf im Fach Informatik im Zuge der Umsetzung der Leitperspektive Medienbildung, insbes Berücksichtigung bei der Neuordnung der Lehrerausbildung

MdlAnfr 3) Georg Wacker CDU 06.11.2014 Drs 15/6090
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6711 6712

Bildungspolitik ohne Plan - die Abschaffung des Informatikunterrichts

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 15/132 S. 7903

MINT-Ausbildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vom Kindergarten bis zum Schulabschluss

Sachstand zur Ausbildung in den MINT-Fächern an den Schulen, insbes Weckung von Interesse und Motivation für MINT-Themen, Einrichtung von MINT-Beauftragten an den Schulen, Reduktion von Mathematik und Informatik am Gymnasium, Kooperation von Schulen bei Beschaffung und Betreuung von Geräten

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/7427

Information

s.a. *Dokumentation*
s.a. *Geoinformation*
s.a. *Hinweisschild*
s.a. *Informations- und Kommunikationstechnik*
s.a. *Informationssystem*
s.a. *Informationsveranstaltung*
s.a. *Kennzeichnung*
s.a. *Meldepflicht*
s.a. *Öffentlichkeit*
s.a. *Öffentlichkeitsarbeit*
s.a. *Veröffentlichung*

Volksabstimmung Stuttgart 21 - Bevölkerung ehrlich und objektiv informieren

Erstellung einer Informationsschrift in Zusammenarbeit mit dem Landtag für die geplante Volksabstimmung über das „Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21“, Information der Abstimmungsberechtigten über alle für die Volksabstimmung relevanten Aspekte, insbes über die zu erwartenden Ausstiegskosten

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/508

Informations-, Diskussions- und Besuchsveranstaltungen politischer Parteien in Schulen und öffentlichen Einrichtungen

Bisherige und evtl künftige Kriterien für die Entscheidung über o.g. Veranstaltungen außerhalb von Wahlkampfzeiten, Begründung neuer Richtlinien für die Regierungspräsidien, Schulämter und Kommunen; Vereinbarkeit mit dem verfassungsmäßigen Auftrag der Parteien zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes

KlAnfr
s. *Partei*
Drs 15/828

Wahrheitsgehalt von offiziellen Regierungsinformationen bei der Volksabstimmung zur Ausübung von Kündigungsrechten beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Verweigerung der Aufführung der zu erwartenden Ausstiegskosten im Falle einer (unrechtmäßigen) Vertragskündigung in der Informationsbroschüre, Bewertung der Aussage zur Unabhängigkeit der Neubaustrecke von Stuttgart 21, mögliche Auswirkungen eines Ergebnisses der Volksabstimmung auf der Grundlage falscher Informationen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/840

Regierungsbefragung

Bundesratsinitiative: Entwurf eines Gesetzes zur Klarstellung der Auskunftserteilung zur Altersvorsorge durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

s. *Alterssicherung*
PIPr 15/30 S. 1593

Übernahme von Informationsmaterial türkischer Stellen durch Behörden des Landes BW?

Beurteilung der Übernahme o.g. Materialien zur Rolle der Frau und von häuslicher Gewalt sowie der Verbreitung hierzulande, Frage nach einem Anpassungsbedarf im Blick auf die unterschiedliche Lebenssituation in der Türkei und der Migranten in Deutschland sowie nach bereits vorhandenen Publikationen von Bund und Land sowie anderer BLänder

Antr
s. *Türkei*
Drs 15/1484

Rückkehrer von Auslandseinsätzen bei der Polizei

Zahl der o.g. Beamten, Einsatzgebiete und -dauer seit 2002; berufliche Perspektiven für die Rückkehrer; Informations- und Bewerbungsmöglichkeiten für freiwerdende Stellen während des Auslandseinsatzes, Frage nach einer internen Anlaufstelle

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/1671

Zukunftschancen ausländischer Studierender an den Hochschulen des Landes BW

Darlegung der Gründe für den Rückgang des Anteils o.g. Studierender; Bewertung der vorhandenen Informationsmaterialien bzw Initiierung einer Aufklärungskampagne für den Verbleib der ausgebildeten Akademiker nach Beendigung des Studiums am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/1695

Information über die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Ländern über die Ratifizierung des Fiskalvertrags durch den Ministerpräsidenten

s. *Finanzpolitik*
PIPr 15/41 S. 2251

Veranstaltungen und Projekte von Mitgliedern politischer Parteien und Mitgliedern des Landtags an Schulen

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des o.g. Engagements an Schulen bzw im Schulunterricht, Information der Schulen und Maßnahmen der Schulverwaltung zur Verhinderung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot

KlAnfr
s. *Politische Bildung*
Drs 15/2150

Wissensmanagement und Personalgewinnung in Ministerien und Regierungspräsidien

Maßnahmen zur Sicherung und Archivierung von Fachwissen in Ministerien und RegPräs, Methoden zur Übergabe von Fachwissen an Nachfolger, Nutzung von EDV-basierten Wissensdatenbanken; Ausrichtung der Personalpolitik der Landesverwaltung zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter; Vorlage eines Konzepts zur Erhaltung von Kompetenz und Wissen in der Verwaltung unabhängig von Personalwechseln

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/2297

Geodatenbasierte Online-Plattform für Hinweise aus der Bürgerschaft

Nutzen und Effekte o.g. Plattformen für Mängelhinweise wie z.B. „Maerker Brandenburg“ oder das von der Stadt London eingesetzte System während der Olympischen Spiele; Beurteilung der Möglichkeit zur Ergänzung des Geodatenportals des Landes um eine entsprechende Feedbackfunktion oder Nutzung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung als Datengrundlage; Überlegungen zur Einbeziehung von Geodaten in die Bürgerbeteiligungsstrategie

KlAnfr
s. *Geoinformation*
Drs 15/2301

Informationsveranstaltung der Grundschulen mit weiterführenden und beruflichen Schulen

Bedeutung der Halbjahresinformation in der vierten Klasse und der o.g. Veranstaltungen für die Entscheidung für eine weiterführende Schule, mögliche Auswirkungen einer Vorverlegung des Termins dieser Veranstaltung auf die Übergangszahlen auf weiterführende und berufliche Schulen, Frage nach der Gewichtung der Gemeinschaftsschule bei der Informationsveranstaltung

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2432

Informationsfreiheitsgesetz für BW

Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw
s. *Informationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/3114

„Leichte Sprache“ als Instrument barrierefreier Teilhabe

Zahl der auf eine einfache und leicht verständliche Sprache angewiesenen Menschen in BW; Empfehlungen bzw Gütesiegel für Leichte Sprache; Informationsangebote des Landes in Leichter Sprache; Hemmnisse für eine Ausweitung des Angebots;

Einwände gegen die Verwendung einfacher Sprache; Erfahrungen mit Leichter Sprache in anderen Bundesländern

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/3824

Ehrenamt

Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit in BW; im „sozialen Ehrenamt“ tätige Vereine, Verbände und Organisationen und ihre Förderung durch das Land; Arbeit des Landesseniorenrats für das Ehrenamt; Gewinnung von Senioren für die ehrenamtliche Betätigung; Information der Bürger über die vorhandenen Möglichkeiten und Projekte; finanzielle Förderung der vom Landesseniorenrat herausgegebenen Zeitschrift „im blick“

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/3854

Grundschulleitern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4271

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw
s. *Heimrecht*
Drs 15/4852

Neobiota im Nationalpark Schwarzwald

Vorkommen von Neophyten und Neozoen auf dem Gebiet des Nationalparks; Störung des Ökosystem und Gefährdung der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Neophyten und Neozoen; Gegenmaßnahmen, Erstellung eines Aktionsplans; Finanzierung der Bekämpfung von Neobiota; Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5507

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultratnet im Raum Philippsburg

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6169

Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG)
Gewährung eines umfassenden Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens; Festlegung des Anwendungsbereichs; Ausgleich zwischen öffentlichem Informationsinteresse mit dem Schutz personenbezogener Daten und sonstiger berechtigter Interessen (Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen); Normierung von Regelungen für die Antragsbearbeitung in Bezug auf das Verfahren und die Kosten; Einrichtung eines Informationsregisters durch die LReg; Wahrnehmung des Amtes eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw
s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/7720

Gewährleistung des Zugangs zu amtlichen Informationen mit einem Informationsfreiheitsgesetz nach dem Vorbild anderer BLänder

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53 62 63

Erstellung einer Informationsschrift für die Volksabstimmung über das Kündigungsgesetz zu Stuttgart 21 in Zusammenarbeit mit dem Landtag

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 460 461 478 479

Gewährleistung des Zugangs zu amtlichen Informationen mit einem Informationsfreiheitsgesetz

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1066 1067

Informationelle Selbstbestimmung

s. *Persönlichkeitsrecht*

Informations- und Kommunikationsbranche

s. *ITK-Branche*

Informations- und Kommunikationstechnik

s.a. *Breitbandkommunikation*

s.a. *Computer*

s.a. *Datenverarbeitung*

s.a. *E-Government*

s.a. *Funkverkehr*

s.a. *Informatik*

s.a. *Informationssystem*

s.a. *Informationstechnische Bildung*

s.a. *Landesausschuss für Information*

s.a. *Telefonie*

s.a. *Telekommunikationsunternehmen*

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Abs 9 PolizeiGes (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/10

Zugang zu schnellem Internet im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Übertragungsraten in allen Ortsteilen der Gemeinde Neuhäusen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/49

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 28: Informations- und Kommunikationstechnik bei der Universität Hohenheim

Mittlg LReg 17.06.2011 Drs 15/130
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/554
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670
Mittlg LReg 21.03.2012 Drs 15/1476
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1640
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 5 - IuK-Ausgaben für Dienstleistungen Dritter

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/105
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/704
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 31.10.2012 Drs 15/2593
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3073
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 24.09.2014 Drs 15/5770 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6044
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 6 - IuK-Serverlandschaft BW

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/106
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/704
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 31.10.2012 Drs 15/2593
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3073
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 24.09.2014 Drs 15/5770 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6044
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 4: IuK-Ausfallvorsorge für Großschadensfälle

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/225
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
Mittlg LReg 29.05.2013 Drs 15/3550
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 04.07.2013 Drs 15/3717
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 10: Datenverarbeitung der Polizei

s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/232

Breitbandinfrastruktur in BW

Stand und Zielvorgaben für die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, insbes auch im ländlichen Raum; Beurteilung der Umsetzung der entsprechenden

Verpflichtung durch die großen Netzbetreiber; Erfahrungen mit den Modellversuchen des Micro-Trenching (Verlegung der Rohre mit Glasfaserkabeln im Gehweg in geringer Tiefe); Forcierung der flächendeckenden Einführung dieser Technik

Antr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/303

Zugang zu schnellem Internet im LKreis Rottweil

Versorgung o.g. Gemeinden, insbes auch Rottweil mit den Ortsteilen Neukirch, Gölldorf, Feckenhausen, mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen; Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die Anbieter von Breitbandnetzen

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/434

Nutzung und Entwicklung von Open-Source-Software (OSS) an den baden-württembergischen Hochschulen

Aufstellung der jährlichen Ausgaben für Informationstechnik an den Hochschulen seit 2001 aufgeschlüsselt nach Hochschularten, Personal, Infrastruktur, Hardware und Software in den Bereichen Lehre, Forschung und Verwaltung; Umfang des Einsatzes von OSS-Systemen und -Produkten; jährliche Lizenzkosten für Softwareprodukte; Erkenntnisse über Mehrkosten bzw. Einsparungen durch den Einsatz freier Software; Überlegungen zur Nutzung von OSS-Produkten in Bereichen, in denen hohe Lizenzkosten anfallen, sowie zur politischen Förderung des Einsatzes von OSS an den Hochschulen; Rolle der Hochschulen bei der Entwicklung quelloffener Software; Bedeutung von OSS im Technologietransfer in die Wirtschaft

Antr

s. *Software*

Drs 15/471

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr

s. *Strahlenschutz*

Drs 15/847

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung

Mittlg LReg 22.11.2011 Drs 15/900

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1458

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738

Mittlg LReg 22.07.2013 Drs 15/3844

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4155

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Mittlg LReg 12.06.2015 Drs 15/6986

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7112

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Informationstechnik (IT)-Netzwerkinfrastrukturmaßnahmen

Modernisierung und Vereinheitlichung o.g. Strukturen, Zentralisierung des Einkaufs von IT-Netzwerkhardware für die öffentlichen Verwaltungen und Landesrechenzentren, Darlegung der erzielbaren Einsparungen, Einsetzung eines Runden Tisches

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 21.12.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/1071

BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 18 19

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Wirtschaftskriminalität und Internet

Personelle und finanzielle Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr

s. *Wirtschaftskriminalität*

Drs 15/1092

Breitband im ländlichen Raum

Ausbau des Glasfasernetzes für eine verbesserte Breitbandversorgung, Nutzung des Know-hows der EnBW-Tochter Neckarcom Telekommunikation GmbH, Forcierung eines abgestimmten Ausbaus des Strom- und Breitbandnetzes über die Beteiligung des Landes an der EnBW, Darstellung der Strategie zur Umsetzung eines Gesamtkonzepts zum Breitbandausbau im ländlichen Raum

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/1131

Einsatz von Open-Source-Software in Kommunalverwaltungen und Unternehmen als Wirtschaftsfaktor für BW

Derzeitige Nutzung und Fördermöglichkeiten für die Weiterentwicklung der o.g. freien Software; wirtschaftliche Bedeutung für die baden-württembergische IT-Wirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Bedeutung von Open-Source-Software als Wirtschaftsfaktor für das Land

Antr

s. *Software*

Drs 15/1451

Breitbandversorgung im LKreis Hohenlohe

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/1494

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Ausbau der o.g. Breitbandversorgung durch Einwirkung auf die Netzbetreiber, Weiterentwicklung der Förderprogramme, Erschließung europäischer Förderprogramme und Aufnahme der Breitbandversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in das Kommunalabgabengesetz

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/1577

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreis Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/1663

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anpassung von Regelungen zur Aufwandsentschädigung an die Erfordernisse der Praxis, Erstattung aller mandatsbedingten Fahrten, Bestimmung der Wegstreckenentschädigung durch Verweisung auf das Landesreisekostengesetz, Einräumung eines Budgets für die mandatsbedingte Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen; redaktionelle Änderungen

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 15/1726

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1730

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 7 - Nutzung und Finanzierung von länderübergreifenden IT-Programmen

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1907
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2507
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 26.06.2013 Drs 15/3686
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4051
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
Mittlg LReg 28.11.2014 Drs 15/6211
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6376
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 15 - Gemeinsame Datenverarbeitungsstelle der Justiz (Kap 0502, 0503, 0511 und 0512)

Mittlg RH
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/1915

Micro-Trenching als Möglichkeit für den zügigen Ausbau schneller Internetverbindungen im Enzkreis

Technische und rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten zur Anwendung des o.g. Verfahrens; Gründe für die Ablehnung des Antrags der Gemeinde Friolzheim zur Anwendung des Verfahrens im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt durch einen besonders kostengünstigen Ausbau der Glasfaserleitungen, Anregung einer nochmaligen Überprüfung der abschlägigen Entscheidung des RegPräs

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2137

Breitbandversorgung im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2175

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung, Einsatz des Verlegeverfahrens Micro-Trenching als Alternative zum konventionellen Breitbandausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2196

Einsatz von Open-Source-Software (OSS) in der Landesverwaltung

Höhe der jährlichen Kosten für Informationstechnik in der Landesverwaltung seit 2002; Umfang des Einsatzes von OSS-Systemen und -produkten im Server- und Desktop-Bereich und der finanziellen Auswirkungen im selben Zeitraum; Frage nach der rechtlichen Möglichkeit einer Vorgabe von OSS bei Ausschreibungen, Vergaben und der Beschaffung

Antr
s. *Software*
Drs 15/2267

Breitbandversorgung im Alb-Donau-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2276

Breitbandversorgung im LKreis Freudenstadt

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2405

Energieeinsparung in den EDV-Anwendungen der Landesverwaltung

Potentiale und Maßnahmen zur Energieeinsparung in den IT-Geräten und -Anwendungen der Landesverwaltung, insbes durch Einsatz von Thin Clients und Server based Computing, standardisierte Voreinstellung klimaneutraler Suchmaschinen, Konsolidierung und Virtualisierung landeseigener Server, Nutzung der Abwärme landeseigener Server; Entwicklung des Stromverbrauchs der Landesverwaltung und des IT-Anteils

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3386

Netzwerkbetreuung an Schulen

Organisation, Zeitaufwand und Finanzierung der Netzwerkbetreuung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, insbes Berechnung der Anrechnungsstunden für Lehrer als IT-Betreuer; Einsatz und Verwendungsarten von Schulnetzwerken

KlAnfr
s. *Rechnernetz*
Drs 15/3401

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3385

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/3482

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 12 - Bürokommunikationssystem im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (Kap 0801)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3812
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4212
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 04.12.2014 Drs 15/6216
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6544
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelserleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr
s. *Handelsabkommen*
Drs 15/4681

EU-Projekt „e-SENS“ (Electronic Simple European Networked Services)

Sachstand des neuen Projekts „e-SENS“ der Europäischen Kommission zum Aufbau einer europaweit anwendbaren, digitalen Infrastruktur für rechtssichere und grenzüberschreitende Online-Dienste, insbes Vorteile für Wirtschaft und Verwaltung in BW

Antr
s. *Telemedien*
Drs 15/4835

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsidien

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsidien im Zuge der Polizeistrukturreform

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4872

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 28.03.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5003 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 16 17
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 7 - Das Informatikzentrum Landesverwaltung BW (Kap 0308)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5407
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5907
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
Mittlg LReg 18.12.2015 Drs 15/7911
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7972
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr
s. *E-Government*
Drs 15/5561

„Share Economy“ in BW

Rolle von Share Economy in BW; betroffene Geschäftsfelder; Auswirkungen auf Nachfrageverhalten und Produktion; Einfluss auf die Wirtschaftsstruktur; Chancen und Risiken von Share Economy; Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Wirtschaftssystem*
Drs 15/6159

Praxistauglichkeit der zentralen Annahme von Notrufen in den neuen Führungs- und Lagezentren

Erprobung und Inbetriebnahme der zentralen Notrufleitstellen in den neuen Führungs- und Lagezentren der Polizeipräsidien; Ursachen einer fehlerhaften räumlichen Zuordnung von Notrufen; technische Unterstützung der Notrufsachbearbeiter bei der Lokalisierung eines Notrufs

Antr
s. *Notruf*
Drs 15/6207

Auswirkungen der „Digitalisierung der Wirtschaft“ auf die duale Ausbildung

Vorbereitung der Auszubildenden auf die zukünftige Arbeitswelt (Stichwort „Industrie 4.0“); Ausbildungsberufe mit besonderer Ausrichtung auf die Digitalisierung der Arbeit; Anpassung bestehender Ausbildungsgänge; Entwicklung neuer Berufsbilder

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/6385

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften

Gründung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) zur zentralen Gesamtsteuerung der IT in der Landesverwaltung, insbes Definition der Aufgaben und der verschiedenen Finanzierungsformen

GesEntw LReg 24.03.2015 Drs 15/6654 (36 S.)
1. Beratung PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7609-7614
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.04.2015 Drs 15/6772
ÄAntr GRÜNE und SPD 29.04.2015 Drs 15/6824
2. Beratung PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7722
GesBeschl 06.05.2015 Drs 15/6861
GBI 2015 Nr. 10 S. 326-331 (Ges vom 12.05.2015)

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 11 - IT-Neuordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0602, 0607 und 0610)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7011
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7511 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 01.07.2016 Drs 16/247
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/604
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Berufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zusammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der Lernfabriken durch das Land

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/7635

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Umsetzung für das Land sinnvoller Regelungen des E-Government-Gesetzes des Bundes in das Landesrecht; Festlegungen zum elektronischen Zugang zur Verwaltung und der In-

formation über die Verwaltung, zur elektronischen Aktenführung, zum Dienstleistungsportal des Landes und zur Informationssicherheit; Verankerung des Beauftragten der LReg für Informationstechnologie; Regelung der Organisation und Strukturen der Zusammenarbeit in der Informationstechnologie innerhalb der Landesverwaltung und zwischen Land und Kommunen; Änderung verschiedener Gesetze und VO zur Ermöglichung und Verbesserung der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren

GesEntw
s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*
Drs 15/7724

Informations- und Telekommunikationsindustrie

s. *ITK-Branche*

Informationsaustausch

s.a. *Informationsveranstaltung*

Zeitpunkt der Veranlassung von Kontrollen und Maßnahmen gegen nicht deklariertes Pferdefleisch durch die LReg

Aufklärung über den Zeitpunkt der Benachrichtigung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); Gründe für die Verzögerungen bei den eingeleiteten Lebensmittelkontrollen und dem Sicherstellen der Pferdefleisch enthaltenden Ware; Zeitspanne bis zur Unterrichtung der Öffentlichkeit

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3122

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Zulassung eines fachlichen Informationsaustauschs zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie zwischen Kindergärten und Grundschulen, um eine individuelle Förderung von Schülern zu ermöglichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3279

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3781

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Unterrichtung der Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr; Verdacht der Vorabinformation der SPD-Generalsekretärin; Vorwurf der unzulässigen Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw Parlamentsangelegenheiten

KIAnfr
s. *Parteilpolitische Neutralität*
Drs 15/5039

Abfrage unter anderem von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Initiator, Wortlaut und Zweck des Auskunftsverlangens; Aufklärung über die mit der Anfrage im Staats- und im Justizministerium befassten Personen; Grundlage der Informationsweitergabe des Justizministerium an das Staatsministerium

KIAnfr

s. *Datenaustausch*

Drs 15/5095

Stuttgart 21 und die Beschäftigung des Kabinetts Kretschmann mit der Anfrage des Staatsministeriums beim Justizministerium
Kommunikation über Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zwischen Staatsministerium und Justizministerium und innerhalb des Kabinetts

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 21.05.2014 und
Stellungnahme StM Drs 15/5222

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/5230

Versuchte Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Ernennung eines Generalstaatsanwalts?

Dokumentation des Telefonats zwischen dem Staatssekretär im Staatsministerium und der Amtschefin im Justizministerium; Verfügungen anlässlich oder infolge des Telefongesprächs; übliche Form der Unterrichtung des Kabinetts und anderer Ministerien über die Ernennung eines Generalstaatsanwalts durch das Justizministerium

Antr

s. *Generalstaatsanwaltschaft*

Drs 15/5233

Verfahren der Arzneimittelregistrierung und -überwachung bei Veterinärmedizinern im Bereich der Land- und Nutztierwirtschaft

Behörden und Ämter zur Registrierung und Überwachung der Arzneimittel in der Nutztierhaltung; Verfahren der Arzneimittelüberwachung und -kontrolle bei den Veterinärmedizinern; Häufigkeit und Effizienz der Kontrollen; Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und Ämtern; Dokumentationspflicht der Veterinäre

KIAnfr

s. *Tierarzneimittel*

Drs 15/5711

Durchführung von Abschiebungen

Informationsweitergabe über bevorstehende Abschiebungen an Abgeordnete; Nutzung dieser Information für die Organisation von Widerstand vor Ort; Versuch, die Abschiebung der Roma-Familie A. durch die Vorlage eines ärztlichen Attests zu verhindern; Anwesenheit von Abgeordneten; Existenz eines Winterabschiebestopps

Antr

s. *Abschiebung*

Drs 15/6551

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6764

Informationsfreiheit

s. *Information*

Informationsfreiheitsgesetz

Informationsfreiheitsgesetz für BW

Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw FDP/DVP 25.02.2013 Drs 15/3114

1. Beratung PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3778-3784

Mittlg LtgPräs 10.04.2013 Drs 15/3344 (17 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 05.06.2013 Drs 15/3568

2. Beratung PIPr 15/70 12.06.2013 S. 4221-4226 (Ablehnung)

Eckpunkte für ein Informationsfreiheitsgesetz und geltendes Umweltinformationsrecht in BW

Konkrete Ausgestaltung der Eckpunkte für ein Informationsfreiheitsgesetz, insbes Abweichungen von den Regelungen zur Umweltinformation, Möglichkeit zur Erhebung kostendeckender Gebühren für die Informationsbereitstellung

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 09.12.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6228

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.03.2015 Drs 15/6921 S. 43 44

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG)

Gewährung eines umfassenden Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens; Festlegung des Anwendungsbereichs; Ausgleich zwischen öffentlichem Informationsinteresse mit dem Schutz personenbezogener Daten und sonstiger berechtigter Interessen (Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen); Normierung von Regelungen für die Antragsbearbeitung in Bezug auf das Verfahren und die Kosten; Einrichtung eines Informationsregisters durch die LReg; Wahrnehmung des Amtes eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw

s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*

Drs 15/7720

Informationspflicht*s. Auskunftspflicht***Informationsrecht der Abgeordneten***s. Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht***Informationsschrift***Situation des Glücksspiels in BW*

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetreiber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugenehmigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr

s. Glücksspiel

Drs 15/4470

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr CDU 28.10.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/7619

*Regierungsbefragung**Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW*

PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8384-8389

Informationssystem*s.a. Datenverarbeitung**Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern**s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/73

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal

s. Personalplanung

Drs 15/230

Sachstand zum elektronischen Gesundheitsberuferegister (eG-BR)

Zeitplan einer möglichen Einführung, erfasste Berufsgruppen, Beurteilung der Forderung und des Verfahrensstands in Bayern zur Einführung einer eigenen Heilberufe- und Pflegekammer

Antr

s. Gesundheitsberuf

Drs 15/538

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Anerkennung von Berufsqualifikationen*

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der VO über die Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems KOM(2011)883 endg.

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1201

Wissensmanagement und Personalgewinnung in Ministerien und Regierungspräsidien

Maßnahmen zur Sicherung und Archivierung von Fachwissen in Ministerien und RegPräs, Methoden zur Übergabe von Fachwissen an Nachfolger, Nutzung von EDV-basierten Wissensdatenbanken; Ausrichtung der Personalpolitik der Landesverwaltung zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter; Vorlage eines Konzepts zur Erhaltung von Kompetenz und Wissen in der Verwaltung unabhängig von Personalwechsellern

Antr

s. Personalplanung

Drs 15/2297

Geodatenbasierte Online-Plattform für Hinweise aus der Bürgerschaft

Nutzen und Effekte o.g. Plattformen für Mängelhinweise wie z.B. „Maerker Brandenburg“ oder das von der Stadt London eingesetzte System während der Olympischen Spiele; Beurteilung der Möglichkeit zur Ergänzung des Geodatenportals des Landes um eine entsprechende Feedbackfunktion oder Nutzung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung als Datengrundlage; Überlegungen zur Einbeziehung von Geodaten in die Bürgerbeteiligungsstrategie

KlAnfr

s. Geoinformation

Drs 15/2301

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Übertragung hoheitlicher Aufgaben zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder
Übertragung der anfallenden Aufgaben bei der Errichtung und dem Betrieb eines bundesweiten elektronischen Vollstreckungsportals auf das federführende Land Nordrhein-Westfalen

Mittlg LReg

s. Vollstreckung von Forderungen

Drs 15/2441

Fahrgastinformationssysteme: Berücksichtigung der Interessen von Älteren und Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Art der eingesetzten Fahrgastinformationssysteme; Berücksichtigung der Bedürfnisse von behinderten und alten Menschen bei den bestehenden Informationssystemen sowie dem sich in der Testphase befindlichen System RUBIK für den regionalen Busverkehr; Kosten einer flächendeckenden Einführung eines Fahrgastinformationssystems im ländlichen Raum; zuständige öffentliche Träger

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/2698

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/3210

Tierschutzgesetz umsetzen: Katzenkastrationsgebote ermöglichen

Erlass eines Katzenkastrationsgebots für verwilderte Katzen nach § 13 b des Bundestierschutzgesetzes (TierSchG); Übertragung der Ermächtigung für Katzenkastrationsgebote an die Kommunen; Erstellung der Rechtsverordnung unter Einbeziehung der Kommunalverbände; Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung inklusive der Kennzeichnung und Registrierung der freilebenden Katzen; Einrichtung einer landesweit nutzbaren Datenbank für die Registrierung der gekennzeichneten Katzen; finanzielle Unterstützung der Tierschutzorganisationen und Tierheime bei der Kastration und Kennzeichnung bestehender Populationen

Antr
s. *Katze*
Drs 15/3972

Unfallschwerpunktkarte für BW

Einsatz des Instruments des Verkehrssicherheitscreenings in BW; Veröffentlichung der Unfallschwerpunktkarte; Einspeisung der aus den Unfallstreckenanalysen gewonnenen Daten in ein System zur interaktiven elektronischen Unfallverhütung; Übermittlung der Daten an die Versicherungswirtschaft

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/4371

„Datenbank für Spitzenfrauen“

Dauer des Bestands der Datenbank „Spitzenfrauen in Gremien!"; Anzahl der dort registrierten Frauen; Ziele des Projekts; ähnliche Projekte zur Förderung qualifizierter Frauen in anderen Bundesländern; Kooperationspartner des Projekts und dessen Förderung durch das Land; Akzeptanz und Nutzung der Datenbank durch die Unternehmen; Vermittlung der Frauen an die Unternehmen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4678
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.05.2014 Drs 15/5272 S. 9 10
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr
s. *E-Government*
Drs 15/5561

Nutzung von EUSka-Daten zur Unfallprävention in BW

Nutzung und Weitergabe der Unfalldaten der elektronischen Unfalldatentypensteckkarte EUSka zur Unfallprävention in BW, insbes Voraussetzungen für Kommunen zum dauerhaften Datenzugriff, Regelung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/6246

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportale; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
s. *Wettbewerbsaufsicht*
Drs 15/6429

Verbraucher- und Datenschutz in der Versicherungswirtschaft

Missbräuchliche Nutzung des Hinweis- und Informationssystems (HIS) durch die Versicherungswirtschaft; datenschutzrechtliche Bewertung des HIS; Schutz des Verbrauchers vor missbräuchlicher Verwendung des HIS

KIAnfr
s. *Datenmissbrauch*
Drs 15/6475

Windenergiedaten der LReg

Sachstand zu abweichenden Daten zur Entwicklung der Windenergie in BW im Umweltinformationssystem des Landes und der Datenbank des Übertragungsnetzbetreibers TransnetBW

KIAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/6592

Einbeziehung von Hinweisen ehrenamtlicher Ornithologen in die Daten der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Nutzung von Daten ehrenamtlicher Ornithologen bei der Artenkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KIAnfr
s. *Vogel*

Drs 15/6881

Notwendigkeit einer zentralen Datei Rechtsextremismus
PIPr 15/19 23.11.2011 S. 842

Aufbau einer zentralen Datei zum Thema Rechtsextremismus
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 903

Informationssystem der Polizei

s. Polizeiliches Informationssystem

Informationstechnik

s. Informations- und Kommunikationstechnik

Informationstechnische Bildung

s.a. Informations- und Kommunikationstechnik
s.a. Medienkompetenz

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals, Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5814

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 14 15

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr

s. Digitalisierung

Drs 15/8121

Informationstechnische Grundbildung

s. Informationstechnische Bildung

Informationstechnische Industrie

s. ITK-Branche

Informationstechnologie- und Telekommunikationsbranche

s. ITK-Branche

Informationsveranstaltung

s.a. Information

s.a. Informationsaustausch

s.a. Konferenz

s.a. Öffentlichkeitsarbeit

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultramet im Raum Philippsburg

Antr

s. Stromnetz

Drs 15/6169

Wird die LReg bei von ihr selbst organisierten Podiumsdiskussionen dem Anspruch der Überparteilichkeit gerecht?

Sachstand zur Durchführung der Veranstaltungsreihe „Gemeinsam gute Schule machen“, insbes Berücksichtigung von Bestimmungen für die Organisation und Durchführung von allgemein politischen Diskussionsveranstaltungen an baden-württembergischen Schulen sowie der Zusammensetzung der Podien mit Angehörigen politischer Parteien, Bewertung der am 13. Juni 2015 in Ulm getätigten Äußerung des Podiumsteilnehmers und Landeselternbeiratsvorsitzenden Dr. C.R.

Antr

s. Bildungspolitik

Drs 15/7086

Infrastruktur

s.a. Investition

s.a. Landesplanung

s.a. Militärische Infrastruktur

s.a. Minister für Verkehr und Infrastruktur

s.a. Regionalplanung

s.a. Strukturpolitik

s.a. Verkehrsinvestition

s.a. Verkehrsplanung

s.a. Verkehrspolitik

Abwicklung des Landesinfrastrukturprogramms (LIP)

Stand der Abwicklung und Abrechnung der Maßnahmen aus dem LIP und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, Begründung und Auswirkungen der unterschiedlichen Abrechnungszeiträume der beiden Konjunkturprogramme; Verlängerung des Abrechnungstichtags für das LIP auf den 31.03.2012

Antr Tanja Gönner u.a. CDU 26.10.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/785 (41 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/1300 S. 4 5

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis

Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadtbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr

s. Förderprogramm

Drs 15/841

Vergabeerleichterungen bei Bauaufträgen iRd Konjunkturpakets II

Bewirkung einer starken Einschränkung des Wettbewerbs durch die erleichterten Vergaben öffentlicher Aufträge des Bundes nach einer Untersuchung des Bundesrechnungshofs; Veranlassung einer entsprechenden Untersuchung beim Zukunftsinvestitions- und Landesinfrastrukturprogramm

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1427

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung seit Erteilung der Empfehlungen der Demografie-Enquete auf Drs 13/4900; Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, beim ÖPNV und Individualverkehr, den Schulen und Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen, der Energiewirtschaft, Landwirtschaft und beim Tourismus; Förderung der Attraktivität durch Programme zur Dorfentwicklung, kulturelle Angebote, Nahversorgung im Einzelhandel und Stärkung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/1962

Regierungsbefragung

Folgen der Mittelkürzungen des Bundes für unsere Verkehrsinfrastruktur

s. *Verkehrsinvestition*
PIPr 15/46 S. 2576

Rad-Schulwegpläne

Funktion von Rad-Schulwegplänen; Maßnahmen und Hilfsmittel zu ihrer Erstellung; Regelung über ein einzuführendes Schulwegsicherungsgesetz

KIAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2828

EU-Infrastrukturpaket und Förderprogramm „Connecting Europe“

Auswirkungen von Plänen der Europäischen Kommission zur Schaffung von sogenannten Vorhaben von gemeinsamen Interesse (VGI) im Bereich der Energieinfrastruktur iRd Förderprogramms „Connecting Europe“ für BW, insbes Einbindung in grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte in bestimm-

ten Infrastrukturkorridoren sowie Planungen und Projektanmeldungen des Landes

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 20.06.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3653
BeschlEmpf und Bericht EuA 26.09.2013 Drs 15/4191 S. 53 54
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr SPD 09.07.2014 und Antw LReg Drs 15/5450 (31 S.)

Landesmittel zur Stärkung der Infrastruktur im Landkreis Rhein-Neckar

Sachstand zu Höhe und Auswirkungen der eingesetzten Landesmittel zur Stärkung der Infrastruktur im Rhein-Neckar-Kreis

KIAnfr Gerhard Kleinböck SPD 24.08.2015 und Antw MFW Drs 15/7329 (14 S.)

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele)

Ergänzung der Landesverfassung durch Hinzufügung von Staatszielbestimmungen, insbes zu Kinder- und Jugendrechten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Infrastrukturen sowie Arbeitsbedingungen, Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl

GesEntw
s. *Landesverfassung*
Drs 15/7412

Infrastrukturausstattung

s. *Infrastruktur*

Infrastrukturprogramm

s. *Infrastruktur*

Ingenieur

s.a. *Techniker*

Fachkräftemangel in Ingenieurberufen

Fachkräftebedarf in den Ingenieurberufen; Maßnahmen zur Behebung des Ingenieurmangels wie z.B. Anwerbung von Ingenieuren in anderen EU-Staaten oder Nachqualifizierung bereits hier lebender Menschen mit nicht gleichwertigen Studienabschlüssen; Einrichtung eines dualen Qualifizierungsganggangs und sonstiger überbetrieblicher Qualifizierungsmöglichkeiten für Ingenieure mit nicht gleichwertigen ausländischen Abschlüssen

Antr Claus Paal u.a. CDU 07.12.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/974
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646 S.

8

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Ingenieuren, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von Frauen für MINT-Bereiche

Antr

s. *Frau*

Drs 15/1240

Erhalt des akademischen Grads „Diplom-Ingenieur“ und der Herkunftsbezeichnungen

Gleichsetzung eines Bachelor-Studiums mit anschließendem Master-Studium mit den klassischen Diplom-Studiengängen; Schaffung einer Regelung zur Führung des o.g. zusätzlichen akademischen Grads für die Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge analog zu anderen BLändern und unter Vermeidung eines Zielkonflikts mit dem Bologna-Prozess

Antr

s. *Diplom*

Drs 15/1498

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“

Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 15/1610

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht

Ersetzung der bisherigen statischen Verweisung im Architekten-gesetz und dem Ingenieurgesetz durch eine dynamische Verweisung auf die jeweils geltende Fassung der Berufsanerkennt-nungsrichtlinie der Europäischen Union

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/5445

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze

Umsetzung der novellierten Berufsanerkennt-nungsrichtlinie 2005/36/EG für die Berufsgruppe der Architekten und Ingenieure und landesrechtliche Einführung der Partnergesellschaft mit beschränkter Berufshaftung für beide Berufsgruppen; Änderung der Regelungen zur Versicherungsaufsicht für die Versorgungswerke der Architekten, Ingenieure, Steuerberater, Rechtsanwälte und Notare; Ermöglichung der Vornahme von Entscheidungen über die Bewilligung von Förderleistungen durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank -(L-Bank) in einem vollautomatisierten Prozess

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/7857

Ingenieurgesetz

Konzept der Ingenieurkammer BW zur praktischen Umsetzung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse; Ausschluss der Einführung einer verpflichtenden Mitgliedschaft der Ingenieur-berufe der Kammer durch die übertragenen hoheitlichen Aufga-ben

MdlAnfr

s. *Ingenieurkammer*

Drs 15/7860

Beklagung der hohen Abbrecherquoten bei angehenden Inge-nieuren

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 60

Förderung der angewandten Forschung an den ehemaligen Fachhochschulen, Bewertung als Beitrag zur Abmilderung des Ingenieurmangels

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1407

Gewinnung von mehr Frauen für die Ingenieurberufe, Umset-zung des Pilotprojekts „Wing“

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531-1533 1535 1538

Ingenieurgesetz*Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikatio-nen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)*

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2013/25/EU in das Bauberufsrecht

Änderung von § 2 des Ingenieurgesetzes in der Fassung vom 3. März 2009

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/5445

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze

Änderung des Ingenieurgesetzes in der Fassung vom 29. Juli 2014 durch eine Neufassung

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/7857

Ingenieurkammer*Ingenieurgesetz*

Konzept der Ingenieurkammer BW zur praktischen Umsetzung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse; Ausschluss der Einführung einer verpflichtenden Mitgliedschaft der Ingenieur-berufe der Kammer durch die übertragenen hoheitlichen Aufga-ben

MdlAnfr 4) Claus Paal CDU 11.12.2015 Drs 15/7860

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8818 8819

Ingenieurkammergesetz

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesenerkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze

Änderung der §§ 2, 8, 9, 11, 17, 17 a, 20, 20 a, 21 und 22 des Ingenieurkammergesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw

s. *Bauberuf*

Drs 15/7857

Ingenieurwissenschaften

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW und möglicher Standort Ulm

KlAnfr

s. *Naturwissenschaften*

Drs 15/3736

Ingersheim

Geplanter Autobahn-Halbanschluss und „Schwörer-Trasse“ in Freiberg/Neckar

Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit und Finanzierbarkeit einer neuen Anschlussstelle an der A 81 mit der geplanten Teilortsumfahrung von Ingersheim sowie der o.g. Trasse durch das Industriegebiet Neckar mit der Ortsumfahrung von Freiberg, Zulässigkeit des geforderten Lkw-Fahrverbots auf der L 1125 auch ohne den Bau des geplanten Halbanschlusses?

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/446

IngG

s. *Ingenieurgesetz*

Inhaftierung

s. *Haft*

Inkassobüro

s.a. *Insolvenz*

s.a. *Vollstreckung von Forderungen*

Aktivitäten unseriöser Inkassounternehmen in BW

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der verursachten Schäden, bestehende Aufsichts- und Kontrollregelungen sowie Abwehrmöglichkeiten der betroffenen Verbraucher; Positionierung zu einer Initiative der BReg im BRat zur besseren Transparenz, Aufsicht und Kontrolle von Inkassounternehmen

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 16.01.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1133

BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.05.2012 Drs 15/2007

S. 52 53

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Inkassounternehmen

s. *Inkassobüro*

Inklusion

s.a. *Außenklasse*

Der baden-württembergische Weg zum Ausbau inklusiver Bildungsangebote setzt auf Qualität und individuelle Lösungen

Heranziehung der in den Erprobungsregionen gewonnenen Erfahrungen für eine landesweite Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern an den Regelschulen, Eignung der „Bildungswegekonzern“ als Steuerungsinstrument für die Schulverwaltung, Weiterentwicklung der Sonderschulen zu „Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren“, Qualifikation der Lehrkräfte an den Regelschulen, Zeitperspektive für das Gesetzgebungsverfahren zur inklusiven Beschulung

Antr CDU 13.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/258

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1018-1024

Umsetzung der Inklusion an allgemeinen Schulen

Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern an weiterführenden Schulen aufgeschlüsselt nach Schultypen; Quantifizierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern der Primar- und Sekundarstufe im Schuljahr 2010/2011; Inklusionsanteil in Kindertagesstätten, Grundschulen und in der Sekundarstufe I; Auflistung der Schulen in den Wahlkreisen Wiesloch, Reutlingen und Lahr, welche die Inklusion bereits umsetzen; Zahl der inkludierten Kinder und Art der Inklusion; Lehrerfortbildung und Informationsangebote für interessierte Eltern

KlAnfr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 13.09.2011

und Antw KM Drs 15/498 (14 S.)

Standortauflösung der Fakultät für Sonderpädagogik Reutlingen

Auswirkungen einer Verlagerung der Fakultät nach Ludwigsburg, insbes für die Vermittlung von sonder- und inklusionspädagogischen Grundkompetenzen, die Kooperation mit klinischen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen der Universität Tübingen, für die außerschulische Behindertenhilfe und Benachteiligtenförderung in Südwürttemberg, die Studierenden und Mitarbeiter; Darstellung der Kosten und finanziellen Folgen der Standortverlagerung; Abmilderung der sozialen Härten für die Mitarbeiter

Antr

s. *Sonderpädagogik*

Drs 15/1588

Außenklassen von Sonderschulen

Entwicklung der Zahl von Außenklassen und Schülern sowie der eingesetzten Ressourcen seit 2007; Bewertung des Beitrags zur Inklusion und der sonderpädagogischen Förderung; Akzeptanz der Außenklassen bei den behinderten Schülern, ihren Eltern und den Sonderpädagogen; Darstellung der Entwicklungsperspektiven für die Einrichtung von Außenklassen und für eine stärkere Einbeziehung der behinderten Kinder in das Zusammenleben in der Regelschule

Antr

s. *Außenklasse*

Drs 15/2154

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersagung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Drs 15/2168

Situation und Perspektiven der Schulen für Erziehungshilfe

Aufgaben, Zielgruppen, Standorte, Verweildauer und Schülerzahlen der o.g. Schulen seit 2002; personelle und sächliche Ausstattung; Planung von Änderungen und Erweiterungen, insbes im Hinblick auf die Inklusion im Bildungswesen

Antr

s. *Sonderschule*

Drs 15/2231

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Entwicklung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und des Anteils inklusiven Unterrichts bis zum Schuljahr 2015/16

GrAnfr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/2402

Hilfen des Landes für die Stadt Pforzheim bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden; Anfragen und Anträge der Stadt Pforzheim zur Förderung von Integrationsmaßnahmen seit 2012; Bewilligung zusätzlicher Fördermittel; Einschätzung der gewalttätigen, einen Polizeieinsatz erfordernden Auseinandersetzungen unter irakischen Jesiden in der Pforzheimer Innenstadt; Ausweitung schulischer Integrationsmodelle auf irakische Schüler

KIAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/3319

Inklusion im Sport

Integration von Menschen mit Behinderungen in den Sportunterricht und in außerschulische Sport- und Bewegungsangebote, insbes Möglichkeit von Schulsportwettbewerben für Schüler mit geistiger bzw körperlicher Behinderung; Forschungsförderung zu Inklusion im Sport; Informationsangebote zu inklusiven Sportangeboten und zur Umsetzung von Barrierefreiheit im Sport

Antr SPD 10.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3336

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5343-5348

Wie kommt der Ausbau der Inklusion voran?

Situation und der Planungsstand der Umsetzung der inklusiven Beschulung in BW, insbes vorrangige Umsetzung der Inklusion an Gemeinschaftsschulen gegenüber anderen weiterführenden Schularten, gezielter Informationsgewinn durch Verlängerung des Erprobungsstatus

Antr CDU 08.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3472

ÄAntr FDP/DVP 28.01.2014 Drs 15/4662

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5316-5324

Inklusion bei der Aus- und Weiterbildung der in § 7 Abs 2 Kindertagesbetreuungsgesetz aufgeführten Fachkräfte

Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten; erhöhte Anforderungen an die dort arbeitenden Fachkräfte; Vorbereitung der in § 7 Abs 2 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz - KiTaG) genannten Fachkräfte durch entsprechende Weiterbildung; Inklusion als Ausbildungsinhalt von Fachkräften für Kindertagesstätten in anderen Bundesländern

Antr Tobias Wald u.a. CDU 04.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3739

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.10.2013 Drs 15/4379 S. 14 15

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Raumprogramm der Gemeinschaftsschulen im Vergleich zum Modellraumprogramm einer Ganztags-Werkrealschule; Beachtung gymnasialer Standards bei Ausgestaltung der Unterrichtsräume für die naturwissenschaftlichen Fächer; Berücksichtigung der Einführung der zweiten Fremdsprache im Raumprogramm; Förderung der Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen zur Ermöglichung eines integrativen Unterrichts; Bekanntmachung der überarbeiteten Schulbauförderrichtlinien; Einbeziehung von Umbaumaßnahmen aufgrund von Bildungsreformen und gewandelter pädagogischer Leitideen; ausreichendes Raumangebot als Genehmigungsvoraussetzung

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 15/3775

Kosten der Inklusion an Schulen

Teilnahme von Schülern mit Behinderung am integrativen Unterricht; Anzahl der Schüler in den vergangenen fünf Jahren; voraussichtliche Schülerzahl bei Erreichung der Endstufe des Inklusionsprozesses im Jahr 2018; Anzahl der durchschnittlich pro Schüler veranschlagten sonderpädagogischen Wochenstunden; darüber hinausgehender Bedarf an einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsangebot z.B. für seelisch beeinträchtigte Schüler; Höhe der pro behindertem Kind für den gemeinsamen Unterricht veranschlagten Kosten; Kostenträger auf Landes- und Bundesebene; Verteilung der Sach- und Personalmittel; Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans

Antr CDU 04.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4268 (16 S.)

PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7322-7328

Warum verschiebt die LReg das Inklusionskonzept?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5107-5116

Sportunterricht an den Schulen in BW

Situation des Sportunterrichts an den Schulen in BW, insbes Unterrichtswochenstundenzahlen der einzelnen Schularten und Klassenstufen, Sportlehrerbedarf und Sportlehrerbildung, Ausbau des schulischen Sportangebots, Einführung einer Sport- und Bewegungsstunde in Grundschulen, Angebot an Schulschwimmunterricht sowie Vorbereitung der Inklusion

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/4577

Umsetzung der Inklusion im Landkreis Schwäbisch Hall

Inklusionsanteil in den Kindertagesstätten und Schulen seit 2010; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Umsetzung der Inklusion an weiterführenden Schulen

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 30.01.2014 und Antw
Drs 15/4674

Das „Kronauer Modell“ - bekommt das erfolgreiche Inklusionskonzept eine Zukunft?

Zusammenarbeit der Werkrealschule in Kronau mit der Körperbehindertenschule Karlsbad; Sicherung des Fortbestands des Kooperationsmodells in Kronau; Auswirkungen eines Wegfalls der Werkrealschule für die Inklusionsarbeit vor Ort; Berücksichtigung von Spezialfällen wie dem „Kronauer Modell“ in der regionalen Schulentwicklungsplanung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.02.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4734

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Inklusion von Kindern mit Autismus-Spektrum-Störungen

Gründe für bisherigen Verzicht auf einen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Autismus“; Maßnahmen zur evidenzbasierten Förderung von Kindern mit Autismus in Schulen; Hilfen für Schulen bei der Aufnahme autistischer Kinder und Qualitätssicherung schulischer Förderangebote

Antr
s. *Autismus*
Drs 15/4916

Umsetzung der Inklusion in den Kommunen

Bewertung eines Positionspapiers von Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung der Inklusion in den Kommunen und sich daraus ergebende Konsequenzen, insbes die komplette Überführung von sonderschulischen Einrichtungen in Regelschulen und Umwandlung in Förderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren; Mittelbereitstellung für Zusatzkosten der Kommunen; Planungen zur Rücknahme der Inklusion an Regelschulen in Bremen

Antr CDU 14.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4942
PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5852-5859

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 20.03.2014 und Antw
KM Drs 15/4965 (11 S.)

Inklusion ist Entwicklungsaufgabe für alle weiterführenden Schularten

Informationen zur Entwicklung inklusiver Unterrichtsangebote an den öffentlichen Gymnasien in BW in den vergangenen Jahren

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 26.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4982

Inklusion im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umsetzung der Inklusion in den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises in den vergangenen Schuljahren; Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Erreichung eines Schulabschlusses; Berücksichtigung des integrativen Unterrichts bei der Lehrerbildung

KlAnfr Karl Rombach CDU 02.04.2014 und Antw KM Drs 15/5013

Verortung von Sonderpädagogen im Zuge der Inklusion

Dienstrechtliche Verortung der Sonderpädagogen; Sicherstellung eines bedarfsorientierten Einsatzes sonderpädagogischer Lehrkräfte an den Regelschulen; Zusammenarbeit mit privaten Förderschulen; Auswirkungen auf die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Sicherung der Fortbildung und des fachlichen Austauschs

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/5066

Sportunterricht für Schülerinnen und Schüler mit körperlicher Behinderung

Ermöglichung einer gerecht benoteten Teilnahme von Schülern mit körperlicher Behinderung am regulären Sportunterricht, insbes in der gymnasialen Oberstufe

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/5068

Inklusion in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt voranbringen

Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, insbes Eintritt in eine Berufsausbildung, Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt, Arbeitslosenanteil der Schwerbehinderten unter 25 Jahren, Unterstützung für Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe bei der Einstellung bzw Ausbildung Schwerbehinderter, Umsetzung von Projekten und Vorhaben des Bundes im Bereich der Inklusion in der Ausbildung

Antr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/5083

Inklusion an den Gemeinschaftsschulen

Eignung der Gemeinschaftsschule für inklusive Beschulung und Umfang der Ressourcenbereitstellung

MdIANfr 1) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 14.04.2014 Drs 15/5114

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5988 5989

Inklusion in der Polizei

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei, insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturreform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehindertenvertretungen

Antr SPD 28.04.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5120

PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7896-7901

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KIANfr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 14.05.2014 und Antw KM Drs 15/5189 (11 S.)

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/5322

Inklusion im LKkreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KIANfr Jutta Schiller u.a. CDU 27.06.2014 und Antw KM Drs 15/5382

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schullart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Ver-

schiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr

s. *Sonderschule*

Drs 15/5437

Gefährdet eine Verortung der Sonderschullehrkräfte an den Regelschulen die Qualität?

Rolle der Sonderschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Aufbau eines inklusiven Bildungssystems; dienstrechtliche Verortung von Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen; Sicherung der Fachkompetenz der an Gemeinschaftsschulen tätigen sonderpädagogischen Lehrkräfte; Erläuterung der Begriffe „Schulen mit sonderpädagogischer Fachrichtungsexpertise“ und „Einrichtung mit sonderpädagogischen Handlungsfeldern“

Antr

s. *Sonderschullehrer*

Drs 15/5590

Außenklassen

Entwicklung des Unterrichts in Außenklassen, insbes gemeinsamer Unterricht von Schülern mit Behinderung mit den Klassen der jeweiligen Regelschule; Wechsel von Schülern der Außenklasse in die Regelschule; Bewertung der gemeinsamen Unterrichtsangebote der Außenklassen unter dem Aspekt der Inklusion

Antr

s. *Außenklasse*

Drs 15/5605

Das Profil der baden-württembergischen Realschule muss klar erkennbar bleiben

Situation der Profilentwicklung der Realschule in BW; Maßnahmen der LReg zur Schärfung des Realschul-Profiles, insbes bei bilingualen Zügen, Technik-Frühförderung, Sozialem (Engagement) und Inklusion

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/5619

Was macht das Kultusministerium mit den zusätzlichen 60 Millionen Euro Bundesmitteln?

Verteilungskriterien und Verwendung der zusätzlich verfügbaren 60 Millionen Euro Bundesmittel für den Schulbereich, insbes bei bildungspolitischen Projekten, zusätzlichen Deputaten, Ganztagsschulausbau, Investitionen zur Umsetzung der Inklusion, individueller Schülerförderung, Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Schulfinanzierung*

Drs 15/5635

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 21.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5642

Ist die Gemeinschaftsschule eine geeignete Inklusionsschule?

Festsetzung der Gemeinschaftsschule als Schwerpunktschule für Inklusion; aktueller Umfang des inklusiven Unterrichts an Gemeinschaftsschulen; Umfang des gemeinsamen Lernens in Lerngruppen; Einbeziehung von Schülern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in das selbstorganisierte Lernen; Anzahl der an den einzelnen Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Verortung der überhäufig an Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Rechtsanspruch auf Aufnahme an einer Gemeinschaftsschule; Ausarbeitung und Umsetzung des inklusiven Bildungsangebots

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5643

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr Peter Hauk CDU 09.10.2014 und Antw KM Drs 15/5851

Umsetzungsprobleme der Landesheimbauverordnung (LHeim-BauVO) in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach

Bewertung der in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach praktizierten Form der Teilhabe von Menschen mit Behinderung; Unterstützung der Gemeinschaft bei den durch die Landesheimbauverordnung vorgeschriebenen Maßnahmen; Verlängerung des Umsetzungszeitraums der Landesheimbauverordnung über den Stichtag 31. August 2019 hinaus

Antr
s. *Landesheimbauverordnung*
Drs 15/6147

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/6231

Ausbau der Studienplätze im Bereich der Sonderschulpädagogik

Sachstand zum Bereich Sonderschulpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen und Hochschulen Baden-Württembergs, insbes vorhandene und geplante Studienplätze, vorhandene und geplante Personalstellen und Haushaltsmittel für diesen Bereich, aktuelle und geplante Ausbildungs- und Vorlesungsinhalte; Angebot an Praktikumsplätzen; Vergleich der individuellen Fördermöglichkeiten für Schüler mit Förderbedarf im inklusiven Unterricht und an Sonderschulen; Möglichkeit für Schüler mit Förderbedarf zum weiteren Schulbesuch nach Abschluss der Pflichtschuljahre

Antr

s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/6286

Inklusion von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen

Erhöhung der Barrierefreiheit; Vermeidung von Fehlinterpretationen des Asperger-Syndroms; Maßnahmen zur Früherkennung von Autismus-Spektrum-Störungen (ASS); Zahl der spezialisierten Versorgungszentren in BW; Strukturen und Maßnahmen zur Verbesserung der Alltagskompetenz von Personen mit ASS sowie zur Vorbereitung dieser Personen auf das Berufsleben; Anerkennung des Autismus als eigenständigen Hilfebedarf in BW

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/6305

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 13.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6339

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr Werner Raab u.a. CDU 25.02.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6519

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 30-33

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Vergisst das Kultusministerium die privaten Sonderschulen bei der Inklusion?

Berücksichtigung der Erfahrung der Privatschulen bei der Ausarbeitung des inklusiven Bildungsangebots; Einbeziehung der privaten Schulen in die regionale Schulentwicklung; schulgesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung privater Förderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Berücksichtigung der Angebote privater Sonderschulen bei den Schulangebotsplanungen; Angleichung der Privatschulbauverordnung

Antr Tobias Wald u.a. CDU 27.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6559

Realschule Walldorf/Inklusion

Sachstand zur Entscheidungsfindung für den Schulbesuch eines vom Down-Syndrom betroffenen Jungen auf der Realschule in Walldorf ab dem Schuljahr 2015/2016; Diskussionsstand zur gesetzlichen Regelung inklusiver Bildungsangebote

Antr Karl Klein u.a. CDU 30.04.2015 und Stellungnahme
KM Drs 15/6833

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die Kommunen bei der Umsetzung der schulischen Inklusion und dem Aufbau pädagogischer schulischer Netze; Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in den Bereichen Trinkwasserüberwachung und Lebensmittelüberwachung; Unterstützung des investiven Ausbaus der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren

GesEntw
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/6962

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Aufhebung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule für Schüler mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot; Stärkung des Elternwahlrechts im Hinblick auf den schulischen Lernort; Bestimmung der Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen; Aufnahme des zieldifferenten Unterrichts an allgemeinen Schulen ins Schulgesetz; Stärkung der Steuerungsfunktion der Schulverwaltung bei der Organisation inklusiver Bildungsangebote; Weiterentwicklung der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren auch für Kinder ohne Behinderungen; Anpassung der Zuschüsse an die Privatschulen mit inklusiven Bildungsangeboten

GesEntw LReg 09.06.2015 Drs 15/6963 (155 S.)
1. Beratung PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7927-7936
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 01.07.2015 Drs 15/7079 (42 S.)
ÄAntr CDU 14.07.2015 Drs 15/7165 1-7 S. 1-7
Antr CDU 14.07.2015 Drs 15/7165 8-19 S. 8-19
ÄAntr FDP/DVP 14.07.2015 Drs 15/7165 20-23 S. 20-24
Antr FDP/DVP 14.07.2015 Drs 15/7165 24-25 S. 25-26
ÄAntr GRÜNE und SPD 15.07.2015 Drs 15/7165-26 S. 27
Antr GRÜNE und SPD 15.07.2015 Drs 15/7165-27 S. 28
2. Beratung PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8031-8046
GesBeschl 15.07.2015 Drs 15/7172 (10 S.)
GBI 2015 Nr. 15 S. 645-654 (Ges vom 21.07.2015)
Berichtigung GBI 2015 Nr. 17 S. 839
Mittlg LReg 18.01.2016 Drs 15/7952

Inklusionskonferenz in BW

Sachstand zu Ablauf und Wirkungsweisen des Förderprojekts „Inklusionskonferenzen“, insbes Auswahlkriterien, angestrebter Mehrwert, Mitfinanzierung durch andere Akteure, Beteiligung von Behinderten und deren Verbänden, Erfahrungen mit dem Modellprojekt im LKreis Reutlingen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 16.06.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7031
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.07.2015 Drs 15/7534 S. 19 20
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

40 Jahre Erklärung über die Rechte der Behinderten - wo steht Baden-Württemberg bei der Inklusion?

Aktuelle Debatte
s. *Behinderter*
PIPr 15/145 S. 8655

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Kooperation öffentlicher und privater Schulen im Bereich der Inklusion, insbes beim Einsatz von Lehrkräften; rückwirkende Erhöhung der Zuschüsse für die Privatschulen; Anpassung von Regelungen im Bereich des Privatschul- und Versorgungsrechts an aktuelle Entwicklungen

GesEntw LReg 19.01.2016 Drs 15/7957 (19 S.)
1. Beratung PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8884-8888
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.01.2016 Drs 15/8023
ÄAntr FDP/DVP 16.02.2016 Drs 15/8061 1-2 S. 1-3
EAntr FDP/DVP 16.02.2016 Drs 15/8061 3-4 S. 4-5
EAntr GRÜNE und SPD 17.02.2016 Drs 15/8061-5 S. 6
2. Beratung PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9008-9016
GesBeschl 18.02.2016 Drs 15/8073
GBI 2016 Nr. 4 S. 163-165 (Ges vom 23.02.2016)
Mittlg LReg 22.07.2016 Drs 16/363 (zu EAntr 15/8061-5)

Förderung der Integration von Kindern mit Behinderung im vorschulischen Bereich und in der Regelschule

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Befähigung der Lehrer zur gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 349

Schaffung eines flächendeckenden Angebots zur Beschulung von behinderten Kindern an den allgemeinen Schulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1377 1378 1391

Gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung an der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1718 1720 1724

Inklusiver Unterricht

s. *Inklusion*

Inkompatibilität

s.a. *Gewaltenteilung*

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/20

Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Beurteilung der parallelen Zugehörigkeit des o.g. Regierungsmitglieds zum Abgeordnetenhaus von Berlin: Frage nach der zutreffenden Begründung (von zwei abgegebenen Begründungen),

der rechtlichen Bewertung unter Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze der Inkompatibilität sowie der Gefahr von politischen Interessenkonflikten, Auswirkungen auf die Alimentierung als Berliner Abgeordnete und als Ministerin in BW

Antr
s. Öney, Bilkay SPD
Drs 15/48

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. Landesregierung
Drs 15/151

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Verkehr und Infrastruktur und der Staatssekretärin im MVI in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. Landesregierung
Drs 15/297

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst als Mitglied und Vorsitzende des Aufsichtsrats bei der Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Antr LReg
s. Landesregierung
Drs 15/1219

Erweiterung der Offenlegungsregelungen bei Interessenverknüpfungen von Abgeordneten

Neufassung von Ziffer III der Anlage 1 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Juni 1989 (GBI S. 250), zuletzt geändert durch Beschluss vom 27. Juni 2012 (GBI S. 478); Erweiterung der Offenlegungspflicht von Interessenverknüpfungen auf Beratungen und Abstimmungen

Antr
s. Landtag, Geschäftsordnung
Drs 15/2352

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Kultur, Jugend und Sport in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. Landesregierung
Drs 15/3208

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg

s. Landesregierung
Drs 15/3330

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin im Staatsministerium als Mitglied des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Antr LReg
s. Landesregierung
Drs 15/4106

Ist die politische Neutralität des Landeselternbeirats noch gewährleistet?

Stellenwert der parteipolitischen Neutralität von Beratungsgremien des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport; Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft im Vorstand des Landeselternbeirats BW mit einem Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag; Zulässigkeit der ehrenamtlichen Betätigung der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken als stellvertretende Vorsitzende des Landeselternbeirats

Antr
s. Elternvertretung
Drs 15/4114

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat des Ministers für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten als Mitglied des Aufsichtsrats der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Antr LReg
s. Landesregierung
Drs 15/5082

innBW

s. Innovationsallianz Baden-Württemberg

Innenminister

s.a. Innenministerkonferenz

Berufung und Vereidigung von Reinhold Gall zum/als Innenminister

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Gespräch des Innenministers am 20.09.2011 in Berlin

Inhalte und Ergebnisse des o.g. Gesprächs über die Bundeswehrstrukturreform im Verteidigungsministerium

MdlAnfr
s. Bundeswehr
Drs 15/607

Widersprüchliche Aussagen des Innenministers zur letzten Strukturreform der Polizeiposten

Aufklärung der widersprüchlichen Äußerungen des Innenministers über die von der Vorgängerregierung umgesetzte Polizeipostenreform

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/1305

Entscheidung von Innenminister Gall zur Beschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Einschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz, insbes Zeitpunkt der Entscheidung des Innenministers, Zeitpunkt und Form der Übermittlung an das Landesamt, Gründe der Entscheidung sowie Vorgehen anderer Bundesländer

KlAnfr

s. *DIE LINKE*

Drs 15/2969

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg

Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr

s. *Schweigepflicht*

Drs 15/4815

Wieder kritisiert das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Stellenvergabe durch das Innenministerium - Ist der Innenminister gewillt, für ordnungsgemäße Stellenbesetzungsverfahren zu sorgen?

Sachstand zum durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe kritisierten Stellenbesetzungsverfahren des Innenministeriums bei der Stelle des Leiters der Verkehrspolizeidirektion im Polizeipräsidium Mannheim, insbes Verhalten von Polizeinspektor D.W. bei der Beurteilung der Stellenbewerber, Einbeziehung des Innenministers

KlAnfr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/8095

Innenministerium Baden-Württemberg

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizeipräsidenten iRd Polizeistrukturreform
Auskunft über die an der Formulierung der zweiten Ausschreibung beteiligten Personen bzw Stellen; Zahl und Varianten der Ausschreibungstextentwürfe; Mitwirkung der politischen Führung des Innenministeriums und ihrer persönlichen Mitarbeiter an Ausschreibungsverfahren und Ausschreibungsformulierung; Behandlung des Ausschreibungsverfahrens im Kabinett

Antr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/5234

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsidien, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, einge-

gangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/5543

Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium

Sachstand zu Entwicklung bei den Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium und Reaktion der beiden Ministerien

KlAnfr

s. *Arbeitsbedingungen*

Drs 15/6854

Finanzpolitische Bilanz bei der Polizei BW - Verbotene Wahlwerbung für die SPD durch Herrn Innenminister Gall?

Sachstand zum wahlwerbenden Charakter der auf der Homepage des Innenministeriums abrufbaren „Finanzpolitischen Bilanz bei der Polizei BW“

KlAnfr

s. *Wahlwerbung*

Drs 15/8042

Wieder kritisiert das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Stellenvergabe durch das Innenministerium - Ist der Innenminister gewillt, für ordnungsgemäße Stellenbesetzungsverfahren zu sorgen?

Sachstand zum durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe kritisierten Stellenbesetzungsverfahren des Innenministeriums bei der Stelle des Leiters der Verkehrspolizeidirektion im Polizeipräsidium Mannheim, insbes Verhalten von Polizeinspektor D.W. bei der Beurteilung der Stellenbewerber, Einbeziehung des Innenministers

KlAnfr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/8095

Umgang mit und Folgen der Kleinen Anfrage „Finanzpolitische Bilanz bei der Polizei BW - Verbotene Wahlwerbung für die SPD durch Herrn Innenminister Gall?“

Sachstand zur Verbreitung und Aktualisierung der „Finanzpolitischen Bilanz bei der Polizei BW“, insbes Rücknahme und Vernichtung der ursprünglichen Fassung mit wahlwerbendem Charakter

KlAnfr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/8096

Innenministerkonferenz

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 15/171

Innenstadt

s. *Stadtzentrum*

Innere Sicherheit

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Innerstaatliche Wanderung

s. *Binnenwanderung*

Innovation

s.a. *Erfindung*

s.a. *Europäisches Technologieinstitut*

s.a. *Technologiepolitik*

s.a. *Technologietransfer*

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: GRÜN-
BUCH „Von Herausforderungen zu Chancen: Entwicklung einer
gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung
und Innovation“*

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*

Drs 15/74

*Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an
Hochschulen in BW*

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen
Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungs-
orientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim
Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit ver-
bundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstel-
len und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Indus-
try on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr

s. *Forschung*

Drs 15/897

*Sicherung des Wirtschaftsstandorts BW im Bereich der Umwelt-
technik*

Einschätzung des Bruttowertschöpfungspotenzials der Umwelt-
technik bis 2020; langfristige Sicherung des Landes als Kompe-
tenzregion für Ressourceneffizienz und Umwelttechnik; Stand
der Umsetzung des „Technologie- und Innovationszentrums
für Umwelttechnik“, Erweiterung um die Aufgabenstellung der
Energiegewende

Antr

s. *Umwelttechnik*

Drs 15/912

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlagspaket zum Rahmenprogramm für Forschung und In-
novation „Horizont 2020“*

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*

Drs 15/1100

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategische Innovationsagenda des Europäischen Innovations-
und Technologieinstituts (EIT)*

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*

Drs 15/1137

Projekt „Übermorgenmacherinnen und Übermorgenmacher“

Zahl der eingegangenen Vorschläge und Bewerbungen, Frauen-
anteil in der Jury und unter den Teilnehmern, Steigerung des
Frauenanteils bei der Auszeichnung für wertvolles Engagement
in Zukunftsprojekten

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 05.04.2012 und Antw
StM, SM, MFW und MWK Drs 15/1556

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Bedeutung und Förderung der kleineren und mittleren Unter-
nehmen, insbes beim Technologietransfer mit Hochschulen und
Forschungseinrichtungen; Steigerung der Innovationsfähigkeiten
von Unternehmen durch Förderung von „Unternehmens-
Clustern“

GrAnfr

s. *Demografie*

Drs 15/1608

Umsetzung des „Innovationsfonds Kunst“

Ausstattung und Zweckbestimmung des Innovationsfonds, In-
formation der kulturellen Einrichtungen über die Zielsetzung
und Ausführungsbestimmungen, Zusammensetzung der Jury für
die Bewilligung der Anträge, Einbeziehung des Landtags? Über-
tragbarkeit nicht verbrauchter Mittel ins nächste Haushaltsjahr
sowie Weiterführung des Fonds im kommenden Doppelhaushalt;
Auswirkungen der Globalen Minderausgabe im Epl 14

Antr

s. *Kunst*

Drs 15/1703

Frauen auf dem Land in BW

Anteile von Männern und Frauen im ländlichen Raum; Gründe
und Auswirkungen der Abwanderung von Frauen, notwendige
Rahmenbedingungen und Instrumente zur Trendumkehr, insbes
des von der EU mitfinanzierten Förderprogramms „Innovative
Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum (IMF)“, bisherige
Projektförderungen und geplante Neuauflage des Programms ab
2014, Ermunterung von Frauen zur Einreichung von Anträgen
zum Agrarinvestitionsförderprogramm

Antr

s. *Frau*

Drs 15/1770

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler
Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-
Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konse-
quenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und
Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie,
u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche
Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit
von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Inno-
vationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation
der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr

s. Technologie
Drs 15/1990

Innovationspolitik des Landes BW

Grundlagen, Instrumente und Schwerpunkte der Innovationspolitik; Ergänzung der projektorientierten Technologiepolitik durch eine steuerliche Förderung von FuE-Investitionen; Umsetzungsstand der Studie zu technologischen Perspektiven bis 2020; Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung; Erweiterung der Innovationsgutscheine, Einbeziehung der Kreativwirtschaft; Berufung eines ständigen Innovationsrats mit einer periodischen Berichterstattung

GrAnfr FDP/DVP 11.07.2012 und Antw LReg Drs 15/2071 (24 S.)
Antr FDP/DVP 22.01.2013 Drs 15/2911
PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3405 (abgesetzt)
PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3769-3778
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 7-9
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr FDP/DVP 26.07.2012 und Antw LReg 26.07.2012 Drs 15/2163 (16 S.)
Antr FDP/DVP 22.01.2013 Drs 15/2911
PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3405 (abgesetzt)
PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3769-3778
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 7-9
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Erfinderland BW

Initiierung einer Erfindermesse als eigenes Format oder in Kombination mit einer bereits bestehenden Messe

Antr
s. Erfindung
Drs 15/2181

Exporterfolge baden-württembergischer Unternehmen durch eine besondere außenwirtschaftliche Unterstützung von Clusterorganisationen ausbauen

Potenzial einer Internationalisierung von Clusterinitiativen und Innovationsnetzwerken; Fördereinrichtungen und Förderinstrumente; Begleitung entsprechender EU-Programme; Unterstützung einer grenzüberschreitenden, internationalen Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und weiteren in einem bestimmten Bereich tätigen Organisationen

Antr
s. Außenwirtschaft
Drs 15/2681

Finanzierung der Institute der Innovationsallianz BW

Bedeutung, Arbeit und Finanzierung der Innovationsallianz BW und der sie tragenden 12 unabhängigen Forschungsinstitute

KlAnfr
s. Forschung
Drs 15/3671

Innovations- und Qualitätsfonds

Umsetzung und Bewertung des iRd Solidarpakts II eingerichteten Instruments des Innovations- und Qualitätsfonds (IQF) für die Hochschulen in BW, insbes durchgeführte Maßnahmen, Bedarf und Zukunftspläne

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 15/5178

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr
s. Patentverfahren
Drs 15/5609

Herausforderungen der Kreativwirtschaft in BW

Anzahl der im Zeitraum 2011 bis 2014 in der Kreativwirtschaft tätigen Unternehmen und deren Umsatz; Gesamtzahl der in diesem Bereich Erwerbstätigen; Fazit der Einführung des Innovationsgutscheins C; Förderung kleiner und kleinster Unternehmen der Kreativbranche; Erleichterung der Kreditgewährung; Fachkräftebedarf; Instrumente zur Abwendung eines Fachkräftemangels; Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Eingehen von Innovationspartnerschaften (Open Innovation)

Antr
s. Unternehmen
Drs 15/5654

Innovationsrat BW

Sachstand zur Umsetzung der Vorschläge des Innovationsrats; Mitgestaltung und Förderung der Innovationsentwicklung durch die LReg; Wiedereinsetzung eines Innovationsrats

Antr FDP/DVP 20.02.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6504 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 42 43
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Erinnerung an die Basisinnovationen von Daimler, Benz, Bosch u.a. aus der Gründerzeit des Landes; Verweisung auf die notwendigen Innovationen für Nachhaltigkeit, Energie- und Rohstoffeffizienz

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22

Erinnerung an die Basisinnovationen von Bosch und Daimler aus der Gründerzeit des Landes; Beschreibung des Aufbruchs in eine neue Gründerzeit; Fortführung der Innovationspolitik in der neuen Wahlperiode

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 43 49 50 55 56 65 66 69 70 74 75 89

Ausgangslage der Hochschulen in BW für erfolgreiche Innovationen, Verweisung auf die Innovationsinitiativen in anderen BLändern

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280 286 288

Innovationsstärke der Automobilindustrie und -zulieferer in BW, Beurteilung der Forderung nach einer Innovationspeitsche für die Automobilbranche

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423-430

Beurteilung der Forderung nach einer Innovationspeitsche für die Automobilbranche, Verweisung auf die Innovationsstärke der Unternehmen im Land

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 777 781-783

Beurteilung der Forderung nach einer Innovationspeitsche für die Automobilbranche

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1199

Unterstützung der Innovationskraft des Mittelstands, Stärkung der vom Innovationsrat benannten Wachstumsfelder, Weiterentwicklung der Innovationsgutscheine

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425-1428 1430 1431 1433 1445

Hervorhebung der Innovationspolitik des Landes, Weiterentwicklung der Innovationsgutscheine; Innovationskraft des Karlsruher Instituts für Technologie

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1934 1936 1956 1958-1960

Innovationsallianz Baden-Württemberg

Finanzierung der Institute der Innovationsallianz BW Bedeutung, Arbeit und Finanzierung der Innovationsallianz BW und der sie tragenden 12 unabhängigen Forschungsinstitute

KlAnfr
s. *Forschung*
Drs 15/3671

Innovationsgutschein

s. *Innovation*

Innovationspolitik

s. *Innovation*

Innovationsrat

s. *Innovation*

INPOL

Nutzung personengebundener Hinweise

Rechtsgrundlagen für die Speicherung und Nutzung sogenannter personengebundener Hinweise (PHW) durch Behörden; Nutzung personengebundener Hinweise in BW; Anzahl der betroffenen Personen; bestehende Datenbanken und Zugriffsberechtigte;

Menge und Art der im Informationssystem INPOL gespeicherten personengebundener Hinweise aus BW; Umgang mit Personen, zu denen personengebundener Hinweise vorliegen; Anrecht der Betroffenen auf Auskunft über die gespeicherten Daten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5841

Insekt

s.a. *Imkerei*
s.a. *Schädling*

Entwicklung und Bekämpfung der Tigermoskito am Rhein

Entwicklung der o.g. Populationen und weiterer nichtheimischer Stechmückenarten, Auswirkungen der Maßnahmen des integrierten Rheinprogramms und der ökologischen Flutungen; Frage nach der Effizienz der bisherigen Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 25.04.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1606
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 53
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen

Behebung, Kosten und Prävention von Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen, insbes nach Schlagen der oberen Bresche am Leopoldskanal; Bekämpfung der eingewanderten Stechmückenarten wie der Asiatischen Tigermoskito und der Japanischen Buschmoskito

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3765

Einsatz von Insektiziden zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege

Bewertung des Einsatzes des Insektizids SpinTor (Spinosad) zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege im Wein- und Obstanbau; Zulassung des Insektizids Piretro Verde bzw Pyrethrine; Risikobewertung des Einsatzes von SpinTor und Piretro Verde durch die landwirtschaftlichen Landesanstalten; Auswirkungen des Insektizideinsatzes auf die heimischen Bienenpopulationen; Strategien und Mittel gegen die asiatische Kirschessigfliege in anderen Ländern

Antr
s. *Pflanzenschutzmittel*
Drs 15/5759

Gefahr der Ausbreitung exotischer Stechmücken als potenzielle Überträger von Erregern tropischer Krankheiten in BW

Sachstand über gesundheitliche Gefahren aufgrund der Ausbreitung exotischer Stechmücken in BW, insbes im Hinblick auf die Ausbreitung tropischer Krankheiten, Forschung zur Stechmückenproblematik; Beteiligung am geplanten bundesweiten Stechmücken-Monitoring

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 31.07.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7249
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/7755 S. 14-16
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/7625

Insolvenz

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Änderung von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Die Schlecker-Insolvenz und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitische Herausforderung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1559-1572

Transfergesellschaften versus Arbeitsagenturen

Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der betroffenen Arbeitnehmer 2011, Anteil und Erfolgsquote von Transfergesellschaften und der regionalen Arbeitsagenturen bei der Qualifizierung und Vermittlung der betroffenen Mitarbeiter; Einschätzung der Erfolgsquote der Agenturen bei den Betroffenen der Drogeriemarktkette S.

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1552

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?

Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 10.04.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1551
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 8 9
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Bürgschaften des Landes für kleine und mittlere Unternehmen in der Insolvenz

Entwicklung der o.g. Bürgschaften seit 2002; Rechtsgrundlagen, Voraussetzungen und Entscheidungsträger

Antr
s. *Bürgschaft*
Drs 15/1932

Insolvenz der A.S.e.K.: Was wusste der Finanz- und Wirtschaftsminister?

Art und Zeitpunkt der Einbindung des Ministers bereits im Vorfeld der Insolvenz, Frage nach dem Ergebnis der Prüfung der Bürgschaftsvoraussetzungen und von evtl Insolvenzstraftatbeständen und Information des FinWiA über die Erkenntnisse; künftige Vorgehensweise bei vergleichbaren Sachverhaltsgestaltungen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 23.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2146
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 8 9
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Wirtschaftsförderung bei Fortführung des Geschäftsbetriebs insolventer Unternehmen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Weiterführung einiger Filialen der insolventen Drogeriemarktkette S. durch die ehemaligen Mitarbeiter, Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Konzepts des geplanten Genossenschaftsmodells und der Wettbewerbschancen; Unterstützung mit Existenzgründungsdarlehen, Bürgschaften u.a. Instrumenten der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände?

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/2282

Wirkungen der Insolvenzordnung und ihre Veränderung

Qualifikation von Insolvenzverwaltern; Steuerschulden als finanzielles Risiko für den Übernehmer eines insolventen Unternehmens, insbes eines Einzelhandelsunternehmens; beschleunigte Einigung der Gläubiger; Insolvenzverfahren in Anlehnung an US-amerikanisches Recht („Chapter 11 of Title 11 of the United States Code“)

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.11.2012 und Antw MFW Drs 15/2638

Landesfördermittel für das Tierheim Stuttgart-Botnang

Abwendung des Konkurses für das Tierheim Stuttgart-Botnang, insbes Existenzsicherung durch Landesfördermittel; Tierunterbringung im Falle einer Schließung; Gründe für zweimalige Ablehnung einer Förderung des Tierheims durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz trotz Erfüllung aller tierschutzrechtlichen und veterinärhygienischen Vorschriften

KlAnfr
s. *Tierheim*
Drs 15/3536

Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereier Rot am See, LKreis Schwäbisch Hall

Bedeutung des Putenschlacht- und -verarbeitungsstandorts in Rot am See; Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereier und Möglichkeiten zur Weiterführung des Betriebs

KlAnfr
s. *Schlachtbetrieb*
Drs 15/4878

Verhinderung einer ungeordneten Insolvenz Griechenlands, Forderung von Regeln für Staatsinsolvenzen, Beispiele von geordneten Staatsinsolvenzen in der jüngeren Geschichte

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 484 489 496-498

Insolvenzordnung

s. *Insolvenz*

Insolvenzrecht

s. *Insolvenz*

Insolvenzverfahren

Wirkungen der Insolvenzordnung und ihre Veränderung

Qualifikation von Insolvenzverwaltern; Steuerschulden als finanzielles Risiko für den Übernehmer eines insolventen Unternehmens, insbes eines Einzelhandelsunternehmens; beschleunigte Einigung der Gläubiger; Insolvenzverfahren in Anlehnung an US-amerikanisches Recht („Chapter 11 of Title 11 of the United States Code“)

KlAnfr

s. *Insolvenz*

Drs 15/2638

Institut für angewandte Ökologie

s. *Öko-Institut*

Institut für ZukunftsEnergieSysteme

Vergabep Praxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftsenergiesysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 15/4499

Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen

3. IQB-Länderbericht 2012 - Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP

Beurteilung der Ergebnisse des 3. Länderberichts 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Ursachen der schlechten Bewertung BW; Einfluss der Schulstruktur auf die Schulleistungen; Umsetzung der bildungspolitischen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Datenerhebung; Maßnahmen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den vergangenen zwei Jahren; Stärkung der Kompetenzen der Schüler in den sogenannten MINT-Fächern

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/4170

Instrumentalensemble

s. *Musikensemble*

Insult

s. *Schlaganfall*

Integraler Taktfahrplan

s. *Fahrplan*

Integration Behinderter

s. *Teilhabe behinderter Menschen*

Integration von Ausländern

s. *Ausländerintegration*

Integrationsministerin

s. *Ministerin für Integration*

Integrationspolitik

s. *Ausländerintegration*

Integrationsunterricht

s. *Inklusion*

Integrative Beschulung

s. *Inklusion*

Integrativer Unterricht

s. *Inklusion*

Integrierte Leitstelle

s. *Rettungsdienst*

Integriertes Rheinprogramm

Integriertes Rheinprogramm (IRP), Hochwasserschutz am Oberrhein

Darstellung des aktuellen Stands, des Nachholbedarfs und der Zeitperspektive für die vollständige Umsetzung des IRP; Höhe der eingesetzten Mittel seit 2005 und der für 2012 veranschlagten Mittel zur Dammsicherung und Erstellung der Rückhalteräume zwischen Iffezheim und Mannheim

Antr

s. *Rhein*

Drs 15/911

Aufwand und Personalbedarf für das Hochwasserschutz- und Poldermanagement sowie die Damüberwachung entlang des Rheins

Darstellung des o.g. Aufwands, des Personal- und Finanzbedarfs für die Projekte iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr

s. *Rhein*

Drs 15/969

Entwicklung und Bekämpfung der Tigermoskitos am Rhein

Entwicklung der o.g. Populationen und weiterer nichtheimischer Stechmückenarten, Auswirkungen der Maßnahmen des Integrierten Rheinprogramms und der ökologischen Flutungen; Frage nach der Effizienz der bisherigen Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung

Antr

s. *Insekt*

Drs 15/1606

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 07.04.2010 zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Mittlg LReg
s. Rhein
Drs 15/2567

Kompensationsverordnung gemäß § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Inhalte einer Kompensationsverordnung gemäß § 15 BNatSchG auf Bundesebene und vergleichbare Regelungen der Bundesländer, insbes Erlass einer eigenen Kompensationsverordnung für BW; Anforderungen an den naturschutzrechtlichen Ausgleich bei der Ertüchtigung und Verstärkung von Dammbauwerken im Zuge der weiteren Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Antr
s. Naturschutzrecht
Drs 15/3157

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und umgesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnahmen des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasserschutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms; Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentionsgebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwasser-Managements während des diesjährigen Hochwassers; Hochwasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Landwirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der daraus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr
s. Hochwasser
Drs 15/3651

Planungsstau beim Bau des Retentionsraums Bellenkopf/Rappenwört auflösen

Stand des Planungsverfahrens für den Hochwasserrückhalteraum Bellenkopf/Rappenwört; Fortgang des Planfeststellungsverfahrens, Finanzierung und Baubeginn

KlAnfr
s. Hochwasser
Drs 15/3852

Poldererschließung Wyhl-Weisweil iRd Integrierten Rheinprogramms

Stand der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, insbes für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil; Prioritätensetzung und Zeitplan; Unterstützung der Gemeinde Weisweil für eine Ausnahmegenehmigung zur Stromversorgung mehrerer Gebäude auf der deutschen Rheinseite der Électricité de France (EDF)

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 26.11.2013 und Antw UM
Drs 15/4375

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein

Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRd Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KlAnfr
s. Baum
Drs 15/5685

Hochwasserschutz in BW und Fortschritte bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Art und Umfang der in den Jahren 2011 bis 2014 für den Hochwasserschutz aufgewendeten Mittel; Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms seit 2013; Volumen der bis zum Jahresende 2014 erreichten Retentionsgebiete; Beantragung von Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Kommunen; zukünftige Hochwasserschutzmaßnahmen und IRP-Projekte sowie die dafür veranschlagten Kosten; Einkalkulierung erhöhter Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes; Einrichtung neuer Personalstellen seit 2012

Antr
s. Hochwasser
Drs 15/6189

Integriertes Rheinprogramm Abschnitt Breisach-Burkheim

Sachstand zum Umgang mit der Umweltverträglichkeitsstudie iRd Integrierten Rheinprogramms für den Abschnitt Breisach-Burkheim, insbes Präferenz der LReg für Einführung von ökologischen Flutungen gegenüber der „Ökologischen Schlutenlösung Plus“

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 15.10.2015 und Antw UM
Drs 15/7579

Intelligentes Stromnetz

s. Stromnetz

Intensivmedizin

Überbelastung der Intensivpflegekräfte

Gewinnung von Pflegefachkräften für die Intensivstationen an den Universitätskliniken in BW; Belastung der Intensivpflegekräfte durch Überstunden; Sicherstellung der Versorgung von Intensivpatienten

KlAnfr
s. Pflegepersonal
Drs 15/7907

Intercity-Verkehr

Fahrplananforderungen für die Schaffung eines Halbstundentaktes

Möglichkeiten und Voraussetzungen für die o.g. Taktung der IRE/IC-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart über Pforzheim, Mühlacker und Vaihingen/Enz

KlAnfr
s. Fahrplan
Drs 15/19

IC Loreley

Abwendung der Mehrbelastung durch höhere Stationspreise für Halte des Intercity in Nürtingen und Tübingen; Ergebnis der zugesagten Prüfung eines Verzichts auf den IC Loreley

MdlAnfr
s. Stationspreis
Drs 15/98

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen,

Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/522

ICE-Verkehr auf der Gäubahn - Schienenverkehr attraktiver gestalten

Darlegung der o.g. Bemühungen; Wiederaufnahme von regelmäßigen ICE-Verkehren und von Intercityexpresszügen mit Neigetechnik durch die Bahn AG, Verbesserung der Tagesrandverbindungen und des Betriebsprogramms am Wochenende

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2179

Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bahnverkehrs im Stuttgarter Hauptbahnhof

Darlegung o.g. Beurteilung nach dem erneuten Entgleisen eines Intercity kurz nach dem Verlassen des Bahnhofs, Ursachen und Auswirkungen des Unfalls im Fern- und Nahverkehr, Maßnahmen der Bahn AG und Möglichkeiten zur Erweiterung des Rettungs- bzw Evakuierungskonzepts; Entwicklung der Stationspreise für den Stuttgarter Hauptbahnhof für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/2427

Geplante Streichung von IC-Verbindungen in BW

Geplante Streichung der zwei verbliebenen IC-Verbindungen auf der Strecke der Schwarzwaldbahn durch die Deutsche Bahn AG, insbes Gründe, Entscheidungsstand, Nachfragesituation auf der Schwarzwaldbahn, Maßnahmen der LReg zur Verhinderung der Streichung der Verbindung

Antr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/4944

Interessengemeinschaft

s. *Interessenverband*

Interessengruppe

s. *Interessenverband*

Interessenkollision

Mögliche Interessenkollisionen durch Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung (DFS)

Aufgaben und Dauer der Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung; Rolle und Position der Deutschen Flugsicherung bei der Ausarbeitung des Fluglärm-Staatsvertrags zwischen Deutschland und der Schweiz, insbes Kenntnisse und Tätigkeit des Ministers als Beiratsmitglied

Antr
s. *DFS Deutsche Flugsicherung*
Drs 15/2862

Interessenverband

Verankerung des Themas Homosexualität im Bildungsplan

Aufnahme des Themas Homosexualität im Bildungsplan, insbes einbezogene Schularten und Klassenstufen, geplante Unterrichtsinhalte und -methoden sowie Verankerung in der Lehrerbildung; Einbeziehung und Einflussnahme von Interessenverbänden

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 15/4095

Umgang mit dem offenen Brief des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. vom 23. April 2015 und Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung der Richter und Staatsanwälte

Einbeziehung der Interessenverbände der Richter und Staatsanwälte in Gespräche über die Übernahme des Tarifabschlusses 2015

KlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/6873

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7725

Interessenvertretung

s. *Interessenverband*

Interimslager (Kerntechnik)

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Interkommunale Zusammenarbeit

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Interkommunaler Finanzausgleich

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Interkommunales Gewerbegebiet

s. *Gewerbegebiet*

Interkulturelle Bildung

s. *Interkulturelle Erziehung*

Interkulturelle Erziehung

Kulturelle Bildung in BW

Arbeit und Ergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung und Umsetzung seiner Vorschläge auch in den neuen Bildungsplänen; Verbesserung der Infrastrukturen und Vernetzung von

Schulen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung; Ausweitung der Antragsberechtigung für den „Innovationsfonds Kunst“; Reaktionen und Umsetzung der Aufforderung an Schulen zur Benennung von Lehrkräften als Kulturbeauftragte

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/3447

Schließung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung - Schwerpunkt Sprachförderung“ an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und die Beweggründe der LReg

Sachstand zur Einstellung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung“ mit Schwerpunkt Sprachförderung an der Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zum Schuljahr 2015/2016, insbes Bedeutung und Ziele des Kontaktstudiums, Anzahl und Einsatz im Kontaktstudium ausgebildeter Lehrer

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 02.12.2015 und
Stellungnahme KM Drs 15/7822

Interkulturelle Pädagogik

s. *Interkulturelle Erziehung*

Interkulturelles Lernen

s. *Interkulturelle Erziehung*

Internat

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 11: Aufbaugymnasien mit Heim in Trägerschaft des Landes

Mittlg LReg
s. *Gymnasium*
Drs 15/1373

Schicksal der Aufbaugymnasien

Beurteilung des Vorschlags des RH zur Schließung der vier Aufbaugymnasien mit Heim in Trägerschaft des Landes; Klärung der unterschiedlichen Positionen zwischen dem MFW, dem KM und den Regierungsfractionen; Erhaltung der Aufbaugymnasien unter Berücksichtigung der Überlegungen in Drs 15/1373

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/1786

Vorgehensweise von Aufbaugymnasien mit Heim

MdlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/2089

Errichtung eines Musikgymnasiums in Karlsruhe

Sachstand der Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe und der staatlichen Hochschule für Musik Karlsruhe; Anzahl potenzieller Schüler aus dem Raum Karlsruhe; Stellenwert der Förderung musikalisch Hochbegabter; Hinderungsgründe für die Einrichtung eines Musikgymnasiums mit Internat in Karlsruhe

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/2922

Mehrkosten der John-Cranko-Ballettschule

Finanzierungskonzept für den Neubau der John-Cranko-Schule; Gründe für die Kostensteigerung; Einbindung der Stadt Stuttgart

in die Planungen; Vereinbarung des Landes mit der Stadt Stuttgart über Mehrkosten; Haltung gegenüber den Äußerungen des Landesrechnungshofs zum Bauvorhaben

KIAnfr
s. *Tanz*
Drs 15/3766

Einrichtung eines Sportinternats in Ulm

Planungen zur Einrichtung eines Sportinternats für jugendliche Spitzensportler am Standort Ulm, insbes Fördermöglichkeiten des Landes; Kooperationen mit Partnerschulen des Sports

KIAnfr
s. *Sportschule*
Drs 15/5940

Internationale Arbeitsstandards

s. *Arbeits- und Sozialstandards*

Internationale Beziehungen

s.a. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Petersburger Dialog 2013

Verlauf der Planungen des Petersburger Dialogs in Baden-Baden; Gründe für die Rücknahme der Förderung; Argumente gegen die Förderung bzw gegen den Dialog an sich; Höhe der Exportquote der baden-württembergischen Wirtschaft nach Russland; gegenwärtiger Stand des Dialogs zwischen BW und Russland; Einflussmöglichkeiten des Landes BW auf die Beachtung der Menschenrechte und eine Demokratisierung in Russland

Antr Tobias Wald u.a. CDU 14.11.2012 und Stellungnahme
StM Drs 15/2662
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S.
15 16
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Einladung des Petersburger Dialogs nach BW

Gründe für die Absage der 2013 in Baden-Baden geplanten Veranstaltung; Gesamtvolumen der veranschlagten Kosten; Frage nach politischen Gründen für die Absage; Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit Russland

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 16.11.2012 und
Antw StM Drs 15/2680

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Landeseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 07.12.2012 und Stellungnahme
StM Drs 15/2786 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 28.02.2013 Drs 15/3245 S. 99
100
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
Mittlg LReg 16.10.2013 Drs 15/4163

Gibt es einen Fluglärmdeal mit der Schweiz?

Koppelung an andere Projekte (Paketlösung) bei Verhandlungen über den Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz; Zusagen oder Bedingungen der Schweiz im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Gäubahn; Äußerungen und Absichten des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz

Antr

s. *Schweiz*

Drs 15/2910

Asiatische Migranten: Unerkannte Potenziale im toten Winkel der Integrationspolitik?

Statistiken und Stand der Integration asiatischer Migranten in BW im Vergleich zu den anderen großen Migrantengruppen, insbes prozentualer Bevölkerungsanteil, Art der Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse, Beschäftigungsquote und Beschäftigungsbereiche; Kontaktpflege des Landes über die vertretenen Konsulate asiatischer Länder; Branchen- und Wirtschaftskontakte zu asiatischen Ländern; Zuständigkeitsregelung für Asien im Ministerium für Integration; angemessene Vertretung asiatischer Migranten in migrationsrelevanten Gremien

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/3538

Verhandlungen mit der Republik Burundi

Stand der Gespräche mit der Republik Burundi zur Vertiefung der Partnerschaft, insbes Inhalte und Ziele sowie Einbindung von Parlament und Öffentlichkeit

Antr

s. *Burundi*

Drs 15/3750

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr

s. *Sekte*

Drs 15/3974

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr

s. *Palästinensische Gebiete*

Drs 15/4365

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albaniens bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr

s. *Albanien*

Drs 15/4802

Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi

Sachstand zur Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi, insbes prioritäre Ziele für das Jahr 2015, Aufgaben und Finanzierung der Burundiservicestelle der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ), Partnerschaften und Kooperationen zwischen baden-württembergischen und burundischen Institutionen und Körperschaften, Zusammenarbeit auf der Ebene von Behörden und staatlichen Einrichtungen, Förder volumen und Kontrolle partnerschaftlicher Projekte, Vermittlung der Partnerschaft in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bildungsplan der Schulen

Antr

s. *Burundi*

Drs 15/7076

Internationale Bodensee-Hochschule

s. *Privathochschule*

Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung

s. *IGLU-Studie*

Internationale Konferenz

s. *Konferenz*

Internationale Polizeimission

s. *Auslandseinsatz der Polizei*

Internationale Schiedsgerichtsbarkeit

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW

Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr

s. *CETA-Abkommen*

Drs 15/6292

Internationale Schule

Einrichtung einer Internationalen Schule in Tuttlingen

Beurteilung der Initiative eines Tuttlinger Unternehmerkreises zur Einrichtung einer Internationalen Schule als Konsequenz aus

der fortschreitenden Internationalisierung der Wirtschaft; Frage nach der Bereitschaft zu einer entsprechenden Änderung des Schulgesetzes

Antr Guido Wolf u.a. CDU 19.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/437
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.10.2011 Drs 15/1300 S. 14 15
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Förderung internationaler Schulen

Situation und Finanzierung internationaler Schulen in BW, insbes Bedeutung für die Gewinnung ausländischer Fachkräfte

Antr Claus Paal u.a. CDU 18.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5739

Internationale Sozialstandards

s. Arbeits- und Sozialstandards

Internationale Tagung

s. Konferenz

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Haltung zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA; verbesserter Zugang zum US-Markt für baden-württembergische Unternehmen infolge einer Aufhebung der Zölle; profitierende Branchen; Direktinvestitionen aus den USA sowie aus Drittstaaten in BW; Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in BW; Chancen und Risiken einer Liberalisierung des Handels für den Bereich der Landwirtschaft; Erhaltung bestehender Standards; Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung

Antr
s. Handelsabkommen
Drs 15/3197

Baden-württembergische Beteiligung an ausländischen Kernkraftwerken

Mitwirkung landesbeteiligter Energieversorgungsunternehmen an Planung und Bau ausländischer Kernkraftwerke, insbes Wirtschaftsentwicklungszahlungen des Landes BW an die Türkei und direkte oder indirekte Unterstützung eines Kernkraftwerkprojekts, Beteiligung einer EnBW-Tochter an Kernkraftwerksneubauten in der Tschechischen Republik

Antr
s. Kernenergiewirtschaft
Drs 15/3868

Auswirkungen des umfassenden Wirtschafts- und Freihandelsabkommens EU-Kanada

Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaft Baden-Württembergs mit Kanada; Auswirkungen des umfassenden Wirtschafts- und Freihandelsabkommens (CETA) zwischen der EU und Kanada auf BW, insbes in den Bereichen technische Standards, Arbeitsmarkt, Dienstleistungssektor, Agrarsektor, Anerkennung von Qualifikationen, öffentliches Beschaffungswesen sowie Partnerschaft mit der Provinz Ontario

Antr
s. Kanada
Drs 15/4392

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albaniens bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. Albanien
Drs 15/4802

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungsk Kooperationen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbereich und LKreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr
s. Tschechische Republik
Drs 15/4947

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes Abhängigkeit von Unternehmen vom Import und Export mit Russland, Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen, Anträge auf Ausfallbürgschaften, Einbußen bei russischen Touristen, Fortführung von Projekten mit Russland

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 22.04.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5105
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 4
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.08.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5667
BeschlEmpf und Bericht EuA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 126 127
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Baden-Württembergs Wirtschaft durch Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland stärken

Hintergründe zu Wirtschaftsdelegationsreisen ins Ausland, insbes zu Organisation, Programmgestaltung, Teilnahme Kriterien für Unternehmen, Angebot und Nachfrage, Bedeutung als Wirtschaftsförderungsinstrument, Dokumentation und Evaluation

Antr
s. Außenwirtschaft
Drs 15/5686

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (EU) auf BW

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaftsbeziehungen zu BW, insbes Situation der Handels- und Auftragsentwicklung, Folgen der Einfuhrverbote für Landwirtschaftsbetriebe und Hilfen seitens der EU, vom Verkaufsverbot von Finanzinstrumenten betroffene Finanzinstitute

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 19.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5745
 BeschlEmpf und Bericht EuA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 128 129
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. Serbien
 Drs 15/6299

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Sachstand zu Auswirkungen der Sanktionspolitik zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaft sowie auf wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu BW, insbes Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Höhe des Warenexports und -imports, Folgen für kleinere und mittelständische Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Erzeuger, Konsequenzen für Kooperationen (Partnerschaften) sowie für Austausch- und Bildungsprogramme

Antr
s. Russland
 Drs 15/8022

Internationale Zusammenarbeit*s.a. Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Staaten**Exporterfolge baden-württembergischer Unternehmen durch eine besondere außenwirtschaftliche Unterstützung von Clusterorganisationen ausbauen*

Potenzial einer Internationalisierung von Clusterinitiativen und Innovationsnetzwerken; Fördereinrichtungen und Förderinstrumente; Begleitung entsprechender EU-Programme; Unterstützung einer grenzüberschreitenden, internationalen Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und weiteren in einem bestimmten Bereich tätigen Organisationen

Antr
s. Außenwirtschaft
 Drs 15/2681

Zusammenarbeit zwischen BW und der Türkei im Bereich der Wissenschaftspolitik

Ziele und Resultate der Reise des MinPräs in die Türkei; Ergebnisse der Gespräche mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ankara und Istanbul; Beurteilung der dort

ausgerichteten Hochschultage; wissenschaftliche Kooperationen und Studienaustausch; Bedeutung der neu gegründeten deutsch-türkischen Universität in Istanbul; Anteil der (weiblichen) Studierenden mit türkischem Migrationshintergrund an den Hochschulen und Universitäten in BW; Rückkehr von Hochschulabsolventen in die Türkei

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2726
 BeschlEmpf und Bericht WissA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 32
 PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Richtlinienentwurf Finanztransaktionssteuer*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 Drs 15/3211

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 Drs 15/3528

Zukunftsperspektive für das Kooperationsprojekt „Vietnamesisch-Deutsche Universität“ (VGU) in Ho Chi Minh-Stadt

Finanzielle Beiträge der am Gemeinschaftsprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt beteiligten Einrichtungen und Unternehmen; Zukunft der Hochschule angesichts der mittelfristig zu erwartenden Finanzierungssituation; Gründe für die Streichung der Förderung des von der Hochschule Karlsruhe getragenen Masterstudiengangs „Mechatronics and Sensor Systems Technology“; ursprüngliche Intention der Förderung; Ziele der Internationalisierungsstrategie für die baden-württembergischen Hochschulen, Stellenwert der Region Südostasien und insbes Vietnams in diesem Zusammenhang

KIAnfr
s. Wissenschaftliche Kooperation
 Drs 15/3609

Kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union

Historische Entwicklung und Zahl der Gemeindepartnerschaften; Gründe und Ziele kommunaler Partnerschaften; Intensität der Beziehungen zwischen Partnerstädten; Haltung der kommunalen Spitzenverbände zu den Städtepartnerschaften; Förderung kommunaler Partnerschaften durch das Land und die Europäische Union; Zukunft der Städtepartnerschaften

Antr
s. Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften
 Drs 15/4270

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
 Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungskoopera-

nen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbezirk und LKreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr
s. *Tschechische Republik*
Drs 15/4947

Netzwerk von Frauenpolitikerinnen im Donauraum

Sachstand zur Gründung eines Netzwerks von Frauenpolitikerinnen im Donauraum, insbes Bewertung und Unterstützung durch die LReg, bisherige Erfahrungen zur vernetzten Zusammenarbeit von Frauen in den Donauraumstaaten, Beitrag der LReg zur Stärkung der Partizipation und Herstellung von Chancengleichheit in den Ländern des Donauraums, geeignete Bereiche und Themenfelder sowie Kooperationspartner für das Netzwerk, Finanzierungsmöglichkeiten

Antr
s. *Frauenpolitik*
Drs 15/6124

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. *Serbien*
Drs 15/6299

Internationaler Frauentag

Neue Wege in die geschlechtergerechte Gesellschaft - Der Internationale Frauentag als Mahnung und Auftrag

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3611-3621

Internationaler Investitionsschutz

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW
Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr
s. *CETA-Abkommen*
Drs 15/6292

Internationaler Jugendaustausch

s. *Jugendaustausch*

Internationaler Kapitalverkehr

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7764

Internationaler Kongress

s. *Konferenz*

Internationaler Tag der Frau

s. *Internationaler Frauentag*

Internationaler Zahlungsverkehr

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/1707

Umstellung auf SEPA-Verfahren bei baden-württembergischen Unternehmen

Stand der Umstellung auf das SEPA-Verfahren insbes bei kleinen und mittelständischen Unternehmen; bekannte Schwierigkeiten bei der Umstellung; durchschnittliche Kosten pro Unternehmen; Einsparungen durch das Preisgleichheitsgebot; Auswirkungen der Abschaffung des elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV) ab 2016 auf Einzelhandel und Gastgewerbe; Alternativverfahren zu ELV

KIAnfr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3085

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3966

Internationales Abkommen

s.a. *Schengener Abkommen*
s.a. *Staatsvertrag*

Ratifizierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Einschätzung der einmaligen und fortlaufenden Zuflüsse nach dem o.g. Steuerabkommen für das Land und die Kommunen; Verzicht auf eine Verhinderung der Ratifizierung über den Bundesrat

Antr FDP/DVP 12.10.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/672

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1922

Steuerabkommen mit der Schweiz

Einschätzung der Vermögenssummen von Landesbürgern auf Schweizer Bankkonten und der Steuereinnahmen nach Inkrafttreten des o.g. Abkommens; Gründe und Auswirkungen der Ablehnung des Ratifizierungsgesetzes im BRat; strafrechtliche Beurteilung der Erstellung, Weitergabe und des Erwerbs von Steuer-CDs; Frage nach unverzichtbaren Vertragsbestandteilen eines Steuerabkommens mit der Schweiz sowie nach Bestrebungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer

Antr CDU 21.10.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/765
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1658

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1922

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Abschluss der Bund-Ländervereinbarung zum StabilisierungsmechanismusGes (StabMechG)

Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Unterrichtung des BRats nach dem StabMechG; Umsetzung der beschlossenen Ausweitung der Aufgaben des bestehenden Euro-Rettungsschirms (EFSF) und der entsprechenden Änderung des EFSF-Rahmenvertrags durch eine Anpassung des StabMechG

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1211

Strafverfolgung deutscher Staatsbürger im Ausland

Schutz von deutschen Staatsangehörigen gegen ausländische Strafverfolgungsmaßnahmen und zivilrechtliche Vollstreckungsmaßnahmen; Beurteilung der vom Finanzminister geäußerten Gefährdung des Steuerabkommens mit der Schweiz durch die dortige Einleitung von Strafverfolgungsmaßnahmen gegen deutsche Steuerfahnder

KlAnfr

s. *Strafverfolgung*

Drs 15/1546

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Schweizer Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1922

Zustimmung zum Fiskalpakt als Weg aus der Krise nutzen - für solide Finanzen, nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa

Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa, Flankierung durch Maßnahmen für ein nachhaltiges Wachstum, Beteiligung der Finanzmärkte an den Stützungsmaßnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer; Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Haushaltsautonomie der Länderparlamente bei der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts; Begrüßung der in den Ver-

handlungen mit dem Bund erreichten deutlichen Entlastung der Kommunen

Antr

s. *Finanzpolitik*

Drs 15/1968

Information über die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Ländern über die Ratifizierung des Fiskalvertrags durch den Ministerpräsidenten

s. *Finanzpolitik*

PIPr 15/41 S. 2251

Neue Entwicklungen in den Beziehungen EU - Schweiz

Beurteilung des Vorschlags des Schweizer Bundesrats für einen Verhandlungsrahmen für ein EU-Schweiz-Rahmenabkommen zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln sowie der Auswirkungen für BW; Einbringung des Anliegens von gleichen Wettbewerbschancen für Handwerker, Dienstleister und Landwirte beim Bund; Chancen nach Abschluss des Rahmenabkommens für den erfolgreichen Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens?

Antr

s. *Europäischer Binnenmarkt*

Drs 15/2032

Folgen des Staatsvertrags über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf BW

Maximal zulässige Anzahl von Anflügen über baden-württembergisches Gebiet, Flughöhe und Zeitraum innerhalb des Tagesverlaufs; zu erwartende Änderungen ab 2020 insbes durch Neufestlegung der Flugrouten; Bewertung dieser Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf den Lärmschutz

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/2313

Lärmreduzierung für Südbaden sicherstellen

Verhandlungsstand des Abkommens mit der Schweiz, voraussichtliche Befassung des Bundesrats; Lärmschutz-Ziele des Staatsvertrags; Unklarheiten über den Inhalt der Denkschrift zum Staatsvertrag, Erfordernis einer Konkretisierung der Ausführungsbestimmungen vor der Zustimmung im Bundesrat; Einhalten der Ziele der Stuttgarter Erklärung im Verfahren

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/2349

Staatsvertrag Fluglärm Zürich mit der Schweiz - Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung

Ablehnung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form; Hinwirkung auf Aufnahme der Positionen der Stuttgarter Erklärung, insbes der Begrenzung der Flugbewegungen auf 80.000/Jahr, in den Staatsvertrag

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/2484

Fahrplanverbesserungen im Jestetter Zipfel

Auswirkungen der Fahrplanänderungen des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) auf die Zugverbindungen nach Lottstetten und Jestetten; Dialog mit den zuständigen Schweizer Stellen, um eine Verschlechterung der Bahnanbindung des Jestetter Zipfels zu verhindern; Benennung der für die Bahnverbindung auf

deutschem Gebiet maßgeblichen Inhalte des 1875 zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossenen Staatsvertrags

KlAnfr

s. *Eisenbahnpersonenverkehr*

Drs 15/3871

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz

Beurteilung der Ergebnisse der Begleitkommission zum Fluglärm-Staatsvertrag der Schweiz und des Fluglärmbeirats; Gespräche der LReg über den Fluglärm-Staatsvertrag mit Vertretern der Schweiz, des Flughafens Zürich und der Bundesregierung und deren Ergebnisse; Berücksichtigung der „Stuttgarter Erklärung“ in neuerlichen Verhandlungen zur Lösung des Fluglärms durch den Flughafen Zürich

Antr

s. *Fluglärm*

Drs 15/4570

Selbstanzeigen von Steuersündern im LKreis Waldshut

Anzahl der Selbstanzeigen von Steuersündern im Finanzamtsbezirk Waldshut und Vergleich zu den anderen baden-württembergischen LKreisen; Ausgestaltung eines künftigen Steuerabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz

KlAnfr

s. *Steuerdelikt*

Drs 15/4724

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz

Sachstand beim Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz, insbes Zusammenhang mit dem von der Schweiz beantragten satellitengestützten Anflugverfahren über Deutschland, Mitarbeit des Bundes

Antr

s. *Fluglärm*

Drs 15/5623

Drängen auf Abschluss des Steuerabkommens mit der Schweiz

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1755

Internationales Handelsabkommen

s. *Handelsabkommen*

Internationales Handelsübereinkommen

s. *Handelsabkommen*

Internationales Institut für Berufsbildung

Schließung des Internationalen Instituts für Berufsbildung in Mannheim

Gründe und Auswirkungen der o.g. Schließung, Aufgabenwahrnehmung und Bedeutung des IfB iRd Entwicklungszusammenarbeit

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 26.09.2012 und Antw KM Drs 15/2387

Internationales Investitionsschutzrecht

s. *Internationaler Investitionsschutz*

Internationales Schiedsgericht

s. *Internationale Schiedsgerichtsbarkeit*

Internationales Schiedsverfahren

s. *Internationale Schiedsgerichtsbarkeit*

Internationales Steuerrecht

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6764

Internationales Übereinkommen

s. *Internationales Abkommen*

Internatsschule

s. *Internat*

Internet

s.a. *Breitbandkommunikation*

s.a. *E-Government*

s.a. *Medienpädagogik*

s.a. *Online-Netzwerk*

s.a. *Telekommunikationsunternehmen*

Zugang zu schnellem Internet im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Übertragungsraten in allen Ortsteilen der Gemeinde Neuhäusern

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/49

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 15/169

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 15/171

Breitbandinfrastruktur in BW

Stand und Zielvorgaben für die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, insbes auch im länd-

lichen Raum; Beurteilung der Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die großen Netzbetreiber; Erfahrungen mit den Modellversuchen des Micro-Trenching (Verlegung der Rohre mit Glasfaserkabeln im Gehweg in geringer Tiefe); Forcierung der flächendeckenden Einführung dieser Technik

Antr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/303

Zugang zu schnellem Internet im LKreis Rottweil

Versorgung o.g. Gemeinden, insbes auch Rottweil mit den Ortsteilen Neukirch, Göllsdorf, Feckenhausen, mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen; Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die Anbieter von Breitbandnetzen

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/434

Online-Shopping

Entwicklung des Einkaufens über das Internet seit 2001 differenziert nach Bevölkerungs- und Altersgruppen; Einschätzung der weiteren Entwicklung und evtl Gefährdung funktionierender Einzelhandelsstrukturen; Maßnahmen zur Information und zum Schutz der Verbraucher, insbes der älteren Nutzer

Antr

s. *Elektronischer Handel*

Drs 15/638

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken

Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets zur Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder und Begehung von Straftaten; Bemühungen um Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei Straftaten im Internet; Nutzung der Programme des Landes durch Schulen zur Erlangung oder Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern, Lehrern und Eltern

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/1069

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr

s. *Wirtschaftskriminalität*

Drs 15/1092

„Crowdsourcing“, Weg zum digitalen Proletarier?

Beurteilung des in den USA entwickelten Konzepts des Auslagerns einer von Arbeitnehmern erbrachten entgeltlichen Leistung durch eine Organisation/Unternehmen oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufs an eine unbekannte Zahl von Akteuren, Darlegung entsprechender Internet-Plattformen und der Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerschutzrechten, Relevanz des Heimarbeitsgesetzes; Ergreifung einer In-

itiative auf Bundesebene zur Regelung der Teilnahmebedingungen, des Immaterialgüterrechtsschutzes und der Vergütung?

Antr

s. *Outsourcing*

Drs 15/1242

Polizeipräsenz im Internet

Erfahrungen mit o.g. Präsenz im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Stand der Überlegungen zur Einrichtung von permanenten Präsenzen der Dienststellen zentral oder dezentral in sozialen Netzwerken, Darlegung der Datenschutzproblematik, der Kosten und notwendigen Schulung der Beamten; Umfang der bisherigen Kontaktaufnahme von Bürgern mit der Polizei über das Internet

Antr

s. *Polizei*

Drs 15/1374

Breitbandversorgung im LKreis Hohenlohe

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/1494

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreis Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KlAnfr

s. *Funkverkehr*

Drs 15/1663

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr

s. *Glücksspiel*

Drs 15/1707

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/1730

Probleme bei dem Internetportal der Polizei BW

Ausfallzeiten und Gründe für die mangelnde Erreichbarkeit des Internetportals; mögliche Beeinträchtigung des E-Mail-Verkehrs

der Polizei; Angaben zu Beschwerden über die Erreichbarkeit vonseiten der Bürger, der Presse oder von Organisationen; Anmahnung von Informationen über die Polizeireform, insbes über die Bewertungskriterien zu den Standortentscheidungen; Aufnahme der geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne; Einrichtung einer Diskussionsplattform

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2008

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2066

Micro-Trenching als Möglichkeit für den zügigen Ausbau schneller Internetverbindungen im Enzkreis

Technische und rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten zur Anwendung des o.g. Verfahrens; Gründe für die Ablehnung des Antrags der Gemeinde Friolzheim zur Anwendung des Verfahrens im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt durch einen besonders kostengünstigen Ausbau der Glasfaserleitungen, Anregung einer nochmaligen Überprüfung der abschlägigen Entscheidung des RegPräs

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2137

Breitbandversorgung im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2175

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung, Einsatz des Verlegeverfahrens Micro-Trenching als Alternative zum konventionellen Breitbandausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2196

Breitbandversorgung im Alb-Donau-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2276

Breitbandversorgung im LKreis Freudenstadt

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2405

Jugendschutz im Internet

Beurteilung der Gefährdung von Jugendlichen durch frei zugängliche pornografische Internetangebote; Möglichkeiten zur Gewährleistung eines wirksameren Jugendschutzes im Internet

Antr
s. *Jugendschutz*
Drs 15/2418

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2476

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-Glücksspiel*

Mittlg LReg
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2803

Breitbandversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Stadt- und LKreis Heilbronn, insbes unter Nutzung der Breitbandinitiative

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3168

Öffentliche WLAN-Hotspots in BW

Betrieb von öffentlichen WLAN-Hotspots in BW; Statistiken zu gewerblichen und kommunalen Hotspot-Angeboten; Verbesserungsmöglichkeiten der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Begrenzung des Haftungsrisikos

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 24.04.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3419 (13 S.)

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRd Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/3616

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr

s. Nachrichtendienstliche Mittel

Drs 15/3662

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/3723

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr

s. Nachrichtendienstliche Mittel

Drs 15/3727

Breitbandausbau in BW

Entwicklung, Maßnahmen, Programme und Kosten des Breitbandausbaus in BW

Antr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/3975

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsg Grundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-

Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw

s. Polizeirecht

Drs 15/4421

EU-Projekt „e-SENS“ (Electronic Simple European Networked Services)

Sachstand des neuen Projekts „e-SENS“ der Europäischen Kommission zum Aufbau einer europaweit anwendbaren, digitalen Infrastruktur für rechtssichere und grenzüberschreitende Online-Dienste, insbes Vorteile für Wirtschaft und Verwaltung in BW

Antr

s. Telemedien

Drs 15/4835

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Main-Tauber-Kreis, insbes unter Nutzung der Breitbandinitiative

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/5607

Breitbandstrategie des Landes BW

Strategie für eine zukunftsorientierte Breitbandversorgung in BW und Vergleich mit den anderen Bundesländern; Umsetzung des Ausbaus des schnellen Internets, insbes Bedeutung für den ländlichen Raum, favorisierte Technologien, Rahmen der finanziellen Förderung, Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/5641

Breitbandversorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in Frankenhardt-Oberspeltach

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/5798

Breitbandversorgung im LKreis Rems-Murr

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/5840

Gefahren der Internetsucht

Sachstand zum pathologischen Computer- und Internetgebrauch, insbes Statistik (Altersstruktur, Geschlecht, Nutzungsart und -häufigkeit), Bedeutung der Online-Computerspielsucht, Gefahren für Kinder und Jugendliche, therapeutische Maßnahmen, Suchtprävention

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 16.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5896

Strategie zur Cybersicherheit

Sachstand zur Cybersicherheit in BW, insbes Entwicklung der Computer- und Internetkriminalität, Situation der IT-Sicherheitsstrukturen, Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit, Zusammenarbeit mit dem Bund und Sicherheitsbehörden des Landes

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 15/6681

Masterstudium „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Sachstand zur Entwicklung des Masterstudiengangs „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, insbes Studentenzahlen, Kosten; Unterstützung des Studiengangs und laufbahnrechtliche Anerkennung des Abschlusses im Polizeidienst

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 15/6696

Hybrid broadcast broadband TV (HbbTV) und Datenschutz

Sachstand zum Datenschutz bei Nutzung von HbbTV-Informationsangeboten mit Digitalfernsehgeräten, insbes Datenerhebung und -verwertung, Ausgestaltung der Gerätevoreinstellungen, Informationskampagnen zur Darstellung der Problematik

Antr
s. *Digitales Fernsehen*
Drs 15/6844

Virtuelle Hochschule und virtuelle Lehrangebote der Hochschulen in BW

Sachstand zu onlinegestützten und virtuellen Lehrangeboten an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Anteil der Online-Lehrangebote, Rückmeldungen von Dozenten und Studenten zum Online-Lehrangebot, technische Infrastruktur der Hochschulen für Online-Lehrangebote, Förderung durch das Land, Ausbau der baden-württembergischen virtuellen Hochschule nach dem bayerischen Vorbild

Antr
s. *Virtuelle Hochschule*
Drs 15/6967

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Berufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zusammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der Lernfabriken durch das Land

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/7635

Ausbau der Breitbandnetze für schnelles Internet im ländlichen Raum

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Ermöglichung von politischer Teilhabe über das Internet

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 28-30

Zulassung von Internetangeboten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Evaluation des Dreistufentests

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 206 207

Notwendigkeit der Telekommunikationsüberwachung im Internet zur Bekämpfung schwerster Kriminalität, Einsatz von geeigneter Überwachungssoftware gegen die Cyberkriminalität; Förderung der flächendeckenden Versorgung mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 710-716 737-742

Einstellung der Polizei auf die Bekämpfung der zunehmenden Internetkriminalität

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1223

Personelle Antworten der Polizei auf die zunehmende Internetkriminalität

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1265 1267 1268 1271

Internetangebot

s. *Website*

Internetauftritt

s. *Website*

Internetbasiertes Lernen

s. *E-Learning*

Internetplattform

s. *Website*

Internetportal

s. *Website*

Internetpräsenz

s. *Website*

Internetseite

s. *Website*

Internetspiel

s. *Computerspiel*

Interparlamentarische Beziehungen

s. *Interparlamentarische Kooperation*

Interparlamentarische Kooperation*Entschließung zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes - globale Verantwortung übernehmen*

Unterstützung der entwicklungspolitischen Leitlinien, der Millennium-Entwicklungsziele und der Global Marshall Plan Initiative; Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dessen Organisationen; Weiterführung des parteiübergreifenden entwicklungspolitischen Engagements; Unterstützung der mit Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW und entwicklungspolitisch orientierten Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten entwicklungspolitischen Ansätze; Partnerschaft des Landtags mit dem Parlament von Burundi

Antr
s. *Entwicklungszusammenarbeit*
Drs 15/4083

Interparlamentarische Zusammenarbeit

s. *Interparlamentarische Kooperation*

Interpellationsrecht

s. *Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht*

INTERREG

Zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Derzeitige Strukturen und zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den INTERREG-Programmräumen „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Hochrhein-Bodensee“, insbes Höhe bereitgestellter und erwarteter EU- und Landesmittel für INTERREG-Projekte in beiden Programmräumen, Auswirkungen der Neuregelung der Vorgaben für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), Festlegung und Erarbeitung der thematischen Ausrichtung der künftigen INTERREG-V-Programme, künftige Beteiligung der Schweiz an beiden INTERREG-Programmen

Antr Werner Raab u.a. CDU 22.08.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3967
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.10.2013 Drs 15/4324 S. 94 95
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

EU-Mittel in der Förderperiode 2007 bis 2013

Zufluss von EU-Mitteln in der Förderperiode 2007 bis 2013 nach BW, insbes Gesamtmittel, Direktzahlungen an Landwirte sowie Fördermittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Programm INTERREG IV, dem 7. Forschungsrahmenprogramm, dem Programm „Life+“; Teilnehmerzahlen an den Austauschprogrammen „Comenius“ für Schüler und „Erasmus“ für Studenten

Antr
s. *EU-Mittel*
Drs 15/4943

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. *Serbien*
Drs 15/6299

INTERREG Programm

s. *INTERREG*

Interregio-Verkehr

Fahrplananforderungen für die Schaffung eines Halbstundentaktes

Möglichkeiten und Voraussetzungen für die o.g. Taktung der IRE/IC-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart über Pforzheim, Mühlacker und Vaihingen/Enz

KIAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/19

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen, Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

KIAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/522

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1537

Service auf der Regionalzugverbindung Karlsruhe-Stuttgart

Massive Verspätungen und Überfüllungen der RE- und IRE-Züge an den Samstagvormittagen am 29. September und am 6. Oktober 2012, Frage nach dem Angebot an Ersatzzügen und Informationsservice für die wartenden Fahrgäste; Verbesserung der künftigen Vorbereitung auf vorhersehbare Großereignisse wie z.B. das Cannstatter Volksfest

KIAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2446

Interregio-Express (IRE)-Bahnangebot und Fernverkehrsanbindung der Hochrhein-Region ab 2016 und den Folgejahren

Sachstand zu Anbindungsqualität und Fernverkehrsanbindung der Hochrheinregion, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Pünktlichkeit der IRE-Züge, Auswirkungen des veränderten Fahrplanangebots auf Hochrheinbahn und Gäubahn, Verbesserung von Angebot und Zuverlässigkeit der Verbindungen, Gewährleistung von Barrierefreiheit

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6470

Invalidensport

s. *Behindertensport*

Investition

s.a. *Verkehrsinvestition*

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes: Bildungs- und Infrastrukturpauschalen

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/542
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

Abwicklung des Landesinfrastrukturprogramms (LIP)

Stand der Abwicklung und Abrechnung der Maßnahmen aus dem LIP und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, Begründung und Auswirkungen der unterschiedlichen Abrechnungszeiträume der beiden Konjunkturprogramme; Verlängerung des Abrechnungstichtags für das LIP auf den 31.03.2012

Antr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/785

Förderpraxis bei der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser im Land

Auswirkungen einer Änderung der o.g. Förderrichtlinien auf bereits gestellte Anträge

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/862

Vergabeerleichterungen bei Bauaufträgen iRd Konjunkturpakets II

Bewirkung einer starken Einschränkung des Wettbewerbs durch die erleichterten Vergaben öffentlicher Aufträge des Bundes nach einer Untersuchung des Bundesrechnungshofs; Veranlassung einer entsprechenden Untersuchung beim Zukunftsinvestitions- und Landesinfrastrukturprogramm

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1427

Investitionen baden-württembergischer Industrieunternehmen

Umfang und Ziele der Investitionstätigkeit im In- und Ausland, Einhaltung des Welthandelsabkommens und Ausräumung protektionistischer Investitionshindernisse, Beeinflussung der Investitionsentscheidungen für ausländische Standorte durch Kostennachteile und Fachkräftemangel hierzulande?

KlAnfr Karl Rombach CDU 30.04.2012 und Antw MFW
Drs 15/1636

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vorgaben mit denen der anderen Netzagenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1700

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit

Antr
s. *Technologie*
Drs 15/1990

Innovationspolitik des Landes BW

Ergänzung der projektorientierten Technologiepolitik durch eine steuerliche Förderung von FuE-Investitionen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Zuwendungen des Landes für Investitionen in Behinderteneinrichtungen

Zahl der geschaffenen Plätze mit und ohne Zuwendungen des Landes in Wohnstätten, Betreuungsgruppen und Behindertenwerkstätten seit 2007; Gründe für den Ausschluss von privaten Investoren und Anbietern von barrierefreien Mietwohnungen von der Landesförderung; Weiterentwicklung der o.g. Verwaltungsvorschrift, Ermöglichung von Zuwendungen an private Investoren für die genannte Mietlösung für gemeinnützige Betreiber

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/2133

Refinanzierung der Investitionskosten in Altenpflegeeinrichtungen

Darlegung des Handlungsbedarfs aus den Urteilen des Bundessozialgerichts vom 08.09.2011 für die Landes- und Bundesebene, Schaffung von Rechtssicherheit für die Heimträger und Heimbewohner, Positionierung bei der Umsetzung von notwendigen Änderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2216

Etatisierung zusätzlicher Investitionen in Schlüsselbereichen über einen Nachtragshaushalt

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 27

Betrachtung der Investitionsquote im bundesweiten Vergleich, Ankündigung von Investitionen in den Wertbestand des Landesvermögens, Begründung der notwendigen Zukunftsinvestitionen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 124-126 129 132-141

Investitionsbedarf zur Sanierung von Landesvermögen, Darlegung der Investitionsschwerpunkte im Vierten Nachtrag für das Hj 2011

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-389 407 408

Bewertung einer kreditfinanzierten Investitionsrücklage als Verstoß gegen die LHO, Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesgebäuden und Landesstraßen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-438 440-442 444 445

Investitionsbedarf zur Sanierung von Landesvermögen

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 802 806 814

Investitionsbedarf zur Sanierung von Landesvermögen, Darlegung der Investitionsschwerpunkte im Hpl 2012

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040-1043

Bildung einer Investitionsrücklage zur Sanierung von Landesvermögen; Darlegung der Investitionsschwerpunkte im Hpl 2012

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106-1139 1157

Investitionen zur Sanierung von Landesvermögen, Darlegung der Investitionsschwerpunkte im Hpl 2012

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190-1192 1197 1200 1205 1206 1210 1213-1215 1221-1225 1229-1231 1237 1239

Verweisung auf die mit Förderprogrammen ausgelösten Investitionen im ländlichen Raum

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1303

Einsatz von nicht abgerufenen EU-Fördermitteln für wachstums- und beschäftigungswirksame Investitionen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252 2258 2260 2261

Investitionsförderung

Investitionsförderung der Krankenhäuser im Landkreis Calw

Rechtsgrundlagen der Investitions- und Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser in BW; Daten zur Entwicklung der stationären Plätze im Land und im Landkreis Calw; differenzierte Daten zu Landesinvestitionen in die Krankenhäuser im Landkreis Calw

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 15/2903

Förderstau bei Investitionen in der Behindertenhilfe

Statistiken und Umsetzung der Förderung von Investitionen in Behinderteneinrichtungen, u.a. geförderte Einzelmaßnahmen, Gründe und Konsequenzen für Nichtförderung von Zuschussanträgen, Erarbeitung neuer Förderrichtlinien

Antr

s. *Behinderteneinrichtung*

Drs 15/3183

Familiengeführte Regionalbrauereien in BW

Entwicklung und aktuelle Markt- und Preissituation bei familiengeführten Regionalbrauereien in BW und bestehende Unterstützungsmöglichkeiten durch das Land, insbes bei Investitionen und Absatzförderung

Antr

s. *Brauerei*

Drs 15/4089

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/4968

Antragsstau bei der Investitionsförderung im Bereich Marktstrukturverbesserung

Bearbeitungsrückstand bei Anträgen auf Investitionsförderung im Bereich Marktstrukturverbesserung, insbes Gesamtfördervolumen der anhängigen Anträge und Hinderungsgründe einer

zeitnahen Sachentscheidung

MdlAnfr 7) Paul Locherer CDU 19.05.2014 Drs 15/5114

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5997

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts

Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stilllegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr

s. *Kernkraftwerk Obrigheim*

Drs 15/5392

Herausforderungen der Kreativwirtschaft in BW

Anzahl der im Zeitraum 2011 bis 2014 in der Kreativwirtschaft tätigen Unternehmen und deren Umsatz; Gesamtzahl der in diesem Bereich Erwerbstätigen; Fazit der Einführung des Innovationsgutscheins C; Förderung kleiner und kleinster Unternehmen der Kreativbranche; Erleichterung der Kreditgewährung; Fachkräftebedarf; Instrumente zur Abwendung eines Fachkräftemangels; Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Eingehen von Innovationspartnerschaften (Open Innovation)

Antr

s. *Unternehmen*

Drs 15/5654

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Eine Investitionsinitiative für Europa

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6330

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6497

Sachstand zur Umsetzung der EU-Investitionsinitiative

Geplante Projekte iRd EU-Investitionsinitiative; Maximierung von Landesförderungen durch Risikoabsicherung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

MdlAnfr 3) Dr. Wolfgang Reinhart CDU 09.07.2015 Drs 15/7139

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8107 8108

EU-Investitionsinitiative - Breitbandförderung

Sachstand zur Anmeldung und Beantragung von Projekten im Bereich Breitbandförderung für die EU-Investitionsinitiative durch die LReg

MdlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/7139

EU-Investitionsoffensive - Bereich Verkehrsinfrastruktur

Sachstand zur Auswahl und Anmeldung von Projekten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdIANfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7139

Investitionsförderung des Landes im Milchsektor

Sachstand zur Förderung des Landes für einzelbetriebliche Investitionen im Milchsektor

KIANfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/7347

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Förderung von Investitionen in CO2-effiziente Technologien

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7430

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Handel für alle - Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7688

Investitionsschutz

s. *Internationaler Investitionsschutz*

Investitionsschutzabkommen

s. *Internationaler Investitionsschutz*

Investitionsschutzrecht

s. *Internationaler Investitionsschutz*

Investitionsschutzvertrag

s. *Internationaler Investitionsschutz*

Investorenschutz

s. *Internationaler Investitionsschutz*

In-vitro-Fertilisation

s. *Künstliche Befruchtung*

Irak

Hilfen des Landes für Städte und Gemeinden bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Bisherige und künftige Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KIANfr

s. *Ausländerintegration*
Drs 15/1559

Integration fördern, Situation der irakischen Einwanderer in Pforzheim verbessern

Ausmaß der o.g. Zuwanderung nach BW und Pforzheim seit 2002, Anteil von Familiennachzug und Kindern, Volks- und Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge und daraus folgende Probleme; Unterstützung der Stadt Pforzheim, insbes bei einer angemessenen Quartiersdurchmischung der Wohnbevölkerung sowie einer integrationsfördernden Beschulung der oft besonders förderbedürftigen irakischen Kinder an den innerstädtischen Schulen, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Antr

s. *Ausländerintegration*
Drs 15/1574

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr

s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Aufnahme und Betreuung traumatisierter Frauen aus Syrien und aus dem Irak

Sachstand zur Aufnahme und Behandlung von misshandelten und traumatisierten Frauen aus den Krisengebieten im Irak und in Syrien iRd Sonderprogramms der LReg

KIANfr

s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/6587

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr

s. *Flüchtling*
Drs 15/6785

Situation der Aramäer und anderer Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak

Sachstand zur Lage der orientalischen Christen und Jesiden in Syrien und im Irak; Einsatz der LReg für Flüchtlinge dieser Bevölkerungsgruppen, insbes Aufnahme und Betreuung in BW

Antr

s. *Flüchtling*
Drs 15/6866

Schutz des im Irak eingesetzten Landespersonals

Sachstand zum Schutz des im Irak eingesetzten Landespersonals, insbes geplante Sicherheitsmaßnahmen, Geheimhaltung der Identität der eingesetzten Mitarbeiter, Ausbildungsinhalte zur Irak-Mission an der Hochschule für Polizei, finanzielle Absicherung bei schweren oder tödlichen Verletzungen, Information über die aktuelle Gefährdungslage im Irak, psychologische Begleitung während und nach dem Einsatz

Antr
s. *Landesbediensteter*
Drs 15/6938

Durchführung der Irak-Mission des Staatsministeriums

Sachstand zur Durchführung der Irak-Mission des Staatsministeriums, insbes Auswahlverfahren für die Aufnahme von traumatisierten Frauen, Verzicht auf Abstimmung der Mission mit dem Bund und den anderen Ländern, Aufgaben und Auswahlkriterien der eingesetzten Landesbediensteten, Mitteleinsatz für einzelne Personen und Organisationen im Irak iRd Mission

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6939

Vorbereitung und Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak

Sachstand zur Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak, insbes Vorbereitung der freiwilligen Landesbediensteten, Zusammenarbeit mit der BRReg sowie mit Nachrichtendiensten und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen im Nahen Osten (Irak, Syrien, Türkei)

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6989

Fluchtursachen wirksam bekämpfen - Traumatisierten vor Ort helfen

Sachstand zur Hilfe für Traumatisierte vor Ort im Nordirak, insbes Arbeit der Stiftung wings of hope Deutschland, vorhandene Strukturen zur Traumabehandlung vor Ort, Bereitstellung von Landesmitteln zur Unterstützung dieser Arbeit und zur Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort

Antr
s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/7583

IRE-Verkehr

s. *Interregio-Verkehr*

IRP

s. *Integriertes Rheinprogramm*

ISIS

s. *Islamischer Staat (Organisation)*

Islam

s.a. *Koran*
s.a. *Moschee*

Islamismus in BW

Entwicklung der Zahl und Schwere von Straftaten mit islamistischem Hintergrund in BW oder mit Bezug zu BW seit 2001; präventive Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Muslime, insbes gegen die Selbstradikalisierung durch islamistische Internetpropaganda; Frage nach Ausstiegsprogrammen und Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Glaubensgemeinschaften und Verbänden

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/281
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 (dazu ÄAntr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU) S. 35-38
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Extremistische Bestrebungen in Moscheevereinen

Netzwerke zwischen Organisationen wie „Graue Wölfe“, „Milli Görüs“ und Moscheevereinen, u.a. der beiden Nürtinger Moscheevereine; Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit mit einem bundesweit bekannten Salafitenprediger? Frage nach Maßnahmen gegen o.g. Bestrebungen

KIAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/362

Bedeutung von Mitbürgern mit Migrationshintergrund für die Ernährungswirtschaft in BW

Bisherige und mögliche Marktbedeutung ethnischer Produkte für die Ernährungswirtschaft in BW, Umsatzvolumen der (nach islamischem Recht zulässigen) Halal-Produkte; Begleitung der Nahrungsmittelunternehmen bei der Markterschließung für ethnische Produkte durch die Marketinggesellschaft BW

Antr
s. *Ernährungswirtschaft*
Drs 15/384

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/612

Einschätzung des Gefährdungspotenzials von Linksextremismus und Verhältnis zu anderen Formen des Extremismus

Entwicklung der Zahl von Gewaltdelikten von Linksextremisten, Rechtsextremisten und Islamisten seit 2010; Frage nach einer unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Formen des Extremismus; Übertragung der Programme gegen Rechtsextremismus auch auf andere Felder der Extremismusprävention

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/774

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des

Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr
s. *Ausländerorganisation*
Drs 15/1130

Haushalt 2012; Epl 14

Mittelbereitstellung für den Fachbereich für Islamische Studien an der Universität Tübingen

Haushalt
s. *Universität Tübingen*
Drs 15/1114

Verteilung kostenloser Koran-Ausgaben durch religiöse Extremisten in BW

Beurteilung der o.g. Verteilaktion von Anhängern eines radikal-salafistischen Islam in rechtlicher Hinsicht sowie unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Erkenntnisse über die beteiligten Personen und Finanzierung der Aktion, Beobachtung der Salafisten vom Verfassungsschutz, Frage nach Möglichkeiten zur Untersagung und Aufklärung

Antr
s. *Koran*
Drs 15/1576

Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen

Darlegung der Bestattungsformen nach dem Islam, dem Judentum, der Orthodoxie und dem Christentum; Unvereinbarkeit von Bestattungsritualen ohne Sarg und ewiges Ruherecht mit der geltenden Rechtslage; Umgang anderer BLänder und EU-Staaten mit kulturell und religiös begründeten und vom Christentum abweichenden Bestattungsritualen

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/1654

Rechtsstaat schützen - Salafismus entschlossen bekämpfen!

Zahl, Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Salafisten in BW; vorbeugende Maßnahmen nach den Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen; Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Koordination der Bekämpfung des Salafismus in allen gesellschaftlichen Bereichen; entsprechende Erweiterung der Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz; Vorlage eines Maßnahmenkatalogs gegen die extremistische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen in Wohnheimen im Umfeld religiöser Einrichtungen; konsequente Anwendung des Ausländer-, Steuer- und Vereinsrechts; Entwicklung von Präventionsangeboten über die Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Rechtsstaat*
Drs 15/1697

Bedeutung der Aleviten für den „Runden Tisch Islam“ und die Integration

Bedeutung der zweitgrößten muslimischen Glaubensgruppe in Deutschland, Auswirkungen einer Ausladung vom o.g. Gesprächsforum, Frage nach Gesprächen der Integrationsministerin seit Beginn ihrer Amtszeit mit den einzelnen muslimischen Gruppierungen in BW

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 19.06.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1874
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 45 46
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Zukunft des „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“
Bisherige Arbeit, Arbeitsschwerpunkte und Finanzierung des o.g. Modellprojekts der Baden-Württemberg-Stiftung betreut von der Landeszentrale für politische Bildung; Planungen und Prioritäten der Landeszentrale zur Fortführung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/2057

Gespräche mit vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen

Frage nach geführten oder beabsichtigten Gesprächen der Integrationsministerin mit extremen Vertretern des Islam, nach deren Inhalten und Ergebnissen; Beurteilung der Gefahr einer Aufwertung dieser vom „Runden Tisch Islam“ ausgeschlossenen Verbände und gleichzeitigen Abwertung dieses Gesprächsforums

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/2086

Rechtliche Bewertung von religiös begründeten Beschneidungen bei männlichen Minderjährigen

Darlegung o.g. Bewertung der im Judentum und Islam religiös begründeten Beschneidung; Beurteilung eines gesetzgeberischen Handlungsbedarfs

Antr
s. *Beschneidung*
Drs 15/2087

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr
s. *Religion*
Drs 15/2811

Staatsvertrag mit islamischen Glaubensgemeinschaften

Gestaltungsprozess und Rahmenbedingungen eines Staatsvertrages mit muslimischen Glaubensgemeinschaften in BW, insbes Regelungsinhalte und Vorbildcharakter bisheriger Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, Bedeutung des islamischen Religionsunterrichts

Antr SPD 13.03.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3228
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4736-4741

Zusammenhang der Gülen-Bewegung mit Privatschulen im Land

Einstufung der Gülen-Bewegung und ihrer Ziele; Erkenntnisse über ihre Verfassungstreue und Finanzierung; Aufklärung über die der Gülen-Bewegung nahestehenden oder von ihr getragenen Schulen; Beobachtung ungewöhnlicher Aktivitäten iRd Schulaufsicht; Dialog mit der Gülen-Bewegung

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/3280

Trennung des schulischen Sportunterrichts nach Geschlechtern

Haltung gegenüber einem nach Geschlechtern getrennten Sportunterricht aus Rücksicht auf religiöse Überzeugungen; Vorteile eines nach Geschlechtern getrennten Schulsports aus integrationspolitischer Sicht; Begründung der Abmeldungen von Schü-

lern aus dem koedukativen Turnunterricht im laufenden Schuljahr; Entwicklungstendenzen bei den Abmeldungen vom Sport; Werbung für die Vorteile des koedukativen Sportunterrichts

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/3438

Konzept und Praxis des „Runden Tisches Islam“

Zwischenstand zum institutionalisierten Dialog durch den „Runden Tisch Islam“ mit den Muslimen in BW, insbes Auswirkungen auf den politischen und gesellschaftlichen Diskurs sowie aufgegriffene und umgesetzte Initiativen

Antr SPD 13.09.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/4026
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5829-5834

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/4264

Extremistische Aktivitäten im LKreis Esslingen

Extremistische Aktivitäten und Straftaten in den Jahren 2012 und 2013; Auftreten von Links- und Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus und türkischem Nationalismus; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4321

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Anpassung und Modernisierung des Bestattungsrechts zur Ausübung jüdischer und muslimischer Kultur und Tradition im Umgang mit Verstorbenen, insbes Aufhebung der Sargpflicht und Möglichkeit der Erdbestattung in Tüchern sowie Aufhebung der grundsätzlichen Mindestdauer bis zur Bestattung

GesEntw
s. *Bestattung*
Drs 15/4543

Begabtenförderung für Muslime

Begabtenförderung für muslimische Studierende durch das Avicenna-Studienwerk, insbes Notwendigkeit dieser Stiftung, integrationspolitisches Signal, Förderbedingungen sowie Förderprojekte mit ähnlicher Zielrichtung auf Landesebene

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/4642

Salafismus in BW

Inhalte des Salafismus; Bedeutung des Salafismus in BW; Zahl und Altersstruktur seiner Anhänger; Organisationsstruktur und Finanzierung; Verbreitungswege; Motive insbes junger Menschen für eine Hinwendung zum Salafismus; Aufklärung über Widersprüche zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

Deutschlands; Rolle des Predigers Pierre Vogel; Spendensammlungen des Vereins „Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst“ (IHED)

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4679
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 16-18
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Bewegung um den Prediger Fethulla Gülen in BW

Größe, Struktur, Vernetzung und Finanzierung der Gülen-Bewegung; Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über ihre Verfassungstreue; Überprüfung der Förderung von der Gülen-Bewegung zuzurechnenden Schulen und Einrichtungen; Einschaltung der Schulaufsicht und Aufklärung der Vorgänge an einigen Privatschulen; Kontakte der LReg mit der Gülen-Bewegung oder ihr nahestehenden Organisationen; Vorlage des internen Verfassungsschutzberichts zur Gülen-Bewegung; Klärstellung der Haltung der LReg zur Gülen-Bewegung

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/4721

Vernetzung von Organisationen im Umfeld der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen

Konzernstruktur und Produkte der World Media Group AG; Aufnahmhöhe insbes der Zeitung „Zaman“ sowie Verbreitung der Sender Samanyolu TV und Ebru TV in Deutschland bzw in BW; Anteil der Publikationen und Medieninhalte am türkischsprachigen Medienmarkt in Deutschland bzw BW; Erkenntnisse über Verbindungen der World Media Group mit der Panega-Organisation sowie der Panega-Organisation mit den Prisma-Schulen; sonstige Verbindungen der World Media Group mit gesellschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen; Redaktionsbesuch und Interview der Integrationsministerin bei der Tageszeitung „Zaman“ Ende März/Anfang April 2013

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/4963

Verfassungsschutzbericht 2013 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie Aktivitäten von Scientology; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/5471

Antisemitisch motivierte Manifestationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg

Hintergründe antisemitischer Äußerungen und Handlungen bei Protesten gegen den Gaza-Krieg und Reaktion der Strafverfolgungsbehörden; Verbindung islamistischer zu rechts- bzw links-extremistischen Gruppen; Schutzmaßnahmen für jüdische Mitbürger und Einrichtungen vor antisemitisch motivierten Aktivitäten

Antr
s. *Antisemitismus*
Drs 15/5581

Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Einsatzstrategien für Demonstrationen zu den Konflikten im Nahen Osten, Einsatz des Landesamts für Verfassungsschutz

Umgang mit zunehmender Gewalttätigkeit bei Demonstrationen anlässlich der Konflikte im Nahen Osten; Ausarbeitung von Strategien zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Koordination des Vorgehens von Polizeiführung, Staatsanwaltschaften und Innen- und Justizministerium; Anzahl der den Phänomenbereich Islamismus beobachtenden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5879

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus
Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr
s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Salafismus im LKreis Esslingen

Umfang und Altersstruktur der Anhängerschaft des Salafismus im Kreis; Anzahl der überregional in der Salafistenszene aktiven Personen; Existenz von den Salafisten nahestehenden Vereinen und Gruppierungen und deren Aktivitäten; Vernetzung mit Vereinen und Gruppierungen in der Region Stuttgart; Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Anhängerschaft des Salafismus; Beteiligung von Salafisten aus dem LKreis Esslingen an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 17.10.2014 und Antw IM
Drs 15/5929

Integrationsfeindliche Radikalisierung junger Menschen vermeiden - Präventionsstrategie gegen Islamismus, Extremismus und Radikalismus ausbauen

Aktuelle Debatte
s. *Extremismus*
PIPr 15/110 S. 6556

Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand und Entwicklung des Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Formen, Anhängerschaft, Aktivitäten nahestehender Vereine und Gruppierungen, Beteiligung von Salafisten an Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr Felix Schreiner CDU 27.11.2014 und Antw IM Drs
15/6196

Der Islam gehört zu BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7220-7237

Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW

Aufgaben und Betätigungsfeld der interministeriellen Arbeitsgruppe; Bearbeitung von Bürgeranfragen; Austausch mit den Sektenbeauftragten anderer Bundesländer; Kenntnisse über islamistische Bewegungen in Deutschland; Maßnahmen zur Aufklärung über die Gülen-Bewegung, über Salafismus und ISIS, über die sogenannte Reichsbürgerbewegung und über Scientology

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/6473

Extremistische Bestrebungen im Kreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung (religiös begründeter) extremistischer Aktivitäten im LKreis Göppingen, insbes Straftaten, Kundgebungen, Scientology-Werbestände, Islamismus

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6492

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Politisch motivierte Kriminalität und extremistische Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim

Situation der politisch motivierten Kriminalität und extremistischer Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim, insbes Straftaten und Gefährdungspotenzial in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, politisch motivierte Ausländerkriminalität und Islamismus/Salafismus

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6674

Inhaftierte mit salafistischem Hintergrund in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Sachstand zu Erkennung, Unterbringung und Betreuung von Häftlingen mit salafistischem Hintergrund in den Justizvollzugsanstalten Baden-Württembergs, insbes Fortbildungsmaßnahmen für JVA-Mitarbeiter, Präventionsprogramme, seelsorgliche Betreuung durch muslimische Geistliche

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6870

Muslimische Jugendorganisationen

Sachstand zur Arbeit und Bedeutung muslimischer Jugendorganisationen in BW, insbes Mitgliederzahlen, Organisationsstruktur

tur, Finanzierung, Förderung durch das Land, Einbeziehung in das Qualifizierungsprogramm MEMO, Unterwanderung durch religiös-extremistische Strömungen

Antr
s. *Jugendorganisation*
Drs 15/6947

Extremistische Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer und islamistischer Gruppierungen und Organisationen im Rems-Murr-Kreis, insbes aktive Personen und Kontakte in andere Bundesländer, begangene Straftaten, Aktivität der rechten Musikszene, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/7039

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und des Kindertagesbetreuungsgesetzes

Einschränkung des bisherigen generellen Kopftuchverbots für Lehrerinnen an Schulen und Kindertageseinrichtungen in Übernahme einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. März 2015 für nordrhein-westfälische Schulen

GesEntw
s. *Religiöses Symbol*
Drs 15/7061

Zentrum für islamische Theologie an der Universität Tübingen

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für islamische Theologie an der Universität Tübingen, insbes Entwicklung einer europäischen Ausrichtung des Islams, Zusammensetzung des Beirats und die fehlende Repräsentation der Aleviten, Einfluss des Vereins DITIB sowie der extremistischen Gruppierungen Milli Görüs und der „Grauen Wölfe“, Beziehung zum European Council for Fatwa and Research (ECFR)

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 29.07.2015 und Antw MWK
Drs 15/7232

Kopftuchverbot

Auswirkung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot auf die Geltung und Einhaltung von § 38 des Schulgesetzes für BW

MdlAnfr
s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/7399

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Beteiligung der „Islamischen Glaubengemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubengemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz, der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Ausschluss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/8032

Begrüßung der Einrichtung der Deutschen Islam Konferenz sowie des runden Tisches „Islam“ in BW, Entwicklung von Konzepten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit; Begrüßung der Einführung des islamischen Religionsunterrichts

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1244 1247

Festhalten an den Regionalen Ermittlungsgruppen Islamistischer Terrorismus; Bemühungen um Verbote islamistischer Vereine

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2182 2186

Islamisch religiöse Unterweisung

s. Islamischer Religionsunterricht

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs

Über die Arbeit und Programmatik der „Union europäischer türkischer Demokraten“ in BW

Sachstand zu Programm und Tätigkeit der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) in BW, insbes Verbindungen zu den Organisationen „Graue Wölfe“ und „Milli Görüs“; Erkenntnisse über den Besuch des türkischen AKP-Politikers M.O. im Mai 2015 in BW

KlAnfr
s. *Union of European Turkish Democrats*
Drs 15/6842

Zentrum für islamische Theologie an der Universität Tübingen

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für islamische Theologie an der Universität Tübingen, insbes Entwicklung einer europäischen Ausrichtung des Islams, Zusammensetzung des Beirats und die fehlende Repräsentation der Aleviten, Einfluss des Vereins DITIB sowie der extremistischen Gruppierungen Milli Görüs und der „Grauen Wölfe“, Beziehung zum European Council for Fatwa and Research (ECFR)

KlAnfr
s. *Islam*
Drs 15/7232

Beteiligung der „Islamischen Glaubengemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubengemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz,

der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Ausschuss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/8032

Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg

Beteiligung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubensgemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz, der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Ausschuss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/8032

Islamischer Religionsunterricht

s.a. *Religionsunterricht*

Staatsvertrag mit islamischen Glaubensgemeinschaften

Gestaltungsprozess und Rahmenbedingungen eines Staatsvertrages mit muslimischen Glaubensgemeinschaften in BW, insbes Regelungsinhalte und Vorbildcharakter bisheriger Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, Bedeutung des islamischen Religionsunterrichts

Antr
s. *Islam*
Drs 15/3228

Islamistischen Hasspredigern den Boden entziehen: Ausbau des islamischen Religionsunterrichts und des Ethikunterrichts an unseren Schulen

Erkenntnisse des Modellprojekts islamischer Religionsunterricht, daran teilnehmende Schulen; vorgesehener Ausbau des Unterrichtsangebots; Ethikunterricht als Alternative zum Religionsunterricht; Ausarbeitung eines Plans zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts an allen Schularten sowie eines Plans zum Ausbau des Unterrichtsangebots im Fach Ethik

Antr FDP/DVP 14.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6343 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 17-21
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Beteiligung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubensgemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz,

der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Ausschuss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 01.02.2016 und Stellungnahme KM Drs 15/8032

Begrüßung der Einführung des islamischen Religionsunterrichts
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1244 1247

Islamischer Staat (Organisation)

Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW

Aufgaben und Betätigungsfeld der interministeriellen Arbeitsgruppe; Bearbeitung von Bürgeranfragen; Austausch mit den Sektenbeauftragten anderer Bundesländer; Kenntnisse über islamistische Bewegungen in Deutschland; Maßnahmen zur Aufklärung über die Gülen-Bewegung, über Salafismus und ISIS, über die sogenannte Reichsbürgerbewegung und über Scientology

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/6473

Islamisches Gotteshaus

s. *Moschee*

Islamismus

s. *Islam*

Islamunterricht

s. *Islamischer Religionsunterricht*

Ispringen

Planungen für Hochspannungsleitungen im Enzkreis und in Pforzheim

Darlegung o.g. Pläne, Bewertung der wohngebietsnahen Trassenführungsvariante in Ispringen, Eintreten für Alternativen bzw für eine Erdverkabelung

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/666

Israel

s.a. *Juden*

Israel-Reise von Integrationsministerin Öney

Frage nach der Teilnahme von Ministerin Öney an der o.g. Reise des MinPräs, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, Erkenntnissen für die Integrationspolitik sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1233

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den

palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr
s. *Palästinensische Gebiete*
Drs 15/4365

Zusammenarbeit mit Israel im Bereich der Hochschulen

Praxis der Hochschulkoooperation Baden-Württembergs mit Israel, insbes bestehende Hochschulpartnerschaften und Austauschprogramme, Unterstützung bei der Umsetzung des Dualen Hochschulkonzepts in Israel

Antr
s. *Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Staaten*
Drs 15/4655

Erinnerung an die Auswanderung jüdischer Bürger 1938 nach Israel; Begrüßung der Begegnungen zwischen Jugendlichen aus Israel und Deutschland; Unterstützung der israelitischen Religionsgemeinschaft Baden bei der Pflege der Gräber von deportierten Juden in Frankreich

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 759-762

Istanbul-Konvention

s. *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ..*

IT Baden-Württemberg

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften
Gründung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) zur zentralen Gesamtsteuerung der IT in der Landesverwaltung, insbes Definition der Aufgaben und der verschiedenen Finanzierungsformen

GesEntw
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/6654

Italien

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien, Griechenland und Ungarn

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7531

Beurteilung einer weiteren Aufstockung der EFSF zur Ermöglichung von Hilfen für Italien; Verweisung auf das hohe Quorum bei Volksabstimmungen in Italien

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 484 490 496 497 530 531

Italienisch

Fremdsprache der Partnerstädte erlernen

Angebot an nicht englisch- und französischsprachigem Unterricht an den Gemeinschaftsschulen in BW in den Fremdsprachen der jeweiligen Partnerstädte, insbes in Italienisch und Spanisch

KIAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/5423

Italienische Sprache

s. *Italienisch*

IT-Branche

s. *ITK-Branche*

IT-Gerät

s. *Hardware*

IT-Industrie

s. *ITK-Branche*

ITK-Branche

Vorstellungen und Aktivitäten im Bereich der LReg zur Kooperation mit dem Unternehmen Google und zu weiteren Überlegungen im Rahmen von „Industrie 4.0“

Sachstand der Überlegungen der LReg zur Kooperation mit in- und ausländischen Institutionen und Unternehmen im Rahmen von „Industrie 4.0“, insbes Ziele der Einrichtung der „Geschäftsstelle Digitalisierung“ im Staatsministerium und der „Allianz Industrie 4.0“, Partnerschaft mit dem Unternehmen Google iRD „Lernfabriken Industrie 4.0“

Antr
s. *Industrie*
Drs 15/6934

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7070

IT-Kompetenz

s. Informationstechnische Bildung

Ittersbach, Ortsteil

s. Karlsbad

IuK-Technik

s. Informations- und Kommunikationstechnik

IZES

s. Institut für ZukunftsEnergieSysteme

Jäger

Jagd und Jäger in BW

Rolle der Jäger bei der Hege und Pflege des Wildbestands und dem Schutz des Waldes; Einschätzung ihres berufsmäßigen Könnens; geplante Änderungen des Jagdgesetzes und des Waffenrechts; Frage nach der Einigkeit bei den Regierungsfractionen und der Haltung gegenüber den Forderungen von Naturschutzverbänden; Bewahrung der vorhandenen Struktur des Jagdwesens

Antr

s. Jagd

Drs 15/2729

JAG

s. Juristenausbildungsgesetz

Jagd

s.a. Jagdabgabe

Bejagung von Schwarzwild

Entwicklung der Bestände landesweit und im Enzkreis seit 2008, Wirksamkeit von Regulierungsmaßnahmen der Jäger und Landwirte, Beurteilung von Forderungen nach ganzjähriger Bejagung der Bachen, verbindlichen Abschussplänen, angeordneten Zwangsbejagungen u.a.; Eintreten für die gleiche Entschädigung von Wildschäden in Obstanlagen und Streuobstwiesen wie in Weinbergen

KlAnfr

s. Wildschwein

Drs 15/1260

Rotwild im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Aussetzung des Abschussgebots für Rotwild im Biosphärengebiet, Zulassung der Zuwanderung, Erarbeitung eines Wildkorridorkonzepts, wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Aussetzung des Abschussgebots

Antr

s. Wild

Drs 15/1348

Situation der Brieftauben in BW

Entwicklung der Zahlen von Brieftauben, Brieftaubensportvereinen und deren Mitgliedern sowie der Population des Habichts in den letzten zehn Jahren; Beurteilung der in Niederösterreich 2009 eingeführten Regelung zur Bejagung von Greifvögeln zum Schutz der Brieftauben

KlAnfr

s. Vogel

Drs 15/1477

Fuchsbandwurm im Bereich des Biosphärengebiets Schwäbische Alb

Verbreitung des Fuchsbandwurms im o.g. Bereich im bundesweiten Vergleich; Anreize zur Reduzierung der Fuchsbestände durch eine konsequentere Bejagung sowie Bekämpfung des Parasiten durch die Ausbringung von Ködern zur Entwurmung

KlAnfr

s. Bandwurm

Drs 15/1852

Schreiben des BVerfG vom 01.10.2012, Az.: 1 BvR 1795/08, 1 BvR 2120/10 und 1 BvR 2146/10 - Verfassungsbeschwerden gegen die Jagdpflicht

PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2737

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.01.2013 Drs 15/2718

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Jagd und Jäger in BW

Rolle der Jäger bei der Hege und Pflege des Wildbestands und dem Schutz des Waldes; Einschätzung ihres berufsmäßigen Könnens; geplante Änderungen des Jagdgesetzes und des Waffenrechts; Frage nach der Einigkeit bei den Regierungsfractionen und der Haltung gegenüber den Forderungen von Naturschutzverbänden; Bewahrung der vorhandenen Struktur des Jagdwesens

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2729

BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.02.2013 Drs 15/3398 S. 84 85

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd

Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen; Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 27.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3140

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 57 58

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?

Notwendigkeit einer Novellierung des Landesjagdgesetzes; Ziele und Evaluation des Fütterungsverbots; statistische Daten zum Wald in BW, insbes Entwicklung der Baumartenanteile, Höhe des Flächenanteils der Primär- und Urwälder, Höhe und Zielgröße des Waldanteils der potenziellen natürlichen Vegetation; Abschaffung der Bewegungsjagd auf Schalenwild; Gründe für Erhaltung der Kirschjagd; tierschutzrechtliche Gründe für das geplante Verbot der Baujagd; Begründung für die Beibehaltung einer eigenen Jagdbehörde

GrAnfr

s. Jagdrecht

Drs 15/4031

Nichtberücksichtigung von Schussschneisen im Gemeinsamen Antrag

Berücksichtigung des freiwilligen Freihaltens von Schussschneisen in Maisschlägen zur effektiven Schwarzwildbejagung iRd Gemeinsamen Antrags, insbes finanzieller Ausgleich für betroffene Landwirte; Zuständigkeitsregelungen für Schadensfälle

Antr
s. *Wildschwein*
Drs 15/4563

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Höhe der Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes lokale Schwerpunkte, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren; Abschusszahlen von Schwarzwild; Sicherstellung einer ausreichenden Bejagung von Schwarz- und Rotwild in den Staatsforstgebieten im Kreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Wildschaden*
Drs 15/4594

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrecht-ergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

GesEntw
s. *Jagdrecht*
Drs 15/5789

Wildtiere in der Stadt

Sachstand zum Vordringen von Wildtieren in urbanen Siedlungs-räumen Baden-Württembergs, insbes Populationsdichte, Verursachung von Personen- und Sachschäden, Verbreitung von Krankheitserregern, Möglichkeiten der Bejagung, Umsetzung der Bestimmungen des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes im Hinblick auf Wildtiere im Siedlungsraum

Antr
s. *Wildtier*
Drs 15/6424

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Sachstand zu Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes Höhe der Schwarzwildschäden, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren, Abschusszahlen von Schwarzwild, ergriffene Maßnahmen, Beauftragung der Landeswildforschungsstelle Aulendorf mit der Erstellung einer Konzeption

Antr
s. *Wildschaden*
Drs 15/6658

Untersagung der Jagdausübung an Grünbrücken und Grünunterführungen

Sachstand zur Einschränkung des Jagdausübungsrechts an den Standorten von Querungshilfen für Wildtiere

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 15.09.2015 und Antw MLR Drs 15/7372

Gestaltung von Jagdbezirken im Bereich des Staatsforsts

Umfang für die Jagd genutzten Flächen des Landesbetriebs ForstBW bzw der Landesforstverwaltung; Anteil der verpachteten Flächen; Auftreten von Wildschäden infolge der Reduzierung angegliederter Feldflächen; Führungsrolle und Vorbildfunktion des Landes als größter Eigentümer jagdlich nutzbarer Flächen; Einflussnahme des Landes auf Jagdpflege und Jagdausübung außerhalb des Staatswaldes

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 03.12.2015 und Antw MLR Drs 15/7823

Jagd- und Wildtiermanagementgesetz*Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes*

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrecht-ergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

GesEntw
s. *Jagdrecht*
Drs 15/5789

Rechtsverordnung auf Grundlage des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Sachstand zur weiteren Ausgestaltung der Vorgaben des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, insbes geplante Verordnungsermächtigungen, Anhörung betroffener Verbände, Zeitablauf, Mitwirkung des Landtags

Antr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/6356

Wildtiere in der Stadt

Sachstand zum Vordringen von Wildtieren in urbanen Siedlungs-räumen Baden-Württembergs, insbes Populationsdichte, Verursachung von Personen- und Sachschäden, Verbreitung von Krankheitserregern, Möglichkeiten der Bejagung, Umsetzung der Bestimmungen des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes im Hinblick auf Wildtiere im Siedlungsraum

Antr
s. *Wildtier*
Drs 15/6424

Praktische Probleme bei der Umsetzung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Umsetzung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, insbes Situation bei der Ausbildung der Wildschadensschätzer, Zusatzbelastung für die Justiz aufgrund des Wegfalls des Vorverfahrens beim Wildschadensausgleich

MdlAnfr 6) Wolfgang Reuther CDU 29.01.2015 Drs 15/6342
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7257 7258

Jagdabgabe

s.a. *Jagd*

Auslaufmodell Jagdsteuer

Abschaffung der Jagdsteuer in anderen Bundesländern; Aussetzung bzw Erhebung der Jagdsteuer durch baden-württembergische Stadt- und LKreise; Höhe der Einnahmen aus der Jagdsteuer in den einzelnen Kreisen; Abschaffung der Jagdsteuer in BW durch Streichung von § 10 Abs 2 Kommunalabgabengesetz

Antr FDP/DVP 24.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6515

PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8330-8334 8340

Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer (Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes)

Abschaffung der Jagdsteuer durch Streichung der gesetzlichen Grundlage für ihre Erhebung in § 10 Abs 2 des Kommunalabgabengesetzes

GesEntw FDP/DVP 14.04.2015 Drs 15/6729

Mittlg LtGPräs 10.06.2015 Drs 15/6977

1. Beratung PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8088-8093

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7493

2. Beratung PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8330-8334 (Ablehnung)

Jagdamt

s. Jagdbehörde

Jagdbehörde

Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?

Notwendigkeit einer Novellierung des Landesjagdgesetzes; Ziele und Evaluation des Fütterungsverbots; statistische Daten zum Wald in BW, insbes Entwicklung der Baumartenanteile, Höhe des Flächenanteils der Primär- und Urwälder, Höhe und Zielgröße des Waldanteils der potenziellen natürlichen Vegetation; Abschaffung der Bewegungsjagd auf Schalenwild; Gründe für Erhaltung der Kirtung; tierschutzrechtliche Gründe für das geplante Verbot der Baujagd; Begründung für die Beibehaltung einer eigenen Jagdbehörde

GrAnfr

s. Jagdrecht

Drs 15/4031

Geltendmachung von Wildschäden nach dem neuen Landesjagdrecht

Sachstand zur Umsetzung bei der Geltendmachung von Wildschadensfällen nach dem neuen Landesjagdrecht, insbes Meldedaten, Kosten, rechtliche Beratung von Vertragsparteien durch Jagdbehörden, Versorgung mit Wildschadenschätzern, Abschaffung des kommunalen Vorverfahrens

KlAnfr

s. Wildschaden

Drs 15/7577

Jagdrecht

Jagd und Jäger in BW

Rolle der Jäger bei der Hege und Pflege des Wildbestands und dem Schutz des Waldes; Einschätzung ihres berufsmäßigen Könnens; geplante Änderungen des Jagdgesetzes und des Waffenrechts; Frage nach der Einigkeit bei den Regierungsfractionen und der Haltung gegenüber den Forderungen von Na-

turschutzverbänden; Bewahrung der vorhandenen Struktur des Jagdwesens

Antr

s. Jagd

Drs 15/2729

Zunehmende Schäden durch Schwarzwild in BW

Entwicklung der Schwarzwildbestände sowie der dadurch verursachten Flurschäden in BW und Maßnahmen zur Schadens Eindämmung, insbes Durchführung von Pilotprojekten (Kontrazeptiva-Verabreichung, Installation von Saufängen), Zulassung von Nachtzielgeräten; Berücksichtigung der Thematik bei der anstehenden Novellierung des Landesjagdgesetzes

Antr

s. Wildschwein

Drs 15/3508

Auskehrungsantrag der anteiligen Jagdpacht für den Staatsforst

Inanspruchnahme des Anteils am Reinertrag in den Jagdgenossenschaften Niederhofen und Stetten am Heuchelberg sowie in anderen Bezirken oder Jagdgenossenschaften; Vorgaben der Forstverwaltung für die Beanspruchung der Auskehrung; Reaktionen der betroffenen Jagdgenossenschaften und Gemeinden; Fortführung der gegenwärtigen Verwaltungspraxis; Gewinn des Landes durch die Auskehrung der anteiligen Jagdpacht in den vergangenen fünf Jahren

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 15.05.2013 und Antw MLR Drs 15/3514

Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?

Notwendigkeit einer Novellierung des Landesjagdgesetzes; Ziele und Evaluation des Fütterungsverbots; statistische Daten zum Wald in BW, insbes Entwicklung der Baumartenanteile, Höhe des Flächenanteils der Primär- und Urwälder, Höhe und Zielgröße des Waldanteils der potenziellen natürlichen Vegetation; Abschaffung der Bewegungsjagd auf Schalenwild; Gründe für Erhaltung der Kirtung; tierschutzrechtliche Gründe für das geplante Verbot der Baujagd; Begründung für die Beibehaltung einer eigenen Jagdbehörde

GrAnfr CDU 17.09.2013 und Antw LReg Drs 15/4031 (14 S.)

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5768-5776

Das Jagdrecht im Visier der LReg - mit ideologischer Verbotskultur schadet Grün-Rot dem ländlichen Raum

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5653-5667

Harmonisierung der Kormoranverordnung mit dem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz

Aufnahme des Kormorans in das Jagdgesetz und Auswirkung auf die Kormoranverordnung sowie den jagdlichen Zugriff

KlAnfr

s. Kormoran

Drs 15/5177

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrecht-ergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen

Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

- GesEntw LReg 30.09.2014 Drs 15/5789 (154 S.)
 1. Beratung PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6403-6410
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 05.11.2014 Drs 15/6048
 (dazu ÄAntr Reinhold Pix u.a. GRÜNE und Hans-Peter Storz u.a. SPD Nr. 1-6)
 2. Beratung PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6665-6672
 GesBeschl 12.11.2014 Drs 15/6132 (33 S.)
 GBl 2014 Nr. 21 S. 550-580 (Ges vom 25.11.2014)

Rechtsverordnung auf Grundlage des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Sachstand zur weiteren Ausgestaltung der Vorgaben des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, insbes geplante Verordnungsermächtigungen, Anhörung betroffener Verbände, Zeitablauf, Mitwirkung des Landtags

- Antr Paul Locherer u.a. CDU 16.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6356
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 29
 PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

- Antr
 s. *Tierschutz*
 Drs 15/6411

Jagdrechtspolitik am Landtag vorbei - unter Grün-Rot kommt die ganze Wahrheit stets durch die Hintertür im Wege der Verordnung

- Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7306-7316

Untersagung der Jagdausübung an Grünbrücken und Grünunterführungen

Sachstand zur Einschränkung des Jagdausübungsrechts an den Standorten von Querungshilfen für Wildtiere

- KlAnfr
 s. *Jagd*
 Drs 15/7372

Geltendmachung von Wildschäden nach dem neuen Landesjagdrecht

Sachstand zur Umsetzung bei der Geltendmachung von Wildschadensfällen nach dem neuen Landesjagdrecht, insbes Meldzahlen, Kosten, rechtliche Beratung von Vertragsparteien durch Jagdbehörden, Versorgung mit Wildschadensschätzern, Abschaffung des kommunalen Vorverfahrens

- KlAnfr
 s. *Wildschaden*
 Drs 15/7577

Jagdsteuer

s. *Jagdabgabe*

Jagdverwaltung

s. *Jagdbehörde*

Jagdzeit

Situation des Dachses in BW

Vorkommen, Bejagung und Wirkungsbezüge des Dachses in BW; Erfüllung der Erfordernisse der Wildschadensabwehr durch die derzeitige Jagdzeitenregelung

- Antr
 s. *Wildtier*
 Drs 15/3857

Jagst

Fischartenschutz an der Jagst

Fraßdruck der Kormorane auf die Fischbestände an der Jagst; Sachstand des Antrags der Fischhegegemeinschaft Jagst auf eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zur Kormoranvergrämung

- KlAnfr
 s. *Fischerei*
 Drs 15/5133

Ursache, Folgen und Maßnahmen zur Wiederbelebung der Gewässerökologie und des Fischbestands in der Jagst bei Kirchberg nach dem massenhaften Fischsterben aufgrund des verheerenden Mühlenbrands

Sachstand zu Ausmaß und Bewältigung des massenhaften Fischsterbens an der Jagst infolge des Mühlenbrands bei Kirchberg-Lobenhausen

- KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 26.08.2015 und Antw UM Drs 15/7346

Gewässerökologische Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst

Sachstand zu gewässerökologischen Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst, insbes Wiederherstellung eines hochwertigen gewässerökologischen Zustands, Unterstützung örtlicher Fischereiverbände, Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Flusses

- Antr
 s. *Gewässerschutz*
 Drs 15/7395

Jahresabschluss

Jahresabschluss der Neckarpri GmbH

Überschreitung der gesetzlichen Aufstellungsfrist für Jahresabschluss und Lagebericht der Neckarpri GmbH zum Ende des Geschäftsjahres 2010/2011; Bewertung der Beteiligung der Neckarpri GmbH an der EnBW AG durch den Abschlussprüfer KPMG; Kenntnisnahme von Landesbediensteten und Mitgliedern der LReg vom von KPMG ermittelten Wert der EnBW-Beteiligung; Durchführung von Werthaltigkeitstest und Impairmenttest und der daraus abgeleitete unterschiedliche Abwertungsbedarf

- Antr
 s. *EnBW*
 Drs 15/2845

Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land
Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/4187

Situation der Neckarpri GmbH

Wirtschaftliche Situation der Neckarpri GmbH; Sachstand und Kosten des Schiedsrichter

KlAnfr
s. *Neckarpri GmbH*
Drs 15/6102

Jahresurlaub

s. *Urlaub*

Jahreswechsel

s. *Silvester*

Japan

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1263

Ausländische Patentanmeldungen in Deutschland und in BW

Zahl von Patentanmeldungen aus Ostasien (insbes aus China, Japan und Korea) in Europa und Deutschland, insbes betroffene Branchen; Entwicklung der durch ostasiatische Patentanmeldungen entstandenen Patentstreitigkeiten sowie Auswirkungen auf die baden-württembergische Industrie

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/4267

Bewertung des Atomunglücks in Fukushima als Mahnung zum beschleunigten Atomausstieg

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Bewertung des Atomunglücks in Fukushima als Mahnung zum beschleunigten Atomausstieg

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38 50 71

Bewertung des Atomunglücks in Japan als Auslöser des beschleunigten Atomausstiegs

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 175 179

Begrüßung des beschlossenen Atomausstiegs in Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349

JAPrO

s. *Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung*

JarrG

s. *Jugendarrestgesetz*

Jazz

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Jazzmusik

s. *Jazz*

Jesiden

Hilfen des Landes für die Stadt Pforzheim bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden; Anfragen und Anträge der Stadt Pforzheim zur Förderung von Integrationsmaßnahmen seit 2012; Bewilligung zusätzlicher Fördermittel; Einschätzung der gewalttätigen, einen Polizeieinsatz erfordernden Auseinandersetzungen unter irakischen Jesiden in der Pforzheimer Innenstadt; Ausweitung schulischer Integrationsmodelle auf irakische Schüler

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3319

Friedlich zusammenleben - Maßnahmen gegen Gewalt irakischer Migranten in Pforzheim

Ursachen der Gewalteskalation zwischen jesidischen Irakern am 2. April 2013 in Pforzheim; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Gewaltausbrüche; Prüfung der Aufenthaltserlaubnis der beteiligten Gewalttäter in Deutschland; Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3420

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und

Schlaffflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Situation der Aramäer und anderer Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak

Sachstand zur Lage der orientalischen Christen und Jesiden in Syrien und im Irak; Einsatz der LReg für Flüchtlinge dieser Bevölkerungsgruppen, insbes Aufnahme und Betreuung in BW

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6866

Jestetten

Fahrplanverbesserungen im Jestetter Zipfel

Auswirkungen der Fahrplanänderungen des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) auf die Zugverbindungen nach Lottstetten und Jestetten; Dialog mit den zuständigen Schweizer Stellen, um eine Verschlechterung der Bahnanbindung des Jestetter Zipfels zu verhindern; Benennung der für die Bahnverbindung auf deutschem Gebiet maßgeblichen Inhalte des 1875 zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossenen Staatsvertrags

KlAnfr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/3871

Jettingen

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5326

JMStV

s. *Jugendmedienschutz-Staatsvertrag*

Jobcenter

s. *Arbeitsverwaltung*

Jobticket

s.a. *Berufsverkehr*
s.a. *Pendler*

Nachhaltige Mobilität für Landesbedienstete

Mobilitätsunterstützung für Landesbedienstete, insbes Bezuschussung des VVS-Firmentickets, Bereitstellung von „Dienstfahrrädern“

MdlAnfr 2) Dr. Patrick Rapp CDU 02.07.2014 Drs 15/5396
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6327 6328

Verkehrsentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets
Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 03.07.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5425
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 48 49
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Jobticket im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

Sachstand zur Nutzung des Jobtickets im Öffentlichen Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis für Beschäftigte des öffentlichen Diensts der Justiz Rhein-Neckar, insbes Gründe für die Ausnahme der Rechtsreferendare, Überlegung zur Bereitstellung des Jobtickets für Rechtsreferendare im Landesdienst

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 16.01.2015 und Antw MVI
Drs 15/6354

Gesamtkonzept Personalentwicklungsplan; Einwilligung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft gemäß § 3 Abs 26 StHG 2015/16 in der Fassung des Nachtrags (zu dem Schreiben des MFW Anlage 1 S. 4)

s. *Personalplanung*
Drs 15/7533

JobTicket BW

Sachstand zur vereinzelten Teuerung des geplanten JobTickets BW gegenüber dem regulären Jahresticket, insbes in einigen Fällen bei Pendlern aus dem Großraum Heidelberg

MdlAnfr 3) Nicole Razavi CDU 19.11.2015 Drs 15/7650
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8638-8640

Jod

Abgabe von Jodtabletten in der Schweiz

Verteilung von Jodtabletten an die schweizerische Bevölkerung zu deren Schutz vor Schilddrüsenkrebs im Fall eines Reaktorunfalls in der Schweiz; Unterrichtung der zuständigen Stellen und Kommunen in der baden-württembergischen Grenzregion über diese Maßnahme; Aushändigung von Jodtabletten an die deutschen Haushalte in der Grenzregion und ihre Finanzierung; Sicherstellung einer unverzüglichen Verständigung der deutschen Bevölkerung bei einem Unfall in einem schweizerischen Kernkraftwerk

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/6165

John-Cranko-Schule

s. *Tanz*

J.P. Morgan Chase Bank

Einrichtung eines Sozialchartafonds für die Mieter der LBBW-Wohnungen aus der Vergleichssumme von J.P.M.

Finanzmittel aus dem Vergleich mit der US-Investmentbank JP Morgan Chase; Stillschweigen der LBBW über eine Vergleichszahlung; Urteil des Stuttgarter Landgerichts im Streit um eine Mieterhöhung für eine vormalige LBBW-Wohnung durch die heutige Eigentümerin; Unwirksamkeit der Sozialcharta; Einhaltung des zugesagten Mieterschutzes; Nutzung der Vergleichssumme für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung ehemaliger LBBW-Mieter in Härtefällen

Antr
s. *Wohnimmobilien*
Drs 15/4382

Jubiläum

s.a. *Gedenktag*

Festsitzung des Landtags aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung des Landes BW

PIPr 15/35 25.04.2012 S. 1899-1910

250. Geburtstag Friedrich Hölderlin

Sachstand zu den Vorbereitungen des 250. Geburtstags von Friedrich Hölderlin, insbes Förderung der Feierlichkeiten, Neugestaltungen von literarischen Ausstellungen an Orten Friedrich Hölderlins, Kontakte der Kulturinstitute zu Frankreich aus Anlass des Jubiläums

Antr
s. *Autor*
Drs 15/7204

Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi iRd Veranstaltungen zum Landesjubiläum

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1615 1620

Jubiläumsveranstaltung

s. *Jubiläum*

Juden

s.a. *Israel*

Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen

Darlegung der Bestattungsformen nach dem Islam, dem Judentum, der Orthodoxie und dem Christentum; Unvereinbarkeit von Bestattungsritualen ohne Sarg und ewiges Ruherecht mit der geltenden Rechtslage; Umgang anderer BLänder und EU-Staaten mit kulturell und religiös begründeten und vom Christentum abweichenden Bestattungsritualen

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/1654

Rechtliche Bewertung von religiös begründeten Beschneidungen bei männlichen Minderjährigen

Darlegung o.g. Bewertung der im Judentum und Islam religiös begründeten Beschneidung; Beurteilung eines gesetzgeberischen Handlungsbedarfs

Antr
s. *Beschneidung*
Drs 15/2087

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr
s. *Religion*
Drs 15/2811

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Anpassung und Modernisierung des Bestattungsrechts zur Ausübung jüdischer und muslimischer Kultur und Tradition im Umgang mit Verstorbenen, insbes Aufhebung der Sargpflicht und Möglichkeit der Erdbestattung in Tüchern sowie Aufhebung der grundsätzlichen Mindestdauer bis zur Bestattung

GesEntw
s. *Bestattung*
Drs 15/4543

Antisemitisch motivierte Manifestationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg

Hintergründe antisemitischer Äußerungen und Handlungen bei Protesten gegen den Gaza-Krieg und Reaktion der Strafverfolgungsbehörden; Verbindung islamistischer zu rechts- bzw links-extremistischen Gruppen; Schutzmaßnahmen für jüdische Mitbürger und Einrichtungen vor antisemitisch motivierten Aktivitäten

Antr
s. *Antisemitismus*
Drs 15/5581

Gedenken an den Beginn der Judenverfolgung in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 und an die nachfolgenden Deportationen in Konzentrationslager, Pflege der Gräber der 1940 aus Baden nach Südfrankreich deportierten Juden

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 757-762

Judenfeindschaft

s. *Antisemitismus*

Judenhass

s. *Antisemitismus*

Judentum

s. *Juden*

Jugend- und Familienerholung

Familienerholungsmaßnahmen in BW

Angebote und finanzielle Förderung der Jugend- und Familienerholung; gemeinnützige Träger der Familienerholung; Zielgruppen und Inanspruchnahme der Angebote; aktueller Stand und Zeitplan des bedarfsgerechten Ausbaus der Jugend- und Familienerholung; Nutzung der Erfahrungen der Jugend- und Familienwerke bei der Erarbeitung der Fördermaßnahmen; individuelle Förderung für Familien iRd Landesprogramms STÄRKE

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3597

Jugend- und Heimerzieherverordnung

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Jugend- und Heimerzieherverordnung in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Jugendamt

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Jugendarbeit

s.a. *Jugendaustausch*
s.a. *Jugendbildung*
s.a. *Jugendleiter*
s.a. *Jugendorganisation*
s.a. *Jugendplan*
s.a. *Kinderbetreuung*
s.a. *Sozialarbeit*

Zukunft der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in den soziokulturellen Zentren

Anteil und Bewertung der Kinder- und Jugendarbeit an den Kursangeboten der soziokulturellen Zentren; Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagschulen auf die Nachfrage, u.a. auch beim Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

KlAnfr
s. *Soziokultur*
Drs 15/388

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS Baden-Württemberg e.V.)

Bedeutung, Ausbau und Förderung o.g. Zentren, insbes auch im Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung und Integrationsarbeit; zeitnahe Umsetzung der zwei zu eins Finanzierung von Kommunen und Land

Antr
s. *Soziokultur*
Drs 15/581

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Qualifizierung der Führungskräfte und der ehrenamtlichen Helfer, Stand der Jugendarbeit, Freistellung der Helfer vom Arbeitsplatz

GrAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/603

Zukunft des Bündnisses für die Jugend

Bedeutung und Fortsetzung des o.g. Bündnisses im Hinblick auf die Jugendarbeit, Gewährleistung finanzieller Planungssicherheit für die Jugendarbeit iRd Landesjugendplans, Stand der Er-

arbeitung des Gesamtbildungskonzepts der außerschulischen Jugendbildung bzw der Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung, Straffung und Optimierung der bestehenden Programme

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/989

Vollzug des Staatshaushaltsplans für 2012; hier: Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Antr LReg
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/1625

Ein Jahr grün-rote Jugendpolitik in BW

Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam mit den jungen Menschen; Stand der Erarbeitung des „Zukunftsplans Jugend“ und des Gesamtbildungskonzepts; Übernahme von Empfehlungen des Gutachtens „Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in BW“; Bewertung der Kritik des Landesjugendrings; Realisierung der versprochenen finanziellen Verbesserungen und Einrichtung einer zusätzlichen Bildungsreferentenstelle, Neujustierung der Relation von Projekt- und Regelförderung

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/1982

Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Fortschreibung des „Bündnisses für die Jugend“, Höhe der bereitgestellten Mittel, Anteil der Verwendung für Projekte sowie für Verwaltungsstrukturen bei Verbänden und Organisationen, Eruierung neuer Zielgruppen und Themen, enge Kooperation mit der Jugendsozialarbeit und Schule; Erarbeitung eines „Zukunftsplans Jugend“ und Verankerung im Landesjugendplan

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/2177

Jugend auf dem Land in BW

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Jugendarbeit im ländlichen Raum; hauptamtliche und ehrenamtliche Jugendarbeit als Standortfaktor; Gewährleistung des Fortbestands der Jugendarbeit und ihre finanzielle Förderung durch das Land; ehrenamtliche Jugendarbeit als Ansatzpunkt zur Vermeidung von Generationenkonflikten; Förderung der Anerkennungskultur und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen; Einbeziehung der lokalen Träger der Jugendarbeit in den Planungsprozess

Antr CDU 24.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2928 (11 S.)
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4490-4497

Sportorientierte Jugendarbeit - Projekt „Kick Fair“

Bewertung und Förderung des Projekts KickFair iRd offenen, sportorientierten Jugendarbeit

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 20.02.2013 und Antw KM Drs 15/3100

Finanzielle Ausstattung der Ganztags- und Schülerbetreuungen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

Einpassung der bestehenden Betreuungskonzepte des Jugendbegleiters und der ehrenamtlichen Schülerbetreuung in den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und ihre künftige Förderung; Entwicklung und finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Schülerbetreuung sowie des Jugendbegleiter-Programms seit 2003; Zahl der Jugendbegleiter und der von ihnen betreuten Schüler

KlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/3619

Finanzierung der Jugendpolitik im Land

Ausgaben und Finanzierung von Projekten des Zukunftsplans Jugend; Kürzung der Fördersätze in der Kinder- und Jugendarbeit; Planung und Finanzierung der Kampagne „Wählen ab 16“

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/4299

Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Stillstand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land steht still!

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule; Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rahmenvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirchlichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zukunftsplans Jugend

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/5215

Gesetz zur Änderung des Jugendbildungsgesetzes, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für BW sowie des Kinderschutzgesetzes BW

Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“; Umstellung der Anteilsfinanzierung des Bildungsreferenten-Programms auf eine Festbetragsfinanzierung; Zusammenführung des „Landeskuratoriums für außerschulische Jugendbildung“ und des „Beirats für soziale Jugendhilfe“ in einem neuen Gremium mit der Bezeichnung „Landesjugendkuratorium Baden-Württemberg“; Änderung des Kinderschutzgesetzes BW aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes zur Information und Kooperation im Kinderschutz (KKG)

GesEntw LReg 24.02.2015 Drs 15/6510 (11 S.)
1. Beratung PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7322
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.03.2015 Drs 15/6621
2. Beratung PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7499-7503
GesBeschl 25.03.2015 Drs 15/6655
GBI 2015 Nr. 6 S. 181 182 (Ges vom 14.04.2015)

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr
s. *Musikerziehung*

Drs 15/7725

Förderung der Kooperation von Schulen mit der außerschulischen Jugendarbeit

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1382 1383

Jugendarbeitslosigkeit

s. *Arbeitslosigkeit*

Jugendarrest

Gesetz über die Gestaltung und Durchführung des Jugendarrestes in BW

Ersatz für die bislang geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen zum Vollzug des Jugendarrestes im Jugendgerichtsgesetz und in der Jugendarrestvollzugsordnung; Konsequente Orientierung am Gedanken der gezielten pädagogischen Förderung der jungen Menschen im Arrest und an der Nachsorge, insbes Förderung durch soziales Training

GesEntw LReg 07.10.2014 Drs 15/5838 (69 S.)

1. Beratung PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6527-6530

BeschlEmpf und Bericht StändA 06.11.2014 Drs 15/6083 (dazu ÄAntr Jürgen Filius u.a. GRÜNE und Sascha Binder u.a. SPD)

ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 11.11.2014 Drs 15/6109

2. Beratung PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6723 6724

GesBeschl 13.11.2014 Drs 15/6135 (10 S.)

GBI 2014 Nr. 21 S. 582-590 (Ges vom 25.11.2014)

Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests - Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Umsetzung der Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests, insbes Aufsichtsregelungen, Ergänzung der Berichte durch das Justizministerium, Umgang mit Beschwerden über mangelhafte Berichte, Einführung einheitlicher Standards, Anpassung der notwendigen Personal- und Sachausstattung

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6104

Jugendarrestgesetz

Gesetz über die Gestaltung und Durchführung des Jugendarrestes in BW

Ersatz für die bislang geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen zum Vollzug des Jugendarrestes im Jugendgerichtsgesetz und in der Jugendarrestvollzugsordnung; Konsequente Orientierung am Gedanken der gezielten pädagogischen Förderung der jungen Menschen im Arrest und an der Nachsorge, insbes Förderung durch soziales Training

GesEntw
s. *Jugendarrest*
Drs 15/5838

Jugendaustausch

s.a. *Kulturbeziehungen*

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donaauraum-

strategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr
s. Rumänien
Drs 15/682

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney
Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr
s. Ministerin für Integration
Drs 15/1129

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW
Entwicklung der kulturellen Beziehungen zu Russland, Förderung von Kooperationen zwischen Schulen aus BW und Russland mit dem Ziel eines kontinuierlichen Schüleraustauschs

Antr
s. Russisch
Drs 15/1740

Organisation von Begegnungen zwischen Jugendlichen aus Israel und Deutschland
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 760

Jugendbegleiter

s. Jugendleiter

Jugendbildung

s.a. Politische Bildung

Zukunft des Bündnisses für die Jugend
Bedeutung und Fortsetzung des o.g. Bündnisses im Hinblick auf die Jugendarbeit, Gewährleistung finanzieller Planungssicherheit für die Jugendarbeit iRd Landesjugendplans, Stand der Erarbeitung des Gesamtbildungskonzepts der außerschulischen Jugendbildung bzw der Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung, Straffung und Optimierung der bestehenden Programme

Antr
s. Jugendlicher
Drs 15/989

Haushalt 2012; Epl 04
Aufstockung der Mittel zur Förderung von Jugendkunstschulen, Novellierung des Jugendbildungsgesetzes: Gleichsetzung der Förderung von Jugendkunstschulen und Musikschulen
Haushalt
s. Kunstschule
Drs 15/1104

Haushalt 2012; Epl 09

Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel für Maßnahmen der Jugendbildung

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-7 S. 40
ÄAntr FDP/DVP 24.01.2012 Drs 15/1109-12 S. 48
ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-18 S. 58
59
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-3 S. 6
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Ein Jahr grün-rote Jugendpolitik in BW

Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam mit den jungen Menschen; Stand der Erarbeitung des „Zukunftsplans Jugend“ und des Gesamtbildungskonzepts; Übernahme von Empfehlungen des Gutachtens „Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in BW“; Bewertung der Kritik des Landesjugendrings; Realisierung der versprochenen finanziellen Verbesserungen und Einrichtung einer zusätzlichen Bildungsreferentenstelle, Neujustierung der Relation von Projekt- und Regelförderung

Antr
s. Jugendlicher
Drs 15/1982

Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Fortschreibung des „Bündnisses für die Jugend“, Höhe der bereitgestellten Mittel, Anteil der Verwendung für Projekte sowie für Verwaltungsstrukturen bei Verbänden und Organisationen, Eruierung neuer Zielgruppen und Themen, enge Kooperation mit der Jugendsozialarbeit und Schule; Erarbeitung eines „Zukunftsplans Jugend“ und Verankerung im Landesjugendplan

Antr
s. Jugendlicher
Drs 15/2177

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, L HochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, L BeamtungsGes, JugendbildungsGes, L BeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, L Haushaltsordnung, PrivatschulGes sowie L BeamtenGes

GesEntw
s. Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014
Drs 15/2561

Gesetz zur Änderung des Jugendbildungsgesetzes, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für BW sowie des Kinderschutzgesetzes BW

Änderung der §§ 7 und 15 des Jugendbildungsgesetzes in der Fassung vom 18. Dezember 2012

GesEntw
s. Jugendarbeit
Drs 15/6510

Jugendbildungsgesetz

s. Jugendbildung

Jugendfeindlichkeit

s. Antisemitismus

Jugendfischereischein

s. *Fischerei*

Jugendgästehaus

s. *Jugendherberge*

Jugendgemeinderat

Jugendgemeinderäte

Politische Teilhabe von Jugendlichen in den Gemeinden als Jugendgemeinderäte, Entwicklung der installierten Gremien in den letzten fünf Jahren, Darstellung der eingeräumten Beteiligungsrechte (im Gemeinderat und seinen Ausschüssen) und Budgets, Art und Akzeptanz der Angebote der Landeszentrale für politische Bildung für Jugendgemeinderäte

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 11.01.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1126 (18 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.03.2012 Drs 15/1646 S. 21 22

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher in der Kommunalpolitik

Verbesserung der Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene, insbes durch die Einrichtung eines Jugendgemeinderats; Regelung der Beteiligungsrechte im Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

GesEntw

s. *Jugendlicher*

Drs 15/1674

Kommunalpolitische Situation und Jugend im Main-Tauber-Kreis nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im Main-Tauber-Kreis, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte; Förderung der politischen Teilhabe von Jugendlichen

KlAnfr

s. *Kommunalwahl*

Drs 15/6907

Kommunalpolitische Situation und Jugend im LKreis Heilbronn nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im LKreis Heilbronn, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte

KlAnfr

s. *Kommunalwahl*

Drs 15/7684

Jugendgruppenleiter

s. *Jugendleiter*

Jugendherberge

Jugendherbergswesen in BW

Bestand der Jugendherbergen während der letzten zehn Jahre; Übernachtungsstatistik; Förderung der Jugendherbergen von Seiten des Landes und der Kommunen; Steuer- und Abgabebefreiung der Jugendherbergen; Abführung einer kommunalen Übernachtungssteuer („Bettensteuer“); Beschwerden über nicht

satzungskonforme, der Gemeinnützigkeit widersprechende Aktivitäten und Angebote einzelner Jugendherbergen; Ansprache älterer Zielgruppen durch ein auf sie ausgerichtetes Seminar- und Tagungsangebot sowie durch das Angebot alkoholischer Getränke

Antr Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 11.09.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5707

BeschlEmpf und Bericht LandWA 05.11.2014 Drs 15/6338 S. 111 112

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Jugendherbergswesen in BW

Neueröffnungen und Schließungen von Jugendherbergen im Jahr 2014; Gründe der Schließung der Jugendherberge in Singen (Hohentwiel); Sanierungsbedarf bei den Jugendherbergen in BW; Entwicklung eines langfristigen Investitionskonzepts in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk; Förderung der Sanierung bestehender Jugendherbergen im ländlichen Raum; Beachtung des Satzungszwecks bei den Angeboten von Jugendherbergen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP und Hans-Peter Storz u.a. SPD 05.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6465

BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.03.2015 Drs 15/6921 S. 64 65

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Jugendhilfe

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Jugendkriminalrecht

s. *Jugendstrafrecht*

Jugendkunstschule

s. *Kunstschule*

Jugendlandtag

Beteiligung von Jugendlichen in BW - Ergebnisse des Jugendlandtags

Debatte PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8011-8017

Jugendleiter

s.a. *Sportleiter*

Das ehrenamtliche Engagement der Schüler stärken

Entwicklung und Förderung des sozialen oder karitativen Engagements von Schülern innerhalb und außerhalb der Schule, z.B. als Jugendbegleiter, Schulsanitäter, Streitschlichter oder Hausaufgabenbetreuer; Einführung eines Wahlpflichtfachs „Ehrenamt“ als Teil des Schulcurriculums; Erfahrungen aus anderen BLändern; Ausrichtung des Konzepts für die Ganztagschulen auf eine stärkere Förderung von Sozialkompetenz, ehrenamtlichem Engagement und gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein

Antr

s. *Ehrenamt*

Drs 15/405

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/575

Ganztagsbildung und -betreuung im LKreiss Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/898

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Betreuung durch Jugendbegleiter im Stadt- und LKreiss Heilbronn

Zahl, Qualifikation und Einsatzbereiche der ehrenamtlichen schulischen Jugendbegleiter; Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund oder von Migrantenvereinen an den Jugendbegleiterprogrammen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.03.2012 und Antw KM Drs 15/1450 (10 S.)

Jugendbegleiterprogramm II - einen geeigneten Rahmen für die Kooperation von (Ganztags-)Schulen mit außerschulischen Partnern schaffen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1756-1764

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 15/1873

Finanzielle Ausstattung der Ganztags- und Schülerbetreuungen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

Einpassung der bestehenden Betreuungskonzepte des Jugendbegleiters und der ehrenamtlichen Schülerbetreuung in den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und ihre künftige Förderung; Entwicklung und finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Schülerbetreuung sowie des Jugendbegleiter-Programms seit 2003; Zahl der Jugendbegleiter und der von ihnen betreuten Schüler

KlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/3619

Ehrenamtskarte

Einführung einer Ehrenamtskarte in BW nach bayerischem Vorbild; Auswirkungen einer Ehrenamtskarte auf das ehrenamtliche Engagement; Erfahrungen mit der Jugendleiter/in-Card (Juleica)

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/3892

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreiss Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streitschlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes. den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stellenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Vergütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/4723

Erfolgsbewertung des Jugendbegleiterprogramms, Einbau eines Kooperationsbudgets bei der Fortsetzung des Programms

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1825 1829

Jugendlicher

s.a. *Ausländischer Jugendlicher*

s.a. *Auszubildender*

s.a. *Jugendarbeit*

s.a. *Jugendaustausch*

s.a. *Jugendbildung*

s.a. *Jugendgemeinderat*

s.a. *Jugendleiter*

s.a. *Jugendorganisation*

s.a. *Jugendplan*

s.a. *Jugendschutz*

s.a. *Kinder- und Jugendhilfe*

s.a. *Mädchen*

s.a. *Rocker*

Rechtsfragen bei Jugendschutzeinsätzen in den Kommunen

Befugnisse von Polizei, Gemeindevollzugsdienst und privaten Sicherheitsdiensten für den Einzug von Alkoholika, Alkoholtests, Aufnahme und Weitergabe von persönlichen Daten differenziert nach den verschiedenen Altersgruppen von jungen Men-

schen; Rechtsgrundlagen für die Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten und des Jugendamts

KIAnfr
s. *Jugendschutz*
Drs 15/1713

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Anstreben eines Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebots für alle Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der jungen Migranten und benachteiligten Jugendlichen, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife der Bewerber und zur Reduzierung der Zahl von Ausbildungsabbrüchen, Stärkung der Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife, Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum sowie des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte, Entwicklung eines Zeitplans zur Einführung der integrierten Ausbildungsstatistik

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Adipositas bei Kindern und Erwachsenen

Entwicklung der Zahlen und Kosten von stark übergewichtigen Patienten unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Darlegung von präventiven Maßnahmen und Behandlungsmethoden, Kosten und Nutzen von Magenverkleinerungen, insbes Gewichtung der erzielbaren Reduzierung von Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck

KIAnfr
s. *Übergewicht*
Drs 15/846

Zukunft des Bündnisses für die Jugend

Bedeutung und Fortsetzung des o.g. Bündnisses im Hinblick auf die Jugendarbeit, Gewährleistung finanzieller Planungssicherheit für die Jugendarbeit iRd Landesjugendplans, Stand der Erarbeitung des Gesamtbildungskonzepts der außerschulischen Jugendbildung bzw der Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung, Straffung und Optimierung der bestehenden Programme

Antr CDU 09.12.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/989
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1824-1829

Drogenkonsum Jugendlicher in BW

Schlüsse aus dem Bericht zur Drogenaffinität Jugendlicher 2011; Bewertung der Entwicklung des Konsums von Alkohol, Cannabis u.a. legalen und illegalen Drogen im Vergleich zu anderen BLändern; Positionen zum Einsatz jugendlicher Testkäufer, zu einem generellen Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr sowie zur Forderung von Kommunen nach möglichen Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/1324

Verführt hochprozentiger Billigalkohol Jugendliche?

Entwicklung der Verkaufsmengen, Preise und Herkunftsländer von Billigspirituosen in den letzten zehn Jahren; Frage nach einer Beeinflussung des Alkoholkonsumverhaltens von Jugendlichen sowie nach Initiativen zur Lösung der Problematik von Billigspirituosen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene

Antr

s. *Spirituosen*
Drs 15/1523

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“

Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1610

Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung Jugendlicher in der Kommunalpolitik

Verbesserung der Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene, insbes durch die Einrichtung eines Jugendgemeinderats; Regelung der Beteiligungsrechte im Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

GesEntw FDP/DVP 08.05.2012 Drs 15/1674
Mittlg LtgPräs 13.06.2012 Drs 15/1844 (11 S.)
1. Beratung PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2459-2463
Ergänzende Mittlg LtgPräs 14.08.2012 Drs 15/2265
BeschIEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2358
2. Beratung PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2535-2539 (Ablehnung)

Bildungschancen jugendlicher Strafgefangener in baden-württembergischen Gefängnissen

Situation der Beschulung der o.g. Gefangenen und Untersuchungshäftlinge, insbes auch von Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und mangelhaften Deutschkenntnissen; Erfahrungen bei der Gewinnung von Lehrern; Teilhabe der Schulen in den Vollzugsanstalten an der Strukturreform des Schulsystems; Kooperationen zwischen diesen Schulen und Institutionen außerhalb der JVA

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/1738

Qualipass im Ehrenamtsland

Akzeptanz und Wirkungen der o.g. Nachweismöglichkeit der Beteiligung von Jugendlichen an außerschulischen ehrenamtlichen Tätigkeiten; Zahl und Altersklassen der bislang zertifizierten Jugendlichen im Vergleich zu anderen BLändern; Darstellung der erworbenen Praxiserfahrungen und Kompetenzzgewinne, insbes auch im Hinblick auf die Berufsorientierung

Antr
s. *Kompetenz*
Drs 15/1762

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/1895

Ein Jahr grün-rote Jugendpolitik in BW

Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam mit den jungen Menschen; Stand der Erarbeitung des „Zukunftsplans Jugend“ und des Gesamtbildungskonzepts; Übernahme von Empfehlungen des Gutachtens „Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in BW“; Bewertung der Kritik des Landesjugendrings; Realisierung der versprochenen finanziellen Verbesserungen und Einrichtung einer zusätzlichen Bildungsreferentenstelle, Neujustierung der Relation von Projekt- und Regelförderung

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 28.06.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1982

BeschlEmpf und Bericht SoZA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 70 71

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Fortschreibung des „Bündnisses für die Jugend“, Höhe der bereitgestellten Mittel, Anteil der Verwendung für Projekte sowie für Verwaltungsstrukturen bei Verbänden und Organisationen, Eruiierung neuer Zielgruppen und Themen, enge Kooperation mit der Jugendsozialarbeit und Schule; Erarbeitung eines „Zukunftsplans Jugend“ und Verankerung im Landesjugendplan

Antr Florian Wahl u.a. SPD 31.07.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2177 (28 S.)

BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.10.2012 Drs 15/2741 S. 24 25

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Jugendliche in der Kommunalpolitik in BW

Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Anteils der Erstwahlberechtigten bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seit 2002; Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von Jugendlichen an der Kommunalpolitik; Frage nach den vorgesehenen Änderungen bei der bevorstehenden Reform des Kommunalwahlrechts, u.a. Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 oder auf Antrag auf 14 Jahre

Antr

s. *Kommunalpolitik*

Drs 15/2279

Die Situation der Ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz

Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Katastrophenschutz; Preise, Ehrungen und Auszeichnungen; Einführung einer „Ehrenamtskarte“; Abhängigkeit des ehrenamtlichen Engagements von der Betriebsgröße des Arbeitgebers; Arbeitsplatzverlust durch Einsatz im Katastrophenschutz; privilegierter Zugang zu Schulen für die im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zur Nachwuchswerbung; Auswirkung der Aussetzung der Wehrpflicht auf die Personalstruktur von Hilfsorganisationen; Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/2356

Suizidprävention bei Jugendlichen

Daten zu Todesfällen durch Suizid in BW; Arten, Förderung und Finanzierung von Präventions- und Beratungsangeboten für Suizidgefährdete und speziellen Konzepten für Jugendliche; Rolle des ehrenamtlichen Engagements; Bewertung niedrigschwelliger Online-Beratungsangebote für suizidgefährdete Jugendliche, insbes des Peer-to-Peer-Beratungsansatzes; Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung für Kinder und Jugend-

liche und Aufklärungsangebote durch Schule und Veranstaltungen

Antr

s. *Suizid*

Drs 15/2876

Situation und Förderung von Hochbegabten

Begriffsdefinition und Diagnoseverfahren von Hochbegabung; Beratungsangebote für Eltern sowie Inhalte in der Lehrer- und Erzieherausbildung zum Thema Hochbegabung; Erkenntnisse aus dem Comenius-Regio-Projekt und Langzeitstudien zur Entwicklung Hochbegabter; Planungen in der Hochbegabtenförderung, insbes im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Gymnasialbildung sowie eine Kooperation mit Hochschulen

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 15/2888

Jugend auf dem Land in BW

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Jugendarbeit im ländlichen Raum; hauptamtliche und ehrenamtliche Jugendarbeit als Standortfaktor; Gewährleistung des Fortbestands der Jugendarbeit und ihre finanzielle Förderung durch das Land; ehrenamtliche Jugendarbeit als Ansatzpunkt zur Vermeidung von Generationenkonflikten; Förderung der Anerkennungskultur und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen; Einbeziehung der lokalen Träger der Jugendarbeit in den Planungsprozess

Antr

s. *Jugendarbeit*

Drs 15/2928

EU-Programm „Daphne“

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte Förderprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr

s. *DAPHNE*

Drs 15/3337

Jugendliche und Glücksspiel in BW

Glücksspielnutzung von Jugendlichen und Entwicklung des Spielverhaltens; Anteil der spielsüchtigen oder spielsuchtgefährdeten Jugendlichen; Maßnahmen und Planungen der Spielsuchtprävention, insbes Einführung eines personalisierten Spielerausweises und Restriktionen bei Online-Spielen; Position zur Novellierung der Spielverordnung durch die BReg

Antr

s. *Glücksspiel*

Drs 15/3340

Einführung des kommunalen Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr

Ablehnung eines aktiven Wahlrechts ab 16 wegen der politischen Unreife der Jugendlichen und ihrem Unvermögen, die Tragweite von Entscheidungen zu erkennen; Absage an eine Herabsetzung des Wahlalters wegen der Beeinflussbarkeit der Minderjährigen und einer möglichen Anfälligkeit für extremistische Strömungen

KIAnfr

s. *Wahlrecht*

Drs 15/3369

Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen - Fachkräftemangel in Deutschland überwinden

Aktuelle Debatte
s. *Arbeitslosigkeit*
PIPr 15/67 S. 3999

Kampagne „Wählen ab 16“

Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung von Jugendlichen; Erhöhung des Sachverständigen Ersthilfer; Anpassung der Lehrpläne in den verschiedenen Schularten bis zur Kommunalwahl 2014; Projektpartner und Finanzierung der Kampagne; Skepsis der Jugendlichen gegenüber einer Vorverlegung des Wahlalters; Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Republik Österreich mit der Absenkung des Wahlalters

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/3543

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw. Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Organisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maßnahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beeinflussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Parteien

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/3551

Familienerholungsmaßnahmen in BW

Angebote und finanzielle Förderung der Jugend- und Familienerholung; gemeinnützige Träger der Familienerholung; Zielgruppen und Inanspruchnahme der Angebote; aktueller Stand und Zeitplan des bedarfsgerechten Ausbaus der Jugend- und Familienerholung; Nutzung der Erfahrungen der Jugend- und Familienwerke bei der Erarbeitung der Fördermaßnahmen; individuelle Förderung für Familien iRd Landesprogramms STÄRKE

Antr
s. *Jugend- und Familienerholung*
Drs 15/3597

Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren

Zahl der zu Schülermentoren ausgebildeten Schüler mit Migrationshintergrund; Anteil der Mädchen; Durchführung einer repräsentativen Datenerhebung

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3637

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW und möglicher Standort Ulm

KlAnfr
s. *Naturwissenschaften*
Drs 15/3736

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iRd Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr
s. *Verbraucherinformation*
Drs 15/3938

Crystal Meth - Gefahren und Gegenmaßnahmen in BW

Gefahren des Konsums von N-Methylamphetamin (Crystal Meth); Zahl und Sozialstruktur der Drogenkonsumenten; konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenkonsums, Aufklärung insbes junger Menschen über die Gefährlichkeit der Droge; wissenschaftliche Untersuchungen zum Konsum von Crystal Meth; Erstellung eines Programms zur Bekämpfung der Verbreitung und des Konsums dieser Droge

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/3965

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/3974

Duale Ausbildung in BW: Mit dem Ausbildungsbindnis die beruflichen Perspektiven für alle Jugendlichen verbessern und die Wirtschaft stärken

Aktuelle Debatte
s. *Duale Berufsausbildung*
PIPr 15/80 S. 4813

Finanzierung der Jugendpolitik im Land

Ausgaben und Finanzierung von Projekten des Zukunftsplans Jugend; Kürzung der Fördersätze in der Kinder- und Jugendarbeit; Planung und Finanzierung der Kampagne „Wählen ab 16“

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 14.11.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4299 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 79 80
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Moped-Führerschein mit 15 Jahren

Erfahrungen mit dem Führerschein mit 17; Überblick über die Erfahrungen mit dem Moped-Führerschein mit 15 in anderen Bundesländern; Folgerungen für dessen Einführung in BW

Antr
s. *Fahrerlaubnis*

Drs 15/4519

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder be-
schuldigte Kinder*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/4571

Programme zur Motivation für MINT-Berufe in BW

Bedeutung und Initiative für MINT-Berufe (Mathematik, Infor-
matik, Naturwissenschaft und Technik) in BW, insbes Program-
me zur Motivation für MINT-Berufe für Frauen; Bewertung der
Heranführung von Kindern und Jugendlichen an MINT-Berufe
durch Schule, naturwissenschaftlich-technische Jugendbildung
und Science-Center

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/4578

*Auslastung der kinder- und jugendpsychiatrischen Kapazitäten
in BW*

Standorte, Nachfrage, Auslastung und Bedarfsanpassung der
kinder- und jugendpsychiatrischen Störungen und Präventions-
maßnahmen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 15/4773

Jugendstudie Baden-Württemberg 2013

Ergebnisse und Aussagen der Jugendstudie BW 2013; aus der
Studie abgeleitete Handlungsempfehlungen und Forderungen an
die Politik; Umsetzung der Erkenntnisse durch die LReg

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 14.02.2014 und Stellungnah-
me KM Drs 15/4774 (10 S.)

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politi-
scher Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht
auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdis-
kussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bil-
dung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenz-
zeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Fest-
legung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts
seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

„Legal Highs“ - Gefahren scheinbar legaler Drogen

Erkenntnisse über die Verbreitung der „Legal Highs“ in BW;
Konsumformen und Konsummuster; Gesundheitsrisiken; Unter-
stützung der Suchthilfe durch eine genaue Erfassung der Kon-
sumformen und Wirkungsweisen der Drogen in der landeswei-
ten Suchthilfestatistik; Präventionsmaßnahmen zum Schutz der
meist jungen Konsumenten; Unterdrückung des Konsums und
des Vertriebs; Erarbeitung eines Plans zur Eindämmung des
Konsums der „Legal Highs“ durch Jugendliche

Antr
s. *Synthetische Droge*
Drs 15/4962

*Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Still-
stand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land
steht still!*

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den
Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule;
Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rah-
menvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Part-
nern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirch-
lichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zu-
kunftsplans Jugend

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 16.05.2014 und Stellungnah-
me KM Drs 15/5215

Elektro-Shishas - Gefahr für Jugendliche?

Gesundheitliche Risiken von Elektro-Shishas und Verbreitung
unter Jugendlichen; Maßnahmen zur Eindämmung des Konsums
unter Jugendlichen; Handlungsempfehlungen für Schulen

KlAnfr
s. *Tabak*
Drs 15/5247

*Wahlbeteiligung der 16- und 17-jährigen bei den Kommunal-
wahlen 2014*

Informations- und Bildungsmaßnahmen für die 16- und 17-
jährigen Erstwähler bei den Kommunalwahlen 2014 in BW und
Erkenntnisse über die bei ihnen erreichte Wahlbeteiligung

MdAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5293

*Ausübung des Wahlrechts für unter 18-Jährige bei der Kommu-
nalwahl 2014*

Statistische Auswertung der Wahlbeteiligung der unter 18-
Jährigen bei der Kommunalwahl 2014; Erfolg der Veranstaltun-
gen zur Förderung der Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe;
Erfolgskontrolle der Absenkung des Wahlalters

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5353

*Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommu-
nalwahlgesetzes*

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteili-
gung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreis-
tagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am
25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbe-
gehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahl-
beteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche
Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampa-
gne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Wahlverhalten*
Drs 15/5397

Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“

Ziele, Angebote, Bündnispartner und Finanzierung der Erstwäh-
lerkampagne „Wählen ab 16 - Gib deinen Senf dazu!“; Ziele und
Umsetzung des Projekts „10 PLUS“, insbes Erhebung der Jung-
wählerdaten; Informationen zur Aus- und Bewertung der Wahl-
beteiligung der unter 18-Jährigen an den letzten Kommunal-
und Bürgermeisterwahlen

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/5470

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im LKreis Konstanz und in BW

Höhe der Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Erstwähler unter 18 Jahren in den Gemeinden des LKreises Konstanz und in BW bei der Kommunalwahl 2014 und Vergleich zur Wahlbeteiligung aller Wähler; Auswirkung der Arbeit von Jugendgemeinderäten und vergleichbaren Beteiligungsformen von Jugendlichen auf die Wahlbeteiligung

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5542

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und LKreis Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5716

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr
s. *Medienkompetenz*
Drs 15/5812

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr
s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen bei der Befragung durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht

Umsetzung einer altersgerechten und angemessenen Befragung von Kindern und Jugendlichen durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht, insbes Verwendung kindgerechter Sprache und angemessener Befragungsweise, Qualifikation und Schulung von Ermittlern, Gewährung von Verfahrensbeiständen für Kinder, landesgesetzliche Anpassungen

Antr
s. *Strafprozessrecht*
Drs 15/5890

Gefahren der Internetsucht

Sachstand zum pathologischen Computer- und Internetgebrauch, insbes Statistik (Altersstruktur, Geschlecht, Nutzungsart und -häufigkeit), Bedeutung der Online-Computerspielsucht, Gefahren für Kinder und Jugendliche, therapeutische Maßnahmen, Suchtprävention

Antr
s. *Internet*
Drs 15/5896

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6081

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KlAnfr
s. *Schulbesuch*
Drs 15/6493

Gesetz zur Änderung des Jugendbildungsgesetzes, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für BW sowie des Kinderschutzgesetzes BW

Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“; Umstellung der Anteilsfinanzierung des Bildungsreferenten-Programms auf eine Festbetragsfinanzierung; Zusammenführung des „Landeskuratoriums für außerschulische Jugendbildung“ und des „Beirats für soziale Jugendhilfe“ in einem neuen Gremium mit der Bezeichnung „Landesjugendkuratorium Baden-Württemberg“; Änderung des Kinderschutzgesetzes BW aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes zur Information und Kooperation im Kinderschutz (KKG)

GesEntw
s. *Jugendarbeit*
Drs 15/6510

Damit die Kuh nicht lila wird

Sachstand zum Lernort Bauernhof für Kinder und Jugendliche, insbes Einrichtungen und Projekte in BW für Kinder und Jugendliche zur Gewährung von Einblicken in die Welt der Landwirtschaft und die Arbeit der Landwirte, Bildungspläne zu Arbeit und Stellung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, Bereitstellung von Finanzmitteln

Antr

s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6673

Kommunalpolitische Situation und Jugend im Main-Tauber-Kreis nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im Main-Tauber-Kreis, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte; Förderung der politischen Teilhabe von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/6907

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler Ebene durch Änderung von Quoren und Fristen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; Regelung zur Bildung von Fraktionen und deren Rechte in kommunalen Gremien; Stärkung der Minderheitenrechte in kommunalen Gremien; Festschreibung von Teiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung; Fortentwicklung bei der Transparenz der örtlichen Verwaltung

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

„PartyPass“ in BW

Bisherige Erfahrungen mit dem „PartyPass“ für minderjährige Partygänger; Erhöhung seines Bekanntheitsgrads im Land; Unterstützung von Angeboten zur Alkoholprävention

KlAnfr
s. *Ausweis*
Drs 15/7641

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Teiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen gemeinsam mit der Wirtschaft

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Ermöglichung einer Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss für jeden Jugendlichen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52 56

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen gemeinsam mit der Wirtschaft, Verweisung auf die Sommerkollegs zur Qualifizierung von schwächeren Hauptschulabgängern für eine Ausbildung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 165-167

Beklagung des übermäßigen Alkoholkonsums von Jugendlichen und der daraus folgenden Straftaten; Schaffung der Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden an örtlichen Brennpunkten

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 209-216

Feststellung einer steigenden Zahl von jugendlichen Straftätern und von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412 413

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen gemeinsam mit der Wirtschaft

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513 515 518-520

Sensibilisierung der Jugendlichen zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrechtsregime, Schärfung ihres Gespürs für Rassismus und Ausgrenzung, Begrüßung von Begegnungen zwischen Jugendlichen aus Israel und Deutschland

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 758-762

Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen direkt im Anschluss an die Schulzeit

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Förderung von Modellen der assistierten Ausbildung für benachteiligte Jugendliche

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176-1179 1181-1183 1190

Weiterentwicklung des „Bündnisses für die Jugend“, Verweisung der Jugendverbände auf den „Zukunftsplan Jugend“; Bemühungen um eine Ausbildung für jeden Jugendlichen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1316 1321 1322 1324 1328

Kritik des Landesjugendrings an der Nichtberücksichtigung von Handlungsempfehlungen aus dem Bündnis für die Jugend; Sicherstellung der Ausbildungsreife der Jugendlichen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372 1382 1383 1392 1395

Beklagung des übermäßigen Alkoholkonsums von Jugendlichen und der daraus folgenden Straftaten; Schaffung der Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden an örtlichen Brennpunkten

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1586-1591

Jugendlicher Arbeitnehmer

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubilden-

den aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 19.09.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/4063 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 12.12.2013 Drs 15/4581 S. 43 44

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Zweite Ausbildungschance für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss schaffen

Ausbildungsmöglichkeiten für junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss, insbes Angebot eines Sofortprogramms, Vorrang einer Vermittlung in Ausbildung gegenüber einer Vermittlung in Arbeit, weitere Förderung der Teilzeitausbildung, testweise Einführung von Jugendberufsagenturen

Antr

s. *Berufsausbildung*

Drs 15/4232

Junge Menschen im ländlichen Raum in BW

Ursachen für den Rückgang der jungen Arbeitskräfte in der Agrarwirtschaft; Jobaussichten für Agrarabsolventen im ländlichen Raum; Auflistung der vom Arbeitskräftemangel in der Agrarwirtschaft besonders betroffenen ländlichen Gebiete; Beeinträchtigung der Attraktivität des Berufsbilds Bauer durch Zerrbilder in den Medien; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Agrarberufs und des ländlichen Raums für junge Arbeitskräfte

Antr

s. *Agrarberuf*

Drs 15/6285

Jugendlicher Ausländer

s. *Ausländischer Jugendlicher*

Jugendmedienschutz-Staatsvertrag

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw

s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*

Drs 15/7847

Jugendmedizin

s. *Kinder- und Jugendmedizin*

Jugendoffizier

s. *Soldat*

Jugendorganisation

Zukunft des Bündnisses für die Jugend

Bedeutung und Fortsetzung des o.g. Bündnisses im Hinblick auf die Jugendarbeit, Gewährleistung finanzieller Planungssicherheit für die Jugendarbeit iRd Landesjugendplans, Stand der Erarbeitung des Gesamtbildungskonzepts der außerschulischen Jugendbildung bzw der Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung, Straffung und Optimierung der bestehenden Programme

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 15/989

Haushalt 2012; Epl 09

Aufstockung der Zuschüsse für zentrale Aufgaben der Jugendorganisationen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-6 S. 38 39

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Ein Jahr grün-rote Jugendpolitik in BW

Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam mit den jungen Menschen; Stand der Erarbeitung des „Zukunftsplans Jugend“ und des Gesamtbildungskonzepts; Übernahme von Empfehlungen des Gutachtens „Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in BW“; Bewertung der Kritik des Landesjugendrings; Realisierung der versprochenen finanziellen Verbesserungen und Einrichtung einer zusätzlichen Bildungsreferentenstelle, Neujustierung der Relation von Projekt- und Regelförderung

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 15/1982

Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Fortschreibung des „Bündnisses für die Jugend“, Höhe der bereitgestellten Mittel, Anteil der Verwendung für Projekte sowie für Verwaltungsstrukturen bei Verbänden und Organisationen, Eruerung neuer Zielgruppen und Themen, enge Kooperation mit der Jugendsozialarbeit und Schule; Erarbeitung eines „Zukunftsplans Jugend“ und Verankerung im Landesjugendplan

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 15/2177

Muslimische Jugendorganisationen

Sachstand zur Arbeit und Bedeutung muslimischer Jugendorganisationen in BW, insbes Mitgliederzahlen, Organisationsstruktur, Finanzierung, Förderung durch das Land, Einbeziehung in das Qualifizierungsprogramm MEMO, Unterwanderung durch religiös-extremistische Strömungen

Antr Sabine Wölflé u.a. SPD 02.06.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6947

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 08.07.2015 Drs 15/7352 S. 88 89

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Weiterentwicklung des „Bündnisses für die Jugend“, Verweisung der Jugendverbände auf den „Zukunftsplan Jugend“

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1316 1322 1324 1328

Kritik des Landesjugendrings an der Nichtberücksichtigung von Handlungsempfehlungen aus dem Bündnis für die Jugend

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372 1382 1383 1392

Würdigung der Arbeit von Jugendgruppen gegen das Vergessen der Verbrechen des Nationalsozialismus

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1665

Jugendpflege

s. Jugendarbeit

Jugendplan

Zukunft des Bündnisses für die Jugend

Bedeutung und Fortsetzung des o.g. Bündnisses im Hinblick auf die Jugendarbeit, Gewährleistung finanzieller Planungssicherheit für die Jugendarbeit iRd Landesjugendplans, Stand der Erarbeitung des Gesamtbildungskonzepts der außerschulischen Jugendbildung bzw der Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung, Straffung und Optimierung der bestehenden Programme

Antr

s. Jugendlicher

Drs 15/989

44. Landesjugendplan für das Hj 2012

Mittlg LReg 13.12.2011 Drs 15/1013 (78 S.)

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 III. S. 9

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.01.2012 Drs 15/1109 II. S. 7

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Ein Jahr grün-rote Jugendpolitik in BW

Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam mit den jungen Menschen; Stand der Erarbeitung des „Zukunftsplans Jugend“ und des Gesamtbildungskonzepts; Übernahme von Empfehlungen des Gutachtens „Zukunft der Kinder- und Jugendarbeit in BW“; Bewertung der Kritik des Landesjugendrings; Realisierung der versprochenen finanziellen Verbesserungen und Einrichtung einer zusätzlichen Bildungsreferentenstelle, Neujustierung der Relation von Projekt- und Regelförderung

Antr

s. Jugendlicher

Drs 15/1982

Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Fortschreibung des „Bündnisses für die Jugend“, Höhe der bereitgestellten Mittel, Anteil der Verwendung für Projekte sowie für Verwaltungsstrukturen bei Verbänden und Organisationen, Eruiierung neuer Zielgruppen und Themen, enge Kooperation mit der Jugendsozialarbeit und Schule; Erarbeitung eines „Zukunftsplans Jugend“ und Verankerung im Landesjugendplan

Antr

s. Jugendlicher

Drs 15/2177

45. Landesjugendplan für das Hj 2013/2014

Mittlg LReg 07.11.2012 Drs 15/2564 (93 S.)

PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2737

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.11.2012 Drs 15/2604 II. S. 11

PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3240-3262

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.11.2012 Drs 15/2609

II. S. 17

PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3172-3189

46. Landesjugendplan für das Hj 2015/2016

Mittlg LReg 04.11.2014 Drs 15/5965 (94 S.)

PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6539

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014 Drs 15/6004 II. S. 9

PIPr 15/116 12.12.2014 S. 6983-7009

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014/26.11.2014 Drs 15/6009 II. S. 10)

PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6930-6944

Jugendpolitik

s. Jugendlicher

Jugendpsychotherapeut

s. Psychotherapeut

Jugendpsychotherapie

s. Psychotherapie

Jugendschutz

s.a. Kinderschutz

Rechtsfragen bei Jugendschutzeinsätzen in den Kommunen

Befugnisse von Polizei, Gemeindevollzugsdienst und privaten Sicherheitsdiensten für den Einzug von Alkoholika, Alkoholtests, Aufnahme und Weitergabe von persönlichen Daten differenziert nach den verschiedenen Altersgruppen von jungen Menschen; Rechtsgrundlagen für die Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten und des Jugendamts

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 15.05.2012 und Antw IM Drs 15/1713

Elektronische Zigarette

Rechtliche Bewertung des Verkaufs und Konsums der E-Zigarette, Frage nach Erkenntnissen über die Schädlichkeit nikotinhaltiger Aerosole im Vergleich zu Tabakerzeugnissen, Anstreben eines Verbots im Hinblick auf den Jugendschutz?

KlAnfr

s. Tabak

Drs 15/1383

Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder

Umsetzung der o.g. Staatsverträge; Verhinderung von Glücksspielsucht und Wertsucht, Schaffung der Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung, Gewährleistung des Jugend- und Spielerschutzes, Eindämmung von unerlaubtem Glücksspiel

GesEntw

s. Glücksspiel

Drs 15/1570

Vollzug des Staatshaushaltsplans für 2012; hier: Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Antr LReg

s. Sonderausschuss

Drs 15/1625

Schutz minderjähriger Asylbewerber

Zahl von illegal eingereisten Jugendlichen und Kindern seit 2000, die ohne Eltern Asyl beantragt haben; Umsetzung der Schulpflicht und Betreuung dieser Personen, Unterbringung und Höchstverweildauer in Sammelunterkünften

Antr

s. Asylbewerber

Drs 15/1660

Bearbeitung von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zum Themenbereich Sekten und Psychogruppen/Scientology

Umressortierung des o.g. Themenbereichs, Koordination der Aufgaben der bisher beim KM angesiedelten interministeriellen Arbeitsgruppe im StM? Zeitpunkt der Vorlage eines umfassenden Berichts; Frage nach den Zuständigkeiten auf Bundesebene und den einbezogenen Institutionen in BW sowie nach den neuerlichen Werbeaktivitäten von Scientology mit Zielrichtung auf Kinder und Jugendliche

KlAnfr

s. Sekte

Drs 15/2004

Aktivitäten sogenannter Sekten und Psychogruppen

Entwicklung der Zahl und Inhalte von Bürgeranfragen zum o.g. Themenbereich seit 2007; Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Eltern, insbes im Hinblick auf Werbeaktivitäten der Gruppierungen über das Internet; Art und Ziele der Umstrukturierungen in der interministeriellen Arbeitsgruppe; Zeitpunkt der Vorlage eines umfassenden Berichts

KlAnfr

s. Sekte

Drs 15/2193

Jugendschutz im Internet

Beurteilung der Gefährdung von Jugendlichen durch frei zugängliche pornografische Internetangebote; Möglichkeiten zur Gewährleistung eines wirksameren Jugendschutzes im Internet

Antr Florian Wahl u.a. SPD 28.09.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2418

BeschlEmpf und Bericht SoZA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 66

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Linksextremistische Gewalt in BW

Maßnahmen gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft linker Autonome und den Anstieg linksextremistischer Gewalttaten; Erkenntnisse über die Nutzung und Förderung von autonomen Zentren und Szenetreffpunkten; Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen vor der Instrumentalisierung durch linksextremistische Musik; Fokussierung der Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus und der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz auch auf den gewaltbereiten Linksextremismus

Antr

s. Extremismus

Drs 15/2457

Problematik von Laserspielhallen

Zahl der Laserspielhallen in baden-württembergischen Gemeinden; Art der angebotenen Spiele; Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche; Altersbeschränkung; Handlungsspielraum der Kommunen bei der Genehmigung von Laserhallen und ähnlichen Einrichtungen

Antr

s. Spiel

Drs 15/3198

Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen und bei Volksfesten eindämmen

Runder Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“; Straftaten unter Alkoholeinfluss bei Volksfesten und auf öffentlichen Plätzen insbes bei Jugendlichen; Verbesserung der Frühintervention und des Jugendschutzes; Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen; Rechtsgrundlage für ein zeitlich und räumlich begrenztes Alkoholverbot

KlAnfr

s. Alkoholkonsum

Drs 15/3324

Situation des Glücksspiels in BW

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetreiber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugenehmigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr

s. Glücksspiel

Drs 15/4470

Kinder- und Jugendschutz in BW bei sogenannten Lasertagspielen gewährleisten

Sachstand zu Angebot und Kontrolle von sogenannten Lasertagspielen für Kinder und Jugendliche in BW, insbes Angebote und deren Altersgrenzen, zuständige Behörden für Prüfung des Kinder- und Jugendschutzes sowie für Anordnung von Auflagen und Verboten

Antr

s. Spiel

Drs 15/7545

Unterbindung des Alkoholmissbrauchs von Jugendlichen mit den Mitteln und Möglichkeiten des Jugendschutzes

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 211-214

Intensivierung des Jugendschutzes beim Geldautomatenspiel

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 870-872

Jugendsozialarbeit*s. Jugendarbeit***Jugendsozialarbeit an Schulen***s. Sozialarbeit***Jugendstrafanstalt***s. Jugendstrafvollzug*

Jugendstrafrecht

Gesetz über die Gestaltung und Durchführung des Jugendarrestes in BW

Ersatz für die bislang geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen zum Vollzug des Jugendarrestes im Jugendgerichtsgesetz und in der Jugendarrestvollzugsordnung; Konsequente Orientierung am Gedanken der gezielten pädagogischen Förderung der jungen Menschen im Arrest und an der Nachsorge, insbes Förderung durch soziales Training

GesEntw
s. *Jugendarrest*
Drs 15/5838

Jugendstrafvollzug

Umwandlung der Jugendstrafanstalt Pforzheim in eine Abschiebehafteinrichtung

Sachstand zur Standortprüfung bei der geplanten Umwandlung der Jugendstrafanstalt Pforzheim in eine Abschiebehafteinrichtung

KlAnfr
s. *Abschiebungshaft*
Drs 15/7455

Jugendstrafvollzugsanstalt

s. *Jugendstrafvollzug*

Jugendverband

s. *Jugendorganisation*

Jugendwohnheim

s. *Wohnheim*

Junge

Jungen- und Männergesundheit in BW

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4176

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die

Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr
s. *Erziehung*
Drs 15/5084

Girls'Day Akademie

Zielgruppe, Angebote und jährliche Teilnahme an der Girls'Day Akademie; Förderung des Interesses von Mädchen für MINT-Berufe; Bewertung der Girls'Day Akademie durch Bildungs- und Unternehmensverbände; finanzielle Unterstützung durch das Land; Einrichtung einer Boys'Day Akademie

Antr
s. *Berufswahl*
Drs 15/5343

Jungen- und Männergesundheit in BW

Sachstand zur Jungen- und Männergesundheit in BW, insbes Bewertung des Berichts „Jungen- und Männergesundheit in BW 2015“, Umsetzung der Empfehlungen, besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/7432

Jungenarbeit

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 22.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4174
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.12.2013 Drs 15/4897 S. 39 40
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Juniorprofessur

s. *Hochschullehrer*

Jura

s. Rechtswissenschaft

Jurist

s.a. Notar

s.a. Rechtsanwalt

s.a. Richter

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudium an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr

s. Rechtswissenschaft

Drs 15/896

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr

s. Berufliche Bildung

Drs 15/1387

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/1751

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/1771

Öffnung der juristischen Ausbildung

Erfüllung wissenschaftlicher Standards und praktischer Anforderungen in der am Richtergesetz orientierten klassischen juristischen Ausbildung; Umstellung der juristischen Ausbildung auf die Bologna-Struktur

KlAnfr

s. Juristenausbildung

Drs 15/4408

Plädoyer für ein Festhalten an Juristen in der Führungsspitze der Polizei

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2038-2040 2052

Juristenausbildung

Öffnung der juristischen Ausbildung

Erfüllung wissenschaftlicher Standards und praktischer Anforderungen in der am Richtergesetz orientierten klassischen juristischen Ausbildung; Umstellung der juristischen Ausbildung auf die Bologna-Struktur

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 03.12.2013 und Antw

MWK Drs 15/4408

Die Entwicklung des Staatsexamenstudiengangs Rechtswissenschaften seit der Reform der Juristenausbildung 2003

Sachstand zur Entwicklung des Staatsexamensstudiengangs Rechtswissenschaften nach der Reform der Juristenausbildung, insbes Praxisnähe, Abbruch- und Durchfallquote, Prüfungsvorbereitung durch Repetitorium, Auslandssemester, Betreuungssituation der Studenten

Antr

s. Rechtswissenschaft

Drs 15/7156

Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung von § 9 der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung in der Fassung vom 22. April 2013

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 15/4684

Juristenausbildungsgesetz

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung von § 1 des Juristenausbildungsgesetzes in der Fassung vom 1. Januar 2005

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 15/4684

Juristische Ausbildung

s. Juristenausbildung

Juristischer Vorbereitungsdienst*Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie*

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr

s. Berufliche Bildung

Drs 15/1387

Jobticket im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

Sachstand zur Nutzung des Jobtickets im Öffentlichen Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis für Beschäftigte des öffentlichen Diensts der Justiz Rhein-Neckar, insbes Gründe für die Ausnahme der Rechtsreferendare, Überlegung zur Bereitstellung des Jobtickets für Rechtsreferendare im Landesdienst

KlAnfr

s. Jobticket

Drs 15/6354

Justiz*s. Rechtspflege***Justizbeamter***s. Justizbediensteter***Justizbediensteter***Einführung der blauen Uniform für Justizwachtmeister*

Darlegung der o.g. Planung und der damit verbundenen Kosten; Vermeidung einer unzumutbaren Belastung durch eine Deckelung der von den Bediensteten zu tragenden Kosten

Antr

s. Uniform

Drs 15/975

Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg trotz Rücknahme der Teilprivatisierung durch die LReg

Auswirkungen der beabsichtigten Beendigung der Teilprivatisierung zum 30.07.2014 auf den Betrieb durch den privaten Dienstleister, Umfang und Kosten des notwendigen Einsatzes von staatlichem Personal, Frage nach einem Überleitungskonzept für die betroffenen Betriebsbereiche sowie nach einer Übernahme qualifizierter Mitarbeiter des Dienstleisters

Antr

s. Justizvollzugsanstalt

Drs 15/1024

Mitarbeiterbefragung in der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Frage nach den Ergebnissen der o.g. Befragung und nach der Berücksichtigung iRd Evaluation des Organisationsmodells der

Bewährungs- und Gerichtshilfe; Erkenntnisse über einen erhöhten Krankenstand der in diesem Bereich tätigen Bediensteten

Antr

s. Bewährungs- und Gerichtshilfe

Drs 15/2207

Sonderurlaub für Bedienstete im Justizvollzug

Umsetzungsstadium der geplanten Neuregelung für ältere, im Wechselschichtdienst tätige Polizisten; Einführung einer vergleichbaren Regelung für die Bediensteten im Strafvollzug; Prüfung einer Übertragung auf weitere Landesbedienstete

Antr

s. Freistellung von der Arbeit

Drs 15/2740

Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnissegesetz - JWBG)

Vereinheitlichung und Kodifizierung der Auswahl polizeirechtlicher Befugnisse gegenüber Dritten, die der Justizwachtmeisterdienst zu Gefahrenabwehr und Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, insbes im Vorfürhdienst, bei der Bewachung Gefangener, bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Amtsgebäuden und bei der Vollziehung richterlicher und staatsanwaltschaftlicher Anordnungen

GesEntw

s. Justizwachtmeisterbefugnissegesetz

Drs 15/3076

Netzwerk von Neonazis in Justizvollzugsanstalten auch in BW?

Kontakte baden-württembergischer Inhaftierter zum Neonazi-Netzwerk „AD Jail Crew“, zu Personen aus dem NSU-Umfeld und von Inhaftierten des rechten Milieus untereinander; Durchführung von Zellendurchsuchungen oder Postkontrollen in den Justizvollzugsanstalten des Landes; Fortbildung des Personals der Justizvollzugsanstalten zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung von rechtsextremistischen Aktivitäten Inhaftierter

Antr

s. Extremismus

Drs 15/3462

Befristete Arbeitsverhältnisse

Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beim Land zum Stichtag 1. April 2013; Verteilung auf die Bereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Justizvollzug, Steuer- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung und Sonstige; Gründe für die zeitliche Befristung; Dauer der Arbeitsverhältnisse; Zeitverträge mit jungen Berufstätigen; Anteil der in Dauerarbeitsverhältnisse überführten befristeten Arbeitsverhältnisse

KlAnfr

s. Befristetes Arbeitsverhältnis

Drs 15/3599

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr

s. Dienstaufsicht
Drs 15/6071

Würdigung des Engagements der Justizbediensteten
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1294 1298 1300

Justizbehörde

s. Justizverwaltung

Justizkosten

s.a. Prozesskostenhilfe

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Anpassung des LJKG an Vorgaben des Europarechts, Einführung von Gebühren für das Verfahren zur Auswahl und Bestellung von Notaren, Anpassung der Gebühren für Übersetzer und Dolmetscher sowie der Verwahrung von Sondergrundbüchern an die Grundbuchamtsreform, Vereinheitlichung der Regeln über die Amtstracht der Rechtspflegeorgane; Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB; Änderung des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

GesEntw LReg 12.10.2011 Drs 15/688 (34 S.)
1. Beratung PIPr 15/18 10.11.2011 S. 821
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.11.2011 Drs 15/922
2. Beratung PIPr 15/20 07.12.2011 S. 906-909
GesBeschl 07.12.2011 Drs 15/1036
GBI 2011 Nr. 21 S. 545-548 (Ges vom 13.12.2011)

Forderungsmanagement für die Justiz

Aufwand, Kosten und Wirtschaftlichkeit der Rückübertragung und Weiterbearbeitung der an den Dienstleister übergebenen Forderungen durch die Landesoberkasse; Art der Tätigkeit und Ressourceneinsatz bei der Landesoberkasse für die Betreuung des Dienstleisters; Berücksichtigung der besseren Zahlungsquote der durch den Dienstleister verwalteten Forderungen bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Prozesskostenhilfe?

Antr
s. Forderungen
Drs 15/2155

Forderungsmanagement für die Justiz II

Externe Kosten und interner Aufwand für die Mahnung, Vollstreckung und Bonitätsprüfung vor Niederschlagung; Art, Volumina und Aufwand der Langzeitbearbeitung von Forderungen durch die Landesoberkasse im Vergleich zur infoscore Forderungsmanagement GmbH; Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Langzeitbearbeitung, Höhe der eingesparten Vergütung von Fremddienstleistungen in der Buchhaltung durch den Einsatz der frei gewordenen Personalkapazitäten aus der Prozesskostenhilfe

Antr
s. Forderungen
Drs 15/2264

Kosten des ICC-Schiedsverfahrens

Bisherige Ausgaben im o.g. Schiedsverfahren insbes für Rechtsanwälte, Gutachter, Übersetzungen, Dolmetscher und Gerichtsgebühren; durch den Personaleinsatz in den Ministerien und die

Anreise zum Verfahrensauftritt in Paris am 6. September 2012 entstandene Kosten; im Verlauf des Verfahrens zu erwartende weitere Kosten

Antr
s. Schiedsrichterliches Verfahren
Drs 15/2355

Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften

Änderung des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes und der Vollstreckungskostenordnung, Anpassung an das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, Verbesserung der Erlangung von Informationen über die Vermögensverhältnisse des Vollstreckungsschuldners im Wege der Selbstauskunft, Aufnahme des Vermögensverzeichnisses in einer Justizdatenbank, Neukonzeption des Schuldnerverzeichnisses, Einführung einer Gebühr für die Abnahme der Vermögensauskunft

GesEntw
s. Vollstreckung von Forderungen
Drs 15/2404

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes

Erhöhung und Vereinheitlichung der Gebühr für den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis, Abwicklung über das gemeinsame elektronische Vollstreckungsportal der Länder; Erhöhung der Gebühren für richterliche Entscheidungen in Polizeigewahrsamsangelegenheiten; Sicherstellung der gebührenanteilsrechtlichen Gleichbehandlung der beamteten Bezirksnotare im württembergischen Rechtsgebiet im Zuge der sukzessiven Aufhebung und Zuweisung der Grundbuchämter zu den Amtsgerichten

GesEntw LReg 10.10.2012 Drs 15/2451 (21 S.)
1. Beratung PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2718
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.10.2012 Drs 15/2572
2. Beratung PIPr 15/52 28.11.2012 S. 3016-3018
GesBeschl 28.11.2012 Drs 15/2759
GBI 2012 Nr. 18 S. 657-659 (Ges vom 04.12.2012)

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze

Anpassung des Landesrechts an das Zweite Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts; Gebührenanpassung in Werthinterlegungssachen sowie in weiteren landesrechtlich geregelten Justizverwaltungsangelegenheiten; Übertragungsmöglichkeit der Bedürftigkeitsprüfung iR von Prozesskostenhilfeanträgen durch den Vorsitzenden Richter in allen Gerichtsbarkeiten auf den Rechtspfleger bzw den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle; Änd des Ausführungsgesetzes zum BGB; Änd des Gesetzes zur Aufhebung des Fideikommissauflösungsrechts; Änd des Straßengesetzes; Änd des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz; Änd des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung und der Finanzgerichtsordnung

GesEntw LReg 05.11.2013 Drs 15/4282 (25 S.)
1. Beratung PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5098
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.12.2013 Drs 15/4485
2. Beratung PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5188-5190
GesBeschl 18.12.2013 Drs 15/4530
GBI 2014 Nr. 2 S. 49-52 (Ges vom 14.01.2014)

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 12, 13, 13a und 16 des Landesjustizkostengesetzes in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/6235

Justizkostengesetz

s. *Justizkosten*

Justizminister

Berufung und Verteidigung von Rainer Stichelberger zum/als Justizminister

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Entlassung des Justizministers Rainer Stichelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

DringlAntr Peter Hauk u.a. CDU 25.11.2014 Drs 15/6170
PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6785-6795

Nachschau des Justizministeriums bezüglich weiterer Fälle rechtswidriger Einzelhaft in Justizvollzugsanstalten

Überprüfung der Haftsituation der in Einzelhaft untergebrachten Strafgefangenen; Auskunft über die von Seiten des Justizministeriums geforderten Bearbeitungsfristen; Datum der Anordnung einer sofortigen Berichtspflicht durch den Justizminister; Zeitpunkt des Vorliegens der Berichte; Datum der Unterrichtung von Personen innerhalb des Justizministeriums über die Ergebnisse der Nachschau; Veranlassung einer weiteren Nachschau; Weisungen des Justizministeriums im zeitlichen Zusammenhang mit der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6205

Handlungsfähigkeit des Justizministers

Anlass, Absender und Adressaten der E-Mail vom 10. September 2014; Kenntnis des Justizministers von dem im September 2014 durch den zuständigen Territorialreferenten geforderten ergänzenden Bericht zur Dauer und zur Genehmigung der Einzelhaft; Einholung von Informationen über das Ergebnis der anlassbezogenen Nachschau durch den Justizminister; Einfluss der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014 auf die Entscheidung des Ministers, eine zusätzliche Überprüfung der Einzelhaftfälle einzurichten; Versetzung des Leiters der Justizvollzugsabteilung in den Ruhestand

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6355

Justizministerium Baden-Württemberg

Abfrage unter anderem von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Initiator, Wortlaut und Zweck des Auskunftsverlangens; Aufklärung über die mit der Anfrage im Staats- und im Justizministerium befassten Personen; Grundlage der Informationsweitergabe des Justizministerium an das Staatsministerium

KlAnfr
s. *Datenaustausch*
Drs 15/5095

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW
Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/5143

Abfrage u.a. von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium
Information zur Personalienanfrage durch das Staatsministerium zu Stuttgart-21-Befürwortern und Polizeibeamten, insbes Besetzungsverfahren zur Leitung des Referats „Personal, Justiz, Recht“ im Staatsministerium sowie Biografie des Stelleninhabers, Biografie des Anregungsgebers im Referat „Verkehr und Infrastruktur“ im Staatsministerium; Kommunikation zwischen dem Staatsministerium und Justizministerium zur Herausgabe personenbezogener Daten

Antr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5200

Einflussnahme der GRÜNEN in Landtag und Ministerien von BW bei der Stellenbesetzung in der Staatsanwaltschaft

Hintergründe der Besetzung der Position des Generalstaatsanwalts in BW, insbes Kommunikation zwischen Justizministerium und Staatsministerium sowie Einflussnahme der Landtagsfraktion der Grünen

Antr
s. *Generalstaatsanwaltschaft*
Drs 15/5201

Stuttgart 21 und die Beschäftigung des Kabinetts Kretschmann mit der Anfrage des Staatsministeriums beim Justizministerium

Kommunikation über Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zwischen Staatsministerium und Justizministerium und innerhalb des Kabinetts

Antr
s. *Informationsaustausch*
Drs 15/5222

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5230

Versuchte Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Ernennung eines Generalstaatsanwalts?

Dokumentation des Telefonats zwischen dem Staatssekretär im Staatsministerium und der Amtschefin im Justizministerium; Verfügungen anlässlich oder infolge des Telefongesprächs; übliche Form der Unterrichtung des Kabinetts und anderer Ministerien über die Ernennung eines Generalstaatsanwalts durch das Justizministerium

Antr
s. *Generalstaatsanwaltschaft*
Drs 15/5233

Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme, medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5694

Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen, bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information des Ministers

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5876

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6071

Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests - Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Umsetzung der Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests, insbes Aufsichtsregelungen, Ergänzung der Berichte durch das Justizministerium, Umgang mit Beschwerden über mangelhafte Berichte, Einführung einheitlicher Standards, Anpassung der notwendigen Personal- und Sachausstattung

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6104

Entlassung des Justizministers Rainer Stickelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
s. *Justizminister*
Drs 15/6170

Vorzeitige Zurruehesetzung des Ministerialdirigenten F.

Angaben zur Datierung folgender Ereignisse: Beantragung des (Rest-)Urlaubs für das Jahr 2014 durch den Abteilungsleiter des Justizministeriums, Unterrichtung des Abteilungsleiters über seine Versetzung in den Ruhestand, Gesprächsaustausch des Abteilungsleiters mit dem Justizminister über Einzelhaft und Justizaufsicht

KlAnfr
s. *Versetzung in den Ruhestand*
Drs 15/6201

Bearbeitung einer SWR-Medienanfrage im Justizministerium

Sachstand zu den genauen Umständen des Eingangs und der Verantwortung einer Medienanfrage des SWR zum zweiten Fall einer rechtswidrigen Einzelhaft in BW sowie der Ermittlung und Aufklärung dieses Falls

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6204

Nachschau des Justizministeriums bezüglich weiterer Fälle rechtswidriger Einzelhaft in Justizvollzugsanstalten

Überprüfung der Haftsituation der in Einzelhaft untergebrachten Strafgefangenen; Auskunft über die von Seiten des Justizministeriums geforderten Bearbeitungsfristen; Datum der Anordnung einer sofortigen Berichtspflicht durch den Justizminister; Zeitpunkt des Vorliegens der Berichte; Datum der Unterrichtung von Personen innerhalb des Justizministeriums über die Ergebnisse der Nachschau; Veranlassung einer weiteren Nachschau; Weisungen des Justizministeriums im zeitlichen Zusammenhang mit der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6205

Straf- und Disziplinarverfahren gegen Justizvollzugsbeamte

Zahl der gegenwärtig anhängigen Verfahren gegen Justizvollzugsbeamte; Ermittlung gegen einen Beamten der Jugendjustizvollzugsanstalt Pforzheim; Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das Justizministerium

KlAnfr
s. Dienstaufsicht
Drs 15/6321

Handlungsfähigkeit des Justizministers

Anlass, Absender und Adressaten der E-Mail vom 10. September 2014; Kenntnis des Justizministers von dem im September 2014 durch den zuständigen Territorialreferenten geforderten ergänzenden Bericht zur Dauer und zur Genehmigung der Einzelhaft; Einholung von Informationen über das Ergebnis der anlassbezogenen Nachschau durch den Justizminister; Einfluss der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014 auf die Entscheidung des Ministers, eine zusätzliche Überprüfung der Einzelhaftfälle einzurichten; Versetzung des Leiters der Justizvollzugsabteilung in den Ruhestand

KlAnfr
s. Dienstaufsicht
Drs 15/6355

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Anpassung von Gesetzen und Verordnungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums an das Bundesrecht, insbes Zuständigkeitsregelung für die Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Verfahrenskostenhilfe, Erbenermittlung, Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor Sozialgerichten

GesEntw
s. Prozesskostenhilfe
Drs 15/6471

Kommunikation zwischen dem Justizministerium und der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zur Kommunikation des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Einzelhäftlings in Bruchsal mit der Leitung der JVA Bruchsal sowie zur Reaktion des Justizministeriums als Aufsichtsbehörde

Antr
s. Strafgefängener
Drs 15/6768

Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium

Sachstand zu Entwicklung bei den Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium und Reaktion der beiden Ministerien

KlAnfr
s. Arbeitsbedingungen
Drs 15/6854

Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal vom 8. April 2015 und Drogen im Justizvollzug

Hintergründe zum Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Drogenprobleme des Verstorbenen, Durchführung von Zellenkontrollen, Umgang des Justizministeriums mit Überlastungsanzeigen von Sanitätsbediensteten der JVA Bruchsal

KlAnfr
s. Strafgefängener
Drs 15/6855

Weiterer ungeklärter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Sachstand zum ungeklärten Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, psychische und physische Konstitution des Verstorbenen, Kenntnis des Justizministeriums von eventuell psychischen Auffälligkeiten und konkreten Haftumständen des Strafgefangenen vor dem Todeseintritt

Antr
s. Strafgefängener
Drs 15/6869

Tod eines unter Betreuung stehenden Strafgefangenen im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings im November 2014 im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg, insbes medizinische Indikation und Zeitpunkt der Verlegung, rechtliche Betreuung und Einwilligungsfähigkeit des Verstorbenen, Einbeziehung des Justizministeriums als zuständige Aufsichtsbehörde in diesen Fall

Antr
s. Strafgefängener
Drs 15/6867

Tod eines Haftinsassen in der Justizvollzugsanstalt Singen

Sachstand zu den Hintergründen des Todes eines 73-jährigen Haftinsassen im Singener Seniorengefängnis und der Kenntnis des Justizministers

KlAnfr
s. Strafgefängener
Drs 15/8122

Justizreform

Plant die LReg eine Schwächung bewährter Justizstrukturen, des Ehrenamts und des ländlichen Raums durch Zentralisierung der Vereinsregister?

Ziel der geplanten Änderungen bei der Organisation der Vereinsregister, davon betroffene Gerichte; Höhe der erwarteten Einsparungen; Gewährleistung einer bürgernahen Justiz im ländlichen Raum; Beratungsfunktion der Amtsgerichte gegenüber ehrenamtlich engagierten Bürgern

Antr
s. Vereinsregister
Drs 15/2770

Umsetzung der Notariatsreform in BW - weitere Fragen

Sozialverträglichkeit der Reform; Anzahl der von der Reform betroffenen Notare, die zum Stichtag 1. Januar 2018 das 60. Lebensjahr vollendet haben werden; Option der Versetzung von Notaren in den einstweiligen Ruhestand; Unterschied bei den Beförderungsmöglichkeiten für Amtsnotare des badischen Landesteils; berufliche Einsatzmöglichkeiten der im Landesdienst verbleibenden badischen Amtsnotare, insbes der Einsatz an Gerichten

KlAnfr
s. Notar
Drs 15/7767

Justizverwaltung

Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme, medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5694

Justizvollzug

s. *Strafvollzug*

Justizvollzugsanstalt

s.a. *Haftraum*

Geplante Sicherungsmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Adelsheim

Durchgeführte und geplante bauliche Sicherungsmaßnahmen; maßgebliche Faktoren und verantwortliche Personen innerhalb der Anstalt für die Entscheidungsfindung über die geplanten Maßnahmen

KlAnfr
s. *Sicherheit*
Drs 15/160

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 13 - Vollzugliches Arbeitswesen (Kap 0508)

Mittlg RH
s. *Arbeit*
Drs 15/113

Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg trotz Rücknahme der Teilprivatisierung durch die LReg

Auswirkungen der beabsichtigten Beendigung der Teilprivatisierung zum 30.07.2014 auf den Betrieb durch den privaten Dienstleister, Umfang und Kosten des notwendigen Einsatzes von staatlichem Personal, Frage nach einem Überleitungskonzept für die betroffenen Betriebsbereiche sowie nach einer Übernahme qualifizierter Mitarbeiter des Dienstleisters

Antr Karl Zimmermann u.a. CDU 14.12.2011 und Stellungnahme JM Drs 15/1024
BeschlEmpf und Bericht StändA 08.03.2012 Drs 15/1538 S. 4 5
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Bildungschancen jugendlicher Strafgefangener in baden-württembergischen Gefängnissen

Situation der Beschulung der o.g. Gefangenen und Untersuchungshäftlinge, insbes auch von Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und mangelhaften Deutschkenntnissen; Erfahrungen bei der Gewinnung von Lehrern; Teilhabe der Schulen in den Vollzugsanstalten an der Strukturreform des Schulsystems; Kooperationen zwischen diesen Schulen und Institutionen außerhalb der JVA

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/1738

Frauen im Justizvollzug in BW

Entwicklung der Art und Zahlen von Straftaten sowie der einsitzenden Frauen seit 2002, Umgang mit weiblichen Straftätern im Vollzug, Frage nach spezifischen Förderprogrammen und Ausbildungsmaßnahmen sowie nach der Kinderbetreuung und Rückfallquote weiblicher Straftäter

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1985

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Straftat in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafschuldner

KlAnfr
s. *Haft*
Drs 15/2587

Justizvollzugsanstalt Waldshut-Tiengen

Frühester Termin der Schließung der Haftanstalt; Zahl und Altersstruktur der hier beschäftigten Beamten und Angestellten; In-sassenzahlen der letzten fünf Jahre; Ersatz für die wegfallenden Haftplätze; Stand der Neuordnung der Vollzugslandschaft; Eigentumsverhältnisse bei Gebäude und Grundstück

KlAnfr Felix Schreiner CDU 28.11.2012 und Antw JM Drs 15/2754

Standortsuche für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) im Landgerichtsbezirk Rottweil

Kriterien der Standortwahl; Nutzung des Konversionsgeländes in Meßstetten

KlAnfr Leopold Grimm FDP/DVP 12.03.2013 und Antw JM Drs 15/3212

Gefängnisneubau

Konkretisierung des Begriffs „heimatnahe Unterbringung“; gerichtliche Entscheidungen zu zumutbaren Anfahrtswegen oder zur Anfahrtsdauer für Angehörige der Strafgefangenen; Anwendbarkeit des Grundsatzes der heimatnahen Unterbringung bei zentralisierten Sonderhaftanstalten; Gültigkeit des Grundsatzes für die Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalten Rottenburg, Rottweil und Waldshut-Tiengen

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 19.03.2013 und Antw JM Drs 15/3252

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 10 - Teilprivatisierter Betrieb der Justizvollzugsanstalt Offenburg (Kap 0508)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3810
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4210 (dazu Antr GRÜNE und SPD)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 25.11.2014 Drs 15/6168

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6372
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Seniorinnen und Senioren im Justizvollzug in BW

Strafvollzug für Straftäter im Seniorenalter; Unterbringung älterer Strafgefangener; Anpassung der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten; spezielle Betreuungs- und Eingliederungsprogramme

Antr
s. *Strafvollzug*
Drs 15/4689

Regierungsbefragung

Stand der Rückabwicklung der Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg

PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5618-5620

Sicherheit der Beamten der Justizvollzugsanstalten

Konzept und Ausstattung zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit von Beamten in den Justizvollzugsanstalten

KlAnfr
s. *Justizvollzugsbeamter*
Drs 15/5385

Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme, medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5694

Aufsuchende Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten des Landes

Wichtigkeit der Beratung suchtkranker und suchtgefährdeter Strafgefangener; Zahl der in den Justizvollzugsanstalten tätigen externen Fachkräfte; Finanzierung der aufsuchenden Suchtberatung; künftige personelle und finanzielle Ausstattung der Suchtberatung für Strafgefangene; Anzahl der seit 2009 in externe Suchtbehörden vermittelten Strafgefangenen; Bewertung der aktuellen Regelungen zur Zurückstellung der Strafvollstreckung; Stärkung der externen medizinischen Suchtrehabilitation gegenüber dem Maßregelvollzug für drogenabhängige Straftäter; Sicherung der Suchtberatung in den Haftanstalten

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/5736

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftszweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.10.2014 und
Antw JM Drs 15/5844

Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen, bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information des Ministers

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5876

Medizinische und psychiatrische Versorgung von Strafgefangenen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Statistiken zu Angriffen auf Justizvollzugsbeamte in Justizvollzugsanstalten durch Strafgefangene und Anteil der psychisch Kranken; Todesfälle bei Strafgefangenen; Situation und Kosten der medizinischen und psychiatrischen Versorgung von Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten, insbes Anteil psychiatrisch Erkrankter; Zahlen und Genehmigungspraxis für Einzelhaft

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5986

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6071

Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests - Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Umsetzung der Berichts- und Begründungspflichten im Bereich der Justizvollzugsanstalten und des Jugendarrests, insbes Aufsichtsregelungen, Ergänzung der Berichte durch das Justizministerium, Umgang mit Beschwerden über mangelhafte Berichte, Einführung einheitlicher Standards, Anpassung der notwendigen Personal- und Sachausstattung

Antr FDP/DVP 10.11.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/6104 (41 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 26.03.2015 Drs 15/6733 S. 4
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Entlassung des Justizministers Rainer Stickelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
s. *Justizminister*
Drs 15/6170

Nachschau des Justizministeriums bezüglich weiterer Fälle rechtswidriger Einzelhaft in Justizvollzugsanstalten

Überprüfung der Haftsituation der in Einzelhaft untergebrachten Strafgefangenen; Auskunft über die von Seiten des Justizministeriums geforderten Bearbeitungsfristen; Datum der Anordnung einer sofortigen Berichtspflicht durch den Justizminister; Zeitpunkt des Vorliegens der Berichte; Datum der Unterrichtung von Personen innerhalb des Justizministeriums über die Ergebnisse der Nachschau; Veranlassung einer weiteren Nachschau; Weisungen des Justizministeriums im zeitlichen Zusammenhang mit der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6205

Straf- und Disziplinarverfahren gegen Justizvollzugsbeamte

Zahl der gegenwärtig anhängigen Verfahren gegen Justizvollzugsbeamte; Ermittlung gegen einen Beamten der Jugendjustizvollzugsanstalt Pforzheim; Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das Justizministerium

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6321

Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall

Auswirkungen der Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall auf Mitarbeiter und Gebäude sowie den Fortbestand des Bioland-Betriebs mit der Milchviehherde Limpurger Rind auf der Klein Komburg

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 19.02.2015 und Antw JM Drs 15/6502

Neue Standortsuche des geplanten Gefängnisneubaus - welche Kriterien sind maßgeblich?

Aufgabe der bisherigen Bewertungsmatrix beim „Standortsuchlauf“; Auskunft über die maßgeblichen Kriterien der Standortauswahl; Berücksichtigung der Haltung der betroffenen Gemeinden; Beteiligung des Landtags und der Gemeinden an der Standortauswahl

Antr Günther-Martin Pauli u.a. CDU 19.02.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6503
BeschlEmpf und Bericht StändA 26.03.2015 Drs 15/6921 S. 7
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Weitere Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Klein Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

Sachstand zur weiteren Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt Klein-Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6585

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Kommunikation zwischen dem Justizministerium und der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zur Kommunikation des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Einzelhäftlings in Bruchsal mit der Leitung der JVA Bruchsal sowie zur Reaktion des Justizministeriums als Aufsichtsbehörde

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6768

Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal vom 8. April 2015 und Drogen im Justizvollzug

Hintergründe zum Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Drogenprobleme des Verstorbenen, Durchführung von Zellenkontrollen, Umgang des Justizministeriums mit Überlastungsanzeigen von Sanitätsbediensteten der JVA Bruchsal

KlAnfr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6855

Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten - unzumutbare Arbeitsbedingungen?

Sachstand zu Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter im medizinischen und nicht-medizinischen Bereich der Justizvollzugsanstalten, insbes Personalsituation, Zahl der Überlastungsanzeigen, Abhilfe durch die LReg

Antr
s. *Justizvollzugsbeamter*
Drs 15/6868

Weiterer ungeklärter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Sachstand zum ungeklärten Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, psychische und physische Konstitution des Verstorbenen, Kenntnis des Justizministeriums von eventuell psychischen Auffälligkeiten und konkreten Haftumständen des Strafgefangenen vor dem Todeseintritt

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6869

Inhaftierte mit salafistischem Hintergrund in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Sachstand zu Erkennung, Unterbringung und Betreuung von Häftlingen mit salafistischem Hintergrund in den Justizvollzugsanstalten Baden-Württembergs, insbes Fortbildungsmaßnahmen für JVA-Mitarbeiter, Präventionsprogramme, seelsorgeische Betreuung durch muslimische Geistliche

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6870

Erneuter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal am 22. Oktober 2014

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings am 22. Oktober 2014 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, medizinische Behandlung, Obduktionsergebnisse, Personalbesetzung und Überlastungsanzeigen im Zeitraum August 2014/Oktober 2014

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6996

Situation des technischen Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten des Landes

Sachstand zur Situation des technischen Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten des Landes, insbes Aufgaben, Personalbestand, berufliche Qualifikation, Besoldung und Einstufung

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 25.06.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/7064 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 15 16
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Abschiebehaftanstalt in der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Pforzheim

Sachstand zu Anforderungen an eine Liegenschaft für die Einrichtung einer Abschiebehaftanstalt, insbes Eignung der Justizvollzugsanstalt in Pforzheim für die Umnutzung als Abschiebehaftanstalt

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.07.2015 und Antw IM Drs 15/7127

Suspendierung und Disziplinarverfahren gegen den Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zu den Gründen für die Suspendierung des Anstaltsleiters der Justizvollzugsanstalt Bruchsal im August 2014 sowie für die Einleitung des Disziplinarverfahrens

KlAnfr
s. *Vorläufige Dienstenthebung*
Drs 15/7189

Geplanter Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) in Rottweil

Sachstand zum geplanten Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Rottweil, insbes Zeitplan, bauliche und inhaltliche Ausgestaltung

Antr Jürgen Filius u.a. GRÜNE 12.08.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/7297
BeschlEmpf und Bericht StändA 15.10.2015 Drs 15/7638 S. 16 17
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

*Regierungsbefragung**Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Rottweil*

PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8207-8209

Tod eines Haftinsassen in der Justizvollzugsanstalt Singen

Sachstand zu den Hintergründen des Todes eines 73-jährigen Haftinsassen im Singener Seniorengefängnis und der Kenntnis des Justizministers

KlAnfr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/8122

Bewertung einer Rücknahme der Teilprivatisierung der JVA Offenburg; Verweisung auf einen neuen Standortsuchlauf für den Neubau einer JVA in Rottweil

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1295 1297 1300

Justizvollzugsbeamter*Justizvollzugsanstalt Waldshut-Tiengen*

Frühester Termin der Schließung der Haftanstalt; Zahl und Altersstruktur der hier beschäftigten Beamten und Angestellten; Insassenzahlen der letzten fünf Jahre; Ersatz für die wegfallenden Haftplätze; Stand der Neuordnung der Vollzugslandschaft; Eigentumsverhältnisse bei Gebäude und Grundstück

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/2754

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges
Übernahme der reisenkosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Polizeistrukturereformgesetz für den Justizvollzug, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw
s. *Trennungsschädigung*
Drs 15/4117

Sicherheit der Beamten der Justizvollzugsanstalten

Konzept und Ausstattung zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit von Beamten in den Justizvollzugsanstalten

KlAnfr Karl Zimmermann CDU 27.06.2014 und Antw JM Drs 15/5385

Medizinische und psychiatrische Versorgung von Strafgefangenen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Statistiken zu Angriffen auf Justizvollzugsbeamte in Justizvollzugsanstalten durch Strafgefangene und Anteil der psychisch Kranken; Todesfälle bei Strafgefangenen; Situation und Kosten der medizinischen und psychiatrischen Versorgung von Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten, insbes Anteil psychiatrisch Erkrankter; Zahlen und Genehmigungspraxis für Einzelhaft

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5986

Straf- und Disziplinarverfahren gegen Justizvollzugsbeamte

Zahl der gegenwärtig anhängigen Verfahren gegen Justizvollzugsbeamte; Ermittlung gegen einen Beamten der Jugendjustizvollzugsanstalt Pforzheim; Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das Justizministerium

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6321

Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten - unzumutbare Arbeitsbedingungen?

Sachstand zu Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter im medizinischen und nicht-medizinischen Bereich der Justizvollzugsanstalten, insbes Personalsituation, Zahl der Überlastungsanzeigen, Abhilfe durch die LReg

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.05.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6868
 BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 11
 PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Situation des technischen Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten des Landes

Sachstand zur Situation des technischen Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten des Landes, insbes Aufgaben, Personalbestand, berufliche Qualifikation, Besoldung und Einstufung

Antr
s. Justizvollzugsanstalt
 Drs 15/7064

Justizvollzugsgesetzbuch

s. Strafvollzug

Justizvollzugskrankenhaus*Tod eines unter Betreuung stehenden Strafgefangenen im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg*

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings im November 2014 im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg, insbes medizinische Indikation und Zeitpunkt der Verlegung, rechtliche Betreuung und Einwilligungsfähigkeit des Verstorbenen, Einbeziehung des Justizministeriums als zuständige Aufsichtsbehörde in diesen Fall

Antr
s. Strafgefangener
 Drs 15/6867

Justizwachtmeister

s. Justizbediensteter

Justizwachtmeisterbefugnissegesetz*Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnissegesetz - JWBG)*

Vereinheitlichung und Kodifizierung der Auswahl polizeirechtlicher Befugnisse gegenüber Dritten, die der Justizwachtmeisterdienst zu Gefahrenabwehr und Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, insbes im Vorführungsdienst, bei der Bewachung Gefangener, bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Amtsgebäuden und bei der Vollziehung richterlicher und staatsanwaltschaftlicher Anordnungen

GesEntw LReg 19.02.2013 Drs 15/3076 (15 S.)
 1. Beratung PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3658-3662
 BeschlEmpf und Bericht StändA 21.03.2013 Drs 15/3262 (dazu ÄAntr Bernd Hitzler u.a. CDU, Jürgen Filius u.a. GRÜNE, Sascha Binder u.a. SPD und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)
 2. Beratung PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3868-3870
 GesBeschl 10.04.2013 Drs 15/3358
 GBl 2013 Nr. 4 S. 53-55 (Ges vom 16.04.2013)

Juwi AG*Kapitalaufstockung der Juwi AG durch die MVV Energie AG*

Sachstand zum Einstieg und zur Kapitalerhöhung der MVV Energie AG bei der Juwi AG, insbes Rolle der mehrheitlich in Besitz des Landes befindlichen EnBW AG als zweitgrößter Anteilseignerin der MVV Energie AG

Antr
s. Energiewirtschaft
 Drs 15/7414

JVA

s. Justizvollzugsanstalt

JVK

s. Justizvollzugskrankenhaus

JWVG

s. Jagd- und Wildtiermanagementgesetz

Kabelnetz

s.a. Rohrleitung
s.a. Stromnetz

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Förderung der gleichen Zugangschancen zu den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze

Antr
s. Frau
 Drs 15/41

Zugang zu schnellem Internet im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Übertragungsraten in allen Ortsteilen der Gemeinde Neuhäusen

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
 Drs 15/49

Breitbandinfrastruktur in BW

Stand und Zielvorgaben für die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, insbes auch im ländlichen Raum; Beurteilung der Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die großen Netzbetreiber; Erfahrungen mit den Modellversuchen des Micro-Trenching (Verlegung der Rohre mit Glasfaserkabeln im Gehweg in geringer Tiefe); Forcierung der flächendeckenden Einführung dieser Technik

Antr
s. Breitbandkommunikation
 Drs 15/303

Zugang zu schnellem Internet im LKkreis Rottweil

Versorgung o.g. Gemeinden, insbes auch Rottweil mit den Ortsteilen Neukirch, Göllsdorf, Feckenhausen, mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen; Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die Anbieter von Breitbandnetzen

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
 Drs 15/434

Regierungsbefragung

Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Förderung des Breitbandausbaus iRd Breitbandinitiative BW

s. Breitbandkommunikation
PIPr 15/17 S. 737

Breitband im ländlichen Raum

Ausbau des Glasfasernetzes für eine verbesserte Breitbandversorgung, Nutzung des Know-hows der EnBW-Tochter Neckarcom Telekommunikation GmbH, Forcierung eines abgestimmten Ausbaus des Strom- und Breitbandnetzes über die Beteiligung des Landes an der EnBW, Darstellung der Strategie zur Umsetzung eines Gesamtkonzepts zum Breitbandausbau im ländlichen Raum

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/1131

Breitbandversorgung im LKreis Hohenlohe

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/1494

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Ausbau der o.g. Breitbandversorgung durch Einwirkung auf die Netzbetreiber, Weiterentwicklung der Förderprogramme, Erschließung europäischer Förderprogramme und Aufnahme der Breitbandversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in das Kommunalabgabengesetz

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/1577

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/1730

Micro-Trenching als Möglichkeit für den zügigen Ausbau schneller Internetverbindungen im Enzkreis

Technische und rechtliche Grundlagen und Möglichkeiten zur Anwendung des o.g. Verfahrens; Gründe für die Ablehnung des Antrags der Gemeinde Friolzheim zur Anwendung des Verfahrens im Zuge der Sanierung der Ortsdurchfahrt durch einen besonders kostengünstigen Ausbau der Glasfaserleitungen, Anregung einer nochmaligen Überprüfung der abschlägigen Entscheidung des RegPräs

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/2137

Breitbandversorgung im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation
Drs 15/2175

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung, Einsatz des Verlegeverfahrens Micro-Trenching als Alternative zum konventionellen Breitbandausbau

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/2196

Breitbandversorgung im Alb-Donau-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/2276

Breitbandversorgung im LKreis Freudenstadt

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau von Glasfasertechnik

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/2405

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRd Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/3616

Moratorium Breitbandförderung - Wirtschaftlichkeitslücke

Gründe für den Genehmigungsstopp bei der Breitbandförderung zur Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken; Anzahl der betroffenen Gemeinden, Investitionsvolumen; Notwendigkeit einer Notifizierung der Rahmenregelung für Höchstgeschwindigkeitsnetze (NGA) bei der EU-Kommission; Wiederaufnahme der Förderung; Auswirkungen des Förderstopps auf den Breitbandausbau in BW

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/5553

Breitbandversorgung im LKreis Esslingen

Geförderte Gemeinden und Projekte; Fertigstellung des Basisnetzes im LKreis Esslingen; Gemeinden mit direktem Anschluss an das Basisnetz; Mitverlegung von Glasfaserkabeln beim Bau der Verbindungspipeline zwischen dem zentraleuropäischen Kerosinpipelinesystem und dem Flughafen Stuttgart; Förderung des Ausbaus der Breitbandversorgung

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation
Drs 15/5999

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Förderzusagen an Gemeinden im Main-Tauber-Kreis iRd Breitbandinitiative II; Anschluss der Gemeinden an das Basisnetz

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/6351

Unstimmigkeiten im neuen Verfahren zur Förderung des Breitbandausbaus in BW

Zahl und Verfahrensdauer bei Förderanträgen zum Breitbandausbau sowie Umsetzungsfehler beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung

MdlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/7550

Ausbau der Breitbandnetze für schnelles Internet im ländlichen Raum

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Kabotage

Logistik in BW

Sachstand zur Logistik und Logistikbranche in BW, insbes. Bedeutung, wirtschaftliche Kennzahlen, Güterverkehrskonzept, EU-Förderprogramme, Herausforderungen für die Infrastruktur, Sicherheitsgewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs auf Ortsumgehungen, Angebot an beruflicher Qualifikation und Studiengängen im Bereich Logistik, Erfolge bei der Umsetzung des Ziels „Güter auf die Schiene bringen“, Ziele des Leitbilds nachhaltiger Logistik, Chancen für die Branche bei Industrie 4.0, Potenzial des Telematik-Einsatzes, Auswirkungen des Mindestlohns, Problematik der Kabotage, Auswirkungen der Neuregelung der Lkw-Maut, Einsatz von Lang-Lkw

GrAnfr
s. Logistik
Drs 15/6340

Kältemittel

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Fluorierte Treibhausgase

Mittlg LReg
s. Fluorkohlenwasserstoff
Drs 15/2761

Kältemittel in Autoklimaanlagen

Umfang, Risiken und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes des umstrittenen Kältemittels „R1234yf“ in Autoklimaanlagen

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 24.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3865

Kämpfelbach

Bevorstehende Sanierungen von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Darlegung der o.g. Planungen; Dauer und Auswirkungen der Sanierungsarbeiten an der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, Eintreten für eine weiträumige Umleitung während der Sanierungsarbeiten

KlAnfr
s. Ortsdurchfahrt
Drs 15/756

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. Ortsdurchfahrt
Drs 15/868

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelumschichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbunds? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/934

Zuschüsse zu Ortskernsanierungen im Enzkreis

Auflistung o.g. Zuschüsse 2011; Höhe der Förderung der Ortskernsanierung in Kämpfelbach-Bilfingen, Gewährung einer Unterstützung der Gemeinde für den Abriss des leerstehenden Gebäudes in der Hauptstraße

KlAnfr
s. Stadtentwicklung
Drs 15/1311

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. Ortsdurchfahrt
Drs 15/1347

Tempo-30-Zone in Kämpfelbach

Bestehende und geplante Tempo-30-Zonen bei Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis; Gründe für die Ablehnung einer Tempo-30-Zone in Kämpfelbach und Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr
s. Geschwindigkeitsbegrenzung
Drs 15/5753

Landeszuschuss für die Erneuerung der Eisenbahnüberführung Ortsteil Bilfingen, Kirchgrundstraße

Sachstand zur Finanzierung der Erneuerung der Eisenbahnüberführung Kirchgrundstraße im Ortsteil Bilfingen

KlAnfr
s. Bahnüberführung
Drs 15/6725

Käse*Ziegenhaltung in BW*

Daten und Projekte zur Zucht und Haltung von Ziegen, Bedeutung der Flächenbeweidung für die Landschaftspflege, Förderung iRd Landschaftserhaltungsprogramme sowie bei der Entwicklung und Vermarktung von Ziegenprodukten, Einschätzung des künftigen Markts für Ziegenkäse; Unterstützung der Betriebe mit Beratungsstrukturen

Antr
s. *Ziege*
Drs 15/1868

Käserei

s. *Milchwirtschaft*

Kaiserstuhl*Maikäfer*

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft seit 2001 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes auch im Hinblick auf das Hauptflugjahr 2012

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/664

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

Verlässliche Perspektive für die Maikäferbekämpfung

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft im Jahr 2011 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes durch Hubschraubereinsatz mit dem Insektizid Neem Azal TS im Hauptflugjahr 2012; Frage nach langfristigen Lösungen

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/2035

Bundesstraße (B) 31 West Projektgruppe

Ergebnis der Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ und deren Aussage zur Frage der Verkehrslenkung; Verlangen und Anspruch der betroffenen Gemeinden nach einer Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens; Festhalten des Bundesverkehrsministeriums an der Gesamtmaßnahme (1. und 2. Bauabschnitt); Forderung nach Wiederaufnahme und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3665

Bundesstraße (B) 31 West - Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“

Stand der Auswertung des Abschlussberichts der Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“; bislang angefallene Kosten für die Arbeit der Projektgruppe und für Gutachten; Kostenträgerschaft außerhalb des Bundesverkehrswegeplans für die B 31 West und den Brückenbau bei Gottenheim

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/4102

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Entscheidung über Wiederaufnahme oder Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West im Zusammenhang mit einer Klage der Kaiserstühler Kommunen gegen das Land

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/5825

Begrüßung der Einrichtung eines PLENUM-Gebiets am Kaiserstuhl

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820

Kaiserstuhlbahn*Mehrverkehre Elztalbahn und Kaiserstuhlbahn*

Geplanter Beginn der Mehrverkehre auf der Elztalbahn sowie der westlichen und nördlichen Kaiserstuhlbahn iRd Gesamtnetzausbauprogramms „Breisgau-S-Bahn 2020“; Übernahme des Ausfallrisikos für das Projekt „Breisgau-S-Bahn 2020“ durch das Land

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3881

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Landkreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahn, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahn (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahn zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6469

Kalb

s. *Rind*

Kammer (Körperschaft)

s. *Berufsständische Vereinigung*

Kammermusikorchester

s. *Orchester*

Kampfflugzeug

s. *Militärflugzeug*

Kampfschiff*s. Kriegsschiff***Kanada***Auswirkungen des umfassenden Wirtschafts- und Freihandelsabkommens EU-Kanada*

Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaft Baden-Württembergs mit Kanada; Auswirkungen des umfassenden Wirtschafts- und Freihandelsabkommens (CETA) zwischen der EU und Kanada auf BW, insbes in den Bereichen technische Standards, Arbeitsmarkt, Dienstleistungssektor, Agrarsektor, Anerkennung von Qualifikationen, öffentliches Beschaffungswesen sowie Partnerschaft mit der Provinz Ontario

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 27.11.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/4392

BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4897 S. 136 137

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Freihandelsabkommen Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und seine möglichen Auswirkungen auf BW

Sachstand zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union CETA und seine möglichen Auswirkungen auf BW, insbes Tangierung der Parlamentsrechte, Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO, rechtsstaatliche Ausgestaltung von Investorenschutz und Schiedsgerichtsbarkeit, Erfüllung der Anforderungen aus dem Entschließungsantrag zu TTIP (Drs 15/5221)

Antr

s. CETA-Abkommen

Drs 15/6292

Schüleraustausch zwischen USA/Kanada und BW

Sachstand zum Schüleraustausch zwischen BW und den USA sowie Kanada, insbes Teilnehmerzahlen, Einbindung in die Schullaufbahn

KlAnfr

s. Schüleraustausch

Drs 15/7564

Kanalisation*Ausbau der Breitbandversorgung durch Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen*

Risiko einer Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität bei der Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen; Maßnahmen zur Vorbeugung von Trinkwasserunreinigungen bei der Verlegung oder Reparatur von Glasfaserkabeln; Vorteil einer Verlegung über Trinkwasserleitungen im Vergleich zur Verlegung über Regenwasser- oder Abwasserleitungen; Einsparpotenzial bei einer Verlegung über der bestehenden Kanalisation; Ergebnisse der Pilotprojekte zum Wasser-Faser-System (WFS); Auskunft über konkrete Planungen zum Ausbau der Breitbandversorgung über Wasserleitungen

Antr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/3650

Bedeutung von Heilquellenschutzgebieten in BW

Flächen der Heilquellenschutzgebiete und deren Verteilung im Land; Definition und rechtsverbindliche Festlegung der Schutz-zonen in Analogie zu den Wasserschutz-zonen; Anzahl und Art

der Gebäude in Heilquellenschutzgebieten; Erkenntnisse über Quellenverunreinigungen bzw Gewässerbelastungen durch defekte öffentliche Kanalisation; sonstige Gefährdungen für Heilquellen und Häufigkeit ihres Auftretens; Anforderungen für die jeweiligen Heilquellenschutz-zonen

Antr

s. Heilquelle

Drs 15/4357

Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) - Abschreibungsregeln für die Stadtentwässerung

Sachstand der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes; Anpassung der Abschreibungsregelung zur Refinanzierung der städtischen Kanalnetze und Kläranlagen

KlAnfr

s. Kommunalabgaben

Drs 15/6193

Stromgewinnung durch Abwasserströmungen

Nutzung von Abwasserströmungen zur Stromerzeugung; Höhe des vorhandenen Stromproduktionspotenzials; Wirtschaftlichkeit und ökologische Bewertung dieser Art der Stromgewinnung

Antr

s. Elektrizitätserzeugung

Drs 15/6445

Verordnung zur Umsetzung der Dichtigkeitsprüfung privater Abwasserstränge

Sachstand zur Regelung der Umsetzung der Dichtigkeitsprüfung privater Abwasserstränge, insbes Überlegungen zu Umfang und Vollzug der Prüfpflicht in Wasserschutzgebieten, Fristen für Erst- und Folgekontrollen, Zeitpunkt für den Erlass der Ausführungsverordnung

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 29.05.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6937

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 43 44

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Kandern*s.a. Kandertalbahn**S-Bahn auf der Kandertalstrecke Haltingen-Kandern*

Beurteilung der einbezogenen Parameter und Ergebnisse einer Vorstudie zu einer standardisierten Kosten-Nutzen-Untersuchung zur Kandertal-S-Bahn sowie der optionalen Ausschreibung der Nahverkehrsgesellschaft BW von 2009; notwendige weitere Schritte zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Kandertal

KlAnfr

s. Kandertalbahn

Drs 15/984

Kandertalbahn*S-Bahn auf der Kandertalstrecke Haltingen-Kandern*

Beurteilung der einbezogenen Parameter und Ergebnisse einer Vorstudie zu einer standardisierten Kosten-Nutzen-Untersuchung zur Kandertal-S-Bahn sowie der optionalen Ausschreibung der Nahverkehrsgesellschaft BW von 2009; notwendige weitere Schritte zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Kandertal

KlAnfr Josef Frey u.a. GRÜNE 08.12.2011 und Antw MVI
Drs 15/984

Kandertalstrecke

s. *Kandertalbahn*

Kandidatur

Gemeinderäte ohne Frauen

Gemeinden, in die bei der Kommunalwahl 2014 keine Frauen gewählt wurden; Zahl der dort im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlbewerber aufgestellten Kandidatinnen; Zahl der Wahlvorschläge in den betreffenden Kommunen; Tendenzen bei der Anzahl der Gemeinderäte ohne Frauen seit 1999

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5383

Kandidaturen kommunaler Wahlbeamter bei den Kreistagswahlen am 25. Mai 2014

Anteil der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Beigeordneten in den neu gewählten Kreistagen; Fraktionszugehörigkeit; Gesamtzahl der Wahlbeamten unter den Kandidaten; Kandidatur ehrenamtlicher Bürgermeister sowie von Bürgermeistern im Ruhestand und ihre Wahl in den Kreistag; Zusammensetzung der Kreistage im Vergleich zu den bisherigen Kreistagen; Geschlechterverhältnis

Antr
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/5393

Kaninchen

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. *Tierschutz*
Drs 15/845

Kanusport

Trainingsstellen für den Kanu-Freestyle-Sport in BW

Sachstand zu Trainingsbedingungen und Trainingsanlagen für den Kanu-Freestyle-Sport in BW, insbes Ausbau von Trainingsstellen, Einrichtung von stehenden Wellen in baden-württembergischen Fließgewässern

Antr Guido Wolf u.a. CDU 22.06.2015 und Stellungnahme
KM Drs 15/7050

Kapital

s.a. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*
s.a. *Finanzmarkt*
s.a. *Investition*
s.a. *Kapitalertragsteuer*
s.a. *Landesbeteiligung*
s.a. *Öffentliches Vermögen*

s.a. *Wertpapier*

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Auswirkungen der Einführung o.g. Vorfälligkeit mit dem Rentenentlastungsgesetz ab 2006, Bewertung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands bei den Arbeitgebern und Sozialversicherungsträgern sowie des Liquiditätsentzugs bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel II und III; Anmahnung von Reformmaßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen sowie einer Aufhebung des Rentenentlastungsgesetzes

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/1792

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr
s. *Kredit*
Drs 15/2055

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr
s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*
Drs 15/2161

Eigenkapitalausstattung von Unternehmen

Auswirkungen von Basel III auf die Anforderungen an Sicherheiten und Eigenanteilen bei Bankkrediten für Unternehmen, insbes für Unternehmensgründungen und Finanzierung betrieblicher Innovationen; Hinwirkung auf eine steuerliche Erleichterung der Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital und Abbau der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital, z.B. bei der Gewerbesteuer

KlAnfr Karl Rombach CDU 02.08.2012 und Antw MFW
Drs 15/2192

LBBW, Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Gründe für die Träger der Landesbank Baden-Württemberg zur Erhöhung des Stammkapitals der LBBW bzw zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital und Einflussnahme der LReg; Existenz eines sachlichen Zusammenhangs zwischen dem Scheitern der Landeshauptstadt Stuttgart im Bieterverfahren um die LBBW Wohnungen und dem Vollzug des Plans zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Antr

s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 15/3960

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten der Windenergiebranche

Nachrangdarlehen für Windkraftanlagen des EnBW-Tochterunternehmens Wind Onshor I als Geldanlage; Rechte, Pflichten und Risiken für den Darlehensgeber; Haftung der EnBW AG sowie des Landes BW bei einer Insolvenz des EnBW-Tochterunternehmens

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.10.2014 Drs 15/5971

Befürwortung einer Kapitalbeteiligung von Stadtwerken an der EnBW, Beurteilung einer Kapitalerhöhung des Landes und der OEW bei der EnBW, Erinnerung an die Kapitalaufstockung bei der LBBW

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684-686 688-690 693-695 697-699

Einbeziehung des Landtags in eine Entscheidung über eine Kapitalerhöhung bei der EnBW

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 918-922

Ankündigung einer Kapitalerhöhung des Landes und der OEW bei der EnBW, Erinnerung an die Kapitalaufstockung bei der LBBW, Verweisung auf die verschärften Eigenkapitalvorschriften aus Basel III; Beklagung einer fehlenden Unterlegung von Staatsanleihen mit Eigenkapital

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1043-1045 1073-1077 1080

Finanzierung einer Kapitalerhöhung bei der EnBW über die Neckarpri, Aufklärung des Zustandekommens der Bereitschaft zur Kapitalerhöhung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1123 1127 1139 1144 1146 1147

Unterstützung der Kapitalerhöhung bei der EnBW; Auswirkungen der hohen Eigenkapitalanforderungen durch Basel III auf die Kreditvergabe der Banken

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191 1200 1201 1211 1252-1257

Bewertung der Fähigkeit der EnBW zur Refinanzierung von Investitionen am Kapitalmarkt, Zustimmung der Anteilseigner zur Kapitalerhöhung

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2133 2134 2137-2139 2141 2142 2145 2146

Auswirkungen der hohen Eigenkapitalanforderungen durch Basel III auf die Kreditvergabe der Banken

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2277

Kapitalanlage

s. *Kapital*

Kapitalbeteiligung

Kapitalaufstockung der Juwi AG durch die MVV Energie AG
Sachstand zum Einstieg und zur Kapitalerhöhung der MVV Energie AG bei der Juwi AG, insbes Rolle der mehrheitlich in Besitz des Landes befindlichen EnBW AG als zweitgrößter Anteilseignerin der MVV Energie AG

Antr

s. *Energiewirtschaft*

Drs 15/7414

Kapitaleinkünfte

Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

Regelung der Abführung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge nach der bundesgesetzlichen Vorgabe; Umsetzung der Gleichbehandlung von Ehegatten und Lebenspartnern; Umsetzung der Vorschläge zur Harmonisierung der Kirchensteuergesetze der Länder

GesEntw

s. *Kirchensteuer*

Drs 15/5444

Kapitalertrag

s. *Kapitaleinkünfte*

Kapitalertragsteuer

Künftige Gleichbehandlung von Kapitalanlagen in Deutschland und der Schweiz, Abführung der Kapitalertragsteuer durch die Banken an den Fiskus

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1913 1914 1916 1917 1920-1922

Anhebung der Kapitalertragsteuer um 7 Prozentpunkte

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2282

Kapitalexport

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr

s. *Sekte*

Drs 15/3974

Kapitalmarkt

s. *Finanzmarkt*

Kapitalmarktrecht

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7764

Kapitalverkehrsfreiheit

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 Drs 15/7764

Kapitalverkehrsteuer

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinienentwurf Finanztransaktionssteuer

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 Drs 15/3211

Kardiologie

Kinderklinik Freiburg
 Notwendigkeit und Planungen zum Neubau der Kinderklinik Freiburg, insbes Kostenrahmen, Finanzierung, Überlegungen zur Ausgliederung der Kinderkardiologie

KlAnfr
s. Kinderkrankenhaus
 Drs 15/5551

Karenzzeit vor Wahlen

s. Parteipolitische Neutralität

Karfreitag

s. Sonn- und Feiertage

Karlsbad

Stadtbahn von Pforzheim nach Ittersbach
 Planungsstand und Realisierungschancen einer Stadtbahnlinie von Pforzheim nach Ittersbach

KlAnfr
s. Stadtbahn
 Drs 15/489

Weiterführung von Stadtbahnlinien im Enzkreis
 Lösungsvorschläge zur Weiterführung bestehender Stadtbahnlinien; Weiterführung der Stadtbahn S 11 von Ittersbach über Keltern-Weiler, Keltern-Ellmendingen, Keltern-Dietenhausen bis zur Haltestelle der S 5 Remchingen/Wilferdingen-Singen; Anbindung von Karlsbad-Mutschelbach und Karlsbad-Auerbach; Konkurrenz zum Metrobus-Konzept der Stadt Pforzheim

KlAnfr
s. Stadtbahn
 Drs 15/3372

Zustand der Landesstraßen
 Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstra-

ße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. Landesstraße
 Drs 15/3851

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis
 Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Keltern-Ellmendingen und Keltern-Dietlingen

KlAnfr
s. Straßenunterhaltung
 Drs 15/4172

Das „Kronauer Modell“ - bekommt das erfolgreiche Inklusionskonzept eine Zukunft?

Zusammenarbeit der Werkrealschule in Kronau mit der Körperbehindertenschule Karlsbad; Sicherung des Fortbestands des Kooperationsmodells in Kronau; Auswirkungen eines Wegfalls der Werkrealschule für die Inklusionsarbeit vor Ort; Berücksichtigung von Spezialfällen wie dem „Kronauer Modell“ in der regionalen Schulentwicklungsplanung

Antr
s. Inklusion
 Drs 15/4734

Karlsruhe

s.a. Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden
s.a. Karlsruhe, Landkreis
s.a. Karlsruher Institut für Technologie
s.a. Kunsthalle Karlsruhe
s.a. Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg
s.a. Regierungsbezirk Karlsruhe
s.a. Regierungspräsidium Karlsruhe
s.a. Universität Karlsruhe
s.a. Zentrum für Kunst und Medientechnologie

Fahrplananforderungen für die Schaffung eines Halbstundentaktes
 Möglichkeiten und Voraussetzungen für die o.g. Taktung der IRE/IC-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart über Pforzheim, Mühlacker und Vaihingen/Enz

KlAnfr
s. Fahrplan
 Drs 15/19

Karlsruhe
Verkauf des landeseigenen Erbbaugrundstücks Haid-und-Neu-Straße 7

Antr LReg
s. Landeseigene Liegenschaft
 Drs 15/149

Zweite Rheinbrücke Karlsruhe-Wörth

Forcierung der Planung und Realisierung der o.g. Rheinbrücke, Frage nach den bisherigen Schritten auch vonseiten des Landes Rheinland-Pfalz sowie nach der Gestaltung und Besetzung des geplanten „Faktenchecks“

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/334

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreis Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/367

Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth

Bewertung der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer zweiten Rheinbrücke und Anbindung an die bestehende B 36 bzw der Sanierung der jetzigen Rheinbrücke, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/639

Fernverkehrsrelevanz von Straßen in der Region Karlsruhe

Fernverkehrsaufkommen und -relevanz beim Bau einer Nordumgehung um Knielingen zwischen der geplanten zweiten Rheinbrücke und der B 36 sowie im Falle der ursprünglich geplanten Anbindung dieser Nordumgehung an die bestehende Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe, Fernverkehrsaufkommen und -relevanz der Karlsruher Südtangente zwischen der Ausfahrt Kühler Krug und der Autobahnanschlussstelle Karlsruhe-Mitte, Chancen und Kosten von Lärmschutzmaßnahmen entlang dieser Südtangente

KlAnfr
s. *Fernstraße*
Drs 15/751

Leistungsfähigkeit der geplanten zweiten Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe

Prüfung der o.g. Leistungsfähigkeit für den Fall einer Vollsperrung der bestehenden Rheinbrücke, insbes anzunehmende Fahrzeugzahlen auf den einzelnen Zu- und Abfahrtsrampen auf beiden Seiten; Auslegung des Ölkreuzes auf badischer Seite auch für den Begegnungsverkehr größerer Lkws?

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/797

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen in der Stadt und im LKreis Karlsruhe

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2014; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/986

„Faktencheck“ zum Thema „Zweite Rheinbrücke“: hoher Aufwand, geringer Nutzen?

Ergebnisse des o.g. Verfahrens in Karlsruhe, Höhe und Träger der entstandenen Kosten; Beurteilung der Notwendigkeit angesichts des bereits laufenden Verfahrens mit Anhörungs- und Beteiligungsrechten, Anstrengung eines umfassenden Hauptverfahrens im Sinne des Planungsrechts mit zeitiger und umfassender Beteiligung der Bürger

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1072

Länderübergreifende Arbeitsgruppe und Baumaßnahmen zur zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Abschluss des Faktenchecks und Vorlage der Ergebnisse; Bewertung der notwendigen Ertüchtigungsmaßnahmen an der bestehenden Brücke hinsichtlich ihrer technischen, wirtschaftlichen und baubetrieblichen Umsetzung sowie ihrer Wirkungen auf eine längere Lebensdauer der Brücke; Erfahrungen mit vergleichbaren technischen Verfahren im Ausland

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/1764

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1867

Staatliche Museen für Naturkunde in Stuttgart und Karlsruhe

Bedeutung der beiden Museen für die außerschulische kulturelle Bildung und für die Forschung; Entwicklung der Besucherzahlen und Landeszuschüsse seit 2007; Umfang und Konsequenzen von geplanten Zuschusskürzungen sowie einer in Erwägung gezogenen Zusammenlegung

Antr
s. *Museum*
Drs 15/1974

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 18 - Landwirtschaftliches Technologiezentrum Augustenberg (Kap 0812)

Mittlg RH
s. *Agrarwissenschaft*
Drs 15/1918

Lärmschutzmaßnahmen an der Autobahn 5 auf Höhe von Karlsruhe Killisfeld

Verwendung offenporigen Asphalts (Flüsterasphalt) anstelle von Waschbeton auf dem Autobahnstück der A 5 zwischen Karlsruhe-Durlach und dem Kreuz Karlsruhe

KlAnfr
s. *Lärmschutz*

Drs 15/2365

Angebot an Pendler für freie Bahnfahrten über den Rhein am 22. August 2012

Nutzung des o.g. Angebots während der Sanierungsarbeiten an der Rheinbrücke Maxau und der damit verbundenen Einschränkungen beim Befahren der Bundesstraße 10; Kosten dieser dreistündigen „Werbeaktion zur Nutzung des ÖPNV in Karlsruhe“; Bedingungen für ähnliche Aktionen; Pendlerzahlen für die Linien R 51 (Kandel-Wörth-Karlsruhe), S 5 (Wörth-Karlsruhe), S 51 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) und S 52 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) von 2007 bis 2012

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/2366

Äußerungen von Staatssekretärin Dr. Gisela Splett zur Finanzierung der Kombi-Lösung Karlsruhe (U-Strab)

Aufklärung über konkrete Aussagen zu Mehrkosten im Bewilligungsbescheid; Vorbehalte der Staatssekretärin gegenüber dem Bau des Karlsruher Stadtbahntunnels; Benennung von bereits entstandenen, nicht vom Land zu tragenden Mehrkosten

Antr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/2368

Service auf der Regionalzugverbindung Karlsruhe-Stuttgart

Massive Verspätungen und Überfüllungen der RE- und IRE-Züge an den Samstagvormittagen am 29. September und am 6. Oktober 2012, Frage nach dem Angebot an Ersatzzügen und Informationsservice für die wartenden Fahrgäste; Verbesserung der künftigen Vorbereitung auf vorhersehbare Großereignisse wie z.B. das Cannstatter Volksfest

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/2446

Errichtung eines Musikgymnasiums in Karlsruhe

Sachstand der Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe und der staatlichen Hochschule für Musik Karlsruhe; Anzahl potenzieller Schüler aus dem Raum Karlsruhe; Stellenwert der Förderung musikalisch Hochbegabter; Hinderungsgründe für die Einrichtung eines Musikgymnasiums mit Internat in Karlsruhe

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/2922

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadt- und Landkreis Karlsruhe

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2979

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3007

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3022

Stadtbahnstrecken zwischen Karlsruhe und Bietigheim

Erhöhung der Pünktlichkeit und der Fahrgastzahlen auf der Stadtbahnlinie S 5; Verlegung eines dritten Gleises auf der Strecke zwischen Pfingsttal-Söllingen und Pforzheim; Vorschlag, die Stadtbahnlinie S 5 in Pforzheim enden zu lassen und dafür die von Bad Wildbad kommende Linie S 6 nach Bietigheim-Bissingen durchzubinden

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/3103

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

Dienstsitz und Finanzierung von Landesbehörden und Landesrichtungen im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

KlAnfr

s. *Landesbehörde*

Drs 15/3178

Qualität der bei der Albtal-Verkehrsgesellschaft mbH bestellten SPNV-Dienstleistungen des Landes

Vereinbarungen des Landes mit der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG) zur Qualitätssicherung im Schienenpersonennahverkehr, insbes zur Pünktlichkeit und zur Anschlusssicherung; Pünktlichkeitswerte auf den Straßenbahnlinien und den reinen Eisenbahnlinien; Anpassung der Anforderungen während der Bauarbeiten an der „Kombilösung“ in der Karlsruher Innenstadt; Absprachen mit der AVG über baustellenbedingte Fahrplanänderungen

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/3374

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/3390

Zukunft der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe

Zahl der Beschäftigten, ihre Ausbildungsrichtungen und Laufbahnen; Investitionen in die technische Ausstattung in den letzten Jahren; Pläne für eine Neuorganisation der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle (KTU) im Zuge der Polizeireform; Kosten einer Verlagerung nach Stuttgart; Forderung nach einer Beibehaltung des Standorts in Karlsruhe-Durlach

Antr

s. Kriminalistik

Drs 15/3478

Wohnraumnutzung durch Landesbehörden in Karlsruhe

Umfang der Nutzung von umgewidmetem Wohnraum durch aufzuführende Landesbehörden im Stadtkreis Karlsruhe als Bürofläche; Zusammenführung der betroffenen Landesbehörden außerhalb der Innenstadt zur Entspannung des akuten Wohnraum Mangels

KlAnfr

s. Zweckentfremdung von Wohnraum

Drs 15/3487

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr

s. Eisenbahnverkehrsverwaltung

Drs 15/3511

Kosten der Verlegung von Sondereinrichtungen im Zuge der Polizeireform

Kosten der Verlegung der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe und ihre Berücksichtigung in der Kostenschätzung für die Polizeireform; neuer Raumbedarf für die Unterbringung von Übungs-, Ausbildungs- und Untersuchungseinrichtungen; Nachfolgenutzung für nicht mehr benötigte Räume; Anzahl der jeweiligen Fälle und ihre Darstellung in der Kostenberechnung

KlAnfr

s. Polizeireform

Drs 15/3612

Kinderbetreuungseinrichtung für die Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Voraussetzungen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte an der PH Karlsruhe; Kooperation mit anderen Hochschulen in Karlsruhe wie der Dualen Hochschule sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten für die Studierenden, das Lehrpersonal und die Verwaltungsmitarbeiter; Kinderbetreuungsangebote als Standortfaktor; Modell TIGER (Tagespflege in geeigneten Räumen) als Alternative zur Kindertagesstätte; Überlassung eines für den Bau bzw Betrieb einer Kindertagesstätte geeigneten Grundstücks in Karlsruhe

Antr

s. Kindertagesstätte

Drs 15/3780

Planungsstau beim Bau des Retentionsraums Bellenkopf/Rappenwört auflösen

Stand des Planungsverfahrens für den Hochwasserrückhalte- raum Bellenkopf/Rappenwört; Fortgang des Planfeststellungsverfahrens, Finanzierung und Baubeginn

KlAnfr

s. Hochwasser

Drs 15/3852

Hochbegabte im südlichen LKreis Karlsruhe

Zahl der zwischen den Städten Ettlingen und Karlsruhe pendelnden Gymnasiasten; Angebote für hochbegabte Schüler an Ettlinger und Karlsruher Gymnasien; Förderung regionaler Schulan- gebote

KlAnfr

s. Begabtenförderung

Drs 15/3893

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehr- stellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den berufli- chen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Koopera- tion mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturie- rung

KlAnfr

s. Berufsbildende Schule

Drs 15/3902

Diskussion um eine „Ersatzbrücke“ im Bereich Karlsruhe- Wörth

Haltung des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber einer Ersatzbrücke; Zuständigkeiten und Entscheidungskompe- tenzen; Durchführung des Baus einer Ersatzbrücke; erforderli- che Baumaßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite; Kosten der Ersatzbrücke sowie für die Anschlussbauwerke und die mit der Ersatzbrücke verbundenen Straßenbaumaßnahmen; Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Antr

s. Brücke

Drs 15/3988

Zugausfälle auf der Bahnstrecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe

Zahl der Zugausfälle in den vergangenen zwölf Monaten; Vor- kehrungen zur Vermeidung von Zugausfällen aufgrund von Missgeschicken des Zugpersonals; Verwirklichung von Barrie- refreiheit am Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/4002

Sommerschulen in Karlsruhe

Beurteilung der Sommerschulen und ähnlicher Programme zur Vorbereitung von Kindern auf das kommende Schuljahr; Förder- angebote an Karlsruher Schulen während der Ferienzeiten; Zahl

der geförderten Kinder; Perspektive des Förderunterrichts

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4020

*Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung BW (LGL)
- Schließung des Standorts Karlsruhe*

Aufwendungen, Einsparpotenziale und Auswirkungen der Zentralisierung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) durch Schließung des Standorts Karlsruhe, insbes geplante Aufgabenveränderung beim LGL, Planung der Stellenentwicklung, Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse für den Standort Karlsruhe, Standorterhalt durch Veränderung von Aufgaben und Bündelung von Kompetenzen

Antr
s. *Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg*
Drs 15/4070

Aufnahme einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Überlegungen der LReg zum Bau einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe und die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015, insbes Planungsbeginn, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz, Kostenschätzungen, Konsequenzen für den geplanten Bau einer zweiten Rheinbrücke

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/4101

Karlsruhe

Verkauf des landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14

Verkauf des durch das Finanzamt Karlsruhe-Stadt genutzten landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14 in Karlsruhe für 24 Millionen Euro an die Landeskreditbank BW (L-Bank); Finanzierung der Neuunterbringung des Finanzamts durch den Kaufpreis; unentgeltliche Nutzung des Gebäudes durch das Finanzamt bis zur Fertigstellung des Neubaus

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4110

Verlegung und Schließung kleiner Klassen an beruflichen Schulen in der Technologieregion Karlsruhe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Berufsschulen mit kleinen Klassen, Zukunftsaussichten für diese Klassen; Aufrechterhaltung der Berufsausbildung in Ausbildungsberufen mit anhaltend wenigen Auszubildenden; Einfluss der Schließung bzw Verlegung von Ausbildungsklassen auf die Nachwuchsgewinnung und den wirtschaftlichen Erfolg der betroffenen Branchen; Ausbildung zum Physiklaboranten, Ausbildungsstandorte, Klassengrößen, Einstellung des Ausbildungsangebots an der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe, Erleichterungen für die von der Verlegung des Schulstandorts betroffenen Auszubildenden

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/4147

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten

Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Wagons durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4258

Vergabeverfahren Netz 7 a/b - Stadtbahn Karlsruhe

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 7 a/b (Stadtbahn Karlsruhe); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4316

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4381

Vorgehensweise der LReg beim Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth und bei der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord

Detailangaben zu Überlegungen der LReg und zu den Abstimmungsgesprächen mit Rheinland-Pfalz zum Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth; Gründe für die Nichtanmeldung der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/4398

Aufnahme des Abschnitts Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Baurecht für den Abschnitt Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße als Fortsetzungstrasse des Autobahnanschlusses Karlsruhe Nord; Finanzierung des Abschnitts als Maßnahme des Bundesverkehrswegeplans (BVWP); Folgen einer Nichtaufnahme in den BVWP 2015 für die Bevölkerung in Karlsruhe-Hagsfeld; alternative Möglichkeiten der Verkehrsentlastung; Finanzierung als Maßnahme des kommunalen Straßenbaus

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/4458

Die Auflösung des Fachdiensts „Notruf/Polizeigewahrsam“ und des „Zugriffstrupps“ und die Sicherheit der Bürger und der Polizeibeamten im Polizeipräsidium Karlsruhe

Zukunft des Zugriffstrupps und des Streifen dienst-Notrufs, insbes Gründe für die damalige Aufstellung sowie Konsequenzen für die Sicherheit der Bürger und der Polizeibeamten im Polizeipräsidium Karlsruhe bei einer Auflösung

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4471

Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Vereinfachung der verfahrenstechnischen Bewältigung der auf die Notariatsreform bezogenen Verwaltungsstreitverfahren, insbes Zuständigkeitskonzentration der Rechtsstreitigkeiten über die Besetzung der Dienstposten in den Abteilungen Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege in den Notariaten einschließlich der Streitigkeiten über die hierdurch veranlassten dienstlichen Beurteilungen am Verwaltungsgericht Karlsruhe

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/4661

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4715

Regionaler Zugverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart

Erhöhung der Pünktlichkeit der Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart, insbes während des Berufs- und Ausbildungsverkehrs

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4727

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) auf die Stadt Karlsruhe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen auf die Stadt Karlsruhe

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4799

Weiteres Vorgehen zur Ersatzbrücke bei Karlsruhe

Konsequenzen aus der Absage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Aufnahme der Ersatzbrücke in den Bundesverkehrswegeplan 2015; Auskunft über bereits erteilte Planungsaufträge; Zusammenarbeit mit dem BMVI und mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz; Vorgehensweise beim Thema „zweite Rheinbrücke“

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5015

Kriminalstatistik in Karlsruhe

Entwicklung der Eigentumskriminalität, Straßenkriminalität und der Kriminalität im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln in Karlsruhe im Vergleich mit Stuttgart und Mannheim

KlAnfr

s. *Kriminalität*
Drs 15/5057

Potenzial der Binnenschifffahrt am Oberrhein

Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschifffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 15/5110

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5199

Änderungen im Zusammenhang mit der Polizeireform in der Region Karlsruhe

Auswirkungen der Polizeireform auf die einzelnen Bereiche der Polizei innerhalb der Region Karlsruhe, insbes Kosten für Umzüge und Ausstattungen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/5266

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5513

Flüchtlingerstaufnahme im Land sicherstellen

Situation und Zukunft der Flüchtlingerstaufnahme in BW, insbes Auslastung und Verweildauer in der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe, Unterschreitung der Wohn-, Schlafflächen- und Hygienestandards, Nutzung der Ausnahmeregelung im Flüchtlingsaufnahmegesetz, künftiger Bedarf an Unterbringungsplätzen, Einrichtung einer zweiten Erstaufnahmeeinrichtung

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5515

Welche Risiken verbergen sich hinter der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Kombilösung Karlsruhe?

Konsequenzen der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Finanzierung der Kombilösung Karlsruhe, insbes Kostenrisiko für die Stadt Karlsruhe, Abweichung des Landes von der bisherigen Festbetragszusage

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/5639

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Zweckgebundene Finanzmittel zur Gesundheitsvorsorge im Polizeipräsidium Karlsruhe

Höhe und Einsatz der zweckgebundenen Mittel zur Gesundheitsvorsorge des Polizeipräsidiums Karlsruhe, insbes Konsequenzen einer Zweckentfremdung, Verbleib der Mittel für die Polizeireviere in Pforzheim

KlAnfr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 15/5677

Schienerpersonennahverkehr während des Cannstatter Volksfests

Situation beim Schienerpersonennahverkehr auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe während des Cannstatter Volksfests 2014, insbes Auslastung, Angebot zusätzlicher Zugverbindungen, Probleme mit der Sauberkeit der Züge, Einsatz von Reinigungs- und Sicherheitspersonal, Überlegungen zu Verweigerung der Mitfahrt von betrunkenen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/5868

Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst

Berufliche Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst, insbes Auslauf von Zeitverträgen, tarifliche Bezahlung und Eingruppierung; konkrete Situation bei der Polizeidirektion Karlsruhe und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5930

Aktueller Stand im Verfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Stand der Verfahren zum Planfeststellungsverfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe in BW und Rheinland-Pfalz; Zustand, Verkehrsprognosen und Sanierungsüberlegungen für die bestehende Rheinbrücke Maxau

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/6112

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/6115

Schwach- und mittelradioaktiver Abfall auf dem Gelände des KIT Campus Nord in Karlsruhe

Korrosion der Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall auf dem Gelände des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Campus Nord in Karlsruhe; Überprüfung der Korrosionsschäden; Beurteilung der Lagerungsbedingungen auf dem Gelände des KIT Campus Nord durch das Bundesamt für Strahlenschutz; Situation in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerkstandorten Philippsburg und Neckarwestheim; Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6163

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe

Sachstand zu rechtsextremen bzw rechtspopulistischen Gruppierungen, Organisationen und Parteien im Stadt- und Landkreis Karlsruhe, insbes Musikszene, überregionale Verbindungen, Straftaten, Aktivitäten von Migranten, Verbindungen zur Rocker- und Hooligan-Szene, Auftreten von Gruppierungen wie „Pegida“ und „Hogesa“, Vergleich mit anderen Regionen Baden-Württembergs, Maßnahmen des Landes

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6314

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärmschutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr
s. *Streckenbau*
Drs 15/6427

Übergänge von Grundschulen in Karlsruhe auf private weiterführende Schulen

Zahlen zum Schulübergang von Schülern der Grundschulen in Karlsruhe auf weiterführende Privatschulen; Bedeutung der

Grundschulempfehlung für die Aufnahme

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/6452

Mögliches neues Verbindungsgleis zwischen Pfalz- und Rheintalbahn („Dammerstocker Kurve“)

Sachstand zu aktuellen Planungen für ein neues Verbindungsgleis zwischen Pfalzbahn und Rheintalbahn der sogenannten „Dammerstocker Kurve“, insbes Existenz früherer Verbindungsgleise, rechtliche Voraussetzungen, Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/6462

Beibehaltung des Landeszuschusses für die Europäische Schule Karlsruhe

Bedeutung der Europäischen Schule Karlsruhe und Sicherstellung einer zukunfts- und tragfähigen finanziellen Unterstützung ab 2017

Antr
s. *Europäische Schule*
Drs 15/6518

Kritik an den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe

Bewertung der Vorwürfe zu den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe, insbes bei der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter, Wartezeiten und Wartemöglichkeiten für Antragsteller

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/6578

Lärmschutzmaßnahmen auf der Bundesautobahn A 5 und A 8 im Raum Karlsruhe

Sachstand zu Lärmschutzmaßnahmen auf den Bundesautobahnen A 5 und A 8 im Raum Karlsruhe, insbes Verbesserung des Lärmschutzes durch die Fahrbahnsanierung, vorgesehene weitere Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/6622

Breitbandversorgung und -ausbau in Karlsruhe

Sachstand zu Breitbandversorgung und -ausbau in Karlsruhe, insbes Entwicklung der Nachfrage nach höheren Datenübertragungsraten, Bedarf der Unternehmen bzw Wirtschafts- und Kommunalverbände

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6894

Nachträgliche Anmeldung der Nordtangente in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Nachträgliche Aufnahme der Nordtangente Karlsruhe entsprechend des bisherigen Bedarfsplans für Bundesfernstraßen 2004 für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bei der BReg; Realisierbarkeit und finanzielle Förderung der in der Diskussion befindlichen Südumfahrung Karlsruhe-Hagsfeld

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/6972

Asylverfahren - Zustände in den Landeserstaufnahmestellen und Umgang mit Datenschutz

Sachstand zum Asylverfahren, insbes Gesundheitsuntersuchungen und Weitergabe deren Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes, Auslastung der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe

KlAnfr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7237

Mögliches Fernverkehrsangebot auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden

Sachstand zur Verwirklichung eines zusätzlichen Fernverkehrsangebots auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden durch ein privates Eisenbahnunternehmen

KlAnfr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/7398

Schutz der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe

Sachstand zum Denkmalschutz landschaftsprägender Alleen wie der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe

KlAnfr
s. *Allee*
Drs 15/7468

Klärung der widersprüchlichen Aussagen zum aktuellen Stand des Planfeststellungsverfahrens zur zweiten Rheinbrücke Karlsruhe

Unterlagen über Untersuchungen zur technischen Machbarkeit der Ersatzbrückenlösung; Überarbeitung der Untersuchungen des Landesbetriebs Mobilität Speyer (LBM); Benachrichtigung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über den Sachstand durch das RegPräs Karlsruhe; Bedarf an weiteren Gutachten vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens; Haltung des Bundes zu einer Ersatzbrücke

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/7649

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Ganztagsgrundschule

Sachstand zur Erhaltung der Wahlfreiheit bei der Umstellung auf eine Ganztagsgrundschule in Karlsruhe-Durlach bei gleichzeitiger Schließung bzw Auslaufen eines Kinderhorts

MdlAnfr
s. *Ganztagsschule*
Drs 15/7860

Zuschlag des Netzes 7 a/b - „Stadtbahn Karlsruhe“ - an die Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG)

Bisheriger Betreiber des Netzes 7a/b; aktueller und künftiger Preis pro Zugkilometer; im neuen Verkehrsvertrag vereinbarte Leistungen; Zusammenhang von Angebotshöhe und Bieterkonkurrenz bei Vergaben im Schienenpersonennahverkehr

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/7923

Karlsruhe
Ausgabe eines Erbbaurechts an Teilflächen der landeseigenen Grundstücke Flurstück Nrn. 2315 und 6617, Gemarkung Karlsruhe

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7925

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs II

Sachstand zur kostenfreien Nutzung von Intercity-Zügen für Reisende mit Regionalbahntickets bei Verspätungen des Regionalverkehrs auf von Verspätungen regelmäßig betroffenen Strecken, insbes auf der Strecke von Pforzheim nach Karlsruhe

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7936

Zukunft der vom Land angemieteten Liegenschaften im Umfeld der Karlsruher Kaiserstraße

Laufzeit der bestehenden Mietverträge; Mietflächen und Miethöhe; zu erwartende Mieterhöhungen im Zuge der Fertigstellung des Straßenbahntunnels unter der Kaiserstraße (Kombilösung Karlsruhe); Prüfung einer Verlagerung der im Bereich der Kaiserstraße gelegenen Landeseinrichtungen

KlAnfr
s. *Dienstgebäude*
Drs 15/7947

Wie geht es ab 2017 mit dem Landeszuschuss für die Europäische Schule Karlsruhe weiter?

Bedeutung der Europäischen Schule Karlsruhe für die Technologieregion Karlsruhe und für das Land BW; Fortbestand der finanziellen Förderung durch das Land BW

KlAnfr
s. *Europäische Schule*
Drs 15/7959

Verkehrsverbände Karlsruher Verkehrsverbund (KVV)/Tarifverbund Ortenau (TGO)

Sachstand zur Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsverbänden Karlsruher Verkehrsverbund und Tarifverbund Ortenau, insbes Pendlerzahlen, Homogenisierung der Tarife und Angebote

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/8046

Errichtung von Seminar- und Institutsgebäuden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Karlsruhe

Bauabsichten der gemeinnützigen Klaus-Tschira-Stiftung auf landeseigenen Grundstücken in Karlsruhe; vorgesehene Nutzung des Neubaus; Verlagerung des Botanischen Gartens des KIT; Einbeziehung des Gewächshauses in das Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Karlsruher Institut für Technologie*
Drs 15/8085

Karlsruhe, Landkreis

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im Landkreis Karlsruhe erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/681

Vorteile von Stuttgart 21 für den Landkreis Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/874

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im Landkreis Karlsruhe

Frage nach vorliegenden Anträgen oder Absichtserklärungen von Schulträgern im Landkreis Karlsruhe, einer Prüfung der Genehmigungsfähigkeit und den notwendigen gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/977

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen in der Stadt und im Landkreis Karlsruhe

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2014; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/986

Polizeireform: Auswirkungen auf den Landkreis Karlsruhe

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1520

Gesundheitsversorgung im LKreis Karlsruhe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1555

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1888

Ausbau von Radwegen im LKreis Karlsruhe

Bau und Fertigstellung von Radwegen seit 2005 bis 2013, Höhe der Mittelbereitstellung, Kriterien für die Festlegung der Projekte

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/1890

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Karlsruhe

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2064

Modellprojekt „Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe; Schwerpunkt Teilhabe am Arbeitsleben“

Beteiligung am Modellprojekt außerhalb des Landkreises Karlsruhe; Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Modellprojekts; Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum; Einrichtung von Netzwerken zur Aufnahme einer Arbeitsstelle außerhalb von Behindertenwerkstätten; Zahl der am Projekt beteiligten Arbeitgeber, Zahl und Ausgestaltung der vermittelten Arbeitsplätze; Bewertung einer flächendeckenden Einführung in BW; Frage der Anschlussfinanzierung

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/2764

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadt- und LKreis Karlsruhe

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-

lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2979

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

Dienststz und Finanzierung von Landesbehörden und Landes-einrichtungen im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3178

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3851

Hochbegabte im südlichen LKreis Karlsruhe

Zahl der zwischen den Städten Ettlingen und Karlsruhe pendelnden Gymnasiasten; Angebote für hochbegabte Schüler an Ettlinger und Karlsruher Gymnasien; Förderung regionaler Schulangebote

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/3893

Ausbau Breitbandversorgung im LKreis Karlsruhe

Ausstattung der Gemeinden des LKreises Karlsruhe mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen; Erhöhung der Übertragungsraten in kleinen und bisher unterversorgten Orten; Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den Jahren 2011 bis 2013; Nutzung der Förderprogramme des Landes und des Bundes; Versorgungsgrad und Übertragungsraten

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3941

Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KlAnfr
s. *Rechtsextremistische Organisation*

Drs 15/4134

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelshaus und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4473

Geburtshilfen im LKreis Karlsruhe

Situation der Notfallversorgung im Bereich Geburtshilfe im LKreis Karlsruhe

KlAnfr

s. *Geburtshilfe*

Drs 15/4551

Änderungen des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal

Situation des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal im Vergleich zu anderen ländlichen Gebieten; zumutbare Entfernung zur nächsten Notdienst-Apotheke; Anzahl der Notdiensttage je Apotheke

KlAnfr

s. *Arzneimittelversorgung*

Drs 15/4692

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Bretten

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/4693

Änderungen des ärztlichen Bereitschaftsdiensts (hausärztlicher Notdienst) im Raum Bretten/Bruchsal

Hintergründe und Kriterien der Neuordnung des Bereitschaftsdiensts; Inanspruchnahme des Rettungsdienstes aufgrund langer Wartezeiten; Verhinderung einer Mehrbelastung des Rettungsdienstes; Bindung der Patienten an die Gebietseinteilung des Bereitschaftsdiensts

KlAnfr

s. *Ärztlicher Notdienst*

Drs 15/4694

Auswirkungen der Änderungen der Förderrichtlinien nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) im LKreis Karlsruhe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Karlsruhe

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4892

Berufliche Schulen und Sonderschulen im LKreis Karlsruhe in Ettlingen, Bretten und Bruchsal

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen und Sonderschulen im LKreis Karlsruhe, insbes Zahl der Fehlstunden und Ausfälle an Lehrerwochenstunden, benötigte Sonderpädagogik-Lehrerwochenstunden, Schließung von Kleinklassen

KlAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/4904

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbairischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr

s. *Bodenbelastung*

Drs 15/5575

Bedarfsplanung für Kinderärzte in der Region

Kinderärztliche Versorgungsdichte im LKreis Karlsruhe; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung im Raum Bretten; für Bewohner des ländlichen Raums zumutbare Anfahrtsdauer zu einer Kinderarztpraxis

KlAnfr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/6127

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultratnet im Raum Philippsburg

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/6169

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen im Stadt- und LKreis Karlsruhe

Sachstand zu rechtsextremen bzw rechtspopulistischen Gruppierungen, Organisationen und Parteien im Stadt- und LKreis Karlsruhe, insbes Musikszene, überregionale Verbindungen, Straftaten, Aktivitäten von Migranten, Verbindungen zur Rocker- und Hooligan-Szene, Auftreten von Gruppierungen wie „Pegida“ und „Hogesa“, Vergleich mit anderen Regionen Baden-Württembergs, Maßnahmen des Landes

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/6314

Ausbau des Schienengüterverkehrs auf der Achse Köln-Karlsruhe und dessen Auswirkungen auf das Land BW

Tägliches Güterzugaufkommen auf der Strecke Köln-Karlsruhe; Anmeldung von Vorschlägen für den Ausbau dieses Güterver-

kehrskorridors für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015; Nutzen des viergleisigen Ausbaus der Strecke Graben-Neudorf-Karlsruhe; Aufnahme weiteren Schienengüterverkehrs auf den Trassen Germersheim-Graben-Neudorf und Wörth-Karlsruhe; Nutzung der Pfalzbahn für den Schienenpersonennahverkehr; Vorrang bei der Trassenvergabe

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/6461

Naturschutz bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw

Sachstand zur Einhaltung der Naturschutzbestimmungen bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw, insbes Missachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/6846

Pflegestützpunkte im LKkreis Karlsruhe und Evaluierung in BW
Bewerbungsverfahren im LKkreis Karlsruhe zur Errichtung weiterer Pflegestützpunkte; Ergebnisse der Evaluierung der Pflegestützpunkte in BW und Erkenntnisse der LReg

KlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/6929

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKkreis Karlsruhe

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKkreis Karlsruhe, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7565

Karlsruher Institut für Technologie

s.a. *KIT-Gesetz*

Feldversuch zur automatisierten Gesichtserkennung in Videoströmen in Karlsruhe

Datenschutzrechtliche Bewertung des o.g. Feldversuchs des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) im Karlsruher Wildparkstadion, der durch das Eingreifen des Landesbeauftragten für Datenschutz gestoppt wurde; Frage der Berücksichtigung des Datenschutzes bei der Beantragung des Forschungsprojekts „Parallele Gesichtserkennung in Videoströmen“ (PaGeVi) und den noch ausstehenden Feldversuchen; Bewertung der Kombination von Videoüberwachung und automatisierter Gesichtserkennung, des Einsatzes dieser Techniken an halböffentlichen Orten wie Fußballstadien; Angaben über Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der automatisierten Gesichtserkennung, die vom Land BW unterstützt werden

KlAnfr
s. *Biometrie*
Drs 15/470

Haushalt 2012; Epl 14

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für das Karlsruher Institut für Technologie

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1114-10 S. 51
52
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz - KIT-WG)

Weiterentwicklung der Selbstständigkeit des KIT, Überleitung des Personals und Übertragung des Vermögens auf das KIT; Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, der Leistungsbezügeverordnung und der Grundamtsbezeichnungsverordnung

GesEntw LReg 27.03.2012 Drs 15/1495 (69 S.)
1. Beratung PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1864-1869
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.05.2012 Drs 15/1655
2. Beratung PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1955-1961
GesBeschl 09.05.2012 Drs 15/1716
GBI 2012 Nr. 8 S. 327-334 (Ges vom 22.05.2012)

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufs begleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerksgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Prognostizierter Anstieg der Strompreise und Versorgungssicherheit

Bewertung der Aussagen zur Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit bis 2025 im Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie sowie der Aussagen des Berichts der Bundesnetzagentur zur Versorgungssituation mit Strom und Gas im vergangenen Winter; mittel- und langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/1727

Umgang des Umweltministers Franz Untersteller MdL mit dem wissenschaftlichen Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Bewertung der Kritik des Ministers am o.g. Gutachten zur Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit, Bezeichnung der ermittelten Zahlen über Strompreiserhöhungen als unseriös und Vergleich der Expertise mit dem Orakel von Delphi; Frage nach dem Stellenwert von wissenschaftlichen Gutachten für den Minister und nach der evtl Vergabe des Auftrags für ein Gegengutachten

KlAnfr
s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*
Drs 15/1733

Energiepolitische Positionen der Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern

Bewertung der o.g. Positionen, insbes zu den Ergebnissen des Gutachtens des Karlsruher Instituts für Technologie zur Entwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit; eigene Einschätzung der Strompreisentwicklung und des CO₂-Ausstoßes in den kommenden zehn Jahren; Festlegung von Teilzielen, Handlungserfordernissen und Maßnahmen zum Risikomanagement im Zuge der Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1748

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1875

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Finanzbedarf

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1882

Abschneiden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) bei der Exzellenzinitiative II

Bewertung des eingereichten Zukunftskonzepts und des Verlusts des Exzellenzstatus; Konsequenzen für die Jahre 2013-2017 und für die laufenden Forschungsprojekte; Aufschlüsselung des Gesamthaushalts des KIT nach Landes-, Bundes- und Drittmitteln; Frage nach einer Gefährdung des Fusionsprozesses am KIT

KIAnfr Alexander Salomon GRÜNE 21.06.2012 und Antw MWK Drs 15/1939

Auswirkungen der Ergebnisse der Exzellenzinitiative auf das Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Bewertung des Abschneidens des KIT und des Verlusts des Exzellenzstatus, Auswirkungen auf die Forschung und Lehre bzw für das befristet eingestellte Personal; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Leistung der notwendigen Unterstützung

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 28.06.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1983

BeschEmpf und Bericht WissA 18.10.2012 Drs 15/3063 S. 24 25
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Bewertung der Dienstleistungseinheit Innovationsmanagement des Karlsruher Instituts für Technologie, Möglichkeiten zur Unterstützung der Patentverwertung und Existenzgründung; Ausbau der Existenzgründungsförderung aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Aufhebung von Artikel 7 des KIT-Weiterentwicklungsgesetzes in der Fassung vom 22. Mai 2012

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Schwach- und mittelradioaktiver Abfall auf dem Gelände des KIT Campus Nord in Karlsruhe

Korrosion der Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall auf dem Gelände des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Campus Nord in Karlsruhe; Überprüfung der Korrosionsschäden; Beurteilung der Lagerungsbedingungen auf dem Gelände des KIT Campus Nord durch das Bundesamt für Strahlenschutz; Situation in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerkstandorten Philippsburg und Neckarwestheim; Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6163

Gesamtkonzept Personalentwicklungsplan; Einwilligung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft gemäß § 3 Abs 26 StHG 2015/16 in der Fassung des Nachtrags (zu dem Schreiben des MFW Anlage 1 S. 4)

s. *Personalplanung*
Drs 15/7533

Errichtung von Seminar- und Institutsgebäuden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Karlsruhe

Bauabsichten der gemeinnützigen Klaus-Tschira-Stiftung auf landeseigenen Grundstücken in Karlsruhe; vorgesehene Nutzung des Neubaus; Verlagerung des Botanischen Gartens des KIT; Einbeziehung des Gewächshauses in das Bauvorhaben

KIAnfr Bettina Meier-Augenstein CDU 18.02.2016 und Antw MWK Drs 15/8085

Karsau, Ortsteil

s. *Rheinfelden (Baden)*

Kartellamt

s. *Kartellbehörde*

Kartellaufsicht

s. *Kartellbehörde*

Kartellbehörde*Preistransparenz bei Fernwärme*

Sachstand zur kartellrechtlichen Beurteilung der geplanten Preiserhöhung für Fernwärme durch die Stadtwerke Böblingen, insbes Überprüfung durch die Energiekartellbehörde

KlAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 15/7364

Kartellrecht*s.a. Wettbewerbsrecht**Kartellrecht versus Tarifreue*

Vereinbarkeit des Entwurfs zum Landestariftreugesetz mit dem Wettbewerbs-, Kartell- und Datenschutzrecht, insbes der Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Vorlage ihrer Geschäftsunterlagen sowie Verpflichtung dieser zur Einsichtnahme in die Lohn- und Gehaltstarife ihrer Subunternehmer; Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Geltendmachung des Mindestlohns; Gründe für die Wirksamkeit des Tariftreugesetzes erst bei einem Auftragsvolumen ab 20.000 Euro

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/2532

Minister Bonde unterliegt im Kartellverfahren um das Einheitsforstamt

Aktuelle Debatte
s. *Forstverwaltung*
PIPr 15/124 S. 7483

Kartoffel*Sicherung einer nachhaltigen und ausreichenden Kartoffelproduktion in BW durch den weiteren Einsatz von „Goldor Bait“*

Fortdauernder Einsatz des Pflanzenschutzmittels „Goldor Bait“ zur Erzeugung von Speisekartoffeln

MdlAnfr
s. *Pflanzenschutzmittel*
Drs 15/4105

Bekämpfung des Drahtwurms im Kartoffelanbau

Unterstützung der Genehmigung eines auf 120 Tage beschränkten Einsatzes des Wirkstoffs Fipronil

Antr
s. *Schädlingsbekämpfung*
Drs 15/4351

Kaserne*s.a. Militärische Infrastruktur**Aktuelle Herausforderungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern*

Entwicklung der Zahlen von Asylbewerbern in den letzten und kommenden Jahren; Höhe und Träger der Mehrkosten, insbes auch durch die beabsichtigten Veränderungen bei den Unterbringungsstandards und die steigenden Zugangszahlen; Abgeltung der Mehrkosten für die Stadt- und LKreise nach dem Konnexitätsprinzip; Bereitstellung von frei werdenden Grundstücken und Gebäuden des Landes und Bundes, insbes von Kasernen

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/1414

Nutzung der Neckartal-Kaserne in Mosbach-Neckarelz durch das Institut für Ausbildung und Training der Hochschule für Polizei BW

KlAnfr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/1941

Standortsuche für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) im Landgerichtsbezirk Rottweil

Kriterien der Standortwahl; Nutzung des Konversionsgeländes in Meßstetten

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3212

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im LKreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgescobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4320

Einforderung einer verbilligten Abgabe von frei werdenden Kasernen infolge der Bundeswehrkonversion an die Standortkommunen

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2172-2174 2178

Kassen- und Rechnungswesen

s.a. Controlling
s.a. Gemeindeprüfungsanstalt
s.a. Outsourcing
s.a. Rechnungsprüfung
s.a. Wirtschaftsprüfung

„Kassensturz“ der LReg; Kaufmännisches Rechnungswesen als Zukunftsmodell der staatlichen Rechnungslegung

Schritte und Zeitplan zur Einführung der Doppik im Landeshaushalt; Umgang mit ihr Kommunen, die ihr Rechnungswesen bereits umgestellt haben bzw dies noch vornehmen (müssen); Gewährung von Schadenersatz für die geleisteten Aufwendungen im Falle der Einräumung eines Wahlrechts? Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Kassensturz unter Zuziehung von externen Experten; Vorlage einer testierten Vermögensrechnung und Eröffnungsbilanz mit dem Hpl 2012 bzw 2013; Festhalten an der Rechtslage für die Kommunen zur Umsetzung der Doppik mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 20.06.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/134

Bericht der LReg zum Kassensturz

Mittlg LReg
s. Bilanz
Drs 15/155

RegErkl - Kassensturz: Finanzielle Erblasten und Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierungen in BW und Aussprache

RegErkl
s. Bilanz
PIPr 15/6 S. 119

Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Absenkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre; Umstellung der Berechnung der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien auf das Sainte-Lague-Verfahren; Vereinfachung der Organisation und Durchführung von Kommunalwahlen; Entzerrung und Erleichterung des Umstellungsprozesses auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen

GesEntw
s. Kommunalwahl
Drs 15/3119

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Harmonisierte Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor in den Mitgliedstaaten

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/4487

Umstellung von Kameralistik auf Doppik bei den Kommunen und LKreisen

Sachstand zur Umsetzung der Umstellung von Kameralistik auf Doppelte Buchführung bei den Kommunen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. Doppelte Buchführung
Drs 15/7568

Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit der kommunalen Doppik in das Landesrecht, insbes Einführung der Möglichkeit zur Umschuldung von inneren Darlehen aus Deponierückstellungen, Flexibilisierung der im Haushaltsplan darzustellenden Schlüsselgrößen mit ausgewiesenen zu erbringenden Leistungszielen, Verfahrensvereinfachungen bei bestimmten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Verfahrensvereinfachungen bei Verpflichtungsermächtigungen in einer Haushaltssatzung für zwei Haushaltsjahre und bei der überörtlichen Prüfung; Sicherung der Aufgabenerfüllung der von den Gemeinden untergebrachten staatlichen Notariate

GesEntw
s. Kommunaler Haushalt
Drs 15/7721

Festhalten an der Rechtslage zur Einführung der Doppik bei den Kommunen, Ablösung der Kameralistik auch beim Land

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 143

Plädoyer für die Einführung der Doppik im Landeshaushalt

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 380 381 388

Kassenärztliche Vereinigung*s.a. Vertragsarzt**Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum*

Bewertung des o.g. GesEntw einschließlich der eingebrachten Änderungsanträge und der finanziellen Auswirkungen für BW, Auflistung der Regionen und des Mittelbedarfs für den Aufkauf von Arztsitzen durch die Kassenärztliche Vereinigung; Umsetzungsstand, Erfolg und Fortschreibung des Landarztprogramms; Beurteilung einer weiteren Regionalisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Antr
s. Medizinische Versorgung
Drs 15/764

Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Regresse von Ärztinnen und Ärzten

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigung seit 2008; Zahl der Beratungen aufgrund einer Überschreitung der maximalen Verordnungsmenge von Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln; Anteil und Erfolg von Widersprüchen gegen Regressbescheide beim Beschwerdeausschuss; Veröffentlichung der von den Prüfungsstellen und Beschwerdeausschüssen der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Übersichten über die Zahl der durchgeführten Beratungen und Prüfungen sowie der festgesetzten Maßnahmen

Antr
s. Arzt
Drs 15/789

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr
s. Arzt
Drs 15/4059

Aufkauf von Arztsitzen in BW

Überführung der gesetzlichen Vorgaben zum Abbau ärztlicher Überversorgung durch den Aufkauf von Arztsitzen in eine Soll-Regelung; Anzahl der von der Kassenärztlichen Vereinigung BW aufzukaufenden Arztsitze; Maßgaben für den Aufkauf eines Arztsitzes; Entschädigung von Ärzten; Zahl der vom Aufkauf von Arztsitzen betroffenen Patienten; Verschärfung des Ärztemangels durch die Aufkaufpflicht

Antr
s. Ärztliche Versorgung
Drs 15/5827

Einrichtung der Terminservicestelle für Facharzttermine in BW
Planungen des Bundes zur Einrichtung von Terminservicestellen bei der Kassenärztlichen Vereinigung für Facharzttermine und Auswirkungen auf BW, insbes Kosten und Personalbedarf der Terminservicestellen; Zahlen zu Facharztüberweisungen, Wartezeiten und Beschwerdefällen

Antr
s. *Facharzt*
Drs 15/5892

Auswirkungen und Umsetzung der Notdienstreform im Alb-Donau-Kreis

Umsetzung der Notdienstreform durch die Kassenärztliche Vereinigung BW im Alb-Donau-Kreis, insbes Auswirkungen auf Anfahrtswege für Patienten, Versorgung der Bevölkerung, Erreichbarkeit gebietsärztlicher Notdienste für Patienten aus dem ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/6210

Kassenärztlicher Notfalldienst

s. *Ärztlicher Notdienst*

Kassenarzt

s. *Vertragsarzt*

Kastration

Eindämmung der Population wildlebender Hauskatzen

Verbreitung und Bestandsentwicklung der o.g. Katzen, Beurteilung einer Beeinflussung der Umwelt als Krankheitsträger; Darlegung geeigneter Maßnahmen zur Bestandsreduzierung, insbes durch Förderung der Kastration mithilfe der Tierschutzvereine - evtl nach dem Konzept in NRW

KlAnfr
s. *Katze*
Drs 15/1162

Tierschutzgesetz umsetzen: Katzenkastrationsgebote ermöglichen

Erlass eines Katzenkastrationsgebots für verwilderte Katzen nach § 13 b des Bundestierschutzgesetzes (TierSchG); Übertragung der Ermächtigung für Katzenkastrationsgebote an die Kommunen; Erstellung der Rechtsverordnung unter Einbeziehung der Kommunalverbände; Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung inklusive der Kennzeichnung und Registrierung der freilebenden Katzen; Einrichtung einer landesweit nutzbaren Datenbank für die Registrierung der gekennzeichneten Katzen; finanzielle Unterstützung der Tierschutzorganisationen und Tierheime bei der Kastration und Kennzeichnung bestehender Populationen

Antr
s. *Katze*
Drs 15/3972

Alternativen zur sich abzeichnenden Ferkelkastration unter Vollnarkose

Sachstand zu anstehenden Änderungen der rechtlichen Anforderungen an die Kastration männlicher Ferkel, insbes Probleme eines Einsatzes des Betäubungsmittels Isofluran und mögliche Alternativen, Einsatz der sogenannten Immunkastration

Antr
s. *Schwein*
Drs 15/6676

Katastrophenhilfe

Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren bei der Hochwasserbekämpfung

Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehren bei der Hochwasserbekämpfung und Katastrophenschutz, insbes Einbindung in Organisationsstrukturen, rechtliche Rahmenbedingungen, zurückliegende länderübergreifende Einsatzbeteiligungen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3674

Katastrophenschutz

s.a. *Brandschutz*
s.a. *Bundesanstalt Technisches Hilfswerk*
s.a. *Feuerwehr*
s.a. *Katastrophenschutzübung*
s.a. *Rettungsdienst*

Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreis Böblingen bis 2016

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 09.06.2011 und Antw IM Drs 15/83

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Bedeutung und Anteil des o.g. Engagements in Vereinen, Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anteil von Migranten in Führungsfunktionen und bei der Gründung von Vereinen, Heranführung von Jugendlichen und älteren Mitbürgern, Begleitung der Organisationen des Katastrophenschutzes bei der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/284

Neuordnung des Katastrophenschutzdienstes und Auswirkungen der geplanten Strukturreform der Bundeswehr

Auswirkungen des neuen Katastrophenschutzkonzepts auf die Arbeit und Kosten von freiwilligen Helferorganisationen, Gewährung eines Ausgleichs für die Mehrkosten; Kompensation des Wegfalls von Bundeswehrressourcen im Katastrophenfall durch die o.g. Strukturreform, Bedeutung des Technischen Hilfswerks in Katastrophenfällen, Kompetenzverteilung zwischen dem Land und THW

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 27.07.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/352
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/940 S. 3 4
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren im Enzkreis

Anteil des o.g. Engagements in Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anzahl der Migranten, die

Führungsaufgaben im Vereinsvorstand oder als Übungsleiter/Jugendreferent wahrnehmen; Strategien, um insbes Jugendliche an ehrenamtliches Engagement bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz heranzuführen

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/491

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/529

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Umsetzung der Konzeption zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten und Erkrankten; Neustrukturierung des Katastrophenschutzdienstes nach dem teilweisen Rückzug des Bundes; Höhe und Träger der Kosten für die Beschaffung neuer Fahrzeuge und für die Einsätze, Höhe des mittelfristigen Investitionsbedarfs; Qualifizierung der Führungskräfte und der ehrenamtlichen Helfer, Stand der Jugendarbeit, Freistellung der Helfer vom Arbeitsplatz; Intensität und Qualität der Katastrophenschutzübungen, Zusammenarbeit der Behörden und Organisationen, Bewertung der Ressourcen der Bundeswehr

GrAnfr CDU 27.09.2011 und Antw LReg Drs 15/603 (14 S.)

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung einer EU-Richtlinie als Konsequenz auf Unglücke im Metallerzbergbau in Spanien und Rumänien, Regelungen zur Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit bergbaulichen Abfällen mit erheblichem Schadstoffpotenzial, Aufstellung von Notfallplänen für Abfallentsorgungseinrichtungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

GesEntw LReg 13.12.2011 Drs 15/1011
1. Beratung PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1488
BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1217
2. Beratung PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1548-1551
GesBeschl 07.03.2012 Drs 15/1398
GBl 2012 Nr. 5 S. 145 146 (Ges vom 12.03.2012)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Katastrophenschutzverfahren der Union

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1222

Finanzmittel für Hilfsorganisationen in BW

Entwicklung der Zuschüsse und finanziellen Ausstattung der Organisationen des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes, insbes auch der DLRG, seit 2007; Bedeutung der Organisationen iRd nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr; Berücksichtigung von Bedarfszuwachsen, insbes im Bereich der Rettungs- und Einsatzfahrzeuge?

Antr
s. *Hilfsorganisation*

Drs 15/1742

Die Situation der Ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz
Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Katastrophenschutz; Preise, Ehrungen und Auszeichnungen; Einführung einer „Ehrenamtskarte“; Abhängigkeit des ehrenamtlichen Engagements von der Betriebsgröße des Arbeitgebers; Arbeitsplatzverlust durch Einsatz im Katastrophenschutz; privilegierter Zugang zu Schulen für die im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zur Nachwuchswerbung; Auswirkung der Aussetzung der Wehrpflicht auf die Personalstruktur von Hilfsorganisationen; Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr SPD 19.09.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2356
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3550-3556

Die Situation der Landesfeuerwehrschule Bruchsal

Mit dem Neubau der Landesfeuerwehrschule verbundene Veränderungsvorhaben; Verbesserung der Zusammenarbeit der im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen; Erweiterung des Aufgabenspektrums der Akademie um die Gefahrenabwehr; praktische Umsetzung von Forschungserkenntnissen; Erhöhung der Attraktion für Frauen

Antr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/2672

Personalsituation bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk (THW) und Bevölkerungsschutz

Personalsituation bei Einrichtungen der örtlichen Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz, insbes Entwicklung des Anteils von Frauen und von EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie die Auswirkungen der Wehrpflicht-Aussetzung; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbes durch Zusammenarbeit mit Schulen, Förderung der Jugendgruppenarbeit, Gewährung öffentlicher Anerkennung, Freistellung von der Arbeit und dabei Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, Gewährung ausreichenden Versicherungsschutzes sowie zusätzliche Förderung fachlicher Qualifizierung und Ausbildung

Antr CDU 29.01.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/2943 (13 S.)
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7457-7465

Rahmenbedingungen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW

Rahmenbedingungen für die Arbeit der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW, insbes Nennung der den BOS zugeordneten Einrichtungen, Förderung der Wartung von Kraftfahrzeugen und Gerätschaften, Einrichtung zusätzlicher Personalräume, Umsetzung des angemeldeten Investitionsbedarfs, Finanzierungsregelung der Umrüstung auf Digitalfunk, Beschaffungssituation und Personenbeförderungskapazität im Bevölkerungsschutz sowie Anschaffung und Betrieb von Alarmgebern für Einsatzkräfte; effektive Warnung der Bevölkerung vor Großschadensfällen in Ortschaften ohne Alarmsirenen

Antr CDU 29.01.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/2944

Auslieferung von Feuerwehrfahrzeugen nach BW

Verteilungsschlüssel für die Feuerwehrfahrzeuge aus dem Katastrophenschutzprogramm des Bundes; Zeitplan für die Zuteilung; Einsatzfahrzeugtypen; Anzahl der bereits ausgelieferten Fahrzeuge; Beschleunigung der Verteilung

KlAnfr
s. *Feuerwehrfahrzeug*

Drs 15/3123

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr

s. Notfallvorsorge

Drs 15/5014

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung der neuen sogenannten Seveso-II-Richtlinie der EU (2012/18/EU) mit Management- und Berichtspflichten für Betreiber von Industrieanlagen mit besonders gefährlichen Stoffen, insbes Anhebung des Schutzniveaus, Berücksichtigung weiterer Gefahren für Gesundheit und Umwelt, geänderte Anforderungen für externe Notfallpläne bestimmter Betriebe im Bereich des Katastrophenschutzes

GesEntw LReg 30.09.2014 Drs 15/5791

1. Beratung PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6527

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.10.2014 Drs 15/5938

2. Beratung PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6719-6721

GesBeschl 13.11.2014 Drs 15/6133

GBI 2014 Nr. 21 S. 580 581 (Ges vom 25.11.2014)

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Änderung der §§ 26 und 35 des Landeskatastrophenschutzgesetzes in der Fassung vom 25. November 2014

GesEntw

s. Bundesmeldegesetz

Drs 15/6594

Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle - LReg muss handeln

Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ im Strafgesetzbuch

Antr

s. Strafgesetzbuch

Drs 15/6818

Private Kontaktdaten im Katastrophenschutz

Sachstand zur Erreichbarkeit von Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen durch die Verwaltungen im Katastrophenschutzfall zur Sicherstellung eines effektiven Katastrophenschutzes auch außerhalb der Arbeitszeiten, insbes Erhebung und Aufbewahrung der privaten Kontaktdaten iRd Landesdatenschutzgesetzes

KlAnfr Ulrich Müller CDU 24.06.2015 und Antw IM Drs 15/7056

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Änderung von § 20 des Landeskatastrophenschutzgesetzes in der Fassung vom 12. Mai 2015

GesEntw

s. Feuerwehr

Drs 15/7613

Unterstützung der Rettungshundestaffeln in BW

Förderung der Rettungshundestaffeln durch das Land; Befreiung von der Hundesteuer; fehlende Nennung der Rettungshunde im Rettungsdienstgesetz; Genehmigung von Trainingsflächen insbes in Wäldern; Erstattung der einsatzbedingten Aufwendungen

Antr

s. Rettungswesen

Drs 15/7687

Notwendigkeit des Feuerwehrführerscheins auch für den Katastrophenschutz

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 833-837

Katastrophenschutzdienst*s. Katastrophenschutz***Katastrophenschutzgesetz***s. Katastrophenschutz***Katastrophenschutzübung***Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes*

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreise Böblingen bis 2016

KlAnfr

s. Katastrophenschutz

Drs 15/83

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr

s. Nukleare Sicherheit

Drs 15/529

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Intensität und Qualität der Katastrophenschutzübungen, Zusammenarbeit der Behörden und Organisationen, Bewertung der Ressourcen der Bundeswehr

GrAnfr

s. Katastrophenschutz

Drs 15/603

Katholische Hochschule Freiburg*Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg*

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsanerkennung und Anrechnung der Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für

Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/531

Katholische Kirche

s. *Kirche*

Katze

Eindämmung der Population wildlebender Hauskatzen

Verbreitung und Bestandsentwicklung der o.g. Katzen, Beurteilung einer Beeinflussung der Umwelt als Krankheitsträger; Darlegung geeigneter Maßnahmen zur Bestandsreduzierung, insbes durch Förderung der Kastration mithilfe der Tierschutzvereine - evtl nach dem Konzept in NRW

KlAnfr Reinhold Pix GRÜNE 24.01.2012 und Antw MLR
Drs 15/1162

Tierschutzgesetz umsetzen: Katzenkastrationsgebote ermöglichen

Erllass eines Katzenkastrationsgebots für verwilderte Katzen nach § 13 b des Bundestierschutzgesetzes (TierSchG); Übertragung der Ermächtigung für Katzenkastrationsgebote an die Kommunen; Erstellung der Rechtsverordnung unter Einbeziehung der Kommunalverbände; Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung inklusive der Kennzeichnung und Registrierung der freilebenden Katzen; Einrichtung einer landesweit nutzbaren Datenbank für die Registrierung der gekennzeichneten Katzen; finanzielle Unterstützung der Tierschutzorganisationen und Tierheime bei der Kastration und Kennzeichnung bestehender Populationen

Antr Reinhold Pix u.a. GRÜNE und Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 23.08.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3972
BeschlEmpf und Bericht LandwA 20.11.2013 Drs 15/4581
S. 28
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 11.03.2014 Drs 15/4890

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Katzenbergtunnel

s. *Tunnel*

Kauf

s.a. *Grundstücksverkehr*

s.a. *Leasing*
s.a. *Vorkaufsrecht*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Gemeinsames Europäisches Kaufrecht

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/848

Prüfung des Ankaufs von EnBW-Anteilen durch das Land BW hinsichtlich der Grundlagen für die Bewertung der Anteile vor dem Kauf

Einholung einer gutachtlichen Stellungnahme des RH nach § 88 Abs 3 LHO, Prüfung der Durchführung eines ordnungsgemäßen und wirtschaftlich fundierten Bewertungsverfahrens vor dem Ankauf der EnBW-Anteile von der EdF

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/852

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufarbeitung der Umstände um den Kaufvertrag vom 06.12.2010, in welchem die Neckarpri GmbH 45,01 Prozent der Aktien der Energie BW AG (EnBW) erworben hat, und Aufarbeitung der Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung der EnBW (EnBW-Untersuchungsausschuss)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1015

Einsetzung eines UA zum Thema „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land BW und seine Folgen (EnBW-Deal)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1018

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1186

Immobilientransaktion Rue Belliard 58 in Brüssel

Erwerb der o.g. Immobilie von der Bundesrepublik Deutschland

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/1317

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine ver-

lässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2108

Sicherung der Ansprüche des Landes im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Landesanteile von der Électricité de France

Unterstützung der ICC-Klage und sämtlicher Schritte zur Sicherung o.g. Ansprüche

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2136

Bewertung der Preisermittlung für den Rückkauf der EnBW-Anteile von der EdF, Bezeichnung des Preises vom Investmentbanker Notheis als „mehr als üppig“

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2133-2150

Kaufrecht

s. *Kauf*

Kaufvertrag

s. *Kauf*

KCW GmbH

Rolle des Beratungsunternehmens K. GmbH bei der Vorbereitung der Vergabe von Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen

Beauftragung, Rolle und erbrachte Leistungen des Beratungsunternehmens KCW GmbH bei der Durchführung und Vorbereitung von Ausschreibungen von Schienenpersonennahverkehrs-Verträgen in BW; Nichtbeauftragung der Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW)

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3952

„Grüner Filz“ - Leistungen der K. GmbH u.a. für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Gutachten, Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen der KCW GmbH für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) oder die Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW); Ausschreibung, Beauftragung und Auftragsvolumina der einzelnen Aufträge; Gesamtvolumen der an die KCW GmbH gegangenen Aufträge; Gründe für den Verzicht auf eine Leistungserbringung durch die NVBW; Anzahl und finanzielles Volumen der durch weitere externe Dienstleister für das MVI oder die NVBW erbrachten Leistungen

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4972

KEF

s. *Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten*

Kehl

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/4378

Potenzial der Binnenschifffahrt am Oberrhein

Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschifffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 15/5110

Kriminalitätsbelastung und Polizeidichte in der Stadt Kehl

Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Kehl; Mehrbelastung des kriminalgeografischen Raums durch die Nähe zur französischen Großstadt Straßburg; Polizeidichte und Arbeitsbelastung im Vergleich zu anderen Polizeidienststellen; Maßnahmen zum Abbau der Mehrbelastung

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5181

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

E-Commerce-Verbraucherschutz durch Online-Schlichtungen

Förderung der Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten durch einen Online-Schlichter; Kooperationspartner des beim Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz in Kehl angesiedelten Internetportals online-schlichter.de; Anzahl und inhaltliche Schwerpunkte der Schlichtungsanträge in den vergangenen fünf Jahren; Anteil der außergerichtlichen Streitbelegungen; durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Schlichtungsverfahren; Entlastungs- und Einspareffekte für die Justiz des Landes BW

KlAnfr
s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*
Drs 15/6091

Situation der Polizei Kehl und Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg

Sachstand zur Situation der Polizei Kehl und der Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg, insbes Personalausstattung, Realisierung des Einsatzes von Verbindungsbeamten, rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7476

Keltenmuseum Heuneburg*Keltenmuseum auf der Heuneburg (Freilichtmuseum)*

Übernahme und Finanzierung des Freilichtmuseums „Keltenmuseum auf der Heuneburg“, insbes Überführung in die Staatliche Schlösser und Gärten BW (SSG), Übernahme der Museumsgebäude, Ausgleich des Betriebsdefizits, Landesfinanzierung in vergleichbar gelagerten Fällen sowie Erstellung eines neuen Betriebs- und Entwicklungskonzepts

Antr CDU 12.02.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3047
PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4677-4683

*Regierungsbefragung**Zukunft der Heuneburg*

PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4264-4270

Keltern*Lärmkartierung im Enzkreis*

Voraussetzungen für die Aufnahme von innerörtlichen Landesstraßen in die Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Bewertung der Chancen für eine Aufnahme der Ortsdurchfahrten der Landesstraße 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/144

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im Enzkreis

Auflistung der vorliegenden Anträge; Stand des Genehmigungsverfahrens für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Keltern-Dietlingen; gesetzliche und strukturelle Voraussetzungen der Genehmigung

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/467

Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Tempolimits, Eintreten für Tempo-30-Regelungen auf den Ortsdurchfahrten der L 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1597

Verzögerungen bei Lärmkartierung im Enzkreis

Gründe, Verantwortliche und Konsequenzen der o.g. Verzögerung für die betroffenen Kommunen, u.a. für die Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung in der Gemeinde Keltern

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2619

Weiterführung von Stadtbahnlinien im Enzkreis

Lösungsvorschläge zur Weiterführung bestehender Stadtbahnlinien; Weiterführung der Stadtbahn S 11 von Ittersbach über Keltern-Weiler, Keltern-Ellmendingen, Keltern-Dietenhausen bis zur Haltestelle der S 5 Remchingen/Wilferdingen-Singen; Anbindung von Karlsbad-Mutschelbach und Karlsbad-Auerbach; Konkurrenz zum Metrobus-Konzept der Stadt Pforzheim

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3372

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis

Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Keltern-Ellmendingen und Keltern-Dietlingen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/4172

Mängel bei Fahrbahnerneuerungen auf Landesstraßen

Erneuerung des Straßenbelags von Landesstraßen im Enzkreis; Mängel im Straßenbelag nach der Fahrbahnerneuerung; Ursache der Unebenheiten im Fahrbahnbelag zwischen Ellmendingen und Dietlingen; Behebung der Mängel und ihre Kosten; Vermeidung mangelhafter Bauleistungen im Straßenbau und des damit verbundenen Mehraufwands

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/5781

Einheitliche Regelung der Tempo-30-Zonen in Keltern-Dietlingen

Sachstand zur Schaffung einer einheitlichen Regelung für die Tempo-30-Zonen in Keltern-Dietlingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/7099

Kennzeichnung

s.a. *Dokumentation*
s.a. *Information*
s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*
s.a. *Personenbezogene Daten*

Angekündigte Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeiuniformen

Einführungsgründe, Ausgestaltung und Auswirkungen eines anonymisierten Kennzeichnungssystems; Frage nach einem Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Gegnern des Projekts Stuttgart 21 gegen Polizisten am 20.06.2011; Haltung der Polizeigewerkschaften; Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamten, Schutz vor Denunziationen, Bedrohungen und Gewalt

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/189

Persönlichkeitsschutz im Polizeivollzugsdienst

Beurteilung der Verunsicherung in der Landespolizei nach der angekündigten Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, Frage nach Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre

re der Beamten und ihrer Familien

MdlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/257

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KlAnfr
s. *Rind*
Drs 15/4121

Beurteilung der Einführung von Namensschildern (in Berlin) bzw einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte; Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre für die Beamten und ihre Familien

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 415

Kennzeichnungssystem

s. *Kennzeichnung*

Kernanlage

s. *Kerntechnische Anlage*

Kernbrennstoff

s.a. *Atomtransport*
s.a. *Radioaktiver Abfall*

Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle

Bindung der Entscheidung über eine Erkundung geeigneter Gebiete bzw Standorte in BW an einen Bürgerentscheid? Eintreten für den Abschluss der Verfahren zur Endlagerstätte Gorleben und einen störungsfreien Verlauf der Transporte und Einlagerungen in Gorleben

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/9

Standortsuche für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in BW

Wissenschaftliche Kriterien, Rechtsgrundlagen, geeignete geologische Formationen und Standorte für eine sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen; Zeitbedarf für die Suche nach einem Endlagerstandort bei einem Verzicht auf die Endlagerstätte Gorleben, Konsequenzen für die Zwischenlagerung von Brennelementen in BW; Eintreten für eine abschließende Prüfung der Eignung des Salzstocks in Gorleben

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/23

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/314

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafield; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1549

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1949

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2750

Erinnerung an den Kursverlust der EnBW-Aktien durch die Einführung der Kernbrennstoffsteuer

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 692

Kernen im Remstal

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüber-

brückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/6335

Kernenergie

Revision EURATOM-Vertrag

Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kerntechnischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr

s. *Europäische Atomgemeinschaft*

Drs 15/6433

Erinnerung an eine Studie von 1980 zur Machbarkeit des Atomausstiegs, Begrüßung des beschlossenen Ausstiegs nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349-2351

Kernenergiewirtschaft

Baden-württembergische Beteiligung an ausländischen Kernkraftwerken

Mitwirkung landesbeteiligter Energieversorgungsunternehmen an Planung und Bau ausländischer Kernkraftwerke, insbes Wirtschaftsentwicklungszahlungen des Landes BW an die Türkei und direkte oder indirekte Unterstützung eines Kernkraftwerkprojekts, Beteiligung einer EnBW-Tochter an Kernkraftwerksneubauten in der Tschechischen Republik

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 24.07.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3868

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/5375

Revision EURATOM-Vertrag

Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer

Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kerntechnischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr

s. *Europäische Atomgemeinschaft*

Drs 15/6433

Kernkraftwerk

s.a. *Kernkraftwerk Beznau*

s.a. *Kernkraftwerk Fessenheim*

s.a. *Kernkraftwerk Leibstadt*

s.a. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*

s.a. *Kernkraftwerk Obrigheim*

s.a. *Kernkraftwerk Philippsburg*

s.a. *Reaktorunfall*

Zuständigkeiten für Kernkraftwerke nach § 7 AtomGes innerhalb der LReg wieder verantwortungsvoll regeln

Rückführung der Zusammenführung der Zuständigkeiten für die rechtliche Atomaufsicht und für allgemeine Energiewirtschaft im neuen Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Verteilung wieder auf zwei Ressorts

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 15/22

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Hinwirkung auf eine dauerhafte Stilllegung der abgeschalteten Atomkraftwerke, insbes auch von Philippsburg I und Neckarwestheim I

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/159

Information über die Stresstests für Atomkraftwerke in der Europäischen Union

Umfang, Kriterien und Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung der europäischen Atomkraftwerke

Mittlg LReg

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 15/176

Erdbebengefährdung Ernst nehmen und Erdbbensicherheit gewährleisten

Beurteilung der Erdbebengefahr in BW und der Schweiz, insbes für Chemiestandorte, Kernkraftwerke u.a. sicherheitsrelevante Anlagen, sowie für die Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle; Bedeutung und Ausstattung des Landes erdbebendienstes im Vergleich mit Einrichtungen in Frankreich und der Schweiz

Antr

s. *Erdbeben*

Drs 15/295

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philipps-

burg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr Johannes Stober u.a. SPD 21.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/314
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.09.2011 Drs 15/907 S. 29 30
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/529

Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix

Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr
s. *Holz*
Drs 15/1081

Positionierung zur Energiepolitik der Schweiz

Bewertung des geplanten Atomausstiegs der Schweiz 2034 und der Auswirkungen auf die Energiepolitik und -unternehmen hierzulande, Beurteilung des technischen Stands der grenznahen Atomkraftwerke und des Schweizer Stresstests; Ausbau der erneuerbaren Energien und der länderübergreifenden Stromnetze, Nutzung der Schweizer Netze bei wachsender Stromeinspeisung aus Photovoltaik und Windkraft

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1254

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt

Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KlAnfr
s. *Atomausstieg*
Drs 15/2339

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umfassende Risiko- und Sicherheitsbewertungen („Stresstests“)
von Kernkraftwerken in der Europäischen Union und damit verbundene Tätigkeiten*

Mittlg LReg
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/2644

Tritiumwerte im Bereich der Atomkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg

Aktuelle Messwerte über Emissionen; Auflagen an den Betreiber EnBW zur Einhaltung des gesetzlichen Grenzwerts; Tritiumbelastung der Flüsse Neckar und Rhein in den letzten zehn Jahren; Messmethoden und Messintervalle; Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Messungen

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/2739

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 27.11.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2750
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3398 S. 73
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 13.12.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2805
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3398 S. 73
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ansprüche der Betreiber

Aktuelle Situation der geplanten Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ersatzforderungen der Anteilseigner, insbes diesbezügliche Kontakte der LReg zu offiziellen Stellen auf französischer Seite, der Électricité de France oder der EnBW

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/3695

Baden-württembergische Beteiligung an ausländischen Kernkraftwerken

Mitwirkung landesbeteiligter Energieversorgungsunternehmen an Planung und Bau ausländischer Kernkraftwerke, insbes Wirtschaftsentwicklungszahlungen des Landes BW an die Türkei und direkte oder indirekte Unterstützung eines Kernkraftwerk-

projekts, Beteiligung einer EnBW-Tochter an Kernkraftwerksneubauten in der Tschechischen Republik

Antr
s. *Kernenergiewirtschaft*
Drs 15/3868

Sicherheit des bayerischen Atomkraftwerks Gundremmingen
Gegenwärtige Erfüllung der aktuellen Sicherheitsanforderungen durch das Atomkraftwerk Gundremmingen sowie bei einer angestrebten Leistungserhöhung, insbes Nichterfüllung der Erdbesicherungsauflagen

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/3891

Ausweitung der Atomstromproduktion im Kernkraftwerk Gundremmingen

Leistungssteigerung als zusätzliches Gefahrenpotential; Auswirkungen auf die Betriebssicherheit der Reaktoren; Abwendung der Genehmigung einer Produktionserhöhung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KGG)

KlAnfr Martin Rivoir SPD 02.08.2013 und Antw UM Drs 15/3904

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmefähigkeit der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr Peter Hauk CDU 10.10.2013 und Antw UM Drs 15/4144

Kernkraftwerk (KKW) Fessenheim - Perspektiven für die Region nach dem Abschalten des Kernkraftwerks

Einstellung der umliegenden französischen Gemeinden zu einer Abschaltung des Atomkraftwerks; Termin der Entscheidung über die Stilllegung; Werbung für eine Stilllegung des KKW Fessenheim bei der elsässischen Bevölkerung sowie bei den politisch Verantwortlichen; Schaffung eines binationalen Gewerbeparks, bestehend aus dem Gewerbepark Breisgau und der Konversionsfläche des Kernkraftwerks; Fördermöglichkeiten durch das Land und die Europäische Union

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/4363

Störfälle und Sicherheitsdefizite im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Sicherheitszustand des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Ursachen aktueller Störfälle, umgesetzte Nachrüstungsmaßnahmen und bestehende Sicherheitsprobleme; Stilllegung wegen erheblicher Sicherheitsmängel

KlAnfr Bärbel Mielich u.a. GRÜNE 30.01.2014 und Antw UM Drs 15/4685

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim be-

troffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. *Notfallvorsorge*
Drs 15/5014

Neue Evakuierungszonen und Katastrophenpläne um die Atomkraftwerke in Deutschland

Inhalt und Zeitrahmen der konkreten Pläne zur Ausweitung der Evakuierungszonen an den Kernkraftwerksstandorten, insbes Anlass zur Ausweitung der Evakuierungszonen, Abstimmung der Pläne zwischen Ländern und den betroffenen Kommunen sowie weiteren berührten Stellen

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 09.04.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5049
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.10.2014 Drs 15/6123 S. 22-26
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr SPD 27.06.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5375

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts

Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stilllegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 15/5392

Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren

Situation bei Betrieb, Stilllegung und Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren in BW, insbes Entsorgung anfallenden radioaktiven bzw radioaktiv belasteten Materials, Höhe und Träger der Rückbaukosten

Antr
s. *Forschungsreaktor*
Drs 15/5527

Zustand der Reaktordruckbehälter im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim und Störfall vom 9. April 2014

Sachstand zum Sicherheitszustand des Atomkraftwerks Fessenheim, insbes Untersuchungsverfahren und -ergebnisse zur Material-sicherheit des Reaktordruckbehälters, Auswirkungen des Störfalls vom 9. April 2014 auf die Sicherheit des Reaktordruckgefäßes, Ergebnisse der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) zum Störfall

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/6294

Vier Jahre nach Fukushima - vier Jahre verantwortliche Atompolitik in BW

Aktuelle Debatte
s. *Reaktorunfall*
PIPr 15/123 S. 7411

Einlagerung von Abfällen aus kerntechnischen Anlagen in Deponien des LKreises Ludwigsburg

Sachstand zur Einlagerung von Abfällen aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und dem Kernkraftwerk Neckarwestheim in den Deponien Vaihingen-Horrheim und Schwieberdingen des LKreises Ludwigsburg durch die Abfallverwertungsgesellschaft Ludwigsburg, insbes radioaktive Kontamination der Abfälle

KlAnfr
s. *Mülldeponie*
Drs 15/8028

Eintreten für einen beschleunigten Atomausstieg, dauerhafte Stilllegung der ältesten Atomkraftwerke

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Eintreten für einen beschleunigten Atomausstieg, dauerhafte Stilllegung der ältesten Atomkraftwerke

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 57 58 67 71 72 74 75 78 79

Verluste der Energieversorgungsunternehmen durch die Abschaltung ihrer Kernkraftwerke

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 549

Umsetzung der Energiewende nach der Laufzeitverkürzung der Kernkraftwerke, Umgang mit den bereits abgeschalteten Kernkraftwerken

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684-688 691-694 696 697

Verweisung auf den geplanten Bau von 40 neuen Kernkraftwerken in Europa, Erinnerung an die versuchte Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke vor der Katastrophe in Fukushima, vorübergehende Ersetzung der abgeschalteten Kernkraftwerke durch Gas- und Kohlekraftwerke

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1045 1047 1048 1050 1052 1056-1058

Umsetzung der Energiewende nach der Laufzeitverkürzung der Kernkraftwerke

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1191 1203 1212

Sukzessive Abschaltung aller Kernkraftwerke bis 2022, vorübergehende Ersetzung der abgeschalteten Kernkraftwerke durch Gas- und Kohlekraftwerke

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1337 1340 1342 1343

Sukzessive Abschaltung aller Kernkraftwerke bis 2022

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349 2350

Kernkraftwerk Beznau

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt
Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KlAnfr
s. *Atomausstieg*
Drs 15/2339

Kernkraftwerk Fessenheim

Kernkraftwerk Fessenheim

Beurteilung der Sicherheit des Kernkraftwerks Fessenheim und der Entscheidung der französischen Atomaufsicht zum Weiterbetrieb von Block 1 unter Auflagen; Frage nach Schritten zur Verhinderung des Weiterbetriebs

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 08.07.2011 und Antw UM
Drs 15/252

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr Bärtl Mielich GRÜNE 29.07.2011 und Antw UM
Drs 15/375

Sofortige und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim

Bewertung des AKW Fessenheim als Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung in Südbaden und im Elsass; Eintreten für die o.g. Zielsetzung auf allen politischen Ebenen sowie gegenüber der französischen Atomaufsicht

Antr GRÜNE und SPD 18.07.2012 und Stellungnahme UM
Drs 15/2120

ÄAntr CDU 30.01.2013 Drs 15/2945

PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3363-3473

Nachrüstung im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Verlängerung der Betriebserlaubnis und Nachrüstungsmaßnahmen im sicherheitstechnischen Bereich des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Verstärkung der Bodenplatte zur Erhöhung der Erdbebensicherheit

KlAnfr Alfred Winkler SPD 03.06.2013 und Antw UM Drs
15/3559

Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ansprüche der Betreiber

Aktuelle Situation der geplanten Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim und mögliche Ersatzforderungen der Anteilseigner, insbes diesbezügliche Kontakte der LReg zu offiziellen Stellen auf französischer Seite, der Électricité de France oder der EnBW

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 28.06.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3695

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.12.2013 Drs 15/4897

S. 61 62

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Kernkraftwerk (KKW) Fessenheim - Perspektiven für die Region nach dem Abschalten des Kernkraftwerks

Einstellung der umliegenden französischen Gemeinden zu einer Abschaltung des Atomkraftwerks; Termin der Entscheidung über die Stilllegung; Werbung für eine Stilllegung des KKW Fessenheim bei der elsässischen Bevölkerung sowie bei den politisch Verantwortlichen; Schaffung eines binationalen Gewerbeparks, bestehend aus dem Gewerbepark Breisgau und der Konversionsfläche des Kernkraftwerks; Fördermöglichkeiten durch das Land und die Europäische Union

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 20.11.2013 und Antw StM Drs 15/4363

Strombezugsvertrag der EnBW über Energielieferungen aus dem französischen Kernkraftwerk Fessenheim

Inhalt und Kostenregelung des von der EnBW fortgeführten Strombezugsvertrags zwischen der Badenwerk AG und der EdF über Energielieferungen aus dem französischen Kernkraftwerk Fessenheim

Antr
s. *Elektrizitätswirtschaft*
Drs 15/4493

Störfälle und Sicherheitsdefizite im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Sicherheitszustand des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Ursachen aktueller Störfälle, umgesetzte Nachrüstungsmaßnahmen und bestehende Sicherheitsprobleme; Stilllegung wegen erheblicher Sicherheitsmängel

KIAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4685

Zustand der Reaktordruckbehälter im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim und Störfall vom 9. April 2014

Sachstand zum Sicherheitszustand des Atomkraftwerks Fessenheim, insbes Untersuchungsverfahren und -ergebnisse zur Materialsicherheit des Reaktordruckbehälters, Auswirkungen des Störfalls vom 9. April 2014 auf die Sicherheit des Reaktordruckgefäßes, Ergebnisse der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) zum Störfall

KIAnfr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE 18.12.2014 und Antw UM Drs 15/6294

Kernkraftwerk Gundremmingen

Sicherheit des bayerischen Atomkraftwerks Gundremmingen

Gegenwärtige Erfüllung der aktuellen Sicherheitsanforderungen durch das Atomkraftwerk Gundremmingen sowie bei einer angestrebten Leistungserhöhung, insbes Nichterfüllung der Erdbesicherungsauflagen

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/3891

Ausweitung der Atomstromproduktion im Kernkraftwerk Gundremmingen

Leistungssteigerung als zusätzliches Gefahrenpotential; Auswirkungen auf die Betriebssicherheit der Reaktoren; Abwendung

der Genehmigung einer Produktionserhöhung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KGG)

KIAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/3904

Kernkraftwerk Leibstadt

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt
Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KIAnfr
s. *Atomausstieg*
Drs 15/2339

Kernkraftwerk Neckarwestheim

Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreise Böblingen bis 2016

KIAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/83

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Hinwirkung auf eine dauerhafte Stilllegung der abgeschalteten Atomkraftwerke, insbes auch von Philippsburg I und Neckarwestheim I

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/314

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/529

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in

den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafield; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1549

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1949

Tritiumwerte im Bereich der Atomkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg

Aktuelle Messwerte über Emissionen; Auflagen an den Betreiber EnBW zur Einhaltung des gesetzlichen Grenzwerts; Tritiumbelastung der Flüsse Neckar und Rhein in den letzten zehn Jahren; Messmethoden und Messintervalle; Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Messungen

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/2739

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2750

Zwischenlagerung der am Standort Obrigheim befindlichen abgebrannten Brennelemente im Zwischenlager Neckarwestheim

Bewertung der Ankündigung der EnBW zur Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im vorhandenen Zwischenlager am Standort Neckarwestheim, insbes rechtliche Situation, Einschätzungen aus dem Raum Neckarwestheim, konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, Umgang mit möglichem Widerstand aus der Bevölkerung für notwendige Castor-Transporte; Überlegungen zur Errichtung eines neuen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort Obrigheim und mögliche Alternativstandorte

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3418

Rechtliche und technische Voraussetzungen für die von der LReg angebotene Zwischenlagerung von hochradioaktivem Abfall aus La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim

Angebot der LReg zur Zwischenlagerung der noch ausstehenden hochradioaktiven Abfallprodukte aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim, insbes bauliche Voraussetzungen, Art der Castor-Typen, Träger von Zusatz- und Transportkosten, Verhandlungen mit der Zwischenlagerbetreiberin und Position der betroffenen Regionen; mögliche zwischenzeitliche Bereitschaft anderer Bundesländer zur Zwischenlagerung

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3507

Kompensationsüberlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim

Weitere Verkürzung der Restlaufzeit für Block II in Neckarwestheim als Kompensationsmöglichkeit für die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim

MdlAnfr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/4358

Verbringung am Standort Obrigheim befindlicher Brennelemente nach Neckarwestheim

Planungen der EnBW zur Verbringung der noch im Nasslager Obrigheim befindlichen Brennelemente nach Neckarwestheim, insbes Transportoptionen, Bearbeitungszeit des Genehmigungsantrags, Kostenersparnis, mögliche Gefährdung des Neckars

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/4986

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. *Notfallvorsorge*
Drs 15/5014

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-

Betreibers

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/5375

Schwach- und mittelradioaktiver Abfall auf dem Gelände des KIT Campus Nord in Karlsruhe

Korrosion der Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall auf dem Gelände des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Campus Nord in Karlsruhe; Überprüfung der Korrosionsschäden; Beurteilung der Lagerungsbedingungen auf dem Gelände des KIT Campus Nord durch das Bundesamt für Strahlenschutz; Situation in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerkstandorten Philippsburg und Neckarwestheim; Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6163

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Neckarwestheim I
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Neckarwestheim I
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 57 72 79

Kernkraftwerk Obrigheim

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/314

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2805

Zwischenlagerung der am Standort Obrigheim befindlichen abgebrannten Brennelemente im Zwischenlager Neckarwestheim

Bewertung der Ankündigung der EnBW zur Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im vorhandenen Zwischenlager am Standort Neckarwestheim, insbes rechtliche Situation, Einschätzungen aus dem Raum Neckarwestheim, konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, Umgang mit möglichem Widerstand aus der Bevölkerung für notwendige Castor-Transporte; Überlegungen zur Errichtung eines neuen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort Obrigheim und mögliche Alternativstandorte

Antr

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3418

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmefähigkeit der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KIAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Kompensationsüberlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim

Weitere Verkürzung der Restlaufzeit für Block II in Neckarwestheim als Kompensationsmöglichkeit für die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim

MdlAnfr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/4358

Verbringung am Standort Obrigheim befindlicher Brennelemente nach Neckarwestheim

Planungen der EnBW zur Verbringung der noch im Nasslager Obrigheim befindlichen Brennelemente nach Neckarwestheim, insbes Transportoptionen, Bearbeitungszeit des Genehmigungsantrags, Kostenersparnis, mögliche Gefährdung des Neckars

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/4986

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/5375

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts

Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stilllegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr Hidir Gürakar u.a. SPD 30.06.2014 und Stellungnahme

UM Drs 15/5392
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6496
 S. 29 30
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Kernkraftwerk Philippsburg

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende
 Hinwirkung auf eine dauerhafte Stilllegung der abgeschalteten Atomkraftwerke, insbes auch von Philippsburg I und Neckarwestheim I

Antr
s. Energiepolitik
 Drs 15/159

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. Kernkraftwerk
 Drs 15/314

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr
s. Nukleare Sicherheit
 Drs 15/529

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafield; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr
s. Radioaktiver Abfall
 Drs 15/1549

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. Radioaktiver Abfall
 Drs 15/1949

Tritiumwerte im Bereich der Atomkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg

Aktuelle Messwerte über Emissionen; Auflagen an den Betreiber EnBW zur Einhaltung des gesetzlichen Grenzwerts; Tritiumbelastung der Flüsse Neckar und Rhein in den letzten zehn Jahren; Messmethoden und Messintervalle; Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Messungen

Antr
s. Radioaktivität
 Drs 15/2739

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. Kernkraftwerk
 Drs 15/2750

Rechtliche und technische Voraussetzungen für die von der LReg angebotene Zwischenlagerung von hochradioaktivem Abfall aus La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim

Angebot der LReg zur Zwischenlagerung der noch ausstehenden hochradioaktiven Abfallprodukte aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim, insbes bauliche Voraussetzungen, Art der Castor-Typen, Träger von Zusatz- und Transportkosten, Verhandlungen mit der Zwischenlagerbetreiberin und Position der betroffenen Regionen; mögliche zwischenzeitliche Bereitschaft anderer Bundesländer zur Zwischenlagerung

Antr
s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle
 Drs 15/3507

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. Notfallvorsorge
 Drs 15/5014

Keine Einigung zur Zwischenlagerung des Atommülls aus Sellafield und La Hague

Sachstand zur Verbringung der aus den Wiederaufbereitungsanlagen Sellafield und LaHague nach Deutschland zurückzuführenden hochradioaktiven Abfälle, insbes Übernahme der entstehenden Zusatzkosten, Zusatzkosten am Standort Philippsburg, Festhalten am Standort Gorleben

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/5212

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/5375

Schwach- und mittelradioaktiver Abfall auf dem Gelände des KIT Campus Nord in Karlsruhe

Korrosion der Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall auf dem Gelände des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Campus Nord in Karlsruhe; Überprüfung der Korrosionsschäden; Beurteilung der Lagerungsbedingungen auf dem Gelände des KIT Campus Nord durch das Bundesamt für Strahlenschutz; Situation in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerkstandorten Philippsburg und Neckarwestheim; Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6163

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Philippsburg I
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Philippsburg I
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 57 72 79

Kernreaktorunfall

s. *Reaktorunfall*

Kerntechnische Anlage

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3796

Kettenarbeitsvertrag

s. *Arbeitsvertrag*

KfW-Bankengruppe

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?

Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/1551

Abwicklung der Förderungen von energetischen Sanierungsmaßnahmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Programme zur Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen, Volumen der Fördermittel; Programme der KfW und deren Volumen; Nachfrage nach Förderprogrammen der KfW in den letzten fünf Jahren; Einbeziehung eines Sachverständigen; Schaffung eines finanziellen Anreizes zur energetischen Gebäudesanierung

KIAnfr
s. *Bausanierung*
Drs 15/3611

Bereitstellung der notwendigen Kredite durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Gründung einer Transfergesellschaft nach der Schlecker-Insolvenz, Verweisung auf die vielfältigen finanziellen Engagements der KfW

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1560-1563 1567

Kfz-Abgas

Notwendiger Schutz vor Emissionen bei der Freiwilligen Feuerwehr

Arbeitsschutz für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr; Ausstattung der Magazine mit Absauganlagen zum Schutz der Ehrenamtlichen vor den gesundheitsschädlichen Dieselabgasen

KIAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3136

Auswirkungen der Energiewende / Elektromobilität auf die Zukunft des Verbrennungsmotors und des Automobilstandorts BW

Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und Unterstützung von Forschungsanstrengungen durch Bund und Land, insbes Entwicklung und Herstellung von alternativen Kraftstoffen sowie Reduktionsmöglichkeiten für Verbrauch und Abgas; Vergleich der Wertschöpfungskette sowie der CO₂-Bilanz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren mit Elektro- und Hybridfahrzeugen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3794

Luftreinhalung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge;

Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/6031

Umweltzonen in BW

Sachstand zur Ausweisung von Umweltzonen in BW, insbes Auswirkungen auf die Luftqualität im Vergleich zu Nicht-Umweltzonen, Bedeutung der Fahrverbote für Fahrzeuge mit gelber oder roter Plakette

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/6971

Einführung einer blauen Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen

Entwicklung und Messverfahren des Stickoxid- bzw Feinstaubaufkommens in Stuttgart; Umweltnutzen durch Ersatz von EURO-5-Fahrzeugen durch EURO-6-Fahrzeuge; Durchführung und Überwachung der Zufahrtsbeschränkungen in Stuttgart; Differenzierungen bei der Einführung einer blauen Plakette; Feinstaubbelastungen in Tunneln des Schienenpersonennahverkehrs; Einbeziehung des Verkehrssektors in den EU-Emissionshandel

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/7030

Kfz-Kennzeichen

s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*

Kfz-Steuer

s. *Kraftfahrzeugsteuer*

Kfz-Ummeldung

s. *Kraftfahrzeug*

Kfz-Zulassung

s. *Straßenverkehrszulassung*

KGSG

s. *Kulturgutschutzgesetz*

Kiebingen, Ortsteil

s. *Rottenburg am Neckar*

Kiesabbau

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen

Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Rohstoffabbau in Steinbrüchen und Kiesgruben in BW

Anzahl der in Betrieb befindlichen Steinbrüche und Kiesgruben; Entwicklung des Bestands in den letzten zehn Jahren; Einschränkungen des Rohstoffabbaus durch das Naturschutzrecht; Neuregelung des Rohstoffabbaus in Steinbrüchen und Kiesgruben anhand bestehender EU-Vorgaben; Frage der Wiederverfüllung nach dem Ende des Rohstoffabbaus; Errichtung weiterer Steinbrüche und Kiesgruben; Erstellung eines Rohstoffsicherungsberichts in der aktuellen Wahlperiode; Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzepts des Landes BW

Antr
s. *Rohstoffgewinnung*
Drs 15/4093

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 20.05.2014 und Antw MLR
Drs 15/5220

Kieselbronn

Lärm- und Luftschutz im Zuge des Ausbaus der A 8 im Enztal

Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen bei den o.g. Planungen, erneute Überprüfung der Verkehrsprognose für 2025 auf der A 8 nahe Kieselbronn, Eintreten für eine Ergänzung der schalltechnischen Untersuchung und Luftschadstoffhebung in Kieselbronn, Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen entlang der Autobahn

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1157

Planungen zur 380-kV-Leitung Birkenfeld-Ötisheim

Sachstand zur Verlegung der geplanten 380-kV-Leitung von Birkenfeld nach Ötisheim, insbes Möglichkeit einer Teilerdverkabelung im Bereich der Wohnbebauung und des Kindergartens in der Gemeinde Kieselbronn

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6994

Erdverkabelung bei Neubau von Stromtrassen und Kompaktmasten beim Bau von Freileitungen

Sachstand zur Ermöglichung von Erdverkabelung beim Neubau von Stromtrassen und dem Einsatz von Kompaktmasten beim Bau von Freileitungen beim Neubau von Stromtrassen in der Gemeinde Kieselbronn

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/7247

Kilometerentschädigung

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anpassung von Regelungen zur Aufwandsentschädigung an die Erfordernisse der Praxis, Erstattung aller mandatsbedingten Fahrten, Bestimmung der Wegstreckenentschädigung durch Verweisung auf das Landesreisekostengesetz, Einräumung eines Budgets für die mandatsbedingte Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen; redaktionelle Änderungen

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 15/1726

Kilometergeld

s. *Kilometerentschädigung*

Kind

s.a. *Ausländisches Kind*
s.a. *Babyklappe*
s.a. *Behindertes Kind*
s.a. *Geburt*
s.a. *Kinder- und Jugendhilfe*
s.a. *Kinderarbeit*
s.a. *Kinderbetreuung*
s.a. *Kinderkrankenhaus*
s.a. *Kinderschutz*
s.a. *Kindertagesstätte*
s.a. *Mädchen*
s.a. *Schulanfänger*

Adipositas bei Kindern und Erwachsenen

Entwicklung der Zahlen und Kosten von stark übergewichtigen Patienten unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Darlegung von präventiven Maßnahmen und Behandlungsmethoden, Kosten und Nutzen von Magenverkleinerungen, insbes Gewichtung der erzielbaren Reduzierung von Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck

KlAnfr
s. *Übergewicht*
Drs 15/846

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Auflistung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/899

Masern-Impfungen in BW forcieren

Entwicklung der o.g. Erkrankungen und Impfquote von Kindern, älteren Menschen und Migranten; Möglichkeiten zur Bekämpfung der Impfmüdigkeit, insbes von Ärzten iRd Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und zur Nachholung des Impfschutzes vor Eintritt in die Kindertagesstätte und Schule

Antr
s. *Impfung*
Drs 15/1006

Leben ermöglichen - Babys in BW schützen

Vorhandene und notwendige sowie bisher in Anspruch genommene Möglichkeiten der Babyklappe und anonymen Geburt; alternative niedrigschwellige Angebote in anderen Ländern; Beurteilung des Fehlens von Angeboten im württembergischen Landesteil sowie in Nordbaden; Anstrengung eines Dialogs mit den Kirchen; Schaffung flächendeckender Angebote für Mütter mit schwerwiegenden Problemen

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 21.12.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/1065
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.05.2012 Drs 15/1821 (dazu ÄAntr Bärl Mielich u.a. GRÜNE und Rainer Hinderer u.a. SPD) S. 29-31
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
Mittlg LReg 20.12.2012 Drs 15/2830

Neugeborenenenscreening zur Erkennung von Immundefekten

KlAnfr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/1457

Verbleib von Kindern, die anonym geboren oder in Babyklappen gelegt wurden

Zahl der o.g. Kinder im Zeitraum von 2000 bis 2009; Sicherstellung künftiger Angaben über den Verbleib dieser Kinder

KlAnfr Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE
30.03.2012 und Antw SM Drs 15/1539

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“

Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1610

Antibiotika-Verordnungen bei Kindern

Bewertung der Erkenntnisse der o.g. Studie der Bertelsmann-Stiftung, Darstellung der Situation im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu anderen Regionen, Zurückführung der Ursachen für die unterschiedliche Handhabung auf den Rückgang der Zahl von Kinderärzten und Verlagerung pädiatrischer Leistungen hin zu den Hausärzten

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/2079

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden

Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersagung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2168

Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen in BW

Entwicklung der o.g. Teilnahmezahlen seit Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes, Inanspruchnahme der Bonusprogramme der gesetzlichen Krankenkassen, Beitritt der privaten Krankenversicherungen zur Rahmenvereinbarung des Landes; Zeitpunkt und Konsequenzen einer Überprüfung der Teilnahme, Information der Jugendämter in Versäumnisfällen, Informations- und Beratungsangebot der Gesundheitsämter für Familien, Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2579

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl Übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2657

Suizidprävention bei Jugendlichen

Daten zu Todesfällen durch Suizid in BW; Arten, Förderung und Finanzierung von Präventions- und Beratungsangeboten für Suizidgefährdete und speziellen Konzepten für Jugendliche; Rolle des ehrenamtlichen Engagements; Bewertung niedrigschwelliger Online-Beratungsangebote für suizidgefährdete Jugendliche, insbes des Peer-to-Peer-Beratungsansatzes; Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung für Kinder und Jugendliche und Aufklärungsangebote durch Schule und Veranstaltungen

Antr
s. *Suizid*
Drs 15/2876

Situation und Förderung von Hochbegabten

Begriffsdefinition und Diagnoseverfahren von Hochbegabung; Beratungsangebote für Eltern sowie Inhalte in der Lehrer- und Erzieherausbildung zum Thema Hochbegabung; Erkenntnisse aus dem Comenius-Regio-Projekt und Langzeitstudien zur Entwicklung Hochbegabter; Planungen in der Hochbegabtenförderung, insbes im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Gymnasialbildung sowie eine Kooperation mit Hochschulen

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/2888

EU-Programm „Daphne“

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte Förderprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr
s. *DAPHNE*
Drs 15/3337

Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/3480

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW und möglicher Standort Ulm

KlAnfr
s. *Naturwissenschaften*
Drs 15/3736

Mangelhafte Unterrichtsversorgung - mangelhafte Chancen für unsere Kinder

Aktuelle Debatte
s. *Unterrichtsversorgung*
PIPr 15/73 S. 4378

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iRd Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr
s. *Verbraucherinformation*
Drs 15/3938

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahrradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radelnder Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrserziehung*

Drs 15/4085

Ernährungsführerschein in BW

Umsetzung des Unterrichtskonzepts des aid-Ernährungsführerscheins in BW; gesellschaftliche Unterstützung des Konzepts; Lehrerfortbildung; Inhalte des Unterrichtskonzepts; sächliche Voraussetzungen für eine Umsetzung; flächendeckende Einführung des aid-Ernährungsführerscheins

Antr

s. *Ernährungsweise*

Drs 15/4372

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4571

Programme zur Motivation für MINT-Berufe in BW

Bedeutung und Initiative für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in BW, insbes Programme zur Motivation für MINT-Berufe für Frauen; Bewertung der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an MINT-Berufe durch Schule, naturwissenschaftlich-technische Jugendbildung und Science-Center

Antr

s. *MINT-Wissenschaften*

Drs 15/4578

Auslastung der kinder- und jugendpsychiatrischen Kapazitäten in BW

Standorte, Nachfrage, Auslastung und Bedarfsanpassung der kinder- und jugendpsychiatrischen Störungen und Präventionsmaßnahmen

Antr

s. *Psychiatrie*

Drs 15/4773

Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen bei der Befragung durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht

Umsetzung einer altersgerechten und angemessenen Befragung von Kindern und Jugendlichen durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht, insbes Verwendung kindgerechter Sprache und angemessener Befragungsweise, Qualifikation und Schulung von Ermittlern, Gewährung von Verfahrensbeiständen für Kinder, landesgesetzliche Anpassungen

Antr

s. *Strafprozessrecht*

Drs 15/5890

Gefahren der Internetsucht

Sachstand zum pathologischen Computer- und Internetgebrauch, insbes Statistik (Altersstruktur, Geschlecht, Nutzungsart und -häufigkeit), Bedeutung der Online-Computerspielsucht, Gefahren für Kinder und Jugendliche, therapeutische Maßnahmen, Suchtprävention

Antr

s. *Internet*

Drs 15/5896

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr

s. *Schulweg*

Drs 15/6081

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KlAnfr

s. *Schulbesuch*

Drs 15/6493

Damit die Kuh nicht lila wird

Sachstand zum Lernort Bauernhof für Kinder und Jugendliche, insbes Einrichtungen und Projekte in BW für Kinder und Jugendliche zur Gewährung von Einblicken in die Welt der Landwirtschaft und die Arbeit der Landwirte, Bildungspläne zu Arbeit und Stellung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, Bereitstellung von Finanzmitteln

Antr

s. *Landwirtschaftsbetrieb*

Drs 15/6673

Schäden durch Nikotin in der Schwangerschaft - Prävention und Maßnahmen

Sachstand zu Gefahren für das ungeborene Kind durch den Nikotinkonsum durch die Mutter während der Schwangerschaft, insbes Zahlen zu Kindern mit entsprechenden Gesundheitsschäden, Höhe und Übernahme zusätzlicher Kosten für die Betreuung nikotingeschädigter Neugeborener, Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen für Frauen und Mädchen über Risiko von Nikotingenuss in der Schwangerschaft

Antr

s. *Schwangerschaft*

Drs 15/6924

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler Ebene durch Änderung von Quoren und Fristen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; Regelung zur Bildung von Fraktionen und deren Rechte in kommunalen Gremien; Stärkung der Minderheitenrechte in kommunalen Gremien; Festschreibung von Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung; Fortentwicklung bei der Transparenz der örtlichen Verwaltung

GesEntw

s. *Kommunalrecht*

Drs 15/7265

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKkreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

Unterstützung des Heini-Programms zur Gewaltprävention durch die LReg

Beurteilung des im Raum Pforzheim/Enzkreis angebotenen Präventionsprogramms für Kinder; finanzielle Förderung und Fortbestand des Programms

KlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/7769

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Plädoyer für eine kinderfreundlichere Gesellschaft

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Anstrengung von gleichen Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Hervorhebung des Stellenwerts der frühkindlichen Bildung

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 23 24 27

Anstrengung von gleichen Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Stärkung der frühkindlichen Bildung, Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642-649

Beurteilung der Zielgenauigkeit des Bildungs- und Teilhabepakts des Bundes für Kinder, Umsetzung durch die Stadt- und LKreise; Zahl und Schicksal der Heimkinder zwischen 1949 und 1975, Ausstattung und Ziele des Entschädigungsfonds

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 909-912 953-957

Anstrengung von gleichen Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Stärkung der frühkindlichen Bildung, Ausbau der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959-979

Investitionen in die frühkindliche Bildung, Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040 1041

Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1108 1115 1120 1129 1132 1139

Kinder- und Jugendarmut

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des

Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
s. *Armut*
Drs 15/2886

Bisherige Maßnahmen iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Förderung von Projekten im Kontext des Armuts- und Reichtumsberichts; Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Projekte in der Berichterstattung; Erstellung von Gutachten und deren Kosten; Kritik am Schwerpunkt Kinderarmut; Veröffentlichungstermin des Abschlussberichts

Antr
s. *Armuts- und Reichtumsbericht*
Drs 15/6145

Kinder- und Jugendhilfe

s.a. *Heimerziehung*

s.a. *Jugendarbeit*

s.a. *Jugendschutz*

s.a. *Kinderschutz*

s.a. *Kommunalverband für Jugend und Soziales*

Rechtsfragen bei Jugendschutzeinsätzen in den Kommunen

Befugnisse von Polizei, Gemeindevollzugsdienst und privaten Sicherheitsdiensten für den Einzug von Alkoholika, Alkoholtests, Aufnahme und Weitergabe von persönlichen Daten differenziert nach den verschiedenen Altersgruppen von jungen Menschen; Rechtsgrundlagen für die Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten und des Jugendamts

KlAnfr
s. *Jugendschutz*
Drs 15/1713

Entwicklung der Interventionen durch das Jugendamt bei Familien mit Migrationshintergrund

Entwicklung der Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durch Jugendämter seit 2001, Dauer der Inobhutnahmen, Anteil der nicht zu den ursprünglich Sorgeberechtigten zurückkehrenden Betroffenen, Ursachen der hohen Zahl von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit; Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter, Gewinnung von Migranten für die bei den Jugendämtern vertretenen Berufsbilder

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 01.08.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/385 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 47 48
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Regelung der Meldepflicht für Ersatz- und Ergänzungsschulen im Falle von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Jugendamt

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/941

Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes in BW

Zahl und Ergebnisse der Verfahren nach dem Unterhaltsvorschussgesetz seit 2006, personelle Ausstattung der Jugendämter in den Stadt- und LKreisen zur Durchsetzung der Unterhaltspflichtung säumiger Unterhaltsschuldner bzw zur Rückgriffnahme für geleisteten Unterhaltsvorschuss, Erleichterung der Beitreibung von Unterhaltsforderungen im Ausland durch erweiterte europäische Auskunftsrechte; Erwartung von Verbesserungen durch das Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz des Bundes?

Antr
s. *Unterhaltspflicht*
Drs 15/1590

Kinderschutzambulanzen an pädiatrischen Zentren

Weiterentwicklung des Themas Kinderschutz und Prävention von Kindesmisshandlungen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/885; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken und Vernetzung mit den vorhandenen Hilfeberatungsstellen und Jugendämtern; Angebot von Formen der aufsuchenden Hilfe für Risikogruppen, z.B. über ein Hebammenprogramm; Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen

Antr
s. *Kinderschutz*
Drs 15/1779

Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen in BW

Entwicklung der o.g. Teilnehmezahlen seit Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes, Inanspruchnahme der Bonusprogramme der gesetzlichen Krankenkassen, Beitritt der privaten Krankenversicherungen zur Rahmenvereinbarung des Landes; Zeitpunkt und Konsequenzen einer Überprüfung der Teilnahme, Information der Jugendämter in Versäumnisfällen, Informations- und Beratungsangebot der Gesundheitsämter für Familien, Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2579

Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes

Voraussichtlicher Zeitrahmen der Umsetzung des o.g. Bundesgesetzes auf Landesebene; Verwendung der für den Auf- und Ausbau des Netzwerks Frühe Hilfen und den Einsatz von Familienhebammen zur Verfügung stehenden Fördergelder; Maßnahmen und Projekte für einen präventiven Kinderschutz seit 2011; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen; Förderung von Netzwerken und Interventionsmöglichkeiten vor Ort

Antr
s. *Kinderschutz*
Drs 15/2635

Kinderbetreuungsangebote in den Kommunen - Qualität in Kindertageseinrichtungen ausbauen, Finanzierung sicherstellen

Stand der Erfüllung der Rechtsverpflichtung zur Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren in den einzelnen Kommunen; Finanzierung dieses Angebots; Verfahren für die Abrufung der Landesmittel; Inanspruchnahme der Fördermittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG); Entwicklung der Personalstärke in den Jugendämtern im Verhältnis zum Ausbau der Kindertagespflege in den Stadt- und LKreisen; Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen, insbes der Betreuung von Kindern unter drei Jahren; Beispiele für eine Qualitätsverbesserung von Seiten der kommunalen Träger

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3980

Gesetz zur Änderung des Jugendbildungsgesetzes, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für BW sowie des Kinderschutzgesetzes BW

Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“; Umstellung der Anteilsfinanzierung des Bildungsreferenten-Programms auf eine Festbetragsfinanzierung; Zusammenführung des „Landeskuratoriums für außerschulische Jugendbildung“ und des „Beirats für soziale Jugendhilfe“ in einem neuen Gremium mit der Bezeichnung „Landesjugendkuratorium Baden-Württemberg“; Änderung des Kinderschutzgesetzes BW aufgrund des Inkrafttretens des Gesetzes zur Information und Kooperation im Kinderschutz (KKG)

GesEntw
s. *Jugendarbeit*
Drs 15/6510

Förderung des Vereins JuKi -Zukunft für Kinder und Jugendliche- mit seinem Programm Circartive in Gschwend

Bewertung des pädagogischen Angebot des Vereins JuKi - Zukunft für Kinder und Jugendliche - in Gschwend mit seinem Programm Circartive und Möglichkeiten für eine öffentliche Förderung

KlAnfr Klaus Maier SPD 16.04.2015 und Antw SM Drs 15/6741

Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg*Gesetz zur Änderung des Jugendbildungsgesetzes, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für BW sowie des Kinderschutzgesetzes BW*

Änderung der §§ 8 und 23 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für BW in der Fassung vom 15. Januar 2012

GesEntw
s. *Jugendarbeit*
Drs 15/6510

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Neufassung von § 19 a Abs 5 Satz 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

GesEntw
s. *Heilberufe-Kammergesetz*
Drs 15/7678

Kinder- und Jugendmedizin*Schließung der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH) - Fachklinik Neckargemünd*

Folgen o.g. Schließung für die medizinische Versorgung im Rhein-Neckar-Kreis; künftige Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Schädigungen des zentralen Nervensystems, ambulante und stationäre Angebote auf dem Gebiet der Kinderneurologie

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/488

Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in BW

Entwicklung der Zahl o.g. Behandlungsfälle und Ärzte im niedergelassenen Bereich, in teil- und vollstationären Einrichtungen seit 2006; Beurteilung der Versorgungssituation im Rems-Murr-Kreis, Unterstützung der Einrichtung von 14 teilstationären Betten beim Klinikum Schloss Winnenden? Zeitpunkt der Vorlage der Eckpunkte des angekündigten Landespsychiatriegesetzes

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 28.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/802

BeschlEmpf und Bericht SoZA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 23 24

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Kinderschutzambulanzen in BW

Beurteilung des o.g. von der Landesärztekammer entwickelten Modells; Einrichtung von ständig erreichbaren dezentralen Anlaufstellen; Nutzung der Erfahrungen des „Kinderschutzteams“ am Stuttgarter Olgahospital; Entwicklung eines Modellprojekts zur Einrichtung und Vernetzung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken im Land

Antr

s. *Kinderschutz*

Drs 15/1667

Kinderschutzambulanzen an pädiatrischen Zentren

Weiterentwicklung des Themas Kinderschutz und Prävention von Kindesmisshandlungen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/885; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken und Vernetzung mit den vorhandenen Hilferatungsstellen und Jugendämtern; Angebot von Formen der aufsuchenden Hilfe für Risikogruppen, z.B. über ein Hebammenprogramm; Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen

Antr

s. *Kinderschutz*

Drs 15/1779

Antibiotika-Verordnungen bei Kindern

Bewertung der Erkenntnisse der o.g. Studie der Bertelsmann-Stiftung, Darstellung der Situation im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu anderen Regionen, Zurückführung der Ursachen für die unterschiedliche Handhabung auf den Rückgang der Zahl von Kinderärzten und Verlagerung pädiatrischer Leistungen hin zu den Hausärzten

KlAnfr

s. *Arzneimittel*

Drs 15/2079

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/2575

Kinderzentrum Maulbronn

Zahl der Kliniken für Sozialpädiatrie in BW sowie ihr künftiges Entwicklungspotenzial; das Kinderzentrum Maulbronn als Arbeitgeber in der Region; Förderung des geplanten Anbaus durch das Land

KlAnfr

s. *Fachkrankenhaus*

Drs 15/3116

Zentrale Kinderschutzambulanz für BW

Einrichtung einer zentralen Kinderschutzambulanz an einem der rechtsmedizinischen Institute in BW zur Bereitstellung einer kompetenten Beratung für Ärzte und Psychologen bei Verdachtsfällen auf Kindesmisshandlung sowie entsprechender Weiterbildungs- und Schulungsangebote

Antr

s. *Kinderschutz*

Drs 15/3827

Auslastung der kinder- und jugendpsychiatrischen Kapazitäten in BW

Standorte, Nachfrage, Auslastung und Bedarfsanpassung der kinder- und jugendpsychiatrischen Störungen und Präventionsmaßnahmen

Antr

s. *Psychiatrie*

Drs 15/4773

Bedarfsplanung für Kinderärzte in der Region

Kinderärztliche Versorgungsdichte im LKreis Karlsruhe; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung im Raum Bretten; für Bewohner des ländlichen Raums zumutbare Anfahrsdauer zu einer Kinderarztpraxis

KlAnfr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/6127

Bedarfsplanung für Kinderärzte im Enzkreis

Kinderärztliche Versorgungsdichte im Enzkreis; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung; zumutbare Anfahrsdauer zu einer Kinderarztpraxis für Bewohner des ländlichen Raums

KlAnfr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/6448

Umsetzung des universellen Neugeborenen-Hörscreenings (UNHS) in BW

Sachstand zur Umsetzung des universellen Neugeborenen-Hörscreenings zur Früherkennung und rechtzeitigen Behandlung von angeborenen Hörstörungen, insbes Planung und Kostenaufwand zur Einrichtung einer UNHS-Trackingzentrale zur Nachverfolgung der Kontrolluntersuchungen

Antr

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Drs 15/6983

Rückgang der Dauer von stationären Behandlungen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Forderung von 14 teilstationären Plätzen in Winnenden

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 719 720 723

Kinder- und Jugendpsychiatrie

s. *Kinder- und Jugendmedizin*

Kinder- und Jugendpsychotherapeut

s. *Psychotherapeut*

Kinder- und Jugendpsychotherapie

s. *Psychotherapie*

Kinderarbeit*Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes*

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Friedhofsträger für ein Verbot von Natursteinen zur Verwendung als Grabsteine und Grabeinfassungen, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt bzw bearbeitet wurden

GesEntw GRÜNE und SPD 02.05.2012 Drs 15/1648

1. Beratung PlPr 15/38 24.05.2012 S. 2081-2086

Mittlg LtgPräs 06.06.2012 Drs 15/1808

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.06.2012 Drs 15/1853

2. Beratung PlPr 15/39 20.06.2012 S. 2165-2169

GesBeschl 20.06.2012 Drs 15/1935

GBI 2012 Nr. 10 S. 437 (Ges vom 26.06.2012)

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit

Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofssatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr

s. *Bestattung*

Drs 15/5979

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Regelung von Anforderungen an den zu erbringenden Nachweis für Grabsteine und Grabeinfassungen mit einer Herkunft aus fairem Handel und einer Herstellung ohne ausbeuterische Kinderarbeit

GesEntw

s. *Grab*

Drs 15/7553

Kinderarzt

s. *Facharzt*

Kinderbetreuung

s.a. *Betreuungsgeld*

s.a. *Ganztagschule*

s.a. *Jugendarbeit*

s.a. *Kindertagesstätte*

s.a. *Tagesmutter*

Erhalt des Landeserziehungsgelds

Begründung und Auswirkungen der geplanten Umwidmung des Landeserziehungsgelds zur Kleinkindbetreuung, insbes für einkommensschwache Familien; Erhaltung und dauerhafte Sicherung des Landeserziehungsgelds

Antr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/87

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen

nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 15/157

Ausbau der Kleinkindbetreuung sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zeitplan zur Erfüllung des Rechtsanspruchs bis 2013, Entwicklung der Betreuungsquote in den Ballungsgebieten seit 2008 und bis 2014, Erfassung der Bedarfslagen vor Ort, Bereitstellung und Abruf der Landesfördermittel, Aufstockung der Kapazitäten für die Erzieherinnenausbildung, Ausgestaltung der angekündigten Neujustierung der Finanzvereinbarung mit dem Bund und den Kommunen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 01.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/187

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.10.2011 Drs 15/1300 S. 6 7

PlPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Erhöhung der Grunderwerbsteuer und Weitergabe der Mittel an die Städte und Gemeinden

Einschätzung des zu erwartenden Mehraufkommens, Weitergabe an die Stadt- und LKreise, Verwendung der zusätzlichen Mittel durch die Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung, Einrichtung eines Investitionsförderprogramms Kleinkindbetreuung

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 06.07.2011 und Antw MFW Drs 15/208

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr

s. *Erzieher*

Drs 15/427

Nachmittags- und Ferienbetreuung in den Grundschulen des LKreises Esslingen

Beurteilung o.g. Angebote von Grundschulen und Kommunen; Unterstützung des Ausbaus landesweit

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 31.08.2011 und Antw KM Drs 15/464

Zukunft des Landeserziehungsgelds

Festhalten an der Umwidmung o.g. Mittel für Eltern, bei denen das Elterngeld auf die ALG-II-Unterstützung angerechnet wird, sowie für den Ausbau der Kleinkindbetreuung? Frage nach der künftigen Unterstützung von hilfebedürftigen Familien, die keine Mittel aus dem ALG II beziehen und bislang Ansprüche aus dem Landeserziehungsgeld geltend machen konnten

KlAnfr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/787

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen in der Stadt und im Landkreis Karlsruhe

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztags-schulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädago-gischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Be-scheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2014; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr
s. *Ganztagsschule*
Drs 15/986

Pakt mit den Kommunen - ein Meilenstein für die Kleinkindbe-treuung

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959-979

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Umsetzung der mit den Kommunen vereinbarten Finanzverteil-ung, Erhöhung der Leistungen für die Kleinkindbetreuung ent-sprechend dem Pakt mit den kommunalen Landesverbänden für Familien mit Kindern; Anhebung des Kostenbeitrags für den An-spruch auf Beihilfe für Wahlleistungen beim stationären Kran-kenhausaufenthalt; Anhebung der Zuschüsse an Ersatzschulen; Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Landesbeamtenge-setzes, der Beihilfeverordnung und des Privatschulgesetzes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2012*
Drs 15/1001

Situation der Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Frühkindliche Erziehung“

Zahl, Einsatzbereiche, Berufsbezeichnung und berufsbegleiten-de Weiterbildung der o.g. Absolventen; Erteilung eines Quali-tätssiegels für die vorschulischen Erziehungseinrichtungen im Falle der Einstellung von Absolventen; Eintreten für eine Vergü-tung wie Grundschullehrer bei öffentlichen und öffentlich geför-dertern Trägern von Kindertagesstätten, Kindergärten und Kin-derkrippen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/1020

*Haushalt 2012; Epl 05**Einrichtung von weiteren Kindertageseinrichtungen an den Jus-tizstandorten Heidelberg und Mannheim*

ÄAntr GRÜNE und SPD 19.01.2012 Drs 15/1105-4 S. 13 14
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1292-1301

Das Landeserziehungsgeld auch für Schwellenhaushalte erhal-ten

Zahl und Lebenssituation von unterstützungsbedürftigen Famili-en, die 2010 und 2011 Landeserziehungsgeld erhielten, aber kei-ne Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen haben; Frage nach deren künftigen Unterstützung nach der Umschich-tung von Mitteln des Landeserziehungsgelds für den Ausbau der Kleinkindbetreuung

Antr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/1191

Situation der Kleinkindbetreuung im Landkreis Esslingen

Entwicklung der Betreuungs- und Auslastungsquote der Kinder-tageseinrichtungen in den letzten und kommenden fünf Jahren; Einschätzung bzw Deckung des zusätzlichen Bedarfs an qualifi-

zierten Erziehungsfachkräften, zusätzlichen Betreuungsangebo-ten und Neubauten von Kindertagesstätten ab 2013

KlAnfr Andreas Deuschle u.a. CDU 15.03.2012 und Antw
KM Drs 15/1448

Aktuelle Situation und Perspektiven der Kindertagespflege

Darlegung o.g. Daten differenziert nach LKreisen; Entwicklung der Beschäftigung, Qualifikation und Vergütung von Tagesmüt-tern und Tagesvätern in den letzten fünf Jahren; Aufnahme der Tagespflegepersonen in die Kinderbetreuungskonzepte der Kommunen

Antr Georg Wacker CDU, Sandra Boser u.a. GRÜNE, Chri-stoph Bayer SPD und Dr. Timm Kern FDP/DVP 29.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1518
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.05.2012 Drs 15/2544 S. 30-39
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Unterstützung kommunaler Kinderbetreuungsangebote in Pforz-heim und dem Enzkreis

Förderung der Neubauten von Kindertagesstätten auch für be-reits bestehende Krippengruppen, u.a. im Fall des bestehenden Krippenangebots der Gemeinde Friolzheim; Unterstützung der Kommunen bei Betreuungsangeboten für Grundschulkinder

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 13.04.2012 und
Antw KM Drs 15/1562

Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

Angebot von Betreuungsplätzen in Unternehmen und von Unter-nehmen in Kindertageseinrichtungen von öffentlichen oder pri-vaten Trägern am Firmensitz; Frage nach der Inanspruchnahme der Servicestelle des Kommunalverbands für Jugend und Sozia-les sowie nach steuerlichen Vorteilen für die Unternehmen

KlAnfr Sabine Wölffe SPD 11.05.2012 und Antw MFW Drs
15/1708

Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik durch sinn-volle Maßnahmen nachhaltig verbessern

Beauftragung der Landeszentrale für politische Bildung mit ei-ner Informationskampagne 2013 zur Gewinnung von Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2014; Anstrebung von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten für ehrenamt-lich tätige Mandatsträger während präsenzpflichtiger Sitzungen kommunaler Gremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1743

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztags-schulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädago-gischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Be-scheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2020; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr
s. *Ganztagsschule*
Drs 15/1785

Was den Familien nützt: Geld in den Kita-Ausbau statt in Betreu-ungsprämien

Aktuelle Debatte
s. *Familie*
PIPr 15/39 S. 2151

Ausbau von Kindertagesstätten in Pforzheim und dem Enzkreis
Bewertung der Betreuungsquote im landesweiten Vergleich; vorliegende Anträge auf Förderung betrieblicher Kindertagesstätten und deren Erfolgsaussichten, u.a. des Antrags der Arcus-Kliniken in Pforzheim; Erwartung einer Entspannung der Antragslage im Regierungsbezirk Karlsruhe infolge der aus dem Fiskalpakt zugeteilten Aufstockungsmittel für den Ausbau von Kindertagesstätten

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/2074

Droht eine weitere Benachteiligung des ländlichen Raumes bei der Verteilung zusätzlicher Fördergelder aus dem Krippeninvestitionsprogramm des Bundes?

Berücksichtigung des ländlichen Raums bei der Verteilung der Fördermittel aus dem Krippeninvestitionsprogramm des Bundes; Vergleich der Infrastruktur der Kleinkindbetreuung im ländlichen Raum mit der im städtischen Raum; Frage der Begünstigung der Städte mit über 100.000 Einwohnern bei der zweiten Tranche des Krippeninvestitionsprogramms; konkrete Verteilung der 2012 zusätzlich bereitgestellten Mittel; Haltung zur Stellungnahme des Gemeindetags

Antr Georg Wacker u.a. CDU 24.09.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2379
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.02.2013 Drs 15/3398 S. 24
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Rund-um-die-Uhr-Kinderbetreuung

Kindertageseinrichtungen mit o.g. flexiblen Betreuungsformen; Frage nach dem Bedarf und der Förderung solcher Projekte sowie nach Erfahrungen in anderen Bundesländern

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 04.10.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2438

Auf dem richtigen Weg - der Ausbau der Betreuungsplätze für unsere Kleinkinder

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2702-2712

Situation der Tagespflege

Formen und Mindestsatz der Kindertagespflege in BW; Zahl und Qualifikation von Tagesmüttern; Sicherung der Betreuungsqualität; Ausbau und Förderung von Kindertagespflegeangeboten; Möglichkeit der Inanspruchnahme des Betreuungsgelds für Leistungen der Kindertagespflege; Gesundheitsrisiken für Kleinkinder in Tagesbetreuung; Kostenangleichung für Kita-Platz und Kindertagesbetreuung

Antr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/2885

Tagesmütter stärken, Qualität verbessern, Kindertagespflege in BW voranbringen

Angebot der Kindertagespflege und Ausbauziele der Kreise in BW; Daten zur Kinderbetreuung durch registrierte Tagesmütter sowie in öffentlich geförderten Tageseinrichtungen und -pflege; Elternwunsch und Wahlrecht der Betreuungsform; Kostenbeitragsdifferenz zwischen Tageseinrichtung und Tagespflege; Betreuungsschlüssel für den Einsatz von Tagesmüttern; Maßnahmen zum Ausbau der Kindertagespflege, insbes Regelungs- und Gesetzgebungskompetenz des Landes, Stärkung der freien Träger, kommunale Zuständigkeit für die Kindertagespflege; Bei-

trag der Bundesagentur für Arbeit zur Gewinnung von Tagespflegepersonal

GrAnfr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/2894

Kinderbetreuungsangebote an den Hochschulen in BW

Daten und Entwicklung von Kinderbetreuungsangeboten an den Hochschulen, insbes Höhe der Fördermittel, ausreichendes Fachkräfteangebot sowie Bedarfsdeckung, Qualität, Umfang und Permanenz des Betreuungsangebots; Zusatzangebote für Studierende mit Kind; Einfluss eines positiv zertifizierten Kinderbetreuungsangebots auf das Hochschulranking

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 31.01.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/2960
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 35 36
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Inklusion bei der Aus- und Weiterbildung der in § 7 Abs 2 Kindertagesbetreuungsgesetz aufgeführten Fachkräfte

Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten; erhöhte Anforderungen an die dort arbeitenden Fachkräfte; Vorbereitung der in § 7 Abs 2 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz - KiTaG) genannten Fachkräfte durch entsprechende Weiterbildung; Inklusion als Ausbildungsinhalt von Fachkräften für Kindertagesstätten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/3739

Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar

Angebot der Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar, insbes Entwicklung der Zahl der Anspruchsberechtigten, bereitgestellte und geplante Krippenplätze, Ursachen der Unterschreitung der Betreuungsquote durch einzelne Kommunen

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 25.07.2013 und Antw KM Drs 15/3863

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalausatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Zuschüsse zur Kleinkindbetreuung prüfen

Berechnungsgrundlage für die Förderung der Kleinkindbetreuung; finanzielle Förderung der Kleinkindbetreuung durch das Land im Jahr 2014; Erhöhung der Betreuungsquote; Nutzung

von Steuereinnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Quersubventionierung der Kindergartengebühren

Antr Tobias Wald u.a. CDU 05.06.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5311

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreis Schwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreis Schwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreises Schwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 05.06.2014 und Antw MFW Drs 15/5318

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Grün-Rot baut die Kleinkindbetreuung weiter aus

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6658 (zurückgezogen)

Auf den Anfang kommt es an - der grün-rote Ausbau der Kleinkindbetreuung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6877-6887

U3-Betreuung im LKreis Emmendingen

Daten und Entwicklung zum Stand der Betreuungssituation für Unter-Dreijährige im LKreis Emmendingen

KlAnfr Sabine Wölfle SPD 09.01.2015 und Antw KM Drs 15/6332

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Konstanz

Sachstand zu Verbesserungen im Bildungsbereich im LKreis Konstanz, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Sprachförderung, Ganztagsschulbetrieb, Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Schulraumförderung, sonderpädagogischer Förderung, Studentenzahlen und Studienplätzen

KlAnfr
s. *Bildungswesen*
Drs 15/6394

Betreuungskonzepte in Kindertagesstätten in BW

Sachstand zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Betreuung in den Kindertagesstätten in BW, insbes Bedeutung der Betreuungskonzepte sowie deren Aufstellung und Umsetzung, Einflussmöglichkeiten der Eltern

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/6601

Spitze für Familien im Land - Baden-Württemberg ist bundesweit führend bei der Qualität der Kinderbetreuung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7426-7436

Stand der Kinderbetreuung

Sachstand zur Kinderbetreuung im LKreis Esslingen, insbes Angebot und Nutzung von Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, Inanspruchnahme von Elternzeit, Beschäftigte und Auszubildende in der Kinderbetreuung

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 26.03.2015 und Antw KM Drs 15/6678

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Ludwigsburg

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den LKreis Ludwigsburg, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Hochschulfinanzierung

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/6732

Angebote für kinderreiche Familien

Sachstand zu Angeboten und Maßnahmen der LReg für kinderreiche Familien, insbes Kinderbetreuung, angemessener Wohnraum, Freizeitgestaltung, Familieneintrittskarten ohne Begrenzung bei der Anzahl der Kinder, entsprechende ÖPNV-Tarife

Antr
s. *Kinderreiche Familie*
Drs 15/6757

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die Kommunen bei der Umsetzung der schulischen Inklusion und dem Aufbau pädagogischer schulischer Netze; Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in den Bereichen Trinkwasserüberwachung und Lebensmittelüberwachung; Unterstützung des investiven Ausbaus der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren

GesEntw
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/6962

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den Stadtkreis Mannheim

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den Stadtkreis Mannheim, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7073

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 16 - Neubauten zur Kinderbetreuung an Hochschulen (Kap 1208)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7016
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7516
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Mittlg LReg 09.09.2016 Drs 16/527
 BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2016 Drs 16/844
 PIPr 16/17 10.11.2016 S. 849 850

Erhöhung der Grunderwerbssteuer

Sachstand zu den Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer, insbes Anteile der Stadt- und Landkreise; Entwicklung der Zuwendungen an die Kommunen für die Kinderbetreuung

KlAnfr
s. Grunderwerbsteuer
 Drs 15/7192

Finanzierung von flexiblen Nachmittagsbetreuungsangeboten

Sachstand zu Angeboten und Finanzierung von flexiblen Nachmittagsbetreuungsangeboten in den Gemeinden im Wahlkreis Breisgau

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 23.09.2015 und Antw KM
 Drs 15/7429

Bedarf an zusätzlichen Erziehungsfachkräften für den Ausbau der Krippenbetreuung bis 2013, Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 23 24 27

Verweisung auf den erreichten Stand beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, Bezifferung der Kosten einer beitragsfreien Kleinkindbetreuung, Ablehnung einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer zur Finanzierung der Kinderbetreuung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 36 37 41 42 51 52 63 77

Finanzierung der Investitionen in die Kleinkindbetreuung über die Erhöhung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 139 140

Erinnerung an den starken Ausbau der Kleinkind- und Ganztagsbetreuung, Lob für Kinderbetreuungsmaßnahmen der Unternehmen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 196 201

Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642-649

Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 701-707

Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1108 1110 1115 1120 1129 1132 1139 1149 1155

Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191 1206 1213 1226

Umschichtung von Mitteln des Landeserziehungsgelds in die Kleinkindbetreuung; Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1317 1320 1322

Aufstockung der finanziellen Beteiligung am Ausbau der Kleinkindbetreuung iRd Pakts mit den Kommunen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1375 1376 1378 1382 1385 1388 1396 1429 1439 1443-1445 1450

Aufstockung der finanziellen Beteiligung am Ausbau der Kleinkindbetreuung iRd Pakts mit den Kommunen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1928 1934

Kinderbetreuungsfördergesetz

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Einführung des Kinderbetreuungsfördergesetzes

GesEntw
s. Gemeindefinanzen
 Drs 15/6962

KinderBFG

s. Kinderbetreuungsfördergesetz

Kinderförderungsgesetz

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für unter Dreijährige im LKreis Schwäbisch Hall

Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kinderförderungsgesetz in den einzelnen Kommunen; Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige; Bedarf an qualifizierten Erziehungsfachkräften, Zahl der unbesetzten Stellen; Erhöhung der Attraktivität des Berufs der Erziehungsfachkraft für Männer; Berücksichtigung von Personen in der Kindertagespflege bei der Bedarfsermittlung; Einbeziehung von Betreuungsplätzen in betrieblichen Kindertagesstätten bei der Abdeckung des Rechtsanspruchs; Betreuungs- und Auslastungsquotenkonzept für Kindertageseinrichtungen

KlAnfr
s. Kindertagesstätte
 Drs 15/3776

Kindergarten

s. Kindertagesstätte

Kindergartengebühren

Bezifferung der Kosten für einen beitragsfreien Kindergarten

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36

Höhe der Elternbeiträge für Plätze in Kindertagesstätten in Tübingen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102

Kindergeld

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014, insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in

Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 15/4960

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw
s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*
Drs 15/5166

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2460 betr. Kinderbezogener Familienzuschlag

Petitionen
s. *Besoldungszulage*
Drs 15/6537

Kinderheilkunde

s. *Kinder- und Jugendmedizin*

Kinderheim

s. *Heimerziehung*

Kinderhilfe

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Kinderklinik

s. *Kinderkrankenhaus*

Kinderkrankenhaus

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 22: Baukosten der Kinderkliniken Heidelberg und Leipzig im Vergleich

Mittlg LReg 15.06.2011 Drs 15/92
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/550
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Schließung der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH) - Fachklinik Neckargemünd

Folgen o.g. Schließung für die medizinische Versorgung im Rhein-Neckar-Kreis; künftige Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Schädigungen des zentralen Nervensystems, ambulante und stationäre Angebote auf dem Gebiet der Kinderneurologie

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/488

Kinderschutzambulanzen in BW

Beurteilung des o.g. von der Landesärztekammer entwickelten Modells; Einrichtung von ständig erreichbaren dezentralen Anlaufstellen; Nutzung der Erfahrungen des „Kinderschutzteams“ am Stuttgarter Olgahospital; Entwicklung eines Modellprojekts zur Einrichtung und Vernetzung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken im Land

Antr
s. *Kinderschutz*
Drs 15/1667

Kinderschutzambulanzen an pädiatrischen Zentren

Weiterentwicklung des Themas Kinderschutz und Prävention von Kindesmisshandlungen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/885; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken und Vernetzung mit den vorhandenen Hilferatungsstellen und Jugendämtern; Angebot von Formen der aufsuchenden Hilfe für Risikogruppen, z.B. über ein Hebammenprogramm; Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen

Antr
s. *Kinderschutz*
Drs 15/1779

Kinderzentrum Maulbronn

Zahl der Kliniken für Sozialpädiatrie in BW sowie ihr künftiges Entwicklungspotenzial; das Kinderzentrum Maulbronn als Arbeitgeber in der Region; Förderung des geplanten Anbaus durch das Land

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/3116

Kinderklinik Freiburg

Notwendigkeit und Planungen zum Neubau der Kinderklinik Freiburg, insbes Kostenrahmen, Finanzierung, Überlegungen zur Ausgliederung der Kinderkardiologie

KlAnfr Willi Stächele CDU 29.07.2014 und Antw MWK
Drs 15/5551

Neubau der Universitäts-Kinderklinik Freiburg

Bauzustand und Neubauplanungen zur Kinderklinik des Universitätsklinikums Freiburg

MdlAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/6690

Kinderkrippe

s. *Kindertagesstätte*

Kinderlähmung

Polio-Erkrankung - Hilfe für Syrien beziehungsweise im Land

Unterstützung der Poliobekämpfung in Syrien; Gesundheitsvorsorge, Durchimpfung und mögliche Impfmüdigkeit bei Polio-Erkrankungen in BW

KlAnfr Stefan Teufel CDU 11.12.2013 und Antw SM Drs 15/4482

Kinderlärm

s. *Lärm*

Kinderradiologie

s. *Radiologie*

Kinderrechte

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele)

Ergänzung der Landesverfassung durch Hinzufügung von Staatszielbestimmungen, insbes zu Kinder- und Jugendrechten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Infrastrukturen sowie Arbeitsbedingungen, Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl

GesEntw

s. *Landesverfassung*

Drs 15/7412

Kinderreiche Familie

Kinderreiche Familien in BW

Sachstand und Statistik zur Situation kinderreicher Familien in BW, insbes zu Migrationshintergrund, Bildungsabschlüssen, Lebensformen, Erwerbsbeteiligung, Einkommen, Sozialleistungen

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 20.04.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6756

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.07.2015 Drs 15/7534 S. 16 17

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Angebote für kinderreiche Familien

Sachstand zu Angeboten und Maßnahmen der LReg für kinderreiche Familien, insbes Kinderbetreuung, angemessener Wohnraum, Freizeitgestaltung, Familieneintrittskarten ohne Begrenzung bei der Anzahl der Kinder, entsprechende ÖPNV-Tarife

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 21.04.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6757 (53 S.)

Kinderschutz

s.a. *Jugendschutz*

s.a. *Sexueller Missbrauch*

Familienhebammen

Begründung der Ablehnung der Bundesinitiative Familienhebammen im BRat; Rolle der Familienhebammen in dem im Koalitionsvertrag angekündigten LandeskinderschutzGes bzw beim Ausbau der frühen Hilfen

Antr

s. *Hebamme*

Drs 15/269

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Regelung der Meldepflicht für Ersatz- und Ergänzungsschulen im Falle von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Jugendamt

GesEntw

s. *Schulrecht*

Drs 15/941

Leben ermöglichen - Babys in BW schützen

Vorhandene und notwendige sowie bisher in Anspruch genommene Möglichkeiten der Babyklappe und anonymen Geburt; alternative niedrigschwellige Angebote in anderen Ländern; Beurteilung des Fehlens von Angeboten im württembergischen Landesteil sowie in Nordbaden; Anstrengung eines Dialogs mit den Kirchen; Schaffung flächendeckender Angebote für Mütter mit schwerwiegenden Problemen

Antr

s. *Kind*

Drs 15/1065

Haushalt 2012; Epl 09

Rücknahme der Kürzung für Maßnahmen des Kinderschutzes, Mittelaufstockung für den Kinderschutzbund

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-8 S. 41

ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-19 S. 60 61

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-5 S. 9

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Verbleib von Kindern, die anonym geboren oder in Babyklappen gelegt wurden

Zahl der o.g. Kinder im Zeitraum von 2000 bis 2009; Sicherstellung künftiger Angaben über den Verbleib dieser Kinder

KIAnfr

s. *Kind*

Drs 15/1539

Schutz minderjähriger Asylbewerber

Zahl von illegal eingereisten Jugendlichen und Kindern seit 2000, die ohne Eltern Asyl beantragt haben; Umsetzung der Schulpflicht und Betreuung dieser Personen, Unterbringung und Höchstverweildauer in Sammelunterkünften

Antr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/1660

Kinderschutzambulanzen in BW

Beurteilung des o.g. von der Landesärztekammer entwickelten Modells; Einrichtung von ständig erreichbaren dezentralen Anlaufstellen; Nutzung der Erfahrungen des „Kinderschutzteams“ am Stuttgarter Olgahospital; Entwicklung eines Modellprojekts zur Einrichtung und Vernetzung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken im Land

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 08.05.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1667

BeschlEmpf und Bericht SozA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 71-73

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Kinderschutzambulanzen an pädiatrischen Zentren

Weiterentwicklung des Themas Kinderschutz und Prävention von Kindesmisshandlungen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/885; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken und Vernetzung mit den vorhandenen Hilferatungsstellen und Jugendämtern; Angebot von Formen der aufsuchenden Hilfe für Risikogruppen, z.B. über ein Hebammenprogramm; Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 30.05.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1779

BeschlEmpf und Bericht SozA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 71-73

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Frauenhilfstrukturen für von Gewalt betroffene Frauen im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Kapazitäten und Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Fachberatungsstellen für von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffene Frauen landesweit sowie im LKreis Freudenstadt

KlAnfr

s. *Frauenhaus*

Drs 15/1988

Finanzierung von Unterstützungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder

Angebot, Bedarf und Finanzierung von Frauenhäusern, -beratungsstellen und -notrufen, insbes auch im ländlichen Raum; Zahl der vorhandenen und benötigten Plätze für Frauen und Kinder; Erreichung des vom Europarat empfohlenen Einwohner-schlüssels pro Frauenhausplatz? Bewertung des zum Jahresende startenden bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Antr

s. *Frauenhaus*

Drs 15/2218

Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen in BW

Entwicklung der o.g. Teilnahmezahlen seit Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes, Inanspruchnahme der Bonusprogramme der gesetzlichen Krankenkassen, Beitritt der privaten Krankenversicherungen zur Rahmenvereinbarung des Landes; Zeitpunkt und Konsequenzen einer Überprüfung der Teilnahme, Information der Jugendämter in Versäumnisfällen, Informations- und Beratungsangebot der Gesundheitsämter für Familien, Vergleich mit anderen BLändern

Antr

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Drs 15/2579

Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes

Voraussichtlicher Zeitrahmen der Umsetzung des o.g. Bundesgesetzes auf Landesebene; Verwendung der für den Auf- und Ausbau des Netzwerks Frühe Hilfen und den Einsatz von Familienhebammen zur Verfügung stehenden Fördergelder; Maßnahmen und Projekte für einen präventiven Kinderschutz seit 2011; Einrichtung von Kinderschutzzambulanzen; Förderung von Netzwerken und Interventionsmöglichkeiten vor Ort

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 08.11.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2635

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 71 72

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Umsetzung der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ in BW

Daten zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen; Schutzmaßnahmen und Hilfsangebote für Betroffene in BW; Kernpunkte der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ und weitere Umsetzung; Einbringung eines umfassenden Kinderschutzgesetzes

Antr

s. *Sexueller Missbrauch*

Drs 15/2955

Konterkariert die Haltung der LReg zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises die Kampagne gegen Kindesmissbrauch?

Aktuelle Debatte

s. *Sexueller Missbrauch*

PIPr 15/64 S. 3820

Zentrale Kinderschutzzambulanz für BW

Einrichtung einer zentralen Kinderschutzzambulanz an einem der rechtsmedizinischen Institute in BW zur Bereitstellung einer kompetenten Beratung für Ärzte und Psychologen bei Verdachtsfällen auf Kindesmisshandlung sowie entsprechender Weiterbildungs- und Schulungsangebote

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 17.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3827

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 45 46

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Programm „STÄRKE - Bildungsgutscheinverfahren“ fortführen

Umsetzung der Vorgaben des Bundeskinderschutzgesetzes in BW; Landesprogramm STÄRKE als Kinderschutzprogramm und als ein an alle Kinder und Familien in BW gerichtetes Programm; Vermeidung einer Einengung der Zielgruppe auf einkommensschwache Familien; Forderung nach einer Fortführung des Programms

Antr

s. *Landesprogramm STÄRKE*

Drs 15/3830

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr

s. *Frau*

Drs 15/5648

Gesetz zur Änderung des Jugendbildungsgesetzes, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes für BW sowie des Kinderschutzgesetzes BW

Änderung von § 1 des Kinderschutzgesetzes BW in der Fassung vom 3. März 2009

GesEntw

s. *Jugendarbeit*

Drs 15/6510

Anmahnung der Vorlage des angekündigten Kinderschutzgesetzes, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Maßnahmen zum Schutz der Kinder

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315 1316 1321 1322

Kinderschutzgesetz

s. *Kinderschutz*

Kinderspielplatz

s. *Spielplatz*

Kindertagesbetreuungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (Ki-TaG)

Modernisierung und Erweiterung des Fachkräftecatalogs der Kindertageseinrichtungen durch die Aufnahme weiterer Berufsbezeichnungen und beruflicher Qualifikationen; Anpassung der Aufgabenbeschreibung für die Leitungskräfte in den Tageseinrichtungen an die Aufgabenbeschreibung für Fachkräfte nach § 22 Absatz 2 SGB VIII

GesEntw LReg 12.03.2013 Drs 15/3209 (33 S.)
1. Beratung PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3788-3793
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.04.2013 Drs 15/3377 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU)
ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 07.05.2013 Drs 15/3464-1 S. 1
EAntr CDU und FDP/DVP 07.05.2013 Drs 15/3464-2 S. 2-3
EAntr GRÜNE und SPD 08.05.2013 Drs 15/3464-3 S. 4
2. Beratung PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4047-4052
GesBeschl 08.05.2013 Drs 15/3483
GBI 2013 Nr. 6 S. 93 94 (Ges vom 15.05.2013)
Mittlg LReg 30.06.2015 Drs 15/7045 (17 S.)

Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes auf Schulkindergärten

Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes auf die Zusammensetzung des pädagogischen Personals an Schulkindergärten; vorgesehene Erweiterung des Fachkräftecatalogs; Begegnung des Fachkräftemangels im Bereich der Schulkindergärten

KlAnfr
s. *Schulkindergarten*
Drs 15/3694

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und des Kindertagesbetreuungsgesetzes

Änderung von § 7 des Kindertagesbetreuungsgesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Religiöses Symbol*
Drs 15/7061

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Änderung von § 7b des Kindertagesbetreuungsgesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Schreiben des BVerfG vom 08.10.2015, Az.: 1 BvR 354/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 7 des Kindertagesbetreuungsgesetzes wegen des Verbots des Tragens einer religiös motivierten Kopfbedeckung

PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8475
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7746

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Kindertagespflege

s.a. *Elementarbildung*

Situation der Tagespflege

Formen und Mindestsatz der Kindertagespflege in BW; Zahl und Qualifikation von Tagesmüttern; Sicherung der Betreuungsqualität; Ausbau und Förderung von Kindertagespflegeangeboten; Möglichkeit der Inanspruchnahme des Betreuungsgelds für Leistungen der Kindertagespflege; Gesundheitsrisiken für Kleinkinder in Tagesbetreuung; Kostenangleichung für Kita-Platz und Kindertagesbetreuung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 16.01.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2885
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.04.2013 Drs 15/4040 S. 21 22
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Tagesmütter stärken, Qualität verbessern, Kindertagespflege in BW voranbringen

Angebot der Kindertagespflege und Ausbauziele der Kreise in BW; Daten zur Kinderbetreuung durch registrierte Tagesmütter sowie in öffentlich geförderten Tageseinrichtungen und -pflege; Elternwunsch und Wahlrecht der Betreuungsform; Kostenbeitragsdifferenz zwischen Tageseinrichtung und Tagespflege; Betreuungsschlüssel für den Einsatz von Tagesmüttern; Maßnahmen zum Ausbau der Kindertagespflege, insbes Regelungs- und Gesetzgebungskompetenz des Landes, Stärkung der freien Träger, kommunale Zuständigkeit für die Kindertagespflege; Beitrag der Bundesagentur für Arbeit zur Gewinnung von Tagespflegepersonal

GrAnfr SPD 18.01.2013 und Antw LReg Drs 15/2894 (16 S.)
Antr CDU 09.07.2013 Drs 15/3761
PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4416-4424

Kinderbetreuungseinrichtung für die Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Voraussetzungen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte an der PH Karlsruhe; Kooperation mit anderen Hochschulen in Karlsruhe wie der Dualen Hochschule sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten für die Studierenden, das Lehrpersonal und die Verwaltungsmitarbeiter; Kinderbetreuungsangebote als Standortfaktor; Modell TIGER (Tagespflege in geeigneten Räumen) als Alternative zur Kindertagesstätte; Überlassung eines für den Bau bzw Betrieb einer Kindertagesstätte geeigneten Grundstücks in Karlsruhe

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3780

Kinderbetreuungsangebote in den Kommunen - Qualität in Kindertageseinrichtungen ausbauen, Finanzierung sicherstellen

Stand der Erfüllung der Rechtsverpflichtung zur Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren in den einzelnen Kommunen; Finanzierung dieses Angebots; Verfahren für die Abrufung der Landesmittel; Inanspruchnahme der Fördermittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG); Entwicklung der Personalstärke in den Jugendämtern im Verhältnis zum Ausbau der Kindertagespflege in den Stadt- und LKreisen; Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen, insbes der Betreuung von Kindern unter drei Jahren; Bei-

spiele für eine Qualitätsverbesserung von Seiten der kommunalen Träger

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3980

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreisschwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreisschwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreisschwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5318

Auswirkungen der veränderten Bemessungsgrundlage in der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Kindertagespflege im LKreissFreudenstadt

Auswirkungen der Beendigung der Sonderregelung im Krankenversicherungsrecht für Tagespflegepersonen auf die Entwicklung der Kindertagespflege sowie das Angebot an Kindertagespflegesätzen im Land sowie im LKreissFreudenstadt

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 12.03.2015 und Antw KM
Drs 15/6606

Kindertagesstätte

s.a. *Bildungshaus*
s.a. *Elementarbildung*
s.a. *Erzieher*
s.a. *Kindergartengebühren*
s.a. *Sonderkindergarten*

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 15/157

Ausbau der Kleinkindbetreuung sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zeitplan zur Erfüllung des Rechtsanspruchs bis 2013, Entwicklung der Betreuungsquote in den Ballungsgebieten seit 2008 und bis 2014, Erfassung der Bedarfslagen vor Ort, Bereitstellung und Abruf der Landesfördermittel, Aufstockung der Kapazitäten für die Erzieherinnenausbildung, Ausgestaltung der angekündigten Neujustierung der Finanzvereinbarung mit dem Bund und den Kommunen

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/187

Privilegierung von Kinderlärm

Bewertung der Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes zur Privilegierung von anlagenbezogenem Kinderlärm; Anstreben von landesrechtlichen Regelungen zur Privilegierung von verhaltensbezogenem Kinderlärm, z.B. zur Erleichterung der Errichtung und Erweiterung von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten

Antr
s. *Lärm*
Drs 15/268

Abschaffung der Sonderkindergärten

Frage nach der künftigen Unterstützung von Kindern mit unterschiedlichen Behinderungen im Kindergarten

MdlAnfr
s. *Sonderkindergarten*
Drs 15/257

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw. Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/427

Verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans

Bisherige Umsetzung und Kostenverteilung sowie weitere Schritte zur verbindlichen Umsetzung der Bestandteile des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, Einführung der Zusammenarbeit von pädagogischen Fach- und Lehrkräften beim Übergang in die Grundschule, Finanzierung der Ansprüche der Kommunen auf Ausgleichsleistungen nach dem Konnexitätsprinzip, Mitfinanzierung der Verbindlichkeit des Orientierungsplans aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer?

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/961

Situation der Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Frühkindliche Erziehung“

Zahl, Einsatzbereiche, Berufsbezeichnung und berufsbegleitende Weiterbildung der o.g. Absolventen; Erteilung eines Qualitätssiegels für die vorschulischen Erziehungseinrichtungen im Falle der Einstellung von Absolventen; Eintreten für eine Vergütung wie Grundschullehrer bei öffentlichen und öffentlich geförderten Trägern von Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderkrippen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/1020

Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen

Vorlage eines GesEntw

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1128

*Haushalt 2012; Epl 05**Einrichtung von weiteren Kindertageseinrichtungen an den Justizstandorten Heidelberg und Mannheim*

Haushalt
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1105

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1286

Sportkindergärten in BW

Sportkindergärten mit dem Zertifikat des Landessportverbands für bewegungsfreundliche Kindergärten; Darstellung des Bedarfs und Einsatzes von Fachkräften, Sportwissenschaftlern u.a. Personen; Bedeutung der Kooperation zwischen Sportkindergärten und Sportvereinen

KlAnfr Sabine Wölfe u.a. SPD 20.02.2012 und Antw KM
Drs 15/1307

Situation der Kleinkindbetreuung im LKreiss Esslingen

Entwicklung der Betreuungs- und Auslastungsquote der Kindertageseinrichtungen in den letzten und kommenden fünf Jahren; Einschätzung bzw Deckung des zusätzlichen Bedarfs an qualifizierten Erziehungsfachkräften, zusätzlichen Betreuungsangeboten und Neubauten von Kindertagesstätten ab 2013

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1448

Aktuelle Situation und Perspektiven der Kindertagespflege

Darlegung o.g. Daten differenziert nach LKreisen; Entwicklung der Beschäftigung, Qualifikation und Vergütung von Tagesmüttern und Tagesvätern in den letzten fünf Jahren; Aufnahme der Tagespflegepersonen in die Kinderbetreuungs-konzepte der Kommunen

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1518

Unterstützung kommunaler Kinderbetreuungsangebote in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung der Neubauten von Kindertagesstätten auch für bereits bestehende Krippengruppen, u.a. im Fall des bestehenden Krippenangebots der Gemeinde Frielzheim; Unterstützung der Kommunen bei Betreuungsangeboten für Grundschul-kinder

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1562

Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

Angebot von Betreuungsplätzen in Unternehmen und von Unternehmen in Kindertageseinrichtungen von öffentlichen oder privaten Trägern am Firmensitz; Frage nach der Inanspruchnahme der Servicestelle des Kommunalverbands für Jugend und Soziales sowie nach steuerlichen Vorteilen für die Unternehmen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1708

Tempolimits in der Nähe von Kindertagesstätten und Kindergärten im Enzkreis

Geplante Tempolimits auf Ortsdurchfahrtsstraßen, Eintreten für Tempo 30 auf der K 4577 in Tiefenbronn-Lehningen im Bereich des Gemeindekindergartens in der Hauptstraße

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1714

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Förderung von Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen und Sportvereinen; Umfang der (fachfremd) erteilten Bewegungs-, Spiel- und Sportstunden an Grundschulen; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter; schrittweise Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde an allen Grundschulen; Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 15/1873

Was den Familien nützt: Geld in den Kita-Ausbau statt in Betreuungsprämien

Aktuelle Debatte
s. *Familie*
PIPr 15/39 S. 2151

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Lieds“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/2058

Ausbau von Kindertagesstätten in Pforzheim und dem Enzkreis

Bewertung der Betreuungsquote im landesweiten Vergleich; vorliegende Anträge auf Förderung betrieblicher Kindertagesstätten und deren Erfolgsaussichten, u.a. des Antrags der Arcus-Kliniken in Pforzheim; Erwartung einer Entspannung der Antragslage im Regierungsbezirk Karlsruhe infolge der aus dem Fiskalpakt zugeteilten Aufstockungsmittel für den Ausbau von Kindertagesstätten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.07.2012 und
Antw KM Drs 15/2074

Die Studentenwerke in BW und der doppelte Abiturjahrgang 2012

Zuschüsse des Landes an die Studentenwerke und deren Erträge 2007 bis 2012; Wohnheimplätze und deren Auslastung; Neubau und Sanierung von Studentenwohnheimen; Entwicklung der Mietpreise für studentischen Wohnraum; Angebot von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten; Fassungsvermögen der vorhandenen Mensen; geplante Zuschüsse in den Haushaltsjahren 2013 und 2014

Antr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/2109

Ist die hohe Qualität der Sprachförderung im Kindergarten ausreichend gesichert?

Höhe der Mittelbereitstellung für die neu strukturierten Sprachförderprogramme; finanzielle Auswirkungen der Neustrukturierung auf die HSL-Richtlinie für die außerschulische Hausaufgaben-, Lern- und Sprachhilfe; Ermöglichung des gleichzeitigen Angebots des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ und der Fördermaßnahme „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“?

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/2210

Droht eine weitere Benachteiligung des ländlichen Raumes bei der Verteilung zusätzlicher Fördergelder aus dem Krippeninvestitionsprogramm des Bundes?

Berücksichtigung des ländlichen Raums bei der Verteilung der Fördermittel aus dem Krippeninvestitionsprogramm des Bundes; Vergleich der Infrastruktur der Kleinkindbetreuung im ländlichen Raum mit der im städtischen Raum; Frage der Begünstigung der Städte mit über 100.000 Einwohnern bei der zweiten Tranche des Krippeninvestitionsprogramms; konkrete Verteilung der 2012 zusätzlich bereitgestellten Mittel; Haltung zur Stellungnahme des Gemeindetags

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/2379

Rund-um-die-Uhr-Kinderbetreuung

Kindertageseinrichtungen mit o.g. flexiblen Betreuungsformen; Frage nach dem Bedarf und der Förderung solcher Projekte sowie nach Erfahrungen in anderen Bundesländern

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/2438

Auf dem richtigen Weg - der Ausbau der Betreuungsplätze für unsere Kleinkinder

Aktuelle Debatte
s. *Kinderbetreuung*
PIPr 15/48 S. 2702

Neubau von Kindergärten im Enzkreis

Genehmigungsfähigkeit der gestellten Anträge auf Neubauten für bestehende Kindergärten oder Kindertagesstätten; Bewertung der Situation des Kindergartens „Schatzkiste“ in Illingen; Bezuschussung des aus akuten Sicherheitsgründen erforderlichen Kindergartenneubaus in Illingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.11.2011 und
Antw KM Drs 15/2620

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2657

Familienförderung durch Kindertagesstätten-Ausbau statt mit Herd-Prämien

Aktuelle Debatte
s. *Familie*
PIPr 15/51 S. 2923

Tagesmütter stärken, Qualität verbessern, Kindertagespflege in BW voranbringen

Angebot der Kindertagespflege und Ausbauziele der Kreise in BW; Daten zur Kinderbetreuung durch registrierte Tagesmütter sowie in öffentlich geförderten Tageseinrichtungen und -pflege; Elternwunsch und Wahlrecht der Betreuungsform; Kostenbeitragsdifferenz zwischen Tageseinrichtung und Tagespflege; Betreuungsschlüssel für den Einsatz von Tagesmüttern; Maßnahmen zum Ausbau der Kindertagespflege, insbes Regelungs- und Gesetzgebungskompetenz des Landes, Stärkung der freien Träger, kommunale Zuständigkeit für die Kindertagespflege; Beitrag der Bundesagentur für Arbeit zur Gewinnung von Tagespflegepersonal

GrAnfr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/2894

Zweite Kooperationsstunde an den Grundschulen

Einführung einer zusätzlichen „Kooperationsstunde“ zur Verbesserung der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen; Finanzierung und Verrechnung der zusätzlichen Unterrichtsstunde im ersten Schuljahr

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/3099

Ausbau von Kindertagesstätten im Wahlkreis 33 (südlicher Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden)

Betreuungsquote in den Kindertageseinrichtungen; Bewilligung von Förderanträgen und Ausbau der Kindertagesstätten durch Mittel aus dem Fiskalpakt; Ausgleich des Mangels an pädagogischem Fachpersonal; Sicherung des Qualitätsniveaus der Betreuungseinrichtungen; Unterstützung der Kommunen gegenüber den ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz einklagenden Eltern

KlAnfr Tobias Wald CDU 21.03.2013 und Antw KM Drs 15/3271

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Zulassung eines fachlichen Informationsaustauschs zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie zwischen Kindergärten und Grundschulen, um eine individuelle Förde-

nung von Schülern zu ermöglichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3279

Inklusion bei der Aus- und Weiterbildung der in § 7 Abs 2 Kindertagesbetreuungsgesetz aufgeführten Fachkräfte

Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten; erhöhte Anforderungen an die dort arbeitenden Fachkräfte; Vorbereitung der in § 7 Abs 2 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz - KiTaG) genannten Fachkräfte durch entsprechende Weiterbildung; Inklusion als Ausbildungsinhalt von Fachkräften für Kindertagesstätten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/3739

Erweiterung des Fachpersonalkörpers an Schulkindergärten

Beschäftigung anderer Berufsgruppen neben den staatlich anerkannten Erziehern in Schulkindergärten analog zu der Regelung für Kindertagesstätten

KlAnfr
s. *Schulkindergarten*
Drs 15/3755

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für unter Dreijährige im LKreis Schwäbisch Hall

Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kinderförderungsgesetz in den einzelnen Kommunen; Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige; Bedarf an qualifizierten Erziehungsfachkräften, Zahl der unbesetzten Stellen; Erhöhung der Attraktivität des Berufs der Erziehungsfachkraft für Männer; Berücksichtigung von Personen in der Kindertagespflege bei der Bedarfsermittlung; Einbeziehung von Betreuungsplätzen in betrieblichen Kindertagesstätten bei der Abdeckung des Rechtsanspruchs; Betreuungs- und Auslastungsquotenkonzept für Kindertageseinrichtungen

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 11.07.2013 und Antw
KM Drs 15/3776

Kinderbetreuungseinrichtung für die Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Voraussetzungen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte an der PH Karlsruhe; Kooperation mit anderen Hochschulen in Karlsruhe wie der Dualen Hochschule sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten für die Studierenden, das Lehrpersonal und die Verwaltungsmitarbeiter; Kinderbetreuungsangebote als Standortfaktor; Modell TIGER (Tagespflege in geeigneten Räumen) als Alternative zur Kindertagesstätte; Überlassung eines für den Bau bzw Betrieb einer Kindertagesstätte geeigneten Grundstücks in Karlsruhe

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 12.07.2013 und Stellungnahme
MWK Drs 15/3780
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4190 S.
5 6
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar

Angebot der Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar, insbes Entwicklung der Zahl der Anspruchsberechtigten, bereitgestellte und geplante Krippenplätze, Ursachen der Unterschrei-

tung der Betreuungsquote durch einzelne Kommunen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/3863

Kinderbetreuungsangebote in den Kommunen - Qualität in Kindertageseinrichtungen ausbauen, Finanzierung sicherstellen

Stand der Erfüllung der Rechtsverpflichtung zur Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren in den einzelnen Kommunen; Finanzierung dieses Angebots; Verfahren für die Abrufung der Landesmittel; Inanspruchnahme der Fördermittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG); Entwicklung der Personalstärke in den Jugendämtern im Verhältnis zum Ausbau der Kindertagespflege in den Stadt- und LKreisen; Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen, insbes der Betreuung von Kindern unter drei Jahren; Beispiele für eine Qualitätsverbesserung von Seiten der kommunalen Träger

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 28.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3980
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6921 S.
8 9
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Einrichtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/4098

Studium der Elementaren Musikpädagogik

Musikalische Früherziehung als Angebot an alle Kinder; Studium der Elementaren Musikpädagogik, Studienangebote an den Hochschulen, Anzahl der Studienbewerber, Studierenden und Absolventen in den letzten fünf Jahren; eine Ausbildung in Elementarer Musikpädagogik voraussetzende Berufsfelder; voraussetzlicher Bedarf an Absolventen in den verschiedenen Berufsfeldern, insbes im Bereich der musikalischen Früherziehung in Kindertagesstätten und Musikschulen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/4245

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr
s. *Milch*
Drs 15/4349

Ausbildungsinhalt Sport in Kindertagesstätten

Regelung der Aus- und Fortbildung von Erziehern im Bereich Bewegungserziehung und Sport sowie Ausbildungsinhalte; Zahl der Motorikzentren und Bedarfsabdeckung der dort erlangten Qualifizierungen; Umsetzung der Kooperationen zwischen Kindergärten und Sportvereinen nach dem Landesprogramm „Kooperation Schule - Verein“; Zahl der zertifizierten „bewegungsfreundlichen Kindergärten“

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4476

Musikschulen und Musikvereine als Bildungsträger erhalten

Sicherung der musikalischen Bildung in einer sich verändernden Erziehungs- und Bildungslandschaft; Intensivierung der Zusammenarbeit von Musikschulen und Musikvereinen mit Kindertagesstätten; Zusammenarbeit mit den Grundschulen und den weiterführenden Schulen zur Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, der Förderung musikalischer Begabung sowie der Verwirklichung anspruchsvoller Projekte; Bestandsgefährdung von Chören, Ensembles und Orchestern an Musikschulen und in Vereinen durch den Ausbau der Ganztagschulen; Verhinderung eines gemeinsamen Musizierens von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schultypen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/4657

Umsetzung der Inklusion im LKreis Schwäbisch Hall

Inklusionsanteil in den Kindertagesstätten und Schulen seit 2010; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Umsetzung der Inklusion an weiterführenden Schulen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4674

Dyskalkulie und ihre Prävention im Vorschul- und Schulalter

Förderung der mathematischen Bildung und der Sprachentwicklung durch das Projekt „Zahlenland“; Beteiligung der Kindertagesstätten und Grundschulen an diesem Projekt; Projektförderung; sonstige Projekte zur Förderung mathematischer Bildung im Vorschul- und Schulalter; Beratungs- und Unterstützungsangebote für solche Projekte; Stärkung der Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen bei der Prävention von Rechenschwäche

Antr
s. *Dyskalkulie*
Drs 15/4677

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4965

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5189

Zuschüsse zur Kleinkindbetreuung prüfen

Berechnungsgrundlage für die Förderung der Kleinkindbetreuung; finanzielle Förderung der Kleinkindbetreuung durch das Land im Jahr 2014; Erhöhung der Betreuungsquote; Nutzung von Steuereinnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Quersubventionierung der Kindergartengebühren

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5311

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreis Schwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreis Schwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreises Schwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5318

Inklusion im LKreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5382

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms; Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5462

Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nähe von Waldparkplätzen und Waldkindergärten

Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Tiefenbronner Straße (K 9800) zwischen dem Wildpark Pforzheim und dem Seehaus; Reduzierung der Gefährdung von Nutzern des Waldparkplatzes; Schaffung eines sicheren Umfelds für den nahe gelegenen Waldkindergarten

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/5826

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/5851

Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“

Sachstand zur Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“, insbes wissenschaftliche Ergebnisse, Erfahrungen beteiligter Kindergärten und Grundschulen, Maßnahmen zur Fortführung und Ausbau des Modellprojekts

Antr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/6426

Betreuungskonzepte in Kindertagesstätten in BW

Sachstand zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Betreuung in den Kindertagesstätten in BW, insbes Bedeutung der Betreuungskonzepte sowie deren Aufstellung und Umsetzung, Einflussmöglichkeiten der Eltern

Antr Tobias Wald u.a. CDU 12.03.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6601

Ergänzende Stellungnahme KM 27.05.2015 Drs 15/6928

Stand der Kinderbetreuung

Sachstand zur Kinderbetreuung im LKreiss Esslingen, insbes Angebot und Nutzung von Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, Inanspruchnahme von Elternzeit, Beschäftigte und Auszubildende in der Kinderbetreuung

KlAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 15/6678

Behandlung des Themas „Sexualität/sexuelle Vielfalt“ an den Schulen

Sachstand zur altersgemäßen Behandlung des Themas „Sexualität/sexuelle Vielfalt“ an den Kindergärten und Schulen, insbes Veränderungen iRd Bildungsplanreform, Rückmeldung aus Schulen mit Probefassungen der Bildungspläne, Rückmeldungen und Mitspracherechte von Eltern, Einsatz von sogenannten „Sexkoffern“ in Kindergärten, Behandlung des Themas in anderen Bundesländern

Antr

s. *Sexualerziehung*

Drs 15/6686

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die Kommunen bei der Umsetzung der schulischen Inklusion und dem Aufbau pädagogischer schulischer Netze; Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in den Bereichen Trinkwasserüberwachung und Lebensmittelüberwachung; Unterstützung des investiven Ausbaus der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren

GesEntw

s. *Gemeindefinanzen*

Drs 15/6962

Waldkindergärten

Sachstand zu baurechtlichen Problemen im Zusammenhang mit den Vorgaben der Landesbauordnung und dem Baugesetzbuch bei der Einrichtung von neuen Waldkindergärten

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 17.09.2015 und Antw KM Drs 15/7394

Leitungsfreistellung in Kindertagesstätten

Sachstand zur gesetzlichen Ausgestaltung der Leitungsfunktion in einer Kindertagesstätte, insbes Regelung der Leitungsfreistellung

KlAnfr Paul Locherer CDU 05.10.2015 und Antw KM Drs 15/7477

Zukunft des Schulfruchtprogramms

Quantität und Qualität der Obstversorgung in Schulen und Tageseinrichtungen; Zahl der am Programm teilnehmenden Einrichtungen; Kofinanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in den anderen Bundesländern; Auskunft über die Bearbeitungsdauer von Anträgen, die Zahl der Lieferanten sowie ausstehende Zahlungen an Lieferanten

Antr

s. *Schulverpflegung*

Drs 15/7905

Bedarf an zusätzlichen Erziehungsfachkräften für den Ausbau der Krippenbetreuung bis 2013, verbindliche Einführung des Orientierungsplans für alle Kindertageseinrichtungen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 24

Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesstätten gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642-649

Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesstätten gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 701-707

Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesstätten gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959 960 962-971 974 978 979

Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesstätten gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesstätten gemeinsam mit den Kommunen über die Anhebung der Grunderwerbsteuer; Erfolgsbewertung der Verzahnung von Schule und Kindergarten mit den Bildungshäusern, Umsetzung des Orientierungsplans

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1105 1108 1115 1120 1129 1132 1139

Bedeutung der musikalischen Bildung im Kindergarten, Mittelelaufstockung für die Sprachförderung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371 1372 1375 1376 1378 1380 1382 1385 1386 1388 1396 1439

Angebot einer alltagsintegrierten Sprachförderung und des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ in allen Kindertagesstätten

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2002-2006

Zusagen des Bundes zur weiteren Unterstützung des Ausbaus der Kindertagesstätten, Finanzierung des Ausbaus über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2253 2258 2260 2263 2282 2283

Kindesmißbrauch

s. Sexueller Missbrauch

Kindesmisshandlung

s. Misshandlung

Kindesschutz

s. Kinderschutz

Kinzigtal (Baden-Württemberg)

B 33 bei Steinach im Kinzigtal

Beurteilung der Notwendigkeit und Realisierungschancen einer direkten Anbindung des interkommunalen Gewerbegebiets an die B 33

KlAnfr
s. Bundesstraße 33
Drs 15/1594

B 33 - Umfahrung der Stadt Haslach im Kinzigtal

Auswirkungen des jüngsten Votums des Gemeinderats der Stadt Haslach für eine Tunnellösung auf die laufenden, mit dem Hochwasserschutz kombinierten Planungen und auf die Kosten

KlAnfr
s. Bundesstraße 33
Drs 15/1595

Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen

Planungen zur Verlagerung von Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen am Hohentwiel durch das Kinzig- und Gutachtal und daraus resultierende künftige Belastungen

MdlAnfr
s. Güterverkehr
Drs 15/3731

Kirchberg an der Jagst

Verkehrssicherheit und Maßnahmen an der Kreuzung L 1040/K 2500 Kirchberg/Jagst-Herbolzhausen

Beurteilung der Verkehrssituation an der o.g. Kreuzung und der Unfallentwicklung in den letzten fünf Jahren sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen; Höhe der Kosten und Realisierungschancen von Bau und Unterhalt einer vorschriftsgemäßen Bushaltestelle, eines Kreisverkehrs sowie einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung

KlAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 15/2269

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. Regionale Wirtschaftsstruktur
Drs 15/5033

Ursache, Folgen und Maßnahmen zur Wiederbelebung der Gewässerökologie und des Fischbestands in der Jagst bei Kirchberg nach dem massenhaften Fischsterben aufgrund des verheerenden Mühlenbrands

Sachstand zu Ausmaß und Bewältigung des massenhaften Fischsterbens an der Jagst infolge des Mühlenbrands bei Kirchberg-Lobenhausen

KlAnfr
s. Jagst
Drs 15/7346

Baugenehmigung, Bauabnahme und Versagung eines alternativen Standorts durch die Baurechtsbehörden bei der Erweiterung der Mühle Lobenhausen

Sachstand zu Standortsuche und Erteilung der Baugenehmigung für das Pellet- und Mineräldüngerlager bei der Lobenhäuser Mühle in Kirchberg an der Jagst

KlAnfr
s. Baugenehmigung
Drs 15/7348

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die zukünftige Nutzung des Schlosses Hohenlohe Kirchberg/Jagst

Kulturhistorische Bedeutung, neues Nutzungskonzept und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für die Gesamtanlage „Schloss Kirchberg/Jagst“

KlAnfr
s. Schloss
Drs 15/7536

Kirche

s.a. Katholische Hochschule Freiburg
s.a. Kirchliche Hochschule

s.a. Papsttum

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/575

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr
s. *Papsttum*
Drs 15/778

Ganztagsbildung und -betreuung im LKreiss Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/898

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr
s. *Religion*
Drs 15/2811

Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden

Regelung der Beflaggung durch Verwaltungsvorschriften des Landes und des Bundes; Entscheidungsgrundsätze und Zuständigkeit für die Beflaggungsanordnung; Bekanntmachung der Beflaggung; Flaggen von kirchlichen oder karitativen Organisationen oder von Parteien auf öffentlichen Gebäuden; Frage des Rechtsanspruchs und der Genehmigung; Rechtsmittel gegen eine Beflaggung

KlAnfr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3877

Beflaggung auf dem Neuen Schloss und Neutralitätspflicht des Staates

Rechtslage und der Geltungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums BW zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 23. August 2011, insbes Beantragung und Anordnung der Beflaggung auf dem Neuen Schloss mit der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day, Praxis der Hissung inoffizieller Flaggen an Regierungsdienstsitzen in Deutschland und Europa; Möglichkeit der ereignisbezogenen Beflaggung durch Kirchen, Parteien und den Bund der Vertriebenen

Antr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3898

Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Stillstand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land steht still!

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule; Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rahmenvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirchlichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zukunftsplans Jugend

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/5215

„Kooperative Trennung zwischen Staat und Kirche“

Haltung der LReg zum Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften, insbes Änderungsvorschläge zum Staatskirchenrecht, gesellschaftspolitische Bedeutung der Religionsgemeinschaften, Präsenz organisierter Religionen in der Öffentlichkeit und ihr Einfluss auf die Politik, Änderungsbedarf hinsichtlich des konfessionellen Religionsunterrichts

KlAnfr
s. *Staatskirchenrecht*
Drs 15/5428

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Werden die Kirchen bei der „Kooperationsoffensive Ganztagschule“ benachteiligt?

Sachstand zur Behandlung der beiden großen Kirchen sowie anderer Religionsgemeinschaften iRd „Kooperationsoffensive Ganztagschule“, insbes Ausweitung des Gebots der Wertneutralität, schul- und verfassungsrechtliche Grundlage der ungleichen Behandlung, Verbesserung der Kooperation und Einbindung der Kirchen in das Ganztagskonzept

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/6484

Verfügbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen

Sachstand zu Verfüg- und Nutzbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen, insbes aktueller Gebäudeleerstand, Gebäudeangebote der Kirchen

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7448

Aufarbeitung der Heimerziehung in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, Beteiligung der Kirchen an dem bundesweiten Entschädigungsfonds und an den Beratungsstellen

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 575-577

Votum der Kirchen für die Gemeinschaftsschulen
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1720 1725 1726

Kirchenasyl

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr
s. *Informationsschrift*
Drs 15/7619

Kirchenbeitrag

s. *Kirchensteuer*

Kirchensteuer

Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

Regelung der Abführung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge nach der bundesgesetzlichen Vorgabe; Umsetzung der Gleichbehandlung von Ehegatten und Lebenspartnern; Umsetzung der Vorschläge zur Harmonisierung der Kirchensteuergesetze der Länder

GesEntw LReg 08.07.2014 Drs 15/5444 (12 S.)
1. Beratung PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6321
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5723
2. Beratung PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6469-6472
GesBeschl 15.10.2014 Drs 15/5893
GBI 2014 Nr. 19 S. 494 495 (Ges vom 21.10.2014)

Kirchensteuergesetz

Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

Regelung der Abführung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge nach der bundesgesetzlichen Vorgabe; Umsetzung der Gleichbehandlung von Ehegatten und Lebenspartnern; Umsetzung der Vorschläge zur Harmonisierung der Kirchensteuergesetze der Länder

GesEntw
s. *Kirchensteuer*
Drs 15/5444

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Änderung von § 26 des Kirchensteuergesetzes in der Fassung vom 15. Juni 1978

GesEntw
s. *Bundesmeldegesetz*
Drs 15/6594

Kirchentag

Die „100.000 Protestanten. Und nicht ein Wasserwerfer.“ - Veröffentlichung auf dem Portal des Landesmarketings

Hintergründe zur unkontrollierten Veröffentlichung eines Kommentars zum Kirchentag von einem Praktikanten auf einer offi-

ziellen Homepage des zum Staatsministerium gehörenden Landesmarketings

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6958

Der Irrtum des Praktikanten im Freigabeverfahren des „100.000 Protestanten. Und nicht ein Wasserwerfer.“-Postings

Sachstand zum Freigabeverfahren eines Postings von einem Praktikanten zum Kirchentag auf einer offiziellen Homepage des Landesmarketings

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/7125

Kirchheim unter Teck

Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf den Betrieb der S-Bahn-Linie S 1 nach Kirchheim unter Teck und auf die S-Bahn-Stationen im Raum Kirchheim unter Teck

Darlegung o.g. Auswirkungen, Bewertung der Aussagen im Schlussbericht zum zweiten Stresstest von SMA und Partner AG, Gewährleistung der Durchbindung der S 1 von Kirchheim nach Herrenberg?

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/771

Gründe für die Bauverzögerungen beim Pädagogischen Fachseminar Kirchheim unter Teck

Baufortschritt und Zeitplan der Instandsetzung des Gebäudes des Pädagogischen Fachseminars in Kirchheim unter Teck

MdlAnfr
s. *Bausanierung*
Drs 15/5293

Kirchliche Hochschule

s.a. *Kirche*

Zukünftige finanzielle Förderung des Landes für private und kirchliche Hochschulen

Förderung von Studienplätzen an privaten und kirchlichen Hochschulen in den vergangenen fünf Jahren; Förderung neuer Studienplätze in anderen Bundesländern; Gründe für die Kürzung der Fördermittel für die staatlich anerkannten privaten Hochschulen im Land; Gefährdung der Existenz privater Hochschulen; Benachteiligung der privaten und kirchlichen Hochschulen durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag BW

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 15/5885

Beteiligung privater und kirchlicher Hochschulen an öffentlichen Programmen im Wissenschaftsbereich

Weiterförderung der iRd Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ an privaten und kirchlichen Hochschulen zusätzlich eingerichteten Studienplätze; Nutzung öffentlicher Förderprogramme durch kirchliche und private Hochschulen; Öffnung der wettbewerblich orientierten Landesprogramme in Forschung und Lehre für die privaten und kirchlichen Hochschulen

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6317

Kirchlicher Feiertag*Reformationstag 2017 als arbeitsfreier Feiertag*

Erklärung des Reformationstags am 31. Oktober 2017 als 500. Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers zum einmaligen gesetzlichen Feiertag, insbes Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen durch Abstimmung mit dem Bund und den anderen Bundesländern

Antr
s. *Reformation*
Drs 15/2929

Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Einmalige Erhebung des Reformationstags am 31. Oktober 2017 zum gesetzlichen Feiertag aus Anlass des 500. Reformationsjubiläums

GesEntw
s. *Reformation*
Drs 15/5718

KiStG

s. *Kirchensteuergesetz*

KIT

s. *Karlsruher Institut für Technologie*

Kita

s. *Kindertagesstätte*

KiTaG

s. *Kindertagesbetreuungsgesetz*

KITG

s. *KIT-Gesetz*

KIT-Gesetz

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung der §§ 5, 10 und 20 des KIT-Gesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

KIT-Weiterentwicklungsgesetz

s. *Karlsruher Institut für Technologie*

KKK

s. *Rassismus*

Kläranlage

s.a. *Abwasserbeseitigung*
s.a. *Klärschlamm*

Reduzierung des Stromverbrauchs und Ausbau der Stromproduktion in den Klärwerken BW

Einsparpotenzial beim Stromverbrauch der Kläranlagen; Klärwerke als Stromproduzenten und als Energiespeicher; Forschung zur Stromerzeugung in Klärwerken; Maßnahmen zur Verringerung des Stromverbrauchs im bundesdeutschen Vergleich; Steuerung durch finanzielle Anreize

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2345
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.10.2012 Drs 15/3063 S. 52
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2459

Phosphorelimination und Spurenstoffe in Kläranlagen und Klärschlamm

Bilanz des Einsatzes der Pilotanlage zur Phosphorrückgewinnung in der Kläranlage Offenburg; Qualität des mittels des eingesetzten Verfahrens gewonnenen Produkts Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP); Ausstattung weiterer Kläranlagen mit Phosphorrückgewinnungsanlagen; Befürwortung der Phosphorrückgewinnung in der Kläranlagentechnologie; Steigerung der Reinigungsleistung der Kläranlagen im Zeitraum von 2003 bis 2013; Messung von Spurenstoffen im Ablaufwasser; weitere Möglichkeiten der Phosphorrückgewinnung

Antr GRÜNE 02.09.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5679
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 26-28
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) - Abschreibungsregeln für die Stadtentwässerung

Sachstand der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes; Anpassung der Abschreibungsregelung zur Refinanzierung der städtischen Kanalnetze und Kläranlagen

KlAnfr
s. *Kommunalabgaben*
Drs 15/6193

Stromgewinnung durch Abwasserströmungen

Nutzung von Abwasserströmungen zur Stromerzeugung; Höhe des vorhandenen Stromproduktionspotenzials; Wirtschaftlichkeit und ökologische Bewertung dieser Art der Stromgewinnung

Antr
s. *Elektrizitätserzeugung*
Drs 15/6445

Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen

Sachstand zur Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen, insbes Auswirkungen, Maßnahmen zur Reduzierung der Rückstände im Abwasser, Betrieb und Kosten von Anlagen zur Reduzierung der Arzneimittelrückstände durch Aktivkohle oder Ozonierung in Krankenhäusern Baden-Württembergs

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/7217

Klärschlamm

s.a. *Biogas*
s.a. *Kläranlage*
s.a. *Wasserverunreinigung*

Phosphorelimination und Spurenstoffe in Kläranlagen und Klärschlamm

Bilanz des Einsatzes der Pilotanlage zur Phosphorrückgewinnung in der Kläranlage Offenburg; Qualität des mittels des eingesetzten Verfahrens gewonnenen Produkts Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP); Ausstattung weiterer Kläranlagen mit Phosphorrückgewinnungsanlagen; Befürwortung der Phosphorrückgewinnung in der Kläranlagentechnologie; Steigerung der Reinigungsleistung der Kläranlagen im Zeitraum von 2003 bis 2013; Messung von Spurenstoffen im Ablaufwasser; weitere Möglichkeiten der Phosphorrückgewinnung

Antr
s. *Kläranlage*
Drs 15/5679

Klärschlamm Entsorgung durch hydrothermale Carbonisierung (HTC)

Bewertung des Verfahrens zur Klärschlamm Entsorgung durch hydrothermale Carbonisierung (HTC) und Fördermöglichkeiten für den Bau einer großtechnischen HTC-Anlage in BW

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 10.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7158
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 50-52
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Klärwerk

s. *Kläranlage*

Klage

s.a. *Schiedsrichterliches Verfahren*
s.a. *Verfassungsbeschwerde*

Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten durch Umweltverbände

Bewertung der o.g. Beteiligungsmöglichkeiten und der notwendigen Rechtsänderungen auf der Grundlage europäischer bzw bundesrechtlicher Vorgaben; Auflistung der zehn größten Verbände, deren Organisation und Finanzierung, insbes der steuerlichen Privilegierung, und deren Aktivitäten bei Infrastrukturvorhaben und immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 29.09.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/629
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.03.2012 Drs 15/3063 S. 37
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Sammelklagen auf EU-Ebene

Einschätzung der Auswirkungen eines einheitlichen europäischen Sammelklagerechts für Verbraucher und Wirtschaft, Gefährdung von Unternehmen und Arbeitsplätzen?

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.11.2011 und Stellungnahme JM Drs 15/857
BeschlEmpf und Bericht EuA 29.03.2012 Drs 15/2007 S. 84 85
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

ICC-Klage der LReg - Schaden für das Land und die EnBW

Aktuelle Debatte
s. *EnBW*
PIPr 15/39 S. 2132

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2108

Sicherung der Ansprüche des Landes im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Landesanteile von der Électricité de France

Unterstützung der ICC-Klage und sämtlicher Schritte zur Sicherung o.g. Ansprüche

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2136

Unterstützung bei Musterklagen von Beamten

Unterstützung der LReg für Musterklagen von Beamten gegen die Besoldungsregelung in Anlehnung an das Verhalten der nordrhein-westfälischen LReg

KlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/3833

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturreform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3996

Versetzung der Ministerialdirektorin im Kultusministerium in den einstweiligen Ruhestand

Gründe für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand; Begründung des von Seiten der Ministerialdirektorin eingelegten Widerspruchs; geplante Reaktion auf den Widerspruch; weitere Fälle von Widersprüchen oder Klagen gegen Versetzungen von Ministerialdirektoren in den einstweiligen Ruhestand durch die aktuelle LReg

KlAnfr

s. *Versetzung in den Ruhestand*

Drs 15/4149

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Entscheidung über Wiederaufnahme oder Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West im Zusammenhang mit einer Klage der Kaiserstühler Kommunen gegen das Land

MdlAnfr

s. *Bundesstraße 31*

Drs 15/5825

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - L-BGG)

Umsetzung von Zielen und Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention, insbes Einbeziehung von Kommunen in den Anwendungsbereich des Gesetzes, Stärkung der Interessenvertretung von Behinderten, Schaffung von Behindertenbeauftragten in den Kommunen, Verpflichtung zur Bestellung von Behindertenbeauftragten in den Stadt- und LKreisen, Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeit und Regelung zur Beweislastumkehr

GesEntw

s. *Behinderter*

Drs 15/5936

Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen (TierSchMVG)

Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine gegen tierschutzrechtliche Entscheidungen und tierschutzrelevante bau- und immissionsschutzrechtliche Genehmigungen für Vorhaben zum Halten von Tieren zu Erwerbszwecken; Mitwirkungsrecht für anerkannte Tierschutzvereine an tierschutzrelevanten Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren des Landes

GesEntw

s. *Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen*

Drs 15/6593

Überlegungen der LReg, die sogenannte Tierrechtsorganisation PETA in den Landesbeirat für Tierschutz aufzunehmen und ihr ein Verbandsklagerecht einzuräumen

Motive für die o.g. Überlegungen; Zweifel an der Rechtstreue der Organisation angesichts des radikalen Auftretens einzelner Mitarbeiter; Bekenntnis der Tierrechtsorganisation zur geltenden Rechtsordnung als Bedingung für die Aufnahme in den Landesbeirat für Tierschutz und für die Zuerkennung des Verbandsklagerechts

Antr

s. *PETA Deutschland*

Drs 15/7633

Fahrverbote in der Stadt Stuttgart

Umsetzung von Fahrverboten in der Stadt Stuttgart, insbes Position der LReg zur Klage der Deutschen Umwelthilfe, Zeitrahmen für die Einführung einer „blauen Plakette“

MdlAnfr

s. *Fahrverbot*

Drs 15/8025

Einforderung eines Verbandsklagerechts zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1534

Erfolgsaussichten der ICC-Schiedsgerichtsklage des Landes gegen die EdF sowie der Schadenersatzklagen der Energiekonzerne wegen des Atomausstiegs, Aufforderung zur Rücknahme der ICC-Klage

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2265-2267 2271 2272 2274-2276

Klage vor Gericht

s. *Klage*

Klageerhebung

s. *Klage*

Klagerecht

s. *Klage*

Klassenarbeit

Kritik an der Abschaffung der Diagnose- und Vergleichsarbeiten

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1012

Begründung der Abschaffung der Diagnose- und Vergleichsarbeiten

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1638

Klassenfahrt

s. *Schulfahrt*

Klassenfrequenz

s. *Schulklasse*

Klassengröße

s. *Schulklasse*

Klassenlotterie

s. *Lotterie*

Klassenstärke

Entwicklung des strukturellen Unterrichtsdefizits an beruflichen Schulen in BW

Daten über die Versorgungssituation der einzelnen beruflichen Schulen in BW, insbes schulscharfe Darstellung des strukturellen Unterrichtsdefizits, der Überstundenbugwelle, der Anzahl der Kleinstklassen sowie der Unterschreitung der Mindestgröße

KlAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/3077

Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen gefährdet die beruflichen Gymnasien

Wege zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife; Zahl der Absolventen an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien in den vergangenen zehn Jahren; Einrichtung zusätzlicher zum Abitur führender Züge; Bewertung der beruflichen Gymnasien in Vergleichsstudien wie TOSCA (Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren) oder dem Bildungsmonitor; Vorzüge des beruflichen Schulwesens; Einrichtung der Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen, bereits genehmigte Standorte; Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien bei rückläufiger Schülerzahl; Verzicht auf die Einrichtung von Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zur Existenzsicherung der beruflichen Gymnasien

Antr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/3476

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/3600

Anspruch und Wirklichkeit: Die Gemeinschaftsschulen und ihre Schülerzahlen

Mindestgröße und „optimale Betriebsgröße“ für Gemeinschaftsschulen und andere weiterführende Schulen; Ausnahmekriterien bei der Mindestgröße; prognostizierte Schülerzahlen und tatsächliche Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulstandorten für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Ursachen für die Abweichungen von der Prognose bzw der festgelegten Mindestgröße; Einfluss der regionalen Schulentwicklung auf die Schulstandorte; Verhinderung einer Privilegierung der Gemeinschaftsschulen auf Kosten anderer weiterführender Schulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3524

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3670

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrerstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/3839

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen bei 33 Anmeldungen in der Eingangsklasse, insbes Begründung der vorläufigen Ablehnung einer Zweizügigkeit, Vergleich mit der Klassenbildung an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3921

Gibt es ministerielle Zusagen für Gemeinschaftsschulen?

Zusagen des Kultusministeriums zur Genehmigung bzw Standortssicherung von Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der vorgegebenen Mindestschülerzahl

MdlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4105

Verlegung und Schließung kleiner Klassen an beruflichen Schulen in der Technologieregion Karlsruhe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Berufsschulen mit kleinen Klassen, Zukunftsaussichten für diese Klassen; Aufrechterhaltung der Berufsausbildung in Ausbildungsberufen mit anhaltend wenigen Auszubildenden; Einfluss der Schließung bzw Verlegung von Ausbildungsklassen auf die Nachwuchsgewinnung und den wirtschaftlichen Erfolg der betroffenen Branchen; Ausbildung zum Physiklaboranten, Ausbildungsstandorte, Klassengrößen, Einstellung des Ausbildungsangebots an der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe, Erleichterungen für die von der Verlegung des Schulstandorts betroffenen Auszubildenden

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/4147

Berufliche Gymnasien

Profile der beruflichen Gymnasien in BW; neu eingerichtete Profile und Standorte seit dem Schuljahr 2006/2007; Entwicklung der Schülerzahlen pro Schulprofil und der Anzahl der Klassenzüge; Prognose der Schülerzahlen in den einzelnen Stadt- und LKreisen bis 2020; Datengrundlage der Bedarfsplanungen für die beruflichen Gymnasien bis 2020; Rolle der beruflichen Gymnasien iRd regionalen Schulentwicklung, insbes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/4525

Klassengröße und Lehrer-Schüler-Relation

Entwicklung von Klassengrößen, Lehrer- bzw Schülerzahlen und Lehrer-Schüler-Relationen an Grundschulen und weiterführenden Schularten in BW sowie künftige Entwicklung; Umfang des geplanten Lehrkräfteabbaus; Bedeutung und Qualität der Unterrichtsversorgung, insbes im Ergänzungsbereich

Antr Georg Wacker u.a. CDU 31.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4697

Religionsunterricht an Schulen

Aktuelle Situation des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in BW, insbes Überlegungen der LReg zur Erhöhung der Mindestschülerzahlen und deren Konsequenzen

Antr
s. *Religionsunterricht*
Drs 15/5226

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schulart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klasseiteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/5437

Klassenbildung und Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen

Wiederbesetzung der zum kommenden Schuljahr frei werdenden Lehrerstellen; Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen zum Schuljahr 2014/2015; Entwicklung der Klassenstärke in den Vollzeitbildungsgängen in den letzten fünf Jahren; Reduzierung der Eingangsklassen beruflicher Bildungsgänge; Vorwurf der Benachteiligung der beruflichen Schulen gegenüber den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5656

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2013/14

Entwicklung der Schülerzahlen; Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte; Deputate für Pflicht- und Ergänzungsunterricht sowie Krankheitsvertretung; Pensionierung und Neueinstellung von Lehrern

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6181

Kleine Schulstandorte im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Schließung von Schulstandorten aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen in den nächsten Jahren; künftige Verwendung des Schulgebäudes der Gemeinde Altheim (Alb), Verbleib der dort unterrichtenden Lehrkräfte; Veränderung der Schülerströme im Gemeindeverwaltungsverband Langenau sowie im LKreis

KlAnfr
s. *Schule*

Drs 15/6221

Klassenausgleich

Sachstand zur Handhabung des Klassenausgleichs an den verschiedenen Schularten in BW, insbes Verwendung unterschiedlicher Maßstäbe an den einzelnen Schularten, Gleichbehandlung der Schularten Gemeinschaftsschule und Gymnasium

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7320

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

Klassenwiederholung

s. *Versetzung von Schülern*

Klaus-Tschira-Stiftung*Errichtung von Seminar- und Institutsgebäuden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Karlsruhe*

Bauabsichten der gemeinnützigen Klaus-Tschira-Stiftung auf landeseigenen Grundstücken in Karlsruhe; vorgesehene Nutzung des Neubaus; Verlagerung des Botanischen Gartens des KIT; Einbeziehung des Gewächshauses in das Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Karlsruher Institut für Technologie*
Drs 15/8085

Kleidung

s. *Bekleidung*

Klein, Karl MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3497

Klein- und Mittelunternehmen*Güterverkehr und Logistik*

Zahl der in diesem Bereich ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitsplätze, Anzahl der unbesetzten Stellen; Umsätze und Auftragslage; Insolvenzen und Betriebseinstellungen speziell kleiner und mittelständischer Speditions- und Logistikunternehmen; Optimierungsmöglichkeiten durch bessere Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und innovative Umschlagslösungen; Nutzung der Forschung und Entwicklung an den Hochschulen, Finanzierung der Forschungsprojekte durch EU-Fördermittel

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2697

Starthilfen für Jungunternehmer

Bewertung der EZB-Studie zur Kreditfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), insbes Situation in BW; Situation und Veränderungen der Lage bei der Kreditfinanzierung von

Jungunternehmern; Schaffung von „Kreditlotsen“ besonders für den Bereich neuer Technologien; Instrumente des Landes zur Kreditversorgung von Start-ups u.a. auch durch die Landeskreditbank (L-Bank)

KlAnfr
s. *Unternehmensfinanzierung*
Drs 15/2918

Umstellung auf SEPA-Verfahren bei baden-württembergischen Unternehmen

Stand der Umstellung auf das SEPA-Verfahren insbes bei kleinen und mittelständischen Unternehmen; bekannte Schwierigkeiten bei der Umstellung; durchschnittliche Kosten pro Unternehmen; Einsparungen durch das Preisgleichheitsgebot; Auswirkungen der Abschaffung des elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV) ab 2016 auf Einzelhandel und Gastgewerbe; Alternativverfahren zu ELV

KlAnfr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3085

Folgen der Schließung von Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW

Umsetzung des neuen Landesglücksspielgesetzes und Auswirkungen auf die Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW, insbes Schließung von Annahmestellen und Auswirkungen auf Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum

Antr
s. *Lotterie*
Drs 15/3106

EU-Fortschrittsbericht zur Donaunraumstrategie

Bewertung der Ergebnisse des aktuellen Fortschrittsberichts der EU-Kommission zur EU-Strategie für den Donaunraum (EUS-DR) und Konsequenzen für das Land BW, insbes Zusammenwirken der Landesministerien, Zusammenarbeit der Regierungen, aktuelle und künftige Arbeitsschwerpunkte, hauptsächlich Mittelteleinsatz, Zwischenbilanz im PAC 8-Prioritätsbereich „Wettbewerb/kleine und mittlere Unternehmen (KMU)“, Rolle der Donautransferzentren, Maßnahmen zu den ab 2014 geltenden Freizügigkeitsrechten für Bürger aus Bulgarien und Rumänien, Rolle der beruflichen Ausbildung

Antr
s. *Donaunraum*
Drs 15/3388

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3966

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Un-

ternehmerkultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3968

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Strukturförderung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Zu- und Abwanderung im Wahlkreis Villingen-Schwenningen in den vergangenen 20 Jahren; Anzahl und Volumen der seit 2000 im Wahlkreis 54 geförderten sowie der seit 2011 bewilligten ELR-Projekte im Vergleich zu anderen Landtagswahlkreisen; Bedeutung der ELR-geförderten Projekte für die kleinen und mittleren Unternehmen und die Kommunen im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/4246

Familienfremde Betriebsübernahmen im baden-württembergischen Mittelstand

Volkswirtschaftliche Bedeutung der familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); Anzahl und Art der Betriebsübergaben in den letzten zehn Jahren; Anzahl der in den nächsten Jahren anstehenden Betriebsübergänge sowie der davon betroffenen Arbeitsplätze; bei der Unternehmensnachfolge auftretende Schwierigkeiten; Programme zur Förderung der Übergabe familiengeführter mittelständischer Unternehmen; fachliche Unterstützung durch die Kammern

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 04.12.2013 und
Stellungnahme MFW Drs 15/4437

Situation der Getreidemühlenbetreiber in BW

Entwicklung der baden-württembergischen Getreidemühlenbetreiber, insbes Anzahl der Mühlen und Beschäftigten, Vermahlungsmengen, Situation bei Klein- und Familienbetrieben; Hauptherausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für Klein- und Familienbetriebe; Initiativen zum Bürokratieabbau in der Lebensmittelbranche; Kostenübernahme für Lebensmittelkontrollen

Antr
s. *Getreideprodukt*
Drs 15/4568

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/4613

EU-Fördermittel für die Städte, Gemeinden und LKreise in BW
Fördermöglichkeiten durch Programme der Europäischen Union und deren Nachfrage aus Städten, Gemeinden und LKreisen in BW, insbes Höhe und regionale Verteilung der abgerufenen EU-Mittel; Informations- und Beratungsbedarf zu den verschiedenen EU-Förderprogrammen; Auswirkungen der Förderung auf Stadt- und LKreise, Forschungseinrichtungen sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/4663

Auswirkungen der Revision der Lebensmittelkontrollverordnung auf Handwerk und Mittelstand

Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur LebensmittelkontrollVO; Beurteilung der dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle über Gebühren, zu einer transparenten Informationspolitik und zur Hinterlegung einer Zweitprobe; zahlenmäßiges Verhältnis der Lebensmittelkontrollen zu den zu kontrollierenden Betrieben in BW; aktuelle Kontrollintervalle; Festschreibung einer zeitnahen Nachkontrolle in der LebensmittelkontrollVO; Ausgleich der Interessen der Verbraucher und der der kleinen und mittleren Unternehmen des Lebensmittelhandwerks

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/4737

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5003

Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Südwest, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionsunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder Fehldeklaration solcher Warensendungen

KlAnfr
s. *Einfuhr*
Drs 15/5059

Bürokratie abbauen und Liquidität von Handwerk und Mittelstand verbessern - Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben rückgängig machen

Rücknahme der im Jahr 2005 erfolgten Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge; Befürwortung dieses Anliegens im Bundesrat

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/5129

Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen

Entwicklung der gestellten und der bewilligten Anträge zur Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen in BW sowie in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr
s. *Steuerschuld*
Drs 15/5268

Entlastung von Kleinbetrieben beim Bildungsfreistellungsgesetz

Umfang der Mehrbelastungen für die Betriebe durch das geplante Bildungsfreistellungsgesetz; Erkenntnisse aus der von TNS Infratest Sozialforschung erstellten Studie „Weiterbildung in BW 2012“; ablehnende Haltung der Handwerksbetriebe aus Furcht vor einer überproportionalen Mehrbelastung; Schaffung von Ausnahmeregelungen für Betriebe bis zu einer bestimmten Größenordnung

KlAnfr
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/5509

Höchstleistungszentrum Stuttgart (HLRS) und dessen Breitbandanbindung an kleine und mittlere Unternehmen

Situation des Höchstleistungszentrums Stuttgart, insbes Auslastung, Wettbewerbsfähigkeit, Zukunftsperspektiven, Glasfaser-/Breitbandanbindung von kleinen und mittleren Unternehmen und Förderung

Antr
s. *Rechenzentrum*
Drs 15/5562

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen High-

ech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/5609

Herausforderungen der Kreativwirtschaft in BW

Anzahl der im Zeitraum 2011 bis 2014 in der Kreativwirtschaft tätigen Unternehmen und deren Umsatz; Gesamtzahl der in diesem Bereich Erwerbstätigen; Fazit der Einführung des Innovationsgutscheins C; Förderung kleiner und kleinster Unternehmen der Kreativbranche; Erleichterung der Kreditgewährung; Fachkräftebedarf; Instrumente zur Abwendung eines Fachkräftemangels; Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Eingehen von Innovationspartnerschaften (Open Innovation)

Antr
s. *Unternehmen*
Drs 15/5654

EU-Programm „Creative Europe“

Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in BW; Auskunft über die Ziele des EU-Programms „Creative Europe“, die Gesamtfördersumme und die angebotenen Fördermöglichkeiten; Bewerbungsverfahren; Kontrolle der Fördermittelvergabe; Inanspruchnahme des EU-Förderprogramms durch kleine und mittlere Unternehmen; Bewertung des Programms; sonstige Kulturförderung vonseiten der Europäischen Union

Antr
s. *Kulturförderung*
Drs 15/5680

Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tarifreuegesetz BW

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestarifreuegesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tarifreuegesetz; Schadenersatz an ausgeschlossene Bieter

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5815

Bewertung des baden-württembergischen Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5817

Einsparungen für BW durch europäischen Bürokratieabbau

Erstellung und Umsetzung des Abschlussberichts über Maßnahmen des Abbaus von Bürokratie in der Europäischen Union, insbes Einbeziehung Baden-Württembergs und der anderen Bundesländer bei der Berichterstellung, Schlussfolgerungen für die Landesgesetzgebung und die Verwaltung in BW, Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Folgenabschätzung der Gesetz-

gebung und zur Überprüfung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, Ausnahme von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Kleinstunternehmen von (EU-)Auflagen

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 15/5992

Belastungen mittelständischer Unternehmen durch Statistikpflichten

Sachstand bei der Statistikpflicht für Unternehmen, insbes Differenzierung nach Unternehmensgröße, Veränderungen bei Umfang und Bearbeitungsintensität der Statistiken, Beseitigung freiwilliger Statistiken, Reduzierung der Statistikpflichten für mittelständische Unternehmen

Antr
s. *Statistik*
Drs 15/6074

Bildungszeitgesetz, ein Kompetenzirrtum des Landes?

Hinterfragung der Kompetenz des Landes, in der geplanten Form ein Bildungsfreistellungsgesetz zu erlassen; Verwirklichung des Anspruchs von Arbeitnehmern in Kleinbetrieben auf Bildungsurlaub; gesetzliche Regelung des Bildungsfreistellungsanspruchs in anderen EU-Staaten

Antr
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/6399

Mindestlohn: Kontrolle und Konsequenzen

Sachstand zur Umsetzung der Bestimmungen des Mindestlohns, insbes Abgrenzungs- und Durchführungsschwierigkeiten für Vereine und Verbände bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, bürokratische Auswirkungen und Kontrollbelastungen für kleine und mittlere Betriebe (Meldepflicht, Dokumentationspflicht, Bußgeldvorschriften), Auswirkungen auf die Angebotslage von Praktika außerhalb der Pflichtpraktika, Nutzung von Vereinfachungs- und Abwandlungsmöglichkeiten zum Bürokratieabbau

GrAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/6408

Steuerliche Forschungsförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Modelle und Instrumente einer steuerlichen Forschungsförderung; Förderung der Forschungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen; Nachteile des Instruments der steuerlichen Forschungsförderung; Höhe der zu erwartenden Steuerausfälle

Antr
s. *Betriebliche Forschung*
Drs 15/6511

Auswirkungen im Falle einer Umsetzung der jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung zur Erbschaftsteuer auf die familiengeführten mittelständischen Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Erbschaftssteuerreform auf die familiengeführten mittelständischen Betriebe in BW, insbes in der Region Heilbronn-Franken

MdlAnfr
s. *Erbschaftsteuer*
Drs 15/7139

Auswirkungen der „Lex Porsche“ auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Änderungen des Umwandlungssteuergesetzes sowie des neuregelten § 50 i Einkommenssteuergesetz auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW, insbes Bewertung der Kritik der Wirtschaftsverbände, Einsatz der LReg für eine Korrektur der Reform im Bundesrat

Antr
s. *Steuerrecht*
Drs 15/7142

Umsetzung des KMU-Checks und KMU-Alarms

Sachstand zur Umsetzung eines „KMU-Checks“ und „KMU-Alarms“ für kleinere und mittlere Unternehmen im Geschäftsbe- reich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

MdlAnfr 6) Paul Locherer CDU 09.07.2015 Drs 15/7139
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8110 8111

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Sachstand zu Auswirkungen der Sanktionspolitik zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaft sowie auf wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu BW, insbes Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Höhe des Warenexports und -imports, Folgen für kleinere und mittelständische Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Erzeuger, Konsequenzen für Kooperationen (Partnerschaften) sowie für Austausch- und Bildungsprogramme

Antr
s. *Russland*
Drs 15/8022

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr
s. *Digitalisierung*
Drs 15/8121

Kleinanlegerschutzgesetz

s.a. Anlegerschutz

Auswirkungen der geplanten Erweiterung des Kleinanlegerschutzgesetzes

Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Kleinanlegerschutz; Praktikabilität der vorgesehenen Ausnahmen von der Prospektpflicht für über Internet-Dienstleistungsplattformen angebotene Vermögensanlagen, für Darlehen von Kleinstkapitalgesellschaften an soziale und gemeinnützige Projekte sowie von Darlehen von Mitgliedern einer Genossenschaft an ihre Genossenschaft; Gefährdung der Finanzierung gemeinnütziger Einrichtungen und Initiativen durch das geplante Kleinanlegerschutzgesetz

Antr
s. *Anlegerschutz*
Drs 15/6409

Kleinbau

s. Kleingebäude

Kleingarten

Kleingartenwesen in BW

Statistik, Situation und Förderung des Kleingartenwesens in BW; Erbringung von Integrationsleistungen für Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit Bildungseinrichtungen; Anerkennung von Ausgleichsfällen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 04.02.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4707
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.03.2014 Drs 15/5052 S. 61 62
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Nitrat in den baden-württembergischen Böden

Entwicklung des Nitratgehalts landwirtschaftlicher Böden im Vergleich zum Nitratgehalt von Haus- und Kleingartenböden; Information der Kleingärtner über das Thema Düngung; Einfluss von Förderprogrammen wie der MEKA-Programme auf die Nitratreinigung in den Böden; Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung mithilfe des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)

Antr
s. *Nitrat*
Drs 15/5991

Kleingartenanlage

s. Kleingarten

Kleingartenkolonie

s. Kleingarten

Kleingartenparzelle

s. Kleingarten

Kleingartenverein

s. Kleingarten

Kleingebäude

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/4634 betr. Bausache, Errichtung eines Gartenhauses mit drehbarem Dachstuhl

BeschlEmpf und Bericht PetA 30.06.2011 Drs 15/58 Nr. 6 S. 12-14
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242
Mittlg LReg 08.12.2011 Drs 15/1051

Kleinkind

s.a. Elementarbildung

Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar

Angebot der Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar, insbes Entwicklung der Zahl der Anspruchsberechtigten, bereitgestellte und geplante Krippenplätze, Ursachen der Unterschreitung der Betreuungsquote durch einzelne Kommunen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/3863

Technikbegeisterung im Kleinkindalter wecken!

Initiativen zur Heranführung von Kleinkindern an Technik und Naturwissenschaften; Fachkräftesituation in den Bereichen Technik und Naturwissenschaft in BW und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung

Antr
s. *Technik*
Drs 15/5250

Zuschüsse zur Kleinkindbetreuung prüfen

Berechnungsgrundlage für die Förderung der Kleinkindbetreuung; finanzielle Förderung der Kleinkindbetreuung durch das Land im Jahr 2014; Erhöhung der Betreuungsquote; Nutzung von Steuereinnahmen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Quersubventionierung der Kindergartengebühren

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5311

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreis Schwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreis Schwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreises Schwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5318

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms; Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5462

„Singen - Bewegen - Sprechen“

Adressaten des Programms; Erweiterung des bisherigen Personenkreises; Qualitätssicherung durch qualifiziertes Personal; Kooperation mit den Grundschulen

KlAnfr
s. *Elementarbildung*
Drs 15/5881

Kleinkindbetreuung

s. *Kinderbetreuung*

Kleinkunst

s. *Kunst*

Kleintheater

s. *Theater*

Kleintier

Kleintierzucht in BW

Zahl der Kleintierzüchter und ihrer Organisationen; Bewertung ihrer Tätigkeit; Bedeutung von Kleintierschauen und Wettbewerben für den Erhalt alter und vom Aussterben bedrohter Geflügelrassen; Beitrag der Kleintierzüchter zur Verminderung von Übertypisierungen; Auswirkungen der geplanten Neuformulierung des Qualzuchtverbots in § 11b des Tierschutzgesetzes (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10572) auf die Kleintierzucht; Förderung der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit von Kleintierzüchtern mit Schulen

Antr
s. *Tierzucht*
Drs 15/2693

Kleinwindanlage

s. *Windenergieanlage*

Klenk, Wilfried MdL CDU

Wahl des Abgeordneten Wilfried Klenk zum Präsidenten des 15. Landtags von BW am 04.02.2015

s. *Landtagspräsident*
PIPr 15/119 S. 7154

Klettgau

Fertigstellung/Sanierung von Ortsdurchfahrten

Mittelbereitstellung 2012 und Fertigstellung der Maßnahmen an der L 163 a Ortsdurchfahrt Erzingen, L 158 Ortsdurchfahrt Obereggigen und L 150 St. Blasien; Höhe der von der früheren LReg für die Sanierung der L 158 Ortsdurchfahrt Obereggigen zugesagten Mittel

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1931

Klima

s.a. *Klimatechnik*
s.a. *Wetter*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg, Gewährleistung der Versorgungssicherheit, Rolle von hocheffizienten Gaskraftwerken sowie der erneuerbaren Energieträger Wasser, Wind, Sonne und Biomasse; Frage nach Vorschlägen zur Verbesserung der geplanten Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Klimaschutzgesetzes und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/77

Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix

Entwicklung der verfügbaren Mengen und des Einsatzes von Energieholz seit 2000 und bis 2020 zur Erreichung der Klimaschutzziele, Anteil bei öffentlichen und privaten Gebäuden im Vergleich zu Öl- und Gasheizungen, Steigerung des Anteils bei

den eigenen Liegenschaften; Weiterentwicklung der Programme zur Förderung des Einsatzes von Biomasse im Wärmemarkt; Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr
s. Holz
Drs 15/1081

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Mittel für das kommunale Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ und kommunale Energieagenturen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1110 1 2 S. 13-16

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1210 1 2 S. 2-5

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1330-1348

Folgen der Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus Fotovoltaik

Folgen für die Klimaschutzziele; Auswirkungen der Zunahme der Importe von meist preisgünstigeren Anlagen aus China, insbes für die Arbeitsplätze in der Solarbranche

Antr
s. Solartechnik
Drs 15/1353

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen

Antr
s. Solartechnik
Drs 15/1360

Ökostrom in Behörden und Einrichtungen des Landes

Art und Umfang der Strombeschaffung für landeseigene Liegenschaften und Liegenschaften ausgegliederter Einrichtungen und Gesellschaften mit Landesbeteiligung; derzeitige und künftig mögliche Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien, jeweilige Auswirkungen auf die Klimabilanz, entsprechende Einwirkung der Klima- und Energieagenturen des Landes bei der Beratung von Kommunen

Antr
s. Elektrizität
Drs 15/1550

Konsequenzen aus dem Klimawandel für das Grundwasser im Oberrheingebiet

Auswirkungen auf die Trink- und Brauchwasserversorgung; Frage nach Handlungsempfehlungen und nach einer fachlichen Begleitung der klimatischen Veränderungen

Antr
s. Grundwasser
Drs 15/1810

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheiz-

kraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KIAnfr
s. Energiepolitik
Drs 15/1884

„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee

Antr
s. Gewässerschutz
Drs 15/2078

RegErkl - Die Energiewende - Chance für die Wirtschaft, Schutz für das Klima, Gewinn für die Menschen und Aussprache

RegErkl
s. Energiepolitik
PIPr 15/43 S. 2349

Aufkommen und Verwendung der Mittel aus der Abgabe für klimaneutrales Fliegen

Höhe und Verwendung der auf freiwilliger Basis von Abgeordneten des Landtags an einen im UM eingerichteten Fonds seit 2008 abgeführten Mittel

KIAnfr
s. Ausgleichsabgabe
Drs 15/2285

Klimaschutzgesetz und Nationalpark Nordschwarzwald

Ziele und Auswirkungen des zu erwartenden Klimaschutzgesetzes; Frage nach den Gründen für die Nichteinbeziehung eines eigenen Industriearbeitskreises bei den regionalen Arbeitskreisen betreffend den Nationalpark Nordschwarzwald sowie weiterer Beteiligter des Clusters Forst und Holz wie z.B. die Papierindustrie

KIAnfr
s. Nationalpark
Drs 15/2290

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/6651

Gut für Klima, Haus und Handwerk: Baden-Württemberg macht Dampf bei der Energieeffizienz!

Aktuelle Debatte
s. Energieeinsparung
PIPr 15/128 S. 7671

Bewertung der Ergebnisse des Klimagipfels in Durban, Notwendigkeit einer europäischen Auslegung des Klima- und Energiekonzepts

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1046-1048 1050 1054-1057

Klimaanlage

s. Klimatechnik

Klimabündnis

s. Klima

Klimaschutz*Eckpunkte für ein Klimaschutzgesetz BW*

Stand und inhaltliche Ausgestaltung des o.g. Gesetzesvorhabens, Vergleich mit entsprechend vorhandenen oder geplanten Rechtsvorschriften anderer Bundesländer; Frage nach der Gesetzgebungskompetenz des Landes, den vorgesehenen Regelungen und deren Auswirkungen für Kommunen, Wirtschaft und Konsumenten

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 23.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1749

Klimaschutzgesetz und Nationalpark Nordschwarzwald

Ziele und Auswirkungen des zu erwartenden Klimaschutzgesetzes; Frage nach den Gründen für die Nichteinbeziehung eines eigenen Industrie- und Arbeitskreises bei den regionalen Arbeitskreisen betreffend den Nationalpark Nordschwarzwald sowie weiterer Beteiligter des Clusters Forst und Holz wie z.B. die Papierindustrie

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2290

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Fluorierte Treibhausgase

Mittlg LReg
s. *Fluorkohlenwasserstoff*
Drs 15/2761

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Umsetzung des Operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in BW, insbes konkreten Auswirkungen der Vereinbarung der Wirtschaftsministerkonferenz vom 3./4. Dezember 2012 zu innerdeutschen Mittelverteilung; Vermeidung einer Doppelförderung von Projekten im Bereich der CO₂-Reduktion; Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens „Zukunftsfähige Regionalentwicklung in funktionalen Räumen“

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/3131

Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in BW

Vorgabe eines Treibhausgasemissionsminderungsziels für BW und Ergänzung des Klimaschutzziels durch einen allgemeinen Klimaschutzgrundsatz; Regelung notwendiger Umsetzungsinstrumente, insbes Verabschiedung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts (IEKK) zur Hinterlegung der Klimaschutzziele, Festlegung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand sowie einer allgemeinen Verpflichtung für Jedermann zur Verwirklichung der Klimaschutzziele, Begleitung der Umsetzung der Klimaschutzziele durch Monitoring und Klimaschutzbeirat; Berücksichtigung der Klimaschutzziele im Landesplanungsgesetz

GesEntw LReg 07.05.2013 Drs 15/3465 (42 S.)
1. Beratung PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4104-4111
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.07.2013 Drs 15/3607 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1, ÄAntr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD Nr. 2 und ÄAntr FDP/DVP Nr. 3) (15 S.)
ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.07.2013 Drs 15/3797-1 S. 1 2
ÄAntr CDU, GRÜNE und SPD 16.07.2013 Drs 15/3797-2 S. 3

2. Beratung PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4461-4468
GesBeschl 17.07.2013 Drs 15/3842
GBI 2013 Nr. 11 S. 229-233 (Ges vom 23.07.2013)

Naturschutzstrategie BW 2020

Überarbeitung und Umsetzung der Naturschutzstrategie BW 2020, insbes Anlass, Ziele, Mittelbereitstellung, Zeitplan und Ressorteinbindung; Kostenkonkurrenz zu anderen Naturschutzprojekten; Stellenwert und Konkurrenz von Biodiversität, Klimaschutz, Flurneuordnung und Landentwicklung im Zusammenhang mit der Naturschutzstrategie

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 15/3688

Siebtes Umweltaktionsprogramm der EU bis 2020 - Auswirkungen auf BW

Inhalte und Ziele des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) der EU und dessen Auswirkungen auf BW; Mitwirkung Baden-Württembergs an der Ausarbeitung des Programms; Vereinbarkeit des angekündigten integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts mit den Inhalten und Zielen des 7. UAP; Berücksichtigung einer Beteiligung an Umweltprojekten im Haushaltsplan; für die Umsetzung des Programms erforderliche Rechtsakte auf Bundes- und auf Landesebene

Antr
s. *Umweltschutz*
Drs 15/4092

Energieholznutzung und Klimaschutzziele

Menge und Herkunft des in BW für Energiezwecke genutzten Holzes; Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung des Landesforsts auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten für bestehende Holzheizwerke, Holzheizkraftwerke sowie Scheitholznutzer und Selbstwerber; FSC-Zertifizierung und Erreichung der im Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Klimaschutzziele; Einsatz für die Energieholznutzung bei einer Revision der FSC-Richtlinien; Kompensation wegfallender Mengen an Hackholz; Nutzung des Restholzes zur Verbesserung der Bodenstruktur

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4310

Zertifizierungsrichtlinien der Forest Stewardship Council (FSC) in BW

Umfang des aus dem Forst (Staats-, Kommunal- und Privatwald) stammenden Energieholzes; Umfang des Energieholzeinsatzes in BW, aufgeschlüsselt nach Forst, Landschaftspflege, kommunalen Reststoffen, Industrierestholz und Altholz; Verhältnis von Scheitholz zu Hackholz; Auswirkungen der Einführung der FSC-Zertifizierung auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten sowie den Fortbestand der Holzheizwerke und Holzheizkraftwerke; Folgen der Einschränkung der Energieholznutzung im Landesforst für den Klimaschutz; Mitwirkung bei der Revision der Zertifizierungsrichtlinien; Kompensation der wegfallenden Hackholzmenge

KlAnfr
s. *Holz*
Drs 15/4524

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum
2020-2030*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/4754

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Entwurf des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts BW (IEKK)

Strategie- und Maßnahmenprogramm der LReg zur Erreichung der im Klimaschutzgesetz festgelegten Klimaschutzziele, insbes Beschreibung von konkreten Maßnahmen für unterschiedliche Sektoren zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Energieeffizienz unter Berücksichtigung von Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung; Entscheidungshilfe für Kommunen und betroffene gesellschaftliche Gruppen

Mittlg LReg 13.04.2014 Drs 15/5186 (181 S.)
PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5885
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 05.06.2014 Drs 15/5264 (23 S.)
EAntr GRÜNE und SPD 25.06.2014 Drs 15/5371
EAntr CDU 26.06.2014 Drs 15/5372
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6152-6159

Novellierung des Landesentwicklungsplans BW 2002

Überlegungen zur Novellierung des Landesentwicklungsplans BW 2002, insbes Gründe für eine Novellierung als Zielsetzung im Koalitionsvertrag, Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik als Novellierungsgrund, Auswirkungen durch die Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)

Antr
s. *Landesplanung*
Drs 15/5098

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 16 - Förderprogramme des Landes im Energiebereich (Kap 1009)

Mittlg RH
s. *Förderprogramm*
Drs 15/5416

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Energieeffizienz und ihr Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/5662

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität

Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermodelle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr
s. *Gas*
Drs 15/5660

Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in BW (Erneuerbare-Wärme-Gesetz - EWärmeG)

Redaktionelle Anpassung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes durch Bereinigung von Vorgaben für den Neubaubereich aufgrund der Regelungen durch das Bundesgesetz; Weiterentwicklung der Regelungen für den Alt- und Bestandsbaubereich, insbes Erhöhung des Pflichtanteils an erneuerbarer Energie von 10 auf 15 %, Technologieoffenheit und größere Wahl- und Kombinationsmöglichkeit in den genutzten Technologien, Öffnungsklausel für neue Technologien, Einbeziehung von privaten und öffentlichen Nichtwohngebäuden, gebäudeindividuelles Sanierungskonzept

GesEntw
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/6236

Bewirtschaftung des Fuhrparks der Polizei

Art und Zahl der zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Fuhrpark der Polizei vorhandenen Fahrzeuge; Zuordnung der Fahrzeuge zu Dienststellen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2014 angefallenen Betriebskosten; Auskunft über Kilometerleistung, Treibstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß der Polizeifahrzeuge in diesem Zeitraum; Ausstattung der neuen Flächenpräsidien mit Fahrzeugen; Auswirkungen der Polizeireform auf Kilometerleistung, Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß

Antr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 15/6425

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/6651

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer
zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/6684

*Nachhaltigkeit in der Politik des Ländlichen Raums und Ver-
braucherschutzes des Landes*

Sachstand zur konkreten Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im
Bereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, insbes inhalt-
liche und programmatische Schwerpunkte, Zusammenarbeit mit
staatlichen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen, Ver-
zahnung mit der Naturschutzstrategie, Bedeutung des Boden-
und Klimaschutzes

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6941

*Baden-Württemberg geht voran. Die Welt braucht einen ambi-
tionierten und globalen Klimaschutz*

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8343-8354

*Verankerung der Themen Klimaschutz und Erreichung des 2-
Grad-Ziels in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schu-
len*

Berücksichtigung des Klimaschutzgesetzes des Landes in den
Bildungsplänen; Forderung nach einer verbindlichen Beschäfti-
gung mit den Themenbereichen Klimawandel und Klimaschutz
im Unterricht

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/7801

*Beitrag des Landes zum Erreichen der internationalen Klima-
schutzziele, Weiterentwicklung des Programms „Klimaschutz-
Plus“*

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 22 23

*Eintreten für einen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie
und für die Einhaltung der Klimaschutzziele*

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 34 38 39 43 50 51 58 69 71 74
79 87

Verstärkung des Programms „Klimaschutz-Plus“

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 376 382 385

Steigerung des Beitrags des Verkehrssektors zum Klimaschutz

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 426

*Einforderung konkreter Maßnahmen für den Klimaschutz, Ein-
führung eines Umwandlungsverbots für Dauergrünland*

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 875-879 881

*Einforderung konkreter Maßnahmen für den Klimaschutz, Ein-
führung eines Umwandlungsverbots für Dauergrünland*

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 938 942-945

*Kritik an der Verschiebung der Klimaschutzziele auf das Jahr
2050*

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186

*Bewertung der Klimaschutzpolitik seit dem Regierungswechsel,
Erarbeitung eines Klimaschutzgesetzes; wirtschaftliche Effekte
des Programms „Klimaschutz-Plus“; Reduzierung der klima-
schädlichen Emissionen des Individualverkehrs*

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1331-1342 1344 1346 1351 1353
1354 1358 1361 1362 1365

*Ökologische Ausrichtung des Verkehrs zur Erreichung der Kli-
maschutzziele; Bewertung von Energieeinsparung und effizien-
ter Energienutzung als zentrale Bausteine für den Klimaschutz*

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1575 1576 1621 1622 1624-1627

Klimaschutzgesetz

s. *Klimaschutz*

Klimaschutzpolitik

s. *Klimaschutz*

Klimatechnik

s.a. *Wärmetechnik*

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen
Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinika); Höhe
der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch;
Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlageanlagen; Anwen-
dung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sa-
nierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil
des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Ge-
samtumsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamtein-
sparerpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der
Landesgebäude

Antr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/947

*Kontrollpflicht nach der Energieeinsparverordnung (EnEV) bei
der Raumkühlung*

Einschätzung von Zahl und Alter o.g. Anlagen in Nichtwoh-
ngebäuden und Wohngebäuden; Darlegung der Einsparpotenziale
durch Ersetzung von älteren Belüftungssystemen durch neuere,
energieeffizientere Anlagen, durch eine höhere allgemeine In-
spektionsquote sowie verbesserte Wartung

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/971

Kältemittel in Autoklimaanlagen

Umfang, Risiken und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes des um-
strittenen Kältemittels „R1234yf“ in Autoklimaanlagen

KlAnfr
s. *Kältemittel*
Drs 15/3865

Mehr Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden in BW

Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale bei Büros,
Betriebs- und Produktionsstätten; Erhöhung der Sanierungsrate;
Überarbeitung der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik
zur Verringerung des Energieverbrauchs; Einsparpotenziale
bei mechanischen Raumlufteinrichtungen; regelmäßige Wartung
der Raumlufteinrichtungen; Inspektion der Klimaanlageanlagen durch die

Baurechtsbehörden; Kontrolle der praktischen Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV)

Antr
s. *Gewerbeimmobilien*
Drs 15/4344

Klinik

s. *Krankenhaus*

Klinikarzt

s. *Krankenhausarzt*

Klinikaufenthalt

s. *Krankenhausbehandlung*

Klinikbehandlung

s. *Krankenhausbehandlung*

Klinikschule

s. *Schule für Kranke*

Klinikum Mannheim

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 25 - Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH (Kap 1412)

Mittlg RH
s. *Universität Heidelberg*
Drs 15/1925

Zukunft der Universitätsmedizin Mannheim

Bedeutung und Fortführung der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim als Vollfakultät; Einschätzung des Mannheimer Reformierten Curriculums Medizin für die Medizinerbildung; Bewertung des Gutachtens einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des Denkschriftbeitrags des RH zur Kostenerstattung der Universität Heidelberg an das Klinikum Mannheim, Geltendmachung nachträglicher Rückforderungen? Gründe für den Rücktritt des Dekans in Mannheim

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.08.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2232
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 22-24
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Klon

s. *Klonen*

Klonen

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*

Angelegenheiten
Drs 15/4596

Klonieren

s. *Klonen*

Klonierung

s. *Klonen*

Kloster

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 23: Sanierung der Klostermauer in Bebenhausen

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/137
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/551
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Zukünftige Unterstützung für Klosterkonzerte

Förderung von Konzertveranstaltungen in Klöstern, insbes der Klosterkonzerte Maulbronn

KlAnfr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 15/451

Inakzeptable Abwertung der Comburg Schwäbisch Hall bei der Tourismuswerbung des Landes

Bedeutung der Comburg als Kulturgut und Tourismusziel, Entwicklung der Besucherzahlen seit 2006; Gründe und Verantwortliche für die Streichung im neuen Werbeflyer der Vermarktungsgesellschaft BW

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 27.09.2011 und Antw MFW Drs 15/598

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/2206

Maulbronner Klosterkonzerte

Bedeutung, Organisation und Finanzierung der Klosterkonzerte im Maulbronner Weltkulturerbe

KlAnfr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 15/3101

Sanierung und Nutzung der Klosteranlage Wiblingen

Erhaltungszustand und Nutzung der Klosteranlage in Wiblingen, insbes Sanierungsbedarf und -planung, Verwendung freiwerdender Räume als Studentenwohnheim

KlAnfr Dr. Monika Stolz CDU 15.04.2014 und Antw MFW Drs 15/5091

UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Maulbronn - Wo bleibt die Politik des Gehörtwerdens?

Fehlende Einbindung der Stadtverwaltung und kommunaler Gremien bei der Projektplanung zur Klosterlandschaft Maul-

bronn, insbes bei der Ausweisung einer Pufferzone

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 13.05.2014 und Antw MFW
Drs 15/5188

„Klosterlandschaft“ Maulbronn

Zusammenarbeit der Kommunal- und Landesbehörden bei der
Denkmalpflege der „Klosterlandschaft“ Maulbronn, insbes Vor-
gehensweise bei der Neubewertung der Pufferzone

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.05.2014 und
Antw MFW Drs 15/5267

Kloster Maulbronn

s. *Kloster*

Kloster Wiblingen

Sanierung und Nutzung der Klosteranlage Wiblingen

Erhaltungszustand und Nutzung der Klosteranlage in Wiblingen,
insbes Sanierungsbedarf und -planung, Verwendung freiwerden-
der Räume als Studentenwohnheim

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5091

Klostergebäude

s. *Kloster*

KMK

s. *Kultusministerkonferenz*

KMU

s. *Klein- und Mittelunternehmen*

KMZuVO

s. *Verordnung des KM zur Übertragung von Zuständigkei-
ten nach dem LBeamtengesetz u.a. im Kultusressort*

Knittlingen

Öffentliche Sicherheit im Enzkreis

Entwicklung der Fallzahlen von Einbrüchen und Diebstählen im
Enzkreis und insbes in Knittlingen; Verstärkung der Polizeiprä-
senz und polizeilichen Ermittlungsarbeit in Knittlingen; struktu-
relle Verbesserung der polizeilichen Versorgung im Enzkreis und
Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Dienst-
stellen

KlAnfr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 15/1097

Straßensanierungen an den Grenzen des Enzkreises

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende
LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwi-
schen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie
für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen
mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen
Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertig-
stellung der Maßnahmen

KlAnfr

s. *Straßenbau*
Drs 15/1163

Sanierung von Bundesstraßen im Enzkreis

Darstellung der geplanten Sanierungen, Zeitpunkt des Baube-
gins an der B 35, Führung des Umleitungsverkehrs während
dieser Bauphase durch Knittlingen, Ausmaß des zu erwartenden
zusätzlichen Verkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Koordinie-
rung des Umleitungsverkehrs zwischen dem RegPräs Karlsruhe,
der Verkehrsbehörde Enzkreis, der Polizei und der Stadt Knitt-
lingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1709

*Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßensanierungen
im Enzkreis*

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-
Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil
Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt
Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30
u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgän-
ger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweich-
verkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Kocher

*Funktion und Zustand des Kocher-Stausees in Schwäbisch Hall-
Steinbach*

Bewertung der Bedeutung, des Zustands und Sanierungsbedarfs
des o.g. Wasserbauwerks; Höhe und Träger der Kosten für Bau,
Unterhalt und Sanierung des Stausees

KlAnfr
s. *Stauanlage*
Drs 15/2268

Kochherd

s. *Elektrogerät*

Kochplatte

s. *Elektrogerät*

Koedukation

*Auswirkungen von koedukativem Unterricht im Bereich der
Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik
(MINT-Fächer)*

Auswirkungen koedukativer Unterrichtsformen im Bereich der
Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik
(MINT-Fächer) auf den Lernerfolg und Übergangsverhalten von
Mädchen und Jungen; Einführung monoedukativer bzw gende-
spezifischer Unterrichtsangebote

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/3864

Königsbach-Stein

Straßenbelag für die L 621 zwischen Königsbach und Stein

Planung und Finanzierung der Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf dem Streckenabschnitt L 621 zwischen Königsbach und Stein; Planung und Finanzierung weiterer Straßenbaumaßnahmen im Enzkreis; Verkehrsbelastung auf diesem Streckenabschnitt

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/3455

Königsfeld im Schwarzwald

Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königsfeld und psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund

Sachstand zur Sicherstellung der kultursensiblen psychotherapeutischen und psychiatrischen Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, insbes Bedeutung und Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königsfeld

KlAnfr

s. *Fachkrankenhaus*

Drs 15/8040

Körperbehinderter

Das „Kronauer Modell“ - bekommt das erfolgreiche Inklusionskonzept eine Zukunft?

Zusammenarbeit der Werkrealschule in Kronau mit der Körperbehindertenschule Karlsbad; Sicherung des Fortbestands des Kooperationsmodells in Kronau; Auswirkungen eines Wegfalls der Werkrealschule für die Inklusionsarbeit vor Ort; Berücksichtigung von Spezialfällen wie dem „Kronauer Modell“ in der regionalen Schulentwicklungsplanung

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/4734

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Landesstudierendenvertretung

Situation und Rechtsstellung der Landesstudierendenvertretung, insbes finanzielle und organisatorische Funktionsfähigkeit, Schwierigkeiten infolge einer fehlenden Rechtsfähigkeit, Auswirkungen einer Umwandlung der Landesstudierendenvertretung in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit beschränkter Rechtsfähigkeit

Antr

s. *Studentenvertretung*

Drs 15/5560

Körperschaft öffentlichen Rechts

s. *Körperschaft des öffentlichen Rechts*

Körperschaftsteuer

s.a. *Solidaritätszuschlag*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/68

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr

s. *Steueraufkommen*

Drs 15/6391

Körperschaftswald

s. *Wald*

Körperverletzung

Polizeieinsätze in und um Erstaufnahmestellen und der Umgang mit diesen

Sachstand zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Strafverfolgung im Umkreis von 20 km um die Landeserstaufnahmestellen, insbes Zuständigkeiten bei der Polizei, Einsatzzahlen, Ausmaß der Eigentums- oder Körperverletzungsdelikte sowie politisch motivierter Straftaten

KlAnfr

s. *Polizeieinsatz*

Drs 15/7305

Kofinanzierung

Kofinanzierungen des Landes bei Schienenprojekten

Ausgestaltung von Finanzierungsanteilen bei Schienenprojekten durch das Land, insbes Regelung und Zahlen zu Kostensteigerungen, nicht gedeckelte Kofinanzierung des Landes bei einigen Projekten, Beharrung des Landes am ursprünglich vereinbarten Finanzierungsbeitrag zum Bahnprojekt Stuttgart 21, Bedeutung der Sprechklausel im Finanzierungsvertrag zu Stuttgart 21

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/3083

Kohlekraftwerk

Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Lauffleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO₂-Emission

Antr SPD 21.11.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2688

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3920 3944 (abgesetzt)

PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4111-4118

EnBW-Schiedsklage; Auswirkungen des „Kohle-Kompromisses“ der Bundesregierung auf den bilanziellen Wert der EnBW und andere

Bewertung der Ergebnisse des „Kohle-Kompromisses“; Auswirkungen auf den Unternehmenswert der EnBW auf die EnBW-Schiedsklage; von der finanziellen Entschädigung begünstigte Kraftwerke

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/7205

Kohlendioxid

s.a. CO₂-Abscheidung und -Speicherung
s.a. Emissionshandel
s.a. Luftverunreinigung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/21

Planungen der LReg zu einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und grundsätzlichem Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften

Konkretisierung o.g. Pläne und der erwarteten Wirkungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und Unfallzahlen, Auswirkungen von Tempo 30 sowie einer City-Maut in den Städten und Gemeinden; Positionen von Mittelstand, Handwerk und Gewerbetreibenden

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/302

Möglichkeiten der Nutzung und Erforschung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in BW

Freigesetzte Mengen an Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen in den letzten fünf Jahren, Definition der Carbon Dioxide Capture and Storage-Technologie und von dafür geeigneten Standorten in BW; Interessen der Wirtschaft, insbes der Energieversorger, an der weiteren Erforschung und Nutzung der CCS-Technologie; Unterstützung der Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit CCS an Universitäten und Forschungseinrichtungen im Land

Antr
s. *CO₂-Abscheidung und -Speicherung*
Drs 15/331

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften
Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinik); Höhe der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch; Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlagen; Anwendung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sanierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Gesamtsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamteinsparpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der Landesgebäude

Antr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/947

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/1360

Der EU-Emissionshandel und die Energiewende in BW

Beurteilung des o.g. Systems zur Emissionsreduzierung in Phase II und künftig in Phase III, Entwicklung der Preise für die Zertifikate, Bewertung der Abschaffung der nationalen Allokationspläne in Phase III und der neuen Vorgabe einer EU-weiten Gesamtobergrenze für CO₂-Emissionen, Erwartung einer starken Freisetzung von kostengünstigen Zertifikaten durch den Ausbau der regenerativen Energien und Energieeinsparung hierzulande; Hinwirkung auf EU- und Bundesebene auf eine Verringerung der Zahl von Emissionshandelszertifikaten

Antr
s. *Emissionshandel*
Drs 15/2101

Empfehlungen der hochrangigen Gruppe „CARS 21“ zur EU-Automobilpolitik

Positionierung zu den o.g. Empfehlungen, insbes zur Forderung einer weiteren Harmonisierung der Standards im Bereich E-Mobilität und zur Ausweitung der Forschungsaktivitäten im Bereich der Antriebstechnologien; Erhalt von fairen Wettbewerbsbedingungen für die hiesigen Premiumhersteller bei der Ausrichtung der künftigen CO₂-Regulierung im Fahrzeugbereich; Erwartung einer fortdauernden Dominanz des Verbrennungsmotors und einer erst allmählichen Ersetzung durch alternative Antriebsarten

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/2105

Umweltschutz durch Emissionshandel für Privatpersonen und die öffentliche Hand

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten, Übertragbarkeit des hiesigen Projekts „Emissionshandel durch Schornsteinfeger für energetische Verbesserungen in Anlagentechnik und Gebäudehülle“, Sammlung der Verkaufsrechte für eingespartes Kohlendioxid von privaten und öffentlichen Gebäudeeigentümern in einem Pool bei der L-Bank oder LBBW?

Antr
s. *Emissionshandel*
Drs 15/2214

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2040

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verringerung der CO2-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
 Drs 15/2234

Geplante Initiative der LReg zur weiteren Absenkung des Grenzwerts für CO2-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Frage nach einer Abstimmung o.g. Initiative innerhalb der LReg und ihren Auswirkungen auf die Automobilindustrie und deren Zulieferer

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 27.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2406

Haltung der LReg zur Änderung der EU-Verordnung zur Verringerung der CO2-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Beurteilung einer weiteren Verschärfung der Grenzwerte ab 2020 bzw 2025 und deren Auswirkungen auf den Automobilstandort und Arbeitsmarkt hierzulande, Verhinderung einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen durch entsprechende Positionierung gegenüber dem Bund und der EU, Verhalten der LReg bei den Beratungen in den Fachausschüssen des Bundesrats, Gründe für das Unterlassen einer nachträglichen Unterrichtung des Landtags

Antr Peter Hauk u.a. CDU 15.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2472
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 83 84
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Energetische Sanierung von Landesliegenschaften mittels Contracting-Verfahren

Umfang der bislang durchgeführten und künftig möglichen Sanierungen des Landes und der Kommunen im Rahmen des Projekts VIRE und von Energieeinspar-Contracting unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020; Einschätzung der Einsparungen an CO2-Emissionen sowie Heiz- und Stromkosten; Wirtschaftlichkeit des Einbaus von Blockheizkraftwerken sowie von solarthermischen Anlagen und Erdwärmesonden im Zuge von Contracting-Verfahren

Antr
s. Energieeinsparung
 Drs 15/2580

Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Laufleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO2-Emission

Antr
s. Kohlekraftwerk
 Drs 15/2688

Bewirtschaftung des Fuhrparks der Polizei

Art und Zahl der zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Fuhrpark der Polizei vorhandenen Fahrzeuge; Zuordnung der Fahrzeuge zu Dienststellen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2014

angefallenen Betriebskosten; Auskunft über Kilometerleistung, Treibstoffverbrauch und CO2-Ausstoß der Polizeifahrzeuge in diesem Zeitraum; Ausstattung der neuen Flächenpräsidien mit Fahrzeugen; Auswirkungen der Polizeireform auf Kilometerleistung, Kraftstoffverbrauch und CO2-Ausstoß

Antr
s. Polizeifahrzeug
 Drs 15/6425

Kohlendioxidbilanz von Windrädern

Sachstand zur Emittierung von Kohlendioxid bei der Herstellung und Errichtung von Windenergieanlagen

KIAnfr
s. Windenergieanlage
 Drs 15/7241

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Förderung von Investitionen in CO2-effiziente Technologien

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
 Drs 15/7430

Stand und Reduktionsziel der CO2-Emissionen des Individualverkehrs, Einschätzung des Potenzials der Elektrofahrzeuge

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 23

Umsetzung der Zielvorgabe zur Reduzierung der CO2-Emissionen in den großen Industrieländern um 90 % bis 2050

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 172 181

Anstrengung einer weiteren Reduzierung der CO2-Emissionen des Individualverkehrs

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 424 426 429

Verringerung der Freisetzung von Kohlendioxid in die Atmosphäre durch den Schutz von Dauergrünland

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876-878 881

Zweifel an einer globalen Reduzierung der CO2-Emissionen um 50 % bis 2050 angesichts der Ergebnisse des Klimagipfels von Durban, Verweisung auf die CO2-Emissionen der noch benötigten Gas- und Kohlekraftwerke

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1054-1057

Einsparung von CO2-Emissionen mit dem Programm „Klimaschutz-Plus“, Reduzierung der CO2-Emissionen des Individualverkehrs

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1335 1342 1346 1351 1353 1354

Umweltfreundlichkeit des Busverkehrs, Vergleich der CO2-Emissionen von Pkw und Omnibussen; Anteil der Landesgebäude an der CO2-Belastung

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1575 1621 1622 1624-1626

Kohlendioxid-Speicherung

s. CO2-Abscheidung und -Speicherung

Kohlenstoff*Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald*

Sachstand zur Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald, insbes Bedeutung für die heimische Holz- und Forstwirtschaft, Unterschiede zwischen nachhaltig bewirtschafteten und nicht bewirtschafteten Wäldern, Entwicklung und Sicherung des Nadelholzanbaus

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 15/7883

Kohlepolitik*EnBW-Schiedsklage; Auswirkungen des „Kohle-Kompromisses“ der Bundesregierung auf den bilanziellen Wert der EnBW und andere*

Bewertung der Ergebnisse des „Kohle-Kompromisses“; Auswirkungen auf den Unternehmenswert der EnBW auf die EnBW-Schiedsklage; von der finanziellen Entschädigung begünstigte Kraftwerke

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/7205

Kolibakterien

s. *Bakterien*

Kolloquium

s. *Konferenz*

Kombinierter Verkehr*Güterverkehr und Logistik*

Zahl der in diesem Bereich ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitsplätze, Anzahl der unbesetzten Stellen; Umsätze und Auftragslage; Insolvenzen und Betriebseinstellungen speziell kleiner und mittelständischer Speditions- und Logistikunternehmen; Optimierungsmöglichkeiten durch bessere Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und innovative Umschlagslösungen; Nutzung der Forschung und Entwicklung an den Hochschulen, Finanzierung der Forschungsprojekte durch EU-Fördermittel

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2697

Regierungsbefragung

Bessere Chancen für den Güterverkehr durch Unterstützung von Anlagen für den kombinierten Verkehr

s. *Güterverkehr*
PIPr 15/71 S. 4261

Kombinierter Verkehr auf der Wasserstraße Neckar in der Region Stuttgart

Stellenwert des Kombinierten Verkehrs; Sachstand der Gespräche mit dem Bund zum Ausbau der Wasserstraße Neckar, insbes Verlängerung der Schleusen für 135 Meter lange Frachtschiffe und Bau eines weiteren Umschlagterminals im Hafen Plochingen

Antr
s. *Wasserstraße*
Drs 15/4189

Neue Standorte für Terminals für den Kombinierten Verkehr - insbes Standort Eutingen im Gäu

Sachstand zu angekündigten Detailuntersuchungen zu möglichen neuen Standorten für Terminals des Kombinierten Verkehrs, insbes in Eutingen im Gäu; Einbeziehung von Wirtschaft und Anwohnern in den Entscheidungsprozess

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 06.05.2015 und Antw MVI Drs 15/6848

Komitee

s. *Ausschuß*

Kommerzieller Rundfunk

s. *Privater Rundfunk*

Kommission*Ergebnis der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg eingesetzten Kommission*

Sachstand zu den Ergebnissen der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg eingesetzten Kommission, insbes Zahl und Mitwirkung an den unterschiedlichen Berichtsversionen, ausgesprochene Empfehlungen für bestimmte Personengruppen oder Personen, Überlegungen des Ministeriums zu personellen Folgen an der Hochschule

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/7596

Einsetzung einer Kommission durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg

Sachstand zur Einsetzung einer Kommission des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Zielsetzung und Auftrag, Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Aktenführung und Akteneinsichtnahme

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/7598

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg*Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 29 - Kommission für geschichtliche Landeskunde (Kap 1495)*

Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission und der Rahmenbedingungen für die landesgeschichtliche Forschung

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1929
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2529
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 03.12.2013 Drs 15/4425
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4586
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Kommission nach Artikel 10 GG

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 81 109

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium

Drs 15/2

Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

18. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Mittlg LReg 30.01.2012 Drs 15/1185

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1169

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2022 (15 S.)

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Mittlg LReg 11.03.2014 Drs 15/4910

PIPr 15/93 19.03.2014 S. 5531

BeschlEmpf und Bericht StändA 09.10.2014 Drs 15/5845 (16 S.)

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Sechzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Sechzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg

s. Rundfunk

Drs 15/5292

20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Mittlg LReg 20.04.2016 Drs 15/8118

PIPr 16/5 08.06.2016 S. 35

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2016 Drs 16/674 (25 S.)

PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Kritische Würdigung des von der KEF geprüften und anerkannten Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 570-573

Kommunalabgaben

s.a. Abwasserabgabe

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Ausbau der o.g. Breitbandversorgung durch Einwirkung auf die Netzbetreiber, Weiterentwicklung der Förderprogramme, Erschließung europäischer Förderprogramme und Aufnahme der Breitbandversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in das Kommunalabgabengesetz

KlAnfr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/1577

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze

Aktualisierung der Ermächtigungsgrundlage zur Übermittlung von Daten der Gewerbesteuermessbescheide und Grundsteuer-messbescheide an die Gemeinden

GesEntw

s. Kommunalen Finanzausgleich

Drs 15/4353

Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG) - Abschreibungsregeln für die Stadtentwässerung

Sachstand der Novellierung des Kommunalabgabengesetzes; Anpassung der Abschreibungsregelung zur Refinanzierung der städtischen Kanalnetze und Kläranlagen

KlAnfr Karl Rombach CDU 27.11.2014 und Antw IM Drs 15/6193

Auslaufmodell Jagdsteuer

Abschaffung der Jagdsteuer in anderen Bundesländern; Aussetzung bzw Erhebung der Jagdsteuer durch baden-württembergische Stadt- und LKreise; Höhe der Einnahmen aus der Jagdsteuer in den einzelnen Kreisen; Abschaffung der Jagdsteuer in BW durch Streichung von § 10 Abs 2 Kommunalabgabengesetz

Antr

s. Jagdabgabe

Drs 15/6515

Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer (Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes)

Abschaffung der Jagdsteuer durch Streichung der gesetzlichen Grundlage für ihre Erhebung in § 10 Abs 2 des Kommunalabgabengesetzes

GesEntw

s. Jagdabgabe

Drs 15/6729

Position der LReg zur rückwirkenden Erhebung von Kommunalabgaben, die auf Jahrzehnte zurückliegende Sachverhalte Bezug nimmt

Schlussfolgerungen der LReg mit Blick auf die Rechtslage in BW aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 5. März 2013 zur Verfassungswidrigkeit unbegrenzt festsetzbarer Kommunalabgaben, insbes Planungen zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 01.06.2015 und Antw IM Drs 15/6940

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschrittsgesetz)

Änderung von § 14 des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw

s. Kommunale Zusammenarbeit

Drs 15/7610

Kommunalabgabengesetz

s. Kommunalabgaben

Kommunalaufsicht*Hilfsfristen im Landkreis Esslingen*

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und bei den Notärzten; Zuständigkeit für die Überwachung der Hilfsfristen; Rechtsaufsicht

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/4255

Kommunalbediensteter*Private Kontaktdaten im Katastrophenschutz*

Sachstand zur Erreichbarkeit von Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen durch die Verwaltungen im Katastrophenschutzfall zur Sicherstellung eines effektiven Katastrophenschutzes auch außerhalb der Arbeitszeiten, insbes Erhebung und Aufbewahrung der privaten Kontaktdaten iRd Landesdatenschutzgesetzes

KlAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/7056

Kommunalbetrieb

s. *Kommunales Unternehmen*

Kommunale Daseinsvorsorge

s. *Daseinsvorsorge*

Kommunale Einrichtung

s.a. *Kommunalisierung*

Unterstützung kommunaler und privater Kunstmuseen durch das Land

Förderung kommunaler und privater Kunstmuseen in den vergangenen zehn Jahren; Förderung des Ankaufs von Kunstwerken für kommunale und private Kunstmuseen durch den Wettmittelfonds des Landes; Unterstützung durch Dauerleihgaben; Einbeziehung in die Konzeption und Durchführung von Großen Landesausstellungen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/4805

Kommunale Energiewirtschaft

s. *Kommunale Versorgungswirtschaft*

Kommunale Finanzausstattung

s. *Gemeindefinanzen*

Kommunale Finanzen

s. *Gemeindefinanzen*

Kommunale Finanzwirtschaft

s. *Gemeindefinanzen*

Kommunale Gebietskörperschaft

s.a. *Bürgermeister*
s.a. *Gemeindeordnung*
s.a. *Gemeindeprüfungsanstalt*
s.a. *Gemeinderat*
s.a. *Kommunale Selbstverwaltung*
s.a. *Kommunale Zusammenarbeit*
s.a. *Kommunaler Finanzausgleich*
s.a. *Kommunaler Spitzenverband*
s.a. *Kommunaler Versorgungsverband*
s.a. *Kommunalpolitik*
s.a. *Kommunalverband für Jugend und Soziales*
s.a. *Kommunalwahl*
s.a. *Kreis*
s.a. *Kurort*
s.a. *Meldewesen*
s.a. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*
s.a. *Soziale Stadt*
s.a. *Stadtentwicklung*
s.a. *Städtebau*
s.a. *Standesamt*
s.a. *Umweltzone*
s.a. *Wohngebiet*
s.a. *Wohnsitz*
s.a. *Zweitwohnungsteuer*

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner

Inanspruchnahme der EA bei den Kammern und Kommunen von in- und ausländischen Gewerbeanmeldern; Anteil der elektronisch abgewickelten und damit vereinfachten Verfahren, die zu einer Gründung oder Übernahme eines Unternehmens führten; Frage nach einem Vergleich zur Umsetzung der Richtlinie in den einzelnen BLändern

Antr
s. *Einheitlicher Ansprechpartner*
Drs 15/94

„Kassensturz“ der LReg; Kaufmännisches Rechnungswesen als Zukunftsmodell der staatlichen Rechnungslegung

Schritte und Zeitplan zur Einführung der Doppik im Landeshaushalt; Umgang mit den Kommunen, die ihr Rechnungswesen bereits umgestellt haben bzw dies noch vornehmen (müssen); Gewährung von Schadenersatz für die geleisteten Aufwendungen im Falle der Einräumung eines Wahlrechts? Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Kassensturz unter Zuziehung von externen Experten; Vorlage einer testierten Vermögensrechnung und Eröffnungsbilanz mit dem Hpl 2012 bzw 2013; Festhalten an der Rechtslage für die Kommunen zur Umsetzung der Doppik mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Antr
s. *Kassen- und Rechnungswesen*
Drs 15/134

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die

Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr

s. Kommunalen Finanzausgleich

Drs 15/157

Ausbau der Kleinkindbetreuung sichert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Zeitplan zur Erfüllung des Rechtsanspruchs bis 2013, Entwicklung der Betreuungsquote in den Ballungsgebieten seit 2008 und bis 2014, Erfassung der Bedarfslagen vor Ort, Bereitstellung und Abruf der Landesfördermittel, Aufstockung der Kapazitäten für die Erzieherinnenausbildung, Ausgestaltung der angekündigten Neujustierung der Finanzvereinbarung mit dem Bund und den Kommunen

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 15/187

Erhöhung der Grunderwerbsteuer und Weitergabe der Mittel an die Städte und Gemeinden

Einschätzung des zu erwartenden Mehraufkommens, Weitergabe an die Stadt- und LKreise, Verwendung der zusätzlichen Mittel durch die Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung, Einrichtung eines Investitionsförderprogramms Kleinkindbetreuung

KlAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 15/208

Planungen der LReg zu einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und grundsätzlichem Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften

Konkretisierung o.g. Pläne und der erwarteten Wirkungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und Unfallzahlen, Auswirkungen von Tempo 30 sowie einer City-Maut in den Städten und Gemeinden; Positionen von Mittelstand, Handwerk und Gewerbetreibenden

Antr

s. Geschwindigkeitsbegrenzung

Drs 15/302

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler Gebäude, Verpflichtung der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Bereich Gebäudebeheizung, Förderung von Stromsparmaßnahmen bei kommunaler Infrastruktur wie der Straßenbeleuchtung

Antr

s. Energieeinsparung

Drs 15/330

Verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans

Bisherige Umsetzung und Kostenverteilung sowie weitere Schritte zur verbindlichen Umsetzung der Bestandteile des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, Einführung der Zusammenarbeit von pädagogischen Fach- und Lehrkräften beim Übergang in die Grundschule, Finanzierung der Ansprüche der Kommunen auf Ausgleichsleistungen nach dem Konnexitätsprinzip, Mitfinanzierung der Verbindlichkeit des Orientierungsplans aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer?

Antr

s. Bildungsplan

Drs 15/961

Pakt mit den Kommunen - ein Meilenstein für die Kleinkindbetreuung

Aktuelle Debatte

s. Kinderbetreuung

PIPr 15/21 S. 959

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Umsetzung der mit den Kommunen vereinbarten Finanzverteilung, Erhöhung der Leistungen für die Kleinkindbetreuung entsprechend dem Pakt mit den kommunalen Landesverbänden für Familien mit Kindern; Anhebung des Kostenbeitrags für den Anspruch auf Beihilfe für Wahlleistungen beim stationären Krankenhausaufenthalt; Anhebung der Zuschüsse an Ersatzschulen; Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Landesbeamtengesetzes, der Beihilfeverordnung und des Privatschulgesetzes

GesEntw

s. Haushaltsbegleitgesetz 2012

Drs 15/1001

Einsatz von Open-Source-Software in Kommunalverwaltungen und Unternehmen als Wirtschaftsfaktor für BW

Derzeitige Nutzung und Fördermöglichkeiten für die Weiterentwicklung der o.g. freien Software; wirtschaftliche Bedeutung für die baden-württembergische IT-Wirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Bedeutung von Open-Source-Software als Wirtschaftsfaktor für das Land

Antr

s. Software

Drs 15/1451

Polizeireform - Gründe für das Nichteinbeziehen der kommunalen Seite

Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene sowie der Anhörungsergebnisse mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; ergebnisoffene und transparente Durchführung der Anhörung iRd Gesetzgebungsverfahren, Darstellung der Ergebnisse der Anhörung und ihrer Folgen für die Standortentscheidungen

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/1763

Verkauf von riskanten Finanzprodukten an Kommunen durch die Landesbank BW (LBBW)

Zahl und Volumen der o.g. Verkäufe der LBBW und ihrer Beteiligungen an Kommunen, Zweckverbände oder kommunale Unternehmen; Bewertung solcher Geschäftspraktiken und des Verhandlungsstands der LBBW mit den betroffenen Kommunen; Maßnahmen zum Schutz der Kommunen, Umgang mit dem GesEntw 15/1571 zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht der Gemeindeordnung

Antr

s. Finanzinstrument

Drs 15/1801

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen

und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr
s. Frau
Drs 15/1886

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in BW

Mittelabfluss 2011 an die Kommunen, Verwendung der Mittel für die vorgesehenen Zwecke, Gründe für eine mögliche „Überkompensation“ durch die Bundesmittel zugunsten der Kommunen 2011 und 2012

Antr
s. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*
Drs 15/1943

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/1962

Konversion von Bundeswehrstandorten in BW - der Bund lässt die Kommunen im Stich

Aktuelle Debatte
s. *Konversion*
PIPr 15/40 S. 2171

EU-Beauftragte in BW

Einsatz von EU-Beauftragten in Landkreisen und Kommunen im Bundesvergleich, Kooperation von EU-Beauftragten untereinander; Verbesserung der Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten auf EU-Ebene; Unterstützung bei der Beschaffung von EU-Fördermitteln und der Umsetzung von EU-Programmen

Antr
s. *EU-Beauftragter*
Drs 15/2147

Organisiertes und aggressives Betteln eindämmen

Anzahl der Platzverweise wegen aggressiven Bettelns pro Tag im Jahr 2011; Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl einer Kommune und den erteilten Platzverweisen; Entwicklung des aggressiven Bettelns seit 2002; Maßnahmen der Kommunen gegenüber aggressiven Bettlern in den Innenstädten; Erkenntnisse über organisierte Banden und ihre Binnenstruktur; Strategien zur Verhinderung der mit organisiertem Betteln in Zusammenhang stehenden Straftaten; Erleichterung des Ausstiegs der Bettler aus den Strukturen der organisierten Kriminalität

Antr
s. *Betteln*

Drs 15/2360

Planerische Steuerung der Errichtung von Windkraftanlagen

Stand der kommunalen Planungen und der der Regionalverbände; Bewertung der Entscheidung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu den Anforderungen an eine Zurückstellung nach § 15 Abs 3 Baugesetzbuch; Frage nach flankierenden Aktivitäten zur Unterstützung von planenden Kommunen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2537

Euribor/Libor-Manipulation und die Folgen für den baden-württembergischen Finanzmarkt für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen

Folgen für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen und den Finanzmarkt in BW durch die Euribor/Libor-Manipulation, insbes Schadenshöhe, Klageunterstützung und Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen; Konsequenzen aus der Sonderprüfung der deutschen Finanzaufsicht BaFin; Amtshaftungsansprüche wegen unzureichender staatlicher Kontrolle

KIAnfr
s. *Zins*
Drs 15/3098

Rolle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beim Konversionsprozess in BW

Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und den Kommunen sowie dem Land BW beim Konversionsprozess, insbes Erfahrungen bei der Altlastensanierung mit der BImA, Einfluss der BImA auf die kommunale Planungshoheit bei Nachnutzungskonzepten, Abschluss von Konversionsvereinbarungen, Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie Unterstützung des ländlichen Raums bei der Verwertung der Konversionsliegenschaften

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/3232

Förderung von Integrationsarbeit in den Kommunen

Förderung und Umsetzung der Integrationsarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene, insbes finanzieller Förderungsumfang durch das Land und Weiterentwicklung der kommunalen Integrationspolitik

Antr
s. *Soziale Integration*
Drs 15/3293

Neubürgerempfänge für Menschen mit Migrationshintergrund

Veranstaltung von Neubürgerempfängen in den Gemeinden; Bewertung der Einbürgerungsfeiern, Unterstützung der Gemeinden und Städte bei ihrer Durchführung; Teilnahme der Neubürger an den Veranstaltungen; Herkunftsländer der Neubürger; Aufruf zu ehrenamtlicher Tätigkeit in den neuen Heimatorten während der Neubürgerempfänge

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/3680

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beam-

ten bei Schulentscheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr
s. *Schule*
Drs 15/3740

Bedeutung von Bürgerbefragungen in der Landespolitik

Bedeutung der Bürgermeinung vor Ort, insbes bei Großprojekten; Bürgerbefragungen als Ausdruck einer „Bürgerregierung“ bzw einer „Politik des Gehörtwerdens“; Stellenwert der Ergebnisse von Bürgerbefragungen; Bürgerbefragungen zum Thema „Nationalpark“ in den Gemeinden des Nordschwarzwalds und ihre Ergebnisse; Resultate der Beratungen über einen Nationalpark im Schwarzwald in den kommunalen Gremien; Einfluss der genannten Ergebnisse auf die Politik

Antr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 15/3869

Finanzierung von Konversionsaufgaben iRd Städtebauförderprogramms und des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR)

Zahl der den zuständigen Ministerien vorliegenden Anträge; Anzahl der Anträge von Kommunen mit militärischen Konversionsarealen; Höhe des beantragten Finanzvolumens; Anzahl der im Jahr 2013 erteilten Förderzusagen; Anzahl der abschlägig beschiedenen Anträge; Vorrangigkeit der Konversion militärischer Liegenschaften; Gewichtung der Konversionsmaßnahmen unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände; Aufstockung des Städtebauförderprogramms und des ELR für Konversionsaufgaben

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/3908

Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder

Ziele und vorgesehene Maßnahmen des im Juli 2013 verabschiedeten Abfallvermeidungsprogramms; Beitrag des Landes BW bei der Erstellung des Programms; Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms in BW; Haltung der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft zum Abfallvermeidungsprogramm; Umfang der zu erwartenden Mehrkosten für die Privathaushalte und Unternehmen sowie für die Kommunen und den Landeshaushalt

Antr
s. *Abfallvermeidung*
Drs 15/4091

Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN

Berücksichtigung des Gemeindetags, Städtetags und Landkreistags bei der Besetzung der Jury im Wettbewerb „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit - RegioWIN“

MdlAnfr
s. *Regionalpolitik*
Drs 15/4358

Starkes Land - starke Kommunen - Lage der Kommunen in BW
Entwicklung der Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften in BW im Bundesländervergleich; Entwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Kommunen und Land sowie Kommunen und Bund, insbes Auswirkungen aktueller Gesetzesinitiativen, Verordnungen und Bundesratsinitiativen auf die kommunale Finanzausstattung

Antr
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/4573

EU-Fördermittel für die Städte, Gemeinden und LKreise in BW
Fördermöglichkeiten durch Programme der Europäischen Union und deren Nachfrage aus Städten, Gemeinden und LKreisen in BW, insbes Höhe und regionale Verteilung der abgerufenen EU-Mittel; Informations- und Beratungsbedarf zu den verschiedenen EU-Förderprogrammen; Auswirkungen der Förderung auf Stadt- und LKreise, Forschungseinrichtungen sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/4663

Deponierung von Bauschutt und Erdaushub

Vorhaltung von Deponien für Bauschutt und Erdaushub durch die Gemeinden und Kreise; Anzahl und Kapazität der Deponien der Klassen DK 1 und DK 0 im Land; Befreiung von der Deponierungspflicht; Verlängerung der Entsorgungswege; Anteil des wiederverwerteten Materials

Antr
s. *Bauabfall*
Drs 15/4670

Absenkung der Förderquote bei kommunalen Verkehrsprojekten und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Auswirkungen der Absenkung der Förderquoten im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) bei kommunalen Verkehrsprojekten differenziert nach Finanzstärke der Kommunen und Region; Verfahrensstand für den Erlass einer konkretisierenden Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV, insbes Beteiligung der Kommunen und LKreise sowie Festlegung möglicher neuer Förderkriterien

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4753

Mehrbelastungen durch den Rundfunkbeitrag

Mehrausgaben des Einzelhandels und der Kommunen im Vergleich zur vorherigen Gebührenregelung; Maßnahmen zur Erleichterung ihrer finanziellen Belastung; Verwendung der Mehreinnahmen zur Entlastung einzelner Härtefälle; Gutachten für den Handelsverband Deutschland (HDE) beurteilt das neue Beitragsmodell als verfassungswidrig

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/4779

Förderung von kommunalen Bauhöfen

Förderung von kommunalen bzw interkommunalen Bauhöfen, insbes Fördermöglichkeiten in Flächenkommunen, Anpassungen der Förderrichtlinien im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Antr
s. *Bauhof*
Drs 15/4788

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4804

Kommunikation mit den LKreisen, Städten und Gemeinden im Zuge der Erstellung des Maßnahmenplans für den Generalverkehrsplan 2010

Einbindung der Kommunen und der örtlichen politischen Verantwortungsträger in die Erstellung des Maßnahmenplans für den Generalverkehrsplan 2010 und Umgang mit den vorgeschlagenen priorisierten Maßnahmen der LKreise, Städten und Gemeinden

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/4838

Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz und ihre Relevanz für ökologische Ausgleichsflächen

Anzahl und Zielrichtung derzeitiger Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz in BW, insbes ökologische Zielsetzung des Naturschutzgroßprojekts „Pfrunger-Burgweiler Ried“; Probleme und Möglichkeiten der Ausweisung ökologischer Ausgleichsflächen für betroffene Kommunen

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/4876

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4877

Novellierung der Förderrichtlinie Altlasten

Ziele der Novellierung der Förderrichtlinie Altlasten, insbes geplante Streichung von Abschnitt III „Nichtkommunale Altlasten“ und Konsequenzen für die Kommunen; bisheriger Ausgabenumfang des Landes für nichtkommunale Altlasten

Antr

s. *Altlastensanierung*
Drs 15/4918

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personbeförderungsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollständigkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5077

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/5090

UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Maulbronn - Wo bleibt die Politik des Gehörtwerdens?

Fehlende Einbindung der Stadtverwaltung und kommunaler Gremien bei der Projektplanung zur Klosterlandschaft Maulbronn, insbes bei der Ausweisung einer Pufferzone

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5188

EU-weiter Erfahrungsaustausch von Kommunen

Förderung und Unterstützung des EU-weiten Erfahrungsaustauschs baden-württembergischer Städte und Gemeinden durch die LReg, insbes Bedeutung des EU-Programms URBACT für die Kommunen in BW

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/5211

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes

Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltstfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw

s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5363

Investitionsbedarf durch Einführung der Gemeinschaftsschule - doch Anpassung der Schulbauförderrichtlinie lässt auf sich warten

Stand und Zeitplan zur Ausarbeitung der neuen Schulbauförderrichtlinie; Situation bei Schulentwicklung und Schulhausbau, insbes Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel, Ausstattungs- und Raumbedarf an den Gemeinschaftsschulen und den etablierten Schularten, Gewährleistung von Planungssicherheit für die Investitionen der Gemeinden im Schulbau

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/5529

„Fairtrade-Towns“ in BW

Beteiligung, Erfolge und Unterstützung der Initiativen „Fairtrade-Towns“ zur Förderung des fairen Handels auf kommunaler Ebene sowie der Initiative „Fairtrade-Universities“ im Hochschulbereich in BW; Berücksichtigung der Partnerschaft mit Burundi

Antr
s. *Fairer Handel*
Drs 15/5640

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5642

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung auf die Sportstätten in den Städten und Gemeinden

Zahl der Sportstätten in kommunaler Trägerschaft; Sportstätten als schulische Einrichtungen; Nutzung schulischer Sportstätten durch Sport- bzw Schwimmvereine und die Volkshochschulen; Nutzung nichtschulischer Sportstätten durch Schulen; Vermietung schulischer Sportstätten an Dritte; Wegfall von Sportstätten durch Schulschließungen; Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Sportstättenangebots durch die Kommunen; Berücksichtigung der von der Schließung kommunaler Sportstätten betroffenen Sportvereine bei den Entscheidungen zur regionalen Schulentwicklung

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5811

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - L-BGG)

Umsetzung von Zielen und Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention, insbes Einbeziehung von Kommunen in den Anwendungsbereich des Gesetzes, Stärkung

der Interessenvertretung von Behinderten, Schaffung von Behindertenbeauftragten in den Kommunen, Verpflichtung zur Bestellung von Behindertenbeauftragten in den Stadt- und LKreisen, Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeit und Regelung zur Beweislastumkehr

GesEntw
s. *Behinderter*
Drs 15/5936

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrverboten auf die Luftreinhaltung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/5974

Geltende Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Bezug auf die Praxis der kommunalen Altkleidersammlungen in BW

Umsetzung der Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes bei kommunalen Altkleidersammlungen in BW, insbes Andienungspflicht, Verkauf an den Meistbietenden, Konkurrenz zwischen gemeinnützigen Sammlungen und öffentlich-rechtlichen Entsorgern

KlAnfr
s. *Alttextilien*
Drs 15/6154

Nutzung von EUSka-Daten zur Unfallprävention in BW

Nutzung und Weitergabe der Unfalldaten der elektronischen Unfalltypensteckkarte EUSka zur Unfallprävention in BW, insbes Voraussetzungen für Kommunen zum dauerhaften Datenzugriff, Regelung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/6246

Gestaltung der Konversion in BW

Sachstand zur Gestaltung der Konversion in den betroffenen Kommunen in BW, insbes Ergebnisse der Kommunalen Entwicklungskonzepte (KEK), Förderung von Konversionskommunen, Erwerb von Konversionsflächen durch das Land

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/6384

Wildtiere in der Stadt

Sachstand zum Vordringen von Wildtieren in urbanen Siedlungsräumen Baden-Württembergs, insbes Populationsdichte, Verursachung von Personen- und Sachschäden, Verbreitung von Krankheitserregern, Möglichkeiten der Bejagung, Umsetzung der Bestimmungen des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes im Hinblick auf Wildtiere im Siedlungsraum

Antr
s. *Wildtier*
Drs 15/6424

Förderung für von Armutszuwanderung besonders betroffene Kommunen

Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung der von Armutszuwanderung besonders betroffenen Kommunen, insbes Weiter-

leitung von Fördermitteln des Bundes aus dem Programm „Soziale Stadt“, Hilfen aus den europäischen Fonds ESF und EHAP, Erhöhung der SGB-II-Mittel für Kosten für Unterkunft und Heizung, eigene Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6671

Chancengleichheitsbeauftragte

Sachstand zur Neuregelung des Chancengleichheitsgesetzes, insbes Regelungen in Bezug auf die Bestellung und Aufgaben von Chancengleichheitsbeauftragten in den anderen Bundesländern, Kostenverteilung zwischen Land und Kommunen, Auswirkungen auf die Selbstverwaltungshoheit der Kommunen, zusätzliche Einrichtung von kommunalen Diversity-Beauftragten

Antr
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/6735

Pläne zur Mehrwertsteuerbefreiung kommunaler Unternehmen

Sachstand und Bewertung der geplanten Befreiung kommunaler Unternehmen von der Umsatzsteuer bei Tätigkeiten im Dienste anderer Städte und Gemeinden, insbes Beratungsstand im Bundesrat, Wettbewerbsverzerrungen gegenüber mittelständischen Garten- und Landschaftsbaubetrieben, Europarechtskonformität

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/6817

Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur für Menschen mit Autismus in BW

Sachstand zur Herstellung von Barrierefreiheit im Sinne von Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung und besonders für Menschen mit Autismus, insbes planerische Umsetzung in den Kommunen

Antr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/6927

Offenlegung Kriterien Mietpreisbremse

Sachstand zur Aufstellung und Offenlegung der Kriterien zur Aufnahme von Städten und Gemeinden Baden-Württembergs in das Verzeichnis der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt für die Umsetzung der Mietpreisbremse

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7071

Auswirkungen von Fremdwährungskrediten auf baden-württembergische Kommunen

Sachstand zur Aufnahme von Fremdwährungskrediten durch Kommunen in BW, insbes Mehrkosten als Auswirkungen des Wechselkursrisikos für die Kommunen, gesetzgeberische Maßnahmen zur Vermeidung dieser Mehrkosten durch Verpflichtung zu Währungsabsicherungsgeschäften

Antr
s. *Auslandsschulden*
Drs 15/7304

Flüchtlingsverteilung in BW

Sachstand zur Verteilung der Flüchtlinge in BW, insbes Verteilung in den einzelnen Regierungsbezirken, Soll- und Ist-Anteil der Flüchtlinge in BW anhand des Königsteiner Schlüssels, Unausgewogenheit bei der geografischen Verteilung der Erstauf-

nahmeeinrichtungen, Einführung von Tragfähigkeitsobergrenzen bei Gemeinden; Erhöhung der Polizeipräsenz bei den Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7444

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Umstellung von Kameralistik auf Doppik bei den Kommunen und LKreisen

Sachstand zur Umsetzung der Umstellung von Kameralistik auf Doppelte Buchführung bei den Kommunen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. *Doppelte Buchführung*
Drs 15/7568

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschrittsgesetz)

Einführung der selbständigen Kommunalanstalt als neue Organisationsform für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen; Fortentwicklung der vorhandenen und bewährten öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit der Kommunen; Bildung von gemeinsamen Dienststellen für eine effektivere Zusammenarbeit bei den Verwaltungsdienstleistungen; Modernisierung der Regelungen für den Kommunalen Versorgungsverband BW; Harmonisierung der Reihenfolge der Parteien in den Bekanntmachungen und auf den Stimmzetteln der Landtagswahl mit den Regelungen zur Bundestagswahl

GesEntw
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7610

Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zur Praxis der Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsunterbringung, insbes bei den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit den Erstaufnahmeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7712

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Sachstand zur Bewährung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) seit dem Inkrafttreten am 12. August 2013 als Förderinstrument für die Integrationsarbeit in den Kommunen in BW, insbes Beitrag zur Stärkung kommunaler Strukturen, Auswirkung auf Kommunen mit besonders hohem Migrantenanteil, Eignung für die besonderen integrationspolitischen Herausforderungen angesichts steigender Flüchtlingszahlen

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7714

Umgang mit Stellungnahmen von Gemeinden zur Mietpreisbremse

Anzahl und Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen und deren Berücksichtigung in der Mietpreisbegrenzungsverordnung BW

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7729

Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auf Ebene der Kommunen

Sachstand zur mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Vereinbarung über den Ersatz der den Kommunen aus der Flüchtlingsunterbringung entstehenden Kosten, insbes Festlegungen für die Abrechnungsmodalitäten

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7736

Faktische Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen

Sachstand zur Erstattung der faktischen Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen, insbes Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7768

Projektende MELAP PLUS und ELR-Schwerpunktgemeinden - Wie geht es weiter?

Sachstand zu Erkenntnissen aus den Modellprojekten MELAP und MELAP PLUS iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum nach zwei Förderperioden, insbes zukünftigen Projekte gegen den Flächenverbrauch in Kommunen und Förderung der Innenentwicklung

Antr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/7910

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren gemeinsam mit den Kommunen; Fortführung der fairen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen; Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24 30

Fortführung der fairen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen, Unterstützung von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen mit Städtebaufördermitteln

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 44 51 52 55 58 60

Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642-644 647 648

Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 702-707

Rücknahme der Kürzungen der Kommunen für die Sozialpsychiatrischen Dienste, Schaffung gemeindepsychiatrischer Verbundstrukturen; Neuordnung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Unterstützung der Gemeinden bei der Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717-720 722 732-738

Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer; Ermöglichung der Ausweisung von Standorten zur Windkraftnutzung auch durch die Kommunen; Erleichterung von Bürgerbegehren und -entscheide auf kommunaler Ebene

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041 1053 1063 1066

Beurteilung der Finanzlage der Kommunen; Fortführung der fairen Partnerschaft mit dem Land; Finanzierung des Pakts mit den Kommunen für Familien mit Kindern über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1101 1102 1104 1105 1108 1115-1117 1120 1129 1130 1132-1134

Verweisung auf den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern sowie auf das Interesse der Kommunen an der Einrichtung von Ganztagschulen; Mittelbereitstellung für die Ausländerintegration und Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen; Erhaltung der Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe der Banken an Kommunen

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191 1196 1206 1213 1226 1235-1238 1245-1247 1253-1255

Mittelbereitstellung an die Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung und Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1320 1324 1327

Aufstockung der finanziellen Beteiligung am Ausbau der Kleinkindbetreuung und Sprachförderung iRd Pakts mit den Kommunen; Zulassung der von Kommunen beantragten Verbundschulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1375 1376 1378 1382 1385 1386 1388 1392 1394-1396 1435 1439 1441 1443 1444 1450 1451

Geschäfte von Kommunen mit spekulativen Finanzprodukten, insbes mit Zinsderivaten; Verschärfung des entsprechenden Verbots in der Gemeindeordnung

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699-1706

Bereitstellung von mehr Mitteln des Bundes für die Kommunen zum Ausbau der Krippenbetreuung bis 2013, Verweisung auf den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern, Finanzierung über die Anhebung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2151 2152 2154-2160

Einbeziehung der Kommunen in die Umsetzung des europäischen Fiskalpakts, Zugeständnisse des Bundes gegenüber den Kommunen, Absicherung der Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen; Verschärfung des Verbots von spekulativen Finanzgeschäften der Kommunen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252-2256 2258 2260 2262-2264 2297-2303

Kommunale Satzung

s.a. Rechtsvorschrift

Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz - ZwEWG)

Erhaltung des Wohnraumangebotes in Gebieten mit besonders gefährdeter Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen; Schaffung des erforderlichen gesetzlichen Rahmens für Maßnahmen der Gemeinden mit Wohnraummangel zum Erhalt des Gesamtwohnraumangebots, insbes Festlegung des Verbots der Zweckentfremdung durch den Erlass eigener Satzungen

GesEntw

s. Zweckentfremdung von Wohnraum

Drs 15/4277

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kenntnisaufgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw

s. Landesbauordnung für Baden-Württemberg

Drs 15/5294

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit
Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofsatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr

s. Bestattung

Drs 15/5979

Kommunale Schuldenwirtschaft

s. Kommunalverschuldung

Kommunale Selbstverwaltung

s.a. Kommunale Gebietskörperschaft

s.a. Kommunalpolitik

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Klein-

kindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr

s. Kommunalen Finanzausgleich

Drs 15/157

Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission

Bericht zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung vor Entscheidungen über den kommunalen Finanzausgleich

Mittlg LReg

s. Kommunalen Finanzausgleich

Drs 15/1055

Ausbau der Windenergie in BW

Gründe für den Protest von Bürgerinitiativen gegen das im Mai 2012 novellierte Landesplanungsgesetz; Akzeptanzsteigerung für den Ausbau der Windenergie; Nachbesserungen beim Landesplanungsgesetz und beim Windenergieerlass; Zusammenarbeit mit den Kommunen beim Windenergieausbau, insbes Fortschreibung von Flächennutzungsplänen, Nutzung von Potenzialkarten und Planungshilfen; Zulassung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr

s. Windenergie

Drs 15/2983

Ministerielle Intervention und kommunale Selbstverwaltung

Gründe, rechtliche Voraussetzungen und Folgen der direkten Intervention des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur nach einer Bürgeranfrage in die Zuständigkeit einer Kommune bei der einer Änderung eines kommunalen Flächennutzungsplans (FNP), insbes Vereinbarkeit mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie

KlAnfr Ulrich Müller CDU 30.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3867

Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen

Stellungnahmen der Kommunalen Landesverbände und Regionalverbände zur Fortschreibung der Hinweise für die Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise; Durchführung einer Verbandsanhörung vor der Fortschreibung der Hinweise; Vorwurf des Eingriffs in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung; Berücksichtigung örtlicher/regionaler Besonderheiten im Genehmigungsverfahren; Nutzung aktueller Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung bei der Berechnung des Flächenbedarfs der Kommunen; Überarbeitung der bisherigen Berechnungsformel; Vorwurf einer Absenkung des Wachstumsfaktors als Mittel zur Steuerung des Flächenverbrauchs

Antr

s. Bauleitplanung

Drs 15/4521

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klima-

schutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

Antr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Chancengleichheitsbeauftragte

Sachstand zur Neuregelung des Chancengleichheitsgesetzes, insbes Regelungen in Bezug auf die Bestellung und Aufgaben von Chancengleichheitsbeauftragten in den anderen Bundesländern, Kostenvorteilung zwischen Land und Kommunen, Auswirkungen auf die Selbstverwaltungshoheit der Kommunen, zusätzliche Einrichtung von kommunalen Diversity-Beauftragten

Antr
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/6735

Wie plausibel ist die „Plausibilitätsprüfung von Bauflächenbedarfsnachweisen nach §§ 6 und 10 Absatz 2 BauGB“ und welche Rolle soll künftig § 65 WG spielen?

Sachstand zu Auswirkungen des Erlasses vom 23. Mai 2013 zur „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ im Hinblick auf das kommunale Planungsrecht und die kommunale Selbstverwaltung; Bedeutung des Bauverbots nach § 65 Wasser-gesetz für BW im Zusammenhang von anerkannten Flächenreserven und dem Wegfall solcher Reserven

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/7157

Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft

s. *Kommunale Gebietskörperschaft*

Kommunale Versorgungswirtschaft

s.a. *Kommunales Unternehmen*

Datenerhebung bei den Stadtwerken

Gründe und Auswirkungen der umfangreicheren Datenerhebung der Landesregulierungsbehörde bei der „Datenerhebung Kostenprüfung - Gas“ von den Stadtwerken im Vergleich zur Bundesnetzagentur, Höhe und Träger der Kosten für die Landeskontrollbehörde, Beurteilung der Aufgabenverteilung zwischen der Bundesnetzagentur und den Ländern und der damit verbundenen Parallelstrukturen

Antr
s. *Aufsichtsbehörde*
Drs 15/89

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftermodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der

Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilnetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/3621

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Rentabilität des Baus neuer Kraftwerke unter Beteiligung von Stadtwerken

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 181

Beteiligung der Stadtwerke am Ausbau der Windkraftnutzung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614 617 625

Befürwortung der Beteiligung von Stadtwerken und regionalen Energieerzeugern an der EnBW, Moderation der Zusammenarbeit zwischen der EnBW und den Stadtwerken

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684-686 689 693-696

Ausbau des Engagements der EnBW im Bereich der erneuerbaren Energien gemeinsam mit den Stadtwerken

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 919 921 922

Moderation der Zusammenarbeit zwischen Stadtwerken und der EnBW

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1047 1048 1050 1053

Kommunale Vertretungskörperschaft

s. *Kommunalvertretung*

Kommunale Zusammenarbeit

s.a. *Kommunale Gebietskörperschaft*

Reform des Europäischen Vergaberechts

Auswirkungen o.g. Regelungsvorschläge der EU-Kommission und des neuen Richtlinienvorschlags für Konzessionen, insbes auf die Bereiche der sozialen Dienstleistungen und der interkommunalen Zusammenarbeit, auf die Rettungsdienste, die Kreditversorgung der Kommunen, auf kleine und mittlere Unternehmen; Auswirkungen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Dienstleistungskonzessionen für den Bereich der Daseinsvorsorge; Vereinbarkeit der geplanten Nationalen Aufsichtsstelle mit der föderalen Kompetenzordnung

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1524

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, bei der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen und Gewährleistung der Sicherheit und Gefahrenabwehr

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die zukünftige Konzessionsvergabe (KOM 2011/897) und hieraus resultierende Folgen für die baden-württembergischen Kommunen

Beurteilung des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission für ein neues europaweites Vergaberecht, insbes bürokratischer Aufwand und geplante Hilfestellungen für Kommunen bei der Umsetzung, Höhe der Schwellenwerte und Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen, Auswirkungen für die Rettungsdienste, Einbeziehung der Konzessionsvergabe für den Wassermarkt und Erschwerung der interkommunalen Zusammenarbeit

KlAnfr

s. *Richtlinie der EU*

Drs 15/2914

Entwurf EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Ablehnung der Regelung der Wasserversorgungsdienste im Entwurf einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe, insbes Wasserzugang als Menschenrecht und Wasser als nicht übliche Handelsware; Wasserversorgung und -bewirtschaftung als Kernstück kommunaler Daseinsvorsorge fällt nach einem Zusatzprotokoll des Lissabonvertrags nicht unter die Regelungen des europäischen Binnenmarkts

Antr

s. *Wasser*

Drs 15/2957

Natur- und landwirtschaftsdienender Ausgleich

Umfang der seit 2007 der Landwirtschaftsnutzung entzogenen Flächen; Anteil der zur Kompensation von Flächenversiegelungen entzogenen landwirtschaftlichen Nutzflächen; Ausgleichsmaßnahmen ohne die Landwirtschaftsflächen zu verringern; Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen

Antr

s. *Landwirtschaftsfläche*

Drs 15/3652

Förderung von kommunalen Bauhöfen

Förderung von kommunalen bzw interkommunalen Bauhöfen, insbes Fördermöglichkeiten in Flächenkommunen, Anpassungen der Förderrichtlinien im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Antr

s. *Bauhof*

Drs 15/4788

Interkommunale Zusammenarbeit bei Gutachterausschüssen

Sachstand zur interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kommunalen Gutachterausschüsse, insbes Entwicklung der Zuständigkeiten, Synergiepotential, notwendige Anpassung des Rechtsrahmens durch die LReg

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7234

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 64

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefinanzrecht)

Einführung der selbständigen Kommunalanstalt als neue Organisationsform für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen;

Fortentwicklung der vorhandenen und bewährten öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit der Kommunen; Bildung von gemeinsamen Dienststellen für eine effektivere Zusammenarbeit bei den Verwaltungsdienstleistungen; Modernisierung der Regelungen für den Kommunalen Versorgungsverband BW; Harmonisierung der Reihenfolge der Parteien in den Bekanntmachungen und auf den Stimmzetteln der Landtagswahl mit den Regelungen zur Bundestagswahl

GesEntw LReg 27.10.2015 Drs 15/7610 (116 S.)

1. Beratung PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8483-8487

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7811

EAntr GRÜNE und SPD 08.12.2015 Drs 15/7850

2. Beratung PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8699 8700

GesBeschl 09.12.2015 Drs 15/7852

GBI 2015 Nr. 24 S. 1147-1154 (Ges vom 15.12.2015)

Mittlg LReg 20.02.2017 Drs 16/1217

Verstärkte Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit beim Ausbau der Breitbandversorgung

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 738

Kommunaler Ausgleichsstock

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Kommunaler Eigenbetrieb

s. *Kommunales Unternehmen*

Kommunaler Finanzausgleich

s.a. *Gemeindefinanzen*

s.a. *Konnexitätsprinzip*

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr FDP/DVP 28.06.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/157

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 732-737

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/1300 S. 4

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Bewilligungen iRd Ausgleichsstocks

Berichterstattung über die bisherigen und noch erfolgenden Bewilligungen durch die Vergabeausschüsse der RegPräs 2011 gliedert nach den einzelnen Vorhaben der Gemeinden, der Höhe der jeweiligen Gesamtinvestition, des Mittelanteils aus dem Ausgleichsstock und einem evtl Fachförderprogramm

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 23.08.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/442 (41 S.)

Ergänzende Stellungnahme IM 09.12.2011 Drs 15/951

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 6

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Umsetzung der mit den Kommunen vereinbarten Finanzverteilung, Erhöhung der Leistungen für die Kleinkindbetreuung entsprechend dem Pakt mit den kommunalen Landesverbänden für Familien mit Kindern; Anhebung des Kostenbeitrags für den Anspruch auf Beihilfe für Wahlleistungen beim stationären Krankenhausaufenthalt; Anhebung der Zuschüsse an Ersatzschulen; Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Landesbeamtengesetzes, der Beihilfeverordnung und des Privatschulgesetzes

GesEntw

s. *Haushaltsbegleitgesetz 2012*

Drs 15/1001

Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission

Bericht zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung vor Entscheidungen über den kommunalen Finanzausgleich

Mittlg MFW 15.12.2011 Drs 15/1055 (16 S.)

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1117 II. S. 2

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Mittlg MFW 13.11.2012 Drs 15/2734 (24 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 30.11.2012 Drs 15/2617 II. S. 2

PIPr 15/55 14.12.2012 S.

Auswirkungen der Zweitwohnungsteuer in Universitätsstädten auf Bevölkerungsentwicklung und Finanzausgleich in ländlichen Kommunen

Entwicklung des Aufkommens aus der Zweitwohnungsteuer in den einzelnen Universitätsstädten; Verlegung des Hauptwohnsitzes von Studenten an den Studienort, um der Zweitwohnungsteuer zu entgehen; Höhe der dadurch den Gemeinden im ländlichen Raum entstandenen Einnahmeverluste iRd kommunalen Finanzausgleichs; Frage nach einem Verlustausgleich

KlAnfr

s. *Zweitwohnungsteuer*

Drs 15/1158

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2011

Entwicklung des Aufkommens und der jeweiligen Verteilung nach dem FAG für das Land und die einzelnen Stadt- und LKreise 2011, Darlegung der maßgeblichen Effekte für das höhere Aufkommen und der Einnahmeerwartungen für 2012

Antr

s. *Grunderwerbsteuer*

Drs 15/1349

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1466

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung

eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr

s. *Konversion*

Drs 15/1962

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw

s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*

Drs 15/2561

Finanzierung von Landesstraßen in kommunaler Baulast

Einrichtung eines Förderprogramms nach dem Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG) für Straßenbaumaßnahmen in kommunaler Sonderbaulast

Antr

s. *Landesstraße*

Drs 15/2725

Auswirkungen des Zensus 2011

Termin der Rechtskräftigkeit der Volkszählungsergebnisse; Auswirkungen auf die Zahlungen Baden-Württembergs in den Länderfinanzausgleich; Stichtag für die Neuberechnung; Auswirkungen auf die Haltung des Landes gegenüber der Klage Bayerns und Hessens gegen den Länderfinanzausgleich; Folgen des Zensus 2011 für die Kommunen; Vermeidung unbilliger Härten für Gemeinden mit deutlichem Einwohnerrückgang; Verhandlungen mit den anderen Bundesländern und dem Bund über eine gestaffelte Nachzahlungsverpflichtung in den Länderfinanzausgleich für die Jahre 2011 und 2012

Antr

s. *Volkszählung*

Drs 15/3593

Der Länderfinanzausgleich nach Steuerschätzung und Zensus

Gründe für einen Zurückgang der Nettoeinnahmen des Landes und der Kommunen in den Jahren 2013 und 2014 bei einem gleichzeitigen Anstieg der Bruttoeinnahmen des Landes; Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2013 auf den Länderfinanzausgleich; Konsequenzen aus der Auswertung des Zensus 2011 für die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern sowie unter den Ländern; Resultate der Gespräche mit Vertretern anderer Bundesländer über eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs; Aufforderung zum Beitritt zur gegen den Länderfinanzausgleich angestregten Klage der Länder Bayern und Hessen

Antr

s. *Länderfinanzausgleich*

Drs 15/3615

Kinderbetreuungsangebote in den Kommunen - Qualität in Kindertageseinrichtungen ausbauen, Finanzierung sicherstellen
Stand der Erfüllung der Rechtsverpflichtung zur Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren in den einzelnen Kommunen; Finanzierung dieses Angebots; Verfahren für die Abrufung der Landesmittel; Inanspruchnahme der Fördermittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG); Entwicklung der Personalstärke in den Jugendämtern im Verhältnis zum Ausbau der Kindertagespflege in den Stadt- und LKreisen; Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen, insbes der Betreuung von Kindern unter drei Jahren; Beispiele für eine Qualitätsverbesserung von Seiten der kommunalen Träger

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3980

Schreiben des BVerfG vom 30.07.2013, Az.: 2 BvF 1/13 - Normenkontrollverfahren gegen Vorschriften des Maßstäbengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen

ungen//
s. *Länderfinanzausgleich*
PIPr 15/76 S. 4586

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze

Beteiligung der Kommunen an den Belastungen des Hochwasser-Aufbauhilfefonds; Anpassung von Verteilungsschlüsseln und Bemessungsgrundlagen für Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich

GesEntw LReg 19.11.2013 Drs 15/4353 (21 S.)
1. Beratung PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5116-5135
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.12.2013 Drs 15/4444
2. Beratung PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5223-5242
GesBeschl 19.12.2013 Drs 15/4533
GBI 2013 Nr. 18 S. 491-493 (Ges vom 19.12.2013)

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalsatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personenbeförderungsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollstän-

digkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5077

Novellierung des Schulgesetzes

-*Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen*

-*Paritätische Besetzung der Schulkonferenz*

-*Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens*

Änderung von § 3 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 14. Februar 2012

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreis Schwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreis Schwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreises Schwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5318

Haushaltsbegleitgesetz 2015/16

Änderung von § 3 des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich in der Fassung vom 3. Dezember 2013; Gewährung eines finanziellen Ausgleichs für die Aufgabenübertragung im Bereich Marktüberwachung von den unteren Verwaltungsbehörden auf das RegPräs Tübingen

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016*
Drs 15/5960

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Änderung der §§ 1, 2, 11, 17, 18 und 19 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 16. Dezember 2014

GesEntw
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/6962

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes

Änderung von § 11 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 21. Juli 2105

GesEntw
s. *Grünland*
Drs 15/7676

Verringerung der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs, Erhöhung der Zuweisungen für die Schülerbeförderungskosten
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Schwerpunktsetzung auf Krankenhausinvestitionen iRd kommunalen Finanzausgleichs
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1129 1130

Erhöhung der Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1443 1444 1451

Erhöhung der Zuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich für Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit und Sprachförderung
PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1465 1478

Zusätzliche Hilfen für die von der Bundeswehrkonversion betroffenen Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2173 2175 2177 2179

Kommunaler Haushalt

Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Absenkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre; Umstellung der Berechnung der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien auf das Sainte-Lague-Verfahren; Vereinfachung der Organisation und Durchführung von Kommunalwahlen; Entzerrung und Erleichterung des Umstellungsprozesses auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen

GesEntw
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/3119

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiedereinreisesperren; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Enzkreis und in Pforzheim

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Enzkreises und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4377

Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit der kommunalen Doppik in das Landesrecht, insbes Einführung der Möglichkeit zur Umschuldung von inneren Darlehen aus Deponierückstellungen, Flexibilisierung der

im Haushaltsplan darzustellenden Schlüsselgrößen mit ausgewiesenen zu erbringenden Leistungszielen, Verfahrensvereinfachungen bei bestimmten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Verfahrensvereinfachungen bei Verpflichtungsermächtigungen in einer Haushaltssatzung für zwei Haushaltsjahre und bei der überörtlichen Prüfung; Sicherung der Aufgabenerfüllung der von den Gemeinden untergebrachten staatlichen Notariate

GesEntw LReg 17.11.2015 Drs 15/7721 (23 S.)

1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8651

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7812

2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8752-8756

GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7890

GBI 2016 Nr. 1 S. 1-3 (Ges vom 17.12.2015)

Kommunaler Landesverband

s. *Kommunaler Spitzenverband*

Kommunaler Mandatsträger

s.a. *Kommunaler Wahlbeamter*

Befangenheit von Schulleitung und Lehrkraft als Mitglied im Gemeinderat bei Einrichtung, Aufgabe und Änderung von Schulen
Anwendbarkeit des § 18 der Gemeindeordnung von BW (Ausschluss wegen Befangenheit) auf Schulleiter und Lehrer bei Abstimmungen über Schulthemen im Gemeinderat

KlAnfr
s. *Befangenheit*
Drs 15/3658

Gemeinderäte ohne Frauen

Gemeinden, in die bei der Kommunalwahl 2014 keine Frauen gewählt wurden; Zahl der dort im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlbewerber aufgestellten Kandidatinnen; Zahl der Wahlvorschläge in den betreffenden Kommunen; Tendenzen bei der Anzahl der Gemeinderäte ohne Frauen seit 1999

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5383

Befangenheit im kommunalen Entscheidungsprozess des Landes BW

Sachstand zum Ausschluss gewählter ehrenamtlicher kommunaler Entscheidungsträger in baden-württembergischen Gemeinderäten wegen Befangenheit

KlAnfr
s. *Befangenheit*
Drs 15/8108

Kommunaler Spitzenverband

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 15/157

Arbeitsgruppe zur regionalen Schulentwicklungsplanung
Zusammensetzung, Arbeitsauftrag, Zeitplan und Ziele der Arbeitsgruppe der kommunalen Landesverbände zur Erarbeitung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung; Frage nach der Zusammenarbeit mit dem KM und Abgabe einer Empfehlung zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Schulentwicklungsplan*
Drs 15/1601

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4877

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/5090

Bewertung des baden-württembergischen Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5817

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung

mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6339

Kommunaler Straßenbau

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 17 - Kommunaler Straßenbau - Ausbau der Kreisstraße zwischen Rust und Ringsheim (Kap 1304)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3817
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4217
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5362
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5722
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
Mittlg LReg 16.06.2015 Drs 15/6991
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7212
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
Mittlg LReg 29.04.2016 Drs 15/8123
BeschlEmpf und Bericht FinA 07.07.2016 Drs 16/265
PIPr 16/11 21.07.2016 S. 472 473

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) - Mittelverwendung

Bestehende Verpflichtungen im Öffentlichen Personennahverkehr und im Straßenbau; Gesamtvolumen der im Förderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ bewilligten Projekte; Höhe der bis zum Ende des Förderprogramms für neue Projekte verfügbaren Fördermittel; Stand der Projekte Südumfahrung Keulen und Ortsumfahrung Markdorf

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/3846

Novellierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Einführung neuer Fördertatbestände zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Absenkung der Bagatellgrenze; Förderung des Einbaus von Lärmschutzfenstern; Übergangsregelungen für bereits zugesagte Fördervorhaben; Absenkung der Förderquote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); Verzicht auf Kürzungen im Förderbereich Radverkehr; Gefahr des Ausbleibens von Investitionsvorhaben wegen zu geringer Finanzkraft der Träger

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4348

Aufnahme des Abschnitts Elfmorgenbruchstraße - Haid- und Neu-Straße in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Baurecht für den Abschnitt Elfmorgenbruchstraße - Haid- und Neu-Straße als Fortsetzungstrasse des Autobahnanschlusses Karlsruhe Nord; Finanzierung des Abschnitts als Maßnahme des Bundesverkehrswegeplans (BVWP); Folgen einer Nichtaufnahme in den BVWP 2015 für die Bevölkerung in Karlsruhe-Hagsfeld; alternative Möglichkeiten der Verkehrsentlastung; Finanzierung als Maßnahme des kommunalen Straßenbaus

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/4458

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelsheim und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4473

Aus- und Neubaumaßnahmen im Straßenbau in BW

Über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bewilligte Maßnahmen des Kommunalen Straßenbaus sowie des Umweltverbunds; Bewilligungen in den LKreisen seit Mai 2011; Aus- und Neubau von Landesstraßen seit dem Regierungswechsel

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4611

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellte sowie künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtungen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/6273

Kommunaler Versorger

s. *Kommunale Versorgungswirtschaft*

Kommunaler Versorgungsverband

Abdeckung der Pensionsverpflichtungen für die kommunalen Bediensteten mit dem Kommunalen Versorgungsverband

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 406

Kommunaler Wahlbeamter

s.a. *Kommunaler Mandatsträger*
s.a. *Kommunalwahl*

Kandidaturen kommunaler Wahlbeamter bei den Kreistagswahlen am 25. Mai 2014

Anteil der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Beigeordneten in den neu gewählten Kreistagen; Fraktionszugehörigkeit; Gesamtzahl der Wahlbeamten unter den Kandidaten; Kandidatur ehrenamtlicher Bürgermeister sowie von Bürgermeistern im Ruhestand und ihre Wahl in den Kreistag; Zusammensetzung

der Kreistage im Vergleich zu den bisherigen Kreistagen; Geschlechterverhältnis

Antr GRÜNE 01.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5393 (24 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.03.2015 Drs 15/6733 S. 14
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw FDP/DVP 13.05.2015 Drs 15/6893
1. Beratung PIPr 15/133 08.07.2015 S. 7975-7981
Mittlg LtgPräs 09.07.2015 Drs 15/7154
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.07.2015 Drs 15/7200 (dazu ÄAntr CDU Nr. 1 und ÄAntr FDP/DVP Nr. 2)
ÄAntr CDU 22.09.2015 Drs 15/7418-1 S. 1-2
ÄAntr FDP/DVP 22.09.2015 Drs 15/7418-2 S. 3
2. Beratung PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8157 (abgesetzt)
2. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8196-8200 8210 (Ab-
lehnung)

Kommunaler Zweckverband

s. *Zweckverband*

Kommunales Haushaltsrecht

s. *Haushaltsrecht*

Kommunales Rechnungswesen

s. *Kassen- und Rechnungswesen*

Kommunales Satzungsrecht

s. *Kommunale Satzung*

Kommunales Theater

s. *Theater*

Kommunales Unternehmen

s.a. *Kommunale Versorgungswirtschaft*
s.a. *Kommunales Wirtschaftsrecht*
s.a. *Kommunalisierung*
s.a. *Öffentliches Unternehmen*

Umsatzsteuerliche Behandlung von Zuschüssen an kommunale und landesbeteiligte Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Auswirkungen der Umsatzsteuerpflicht für Zuschüsse an kommunale und landesbeteiligte GmbHen, insbes Rechtslage, Entlastung von Nachforderungen sowie Änderung der Organisations- und Vertragsgestaltung

Antr GRÜNE und SPD 12.02.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3051
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 9
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Energienetze - Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Interesse der Netzkunden

Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Zusammenhang mit dem Neuabschluss von Strom- und Gaswegenutzungsverträgen nach § 46 Abs 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), insbes Gefahr einer Zersplitterung der Verteilnetze durch kommunale Netzbeteiligungen und Konsequenzen für den ländlichen Raum; Anteil kommunaler Netzbeteiligungen und Auswirkungen auf Kommunalhaushalt und Netznutzungsentgelte; solidarische Verteilung der Netzausbaukosten zwischen Städten und ländlichem Raum

Antr

s. Energiewirtschaft

Drs 15/3227

Erweiterung der Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung

Bedeutung der kommunalen Unternehmen bei der Energieerzeugung und -versorgung; ihre Rolle bei der Umstrukturierung der Energieversorgung iRd Energiewende; Aufhebung des Verbots der überörtlichen wirtschaftlichen Betätigung in § 102 der Gemeindeordnung für BW (GemO), um Kooperationen zwischen kommunalen Unternehmen und überregionalen Energieunternehmen zu ermöglichen

Antr GRÜNE 20.03.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3255 (28 S.)

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4909-4914

Förderung von kommunalen Bauhöfen

Förderung von kommunalen bzw interkommunalen Bauhöfen, insbes Fördermöglichkeiten in Flächenkommunen, Anpassungen der Förderrichtlinien im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Antr

s. Bauhof

Drs 15/4788

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Gründe für den Verzicht auf eine Änderung von § 102 der Gemeindeordnung über die Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen; Ermöglichung der überörtlichen Betätigung kommunaler Energieunternehmen

Antr FDP/DVP 12.12.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6249

Pläne zur Mehrwertsteuerbefreiung kommunaler Unternehmen

Sachstand und Bewertung der geplanten Befreiung kommunaler Unternehmen von der Umsatzsteuer bei Tätigkeiten im Dienste anderer Städte und Gemeinden, insbes Beratungsstand im Bundesrat, Wettbewerbsverzerrungen gegenüber mittelständischen Garten- und Landschaftsbaubetrieben, Europarechtskonformität

Antr

s. Umsatzsteuer

Drs 15/6817

Kommunales Versorgungsunternehmen

s. Kommunale Versorgungswirtschaft

Kommunales Wirtschaftsrecht

s.a. Gemeindefinanzen

s.a. Gemeindeprüfungsanstalt

s.a. Kommunales Unternehmen

s.a. Kommunalisierung

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Gründe für den Verzicht auf eine Änderung von § 102 der Gemeindeordnung über die Zulässigkeit wirtschaftlicher Unternehmen; Ermöglichung der überörtlichen Betätigung kommunaler Energieunternehmen

Antr

s. Kommunales Unternehmen

Drs 15/6249

Kommunalfinanzen

s. Gemeindefinanzen

Kommunalisierung

s.a. Kommunale Einrichtung

s.a. Kommunales Unternehmen

s.a. Kommunales Wirtschaftsrecht

s.a. Privatisierung

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftermodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilstetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr

s. Stromnetz

Drs 15/3621

Übertragung von Aufgaben an die Kommunen

Planung der Aufgaben- und Personalübertragung vom Land auf die Kommunen, insbes zur Kommunalisierung vorgesehene Aufgaben, angestrebte Einsparungen und Effizienzrendite, Kommunalisierung der Landratsämter und der dort beschäftigten Beamten des höheren Dienstes

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.07.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3884

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 35

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personbeförderungsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollständigkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der

ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5077

Wertstoffgesetz - Ausweitung der Kommunalwirtschaft

Sachstand zur geforderten Übertragung der Wertstofffassung auf die Kommunen iR eines Eckpunktepapiers zum Wertstoffgesetz des Bundes

KlAnfr
s. *Wertstoff*
Drs 15/7229

Kommunalparlament

s. *Kommunalvertretung*

Kommunalpolitik

s.a. *Bürgerbeteiligung*
s.a. *Bürgerentscheid*
s.a. *Bürgerversammlung*
s.a. *Gemeinderat*
s.a. *Kommunale Gebietskörperschaft*
s.a. *Kommunale Selbstverwaltung*
s.a. *Kommunalwahl*
s.a. *Regionalplanung*

Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik durch sinnvolle Maßnahmen nachhaltig verbessern

Beauftragung der Landeszentrale für politische Bildung mit einer Informationskampagne 2013 zur Gewinnung von Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2014; Anstreben von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten für ehrenamtlich tätige Mandatsträger während präsenzpflichtiger Sitzungen kommunaler Gremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1743

Umbruch für die Kommunalpolitik - Praktikabilität der grünen Vorschläge einer zwingenden paritätischen Besetzung von Kommunalwahllisten

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062-2074

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr
s. *Frau*
Drs 15/1886

Jugendliche in der Kommunalpolitik in BW

Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Anteils der Erstwahlberechtigten bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seit 2002; Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von Jugendlichen an der Kommunalpolitik; Frage nach den vorgesehenen Änderungen bei der bevorstehenden Reform des Kommunalwahlrechts, u.a. Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 oder auf Antrag auf 14 Jahre

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 30.08.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2279
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.10.2012 Drs 15/2741 S. 21 22
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr CDU 26.02.2014 und Antw LReg Drs 15/4853 (23 S.)

Kommunalrecht

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler Ebene durch Änderung von Quoren und Fristen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; Regelung zur Bildung von Fraktionen und deren Rechte in kommunalen Gremien; Stärkung der Minderheitenrechte in kommunalen Gremien; Festschreibung von Berechtigungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung; Fortentwicklung bei der Transparenz der örtlichen Verwaltung

GesEntw LReg 28.07.2015 Drs 15/7265 (141 S.)
1. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8217-8223
BeschlEmpf und Bericht InnenA 07.10.2015 Drs 15/7480 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD Nr.1) (35 S.)
ÄAntr CDU 13.10.2015 Drs 15/7558-1 S. 1-2
ÄAntr GRÜNE und SPD 13.10.2015 Drs 15/7558-2 S. 3
ÄAntr GRÜNE und SPD 14.10.2015 Drs 15/7558-3 S. 4
2. Beratung PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8318-8329
GesBeschl 14.10.2015 Drs 15/7573
GBI 2015 Nr. 19 S. 870-878 (Ges vom 28.10.2015)

Kommunaltheater

s. *Theater*

Kommunalverband für Jugend und Soziales

s.a. *Kinder- und Jugendhilfe*

Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung
Angebot von Betreuungsplätzen in Unternehmen und von Unternehmen in Kindertageseinrichtungen von öffentlichen oder privaten Trägern am Firmensitz; Frage nach der Inanspruchnahme der Servicestelle des Kommunalverbands für Jugend und Soziales sowie nach steuerlichen Vorteilen für die Unternehmen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1708

Beurteilung der Anlauf- und Beratungsstellen unter der Trägerschaft des KVJS für die Opfer der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 954

Kommunalverschuldung

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos in der Gemeindeordnung für BW

GesEntw
s. *Kredit*
Drs 15/7340

Anstehende Gewerbesteuerrückzahlung und finanzielle Belastung für die Stadt Künzelsau

Auswirkungen der Steuerrückzahlung an das Künzelsau ansässige Unternehmen auf den Gemeindehaushalt; Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Verhinderung einer Überforderung der Stadt und ihrer Bewohner

KlAnfr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 15/7651

Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften
Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit der kommunalen Doppik in das Landesrecht, insbes Einführung der Möglichkeit zur Umschuldung von inneren Darlehen aus Deponierückstellungen, Flexibilisierung der im Haushaltsplan darzustellenden Schlüsselgrößen mit ausgewiesenen zu erbringenden Leistungszielen, Verfahrensvereinfachungen bei bestimmten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Verfahrensvereinfachungen bei Verpflichtungsermächtigungen in einer Haushaltssatzung für zwei Haushaltsjahre und bei der überörtlichen Prüfung; Sicherung der Aufgabenerfüllung der von den Gemeinden untergebrachten staatlichen Notariate

GesEntw
s. *Kommunaler Haushalt*
Drs 15/7721

Kommunalvertretung

s.a. *Behindertenbeirat*
s.a. *Kommunalwahl*

Haben radikale Kräfte im LKreis Böblingen bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien bei der Kommunalwahl 2014 von dem von Grün-Rot eingeführten neuen Berechnungsverfahren nach Sainte-Lague/Schepers profitiert?

Auswirkungen der Änderung des Berechnungsverfahrens auf die Sitzverteilung in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten im LKreis Böblingen, im Kreistag des LKreises Böblingen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart; Anzahl der Kreistagssitze für NPD und Die Linke bei der Anwendung des früheren Berechnungsverfahrens nach d'Hondt; Bewertung des Erfolgs von radikalen und Splitterparteien bei der Kommunalwahl 2014 im Vergleich zur Kommunalwahl 2009; Konsequenzen für das Sitzzuteilungsverfahren

KlAnfr
s. *Sitzverteilung*
Drs 15/5335

Änderung der Freibeträge bei der Versteuerung von Entschädigungen und Sitzungsgeldern für die ehrenamtliche Mitgliedschaft in kommunalen Vertretungen

Anlass der Änderung der Steuerfreibeträge für pauschale Entschädigungen und Sitzungsgelder ab 2013; Festsetzung des Freibetrags für Fraktionsvorsitzende in Gemeinden und Städten mit bis zu 50.000 Einwohnern; Vorwurf der Schlechterstellung der Fraktionsvorsitzenden in kleineren Gemeinden; Anhörung von Organisationen und Einzelpersonen zur Festsetzung der Freibeträge

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 18.09.2014 und Antw MFW Drs 15/5742

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung auf kommunaler Ebene durch Änderung von Quoren und Fristen bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden; Regelung zur Bildung von Fraktionen und deren Rechte in kommunalen Gremien; Stärkung der Minderheitenrechte in kommunalen Gremien; Festschreibung von Teilnehmungsrechten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung; Fortentwicklung bei der Transparenz der örtlichen Verwaltung

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Kommunalverwaltung

Gehen dem Land die Kämmerer und Bauamtsleiter aus?

Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für die Kommunal- und Landesverwaltung, insbes Ausweitung der Beamtenstellen und Verbesserung der Beamtenbesoldung, Steigerung der finanziellen Attraktivität von Ingenieurs- und Führungsstellen im öffentlichen Dienst sowie in Grenzregionen; Daten zu unbesetzten Stellen von Kämmerern und Bauamtsleitern; Schwierigkeiten der qualifizierten Nachwuchsgewinnung in bestimmten Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/3414

Anträge in Gemeinderäten

Rechtsprechung zur Dauer der Bearbeitung von Gemeinderatsanträgen durch die Kommunalverwaltung; beispielhafte Regelung von Bearbeitungsfristen in Städten und Gemeinden des

Landes; Frage der Wiederbehandlung im Gemeinderat für bereits in Fachausschüssen erörterte Anträge; Rangordnung der Normen Gemeindeordnung für BW (GemO) und Geschäftsordnung des Gemeinderats

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 15/3488

UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Maulbronn - Wo bleibt die Politik des Gehörtwerdens?

Fehlende Einbindung der Stadtverwaltung und kommunaler Gremien bei der Projektplanung zur Klosterlandschaft Maulbronn, insbes bei der Ausweisung einer Pufferzone

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5188

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/6115

Amtsleiterbesoldung in baden-württembergischen Großstädten in Theorie und Praxis

Sachstand zu Eingruppierung und Besetzung von Amtsleiterstellen in den baden-württembergischen Großstädten

KlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/7047

Private Kontaktdaten im Katastrophenschutz

Sachstand zur Erreichbarkeit von Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen durch die Verwaltungen im Katastrophenschutzfall zur Sicherstellung eines effektiven Katastrophenschutzes auch außerhalb der Arbeitszeiten, insbes Erhebung und Aufbewahrung der privaten Kontaktdaten iRd Landesdatenschutzgesetzes

KlAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/7056

Kommunalwahl

s.a. *Kommunale Gebietskörperschaft*

s.a. *Kommunaler Wahlbeamter*

s.a. *Kommunalpolitik*

s.a. *Kommunalvertretung*

Direktwahl von Landräten

Erfahrungen mit dem Wahlverfahren und der Wahlbeteiligung bei Direktwahlen von Landräten in anderen BLändern, Durch-

führung gemeinsam mit anderen (Kommunal-)Wahlen, Frage nach den Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Kandidaten und nach einem vergleichbaren Doppelstatus als Kommunalbeamte und Staatsbeamte, Darlegung der Versorgungsansprüche der vom Volk gewählten Landräte

Antr
s. *Landrat*
Drs 15/1407

Gesetz zur Einführung der Direktwahl der Landräte

Festlegung der Volkswahl des Landrats sowie eines Zustimmungsquorums von 15 % der Wahlberechtigten; Änderung der Landkreisordnung

GesEntw
s. *Landrat*
Drs 15/1566

Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten Parite-Gesetzgebung

Zurückführung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, in Gemeinderäten und Kreistagen auf das jeweilige Wahlrecht? Ergebnisse der angekündigten Überprüfung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts unter dem Gesichtspunkt einer „geschlechtergerechten Ausgestaltung“; Vorlage eines eigenen Entwurfs für ein Parite-Gesetz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1626

Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik durch sinnvolle Maßnahmen nachhaltig verbessern

Beauftragung der Landeszentrale für politische Bildung mit einer Informationskampagne 2013 zur Gewinnung von Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2014; Anstreben von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten für ehrenamtlich tätige Mandatsträger während präsenzpflichtiger Sitzungen kommunaler Gremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1743

Umbruch für die Kommunalpolitik - Praktikabilität der grünen Vorschläge einer zwingenden paritätischen Besetzung von Kommunalwahllisten

Aktuelle Debatte
s. *Kommunalpolitik*
PIPr 15/38 S. 2062

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr
s. *Frau*
Drs 15/1886

Fragen zur Paritätsgesetzgebung

Beurteilung des Vorschlags zur Änderung des Kommunalwahlrechts im Hinblick auf eine paritätische Besetzung der Wahlvorschläge im Reißverschlussverfahren

MdlAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/2089

Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts

Abschaffung der Möglichkeit zur Kandidatur in zwei Wahlkreisen des eigenen Landkreises; Änderung der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 15/2138

Mögliche Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Hare/Niemeyer oder Sainte-Lague/Schepers

Auswirkungen der Anwendung o.g. Berechnungsverfahren bei den Kommunalwahlen 2009 auf die Sitzverteilung in den einzelnen Gemeinderäten und Kreistagen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart, Darstellung der Veränderungen beim landesweiten Ergebnis

Antr
s. *Sitzverteilung*
Drs 15/2253

Jugendliche in der Kommunalpolitik in BW

Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Anteils der Erstwahlberechtigten bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seit 2002; Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von Jugendlichen an der Kommunalpolitik; Frage nach den vorgesehenen Änderungen bei der bevorstehenden Reform des Kommunalwahlrechts, u.a. Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 oder auf Antrag auf 14 Jahre

Antr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/2279

Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Absenkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre; Umstellung der Berechnung der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien auf das Sainte-Lague-Verfahren; Vereinfachung der Organisation und Durchführung von Kommunalwahlen; Entzerrung und Erleichterung des Umstellungsprozesses auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen

GesEntw LReg 26.02.2013 Drs 15/3119 (61 S.)
1. Beratung PlPr 15/62 07.03.2013 S. 3742-3749
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.03.2013 Drs 15/3214
(dazu ÄAntr GRÜNE und SPD)
EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 11.04.2013 Drs 15/3332
2. Beratung PlPr 15/65 11.04.2013 S. 3912-3919
GesBeschl 11.04.2013 Drs 15/3360
GBI 2013 Nr. 4 S. 55-58 (Ges vom 16.04.2013)

Einführung des kommunalen Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr
Ablehnung eines aktiven Wahlrechts ab 16 wegen der politischen Unreife der Jugendlichen und ihrem Unvermögen, die Tragweite von Entscheidungen zu erkennen; Absage an eine Herabsetzung des Wahlalters wegen der Beeinflussbarkeit der Minderjährigen

und einer möglichen Anfälligkeit für extremistische Strömungen

KlAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/3369

Auslegung der neuen Vorschriften im Kommunalwahlrecht

Wahlkreiskandidatur in Abhängigkeit vom Wohnsitz des Bewerbers bei Kreistagswahlen; Einsatz des Verfahrens nach Sainte-Lague/Schepers bei der Berechnung der Sitzverteilung bei Neubesetzungen von Ausschüssen auf Gemeinde- und Kreisebene

KlAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/3617

Kommunalwahlrecht

Wahlbeteiligung der 16-18-jährigen sowie der 18-25-jährigen Wahlberechtigten an den Bürgermeisterwahlen nach der Herabsetzung des aktiven Wahlalters im April 2013; Einführung eines kommunalen Elternwahlrechts

KlAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/4295

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW nach den Wahlen im Mai 2014

Entwicklung des Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen von BW; Umsetzung der Sollregelung aus dem Kommunalwahlgesetz zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sowie Aufnahme von geeigneten Regelungen in die Satzungen der Parteien

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5271

Haben radikale Kräfte im LKreis Böblingen bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien bei der Kommunalwahl 2014 von dem von Grün-Rot eingeführten neuen Berechnungsverfahren nach Sainte-Lague/Schepers profitiert?

Auswirkungen der Änderung des Berechnungsverfahrens auf die Sitzverteilung in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten im LKreis Böblingen, im Kreistag des LKreises Böblingen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart; Anzahl der Kreistagssitze für NPD und Die Linke bei der Anwendung des früheren Berechnungsverfahrens nach d'Hondt; Bewertung des Erfolgs von radikalen und Splitterparteien bei der Kommunalwahl 2014 im Vergleich zur Kommunalwahl 2009; Konsequenzen für das Sitzverteilungsverfahren

KlAnfr
s. *Sitzverteilung*
Drs 15/5335

Wahlbeteiligung der 16- und 17-jährigen bei den Kommunalwahlen 2014

Informations- und Bildungsmaßnahmen für die 16- und 17-jährigen Erstwähler bei den Kommunalwahlen 2014 in BW und Erkenntnisse über die bei ihnen erreichte Wahlbeteiligung

MdlAnfr 6) Karl Klein CDU 18.06.2014 Drs 15/5293
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6187 6188

Ausübung des Wahlrechts für unter 18-Jährige bei der Kommunalwahl 2014

Statistische Auswertung der Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl 2014; Erfolg der Veranstaltungen zur Förderung der Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe; Erfolgskontrolle der Absenkung des Wahlalters

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5353

Mehrheitswahl bei der Kommunalwahl 2014

Anwendung der Mehrheitswahl aufgrund mangelnder Wahlvorschläge in Gemeinden und Ortschaften

KlAnfr Klaus Herrmann CDU 27.06.2014 und Antw IM Drs 15/5384
Ergänzende Antw IM 20.11.2014 Drs 15/6161 (12 S.)

Gemeinderäte ohne Frauen

Gemeinden, in die bei der Kommunalwahl 2014 keine Frauen gewählt wurden; Zahl der dort im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlbewerber aufgestellten Kandidatinnen; Zahl der Wahlvorschläge in den betreffenden Kommunen; Tendenzen bei der Anzahl der Gemeinderäte ohne Frauen seit 1999

KlAnfr Klaus Herrmann CDU 30.06.2014 und Antw IM Drs 15/5383

Kandidaturen kommunaler Wahlbeamter bei den Kreistagswahlen am 25. Mai 2014

Anteil der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Beigeordneten in den neu gewählten Kreistagen; Fraktionszugehörigkeit; Gesamtzahl der Wahlbeamten unter den Kandidaten; Kandidatur ehrenamtlicher Bürgermeister sowie von Bürgermeistern im Ruhestand und ihre Wahl in den Kreistag; Zusammensetzung der Kreistage im Vergleich zu den bisherigen Kreistagen; Geschlechterverhältnis

Antr
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/5393

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Wahlverhalten*
Drs 15/5397

Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“

Ziele, Angebote, Bündnispartner und Finanzierung der Erstwählerkampagne „Wählen ab 16 - Gib deinen Senf dazu!“; Ziele und

Umsetzung des Projekts „10 PLUS“, insbes Erhebung der Jungwählerdaten; Informationen zur Aus- und Bewertung der Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen an den letzten Kommunal- und Bürgermeisterwahlen

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/5470

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im LKreiss Konstanz und in BW

Höhe der Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Erstwähler unter 18 Jahren in den Gemeinden des LKreises Konstanz und in BW bei der Kommunalwahl 2014 und Vergleich zur Wahlbeteiligung aller Wähler; Auswirkung der Arbeit von Jugendgemeinderäten und vergleichbaren Beteiligungsformen von Jugendlichen auf die Wahlbeteiligung

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5542

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und LKreiss Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5716

Wahlbeteiligung von Erstwählern im Wahlkreis 42

Wahlbeteiligung der Erstwähler in den einzelnen Gemeinden des Landtagswahlkreises 42 (Pforzheim) bei der Kommunalwahl 2014, der Bundestagswahl 2013 und der Landtagswahl 2011

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5808

Unechte Teilortswahl/Aufhebung der Ortschaftsverfassung

Unechte Teilortswahlen bei den Gemeinderatswahlen seit 1975; Änderung von § 73 Abs 3 Gemeindeordnung, um die in den Gemeinden bestehenden Ortschaftsverfassungen ohne Zustimmung des Ortschaftsrats aufheben zu können

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 02.02.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6437
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.03.2015 Drs 15/6733 S. 17 18
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Änderungen des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Sainte-Lague/Schepers

Auswirkung der Änderung des Berechnungsverfahrens nach Sainte-Lague/Schepers (vormals d'Hondt) bei den Kommunalwahlen 2014 in BW auf die Sitzverteilung am Beispiel der neun Stadtkreise

Antr
s. *Wahlverfahren*
Drs 15/6750

Familienangehörige in Kommunalparlamenten - Hinderungsgründe

Sachstand zum Hinderungsgrund „Verwandtschaftsverhältnis“ in § 29 Abs 2 der Gemeindeordnung, insbes Fälle von Mandatsverzicht bei der Kommunalwahl 2014, Möglichkeit zur weiteren Absenkung der Einwohnergrenze

KlAnfr Joachim Köbler CDU 20.05.2015 und Antw IM Drs 15/6904

Kommunalpolitische Situation und Jugend im Main-Tauber-Kreis nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im Main-Tauber-Kreis, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte; Förderung der politischen Teilhabe von Jugendlichen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.05.2015 und Antw IM Drs 15/6907 (11 S.)

Mehrsitze (Überhangmandate) in den Kreistagen 2009 und 2014
Vergleich der erzielten Überhangmandate und der aufgrund der Begrenzung entfallenen Ausgleichsmandate in den Kreistagen nach dem Wahlverfahren nach d'Hondt bei den Kommunalwahlen 2009 mit dem Wahlverfahren nach Sainte-Lague/Schepers bei den Kommunalwahlen 2014

KlAnfr
s. *Wahlverfahren*
Drs 15/6973

Kommunalpolitische Situation und Jugend im LKreis Heilbronn nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im LKreis Heilbronn, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.11.2015 und Antw IM Drs 15/7684 (16 S.)

Kommunalwahlgesetz

s. *Wahlrecht*

Kommunalwahlordnung*Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften*

Änderung der §§ 3, 5, 14, 17, 19, 20 und 53 der Kommunalwahlordnung in der Fassung vom 22. Januar 2014

GesEntw
s. *Bundesmeldegesetz*
Drs 15/6594

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 53, 56 und 57 der Kommunalwahlordnung in der Fassung vom 12. Mai 2015

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Kommunalwahlrecht

s. *Wahlrecht*

Kommune (Gebietskörperschaft)

s. *Kommunale Gebietskörperschaft*

Kommune (Wohngemeinschaft)

s. *Wohngemeinschaft*

Kommunikation

s.a. *Dokumentation*
s.a. *Information*
s.a. *Informations- und Kommunikationstechnik*
s.a. *Medien*
s.a. *Telefonie*
s.a. *Telekommunikation*

Verschiebung der Kommunikationsprüfung beim Abitur an den allgemeinbildenden Gymnasien um ein Jahr auf 2014

Stand der Vorbereitung der Schüler und Lehrer für die mündliche Prüfung der Abiturienten über die erworbene Kommunikationsfähigkeit in den modernen Fremdsprachen, Gründe und Auswirkungen der Verschiebung

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/404

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3385

Externe und interne Kommunikation des Integrationsministeriums

Stellenbeschreibung des Mitarbeiters für „Entwicklung und Umsetzung externer und interner Kommunikationsmaßnahmen in türkischer Sprache“ in der Pressestelle des Integrationsministeriums; Eingruppierung der Stellen in der Pressestelle; verwendete Sprachen in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Integrationsministeriums; herausgehobene Rolle der türkischen Sprache

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3741

Umgang des Ministerpräsidenten Kretschmann und der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre

Umgang des MinPräs bzw der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“, insbes Kontakte zu den Landtagsfraktionen von SPD und Grünen sowie zu nicht dem Landtag angehörenden Personen

KlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 15/6268

Notwendigkeit der Überwachung von Kommunikation zur Verfolgung von terroristischen Straftaten, Einsatz geeigneter Software zur Überwachung der verschlüsselten Kommunikation im Internet

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 710 711 713-716

Kommunikationsdienst

s. Telekommunikationsdienst

Kommunikationsnetz

s. Telekommunikationsnetz

Kommunikationstechnik

s. Informations- und Kommunikationstechnik

Kompaktleuchtstofflampe

s. Energiesparlampe

Kompensationsmaßnahme (Naturschutz)

Kompensationsverordnung gemäß § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Inhalte einer Kompensationsverordnung gemäß § 15 BNatSchG auf Bundesebene und vergleichbare Regelungen der Bundesländer, insbes. Erlass einer eigenen Kompensationsverordnung für BW; Anforderungen an den naturschutzrechtlichen Ausgleich bei der Ertüchtigung und Verstärkung von Dammbauwerken im Zuge der weiteren Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Antr

s. Naturschutzrecht

Drs 15/3157

Kompetenz

s.a. Medienpädagogik

s.a. Schulleistung

s.a. Sozialverhalten

Einführung der Kompetenzanalyse durch die Kultusministerin im „Hau-Ruck-Verfahren“

Bewertung der seit 2008 eingeführten „Kompetenzanalyse Profil AC“ zur Erkennung der für die Ausbildungsreife erforderlichen überfachlichen Potenziale der Schüler; Ausgestaltung der kurzfristig vorgesehenen Übertragung auf die Realschulen; Kommunikation gegenüber den Eltern, Schülern und Schulträgern; Vorbereitung und Entlastung der beteiligten Lehrkräfte

Antr Georg Wacker u.a. CDU 06.12.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/960

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC

GrAnfr

s. Realschule

Drs 15/1030

Qualipass im Ehrenamtsland

Akzeptanz und Wirkungen der o.g. Nachweismöglichkeit der Beteiligung von Jugendlichen an außerschulischen ehrenamtlichen Tätigkeiten; Zahl und Altersklassen der bislang zertifizierten Jugendlichen im Vergleich zu anderen BLändern; Darstellung der erworbenen Praxiserfahrungen und Kompetenzgewinne, insbes. auch im Hinblick auf die Berufsorientierung

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 25.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1762

BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2741 S. 24

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Unterrichtsfach „Lebens- und Alltagskompetenzen“

Zeitpunkt der Einführung und stoffliche Inhalte des o.g. Schulfachs; Einbeziehung der Lehrer-, Eltern- und Schülerverbände sowie Fachverbände und des Landesfrauenrats

KIAnfr

s. Unterrichtsfach

Drs 15/2228

Wissensmanagement und Personalgewinnung in Ministerien und Regierungspräsidien

Maßnahmen zur Sicherung und Archivierung von Fachwissen in Ministerien und RegPräs, Methoden zur Übergabe von Fachwissen an Nachfolger, Nutzung von EDV-basierten Wissensdatenbanken; Ausrichtung der Personalpolitik der Landesverwaltung zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter; Vorlage eines Konzepts zur Erhaltung von Kompetenz und Wissen in der Verwaltung unabhängig von Personalwechseln

Antr

s. Personalplanung

Drs 15/2297

Aktuelle Unterrichtsschwerpunkte

Vermittlung von Grundkompetenzen und Verhaltensregeln durch Einrichtung eines Unterrichtsfachs „Lebens- und Alltagsökonomie“ an allen Schulen, Maßnahmen zur Initiierung von Akzeptanz und Respekt bei Kindern und Jugendlichen gegenüber der Tätigkeit der Polizei

KIAnfr

s. Unterrichtsfach

Drs 15/2455

Einführung der Kompetenzanalyse an den Realschulen, Bereitstellung zusätzlicher Deputate

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1373 1376 1390

Vermittlung von Alltagskompetenzen an Ganztagschulen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1533

Gewichtung persönlicher Kompetenzen der Schüler bei der Leistungsbewertung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2012-2014 2024

Kompetenzanalyse

s. Kompetenz

Kompetenz-Center Wettbewerb

s. KCW GmbH

Kompetenzcluster*s. Cluster***Kompost***s.a. Kompostierung**Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordbaldischen Raum*

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr

s. Bodenbelastung

Drs 15/5575

Kompostierung*s.a. Bioabfall**s.a. Kompost**Bioabfalltüten statt Bioabfallbehälter - ein neuer Weg zu mehr getrennter Bioabfallerfassung?*

Bewertung eines Berliner Pilotprojekts zur Nutzung von Abfalltüten aus kompostierbarem Kunststoff für Bioabfälle in Privathaushalten; Frage nach der Befürwortung einer Einführung solcher Abfalltüten in BW; Auskunft über die Herstellung des kompostierbaren Kunststoffs und die Materialzusammensetzung; Gefahr einer durch die Verwendung von Maisstärke bedingten Grundwasserbelastung bei der Kompostierung, sonstige Gefahren für die Umwelt bei Nichtkompostierung

Antr

s. Abfallbeseitigung

Drs 15/2346

Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung der Einführung der Biotonne im Landkreis Lörrach

Beurteilung der geplanten Einführung der Biotonne unter den o.g. Aspekten, Zumutbarkeit einer Finanzierung der zusätzlichen Kosten über eine Erhöhung der Abfallgebühren, Vereinbarkeit der geplanten stofflichen Verwertung durch Kompostierung mit der langfristigen vertraglichen Vereinbarung mit der Müllwertungsanlage Basel

KlAnfr

s. Abfallbeseitigung

Drs 15/2440

Kompostverwertung*s. Kompostierung***KomWO***s. Kommunalwahlordnung***Konditorei***s. Backgewerbe***Konferenz***s.a. Informationsveranstaltung**Landesseniorentag 2014*

Grund der Verhinderung der Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren als Rednerin beim Landesseniorentag am 22. Mai 2014

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.05.2014 und
Antw SM Drs 15/5269*Integrationsleitbild für BW*

Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Ehrenamt an der Integration der Migranten; Einrichtung einer jährlichen Landesintegrationskonferenz; Einführung von Integrationskonferenzen auf regionaler Ebene

Antr

s. Ausländerintegration

Drs 15/5356

Mikrostromausfälle und kurze Versorgungsunterbrechungen in BW

Gewinnung neuer Erkenntnisse bei der Beobachtung von Mikrostromausfällen und Spannungseinbrüchen in der Region Stuttgart oder anderen Regionen während der vergangenen acht Monate; Einleitung von Vorkehrungen und Gegenmaßnahmen; Veranstaltung eines Fachdialogs zum Thema Spannungsschwankungen/kurze Versorgungsunterbrechungen am 25. November 2015; Kosten der Veranstaltung

KlAnfr

s. Stromnetz

Drs 15/7601

Konferenz der Landesfinanzminister*s. Finanzministerkonferenz***Konfession***Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW*

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr

s. Religion

Drs 15/2811

Konformitätsprüfung*Zulassungsverfahren von Medizinprodukten*

Angabe der Prüfstellen zur Zertifizierung von Medizinprodukten nach der EU-Medizinprodukte-Verordnung in BW; Kontrolle der Benennung und Überwachung der „benannten Stellen“ nach EU-einheitlichen Kriterien; Sicherung ihrer Zuverlässigkeit und Fachkompetenz; Nutzung der Kompetenzen medizinischer Fachgesellschaften im Zulassungsverfahren für Medizinprodukte; bürokratischer und finanzieller Aufwand für die Zulassung von Medizinprodukten

Antr

s. Medizinprodukt

Drs 15/4354

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von

der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/4613

Kongress

s. *Konferenz*

Konjunktur

s.a. *Nachfrage*
s.a. *Wirtschaftswachstum*

Impuls- und Konjunkturprogramm

Stand und Abschluss der im Impuls-Programm des Landes und im Konjunktur-Programm des Bundes befindlichen Straßenbauprojekte; Darstellung der jeweiligen Kostenentwicklung und notwendigen Projekt-Nachfinanzierungen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/391

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes: Bildungs- und Infrastrukturpauschalen

s. *Investition*
Drs 15/542

Abwicklung des Landesinfrastrukturprogramms (LIP)

Stand der Abwicklung und Abrechnung der Maßnahmen aus dem LIP und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, Begründung und Auswirkungen der unterschiedlichen Abrechnungszeiträume der beiden Konjunkturprogramme; Verlängerung des Abrechnungsstichtags für das LIP auf den 31.03.2012

Antr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/785

Vergabeerleichterungen bei Bauaufträgen iRd Konjunkturpakets II

Bewirkung einer starken Einschränkung des Wettbewerbs durch die erleichterten Vergaben öffentlicher Aufträge des Bundes nach einer Untersuchung des Bundesrechnungshofs; Veranlassung einer entsprechenden Untersuchung beim Zukunftsinvestitions- und Landesinfrastrukturprogramm

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1427

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfra-

strukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*
Drs 15/3636

Vom konjunkturellen Mehrwert der Aufnahme von Flüchtlingen im Land

Sachstand zu Auswirkungen der Flüchtlingsaufnahme auf die Wirtschaft, die demografische Entwicklung und den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

KIAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8090

Erinnerung an das Verbot der Neuverschuldung in konjunkturell guten Zeiten

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431

Vorsorge in konjunkturell guten Zeiten, Ablehnung von Steuerenkungen, Teilhabe von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen am Aufschwung

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 676 678 679 683 684 702

Notwendigkeit von Konjunkturprogrammen in den Krisenjahren 2008 und 2009, Erinnerung an das Verbot der Neuverschuldung in konjunkturell guten Zeiten

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 799 801-803 809

Verweisung auf die Risiken für die Konjunktur 2012, Erwartungen an die Stützung der konjunkturellen Entwicklung durch den Export

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1043

Tilgung von konjunkturell bedingten Schulden mit den Steuermehreinnahmen; Verweisung auf die im Zuge des Konjunkturprogramms vorgezogenen Maßnahmen im Landesstraßenbau

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1106 1113 1120 1124 1130

Konjunktureller Aufschwung

s. *Konjunktur*

Konjunkturpolitik

s. *Konjunktur*

Konjunkturprogramm

s. *Konjunktur*

Konkurs

s. *Insolvenz*

Konnexität (Finanzrecht)

s. *Konnexitätsprinzip*

Konnexitätsprinzip

s.a. *Kommunaler Finanzausgleich*

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr

s. Kommunalen Finanzausgleich

Drs 15/157

Verbindliche Umsetzung des Orientierungsplans

Bisherige Umsetzung und Kostenverteilung sowie weitere Schritte zur verbindlichen Umsetzung der Bestandteile des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, Einführung der Zusammenarbeit von pädagogischen Fach- und Lehrkräften beim Übergang in die Grundschule, Finanzierung der Ansprüche der Kommunen auf Ausgleichsleistungen nach dem Konnexitätsprinzip, Mitfinanzierung der Verbindlichkeit des Orientierungsplans aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer?

Antr

s. Bildungsplan

Drs 15/961

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personenbeförderungsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollständigkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr

s. Öffentlicher Personennahverkehr

Drs 15/5077

Konsolenspiel*s. Computerspiel***Konstanz***s.a. Universität Konstanz**Straßenbauprojekte im Wahlkreis Singen*

Unterstützung der Fortsetzung des vierspurigen Ausbaus der B 33 neu zwischen Allensbach und Konstanz, der Finanzierung der weiteren Abschnitte, der Realisierung der Umfahrung „Westlicher Bodensee“ sowie der Ortsumfahrung Rielasingen

KlAnfr

s. Straßenbau

Drs 15/253

Konstanz

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 4642, Gemarkung Konstanz

Antr LReg

s. Landeseigene Liegenschaft

Drs 15/1123

Polizeistrukturreform - Oberschwaben zwischen den Stühlen in Ulm und Konstanz

Gründe und Auswirkungen der Entscheidung für Konstanz als Sitz des neuen Polizeipräsidiums, Bewertung der verkehrlichen Anbindung und der dort verfügbaren Räumlichkeiten; Auswirkungen der neuen Strukturen auf die personelle Stärke der Polizei; Frage nach einer Weiterverfolgung der Neubaupläne für die Polizei in Ravensburg sowie nach Vorschlägen für und gegen eine Zuteilung der oberschwäbischen Landkreise nach Konstanz

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/1529

Lückenhafter Bahn-Fahrplan zwischen Freiburg und Konstanz

Bedeutung und Fahrplansituation der o.g. Bahnverbindung, insbes an Wochenenden; Bewertung des neu eingeführten Reiseangebots von „DeinBus“ als Alternative? Beurteilung der Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Bundesbahnen; Frage nach Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrplansituation

Antr

s. Fahrplan

Drs 15/2493

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/3008

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/3023

Situation der Schule für Kranke am Klinikum Konstanz

Aktuelle Situation und Weiterentwicklungsbedarf der Schule für Kranke am Klinikum Konstanz, insbes Bewertung der geleisteten Arbeit, Entwicklung der Schülerzahlen, Hilfebedarf pro Schüler und Finanzierung des Schulpersonals

KlAnfr

s. Schule für Kranke

Drs 15/3505

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waiblingen

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waiblingen; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. *Unternehmensübernahme*
Drs 15/5208

Zukunft des Realschulstandorts Konstanz

Situation und Zukunft des Realschulstandorts Konstanz, insbesondere Entwicklung der Schülerzahlen und Eingangsklassen, Abweichungen von der Grundschulempfehlung, Veränderung der Schülerströme, Bedarf an Realschulangebot

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5645

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt (BA): A, B und E

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt: A, B und E, insbesondere Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7259

Konstanz, Landkreis*Straßenbauprojekte im Wahlkreis Singen*

Unterstützung der Fortsetzung des vierspurigen Ausbaus der B 33 neu zwischen Allensbach und Konstanz, der Finanzierung der weiteren Abschnitte, der Realisierung der Umfahrung „Westlicher Bodensee“ sowie der Ortsumfahrung Rielasingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/253

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 56 (Konstanz) und Wahlkreises 57 (Singen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1930

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Konstanz

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2103

Ausbau des Radwegenetzes im Landkreis Konstanz und in der Bodenseeregion

Auflistung o.g. Maßnahmen seit 2006 und in den kommenden Jahren, Bedeutung der Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Maßnahmen zur Verbesserung des Radfahrens rund um den Bodensee sowie des grenzüberschreitenden Radverkehrs mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2266

Kultusministerin verursacht erheblichen Unterrichtsausfall

Derzeitiger Unterrichtsausfall aufgeschlüsselt nach Schularten; Maßnahmen zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung in Zusammenarbeit mit den Schulen; Unterrichtsausfall im Schulamtsbezirk Konstanz-Tuttlingen am 7. November 2012 aufgrund einer mit Rücksicht auf die Teilnahme der Kultusministerin auf den Vormittag gelegten Personalversammlung; Aufforderung an die Kultusministerin für Dienstbesprechungen künftig unterrichtsfreie Tage zu nutzen

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/2600

Stromversorgung im Grenzgebiet zur Schweiz

Sachstand zur Frage der freien Stromanbieterwahl in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen der LKreise Konstanz und Waldshut

(vgl. Drs 14/1112); Entwicklung des Strompreises für die Endverbraucher in den betreffenden Gemeinden in den Jahren 2007 bis 2012 im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Anschluss der Gebiete an das deutsche Hochspannungsnetz

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/2669

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Konstanz

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2950

Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum des Landkreises Konstanz

Statistik und Entwicklung des ländlichen Raums im LKreis Konstanz, insbes Förderung von Projekten mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ und „Arbeiten“ iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) und dadurch entstandene bzw erhaltene Arbeitsplätze

KlAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3105

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudensstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3517

Umsetzung des Bahnhofsmmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnhofsmmodernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen; Kostenverteilung auf die einzelnen Projektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu Bahnhofsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/3771

Situation der Gymnasien im LKreis Konstanz

Schülerzahl, Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Gymnasien im LKreis Konstanz

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3826

Schulsozialarbeit im LKreis Konstanz

Angebot der Schulsozialarbeit im LKreis Konstanz, insbes Zahl der Stellen(-anteile) mit Vergleich zu anderen Stadt- und LKreisen, profitierende Schularten, Akzeptanz der konkreten Angebote

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4072

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Konstanz

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im LKreis Konstanz, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über ein Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4293

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr
s. *Kiesabbau*
Drs 15/5220

Umsetzung des Bahnhofsmmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Stand der Planungen für die Sanierung der Seehas-Haltestellen; Kostenentwicklung und Aufteilung der Kosten unter den Beteiligten; Zeitplanung der Deutschen Bahn; Unterstützung der Kommunen bei der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung der Haltestellen

KlAnfr
s. *Haltestelle*
Drs 15/5346

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im LKreis Konstanz und in BW

Höhe der Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Erstwähler unter 18 Jahren in den Gemeinden des LKreises Konstanz und in BW bei der Kommunalwahl 2014 und Vergleich zur Wahlbeteiligung aller Wähler; Auswirkung der Arbeit von Jugendgemeinderäten und vergleichbaren Beteiligungsformen von Jugendlichen auf die Wahlbeteiligung

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5542

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Konstanz

Sachstand zu Verbesserungen im Bildungsbereich im LKreis Konstanz, insbes Statistiken der Kinderbetreuung, Sprachförderung, Ganztagschulbetrieb, Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Schulraumförderung, sonderpädagogischer Förderung, Studentenzahlen und Studienplätzen

KlAnfr
s. *Bildungswesen*
Drs 15/6394

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Konstanz

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Konstanz, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7185

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Lehrerstellen für Integrationsklassen VABO/VABO2

Sachstand zu Lehrkräftebedarf und Anstellungsverhältnissen für die „VABO-Klassen“ der Berufsschulen im LKreis Konstanz

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/7356

Konsument

s. *Verbraucher*

Konsumgut*Bisphenol A in Konsumgütern verbieten*

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgütern, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennah-

verkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Kontaktstelle Frau und Beruf*Kontaktstellen Frau und Beruf in BW*

Anzahl, Einrichtungsdatum, Standorte und Träger; Nutzungsstatistik, spezifische Merkmale und Standards der Einrichtungen; Handlungsfelder und Arbeitsschwerpunkte; Motivierung der Frauen zu einer Tätigkeit im MINT-Bereich; berufliche Förderung von Migrantinnen; Ergebnisse der Evaluation der Kontaktstellen und daraus folgende Konsequenzen

Antr
s. *Frauenenerwerbstätigkeit*
Drs 15/2684

Frauen im Fokus der Fachkräftestrategie für den Mittelstand - Kontaktstellen Frau und Beruf stärken

Aktuelle Debatte
s. *Frau*
PIPr 15/59 S. 3497

Regierungsbefragung

Kontaktstellen „Frau und Beruf“
PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8942-8947

Erinnerung an die Förderung der Kontaktstelle Frau und Beruf

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 196 200 201

Begründung der Notwendigkeit der Kontaktstelle Frau und Beruf

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530

Konto (Bank)

s. *Bankkonto*

Kontoführungsgebühr

s. *Bankgebühr*

Kontogebühr

s. *Bankgebühr*

Kontrollrecht des Parlaments

s. *Parlamentarische Kontrolle*

Konvergenzprogramm

s. *Stabilitäts- und Konvergenzprogramme*

Konversion

s.a. *Bundesanstalt für Immobilienaufgaben*

Haushalt 2012; Epl 08

Mittelbereitstellung für Konversionsmaßnahmen für die von Standortschließungen der Bundeswehr im ländlichen Raum betroffenen Gemeinden

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1108-2 S. 30

ÄAntr GRÜNE und SPD 24.01.2012 Drs 15/1108-8 S. 39

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1208-2 S. 4

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315

Auswirkungen der Polizeireform auf den Main-Tauber-Kreis - Erhalt der Polizeiausbildungsstätte Wertheim sowie der Polizeidirektion Tauberbischofsheim

Höhe und Verwendung von Landes- und Bundesmitteln bei der Konversionsmaßnahme Reinhardshof; Umfang der Investitionen in die polizeiliche Fortbildung; Mittelaufwand einer Verlegung der Ausbildungseinrichtung, mögliche Kompensationsmaßnahmen; Bewertung des Verlusts weiterer staatlicher Einrichtungen und damit von Arbeitsplätzen an den Standorten Tauberbischofsheim und Wertheim

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1238

Die Konversion gestalten - Planungen des Bundes

Hinwirkung auf eine finanzielle Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an den Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der ehemaligen Standorte der Bundeswehr, der US-Armee und der Nato-Truppen; Vorlage eines Zeitplans für die geplanten Schließungen der Bundeswehrstandorte; Eintreten für eine Neufassung des Auftrags der BImA unter Berücksichtigung der schwierigen Verwertbarkeit der Liegenschaften im ländlichen Raum

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 29.03.2012 Drs 15/1499

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1731

Mittlg LReg 20.08.2012 Drs 15/2247

Konversion von Komplexeinrichtungen in der Behindertenhilfe

Darlegung des o.g. Prozesses, der Herausforderungen, Fördermöglichkeiten und Auswirkungen; Standorte, Platzzahlen und Auslastung der Einrichtungen; Auswirkungen für die Mitarbeiter und kleinen Einrichtungen

Antr

s. *Behinderter*

Drs 15/1589

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum

Grundlagen, Ziele, Auswahlverfahren und Kosten des in Auftrag gegebenen externen Gutachtens; Bewertung des Vorkaufsrechts der Kommunen für freiwerdende Liegenschaften; Erfahrungen mit der Konversion von Flächen nach dem Abzug internationaler Truppen; Ziele und Förderrahmen für die Konversionsräume einschließlich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung; Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRd Polizeireform; Gewichtung strukturpolitischer Gesichtspunkte bei der Preisgestaltung für Bundeswehrliegenschaften

Antr

s. *Bundeswehr*

Drs 15/1834

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die einge-

setzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr CDU 26.06.2012 und Antw LReg Drs 15/1962 (13 S.)

PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3395-3405

Konversion von Bundeswehrstandorten in BW - der Bund lässt die Kommunen im Stich

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171-2180

Situation der Studienanfänger in Heidelberg/Bau von studentischem Wohnraum

Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang; Errichtung von Studentenwohnheimen auf den durch die Konversion frei werdenden US-Militärflächen, Unterstützung des Studentenwerks

KlAnfr

s. *Student*

Drs 15/2421

Unterstützung der von der Bundeswehrreform besonders betroffenen Kommunen des Ländlichen Raums

Unterstützung bei Konversionsmaßnahmen und Nachfolgenutzungen der frei werdenden Areale, Beteiligung der Bürger vor Ort am Konversionsprozess

Antr GRÜNE 24.10.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2555

PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4278-4285

Standortsuche für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) im Landgerichtsbezirk Rottweil

Kriterien der Standortwahl; Nutzung des Konversionsgeländes in Meßstetten

KlAnfr

s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/3212

Rolle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beim Konversionsprozess in BW

Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und den Kommunen sowie dem Land BW beim Konversionsprozess, insbes Erfahrungen bei der Altlastensanierung mit der BImA, Einfluss der BImA auf die kommunale Planungshoheit bei Nachnutzungskonzepten, Abschluss von Konversionsvereinbarungen, Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie Unterstützung des ländlichen Raums bei der Verwertung der Konversionsliegenschaften

Antr Wilhelm Halder u.a. GRÜNE 13.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3232

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 63-65

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Finanzierung von Konversionsaufgaben iRd Städtebauförderprogramm und des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR)

Zahl der den zuständigen Ministerien vorliegenden Anträge; Anzahl der Anträge von Kommunen mit militärischen Konversi-

onsarealen; Höhe des beantragten Finanzvolumens; Anzahl der im Jahr 2013 erteilten Förderzusagen; Anzahl der abschlägig beschiedenen Anträge; Vorrangigkeit der Konversion militärischer Liegenschaften; Gewichtung der Konversionsmaßnahmen unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände; Aufstockung des Städtebauförderprogramms und des ELR für Konversionsaufgaben

Antr Karl Klein u.a. CDU 05.08.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3908
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 65 66
 PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Konversion Donaueschingen

Auswirkungen der Auflösung des 110. Infanterieregiments auf die Stadt Donaueschingen, insbes Erhalt als Truppenstandort und finanzielle Förderung des Konversionsprozesses

KlAnfr Guido Wolf CDU 29.11.2013 und Antw MFW Drs 15/4400

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
 s. *Kommunalpolitik*
 Drs 15/4853

Gestaltung der Konversion in BW

Sachstand zur Gestaltung der Konversion in den betroffenen Kommunen in BW, insbes Ergebnisse der Kommunalen Entwicklungskonzepte (KEK), Förderung von Konversionskommunen, Erwerb von Konversionsflächen durch das Land

Antr Karl Klein u.a. CDU 22.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6384
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.04.2015 Drs 15/7081 S. 41 42
 PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Freigabe nördliches Konversionsgelände Donaueschingen

Zustimmung zum Verkauf der nördlichen Fläche des Konversionsgeländes der ehemaligen französischen Kaserne an die Stadt Donaueschingen zur Schaffung von Wohnraum

MdlAnfr 7) Niko Reith FDP/DVP 10.02.2016 Drs 15/8025
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9051

Berücksichtigung von Straßenanschlüssen bei Konversionsprojekten

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2210

Konzernbetriebsrat

s. *Betriebsrat*

Konzert

s. *Musikveranstaltung*

Konzession

s.a. *Gewerbezulassung*
 s.a. *Lizenz*

Reform des Europäischen Vergaberechts

Auswirkungen o.g. Regelungsvorschläge der EU-Kommission und des neuen Richtlinienvorschlages für Konzessionen, insbes auf die Bereiche der sozialen Dienstleistungen und der interkommunalen Zusammenarbeit, auf die Rettungsdienste, die Kreditversorgung der Kommunen, auf kleine und mittlere Unternehmen; Auswirkungen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Dienstleistungskonzessionen für den Bereich der Daseinsvorsorge; Vereinbarkeit der geplanten Nationalen Aufsichtsstelle mit der föderalen Kompetenzordnung

Antr
 s. *Öffentlicher Auftrag*
 Drs 15/1524

Spielhallen im LKreis Waldshut/Rheinfelden und Schwörstadt

Entwicklung der Zahl von Spielhallen und Konzessionen für Spielhallen in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Gemeinden der o.g. Raumschaft

KlAnfr
 s. *Spielautomat*
 Drs 15/1981

Landesglücksspielgesetz (LGliG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spiersperrsystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungsges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und Lotterieges

GesEntw
 s. *Glücksspiel*
 Drs 15/2431

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die zukünftige Konzessionsvergabe (KOM 2011/897) und hieraus resultierende Folgen für die baden-württembergischen Kommunen

Beurteilung des Richtlinienvorschlages der EU-Kommission für ein neues europaweites Vergaberecht, insbes bürokratischer Aufwand und geplante Hilfestellungen für Kommunen bei der Umsetzung, Höhe der Schwellenwerte und Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen, Auswirkungen für die Rettungsdienste, Einbeziehung der Konzessionsvergabe für den Wassermarkt und Erschwerung der interkommunalen Zusammenarbeit

KlAnfr
 s. *Richtlinie der EU*
 Drs 15/2914

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftermodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilnetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/3621

Genehmigungen des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Erkundung von Fracking-geeigneten Gasfeldern

Verlängerung der Konzession zur Erkundung geeigneter Gasfelder in Oberschwaben und am Bodensee; rechtliche Grundlage und Zeitraum der erteilten Konzessionen; Einhaltung der gesetzlichen Auflagen, insbes der Information und Anhörung von Trägern öffentlicher Belange; Folgerungen aus der einstimmigen Ablehnung von Fracking im Landtag von Baden-Württemberg; Möglichkeiten des nachträglichen Entzugs der Konzession; Verbot von Fracking in BW

KlAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/3910

Fracking-Konzession im Bodenseegebiet

Gründe für die Verlängerung der Konzession des Unternehmens Parkyn Energy Germany für zwei Erdgaserkundungsfelder am Bodensee; Frage des Fortbestands der Konzession nach der Eingliederung des Unternehmens in den Konzern Rose Petroleum; Verhinderung von Probebohrungen in der Bodenseeregion

KlAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/5135

Weitere offene Fragen zur Verwaltungspraxis bei der Erteilung von Fracking-Konzessionen im Bodenseegebiet

Verstoß des Unternehmens Parkyn Energy Germany gegen Nebenbestimmungen der Konzessionen für zwei Erdgaserkundungsfelder am Bodensee; Rechtsnatur der Nebenbestimmungen; Einhaltung der Nachfrist zur Vorlage des Arbeitsprogramms durch das Unternehmen; Unterrichtung über die Nachfrist durch das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau; Prozessrisiko im Falle eines Widerrufs der Konzessionen

KlAnfr

s. *Fracking*

Drs 15/5616

Erprobung von Konzessionsmodellen bei den Sportwetten, Verbot von Mehrfachkonzessionen für Spielhallen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1969

Freigabe der Sportwetten iRd Vergabe von Konzessionen, Kritik an der Beschränkung auf 20 Lizenzen; Verbot von Mehrfachkonzessionen für Spielhallen

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2130-2132

Konzessionsvergabe

s. *Konzession*

Kooperation

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Einrichtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/4098

Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

Ziele, Umsetzung und Evaluierungsergebnisse der Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/4456

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr

s. *Ausländerbehörde*

Drs 15/5498

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/5651

Kooperationen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten bei der Erbringung von vor- oder nachstationären Leistungen

Kooperationsmodelle; Gerichtsentscheide zu Kooperationsmodellen; Unterbringung des Kooperationsmodell der Arcus Klinik in Pforzheim durch das Landessozialgericht BW; Begründung des Landessozialgerichts; Schwierigkeiten bei der Fest-

legung geeigneter Kooperationsformen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten durch die Kassenärztliche Vereinigung BW (KVBW) und die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) aufgrund mangelnder Rechtssicherheit

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6125

Kooperation Rettungsdienst und Feuerwehr

Wahrnehmung von Aufgaben des Rettungsdienstes durch die Feuerwehr

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6275

Zukunft der Cooperation Schule - Hochschule (cosh)

Sachstand zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Cooperation Schule - Hochschule (cosh), insbes Bewertung und Umsetzung des Mindestanforderungskatalogs Mathematik, bisherige und künftige Unterstützung der Arbeitsgruppe, Ausbau der Kooperation zwischen Schulen und Hochschulen

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/6641

Mehr Behördenkooperation in der Flüchtlingsproblematik und ein Universaldokument für Flüchtlinge

Sachstand zur Verbesserung der Behördenkooperation bei der Flüchtlingsproblematik, insbes Änderung des Datenschutzrechts zur Erfassung und zum Austausch von Flüchtlingsdaten

MdlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7860

Kopfbahnhof

s. *Bahnhof*

Kopfschmerzbehandlung

s. *Schmerztherapie*

Kopp, Ernst MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5851

Koran

Verteilung kostenloser Koran-Ausgaben durch religiöse Extremisten in BW

Beurteilung der o.g. Verteilaktion von Anhängern eines radikal-salafistischen Islam in rechtlicher Hinsicht sowie unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Erkenntnisse über die beteiligten Personen und Finanzierung der Aktion, Beobachtung der Salafisten vom Verfassungsschutz, Frage nach Möglichkeiten zur Untersagung und Aufklärung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 18.04.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1576
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.06.2012 Drs 15/2544 S. 110-112
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Korea

Ausländische Patentanmeldungen in Deutschland und in BW

Zahl von Patentanmeldungen aus Ostasien (insbes aus China, Japan und Korea) in Europa und Deutschland, insbes betroffene Branchen; Entwicklung der durch ostasiatische Patentanmeldungen entstandenen Patentstreitigkeiten sowie Auswirkungen auf die baden-württembergische Industrie

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/4267

Kormoran

Bestandsentwicklung des Kormorans sowie gefährdeter Fischarten in BW

Umsetzung und Wirkung der neuen Kormoranverordnung in der Praxis, insbes Darstellung des Verwaltungsvollzugs; Daten zur Entwicklung der Kormoranpopulation und der als gefährdet eingestuften Fischarten in BW, den anderen Bundesländern und der EU sowie daraus abgeleitete Handlungsnotwendigkeiten

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 28.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3150
BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 85
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Fischartenschutz an der Jagst

Fraßdruck der Kormorane auf die Fischbestände an der Jagst; Sachstand des Antrags der Fischhegegemeinschaft Jagst auf eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zur Kormoranvergrämung

KlAnfr
s. *Fischerei*
Drs 15/5133

Harmonisierung der Kormoranverordnung mit dem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz

Aufnahme des Kormorans in das Jagdgesetz und Auswirkung auf die Kormoranverordnung sowie den jagdlichen Zugriff

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 09.05.2014 und Antw MLR Drs 15/5177

Kormoranverordnung

Bestandsentwicklung des Kormorans sowie gefährdeter Fischarten in BW

Umsetzung und Wirkung der neuen Kormoranverordnung in der Praxis, insbes Darstellung des Verwaltungsvollzugs; Daten zur Entwicklung der Kormoranpopulation und der als gefährdet eingestuften Fischarten in BW, den anderen Bundesländern und der EU sowie daraus abgeleitete Handlungsnotwendigkeiten

Antr
s. *Kormoran*
Drs 15/3150

Harmonisierung der Kormoranverordnung mit dem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz

Aufnahme des Kormorans in das Jagdgesetz und Auswirkung auf die Kormoranverordnung sowie den jagdlichen Zugriff

KlAnfr
s. *Kormoran*
Drs 15/5177

Korntal-Münchingen*Planungen zu Erdwärmbohrungen in Korntal-Münchingen*

Stand der o.g. Planung und Bürgerbeteiligung, Information der betroffenen Anwohner über die Gefahren und Haftungsfragen im Schadensfall; Frage nach einer gutachterlichen Grundlage für die Aussage des zuständigen Landratsamts, dass man keine Schäden an Gebäuden erwarte

KlAnfr

s. *Geothermische Energie*

Drs 15/2447

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/6031

Kornwestheim*Zustand von Brückenbauwerken der Bundesfernstraßen*

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke der Bundesfernstraßen in BW, insbes dringend sanierungsbedürftige Brücken, gesperrte oder nutzungsbeschränkte Brücken; Sanierung und Aufhebung der Tempobeschränkung auf der Gumpenbachbrücke der B 27 bei Kornwestheim

Antr

s. *Brücke*

Drs 15/6460

Korruption*Wirtschaftskriminalität und Internet*

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr

s. *Wirtschaftskriminalität*

Drs 15/1092

Beklagung einer Korruptionsaffäre bei der staatlichen Schlösserverwaltung

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1923 1929 1930 1933 1936

KorVO

s. *Kormoranverordnung*

Kosmetika

s.a. *Farbmittel*

Allergene Duftstoffe in Kosmetikprodukten

Ergebnisse der 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Risikoanalyse des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) zu allergenen Duftstoffen in Kosmetikprodukten (Opinion on fragrance allergens in cosmetic products, SCCS/1459/11); Existenzgefährdung der Naturkosmetik-Hersteller in BW durch die geplante Novellierung der EU-Kosmetikverordnung

KlAnfr

s. *Duftstoff*

Drs 15/3259

Warnung vor Fanschminke

Untersuchung von Fanschminkstiften auf Einhaltung der EU-Kosmetikverordnung; Zeitpunkt des Vorliegens der Untersuchungsergebnisse; Unterrichtung der Öffentlichkeit über gesundheitsgefährdende Inhaltsstoffe nach Beginn der Fußballweltmeisterschaft

Antr

s. *Gesundheitsschädlicher Stoff*

Drs 15/5454

Kosmetikindustrie*Allergene Duftstoffe in Kosmetikprodukten*

Ergebnisse der 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Risikoanalyse des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) zu allergenen Duftstoffen in Kosmetikprodukten (Opinion on fragrance allergens in cosmetic products, SCCS/1459/11); Existenzgefährdung der Naturkosmetik-Hersteller in BW durch die geplante Novellierung der EU-Kosmetikverordnung

KlAnfr

s. *Duftstoff*

Drs 15/3259

Kosovo*Neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber*

Zahl der seit 01.09.2010 nach Serbien und in den Kosovo zurückgeführten Angehörigen ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter differenziert nach Familien mit Kindern, Alten, Kranken, Einzelpersonen und Straffälligen; Gewichtung der Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des Auswärtigen Amts über die Situation in den Herkunftsländern bei der Einzelfallprüfung vor der Rückführung? Eintreten in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat für eine neue Bleiberechtsregelung ausgerichtet an humanitären Kriterien

Antr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 15/359

Ausreisepflicht von Minderheitsangehörigen aus der Republik Kosovo

Aussetzung der Durchsetzung von vollziehbaren Ausreisepflichten

MdlAnfr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 15/1393

Feststellung der Staatsangehörigkeit kosovarischer Flüchtlinge
Fälle von o.g. Auskunftsersuchen deutscher an serbische Stellen mit dem Ergebnis einer Bestätigung der serbischen Staatsangehörigkeit von kosovarischen Flüchtlingen, weil Serbien Teile der Republik Kosovo als serbisches Territorium betrachtet; Frage nach Handlungsanweisungen für die Ausländer- und Polizeibehörden in BW

KlAnfr
s. *Staatsangehörigkeit*
Drs 15/2158

Rückführung von Minderheitsangehörigen in den Kosovo
Erkenntnisse aus der Reise des Petitionsausschusses und zur Rechtfertigung einer weiteren Aussetzung der Ausreisepflicht für Angehörige ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter in die Republik Kosovo; Zahl der anhängigen bisher nicht vollzogenen Rückführungsfälle, Frage nach den Kosten und dem Zeitpunkt einer Wiederaufnahme der Rückführungen

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 15/2470

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015
Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Anteil der Roma, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, wiederholte Einreisen, Anerkennungsquoten; Bedingungen zur Arbeitsaufnahme bzw einer Ausbildung oder eines Studiums

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6528

Herkunftsland Kosovo

Festlegung des Kosovo als sicheren Herkunftsstaat im Asylverfahrensgesetz; Gründe für die Zunahme der Asylbewerberzahl aus dem Kosovo

MdlAnfr 1) Thomas Blenke CDU 02.03.2015 Drs 15/6566
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7448-7451

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6803

Aussetzung der Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo, Prüfung der Lage vor Ort iR einer Delegationsreise

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1227 1231

Kosten

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Förderung von Investitionen in CO2-effiziente Technologien

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7430

Kosten- und Leistungsrechnung

Steuermehreinnahmen durch Betriebsprüfer

Zurückweisung von Verrechnungspreisen bei der Betriebsprüfung durch die Finanzdirektion; Zahl der eingelegten Rechtsmittel; Vorgaben der obersten Finanzverwaltung für Buchprüfer; Erzielung eines festgelegten Einnahmehudgets bei der Betriebsprüfung; verbindliche Verfahren zur Ermittlung der Verrechnungspreise

KlAnfr
s. *Außenprüfung*
Drs 15/3885

Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen

s. *Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen*

Kostenerstattung

s.a. *Entschädigung*
s.a. *Regress*

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 25 - *Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH (Kap 1412)*

Mittlg RH
s. *Universität Heidelberg*
Drs 15/1925

Zukunft der Universitätsmedizin Mannheim

Bedeutung und Fortführung der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim als Vollfakultät; Einschätzung des Mannheimer Reformierten Curriculums Medizin für die Mediziner Ausbildung; Bewertung des Gutachtens einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des Denkschriftbeitrags des RH zur Kostenerstattung der Universität Heidelberg an das Klinikum Mannheim, Geltendmachung nachträglicher Rückforderungen? Gründe für den Rücktritt des Dekans in Mannheim

Antr
s. *Klinikum Mannheim*
Drs 15/2232

Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Ausbildungsinhalte des Praktischen Jahres an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land; Zugangsvoraussetzungen; vorhandene Ausbildungsstellen; arbeitsrechtliche Bedingungen; geplante Anpassungen der Studienordnung; finanzielle Entschädigung der Lehrkrankenhäuser für die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes

KlAnfr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 15/3743

Unterstützung der Rettungshundestaffeln in BW

Förderung der Rettungshundestaffeln durch das Land; Befreiung von der Hundesteuer; fehlende Nennung der Rettungshunde im Rettungsdienstgesetz; Genehmigung von Trainingsflächen insbes in Wäldern; Erstattung der einsatzbedingten Aufwendungen

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/7687

Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zur Praxis der Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsunterbringung, insbes bei den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit den Erstaufnahmeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7712

Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auf Ebene der Kommunen

Sachstand zur mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Vereinbarung über den Ersatz der den Kommunen aus der Flüchtlingsunterbringung entstehenden Kosten, insbes Festlegungen für die Abrechnungsmodalitäten

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7736

Faktische Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen

Sachstand zur Erstattung der faktischen Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen, insbes Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7768

Kostenübernahme häusliche Krankenpflege

Sachstand zur Kostenerstattung durch Krankenkassen im Bereich der Leistungen für häusliche Krankenpflege in BW, insbes Auswirkungen der Verweigerung der Kostenübernahme durch eine spezielle Krankenkasse auf die finanzielle Situation ambulanter Pflegedienste

KlAnfr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/7867

Kosten-Nutzen-Analyse

s. *Wirtschaftlichkeit*

Kostenrecht*Positionierung zur Reform des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes*

Haltung gegenüber einer baldigen Anhebung der Gebührensätze für Rechtsanwälte sowie einer Anhebung der Gerichtskosten

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 12.06.2013 und Antw JM
Drs 15/3633

Kostenrechtsmodernisierungsgesetz*Positionierung zur Reform des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes*

Haltung gegenüber einer baldigen Anhebung der Gebührensätze für Rechtsanwälte sowie einer Anhebung der Gerichtskosten

KlAnfr
s. *Kostenrecht*
Drs 15/3633

Kostenrückerstattung

s. *Kostenerstattung*

Krähe

s. *Vogel*

Kraftfahrer

s.a. *Berufskraftfahrer*
s.a. *Fahrerlaubnis*
s.a. *Fahrpersonal*

Feuerwehrführerschein

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

Antr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/738

Sachstand zum sogenannten „Feuerwehrführerschein“

Erlass einer Verordnung für Sonderfahrberechtigungen auch für Einsatzfahrzeuge bis 7,5 Tonnen

KlAnfr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/1255

Gesetz zur Aufhebung des Fahrberechtigungsgesetzes

Neuerlass der Landesverordnung zur Fahrberechtigung für Einsatzfahrzeuge aufgrund der Neufassung der bundesrechtlichen Ermächtigung durch das Siebte Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

GesEntw
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/1960

Falschfahrer auf der Bundesstraße (B) 29

Ursachen der Häufung von Falschfahrern auf der Bundesstraße 29 auf dem Streckenabschnitt zwischen Fellbach und Schwäbisch Gmünd und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Unfallverhütung*
Drs 15/7236

Reduzierung der Zahl der tödlichen Unfälle von Motorradfahrern, Schutzzummantelung der Leitplanken

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 668

Korrektur des Bilds von Rockern als Hobbymotorradfahrer, In-schutznahme der vielen friedlichen Motorradfahrer

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2181-2186

Kraftfahrzeug

s.a. *Dienstwagen*
s.a. *Elektromobilität*
s.a. *Feuerwehrfahrzeug*
s.a. *Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart*
s.a. *Hybridfahrzeug*
s.a. *Kraftfahrzeugausrüstung*
s.a. *Kraftfahrzeugindustrie*
s.a. *Kraftfahrzeugsteuer*
s.a. *Kraftrad*

*s.a. Nutzkraftfahrzeug**Standortentscheidung Daimler-Testzentrum für Elektro- und Hybridfahrzeuge*

Beurteilung o.g. Planung und der zur Entscheidung der Konzernleitung konkurrierenden Standorte, Eintreten für eine Berücksichtigung vorhandener Kompetenzcluster

KlAnfr Martin Rivoir SPD 07.06.2011 und Antw MFW Drs 15/78

Breitenbegrenzung von Fahrbahnen in Autobahnbaustellen

Begrenzung auf zwei Meter trotz Überschreitung dieser Breite von Fahrzeugen der Kompaktklasse; Ermöglichung der Nutzung dieser Fahrstreifen von Serienfahrzeugen durch eine sachgerechte Breitenbegrenzung

Antr
s. *Fahrbahn*
Drs 15/276

Der Automobilstandort BW unter grün-rot - Abstieg gewünscht?

Aktuelle Debatte
s. *Kraftfahrzeugindustrie*
PIPr 15/11 S. 422

Verwendung der Einnahmen aus der zusätzlichen Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter und Förderung der Partikelfilternachrüstung

Höhe der Steuereinnahmen aus der „Diesel-Strafsteuer“ für das Land von April 2007 bis Juni 2009 sowie für den Bund von Juli 2009 bis März 2011 jeweils aufgelistet nach Landkreisen; Höhe des jeweiligen Rückflusses in die Förderung der Partikelfilternachrüstung im Land; Auskunft über eine Erneuerung von Förderprogrammen im Land bzw im Bund und eine Ausweitung der Umweltzonen; Entwicklung der Ausstattung der Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern seit 2007; Einfluss des Wohnorts des Fahrzeughalters und seiner Einstufung als Umweltzone auf die Nachrüstungsbereitschaft

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/493

Touristische Hinweistafel auf die historische Benz-Fabrik in Ladenburg im Zuge der A 5

Rechtfertigung o.g. Hinweistafel zum 125. Jahrestag der Erfindung des Automobils

KlAnfr Helen Heberer SPD 26.10.2011 und Antw MVI Drs 15/776

Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität

Handlungsvorstellungen zur o.g. Aus-, Fort- und Weiterbildung; Stand der Planungen einer Produktionslinie zur Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung; Aktivitäten und Ziele zur Leichtbauweise, insbes am Deutschen Institut für Textil- und Faserforschung; Stand der Entwicklungen der Projektgruppe neue Antriebssysteme (NAS) am Fraunhofer-Institut in Karlsruhe

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/936

Bürokratieabbau bei der Kfz-Ummeldung ohne Halterwechsel

Möglichkeiten zur Vereinfachung der o.g. Ummeldung auf der Zulassungsstelle beim Umzug innerhalb eines Landkreises so-

wie in einen anderen Landkreis, z.B. durch verstärktes E-Government, durch Abwicklung von der Meldebehörde oder Beibehaltung des bisherigen Kennzeichens

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 20.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/1056
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 43
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/1085

Umweltzonen

Auflistung der eingerichteten Umweltzonen zur Vermeidung der Belastung von Feinstaub und Stickstoffdioxid, Auswirkungen des Partikelfilters und der Abgasnorm Euro 6 auf die Verminderung des Stickstoffdioxidausstoßes bei Dieselfahrzeugen, wirtschaftliche Auswirkungen der Umweltzonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/1492

Normen und Standards bei der Elektromobilität

Festlegung und Überwachung von global einheitlichen technischen Normen und Standards für die Kompatibilität mit den Stromnetzen und Komponenten innerhalb der Fahrzeuge; Frage nach Notfallkonzepten sowie Konzepten und Verfahren zur Entsorgung von Fahrzeugen und ihrer Komponenten; notwendige Regelungen zum Schutz der Nutzer von E-Bikes

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/1736

Empfehlungen der hochrangigen Gruppe „CARS 21“ zur EU-Automobilpolitik

Positionierung zu den o.g. Empfehlungen, insbes zur Forderung einer weiteren Harmonisierung der Standards im Bereich E-Mobilität und zur Ausweitung der Forschungsaktivitäten im Bereich der Antriebstechnologien; Erhalt von fairen Wettbewerbsbedingungen für die hiesigen Premiumhersteller bei der Ausrichtung der künftigen CO2-Regulierung im Fahrzeugbereich; Erwartung einer fortdauernden Dominanz des Verbrennungsmotors und einer erst allmählichen Ersetzung durch alternative Antriebsarten

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 16.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2105

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Verringerung der CO2-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2040

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und
Kraftfahrzeuganhängern*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/2306

Geplante Initiative der LReg zur weiteren Absenkung des Grenzwerts für CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Frage nach einer Abstimmung o.g. Initiative innerhalb der LReg und ihren Auswirkungen auf die Automobilindustrie und deren Zulieferer

KlAnfr
s. *Kohlendioxid*
Drs 15/2406

Haltung der LReg zur Änderung der EU-Verordnung zur Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Beurteilung einer weiteren Verschärfung der Grenzwerte ab 2020 bzw 2025 und deren Auswirkungen auf den Automobilstandort und Arbeitsmarkt hierzulande, Verhinderung einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen durch entsprechende Positionierung gegenüber dem Bund und der EU, Verhalten der LReg bei den Beratungen in den Fachausschüssen des Bundesrats, Gründe für das Unterlassen einer nachträglichen Unterrichtung des Landtags

Antr
s. *Kohlendioxid*
Drs 15/2472

Umweltzonen als bürokratische Hürde für Schausteller und Marktbesucher in Pforzheim und dem Enzkreis

Erfahrungen und Rückmeldungen zu den Umweltzonen in Pforzheim und Mühlacker für den Zugang von Kraftfahrzeugen bestimmter Schadstoffgruppen von Schaustellern und Marktbesuchern; Bedingungen, Verfahrenswege und Gesamtkosten für die Beantragung von Sondergenehmigungen, Ausnahmeregelungen oder Anerkennung wirtschaftlicher Härtefälle; Schaffung zeitlich begrenzter ortsbezogener Ausnahmeregelungen; unbürokratische Möglichkeiten eines flexibleren Umgangs mit Umweltzonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/2846

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität

Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermodelle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr
s. *Gas*
Drs 15/5660

Erinnerung an die Geburtsstunde des Automobils in Mannheim; Entwicklung neuer Verbrennungsmotoren mit weniger Verbrauch und Emissionen; Begleitung des Einstiegs in die Elektromobilität

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 21

Begleitung des Einstiegs in die Elektromobilität; Erinnerung an den Erfinder des Automobils; Entwicklung von umweltfreundlichen Fahrzeugen; Kritik an der Äußerung des MinPräs zum Rückbau der Autoproduktion

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 39 42 43 48 64 65 70

Erfolgsbewertung der europäischen Regelungen zur Schadstoff- und Lärmreduzierung der Kraftfahrzeuge; Förderung der Forschung zur Entwicklung zukunftsfähiger Autos in BW

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 170 172-174

Kritik an der Äußerung des MinPräs zum Rückbau der Autoproduktion; Plädoyer für Autos mit anderen Antriebstechnologien

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1187 1199 1205 1207

Begleitung des Einstiegs in die Elektromobilität; Entwicklung von Fahrzeugen mit anderen Antriebstechnologien; Erhaltung der Spitzenposition des Landes im Automobilbau

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425-1428 1430

Kraftfahrzeugausrüstung

s.a. *Abgasreinigung*
s.a. *Motor*

Tachografenpflicht und jährliche Hauptuntersuchung

Gründe und Auswirkungen der Forderung des Europäischen Parlaments zum Einbau eines digitalen Fahrtenschreibers schon bei Fahrzeugen ab 2,8 Tonnen und einem Radius von 100 km, Hinwirkung auf Ausnahmeregelungen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Bereich; Bewertung der von TÜV und DEKRA gebotenen Sicherheitsstandards im Vergleich zu den Überprüfungen in anderen EU-Ländern, Eintreten für eine europäische Harmonisierung der Standards für die Hauptuntersuchung

Antr
s. *Technische Überwachung*
Drs 15/2198

Kältemittel in Autoklimaanlagen

Umfang, Risiken und Wirtschaftlichkeit des Einsatzes des umstrittenen Kältemittels „R1234yf“ in Autoklimaanlagen

KlAnfr
s. *Kältemittel*
Drs 15/3865

Motorradlärm in Tourismuslandschaften

Sachstand zur Kontrolle von Motorradlärm und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Motorradfahrer in BW und speziell in Touristenregionen, insbes Bußgeldverhängungen, Ahndung unzulässiger Bauartveränderungen an Motorrädern

Antr
s. *Kraftrad*
Drs 15/6812

Erinnerung an die Entwicklung von Airbag, Start-Stopp-Automatik, ESP, Komfortelementen u.a. im Premiumsegment der Hersteller hierzulande

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 429

Kraftfahrzeugindustrie

Standortentscheidung Daimler-Testzentrum für Elektro- und Hybridfahrzeuge

Beurteilung o.g. Planung und der zur Entscheidung der Konzernleitung konkurrierenden Standorte, Eintreten für eine Berücksichtigung vorhandener Kompetenzcluster

KlAnfr

s. *Kraftfahrzeug*

Drs 15/78

Abhängigkeit der Region Nordschwarzwald von der Automobilindustrie

Zahl der in der Automobilindustrie und deren Zulieferer beschäftigten Arbeitnehmer aus den LKreisen Calw, Freudenstadt, Enzkreis und Stadtkreis Pforzheim; Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze in diesen Kreisen, die von der Automobilindustrie abhängen; Höhe der Einkommen und Kaufkraft der Beschäftigten, des Anteils an Einkommensteuer und Gewerbesteuer für die Gebietskörperschaften; Darstellung der Auswirkungen einer politisch gewollten Senkung der Automobilproduktion sowie der Umstellung vom Bruttoinlandsprodukt auf einen umfassenden Wohlfahrtsindikator

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 08.06.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/80 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/747 S. 5

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Strukturwandel E-Mobilität und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Förderung des Wandels zur E-Mobilität in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern, Einschätzung der Wachstumspotenziale für konventionelle und neue Antriebstechnologien, Beurteilung der Aussagen einer Studie der IHK Region Stuttgart über Defizite der mittelständischen Automobilzulieferindustrie, Maßnahmen zur Verbesserung deren Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers in diese Unternehmen, Hinwirkung auf eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

Antr

s. *Elektromobilität*

Drs 15/250

Der Automobilstandort BW unter grün-rot - Abstieg gewünscht?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 422-430

Anwendung des Umwandlungssteuerrechts

Zahl und Gestaltung der vom Umwandlungssteuerrecht betroffenen Fälle; Gründe für die Nichtbesteuerung von Umstrukturierungsfällen, Höhe der dadurch entstehenden Steuerausfälle; Begründung der Praxis und des Anspruchs auf Erteilung von rechtsverbindlichen Auskünften, u.a. für die beiden Automobilhersteller; Prüfung eines Missbrauchs von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten nach der Abgabenordnung bei der Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes?

Antr

s. *Steuerrecht*

Drs 15/1832

Bedeutung des Umwandlungssteuergesetzes im Fall eines Automobilkonzerns

Zustandekommen der rechtsverbindlichen Auskunft für zwei Autobauer und beteiligte Stellen der Finanzverwaltung in BW, Niedersachsen und beim Bund unter Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes; Klärung weiterer Sachverhalte; Bewertung des Gesetzes bzw einer notwendigen Änderung im Hinblick auf Fusionen und Umstrukturierungsfälle; Begründung der festgesetzten Gebühren für die Auskunftserteilung

Antr

s. *Steuerrecht*

Drs 15/1835

Empfehlungen der hochrangigen Gruppe „CARS 21“ zur EU-Automobilpolitik

Positionierung zu den o.g. Empfehlungen, insbes zur Forderung einer weiteren Harmonisierung der Standards im Bereich E-Mobilität und zur Ausweitung der Forschungsaktivitäten im Bereich der Antriebstechnologien; Erhalt von fairen Wettbewerbsbedingungen für die hiesigen Premiumhersteller bei der Ausrichtung der künftigen CO₂-Regulierung im Fahrzeugbereich; Erwartung einer fortdauernden Dominanz des Verbrennungsmotors und einer erst allmählichen Ersetzung durch alternative Antriebsarten

Antr

s. *Kraftfahrzeug*

Drs 15/2105

Geplante Initiative der LReg zur weiteren Absenkung des Grenzwerts für CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Frage nach einer Abstimmung o.g. Initiative innerhalb der LReg und ihren Auswirkungen auf die Automobilindustrie und deren Zulieferer

KlAnfr

s. *Kohlendioxid*

Drs 15/2406

Haltung der LReg zur Änderung der EU-Verordnung zur Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Beurteilung einer weiteren Verschärfung der Grenzwerte ab 2020 bzw 2025 und deren Auswirkungen auf den Automobilstandort und Arbeitsmarkt hierzulande, Verhinderung einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen durch entsprechende Positionierung gegenüber dem Bund und der EU, Verhalten der LReg bei den Beratungen in den Fachausschüssen des Bundesrats, Gründe für das Unterlassen einer nachträglichen Unterrichtung des Landtags

Antr

s. *Kohlendioxid*

Drs 15/2472

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

CARS 2020 - Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa

Mittlg MFW 04.12.2012 Drs 15/2777 (33 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 13.06.2013 Drs 15/3606 (dazu Antr GRÜNE und SPD)

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Auswirkungen der Energiewende / Elektromobilität auf die Zukunft des Verbrennungsmotors und des Automobilstandorts BW
Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und Unterstützung von Forschungsanstrengungen durch Bund und Land, insbes Entwicklung und Herstellung von alternativen Kraftstoffen sowie Reduktionsmöglichkeiten für Verbrauch und Abgas; Vergleich der Wertschöpfungskette sowie der CO₂-Bilanz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren mit Elektro- und Hybridfahrzeugen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3794

Elektromobilität und Wertschöpfung
Ausgangslage und Herausforderungen der Automobilbranche in BW, insbes Bedeutung, Mitarbeiterzahl, Umsatzentwicklung, wichtige Märkte; Zukunftsperspektiven bestimmter Schlüsseltechnologien und -bereiche in Bezug auf die Elektromobilität; Maßnahmen zur Förderung von Schlüsseltechnologien der Elektromobilität in der wirtschaftsnahen Forschung, insbes geförderte Forschungseinrichtungen, Weiterbildung und Qualifizierung von Unternehmensmitarbeitern, Clusterförderung, bisheriger Erfolg der Landesinitiative Elektromobilität II

GrAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/5774

Erinnerung an die Basisinnovationen und Wurzeln der Automobilindustrie im Land; Beschleunigung der Entwicklung neuer Verbrennungsmotoren mit weniger Verbrauch und Emissionen; Begleitung des Einstiegs in die Elektromobilität
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 21

Kritik an der Äußerung des MinPräs zum Rückbau der Autoproduktion, Verweisung auf die Beschäftigtenzahl und Wertschöpfung der Automobilindustrie in BW
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 48 64 65

Bündelung der Forschungsaktivitäten für die Hybrid- und Elektromotorenmobilität, Verweisung auf das Forschungsprojekt e-drive am Karlsruher Institut für Technologie in Kooperation mit Daimler
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 172-174

Lob für die Maßnahmen bei Daimler zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 195 196

Forschungsaufwendungen der Automobilindustrie, Bezifferung auf ein Drittel der Forschungsausgaben in Deutschland
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 289

Würdigung der Anstrengungen der Automobilindustrie zur Verbesserung der Fahrzeugsicherheit
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 665 666 668

Verweisung auf die Rekordprämienzahlung bei Porsche
PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1533 1535

Anstrengungen der Automobilindustrie in BW zur Entwicklung neuer Antriebstechnologien und Leichtbauweisen
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1803-1811

Kraftfahrzeugkennzeichen

Regierungsbefragung

Kfz-Zulassung
s. *Straßenverkehrszulassung*
PIPr 15/50 S. 2888

Wiedereinführung des Kraftfahrzeugkennzeichens

Beantragung der Wiedereinführung von Kraftfahrzeugkennzeichen; Wiedereinführung des Kraftfahrzeugkennzeichens CR für Crailsheim

MdlAnfr 1) Helmut Walter Rüeck CDU 20.12.2012 Drs 15/2843
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3534-3536

Klebekennzeichen für Kraftfahrzeuge

Rechtsgrundlage und Begründung für die Abschaffung der Klebekennzeichen für Kraftfahrzeuge, insbes Nachteile für historische Fahrzeuge

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 02.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4107

Altkennzeichen in BW

Einführung und Ablehnungen zur Einführung der Altkennzeichen in den Kreisen Baden-Württembergs; Mehrkosten bei den Zulassungsstellen; Änderungen aufgrund des Wegfalls der Umkennzeichnungspflicht

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 05.09.2014 und Antw MVI Drs 15/5689

Schreiben des BVerfG vom 31.07.2014, Az.: 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09 und 1 BvR 3187/10

- *Verfassungsbeschwerden gegen landesrechtliche Vorschriften zur Erfassung und zum Abgleich von Kfz-Kennzeichen (Art 33 und 38 BayPAG, § 22 a PolG BW, §§ 14 a, 22 HSOG)*

PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367
BeschlEmpf und Bericht StändA 09.10.2014 Drs 15/5848
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6477

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6816

Kraftfahrzeugmotor

s. *Motor*

Kraftfahrzeugsteuer

Verwendung der Einnahmen aus der zusätzlichen Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter und Förderung der Partikelfilternachrüstung

Höhe der Steuereinnahmen aus der „Diesel-Strafsteuer“ für das Land von April 2007 bis Juni 2009 sowie für den Bund von Juli 2009 bis März 2011 jeweils aufgelistet nach Landkreisen; Höhe des jeweiligen Rückflusses in die Förderung der Partikelfilternachrüstung im Land; Auskunft über eine Erneuerung von Förderprogrammen im Land bzw im Bund und eine Ausweitung der Umweltzonen; Entwicklung der Ausstattung der Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern seit 2007; Einfluss des Wohnorts des Fahrzeughalters und seiner Einstufung als Umweltzone auf die Nachrüstungsbereitschaft

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 12.09.2011 und Antw MFW Drs 15/493

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 30.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1521

BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 81-85

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Anerkennung von Fahrzeughaltern als land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb

Voraussetzungen zur o.g. Anerkennung nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz, Umfang und Form der zu erbringenden Nachweise

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.08.2012 und Antw MFW Drs 15/2225

Befreiung von Zugmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer; weitere Entwicklung

Aktueller Sachstand zur Befreiung von Zugmaschinen in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer, insbes Einheitlichkeit der Verwaltungspraxis der Zollbehörden, Zugrundelegung weiterer Kriterien, Kontakte der LReg zu den zuständigen Zollbehörden

Antr Paul Locherer u.a. CDU 25.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6522

BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 54

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Steuerbefreiung bei Brauchtumsfahrten

Sachstand zu Möglichkeiten der Gewährung von Steuerfreiheit für einen vorübergehenden Einsatz landwirtschaftlicher Geräte bei Brauchtumsveranstaltungen

KIAnfr Alexander Throm CDU 06.03.2015 und Antw MFW Drs 15/6589

Plädoyer für eine Pkw-Maut und Abschaffung der Kfz-Steuer; Verweisung auf das hohe Aufkommen aus der Kfz-Steuer

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1797-1799 1803

Kraftfahrzeugsteuergesetz

s. Kraftfahrzeugsteuer

Kraftfahrzeugzubehör

s. Kraftfahrzeugausrüstung

Kraftrad

s.a. Motorisierter Individualverkehr

Touristische Hinweistafel auf das Zweirad- und NSU-Museum der Stadt Neckarsulm an der A 6

Rechtfertigung der beantragten touristischen Hinweistafel mit der geschichtlichen Bedeutung Neckarsulms für die Mobilitätsentwicklung

KIAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 01.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1350

Normen und Standards bei der Elektromobilität

Regelungen zum Schutz der Nutzer von E-Bikes

Antr
s. Elektromobilität
Drs 15/1736

Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden

Aktuelle Debatte
s. Rocker
PIPr 15/40 S. 2180

Förderung und Ausbau der Fahrradinfrastruktur

Entwicklung des Mitteleinsatzes von Land und Kommunen für den Ausbau von Radwegen; Beurteilung einer Beteiligung der Nutzer an der Finanzierung des weiteren Ausbaus differenziert nach Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs; Befürwortung der Einführung einer Helm- und Führerscheinplicht? Hinwirkung auf gleiche Steuererleichterungen auch für Dienstfahräder, Dienst-Pedelecs und E-Bikes wie für privat genutzte Dienstwagen

Antr
s. Fahrrad
Drs 15/2574

Sperrung der Landstraße 1187 zwischen Glemseck und Schattengrund für Motorradfahrer

Streckensperrung der Mahdentalstrasse für Motorradfahrer aufgrund von Straßenschäden, insbes Maßstäbe, Begründung und Ermessensspielraum bei der Entscheidung

KIAnfr
s. Straßenschäden
Drs 15/3486

Moped-Führerschein mit 15 Jahren

Erfahrungen mit dem Führerschein mit 17; Überblick über die Erfahrungen mit dem Moped-Führerschein mit 15 in anderen Bundesländern; Folgerungen für dessen Einführung in BW

Antr
s. Fahrerlaubnis
Drs 15/4519

Motorradlärm in Tourismuslandschaften

Sachstand zur Kontrolle von Motorradlärm und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Motorradfahrer in BW und speziell in Touristenregionen, insbes Bußgeldverhängungen, Ahndung unzulässiger Bauartveränderungen an Motorrädern

Antr Reinhold Pix u.a. GRÜNE 28.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6812
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 01.07.2015 Drs 15/7534 S. 27 28
 PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Reduzierung der Zahl von tödlichen Motorradunfällen, Schutzummantelung der Leitplanken
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 668

Kraftstoff

s.a. Öl

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Transport und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmarktakteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr
 s. *Agrarprodukt*
 Drs 15/696

Sparzwänge bei Streifenfahrten der Polizei im Enzkreis und in Pforzheim

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim; Darstellung der Personalsituation beim Polizeirevier Mühlacker u.a. Dienststellen im Bereich der PD Pforzheim

KIAnfr
 s. *Polizei*
 Drs 15/1346

Sparzwänge bei der Polizei in BW

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen, Auswirkungen auf die Sicherheitslage; Anschaffung von Dienstfahrzeugen mit niedrigem Kraftstoffverbrauch; Einrechnung der Mehrkosten von größeren Entfernungen zwischen den Dienststellen nach Umsetzung der Polizeireform

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/1823

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Qualität von Otto- und Dieselmotoren und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen

Mittlg UM 20.11.2012 Drs 15/2686 (31 S.)
 BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/2897
 PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/3071

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität
 Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermodelle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr
 s. *Gas*
 Drs 15/5660

Verstärkte Nutzung von Flüssiggas und Erdgas zur Luftreinhaltung

Sachstand zur Nutzung von Erdgas und Flüssiggas als Fahrzeugtreibstoff, insbes Auswirkungen auf die damit verbundenen Emissionen, geplante Beendigung der Steuervergünstigung, Umstellung der Fahrzeugflotte des Landes

Antr Johannes Stober u.a. SPD 06.10.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7479
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.12.2015 Drs 15/8048 S. 55-58
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Einsatz der Dual-Fuel-Technik im Bereich von Lkw und Bussen zur Luftreinhaltung

Sachstand zum Einsatz der Dual-Fuel-Motortechnologie mit gleichzeitiger Verbrennung von Gas und Dieseltreibstoff zur Luftreinhaltung und zur möglichen Umrüstung von Fahrzeugen im Bereich des Schwerlastverkehrs oder der Schifffahrt

Antr Johannes Stober u.a. SPD 06.10.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7483
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.12.2015 Drs 15/8048 S. 55-58
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Verweisung auf die Produktion der weltweit verbrauchsärmsten Autos in BW

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 424 426

Erwartung höherer Spritkosten der Polizei nach Umsetzung der Polizeireform

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2035

Kraftstoffbedarf

s. *Kraftstoffverbrauch*

Kraftstoffverbrauch

Auswirkungen der Energiewende / Elektromobilität auf die Zukunft des Verbrennungsmotors und des Automobilstandorts BW
 Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und Unterstützung von Forschungsanstrengungen durch Bund und Land, insbes Entwicklung und Herstellung von alternativen Kraftstoffen sowie Reduktionsmöglichkeiten für Verbrauch und Abgas; Vergleich der Wertschöpfungskette sowie der CO₂-Bilanz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren mit Elektro-

und Hybridfahrzeugen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3794

Kraft-Wärme-Kopplung

s.a. *Wärmeversorgung*

Umsetzung der EU-Richtlinie zur Energieeffizienz

Beurteilung der Vereinbarkeit o.g. Richtlinie mit dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz; Quantifizierung des Beitrags zum nationalen Energieeffizienzverpflichtungssystem, der Einsparvolumina von kommunalen EVU sowie des Potenzials für Kraft-Wärme-Kopplungen; Umgang mit den Vorgaben im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Zertifizierung von Energieberatern

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/627

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; weitere Entwicklung der Lithium-Ionen-Technologie als Energiespeichertechnik, insbes in Kopplung mit Mikro-Kraftwärmekopplungsanlagen sowie Kleinwind- und Photovoltaikanlagen

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Nutzung von gebrauchten Speiseölen als Betriebsstoff in Blockheizkraftwerken

Art der Verwertung und Entsorgung o.g. Speiseöle aus der Gastronomie; rechtliche Vorgaben, technische Standards und Beispiele der energetischen Verwertung in Verbrennungsmotoren und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen; anfallende Mengen an Speiseölen und möglicher Beitrag zur Energieversorgung; Ermöglichung des Betriebs von Anlagen mit einer Ausnahme Genehmigung?

Antr
s. *Öl*
Drs 15/1195

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmenutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Stromproduktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Abwärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 15/1613

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KIAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1884

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2344

Förderung und Entwicklung der Kraftwärmekopplung (KWK) in BW

Bedeutung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung in BW, insbes Daten zu Gesamtleistung, Anteil an der Strom- und Wärmeerzeugung, Verbesserung der Versorgungssicherheit; Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Förderung von KWK-Anlagen in Bund und Land; Ausbau, wirtschaftliches Potenzial und Fördermöglichkeiten kleinerer Blockheizkraftwerke; Wärmenutzung bei in Bau befindlichen Kohlekraftwerken

Antr
s. *Energietechnik*
Drs 15/2956

Umsatzsteuerliche Behandlung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen); Umsatzbesteuerung des Eigenverbrauchs von Wärme

Sachstand im Bundesministerium der Finanzen (BMF); Auswirkungen der geplanten Umsatzsteuer auf die Wärmeabgabe für die Betreiber von KWK-Anlagen; Verwendung einer alternativen Bemessungsgrundlage

Antr Paul Locherer u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5018
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014/22.01.2015
Drs 15/6639 S. 6 7
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Entwicklung der Nah- und Fernwärmeversorgung in BW

Kennzahlen zu existierenden Nah- und Fernwärmenetzen in BW; Entwicklung des Einsatzes der energieeffizienten Kraftwärmekopplung (KWK) in Nah- und Fernwärmenetzen, insbes Stand des Ausbaus und Nutzung von Förderprogrammen

Antr GRÜNE 05.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6086
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 29-31
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

*Regierungsbefragung**Landeskonzept Kraft-Wärme-Kopplung*

PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8022-8027

Unterstützung des Ausbaus der Kraft-Wärme-Kopplung, Abkopplung des Primärenergieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum, Nutzung regenerativer Energien zur Energieerzeugung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38-40 57 58 67 71 74-76 79 90

Anmahnung eines Konzepts für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 617 622

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung durch die EnBW gemeinsam mit den Stadtwerken

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 686

Schaffung von Rahmenbedingungen auf Bundesebene für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1215

Kraftwerk*s.a. Kernkraftwerk**s.a. Wärmekraftwerk**Möglichkeiten der Nutzung und Erforschung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in BW*

Freigesetzte Mengen an Kohlendioxid aus Kraftwerken und Industrieanlagen in den letzten fünf Jahren, Definition der Carbon Dioxide Capture and Storage-Technologie und von dafür geeigneten Standorten in BW; Interessen der Wirtschaft, insbes der Energieversorger, an der weiteren Erforschung und Nutzung der CCS-Technologie; Unterstützung der Forschungsaktivitäten im Zusammenhang mit CCS an Universitäten und Forschungseinrichtungen im Land

Antr

s. CO₂-Abscheidung und -Speicherung

Drs 15/331

Möglichkeiten der Nutzung bestehender und künftiger Pumpspeicherkapazitäten in der Schweiz und in Österreich für BW

Darlegung der o.g. Möglichkeiten und dazu notwendigen Voraussetzungen, Umfang der erforderlichen Speicherkapazität in Deutschland und BW zur Umsetzung der Energiewende

Antr

s. Energiespeicher

Drs 15/572

Pumpspeicherwerk Atdorf

Bewertung des Ergebnisses der Schlichtungsgespräche zum Pumpspeicherwerk Atdorf in Bad Säckingen; Gewichtung der vorgebrachten naturschutzrechtlichen Bedenken, insbes Schutz der vorhandenen Moore; Frage nach weiteren Planungen und Alternativplanungen

Antr

s. Energiespeicher

Drs 15/867

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in

Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Atdorf hinaus

GrAnfr

s. Energiespeicher

Drs 15/906

Rahmenbedingungen und Notwendigkeit für die Realisierung von Spitzenlastkraftwerken in BW

Einschätzung der Entwicklung von Strommix, Stromverbrauch und Lastspitzen bis 2050; Strategien zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit; Beurteilung des Bedarfs an modernen Gas- und Dampf-Kombikraftwerken; notwendige Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlich rentablen Zubau von GuD-Kraftwerksleistung

Antr

s. Energieversorgung

Drs 15/1757

Gemeinsam für die Energiewende: Eine Politik für mehr Koordination zwischen Europa, dem Bund und den Ländern anstatt passiver „Autarkiepolitik“

Zurechnung der Investitionen in Kraftwerke, Leitungen und Speicher dem Land und seinen Unternehmen nach dem Territorialitätsprinzip; Abstimmung der Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Bund u.a. Ländern; Bemühungen um o.g. Koordination in Fragen der Stromerzeugung, der Stromspeicherung und des Stromtransports; bisherige und künftige Maßnahmen für Kraftwerkskapazitäten und Netzausbau zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr

s. Energiepolitik

Drs 15/2100

Potenzial und Entwicklung von Reserveleistung in der Stromversorgung

Verfügbare und in Spitzenzeiten bis 2022 benötigte Reservekapazitäten zur Stromerzeugung landes- und bundesweit; Gründe für die Stromengpässe im Februar; Anreize und Regelungen für die Betreiber zur Vorhaltung fossiler Kraftwerkskapazitäten; Maßnahmen zur Schaffung von Kapazitätsmechanismen bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr

s. Energieversorgung

Drs 15/2182

Versorgungssicherheit gewährleisten - die Reservekraftwerksverordnung (ResKV) vernünftig gestalten

Situation der Reservekraftwerke und der Versorgungssicherheit in BW, insbes Beitrag und Weiterentwicklung der bestehenden Reservekraftwerksverordnung

Antr

s. Elektrizitätswirtschaft

Drs 15/5153

Eintreten für den Bau des Pumpspeicherkraftwerks in Atdorf

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38 39 62 71 75 76 79

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Rentabilität des Baus neuer Kraftwerke für die Investoren, Eintreten für den Bau des Pumpspeicherkraftwerks in Atdorf

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 181 185

Kraichgau*Bedeutung der Mulchsaat im Kraichgau*

Bewertung der Mulch- bzw Direktsaatvariante im Vergleich zur Pflugvariante, insbes im Blick auf die Erosions- und Hochwassergerfahr; Bedeutung der Mulchsaat für den Wasser- und Stoffhaushalt des Bodens und für den ökologischen Landbau; Gründe und Folgen des Ausstiegs aus der Förderung iRd MEKA-Programms

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 15/1857

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr

s. *Nebenbahnverkehr*

Drs 15/3979

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahn und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KlAnfr

s. *Nebenbahnverkehr*

Drs 15/7739

Krankenakte

s. *Krankenunterlagen*

Krankenbehandlung

s. *Medizinische Behandlung*

Krankenbehandlungskosten

s.a. *Arzthonorar*

s.a. *Fallpauschalensystem*

s.a. *Pflegekosten*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 24 - Abrechnung stationärer Leistungen an den Universitätsklinika (Kap 1410, 1412, 1415 und 1421)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/124

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/724

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 30.11.2012 Drs 15/2762

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3217

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Situation der Heilmittelerbringer in BW

Beurteilung der vermehrten Zurückweisung von Heilmittelerordnungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden durch die Krankenkassen wegen sachlicher Mängel, Auslösung von Existenzproblemen und Kostenverlagerungen durch

diese verschärfte Prüfpraxis der Krankenkassen; Hinwirkung auf einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren des Gesundheitswesens, Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmittelleistungen und einer angemessenen Vergütung

Antr

s. *Heilmittel*

Drs 15/818

Adipositas bei Kindern und Erwachsenen

Entwicklung der Zahlen und Kosten von stark übergewichtigen Patienten unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Darlegung von präventiven Maßnahmen und Behandlungsmethoden, Kosten und Nutzen von Magenverkleinerungen, insbes Gewichtung der erzielbaren Reduzierung von Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck

KlAnfr

s. *Übergewicht*

Drs 15/846

Entwicklung der Behandlungskosten von psychischen Erkrankungen, Finanzierung der ambulanten Psychotherapie durch die Krankenkassen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717 718 720-722

Krankengymnast

s. *Physiotherapeut*

Krankengymnastik

s. *Physiotherapie*

Krankenhaus

s.a. *Babyklappe*

s.a. *Fachkrankenhaus*

s.a. *Fallpauschalensystem*

s.a. *Kinderkrankenhaus*

s.a. *Krankenhausarzt*

s.a. *Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg*

s.a. *Privatkrankenhaus*

s.a. *Universitätsklinik*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Besserer Schutz vor Klinikkeimen - Hygiene an Krankenhäusern in BW

Mittlg LReg

s. *Hygiene*

Drs 15/459

Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizinergesetzes (UniMed-RückabwicklungGes - UniMed-RüG)

Wiederherstellung des vor dem 15. Februar 2011 geltenden Rechtszustands; Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Universitätsklinik; Wahrung der Handlungsfähigkeit in Kooperation mit den Universitäten; Änderung des LandeshochschulGes, des UniversitätsklinikGes, LandeskrankenhausGes, LandespersonalvertretungsGes und von Artikel 9 des UniversitätsmedizinGes

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 15/631

Förderpraxis bei der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser im Land

Auswirkungen einer Änderung der o.g. Förderrichtlinien auf bereits gestellte Anträge

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 10.11.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/862

Umsetzung von § 23 Abs 8 Infektionsschutzgesetz in BW (VO zum Schutz vor nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern)

Umsetzung der für Krankenhäuser erforderlichen Maßnahmen zur Verhütung, Erkennung, Erfassung und Bekämpfung von nosokomialen Infektionen und Krankheitserregern mit Resistenzen durch die bestehende KrankenhaushygieneVO?

Antr
s. *Infektionsschutzgesetz*
Drs 15/1512

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1569

Weiterentwicklung der Einhaltung der Notärztlichen Hilfsfristen

Entwicklung der Hilfsfristen und deren Einhaltung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/4062 im Jahr 2009, Auswirkungen von Veränderungen in den Strukturen und der ärztlichen Besetzung der Kliniken, insbes durch Arbeitszeitvorgaben der EU; Maßnahmen zur Verbesserung der notärztlichen Versorgung durch Einbindung der niedergelassenen Ärzte, Steigerung der Attraktivität durch Veränderungen in der Ausbildung und Vergütung, durch Vereinbarungen iRd Kreisstrukturgespräche und Bereichsausschüsse; verstärkte Einbeziehung der Flugrettung

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/1573

Gesunde Krankenhäuser in BW in Gefahr - angemessene Finanzausstattung durch den Bund erforderlich

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1840-1847

Zukünftige medizinische Versorgung im Limpurger Land (LKreis Schwäbisch Hall)

Beurteilung der Forderungen der Bürgerinitiative „Krankenhaus Gaildorf“, insbes zur Verweigerung der Freigabe von Fördermitteln für die Baumaßnahmen in Schwäbisch Hall und Crailsheim ohne Einbindung der Gaildorfer Einrichtung in den Gesamtplan

MdlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1734

Übernahme des Kreiskrankenhauses Bergstraße in Heppenheim (Hessen) durch das Universitätsklinikum Heidelberg

Frage nach der Einbindung in die o.g. Übernahme, den Chancen und Risiken sowie Auswirkungen auf die Krankenhausversor-

gung in der Region

Antr Karl Klein u.a. CDU 22.10.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2538
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 51 52
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und passgenauen Einsatz von Antibiotika

KlAnfr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 15/2584

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken in BW beheben

Anteil ausländischer Ärzte an baden-württembergischen Krankenhäusern; Verteilung der Ärzte nach städtischem und ländlichem Raum; Aufschluss über ihre Deutschkenntnisse; Sprachprüfung, Sprachkurse und weitere Maßnahmen zur Behebung von Sprachproblemen; Konzept zur Sicherstellung ausreichender Sprachkenntnisse

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/2730

Krankenhausstruktur im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 07.12.2012 und Antw SM Drs 15/2783

Investitionsförderung der Krankenhäuser im LKreis Calw

Rechtsgrundlagen der Investitions- und Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser in BW; Daten zur Entwicklung der stationären Plätze im Land und im LKreis Calw; differenzierte Daten zu Landesinvestitionen in die Krankenhäuser im LKreis Calw

KlAnfr Thomas Blenke CDU 22.01.2013 und Antw SM Drs 15/2903

Einbeziehung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten in das Landeskrankenhausgesetz sowie in Beiräte und Ausschüsse auf Landesebene

Regelungen der gegenüber den Fachärzten gleichgestellten Integration von Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) für die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im Landeskrankenhausgesetz; Sicherstellung der Vertretung der Landesärzte-, Landeszahnärzte- und Landespsychotherapeutenkammer in den Landesgremien zur Prävention, Bedarfsplanung und Versorgung

Antr
s. *Psychotherapeut*
Drs 15/3045

Verbesserung der Luftrettung im nord-östlichen Landesteil durch die Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers in Dinkelsbühl-Sinbronn (Bayern)

Verbesserung der Luftrettung im Nordosten Baden-Württembergs, insbes Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers unmittelbar an der Landesgrenze (A 7) in Dinkelsbühl-Sinbronn, Unterstützung des bayerischen Innenministeriums bei Verhandlungen mit Krankenkassen bezüglich der erweiterten Luftrettung, Einrichtung von Hubschrauberlandemöglichkeiten in umliegenden Krankenhäusern; Inexistenz nachflugtauglicher Rettungs- oder Transporthubschrauber in BW und Konsequenzen für die medizinische Versorgung; Einsatz angekündigter, schneller fliegender, neuer Rettungshubschrauber

KlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/3041

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1564 betr. Brandmelder in Krankenhäuser

Petitionen
s. *Rauchmelder*
Drs 15/3091

Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw
s. *Unterbringung*
Drs 15/3408

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*
Drs 15/3636

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken beheben (II)
Förderung eines speziellen Sprach- und Kommunikationsprogramms zur Vermittlung der Fachsprache und einschlägiger kultureller Kenntnisse

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/3676

Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Ausbildungsinhalte des Praktischen Jahres an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land; Zugangsvoraussetzungen; vorhandene Ausbildungsstellen; arbeitsrechtliche Bedingungen; geplante Anpassungen der Studienordnung; finanzielle Entschädigung der Lehrkrankenhäuser für die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes

KlAnfr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 15/3743

Krankenhäuser in BW: Situation und Weiterentwicklung

Situation und Weiterentwicklung der Krankenhäuser in BW, insbes Daten zu Anzahl der Häuser und Betten sowie Umsatz und Gewinn; Effizienz der Krankenhausstrukturen; Angebotsstruktur für bestimmte spezialisierte Leistungen; Möglichkeiten und Probleme der Krankenhausfinanzierung; Informationsangebot für Patienten; Erfolgsbilanz im Kampf gegen multiresistente Erreger; Weiterentwicklungsbedarf bezüglich des Landeskrankenhausausschusses

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 22.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3862 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 47-49
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Umsetzung der Schlaganfallversorgung und Investitionsförderung in BW

Umsetzung der Schlaganfallkonzeption für das Land BW, insbes Versorgungsqualität von Patienten in Krankenhäusern mit und ohne Schlaganfalleinheiten; Umfang und Umsetzung der Investitionsförderung für Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung iRd Jahreskrankenhausbauprogramms für das Jahr 2013

KlAnfr
s. *Schlaganfall*
Drs 15/3923

FSJ-Plätze (Freiwilliges Soziales Jahr) im Bereich Pflege in BW
Gewinnung junger Menschen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahl der FSJ-Plätze in den Stadt- und Landkreisen; FSJ-Plätze in der Altenpflege, in der Arbeit mit behinderten Menschen und in Krankenhäusern; Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses im sozialen Bereich nach Abschluss des Freiwilligendienstes; Anerkennung des Freiwilligen Sozialen Jahrs bei einer anschließenden Ausbildung im sozialen Bereich

KlAnfr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/3942

Gleiche berufliche Karrierechancen für Ärztinnen und Ärzte in BW ermöglichen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Hochschulabsolventen im Fach Humanmedizin seit 1970 sowie unter den Ärzten mit Facharztanerkennung seit 1980; Anzahl der approbierten Ärztinnen im Verhältnis zur Gesamtzahl der approbierten Ärzte unter 65 Jahren in den Stichjahren 2002 und 2012; Frauenanteil unter den Assistenzärzten, den Oberärzten und leitenden Ärzten in den Kliniken; Anteil der Professorinnen und Dekaninnen an den Medizinischen Fakultäten; Frauenanteil in den Vorständen und Vertreterversammlungen der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung BW; Anteil der Frauen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt; Abbau der Benachteiligung von Ärztinnen in ihrer beruflichen Karriere

Antr

s. Arzt
Drs 15/4059

Gegenwart und Zukunft des Klinikums Pforzheim

Kennzahlen, Investitionslage und Zukunft des Klinikums Pforzheim

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 08.11.2013 und Antw SM Drs 15/4312

Wie steht die LReg zur künftigen Struktur der Kreiskliniken im LKreis Calw?

Haltung der LReg zu Standorten und künftiger Struktur der Kreiskliniken im LKreis Calw

KlAnfr Thomas Blenke CDU 06.12.2013 und Antw SM Drs 15/4455

Die Situation der Kliniken im LKreis Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 31.01.2014 und Antw SM Drs 15/4691

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Bretten

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/4693

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Eppingen

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4922

Zukunft der Krankenhäuser im LKreis Böblingen

Bewertung und Förderungsmöglichkeiten des Neubaus einer Zentralklinik auf dem Flugfeld Böblingen/Sindelfingen; Hintergründe der durch die Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren verkündeten Fristsetzung für den Böblinger Kreistag zur Verabschiedung eines medizinischen Konzepts für den Klinikneubau

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 12.03.2014 und Antw SM Drs 15/4923

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausapotheken; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/5025

Entwicklung der Landeskrankenhausbauförderung seit dem Jahr 2010

Weiterentwicklung der stationären Krankenversorgung in BW seit dem Jahr 2010, insbes Mitteleinsatz bei der Krankenhausinvestitionsförderung, Umfang des Anmeldebestandes und Abbau durch das Krankenhausbauprogramm 2014; Klärung der niedrigen förderfähigen Kosten bei Krankenhausbauprojekten gegenüber dem Gesamtvolumen nach den Vorschriften des Landeskrankenhausgesetzes

Antr
s. *Krankenhausfinanzierung*
Drs 15/5099

Traumazentren in BW

Zahlen, Mitarbeiter und Haushaltsmittel für lokale, regionale und überregionale Traumazentren in Traumanetzwerken in BW

KlAnfr
s. *Unfallmedizin*
Drs 15/5281

Klinik Öschelbronn

Bedeutung der Klinik Öschelbronn - Centrum für Integrative Medizin und Krebstherapie; Investitionen seit der Gründung der Klinik; Förderung des für 2015 geplanten Neubaus durch das Land

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 04.06.2014 und Antw SM Drs 15/5306

Situation der Pflege im LKreis Waldshut

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis Waldshut

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5389

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in Baden-Baden

Hintergründe der Errichtung einer Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in der Innenstadt Baden-Badens, insbes Entstehung einer derartigen Konkurrenzsituation, fehlende Kontaktaufnahme des Universitätsklinikums Freiburg mit dem Klinikum Mittelbaden bzw mit Vertretern der kommunalen Trägerseite im Vorfeld der Eröffnung; Aufforderung an Leitung und

Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Freiburg zur Schließung der Repräsentanz in Baden-Baden

Antr
s. *Universitätsklinik Freiburg*
Drs 15/5546

Situation der Pflege im LKreiss Esslingen

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreiss Esslingen

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5751

Situation der Pflege im Schwarzwald-Baar-Kreis

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5856

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr
s. *Ebola*
Drs 15/5955

Kooperationen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten bei der Erbringung von vor- oder nachstationären Leistungen

Kooperationsmodelle; Gerichtsentscheide zu Kooperationsmodellen; Unterbringung des Kooperationsmodell der Arcus Klinik in Pforzheim durch das Landessozialgericht BW; Begründung des Landessozialgerichts; Schwierigkeiten bei der Festlegung geeigneter Kooperationsformen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten durch die Kassenärztliche Vereinigung BW (KVBW) und die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) aufgrund mangelnder Rechtssicherheit

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.11.2014 und Antw SM Drs 15/6125

Die Zukunft der kommunalen Krankenhauslandschaft in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7128-7134

Investitionen in die Krankenhauslandschaft im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Investition in Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen im Main-Tauber-Kreis aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsfonds

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 28.04.2015 und Antw SM Drs 15/6805

Abrufen verfügbarer Mittel zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor

Sachstand zur Umsetzung der Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor, insbes Verfahren zum Mittelabruf aus einem Strukturfonds iRd geplanten Krankenhaus-Strukturgesetzes, Förderkriterien des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für den Innovationsfonds, Mittelbereitstellung durch den geplanten Kommunalinvestitionsförderungsfonds; Aufgabe von Krankenhausstandorten

Antr
s. *Gesundheitswirtschaft*
Drs 15/6852

Teilschließung der Geburtshilfestation im Krankenhaus Bruchsal

Sachstand zur Umstellung der Geburtshilfe im Krankenhaus Bruchsal auf Tagesbetrieb, insbes Vorkehrungen für Notfälle im 24-Stunden-Betrieb

KlAnfr
s. *Geburtshilfe*
Drs 15/6930

Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis

Sachstand zur Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis, insbes Verlagerung von Kapazitäten von Albstadt nach Balingen, Bedeutung des Krankenhausstandorts Sigmaringen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 10.06.2015 und Antw SM Drs 15/6976

Gegenwart und Zukunft des Spitals Bad Säckingen

Sachstand zu Bedeutung und Entwicklung des Spitals Bad Säckingen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 13.07.2015 und Antw SM Drs 15/7161

Krankenhausstrukturgesetz der Großen Koalition; Gravierende Nachteile für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/134 15.07.2015 S. 7991-7999

Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen

Sachstand zur Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen, insbes Auswirkungen, Maßnahmen zur Reduzierung der Rückstände im Abwasser, Betrieb und Kosten von Anlagen zur Reduzierung der Arzneimittelrückstände durch Aktivkohle oder Ozonierung in Krankenhäusern Baden-Württembergs

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/7217

Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen

Sachstand zur Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen, insbes Umfang und Finanzierung der Forschung, Einbindung von Medikamentenherstellern, Umsetzung von Forschungsergebnissen an Krankenhäusern, Risiko des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft für die menschliche Gesundheit, Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern

Antr Karl Rombach u.a. CDU 29.09.2015 und Stellungnah-

me SM Drs 15/7446
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.11.2015 Drs 15/8019 S. 62 63
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Neuausrichtung der Notfallversorgung in BW

Sachstand zu den von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform vorgeschlagenen Neuausrichtungen in der Notfallversorgung und deren Auswirkungen auf BW

Antr
s. *Notfallmedizin*
Drs 15/7586

Unabhängigkeit psychosozialer medizinischer Beratungsstellen
Sachstand zum Interessenkonflikt bei einer durch das Land geförderten unabhängigen psychosozialen Krebsberatungsstelle in den Räumen des Helios-Klinikums Pforzheim für die Zuführung von beratenen Patienten zur weiteren Behandlung an dieses Klinikum

KlAnfr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/8104

Erhöhung der Investitionsmittel für die Krankenhäuser, Verweisung auf den Sanierungsstau

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 26

Erhöhung der Investitionsmittel für die Krankenhäuser, Abbau des Sanierungsstaus

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 63 64

Abbau des Antragsstaus bei der Krankenhausförderung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375 381

Abbau des Antragsstaus bei der Krankenhausförderung

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 435 437

Aufstockung der Mittel für die Krankenhausfinanzierung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040 1042

Aufstockung der Mittel für die Krankenhausfinanzierung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1104 1114 1121 1122 1129 1130

Aufstockung der Investitionsförderung für die Krankenhäuser

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191 1201

Erhöhung der Investitionsmittel für die Krankenhäuser, Abbau des Sanierungsstaus

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1316 1319-1325 1327

Erhöhung der Investitionsmittel für die Krankenhäuser, Abbau des Sanierungsstaus

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1451

Krankenhaus in privater Trägerschaft

s. *Privatkrankenhaus*

Krankenhausarzt

s.a. *Facharzt*
s.a. *Krankenhaus*

Die Situation der Kliniken im LKreiss Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Krankenhausaufenthalt

s. *Krankenhausbehandlung*

Krankenhausbedarfsplan

s. *Krankenhausplanung*

Krankenhausbedarfsplanung

s. *Krankenhausplanung*

Krankenhausbehandlung

s.a. *Krankenpflege*
s.a. *Nachsorge*

Situation der Schule für Kranke am Klinikum Konstanz

Aktuelle Situation und Weiterentwicklungsbedarf der Schule für Kranke am Klinikum Konstanz, insbes Bewertung der geleisteten Arbeit, Entwicklung der Schülerzahlen, Hilfebedarf pro Schüler und Finanzierung des Schulpersonals

KlAnfr
s. *Schule für Kranke*
Drs 15/3505

Die Situation der Kliniken im LKreiss Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Krankenhausfinanzierung

Krankenhausstruktur im LKreiss Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der statio-

nären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2783

Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3987 (abgesetzt)

Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4098-4104

Krankenhäuser in BW: Situation und Weiterentwicklung

Situation und Weiterentwicklung der Krankenhäuser in BW, insbes Daten zu Anzahl der Häuser und Betten sowie Umsatz und Gewinn; Effizienz der Krankenhausstrukturen; Angebotsstruktur für bestimmte spezialisierte Leistungen; Möglichkeiten und Probleme der Krankenhausfinanzierung; Informationsangebot für Patienten; Erfolgsbilanz im Kampf gegen multiresistente Erreger; Weiterentwicklungsbedarf bezüglich des Landeskrankenhausausschusses

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/3862

Umsetzung der Schlaganfallversorgung und Investitionsförderung in BW

Umsetzung der Schlaganfallkonzeption für das Land BW, insbes Versorgungsqualität von Patienten in Krankenhäusern mit und ohne Schlaganfalleinheiten; Umfang und Umsetzung der Investitionsförderung für Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung iRd Jahreskrankenhausbauprogramms für das Jahr 2013

KlAnfr
s. *Schlaganfall*
Drs 15/3923

Entwicklung der Landeskrankenhausbauförderung seit dem Jahr 2010

Weiterentwicklung der stationären Krankenversorgung in BW seit dem Jahr 2010, insbes Mitteleinsatz bei der Krankenhausinvestitionsförderung, Umfang des Anmeldebestandes und Abbau durch das Krankenhausbauprogramm 2014; Klärung der niedrigen förderfähigen Kosten bei Krankenhausbauprojekten gegenüber dem Gesamtvolumen nach den Vorschriften des Landeskrankenhausgesetzes

Antr SPD 16.04.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5099 (10 S.)
PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6658 (abgesetzt)
PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7128-7134

Fehlende Vertretung BW in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausfinanzierung

Gründe und Auswirkungen der Abwesenheit Baden-Württembergs von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe über grundlegende Probleme der Krankenhausfinanzierung, insbes für die Berücksichtigung der Interessen Baden-Württembergs

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 16.10.2014 und Antw SM Drs 15/5898

Krankenhausplan

s. *Krankenhausplanung*

Krankenhausplanung

Erneute Fehlentwicklung bei medizinischen Großgeräten

Fehlentwicklung in der Krankenhauslandschaft Ravensburg-Weingarten, insbes medizintechnische Aufrüstung eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung ohne Absprache und zu Lasten benachbarter Häuser

KlAnfr
s. *Medizintechnik*
Drs 15/3764

Krankenhäuser in BW: Situation und Weiterentwicklung

Situation und Weiterentwicklung der Krankenhäuser in BW, insbes Daten zu Anzahl der Häuser und Betten sowie Umsatz und Gewinn; Effizienz der Krankenhausstrukturen; Angebotsstruktur für bestimmte spezialisierte Leistungen; Möglichkeiten und Probleme der Krankenhausfinanzierung; Informationsangebot für Patienten; Erfolgsbilanz im Kampf gegen multiresistente Erreger; Weiterentwicklungsbedarf bezüglich des Landeskrankenhausausschusses

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/3862

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Weiterentwicklung der Krankenhausplanung und -investitionsförderung in BW

Stand der zukünftigen Krankenhausplanung und -investitionsförderung in BW, insbes Festlegung verbindlicher Qualitätskriterien, Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, geplantes Qualitätsinstitut auf Bundesebene

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 06.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5828
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.03.2015 Drs 15/6733 S. 19 20
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Krankenhausschule

s. *Schule für Kranke*

Krankenkasse

s. *Krankenversicherung*

Krankenpflege*s.a. Krankenhausbehandlung**Die Situation der Kliniken im LKreiss Esslingen*

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Krankenpflegeausbildung*s. Pflegeausbildung***Krankenpfleger***s. Pflegepersonal***Krankentransportwagen***s. Rettungsfahrzeug***Krankenunterlagen***Elektronische Patientenakten an den baden-württembergischen Universitätskliniken*

Darlegung der o.g. Dokumentation und der Erfahrungen an den Universitätskliniken, Unterstützung bei der Einführung dieser Systeme und der Gewährleistung des Datenschutzes

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.07.2012 und Antw MWK Drs 15/2135

Datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW

Verfahren und Datenschutz bei der Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW, insbes Regelungen für die einzelnen Studiengänge, Umsetzung der Ministeriumsempfehlung zur Einrichtung einer eigenen Post- und Faxadresse für die Übersendung der ärztlichen Atteste, Ablehnungsquote und Begründungen bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit; datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste nach der Entscheidungsfindung der Prüfungsbehörden; Übertragung der Entscheidung über die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit von den Prüfungsbehörden auf medizinisch fachkompetente Entscheidungsträger

Antr
s. *Arbeitsunfähigkeit*
Drs 15/3061

Einführung einer obligatorischen Notfallkarte

Aspekte der Einführung einer obligatorischen Notfallkarte für Patienten, insbes Mitführungspflicht, inhaltlich notwendige Angaben, mögliche datenschutzrechtliche Bedenken, Einrichtung eines nationalen Notfallkartenregisters

KlAnfr
s. *Notfallmedizin*
Drs 15/3587

Verordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID) - Umsetzung in BW

Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PIDV) in BW, insbes Bestimmung der Anzahl und Qualitätssicherung der Zentren zur Präimplantationsdiagnostik (PID), mögliche Kooperation mit anderen Bundesländern bei der Einrichtung von Ethikkommissionen, deren konkrete Ausgestaltung und personelle Zusammensetzung; datenschutzrechtliche Konsequenzen für die statistische Erfassung der Diagnosen und den Umgang mit genetischen Überschussinformationen

Antr
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/4488

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Umsetzung europäischer Vorgaben bezüglich der Anerkennung von Berufsqualifikationen; Anpassung des Heilberufe-Kammergesetzes an Anforderungen der Praxis und Entwicklungen im Bereich der Selbstverwaltung, insbes bei Aufbewahrungspflicht für Patientenakten, Sprachprüfungen bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen

GesEntw
s. *Heilberufe-Kammergesetz*
Drs 15/7678

Krankenversichertenkarte*Elektronische Identitätskarte für Gesundheitsleistungen und weitere Anwendungen insbesondere für Flüchtlinge*

Sachstand zu Schwierigkeiten bei der Ausgabe von Krankenversichertenkarten der Gesetzlichen Krankenversicherung für Flüchtlinge und Vorteile der Einführung einer elektronischen Identitätskarte für Flüchtlinge (refugee identification card), insbes Kosten für die Abrechnung medizinischer Leistungen an Flüchtlingen im Vergleich für beide Kartenmodelle

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7654

Krankenversicherung*Teilhabe von Menschen mit Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung (ADHS)*

Entwicklung der Zahl von Betroffenen und deren Einschränkungen, insbes von Schülern, in den letzten fünf Jahren; Darstellung der Versorgung, insbes mit hochwirksamen Medikamenten; Bedeutung und Förderung der Früherkennung und Selbsthilfe; Unterstützung der Akteure bei der Weiterentwicklung der Vergütungsregelungen des Vertrags zur besseren Versorgung der Patienten, Zugewinnung weiterer Krankenkassen zu diesem Selektivvertrag

Antr
s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*
Drs 15/82

Muttersprachliche Patientenberatung

Bewertung der vom Verband der Privaten Krankenversicherung angebotenen und finanzierten „Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)“ für Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Patientenberatung*
Drs 15/750

Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Bewertung des o.g. GesEntw einschließlich der eingebrachten Änderungsanträge und der finanziellen Auswirkungen für BW, Auflistung der Regionen und des Mittelbedarfs für den Aufkauf von Arztsitzen durch die Kassenärztliche Vereinigung; Umsetzungsstand, Erfolg und Fortschreibung des Landarztprogramms; Beurteilung einer weiteren Regionalisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/764

Situation der Heilmittelerbringer in BW

Beurteilung der vermehrten Zurückweisung von Heilmittelverordnungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden durch die Krankenkassen wegen sachlicher Mängel, Auslösung von Existenzproblemen und Kostenverlagerungen durch diese verschärfte Prüfpraxis der Krankenkassen; Hinwirkung auf einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren des Gesundheitswesens, Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmittelleistungen und einer angemessenen Vergütung

Antr
s. *Heilmittel*
Drs 15/818

Finanzierung der integrierten Leitstellen in BW

Art der Ermittlung des Finanzbedarfs einer integrierten Leitstelle, Problematik der Kostenaufteilung zwischen den Krankenkassen und Kreisen, Einflussnahme der Kostenträger auf die Berechnung der Kostenaufteilung

Antr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/866

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Auflistung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/899

Zuschüsse für künstliche Befruchtungen

Zahl von ungewollt kinderlosen Paaren, angewandte Techniken der künstlichen Befruchtung, Voraussetzungen und Höhe der Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung, Bewertung des Förderprogramms des Bundes zur Unterstützung ungewollt kinderloser Paare, Gründe für das Ausbleiben der vom Bund angestrebten Vereinbarung über eine Kofinanzierung dieses Programms

Antr
s. *Künstliche Befruchtung*
Drs 15/2448

Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen in BW

Entwicklung der o.g. Teilnehmezahlen seit Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes, Inanspruchnahme der Bonusprogramme der gesetzlichen Krankenkassen, Beitritt der privaten Krankenversicherungen zur Rahmenvereinbarung des Landes; Zeitpunkt und Konsequenzen einer Überprüfung der Teilnahme, Information der Jugendämter in Versäumnisfällen, Informations- und Beratungsangebot der Gesundheitsämter für Familien, Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2579

Änderung der Beihilfeverordnung BW durch Artikel 9 des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 und Auswirkungen

Begründung, Zahlen und Härtefallklauseln zur Absenkung der Einkommensgrenze bei Ehegatten hinsichtlich der Beihilfeberechtigung; Kriterien für die Einschränkung der Beihilfefähigkeit zahnärztlicher Behandlungen; Entstehung von Mehrkosten bzw Einkommensminderungen bei den Betroffenen; Vereinbarkeit mit der Familienfreundlichkeit; Auswirkungen auf die Heilfürsorgeberechtigten mit (ruhenden) Krankenversicherungsanswartschaften; fachliche Einbeziehung von Vertretern der privaten Krankenkassen; Nichtübertragung der Abschaffung der Praxisgebühr auf die Beihilfe und Erhöhung der Kostendämpfungspauschale

Antr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 15/2836

Verbesserung der Luftrettung im nord-östlichen Landesteil durch die Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers in Dinkelsbühl-Sinbronn (Bayern)

Verbesserung der Luftrettung im Nordosten Baden-Württembergs, insbes Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers unmittelbar an der Landesgrenze (A 7) in Dinkelsbühl-Sinbronn, Unterstützung des bayerischen Innenministeriums bei Verhandlungen mit Krankenkassen bezüglich der erweiterten Luftrettung, Einrichtung von Hubschrauberlandemöglichkeiten in umliegenden Krankenhäusern; Inexistenz nachflugtauglicher Rettungs- oder Transporthubschrauber in BW und Konsequenzen für die medizinische Versorgung; Einsatz angekündigter, schneller fliegender, neuer Rettungshubschrauber

KlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/3041

Einbeziehung des Prüfdienstes der privaten Krankenversicherung in die Qualitätsprüfung von Pflegeeinrichtungen

Gründe und zusätzlicher Finanzaufwand für Nichtbeauftragung des Prüfdienstes des Verbands der privaten Krankenversicherung e.V. für Pflegeeinrichtungen in BW zur Durchführung von Qualitätsprüfungen in Pflegeheimen, insbes Anforderungen, Bestimmungen und Rechtsgrundlagen für solche Qualitätsprüfungen in BW, Beabsichtigung einer Änderung der Nichtbeauftragung

Antr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/3640

Mögliche Auswirkungen der Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung

Konkrete Folgen einer möglichen Einführung der Bürgerversicherung in BW, insbes zusätzliche jährliche Beitragslast für Land und Kommunen, Veränderung der Krankenversicherungsbeiträge in Schlüsselbranchen in BW, Umfang der Einnahmeausfälle für Ärzte und Krankenhäuser sowie der Arbeitsplatzverluste bei Versicherungsunternehmen und Abrechnungsdienstleistern beim Wegfall der privaten Krankenversicherung (PKV), Konsequenzen für die Versorgungsqualität des Gesundheitswesens und die Vergütung von innovativen Behandlungsmethoden, Auswirkungen auf das Mietpreisniveau bei künftigen beitragspflichtigen Mieteinnahmen

Antr
s. *Bürgerversicherung*
Drs 15/3725

Qualifizierter Entzug und Behandlungskapazitäten für Kassenpatienten in den Psychotherapeutischen Praxen Baden-Württembergs

Wichtigkeit der psychotherapeutischen Nachsorge nach Maßnahmen des „qualifizierten Entzugs“; durchschnittliche Wartezeit auf einen Nachsorge-Termin in einer psychotherapeutischen Praxis; Benachteiligung von Kassenpatienten gegenüber privat Versicherten; Gefährdung der Therapieerfolge der Entzugsbehandlung durch lange Wartezeiten; Schaffung eines schnellen und niederschweligen Zugangs zu einer psychotherapeutischen Behandlung nach dem Entzug; Einsatz der Therapieform Gruppentherapie

Antr
s. *Psychotherapie*
Drs 15/5714

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025; Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/6455

Auswirkungen der veränderten Bemessungsgrundlage in der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Kindertagespflege im LKreis Freudenstadt

Auswirkungen der Beendigung der Sonderregelung im Krankenversicherungsrecht für Tagespflegepersonen auf die Entwicklung der Kindertagespflege sowie das Angebot an Kindertagespflegesätzen im Land sowie im LKreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/6606

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 14 - Umgang der Steuerverwaltung mit den elektronischen Mitteilungen über Beiträge zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung (Kap 1201)

Mittlg RH
s. *Finanzverwaltung*

Drs 15/7014

Anteil der gesetzlich und privat Krankenversicherten in BW

Statistischer Überblick zum Anteil der gesetzlich und privat Krankenversicherten in BW, insbes Anteile an der Gesamtbevölkerung, Personenanteil ohne Krankenversicherung

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 14.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7571

Kostenübernahme häusliche Krankenpflege

Sachstand zur Kostenerstattung durch Krankenkassen im Bereich der Leistungen für häusliche Krankenpflege in BW, insbes Auswirkungen der Verweigerung der Kostenübernahme durch eine spezielle Krankenkasse auf die finanzielle Situation ambulanter Pflegedienste

KlAnfr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/7867

Belastung der Krankenkassen durch die Zunahme der psychischen Erkrankungen, Finanzierung der ambulanten Soziotherapie

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717-722

Krankenversicherungsrecht

Auswirkungen der veränderten Bemessungsgrundlage in der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Kindertagespflege im LKreis Freudenstadt

Auswirkungen der Beendigung der Sonderregelung im Krankenversicherungsrecht für Tagespflegepersonen auf die Entwicklung der Kindertagespflege sowie das Angebot an Kindertagespflegesätzen im Land sowie im LKreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/6606

Krankenversorgung

s. *Medizinische Versorgung*

Krankenwagen

s. *Rettungsfahrzeug*

Kranker

s. *Patient*

Krankheit

s.a. *Aids*
s.a. *Demenz*
s.a. *Dienstunfähigkeit*
s.a. *Gesundheitsgefährdung*
s.a. *Infektionskrankheit*
s.a. *Krebserkrankung*
s.a. *Masern*
s.a. *Medizinische Versorgung*
s.a. *Multiple chemische Sensibilität*
s.a. *Patient*
s.a. *Übergewicht*
s.a. *Verletzung*

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KlAnfr

s. *Strahlenschutz*

Drs 15/730

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der baden-württembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten; Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr

s. *Psychosoziale Beratung*

Drs 15/908

Frauengesundheit in BW

Vergleich der Krankheitsrisiken und Erkrankungen von Frauen und Männern deutschland- und europaweit; Darlegung der Kaiserschnitt- und Geburtrisiken, der frauenspezifischen Krebserkrankungen und psychischen Erkrankungen seit 2001 sowie der Präventions- und Behandlungserfolge; Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 15/964

Psychische Erkrankungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich des o.g. Krankheitsgeschehens und der Inanspruchnahme psychotherapeutischer und psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten und Einrichtungen mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, Rolle der sozialen Lebensumstände und mangelhaften Integration, Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Ausbildungen im Berufsfeld der Psychotherapie und Psychiatrie sowie einer muttersprachlichen Patientenversorgung in der Psychiatrie

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1244

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 67 68

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Neugeborenencreening zur Erkennung von Immundefekten

KlAnfr

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Drs 15/1457

Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an baden-württembergischen Hochschulen

Anzahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung; Nutzung und Qualität der vorhandenen Beratungsstel-

len; Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals; Angebot behindertengerechter Wohnheimplätze; barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen einschließlich Verkehrsanbindung; Frage der Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen

Antr

s. *Student*

Drs 15/2106

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersuchung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Drs 15/2168

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/2575

Beklagung eines zu hohen Anteils von chronischen Erkrankungen unter den Polizeibeamten, Zunahme der berufsbedingten Krankheitsbilder und Krankenstände

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 413 415 416

Entwicklung der Zahlen von Menschen mit psychischen Erkrankungen, Zunahme der krankheitsbedingten Fehlzeiten und Frühverrentungen, Verweisung auf die Verzehnfachung der Zahl von Burn-out-Fällen und auf prominente Betroffene

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717-723

Zunahme der Zahl von immer älteren Patienten mit mehreren und chronischen Erkrankungen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025 1026 1029

Krankheitsbehandlung

s. *Medizinische Behandlung*

Krankheitserreger

Die Gänsepopulation am unteren Neckar und ihre Auswirkungen
Sachstand zur stark zugenommenen Gänsepopulation am unteren Neckar, insbes Populationsentwicklung eingewanderter Gänsearten, natur- und artenschutzfachliche Bewertung, Gesundheitsgefahren durch Gänsekot, Maßnahmen der LReg

KlAnfr

s. *Gans*

Drs 15/6789

Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen

Sachstand zur Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen, insbes Umfang und Finanzierung der Forschung, Einbindung von Medikamentenherstellern, Umsetzung von Forschungsergebnissen an Krankenhäusern, Risiko des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft für die menschliche Gesundheit, Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/7446

Krankheitsprävention

s. *Gesundheitsvorsorge*

Krankheitsstellvertretung

s. *Unterrichtsvertretung*

Krankheitsvertretung

s. *Unterrichtsvertretung*

Krankheitsvorbeugung

s. *Gesundheitsvorsorge*

Krawall*Ausschreitungen bei Bildungsplandemonstrationen*

Umstände und Konsequenzen aus den Ausschreitungen und Rechtsverstößen von Gegendemonstranten bei Bildungsplandemonstrationen

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/6148

Polizeieinsatz vom 20. bis 22. November 2015 in Weinheim

Sachstand zum Polizeieinsatz anlässlich des Bundesparteitages der NPD und von Gegenveranstaltungen am 21. und 22. November 2015 in Weinheim, insbes angemeldete Veranstaltungen, Polizeistärke, Einsatzverlauf, Kosten, Gewalttätigkeiten, Verletzungen, Ermittlungsverfahren

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7906

Erneute gewalttätige Störungen linker Gruppierungen gegen die „Demo für alle“

Sachstand zu Behinderungen, Ausschreitungen und Rechtsverstößen von Teilnehmern der Gegendemonstration zur „Demo für alle“ gegen den neuen Bildungsplan der grün-roten LReg am letzten Februarwochenende 2016 in Stuttgart

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/8092

Kreativ- und Kulturwirtschaft

s. *Kulturwirtschaft*

Krebs, Silke GRÜNE*Berufung und Vereidigung von Silke Krebs zur/als Ministerin im Staatsministerium*

s. *Ministerin im Staatsministerium*
PIPr 15/3 S. 15

Krebs (Krankheit)

s. *Krebserkrankung*

Krebserkrankung*Frauengesundheit in BW*

Entwicklung der Zahl von frauenspezifischen Krebserkrankungen in den vergangenen zehn Jahren; Darstellung der Erfolge der Qualitätsoffensive Brustkrebs des Landfrauenverbands

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/1699

Entwicklung der Hautkrebserkrankungen in BW und mögliche Präventionsmaßnahmen

Haltung zum Anstieg der durch Hautkrebs verursachten Sterbefälle; Aufklärung über die Risiken intensiver UV-Strahlung und Hinweise zur Vorbeugung; Kooperation mit Krankenkassen, Verbänden und sonstigen Partnern; Beurteilung der bayerischen Kampagne „Sonne mit Verstand“ und ihrer Aufklärungsarbeit z.B. in Kindergärten

Antr Manfred Lucha u.a. GRÜNE 20.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3258
BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2013 Drs 15/4040 S. 47 48
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Humane Papillomviren (HPV)-Impfungen in BW

Situation der Impfungen gegen Humane Papillomviren (HPV) zur Reduktion von Gebärmutterhalskrankungen in BW, insbes Entwicklung der Impffzahlen, Wirksamkeit der zugelassenen HPV-Impfstoffe, aufgetretene Nebenwirkungen, Impfung von Männern, Impfkosten sowie vorhandene Aufklärungsangebote; Inanspruchnahme und Animation zu gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen; Entwicklung der Zahl der Zervixkarzinome in BW seit Einführung der HPV-Impfungen

Antr
s. *Impfung*
Drs 15/4132

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Weiterentwicklung und Verbesserung der Krebsregistrierung in BW, insbes Umsetzung der Vorgaben des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes, Weiterentwicklung der Aufgaben des epidemiologischen Krebsregisters, Optimierung der Aufgabenerle-

digung im Krebsregister, Neuregelung des Widerspruchsrechts des Patienten, Regelung des länderübergreifenden Datenaustauschs, Durchführung von Qualitätskonferenzen zur Weiterentwicklung und Optimierung der onkologischen Versorgungsqualität und zur Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen

GesEntw
s. *Landeskrebsregistergesetz*
Drs 15/7845

Unabhängigkeit psychosozialer medizinischer Beratungsstellen
Sachstand zum Interessenkonflikt bei einer durch das Land geförderten unabhängigen psychosozialen Krebsberatungsstelle in den Räumen des Helios-Klinikums Pforzheim für die Zuführung von beratenen Patienten zur weiteren Behandlung an dieses Klinikum

KlAnfr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/8104

Krebsregister

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes
Weiterentwicklung und Verbesserung der Krebsregistrierung in BW, insbes Umsetzung der Vorgaben des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes, Weiterentwicklung der Aufgaben des Epidemiologischen Krebsregisters, Optimierung der Aufgabenerledigung im Krebsregister, Neuregelung des Widerspruchsrechts des Patienten, Regelung des länderübergreifenden Datenaustauschs, Durchführung von Qualitätskonferenzen zur Weiterentwicklung und Optimierung der onkologischen Versorgungsqualität und zur Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen

GesEntw
s. *Landeskrebsregistergesetz*
Drs 15/7845

Kredit

s.a. *Baufinanzierung*
s.a. *Bürgschaft*
s.a. *Kreditgenossenschaft*
s.a. *Wertpapier*
s.a. *Zins*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Wohnimmobilienkreditverträge

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?
Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Droge-riemerkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/1551

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Auswirkungen der Einführung o.g. Vorfälligkeit mit dem Rentenentlastungsgesetz ab 2006, Bewertung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands bei den Arbeitgebern und Sozialversicherungsträgern sowie des Liquiditätsentzugs bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel II und III; Anmahnung von Reformmaßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen sowie einer Aufhebung des Rentenentlastungsgesetzes

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/1792

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: *Beitrag Nr. 2 - Haushaltsreste und Kreditermächtigungen*

Mittlg RH
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/1902

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2055
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/3063 S. 12 13
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr
s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*
Drs 15/2161

Eigenkapitalausstattung von Unternehmen

Auswirkungen von Basel III auf die Anforderungen an Sicherheiten und Eigenanteilen bei Bankkrediten für Unternehmen, insbes für Unternehmensgründungen und Finanzierung betrieblicher Innovationen; Hinwirkung auf eine steuerliche Erleichterung der Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital und Abbau der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital, z.B. bei der Gewerbesteuer

KlAnfr
s. *Kapital*
Drs 15/2192

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditverteuerung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr
s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*
Drs 15/2820

Starthilfen für Jungunternehmer

Bewertung der EZB-Studie zur Kreditfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), insbes Situation in BW; Situation und Veränderungen der Lage bei der Kreditfinanzierung von Jungunternehmern; Schaffung von „Kreditlotsen“ besonders für den Bereich neuer Technologien; Instrumente des Landes zur Kreditversorgung von Start-ups u.a. auch durch die Landeskreditbank (L-Bank)

KlAnfr
s. *Unternehmensfinanzierung*
Drs 15/2918

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 2 - Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Landes 2003 bis 2012

Mittlg RH
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/3802

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 2 - Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Landes 2004 bis 2013

Mittlg RH
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/5402

Überschüsse im Landeshaushalt

Entwicklung der Zahlen bei Überschüssen, Kreditermächtigungen und der Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt für die Jahre 2008-2013

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/5582

Die europäische Bankenabgabe und ihre Auswirkungen auf das Förderkreditgeschäft in BW

Risiken und Auswirkungen der geplanten europäischen Bankenabgabe auf das Förderkreditgeschäft in BW, insbes Mehrfachbelastungen von Banken und Sparkassen mit Institutssicherungssystemen; Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen auf Kreditinstitute und das Fördergeschäft, insbes der Ausnahme von Förderkrediten von einer Belastung durch die zukünftige europäische Bankenabgabe

Antr
s. *Bank*
Drs 15/5691

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 2 - Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Landes 2005 bis 2014

Mittlg RH
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/7002

Auswirkungen von Fremdwährungskrediten auf baden-württembergische Kommunen

Sachstand zur Aufnahme von Fremdwährungskrediten durch Kommunen in BW, insbes Mehrkosten als Auswirkungen des Wechselkursrisikos für die Kommunen, gesetzgeberische Maßnahmen zur Vermeidung dieser Mehrkosten durch Verpflichtung zu Währungsabsicherungsgeschäften

Antr
s. *Auslandsschulden*
Drs 15/7304

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos in der Gemeindeordnung für BW

GesEntw FDP/DVP 25.08.2015 Drs 15/7340
1. Beratung PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8274 (abgesetzt)
Mittlg LtgPräs 05.10.2015 Drs 15/7470
1. Beratung PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8398-8403
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.11.2015 Drs 15/7662
2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8541-8544 (Ablehnung)

Verweisung auf die Haushaltsrisiken durch den kreditfinanzierten Kauf der EnBW-Anteile von der EdF, Absenkung des Nettokreditrahmens 2011, Verweisung auf das beste Kreditrating neben Bayern

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 122 124 125 128 131

Kreditaufnahme der Universitätsklinik in enger Absprache mit dem Finanzministerium

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 313-315

Einräumung vorsorglicher Kreditlinien durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität für Not leidende Staaten

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 483

Kreditaufnahme der Universitätsklinik in enger Abstimmung mit dem Finanzministerium

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 650 651

Auswirkungen der hohen Eigenkapitalanforderungen durch Basel III auf die Kreditvergabe der Banken

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1252-1257

Kreditanstalt für Wiederaufbau

s. *KfW-Bankengruppe*

Kreditaufsicht

s. *Bankenaufsicht*

Kreditbürgschaft

s. *Bürgschaft*

Kreditgenossenschaft

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr

s. *Kredit*

Drs 15/2055

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditverteuerung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr

s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*

Drs 15/2820

Kreditgeschäft

Die europäische Bankenabgabe und ihre Auswirkungen auf das Förderkreditgeschäft in BW

Risiken und Auswirkungen der geplanten europäischen Bankenabgabe auf das Förderkreditgeschäft in BW, insbes Mehrfachbelastungen von Banken und Sparkassen mit Institutssicherungssystemen; Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen auf Kreditinstitute und das Fördergeschäft, insbes der Ausnahme von Förderkrediten von einer Belastung durch die zukünftige europäische Bankenabgabe

Antr

s. *Bank*

Drs 15/5691

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/7764

Kreditgewerbe

s. *Bank*

Kreditinstitut

s. *Bank*

Kreditschutzorganisation

s. *Wirtschaftsauskunftei*

Kreditwürdigkeit

s.a. *Wirtschaftsauskunftei*

Rating der Kreditwürdigkeit von BW

Auftrag zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes; Datum der Auftragsvergabe, Auswahl der Ratingagentur sowie Kosten des Ratings; Datengrundlage und Stichtag; Gewichtung der mittelfristigen Finanzplanung; Berücksichtigung bestimmter Konsolidierungsmaßnahmen; künftige Ratings

KlAnfr

s. *Rating*

Drs 15/4883

Kreis

s.a. *Kreisstraße*

s.a. *Kreistag*

s.a. *Landkreisordnung*

s.a. *Landrat*

Finanzierung der integrierten Leitstellen in BW

Art der Ermittlung des Finanzbedarfs einer integrierten Leitstelle, Problematik der Kostenaufteilung zwischen den Krankenkassen und Kreisen, Einflussnahme der Kostenträger auf die Berechnung der Kostenaufteilung

Antr

s. *Rettungsdienst*

Drs 15/866

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2011

Entwicklung des Aufkommens und der jeweiligen Verteilung nach dem FAG für das Land und die einzelnen Stadt- und LKreise 2011, Darlegung der maßgeblichen Effekte für das höhere Aufkommen und der Einnahmeerwartungen für 2012

Antr

s. *Grunderwerbsteuer*

Drs 15/1349

Schließung von Dienststellen und Behörden iRd der Verwaltungsstrukturreform 2005

Auflistung der im ländlichen Raum geschlossenen Behörden iRd Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter, Erzie-

lung der angestrebten Effizienzrendite von 20 % in allen Landkreisen?

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 15/1445

Planungen der LReg zu einer umfassenden Verwaltungsreform in BW

Darlegung o.g. Überlegungen - evtl auf der Grundlage von Beschlüssen eines Landesparteitags und des Regierungsprogramms der SPD (Auflösung der RegPräs und LKreise, Bildung von Regionalkreisen) oder der geplanten Polizeireform; Beurteilung der bestehenden Dreigliedrigkeit der Landesverwaltung; Erläuterung von entsprechenden Äußerungen des MinPräs

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 15/1653

EU-Beauftragte in BW

Einsatz von EU-Beauftragten in Landkreisen und Kommunen im Bundesvergleich, Kooperation von EU-Beauftragten untereinander; Verbesserung der Einfluss- und Mitgestaltungsmöglichkeiten auf EU-Ebene; Unterstützung bei der Beschaffung von EU-Fördermitteln und der Umsetzung von EU-Programmen

Antr
s. *EU-Beauftragter*
Drs 15/2147

Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN

Berücksichtigung des Gemeindetags, Städtetags und Landkreistags bei der Besetzung der Jury im Wettbewerb „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit - RegioWIN“

MdlAnfr
s. *Regionalpolitik*
Drs 15/4358

EU-Fördermittel für die Städte, Gemeinden und LKreise in BW

Fördermöglichkeiten durch Programme der Europäischen Union und deren Nachfrage aus Städten, Gemeinden und LKreisen in BW, insbes Höhe und regionale Verteilung der abgerufenen EU-Mittel; Informations- und Beratungsbedarf zu den verschiedenen EU-Förderprogrammen; Auswirkungen der Förderung auf Stadt- und LKreise, Forschungseinrichtungen sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/4663

Kommunikation mit den LKreisen, Städten und Gemeinden im Zuge der Erstellung des Maßnahmenplans für den Generalverkehrsplan 2010

Einbindung der Kommunen und der örtlichen politischen Verantwortungsträger in die Erstellung des Maßnahmenplans für den Generalverkehrsplan 2010 und Umgang mit den vorgeschlagenen priorisierten Maßnahmen der LKreise, Städten und Gemeinden

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/4838

Einhaltung der Hilfsfristen in BW im Jahr 2013

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist von 15 Minuten und der gesetzlichen Soll-Hilfsfrist von 10 Minuten im Rettungsdienst und in der Notarztversorgung; Veränderung der Einsatzzeiten gegenüber den Jahren 2004 und 2008; Verpflichtung der die gesetzlichen Vorgaben dauerhaft verfehlenden Landkreise auf die Einhaltung der Hilfsfristen; Vorteile der Verlagerung der Zuständigkeit für den Rettungsdienst in das Innenministerium im Jahr 2011; Förderung der Einrichtung integrierter Leitstellen für die Feuerwehr und den Rettungsdienst

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5313

Auslaufmodell Jagdsteuer

Abschaffung der Jagdsteuer in anderen Bundesländern; Aussetzung bzw Erhebung der Jagdsteuer durch baden-württembergische Stadt- und LKreise; Höhe der Einnahmen aus der Jagdsteuer in den einzelnen Kreisen; Abschaffung der Jagdsteuer in BW durch Streichung von § 10 Abs 2 Kommunalabgabengesetz

Antr
s. *Jagdabgabe*
Drs 15/6515

Umstellung von Kameralistik auf Doppik bei den Kommunen und LKreisen

Sachstand zur Umsetzung der Umstellung von Kameralistik auf Doppelte Buchführung bei den Kommunen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. *Doppelte Buchführung*
Drs 15/7568

Kreisbaugesellschaften in BW

Rechtsform und Eigentümerstruktur der Wohnungsbaugesellschaften auf Ebene der LKreise; Zweckbindungen der Kreisbaugesellschaften

KlAnfr
s. *Wohnungswirtschaft*
Drs 15/7787

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw
s. *Grundsicherung*
Drs 15/7802

Ermöglichung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Kreisebene, Einführung der Direktwahl der Landräte

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 30

Aufhebung der Zuständigkeit der Landratsämter für die Beurkundung von Lebenspartnerschaften, Übertragung auf die Standesämter; Beklagung einer Aufsplitterung der Flurneueordnung auf die LKreise im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 728-732 753

Aufhebung der Zuständigkeit der Landratsämter für die Beurkundung von Lebenspartnerschaften, Übertragung auf die Standesämter

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 924-927

Kreis (Gebietskörperschaft)

s. *Kreis*

Kreisbehörde

s. *Kreisverwaltung*

Kreisfreie Stadt

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw
s. *Grundsicherung*
Drs 15/7802

Kreishaus

s. *Kreisverwaltung*

Kreiskrankenhaus

s. *Krankenhaus*

Kreislaufwirtschaftsgesetz

Neuregelungen für Biogasanlagen durch neues Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf den Betrieb von Biogasanlagen in BW; fachliche Einschätzung der Neuregelungen; Verwendung tierischer Nebenprodukte in Biogasanlagen; Kategorisierung eines vergärbaren Stoffes als Abfall, Konsequenzen dieser Einstufung für die Zusammensetzung der Verwertungsmasse

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/2789

Probleme mit der Aufstellung illegaler Altkleidercontainer

Umfang und Umgang mit der illegalen Aufstellung von Altkleidercontainern in den Gemeinden nach der durch die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes geänderten Rechtslage; Genehmigungsverfahren für von Vereinen, Verbänden und Betrieben legal aufgestellte Altkleidercontainer; Einführung unmissverständlicher Kennzeichnungen an Altkleidercontainern; wirtschaftliche und ökologische Weiterverwertung der gesammelten Altkleider

Antr
s. *Alttextilien*
Drs 15/3532

Kreislaufwirtschaftsgesetz und seine Auswirkungen auf Schrotthändler

Wirtschaftliche Auswirkungen der Andienungspflicht des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf Schrotthändler und Schrottplatzbetreiber; Genehmigung und Kosten bezüglich des Anzeigeverfahrens für Sammlungen

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 04.09.2013 und Antw UM
Drs 15/4005

Konsultation zur Überarbeitung des EU-Abfallrechts

Position der LReg zu Themen des Konsultationsverfahrens zur Vorbereitung der Novellierung des EU-Abfallrechts; Auswirkungen der umfassenden Überarbeitung des EU-Abfallrechts auf den deutschen Rechtsrahmen; Bewertung der Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in der Praxis; Umsetzungsstand der Getrennsammelpflicht von Bioabfällen sowie Papier-, Kunststoff- und Glasabfällen ab dem Jahr 2015

Antr
s. *Abfallrecht*
Drs 15/4071

Geltende Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Bezug auf die Praxis der kommunalen Altkleidersammlungen in BW

Umsetzung der Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes bei kommunalen Altkleidersammlungen in BW, insbes Andienungspflicht, Verkauf an den Meistbietenden, Konkurrenz zwischen gemeinnützigen Sammlungen und öffentlich-rechtlichen Entsorgern

KlAnfr
s. *Alttextilien*
Drs 15/6154

Gewerbliche Sammlung

Statistische Daten zu gewerblichen Sammlungen gemäß § 17 Abs 2 Satz 1 Nummer 4 Kreislaufwirtschaftsgesetz in BW; Gründe und Vollzugspraxis bei Untersagung gewerblicher Sammlungen; Verfahrensstand bei Rechtsstreitigkeiten

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/6248

Kreisrat

s. *Kreistag*

Kreisstraße

L 1141/L 1180/K 1659 Kreuzung „Schillerhöhe“ in Gerlingen - Anlage eines Kreisverkehrsplatzes

Stand der Planung am o.g. Unfallschwerpunkt bzw der vom Reg-Präs vorgesehenen Planung, Einbindung von Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Gerlingen; Kosten, verkehrliche Vor- und Nachteile der Umsetzung und des Betriebs sowie der von der Polizeidirektion Ludwigsburg bei einem Ortstermin mit der Unfallkommission vorgeschlagenen provisorischen Signalisierung

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1144

Tempolimits in der Nähe von Kindertagesstätten und Kindergärten im Enzkreis

Geplante Tempolimits auf Ortsdurchfahrtsstraßen, Eintreten für Tempo 30 auf der K 4577 in Tiefenbronn-Lehningen im Bereich des Gemeindekindergartens in der Hauptstraße

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1714

Flächendeckendes Verkehrsmonitoring in BW

Stand des Ausbaus eines landesweiten Verkehrsmonitorings, Auskunft über die bisherigen Erfahrungen; Aussagen über die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Funktionen des Verkehrsmonitorings; Einschätzung der Verkehrs- und Lärmbelastung von Straßenabschnitten, Möglichkeiten der Verkehrslenkung; Vergleich der automatischen Erhebung gegenüber einer manuellen in Bezug auf Zähldauer, Genauigkeit und Kosten

Antr
s. *Verkehrsstatistik*
Drs 15/2371

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis
Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßensperren; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 17 - Kommunalen Straßenbau - Ausbau der Kreisstraße zwischen Rust und Ringsheim (Kap 1304)

Mittlg RH
s. *Kommunalen Straßenbau*
Drs 15/3817

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)
Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im LKreis Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im LKreis Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4395

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelsheim und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4473

Beidseitiger Schutzstreifen für Fahrradfahrer - deutlicher Sicherheitsgewinn?

Vorgaben der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) für eine Mindestbreite des Straßenraums bei einer Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer auf Kreis- und Landesstraßen; Richtlinie des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Gestaltung und Förderung von Radverkehrsanlagen (RL-Radinfrastruktur); Einhaltung der vorgegebenen Straßenmindestbreite bei der Einrichtung von Schutzstreifen; Stärkung der Verkehrssicherheit der Radfahrer durch die von Städten und Gemeinden ausgewiesenen Schutzstreifen; Schutzstreifen an viel befahrenen innerörtlichen Straßen; Voraussetzungen für eine Neumarkierung von Schutzstreifen

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4934

Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nähe von Waldparkplätzen und Waldkindergärten

Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Tiefenbronner Straße (K 9800) zwischen dem Wildpark Pforzheim und dem Seehaus; Reduzierung der Gefährdung von Nutzern des Waldparkplatzes; Schaffung eines sicheren Umfelds für den nahe gelegenen Waldkindergarten

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5826

Kreistag

Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten Parite-Gesetzgebung

Zurückführung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, in Gemeinderäten und Kreistagen auf das jeweilige Wahlrecht? Ergebnisse der angekündigten Überprüfung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts unter dem Gesichtspunkt einer „geschlechtergerechten Ausgestaltung“; Vorlage eines eigenen Entwurfs für ein Parite-Gesetz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1626

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000

eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr
s. Frau
Drs 15/1886

Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts

Abschaffung der Möglichkeit zur Kandidatur in zwei Wahlkreisen des eigenen Landkreises; Änderung der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes

GesEntw
s. Wahlrecht
Drs 15/2138

Mögliche Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Hare/Niemeyer oder Sainte-Lague/Schepers

Auswirkungen der Anwendung o.g. Berechnungsverfahren bei den Kommunalwahlen 2009 auf die Sitzverteilung in den einzelnen Gemeinderäten und Kreistagen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart, Darstellung der Veränderungen beim landesweiten Ergebnis

Antr
s. Sitzverteilung
Drs 15/2253

Ermöglichung der Teilnahme von Landtagsabgeordneten an Kreistagssitzungen in BW

Terminierung der Kreistagssitzungen unter Berücksichtigung der Fraktions- und Plenarsitzungen des Landtags von BW; zeitliche Vereinbarkeit von Kreistagsmandat und Landtagsmandat in den verschiedenen LKreisen

KlAnfr
s. Plenarsitzung
Drs 15/3328

Auslegung der neuen Vorschriften im Kommunalwahlrecht

Wahlkreiskandidatur in Abhängigkeit vom Wohnsitz des Bewerbers bei Kreistagswahlen; Einsatz des Verfahrens nach Sainte-Lague/Schepers bei der Berechnung der Sitzverteilung bei Neubesetzungen von Ausschüssen auf Gemeinde- und Kreisebene

KlAnfr
s. Wahlrecht
Drs 15/3617

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW nach den Wahlen im Mai 2014

Entwicklung des Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen von BW; Umsetzung der Sollregelung aus dem Kommunalwahlgesetz zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sowie Aufnahme von geeigneten Regelungen in die Satzungen der Parteien

Antr
s. Frauenquote
Drs 15/5271

Anstrebung eines höheren Frauenanteils in den Kreistagen, Beurteilung von Vorschlägen zur paritätischen Besetzung von Kommunalwahllisten; Festhalten an der Wahl der Landräte durch die Kreistage

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062-2065 2069-2074 2076 2078 2079

Festhalten an der Wahl der Landräte durch die Kreistage, Beurteilung des Quorums von 15 % bei einer Direktwahl der Landräte

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2187-2190

Kreistagswahl

s. Kommunalwahl

Kreistagswahlrecht

s. Wahlrecht

Kreisverkehr

s.a. Verkehrsampel

Zukunft von Kreisverkehrsplätzen im Enzkreis und in Pforzheim
Verbot von Bäumen, Kunstwerken u.a. Gestaltungselementen auf den Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen nach einem neuen Erlass des MVI, Begründung der Vorgaben, betroffene Standorte und deren Unfallhäufigkeit im Enzkreis, Höhe und Träger der Umbaukosten im Enzkreis und landesweit

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1096

L 1141/L 1180/K 1659 Kreuzung „Schillerhöhe“ in Gerlingen - Anlage eines Kreisverkehrsplatzes

Stand der Planung am o.g. Unfallschwerpunkt bzw der vom Reg-Präs vorgesehenen Planung, Einbindung von Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Gerlingen; Kosten, verkehrliche Vor- und Nachteile der Umsetzung und des Betriebs sowie der von der Polizeidirektion Ludwigsburg bei einem Ortstermin mit der Unfallkommission vorgeschlagenen provisorischen Signalisierung

KlAnfr Konrad Epple CDU 18.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1144

Umbau Kreuzung Kälberstelle (B 464/L 1208)

Datenbasis und Maßnahmen zur Entschärfung des o.g. Unfallschwerpunkts, insbes durch Umbau zu einem Kreisverkehr; Umgang des Verkehrsministers mit dem Schreiben einer Abgeordneten der SPD, Zeitpunkt einer Beantwortung

KlAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 15/1284

Kunst in Kreisverkehren

Auflistung o.g. Kunstobjekte, deren Kosten und Fördermöglichkeiten; Ausgestaltung der geplanten Überprüfungen im Hinblick auf eine Gefährdung der Verkehrssicherheit; Umfang des zu erwartenden Abbaus von Kunstwerken, Höhe und Träger der Umbaukosten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 15.02.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1290
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.06.2012 Drs 15/2007 S. 30
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Kreisverkehr Ebringen

Beurteilung der Notwendigkeit eines Kreisverkehrs auf der L 125 bei Ebringen, Frage nach einer entsprechenden Kontaktaufnahme mit dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zur Einbindung der K 953

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 22.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1478

Sanierung der Neckarbrücke und Kreisverkehr in Besigheim/Neckar

Dringlichkeit der Brückensanierung im Zuge der L 1115 sowie des Baus eines Kreisverkehrsplatzes im Kreuzungsbereich der L 1113 zur Verbesserung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern; Frage nach einer finanziellen Beteiligung des Landes

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1543

Kreisverkehrsplatz B 929/L 551 in Angelbachtal

Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung der o.g. Maßnahme zur Reduzierung der Feinstaub-, Lärm- und Abgasbelastung sowie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 03.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1545

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1759

Errichtung von Brücken an Landesstraßen im Enzkreis

Vorgesehene neue Brückenverbindungen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. in Neuenbürg an der L 381; Zuschussfähigkeit dieses Vorhabens sowie eines Kreisverkehrsplatzes an der L 381

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/2165

Verkehrssicherheit und Maßnahmen an der Kreuzung L 1040/K 2500 Kirchberg/Jagst-Herbolzhausen

Beurteilung der Verkehrssituation an der o.g. Kreuzung und der Unfallentwicklung in den letzten fünf Jahren sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen; Höhe der Kosten und Realisierungschancen von Bau und Unterhalt einer vorschriftsgemäßen Bushaltestelle, eines Kreisverkehrs sowie einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/2269

Entfernung von Kunstobjekten auf Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen

Kosten und Folgekosten der Sicherheitsüberprüfung von Kreisverkehrsplätzen und der darauf angeordneten Entfernung von Kunstobjekten im Enzkreis und landesweit; Relevanz der ent-

sprechenden EU-Richtlinie für die betroffenen Kreise und Kommunen; Frage nach einer nochmaligen kritischen Überprüfung der Anwendbarkeit dieser Regelung bzw einer Rückkehr der Hirschskulptur auf ihren Platz im Kreisverkehr am Würzbacher Kreuz in Oberreichenbach

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2597

Umsetzung der EU Richtlinie 2008/96/EG und damit verbundene Auswirkungen auf die Gestaltung von Verkehrskreiseln hinsichtlich ihrer Sicherheit

Auswirkungen auf bereits bestehende oder in der Planung befindliche Verkehrskreisel auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; durch die Prüfung der Verkehrssicherheit für das Land, die Kreise und Gemeinden entstehende Kosten; Überprüfungsmethoden und Umsetzungsfristen, Förderung der Rückbaumaßnahmen; Nennung der betroffenen Verkehrskreisel insbes im Wahlkreis Baden-Baden

Antr Tobias Wald u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2727

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.02.2013 Drs 15/3398 S. 96-98

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Zeitliche Umsetzung der Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes in der Ortseinfahrt der Gemeinde Eberstadt

Nichteinhaltung der für 2013/14 angesetzten Bauplanung und Bauausführung; Einfluss einer Verschiebung auf die Finanzierung; Zeitraum der voraussichtlichen Umsetzung; Verteilung der Kosten auf die jeweiligen Kostenträger

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 05.12.2012 und Antw MVI Drs 15/2778

Verkehrssicherheit in Kreisverkehren

Statistik zu Unfällen im Straßenverkehr; Unfallträchtigkeit bestimmter Straßenabschnitte und ihre Ursachen; Zahl der tödlichen Unfälle in Kreisverkehren seit 2006; Auskunft über die dort aufgestellten Kunstwerke als Unfallursache; Forderung nach einer Zurücknahme des Erlasses des Verkehrsministeriums; Moratorium für den Abbau von Kunstwerken in Kreisverkehren; höhere Befugnisse für die betroffenen Gebietskörperschaften

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 01.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/2986

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.04.2013 Drs 15/4040 S. 69 70

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Kunst in Kreisverkehren - der Würzbacher Hirsch muss zurück!

Haltung der LReg zur Beseitigung von Kunst in Kreisverkehren; Rückführung des Kunstwerks „Würzbacher Hirsch“ auf den Kreisverkehr der K 4325 im LKkreis Calw

KlAnfr
s. *Kunstwerk*
Drs 15/3048

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreiseln in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definition der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.02.2013 und
Antw MVI Drs 15/3042

Bundesstraße (B) 3 - Kreisverkehr Buggingen

Verbesserung der Verkehrssicherheit durch einen Kreisverkehr
in Buggingen an der Kreuzung der Bundesstraße 3 mit Breiten-
weg

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 07.11.2013 und Antw MVI
Drs 15/4305

Kreisverkehr Rheinfelden-Herten

Planungsstand für die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der
Kreuzung B 34/Bahnhofsstraße in Rheinfelden-Herten; Unfall-
trächtigkeit der Kreuzung; Entwurfsvarianten für die künftige
Gestaltung des Verkehrsknotenpunkts; Grundsatzentscheidung
des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Zeitplan für den
Bau des Kreisverkehrsplatzes

KlAnfr Felix Schreiner CDU 26.08.2014 und Antw MVI Drs
15/5657

Kreisverkehre in Betonbauweise

Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren im Vergleich zu Ampe-
leinmündungen; Zahl der in den letzten fünf Jahren eingerichte-
ten Kreisverkehre; Wirtschaftlichkeit der Betonbauweise im Ver-
gleich zu sonstigem Straßenbaumaterial

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 11.09.2014 und Stel-
lungnahme MVI Drs 15/5704

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 25.02.2015 Drs
15/6639 S. 56 57

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

Sachstand zu Planungen für den Umbau des provisorischen
Kreisverkehrs am Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180)
- Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/
Leonberg

KlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7604

Kreisverkehrsplatz

s. *Kreisverkehr*

Kreisvertretung

s. *Kreistag*

Kreisverwaltung

*Unbesetzte Stellen des höheren Dienstes des Landes bei den
Landratsämtern*

Umfang und Gründe der Nicht-Besetzung von Stellen des hö-
heren Landesdienstes bei den Landratsämtern; erzielte Personal-
kosteneinsparungen; Konsequenzen für die Aufgabenerfüllung;
Kommunalisierung des höheren Dienstes und der zugehörigen
Aufgaben bei den Landratsämtern

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 15.05.2013 und Antw
IM Drs 15/3501

Landesbeamte des höheren Diensts in Landratsämtern

Zahl der seit 2004 bei den Landratsämtern beschäftigten Landes-
beamten des höheren Diensts; Zuordnung der Beamten zu den

Ministerien

KlAnfr Klaus Herrmann u.a. CDU 18.07.2013 und Antw IM
Drs 15/3841

Übertragung von Aufgaben an die Kommunen

Planung der Aufgaben- und Personalübertragung vom Land
auf die Kommunen, insbes zur Kommunalisierung vorgesehene
Aufgaben, angestrebte Einsparungen und Effizienzrendite, Kom-
munalisierung der Landratsämter und der dort beschäftigten Be-
amte des höheren Dienstes

Antr
s. *Kommunalisierung*
Drs 15/3884

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforz-
heim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrach-
ten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Mi-
grantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung
der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung be-
sonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration
der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und
Schlafflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; An-
mietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Ver-
waltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern;
kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsidien

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der
mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsidien im Zuge der
Polizeistrukturreform

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4872

Kriterien zur Anerkennung von Kulturdenkmälern in BW, spezi- ell: Anlass für die Aufnahme des Landratsamts von Schwäbisch Hall in die Liste der Kulturdenkmale

Kriterien für die Aufnahme in die Liste der Kulturdenkmale in
BW, insbes Anlass für die Aufnahme des Landratsamts Schwä-
bisch Hall, finanzielle Konsequenzen der Aufnahme

MdlAnfr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 15/5114

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungs- gesetzes und des geplanten Gesetzes zur Bildungsfreistellung auf die Verwaltung der Stadt Pforzheim

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungs-
gesetzes für die Stadt Pforzheim sowie die Kreisverwaltung und
Kommunen des Enzkreises, insbes Höhe der entstehenden Mehr-
kosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5807

Denkmalschützerische Auflagen und Unterstützung des Landes für eine Sanierung des Landratsamts Schwäbisch Hall

Sachstand zur Gebäudesanierung des Landratsamts Schwäbisch-
Hall, insbes Anforderungen des Denkmalschutzes, Unterstüt-

zung des Landes für die Gebäudeeigentümer für den Mehraufwand aufgrund des Denkmalschutzes

MdLANfr
s. *Denkmalschutz*
Drs 15/6814

Belastung des Personals im Landratsamt Schwäbisch Hall
Sachstand zu Arbeitsbelastung bei der Erledigung der Aufgaben und Personalausstattung des Landratsamts Schwäbisch Hall

KLANfr Nikolaos Sakellariou SPD 12.10.2015 und Antw IM
Drs 15/7528

Kreisverwaltungsamt

s. *Kreisverwaltung*

Kreisverwaltungsbehörde

s. *Kreisverwaltung*

Krematorium

s. *Feuerbestattung*

Kreßberg

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall
Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KLANfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1312

Kressbronn

Planung Kressbronner Bodenseeufer im Bereich Bodanwerft
Planungsstand für eine nachhaltige Folgenutzung des Geländes der insolventen Bodanwerft, Gewichtung von Erfordernissen des Denkmalschutzes, des Naturschutzes, Tourismus, der Raumplanung und des Verkehrs

KLANfr Martin Hahn GRÜNE 07.12.2011 und Antw MFW
Drs 15/979

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 15/832, 15/1007, 15/2832 und 15/3081 betr. Umnutzung des Geländes der ehemaligen Bodan-Werft

Petitionen
s. *Werft*
Drs 15/4332

Kretschmann, Winfried MdL GRÜNE

Wahl von Winfried Kretschmann zum MinPräs des Landes BW am 12.05.2011 und Vereidigung des MinPräs

s. *Ministerpräsident*
PIPr 15/2 S. 13

Kamte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der

Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

Kreuzung (Straßenverkehr)

s. *Straßenkreuzung*

Krieg

Große Landesausstellung im Haus der Geschichte zum Ersten Weltkrieg

Gefährdung der o.g. Ausstellung und weiterer Ausstellungen aus Einspargründen; Vorlage von Ergebnissen der von der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur erbetenen Prüfung, ob eine Kürzung der Zuschüsse für die Großen Landesausstellungen möglich ist; Art und Auswirkungen einer Änderung der bisherigen Konzeption der Großen Landesausstellungen für die betroffenen Museen

Antr
s. *Ausstellung*
Drs 15/2491

Kriegsflotte

s. *Marine*

Kriegsmarine

s. *Marine*

Kriegsschiff

Patenschaft des Landes BW für die neue Fregatte F 222

Gestaltung der Patenschaft des Landes BW mit der neuen Fregatte F 222 der Bundesmarine

MdLANfr 2) Matthias Präfrock CDU 11.03.2014 Drs 15/4915
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5683 5684

Kriminalistik

Zukunft der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe

Zahl der Beschäftigten, ihre Ausbildungsrichtungen und Laufbahnen; Investitionen in die technische Ausstattung in den letzten Jahren; Pläne für eine Neuorganisation der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle (KTU) im Zuge der Polizeireform; Kosten einer Verlagerung nach Stuttgart; Forderung nach einer Beibehaltung des Standorts in Karlsruhe-Durlach

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 08.05.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3478
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2013 Drs 15/4040 S. 37
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Kosten der Verlegung von Sondereinrichtungen im Zuge der Polizeireform

Kosten der Verlegung der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe und ihre Berücksichtigung in der Kostenschätzung für die Polizeireform; neuer Raumbedarf für die Unterbringung von Übungs-, Ausbildungs- und Untersuchungseinrichtungen; Nachfolgenutzung für nicht mehr benötigte Räume; Anzahl der jeweiligen Fälle und ihre Darstellung in der Kostenberechnung

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3612

Anzeigeverhalten, Strafverfolgung und Rechtsprechung bei Vergewaltigungsdelikten in BW

Situation bei der Strafverfolgung von Vergewaltigungsdelikten in BW in den letzten zehn Jahren, insbes Entwicklung des Anzeigeverhaltens, Verurteilungsquote und Strafmaß, Täter-Opfer-Verhältnis zum Tatzeitpunkt, angewandte kriminaltechnische Vernehmungsmittel, personelle und technische Ausstattung der Polizei, Möglichkeit einer anonymen und kostenlosen Spurensicherung, Berücksichtigung des besonderen Schutzbedürfnisses minderjähriger Opfer bei den polizeilichen Ermittlungen

Antr
s. *Vergewaltigung*
Drs 15/5829

Masterstudium „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Sachstand zur Entwicklung des Masterstudiengangs „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, insbes Studentenzahlen, Kosten; Unterstützung des Studiengangs und laufbahnrechtliche Anerkennung des Abschlusses im Polizeidienst

Antr Günther-Martin Pauli u.a. CDU 30.03.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6696

Kriminalität

s.a. *Amoklauf*
s.a. *Betrug*
s.a. *Korruption*
s.a. *Menschenhandel*
s.a. *Straftat*
s.a. *Strafverfolgung*
s.a. *Umweltkriminalität*
s.a. *Verbrechensopfer*
s.a. *Wirtschaftskriminalität*

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/169

EU-Donauraumstrategie

Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität

Antr
s. *Donauraum*
Drs 15/326

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres - Mehrjähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020

Schaffung eines Instruments zur finanziellen Unterstützung für Außengrenzen und Visa iRd Fonds für die innere Sicherheit; Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds; Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1087

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Äußerungen von Ministerin Öney über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland

Konkretisierung o.g. Äußerung bei einer Veranstaltung im Alevischen Kulturzentrum in Stuttgart auf die Frage eines Zuhörers, Wiedergabe des Sachverhalts in der türkischen Tageszeitung Hürriyet, Verwendung des im Türkischen feststehenden Begriffs für eine Verflechtung von Sicherheitskräften, Politik, Justiz, Verwaltung und organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland; Gründe für das Aufgreifen des Begriffs durch die Ministerin, statt der Unterstellung des Zuhörers entgegenzutreten, was sie erst nachträglich tat

Antr
s. *Rechtsstaat*
Drs 15/1809

Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden

Aktuelle Debatte
s. *Rocker*
PIPr 15/40 S. 2180

Organisiertes und aggressives Betteln eindämmen

Anzahl der Platzverweise wegen aggressiven Bettelns pro Tag im Jahr 2011; Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl einer Kommune und den erteilten Platzverweisen; Entwicklung des aggressiven Bettelns seit 2002; Maßnahmen der Kommunen gegenüber aggressiven Bettlern in den Innenstädten; Erkenntnisse über organisierte Banden und ihre Binnenstruktur; Strategien zur Verhinderung der mit organisiertem Betteln in Zusammenhang stehenden Straftaten; Erleichterung des Ausstiegs der Bett-

ler aus den Strukturen der organisierten Kriminalität

Antr
s. *Betteln*
Drs 15/2360

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsgeheimnistägern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Zunahme von Wohnungseinbrüchen entlang der Autobahn 7

Bekämpfung und Daten zu Wohnungseinbrüchen in den Gemeinden direkt an der Autobahn A 7 im LKreis Biberach, insbes generelle Zunahme von Eigentumsdelikten in der Nähe von Autobahnen, Erkenntnisse über mögliche Beteiligung organisierter Banden

KIAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3102

Kriminalitätsbelastung entlang Bundesautobahnen in BW

Statistiken zur Kriminalität in den Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in BW, insbes zu Wohnungseinbrüchen, weiteren Deliktformen sowie Delikten auf Autobahnparkplätzen; Erkenntnisse zur gestiegenen Kriminalitätsbelastung an Autobahnen, insbes durch die Nähe zur Bundesgrenze, durch Nutzung als Schleuser-Routen sowie im Hinblick auf organisierte Kriminalität; Maßnahmen der LReg zur Prävention und Aufklärung dieser Delikte, insbes Möglichkeiten und Personalausstattung der Autobahnpolizei

Antr
s. *Vermögensdelikt*
Drs 15/3436

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot, insbes Überprüfung von Kriminalitätsentwicklung, wirtschaftlichen Auswirkungen für die Verkaufsstellen (v.a. Tankstellen und Einzelhandel), alkoholbedingten Behandlungsfällen in Krankenhäusern sowie Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots für Verkaufsstellen

Mittlg LReg
s. *Alkoholverbot*
Drs 15/3666

Kriminalstatistik in Karlsruhe

Entwicklung der Eigentums kriminalität, Straßenkriminalität und der Kriminalität im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln in Karlsruhe im Vergleich mit Stuttgart und Mannheim

KIAnfr Katrin Schütz CDU 09.04.2014 und Antw IM Drs

15/5057

Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Kriminalitätsentwicklung im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Anzahl der Straftaten nach Deliktarten, Kriminalitätsschwerpunkte, Aufklärungsquote, Zahl der Wohnungseinbrüche

KIAnfr Karl Rombach CDU 09.04.2014 und Antw IM Drs 15/5058

Organisierte Kriminalität in BW

Situation und Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in BW, insbes Straftatenentwicklung, Deliktbereiche, Organisationsformen, Verdächtigenprofile

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 05.05.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5156
BeschEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 21 22
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Kriminalitätsbelastung und Polizeidichte in der Stadt Kehl

Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Kehl; Mehrbelastung des kriminalgeografischen Raums durch die Nähe zur französischen Großstadt Straßburg; Polizeidichte und Arbeitsbelastung im Vergleich zu anderen Polizeidienststellen; Maßnahmen zum Abbau der Mehrbelastung

KIAnfr Willi Stächele CDU 09.05.2014 und Antw IM Drs 15/5181

Kriminalität im Wahlkreis Eppingen

Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Eppingen, insbes Straftatenzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen, Präventionsmaßnahmen

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 21.05.2014 und Antw IM Drs 15/5228

Kriminalitätsbelastung im LKreis Göppingen

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Göppingen; Straftaten iRd organisierter Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Prävention von Einbruchdiebstählen; Aufklärungsquote; Delikthäufigkeit in ländlichen und städtischen Regionen; Auswirkungen der Polizeireform

KIAnfr Jutta Schiller u.a. CDU 05.06.2014 und Antw IM Drs 15/5308

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse, Rolle der organisierten Kriminalität, Vorsorgemaßnahmen der Bürger, Aufklärungsquote und Einsatzkonzepte der Polizei

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5449

Kriminalität und Wohnungseinbrüche im LKreis Esslingen

Entwicklung der Kriminalität im LKreis Esslingen, insbes Straftatenanzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen und Präventionsmaßnahmen

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 09.07.2014 und Antw IM Drs 15/5457

Kriminalitätsbelastung im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Schwäbisch Hall; Straftaten iRd organisierten Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Aufklärungsquote; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 30.07.2014 und Antw IM Drs 15/5577

Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sowie der Computerkriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis durch die Polizei; Personalstand und räumliche Unterbringung der Kriminalinspektion 5 (Fachinspektion Cyber Crime) bei der Kriminalpolizeidirektion Rottweil; Nachwuchsgewinnung, Fortbildung der Beamten sowie deren Ausstattung mit aktueller Hard- und Software

KlAnfr
s. *Kriminalprävention*
Drs 15/6093

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung und Aufklärungsquote in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse über Tätergruppen und -herkunft, Anteil der organisierten Kriminalität, Anteil und Aufenthaltsstatus der nichtdeutschen Tatverdächtigen, Konzepte für den Polizeieinsatz

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6620

EU-Zahlungsdiensterichtlinie II (Payments Services Directive II, PSD II)

Sachstand und Bewertung der Überarbeitung der Zahlungsdiensterichtlinie der Europäischen Union, insbes Auswirkungen auf die Sicherheit des Zahlungsverkehrs, Gefahren im Bereich der Internetkriminalität, Haftungsregelung

Antr
s. *Zahlungsdiensterichtlinie*
Drs 15/6642

Strategie zur Cybersicherheit

Sachstand zur Cybersicherheit in BW, insbes Entwicklung der Computer- und Internetkriminalität, Situation der IT-Sicherheitsstrukturen, Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit, Zusammenarbeit mit dem Bund und Sicherheitsbehörden des Landes

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 26.03.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6681 (15 S.)

Masterstudium „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Sachstand zur Entwicklung des Masterstudiengangs „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, insbes Studentenzahlen, Kosten; Unterstützung des Studiengangs und laufbahnrechtliche Anerkennung des Abschlusses im Polizeidienst

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 15/6696

Null Toleranz bei der Rockerkriminalität

Aktuelle Debatte
s. *Rocker*
PIPr 15/126 S. 7565

Kriminalitätsbekämpfung im LKreis Waldshut

Sachstand zur Kriminalitätsbekämpfung im LKreis Waldshut, insbes Fallzahlen und Aufklärungsquote bei Wohnungseinbruchsdiebstahl und Straßenkriminalität, Auswirkungen der Erhöhung der Personalstärke der Polizeireviere

KlAnfr
s. *Verbrechensbekämpfung*
Drs 15/6931

Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr Karl Rombach CDU 28.07.2015 und Antw IM Drs 15/7218

Kriminalität im LKreis Rottweil

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im LKreis Rottweil, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr Stefan Teufel CDU 15.09.2015 und Antw IM Drs 15/7379

Berichterstattung über besondere Vorkommnisse in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten oder sonstige besondere Vorkommnisse in oder im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften im Vergleich zu sonstigen Vorkommnissen

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7485

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingsunterkünften; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7591

Flüchtlingssituation im Main-Tauber-Kreis

Zahl und Zusammensetzung der im Main-Tauber-Kreis untergebrachten Flüchtlinge; Anerkennungsquote; Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Auslastung der bestehenden Flüchtlingsunterkünfte; Bedarfsplanung; Anzeigen und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Flüchtlingen; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7719

Kriminalität im Wahlkreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Esslingen, insbes Anzahl der Straftaten, Zahl der Einbrüche und örtliche Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis und Täternetze bei den Wohnungseinbruchdiebstählen, Präventionsmaßnah-

men

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 18.12.2015 und Antw IM
Drs 15/7898

Flüchtlingssituation im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt

Zahl der im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt untergebrachten Flüchtlinge und Asylbewerber; anerkannte Flüchtlinge, Personen ohne abgeschlossene Asylverfahren sowie ausreisepflichtige Personen; Anzeigen und Ermittlungsverfahren gegen Flüchtlinge und Asylbewerber; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8081

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr
s. *Digitalisierung*
Drs 15/8121

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen einer geringen Kriminalitätsrate und Polizeidichte in BW

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 411-413 417 419 422

Notwendigkeit der Telekommunikationsüberwachung zur Bekämpfung schwerster Kriminalität, Einsatz von geeigneter Überwachungssoftware gegen die Cyberkriminalität

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 710-716

Einstellung der Polizei auf die veränderten Anforderungen bei der Kriminalitätsbekämpfung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1223 1224

Personelle Antworten der Polizei auf die zunehmende Internetkriminalität und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, Bewertung der Präsenz der Kriminalpolizei in der Fläche nach Umsetzung der Polizeireform

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1265-1268 1271 1273-1277

Kriminalitätsbekämpfung

s. *Verbrechensbekämpfung*

Kriminalitätsprävention

s. *Kriminalprävention*

Kriminalitätsverhütung

s. *Kriminalprävention*

Kriminalitätsvorbeugung

s. *Kriminalprävention*

Kriminalpolizei

Nachfragen zum Einsatz von Verdeckten Ermittlern in Heidelberg

Einsatz von weiteren Verdeckten Ermittlern des LKA an der Universität Heidelberg und bei zivilgesellschaftlichen Gruppierungen vor oder nach der Enttarnung von S.B.? Frage nach Ermittlungs- und Gerichtsverfahren aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse; Art und Verbleib der erhobenen und weitergegebenen Daten

KlAnfr
s. *Verdeckter Ermittler*
Drs 15/600

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Geplante Neuorganisation der Kriminalpolizei

Begründung und Auswirkungen einer geplanten Auflösung der 25 Außenstellen der Kriminalpolizei, u.a. für die Außenstelle und den gesamten Polizeistandort Mühlacker

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 30.01.2012 und
Antw IM Drs 15/1171

Standorte von Kriminalpolizei-Außenstellen im Land

Auflistung der o.g. Standorte, ihrer Aufgaben und personellen Ausstattung, ihrer Zuordnung und räumlichen Entfernung zu Polizeidirektionen und -präsidien

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 30.01.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1178
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.03.2012 Drs 15/1646 S. 23-26
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Angehörige der Polizei in Stäben und nicht-operativen Bereichen

Zahl und Aufgabenwahrnehmung der in Stäben und Leitungsfunktionen eingesetzten Personen bei den Landespolizeidirektionen, Polizeidirektionen und -präsidien u.a. Dienststellen; jeweilige Anteile von Angehörigen der Schutz- oder Kriminalpolizei, von Beamten des Nicht-Vollzugsdienstes und Tarifbeschäftigten; Zahlen und Altersjahrgänge der Bediensteten in den einzelnen Laufbahn- und Entgeltgruppen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1250

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und

Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Festlegung Polizeipräsidium Aalen

Zugrundeliegende Kriterien und Auswirkungen der o.g. Standortentscheidung im Zuge der Polizeireform; Zahl und Einheiten der zwischen Waiblingen und Aalen wechselnden Beamten, insbes von Vollzugs- und Nichtvollzugsbeamten des bisherigen Führungs- und Einsatzstabes der PD Waiblingen; Gründe für die Schließung der Kriminalaußenstelle in Backnang, Chancen für die dortige Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion; Darstellung des Investitionsbedarfs für die Liegenschaften in Waiblingen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1774

Polizeireform: Zukünftige Organisation der Kriminalpolizei

Organisation der Kriminalpolizei nach Inkrafttreten der Polizeireform, insbes Statistiken für die einzelnen Dienststellen, derzeitige Organisation und Aufgabenwahrnehmung durch Landespolizeidirektionen und Kriminalpolizeidienststellen, künftige örtliche oder organisatorische Verlagerung, künftige Aufgabenwahrnehmung durch Kriminalpolizeidirektionen und Kommissariate; Einführung des Kriminaldauerdienstes, insbes geplante Standorte und Aufgabenwahrnehmung sowie Deckung des personellen Mehrbedarfs

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3594 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.09.2013 Drs 15/4190 S. 27 28
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Geplante Struktur des zukünftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Ausschlaggebende fachliche Parameter für den Gebietszuschnitt und die Personalstärke der geplanten Regionalpräsidien der Polizei in BW, insbes Personalanteile von Schutz- und Kriminalpolizei, Begründung der deutlich niedrigeren Quote des Kriminalpolizeianteils im Präsidium Heilbronn

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3832

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturreform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.09.2013 und Antw IM Drs 15/3996

Polizeireform im Kreis Rottweil: neue Entwicklungen

Auswirkungen der Polizeireform auf den LKreis Rottweil; Einrichtung eines Standorts der Kriminalpolizei in der Stadt Rottweil; Raumbedarf; Dienortwechsel aufgrund der Polizeireform im zuständigen Polizeipräsidium Tuttlingen, Zahl der betroffenen Personen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4112

Kriminalpolizei im künftigen Polizeipräsidium Mannheim

Künftige Aufgabenwahrnehmung der Kriminalpolizei im Bereich des neuen Polizeipräsidiums Mannheim

KlAnfr Georg Wacker CDU 03.01.2014 und Antw IM Drs 15/4553

Einsatz der Kriminalpolizei bei einem Brand am 1. Januar 2015 in Sinsheim-Rohrbach

Hintergründe der polizeilichen Behandlung des Brands am Ausiedlerhof in Sinsheim-Rohrbach am 1. Januar 2015, insbes Verständigung und verspäteter Einsatz der Kriminalpolizei

KlAnfr
s. *Brand*
Drs 15/6336

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeirevieren in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiums in Ulm

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4842

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsidien

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsidien im Zuge der Polizeistrukturreform

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4872

Polizeireform; Aufgabenverlagerungen bei der Polizei

Aufgabenverlagerung von der Kriminalpolizei, Verkehrspolizei und den übrigen Fachbereichen der Polizeidirektionen auf die Polizeireviere, insbes Konsequenzen bei Arbeitsanfall und Personalbedarf

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/5159

Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

Zahl der Planstellen im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen im Wahlkreis Waldshut eingesetzten Polizeibeamten; Interesse der Polizeibeamten an einer Versetzung oder einem anderen Fachgebiet; Präsenz der Kriminalpolizei im LKreis Waldshut; Fahrzeiten der Polizeibeamten zu Unfall- und Tatorten vor und nach der Polizeireform

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5390

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsidien, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, eingegangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5543

Einsatz der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Dühren

Hintergründe des verzögerten Eintreffens der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Dühren

KlAnfr Elke Brunner CDU 17.10.2014 und Antw IM Drs 15/5928

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Polizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den Kriminalpolizeidirektionen

Antr Alexander Throm u.a. CDU 12.12.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6253
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 31 32
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Personelle Ausstattung des Kriminaldauerdienstes

Qualifizierung und Zuweisung von Beamten der Schutzpolizei für die Tätigkeit im Kriminaldauerdienst

MdlAnfr 2) Thomas Blenke CDU 02.03.2015 Drs 15/6566
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7451 7452

Wann wird die Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts wieder besetzt?

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung der Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts, insbes Gewährleistung einer rechtssicheren Stellenbesetzung

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 20.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6755
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 42
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Lan-

despolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Polizeireform

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/7306

Perspektiven der bei der Kriminalpolizei bzw bei der Schutzpolizei als Sachbearbeiter tätigen Beamten

Aufstieg von Beamten ohne Führungsfunktion in die Besoldungsgruppe A 13; Anteil der Personen mit Führungsfunktionen bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei; Aufstiegschancen von Sachbearbeitern; Zahl der in den letzten vier Jahren bei der Polizei vorgenommenen Beförderungen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7915

Auswirkungen einer Zentralisierung der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeireform, Einrichtung von Kriminaldauerdiensten; Bekämpfung des Rechtsextremismus durch das LKA

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1209 1210 1212 1213 1217 1224 1226 1230

Beklagung des Rückzugs der Kriminalpolizei aus der Fläche im Zuge der Polizeireform, Verweisung auf die Einrichtung des Kriminaldauerdienstes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1262 1264-1269 1273-1277

Beklagung des Rückzugs der Kriminalpolizei aus der Fläche im Zuge der Polizeireform, Verweisung auf die Einrichtung des flächendeckenden Kriminaldauerdienstes; Erfolgsbewertung der Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus beim LKA; Bekämpfung von Cyberkriminalität im LKA

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1641 1647 1651 1666 1684-1688

Beklagung des Rückzugs der Kriminalpolizei aus der Fläche im Zuge der Polizeireform

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2033 2037 2044-2046

Kriminalprävention

Zunahme von Wohnungseinbrüchen im Alb-Donau-Kreis

Ursachen und Prävention von Wohnungseinbrüchen im Alb-Donau-Kreis, insbes statistische Entwicklung und Vergleich mit ähnlichen Gebieten; erzielte Aufklärungsquote; entstandene Schadenshöhe; Bedeutung der Delikt erleichternden Autobahnnahe; Rolle organisierter Banden

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3454

Erkenntnisse und Maßnahmen mit Bezug auf die Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall

Erkenntnisse zur Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall und Gegenmaßnahmen zum Schutz der - insbes auch ausländischen - Bürger

MdlAnfr
s. *Ku-Klux-Klan*
Drs 15/3456

Zunahme von Wohnungseinbrüchen und Eigentumsdelikten in den Herbst- und Wintermonaten im Alb-Donau-Kreis

Situation bei Wohnungseinbrüchen und Eigentumsdelikten im Alb-Donau-Kreis in den Herbst- und Wintermonaten im Ver-

gleich mit anderen Kreisen sowie konkrete Gegenmaßnahmen und Bewertung der Polizeipräsenz

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/4546

Präventionsarbeit in BW

Hintergründe der Präventionsarbeit in BW; fachübergreifender Austausch und Verbesserung der Vernetzung von Präventionsprojekten; Einrichtung eines Landespräventionsrats für Fragen der Kriminal- und Suchtprävention sowie der Gesundheitsförderung; Auswirkungen einer Stärkung der Prävention in den Bereichen Kriminalität, Gesundheit und Volkswirtschaft

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 15/4980

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse, Rolle der organisierten Kriminalität, Vorsorgemaßnahmen der Bürger, Aufklärungsquote und Einsatzkonzepte der Polizei

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5449

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr
s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sowie der Computerkriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis durch die Polizei; Personalstand und räumliche Unterbringung der Kriminalinspektion 5 (Fachinspektion Cyber Crime) bei der Kriminalpolizeidirektion Rottweil; Nachwuchsgewinnung, Fortbildung der Beamten sowie deren Ausstattung mit aktueller Hard- und Software

KlAnfr Karl Rombach CDU 07.11.2014 und Antw IM Drs 15/6093

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums

gegen Extremismus

GrAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung und Aufklärungsquote in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse über Tätergruppen und -herkunft, Anteil der organisierten Kriminalität, Anteil und Aufenthaltsstatus der nichtdeutschen Tatverdächtigen, Konzepte für den Polizeieinsatz

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6620

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6816

Kriminalität im Wahlkreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Esslingen, insbes Anzahl der Straftaten, Zahl der Einbrüche und örtliche Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis und Täternetze bei den Wohnungseinbruchdiebstählen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7898

Kriminalstatistik

Zunahme von Wohnungseinbrüchen entlang der Autobahn 7

Bekämpfung und Daten zu Wohnungseinbrüchen in den Gemeinden direkt an der Autobahn A 7 im LKreis Biberach, insbes generelle Zunahme von Eigentumsdelikten in der Nähe von Autobahnen, Erkenntnisse über mögliche Beteiligung organisierter Banden

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3102

Einsatz der Mobilen Wache im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen

Einsatz Mobiler Wachen im Land und insbes im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen; Entwicklung der Kriminalstatistik an den Einsatzorten

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/3285

Kriminalitätsbelastung entlang Bundesautobahnen in BW

Statistiken zur Kriminalität in den Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in BW, insbes zu Wohnungseinbrüchen, weiteren Deliktformen sowie Delikten auf Autobahnparkplätzen; Erkenntnisse zur gestiegenen Kriminalitätsbelastung an Autobahnen, insbes durch die Nähe zur Bundesgrenze, durch Nutzung als Schleuser-Routen sowie im Hinblick auf organisierte Kriminalität; Maßnahmen der LReg zur Prävention und Aufklärung dieser Delikte, insbes Möglichkeiten und Personalausstattung der Autobahnpolizei

Antr

s. *Vermögensdelikt*

Drs 15/3436

Einbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Situation bei Wohnungseinbrüchen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt, insbes statistische Entwicklung, lokale Brennpunkte, Schwerpunkte bei Einzelatbeständen und Serien; Ursachen und Gegenmaßnahmen für einen Anstieg der Einbrüche

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/4599

Wohnungseinbrüche in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Wohnungseinbrüche im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr; Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5005

Kriminalstatistik in Karlsruhe

Entwicklung der Eigentums kriminalität, Straßenkriminalität und der Kriminalität im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln in Karlsruhe im Vergleich mit Stuttgart und Mannheim

KlAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 15/5057

Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Kriminalitätsentwicklung im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Anzahl der Straftaten nach Deliktarten, Kriminalitätsschwerpunkte, Aufklärungsquote, Zahl der Wohnungseinbrüche

KlAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 15/5058

Organisierte Kriminalität in BW

Situation und Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in BW, insbes Straftatenentwicklung, Deliktbereiche, Organisationsformen, Verdächtigenprofile

Antr

s. *Kriminalität*

Drs 15/5156

Wohnungseinbrüche im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Rems-Murr-Kreis und Aufklärungsquote

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5160

Kriminalität im Wahlkreis Eppingen

Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Eppingen, insbes Straftatenzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 15/5228

Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und in der Stadt Rheinfelden

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und der Stadt Rheinfelden und Aufklärungsquote

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5388

Kriminalität und Wohnungseinbrüche im LKreis Esslingen

Entwicklung der Kriminalität im LKreis Esslingen, insbes Straftatenanzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 15/5457

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Polizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den Kriminalpolizeidirektionen

Antr

s. *Kriminalpolizei*

Drs 15/6253

Maßnahmen gegen die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen

Sachstand zur steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, Gegenmaßnahmen

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/6468

Flüchtlingssituation im LKreis Emmendingen

Sachstand zu Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Emmendingen, insbes Herkunftsstatistik, Anerkennungsquote, Zahlenentwicklung, Rückführungen, Anzeigen und Ermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7866

Entwicklung der Kriminalität in BW

Termin der Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik 2015; Begründung der Terminierung; Erkenntnisse über die im Jahr 2015 verübten Straftaten

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 22.01.2016 und Stellungnahme IM Drs 15/7991

Kroatien*Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union*

Auswirkungen des o.g. Beitritts zum EU-Binnenmarkt auf die bestehende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung in der Gemischten Regierungskommission, für die hiesigen Unternehmen und für die Donaustrategie; Unterstützung der Behörden bei der weiteren Umsetzung von EU-Recht und Verwaltung der EU-Fördermittel; Unterstützung der Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen von EU-kofinanzierten Projekten

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 10.02.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1253

BeschlEmpf und Bericht EuA 29.03.2012 Drs 15/1646 S. 61
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Beziehungen zwischen BW und der Republik Kroatien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, insbes im Tourismusbereich und im Rahmen von konkreten Kooperationsprojekten; Beurteilung des Regionalisierungsprozesses innerhalb Kroatiens und der möglichen Zusammenarbeit mit regionalen Gebietskörperschaften, Frage nach einer Kontaktaufnahme mit der Region Istrien sowie nach der Fortführung der gemischten Kommission nach dem EU-Beitritt des Landes

Antr Peter Hauk u.a. CDU 30.10.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2586 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/3063 S. 91
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 97
98

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Kronau*Das „Kronauer Modell“ - bekommt das erfolgreiche Inklusionskonzept eine Zukunft?*

Zusammenarbeit der Werkrealschule in Kronau mit der Körperbehindertenschule Karlsbad; Sicherung des Fortbestands des Kooperationsmodells in Kronau; Auswirkungen eines Wegfalls der Werkrealschule für die Inklusionsarbeit vor Ort; Berücksichtigung von Spezialfällen wie dem „Kronauer Modell“ in der regionalen Schulentwicklungsplanung

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/4734

KSK (Künstlersozialkasse)

s. *Künstlersozialkasse*

KSV

s. *Künstlersozialversicherung*

Küchenherd

s. *Elektrogerät*

Kühlschrank*Energieverschwendung durch Einsatz offener Kühltheken in Supermärkten und anderen Lebensmittelläden*

Rechtliche Regelungen zur Eindämmung dieser Form von Energieverschwendung; Förderung des Ersatzes nicht effizienter Kühltheken und Kühltruhen durch energiesparende Geräte

KlAnfr

s. *Energieeinsparung*

Drs 15/3094

Kündigungsschutz für Mieter

s. *Mieterschutz*

Künstler*Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung in BW*

Ausbildung, Studium, Absolventenverbleib und Fachkräftebedarf im Bereich der kulturellen/musisch-ästhetischen Bildung in BW, insbes Statistiken zur Entwicklung der Studentenzahlen und des wissenschaftlichen Personals in Studienfächern und an Hochschulen mit kulturell/musisch-ästhetischen Inhalten, Auswirkungen der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Rolle der dualen und vollzeitschulischen Ausbildungswege für künstlerische Ausbildungsberufe, Berufsperspektiven und Abwanderungsbestrebungen von Künstlern und Kulturschaffenden

Antr

s. *Kulturelle Bildung*

Drs 15/3861

Künstlersozialkasse

Kenntnisstand und Prüfverfahren bei Auftraggebern künstlerischer Leistungen zur Pflicht der Zahlung der Künstlersozialabgabe

KlAnfr

s. *Künstlersozialkasse*

Drs 15/4280

Archiv für die bildende Kunst in BW

Errichtung eines Archivs für die Nachlässe anerkannter bildender Künstler aus BW; Aufwand und Kosten; Bedeutung des Deutschen Literaturarchivs Marbach für die Bewahrung der Nachlässe namhafter Schriftsteller

Antr

s. *Archiv*

Drs 15/4701

2. Kunstdialog des Landes

Teilnehmerkreis, Verlauf und Ergebnisse des 2. Kunstdialogs des Landes im Dezember 2013

Antr

s. *Kunst*

Drs 15/4818

Künstlerische Bildung

s. *Kunsterziehung*

Künstlerische Freiheit

s. *Kunstfreiheit*

Künstlerische Veranstaltung

s. *Kulturveranstaltung*

Künstlerisch-kulturelle Bildung

s. *Musische Erziehung*

Künstlersozialabgabe*Künstlersozialkasse*

Kenntnisstand und Prüfverfahren bei Auftraggebern künstlerischer Leistungen zur Pflicht der Zahlung der Künstlersozialabgabe

KlAnfr
s. *Künstlersozialkasse*
Drs 15/4280

Künstlersozialkasse*Künstlersozialkasse*

Kenntnisstand und Prüfverfahren bei Auftraggebern künstlerischer Leistungen zur Pflicht der Zahlung der Künstlersozialabgabe

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.11.2013 und
Antw SM Drs 15/4280

Künstlersozialversicherung*Künstlersozialkasse*

Kenntnisstand und Prüfverfahren bei Auftraggebern künstlerischer Leistungen zur Pflicht der Zahlung der Künstlersozialabgabe

KlAnfr
s. *Künstlersozialkasse*
Drs 15/4280

Künstliche Befruchtung*s.a. Schwangerschaft**Zuschüsse für künstliche Befruchtungen*

Zahl von ungewollt kinderlosen Paaren, angewandte Techniken der künstlichen Befruchtung, Voraussetzungen und Höhe der Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung, Bewertung des Förderprogramms des Bundes zur Unterstützung ungewollt kinderloser Paare, Gründe für das Ausbleiben der vom Bund angestrebten Vereinbarung über eine Kofinanzierung dieses Programms

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 09.10.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2448
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 66 67
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verordnungen über In-vitro-Diagnostika sowie über Medizinprodukte*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2588

Künstliche Samenübertragung*s. Künstliche Befruchtung***Künzelsau***Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn*

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und

personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr
s. *Hochschule Heilbronn*
Drs 15/5494

Anstehende Gewerbesteuerrückzahlung und finanzielle Belastung für die Stadt Künzelsau

Auswirkungen der Steuerrückzahlung an das Künzelsau ansässige Unternehmen auf den Gemeindehaushalt; Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Verhinderung einer Überforderung der Stadt und ihrer Bewohner

KlAnfr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 15/7651

Kuh*s. Rind***Ku-Klux-Klan***Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan*

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der ergriffenen Disziplinarmaßnahmen; Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM; flächendeckende Untersuchung extremistischer Aktivitäten innerhalb der Polizei; Vermeidung einer Stellung aller Polizeibeamten unter Generalverdacht; umfassende Information des Innenausschusses

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/2233

Erkenntnisse und Maßnahmen mit Bezug auf die Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall

Erkenntnisse zur Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall und Gegenmaßnahmen zum Schutz der - insbes auch ausländischen - Bürger

MdAnfr 6) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 08.05.2013
Drs 15/3456
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4180 4181

Ku-Klux-Klan (KKK) in BW

Sachstand zu Kontakten oder Mitgliedschaften von Polizeibeamten oder Angehörigen anderer Sicherheitsbehörden im Ku-Klux-Klan (KKK) oder ihm nahestehender rechtsextremistischer Organisationen

KlAnfr Peter Hauk CDU 02.04.2015 und Antw IM Drs 15/6710

Kultur

*s.a. Heimatpflege
s.a. Kulturbeziehungen
s.a. Kulturdenkmal
s.a. Kultureinrichtung
s.a. Kulturpolitik
s.a. Kulturwirtschaft*

s.a. *Kunst*
 s.a. *Literatur*
 s.a. *Museum*
 s.a. *Soziokultur*
 s.a. *Weltanschauung*

Schultheater in BW

Bewertung der o.g. Theaterarbeit und der landesweiten Schultheaterstage sowie der Lehreraus- und -fortbildung; Verankerung der Schultheater in den Bildungsplänen, Überführung des Schulversuchs mit dem Oberstufenwahlfach „Literatur und Theater“ in die Regelphase; Aufbau einer Plattform zur Kooperation mit professionellen und Amateurtheatern, Unterstützung durch die Koordinierungsstelle Schultheater, die Akademie Schloss Rotenfels und Multiplikatoren; Benennung von Kulturbeauftragten an Schulen nach einer Empfehlung der Kulturkonzeption 2020

Antr
 s. *Theater*
 Drs 15/256

Umsetzung der Konzeption „Kultur 2020 - Kunstkonzeption für BW“

Entwicklung von Stufenplänen mit den notwendigen Ressourcen zur Umsetzung o.g. Handlungsempfehlungen, insbes mit den Schwerpunktthemen der Konzeption „Kulturelle Bildung“ und „Interkulturelle Kulturarbeit“; Einrichtung des Fachbeirats „Kulturelle Bildung“ und der Landeskunstkonferenz unter Einbeziehung der Landtagsfraktionen; Fortführung des Dialogs mit den Kunstschaffenden; flächendeckende Einrichtung der Funktion von Kulturbeauftragten an Schulen

Antr
 s. *Kultur 2020*
 Drs 15/259

Bewahrung und kulturelle Vermittlung des humanistischen Erbes
 Bedeutung des Erbes von Johannes Reuchlin und Philipp Melanchthon in BW; Möglichkeiten für eine breite Vermittlung über die Standortpräsentationen in Pforzheim und Bretten hinaus, insbes für Schüler

KlAnfr
 s. *Weltanschauung*
 Drs 15/274

Zukunft der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in den soziokulturellen Zentren

Anteil und Bewertung der Kinder- und Jugendarbeit an den Kursangeboten der soziokulturellen Zentren; Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagschulen auf die Nachfrage, u.a. auch beim Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

KlAnfr
 s. *Soziokultur*
 Drs 15/388

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS Baden-Württemberg e.V.)

Bedeutung, Ausbau und Förderung o.g. Zentren, insbes auch im Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung und Integrationsarbeit; zeitnahe Umsetzung der zwei zu eins Finanzierung von Kommunen und Land

Antr
 s. *Soziokultur*
 Drs 15/581

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Antr
 s. *Auszeichnung*
 Drs 15/1166

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Maßnahmen zur Förderung von Kur- und Bädereinrichtungen sowie des allgemeinen Tourismus; Erhaltung und Ausbau von kulturellen Angeboten

GrAnfr
 s. *Demografie*
 Drs 15/1608

Erhöhter Mehrwertsteuersatz auf Kunstwerke und Sammlungsstücke

Bewertung des ermäßigten Steuersatzes für den Kunsthandel, für Künstler, Kunsthäuser, Kunsthandlungen, Galerien und Museen; Beurteilung des o.g. Vorschlags der EU-Kommission

Antr
 s. *Kunst*
 Drs 15/1614

TanzSzene BW

Bedeutung, Infrastruktur und Entwicklungsmöglichkeiten von zeitgenössischem Tanz und Ballett; Rolle in der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen; Attraktivität des Landes für junge Talente und Tanzkünstler; Bereicherung des Kunst- und Kulturstandorts durch die Unterstützung der Gründung eines Kompetenzzentrums Tanz „Tanzbüro BW“

Antr
 s. *Tanz*
 Drs 15/1615

Kulturelle Bildung und freier Eintritt in Museen

Entwicklung der Besucherzahlen in den staatlichen Museen seit Einführung von Eintrittsgeldern 1995; Stärkung der kulturellen Bildung und Steigerung der Besucherzahlen mit einer Abschaffung von Eintrittsgeldern für Kinder und Jugendliche in die Dauerausstellungen der staatlichen Museen - mit Erstattung der entgangenen Eintritte für die Einrichtungen

Antr
 s. *Museum*
 Drs 15/1616

Kulturbeauftragte an Schulen

Geplanter Einsatz von Kulturbeauftragten an Schulen zum Schuljahr 2012/13; Auswahl und Aufgabengebiet der Kulturbeauftragten, Vorbereitung auf die Tätigkeit und ihre Vergütung; Erkenntnisse aus dem Modellprogramm „Kulturagenten für kreative Schulen“

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 29.06.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1995
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2741 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz u.a. CDU) S. 10-12
 PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Kulturelle Bildung in BW

Arbeit und Ergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung und Umsetzung seiner Vorschläge auch in den neuen Bildungsplänen; Verbesserung der Infrastrukturen und Vernetzung von Schulen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung; Ausweitung der Antragsberechtigung für den „Innovationsfonds Kunst“; Reaktionen und Umsetzung der Aufforderung an Schu-

len zur Benennung von Lehrkräften als Kulturbeauftragte

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/3447

Fachbeirat Kulturelle Bildung - Umsetzung der Empfehlungen und Berücksichtigung der traditionellen Kulturformen

Bewertung und Umsetzung des Entwurfs des Gesamtempfehlungstexts des Fachbeirats Kulturelle Bildung, insbes Einbeziehung von Verbänden und Institutionen, Berücksichtigung aller Kunstsparten und der traditionellen Kulturformen, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Haushaltsmittel

Antr
s. *Kulturelle Bildung*
Drs 15/3859

Zentrum für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (vorher: Deutsches Volksliedarchiv), insbes Bedeutung für die Kulturlandschaft BW, personelle und finanzielle Ausstattung, inhaltliche und organisatorische Veränderungen durch die Eingliederung in die Universität Freiburg, Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit

Antr
s. *Zentrum für Populäre Kultur und Musik*
Drs 15/6296

Investitionen des Landes im Kulturbereich

Sachstand zu Investitionen des Landes im Kulturbereich, insbes Sanierungen und Neubauten im Landeseigentum und in anderer Trägerschaft, Mittelfluss in städtische Zentren und ländliche Regionen, anstehende größere Investitionen im Kulturbereich in den kommenden Jahren und deren Priorisierung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 14.09.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7369
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 19 20
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Offen, vielfältig, innovativ - Grün-Rot schafft neue Spielräume für Kunst und Kultur im ganzen Land

Aktuelle Debatte
s. *Kunst*
PIPr 15/147 S. 8777

Hervorhebung des Stellenwerts von Kunst und Kultur auch unter den Vorzeichen der Haushaltskonsolidierung

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 28

Förderung der Kulturlandschaft auf der Grundlage der Kunstkonzeption „Kultur 2020“, Schaffung von Planungssicherheit für die kulturellen Einrichtungen mit einem Zukunftspakt, Aufwertung der interkulturellen Kulturarbeit

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52

Stellenwert der Kultur im Haushalt, Einführung eines „Innovationsfonds Kultur 2020“

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1111

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1237 1243 1246

Fortsetzung der Politik im Kulturbereich, Anregung eines Förderprogramms für die kulturelle Bildung, Einführung der Kulturbeauftragten an den Schulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1409 1410 1413-1420 1441

Kultur- und Kreativwirtschaft

s. *Kulturwirtschaft*

Kultur 2020

Umsetzung der Konzeption „Kultur 2020 - Kunstkonzeption für BW“

Entwicklung von Stufenplänen mit den notwendigen Ressourcen zur Umsetzung o.g. Handlungsempfehlungen, insbes mit den Schwerpunktthemen der Konzeption „Kulturelle Bildung“ und „Interkulturelle Kulturarbeit“; Einrichtung des Fachbeirats „Kulturelle Bildung“ und der Landeskunstkonferenz unter Einbeziehung der Landtagsfraktionen; Fortführung des Dialogs mit den Kunstschaffenden; flächendeckende Einrichtung der Funktion von Kulturbeauftragten an Schulen

Antr CDU 13.07.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/259
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.09.2011 Drs 15/747 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) S. 10 11
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838
Mittlg LReg 16.05.2012 Drs 15/1710

Länderförderung der Kulturausgaben

Entwicklung der o.g. Förderung im Vergleich zu anderen BLändern seit 2002; Umfang der Ergänzung aus privaten Drittmitteln; Engagement der Banken in der Kultur- und Kreativwirtschaft; Frage nach einer mittelfristigen Finanzplanung für den Betrieb von Theatern, Orchestern oder Museen sowie nach einer möglichen Rücklagenbildung der Kunst- und Kulturinstitutionen aus der institutionellen Förderung; Bewertung der Entwicklungen und Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ iR eines zweijährig stattfindenden Kunstkongresses

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2049
BeschlEmpf und Bericht WissA 18.10.2012 Drs 15/3063 S. 25-27
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Stand der Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“

Höhe der bisher für Kultureinrichtungen im Enzkreis und in Pforzheim aufgewendeten Mittel; Höhe der 2014 für kulturelle Einrichtungen im Enzkreis vorgesehenen Mittel; Gründe für das Ausbleiben einer Förderung durch den Innovationsfonds Kunst 2012

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.12.2013 und Antw MWK Drs 15/4489

Zuschuss des Landes für die Konzertorchester in BW

Beurteilung der von der Kulturstrukturkommission empfohlenen Bezuschussung der Konzertorchester durch das Land; Berücksichtigung der in den Jahren 2013 und 2014 erfolgten Tarifierhöhungen im Doppelhaushalt 2015/2016; Maßnahmen gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Konzertorchester; Evaluierung der institutionellen Orchesterförderung des Landes; Gewährung von Planungssicherheit durch den Abschluss mehrjähriger Zuwendungsverträge

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/5627

Kulturförderung in BW

Sachstand zur angekündigten Erhöhung der Kulturförderung, insbes Auswahlkriterien für die Projekte und Einrichtungen, Benutzung der Konzeption „Kultur 2020“ als Grundlage, dauerhafte Finanzierung, unzureichende Berücksichtigung der Museumslandschaft; Aufrechterhaltung der Einsparpläne für die Musikschulen, Erhalt des Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg als eigenständigen Klangkörper

Antr
s. *Kulturförderung*
Drs 15/5886

Kritik an der Einsparauflage für die Kunstkonzeption BW

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 124

Mittelbereitstellung zur Umsetzung der Kunstkonzeption

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1409 1413-1419

Kulturaustausch

s. *Kulturbeziehungen*

Kulturbeauftragter

s. *Kultur*

Kulturbeziehungen*EU-Donauraumstrategie*

Potenziale der EU-Donauraumstrategie für die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten; Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität; Aufgaben und Zusammenarbeit des neuen Servicebüros mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm; Fortführung und Ziele der Donaukonferenzen in der Vertretung des Landes bei der EU

Antr
s. *Donauraum*
Drs 15/326

Partnerschaft des Landes mit einer polnischen Woiwodschaft

Stand der vorhandenen Beziehungen auf kommunaler Ebene bzw des kulturellen, ökonomischen und sportlichen Austauschs; Einleitung der notwendigen Schritte für die o.g. Partnerschaft in Anknüpfung an die Städtepartnerschaften

Antr
s. *Polen*
Drs 15/931

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Entwicklung der kulturellen Beziehungen zu Russland, Förderung von Kooperationen zwischen Schulen aus BW und Russland mit dem Ziel eines kontinuierlichen Schüleraustauschs

Antr
s. *Russisch*
Drs 15/1740

Ungarn in BW

Aufnahme und Integration von Ungarndeutschen und „Donauschwaben“ in BW nach dem Zweiten Weltkrieg, Höhe der jährlichen Förderung der Kulturarbeit dieser Vertriebenen, Schlussfolgerungen für die heutige Integrationspolitik; Entwicklung der Austauschbeziehungen und -programme zwischen BW und Ungarn, insbes auf akademischer Ebene; Bewertung der

Arbeit des Kulturinstituts der Republik Ungarn in Stuttgart und dessen Beitrag zur Umsetzung der EU-Donauraumstrategie; Aufgabenwahrnehmung der ebenfalls in Stuttgart ansässigen Deutsch-Ungarischen Gesellschaft

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/2296

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albanien bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. *Albanien*
Drs 15/4802

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Sachstand zu Auswirkungen der Sanktionspolitik zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaft sowie auf wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu BW, insbes Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Höhe des Warenexports und -imports, Folgen für kleinere und mittelständische Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Erzeuger, Konsequenzen für Kooperationen (Partnerschaften) sowie für Austausch- und Bildungsprogramme

Antr
s. *Russland*
Drs 15/8022

Kulturbranche

s. *Kulturwirtschaft*

Kulturdenkmal

s.a. *Bodendenkmal*
s.a. *Burg Hohen Neuffen*
s.a. *Denkmalpflege*
s.a. *Kloster*
s.a. *Restaurierung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 16: Zuwendungen für Erhalt und Pflege von Kulturdenkmalen

s. *Denkmalpflege*
Drs 15/240

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/2206

Tourismus- und Öffentlichkeitskonzeption für das UNESCO-Welterbe „Prähistorische Pfahlbauten“ in BW

Bedeutung der baden-württembergischen UNESCO-Welterbestätten „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“, insbes Stellenwert für den Tourismus, unangemessene Öffentlichkeitswirkung, Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Öffentlichkeitswirkung und Tourismusförderung

KlAnfr
s. *Welterbe*
Drs 15/2938

Keltenmuseum auf der Heuneburg (Freilichtmuseum)

Übernahme und Finanzierung des Freilichtmuseums „Keltenmuseum auf der Heuneburg“, insbes Überführung in die Staatliche Schlösser und Gärten BW (SSG), Übernahme der Museumsgebäude, Ausgleich des Betriebsdefizits, Landesfinanzierung in vergleichbar gelagerten Fällen sowie Erstellung eines neuen Betriebs- und Entwicklungskonzepts

Antr
s. *Keltenmuseum Heuneburg*
Drs 15/3047

Präsentation von Zeugnissen der kulturellen Evolution des modernen Menschen (homo sapiens) des Schwäbischen Jura (Eiszeitkunst) und ihre Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste

Erhebung der Höhlen des Achtals und des Lonetals zum UNESCO-Welterbe; Entscheidung über den Erfolg des Antrags; Möglichkeiten einer überregionalen Präsentation der Funde und Fundstätten des östlichen Teils der Schwäbischen Alb; Entwicklung eines Gesamtkonzepts und Einbindung der frühgeschichtlichen Zeugnisse in den geohistorischen Zusammenhang; Vermittlung paläolithischer Kultur und Migration in Zusammenarbeit mit den Museen der Region; Tourismusangebote und Vermarktung

KlAnfr
s. *Welterbe*
Drs 15/3254

Kriterien zur Anerkennung von Kulturdenkmälern in BW, speziell: Anlass für die Aufnahme des Landratsamts von Schwäbisch Hall in die Liste der Kulturdenkmäler

Kriterien für die Aufnahme in die Liste der Kulturdenkmäler in BW, insbes Anlass für die Aufnahme des Landratsamts Schwäbisch Hall, finanzielle Konsequenzen der Aufnahme

MdlAnfr 5) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 29.04.2014
Drs 15/5114
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5993 5994

Haltung der LReg zur Zerstörung der römischen Consularstraße (Steinsträße) im Stuttgarter Tauschwald durch den Bau von Windkraftanlagen und seine Folgen

Sachstand zur Bedeutung der römischen Consularstraße (Steinsträße) im Stuttgarter Tauschwald und Gefährdung durch den Bau von Windkraftanlagen, insbes Ermessensabwägung zwischen Bau von Windrädern sowie dem Schutz des kulturellen Erbes und dem Artenschutz, Maßnahmen zur Rettung der Römerstraße

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 13.08.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7303
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/8019 S. 8 9
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die Nutzung des Schlosses Wildenstein, Gemeinde Fichtenau

Kulturhistorische Bedeutung, Überlegungen zur weiteren Nutzung und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für das Schloss Wildenstein in der Gemeinde Fichtenau

KlAnfr
s. *Schloss*
Drs 15/7540

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die zukünftige Nutzung des Schlosses Hohenlohe Kirchberg/Jagst

Kulturhistorische Bedeutung, neues Nutzungskonzept und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für die Gesamtanlage „Schloss Kirchberg/Jagst“

KlAnfr
s. *Schloss*
Drs 15/7536

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die zukünftige Nutzung der Burg Holstein in Burladingen-Stetten u.H.

Kulturhistorische Bedeutung, Überlegungen zur weiteren Nutzung und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für Burg Hölstein (Ruine Hölstein) in der Gemeinde Burladingen

KlAnfr
s. *Baudenkmal*
Drs 15/7563

Kultureinrichtung

s.a. *Archiv*
s.a. *Bibliothek*
s.a. *Freizeiteinrichtung*
s.a. *Kultur*
s.a. *Kulturveranstaltung*
s.a. *Kulturwirtschaft*
s.a. *Kulturzentrum*
s.a. *Öffentliche Einrichtung*

Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen

Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen, insbes Maßnahmen iRd „Zukunftsplans Jugend“

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/3287

Öffnungszeiten von Bibliotheken

Rechtliche Rahmenbedingungen und Praxis bei den Öffnungszeiten von öffentlichen Bibliotheken in BW; Position von LReg, bibliothekarischen Verbänden und Bibliotheksnutzern zum Thema Sonntagsöffnung; Praxis der Sonntagsöffnung anderer kultureller Einrichtungen sowie von öffentlichen Bibliotheken in anderen Bundesländern, insbes Ergebnisse des Modellversuchs in der Stadtbibliothek Bremen

Antr
s. *Bibliothek*
Drs 15/4015

Förderung soziokultureller Einrichtungen

Förderung soziokultureller Einrichtungen in BW über die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS), insbes Höhe und Verwendung der vergebenen Fördermittel, geförderte Einrichtungen sowie Vergabekriterien und -zeiträume

K1Anfr Thaddäus Kunzmann CDU 30.09.2013 und Antw MWK Drs 15/4104

Stand der Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“

Höhe der bisher für Kultureinrichtungen im Enzkreis und in Pforzheim aufgewendeten Mittel; Höhe der 2014 für kulturelle Einrichtungen im Enzkreis vorgesehenen Mittel; Gründe für das Ausbleiben einer Förderung durch den Innovationsfonds Kunst 2012

K1Anfr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/4489

Freie Lizenzierung von landeseigenem Bildmaterial

Freie Verfügbarkeit des Bildmaterials im Webangebot von Einrichtungen des Landes; Voraussetzungen einer freien Lizenzierung; Schaden durch missbräuchliche Nutzung von landeseigenem Bildmaterial; möglicher Ertrag einer kommerziellen Verwertung frei lizenzierten Bildmaterials

K1Anfr
s. *Lizenz*
Drs 15/4669

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Investitionen des Landes im Kulturbereich

Sachstand zu Investitionen des Landes im Kulturbereich, insbes Sanierungen und Neubauten im Landeseigentum und in anderer Trägerschaft, Mittelfluss in städtische Zentren und ländliche Regionen, anstehende größere Investitionen im Kulturbereich in den kommenden Jahren und deren Priorisierung

Antr
s. *Kultur*
Drs 15/7369

Kulturelle Beziehungen

s. *Kulturbeziehungen*

Kulturelle Bildung*Kulturelle Bildung in BW*

Arbeit und Ergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung und Umsetzung seiner Vorschläge auch in den neuen Bildungsplänen; Verbesserung der Infrastrukturen und Vernetzung von Schulen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung; Ausweitung der Antragsberechtigung für den „Innovationsfonds Kunst“; Reaktionen und Umsetzung der Aufforderung an Schulen zur Benennung von Lehrkräften als Kulturbeauftragte

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/3447

Lernort Literaturmuseum

Entwicklung und Bewertung der „Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten“ beim Deutschen Literaturarchiv Marbach, insbes Aktivitäten der Arbeitsstelle und der von ihr betreuten Einrichtungen; Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Bundesländern und Nachbarländern; Betrieb und finanzielle Förderung von literarischen Museen, Archiven und Gedenkstätten in Kommunen

Antr
s. *Literaturförderung*
Drs 15/3654

Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung in BW

Ausbildung, Studium, Absolventenverbleib und Fachkräftebedarf im Bereich der kulturellen/musisch-ästhetischen Bildung in BW, insbes Statistiken zur Entwicklung der Studentenzahlen und des wissenschaftlichen Personals in Studienfächern und an Hochschulen mit kulturell/musisch-ästhetischen Inhalten, Auswirkungen der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Rolle der dualen und vollzeitschulischen Ausbildungswege für künstlerische Ausbildungsberufe, Berufsperspektiven und Abwanderungsbestrebungen von Künstlern und Kulturschaffenden

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 22.07.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3861 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 10 11
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Fachbeirat Kulturelle Bildung - Umsetzung der Empfehlungen und Berücksichtigung der traditionellen Kulturformen

Bewertung und Umsetzung des Entwurfs des Gesamtempfehlungstexts des Fachbeirats Kulturelle Bildung, insbes Einbeziehung von Verbänden und Institutionen, Berücksichtigung aller Kunstsparten und der traditionellen Kulturformen, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Haushaltsmittel

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 23.07.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3859
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 9 10
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Stillstand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land steht still!

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule; Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rahmenvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirchlichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zu-

kunftsplans Jugend

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/5215

Aktueller Stand im Bereich der kulturellen Bildung

Übergang der Federführung vom Kultus- auf das Wissenschaftsministerium; Empfehlungen des Fachbeirats Kulturelle Bildung; Aufnahme einer Leitperspektive „Kulturelle Bildung“ in die neuen Bildungspläne

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 25.02.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6517
BeschlEmpf und Bericht WissA 23.04.2015 Drs 15/7352 S. 28 29
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater

Sachstand zur Arbeit und die Weiterentwicklung der Schultheater, insbes Hintergründe zur ersatzlosen Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater, Weiterentwicklung des Schulversuchs „Literatur und Theater“ als Oberstufenfach an Gymnasien

Antr
s. *Theater*
Drs 15/7474

Kulturelle Einrichtung

s. *Kultureinrichtung*

Kulturelle Institution

s. *Kultureinrichtung*

Kulturelle Integration

s. *Soziale Integration*

Kulturelle Veranstaltung

s. *Kulturveranstaltung*

Kulturevent

s. *Kulturveranstaltung*

Kulturfördermittel

s. *Kulturförderung*

Kulturförderprogramm

s. *Kulturförderung*

Kulturförderung

s.a. *Kulturpolitik*

Akademie für Darstellende Kunst BW

Entwicklung der o.g. Akademie in Ludwigsburg seit ihrer Gründung 2007, ihr Stellenwert für den Kunst- und Medienstandort BW; Anzahl der Studierenden und Absolventen; Stellenstruktur, Kooperationen; Finanzierung und laufende Kosten; Zukunftsaussichten nach dem Ende der Anschubfinanzierung insbes im Hinblick auf geplante Haushaltseinsparungen

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/2340

Museen in BW

Veränderung der Museumslandschaft in den letzten zehn Jahren; Entwicklung der Besucherzahlen; Auskunft über die vom Land BW geförderten Museen; Situation der kommunalen und privaten Museen; Beitrag des ehrenamtlichen Engagements zum Erhalt der Museumslandschaft; Attraktivität der Ausstellungs- und Vermittlungskonzepte; Bedeutung der Museen für den Tourismus; Sicherung des Bestands der Einrichtungen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/3638

Situation und Förderung der Kommunaltheater

Ausgestaltung und Umsetzung der angekündigten langfristigen Zielvereinbarung für die Kommunaltheater über das Verhältnis von kommunalem Zuschuss und Landeszuschuss; Entwicklung der Bezuschussung für die einzelnen Theater in kommunaler Trägerschaft, insbes seit der Einführung der Festbetragsfinanzierung im Jahr 2000 und Kriterien zur Festlegung der jeweiligen Fördersumme; Entwicklung der Besucherzahlen der Kommunaltheater und Verhältnis von Besucherzahlen und Zuschüsse der einzelnen Häuser; Auswirkungen der Tariferhöhungen für die Kommunaltheater

Antr
s. *Theater*
Drs 15/3856

Förderung soziokultureller Einrichtungen

Förderung soziokultureller Einrichtungen in BW über die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS), insbes Höhe und Verwendung der vergebenen Fördermittel, geförderte Einrichtungen sowie Vergabekriterien und -zeiträume

KIAnfr
s. *Kultureinrichtung*
Drs 15/4104

Museumsprojekt „Vogtsbauernhof“ - Freilichtmuseen in BW

Beurteilung des Museumsprojekts in Gutach im Schwarzwald; Bedeutung der Freilichtmuseen für den Tourismus und die heimatkundliche Bildung; staatliche Förderung der Freilichtmuseen; Entwicklung der Besucherzahlen in den letzten zehn Jahren; Verbesserung der Verkehrsanbindung des „Vogtsbauernhofs“ durch einen eigenen Schienenhalt

KIAnfr
s. *Museum*
Drs 15/4119

Bestandserhaltung, Konservierung und Digitalisierung des Bibliotheks- und Archivguts

Anteil des digitalisierten Materials am Gesamtbestand der Archive und Bibliotheken; Zeitplan für das Gesamt-Digitalisierungsvorhaben; Umsetzung der Kunst- und Kulturkonzeption „Kultur 2020“, insbes der Koordination der Digitalisierung von analogem Kulturgut; Einrichtungen und Spezialwerkstätten für Bestandserhaltung in Museen, Archiven und Bibliotheken; Ausbau vorhandener Digitalisierungswerkstätten zu spartenweisen Digitalisierungszentren; Ausbildungs- und Studiengänge; finanzielle Förderung der Digitalisierung und Bestandserhaltung; Höhe der bis 2016 bereitgestellten

Mittel; Kofinanzierung durch die Europäische Union, den Bund bzw die Kulturstiftung der Länder

Antr
s. *Bestandserhaltung*
Drs 15/4373

Stand der Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“

Höhe der bisher für Kultureinrichtungen im Enzkreis und in Pforzheim aufgewendeten Mittel; Höhe der 2014 für kulturelle Einrichtungen im Enzkreis vorgesehenen Mittel; Gründe für das Ausbleiben einer Förderung durch den Innovationsfonds Kunst 2012

KlAnfr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/4489

Zukunft der Akademie für Darstellende Kunst BW GmbH

Empfehlungen des Gutachtens zur Evaluierung der Akademie für Darstellende Kunst (ADK); Zusammenlegung der ADK mit der Filmakademie BW; Weiterfinanzierung der ADK; Neubesetzung der Stelle des künstlerischen Direktors und Geschäftsführers; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/4541

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr
s. *Bodendenkmal*
Drs 15/4776

Unterstützung kommunaler und privater Kunstmuseen durch das Land

Förderung kommunaler und privater Kunstmuseen in den vergangenen zehn Jahren; Förderung des Ankaufs von Kunstwerken für kommunale und private Kunstmuseen durch den Wettmittelfonds des Landes; Unterstützung durch Dauerleihgaben; Einbeziehung in die Konzeption und Durchführung von Großen Landesausstellungen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/4805

2:1-Förderung für das Kulturhaus Osterfeld

Beweggründe für die Einführung der 2:1-Förderung für soziokulturelle Zentren sowie der Deckelung der Zuschüsse auf 350.000 Euro; Aufhebung der Benachteiligung des Kulturhauses Osterfeld in Pforzheim gegenüber anderen im Verhältnis 2 zu 1 geförderten Einrichtungen in BW; stufenweise Angleichung der Förderung des Kulturhauses Osterfeld; Gewährung eines „Inflationsausgleichs“ auf den Landeszuschuss für die Jahre 2012 bis 2014; weitere Möglichkeiten zur Förderung des soziokulturellen Zentrums in Pforzheim

KlAnfr

s. *Kulturzentrum*
Drs 15/4902

Zuschuss des Landes für die Konzertorchester in BW

Beurteilung der von der Kulturstrukturkommission empfohlenen Bezuschussung der Konzertorchester durch das Land; Berücksichtigung der in den Jahren 2013 und 2014 erfolgten Tarif erhöhungen im Doppelhaushalt 2015/2016; Maßnahmen gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Konzertorchester; Evaluierung der institutionellen Orchesterförderung des Landes; Gewährung von Planungssicherheit durch den Abschluss mehrjähriger Zuwendungsverträge

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/5627

EU-Programm „Creative Europe“

Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in BW; Auskunft über die Ziele des EU-Programms „Creative Europe“, die Gesamtfördersumme und die angebotenen Fördermöglichkeiten; Bewerbungsverfahren; Kontrolle der Fördermittelvergabe; Inanspruchnahme des EU-Förderprogramms durch kleine und mittlere Unternehmen; Bewertung des Programms; sonstige Kulturförderung vonseiten der Europäischen Union

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 03.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5680
BeschlEmpf und Bericht EuA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 127
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Kulturförderung in BW

Sachstand zur angekündigten Erhöhung der Kulturförderung, insbes Auswahlkriterien für die Projekte und Einrichtungen, Benutzung der Konzeption „Kultur 2020“ als Grundlage, dauerhafte Finanzierung, unzureichende Berücksichtigung der Museumslandschaft; Aufrechterhaltung der Einsparpläne für die Musikschulen, Erhalt des Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg als eigenständigen Klangkörper

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 15.10.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5886
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.03.2015 Drs 15/7081 S. 21 22
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Kulturgutschutz

Kunstkontrollgesetz stoppen - Kulturgutschutz mit Augenmaß ermöglichen

Sachstand zur Bedeutung des Kunsthandels und zum bisherigen Vollzug des Kulturgutschutzgesetzes in BW bei der Ausfuhr von Kulturgütern in den außereuropäischen Raum sowie Bewertung und Folgen des von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorgelegten Gesetzentwurfs zur Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes

Antr
s. *Kulturgutschutzgesetz*
Drs 15/7682

Kulturgutschutzgesetz

Kunstkontrollgesetz stoppen - Kulturgutschutz mit Augenmaß ermöglichen

Sachstand zur Bedeutung des Kunsthandels und zum bisherigen Vollzug des Kulturgutschutzgesetzes in BW bei der Ausfuhr von

Kulturgütern in den außereuropäischen Raum sowie Bewertung und Folgen des von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorgelegten Gesetzentwurfs zur Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 10.11.2015 und
Stellungnahme MWK Drs 15/7682
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S.
44
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Kulturlandschaft

Förderung des Steillagenweinbaus in BW

Vorhandene Förderinstrumente; Forderung des Württembergischen Weinbauverbands nach einer jährlichen Ausgleichszahlung für die Bewirtschafter von Steillagen; Förderung der Steillagen mit Hilfe einer Neuausrichtung der Landschaftserhaltungsverbände

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/2692

Aktivitäten der Landesregierung zur Unterstützung bäuerlicher Kleinbrennereien nach dem Wegfall des Branntweinmonopols

Rechtliche Gründe gegen ein alternatives Fördermodell; Unterstützung der bäuerlichen Kleinbrennereien durch das Agrarinvestitionsförderprogramm; Fördermöglichkeit genossenschaftlich organisierter Brennereibetriebe; Verwendung von Bioethanol in Blockheizkraftwerken; Stand der angekündigten Streuobstkonzeption

Antr
s. *Brennerei*
Drs 15/2696

Naturschutzrechtlicher Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durch den Erhalt der Trockenmauern im Steillagenweinbau

Anerkennung der Erhaltung und Pflege von Trockenmauern als Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft; Umfang und Erhaltungszustand der vorhandenen Trockenmauern; über das vorhandene Instrumentarium hinausgehende Überlegungen zur Bestandserhaltung; Unterstützung der Kommunen und Grundstückseigentümer beim Erhalt der Trockenmauern; Maßnahmen in anderen Bundesländern wie z.B. Rheinland-Pfalz und Hessen

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/3624

Autorisierungssystem verbunden mit der Stärkung der berufsständischen Organisation im Weinbau

Einführung eines Autorisierungssystems für Neu- und Wiederbepflanzungen von Rebflächen; Konsequenzen für das Weinland BW; Initiative im Bundesrat, um die gesetzliche Regelung der Pflanzrechte zu beschleunigen; Festsetzung der Pflanzrechte der Bundesländer nach dem Prinzip der Subsidiarität; Mitwirkung der Weinbauverbände beim jährlichen Handel der Pflanzrechte; Qualitätssicherung der Weinerzeugnisse durch Bevorzugung der Steil- und Terrassenlagen bei den Pflanzrechten

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/4575

Offenhaltung und Pflege der Kulturlandschaften in BW

Rechtliche Rahmenbedingungen für Kommunen und Kreise zur Anordnung von Pflegemaßnahmen gegenüber Grundstücksbesitzern bei Verwilderung von Grundstücken und Landschaften; Unterstützung von Nebenerwerbslandwirten und -obsterzeugern bei der Pflege der Kulturlandschaften in BW

Antr Tobias Wald u.a. CDU 26.03.2014 und Stellungnahme
MLR Drs 15/4984
BeschlEmpf und Bericht LandwA 04.03.2015 Drs 15/6733
S. 26
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

Bedeutung von Weinberg-Terrassen als Kultur- und Naturlandschaft sowie finanzielle Fördermöglichkeiten und Projekte zu deren Erhalt; Unterstützung eines gemeinsamen Modellprojekts aus Mühlacker und Vaihingen zum Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

KlAnfr
s. *Weinbau*
Drs 15/5185

Wiederinstandsetzung der Kulturlandschaft inkl. Weinberg am südlichen Berghang von Schloss Langenburg/Hohenlohe

Sanierung der Treppen und Trockenmauern am Südhang unterhalb der Schlossanlage; Förderung der Wiederherstellung des ehemaligen Weinbergs aus geschichtlichen, ökologischen und touristischen Gründen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.11.2014 und
Antw MLR Drs 15/6045

Kulturpflanze

s. *Pflanze*

Kulturpolitik

s.a. *Kultur*
s.a. *Kulturförderung*

Fachbeirat Kulturelle Bildung - Umsetzung der Empfehlungen und Berücksichtigung der traditionellen Kulturformen

Bewertung und Umsetzung des Entwurfs des Gesamt Empfehlungstexts des Fachbeirats Kulturelle Bildung, insbes Einbeziehung von Verbänden und Institutionen, Berücksichtigung aller Kunstsparten und der traditionellen Kulturformen, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Haushaltsmittel

Antr
s. *Kulturelle Bildung*
Drs 15/3859

Stand der Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“

Höhe der bisher für Kultureinrichtungen im Enzkreis und in Pforzheim aufgewendeten Mittel; Höhe der 2014 für kulturelle Einrichtungen im Enzkreis vorgesehenen Mittel; Gründe für das Ausbleiben einer Förderung durch den Innovationsfonds Kunst 2012

KlAnfr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/4489

2. Kunstdialog des Landes

Teilnehmerkreis, Verlauf und Ergebnisse des 2. Kunstdialogs des Landes im Dezember 2013

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/4818

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunkinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Investitionen des Landes im Kulturbereich

Sachstand zu Investitionen des Landes im Kulturbereich, insbes Sanierungen und Neubauten im Landeseigentum und in anderer Trägerschaft, Mittelfluss in städtische Zentren und ländliche Regionen, anstehende größere Investitionen im Kulturbereich in den kommenden Jahren und deren Priorisierung

Antr
s. *Kultur*
Drs 15/7369

Kulturveranstaltung

s.a. Kultureinrichtung

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KlAnfr
s. *Rind*
Drs 15/4121

Kulturwirtschaft

s.a. Buchhandel

s.a. Film

s.a. Kultureinrichtung

s.a. Kunst

s.a. Medien

s.a. Rundfunk

s.a. Theater

s.a. Verlag

Vergütung von Intendanten und Direktoren im Kulturbetrieb

Entwicklung der Vergütung o.g. Führungskräfte im Vergleich zu anderen BLändern, zu den Leitern freier Theater und soziokultureller Zentren und zu Geschäftsführern anderer Unternehmen mit Landesbeteiligung; Beurteilung des Prüfberichts des

RH über die Vergütung der Theaterintendanten; Auswirkungen einer Änderung der Gehaltsstruktur und Offenlegung der Vergütungen auf die Gewinnung qualifizierter Spitzenkräfte für Leitungsaufgaben an Kultureinrichtungen

Antr
s. *Theaterintendant*
Drs 15/1232

Erhöhter Mehrwertsteuersatz auf Kunstwerke und Sammlungsstücke

Bewertung des ermäßigten Steuersatzes für den Kunsthandel, für Künstler, Kunsthäuser, Kunsthandlungen, Galerien und Museen; Beurteilung des o.g. Vorschlags der EU-Kommission

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/1614

Länderförderung der Kulturausgaben

Entwicklung der o.g. Förderung im Vergleich zu anderen BLändern seit 2002; Umfang der Ergänzung aus privaten Drittmitteln; Engagement der Banken in der Kultur- und Kreativwirtschaft; Frage nach einer mittelfristigen Finanzplanung für den Betrieb von Theatern, Orchestern oder Museen sowie nach einer möglichen Rücklagenbildung der Kunst- und Kulturinstitutionen aus der institutionellen Förderung; Bewertung der Entwicklungen und Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ iR eines zweijährig stattfindenden Kunstkongresses

Antr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/2049

Innovationspolitik des Landes BW

Erweiterung der Innovationsgutscheine, Einbeziehung der Kreativwirtschaft

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Schutz der Rechte geistigen Eigentums

Verstöße gegen Rechte des geistigen Eigentums von Rechteinhabern mit Sitz in BW und dadurch verursachte finanzielle Schäden, z.B. für Unternehmen durch Produktpiraterie; Durchsetzungsmöglichkeit ihrer Rechte durch Kulturschaffende sowie durch mittlere und kleinere Unternehmen; Maßnahmen zum Schutz des Verbrauchers vor gefälschten Markenprodukten; Beteiligung an der Revision der Richtlinie 2004/48/EG

Antr
s. *Immaterialgüterrecht*
Drs 15/2126

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Kulturwirtschaft in BW

Mittlg LReg 31.10.2012 Drs 15/2594 (170 S.)
PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3367
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3226
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung in BW

Ausbildung, Studium, Absolventenverbleib und Fachkräftebedarf im Bereich der kulturellen/musisch-ästhetischen Bildung in BW, insbes Statistiken zur Entwicklung der Studentenzahlen und des wissenschaftlichen Personals in Studienfächern und an Hochschulen mit kulturell/musisch-ästhetischen Inhalten, Auswirkungen der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse,

Rolle der dualen und vollzeitschulischen Ausbildungswege für künstlerische Ausbildungsberufe, Berufsperspektiven und Abwanderungsbestrebungen von Künstlern und Kulturschaffenden

Antr
s. *Kulturelle Bildung*
Drs 15/3861

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/5609

Herausforderungen der Kreativwirtschaft in BW

Anzahl der im Zeitraum 2011 bis 2014 in der Kreativwirtschaft tätigen Unternehmen und deren Umsatz; Gesamtzahl der in diesem Bereich Erwerbstätigen; Fazit der Einführung des Innovationsgutscheins C; Förderung kleiner und kleinster Unternehmen der Kreativbranche; Erleichterung der Kreditgewährung; Fachkräftebedarf; Instrumente zur Abwendung eines Fachkräftemangels; Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Eingehen von Innovationspartnerschaften (Open Innovation)

Antr
s. *Unternehmen*
Drs 15/5654

EU-Programm „Creative Europe“

Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in BW; Auskunft über die Ziele des EU-Programms „Creative Europe“, die Gesamtfördersumme und die angebotenen Fördermöglichkeiten; Bewerbungsverfahren; Kontrolle der Fördermittelvergabe; Inanspruchnahme des EU-Förderprogramms durch kleine und mittlere Unternehmen; Bewertung des Programms; sonstige Kulturförderung vonseiten der Europäischen Union

Antr
s. *Kulturförderung*
Drs 15/5680

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Kulturwirtschaft in BW

Mittlg LReg 19.11.2014 Drs 15/6151 (220 S.)

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Kulturwirtschaft in BW

Mittlg LReg 06.04.2016 Drs 15/8110 (91 S.)
PIPr 16/5 08.06.2016 S. 35
BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.07.2016 Drs 16/225
PIPr 16/11 21.07.2016 S. 472 473

Kulturzentrum

s.a. *Kultureinrichtung*

2:1-Förderung für das Kulturhaus Osterfeld

Beweggründe für die Einführung der 2:1-Förderung für soziokulturelle Zentren sowie der Deckelung der Zuschüsse auf

350.000 Euro; Aufhebung der Benachteiligung des Kulturhauses Osterfeld in Pforzheim gegenüber anderen im Verhältnis 2 zu 1 geförderten Einrichtungen in BW; stufenweise Angleichung der Förderung des Kulturhauses Osterfeld; Gewährung eines „Inflationsausgleichs“ auf den Landeszuschuss für die Jahre 2012 bis 2014; weitere Möglichkeiten zur Förderung des soziokulturellen Zentrums in Pforzheim

KIAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 10.03.2014 und Antw
MWK Drs 15/4902

Kultusministerin

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

Kultusministerium Baden-Württemberg

s. *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg*

Kultusministerkonferenz

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzugang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Abitur*
Drs 15/891

Kultusministerkonferenz - Zensur der Pisa-Daten?

Gründe und verantwortliche Länder für das Wissenschaftlern auferlegte Verbot einer Veröffentlichung bestimmter Pisa-Daten, Verhinderung einer Identifikation einzelner Bundesländer bzw der Verdeutlichung des schlechten Abschneidens von Ländern mit Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen, Darlegung der Ergebnisse des Landes bei den neuen Ländervergleichen in den bisher zugänglichen Daten von 2009; Eintreten in der KMK für eine flächendeckende und freie Erforschung der Pisa-Daten

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/1455

Kundgebung

s. *Demonstration*

Kunst

s.a. *Autor*
s.a. *Baugestaltung*
s.a. *Design*
s.a. *Kultur 2020*
s.a. *Kunsthalle Baden-Baden*
s.a. *Kunsthalle Karlsruhe*
s.a. *Kunsthandel*
s.a. *Kunsthochschule*
s.a. *Kunstschule*
s.a. *Literatur*

s.a. *Staatgalerie Stuttgart*

s.a. *Tanz*

s.a. *Theater*

s.a. *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*

Umsetzung der Konzeption „Kultur 2020 - Kunstkonzeption für BW“

Entwicklung von Stufenplänen mit den notwendigen Ressourcen zur Umsetzung o.g. Handlungsempfehlungen, insbes mit den Schwerpunktthemen der Konzeption „Kulturelle Bildung“ und „Interkulturelle Kulturarbeit“; Einrichtung des Fachbeirats „Kulturelle Bildung“ und der Landeskunstkonferenz unter Einbeziehung der Landtagsfraktionen; Fortführung des Dialogs mit den Kunstschaffenden; flächendeckende Einrichtung der Funktion von Kulturbeauftragten an Schulen

Antr

s. *Kultur 2020*

Drs 15/259

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 25: Transport von Ausstellungsgegenständen der staatlichen Museen

Beachtung des Vergaberechts, Schaffung einer nationalen Qualitätsnorm für die Vergabe von Kunsttransporten

Mittlg LReg 18.07.2011 Drs 15/292

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/555

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Mittlg LReg 20.09.2013 Drs 15/4052

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4152

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Landespreis für Volkstheaterstücke

Entwicklung der Definition o.g. Theaterstücke und der Preisverleihung seit 1978, Auflistung der ausgezeichneten Autoren, jeweilige Rolle der Laien- und Profikunst bei der Besetzung der Jury, Verstärkung der Trennung zwischen Amateurtheater, Volkstheater und Kleinkunst? Frage nach dem zuständigen Ministerium für die Förderung des Amateurtheaters und des Volkstheaterwesens

Antr

s. *Theater*

Drs 15/859

Bauliche Weiterentwicklung der Kunsthalle Karlsruhe

Beurteilung bzw Behebung der Bauschäden, Darstellung der notwendigen Maßnahmen, insbes Überdachung des Innenhofs, Schaffung von Barrierefreiheit, eines Museumsshops sowie von Räumlichkeiten für größere Wechsellausstellungen auf internationalem Niveau; Etatisierung der erforderlichen Mittel

Antr

s. *Kunsthalle Karlsruhe*

Drs 15/1067

Haushalt 2012; Epl 09

Auslobung eines Preises für Künstler mit Handicap

Haushalt

s. *Auszeichnung*

Drs 15/1109

Kunst in Kreisverkehren

Auflistung o.g. Kunstobjekte, deren Kosten und Fördermöglichkeiten; Ausgestaltung der geplanten Überprüfungen im Hinblick auf eine Gefährdung der Verkehrssicherheit; Umfang des zu er-

wartenden Abbaus von Kunstwerken, Höhe und Träger der Umbaukosten

Antr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/1290

Niederschwellige Ausstellungsmöglichkeiten für nicht etablierte Künstlerinnen und Künstler in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.02.2012 und

Antw MWK Drs 15/1318

Pauschale Landeshaftung für Leihgaben an staatliche Museen

Anstreben einer Regelung im Sinne einer pauschalen Landeshaftung für die gesamte Ausstellung, unabhängig vom Versicherungswert der einzelnen Leihgabe

Antr

s. *Staatshaftung*

Drs 15/1567

Erhöhter Mehrwertsteuersatz auf Kunstwerke und Sammlungsstücke

Bewertung des ermäßigten Steuersatzes für den Kunsthandel, für Künstler, Kunsthäuser, Kunsthandlungen, Galerien und Museen; Beurteilung des o.g. Vorschlags der EU-Kommission

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme

MWK Drs 15/1614

BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 29

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

TanzSzene BW

Bedeutung, Infrastruktur und Entwicklungsmöglichkeiten von zeitgenössischem Tanz und Ballett; Rolle in der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen; Attraktivität des Landes für junge Talente und Tanzkünstler; Bereicherung des Kunst- und Kulturstandorts durch die Unterstützung der Gründung eines Kompetenzzentrums Tanz „Tanzbüro BW“

Antr

s. *Tanz*

Drs 15/1615

Umsetzung des „Innovationsfonds Kunst“

Ausstattung und Zweckbestimmung des Innovationsfonds, Information der kulturellen Einrichtungen über die Zielsetzung und Ausführungsbestimmungen, Zusammensetzung der Jury für die Bewilligung der Anträge, Einbeziehung des Landtags? Übertragbarkeit nicht verbrauchter Mittel ins nächste Haushaltsjahr sowie Weiterführung des Fonds im kommenden Doppelhaushalt; Auswirkungen der Globalen Minderausgabe im Epl 14

Antr CDU 10.05.2012 und Stellungnahme MWK Drs

15/1703

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2969-2975

Länderförderung der Kulturausgaben

Entwicklung der o.g. Förderung im Vergleich zu anderen BLändern seit 2002; Umfang der Ergänzung aus privaten Drittmitteln; Engagement der Banken in der Kultur- und Kreativwirtschaft; Frage nach einer mittelfristigen Finanzplanung für den Betrieb von Theatern, Orchestern oder Museen sowie nach einer möglichen Rücklagenbildung der Kunst- und Kulturinstitutionen aus der institutionellen Förderung; Bewertung der Entwicklungen und Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ iR eines zweijährig stattfindenden Kunstkongresses

Antr

s. *Kultur 2020*
Drs 15/2049

Entfernung von Kunstobjekten auf Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen

Kosten und Folgekosten der Sicherheitsüberprüfung von Kreisverkehrsplätzen und der darauf angeordneten Entfernung von Kunstobjekten im Enzkreis und landesweit; Relevanz der entsprechenden EU-Richtlinie für die betroffenen Kreise und Kommunen; Frage nach einer nochmaligen kritischen Überprüfung der Anwendbarkeit dieser Regelung bzw einer Rückkehr der Hirschskulptur auf ihren Platz im Kreisverkehr am Würzbacher Kreuz in Oberreichenbach

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2597

Kulturelle Bildung in BW

Arbeit und Ergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung und Umsetzung seiner Vorschläge auch in den neuen Bildungsplänen; Verbesserung der Infrastrukturen und Vernetzung von Schulen und Kultureinrichtungen in der kulturellen Bildung; Ausweitung der Antragsberechtigung für den „Innovationsfonds Kunst“; Reaktionen und Umsetzung der Aufforderung an Schulen zur Benennung von Lehrkräften als Kulturbeauftragte

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/3447

2. Kunstdialog des Landes

Teilnehmerkreis, Verlauf und Ergebnisse des 2. Kunstdialogs des Landes im Dezember 2013

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 20.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4818
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 8
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Margenbesteuerung für Kunstgegenstände

Beurteilung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände; Inkrafttreten der Durchführungsverordnungen in den Ländern; Situation der Kunstgalerien im Land und deren Wettbewerbsfähigkeit mit den Galerien in Frankreich und der Schweiz; Chancen einer EU-weiten Aufnahme der Kunstgegenstände in das Verzeichnis der Gegenstände mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz

Antr
s. *Kunsthandel*
Drs 15/5089

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 15 - Kunst am Bau (Kap 1208)

Mittlg RH
s. *Baugestaltung*
Drs 15/7015

Kunstwettbewerb für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum

Sachstand zur Neuausschreibung des Kunstwettbewerbs für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum, insbes Konsequenzen aus der ersten Ausschreibungsrunde, Gestaltung der Ausschreibung und des Auswahlverfahrens, Zeitplan

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 14.09.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7368

BeschlEmpf und Bericht WissA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 18 19
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Offen, vielfältig, innovativ - Grün-Rot schafft neue Spielräume für Kunst und Kultur im ganzen Land

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8777-8789

Hervorhebung des Stellenwerts von Kunst und Kultur auch unter den Vorzeichen der Haushaltskonsolidierung

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 28

Förderung der Kulturlandschaft auf der Grundlage der Kunstkonzeption „Kultur 2020“

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52

Fortsetzung der Politik im Kunstbereich, Umsetzung der Kunstkonzeption, Einrichtung eines Kunstfonds

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1409 1410 1413-1420 1449

Kunst am Bau

s. *Baugestaltung*

Kunstakademie

s. *Kunsthochschule*

Kunstdenkmal

s. *Kulturdenkmal*

Kunstdünger

s. *Düngemittel*

Kunsterziehung

Baukultur als Bildungsauftrag

Rolle von Architektur, Denkmalschutz und Baukultur in der Bildungspolitik und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern, insbes stärkere Verankerung im Unterricht bei der Überarbeitung der Bildungspläne; Einschätzung der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Architektur und Schule und Einrichtung einer ähnlichen Institution in BW

Antr
s. *Architektur*
Drs 15/4090

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 19.09.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5746

Kunsthfreiheit

Keine Abschaffung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Erwägungen zur Einführung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG); Auswirkungen einer Änderung oder Streichung von § 95 für Theater und Orchester im Hinblick auf die Kunsthfreiheit sowie finanzielle und personelle Konsequenzen für den Orchester- und Theaterbetrieb

Antr

s. *Personalvertretungsrecht*

Drs 15/4281

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunsthfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr

s. *Theater*

Drs 15/5024

Kunsthgalerie

s. *Kunsthhandel*

Kunsthändler

s. *Kunsthhandel*

Kunsthalle Baden-Baden

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 27: Staatliche Kunsthalle Baden-Baden

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/235

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Kunsthalle Karlsruhe

Bauliche Weiterentwicklung der Kunsthalle Karlsruhe

Beurteilung bzw Behebung der Bauschäden, Darstellung der notwendigen Maßnahmen, insbes Überdachung des Innenhofs, Schaffung von Barrierefreiheit, eines Museumshops sowie von Räumlichkeiten für größere Wechselausstellungen auf internationalem Niveau; Etatisierung der erforderlichen Mittel

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 20.12.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/1067

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/1821 S. 23 24

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Kunsthhandel

s.a. *Kunst*

s.a. *Kunsthwerk*

Margenbesteuerung für Kunstgegenstände

Beurteilung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände; Inkrafttreten der Durchführungsvorordnungen in den Ländern; Situation der Kunstgalerien im Land und deren Wettbewerbsfähigkeit mit den Galerien in Frankreich und der Schweiz; Chancen einer EU-weiten Aufnahme der Kunstgegenstände in das Verzeichnis der Gegenstände mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 15.04.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5089

BeschlEmpf und Bericht WissA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 9 10

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Kunsthkontrollgesetz stoppen - Kulturgutschutz mit Augenmaß ermöglichen

Sachstand zur Bedeutung des Kunsthhandels und zum bisherigen Vollzug des Kulturgutschutzgesetzes in BW bei der Ausfuhr von Kulturgütern in den außereuropäischen Raum sowie Bewertung und Folgen des von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorgelegten Gesetzentwurfs zur Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes

Antr

s. *Kulturgutschutzgesetz*

Drs 15/7682

Kunsthhochschule*Sanierung der ehemaligen Hochschule für Gestaltung Ulm*

Unterstützung der o.g. Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude und Einrichtung eines Dokumentationszentrums für die Designgeschichte des 20. Jahrhunderts

KlAnfr Martin Rivoir SPD 10.06.2011 und Antw MFW Drs 15/90

Unterbringung der Restauratorenstudiengänge an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Beurteilung einer Konzentration der fünf Restauratorenstudiengänge an einem Standort

Antr

s. *Restaurierung*

Drs 15/613

Die Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes BW

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den Musikhochschulen, Akademien der Bildenden Künste, der Filmakademie, Popakademie und den Theaterakademien; Vergleich der Kosten bei einer Erbringung durch festangestellte Lehrkräfte; Frage nach einem Stufenplan zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten

KlAnfr

s. *Lehrbeauftragter*

Drs 15/2398

Nutzung des Alten Landtags (Eduard-Pfeiffer-Haus) in Stuttgart

Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts für den sogenannten Alten Landtag (Eduard-Pfeiffer-Haus) in der Heusteigstraße in Stuttgart, insbes bisherige Gebäudenutzung, Schaffung von Zugang für die Öffentlichkeit sowie derzeitige Nutzung durch die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Antr

s. *Baudenkmal*

Drs 15/3133

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 22 - Staatliche Akademien der Bildenden Künste Stuttgart und Karlsruhe (Kap 1475 und 1476)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3822

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.12.2013 Drs 15/4222 (dazu Antr GRÜNE und SPD)

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Mittlg LReg 26.06.2014 Drs 15/5378

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5951 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD)

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6324

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6633

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Mittlg LReg 30.04.2015 Drs 15/6837

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.05.2015 Drs 15/6911

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr

s. *Kunsterziehung*

Drs 15/5746

Kunstmarkt

s. *Kunsthandel*

Kunstpädagogik

s. *Kunsterziehung*

Kunstpreis

s. *Auszeichnung*

Kunstschafter

s. *Künstler*

Kunstschule

s.a. *Kunsthochschule*

Haushalt 2012; Epl 04

Aufstockung der Mittel zur Förderung von Jugendkunstschulen, Novellierung des Jugendbildungsgesetzes: Gleichsetzung der Förderung von Jugendkunstschulen und Musikschulen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1104-19 S. 74

EAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1104-20 S. 75-78

ÄAntr GRÜNE und SPD 19.01.2012 Drs 15/1104-31 S. 99-100

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Mittlg LReg 14.08.2012 Drs 15/2169

Förderung von Jugendkunstschulen

Verwendung von Haushaltsmitteln für die Förderung des pädagogischen Personals und die Förderung von Schulkooperationen in den Jahren 2012, 2013 und 2014; Erhöhung der Regelförderung aufgrund der zu erwartenden Steigerung der Personalkosten der Jugendkunstschulen in den kommenden Jahren; Förderung der Kooperation von Jugendkunstschulen angesichts des Ausbaus des Ganztagsbetriebs in den Schulen; Berücksichtigung der Mittel für Schulkooperationen in Ziffer 2 der Erläuterungen zu Kapitel 0465 Titelgruppe 77 im Staatshaushaltsplan; Bewilligungen an den Landesverband der Kunstschulen BW

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 11.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5612

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 21

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Erhöhung der Mittel für die Jugendkunstschulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1415

Kunststoff

Bioabfalltüten statt Bioabfallbehälter - ein neuer Weg zu mehr getrennter Bioabfallfassung?

Bewertung eines Berliner Pilotprojekts zur Nutzung von Abfalltüten aus kompostierbarem Kunststoff für Bioabfälle in Privathaushalten; Frage nach der Befürwortung einer Einführung solcher Abfalltüten in BW; Auskunft über die Herstellung des kompostierbaren Kunststoffs und die Materialzusammensetzung; Gefahr einer durch die Verwendung von Maisstärke bedingten Grundwasserbelastung bei der Kompostierung, sonstige Gefahren für die Umwelt bei Nichtkompostierung

Antr

s. *Abfallbeseitigung*

Drs 15/2346

Belastung der Süßwasser-Ökosysteme Baden-Württembergs mit Kunststoffpartikeln

Untersuchungen und Ergebnisse zum Ausmaß der Verschmutzung durch Plastikpartikel in den Seen BW, insbes des Bodensees; Konsequenzen aus der Verschmutzung der Süßwasser-Ökosysteme mit Kunststoffpartikeln

Antr

s. *Wasserverunreinigung*

Drs 15/4276

Mikroplastik-Partikel in den Gewässern Baden-Württembergs - insbes im Bodensee

Konkrete Gefahren für Mensch, Tier- und Pflanzenwelt durch Gewässerverunreinigung mit Mikroplastik-Partikeln, insbes bei den Trinkwasserspeichern wie dem Bodensee; Ergebnisse nationaler und internationaler Untersuchungen; geeignete Präventionsmöglichkeiten; bisherige Maßnahmen der LReg

Antr

s. *Wasserverunreinigung*

Drs 15/4479

Kunststoffprodukt

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von

Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Umweltbelastung durch Einkaufstüten

Ökobilanz von Einkaufstüten nach Materialart; Umgang mit der Umweltbelastung durch Plastiktüten, insbes Möglichkeit eines Plastiktütenverbots, Einführung einer Kennzeichnungspflicht sowie Regelungen in anderen EU-Staaten und deren Auswirkungen

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 06.11.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4284
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.03.2015 Drs 15/6921 S. 36 37
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Änderung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4361

EU-weite Normung zur Minderung des Plastiktütenverbrauchs

Sachstand und Position der LReg zur geplanten Regulierung des Plastiktütenverbrauchs durch die Europäische Union, insbes Plastiktütenverbrauch in BW, Auswirkungen einer Besteuerung bzw eines Verbots von Plastiktüten auf den Einzelhandel und die Verbraucher

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 06.05.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6856
BeschlEmpf und Bericht EuA 11.06.2015 Drs 15/7352 S. 95 96
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Kunststoffverpackung

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Umweltbelastung durch Einkaufstüten

Ökobilanz von Einkaufstüten nach Materialart; Umgang mit der Umweltbelastung durch Plastiktüten, insbes Möglichkeit eines Plastiktütenverbots, Einführung einer Kennzeichnungspflicht sowie Regelungen in anderen EU-Staaten und deren Auswirkungen

Antr
s. *Kunststoffprodukt*
Drs 15/4284

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Änderung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4361

EU-weite Normung zur Minderung des Plastiktütenverbrauchs

Sachstand und Position der LReg zur geplanten Regulierung des Plastiktütenverbrauchs durch die Europäische Union, insbes Plastiktütenverbrauch in BW, Auswirkungen einer Besteuerung bzw eines Verbots von Plastiktüten auf den Einzelhandel und die Verbraucher

Antr
s. *Kunststoffprodukt*
Drs 15/6856

Kunstunterricht

s. *Kunsterziehung*

Kunstwerk

s.a. *Kunsthandel*

Kunst in Kreisverkehren - der Würzbacher Hirsch muss zurück!

Haltung der LReg zur Beseitigung von Kunst in Kreisverkehren; Rückführung des Kunstwerks „Würzbacher Hirsch“ auf den Kreisverkehr der K 4325 im LKreiss Calw

KlAnfr Thomas Blenke CDU 12.02.2013 und Antw MVI
Drs 15/3048

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreiseln in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definition der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/3042

Provenienzforschung in BW

Wichtigkeit der Provenienzforschung und der Restitution von Objekten der Raub- und Beutekunst; Provenienzforschung in BW seit der Washingtoner Erklärung 1998; Anzahl der an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegebenen Kunstwerke; Zusammenarbeit der Museen mit der die Internet-Datenbank „Lost Art“ betreibenden Koordinierungsstelle Magdeburg; Förderung einer zügigen Ermittlung der Eigentümer des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts

Antr
s. *NS-Raubkunst*
Drs 15/4490

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 15 - Kunst am Bau (Kap 1208)

Mittlg RH
s. *Baugestaltung*
Drs 15/7015

Kupferzell

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerbedarf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2780

Ausbau der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze

Planungsstand des sechsspurigen Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und Kupferzell sowie zwischen Kupferzell und der Landesgrenze; Prüfung der Ausbauplanen; Genehmigung der Ausbaupläne durch den Bund; Frage der Durchführung als Public-Private-Partnership-Projekt (PPP-Projekt)

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/3466

Kur

s.a. *Kurort*
s.a. *Rehabilitation*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH „BKV - Bäder- und Kurverwaltung BW und ihre Beteiligung an Bäder- und Kurunternehmen“

Mittlg LReg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 15/93

Frauengesundheit in BW

Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Hinwirkung auf eine stärkere Inanspruchnahme

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Erhalt der Staatsbäder in BW

Entwicklung der Unterhalts- und Investitionsausgaben für die Bäder- und Kurunternehmen mit Landesbeteiligung, der Zahlen von Besuchern und Arbeitsplätzen sowie der Geschäftsergebnisse seit 2002; Darlegung der Bedeutung des Kur- und Heilbäderwesens für den Tourismus sowie der Haltung zu den Empfehlungen des RH in seiner beratenden Äußerung von 2007; Bereitstellung der notwendigen Mittel im kommenden Doppelhaushalt und Festhalten an den bestehenden Eigentums- und Beteiligungsverhältnissen der landesbeteiligten Unternehmen

Antr
s. *Landesbeteiligung*

Drs 15/2289

Heilbäder und Kurorte in BW

Entwicklungen und Herausforderungen der Heilbäder und Kurorte in BW, insbes Arbeitsplätze und Bruttowertschöpfung im Kur- und Heilbäderwesen bzw im Cluster Gesundheitswirtschaft, Probleme und Chancen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, Anzahl verordneter ambulanter Kuren, Bereiche künftigen Wachstumspotenzials, Bedeutung des Selbstzahlermarkts; Aktivitäten der LReg zur Entwicklung eines Präventionsgesetzes auf Bundesebene; Planung einer Novellierung des Kurortgesetzes

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/4647

Entwicklung der Zahlen und zugrundeliegenden Diagnosen von Heilkuren für Polizeibeamte in den letzten 20 Jahren

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 416

Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

s. *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*

Kuratorium der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

s. *Wettunternehmen*

Kurden

Türkischer Linksextremismus und kurdische Aktivitäten im LKreiss Esslingen

Erkenntnisse über Kontakte und Kooperationen von Vereinen im LKreiss Esslingen zu linksextremistischen türkischen Vereinen und Parteien sowie zum Umfeld der PKK

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/468

Kurdenkrawalle in Mannheim - Polizei als Freiwild?

Aktuelle Debatte
s. *Polizei*
PIPr 15/45 S. 2519

Ausschreitungen von Teilnehmern des „Langen Marschs der Jugend“ von Straßburg nach Mannheim vom 1. bis 7. September 2012

Erkenntnisse im Vorfeld und Rechtsverstöße während der o.g. Aktion von kurdischen Jugendlichen, beteiligte Behörden und Gründe für die Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr CDU 02.10.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2424
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.03.2013 Drs 15/3398 S. 37-67
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Polizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr CDU 02.10.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2425
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.03.2013 Drs 15/3398 S.
 37-67
 PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Kurort

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende
 Äußerung des RH „BKV - Bäder- und Kurverwaltung BW und
 ihre Beteiligung an Bäder- und Kurunternehmen“*

Mittlg LReg
s. Landesbeteiligung
 Drs 15/93

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Maßnahmen zur Förderung von Kur- und Bädereinrichtungen
 sowie des allgemeinen Tourismus; Erhaltung und Ausbau von
 kulturellen Angeboten

GrAnfr
s. Demografie
 Drs 15/1608

Erhalt der Staatsbäder in BW

Entwicklung der Unterhalts- und Investitionsausgaben für die
 Bäder- und Kurunternehmen mit Landesbeteiligung, der Zahlen
 von Besuchern und Arbeitsplätzen sowie der Geschäftsergebnisse
 seit 2002; Darlegung der Bedeutung des Kur- und Heilbäder-
 wesens für den Tourismus sowie der Haltung zu den Empfeh-
 lungen des RH in seiner beratenden Äußerung von 2007; Bereit-
 stellung der notwendigen Mittel im kommenden Doppelhaus-
 halt und Festhalten an den bestehenden Eigentums- und Betei-
 ligungsverhältnissen der landesbeteiligten Unternehmen

Antr
s. Landesbeteiligung
 Drs 15/2289

Gesundheitsstrategie der LReg

Ziele und Maßnahmen iRd Gesundheitsstrategie der LReg, ins-
 bes Umsetzung, Ergebnisse und Kosten des betrieblichen Ge-
 sundheitsmanagements in der Landesverwaltung sowie Zusam-
 menarbeit mit den Kur- und Heilbädern

Antr
s. Betriebliche Gesundheitsförderung
 Drs 15/3132

Heilbäder und Kurorte in BW

Entwicklungen und Herausforderungen der Heilbäder und Kur-
 orte in BW, insbes Arbeitsplätze und Bruttowertschöpfung im
 Kur- und Heilbäderwesen bzw im Cluster Gesundheitswirt-
 schaft, Probleme und Chancen vor dem Hintergrund des demo-
 grafischen Wandels, Anzahl verordneter ambulanter Kuren, Be-
 reiche künftigen Wachstumspotenzials, Bedeutung des Selbst-
 zahlermarkts; Aktivitäten der LReg zur Entwicklung eines Prä-
 ventionsgesetzes auf Bundesebene; Planung einer Novellierung
 des Kurortgesetzes

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 23.01.2014 und Stel-
 lungnahme SM Drs 15/4647
 BeschlEmpf und Bericht SozA 03.04.2014 Drs 15/5137 S.
 23 24
 PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Kur- und Erholungsorte in BW

Situation und Entwicklung der Kur- und Erholungsorte in BW,
 insbes Statistiken, internationale Marketingmaßnahmen, Zu-

kunfts-konzepte angesichts der demografischen Entwicklung und
 Zertifizierung von Nachhaltigkeit

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 13.02.2014 und Stellung-
 nahme MLR Drs 15/4766 (22 S.)

Umsatzsteuererhöhung für Saunabetriebe und Heilbäder

Bedeutung der Saunabetriebe und Heilbäder für BW; Position
 der LReg zur geplanten Umsatzsteuererhöhung für diese Betrie-
 be und deren Auswirkung

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 07.10.2014 und Antw
 MFW Drs 15/5835

Auswirkungen der Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuer- satzes für kommunale und private Saunabetriebe

Bedeutung der Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes
 für kommunale und private Saunabetriebe in BW, insbes Auswir-
 kung auf die Finanzlage der Kommunen mit kommunalen Sau-
 nen; Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 10.10.2014 und
 Stellungnahme MFW Drs 15/5860
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6639 S.
 8 9
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Bedeutung des Kurortgesetzes bei der Errichtung von Windkraft- anlagen

Bewertung der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen im
 Bereich der Markungsgrenze zum Kurort Dobel, insbes unter
 Berücksichtigung von Landschaftsschutz, Tourismus und dem
 Kurortgesetz

KlAnfr
s. Windenergieanlage
 Drs 15/6156

Badeärzte in BW

Zahl und Altersstruktur der Badeärzte; künftiger Bedarf an
 Badeärzten; Erleichterung des Erwerbs der Zusatzqualifikation
 „Badearzt“ für niedergelassene Ärzte; Funktion ambulanter Vor-
 sorgeleistungen für die allgemeine Gesundheitsvorsorge; Maß-
 nahmen zur Förderung der Kur- und Heilbäder im Land

Antr
s. Arzt
 Drs 15/7835

Kursbetrug

s. Marktmanipulation

Kursmanipulation

s. Marktmanipulation

Kurwesen

s. Kur

Kurzarbeit

Eintreten für die Verlängerung der Kurzarbeit
 PIPr 15/20 07.12.2011 S. 914 916

Kurzfilm

s. Film

Kurzintervention*Kurzintervention*

- PIPr 15/5 26.05.2011 S. 91 (Peter Hauk CDU)
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 349 350 (Georg Wacker CDU)
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 368 (Thomas Blenke CDU)
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374 (Jochen Haußmann FDP/DVP)
 PIPr 15/14 12.10.2011 S. 584 585 (Joachim Kößler CDU)
 PIPr 15/18 10.11.2011 S. 825 826 (Siegfried Lehmann GRÜ-NE)
 PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1051 (Paul Nemeth CDU)
 PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1171 (Siegfried Lehmann GRÜ-NE)
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1288 (Thomas Blenke CDU)
 PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2237 2238 (Claus Schmiedel SPD)
 PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2752 (Siegfried Lehmann GRÜ-NE)
 PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2802 2803 (Markus Rösler GRÜ-NE)
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2934 2935 (Brigitte Lösch GRÜ-NE)
 PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3184 (Thaddäus Kunzmann CDU)
 PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3416 (Dr. Wolfgang Reinhart CDU)
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3893 3894 (Paul Nemeth CDU)
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4336 4337 (Thomas Blenke CDU)
 PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4388 (Georg Wacker CDU)
 PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4533 4534 (Joachim Kößler CDU)
 PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5295 (Helmut Rau CDU)
 PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6857 (Thomas Blenke CDU)
 PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7341 (Andrea Lindlohr GRÜNE)
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7423 (Paul Nemeth CDU)
 PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7864 (Thomas Blenke CDU)
 PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7864 (Claus Schmiedel SPD)

KV

s. Kassenärztliche Vereinigung

KVJS

s. Kommunalverband für Jugend und Soziales

Lachs

s. Fisch

Ladenburg

Neubau der L 597 inkl. Neckarbrücke bei Ladenburg/Ilvesheim
 Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. Brücke
 Drs 15/37

Touristische Hinweistafel auf die historische Benz-Fabrik in Ladenburg im Zuge der A 5

Rechtfertigung o.g. Hinweistafel zum 125. Jahrestag der Erfindung des Automobils

KlAnfr
s. Kraftfahrzeug
 Drs 15/776

Bau einer Neckarbrücke zwischen Ladenburg und Edingen-Neckarhausen (L 597 neu)

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Umwelt- und Verkehrsbelastung, insbes für Seckenheim und Ilvesheim durch Ausweichverkehr zur dortigen Neckarquerung; Einstufung einer neuen Brücke als Voraussetzung für die umfassende Neugestaltung der Seckenheimer Innenstadt

KlAnfr
s. Brücke
 Drs 15/1473

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Reichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Integrierten Leitstelle in Heidelberg

KlAnfr
s. Rettungswesen
 Drs 15/5655

Ladengeschäft

s. Einzelhandel

Ladenöffnungszeiten

Sonntagsöffnung von Videotheken und Automatenvideotheken in BW

Vergleich zur rechtlichen Regelung der Sonntagsöffnung in anderen Bundesländern sowie im benachbarten Ausland; Auslegung der Formulierung „werktägliche Betriebsamkeit“; Aufforderung, das Sonn- und Feiertagsrecht so anzupassen, dass der Betrieb von Automatenvideotheken zulässig ist; Prüfung, inwieweit die Vergleichbarkeit mit Kinos, Gaststätten, Bankautomaten, Bäckereien, Bibliotheken, Fitnessstudios etc eine Sonntagsöffnung für herkömmliche Videotheken erlaubt

Antr FDP/DVP 15.09.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/502
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/940 S. 4 5
 PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherschutzgesetzes

GrAnfr
s. Tourismus
 Drs 15/3461

Arbeitsschutz an Sonn- und Feiertagen in BW

Sachstand zum Arbeitsschutz an Sonn- und Feiertagen in BW, insbes Auswirkungen des Grundsatzurteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen; Überprüfung und Novellierung des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW (LadÖG) und der Bedarfsgewerbeverordnung (BedGVO)

Antr

s. *Wochenendarbeit*

Drs 15/6208

Ladenschluss

s. *Ladenöffnungszeit*

LadÖG

s. *Gesetz über die Ladenöffnung in Baden-Württemberg*

Länder der Bundesrepublik Deutschland

s.a. *Baden-Württemberg*

s.a. *Bayern*

s.a. *Berlin*

s.a. *Bundesrat*

s.a. *Föderalismus*

s.a. *Gemeinschaftsaufgabe*

s.a. *Hamburg*

s.a. *Länderfinanzausgleich*

s.a. *Niedersachsen*

s.a. *Nordrhein-Westfalen*

s.a. *Rheinland-Pfalz*

s.a. *Schleswig-Holstein*

Information über die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Ländern über die Ratifizierung des Fiskalvertrags durch den Ministerpräsidenten

s. *Finanzpolitik*

PIPr 15/41 S. 2251

Unterrichtung und Beteiligung der Länder über den Bundesrat bei der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 483 484 486 487 491 493 495-497

Einforderung einer höheren Beteiligung der Länder am Steuerertrag entsprechend der Übertragung neuer Aufgaben

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 805-807

Einforderung einer Umsetzung der in der 14. WP getroffenen Beschlüsse zum Thema Länderfinanzausgleich, Anstreben einer Verhandlungslösung mit den anderen BLändern

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1103 1111 1125 1131 1132 1139-1142

Länderfinanzausgleich

Regierungsbefragung

Länderfinanzausgleich

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2384-2389

Der Länderfinanzausgleich - andere verbrennen unser Geld am Nürburgring und am Berliner Flughafen und Grün-Rot schaut zu

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3377-3395

Auswirkungen des Zensus 2011

Termin der Rechtskräftigkeit der Volkszählungsergebnisse; Auswirkungen auf die Zahlungen Baden-Württembergs in den Länderfinanzausgleich; Stichtag für die Neuberechnung; Auswirkungen auf die Haltung des Landes gegenüber der Klage Bayerns und Hessens gegen den Länderfinanzausgleich; Folgen des Zensus 2011 für die Kommunen; Vermeidung unbilliger Härten für Gemeinden mit deutlichem Einwohnerrückgang; Verhandlungen mit den anderen Bundesländern und dem Bund über eine gestaffelte Nachzahlungsverpflichtung in den Länderfinanzausgleich für die Jahre 2011 und 2012

Antr

s. *Volkszählung*

Drs 15/3593

Der Länderfinanzausgleich nach Steuerschätzung und Zensus

Gründe für einen Zurückgang der Nettoeinnahmen des Landes und der Kommunen in den Jahren 2013 und 2014 bei einem gleichzeitigen Anstieg der Bruttoeinnahmen des Landes; Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2013 auf den Länderfinanzausgleich; Konsequenzen aus der Auswertung des Zensus 2011 für die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern sowie unter den Ländern; Resultate der Gespräche mit Vertretern anderer Bundesländer über eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs; Aufforderung zum Beitritt zur gegen den Länderfinanzausgleich angestrebten Klage der Länder Bayern und Hessen

Antr FDP/DVP 11.06.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3615

Auswirkungen der Föderalismusreform II auf BW

Einzahlungen des Landes BW in den Länderfinanzausgleich seit 2005, ab 2013 zu erwartende Beträge; weitere sich zu Ungunsten Baden-Württembergs auswirkende Ausgleichssysteme zwischen den Bundesländern; Höhe der Beiträge Baden-Württembergs in den letzten zehn Jahren; Nachzahlungen aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011; Zufriedenheit mit den Resultaten der Föderalismusreform II; zentrale Anliegen einer Föderalismusreform III

Antr Winfried Mack u.a. CDU 25.06.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3681

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 10 11

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Schreiben des BVerfG vom 30.07.2013, Az.: 2 BvF 1/13 - Normenkontrollverfahren gegen Vorschriften des Maßstäbengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen

PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4586

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4230

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Stärkung der Finanzautonomie der Bundesländer

Vorbereitung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern; Haltung der LReg zu verschiedenen Vorschlägen, insbes zu einer Stärkung der Finanzautonomie der Länder; Zuschlagsrechte zur Einkommensteuer für die Länder; zentrale Themen einer Neuordnung; Reform des Länderfinanzausgleichs; Nachfolgeregelung für den Solidarpakt; Evaluation der Ergebnisse der Föderalismuskommission; Vorschläge des im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion der Länder BW, Bayern und Hessen von Lars P. Feld, Hanno Kube und Jan Schnellenbach erstellten Gutachtens „Optionen für eine Reform des bundesdeut-

schen Finanzausgleichs“

Antr
s. Finanzverfassung
Drs 15/4635

Länderfinanzausgleich

Beitritt zur Verfassungsklage der LReg von Bayern und Hessen gegen den aktuellen Länderfinanzausgleich im Falle erfolgloser Verhandlungen über eine Neuregelung

MdlAnfr 7) Claus Paal CDU 12.06.2015 Drs 15/6895
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7951

Anstrengung einer leistungsgerechten Grundlage für den Länderfinanzausgleich im Geist der Kooperation mit den anderen Ländern, Bezeichnung einer Klage als letztes Mittel

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 27 28

Kritik am Abrücken der SPD vom Beschluss zur Klage gegen den Länderfinanzausgleich

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 41 63

Einforderung von Bemühungen um einen leistungsgerechten Länderfinanzausgleich

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 249 256

Kritik am Abrücken der SPD vom Beschluss zur Klage gegen den Länderfinanzausgleich

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 700

Einforderung einer Umsetzung der in der 14. WP getroffenen Beschlüsse zum Thema Länderfinanzausgleich bzw der Ankiündigung des MinPräs zur Einrichtung einer neuen Kommission auf Bundesebene, Aufforderung zur Klage gegen den Länderfinanzausgleich, Anstrengung einer Verhandlungslösung mit den anderen BLändern

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1103 1111 1125 1131 1132 1139-1142

Kritik am Abrücken der SPD vom Beschluss zur Klage gegen den Länderfinanzausgleich, Aufforderung zur Unterstützung der Klagebestrebungen von Bayern und Hessen, Erinnerung an die letzte Reform des Länderfinanzausgleichs

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1197 1199 1202 1203 1209 1211

Erinnerung an die Zustimmung der CDU zur Reform des Länderfinanzausgleichs vor zehn Jahren, Beklagung der hohen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, Verweisung auf die Risiken einer Klage beim BVerfG

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1441-1443 1445 1447

Beendigung der Benachteiligung des „Geberlands“ BW durch Einführung eines gerechteren Systems bis 2019; Beseitigung falscher Anreize für Geber- wie für Nehmerländer; Einführung von Hebesatzrechten der Länder als Lösungsmodell mit dem Potenzial der Stärkung des Parlaments; Reformkommission als geeignetes, demokratisch legitimes, öffentliches Forum; Empfehlung des Verhandlungswegs statt einer Klage

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1462-1464 1466 1467 1469-1471 1480-1482

Kritik am Vorschlag von Mehrleistungen des Landes im Länderfinanzausgleich; Plädoyer für eine Reform des Länderfinanzausgleichs

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1915 1921 1922 1925 1937

Länderkunde

s. Geografie

Länder-Verwaltungsabkommen

s. Verwaltungsabkommen

Ländliche Region

s. Ländlicher Raum

Ländlicher Raum

s.a. Agrarstruktur

s.a. Dorf

s.a. Landwirtschaft

s.a. Strukturschwaches Gebiet

Fahrgastinformationssysteme: Berücksichtigung der Interessen von Älteren und Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Art der eingesetzten Fahrgastinformationssysteme; Berücksichtigung der Bedürfnisse von behinderten und alten Menschen bei den bestehenden Informationssystemen sowie dem sich in der Testphase befindlichen System RUBIK für den regionalen Busverkehr; Kosten einer flächendeckenden Einführung eines Fahrgastinformationssystems im ländlichen Raum; zuständige öffentliche Träger

Antr

s. Öffentlicher Personennahverkehr

Drs 15/2698

Unterstützung der Heumilcherzeugung in BW

Umfang silagefreier Milchproduktion in BW, Einschätzung der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen; Ausgestaltung der Förderung silagefreier Milcherzeugung in Österreich sowie vergleichbare Programme in weiteren Mitgliedsstaaten und Regionen der EU; Auswirkungen einer Übertragung des in Österreich praktizierten Modells auf die Erhaltung und Entwicklung der Heuwirtschaft und der Heumilchkäsereien in BW; Haltung zu einer Übernahme des genannten Modells oder vergleichbarer Programme

Antr

s. Milch

Drs 15/2827

Jugend auf dem Land in BW

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Jugendarbeit im ländlichen Raum; hauptamtliche und ehrenamtliche Jugendarbeit als Standortfaktor; Gewährleistung des Fortbestands der Jugendarbeit und ihre finanzielle Förderung durch das Land; ehrenamtliche Jugendarbeit als Ansatzpunkt zur Vermeidung von Generationenkonflikten; Förderung der Anerkennungskultur und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen; Einbeziehung der lokalen Träger der Jugendarbeit in den Planungsprozess

Antr

s. Jugendarbeit

Drs 15/2928

Regionalentwicklung in BW - Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER in der Förderperiode 2014 bis 2020
Bedeutung der nachhaltigen Regionalentwicklung als Strategie zur Ausrichtung der Politik für die Ländlichen Räume in BW,

insbes Herausforderungen des demografischen Wandels sowie derzeitige Strukturen und Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung; Umsetzung und Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER, insbes zentrale Kritikpunkte, Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Arbeit Lokaler Aktionsgruppen, Vorschaltung eines inoffiziellen Interessensaufrufs; Folgen für die Regionalpolitik aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr
s. *LEADER*
Drs 15/3053

Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum des Landkreises Konstanz

Statistik und Entwicklung des ländlichen Raums im LK Kreis Konstanz, insbes Förderung von Projekten mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ und „Arbeiten“ iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) und dadurch entstandene bzw erhaltene Arbeitsplätze

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 21.02.2013 und Antw MLR
Drs 15/3105

Folgen der Schließung von Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW

Umsetzung des neuen Landesglücksspielgesetzes und Auswirkungen auf die Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW, insbes Schließung von Annahmestellen und Auswirkungen auf Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum

Antr
s. *Lotterie*
Drs 15/3106

Die Brüsseler Finanzbeschlüsse schwächen die ländlichen Räume in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3724-3734

Energienetze - Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Interesse der Netzkunden

Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Zusammenhang mit dem Neuabschluss von Strom- und Gaswegenutzungsverträgen nach § 46 Abs 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), insbes Gefahr einer Zersplitterung der Verteilnetze durch kommunale Netzbeteiligungen und Konsequenzen für den ländlichen Raum; Anteil kommunaler Netzbeteiligungen und Auswirkungen auf Kommunalhaushalt und Netznutzungsentgelte; solidarische Verteilung der Netzausbaukosten zwischen Städten und ländlichem Raum

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/3227

Rolle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beim Konversionsprozess in BW

Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und den Kommunen sowie dem Land BW beim Konversionsprozess, insbes Erfahrungen bei der Altlastensanierung mit der BImA, Einfluss der BImA auf die kommunale Planungshoheit bei Nachnutzungskonzepten, Abschluss von Konversionsvereinbarungen, Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie Unterstützung des ländlichen Raums bei der Verwertung der Konversionsliegenschaften

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/3232

Nahversorgung im ländlichen Raum

Entwicklung und Förderung der Grund- und Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum in BW, insbes Strategien für kleine Kommunen, getätigter Investitionsumfang nach LKreisen, bewilligte und abgelehnte Förderanträge iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), Unterstützung der Umwandlung von ehemaligen Schlecker-Filialen in Dorfläden

Antr
s. *Lebensmitteleinzelhandel*
Drs 15/3384

Sanierungsmittel für die Landesstraßen im Landeshaushalt

Sanierungs- und Ausbauplanung von Landesstraßen und Brücken, insbes Sanierungskriterien, Zurücksetzung des ländlichen Raums, Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit durch gesenkte Standards, Erhöhung oder Verrechnung der Sanierungshaushaltsmittel zur Brückensanierung mit Mitteln der mittelfristigen Finanzplanung

Antr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3434

Fehlende Plätze an Musikschulen

Fehlbestand in BW und speziell im Schwarzwald-Baar-Kreis; Einsatz für einen nachfrageorientierten Ausbau des Musikschulangebots; stärkere Einbeziehung von Musikschulen an allgemeinbildenden Schulen; Förderung von Musikschulen im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Musikschule*
Drs 15/3513

Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumenten-gestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/3516

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRd Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3616

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis

Stellenwert des LEADER-Programms für ländlich geprägte Landkreise; bisherige und aktuell geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr

s. LEADER
Drs 15/3628

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*
Drs 15/3636

Bürgerbusse zur Sicherung der Mobilität im Ländlichen Raum
Angebot, Konzepte und Förderung von Bürgerbussen und Ruftaxen zur Sicherstellung der Mobilität im Ländlichen Raum

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/3759

Operationelles Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für BW

Anteil und Umfang der Mittelbereitstellung aus dem EFRE-Fonds der EU für Förderprogramme aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, insbes konkrete Ausgestaltung des Wettbewerbs „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit (RegioWIN)“

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/3770

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im Ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrerstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/3839

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Re-

gionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr GRÜNE 27.08.2013 und Antw LReg Drs 15/3962 (33 S.)
PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5859-5870

Altersstruktur von landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern in BW

Durchschnittsalter der Landwirte, Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtzahl; zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern; Hinderungsgründe junger Menschen für die Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs; Sicherung des Fortbestands der Landwirtschaftsbetriebe in BW; Vermittlungsangebote sowie Unterstützung junger Frauen und Männer bei der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe; Nutzung von EU-Förderprogrammen

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/4023

Ausgestaltung der EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)-Förderung in BW in der Förderperiode 2014 bis 2020

Erhöhung und Zuweisung der Fördermittel iRd Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) an BW; Ziele und Schwerpunkte der künftigen Regionalentwicklung der LReg, insbes Beitrag zur Energiewende und Förderung des ländlichen Raums

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/4027

Regionale Schulentwicklung - Ein Blick über den Tellerrand

Bedeutung kleinerer weiterführender Schulen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs; Konsequenzen für ortsansässige Betriebe, die strukturelle Entwicklung der Kommunen sowie das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen am Wohnort bei Schließung dieser Schulstandorte; Alternativen zu Schulschließungen an den kleineren Standorten; Rückgang der Schülerzahlen kleinerer Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/4125

Strukturförderung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Zu- und Abwanderung im Wahlkreis Villingen-Schwenningen in den vergangenen 20 Jahren; Anzahl und Volumen der seit 2000 im Wahlkreis 54 geförderten sowie der seit 2011 bewilligten ELR-Projekte im Vergleich zu anderen Landtagswahlkreisen; Bedeutung der ELR-geförderten Projekte für die kleinen und mittleren Unternehmen und die Kommunen im ländlichen Raum

KIAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/4246

Öffentlicher Nahverkehr für Menschen mit Behinderung im ländlichen Raum

Förderung barrierefreier Überlandbusse und Haltestellen im ländlichen Raum, insbes zielgerichtete Förderung von Bussen mit Lift

Antr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/4474

Berufliche Gymnasien

Profile der beruflichen Gymnasien in BW; neu eingerichtete Profile und Standorte seit dem Schuljahr 2006/2007; Entwicklung der Schülerzahlen pro Schulprofil und der Anzahl der Klassenzüge; Prognose der Schülerzahlen in den einzelnen Stadt- und LKreisen bis 2020; Datengrundlage der Bedarfsplanungen für die beruflichen Gymnasien bis 2020; Rolle der beruflichen Gymnasien iRd regionalen Schulentwicklung, insbes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/4525

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbünde; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbünden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr
s. *Mobilität*
Drs 15/4576

Die hausärztliche und fachärztliche Versorgung im LKreis Esslingen

Gegenwärtiger Stand der Versorgung mit Allgemein- und Fachärzten; Einschätzung der künftigen Entwicklung, insbes in den ländlichen Gebieten des Landkreises; Entwicklungstendenz von den Einzelpraxen hin zu Versorgungszentren

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4690

Änderungen des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal

Situation des Apotheken-Notdiensts im Raum Bretten/Bruchsal im Vergleich zu anderen ländlichen Gebieten; zumutbare Entfernung zur nächsten Notdienst-Apotheke; Anzahl der Notdiensttage je Apotheke

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/4692

Änderungen des ärztlichen Bereitschaftsdiensts (hausärztlicher Notdienst) im Raum Bretten/Bruchsal

Hintergründe und Kriterien der Neuordnung des Bereitschaftsdiensts; Inanspruchnahme des Rettungsdienstes aufgrund langer Wartezeiten; Verhinderung einer Mehrbelastung des Rettungsdienstes; Bindung der Patienten an die Gebietseinteilung des Bereitschaftsdiensts

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/4694

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/4749

Wohnraumförderung in BW

Mittel und Programme zur Wohnraumförderung; Anzahl der im Jahr 2013 gestellten Anträge; Bedarf an geförderten Wohnungen in Städten und Gemeinden abseits von Groß- und Universitätsstädten, sonstigen Hochschulstandorten und Gemeinden in Verdichtungsräumen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2013 aus der Grunderwerbsteuer in die Förderung von Wohnraum geflossenen Beträge

KlAnfr
s. *Wohnungsbauförderung*
Drs 15/4844

Was geschieht mit den Progymnasien in der regionalen Schulentwicklung?

Anzahl und Verteilung der Standorte der Progymnasien in BW, insbes im ländlichen Raum; Anzahl der Klassen, Schüler und Lehrkräfte; Förderung der Schüler an Progymnasien im Vergleich zu allgemeinbildenden Gymnasien; Schulübergang nach der zehnten Klasse; Vorbereitung der Schüler auf die gymnasiale Oberstufe; Berücksichtigung der Progymnasien im regionalen Schulentwicklungsplan

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4933

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungsabwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr Karl Rombach CDU 21.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4970

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/4975

Das Jagdrecht im Visier der LReg - mit ideologischer Verbotskultur schadet Grün-Rot dem ländlichen Raum

Aktuelle Debatte
s. *Jagdrecht*
PIPr 15/95 S. 5653

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Auswirkungen der Auflösung von Komplexeinrichtungen auf den ländlichen Raum

Inanspruchnahme stationärer, teilstationärer und ambulanter Versorgungs- bzw. Unterstützungsangebote durch Menschen mit Behinderungen; Nachfrage nach stationären Versorgungsangeboten vonseiten schwerst- und mehrfachbehinderter Menschen; Folgen der Verwaltungsstrukturreform 2005 auf die Versorgung von Menschen mit Behinderungen; Auswirkungen einer Dezentralisierung der Komplexeinrichtungen insbes im ländlichen Raum; Alternativen zur bisherigen Rundumversorgung

KlAnfr
s. *Behinderteneinrichtung*
Drs 15/5070

Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe in BW durch den neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum (MEPL)

Umfang und Ausgestaltung des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL); Unterstützung der LReg bei der Bewirtschaftung von Grünland und Steillagen, artgerechter Tierhaltung, Naturschutz, Frauenförderung im ländlichen Raum

Antr GRÜNE 14.05.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5195 (14 S.)
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6737-6745

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

LEADER-Förderung im LKreis Schwäbisch Hall

In den Jahren 2011 bis 2013 geförderte Projekte; Anzahl der Projekte und Höhe der Fördermittel im Vergleich zu anderen LKreisen

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/5456

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr
s. *Ferien auf dem Bauernhof*
Drs 15/5468

Hausarztversorgung im ländlichen Raum

Finanzielle Förderung der Anwerbung von Allgemeinmedizinern für die ärztliche Versorgung auf dem Land; Einflussnahme über die Ausgestaltung der Zulassung zum Medizinstudium

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/5501

Den Herausforderungen in den Ländlichen Räumen begegnen - die Neuausrichtung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR)

Besondere Herausforderungen der Ländlichen Räume Baden-Württembergs; Überlegungen und Zielsetzungen für die Neustrukturierung des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), insbes Erweiterungen der Förderschwerpunkte, Gegenmaßnahmen zur Abwanderungstendenz

Antr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/5540

Moratorium Breitbandförderung - Wirtschaftlichkeitslücke

Gründe für den Genehmigungsstopp bei der Breitbandförderung zur Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken; Anzahl der betroffenen Gemeinden, Investitionsvolumen; Notwendigkeit einer Notifizierung der Rahmenregelung für Höchstgeschwindigkeitsnetze (NGA) bei der EU-Kommission; Wiederaufnahme der Förderung; Auswirkungen des Förderstopps auf den Breitbandausbau in BW

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5553

Mittelausstattung des geplanten Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III)

Mittelvolumen und Mittelzuwachs des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL II) im Programmplanungszeitraum 2007 bis 2013; Veränderung der Mittelausstattung im MEPL III gegenüber dem MEPL II und MEPL I

Antr
s. *Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg*
Drs 15/5558

Breitband im ländlichen Raum

Möglichkeit zur Nutzung vorhandener Glasfaserstrukturen für die Breitbandversorgung von Gemeinden und Ortsteilen im länd-

lichen Raum, insbes im Ortsteil Nesselbach der Stadt Langenburg

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5595

Breitbandstrategie des Landes BW

Strategie für eine zukunftsorientierte Breitbandversorgung in BW und Vergleich mit den anderen Bundesländern; Umsetzung des Ausbaus des schnellen Internets, insbes Bedeutung für den ländlichen Raum, favorisierte Technologien, Rahmen der finanziellen Förderung, Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5641

Situation der Pflege im LKreis Heidenheim

Anzahl der in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege beschäftigten Pflegekräfte; zahlenmäßige Entwicklung der Pflegekräfte sowie der Empfänger von Pflegeleistungen seit dem Jahr 2000; Prognose des künftigen Bedarfs an Pflegepersonal in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und ambulanten Pflegediensten; Zukunft der Pflege im ländlichen Raum; private und öffentliche Träger der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Kreis

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/5764

LEADER-Förderung im Neckar-Odenwald-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Neckar-Odenwald-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Neckar-Odenwald-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen LKreisen

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/5853

Kultusminister will Auszubildende in die Berufsschulen aufs Land bringen

Ausgestaltung und Umsetzung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung für berufliche Schulen, insbes Stärkung durch Schüler aus Ballungszentren, konkrete Kriterien und Vorgaben, Einbindung von Verbänden und Interessenvertretern, Ermessensspielräume vor Ort, Änderungen der Lehreraus- und -fortbildung, zusätzliche Kosten

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5882

Bedarfsplanung für Kinderärzte in der Region

Kinderärztliche Versorgungsdichte im LKreis Karlsruhe; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung im Raum Bretten; für Bewohner des ländlichen Raums zumutbare Anfahrtsdauer zu einer Kinderarztpraxis

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6127

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich in den vergangenen fünf Jahren; Lehrermangel an der Josef-

Hepting-Schule in Vöhrenbach; Maßnahmen gegen den Lehrermangel im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6155

Ärztlemangel im ländlichen Raum

Bewertung des derzeitigen Ärztemangels im ländlichen Raum; Maßnahmen der Kommunen zur Gewinnung von Ärzten, insbes Hilfe bei der Suche nach geeigneten Praxisräumen; Fördermöglichkeiten des Landes für den Um- und Neubau geeigneter kommunaler Gebäude

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6186

Auswirkungen und Umsetzung der Notdienstreform im Alb-Donau-Kreis

Umsetzung der Notdienstreform durch die Kassenärztliche Vereinigung BW im Alb-Donau-Kreis, insbes Auswirkungen auf Anfahrtswege für Patienten, Versorgung der Bevölkerung, Erreichbarkeit gebietsärztlicher Notdienste für Patienten aus dem ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/6210

Informationen zur Veranstaltungsreihe/Untersuchung, die der Diskussionsrunde „Das Leben in Hardheim heute und morgen“ zugrunde liegt

Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierung der Studie; Methode und Zweck der Untersuchung; Zahl der bereits durchgeführten Veranstaltungen; Verfolgung der Veranstaltungen durch Mitglieder der LReg; Auswahl der Veranstaltungsteilnehmer; Unterrichtung der Teilnehmer über den Zweck der Veranstaltung, über deren Aufzeichnung und die künftige Verwendung der gewonnenen Daten; Gründe für den Ausschluss von Journalisten

KlAnfr
s. *Studie*
Drs 15/6241

Finanzierungsreform zur Neuordnung der Leistungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz

Zeitplan für die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs; Anhebung des Pauschalbetrags für den Ausgleich von Kostensteigerungen; Interessenausgleich zwischen den Verdichtungsräumen, den Randzonen der Verdichtungsräume und dem ländlichen Raum; Zuverlässigkeit der Datenbasis für die neue Modellrechnung; Berücksichtigung eines erhöhten Verwaltungsaufwands bei den Stadt- und LKreisen sowie den Verbänden und Verkehrsunternehmen

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6245

Ausbau und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Sachstand zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW, insbes bei den großen Schienenausbauprojekten, Umsetzung und Finanzierung der einzelnen S-Bahn-, Straßenbahn- und Stadtbahnprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Maßnahmen für den ÖPNV im ländlichen Raum, Stellenwert und Unterstützung der Barrierefreiheit

Antr

s. Öffentlicher Personennahverkehr
Drs 15/6272

Junge Menschen im ländlichen Raum in BW

Ursachen für den Rückgang der jungen Arbeitskräfte in der Agrarwirtschaft; Jobaussichten für Agrarabsolventen im ländlichen Raum; Auflistung der vom Arbeitskräftemangel in der Agrarwirtschaft besonders betroffenen ländlichen Gebiete; Beeinträchtigung der Attraktivität des Berufsbilds Bauer durch Zerrbilder in den Medien; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Agrarberufs und des ländlichen Raums für junge Arbeitskräfte

Antr
s. Agrarberuf
Drs 15/6285

Breitbandausbau im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Stand der Breitbandversorgung; Förderung von Breitbandprojekten seit dem Jahr 2011; Verfügbarkeit von Highspeed-Internet; Anschluss an überregionale Datenleitungen; Versorgungsqualität im ländlichen Raum

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/6289

Aktuelle Situation der Pflege im Wahlkreis 33

Entwicklung der Pflegesituation im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33), insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern; Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum

KlAnfr
s. Pflege
Drs 15/6390

Breitbandversorgung im Ostalbkreis

Geförderte Gemeinden und Projekte; Breitbandversorgung im Ostalbkreis im Vergleich zu anderen LKreisen; Beitritt einzelner Kommunen zum interkommunalen Breitbandverbund „Komm.Pakt.net“; Förderprogramme für den Ausbau der Breitbandversorgung

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/6401

Wachstumsmarkt Tourismus BW

Sachstand zur Förderung und Entwicklung des Tourismus in BW, insbes finanzielle Förderung, geförderte Tourismusprojekte, Nachhaltigkeit, Radtourismus, barrierefreier Tourismus, touristische Infrastruktur im ländlichen Raum

Antr
s. Tourismus
Drs 15/6410

Bedarfsplanung für Kinderärzte im Enzkreis

Kinderärztliche Versorgungsdichte im Enzkreis; Entwicklung der kinderärztlichen Versorgung; zumutbare Anfahrtsweg zu einer Kinderarztpraxis für Bewohner des ländlichen Raums

KlAnfr
s. Ärztliche Versorgung
Drs 15/6448

Jugendherbergswesen in BW

Neueröffnungen und Schließungen von Jugendherbergen im Jahr 2014; Gründe der Schließung der Jugendherberge in Singen (Hohentwiel); Sanierungsbedarf bei den Jugendherbergen in BW; Entwicklung eines langfristigen Investitionskonzepts in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk; Förderung der Sanierung bestehender Jugendherbergen im ländlichen Raum; Beachtung des Satzungszwecks bei den Angeboten von Jugendherbergen

Antr
s. Jugendherberge
Drs 15/6465

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis Neckarsulm

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis Neckarsulm, insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderschwerpunkte

KlAnfr
s. Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum
Drs 15/6693

Nachhaltigkeit in der Politik des Ländlichen Raums und Verbraucherschutzes des Landes

Sachstand zur konkreten Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im Bereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, insbes inhaltliche und programmatische Schwerpunkte, Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen, Verzahnung mit der Naturschutzstrategie, Bedeutung des Bodens und Klimaschutzes

Antr
s. Nachhaltige Entwicklung
Drs 15/6941

Integriertes ländliches Entwicklungs-Konzept (ILEK)

Sachstand zum Förderinstrument „Integriertes ländliches Entwicklungs-Konzept“, insbes Zielsetzung, Einsatz in Gebieten und Projekten, Bewerbungen und Auswahlkriterien, Finanzausstattung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 26.06.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7068
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 71
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKkreis Rastatt), insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderschwerpunkte

KlAnfr
s. Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum
Drs 15/7289

Abruf der Fördermittel aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik

Sachstand zu Fördervolumen und Mittelabruf für die 16 Landesförderprogramme des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum

KlAnfr
s. Agrarsubvention
Drs 15/7530

Wassermangel durch versiegende Quellen im Hochschwarzwald
Gefährdung der Trinkwasserversorgung im Hochschwarzwald durch versiegende Quellen und Absenkung des Grundwasserspiegels; Förderung des Anschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung oder einer Umstellung auf andere Formen der Wasserversorgung

Antr
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/7659

Mittel des Landes für Erhalt, Sanierung und Ausbau von Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis in den Jahren 2005 bis 2015

Sachstand zur Bereitstellung von Landesmitteln für den Bau von Landes- und Kreisstraßen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber im Zeitraum von 2005 bis 2015; Bewertung der Kriterien für die Berechnung und Priorisierung der förderfähigen Straßenbaumaßnahmen für die ländlichen Räume gegenüber der Gesamtförderung des Verkehrs in Ballungsgebieten

MdlAnfr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/7860

Projektende MELAP PLUS und ELR-Schwerpunktgemeinden - Wie geht es weiter?

Sachstand zu Erkenntnissen aus den Modellprojekten MELAP und MELAP PLUS iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum nach zwei Förderperioden, insbes zukünftigen Projekte gegen den Flächenverbrauch in Kommunen und Förderung der Innenentwicklung

Antr Elke Brunner u.a. CDU 18.12.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7910

Ländliches Gebiet

s. *Ländlicher Raum*

Lärm

s.a. *Lärmschutz*

Privilegierung von Kinderlärm

Bewertung der Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes zur Privilegierung von anlagenbezogenem Kinderlärm; Anstreben von landesrechtlichen Regelungen zur Privilegierung von verhaltensbezogenem Kinderlärm, z.B. zur Erleichterung der Errichtung und Erweiterung von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/268

Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen

Vorlage eines GesEntw

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1128

Lärmentwicklung durch Luftwärmepumpen

Entwicklung des Einsatzes o.g. Wärmepumpen in Privatgebäuden und deren Lärmproblematik, insbes im niederfrequenten Bereich und in Wohngebieten; Einwirkung auf die Herstellerfirmen und ausführenden Handwerksbetriebe zur Verbesserung der

Lärmschutzwerte; Möglichkeiten der Nachrüstung und Durchführung von Abnahmen und schalltechnischen Überprüfungen der Anlagen; Umsetzung der Beschlusslage der Umweltministerkonferenz zur Verbesserung des Lärmschutzes bei stationären und mobilen Geräten und Maschinen in Wohngebieten

Antr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/1527

Flächendeckendes Verkehrsmonitoring in BW

Stand des Ausbaus eines landesweiten Verkehrsmonitorings, Auskunft über die bisherigen Erfahrungen; Aussagen über die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Funktionen des Verkehrsmonitorings; Einschätzung der Verkehrs- und Lärmbelastung von Straßenabschnitten, Möglichkeiten der Verkehrslenkung; Vergleich der automatischen Erhebung gegenüber einer manuellen in Bezug auf Zähldauer, Genauigkeit und Kosten

Antr
s. *Verkehrsstatistik*
Drs 15/2371

Windkraft-Planung im Remstal (Windpark Buocher Höhe)

Bürgerprotest gegen den Windpark im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet; Abstand der Windkraftanlagen von den umliegenden Wohngebieten; Umweltbelastung durch Licht- und Lärmemissionen, insbes durch tieffrequenten Schall; Gesundheitsgefahr durch Infraschall; Wirtschaftlichkeit der Anlage im Hinblick auf etwaige Zwangsabschaltungen wegen Schattenwurf, Lärmemission, Fledermausflug sowie größerer Unterschiede beim Windaufkommen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3054

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrsbelastung auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzenbühl

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3642

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 8

Verkehrsaufkommen, Lkw-Anteil in der Nacht; Lärmschutzmaßnahmen an der Pfintalbrücke; Einbeziehung der Klosterwegbrücke in den Planfeststellungsbeschluss

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3649

Gesundheitliche Folgen des tieffrequenten Schalls von Windenergieanlagen

Umweltmedizinische Untersuchungen und Erkenntnisse über gesundheitliche Beschwerden als Folgen des tieffrequenten Schalls oder Infraschalls von Windenergieanlagen; Förderung von Maßnahmen zur Erforschung und Vorbeugung möglicher Gesundheitsrisiken in Verbindung mit Windenergieanlagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4889

Warnsignalton in S-Bahnen

Auftreten technischer Probleme bei den S-Bahnen der Baureihe ET 430; Streckeneinsatz dieser S-Bahn-Züge; Beschwerden von Fahrgästen über die Lautstärke des Warntons beim Öffnen und Schließen der Türen; EU-rechtliche Vorgaben für akustische Warnsignale beim Öffnen oder Schließen von Fahrgasttüren

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5299

Möglichkeiten zur effizienten Eindämmung und Verhinderung von Lärmbelästigungen

Maßnahmen zur effizienten Eindämmung und Verhinderung von nächtlichen Lärmbelästigungen durch Jugendliche im Bereich der Schönbuschschule in Dettenhausen

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 16.07.2014 und Antw MVI
Drs 15/5502

Lärmschutz in BW - Maßnahmen zur Vermeidung von Lärm

Sachstand zu durchgeführten und geplanten Maßnahmen, Initiativen und Vorhaben des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zum Lärmschutz und zur Lärmvermeidung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/5541

Neue Berechnungen zur Lärmbelastung an der Bundesautobahn A 8

Bewertung der Ergebnisse des Lärmgutachtens zur Lärmbelastung an der A 8 zwischen Karlsbad und Pforzheim/West im Bereich Remchingen und Konsequenzen für die Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.11.2014 und Antw MVI
Drs 15/6142

Windpark Schurwald im Bereich Esslingen/Plochingen

Stand der Errichtung des Windparks Schurwald; Bedenken von Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld der Genehmigung; Beeinträchtigung des An- und Abflugs am Flughafen Stuttgart durch die Windkraftanlagen; Abstand zur Wohnbebauung; Gesundheitsgefährdung durch Licht- und Lärmemission

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6219

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6441

Körperschallübertragungen durch Windenergieanlagen

Sachstand zu Körperschallübertragungen im Zusammenhang mit Windenergieanlagen, insbes durchgeführte Messungen

durch die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW)

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6524

Bau eines Verflechtungsstreifens an der Autobahn (A) 8/(A) 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost

Sachstand zum Bau eines Verflechtungsstreifens an der A 8/A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost, insbes Ziele, Folgewirkungen durch Zunahme von Verkehr sowie Lärm- und Schadstoffbelastung, Gegenmaßnahmen, Bürgerbeteiligung

KlAnfr
s. *Autobahnkreuz*
Drs 15/6714

Nächtliche Ruhestörungen nach übermäßigem Alkoholkonsum in örtlichen Szenetreffs; Schaffung der Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden an örtlichen Brennpunkten

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 209-211 215

Lärmbekämpfung

s. *Lärmschutz*

Lärmbelästigung

s. *Lärm*

Lärmbelastung

s. *Lärm*

Lärmemission

s. *Lärm*

Lärmkartierung

s. *Lärmschutz*

Lärmschutz

s.a. *Lärm*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Klares Bekenntnis zu Baden 21

Hinwirkung auf angemessene Lärmschutzmaßnahmen der Bahn AG entlang der gesamten Strecke; Eintreten für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung zwischen Karlsruhe und Basel; Berücksichtigung des Landesanteils in der mittelfristigen Finanzplanung

Mittlg LReg
s. *Baden 21*
Drs 15/12

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang

der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenfern- und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weil-Haltingen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/133

Lärmkartierung im Enzkreis

Voraussetzungen für die Aufnahme von innerörtlichen Landesstraßen in die Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Bewertung der Chancen für eine Aufnahme der Ortsdurchfahrten der Landesstraße 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 22.06.2011 und
Antw MVI Drs 15/144

Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich

Unterstützung der Position der südbadischen Region gegenüber dem Bundesverkehrsminister, ausschließliche Akzeptanz von Flugbewegungen als Planungs-, Steuerungs- und Kontrollkriterium; Mitwirkung in der Begleitkommission beim Regierungspräsidium Freiburg und im Fluglärmbeirat; Unterstützung der Initiative des Fluglärmbeirats zur Schaffung von Transparenz der Vorgänge im südbadischen Luftraum

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/186

Statistische Angaben zu Landesstraßen in BW

Gesamtlänge und Zustand der Landesstraßen; Art und Anteil sowie Kosten des Sanierungsbedarfs; Anteil mit Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund von Straßenschäden; vorgenommene Lärmschutzmaßnahmen

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/288

A 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen-Ost - Ausbau, Überdeckung und zusätzlicher Lärmschutz

Einhaltung der o.g. Zusagen der alten LReg und der finanziellen Beteiligung, Unterstützung der Verlegung der Anschlussstelle Böblingen-Ost, Einbeziehung der Bürgerinitiative und der Kommunen in die Planungen; Zeitpunkt der Einleitung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, des Planfeststellungsbeschlusses und des Beginns der Bauarbeiten

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/309

Fluglärmgespräche mit Schweizer Regierungsvertretern

Frage nach den jeweiligen Positionen zur Zahl der Flugbewegungen vom und zum Flughafen Zürich über dem südbadischen Luftraum; Einschätzung der Möglichkeiten für eine baldige Lösung des Fluglärmstreits mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/435

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspurigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 22.09.2011 und Antw
MVI Drs 15/576

Geschwindigkeitsbegrenzung in den Leonberger Teilorten

Einführung von Tempo 30 auf den Durchfahrtsstraßen in Warmbronn, Höfingen und Gebersheim, Frage nach weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Reduzierung der Lärmbelastung

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/663

Fernverkehrsrelevanz von Straßen in der Region Karlsruhe

Fernverkehrsaufkommen und -relevanz beim Bau einer Nordumgehung um Knielingen zwischen der geplanten zweiten Rheinbrücke und der B 36 sowie im Falle der ursprünglich geplanten Anbindung dieser Nordumgehung an die bestehende Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe, Fernverkehrsaufkommen und -relevanz der Karlsruher Südtangente zwischen der Ausfahrt Kühler Krug und der Autobahnanschlussstelle Karlsruhe-Mitte, Chancen und Kosten von Lärmschutzmaßnahmen entlang dieser Südtangente

KlAnfr
s. *Fernstraße*
Drs 15/751

Südmumfahrung des Rastatter Stadtteils Münchfeld

Höhe der Mittelbereitstellung für Lärmschutzmaßnahmen im Wahlkreis Rastatt in den nächsten zwei Jahren, Chancen einer Realisierung der o.g. Umfahrung bzw von Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anwohner

KlAnfr
s. *Rastatt*
Drs 15/821

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn

Eintreten beim Bund für die Abschaffung des Schienenbonus, entsprechende Ausweisung der Rheintalbahn als Pilotstrecke

ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 08.12.2011 Drs
15/981
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1030-1037
Mittlg LReg 11.06.2012 Drs 15/1851

Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendeinrichtungen

Vorlage eines GesEntw

Antr FDP/DVP 11.01.2012 und Stellungnahme UM Drs
15/1128

Lärm- und Luftschutz im Zuge des Ausbaus der A 8 im Enztal

Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Kommunen bei den o.g. Planungen, erneute Überprüfung der Verkehrsprognose für 2025 auf der A 8 nahe Kieselbronn, Eintreten für eine Ergän-

zung der schalltechnischen Untersuchung und Luftschadstoffhebung in Kieselbronn, Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen entlang der Autobahn

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 23.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1157

Fluglärm reduzieren - Südbaden entlasten

Aktuelle Debatte

s. *Luftverkehr*

PIPr 15/24 S. 1169

Haushalt 2012; Epl 13

Beteiligung an den lärmenschutzbedingten Mehrkosten entlang der Rheintalbahnantrasse

EAntr CDU 09.02.2012 Drs 15/1213-10 S. 15 16

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1348-1370

Anschluss des Weissacher Tals an die B 14

Berücksichtigung der Interessen der Gemeinden Weissach, Althütte, Allmersbach und Auenwald bei den Planungen zum Weiterbau der B 14, Eintreten für einen verstärkten Lärmschutz an den Ortsdurchfahrten der Ortsteile Waldrems und Heiningen

KlAnfr

s. *Weissach im Tal*

Drs 15/1276

Den kommunalen Straßenbau weiterhin fördern

Auswirkungen der Mittelumerschichtung im Landesgemeindefinanzierungsgesetz zugunsten des „Umweltverbunds“ sowie der Mittelverwendung für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1405

Lärmschutz entlang der A 8 Stuttgart-Fasanenhof

Überschreitung der Lärmgrenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet im o.g. Bereich; Beurteilung der Wirksamkeit von Flüsterasphalt, einer Geschwindigkeitsreduzierung u.a. Maßnahmen zum Schutz der Anwohner

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 21.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1472

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 79 80

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Fluglärm in der Region Ulm

Entwicklung der Fluglärmbelastung durch Militärflugzeuge in der Region Ulm sowie der entsprechenden Beschwerden bei der Bundeswehr u.a. Stellen; Initiativen zur Minimierung des Fluglärms

KlAnfr Martin Rivoir SPD 23.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1490

Lärmentwicklung durch Luftwärmepumpen

Entwicklung des Einsatzes o.g. Wärmepumpen in Privatgebäuden und deren Lärmproblematik, insbes im niederfrequenten Bereich und in Wohngebieten; Einwirkung auf die Herstellerfirmen und ausführenden Handwerksbetriebe zur Verbesserung der Lärmschutzwerte; Möglichkeiten der Nachrüstung und Durchführung von Abnahmen und schalltechnischen Überprüfungen der Anlagen; Umsetzung der Beschlusslage der Umweltministerkonferenz zur Verbesserung des Lärmschutzes bei stationären und mobilen Geräten und Maschinen in Wohngebieten

Antr

s. *Wärmetechnik*

Drs 15/1527

Verkehrslärmbelastung im Enzkreis

Auflistung der zehn Ortsdurchfahrten von Landesstraßen mit der stärksten Verkehrs- und Lärmbelastung, u.a. auf der L 1134 (Enzstraße) in Mühlacker; Eintreten für Lärmschutzmaßnahmen und für den Bau einer neuen Enzbrücke

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1623

Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg

MdlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/1734

Schutz vor verkehrsbedingten Immissionen in Bad Wimpfen

Höhe der Kosten und Effekte der genehmigten Umfahrung im Zuge der L 1100 im Vergleich zu der von der Bürgerinitiative Straßenverkehr Bad Wimpfen entwickelten Alternativplanung einer westlichen Spange; Gründe für die Aufhebung des Durchfahrtsverbots für Gefahrguttransporter; Umsetzungsstand des Lärmaktionsplans; Intensität und Ergebnisse der Schadstoffmessungen; Sicherheitsbewertung der Schulwege; Frage nach dem Planungsstand für die Aufnahme in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr

s. *Bad Wimpfen*

Drs 15/1744

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.05.2012 und Antw MVI Drs 15/1759

Verkehrslärmbelastung A 8

Beurteilung der Abweichungen zwischen Planfeststellung und aktueller Lärmmessung an der A 8 zwischen München und Augsburg; Durchführung entsprechender Messungen unter Normalbetrieb der A 8 bei Leonberg; Aufbringung von Flüsterasphalt im Zuge der vorgesehenen Fahrbahndeckensanierung der A 8 im Bereich Leonberg

KlAnfr Dr. Bernd Murschel GRÜNE 12.06.2012 und Antw MVI Drs 15/1826

Schallschutzwände im Stadtgebiet Geislingen/Steige an der Eisenbahnstrecke Stuttgart-Ulm

Ausstattung des Bereichs der Paul-Kauzmann-Straße und Georg-Preßmar-Straße mit Schallschutzwänden

KlAnfr Sascha Binder SPD 02.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2001

Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz zur Regelung des Flugverkehrs

Art und Zeitpunkt der Einbindung der LReg in die Verhandlungen zur Beilegung des Fluglärmstreits in Südbaden, Abgabe einer Stellungnahme vor dem endgültigen Vertragsabschluss? Bewertung des erzielten Verhandlungsergebnisses

KlAnfr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2203

Kosten der neuen Filderbahnhof-Variante

Gründe für die Anzweiflung von Mehrkosten bei der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“, Kommunikation der Erkenntnisse bereits iRd Filderdialogs? Frage nach einer Beteiligung an möglichen zusätzlichen Kosten der Variante auch bei einer Überschreitung des Kostendeckels sowie Beteiligung an den Kosten für den zusätzlichen Lärmschutz entlang der S-Bahn-Trasse in Leinfelden

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2219

Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Darstellung o.g. Maßnahmen für den Abschnitt bei Remchingen-Nöttingen und zwischen Karlsbad und Pforzheim-West, erneute Überprüfung der Lärmschutzplanung anhand des für 2025 prognostizierten Verkehrsaufkommens; Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen sowie für die Aufbringung von Flüsterasphalt in der Nähe von Remchingen-Nöttingen und Remchingen-Darmsbach

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2291

Folgen des Staatsvertrags über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf BW

Maximal zulässige Anzahl von Anflügen über baden-württembergisches Gebiet, Flughöhe und Zeitraum innerhalb des Tagesverlaufs; zu erwartende Änderungen ab 2020 insbes durch Neufestlegung der Flugrouten; Bewertung dieser Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf den Lärmschutz

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2313

Lärmreduzierung für Südbaden sicherstellen

Verhandlungsstand des Abkommens mit der Schweiz, voraussichtliche Befassung des Bundesrats; Lärmschutz-Ziele des Staatsvertrags; Unklarheiten über den Inhalt der Denkschrift zum Staatsvertrag, Erfordernis einer Konkretisierung der Ausführungsbestimmungen vor der Zustimmung im Bundesrat; Einhalten der Ziele der Stuttgarter Erklärung im Verfahren

Antr GRÜNE 18.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2349
ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 07.11.2012 Drs 15/2623
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2743-2764
Mittlg LReg 08.05.2013 Drs 15/3473

Lärmschutzmaßnahmen an der Autobahn 5 auf Höhe von Karlsruhe Killisfeld

Verwendung offenporigen Asphalts (Flüsterasphalt) anstelle von Waschbeton auf dem Autobahnteilstück der A 5 zwischen

Karlsruhe-Durlach und dem Kreuz Karlsruhe

KlAnfr Manfred Groh CDU 19.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2365

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2364

Staatsvertrag Fluglärm Zürich mit der Schweiz - Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung

Ablehnung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form; Hinwirkung auf Aufnahme der Positionen der Stuttgarter Erklärung, insbes der Begrenzung der Flugbewegungen auf 80.000/Jahr, in den Staatsvertrag

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2484

Verzögerungen bei Lärmkartierung im Enzkreis

Gründe, Verantwortliche und Konsequenzen der o.g. Verzögerung für die betroffenen Kommunen, u.a. für die Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung in der Gemeinde Keltern

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2619

Konzept für den Luftverkehr in BW

Entwicklung des Luftverkehrs in den letzten fünf Jahren unter Einbeziehung des Generalverkehrsplans; Prognosen für den Linienflugverkehr sowie den Fracht- und Charterverkehr der einzelnen Flughäfen und Landeplätze; Verkehrsverlagerung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern; Konzepte zur Reduzierung der mit dem Verkehrsaufkommen verbundenen Lärm- und Umweltbelastungen

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2772

Ausbau der Autobahn 81 im LKkreis Ludwigsburg

Geplanter vierspüriger Ausbau der Autobahn 81 zwischen dem Engelbergstunnel und Heilbronn, insbes Verbesserung des Lärmschutzes und Errichtung zusätzlicher Ausfahrten

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/2981

Überprüfung des Lärm- und Erschütterungsschutzes der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen

Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Erschütterung auf der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen, insbes Überprüfung der Wirksamkeit des Lärm- und Erschütterungsschutzes durch die Deutsche Bahn; finanzielles Beteiligungsangebot der Kommune bei Lärmschutzmaßnahmen; frühzeitige Veränderungen der Lärmschutzplanungen wegen möglicher Verschärfung der Richtwerte

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 08.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3043

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 05.06.2013 Drs 15/3712 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz GRÜNE und Wolfgang Drexler u.a. SPD) S. 35 36
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
Mittlg LReg 15.01.2014 Drs 15/4495

Lärmaktionspläne im Enzkreis

Ursachen der deutlich später präsentierten Daten der Lärmkartierung im Enzkreis durch die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) und rechtliche Folgen für die Gemeinden in Bezug auf die fristgerechte Umsetzung des Lärmaktionsplans

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 04.03.2013 und Antw MVI Drs 15/3156

Lärmschutz durch sogenannten „Flüsterasphalt“

Einsatz, Kriterien und Kosten für die Verwendung von „Flüsterasphalt“ bei Sanierungsmaßnahmen von stark befahrenen Autobahnen und Bundesstraßen iRd Lärmschutzes

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 06.03.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3170

ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen, Planfeststellungsabschnitt 1.4 (Filderbereich)

Lärmschutzmaßnahmen und zu erwartende Lärmimmissionen im Filderbereich durch die Bahntrasse der ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen im Zusammenwirken mit dem Verkehrslärm der Bundesautobahn 8 und dem Flughafen Stuttgart

KIAnfr Andreas Deuschle CDU 06.03.2013 und Antw MVI Drs 15/3175

Lärmsanierung an Schienenwegen in Hockenheim

Lärmbelastung und Lärmsanierung entlang der Schienenwege der Deutschen Bahn AG im Raum Hockenheim, insbes zukünftig zu erwartende Lärmbelastung iRd Ausbaus der Rheintalstrecke, Berücksichtigung der Lärmaktionspläne bei Lärmsanierungsmaßnahmen

Antr Manfred Kern u.a. GRÜNE und Rosa Grünstein SPD 06.03.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3181

Lärm- und Erschütterungsschutz für Leinfelden-Echterdingen

Umgang mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Erschütterung aufgrund der Nutzung der S-Bahn-Gleise zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen durch die Gäubahn; Schutzmaßnahmen; Vorschläge und Finanzierung

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 11.03.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3204

Ergänzende Stellungnahme MVI 16.04.2013 Drs 15/3371
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.04.2013 Drs 15/3571 S. 40-44
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn 8 (A 8) im Enzkreis

Entwicklung der Lärmbelastung auf dem Streckenabschnitt zwischen Karlsbad und Pforzheim-West seit 2008; nach dem Abschluss des Autobahnausbaus zu erwartendes Verkehrsaufkommen; Durchführung von Lärmmessungen; Unmut über unzureichenden Lärmschutz an der Pfintalbrücke bei Remchingen; Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes an der A 8 bei Remchingen

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 22.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3404

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefhängen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefhängen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KIAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrsbelastung auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzenbühl

KIAnfr Nicole Razavi CDU 17.06.2013 und Antw MVI Drs 15/3642

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 8

Verkehrsaufkommen, Lkw-Anteil in der Nacht; Lärmschutzmaßnahmen an der Pfintalbrücke; Einbeziehung der Klosterwegbrücke in den Planfeststellungsbeschluss

KIAnfr Viktoria Schmid CDU 19.06.2013 und Antw MVI Drs 15/3649

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1373 betr. Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Renaturierung der Donau

BeschlEmpf und Bericht PetA 07.11.2013 Drs 15/4185 Nr. 3 S. 3-8

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Mittlg LReg 28.01.2014 Drs 15/4672

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärmindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4333

Novellierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Einführung neuer Fördertatbestände zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Absenkung der Bagatellgrenze; Förderung des Einbaus von Lärmschutzfenstern; Übergangsregelungen für bereits zugesagte Fördervorhaben; Absenkung der Förderquote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); Verzicht auf Kürzungen im Förderbereich Radverkehr; Gefahr des Ausbleibens von Investitionsvorhaben wegen zu geringer Finanzkraft der Träger

Antr
s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4348

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw. Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/4518

Regierungsbefragung

Lärmschutz

PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5176-5180

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn (BAB) 8 bei Remchingen

Berücksichtigung von Lärmschutzberechnungen am Streckenabschnitt der Autobahn 8 bei Remchingen und geplante Verbesserung der Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.01.2014 und
Antw MVI Drs 15/4561

Bundesautobahn (A) 5 - Lärmauswirkungen auf Gemeinden im Wahlkreis 33

Durchschnittliche Lärmbelastung in den Gemeinden entlang der A 5; Entwicklung des Verkehrsaufkommens seit 2004; Beschwerden der Anrainergemeinden seit dem Ausbau der Bundesautobahn; Maßnahmen zur Lärmreduzierung

KlAnfr Tobias Wald CDU 20.01.2014 und Antw MVI Drs
15/4618

Schutzmaßnahmen an Landesstraßen

Übersicht über geplante Schutzmaßnahmen (Amphibienschutz, Lärmschutz etc.) an Landesstraßen; Kriterien für diese Schutzmaßnahmen; Koordinierung der Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen; Verhältnismäßigkeit der Kosten für Schutz- und Straßenbaumaßnahmen; Rechtsvorschriften; Initiierung von Schutzmaßnahmen an Landesstraßen; Steigerung der Anzahl der Maßnahmen durch eine Absenkung baulicher Standards

Antr

s. *Landesstraße*

Drs 15/4665

Gesundheitliche Folgen des tieffrequenten Schalls von Windenergieanlagen

Umweltmedizinische Untersuchungen und Erkenntnisse über gesundheitliche Beschwerden als Folgen des tieffrequenten Schalls oder Infraschalls von Windenergieanlagen; Förderung von Maßnahmen zur Erforschung und Vorbeugung möglicher Gesundheitsrisiken in Verbindung mit Windenergieanlagen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/4889

Lärmschutz entlang der Landesstraße (L) 83 im Bereich Altschweier

Lärmsituation und künftige Verkehrsentwicklung entlang der Landesstraße 83 im Bereich Altschweier sowie mögliche Lärm-

minderungsmaßnahmen

KlAnfr Tobias Wald CDU 17.04.2014 und Antw MVI Drs
15/5102

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zugartung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/5320

Lärmschutz in BW - Maßnahmen zur Vermeidung von Lärm

Sachstand zu durchgeführten und geplanten Maßnahmen, Initiativen und Vorhaben des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zum Lärmschutz und zur Lärmvermeidung

Antr GRÜNE 23.07.2014 und Stellungnahme MVI Drs
15/5541 (24 S.)

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7520-7528

Situation und Perspektiven der S-Bahn in der Region Stuttgart

Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Auslastung und Attraktivität der S-Bahn; Abfertigungskapazität am S-Bahn-Bahnhof am Stuttgarter Hauptbahnhof; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart-Ulm auf den S-Bahn-Verkehr; Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur; finanzielle Förderung eines verbesserten Lärmschutzes auf den Fildern

KlAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 15/5816

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/625 betr. Lärmschutzmaßnahmen an der A 96 Kießlegg

BeschlEmpf und Bericht PetA 16.10.2014 Drs 15/5806 Nr.
2 S. 5-7

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Mittlg LReg 12.12.2014 Drs 15/6270

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand im Verfahren zur Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen, insbes. Eingang des Förderantrags, Haltung des Verkehrsministeriums, Auswirkung auf die S 6 und S 60, Durchführung eines Stress-tests, Kosten für die Ertüchtigung des Bahnhofs Renningen, Lärmschutzertüchtigungsmaßnahmen, Alternativen zur verkehrlichen Anbindung des LKreises Calw an Stuttgart

KlAnfr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/5932

Neue Berechnungen zur Lärmbelastung an der Bundesautobahn A 8

Bewertung der Ergebnisse des Lärmgutachtens zur Lärmbelastung an der A 8 zwischen Karlsbad und Pforzheim/West im Bereich Remchingen und Konsequenzen für die Lärmschutzmaß-

nahmen

KlAnfr
s. *Lärm*
Drs 15/6142

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärmschutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr
s. *Streckenbau*
Drs 15/6427

Straßenverkehrliche Maßnahmen, insbes Geschwindigkeitsbegrenzungen im Zusammenhang mit Lärmaktionsplänen

Vorgaben und Handlungsspielräume bei der Umsetzung von Lärmaktionsplänen im Straßenverkehr aufgrund des Kooperationserlasses des Landes

KlAnfr
s. *Straßenverkehrslärm*
Drs 15/6488

Lärmschutzmaßnahmen auf der Bundesautobahn A 5 und A 8 im Raum Karlsruhe

Sachstand zu Lärmschutzmaßnahmen auf den Bundesautobahnen A 5 und A 8 im Raum Karlsruhe, insbes Verbesserung des Lärmschutzes durch die Fahrbahnsanierung, vorgesehene weitere Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr Bettina Meier-Augenstein CDU 18.03.2015 und Antw MVI Drs 15/6622

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbau der Rheintalbahn; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspakets

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/6723

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraße B 27 zwischen Leinfelden-Echterdingen und Aichtal

Lärmbelastung der Wohnstraßen in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal entlang der Bundesstraße 27 und umgesetzte und geplante Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 26.05.2015 und Antw MVI Drs 15/6922

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/7611

Lärmschutzwall A 8 Weissach-Flacht

Endausführung und Zweckmäßigkeit der Erdwälle an der A 8 in Höhe Weissach-Flacht; Verbesserung des Lärmschutzes durch Verschluss der Lücke zwischen den Erdwällen; Einfluss der noch ausstehenden Ausgleichsbepflanzung auf den Schallschutz

KlAnfr Dr. Bernd Murschel GRÜNE 30.10.2015 und Antw MVI Drs 15/7637

Eintreten für den Bau von Ortsumgehungen, Bewertung als Beitrag zum Lärmschutz

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 70

Finanzielle Beteiligung an Lärmschutzmaßnahmen und Umlanungen zum Lärmschutz bei der Rheintalbahn

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 167-171

Bewertung von Tempolimits aus Lärmschutzgründen

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 663-666 668

Beteiligung an der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen beim Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 743-746

Beteiligung an der Finanzierung zusätzlicher Lärmschutzmaßnahmen beim Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851

Beteiligung an der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen beim Ausbau der Rheintalbahn, Forderung nach Abschaffung des Schienenbonus

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1031-1037

Erreichung verbesserter Lärmschutzmaßnahmen in Leinfelden-Echterdingen als ein Ergebnis des Filderdialogs

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2322 2325 2326 2328-2332 2334 2338 2341

Lagerbewirtschaftung

s. *Lagerung*

Lagerhaltung

s. *Lagerung*

Lagerung

Baugenehmigung, Bauabnahme und Versagung eines alternativen Standorts durch die Baurechtsbehörden bei der Erweiterung der Mühle Lobenhäuser

Sachstand zu Standortsuche und Erteilung der Baugenehmigung für das Pellet- und Mineraldüngerlager bei der Lobenhäuser Mühle in Kirchberg an der Jagst

KlAnfr
s. *Baugenehmigung*
Drs 15/7348

Lagerwirtschaft

s. *Lagerung*

Lahr/Schwarzwald

Brandschutz bei Windkraftanlagen

Verlauf des Feuerwehreinsatzes beim Brand eines Windrads auf dem Langenhard in Lahr im September 2013; Verfügbarkeit von Löschwasser an der Brandstelle; Besonderheiten der Brandbekämpfung bei Windrädern; Gefahren und Risiken

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4120

Laichingen

Zukunft der Schulen im Alb-Donau-Kreis

Aktuelle Schulstandorte und die dort vertretenen Schularten; Zukunftsaussichten dieser Schullandschaft; Stellenwert kleinerer Grund- und Hauptschulen in ländlichen Gegenden; Schulen, die die Kriterien „mindestens 40 Schüler“ und „Zweizügigkeit“ erfüllen bzw nicht erfüllen; Gemeinschaftsschule als Instrument zum Erhalt von Schulstandorten; Weiterverwendung der Schulgebäude und Rückforderung gewährter Schulbauzuschüsse bei Schulschließungen; Auswirkungen der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Laichingen auf benachbarte Gemeinden und Schulen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2812

Kommunen werden bei regionaler Schulentwicklung gegeneinander ausgespielt - Regionale Schulentwicklung auf der Laichinger Alb

Situation der regionalen Schulentwicklung in der Raumschaft Laichingen, insbes Stellenwert eines konsensualen Vorgehens, Zeitplan der Schulentwicklungsplanungen, Entwicklung der Schülerströme, Zukunft und Perspektiven der Schulstandorte, Auswirkungen der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5225

Stelle des geschäftsführenden Schulleiters der Stadt Laichingen
Gründe für das Ausbleiben der Stellenbesetzung; Funktion eines geschäftsführenden Schulleiters in der Schulstadt Laichingen

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/5809

Laienkunst

s. *Kunst*

Laienmusik

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr CDU 27.02.2013 und Antw LReg Drs 15/3137 (11 S.)
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4721-4728

Fördergelder für Laienmusikverbände

Entwicklung des finanziellen Umfangs der Förderung der Amateurmusik und der Laienmusikverbände, insbes Gründe für die Kürzung der Fördermittel für den Schwäbischen Chorverband (SCV)

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.02.2014 und Antw MWK Drs 15/4867

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musikensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunkinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7725

LAKS Baden-Württemberg

s. *Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg*

LAN

s. *Rechnernetz*

Land Baden-Württemberg*s. Baden-Württemberg***Landarbeiter***Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft*

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr
s. Mindestlohn
Drs 15/5138

Landarzt*s. Arzt***Landeplatz**

s.a. Flughafen
s.a. Luftrettung

Hubschrauberlandeplätze im LKreiss Esslingen

Genehmigung der Landeplätze nach § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 18.06.2014 und Antw
MVI Drs 15/5347

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber in der Region Heilbronn-Franken

Situation der Landestellen für Rettungshubschrauber in BW bei der Erfüllung der strengeren Richtlinien der umzusetzenden EU-Verordnung, insbes Auswirkung der EU-Vorgaben auf das Rettungswesen in BW sowie in der Region Heilbronn-Franken, Kosten für eine Nachrüstung

KlAnfr
s. Luftrettung
Drs 15/5345

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber im Rems-Murr-Kreis

Zahl der von der Schließung bedrohten Hubschrauberlandeplätze; Folgen für das Rettungswesen im Rems-Murr-Kreis; mögliche Abhilfe; Kosten einer Nachrüstung gemäß den EU-Vorgaben

KlAnfr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 03.07.2014 und Antw
IM Drs 15/5426

Nachtstandorte für Rettungshubschrauber

Einsätze von Rettungshubschraubern aus anderen Ländern und Bundesländern aufgrund fehlender Nachtstandorte in BW; Einrichtung einer ausreichenden Anzahl von Nachtstandorten

MdlAnfr
s. Hubschrauber
Drs 15/8025

Landesakademie für die musizierende Jugend*s. Landesakademie Ochsenhausen***Landesakademie Ochsenhausen***Haushaltsmittel der Landesakademie für die musizierende Jugend in BW in Ochsenhausen*

Höhe der für 2012 etatisierten bzw der notwendigen Mittel, bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel im Haushaltsvollzug 2012; Betrauung der Akademie und Mittelbereitstellung zur Umsetzung eines Stipendiatenprogramms „Pop-Masterclasses“ für hochbegabte Jugendliche

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/1540
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351
S. 16 17
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Landesamt für Besoldung und Versorgung*Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 8 - Datenübertragung zwischen den Hochschulen und dem Landesamt für Besoldung und Versorgung*

Mittlg RH
s. Datenverarbeitung
Drs 15/1908

Beihilfeanträge beim Landesamt für Besoldung und Versorgung BW

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen; Erhöhung der Bearbeitungsdauer gegenüber dem Vorjahr; Information über den Bearbeitungsstand

KlAnfr
s. Verwaltungsakt
Drs 15/7717

Landesamt für Denkmalpflege*Neuordnung der Denkmalpflege*

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Verhältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftigten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Esslingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr
s. Denkmalpflege
Drs 15/4598

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg*Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung BW (LGL) - Schließung des Standorts Karlsruhe*

Aufwendungen, Einsparpotenziale und Auswirkungen der Zentralisierung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) durch Schließung des Standorts Karlsruhe, insbes geplante Aufgabenveränderung beim LGL, Planung der Stellenentwicklung, Ergebnis der

Kosten-Nutzen-Analyse für den Standort Karlsruhe, Standorterhalt durch Veränderung von Aufgaben und Bündelung von Kompetenzen

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 23.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4070

Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen

Sachstand zur Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen, insbes Planungsstand der einzelnen Schulen, Nutzung des internetbasierten Informationssystem WebGIS des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6923

Unstimmigkeiten im neuen Verfahren zur Förderung des Breitbandausbaus in BW

Zahl und Verfahrensdauer bei Förderanträgen zum Breitbandausbau sowie Umsetzungsfehler beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung

MdlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/7550

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Konzessionsvergabe zur Erkundung von Erdgas und Erdöl am Bodensee

Hintergrund zu den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau gestellten Konzessionsanträgen zur Erkundung von Erdgas- bzw Erdölvorkommen am Bodensee, insbes Einsatz von Frackingtechnologie, Gemarkungen der Erkundungsanträge, Zeitpunkt der Entscheidung; Auskunftsverweigerung des Landesamts angesichts des Landesumweltinformationsgesetz

KlAnfr
s. *Gasgewinnung*
Drs 15/6122

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg

s.a. Verfassungsschutz

Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes

Strukturreform des Landesamtes für Verfassungsschutz und Stellenabbau; Bewertung der Arbeit des Landesamtes; Bewältigung von Aufgaben wie z.B. der Beobachtung islamistischer Gruppierungen; Haltung des Innenministers zu einem Stellenabbau und zur Aufgabe der Terrorismusbekämpfung; Risiken einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes; Wegfall der parlamentarischen Kontrolle bei einer Verlagerung von Aufgaben auf den Bund; Folgen für die horizontale Gewaltenteilung; Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses (Bundestagsdrucksache 17/14600 vom 22. August 2013); Zusammenarbeit der Verfassungsschutzorganisationen des Bundes und der Länder

GrAnfr
s. *Verfassungsschutz*
Drs 15/4539

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW

Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Dritten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermitt-

lungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KlAnfr
s. *Durchsuchung*
Drs 15/4806

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsidien, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, eingegangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5543

Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Einsatzstrategien für Demonstrationen zu den Konflikten im Nahen Osten, Einsatz des Landesamts für Verfassungsschutz

Umgang mit zunehmender Gewalttätigkeit bei Demonstrationen anlässlich der Konflikte im Nahen Osten; Ausarbeitung von Strategien zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Koordination des Vorgehens von Polizeiführung, Staatsanwaltschaften und Innen- und Justizministerium; Anzahl der den Phänomenbereich Islamismus beobachtenden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5879

Regierungsbefragung

Wirtschaftsschutz

s. *Wirtschaftsspionage*
PIPr 15/131 S. 7876

Beteiligung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubensgemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz, der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Ausschluss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/8032

Landesanererkennungsgesetz Baden-Württemberg

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Erleichterte Anerkennung ausländischer beruflicher Qualifikationen durch die Regelung des allgemeinen Anspruchs auf individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen für landesrechtlich geregelte Berufe; Erlass des Landesanererkennungsgesetzes als Artikelgesetz entsprechend der Struktur des Bundesgesetzes

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume

s.a. Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 15: Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume

Mittlg LReg 05.09.2011 Drs 15/482
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/760
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Landesanstalt für Kommunikation

Wahl von Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 217

Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 540 543

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes und weiterer medienrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation, Reduzierung der Vorabkürzung des in § 10 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags bestimmten Anteils an der Rundfunkgebühr, Aufhebung der Deckelung bei der Förderung nichtkommerzieller Veranstaltungen; Änderung des Meldegesetzes und des Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

GesEntw
s. *Medienrecht*
Drs 15/2435

Wahl der Abg Viktoria Schmid und Abg Dr. Monika Stolz in den Landesmedienrat

PIPr 15/52 28.11.2012 S. 2993

Nachwahl eines Vertreters des Ltg für die Entsendung in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation

PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4229 4300

Umbesetzung im Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation

PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5263

Förderung „freier Radios“ in BW

Sachstand zur Umsetzung der Förderung nichtkommerzieller lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter in BW durch die Landesanstalt für Kommunikation

Antr
s. *Lokaler Rundfunk*
Drs 15/6745

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes

Anpassung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation an den durch die Digitalisierung der Medienwirtschaft gestiegenen Förderbedarf durch Reduktion des Vorwegabzugs am zugewiesenen Anteil des Rundfunkbeitrags

GesEntw
s. *Medienrecht*
Drs 15/7715

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/271

Messstellen der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW (LUBW)

Zahl der vorhandenen Messstationen landesweit im Vergleich zu 2006, Kriterien für die Auswahl der Standorte, Auflistung von geplanten neuen Standorten, Erstellung sogenannter Emissionskataster zur Erhebung von Luftschadstoffen für die einzelnen Regionen

KlAnfr
s. *Messgerät*
Drs 15/374

Personelle und finanzielle Situation bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW (LUBW)

Entwicklung der Aufgaben, Personal- und Sachmittelausstattung seit der Fusion der LfU mit der UMEG zur LUBW 2005; Darstellung der Altersstruktur der Beschäftigten und Entwicklung von befristeten Arbeitsverhältnissen; Gewährleistung der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie mit dem vorhandenen Personalbestand? Erhöhung des Etats iRd mittelfristigen Finanzplanung und Sicherstellung einer sachgerechten Personalausstattung

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 03.02.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1194
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.03.2012 Drs 15/3063 S. 39
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Schaffung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW

Neuregelung der Bestimmungen zu den aufgabenzuweisungsbefugten Stellen, zur Mitwirkung und zum Einvernehmen bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans und zur Fachaufsicht; Änderung der Zusammensetzung des Verwaltungsrats

GesEntw LReg 09.05.2012 Drs 15/1682

1. Beratung PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2161-2165

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.07.2012 Drs 15/2083

2. Beratung PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2424

GesBeschl 18.07.2012 Drs 15/2121

GBI 2012 Nr. 12 S. 482 (Ges vom 24.07.2012)

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr

s. *Radioaktivität*

Drs 15/1699

Lärmaktionspläne im Enzkreis

Ursachen der deutlich später präsentierten Daten der Lärmkartierung im Enzkreis durch die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) und rechtliche Folgen für die Gemeinden in Bezug auf die fristgerechte Umsetzung des Lärmaktionsplans

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/3156

Einbeziehung von Hinweisen ehrenamtlicher Ornithologen in die Daten der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Nutzung von Daten ehrenamtlicher Ornithologen bei der Artenkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr

s. *Vogel*

Drs 15/6881

Fachliche Ausarbeitung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) zur Bestimmung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan und deren Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen

Sachstand zur Festlegung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan, insbes Bewertung der naturschutzfachlichen Vorgaben der LUBW, Auswirkungen auf die Ausbauziele und Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen

Antr

s. *Vogelschutz*

Drs 15/7150

Rücknahme der Kürzung bei der LUBW

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1338 1341 1345

Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg

Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW

Errichtung der rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW als Fahrzeugeigentümerin und -verpächterin iR von Finanzierungshilfen des Landes bei der Beschaffung von Neufahrzeugen für Eisenbahnverkehrsunternehmen

GesEntw

s. *Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge*

Baden-Württemberg

Drs 15/6405

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg

Zukunft der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in den soziokulturellen Zentren

Anteil und Bewertung der Kinder- und Jugendarbeit an den Kursangeboten der soziokulturellen Zentren; Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagschulen auf die Nachfrage, u.a. auch beim Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

KlAnfr

s. *Soziokultur*

Drs 15/388

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS Baden-Württemberg e.V.)

Bedeutung, Ausbau und Förderung o.g. Zentren, insbes auch im Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung und Integrationsarbeit; zeitnahe Umsetzung der zwei zu eins Finanzierung von Kommunen und Land

Antr

s. *Soziokultur*

Drs 15/581

Förderung soziokultureller Einrichtungen

Förderung soziokultureller Einrichtungen in BW über die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS), insbes Höhe und Verwendung der vergebenen Fördermittel, geförderte Einrichtungen sowie Vergabekriterien und -zeiträume

KlAnfr

s. *Kultureinrichtung*

Drs 15/4104

Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträte

s. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Landesarchiv

s. *Archiv*

Landesarchivgesetz

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung der §§ 5 und 6 des Landesarchivgesetzes in der Fassung vom 1. Juli 2004

GesEntw

s. *Landesrecht*

Drs 15/5443

Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg

Zustände in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAsT) in Karlsruhe

Beurteilung der o.g. Situation, insbes der Versorgung mit sanitären Anlagen, Heizung, Möglichkeiten zur Wäschetrocknung und Versorgung der Schulkinder mit Schulmaterialien; Maßnahmen zur Behebung der Mängel und zur Bereitstellung adäquater Unterkünfte für den weiter anwachsenden Flüchtlingszustrom in

den Kommunen; Berücksichtigung des Umfelds der neu einzurichtenden Unterkünfte

KlAnfr Katrin Schütz CDU 28.09.2012 und Antw IntM Drs 15/2408

Überplanmäßige Ausgabe bei der Landesaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe (Epl 15 Kap 1503 Tit 75) im Hj 2013

Mittlg MFW 05.07.2013 Drs 15/3762

Regierungsbefragung

Weitergabe der millionenschweren Soforthilfe des Bundes für die Flüchtlingsunterbringung

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7537-7542

Flüchtlingssituation im Landkreis Böblingen

Anzahl und Unterbringung der Flüchtlinge zum Stichtag 30. November 2015, unterschieden nach staatlicher vorläufiger Aufnahme und kommunaler Anschlussunterbringung; Aufnahmekapazitäten; Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge; Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Herrenberg

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7841

Landesausschuss für Information

Wahl der Vertreter des LtG in den Landesausschuss für Information

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 81 111

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. *Landtag, Präsidium*

Drs 15/2

Landesausstellung

Große Landesausstellungen

Bis zum Jahr 2016 geplante Ausstellungen; vorgesehene Budget; thematische und organisatorische Koordination der einzelnen Großen Landesausstellungen; Kooperation der Museen miteinander und mit anderen einschlägigen Einrichtungen; Einbeziehung anderer Landeseinrichtungen in den Abstimmungs- und Koordinierungsprozess mit den Landesmuseen

Antr Helen Heberer u.a. SPD 23.11.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2733

BeschlEmpf und Bericht WissA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 32-34

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Von der Landesregierung geplante Änderungen im Konzept der Großen Landesausstellungen

Änderungen im Konzept der Großen Landesausstellungen der staatlichen Museen, insbes thematische und zahlenmäßige Begrenzung sowie Planung neuer Vorgaben des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst BW

MdlAnfr 3) Sabine Kurtz CDU 28.01.2013 Drs 15/2843

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3538 3539

Neukonzeption der „Großen Landesausstellungen“

Stand der Neukonzeption für die „Großen Landesausstellungen“, insbes Vorstellungen des Ministeriums, Einbindung der betroffenen Museen, Umsetzungszeitplan, künftige Bereitstellung und Verteilung der dafür angesetzten Haushaltsmittel

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 08.07.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3749

BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 7 8

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Unterstützung kommunaler und privater Kunstmuseen durch das Land

Förderung kommunaler und privater Kunstmuseen in den vergangenen zehn Jahren; Förderung des Ankaufs von Kunstwerken für kommunale und private Kunstmuseen durch den Wettmittelfonds des Landes; Unterstützung durch Dauerleihgaben; Einbeziehung in die Konzeption und Durchführung von Großen Landesausstellungen

Antr

s. *Museum*

Drs 15/4805

Landesbank Baden-Württemberg

Modalitäten beim Verkauf der Tochter LBBW-Immobilien durch die LBBW

Ausgestaltung des Bieterverfahrens bei einer EU-weiten Ausschreibung, Gewährleistung sozialer Rahmenbedingungen zum Schutz der Mieter

MdlAnfr

s. *Wohnung*

Drs 15/98

LBBW-Wohnungsverkauf

Stand des o.g. Wohnungsverkaufs; Berücksichtigung des Verkaufpreises der Kommunen; Stellenwert der sozialen Absicherung von Mitarbeitern und Mietern bei den Verkaufskriterien

KlAnfr

s. *Wohnung*

Drs 15/623

Haushalt 2012

Umwandlung der stillen Einlagen an der LBBW in Stammkapital

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1116 StHG/5 S. 48 49

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Verkauf der LBBW Immobilien GmbH an das Konsortium unter Führung der P.I.AG

Entscheidungsgründe für die Erteilung des Zuschlags an das o.g. Bieterkonsortium, Vergleich mit den Auflagen der EU und den Festlegungen im Koalitionsvertrag, insbes zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wohnungsbestände, zum sozialen Schutz der Mieter und der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen; Frage nach entsprechenden Garantien der Bieter sowie Nachweisung von Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt in BW und einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen des Landes

Antr

s. *Wohnung*

Drs 15/1304

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW

Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1369

Regierungsbefragung

Verkauf von LBBW-Immobilien

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1599-1601

Sozialcharta: Sozialer Schutz oder Chicago School of Economics?

Beurteilung der Ausgestaltung und Laufzeit der vereinbarten erweiterten Sozialcharta der P.I.AG beim Kauf der Immobilien der LBBW; Klärung der Kontroverse zwischen dem Finanzminister und dem Stuttgarter OB über den Mieterschutz bzw den Umgang und die Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW; Vergleich mit dem Wohnungsverkauf der Stadt Dresden und den Vorgaben des Freistaats Bayern für den Wohnungsverkauf der bayerischen Landesbank; Frage nach dem Schutz der Mieter vor Eigenbedarfs- oder Verwertungskündigung nach 2016

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/1487

Verkauf von riskanten Finanzprodukten an Kommunen durch die Landesbank BW (LBBW)

Zahl und Volumen der o.g. Verkäufe der LBBW und ihrer Beteiligungen an Kommunen, Zweckverbände oder kommunale Unternehmen; Bewertung solcher Geschäftspraktiken und des Verhandlungsstands der LBBW mit den betroffenen Kommunen; Maßnahmen zum Schutz der Kommunen, Umgang mit dem GesEntw 15/1571 zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht der Gemeindeordnung

Antr
s. *Finanzinstrument*
Drs 15/1801

Sozialer Kahlschlag nach dem Verkauf der LBBW-Wohnungen?

Umsetzung der Restrukturierungsaufgaben der EU-Kommission im Beihilfverfahren ohne Beteiligung des Parlaments; Mitwirkung an der Restrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg aufgrund der Eigentümerstellung des Landes; Rechtscharakter und Verbindlichkeit der beim Verkauf der Wohnungen an die Patrizia Immobilien AG zum Schutz der Mieter ausgehandelten Sozialcharta; Wirksamkeit der Sozialcharta gegenüber den vom jetzigen Eigentümer geplanten Mieterhöhungen; Unterstützung der Mieter der ehemaligen LBBW-Wohnungen; Auskunft über die Finanzierung des Wohnungskaufs durch die Patrizia Immobilien AG

Antr
s. *Wohnungswirtschaft*
Drs 15/3932

LBBW, Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Gründe für die Träger der Landesbank Baden-Württemberg zur Erhöhung des Stammkapitals der LBBW bzw zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital und Einflussnahme der LReg; Existenz eines sachlichen Zusammenhangs zwischen dem Scheitern der Landeshauptstadt Stuttgart im Bieterverfahren um die LBBW Wohnungen und dem Vollzug des Plans zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 20.08.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3960
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4897 S.

12 13
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Verwirrspiel bei der Sozialcharta beim Verkauf der LBBW-Wohnungen durch den Finanz- und Wirtschaftsminister

Zustandekommen, Rechtsgültigkeit und Umsetzung der Sozialcharta durch die Firma Patrizia Immobilien AG als Käuferin der 21.500 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg, insbes Gewährleistung des Mieterschutzes

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/3961

Regierungsbefragung

LBBW/PATRIZIA

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4666-4670

Einrichtung eines Sozialchartafonds für die Mieter der LBBW-Wohnungen aus der Vergleichssumme von J.P.M.

Finanzmittel aus dem Vergleich mit der US-Investmentbank JP Morgan Chase; Stillschweigen der LBBW über eine Vergleichszahlung; Urteil des Stuttgarter Landgerichts im Streit um eine Mieterhöhung für eine vormalige LBBW-Wohnung durch die heutige Eigentümerin; Unwirksamkeit der Sozialcharta; Einhaltung des zugesagten Mieterschutzes; Nutzung der Vergleichssumme für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung ehemaliger LBBW-Mieter in Härtefällen

Antr
s. *Wohnimmobilien*
Drs 15/4382

Sozialcharta und Ombudsmann

Mietbedingungen für die Mieter der 21.500 von der Landesbank BW (LBBW) an die Patrizia Immobilien AG verkauften Wohnungen, insbes Einhaltung der Mieterhöhungsgrenze in der Sozialcharta; Einsetzung eines Ombudsmanns für die Mieter für alle Fragen zur Sozialcharta

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/4702

Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des erneuten Verkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien

Sachstand zur Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des Weiterverkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien durch die Patrizia Immobilien AG an die Deutsche Annington Immobilien, insbes Wohnungsverkäufe vor dem Weiterverkauf, Weiterverkaufspreis des übrigen Wohnungsbestandes, Mieterhöhungen bzw Beendigung von Mietverhältnissen durch die Patrizia Immobilien AG, Rechtssicherheit und Bestand der vorliegenden Sozialcharta sowie der Mieterschutzvorschriften nach dem Weiterverkauf, Maßnahmen der LReg zum Schutz der betroffenen Mieter, öffentlich geförderte Wohnungsneubauten an den Standorten der ehemaligen LBBW-Immobilien

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/7144

Bewertung der hinterlegten Risikoabschirmung und Kapitalerhöhung bei der LBBW als Vermögensanlage

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 131 132 138

Erinnerung an die Einbindung des Landtags in die Entscheidung über die Kapitalerhöhung bei der LBBW 2009

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 557

Erinnerung an die intensive Vorberatung und Abwägung der Erhöhung des Eigenkapitals der LBBW

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 689 697

Erinnerung an die Kapitalerhöhung bei der LBBW, Verweisung auf die verschärften Eigenkapitalvorschriften aus Basel III, Umwandlung der stillen Einlagen der Träger in hartes Kernkapital

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1043 1044

Unterstützung der Strategie des Vorstandsvorsitzenden der LBBW; Gewichtung des Mieterschutzes beim Verkauf der Wohnungen der LBBW

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1935 1939

Landesbankgesetz

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze

Erweiterung des Anwendungsbereichs des Umwandlungsgesetzes auf die Landesbank in der Rechtsform der Anstalt öffentlichen Rechts zur Ermöglichung der Beteiligung der Landesbank an Umwandlungen als übernehmender Rechtsträger

GesEntw

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 15/4353

Landesbauordnung für Baden-Württemberg

Folgen der Änderung der Waldabstandsregelung in der Landesbauordnung BW ab 1. März 2010

KIAnfr

s. *Baurecht*

Drs 15/1320

Präventive Neuinstallation und/oder Nachrüstung von Rauchmeldern in der Landesbauordnung (LBO)

Verankerung der o.g. Verpflichtung für private und öffentliche Gebäude in der LBO

KIAnfr

s. *Brandschutz*

Drs 15/1382

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern für Aufenthaltsräume, in denen bestimmungsgemäß Personen schlafen sowie Flure zur rechtzeitigen Selbstrettung (Flucht) von schlafenden Personen im Brandfall durch Erweiterung des § 15 der Landesbauordnung zum Brandschutz

GesEntw

s. *Rauchmelder*

Drs 15/3251

Bestimmungen zur verfahrensfreien Errichtung von Gerätehütten in Nutzgärten und Streuobstwiesen im Außenbereich

Festlegung unterschiedlicher Höchstgrenzen für den zulässigen Brutto-Rauminhalt im Innen- und im Außenbereich in der Landesbauordnung (LBO); zunehmender Raumbedarf für Gartengeräte durch steigende Mechanisierung bei der Bewirtschaftung; Zulässigkeit eines im Verhältnis zur Grundstücksgröße steigenden Raumvolumens; Regelung in den Bauordnungen anderer

Bundesländer

Antr

s. *Baugenehmigung*

Drs 15/3646

Kenntnisgabe- und Baugenehmigungsverfahren in der Landesbauordnung

Ursprüngliche Zielsetzung des Kenntnisgabeverfahrens gemäß § 51 Landesbauordnung (LBO); Anteil der mittels Kenntnisgabeverfahren durchgeführten Bauvorhaben; Gründe für die in der Novellierung der LBO beabsichtigte Einschränkung des Kenntnisgabeverfahrens; zu erwartender bürokratischer Mehraufwand durch den Wechsel des Verwaltungsverfahrens

KIAnfr

s. *Baugenehmigung*

Drs 15/3876

Radstellplätze

Förderung des Radverkehrs durch Stellplätze für Fahrräder; Vorhaben einer verpflichtenden Einrichtung von Radstellplätzen bei Wohnungsneubauten; Ausweisung von Stellmöglichkeiten für Kinderwagen und Rollatoren

KIAnfr

s. *Fahrrad*

Drs 15/4609

Rauchwarnmelder - Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Konsequenzen einer Nichtbeachtung von § 15 Abs 7 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)

Konsequenzen der Nichtbeachtung der Landesbauordnung bezüglich der Installation von Rauchwarnmeldern, insbes rechtlichen und versicherungstechnischen Folgen im Schadensfall, strafrechtliche Konsequenzen und Sanktionsmechanismen in anderen Bundesländern; Notwendigkeit der Nachbesserung der gesetzlichen Regelung bezüglich Hinweispflicht, Kontrollen und Bußgeldern

Antr

s. *Rauchmelder*

Drs 15/5103

Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe

Errichtungszahlen und Klageverfahren gegen den Betrieb von Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe; Handlungsbedarf zur Einschränkung der Verfahrens- und Genehmigungsfreiheit durch die Landesbauordnung bei der Errichtung dieser Windkraftanlagen

KIAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/5180

Lichtsignal-Rauchmelder für gehörlose Menschen

Berücksichtigung gehörloser Menschen im Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung; Aufnahme spezieller Rauchmelder in den sogenannten Hilfsmittelkatalog der gesetzlichen Krankenkassen; Kostenübernahme iRd Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

KIAnfr

s. *Rauchmelder*

Drs 15/5263

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem

Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kennnisgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw LReg 03.06.2014 Drs 15/5294 (37 S.)

1. Beratung PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6159-6167

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 22.10.2014 Drs 15/5923 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)

2. Beratung PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6572-6580

GesBeschl 05.11.2014 Drs 15/6097

GBI 2014 Nr. 20 S. 501-506 (Ges vom 11.11.2014)

Übergangsvorschriften nach § 77 Abs 1 Landesbauordnung (LBO)

Zeitpunkt der Verbindlichkeit der novellierten Übergangsvorschriften nach § 77 Abs 1 Landesbauordnung für eingeleitete Verfahren

KlAnfr Tobias Wald CDU 22.12.2014 und Antw MVI Drs 15/6308

Baurechtliche Erleichterungen zur Realisierung von Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung baurechtlicher Verfahren zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, insbes Änderungen in der Landesbauordnung

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7381

Änderungspläne der LReg für die Landesbauordnung hinsichtlich landwirtschaftlicher Nutzgebäude im Innenbereich

Hintergründe zur geplanten Änderung der Landesbauordnung über den Wegfall der Wirksamkeit einer Baugenehmigung nach einer mehrjährigen Nichtausübung der genehmigten Nutzung von innerörtlichen landwirtschaftlichen Anlagen

KlAnfr

s. *Landwirtschaftliche Immobilien*

Drs 15/8049

Landesbeamten-gesetz

s. *Beamtenrecht*

Landesbeamtenversorgungsgesetz

s. *Beamtenversorgung*

Landesbeamter

s. *Beamter*

Landesbeauftragter

Informationsfreiheitsgesetz für BW

Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und

Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw

s. *Informationsfreiheitsgesetz*

Drs 15/3114

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr

s. *Tierschutz*

Drs 15/6411

Pläne der Landestierschutzbeauftragten für eine Regulierung der Haltung von Haustieren

Sachstand zur Forderung der Landesbeauftragten für den Tierschutz nach bundeseinheitlichen Standards für die Haltung von Haustieren sowie Bewertung und Maßnahmen der LReg, insbes Verbesserung der tierschutzfachlichen und -rechtlichen Qualifikation für Beschäftigte des Zoofachhandels, Schaffung eines Informationsportals für Heimtierhalter im Internet nach dem Schweizer Vorbild „www.meinheimtier.ch“, Verankerung des Tierschutzes als Bildungsziel in den Lehrplänen

Antr

s. *Tierschutz*

Drs 15/7083

Landesbeauftragter für den Datenschutz

s. *Datenschutzbeauftragter*

Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler

s. *Vertriebenenbeauftragter*

Landesbediensteter

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg MFW 13.11.2012 Drs 15/2630

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2012 Drs 15/2602 IV. S. 3

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3078

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2012 Drs 15/2603 II. S. 5

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3095

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.11.2012 Drs 15/2604 II. S. 11

PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3262

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2012 Drs 15/2606 II. S. 4

PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3311

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.11.2012 Drs 15/2608

II. S. 4

PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3172

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.11.2012 Drs 15/2609

II. S. 17

PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3189

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2012/29.11.2012

Drs 15/2610 II. S. 2

PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3205

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2012 Drs 15/2613

II. S. 4

PIPr 15/54 13.12.2012 S. 3220

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3215

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/2839

Befristete Arbeitsverhältnisse

Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beim Land zum Stichtag 1. April 2013; Verteilung auf die Bereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Justizvollzug, Steuer- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung und Sonstige; Gründe für die zeitliche Befristung; Dauer der Arbeitsverhältnisse; Zeitverträge mit jungen Berufstätigen; Anteil der in Dauerarbeitsverhältnisse überführten befristeten Arbeitsverhältnisse

KlAnfr

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Drs 15/3599

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr

s. *Landesbehörde*

Drs 15/3632

Externe und interne Kommunikation des Integrationsministeriums

Stellenbeschreibung des Mitarbeiters für „Entwicklung und Umsetzung externer und interner Kommunikationsmaßnahmen in türkischer Sprache“ in der Pressestelle des Integrationsministeriums; Eingruppierung der Stellen in der Pressestelle; verwendete Sprachen in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Integrationsministeriums; herausgehobene Rolle der türkischen Sprache

Antr

s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*

Drs 15/3741

Gilt „Musterland für gute und sichere Arbeit“ auch für die LReg?

Beschäftigungsbedingungen von Pförtner, Personen mit Werkverträgen und Praktikanten in Landesministerien und -behörden; Angewiesensein von Landesbeschäftigten auf ergänzende öf-

fentliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; Erfüllung der an die Arbeitgeber der Privatwirtschaft unter dem Schlagwort „Musterland für gute und sichere Arbeit“ gestellten Anforderungen des Koalitionsvertrags durch die LReg

Antr

s. *Arbeitsbedingungen*

Drs 15/3798

Verbot der Nutzung sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer

Nutzung sozialer Netzwerke durch Lehrer, insbes bekannt gewordene Fälle von Austausch personenbezogener Daten mit dienst- und datenschutzrelevanten Informationen und dienstrechtlichen Maßnahmen, Beweggründe für die Erstellung der Handreichung des Kultusministeriums zum Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen; Gefahren der Nutzung sozialer Netzwerke durch Landesbeamte und -beschäftigte; Sanktionsregelungen für das posten unangemessener Inhalte; Begründung des Verbots der Nutzung von Fan Pages und sozialen Plug-Ins für Schulen

Antr

s. *Online-Netzwerk*

Drs 15/3858

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete

Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftskoordination

Antr

s. *Pendler*

Drs 15/3995

Neuordnung der Denkmalpflege

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Verhältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftigten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Esslingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr

s. *Denkmalpflege*

Drs 15/4598

Nachhaltige Mobilität für Landesbedienstete

Mobilitätsunterstützung für Landesbedienstete, insbes Bezuschussung des VVS-Firmentickets, Bereitstellung von „Dienstfahrrädern“

MdlAnfr

s. *Jobticket*

Drs 15/5396

Bildung und Förderung der Mitarbeiter im Landesdienst

Stellenwert der Fortbildung der Mitarbeiter; Maßnahmen der Mitarbeiterfortbildung in der Ministerialverwaltung, der Polizei,

dem Schuldienst und den sonstigen Institutionen des Landes in den Zeiträumen 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014; durchschnittliche Fortbildungsdauer; prozentualer Anteil der an einer Fortbildung teilnehmenden Mitarbeiter; Art und Kosten der Fortbildungsmaßnahmen; zeitlicher Gesamtumfang der Fortbildung der Landesbediensteten in BW im Vergleich mit Bundesländern ohne Bildungsfreistellungsgesetz; Erfahrungen mit einem Bildungsfreistellungsgesetz in anderen Ländern

KlAnfr

s. *Berufliche Weiterbildung*

Drs 15/5600

Doping am Arbeitsplatz - Medikamentenmissbrauch in BW

Sachstand zum Konsum von Medikamenten zur Leistungssteigerung am Arbeitsplatz in BW, insbes Kenntnisstand über verwendete Mittel sowie Gründe und Risiken für solche Praktiken, geplante Maßnahmen zur Eindämmung dieses Phänomens auch im Bereich der Landesbediensteten

Antr

s. *Arzneimittelmissbrauch*

Drs 15/6845

Schutz des im Irak eingesetzten Landespersonals

Sachstand zum Schutz des im Irak eingesetzten Landespersonals, insbes geplante Sicherheitsmaßnahmen, Geheimhaltung der Identität der eingesetzten Mitarbeiter, Ausbildungsinhalte zur Irak-Mission an der Hochschule für Polizei, finanzielle Absicherung bei schweren oder tödlichen Verletzungen, Information über die aktuelle Gefährdungslage im Irak, psychologische Begleitung während und nach dem Einsatz

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.05.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6938

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.07.2015 Drs 15/7638 S. 32-34

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Durchführung der Irak-Mission des Staatsministeriums

Sachstand zur Durchführung der Irak-Mission des Staatsministeriums, insbes Auswahlverfahren für die Aufnahme von traumatisierten Frauen, Verzicht auf Abstimmung der Mission mit dem Bund und den anderen Ländern, Aufgaben und Auswahlkriterien der eingesetzten Landesbediensteten, Mitteleinsatz für einzelne Personen und Organisationen im Irak iRd Mission

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6939

Landes-Behindertengleichstellungsgesetz

s. *Behinderter*

Landesbehörde

Vergaberecht - Möglichkeiten einer ökologischen und sozialen Beschaffung im Land weiterentwickeln

Berücksichtigung ökologisch-sozialer Kriterien im Rahmen der geltenden „Verwaltungsvorschrift der LReg über die Beschaffung in der Landesverwaltung (Beschaffungsanordnung - BAO)“ von 2007; Umfang der bereits jetzt bei Aufträgen des Landes geltend gemachten Anforderungen; bisherige Erfahrungen mit der Umsetzung eines fairen Beschaffungswesens; Beschaffungspraxis in anderen Bundesländern; EU- und Bundesrecht; Auswirkungen einer Implementierung des Grundsatzes der fairen, ökologischen und sozialen Beschaffung auf die Vergabestellen,

die bietenden Unternehmen und die Beschäftigten; Schulung der für die Beschaffung in den Landesbehörden verantwortlichen Personen

Antr

s. *Vergaberecht*

Drs 15/3001

Informationsfreiheitsgesetz für BW

Schaffung eines allgemeinen Anspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen bei Landesbehörden analog zur Regelung durch das entsprechende Bundesgesetz (Informationsfreiheitsgesetz - IFG, vom 05.09.2005) bei Bundesbehörden, insbes dynamischer Verweis auf Formulierungen und Begründungen des Bundesgesetzes; Ausnahme von Landesbehörden mit Aufgaben im Sinne des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes vom Anspruch auf Informationszugang; Erhebung von Gebühren und Auslagen unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes; Übernahme der Aufgabe des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw

s. *Informationsfreiheitsgesetz*

Drs 15/3114

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

Dienstszitz und Finanzierung von Landesbehörden und Landes-einrichtungen im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

KlAnfr Werner Raab CDU 06.03.2013 und Antw MFW Drs 15/3178

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 13.06.2013 und Antw MFW Drs 15/3632

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4715

Postzustellung von Behörden

Sachstand zur Postzustellung behördlicher Briefe in BW, insbes Zustellbetriebe der einzelnen Behörden, Ausschreibungsverfahren, Rechtsfolgen verspäteter Zustellungen

KlAnfr

s. *Postbeförderung*

Drs 15/6487

Wann wird die Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts wieder besetzt?

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung der Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts, insbes Gewährleistung einer rechtssicheren Stellenbesetzung

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6755

Verfahren des Bundeskartellamts gegen die Deutsche Post AG
Sachstand zu Verträgen über Briefdienstleistungen von Landesbehörden in BW mit der Deutschen Post AG sowie deren Tochterunternehmen, insbes Gewährung von Rabatten unterhalb der Preise der Teilleistungsentgelte für Wettbewerber

KlAnfr
s. *Deutsche Post AG*
Drs 15/7748

Landesbesoldungsgesetz

s. *Besoldung*

Landesbeteiligung

s.a. *Öffentliches Unternehmen*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH „BKV - Bäder- und Kurverwaltung BW und ihre Beteiligung an Bäder- und Kurunternehmen“

Mittlg LReg 15.06.2011 Drs 15/93
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.07.2011 Drs 15/342
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschluss des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg LReg 08.12.2011 Drs 15/990 (Beteiligungsbericht 2011)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1338
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
Mittlg LReg 27.11.2012 Drs 15/2744 (Beteiligungsbericht 2012)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/3365
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4200 4201
Mittlg LReg 03.12.2013 Drs 15/4422 (Beteiligungsbericht 2013)
Mittlg LReg 18.12.2014 Drs 15/6066 (Beteiligungsbericht 2014)
Mittlg LReg 22.12.2015 Drs 15/7922 (Beteiligungsbericht 2015)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7964
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Compliance - Instrument öffentlicher Corporate Governance und des öffentlichen Auftragswesens

Umsetzung von Compliance (Einhaltung von Vorschriften und Regeln) durch Unternehmen (mit Landesbeteiligung), Entwicklung eines Compliance-Managements bzw von (Überwachungs-)Einrichtungen als Governance-Aufgabe für die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, Bewertung eines Tariftreuegesetzes als dadurch überflüssig, Übernahme einer Zertifizierung von Compliance-Management-Systemen

Antr
s. *Geschäftsführung*

Drs 15/1386

Nachteile für Unternehmen aus BW auf dem europäischen Markt wegen geringer Frauenquote

Ausschluss o.g. Unternehmen vom Wettbewerb in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Äußerungen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Positionen der Unternehmensverbände zu einer verbindlichen Frauenquote im Vorstand von Unternehmen; Beurteilung des Handlungsbedarfs bei den auf dem europäischen Markt agierenden Unternehmen, u.a. auch bei denen mit Landesbeteiligung

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1510

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 16 - Betätigungsprüfung bei der Beteiligungsgesellschaft des Landes BW mbH (Kap 0620)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1916
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2516
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Erhalt der Staatsbäder in BW

Entwicklung der Unterhalts- und Investitionsausgaben für die Bäder- und Kurunternehmen mit Landesbeteiligung, der Zahlen von Besuchern und Arbeitsplätzen sowie der Geschäftsergebnisse seit 2002; Darlegung der Bedeutung des Kur- und Heilbäderwesens für den Tourismus sowie der Haltung zu den Empfehlungen des RH in seiner beratenden Äußerung von 2007; Bereitstellung der notwendigen Mittel im kommenden Doppelhaushalt und Festhalten an den bestehenden Eigentums- und Beteiligungsverhältnissen der landesbeteiligten Unternehmen

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 05.09.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2289

Bilanzierung und Bewertung des von der Neckarpri GmbH gehaltenen EnBW-Anteils

Veröffentlichung des Bilanzabschlusses der Neckarpri GmbH; Wertgutachten zu den EnBW-Anteilen; ICC-Schiedsklage gegen die Electricite de France SA (EdF)

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2814

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

Dienstszitz und Finanzierung von Landesbehörden und Landeseinrichtungen im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3178

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3632

Schiedsklage des Landes BW gegen die Eléctricité de France (EdF) wegen des Ankaufs von Anteilen an der EnBW Energie BW AG (EnBW AG) im Jahr 2010

Bisherige Sitzungstermine des Schiedsgerichts bei der Internationalen Handelskammer; Datum der Übergabe des Schiedsauftrags an den Schiedsgerichtshof; Inhalt des Verfahrenskalenders; Überschreitung der Frist für den Erlass des Endschiedsspruchs; Refinanzierung der von der Neckarpri GmbH bzw der Neckarpri Beteiligungsgesellschaft mbH erworbenen EnBW-Anteile; Änderungen gegenüber der ursprünglichen vorgesehenen Refinanzierung; langfristige Sicherung günstiger Refinanzierungskonditionen

KlAnfr

s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Drs 15/6353

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/7917

Bewertung der Chancen und Risiken von Unternehmensbeteiligungen des Landes

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 132 138

Anstrebung einer höheren Frauenquote in Führungspositionen der landesbeteiligten Unternehmen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 194 197-200

Verweisung auf Sonderausschüttungen der Beteiligungsgesellschaften des Landes

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1123 1126 1135

Landesbeteiligungsbericht

s. *Landesbeteiligung*

Landesbetrieb

s. *Öffentliches Unternehmen*

Landesbibliothek

s. *Bibliothek*

Landesblindengeld

s. *Blindengeld*

Landesblindenhilfe

s. *Blinder*

Landesbühne

s. *Theater*

Landesbürgerschaft

s. *Bürgerschaft*

Landesdatenschutzbeauftragter

s. *Datenschutzbeauftragter*

Landesdatenschutzgesetz

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften

Zustimmung zum novellierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk; Folgeänderungen und redaktionelle Anpassungen des Landesmediengesetzes sowie des Landesdatenschutzgesetzes an die Regelungen des novellierten Staatsvertrags; Verlängerung der Zuweisungsdauer von Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter sowie der Zulassungsdauer eines privaten Rundfunkveranstalters von jeweils acht auf zehn Jahre

GesEntw

s. *Südwestrundfunk*

Drs 15/4223

Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim und die Konsequenzen für den Datenschutz?

Bewertung des VGH-Urteils im Rechtsstreit des ehemaligen MinPräs Mappus mit dem Land BW im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen; Umgang mit ggf. vorhandenen, in der 14. WP gefertigten Sicherungskopien von Daten der Mitarbeiter der Ministerien; Einwände gegen den datenschutzrechtlichen Lösungsanspruch; Unterrichtung des Untersuchungsausschusses „Polizeieinsatz Schlossgarten II“ und des Parlaments über die Datenlöschung; Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes

KlAnfr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/5594

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschrittsgesetz)

Änderung von § 33 a des Landesdatenschutzgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Änderung von § 8 des Landesdatenschutzgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw

s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*

Drs 15/7724

Landesdisziplinargesetz

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsno-

tare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinalgesetz

GesEntw
s. *Landesrichtergesetz*
Drs 15/3161

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 1 und 39 des Landesdisziplinalgesetzes in der Fassung vom 9. November 2010

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Landeseigene Immobilien

s. *Landeseigene Liegenschaft*

Landeseigene Liegenschaft

s.a. *Forstgebäude*
s.a. *Öffentliches Gebäude*
s.a. *Polizeigebäude*
s.a. *Wald*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 24: Landesimmobiliengesellschaft BW

Mittlg LReg 09.05.2011 Drs 15/7

Karlsruhe

Verkauf des landeseigenen Erbbaugrundstücks Haid-und-Neu-Straße 7

Antr MFW 27.06.2011 Drs 15/149
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/218
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Heidelberg

Ausgabe eines Erbbaurechts für eine Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 5932, Gemarkung Heidelberg

Antr MFW 28.06.2011 Drs 15/150
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/219
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 21 - Energiespar-Contracting bei Landesimmobilien (Kap 1209)

Mittlg RH
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/121

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 22: Verkauf von Landesimmobilien

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/231
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler und landeseigener Gebäude, bei angemieteten Liegenschaften sowie Gebäuden und Betriebsstätten von landesbeteiligten Unternehmen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/330

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 12: Landesbetrieb Vermögen und Bau

Mittlg LReg
s. *Bauverwaltung*
Drs 15/844

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinika); Höhe der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch; Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlage; Anwendung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sanierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Gesamtsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamteinsparpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der Landesgebäude

Antr SPD 01.12.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/947
ÄAntr CDU 14.03.2012 Drs 15/1426
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1621-1628
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) (ÄAntr CDU Drs 15/1426 zurückgezogen) S. 6-8
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
Mittlg LReg 14.11.2012 Drs 15/2670
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2869
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Stuttgart

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken im sogenannten „Azenbergareal“ in Stuttgart-Nord

Antr MFW 06.12.2011 Drs 15/959
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/995
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix

Entwicklung der verfügbaren Mengen und des Einsatzes von Energieholz seit 2000 und bis 2020 zur Erreichung der Klimaschutzziele, Anteil bei öffentlichen und privaten Gebäuden im Vergleich zu Öl- und Gasheizungen, Steigerung des Anteils bei den eigenen Liegenschaften; Weiterentwicklung der Programme zur Förderung des Einsatzes von Biomasse im Wärmemarkt; Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr
s. *Holz*
Drs 15/1081

Konstanz

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 4642, Gemarkung Konstanz

Antr MFW 10.01.2012 Drs 15/1123
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1147

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1520

Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie

Positionierung zum o.g. Vorschlag der EU-Kommission und den darin vorgesehenen pauschalen Einsparverpflichtungen zur Verringerung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent, insbes auch zur verbindlichen Sanierungsquote für öffentliche Gebäude; Bezifferung der Kosten für das Land, die Kommunen, Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 15/1127

Immobilientransaktion Rue Belliard 58 in Brüssel

Erwerb der o.g. Immobilie von der Bundesrepublik Deutschland

Antr MFW 23.02.2012 Drs 15/1317

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1342

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1557

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften für die Erzeugung von Fotovoltaikstrom

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 15/1360

Nutzung landeseigener Gebäude im LKreis Calw

Auflistung o.g. Gebäude und deren Nutzung, Unterbringung von Polizeidienststellen in leerstehenden landeseigenen Gebäuden

KIAnfr Thomas Blenke CDU 07.03.2012 und Antw MFW

Drs 15/1392

Aktuelle Herausforderungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern

Entwicklung der Zahlen von Asylbewerbern in den letzten und kommenden Jahren; Höhe und Träger der Mehrkosten, insbes auch durch die beabsichtigten Veränderungen bei den Unterbringungsstandards und die steigenden Zugangszahlen; Abgeltung der Mehrkosten für die Stadt- und LKreise nach dem Konnexitätsprinzip; Bereitstellung von frei werdenden Grundstücken und Gebäuden des Landes und Bundes, insbes von Kasernen

Antr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/1414

Entwurf eines Windenergieerlasses BW

Ausmaß der erfolgten bzw zu erwartenden Nutzung von kommunalen und landeseigenen Flächen zur Errichtung von Bürgerwindparks; Kriterien und Vorgaben für den Katalog der Schutzgebiete in den Tabubereichen, für die Festlegung der Abstandsflächen und Ausgestaltung der Rückbauverpflichtung; fachliche und rechtliche Begründung der Restriktionen in den verschiedenen Schutzgebietskategorien für Wasser- und Heilbäderschutzgebiete

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1526

Ökostrom in Behörden und Einrichtungen des Landes

Art und Umfang der Strombeschaffung für landeseigene Liegenschaften und Liegenschaften ausgegliederter Einrichtungen und Gesellschaften mit Landesbeteiligung; derzeitige und künftig mögliche Anteile von Strom aus erneuerbaren Energien, je-

weilige Auswirkungen auf die Klimabilanz, entsprechende Einwirkung der Klima- und Energieagenturen des Landes bei der Beratung von Kommunen

Antr

s. *Elektrizität*

Drs 15/1550

Daten zu den Polizeidirektionen in Pforzheim, Ludwigsburg und Böblingen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten Jahren; Darlegung der verfügbaren Liegenschaften als Grundlage der Entscheidung für Ludwigsburg als Standort des künftigen Präsidiums

KIAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/1554

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 22 - Wirtschaftlichkeit landeseigener Heizwerke (Kap 1208 und 1209)

Mittlg RH

s. *Wärmekraftwerk*

Drs 15/1922

Inklusion von blinden und sehbehinderten Menschen in BW

Zahl der Empfänger von Landesblindengeld u.a. Hilfen 2011, Beurteilung der Forderung nach Erhöhung und Einführung eines Sehbehindertengelds; Zahl und Anteil von Aufzügen zur Personenbeförderung in den Liegenschaften des Landes mit Benutzerinformationen in Blindenschrift und akustischen Informationssystemen, Kosten einer entsprechenden Ausrüstung bei allen Neubauten und Sanierungen

Antr

s. *Blinder*

Drs 15/2142

Energetische Sanierung von Landesliegenschaften mittels Contracting-Verfahren

Umfang der bislang durchgeführten und künftig möglichen Sanierungen des Landes und der Kommunen im Rahmen des Projekts VIRE und von Energieeinspar-Contracting unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020; Einschätzung der Einsparungen an CO₂-Emissionen sowie Heiz- und Stromkosten; Wirtschaftlichkeit des Einbaus von Blockheizkraftwerken sowie von solarthermischen Anlagen und Erdwärmesonden im Zuge von Contracting-Verfahren

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 15/2580

Energieeinsparungsmöglichkeiten in Landesliegenschaften durch ein verbessertes Energiemanagement

Entwicklung der Ausgaben für Strom und Wärme seit 2002, angenommener Energieverbrauch und Energiepreis für die mittelfristige Finanzplanung; Übertragbarkeit von Energieeinsparmaßnahmen im kommunalen Bereich; Aufwand und Einsparpotenzial der flächendeckenden Einführung eines automatisierten Energieverbrauchscontrollings in den Liegenschaften des Landes; wirtschaftliche Anreize zum Energiesparen in der Landesverwaltung über den Bereich der Universitäten und Universitätskliniken hinaus

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 15/2581

Nutzung des Geländes der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim

Eigentumsverhältnisse, Betriebsdaten, Gebäudenutzung, geplante Schließung, möglicher Verkauf und Anschlussnutzung der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim, insbes Berücksichtigung der Belange der Angestellten; neue Standorte und deren Unterkunfts-kosten für zukünftige Polizeifortbildungen

Antr
s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
Drs 15/2908

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW in die Polizeireform

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW bei der Planung der Polizeireform, insbes angekündigte und geplante bauliche Einzelmaßnahmen, absehbare Änderung der Gebäudenutzung, kalkulierte Neueinrichtungskosten einer Polizeileitstelle, geschätzte Gesamt- und Einzelkosten reformbedingter Baumaßnahmen, geplante Immobilienanmietung für einzeln genannte Polizeidienststellen mit Kostenkalkulation, erwartete Leerstände für einzeln genannte Immobilien, detaillierte Kalkulation reformbedingter Minderbedarfe/Einnahmen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2916

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3013

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3002

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3003

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3004

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3005

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3006

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3007

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3008

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3009

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3010

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3011

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3012

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3014

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3015

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3016

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Correnstraße 41/41 a in Tübingen

Antr MFW 02.04.2013 Drs 15/3304
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/3363
PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4054

Wohnraumnutzung durch Landesbehörden in Karlsruhe

Umfang der Nutzung von umgewidmetem Wohnraum durch aufzuführende Landesbehörden im Stadtkreis Karlsruhe als Bürofläche; Zusammenführung der betroffenen Landesbehörden außerhalb der Innenstadt zur Entspannung des akuten Wohnraum mangels

KlAnfr
s. *Zweckentfremdung von Wohnraum*
Drs 15/3487

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstückes Haußerstraße, Flurstück 1102/2 in Tübingen

Antr MFW 22.05.2013 Drs 15/3534
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3564
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 15 - Energieeffizienz der Landesgebäude (Kap 1208 und 1209)

Mittlg RH
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3815

Esslingen

Landeseigene Grundstücke im Landkreis Esslingen

Gegenwärtige Nutzung der Grundstücke; Eignung der Grundstücke für eine Wohnbebauung; Verkauf landeseigener Grundstücke

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 14.08.2013 und Antw MFW Drs 15/3940

*Karlsruhe**Verkauf des landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14*

Verkauf des durch das Finanzamt Karlsruhe-Stadt genutzten landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14 in Karlsruhe für 24 Millionen Euro an die Landeskreditbank BW (L-Bank); Finanzierung der Neuunterbringung des Finanzamts durch den Kaufpreis; unentgeltliche Nutzung des Gebäudes durch das Finanzamt bis zur Fertigstellung des Neubaus

Antr MFW 02.10.2013 Drs 15/4110
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4154
 PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

*Tübingen**Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Correnstraße 41/41 a in Tübingen*

Abschluss eines Nachtrages zum Kaufvertrag vom 6. Juni 2013 (Mindererlösklausel)

Antr MFW 08.11.2013 Drs 15/4266
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4359
 PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

*Freiburg**Bestellung eines Erbbaurechts zugunsten der Fraunhofer-Gesellschaft*

Antr MFW 25.11.2013 Drs 15/4389
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4420
 PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5261 5262

Umsiedlung der Hochschule Esslingen

Bauliche und energetische Sanierung der Hochschule Esslingen am Standort Flandernstraße oder Umsiedlung auf das sogenannte Güterbahnhofareal in der Esslinger Weststadt; Stand der Überlegungen; geschätzte Höhe der jeweiligen Investitionsvolumina; Größe der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücksflächen am Standort Flandernstraße; möglicher Erlös bei einem Verkauf als Bauland für eine Wohnbebauung; Errichtung des Ersatzneubaus für den Fachbereich Versorgungs- und Umweltechnik auf dem Güterbahnhofareal statt auf dem Knäbelareal; Sondierungsgespräche mit der Stadtverwaltung Esslingen über eine Standortverlagerung in die Esslinger Weststadt

KlAnfr
 s. Hochschulbau
 Drs 15/4738

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.02.2014 und
 Antw MFW Drs 15/4759

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 21 - Wartung und Prüfung von Aufzügen in Landesgebäuden (Kap 1209)

Mittlg RH
 s. Aufzugsanlage
 Drs 15/5421

Energie- und Kosteneinsparung durch Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW

Stand der Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW und der Beleuchtung der landeseigenen Liegenschaften, insbes Umfang der Modernisierung und Einbeziehung der LED-Technologie, erzielte Strom- und Kosteneinsparungen, Anwendung von Contracting-Modellen und Verfahren bei der Finanzierung

Antr
 s. Straßenbeleuchtung
 Drs 15/5528

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
 s. Asylbewerber
 Drs 15/5533

*Stuttgart**Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Reinsburgstraße 107 in Stuttgart*

Antr MFW 04.09.2014 Drs 15/5690
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5728
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Verkauf von rd. 52 ha Staatswald auf Gemarkung Lampoldshausen an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)

Antr MFW 05.09.2014 Drs 15/5705
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5727
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

*Ketsch**Verkauf einer Teilfläche von ca. 50.000 m2 des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 2688*

Antr MFW 06.11.2014 Drs 15/6032
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.11.2014 Drs 15/6138
 PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6810 6811

*Bühl**Waldgrundstückstausch zwischen dem Land BW und der Stadt Bühl*

Antr MFW 26.01.2015 Drs 15/6395
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6547
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6441

Waldshut-Tiengen

Verkauf einer Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 311, Gemarkung Waldshut-Tiengen
Antr MFW 11.02.2015 Drs 15/6553
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6634
PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7508

Heidelberg

Verkauf des landeseigenen Gebäudes Römerstraße 2-4
Antr MFW 24.02.2015 Drs 15/6554
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6635
PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7508

Weitere Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Klein-Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

Sachstand zur weiteren Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt Klein-Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.03.2015 und
Antw JM Drs 15/6585

Bad Waldsee

Veräußerung des landeseigenen Gebäudegrundstücks Hauptstraße 10/12 in Bad Waldsee
Antr MFW 06.07.2015 Drs 15/7130
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7213
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Bestand und Zukunftskonzept von landeseigenen Immobilien in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber
Sachstand zur Sanierung und Nutzung landeseigener Immobilien in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber-Kreis, insbes Verwendung zur Unterbringung von Flüchtlingen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 17.08.2015 und
Antw MFW Drs 15/7312

Sozialer Wohnungsbau in Pforzheim

Sachstand zur Übernahme von Landesliegenschaften durch die Stadt Pforzheim zur Bebauung iRd sozialen Wohnungsbaus

KlAnfr
s. *Soziale Wohnraumförderung*
Drs 15/7587

Freiburg

Veräußerung von rund 6,3 ha landeseigener Flächen an die Stadt Freiburg
Antr MFW 16.12.2015 Drs 15/7901
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7963
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Esslingen

Grundstückstausch mit der Stadt Esslingen im Zusammenhang mit der Verlagerung eines Teils der Hochschule Esslingen in die „Neue Weststadt“

Antr MFW 28.12.2015 Drs 15/7924
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7965
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Karlsruhe

Ausgabe eines Erbbaurechts an Teilflächen der landeseigenen Grundstücke Flurstück Nrn. 2315 und 6617, Gemarkung Karlsruhe

Antr MFW 30.12.2015 Drs 15/7925
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7966
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Errichtung von Seminar- und Institutsgebäuden des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Karlsruhe

Bauabsichten der gemeinnützigen Klaus-Tschira-Stiftung auf landeseigenen Grundstücken in Karlsruhe; vorgesehene Nutzung des Neubaus; Verlagerung des Botanischen Gartens des KIT; Einbeziehung des Gewächshauses in das Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Karlsruher Institut für Technologie*
Drs 15/8085

Einsatz neuer Energiesparteknik bei den Landesgebäuden, Bereitstellung landeseigener Dachflächen für Bürgersolaranlagen, Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 23

Bereitstellung landeseigener Dachflächen für Bürgersolaranlagen, Nutzung des Dachs der Villa Reitzenstein

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 67

Kritik an der Veräußerung von Landesimmobilien und Verwendung der Erlöse zur Haushaltsdeckung, Benennung des Sanierungsstaus bei den Liegenschaften des Landes, Notwendigkeit der energetischen Sanierung der Landesgebäude

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121 123-125 128 129 132-135 137-141 143

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesliegenschaften, Abbau mit einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374 375 378-382 407

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesliegenschaften, Abbau mit einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 434-437 440 441 445

Mittelbereitstellung für die Sanierung von Landesgebäuden

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040 1041

Mittelbereitstellung für die (energetische) Sanierung von Landesgebäuden

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1113 1135-1137

Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesliegenschaften mit der Sanierungsrücklage, Anmahnung einer energetischen Sanierung der Landesgebäude

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190 1197 1201 1210 1214-1216

Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude, Refinanzierung durch die eingesparten Energiekosten
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die energetische Sanierung der Landesgebäude
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1407 1412 1425 1431 1438 1440 1442 1444 1447 1449

Mittelaufstockung zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude; Refinanzierung durch die eingesparten Energiekosten; Sanierungsstau bei den Hochschulgebäuden und anderen Landesimmobilien
PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1462 1467 1476

Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz

Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz-Fördermittel 2013/2014
Höhe und Einsatz von Fördermitteln zur Unterhaltung und Erneuerung von Eisenbahninfrastrukturen nach dem Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz (LEFG); Vereinbarkeit von Mittelkürzungen mit den gewünschten Verbesserungen bei der Schieneninfrastruktur und insbes bei der Zugsicherung

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/3149

Landeselternbeirat Baden-Württemberg

Ist die politische Neutralität des Landeselternbeirats noch gewährleistet?

Stellenwert der parteipolitischen Neutralität von Beratungsgremien des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport; Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft im Vorstand des Landeselternbeirats BW mit einem Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag; Zulässigkeit der ehrenamtlichen Betätigung der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken als stellvertretende Vorsitzende des Landeselternbeirats

Antr
s. *Elternvertretung*
Drs 15/4114

Landesentwicklungsplan

s. *Landesplanung*

Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 17.07.2014 und Antw IntM Drs 15/5513

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister

tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 01.10.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5796
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 05.11.2014 Drs 15/6338 S. 119-121
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Kritik an den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe

Bewertung der Vorwürfe zu den Zuständen in der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (LEA) in Karlsruhe, insbes bei der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter, Wartezeiten und Wartemöglichkeiten für Antragsteller

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 04.03.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6578
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 10.06.2015 Drs 15/7081 S. 55 56
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Asylstreitverfahren in BW

Sachstand zur Dauer, Personalausstattung und Organisation der Asylstreitverfahren in BW, insbes räumliche Anbindung der Verwaltungsgerichte an die Landeserstaufnahmeeinrichtungen, Auswirkungen der Einstufung von Serbien und Bosnien-Herzegowina sowie Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7089

Die Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge (BEA) und die Situation der geplanten Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) im Regierungsbezirk Freiburg

Sachstand zur Standortauswahl und Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, insbes Vorgehensweise am Standort Villingen-Schwenningen; Planungsstand zur Eröffnung der Landeserstaufnahmeeinrichtung im Regierungsbezirk Freiburg

KlAnfr Karl Rombach CDU 03.07.2015 und Antw IntM Drs 15/7120

Was hat das Land bei der Flüchtlingsunterbringung zu verbergen?

Hintergründe zur zunächst geplanten Aussperrung der Presse iR eines Besuchs der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Ellwangen am 15. Juli 2015, insbes generellen Erwägungen, rechtliche Grundlage

Antr Winfried Mack u.a. CDU 23.07.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7225
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 43
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Asylverfahren - Zustände in den Landeserstaufnahmestellen und Umgang mit Datenschutz

Sachstand zum Asylverfahren, insbes Gesundheitsuntersuchungen und Weitergabe deren Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes, Auslastung der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe

KlAnfr
s. *Asylverfahren*

Drs 15/7237

Einrichtung einer Erstaufnahmestelle in Donaueschingen

Sachstand zu Planungen für die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle oder einer bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Donaueschingen

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 11.08.2015 und Antw IntM
Drs 15/7288

Polizeieinsätze in und um Erstaufnahmestellen und der Umgang mit diesen

Sachstand zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Strafverfolgung im Umkreis von 20 km um die Landeserstaufnahmestellen, insbes Zuständigkeiten bei der Polizei, Einsatzzahlen, Ausmaß der Eigentums- oder Körperverletzungsdelikte sowie politisch motivierter Straftaten

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7305

Flüchtlingsunterbringung in Herrenberg

Sachstand zur möglichen Einrichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in einem Firmenschulungszentrum in Herrenberg, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Zeitraum der Unterbringung, Kosten

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7353

Polizeiarbeit in und um Erstaufnahmestellen, strafrechtliche Konsequenzen und Maßnahmen der LReg in diesem Bereich

Sachstand zur Polizeiarbeit um die Landeserstaufnahmestellen, insbes personelle Belastungen durch Überstunden, Umfang und Status der Ermittlungsverfahren

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7361

Probleme bei der Sicherheitsdienstleistung in der Erstaufnahmestelle Patrick Henry Village

Sachstand zu qualitativen Mängeln oder rechtswidrigen Zuständen bei der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen in der Erstaufnahmestelle Patrick Henry Village sowie Kenntnisnahme und Veranlassungen der Unterbringungsverwaltung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 21.09.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7402
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/8048 S. 98 99
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Einrichtung einer bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau

Sachstand zur beabsichtigten Nutzung der früheren Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau als bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung

MdlAnfr 3) Klaus Burger CDU 22.09.2015 Drs 15/7399
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8279-8282

Flüchtlingsverteilung in BW

Sachstand zur Verteilung der Flüchtlinge in BW, insbes Verteilung in den einzelnen Regierungsbezirken, Soll- und Ist-Anteil der Flüchtlinge in BW anhand des Königsteiner Schlüssels, Unausgewogenheit bei der geografischen Verteilung der Erstauf-

nahmeeinrichtungen, Einführung von Tragfähigkeitsobergrenzen bei Gemeinden; Erhöhung der Polizeipräsenz bei den Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7444

Medizinische Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen

Sachstand zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen, insbes freiwillige Tätigkeit von Ärzten im Ruhestand und begleitende Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/7569

Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher

Sachstand zur Auslegung und tatsächlichen Belegung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher, insbes Auswirkungen der massiven Überbelegungen, Gewährleistung des Brandschutzes

Antr Winfried Mack u.a. CDU 15.10.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7581
BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 50
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Baubeginn des Polizeireviers Schwäbisch Hall

Terminierung des Baubeginns für das Polizeirevier Schwäbisch Hall; Einrichtung eines Servicecenters der Polizei bei der Landeserstaufnahmeeinrichtung

MdlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7550

Erstaufnahmestandorte bedarfsgemäß ertüchtigen

Sachstand zur Durchführung der medizinischen Eingangsuntersuchungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen und zur medizinischen Versorgung an den Erstaufnahmestandorten

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7618

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauferklinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäusern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7685

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungszentren; Umlegung der Bundesmittel auf die

Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Frauen in BW
Sachstand über Entwicklung und aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Frauen in Landeserstaufnahmestellen und bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen in BW, insbes separate Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen, Vor- und Nachsorge von Schwangeren, Möglichkeiten zur Sonderunterbringung für besonders schutzbedürftige Frauen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/7788

Landeserziehungsgeld

s. *Erziehungsgeld*

Landesfachklasse

s. *Fachklasse*

Landesflughafen

s. *Flughafen Stuttgart*

Landesfördergelder

s. *Landesmittel*

Landesfördermittel

s. *Landesmittel*

Landesforstverwaltung

s. *Forstverwaltung*

Landesgartenschau

s. *Gartenschau*

Landesgebührengesetz

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze

Klarstellung der Regelungen zur strafrechtlichen Verfolgung von Gebührenhinterziehung und leichtfertiger Gebührenverkürzung; Vereinheitlichung des Anwendungsbereichs von Verweisungen auf die Abgabenordnung

GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 15/4353

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindegewirtschaftsrecht)

Änderung von § 10 des Landesgebührengesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7610

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Änderung der §§ 5, 9 und 16 des Landesgebührengesetzes in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*
Drs 15/7724

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

s. *Verkehrsinvestition*

Landesgesetz

Umbenennung Studentenwerk in Studierendenwerk

Aufwand für die Studentenwerke infolge der Umbenennung; Übernahme der Kosten; Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache in den Gesetzestexten und der dafür zu veranschlagende finanzielle Aufwand

KlAnfr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/5348

Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Vereinfachung der verfahrenstechnischen Bewältigung der auf die Notariatsreform bezogenen Verwaltungsstreitverfahren, insbes Zuständigkeitskonzentration der Rechtsstreitigkeiten über die Besetzung der Dienstposten in den Abteilungen Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege in den Notariaten einschließlich der Streitigkeiten über die hierdurch veranlassten dienstlichen Beurteilungen am Verwaltungsgericht Karlsruhe

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/4661

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 1, 4, 17, 22, 29, 35, 35a und 49 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 11. März 2014

GesEntw
s. *Notar*
Drs 15/6235

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Änderung der §§ 41 und 43 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 11. März 2014

GesEntw
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 15/6471

Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften
Einfügung von § 47 in das Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 21. April 2015

GesEntw
s. *Kommunaler Haushalt*
Drs 15/7721

Landesgesetz über Ordnungswidrigkeiten

s. *Landesordnungswidrigkeitengesetz*

Landesgesundheitsamt

s. *Gesundheitsbehörde*

Landesgesundheitsgesetz

Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung des Zusammenwirkens von Land und Kommunen im Bereich des Gesundheitswesens und Intensivierung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit der Akteure des Gesundheitswesens; Etablierung und Regelung von Arbeitsweisen und Zuständigkeiten von Beteiligungsgremien wie der Landesgesundheitskonferenz, kommunalen Gesundheitskonferenzen und dem Landesausschuss Gesundheitsförderung und Prävention; Schaffung von Teilnehmungsformen zur frühzeitigen Einbeziehung von Bürgern und Patienten in den Gremien; Anpassung der Zusammensetzung des Landeskrankenhausausschusses und des Landespflegeausschusses

GesEntw LReg 17.11.2015 Drs 15/7722 (40 S.)
1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8651 8652
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/7795 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD)
2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8756-8763
GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7891
GBI 2015 Nr. 25 S. 1205-1210 (Ges vom 17.12.2015)

Landesglücksspielgesetz

Folgen der Schließung von Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW
Umsetzung des neuen Landesglücksspielgesetzes und Auswirkungen auf die Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW, insbes Schließung von Annahmestellen und Auswirkungen auf Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum

Antr
s. *Lotterie*
Drs 15/3106

Gesetz zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes
Umsetzung des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 17.06.2014 zur Änderung von § 51 Abs 4 Satz 3 LGlüG durch Vorverlegung des Fristendes für die Einreichung des Erlaubnisanspruchs nach § 41 LGlüG um ein Jahr auf den 29.02.2016, insbes zur Einräumung einer ausreichenden Zeit zur Prüfung von Anträgen von Spielhallenbetreibern durch die Vollzugsbehörden und rechtzeitige Klarheit für die Betreiber über die Entscheidung zur Fortsetzung der Betriebserlaubnis

GesEntw LReg 27.01.2015 Drs 15/6404
1. Beratung PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7245-7248
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6549
2. Beratung PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7388-7392
GesBeschl 11.03.2015 Drs 15/6610
GBI 2015 Nr. 5 S. 163 164 (Ges vom 17.03.2015)

Gesetz zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011

Änderung der §§ 2, 20, 41, 43, 45, 47, 48 und 51 des Landesglücksspielgesetzes in der Fassung vom 17. März 2015. Umsetzung der vom Staatsgerichtshof geforderten Änderung der Stichtagsregelung für Betreiber bestehender Spielhallen; Anpassungen im Bereich der Spielersperre in Spielhallen sowie weiterer Bestimmungen

GesEntw LReg 29.09.2015 Drs 15/7443 (20 S.)
1. Beratung PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8403
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7690 (dazu ÄAntr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD Nr. 1 und EAntr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD Nr. 2)
2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8544-8548
GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7779
GBI 2015 Nr. 22 S. 1033 1034 (Ges vom 01.12.2015)
Mittlg LReg 05.10.2016 Drs 16/698

Landesgrenze

s.a. *Grenzgebiet*

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der badenwürttembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Umsetzung des Landesplanungsgesetzes im Bereich Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung

Gebietsausweisung für Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung, insbes Stand der Neuplanung von Vorranggebieten, Beteiligung der Regionalverbände bei den Entscheidungsfindungen der Raumordnungskommissionen, Interessenkonflikte mit angrenzenden Bundesländern aufgrund differenzierter Planungsgrundsätze, abweichende Interessenlage des Landes Rheinland-Pfalz durch Ausweisungsmöglichkeit von Ausschlussgebieten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3494

Ausbau der Autobahn (A) 61 Landesgrenze Rheinland Pfalz (RP)/Baden-Württemberg (BW) - Autobahndreieck Hockenheim
Stand, Kosten und verkehrliche Notwendigkeit der Maßnahme zum Ausbau der A 61 Landesgrenze RP/BW - Autobahndreieck Hockenheim, insbes Begründung für die Streichung aus der Maßnahmenliste des Landes für den Bundesverkehrswegeplan

2015

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5205

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5565

Grenzübergänge im LKreis Waldshut und Rheinfelden

Sachstand zur Verkehrssituation an den Grenzübergängen zur Schweiz im Landkreis Waldshut und in Rheinfelden

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/6704

Landeshaftung

s. *Haftung*

Landshaushalt

s. *Haushalt (Finanzen)*

Landshaushaltsordnung für Baden-Württemberg

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW

Aufnahme des Verbots der Neuverschuldung; Anpassung der Landshaushaltsordnung

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/503

Gesetz zur Änderung der Landshaushaltsordnung

Aufwertung des Schuldenverbots in der LHO, Schaffung einer Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für Auslegungsfragen nach § 18 Abs 3 LHO

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/1650

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHOchschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBe-soldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, Privat-schulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
Drs 15/2561

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW, zur Ausführung von Art 84 und 84 a der Verfassung und zur Änderung der Landshaushaltsordnung)

Verankerung der dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes in der Landesverfassung und der Landshaushaltsordnung durch Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verzicht auf volle Ausschöpfung der Übergangsfristen für das Verbot einer Nettokreditaufnahme des Landes bis 2020 gemäß Art 143 d Grundgesetz

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/3239

Finanzplan des Landes BW gemäß § 18 Abs 10 Landshaushaltsordnung für die Jahre 2013 bis 2020 (Stand: Juni 2013)

Mittlg LReg
s. *Finanzpolitik*
Drs 15/3692

Beratende Äußerung „Die Musikhochschulen in BW“

Mittlg RH
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3777

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/4004

Wie geht die LReg mit den Vorschriften des § 42 a der Landshaushaltsordnung (LHO) um?

Auskunft über die Bildung von Rücklagen gemäß § 42 a LHO im Zuge des Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2014; Höhe der Rücklagen; Zweckbindung und Zweckbindungszeitraum; Unterrichtung des Landtags über die Rücklagenbildung

Antr
s. *Rücklage*
Drs 15/4633

Beratende Äußerung „Förderung von großen Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Personennahverkehr“

Mittlg RH
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5290

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW und zur Änderung der Landshaushaltsordnung)

Änderung von § 18 der Landshaushaltsordnung in der Fassung vom 18. Dezember 2012

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/5637

Beratende Äußerung „Unterstützungsleistungen für Schulleitungen“

Untersuchung des Landesrechnungshofs zur aktuellen Situation bei den schulischen Managementaufgaben unter Auswertung einer Online-Umfrage zu den Unterstützungsleistungen für Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen

Mittlg RH

s. Schulleiter
Drs 15/5730

Haushaltsbegleitgesetz 2015/16

Änderung der §§ 28 und 29 der Landeshaushaltsordnung für BW in der Fassung vom 18. Dezember 2012; Gewährung des Rechts auf einen sogenannten „Gegenhaushalt“ für den Staatsgerichtshof

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016*
Drs 15/5960

Finanzplan des Landes BW gemäß 18 Abs 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2014 bis 2020 (Stand: 14. November 2014)

Mittlg LReg
s. *Finanzpolitik*
Drs 15/5961

Beratende Äußerung „Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds“

Mittlg RH
s. *Beamtenversorgung*
Drs 15/6699

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)
Änderung der §§ 28 und 29 der Landeshaushaltsordnung für BW in der Fassung vom 16. Dezember 2014

GesEntw
s. *Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg*
Drs 15/7378

Beratende Äußerung „Landesbetriebe“

Mittlg RH
s. *Öffentliches Unternehmen*
Drs 15/7606

Finanzplan des Landes BW gemäß § 18 Abs 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2015 bis 2020 (Stand: November 2015)

Mittlg LReg
s. *Finanzpolitik*
Drs 15/7702

Erinnerung an das Verbot der Neuverschuldung in der Landeshaushaltsordnung ab dem Jahr 2008

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 378 379 386

Erinnerung an das Verbot der Neuverschuldung in der Landeshaushaltsordnung ab dem Jahr 2008, Bewertung des Nachtragshaushalts als Verstoß gegen die Vorgaben der LHO

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-433 437-439 441 442

Erinnerung an das Verbot der Neuverschuldung in der Landeshaushaltsordnung ab dem Jahr 2008

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1101 1125 1131 1134

Interfraktioneller Dialog über die Frage einer Übernahme der Schuldenbremse aus der Landeshaushaltsordnung in die Landesverfassung; Bestellung eines Gutachtens zu diesem Thema

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1463 1470 1482

Landeshaushaltsrechnung

s. *Haushaltsrechnung*

Landesheimbauverordnung

Wohnkonzept der Landesheimbauverordnung

Bewertung der Vorgabe zum ausschließlichen Bau von Einzelzimmern in den Alten- und Pflegeheimen, mögliche Wohnkonzepte für den Bedarf von „echten“ Zweibettzimmern, Beurteilung einer Zusammenführung von nebeneinanderliegenden Einzelzimmern zu „Nutzungseinheiten“

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2201

Unterbringung im Einzel- und Doppelzimmer in Wohnheimen bei Behindertenwerkstätten

Anzahl der bestehenden Einzel- und Doppelzimmer; bisherige Regelungen des Landesheimgesetzes und Bezuschussungspraxis; geplante Änderungen bei der Neufassung des Landesheimgesetzes hinsichtlich der Ausstattung der Wohnheime mit Einzel- und Doppelzimmern; Übergangsfristen; Förderprogramm zur Umgestaltung und Erweiterung bestehender Einrichtungen und zum Bau neuer Wohnheime

Antr
s. *Unterbringung*
Drs 15/2823

Anwendung der Verlängerungsoption zur Herstellung des Einzelzimmerstandards gemäß Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO) bei Bestandseinrichtungen

Umsetzung des Einzelzimmerstandards nach Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO) bei Bestandseinrichtungen, insbes Daten zu entfallenden und benötigten stationären Pflegeheimplätzen, wirtschaftlich erforderliche Mindestplatzkapazität, Voraussetzungen für eine verlängerte Übergangsfrist, Regelung in anderen Bundesländern und im derzeit zu erarbeitenden Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2967

Umsetzungsprobleme der Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO) in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach

Bewertung der in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach praktizierten Form der Teilhabe von Menschen mit Behinderung; Unterstützung der Gemeinschaft bei den durch die Landesheimbauverordnung vorgeschriebenen Maßnahmen; Verlängerung des Umsetzungszeitraums der Landesheimbauverordnung über den Stichtag 31. August 2019 hinaus

Antr Klaus Burger u.a. CDU 19.11.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6147

Regierungsbefragung

Landesheimbauverordnung

PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7361-7365

Auslegungen bei den Ermessenslenkenden Richtlinien (ERL) zur Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO)

Klärung von Auslegungsfragen zu den Ermessenslenkenden Richtlinien zur Landesheimbauverordnung, insbes Definition und Berechnung von „Unzumutbarkeit aus wirtschaftlichen Gründen“, Nutzung des vereinfachten Verfahrens von Klein-

steinrichtungen, Feststellung der „Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner“

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 11.06.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6982

BeschlEmpf und Bericht SozA 12.11.2015 Drs 15/8019 S. 59-61

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Landesheimgesetz

Migranten in Pflegeberufen

Einschätzung der zu erwartenden Zahlen von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, deren besonderen Bedürfnisse und Konsequenzen für die Pflegestrukturen im Land; Anteil von Migranten unter den Schülern an Alten- und Krankenpflegesschulen und unter den Beschäftigten in Pflegeberufen, Maßnahmen zur Steigerung dieser Anteile; Berücksichtigung der kultursensiblen Pflege iRd Ausbildung und bei der Neufassung des Landesheim-Ges und der Landesheimpersonalverordnung

Antr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/285

Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht nach dem Heimgesetz für BW

Umsetzung der o.g. Dokumentationspflicht in elektronischer bzw digitaler Form ohne zusätzliche Aufbewahrung in Papierform? Entlastung der Pflegekräfte durch Berücksichtigung technischer Neuerungen der Dokumentenverwaltung im Zuge der angekündigten Novellierung des Heimgesetzes

KIAnfr

s. *Dokumentation*

Drs 15/1978

Unterbringung im Einzel- und Doppelzimmer in Wohnheimen bei Behindertenwerkstätten

Anzahl der bestehenden Einzel- und Doppelzimmer; bisherige Regelungen des Landesheimgesetzes und Bezuschussungspraxis; geplante Änderungen bei der Neufassung des Landesheimgesetzes hinsichtlich der Ausstattung der Wohnheime mit Einzel- und Doppelzimmern; Übergangsfristen; Förderprogramm zur Umgestaltung und Erweiterung bestehender Einrichtungen und zum Bau neuer Wohnheime

Antr

s. *Unterbringung*

Drs 15/2823

Zukunft des Heimrechts in der Pflege

Änderung des Landesheimrechts und Umsetzung einer Landes-Personalheim-Verordnung, insbes Umsetzung neuer dezentraler Wohn- und Pflegeformen mit zumutbaren Pflegesätzen

Antr

s. *Heimrecht*

Drs 15/3296

Das neue Landesheimrecht - Präzisierung tut not

Differenzierung in der geplanten Novelle (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz) des Landesheimrechts zwischen den einzelnen Wohnformen; zukünftige Detailregelungen im Bereich des Baurechts und der personellen Anforderungen für verschiedene Wohn-/Grundleistungs- und Pflegekonstellationen

Antr

s. *Heimrecht*

Drs 15/3453

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw

s. *Heimrecht*

Drs 15/4852

Vorlage der Eckpunkte zur Überarbeitung des Heimgesetzes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1316 1317 1319 1326 1328

Landeshochschulgebührengesetz

s. *Studiengebühren*

Landeshochschulgesetz

s. *Hochschulrecht*

Landeshoheitszeichengesetz

Gesetz zur Reform des Wappenrechts

Erweiterung des Katalogs der wappenführenden Stellen; Ausdehnung der genehmigungsfreien Verwendung des Landeswappens; Befreiung von der Genehmigungspflicht der Wappenverwendung für öffentliche Schulen und staatliche Hochschulen in bestimmten Konstellationen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Einschreiten in Fällen von grundlegender Bedeutung oder gravierendem Missbrauch der Hoheitszeichen; Zuständigkeitsverlagerung für die Genehmigung zum Zeigen der Landesdienstflagge bei nicht wappenführenden Stellen auf das Innenministerium; Zuständigkeitsübertragung für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf das Regierungspräsidium Karlsruhe

GesEntw LReg 21.07.2015 Drs 15/7196 (21 S.)

1. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8214-8216

BeschlEmpf und Bericht InnenA 07.10.2015 Drs 15/7481 (dazu ÄAntr Thomas Blenke CDU, Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE, Nikolaos Sakellariou SPD und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP Anlage Nr. 1)

2. Beratung PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8329 8330

GesBeschl 14.10.2015 Drs 15/7574

GBI 2015 Nr. 19 S. 865-870 (Ges vom 27.10.2015)

Landesimmobilien

s. *Landeseigene Liegenschaft*

Landesinformationsfreiheitsgesetz

Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG)

Gewährung eines umfassenden Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens; Festlegung des Anwendungsbereichs; Ausgleich zwischen öffentlichem Informationsinteresse mit dem Schutz personenbezogener Daten und sonstiger berechtigter Interessen (Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen); Normierung von Regelungen für die Antragsbearbeitung in Bezug auf

das Verfahren und die Kosten; Einrichtung eines Informationsregisters durch die LReg; Wahrnehmung des Amtes eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw LReg 17.11.2015 Drs 15/7720 (237 S.)
 1. Beratung PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8646-8651
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7813
 ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 15.12.2015 Drs 15/7881
 2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8748-8752
 GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7889
 GBl 2015 Nr. 25 S. 1201-1205 (Ges vom 17.12.2015)

Landesinfrastrukturprogramm

s. Infrastruktur

Landesinstitut für Schulentwicklung (Stuttgart)

Fremdevaluation von öffentlichen Schulen im Zollernalbkreis und im LKreis Sigmaringen

Aufwand, Methoden und Erkenntnisse der Fremdevaluation durch das Landesinstitut für Schulentwicklung an öffentlichen Schulen im Zollernalbkreis und im LKreis Sigmaringen

KlAnfr
s. Evaluation
 Drs 15/3540

Landesjubiläum

s. Jubiläum

Landesjugendplan

s. Jugendplan

Landesjustizkostengesetz

s. Justizkosten

Landeskatastrophenschutzgesetz

s. Katastrophenschutz

Landeskommunalbesoldungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes
 Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw
s. Besoldungsrecht
 Drs 15/5363

Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg

Einbeziehung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten in das Landeskrankenhausgesetz sowie in Beiräte und Ausschüsse auf Landesebene

Regelungen der gegenüber den Fachärzten gleichgestellten Integration von Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) für die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im Landeskrankenhausgesetz; Sicherstellung der Vertretung der Landesärzte-, Landeszahnärzte- und Landespsychotherapeutenkammer in den Landesgremien zur Prävention, Bedarfsplanung und Versorgung

Antr
s. Psychotherapeut
 Drs 15/3045

Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw
s. Unterbringung
 Drs 15/3408

Entwicklung der Landeskrankenhausbauförderung seit dem Jahr 2010

Weiterentwicklung der stationären Krankenversorgung in BW seit dem Jahr 2010, insbes Mitteleinsatz bei der Krankenhausinvestitionsförderung, Umfang des Anmeldebestandes und Abbau durch das Krankenhausbauprogramm 2014; Klärung der niedrigen förderfähigen Kosten bei Krankenhausbauprojekten gegenüber dem Gesamtvolumen nach den Vorschriften des Landeskrankenhausgesetzes

Antr
s. Krankenhausfinanzierung
 Drs 15/5099

Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze

Änderung von § 9 des Landeskrankenhausgesetzes BW in der Fassung vom 2. Juli 2013

GesEntw
s. Landesgesundheitsgesetz
 Drs 15/7722

Landeskrankenhausplan

s. Krankenhausplanung

Landeskrebsregistergesetz

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Weiterentwicklung und Verbesserung der Krebsregistrierung in BW, insbes Umsetzung der Vorgaben des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes, Weiterentwicklung der Aufgaben des Epidemiologischen Krebsregisters, Optimierung der Aufgabenerledigung im Krebsregister, Neuregelung des Widerspruchsrechts des Patienten, Regelung des länderübergreifenden Datenaus-

tauschs, Durchführung von Qualitätskonferenzen zur Weiterentwicklung und Optimierung der onkologischen Versorgungsqualität und zur Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen

GesEntw LReg 08.12.2015 Drs 15/7845 (36 S.)
1. Beratung PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8834
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2015 Drs 15/7940
2. Beratung PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8956
GesBeschl 17.02.2016 Drs 15/8066
GBI 2016 Nr. 4 S. 118-125 (Ges vom 23.02.2016)
Berichtigung GBI 2016 Nr. 10 S. 338

Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank

Weiterentwicklung der Bürgschaftsbank

Wirksamkeit staatlicher Bürgschaften zur Wirtschaftsförderung, Auflistung der geförderten Vorhaben in den letzten Jahren, Beurteilung der Geschäftsentwicklung der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft im nationalen Vergleich; Bewertung der Programme „Energieeffizienzfinanzierung Mittelstand“ der L-Bank; Fortführung der Startfinanzierungshilfen für junge Unternehmen; Anhebung der Bürgschaftsobergrenze der Bürgschaftsbank

Antr
s. *Bürgschaft*
Drs 15/2056

Starthilfen für Jungunternehmer

Bewertung der EZB-Studie zur Kreditfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), insbes Situation in BW; Situation und Veränderungen der Lage bei der Kreditfinanzierung von Jungunternehmern; Schaffung von „Kreditlotsen“ besonders für den Bereich neuer Technologien; Instrumente des Landes zur Kreditversorgung von Start-ups u.a. auch durch die Landeskreditbank (L-Bank)

KlAnfr
s. *Unternehmensfinanzierung*
Drs 15/2918

Vorzeitige Ablösung von zinsverbilligten Darlehen der L-Bank zur sozialen Mietwohnraumförderung

Sachstand zur vorzeitigen Ablösung von zinsverbilligten öffentlichen Darlehen der Landeskreditbank BW - Förderbank zur sozialen Mietwohnraumförderung, insbes Begründung und Umfang der Ablösungen sowie beteiligte Wohnungsbauunternehmen, Zahl der betroffenen Sozialmietwohnungen und deren Verteilung auf die jeweiligen Groß- und Universitätsstädte

Antr
s. *Soziale Wohnraumförderung*
Drs 15/4108

Karlsruhe

Verkauf des landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14

Verkauf des durch das Finanzamt Karlsruhe-Stadt genutzten landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14 in Karlsruhe für 24 Millionen Euro an die Landeskreditbank BW (L-Bank); Finanzierung der Neuunterbringung des Finanzamts durch den Kaufpreis; unentgeltliche Nutzung des Gebäudes durch das Finanzamt bis zur Fertigstellung des Neubaus

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4110

Zahl der vom Land insgesamt geförderten Wohnungen von 2006 bis 2013

Jahresstatistiken zur Wohnungsbauförderung in BW von 2006-2013 iRd Landeswohnraumförderungsprogramms sowie von L-Bank-eigenen Programmen, insbes Wohnungsarten und Höhe der Darlehen bzw Zuschüsse

Antr
s. *Wohnungsbauförderung*
Drs 15/6092

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze
Umsetzung der novellierten Berufsankennungsrichtlinie 2005/36/EG für die Berufsgruppe der Architekten und Ingenieure und landesrechtliche Einführung der Partnergesellschaft mit beschränkter Berufshaftung für beide Berufsgruppen; Änderung der Regelungen zur Versicherungsaufsicht für die Versorgungswerke der Architekten, Ingenieure, Steuerberater, Rechtsanwälte und Notare; Ermöglichung der Vornahme von Entscheidungen über die Bewilligung von Förderleistungen durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank -(L-Bank) in einem vollautomatisierten Prozess

GesEntw
s. *Bauberuf*
Drs 15/7857

Auflage eines Förderprogramms für Energieeffizienz von kleinen und mittleren Unternehmen gemeinsam mit der L-Bank

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Rückführung der Entnahme aus dem Grundkapital der L-Bank

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 59 76

Kritik an der Einforderung von Sonderausschüttungen der L-Bank zur Haushaltsdeckung seit 2005

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121 138 139

Landeskriminalamt

s. *Kriminalpolizei*

Landesliegenschaft

s. *Landeseigene Liegenschaft*

Landesmedienanstalt

s. *Landesanstalt für Kommunikation*

Landesmediengesetz

s. *Medienrecht*

Landesmedienzentrum

s. *Medienzentrum*

Landesmesse

s. *Messe (Ausstellung)*

Landesministerium

s. *Ministerium*

Landesmittel

Aktivitäten des Bundes und von BW zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung

Fördermöglichkeiten und -voraussetzungen zur energetischen Gebäudesanierung für privaten Wohnraum in BW; Umfang der Fördermittel durch Land und Bund; erreichte und angestrebte Sanierungsquoten in BW; Verhältnis von Steuernehmeinnahmen aufgrund von Wertschöpfungszuwachs durch das Handwerk gegenüber den Kosten der Förderverfahren bei einer Sanierungsquote von zwei Prozent

Antr

s. *Gebäudeenergieeffizienz*

Drs 15/2861

Sanierung von Dämmen und Rückhaltebecken im Enzkreis

Baulicher Zustand und Sanierungsbedarf bei Rückhaltebecken und Dämmen im Enzkreis, insbes in Straubenhardt; Veränderungen bei Richtlinien und Technikstandards für Stauanlagen; Förderfähigkeit durch das Land und geplante Änderungen sowie Umfang der Landeszuschüsse für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Enzkreis*

Drs 15/2937

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

Dienstszitz und Finanzierung von Landesbehörden und Landes-einrichtungen im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

KlAnfr

s. *Landesbehörde*

Drs 15/3178

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr

s. *Landesbehörde*

Drs 15/3632

Finanzierung von Konversionsaufgaben iRd Städtebauförderprogramms und des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR)

Zahl der den zuständigen Ministerien vorliegenden Anträge; Anzahl der Anträge von Kommunen mit militärischen Konversionsarealen; Höhe des beantragten Finanzvolumens; Anzahl der im Jahr 2013 erteilten Förderzusagen; Anzahl der abschlägig beschiedenen Anträge; Vorrangigkeit der Konversion militärischer Liegenschaften; Gewichtung der Konversionsmaßnahmen unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände; Aufstockung des Städtebauförderprogramms und des ELR für Konversionsaufgaben

Antr

s. *Konversion*

Drs 15/3908

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH

s. *Programm der Landesregierung*

Drs 15/4004

Alphabetisierung ernst nehmen - Förderangebote in BW

Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten; Zielsetzung der seit 2011 eingeleiteten Fördermaßnahmen; Teilnahme finanziell benachteiligter Personen an den Alphabetisierungskursen; Qualitätssicherung der Förderkurse und Qualifizierung der Dozenten; Höhe der jährlichen Fördermittel

Antr

s. *Analphabetismus*

Drs 15/4169

Nationalpark - Kosten und Sicherheit

Finanzierung des Nationalparks aus dem Naturschutzhaushalt bzw dem allgemeinen Haushalt; Auskunft über die für 2016 vorgesehenen 89 Personalstellen, Angaben zu Neueinstellungen, Aufgaben und Qualifikation; Kostenschätzung für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrs- und Tourismuskonzepts; Berücksichtigung der NATO-Pipeline bei der Festlegung der Nationalparkkulisse, Maßnahmen bei einem Unfall entlang der Pipeline; Stilllegung der Pipeline innerhalb des Entwicklungszeitraums von 30 Jahren

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/4233

War die Abschaffung des Landeserziehungsgelds ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung?

Abschaffung des Landeserziehungsgelds als Maßnahme zur Konsolidierung des Landeshaushalts

Antr

s. *Erziehungsgeld*

Drs 15/4243

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr

s. *Hochschule Esslingen*

Drs 15/4435

Fördergelder für Laienmusikverbände

Entwicklung des finanziellen Umfangs der Förderung der Amateurmusik und der Laienmusikverbände, insbes Gründe für die Kürzung der Fördermittel für den Schwäbischen Chorverband (SCV)

KlAnfr

s. *Laienmusik*

Drs 15/4867

Novellierung der Förderrichtlinie Altlasten

Ziele der Novellierung der Förderrichtlinie Altlasten, insbes geplante Streichung von Abschnitt III „Nichtkommunale Altlasten“ und Konsequenzen für die Kommunen; bisheriger Ausgabenumfang des Landes für nichtkommunale Altlasten

Antr

s. *Altlastensanierung*

Drs 15/4918

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungsabwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/4970

Kosten und Umsetzung der Eröffnungsfeierlichkeiten zum Nationalpark Schwarzwald

Gesamtkosten und Finanzierung der Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nationalparks am 2. und 3. Mai 2014; Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung sowie der örtlichen Hotellerie und Gastronomie in die Feierlichkeiten; Auswahl der beteiligten Firmen; Besucherzahl während der Eröffnungsfeierlichkeiten; Prognose der Besucherzahl des Nationalparks bis Ende des Jahres

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5172

Innovations- und Qualitätsfonds

Umsetzung und Bewertung des iRd Solidarpakts II eingerichteten Instruments des Innovations- und Qualitätsfonds (IQF) für die Hochschulen in BW, insbes durchgeführte Maßnahmen, Bedarf und Zukunftspläne

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 15/5178

Klinik Öschelbronn

Bedeutung der Klinik Öschelbronn - Centrum für Integrative Medizin und Krebstherapie; Investitionen seit der Gründung der Klinik; Förderung des für 2015 geplanten Neubaus durch das Land

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/5306

Integrationsmittel für die Stadt Pforzheim

Finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land bei der Integration von Migranten; Höhe der von der Stadt Pforzheim beantragten und bezogenen Landesmittel; Höhe der Mittel im Vergleich zu etwa gleich großen Kommunen mit ähnlichem Migrantenanteil

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5334

Förderung von Jugendkunstschulen

Verwendung von Haushaltsmitteln für die Förderung des pädagogischen Personals und die Förderung von Schulkooperationen in den Jahren 2012, 2013 und 2014; Erhöhung der Regelförderung aufgrund der zu erwartenden Steigerung der Personalkosten der Jugendkunstschulen in den kommenden Jahren; Förderung der Kooperation von Jugendkunstschulen angesichts des Ausbaus des Ganztagsbetriebs in den Schulen; Berücksichtigung der Mittel für Schulkooperationen in Ziffer 2 der Erläuterungen zu Kapitel 0465 Titelgruppe 77 im Staatshaushaltsplan; Bewilli-

gungen an den Landesverband der Kunstschulen BW

Antr
s. *Kunstschule*
Drs 15/5612

Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes

Anhebung der Zuschüsse an Kopfsatzschulen nach § 18 Abs 2 des Privatschulgesetzes (PSchG) ab dem 1. August 2014

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 15/5839

Bisherige Maßnahmen iRd Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Förderung von Projekten im Kontext des Armuts- und Reichtumsberichts; Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Projekte in der Berichterstattung; Erstellung von Gutachten und deren Kosten; Kritik am Schwerpunkt Kinderarmut; Veröffentlichungstermin des Abschlussberichts

Antr
s. *Armuts- und Reichtumsbericht*
Drs 15/6145

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbaus der Rheintalbahn; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspaketes

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/6723

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Förderzusage durch die SPD-Landtagsfraktion

Hintergründe zur spontanen Zusage von 60.000 Euro an zusätzlichen Geldern für das geplante Biosphärengebiet Südschwarzwald durch den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/6727

Investitionen in die Krankenhauslandschaft im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Investition in Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen im Main-Tauber-Kreis aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsfonds

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6805

Mitteinsatz beim Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Sachstand zur Verwendung von Rückflussmitteln beim Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, insbes Kriterien für die Auskehr von Rückflussmitteln

Antr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*

Drs 15/7062

Sachstand zur Umsetzung der EU-Investitionsoffensive

Geplante Projekte iRd EU-Investitionsoffensive; Maximierung von Landesförderungen durch Risikoabsicherung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

MdlAnfr

s. *Investitionsförderung*

Drs 15/7139

Landesmittel zur Stärkung der Infrastruktur im Landkreis Rhein-Neckar

Sachstand zu Höhe und Auswirkungen der eingesetzten Landesmittel zur Stärkung der Infrastruktur im Rhein-Neckar-Kreis

KlAnfr

s. *Infrastruktur*

Drs 15/7329

Existenzielle Kritik des Landesrechnungshofs am Bestehen des Integrationsministeriums

Sachstand zum Umgang der LReg mit der Kritik des Landesrechnungshofs an Existenz und Arbeit des Integrationsministeriums, insbes Rücknahme rechtswidriger Förderbescheide, Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom 5. Juni 2013

Antr

s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*

Drs 15/7584

Lernfabrik 4.0 an beruflichen Schulen

Zahl der zur Teilnahme an der Ausschreibung berechtigten Berufsschulen; Anzahl der bis zum 23. Oktober 2015 eingereichten Anträge; interessierte berufliche Schulen und ihre Träger; Zusammensetzung und Auswahlkriterien der Jury; Förderung der Lernfabriken durch das Land

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/7635

Deckelung der Autobahn (A) 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen Ost - finanzielle Beteiligung des Landes

Sachstand zur finanziellen Beteiligung des Landes an einer Überdeckung bei der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen; Bewertung der Verfassungswidrigkeit einer Bezuschussung von Projekten durch Land und Kommunen für Straßenbaumaßnahmen des Bundes

KlAnfr

s. *Autobahn*

Drs 15/7664

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7725

Unterstützung des Flughafens Friedrichshafen

Sachstand zur Beteiligung des Landes an der Förderung der Sicherung und Weiterentwicklung des Flughafens Friedrichshafen

MdlAnfr

s. *Flughafen Friedrichshafen*

Drs 15/7650

Landesmuseum

s. *Museum*

Landesnebenfähigkeitsverordnung

Nebentätigkeiten von Beamtinnen und Beamten des Landes BW

Rechtliche Bestimmungen für entgeltliche Nebentätigkeiten von Beamten des Landes BW, insbes Regelungen für das Verhältnis zur eigentlichen Dienstzeit und Vergütungshöchstgrenzen; eingenommener Höchstbetrag eines Landesbediensteten im Jahr 2012 und Verhältnis zur Höhe des Beamtengehalts; Anzahl der Beamten mit Nebentätigkeiten; Anpassung der Begrenzung für Nebeneinkünfte in der Landesnebenfähigkeitsverordnung

KlAnfr

s. *Nebentätigkeit*

Drs 15/3603

Landesnichtraucherschutzgesetz

s. *Nichtraucherschutz*

Landesoberbehörde

Erwerb der Laufbahnbefähigung aufgrund des Vorliegens besonderer Gründe

Erwerb der Laufbahnbefähigung nach § 16 Abs 3 des Landesbeamtengesetzes in den obersten Dienstbehörden seit Beginn des Jahres 2011; Anzahl der jährlichen Verbeamtungen in den einzelnen Dienstbehörden; Anwendung der in § 16 Abs 3 geforderten Kriterien wie das Vorliegen bestimmter Bildungsvoraussetzungen sowie besonderer dienstlicher Gründe; Häufigkeit der Feststellung einer Laufbahnbefähigung für Nicht-Laufbahnbewerber durch den Landespersonalausschuss in den Jahren 2008 bis 2010; oberste Dienstbehörden der verbeamteten Personen

KlAnfr

s. *Laufbahn*

Drs 15/4658

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften

Gründung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) zur zentralen Gesamtsteuerung der IT in der Landesverwaltung, insbes Definition der Aufgaben und der verschiedenen Finanzierungsformen

GesEntw

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Drs 15/6654

Landesoberkasse

s. *Finanzverwaltung*

Landesordnungswidrigkeitengesetz*Gesetz zur Reform des Wappenrechts*

Änderung von § 16 des Landesordnungswidrigkeitengesetzes in der Fassung vom 4. Mai 2009

GesEntw

s. Landeshoheitszeichengesetz

Drs 15/7196

Landesparlament*Ermöglichung der Teilnahme von Landtagsabgeordneten an Kreistagssitzungen in BW*

Terminierung der Kreistagssitzungen unter Berücksichtigung der Fraktions- und Plenarsitzungen des Landtags von BW; zeitliche Vereinbarkeit von Kreistagsmandat und Landtagsmandat in den verschiedenen LKreisen

KlAnfr

s. Plenarsitzung

Drs 15/3328

Parlamentarische Beteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Anmeldetermin zum Bundesverkehrswegeplan Straße und Schiene gegenüber dem Bund; Beteiligung des Landtags und Beteiligungsverfahren anderer Länderparlamente bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Antr

s. Verkehrsplanung

Drs 15/3509

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr

s. E-Government

Drs 15/5561

Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

Sachstand zum Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung, insbes Bedeutung und Bestandsaufnahme, Entwicklung von Vorschlägen zur Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs, Begleitung und Unterstützung des Wettbewerbs durch die einzelnen Landtagsabgeordneten

Antr

s. Schülerwettbewerb

Drs 15/6794

Landespavillon*Landespavillon und Nesenbachdüker in Stuttgart*

Abbruch des Landespavillons und Durchführung der o.g. Rohrunterführung: vorgesehene Technik und Materialien, ausführende Unternehmen und Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Heil- und Mineralquellen

KlAnfr

s. Rohrleitung

Drs 15/829

Landespersonalvertretungsgesetz*Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes (UniMed-Rückabwicklungsges - UniMed-RüG)*

Wiederherstellung des vor dem 15. Februar 2011 geltenden Rechtszustands; Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Universitätsklinika; Wahrung der Handlungsfähigkeit in Kooperation mit den Universitäten; Änderung des LandeshochschulGes, des UniversitätsklinikaGes, LandeskrankenhausGes, LandespersonalvertretungsGes und von Artikel 9 des UniversitätsmedizinGes

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 15/631

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/1466

Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz - KIT-WG)

Weiterentwicklung der Selbstständigkeit des KIT, Überleitung des Personals und Übertragung des Vermögens auf das KIT; Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, der Leistungsbezügeverordnung und der Grundamtsbezeichnungsverordnung

GesEntw

s. Karlsruher Institut für Technologie

Drs 15/1495

Eckpunktepapier zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)

Bewertung und Konsequenzen des Eckpunktepapiers zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), insbes Stellungnahmen von Landesministerien und Kommunalverbänden sowie Kosten für die Freistellungen in Landesverwaltung, LKreisen, Kommunen, Sparkassen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in BW; Bedeutung des Personalvertretungsrechts für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Antr

s. Personalvertretungsrecht

Drs 15/3172

Status, Mitwirkung und Vertretung der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen

Situation der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen, insbes Anteil gegenüber festangestellten wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, Lastverteilung bei Stundenzahl und Einzelunterricht, Bedingungen für Prüfungsberechtigung, personal- und hochschulrechtlicher Status, Änderung gesetzlicher Regelungen im Landespersonalvertretungsgesetz und im Landeshochschulgesetz

Antr

s. Musikhochschule

Drs 15/3626

Zukünftige Kosten und zusätzliche Freistellungen in Folge der geplanten Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)

Auswirkungen und Stellungnahmen zum Anhörungsentwurf des Innenministeriums zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), insbes zu erwartende Freistellungen und Mehraufwand in den Landes- und Kommunalbehörden und -einrichtungen, Erstattungsmöglichkeiten entsprechend dem Konnexitätsprinzip für diese Institutionen; Gründe für die Einrichtung von Wirtschaftsausschüssen und Regelung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Personalvertretungsrecht*
Drs 15/4075

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften

Änderungen und Anpassungen bei Beschäftigtenbegriff, Gestaltung des Wahlrechts, Personalratsgröße, Geschlechtergerechtigkeit, Amtszeitverlängerung, Optionsmöglichkeiten von Beschlussfassungen, Gestaltung der Geschäftsführung, Arbeitsgemeinschaften, Freistellungen, Informationsrechten des Personalrats, Fristvereinbarungen, Beteiligungsrechten, zusätzlichen Dienstvereinbarungen, Initiativrecht des Personalrats, Personalversammlungen; Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses; Stärkung der vertrauensvollen Zusammenarbeit; Ausnahmecharakter des Evokationsrechts; Abschaffung der Zustimmungsverweigerungsgründe

GesEntw LReg 22.10.2013 Drs 15/4224 (490 S.)
1. Beratung PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4895-4901
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.11.2013 Drs 15/4326 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD Nr. 1 und 2 und Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU Nr. 1) (37 S.)
ÄAntr CDU 26.11.2013 Drs 15/4385 1-3 S. 1-4
EAntr CDU 26.11.2013 Drs 15/4385-4 S. 5
2. Beratung PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4960-4973
GesBeschl 27.11.2013 Drs 15/4402 (37 S.)
GBI 2013 Nr. 16 S. 329-362 (Ges vom 03.12.2013)
Bekanntmachung der NF des Landespersonalvertretungsgesetzes GBI 2015 Nr. 7 S. 221-259

Keine Abschaffung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Erwägungen zur Einführung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG); Auswirkungen einer Änderung oder Streichung von § 95 für Theater und Orchester im Hinblick auf die Kunstfreiheit sowie finanzielle und personelle Konsequenzen für den Orchester- und Theaterbetrieb

Antr
s. *Personalvertretungsrecht*
Drs 15/4281

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Enzkreis und in Pforzheim

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Enzkreises und in Pforzheim

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.11.2013 und Antw IM Drs 15/4377
Ergänzende Antw IM 28.02.2014 Drs 15/4712

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Rems-Murr-Kreis

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Rems-Murr-Kreises

KIAnfr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 27.11.2013 und Antw IM Drs 15/4391

Auswirkung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe der für die o.g. LKreise und deren Kommunen entstehenden Mehrkosten; Auskunft über die zu erwartenden zusätzlichen Freistellungen und Sachkosten

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.12.2013 und Antw IM Drs 15/4439

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Auswirkungen der Kürzungen im Entlastungskontingent

Auswirkungen auf die verschiedenen Schularten; Rückmeldungen der Schulen; Folgen für die Betreuung von Lehrern in Ausbildung; Vorschläge zur Aufrechterhaltung schulischer Aufgaben wie Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustausch, Praktikantenbetreuung, Betreuung von Sammlungen; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich; Deputate zur Umsetzung des Personalvertretungsgesetzes

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5022

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für den LKreis Emmendingen und dessen Kommunen, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KIAnfr Marcel Schwehr CDU 18.07.2014 und Antw IM Drs 15/5518

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des geplanten Gesetzes zur Bildungsfreistellung auf die Verwaltung der Stadt Pforzheim

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für die Stadt Pforzheim sowie die Kreisverwaltung und Kommunen des Enzkreises, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KIAnfr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 02.10.2014 und

Antw IM Drs 15/5807

Aufwertung des Freiwilligen Polizeidienstes durch das neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Gründe für die Subsumierung der Angehörigen des Freiwilligen Polizeidienstes unter den Beschäftigtenbegriff des LPVG; Verzicht auf die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes

MdlAnfr

s. *Freiwilliger Polizeidienst*

Drs 15/5825

Will das Innenministerium jetzt durch die Hintertür das Wahlrecht von Polizeifreiwilligen bei den Personalratswahlen aushebeln?

Aushebelung des Personalratswahlrechts für die Polizeifreiwilligen auf Grundlage des neuen Landespersonalvertretungsgesetzes über Berücksichtigung der Aufrufe zum Dienst

MdlAnfr

s. *Freiwilliger Polizeidienst*

Drs 15/6090

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 12.11.2014 und Stellungnahme

IM Drs 15/6115

BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 47 48

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 71 und 93 des Landespersonalvertretungsgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw

s. *Inklusion*

Drs 15/6963

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Änderung der §§ 31, 54 und 55 des Landespersonalvertretungsgesetzes in der Fassung vom 12. März 2015

GesEntw

s. *Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz*

Drs 15/7135

Landespflegegesetz

Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze

Änderung von § 2 des Landespflegegesetzes in der Fassung vom 15. Juni 2010

GesEntw

s. *Landesgesundheitsgesetz*

Drs 15/7722

Landesplanung

s.a. *Regionalplanung*

Ziele und Folgen des Ausbaus der Windkraft in BW

Zahl, Leistung und geeignete Standorte zusätzlicher Windkraftwerke und des Repowerings bestehender Anlagen zur Erreichung o.g. Zielsetzung; Darstellung des dazu notwendigen Ausbaus der Energiespeicher und -netze; Ausgestaltung der Beteiligung der Regionalverbände, Gebietskörperschaften und der Betroffenen vor Ort bei der geplanten Änderung des Landesplanungsges; Sicherstellung des Schutzes der Bevölkerung sowie der Natur- und Landschaftsschutzgebiete vor Eingriffen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/44

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern

Beurteilung o.g. Gasförderungsvorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Energiegewinnungsmethode - evtl über die Landesplanung und Ausweisung von Ausschlussgebieten

Antr

s. *Fracking*

Drs 15/217

Windkraft, Landschaftsbild und Tourismus

Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in den einzelnen Regionen, absehbare Veränderungen der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete nach der Änderung des Landesplanungsrechts und Novellierung der Regionalpläne; Berücksichtigung der Eingriffe in das Landschaftsbild und der Belange des Tourismus bei den in Aussicht genommenen gesetzlichen Neuregelungen zur Errichtung von Windkraftanlagen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/767

Strategische Umweltprüfung iRd Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bewertung der grafischen Gestaltung und Lesbarkeit der Zeitungsanzeigen zur Konsultation der Öffentlichkeit zu Artikel 2 des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes zur Aufhebung der Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen, Vereinbarkeit mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz und den Gestaltungsrichtlinien des Landes

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 13.12.2011

und Antw MVI Drs 15/1016

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen als Vorranggebiete, Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen nach einer Übergangsfrist

GesEntw LReg 06.03.2012 Drs 15/1368 (91 S.)

1. Beratung PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1601-1608

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/1647 (dazu Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD) (28 S.)

2. Beratung PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942-1955
GesBeschl 09.05.2012 Drs 15/1715 (41 S.)
GBI 2012 Nr. 8 S. 285-326 (Ges vom 22.05.2012)

Verschiedene Rechtsfragen zum Vollzug des Landesplanungsgesetzes bei der Umsetzung der Energiewende in BW

Klärung o.g. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Wege der Flächennutzungsplanung, insbes durch Gemeindeverwaltungsverbände und in landschaftlich besonders sensiblen Lagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1444

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Verpflichtung der Regionalverbände unter Beteiligung der Gemeinden zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen, die zugleich die Eigenschaft von Eignungsgebieten nach dem Raumordnungsgesetz haben müssen; Änderung des Landesentwicklungsplans 2002

GesEntw FDP/DVP 27.03.2012 Drs 15/1496 (10 S.)
1. Beratung PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1869-1876
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/1647 (28 S.)
2. Beratung PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942-1955 (Ablehnung)

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen als Vorrang-, Vorbehalts- oder Ausschlussgebiete; Aufhebung abweichender Festlegungen in bestehenden Regionalplänen binnen einer angemessenen Frist

GesEntw CDU 28.03.2012 Drs 15/1511
1. Beratung PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1869-1876
Mittlg LtgPräs 27.04.2012 Drs 15/1620
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/1647 (28 S.)
2. Beratung PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942-1955 (Ablehnung)

Alternative Techniken von Windkraftanlagen vergleichen

Vergleich verschiedener Konstruktionstechniken für Windkraftanlagen, z.B. der Mantelwindturbine mit dreiflügeligen Windrädern, nach ihrer jeweiligen Wirtschaftlichkeit und Auswirkungen auf Umwelt und Landschaftsbild; Berücksichtigung der modernen Generation von Windkraftanlagen durch das neue Landesplanungsgesetz bzw den Windkrafterlass? Bestrebungen von Firmen um den Abschluss von Vorverträgen mit Grundstücksbesitzern, Beurteilung dieser Praxis unter Wettbewerbsgesichtspunkten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1753

Bürokratische Blockade des Zubaus von Windkraftanlagen im Enzkreis durch die Folgen der Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bestehende und geplante Windkraftanlagen im Enzkreis, erwarteter Zubau bis 2020; Notwendigkeit der Aufhebung von modifizierten Flächennutzungsplänen der Kommunen, die den Bau von

Windkraftanlagen ermöglicht hätten, infolge der o.g. Änderung; Untersuchung möglicher Standorte anhand einzelner Gutachten; Einschätzung der Kosten dieser Gutachten; Frage nach der Zulässigkeit von Windkraftstandorten in Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1954

Polizeireform; Gründe für die Standortentscheidungen für künftige regionale Polizeipräsidien

Kriterien und Zeitpunkt für die o.g. Entscheidungen; Frage nach der rechtlichen Grundlage vor den Beratungen im Landtag, nach dem Respekt vor dem Parlament und den Chancen von Änderungsanschlüssen; Vorlage einer überarbeiteten Standortkonzeption, Orientierung von Zahl und Zuschnitt der Präsidien auch an landesplanerischen Aspekten

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2005

Ausbau der Windenergie in BW

Gründe für den Protest von Bürgerinitiativen gegen das im Mai 2012 novellierte Landesplanungsgesetz; Akzeptanzsteigerung für den Ausbau der Windenergie; Nachbesserungen beim Landesplanungsgesetz und beim Windenergieerlass; Zusammenarbeit mit den Kommunen beim Windenergieausbau, insbes Fortschreibung von Flächennutzungsplänen, Nutzung von Potenzialkarten und Planungshilfen; Zulassung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/2983

Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum des Landkreises Konstanz

Statistik und Entwicklung des ländlichen Raums im LK Kreis Konstanz, insbes Förderung von Projekten mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ und „Arbeiten“ iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) und dadurch entstandene bzw erhaltene Arbeitsplätze

KlAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3105

Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in BW

Vorgabe eines Treibhausgasemissionsminderungsziels für BW und Ergänzung des Klimaschutzziels durch einen allgemeinen Klimaschutzgrundsatz; Regelung notwendiger Umsetzungsinstrumente, insbes Verabschiedung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts (IEKK) zur Hinterlegung der Klimaschutzziele, Festlegung der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand sowie einer allgemeinen Verpflichtung für Jedermann zur Verwirklichung der Klimaschutzziele, Begleitung der Umsetzung der Klimaschutzziele durch Monitoring und Klimaschutzbeirat; Berücksichtigung der Klimaschutzziele im Landesplanungsgesetz

GesEntw
s. *Klimaschutz*
Drs 15/3465

Landesplanungsgesetz; Ausbau der Windenergie in BW

Standorte, Anträge und Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windenergieanlagen; Kritik an rechtlichen Rahmenbe-

dingungen für den Ausbau der Windenergie in BW; Windkraftausbau in den anderen Bundesländern; Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4028

Landesentwicklungsplan

Weiterentwicklungsbedarf für den Landesentwicklungsplan und Zeitplan für die angekündigte Novellierung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 03.12.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4429
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 122 123
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Novellierung des Landesentwicklungsplans BW 2002

Überlegungen zur Novellierung des Landesentwicklungsplans BW 2002, insbes Gründe für eine Novellierung als Zielsetzung im Koalitionsvertrag, Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik als Novellierungsgrund, Auswirkungen durch die Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)

Antr Manfred Groh u.a. CDU 16.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5098
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 38
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Der Windkraftausbau im Land darf nicht mit der Brechstange erfolgen - die Anliegen der betroffenen Bürger müssen Gehör finden

Bürgerinitiativen gegen die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in BW; Berücksichtigung der Anliegen der Bürgerinitiativen; Erschwerung einer Bürgerbeteiligung wegen sich überschneidender Zuständigkeiten der Kommunen und Regionalverbände beim Ausweisen von Windkraftstandorten; Umgang mit den Befürchtungen betroffener Bürger; Gewichtung und Beachtung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5483

Ausbau der Windenergie in BW

Sachstand zum Ausbau der Windenergie in BW, insbes Bewertung aktueller Zahlen des Bundesverbands WindEnergie, Gründe für den bisher verhaltenen Windenergieausbau, Maßnahmen zur Einhaltung des selbstgesteckten Ausbauziels, Nachjustierung des Landesplanungsgesetzes

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/6613

Gefährdet die Bayerische Staatsregierung die Stromversorgung in BW?

Sachstand zur Erschwerung des Netzausbaus durch geplante Regelungen der Bayerischen Staatsregierung im Landesentwicklungsprogramm, insbes Auswirkungen auf das Planungsverfahren für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung SuedLink, Gefährdung des geplanten Datums für die Inbetriebnahme von SuedLink im Jahr 2022, Folgen für die Stromversorgungssituation in BW; Gewährleistung der regionalen Versorgungssicherheit im Grenzgebiet zum Freistaat Bayern

Antr

s. *Stromnetz*
Drs 15/6753

Auswirkungen auf die Trassenführung aufgrund der Ergebnisse des letzten Koalitionsgipfels zur Energiepolitik

Sach- und Planungsstand zur Trassenführung der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung von Brunsbüttel nach Großgartach auf dem Territorium BW

MdlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/7139

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 9 und 35 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung vom 23. Juni 2015

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Erleichterung der Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen mit der Novellierung des Landesplanungsgesetzes

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 177 182 186

Bewertung des Entwurfs und der Zeitdauer bis zur Einbringung des neuen Landesplanungsgesetzes, Kompetenzzug der Regionalverbände bei der Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1046 1048 1052-1054

Erleichterung der Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114 1132 1133 1136 1138

Erleichterung der Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191 1204 1212

Erleichterung der Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1332 1333 1337 1339 1356 1363

Landesplanungsgesetz

s. *Landesplanung*

Landespreis

s. *Auszeichnung*

Landespressegesetz

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung der §§ 22 und 24 des Landespressegesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2009

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Landesprogramm

s. *Programm der Landesregierung*

Landesprogramm Gute und sichere Arbeit*Umsetzung des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“*

Umsetzungsstand und Perspektiven des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“, insbes Einbindung von Akteuren vor Ort (Kommunen, freie Wohlfahrtspflege, Privatwirtschaft), Daten zu Stellenbesetzungen im Programmbaustein „Sozialer Arbeitsmarkt Passiv-Aktiv-Tausch“, Konsequenzen für eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene; Förder- und Handlungsbedarf am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt für besonders benachteiligten Personengruppen

Antr
s. *Arbeitsmarktpolitik*
Drs 15/3370

Landesprogramm STÄRKE*Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE im LKreis Schwäbisch Hall*

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine und Hilfen in besonderen Lebenssituationen von jungen Eltern seit 2009, Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 26.10.2011 und Antw SM Drs 15/786

Förderung von Elternkompetenzen - Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine, der Beratungs- und Unterstützungsangebote von Familien in besonderen Lebenssituationen seit 2008; Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel; Auflistung der besonders und der weniger nachgefragten Angebote; Umsetzung einer vom Sonderausschuss Amoklauf in Winnenden erarbeiteten Konzeption zur flächendeckenden Einführung eines Fortbildungsangebots für Eltern mit Kindern in typischen Umbruchphasen; Frage nach geplanten Programmänderungen

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1533
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.06.2012 Drs 15/2351 (dazu ÄAntr Wilfried Klenk u.a. CDU) S. 64-66
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE

Evaluationsergebnisse und geplante Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE; Bewertung und Fortsetzung des Gutscheinverfahrens

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 15.05.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3498
BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2013 Drs 15/4040 S. 55 56
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Familienerholungsmaßnahmen in BW

Angebote und finanzielle Förderung der Jugend- und Familienerholung; gemeinnützige Träger der Familienerholung; Zielgruppen und Inanspruchnahme der Angebote; aktueller Stand und Zeitplan des bedarfsgerechten Ausbaus der Jugend- und Familienerholung; Nutzung der Erfahrungen der Jugend- und Familienwerke bei der Erarbeitung der Fördermaßnahmen; individuelle Förderung für Familien iRd Landesprogramms STÄRKE

Antr
s. *Jugend- und Familienerholung*
Drs 15/3597

Programm „STÄRKE - Bildungsgutscheinverfahren“ fortführen

Umsetzung der Vorgaben des Bundeskinderschutzgesetzes in BW; Landesprogramm STÄRKE als Kinderschutzprogramm und als ein an alle Kinder und Familien in BW gerichtetes Programm; Vermeidung einer Einengung der Zielgruppe auf einkommensschwache Familien; Forderung nach einer Fortführung des Programms

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP 17.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3830
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 46 47
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
Mittlg LReg 14.04.2014 Drs 15/5092

Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern mit dem Programm STÄRKE

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 326 327

Ermöglichung von Wahlfreiheit der Eltern für das Erziehungsmodell ihrer Kinder, Kritik an Kürzungen beim Programm STÄRKE

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2153-2155 2158 2159

Landespsychiatriegesetz

s. *Psychiatrie*

Landesrechenzentrum

s. *Rechenzentrum*

Landesrechnungshof

s. *Rechnungshof*

Landesrecht*Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht*

Anpassung an Änderungen des Bundesrechts, insbes des Lebenspartnerschaftsrechts; Klarstellung und Vereinheitlichung landesrechtlicher Bestimmungen; Konzentration der Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

GesEntw LReg 08.07.2014 Drs 15/5443 (18 S.)
1. Beratung PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6239-6241
BeschlEmpf und Bericht StändA 17.07.2014 Drs 15/5504
2. Beratung PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6264
GesBeschl 23.07.2014 Drs 15/5537
GBI 2014 Nr. 15 S. 378-381 (Ges vom 29.07.2014)

Landesregierung

s.a. *Minister*
s.a. *Ministerpräsident*
s.a. *Nichtregierungsorganisation*
s.a. *Ombudsmann*
s.a. *Regierungsbefragung*
s.a. *Regierungserklärung*
s.a. *Staatssekretär*

Bekanntgabe der Ministerliste; Bestätigung der LReg; Vereidigung der Mitglieder der LReg

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15-17

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg 24.05.2011 Drs 15/20
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.05.2011 Drs 15/27
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 83-85

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg 24.06.2011 Drs 15/151
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.06.2011 Drs 15/154
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 241 242

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Verkehr und Infrastruktur und der Staatssekretärin im MVI in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg 19.07.2011 Drs 15/297
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 411
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2011 Drs 15/564
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst als Mitglied und Vorsitzende des Aufsichtsrats bei der Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Antr LReg 28.02.2012 Drs 15/1219
PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1529
BeschlEmpf und Bericht StändA 08.03.2012 Drs 15/1394
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738

Entlassung der Ministerin für Kultur, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer

Entlassung wegen mangelhafter Sachkompetenz und Unzuverlässigkeit bei der Ausübung der Dienstgeschäfte

Antr
s. *Ministerin für Kultur, Jugend und Sport*
Drs 15/2807

Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid

Entlassung wegen verfehlter Personalpolitik, Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs und behaupteter „Vertraulichkeit“ des ICC-Schiedsverfahrens

Antr
s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*
Drs 15/2808

Organstreitverfahren von sieben Abgeordneten des Ltg und der Fraktion der FDP/DVP gegen die LReg wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

s. *Parlamentarische Anfrage*
PIPr 15/60 S. 3567

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Kultur, Jugend und Sport in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg 12.03.2013 Drs 15/3208
PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3758
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.03.2013 Drs 15/3260
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg 09.04.2013 Drs 15/3330
PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3805
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.04.2013 Drs 15/3400
PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4054

Gilt „Musterland für gute und sichere Arbeit“ auch für die LReg?

Beschäftigungsbedingungen von Pförtnern, Personen mit Werkverträgen und Praktikanten in Landesministerien und -behörden; Angewiesensein von Landesbeschäftigten auf ergänzende öffentliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; Erfüllung der an die Arbeitgeber der Privatwirtschaft unter dem Schlagwort „Musterland für gute und sichere Arbeit“ gestellten Anforderungen des Koalitionsvertrags durch die LReg

Antr
s. *Arbeitsbedingungen*
Drs 15/3798

Entlassung der Ministerin für Integration Bilkay Öney

Entlassung wegen einer Verletzung der Amtspflichten durch Aussagen zur Existenz eines sogenannten „Tiefen Staats“ in Deutschland sowie der CDU unterstellte Fremdenfeindlichkeit gegenüber Türken und dem türkischen Staat

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3834

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/3974

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin im Staatsministerium als Mitglied des Aufsichtsrats der

Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Antr LReg 01.10.2013 Drs 15/4106

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4631

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4200

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Werbung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart für einen kommerziellen Finanzdienstleister

Zulässiger Rahmen des Engagements für die Interessen und das Geschäftssegment eines Unternehmens; Aufschluss über die dem Oberbürgermeister aus diesem Engagement erwachsenen materiellen und immateriellen Vorteile; Stellungnahme der Aufsichtsbehörde; Prospekthaftungsansprüche und andere Schadensansprüche enttäuschter Verbraucher; Stellung des Unternehmens ECOeffect auf dem Markt des „nachhaltigen Investments“; Beziehungen des Unternehmens zu Mitgliedern der LReg; wettbewerbliche Benachteiligung anderer Finanzanlagendienstleister

KlAnfr

s. *Bürgermeister*

Drs 15/4146

Erster Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart - Tunnel Ober-/Untertürkheim am 4. Dezember 2013

Teilnahme der LReg als Projektpartner von Stuttgart 21 am 4. Dezember 2013 beim ersten Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart

MdlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/4358

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg

Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr

s. *Schweigepflicht*

Drs 15/4815

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat des Ministers für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten als Mitglied des Aufsichtsrats der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Antr LReg 14.04.2014 Drs 15/5082

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5791

BeschlEmpf und Bericht StändA 15.05.2014 Drs 15/5197

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Stuttgart 21 und die Beschäftigung des Kabinetts Kretschmann mit der Anfrage des Staatsministeriums beim Justizministerium

Kommunikation über Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zwischen Staatsministerium und Justizministerium und innerhalb des Kabinetts

Antr

s. *Informationsaustausch*

Drs 15/5222

Grün-rote Doppelmoral - die LReg in der Glaubwürdigkeitskrise

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6253-6264

Aktenführung und Archivpflicht im Licht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH)

Rechtliche Regelung der Aktenführung in der LReg; Berücksichtigung der Anforderung der Vollständigkeit der Akten; Unterschiede in der Aktenführung gegenüber der Regierung Mapus; Speicherung der Unterlagen des exekutiven Kernbereichs und deren spätere Archivierung im Landesarchiv

KlAnfr

s. *Akten*

Drs 15/5658

Vergabepaxis der LReg bei externen Gutachten

Anstieg der externen Gutachten seit dem Regierungswechsel 2011; Kriterien und Verfahren der Vergabe von Gutachten an externe Sachverständige; Beurteilung des Instruments der freihändigen Vergabe; Festsetzung eines Budgets für externe Gutachten im Landeshaushalt; Einrichtung einer zentralen Vergabestelle; Projektcontrolling bei der Gutachtenvergabe an Externe; Evaluierung der Auftragsdurchführung

Antr

s. *Gutachten*

Drs 15/5684

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr

s. *Gerichtsentscheidung*

Drs 15/5877

Gutachtenaffäre der GRÜNEN - Verbindungen der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Staatsministerium

Zeitpunkt der Kenntnisnahme des von der Landtagsverwaltung im Auftrag der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ erstellten Gutachtens durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter des Staatsministeriums; Abgabe von schriftlichen oder mündlichen Einschätzungen oder Bewertungen in Bezug auf das Gutachten durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter des Staatsministeriums sowie deren Kommunikation

KlAnfr

s. *Gutachten*

Drs 15/6150

Entlassung des Justizministers Rainer Stichelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr

s. Justizminister
Drs 15/6170

Umgang des Ministerpräsidenten Kretschmann und der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre

Umgang des MinPräs bzw der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“, insbes Kontakte zu den Landtagsfraktionen von SPD und Grünen sowie zu nicht dem Landtag angehörenden Personen

KlAnfr
s. Ministerpräsident
Drs 15/6268

Befassung der LReg mit den E-Mail-Konten des MinPräs a.D. Mappus und Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Vergütungsregelung für das Gutachten zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim; Kommunikation der LReg über die mittlerweile vernichteten E-Mail-Konten des Ministerpräsidenten a.D. Mappus und die Ergebnisse, insbes innerhalb der LReg, mit Angehörigen der Fraktionen GRÜNE und SPD sowie mit Organisationen und Privatpersonen; Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, insbes im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen aus dem Landtag

KlAnfr
s. Personenbezogene Daten
Drs 15/6428

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr
s. Stellenbesetzung
Drs 15/7917

Stellensituation nach dem Regierungswechsel

Sachstand zum Stellenzuwachs in den Regierungsapparaten der Ministerpräsidenten Mappus und Kretschmann vor und nach dem jeweiligen Amtsantritt

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.02.2016 und
Antw MFW Drs 15/8076

Begrüßung des Frauenanteils von 40 % in der neuen LReg; Feststellung einer kritischen Begleitung der früheren LReg durch die Medien; Kritik an der Aufblähung des Regierungsapparats

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 194 197 203 204 207-209 238-241

Landesregulierungsbehörde

s. Aufsichtsbehörde

Landesreisekostengesetz

s. Reisekosten

Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften

Änderungen und Anpassungen bei Beschäftigtenbegriff, Gestaltung des Wahlrechts, Personalratsgröße, Geschlechtergerechtigkeit, Amtszeitverlängerung, Optionsmöglichkeiten von Beschlussfassungen, Gestaltung der Geschäftsführung, Arbeitsgemeinschaften, Freistellungen, Informationsrechten des Personalrats, Fristvereinbarungen, Beteiligungsrechten, zusätzlichen Dienstvereinbarungen, Initiativrecht des Personalrats, Personalversammlungen; Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses; Stärkung der vertrauensvollen Zusammenarbeit; Ausnahmecharakter des Evokationsrechts; Abschaffung der Zustimmungsverweigerungsgründe

GesEntw
s. Landespersonalvertretungsgesetz
Drs 15/4224

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Neufassung der Bestimmungen zu den örtlichen Richter- und Staatsanwaltsräten; Bildung klassischer Stufenvertretungen auf der Ebene der Obergerichte des Landes sowie der Generalstaatsanwaltschaften; Einrichtung von Einigungsstellen zur Konfliktlösung auf Bezirksebene; Einrichtung eines Landesrichter- und -staatsanwaltsrat als eigenständiges Organ auf der Ebene des Justizministeriums; Festschreibung der justizweiten Anhörung als unmittelbares Beteiligungsrecht der Richter und Staatsanwälte; eigenständiges Freistellungsrecht für die Mitglieder der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen; Verpflichtung zur Stichtagsbeurteilung im Beurteilungsrecht

GesEntw LReg 07.07.2015 Drs 15/7135 (66 S.)
1. Beratung PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8113-8117
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7419
2. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8210-8214
GesBeschl 30.09.2015 Drs 15/7465 (11 S.)
GBI 2015 Nr. 18 S. 842-852 (Ges vom 06.10.2015)

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 7 und 87 des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. Beamtenrecht
Drs 15/7552

Landesrichtergesetz

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinargesetz

GesEntw LReg 06.03.2013 Drs 15/3161 (55 S.)
1. Beratung PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3784-3788
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.03.2013 Drs 15/3261

(dazu ÄAntr Bernd Hitzler u.a. CDU)
2. Beratung PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3870-3873
GesBeschl 10.04.2013 Drs 15/3359
GBI 2013 Nr. 5 S. 77-83 (Ges vom 16.04.2013)

Landesschülerbeirat

s. Mitwirkung im Schulwesen

Landesschulbeirat

s. Mitwirkung im Schulwesen

Landesschulden

s. Schulden

Landesseilbahngesetz

s. Seilbahn

Landesseniorenrat Baden-Württemberg

Ehrenamt

Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit in BW; im „sozialen Ehrenamt“ tätige Vereine, Verbände und Organisationen und ihre Förderung durch das Land; Arbeit des Landesseniorenrats für das Ehrenamt; Gewinnung von Senioren für die ehrenamtliche Betätigung; Information der Bürger über die vorhandenen Möglichkeiten und Projekte; finanzielle Förderung der vom Landesseniorenrat herausgegebenen Zeitschrift „im blick“

KlAnfr
s. Ehrenamt
Drs 15/3854

Landessportplan

s. Sportplan

Landessportverband

s. Sportverband

Landesstatistikgesetz

s. Statistik

Landesstelle für Straßentechnik

s. Straßenbauverwaltung

Landesstiftung BW

s. Stiftung

Landesstraße

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/18

Lärmkartierung im Enzkreis

Voraussetzungen für die Aufnahme von innerörtlichen Landesstraßen in die Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Bewertung der Chancen für eine Aufnahme der Ortsdurchfahrten der Landesstraße 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr
s. Lärmschutz
Drs 15/144

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 22.10.2009 zu Ansätzen für ein optimiertes Erhaltungsmanagement bei Landesstraßen

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/242
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Sanierung bzw Ausbesserung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Auflistung der durch Ortschaften verlaufenden sanierungsbedürftigen Landesstraßen; Bewertung der Chancen für eine zeitnahe Sanierung der L 1134 und der L 1125 in der Ortsdurchfahrt von Wiernsheim-Pinache bzw für den Bau einer Umgehungsstraße

KlAnfr
s. Ortsdurchfahrt
Drs 15/255

Statistische Angaben zu Landesstraßen in BW

Gesamtlänge und Zustand der Landesstraßen; Art und Anteil sowie Kosten des Sanierungsbedarfs; Anteil mit Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund von Straßenschäden; vorgenommene Lärmschutzmaßnahmen

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 14.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/288
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 55-58
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Substanzverbesserung und Verkehrssicherheit an Landesstraßen
Künftige Finanzierung der o.g. Maßnahmen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 20.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/307
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 55-58
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Aus- und Neubaumaßnahmen an Landesstraßen und insbesondere an Ortsumfahrungen

Auflistung der zur Zeit in Umsetzung befindlichen, der geforderten, geplanten und für notwendig erachteten Maßnahmen; Auflistung der Maßnahmen mit Baurecht und dessen jeweilige Gültigkeitsdauer; Höhe der künftigen Mittelbereitstellung

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 20.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/308 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 55-58
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Haushalt 2011; Vierter Nachtrag

Mittelaufstockung für den Erhalt, Aus- und Neubau von Landesstraßen, insbes auch im Zuge von Ortsumgehungen

ÄAntr CDU 22.07.2011 Drs 15/341-N 3 S. 43-45
ÄAntr CDU 26.07.2011 Drs 15/345-4
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430-449

Ortsumfahrungen

Begonnene, planfestgestellte sowie im Planfeststellungsbeschlussverfahren befindliche Ortsumfahrungen im Zuge von Landesstraßen; Art der Finanzierung der Maßnahmen, Bewertung unter den Aspekten „Entlastungswirkung“ und „Kosten-Nutzen-Verhältnis“

Antr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/392

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 09.08.2011 und Antw MVI Drs 15/410

Sanierungsstand Landesstraßen

Planungsstand, Priorisierung, Finanzierung, Baubeginn und -fertigstellung von Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen in den LKreisen Böblingen, Biberach, Calw, Enzkreis, Göppingen, Heilbronn, Rastatt, Rottweil, Schwäbisch Hall und Sigmaringen; Etatisierung der notwendigen Mittel für den Erhalt der landeseigenen Straßeninfrastruktur

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD und Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 19.08.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/440

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 (dazu ÄAntr Thaddäus Kunzmann CDU) S. 55-58

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Mittlg LReg 08.06.2012 Drs 15/1818

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen in o.g. Gebietskörperschaften, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/485

Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen und Landesstraßen in BW

Realisierung, Baubeginn, Planung und Fertigstellung o.g. Radwege seit 2005 bis 2012

KlAnfr

s. *Radweg*

Drs 15/602

Straßenbaumaßnahmen im LKreis Göppingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/624

Straßenbaumaßnahmen im LKreis Tübingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/635

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im LKreis Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/640

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Zustand der Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen seit 2006 und bis 2013; Schließung der Lücken im Radwegenetz; Möglichkeiten zur Verhinderung des mautpflichtigen Schwerlastverkehrs auf dem nachgeordneten Straßennetz im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr Gernot Gruber SPD 12.10.2011 und Antw MVI Drs 15/691

Straßenbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2010 und 2011, geplante Maßnahmen 2012 ff, Höhe der bereitgestellten und benötigten Mittel

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/953

Landesstraßen in BW

Verkehrsaufkommen und -prognosen auf den Landesstraßen in der Region Mittlerer Oberrhein; Höhe der seit 2000 investierten Mittel für Neubau-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen; Stand der Planung und Realisierung von Landesstraßenprojekten in der Region

Antr Manfred Groh u.a. CDU 21.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/1066

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 43 44

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Haushalt 2012; Epl 13

Mittelaufstockung für den Erhalt, Aus- und Neubau der Landesstraßen

Haushalt

s. *Straßenbau*

Drs 15/1113

Landesstraßenbau

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen für die betroffenen Bürger und Kommunen, Straßenbauunternehmen, Verkehrs-

infrastruktur und Wirtschaft; Auflistung der bisher geplanten Aus- und Neubaumaßnahmen; Frage nach der Daseinsberechtigung eines Verkehrsministeriums mit Straßenbauabteilung und Unterbau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1164

Straßen im Hohenlohekreis

Zustand der Landesstraßen im Hohenlohekreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau und Sanierungsmaßnahmen seit 2006; geplante Maßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2012 und 2013; Darstellung der besonders vordringlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1174

Straßenbaumaßnahmen im Rems-Murr-Kreis und im Wahlkreis Waiblingen

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2009; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; planfestgestellte Straßenbaumaßnahmen, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1246

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2010; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; geplante und planfestgestellte Maßnahmen für 2012 und 2013, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1257

Sanierung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Vorrangiger Sanierungsbedarf von o.g. Landesstraßen; Bewertung des Zustands der Ortsdurchfahrt der L 1134 in Wiernsheimpinache sowie der geplanten Belagserneuerung durch die Gemeinde Wiernsheim mit eigenen Mitteln, Frage nach einer finanziellen Unterstützung der Gemeinde

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1297

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 22.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1312

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*

Drs 15/1347

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1351

Finanzierung von Landesstraßen in kommunaler Baulast

Vereinbarkeit des Landtagsbeschlusses zu Drs 15/440 und 15/907 zur Mittelbemessung für den Erhalt, Aus- und Neubau der Landesstraßen mit der Mittelkürzung im Haushalt 2012

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 27.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1491
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 91 92
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Kommunale Konzepte zur Verkehrsberuhigung auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Konzepte, u.a. Tempolimit mit Überwachungsanlagen und zusätzliche Fußgängerüberwege auf der L 1134 in Mönshheim; Zeitpunkt einer Umsetzung der Maßnahmen sowie einer von der Gemeinde Mönshheim angestrebten Ortsumfahrung für die L 1134

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/1583

Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Tempolimits, Eintreten für Tempo-30-Regelungen auf den Ortsdurchfahrten der L 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1597

Verkehrslärmbelastung im Enzkreis

Auflistung der zehn Ortsdurchfahrten von Landesstraßen mit der stärksten Verkehrs- und Lärmbelastung, u.a. auf der L 1134 (Enzstraße) in Mühlacker; Eintreten für Lärmschutzmaßnahmen und für den Bau einer neuen Enzbrücke

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1623

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*
Drs 15/1632

Vollendung von Ortsdurchfahrtssanierungen im Enzkreis
Realisierung der Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. auch des noch verbleibenden Abschnitts der Ortsdurchfahrt der L 1175 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1793

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Calw

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1804

Landesstraßenbaumaßnahmen im Stadt- und LKreis Heilbronn
Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen 2011-2013; geplante und planfestgestellte Maßnahmen; Höhe der dafür benötigten und in den Haushalten eingestellten Mittel; Frage nach Verschiebungen in der Priorisierung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1836

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Freudenstadt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1893

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 24 - Finanzierung von Landesstraßenbaumaßnahmen (Kap 1004 und 1240)

Mittlg RH
s. *Straßenbau*
Drs 15/1924

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*
Drs 15/2059

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2060

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Enzkreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2061

Landesstraßenbau im LKreis Biberach

Berücksichtigung von Aus- und Neubaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2062

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Karlsruhe

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2064

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Stadtkreis Baden-Baden bzw im südlichen LKreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*

Drs 15/2041

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Lörrach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2043

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Sinsheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2044

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Emmendingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2046

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Heidenheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2090

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung

von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2091

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ravensburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2092

Der Landesstraßenbau wird bis 2015 blockiert

Bereitgestellte Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen seit 2009 und in der mittelfristigen Finanzplanung; Mittelbedarf und Zeitraum für die Umsetzung des Maßnahmenplans Landesstraßen; Auflistung der zurückgestellten und gestrichenen Ausbaumaßnahmen; Höhe und Herkunft der Mittel zur Finanzierung der dringlichen Großprojekte

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2096

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ludwigsburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2102

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Konstanz

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2103

Landesstraßen im Bodenseekreis

Zeitpunkt des Baubeginns der Ortsumgehungen von Salem-Neufrach und Bermatingen im Zuge der L 205, Rangplatz in der Reihenfolge der zum Bau anstehenden Straßen

MdlAnfr 3) Ulrich Müller CDU 16.07.2012 Drs 15/2089
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2471-2473

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den LKreisen Reutlingen und Tübingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2110

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2125

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Sigmaringen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2148

Errichtung von Brücken an Landesstraßen im Enzkreis

Vorgesehene neue Brückenverbindungen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. in Neuenbürg an der L 381; Zuschussfähigkeit dieses Vorhabens sowie eines Kreisverkehrsplatzes an der L 381

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/2165

Abstufung von Landesstraßen

Voraussetzungen für die Abstufung einer Landes- oder Bundesstraße; Auflistung der seit 2006 umgewidmeten Landesstraßen und -straßenabschnitte; Beurteilung einer pauschalen Ablösezahlung bei der Übergabe einer Straße an die künftig zuständige Gebietskörperschaft

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 30.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2172
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 71 72

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Straßenbau im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für kommunale Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2204

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Rottweil

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2221

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Mittelbedarf Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der tatsächlich vorgesehenen Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen nach dem Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan; Bereitstellung der zusätzlichen Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, insbes im ländlichen Raum? Frage nach einem Zusammenhang zwischen den Mittelansätzen und den Äußerungen des Finanzministers zum ländlichen Raum

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 20.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2251
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 76 77
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enzkreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweissenstein und Unterreichenbach im LKkreis Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2354

Flächendeckendes Verkehrsmonitoring in BW

Stand des Ausbaus eines landesweiten Verkehrsmonitorings, Auskunft über die bisherigen Erfahrungen; Aussagen über die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Funktionen des Verkehrsmonitorings; Einschätzung der Verkehrs- und Lärmbelastung von Straßenabschnitten, Möglichkeiten der Verkehrslenkung; Vergleich der automatischen Erhebung gegenüber einer manuellen in Bezug auf Zähdauer, Genauigkeit und Kosten

Antr

s. *Verkehrsstatistik*

Drs 15/2371

Landesstraßenbau im LKreis Biberach

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2414

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012 und 2013; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2439

Planungsstopp für Ausbau von Landesstraßen im Enzkreis

Auflistung der vom o.g. Stopp betroffenen Straßenabschnitte mit der jeweiligen Begründung; Stand der Planung für die Sanierung und den Ausbau der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach, Bewertung des Zustands und der Sicherheitsmängel dieses Straßenabschnitts

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2468

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Höhe der im laufenden Jahr 2012 für den Straßenbau im Rems-Murr-Kreis zur Verfügung stehenden sowie der im Jahr 2013 eingeplanten Mittel; Zustand der Landesstraßen; Auflistung der im Jahr 2012 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen und der dafür erforderlichen Mittel; für die Jahre 2013 und 2014 geplante Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr Gernot Gruber SPD 14.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2665

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen, Sachstand der Ortsumfahrung

Gründe für die Verzögerung der Straßenbaumaßnahme; Kosten der Voruntersuchungen zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens; Einsatz externer Gutachter und privater Planungsbüros; Nutzbarkeit bestehender Gutachten bei einer Verschiebung

des Baubeginns

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/2700

Finanzierung von Landesstraßen in kommunaler Baulast

Einrichtung eines Förderprogramms nach dem Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG) für Straßenbaumaßnahmen in kommunaler Sonderbaulast

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2725

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 89

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Neckar-Odenwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2873

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen seit 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/3177

Zustandserfassung der Landesstraßen in BW

Ergebnisse der aktuellen Zustandserfassung der Landesstraßen in BW und deren Einfluß auf den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 08.03.2013 und Antw MVI Drs 15/3187

Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur

Gegenstand und Umsetzung der Richtlinie 2008/96/EG vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur in BW

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/3189

Straßenbauförderung und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis

Sanierung und Ausbau von Landesstraßen; Aufnahme der Aus- und Neubaumaßnahmen in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan; Bewilligung kommunaler Straßenbaumaßnahmen gemäß dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Aufnahme von ÖPNV-Maßnahmen in das Förderpro-

gramm 2011 bis 2015; weitere, dem RegPräs Stuttgart vorliegende ÖPNV-Förderanträge

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3305

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen im LKreis Esslingen

Zustand der Bundes- und Landesstraßen im Vergleich zur letzten Zustandserfassung; Sanierung der als „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteten Streckenabschnitte einschließlich der Brückenbauwerke; Verkehrsbelastung der Streckenabschnitte

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3343

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis
Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßenspernungen; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Sanierungsmittel für die Landesstraßen im Landeshaushalt

Sanierungs- und Ausbauplanung von Landesstraßen und Brücken, insbes Sanierungskriterien, Zurücksetzung des ländlichen Raums, Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit durch gesenkte Standards, Erhöhung oder Verrechnung der Sanierungshaushaltsmittel zur Brückensanierung mit Mitteln der mittelfristigen Finanzplanung

Antr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3434

Verkehrssicherheit auf Landstraßen

Aufgreifen und Umsetzung der Empfehlungen für die Sicherheitsanalyse von Straßennetzen (ESN) der Bundesanstalt für Straßenwesen (BaSt) für BW, insbes die Vorschläge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Landesstraßen mit abschnittsweise ausgebauten Fahrstreifen zum Überholen und einer verstärkten Geschwindigkeitsüberwachung

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/3602

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 16 - Erhalt von Brücken an Landesstraßen (Kap 1304)

Mittlg RH
s. *Brücke*
Drs 15/3816

Impulsprogramm - Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach

Stand der 2008 als Sonderprogramm aufgelegten Vorhaben und ihre Finanzierung; Planungsstand und Kostenentwicklung der noch nicht begonnenen Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach; Priorisierung o.g. Straßenbaumaßnahmen im

Generalverkehrsplan

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3847

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)

Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettligen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr Werner Raab CDU 22.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3851

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis

Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Keltern-Ellmendingen und Keltern-Dietlingen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/4172

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Höhe der für Aus- und Neubau sowie für Unterhalt und Sanierung der Landesstraßen 2013 und 2014 zur Verfügung stehenden Mittel; durchgeführte und geplante Sanierungsmaßnahmen; Höhe der erforderlichen Mittel; Maßnahmen zur Sanierung oder Lückenschließung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis und ihre Kosten

KlAnfr Gernot Gruber SPD 24.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4237

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Beurteilung der Ergebnisse der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“; Umfang des Finanzierungsdefizits im Bereich der Landesstraßen und Lösungen für eine Verstärkung der Landesstraßenfinanzierung; Personalausstattung im Verkehrsinfrastrukturbereich; Ausweitungsmöglichkeiten der Nutzerfinanzierung durch Erhöhung der Lkw-Maut bzw der Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für Pkw; Ausweitung bzw Dynamisierung der finanziellen Fördermöglichkeiten; Zustandserhebung, Finanzierung und Durchführung der notwendigen Brückensanierungen außerhalb der Baulast des Bun-

des; Zielkonflikt zwischen Nettonull beim Flächenverbrauch und dem Neu- und Ausbau des Radverkehrsnetzes

GrAnfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/4283

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im LKreis Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im LKreis Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 27.11.2013 und Antw MVI
Drs 15/4395

Aus- und Neubaumaßnahmen im Straßenbau in BW

Über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bewilligte Maßnahmen des Kommunalen Straßenbaus sowie des Umweltverbunds; Bewilligungen in den LKreisen seit Mai 2011; Aus- und Neubau von Landesstraßen seit dem Regierungswechsel

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4611

Schutzmaßnahmen an Landesstraßen

Übersicht über geplante Schutzmaßnahmen (Amphibienschutz, Lärmschutz etc.) an Landesstraßen; Kriterien für diese Schutzmaßnahmen; Koordinierung der Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen; Verhältnismäßigkeit der Kosten für Schutz- und Straßenbaumaßnahmen; Rechtsvorschriften; Initiierung von Schutzmaßnahmen an Landesstraßen; Steigerung der Anzahl der Maßnahmen durch eine Absenkung baulicher Standards

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 29.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4665
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S.51 52
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Straßenbau im LKreis Esslingen im Jahr 2014

Vorgesehene Bau- und Sanierungsmaßnahmen für Landesstraßen und Brücken im LKreis Esslingen im Jahr 2014

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4924

Beidseitiger Schutzstreifen für Fahrradfahrer - deutlicher Sicherheitsgewinn?

Vorgaben der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) für eine Mindestbreite des Straßenraums bei einer Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer auf Kreis- und Landesstraßen; Richtlinie des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Gestaltung und Förderung von Radverkehrsanlagen (RL-Radinfrastruktur); Einhaltung der vorgegebenen Straßenmindestbreite bei der Einrichtung von Schutzstreifen; Stärkung der Verkehrssicherheit der Radfahrer durch die von Städten und Gemeinden ausgewiesenen Schutzstreifen; Schutzstreifen an viel befahrenen innerörtlichen Straßen; Voraussetzungen für eine Neumarkierung von Schutzstreifen

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4934

Zustand der Landesstraßen (L) im Heckengäu

Sanierung der Landesstraßen L 1175, L 1180 und L 1134 im Heckengäu; tägliche Verkehrsbelastung und Zustand der genannten Landesstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/5171

Tempo-30-Zonen in Ortsdurchfahrten

Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis und im LKreis Ludwigsburg; Einrichtung einer ganztägigen Tempo-30-Zone innerhalb der Ortsdurchfahrt von Illingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5665

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5760

Mängel bei Fahrbahnerneuerungen auf Landesstraßen

Erneuerung des Straßenbelags von Landesstraßen im Enzkreis; Mängel im Straßenbelag nach der Fahrbahnerneuerung; Ursache der Unebenheiten im Fahrbahnbelag zwischen Ellmendingen und Dietlingen; Behebung der Mängel und ihre Kosten; Vermeidung mangelhafter Bauleistungen im Straßenbau und des damit verbundenen Mehraufwands

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/5781

Verkehr und Straßenbau im Ostalbkreis nach der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels

Auswirkungen der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels auf das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsströme im Ostalbkreis, insbes auf der Bundesstraße 29; geplante Folgemaßnahmen im Straßenbau auf den Landesstraßen

KlAnfr
s. *Verkehrsaufkommen*
Drs 15/5978

Geplante Neu- und Ausbaumaßnahmen beim Landesstraßenbau ab 2015

Berücksichtigung von Finanzmitteln im Haushalt 2015/2016 für Aus- und Neubaumaßnahmen im Landesstraßenbau; Aufnahmekriterien für das Landesstraßenbauprogramm 2015 bis 2019

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6078

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellte sowie

künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtungen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/6273

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Förderung des Aus- und Neubaus sowie der Sanierung der Landesstraßen im Jahr 2014; Erhaltung des Radwegenetzes und Lückenschließung; Auskunft über die 2014 durchgeführten und für 2015 geplanten Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr Gernot Gruber SPD 16.12.2014 und Antw MVI Drs 15/6279

Geplante Neu- und Ausbaumaßnahmen beim Landesstraßenbau im Main-Tauber-Kreis ab 2015

Berücksichtigung von Neu- und Ausbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis in den Landesstraßenbauprogrammen ab 2015, insbes Auswahlkriterien, übernommen und nicht berücksichtigte Anträge

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6350

Mängel auf frisch sanierten Straßen im Land

Auftreten von Schäden in der Fahrbahndecke von Landes- und Bundesstraßen im Anschluss an deren Sanierung; Fahrbahnschäden im Enzkreis und in Pforzheim; Ursachen der Schäden im Straßenbelag auf der B 10 bei Pforzheim-Eutingen; Behebung und künftige Vermeidung von Mängeln bei der Straßeninstandhaltung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/6361

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/6435

Arbeiten an Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg

Sachstand zur Durchführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 13.10.2015 und Antw MVI Drs 15/7557

Ausbau einer Abbiegespur auf der L 1140 an der Abzweigung K 1869 Richtung Lehnenberg

Bedeutung der Ausbaumaßnahme für Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss; Planungsstand, Baubeginn und Baufinanzierung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7631

Aktueller Stand - Ausbaumaßnahme zur Landesstraße L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf
Einstufung der geplanten Straßensanierungsmaßnahmen in der Priorisierungsliste des Landes; Kosten und Zeitplan der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße 536*
Drs 15/7645

Zustand der Landstraße (L) 83 zwischen Bühlertal und Sand
Sanierung des o.g. Teilstücks der Landesstraße L 83 und die dafür veranschlagten Kosten; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in den letzten zehn Jahren

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/7949

Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg
Geplante Sanierungsmaßnahmen an Ortsdurchfahrten; Zustand der Landesstraßen L 1106 und L 1107 in der Ortsdurchfahrt Bönningheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/8079

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesstraßen
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 26

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesstraßen
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 59 61 64 70

Beklagung des Sanierungsstaus bei den Landesstraßen, Aufstockung der Mittel für Erhaltungsmaßnahmen
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 123-125 129 133 134 138-141

Anstreben einer besseren Erhaltung der Landesstraßen
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 246

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesstraßen, Abbau mit einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374 375 378 381 407 408

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesstraßen, Abbau mit einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 433 434 440

Bewertung der Unfallgefahren auf Landesstraßen im Vergleich zu Autobahnen; Kritik an der Blockade des Aus- und Neubaus von Landesstraßen
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 664-668

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesstraßen, Abbau mit einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1109 1113 1114 1121

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesstraßen, Abbau mit einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1187 1190 1197 1201 1212 1213

Beklagung der Einstellung des Aus- und Neubaus von Landesstraßen seit dem Regierungswechsel, Vergleich des Mitteleinsatzes der alten und neuen LReg für die Ertüchtigung der Landesstraßen
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349-1360

Vergleich des Mitteleinsatzes der alten und neuen LReg für den Erhalt der Landesstraßen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1437 1438 1442 1446 1449 1452

Landesstraße 80

Lückenschluss der Bundesstraße 3 neu

Stand, Zeit- und Kostenperspektive für die Realisierung des Lückenschlusses der B 3 zwischen Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim sowie der L 80 in Sinzheim; Einbindung der betroffenen Gemeinden, des LKreises Rastatt und des Stadtkreises Baden-Baden bei der Fortführung des Verfahrens

KlAnfr
s. *Bundesstraße 3*
Drs 15/2542

Landesstraße 83

Lärmschutz entlang der Landesstraße (L) 83 im Bereich Altschweier

Lärmsituation und künftige Verkehrsentwicklung entlang der Landesstraße 83 im Bereich Altschweier sowie mögliche Lärm-minderungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/5102

Zustand der Landstraße (L) 83 zwischen Bühlertal und Sand

Sanierung des o.g. Teilstücks der Landesstraße L 83 und die dafür veranschlagten Kosten; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in den letzten zehn Jahren

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/7949

Landesstraße 103

Zustand der L 103 bei Steinach

Bewertung des Zustands der L 103 zwischen Steinach und Wel-schensteinach, notwendige Sicherungs- und Ausbaumaßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit, Frage nach kurzfristig realisierbaren Maßnahmen

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 20.04.2012 und Antw MVI
Drs 15/1593

Landesstraße 114

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

Landesstraße 123

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

Landesstraße 125

Kreisverkehr Ebringen

Beurteilung der Notwendigkeit eines Kreisverkehrs auf der L 125 bei Ebringen, Frage nach einer entsprechenden Kontaktaufnahme mit dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zur Einbindung der K 953

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1478

Landesstraße 134

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

Landesstraße 150

Fertigstellung/Sanierung von Ortsdurchfahrten

Mittelbereitstellung 2012 und Fertigstellung der Maßnahmen an der L 163 a Ortsdurchfahrt Erzingen, L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen und L 150 St. Blasien; Höhe der von der früheren LReg für die Sanierung der L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen zugesagten Mittel

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1931

Landesstraße 154

Sperrung der Albtalstrecke Landesstraße (L) 154

Sachstand zur Sperrung der Albtalstrecke Landesstraße 154 zwischen Albrück und Görwühl, insbes Aufwand zur Sicherung der Felshänge

KlAnfr Felix Schreiner CDU 04.08.2015 und Antw MVI
Drs 15/7267

Landesstraße 158

Fertigstellung/Sanierung von Ortsdurchfahrten

Mittelbereitstellung 2012 und Fertigstellung der Maßnahmen an der L 163 a Ortsdurchfahrt Erzingen, L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen und L 150 St. Blasien; Höhe der von der früheren LReg für die Sanierung der L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen zugesagten Mittel

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1931

Landesstraße 163

Fertigstellung/Sanierung von Ortsdurchfahrten

Mittelbereitstellung 2012 und Fertigstellung der Maßnahmen an der L 163 a Ortsdurchfahrt Erzingen, L 158 Ortsdurchfahrt Ober-

eggingen und L 150 St. Blasien; Höhe der von der früheren LReg für die Sanierung der L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen zugesagten Mittel

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1931

Landesstraße 172

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/18

Landesstraße 177

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/18

Landesstraße 178

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/18

Landesstraße 180

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/18

Landesstraße 181

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/18

Sanierung Landesstraße L 181 auf den Streckenabschnitten Erdmannsweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach

Sachstand zu Sanierungsprogramm und Dringlichkeitsliste im Bereich der Landesstraßen für den Regierungsbezirk Freiburg und den Schwarzwald-Baar-Kreis ab dem Jahr 2014, insbes zu den beiden Streckenabschnitten Erdmannsweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach der Landesstraße L 181

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/6418

Landesstraße 185

Zustand und Sanierung der L 185 zwischen Kirchen-Hausen und Hondingen

Verkehrsaufkommen auf der Landesstraße 185; Nutzung als Umleitungsstrecke bei Baumaßnahmen auf benachbarten Bundesstraßen; Sanierungsmaßnahmen auf dem o.g. Streckenabschnitt

KlAnfr
s. *Sanierung*
Drs 15/3237

Landesstraße 190

Sanierung der Eisenbahnbrücke über die L 190 in Gottmadingen (LKreis Konstanz)

Koordination von Baumaßnahmen an Landesstraßen, für die eine Eisenbahnkreuzungsvereinbarung erforderlich ist, zwischen den RegPräs und der Bahn AG; Gründe für die Verzögerung der o.g. bereits ausgeschriebenen Maßnahme; Konsequenzen für den Bahnverkehr im Falle einer Sperrung der Brücke aus Sicherheitsgründen; Berücksichtigung von Projekten nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz in der geplanten Straßenbau-Prioritätenliste des MVI?

KlAnfr
s. *Bahnkreuzung*
Drs 15/1739

Landesstraße 205

Landesstraßen im Bodenseekreis

Zeitpunkt des Baubeginns der Ortsumgehungen von Salem-Neufrach und Bermatingen im Zuge der L 205, Rangplatz in der Reihenfolge der zum Bau anstehenden Straßen

MdlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2089

Landesstraße 230

Ausbaustopp der Landesstraße (L) 230 - Warum werden die Münsinger Alb und der Raum Hechingen abgehängt?

Begründung und Kriterien für den Stopp der Ausbaumaßnahmen der Landesstraße 230 zwischen Auingen und Breithülen; Maßnahmen zur besseren Verkehrsanbindung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4884

Landesstraße 275*Landesstraßenbau im LKreis Biberach*

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Landesstraße 277*Landesstraßenbau im LKreis Biberach*

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Landesstraße 280*Landesstraßenbau im LKreis Biberach*

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Landesstraße 284*Landesstraßenbau im LKreis Biberach*

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Landesstraße 307*Landesstraßenbau im LKreis Biberach*

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Landesstraße 338*Ausbau des Teilstücks der L 338 zwischen Unterreichenbach und Grunbach*

Prioritätsstufe und Zeitplan zum Ausbau des o.g. Streckenabschnitts

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 28.10.2011 und Antw
MVI Drs 15/809

Landesstraße 353*Straßenverkehrsvorhaben im LKreis Calw*

Sachstand zu Straßenverkehrsvorhaben im LKreis Calw, insbes
Zustandserhalt der Bundesstraße 28, Ausbau der Landesstraße
353

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6702

Landesstraße 370*Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen*

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger
und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis
zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rot-
tenburg

MdlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1734

Landesstraße 371*Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen*

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger
und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis
zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rot-
tenburg

MdlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1734

Landesstraße 381*Errichtung von Brücken an Landesstraßen im Enzkreis*

Vorgesehene neue Brückenverbindungen an Ortsdurchfahrten
von Landesstraßen, u.a. in Neuenbürg an der L 381; Zuschuss-
fähigkeit dieses Vorhabens sowie eines Kreisverkehrsplatzes an
der L 381

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/2165

Landesstraße 384*Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen*

Planungsstand und Realisierungschancen der o.g. Ortsumfah-
rung nach der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und
Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen; Darstellung des täg-
lichen Durchgangsverkehrs nach jüngsten Verkehrszählungen;
Befürwortung einer durchgängigen Tempo-30-Zone bis zur Real-
isierung der Umgehungsstraße?

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 03.02.2012 und Antw MVI
Drs 15/1197

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen, Sachstand der Ortsumfahrung

Gründe für die Verzögerung der Straßenbaumaßnahme; Kosten der Voruntersuchungen zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens; Einsatz externer Gutachter und privater Planungsbüros; Nutzbarkeit bestehender Gutachten bei einer Verschiebung des Baubeginns

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/2700

Landesstraße 395

Ausbau der Ortsdurchfahrt Horb-Mühringen

Beurteilung der Verkehrssicherheit der o.g. Ortsdurchfahrt im Zuge der L 395; Planungsstand und Mittelbereitstellung, Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung des Vorhabens

KlAnfr Norbert Beck CDU 08.07.2011 und Antw MVI Drs
15/254

Landesstraße 415

Landesstraßenbau L 415 Ortsumfahrung Geislingen

Bewertung der Dringlichkeit, der weiteren Verfahrensschritte und des Baubeginns für das o.g. Projekt

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 21.06.2011 und Antw
MVI Drs 15/141

Landesstraße 423

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/18

Landesstraße 511

Sanierung L 511 - Bahnunterführung Nord in Lauda-Königshofen (Stadtteil Lauda)

Aktueller Sachstand, Kosten und Finanzierung der o.g. Maßnahme; Zeitpunkt des Baubeginns und der voraussichtlichen Fertigstellung

KlAnfr Georg Nelius SPD 01.08.2012 und Antw MVI Drs
15/2174

Landesstraße 536

Ausbau der Landesstraße 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

Beurteilung der Schäden auf der L 536 und der Verkehrssicherheit; Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung des Vorhabens

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 22.09.2011 und Antw MVI
Drs 15/578

Priorisierungskriterien für die Landesstraße 536

Priorisierungskriterien im Anhörungsentwurf „Maßnahmenplan Landesstraßen“; Planungsstand und Chancen auf Baubeginn für den Ausbau der L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 13.07.2012 und Antw MVI
Drs 15/2094

Landesstraße (L) 536 - Aktueller Stand

Stand des Ausbaus der Landesstraße 536, insbes Maßnahmen der Einzelbewertung, Baubeginn und Baukosten

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 15.05.2014 und Antw MVI
Drs 15/5207

Aktueller Stand - Ausbaumaßnahme zur Landesstraße L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

Einstufung der geplanten Straßensanierungsmaßnahmen in der Priorisierungsliste des Landes; Kosten und Zeitplan der Maßnahmen

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 02.11.2015 und Antw MVI
Drs 15/7645

Landesstraße 544

Die innerörtliche Verkehrsbelastung der Gemeinde Oftersheim als Folge der Fertigstellung der B 535

Auswirkungen auf den Durchgangsverkehr in Schwetzingen, Plankstadt und Oftersheim, insbes in der Zähringerstraße in Schwetzingen und der Heidelberger Straße (L 544) in Oftersheim; Frage nach einer Berücksichtigung potenzieller Probleme in der Planung sowie nach möglichen Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Oftersheim*
Drs 15/408

Landesstraße 551

Kreisverkehrsplatz B 929/L 551 in Angelbachtal

Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung der o.g. Maßnahme zur Reduzierung der Feinstaub-, Lärm- und Abgasbelastung sowie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1545

Landesstraße 562

Lärmkartierung im Enzkreis

Voraussetzungen für die Aufnahme von innerörtlichen Landesstraßen in die Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Bewertung der Chancen für eine Aufnahme der Ortsdurchfahrten der Landesstraße 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/144

Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Tempolimits, Eintreten für Tempo-30-Regelungen auf den Ortsdurchfahrten der L 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/1597

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis
Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Keltern-Ellmendingen und Keltern-Dietlingen

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/4172

Mängel bei Fahrbahnerneuerungen auf Landesstraßen

Erneuerung des Straßenbelags von Landesstraßen im Enzkreis; Mängel im Straßenbelag nach der Fahrbahnerneuerung; Ursache der Unebenheiten im Fahrbahnbelag zwischen Ellmendingen und Dietlingen; Behebung der Mängel und ihre Kosten; Vermeidung mangelhafter Bauleistungen im Straßenbau und des damit verbundenen Mehraufwands

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/5781

Landesstraße 563

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr

s. *Landesstraße*

Drs 15/3851

Landesstraße 564

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr

s. *Landesstraße*

Drs 15/3851

Landesstraße 570

Bevorstehende Sanierungen von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Darlegung der o.g. Planungen; Dauer und Auswirkungen der Sanierungsarbeiten an der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, Eintreten für eine weiträumige Umleitung während der Sanierungsarbeiten

KlAnfr

s. *Ortsdurchfahrt*

Drs 15/756

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr

s. *Ortsdurchfahrt*

Drs 15/868

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelumschichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbunds? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/934

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr

s. *Ortsdurchfahrt*

Drs 15/1347

Landesstraße 597

Neubau der L 597 inkl. Neckarbrücke bei Ladenburg/Ilvesheim

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr

s. *Brücke*

Drs 15/37

Bau einer Neckarbrücke zwischen Ladenburg und Edingen-Neckarhausen (L 597 neu)

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Umwelt- und Verkehrsentlastung, insbes für Seckenheim und Ilvesheim durch Ausweichverkehr zur dortigen Neckarquerung; Einstufung einer neuen Brücke als Voraussetzung für die umfassende Neugestaltung der Seckenheimer Innenstadt

KlAnfr

s. *Brücke*

Drs 15/1473

Landesstraße 600

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5225 betr. Rückbau der L 600

BeschlEmpf und Bericht PetA 31.01.2013 Drs 15/2884 Nr. 6 S. 5-19

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
Mittlg LReg 07.06.2013 Drs 15/3595

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5225 betr. Teilrückbau der ehemaligen L 600

BeschlEmpf und Bericht PetA 19.12.2013 Drs 15/4465 Nr. 2 S. 3-5
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262
Mittlg LReg 12.12.2014 Drs 15/6269
BeschlEmpf und Bericht PetA 18.02.2016 Drs 15/8011 Nr. 9 S. 12-13
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Landesstraße 608

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3851

Landesstraße 613

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3851

Landesstraße 621

Straßenbelag für die L 621 zwischen Königsbach und Stein

Planung und Finanzierung der Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf dem Streckenabschnitt L 621 zwischen Königsbach und Stein; Planung und Finanzierung weiterer Straßenbaumaßnahmen im Enzkreis; Verkehrsbelastung auf diesem Streckenabschnitt

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3455

Landesstraße 623

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen

Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3851

Landesstraße 723

Straßenbauprojekte im Landtagswahlkreis Wiesloch - Verkehrsinfrastruktur BW

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte im o.g. Wahlkreis und landesweit, insbes auch auf die anstehende und notwendige zweispurige Ertüchtigung der L 723 sowie auf den geplanten Knotenpunktumbau B 3/L 723; Auswirkungen auf den Generalverkehrsplan, die Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1159

Landesstraße 1001

Sanierung von Landesstraßen im LKkreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/410

Landesstraße 1010

Sanierung von Landesstraßen im LKkreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1312

Landesstraße 1025

Sanierung von Landesstraßen im LKkreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1312

Landesstraße 1036

Sanierung von Landesstraßen im LKkreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1312

Landesstraße 1037

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/410

Landesstraße 1040

Ortsumfahrung Vellberg L 1040

Bewertung der Dringlichkeit, der weiteren Verfahrensschritte und des Baubeginns für das o.g. Projekt

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 01.07.2011 und Antw MVI Drs 15/182

Verkehrssicherheit und Maßnahmen an der Kreuzung L 1040/K 2500 Kirchberg/Jagst-Herbolzhausen

Beurteilung der Verkehrssituation an der o.g. Kreuzung und der Unfallentwicklung in den letzten fünf Jahren sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen; Höhe der Kosten und Realisierungschancen von Bau und Unterhalt einer vorschriftsgemäßen Bushaltestelle, eines Kreisverkehrs sowie einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/2269

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßenspernungen; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Landesstraße 1042

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/410

Sanierung der Landesstraße L 1042 Ilshofen

Planungsstand, Kosten und Baubeginn der o.g. Maßnahme zwischen Ilshofen und Hörlebach; Beurteilung des Zustands der Straße und der Verkehrssicherheit, insbes im Hinblick auf die Häufung von Verkehrsunfällen

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 19.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1463

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßenspernungen; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Landesstraße 1050

Ausbau/Reparatur L 1050 Pfedelbach/Mainhardt/Oberrot

Entwicklung des Pkw- und Schwerlastverkehrs, der Unfälle und des Zustands der L 1050; Beurteilung der Verkehrssituation in den zum Teil engen Ortsdurchfahrten; Realisierungschancen einer Umfahrung des Teilorts Hütten der Gemeinde Mainhardt

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2294

Landesstraße 1066

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßenspernungen; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Landesstraße 1088

Zeitnahe Umsetzung der Verkehrskonzeption im Bereich der Gemeinden Neuenstadt / Oedheim / Bad Friedrichshall

Stand der Planungen zur Weiterführung der Ortsumfahrung Neuenstadt im Zusammenhang mit dem Umbau der L 1088 sowie zur Ableitung des Verkehrs auf der Gemarkung Oedheim über die K 2001 in Richtung L 1095 Neckarsulm, Höhe und Träger der Kosten, Zeitpunkt der Finanzierung und Realisierung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1536

Landesstraße 1095

Zeitnahe Umsetzung der Verkehrskonzeption im Bereich der Gemeinden Neuenstadt / Oedheim / Bad Friedrichshall

Stand der Planungen zur Weiterführung der Ortsumfahrung Neuenstadt im Zusammenhang mit dem Umbau der L 1088 sowie zur Ableitung des Verkehrs auf der Gemarkung Oedheim über die K 2001 in Richtung L 1095 Neckarsulm, Höhe und Träger der Kosten, Zeitpunkt der Finanzierung und Realisierung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1536

Landesstraße 1100

Schutz vor verkehrsbedingten Immissionen in Bad Wimpfen

Höhe der Kosten und Effekte der genehmigten Umfahrung im Zuge der L 1100 im Vergleich zu der von der Bürgerinitiative Straßenverkehr Bad Wimpfen entwickelten Alternativplanung einer westlichen Spange; Gründe für die Aufhebung des Durchfahrtsverbots für Gefahrguttransporter; Umsetzungsstand des Lärmaktionsplans; Intensität und Ergebnisse der Schadstoffmessungen; Sicherheitsbewertung der Schulwege; Frage nach dem Planungsstand für die Aufnahme in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Bad Wimpfen*
Drs 15/1744

Landesstraße 1103

Ortsumfahrung Güglingen/Pfaffenhofen

Bewertung des o.g. Projekts im Zuge der L 1103 neu und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 28.07.2011 und Antw MVI Drs 15/369

Landesstraße 1105

Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Darstellung der Priorität, der bisherigen und weiteren Mittelbereitstellung; Zeitpunkt des Baubeginns für die Ortsumfahrung, Frage nach einem Zusammenhang mit dem Ausbau und der Verlängerung der Saarlandstraße in Heilbronn

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/462

Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Kriterien und Zeitpunkt für eine landesweite Priorisierung von Straßenbauprojekten; Umsetzung der Zusagen der Vorgängerregierungen zur Förderung der o.g. Projekte

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/620

Umgehungsstraße Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Gründe für die Nichtaufnahme der o.g. Projekte in den Maßnahmenplan zu den Landesstraßen; Position der beiden Projekte nach der wissenschaftlichen Auswertung des Maßnahmenplans und nach Gewichtung des zwingenden Zusammenhangs der beiden Vorhaben

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/2202

Landesstraße 1106

Ortsumfahrung Nordhausen L 1106

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr Alexander Throm CDU 03.08.2011 und Antw MVI Drs 15/397

Ortsumfahrung Dürrenzimmern

Bewertung des o.g. Projekts im Zuge der L 1106 und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 29.09.2011 und Antw MVI Drs 15/618

Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Landkreis Ludwigsburg

Geplante Sanierungsmaßnahmen an Ortsdurchfahrten; Zustand der Landesstraßen L 1106 und L 1107 in der Ortsdurchfahrt Bönningheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/8079

Landesstraße 1107

Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Landkreis Ludwigsburg

Geplante Sanierungsmaßnahmen an Ortsdurchfahrten; Zustand der Landesstraßen L 1106 und L 1107 in der Ortsdurchfahrt Bönningheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/8079

Landesstraße 1110

Zustand der Landesstraße (L) 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

Verkehrsbelastung, Zustand und Planung der Durchführung von Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an der Landesstraße 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3753

Landesstraße 1113

Sanierung der Neckarbrücke und Kreisverkehr in Besigheim/Neckar

Dringlichkeit der Brückensanierung im Zuge der L 1115 sowie des Baus eines Kreisverkehrsplatzes im Kreuzungsbereich der L

1113 zur Verbesserung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern; Frage nach einer finanziellen Beteiligung des Landes

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1543

Landesstraße 1115

Ausbau L 1115 Backnang - Bundesautobahn 81 Anschlussstelle Mundelsheim

Stand der Planung, Zeitpunkt des Baubeginns für den ersten Abschnitt und die weiteren Bauabschnitte

KlAnfr Manfred Hollenbach CDU 22.07.2011 und Antw MVI Drs 15/333

Sanierung der Neckarbrücke und Kreisverkehr in Besigheim/Neckar

Dringlichkeit der Brückensanierung im Zuge der L 1115 sowie des Baus eines Kreisverkehrsplatzes im Kreuzungsbereich der L 1113 zur Verbesserung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern; Frage nach einer finanziellen Beteiligung des Landes

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1543

Aufstufung L 1115 zur Bundesstraße

Planungsstand der Aufstufung der L 1115 von einer Landes- zur Bundesstraße, insbes Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur im Raum Backnang für die Kommunen Aspach und Backnang; Verkehrsbelastung auf den einzelnen Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Mundelsheim und Backnang

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 22.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3403

Landesstraße 1120

Sanierung und Ausbau der Landesstraße (L) 1120 zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg

Sachstand zu Gefahrensituation und Ausbauzustand der Landesstraße 1120 im Streckenabschnitt zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg, insbes Unfallstatistik, Verkehrsaufkommensprognose, Sanierungsbedürftigkeit

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/7904

Landesstraße 1125

Sanierung bzw Ausbesserung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Auflistung der durch Ortschaften verlaufenden sanierungsbedürftigen Landesstraßen; Bewertung der Chancen für eine zeitnahe Sanierung der L 1134 und der L 1125 in der Ortsdurchfahrt von Wiernsheim-Pinache bzw für den Bau einer Umgehungsstraße

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/255

Geplanter Autobahn-Halbanschluss und „Schwörer-Trasse“ in Freiberg/Neckar

Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit und Finanzierbarkeit einer neuen Anschlussstelle an der A 81 mit der geplanten Teilortsumfahrung von Ingersheim sowie der o.g. Trasse durch

das Industriegebiet Neckar mit der Ortsumfahrung von Freiberg, Zulässigkeit des geforderten Lkw-Fahrverbots auf der L 1125 auch ohne den Bau des geplanten Halbanschlusses?

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/446

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1645

Sanierung Ortsdurchfahrt Landesstraße (L) 1125 Niefern-Öschelbronn

Zustand und Planung der Sanierungsarbeiten von Landesstraße 1125 in der Ortsdurchfahrt Niefern-Öschelbronn, insbes derzeitige Verkehrssicherheit, Sanierungsbeginn, geschätzte Baukosten, Finanzierung und Fertigstellung

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/3698

Landesstraße 1131

Straßensanierungen an den Grenzen des Enzkreises

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertigstellung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1163

Planungsstopp für Ausbau von Landesstraßen im Enzkreis

Auflistung der vom o.g. Stopp betroffenen Straßenabschnitte mit der jeweiligen Begründung; Stand der Planung für die Sanierung und den Ausbau der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach, Bewertung des Zustands und der Sicherheitsmängel dieses Straßenabschnitts

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2468

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/6435

Landesstraße 1134

Sanierung bzw. Ausbesserung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Auflistung der durch Ortschaften verlaufenden sanierungsbedürftigen Landesstraßen; Bewertung der Chancen für eine zeitnahe Sanierung der L 1134 und der L 1125 in der Ortsdurchfahrt von Wiernsheim-Pinache bzw. für den Bau einer Umgehungsstraße

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/255

Beruhigung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Einführung eines Tempolimits und bauliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr in verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten zu beruhigen, insbes. entlang der L 1134/1177 in Mönshheim

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/487

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/868

Sanierung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Vorrangiger Sanierungsbedarf von o.g. Landesstraßen; Bewertung des Zustands der Ortsdurchfahrt der L 1134 in Wiernsheim-Pinache sowie der geplanten Belagserneuerung durch die Gemeinde Wiernsheim mit eigenen Mitteln, Frage nach einer finanziellen Unterstützung der Gemeinde

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1297

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1347

Kommunale Konzepte zur Verkehrsberuhigung auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Konzepte, u.a. Tempolimit mit Überwachungsanlagen und zusätzliche Fußgängerüberwege auf der L 1134 in Mönshheim; Zeitpunkt einer Umsetzung der Maßnahmen sowie einer von der Gemeinde Mönshheim angestrebten Ortsumfahrung für die L 1134

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/1583

Verkehrslärmbelastung im Enzkreis

Auflistung der zehn Ortsdurchfahrten von Landesstraßen mit der stärksten Verkehrs- und Lärmbelastung, u.a. auf der L 1134 (Enzstraße) in Mühlacker; Eintreten für Lärmschutzmaßnahmen

und für den Bau einer neuen Enzbrücke

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1623

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1645

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw. Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/4518

Zustand der Landesstraßen (L) im Heckengäu

Sanierung der Landesstraßen L 1175, L 1180 und L 1134 im Heckengäu; tägliche Verkehrsbelastung und Zustand der genannten Landesstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/5171

Landesstraße 1135*Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde*

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1645

Landesstraße 1140*Ausbau einer Abbiegespur auf der L 1140 an der Abzweigung K 1869 Richtung Lehenberg*

Bedeutung der Ausbaumaßnahme für Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss; Planungsstand, Baubeginn und Baufinanzierung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7631

Landesstraße 1141

L 1141/L 1180/K 1659 Kreuzung „Schillerhöhe“ in Gerlingen - Anlage eines Kreisverkehrsplatzes

Stand der Planung am o.g. Unfallschwerpunkt bzw der vom Reg-Präs vorgesehenen Planung, Einbindung von Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Gerlingen; Kosten, verkehrliche Vor- und Nachteile der Umsetzung und des Betriebs sowie der von der Polizeidirektion Ludwigsburg bei einem Ortstermin mit der Unfallkommission vorgeschlagenen provisorischen Signalisierung

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1144

Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

Sachstand zu Planungen für den Umbau des provisorischen Kreisverkehrs am Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

KlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7604

Landesstraße 1147

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbunds für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*
Drs 15/1169

Landesstraße 1148

L 1148 Ortsumfahrung Miedelsbach

Bewertung der Dringlichkeit und Entlastungswirkung des o.g. Projekts; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr Claus Paal CDU 18.11.2011 und Antw MVI Drs 15/893

Ortsumfahrung Miedelsbach - Landesstraße (L) 1148

Aktueller Planungsstand und Zeitplan des Baus der Ortsumfahrung Miedelsbach der Landesstraße 1148

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3757

Landesstraße 1152

Landesstraße (L) 1152 zwischen Nassachmühle und Nassach im LKreis Göppingen

Zustand, erforderliche Sanierungsmaßnahmen und -mittel für den Teilabschnitt „Süd“ der Landesstraße 1152 zwischen Nassachmühle und Nassach

KlAnfr Jutta Schiller CDU 19.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4811

Landesstraße 1161

Straßenbaumaßnahmen im Bereich Schwäbisch Gmünd / Heubach

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1308

Landesstraße 1162

Straßenbaumaßnahmen im Bereich Schwäbisch Gmünd / Heubach

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1308

Landesstraße 1164

Ortsumfahrung bei Gerstetten-Heuchlingen (LKreis Heidenheim) der L 1164

Verkehrsbelastung auf der Landesstraße 1164 in Gerstetten-Heuchlingen; Maßnahmen zur Entlastung der Anwohner; Planungsstand und Finanzierung der Ortsumfahrung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/8027

Landesstraße 1175

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Frielzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/868

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Frielzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1347

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1645

Vollendung von Ortsdurchfahrtssanierungen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. auch des noch verbleiben-

den Abschnitts der Ortsdurchfahrt der L 1175 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1793

Zustand der Landesstraßen (L) im Heckengäu

Sanierung der Landesstraßen L 1175, L 1180 und L 1134 im Heckengäu; tägliche Verkehrsbelastung und Zustand der genannten Landesstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/5171

Landesstraße 1177

Beruhigung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Einführung eines Tempolimits und bauliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr in verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten zu beruhigen, insbes entlang der L 1134/1177 in Mönshheim

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/487

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/4518

Landesstraße 1180

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/868

L 1141/L 1180/K 1659 Kreuzung „Schillerhöhe“ in Gerlingen - Anlage eines Kreisverkehrsplatzes

Stand der Planung am o.g. Unfallsschwerpunkt bzw der vom Reg-Präs vorgesehenen Planung, Einbindung von Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Gerlingen; Kosten, verkehrliche Vor- und Nachteile der Umsetzung und des Betriebs sowie der von der Polizeidirektion Ludwigsburg bei einem Ortstermin mit der Unfallkommission vorgeschlagenen provisorischen Signalisierung

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1144

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der

L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1347

Zustand der Landesstraßen (L) im Heckengäu

Sanierung der Landesstraßen L 1175, L 1180 und L 1134 im Heckengäu; tägliche Verkehrsbelastung und Zustand der genannten Landesstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/5171

Umbaumaßnahmen an der Landesstraße (L) 1180

Sachstand zur zeitlichen Planung der Baumaßnahmen an der Landesstraße 1180 bei Heimsheim mit dem Umbau der sogenannten Diebkreuzung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7243

Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

Sachstand zu Planungen für den Umbau des provisorischen Kreisverkehrs am Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

KlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7604

Landesstraße 1182

Nordumfahrung Darmsheim (L 1182) unverzüglich weiterbauen
Aufhebung des Baustopps nach Lösung der Altlastenproblematik und Freigabe der für die nächste Ausschreibung benötigten Mittel, Ergreifung der notwendigen Maßnahmen für einen sofortigen Weiterbau

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 07.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/842

Weiterbau Nordumfahrung Darmsheim (L 1182)

Bauarbeiten an der Nordumfahrung Darmsheim, insbes Zeitplan für die Fertigstellung, Beginn der Tunnelarbeiten, bereitgestellte erforderliche Landesmittel sowie aktuelle und künftige Kostensteigerungen durch die Bauverzögerung

KlAnfr
s. *Sindelfingen*
Drs 15/2953

Landesstraße 1185

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreiss Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/364

Landesstraße 1187

Sperrung der Landstraße 1187 zwischen Glemseck und Schattengrund für Motorradfahrer

Streckensperrung der Mahdentalstrasse für Motorradfahrer aufgrund von Straßenschäden, insbes Maßstäbe, Begründung und Ermessensspielraum bei der Entscheidung

KlAnfr
s. *Straßenschäden*
Drs 15/3486

Landesstraße 1192

Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 im LKreis Esslingen
Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Ertüchtigung der Landesstraßen L 1200/1202/1192 in dem Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der BAB A 8 und der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10; Streichung der Verlegung der L 1204 nördlich von Neuhausen auf den Fildern aus dem aktuellen Maßnahmenplan „Neubaumaßnahmen“

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3431

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)
Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im LKreis Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im LKreis Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4395

Landesstraßen L 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im Kreis Esslingen

Sachstand zu Bauplanung und Kosten für die einzelnen Optimierungsvorhaben auf den Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der Bundesautobahn 8 und der Anschlussstelle Esslingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7190

Landesstraße 1197

Nord-Ost-Umfahrung im Raum Stuttgart

Planungsstand des o.g. Vorhabens im Zuge der L 1197 und Verkehrsentwicklung an der bestehenden Neckarquerung in Remseck unter Berücksichtigung der verschärften Luftreinhaltemaßnahmen und des Lkw-Durchfahrtsverbots in Stuttgart sowie der Autobahnmaut; Verzicht auf eine Weiterverfolgung des Vorhabens, Frage nach einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position sowie nach anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1179

Landesstraße 1192 und 1202

Daten zu Verkehrsbelastung und Ausbauzustand der Landesstraßen 1192 und 1202 zwischen der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10 und der Anschlussstelle Esslingen-Neuhausen der Bundesautobahn A 8

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3066

Landesstraße 1199

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im LKreis Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/640

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*
Drs 15/1169

Landesstraße 1200

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im LKreis Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/640

Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 im LKreiss Esslingen
Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Ertüchtigung der Landesstraßen L 1200/1202/1192 in dem Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der BAB A 8 und der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10; Streichung der Verlegung der L 1204 nördlich von Neuhausen auf den Fildern aus dem aktuellen Maßnahmenplan „Neubaumaßnahmen“

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3431

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)
Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im LKreiss Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im LKreiss Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4395

Landesstraßen L 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im Kreis Esslingen

Sachstand zu Bauplanung und Kosten für die einzelnen Optimierungsvorhaben auf den Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der Bundesautobahn 8 und der Anschlussstelle Esslingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7190

Landesstraße 1202

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im LKreiss Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/640

Landesstraße 1192 und 1202

Daten zu Verkehrsbelastung und Ausbauzustand der Landesstraßen 1192 und 1202 zwischen der Anschlussstelle

Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10 und der Anschlussstelle Esslingen-Neuhausen der Bundesautobahn A 8

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3066

Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 im LKreiss Esslingen
Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Ertüchtigung der Landesstraßen L 1200/1202/1192 in dem Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der BAB A 8 und der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10; Streichung der Verlegung der L 1204 nördlich von Neuhausen auf den Fildern aus dem aktuellen Maßnahmenplan „Neubaumaßnahmen“

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3431

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)
Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im LKreiss Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im LKreiss Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4395

Landesstraßen L 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im Kreis Esslingen

Sachstand zu Bauplanung und Kosten für die einzelnen Optimierungsvorhaben auf den Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der Bundesautobahn 8 und der Anschlussstelle Esslingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7190

Landesstraße 1204

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im LKreiss Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr

s. Straßenbau
Drs 15/640

Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 im LKreis Esslingen
Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Ertüchtigung der Landesstraßen L 1200/1202/1192 in dem Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der BAB A 8 und der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10; Streichung der Verlegung der L 1204 nördlich von Neuhausen auf den Fildern aus dem aktuellen Maßnahmenplan „Neubaumaßnahmen“

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/3431

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)
Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. Verkehrsbeschränkung
Drs 15/3850

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im LKreis Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im LKreis Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr
s. Landesstraße
Drs 15/4395

Landesstraßen L 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im Kreis Esslingen

Sachstand zu Bauplanung und Kosten für die einzelnen Optimierungsvorhaben auf den Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der Bundesautobahn 8 und der Anschlussstelle Esslingen

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/7190

Landesstraße 1208

Lkw-Tonnagebeschränkung auf der Ortsdurchfahrt Neckartenzlingen

Frage nach der o.g. Möglichkeit im Zuge der L 1208 b

KlAnfr
s. Nutzkraftfahrzeug
Drs 15/379

Umbau Kreuzung Kälberstelle (B 464/L 1208)

Datenbasis und Maßnahmen zur Entschärfung des o.g. Unfallschwerpunkts, insbes durch Umbau zu einem Kreisverkehr; Um-

gang des Verkehrsministers mit dem Schreiben einer Abgeordneten der SPD, Zeitpunkt einer Beantwortung

KlAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 15/1284

Landesstraße 1221

Sanierung der Landesstraße (L) 1221 Steinenkircher Steige und Heidhöfe - Kreisgrenze Bartholomä

Verkehrssicherheit und Straßenzustand der Landesstraße (L) 1221 in den Abschnitten Steinenkircher Steige und Heidhöfe - Kreisgrenze Bartholomä sowie geplante Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. Straßenunterhaltung
Drs 15/4706

Landesstraße 2218

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
s. Landesstraße
Drs 15/1312

Landesstraße 2310

Ausbau der L 2310 zwischen Freudenberg und Wertheim-Bettingen

Stand der einzelnen Planfeststellungsverfahren, Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses der einzelnen Bauabschnitte, insbes im Bereich Tremhof

KlAnfr Georg Neliuss SPD 04.10.2011 und Antw MVI Drs 15/634

Landessymbol

s. Staatssymbol

Landestariftreugesetz

s. Tarifvertrag

Landestheater

s. Theater

Landestrennungsgeldverordnung

s. Trennungentschädigung

Landesumzugskostengesetz

s. Umzugskosten

Landesverfassung

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW

Absenkung des Quorums für eine Volksabstimmung auf ein Fünftel der Stimmberechtigten

GesEntw
s. Volksabstimmung
Drs 15/216

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW
Aufnahme des Verbots der Neuverschuldung; Anpassung der Landeshaushaltsordnung

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/503

Stuttgart 21: Keine Kostensteigerungen - Landesverfassung achten

Feststellung der in den Finanzierungsverträgen vereinbarten Gesamtfinanzierung als ausreichend; Achtung der Verfassungsbestimmungen über die Volksabstimmung durch die Regierungsmitglieder und Abgeordneten des Landtags

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/601

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW
Verfassungsrechtliche Absicherung eines grundsätzlichen Schuldenverbots

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/632

Konsequenzen aus dem Verfassungsbruch der alten Regierung - Rücktritt des Landtagspräsidenten zur Wahrung der Würde und Rechte des Landtags

Antr
s. *Landtagspräsident*
Drs 15/668

Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem § 21-Kündigungsgesetz

Begründung eines Kündigungsrechts des Finanzierungsvertrags mit der Anwendbarkeit der gesetzlichen Regelungen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage im Hinblick auf Kostensteigerungen bzw auf Grundlage des Demokratieprinzips statt der Inanspruchnahme der im Vertrag geregelten Sprechklausel mit dem Ziel einer Vertragsanpassung; Begründung der Heranziehung der Landesverfassung für eine Volksabstimmung zur Auflösung eines Konflikts zwischen Regierungsparteien und ihren Ministern innerhalb der Regierung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/673

Konsequenzen aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs zum Verfassungsbruch beim EnBW-Rückkauf durch die frühere Landesregierung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD und den GRÜNEN
PIPr 15/14 12.10.2011 S. 548-558

Volksentscheid für Schuldenbremse in Hessen - auch bei uns?

Bisherige Erfahrungen in Hessen mit der Schuldenbremse, Gründe für die Herbeiführung eines Volksentscheids über die Aufnahme in die hessische Landesverfassung, Bewertung als nachahmenswert für BW?

KlAnfr
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/926

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 6 - Verschuldungsverbot in der Landesverfassung verankern

Mittlg RH
s. *Schulden*
Drs 15/1906

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW, zur Ausführung von Art 84 und 84 a der Verfassung und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)

Verankerung der dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes in der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung durch Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verzicht auf volle Ausschöpfung der Übergangsfristen für das Verbot einer Nettokreditaufnahme des Landes bis 2020 gemäß Art 143 d Grundgesetz

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/3239

Erstes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für eine erfolgreiche Volksabstimmung in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Drittel der Stimmberechtigten auf ein Fünftel der Stimmberechtigten

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4078

Zweites Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Sechstel der Stimmberechtigten auf ein Zehntel der Stimmberechtigten

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4079

Drittes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Einführung eines Rechts der Bürger auf Einbringung einer Volksinitiative in der Landesverfassung für das Land BW betreffende Gegenstände politischer Willensbildung nach Unterzeichnung von mindestens 50000 Wahlberechtigten; Beratungsanspruch durch das Innenministerium für Vertrauensleute einer Volksinitiative zu deren Vorbereitung; Befassungspflicht für den Landtag innerhalb von sechs Monaten nach Zustandekommen der Initiative; Recht zur Einleitung eines Volksbegehrens nach Ablehnung einer Volksinitiative mit einem Gesetzentwurf als Gegenstand durch den Landtag

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4080

Gemeinsamer Festakt von Landtag und Landesregierung anlässlich des 60. Jahrestags des Inkrafttretens der Verfassung des Landes BW; Reden von Landtagspräsident Guido Wolf, Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Prof. Dr. Ferdinand Kirchof sowie von den Schülern bzw Studenten Kaltrina Gashi, Markus Christoph Müller und Alena Laier

PIPr 15/82 20.11.2013 S. 4927-4941

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)
Absicherung einer dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verkürzung der nach Art 143 d Grundgesetz möglichen Übergangsfristen auf den 31. Dezember 2015

GesEntw

s. *Schulden*

Drs 15/5637

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/7178

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)

Änderung der Artikel 31, 42, 57, 64, 68, 76 und 89 der Verfassung des Landes BW in der Fassung vom 7. Februar 2011

GesEntw

s. *Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg*

Drs 15/7378

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele)

Ergänzung der Landesverfassung durch Hinzufügung von Staatszielbestimmungen, insbes zu Kinder- und Jugendrechten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Infrastrukturen sowie Arbeitsbedingungen, Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 22.09.2015
Drs 15/7412

1. Beratung PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8157-8162

Mittlg LtGPräs 16.11.2015 Drs 15/7710 (72 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7742

2. und 3. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8522-8530

Beschl 2. Beratung 25.11.2015 Drs 15/7752

GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7762

GBI 2015 Nr. 22 S. 1032 (Ges vom 01.12.2015)

Akzeptanz des Urteils des Staatsgerichtshofs zum Verfassungsbruch beim EnBW-Rückkauf durch die frühere LReg; Prüfung der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit eines Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1068 1070-1074 1076-1078

Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1101 1125 1131 1134

Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1197 1199 1249 1251

Forderung nach der Übernahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung; Bestellung eines Gutachtens zur „Umsetzung der Schuldenbremse in baden-württembergisches Landesrecht“

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1463 1470 1482

Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2096 2097 2099-2103 2105-2110 2113 2115 2116 2119 2120 2122

Akzeptanz des Urteils des Staatsgerichtshofs zum Verfassungsbruch beim EnBW-Rückkauf durch die frühere LReg; Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2268-2270 2275 2280

Landesverfassungsbeschwerde

s. *Verfassungsbeschwerde*

Landesverfassungsgerichtsbarkeit

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr

s. *Besoldungsrecht*

Drs 15/5733

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)

Umbenennung des Staatsgerichtshofs in Verfassungsgerichtshof; Änderungen zur Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens, insbes unmittelbare Aktenvorlage von Gerichten bei Verfassungsbeschwerden, längere Frist für die Entscheidungsverkündung, teilweiser Ausschluss eines Widerspruchs bei Entscheidungen über einstweilige Anordnungen in Verfahren der Verfassungsbeschwerde, Klarstellung bezüglich der erforderlichen Anhörung vor Erlass einer einstweiligen Anordnung, Einrichtung von Kammerverfahren in bestimmten Fällen

GesEntw

s. *Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg*

Drs 15/7378

Landesverfassungsschutzgesetz

Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Änderung der §§ 5a, 6 und 15 des Landesverfassungsschutzgesetzes in der Fassung vom 25. Februar 2014

GesEntw

s. Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Drs 15/6746

Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums über die Kontrolltätigkeit gemäß § 15 j Landesverfassungsschutzgesetz zum Ende der 15. WP

s. Parlamentarische Kontrolle

Drs 15/8053

Landesverkehrswacht Baden-Württemberg

Die Landesverkehrswacht als wichtiger Partner bei der Verkehrserziehung und der Verkehrssicherheit

Entwicklung der Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden und mit Sachschäden seit 2010; Bedeutung und Finanzierung der Landesverkehrswacht BW

Antr

s. Verkehrsunfall

Drs 15/6915

Landesvermögen

s. Öffentliches Vermögen

Landesverordnung

Fachkraftquote in Pflegeheimen mit geschlossenem Bereich

Mehrbedarf an Pflegefachkräften in der Nachtwache in geschlossenen Bereichen infolge des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes; Erarbeitung und Umsetzung einer Landesverordnung

KlAnfr

s. Pflegeheim

Drs 15/6345

Landesverwaltung

s. Verwaltung

Landesverwaltungsgesetz

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Änderung von § 19 des Landesverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw

s. Heimrecht

Drs 15/4852

Landesverwaltungsverfahrensgesetz

Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze

Änderung der §§ 3 a, 20, 25, 27, 33, 37 und 73-75 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung vom 17. Dezember 2009

GesEntw

s. Verwaltungsverfahren

Drs 15/6618

Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz

s. Vollstreckung von Forderungen

Landesverwaltungszustellungsgesetz

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Änderung der §§ 2, 5 und 10 des Landesverwaltungszustellungsgesetzes in der Fassung vom 30. Juli 2009

GesEntw

s. E-Government-Gesetz Baden-Württemberg

Drs 15/7724

Landeswahlordnung

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Änderung von § 23 der Landeswahlordnung in der Fassung vom 2. Juni 2005

GesEntw

s. Bundesmeldegesetz

Drs 15/6594

Landeswahlprüfungsgesetz

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)

Änderung der §§ 13 und 14 des Landeswahlprüfungsgesetzes in der Fassung vom 11. April 1983

GesEntw

s. Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg

Drs 15/7378

Landeswaldgesetz

Radfahren im Wald - Waldwegenutzung im Spannungsverhältnis Nutzungsregelung für Waldwege und daraus resultierende Probleme durch Freizeitsportler, Radfahrer auf schmalen Wegen und Mountainbikern auf Singletrails; Einigung von Tourismusverbänden und Forstbehörden zur Nutzung von Waldwegen durch Mountainbiker; Änderung von § 37 Abs 3 S. 3 Landeswaldgesetz zur Aufhebung des absoluten Nutzungsverbots für Radfahrer auf Wegen unter 2 Metern Breite

Antr

s. Radverkehr

Drs 15/3726

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW

Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr

s. Radverkehr

Drs 15/3991

§ 9 Abs 3 Landeswaldgesetz (LWaldG)

Kriterien zur Auslegung der numerischen Reihung in § 9 Abs 3 Landeswaldgesetz (LWaldG)

KlAnfr Karl-Wolfgang Jägel u.a. CDU 30.05.2014 und Antw
MLR Drs 15/5279

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von § 25 des Landeswaldgesetzes in der Fassung vom
31. August 1995

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Änderung von § 9 des Landeswaldgesetzes in der Fassung vom
9. November 2002

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Baden-Württembergs Forststruktur im Umbruch

Sicherstellung einer umfassend nachhaltigen Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten innerhalb einer kartellrechtskonformen Forststruktur, insbes Anpassung der Organisationsstrukturen, zentrale Bereitstellung forstfachlicher Grundlagen und Fortbildung, Erhalt der forstfachlichen Standards in der Hochschulausbildung, Schaffung direkter Fördermöglichkeiten für Waldbesitzer, Stärkung von Vereinen und Verbänden in der Waldbewirtschaftung, Novellierung des Landeswaldgesetzes

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 15/5687

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3436 betr. Radfahren auf Waldwegen; Streichung der „2-Meter-Regel“ und der entsprechenden Bußgeldbestimmung im Landeswaldgesetz

Petitionen
s. *Radverkehr*
Drs 15/5806

Runder Tisch zur Waldwegenutzung

Sitzungen des Runden Tisches zu Fragen der Waldwegenutzung; Zahl der bisherigen Sitzungen, beteiligte Verbände und Gruppierungen; künftige Planung

KlAnfr
s. *Wirtschaftsweg*
Drs 15/6367

Verbleib des Natursteinparks Rongen im Schindhau in Tübingen
Ökologische Auswirkungen einer Betriebsverlagerung des Natursteinparks Rongen; Abweichung vom Landeswaldgesetz zur Ausweisung eines Sonderbaugebiets auf dem Gelände des Natursteinparks

MdlAnfr
s. *Steine und Erden*
Drs 15/8025

Landeswappen

s. *Wappen*

Landeswohnraumförderungsgesetz

s. *Wohnungsbau*

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 82 114

Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und anti-demokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitgliedsvereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/983

Jugendgemeinderäte

Politische Teilhabe von Jugendlichen in den Gemeinden als Jugendgemeinderäte, Entwicklung der installierten Gremien in den letzten fünf Jahren, Darstellung der eingeräumten Beteiligungsrechte (im Gemeinderat und seinen Ausschüssen) und Budgets, Art und Akzeptanz der Angebote der Landeszentrale für politische Bildung für Jugendgemeinderäte

Antr
s. *Jugendgemeinderat*
Drs 15/1126

Haushalt 2012; Epl 02

Mittelaufstockung für die Sacharbeit der Landeszentrale für politische Bildung

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1102-2 S. 20 21
ÄAntr FDP/DVP 17.01.2012 Drs 15/1102-4 S. 23
ÄAntr GRÜNE und SPD 17.01.2012 Drs 15/1102 7 8 S. 28-30
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-2 S. 6 7
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1184-1219

Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik durch sinnvolle Maßnahmen nachhaltig verbessern

Beauftragung der Landeszentrale für politische Bildung mit einer Informationskampagne 2013 zur Gewinnung von Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2014; Anstreben von bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangeboten für ehrenamtlich tätige Mandatsträger während präsenzpflichtiger Sitzungen kommunaler Gremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1743

Zukunft des „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“
Bisherige Arbeit, Arbeitsschwerpunkte und Finanzierung des o.g. Modellprojekts der Baden-Württemberg-Stiftung betreut von der Landeszentrale für politische Bildung; Planungen und Prioritäten der Landeszentrale zur Fortführung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/2057

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw. Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Organisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maßnahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beeinflussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Parteien

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/3551

Wahl eines Vertreters des Ltg in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 15/79 23.10.2013 S. 4763

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Wahlverhalten*
Drs 15/5397

Förderung der Gedenkstättenarbeit durch die Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 757 759

Verbesserung der Mittelausstattung der Landeszentrale für politische Bildung zur Extremismusprävention, Erinnerung an frühere Kürzungen

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 843-845 847

Politische Bildungsarbeit zur präventiven Bekämpfung des Rechtsextremismus, Kritik an der Mittelkürzung für die Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 899 901 904 905

Kritik an der Mittelkürzung für die Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1104 1122

Bekämpfung des Rechtsextremismus im Internet, Begrüßung der Mittelaufstockung für die Landeszentrale für politische Bildung
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1664 1665

Landeszuschuss

Der Ausbau der Schulsozialarbeit sorgt für mehr Bildungsgechtigkeit

Höhe der jährlich für Schulsozialarbeit bereitgestellten Mittel; Stadt- und Landkreise, die sich die Kofinanzierung des Landes (Drittelfinanzierung) zunutze machen; Stellenentwicklung in den Stadt- und Landkreisen seit der Beteiligung des Landes an der Finanzierung; geförderte Schularten; Aufgabenfelder der Schulsozialarbeit

Antr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/3787

Schulsozialarbeit im LK Kreis Esslingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4082

Förderung der Beratungs- und Koordinationsstelle von Special Olympics durch das Land

Stellenwert des Sports bei der Miteinbeziehung von Menschen mit geistiger Behinderung in die Gesellschaft; Ressortzuständigkeit und Förderwürdigkeit der Sportorganisation Special Olympics BW; Höhe der bisherigen Fördermittel des Landes; künftige Bezuschussung der Beratungs- und Koordinationsstelle

Antr
s. *Behindertensport*
Drs 15/4472

Schulsozialarbeit im LK Kreis Tübingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4491

Schulsozialarbeit im Ortenaukreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4637

Zukunft der Bürgerbusvereine in BW

Voraussetzungen für einen Landeszuschuss bei der Neubeschaffung eines Bürgerbusses; Überschreitung des für die Führerscheinklasse B maximalen Gesamtgewichts von 3,5 Tonnen aufgrund der geforderten Ausstattung der Busse; Ausnahmeregelungen bei den Abgasgrenzwerten und der Busausstattung; Sondergenehmigung für die Fahrer der Bürgerbusse bei der Überschreitung des zulässigen Fahrzeuggewichts; Einschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerbusvereine im Allgemeinen und des Bürgerbusvereins Ebersbach im Besonderen

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/4736

Veranstaltungen - „RadKULTUR BW“

Auflistung der vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur im Jahr 2013 durchgeführten Veranstaltungen und deren Kosten; für 2014 geplante Veranstaltungen; Erkenntnisse aus den Veranstaltungen; Subventionierung einer RadCouture-Modeshow im Jahr 2013; Kritik des Bunds der Steuerzahler an den Ausgaben für die Veranstaltungen zur „RadKULTUR BW“

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4763

Privatschulfinanzierung im LKreis Esslingen

Statistische Angaben zu den Privatschulen im LKreis Esslingen; Gründe für die steigenden Schülerzahlen an den Schulen in privater Trägerschaft; Anteil der vom Land beurlaubten verbeamteten Lehrer an Privatschulen; Entrichtung einer Versorgungsabgabe für die Lehrkräfte vonseiten der Privatschulen; Brutto-Kostendeckungsgrad der privaten Schulen; Höhe der ab August 2014 im Haushaltsplan vorgesehenen Landeszuschüsse

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/4900

Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittfelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4905

2:1-Förderung für das Kulturhaus Osterfeld

Beweggründe für die Einführung der 2:1-Förderung für soziokulturelle Zentren sowie der Deckelung der Zuschüsse auf 350.000 Euro; Aufhebung der Benachteiligung des Kulturhauses Osterfeld in Pforzheim gegenüber anderen im Verhältnis 2 zu 1 geförderten Einrichtungen in BW; stufenweise Angleichung der Förderung des Kulturhauses Osterfeld; Gewährung eines „Inflationsausgleichs“ auf den Landeszuschuss für die Jahre 2012 bis 2014; weitere Möglichkeiten zur Förderung des soziokulturellen Zentrums in Pforzheim

KlAnfr
s. *Kulturzentrum*
Drs 15/4902

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/5074

Leistungen Breisgau-S-Bahn 2020

Durchführung des Vergabeverfahrens für das Liniennetz der Breisgau-S-Bahn; Zeitpunkt der Unterzeichnung der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), dem Land und der DB Netz AG; Bezuschussung der Ausbaustufe durch das Land in Abhängigkeit von der Einhaltung der mit der Neuvergabe gesetzten wirtschaftlichen Ziele; Planungssicherheit für die Region beim Ausbau des Liniennetzes durch ein verbindliches Grundangebot

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/5150

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Barrierefreie Erreichbarkeit der interkommunalen Gartenschau im Remstal 2019

Stand der Barrierefreiheit der Haltepunkte und Bahnhöfe der Remsbahn und des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich der geplanten interkommunalen Gartenschau; Investitionsaufwand für die zur Erreichung der Barrierefreiheit erforderlichen Anpassungen; Verfügbarkeit der bestehenden Einrichtungen zur Barrierefreiheit; finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV bis zum Jahr 2019

Antr
s. *Remstalbahn*
Drs 15/5289

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreis Schwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreis Schwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreises Schwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5318

Finanzielle Bezuschussung von Straßenbauvorhaben im Enzkreis

Förderung des Straßenbaus im Enzkreis, insbes des Baus einer Ortsumgehung Wurmberg, in den Jahren 2015 und 2016

KlAnfr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/5321

Doppelstrukturen bei der Energieeffizienzberatung auf der Schwäbischen Alb?

Aktionsplan „Energieeffizienz Biosphärengebiet Schwäbische Alb“; Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Münsingen durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Aufgabe des Koordinierungsbüros im Unterschied zu den bestehenden regionalen Energieagenturen in den Kreisen Esslingen, Reutlingen und Alb-Donau-Kreis; Verwendung der Fördermittel; Dienstleistung „Energiediagnose“; Beauftragung des BUND

Antr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5331

Status und Finanzierung von Sachkosten der Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in freier Trägerschaft

Standorte und Lehrangebot der staatlichen und privaten Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in BW; Höhe der Sachkostenzuschüsse; Finanzierung der nicht durch das Land abgedeckten Sachkosten

Antr
s. *Berufsförderschule*
Drs 15/5341

Finanzierung der „Welcome-Center“

Regionale Verteilung und Träger der neu eingerichteten „Welcome-Center“; Höhe und Herkunft der für den Aufbau und Betrieb der einzelnen Einrichtung zur Verfügung stehenden Mittel; Finanzierung und Weiterführung der „Welcome-Center“ ab dem Jahr 2015

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/5497

Schulsozialarbeit im LKreis Schwäbisch Hall

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*

Drs 15/5534

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Rems-Murr-Kreis von 2006 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5624

Zuschuss des Landes für die Konzertorchester in BW

Beurteilung der von der Kulturstrukturkommission empfohlenen Bezuschussung der Konzertorchester durch das Land; Berücksichtigung der in den Jahren 2013 und 2014 erfolgten Tarifierhöhungen im Doppelhaushalt 2015/2016; Maßnahmen gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Konzertorchester; Evaluierung der institutionellen Orchesterförderung des Landes; Gewährung von Planungssicherheit durch den Abschluss mehrjähriger Zuwendungsverträge

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/5627

Finanzierung von flexiblen Nachmittags-Betreuungsangeboten an Grundschulen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Höhe der im Jahr 2013 gewährten Landeszuschüsse für Kernzeitbetreuung an Grundschulen sowie für flexible Nachmittagsbetreuung und Schülerhorte; Auswirkungen des Umstiegs auf Ganztagssschulen auf die künftige Höhe der Zuschüsse

KlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/5672

Schulsozialarbeit im LKreis Sigmaringen

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis Sigmaringen und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis Sigmaringen und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/5696

Förderpraxis im Streuobstbau

Unfallhäufigkeit bei der Pflege und Ernte im Streuobstbau; Unfallhäufigkeit und Unfallschwere bei Hochstammsorten; Gründe für die Beschränkung der Streuobstbauförderung auf Hochstammsorten; Vorbeugung von Unfällen durch eine Erweiterung der Förderrichtlinien auf Streuobstanlagen mit 2/3- oder 1/2-Stammerziehung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5706

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr
s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*
Drs 15/5734

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis von 2004 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5765

Einsatzsituation der Bergwacht in BW

Rechtlicher Status der Bergwacht Schwarzwald und der Bergwacht Württemberg; finanzielle Ausstattung dieser Bergrettungsorganisationen; Zahl und Art der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren; Anzahl der den Rettungsdienst ausübenden Mitglieder und deren Einsatzfähigkeit; technische Ausrüstung; Versicherungsstatus der Mitglieder bei einem Einsatz; Aufwandsentschädigung; finanzielle Förderung der Bergwacht durch das Land

Antr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5831

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Neckar-Odenwald-Kreis
Migrantenanteile in den Kommunen des Neckar-Odenwald-Kreises; Programme und Initiativen zur Integration von Migranten in den Kommunen; Höhe der Landeszuschüsse

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5850

Zukünftige finanzielle Förderung des Landes für private und kirchliche Hochschulen

Förderung von Studienplätzen an privaten und kirchlichen Hochschulen in den vergangenen fünf Jahren; Förderung neuer Studienplätze in anderen Bundesländern; Gründe für die Kürzung der Fördermittel für die staatlich anerkannten privaten Hochschulen im Land; Gefährdung der Existenz privater Hochschulen; Benachteiligung der privaten und kirchlichen Hochschulen durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag BW

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 15/5885

Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Rems-Murr-Kreis

Beantragung einer energieeinsparenden Modernisierung der Straßenbeleuchtung vonseiten der Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises; geförderte Projekte; Höhe des Förderbetrags; Nutzung von Fördermitteln des Bundes

KlAnfr
s. *Straßenbeleuchtung*
Drs 15/5973

Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft im LKreis Esslingen

Anzahl und Standort der ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe; Entwicklung der Betriebe und Anbauflächen in den letzten zehn Jahren; Förderung des ökologischen Landbaus im LKreis Esslingen durch das Land seit 2011

KlAnfr
s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/6089

Landeszuschuss Neubau Stadion SC Freiburg

Errichtung eines neuen Fußballstadions in Freiburg im Breisgau; Unterstützung des Neubaus durch das Land; Stand der Gespräche mit der Stadt Freiburg

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/6199

Leistungen der baden-württembergischen Studierendenwerke würdigen - bewährte Strukturen erhalten

Aufgabenspektrum der Studierendenwerke; Höhe der im Zeitraum von 2011 bis 2014 gewährten Betriebskosten- und Bauzuschüsse; Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Studierendenwerke im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern; Auswirkungen der Änderungen iRd 3. Hochschulrechtsänderungsgesetzes; Kommunikation und Aufgabenabgrenzung der Studierendenwerke mit den einzelnen Hochschulen und der Verfassten Studierendenschaft; Beibehaltung von Struktur und Zahl der Studierendenwerke

Antr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/6257

Schulsozialarbeit im Wahlkreis 33

Anzahl der Schulsozialarbeiter im Wahlkreis 33 und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den Wahlkreis 33 und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/6486

Landeszuschüsse an die Naturparks

Auszahlungsintervall bzw Auszahlungszeitpunkt der jährlichen Landeszuschüsse an die Naturparks; Hintergründe zur verzögerten Auszahlung an den Naturpark Stromberg-Heuchelberg und Ausgleichsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/6898

Privatschulbericht macht Finanzierungslücke sichtbar

Ursachen des Rückgangs der Privatschulfinanzierung; Landeszuschüsse pro Schüler und Schulart seit Einführung des Bruttokostenmodells; Einnahmen des Landes aus der Versorgungsabgabe für neu eingestellte beamtete Lehrkräfte; Aufteilung der im Nachtragshaushalt eingeplanten 17 Millionen Euro für die Schulen in freier Trägerschaft; Dynamisierung der Privatschulförderung; Bestellung eines Rechtsgutachtens zur Novellierung des Privatschulgesetzes (PschG)

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/7711

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holz-

verbrennung

Antr

s. *Feuerungsanlage*

Drs 15/7909

Warum fördert die grün-rote LReg mit ihrer Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung den Neu- und Umbau, aber nicht die Sanierung von Schulgebäuden?

Auskunft über Baujahr und letzte Sanierung der bestehenden Schulgebäude; Fördermöglichkeiten von Schulbaumaßnahmen durch das Land; Gründe der mangelnden Förderfähigkeit von Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen; Zahl der im Jahr 2015 gestellten Anträge auf Schulbauförderung; Umfang der bewilligten Zuschüsse und deren Verteilung auf die verschiedenen Schularten; Forderung nach einer Änderung der Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau); Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 15/7935

Wie geht es ab 2017 mit dem Landeszuschuss für die Europäische Schule Karlsruhe weiter?

Bedeutung der Europäischen Schule Karlsruhe für die Technologieregion Karlsruhe und für das Land BW; Fortbestand der finanziellen Förderung durch das Land BW

KlAnfr

s. *Europäische Schule*

Drs 15/7959

Finanzierung der Bergwacht in Baden-Württemberg

Sachstand zur finanziellen Ausstattung der Bergwacht Schwarzwald und der DRK-Bergwacht Württemberg

KlAnfr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/8093

Landfrau

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Konsequenzen der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 05.04.2011 zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, insbes für die künftige Verteilung der Fördermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds, für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen Absicherung u.a.m.; Förderung der gleichen Zugangschancen zu den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze; Beteiligung von Frauen an lokalen Aktionsgruppen und Partnerschaften iRd Leader-Programms, Anstreben eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Verwaltungsgremien

Antr

s. *Frau*

Drs 15/41

Frauen als landwirtschaftliche Unternehmerinnen in BW

Frauenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben; Höhe des Anteils der von Frauen geleiteten Landwirtschaftsbetriebe; Anzahl der einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb leitenden Frauen; Förderinstrumente für Frauen in der Landwirtschaft; Ermutigung und Qualifizierung von Frauen zur Leitung landwirtschaftlicher Unternehmen; Unterstützung durch die Landfrauenorganisationen

Antr

s. *Frau*

Drs 15/5036

Würdigung der Rolle und des Einsatzes der Landfrauen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1821-1824

Landgericht

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 15/1771

Überlastung des Heilbronner Landgerichts

Gründe und Auswirkungen der Überlastung des Heilbronner Landgerichts und Gegenmaßnahmen des Justizministeriums; Konsequenzen der Haushaltskürzungen im Justizbereich; Umstände des Falls des nicht rechtzeitig erfolgten Prozessbeginns gegen fünf mutmaßliche Drogendealer

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 07.01.2014 und Antw JM

Drs 15/4555

Landgestüt Marbach

s. *Pferdezucht*

Landkarte

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4804

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4877

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/5090

Praktische Fragen zur Fauna-Flora-Habitat (FFH-)Kartierung
Rechtlicher Rahmen der FFH-Kartierung; Veränderungen in der Bewaldung von FFH-Flächen gegenüber dem Jahr 2012; Fläche der Mähwiesen innerhalb und außerhalb von FFH-Gebieten; Information der angrenzenden Bewirtschafter und Eigentümer über bevorstehende FFH-Kartierung; rechtliche Auswirkungen der FFH-Kartierung; Fachbegleitung der betroffenen Bewirtschafter; Ausweisung von Referenz-Parzellen; künftige Förderung der Bewirtschaftung von FFH-Mähwiesen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/5355

Landkreis

s. *Kreis*

Landkreisordnung

Gesetz zur Einführung der Direktwahl der Landräte

Festlegung der Volkswahl des Landrats sowie eines Zustimmungsquorums von 15 % der Wahlberechtigten; Änderung der Landkreisordnung

GesEntw
s. *Landrat*
Drs 15/1566

Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts

Abschaffung der Möglichkeit zur Kandidatur in zwei Wahlkreisen des eigenen Landkreises; Änderung der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 15/2138

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/6893

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 15, 17, 19, 21, 26, 26a, 29, 30, 34, 36a und 39 der Landkreisordnung in der Fassung vom 16. April 2013

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschrittsgesetz)

Änderung von § 24 der Landkreisordnung in der Fassung vom 28. Oktober 2015

GesEntw
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7610

Landkreisverwaltung

s. *Kreisverwaltung*

Landpacht

s. *Pacht*

Landrat

s.a. *Kreis*

Direktwahl von Landräten

Erfahrungen mit dem Wahlverfahren und der Wahlbeteiligung bei Direktwahlen von Landräten in anderen BLändern, Durchführung gemeinsam mit anderen (Kommunal-)Wahlen, Frage nach den Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Kandidaten und nach einem vergleichbaren Doppelstatus als Kommunalbeamte und Staatsbeamte, Darlegung der Versorgungsansprüche der vom Volk gewählten Landräte

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 08.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1407 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/1828
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2186-2191

Gesetz zur Einführung der Direktwahl der Landräte

Festlegung der Volkswahl des Landrats sowie eines Zustimmungsquorums von 15 % der Wahlberechtigten; Änderung der Landkreisordnung

GesEntw FDP/DVP 16.04.2012 Drs 15/1566
Mittlg LtgPräs 18.05.2012 Drs 15/1725
1. Beratung PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2075-2081
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/1828
2. Beratung PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2186-2191 (Ablehnung)

Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes

Anhebung der Besoldung der Landräte und der Bürgermeister in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe; Anhebung der Besoldung der Beigeordneten in Gemeinden über 30 000 Einwohnern um eine Besoldungsgruppe unter Wahrung eines Abstands zur Bürgermeisterbesoldung von mindestens zwei Besoldungsgruppen; Einführung eines nicht ruhegehaltfähigen Besoldungszuschlags für Landräte und Bürgermeister ab der dritten Amtszeit in Höhe von acht Prozent des festgesetzten Grundgehalts

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5363

Gesetz zur Abschaffung der Altersgrenze für Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser nach § 48 Abs 3 Gemeindeordnung (Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften)

Aufhebung der oberen Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte (Bürgermeister, Beigeordnete, Landräte und Amtsverweser) in der Gemeindeordnung und in der Landkreisordnung; Anpassung des Landesbeamtengesetzes

GesEntw
s. *Kommunaler Wahlbeamter*
Drs 15/6893

Einführung der Direktwahl der Landräte
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 30

Unterstützung der angekündigten Direktwahl der Landräte
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 62 63

Kritik der Landräte an der Polizeireform
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1262 1270

Kritik der Landräte an der Polizeireform
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1643 1644 1648 1651

Landratsamt

s. *Kreisverwaltung*

Landschaft

s.a. *Feuchtgebiet*
s.a. *Grünland*
s.a. *Landschaftspflege*
s.a. *Landschaftsschutzgebiet*
s.a. *Überschwemmungsgebiet*
s.a. *Wald*

Landschaftserhaltungsverbände in BW
Zahl und Beitrag der o.g. Verbände zum Erhalt und zur Pflege der Kulturlandschaft; Planung einer Ausweitung der Zahl, Aufgaben und Personalausstattung? Gewährleistung einer Verwendung zusätzlicher Mittel für operative Zwecke

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/746

Windkraft, Landschaftsbild und Tourismus
Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in den einzelnen Regionen, absehbare Veränderungen der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete nach der Änderung des Landesplanungsrechts und Novellierung der Regionalpläne; Berücksichtigung der Eingriffe in das Landschaftsbild und der Belange des Tourismus bei den in Aussicht genommenen gesetzlichen Neuregelungen zur Errichtung von Windkraftanlagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/767

Verschiedene Rechtsfragen zum Vollzug des Landesplanungsgesetzes bei der Umsetzung der Energiewende in BW

Klärung o.g. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Wege der Flächennutzungsplanung, insbes durch Gemeindeverwaltungsverbände und in landschaftlich besonders sensiblen Lagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1444

Alternative Techniken von Windkraftanlagen vergleichen

Vergleich verschiedener Konstruktionstechniken für Windkraftanlagen, z.B. der Mantelwindturbine mit dreiflügeligen Windrädern, nach ihrer jeweiligen Wirtschaftlichkeit und Auswirkungen auf Umwelt und Landschaftsbild; Berücksichtigung der modernen Generation von Windkraftanlagen durch das neue Landesplanungsgesetz bzw den Windkrafte rlass? Bestrebungen von Firmen um den Abschluss von Vorverträgen mit Grundstücksbesitzern, Beurteilung dieser Praxis unter Wettbewerbsgesichtspunkten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1753

Erhalt der Kulturlandschaften in BW

Ausmaß der Aufgabe von Rebflächen in den letzten drei Jahren, insbes in Hanglagen; Auswirkungen des Wegfalls des Branntweinmonopols und des Anbaustopps bei Reben; Projekte und Konzepte gegen die Verwahrlosung und Verwilderung der Kulturlandschaften; Aktivitäten gegen das Zuwachsen der Schwarzwaldtäler; Unterstützung der Arbeit von Obst- und Gartenbauvereinen

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/2409

Landschaft und Lebensmittel ohne Gentechnik - Chance für Mensch und Natur

Aktuelle Debatte
s. *Gentechnik*
PIPr 15/47 S. 2627

Gewichtung des Landschaftsbilds bei der Ausweisung von Standorten für Windkraftwerke

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 615

Verweisung auf die positiven Auswirkungen der Flurneuordnung auf die Kulturlandschaft

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749-753

Gewichtung des Landschaftsbilds bei der Ausweisung von Standorten für Windkraftwerke

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942 1943 1947 1948

Landschaftsbau

Pläne zur Mehrwertsteuerbefreiung kommunaler Unternehmen
Sachstand und Bewertung der geplanten Befreiung kommunaler Unternehmen von der Umsatzsteuer bei Tätigkeiten im Dienste anderer Städte und Gemeinden, insbes Beratungsstand im Bundesrat, Wettbewerbsverzerrungen gegenüber mittelständischen Garten- und Landschaftsbaubetrieben, Europarechtskonformität

Antr

s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/6817

Landschaftsbild

s. *Landschaft*

Landschaftserhaltung

s. *Landschaftspflege*

Landschaftsgestaltung

s. *Landschaftsbau*

Landschaftsökologie

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP) nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4077

Landschaftspflege

s.a. *Landschaftsplanung*

s.a. *Landschaftsschutzgebiet*

s.a. *Naturschutz*

s.a. *Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung*

Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen bzw zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5

Entwicklung und Förderung des Grünlands in BW und Pläne der LReg zur Einführung eines gesetzlichen Umbruchverbots

Umwandlung von Grünland in Ackerflächen, Dauerkulturen, Aufforstung, Bebauung u.a. seit 2003; bisherige und künftige Förderung der Grünlandbewirtschaftung iRd MEKA, der Ausgleichszulage und Landschaftspfegerichtlinie; Art und Zeitpunkt der Einbeziehung der Berufsverbände und betroffenen Landwirte in die Überlegungen zur Schaffung eines gesetzlichen Umbruchverbots durch Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/323

Landschaftserhaltungsverbände in BW

Zahl und Beitrag der o.g. Verbände zum Erhalt und zur Pflege der Kulturlandschaft; Planung einer Ausweitung der Zahl, Aufgaben und Personalausstattung? Gewährleistung einer Verwendung zusätzlicher Mittel für operative Zwecke

Antr Karl Traub u.a. CDU 19.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/746
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 15 16
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Biogasanlagen als Chance für die Landschaftspflege

Förderung der Verwertung von Schnittgut von Landschaftspflegeflächen, von Straßenrändern, aus der Garten- und Parkpflege nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in Biogasanlagen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1228
BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 77-79
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Ziegenhaltung in BW

Daten und Projekte zur Zucht und Haltung von Ziegen, Bedeutung der Flächenbeweidung für die Landschaftspflege, Förderung iRd Landschaftserhaltungsprogramme sowie bei der Entwicklung und Vermarktung von Ziegenprodukten, Einschätzung des künftigen Markts für Ziegenkäse; Unterstützung der Betriebe mit Beratungsstrukturen

Antr
s. *Ziege*
Drs 15/1868

Erhalt der Kulturlandschaften in BW

Ausmaß der Aufgabe von Rebflächen in den letzten drei Jahren, insbes in Hanglagen; Auswirkungen des Wegfalls des Branntweinmonopols und des Anbaustopps bei Reben; Projekte und Konzepte gegen die Verwahrlosung und Verwilderung der Kulturlandschaften; Aktivitäten gegen das Zuwachsen der Schwarzwaldtäler; Unterstützung der Arbeit von Obst- und Gartenbauvereinen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 28.09.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2409
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 75 76
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Rechtliche Rahmenbedingungen bei der Pflege von Streuobstwiesen

Darlegung des Rechtsrahmens für die Bewirtschaftung von Streuobstwiesen

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 24.10.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2556
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.02.2013 Drs 15/3398 S. 82
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Förderung des Steillagenweinbaus in BW

Vorhandene Förderinstrumente; Forderung des Württembergischen Weinbauverbands nach einer jährlichen Ausgleichszahlung für die Bewirtschafter von Steillagen; Förderung der Steillagen mit Hilfe einer Neuausrichtung der Landschaftserhaltungsverbände

Antr
s. *Weinbau*

Drs 15/2692

Maßnahmen der LReg zur Verbesserung des Vollzugs im Naturschutz und zur Förderung der Landschaftserhaltungsverbände, insbes im LKreis Heidenheim

Verwendung zusätzlicher Haushaltsmittel für Naturschutz und Landschaftspflege seit 2011; Verbesserung der Personalausstattung in den RegPräs sowie des Vollzugs der bestehenden rechtlichen Vorgaben im Regierungsbezirk Stuttgart und insbes im LKreis Heidenheim; Landschaftserhaltungsverbände (LEV) als Instrumente zur Unterstützung des Vollzugs; Nutzen des Landschaftserhaltungsverbands Heidenheim für Naturschutz und Kulturlandschaftsentwicklung, sein Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Flora-Fauna-Habitat Gebieten und Vogelschutzgebieten nach dem Konzept Natura 2000 sowie seine finanzielle Ausstattung

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/3424

Naturschutzrechtlicher Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durch den Erhalt der Trockenmauern im Steillagenweinbau

Anerkennung der Erhaltung und Pflege von Trockenmauern als Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft; Umfang und Erhaltungszustand der vorhandenen Trockenmauern; über das vorhandene Instrumentarium hinausgehende Überlegungen zur Bestandserhaltung; Unterstützung der Kommunen und Grundstückseigentümer beim Erhalt der Trockenmauern; Maßnahmen in anderen Bundesländern wie z.B. Rheinland-Pfalz und Hessen

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/3624

Pferdehaltung und Pferdezucht in BW

Aktuelle Situation sowie die Aktivitäten und die Haltung des Landes auf dem Gebiet der Pferdehaltung und -zucht, insbes Statistiken zu Pferden und Pferdehaltern, wirtschaftliche Situation und Förderungsmöglichkeiten für pferdehaltende Betriebe, Beratungsangebote des Landes, Reittourismusförderung, Pferdeeinsatz in der Landschaftspflege, Reiten im Schulsport

Antr
s. *Pferd*
Drs 15/3886

Pflegemaßnahmen in Naturschutzgebieten im Wahlkreis 33

Landschaftspflege in Naturschutzgebieten in Baden-Baden und Umgebung, insbes Ausgaben, Größe und Art der Fläche sowie Anzahl der beauftragten Betriebe; Bindung der Erlaubnis für Gehölz- und Pflegearbeiten in Naturschutzgebieten an ein festes Zeitfenster

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/4013

Neue Landschaftserhaltungsverbände im Land - Erfolg für Naturschutz und Landwirtschaft

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4609-4616

Zweierlei Maß beim Landschaftsschutz?

Unterschiedliche Gewichtung im Landschaftsschutz beim Anbau sogenannter nachwachsender Rohstoffe und bei der Planung

von Windkraftanlagen gegenüber dem Anbau von Weihnachtsbaumkulturen

KlAnfr Karl Rombach CDU 12.12.2013 und Antw MLR Drs 15/4492

Offenhaltung und Pflege der Kulturlandschaften in BW

Rechtliche Rahmenbedingungen für Kommunen und Kreise zur Anordnung von Pflegemaßnahmen gegenüber Grundstücksbesitzern bei Verwilderung von Grundstücken und Landschaften; Unterstützung von Nebenerwerbslandwirten und -obsterzeugern bei der Pflege der Kulturlandschaften in BW

Antr
s. *Kulturlandschaft*
Drs 15/4984

Pflege von Ausgleichsflächen aus bäuerlicher Hand

Umfang der landwirtschaftlichen Nutzung von Ausgleichsflächen; extensive landwirtschaftliche Nutzung als Kompensation; Ausgleich durch Streuobstwiesen in den vergangenen zehn Jahren; Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächennutzung bei der Planung von Ausgleichsflächen; finanzielle Förderung der Pflege von Naturausgleichsmaßnahmen; Stand des im Koalitionsvertrag angekündigten Streuobstkonzepts

Antr Paul Locherer u.a. CDU 04.04.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5035
BeschlEmpf und Bericht LandWA 16.07.2014 Drs 15/5989 S. 35 36
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie

Handlungsbedarf und Planung der Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie (für Pflege- und Extensivierungsverträge); Entwicklung der Fördersätze in anderen Bundesländern; Entwicklung der Beiträge für Krankenversicherung, Rentenversicherung und Genossenschaften für Landwirte; Entwicklung der Pachten für landwirtschaftliche Flächen in BW

Antr Paul Locherer u.a. CDU 23.05.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5258

Landschaftserhaltungsverbände

Situation der Landschaftserhaltungsverbände in BW, insbes Anzahl, Aufgabenstellungen, Trägerschaft, Beitrag zum Naturschutz, Zukunftsperspektiven

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 17.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5514
BeschlEmpf und Bericht LandWA 05.11.2014 Drs 15/6338 S. 108 109
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Landschaftserhaltungsverband (LEV) Ortenaukreis

Arbeitsaufwand und finanzielle Unterstützung des Landschaftserhaltungsverbands Ortenaukreis bei der Aufstellung der Managementpläne

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 19.08.2014 und Antw MLR Drs 15/5638

PLENUM-Programm

Ziele und Durchführung des PLENUM-Programms zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt in BW, insbes Förderung aktueller PLENUM-Projektgebiete

Antr
s. *PLENUM-Projekt*
Drs 15/5794

Bedeutung des Kurortgesetzes bei der Errichtung von Windkraftanlagen

Bewertung der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen im Bereich der Markungsgrenze zum Kurort Dobel, insbes unter Berücksichtigung von Landschaftsschutz, Tourismus und dem Kurortgesetz

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6156

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Vermarktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäferbetrieben im Verhältnis zu den Markterlösen aus Schafprodukten

Antr
s. *Schafhaltung*
Drs 15/6423

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6441

Regierungsbefragung

Landschaftserhaltungsverbände
PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7708-7713

Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Gestaltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw
s. *Naturschutzgesetz*
Drs 15/6886

Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen an Straßen

Sachstand zur Verringerung des Umsetzungsdefizits bei der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft im Straßenbau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7181

Wasserkreuzkraut auf Landschaftspflegeflächen im Wurzacher Ried

Gefahren für landwirtschaftliche Nutztiere bei der Grünlandwirtschaft; Bekämpfung des Wasserkreuzkrauts mithilfe von Herbiziden; Abgeltung des bei der Bekämpfung der Pflanze entstehenden Aufwands; Maßnahmen zur Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung des Wasserkreuzkrauts in der Region Wurzacher Ried

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/8103

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Landschaftserhaltungsverbände

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1311

Hervorhebung der Leistungen der Landwirte für die Pflege der Kulturlandschaft

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1821

Landschaftspflegerichtlinie

s. *Landschaftspflege*

Landschaftsplanung

s.a. *Landschaftspflege*

Pflege von Ausgleichsflächen aus bäuerlicher Hand

Umfang der landwirtschaftlichen Nutzung von Ausgleichsflächen; extensive landwirtschaftliche Nutzung als Kompensation; Ausgleich durch Streuobstwiesen in den vergangenen zehn Jahren; Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächennutzung bei der Planung von Ausgleichsflächen; finanzielle Förderung der Pflege von Naturausgleichsmaßnahmen; Stand des im Koalitionsvertrag angekündigten Streuobstkonzepts

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5035

Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Gestaltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw
s. *Naturschutzgesetz*
Drs 15/6886

Landschaftsschutz

s. *Landschaftspflege*

Landschaftsschutzgebiet

s.a. *Naturschutzgebiet*

Windkraftstandorte im Landschaftsschutzgebiet Bodanrück am Bodensee

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkraftrlass; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1833

Bürokratische Blockade des Zubaus von Windkraftanlagen im Enzkreis durch die Folgen der Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bestehende und geplante Windkraftanlagen im Enzkreis, erwarteter Zubau bis 2020; Notwendigkeit der Aufhebung von modifizierten Flächennutzungsplänen der Kommunen, die den Bau von Windkraftanlagen ermöglicht hätten, infolge der o.g. Änderung; Untersuchung möglicher Standorte anhand einzelner Gutachten, Einschätzung der Kosten dieser Gutachten; Frage nach der Zulässigkeit von Windkraftstandorten in Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1954

Windkraft-Planung im Remstal (Windpark Buocher Höhe)

Bürgerprotest gegen den Windpark im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet; Abstand der Windkraftanlagen von den umliegenden Wohngebieten; Umweltbelastung durch Licht- und Lärmemissionen, insbes durch tieffrequenten Schall; Gesundheitsgefahr durch Infraschall; Wirtschaftlichkeit der Anlage im Hinblick auf etwaige Zwangsabschaltungen wegen Schattenwurf, Lärmemission, Fledermausflug sowie größerer Unterschiede beim Windaufkommen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3054

Landesplanungsgesetz; Ausbau der Windenergie in BW

Standorte, Anträge und Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windenergieanlagen; Kritik an rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie in BW; Windkraftausbau in den anderen Bundesländern; Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4028

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr
s. *Kiesabbau*
Drs 15/5220

Landschaftsverbrauch

s. *Flächennutzung*

Landtag, Abstimmung

s. *Parlamentsabstimmung*

Landtag, Anwesenheit

Beantragung der Herbeirufung des Finanzministers, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Debatte zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 804 805 807 811 813 814

Beantragung der Herbeirufung des Finanzministers, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte über den 30. Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1892 1893

Landtag, Ausschüsse

s.a. *Landesausschuss für Information*

s.a. *Sonderausschuss*

s.a. *Untersuchungsausschuss*

s.a. *Wahlprüfung*

Bestellung des Ständigen Ausschusses und Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ständigen Ausschusses

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 31 32

Bestellung der Ausschüsse und Wahl der Ausschussmitglieder sowie der stellvertretenden Ausschussmitglieder

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 80 94-105

Umbesetzungen in Ausschüssen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119 192 (FinWiA)

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 279 336 (PetA)

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 486 542 (Verk/InfraA, EuA)

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 775 839 (Präsidium, FinWiA, WissA, InnenA, UmEnA, SozA, LandwA, Verk/InfraA, EuA, PetA, Ausschuss nach Art 62 der Verfassung)

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 885 958 (FinWiA, Verk/InfraA, EuA, PetA)

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1169 1258 1259 (StändA, FinWiA, BildungsA, WissA, InnenA, UmEnA, SozA, LandwA, Verk/InfraA, IntegrA, EuA)

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171 2250 (FinWiA)

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349 2438 (FinWiA, BildungsA, WissA, LandwA, Verk/InfraA, PetA)

PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2507 2542 (IntegrA)

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3037 3128 (FinWiA)

PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3407 3496 (Präsidium, FinWiA)

PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3586-3599 3609 (UA „EnBW-Deal“)

PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3758 3803 3804 (StändA, FinWiA, BildungsA, WissA, InnenA, UmEnA, SozA, LandwA, Verk/InfraA, IntegrA, EuA, PetA, Ausschuss nach Art 62 der Verfassung, UA „EnBW-Deal“)

PIPr 15/70 12.06.2013 S. 4203 4227 (UA „EnBW-Deal“)

PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4425 4498 (Präsidium, StändA, FinWiA, WissA, SozA, IntegrA)

PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5264 5304-5307 (StändA, FinWiA, BildungsA, WissA, SozA, LandwA, Verk/InfraA, PetA, InnenA, UmEnA, EuA)

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5309 5373 (Schriftführer, StändA)
 PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5577 5642 (Schriftführer)
 PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6021 6065 (Präsidium, LandwA)
 PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6067 6139 (LandwA)
 PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203 6242 (SozA)
 PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367 6411 6412 (UmEnA, Verk/InfraA, PetA, Schriftführer, FinWiA, EuA)
 PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6539 6600-6602 (Enquete „Pflege in BW“, EuA, UA „NSU“)
 PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7065 7114 (UA „NSU“)
 PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7117 7151 (Präsidium, FinWiA, SozA, EuA)
 PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7153 7154 7206 7207 (BildungsA, WissA, InnenA, UmEnA, SozA, LandwA, Verk/InfraA, IntegrA, EuA, Ausschuss nach Art 62 der Verfassung, UA „NSU“)
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7209 7291 (StändA, FinWiA, BildungsA, WissA, InnenA, UmEnA, SozA, LandwA, Verk/InfraA, IntegrA, EuA, PetA, Ausschuss nach Art 62 der Verfassung)
 PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7293 7329 7330 (PetA, UA „Schlossgarten II“, UA „NSU“, Enquetekommission „Pflege in BW“, Enquetekommission „NSU“, Schriftführer)
 PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7333 7409 (EuA)
 PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7483 7508 (StändA, UA „Polizeieinsatz Schlossgarten II“)
 PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8343 8411 (UA „Polizeieinsatz Schlossgarten II“)

*Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen
 s. Landtag, Präsidium*

Drs 15/2

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten

Drs 15/504 (18 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672
 Drs 15/747 (27 S.) PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838
 Drs 15/907 (76 S.) PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
 Drs 15/940 (22 S.) PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
 Drs 15/1300 (46 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
 Drs 15/1301 (52 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
 Drs 15/1538 (53 S.) PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
 Drs 15/1646 (61 S.) PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Drs 15/1821 (68 S.) PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Drs 15/2007 (87 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Drs 15/2351 (95 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Drs 15/2544 (127 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Drs 15/2741 (58 S.) PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
 Drs 15/3063 (91 S.) PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Drs 15/3245 (100 S.) PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
 Drs 15/3398 (110 S.) PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
 Drs 15/3571 (48 S.) PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
 Drs 15/3712 (46 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Drs 15/4040 (73 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Drs 15/4190 (45 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Drs 15/4191 (54 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Drs 15/4324 (95 S.) PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
 Drs 15/4379 (25 S.) PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262
 Drs 15/4581 (45 S.) PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
 Drs 15/4897 (137 S.) PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
 Drs 15/4949 (33 S.) PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789
 Drs 15/5052 (71 S.) PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850
 Drs 15/5137 (26 S.) PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Drs 15/5272 (70 S.) PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Drs 15/5374 (33 S.) PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
 Drs 15/5743 (48 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Drs 15/5989 (59 S.) PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762
 Drs 15/6123 (44 S.) PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982
 Drs 15/6338 (129 S.) PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
 Drs 15/6496 (55 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Drs 15/6639 (67 S.) PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Drs 15/6733 (49 S.) PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
 Drs 15/6921 (90 S.) PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
 Drs 15/7081 (62 S.) PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
 Drs 15/7352 (96 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7534 (32 S.) PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474
 Drs 15/7638 (68 S.) PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653
 Drs 15/7755 (44 S.) PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839
 Drs 15/8019 (100 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8048 (109 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW

Überblick über Kontrollrahmen, Organisation und Befugnisse der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer und des Bundes, insbes Gremiengröße, Häufigkeit des Zusammentretens, Kontrollrechte (u.a. Akteneinsicht, Befragungsrechte, Zutrittsrechte); Handlungsempfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse sowie der Bundesländer-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR) zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden; Überlegungen zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW, insbes Bündelung von Befugnissen des G 10-Gremiums und des Ständigen Ausschusses, Entscheidungsbefugnisse in Grundsatzfragen, Mitbestimmungsrecht bei konkreten Einsätzen

GrAnfr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 15/4660

Bewertung des Europaausschusses als gelungene Innovation

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 7

Einführung eines Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53

Ermöglichung von mehr öffentlichen Ausschussberatungen, Einführung eines Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2216-2218

Landtag, Begrüßung

Begrüßung der zur konstituierenden Sitzung des neuen Landtags anwesenden Ehrengäste

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 1 2

Begrüßung der zur Wahl des MinPräs anwesenden Ehrengäste

PIPr 15/2 12.05.2011 S. 13

Begrüßung einer Delegation des Vorarlberger Landtags unter Leitung von Frau Landtagspräsidentin Dr. Bernadette Mennel

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 55

Begrüßung des griechischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Panayotis Partsos

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1014

Begrüßung des Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Eberhard Stolz

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2074 2075

Begrüßung des Botschafters der Republik Türkei, Seiner Exzellenz Hüseyin Avni Karslioglu, und des türkischen Generalkonsuls, Herrn Türker Ari

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2283

Begrüßung von Kommunalpolitikern aus dem Senegal

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2362

Begrüßung des Präsidenten des Generalrats des Departements Oberelsass und Sprechers der Trinationalen Metropolregion Oberrhein, Herrn Charles Buttner, und seiner Delegation

PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2536 2537

Begrüßung von Herrn Oberst Kuhn sowie Soldatinnen und Soldaten nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan

PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2863

Begrüßung der Premierministerin der Provinz Westkap, Republik Südafrika, Frau Helen Zille, und ihrer Delegation

PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3288

Begrüßung des Marschalls der Woiwodschaft Lodz, Herrn Witold Stepien, und seiner Delegation

PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3382

Begrüßung des Präsidenten der Region Elsass, Herrn Philippe Richert

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3514

Begrüßung der Präsidentin des Vorarlberger Landtags, Frau Dr. Gabriele Nußbaumer

PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3586

Begrüßung des ungarischen Generalkonsuls, Herrn Tamás Mydlo, und seiner Delegation

PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4032

Begrüßung einer Delegation aus Schaffhausen unter Leitung des ehemaligen Präsidenten des Kantonsrats des Kantons Schaffhausen, Herrn Charles Gysel

PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4064

Begrüßung einer Delegation der Schweizerischen Bundesversammlung sowie der Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Irene Flückinger Sutter

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4700

Begrüßung einer Delegation der Schweizerischen Bundesversammlung unter Leitung der Präsidentin, Frau Dr. Kathy Riklin, sowie des Botschafters der Schweiz, Seiner Exzellenz Herrn Tim Guldemann, und der Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Irene Flückinger Sutter

PIPr 15/79 23.10.2013 S. 4792

Begrüßung einer Delegation aus der Region Oulu in Nordfinnland unter Leitung von Frau Generaldirektorin Terttu Savolainen

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4958 4959

Begrüßung einer Delegation der Kantonsregierung und des Großen Rats des Kantons Schaffhausen unter Leitung von Herrn Regierungsrat Dr. Reto Dubach, des Kantonsratspräsidenten, Herrn Richard Bühler, und Mitgliedern der Ständigen Kommission für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie der Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Irene Flückinger Sutter

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5225

Begrüßung des türkischen Generalkonsuls, Herrn Türker Ari

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5329

Begrüßung einer Delegation aus der Region Kanagawa in Japan unter Leitung des Vizepräsidenten des Parlaments der Präfektur Kanagawa, Herrn Takahiro Aihara

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5330

Begrüßung des Landesbischofs der Evangelischen Landeskirche Baden, Herrn Professor Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh

PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6032

Begrüßung des Präsidenten des Parlaments der autonomen Provinz Vojvodina, Herrn István Pásztor, und seiner Delegation sowie des serbischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Bozidar Vucurovic

PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6091

Begrüßung des oberösterreichischen Landesrats Herrn Rudolf Anschöber und seiner Delegation

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6154

Begrüßung von zwei Moderatoren des Kindergipfels vom 5. Juli 2014

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6188

Begrüßung des Botschafters der Polnischen Republik, Seiner Exzellenz Herrn Jerzy Marganski

PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6393

Begrüßung der Generalkonsulin Frau Justyna Lewanska

PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6393

Begrüßung einer Delegation aus der Region Kanagawa (Japan) unter der Leitung von Herrn Shigeyuki Mukasa, Präsident des Parlaments der Präfektur Kanagawa

PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6620

Begrüßung einer Delegation aus der Region Nordfinnland unter der Leitung von Frau Direktorin Leila Helaakoski sowie des ehemaligen Gouverneurs der Region Oulu, Herrn Professor Eino Siuruainen

PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6795 6796

Begrüßung des französischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Nicolas Eybalin

PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6882

Begrüßung des Künstlers Matthias Beckmann

PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7065

Begrüßung Seiner Exzellenz Erzbischof Dr. Simon Ntamwana und von Mitgliedern der Kolpingfamilien des Bereichs mittlerer Neckar sowie Herrn Pfarrer Kamm

PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7160

Begrüßung einer Delegation des Regionalparlaments von Wales unter der Leitung von Herrn Alun Ffred Jones

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7535

Begrüßung des ungarischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Dr. János Berényi, und des Honorarkonsuls Rolf Kurz

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7544 7545

Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendlandtags

PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8011

Begrüßung einer Delegation aus der Region Nordfinland unter der Leitung von Frau Generaldirektorin Terttu Savolainen

PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8527

Begrüßung einer Delegation aus der Provinz Dohuk in der Region Kurdistan in der Republik Irak unter der Leitung von Herrn Gouverneur Farhad Ameen Atruschi

PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8707

Begrüßung der Badischen Weinkönigin Isabella Vetter und der Badischen Weinprinzessin Annette Herbstritt

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9018

Landtag, Geschäftsordnung

s.a. Landtag, Anwesenheit

Vorläufige Übernahme der modifizierten Geschäftsordnung

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 4 10

Einsetzung einer Geschäftsordnungskommission

Auftrag und Zusammensetzung der Geschäftsordnungskommission, Erarbeitung einer Empfehlung für die Geschäftsordnung des 15. Landtags

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 20.05.2011 Drs 15/17

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 80

Absetzung von TOP 5

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684 708

Absetzung von TOP 12

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1833

Absetzung der TOP 9 und 10

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2117 2123

Geschäftsordnung des 15. Ltg von BW

BeschlEmpf und Bericht des Präsidiums 12.06.2012 Drs 15/1841 (29 S.)

ÄAntr CDU 26.06.2012 Drs 15/1961

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2216-2220

Beschl des Ltg vom 27.06.2012 Drs 15/2038

GBI 2012 Nr. 11 S. 478-480 (Bekanntmachung vom 03.07.2012)

Beschl des Ltg vom 26.11.2014 Drs 15/6177

GBI 2014 Nr. 24 S. 794 (Bekanntmachung vom 28.11.2014)

Vorziehen des TOP 3

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2127

Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes Anpassung an einige Änderungen der Geschäftsordnung des Ltg; Ergänzung der Gesetzesbezeichnung um eine amtliche Kurzbezeichnung und eine amtliche Abkürzung; redaktionelle Änderungen

GesEntw

s. Untersuchungsausschuss

Drs 15/1840

Erweiterung der Offenlegungsregelungen bei Interessenverknüpfungen von Abgeordneten

Neufassung von Ziffer III der Anlage 1 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Juni 1989 (GBI S. 250), zuletzt geändert durch Beschluss vom 27. Juni 2012 (GBI S. 478); Erweiterung der Offenlegungspflicht von Interessenverknüpfungen auf Beratungen und Abstimmungen

Antr GRÜNE und SPD 18.09.2012 Drs 15/2352

Absetzung von TOP 5

PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3405

Ergänzung der TO

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3497

Absetzung der TOP 4 und 6

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3734

Absetzung von TOP 8

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3920 3944

Absetzung der TOP 2 und 3

PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3987

Absetzung von TOP 7

PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4032 4054

Absetzung von TOP 6

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4191

Absetzung von TOP 9

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4538 4566

Antrag auf Absetzung von TOP 5

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4943-4945

Vereinbarkeit von Familie und Landtagsmandat in BW

Einführung von Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten für Abgeordnete; Änderung des § 75 der Geschäftsordnung des Landtags von BW

Antr Anneke Graner u.a. SPD, Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE, Volker Schebesta CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP 16.07.2014 Drs 15/5500

BeschlEmpf und Bericht StändA 17.07.2014 Drs 15/5505

PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6806-6810

Beschl des Ltg vom 26.11.2014 Drs 15/6177 (s. PIPr 15/113 S. 6806-6810)

GBI 2014 Nr. 24 S. 794 (Bekanntmachung vom 28.11.2014)

Absetzung von TOP 9

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6286

Absetzung von TOP 4

PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6658

Ergänzungen der TO

PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129 8157

Absetzung der TO 2 und 5

PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8157 8163

Absetzung der TOP 2, 6 und 7

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8274

Dauerhafte Einrichtung einer Geschäftsordnungskommission

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1999

Landtag, Herbeirufung eines Regierungsmitglieds*s. Landtag, Anwesenheit***Landtag, Kurzintervention***s. Kurzintervention***Landtag, Mandatsniederlegung***Mandatsverzicht von Abgeordneten*

Mappus, Stefan CDU am 31.08.2011

Nachfolgerin: Engeser, Marianne Dr. CDU ab 01.09.2011

Wölflé, Werner GRÜNE am 30.11.2011

Nachfolger: Tschenk, Nikolaus GRÜNE ab 01.12.2011

Gönner, Tanja CDU am 30.06.2012

Nachfolger: Burger, Klaus CDU ab 03.07.2012

Mentrup, Frank Dr. SPD am 15.03.2013

Nachfolgerin: Graner, Anneke SPD ab 16.03.2013

Birk, Dietrich Dr. CDU am 31.12.2013

Nachfolgerin: Schiller, Jutta CDU ab 01.01.2014

Winkler, Alfred SPD am 06.01.2014

Nachfolger: Gürakar, Hidir SDP ab 07.01.2014

Grimm, Leopold FDP/DVP am 31.07.2014

Nachfolger: Reith, Niko FDP/DVP ab 01.08.2014

Groh, Manfred CDU am 30.09.2014

Nachfolgerin: Meier-Augenstein, Bettina CDU ab 01.10.2014

Rust, Ingo SPD am 31.01.2015

Nachfolger: Blättgen, Hans-Heribert SPD ab 01.02.2015

Landtag, Mitglieder*s.a. Abgeordneter**Verzeichnis der Mitglieder*

Erste Ausgabe 01.05.2011 Drs 15/1 (15 S.)

Zweite Ausgabe 16.01.2012 Drs 15/1125 (15 S.)

Dritte Ausgabe 17.09.2012 Drs 15/2310 (16 S.)

Vierte Ausgabe 27.05.2013 Drs 15/3410 (16 S.)

Fünfte Ausgabe 13.06.2014 Drs 15/5020 (16 S.)

Sechste Ausgabe 30.06.2015 Drs 15/6950 (16 S.)

Landtag, Mündliche Anfragen*s.a. Kurzintervention**s.a. Regierungsbefragung**Mündliche Anfragen*

MdlAnfr 30.06.2011 Drs 15/98

MdlAnfr 21.07.2011 Drs 15/257

MdlAnfr 13.10.2011 Drs 15/607

MdlAnfr 10.11.2011 Drs 15/791

MdlAnfr 08.12.2011 Drs 15/949

MdlAnfr 15.03.2012 Drs 15/1393

MdlAnfr 19.04.2012 Drs 15/1557

MdlAnfr 24.05.2012 Drs 15/1734

MdlAnfr 28.06.2012 Drs 15/1953

MdlAnfr 19.07.2012 Drs 15/2089

MdlAnfr 11.10.2012 Drs 15/2429

MdlAnfr 15.11.2012 Drs 15/2649

MdlAnfr 31.01.2013 Drs 15/2843

MdlAnfr 07.03.2013 Drs 15/3155

MdlAnfr 11.04.2013 Drs 15/3315

MdlAnfr 16.05.2013 Drs 15/3456

MdlAnfr 20.06.2013 Drs 15/3608

MdlAnfr 18.07.2013 Drs 15/3731

MdlAnfr 10.10.2013 Drs 15/4105

MdlAnfr 07.11.2013 Drs 15/4248

MdlAnfr 28.11.2013 Drs 15/4358

MdlAnfr 19.12.2013 Drs 15/4426

MdlAnfr 30.01.2014 Drs 15/4652

MdlAnfr 27.03.2014 Drs 15/4915

MdlAnfr 22.05.2014 Drs 15/5114

MdlAnfr 26.06.2014 Drs 15/5293

MdlAnfr 24.07.2014 Drs 15/5396

MdlAnfr 16.10.2014 Drs 15/5825

MdlAnfr 13.11.2014 Drs 15/6090

MdlAnfr 05.02.2015 Drs 15/6342

MdlAnfr 12.03.2015 Drs 15/6566

MdlAnfr 16.04.2015 Drs 15/6690

MdlAnfr 07.05.2015 Drs 15/6814

MdlAnfr 18.06.2015 Drs 15/6895

MdlAnfr 16.07.2015 Drs 15/7139

MdlAnfr 01.10.2015 Drs 15/7399

MdlAnfr 29.10.2015 Drs 15/7550

MdlAnfr 26.11.2015 Drs 15/7650

MdlAnfr 17.12.2015 Drs 15/7860

MdlAnfr 18.02.2016 Drs 15/8025

Landtag, nachträglich eingetretene Abgeordnete*Nachträglich eingetretene Abgeordnete*

Engeser, Marianne Dr. CDU ab 01.09.2011

Nachfolgerin für Mappus, Stefan CDU

Tschenk, Nikolaus GRÜNE ab 01.12.2011

Nachfolger für Wölflé, Werner GRÜNE

Burger, Klaus CDU ab 03.07.2012

Nachfolger für Gönner, Tanja CDU

Graner, Anneke SPD ab 16.03.2013

Nachfolgerin für Mentrup, Frank Dr. SPD

Schiller, Jutta CDU ab 01.01.2014

Nachfolgerin für Birk, Dietrich Dr. CDU

Gürakar, Hidir SPD ab 07.01.2014

Nachfolger für Winkler, Alfred SPD

Reith, Niko FDP/DVP ab 01.08.2014

Nachfolger für Grimm, Leopold FDP/DVP

Meier-Augenstein, Bettina CDU ab 01.10.2014

Nachfolgerin für Groh, Manfred CDU

Blättgen, Hans-Heribert SPD ab 01.02.2015

Nachfolger für Rust, Ingo SPD

Landtag, Präsidium*Wahl der Mitglieder des Präsidiums*

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 17 18

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen
 Erste Ausgabe 30.06.2011 Drs 15/2 (16 S.)
 Zweite Ausgabe 19.09.2012 Drs 15/2311 (17 S.)
 Dritte Ausgabe 27.05.2013 Drs 15/3411 (17 S.)
 Vierte Ausgabe 01.07.2014 Drs 15/5021 (18 S.)
 Fünfte Ausgabe 30.06.2015 Drs 15/6951 (18 S.)

Landtag, Schlussansprache

Schlussansprache des Präsidenten
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072-9077

Landtag, Schriftführer

Wahl der Schriftführer
 PIPr 15/1 11.05.2011 S. 9 11

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen
s. Landtag, Präsidium
 Drs 15/2

Landtag von Baden-Württemberg

s.a. Fraktion
s.a. Landtag, Ausschüsse
s.a. Landtagsgebäude
s.a. Landtagswahl

Konsequenzen aus dem Verfassungsbruch der alten Regierung - Rücktritt des Landtagspräsidenten zur Wahrung der Würde und Rechte des Landtags
 Antr
s. Landtagspräsident
 Drs 15/668

Festsitzung des Landtags aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung des Landes BW
s. Jubiläum
 PIPr 15/35 S. 1899

Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten Parite-Gesetzgebung
 Zurückführung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, in Gemeinderäten und Kreistagen auf das jeweilige Wahlrecht? Ergebnisse der angekündigten Überprüfung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts unter dem Gesichtspunkt einer „geschlechtergerechten Ausgestaltung“; Vorlage eines eigenen Entwurfs für ein Parite-Gesetz

Antr
s. Gleichberechtigung
 Drs 15/1626

Nutzung des Alten Landtags (Eduard-Pfeiffer-Haus) in Stuttgart
 Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts für den sogenannten Alten Landtag (Eduard-Pfeiffer-Haus) in der Heusteigstraße in Stuttgart, insbes bisherige Gebäudenutzung, Schaffung von Zugang für die Öffentlichkeit sowie derzeitige Nutzung durch die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Antr
s. Baudenkmal
 Drs 15/3133

Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

Sachstand zum Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung, insbes Bedeutung und Bestandsaufnahme, Entwicklung von Vorschlägen zur Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs, Begleitung und Unterstützung des Wettbewerbs durch die einzelnen Landtagsabgeordneten

Antr
s. Schülerwettbewerb
 Drs 15/6794

Beschreibung von Selbstverständnis, Aufgaben und Stellung des neuen Landtags als Vollzeitparlament ab der nun beginnenden 15. WP, Fortführung der bisher vollzogenen Parlamentsreform, Verweisung auf den Raumbedarf und die vorliegenden Planalternativen

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 1-8

Beklagung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag; Ankündigung einer Änderung des Landtagswahlrechts

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53

Beschreibung von Selbstverständnis, Aufgaben und Stellung des Landtags vom neuen Landtagspräsidenten

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 674 675

Aufgaben- und Personalzuwachs des Landtags nach der Aufwertung zum Vollzeitparlament, Vergleich der Kosten des Landtags pro Einwohner mit anderen Landesparlamenten, Notwendigkeit der technischen und energetischen Sanierung des Landtagsgebäudes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289-1292

Unterstützung des Vorschlags für eine Partnerschaft zwischen dem Landtag und der Nationalversammlung in Burundi

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1615 1616 1618 1620 1621

Beklagung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, Diskussion über eine Änderung des Landtagswahlrechts

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2067-2069

Einbeziehung des Landtags bei der Umsetzung des Fiskalpakts, Wahrung der Rechte und Autonomie des Landtags bei europäischen Beschlüssen von elementarer Bedeutung und mit finanziellen Auswirkungen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251 2254 2255 2257-2261 2264

Landtagsfraktion

s. Fraktion

Landtagsgebäude

s.a. Bannmeile

Haushalt 2012; Epl 12

Einstellung einer Planungsrate für Aus- und Umbauten an den Gebäuden des Ltg

ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 25.01.2012 Drs 15/1112-8 S. 31 32
 PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Nutzung des Alten Landtags (Eduard-Pfeiffer-Haus) in Stuttgart
 Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts für den sogenannten Alten Landtag (Eduard-Pfeiffer-Haus) in der Heu-

steigstraße in Stuttgart, insbes bisherige Gebäudenutzung, Schaffung von Zugang für die Öffentlichkeit sowie derzeitige Nutzung durch die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Antr
s. *Baudenkmal*
Drs 15/3133

Schattenwirtschaft und Tariftreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tariftreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KlAnfr
s. *Schwarzarbeit*
Drs 15/4745

Kunstwettbewerb für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrums

Sachstand zur Neuausschreibung des Kunstwettbewerbs für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrums, insbes Konsequenzen aus der ersten Ausschreibungsrunde, Gestaltung der Ausschreibung und des Auswahlverfahrens, Zeitplan

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/7368

Verweisung auf den Raumbedarf in den Landtagsgebäuden und auf die vorliegenden Planalternativen

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 5

Technische und energetische Sanierung des Landtagsgebäudes, Ermöglichung von Tageslicht im Plenarsaal

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1290-1292

Umsetzung des Sanierungsbedarfs bei den Landtagsgebäuden, Umbau des Plenarsaals

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1999-2000

Landtagspräsident

Wahl des Abgeordneten Willi Stächele zum Präsidenten des 15. Landtags von BW am 11.05.2011

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 4-5

Konsequenzen aus dem Verfassungsbruch der alten Regierung - Rücktritt des Landtagspräsidenten zur Wahrung der Würde und Rechte des Landtags

DringlAntr GRÜNE und SPD 10.10.2011 Drs 15/668
(Erledigt durch Erklärung des Landtagspräsidenten am 12.10.2011, PIPr 15/14 S. 547)

Erklärung des Präsidenten Willi Stächele, Rücktritt vom Amt des Landtagspräsidenten

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 547

Würdigung und Verabschiedung des Präsidenten Willi Stächele

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 548-557

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 673-674

Wahl des Abgeordneten Guido Wolf zum Präsidenten des 15. Landtags von BW am 26.10.2011

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 674-675

Würdigung des Landtagspräsidenten a.D. Guido Wolf

PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7127

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7154

Wahl des Abgeordneten Wilfried Klenk zum Präsidenten des 15. Landtags von BW am 04.02.2015

PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7154-7156

Dank des Präsidenten an seinen Vorgänger iRd Antrittsrede, Beschreibung des Amtsverständnisses und der beabsichtigten Amtsführung als Präsident des neuen Vollzeitparlaments

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 5-8

Landtagsvizepräsident

Wahl der stellvertretenden Präsidenten

1. Stellvertretende Präsidentin Brigitte Lösch GRÜNE
2. Stellvertretender Präsident Wolfgang Drexler SPD

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 8-9

Einflussnahme in kirchliche Angelegenheiten durch die Vizepräsidentin des Landtags

Schreiben der Landtagsvizepräsidentin an die Evangelische Landeskirche mit der Aufforderung zur Aufhebung der Suspendierung eines Pfarrers

KlAnfr
s. *Geistlicher*
Drs 15/5236

Landtagswahl

s.a. Wahlkreis

Wahlbeteiligung von Erstwählern im Wahlkreis 42

Wahlbeteiligung der Erstwähler in den einzelnen Gemeinden des Landtagswahlkreises 42 (Pforzheim) bei der Kommunalwahl 2014, der Bundestagswahl 2013 und der Landtagswahl 2011

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5808

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschrittsrecht)

Einführung der selbständigen Kommunalanstalt als neue Organisationsform für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen; Fortentwicklung der vorhandenen und bewährten öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit der Kommunen; Bildung von gemeinsamen Dienststellen für eine effektivere Zusammenarbeit bei den Verwaltungsdienstleistungen; Modernisierung der Regelungen für den Kommunalen Versorgungsverband BW; Harmonisierung der Reihenfolge der Parteien in den Bekanntmachungen und auf den Stimmzetteln der Landtagswahl mit den Regelungen zur Bundestagswahl

GesEntw

s. Kommunale Zusammenarbeit
Drs 15/7610

Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 28.01.2016, Az.: 1 VB 9/16 - Verfassungsbeschwerde gegen § 32 Abs 2 des Landtagwahlgesetzes über die Reihenfolge der Wahlvorschläge bei Landtagswahlen

PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8903
BeschlEmpf und Bericht StändA 02.02.2016 Drs 15/8035
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Bewertung des Interviews des ehemaligen MinPräs Mappus im Wahllokal bei der Stimmabgabe zur Landtagswahl als Verstoß gegen das Landtagwahlgesetz; Zurückweisung der erhobenen Einsprüche gegen die Landtagswahl vom 27.03.2011

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Landtagwahlgesetz

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Änderung von § 21 des Landtagwahlgesetzes in der Fassung vom 15. April 2005

GesEntw
s. Bundesmeldegesetz
Drs 15/6594

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschritt)

Änderung von § 32 des Landtagwahlgesetzes in der Fassung vom 12. Mai 2015

GesEntw
s. Kommunale Zusammenarbeit
Drs 15/7610

Landtagwahlkampf

s. Wahlkampf

Landtagwahlrecht

s. Wahlrecht

Landwirt

s.a. Bauernverband
s.a. Ferien auf dem Bauernhof
s.a. Forstberuf
s.a. Landfrau
s.a. Landwirtschaft
s.a. Landwirtschaftliche Beratung
s.a. Landwirtschaftsbetrieb
s.a. Nebenerwerbsbetrieb

Zu- bzw Nebenerwerbslandwirtschaft in BW

Aktuelle und künftige Bedeutung der o.g. Betriebe, Entwicklung der Zahl von Betrieben und des Anteils der bewirtschafteten Flächen seit 2001, Fortführung der finanziellen Unterstützung vor dem Hintergrund einer Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik; Qualitätssicherung der Aus- und Fortbildung der Landwirte im Haupt- und Nebenbetrieb

Antr
s. Nebenerwerbsbetrieb
Drs 15/745

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr Karl Rombach u.a. CDU 15.12.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/1032
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 31-34
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Hof mit Zukunft - auch ohne Nachfolger

Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben mit einem Nachfolgeproblem sowie von jungen Menschen ohne eigenen Hof, die sich eine landwirtschaftliche Existenz aufbauen wollen; Erfolgsfaktoren für einen gelingenden außerfamiliären Generationswechsel; Frage nach einer Institution zur Kontaktherstellung u.a. unterstützenden Maßnahmen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 18.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1871
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 42-43
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Ländlichen Raum nicht ausgrenzen

Bewertung der Aussagen des Finanz- und Wirtschaftsministers zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum, Frage nach einer Aufgabe der Politik für ausgewogene Entwicklungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse von Ballungsgebieten und strukturschwachen Räumen, Aufgabe der Ziele von regionaler Produktion gesunder Lebensmittel durch die heimischen Landwirte und Verzicht auf deren Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft?

Antr
s. Strukturpolitik
Drs 15/2211

Situation der Hofübergabe im LKreiss Waldshut sowie in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Zahl und Altersstruktur der Voll- und Nebenerwerbslandwirte; Darstellung der Nachfolgeproblematik und Lösungsmöglichkeiten

KIAnfr Felix Schreiner CDU 28.09.2012 und Antw MLR Drs 15/2413

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft in Oberschwaben

Entwicklung der Schülerzahlen und Lehrerversorgung an den einzelnen Fachschulstandorten seit 2005, Berücksichtigung der gestellten Aufnahmeanträge an allen Standorten?

KIAnfr
s. Landwirtschaftliche Ausbildung
Drs 15/2415

Bedeutung und Zukunft des Praktikantenprogramms der Baden-Württembergischen Landwirtschaft mit der Russischen Föderation

Entwicklung der Teilnehmerzahlen und des Erfolgs des o.g. Programms; Bedeutung für den Bereich der Agrarwirtschaft; Eva-

luation von den beteiligten Landwirten, Verbänden und Organisationen; Darstellung der bisherigen und künftigen Finanzierung

Antr
s. *Praktikum*
Drs 15/2499

Gewässerrandstreifen im Wassergesetz für BW (WG)

Anzahl der vom einzurichtenden Fünfmeterstreifen betroffenen Flurstücke bzw Landwirte; Umfang der entstehenden „unwirtschaftlichen Restflächen“; Art der empfohlenen Produktion und Pflege im Fünfmeterbereich; Verantwortlichkeit für die Pflege der Randflächen; Spezifizierung der von der Regelung ausgenommenen Oberflächengewässer von „wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“; Information der Landwirte; Wirksamkeit der Nitratrückhaltung; Forderung nach einer Ausnahme von der Umwandlungspflicht bei einem Damm oder fehlendem Gefälle

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3907

Altersstruktur von landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern in BW

Durchschnittsalter der Landwirte, Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtzahl; zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern; Hinderungsgründe junger Menschen für die Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs; Sicherung des Fortbestands der Landwirtschaftsbetriebe in BW; Vermittlungsangebote sowie Unterstützung junger Frauen und Männer bei der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe; Nutzung von EU-Förderprogrammen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 11.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4023
BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 94-96
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Baden-württembergische Bauern Schlusslicht beim Einkommen - was tut die LReg?

Durchschnittliche Einkommensentwicklung und regionale Einkommensunterschiede bei baden-württembergischen Landwirten; Maßnahmen der LReg zur Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirte

Antr
s. *Landwirtschaftliches Einkommen*
Drs 15/4556

Zukunft der landwirtschaftlichen Alterssicherung

Zukunft der eigenständigen Alterssicherung der Landwirte nach einer gesetzlichen Neugestaltung durch die Bundesregierung, insbes Auswirkungen einer vollständigen Abschaffung der sogenannten Hofabgabeklausel

Antr
s. *Alterssicherung der Landwirte*
Drs 15/5001

Frauen als landwirtschaftliche Unternehmerinnen in BW

Frauenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben; Höhe des Anteils der von Frauen geleiteten Landwirtschaftsbetriebe; Anzahl der einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb leitenden Frauen; Förderinstrumente für Frauen in der Landwirtschaft; Ermutigung und Qualifizierung von Frauen zur Leitung landwirtschaftlicher Unternehmen; Unterstützung durch die Landfrauenorganisationen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5036

Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegeleitlinie
Handlungsbedarf und Planung der Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegeleitlinie (für Pflege- und Extensivierungsverträge); Entwicklung der Fördersätze in anderen Bundesländern; Entwicklung der Beiträge für Krankenversicherung, Rentenversicherung und Genossenschaften für Landwirte; Entwicklung der Pachten für landwirtschaftliche Flächen in BW

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5258

Damit die Kuh nicht lila wird

Sachstand zum Lernort Bauernhof für Kinder und Jugendliche, insbes Einrichtungen und Projekte in BW für Kinder und Jugendliche zur Gewährung von Einblicken in die Welt der Landwirtschaft und die Arbeit der Landwirte, Bildungspläne zu Arbeit und Stellung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, Bereitstellung von Finanzmitteln

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6673

Landwirtin

s. *Landfrau*

Landwirtschaft

s.a. *Agrarmarkt*
s.a. *Agrarpolitik*
s.a. *Agrarprogramm*
s.a. *Agrarstruktur*
s.a. *Agrarwissenschaft*
s.a. *Ausgleichszulage*
s.a. *Bauernverband*
s.a. *Ernte*
s.a. *Ferien auf dem Bauernhof*
s.a. *Forstwirtschaft*
s.a. *Gartenbau*
s.a. *Geflügelwirtschaft*
s.a. *Ländlicher Raum*
s.a. *Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume*
s.a. *Landwirtschaftliche Beratung*
s.a. *Landwirtschaftliche Immobilien*
s.a. *Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz*
s.a. *Landwirtschaftsverwaltung*
s.a. *Nebenerwerbsbetrieb*
s.a. *Ökologische Landwirtschaft*
s.a. *PLENUM-Projekt*
s.a. *Tierhaltung*
s.a. *Weidewirtschaft*

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Konsequenzen der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 05.04.2011 zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, insbes für die künftige Verteilung der Fördermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds, für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen Absicherung u.a.m.; Förderung der gleichen Zugangschancen zu

den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze; Beteiligung von Frauen an lokalen Aktionsgruppen und Partnerschaften iRd Leader-Programms, Anstreben eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Verwaltungsgremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/41

Frostschäden in Wein- und Obstbau; Risikoausgleichsrücklagen für die Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden von Anfang Mai sowie der Schäden in der Landwirtschaft durch die Trockenheit; Darlegung der vorgesehenen Hilfen sowie der bisherigen Unterstützung bei klimabedingten Schäden seit 2005; Beurteilung der Forderung der Landwirte nach steuerfreien Risikoausgleichsrücklagen

Antr
s. *Frostschäden*
Drs 15/59

Folgen der EHEC-Krise für die Landwirtschaft in BW

Ausgleich der den Betrieben ohne Eigenverschuldung entstandenen Schäden

MdlAnfr 9) Paul Locherer CDU 27.06.2011 Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 230 231

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 (vgl Drs 14/2950) - Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem Vereinfachung und Optimierung des o.g. Verfahrens zur Umsetzung der europäischen Agrarpolitik, Verbesserung der technischen Ausstattung, Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis

ierung des o.g.
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/227

Rechtliche Rahmenbedingungen für das angekündigte Umbruchverbot bei Grünland

Bewertung der o.g. Ankündigung des rückwirkenden Inkrafttretens einer Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes, Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbot und mit dem Eigentumsrecht der betroffenen Grundstückseigentümer

MdlAnfr 1) Paul Locherer CDU 13.07.2011 Drs 15/257
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 389 390

Eindämmung des Biodiversitätsverlusts

Kernelemente der o.g. neuen Strategie der EU-Kommission, Einbindung in das globale Umwelt-Vertragswerk der Vereinten Nationen und in die Strategie Europa 2020, Bewirkung einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik? Beiträge eines intelligenten Landwirtschaftsmanagements zur Förderung der Biodiversität; Rolle der Neophyten in der Gesamtbilanz; Leistungsfähigkeit der integrativen Biodiversitätsforschung; Konzeption, finanzielle Ausstattung und Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt

Antr
s. *Biodiversität*
Drs 15/310

Haushalt 2011; Vierter Nachtrag

Einrichtung einer generellen Risikorücklage für unwitterbedingte Schadensgroßereignisse in der Land- und Forstwirtschaft

Haushalt
s. *Rücklage*
Drs 15/341

„Wwoofen“ oder das „Tom Sawyer-Prinzip“

Beurteilung des o.g. Alternativurlaubs mit Leben und Arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben als zusätzliche Einnahmequelle im Vergleich mit anderen Bundesländern; Eignung der vorhandenen oder neuer Förderinstrumente; Ermunterung der Betriebe zur Ausweitung der Angebote mit einer Informationskampagne

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/370

Schäden in der Landwirtschaft durch Krähen

Entwicklung der Krähenpopulation seit 2001 landesweit und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes in der Nähe von Mülldeponien; Wirksamkeit von rechtlich zulässigen Vergrämungsmaßnahmen; Ausmaß der o.g. Schäden und Möglichkeiten zur Unterstützung oder Entschädigung der betroffenen Landwirte

KlAnfr Georg Wacker CDU 17.08.2011 und Antw MLR Drs 15/429

Maikäfer

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft seit 2001 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes auch im Hinblick auf das Hauptflugjahr 2012

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/664

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. *Tierschutz*
Drs 15/845

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern

Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/913

Frostschäden in der Landwirtschaft

Stand der o.g. Schadensregulierung, Höhe der verfügbaren Mittel zur positiven Bescheidung der Anträge aller Anspruchsberechtigten

MdLANfr
s. *Frostschaden*
Drs 15/949

Ausbau von Windkraftanlagen

Beteiligung der Land- und Forstwirte und deren Organisationen an der Planung von Windkraftanlagen; Schaffung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Wertschöpfung der Standortgemeinden und örtlichen Land- und Forstwirtschaft vom Bau von Windkraftanlagen; rechtliche Gleichbehandlung land- und forstwirtschaftlicher Flächen; Ausgleichsleistungen für Schutzauflagen; Standortkriterien für Windkraftanlagen unter Berücksichtigung von Naturschutz, Landschaftsschutz, Tourismus etc.

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/978

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/1032

Haushalt 2012; Epl 08

Bemühungen um EU-Mittel für unwetterbedingte Schadensgroßereignisse in der Land- und Forstwirtschaft iRd Verhandlungen zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik; Rücknahme der Kürzungen bei den Agrarumweltprogrammen

Haushalt
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1108

Agrartourismus

Bedeutung des Agrartourismus und der vorhandenen Förderinstrumente für die heimischen Landwirtschaftsbetriebe im Vergleich mit anderen Flächenländern, Erschließung des Potenzials von ausländischen Touristen, Beurteilung von Urlaubsangeboten mit Ausrichtung auf die ländliche Kultur, Veranstaltungen und Kurse; Steigerung des Absatzes von örtlichen Agrarprodukten; Bewertung des Projekts der BReg „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/1153

„Lernort Bauernhof“

Bedeutung und Förderung von Bauernhöfen als Lernorte für die teilnehmenden Kinder und Betriebe, Wissensvermittlung über die heimische Erzeugung von Nahrungsmitteln und Steigerung des Absatzes der Produkte; Verbesserung des Bekanntheitsgrads

des Konzepts, insbes auch bei Jugendämtern und Tourismusverbänden

Antr Paul Locherer u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1229
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 55 56
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Agrar- und Ernährungsexporte aus BW

Darstellung der o.g. Entwicklung differenziert nach Produkten und Zielländern seit 2002; Anteile der Exporte nach Frankreich, Österreich, China und in die Schweiz; Vergleich mit anderen BLändern, insbes mit Niedersachsen; verfügbare Marketingunterstützungsstrukturen für die Agrar- und Ernährungswirtschaft

Antr
s. *Agrarprodukt*
Drs 15/1249

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen; Bewertung der Regelungsentwürfe der EU-Kommission, Auswirkungen der geplanten Umschichtungen für die bäuerlichen Familienbetriebe ab 2014, u.a. einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete und Mittelumschichtung zugunsten der neuen Mitgliedsstaaten; Förderung der Vermarktung mittels ländlicher Netzwerke und Bauernmärkte; Koppelung von Zahlungen der Ersten Säule an ein „Greening“ u.a.m.

GrAnfr
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1468

Gentechnikfreies BW - Chance für Landwirtschaft, Natur und VerbraucherInnen/Verbraucher

Aktuelle Debatte
s. *Gentechnik*
PIPr 15/32 S. 99999

Massive Frostschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden vom Februar 2012 in der Landwirtschaft und im Weinbau landesweit und in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe, Schwäbisch-Hall und Neckar-Odenwald sowie im Regierungsbezirk Freiburg; Darlegung der geleisteten und vorgesehenen Hilfen sowie der Unterstützung bei zunehmenden klimabedingten Schadensgroßereignissen in der Landwirtschaft; Vermeidung unbilliger Härten beim Vollzug der allgemeinen Regelungen zur Fruchtfolge und iRd MEKA-Verpflichtungen

Antr
s. *Frostschaden*
Drs 15/1519

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegen-

über den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/1521

Gewährung einer Beihilfe des Landes zum Ausgleich der in der Landwirtschaft entstandenen Frostschäden

MdlAnfr
s. *Frostschaden*
Drs 15/1557

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Strategie zur Bewältigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Bedeutung der Mulchsaat im Kraichgau

Bewertung der Mulch- bzw Direktsaatvariante im Vergleich zur Pflugvariante, insbes im Blick auf die Erosions- und Hochwassererfahrung; Bedeutung der Mulchsaat für den Wasser- und Stoffhaushalt des Bodens und für den ökologischen Landbau; Gründe und Folgen des Ausstiegs aus der Förderung iRd MEKA-Programms

Antr Joachim Köbler u.a. CDU 18.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1857
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 40 41
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 16: Zuwendungen nach der Richtlinie Ausgleichszulage Landwirtschaft

Mittlg LReg
s. *Ausgleichszulage*
Drs 15/1987

Verlässliche Perspektive für die Maikäferbekämpfung

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft im Jahr 2011 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes durch Hubschraubereinsatz mit dem Insektizid Neem Azal TS im Hauptflugjahr 2012; Frage nach langfristigen Lösungen

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/2035

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr
s. *Pflanze*
Drs 15/2114

Ländlichen Raum nicht ausgrenzen

Bewertung der Aussagen des Finanz- und Wirtschaftsministers zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum, Frage nach einer Aufgabe der Politik für ausgewogene Entwicklungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse von Ballungsgebieten und strukturschwachen Räumen, Aufgabe der Ziele von regionaler Produktion gesunder Lebensmittel durch die heimischen Landwirte und Verzicht auf deren Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft?

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/2211

Anerkennung von Fahrzeughaltern als land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb

Voraussetzungen zur o.g. Anerkennung nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz, Umfang und Form der zu erbringenden Nachweise

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/2225

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft in Oberschwaben

Entwicklung der Schülerzahlen und Lehrerversorgung an den einzelnen Fachschulstandorten seit 2005, Berücksichtigung der gestellten Aufnahmeanträge an allen Standorten?

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2415

Bedeutung und Zukunft des Praktikantenprogramms der Baden-Württembergischen Landwirtschaft mit der Russischen Föderation

Entwicklung der Teilnehmerzahlen und des Erfolgs des o.g. Programms; Bedeutung für den Bereich der Agrarwirtschaft; Evaluation von den beteiligten Landwirten, Verbänden und Organisationen; Darstellung der bisherigen und künftigen Finanzierung

Antr
s. *Praktikum*
Drs 15/2499

EU-Absatzförderung

Art, Ziele, Ausgabenhöhe und geplante Änderungen der EU-Absatzförderungsmaßnahmen für Lebensmittel aus europäischer Landwirtschaft, insbes Nutzen für BW, Förderung qualitätsorientierter und umweltfreundlicher Produktion, Unterstützung lokaler Märkte und kurzer Vertriebswege, Aufklärung von Verbrauchern über Produktqualität

Antr
s. *Agrarpolitik*

Drs 15/2904

Chance für weniger Bürokratie in der Landwirtschaft - Nationale Zuverlässigkeitserklärung auf politischer Ebene im Bereich der Agrarförderung

Umfang und Sachverhalte für Anlastungen im Bereich der EU-Agrarförderung in BW; Änderungen im Kontrollregime im Bereich Agrarförderung, insbes Abgabe nationaler Zuverlässigkeitserklärungen der Mitgliedsstaaten iRd EU-Haushaltsrechts; Entlastungen im Bereich der Kontrollen durch Herstellung eines einheitlichen Kontrollrahmens; Möglichkeit einer Abgabe der Zuverlässigkeitserklärung durch das Land BW

Antr

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/2905

Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots in der Praxis

Rechtliche Folgen und praktische Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots

Antr

s. *Grünland*

Drs 15/3112

Praktische Probleme im System FIONA

Behebung der Probleme bei der Anwendung des Online-Systems FIONA (Flächeninformation und Online-Antrag) zur Beantragung von flächenbezogenen landwirtschaftlichen Fördermitteln

MdlAnfr 1) Klaus Burger CDU 30.04.2013 Drs 15/3456

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4174 4175

Entgeltspflicht für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in BW

Abschaffung der Abgabe für die Wasserentnahme und ihre Begründung; Gründe für die Wiedereinführung der Entgeltspflicht; künftige Entgeltsätze, Ermäßigungen und Sonderregelungen; Höhe der zusätzlichen Einnahmen und ihre Verwendung; Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Weinbau; Haltung der landwirtschaftlichen Interessenverbände zur Wiedereinführung des Wasserentnahmeentgelts

Antr

s. *Wasserentnahmeentgelt*

Drs 15/3449

Hochwasserschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Umfang der Schäden, besonders betroffene Regionen; Vergleich der aktuellen Hochwassersituation mit Hochwasserereignissen der vergangenen Jahre; Hilfsangebote von Seiten des Landes für die geschädigten Landwirtschaftsbetriebe; Bedarf an zusätzlicher Unterstützung

Antr

s. *Hochwasserschaden*

Drs 15/3579

Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähr-

ren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Berieselung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr

s. *Wasserentnahmeentgelt*

Drs 15/3618

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und umgesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnahmen des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasserschutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms; Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentionsgebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwassermanagements während des diesjährigen Hochwassers; Hochwasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Landwirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der daraus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr

s. *Hochwasser*

Drs 15/3651

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr

s. *Ländlicher Raum*

Drs 15/3962

Feldvogelarten in BW

Bestandsentwicklung der Feldvogelarten in BW und Vergleich mit den anderen Bundesländern und Europa sowie Ursachen für den Rückgang; Schutzmaßnahmen für Feldvogelarten von Politik und Landwirtschaft, insbes Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirtschaft

Antr

s. *Vogel*

Drs 15/4076

Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot nur gegen Naturschutzausgleich?

Rechtliche Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Grünlandumbruchverbot, insbes Bindung an naturschutzrechtliche Ausgleichsleistungen

MdlAnfr

s. *Grünland*

Drs 15/4248

Auswirkungen der Energiewende auf die Landwirtschaft in BW

Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Kopf seit 1950; Getreideproduktion und -verbrauch seit dem Jahr 2000; Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seit 2000; Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Ener-

gien auf die baden-württembergische Landwirtschaft; Einfluss der Energiepreise auf deren Wettbewerbsfähigkeit; Erwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch die Energiewende; Schutz der baden-württembergischen Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen der Energiewende

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 19.11.2013 und
Stellungnahme MLR Drs 15/4356
BeschlEmpf und Bericht LandWA 08.10.2014 Drs 15/6338
S. 99-101
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Auswirkungen eines möglichen gesetzlichen Mindestlohns auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft und Landwirtschaft

Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in BW bei der gesetzlichen Verankerung eines Mindestlohns, insbes in den auf Saisonarbeiter und Minijobber angewiesenen Branchen Landwirtschaft und Gastronomie

MdlAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/4358

Gute Politik für die Landwirtschaft in BW - jetzt ist Grün-Rot am Zug

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5041-5053

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/5138

Saatgutzüchtung in BW

Situation der Saatgutzüchtung in BW, insbes Entwicklung der Anzahl der Saatgutzüchter, Bereitstellung von Landesressourcen

Antr
s. *Saatgut*
Drs 15/5399

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Land- und Forstwirtschaft

Aufwand und Probleme bei der Anwendung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes in land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen

KlAnfr
s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*
Drs 15/5517

Zugpferde in der Land- und Forstwirtschaft

Situation und Entwicklung beim Einsatz von Zugpferden in der Land- und Forstwirtschaft, insbes im Hinblick auf Natur- und Umweltschutz, Landschaftspflege und Wirtschaftlichkeit; Maßnahmen und Möglichkeiten zur Unterstützung des Zugpferdeinsatzes der Land- und Forstwirte durch Land, Bund und EU

Antr
s. *Pferd*
Drs 15/5984

Junge Menschen im ländlichen Raum in BW

Ursachen für den Rückgang der jungen Arbeitskräfte in der Agrarwirtschaft; Jobaussichten für Agrarabsolventen im ländlichen Raum; Auflistung der vom Arbeitskräftemangel in der Agrarwirtschaft besonders betroffenen ländlichen Gebiete; Beeinträchtigung der Attraktivität des Berufsbilds Bauer durch Zerrbilder in den Medien; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Agrarberufs und des ländlichen Raums für junge Arbeitskräfte

Antr
s. *Agrarberuf*
Drs 15/6285

Auswirkungen der neuen EU-Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor auf die Förderprogramme des Landes
Änderungen bei den staatlichen Beihilfen im Agrar- und Forstsektor; Fortsetzung von Förderprogrammen des Landes wie den Leistungen nach der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO); Ursachen des Vorbehalts bei den SchALVO-Zahlungen; Auswirkungen der geplanten Novellierung der Düngeverordnung auf die Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Agrarsubvention*
Drs 15/6393

Damit die Kuh nicht lila wird

Sachstand zum Lernort Bauernhof für Kinder und Jugendliche, insbes Einrichtungen und Projekte in BW für Kinder und Jugendliche zur Gewährung von Einblicken in die Welt der Landwirtschaft und die Arbeit der Landwirte, Bildungspläne zu Arbeit und Stellung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, Bereitstellung von Finanzmitteln

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6673

Landwirtschaft in der Schule

Sachstand zur Wissensvermittlung über Landwirtschaft an den allgemeinbildenden Schulen in BW, insbes Bedeutung, beteiligte Unterrichtsfächer, Lehrinhalte

Antr Karl Rombach u.a. CDU 23.09.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7426 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019
S. 75
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen

Sachstand zur Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen, insbes Umfang und Finanzierung der Forschung, Einbindung von Medikamentenherstellern, Umsetzung von Forschungsergebnissen an Krankenhäusern, Risiko des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft für die menschliche Gesundheit, Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern

Antr
s. Krankenhaus
Drs 15/7446

Landwirtschaft 4.0 in BW

Potenzial einer Digitalisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse; Vorbereitung der Landwirte auf den digitalen Wandel; Anforderungen an die Datenerfassung und Datenverarbeitung in der Landwirtschaft; infrastrukturelle Voraussetzungen, insbes die Verfügbarkeit des LTE-Mobilfunkstandards; Forschungsprojekte, Fachtagungen und Förderprogramme zum Thema Landwirtschaft 4.0/Farming 4.0

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.12.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7861 (10 S.)

Förderung einer naturnahen Landwirtschaft mit gesunden Produkten aus der Region und für die Region

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 22

Förderung einer naturnahen Landwirtschaft mit gesunden Produkten aus der Region und für die Region

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 90

Bedeutung der bäuerlichen konventionellen Landwirtschaft, Förderung der Umstellung auf ökologische Wirtschaftsweise, Erinnerung an die lange Tradition des ökologischen Landbaus in BW

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-266

Bedeutung und Förderung der Landwirtschaft, Rücknahme von Kürzungen in verschiedenen Bereichen, Entwicklung der Einkommen und Agrarexporte

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1308 1310-1314

Landwirtschaft im Nebenerwerb

s. Nebenerwerbsbetrieb

Landwirtschaftliche Arbeitskraft

s. Agrarberuf

Landwirtschaftliche Ausbildung*Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie Landwirtschaftliche Schule in Hohenheim*

Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart und der Planungen zu einem gemeinsamen Neubau für die beiden Schulen; Begründung des Vorschlags einer Übernahme der Trägerschaft für beide Schulen durch die Stadt Stuttgart, Auswirkungen auf die Kooperation mit der Universität Hohenheim

KIAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 14.05.2012 und Antw MFW Drs 15/1711

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft in Oberschwaben
Entwicklung der Schülerzahlen und Lehrerversorgung an den einzelnen Fachschulstandorten seit 2005, Berücksichtigung der

gestellten Aufnahmeanträge an allen Standorten?

KIAnfr Rudolf Köberle u.a. CDU 28.09.2012 und Antw MLR Drs 15/2415

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerberuf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft in bayerischen Triesdorf

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.12.2012 und Antw MLR Drs 15/2780

Schließung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau

Trägerschaft, Bauunterhalt und Stilllegung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau, insbes Kosten und Maßnahmen der Schadensbehebung; Gründe und Dauer des wegen der Schließung erfolgten Unterrichtsausfalls

KIAnfr
s. Gewächshaus
Drs 15/3025

Landwirtschaft im Nebenerwerb erlernen

Kursangebot für Landwirtschaft im Nebenerwerb in BW, insbes Teilnehmerzahlen und Ausbildungsinhalte; Förderung der Ausbildung in der Landwirtschaft; Genehmigung von Bauvorhaben im Außenbereich beim Umstieg auf Landwirtschaft im Vollerwerb

Antr
s. Nebenerwerbsbetrieb
Drs 15/3309

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim

Stellenwert der landwirtschaftlichen Ausbildung in Stuttgart-Hohenheim; Zustand der Gebäude und Gewächshäuser; Sanierungsvorhaben; jährliche Aufwendungen für das Land als Träger der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart über einen Neubau des Schulgebäudes; Bedingungen einer Übertragung der Trägerschaft an die Stadt Stuttgart; Vorschlag der Beibehaltung der zwischen Stadt und Land geteilten Zuständigkeit; Bereitstellung eines Grundstücks durch das Land und Übernahme der Baukosten durch die Stadt; Übertragung der Zuständigkeit innerhalb der LReg an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr FDP/DVP 11.06.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3614
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.10.2013 Drs 15/4379 S. 12-14
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Auskunft über vorhandene Gewächshausflächen; Nutzung des Gewächshauses „Klimatron“ für Forschungsprojekte; Darlegung des Rechtsverhältnis zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft (SfG); ge-

setzliche Pflichten des Schulträgers zur Weiterführung der Schule, zu ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln; Budgetierung im Haushalt der Universität Hohenheim; Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Land und der Stadt Stuttgart über einen Neubau und die Frage der Trägerschaft; Übertragung der Zuständigkeit in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr Paul Locherer u.a. CDU 18.06.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3645

BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.12.2013 Drs 15/4897 (dazu ÄAntr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE und Alfred Winkler u.a. SPD) S. 87 88

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Mittlg LReg 24.09.2014 Drs 15/5832

Aus-, Fort- und Weiterbildung an der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim

Überblick über die derzeitige Aus- und Weiterbildungssituation an der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim; Qualität und Bedeutung der Staatsschule sowie Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung ihrer Zukunftsfähigkeit

Antr Paul Locherer u.a. CDU 18.09.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4055

BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 96 97

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Weitere Entwicklung der Fachschulen für Landwirtschaft

Umsetzung des geplanten effizienten Einsatzes von Lehrkräften und Nebenlernmitteln an den Fachschulen für Landwirtschaft sowie weitere zielführende Aktivitäten zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

MdlAnfr 4) Paul Locherer CDU 02.10.2013 Drs 15/4105

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4731 4732

Beratungsdienste

Ziele der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Beratung; Aufrechterhaltung der Förderung des betriebswirtschaftlichen Erfolgs sowie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe; Einbindung der Mitarbeiter der Beratungsdienste in das neue Beratungskonzept; Fortbestand der Unterrichtstätigkeit in den landwirtschaftlichen Fachschulen; Bereitstellung einer flächendeckenden landwirtschaftlichen Beratung; Kostensteigerung bei den Beratungsdiensten; Leistungsfähigkeit des künftigen Beratungsmodells

Antr

s. *Landwirtschaftliche Beratung*

Drs 15/5008

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Gewährleistung von Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit für die Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim, insbes Gründe für aktuelle Einsparungen, Standpunkt der LReg zum Erhalt der Staatsschule

Antr FDP/DVP 16.05.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5204

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländli-

chen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr CDU 11.06.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5332

BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 24 25

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr

s. *Ferien auf dem Bauernhof*

Drs 15/5468

Erhalt des Ausbildungsberufs Tierwirt/in an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

Erwägungen und Einsparpotential einer Aufgabe des Ausbildungsberufs Tierwirt an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

KlAnfr

s. *Agrarberuf*

Drs 15/5566

Aktueller Stand bei der Neuausrichtung des grünen Bildungszentrums Hohenheim (Landwirtschaftliche Schule Hohenheim und Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart Hohenheim)

Neuausrichtung des grünen Bildungszentrums in Hohenheim, insbes Verlagerung der Landwirtschaftlichen Schule in die Stuttgarter Innenstadt, Zukunftspläne für die Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft

MdlAnfr 9) Dr. Timm Kern FDP/DVP 10.11.2014 Drs 15/6090

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6719

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim

Sachstand zur Sicherstellung der Eigenständigkeit der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim, insbes Infragestellung der Ressourcen durch Masterpläne von Universität und Universitätsbauamt, Beseitigung des Investitionsstaus bei der Infrastruktur des Lehr- und Versuchsbetriebs, Sanierung im Sanitärbereich des Schülerwohnheims, Mischnutzung der Flächen und Räumlichkeiten des Lehr- und Versuchsbetriebs, Ersatz von Personalressourcen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 26.06.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7069

BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 62

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Regionale Schulentwicklung und Auswirkungen auf Zahl und Standorte der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

Fortbestand bestehender Berufsschulstandorte; Berücksichtigung leistungsfähiger kleiner Berufsschulen bei der Standortabwägung; Beurteilung des Standorts Ulm im Vergleich zu den

umliegenden Berufsschulstandorten; Perspektive der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

KlAnfr
s. Berufsbildende Schule
Drs 15/7837

Landwirtschaftliche Beratung

Haushalt 2012; Epl 08

Rücknahme der Mittelkürzung für die einzelbetriebliche Beratung der landwirtschaftlichen Betriebe und Energieberatung

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1108-4 S. 33 34
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen

GrAnfr
s. Agrarpolitik
Drs 15/1468

Ziegenhaltung in BW

Daten und Projekte zur Zucht und Haltung von Ziegen, Bedeutung der Flächenbeweidung für die Landschaftspflege, Förderung iRd Landschaftserhaltungsprogramme sowie bei der Entwicklung und Vermarktung von Ziegenprodukten, Einschätzung des künftigen Markts für Ziegenkäse; Unterstützung der Betriebe mit Beratungsstrukturen

Antr
s. Ziege
Drs 15/1868

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr
s. Pflanze
Drs 15/2114

Zukunft der landwirtschaftlichen Beratungsdienste

Bewertung, Statistik und Zukunft der Arbeit der landwirtschaftlichen Beratungsdienste und Landwirtschaftsämter

KlAnfr Klaus Burger CDU 08.01.2013 und Antw MLR Drs 15/2852

Beratungsdienste

Ziele der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Beratung; Aufrechterhaltung der Förderung des betriebswirtschaftlichen Erfolgs sowie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe; Einbindung der Mitarbeiter der Beratungsdienste in das neue Beratungskonzept; Fortbestand der Unterrichtstätigkeit in den landwirtschaftlichen Fachschulen; Bereitstellung einer flächendeckenden landwirtschaftlichen Beratung;

Kostensteigerung bei den Beratungsdiensten; Leistungsfähigkeit des künftigen Beratungsmodells

Antr Klaus Burger u.a. CDU 31.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5008

Qualität und Netz der Beratungsunterstützung für ökologisch wirtschaftende Betriebe, Fortführung des Beratungsprojekts für Milchviehbetriebe im Südschwarzwald

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 259 263 264

Landwirtschaftliche Betriebsfläche

s.a. Flächennutzung

s.a. Flurneuordnung

s.a. Grünland

s.a. Landwirtschaftliche Immobilien

s.a. Landwirtschaftsbetrieb

Rechtliche Rahmenbedingungen für das angekündigte Umbruchverbot bei Grünland

Bewertung der o.g. Ankündigung des rückwirkenden Inkrafttretens einer Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes, Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbot und mit dem Eigentumsrecht der betroffenen Grundstückseigentümer

MdAnfr
s. Landwirtschaft
Drs 15/257

Entwicklung und Förderung des Grünlands in BW und Pläne der LReg zur Einführung eines gesetzlichen Umbruchverbots

Umwandlung von Grünland in Ackerflächen, Dauerkulturen, Aufforstung, Bebauung u.a. seit 2003; bisherige und künftige Förderung der Grünlandbewirtschaftung iRd MEKA, der Ausgleichszulage und Landschaftspflegerichtlinie; Art und Zeitpunkt der Einbeziehung der Berufsverbände und betroffenen Landwirte in die Überlegungen zur Schaffung eines gesetzlichen Umbruchverbots durch Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes

Antr
s. Grünland
Drs 15/323

Förderung der Aufforstung in BW

Umfang und regionale Verteilung der Erstaufforstungsförderung landwirtschaftlicher Flächen seit 2005; Entwicklung der Verbuchung landwirtschaftlicher Flächen, der Neuanlage von Weihnachtsbaumkulturen und Kurzumtriebsplantagen sowie der Anteile von Fichtenbeständen, Laub- und Mischwald; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Frage nach dem weiteren Sinn einer Förderung der Erstaufforstung

Antr
s. Forstwirtschaft
Drs 15/662

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Transport und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmarktakteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr
s. *Agrarprodukt*
Drs 15/696

Zu- bzw Nebenerwerbslandwirtschaft in BW

Aktuelle und künftige Bedeutung der o.g. Betriebe, Entwicklung der Zahl von Betrieben und des Anteils der bewirtschafteten Flächen seit 2001, Fortführung der finanziellen Unterstützung vor dem Hintergrund einer Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik; Qualitätssicherung der Aus- und Fortbildung der Landwirte im Haupt- und Nebenbetrieb

Antr
s. *Nebenerwerbsbetrieb*
Drs 15/745

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/1032

Bedeutung der Mulchsaat im Kraichgau

Bewertung der Mulch- bzw Direktsaatvariante im Vergleich zur Pflugvariante, insbes im Blick auf die Erosions- und Hochwassergefahr; Bedeutung der Mulchsaat für den Wasser- und Stoffhaushalt des Bodens und für den ökologischen Landbau; Gründe und Folgen des Ausstiegs aus der Förderung iRd MEKA-Programms

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/1857

Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen in BW, Feststellung einer Verdopplung in den letzten acht Jahren

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257 259-261 263

Bedeutung der Flurneuordnung zur Verbesserung der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749-755

Landwirtschaftliche Direktvermarktung

Landwirtschaftliche Direktvermarktung in BW

Auswirkungen veränderter EU-Vorschriften für die Kennzeichnung von Lebensmitteln auf die landwirtschaftlichen Direktvermarkter in BW

Antr Karl Traub u.a. CDU 13.12.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4501
BeschlEmpf und Bericht LandwA 19.02.2014 Drs 15/5052 S. 55 56
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Landwirtschaftliche Forschung

s. *Agrarwissenschaft*

Landwirtschaftliche Immobilien

Aufhebung der mit der Vogelgrippe begründeten Stallpflicht

Darstellung der noch vorhandenen Sperrzonen fünf Jahre nach Ausbruch der Vogelgrippe, Vergleich der Regelungen in den Nachbarländern der von der Vogelgrippe betroffenen Bodensee-region; Erwägungen zur Aufhebung der Sperrzonen und Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung zulasten der heimischen Geflügelwirtschaft

Antr
s. *Tierseuche*
Drs 15/248

Umgehung der Vorgaben des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes (ASVG) durch Zwangsversteigerung

Umgehung der Genehmigungspflicht für die Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) durch das Zwangsversteigerungsgesetz, insbes Zahlen über Umfang und Zweck der Nutzung von iR von Zwangsversteigerungen erworbener landwirtschaftlicher Grundstücke, Schließung der Rechtslücke beim Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke durch Einführung einer Bietererlaubnis bei der Zwangsversteigerung in das Landesrecht

Antr Karl Rombach u.a. CDU 28.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3151
BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.04.2013 Drs 15/3712 S. 31 32
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Landwirtschaft im Nebenerwerb erlernen

Kursangebot für Landwirtschaft im Nebenerwerb in BW, insbes Teilnehmerzahlen und Ausbildungsinhalte; Förderung der Landwirtschaft; Genehmigung von Bauvorhaben im Außenbereich beim Umstieg auf Landwirtschaft im Vollerwerb

Antr
s. *Nebenerwerbsbetrieb*
Drs 15/3309

Änderungspläne der LReg für die Landesbauordnung hinsichtlich landwirtschaftlicher Nutzgebäude im Innenbereich

Hintergründe zur geplanten Änderung der Landesbauordnung über den Wegfall der Wirksamkeit einer Baugenehmigung nach einer mehrjährigen Nichtausübung der genehmigten Nutzung von innerörtlichen landwirtschaftlichen Anlagen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.02.2016 und Antw MVI Drs 15/8049

Landwirtschaftliche Nutztierhaltung

s. *Tierhaltung*

Landwirtschaftliche Schule

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie

Handlungsbedarf und Planung der Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie (für Pflege- und Extensivierungsverträge); Entwicklung der Fördersätze in anderen Bundesländern; Entwicklung der Beiträge für Krankenversicherung, Rentenversicherung und Genossenschaften für Landwirte; Entwicklung der Pachten für landwirtschaftliche Flächen in BW

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5258

Landwirtschaftliche Sozialversicherungsträger

s. *Landwirtschaftliche Sozialversicherung*

Landwirtschaftlicher Arbeitnehmer

s. *Landarbeiter*

Landwirtschaftlicher Beruf

s. *Agrarberuf*

Landwirtschaftlicher Betrieb

s. *Landwirtschaftsbetrieb*

Landwirtschaftlicher Grundbesitz

s. *Landwirtschaftliche Immobilien*

Landwirtschaftlicher Interessenverband

Vertretung der Bauernverbände im Rundfunkrat des SWR erhalten

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Bauernverbänden den Sitz im Rundfunkrat nur noch alternierend mit den Vertreterinnen der Landfrauen zu überlassen; künftige Interessenvertretung der Belange der Landwirtschaft und des Ländlichen Raums im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2643

Landwirtschaftliches Einkommen

Baden-württembergische Bauern Schlusslicht beim Einkommen - was tut die LReg?

Durchschnittliche Einkommensentwicklung und regionale Einkommensunterschiede bei baden-württembergischen Landwirten; Maßnahmen der LReg zur Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirte

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 07.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4556
BeschlEmpf und Bericht LandwA 19.03.2014 Drs 15/5052 S. 56-58
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Landwirtschaftliches Erzeugnis

s. *Agrarprodukt*

Landwirtschaftliches Gebäude

s. *Landwirtschaftliche Immobilien*

Landwirtschaftliches Grundstück

s. *Landwirtschaftliche Immobilien*

Landwirtschaftliches Kraftfahrzeug

s. *Nutzkraftfahrzeug*

Landwirtschaftliches Technologiezentrum Augustenberg

s. *Agrarwissenschaft*

Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild ...

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Sachstand zu Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes Höhe der Schwarzwildschäden, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren, Abschusszahlen von Schwarzwild, ergriffene Maßnahmen, Beauftragung der Landeswildforschungsstelle Aulendorf mit der Erstellung einer Konzeption

Antr
s. *Wildschaden*
Drs 15/6658

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 12 - Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild und Fischerei BW (Kap 0819)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7012
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7512 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 23.09.2016 Drs 16/521
BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2016 Drs 16/993
PIPr 16/20 01.12.2016 S. 1015 1016

Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz

Rechtliche Rahmenbedingungen für das angekündigte Umbruchverbot bei Grünland

Bewertung der o.g. Ankündigung des rückwirkenden Inkrafttretens einer Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes, Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbot und mit dem Eigentumsrecht der betroffenen Grundstückseigentümer

MdlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/257

Entwicklung und Förderung des Grünlands in BW und Pläne der LReg zur Einführung eines gesetzlichen Umbruchverbots

Umwandlung von Grünland in Ackerflächen, Dauerkulturen, Aufforstung, Bebauung u.a. seit 2003; bisherige und künftige Förderung der Grünlandbewirtschaftung iRd MEKA, der Ausgleichszulage und Landschaftspflegerichtlinie; Art und Zeitpunkt der Einbeziehung der Berufsverbände und betroffenen Landwirte in die Überlegungen zur Schaffung eines gesetzlichen Umbruchverbots durch Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/323

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes

Schutz des Dauergrünlands durch ein befristetes Umwandlungsverbot für Dauergrünland und eine Genehmigungspflicht für die Entwässerung von Dauergrünland; Neuregelung der Vorschriften zur Anlage von Weihnachtsbaumkulturen, Kulturen zur Gewinnung von Schmuck- und Zierreisig sowie Kurzumtriebsplantagen

GesEntw
s. *Grünland*
Drs 15/854

Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für BW

Übertragung der Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen gegen die Schutzbestimmungen für Dauergrünland von den Gemeinden auf die unteren Landwirtschaftsbehörden; Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/1388

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Änderung der §§ 7 und 25 des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes in der Fassung vom 20. März 2012

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes

Änderung der §§ 4, 25 a, 27 a, 28 und 32 des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes in der Fassung vom 23. Juni 2015

GesEntw
s. *Grünland*
Drs 15/7676

Landwirtschaftsamt

s. *Landwirtschaftsverwaltung*

Landwirtschaftsbehörde

s. *Landwirtschaftsverwaltung*

Landwirtschaftsberatung

s. *Landwirtschaftliche Beratung*

Landwirtschaftsbetrieb*Frostschäden in Wein- und Obstbau; Risikoausgleichsrücklagen für die Landwirtschaft*

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden von Anfang Mai sowie der Schäden in der Landwirtschaft durch die Trockenheit; Darlegung der vorgesehenen Hilfen sowie der bisherigen Unterstützung bei klimabedingten Schäden seit 2005; Beurteilung der Forderung der Landwirte nach steuerfreien Risikoausgleichsrücklagen

Antr
s. *Frostschaden*
Drs 15/59

Folgen der EHEC-Krise für die Landwirtschaft in BW

Ausgleich der den Betrieben ohne Eigenverschuldung entstandenen Schäden

MdIANfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/98

„Wwoofen“ oder das „Tom Sawyer-Prinzip“

Beurteilung des o.g. Alternativurlaubs mit Leben und Arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben als zusätzliche Einnahmequelle im Vergleich mit anderen Bundesländern; Eignung der vorhandenen oder neuer Förderinstrumente; Ermunterung der Betriebe zur Ausweitung der Angebote mit einer Informationskampagne

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/370

Schäden in der Landwirtschaft durch Krähen

Entwicklung der Krähenpopulation seit 2001 landesweit und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes in der Nähe von Mülldeponien; Wirksamkeit von rechtlich zulässigen Vergrämungsmaßnahmen; Ausmaß der o.g. Schäden und Möglichkeiten zur Unterstützung oder Entschädigung der betroffenen Landwirte

KIANfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/429

Zu- bzw Nebenerwerbslandwirtschaft in BW

Aktuelle und künftige Bedeutung der o.g. Betriebe, Entwicklung der Zahl von Betrieben und des Anteils der bewirtschafteten Flächen seit 2001, Fortführung der finanziellen Unterstützung vor dem Hintergrund einer Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik; Qualitätssicherung der Aus- und Fortbildung der Landwirte im Haupt- und Nebenbetrieb

Antr
s. *Nebenerwerbsbetrieb*
Drs 15/745

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. *Tierschutz*
Drs 15/845

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern

Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/913

Situation und Perspektive von Tabakbauern in BW

Entwicklung der Tabak anbauenden Betriebe seit 2001 und insbes seit dem Inkrafttreten der neuen Tabakmarktordnung; Menge der jährlichen Tabakernte in BW in Bezug auf die Gesamtmenge in Deutschland seit 2005; Entwicklung der Erzeugerpreise; Fortentwicklung der ganz oder teilweise aus dem Tabakanbau ausgestiegenen Betriebe; Auswirkungen auf die regionalen Märkte für Sonderkulturen wie Erdbeeren oder Spargel und auf deren Erzeuger; Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Umstellung der Produktion seit 2008; Umweltschutz beim Tabakanbau

Antr
s. *Tabak*
Drs 15/948

Frostschäden in der Landwirtschaft

Stand der o.g. Schadensregulierung, Höhe der verfügbaren Mittel zur positiven Bescheidung der Anträge aller Anspruchsberechtigten

MdlAnfr
s. *Frostschäden*
Drs 15/949

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/1032

Agrartourismus

Bedeutung des Agrartourismus und der vorhandenen Förderinstrumente für die heimischen Landwirtschaftsbetriebe im Vergleich mit anderen Flächenländern, Erschließung des Potenzials von ausländischen Touristen, Beurteilung von Urlaubsangeboten mit Ausrichtung auf die ländliche Kultur, Veranstaltungen und Kurse; Steigerung des Absatzes von örtlichen Agrarprodukten; Bewertung des Projekts der BReg „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/1153

„Lernort Bauernhof“

Bedeutung und Förderung von Bauernhöfen als Lernorte für die teilnehmenden Kinder und Betriebe, Wissensvermittlung über die heimische Erzeugung von Nahrungsmitteln und Steigerung des Absatzes der Produkte; Verbesserung des Bekanntheitsgrads des Konzepts, insbes auch bei Jugendämtern und Tourismusverbänden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/1229

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungsmaßnahmen; Bewertung der Regelungsentwürfe der EU-Kommission, Auswirkungen der geplanten Umschichtungen für die bäuerlichen Familienbetriebe ab 2014, u.a. einer Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete und Mittelumschichtung zugunsten der neuen Mitgliedsstaaten; Förderung der Vermarktung mittels ländlicher Netzwerke und Bauernmärkte; Koppelung von Zahlungen der Ersten Säule an ein „Greening“ u.a.m.

GrAnfr
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1468

Massive Frostschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden vom Februar 2012 in der Landwirtschaft und im Weinbau landesweit und in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe, Schwäbisch-Hall und Neckar-Odenwald sowie im Regierungsbezirk Freiburg; Darlegung der geleisteten und vorgesehenen Hilfen sowie der Unterstützung bei zunehmenden klimabedingten Schadensgroßeignissen in der Landwirtschaft; Vermeidung unbilliger Härten beim Vollzug der allgemeinen Regelungen zur Fruchtfolge und iRd MEKA-Verpflichtungen

Antr
s. *Frostschäden*
Drs 15/1519

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/1521

Gewährung einer Beihilfe des Landes zum Ausgleich der in der Landwirtschaft entstandenen Frostschäden

MdlAnfr
s. *Frostschäden*
Drs 15/1557

Hof mit Zukunft - auch ohne Nachfolger

Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben mit einem Nachfolgeproblem sowie von jungen Menschen ohne eigenen Hof, die sich eine landwirtschaftliche Existenz aufbauen wollen; Erfolgsfaktoren für einen gelingenden außerfamiliären Generationswechsel; Frage nach einer Institution zur Kontaktherstellung u.a. unterstützenden Maßnahmen

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/1871

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr
s. *Pflanze*
Drs 15/2114

Ländlichen Raum nicht ausgrenzen

Bewertung der Aussagen des Finanz- und Wirtschaftsministers zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum, Frage nach einer Aufgabe der Politik für ausgewogene Entwicklungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse von Ballungsgebieten und strukturschwachen Räumen, Aufgabe der Ziele von regionaler Produktion gesunder Lebensmittel durch die heimischen Landwirte und Verzicht auf deren Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft?

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/2211

Anerkennung von Fahrzeughaltern als land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb

Voraussetzungen zur o.g. Anerkennung nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz, Umfang und Form der zu erbringenden Nachweise

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/2225

Energetische Nutzung von Stroh und Naturschutzgras

Beurteilung der o.g. thermischen Nutzung in Form von Pellets sowie bei der Biogasgewinnung, Einsatzmöglichkeiten solcher Pellets in Kleinfeuerungsanlagen auch in Privathaushalten, Umsetzung von Erkenntnissen des Bundes-Projekts „Effizienzsteigerung von Grünsubstraten in der Biogasgewinnung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Belange“ sowie des EU-Projekts „PROGRASS“; Schaffung zusätzlicher Impulse, Empfehlungen und Förderungen für interessierte Landwirte

Antr
s. *Biomasse*
Drs 15/2286

Situation der Hofübergabe im LKreis Waldshut sowie in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Zahl und Altersstruktur der Voll- und Nebenerwerbslandwirte; Darstellung der Nachfolgeproblematik und Lösungsmöglichkeiten

KlAnfr
s. *Landwirt*
Drs 15/2413

Bewertung der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft durch die LReg

Positive Bewertung von Bioprodukten und Biolandbau durch die Broschüre „Ökologischer Landbau in BW“ der LReg und Herabsetzung der Leistungen der konventionellen Landwirtschaft, insbes Bedeutung bei der Bewahrung der Schöpfung sowie

bei nachhaltiger und artgerechter Bewirtschaftung; Beitrag zur Nachhaltigkeit und ökologischer Vielfalt durch Biobetriebe und konventionelle Landwirtschaftsbetriebe

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/3166

Hochwasserschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Umfang der Schäden, besonders betroffene Regionen; Vergleich der aktuellen Hochwassersituation mit Hochwasserereignissen der vergangenen Jahre; Hilfsangebote von Seiten des Landes für die geschädigten Landwirtschaftsbetriebe; Bedarf an zusätzlicher Unterstützung

Antr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3579

Ausmaß und aktuelle Schäden durch Kälte, Nässe und Hochwasser in der Landwirtschaft und im Gartenbau in BW sowie mögliche Hilfen

Aufgetretene Witterungsschäden in Landwirtschaft und Gartenbau in BW sowie mögliche Landeshilfen für existenzgefährdete Betriebe

MdlAnfr
s. *Schaden*
Drs 15/3608

Ernteauffälle im Enzkreis und in Pforzheim infolge von Sturm- und Hagelschäden

Ernteauffälle infolge der Hagelstürme im Juli 2013; Gesamtschadenssumme in den landwirtschaftlichen Betrieben im Enzkreis und in Pforzheim; Versicherungsschutz gegen Hagelschäden; finanzielle Unterstützung der geschädigten Landwirtschaftsbetriebe

KlAnfr
s. *Ernteschaden*
Drs 15/3889

Altersstruktur von landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern in BW

Durchschnittsalter der Landwirte, Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtzahl; zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern; Hinderungsgründe junger Menschen für die Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs; Sicherung des Fortbestands der Landwirtschaftsbetriebe in BW; Vermittlungsangebote sowie Unterstützung junger Frauen und Männer bei der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe; Nutzung von EU-Förderprogrammen

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/4023

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines

Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/4115

Baden-württembergische Bauern Schlusslicht beim Einkommen - was tut die LReg?

Durchschnittliche Einkommensentwicklung und regionale Einkommensunterschiede bei baden-württembergischen Landwirten; Maßnahmen der LReg zur Verbesserung der Einkommenssituation der Landwirte

Antr

s. *Landwirtschaftliches Einkommen*

Drs 15/4556

Nichtberücksichtigung von Schussschneisen im Gemeinsamen Antrag

Berücksichtigung des freiwilligen Freihaltens von Schussschneisen in Maisschlägen zur effektiven Schwarzwildbejagung iRd Gemeinsamen Antrags, insbes finanzieller Ausgleich für betroffene Landwirte; Zuständigkeitsregelungen für Schadensfälle

Antr

s. *Wildschwein*

Drs 15/4563

BW Classics

Werbung für Weintourismus durch die Weinmessen Baden-Württemberg Classics; Förderung der gemeinsamen Präsentation von Weinen aus Baden und Württemberg durch das Land; Auswirkungen eines Ausstiegs touristischer Organisationen des Landes aus der Gemeinschaftspräsentation; ähnliche Werbepäsentationen in anderen Bundesländern; Veränderungen der Anzahl der Weinerlebnisführer und Weinerlebnisführerinnen in BW in den letzten Jahren; Schaffung neuer Gästebetten zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe

Antr

s. *Wein*

Drs 15/4645

Konsequenzen der Novelle des Wassergesetzes für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW

Auswirkungen für die Landwirtschaft durch den Abzug der Gewässerrandstreifen von der landwirtschaftlich genutzten Fläche iRd Neufassung des Landeswassergesetzes, insbes Landwirtschaftsflächenverlust, Veränderung der Grundstückswertminderungen und Verteuerung der Bewirtschaftung; geplante Entschädigungs- bzw Ausgleichsmaßnahmen

Antr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/4919

Zukunft der landwirtschaftlichen Alterssicherung

Zukunft der eigenständigen Alterssicherung der Landwirte nach einer gesetzlichen Neugestaltung durch die Bundesregierung, insbes Auswirkungen einer vollständigen Abschaffung der sogenannten Hofabgabeklausel

Antr

s. *Alterssicherung der Landwirte*

Drs 15/5001

Beratungsdienste

Ziele der Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Beratung; Aufrechterhaltung der Förderung des betriebswirtschaftlichen Erfolgs sowie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirt-

schaftlicher Betriebe; Einbindung der Mitarbeiter der Beratungsdienste in das neue Beratungskonzept; Fortbestand der Unterrichtstätigkeit in den landwirtschaftlichen Fachschulen; Bereitstellung einer flächendeckenden landwirtschaftlichen Beratung; Kostensteigerung bei den Beratungsdiensten; Leistungsfähigkeit des künftigen Beratungsmodells

Antr

s. *Landwirtschaftliche Beratung*

Drs 15/5008

Frauen als landwirtschaftliche Unternehmerinnen in BW

Frauenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben; Höhe des Anteils der von Frauen geleiteten Landwirtschaftsbetriebe; Anzahl der einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb leitenden Frauen; Förderinstrumente für Frauen in der Landwirtschaft; Ermutigung und Qualifizierung von Frauen zur Leitung landwirtschaftlicher Unternehmen; Unterstützung durch die Landfrauenorganisationen

Antr

s. *Frau*

Drs 15/5036

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr

s. *Mindestlohn*

Drs 15/5138

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/5453

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr

s. *Ferien auf dem Bauernhof*

Drs 15/5468

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (EU) auf BW

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaftsbeziehungen zu BW, insbes Situation der Handels- und Auftragsentwicklung, Folgen der Einfuhrverbote für Landwirtschaftsbetriebe und Hilfen seitens der EU, vom Verkaufsverbot von Finanzinstrumenten betroffene Finanzinstitute

Antr

s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Drs 15/5745

Kontrollen in der Bio-Landwirtschaft

Art der für den ökologischen Landbau genutzten Siegel; Art der in zertifizierten Bio-Landwirtschaftsbetrieben erforderlichen Kontrollen; Umfang der Routine-, Zusatz- und Stichprobenkontrollen in den vergangenen fünf Jahren; Kontrollen entsprechend der EU-Richtlinien und der Verbandszugehörigkeit; Verringerung des durch die Kontrollen entstehenden Verwaltungsaufwands durch Bündelung der Kontrolltermine sowie durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik; Veränderungen durch die Revision der EU-Ökoverordnung

Antr

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/5985

Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft im LKreis Esslingen

Anzahl und Standort der ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe; Entwicklung der Betriebe und Anbauflächen in den letzten zehn Jahren; Förderung des ökologischen Landbaus im LKreis Esslingen durch das Land seit 2011

KlAnfr

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/6089

Befreiung von Zugmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer; weitere Entwicklung

Aktueller Sachstand zur Befreiung von Zugmaschinen in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer, insbes Einheitlichkeit der Verwaltungspraxis der Zollbehörden, Zugrundelegung weiterer Kriterien, Kontakte der LReg zu den zuständigen Zollbehörden

Antr

s. *Kraftfahrzeugsteuer*

Drs 15/6522

Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe

Sachstand zur Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Ermöglichung der Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe gemäß dem Beschluss des Landtags (Drs 15/5124)

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 03.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6574

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 54 55

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Mindestlohn in der Landwirtschaft

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirte und Winzer Baden-Württembergs, insbes hinsichtlich der Dokumentationspflicht, Arbeitszeiten und der Saisonarbeiter

KlAnfr

s. *Mindestlohn*

Drs 15/6668

Damit die Kuh nicht lila wird

Sachstand zum Lernort Bauernhof für Kinder und Jugendliche, insbes Einrichtungen und Projekte in BW für Kinder und Jugendliche zur Gewährung von Einblicken in die Welt der Landwirtschaft und die Arbeit der Landwirte, Bildungspläne zu Arbeit und Stellung der Landwirtschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, Bereitstellung von Finanzmitteln

Antr Karl Traub u.a. CDU 25.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6673 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 55-57

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Mittlg LReg 02.05.2016 Drs 16/6

Weiterverwendung von Gebäuden und landwirtschaftlichen Flächen beim Hofgut Kleincombung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Hall

Sachstand zur Weiterbewirtschaftung des vom Land aufgegebenen Hofguts Kleincombung der JVA Schwäbisch Hall

MdlAnfr 4) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.04.2015 Drs 15/6690

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7604 7605

Was bewirkt grün-rote Politik in Landwirtschaft und Gesellschaft?

Auswirkung der Regelung von Gewässerrandstreifen, Brachflächen und ökologischen Vorrangflächen; Entwicklung der Agrarpreise und der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe

Antr

s. *Landwirtschaftsfläche*

Drs 15/7149

Ökonomische Folgewirkungen von Naturschutz

Sachstand zu vielfältigen wirtschaftlichen Auswirkungen und dem ökonomischen Nutzen einer modernen und aktiven Naturschutzpolitik, insbes Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Abruf von Bundes- und EU-Mitteln; Instrumente und Ziele des LIFE-Programms zur Förderung von Naturschutz-Projekten; Bedeutung von Naturschutzmitteln für landwirtschaftliche Betriebe

Antr

s. *Naturschutz*

Drs 15/7231

Die Wahrnehmung unserer bäuerlichen Familienbetriebe in der Öffentlichkeit stärken

Sachstand zur Wahrnehmung des Bildes bäuerlicher Familienbetriebe in der Öffentlichkeit, insbes Differenzierung zwischen ökologischer und konventioneller Bewirtschaftung, zunehmendes Auftreten von Vorbehalten gegen die Landwirtschaft; Maßnahmen zur Stärkung der Wahrnehmung bäuerlicher Familienbetriebe

Antr Paul Locherer u.a. CDU 07.08.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7279

BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 73

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Erfolg und Akzeptanz des Programms FAKT - Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl

Sachstand zu Erfolg und Akzeptanz des Programms FAKT (Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) gegenüber dem vorherigen Programm MEKA (Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich), insbes wesentliche Programmänderungen, Mittelbereitstellung im Haushalt, Zahl teilnehmender Betriebe, Antragslage, Beratungsbedarf der Betriebe, stark nachgefragte Programmteile

Antr
s. *Agrarprogramm*
Drs 15/7842

Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte

Sachstand zur Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte durch die Landesverwaltung, insbes Gebührenerhebung, Vergleich mit dem Service in Hessen und Rheinland-Pfalz

KlAnfr
s. *Geoinformation*
Drs 15/7954

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Sachstand zu Auswirkungen der Sanktionspolitik zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaft sowie auf wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu BW, insbes Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Höhe des Warenexports und -imports, Folgen für kleinere und mittelständische Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Erzeuger, Konsequenzen für Kooperationen (Partnerschaften) sowie für Austausch- und Bildungsprogramme

Antr
s. *Russland*
Drs 15/8022

Wie kommt die Auszahlung der Fördermittel für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW voran?

Erledigungsstand der Auszahlungen iRd der Förderverfahren für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW sowie rechtliche oder tatsächliche Hindernisse einer Auszahlung

MdlAnfr
s. *Agrarsubvention*
Drs 15/8025

Anteil und Marktperspektiven der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, Erinnerung an die lange Tradition des ökologischen Landbaus in BW

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-266

Bewertung des Eingriffs in die Rechte der Landwirte durch das Umwandlungsverbot für Dauergrünland

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876-882

Bewertung des Eingriffs in die Rechte der Landwirte durch das Umwandlungsverbot für Dauergrünland

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 938-945

Landwirtschaftsfläche

Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Anzahl und Größe der Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen sowie Zukunftserwartungen; abgebaute Substrate; Sicherstellung der Betriebssicherheit

KlAnfr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/3281

Entgeltspflicht für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in BW

Abschaffung der Abgabe für die Wasserentnahme und ihre Begründung; Gründe für die Wiedereinführung der Entgeltspflicht; künftige Entgeltsätze, Ermäßigungen und Sonderregelungen; Höhe der zusätzlichen Einnahmen und ihre Verwendung; Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Weinbau; Haltung der landwirtschaftlichen Interessenverbände zur Wiedereinführung des Wasserentnahmeentgelts

Antr
s. *Wasserentnahmeentgelt*
Drs 15/3449

Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Berieselung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr
s. *Wasserentnahmeentgelt*
Drs 15/3618

Natur- und landwirtschaftsdienender Ausgleich

Umfang der seit 2007 der Landwirtschaftsnutzung entzogenen Flächen; Anteil der zur Kompensation von Flächenversiegelungen entzogenen landwirtschaftlichen Nutzflächen; Ausgleichsmaßnahmen ohne die Landwirtschaftsflächen zu verringern; Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 20.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3652
BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 55 56
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
Mittlg LReg 07.05.2014 Drs 15/5169

Gewässerrandstreifen im Wassergesetz für BW (WG)

Anzahl der vom einzurichtenden Fünfmeterstreifen betroffenen Flurstücke bzw Landwirte; Umfang der entstehenden „unwirtschaftlichen Restflächen“; Art der empfohlenen Produktion und Pflege im Fünfmeterbereich; Verantwortlichkeit für die Pflege der Randflächen; Spezifizierung der von der Regelung ausgenommenen Oberflächengewässer von „wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“; Information der Landwirte; Wirksamkeit der Nitratrückhaltung; Forderung nach einer Ausnahme von der Umwandlungspflicht bei einem Damm oder fehlendem Gefälle

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3907

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP) nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr

s. *Holz*

Drs 15/4077

Für Ernährungszwecke belegte Fläche der Agrar- und Lebensmittelindustrie

Gesamtgröße der für Ernährungszwecke genutzten Flächen weltweit; Größe der von der deutschen Agrar- und Lebensmittelindustrie im In- und Ausland beanspruchten Flächen; Entwicklung des Flächenbedarfs in den letzten zehn Jahren; Ursachen des zunehmenden Flächenbedarfs, Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik; Art der nach BW importierten Agrarerzeugnisse; Ausdehnung der für die Erzeugung von Bioenergie verwendeten Flächen sowie der ökologischen Ausgleichsflächen; Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzfläche für Straßen-, Gewerbe- und Wohnungsbau; Flächenstilllegungen iRd EU-Agrarpolitik

Antr

s. *Flächennutzung*

Drs 15/4086

Auswirkungen der Energiewende auf die Landwirtschaft in BW

Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Kopf seit 1950; Getreideproduktion und -verbrauch seit dem Jahr 2000; Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seit 2000; Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf die baden-württembergische Landwirtschaft; Einfluss der Energiepreise auf deren Wettbewerbsfähigkeit; Erwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch die Energiewende; Schutz der baden-württembergischen Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen der Energiewende

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 15/4356

Lockerung des Grünlandumbruchverbots zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Nutzung von Miscanthus als Energieträger; gegenwärtige Anbaufläche des nachwachsenden Rohstoffs in BW; Zulassung von Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Antr

s. *Nachwachsender Rohstoff*

Drs 15/4374

Autorisierungssystem verbunden mit der Stärkung der berufsständischen Organisation im Weinbau

Einführung eines Autorisierungssystems für Neu- und Wiederbepflanzungen von Rebflächen; Konsequenzen für das Weinland BW; Initiative im Bundesrat, um die gesetzliche Regelung der Pflanzrechte zu beschleunigen; Festsetzung der Pflanzrechte der Bundesländer nach dem Prinzip der Subsidiarität; Mitwirkung der Weinbauverbände beim jährlichen Handel der Pflanzrechte; Qualitätssicherung der Weinerzeugnisse durch Bevorzugung der Steil- und Terrassenlagen bei den Pflanzrechten

Antr

s. *Weinbau*

Drs 15/4575

Konsequenzen der Novelle des Wassergesetzes für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW

Auswirkungen für die Landwirtschaft durch den Abzug der Gewässerrandstreifen von der landwirtschaftlich genutzten Fläche iRd Neufassung des Landeswassergesetzes, insbes Landwirtschaftsflächenverlust, Veränderung der Grundstückswertminderungen und Verteuerung der Bewirtschaftung; geplante Entschädigungs- bzw Ausgleichsmaßnahmen

Antr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/4919

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biber-schutzes gegenüber anderen Interessen

Antr

s. *Biber*

Drs 15/5017

Praktische Fragen zur Fauna-Flora-Habitat (FFH-)Kartierung

Rechtlicher Rahmen der FFH-Kartierung; Veränderungen in der Bewaldung von FFH-Flächen gegenüber dem Jahr 2012; Fläche der Mähwiesen innerhalb und außerhalb von FFH-Gebieten; Information der angrenzenden Bewirtschafter und Eigentümer über bevorstehende FFH-Kartierung; rechtliche Auswirkungen der FFH-Kartierung; Fachbegleitung der betroffenen Bewirtschafter; Ausweisung von Referenz-Parzellen; künftige Förderung der Bewirtschaftung von FFH-Mähwiesen

Antr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/5355

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/5453

Ackernutzung und Fruchtfolgen in BW

Entwicklung der Nutzung der Ackerflächen in BW, insbes zeitliche Abfolgen der auf den Ackerflächen angebauten Nutzpflanzenarten, Fruchtartenspezialisierung, Gründe für Veränderung

der Ackernutzung, Anteil des Ökolandbaus

Antr Martin Hahn u.a. GRÜNE 26.09.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5776 (43 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 46-47
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Nitrat in den baden-württembergischen Böden

Entwicklung des Nitratgehalts landwirtschaftlicher Böden im Vergleich zum Nitratgehalt von Haus- und Kleingartenböden; Information der Kleingärtner über das Thema Düngung; Einfluss von Förderprogrammen wie der MEKA-Programme auf die Nitratreinträge in den Böden; Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung mithilfe des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)

Antr
s. *Nitrat*
Drs 15/5991

Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft im LKreiss Esslingen

Anzahl und Standort der ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe; Entwicklung der Betriebe und Anbauflächen in den letzten zehn Jahren; Förderung des ökologischen Landbaus im LKreiss Esslingen durch das Land seit 2011

KlAnfr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/6089

Landkauf durch Schweizer Bauern

Sachstand zu Zukauf bzw Zupachtung sowie der Bewirtschaftung baden-württembergischer Flächen durch Schweizer Landwirte, insbes Inanspruchnahme von EU-Agrarmitteln, wettbewerbliche Vorteile gegenüber baden-württembergischen Kollegen, Maßnahme des Landes zur Lösung der Problematik

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 24.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6657

Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zu Zwecken des Naturschutzes

Sachstand zum Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zu Zwecken des Naturschutzes, insbes Vorkaufsrecht oder Informationspflicht gegenüber Grundbesitzern von angrenzenden land- bzw forstwirtschaftlichen Flächen

KlAnfr Karl Rombach CDU 22.06.2015 und Antw MLR Drs 15/7048

Was bewirkt grün-rote Politik in Landwirtschaft und Gesellschaft?

Auswirkung der Regelung von Gewässerrandstreifen, Brachflächen und ökologischen Vorrangflächen; Entwicklung der Agrarpreise und der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe

Antr Klaus Burger u.a. CDU 09.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7149
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 62-64
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Trockenschäden in der Landwirtschaft

Sachstand zu den Auswirkungen der anhaltenden Trockenheit des Sommers auf die Situation der Landwirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes besonders betroffene Regionen, finanzielle Hilfen, Freigabe ökologischer Vorrangflächen als Ausnahmeregelung

KlAnfr
s. *Ernteschaden*
Drs 15/7295

Diskussion über die Einschränkung der Verwendung von Hagelschutznetzen

Sachstand zu Genehmigungsvorbehalten oder naturschutzrechtlichen Möglichkeiten zur Untersagung von Hagelschutznetzen für landwirtschaftliche Sonderkulturen innerhalb bzw außerhalb von Landschafts- oder Naturschutzgebieten, insbes mögliches Vorgehen des Landratsamts Bodenseekreis gegen den Einsatz von Hagelschutznetzen rund um das Landschaftsschutzgebiet Tettlinger Wald

KlAnfr
s. *Hagel*
Drs 15/7373

Verpachtung landwirtschaftlicher Fläche der Kleincomburg

Sachstand zur Ausschreibung einer landwirtschaftlichen Fläche der Kleincomburg bei Schwäbisch Hall-Steinbach zur Verpachtung durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.09.2015 und Antw MFW Drs 15/7413

Informationspflicht benachbarter Landnutzer bei der Veräußerung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Einführung einer Informationspflicht der anliegenden bewirtschaftenden Pächter und Eigentümer bei der Veräußerung landwirtschaftlicher Flächen zur Verbesserung und Erhaltung der Agrarstruktur

Antr Karl Rombach u.a. CDU 08.10.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7539
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 75-77
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Ökopunktehandel im Ortenaukreis

Sachstand zum Ökopunktehandel im Ortenaukreis, insbes Verbindungen eines eingebundenen Landschaftsplanungsbüros aus Bruchsal zu einer landwirtschaftliche Nutzflächen aufkaufenden Naturschutzstiftung in Speyer, rechtliche und strukturelle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ökokonto-Verordnung zur Verhinderung des Einflusses wirtschaftlicher Interessen bei der Bewertung von Flächen in Ökopunkten durch Fachkundige

KlAnfr
s. *Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung*
Drs 15/7985

Landwirtschaftsminister

s. *Minister für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz*

Landwirtschaftsschule

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Landwirtschaftsverwaltung

s.a. *Fischereiverwaltung*
s.a. *Forstverwaltung*

Gesetz zur Änderung des Fischereigesetzes für BW

Übertragung der Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bei Verstößen gegen die Schutzbestimmun-

gen für Dauergrünland von den Gemeinden auf die unteren Landwirtschaftsbehörden; Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/1388

Zukunft der landwirtschaftlichen Beratungsdienste
Bewertung, Statistik und Zukunft der Arbeit der landwirtschaftlichen Beratungsdienste und Landwirtschaftsämter

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Beratung*
Drs 15/2852

Praktische Probleme im System FIONA

Behebung der Probleme bei der Anwendung des Online-Systems FIONA (Flächeninformation und Online-Antrag) zur Beantragung von flächenbezogenen landwirtschaftlichen Fördermitteln

MdlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/3456

Nachwuchskräfte in der Agrarverwaltung

Fachkräftesituation in der Agrarverwaltung und auf dem Arbeitsmarkt; Erhöhung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Agrarverwaltung für Fachkräfte, insbes für Berufseinsteiger; Höhe des Einstiegsgehalts; Lebensarbeitszeitkonto; Anforderungen der Behörden an die Hochschulabsolventen; Besetzung der Lehrstühle im Fachbereich Agrarwissenschaften mit geeigneten Bewerbern

Antr Paul Locherer u.a. CDU 13.11.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6119
BeschlEmpf und Bericht LandwA 04.03.2015 Drs 15/6733 S. 32
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

LAnGBW

s. *Landesenerkennungsgesetz Baden-Württemberg*

Langenargen

Umstrukturierung der Fischereibehörden

Verlagerung der Obersten Fischereibehörde des Landes in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung 5 (Waldwirtschaft, Landesbetrieb Forst BW) innerhalb des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Gründe für diese Umstrukturierung; personelle Veränderungen; Folgen für die zum Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg gehörende Fischereiforschungsstelle Langenargen; Anpassung der Zuständigkeiten für das Fischereiwesen in den Regierungspräsidien

Antr
s. *Fischereiverwaltung*
Drs 15/6341

Langenau

Kleine Schulstandorte im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Schließung von Schulstandorten aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen in den nächsten Jahren; künftige Verwendung des Schulgebäudes der Gemeinde Altheim (Alb), Verbleib der dort unterrichtenden Lehrkräfte; Veränderung der Schülerströme im Gemeindeverwaltungsverband Langenau sowie im LKreis

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/6221

Langenburg

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2284

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Breitband im ländlichen Raum

Möglichkeit zur Nutzung vorhandener Glasfaserstrukturen für die Breitbandversorgung von Gemeinden und Ortsteilen im ländlichen Raum, insbes im Ortsteil Nesselbach der Stadt Langenburg

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5595

Wiederinstandsetzung der Kulturlandschaft inkl. Weinberg am südlichen Berghang von Schloss Langenburg/Hohenlohe

Sanierung der Treppen und Trockenmauern am Südhang unterhalb der Schlossanlage; Förderung der Wiederherstellung des ehemaligen Weinbergs aus geschichtlichen, ökologischen und touristischen Gründen

KlAnfr
s. *Kulturlandschaft*
Drs 15/6045

Langzeitarbeitslosigkeit

s. *Arbeitslosigkeit*

LArchG

s. *Landesarchivgesetz*

Laser*Problematik von Laserspielhallen*

Zahl der Laserspielhallen in baden-württembergischen Gemeinden; Art der angebotenen Spiele; Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche; Altersbeschränkung; Handlungsspielraum der Kommunen bei der Genehmigung von Laserhallen und ähnlichen Einrichtungen

Antr
s. *Spiel*
Drs 15/3198

Kinder- und Jugendschutz in BW bei sogenannten Lasertagspielen gewährleisten

Sachstand zu Angebot und Kontrolle von sogenannten Lasertagspielen für Kinder und Jugendliche in BW, insbes Angebote und deren Altersgrenzen, zuständige Behörden für Prüfung des Kinder- und Jugendschutzes sowie für Anordnung von Auflagen und Verboten

Antr
s. *Spiel*
Drs 15/7545

LAST*s. Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg***Lastkraftwagen***s. Nutzkraftfahrzeug***Latein***Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?*

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler; Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen; Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse; Förderung des „Biberacher Modells“

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4100

Unterrichtsversorgung am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim

Entwicklung der Zahl der Schüler, Klassen und Lehrerdeputate am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich sowie in den Fächern „Latein“, „Bildende Kunst“, „Informationstechnische Grundbildung (ITG)“ und „Naturwissenschaften“

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5206

Schulversuch NwT-1

Situation des Schulversuchs NwT-1 mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik an den baden-württembergischen Schulen; Bedeutung der zweiten Fremdsprache im Schulversuch NwT-1, insbes Raum und Stellenwert der alten Sprachen Latein und Griechisch

Antr
s. *Schulversuch*
Drs 15/5604

Laubenzkolonie*s. Kleingarten***Lauda-Königshofen***Sanierung L 511 - Bahnunterführung Nord in Lauda-Königshofen (Stadtteil Lauda)*

Aktueller Sachstand, Kosten und Finanzierung der o.g. Maßnahme; Zeitpunkt des Baubeginns und der voraussichtlichen Fertigstellung

KlAnfr
s. *Landesstraße 511*
Drs 15/2174

Genehmigung der Gemeinschaftsschule Lauda-Königshofen

Genehmigungsverfahren für die Gemeinschaftsschule Lauda-Königshofen, insbes Reihenfolge der einzelnen Verfahrensschritte und Einbindung der Entscheidung der Schulkonferenz

MdlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3731

Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Lauda-Königshofen sowie dem sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4549

Lauf (Ortenaukreis)*Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKreis Rastatt)*

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwischen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegebau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/6183

Laufbahn

s.a. *Beförderung (Laufbahnrecht)*
s.a. *Gehobener Dienst*
s.a. *Höherer Dienst*
s.a. *Mittlerer Dienst*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst

Prüfung bzw Umsetzung von Vorschlägen zu den Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen, zur Reform des Laufbahnrechts und der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes iRd Dienstrechtsreform

Mittlg LReg
s. *Gehobener Dienst*
Drs 15/417

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Angehörige der Polizei in Stäben und nicht-operativen Bereichen

Zahl und Aufgabenwahrnehmung der in Stäben und Leitungsfunktionen eingesetzten Personen bei den Landespolizeidirektionen, Polizeidirektionen und -präsidien u.a. Dienststellen; jeweilige Anteile von Angehörigen der Schutz- oder Kriminalpolizei, von Beamten des Nicht-Vollzugsdienstes und Tarifbeschäftigten; Zahlen und Altersjahrgänge der Bediensteten in den einzelnen Laufbahn- und Entgeltgruppen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1250

Polizeireform: Kosten der Umsetzung und Belastung des Landeshaushalts

Art und Zeitpunkt der Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1547

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsidien

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1553

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Auswirkungen der zweigeteilten Laufbahn, insbes Zahl der Stellenhebungen, Mehrkosten und deren Gegenfinanzierung; Darstellung der künftigen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst und die Hochschule für Polizei; Zeitdauer der Einführung bis zur vollständigen Umsetzung

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/2006

Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Planungen und Statistiken zum Wegfall der Haupt-/Werkrealschulen und den dadurch frei werdenden Lehrkräften, hier insbes Altersstruktur, Pensionierungszahlen und Stellenstreichungen; zukünftiger Einsatz und Umschulung von Haupt-/Werkrealschullehrkräften unter Berücksichtigung von fachlich-didaktischer Ausbildung und Laufbahnrecht; Verfahrensstand der Schulentwicklungspläne; Umfang, zukünftiger Einsatz und Besoldung von Lehrkräften mit Ausbildung für unterschiedliche Schultypen an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/2859

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Jährliche Zusatzkosten und ihre Gegenfinanzierung; Anzahl der Stellenhebungen iRd Einführung einer zweigeteilten Laufbahn; künftige Verteilung der Stellen des Polizeivollzugsdienstes auf die verschiedenen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes; Zugang von Personen mit mittlerem Bildungsabschluss zum Polizeidienst; Anpassung der Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an der Hochschule für Polizei; Aufstiegschancen der Angehörigen des mittleren Dienstes; Wartezeiten für Angehörige des gehobenen Dienstes

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/3437

Erwerb der Laufbahnbefähigung aufgrund des Vorliegens besonderer Gründe

Erwerb der Laufbahnbefähigung nach § 16 Abs 3 des Landesbeamtengesetzes in den obersten Dienstbehörden seit Beginn des Jahres 2011; Anzahl der jährlichen Verbeamtungen in den einzelnen Dienstbehörden; Anwendung der in § 16 Abs 3 geforderten Kriterien wie das Vorliegen bestimmter Bildungsvoraussetzungen sowie besonderer dienstlicher Gründe; Häufigkeit der Feststellung einer Laufbahnbefähigung für Nicht-Laufbahnbewerber durch den Landespersonalausschuss in den Jahren 2008 bis 2010; oberste Dienstbehörden der verbeamteten Personen

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 27.01.2014 und Antw StM
Drs 15/4658

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/6463

Masterstudium „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Sachstand zur Entwicklung des Masterstudiengangs „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, insbes Studentenzahlen, Kosten; Unterstützung des Studiengangs und laufbahnrechtliche Anerkennung des Abschlusses im Polizeidienst

Antr
s. *Kriminalistik*

Drs 15/6696

Anmahnung einer Konzeption für die angestrebte zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 414 416

Schrittweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1230

Laufbahnrecht

Keine Höhergruppierung bei Lehrkräften und Funktionsträgern an eigenständigen Grundschulen?

Sachstand zu Besoldungsverbesserungen für Lehrer und Funktionsinhaber an Haupt-, Werkreal- und Realschulen sowie zur Nichtberücksichtigung von eigenständigen Grundschulen

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/6720

Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Anpassung des Besoldungs- und Versorgungsrechts an die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sowie den Änderungsbedarf auf anderen Gebieten; Überleitungsregelung im Zusammenhang mit der neuen Laufbahn des gehobenen informationstechnischen Dienstes sowie in Folge der Laufbahnverordnung UM; Nachzahlungen für Kläger, Widerspruchsführer und Antragsteller; Übergangsregelung für begrenzt Dienstfähige

GesEntw

s. *Besoldungsrecht*

Drs 15/6961

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Ermöglichung der freiwilligen Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres; Rückführung der besonderen Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für die Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte durch die wirkungsgleiche Übertragung entsprechender Regelungen für Tarifbeschäftigte; weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts bei Regelungen zu den Bildungsvoraussetzungen für den mittleren Dienst sowie durch Anrechnung von Zeiten in Freiwilligendiensten auf die Probezeit

GesEntw

s. *Beamtenrecht*

Drs 15/7552

Lauffen am Neckar

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/819

LAZBW

s. *Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild ..*

L-Bank

s. *Landeskreditbank Baden-Württemberg - Förderbank*

LBBW

s. *Landesbank Baden-Württemberg*

LBO

s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*

LBOAVO

s. *Allgemeine Ausführungsverordnung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur LBO*

LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Staatsvertrag zwischen den Ländern BW und Rheinland-Pfalz und Anpassungen rechtlich unabdingbare Regelungen zur von den Trägern der LBS Landesbausparkassen BW und Rheinland-Pfalz angestrebten Fusion beider Institute zur LBS Landesbausparkasse Südwest; Übergangsregelung für die Personalvertretung

GesEntw

s. *Bausparkasse*

Drs 15/7677

LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Staatsvertrag zwischen den Ländern BW und Rheinland-Pfalz und Anpassungen rechtlich unabdingbare Regelungen zur von den Trägern der LBS Landesbausparkassen BW und Rheinland-Pfalz angestrebten Fusion beider Institute zur LBS Landesbausparkasse Südwest; Übergangsregelung für die Personalvertretung

GesEntw

s. *Bausparkasse*

Drs 15/7677

LBS Landesbausparkasse Südwest

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Staatsvertrag zwischen den Ländern BW und Rheinland-Pfalz und Anpassungen rechtlich unabdingbare Regelungen zur von

den Trägern der LBS Landesbausparkassen BW und Rheinland-Pfalz angestrebten Fusion beider Institute zur LBS Landesbausparkasse Südwest; Übergangsregelung für die Personalvertretung

GesEntw
s. *Bausparkasse*
Drs 15/7677

LBV

s. *Landesamt für Besoldung und Versorgung*

LBWG

s. *Landesbankgesetz*

LDG

s. *Landesdisziplinargesetz*

LDSG

s. *Landesdatenschutzgesetz*

LEA

s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*

LEADER

s.a. *Europäischer Regionalfonds*

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Konsequenzen der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 05.04.2011 zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, insbes für die künftige Verteilung der Fördermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds, für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen Absicherung u.a.m.; Förderung der gleichen Zugangschancen zu den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze; Beteiligung von Frauen an lokalen Aktionsgruppen und Partnerschaften iRd Leader-Programms, Anstrengung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Verwaltungsgremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/41

LEADER-Förderungen in BW

Geförderte bzw in Planung befindliche Projekte zwischen 2006 und 2014

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 18.01.2012 und Antw MLR Drs 15/1142

Regionalentwicklung in BW - Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER in der Förderperiode 2014 bis 2020

Bedeutung der nachhaltigen Regionalentwicklung als Strategie zur Ausrichtung der Politik für die Ländlichen Räume in BW, insbes Herausforderungen des demografischen Wandels sowie derzeitige Strukturen und Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung; Umsetzung und Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER, insbes zentrale Kritikpunkte, Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Arbeit Lokaler Aktionsgruppen, Vorschaltung eines inoffiziellen Interessensaufrufs; Folgen für die Regionalpolitik aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr GRÜNE 12.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3053

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4714-4721

LEADER-Förderung im Main-Tauber-Kreis

Projekte der vergangenen (bis 2007) und der laufenden Förderperiode (2007 bis 2013); jeweilige Summen der Fördergelder; Position des Main-Tauber-Kreises in einer Rangliste, welche die baden-württembergischen LKreise nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte einstuft

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 25.03.2013 und Antw MLR Drs 15/3291

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis

Stellenwert des LEADER-Programms für ländlich geprägte Landkreise; bisherige und aktuell geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr Karl Traub CDU 13.06.2013 und Antw MLR Drs 15/3628

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr Karl Traub CDU 25.03.2014 und Antw MLR Drs 15/4975

LEADER-Förderung im LKreis Schwäbisch Hall

In den Jahren 2011 bis 2013 geförderte Projekte; Anzahl der Projekte und Höhe der Fördermittel im Vergleich zu anderen LKreisen

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 09.07.2014 und Antw MLR Drs 15/5456

LEADER-Bewerbungen für die Förderperiode 2014 bis 2020

Interessenbekundungs- und Bewerbungsverfahren zur LEADER-Förderperiode 2014 bis 2020, insbes Bewerberzahlen, Organisation des Ausschreibungs- und Auswahlverfahrens; Ausgewogenheit der Fördermittelverteilung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 27.08.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5664

LEADER-Förderung im Neckar-Odenwald-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Neckar-Odenwald-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Neckar-Odenwald-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen LKreisen

KlAnfr Peter Hauk CDU 09.10.2014 und Antw MLR Drs 15/5853

Kein zweckwidriges Junktim zwischen der Entscheidung zum Biosphärengebiet Südschwarzwald und der Vergabe von LEADER-Fördermitteln

Sachstand zur Entscheidung über die neuen LEADER-Förderregionen, insbes Zeitplan und Auswahlkriterien, Koppelung mit der Entscheidung über das Biosphärengebiet Südschwarzwald

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 05.11.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6088

Förderung des Agrotourismus iRd LEADER-Programms
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820 1822

LEADER-Förderung

s. LEADER

LEADER-Projekt

s. LEADER

Leasing

JobRad - Gehaltsumwandlungskonzept für Fahrräder, Pedelecs und E-Bikes

Sachstand zu Radleasingmodellen und Gehaltsumwandlungskonzepten für Fahrräder im öffentlichen Dienst

KlAnfr
s. *Fahrrad*
Drs 15/6828

Skepsis gegenüber Cross-Border-Leasing-Geschäften von Kommunen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1701-1703 1705 1706

Lebensarbeitszeit

s. *Arbeitszeit*

Lebensbedingungen

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
s. *Armut*
Drs 15/2886

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiederreiseperrnen; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Informationen zur Veranstaltungsreihe/Untersuchung, die der Diskussionsrunde „Das Leben in Hardheim heute und morgen“ zugrunde liegt

Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierung der Studie; Methode und Zweck der Untersuchung; Zahl der bereits durchgeführten Veranstaltungen; Verfolgung der Veranstaltungen durch Mitglieder der LReg; Auswahl der Veranstaltungsteilnehmer; Unterrichtung der Teilnehmer über den Zweck der Veranstaltung, über deren Aufzeichnung und die künftige Verwendung der gewonnenen Daten; Gründe für den Ausschluss von Journalisten

KlAnfr
s. *Studie*
Drs 15/6241

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. *Serbien*
Drs 15/6299

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele)

Ergänzung der Landesverfassung durch Hinzufügung von Staatszielbestimmungen, insbes zu Kinder- und Jugendrechten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Infrastrukturen sowie Arbeitsbedingungen, Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl

GesEntw
s. *Landesverfassung*
Drs 15/7412

Lebensbegleitendes Lernen

s. *Lebenslanges Lernen*

Lebensbescheinigung

s. *Personenbezogene Daten*

Lebenslanges Lernen

s.a. *Berufliche Weiterbildung*
s.a. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
s.a. *Erwachsenenbildung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderungen

Abschnitt 3.2 - Berufliche Schulen

Abschnitt 3.3 - Duale Ausbildung

Abschnitt 3.4 - Allgemeine und berufliche Weiterbildung

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/315

Dem Bündnis für Lebenslanges Lernen die finanzielle Basis sichern

Bedeutung, Ziele und Fortführung des o.g. Bündnisses zwischen dem Land und relevanten Trägern der Weiterbildung; Einbeziehung weiterer Akteure, u.a. von Abgeordneten des Landtags; Umsetzung von Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“; Mittelbereitstellung im Hpl 2012/2013

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 27.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/355
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1646 S. 11-13
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

20 Jahre Jahreszeitakademien am Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm

Strukturen, Aufgaben, Aktivitäten, personelle und finanzielle Ausstattung des ZAWiW; Zahl der studierenden Senioren; Nutzung und Übertragung der Erfahrungen auch auf andere Universitäten und darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Fachverbänden und landesweiten Organisationen

KlAnfr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/445

Akademische Weiterbildung in BW

Auf- und Ausbau von berufsbegleitenden Bachelor- und Masterstudiengängen, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Hochschulen, Vorlage eines mit den Hochschulen und Arbeitgebern abgestimmten Konzepts für die akademische Weiterbildung

Antr
s. *Studium*
Drs 15/513

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1239

Inanspruchnahme der haushaltsrechtlichen Ermächtigung aufgrund des Haushaltsvermerks bei Kapitel 1212 Titelgruppe 71 bzw nach § 3 Abs 18 StHG 2012

Umsetzung der Landtagsbeschlüsse zu den Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Antr LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*
Drs 15/1561

Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung in BW (ALEB)

Organisationen und Einrichtungen unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft, Höhe der Bezuschussung seit 2007 und in den kommenden Jahren, Bewertung der Rolle der ALEB iRd Bündnisses für lebenslanges Lernen

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/1732

Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft - das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung

Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Bildung, Aus- und Weiterbildung“ in Bezug auf das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung durch das Bündnis für Lebenslanges Lernen, insbes Aufbau auf bestehenden Angeboten, zugrunde gelegte Qualitätskriterien, Beteiligungsmöglichkeiten für Einrichtungen, Organisation, Möglichkeit zur Bildung regionaler Netzwerke, wissenschaftliche Begleitung

Antr
s. *Bildungsberatung*
Drs 15/5461

Umsetzung von Empfehlungen der Enquetekommission zum „Lebenslanges Lernen“, Bereitstellung zusätzlicher Mittel

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1377 1396 1444

Lebensmittel

s.a. *Agrarprodukt*
s.a. *Ernährungswirtschaft*
s.a. *Honig*
s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*

s.a. Lebensmittelkontrolle

s.a. Lebensmittelrecht

s.a. Nahrungsergänzungsmittel

s.a. Öl

s.a. Verpflegung

Verschwendung von Nahrungsmitteln

Ausmaß der o.g. Verschwendung im Vergleich mit anderen Bundesländern und Industriestaaten; Gegenmaßnahmen unter Einbeziehung des Handels und der Verbraucher, insbes der Eltern, Kinder und Jugendlichen; Forcierung einer sinnvollen Nutzung von Nahrungsmittelabfällen

Antr Karl Rombach u.a. CDU 29.06.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/165

BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.10.2011 Drs 15/1301 S. 4 5

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Kulinarische Botschafter für BW

Entwicklung des Anteils regionaler Lebensmittel in BW, Beurteilung der Auszeichnung „Kulinarischer Botschafter Niedersachsens“, Vergleich mit dem Qualitätszeichen BW, Eignung der niedersächsischen Auszeichnung für die Absatzförderung regionaler Produkte hierzulande?

Antr

s. Gütezeichen

Drs 15/262

Bedeutung von Mitbürgern mit Migrationshintergrund für die Ernährungswirtschaft in BW

Bisherige und mögliche Marktbedeutung ethnischer Produkte für die Ernährungswirtschaft in BW, Umsatzvolumen der (nach islamischem Recht zulässigen) Halal-Produkte; Begleitung der Nahrungsmittelunternehmen bei der Markterschließung für ethnische Produkte durch die Marketinggesellschaft BW

Antr

s. Ernährungswirtschaft

Drs 15/384

Agrarrohstoffe

Entwicklung der Preise für Agrarrohstoffe und -produkte in den letzten zehn und den nächsten Jahren; Anteil der Vernichtung und der Verluste bei der Herstellung, Verarbeitung, beim Transport und Handel; Ursachen und Auswirkungen der Entwicklung von Agrarrohstoffen zu Spekulationsobjekten von Finanzmarktakteuren; Bewertung der Verarbeitungsanteile zu Nahrungsmitteln und zu Biokraftstoffen sowie von möglichen Ertragszuwächsen auf den verfügbaren Flächen

Antr

s. Agrarprodukt

Drs 15/696

EU-Programm zur Nahrungsmittelabgabe

Beteiligte Mitgliedsstaaten, Zielgenauigkeit und Finanzierung des o.g. Verteilungsprogramms für Bedürftige; Verwendung von frischen Produkten von lokalen Lebensmittelproduzenten? Vereinbarkeit des Programms mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Prinzip der Selbsthilfe durch Schaffung von Arbeitsplätzen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 20.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/753

BeschlEmpf und Bericht EuA 29.03.2012 Drs 15/2007 S. 84
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Chancen der kleinstrukturierten Lebensmittelwirtschaft in BW

Stärkung der Erzeugung, Weiterverarbeitung und des Handels regionaler, ökologischer Produkte; Abbau von Defiziten gegenüber großindustriellen Wissenschaftsbemühungen in Grundlagenforschung wie in Produktentwicklung; Schaffung eines entsprechenden Verbraucherbewusstseins, insbes schon an den Schulen, für regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologische Mehrwertschöpfung

Antr

s. Ernährungswirtschaft

Drs 15/945

Angaben zur Regionalität von Lebensmitteln

Definition des o.g. Begriffs, Einbeziehung von Produkten aus anderen BLändern oder aus Holland? Auswirkungen für die heimischen Landwirte, Konsequenzen aus den Hinweisen der Verbraucherzentrale, Unterbindung der Verbrauchertäuschung durch falsche Regionalangaben

Antr

s. Region

Drs 15/1077

Fälschungen und Falschdeklarierung von Bio-Lebensmitteln

Auflistung der o.g. Fälle und der ergriffenen Maßnahmen der Lebensmittelkontrollbehörden, Kooperation mit den Bio-Verbänden

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 23.12.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/1083

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 51 52

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Lebens- und Futtermittelsicherheit in BW

Beurteilung der rechtlichen Vorgaben des Bundes und der EU für die Länder zum Vollzug der Lebens- und Futtermittelüberwachung, Positionierung zur Ausweitung der Regelungen nach dem Dioxinskandal und der Verbreitung des EHEC-Erregers sowie zur Forderung nach einer Zentralisierung von Kompetenzen auf Bundesebene; Zahl der vorhandenen und der notwendigen Kontrolleure in BW, Umfang und Zeitpunkt einer Personalaufstockung

Antr

s. Lebensmittelkontrolle

Drs 15/1134

Agrar- und Ernährungsexporte aus BW

Darstellung der o.g. Entwicklung differenziert nach Produkten und Zielländern seit 2002; Anteile der Exporte nach Frankreich, Österreich, China und in die Schweiz; Vergleich mit anderen BLändern, insbes mit Niedersachsen; verfügbare Marketingunterstützungsstrukturen für die Agrar- und Ernährungswirtschaft

Antr

s. Agrarprodukt

Drs 15/1249

Qualität des Schulessens in BW

Einschätzung bzw Gewährleistung der Qualität des Schulessens in Schulmensen im Vergleich zu anderen BLändern; Fortführung der Qualifizierung von freiwilligen Essensbegleiterinnen sowie der Sensibilisierung und Fortbildung von Lehrern und Schülern für gesunde Ernährung, Essenskultur und Verwendung regionaler Produkte

Antr

s. Ernährung

Drs 15/1413

Vernetzungsstelle Schulverpflegung

Bewertung der Arbeit und Angebote, der Finanzierung und personellen Ausstattung der o.g. Einrichtung; Kooperation zwischen den 16 Vernetzungsstellen der Länder; Hinwirkung auf die Verwendung von Bioprodukten und Minimierung von Lebensmittelabfällen in Schulumens; Eintreten für eine Verlängerung der finanziellen Förderung des Bundes

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/1693

Fairtrade

Entwicklung und Stellenwert des Fairtrade-Handels mit Produkten aus der Dritten Welt, Bewertung als Beitrag zur aktiven Entwicklungshilfe; Stand der Bewerbungen von Städten und Gemeinden -national und international- als Fairtrade-Town; Beurteilung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger für Fairtrade-Aktivitäten; Angebot von entsprechenden Erzeugnissen bei Bewirtungen, Empfängen, Veranstaltungen oder in den landeseigenen Kantinen

Antr
s. *Fairer Handel*
Drs 15/1746

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Nanomaterialien in Lebensmitteln

Bewertung der Regelungen, der Vor- und Nachteile der Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln sowie der EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln über die verwendeten Nanoteilchen; Bemühungen um Transparenz und Schutz der Verbraucher; Höhe der Forschungsförderung, Anteil von EU-Mitteln iRd 7. Forschungsrahmenprogramms

Antr
s. *Nanotechnologie*
Drs 15/1869

Unterstützung des Landes bei der Fortführung ehemaliger Schlecker-Filialen im ländlichen Raum

Sicherstellung der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum; Unterstützung der Fortführung o.g. Filialen als Dorfläden iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum

MdlAnfr
s. *Schlecker*
Drs 15/1953

Umsatzsteuer auf Sachspenden

Verzicht auf die Erhebung von Umsatzsteuer auf Lebensmittel- und Sachspenden, wenn diese unentgeltlich direkt an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen oder mittelbar an gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden; Hinwirkung auf eine entsprechende Änderung des Steuerrechts über den BRat; Berichterstattung über das Veranlasste bis zum 30.11.2012

Antr
s. *Spende*
Drs 15/2140

Aussagekraft und Bekanntheit von Siegeln und Kennzeichnungen bei Lebensmitteln

Bewertung der nationalen und europäischen Qualitäts- und Gütesiegel sowie Herkunftszeichen, Beeinflussung des Kaufverhaltens der Verbraucher, Untermauerung der Angabe „regional“ über die Vorgaben des Qualitätszeichens BW hinaus mit verbindlichen Kriterien, Maßnahmen gegen irreführende Verpackungsaufschriften

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 15/2213

Ernährungssicherheit auf EU-Ebene

Entwicklung der Reserven an Grundnahrungsmitteln in der EU seit 2002, Beitrag der EU-Programme für Landwirte zur Nahrungsmittelproduktion und -versorgung; Darstellung des Ausbaupotenzials, der Auswirkungen des Ausbaus regenerativer Energien und der Strategien der EU zur Eindämmung der Nahrungsmittelverschwendung

Antr
s. *Ernährung*
Drs 15/2458

Landschaft und Lebensmittel ohne Gentechnik - Chance für Mensch und Natur

Aktuelle Debatte
s. *Gentechnik*
PIPr 15/47 S. 2627

Schulverpflegung durch regionale Anbieter

Anteil von Großküchen, regionalen Gasthäusern, Metzgereien u.a. Anbietern von Schulverpflegung; Unterstützung von regionalen Anbietern mit ihren regionalen Produkten, Gewinnung von Gastronomen durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2531

EU-Regelungen zum Lebensmittelimport aus Drittstaaten

Umfang und Art der Lebensmittelimporte seit 2003; bei der Lebensmittelüberwachung entdeckte Sicherheits- und Qualitätsmängel; Untersuchung der Nahrungsmittel entsprechend den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen; Zuverlässigkeit des EU-Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF); Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes durch eine Verschärfung der EU-Regelungen

Antr
s. *Lebensmittelsicherheit*
Drs 15/3345

Zukunft des Mindesthaltbarkeitsdatums

Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums für Lebensmittel als Verbraucherinformation und Konsequenzen einer teilweisen Abschaffung; Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung

Antr
s. *Lebensmittelkennzeichnung*
Drs 15/5297

Neue Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A
Beurteilung und Konsequenzen aus der neuen Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), insbes Bewertung des seit dem 1. Januar 2015 in Frankreich geltenden generellen Verbots von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen

KlAnfr
s. *Gesundheitsschädlicher Stoff*
Drs 15/6597

Lebensmittelbegriff

Sachstand zur Definition des Lebensmittelbegriffs bei Pflanzen, insbes unter Berücksichtigung der Bedeutung der Ernte

KlAnfr Karl Rombach CDU 18.12.2015 und Antw MLR Drs 15/7908

Förderung der Produktion gesunder Lebensmittel aus der Region und für die Region

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 22

Förderung der Produktion gesunder Lebensmittel aus der Region und für die Region

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 51

Anstieg der Nachfrage nach Bioprodukten im Lebensmitteleinzelhandel, Verweisung auf die guten Ergebnisse beim Ökomonitoring sowie auf die Schaffung des Bio-Zeichens BW

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-263 265

Verweisung auf das breite Votum der Verbraucher für gentechnikfreie Lebensmittel

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1707-1717

Lebensmittelbelastung

s. *Rückstände in Lebensmitteln*

Lebensmitteleinzelhandel*Verschwendung von Nahrungsmitteln*

Ausmaß der o.g. Verschwendung im Vergleich mit anderen Bundesländern und Industriestaaten; Gegenmaßnahmen unter Einbeziehung des Handels und der Verbraucher, insbes der Eltern, Kinder und Jugendlichen; Forcierung einer sinnvollen Nutzung von Nahrungsmittelabfällen

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/165

Dorfläden in BW

Entwicklung der kleinen Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum in den letzten zehn Jahren; Bedeutung für die Nahversorgung in kleinen Kommunen, insbes für die ältere Bevölkerung; Möglichkeiten zur Erhaltung und Neueröffnung der Läden in der

Rechtsform einer Genossenschaft, Unterstützung der Kommunen und des bürgerschaftlichen Engagements

Antr Paul Locherer u.a. CDU 12.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/676
BeschlEmpf und Bericht LandWA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 40 41
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Energieverschwendung durch Einsatz offener Kühltheken in Supermärkten und anderen Lebensmittelläden

Rechtliche Regelungen zur Eindämmung dieser Form von Energieverschwendung; Förderung des Ersatzes nicht effizienter Kühltheken und Kühltruhen durch energiesparende Geräte

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3094

Nahversorgung im ländlichen Raum

Entwicklung und Förderung der Grund- und Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum in BW, insbes Strategien für kleine Kommunen, getätigter Investitionsumfang nach LKreisen, bewilligte und abgelehnte Förderanträge iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), Unterstützung der Umwandlung von ehemaligen Schlecker-Filialen in Dorfläden

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 18.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3384
BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 85 86
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Situation der Handwerksbäckereien in BW

Entwicklung im Backgewerbe in BW, insbes Anzahl und Marktanteile der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Großbäckereien, Anzahl der Backstationen in Discountern und der Verkaufsstände von Großhandelsbäckereien im Lebensmitteleinzelhandel, Markt der Tiefkühl-Backwaren; Situation der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Fördermöglichkeiten, insbes bei Getreidepreisen und Energiekosten

Antr
s. *Backgewerbe*
Drs 15/5151

Unterstützung der wohnortnahen Lebensmittelversorgung

Bedeutung der wohnortnahen Einzelhandelsversorgung mit Lebensmitteln und Fördermöglichkeiten der Einzelhandelsgeschäfte durch Kommunen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 10.02.2015 und Antw MFW Drs 15/6472

Der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen - Möglichkeiten zur Gründung von gemeinsamen Vermarktungsplattformen

Sachstand zur Gründung einer gemeinsamen Vermarktungsplattform für Molkereien in BW gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel, insbes Bewertung durch die LReg; Unterstützung durch die LReg bei Erarbeitung einer Organisationsstruktur und Bereitstellung einer Anschubfinanzierung

Antr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/8056

Anstieg der Nachfrage nach Bioprodukten im Lebensmitteleinzelhandel und beim Discounter

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-259 261-263 265

Lebensmittelhersteller

s. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Lebensmittelhygiene

s.a. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr

s. Schulverpflegung

Drs 15/2657

Transparenz bei der Lebensmittelüberwachung

Umfassende Verbraucherinformation zu den Prüfergebnissen der Lebensmittelüberwachung, insbes schnelle Information über öffentliche Warnungen und Rückrufaktionen; Umsetzung der Transparenzvorgaben zur Lebensmittelsicherheit und -hygiene in BW; Problematik bei Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a LFGB; Sachstand und Möglichkeiten eines mehrheitsfähigen Modells bei der Hygiene-Ampel; Nutzung von Informationsrechten des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) in BW; Schaffung eines einheitlichen Transparenzsystems im gesundheitlichen Verbraucherschutz

Antr

s. Lebensmittelkontrolle

Drs 15/2913

Lebensmittelindustrie

s. Ernährungswirtschaft

Lebensmittelkennzeichnung

s.a. Gütezeichen

Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen bzw zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr

s. Obstbau

Drs 15/5

Angaben zur Regionalität von Lebensmitteln

Definition des o.g. Begriffs, Einbeziehung von Produkten aus anderen BLändern oder aus Holland? Auswirkungen für die heimischen Landwirte, Konsequenzen aus den Hinweisen der Verbraucherzentrale, Unterbindung der Verbrauchertäuschung durch falsche Regionalangaben

Antr

s. Region

Drs 15/1077

Fälschungen und Falschdeklarierung von Bio-Lebensmitteln

Auflistung der o.g. Fälle und der ergriffenen Maßnahmen der Lebensmittelkontrollbehörden, Kooperation mit den Bio-Verbänden

Antr

s. Lebensmittel

Drs 15/1083

Dioxin verseuchte Bioeier

Frage nach Erkenntnissen über die Handelswege der o.g. aus NRW eingeführten Eier sowie nach einer Kennzeichnung von Eiern und Eierzeugnissen nach Herkunft und Produzenten von Bioware und konventioneller Ware

MdlAnfr

s. Eier

Drs 15/1557

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg

Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr

s. Gentechnik

Drs 15/1750

Nanomaterialien in Lebensmitteln

Bewertung der Regelungen, der Vor- und Nachteile der Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln sowie der EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln über die verwendeten Nanoteilchen; Bemühungen um Transparenz und Schutz der Verbraucher; Höhe der Forschungsförderung, Anteil von EU-Mitteln iRd 7. Forschungsrahmenprogramms

Antr

s. Nanotechnologie

Drs 15/1869

Aussagekraft und Bekanntheit von Siegeln und Kennzeichnungen bei Lebensmitteln

Bewertung der nationalen und europäischen Qualitäts- und Gütesiegel sowie Herkunftszeichen, Beeinflussung des Kaufverhaltens der Verbraucher, Untermauerung der Angabe „regional“ über die Vorgaben des Qualitätszeichens BW hinaus mit verbindlichen Kriterien, Maßnahmen gegen irreführende Verpackungsaufschriften

Antr

s. Gütezeichen

Drs 15/2213

Maßnahmen des Landes im „Pferdefleisch-Skandal“

Verarbeitung von Pferdefleisch als Lebensmittel in BW; Auswirkungen des „Pferdefleisch-Skandals“ auf Produzenten und Lebensmittelhändler; Erkenntnisse über gesundheitsschädigende Verbrauchertäuschung; Auskunft über die seit 2011 von der Lebensmittelüberwachung entdeckten Fälle falsch deklarierten Fleisches; Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Dokumentation der Lieferwege; Maßnahmen zur zeitnahen Information des Verbrauchers

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3092

Lieferketten und Kennzeichnung von Lebensmitteln im Zuge des aktuellen Pferdefleischskandals

Anforderung von Lieferlisten bei der EU zur Aufklärung von Lieferketten; Brauchbarkeit der infolge des BSE-Skandals eingeführten Kennzeichnung frischen Rindfleisches; Ausdehnung der Kennzeichnung auf andere Fleischsorten; Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten und Transparenz der Vertriebswege

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 28.02.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3143
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 4 5
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Falschdeklarierung von Eiern

Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3152

Herkunft und Kennzeichnung von Gänsestopfleberprodukten

Herstellungsmethoden, gesetzliche Regelungen, Importe nach BW; Kennzeichnung der Stopfleberprodukte und ihre Kontrolle in BW; Vorschläge zur Verbesserung der Produktkennzeichnung; Verbesserung des Tierschutzes auf Landes- und auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene; Verbraucherinformation über die tierquälere Herstellung der vermeintlichen Delikatessen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 26.04.2013 und Antw MLR Drs 15/3425

Landwirtschaftliche Direktvermarktung in BW

Auswirkungen veränderter EU-Vorschriften für die Kennzeichnung von Lebensmitteln auf die landwirtschaftlichen Direktvermarkter in BW

Antr
s. *Landwirtschaftliche Direktvermarktung*
Drs 15/4501

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebens-

mittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*
Drs 15/4509

Auswertung der Ausschussreise nach Brasilien - Lebensmittel ohne Gentechnik erzeugen und vermarkten

Situation des weltweiten Sojaanbaus und des Handels mit Soja und Sojaprodukten; soziale, ökologische und ökonomische Folgen des Sojaanbaus in Hauptanbauländern; Alternativen zu GVO-freiem Soja aus Südamerika; Eiweißpflanzenanbau und Bedarf an Eiweißfuttermitteln in der baden-württembergischen Tierhaltung; Gegenüberstellung der Nutzung von Soja aus Südamerika mit einer Nutzung von einheimischen/europäischem Soja in der Fleischproduktion; Ausbau der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln; Absatz von als gentechnikfrei gekennzeichneten Futtermitteln; Ergänzung des Qualitätszeichens BW (QZBW) im tierischen Bereich um das Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/5010

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5054

Allergenkennzeichnung und die Folgen für die gastgewerblichen Betriebe in BW

Konkrete Ausgestaltung der Vorschriften der EU-Lebensmittelinformationsverordnung zur Allergenkennzeichnung bei loser Ware in gastgewerblichen Betrieben in BW

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 02.06.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5286

Zukunft des Mindesthaltbarkeitsdatums

Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums für Lebensmittel als Verbraucherinformation und Konsequenzen einer teilweisen Abschaffung; Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 03.06.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5297 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.04.2015 Drs 15/7081 S. 40 41
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Was sagt uns das Etikett auf den Weinflaschen?

Überblick über die aktuellen Vorschriften der EU-Weinregelungen für die Etikettierung von Weinflaschen

KlAnfr
s. *Wein*
Drs 15/5766

Gesundheitsbezogene Angaben in der Lebensmittelüberwachung

Sachstand zur Produktkontrolle unter Anwendung der Health-Claims-Verordnung; Konsequenzen für die Lebensmittelüberwachung aufgrund des Untersuchungsberichts „Lebensmittel mit Gesundheitsversprechen - wirklich gesünder?“ der Verbraucherzentralen

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/6368

Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1708 1711-1713 1716

Lebensmittelkontrolle*s.a. Qualitätssicherung**Hygiene-Ampel*

Bewertung der Aussagekraft o.g. Klassifizierung im Gaststättengewerbe; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Durchführung der Kontrollen; Initiierung einer breit angelegten Informations- und Aufklärungskampagne

Antr
s. *Hygiene*
Drs 15/47

Veränderungen durch Hygiene-Kontrollbarometer

Auswirkungen der Einführung des o.g. bundeseinheitlichen Kontrollbarometers mit der öffentlichen Dokumentation der Ergebnisse der Lebensmittelhygiene-Kontrollen, Reaktionsmöglichkeiten der beurteilten Gastronomiebetriebe, Beurteilung des Wachstums der Betriebe ohne gaststättenrechtliche Konzession und der befürchteten Wettbewerbsverzerrung zulasten der Betriebe mit Konzession

Antr
s. *Hygiene*
Drs 15/358

Lebensmittelüberwachung auf Vereins- und Straßenfesten

Entlastung der Vereine und ehrenamtlichen Organisationen von der Umsetzung der hygiene- und lebensmittelrechtlichen Vorschriften

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 20.09.2011 und Antw MLR
Drs 15/523

Fälschungen und Falschdeklarierung von Bio-Lebensmitteln

Auflistung der o.g. Fälle und der ergriffenen Maßnahmen der Lebensmittelkontrollbehörden, Kooperation mit den Bio-Verbänden

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/1083

Lebens- und Futtermittelsicherheit in BW

Beurteilung der rechtlichen Vorgaben des Bundes und der EU für die Länder zum Vollzug der Lebens- und Futtermittelüberwachung, Positionierung zur Ausweitung der Regelungen nach dem Dioxinskandal und der Verbreitung des EHEC-Erregers sowie zur Forderung nach einer Zentralisierung von Kompetenzen auf Bundesebene; Zahl der vorhandenen und der notwendigen Kontrolleure in BW, Umfang und Zeitpunkt einer Personalaufstockung

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 16.01.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1134

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 53 54
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Gründe für das Scheitern einer bundeseinheitlichen Regelung für die Gastronomie u.a. Lebensmittelunternehmen; Auflistung der BLänder, die an einer verpflichtenden Hygiene-Ampel festhalten bzw diese ablehnen; Bezifferung des zusätzlichen Personalbedarfs; Frage nach Modellen in anderen EU-Ländern und deren Erfolg

Antr Paul Locherer u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2212

BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 62 63
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Transparenz bei der Lebensmittelüberwachung

Umfassende Verbraucherinformation zu den Prüfergebnissen der Lebensmittelüberwachung, insbes schnelle Information über öffentliche Warnungen und Rückrufaktionen; Umsetzung der Transparenzvorgaben zur Lebensmittelsicherheit und -hygiene in BW; Problematik bei Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a LFGB; Sachstand und Möglichkeiten eines mehrheitsfähigen Modells bei der Hygiene-Ampel; Nutzung von Informationsrechten des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) in BW; Schaffung eines einheitlichen Transparenzsystems im gesundheitlichen Verbraucherschutz

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE 23.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2913

BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.03.2013 Drs 15/3398 S. 91 92
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Maßnahmen des Landes im „Pferdefleisch-Skandal“

Verarbeitung von Pferdefleisch als Lebensmittel in BW; Auswirkungen des „Pferdefleisch-Skandals“ auf Produzenten und Lebensmittelhändler; Erkenntnisse über gesundheitsschädigende Verbrauchertäuschung; Auskunft über die seit 2011 von der Lebensmittelüberwachung entdeckten Fälle falsch deklarierten Fleisches; Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Dokumentation der Lieferwege; Maßnahmen zur zeitnahen Information des Verbrauchers

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3092

Pferdefleisch in Fleischerzeugnissen

Information der Verbraucher in BW bei der Aufklärung des Pferdefleisch-Skandals; Fälle nicht deklarierten Pferdefleisches in Rindfleischprodukten und deren Entfernung aus dem Handel; Arzneimittelbelastung; Transparenz bei den Verarbeitungsstufen der Produkte; Erhöhung der Eigenkontrolle der Hersteller; Stärkung der Lebensmittelkontrolle und Maßnahmen zur Verhütung von Verbrauchertäuschung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3115

Zeitpunkt der Veranlassung von Kontrollen und Maßnahmen gegen nicht deklariertes Pferdefleisch durch die LReg

Aufklärung über den Zeitpunkt der Benachrichtigung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); Gründe für die Verzögerungen bei den eingeleiteten Lebensmittelkontrollen und dem Sicherstellen der Pferdefleisch enthaltenden Ware; Zeitspanne bis zur Unterrichtung der Öffentlichkeit

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3122

Lieferketten und Kennzeichnung von Lebensmitteln im Zuge des aktuellen Pferdefleischskandals

Anforderung von Lieferlisten bei der EU zur Aufklärung von Lieferketten; Brauchbarkeit der infolge des BSE-Skandals eingeführten Kennzeichnung frischen Rindfleisches; Ausdehnung der Kennzeichnung auf andere Fleischsorten; Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten und Transparenz der Vertriebswege

Antr
s. *Lebensmittelkennzeichnung*
Drs 15/3143

Falsche Deklaration von Bio-Eiern in BW

Art und Umfang von Kontrollen der ökologischen Erzeugung und des Vertriebs von Hühner-Eiern aus BW, insbes Kontrollmöglichkeiten über das Öko-Monitoring; Verifizierung der zulässigen Zahl der Legehennen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3147

Falschdeklarierung von Eiern

Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3152

Lebensmittel und Futtermittelkontrolle - Aflatoxine

Verfahren und Resultate der Lebens- und Futtermittelkontrollen in BW bezüglich der Untersuchungen auf Schimmelpilzgifte, insbes Aflatoxine; zusätzliche Maßnahmen der LReg nach dem Bekanntwerden eines konkreten Verdachtsfalls mit überschrittenen Grenzwerten für Aflatoxine bei importiertem Futtermais aus Serbien im Herbst 2012

Antr
s. *Mykotoxin*
Drs 15/3165

Lebensmittelüberwachung im LKreis Esslingen

Maßnahmen und Ergebnisse der Lebensmittelüberwachung im LKreis Esslingen; Anpassung des Verhältnisses der beschäftigten Lebensmittelkontrolleure an die Anzahl der der Lebensmittelüberwachung unterliegenden Betriebe im LKreis Esslingen

KIAnfr Andreas Deuschle CDU 06.03.2013 und Antw MLR Drs 15/3176

EU-Regelungen zum Lebensmittelimport aus Drittstaaten

Umfang und Art der Lebensmittelimporte seit 2003; bei der Lebensmittelüberwachung entdeckte Sicherheits- und Qualitätsmängel; Untersuchung der Nahrungsmittel entsprechend den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen; Zuverlässigkeit des EU-Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF); Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes durch eine Verschärfung der EU-Regelungen

Antr
s. *Lebensmittelsicherheit*
Drs 15/3345

Situation der Getreidemühlenbetreiber in BW

Entwicklung der baden-württembergischen Getreidemühlenbetreiber, insbes Anzahl der Mühlen und Beschäftigten, Vermahlungsmengen, Situation bei Klein- und Familienbetrieben; Hauptherausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für Klein- und Familienbetriebe; Initiativen zum Bürokratieabbau in der Lebensmittelbranche; Kostenübernahme für Lebensmittelkontrollen

Antr
s. *Getreideprodukt*
Drs 15/4568

Auswirkungen der Revision der Lebensmittelkontrollverordnung auf Handwerk und Mittelstand

Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur LebensmittelkontrollVO; Beurteilung der dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle über Gebühren, zu einer transparenten Informationspolitik und zur Hinterlegung einer Zweitprobe; zahlenmäßiges Verhältnis der Lebensmittelkontrolleure zu den zu kontrollierenden Betrieben in BW; aktuelle Kontrollintervalle; Festschreibung einer zeitnahen Nachkontrolle in der LebensmittelkontrollVO; Ausgleich der Interessen der Verbraucher und der der kleinen und mittleren Unternehmen des Lebensmittelhandwerks

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.02.2014 und Antw MLR Drs 15/4737

Vorkehrungen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)

Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Litauen und Russland grassierenden Afrikanischen Schweinepest, insbes Verstärkung hygienischer Vorkehrungen, veterinärmedizinischer Kontrollen und der Lebensmittelüberwachung

Antr
s. *Schweinepest*
Drs 15/4747

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5054

Kontrollen in der Bio-Landwirtschaft

Art der für den ökologischen Landbau genutzten Siegel; Art der in zertifizierten Bio-Landwirtschaftsbetrieben erforderlichen Kontrollen; Umfang der Routine-, Zusatz- und Stichprobenkontrollen in den vergangenen fünf Jahren; Kontrollen entsprechend der EU-Richtlinien und der Verbandszugehörigkeit; Verringerung des durch die Kontrollen entstehenden Verwaltungsaufwands durch Bündelung der Kontrolltermine sowie durch den

Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik; Veränderungen durch die Revision der EU-Ökoverordnung

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/5985

Auswirkungen der Novel-Food-Verordnung 258/97/EG auf BW
Zulassung für Novel-Food-Produkte; Nachweispflicht für die Hersteller der Produkte; Brauchbarkeit des „Novel Food Catalogue“ der Europäischen Kommission; Anerkennung von Positivlisten anderer EU-Staaten in Deutschland; Beurteilung des mit dem Genehmigungsverfahren verbundenen Aufwands insbes für kleinere Hersteller; Haltung zu einer Novellierung der Novel-Food-Verordnung; Produktion von Novel-Food-Produkten in BW und deren Überwachung

Antr
s. *Novel-Food-Verordnung*
Drs 15/6247

Gesundheitsbezogene Angaben in der Lebensmittelüberwachung

Sachstand zur Produktkontrolle unter Anwendung der Health-Claims-Verordnung; Konsequenzen für die Lebensmittelüberwachung aufgrund des Untersuchungsberichts „Lebensmittel mit Gesundheitsversprechen - wirklich gesünder?“ der Verbraucherzentralen

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 20.01.2015 und
Antw MLR Drs 15/6368

Keine Gebühren für Routinekontrollen im Lebensmittelgewerbe!
Sachstand zur Einführung von Gebühren für anlasslose Lebensmittel-Regelkontrollen, insbes Bewertung der Einführung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Planungen zur Einführung der Gebühren in BW; Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes im Lebensmittelgewerbe sowie betrieblicher Eigenkontrollen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 27.01.2015 und
Stellungnahme MLR Drs 15/6406

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die Kommunen bei der Umsetzung der schulischen Inklusion und dem Aufbau pädagogischer schulischer Netze; Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in den Bereichen Trinkwasserüberwachung und Lebensmittelüberwachung; Unterstützung des investiven Ausbaus der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren

GesEntw
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/6962

Feststellung guter Ergebnisse von heimischen Ökoprodukten beim Ökomonitoring

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 259 263

Schaffung von 14 zusätzlichen Stellen für Lebensmittelkontrolleure und Amtstierärzte

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114

Schaffung zusätzlicher Stellen für Lebensmittelkontrolleure und Amtstierärzte

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1303 1311 1312

Untersuchung von Lebensmitteln auf gentechnisch veränderte Organismen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1712 1713

Lebensmittelpreis

s.a. *Agrarpreis*
s.a. *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe*
s.a. *Nahrungsmittel*

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe; Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz verpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerechts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr
s. *Fleischerei*
Drs 15/5506

Lebensmittelrecht

s.a. *Nahrungs- und Genussmittelgewerbe*

Lebensmittelüberwachung auf Vereins- und Straßenfesten

Entlastung der Vereine und ehrenamtlichen Organisationen von der Umsetzung der hygiene- und lebensmittelrechtlichen Vorschriften

KIAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/523

Gesundheitsbezogene Angaben in der Lebensmittelüberwachung

Sachstand zur Produktkontrolle unter Anwendung der Health-Claims-Verordnung; Konsequenzen für die Lebensmittelüberwachung aufgrund des Untersuchungsberichts „Lebensmittel mit Gesundheitsversprechen - wirklich gesünder?“ der Verbraucherzentralen

KIAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/6368

Lebensmittelbegriff

Sachstand zur Definition des Lebensmittelbegriffs bei Pflanzen, insbes unter Berücksichtigung der Bedeutung der Ernte

KIAnfr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/7908

Lebensmittelsicherheit

Lebensmittel und Futtermittelkontrolle - Aflatoxine

Verfahren und Resultate der Lebens- und Futtermittelkontrollen in BW bezüglich der Untersuchungen auf Schimmelpilzgifte, insbes Aflatoxine; zusätzliche Maßnahmen der LReg nach dem Bekanntwerden eines konkreten Verdachtsfalls mit überschrittenen Grenzwerten für Aflatoxine bei importiertem Futtermais aus

Serbien im Herbst 2012

Antr
s. *Mykotoxin*
Drs 15/3165

EU-Regelungen zum Lebensmittelimport aus Drittstaaten

Umfang und Art der Lebensmittelimporte seit 2003; bei der Lebensmittelüberwachung entdeckte Sicherheits- und Qualitätsmängel; Untersuchung der Nahrungsmittel entsprechend den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen; Zuverlässigkeit des EU-Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF); Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes durch eine Verschärfung der EU-Regelungen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 11.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3345
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 67
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartner-schaft*
Drs 15/4509

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verordnung über neuartige Lebensmittel

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4597

Neue Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A
Beurteilung und Konsequenzen aus der neuen Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), insbes Bewertung des seit dem 1. Januar 2015 in Frankreich geltenden generellen Verbots von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen

KlAnfr
s. *Gesundheitsschädlicher Stoff*
Drs 15/6597

500 Jahre deutsches Reinheitsgebot - Bier und Brauereiwirtschaft in BW

Entwicklung der Braustätten im Land, Zahl der Beschäftigten; Bierproduktion im Jahr 2015, Bierkonsum in den vergangenen fünf Jahren; Anteil baden-württembergischen Biers am Gesamtabsatz; Bedeutung und Zukunftsaussichten des Reinheitsgebots; Hopfenanbau in BW; Einfluss ausländischer und neuartiger Biere; Marktanteil alkoholfreier, alkoholreduzierter und mit Limonaden versetzter Biere; Förderung der Vermarktung von Bier durch das Land

Antr
s. *Bier*

Drs 15/7929

Lebensmittelüberwachung

s. *Lebensmittelkontrolle*

Lebensmittelwirtschaft

s. *Ernährungswirtschaft*

Lebensmittelzusatzstoff

s.a. *Farbmittel*

Zusatzstoffe in Limonaden

Bromierte Pflanzenöle (BVO) als Zusatzstoffe in Limonaden; Untersuchungen zum Einsatz der europaweit verbotenen Zusatzstoffe in Erfrischungsgetränken; Nachweis der bromierten Pflanzenöle in Limonadengetränken; Nachfrage nach diesen Produkten und ihr Vertrieb; Information der Verbraucher über die Gefahren bromierter Pflanzenöle in Erfrischungsgetränken

Antr
s. *Erfrischungsgetränk*
Drs 15/3678

Lebensrettung

Aktuelle Situation und Perspektiven des Rettungsdienstes in BW
Struktur, Lage und Optimierungsmöglichkeiten des Rettungsdienstes in BW sowie Vergleich zu anderen Bundesländern und Staaten der EU und OECD; Übertragbarkeit der Entscheidung des BayVerfGH vom 24. Mai 2012 auf BW; Trennung von Krankentransport und Notfallrettung; Evaluation und Optimierung der integrierten Leitstellen; Daten zur Hilfsfrist; Einführung einer Hilfsfrist von 40 Minuten, eines Konzepts „Helfer vor Ort“ sowie digitaler Technik für Funk und Disponierung; Gestaltung der Nachwuchsgewinnung für den Rettungsdienst, insbes Daten zum Freiwilligendienst und Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht; Verbesserung der Einkommenssituation; Bewertung von Änderungen bei Landes- und Bundesgesetzen mit Bezug zum Rettungsdienst

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/2858

„Jeder ist ein Held“ - Erste-Hilfe-Ausbildung in BW

Häufigkeit der Notfallmeldung „plötzlicher Herzstillstand“; Überlebenswahrscheinlichkeit bei einem „plötzlichen Herzstillstand“ mit und ohne Laienhilfe; Anteil lebensrettender Sofortmaßnahmen durch Laien nach Bundesländern, Staaten der Europäischen Union sowie OECD-Staaten; Steigerung der Erste-Hilfe-Leistung durch Laien durch Schulung der Bevölkerung; Nutzen der „Woche der Wiederbelebung“; Einführung eines Schulsanitätsdienstes und eines jährlichen Erste-Hilfe-Trainings für die Schüler an weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 25.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4239
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.02.2014 Drs 15/4897 (dazu ÄAntr Thaddäus Kunzmann CDU und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 77-79
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Verbesserungen im Bereich der Ersten Hilfe in und durch Schulen

Sächliche und personelle Ausstattung für medizinische Notfallmaßnahmen an den Schulen des Landes; Sachstand zur theoretischen und praktischen Unterweisung von Schülern in Erste-Hilfe-Maßnahmen an den Schulen

KlAnfr Ulrich Müller u.a. CDU 15.02.2016 und Antw KM Drs 15/8060

Lebensversicherung*Handhabung „Lebensbescheinigungen“*

Handhabung der Ausstellung o.g. Bescheinigungen zur Vorlage bei Lebens- und Rentenversicherungen

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/1285

Handhabung „Lebensbescheinigungen“

Handhabung der Ausstellung o.g. Bescheinigungen zur Vorlage bei Lebens- und Rentenversicherungen; Frage nach einer Verpflichtung von Polizeidienststellen zur Unterzeichnung von Lebensbescheinigungen

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/1837

LEFG

s. *Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz*

Legal Highs

s. *Synthetische Droge*

Legasthenie

s. *Lernstörung*

Legehennen

s. *Geflügel*

Legehennenbetriebsregistergesetz*Falschdeklarierung von Eiern*

Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3152

LegRegG

s. *Legehennenbetriebsregistergesetz*

Lehr- und Lernmittel

s.a. *Schulausstattung*

Digitale Unterrichtsmaterialien, Digitalisate und Open Content
Bewertung der Kritik am bisher geltenden Pauschalvertrag zwischen Bundesländern und Schulbuchverlagen; Höhe der Zahlungen an die Verlage für Unterrichtsmaterialien und Schulbuchauszüge, für Schulbücher, Lernsoftware u.a.; Unterstützung von Open Content u.a. Formen der lizenzfreien, digitalen Zugänglichmachung von Unterrichtsmaterialien an den Schulen

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 29.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1772
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 44 47
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Einsatz von Tageszeitungen und anderen Medien im Schulunterricht

Daten zu medienpädagogischen Kooperationen zwischen Schulen und Tageszeitungen in BW sowie vergleichbaren Projekten mit Online-Medien und dem Rundfunk; Bedeutung, Kompetenzförderung, Bildungsplanung und Lehrerfortbildung zu Einsatz von Tageszeitungen im Schulunterricht

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 23.01.2013 und Antw KM Drs 15/2912

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iR Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr
s. *Verbraucherinformation*
Drs 15/3938

Unterrichtspraktische Unterstützung der Gemeinschaftsschulen
Unterstützung von Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen hinsichtlich differenzierender Unterrichtsmaterialien, didaktischer Hilfestellung und Vernetzungsangeboten; Kooperation und Kommunikation der Schulbehörden und Schulen mit den Schulbuchverlagen iR kommender Schulbuchserien für Gemeinschaftsschulen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4030

Weitere Entwicklung der Fachschulen für Landwirtschaft

Umsetzung des geplanten effizienten Einsatzes von Lehrkräften und Nebenlernmitteln an den Fachschulen für Landwirtschaft sowie weitere zielführende Aktivitäten zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

MdlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/4105

Taschenrechner im Abitur

Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie wissenschaftlichen Taschenrechnern, grafikfähigen Taschenrechnern (GTR) und Computeralgebrasystemen (CAS) im Mathematikunterricht an den Gymnasien; Nutzung dieser technischen Hilfsmittel in den Abiturprüfungen im Fach Mathematik; Begründung der Einschränkung auf wissenschaftliche Taschenrechner ab dem Abiturjahrgang 2017; Standpunkt der Kultusministerkonferenz im Hinblick auf gemeinsame Bildungsstandards; Beschaffung glei-

cher Geräte für alle Schüler iRd Lernmittelfreiheit

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/4327

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5647

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztagsgrundschule)

Weiterentwicklung des Auftrags der Realschule; Schaffung einer Strukturierung der Bildungspläne nach Niveaustufen und Anpassung der Rechtsgrundlage für die Schulbuchzulassung; Ermöglichung der sukzessiven Einrichtung von Ganztagschulen in der Wahlform an Grundschulen sowie den Grundstufen der Förderschulen

GesEntw
s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/7134

Aktionsplan „Akzeptanz & gleiche Rechte BW“

Sachstand zur Verankerung des Themas „sexuelle Vielfalt“ in Schulbüchern, insbes vorgesehene Schulstufen und Fächer, Definition der Begrifflichkeit „gesellschaftliche Realität“, Konsequenzen für „sich weigernde“ Schulbuchverlage, Auswirkung des Vertrags zwischen dem Land und dem „Netzwerk LSBTTIQ“, Bevorzugung der Gruppierung der LSBTTIQ gegenüber anderen Minderheiten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 11.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7293

MINT-Ausbildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vom Kindergarten bis zum Schulabschluss

Sachstand zur Ausbildung in den MINT-Fächern an den Schulen, insbes Weckung von Interesse und Motivation für MINT-Themen, Einrichtung von MINT-Beauftragten an den Schulen, Reduktion von Mathematik und Informatik am Gymnasium, Kooperation von Schulen bei Beschaffung und Betreuung von Geräten

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/7427

Lehramtsanwärter

s. *Beamtenanwärter*

Lehramtsreferendariat

s. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*

Lehrbeauftragter

Lehrbeauftragte an Hochschulen

Vergütung und soziale Absicherung der haupt- und nebenamtlichen Lehrbeauftragten; Anteil der von ihnen erbrachten Lehrleistungen; Ermöglichung von festen Anstellungsverträgen mit Kündigungsschutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub; Anerkennung als Mitglieder der Hochschule

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 03.11.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/832 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/1821 S. 24-27
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Akademischer Mittelbau*
Drs 15/1156

Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten an Musikhochschulen verbessern

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den einzelnen Musikhochschulen im Vergleich zu Kunsthochschulen und Hochschulen für darstellende Kunst u.a. Hochschularten; Ausgestaltung der Arbeits- und Vergütungssituation; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einbeziehung in die demokratische Selbstverwaltung; Unterstützung der Initiative zur Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Betroffenen zur Erarbeitung gemeinsamer Standards zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen

Antr GRÜNE 02.02.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1193
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/1821 (dazu ÄAntr Manfred Kern GRÜNE und Helen Heberer SPD und ÄAntr Dr. Timm Kern FDP/DVP) S. 24-27
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
Mittlg LReg 20.06.2013 Drs 15/3660

Die Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes BW

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den Musikhochschulen, Akademien der Bildenden Künste, der Filmakademie, Popakademie und den Theaterakademien; Ver-

gleich der Kosten bei einer Erbringung durch festangestellte Lehrkräfte; Frage nach einem Stufenplan zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten

KlAnfr Helen Heberer SPD 26.09.2012 und Antw MWK Drs 15/2398

Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen
Einrichtung einer Arbeitsgruppe und deren Zielsetzung

MdlAnfr 5) Sabine Kurtz CDU 12.11.2012 Drs 15/2649
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2966 2967

Situation und Perspektiven der Musikhochschulen in BW
Situation der Musikhochschulen in BW, insbes Studienangebot, Studentenzahlen und Finanzausstattung; Fragestellungen und Themen der Überprüfung der Musikhochschulen durch den Rechnungshof, Ergebnisse des Prüfungsberichts und geplante strukturelle Änderungen als Konsequenz der LReg; Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3306

Status, Mitwirkung und Vertretung der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen

Situation der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen, insbes Anteil gegenüber festangestellten wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, Lastverteilung bei Stundenzahl und Einzelunterricht, Bedingungen für Prüfungsberechtigung, personal- und hochschulrechtlicher Status, Änderung gesetzlicher Regelungen im Landespersonalvertretungsgesetz und im Landeshochschulgesetz

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3626

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 21 - Lehrverpflichtung der Professoren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Kap 1442, 1443, 1450, 1451 und 1457)

Mittlg RH
s. *Fachhochschule*
Drs 15/3821

Situation der Lehrbeauftragten bei der Weiterentwicklung der Musikhochschulen

Berücksichtigung der Situation der Lehrbeauftragten und deren Beteiligung an der Erarbeitung des geplanten Konzepts zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/4457

Lehrbeauftragte an den Hochschulen in BW

Sachstand zur Situation der Lehrbeauftragten an Universitäten und Hochschulen in BW, insbes Vergütungsregelungen, allgemeines Arbeits- und Rechtsverhältnis

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 18.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6298
BeschlEmpf und Bericht WissA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 24
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Erhöhung des Budgets für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags
Sachstand zur Umsetzung der geplanten Erhöhung des Budgets um 28 Millionen Euro für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

MdlAnfr 5) Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.12.2015 Drs 15/7860
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8819 8820

Finanzierung von Lehrbeauftragten an Hochschulen aus den Einnahmen der Studiengebühren

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 993

Würdigung des Beitrags der Lehrbeauftragten an der Dualen Hochschule an der Lehre

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1992 1993

Lehrbeauftragter an Hochschulen

s. *Lehrbeauftragter*

Lehre (Hochschule)

s. *Hochschullehre*

Lehrer

s.a. *Beratungslehrer*
s.a. *Berufsschullehrer*
s.a. *Erzieher*
s.a. *Fachlehrer*
s.a. *Grund- und Hauptschullehrer*
s.a. *Gymnasiallehrer*
s.a. *Hochschullehrer*
s.a. *Lehrerbildung*
s.a. *Musiklehrer*
s.a. *Schulleiter*
s.a. *Sonderschullehrer*
s.a. *Unterrichtsvertretung*

Sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beseitigen

Arbeitslosigkeit o.g. Lehrkräfte nach Beendigung des Referendariats bis zum Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs; Schließung dieser Lücke durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes

Antr
s. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*
Drs 15/25

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/286

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 15/257

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Bedeutung einer differenzierten Lehrerausbildung für das gegliederte Schulwesen; Zusammensetzung, Arbeitsauftrag und Zeitplan der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK; Einbindung von Verbänden, Institutionen u.a. Experten; verfügbare Kompetenzen einer Lehrkraft zum gleichzeitigen Fördern und Fordern von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern im gemeinsamen Unterricht der Gemeinschaftsschule; Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerausbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 15/360

Ungewisse Rahmenbedingungen für die unverbindliche Grundschulempfehlung zum kommenden Schuljahr

Folgewirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, einbezogene Fächer und Kompetenzen des einzelnen Schülers in die künftige Empfehlung; Entwicklung eines Leitfadens und einer Fortbildungskonzeption für die Lehrkräfte für das Beratungsgespräch mit den Eltern; Umgang mit einem von der verbindlichen Grundschulempfehlung abweichenden Elternwillen zum Schuljahr 2011/12

Antr
s. Schullaufbahneempfehlung
Drs 15/382

Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an Schulen in BW

Bilanz der bisherigen Maßnahmen zur Gewinnung o.g. Lehrkräfte und der erreichten Vorteile für Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund und das Schulleben insgesamt, angewandte Eignungskriterien bei der Einstellung, Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. Migrant
Drs 15/443

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Berücksichtigung des Migrationshintergrunds von Schülerinnen und Schülern bei der Lehrerstundenzuweisung an Schulen

Mittlg LReg 30.08.2011 Drs 15/457

Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Zeitpunkt der Einrichtung, Zusammensetzung und Arbeitsauftrag der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK zur Neuordnung der Lehrerausbildung für die Gemeinschaftsschule; Entwicklung einer einheitlichen Besoldungsstruktur und Deputatsverpflichtung

MdlAnfr 1) Georg Wacker CDU 28.09.2011 Drs 15/607
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 636 637

Lehrerstellen sparen durch Pädagogische Assistenten?

Gegenfinanzierung der Pädagogischen Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen in Form von Anteilen an Lehrerdeputaten, entsprechendes Vorgehen beim Auslaufen der Verträge der an Grundschulen beschäftigten Assistenten?

MdlAnfr
s. Schulassistent
Drs 15/791

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 8: Sonderverwendung von Lehrkräften in der Kultusverwaltung

Mittlg LReg 08.11.2011 Drs 15/851
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/998
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/110 betr. Nutzung der Sabbatjahrbezüge zur häuslichen Pflege

Petitionen
s. Freistellung von der Arbeit
Drs 15/919

Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe Lehrergesundheit

Umsetzung o.g. Ergebnisse mit dem mit den Berufsverbänden abgestimmten Maßnahmenkatalog, insbes mit dem Coachingprogramm nach dem Freiburger Modell, mit dem Stimmtraining für angehende Lehrer, den regelmäßig erfolgenden Gefährdungsbeurteilungen auf psychomentele Belastungen und einem Fortbildungsangebot für Schulleitungen; zeitliche und finanzielle Ausgestaltung der Umsetzung, Bereitstellung der zusätzlichen drei Millionen Euro pro Jahr

Antr Georg Wacker u.a. CDU 30.01.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1183
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.05.2012 Drs 15/2007 S. 18 19
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 11: Pädagogische Tage der Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen

Organisation der o.g. Fortbildungsveranstaltungen unter Vermeidung von Unterrichtsausfall

Mittlg LReg
s. Lehrerbildung
Drs 15/1586

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Heidenheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 18.06.2012 und Antw KM Drs 15/1861

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-

wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Karl-Wolfgang Jägel CDU 18.06.2012 und Antw KM Drs 15/1862

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Schwäbisch Hall

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 18.06.2012 und Antw KM Drs 15/1863

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-Schwenningen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Karl Rombach CDU 18.06.2012 und Antw KM Drs 15/1864

Lehrerversorgung an den Schulen im Enzkreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 18.06.2012 und Antw KM Drs 15/1865

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreises Böblingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 18.06.2012 und Antw KM Drs 15/1866

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Manfred Groh u.a. CDU 18.06.2012 und Antw KM Drs 15/1867

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ravensburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 20.06.2012 und Antw KM Drs 15/1881

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Pforzheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 20.06.2012 und Antw KM Drs 15/1878

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Biberach

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 20.06.2012 und Antw KM Drs 15/1879

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und LKreises Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 20.06.2012 und Antw KM Drs 15/1880 (12 S.)

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Joachim Köbler u.a. CDU 21.06.2012 und Antw KM Drs 15/1888

Lehrerversorgung an den Schulen des Kreises Reutlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 21.06.2012 und Antw KM Drs 15/1889

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Esslingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Andreas Deuschle u.a. CDU 21.06.2012 und Antw KM Drs 15/1891

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfelden

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Felix Schreiner CDU 21.06.2012 und Antw KM Drs 15/1894 (11 S.)

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 56 (Konstanz) und Wahlkreises 57 (Singen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 21.06.2012 und Antw KM Drs 15/1930

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Mannheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Georg Wacker CDU 21.06.2012 und Antw KM Drs 15/1936

Lehrerversorgung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Georg Wacker u.a. CDU 21.06.2012 und Antw KM Drs 15/1937

Studie: „Lehre(r) in Zeiten der Bildungsapanie“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst,

zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehreraus- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 25.06.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1947

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2741 S. 7-10

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Heidelberg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Karl Klein CDU 25.06.2012 und Antw KM Drs 15/1951

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ludwigsburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Konrad Epple u.a. CDU 25.06.2012 und Antw KM Drs 15/1952

Lehrerversorgung im Ortenaukreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 27.06.2012 und Antw KM Drs 15/1970

Lehrerversorgung an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Wilfried Klenk u.a. CDU 28.06.2012 und Antw KM Drs 15/1979

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-

wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Tobias Wald CDU 28.06.2012 und Antw KM Drs 15/1980 (12 S.)

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Emmendingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Marcel Schwehr CDU 29.06.2012 und Antw KM Drs 15/1991

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Rottweil

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Stefan Teufel CDU 29.06.2012 und Antw KM Drs 15/1993

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 29.06.2012 und Antw KM Drs 15/1994 (12 S.)

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 13 - Demografische Entwicklung der Schülerzahlen und ihre Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (Kap 0405, 0408, 0410, 0416, 0436 und 0437)

Mittlg RH
s. Schüler
Drs 15/1913

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 05.07.2012 und Antw KM Drs 15/2034

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Göppingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwer-

denden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 09.07.2012 und Antw KM Drs 15/2045

Lehrerversorgung an den Schulen des Hohenlohekreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 12.07.2012 und Antw KM Drs 15/2076

Massive Streichungen und Umschichtungen von Lehrerstellen angekündigt - was plant die LReg?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2402-2415

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Tuttlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KIAnfr Guido Wolf CDU 19.07.2012 und Antw KM Drs 15/2124

Anteil von Nicht-Unterricht-Aufgaben im Schuldienst

Art und Umfang des Einsatzes von o.g. Lehrerdeputaten, Zahlen und Besoldungsgruppen von Lehrern im Unterrichtseinsatz und in anderen Bereichen

KIAnfr Gernot Gruber SPD 19.07.2012 und Antw KM Drs 15/2134

Die Unterrichtsversorgung nach Stellen, Deputaten und aufgelaufenen Vorgriffsstunden an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der freigewordenen, der geschaffenen und zugeteilten Deputate an den o.g. Schulen in den letzten drei Schuljahren; Zahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Anteil der auf den Ergänzungsbereich entfallenen Lehrerwochenstunden; Umfang der aufgelaufenen und zurückgegebenen Vorgriffsstunden

KIAnfr
s. Schulunterricht
Drs 15/2151

Anerkennung von Schulen in freier Trägerschaft

Verschärfung der Prüfung und Versagung der staatlichen Anerkennung bei einem Anteil von unter zwei Dritteln der Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen; Gewichtung der von den oberen Schulaufsichtsbehörden durchgeführten Unterrichtsbesuche zur Feststellung der pädagogischen Eignung von Lehrkräften ohne 2. Staatsexamen; Ermöglichung einer Nachqualifizierung und Gleichstellung von wissenschaftlich qualifizierten Lehrern ohne Staatsexamen

Antr

s. *Privatschule*
Drs 15/2160

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Felix Schreiner CDU 14.08.2012 und Antw KM Drs 15/2236

Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO) durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)

Darlegung der Position der LReg zu einer Ablösung der Eingruppierungsrichtlinien für die angestellten Lehrkräfte durch eine tarifvertraglich geregelte Entgeltordnung

KlAnfr Thomas Poreski u.a. GRÜNE 15.08.2012 und Antw MFW Drs 15/2239

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Calw

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Thomas Blenke CDU 20.08.2012 und Antw KM Drs 15/2241

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Freudenstadt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Norbert Beck CDU 20.08.2012 und Antw KM Drs 15/2242 (10 S.)

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Sigmaringen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr Klaus Burger CDU 30.08.2012 und Antw KM Drs 15/2275

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Vergleich der o.g. Zahlen zu Beginn des Schuljahrs 2012/2013 mit denen des vorhergehenden Schuljahrs

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 10.09.2012 und Antw KM Drs 15/2299

Lehrerversorgung in Pforzheim/Enzkreis

Zahl der Lehrerstellen (Vollzeitstellen und Teilzeitstellen) in den verschiedenen Schularten; frei werdende, wieder besetzte und unbesetzte Stellen zum Schuljahr 2012/2013, eingeplante Krankheitsvertretungen; zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts notwendige Lehrerstellen

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 17.09.2012 und Antw KM Drs 15/2338

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
Drs 15/2561

Stellensituation an den allgemein bildenden Gymnasien und Beruflichen Schulen

Stellenentwicklung im höheren Dienst (Besoldung A 13 und A 14) in den letzten zehn Jahren; Verhältnis dieser Besoldungsgruppen in den Gymnasien im Vergleich zu den Berufsschulen; Forderungen nach einer Gleichbehandlung der Beruflichen Schulen bei der Stellenzuweisung und nach mehr Planungssicherheit für diese Schulgattung durch rechtzeitige Lehrereinstellung

KlAnfr Dr. Monika Stolz CDU 21.11.2012 und Antw KM Drs 15/2722

Lehrergesundheit in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften

Programme und Kurse zur Vorbeugung von Erschöpfung und Krankheiten bei Lehrern; Angebote zu Classroom-Management und Zeitmanagement in der Lehreraus- und -fortbildung; Untersuchung der Persönlichkeitsstruktur angehender Lehrer im Hinblick auf spezifische, sich daraus erwachsende Gesundheitsrisiken und die Einleitung geeigneter Vorsorgemaßnahmen; Prävention und Gesundheitsprophylaxe als Führungsaufgabe der Schulleiter; Erörterung des Themas Lehrergesundheit in der „Ex-

pertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung in BW“; Höhe der veranschlagten Haushaltsmittel

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2724

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3398 S. 24-26

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Planungen und Statistiken zum Wegfall der Haupt-/Werkrealschulen und den dadurch frei werdenden Lehrkräften, hier insbes Altersstruktur, Pensionierungszahlen und Stellenstreichungen; zukünftiger Einsatz und Umschulung von Haupt-/Werkrealschullehrkräften unter Berücksichtigung von fachlich-didaktischer Ausbildung und Laufbahnrecht; Verfahrensstand der Schulentwicklungspläne; Umfang, zukünftiger Einsatz und Besoldung von Lehrkräften mit Ausbildung für unterschiedliche Schultypen an Gemeinschaftsschulen

Antr CDU 11.01.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2859
PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7187-7194

Perspektiven für Haupt- und Werkrealschullehrer

Zahlen und Prognosen zu Hauptschulanmeldungen im Rems-Murr-Kreis; Pläne zur Schließung bzw zum Umbau in Ganztagschulen für Haupt- und Werkrealschulen im Rems-Murr-Kreis sowie Maßnahmen für das Lehrpersonal; Entwicklung der Studienabschlüsse für das Hauptschullehramt

KlAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 15/2875

Entwicklung der Schulfremdenprüfung

Statistiken zu Schulfremdenprüfungen im Rems-Murr-Kreis und im Land; Rechtsgrundlage für die Mehrarbeit und Entschädigung von Fachlehrkräften durch Prüfungsabnahme

KlAnfr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/3180

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerbildung zur Schaffung eines gemeinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/3322

„Hilfe, ich bin Lehrer - holt mich hier raus!“ - die grün-rote Bildungspolitik mit ihrem geplanten Einheitslehrer erneut auf Abwegen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3805-3820

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden

für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KlAnfr

s. *Hausaufgaben*

Drs 15/3381

Netzwerkbetreuung an Schulen

Organisation, Zeitaufwand und Finanzierung der Netzwerkbetreuung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, insbes Berechnung der Anrechnungsstunden für Lehrer als IT-Betreuer; Einsatz und Verwendungsarten von Schulnetzwerken

KlAnfr

s. *Rechnernetz*

Drs 15/3401

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf Ganztagschulen in offener Angebotsform im Enzkreis und in Pforzheim

Zahl der an den einzelnen Ganztagschulen entfallenden Entlastungsstunden; Existenzgefährdung von Ganztagschulen in offener Angebotsform durch die Streichung der Entlastungsstunden; Sicherstellung des Fortbestands des fünfzügigen Theodor-Heuss-Gymnasiums Mühlacker; Aufrechterhaltung zusätzlicher Angebote wie z.B. Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustauschprogramme und Präventionsprojekte

KlAnfr

s. *Ganztagschule*

Drs 15/3402

Altersermäßigung für Lehrkräfte

Grundlage, Ausgestaltung und Zukunft der bisherigen Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes Regelung für die einzelnen Schularten, Abstimmung mit den Lehrerverbänden und Gewerkschaften; Regelung der Altersermäßigung für Schwerbehinderte; Umschichtung von gestrichenen Mitteln zur Altersermäßigung in andere Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes für Lehrkräfte

Antr Georg Wacker u.a. CDU 24.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3417

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP) S. 15-17

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität

Sinn und Zweck der Anrechnungsstunden; Nutzung des Entlastungskontingents; Auswirkungen der Streichung von Lehrerstellen und einer Kürzung der Entlastungsstunden auf die Unterrichtsversorgung und die Bildungsqualität; Absenkung der Anrechnungsstunden nach Schularten; Einsparung von Lehrerdeputaten; Ausgleich der Mehrbelastung der Lehrer; Rücknahme der geplanten Einschnitte beim Entlastungskontingent

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3435

Aktuelle Bildungsforschung belegt: Guter Unterricht braucht gute Lehrer - und keine bloßen Lernbegleiter

Folgerungen aus der bildungswissenschaftlichen Studie von John Hattie für den pädagogischen Ansatz der Gemeinschaftsschule sowie Wissensgewinn und Lernerfolg; Abhängigkeit des Lernerfolgs von Rolle, Kompetenzen und Qualifikation der Leh-

rer; Grundlage für erfolgreichen Unterricht bei Modellen des offenen Unterrichts und des jahrgangsübergreifenden Lernens; Gründe für Ablehnung des Frontalunterrichts; Auswirkung der Finanzausstattung der Schule sowie Einfluss von Leitungsüberprüfungen und Feedback-Elementen auf Wissensgewinn und Lernerfolg der Schüler; Stellenwert einer stringenten Klassenführung des Lehrers; Verständnis des Lehrers weniger als Lernbegleiter sondern als Regisseur

GrAnfr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/3500

Befristete Arbeitsverhältnisse

Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beim Land zum Stichtag 1. April 2013; Verteilung auf die Bereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Justizvollzug, Steuer- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung und Sonstige; Gründe für die zeitliche Befristung; Dauer der Arbeitsverhältnisse; Zeitverträge mit jungen Berufstätigen; Anteil der in Dauerarbeitsverhältnisse überführten befristeten Arbeitsverhältnisse

KlAnfr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/3599

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den Wahlkreis 33 (Baden-Baden/Bühl)

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3601

Regierungsbefragung

Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer
PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4263 4264

Befangenheit von Schulleitung und Lehrkraft als Mitglied im Gemeinderat bei Einrichtung, Aufgabe und Änderung von Schulen
Anwendbarkeit des § 18 der Gemeindeordnung von BW (Ausschluss wegen Befangenheit) auf Schulleiter und Lehrer bei Abstimmungen über Schulthemen im Gemeinderat

KlAnfr
s. *Befangenheit*
Drs 15/3658

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3670

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den LKreiss Esslingen

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3682

Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen die Pädagogik der Gemeinschaftsschule

Förderung von Projekten und Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums durch private Stiftungen; Umfang der finanziellen Unterstützung in den Jahren 2008 bis 2012; Förderung der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften für die Gemeinschaftsschule durch private Stiftungen; finanzielles Engagement der Robert-Bosch-Stiftung, der Stiftung Würth und der Breuninger-Stiftung; inhaltlicher Einfluss der Stiftungen auf die von ihnen geförderten Projekte; Entwicklung eines Weiterbildungsprogramms für die Lehrer an Gemeinschaftsschulen; Umgang der früheren LReg mit Stiftungsgeldern für den Bildungsbereich

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3745

Das Berufsbild des Lehrers bleibt in BW attraktiv

Besoldung verbeamteter Lehrkräfte in BW im Vergleich zu Beschäftigten einer vergleichbaren Tarifstufe und zu Lehrern in anderen Bundesländern; Pensionsniveau verbeamteter Lehrer im Vergleich zu Tarifbeschäftigten; Wechsel verbeamteter Lehrkräfte in das Angestelltenverhältnis; Vorzüge des Beamtenverhältnisses gegenüber einer Anstellung in der freien Wirtschaft; Übernahme der Lehrkräfte nach Ausbildungsabschluss in den Schuldienst

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 15.07.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3782

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3845

Verbot der Nutzung sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer

Nutzung sozialer Netzwerke durch Lehrer, insbes bekannt gewordene Fälle von Austausch personenbezogener Daten mit dienst- und datenschutzrelevanten Informationen und dienst-

rechtlichen Maßnahmen, Beweggründe für die Erstellung der Handreichung des Kultusministeriums zum Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen; Gefahren der Nutzung sozialer Netzwerke durch Landesbeamte und -beschäftigte; Sanktionsregelungen für das posten unangemessener Inhalte; Begründung des Verbots der Nutzung von Fan Pages und sozialen Plug-Ins für Schulen

Antr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/3858

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungsklassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3872

Allgemeines Entlastungskontingent

Zweck der Bereitstellung des allgemeinen Entlastungskontingents (Stundenpools) und Festlegung eines schulartgenauen Aufgabenkatalogs zur Verwendung der Anrechnungsstunden (tabellarische Darstellung); Empfehlungen des Rechnungshofs zum allgemeinen Entlastungskontingent von 2007 und Begründung der abweichenden Haltung des Kultusministeriums

Antr
s. *Stundenpool*
Drs 15/3901

Verbot sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer - Ein Dilemma zwischen Datenschutz und Lebenswirklichkeit

Motiv für die Handreichung „Der Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen“; Definition des „dienstlichen Charakters“ der Nutzung; datenschutzrechtliche Schulung der Lehrkräfte statt Regelkatalog; Auswirkungen der Handreichungen auf das Image der Lehrer; negative Erfahrungen mit der Nutzung sozialer Netzwerke an Schulen; Vorteile sozialer Netzwerke für die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern; Einrichtung von Arbeits- oder Lerngruppen in Online-Netzwerken

Antr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/3906

Unbesetzte Lehrerdeputate an der Waldschule Pforzheim-Büchenbronn

Lehrkräftebedarf der Waldschule Büchenbronn; Zuteilung weiterer Lehrkräfte zur Behebung des bestehenden Unterrichtsdefizits; Zusatzstunden für einen stufengetrennten Unterricht in den Kernfächern in Klasse 6 und Klasse 7; Lösungsvorschläge für die lehrplanmäßige Unterrichtserteilung in zusammengelegten Klassen; Chancengleichheit für die Schüler der Waldschule Büchenbronn

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4143

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Altersermäßigung muss erhalten bleiben - keine Haushaltssanierung auf Kosten der Lehrergesundheit

Pläne der LReg zur Streichung bzw Verschiebung der Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes konkrete Verwendung der eingesparten Ressourcen aus einer geplanten Streichung bzw Verschiebung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 06.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4288

Regierungsbefragung

Umgang mit Lehrern

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4837-4839

Ist der von Kultusminister Stoch dargestellte Kompromiss nicht in Wirklichkeit eine Verschlechterung für die Lehrerinnen und Lehrer?

Hintergründe und Auswirkungen der Entscheidung zur Verschiebung von Altersermäßigung und Pensionsgrenze für die Lehrer Baden-Württembergs

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.12.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4409

Funktionsstellen für beurlaubte Landesbeamte

Bedingungen für beurlaubte Landesbeamte im Schuldienst zur Bewerbung auf Funktionsstellen an Seminaren für Lehrerbildung und in der Schulverwaltung; Einbindung von beurlaubten Landesbeamten in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften

KlAnfr Karl-Wilhelm Röhm CDU 16.12.2013 und Antw KM Drs 15/4507

Die Bedeutung psychischer Schwierigkeiten und Krankheiten für die Verbeamtung im Schulwesen

Hauptursachen für das Scheitern von Verbeamtungen im Schulwesen; Hauptursachen für eine Verneinung der gesundheitlichen Eignung; Stellenwert der psychischen Beeinträchtigungen und deren Diagnose; Verzicht der Lehramtskandidaten auf eine Behandlung psychischer Krankheiten, um die angestrebte Verbeamtung nicht zu gefährden; Auftreten psychischer Störungen innerhalb des ersten Jahrs nach der Verbeamtung; Unterstützungsangebote bei psychischen Schwierigkeiten

KlAnfr
s. *Ernennung zum Beamten*
Drs 15/4752

Fallbesprechungsgruppen

Situation der Fallbesprechungsgruppen für Lehrer an den Schulen Baden-Württembergs und Mittelbereitstellung für deren Fortbestand

Antr Dieter Hillebrand u.a. CDU 17.02.2014 und Stellung-

nahme KM Drs 15/4789

Privatschulfinanzierung im LKreis Esslingen

Statistische Angaben zu den Privatschulen im LKreis Esslingen; Gründe für die steigenden Schülerzahlen an den Schulen in privater Trägerschaft; Anteil der vom Land beurlaubten verbeamteten Lehrer an Privatschulen; Entrichtung einer Versorgungsabgabe für die Lehrkräfte vonseiten der Privatschulen; Brutto-Kostendeckungsgrad der privaten Schulen; Höhe der ab August 2014 im Haushaltsplan vorgesehenen Landeszuschüsse

KlAnfr

s. *Privatschule*

Drs 15/4900

Auswirkungen der Kürzungen im Entlastungskontingent

Auswirkungen auf die verschiedenen Schularten; Rückmeldungen der Schulen; Folgen für die Betreuung von Lehrern in Ausbildung; Vorschläge zur Aufrechterhaltung schulischer Aufgaben wie Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustausch, Praktikantenbetreuung, Betreuung von Sammlungen; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich; Deputate zur Umsetzung des Personalvertretungsgesetzes

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/5022

Eine verlässliche Unterrichtsversorgung genießt oberste Priorität

Entwicklung der Unterrichtssituation und der grundständigen Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen in BW; Entwicklung der Zahl der Lehrer-Überstunden; Maßnahmen zur Stärkung der Krankheitsvertretung und der Kompensation von Unterrichtsausfällen

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/5041

Entwurf einer VO über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO)

Übernahme der bisherigen Regelstundenmaße der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, Unterrichtsverpflichtung der Schulleiter, Regelung zur Alters- und Schwerbehindertenermäßigung und den drei unterrichtsfreien Tagen; Neufassung der Altersermäßigung; Neuregelung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen

Mittlg LReg 06.05.2014 Drs 15/5183 (21 S.)

PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5852

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 28.05.2014 Drs 15/5270

PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6133-6138

Auswirkungen der Regionalen Schulentwicklung auf Haupt- und Werkrealschullehrkräfte

Versetzungen und berufliche Entwicklungsperspektiven für Lehrer an Haupt- oder Werkrealschulen; Ausbau berufsbegleitender Fortbildungsmöglichkeiten für Haupt- und Werkrealschullehrer

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 09.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5182

Endlich sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beenden

Erneuerung der Forderung nach Schließung der Lücke zwischen Beendigung des Referendariats und dem Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes; Vorschlag einer Verlän-

gerung des Vorbereitungsdienstes ab dem Jahrgang 2013/2014; Aufforderung zu einer unverzüglichen Abkehr von der Entlassung angehender Lehrer in die Arbeitslosigkeit

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 04.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5433

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.07.2015 Drs 15/7534 S. 3

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Lehrerausbildung

Stand der Neuordnung der Lehrerausbildung; Bestimmung der beruflichen Eignung angehender Lehrer

MdlAnfr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/5396

Situation der sogenannten „Erfüller“

Zahl der fachlich die Voraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst erfüllenden, dauerhaft als Angestellte tätigen Lehrkräfte; deren Entlohnung im Vergleich mit verbeamteten Lehrern; Gründe für die Nichtverbeamtung; Argumente für eine Aufrechterhaltung der Nichtverbeamtung aus Altersgründen; Berücksichtigung außerhalb des öffentlichen Dienst gesammelter Berufserfahrung bei der Eingruppierung; Aufhebung der finanziellen Benachteiligung der „Erfüller“

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 11.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5613

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 22

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Einfluss von sektenähnlichen Psychogruppen auf Schulen im LKreis Böblingen

Gruppe um eine die „Psychologische Lehr- und Beratungsstelle“ in Böblingen betreibende pensionierte Gymnasiallehrerin; Auskunft über deren Verbindung zum Begründer der sogenannten Zürcher Schule und zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“; Konkretisierung der Vorwürfe gegenüber einer der Gruppe angehörenden Grundschulleiterin; Zugehörigkeit weiterer Schulleiter und Lehrer zu jener Gruppe; Verbreitung ideologischer Inhalte im Unterricht und im Schulbetrieb; Dienstanweisung zur Verweisung an Beratungsstellen; Aufklärung der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe

Antr

s. *Beratungsstelle*

Drs 15/5620

Sogenannte „Erfüller“ im baden-württembergischen Schulsystem

Situation der nicht in ein Beamtenverhältnis übernommenen angestellten Lehrer mit fachlichen Voraussetzungen für eine Verbeamtung, insbes Abbau von Benachteiligungen gegenüber verbeamteten Kollegen bei Entlohnung und Arbeitspensum, Erzielung konkreter Verbesserungen im Zuge der anstehenden Tarifverhandlungen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 05.11.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6076

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 22

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Ruhestand von Lehrkräften

Sachstand zu vorzeitig in den Ruhestand versetzten Lehrern, insbes Gründe für das Ausscheiden, Durchschnittsalter, Auswirkung auf Zahl der Personalstellen und Personalkosten

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 12.12.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6252

Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium

Erfahrungen mit dem Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudium in der Lehrerbildung; Evaluation des Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudiums sowie dessen Einbeziehung in die Reform der Lehrerbildung; Mitwirkung von Vertretern der Kirchen in der Kommission zur Reform des allgemeinbildenden Lehramts; Verankerung der Vermittlung von Basiswissen auf den Gebieten der Philosophie und der Ethik in Rahmenvorgaben des Kultusministeriums; Stellenwert der christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerte in der baden-württembergischen Lehrerbildung

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/6383

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6479

Lehrkräfte an den Haupt-/Werkrealschulen bedürfen einer beruflichen Perspektive

Sachstand zum berufsbegleitenden Fortbildungsprogramm für Lehrer an Haupt-/Werkrealschulen, insbes beauftragte Fortbildungsanbieter und deren Ausstattung, bereitgestellte Haushaltsmittel, Prüfungsordnung, Struktur der Lehrgänge, Aufstiegschancen für Teilnehmer

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/6480

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Keine Höhergruppierung bei Lehrkräften und Funktionsträgern an eigenständigen Grundschulen?

Sachstand zu Besoldungsverbesserungen für Lehrer und Funktionsinhaber an Haupt-, Werkreal- und Realschulen sowie zur Nichtberücksichtigung von eigenständigen Grundschulen

KIAnfr Ulrich Müller CDU 09.04.2015 und Antw KM Drs 15/6720

Abrechnung von Vertretungsstunden

Bestimmungen zur Abrechnung von Mehrarbeitsstunden von Lehrern bei Vertretungsstunden

MdlAnfr
s. *Unterrichtsvertretung*
Drs 15/6814

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und des Kindertagesbetreuungsgesetzes

Einschränkung des bisherigen generellen Kopftuchverbots für Lehrerinnen an Schulen und Kindertageseinrichtungen in Übernahme einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. März 2015 für nordrhein-westfälische Schulen

GesEntw
s. *Religiöses Symbol*
Drs 15/7061

Mehrarbeitsunterrichtsvergütung

Sachstand zur Entwicklung der Mehrarbeitsstunden von Lehrkräften und der Vergütung geleisteter Mehrarbeitsstunden, insbes Arbeitszeitausgleich für die bei Abschlussprüfungen geleistete Mehrarbeit von Lehrkräften bzw Wegfall der Unterrichtsverpflichtung in den Abschlussklassen nach den Prüfungen

Antr
s. *Mehrarbeit*
Drs 15/7268

Unterrichtsausfall durch Freizeitausgleich statt Altersermäßigung

Sachstand zum Unterrichtsausfall durch von Lehrern in Anspruch genommenen Freizeitausgleich anstelle einer Auszahlung der im aktiven Schuldienst erworbenen Altersermäßigung bzw des regulären Zeitausgleichs, insbes Höhe der finanziellen Einsparungen für das Land, Auswirkung auf das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel zum Abbau von Unterrichtsausfall

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/7300

Statusamt und Funktion baden-württembergischer Gemeinschaftsschullehrkräfte

Sachstand zur Situation um die sich unterscheidenden Besoldungsstufen der Lehrer mit unterschiedlichen Lehrbefähigungen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7321

Arbeitszufriedenheit der Lehrerinnen und Lehrer an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen

Sachstand zur Arbeitsbelastung und Arbeitszufriedenheit von Lehrern an den Gemeinschaftsschulen, insbes Anzahl der Versetzungsanträge, Höhe der Ausfallzeiten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7323

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Einstufung des neuen Lehramts Grundschule in Besoldungsgruppe A 12; Einstufung des neuen Lehramts Werkreal-, Haupt- und Realschule in Besoldungsgruppe A 13; Einstufung der Funktionsämter im Bereich der Werkreal- und Hauptschulen auf dem maßgeblichen Niveau zur Zeit der Qualitätsoffensive Bildung; Eingruppierung funktionsgebundener Professorenämter für das Leitungspersonal am Center for Advanced Studies der Dualen Hochschule BW in der Besoldungsgruppe W 3

GesEntw
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/7417

Lehrkräfte und Schüler an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11

Statistik zu Lehrkräften und Schülern an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11, insbes Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen, Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte, bereitgestellte Deputate, feste Krankheitsvertretungsreserven

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/7798

Warum bewerben sich an den Gemeinschaftsschulen eingesetzte Gymnasiallehrerinnen und -lehrer weg oder quittieren gar den Dienst?

Sachstand zu Versetzungs- bzw Entlassungswünschen von an Gemeinschaftsschulen eingesetzten Gymnasiallehrern im Vergleich zu an anderen Schularten eingesetzten

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/7877

kw-Stellen im Kultushaushalt

Sachstand zum geplanten Abbau von Lehrerstellen an den baden-württembergischen Schulen, insbes tabellarische Darstellung der kw-Stellen an den verschiedenen Schularten mit den zugehörigen Besoldungsstufen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.12.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7920

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Entwurf der Verordnung der LReg zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW

Erhöhung der Leitungszeit für Schulleiter von Schulen mit weniger als acht Klassen auf zehn Wochenstunden; Neudefinition der „kleinen Schule“ von bisher „weniger als sieben Klassen“ auf künftig „weniger als acht Klassen“

Mittlg LReg
s. *Verordnung der LReg über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW*
Drs 15/7955

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Kooperation öffentlicher und privater Schulen im Bereich der Inklusion, insbes beim Einsatz von Lehrkräften; rückwirkende Erhöhung der Zuschüsse für die Privatschulen; Anpassung von Regelungen im Bereich des Privatschul- und Versorgungsrechts an aktuelle Entwicklungen

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/7957

Abbau von Lehrerstellen durch die GRÜN-geführte LReg

Sachstand zum in den Jahren 2013 und 2014 vorgenommenen Lehrerstellenabbau durch die LReg sowie zum geplanten Stellenabbau bis 2021

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.01.2016 und Stellungnahme KM Drs 15/7984

Auf die Lehrer kommt es an - Bildung muss auch künftig der Investitionsschwerpunkt im Landeshaushalt sein

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8867-8884

Warnung vor einem Einstieg in die Ausbildung des Einheitslehrers; Anstrengung eines höheren Migrantenanteils unter den Lehrern

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 41 71

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen iRd Qualitätsoffensive Bildung, bedarfsgerechte Verteilung der durch den Schülerrückgang frei werdenden Ressourcen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121 126 127 132 139 144

Einsatz der durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Einsatz der durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Abbau der Bugwellenstunden, Plädoyer für Lebensarbeitszeitkonten, Umfang der Zuweisung zusätzlicher Deputate für das zehnte Schuljahr an der Werkrealschule

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1106 1108-1110 1115 1119 1122 1128 1129 1138 1139 1161-1164 1166 1167

Einsatz der durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191

Bereitstellung der notwendigen Lehrerdeputate für die Unterrichtsversorgung an den einzelnen Schularten, Sicherung des Lehrbedarfs für die nächsten Jahre, Würdigung des Engagements der Lehrer

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372-1378 1380 1381 1384 1386-1390 1392-1397 1435 1439 1440 1443 1450

Einsatz der rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung in allen Schularten

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1463 1478

Einstellungschancen der Lehramtsbewerber für das Schuljahr 2012/2013; Einsatz der rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung in allen Schularten; Behebung der Steuerungsprobleme bei der Lehrerrückstellung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972-1989

Lehrerausbildung

s. *Lehrerbildung*

Lehreraustausch

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“

Umsetzung einzelner Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“, insbes. Daten für eine integrierte Ausbildungsstatistik, Kapazitätsausbau an Berufsoberschulen, Austausch von Lehrkräften, Weiterentwicklung des Modellprojekts CARPO (assistierte Ausbildung), Reduktion der Zahl der Ausbildungsberufe, Qualitätsentwicklung und -management an Berufsbildungsstätten, Validierung non-formaler und informeller Kompetenzen, Gutachten zur Fortentwicklung der Weiterbildungsförderung des Landes, Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte

Antr

s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“*

Drs 15/6188

Lehrerbedarf

Kostengefahr Gemeinschaftsschule

Veranschlagung der Ausgaben pro Schüler für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Kostenberechnung unter Berücksichtigung der Schüler-Lehrer-Relation; Maßnahmen zur Finanzierung der bei dieser Schulart zusätzlich anfallenden Kosten für individuelle Förderstunden, integrativen Unterricht, Ganztagsangebote, spezifische Fortbildungsangebote etc.; Umschichtung von Lehrerstellen; Vereinbarkeit der teuersten Schulart mit den geplanten Einsparungen im Schulbereich

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/2699

Stellensituation an den allgemein bildenden Gymnasien und Beruflichen Schulen

Stellenentwicklung im höheren Dienst (Besoldung A 13 und A 14) in den letzten zehn Jahren; Verhältnis dieser Besoldungsgruppen in den Gymnasien im Vergleich zu den Berufsschulen; Forderungen nach einer Gleichbehandlung der Beruflichen

Schulen bei der Stellenzuweisung und nach mehr Planungssicherheit für diese Schulgattung durch rechtzeitige Lehrereinstellung

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2722

Zusätzliche Lehrerstellen in Wahlkreis Waldshut

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 besetzten Lehrerstellen; Zuweisung zusätzlicher Lehrerstellen; Anzahl der Stellen nach Schularten, Datum der Zuweisung; Nachteile für Lehrer und Schüler durch verspätete Klassenbildung

KlAnfr Felix Schreiner CDU 28.11.2012 und Antw KM Drs 15/2755

Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Fachliche und pädagogische Bedeutung des Ergänzungsunterrichts; Einstufung unterschiedlicher Angebote des Ergänzungsunterrichts; individuelle Förderung von Schülern im Ergänzungsunterricht; Höhe der im Vergleich zu den letzten fünf Jahren im Schuljahr 2012/13 bereitgestellten Mittel; Beurteilung der Unterrichtsversorgung speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote aufgeschlüsselt nach den Schularten; Einsatz externer Kräfte zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/2763

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrbedarf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/2780

Streichung von 1.000 Lehrerstellen ohne Gefährdung der Unterrichtsversorgung?

Detaillierte Zahlen und Umsetzung der angekündigten Streichung von 1.000 Lehrerstellen für das Haushaltsjahr 2013, insbes. Konsequenzen für Unterrichtsversorgung, Ergänzungsbereich, Entlastungskontingent, Anrechnungsstunden, Regeldeputate, bildungspolitische Projekte sowie im Bereich der Qualitätssicherung; Umsetzung der Vorgabe des MinPräs vom Juli 2012 über Einsparung von insgesamt 11.600 Lehrerstellen bis 2020

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3110

Bettelbrief des Kultusministeriums an erfahrene Realschul- und Gymnasiallehrkräfte

Bedarf und Verfahren zur Gewinnung von Realschul- und Gymnasiallehrkräften für einen Einsatz an Gemeinschaftsschulen in BW, insbes. differenzierte Bedarfsfeststellung an Gemeinschaftsschulen und Art der Anwerbemaßnahmen; Ersetzung der versetzten und abgeordneten Lehrkräfte an den Gymnasi-

en und Realschulen; schulscharfe Erfolgsstatistik der Lehrerwerbung nach Unterrichtsfächern; Durchführung weiterer Sonderausschreibungen für Gemeinschaftsschulen; Bezahlungsregelung und Rückkehrrecht für auf Gemeinschaftsschulen gewechselte Realschul- und Gymnasiallehrer

Antr Georg Wacker u.a. CDU 28.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3547

Ergänzende Stellungnahme KM 09.07.2013 Drs 15/3763
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 14-16

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Enzkreis/Pforzheim

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; Umfang der Angebote im Ergänzungsbereich; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts an den Berufsschulen im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen

KlAnfr Viktoria Schmid u.a. CDU 05.06.2013 und Antw KM Drs 15/3580

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3670

Unterrichtsversorgung an den Realschulen im Land

Schüler- und Lehrerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006; Zahl und Größe der Eingangsklassen; für das Schuljahr 2013/2014 zu erwartende Schülerzahl; Zahl der eingeplanten und der neu einzustellenden Realschullehrer; Stellenplan für die Realschulen; Deputate für den Ergänzungsbereich, für individuelle Fördermaßnahmen und für den Ausbau von Ganztagsangeboten

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/3679

Drohender Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3785

Situation der Gymnasien im LKreis Konstanz

Schülerzahl, Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Gymnasien im LKreis Konstanz

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3826

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im Ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrerstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/3839

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungs-klassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztags-schulen

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3872

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den beruflichen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Kooperation mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturierung

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3902

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Aktueller Bedarf und Besetzung von Vollzeit-Lehrerstellen an den beruflichen Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn; Gewährleistung von Pflichtunterricht, Krankheitsvertretungen sowie Unterricht im Ergänzungsbereich

KlAnfr Alexander Throm u.a. CDU 04.09.2013 und Antw KM Drs 15/4000

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreis Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streit-

schlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Weitere Entwicklung der Fachschulen für Landwirtschaft

Umsetzung des geplanten effizienten Einsatzes von Lehrkräften und Nebenlernmitteln an den Fachschulen für Landwirtschaft sowie weitere zielführende Aktivitäten zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

MdlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/4105

Unbesetzte Lehrerdeputate an der Waldschule Pforzheim-Büchenbronn

Lehrkräftebedarf der Waldschule Büchenbronn; Zuteilung weiterer Lehrkräfte zur Behebung des bestehenden Unterrichtsdefizits; Zusatzstunden für einen stufengetrennten Unterricht in den Kernfächern in Klasse 6 und Klasse 7; Lösungsvorschläge für die lehrplanmäßige Unterrichtserteilung in zusammengelegten Klassen; Chancengleichheit für die Schüler der Waldschule Büchenbronn

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 10.10.2013 und Antw
KM Drs 15/4143

Zu wenig Lehrer - Schulen und Finanzminister Dr. Schmid in Bedrängnis

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/79 23.10.2013 S. 4763-4777

Streich die grün-rote LReg 11.600 Lehrerstellen?

Situation in der Lehrerversorgung, insbes Höhe des jährlichen Lehrer- und Ressourcenbedarfs für die Umsetzung der Strukturreform im Bildungsbereich, Entwicklung eines Bedarfsdeckungskonzepts, Sicherung der Unterrichtsqualität bei gleichzeitiger Streichung von 11.600 Lehrerstellen; Abrücken vom angekündigten Sparziel der Streichung von 11.600 Lehrerstellen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.11.2013 und Stellungnahme
KM Drs 15/4298

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2012/13

Entwicklung der Schülerzahlen nach Schularten; Zahl der eingesetzten Lehrkräfte; Anzahl der für den Pflicht- und den Ergänzungsunterricht bereitgestellten Unterrichtsstunden; Krankheitsvertretungsreserve im Staatlichen Schulamt Backnang; durch Pensionierung frei werdende Vollzeitlehrerstellen

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/4364

Sportunterricht an den Schulen in BW

Situation des Sportunterrichts an den Schulen in BW, insbes Unterrichtswochenstundenzahlen der einzelnen Schularten und Klassenstufen, Sportlehrerbedarf und Sportlehrerbildung, Ausbau des schulischen Sportangebots, Einführung einer Sport- und Bewegungsstunde in Grundschulen, Angebot an Schulschwimmunterricht sowie Vorbereitung der Inklusion

Antr
s. *Sportunterricht*

Drs 15/4577

Unterrichtsversorgung muss auch den Ergänzungsbereich einbeziehen

Individuelle Förderung der Schüler durch Förder- und Unterstützungsangebote sowie Bildungsangebote des Ergänzungsbereichs; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 an den verschiedenen Schularten für den Ergänzungsbereich zur Verfügung stehenden Lehrerdeputate; Beurteilung der Unterrichtsversorgung im Allgemeinen und speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote und ihre quantitative Entwicklung seit dem Schuljahr 2012/2013; Nutzung der vorgesehenen Unterrichtszeit für Krankheitsvertretung; Förderung der Bildungsgerechtigkeit durch eine ausreichende Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/4650

Grün-rote Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Stellenneuschaffungen, Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung, insbes ab Besoldungsgruppe A 15; vorgenommene Sprungbeförderungen; nicht vollzogene Regelbeförderungen aufgrund von Neueinstellungen; Nicht-Besetzung freier bzw freiwerdender Lehrerstellen

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4656

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4740

Unterrichtsversorgung an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2009/2010, Anzahl der Klassen und der Lehrerdeputate; im Schuljahr 2012/2013 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Versorgung im Ergänzungsbereich und bei Krankheitsvertretungen im laufenden Schuljahr im Vergleich zu den vergangenen Jahren

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/4757

Auswirkungen der Kürzungen im Entlastungskontingent

Auswirkungen auf die verschiedenen Schularten; Rückmeldungen der Schulen; Folgen für die Betreuung von Lehrern in Ausbildung; Vorschläge zur Aufrechterhaltung schulischer Aufgaben wie Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustausch, Praktikantenbetreuung, Betreuung von Sammlungen; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich; Deputate zur Umsetzung des Personalvertretungsgesetzes

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5022

Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Art und Umfang der von Fachlehrern mit gymnasialer Lehrbefähigung an Gemeinschaftsschulen unterrichteten Fächer; Anzahl der Bewerber um eine erste Stelle an einer Gemeinschaftsschule; Abordnung von Gymnasiallehrern an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5065

Lehrerversorgung im LKreis Göppingen

Aktueller Bedarf und Besetzung von ganzen Lehrerstellen an den Schulen im LKreis Göppingen, insbes bei den Krankheits- und Schwangerschaftsvertretungen; Gewährleistung der Angebote im Ergänzungsbereich

KlAnfr Jutta Schiller u.a. CDU 24.04.2014 und Antw KM
Drs 15/5113

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schulart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/5437

Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrbedarf, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/5636

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5642

Realschulen lehnen vielfach Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ab - wie reagiert der Kultusminister?

Umgang mit der ablehnenden Haltung der Realschullehrer gegenüber der vom Kultusministerium geforderten Weiterentwick-

lung der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen; Verhinderung einer erneuten Dreigliedrigkeit des Schulsystems; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule durch Schüler mit einer Schulempfehlung für das Gymnasium oder die Realschule; Vorschriften für ein Reformkonzept zur Weiterentwicklung der Realschule; Erwerb eines Hauptschulabschlusses an der Realschule; Gewährung zusätzlicher Deputate; Perspektive für die Realschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5644

Klassenbildung und Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen

Wiederbesetzung der zum kommenden Schuljahr frei werden den Lehrerstellen; Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen zum Schuljahr 2014/2015; Entwicklung der Klassenstärke in den Vollzeitbildungsgängen in den letzten fünf Jahren; Reduzierung der Eingangsklassen beruflicher Bildungsgänge; Vorwurf der Benachteiligung der beruflichen Schulen gegenüber den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5656

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Kunsterziehung*
Drs 15/5746

Krankheitsvertretung an baden-württembergischen Schulen

Anzahl der im Schuljahr 2014/2015 pro Schulart für den Pflichtunterricht erforderlichen Lehrerstellen; Anzahl der Neubesetzungen; Menge der als Krankheitsvertretungsreserve vorgesehenen Lehrerstellen; Umfang der für Krankheitsvertretung im Landshaushalt eingestellten Mittel; Verwirklichung einer fächer-spezifischen Unterrichtsvertretung; Verbindung von Krankheitsvertretung und Ergänzungsbereich; Schüler-Lehrer-Relation in den einzelnen Schularten; flächendeckende Erhebung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Unterrichtsvertretung*
Drs 15/5768

Unterrichtsversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Kontingent und Einsatz von Krankheitsvertretungslehrern in den Schulen im LKreis Heilbronn; eingestellte Junglehrer; Abdeckung des Stundenkontingents in Vorbereitungsklassen; Lehrerkontingent an Sonderschulen

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5784

Lehrerbedarf im Fach Informatik

Zusätzlicher Lehrerbedarf im Fach Informatik im Zuge der Umsetzung der Leitperspektive Medienbildung, insbes Berücksichtigung bei der Neuordnung der Lehrerausbildung

MdlAnfr

s. *Informatik*

Drs 15/6090

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich in den vergangenen fünf Jahren; Lehrermangel an der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach; Maßnahmen gegen den Lehrermangel im ländlichen Raum

KlAnfr Karl Rombach CDU 20.11.2014 und Antw KM Drs 15/6155

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2013/14

Entwicklung der Schülerzahlen; Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte; Deputate für Pflicht- und Ergänzungsunterricht sowie Krankheitsvertretung; Pensionierung und Neueinstellung von Lehrern

KlAnfr Gernot Gruber SPD 25.11.2014 und Antw KM Drs 15/6181

Lehrerversorgung im Regierungsbezirk Freiburg zum Schuljahr 2014/2015

Situation der Lehrerversorgung im Regierungsbezirk Freiburg, insbes Unterrichtsversorgung, besetzte und nicht besetzte Lehrstellen, Bewerberzahlen, Kompensation des Lehrermangels, Verantwortlichkeit des Schulpräsidenten; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation

Antr Georg Wacker u.a. CDU 28.11.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6202

Situation der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen in den letzten drei Jahren; Anzahl der im aktuellen Schuljahr für den Pflichtunterricht im LKreis erforderlichen Lehrstellen; Neueinstellungen; Unterrichtsausfall; Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr

s. *Gymnasium*

Drs 15/6467

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/6479

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Lan-

desdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr Alexander Throm u.a. CDU 19.02.2015 und Antw KM Drs 15/6499

Lehrerversorgung an den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich; Unterrichtsversorgung an der Dom Clemente Schule in Schornach im Schwarzwald und der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach

KlAnfr Karl Rombach CDU 07.05.2015 und Antw KM Drs 15/6863

Lehrerversorgung an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 23.07.2015 und Antw KM Drs 15/7220

Entwicklung der Lehrstellen an den baden-württembergischen Schulen

Sachstand zur Situation der Lehrstellen und Lehrereinstellungen an den baden-württembergischen Schularten seit dem Schuljahr 2011/2012, insbes Ersetzung frei gewordener Stellen, Stellenabbau, Abordnungen, Einstellungen, Schaffung zusätzlicher Stellen, Bewerberzahlen, Entwicklung der kw-Stellen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7284 (13 S.)

Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im Landkreis Emmendingen

Sachstand zur Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im LKreis Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Lehrerversorgung, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr

s. *Gymnasium*

Drs 15/7292

Lehrstellen für Integrationsklassen VABO/VABO2

Sachstand zu Lehrkräftebedarf und Anstellungsverhältnissen für die „VABO-Klassen“ der Berufsschulen im LKreis Konstanz

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 04.09.2015 und Antw KM Drs 15/7356

Ist die Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge gedeckt?

Sachstand zu Organisation und Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge, insbes Sicherstellung des Bedarfs an Lehrkräften mit einer Ausbildung

„Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“

Antr
s. *Deutschunterricht*
Drs 15/7453

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

Abbau von Lehrerstellen durch die GRÜN-geführte LReg

Sachstand zum in den Jahren 2013 und 2014 vorgenommenen Stellenabbau durch die LReg sowie zum geplanten Stellenabbau bis 2021

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/7984

Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf

Sachstand zur Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf in Vorbereitungsklassen (VKL) und Vorqualifizierungsjahren Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO), insbes Versorgungssituation, Übergang in Regelklassen, bildungsbiografische Erfassung, Konsequenzen aus den besonderen Anforderungen der VKL/VABO-Klassen, Vorbereitung der aufnehmenden Regelschulen, Besetzung neu geschaffener Lehrerstellen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8055

Lehrerbildung

s.a. *Pädagogische Hochschule*

s.a. *Staatsprüfung*

s.a. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*

Die Lehrerausbildung muss den Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens entsprechen

Vereinbarkeit einer gemeinsamen und gleichartigen Lehrerausbildung für alle Schularten mit den Erfordernissen des bestehenden differenzierten Schulsystems sowie einer einheitlichen Besoldungs- und Versorgungsstruktur für alle Lehrkräfte mit dem Fachlehrermangel an Gymnasien und beruflichen Schulen, Auswirkungen auf die quantitative und qualitative Sicherung des Unterrichts

Antr CDU 31.05.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/61
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 06.07.2011 Drs 15/290
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 337-351

Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler

Pläne zur Verlagerung von universitären Lehramtsstudiengängen für Gymnasien und berufliche Schulen an die Pädagogischen Hochschulen sowie zur Harmonisierung der Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten; Darstellung der Folgewirkungen für die Betroffenen und die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten und PH; Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Lehrerausbildung

Antr CDU 31.05.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/62
BeschlEmpf und Bericht WissA 07.07.2011 Drs 15/291
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 337-351

Qualität der Lehrerausbildung nicht antasten

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 337-351

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Bedeutung einer differenzierten Lehrerausbildung für das gegliederte Schulwesen; Zusammensetzung, Arbeitsauftrag und Zeitplan der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK; Einbindung von Verbänden, Institutionen u.a. Experten; verfügbare Kompetenzen einer Lehrkraft zum gleichzeitigen Fördern und Fordern von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern im gemeinsamen Unterricht der Gemeinschaftsschule; Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerausbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 28.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/360

Umsetzung der Inklusion an allgemeinen Schulen

Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern an weiterführenden Schulen aufgeschlüsselt nach Schultypen; Quantifizierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern der Primar- und Sekundarstufe im Schuljahr 2010/2011; Inklusionsanteil in Kindertagesstätten, Grundschulen und in der Sekundarstufe I; Auflistung der Schulen in den Wahlkreisen Wiesloch, Reutlingen und Lahr, welche die Inklusion bereits umsetzen; Zahl der inkludierten Kinder und Art der Inklusion; Lehrerfortbildung und Informationsangebote für interessierte Eltern

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/498

Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Zeitpunkt der Einrichtung, Zusammensetzung und Arbeitsauftrag der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK zur Neuordnung der Lehrerausbildung für die Gemeinschaftsschule; Entwicklung einer einheitlichen Besoldungsstruktur und Deputatsverpflichtung

MdlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/607

Haushalt 2012; Epl 04

Mittelaufstockung für die zentrale und regionale Lehrerfortbildung

ÄAntr GRÜNE und SPD 19.01.2012 Drs 15/1104-25 S. 86-88
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe Lehrergesundheit

Umsetzung o.g. Ergebnisse mit dem mit den Berufsverbänden abgestimmten Maßnahmenkatalog, insbes mit dem Coachingprogramm nach dem Freiburger Modell, mit dem Stimtraining für angehende Lehrer, den regelmäßig erfolgenden Gefährdungsbeurteilungen auf psychomentele Belastungen und einem Fortbildungsangebot für Schulleitungen; zeitliche und finanzielle Ausgestaltung der Umsetzung, Bereitstellung der zusätzlichen

drei Millionen Euro pro Jahr

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/1183

Stand der Bildungsplanvorbereitung und Lehrerfortbildung für die Gemeinschaftsschule

Zeitpunkt der Vorlage des GesEntw zur Einführung der Gemeinschaftsschule bzw der Fertigstellung der Bildungspläne und Durchführung der notwendigen Lehrerfortbildung; Art und Weise sowie Verantwortliche der Bestimmung der Schnittmenge aus den Bildungsplänen der Haupt-/Werkrealschule, der Realschule und des Gymnasiums sowie einer Definition der zu erreichenden Kompetenzen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1431

Standortauflösung der Fakultät für Sonderpädagogik Reutlingen

Auswirkungen einer Verlagerung der Fakultät nach Ludwigsburg, insbes für die Vermittlung von sonder- und inklusionspädagogischen Grundkompetenzen, die Kooperation mit klinischen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen der Universität Tübingen, für die außerschulische Behindertenhilfe und Benachteiligtenförderung in Südwürttemberg, die Studierenden und Mitarbeiter; Darstellung der Kosten und finanziellen Folgen der Standortverlagerung; Abmilderung der sozialen Härten für die Mitarbeiter

Antr

s. *Sonderpädagogik*

Drs 15/1588

Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 11: Pädagogische Tage der Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen

Organisation der o.g. Fortbildungsveranstaltungen unter Vermeidung von Unterrichtsausfall

Mittlg LReg 23.04.2012 Drs 15/1586

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1638

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Lehrerausbildung sowie Leistungsfeststellung und -bewertung an der Gemeinschaftsschule

Konzeption für die Ausbildung der Lehramtsanwärter und Referendare an Gemeinschaftsschulen, Vorbereitung für die künftige Funktion als Lernbegleiter, Frage nach den Schulwahlmöglichkeiten der Referendare sowie nach der Art ihrer Nachweiserbringung für die Unterrichtsbefähigung; Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards und Lernziele der unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Lerngruppen; Umgang mit den Schülern, die Lernziele oder Bildungsstandards nicht erreichen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/1666

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr

s. *Sport*

Drs 15/1873

Studie: „Lehre(r) in Zeiten der Bildungs-panik“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst, zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehreraus- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/1947

Lehrerfortbildung

Konzeption, zeitlicher und finanzieller Aufwand für die Fortbildungsmaßnahmen zur Einführung der Gemeinschaftsschule; Aufteilung der zusätzlichen Haushaltsmittel und Wirkungen der globalen Minderausgabe für Fortbildungsmaßnahmen der einzelnen Schularten; Frage nach dem Unterrichtsausfall an den Gemeinschaftsschulen infolge Wahrnehmung der Fortbildungsangebote während der Unterrichtszeit

Antr Georg Wacker u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2053

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 17 18

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Lehrergesundheit in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften

Programme und Kurse zur Vorbeugung von Erschöpfung und Krankheiten bei Lehrern; Angebote zu Classroom-Management und Zeitmanagement in der Lehreraus- und -fortbildung; Untersuchung der Persönlichkeitsstruktur angehender Lehrer im Hinblick auf spezifische, sich daraus erwachsende Gesundheitsrisiken und die Einleitung geeigneter Vorsorgemaßnahmen; Prävention und Gesundheitsprophylaxe als Führungsaufgabe der Schulleiter; Erörterung des Themas Lehrergesundheit in der „Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung in BW“; Höhe der veranschlagten Haushaltsmittel

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/2724

Berlin als Vorbild für BW? - Geplante Änderungen in der Lehrerausbildung

Bewertung der Vorschläge der Expertenkommission „Ausbildung von Lehrkräften in Berlin“ zur Einrichtung eines gemeinsamen Lehramtsstudiengangs für Sekundarschulen und Gymnasien, der Abschaffung des eigenständigen Studiengangs „Lehramt Sonderpädagogik“ und der Einrichtung einer „School of Education“; möglicher Modellcharakter der Berliner Vorschläge für die Arbeit der von der LReg eingerichteten „Expertenkommission Lehrerbildung“

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 12.12.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2800

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.03.2013 Drs 15/3712 S. 12 13

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Lehrerausbildung in BW

Auswahlverfahren im Lehramtsstudium; Bewertung einer Umstellung der Abschlüsse im Lehramtsstudium von Staatsexamen auf Bachelor/Master of Education; zukünftige Rolle von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen bei der Neuordnung der Lehrerausbildung für die verschiedenen Schularten, insbes Erfahrungen anderer Bundesländer; Zusammenlegung oder Schließung von Einrichtungen; Regelung und wissenschaftliche Begleitung der zweiten Phase der Lehrerausbildung; Projektplan, Zielvorgaben und Arbeitsinhalte der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, insbes Überlegungen zur Einführung eines Stufenlehramts, Verbesserungen bei den Praxiserfahrungen und der Gymnasiallehrrausbildung, Anforderungen an die berufliche Weiterbildung

GrAnfr CDU 10.01.2013 und Antw LReg 10.01.2013 Drs 15/2690

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7465-7473

Situation und Förderung von Hochbegabten

Begriffsdefinition und Diagnoseverfahren von Hochbegabung; Beratungsangebote für Eltern sowie Inhalte in der Lehrer- und Erzieherausbildung zum Thema Hochbegabung; Erkenntnisse aus dem Comenius-Regio-Projekt und Langzeitstudien zur Entwicklung Hochbegabter; Planungen in der Hochbegabtenförderung, insbes im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Gymnasialbildung sowie eine Kooperation mit Hochschulen

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 15/2888

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerausbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerausbildung zur Schaffung eines gemeinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr CDU 08.04.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3322

PIPr 15/93 19.03.2014 S. 5553-5560

Der geschäftstüchtige Schweizer Schulunternehmer P.F. - ein Mitglied der Expertenkommission der LReg zur Lehrerbildung?

Auswahlkriterien für die Mitglieder der Expertenkommission zur Lehrerbildung; Argumente für die Berufung des Beraters Peter Fratton und dessen Bevorzugung gegenüber baden-württembergischen Bildungsexperten; Vorschläge des Beraters zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, ihre Übernahme in die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission; Haltung gegenüber seinen pädagogischen Anschauungen; Qualität seiner Fortbildungen für Lehrer an Gemeinschaftsschulen an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau; finanzielle Entschädigung für seine Mitarbeit in der Regierungskommission; Folgen seines Rückzugs aus der Expertenkommission

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 12.06.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3622

Türkisch als Schulfach

Schaffung der Rahmenbedingungen im Lehramtsstudium für die Einrichtung von Türkisch als optionaler dritter Fremdsprache an Gymnasien, insbes ausreichende Studienkapazitäten an der Uni-

versität Tübingen und an weiteren Landesuniversitäten

Antr

s. *Türkisch*

Drs 15/3734

Zukünftige Verankerung des Fachs Informatik in den Bildungsplänen

Situation der Informatik in den baden-württembergischen Bildungsplänen und künftige Verankerung des Fachs im Zuge der Entwicklung neuer Bildungsstandards, insbes künftige Ausgestaltung der Stundentafel, Stellenwert der Bezugsdisziplinen Informatik und Medienpädagogik, Angebotsplanung für Schularten und Klassenstufen; Veränderungen in der Lehrerausbildung für Informatik

Antr

s. *Informatik*

Drs 15/3792

Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“

Stellenwert der naturwissenschaftlichen Fächer, insbes der Biologie in der Sekundarstufe I; Überlegungen für die Schaffung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in der fünften und sechsten Klasse; Fächerverbund in Form einzelner Lerneinheiten; Erfüllung der Standards der Kultusministerkonferenz für das Fach Biologie und für die übrigen Fächer; Fortführung eines eigenständigen Fachs Biologie neben einem aus den Fächern Physik, Chemie und Technik bestehenden Fächerverbands; Anpassung der Hochschulausbildung der Lehrkräfte

Antr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/3912

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iRd Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr

s. *Verbraucherinformation*

Drs 15/3938

Die Bedeutung der Förderung exekutiver Funktionen für den Lern- und Bildungserfolg in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Ausbau der Förderung der exekutiven Funktionen bei Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen sowie an Grund- und weiterführenden Schulen, insbes Berücksichtigung bei der Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern sowie der Erstellung von Bildungsplänen

Antr

s. *Menschliches Verhalten*

Drs 15/4006

Entwicklung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen/Fachlehrer bzw Technische Lehrerinnen/Lehrer und Zukunft der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren

Entwicklung und Planung der Beförderungsstellen für Fachlehrer bzw Technische Lehrer, insbes Beförderungswartezeiten und Schaffung zusätzlicher Beförderungsstellen; Einbeziehung der Pädagogischen Fachseminare in die angestrebte Weiterentwicklung der Lehrerbildung

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4010

Baukultur als Bildungsauftrag

Rolle von Architektur, Denkmalschutz und Baukultur in der Bildungspolitik und der Aus- und Weiterbildung von Lehrern, insbes stärkere Verankerung im Unterricht bei der Überarbeitung der Bildungspläne; Einschätzung der bayerischen Landesarbeitsgemeinschaft Architektur und Schule und Einrichtung einer ähnlichen Institution in BW

Antr
s. *Architektur*
Drs 15/4090

Verankerung des Themas Homosexualität im Bildungsplan

Aufnahme des Themas Homosexualität im Bildungsplan, insbes einbezogene Schularten und Klassenstufen, geplante Unterrichtsinhalte und -methoden sowie Verankerung in der Lehrerbildung; Einbeziehung und Einflussnahme von Interessenverbänden

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 15/4095

Alphabetisierung ernst nehmen - Förderangebote in BW

Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten; Zielsetzung der seit 2011 eingeleiteten Fördermaßnahmen; Teilnahme finanziell benachteiligter Personen an den Alphabetisierungskursen; Qualitätssicherung der Förderkurse und Qualifizierung der Dozenten; Höhe der jährlichen Fördermittel

Antr
s. *Analphabetismus*
Drs 15/4169

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kulturministerkonferenz im geplanten Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverbund; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept des Fächerverbands; Ablehnung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr

s. *Bildungsstandards*
Drs 15/4347

Ernährungsführerschein in BW

Umsetzung des Unterrichtskonzepts des aid-Ernährungsführerscheins in BW; gesellschaftliche Unterstützung des Konzepts; Lehrerfortbildung; Inhalte des Unterrichtskonzepts; sächliche Voraussetzungen für eine Umsetzung; flächendeckende Einführung des aid-Ernährungsführerscheins

Antr
s. *Ernährungsweise*
Drs 15/4372

Funktionsstellen für beurlaubte Landesbeamte

Bedingungen für beurlaubte Landesbeamte im Schuldienst zur Bewerbung auf Funktionsstellen an Seminaren für Lehrerbildung und in der Schulverwaltung; Einbindung von beurlaubten Landesbeamten in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/4507

Sportunterricht an den Schulen in BW

Situation des Sportunterrichts an den Schulen in BW, insbes Unterrichtswochenstundenzahlen der einzelnen Schularten und Klassenstufen, Sportlehrerbedarf und Sportlehrerbildung, Ausbau des schulischen Sportangebots, Einführung einer Sport- und Bewegungsstunde in Grundschulen, Angebot an Schulschwimmunterricht sowie Vorbereitung der Inklusion

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/4577

Pädagogischer Tag

Aktuelle Regelung und Umsetzung des Pädagogischen Tags als Maßnahme der internen Lehrerfortbildung an den baden-württembergischen Schulen; Überlegungen zur Durchführung in der unterrichtsfreien Zeit unter schulorganisatorischen Gesichtspunkten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4651

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung

Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdiens-tes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 04.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4714

Inklusion im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umsetzung der Inklusion in den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises in den vergangenen Schuljahren; Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Erreichung eines Schulabschlusses; Berücksichtigung des integrativen Unterrichts bei der Lehrerbildung

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5013

Auswirkungen der Kürzungen im Entlastungskontingent

Auswirkungen auf die verschiedenen Schularten; Rückmeldungen der Schulen; Folgen für die Betreuung von Lehrern in Ausbildung; Vorschläge zur Aufrechterhaltung schulischer Aufgaben wie Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustausch, Praktikantenbetreuung, Betreuung von Sammlungen; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich; Deputate zur Umsetzung des Personalvertretungsgesetzes

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/5022

Auswirkungen der Regionalen Schulentwicklung auf Haupt- und Werkrealschullehrkräfte

Versetzungen und berufliche Entwicklungsperspektiven für Lehrer an Haupt- oder Werkrealschulen; Ausbau berufsbegleitender Fortbildungsmöglichkeiten für Haupt- und Werkrealschullehrer

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/5182

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/5495

Lehrerausbildung

Stand der Neuordnung der Lehrerausbildung; Bestimmung der beruflichen Eignung angehender Lehrer

MdlAnfr 5) Sabine Kurtz CDU 18.07.2014 Drs 15/5396

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6329-6332

Bildung und Förderung der Mitarbeiter im Landesdienst

Stellenwert der Fortbildung der Mitarbeiter; Maßnahmen der Mitarbeiterfortbildung in der Ministerialverwaltung, der Polizei, dem Schuldienst und den sonstigen Institutionen des Landes in den Zeiträumen 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014; durchschnittliche Fortbildungsdauer; prozentualer Anteil der an einer Fortbildung teilnehmenden Mitarbeiter; Art und Kosten der Fortbildungsmaßnahmen; zeitlicher Gesamtumfang der Fortbildung der Landesbediensteten in BW im Vergleich mit Bundesländern ohne Bildungsfreistellungsgesetz; Erfahrungen mit einem Bildungsfreistellungsgesetz in anderen Ländern

KlAnfr

s. *Berufliche Weiterbildung*

Drs 15/5600

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkun-

gen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/5642

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr

s. *Taschenrechner*

Drs 15/5647

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr

s. *Medienkompetenz*

Drs 15/5812

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals; Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr

s. *Informationstechnische Bildung*

Drs 15/5814

Kultusminister will Auszubildende in die Berufsschulen aufs Land bringen

Ausgestaltung und Umsetzung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung für berufliche Schulen, insbes Stärkung durch Schüler aus Ballungszentren, konkrete Kriterien und Vorgaben, Einbindung von Verbänden und Interessenvertretern, Ermessensspielräume vor Ort, Änderungen der Lehreraus- und -fortbildung, zusätzliche Kosten

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/5882

Lehrerbedarf im Fach Informatik

Zusätzlicher Lehrerbedarf im Fach Informatik im Zuge der Umsetzung der Leitperspektive Medienbildung, insbes Berücksich-

tigung bei der Neuordnung der Lehrerausbildung

MdlAnfr
s. *Informatik*
Drs 15/6090

Ist das grün-rote Realschulkonzept eine Mogelpackung?

Sachstand des Konzepts zur Weiterentwicklung der Realschulen, insbes zusätzliche Lehrerdeputate, Rolle der Realschule im Zwei-Säulen-Modell, Zulassung von leistungsdifferenzierendem Unterricht, Stellenwert des nachhaltigen Lernens, Gründe für die Abschaffung bzw Aussetzung des Sitzenbleibens der Klassenstufe 5, Fortbildungskonzeption für Realschullehrer

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/6284

Ausbau der Studienplätze im Bereich der Sonderschulpädagogik

Sachstand zum Bereich Sonderschulpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen und Hochschulen Baden-Württembergs, insbes vorhandene und geplante Studienplätze, vorhandene und geplante Personalstellen und Haushaltsmittel für diesen Bereich, aktuelle und geplante Ausbildungs- und Vorlesungsinhalte; Angebot an Praktikumsplätzen; Vergleich der individuellen Fördermöglichkeiten für Schüler mit Förderbedarf im inklusiven Unterricht und an Sonderschulen; Möglichkeit für Schüler mit Förderbedarf zum weiteren Schulbesuch nach Abschluss der Pflichtschuljahre

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/6286

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbands durch Mitglieder der Bildungspalkommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbands für die Lehrerbildung

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/6307

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium

Erfahrungen mit dem Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudium in der Lehrerausbildung; Evaluation des Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudiums sowie dessen Einbezie-

hung in die Reform der Lehrerbildung; Mitwirkung von Vertretern der Kirchen in der Kommission zur Reform des allgemeinbildenden Lehramts; Verankerung der Vermittlung von Basiswissen auf den Gebieten der Philosophie und der Ethik in Rahmenvorgaben des Kultusministeriums; Stellenwert der christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerte in der baden-württembergischen Lehrerausbildung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 22.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6383

Lehrkräfte an den Haupt-/Werkrealschulen bedürfen einer beruflichen Perspektive

Sachstand zum berufsbegleitenden Fortbildungsprogramm für Lehrer an Haupt-/Werkrealschulen, insbes beauftragte Fortbildungsanbieter und deren Ausstattung, bereitgestellte Haushaltsmittel, Prüfungsordnung, Struktur der Lehrgänge, Aufstiegschancen für Teilnehmer

Antr Georg Wacker u.a. CDU 12.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6480

Schwimmunterricht

Sachstand zur Bedeutung und Sicherstellung des regulären Schwimmunterrichts an den Grundschulen, insbes Qualifikationsmaßnahmen für Lehrkräfte, Zahlen und Begründungen für Nicht-Durchführung von Schwimmunterricht an Grundschulen, Gründe für die vorläufige Einschränkung des Programms „Schwimmfix“ auf Ganztagschulen

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 15/7301

Warnung vor einem Einstieg in die Ausbildung des Einheitslehrers

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 41

Start der Gemeinschaftsschulen ohne fertiggestellten Bildungsplan und ohne Lehrerbildung

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1771 1776

Lehrerfortbildung

s. *Lehrerbildung*

Lehrergewerkschaft

s. *Gewerkschaft*

Lehrermangel

s. *Lehrerbedarf*

Lehrerversorgung

s. *Lehrerbedarf*

Lehrfreiheit

s. *Wissenschaftsfreiheit*

Lehrgang

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/5074

Lehrkräfte-ArbeitszeitVO

s. *Verordnung der LReg über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW*

Lehrkräftemangel

s. *Lehrerbedarf*

Lehrkräftezulagenverordnung

s. *Besoldungszulage*

Lehrling

s. *Auszubildender*

Lehrplan

s. *Bildungsplan*

Lehrstelle

s. *Ausbildungsplatz*

Lehrstellenmarkt

Umsetzung des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“

Umsetzungsstand und Perspektiven des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“, insbes Einbindung von Akteuren vor Ort (Kommunen, freie Wohlfahrtspflege, Privatwirtschaft), Daten zu Stellenbesetzungen im Programmbaustein „Sozialer Arbeitsmarkt Passiv-Aktiv-Tausch“, Konsequenzen für eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene; Förder- und Handlungsbedarf am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt für besonders benachteiligten Personengruppen

Antr

s. *Arbeitsmarktpolitik*

Drs 15/3370

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei

der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr

s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*

Drs 15/4063

Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe

Entwicklung der Ausbildungsverhältnisse im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW, insbes Zahlen bzw Anteile der jeweiligen Ausbildungsberufe, Vertragsauflösungen, unbesetzten Ausbildungsplätze und Branchenwechsel; Förderung der Fachkräftesuche und Unterstützung des Ausbildungsversprechens des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (DEHOGA) BW

Antr

s. *Gastgewerbe*

Drs 15/4065

Was unternimmt die LReg, um die Besetzung offener Lehrstellen zu unterstützen?

Statistiken zu unbesetzten Lehrstellen in BW im aktuell begonnenen Ausbildungsjahr, Jugendlichen ohne Ausbildungsstelle sowie von Personen außerhalb Baden-Württembergs besetzte Ausbildungsstellen; Unterstützungsmaßnahmen zur Gewinnung von Lehrstellenbewerbern aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 15/4386

Was geschieht mit den Absolventen einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Zahl der Hauptschul- bzw Werkrealschulabsolventen in den letzten zehn Jahren; Quote der Schulabbrecher, Anteil der unter 30-jährigen Menschen ohne Schulabschluss im Vergleich zu anderen Bundesländern; Erreichen eines höheren Schulabschlusses durch Absolventen der Haupt- und Werkrealschulen; Lehrstellenmarkt und Berufsaussichten für Schüler der Sekundarstufe I; Benachteiligung von Haupt- und Werkrealschülern aufgrund des abnehmenden Ansehens der Schulart

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/4432

Duale Ausbildung stärken - Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!

Erhalt des Meisterbriefs zur Stärkung der dualen Ausbildung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen sowie der Zahl der Ausbildungsplätze in BW, Deutschland und Europa; Qualifikationsnachweise von Leitern bestehender und neu gegründeter Handwerksbetriebe in BW und Deutschland; umfassende Evaluation der Novelle der Handwerksordnung von 2004

Antr

s. *Meister*

Drs 15/4687

Vom konjunkturellen Mehrwert der Aufnahme von Flüchtlingen im Land

Sachstand zu Auswirkungen der Flüchtlingsaufnahme auf die Wirtschaft, die demografische Entwicklung und den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

KIAnfr

s. *Flüchtling*
Drs 15/8090

Lehrstuhl

Qualifizierung ärztlichen Nachwuchses zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in BW

Entwicklung der Studentenzahlen in Humanmedizin und dem Bereich Allgemeinmedizin; Aufnahme einer hausärztlichen Tätigkeit nach Studienabschluss; Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin durch Einrichtung von Lehrstühlen an allen medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4569

Universitätsklinikum Heidelberg - Unfall- und Wiederherstellungschirurgie

Versorgungskonzepte für Akutverletzte am Universitätsklinikum Heidelberg, insbes Standort der Unfallchirurgie; Lehrstuhl für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie an der Universität

KlAnfr
s. *Unfallmedizin*
Drs 15/5261

Geriatrische Fachkompetenz in BW fördern

Bedeutung und Situation der geriatrischen Fachkompetenz in BW, insbes im Bereich der ärztlichen Aus- und Weiterbildung, Bedarfsdeckung an qualifiziertem Krankenhauspersonal, Einrichtung bzw Besetzung von Lehrstühlen für Geriatrie

KlAnfr
s. *Geriatric*
Drs 15/5857

Leibniz-Gemeinschaft

s. *Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz*

Leibstadt

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt
Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KlAnfr
s. *Atomausstieg*
Drs 15/2339

Leichenöffnung

s. *Obduktion*

Leiharbeit

s.a. *Arbeitnehmerentsendung*
s.a. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
s.a. *Geringfügige Beschäftigung*

Arbeitsbedingungen am Landesflughafen Stuttgart

Entwicklung der Zahl, Einsatzbereiche und Vergütung der Beschäftigten in den einzelnen Gesellschaften in Voll- und Teilzeit, Leiharbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen; Frage nach Betriebsräten und deren Bewertung der Arbeitsbedingungen sowie nach Einflussmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1737

Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Verpflichtung der Bewerber um öffentliche Aufträge auf die Einhaltung von Tarifverträgen bzw auf die Zahlung eines Mindestentgelts zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Bindung an die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingengesetz fixierten Löhne; Anwendung eines in BW in dieser Branche geltenden und repräsentativen Tarifvertrags; Verpflichtungserklärung der Bieter sowie deren Subunternehmen und Verleihunternehmen bei Angebotsabgabe sowie Kontrollrecht des öffentlichen Auftraggebers

GesEntw
s. *Tariflohn*
Drs 15/2742

Gute Arbeit für Baden-Württemberg - den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen bekämpfen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 8985-8993

Eindämmung der Leiharbeit, Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Leiharbeitnehmer

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25

Rückführung der Leiharbeit auf die Bewältigung von Auftragspitzen, Hervorhebung der Leiharbeit als Brücke in den allgemeinen Arbeitsmarkt

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 513 515 516 519 520

Rückführung der Leiharbeit auf die Bewältigung von Auftragspitzen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 913-915 917

Eindämmung der Leiharbeit, Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Leiharbeitnehmer, Eintreten für einen flächendeckenden Mindestlohn

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176 1193

Leinfelden-Echterdingen

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspurigen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterdinger Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf im nächsten Bedarfsplan

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

Belastung auf der B 27 zwischen Aichtal und Leinfelden-Echterdingen

Verkehrsbelastung des o.g. Abschnitts, Position unter allen Bundesstraßen in Deutschland; Eintreten für die Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den vordringlichen Bedarf des nächsten Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/2141

Kosten der neuen Filderbahnhof-Variante

Gründe für die Anzweiflung von Mehrkosten bei der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“, Kommunikation der Erkenntnisse bereits iRd Filderdialogs? Frage nach einer Beteiligung an möglichen zusätzlichen Kosten der Variante auch bei einer Überschreitung des Kostendeckels sowie Beteiligung an den Kosten für den zusätzlichen Lärmschutz entlang der S-Bahn-Trasse in Leinfelden

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2219

Überprüfung des Lärm- und Erschütterungsschutzes der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen

Belastung der Bevölkerung durch Lärm und Erschütterung auf der Schienentrasse in Leinfelden-Echterdingen, insbes Überprüfung der Wirksamkeit des Lärm- und Erschütterungsschutzes durch die Deutsche Bahn; finanzielles Teilnahmungsangebot der Kommune bei Lärmschutzmaßnahmen; frühzeitige Veränderungen der Lärmschutzplanungen wegen möglicher Verschärfung der Richtwerte

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3043

Lärm- und Erschütterungsschutz für Leinfelden-Echterdingen

Umgang mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Erschütterung aufgrund der Nutzung der S-Bahn-Gleise zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen durch die Gäubahn; Schutzmaßnahmen; Vorschläge und Finanzierung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3204

Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27 in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5717

Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahnsteigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäubahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Filderbahnhof

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/6851

Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraße B 27 zwischen Leinfelden-Echterdingen und Aichtal

Lärmbelastung der Wohnstraßen in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal entlang der Bundesstraße 27 und umgesetzte und geplante Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*

Drs 15/6922

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 27

Voraussetzungen zur Anordnung eines Tempolimits auf der Bundesstraße 27 entlang der besonders vom Lärm belasteten Wohnbauten in Höhe Leinfelden-Echterdingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/7091

Erreichung verbesserter Lärmschutzmaßnahmen in Leinfelden-Echterdingen als ein Ergebnis des Filderdialogs

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2322 2325 2326 2328-2332 2334 2338 2341

Leingarten*Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn*

Darstellung der Priorität, der bisherigen und weiteren Mittelbereitstellung; Zeitpunkt des Baubeginns für die Ortsumfahrung, Frage nach einem Zusammenhang mit dem Ausbau und der Verlängerung der Saarlandstraße in Heilbronn

KlAnfr Alexander Throm CDU 31.08.2011 und Antw MVI
Drs 15/462

Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Kriterien und Zeitpunkt für eine landesweite Priorisierung von Straßenbauprojekten; Umsetzung der Zusagen der Vorgängerregierungen zur Förderung der o.g. Projekte

KlAnfr Alexander Throm CDU 29.09.2011 und Antw MVI
Drs 15/620

Umgehungsstraße Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Gründe für die Nichtaufnahme der o.g. Projekte in den Maßnahmenplan zu den Landesstraßen; Position der beiden Projekte nach der wissenschaftlichen Auswertung des Maßnahmenplans und nach Gewichtung des zwingenden Zusammenhangs der beiden Vorhaben

KlAnfr Alexander Throm CDU 07.08.2012 und Antw MVI
Drs 15/2202

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2277

Leipheim*Gaskraftwerk Leipheim*

Stand des Projekts der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH zur Entwicklung eines Gaskraftwerks auf dem ehemaligen Flugplatz in Leipheim in unmittelbarer Nähe zum Atomkraftwerk in Gundremmingen, insbes Kooperation mit der bayerischen Staatsregierung

KlAnfr
s. *Gaskraftwerk*

Drs 15/5296

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

s. Berufliche Rehabilitation

Leistungsbereitschaft

s. Leistungsmotivation

Leistungsbeurteilung (Schule)

s. Schulleistung

Leistungsbezügeverordnung

s. Besoldungszulage

Leistungsgesetz

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen
Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr

s. Ministerium für Integration Baden-Württemberg

Drs 15/3799

Leistungsmissbrauch

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit

Antr

s. Freizügigkeit

Drs 15/5076

Leistungsmotivation

Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidien

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstattung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr

s. Polizeibehörde

Drs 15/5031

Leistungssport

s. Sport

Leistungssportler

s. Sportler

Leistungsversagen (Schule)

s. Schulversagen

Leistungszulage

s. Besoldungszulage

Leitende Angestellte

s. Führungskraft

Leitplanke

s. Straßenausstattung

Leitstelle (Rettungsdienst)

s. Rettungsdienst

Lenk- und Ruhezeiten

s. Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Lenkzeitunterbrechung

s. Sozialvorschriften im Straßenverkehr

LEONARDO

Leonardo da Vinci-Programm der EU in BW

Daten und Umsetzung des Leonardo da Vinci-Programms der EU zur Förderung des Austauschs von Auszubildenden, insbes Teilnehmerzahlen, bereitgestellte Landesmittel, Information an Schulen, Unterstützung durch Unternehmen und Gewerkschaften, Vorteile für Auszubildende im Handwerk; Änderungen durch neues EU-Programm „Erasmus für alle“; Auszubildenden-Austauschprogramme als Hilfe zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 20.02.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3096

BeschlEmpf und Bericht EuA 25.04.2013 Drs 15/3571 S. 47 48

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

LEONARDO DA VINCI

s. LEONARDO

Leonardo-da-Vinci-Programm

s. LEONARDO

Leonberg*Geothermie-Schäden in Leonberg*

Ausmaß der Schäden an Gebäuden in einem Wohngebiet im Ortsteil Eltingen nach einer Geothermiebohrung, Beurteilung der vom Landratsamt Böblingen zur Genehmigung erteilten Auflagen und deren Überwachung, Konsequenzen für künftige Genehmigungen und für die Kriterien zur Zertifizierung von Baufirmen für Geothermiebohrungen; Möglichkeiten zur Unterstützung der Betroffenen bei der Schadensbehebung durch finanzielle Vorleistungen

Antr
s. *Bauschaden*
Drs 15/428

Geschwindigkeitsbegrenzung in den Leonberger Teilorten

Einführung von Tempo 30 auf den Durchfahrtsstraßen in Warmbronn, Höfingen und Gebersheim, Frage nach weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Reduzierung der Lärmbelastung

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/663

Schäden am Engelbergbasistunnel

Art, Ursachen und Kosten der aktuellen Schäden am Leonberger Engelbergstunnel; Art und Auswirkungen der Erkundungsmaßnahmen; Frage nach einer dauerhaften Lösung des Anhydritproblems und Höhe der bisher aufgewandten Mittel zur Unterhaltung und Sanierung des Tunnels

KlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 15/914

Perspektive und Nutzung der Geothermie in BW

Entwicklung der installierten Erdwärmesonden und geothermischen Gebäudeheizungen in den letzten fünf Jahren, Auswirkungen der Schadensfälle in Staufen, Schorndorf und Leonberg auf die Akzeptanz der Technologie, Erfahrungen mit den geänderten Anforderungen

GrAnfr
s. *Geothermische Energie*
Drs 15/1607

Verkehrslärmbelastung A 8

Beurteilung der Abweichungen zwischen Planfeststellung und aktueller Lärmmessung an der A 8 zwischen München und Augsburg; Durchführung entsprechender Messungen unter Normalbetrieb der A 8 bei Leonberg; Aufbringung von Flüsterasphalt im Zuge der vorgesehenen Fahrbahndeckensanierung der A 8 im Bereich Leonberg

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1826

Stand der Planungen zum Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen

Sachstand der Planungen zum achtspurigen Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen, insbes Kriterien für die Bewertung in der Prioritätenliste, Verkehrsbelastungen auf den jeweiligen Abschnitten zwischen Leonberg und Wendlingen

KlAnfr
s. *Autobahn*

Drs 15/6222

Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart

Sachstand zur Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart, insbes Planungsstand, Finanzierung, Zeitplan für die Umsetzung

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/6675

Bau eines Verflechtungsstreifens an der Autobahn (A) 8/(A) 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost

Sachstand zum Bau eines Verflechtungsstreifens an der A 8/A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost, insbes Ziele, Folgewirkungen durch Zunahme von Verkehr sowie Lärm- und Schadstoffbelastung, Gegenmaßnahmen, Bürgerbeteiligung

KlAnfr
s. *Autobahnkreuz*
Drs 15/6714

Lückenschluss Bundesstraßen (B) 295/(B) 464 bei Renningen

Sachstand zum Lückenschluss zwischen der B 295 und der B 464 im Bereich von Renningen, insbes Planungen für eine endgültige Lösung, Bürgerbeteiligung, Verkehrsaufkommen sowie Lärm- und Schadstoffbelastung im Bereich von Renningen und Leonberg

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/6715

Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

Sachstand zu Planungen für den Umbau des provisorischen Kreisverkehrs am Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

KlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7604

Sanierung und Renovierung am Gebäude des Finanzamts Leonberg

Sachstand zu anstehenden Sanierungs- und Renovierungsarbeiten am Gebäude des Finanzamts Leonberg, insbes Zeitplan, Einschränkungen durch den Denkmalschutz, Wirtschaftlichkeit eines Neubaus

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/7718

Lernbehinderung

s. *Lernstörung*

Lernen

Aktuelle Bildungsforschung belegt: Guter Unterricht braucht gute Lehrer - und keine bloßen Lernbegleiter

Folgerungen aus der bildungswissenschaftlichen Studie von John Hattie für den pädagogischen Ansatz der Gemeinschaftsschule sowie Wissensgewinn und Lernerfolg; Abhängigkeit des

Lernerfolgs von Rolle, Kompetenzen und Qualifikation der Lehrer; Grundlage für erfolgreichen Unterricht bei Modellen des offenen Unterrichts und des jahrgangübergreifenden Lernens; Gründe für Ablehnung des Frontalunterrichts; Auswirkung der Finanzausstattung der Schule sowie Einfluss von Leistungsüberprüfungen und Feedback-Elementen auf Wissensgewinn und Lernerfolg der Schüler; Stellenwert einer stringenten Klassenführung des Lehrers; Verständnis des Lehrers weniger als Lernbegleiter sondern als Regisseur

GrAnfr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/3500

Lernmittel

s. *Lehr- und Lernmittel*

Lernort (Außerschulische Bildung)

s. *Außerschulischer Lernort*

Lernprozess

s. *Lernen*

Lernschwäche

s. *Lernstörung*

Lernstörung

s.a. *Psychische Störung*
s.a. *Sonderpädagogik*
s.a. *Verhaltensstörung*

Werden hochbegabte Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen vernachlässigt?

Entwicklung der Zahlen von Hochbegabten und der Förderangebote bzw Verhaltensstörungen seit 2002; Frage nach einer spezifischen Förderung an den Gemeinschaftsschulen im gemeinsamen Unterricht mit besonders lernschwachen Kindern sowie nach einer Weiterentwicklung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/2054

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2195

Situation und Perspektiven der Schulen für Erziehungshilfe

Aufgaben, Zielgruppen, Standorte, Verweildauer und Schülerzahlen der o.g. Schulen seit 2002; personelle und sächliche Ausstattung; Planung von Änderungen und Erweiterungen, insbes im Hinblick auf die Inklusion im Bildungswesen

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/2231

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren. Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2277

Sachstand Ergänzungsbereich an Grundschulen

Förderunterricht an Grundschulen im LKreis Göppingen seit 2002; Bildungsangebote je Grundschule; Konkretisierung des in den kommenden fünf Jahren vorgesehenen Ergänzungsunterrichts; Gründe für die Streichung von Unterrichtsstunden; geplante Ausgleichsmaßnahmen; Fortführung spezieller Förderangebote u.a. für Schüler mit Lese-Rechtschreib-Schwäche oder Dyskalkulie

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2628

Umgang mit Legasthenie und Lese-Rechtschreibschwäche

Änderung der derzeit geltenden Verwaltungsvorschrift zum Umgang mit an Legasthenie oder einer Lese-Rechtschreibschwäche leidenden Schülern; Unterscheidung zwischen dauerhafter und vorübergehender Störung; Feststellung der Art der Störung durch einen externen Experten; Berücksichtigung der gutachterlich festgestellten Störung bei der Bewertung der Schulleistungen über die Dauer der gesamten Schulzeit

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 15.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2679

Lernförderung im Bildungs- und Teilhabepaket

Bisherige Umsetzung der außerschulischen ergänzenden Lernförderung; Bewertung der aktuellen Förderbedingungen; mangelnde Berücksichtigung von Kindern mit Lernstörungen wie Legasthenie oder Dyskalkulie; Genehmigungsdauer eines Antrags auf Lernförderung

KlAnfr
s. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*
Drs 15/3205

Leseklassen fallen dem Rotstift zum Opfer

Bedeutung der Leseklassen für den Schulerfolg der Schüler; Einstellung dieser Extraförderung

MdlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/3731

Leseklassen im LKreis Esslingen

Angebot, Finanzierung, Schülerbesuch und Lernerfolge durch Leseklassen an Grundschulen im LKreis Esslingen; Fortsetzung der Förderung von Schülern mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche bei Wegfall von Leseklassen

KlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/4058

Sind die geplanten Leseklassen wirklich gleichwertig?

Gleichwertigkeit der Förderung und konkrete Ausgestaltung des vom Staatlichen Schulamt Ludwigsburg entwickelten Nachfolgekonzpts der Leseklassen

MdlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/4105

Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Lese-Rechtschreibschwäche

Zahl der Grundschulschüler mit besonderem Förderbedarf beim Lesen und bei der Rechtschreibung; Diagnose der Lese-Rechtschreibschwäche; Förderkonzepte und individuelle Förderung innerhalb und außerhalb des Regelunterrichts an den Grundschulen; Finanzierung der Fördermaßnahmen vonseiten der Staatlichen Schulämter; Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 23.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5354

Einrichtung einer Leseklasse an der Katharinschule in Esslingen

Kriterien und bereitgestellte Mittel für die Einrichtung von Leseklassen; Erfüllung der Kriterien durch das Konzept der Katharinschule in Esslingen

KlAnfr
s. *Lesen*
Drs 15/6616

Lesekompetenz

s. *Lesen*

Lesen

s.a. *Literatur*

Alphabetisierung in BW

Ursachen und Daten zur Entwicklung der Alphabetisierung in BW und im Ländervergleich; Ausgestaltung und Teilnehmerzahlen der Alphabetisierungsangebote

Antr
s. *Analphabetismus*
Drs 15/2982

Grundschulstudien TIMSS und IGLU - Ergebnisse und Konsequenzen für BW

Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Schulleistungsstudien TIMSS 2011 und IGLU 2011 für Grundschulen in BW, insbes im Hinblick auf Geschlecht, soziale Herkunft und Leistungsniveau

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/3111

Leseklassen fallen dem Rotstift zum Opfer

Bedeutung der Leseklassen für den Schulerfolg der Schüler; Einstellung dieser Extraförderung

MdlAnfr 3) Klaus Herrmann CDU 09.07.2013 Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4541-4544

Leseklassen im LKreiss Esslingen

Angebot, Finanzierung, Schülerbesuch und Lernerfolge durch Leseklassen an Grundschulen im LKreiss Esslingen; Fortsetzung der Förderung von Schülern mit einer Lese- und Rechtschreibschwäche bei Wegfall von Leseklassen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 18.09.2013 und Antw KM Drs 15/4058

Sind die geplanten Leseklassen wirklich gleichwertig?

Gleichwertigkeit der Förderung und konkrete Ausgestaltung des vom Staatlichen Schulamt Ludwigsburg entwickelten Nachfolgekonzpts der Leseklassen

MdlAnfr 5) Klaus Herrmann CDU 04.10.2013 Drs 15/4105
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4733 4734

Alphabetisierung ernst nehmen - Förderangebote in BW

Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten; Zielsetzung der seit 2011 eingeleiteten Fördermaßnahmen; Teilnahme finanziell benachteiligter Personen an den Alphabetisierungskursen; Qualitätssicherung der Förderkurse und Qualifizierung der Dozenten; Höhe der jährlichen Fördermittel

Antr
s. *Analphabetismus*
Drs 15/4169

Alphabetisierungsoffensive in BW

Sachstand zur Entwicklung der Alphabetisierung in BW, insbes Zahlen der Analphabeten, Maßnahmen und Initiativen zur Alphabetisierung und deren Finanzausstattung, Ergebnisse des Impulsprogramms für Alphabetisierung

Antr
s. *Analphabetismus*
Drs 15/6569

Einrichtung einer Leseklasse an der Katharinschule in Esslingen

Kriterien und bereitgestellte Mittel für die Einrichtung von Leseklassen; Erfüllung der Kriterien durch das Konzept der Katharinschule in Esslingen

KlAnfr Andrea Lindlohr GRÜNE 13.03.2015 und Antw KM Drs 15/6616

Vermittlung von Sprach- und Lesekompetenz in den Bildungshäusern

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231 235

Auswirkungen des Kita-Besuchs von Kindern auf die Sprach- und Lesekompetenz in der Grundschule

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2156 2157

Leserechtschreib-Schwäche

s. *Lernstörung*

Leseverhalten

s. *Lesen*

Leutenbach

Bewertung der B 14 - Abschnitt Nellmersbach/Backnang-West

Bewertung des o.g. Abschnitts gemäß den für den Priorisierungskatalog entwickelten Kriterien

Antr
s. Bundesstraße 14
Drs 15/2157

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14 Nellmersbach - Backnang, Bauabschnitt (BA) 1.1

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14 Nellmersbach-Backnang, Bauabschnitt 1.1, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. Straßenbau
Drs 15/7281

Leutkirch im Allgäu

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/2795

LFGG

s. Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit

LfK

s. Landesanstalt für Kommunikation

LGebG

s. Landesgebührengesetz

LGG BW

s. Landesgesundheitsgesetz

LGL

s. Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg

LGlüG

s. Landesglücksspielgesetz

LGRB

s. Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

LGVFG

s. Verkehrsinvestition

LHeilvfOBW

s. Heilverfahrensverordnung Baden-Württemberg

LHeimBauVO

s. Landesheimbauverordnung

LHeimG

s. Landesheimgesetz

LHO

s. Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg

LHzG

s. Landeshoheitszeichengesetz

Libyen

G36-Sturmgewehre aus baden-württembergischer Produktion in Libyen

Bewertung der Medienberichte über o.g. Bestände in Händen des Gaddafi-Regimes; Angaben zur Aufklärung der Waffenlieferungen nach Libyen, zu den Voraussetzungen für Ausfuhrgenehmigungen, zur Unterrichtung über erfolgte Genehmigungen, insbes über Genehmigungen seit der Aufhebung des EU-Embargos im Jahr 2004, zur Kenntnis über illegale Waffenlieferungen aus BW; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Lieferung von G36-Sturmgewehren mit den Aufenthalten sogenannter Polizeiausbilder aus BW in Libyen in den Jahren 2005 ff

KlAnfr
s. Rüstungsexport
Drs 15/469

Lichtenstein

Albaufstieg der B 312 bei Lichtenstein

Bewertung der unterschiedlichen Aussagen des Verkehrsministers über einen generellen Verzicht auf Straßenneubau und des Votums eines Abgeordneten der Grünen für den o.g. Albaufstieg; Eintreten für die Aufnahme des Vorhabens in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. Bundesstraße 312
Drs 15/1235

Windkraftanlagen am Schloss Lichtenstein

Sachstand zur Durchführung des immissionsrechtlichen Verfahrens zu den fünf geplanten Windkraftanlagen hinter dem Schloss Lichtenstein

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/8051

Lichtimmission

s. Lichtverschmutzung

Lichtverschmutzung

s.a. Straßenbeleuchtung

Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung zur Energieeinsparung

Stand der o.g. energetischen Modernisierung, der eingesetzten Lampentechnik und erzielten Stromeinsparungen; Umfang der

Nutzung von Landesmitteln und des Förderprogramms des Bundes; verstärkte Vermeidung unnötiger Lichtabstrahlung in den Himmel

Antr
s. *Straßenbeleuchtung*
Drs 15/788

Windkraft-Planung im Remstal (Windpark Buocher Höhe)

Bürgerprotest gegen den Windpark im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet; Abstand der Windkraftanlagen von den umliegenden Wohngebieten; Umweltbelastung durch Licht- und Lärmemissionen, insbes durch tieffrequenten Schall; Gesundheitsgefahr durch Infraschall; Wirtschaftlichkeit der Anlage im Hinblick auf etwaige Zwangsabschaltungen wegen Schattenwurf, Lärmemission, Fledermausflug sowie größerer Unterschiede beim Windaufkommen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3054

Windpark Schurwald im Bereich Esslingen/Plochingen

Stand der Errichtung des Windparks Schurwald; Bedenken von Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld der Genehmigung; Beeinträchtigung des An- und Abflugs am Flughafen Stuttgart durch die Windkraftanlagen; Abstand zur Wohnbebauung; Gesundheitsgefährdung durch Licht- und Lärmemission

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6219

Auswirkungen nächtlicher Überbeleuchtung und Möglichkeiten sogenannter „Dark Sky Areas“ im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Forschungsprojekte oder regionale Konzepte zur Reduzierung nächtlicher Beleuchtung; Steuerung der Beleuchtung im öffentlichen und privaten Raum per Zeitschaltung; Projekt „Sternenpark Schwäbische Alb“

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 28.01.2016 und Antw UM
Drs 15/8029

Liegenschaftsverwaltung

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW in die Polizeireform

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW bei der Planung der Polizeireform, insbes angekündigte und geplante bauliche Einzelmaßnahmen, absehbare Änderung der Gebäudenutzung, kalkulierte Neueinrichtungskosten einer Polizeileitstelle, geschätzte Gesamt- und Einzelkosten reformbedingter Baumaßnahmen, geplante Immobilienanmietung für einzeln genannte Polizeidienststellen mit Kostenkalkulation, erwartete Leerstände für einzeln genannte Immobilien, detaillierte Kalkulation reformbedingter Minderbedarfe/Einnahmen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2916

Lienzingen, Ortsteil

s. *Mühlacker*

LIFE-Programm

Ökonomische Folgewirkungen von Naturschutz

Sachstand zu vielfältigen wirtschaftlichen Auswirkungen und dem ökonomischen Nutzen einer modernen und aktiven Naturschutzpolitik, insbes Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Abruf von Bundes- und EU-Mitteln; Instrumente und Ziele des LIFE-Programms zur Förderung von Naturschutz-Projekten; Bedeutung von Naturschutzmitteln für landwirtschaftliche Betriebe

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 15/7231

LIFG

s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg

Pflegewissenschaftliche Analyse von Begehungsberichten der unteren Heimaufsichtsbehörden in BW

Inhalt und Bewertung der Studie „Pflegewissenschaftliche Analyse von Begehungsberichten der unteren Heimaufsichtsbehörden in BW“ der Liga der freien Wohlfahrtspflege in BW und Umsetzung der Erkenntnisse dieser Analyse

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 15/5618

Lindau

Bahnhofsentscheidung in Lindau - Welche Auswirkungen hat sie auf BW?

Bedeutung der Neuausrichtung der Bahninfrastruktur in Lindau für die Städte und Gemeinden im Bodenseekreis sowie im württembergischen Allgäu; Ausschöpfung des Fahrgastpotenzials durch die Einrichtung durchgehender RE-/S-Bahn-Verbindungen zwischen dem neuen Bahnhof in Lindau-Reutin und Vorarlberg/St. Gallen, Bregenz, Lindau und Friedrichshafen; Geltendmachung baden-württembergischer Interessen im Planungsprozess z.B. durch einen zweigleisigen Ausbau der Aeschacher Kurve und durch ein Eintreten für einen geeigneten Ausbaustandard des Bahnhofs sowie dessen gute Verknüpfung mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2370

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2795

Bahnknoten Lindau und die baden-württembergischen Interessen

Entwicklung am Bahnknoten Lindau und Folgen für den Schienenpersonennahverkehr in der Bodenseeregion, insbes Maßnahmen auf bayerischer Seite und betriebliche und infrastrukturelle Zusammenarbeit mit Bahngesellschaften in Bayern

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4819

Linden-Museum

s. *Museum*

Lindlohr, Andrea MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/91 19.02.2014 S. 5435

Linienbus

s. *Omnibus*

Linke (Partei)

s. *DIE LINKE*

Linksextremismus

s. *Extremismus*

Linkspartei

s. *DIE LINKE*

Liquidation

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und einen einheitlichen Bankenabwicklungsfonds

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3997

LiS

s. *Landesinstitut für Schulentwicklung (Stuttgart)*

Litauen

Vorkehrungen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)
Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Litauen und Russland grassierenden Afrikanischen Schweinepest, insbes Verstärkung hygienischer Vorkehrungen, veterinärmedizinischer Kontrollen und der Lebensmittelüberwachung

Antr
s. *Schweinepest*
Drs 15/4747

Literatur

s.a. *Autor*
s.a. *Buch*
s.a. *Lesen*

Schultheater in BW

Überführung des Schulversuchs mit dem Oberstufenwahlfach „Literatur und Theater“ in die Regelphase

Antr
s. *Theater*
Drs 15/256

Bücher mit rechtsradikalem Inhalt in Landesbibliotheken

Frage nach o.g. Beständen mit rechtsextremistischem und geschichtsrevisionistischem Inhalt sowie nach entsprechenden Prüfungen und Konsequenzen, Verhinderung einer unkritischen Nutzung solcher Werke

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/1950

Lernort Literaturmuseum

Entwicklung und Bewertung der „Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten“ beim Deutschen Literaturarchiv Marbach, insbes Aktivitäten der Arbeitsstelle und der von ihr betreuten Einrichtungen; Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Bundesländern und Nachbarländern; Betrieb und finanzielle Förderung von literarischen Museen, Archiven und Gedenkstätten in Kommunen

Antr
s. *Literaturförderung*
Drs 15/3654

250. Geburtstag Friedrich Hölderlin

Sachstand zu den Vorbereitungen des 250. Geburtstags von Friedrich Hölderlin, insbes Förderung der Feierlichkeiten, Neugestaltungen von literarischen Ausstellungen an Orten Friedrich Hölderlins, Kontakte der Kulturinstitute zu Frankreich aus Anlass des Jubiläums

Antr
s. *Autor*
Drs 15/7204

Literaturförderung**Lernort Literaturmuseum**

Entwicklung und Bewertung der „Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten“ beim Deutschen Literaturarchiv Marbach, insbes Aktivitäten der Arbeitsstelle und der von ihr betreuten Einrichtungen; Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Bundesländern und Nachbarländern; Betrieb und finanzielle Förderung von literarischen Museen, Archiven und Gedenkstätten in Kommunen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 20.06.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3654 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 6
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Lithium-Ionen-Batterie

s. *Batterie*

Lizenz

s.a. Immaterialgüterrecht
s.a. Konzession
s.a. Urheberrecht

Lizenzgebühren bei Schultheateraufführungen
Schritte zur Entschärfung der o.g. Problematik - evtl durch eine entsprechende Bundesratsinitiative

Antr
s. Theater
Drs 15/1409

Digitale Unterrichtsmaterialien, Digitalisate und Open Content
Bewertung der Kritik am bisher geltenden Pauschalvertrag zwischen Bundesländern und Schulbuchverlagen; Höhe der Zahlungen an die Verlage für Unterrichtsmaterialien und Schulbuchauszüge, für Schulbücher, Lernsoftware u.a.; Unterstützung von Open Content u.a. Formen der lizenzfreien, digitalen Zugänglichmachung von Unterrichtsmaterialien an den Schulen

Antr
s. Lehr- und Lernmittel
Drs 15/1772

Freie Lizenzierung von landeseigenem Bildmaterial
Freie Verfügbarkeit des Bildmaterials im Webangebot von Einrichtungen des Landes; Voraussetzungen einer freien Lizenzierung; Schaden durch missbräuchliche Nutzung von landeseigenem Bildmaterial; möglicher Ertrag einer kommerziellen Verwertung frei lizenzierten Bildmaterials

KlAnfr Gernot Gruber SPD 29.01.2014 und Antw MWK Drs 15/4669

GEMA-Gebühren für Musik in Sportkursen
Regelung der Musiknutzung in den Kursen der Sportvereine bis Ende 2013; Stand der Verhandlungen zwischen den Sportbünden und der GEMA über eine neue Pauschalvereinbarung

Antr
s. Sportverein
Drs 15/5141

Urheberrecht im schulischen Verwaltungsbereich
Sachstand zur urheber- und nutzungsrechtlichen Situation bei Lehr- und Bildungsplänen, für den Schulbetrieb relevanten Verordnungen und Anlagen sowie zentralen Prüfungs- und Klausuraufgaben für das Abitur in BW

KlAnfr
s. Urheberrecht
Drs 15/7228

Lizenzvertrag

s. Lizenz

LKA

s. Kriminalpolizei

LKHG

s. Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg

LKJHG

s. Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg

LKomBesG

s. Landeskommunalbesoldungsgesetz

LKrebsRG

s. Landeskrebsregistergesetz

Lkw

s. Nutzkraftfahrzeug

Lkw-Fahrverbot

s. Fahrverbot

Lkw-Maut

s. Straßenbenutzungsgebühren

LLG

s. Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz

LNTVO

s. Landesneben tätigkeitsverordnung

Lobbyarbeit

s. Lobbyismus

Lobbying

s. Lobbyismus

Lobbyismus

s.a. Politikberatung

Externe Personen in der baden-württembergischen Landesverwaltung

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 12.09.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2308

Lobbytätigkeit

s. Lobbyismus

Locherer, Paul MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7209

Löffler, Reinhard Dr. MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4055

Lörrach

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen
Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Überplanungsbedarf des Knotenpunkts der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98 und der Wiesentalstraße B 317
Zeitplan und Maßnahmen für die Überplanung des Knotenpunkts der Wiesentalstraße (B 317) in Lörrach und der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98

MdlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7550

Lörrach, Landkreis

Radwege im Landkreis Lörrach

Stand der Planung und Realisierung des Radwegebaus an Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/371

Elektrifizierung der Hochrheinstraße Basel-Singen

Umsetzungsstand, Höhe und Träger der Finanzierung des o.g. Projekts; Zeitpunkt der Inbetriebnahme; Einschätzung der Auslastung im Personen- und Güterverkehr

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/1029

Polizeireform: Auswirkungen auf den Landkreis Lörrach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1441

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen
Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Lörrach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte

Maßnahmen nach dem Landesgemeindefinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2043

Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung der Einführung der Biotonne im Landkreis Lörrach

Beurteilung der geplanten Einführung der Biotonne unter den o.g. Aspekten, Zumutbarkeit einer Finanzierung der zusätzlichen Kosten über eine Erhöhung der Abfallgebühren, Vereinbarkeit der geplanten stofflichen Verwertung durch Kompostierung mit der langfristigen vertraglichen Vereinbarung mit der Müllverwertungsanlage Basel

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2440

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis Waldshut

Aufstellung der im Jahr 2011 abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Branchen; im Zeitraum von 2007 bis 2011 ausgeschriebene und besetzte Ausbildungsplätze; Besetzung der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Initiativen zur Unterstützung der Ausbildungsplatzvermittlung

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/2723

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Lörrach

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2976

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Baufächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Kreisen Lörrach und Waldshut

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Baufächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbaufächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden der Kreise Lörrach und Waldshut, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4259

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Lörrach
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Lörrach

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4999

Zahl der nicht versetzten Schüler und Klassenwiederholer im LKreis Lörrach

Ursachen der ansteigenden Entwicklung der Anzahl der nicht versetzten Schüler und Klassenwiederholer in den verschiedenen Schularten im LKreis Lörrach

KlAnfr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/5615

Besetzung der Ausbildungsplätze in den LKreisen Waldshut und Lörrach

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in den LKreisen Waldshut und Lörrach, insbes Schulabschlüsse der Auszubildenden, Anteil der weiblichen Auszubildenden

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/6695

Psychiatrische Versorgung im LKreis Lörrach

Sachstand zu Angebot und Bedarf bei der psychiatrischen Versorgung im LKreis Lörrach, insbes Möglichkeiten zur Sicherstellung einer wohnortnahen psychiatrischen Vollversorgung

KlAnfr
s. *Psychiatrie*
Drs 15/7245

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Lösch, Brigitte MdL GRÜNE

Wahl der stellvertretenden Präsidenten

1. *Stellvertretende Präsidentin Brigitte Lösch GRÜNE*

2. *Stellvertretender Präsident Wolfgang Drexler SPD*

s. *Landtagsvizepräsident*
PIPr 15/1 S. 8

Logistik

Güterverkehr und Logistik

Zahl der in diesem Bereich ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitsplätze, Anzahl der unbesetzten Stellen; Umsätze und Auftragslage; Insolvenzen und Betriebseinstellungen speziell kleiner und mittelständischer Speditions- und Logistikunternehmen; Optimierungsmöglichkeiten durch bessere Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und innovative Umschlagslösungen;

Nutzung der Forschung und Entwicklung an den Hochschulen, Finanzierung der Forschungsprojekte durch EU-Fördermittel

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2697

Logistik in BW

Sachstand zur Logistik und Logistikbranche in BW, insbes Bedeutung, wirtschaftliche Kennzahlen, Güterverkehrskonzept, EU-Förderprogramme, Herausforderungen für die Infrastruktur, Sicherheitsgewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs auf Ortsumgehungen, Angebot an beruflicher Qualifikation und Studiengängen im Bereich Logistik, Erfolge bei der Umsetzung des Ziels „Güter auf die Schiene bringen“, Ziele des Leitbilds nachhaltiger Logistik, Chancen für die Branche bei Industrie 4.0, Potenzial des Telematik-Einsatzes, Auswirkungen des Mindestlohns, Problematik der Kabotage, Auswirkungen der Neuregelung der Lkw-Maut, Einsatz von Lang-Lkw

GrAnfr FDP/DVP 14.01.2015 und Antw LReg Drs 15/6340 (18 S.)
PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7846-7855

Logistikzentrum

s.a. *Güterverkehr*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 11 - Logistikzentrum BW (Kap 0320)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/111

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/711

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 12.06.2012 Drs 15/1822

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2020

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Umgang mit Mitgliedern des Freiwilligen Polizeidienstes

Gründe für die Verweigerung der neuen blauen Uniformen trotz deren Verfügbarkeit im Logistikzentrum

MdAnfr
s. *Uniform*
Drs 15/2429

Scheitern der Ansiedlung eines Logistikzentrums in Nürtingen am Widerstand der örtlichen Grünen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1671

Logopäde

s.a. *Sprachunterricht*

Situation der Heilmittelerbringer in BW

Beurteilung der vermehrten Zurückweisung von Heilmittelerordnungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden durch die Krankenkassen wegen sachlicher Mängel, Auslösung von Existenzproblemen und Kostenverlagerungen durch diese verschärfte Prüfpraxis der Krankenkassen; Hinwirkung auf einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren des Gesundheitswesens, Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmittelleistungen und einer angemessenen Vergütung

Antr
s. *Heilmittel*
Drs 15/818

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr

s. *Gesundheitsberuf*

Drs 15/2333

Lohndumping

s. *Vergütung*

Lohngruppe

s. *Eingruppierung*

Lohnuntergrenze

s. *Mindestlohn*

Lokaler Hörfunk

s. *Lokaler Rundfunk*

Lokaler Rundfunk

Förderung „freier Radios“ in BW

Sachstand zur Umsetzung der Förderung nichtkommerzieller lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter in BW durch die Landesanstalt für Kommunikation

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 17.04.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6745

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 6

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Lokales Netz

s. *Rechnernetz*

Lokalfunk

s. *Lokaler Rundfunk*

Lokalradio

s. *Lokaler Rundfunk*

Lokalrundfunk

s. *Lokaler Rundfunk*

Lokführer

s. *Triebfahrzeugführer*

Lokomotivführer

s. *Triebfahrzeugführer*

Lomersheim, Ortsteil

s. *Mühlacker*

Lonsee

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/5975

Lotterie

s.a. *Sportwette*

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Gründung der GKL

Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (GKL-StV)

Mittlg LReg 08.11.2011 Drs 15/850 (19 S.)

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 709

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/885

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 883

Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder

Umsetzung der o.g. Staatsverträge; Verhinderung von Glücksspielsucht und Wertsucht, Schaffung der Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung, Gewährleistung des Jugend- und Spielerschutzes, Eindämmung von unerlaubtem Glücksspiel

GesEntw

s. *Glücksspiel*

Drs 15/1570

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spielersperrsystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungsges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und Lotterieges

GesEntw

s. *Glücksspiel*

Drs 15/2431

Folgen der Schließung von Toto-Lotto-Annahmestellen in BW

Umsetzung des neuen Landesglücksspielgesetzes und Auswirkungen auf die Toto-Lotto-Annahmestellen in BW, insbes Schließung von Annahmestellen und Auswirkungen auf Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum

Antr Joachim Kößler u.a. CDU 21.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3106

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.04.2013 Drs 15/3571 S.

4

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Einführung von benutzer-, alters- und behindertengerechten Wertscheinen beim Staatlichen Toto-Lotto BW

Einführung von Wertscheinen im XXL-Format; Verarbeitung des Großformats durch die bestehenden Annahmeseegeräte

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.02.2014 und
Antw MFW Drs 15/4719

Erhaltung des staatlichen Monopols bei Lotto

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 870-872

Lottstetten

Fahrplanverbesserungen im Jestetter Zipfel

Auswirkungen der Fahrplanänderungen des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) auf die Zugverbindungen nach Lottstetten und Jestetten; Dialog mit den zuständigen Schweizer Stellen, um eine Verschlechterung der Bahnanbindung des Jestetter Zipfels zu verhindern; Benennung der für die Bahnverbindung auf deutschem Gebiet maßgeblichen Inhalte des 1875 zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossenen Staatsvertrags

KlAnfr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/3871

LOWiG

s. *Landesordnungswidrigkeitengesetz*

LPfIG

s. *Landespflegegesetz*

LPVG

s. *Landespersonalvertretungsgesetz*

LRegBG

s. *Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde*

LRiG

s. *Landesrichtergesetz*

LRiStAG

s. *Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz*

LS

s. *Landesinstitut für Schulentwicklung (Stuttgart)*

LSV

s. *Landwirtschaftliche Sozialversicherung*

LUBW

s. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*

Ludwigsburg

s.a. *Filmakademie Baden-Württemberg*

s.a. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/271

Daten zu den Polizeidirektionen in Pforzheim, Ludwigsburg und Böblingen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten Jahren; Darlegung der verfügbaren Liegenschaften als Grundlage der Entscheidung für Ludwigsburg als Standort des künftigen Präsidiums

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1554

Standortauflösung der Fakultät für Sonderpädagogik Reutlingen

Auswirkungen einer Verlagerung der Fakultät nach Ludwigsburg, insbes für die Vermittlung von sonder- und inklusionspädagogischen Grundkompetenzen, die Kooperation mit klinischen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen der Universität Tübingen, für die außerschulische Behindertenhilfe und Benachteiligtenförderung in Südwürttemberg, die Studierenden und Mitarbeiter; Darstellung der Kosten und finanziellen Folgen der Standortverlagerung; Abmilderung der sozialen Härten für die Mitarbeiter

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/1588

Akademie für Darstellende Kunst BW

Entwicklung der o.g. Akademie in Ludwigsburg seit ihrer Gründung 2007, ihr Stellenwert für den Kunst- und Medienstandort BW; Anzahl der Studierenden und Absolventen; Stellenstruktur, Kooperationen; Finanzierung und laufende Kosten; Zukunftsaussichten nach dem Ende der Anschubfinanzierung insbes im Hinblick auf geplante Haushaltseinsparungen

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/2340

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3009

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3030

Abschulungsverbot an Realschulen für das kommende Schuljahr
Ankündigung und Geltungsbereich des Verbots der Abschulung an Realschulen für das Schuljahr 2013/2014 durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

MdlAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/3731

Zukunft der Akademie für Darstellende Kunst BW GmbH

Empfehlungen des Gutachtens zur Evaluierung der Akademie für Darstellende Kunst (ADK); Zusammenlegung der ADK mit der Filmakademie BW; Weiterfinanzierung der ADK; Neubesetzung der Stelle des künstlerischen Direktors und Geschäftsführers; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Darstellende Kunst*
Drs 15/4541

Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Lese-Rechtschreibschwäche

Zahl der Grundschüler mit besonderem Förderbedarf beim Lesen und bei der Rechtschreibung; Diagnose der Lese-Rechtschreibschwäche; Förderkonzepte und individuelle Förderung innerhalb und außerhalb des Regelunterrichts an den Grundschulen; Finanzierung der Fördermaßnahmen vonseiten der Staatlichen Schulämter; Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/5354

Möglicherweise rechtswidrige Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Hintergründe zur Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Bewertung durch Rechtsgutachten, Informationsstand und -weitergabe innerhalb des Wissenschaftsministeriums und gegenüber der Staatsanwaltschaft, Aufklärung möglicher Rechtsverstöße

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/6218

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 24 - Schlossfestspiele Ettlingen und Ludwigsburger Schlossfestspiele (Kap 1481)

Mittlg RH
s. *Theater*
Drs 15/7024

Landesförderung für die Schlossfestspiele Ettlingen

Sachstand zu Besucheraufkommen und Eintrittspreisen sowie zum Ungleichgewicht in der Landesförderung der Schlossfestspiele Ettlingen und Ludwigsburg

Antr
s. *Festspiele*
Drs 15/7572

Schließung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung - Schwerpunkt Sprachförderung“ an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und die Beweggründe der LReg

Sachstand zur Einstellung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung“ mit Schwerpunkt Sprachförderung an der Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zum Schuljahr 2015/2016, insbes Bedeutung und Ziele des Kontaktstudiums, Anzahl und Einatz im Kontaktstudium ausgebildeter Lehrer

Antr
s. *Interkulturelle Erziehung*
Drs 15/7822

Ausbau des Bahnhofs Ludwigsburg zu einer Schnittstelle von Mobilitätsangeboten

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1807

Ludwigsburg, Landkreis*Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach*

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/817

Bildungshäuser für Kinder im Alter zwischen drei und zehn Jahren im Wahlkreis 13 Vaihingen

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/1019

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Ludwigsburg

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers

zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1402

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz
Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr
s. *Nitrat*
Drs 15/1464

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ludwigsburg
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1952

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ludwigsburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2102

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/2575

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ludwigsburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-

punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2964

Ausbau der Autobahn 81 im LKreis Ludwigsburg

Geplanter vierspuriger Ausbau der Autobahn 81 zwischen dem Engelbergtunnel und Heilbronn, insbes Verbesserung des Lärmschutzes und Errichtung zusätzlicher Ausfahrten

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/2981

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Ludwigsburg

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Ludwigsburg

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4828

Derzeitige Situation und Zukunftsaussichten der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg

Situation der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg am gegenwärtigen Standort Stuttgart-Vaihingen und Planungen einer Verlagerung in den LKreis Ludwigsburg oder Böblingen

KlAnfr
s. *Verkehrspolizei*
Drs 15/5179

Tempo-30-Zonen in Ortsdurchfahrten

Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis und im LKreis Ludwigsburg; Einrichtung einer ganztägigen Tempo-30-Zone innerhalb der Ortsdurchfahrt von Illingen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5665

Autobahnabschnitt A 81 Pleidelsheim/Ludwigsburg-Nord

Verkehrsaufkommen auf diesem Autobahnabschnitt; Häufigkeit und Dauer von Staus auf diesem Streckenabschnitt; Anzahl der Unfälle in den letzten drei Jahren; Lärmbelastung der Stadt Freiberg am Neckar; Ausbau des Autobahnabschnitts

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/6121

Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung

Grundsätze der Zusammenarbeit; Anpassung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG); Informationsaustausch zwischen Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) über die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse; Vermeidung von Doppelarbeit der Institutionen; Ergebnisse des Modellprojekts im LKreis Ludwigsburg; Steigerung der Effizienz bei der Prüfungsdurchführung

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 15/6561

Breitbandversorgung im LKreis Ludwigsburg

Ausbau der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden seit 2011; Anbieter und Art der verwendeten Technik; Nutzung von Förderprogrammen des Landes, Anschluss an das Basisnetz

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/6567

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Fortentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Stuttgart durch Umsetzung der Vereinbarung „Nachhaltig mobil: Für einen zukunftsorientierten ÖPNV in der Region Stuttgart“ zwischen dem Land BW, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den LKeisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, insbes Zuständigkeit- und Verfahrensregelung für den Erlass einer EU-konformen Vorschrift, Erweiterung der Zuständigkeiten der Verbands Region Stuttgart im Bereich des ÖPNV

GesEntw

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/6570

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Ludwigsburg

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den LKreis Ludwigsburg, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Hochschulfinanzierung

KlAnfr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/6732

Arbeiten an Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg

Sachstand zur Durchführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg

KlAnfr

s. *Landesstraße*

Drs 15/7557

Pläne für Biogutvergärung im LKreis Ludwigsburg

Sach- und Planungsstand für die Errichtung einer Biogutvergärungsanlage in Bietigheim-Bissingen

KlAnfr

s. *Bioabfall*

Drs 15/7728

Einlagerung von Abfällen aus kerntechnischen Anlagen in Deponien des LKreises Ludwigsburg

Sachstand zur Einlagerung von Abfällen aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe und dem Kernkraftwerk Neckarwestheim in den Deponien Vaihingen-Horrheim und Schwieberdingen des LKreises Ludwigsburg durch die Abfallverwertungsgesellschaft Ludwigsburg, insbes radioaktive Kontamination der Abfälle

KlAnfr

s. *Mülldeponie*

Drs 15/8028

Pläne für Renaturierungen der Enz im LKreis Ludwigsburg

Vorschläge zur Renaturierung der Enz auf dem Abschnitt Vaihingen/Enz-Roßwag bis Besigheim; Förderung der Renaturierungsmaßnahmen durch das Land

KlAnfr

s. *Renaturierung*

Drs 15/8047

Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg

Geplante Sanierungsmaßnahmen an Ortsdurchfahrten; Zustand der Landesstraßen L 1106 und L 1107 in der Ortsdurchfahrt Bönigheim

KlAnfr

s. *Ortsdurchfahrt*

Drs 15/8079

Bundesfernstraßen im LKreis Ludwigsburg

Sachstand zu Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundesfernstraßen im LKreis Ludwigsburg, insbes Verfahrensstand hinsichtlich der für Vaihingen-Enz geplanten Ortsumfahrung der Bundesstraße 10 bzw des Verkehrsknotens „Vaihinger Eck“

KlAnfr

s. *Bundesfernstraße*

Drs 15/8080

Luftbelastung

s. *Luftverunreinigung*

Luftfahrt

s. *Luftverkehr*

Luftfahrtgesetz

s. *Luftverkehr*

Luftgüteüberwachung

s.a. *Luftverunreinigung*

Luftreinhalung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personennahverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhalung in anderen Städten

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/6031

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr

s. *Feuerungsanlage*

Drs 15/7909

Luftkurort*s. Kurort***Luftqualitätsmessung***s. Luftgüteüberwachung***Luftqualitätsüberwachung***s. Luftgüteüberwachung***Luftreinhalteplan***s. Immissionsschutz***Luftreinhaltung***s. Immissionsschutz***Luftrettung***s.a. Landeplatz**Verbesserung der Luftrettung im nord-östlichen Landesteil durch die Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers in Dinkelsbühl-Sinnbronn (Bayern)*

Verbesserung der Luftrettung im Nordosten Baden-Württembergs, insbes Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers unmittelbar an der Landesgrenze (A 7) in Dinkelsbühl-Sinnbronn, Unterstützung des bayerischen Innenministeriums bei Verhandlungen mit Krankenkassen bezüglich der erweiterten Luftrettung, Einrichtung von Hubschrauberlandemöglichkeiten in umliegenden Krankenhäusern; Inexistenz nachflugtauglicher Rettungs- oder Transporthubschrauber in BW und Konsequenzen für die medizinische Versorgung; Einsatz angekündigter, schneller fliegender, neuer Rettungshubschrauber

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 14.02.2013 und Antw IM Drs 15/3041

Entwicklung der ärztlichen Versorgung im LKreis Waldshut und in Rheinfeldern sowie Schwörstadt

Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfeldern und Schwörstadt; Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Einsatz der Luftrettung als Notarztzubringer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Notarzteinätze; Fördermöglichkeit durch das Landärzteprogramm

KlAnfr
s. Ärztliche Versorgung
Drs 15/4825

Hubschrauberlandeplätze im LKreis Esslingen

Genehmigung der Landeplätze nach § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

KlAnfr
s. Landeplatz
Drs 15/5347

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber in der Region Heilbronn-Franken

Situation der Landstellen für Rettungshubschrauber in BW bei der Erfüllung der strengeren Richtlinien der umzusetzenden EU-Verordnung, insbes Auswirkung der EU-Vorgaben auf das Rettungswesen in BW sowie in der Region Heilbronn-Franken, Kosten für eine Nachrüstung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Antw IM 20.06.2014 Drs 15/5345

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber im Rems-Murr-Kreis

Zahl der von der Schließung bedrohten Hubschrauberlandeplätze; Folgen für das Rettungswesen im Rems-Murr-Kreis; mögliche Abhilfe; Kosten einer Nachrüstung gemäß den EU-Vorgaben

KlAnfr
s. Landeplatz
Drs 15/5426

Engagement der Schweizer Luftrettung in BW

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschrauber-ausrüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 17.06.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7035

Verbesserte Notfallversorgung für den Landkreis Schwäbisch Hall durch neuen Luftrettungsstandort im bayerischen Dinkelsbühl-Sinnbronn

Sachstand zur Verbesserung der Luftrettung im Landkreis Schwäbisch Hall durch Indienststellung einer Luftrettungsstation im bayerischen Dinkelsbühl-Sinnbronn und ausgebliebene finanzielle Beteiligung des Landes BW

MdLAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.09.2015
Drs 15/7399
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8278 8279

Sonderförderprogramm Luftrettung und Einhaltung der Hilfsfristen im Rettungswesen

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschrauber-ausrüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 03.02.2016 und Antw IM Drs 15/8039

Luftschadstoff*s. Schadstoff***Luftsicherheit***s. Luftverkehrssicherheit***Luftsicherheitsgebühren***s. Flughafengebühren***Luftsicherheitskontrolle***s. Luftverkehrssicherheit***Luftverkehr***s.a. Flughafengebühren**s.a. Flugzeug**s.a. Luftverkehrssicherheit**Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich*

Unterstützung der Position der südbadischen Region gegenüber dem Bundesverkehrsminister, ausschließliche Akzeptanz von

Flugbewegungen als Planungs-, Steuerungs- und Kontrollkriterium; Mitwirkung in der Begleitkommission beim Regierungspräsidium Freiburg und im Fluglärmbeirat; Unterstützung der Initiative des Fluglärmbeirats zur Schaffung von Transparenz der Vorgänge im südbadischen Luftraum

Antr CDU 01.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/186
PIPr 15/14 12.10.2011 S. 585-590
Mittlg LReg 16.04.2012 Drs 15/1560

Fluglärmgespräche mit Schweizer Regierungsvertretern

Frage nach den jeweiligen Positionen zur Zahl der Flugbewegungen vom und zum Flughafen Zürich über dem südbadischen Luftraum; Einschätzung der Möglichkeiten für eine baldige Lösung des Fluglärmstreits mit der Schweiz

KlAnfr Felix Schreiner CDU 18.08.2011 und Antw MVI Drs 15/435

Flughafen Friedrichshafen - Änderung der luftrechtlichen Genehmigung

Art und Ergebnisse der Ermittlung der Grundlagendaten (Passagierzahlen, Flugbewegungen und Auslastungsgrad) für den o.g. Antrag auf Lockerung bestehender Nachtflugverbote; Auflagen und Kontrolle der Zuschussgewährung zur Reduzierung der negativen Bilanzen der FFG

KlAnfr
s. *Flughafen Friedrichshafen*
Drs 15/980

Fluglärm reduzieren - Südbaden entlasten

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1169-1175

„Drohnen“ als fliegende Überwachungstechnik in BW?

Ermöglichung des Einsatzes o.g. Luftfahrtgeräte mit der vorgesehenen Änderung des Luftfahrtgesetzes durch den Bund, Darlegung der Einsatzzwecke und geplanten Systeme sowie der notwendigen (und evtl bereits erworbenen) Qualifikation von Polizeibeamten als „Luftfahrzeugfernführer“

KlAnfr
s. *Flugzeug*
Drs 15/1421

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 27.06.2012 Drs 15/1966
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2498-2502
Mittlg LReg 18.01.2013 Drs 15/2907

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr GRÜNE und SPD 27.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1966
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2498-2502 (zurückgezogen mit Einbringung des interfraktionellen Antr Drs 15/1966 geänderte Fassung)

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit dauerhaft gewährleisten

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr CDU 29.06.2012 Drs 15/1996
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2498-2502 (zurückgezogen mit Einbringung des interfraktionellen Antr Drs 15/1966 geänderte Fassung)

Zukunft der regionalen Flughäfen und Luftverkehrsdienste in der EU

Bewertung der o.g. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10.05.2012, u.a. der Forderung nach Einbindung von regionalen Flughäfen in die transeuropäischen Verkehrsnetze und der Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus in den Regionen durch die Regionalluftfahrt; Erhöhung der Investitionszuschüsse für die Regionalflughäfen

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/2099

Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz zur Regelung des Flugverkehrs

Art und Zeitpunkt der Einbindung der LReg in die Verhandlungen zur Beilegung des Fluglärmstreits in Südbaden, Abgabe einer Stellungnahme vor dem endgültigen Vertragsabschluss? Bewertung des erzielten Verhandlungsergebnisses

KlAnfr Felix Schreiner u.a. CDU 07.08.2012 und Antw MVI Drs 15/2203

Aufkommen und Verwendung der Mittel aus der Abgabe für klimaneutrales Fliegen

Höhe und Verwendung der auf freiwilliger Basis von Abgeordneten des Landtags an einen im UM eingerichteten Fonds seit 2008 abgeführten Mittel

KlAnfr
s. *Ausgleichsabgabe*
Drs 15/2285

Folgen des Staatsvertrags über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf BW

Maximal zulässige Anzahl von Anflügen über baden-württembergisches Gebiet, Flughöhe und Zeitraum innerhalb des Tagesverlaufs; zu erwartende Änderungen ab 2020 insbes durch Neufestlegung der Flugrouten; Bewertung dieser Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf den Lärmschutz

Antr SPD 14.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2313
ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 07.11.2012 Drs 15/2623
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2743-2764
Mittlg LReg 08.05.2013 Drs 15/3473

Lärmreduzierung für Südbaden sicherstellen

Verhandlungsstand des Abkommens mit der Schweiz, voraussichtliche Befassung des Bundesrats; Lärmschutz-Ziele des Staatsvertrags; Unklarheiten über den Inhalt der Denkschrift zum Staatsvertrag, Erfordernis einer Konkretisierung der Ausführungsbestimmungen vor der Zustimmung im Bundesrat; Einhalten der Ziele der Stuttgarter Erklärung im Verfahren

Antr
s. *Lärmschutz*

Drs 15/2349

Staatsvertrag Fluglärm Zürich mit der Schweiz - Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung

Ablehnung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form; Hinwirkung auf Aufnahme der Positionen der Stuttgarter Erklärung, insbes der Begrenzung der Flugbewegungen auf 80.000/Jahr, in den Staatsvertrag

Antr CDU 16.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2484
ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 07.11.2012 Drs 15/2623

PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2743-2764

Mittlg LReg 08.05.2013 Drs 15/3473

Konzept für den Luftverkehr in BW

Entwicklung des Luftverkehrs in den letzten fünf Jahren unter Einbeziehung des Generalverkehrsplans; Prognosen für den Linienflugverkehr sowie den Fracht- und Charterverkehr der einzelnen Flughäfen und Landeplätze; Verkehrsverlagerung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern; Konzepte zur Reduzierung der mit dem Verkehrsaufkommen verbundenen Lärm- und Umweltbelastungen

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 04.12.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2772

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.04.2013 Drs 15/3571 S. 35-37

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumentengestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/3516

Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land

Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/4187

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Energiesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/5116

Mögliche Änderungen beim Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich

Gespräche zwischen der Deutschen Flugsicherung und Skyguide zur Erarbeitung eines Flugbetriebskonzepts für den süd-deutschen Raum; Koordination mit dem Bundesverkehrsministerium; Unterstützung des Anliegens der Stuttgarter Erklärung; Auskunft über geplante Flugrouten, Flughöhen und Flugbewegungen; Beurteilung der gegenwärtigen Baumaßnahmen am Flughafen Zürich; Erzielung einer langfristigen Lärmentlastung für Süddeutschland

KlAnfr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/5398

Rahmenbedingungen und Einsatzmöglichkeiten für die Nutzung von zivilen unbemannten Luftfahrtsystemen (UAS) in BW

Rahmenbedingungen für den Einsatz von unbemannten Luftfahrtsystemen (Drohnen) im zivilen Bereich in BW, insbes bestehende Auflagen, Nutzungspotenzial, Gesetzeslage, Genehmigungsverfahren, Beachtung des Datenschutzes

Antr
s. *Flugzeug*
Drs 15/5531

Aktuelle Situation und Perspektiven des EuroAirports Basel/Mulhouse

Entwicklung der Passagierzahlen und Flüge in den letzten drei Jahren; Anzahl der am Flughafen Beschäftigten, unterschieden nach ihrer Herkunft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz; Anzahl der in der Nähe des Flughafens angesiedelten deutschen, französischen, schweizerischen und sonstigen Unternehmen; Stand des geplanten Schienenanschlusses, Zahlung eines Landeszuschusses; Differenzen zwischen den beiden den Flughafen betreibenden Staaten Frankreich und Schweiz; Bedeutung der weiteren Entwicklung des Flughafens für BW

KlAnfr
s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
Drs 15/5666

Pläne zur Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet

Inhalte und Auswirkungen der von der Schweiz geplanten Änderungen zur 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet, insbes Folgen für die Flugverkehrsbelastungen Südbadens, Art der Umsetzung, Weiterleitung von Informationen an den Flugbeirat; Einsatz des Ministerpräsidenten gegen eine Änderung der Durchführungsverordnung

Antr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/5888

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der Schweiz

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaßnahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkommens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr
s. *Fluglärm*
Drs 15/6309

Investitionsoffensive der Europäischen Union: Verkehrsprojekte für BW

Finanzierung von Verkehrsprojekten in BW mit Hilfe des Investitionsprogramms der EU; Aufnahme zusätzlicher Projekte in die Projektliste; Beschleunigung von Planungsprozessen sowie der Verwirklichung baureifer Verkehrsprojekte; Förderfähigkeit von Projekten; Anmeldung von Schienen- und Flugverkehrsprojekten; Aufnahme des Filderbahnhof Plus als intermodales Verkehrsprojekt in die Projektliste

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6357

Betriebskonzepte am Flughafen Zürich

Sachstand zur Diskussion der verschiedenen Betriebskonzepte für den Flughafen Zürich, insbes Auswirkungen auf den südbadischen Raum, Beurteilung der Sicherheitsfragen, Vorschlag von 137 Schweizer Gemeinden zur Gestaltung des Flugbetriebs

KlAnfr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/7187

Vorwurf der Vernachlässigung des Themas Luftverkehr von der neuen LReg

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 74

Luftverkehrsdienst

s. *Luftverkehr*

Luftverkehrsgesetz*Hubschrauberlandeplätze im LKreis Esslingen*

Genehmigung der Landeplätze nach § 6 Luftverkehrsgesetz (LuftVG)

KlAnfr
s. *Landeplatz*
Drs 15/5347

Luftverkehrssicherheit*Luftverkehrssicherheitskontrollen an baden-württembergischen Flughäfen*

Beurteilung der auf mehrere Behörden verteilten Zuständigkeit für die o.g. Kontrollen, Organisation der Gebührekalkulation und -eintreibung, Kostendeckungsgrad des Gebührenaufkommens, vereinbarte Qualitätsstandards mit den privaten Dienstleistern und deren Überwachung, Beurteilung einer Bündelung der Sicherheitskontrollen in einer Hand bei den Flugplatzbetreibern

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/537
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 S. 20 21
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit dauerhaft gewährleisten

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/1996

Flugverkehrssicherheit in BW und geeignete technische Maßnahmen als Reaktion auf den Hubschrauberabsturz nahe Schwäbisch-Hall

Verlauf von Hochspannungsleitungen an und über Autobahnen in BW; Anzahl der Helikopter-Sichtflugstunden in BW; Überprüfung der Sichtflugvorschriften und Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverkehrssicherheit; visuelle oder elektronische Warnsignalgeber an Hochspannungsleitungen an Autobahnen und Bahnstrecken

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 16.01.2013 und Antw MVI Drs 15/2887

Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumentengestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/3516

Geplante Windkraftanlage Zollstock-Springstein (Rems-Murr-Kreis)

Sachstand zum Genehmigungsverfahren der geplanten sechs Windkraftanlagen im Bereich Zollstock-Springstein, insbes Berücksichtigung der Flugsicherheit, Suche nach Alternativen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6599

Luftverschmutzung

s. *Luftverunreinigung*

Luftverunreinigung

s.a. *Kohlendioxid*

s.a. Luftgüteüberwachung
s.a. Treibhauseffekt

Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Laufleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO₂-Emission

Antr
s. Kohlekraftwerk
Drs 15/2688

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Fluorierte Treibhausgase

Mittlg LReg
s. Fluorkohlenwasserstoff
Drs 15/2761

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/4605

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/4608

Baumaschinen und Luftbelastung in Umweltzonen

Emissionsgrenzwerte für Baumaschinen; Verschärfung der Vorgaben in Umweltzonen; Anteil der auf Baumaschinen zurückzuführenden Feinstaubemissionen an den Gesamtmesswerten; Befreiung der Baufirmen von erhöhten Auflagen in Umweltzonen aufgrund der mit dem Einbau von Spezialfiltern verbundenen unverhältnismäßig hohen Mehrkosten

Antr
s. Baumaschine
Drs 15/4671

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/5891

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrverboten auf die Luftreinhaltung

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 15/5974

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 15/6031

Bewirtschaftung des Fuhrparks der Polizei

Art und Zahl der zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Fuhrpark der Polizei vorhandenen Fahrzeuge; Zuordnung der Fahrzeuge zu Dienststellen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2014 angefallenen Betriebskosten; Auskunft über Kilometerleistung, Treibstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß der Polizeifahrzeuge in diesem Zeitraum; Ausstattung der neuen Flächenpräsidien mit Fahrzeugen; Auswirkungen der Polizeireform auf Kilometerleistung, Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß

Antr
s. Polizeifahrzeug
Drs 15/6425

Umweltzonen in BW

Sachstand zur Ausweisung von Umweltzonen in BW, insbes Auswirkungen auf die Luftqualität im Vergleich zu Nicht-Umweltzonen, Bedeutung der Fahrverbote für Fahrzeuge mit gelber oder roter Plakette

Antr
s. Umweltzone
Drs 15/6971

Einführung einer blauen Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen

Entwicklung und Messverfahren des Stickoxid- bzw Feinstaubaufkommens in Stuttgart; Umweltnutzen durch Ersatz von EURO-5-Fahrzeugen durch EURO-6-Fahrzeuge; Durchführung und Überwachung der Zufahrtsbeschränkungen in Stuttgart; Differenzierungen bei der Einführung einer blauen Plakette; Feinstaubbelastungen in Tunneln des Schienenpersonennahverkehrs; Einbeziehung des Verkehrssektors in den EU-Emissionshandel

Antr
s. Umweltzone
Drs 15/7030

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungs-
maßnahmen und Förderung von Investitionen in CO2-effiziente
Technologien*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7430

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren
räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen;
Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen
Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Moder-
nisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von
Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzver-
brennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holz-
verbrennung

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 15/7909

Luftwärmepumpe

s. *Wärmetechnik*

LVSG

s. *Landesverfassungsschutzgesetz*

LVwVfG

s. *Landesverwaltungsverfahrensgesetz*

LVwZG

s. *Landesverwaltungszustellungsgesetz*

LWaldG

s. *Landeswaldgesetz*

LWG

s. *Landtagswahlgesetz*

LWO

s. *Landeswahlordnung*

Mädchen

Frauengesundheit in BW

Entwicklung des Körpergewichts von Mädchen bzw Frauen ge-
genüber vergangenen Zeiten, Beurteilung des Gesundheits- und
Körperbewusstseins im Vergleich zu Männern; Verankerung der
Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssys-
tem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren

Zahl der zu Schülermentoren ausgebildeten Schüler mit Migrati-
onshintergrund; Anteil der Mädchen; Durchführung einer reprä-
sentativen Datenerhebung

KIAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3637

Frauen und Mädchen in der rechtsradikalen Szene in BW

Engagement von Frauen und Mädchen in der rechtsextremis-
tischen Szene seit 2003; von diesen bevorzugte rechtsradika-
le Gruppierungen, spezifische Frauen- und Mädchenorganisa-
tionen innerhalb der rechten Szene; Beweggründe von Frauen
für eine Hinwendung zum Rechtsradikalismus; Aktivitäten der
Frauen; Unterstützung der Forschung zu Frauen und Rechts-
extremismus; speziell auf Frauen und Mädchen zugeschnitte-
ne Ausstiegsprogramme; Frauenanteil und Frauenbeteiligung in
rechtsextremistischen Organisationen im Vergleich zu anderen
Bundesländern

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/3669

*Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in
BW und Europa*

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von
Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostituti-
on; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinde-
rung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen
zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen
EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von
Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prosti-
tutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU,
CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutions-
gesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koaliti-
onsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr
s. *Zuhälterei*
Drs 15/4646

*Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Ver-
gleich*

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-,
Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schu-
len während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbre-
cherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erzie-
hung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der un-
terschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der
Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Män-
nern an sozialen Berufen

Antr
s. *Erziehung*
Drs 15/5084

Girls' Day Akademie

Zielgruppe, Angebote und jährliche Teilnahme an der Girls' Day
Akademie; Förderung des Interesses von Mädchen für MINT-
Berufe; Bewertung der Girls' Day Akademie durch Bildungs-
und Unternehmensverbände; finanzielle Unterstützung durch
das Land; Einrichtung einer Boys' Day Akademie

Antr
s. *Berufswahl*
Drs 15/5343

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes. Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6785

Gewinnung des Interesses von mehr Mädchen für technische Berufe

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 349

Mädchenarbeit*Jungen als Bildungsverlierer*

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Mädchenhandel

s. *Menschenhandel*

Magenverkleinerung

s. *Chirurgie*

Mahnmal

s. *Gedenkstätte*

Maikäfer

s. *Schädling*

Mainhardt*Auswahlkriterien für die Gemeinschaftsschulen und Ablehnung aller Bewerber aus dem LKreis Schwäbisch Hall*

Darlegung der Auswahlkriterien für die 34 Starterschulen sowie der o.g. Ablehnungsgründe, Umfang der finanziellen Aufwendungen und der Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Vergünstigungen, Einrichtung einer Sekundarstufe II am Schulzentrum Mainhardt?

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1155

Ausbau/Reparatur L 1050 Pfedelbach/Mainhardt/Oberrot

Entwicklung des Pkw- und Schwerlastverkehrs, der Unfälle und des Zustands der L 1050; Beurteilung der Verkehrssituation in den zum Teil engen Ortsdurchfahrten; Realisierungschancen einer Umfahrung des Teilorts Hütten der Gemeinde Mainhardt

KlAnfr
s. *Landesstraße 1050*
Drs 15/2294

Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern im Landkreis Schwäbisch Hall

Baulicher Zustand der Freibäder im LKreis Schwäbisch Hall, insbes. in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 15/5544

Main-Tauber-Kreis*Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes. bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern*

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/257

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/410

Straßenbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2010 und 2011, geplante Maßnahmen 2012 ff, Höhe der bereitgestellten und benötigten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/953

Ärzte-Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1141

Unterrichtsausfall an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1143

Auswirkungen der Polizeireform auf den Main-Tauber-Kreis - Erhalt der Polizeiausbildungsstätte Wertheim sowie der Polizeidirektion Tauberbischofsheim

Höhe und Verwendung von Landes- und Bundesmitteln bei der Konversionsmaßnahme Reinhardshof; Umfang der Investitionen in die polizeiliche Fortbildung; Mittelaufwand einer Verlegung der Ausbildungseinrichtung, mögliche Kompensationsmaßnahmen; Bewertung des Verlusts weiterer staatlicher Einrichtungen und damit von Arbeitsplätzen an den Standorten Tauberbischofsheim und Wertheim

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1238

Förderbeträge aus dem Städtebauförderprogramm des Landes BW

Höhe der o.g. Beträge für den Main-Tauber-Kreis seit 2001 sowie der jeweiligen Anteile von Land und Bund, Auflistung der geförderten Projekte

KlAnfr
s. *Städtebau*
Drs 15/1480

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Mittelbereitstellung iRd Breitbandinitiative Ländlicher Raum des ELR, Frage nach neuen Initiativen für einen zügigen Ausbau sowie nach der alternativen Bedeutung des Funkstandards LTE als Ersatz für kabelgebundene DSL-Versorgung

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1730

Leerstandsproblematik im Main-Tauber-Kreis

Ursachen und Konsequenzen der Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum, Ausmaß im Main-Tauber-Kreis, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr
s. *Gebäude*
Drs 15/1729

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sicherung der Unterrichtsversorgung an den o.g. Schulen; Steigerung der Attraktivität der beruflichen Schulen im ländlichen Raum für die Lehrer und Referendare

MdlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2089

Breitbandversorgung in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Versorgungsstand und aktuelle Übertragungsraten in den einzelnen Städten und Gemeinden; Förderung des weiteren Ausbaus der Breitbandversorgung; Einsatz von Glasfasertechnik; Breitbandversorgung als Standortfaktor für Unternehmen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/2677

Regenerative Energien im Main-Tauber-Kreis

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den übrigen LKreisen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2865

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Main-Tauber-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2998

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreiseln in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definition der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/3042

Tourismus im Main-Tauber-Kreis

Übernachtungszahlen und Umsätze in der Tourismusbranche seit 2008; Gesamtzahl der in der Tourismusbranche Beschäftigten; zusätzliche Investitionen in den Beherbergungsbetrieben seit der Senkung der Mehrwertsteuer; Ausbau des Fahrradtourismus; Summe der für die Tourismusförderung verbrauchten Gelder, künftige Förderprogramme

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3290

LEADER-Förderung im Main-Tauber-Kreis

Projekte der vergangenen (bis 2007) und der laufenden Förderperiode (2007 bis 2013); jeweilige Summen der Fördergelder; Position des Main-Tauber-Kreises in einer Rangliste, welche die baden-württembergischen LKreise nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte einstuft

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/3291

Straßenbauförderung und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis

Sanierung und Ausbau von Landesstraßen; Aufnahme der Aus- und Neubaumaßnahmen in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan; Bewilligung kommunaler Straßenbaumaßnahmen gemäß dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Aufnahme von ÖPNV-Maßnahmen in das Förderprogramm 2011 bis 2015; weitere, dem RegPräs Stuttgart vorliegende ÖPNV-Förderanträge

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3305

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßensperren; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Medizinische Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Main-Tauber-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxis-schließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/3433

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2003/2004; Anmeldungen für die fünften Klassen im Schuljahr 2013/2014 im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen an den Gymnasien, Haupt-, Real- und Werkrealschulen; Wechsel von Schülern mit Wohnsitz im Main-Tauber-Kreis an weiterführende Schulen in angrenzenden baden-württembergischen oder bayerischen LKreisen

KlAnfr
s. *Schulwahl*
Drs 15/3444

Hochwasserschäden in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten; Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union für den Hochwasserschutz

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3578

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3632

Bevölkerungsstatistik im Main-Tauber-Kreis

Statistische Entwicklung im Main-Tauber-Kreis für Geburten, Todesfälle, Erstwohnsitze, Einwohnerzahl sowie Eheschließungen und -scheidungen

KlAnfr
s. *Bevölkerungsstatistik*
Drs 15/3783

Auswirkung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe der für die o.g. LKreise und deren Kommunen entstehenden Mehrkosten; Auskunft über die zu erwartenden zusätzlichen Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4439

Unterrichtsversorgung und Stundenausfall an den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

Statistik nach Schultypen zu Unterrichtsausfall in den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Maßnahmen der LReg zur Vermeidung künftiger Unterrichtsausfälle

MdlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/4426

Zugang zu Breitbandinternetanschlüssen im Main-Tauber-Kreis
Zustand und Ausbauplanung von Breitbandinternetanschlüssen in den Gemeinden des Main-Tauber-Kreises, insbes vorhandene Versorgungslücken, Unterschiede in den Übertragungsgeschwindigkeiten

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/4547

Radwege im Main-Tauber-Kreis

Ausbau des Radwegenetzes im Main-Tauber-Kreis, insbes fertiggestellte Radwege und vorgesehene Ausbaumaßnahmen

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4548

Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Lauda-Königshofen sowie dem sechsspürigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4549

Einbruchdelikte im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung und Umstände der Einbruchdelikte im Main-Tauber-Kreis, insbes Anteile von Gewerbe und Wohnimmobilien, Gesamtschadenssumme, Tatzeitpunkte, Veränderungen bei der Ermittlungsarbeit

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/4728

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Main-Tauber-Kreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4797

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blauffelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Wohnungseinbrüche in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote; Ent-

wicklung der Einbruchszahlen und Aufklärungsquoten in den oben genannten LKreisen; Einfluss des Neuzuschnitts der Polizeireviere infolge der Polizeireform auf die Aufklärungsquote; Unterschiede in der Häufung der Wohnungseinbrüche in städtischen und ländlichen Regionen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5037

Strukturförderung im Main-Tauber-Kreis

Bevölkerungsentwicklung im Main-Tauber-Kreis; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/5121

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis 2014

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5136

Neuordnung des ärztlichen Notfalldiensts im Main-Tauber-Kreis

Versorgungssituation der Bevölkerung nach der Neuordnung der ärztlichen Notfalldienste im Main-Tauber-Kreis, insbes in Bad Mergentheim und Wertheim

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/5431

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Situation der Pflegeheime im Main-Tauber-Kreis

Zahl, Auslastung und Ausbaubedarf bei stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen; Planungen zu Abbau und Mindestbestand an Pflegeheimplätzen

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/5606

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Main-Tauber-Kreis, insbes unter Nutzung der Breitbandinitiative

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5607

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis von 2004 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5765

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Entwicklung der Vertretungsreserve

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5780

Geplante Neu- und Ausbaumaßnahmen beim Landesstraßenbau im Main-Tauber-Kreis ab 2015

Berücksichtigung von Neu- und Ausbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis in den Landesstraßenbauprogrammen ab 2015, insbes Auswahlkriterien, übernommen und nicht berücksichtigte Anträge

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6350

Breitbandversorgung im Main-Tauber-Kreis

Förderzusagen an Gemeinden im Main-Tauber-Kreis iRd Breitbandinitiative II; Anschluss der Gemeinden an das Basisnetz

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6351

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/6420

Auswirkungen der neuesten Entscheidung der Bundesnetzagentur bezüglich der geplanten Stromtrassenführung für BW

Konsequenzen für die weiteren Planungen der Stromtrassenführung in BW aufgrund der jüngsten Entscheidung der Bundesnetzagentur, insbes Veränderungen für die LKreise Schwäbisch Hall, Rems-Murr und Main-Tauber sowie für die Raumschaft des Naturparks Fränkisch-Schwäbischer Wald

MdlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6566

Situation der Pflegeeinrichtung im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Main-Tauber-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6646

Tourismus im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Entwicklung des Tourismus im Main-Tauber-Kreis, insbes geförderte Tourismusförderprojekte, Verbesserung der touristischen Infrastruktur beim Radtourismus und beim Öffentlichen Personennahverkehr

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/6647

Asylbewerber und Flüchtlinge im Main-Tauber-Kreis im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Main-Tauber-Kreis, insbes Unterbringung, wiederholte Einreisen, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, Abschiebungen, Anerkennungsquoten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6803

Investitionen in die Krankenhauslandschaft im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Investition in Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen im Main-Tauber-Kreis aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsfonds

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6805

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2015/2016 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich der letzten drei Schuljahre; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9; Entwicklung der Schülerzahlen nach der aktuellen Schülerzahlvorausberechnung

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6906

Kommunalpolitische Situation und Jugend im Main-Tauber-Kreis nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im Main-Tauber-Kreis, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte; Förderung der politischen Teilhabe von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/6907

Bevölkerungsstatistik

Statistische Entwicklung im Main-Tauber-Kreis für Geburten, Todesfälle, Erstwohnsitze, Zu- und Abwanderung sowie Einwohnerzahl

KlAnfr
s. *Bevölkerungsstatistik*
Drs 15/6908

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2014 im Main-Tauber-Kreis
Sachstand zur Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens im Main-Tauber-Kreis sowie der dem Kreis überlassenen Anteile

KlAnfr
s. *Grunderwerbsteuer*
Drs 15/7201

Lehrerversorgung an Schulen im Main-Tauber-Kreis
Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/7220

Bestand und Zukunftskonzept von landeseigenen Immobilien in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber
Sachstand zur Sanierung und Nutzung landeseigener Immobilien in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber-Kreis, insbes Verwendung zur Unterbringung von Flüchtlingen

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7312

Flüchtlingssituation im Main-Tauber-Kreis
Zahl und Zusammensetzung der im Main-Tauber-Kreis untergebrachten Flüchtlinge; Anerkennungsquote; Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Auslastung der bestehenden Flüchtlingsunterkünfte; Bedarfsplanung; Anzeigen und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Flüchtlingen; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7719

Mittel des Landes für Erhalt, Sanierung und Ausbau von Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis in den Jahren 2005 bis 2015
Sachstand zur Bereitstellung von Landesmitteln für den Bau von Landes- und Kreisstraßen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber im Zeitraum von 2005 bis 2015; Bewertung der Kriterien für die Berechnung und Priorisierung der förderfähigen Straßenbaumaßnahmen für die ländlichen Räume gegenüber der Gesamtförderung des Verkehrs in Ballungsgebieten

MdlAnfr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/7860

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Main-Tauber
Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schul-

jahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses Ahorn im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7921

Mais

s. *Getreide*

Malsch

Modellflugplatz Malsch im LKreis Karlsruhe
Sachstand zu Vorschriften für Modellflugplätze in BW sowie Umgang mit Beschwerden zum Betrieb des Modellflugplatzes in Malsch im LKreis Karlsruhe

KlAnfr
s. *Flugplatz*
Drs 15/6697

Management

Wissenschaftsmanagement an den Universitäten und Hochschulen in BW

Projekte zum Thema Managementstrukturen sowie Stellen für Wissenschaftsmanager an den Universitäten und Hochschulen; Kooperationen zum Thema Wissenschaftsmanagement mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen; Strukturen und Ziele der Kooperationen; Gründung einer Führungsakademie für Hochschulwesen

Antr
s. *Hochschulorganisation*
Drs 15/6287

Vielfalt in BW als Chance

Sachstand zur Berücksichtigung der Erkenntnisse des „Diversity Managements“ (Vielfaltigkeitsmanagements) bei Gleichstellung und Antidiskriminierung, insbes Beteiligung an Maßnahmen auf EU-Ebene, Förderung des Vielfältigkeitsmanagements in Unternehmen und Verwaltung, zentrale Bündelung der Teilbereiche des „Diversity Managements“ in der LReg

Antr
s. *Gesellschaft*
Drs 15/6965

Management & Empowerment in Migrantenorganisationen

s. *MEMO*

Management-Consulting

s. *Unternehmensberatung*

Mandat

s.a. *Abgeordneter*

Vereinbarkeit von Familie und Landtagsmandat in BW

Einführung von Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten für Abgeordnete; Änderung des § 75 der Geschäftsordnung des Landtags von BW

Antr
s. *Landtag, Geschäftsordnung*
Drs 15/5500

Mandatzuteilungsverfahren

s. *Sitzverteilung*

Mann

Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund
Vergleich mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund differenziert nach Frauen und Männern, insbes Vergleich des Ernährungsverhaltens, der Prävention und Selbstmedikation, der Anwendung von Arzneimitteln, beim Blutspendeverhalten und Anschluss an Selbsthilfegruppen; Frage nach Strategien für eine aufsuchende zielgruppenspezifische Gesundheitsvorsorge

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/611

Chancengleichheitsgesetz
Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/957

Frauengesundheit in BW
Vergleich der Krankheitsrisiken und Erkrankungen von Frauen und Männern deutschland- und europaweit; Darlegung der Kaiserschnitttrate und Geburtsrisiken, der frauenspezifischen Krebserkrankungen und psychischen Erkrankungen seit 2001 sowie der Präventions- und Behandlungserfolge; Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Duales Ausbildungsangebot für die Gewinnung zusätzlicher Erzieherinnen und Erzieher
Ausgestaltung der o.g. Neuordnung im Vergleich zu der bisherigen Ausbildung an einer Fachschule für Sozialpädagogik, Darlegung der Zugangsvoraussetzungen und der praktischen Ausbildungsabschnitte bei unterschiedlichen Trägern, Zeitplan für eine flächendeckende Einführung und eine mögliche Ersetzung der bisherigen Ausbildungsstruktur an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Gewinnung von mehr männlichen Auszubildenden für das Berufsbild Erzieher

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/1230

Gewalt gegen Männer in BW
Zahl der im Zeitraum 2010 bis 2012 gegenüber Männern verübten Gewalttaten, aufgeschlüsselt nach physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt; Verteilung der Gewaltopfer nach Landkreisen; Altersstruktur der Betroffenen in Relation zur Art der erlittenen Gewalt; Gewalterfahrung in den Lebensbereichen Partnerschaft, Arbeit und Freizeit; konkrete Angebote und Präventionsmaßnahmen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.11.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2753
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 75
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Genderspezifische Suchtprävention in BW
Entwicklung und Unterschiede im Suchtverhalten von Frauen und Männern in BW, insbes Angebot und Finanzierung genderspezifischer Ansätze in der Suchtprävention

Antr
s. *Suchtprävention*
Drs 15/3882

Jungen- und Männergesundheit in BW
Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4176

Jungen als Bildungsverlierer
Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Männergesundheit im Fokus
Stärkung der geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung; Unterstützung von Initiativen und Projekten zum Thema Männergesundheit; Berücksichtigung der Gesundheit von Männern bei den Gesundheitszielen des Landes; Einführung eines Männergesundheitsberichts; Ansprechpartner im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

KIAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4941

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr
s. *Erziehung*
Drs 15/5084

Chancengleichheit im Arbeitsleben in BW

Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Geschäftsinhabern bzw Geschäftsführern; Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Transferempfängern in der erwerbsfähigen Bevölkerung und Ursachen; Umgang mit etwaiger Benachteiligung von Männern in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder in Bereichen des öffentlichen Dienstes; Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Wahl der Chancengleichheitsbeauftragten

Antr
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/5249

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr
s. *Teilzeitarbeit*
Drs 15/5675

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/6835

Jungen- und Männergesundheit in BW

Sachstand zur Jungen- und Männergesundheit in BW, insbes Bewertung des Berichts „Jungen- und Männergesundheit in BW 2015“, Umsetzung der Empfehlungen, besseren Einbindung der Vertreter dieses Bereichs in die gesundheitspolitischen Strukturen

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/7432

Beurteilung einer gesetzlichen Regelung zur gleichmäßigen Besetzung der Kommunalwahllisten mit Frauen und Männern; Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062-2074

Mannheim

s.a. *Klinikum Mannheim*
s.a. *Universität Mannheim*

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/271

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Strukturreform der deutschen Entwicklungspolitik; Mannheim als Standort sichern

Mittlg LReg
s. *Entwicklungspolitik*
Drs 15/386

Streichung wichtiger Verkehrsprojekte in BW aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes

Gründe und Auswirkungen der Streichung wichtiger Schienenprojekte, u.a. des Ausbaus der Schnellbahntrasse Mannheim-Frankfurt und des ICE-Knotenpunkts Mannheim; Gefährdung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie der Bedeutung des Rangierbahnhofs in Mannheim für den Güterverkehr

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/604

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/807

Integriertes Rheinprogramm (IRP), Hochwasserschutz am Oberrhein

Darstellung des aktuellen Stands, des Nachholbedarfs und der Zeitperspektive für die vollständige Umsetzung des IRP; Höhe der eingesetzten Mittel seit 2005 und der für 2012 veranschlagten Mittel zur Dammsicherung und Erstellung der Rückhalteräume zwischen Iffezheim und Mannheim

Antr
s. *Rhein*
Drs 15/911

Ausbau des Bahnknotens Mannheim

Auswirkungen der Streichung des Bahnknotens und der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Projekte in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/1120

Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim

Auswirkungen der Streichung der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Stand der Planfeststellung bei den einzelnen Abschnitten; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Neubaustrecke in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/1122

Zukunft der Popakademie Mannheim

Entwicklung der Bewerber- und Studierendenzahlen, der Einnahmen aus Studiengebühren und künftigen Kompensationszahlungen; Darstellung der Kooperationen und Gesellschafteranteile an der Finanzierung, künftige Beteiligung der Gesellschafter nach dem Rückzug von an der Finanzierung beteiligten Unternehmen, Höhe und Zeitrahmen für eine Aufstockung der Finanzierungsbeteiligung des Landes

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/1315

Zulassung weiterer Spielbanken

Darlegung o.g. Planung für den Standort Mannheim, Einschätzung der Auswirkungen für die vorhandenen Spielbanken in BW und benachbarten BLändern; Frage nach einer gesetzlichen Neuregelung bzw Festhalten an den Grundzügen des Ausschreibungs- und Erlaubnisverfahrens nach dem geltenden Spielbankengesetz; Regelung des Spielbankwesens in anderen Bundesländern, Höhe und Verwendungszwecke der den Ländern zufließenden Erträge

Antr
s. *Spielbank*
Drs 15/1428

Bau einer Neckarbrücke zwischen Ladenburg und Edingen-Neckarhausen (L 597 neu)

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Umwelt- und Verkehrsentlastung, insbes für Seckenheim und Ilvesheim durch Ausweichverkehr zur dortigen Neckarquerung; Einstufung einer neuen Brücke als Voraussetzung für die umfassende Neugestaltung der Seckenheimer Innenstadt

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1473

Sparmaßnahmen bei der Polizei

Art, Gründe, Umfang und Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen, insbes im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim und der Polizeidirektion Heidelberg und für die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum; Beeinträchtigung der allgemeinen Sicherheitslage und der Verfolgung von Straftaten? Frage nach Maßnahmen zur bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Polizei

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1745

Einrichtung eines Schulversuchs an der Feudenheim-Realschule (Mannheim)

Bewertung der angestrebten Einrichtung eines Schulversuchs „Realschule Plus“ in Zusammenarbeit mit dem Feudenheim-Gymnasium; Begründung, Form und Zeitpunkt der signalisierten Ablehnung; Prüfung eines trotz der ablehnenden Haltung erfolgten Antrags? Erfahrungen an anderen Schulen mit vergleichbaren Modellen einer elften Klasse/Vorbereitungsklasse im Anschluss an die mittlere Reife

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1838

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Mannheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1936

Nationaltheater Mannheim

Gegenüberstellung des Nationaltheaters Mannheim und der Staatstheater in Karlsruhe und Stuttgart in ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Gesamtbudgets und des Finanzierungsanteils des Landes seit 2002; Beurteilung des jeweiligen Niveaus von Oper und Orchester; Unterstützung des Nationaltheaters bei Kooperationen mit besonders renommierten Künstlern

Antr
s. *Theater*
Drs 15/2255

Schließung des Internationalen Instituts für Berufsbildung in Mannheim

Gründe und Auswirkungen der o.g. Schließung, Aufgabenwahrnehmung und Bedeutung des IfB iRd Entwicklungszusammenarbeit

KlAnfr
s. *Internationales Institut für Berufsbildung*
Drs 15/2387

Ausschreitungen von Teilnehmern des „Langen Marschs der Jugend“ von Straßburg nach Mannheim vom 1. bis 7. September 2012

Erkenntnisse im Vorfeld und Rechtsverstöße während der o.g. Aktion von kurdischen Jugendlichen, beteiligte Behörden und Gründe für die Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2424

Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Polizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2425

Ganztagschulen in Mannheim

Zahl der Ganztagschulen in BW und Mannheim differenziert nach Ausprägungen bzw Modellen; Gewährung von Bestandsschutz bei der Personalausstattung für allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsbetreuung in Mannheim insbes beim Geschwister-Scholl-Gymnasium

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/2832

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadtkreis Mannheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2996

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3010

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder

Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3031

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafestraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr
s. *Brand*
Drs 15/3744

Durchbindung der Linie Heidelberg - Mannheim - Mainz in Gefahr?

Verknüpfung der Linien Mainz - Mannheim und Mannheim - Bensheim als S-Bahn-Linie 6; Auswirkungen auf eine Durchbindung Mainz - Mannheim - Heidelberg - Meckesheim - Aglasterhausen/Eppingen; Sachstand und Zeitplan der Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Mannheim Hbf - Heidelberg Hbf

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3837

Zukunft der Musikhochschule Mannheim

Bedeutung, heutige Ausrichtung und Zukunft der Musikhochschule Mannheim; alternative Entwicklungsmöglichkeiten der Popakademie BW; Gründe und Konsequenzen der geplanten überproportionalen Kürzung für den Standort Mannheim in Abweichung vom Vorschlag des Rechnungshofs

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3903

Gewaltprävention und Wirksamkeit der Fanprojekte

Bestand und Bedarf an Fanprojekten in BW; Aufgabenfelder; präventive Wirkung von Fanprojekten; Arbeit des Fanprojekts in Mannheim/Ludwigshafen; Förderung von Fanprojekten durch das Land; bisherige Erfahrungen mit dem Sicherheitskonzept der Deutschen Fußball Liga (DFL); Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kommunen, Fanprojekten und Polizei; Strafverfolgung der Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels Offenbacher Kickers und SV Waldhof Mannheim am 25. August 2013; Gewaltprävention im Amateurbereich

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/3990

Radwege im LKreis Rhein-Neckar und in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim

Stand des Ausbaus des Radwegenetzes im LKreis Rhein-Neckar sowie in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim mit Förderung aus dem Landeshaushalt, insbes fertig gestellte und geplante Radwege; nicht-bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrs in der Region

KlAnfr

s. *Radweg*
Drs 15/4060

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Mannheim

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen in Mannheim; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil der Metropolregion; Reaktionen der Kommunen, Regionalverbände, kommunalen Landesverbände sowie der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau in Mannheim

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4337

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. *Versicherungspflicht*
Drs 15/4477

Kriminalpolizei im künftigen Polizeipräsidium Mannheim

Künftige Aufgabenwahrnehmung der Kriminalpolizei im Bereich des neuen Polizeipräsidiums Mannheim

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/4553

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

Förderbedingungen, Planungs- und Umsetzungsstand des Infrastrukturausbaus im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4725

Verkehrsanbindung der Metropole Mannheim

Behebung der Probleme bei der Anbindung der Metropole Mannheim im Berufsverkehr, insbes Verbesserung der Schienenpersonenfernverkehrsverbindungen auf der Strecke Stuttgart-Mannheim in den Randstunden für Berufspendler, Realisierung der Straßenrheinquerung zwischen Altrip und Mannheim

Antr
s. *Schienenpersonenahverkehr*
Drs 15/4913

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014,

insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 15/4960

Kriminalstatistik in Karlsruhe

Entwicklung der Eigentumskriminalität, Straßenkriminalität und der Kriminalität im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln in Karlsruhe im Vergleich mit Stuttgart und Mannheim

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5057

Potenzial der Binnenschifffahrt am Oberrhein

Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschifffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 15/5110

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5199

Stellung der Universitätsmedizin in Mannheim

Evaluation und wirtschaftliche Situation der fünf baden-württembergischen Universitätsklinika und deren Medizinischer Fakultäten; wissenschaftliche Kompetenz, Qualität der Ärzteausbildung und Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung an der Universitätsmedizin Mannheim

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/5213

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. *Unternehmensübernahme*
Drs 15/5208

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Erreichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Integrierten Leitstelle in Heidelberg

KlAnfr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/5655

„Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten“ (Armutsmigrationsbericht)

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen im Armutsmigrationsbericht, insbes Unterstützung der vorgeschlagenen Änderungen von Bundesgesetzen und im europäischen Sekundärrecht; Bewertung der Aussagen im Armutsmigrationsbericht zur Situation in der Stadt Mannheim

KlAnfr

s. *Soziale Sicherung*

Drs 15/5676

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr

s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*

Drs 15/5734

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr

s. *Landespersonalvertretungsgesetz*

Drs 15/6115

Wohnungseinbruchdiebstahl in Mannheim

Entwicklung der Wohnungseinbrüche im Stadtkreis innerhalb der letzten zehn Jahre; lokale Schwerpunkte; Aufklärungsquote, Tätergruppen; Maßnahmen zur Prävention

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/6263

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärm-schutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr

s. *Streckenbau*

Drs 15/6427

Politisch motivierte Kriminalität und extremistische Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim

Situation der politisch motivierten Kriminalität und extremistischer Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim, insbes Straftaten und Gefährdungspotenzial in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, politisch motivierte Ausländerkriminalität und Islamismus/Salafismus

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/6674

Regionalexpress-Verbindung Heidelberg-Stuttgart

Zielvorgaben, Kriterien und Finanzierung des „Zielkonzepts 2025 für den Schienenpersonennahverkehr“; Auswirkungen und Alternative eines Wegfalls der Regionalexpress-Verbindung Mannheim/Heidelberg-Stuttgart

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/6708

Sanierung Schnellbahntrasse zwischen Mannheim und Stuttgart

Umfang, Mitteleinsatz und Koordination der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Schienennetz; Sachstand zur Sanierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Mannheim, insbes Zeitablauf, Fahrtzeitverlängerungen, Vorverlagerung der Maßnahme in die Sommerferien zur Reduzierung der Einschränkung für Pendler

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/6736

Bedeutung des TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim

Sachstand zur Bedeutung und Wissensvermittlung im TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim, insbes bei der Betreuung von Schulklassen

Antr

s. *Museum*

Drs 15/7060

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den Stadtkreis Mannheim

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den Stadtkreis Mannheim, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit

KlAnfr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/7073

Neubaustrecke Frankfurt/Mannheim - Führung des bestehenden Fernverkehrs

Sachstand zu Plänen zur Verlagerung des bestehenden Fernverkehrs auf der Main-Neckar-Bahn auf die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim unter Umgehung der Bergstraße, insbes Auswirkungen auf die Berufspendler

KlAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/7119

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 22 - Landesmuseum für Technik und Arbeit (Kap 1478)

Mittlg RH

s. Museum

Drs 15/7022

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 23 - Popakademie BW (Kap 1478)

Mittlg RH

s. Musikhochschule

Drs 15/7023

Erstaufnahme von Flüchtlingen im Stadtkreis Mannheim

Sachstand zur Flüchtlingerstaufnahme im Stadtkreis Mannheim, insbes Anmietung und Auslastung von Kapazitäten zur Unterbringung, Beteiligung der Stadt bei den Planungen

KlAnfr

s. Flüchtling

Drs 15/7248

Wieder kritisiert das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Stellenvergabe durch das Innenministerium - Ist der Innenminister gewillt, für ordnungsgemäße Stellenbesetzungsverfahren zu sorgen?

Sachstand zum durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe kritisierten Stellenbesetzungsverfahren des Innenministeriums bei der Stelle des Leiters der Verkehrspolizeidirektion im Polizeipräsidium Mannheim, insbes Verhalten von Polizeinspektor D.W. bei der Beurteilung der Stellenbewerber, Einbeziehung des Innenministers

KlAnfr

s. Stellenbesetzung

Drs 15/8095

Verkauf von Alkoholika an Jugendliche unter 16 Jahren, Ergebnisse von Testkäufen in Mannheim; Rückgang der Straftaten in Mannheim durch die Videoüberwachung

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 211 213

Mannheimer Reform Curriculum Medizin*s. Mannheimer Reformiertes Curriculum für Medizin***Mannheimer Reformiertes Curriculum für Medizin***s.a. Medizinische Ausbildung**Auslastung der Studienplätze im medizinischen Bereich*

Auslastung und Zahlen zu Studienplätzen medizinischer Studiengänge in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern; geplanter Studienplatzausbau sowie Angebot von Teilstudienplät-

zen im medizinischen Bereich; Bewertung des Mannheimer Reformierten Curriculums für Medizin und medizinnahe Berufe

Antr

s. Medizinische Ausbildung

Drs 15/3135

Mappus, Stefan MdL CDU*Würdigung und Verabschiedung des Abg Stefan Mappus*

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 453

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr

s. Untersuchungsausschuss

Drs 15/1186

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Einflussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitliche und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr

s. Untersuchungsausschuss

Drs 15/4469

Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim und die Konsequenzen für den Datenschutz?

Bewertung des VGH-Urteils im Rechtsstreit des ehemaligen MinPräs Mappus mit dem Land BW im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen; Umgang mit ggf. vorhandenen, in der 14. WP gefertigten Sicherungskopien von Daten der Mitarbeiter der Ministerien; Einwände gegen den datenschutzrechtlichen Lösungsanspruch; Unterrichtung des Untersuchungsausschusses „Polizeieinsatz Schlossgarten II“ und des Parlaments über die Datenlöschung; Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes

KlAnfr

s. Personenbezogene Daten

Drs 15/5594

Aktenführung und Archivpflicht im Licht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH)

Rechtliche Regelung der Aktenführung in der LReg; Berücksichtigung der Anforderung der Vollständigkeit der Akten; Unterschiede in der Aktenführung gegenüber der Regierung Mappus; Speicherung der Unterlagen des exekutiven Kernbereichs

und deren spätere Archivierung im Landesarchiv

KlAnfr
s. Akten
Drs 15/5658

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr
s. *Gerichtsentscheidung*
Drs 15/5877

Externe Prüfung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Mannheim zu den E-Mails des MinPräs a.D. Mappus

Status des Vorgangs „Umgang mit der Sicherungskopie des E-Mail-Postfachs des Ministerpräsidenten a.D. Mappus/Übergabe der E-Mails an das Landesarchiv/Löschung der E-Mails“; Begründung und Kosten für die Erstellung externer Rechtsgutachten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5942

Befassung der LReg mit den E-Mail-Konten des MinPräs a.D. Mappus und Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Vergütungsregelung für das Gutachten zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim; Kommunikation der LReg über die mittlerweile vernichteten E-Mail-Konten des Ministerpräsidenten a.D. Mappus und die Ergebnisse, insbes innerhalb der LReg, mit Angehörigen der Fraktionen GRÜNE und SPD sowie mit Organisationen und Privatpersonen; Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, insbes im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen aus dem Landtag

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/6428

Bewertung des Interviews des ehemaligen MinPräs Mappus im Wahllokal bei der Stimmabgabe zur Landtagswahl als Verstoß gegen das Landtagswahlgesetz

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-772

Verweisung auf die Aussagebereitschaft des ehemaligen MinPräs Mappus zur Aufklärung der Vorgänge um den Rückkauf der EnBW-Anteile von der EdF

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1068-1073 1075

Verweisung auf die Aussagebereitschaft des ehemaligen MinPräs Mappus zur Aufklärung der Vorgänge um den Rückkauf der EnBW-Anteile von der EdF

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1143-1146

Marbach a.d. Lauter, Ortsteil

s. *Gomadingen*

Marbach a.N.

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/805

Errichtung eines „Bildungshauses 3-10“ in Marbach

Beurteilung der bisherigen Arbeit und Förderung der Bildungshäuser, Bewirkung einer verbesserten Schulreife der Grundschulkinder, Bewertung der o.g. Nachfrage von Eltern, Erziehern und Lehrern in Marbach im Vergleich zum Angebot der verlässlichen Kooperationszeit für Kindergärten und Grundschulen; Fortführung der Förderung und Ausbau des Modells der Bildungshäuser

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/1694

MaReCuM

s. *Mannheimer Reformiertes Curriculum für Medizin*

Margensteuer

s. *Umsatzsteuer*

Marikultur

s. *Aquakultur*

Marine

Patenschaft des Landes BW für die neue Fregatte F 222

Gestaltung der Patenschaft des Landes BW mit der neuen Fregatte F 222 der Bundesmarine

MdlAnfr
s. *Kriegsschiff*
Drs 15/4915

Marine Aquakultur

s. *Aquakultur*

Marinestreitkräfte

s. *Marine*

Markdorf

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) - Mittelverwendung

Bestehende Verpflichtungen im Öffentlichen Personennahverkehr und im Straßenbau; Gesamtvolumen der im Förderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ bewilligten Projekte; Höhe der bis zum Ende des Förderprogramms für neue Projekte verfügbaren Fördermittel; Stand der Projekte Südumfahrung Kehlen und Ortsumfahrung Markdorf

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/3846

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn
Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Förderung der Ortsumfahrung Markdorf
Verwendung von Fördermitteln aus dem Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz für den Bau der Ortsumfahrung Markdorf; Zeitplan für die Finanzierung

MdlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/7550

Finanzierungszusage zur Ortsumfahrung Markdorf
Sachstand zur Finanzierung der Ortsumfahrung Markdorf als Kreisstraße iRd Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes Finanzierungabsicht des Landes

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/8052

Markenfälschung

s. *Produktpiraterie*

Markenrecht

Verfahren wegen Produktpiraterie in BW
Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Verletzungen des Marken- und Urheberrechts in den letzten zehn Jahren; Art der Rechtsverletzung; Anteil der Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Ausübung; Höhe des wirtschaftlichen Schadens

Antr
s. *Produktpiraterie*
Drs 15/2794

Geschützte Begriffe des Bildungsunternehmers P.F.
Beanspruchung des Markenrechts für bestimmte, von ihm geprägte Begriffe durch den ehemaligen Berater des Kultusministeriums, Peter Fratton; Schaffung ersatzweiser Begriffe und Information der Schulen im Land über die Begriffsänderungen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4610

Markenschutz

s. *Markenrecht*

Marketing

Weintourismus in BW
Bewertung der bestehenden weintouristischen Angebote; naturkundliche Angebote für Weinfreunde; Förderung und Ausbau

des Weintourismus; Rolle des Weintourismus bei der Absatzförderung heimischer Weinprodukte; Imagekampagnen für badi-schen und württembergischen Wein; Ausrichtung der Veranstaltung „Artvinum“; Werbung für Weintourismus durch die Weinmesse Baden-Württemberg Classics

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/2694

EU-Absatzförderung

Art, Ziele, Ausgabenhöhe und geplante Änderungen der EU-Absatzförderungsmaßnahmen für Lebensmittel aus europäischer Landwirtschaft, insbes Nutzen für BW, Förderung qualitätsorientierter und umweltfreundlicher Produktion, Unterstützung lokaler Märkte und kurzer Vertriebswege, Aufklärung von Verbrauchern über Produktqualität

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/2904

Familiengeführte Regionalbrauereien in BW

Entwicklung und aktuelle Markt- und Preissituation bei familiengeführten Regionalbrauereien in BW und bestehende Unterstützungsmöglichkeiten durch das Land, insbes bei Investitionen und Absatzförderung

Antr
s. *Brauerei*
Drs 15/4089

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4454

BW Classics

Werbung für Weintourismus durch die Weinmessen Baden-Württemberg Classics; Förderung der gemeinsamen Präsentation von Weinen aus Baden und Württemberg durch das Land; Auswirkungen eines Ausstiegs touristischer Organisationen des Landes aus der Gemeinschaftspräsentation; ähnliche Werbepäsentationen in anderen Bundesländern; Veränderungen der Anzahl der Weinerlebnisführer und Weinerlebnisführerinnen in BW in den letzten Jahren; Schaffung neuer Gästebetten zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe

Antr
s. *Wein*
Drs 15/4645

Reittourismus in BW

Anzahl der Reiterhöfe und Reiterhotels; Wanderreitstationen; Reitwege- und Reittourennetz; Anzahl der in den letzten fünf Jahren ausgebildeten Beritt- und Wanderreitführer; Aufstellung der den Reittourismus betreffende Rechtsvorschriften; Bedeutung des Reittourismus in BW; Vermarktung des Reittourismus über die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW)

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/4696

Kur- und Erholungsorte in BW

Situation und Entwicklung der Kur- und Erholungsorte in BW, insbes Statistiken, internationale Marketingmaßnahmen, Zukunftskonzepte angesichts der demografischen Entwicklung und Zertifizierung von Nachhaltigkeit

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/4766

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr
s. *Ferien auf dem Bauernhof*
Drs 15/5468

500 Jahre deutsches Reinheitsgebot - Bier und Brauereiwirtschaft in BW

Entwicklung der Braustätten im Land, Zahl der Beschäftigten; Bierproduktion im Jahr 2015, Bierkonsum in den vergangenen fünf Jahren; Anteil baden-württembergischen Biers am Gesamtumsatz; Bedeutung und Zukunftsaussichten des Reinheitsgebots; Hopfenanbau in BW; Einfluss ausländischer und neuartiger Biere; Marktanteil alkoholfreier, alkoholreduzierter und mit Limonaden versetzter Biere; Förderung der Vermarktung von Bier durch das Land

Antr
s. *Bier*
Drs 15/7929

Marketinggesellschaft BW*s.a. Tourismusmarketing BW**Bedeutung von Mütbürgern mit Migrationshintergrund für die Ernährungswirtschaft in BW*

Bisherige und mögliche Marktbedeutung ethnischer Produkte für die Ernährungswirtschaft in BW, Umsatzvolumen der (nach islamischem Recht zulässigen) Halal-Produkte; Begleitung der Nahrungsmittelunternehmen bei der Markterschließung für ethnische Produkte durch die Marketinggesellschaft BW

Antr
s. *Ernährungswirtschaft*
Drs 15/384

Lob für die Marketingaktivitäten der MBW, insbes für ökologische Produkte

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 259

Markgräflerland*Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl*

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

Ausbau der Rheintalbahn - Abschnitt Müllheim-Auggen

Sachstand und Position der LReg zum Ausbau der Rheintalbahn im Bereich Müllheim-Auggen, insbes Bewertung und Mehrkosten des Vorschlags des Bürger-Bündnisses Markgräflerland (BBM)

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/5523

Markgröningen*Feinstaubmessungen*

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/271

Neue Gefahrenlage und Sicherheitsstandards im Schienenverkehr

Sicherheitsstandards der Bahn im Schienenverkehr, insbes bei Bahnübergängen; Ursachen des Bahnunfalls in Talhausen (LKreis Rottweil)

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/5602

Markt*s.a. Marktstruktur**Chance von nachhaltigen Zukunftsmärkten in BW*

Gegenwart und Perspektiven der baden-württembergischen Wirtschaft auf nachhaltigen Zukunftsmärkten, insbes Begriffsdefinition, Branchen- und Unternehmenszuordnung, Branchenstatistik (Mitarbeiter, Umsatz, Wachstumsprognosen); Unterstützungsmaßnahmen und branchenspezifische Förderungsschwerpunkte der LReg

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/3354

Marktanteil*Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land*

Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/4187

Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich

Entwicklung und Förderung des Grünlands in BW und Pläne der LReg zur Einführung eines gesetzlichen Umbruchverbots

Umwandlung von Grünland in Ackerflächen, Dauerkulturen, Aufforstung, Bebauung u.a. seit 2003; bisherige und künftige Förderung der Grünlandbewirtschaftung iRd MEKA, der Ausgleichszulage und Landschaftspfegerichtlinie; Art und Zeitpunkt der Einbeziehung der Berufsverbände und betroffenen Landwirte in die Überlegungen zur Schaffung eines gesetzlichen Umbruchverbots durch Änderung des Landwirtschafts- und LandeskulturGes

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/323

Bedeutung der Mulchsaat im Kraichgau

Bewertung der Mulch- bzw Direktsaatvariante im Vergleich zur Pflugvariante, insbes im Blick auf die Erosions- und Hochwassersegefahr; Bedeutung der Mulchsaat für den Wasser- und Stoffhaushalt des Bodens und für den ökologischen Landbau; Gründe und Folgen des Ausstiegs aus der Förderung iRd MEKA-Programms

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/1857

Erhaltung der Umstellungsförderung auf ökologische Landwirtschaft iRd MEKA

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 258-261 264

Kritik an der Kürzung des MEKA-Programms

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1104 1109

Marktforschung

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/4613

Markthandel

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Schausteller und Marktkaufleute

Auswirkungen der Neuregelungen des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes auf die Verkehrssicherheit; zutreffende Anwendungsbestimmungen des Gesetzes für die Belange von Schaustellern und Marktkaufleuten

Antr
s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*
Drs 15/4564

Marktmanipulation

Euribor/Libor-Manipulation und die Folgen für den baden-württembergischen Finanzmarkt für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen

Folgen für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen und den Finanzmarkt in BW durch die Euribor/Libor-Manipulation, insbes Schadenshöhe, Klageunterstützung und Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen; Konsequenzen aus der Sonderprüfung der deutschen Finanzaufsicht BaFin; Amtshaftungsansprüche wegen unzureichender staatlicher Kontrolle

KlAnfr
s. *Zins*
Drs 15/3098

Marktordnung für Wein

s. *Weinmarktordnung*

Marktpreismanipulation

s. *Marktmanipulation*

Marktregulierung

s. *Regulierung*

Marktstruktur

s.a. *Markt*
s.a. *Wettbewerb*

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr
s. *Wärmeversorgung*
Drs 15/6149

Marktüberwachung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Marktüberwachung von Produkten*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3200

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. Weichmacher
Drs 15/4168

Marktwirtschaft

s. Wirtschaftssystem

Marwein, Thomas MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/130 10.06.2015 S. 7803

Maschine

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die
Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den
Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte
Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
Drs 15/5891

Maschinenbau

*Einrichtung einer Außenstelle einer Technischen Hochschule in
der drittgrößten Stadt der Region Heilbronn-Franken mit dem
Schwerpunkt Maschinenbau in Crailsheim*
Einrichtung eines Studiengangs Maschinenbau in Crailsheim als
Außenstelle einer Hochschule oder Akademie

MdlAnfr
s. Technische Hochschule
Drs 15/3731

*Beklagung der Herkunft der meisten Solarmodule aus China,
Verweisung auf deren Produktion mit Maschinen aus BW*
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 181

*Bedeutung des Maschinenbaus als eine der industriellen Leit-
branchen des Landes*
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 425 429

*Herstellung der Solarmodule in China mit Maschinen aus BW,
Zahl der davon abhängigen Arbeitsplätze bei den Maschinen-
bauunternehmen im Land*
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1055

*Bewertung von Greentech als Wachstumsmarkt für den Maschi-
nenbau, Verweisung auf die Marktführerschaft des Maschinen-
baus beim Bau von Komponenten für Windkraftanlagen*
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1109 1114

*Bewertung von Greentech als Wachstumsmarkt für den Maschi-
nenbau*
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425 1430

Maschinenbauindustrie

s. Maschinenbau

Masern

Masern-Impfungen in BW forcieren

Entwicklung der o.g. Erkrankungen und Impfquote von Kin-
dern, älteren Menschen und Migranten; Möglichkeiten zur Be-
kämpfung der Impfmüdigkeit, insbes von Ärzten iRd Früherken-
nungsuntersuchungen für Kinder und zur Nachholung des Impf-
schutzes vor Eintritt in die Kindertagesstätte und Schule

Antr
s. Impfung
Drs 15/1006

Masernschutzimpfung

s. Impfung

Massenerkrankung

s. Epidemie

Massenveranstaltung

s. Großveranstaltung

Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg

*Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe in BW durch
den neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher
Raum (MEPL)*

Umfang und Ausgestaltung des Maßnahmen- und Entwick-
lungsplans Ländlicher Raum (MEPL); Unterstützung der LReg
bei der Bewirtschaftung von Grünland und Steillagen, artge-
rechter Tierhaltung, Naturschutz, Frauenförderung im ländli-
chen Raum

Antr
s. Ländlicher Raum
Drs 15/5195

*Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs
15/5400); hier: Beitrag Nr. 15 - Förderung einer nachhaltigen
Waldwirtschaft (Kap 0804)*

Mittlg RH
s. Forstwirtschaft
Drs 15/5415

*Mittelausstattung des geplanten Maßnahmen- und Entwick-
lungsplans Ländlicher Raum (MEPL III)*

Mittelvolumen und Mittelzuwachs des Maßnahmen- und Ent-
wicklungsplan Ländlicher Raum (MEPL II) im Programmpla-
nungszeitraum 2007 bis 2013; Veränderung der Mittelausstat-
tung im MEPL III gegenüber dem MEPL II und MEPL I

Antr Karl Rombach u.a. CDU 25.07.2014 und Stellungnah-
me MLR Drs 15/5558
BeschlEmpf und Bericht LandWA 08.10.2014 Drs 15/6338
S. 110 111
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

*Abruf der Fördermittel aus der zweiten Säule der Gemeinsamen
Agrarpolitik*

Sachstand zu Fördervolumen und Mittelabruf für die 16 Lan-
desförderprogramme des Maßnahmen- und Entwicklungsplans
Ländlicher Raum

KlAnfr
s. *Agrarsubvention*
Drs 15/7530

Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

s. *Verkehrsplanung*

Maßregelvollzug

s.a. *Strafvollzug*
s.a. *Unterbringung*

Schreiben des BVerfG vom 26.05.2011, Az.: 2 BvR 633/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs 1 Satz 1, § 15 Abs 1 UnterbringungsGes wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation im Maßregelvollzug im Maßregelvollzug
s. *Medizinische Versorgung*
PIPr 15/6 S. 119

Umsetzung des TherapieunterbringungsGes in BW

Zahl der aus Sicherungsverwahrung entlassenen und polizeilich überwachten Personen, Zahl und Ergebnis von gestellten Anträgen auf Unterbringung nach der o.g. Rechtslage; Verhältnis zwischen Strafvollzug, Unterbringung im Maßregelvollzug und nach dem TherapieunterbringungsGes; Stand der Suche nach einer Unterbringungseinrichtung

Antr
s. *Therapieunterbringungsgesetz*
Drs 15/267

Therapieunterbringung im Psychiatrischen Zentrum Nordbaden
Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit im PZN nach dem Therapieunterbringungsgesetz: Zustandekommen der Entscheidung und Beteiligte an der Entscheidungsfindung, Art und Zeitpunkt der Kommunikation der Entscheidung gegenüber den Bürgern und dem Gemeinderat der Stadt Wiesloch, Bestätigung der Entscheidung als Übergangslösung?

Antr
s. *Unterbringung*
Drs 15/1027

Aktueller Stand der Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit in der Maßregelvollzugseinrichtung des Zentrums für Psychiatrie in Wiesloch, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen und Räumlichkeiten im PZN; Frage nach dem sozialtherapeutischen Konzept zur Durchführung des Therapieunterbringungs vollzugs sowie nach der Einbringung des angekündigten Therapieunterbringungs vollzugsgesetzes

Antr
s. *Therapieunterbringungsgesetz*
Drs 15/1028

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG)

Verbindliche Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und Stärkung der Rechtsstellung psychisch kranker oder behinderter Personen, insbes Gewährleistung der ambulanten Grundversorgung

durch die sozialpsychiatrischen Dienste, Etablierung unabhängiger Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen auf Kreisebene, Einrichtung einer übergeordneten unabhängigen Ombudsstelle auf Landesebene, Regelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und des Maßregelvollzugs

GesEntw
s. *Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz*
Drs 15/5521

Aufsuchende Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten des Landes

Wichtigkeit der Beratung suchtkranker und suchtgefährdeter Strafgefangener; Zahl der in den Justizvollzugsanstalten tätigen externen Fachkräfte; Finanzierung der aufsuchenden Suchtberatung; künftige personelle und finanzielle Ausstattung der Suchtberatung für Strafgefangene; Anzahl der seit 2009 in externe Suchtrehamaßnahmen vermittelten Strafgefangenen; Bewertung der aktuellen Regelungen zur Zurückstellung der Strafvollstreckung; Stärkung der externen medizinischen Suchtrehabilitation gegenüber dem Maßregelvollzug für drogenabhängige Straftäter; Sicherung der Suchtberatung in den Haftanstalten

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/5736

Situation im Maßregelvollzug

Sachstand zur Situation im Maßregelvollzug, insbes Aufklärung der Todesumstände eines Patienten im Zentrum für Psychiatrie Weinsberg, Änderung der Vorgaben zur Unterbringung von Menschen im Maßregelvollzug, Umsetzung der Maßnahmen aus der großen Gesprächsrunde zum Maßregelvollzug im Januar 2012, Vollzugsdefizite bei der Unterbringung psychisch kranker Strafgefangener

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 28.01.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6414

Neuordnung der Sicherungsverwahrung nach den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 949 951 952

Unterbringung der Sicherungsverwahrten in Freiburg, Notwendigkeit von mehr Therapie

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1294 1298

Maßstäbengesetz

Schreiben des BVerfG vom 30.07.2013, Az.: 2 BvF 1/13 - Normenkontrollverfahren gegen Vorschriften des Maßstäbengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes über den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen

ungen//
s. *Länderfinanzausgleich*
PIPr 15/76 S. 4586

MaßstG

s. *Maßstäbengesetz*

Master (Hochschule)*Ausbau der Masterstudienplätze*

Planungsgrundlagen, Kriterien, Finanzierung und Arbeitsmarkt-anforderungen beim Ausbauprogramm von Masterstudiengängen und -plätzen, insbes Ergebnisse und Bericht der Expertenkommission; Daten und Prognosen zu Übergangsquoten und Kapazitätsauslastungen bei Masterprogrammen; Bestandsschutz für Bachelorstudienplätze; Studienplatzausbauförderung durch Bundesmittel

Antr CDU 31.01.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/2961

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4191 (abgesetzt)

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4575-4583

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung

Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdiens-tes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/4714

Hochschulstandort Freiburg

Entwicklung der Zahlen der Studenten, Beschäftigten, Stellen-fristungen und Studienplätze an Hochschulen in Freiburg; Unterstützung des Landes für Hochschulen und Universitäten bei der Studieneingangsphase, einem berufsbegleitenden Master-programm sowie der Weiterentwicklung des internationalen For-schungskollegs FRIAS

KlAnfr

s. *Hochschule*

Drs 15/4881

Zulassungsvoraussetzung für ein Masterstudium am Beispiel des Psychologischen Psychotherapeuten

Zulassungsvoraussetzungen für ein Masterstudium im Fach „Psychologischer Psychotherapeut“ in BW, insbes Zulassungs-praxis des Landes Sachsen-Anhalt und die Konsequenzen für die Absolventen baden-württembergischer Universitäten, Be-wertung der nicht-bundeseinheitlichen Auslegungs- und Zu-lassungspraxis; Zulassungspraxis einzelner Bundesländer bei Absolventen von Fachhochschulstudiengängen zu universitären Masterstudiengängen

KlAnfr

s. *Hochschulzulassung*

Drs 15/5554

Masterstudium „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Sachstand zur Entwicklung des Masterstudiengangs „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, insbes Stu-dentenzahlen, Kosten; Unterstützung des Studiengangs und lauf-bahnrechtliche Anerkennung des Abschlusses im Polizeidienst

Antr

s. *Kriminalistik*

Drs 15/6696

Masterstudienplatz

s. *Studienplatz*

Mastkaninchen

s. *Kaninchen*

Mastrind

s. *Rind*

Mastschwein

s. *Schwein*

Mathematik

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 15/257

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Ni-veau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsan-forderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzu-gang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Auf-gabepools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeits-gruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Abitur*

Drs 15/891

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Inge-nieuren, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissen-schaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von Frauen für MINT-Bereiche

Antr

s. *Frau*

Drs 15/1240

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“

Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und an-wendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrich-tung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kur-sen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 15/1610

Grundschulstudien TIMSS und IGLU - Ergebnisse und Konse- quenzen für BW

Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Schulleis-tungsstudien TIMSS 2011 und IGLU 2011 für Grundschulen in

BW, insbes im Hinblick auf Geschlecht, soziale Herkunft und Leistungsniveau

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/3111

Mathematikkenntnisse junger Menschen in BW

Entwicklung der Mathematikkenntnisse der Schüler in BW für die Anforderungen in Ausbildung und Studium und Maßnahmen zur Verbesserung, insbes schularten- und ländervergleichende Statistiken, Ursachen für die qualitative Veränderung der mathematischen Kenntnisse, Einschätzungen von Hochschulen und Ausbildungsbetrieben, Einrichtung mathematischer Vorkurse für entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 21.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3521
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.09.2013 Drs 15/4324 S. 17 18
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Lehrbefähigung der Lehrerinnen und Lehrer in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik

Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik durch Lehrer ohne entsprechende Lehrbefähigung, insbes Ursachen und Anteil des in diesen Fächern fachfremd erteilten Unterrichts sowie ergriffene oder geplante Gegenmaßnahmen

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4308

Taschenrechner im Abitur

Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie wissenschaftlichen Taschenrechnern, grafikfähigen Taschenrechnern (GTR) und Computeralgebrasystemen (CAS) im Mathematikunterricht an den Gymnasien; Nutzung dieser technischen Hilfsmittel in den Abiturprüfungen im Fach Mathematik; Begründung der Einschränkung auf wissenschaftliche Taschenrechner ab dem Abiturjahrgang 2017; Standpunkt der Kultusministerkonferenz im Hinblick auf gemeinsame Bildungsstandards; Beschaffung gleicher Geräte für alle Schüler iRd Lernmittelfreiheit

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/4327

Regierungsbefragung

Zuständigkeitsbereich der Abteilung 3 - Konkretisierung: Bildungsstandards Mathematik

s. *Bildungsstandards*
PIPr 15/83 S. 4976

Gibt es für die CAS-Modellstandorte in BW noch eine Zukunft?

Situation und Zukunft der CAS-Modellstandorte in BW; Bedeutung des Einsatzes von Computeralgebrasystem-Taschenrechnern im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht an Gymnasien für die Anforderungen der Hochschulen; Durchführung einer Evaluation der CAS-Schulen und der Nutzung von CAS-Rechnern

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5122

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht
Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasystemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5340

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5647

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6499

Zukunft der Cooperation Schule - Hochschule (cosh)

Sachstand zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Cooperation Schule - Hochschule (cosh), insbes Bewertung und Umsetzung des Mindestanforderungskatalogs Mathematik, bisherige und künftige Unterstützung der Arbeitsgruppe, Ausbau der Kooperation zwischen Schulen und Hochschulen

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/6641

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Sachstand zur Unterrichtsversorgung beim Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik an den Schulen im Stadt- und LKkreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/6717

Lehrerversorgung an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/7220

MINT-Ausbildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vom Kindergarten bis zum Schulabschluss

Sachstand zur Ausbildung in den MINT-Fächern an den Schulen, insbes Weckung von Interesse und Motivation für MINT-Themen, Einrichtung von MINT-Beauftragten an den Schulen, Reduktion von Mathematik und Informatik am Gymnasium, Kooperation von Schulen bei Beschaffung und Betreuung von Geräten

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/7427

Verhinderung von Einschnitten im Fach Mathematik im zehnten Schuljahr der Werkrealschule

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1163

Mauerweinbau

s. *Weinbau*

Maulbronn

s.a. *Kloster*

Zukunft der Standorte von Grundbuchämtern

Nochmalige Überprüfung der Entscheidung zur Konzentration der Grundbuchämter auf elf Standorte? Bewertung der Chancen zur Erhaltung des Standorts Maulbronn

KlAnfr
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/13

Zukünftige Unterstützung für Klosterkonzerte

Förderung von Konzertveranstaltungen in Klöstern, insbes der Klosterkonzerte Maulbronn

KlAnfr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 15/451

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/2206

Zukunft von Hauptschulstandorten im Enzkreis

Schülerzahlen und Deputatzuweisungen der einzelnen Haupt- und Werkrealschulen im Enzkreis; Fortbestand der Haupt- und Werkrealschulstandorte, insbes Maulbronn

KlAnfr
s. *Enzkreis*
Drs 15/2936

Maulbronner Klosterkonzerte

Bedeutung, Organisation und Finanzierung der Klosterkonzerte im Maulbronner Weltkulturerbe

KlAnfr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 15/3101

Kinderzentrum Maulbronn

Zahl der Kliniken für Sozialpädiatrie in BW sowie ihr künftiges Entwicklungspotenzial; das Kinderzentrum Maulbronn als Arbeitgeber in der Region; Förderung des geplanten Anbaus durch das Land

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/3116

UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Maulbronn - Wo bleibt die Politik des Gehörtwerdens?

Fehlende Einbindung der Stadtverwaltung und kommunaler Gremien bei der Projektplanung zur Klosterlandschaft Maulbronn, insbes bei der Ausweisung einer Pufferzone

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5188

„Klosterlandschaft“ Maulbronn

Zusammenarbeit der Kommunal- und Landesbehörden bei der Denkmalpflege der „Klosterlandschaft“ Maulbronn, insbes Vorgehensweise bei der Neubewertung der Pufferzone

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5267

Maulwurf

Maulwurf in BW

Verbreitung, Lebensbedingungen und -räume sowie Schadensverursachung des Maulwurfs; erlaubte Fangmethoden und Behandlung von gefangenen Tieren

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 29.02.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1339

Maut

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Mautgebühren

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Max-Planck-Gesellschaft

Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Forschungslandschaft sichern und erhöhen

Förderung der Ansiedlung, Neugründung und Erweiterung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in BW, u.a. von Instituten und Forschergruppen der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/265

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen-

und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Mazedonien

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Beteiligung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien als Beobachter an den Arbeiten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/71

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Person; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/4959

Flüchtlingsaufnahme in BW

Sachstand bei der Flüchtlingsaufnahme in BW, insbes Aufnahmezahlen der Landeserstaufnahmestelle, Kapazitäten und Auslastung der Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern, Schaffung vorübergehender Aufnahmemöglichkeiten, Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, Asylbewerber aus Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina), durchgeführte Rückführungen, Richterstellen zur Bear-

beitung von Asylverfahren; monatliche Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5867

MCS

s. *Multiple chemische Sensibilität*

MDK

s. *Medizinischer Dienst der Krankenversicherung*

Meckenbeuren

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) - Mittelverwendung

Bestehende Verpflichtungen im Öffentlichen Personennahverkehr und im Straßenbau; Gesamtvolumen der im Förderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ bewilligten Projekte; Höhe der bis zum Ende des Förderprogramms für neue Projekte verfügbaren Fördermittel; Stand der Projekte Südumfahrung Kehlen und Ortsumfahrung Markdorf

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/3846

Meckesheim

Schulversuch am Realschulstandort Meckesheim

Steuerung der Schülerströme und Erhalt von Schulstandorten in der Raumschaft Elsenz-/Lobbach-/Schwarzbachtal - unter besonderer Berücksichtigung des Schulstandorts Meckesheim; Genehmigungsfähigkeit des beantragten o.g. Schulversuchs mit einem integrierten Angebot für Real- und Werkrealschüler, Zulassung auch von Entwicklungen „von unten“ neben den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1747

Mediation

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungsrecht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhabenträgers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umweltmediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerkennung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinformation; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Mediationsverfahren

s. *Mediation*

Medien

s.a. *Autor*

s.a. *Breitbandkommunikation*

s.a. *Elektronische Publikation*

s.a. *Fernsehen*

s.a. *Film*

s.a. *Internet*

s.a. *Kommunikation*

s.a. *Landesanstalt für Kommunikation*

s.a. *Medien- und Filmgesellschaft*

s.a. *Medienpädagogik*

s.a. *Medienrecht*

s.a. *Medienzentrum*

s.a. *Öffentlichkeitsarbeit*

s.a. *Presse*

s.a. *Rundfunk*

s.a. *Telekommunikation*

s.a. *Verlag*

s.a. *Veröffentlichung*

s.a. *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*

Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter Medien durch die Pressearbeit der LReg?

Beurteilung einer inhaltlich und zeitlich abweichenden Information von Presseorganen durch das Integrationsministerium über Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Einbürgerung; Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LReg

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/1485

Novellierung des SWR-Staatsvertrags

Stand, inhaltliche Ausgestaltung und beteiligte Akteure der Novellierung, insbes stärkere Konzentration auf Kernbereiche des öffentlich-rechtlichen Auftrags sowie auf die Verantwortung für eine vielfältige Medienlandschaft, Harmonisierung mit nationalen und europäischen Regelungen sowie Abbau von Doppelstrukturen

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 15/1773

Festhalten an einer konsensorientierten Medienpolitik; Aufgreifen der durch die Medien geprägten gesellschaftlichen Herausforderungen, insbes für die Medienkontrolle aufgrund der veränderten Mediennutzung junger Menschen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 203-205

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgrund des rasanten Wandels in der Mediengesellschaft

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 398-401

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgrund des rasanten Wandels in der Mediengesellschaft

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 570 571

Medien- und Filmgesellschaft

Filmförderung des Landes BW

Umsetzungsstand bzw Fortschreibung der Filmkonzeption; Bewertung der Arbeit der Medien- und Filmgesellschaft, der Filmakademie und des Filmbüros BW sowie der Beschäftigungssituation von Filmschaffenden; Konsequenzen aus der vorzeitigen Einstellung von hier produzierten Fernsehserien, Aufbau von dauerhaften Filmserienstrukturen in BW

Antr

s. *Film*

Drs 15/744

Medienberichterstattung

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/1959

Rezeption von Migranten in den Medien

Vorherrschende Volksgruppen und Nachrichtenfaktoren in der Berichterstattung über Migranten in den letzten zehn Jahren; Unterschiede in der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Sender und privater; Tendenz zur Verallgemeinerung in den Berichten; Anteil des Unterhaltungssektors und des Sektors Information/Dokumentation; Förderung der Medienkompetenz von Migranten

KIAnfr

s. *Migrant*

Drs 15/3124

Über die „intensive Bearbeitung der Journalisten in der Nacht vor und am Rande der Heuss-Preisverleihung“

Pressearbeit des Regierungssprechers und ihre Grenzen; Begründung des Einsatzes des Pressesprechers der LReg im Zusammenhang mit der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an Daniel Cohn-Bendit; Begünstigung Daniel Cohn-Bendits durch die begleitende Pressearbeit; Höhe des dadurch entstandenen finanziellen Aufwands

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/3491

Vorwürfe der Ministerin für Integration an die Adresse der CDU-Fraktion

Äußerungen der Integrationsministerin Bilkay Öney gegenüber türkischsprachigen Medien und deren Wiedergabe; Anfeindung der Integrationsministerin durch die CDU-Fraktion aufgrund ihrer Herkunft und ihres Eintretens für die doppelte Staatsbürgerschaft; Fremden- bzw Türkenfeindlichkeit der CDU

KIAnfr

s. *Ministerin für Integration*

Drs 15/3825

Fortdauer der Veröffentlichung von ehrabschneidenden Äußerungen der Integrationsministerin über die Christlich Demokratische Union im Internet - was unternimmt die LReg?

Frage des unerlaubten Zitats von Äußerungen der Integrationsministerin in den Medien; Adressaten der Bemerkungen über die CDU-Landtagsfraktion und über einen „tiefen Staat“; Unterscheidung zwischen dienstlichen und privaten Äußerungen der Ministerin Bilkay Öney; Interventionen bei den Medien wegen der Veröffentlichung unautorisierter Äußerungen; Erkenntnisse über das Vorliegen von Straftatbeständen; Forderung nach einer Gegendarstellung; Wunsch nach der Überlassung eines Mitschnitts der Äußerungen der Integrationsministerin

Antr

s. Ministerin für Integration

Drs 15/3989

Was hat das Land bei der Flüchtlingsunterbringung zu verbergen?

Hintergründe zur zunächst geplanten Aussperrung der Presse iR eines Besuchs der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Ellwangen am 15. Juli 2015, insbes generellen Erwägungen, rechtliche Grundlage

Antr

s. Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge

Drs 15/7225

Aktivitäten der LReg nach dem Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten

Sachstand zu Aktivitäten der LReg in Reaktion auf den Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten vom 13. Juli 2015 mit Verwendung von Informationen aus der nicht-öffentlichen Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 2015

KlAnfr

s. Geheimnisverrat

Drs 15/7449

Rechtsstreit mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung statt Qualitätsverbesserung der Gemeinschaftsschule

Verfahrensstand der Klage wegen der Berichterstattung über das Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen; Höhe der angefallenen bzw noch anfallenden Rechtsanwalts- und Gerichtskosten; Maßnahmen des Kultusministeriums zur Behebung der Qualitätsdefizite an der genannten Schule und an anderen Gemeinschaftsschulen seit Bekanntwerden des Teilgutachtens

Antr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/7983

Erwartung einer fairen Berichterstattung über die Arbeit des Landtags in den Medien

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 6 7

Medienbranche

s. Medienwirtschaft

Mediendidaktik

s. Medienpädagogik

Mediendienst

s. Telemedien

Medienerziehung

s. Medienpädagogik

Mediengesetz

s. Medienrecht

Medienkompetenz

s.a. Informationstechnische Bildung

Junge Menschen zur sachgerechten und verantwortlichen Nutzung moderner Medien qualifizieren

Planung der Einführung eines eigenständigen Schulfachs „Medienkompetenz“, Vergleich mit der bisherigen Vermittlung von medienpädagogischen Inhalten im Querschnitt über die verschiedenen Unterrichtsfächer; Weiterentwicklung der medienpädagogischen Ziele in den bestehenden Bildungsplänen für alle Schularten; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für das Landesmedienzentrum und den Medienzentrenverbund, Ausbau der fachlichen und didaktischen Beratung der Lehrkräfte

Antr

s. Medienpädagogik

Drs 15/166

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken

Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets zur Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder und Begehung von Straftaten; Bemühungen um Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei Straftaten im Internet; Nutzung der Programme des Landes durch Schulen zur Erlangung oder Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern, Lehrern und Eltern

Antr

s. Extremismus

Drs 15/1069

Einsatz von Tageszeitungen und anderen Medien im Schulunterricht

Daten zu medienpädagogischen Kooperationen zwischen Schulen und Tageszeitungen in BW sowie vergleichbaren Projekten mit Online-Medien und dem Rundfunk; Bedeutung, Kompetenzförderung, Bildungsplanung und Lehrerfortbildung zu Einsatz von Tageszeitungen im Schulunterricht

KlAnfr

s. Lehr- und Lernmittel

Drs 15/2912

Rezeption von Migranten in den Medien

Vorherrschende Volksgruppen und Nachrichtenfaktoren in der Berichterstattung über Migranten in den letzten zehn Jahren; Unterschiede in der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Sender und privater; Tendenz zur Verallgemeinerung in den Berichten; Anteil des Unterhaltungssektors und des Sektors Information/Dokumentation; Förderung der Medienkompetenz von Migranten

KlAnfr

s. Migrant

Drs 15/3124

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5812 (13 S.)

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals, Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr
s. *Informationstechnische Bildung*
Drs 15/5814

Fächerübergreifende Stärkung der Thematik „Medienkompetenz“ an den Schulen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 500

Medienkonzentration

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartner-schaft*
Drs 15/4509

Medienkonzern

s. *Medienwirtschaft*

Mediennutzung*Mediennutzung in Migrantenfamilien*

Private Nutzung von Print- und elektronischen Medien durch Migranten, insbes überwiegende oder ausschließliche Mediennutzung aus dem Herkunftsland und in Heimatsprache, bessere Heranführung an inländische Mediennutzung

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2923

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr
s. *Medienkompetenz*
Drs 15/5812

Ermöglichung von politischer Teilhabe über die Nutzung neuer Medien, insbes über das Internet

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 28-30

Medienpädagogik*Junge Menschen zur sachgerechten und verantwortlichen Nutzung moderner Medien qualifizieren*

Planung der Einführung eines eigenständigen Schulfachs „Medienkompetenz“, Vergleich mit der bisherigen Vermittlung von medienpädagogischen Inhalten im Querschnitt über die verschiedenen Unterrichtsfächer; Weiterentwicklung der medien-didaktischen Ziele in den bestehenden Bildungsplänen für alle Schularten; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für das Landesmedienzentrum und den Medienzentrenverbund, Ausbau der fachlichen und didaktischen Beratung der Lehrkräfte

Antr Georg Wacker u.a. CDU 29.06.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/166
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 10 11
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
Mittlg LReg 01.06.2012 Drs 15/1807

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken

Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets zur Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder und Begehung von Straftaten; Bemühungen um Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei Straftaten im Internet; Nutzung der Programme des Landes durch Schulen zur Erlangung oder Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern, Lehrern und Eltern

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/1069

Einsatz von Tageszeitungen und anderen Medien im Schulunterricht

Daten zu medienpädagogischen Kooperationen zwischen Schulen und Tageszeitungen in BW sowie vergleichbaren Projekten mit Online-Medien und dem Rundfunk; Bedeutung, Kompetenzförderung, Bildungsplanung und Lehrerfortbildung zu Einsatz von Tageszeitungen im Schulunterricht

KlAnfr
s. *Lehr- und Lernmittel*
Drs 15/2912

Zukunft von Informatik und Medienbildung an den Schulen

Planungen zur Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs für Informatik und Medienbildung an Schulen, insbes Verteilung der geplanten inhaltlichen Schwerpunkte und des Zeitumfangs auf die einzelnen Alters- und Jahrgangsstufen sowie Schularten und Bildungsgänge; Gewährleistung einer fundierten Grundbildung im Bereich Informatik durch genügend qualifizierte Lehrkräfte

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 25.06.2013 und Antw KM Drs 15/3677

Zukünftige Verankerung des Fachs Informatik in den Bildungsplänen

Situation der Informatik in den baden-württembergischen Bildungsplänen und künftige Verankerung des Fachs im Zuge der Entwicklung neuer Bildungsstandards, insbes künftige Ausgestaltung der Studentafel, Stellenwert der Bezugsdisziplinen Informatik und Medienpädagogik, Angebotsplanung für Schularten und Klassenstufen; Veränderungen in der Lehrerausbildung für Informatik

Antr
s. *Informatik*
Drs 15/3792

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr
s. *Medienkompetenz*
Drs 15/5812

Digitalisierung der Schulen in BW

Sachstand zur IT-Infrastruktur und -Unterricht an den Schulen in BW, insbes Anteil an Rechnern und Schülerarbeitsplätzen, Breitbandanschluss, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich IT und Medienpädagogik für die Lehrer, Computer/IT-Unterricht

Antr
s. *Schulhausstattung*
Drs 15/6680

Was ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen in BW und welche Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft?

Sachstand zur Digitalisierung und digitalen Infrastruktur an den Schulen in BW, insbes bei Arbeitsabläufen, Unterricht, Lernplattformen, Bildungsangeboten; Schutz der personenbezogenen Daten

Antr
s. *Schule*
Drs 15/7085

Medienrat

s. *Landesanstalt für Kommunikation*

Medienrecht*Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften*

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Ersetzung der geräteabhängigen Rundfunkgebühr durch einen haushaltsbezogenen bzw betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag; Einschränkung der Möglichkeiten des Sponsorings im öffentlich-rechtlichen Fernsehen; Änderung des LandesmedienGes

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/197

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes und weiterer medienrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation, Reduzierung der Vorabkürzung des in § 10 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags bestimmten Anteils an der Rundfunkgebühr, Aufhebung der Deckelung bei der Förderung nichtkommerzieller Veranstaltungen; Änderung des Meldegesetzes und des Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

GesEntw LReg 02.10.2012 Drs 15/2435 (11 S.)
1. Beratung PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2671-2674
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.10.2012 Drs 15/2569 (dazu ÄAntr Andrea Lindlohr GRÜNE und Andreas Stoch SPD)
2. Beratung PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2958 2959
GesBeschl 15.11.2012 Drs 15/2676
GBI 2012 Nr. 17 S. 631 632 (Ges vom 20.11.2012)

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)

Änderung von § 34 des Landesmediengesetzes in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. *Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg*
Drs 15/7378

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes

Anpassung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation an den durch die Digitalisierung der Medienwirtschaft gestiegenen Förderbedarf durch Reduktion des Vorwegabzugs am zugewiesenen Anteil des Rundfunkbeitrags

GesEntw GRÜNE und SPD 16.11.2015 Drs 15/7715
1. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8570-8574
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.12.2015 Drs 15/7805 (dazu ÄAntr Jürgen Filius GRÜNE und Sascha Binder SPD)
2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8747 8748
GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7888
GBI 2015 Nr. 25 S. 1201 (Ges vom 17.12.2015)

Mediensektor

s. *Medienwirtschaft*

Medienunternehmen

s. *Medienwirtschaft*

Medienwirtschaft

Vernetzung von Organisationen im Umfeld der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen

Konzernstruktur und Produkte der World Media Group AG; Auflagenhöhe insbes der Zeitung „Zaman“ sowie Verbreitung der Sender Samanyolu TV und Ebru TV in Deutschland bzw in BW; Anteil der Publikationen und Medieninhalte am türkischsprachigen Medienmarkt in Deutschland bzw BW; Erkenntnisse über Verbindungen der World Media Group mit der Panega-Organisation sowie der Panega-Organisation mit den Prisma-Schulen; sonstige Verbindungen der World Media Group mit gesellschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen; Redaktionsbesuch und Interview der Integrationsministerin bei der Tageszeitung „Zaman“ Ende März/Anfang April 2013

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/4963

Medienzentrenverband

s. *Medienzentrum*

Medienzentrum

s.a. *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*

Junge Menschen zur sachgerechten und verantwortlichen Nutzung moderner Medien qualifizieren

Planung der Einführung eines eigenständigen Schulfachs „Medienkompetenz“, Vergleich mit der bisherigen Vermittlung von medienpädagogischen Inhalten im Querschnitt über die verschiedenen Unterrichtsfächer; Weiterentwicklung der medienpädagogischen Ziele in den bestehenden Bildungsplänen für alle Schularten; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für das Landesmedienzentrum und den Medienzentrenverbund, Ausbau der fachlichen und didaktischen Beratung der Lehrkräfte

Antr

s. *Medienpädagogik*

Drs 15/166

Medikamentenabhängigkeit

s. *Arzneimittelmißbrauch*

Medikament

s. *Arzneimittel*

Medikamentenforschung

s. *Arzneimittelforschung*

Medikamentensucht

s. *Arzneimittelmißbrauch*

Medikamentenversorgung

s. *Arzneimittelversorgung*

Medizin

s.a. *Chirurgie*

s.a. *Geriatric*

s.a. *Gesundheit*

s.a. *Kinder- und Jugendmedizin*

s.a. *Medizinische Ausbildung*

s.a. *Medizinische Forschung*

s.a. *Medizinische Versorgung*

s.a. *Medizintechnik*

s.a. *Psychiatrie*

s.a. *Radiologie*

s.a. *Rechtsmedizin*

s.a. *Sportmedizin*

s.a. *Transplantationsmedizin*

s.a. *Veterinärmedizin*

„Rote“ *Gentechnologie in Arzneimitteln*

Haltung der LReg zum Einsatz der „roten“ Gentechnik in der modernen Medizin, der pharmazeutischen Forschung und bei der Herstellung von Arzneimitteln

KlAnfr

s. *Gentechnik*

Drs 15/5387

Weiterentwicklung der Medizin an den Universitätskliniken

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 723 725-727

Medizinalfachberuf

s. *Gesundheitsberuf*

Medizinforschung

s. *Medizinische Forschung*

Medizinische Ausbildung

s.a. *Mannheimer Reformiertes Curriculum für Medizin*

Fit für die Zukunft - Die Sportmedizinischen Einrichtungen an den Universitätskliniken in BW

Aufgabenwahrnehmung in der Forschung, Lehre, der Prävention, Rehabilitation, der klinischen Versorgung und Begleitung des Breiten- und des Spitzensports; Stellenwert bei der Betreuung von Spitzensportlern sowie als Referenzzentren für Anti-Doping-Maßnahmen und Medikamenteninformation; Weiterentwicklung des Struktur- und Funktionsplans von 1973 unter Einbeziehung der Doping-Aufklärung und -Bekämpfung; Erhaltung der Eigenständigkeit und Organisationshoheit

Antr

s. *Sportmedizin*

Drs 15/348

Situation und Perspektive der medizinischen Berufe und Studiengänge in BW

Darstellung des o.g. Bedarfs und Angebots, insbes in der Alten- und Krankenpflege; Anerkennung von in- und ausländischen Berufskennntnissen und -abschlüssen zur Aufnahme eines medizinischen Studiums; Unterstützung einer verstärkten hochschulübergreifenden Zusammenarbeit; Erarbeitung eines mit den Verbänden und Trägern im Gesundheits-, Alten- und Pflegebereich abgestimmten Konzepts für den Ausbau der medizinischen Studiengänge

Antr

s. *Gesundheitsberuf*

Drs 15/512

Fachkräftemangel und Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten
Umfang, Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von (jungen) Ärzten ins Ausland sowie der Ausübung nichtmedizinischer Tätigkeiten; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der medizinischen Ausbildung und des Arztberufs, Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für die nächsten zehn Jahre

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/515

Die Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten in BW

Gewährleistung eines international konkurrenzfähigen Niveaus der Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den fünf Medizinischen Fakultäten in BW

KlAnfr
s. *Radiologie*
Drs 15/533

Pflege in BW

Entwicklung der Zahl und Altersstruktur der beschäftigten, verfügbaren und benötigten Pflegekräfte in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege in den entsprechenden Einrichtungen seit 2001 und bis 2027; Maßnahmen zur Optimierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung; Darlegung des Angebots und der Voraussetzungen für ein Hochschulstudium und für Assistenzberufe in der Pflege unter Anrechnung einer Vorausbildung; Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/1340

Zukunft der Universitätsmedizin Mannheim

Bedeutung und Fortführung der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim als Vollfakultät; Einschätzung des Mannheimer Reformierten Curriculums Medizin für die Mediziner Ausbildung; Bewertung des Gutachtens einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des Denkschriftbeitrags des RH zur Kostenerstattung der Universität Heidelberg an das Klinikum Mannheim, Geltendmachung nachträglicher Rückforderungen? Gründe für den Rücktritt des Dekans in Mannheim

Antr
s. *Klinikum Mannheim*
Drs 15/2232

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/2333

Ärzteausbildung in BW

Änderungsbedarf in der Ärzteausbildung im Hinblick auf den Ärztemangel im ländlichen Raum, insbes Zahlen und Zulassungskriterien zum Medizinstudium sowie Bedeutung der Lehre und Praxis der allgemeinmedizinischen Ausbildung

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 21.02.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3108
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.04.2013 Drs 15/3571 S. 28-30
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Entwicklung der Beschäftigungssituation an den baden-württembergischen Universitätsklinika

Zahlen und Entwicklung der Beschäftigungssituation an den Universitätskliniken, insbes Budgetkürzung an der Universitätsklinik Freiburg und deren Konsequenzen für die Beschäftigten; Anteil der Universitätsklinika an der ambulanten Versorgung und der akademischen Weiterbildung; Übernahme der durch die studentische Ausbildung bedingten Verzögerungskosten durch das Ministerium

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/3134

Auslastung der Studienplätze im medizinischen Bereich

Auslastung und Zahlen zu Studienplätzen medizinischer Studiengänge in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern; geplanter Studienplatzausbau sowie Angebot von Teilstudienplätzen im medizinischen Bereich; Bewertung des Mannheimer Reformierten Curriculums für Medizin und medizinnaher Berufe

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3135
BeschlEmpf und Bericht WissA 18.04.2013 Drs 15/3571 S. 14 15
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Ausbildungsinhalte des Praktischen Jahres an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land; Zugangsvoraussetzungen; vorhandene Ausbildungsstellen; arbeitsrechtliche Bedingungen; geplante Anpassungen der Studienordnung; finanzielle Entschädigung der Lehrkrankenhäuser für die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 04.07.2013 und Antw MWK Drs 15/3743

Abiturnote versus Test für medizinische Studiengänge (TMS) an der Universität Heidelberg

Bewertung und Maßnahmen der LReg bezüglich der Auswahlverfahren der Hochschulen für die Studiengänge Humanmedizin und Zahnmedizin, insbes zur angeblichen Ungleichgewichtung zwischen Abiturnote und dem Test für medizinische Studiengänge (TMS) im Auswahlverfahren der Universität Heidelberg

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 15.08.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3945
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 12 13
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Qualifizierung ärztlichen Nachwuchses zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in BW

Entwicklung der Studentenzahlen in Humanmedizin und dem Bereich Allgemeinmedizin; Aufnahme einer hausärztlichen Tätigkeit nach Studienabschluss; Stärkung des Fachs Allgemein-

medizin durch Einrichtung von Lehrstühlen an allen medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4569

Die Situation der Kliniken im LKreiss Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Stellung der Universitätsmedizin in Mannheim

Evaluation und wirtschaftliche Situation der fünf baden-württembergischen Universitätsklinika und deren Medizinischer Fakultäten; wissenschaftliche Kompetenz, Qualität der Ärzteausbildung und Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung an der Universitätsmedizin Mannheim

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/5213

Hausarztversorgung im ländlichen Raum

Finanzielle Förderung der Anwerbung von Allgemeinmedizinern für die ärztliche Versorgung auf dem Land; Einflussnahme über die Ausgestaltung der Zulassung zum Medizinstudium

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/5501

Auswahlverfahren der Universität Heidelberg für das Studium der Humanmedizin

Anwendung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens; Gewichtung der Punkte im Abitur und im Test für medizinische Studiengänge (TMS); Rechtskonformität der Gewichtungformel; Bewertung der verschiedenen Auswahlverfahren für das Studium der Humanmedizin

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5782

Geriatrische Fachkompetenz in BW fördern

Bedeutung und Situation der geriatrischen Fachkompetenz in BW, insbes im Bereich der ärztlichen Aus- und Weiterbildung, Bedarfsdeckung an qualifiziertem Krankenhauspersonal, Einrichtung bzw Besetzung von Lehrstühlen für Geriatrie

KlAnfr
s. *Geriatrie*
Drs 15/5857

Finanzielle Bedingungen der einzelnen Hochschularten unter dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Aktuelle Anteilshöhe an Grundfinanzierungs-, Programm- und sogenannten Drittmitteln bei den verschiedenen Hochschularten; Veränderung der jeweiligen Finanzierungsanteile durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag; Höhe der den einzelnen

Hochschulen bis zum Jahr 2020 zusätzlich zur Verfügung stehenden Landesmittel; Kriterien der Mittelzuteilung; Entfristung von Personalstellen; Verteilung der Mittel des Bausonderprogramms an die einzelnen Hochschularten; Begründung des Mehrbedarfs der medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6027

Zulassungsverfahren zum Medizinstudium

Geplante Änderungen beim Zulassungsverfahren zum Medizinstudium; Anpassung des Auswahlverfahrens und sonstige Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherstellung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung; Anstrengungen zur Stärkung des Fachs Allgemeinmedizin an den Hochschulen in BW seit 2014

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/7647

Weiterbildung für Hausärzte

Sachstand zur Situation des Hausärztemangels im niedergelassenen Bereich und zur Finanzierung von Weiterbildungen als Hausärzte für angehende Mediziner, insbes Einstellung der Unterstützung des Programmes „Verbundweiterbildung PLUS“ bei gleichzeitiger Einführung einer die Krankenhäuser belastenden „Weiterbildungsgebühr“ für Weiterbildungen zum Hausarzt

KlAnfr
s. *Allgemeinarzt*
Drs 15/7868

Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze aufgrund des schon bestehenden Ärztemangels

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 284

Verankerung von Frauengesundheit und Frauendiagnostik im Medizinstudium

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1552-1554 1556 1557

Medizinische Behandlung

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Rechtsgrundlagen der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in BW, insbes Ausgabenverantwortlichkeit, Verwaltungsaufwand und Entscheidungskriterien über eine medizinische Behandlung von Flüchtlingen; Alternative Möglichkeiten zur Gesundheitsversorgung Asylsuchender unter Einbeziehung des Bremer Modells

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4595

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausapotheken; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/5025

Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen, bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information des Ministers

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5876

Erneuter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal am 22. Oktober 2014

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings am 22. Oktober 2014 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, medizinische Behandlung, Obduktionsergebnisse, Personalbesetzung und Überlastungsanzeigen im Zeitraum August 2014/Oktober 2014

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6996

Medizinische Einrichtung*Jungen- und Männergesundheit in BW*

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4176

Investitionen in die Krankenhauslandschaft im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Investition in Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen im Main-Tauber-Kreis aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsfonds

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6805

Versorgungsstrukturen für chronische Schmerzpatienten in BW

Zahl der unter andauernden Schmerzen leidenden Personen; Art der diesen Schmerzen zugrundeliegenden Grundkrankheiten; Krankheitstage oder verminderte Erwerbsfähigkeit aufgrund chronischer Schmerzen und Höhe des dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Schadens; Ausbau der ambulanten und stationären Schmerzzentren; Vernetzung und interdisziplinärer Dialog in der Schmerzversorgung; Versorgung chronischer Schmerzpatienten durch Hausärzte; Schmerzversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen und Hospizen

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 15/7615

Medizinische Forschung

s.a. *Medizintechnik*
s.a. *Tierversuch*

Deutsche Zentren für Gesundheitsforschung - Partnerstandorte in BW

Internationaler Stellenwert der Gesundheitsforschung in BW, Darstellung des Nutzens aus dem o.g. Förderprogramm des Bundes und des Mehrwerts für die geförderten Einrichtungen über die direkten Mittelzuflüsse hinaus, Sicherung der Wirkungen des Programms auch nach Ende der Förderperiode 2015; Maßnahmen zur strukturellen Stärkung des Standorts der Universität und Universitätsmedizin Ulm

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/264
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.10.2011 Drs 15/907 S. 15 16
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Fit für die Zukunft - Die Sportmedizinischen Einrichtungen an den Universitätskliniken in BW

Aufgabenwahrnehmung in der Forschung, Lehre, der Prävention, Rehabilitation, der klinischen Versorgung und Begleitung des Breiten- und des Spitzensports; Stellenwert bei der Betreuung von Spitzensportlern sowie als Referenzzentren für Anti-Doping-Maßnahmen und Medikamenteninformation; Weiterentwicklung des Struktur- und Funktionsplans von 1973 unter Einbeziehung der Doping-Aufklärung und -Bekämpfung; Erhaltung der Eigenständigkeit und Organisationshoheit

Antr
s. *Sportmedizin*
Drs 15/348

Die Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten in BW

Gewährleistung eines international konkurrenzfähigen Niveaus der Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den fünf Medizinischen Fakultäten in BW

KlAnfr
s. *Radiologie*
Drs 15/533

Nachhaltiger Ausgleich struktureller Defizite des Wissenschaftsstandorts Ulm

Darlegung o.g. Defizite im Vergleich zu anderen Standorten und Abhilfemaßnahmen im Nachgang zu Drs 14/7321; Unterstützung des Ausbaus der außeruniversitären Forschung und der Vernetzung von Universität und Klinikum, der Schaffung von zusätzlichen Forschungsflächen und Kapazitäten für die biomedizinische Forschung und Tierforschung

Antr
s. *Ulm*
Drs 15/761

Haushalt 2012; Epl 08

Mittelbereitstellung für ein Forschungsprogramm zur Entwicklung von Methoden zum Ersatz von Tierversuchen in Forschung und Lehre

ÄAntr GRÜNE und SPD 24.01.2012 Drs 15/1108-7 S. 38
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315

Haushalt 2012; Epl 14

Förderung eines Forschungsprogramms zur Entwicklung von Methoden zum Ersatz von Tierversuchen in Forschung und Lehre

Haushalt
s. *Tierversuch*
Drs 15/1114

Einsatz von pflegeunterstützender Technologie in BW

Erforschung, Erprobung und Einsatz von Assistenzsystemen im Bereich der Pflege und Betreuung; Ziele und Erfolge der Initiative „Ambient Assisted Living“ (AAL) des Bundes; beteiligte Forschungsinstitutionen und Unternehmen; spezielle mobile Technologien zur Erleichterung der Dokumentations-Arbeit der Pflegekräfte

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1278

Pflege in BW

Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/1340

Heilpflanzen in BW

Art des Anbaus von Heilpflanzen und Bio-Heilpflanzen und deren medizinische Wirksamkeit, ökonomische Bedeutung von Heilpflanzen und natürlichen Arzneimitteln, u.a. auch für den Tourismus und für die nachhaltige Entwicklung der Kulturlandschaft; wissenschaftliche Einrichtungen zur Erforschung von Heilpflanzen und deren Einsatzmöglichkeiten; Gewährleistung des Verbraucherschutzes, u.a. durch Rückstandsuntersuchungen auf Pflanzenschutzmittel

Antr
s. *Heilpflanze*
Drs 15/2558

Jungen- und Männergesundheit in BW

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4176

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapie-

forschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr
s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*
Drs 15/5734

Tierversuche in BW

Zahl der Tierversuche in den vergangenen zehn Jahren; Zweck der Tierversuche; Bedeutung von Tierversuchen für die medizinische Forschung; Art der Versuchstiere; Anwendung des 3R-Prinzips (Replace, Reduce, Refine) auf die Tierversuchspraxis in BW; Verzicht auf Tierversuche in den letzten Jahren; Anreize zum Verzicht auf Tierversuche; rechtliche Vorgaben zur Durchführung von Tierversuchen in BW; EU-Tierversuchsrichtlinie; Verstöße gegen den Tierschutz

Antr
s. *Tierversuch*
Drs 15/6077

Krankheitsbild „Multiple Chemische Sensitivität“

Zahl der unter vielfacher Chemikalienunverträglichkeit (MCS) leidenden Menschen in BW; Anteil der als Schwerbehinderte anerkannte Personen; medizinische Betreuung von MCS-Patienten; Erforschung des Krankheitsbilds an den Universitäten und ihre Finanzierung

KIAnfr
s. *Multiple chemische Sensibilität*
Drs 15/6229

Ausbau der Forschung zur Frauengesundheit, Verweisung auf das Institut für Frauengesundheit in Tübingen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1552-1554 1556 1557

Medizinische Notfallversorgung

s. *Notfallmedizin*

Medizinische Prävention

s. *Gesundheitsvorsorge*

Medizinische Rehabilitation

s. *Rehabilitation*

Medizinische Technik

s. *Medizintechnik*

Medizinische Untersuchung*Sicherstellung der Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land*

Sicherstellung einer zeitnahen und vollständigen Gesundheitsuntersuchung von Flüchtlingen durch das Land BW, insbes. Infektionskrankheiten in den Herkunftsländern, Gesundheitsvorschriften für die Landeserstaufnahmestelle, Umfang der Untersuchungen, Mittel- und Personaleinsatz

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 27.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5980
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.01.2015 Drs 15/6921 S. 80 81
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Entscheidungs- und Handlungskapazitäten im Asylverfahren
Sachstand zu Entscheidungs- und Handlungskapazitäten im Asylverfahren, insbes Bedeutung der Gesundheitsuntersuchung, Bewältigung der höheren Fallzahlen durch das Land und nachgeordnete Behörden

KlAnfr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7126

Asylverfahren - Zustände in den Landeserstaufnahmestellen und Umgang mit Datenschutz

Sachstand zum Asylverfahren, insbes Gesundheitsuntersuchungen und Weitergabe deren Daten unter Berücksichtigung des Datenschutzes, Auslastung der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe

KlAnfr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7237

Gesundheitsuntersuchungen der Asylbewerber

Sachstand zur Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen für ankommende Asylbewerber unmittelbar nach ihrem Eintreffen, insbes Erhöhung des Personals und der medizinischen Geräte

KlAnfr Winfried Mack CDU 24.09.2015 und Antw SM Drs 15/7433

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen/Asylbewerbern sowie Situation in Patrick Henry Village (PHV) Heidelberg

Sachstand zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Durchführung und Befunde der medizinischen Erstuntersuchungen, medizinische Weiterversorgung, Schutz der ehrenamtlichen Helfer vor gesundheitlichen Risiken, Gewährleistung der kurzen Verweildauer im Patrick Henry Village in Heidelberg

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/7434

Erstaufnahmestandorte bedarfsgemäß ertüchtigen

Sachstand zur Durchführung der medizinischen Eingangsuntersuchungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen und zur medizinischen Versorgung an den Erstaufnahmestandorten

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7618

Medizinische Versorgung

s.a. *Ärztliche Versorgung*
s.a. *Heilfürsorge*
s.a. *Heilmittel*
s.a. *Impfung*
s.a. *Kinder- und Jugendmedizin*
s.a. *Krankenunterlagen*
s.a. *Psychotherapie*
s.a. *Schmerztherapie*
s.a. *Sterbebegleitung*
s.a. *Vorsorgeuntersuchung*

Teilhabe von Menschen mit Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung (ADHS)

Entwicklung der Zahl von Betroffenen und deren Einschränkungen, insbes von Schülern, in den letzten fünf Jahren; Darstellung

der Versorgung, insbes mit hochwirksamen Medikamenten; Bedeutung und Förderung der Früherkennung und Selbsthilfe; Unterstützung der Akteure bei der Weiterentwicklung der Vergütungsregelungen des Vertrags zur besseren Versorgung der Patienten, Zugewinnung weiterer Krankenkassen zu diesem Selektivvertrag

Antr
s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*
Drs 15/82

Schreiben des BVerfG vom 26.05.2011, Az.: 2 BvR 633/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs 1 Satz 1, § 15 Abs 1 UnterbringungsGes wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation im Maßregelvollzug

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119
BeschlEmpf und Bericht StändA 14.07.2011 Drs 15/199
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 24 - Abrechnung stationärer Leistungen an den Universitätsklinika (Kap 1410, 1412, 1415 und 1421)

Mittlg RH
s. *Krankenbehandlungskosten*
Drs 15/124

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens

Stand der Durchsetzung von Forderungen und Schadensregulierung nach der Eingliederung der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg in das Universitätsklinikum

Stand der Durchs
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/224

Fit für die Zukunft - Die Sportmedizinischen Einrichtungen an den Universitätskliniken in BW

Aufgabenwahrnehmung in der Forschung, Lehre, der Prävention, Rehabilitation, der klinischen Versorgung und Begleitung des Breiten- und des Spitzensports; Stellenwert bei der Betreuung von Spitzensportlern sowie als Referenzzentren für Anti-Doping-Maßnahmen und Medikamenteninformation; Weiterentwicklung des Struktur- und Funktionsplans von 1973 unter Einbeziehung der Doping-Aufklärung und -Bekämpfung; Erhaltung der Eigenständigkeit und Organisationshoheit

Antr
s. *Sportmedizin*
Drs 15/348

Situation der Versorgung mit Hautärzten im LKreis Schwäbisch Hall

Beurteilung der o.g. vertragsärztlichen Versorgung; Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation - evtl iR einer Sonderbedarfsfeststellung

KlAnfr
s. *Facharzt*
Drs 15/413

Schließung der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH) - Fachklinik Neckargemünd

Folgen o.g. Schließung für die medizinische Versorgung im Rhein-Neckar-Kreis; künftige Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Schädigungen des zentralen Nervensystems, am-

bulante und stationäre Angebote auf dem Gebiet der Kinderneurologie

KIAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/488

Fachkräftemangel und Abwanderung von Ärztinnen und Ärzten
Umfang, Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von (jungen) Ärzten ins Ausland sowie der Ausübung nichtmedizinischer Tätigkeiten; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der medizinischen Ausbildung und des Arztberufs, Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für die nächsten zehn Jahre

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/515

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Umsetzung der Konzeption zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten und Erkrankten

GrAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/603

Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

Entwicklung der Patientenzahlen in den einzelnen Hochschulambulanzen der Universitätskliniken; finanzielle Auswirkungen für das Land und die GKV durch die Integration der Orthopädischen Klinik und der Lungenfachklinik in Heidelberg in die Universitätsklinik Heidelberg, durch Übernahme des „Zentrums für Brustkrankungen Südbaden“ vom Universitätsklinikum Freiburg und dessen Fusion mit dem Herzzentrum Bad Krozingen; Sicherstellung der Einbindung des Haushaltsgesetzgebers in strukturell bedeutsame Entscheidungen der Universitätsklinika

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/687

Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Bewertung des o.g. GesEntw einschließlich der eingebrachten Änderungsanträge und der finanziellen Auswirkungen für BW, Auflistung der Regionen und des Mittelbedarfs für den Aufkauf von Arztsitzen durch die Kassenärztliche Vereinigung; Umsetzungsstand, Erfolg und Fortschreibung des Landarztprogramms; Beurteilung einer weiteren Regionalisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 21.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/764
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/1300 S. 46
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Regresse von Ärztinnen und Ärzten

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigung seit 2008; Zahl der Beratungen aufgrund einer Überschreitung der maximalen Verordnungsmenge von Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln; Anteil und Erfolg von Widersprüchen gegen Regressbescheide beim Beschwerdeausschuss; Veröffentlichung der von den Prüfungsstellen und Beschwerdeausschüssen der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Übersichten über

die Zahl der durchgeführten Beratungen und Prüfungen sowie der festgesetzten Maßnahmen

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/789

Versorgung von Cluster-Kopfschmerz-Patienten in BW

Stand der Stellenausschreibung und -besetzung der Stelle des Leiters des Clusterkopfschmerz-Competence-Centers am interdisziplinären Schmerzzentrum der Universitätsklinik Freiburg; Einrichtung eines Kompetenzzentrums in BW zur Verbesserung der Versorgungsstruktur für chronisch kopfschmerzkranken Patienten

KIAnfr
s. *Schmerztherapie*
Drs 15/804

Situation der Heilmittelerbringer in BW

Beurteilung der vermehrten Zurückweisung von Heilmittelverordnungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden durch die Krankenkassen wegen sachlicher Mängel, Auslösung von Existenzproblemen und Kostenverlagerungen durch diese verschärfte Prüfpraxis der Krankenkassen; Hinwirkung auf einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren des Gesundheitswesens, Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmittelleistungen und einer angemessenen Vergütung

Antr
s. *Heilmittel*
Drs 15/818

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Auflistung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 21.11.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/899
BeschlEmpf und Bericht SozA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 24-26
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Ärzteversorgung im Landkreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Wehr

Darstellung der o.g. medizinischen Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; Zahl der bis 2016 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KIAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/928

Frauengesundheit in BW

Vergleich der Krankheitsrisiken und Erkrankungen von Frauen und Männern deutschland- und europaweit; Darlegung der Kaiserschnitt- und Geburtrisiken, der frauenspezifischen Krebserkrankungen und psychischen Erkrankungen seit 2001

sowie der Präventions- und Behandlungserfolge; Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageeinrichtungen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Ärzte-Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1141

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1173

Medizinische Versorgung im LKreis Emmendingen

Darstellung der Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich mit den Kreisen Freiburg-Stadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Ortenau; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 08.02.2012 und Antw SM Drs 15/1245

Ärzteversorgung im LKreis Böblingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1281

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Nutzung der erweiterten Einwirkungsmöglichkeiten durch das Versorgungsstrukturgesetz für eine kleinräumige Bedarfsplanung, Beratung von Versorgungsanliegen in regionalen Gesundheitskonferenzen

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 15.02.2012 und Antw SM Drs 15/1282

Gesundheitsversorgung im LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 15.02.2012 und Antw SM Drs 15/1283

Ärzteversorgung im LKreis Esslingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1352

Ärztliche Versorgung im LKreis Rottweil

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1384

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr
s. *Demenz*
Drs 15/1418

Ärzteversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2022

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1449

Ärzte-Versorgung im LKreis Göppingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1489

Verschreibungspraxis von Methylphenidat in BW

Bewertung der Entwicklung der Diagnosestellung „Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)“ bei Jungen und Mädchen sowie der o.g. Verordnungspraxis in den letzten zehn Jahren; Frage nach alternativen Therapien, nach Hilfestellungen für die Eltern, Erzieherinnen und Lehrer

Antr
s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*
Drs 15/1532

Gesundheitsversorgung im LKreis Karlsruhe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 05.04.2012 und Antw SM Drs 15/1555

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 17.04.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1569

Weiterentwicklung der Einhaltung der Notärztlichen Hilfsfristen
Entwicklung der Hilfsfristen und deren Einhaltung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/4062 im Jahr 2009, Auswirkungen von Veränderungen in den Strukturen und der ärztlichen Besetzung der Kliniken, insbes durch Arbeitszeitvorgaben der EU; Maßnahmen zur Verbesserung der notärztlichen Versorgung durch Einbindung der niedergelassenen Ärzte, Steigerung der Attraktivität durch Veränderungen in der Ausbildung und Vergütung, durch Vereinbarungen iRd Kreisstrukturgespräche und Bereichsausschüsse; verstärkte Einbeziehung der Flugrettung

Antr
s. Arzt
Drs 15/1573

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, bei der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen und Gewährleistung der Sicherheit und Gefahrenabwehr

GrAnfr
s. Demografie
Drs 15/1608

Zukünftige medizinische Versorgung im Limpurger Land (LKreis Schwäbisch Hall)

Beurteilung der Forderungen der Bürgerinitiative „Krankenhaus Gaildorf“, insbes zur Verweigerung der Freigabe von Fördermitteln für die Baumaßnahmen in Schwäbisch Hall und Crailsheim ohne Einbindung der Gaildorfer Einrichtung in den Gesamtplan

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 21.05.2012
Drs 15/1734
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2087-2089

Zwangswise Unterbringung und Zwangsbehandlung in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen seit 2007 und Möglichkeiten zu deren Reduzierung; Umgang mit einem Verbot der (psychiatrischen) Zwangsbehandlung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Frage nach einer gesetzlichen Neuregelung

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 29.05.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1767
BeschlEmpf und Bericht SoZA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 73 74
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Ärztliche Versorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. Arzt
Drs 15/1780

Hilfsfristen 2011 in BW

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und in der Notarztversorgung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen

KlAnfr
s. Rettungsdienst
Drs 15/2063

Antibiotika-Verordnungen bei Kindern

Bewertung der Erkenntnisse der o.g. Studie der Bertelsmann-Stiftung, Darstellung der Situation im LKkreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu anderen Regionen, Zurückführung der Ursachen für die unterschiedliche Handhabung auf den Rückgang der Zahl von Kinderärzten und Verlagerung pädiatrischer Leistungen hin zu den Hausärzten

KlAnfr
s. Arzneimittel
Drs 15/2079

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKkreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr Daniel Renkonen GRÜNE 25.10.2012 und Antw SM
Drs 15/2575

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und passgenauen Einsatz von Antibiotika

KlAnfr
s. Infektionskrankheit
Drs 15/2584

Verschreibung von Psychopharmaka und psychotherapeutische Versorgung von Frauen in BW

Bewertung der im BARMER GEK Arzneimittelreport 2012 aufgezeigten ungleichen Verschreibungspraxis von Psychopharmaka gegenüber Frauen im Vergleich zu Männern; prozentualer Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Psychopharmaka einnehmenden Personen in BW; Anteil der Personen in psychotherapeutischer Behandlung nach Geschlecht; geschlechtsspezifische Unterschiede bei Nebenwirkungen von Medikamenten; Gefahr der Medikamentenabhängigkeit; Akzeptanz niedrigschwelliger Angebote für psychisch Kranke; Einschätzung der Versorgungslage

Antr
s. Frau
Drs 15/2641

Krankenhausstruktur im LKkreis Freudenstadt

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines

Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2783

Psychotherapeutische Versorgung in BW

Angebote, Entwicklung, Wartezeiten und Planung der psychotherapeutischen Versorgung in BW aufgeschlüsselt nach Versorgungsart und Lebensalter, insbes Spezialtherapieangebote in Plankrankenhäusern für behandlungsbedürftige Elternteile mit behandlungsbedürftigen Kindern, Anzahl abgelehnter zusätzlich beantragter Planbetten; Einbringungstermin für das Landespsychiatriegesetz im Landtag

Antr
s. *Psychotherapie*
Drs 15/2906

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Künftige ärztliche ambulante Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Verbesserungen durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und Versorgungsdichte bei Hausärzten; Verhinderung von Ärztemangel durch die Kassenärztliche Vereinigung oder Krankenkassen; Einflussmöglichkeiten der regionalen Gesundheitskonferenz und Höhe der eingesetzten Landesmittel

KlAnfr
s. *Schwäbisch Hall, Landkreis*
Drs 15/2920

Medizinische Versorgung im Enzkreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Enzkreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/3145

Medizinische Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Main-Tauber-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/3433

Mögliche Auswirkungen der Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung

Konkrete Folgen einer möglichen Einführung der Bürgerversicherung in BW, insbes zusätzliche jährliche Beitragslast für Land und Kommunen, Veränderung der Krankenversicherungsbeiträge in Schlüsselbranchen in BW, Umfang der Einnahmeausfälle für Ärzte und Krankenhäuser sowie der Arbeitsplatzverluste bei Versicherungsunternehmen und Abrechnungsdienstleistern beim Wegfall der privaten Krankenversicherung (PKV), Konsequenzen für die Versorgungsqualität des Gesundheitswesens und die Vergütung von innovativen Behandlungsmethoden, Auswirkungen auf das Mietpreisniveau bei künftigen beitrags-

pflichtigen Mieteinnahmen

Antr
s. *Bürgerversicherung*
Drs 15/3725

Gesundheits- und notärztliche Versorgung im Limpurger Land
Gewährleistung ausreichender rettungsdienstlich-notärztlicher Versorgung unter Beachtung der Rettungsfristen im Limpurger Land sowie der ärztlich-medizinischen Versorgung nach Schließung des Kreiskrankenhauses Gaildorf

MdlAnfr 5) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.07.2013
Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4548 4549

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich; Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Krankenhäuser und Arztpraxen; Versorgungsgrad an Haus- und Fachärzten; Praxisschließungen in den Jahren 2009 bis 2013; Situation der Notfallversorgung

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 15.07.2013 und Antw
SM Drs 15/3784

Druckkammerbehandlung

Nutzen der hyperbaren Sauerstofftherapie (HBO); Zahl der in BW vorhandenen Druckkammern; Menge der im Zeitraum von 2010 bis 2012 behandelten Patienten; Gewährleistung einer Notfallversorgung außerhalb regulärer Arbeitszeiten; Finanzierung der HBO; Erteilung eines staatlichen Versorgungsauftrags

Antr
s. *Therapie*
Drs 15/3874

Medizinische Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4394

Telemedizin in BW

Nutzung der Telemedizin zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen im medizinischen Bereich; Förderung des Programms „Medizin und Pflege - Projektlinie zur Telemedizin“; Höhe der Fördermittel im Vergleich zu den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen; Aufbau eines zentralen Netzwerks für Telemedizin; Entwicklung gemeinsamer technischer Standards als Voraussetzung der Kooperation; Beurteilung des Projekts „A.T.e.m. - Alltag mit Telemedizin erfolgreich meistern“ der Techniker Krankenkasse mit Bosch Healthcare und dem Robert-Bosch-Krankenhaus; verhaltenes Agieren der technischen Anbieter auf dem telemedizinischen Markt

KlAnfr
s. *Telemedizin*
Drs 15/4527

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Rechtsgrundlagen der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in BW, insbes Ausgabenverantwortlichkeit, Verwaltungsaufwand und Entscheidungskriterien über eine medizinische Behandlung von Flüchtlingen; Alternative Möglichkeiten zur Gesundheitsversorgung Asylsuchender unter Einbe-

ziehung des Bremer Modells

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4595

Geriatrische Rehabilitation in BW

Nachfrage nach geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen; Wirksamkeit geriatrischer Leistungen im Hinblick auf den Eintritt der Pflegebedürftigkeit alter Menschen; Angebote in stationärer, ambulanter und mobiler Form; Stand der Kostenübernahme durch die Krankenkassen; Zweckdienlichkeit der geriatrischen Versorgungsstrukturen; Verknüpfung der medizinischen Versorgung älterer Menschen mit den Pflegestrukturen; Beteiligung der Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 15/4614

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Bretten

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr Joachim Köbler CDU 31.01.2014 und Antw SM Drs 15/4693

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Eppingen

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich (Allgemeinärzte, Fachärzte, Zahnärzte); Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Arztpraxen und Krankenhäuser; Praxisschließungen im Zeitraum 2009 bis 2014

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4922

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw
s. *Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz*
Drs 15/5757

Medizinische und psychiatrische Versorgung von Strafgefangenen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Statistiken zu Angriffen auf Justizvollzugsbeamte in Justizvollzugsanstalten durch Strafgefangene und Anteil der psychisch Kranken; Todesfälle bei Strafgefangenen; Situation und Kosten der medizinischen und psychiatrischen Versorgung von Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten, insbes Anteil psychiatrisch Erkrankter; Zahlen und Genehmigungspraxis für Einzelhaft

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5986

EU-weite Normung von Gesundheitsdienstleistungen

Sachstand zur EU-weiten Normung von Gesundheitsdienstleistungen, insbes Inhalte und Gründe der Planungen der Europäischen Kommission, Beteiligung an der Ausarbeitung, Bewertung durch die LReg, Auswirkungen auf die Qualität der Gesundheitsversorgung in BW

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.03.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6670
BeschlEmpf und Bericht SozA 08.10.2015 Drs 15/7755 S. 17
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Gendersensible Gesundheitsberichterstattung in BW

Stellenwert einer regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung; Erhebung und Analyse geschlechtsspezifischer Daten; Erstellung geschlechtersensibler Gesundheitsberichte; Nutzung der erhobenen Daten für die Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung von Frauen und Männern; Aufnahme aller nach Geschlechtern differenzierten Daten in den Gesundheitsatlas BW als Grundlage für eine genderspezifische Gesundheitsplanung und -versorgung

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/6835

Abrufen verfügbarer Mittel zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor

Sachstand zur Umsetzung der Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen im Gesundheitssektor, insbes Verfahren zum Mittelabruf aus einem Strukturfonds iRd geplanten Krankenhaus-Strukturgesetzes, Förderkriterien des Innovationsausschusses beim Gemeinsamen Bundesausschuss für den Innovationsfonds, Mittelbereitstellung durch den geplanten Kommunalinvestitionsförderungsfonds; Aufgabe von Krankenhausstandorten

Antr
s. *Gesundheitswirtschaft*
Drs 15/6852

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW, insbes Vorteile der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, Zusagen und gesetzlichen Voraussetzungen des Bundes für deren Einführung, Ermöglichung der psychotherapeutischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7317

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen/Asylbewerbern sowie Situation in Patrick Henry Village (PHV) Heidelberg

Sachstand zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Durchführung und Befunde der medizinischen Erstuntersuchungen, medizinische Weiterversorgung, Schutz der ehrenamtlichen Helfer vor gesundheitlichen Risiken, Gewährleistung der kurzen Verweildauer im Patrick Henry Village in Heidelberg

Antr Karl Klein u.a. CDU 24.09.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7434
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 09.12.2015 Drs 15/8019 S. 93-95
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Medizinische Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen
Sachstand zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen, insbes freiwillige Tätigkeit von Ärzten im Ruhestand und begleitende Maßnahmen des Landes

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 14.10.2015 und Stellungnahme
IntM Drs 15/7569

Versorgungsstrukturen für chronische Schmerzpatienten in BW
Zahl der unter andauernden Schmerzen leidenden Personen; Art der diesen Schmerzen zugrundeliegenden Grundkrankheiten; Krankheitstage oder verminderte Erwerbsfähigkeit aufgrund chronischer Schmerzen und Höhe des dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Schadens; Ausbau der ambulanten und stationären Schmerzzentren; Vernetzung und interdisziplinärer Dialog in der Schmerzversorgung; Versorgung chronischer Schmerzpatienten durch Hausärzte; Schmerzversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen und Hospizen

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 15/7615

Erstaufnahmestandorte bedarfsgemäß ertüchtigen
Sachstand zur Durchführung der medizinischen Eingangsuntersuchungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen und zur medizinischen Versorgung an den Erstaufnahmestandorten

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7618

Elektronische Identitätskarte für Gesundheitsleistungen und weitere Anwendungen insbesondere für Flüchtlinge

Sachstand zu Schwierigkeiten bei der Ausgabe von Krankenversichertenkarten der Gesetzlichen Krankenversicherung für Flüchtlinge und Vorteile der Einführung einer elektronischen Identitätskarte für Flüchtlinge (refugee identification card), insbes Kosten für die Abrechnung medizinischer Leistungen an Flüchtlingen im Vergleich für beide Kartenmodelle

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7654

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauer-Klinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäusern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7685

Überbelastung der Intensivpflegekräfte

Gewinnung von Pflegefachkräften für die Intensivstationen an den Universitätskliniken in BW; Belastung der Intensivpflegekräfte durch Überstunden; Sicherstellung der Versorgung von Intensivpatienten

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/7907

Bemühungen um ein bedarfsdeckendes Angebot bei der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 50 51

Entwicklung der Versorgungssituation und Behandlungskosten von psychisch Kranken, Notwendigkeit einer wohnortnahen ambulanten und stationären Versorgung, Weiterentwicklung der Qualität in der Versorgung von Patienten an den Universitätskliniken

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717-723 726 727

Probleme und Perspektiven einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025-1030

Erhebung des Bedarfs für eine bessere Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum; Ausbau der Angebote zur Versorgung von Demenzkranken und psychisch Kranken

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1318-1321 1326

Drohende Gefährdung der Krankenhausversorgung; überwiegend negative Haushaltsbilanzen der Krankenhäuser im Jahr 2011 durch Strukturwandel, gestiegene Personalkosten und Einsparung bei der Erstattung medizinischer Leistungen; Einrichtung eines Beirats zur Verzahnung des ambulanten und des stationären Bereichs

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1840-1842 1844 1847

Medizinische Vorsorge

s. *Gesundheitsvorsorge*

Medizinischer Beruf

s. *Gesundheitsberuf*

Medizinischer Dienst der Krankenkassen

s. *Medizinischer Dienst der Krankenversicherung*

Medizinischer Dienst der Krankenversicherung

Widersprüche zwischen ordnungs- und leistungsrechtlichen Anforderungen beseitigen

Finanzielle Konsequenzen für die Träger von Pflegeheimen durch Widersprüche bei ordnungsrechtlichen Vorgaben der Heimaufsicht und leistungsrechtlichen Maßgaben des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, insbes über Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen nicht abgedeckte unterschiedliche Anforderungen an die Personalausstattung

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/3502

Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung

Grundsätze der Zusammenarbeit; Anpassung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG); Informationsaustausch zwischen Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) über die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse; Vermeidung von Doppelarbeit der Institutionen; Ergebnisse des Modellprojekts im LKreis Ludwigsburg; Steigerung der Effizienz bei der Prüfungsdurchführung

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 15/6561

Medizinisches Gerät

s. *Medizintechnik*

Medizinisches Gutachten

Umgang mit Legasthenie und Lese-Rechtschreibschwäche
Änderung der derzeit geltenden Verwaltungsvorschrift zum Umgang mit an Legasthenie oder einer Lese-Rechtschreibschwäche leidenden Schülern; Unterscheidung zwischen dauerhafter und vorübergehender Störung; Feststellung der Art der Störung durch einen externen Experten; Berücksichtigung der gutachterlich festgestellten Störung bei der Bewertung der Schulleistungen über die Dauer der gesamten Schulzeit

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/2679

Gutachten im Auftrag von Betreuungsgerichten

Sachstand zur Erstellung von Gutachten oder Attesten aus Verfahren in Betreuungssachen nach den §§ 1896 ff BGB, insbes Situation und Personalausstattung in den Gesundheitsämtern

Antr
s. *Rechtliche Betreuung*
Drs 15/6744

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung anderer Vorschriften

Anpassungen in den Strukturen und Inhalten des öffentlichen Gesundheitsdienstes für eine nachhaltige und bürger- bzw patientenorientierte Ausrichtung der Behörden; Festschreibung der Beteiligung an Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie einer koordinierenden Rolle in den Land- und Stadtkreisen auf den Gebieten der Gesundheitsplanung und der Versorgungsstrukturen als künftige Kernaufgabe der Gesundheitsämter; Einrichtung von medizinischen Gutachtenstellen für bestimmte amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen; Durchführung von ärztlichen Einstellungsuntersuchungen und Erstellung ärztlicher Atteste auf Grundlage von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen durch geeignete Ärzte

GesEntw
s. *Gesundheitsdienstgesetz*
Drs 15/7723

Medizinisches Produkt

s. *Medizinprodukt*

Medizinisch-Psychologische Untersuchung

Verschärfte MPU-Praxis?

Änderung der Regelungen zur Anordnung der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung; Zweck, Zuständigkeit, Behördenaufsicht und Qualitätskontrolle

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 04.06.2014 und Antw MVI Drs 15/5307

Medizinisch-psychologisches Gutachten

s. *Medizinisch-Psychologische Untersuchung*

Medizinprodukt

s.a. *Arzneimittel*
s.a. *Heilmittel*
s.a. *Medizintechnik*
s.a. *Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten*

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zweiten Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Mittlg LReg
s. *Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten*
Drs 15/163

Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Schnittstellenbereinigung zwischen der ZLS und der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

GesEntw
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/1465

Gesetz zu dem Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

GesEntw
s. *Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten*
Drs 15/1957

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Verordnungen über In-vitro-Diagnostika sowie über Medizinprodukte

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2588

Neue EU-Medizinprodukte-Verordnung

Entwurf der Europäischen Kommission für eine neue EU-Medizinprodukte-Verordnung, insbes erwartete Auswirkungen für die Medizinproduktehersteller in BW und Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

KlAnfr Guido Wolf CDU 15.02.2013 und Antw SM Drs 15/3062

Zulassungsverfahren von Medizinprodukten

Angabe der Prüfstellen zur Zertifizierung von Medizinprodukten nach der EU-Medizinprodukte-Verordnung in BW; Kontrolle der Benennung und Überwachung der „benannten Stellen“ nach EU-einheitlichen Kriterien; Sicherung ihrer Zuverlässigkeit und Fachkompetenz; Nutzung der Kompetenzen medizinischer Fachgesellschaften im Zulassungsverfahren für Medizinprodukte; bürokratischer und finanzieller Aufwand für die Zulassung von Medizinprodukten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 19.11.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4354

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.02.2014 Drs 15/4949 S. 26 27
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 20.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4613
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 20
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Hygieneanforderungen in Zahnarztpraxen

Stand der Einhaltung und Umsetzung der gesetzlichen Hygienevorschriften in den Zahnarztpraxen in BW; Notwendigkeit von Hygiene-Fortbildungskursen für zahnmedizinische Fachangestellte; Abbau der zunehmenden Belastungen der Zahnarztpraxen durch steigende Hygieneanforderungen und bürokratische Reglementierungen; Umgang mit Medizinprodukten in den Zahnarztpraxen

Antr
s. *Zahnarzt*
Drs 15/5127

Medizinprodukte-Verordnung

Zukunftsansichten des Medizintechnikclusters Tuttlingen

Konsequenzen der Novelle zur europäischen Medizinprodukteverordnung für Medizintechnikhersteller im Raum Tuttlingen, insbes Verfügbarkeit kleiner Sortimente, Innovationszyklen

KlAnfr
s. *Medizintechnik*
Drs 15/6282

Medizinstudium

s. *Medizinische Ausbildung*

Medizintechnik

s.a. *Radiologie*

Einsatz von pflegeunterstützender Technologie in BW

Erforschung, Erprobung und Einsatz von Assistenzsystemen im Bereich der Pflege und Betreuung; Ziele und Erfolge der Initiative „Ambient Assisted Living“ (AAL) des Bundes; beteiligte Forschungsinstitutionen und Unternehmen; spezielle mobile Technologien zur Erleichterung der Dokumentations-Arbeit der Pflegekräfte

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1278

Pflege in BW

Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/1340

Innovationspolitik des Landes BW

Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Perspektiven einer Fachschule für Technik - Fachrichtung Medizintechnik an der Heinrich-Wieland-Schule Pforzheim

Entwicklung der Medizintechnik im Raum Pforzheim; Fachkräftebedarf im Bereich Werkzeugmechaniker und Feinwerkmechaniker; Beurteilung bereits bestehender Fachschulen für Technik - Fachrichtung Medizintechnik in Heidelberg und Ansbach; Einrichtung eines entsprechenden Ausbildungsgangs an der Heinrich-Wieland-Schule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Fachschule*
Drs 15/3060

Neue EU-Medizinprodukte-Verordnung

Entwurf der Europäischen Kommission für eine neue EU-Medizinprodukte-Verordnung, insbes erwartete Auswirkungen für die Medizinproduktehersteller in BW und Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

KlAnfr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/3062

Erneute Fehlentwicklung bei medizinischen Großgeräten

Fehlentwicklung in der Krankenhauslandschaft Ravensburg-Weingarten, insbes medizintechnische Aufrüstung eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung ohne Absprache und zu Lasten benachbarter Häuser

KlAnfr Paul Locherer CDU 10.07.2013 und Antw SM Drs 15/3764

Druckkammerbehandlung

Nutzen der hyperbaren Sauerstofftherapie (HBO); Zahl der in BW vorhandenen Druckkammern; Menge der im Zeitraum von 2010 bis 2012 behandelten Patienten; Gewährleistung einer Notfallversorgung außerhalb regulärer Arbeitszeiten; Finanzierung der HBO; Erteilung eines staatlichen Versorgungsauftrags

Antr
s. *Therapie*
Drs 15/3874

Telemedizin in BW

Nutzung der Telemedizin zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen im medizinischen Bereich; Förderung des Programms „Medizin und Pflege - Projektklinie zur Telemedizin“; Höhe der Fördermittel im Vergleich zu den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen; Aufbau eines zentralen Netzwerks für Telemedizin; Entwicklung gemeinsamer technischer Standards als Voraussetzung der Kooperation; Beurteilung des Projekts „A.T.e.m. - Alltag mit Telemedizin erfolgreich meis-

tern“ der Techniker Krankenkasse mit Bosch Healthcare und dem Robert-Bosch-Krankenhaus; verhaltenes Agieren der technischen Anbieter auf dem telemedizinischen Markt

KlAnfr
s. *Telemedizin*
Drs 15/4527

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/4613

Finanzielle Unterstützung durch Elternvereine und private Initiativen im Bereich der Universitätskliniken des Landes

Bedeutung und Umfang der Mitfinanzierung von Universitätskliniken durch private Initiativen und Elternvereine bei medizinischer Ausstattung, Geräteanschaffungen und Forschungsvorhaben, insbes bei der Universitätsklinik Freiburg

KlAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/4859

Zukunftsaussichten des Medizintechnikclusters Tuttlingen

Konsequenzen der Novelle zur europäischen Medizinprodukteverordnung für Medizintechnikhersteller im Raum Tuttlingen, insbes Verfügbarkeit kleiner Sortimente, Innovationszyklen

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 16.12.2014 und Antw SM Drs 15/6282

Medizintechnologie

s. *Medizintechnik*

Mehrarbeit

s.a. *Mehrarbeitsvergütung*

Die Hypothekenlast der bisherigen LReg im Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Ausmaß der Vorbelastung des Epl 04 durch kw-Vermerke und aufgelaufene Überstunden an den Gymnasien und beruflichen Schulen; Darlegung der Risiken sowie der ausgleichenden Konzepte zur Abfederung der Eingriffe

Antr
s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
Drs 15/1517

Die Unterrichtsversorgung nach Stellen, Deputaten und aufgelaufenen Vorgriffsstunden an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der freigewordenen, der geschaffenen und zugeteilten Deputate an den o.g. Schulen in den letzten drei Schuljahren; Zahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Anteil der auf den

Ergänzungsbereich entfallenen Lehrerwochenstunden; Umfang der aufgelaufenen und zurückgegebenen Vorgriffsstunden

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/2151

Entwicklung des strukturellen Unterrichtsdefizits an beruflichen Schulen in BW

Daten über die Versorgungssituation der einzelnen beruflichen Schulen in BW, insbes schulscharfe Darstellung des strukturellen Unterrichtsdefizits, der Überstundenbugwelle, der Anzahl der Kleinstklassen sowie der Unterschreitung der Mindestgröße

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3077

Polizeireform: Zukünftige Aufstellung der Alarmhundertschaften

Organisation und personelle Aufstellung der Alarmeinheiten der Landespolizei nach Inkrafttreten der Polizeireform, insbes Personalzusammenstellung und betroffene Dienststellen, Überstundenabgeltung für eingesetzte Polizisten und deren Vertreter in den Dienststellen

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/3591

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3670

Eine verlässliche Unterrichtsversorgung genießt oberste Priorität

Entwicklung der Unterrichtssituation und der grundständigen Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen in BW; Entwicklung der Zahl der Lehrer-Überstunden; Maßnahmen zur Stärkung der Krankheitsvertretung und der Kompensation von Unterrichtsausfällen

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5041

Personalentwicklung an Polizeirevieren im Stadt- und LKreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeirevieren und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5793

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Po-

lizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den Kriminalpolizeidirektionen

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6253

Abrechnung von Vertretungsstunden

Bestimmungen zur Abrechnung von Mehrarbeitsstunden von Lehrern bei Vertretungsstunden

MdLAnfr
s. *Unterrichtsvertretung*
Drs 15/6814

Mehrarbeitsunterrichtsvergütung

Sachstand zur Entwicklung der Mehrarbeitsstunden von Lehrkräften und der Vergütung geleisteter Mehrarbeitsstunden, insbes Arbeitszeitausgleich für die bei Abschlussprüfungen geleistete Mehrarbeit von Lehrkräften bzw Wegfall der Unterrichtsverpflichtung in den Abschlussklassen nach den Prüfungen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7268

Polizeiarbeit in und um Erstaufnahmestellen, strafrechtliche Konsequenzen und Maßnahmen der LReg in diesem Bereich

Sachstand zur Polizeiarbeit um die Landeserstaufnahmestellen, insbes personelle Belastungen durch Überstunden, Umfang und Status der Ermittlungsverfahren

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7361

Überbelastung der Intensivpflegekräfte

Gewinnung von Pflegefachkräften für die Intensivstationen an den Universitätskliniken in BW; Belastung der Intensivpflegekräfte durch Überstunden; Sicherstellung der Versorgung von Intensivpatienten

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/7907

Umgang mit der Bugwelle von Überstunden an den beruflichen Schulen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1693 1695

Abbau der Überstundenbugwelle an den beruflichen Schulen und Gymnasien

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1974 1975 1979 1986

Abbau der Überstundenbugwelle an den beruflichen Schulen und Gymnasien

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2221 2222 2224-2227 2229 2236-2239

Mehrarbeitsvergütung

s.a. *Mehrarbeit*

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Polizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den

Kriminalpolizeidirektionen

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6253

Mehrarbeitsunterrichtsvergütung

Sachstand zur Entwicklung der Mehrarbeitsstunden von Lehrkräften und der Vergütung geleisteter Mehrarbeitsstunden, insbes Arbeitszeitausgleich für die bei Abschlussprüfungen geleistete Mehrarbeit von Lehrkräften bzw Wegfall der Unterrichtsverpflichtung in den Abschlussklassen nach den Prüfungen

Antr
s. *Mehrarbeit*
Drs 15/7268

Mehrheitswahl

Mehrheitswahl bei der Kommunalwahl 2014

Anwendung der Mehrheitswahl aufgrund mangelnder Wahlvorschläge in Gemeinden und Ortschaften

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5384

Mehrwegflasche

s. *Mehrwegverpackung*

Mehrwegverpackung

Das Umweltbundesamt auf Abwegen? - Zusatzabgabe für Einwegflaschen zur Stützung des Mehrwegsystems

Position der LReg und Hintergründe zum Vorschlag des Umweltbundesamts zur Einführung einer zusätzlichen Lenkungsabgabe auf Einwegverpackungen zur Stärkung des Mehrwegsystems, insbes Umweltbilanz von bepfandeten Einweg-Getränkeverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen

Antr
s. *Einwegverpackung*
Drs 15/6840

Mehrwertsteuer

s. *Umsatzsteuer*

Meier-Augenstein, Bettina MdL CDU

Eintritt der Abg Bettina Meier-Augenstein
PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6543

Meierei

s. *Milchwirtschaft*

Meinungsumfrage

s. *Umfrage*

Meister*Nachwuchs im Handwerk sichern*

Entwicklung der Differenz zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage im Handwerk seit 2002; Erwartung eines Rückgangs der Anforderungen mit der sinkenden Zahl von Bewerbern; Entwicklung der Zahlen von Absolventen differenziert nach Schularten, die ein Studium, eine duale Ausbildung und im Anschluss eine Weiterbildung zum Meister oder Techniker einschlagen in den letzten zehn Jahren; verstärkte Werbung für die Möglichkeit einer dualen Ausbildung parallel zur Erlangung der Fachhochschulreife

Antr
s. *Handwerk*
Drs 15/1897

Meisterkurse an beruflichen Schulen in BW

Anzahl der Schulen mit Meisterkursen für Handwerksmeister oder Industriemeister; im Kursangebot vertretene Berufe; Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Zahl der Absolventen (Meisterprüfung); Kursgebühren für Meisterkurse an öffentlichen berufsbildenden Schulen; Gesamtzahl der an öffentlichen beruflichen Schulen für Meisterkurse eingesetzten Lehrkräfte, Anzahl der ausschließlich für Meisterkurse eingesetzten Lehrer; Meisterkurse der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3875

Frauen im Handwerk in BW

Anteil der von Frauen geführten Handwerksbetriebe an der Gesamtzahl der baden-württembergischen Handwerksbetriebe; Zahl der Handwerksmeisterinnen nach Branchen; Anteil der in Handwerksbetrieben tätigen weiblichen Familienangehörigen, Art und Umfang von deren Tätigkeit; Qualifikations- und Fortbildungsangebote für Frauen im Handwerk und ihre Nutzung; Netzwerke für Frauen im Handwerk

Antr
s. *Frau*
Drs 15/3994

Duale Ausbildung stärken - Meisterbrief darf nicht weiter entwertet werden!

Erhalt des Meisterbriefs zur Stärkung der dualen Ausbildung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen sowie der Zahl der Ausbildungsplätze in BW, Deutschland und Europa; Qualifikationsnachweise von Leitern bestehender und neu gegründeter Handwerksbetriebe in BW und Deutschland; umfassende Evaluation der Novelle der Handwerksordnung von 2004

Antr CDU 30.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4687
ÄAntr GRÜNE und SPD 21.05.2014 Drs 15/5232
PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5941-5946
Mittlg LReg 15.10.2014 Drs 15/5878

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz vorverpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für

selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerechts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr
s. *Fleischerei*
Drs 15/5506

Die Meisterprüfung im gesellschaftlichen Wandel

Statistische Übersichten zur Entwicklung der Meisterausbildung in Handwerksberufen in den letzten fünf Jahren, insbes Teilnehmer- und Absolventenzahlen der Meisterausbildung, Studienaufnahmen und Existenzgründungen nach der Meisterprüfung, Ausbildungsplatzzahlen; Maßnahmen zum Erhalt des internationalen Stellenwerts der Deutschen Meisterprüfung

Antr
s. *Meisterprüfung*
Drs 15/6793

Regierungsbefragung

Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (Meister-BAföG)

s. *Ausbildungsförderung*
PIPr 15/146 S. 8742

Verweisung auf den hohen Eigenbeitrag bei der Meisterausbildung, Plädoyer für die Beibehaltung der Studiengebühren

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 993

Kritik an der Abschaffung der Studiengebühren, Verweisung auf den hohen Eigenbeitrag bei der Weiterbildung zum Meister; Maßnahmen zur Abmilderung des drohenden Mangels an Meistern und Technikern

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1115 1148

Meisterprüfung*Meisterkurse an beruflichen Schulen in BW*

Anzahl der Schulen mit Meisterkursen für Handwerksmeister oder Industriemeister; im Kursangebot vertretene Berufe; Entwicklung der Teilnehmerzahlen, Zahl der Absolventen (Meisterprüfung); Kursgebühren für Meisterkurse an öffentlichen berufsbildenden Schulen; Gesamtzahl der an öffentlichen beruflichen Schulen für Meisterkurse eingesetzten Lehrkräfte, Anzahl der ausschließlich für Meisterkurse eingesetzten Lehrer; Meisterkurse der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3875

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsiniciativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*

Drs 15/6203

Die Meisterprüfung im gesellschaftlichen Wandel

Statistische Übersichten zur Entwicklung der Meisterausbildung in Handwerksberufen in den letzten fünf Jahren, insbes Teilnehmer- und Absolventenzahlen der Meisterausbildung, Studienaufnahmen und Existenzgründungen nach der Meisterprüfung, Ausbildungsplatzzahlen; Maßnahmen zum Erhalt des internationalen Stellenwerts der Deutschen Meisterprüfung

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 24.04.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6793 (17 S.)

MEKA

s. *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich*

Meldebehörde

s. *Meldewesen*

Meldegesetz

s. *Meldewesen*

Meldepflicht

s.a. *Infektionsschutzgesetz*

s.a. *Meldewesen*

Meldepflicht bei Borreliose

Beurteilung der in Rheinland-Pfalz und dem Saarland eingeführten Meldepflicht für Borreliose

Antr

s. *Infektionskrankheit*

Drs 15/684

Meldepflicht für Borreliose

Gesundheitliche Folgen der Lyme-Borreliose, Entwicklung der Zahl von Erkrankten und Neuinfizierten in den letzten fünf Jahren; Prüfung der Einführung einer Meldepflicht

Antr

s. *Infektionskrankheit*

Drs 15/697

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Regelung der Meldepflicht für Ersatz- und Ergänzungsschulen im Falle von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Jugendamt

GesEntw

s. *Schulrecht*

Drs 15/941

Meldepflicht für Borreliose jetzt - weiteres Zuwarten ist unnötig

Entwicklung der Erkrankungen mit FSME und Borreliose in den letzten zehn Jahren; Fortführung der Forschungsvorhaben zur biologischen Zeckenbekämpfung; Einführung einer Meldepflicht

Antr

s. *Infektionskrankheit*

Drs 15/1417

Melderecht

s. *Meldewesen*

Meldewesen

s.a. *Meldepflicht*

s.a. *Personenstandswesen*

s.a. *Wohnsitz*

Gesetz zur Bestimmung der nach § 78 Abs 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden

Ermächtigung der Ortspolizeibehörden zur Durchführung von Änderungen der Wohnanschrift auf dem elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) neben den Ausländerbehörden

GesEntw

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 15/698

Bürokratieabbau bei der Kfz-Ummeldung ohne Halterwechsel

Möglichkeiten zur Vereinfachung der o.g. Ummeldung auf der Zulassungsstelle beim Umzug innerhalb eines Landkreises sowie in einen anderen Landkreis, z.B. durch verstärktes E-Government, durch Abwicklung von der Meldebehörde oder Beibehaltung des bisherigen Kennzeichens

Antr

s. *Kraftfahrzeug*

Drs 15/1056

Meldegesetz der BReg stoppen - Datenschutz stärken

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2341-2348

Einstellung des Landes zu Möglichkeiten iR bestehender und geplanter melderechtlicher Regelungen

Zugriff des StM auf Daten der Meldeämter bei der Auswahl von Bürgern für den Filderdialog, Bewertung vor dem Hintergrund der Kritik an dem geplanten Meldegesetz des Bundes sowie aus der Sicht des Datenschutzes, Frage nach einer Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.07.2012 und

Antw IM Drs 15/2167

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes und weiterer medienrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation, Reduzierung der Vorabkürzung des in § 10 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags bestimmten Anteils an der Rundfunkgebühr, Aufhebung der Deckelung bei der Förderung nichtkommerzieller Veranstaltungen; Änderung des Meldegesetzes und des Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

GesEntw

s. *Medienrecht*

Drs 15/2435

Melderecht in der Verwaltungspraxis

Zahl der im baden-württembergischen Melderegister erfassten Personen; Anzahl der jährlich beantragten einfachen und erweiterten Melderegisterauskünfte seit 2009; Antragsteller; Verweigerung von Auskünften und ihre Begründung; Auskunftssperren; Prüfung der Voraussetzungen für eine Auskunftssperre durch die Meldebehörden; Beschwerden über die Weitergabe von Meldedaten an Dritte

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.09.2014 und

Antw IM Drs 15/5710

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Anpassung landesspezifischer Regelungen an das neue Bundesmeldegesetz zur Sicherstellung dessen Vollzugs

GesEntw
s. *Bundesmeldegesetz*
Drs 15/6594

MEMO

Qualifizierungsprogramm MEMO für Migrantenvereine in BW
Zielstellung und Umsetzung des landesweiten Qualifizierungsprogramms „MEMO - Management & Empowerment in Migrantenorganisationen“ für Multiplikatoren mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/5245

Muslimische Jugendorganisationen

Sachstand zur Arbeit und Bedeutung muslimischer Jugendorganisationen in BW, insbes Mitgliederzahlen, Organisationsstruktur, Finanzierung, Förderung durch das Land, Einbeziehung in das Qualifizierungsprogramm MEMO, Unterwanderung durch religiös-extremistische Strömungen

Antr
s. *Jugendorganisation*
Drs 15/6947

Mensa

Qualität des Schulessens in BW

Einschätzung bzw Gewährleistung der Qualität des Schulessens in Schulmensen im Vergleich zu anderen BLändern; Fortführung der Qualifizierung von freiwilligen Essensbegleiterinnen sowie der Sensibilisierung und Fortbildung von Lehrern und Schülern für gesunde Ernährung, Essenskultur und Verwendung regionaler Produkte

Antr
s. *Ernährung*
Drs 15/1413

Vernetzungsstelle Schulverpflegung

Bewertung der Arbeit und Angebote, der Finanzierung und personellen Ausstattung der o.g. Einrichtung; Kooperation zwischen den 16 Vernetzungsstellen der Länder; Hinwirkung auf die Verwendung von Bioprodukten und Minimierung von Lebensmittelabfällen in Schulmensen; Eintreten für eine Verlängerung der finanziellen Förderung des Bundes

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/1693

Die Studentenwerke in BW und der doppelte Abiturjahrgang 2012

Zuschüsse des Landes an die Studentenwerke und deren Erträge 2007 bis 2012; Wohnheimplätze und deren Auslastung; Neubau und Sanierung von Studentenwohnheimen; Entwicklung der Mietpreise für studentischen Wohnraum; Angebot von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten; Fassungsvermögen der vorhandenen Mensen; geplante Zuschüsse in den Haushaltsjahren 2013 und 2014

Antr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/2109

Menschenfeindlichkeit

s. *Menschliches Verhalten*

Menschenhandel

s.a. *Prostitution*
s.a. *Zuhälterei*

Aktiv gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat

Entwicklung der o.g. Zahlen von Opfern, der Strafverfolgung und Hilfsangebote; Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der EU-Richtlinie zum Menschenhandel; Wirkungen des Opferfonds und des Leitfadens für die „Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen“; Etatisierung und Fortschreibung der Projektmittel im Sozialhaushalt 2012

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 07.12.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/973 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.05.2012 Drs 15/1821 S. 28 29
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Haushalt 2012; Epl 09

Aufstockung der Fördermittel zur Finanzierung der Fachberatungsstellen für die Opfer von Menschenhandel

ÄAntr FDP/DVP 11.01.2012 Drs 15/1109-3 S. 33
ÄAntr GRÜNE und SPD 23.01.2012 Drs 15/1109-23 S. 67
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-2 S. 4 5
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution sowie Schutz seiner Opfer

Umsetzung bestimmter Mindeststandards der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer; Einbeziehung von Fachberatungsstellen bei Razzien; Gewährleistung einer ausreichenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden; Veränderungen bei den Opferzahlen und der Art der Opfer; Nationalität der Opfer; durchschnittliche Dauer der Gerichtsverfahren; Sicherheit der Opfer während des gerichtlichen Verfahrens; Behandlung der Opfer nach Beendigung des Verfahrens; Regelung der Abschiebepraxis

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU, Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE, Sabine Wölfe SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP 15.11.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2671
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 73
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen

Weibliche Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2007 bis 2011 (tabellarische Aufstellung); Leistungsfähigkeit der Beratungs- und Anlaufstellen; Beurteilung des Modellprojekts „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG)“; Anwendung des S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramms in Krankenhäusern; Fachberatungsstellen zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels und ihre Finanzierung; Verfahren der anony-

men Spurensicherung; Beweissicherung ohne Anzeige; Grundzüge des künftigen Landesaktionsplans gegen Gewalt

Antr

s. *Häusliche Gewalt*

Drs 15/2788

Wirksamkeit des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern der Zwangsprostitution, insbes Zahlen zu gestellten und bewilligten Leistungsanträgen sowie zu Opfern mit Ausreiseverpflichtung, Leistungsgewährung bei schwierig nachweisbaren psychischen Beeinträchtigungen sowie bei Nicht-EU-Bürgern; Aufenthaltsrecht für Opfer bis zur rechtlichen Klärung der Entschädigungsleistungen; Durchsetzung von Leistungsanspruch und Leistungserhalt nach erfolgter Ausreise

Antr

s. *Opferentschädigungsgesetz*

Drs 15/2985

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr GRÜNE und SPD 15.08.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5630 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 64 65

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 22.08.2014 und Antw SM Drs 15/5651

Beteiligung von Rockerbanden an Menschenhandel und Zwangsprostitution

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2181 2183 2185

Menschenrechte

s.a. *Gleichberechtigung*

s.a. *Grundrecht*

s.a. *Persönlichkeitsrecht*

Partnerschaft mit Burundi

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr

s. *Burundi*

Drs 15/909

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Bekanntnis zu den im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission 2012 zu den Beitrittsverhandlungen der Türkei geäußerten Defiziten insbes in den Bereichen Menschenrechte, Religionsfreiheit und Justizwesen; Thematisierung der bemängelten Fragen in den Beratungen in der Gemischten Kommission

Antr

s. *Türkei*

Drs 15/2554

Petersburger Dialog 2013

Verlauf der Planungen des Petersburger Dialogs in Baden-Baden; Gründe für die Rücknahme der Förderung; Argumente gegen die Förderung bzw gegen den Dialog an sich; Höhe der Exportquote der baden-württembergischen Wirtschaft nach Russland; gegenwärtiger Stand des Dialogs zwischen BW und Russland; Einflussmöglichkeiten des Landes BW auf die Beachtung der Menschenrechte und eine Demokratisierung in Russland

Antr

s. *Internationale Beziehungen*

Drs 15/2662

Einladung des Petersburger Dialogs nach BW

Gründe für die Absage der 2013 in Baden-Baden geplanten Veranstaltung; Gesamtvolumen der veranschlagten Kosten; Frage nach politischen Gründen für die Absage; Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit Russland

KlAnfr

s. *Internationale Beziehungen*

Drs 15/2680

FRONTEX-Missionen in BW

Statistiken, Rahmenbedingungen und Finanzierung der FRONTEX-Abschiebeflüge, insbes Konsultation eines unabhängigen Abschiebebeobachters, rechtzeitige Information von Innenministerium, Landesbehörden und eines unabhängigen Menschenrechtsmonitors zur individuellen Überprüfung der geplanten Abschiebemaßnahmen

Antr

s. *Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*

Drs 15/3154

Menschenschmuggel

s. *Schleuserkriminalität*

Menschliches Verhalten

s.a. *Betteln*

s.a. *Erziehung*

s.a. *Extremismus*
 s.a. *Gewalt*
 s.a. *Kriminalität*
 s.a. *Psychosoziale Beratung*
 s.a. *Sozialverhalten*

Verbot des Konsums von Cannabis-Produkten aufrecht erhalten
 Zahl der o.g. Konsumenten, Einschätzung der Gefährdung durch den Konsum von Cannabis-Produkten; Grenzwerte für die Einstellung eines betäubungsmittelrechtlichen Strafverfahrens und für das Führen eines Kraftfahrzeugs im öffentlichen Straßenverkehr; Beurteilung von Bestrebungen zur legalen Abgabe von Cannabis-Produkten durch öffentlich-rechtliche Stellen sowie von Modellen zur Analyse illegaler Drogen für die Konsumenten

Antr
 s. *Suchtstoff*
 Drs 15/1190

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in BW
 Entwicklung und Ursachen des o.g. Phänomenbereichs nach einer Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld; Frage nach unterschiedlichen Erscheinungsformen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie nach geeigneten Maßnahmen und Angeboten der politischen Bildung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1243 (11 S.)
 BeschlEmpf und Bericht IntegrA 09.05.2012 Drs 15/2007 S. 79
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Drogenkonsum Jugendlicher in BW
 Schlüsse aus dem Bericht zur Drogenaffinität Jugendlicher 2011; Bewertung der Entwicklung des Konsums von Alkohol, Cannabis u.a. legalen und illegalen Drogen im Vergleich zu anderen BLändern; Positionen zum Einsatz jugendlicher Testkäufer, zu einem generellen Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr sowie zur Forderung von Kommunen nach möglichen Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen

Antr
 s. *Suchtstoff*
 Drs 15/1324

Verführt hochprozentiger Billigalkohol Jugendliche?
 Entwicklung der Verkaufsmengen, Preise und Herkunftsländer von Billigspirituosen in den letzten zehn Jahren; Frage nach einer Beeinflussung des Alkoholkonsumverhaltens von Jugendlichen sowie nach Initiativen zur Lösung der Problematik von Billigspirituosen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene

Antr
 s. *Spirituosen*
 Drs 15/1523

Verwendung des großen Landeswappens auf privatem Facebook-Profil
 Beurteilung des o.g. Verhaltens des Ministerialdirektors im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Daniel Rousta, und der Verunglimpfung von politischen Wettbewerbern in Vulgärsprache; Vereinbarkeit mit Bestimmungen, Vorgaben und Gesetzen des Landes sowie mit dem von einem ranghöchsten Beamten zu erwartenden Stilgefühl

KlAnfr
 s. *Rousta, Daniel*
 Drs 15/1578

Facebook-Partys
 Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
 s. *Online-Netzwerk*
 Drs 15/2066

Aktuelle Unterrichtsschwerpunkte
 Vermittlung von Grundkompetenzen und Verhaltensregeln durch Einrichtung eines Unterrichtsfachs „Lebens- und Alltagsökonomie“ an allen Schulen, Maßnahmen zur Initiierung von Akzeptanz und Respekt bei Kindern und Jugendlichen gegenüber der Tätigkeit der Polizei

KlAnfr
 s. *Unterrichtsfach*
 Drs 15/2455

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr
 s. *Online-Netzwerk*
 Drs 15/2476

Die Bedeutung der Förderung exekutiver Funktionen für den Lern- und Bildungserfolg in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Ausbau der Förderung der exekutiven Funktionen bei Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen sowie an Grund- und weiterführenden Schulen, insbes Berücksichtigung bei der Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern sowie der Erstellung von Bildungsplänen

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 05.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4006
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 13 14
 PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Mentoring

Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren
 Zahl der zu Schülermentoren ausgebildeten Schüler mit Migrationshintergrund; Anteil der Mädchen; Durchführung einer repräsentativen Datenerhebung

KlAnfr
 s. *Ausländerintegration*
 Drs 15/3637

Bürgermentorinnen und Bürgermentoren mit Migrationshintergrund

Integrationsförderung durch Bürgermentoren mit Migrationshintergrund; Stärkung der Bildungschancen von Migrantin-

nen, Mittlerfunktion für Migranten und Migrantinnen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, sonstige Aufgabengebiete; Programm und Inhalte der Ausbildung zu Bürgermentoren

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3664

Mentrup, Frank Dr. MdL SPD

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 16
PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3395 (Wiederernennung nach Ministerwechsel)

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2702

Verabschiedung und Würdigung des Abg Dr. Frank Mentrup

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3693

MEPL

s. *Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg*

Merklingen

Auswirkungen der Planungen der Deutschen Bahn AG über zusätzliche Fernverkehrsverbindungen und -halte auf das Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr

Sachstand zu Planungen der Deutschen Bahn AG zu zusätzlichen Fernverkehrsverbindungen und -halten iRd sogenannten Verkehrsoffensive, insbes betroffene Netze im Schienenpersonenregionalverkehr, Nutzung von Nahverkehrsfahrausweisen auf einzelnen Relationen des zusätzlichen Fernverkehrsangebots; Realisierung eines Bahnhalts in Merklingen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6742

Bahnhalt in Merklingen - Sachstandsabfrage

Sachstand zu Planungen und Kosten für einen Bahnhof in Merklingen und dessen Rückwirkungen auf den übrigen Bahnverkehr

Antr
s. *Haltestelle*
Drs 15/7644

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7864

Vermeiden negativer Rückwirkungen auf die Südbahn durch den Bahnhof in Merklingen

Sachstand zur Lösung der betrieblichen Probleme auf der Südbahn nördlich von Ulm durch Einrichtung eines Bahnhalts in Merklingen

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/8086

Messdaten

s. *Messwert*

Messe Stuttgart

s. *Messe (Ausstellung)*

Messe (Ausstellung)

Förderung von örtlichen Leistungsschauen, Gewerbeausstellungen und Energiemessen

Festhalten an der bewährten Förderpraxis für die o.g. regionalen Verbrauchermessen

Antr
s. *Ausstellung*
Drs 15/449

Haushalt 2012; Epl 07

Mittelaufstockung zur Außenwirtschaftsförderung, Verbesserung der Präsentation des Landes auf internationalen Messen unter Einbeziehung der Wirtschafts- und Branchenfördergesellschaften

Haushalt
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/1107

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 17 - Landesmesse Stuttgart - Finanzierung und Projektdurchführung (Kap 0702)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1917
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2517
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 19.12.2013 Drs 15/4536
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4593
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Erfinderland BW

Initiierung einer Erfindermesse als eigenes Format oder in Kombination mit einer bereits bestehenden Messe

Antr
s. *Erfindung*
Drs 15/2181

Fünf Jahre Landesmesse - eine Erfolgsgeschichte!

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2693-2702

Präsentation Baden-Württembergs auf der Internationalen Grünen Woche Berlin

Art und Umfang der Präsenz des Landes BW auf der Internationalen Grünen Woche Berlin, insbes Mittelaufwendungen und Kooperationen, Vergleich mit dem Auftritt anderer Bundesländer, geplante Verbesserungen der Präsentation

Antr Karl Traub u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme
MLR Drs 15/3191
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.07.2013 Drs 15/4191
S. 10-13
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherschutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

Genehmigung örtlicher Leistungsschauen an Sonn- und Feiertagen

Bedeutung von Leistungs- und Gewerbeschauen für die lokale und regionale Wirtschaft und mögliche Änderung der Genehmigungspraxis an Sonn- und Feiertagen

MdlAnfr 1) Klaus Herrmann CDU 13.03.2014 Drs 15/4915
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5681-5683

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 20 - Projektsteuerung bei Hochbauvorhaben des Landes (Kap 1208, 1415, 1421 und 0702)

Mittlg RH
s. *Bauverwaltung*
Drs 15/5420

Gebührenfestsetzung bei Gewerbeausstellungen

Bedeutung von Gewerbeausstellungen; Zahlen und Kriterien für die Gebührenfestsetzung durch die Landratsämter

KlAnfr Jutta Schiller CDU 30.09.2014 und Antw MFW Drs 15/5787

Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ) und der Messe Friedrichshafen

Sachstand zur Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW mit der Messe Friedrichshafen im Themenbereich „Fair Trade“

KlAnfr
s. *Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg*
Drs 15/7180

Verbesserung der Präsentation des Agrotourismus auf der CMT, Intergastra und Grünen Woche

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1824

Messeinrichtung

s. *Messgerät*

Messgerät

s.a. *Messwert*

Messstellen der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW (LUBW)

Zahl der vorhandenen Messstationen landesweit im Vergleich zu 2006, Kriterien für die Auswahl der Standorte, Auflistung von geplanten neuen Standorten, Erstellung sogenannter Emissionskataster zur Erhebung von Luftschadstoffen für die einzelnen Regionen

KlAnfr Daniel Renkonen GRÜNE 29.07.2011 und Antw MVI Drs 15/374

Erhalt der Arbeitsfähigkeit der baden-württembergischen Untersuchungseinrichtungen

Investitionsbedarf der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts zur Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien für die notwendigen Untersuchungen; Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Sicherstellung eines hohen Verbraucherschutzniveaus

Antr
s. *Untersuchungsamt*
Drs 15/2128

Tachografenpflicht und jährliche Hauptuntersuchung

Gründe und Auswirkungen der Forderung des Europäischen Parlaments zum Einbau eines digitalen Fahrtenschreibers schon bei Fahrzeugen ab 2,8 Tonnen und einem Radius von 100 km, Hinwirkung auf Ausnahmeregelungen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Bereich; Bewertung der von TÜV und DEKRA gebotenen Sicherheitsstandards im Vergleich zu den Überprüfungen in anderen EU-Ländern, Eintreten für eine europäische Harmonisierung der Standards für die Hauptuntersuchung

Antr
s. *Technische Überwachung*
Drs 15/2198

Auswirkungen des geplanten Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende auf Datenschutz, Verbraucherschutz und Wettbewerb

Sachstand zu den Auswirkungen des im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehenen Pflichteinbaus intelligenter Messsysteme auf Datenschutz, Verbraucherrechten und Wettbewerb

KlAnfr
s. *Energierecht*
Drs 15/7848

Energieeinsparung durch intelligente Stromzähler

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1622 1627

Messstation

s. *Messgerät*

Meßstetten

Standortsuche für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) im Landgerichtsbezirk Rottweil

Kriterien der Standortwahl; Nutzung des Konversionsgeländes in Meßstetten

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3212

Neue Standortsuche des geplanten Gefängnisneubaus - welche Kriterien sind maßgeblich?

Aufgabe der bisherigen Bewertungsmatrix beim „Standortsuchlauf“; Auskunft über die maßgeblichen Kriterien der Standortauswahl; Berücksichtigung der Haltung der betroffenen Gemeinden; Beteiligung des Landtags und der Gemeinden an der Standortauswahl

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6503

Besondere Herausforderungen bei Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Sachstand zu Terminvergabe und Anreisemöglichkeiten aus Erstaufnahmestellen zu Anhörungsterminen in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Reutlingen/Eningen, insbes Ermöglichung eines ausgeruhten Erscheinens zur Anhörung, Anreisemöglichkeiten aus Meßstetten, Schaffung einer einmaligen Übernachtungsmöglichkeit in räumlicher Nähe zur BAMF-Außenstelle

KlAnfr
s. *Anhörung*
Drs 15/8114

Messwert

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/271

Messstellen der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW (LUBW)

Zahl der vorhandenen Messstationen landesweit im Vergleich zu 2006, Kriterien für die Auswahl der Standorte, Auflistung von geplanten neuen Standorten, Erstellung sogenannter Emissionskataster zur Erhebung von Luftschadstoffen für die einzelnen Regionen

KlAnfr
s. *Messgerät*
Drs 15/374

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KlAnfr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/730

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/847

Lärmschutz entlang der A 8 Stuttgart-Fasanenhof

Überschreitung der Lärmgrenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet im o.g. Bereich; Beurteilung der Wirksamkeit von Flüsterasphalt, einer Geschwindigkeitsreduzierung u.a. Maßnahmen zum Schutz der Anwohner

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1472

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/1699

Verkehrslärmbelastung A 8

Beurteilung der Abweichungen zwischen Planfeststellung und aktueller Lärmmessung an der A 8 zwischen München und Augsburg; Durchführung entsprechender Messungen unter Normalbetrieb der A 8 bei Leonberg; Aufbringung von Flüsterasphalt im Zuge der vorgesehenen Fahrbahndeckensanierung der A 8 im Bereich Leonberg

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1826

Aus für Kochplatten in der EU

Pläne der EU-Kommission zur Einschränkung des Verkaufs von Herden und Kochfeldern mit bestimmten Effizienzwerten; Einschätzung der Auswirkungen für Unternehmen, Preise und Verbraucher hierzulande; Einflussnahme auf diese Planungen

Antr
s. *Elektrogerät*
Drs 15/2033

Geplante Initiative der LReg zur weiteren Absenkung des Grenzwerts für CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Frage nach einer Abstimmung o.g. Initiative innerhalb der LReg und ihren Auswirkungen auf die Automobilindustrie und deren Zulieferer

KlAnfr
s. *Kohlendioxid*
Drs 15/2406

Haltung der LReg zur Änderung der EU-Verordnung zur Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Beurteilung einer weiteren Verschärfung der Grenzwerte ab 2020 bzw 2025 und deren Auswirkungen auf den Automobilstandort und Arbeitsmarkt hierzulande, Verhinderung einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen durch entsprechende Positionierung gegenüber dem Bund und der EU, Verhalten der LReg bei den Beratungen in den Fachausschüssen des Bundesrats, Gründe für das Unterlassen einer nachträglichen Unterrichtung des Landtags

Antr

s. *Kohlendioxid*

Drs 15/2472

Krematorien und die wachsende Zahl übergewichtiger Menschen

Entwicklung der Zahl von Krematorien seit 1992; Darstellung der (technischen) Probleme bei der Einäscherung übergewichtiger Menschen. Frage nach einer Gewichtsobergrenze sowie nach Überlegungen zur baulichen Anpassung der Krematorien an die wachsende Zahl von Übergewichtigen; Vergleich der Emissionsgrenzwerte mit anderen Verbrennungsanlagen

Antr

s. *Feuerbestattung*

Drs 15/2541

Feinstaubwertmessungen

Entwicklung der Feinstaubwerte in baden-württembergischen Städten; Entwicklung des Feinstaubes in der Stadt Pforzheim und im Enzkreis; Einfluss der Witterung auf die Feinstaubwerte; Nutzen des Einsatzes von Wassersprengwagen

KlAnfr

s. *Feinstaub*

Drs 15/5117

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5891

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrverboten auf die Luftreinhaltung

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/5974

Wasserspender in BW

Kontrolle des hygienischen Zustands von Wasserspendern in öffentlichen Einrichtungen; Grenzwerte für die Belastung des Trinkwassers durch Keime; durch eine erhöhte Keimbelastung des Trinkwassers besonders gefährdete Personengruppen; Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen für das Aufstellen von Wasserspendern

Antr

s. *Trinkwasser*

Drs 15/6251

Metall

s.a. *Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie*

s.a. *Schrott*

s.a. *Schwermetall*

Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Auswirkungen der o.g. Neuordnung für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die Betriebe der Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft, Darlegung der Verwertungswege der von gewerblichen Sammlungen erfassten Metallabfälle, Erweiterung des Einsatzes der kommunalen Wertstofftonnen auf den kleingewerblichen und handwerklichen Bereich?

Antr

s. *Abfallwirtschaft*

Drs 15/191

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land

Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstrengung einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Akkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr

s. *Abfallwirtschaft*

Drs 15/532

Recycling von öl- und kühlenschmierstoffhaltigen Metallspänen

Hintergründe der Einstufung emulsions- und ölbefalteter Metallspäne als „gefährlichen Abfall“ und Konsequenzen für Entsorgung und Recycling

KlAnfr

s. *Sonderabfall*

Drs 15/6506

Metallarbeiter

s. *Metallberuf*

Metallarbeiterin

s. *Metallberuf*

Metallberuf

Ausbildungsprogramm „MetallPLUS“

Situation des Ausbildungsprogramms „MetallPLUS“, insbes organisatorische Voraussetzungen, Teilnehmerzahlen, Karrierechancen, Qualität des Programms und Weiterentwicklungsmöglichkeiten, Unterstützung durch die LReg

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP 25.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5556 BeschIEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 20

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Metallhandwerk*Ausbildungsprogramm „MetallPLUS“*

Situation des Ausbildungsprogramms „MetallPLUS“, insbes organisatorische Voraussetzungen, Teilnehmerzahlen, Karrierechancen, Qualität des Programms und Weiterentwicklungsmöglichkeiten, Unterstützung durch die LReg

Antr

s. *Metallberuf*

Drs 15/5556

Metallindustrie*Drohender Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Härtereien infolge einer Belastung durch die Erneuerbare-Energien-Gesetz(EEG)-Umlage*

Anzahl der im vergangenen Jahr von der EEG-Umlage teilweise befreiten Härtereien; Zahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer; Folgen einer Belastung der Unternehmen durch die EEG-Umlage; Einführung einer Härtefallregelung für die Härtereibranche

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 28.04.2014 und Antw UM
Drs 15/5119

Ausbildungsprogramm „MetallPLUS“

Situation des Ausbildungsprogramms „MetallPLUS“, insbes organisatorische Voraussetzungen, Teilnehmerzahlen, Karrierechancen, Qualität des Programms und Weiterentwicklungsmöglichkeiten, Unterstützung durch die LReg

Antr

s. *Metallberuf*

Drs 15/5556

Metallschrott

s. *Schrott*

Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus

s. *Multiresistente Erreger*

Methylphenidat

s. *Arzneimittel*

Metropole

s. *Großstadt*

Metropolregion Rhein-Neckar

s. *Unterer Neckar, Region*

Metropolregion Stuttgart

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4314

Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze - Nutzen oder Schaden für den Wettbewerb?

Hintergründe und Folgen der Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze, insbes sachliche Erwägungen (Vor- und Nachteile), Auswirkung auf Wettbewerb und Zugkilometerpreise, Konsequenzen für die Deutsche Bahn und ihre Mitarbeiter; Erfahrungen aus anderen Bundesländern; Verzicht auf die Anwendung der Loslimitierung

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/5767

Ausschreibung der Stuttgarter Netze

Erstellung und Versand der Fahrpläne zur Ausschreibung der Stuttgarter Netze

MdlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/6090

Ausgestaltung der Übergangsverträge in den Stuttgarter Netzen
Übergangsverträge für die Zeit im Anschluss an das Vertragsende des großen Verkehrsvertrags im Jahr 2016 und der angekündigten Inbetriebnahme des Stuttgarter Netzes im Dezember 2018; Versand der Vergabeunterlagen und Abschluss der Übergangsverträge; Laufzeit der Übergangsverträge; Anforderungen an die einzusetzenden Schienenfahrzeuge

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/6191

Metzingen*Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an Förderschulen in Metzingen und Bad Urach*

Unterrichtsausfall an der Wilhelmschule Bad Urach und der Seyboldschule Metzingen bedingt durch Krankheit oder Mutterschutz von Lehrkräften; Gründe und Abhilfemaßnahmen für das Fehlen von Klassenlehrern in den Eingangsklassen beider Schulen

KlAnfr

s. *Sonderschule*

Drs 15/1724

Vergrößerung der Outlecity Metzingen und die Auswirkungen auf die Nachbarstädte

Sachstand zur Entwicklung und geplanten Vergrößerung der Outlecity Metzingen und Auswirkungen auf den Einzelhandel der umliegenden Städte

KlAnfr

s. *Fabrikverkauf*

Drs 15/6579

Miedelsbach, Ortsteil

s. *Schorndorf*

Mielich, Bärbl MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5947

Miete*s.a. Leasing**s.a. Mieter**s.a. Wohngeld*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2006 des RH zur LHR von BW für das Hj 2004 - Beitrag Nr. 11: Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen
Prüfung einer weiteren Reduzierung der Mietfläche der Sonderabfallagentur BW

Mittlg LReg

s. Sonderabfallagentur BW

Drs 15/1670

Mietpreisentwicklung im Haus der Wirtschaft seit Regierungswechsel

Vereinbarkeit des Anstiegs der Mietpreise mit dem Ziel der Förderung der Wirtschaft, insbes des Mittelstands; Darlegung der Auslastung der Räumlichkeiten differenziert nach Nutzern und Veranstaltungsformen sowie des Kostendeckungsgrads

KlAnfr

s. Haus der Wirtschaft

Drs 15/1940

Die Studentenwerke in BW und der doppelte Abiturjahrgang 2012

Zuschüsse des Landes an die Studentenwerke und deren Erträge 2007 bis 2012; Wohnheimplätze und deren Auslastung; Neubau und Sanierung von Studentenwohnheimen; Entwicklung der Mietpreise für studentischen Wohnraum; Angebot von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten; Fassungsvermögen der vorhandenen Mensen; geplante Zuschüsse in den Haushaltsjahren 2013 und 2014

Antr

s. Studentenwerk

Drs 15/2109

Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden und/oder den Regionalverbänden bei der Festlegung des Wohnbauflächenbedarfs; Basis der neuen Kennziffern; Berücksichtigung der besonderen Situation von Städten oder Gemeinden mit Hochschuleinrichtungen; Auswirkungen auf die Grundstückspreise und Mieten in den Gemeinden; Wechselwirkung zwischen dem Wohnungsbau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Antr

s. Bauleitplanung

Drs 15/3909

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Einheitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Ländereöffnungsklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr

s. Verkehrswert

Drs 15/4755

Patentrezept für Wohnungsnot: Wohnraum schaffen statt Mietpreisbremse und Bürokratie

Aktuelle Debatte

s. Wohnungsbedarf

PIPr 15/107 S. 6378

Offenlegung Kriterien Mietpreisbremse

Sachstand zur Aufstellung und Offenlegung der Kriterien zur Aufnahme von Städten und Gemeinden Baden-Württembergs in das Verzeichnis der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt für die Umsetzung der Mietpreisbremse

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.06.2015 und

Antw MFW Drs 15/7071

Durchsetzung der Mietpreisbremse

Sachstand und Zeitplan zur Umsetzung der Mietpreisbremse; Tenor der eingereichten Stellungnahmen der betroffenen Gemeinden und deren Berücksichtigung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.08.2015 und

Antw MFW Drs 15/7296

Mietpreisgestaltung bei Verträgen mit privaten Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern

Sachstand zu Mietverträgen und Mietpreisgestaltung zwischen Kommunen und Anbietern privater Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern in BW, insbes in Pforzheim und im Enzkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.08.2015 und

Antw IntM Drs 15/7332

Umgang mit Stellungnahmen von Gemeinden zur Mietpreisbremse

Anzahl und Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen und deren Berücksichtigung in der Mietpreisbegrenzungsverordnung BW

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.11.2015 und

Antw MFW Drs 15/7729

Zukunft der vom Land angemieteten Liegenschaften im Umfeld der Karlsruher Kaiserstraße

Laufzeit der bestehenden Mietverträge; Mietflächen und Miethöhe; zu erwartende Mieterhöhungen im Zuge der Fertigstellung des Straßenbahntunnels unter der Kaiserstraße (Kombilösung Karlsruhe); Prüfung einer Verlagerung der im Bereich der Kaiserstraße gelegenen Landeseinrichtungen

KlAnfr

s. Dienstgebäude

Drs 15/7947

Mieter*s.a. Mieterschutz**s.a. Vermieter*

Modalitäten beim Verkauf der Tochter LBBW-Immobilien durch die LBBW

Ausgestaltung des Bieterverfahrens bei einer EU-weiten Ausschreibung, Gewährleistung sozialer Rahmenbedingungen zum Schutz der Mieter

MdIAnfr

s. Wohnung

Drs 15/98

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat; Auswirkungen auf den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Position zur Aufteilung der Kosten einer Energiesparinvestition zwischen Vermieter und Mieter sowie der Steuerausfälle zwischen Bund und Ländern; Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Falle der Behandlung des GesEntw im Vermittlungsausschuss

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/458

LBBW-Wohnungsverkauf

Stand des o.g. Wohnungsverkaufs; Berücksichtigung des Vorkaufsrechts der Kommunen; Stellenwert der sozialen Absicherung von Mitarbeitern und Mietern bei den Verkaufskriterien

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/623

Künftige Wohnungspolitik

Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Verkauf der LBBW Immobilien GmbH an das Konsortium unter Führung der P.I.AG

Entscheidungsgründe für die Erteilung des Zuschlags an das o.g. Bieterkonsortium, Vergleich mit den Auflagen der EU und den Festlegungen im Koalitionsvertrag, insbes zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wohnungsbestände, zum sozialen Schutz der Mieter und der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen; Frage nach entsprechenden Garantien der Bieter sowie Nachweisung von Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt in BW und einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen des Landes

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1304

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW

Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1369

Sozialcharta: Sozialer Schutz oder Chicago School of Economics?

Beurteilung der Ausgestaltung und Laufzeit der vereinbarten erweiterten Sozialcharta der P.I.AG beim Kauf der Immobilien der LBBW; Klärung der Kontroverse zwischen dem Finanzminister und dem Stuttgarter OB über den Mieterschutz bzw den Umgang und die Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW; Vergleich mit dem Wohnungsverkauf

der Stadt Dresden und den Vorgaben des Freistaats Bayern für den Wohnungsverkauf der bayerischen Landesbank; Frage nach dem Schutz der Mieter vor Eigenbedarfs- oder Verwertungskündigung nach 2016

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/1487

Mieterschutz*Modalitäten beim Verkauf der Tochter LBBW-Immobilien durch die LBBW*

Ausgestaltung des Bieterverfahrens bei einer EU-weiten Ausschreibung, Gewährleistung sozialer Rahmenbedingungen zum Schutz der Mieter

MdAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/98

LBBW-Wohnungsverkauf

Stand des o.g. Wohnungsverkaufs; Berücksichtigung des Vorkaufsrechts der Kommunen; Stellenwert der sozialen Absicherung von Mitarbeitern und Mietern bei den Verkaufskriterien

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/623

Verkauf der LBBW Immobilien GmbH an das Konsortium unter Führung der P.I.AG

Entscheidungsgründe für die Erteilung des Zuschlags an das o.g. Bieterkonsortium, Vergleich mit den Auflagen der EU und den Festlegungen im Koalitionsvertrag, insbes zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wohnungsbestände, zum sozialen Schutz der Mieter und der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen; Frage nach entsprechenden Garantien der Bieter sowie Nachweisung von Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt in BW und einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen des Landes

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1304

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW

Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1369

Sozialcharta: Sozialer Schutz oder Chicago School of Economics?

Beurteilung der Ausgestaltung und Laufzeit der vereinbarten erweiterten Sozialcharta der P.I.AG beim Kauf der Immobilien der LBBW; Klärung der Kontroverse zwischen dem Finanzminister und dem Stuttgarter OB über den Mieterschutz bzw den Umgang und die Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW; Vergleich mit dem Wohnungsverkauf der Stadt Dresden und den Vorgaben des Freistaats Bayern für den Wohnungsverkauf der bayerischen Landesbank; Frage nach dem Schutz der Mieter vor Eigenbedarfs- oder Verwertungskündigung nach 2016

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 22.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1487
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/2007 S. 13-15
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Sozialer Kahlschlag nach dem Verkauf der LBBW-Wohnungen?
 Umsetzung der Restrukturierungsaufgaben der EU-Kommission im Beihilfverfahren ohne Beteiligung des Parlaments; Mitwirkung an der Restrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg aufgrund der Eigentümerstellung des Landes; Rechtscharakter und Verbindlichkeit der beim Verkauf der Wohnungen an die Patrizia Immobilien AG zum Schutz der Mieter ausgehandelten Sozialcharta; Wirksamkeit der Sozialcharta gegenüber den vom jetzigen Eigentümer geplanten Mieterhöhungen; Unterstützung der Mieter der ehemaligen LBBW-Wohnungen; Auskunft über die Finanzierung des Wohnungskaufs durch die Patrizia Immobilien AG

Antr
s. Wohnungswirtschaft
 Drs 15/3932

Verwirrspiel bei der Sozialcharta beim Verkauf der LBBW-Wohnungen durch den Finanz- und Wirtschaftsminister
 Zustandekommen, Rechtsgültigkeit und Umsetzung der Sozialcharta durch die Firma Patrizia Immobilien AG als Käuferin der 21.500 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg, insbes Gewährleistung des Mieterschutzes

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 20.08.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3961
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 11 12
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Regierungsbefragung
 LBBW/PATRIZIA

s. Landesbank Baden-Württemberg
 PIPr 15/77 S. 4666

Einrichtung eines Sozialchartafonds für die Mieter der LBBW-Wohnungen aus der Vergleichssumme von J.P.M.

Finanzmittel aus dem Vergleich mit der US-Investmentbank JP Morgan Chase; Stillschweigen der LBBW über eine Vergleichszahlung; Urteil des Stuttgarter Landgerichts im Streit um eine Mieterhöhung für eine vormalige LBBW-Wohnung durch die heutige Eigentümerin; Unwirksamkeit der Sozialcharta; Einhaltung des zugesagten Mieterschutzes; Nutzung der Vergleichssumme für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung ehemaliger LBBW-Mieter in Härtefällen

Antr
s. Wohnimmobilien
 Drs 15/4382

Sozialcharta und Ombudsmann

Mietbedingungen für die Mieter der 21.500 von der Landesbank BW (LBBW) an die Patrizia Immobilien AG verkauften Wohnungen, insbes Einhaltung der Mieterhöfungsgrenze in der Sozialcharta; Einsetzung eines Ombudsmanns für die Mieter für alle Fragen zur Sozialcharta

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 03.02.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4702
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/5052 S. 8 9
 PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des erneuten Verkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien

Sachstand zur Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des Weiterverkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien durch die Patrizia Immobilien AG an die Deutsche Annington Immobilien, insbes Wohnungsverkäufe vor dem Weiterverkauf, Weiterverkaufspreis des übrigen Wohnungsbestandes, Mieterhöhungen bzw Beendigung von Mietverhältnissen durch die Patrizia Immobilien AG, Rechtssicherheit und Bestand der vorliegenden Sozialcharta sowie der Mieterschutzvorschriften nach dem Weiterverkauf, Maßnahmen der LReg zum Schutz der betroffenen Mieter, öffentlich geförderte Wohnungsneubauten an den Standorten der ehemaligen LBBW-Immobilien

Antr Tobias Wald u.a. CDU 08.07.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7144

Frage nach dem Schutz der Mieter nach dem Verkauf der LBBW-Immobilien an die PATRIZIA Immobilien AG

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1600 1601

Mietkauf

s. Leasing

Mietkosten

s. Miete

Mietpreis

s. Miete

Mietverhältnis

s. Mietvertrag

Mietvertrag

Kontrolle überbelegter Wohnungen

Kontrolle und rechtliche Regelungen gegen mutmaßlich überbelegte Wohnungen durch erzwungene Mietverhältnisse mit Koppelung von Arbeits- und Mietverträgen bei Arbeitsmigranten

Antr
s. Wohnung
 Drs 15/3829

Zukunft der vom Land angemieteten Liegenschaften im Umfeld der Karlsruher Kaiserstraße

Laufzeit der bestehenden Mietverträge; Mietflächen und Miethöhe; zu erwartende Mieterhöhungen im Zuge der Fertigstellung des Straßenbahntunnels unter der Kaiserstraße (Kombilösung Karlsruhe); Prüfung einer Verlagerung der im Bereich der Kaiserstraße gelegenen Landeseinrichtungen

KIAnfr
s. Dienstgebäude
 Drs 15/7947

Mietwohnung

s. Wohnung

Mietzuschuss

s. Wohngeld

Migrant

s.a. *Asylbewerber*
s.a. *Ausländer*
s.a. *Ausländischer Schüler*
s.a. *Einwanderung*
s.a. *Migration*

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund; Beschreitung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgebern

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/85

*„Integration und Fernsehen“ - ZKM-Projekt „Agac yas iken egi-
lir“*

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/181

*Arbeitssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in
BW*

Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung und von Arbeitslosen; Erkenntnisse über einen Zusammenhang zwischen fehlenden deutschen Sprachkenntnissen, dem Geschlecht und dem Risiko der Erwerbslosigkeit; Maßnahmen zur Absenkung der Erwerbslosenquote bei Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Arbeit*
Drs 15/277

Integration und Demografie

Anteil, Altersdurchschnitt und Geschlecht von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an einem Altersjahrgang zwischen 2005 und 2010; Vergleich der demografischen Effekte bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund; Entwicklung von Konzepten gegen die Vereinzelung von Migranten im Ruhestand und zur Erreichung von älteren Migranten mit sozialen Hilfsangeboten

Antr
s. *Demografie*
Drs 15/278

Sprach- und Weiterbildungskurse an Volkshochschulen

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgliedert nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund und ihres Erfolgs in Deutschkursen und Alphabetisierungskursen sowie in Kursen zum Erwerb eines Schulabschlusses; Höhe der bisherigen und

geplanten Förderung der Volkshochschulen aus öffentlichen Haushalten; Zahl der arbeitslosen und auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Menschen mit Migrationshintergrund; Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für den Spracherwerb von Migranten

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/280

Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund; Höhe der Mittelbereitstellung von Bund, Land und Kommunen; Sensibilisierung der Eltern mit Migrationshintergrund für einen möglichst frühzeitigen Spracherwerb ihrer Kinder als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/282

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Bedeutung und Anteil des o.g. Engagements in Vereinen, Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anteil von Migranten in Führungsfunktionen und bei der Gründung von Vereinen, Heranführung von Jugendlichen und älteren Mitbürgern, Begleitung der Organisationen des Katastrophenschutzes bei der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/284
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 41-43
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Migranten in Pflegeberufen

Einschätzung der zu erwartenden Zahlen von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, deren besonderen Bedürfnisse und Konsequenzen für die Pflegestrukturen im Land; Anteil von Migranten unter den Schülern an Alten- und Krankenpflegesschulen und unter den Beschäftigten in Pflegeberufen, Maßnahmen zur Steigerung dieser Anteile; Berücksichtigung der kultursensiblen Pflege iRd Ausbildung und bei der Neufassung des Landesheim-Ges und der Landesheimpersonalverordnung

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/285

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/286 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 44-46
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW
Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Integration in die deutsche Gesellschaft

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/383

Bedeutung von Mitbürgern mit Migrationshintergrund für die Ernährungswirtschaft in BW

Bisherige und mögliche Marktbedeutung ethnischer Produkte für die Ernährungswirtschaft in BW, Umsatzvolumen der (nach islamischem Recht zulässigen) Halal-Produkte; Begleitung der Nahrungsmittelunternehmen bei der Markterschließung für ethnische Produkte durch die Marketinggesellschaft BW

Antr
s. *Ernährungswirtschaft*
Drs 15/384

Entwicklung der Interventionen durch das Jugendamt bei Familien mit Migrationshintergrund

Entwicklung der Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durch Jugendämter seit 2001, Dauer der Inobhutnahmen, Anteil der nicht zu den ursprünglich Sorgeberechtigten zurückkehrenden Betroffenen, Ursachen der hohen Zahl von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit; Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter, Gewinnung von Migranten für die bei den Jugendämtern vertretenen Berufsbilder

Antr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 15/385

Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an Schulen in BW

Bilanz der bisherigen Maßnahmen zur Gewinnung o.g. Lehrkräfte und der erreichten Vorteile für Schüler und Eltern mit Migrationshintergrund und das Schulleben insgesamt, angewandte Eignungskriterien bei der Einstellung, Maßnahmen zur Deckung des Bedarfs an Lehrkräften mit der Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 24.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/443
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 55 56
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Migranten als Unternehmer

Angaben über die unternehmerische Tätigkeit von Ausländern oder Migranten in BW, insbes ihren Anteil an Unternehmensgründungen; Unterschiede im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung hinsichtlich der Häufigkeit von Unternehmensneugründungen, von Voll- und Nebenerwerbsgründungen und der Dauer ihres Fortbestands; Beitrag dieser Unternehmen zum Bruttoinlandsprodukt von BW im Jahr 2010, Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, bevorzugte Branchen; Umfang der Unternehmensgründungen in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 02.09.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/473

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 58 59
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei den Freiwilligen Feuerwehren im Enzkreis

Anteil des o.g. Engagements in Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anzahl der Migranten, die Führungsaufgaben im Vereinsvorstand oder als Übungsleiter/Jugendreferent wahrnehmen; Strategien, um insbes Jugendliche an ehrenamtliches Engagement bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz heranzuführen

KIAnfr Viktoria Schmid CDU 09.09.2011 und Antw IM Drs 15/491

Migrantinnen und Migranten im Sport

Zahl und Organisationsgrad von Migranten in Sportvereinen, Entwicklung und Unterstützung von integrationsfördernden Maßnahmen, interkulturelle Öffnung der Vereine, Gewinnung von Migranten zur Übernahme von haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Sportvereinen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/571
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 55 56
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund differenziert nach Frauen und Männern, insbes Vergleich des Ernährungsverhaltens, der Prävention und Selbstmedikation, der Anwendung von Arzneimitteln, beim Blutspendeverhalten und Anschluss an Selbsthilfegruppen; Frage nach Strategien für eine aufsuchende zielgruppenspezifische Gesundheitsvorsorge

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 15/611

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/612

Mitglieder mit Migrationshintergrund bei ehrenamtlichen Hilfsorganisationen wie der Freiwilligen Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Technischen Hilfswerk im Stadt- und LKreises Heilbronn

Zahl der o.g. Personen, Anteil in Führungsfunktionen, Heranführung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 19.10.2011 und Antw IM Drs 15/742

Muttersprachliche Patientenberatung

Bewertung der vom Verband der Privaten Krankenversicherung angebotenen und finanzierten „Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)“ für Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Patientenberatung*

Drs 15/750

Tätigkeit sogenannter „Friedensrichter“ in BW

Beurteilung o.g. Vermittlungstätigkeit, insbes bei Rechtsstreitigkeiten und Straftaten unter Migranten muslimischen Glaubens; Auswirkungen auf polizeiliche Ermittlungen und den Gang der staatlichen Rechtspflege, Einschränkung der Strafverfolgung durch Beeinflussung der Aussagen von Opfern und Zeugen; Maßnahmen zur Verhinderung einer „Paralleljustiz“

Antr

s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

Drs 15/795

Binationale Ehen

Anteil und Herkunftsländer der mit deutschen Partnern verheirateten Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund, Gründe für den größeren Erfolg und höhere Einkommen dieser Migranten im Berufsleben im Vergleich zu Migranten mit Ehepartnern aus derselben Migrantengruppe

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.11.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/861

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 61 62

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund

Bewertung der Versorgungssituation und besonderen Bedürfnisse der o.g. Menschen, entsprechende Vorbereitung der ambulanten und stationären Pflegedienste und Pflegefachkräfte; Unterstützung der interkulturellen Öffnung von Pflegeheimen und -diensten sowie deren Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Antr

s. *Pflege*

Drs 15/888

Migration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und nach BW

Darstellung der Wanderungsbewegungen o.g. Personen von und nach BW und Deutschland seit 2001, Zahl von Auswanderungen gut ausgebildeter Kinder von Migranten, insbes türkischer Herkunft, in die Türkei; Auswirkungen auf den Fachkräftemangel; Frage nach einem Zuzug von gut Ausgebildeten aus den europäischen Krisenländern, insbes nach dem Aufruf der Bundeskanzlerin aus Spanien; Entwicklung von zielgruppenspezifischen Anwerbestrategien

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 17.11.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/889

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 62 63

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Aufstufung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/899

Ausländerbehörden als Visitenkarten des Landes

Umgang der Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern und Asylbewerbern aus Drittstaaten, Ausgestaltung der Beratungs- und Servicekomponenten, Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Koordination der Zuständigkeitsbereiche des Integrationsministeriums und Innenministeriums

Antr

s. *Ausländerbehörde*

Drs 15/1132

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Verliehene Ehrungen und Preise für das ehrenamtliche Engagement von Personen, Vereinen und Organisationen seit 2010; Auslobung eines Ehrenamtspreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und für Vereine und Organisationen für die interkulturelle Öffnung, Hervorhebung entsprechender Beispiele iR einer Werbekampagne

Antr

s. *Auszeichnung*

Drs 15/1166

Psychische Erkrankungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich des o.g. Krankheitsgeschehens und der Inanspruchnahme psychotherapeutischer und psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten und Einrichtungen mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, Rolle der sozialen Lebensumstände und mangelhaften Integration, Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Ausbildungen im Berufsfeld der Psychotherapie und Psychiatrie sowie einer muttersprachlichen Patientenversorgung in der Psychiatrie

Antr

s. *Krankheit*

Drs 15/1244

Betreuung durch Jugendbegleiter im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zahl, Qualifikation und Einsatzbereiche der ehrenamtlichen schulischen Jugendbegleiter; Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund oder von Migrantenvereinen an den Jugendbegleiterprogrammen

KlAnfr

s. *Jugendleiter*

Drs 15/1450

Übernahme von Informationsmaterial türkischer Stellen durch Behörden des Landes BW?

Beurteilung der Übernahme o.g. Materialien zur Rolle der Frau und von häuslicher Gewalt sowie der Verbreitung hierzulande, Frage nach einem Anpassungsbedarf im Blick auf die unterschiedliche Lebenssituation in der Türkei und der Migranten in Deutschland sowie nach bereits vorhandenen Publikationen von Bund und Land sowie anderer BLänder

Antr

s. *Türkei*

Drs 15/1484

Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl und Anteil der o.g. Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Selbstständigen; Zahl der Migrantinnen mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss; Einschätzung des Beitrags des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/1618

Bedeutung der Aleviten für den „Runden Tisch Islam“ und die Integration

Bedeutung der zweitgrößten muslimischen Glaubensgruppe in Deutschland, Auswirkungen einer Ausladung vom o.g. Gesprächsforum, Frage nach Gesprächen der Integrationsministerin seit Beginn ihrer Amtszeit mit den einzelnen muslimischen Gruppierungen in BW

Antr
s. *Islam*
Drs 15/1874

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/1895

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst

Entwicklung der Zahl von o.g. Bewerbungen und Einstellungen seit 2002; Anteil und Nationalitäten von Migranten im Polizeidienst im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung; gezielte Werbung für den Polizeiberuf unter jungen Migranten; landesweite Ausdehnung des Pilotprojekts „Kulturelle Vielfalt“ in Mannheim, bei dem über eine spezielle Internetseite um Migranten für den Polizeidienst geworben wird

Antr SPD 18.07.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2118
PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3457-3463

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen

Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/2262

Zukunft des Projekts „Integration durch Sport“

Finanzierung und Fortführung des Projekts durch das Ministerium für Integration; Bewertung und weitere Förderung des Projekts „Sport für Frauen aus aller Welt“ bzw „Sport für muslimische Frauen“ der Turn- und Sportvereinigung Metzingen und des Turnvereins Neuhausen

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2287

Anerkennung und Erwerb des Führerscheins von Migrantinnen und Migranten

Bedingungen für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Führerscheinen; Möglichkeiten für die Ablegung der theoretischen Prüfung in der Herkunftssprache und für die Inanspruchnahme eines Dolmetschers für die theoretische und praktische Prüfung, verfügbare Unterrichtsmaterialien in den Herkunftssprachen; Erhöhung der Arbeitsmarktchancen durch die Kombination von Führerscheinkursen und Sprachkursen

Antr
s. *Fahrerlaubnis*
Drs 15/2288

Migranten in Pflegeberufen

Aktuelle Anzahl der o.g. Personen; Veränderungen im Vergleich zu vergangenen Jahren und ihre Ursachen, Maßnahmen und Anreize zur Erhöhung der Anzahl der Pflegekräfte aus dem Personenkreis der Migranten; Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung, Anzahl der Auszubildenden und Ausbildungsplätze

KlAnfr Stefan Teufel CDU 02.10.2012 und Antw SM Drs 15/2433

Bundesfreiwilligendienst in BW

Zahl und Altersstruktur der Teilnehmer am o.g. Freiwilligendienst seit dessen Einführung im Juli 2011, Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund; Auflistung der Träger, des Bedarfs und der Nachfrage von Stellen in BW; Motivation der Teilnehmer zu einem weiteren ehrenamtlichen Engagement

Antr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/2471

Schlussfolgerungen aus der Umfrage zum Migrationshintergrund von Schülern in Pforzheim

KlAnfr
s. *Umfrage*
Drs 15/2475

Integration durch Vereinssport in BW

Bewertung der integrativen Wirkung des Vereinssports, Entwicklung der Zahlen von Migranten in den Sportvereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Wirkungen der Maßnahmen und Programme des Landessportverbands

Antr
s. *Ausländerintegration*

Drs 15/2535

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KlAnfr

s. *Sexualdelikt*

Drs 15/2636

Häusliche Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund

Anzahl bzw Häufigkeit der polizeilich registrierten Straftaten im Vergleich zu solchen Familien ohne Migrationshintergrund; Zahl der seit 2002 jährlich ausgesprochenen Platzverweise; Gründe für eine hohe Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt; Frage nach dem Einfluss der Religion bzw Glaubensrichtung der betroffenen Familien; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention

Antr

s. *Häusliche Gewalt*

Drs 15/2666

Zusammenarbeit zwischen BW und der Türkei im Bereich der Wissenschaftspolitik

Ziele und Resultate der Reise des MinPräs in die Türkei; Ergebnisse der Gespräche mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ankara und Istanbul; Beurteilung der dort ausgerichteten Hochschultage; wissenschaftliche Kooperationen und Studienaustausch; Bedeutung der neu gegründeten deutsch-türkischen Universität in Istanbul; Anteil der (weiblichen) Studierenden mit türkischem Migrationshintergrund an den Hochschulen und Universitäten in BW; Rückkehr von Hochschulabsolventen in die Türkei

Antr

s. *Internationale Zusammenarbeit*

Drs 15/2726

Fragebogen zum „Migrationshintergrund“ von Schülern

Zielsetzung des „Fragebogens an die Erziehungsberechtigten für die Erhebung des Migrationshintergrunds der Schülerinnen und Schüler“; erwarteter Nutzen für Schüler, Eltern und Lehrer; Vermeidung einer Stigmatisierung „Ausländischstämmiger“; Berücksichtigung des Landesdatenschutzgesetzes; Sprachversionen; Aufwand für die Erstellung des Fragebogens sowie für die Erhebung und Verwendung der Daten; Einbeziehung von Eltern- und Lehrerverbänden sowie von Schulträgern bei der Vorbereitung des Fragebogens

Antr

s. *Schüler*

Drs 15/2728

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr

s. *Grundschule*

Drs 15/2801

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 02.01.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/2839

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 24.04.2013 Drs 15/3712 S. 46

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Mediennutzung in Migrantenfamilien

Private Nutzung von Print- und elektronischen Medien durch Migranten, insbes überwiegende oder ausschließliche Mediennutzung aus dem Herkunftsland und in Heimatsprache, bessere Heranführung an inländische Mediennutzung

KlAnfr Karl Rombach CDU 24.01.2013 und Antw IntM Drs 15/2923

Integrationsmaßnahmen im Hohenlohekreis

Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund im Hohenlohekreis; Projekte und finanzielle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten durch das Land, u.a. Initiativen zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen; neu initiierte Integrationsmaßnahmen des Integrationsministeriums

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 31.01.2013 und Antw IntM Drs 15/2965 (10 S.)

Zunahme des Anteils der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft und deren Bildungserfolg

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungserfolg des steigenden Anteils ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen, insbes Erhöhung der Stütz- und Förderstundenzahl, individuelle Förderangebote an Gemeinschaftsschulen; Prüfung der Ursache für den höheren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Realschulen und Gymnasien und deren Leistungsniveau und Bildungserfolg

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/3069

Zuwanderung aus Südosteuropa

Überblick über zugewanderte Personen aus Südosteuropa, insbes Statistik und Problemlagen für Land und Kommunen, Lebenssituation der Migranten, Stand der Integration und Bedarf an weiteren Integrationsmaßnahmen

Antr

s. *Einwanderung*

Drs 15/3080

Rezeption von Migranten in den Medien

Vorherrschende Volksgruppen und Nachrichtenfaktoren in der Berichterstattung über Migranten in den letzten zehn Jahren; Unterschiede in der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Sender und privater; Tendenz zur Verallgemeinerung in den Berichten; Anteil des Unterhaltungssektors und des Sektors Information/Dokumentation; Förderung der Medienkompetenz von Mi-

granten

KlAnfr Karl Rombach CDU 27.02.2013 und Antw StM Drs 15/3124

Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen

Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen, insbes Maßnahmen iRd „Zukunftsplans Jugend“

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.03.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3287

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 12.06.2013 Drs 15/4191 S. 52

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Schwangerschaftsabbrüche in BW

Entwicklung und Prävention von Schwangerschaftsabbrüchen in BW, insbes auch für minderjährige Frauen sowie Frauen mit Migrationshintergrund; Gründe und Statistiken zu (Spät-)Abtreibungen

Antr

s. *Schwangerschaftsabbruch*

Drs 15/3288

Förderung von Integrationsarbeit in den Kommunen

Förderung und Umsetzung der Integrationsarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene, insbes finanzieller Förderungsumfang durch das Land und Weiterentwicklung der kommunalen Integrationspolitik

Antr

s. *Soziale Integration*

Drs 15/3293

Asiatische Migranten: Unerkannte Potenziale im toten Winkel der Integrationspolitik?

Statistiken und Stand der Integration asiatischer Migranten in BW im Vergleich zu den anderen großen Migrantengruppen, insbes prozentualer Bevölkerungsanteil, Art der Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse, Beschäftigungsquote und Beschäftigungsbereiche; Kontaktpflege des Landes über die vertretenen Konsulate asiatischer Länder; Branchen- und Wirtschaftskontakte zu asiatischen Ländern; Zuständigkeitsregelung für Asien im Ministerium für Integration; angemessene Vertretung asiatischer Migranten in migrationsrelevanten Gremien

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 24.05.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3538

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 80-83

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiederreiseperrnen; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr

s. *Einwanderung*

Drs 15/3589

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/3596

Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren

Zahl der zu Schülermentoren ausgebildeten Schüler mit Migrationshintergrund; Anteil der Mädchen; Durchführung einer repräsentativen Datenerhebung

KlAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/3637

Nicht-EU-Bürger in BW

Zahl der nicht aus der Europäischen Union stammenden Bürger mit Arbeitsplatz in BW; Zuwanderung aus Drittländern in den letzten zehn Jahren; Herkunftsländer der Einwanderer; Ursachen der Einwanderung; Behebung des Fachkräftemangels durch Arbeitsmigranten aus Staaten außerhalb der Europäischen Union; rechtliche Regelung der Arbeitsmigration und der Einreise von Nicht-EU-Bürgern zu Forschungs- und Studienzwecken; Bewertung entsprechender Gesetze und Verordnungen in der Europäischen Union; Erleichterung der Aufenthalts- und der Arbeitserlaubnis für Fachkräfte und Studierende; Förderprogramme

Antr

s. *Arbeitsmigration*

Drs 15/3663

Bürgermentorinnen und Bürgermentoren mit Migrationshintergrund

Integrationsförderung durch Bürgermentoren mit Migrationshintergrund; Stärkung der Bildungschancen von Migrantinnen, Mittlerfunktion für Migranten und Migrantinnen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, sonstige Aufgabengebiete; Programm und Inhalte der Ausbildung zu Bürgermentoren

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/3664

Neubürgerempfänge für Menschen mit Migrationshintergrund

Veranstaltung von Neubürgerempfängen in den Gemeinden; Bewertung der Einbürgerungsfeiern, Unterstützung der Gemeinden und Städte bei ihrer Durchführung; Teilnahme der Neubürger an den Veranstaltungen; Herkunftsländer der Neubürger; Aufruf zu ehrenamtlicher Tätigkeit in den neuen Heimatorten während der Neubürgerempfänge

Antr

s. *Einbürgerung*

Drs 15/3680

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungs-klassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztags-schulen

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3872

Gewinnung junger Menschen internationaler Herkunft für den öffentlichen Dienst

Angebot und Besetzung von Praktikumsstellen in Landesbehörden und Kommunen, insbes Anteil von Migranten an den besetzten Praktikumsplätzen; Migrantenanteil und Verbleib von Absolventen der Verwaltungsfachhochschulen des Landes und Bundes

Antr
s. *Öffentlicher Dienst*
Drs 15/4011

Eine weltoffene Polizei lebt von Vielfalt - mehr Migrantinnen und Migranten bei der Polizei BW

Aktuelle Debatte
s. *Polizeibeamter*
PIPr 15/78 S. 4706

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber

Mitarbeitersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/4380

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Be-

wohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines künftigen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/4612

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnis); Bewilligung von Lehrstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4740

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/4749

Jedes Kind hat das Recht auf ein suchtfreies Leben - Kindern suchtkranker Eltern helfen

Informationen und Statistiken über die Situation suchtkranker Familien in BW und geplante Maßnahmen der LReg, insbes Hilfe für suchtkrankere Familien mit Migrationshintergrund, Identifizierung und Begleitung von Hochrisikofamilien, Zusammenarbeit mit kommunalen Suchtthilfenetzwerken

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/4775

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014, insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 15/4960

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern

der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/5074

Qualifizierungsprogramm MEMO für Migrantenvereine in BW
Zielstellung und Umsetzung des landesweiten Qualifizierungsprogramms „MEMO - Management & Empowerment in Migrantenorganisationen“ für Multiplikatoren mit Migrationshintergrund

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 22.05.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5245

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 04.06.2014 Drs 15/5374 S. 32 33

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Integrationsmittel für die Stadt Pforzheim

Finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land bei der Integration von Migranten; Höhe der von der Stadt Pforzheim beantragten und bezogenen Landesmittel; Höhe der Mittel im Vergleich zu etwa gleich großen Kommunen mit ähnlichem Migrantenanteil

KlAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/5334

Integrationsleitbild für BW

Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Ehrenamt an der Integration der Migranten; Einrichtung einer jährlichen Landesintegrationskonferenz; Einführung von Integrationskonferenzen auf regionaler Ebene

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/5356

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr

s. *Ausländischer Arbeitnehmer*

Drs 15/5365

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms;

Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/5462

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/5495

Integrationskurse/Sprachkurse für Zuwanderer mit Aufenthaltstitel, EU-Bürger und Asylbewerber

Angebot und Nutzung der allgemeinen Integrationskurse mit Förderung der deutschen Sprachkenntnisse bei Neuzugewanderten und Asylbewerbern; Kooperation des Landes mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

KlAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/5603

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Auswahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie derjenigen im Landkreis Heilbronn

KlAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/5578

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Neckar-Odenwald-Kreis

Migrantenanteile in den Kommunen des Neckar-Odenwald-Kreises; Programme und Initiativen zur Integration von Migranten in den Kommunen; Höhe der Landeszuschüsse

KlAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/5850

Förderung der Deutschkenntnisse von Interessenten an einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst

Überprüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache im Einstellungsverfahren für eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst; mangelnde Deutschkenntnisse als Grund für eine Nichtberücksichtigung von Bewerbern; Eignung von Personen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation für den Öffentlichen Dienst; Unterstützung potenzieller Stellenbewerber beim Erwerb der erforderlichen Sprachkenntnisse

Antr
s. Sprachkompetenz
Drs 15/6113

Gemeinschaftliche Statistiken über handlungsrelevante Daten zu Bildung und Beschäftigung von Zuwanderern

Erstellung fortlaufender Statistiken zu Bildung und Beschäftigung von Zuwanderern durch verpflichtendes Zusammenwirken der beteiligten Behörden unter Berücksichtigung bestimmter inhaltlicher Angaben und methodischer Kriterien

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 20.05.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6909 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 65 66
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Europäische Migrationsagenda*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/7067

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/7471

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migrationsagenda*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/7551

Bewertung der Migranten in BW als gut integriert, Anstrengung eines höheren Anteils von Migranten im öffentlichen Dienst

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37 38 49 51 52 71 86-91

Gewinnung von Lehrern mit Migrationshintergrund

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 347

Bestürzung über die Mordserie einer neonazistischen Bande an Migranten, Verstärkung der Anstrengungen zum Schutz der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 841-849

Bewertung der Integrationspolitik von Ministerin Öney, Anstrengung eines höheren Anteils von Migranten im öffentlichen Dienst

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1234-1248

Migration

s.a. Ausländer
s.a. Ausländerpolitik
s.a. Freizügigkeit
s.a. Grenzpendler

s.a. Migrant
s.a. Mobilität

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albanien bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. Albanien
Drs 15/4802

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/5118

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Europäische Migrationsagenda*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/7067

Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Sachstand zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, insbes Anpassung der entwicklungspolitischen Leitlinien, Erhöhung der Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit, Bekämpfung von Fluchtursachen, Berücksichtigung bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit Burundi, Rolle der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung der Agenda

Antr
s. Nachhaltige Entwicklung
Drs 15/7537

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bewältigung der Flüchtlingskrise - operative, haushaltspolitische und rechtliche Sofortmaßnahmen iRd Europäischen Migrationsagenda*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/7551

Mikrozensus

s. Statistik

Milch

Unterstützung der Heumilcherzeugung in BW
Umfang silagefreier Milchproduktion in BW, Einschätzung der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen; Ausgestal-

tung der Förderung silagefreier Milcherzeugung in Österreich sowie vergleichbare Programme in weiteren Mitgliedsstaaten und Regionen der EU; Auswirkungen einer Übertragung des in Österreich praktizierten Modells auf die Erhaltung und Entwicklung der Heuwirtschaft und der Heumilchkäsereien in BW; Haltung zu einer Übernahme des genannten Modells oder vergleichbarer Programme

Antr Paul Locherer u.a. CDU 19.12.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2827

BeschlEmpf und Bericht LandwA 27.02.2013 Drs 15/3398 S. 86 87

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Mittlg LReg 23.10.2013 Drs 15/4199

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr

s. *Weidewirtschaft*

Drs 15/2927

Umrechnungsfaktor bei Anlieferungsmilch

Festlegung und Begründung unterschiedlicher Umrechnungsfaktoren (Umrechnung von Volumen in Gewicht) bei Anlieferungsmilch für Milchproduzenten, insbes bestehende vertragliche oder gesetzliche Vorgaben

KlAnfr Alfred Winkler SPD 29.05.2013 und Antw MLR Drs 15/3549

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 19.11.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4349

BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 103 104

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen - Möglichkeiten zur Gründung von gemeinsamen Vermarktungsplattformen

Sachstand zur Gründung einer gemeinsamen Vermarktungsplattform für Molkereien in BW gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel, insbes Bewertung durch die LReg; Unterstützung durch die LReg bei Erarbeitung einer Organisationsstruktur und Bereitstellung einer Anschubfinanzierung

Antr

s. *Milchwirtschaft*

Drs 15/8056

Fortführung des Beratungsprojekts für Milchviehbetriebe im Südschwarzwald, Umstellungsberatung auf Ökomilcherzeugung
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 264

Milch-GüteV

s. *Milch-Güteverordnung*

Milch-Güteverordnung

Umrechnungsfaktor bei Anlieferungsmilch

Festlegung und Begründung unterschiedlicher Umrechnungsfaktoren (Umrechnung von Volumen in Gewicht) bei Anlieferungsmilch für Milchproduzenten, insbes bestehende vertragliche oder gesetzliche Vorgaben

KlAnfr

s. *Milch*

Drs 15/3549

Milchindustrie

s. *Milchwirtschaft*

Milchkuh

s. *Rind*

Milchpreis

Umrechnungsfaktor bei Anlieferungsmilch

Festlegung und Begründung unterschiedlicher Umrechnungsfaktoren (Umrechnung von Volumen in Gewicht) bei Anlieferungsmilch für Milchproduzenten, insbes bestehende vertragliche oder gesetzliche Vorgaben

KlAnfr

s. *Milch*

Drs 15/3549

Situation der Molkereiwirtschaft in BW

Statistik und wirtschaftliche Situation der Molkereiwirtschaft, insbes Absatz-, Nachfrage-, Export- und Preisentwicklung, Fachkräftebedarf; Fördermöglichkeiten

Antr

s. *Milchwirtschaft*

Drs 15/5614

Wegfall der Milchquote ab April 2015 und die Auswirkungen auf die Milchproduktion in BW

Sachstand zur Milchwirtschaft und den Folgen des Wegfalls der Milchquote in der EU für BW, insbes strukturellen Folgen innerhalb der Milchviehbetriebe und Molkereien, Auswirkungen auf Erzeuger- und Verbraucherpreise für Milchprodukte, Fortentwicklung des Sicherheitsnetzes der EU für Milchzeuger in besonderen Marktsituationen

Antr

s. *Milchwirtschaft*

Drs 15/6637

Maßnahmen der LReg gegen existenzbedrohende Auswirkungen des Milchpreises nach Auslaufen der Milchquote

Politik der LReg nach dem Auslaufen der Milchquote, insbes Maßnahmen gegen die existenzbedrohenden Auswirkungen für milchviehhaltende Betriebe, Beurteilung der Forderung des Konzeptpapiers „Milchmarkt-Krisenmanagement“ vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

MdlAnfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/6895

Prämienmodell bei freiwilliger Unterlieferung der Milchmenge
Bewertung des von Molkereiunternehmen entwickelten Modells der Bonuszahlungen an Milcherzeuger, die freiwillig ihre Milchmenge reduzieren

KlAnfr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/8097

Milchprodukt

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr
s. *Milch*
Drs 15/4349

Milchquote

Milchwirtschaft in BW

Entwicklung und Statistik der Milchwirtschaft in BW, insbes der Milchvieh haltenden Betriebe, Molkereien, der Veredelungswirtschaft und Erzeugerpreise; Perspektive der Milchwirtschaft vor dem Hintergrund der auslaufenden Milchquotenregelung und der eingeführten Milchbörse; flankierende Maßnahmen des Staates zur Stabilisierung der Milchwirtschaft, insbes Hilfen für die Milchviehhaltung, Direktzahlungen und Instrumente der Gemeinsamen Marktordnung

Antr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/3574

Wegfall der Milchquote ab April 2015 und die Auswirkungen auf die Milchproduktion in BW

Sachstand zur Milchwirtschaft und den Folgen des Wegfalls der Milchquote in der EU für BW, insbes strukturellen Folgen innerhalb der Milchviehbetriebe und Molkereien, Auswirkungen auf Erzeuger- und Verbraucherpreise für Milchprodukte, Fortentwicklung des Sicherheitsnetzes der EU für Milcherzeuger in besonderen Marktsituationen

Antr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/6637

Maßnahmen der LReg gegen existenzbedrohende Auswirkungen des Milchpreises nach Auslaufen der Milchquote

Politik der LReg nach dem Auslaufen der Milchquote, insbes Maßnahmen gegen die existenzbedrohenden Auswirkungen für milchviehhaltende Betriebe, Beurteilung der Forderung des Konzeptpapiers „Milchmarkt-Krisenmanagement“ vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

MdlAnfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/6895

Prämienmodell bei freiwilliger Unterlieferung der Milchmenge
Bewertung des von Molkereiunternehmen entwickelten Modells der Bonuszahlungen an Milcherzeuger, die freiwillig ihre Milchmenge reduzieren

KlAnfr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/8097

Milchverarbeitende Industrie

s. *Milchwirtschaft*

Milchviehbetrieb

s. *Weidewirtschaft*

Milchviehhaltung

Unterstützung der Heumilcherzeugung in BW

Umfang silagefreier Milchproduktion in BW, Einschätzung der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen; Ausgestaltung der Förderung silagefreier Milcherzeugung in Österreich sowie vergleichbare Programme in weiteren Mitgliedsstaaten und Regionen der EU; Auswirkungen einer Übertragung des in Österreich praktizierten Modells auf die Erhaltung und Entwicklung der Heuwirtschaft und der Heumilchkäsereien in BW; Haltung zu einer Übernahme des genannten Modells oder vergleichbarer Programme

Antr
s. *Milch*
Drs 15/2827

Milchwirtschaft in BW

Entwicklung und Statistik der Milchwirtschaft in BW, insbes der Milchvieh haltenden Betriebe, Molkereien, der Veredelungswirtschaft und Erzeugerpreise; Perspektive der Milchwirtschaft vor dem Hintergrund der auslaufenden Milchquotenregelung und der eingeführten Milchbörse; flankierende Maßnahmen des Staates zur Stabilisierung der Milchwirtschaft, insbes Hilfen für die Milchviehhaltung, Direktzahlungen und Instrumente der Gemeinsamen Marktordnung

Antr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/3574

Wegfall der Milchquote ab April 2015 und die Auswirkungen auf die Milchproduktion in BW

Sachstand zur Milchwirtschaft und den Folgen des Wegfalls der Milchquote in der EU für BW, insbes strukturellen Folgen innerhalb der Milchviehbetriebe und Molkereien, Auswirkungen auf Erzeuger- und Verbraucherpreise für Milchprodukte, Fortentwicklung des Sicherheitsnetzes der EU für Milcherzeuger in besonderen Marktsituationen

Antr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/6637

Milchwirtschaft im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand zur Entwicklung der Milchviehhaltung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Zahlen der Milchkühe, Betriebsstrukturen, Wettbewerbssituation

KlAnfr Felix Schreiner CDU 30.03.2015 und Antw MLR
Drs 15/6694

Maßnahmen der LReg gegen existenzbedrohende Auswirkungen des Milchpreises nach Auslaufen der Milchquote

Politik der LReg nach dem Auslaufen der Milchquote, insbes Maßnahmen gegen die existenzbedrohenden Auswirkungen für milchviehhaltende Betriebe, Beurteilung der Forderung des Konzeptpapiers „Milchmarkt-Krisenmanagement“ vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 08.06.2015
Drs 15/6895
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7943-7947

Investitionsförderung des Landes im Milchsektor

Sachstand zur Förderung des Landes für einzelbetriebliche Investitionen im Milchsektor

KlAnfr Karl Rombach CDU 27.08.2015 und Antw MLR Drs 15/7347

Prämienmodell bei freiwilliger Unterlieferung der Milchmenge

Bewertung des von Molkereiunternehmen entwickelten Modells der Bonuszahlungen an Milcherzeuger, die freiwillig ihre Milchmenge reduzieren

KlAnfr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 15/8097

Milchwirtschaft*s.a. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe**Umrechnungsfaktor bei Anlieferungsmilch*

Festlegung und Begründung unterschiedlicher Umrechnungsfaktoren (Umrechnung von Volumen in Gewicht) bei Anlieferungsmilch für Milchproduzenten, insbes bestehende vertragliche oder gesetzliche Vorgaben

KlAnfr
s. *Milch*
Drs 15/3549

Milchwirtschaft in BW

Entwicklung und Statistik der Milchwirtschaft in BW, insbes der Milchvieh haltenden Betriebe, Molkereien, der Veredelungswirtschaft und Erzeugerpreise; Perspektive der Milchwirtschaft vor dem Hintergrund der auslaufenden Milchquotenregelung und der eingeführten Milchbörse; flankierende Maßnahmen des Staates zur Stabilisierung der Milchwirtschaft, insbes Hilfen für die Milchviehhaltung, Direktzahlungen und Instrumente der gemeinsamen Marktordnung

Antr SPD 05.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3574
EAntr FDP/DVP 29.04.2014 Drs 15/5124
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5823-5829
Mittlg LReg 30.01.2015 Drs 15/6434

Situation der Molkereiwirtschaft in BW

Statistik und wirtschaftliche Situation der Molkereiwirtschaft, insbes Absatz-, Nachfrage-, Export- und Preisentwicklung, Fachkräftebedarf; Fördermöglichkeiten

Antr Paul Locherer u.a. CDU 12.08.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5614
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 42
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Wegfall der Milchquote ab April 2015 und die Auswirkungen auf die Milchproduktion in BW

Sachstand zur Milchwirtschaft und den Folgen des Wegfalls der Milchquote in der EU für BW, insbes strukturellen Folgen innerhalb der Milchviehbetriebe und Molkereien, Auswirkungen auf Erzeuger- und Verbraucherpreise für Milchprodukte, Fortentwicklung des Sicherheitsnetzes der EU für Milcherzeuger in besonderen Marktsituationen

Antr GRÜNE und SPD 19.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6637 (12 S.)

Der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen - Möglichkeiten zur Gründung von gemeinsamen Vermarktungsplattformen

Sachstand zur Gründung einer gemeinsamen Vermarktungsplattform für Molkereien in BW gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel, insbes Bewertung durch die LReg; Unterstützung durch die LReg bei Erarbeitung einer Organisationsstruktur und Bereitstellung einer Anschubfinanzierung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 12.02.2016 und Stellungnahme MLR Drs 15/8056

Prämienmodell bei freiwilliger Unterlieferung der Milchmenge

Bewertung des von Molkereiunternehmen entwickelten Modells der Bonuszahlungen an Milcherzeuger, die freiwillig ihre Milchmenge reduzieren

KlAnfr Paul Locherer CDU 08.03.2016 und Antw MLR Drs 15/8097

Militärflugzeug*Fluglärm in der Region Ulm*

Entwicklung der Fluglärmbelastung durch Militärflugzeuge in der Region Ulm sowie der entsprechenden Beschwerden bei der Bundeswehr u.a. Stellen; Initiativen zur Minimierung des Fluglärms

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1490

Fluglärm und Luftbetankungen in der Region Ulm

Sachstand zu verstärkten Übungsflügen durch Militärflugzeuge in der Region Ulm und der Häufung von Beschwerden über Fluglärm und Luftbetankungen

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/7184

Militärforschung*s. Wehrtechnik***Militärhubschrauber**

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung

der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Militärische Anlage

s. *Militärische Infrastruktur*

Militärische Infrastruktur

s.a. *Kaserne*

Maßnahmen der LReg iRd Bundeswehrreform

Auswirkungen der anstehenden Bundeswehrreform für die betroffenen Soldaten, Zivilbeschäftigten, Kommunen und LKreise; Eintreten für den Erhalt von Standorten und Dienstposten, insbes im ländlichen Raum, sowie für eine Abfederung möglicher Standortschließungen oder -reduzierungen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/636

Haushalt 2012; Epl 08

Mittelbereitstellung für Konversionsmaßnahmen für die von Standortschließungen der Bundeswehr im ländlichen Raum betroffenen Gemeinden

Haushalt
s. *Konversion*
Drs 15/1108

Die Konversion gestalten - Planungen des Bundes

Hinwirkung auf eine finanzielle Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an den Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der ehemaligen Standorte der Bundeswehr, der US-Armee und der Nato-Truppen; Vorlage eines Zeitplans für die geplanten Schließungen der Bundeswehrstandorte; Eintreten für eine Neufassung des Auftrags der BImA unter Berücksichtigung der schwierigen Verwertbarkeit der Liegenschaften im ländlichen Raum

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/1499

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum Grundlagen, Ziele, Auswahlverfahren und Kosten des in Auftrag gegebenen externen Gutachtens; Bewertung des Vorkaufsrechts der Kommunen für freiwerdende Liegenschaften; Erfahrungen mit der Konversion von Flächen nach dem Abzug internationaler Truppen; Ziele und Förderrahmen für die Konversionsräume einschließlich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung; Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRd Polizeireform; Gewichtung strukturpolitischer Gesichtspunkte bei der Preisgestaltung für Bundeswehrliegenschaften

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1834

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank

zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/1962

Konversion von Bundeswehrstandorten in BW - der Bund lässt die Kommunen im Stich

Aktuelle Debatte
s. *Konversion*
PIPr 15/40 S. 2171

Unterstützung der von der Bundeswehrreform besonders betroffenen Kommunen des Ländlichen Raums

Unterstützung bei Konversionsmaßnahmen und Nachfolgenutzungen der frei werdenden Areale, Beteiligung der Bürger vor Ort am Konversionsprozess

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/2555

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefhängen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefhängen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Finanzierung von Konversionsaufgaben iRd Städtebauförderprogramms und des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR)

Zahl der den zuständigen Ministerien vorliegenden Anträge; Anzahl der Anträge von Kommunen mit militärischen Konversionsarealen; Höhe des beantragten Finanzvolumens; Anzahl der im Jahr 2013 erteilten Förderzusagen; Anzahl der abschlägig beschiedenen Anträge; Vorrangigkeit der Konversion militärischer Liegenschaften; Gewichtung der Konversionsmaßnahmen unter Beteiligung der kommunalen Landesverbände; Aufstockung des Städtebauförderprogramms und des ELR für Konversionsaufgaben

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/3908

Konversion Donaueschingen

Auswirkungen der Auflösung des 110. Infanterieregiments auf die Stadt Donaueschingen, insbes Erhalt als Truppenstandort und finanzielle Förderung des Konversionsprozesses

KlAnfr
s. *Konversion*

Drs 15/4400

Freigabe nördliches Konversionsgelände Donaueschingen

Zustimmung zum Verkauf der nördlichen Fläche des Konversionsgeländes der ehemaligen französischen Kaserne an die Stadt Donaueschingen zur Schaffung von Wohnraum

MdlAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/8025

Militärische Liegenschaft

s. *Militärische Infrastruktur*

Militärschiff

s. *Kriegsschiff*

Militärstandort

s. *Militärische Infrastruktur*

Milli Görüs

s. *Islamische Gemeinschaft Milli Görüs*

Milliyetci Hareket Partisi

Besuch des Generalsekretärs der türkischen Milliyetci Hareket Partisi (= Partei der Nationalistischen Bewegung) (MHP) in BW
Sachstand zu Programm und Aktivität der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) in BW, insbes Verbindungen zur Organisation „Graue Wölfe“, Erkenntnisse über den Besuch des Prof. Dr. M.E. im April 2015 in BW

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 04.05.2015 und Antw IM
Drs 15/6841

MiLoG

s. *Mindestlohngesetz*

Minderheit

Aktionsplan „Akzeptanz & gleiche Rechte BW“

Sachstand zur Verankerung des Themas „sexuelle Vielfalt“ in Schulbüchern, insbes vorgesehene Schulstufen und Fächer, Definition der Begrifflichkeit „gesellschaftliche Realität“, Konsequenzen für „sich weigernde“ Schulbuchverlage, Auswirkung des Vertrags zwischen dem Land und dem „Netzwerk LSBTTIQ“, Bevorzugung der Gruppierung der LSBTTIQ gegenüber anderen Minderheiten

Antr
s. *Lehr- und Lernmittel*
Drs 15/7293

Minderheitenrecht

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Vertrages des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V.

Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Land und Sinti und Roma mit beiderseitiger

Planungs- und Rechtssicherheit; Erhöhung der finanziellen Förderung auf 500.000 Euro ab dem Jahr 2014; Ergänzung bisheriger Förderschwerpunkte insbes durch die Bereiche Antiziganismusforschung, Integration nichtdeutscher Roma und Unterstützung der nationalen Minderheitenkultur; Errichtung eines „Rates für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in BW“ mit Berufung von Vertretern der LReg und der Sinti und Roma

Mittlg LReg
s. *Sinti und Roma*
Drs 15/4128

Gesetz zu dem Vertrag des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V.

Zustimmung des Ltg nach Art 50 Satz 2 der Landesverfassung zu dem mit dem Landesverband BW des Verbands Deutscher Sinti und Roma (VDSR-BW) vereinbarten gemeinsamen Vertrag; Schaffung einer verlässlichen rechtlichen Grundlage für die Beziehungen des Landes BW zur Minderheit deutscher Sinti und Roma in BW, insbes Regelung der Rechts- und Finanzbeziehungen des Landes BW zum VDSR-BW als Vertreter der Minderheit deutscher Sinti und Roma in BW

GesEntw
s. *Sinti und Roma*
Drs 15/4401

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. *Serbien*
Drs 15/6299

Minderheitenschutz

s. *Minderheitenrecht*

Minderjähriger

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4571

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5651

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
VO in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5670

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in BW
Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in BW, insbes Einschätzung der Zuzugsentwicklung, Herkunftsstaaten, Wohn- und Lebensbedingungen, Betreuungssituation in den Kommunen, Gefahr der Straffälligkeit, Organisation der Aufnahme

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5693

Mobilitätsprobleme von Studenten unter 18 Jahren
Anzahl der an den Dualen Hochschulen immatrikulierten unter Achtzehnjährigen; durchschnittliche Entfernung zwischen den Dualen Hochschulen und den Ausbildungsbetrieben; Mobilitätsprobleme der Studienanfänger aufgrund fehlender Verkehrsverbindungen oder Verkehrsmittel; Ausnahmeregelungen für das unbegleitete Fahren eines Pkws durch unter achtzehnjährige Führerscheinbesitzer

KlAnfr
s. *Mobilität*
Drs 15/5762

Anzeigeverhalten, Strafverfolgung und Rechtsprechung bei Vergewaltigungsdelikten in BW

Situation bei der Strafverfolgung von Vergewaltigungsdelikten in BW in den letzten zehn Jahren, insbes Entwicklung des Anzeigeverhaltens, Verurteilungsquote und Strafmaß, Täter-Opfer-Verhältnis zum Tatzeitpunkt, angewandte kriminaltechnische Vernehmungs- und Protokollmittel, personelle und technische Ausstattung der Polizei, Möglichkeit einer anonymen und kostenlosen Spurensicherung, Berücksichtigung des besonderen Schutzbedürfnisses minderjähriger Opfer bei den polizeilichen Ermittlungen

Antr
s. *Vergewaltigung*
Drs 15/5829

Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen bei der Befragung durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht

Umsetzung einer altersgerechten und angemessenen Befragung von Kindern und Jugendlichen durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht, insbes Verwendung kindgerechter Sprache und angemessener Befragungsweise, Qualifikation und Schulung von Ermittlern, Gewährung von Verfahrensbeiständen für Kinder, landesgesetzliche Anpassungen

Antr
s. *Strafprozessrecht*
Drs 15/5890

Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge auf die Länder

Anzahl und Herkunft der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sowie deren Verteilung auf die Stadt- und LKreise; Regeln für den Umgang mit aufgegriffenen minderjährigen Flüchtlingen; durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Minderjährigen in der Obhut der Jugendämter; Rückführung der jugendlichen Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer; Abkommen und Verträge mit den Herkunftsländern über eine Rücknahme der minderjährigen Flüchtlinge; Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auf die Bundesländer

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/6239

„PartyPass“ in BW

Bisherige Erfahrungen mit dem „PartyPass“ für minderjährige Partygänger; Erhöhung seines Bekanntheitsgrads im Land; Unterstützung von Angeboten zur Alkoholprävention

KlAnfr
s. *Ausweis*
Drs 15/7641

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Sachstand zur Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie zur Erfüllung der Schulpflicht bei Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7686

Minderjährigkeit

s. *Minderjähriger*

Mindestarbeitsentgelt

s. *Mindestlohn*

Mindestlohn

Gute Arbeit in BW durch Tariftreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger

Aktuelle Debatte
s. *Arbeit*
PIPr 15/13 S. 512

Tariftreuregelungen im Beschaffungsrecht

Einführung einer vergaberegelnden Bestimmung zu Tariftreue und Mindestlöhnen über den Anwendungsbereich der Entsende-richtlinie hinaus? Bewirkung von Mehrbelastungen für die Vergabestellen und höheren Beschaffungskosten; Beurteilung der Kontrollen durch die Zollverwaltung im Rahmen des Entsendegesetzes sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur negativen Koalitionsfreiheit vor dem Hintergrund staatlich verordneter Löhne

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/615

Mindestlöhne nützen der Wirtschaft in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 775-785

Bedeutung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns für BW

Definition der jeweiligen Niedriglohngrenze auf dem Arbeitsmarkt bundesweit und in BW; Zahl der unterhalb dieser Grenze sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten; erwartete Wirkungen des o.g. Mindestlohns von 8,50 Euro für die Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Hand und Sozialkassen; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Forderung einer Abstimmung mit den Sozialpartnern

Antr
s. Vergütung
Drs 15/942

Grundlagen und Auswirkungen der Bundesratsinitiative zum Mindestlohn

Grundlagen für die Höhe des geforderten Mindestlohns von 8,50 Euro; Auswirkungen für die betroffenen Branchen und Tarifverträge, für die Arbeitnehmer, öffentliche Hand und Sozialkassen; Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Tarifautonomie; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Darstellung des zusätzlichen bürokratischen Aufwands und Personalbedarfs

Antr
s. Vergütung
Drs 15/968

Regierungsbefragung

Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn (Bundesratsinitiative)

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 913-917

Bürokratische Adipositas: Subunternehmerpflichten nach dem Landestarifreugesetz

Durchführende und Gestaltung, Kosten und Kostenträger der Kontrollen von Subunternehmern auf Einhaltung der Verpflichtung zur Tarifreue und Mindestarbeitsentgelt; Begründung der Bindung an ein vertragliches Mindestvolumen des Auftrags; Darlegung der Aufbewahrungsfristen von prüffähigen Unterlagen sowie der vorgesehenen Sanktionen

Antr
s. Tarifvertrag
Drs 15/1803

Tarifreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landestarifreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Verpflichtung der Bewerber um öffentliche Aufträge auf die Einhaltung von Tarifverträgen bzw auf die Zahlung eines Mindestentgelts zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Bindung an die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz fixierten Löhne; Anwendung eines in BW in dieser Branche geltenden und repräsentativen Tarifvertrags; Verpflichtungserklärung der Bieter sowie deren Subunternehmen und Verleihunternehmen bei Angebotsabgabe sowie Kontrollrecht des öffentlichen Auftraggebers

GesEntw
s. Tariflohn
Drs 15/2742

Steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen bei Einhaltung einer Lohnuntergrenze

Bindung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen an die Einhaltung einer Lohn-

untergrenze, insbes Einbringung einer entsprechenden Gesetzesinitiative über den Bundesrat und Bestätigung der Einhaltung von Tariflöhnen bzw einer Lohnuntergrenze vom Unternehmer auf der Rechnung; derzeitige Rechtslage für gegenwärtige Lohnuntergrenzen; Rechtsgrundlagen der Finanzverwaltung für die Anerkennung der Absetzbarkeit

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 18.02.2013 und Antw MFW Drs 15/3046

Gute Arbeit, gutes Geld: Wird der gesetzliche Mindestlohn endlich Wirklichkeit?

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3567-3575

Situation der SGB II (Hartz IV)-Aufstocker in BW

Situation erwerbstätiger Arbeitslosengeld-II Bezieher (Hartz IV-Aufstocker) in den LKreisen Baden-Württembergs, insbes Statistiken, rechtliche Voraussetzungen und regionale Unterschiede; Gründe für erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen; arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen abgesehen von einem gesetzlichen Mindestlohn

KIAnfr
s. Grundsicherung
Drs 15/3545

Schluss mit Lohndumping und Tariffucht durch den Missbrauch von Werkverträgen

Aktuelle Debatte
s. Vergütung
PIPr 15/70 S. 4203

Auswirkungen eines möglichen gesetzlichen Mindestlohns auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft und Landwirtschaft

Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in BW bei der gesetzlichen Verankerung eines Mindestlohns, insbes in den auf Saisonarbeiter und Minijobber angewiesenen Branchen Landwirtschaft und Gastronomie

MdIAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 20.11.2013
Drs 15/4358
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5086 5087

Schattenwirtschaft und Tarifreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tarifreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KIAnfr
s. Schwarzarbeit
Drs 15/4745

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn führt zu mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5643-5653

Zukunft der beruflichen Ausbildung und Umorientierung

Durchschnittsalter von Auszubildenden zu Beginn und am Ende ihrer Ausbildung; Bewertung von Angeboten für „Spätstarter“ im Hinblick auf die Bekämpfung des Fachkräfteman-

gels und die Integration junger Menschen ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt; Gewinnung von Studienabbrechern für Ausbildungsberufe; Nachfrage nach beruflicher Ausbildung im Abstand zum Schulabschluss sowie nach betriebsinternen Umschulungs- und Qualifizierungsangeboten; Ausnahmeregelung beim Mindestlohn

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/5048

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 30.04.2014 und
Stellungnahme MLR Drs 15/5138
BeschlEmpf und Bericht LandWA 16.07.2014 Drs 15/5989
S. 36
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Unentgeltliche Praktika im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und anderen Ressorts

Umfang, Einsatzdauer und Aufgabenbereiche von Praktikanten im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und in anderen Ressorts; Praxis bei Vergütung und Fahrkostenerstattung, insbes Widerspruch zum geforderten flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn

Antr
s. *Praktikum*
Drs 15/5255

Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tariftrueugesetz BW

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestariftrueugesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tariftrueugesetz; Schadenersatz an ausgeschlossene Bieter

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5815

Bewertung des baden-württembergischen Landestariftrueue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5817

Gesetz zur Aufhebung des Tariftrueue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW

Aufhebung des Landestariftrueue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW mit Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes (MiloG) des Bundes zur Vermeidung von doppelten Melde- und Dokumentationspflichten

GesEntw
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/6098

Logistik in BW

Sachstand zur Logistik und Logistikbranche in BW, insbes Bedeutung, wirtschaftliche Kennzahlen, Güterverkehrskonzept, EU-Förderprogramme, Herausforderungen für die Infrastruktur, Sicherheitsgewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs auf Ortsumgehungen, Angebot an beruflicher Qualifikation und Studiengängen im Bereich Logistik, Erfolge bei der Umsetzung des Ziels „Güter auf die Schiene bringen“, Ziele des Leitbilds nachhaltiger Logistik, Chancen für die Branche bei Industrie 4.0, Potenzial des Telematik-Einsatzes, Auswirkungen des Mindestlohns, Problematik der Kabotage, Auswirkungen der Neuregelung der Lkw-Maut, Einsatz von Lang-Lkw

GrAnfr
s. *Logistik*
Drs 15/6340

Mindestlohn und die finanzielle Situation von Sportvereinen

Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Entlohnung von Vertragssportlern, Übungsleitern, Mitarbeitern, Praktikanten und Trainees; 250-Euro-Verträge der Vertragssportler

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/6397

Mindestlohn: Kontrolle und Konsequenzen

Sachstand zur Umsetzung der Bestimmungen des Mindestlohns, insbes Abgrenzungs- und Durchführungsschwierigkeiten für Vereine und Verbände bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, bürokratische Auswirkungen und Kontrollbelastungen für kleine und mittlere Betriebe (Meldepflicht, Dokumentationspflicht, Bußgeldvorschriften), Auswirkungen auf die Angebotslage von Praktika außerhalb der Pflichtpraktika, Nutzung von Vereinfachungs- und Abwandlungsmöglichkeiten zum Bürokratieabbau

GrAnfr FDP/DVP 28.01.2015 und Antw LReg Drs 15/6408

Praktikable Änderungen und Klarstellungen beim Mindestlohngesetz (MiLoG)

Hinwirkung auf Änderungen beim Mindestlohngesetz über den Bundesrat, insbes bei Dokumentationspflicht, Jahresarbeitszeitkontenregelung, Jahresbetrachtung des Lohns, Umfang der Haftung für Werk-/Dienstverträge, Wiederholungen studienbegleitender Praktika im selben Unternehmen

Antr
s. *Mindestlohngesetz*
Drs 15/6659

Mindestlohn in der Landwirtschaft

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirte und Winzer Baden-Württembergs, insbes hinsichtlich der Dokumentationspflicht, Arbeitszeiten und der Saisonarbeiter

KlAnfr Willi Stächele CDU 25.03.2015 und Antw MLR Drs 15/6668

Änderungen beim Mindestlohngesetz, insbes bei den Dokumentationspflichten

Position der LReg zur Änderung der Arbeitszeitregelungen und Dokumentationspflichten beim Mindestlohngesetz

MdlAnfr
s. *Mindestlohngesetz*
Drs 15/6690

Mindestlohn in Handwerk und Mittelstand: Was von der guten Absicht in der Praxis ankommt

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8283-8291

Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
Erteilung der Arbeitserlaubnis an Asylbewerber durch die Ausländerbehörden in den Jahren 2014 und 2015; Stand der Erfassung der Qualifikationen von Flüchtlingen; Mehrbelastung der Arbeitsagenturen durch den erleichterten Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen; bisherige Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt; Ausnahme von Flüchtlingen vom Mindestlohn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7789

Eintreten für Mindestlöhne sowie für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Leiharbeitnehmer und Frauen; Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung der Tariflöhne mit einem TarifreueGes

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25

Unterstützung eines gesetzlichen Mindestlohns, Einbringung eines Tarifreuegesetzes

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042 1081

Unterstützung eines gesetzlichen Mindestlohns, Einbringung eines Tarifreuegesetzes

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Eintreten für einen flächendeckenden Mindestlohn

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1176 1179 1181 1193

Erinnerung an die Bundesratsinitiative des Landes für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1324

Unterstützung eines gesetzlichen Mindestlohns, Einbringung eines Tarifreuegesetzes

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423 1424 1431 1432

Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, Eintreten für ein Entgeltgleichheitsgesetz und einen flächendeckenden Mindestlohn

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530 1531 1533-1539

Mindestlohngesetz

Bewertung des baden-württembergischen Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Ent-

scheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5817

Gesetz zur Aufhebung des Tarifreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW

Aufhebung des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW mit Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes (MiloG) des Bundes zur Vermeidung von doppelten Melde- und Dokumentationspflichten

GesEntw
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/6098

Mindestlohn und die finanzielle Situation von Sportvereinen

Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Entlohnung von Vertragssportlern, Übungsleitern, Mitarbeitern, Praktikanten und Trainees; 250-Euro-Verträge der Vertragssportler

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/6397

Praktikable Änderungen und Klarstellungen beim Mindestlohngesetz (MiLoG)

Hinwirkung auf Änderungen beim Mindestlohngesetz über den Bundesrat, insbes bei Dokumentationspflicht, Jahresarbeitszeitkontenregelung, Jahresbetrachtung des Lohns, Umfang der Haftung für Werk-/Dienstverträge, Wiederholungen studienbegleitender Praktika im selben Unternehmen

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 25.03.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6659
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7352 (dazu EAntr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD) S. 7-9
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Änderungen beim Mindestlohngesetz, insbes bei den Dokumentationspflichten

Position der LReg zur Änderung der Arbeitszeitregelungen und Dokumentationspflichten beim Mindestlohngesetz

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.04.2015
Drs 15/6690
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7600-7604

Mindeststundenlohn

s. *Mindestlohn*

Mineraldünger

Uranbelastung des Grund- und Trinkwassers

Grundwasserbelastung durch den Urangehalt mineralischer Phosphat-Düngemittel; Urankonzentration im Trinkwasser; Erkenntnisse über eine Uranbelastung von Böden im Zusammenhang mit der Landnutzung; spezielle Messungen und Untersuchungen; Verfahren zur Verringerung der Uranbelastung, vorbeugender Bodenschutz

KlAnfr
s. *Grundwasserbelastung*
Drs 15/2797

Gewässerrandstreifen im Wassergesetz für BW (WG)

Anzahl der vom einzurichtenden Fünfmeterstreifen betroffenen Flurstücke bzw Landwirte; Umfang der entstehenden „unwirtschaftlichen Restflächen“; Art der empfohlenen Produktion und Pflege im Fünfmeterbereich; Verantwortlichkeit für die Pflege der Randflächen; Spezifizierung der von der Regelung ausgenommenen Oberflächengewässer von „wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“; Information der Landwirte; Wirksamkeit der Nitratrückhaltung; Forderung nach einer Ausnahme von der Umwandlungspflicht bei einem Damm oder fehlendem Gefälle

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3907

Mineralisches Düngemittel

s. *Mineraldünger*

Mineralölförderung

s. *Erdölgewinnung*

Mineralwasser*Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21*

Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen, Stand der Bescheidung des gestellten Antrags beim Eisenbahn-Bundesamt

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/96

Keine Gefährdung des Mineralwassers durch Stuttgart 21

Frage nach einer Veränderung der o.g. Bewertung durch die zuständigen Fachbehörden seit Beginn der Planungen zu Stuttgart 21

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 19.10.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/739

Landespavillon und Nesenbachdüker in Stuttgart

Abbruch des Landespavillons und Durchführung der o.g. Rohrunterführung; vorgesehene Technik und Materialien, ausführende Unternehmen und Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Heil- und Mineralquellen

KlAnfr
s. *Rohrleitung*
Drs 15/829

Abwägung der Risiken einer höheren Grundwasserentnahme im Zuge des Projekts Stuttgart 21 für die Mineralquellen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 153

Minijob

s. *Geringfügige Beschäftigung*

Minister

s.a. *Ministerium*

Bekanntgabe der Ministerliste; Bestätigung der LReg; Vereidigung der Mitglieder der LReg

s. *Landesregierung*
PIPr 15/3 S. 15

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/20

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/151

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostenengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/1719

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte-Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit

Mittlg LReg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 15/2437

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/3330

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr
s. *Gerichtsentscheidung*
Drs 15/5877

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)
 Änderung von § 8 des Ministergesetzes in der Fassung vom 24. Juli 2012

GesEntw
 s. *Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg*
 Drs 15/7378

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

Berufung und Vereidigung von Peter Friedrich zum/als Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten
 PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 16

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat des Ministers für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten als Mitglied des Aufsichtsrats der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Antr LReg
 s. *Landesregierung*
 Drs 15/5082

Minister für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Berufung und Vereidigung von Alexander Bonde zum/als Minister für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz
 PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 22: Förderprogramme im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz
 erbraucherschutz
 s. *Agrarprogramm*
 Drs 15/227

Minister für Finanzen und Wirtschaft

Berufung und Vereidigung von Dr. Nils Schmid zum/als Minister für Finanzen und Wirtschaft und stellvertretenden MinPräs
 PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 16

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW
 Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr
 s. *Wohnung*
 Drs 15/1369

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?
 Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Fi-

nanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr
 s. *Insolvenz*
 Drs 15/1551

Turbulenzen im Ministerium? - Wohin geht die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Landes?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1922-1942

Schaffung eines Referats 97 „Strategie und Planung“ im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Begründung für die Schaffung des neuen Referats; Herkunft, Zahl und Bewertung der zugewiesenen und bisher unbesetzten Stellen; Frage nach weiteren unbesetzten Stellen des höheren und gehobenen Dienstes sowie nach Überlegungen zur organisatorischen Zuordnung des Referats; Beurteilung von möglichen Doppelstrukturen durch die Übernahme von Aufgaben der Zentralstelle u.a. Abteilungen

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 30.05.2012 und
 Stellungnahme MFW Drs 15/1775
 BeschIEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/3063 S.
 11 12
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Schwächung des Bahnverkehrs im ländlichen Raum durch Verweigerung der Freigabe von Mitteln nach dem Landeseisenbahnverkehrsfinanzierungsgesetz durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Verweigerung der Freigabe o.g. Mittel z.B. für die Wiedereröffnung des Bahnhofpunkts Wallhausen

MdlAnfr
 s. *Schienerverkehr*
 Drs 15/2089

Insolvenz der A.S.e.K.: Was wusste der Finanz- und Wirtschaftsminister?

Art und Zeitpunkt der Einbindung des Ministers bereits im Vorfeld der Insolvenz, Frage nach dem Ergebnis der Prüfung der Bürgschaftsvoraussetzungen und von evtl Insolvenzstrafatbeständen und Information des FinWiA über die Erkenntnisse; künftige Vorgehensweise bei vergleichbaren Sachverhaltsgestaltungen

Antr
 s. *Insolvenz*
 Drs 15/2146

Ländlichen Raum nicht ausgrenzen

Bewertung der Aussagen des Finanz- und Wirtschaftsministers zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum, Frage nach einer Aufgabe der Politik für ausgewogene Entwicklungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse von Ballungsgebieten und strukturschwachen Räumen, Aufgabe der Ziele von regionaler Produktion gesunder Lebensmittel durch die heimischen Landwirte und Verzicht auf deren Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft?

Antr
 s. *Strukturpolitik*

Drs 15/2211

Mittelbedarf Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der tatsächlich vorgesehenen Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen nach dem Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan; Bereitstellung der zusätzlichen Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, insbes im ländlichen Raum? Frage nach einem Zusammenhang zwischen den Mittelsätzen und den Äußerungen des Finanzministers zum ländlichen Raum

Antr

s. Landesstraße

Drs 15/2251

Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid

Entlassung wegen verfehlter Personalpolitik, Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs und behaupteter „Vertraulichkeit“ des ICC-Schiedsverfahrens

DringlAntr CDU 14.12.2012 Drs 15/2808

PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3221-3240

Anwesenheit des Ministers Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz?

Anwesenheit von Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz im Jahr 2012

MdlAnfr

s. Finanzministerkonferenz

Drs 15/3315

Position der LReg und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft zur Transaktionssteuer

Bewertung der Einführung einer Finanztransaktionssteuer durch die LReg und den Minister für Finanzen und Wirtschaft, insbes ausschlaggebende Gründe für den Meinungswechsel des Finanzministers

MdlAnfr

s. Finanztransaktionssteuer

Drs 15/3608

Woher hat der Finanz- und Wirtschaftsminister umfassendes Insider-Wissen?

Herkunft seiner inhaltlichen Kenntnis der ausschließlich den Mitgliedern des EnBW-Untersuchungsausschusses zugänglichen Vernehmungsprotokolle der französischen Ermittlungsbehörden

KlAnfr

s. Verschlusssache

Drs 15/4909

Verhältnis des Ministeriums und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft zu Personen, Verbänden und Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen sowie zur „Gülen-Bewegung“ selbst

Rechtliche und sonstige Gründe, die einer Veröffentlichung der Kontakte und Verbindungen mit der Gülen-Bewegung nahestehenden Personen oder Organisationen entgegenstehen; Vernetzung des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BÜV) mit der „Gülen-Bewegung“; Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft mit den in der Drucksache 15/4721 namentlich genannten Organisationen; Einschätzung der „Gülen-Bewegung“

Antr

s. Fethullah-Gülen-Bewegung

Drs 15/5492

Kritik an der Anhängung eines ausgedünnten Wirtschaftsministeriums an das Finanzministerium

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 86-90

Beantragung der Herbeirufung des Finanz- und Wirtschaftsministers, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Debatte zur Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 804 805 807 811 813 814

Minister für Kultus, Jugend und Sport*Berufung und Vereidigung von Andreas Stoch zum/als Minister für Kultus, Jugend und Sport*

PIPr 15/57 23.01.2013 S. 3395

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Kultus, Jugend und Sport in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg

s. Landesregierung

Drs 15/3208

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr

s. Umfrage

Drs 15/4705

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*Berufung und Vereidigung von Franz Untersteller zum/als Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien; Umressortierung des Flächenmanagements aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in den des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur
Gründe für die o.g. Umressortierung, Umfang und Zeitpunkt einer Übertragung der Ressourcen, Darstellung der Aufgabenabgrenzung zwischen den von der Thematik berührten Ressorts; Berücksichtigung der besonderen umweltpolitischen Anforderungen des Flächenmanagements; Festhalten am Strategieprogramm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, insbes am Ziel des Nullflächenverbrauchs

Antr

s. Flächennutzung

Drs 15/210

Umgang des Umweltministers Franz Untersteller MdL mit dem wissenschaftlichen Energiegutachten des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

Bewertung der Kritik des Ministers am o.g. Gutachten zur Weiterentwicklung der Energiewirtschaft in BW bis 2025 unter Berücksichtigung der Liefer- und Preissicherheit, Bezeichnung der ermittelten Zahlen über Strompreiserhöhungen als unseriös und Vergleich der Expertise mit dem Orakel von Delphi; Frage nach dem Stellenwert von wissenschaftlichen Gutachten für den Minister und nach der evtl. Vergabe des Auftrags für ein Gegengutachten

KlAnfr Manfred Groh CDU 18.05.2012 und Antw UM Drs 15/1733

Begrüßung der Zusammenführung der Umwelt- und Energiepolitik in einem Ressort, Kritik an der Bündelung der Zuständigkeiten für die Atomaufsicht und die Landesregulierungsbehörde im UM

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37 67 86 87 90

Minister für Verkehr und Infrastruktur

Berufung und Vereidigung von Winfried Hermann zum/als Minister für Verkehr und Infrastruktur

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Haltung der LReg zu Stuttgart 21

Beurteilung der von Minister Hermann angekündigten Bemühungen zur Verhinderung des Projekts

MdlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/98

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Verschärfung der Situation durch den Weiterbau der Bahn nach Meinung von Minister Hermann? Beurteilung der Schadenersatzpflicht für die von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/98

Stuttgart 21: Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann und Positionierung des MinPräs

Aufklärung der o.g. Widersprüche, Frage nach Kenntnissen des MinPräs über die fortlaufende Unterrichtung der LReg über die Ergebnisse des Stresstests durch die Bahn AG

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/180

Stuttgart 21: Unterlagen zum Ergebnis des Stresstests und Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann

Umfang, Inhalte und Zeitpunkt der Übergabe von o.g. Unterlagen der Bahn AG an die LReg bzw. an das MVI; Darlegung der Gespräche und des Schriftverkehrs mit der Bahn; Aufklärung der Widersprüche in den Äußerungen von Minister Hermann

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/178

Struktur der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Personelle Ausstattung, Aufgaben und Dotierung der Stellen der o.g. Organisationseinheit; externe Betätigung von Mitarbeitern in einem privaten Verkehrsplanungsbüro oder als Gesellschafter in Unternehmen? Frage nach einer Genehmigung als Nebentätigkeit und möglichen Interessenkonflikten in Fällen der Vergabe von Aufträgen an private Planungsbüros

Antr
s. Zentralstelle
Drs 15/192

Arbeitsgruppe Stuttgart 21 im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Aufgaben und Zusammensetzung der gesonderten Arbeitsgruppe, Auflistung der Mitglieder und ihrer Funktionen, Inanspruchnahme von externen Beratungsleistungen, Frage nach einer öffentlichen Ausschreibung dieser Leistungen und deren Kosten sowie nach den Adressaten der Berichterstattung des Gremiums

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/193

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien; Umressortierung des Flächenmanagements aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in den des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur
Gründe für die o.g. Umressortierung, Umfang und Zeitpunkt einer Übertragung der Ressourcen, Darstellung der Aufgabenabgrenzung zwischen den von der Thematik betroffenen Ressorts; Berücksichtigung der besonderen umweltpolitischen Anforderungen des Flächenmanagements; Festhalten am Strategieprogramm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, insbes. am Ziel des Nullflächenverbrauchs

Antr
s. Flächennutzung
Drs 15/210

Einstellung von Personal im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur mit der Qualifikation „Parkschützer“

MdlAnfr
s. Parkschützer
Drs 15/257

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Verkehr und Infrastruktur und der Staatssekretärin im MVI in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. Landesregierung
Drs 15/297

Regierungsbefragung

Personal im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 316-320

Stuttgart 21: Verkehrsminister auf Geisterfahrt?

Aktuelle Debatte
s. Stuttgart 21
PIPr 15/10 S. 351

Mögliche Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland sowie des Landes BW durch Äußerungen des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Ausland

Bewertung der Äußerungen im Schweizer Radio DRS zum Ausbau der Rheintalbahn und Stuttgart 21, Feststellung eines Zusammenhangs zwischen dem schleppenden Ausbau der Rheintalbahn und dem Mitteleinsatz für Stuttgart 21, Vereinbarkeit der Priorisierung des Rheintalprojekts mit der Projektförderungspflicht für Stuttgart 21, Erweckung des Anscheins einer direkten Kausalität zwischen den Vorhaben und damit mangelnder Vertragstreue der Bundesrepublik hinsichtlich des Staatsvertrags zum Ausbau der Rheintalbahn von 1996, Beurteilung des in der Schweiz ausgelösten Medienechos

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 27.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/351

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 59-61

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Vorabkenntnis der LReg von dem Kompromissvorschlag „Frieden in Stuttgart“

Kenntnisse der LReg und des Aktionsbündnisses von dem o.g. Vorschlag des Schlichters zur Befriedung der Auseinandersetzung um Stuttgart 21, Ablehnung dieser Kombilösung vom heutigen Verkehrsminister 1995 und 2010 mit Hinweis auf die hohen Kosten, Frage nach einer Positionsänderung sowie nach dem Auftraggeber und Kostenträger des Konzepts

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/393

Stellenbesetzung im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Anzahl der neu besetzten Stellen im Ministerbüro, der Zentralstelle, der Verwaltungsabteilung und den Fachabteilungen des o.g. Ministeriums seit der Regierungsübernahme; Stellenprofile, Qualifikationen und laufbahnrechtliche Voraussetzungen der Stelleninhaber; Stellenausschreibung, Auswahlverfahren, Beförderungen; Beteiligung der Beauftragten für Chancengleichheit und des Personalrats bei der Stellenbesetzung

Antr

s. *Stellenplan*

Drs 15/505

Betätigung des Leiters der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Datum der Arbeitsaufnahme, Arbeitsumfang (Vollzeit oder Teilzeit); Änderungen des Arbeitsumfangs und des Arbeitsverhältnisses seit Beginn der Arbeitsaufnahme; Strukturierung des Arbeitsgebiets

Antr

s. *Zentralstelle*

Drs 15/506

Landesstraßenbau

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen für die betroffenen Bürger und Kommunen, Straßenbauunternehmen, Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft; Auflistung der bisher geplanten Aus- und Neubaumaßnahmen; Frage nach der Daseinsberechtigung eines Verkehrsministeriums mit Straßenbauabteilung und Unterbau

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1164

Aktivitäten der LReg zur Eindämmung des Flächenverbrauchs

Entwicklung des Flächenverbrauchs seit 2007 und Einschätzung der künftigen Entwicklung; Darstellung der Aktivitäten seit der Umressortierung des Flächenmanagements in das MVI, Wahrnehmung der Koordinierungsfunktion innerhalb der LReg, verfügbare Personal- und Sachmittel für Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs

Antr

s. *Flächennutzung*

Drs 15/1948

Personalressourcen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Regelmäßige Dienstverrichtung des Ministerialdirektors am Freitag per Telearbeit, Frage nach dem Arbeitsort und nach der Vertretung im Ministerium bei dringlichen Angelegenheiten mit erforderlicher persönlicher Präsenz; Zahl und Zweck von Dienstreisen des MD nach Berlin im Umfeld von Wochenenden; Auflistung von realisierten und geplanten Projekten des auf 13 Personen angewachsenen Bereichs „nachhaltige Mobilität“ sowie des neu geschaffenen Referats „Rad- und Fußverkehr, Kommunale Verkehrskonzepte, Bürgerbeteiligung“

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 03.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2009

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 102 103

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

„Ideelle Verbindung“ des Ministerialdirektors im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zum Unternehmen B. GmbH

Rechtliche Beurteilung und Konkretisierung der o.g. Verbindung und des entsprechenden Hinweises auf der Internetseite des Berliner Unternehmens, Frage nach erbrachten Beratungsleistungen des Unternehmens für das Land oder Landesunternehmen seit Amtsantritt des Ministerialdirektors; notwendige Voraussetzungen für die Genehmigung von Telearbeit für die Mitarbeiter im MVI und für den Amtschef, Beurteilung der Zulässigkeit der Ausübung von Telearbeit durch den MD in Berlin statt an seinem Hauptwohnsitz

Antr

s. *Ministerialdirektor*

Drs 15/2199

Äußerungen von Minister Hermann zur Einführung einer entfernungsabhängigen PKW-Maut

Bewertung der o.g. Forderung des Ministers, Bewirkung von Mautausweichverkehr auf nachgeordnete Straßen sowie einer zusätzlichen Belastung für Berufspendler, Frage nach einer vollständigen Verwendung der Mittel für den Straßenbau sowie nach der Beurteilung einer Einführung aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 15/2536

Mögliche Interessenkollisionen durch Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung (DFS)

Aufgaben und Dauer der Mitgliedschaft des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Beirat der Deutschen Flugsicherung; Rolle und Position der Deutschen Flugsicherung bei der Ausarbeitung des Fluglärm-Staatsvertrags zwischen Deutschland und der Schweiz, insbes Kenntnisse und Tätigkeit des Ministers als Beiratsmitglied

Antr
s. DFS Deutsche Flugsicherung
Drs 15/2862

Gibt es einen Fluglärmdeal mit der Schweiz?

Koppelung an andere Projekte (Paketlösung) bei Verhandlungen über den Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz; Zusagen oder Bedingungen der Schweiz im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Gäubahn; Äußerungen und Absichten des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz

Antr
s. Schweiz
Drs 15/2910

Stuttgart 21: Aktivistin gegen S 21 als Bürgerreferentin des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI)

Beschäftigung von Frau Böninger als Bürgerbeauftragte des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI) für das Projekt Stuttgart 21, insbes Durchführung des Personalauswahlverfahrens; Vereinbarkeit öffentlicher Aussagen der Beauftragten gegen Stuttgart 21 mit der Loyalitäts- und Projektförderungspflicht

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/3040

Aufforderung an Minister Hermann zur Wahrnehmung seiner vollen politischen Verantwortung, insbes auch beim Projekt Stuttgart 21

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 45-47 49 65 66

Bewertung der Aktivitäten des Verkehrsministers zur Verhinderung von Stuttgart 21, Aufklärung von widersprüchlichen Aussagen über die Information des Ministers durch die Bahn über die Ergebnisse des Stresstests

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145-162

Kritik an der Schaffung des MVI als zusätzliches Ministerium und der damit verbundenen Stellenvermehrung, Einrichtung einer Arbeitsgruppe Stuttgart 21

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244-247 249 251-256

Bewertung der Zahl und inhaltlichen Schwerpunkte der neu geschaffenen Stellen im Verkehrsministerium

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375 377 378 382 385 386

Bewertung der Zahl und inhaltlichen Schwerpunkte der neu geschaffenen Stellen im Verkehrsministerium

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 433

Aussagen von Minister Hermann über die Kostenberechnungen und erwarteten Mehrkosten für das Projekt Stuttgart 21

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520-522 525 526 528

Bewertung der Argumente des Verkehrsministers gegen Stuttgart 21

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 594 598

Forderung nach Auflösung der Taskforce im Verkehrsministerium

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886

Erwartung einer aktiven Unterstützung des Projekts Stuttgart 21 durch den Verkehrsminister und seine Mitarbeiter nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 980-982 985-991

Ministergesetz

s. Minister

Ministerialdirektor

Verwendung des großen Landeswappens auf privatem Facebook-Profil

Beurteilung des o.g. Verhaltens des Ministerialdirektors im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Daniel Rousta, und der Verunglimpfung von politischen Wettbewerbern in Vulgärsprache; Vereinbarkeit mit Bestimmungen, Vorgaben und Gesetzen des Landes sowie mit dem von einem ranghöchsten Beamten zu erwartenden Stilgefühl

KlAnfr
s. Rousta, Daniel
Drs 15/1578

Entlassung des Ministerialdirektors Daniel Rousta

Antr
s. Rousta, Daniel
Drs 15/1579

Personalressourcen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Regelmäßige Dienstverrichtung des Ministerialdirektors am Freitag per Telearbeit, Frage nach dem Arbeitsort und nach der Vertretung im Ministerium bei dringlichen Angelegenheiten mit erforderlicher persönlicher Präsenz; Zahl und Zweck von Dienstreisen des MD nach Berlin im Umfeld von Wochenenden; Auflistung von realisierten und geplanten Projekten des auf 13 Personen angewachsenen Bereichs „nachhaltige Mobilität“ sowie des neu geschaffenen Referats „Rad- und Fußverkehr, Kommunale Verkehrskonzepte, Bürgerbeteiligung“

Antr
s. Minister für Verkehr und Infrastruktur
Drs 15/2009

„Ideelle Verbindung“ des Ministerialdirektors im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zum Unternehmen B. GmbH

Rechtliche Beurteilung und Konkretisierung der o.g. Verbindung und des entsprechenden Hinweises auf der Internetseite des Berliner Unternehmens, Frage nach erbrachten Beratungsleistungen des Unternehmens für das Land oder Landesunternehmen seit Amtsantritt des Ministerialdirektors; notwendige Voraussetzungen für die Genehmigung von Telearbeit für die Mitarbeiter im MVI und für den Amtschef, Beurteilung der Zulässigkeit der Ausübung von Telearbeit durch den MD in Berlin statt an seinem Hauptwohnsitz

Antr Nicole Razavi u.a. CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 07.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2199

Versetzung der Ministerialdirektorin im Kultusministerium in den einstweiligen Ruhestand

Gründe für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand; Begründung des von Seiten der Ministerialdirektorin eingelegten Widerspruchs; geplante Reaktion auf den Widerspruch; weitere Fälle von Widersprüchen oder Klagen gegen Versetzungen von

Ministerialdirektoren in den einstweiligen Ruhestand durch die aktuelle LReg

KlAnfr
s. *Versetzung in den Ruhestand*
Drs 15/4149

Hintergründe der Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors D.R.

Sachstand hinsichtlich der Gründe für die Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors Daniel Rousta, insbes Schließung eines außergerichtlichen Vergleichs, Zahlung einer Abfindungssumme

KlAnfr
s. *Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg*
Drs 15/6660

Erinnerung an die persönlichen Verfehlungen des Ministerialdirektors im MFW, Daniel Rousta; Zuweisung der politischen Verantwortung an den Minister; Bezeichnung des MFW als aufgebläht mit zwei Ministerialdirektoren

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1922-1924 1926-1929

Ministerialfahrzeug

s. *Dienstwagen*

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Berufung und Vereidigung von Katrin Altpeter zur/als Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 18 - Steuerung durch neue Führungsinstrumente am Beispiel des Sozialministeriums (Kap 0901)

Mittlg RH
s. *Steuerungsmodell*
Drs 15/118

Zukunft der Krankenhäuser im LKreis Böblingen

Bewertung und Förderungsmöglichkeiten des Neubaus einer Zentralklinik auf dem Flugfeld Böblingen/Sindelfingen; Hintergründe der durch die Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren verkündeten Fristsetzung für den Böblinger Kreistag zur Verabschiedung eines medizinischen Konzepts für den Klinikneubau

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4923

Landesseniorentag 2014

Grund der Verhinderung der Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren als Rednerin beim Landesseniorentag am 22. Mai 2014

KlAnfr
s. *Konferenz*
Drs 15/5269

Ministerin für Integration

Berufung und Vereidigung von Bilkay Öney zur/als Ministerin für Integration

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Beurteilung der parallelen Zugehörigkeit des o.g. Regierungsmitglieds zum Abgeordnetenhaus von Berlin: Frage nach der zutreffenden Begründung (von zwei abgegebenen Begründungen), der rechtlichen Bewertung unter Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze der Inkompatibilität sowie der Gefahr von politischen Interessenkonflikten, Auswirkungen auf die Alimenterung als Berliner Abgeordnete und als Ministerin in BW

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/48

Auskunft von Frau Ministerin Krebs zur Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Klärung der Frage einer Bedingung der o.g. Mitgliedschaft für die Beteiligung an Verfahren der Härtefallkommission des Landes Berlin

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/86

„Elf-Punkte-Plan“ zur Integrationspolitik in BW

Frage nach der Existenz, Herkunft und Ausgestaltung der o.g. Konzeption; inhaltliche Nähe zur Erarbeitung von Ministerin Öney auf einer Bahnfahrt von Berlin nach Stuttgart

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/441

Aussage von Frau Ministerin Öney zum Fernsehkonsum von Türken

Forderung nach fundierten Belegen für die Behauptung Bilkay Öneys; Bewertung der Studie „Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. im Hinblick darauf, ob die Ministerin für Integration die dort über das Mediennutzungsverhalten von sozial benachteiligten Schülern gemachten Aussagen unzulässig verallgemeinert hat; ob die Ministerin nicht ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Integration von Ausländern schadet, wenn sie Behauptungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen aufstellt

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/466

Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle im Ministerium für Integration

Aufgaben und Personalausstattung der angekündigten Antidiskriminierungsstelle, Abgrenzung von den Aufgabenkreisen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Empfehlung der Einrichtung solcher Stellen bei nachgeordneten Behörden oder Selbstverwaltungskörperschaften?

Antr
s. *Diskriminierungsverbot*
Drs 15/568

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Aufrechterhaltung der Bewertung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als radikal, nationalistisch und antidemokratisch durch Ministerin Öney? Vereinbarkeit mit den o.g. Wahlkampfauftritten bei dem den „Grauen Wölfen“ zuzurechnenden Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen; Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD mit entsprechenden Vereinen

Antr

s. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*

Drs 15/982

Beachtung der Grundsätze des Berufsbeamtentums im Ministerium für Integration

Darlegung der o.g. Einstellungen im Beförderungsamts; Frage nach einer Ausschreibung der Stellen und Bewerberauswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung und Einhaltung der beamtenrechtlichen Bestimmungen

Antr

s. *Beamter*

Drs 15/1084

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney

Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.01.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1129

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 76-78

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Personalfuktuation im Integrationsministerium

Zahl der ins Integrationsministerium wechselnden und neu besetzten Stellen sowie der zwischenzeitlich wieder aus dem Ressort ausgeschiedenen Stelleninhaber, Gründe für die Personalfuktuation

Antr

s. *Personalplanung*

Drs 15/1150

Israel-Reise von Integrationsministerin Öney

Frage nach der Teilnahme von Ministerin Öney an der o.g. Reise des MinPräs, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, Erkenntnissen für die Integrationspolitik sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1233

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 76-78

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Türkeireise von Integrationsministerin Öney im Frühjahr oder Sommer 2011

Frage nach o.g. Reise mit dienstlichem Charakter, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, ausgetauschten Erklärungen, Erkenntnissen für die Integrationspolitik, nach einer vor-

herigen Abstimmung mit dem StM sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU und Andreas Glück FDP/DVP 08.02.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1241
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 76-78

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

„54-Projekte-Agenda“ zur Integrationspolitik in BW

Frage nach der Existenz und den Inhalten der o.g. Agenda bzw nach deren Übereinstimmung mit dem bislang nicht vorgelegten „Elf-Punkte-Plan“ von Integrationsministerin Öney

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/1482

Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter Medien durch die Pressearbeit der LReg?

Beurteilung einer inhaltlich und zeitlich abweichenden Information von Presseorganen durch das Integrationsministerium über Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Einbürgerung; Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LReg

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/1485

Äußerungen von Ministerin Öney über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland

Konkretisierung o.g. Äußerung bei einer Veranstaltung im Alevitischen Kulturzentrum in Stuttgart auf die Frage eines Zuhörers, Wiedergabe des Sachverhalts in der türkischen Tageszeitung Hürriyet, Verwendung des im Türkischen feststehenden Begriffs für eine Verflechtung von Sicherheitskräften, Politik, Justiz, Verwaltung und organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland; Gründe für das Aufgreifen des Begriffs durch die Ministerin, statt der Unterstellung des Zuhörers entgegenzutreten, was sie erst nachträglich tat

Antr

s. *Rechtsstaat*

Drs 15/1809

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/1959

Gespräche mit vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen

Frage nach geführten oder beabsichtigten Gesprächen der Integrationsministerin mit extremen Vertretern des Islam, nach deren Inhalten und Ergebnissen; Beurteilung der Gefahr einer Aufwer-

tung dieser vom „Runden Tisch Islam“ ausgeschlossenen Verbände und gleichzeitige Abwertung dieses Gesprächsforums

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/2086

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 48-52

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts durch das Ministerium für Integration

Einbürgerungen seit Einrichtung des Ministeriums für Integration, Anteil der Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft; Hin- nahme der Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen nach § 8 sowie nach § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG); Ermöglichung der Mehrstaatigkeit durch persönliches Eingreifen der Ministerin für Integration

Antr

s. *Staatsangehörigkeit*

Drs 15/3275

Vorwürfe der Ministerin für Integration an die Adresse der CDU-Fraktion

Äußerungen der Integrationsministerin Bilkay Öney gegenüber türkischsprachigen Medien und deren Wiedergabe; Anfeindung der Integrationsministerin durch die CDU-Fraktion aufgrund ihrer Herkunft und ihres Eintretens für die doppelte Staatsbürgerschaft; Fremden- bzw Türkenfeindlichkeit der CDU

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.07.2013 und Antw IntM Drs 15/3825

Entlassung der Ministerin für Integration Bilkay Öney

Entlassung wegen einer Verletzung der Amtspflichten durch Aussagen zur Existenz eines sogenannten „Tiefen Staats“ in Deutschland sowie der CDU unterstellte Fremdenfeindlichkeit gegenüber Türken und dem türkischen Staat

DringlAntr CDU 18.07.2013 Drs 15/3834

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4499-4511

Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium

Hintergründe der Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes, insbes Gründe und Notwendigkeit einer externen Auftragsvergabe anstelle einer Ausarbeitung durch das Integrationsministerium bzw anderer Ministerien sowie Einbindung der Integrationsministerin in den Vorgang

Antr

s. *Gutachten*

Drs 15/3973

Fortdauer der Veröffentlichung von ehrabschneidenden Äußerungen der Integrationsministerin über die Christlich Demokratische Union im Internet - was unternimmt die LReg?

Frage des unerlaubten Zitats von Äußerungen der Integrationsministerin in den Medien; Adressaten der Bemerkungen über die CDU-Landtagsfraktion und über einen „tiefen Staat“; Unterscheidung zwischen dienstlichen und privaten Äußerungen der Ministerin Bilkay Öney; Interventionen bei den Medien wegen der Veröffentlichung unautorisierter Äußerungen; Erkenntnisse über das Vorliegen von Straftatbeständen; Forderung nach einer Gegendarstellung; Wunsch nach der Überlassung eines Mitschnitts der Äußerungen der Integrationsministerin

Antr CDU 30.08.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3989

Vernetzung von Organisationen im Umfeld der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen

Konzernstruktur und Produkte der World Media Group AG; Auflagenhöhe insbes der Zeitung „Zaman“ sowie Verbreitung der Sender Samanyolu TV und Ebru TV in Deutschland bzw in BW; Anteil der Publikationen und Medieninhalte am türkischsprachigen Medienmarkt in Deutschland bzw BW; Erkenntnisse über Verbindungen der World Media Group mit der Panega-Organisation sowie der Panega-Organisation mit den Prisma-Schulen; sonstige Verbindungen der World Media Group mit gesellschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen; Redaktionsbesuch und Interview der Integrationsministerin bei der Tageszeitung „Zaman“ Ende März/Anfang April 2013

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/4963

Bezeichnung des neuen Integrationsministeriums als überflüssig, Forderung nach Niederlegung des Mandats von Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37 38 51 71 76 86-91

Kritik an der Schaffung eines neuen Integrationsministeriums mit 50 bis 60 Stellen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 238-240

Kritik an der Schaffung eines neuen Integrationsministeriums mit 45,5 Stellen, Verweisung auf den Nachholbedarf bei der Integrationsförderung

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244 246-248 252-254

Bewertung der Zahl und Dotierung der neu geschaffenen Stellen im Integrationsministerium

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375 378 379 382 383 387

Bewertung der Zahl und Dotierung der neu geschaffenen Stellen im Integrationsministerium

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 440

Beurteilung des neuen Integrationsministeriums bzw der angekündigten Erforschung von Einstellungen der Aufnahmegesellschaft zur Integration als überflüssig; Bewertung der Zahl und Dotierung der neu geschaffenen Stellen im Integrationsministerium

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1104 1112 1118 1120

Bewertung der Eingewöhnungsphase und Integrationspolitik von Ministerin Öney, Forderung nach Auflösung des IntM

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1234-1248

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

s.a. *Kultusministerkonferenz*

s.a. *Schulverwaltung*

Berufung und Vereidigung von Gabriele Warminski-Leitheußer zur/als Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Zweifelhafte Schaffung zusätzlicher Stabstellen im Kultusministerium

Verbesserung der Unterrichtsqualität mit der o.g. Stellenausweitung sowie der Vermittlung von Schulpolitik gegenüber der interessierten Öffentlichkeit mit der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers

MdlAnfr
s. *Stellenplan*
Drs 15/98

Zweifelhafte Stellenbesetzungen im KM

Rechtfertigung der zusätzlichen Stabstellen und der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers, Erwartung einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und Kommunikation der Schulpolitik? Darlegung der öffentlichen Ausschreibung, der Beteiligung der Personalvertretung und beamtenrechtlichen Kriterien der Bewerberauswahl für die Stellenneubesetzungen; Frage nach der Qualifikation des Leiters der neuen Stabstelle Schulmodelle sowie nach der Begründung der für ihn eingerichteten Fahrbereitschaft, Ausstattung mit Weisungsbefugnis gegenüber der Schulverwaltung? Rücknahme der Höherstufung des Pressesprechers; Berichtsvorlage bis 15.09.2011 über die (effektivere) Aufgabenbewältigung durch die neuen Stellen und Rechtfertigung der Mehrkosten

Antr
s. *Stellenplan*
Drs 15/306

Strategische Steuerung im Kultusministerium

Aufbau und Ausstattung der neuen Strategischen Steuerung, Organisation der Kommunikation der Stabstelle Schulmodelle mit den verschiedenen Interessengruppen

MdlAnfr
s. *Steuerungsmodell*
Drs 15/607

Einschüchterung mündiger Schulleiterinnen und Schulleiter durch die Kultusministerin?

Bewertung des öffentlichen Eintretens von rund 60 Schulleitern für das im Schulgesetz verankerte Schulsystem sowie eines Schulleiters aus Ravensburg für die bildungspolitischen Ziele der SPD kurz vor der Landtagswahl; Darlegung von Anhaltspunkten für disziplinarrechtliche Schritte aufgrund des Eintretens für das geltende Schulgesetz, Begründung des persönlichen Schreibens der Ministerin an die 60 Schulleiter mit dem Hinweis auf die Loyalitätspflichten eines Beamten, Frage nach einem entsprechenden Vorgehen im Ravensburger Fall

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/622

Dubiose Standortliste der Kultusministerin zur Einrichtung einer sogenannten „Gemeinschaftsschule“

Auflistung der auf o.g. Liste aufgeführten Kommunen und der jeweiligen Gründe für die Aufnahme; Prüfung einer vorgetragenen Interessenbekundung auf ihren Rückhalt beim Schulträger, in der Bevölkerung bzw Elternschaft? Ausgestaltung der Kontakte mit dem Ministerium und der Schulverwaltung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/810

Die Hypothekenlast der bisherigen LReg im Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Ausmaß der Vorbelastung des Epl 04 durch kw-Vermerke und aufgelaufene Überstunden an den Gymnasien und beruflichen Schulen; Darlegung der Risiken sowie der ausgleichenden Konzepte zur Abfederung der Eingriffe

Antr SPD und GRÜNE 29.03.2012 und Stellungnahme KM
Drs 15/1517

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2117 2123 (abgesetzt)

Entlassung der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer

Entlassung wegen mangelhafter Sachkompetenz und Unzuverlässigkeit bei der Ausübung der Dienstgeschäfte

DringlAntr CDU und FDP/DVP 13.12.2012 Drs 15/2807
PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3221-3240

Unentgeltliche Praktika im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und anderen Ressorts

Umfang, Einsatzdauer und Aufgabenbereiche von Praktikanten im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und in anderen Ressorts; Praxis bei Vergütung und Fahrkostenerstattung, insbes Widerspruch zum geforderten flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn

Antr
s. *Praktikum*
Drs 15/5255

Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrbedarf, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/5636

Kritik an der Stellenvermehrung und Höherbewertung von Stellen im Kultusministerium

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 238-240

Kritik an der Neuschaffung einer Stabstelle für Schulmodelle im KM und Besetzung mit einem früheren Abgeordneten der SPD

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 253-256

Ablehnung der zusätzlich geschaffenen Stabstellen im Kultusministerium

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432

Erinnerung an einen Brief der Kultusministerin an rund 50 Schulleiter, die während des Wahlkampfs für das dreigliedrige Schulsystem eintraten, und in dem sie ein Disziplinarverfahren androhte

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1393 1394

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Berufung und Vereidigung von Theresia Bauer zur/als Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst als Mitglied und Vorsitzende des Aufsichtsrats bei der Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Antr LReg
s. *Landesregierung*

Drs 15/1219

Umgang der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Studentinnen und Studenten der Hochschule Ludwigsburg

Berücksichtigung der Belange der Studierendenschaft bei der Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule Ludwigsburg; Anliegen des ehemaligen ASTA-Vorsitzenden; Konflikte zwischen Hochschullehrern und Studierenden; Maßnahmen des Ministeriums zum Schutz der Studierenden; Rückhalt der ehemaligen Rektorin in der Studierendenschaft; Kommunikation des Ministeriums mit der eingesetzten Kommission; Behandlung der Vorkommisse an der Hochschule Ludwigsburg im Kabinett

Antr

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Drs 15/7597

Ministerin im Staatsministerium*Berufung und Vereidigung von Silke Krebs zur/als Ministerin im Staatsministerium*

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 16

Auskunft von Frau Ministerin Krebs zur Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Klärung der Frage einer Bedingung der o.g. Mitgliedschaft für die Beteiligung an Verfahren der Härtefallkommission des Landes Berlin

Antr

s. Öney, Bilkay SPD

Drs 15/86

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin im Staatsministerium als Mitglied des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Antr LReg

s. Landesregierung

Drs 15/4106

Ministerium

s.a. Geschäftsbereich

s.a. Zentralstelle

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 20.05.2011 Drs 15/11 (26 S.)

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19

BeschlEmpf und Bericht StändA 25.05.2011 Drs 15/26

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 85-92

Bekanntmachung der LReg zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien GBl 2011 Nr. 9 S. 205-209

Bekanntmachung der LReg zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien GBl 2011 Nr. 12 S. 381 382

Bekanntmachung der LReg zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien GBl 2012 Nr. 9 S. 373

Bekanntmachung der LReg zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien GBl 2013 Nr. 6 S. 94 95

Bekanntmachung der LReg zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien GBl 2015 Nr. 23 S. 1071

Bekanntmachung der LReg zur Änderung der Bekanntmachung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien GBl 2016 Nr. 15 S. 456-460

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 22.06.2011 Drs 15/147 (18 S.)

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.06.2011 Drs 15/153

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 238-241

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien; Umressortierung des Flächenmanagements aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in den des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Gründe für die o.g. Umressortierung, Umfang und Zeitpunkt einer Übertragung der Ressourcen, Darstellung der Aufgabenabgrenzung zwischen den von der Thematik berührten Ressorts; Berücksichtigung der besonderen umweltpolitischen Anforderungen des Flächenmanagements; Festhalten am Strategieprogramm zur Reduzierung des Flächenverbrauchs, insbes am Ziel des Nullflächenverbrauchs

Antr

s. Flächennutzung

Drs 15/210

Personalmaßnahmen der Landesregierung in der Ministerialverwaltung

Darlegung der o.g. Stellenneubesetzung, Anteil und Gründe der Besetzung mit Beamten, der Besetzung ohne Stellenausschreibung und Beteiligung der Personalräte, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragten, der Abweichung von beamtenrechtlichen Voraussetzungen u.a. rechtlichen Vorgaben; Sicherstellung einer Bewerberauswahl nach den dafür maßgeblichen Bestimmungen

Antr

s. Personalplanung

Drs 15/628

Entbürokratisierung

Beauftragung eines Regierungsmitglieds als Beauftragten für Bürokratieabbau und als Ombudsmann, Verpflichtung von Ministerien und Verwaltung zur Anwendung des Standard-Kosten-Modells zur Messung von Bürokratiekosten, Einrichtung eines Normenkontrollgremiums für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung; regelmäßige Berichterstattung

KlAnfr

s. Bürokratie

Drs 15/933

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 15/957

Haushalt 2012; Epl 02

Rückführung der Stellenvermehrung in den Ministerien

Haushalt

s. *Personalplanung*

Drs 15/1102

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 18.04.2012 Drs 15/1581

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.05.2012 Drs 15/1688

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Wissensmanagement und Personalgewinnung in Ministerien und Regierungspräsidien

Maßnahmen zur Sicherung und Archivierung von Fachwissen in Ministerien und RegPräs, Methoden zur Übergabe von Fachwissen an Nachfolger, Nutzung von EDV-basierten Wissensdatenbanken; Ausrichtung der Personalpolitik der Landesverwaltung zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter; Vorlage eines Konzepts zur Erhaltung von Kompetenz und Wissen in der Verwaltung unabhängig von Personalwechseln

Antr

s. *Personalplanung*

Drs 15/2297

Beförderungs- und Einstellungspraxis in den Ministerien

Kriterien für sogenannte Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt als dem herkömmlichen Eingangsamts; Aufstellung der von Mai 2011 bis Oktober 2012 in den einzelnen Ministerien vollzogenen Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt; Stellenausschreibungs- und Einstellungspraxis; Ausübung der Entscheidungsbefugnis; Mitwirkung der Personalvertretung bzw Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvvertretung; Angabe der von der Stellenbesetzung betroffenen Geschäftsbereiche

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 19.11.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2682

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 17 18

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/2839

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 10.04.2013 Drs 15/3355

PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3963

BeschlEmpf und Bericht StändA 25.04.2013 Drs 15/3421

PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4054

Organisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Umorganisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, insbes betroffene Referate und Abteilungen, flankierende Sach- und Personalkosten, Schaffung und Besetzung zusätzlicher Leitungsstellen, Beförderungschancen der Bestandsbeamten, Anteil und Erhöhung der Zahl weiblicher Führungskräfte

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 15.05.2013 und Antw MFW Drs 15/3481

Grün-rote Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Stellenneuschaffungen, Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung, insbes ab Besoldungsgruppe A 15; vorgenommene Sprungbeförderungen; nicht vollzogene Regelbeförderungen aufgrund von Neueinstellungen; Nicht-Besetzung freier bzw freiwerdender Lehrerstellen

Antr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/4656

Unentgeltliche Praktika im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und anderen Ressorts

Umfang, Einsatzdauer und Aufgabenbereiche von Praktikanten im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und in anderen Ressorts; Praxis bei Vergütung und Fahrkostenerstattung, insbes Widerspruch zum geforderten flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn

Antr

s. *Praktikum*

Drs 15/5255

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr

s. *Psychische Störung*

Drs 15/5713

Stabsstelle im Kultusministerium und Stellenbesetzungen der LReg

Besoldung des Leiters der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“; rechtliche Grundlage der Eingruppierung; Stellenbesetzungsverfahren; Dienstwagenutzung; Stellenbesetzungen in den Besoldungsgruppen B 3 und höher in den einzelnen Ministerien seit Mai 2011 sowie ihre rechtliche Basis

KlAnfr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/6565

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 10 - Organisation und Aufgabenanalyse im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0601 und 0603)

Mittlg RH

s. *Personalplanung*

Drs 15/7010

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 11 - IT-Neuordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0602, 0607 und 0610)

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/7011

Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 15.09.2015 Drs 15/7390
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7744
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Verantwortlichkeit der LReg zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in BW

Aufgabenwahrnehmung bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation im Geschäftsablauf der zuständigen Ministerien; Maßnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, insbes bei Kriminalitätsbekämpfung und Brandschutz

MdlAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7399

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Umsetzung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) in Landesrecht, insbes Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der Rohrfernleitungsverordnung von den bisher zuständigen Ländern auf die ZLS, Berücksichtigung von Änderungen aufgrund der Neuordnung des Produktsicherheitsrechts sowie aus einem geänderten Zuschnitt der bayerischen Ressorts

GesEntw
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/7753

Kritik an der Aufstockung der Zahl von Ministerien, Erinnerung an die Aufforderung der damaligen Opposition zu Beginn der letzten Wahlperiode zur Einsparung von Ministerien

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37 85-92

Kritik an der Schaffung von zusätzlichen Ministerien durch die neue LReg, Auswechslung der politischen Leitung in den Ministerien, Abbildung der politischen Schwerpunkte in den Ressorts

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244-247 249-256

Personalplanung in den Ministerien; Stellenabbauprogramm bis 2016

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461 1462 1466 1467

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Männergesundheits im Fokus

Stärkung der geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung; Unterstützung von Initiativen und Projekten zum Thema Männergesundheits; Berücksichtigung der Gesundheit von Männern bei den Gesundheitszielen des Landes; Einführung ei-

nes Männergesundheitsberichts; Ansprechpartner im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/4941

Projekte und Förderprogramme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Ziele, finanzieller Aufwand und Erkenntnisse der jeweiligen Modell- und Einzelprojekte sowie der Förderprogramme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Antr
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/5873

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg

Organisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Umorganisation des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, insbes betroffene Referate und Abteilungen, flankierende Sach- und Personalkosten, Schaffung und Besetzung zusätzlicher Leitungsstellen, Beförderungschancen der Bestandsbeamten, Anteil und Erhöhung der Zahl weiblicher Führungskräfte

KlAnfr
s. *Ministerium*
Drs 15/3481

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Unterrichtung der Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr; Verdacht der Vorabinformation der SPD-Generalsekretärin; Vorwurf der unzulässigen Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw Parlamentsangelegenheiten

KlAnfr
s. *Parteilpolitische Neutralität*
Drs 15/5039

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/5074

Verhältnis des Ministeriums und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft zu Personen, Verbänden und Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen sowie zur „Gülen-Bewegung“ selbst

Rechtliche und sonstige Gründe, die einer Veröffentlichung der Kontakte und Verbindungen mit der Gülen-Bewegung nahestehen

henden Personen oder Organisationen entgegenstehen; Vernetzung des Bundesverbands der Unternehmervereinigung (BUV) mit der „Gülen-Bewegung“; Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft mit den in der Drucksache 15/4721 namentlich genannten Organisationen; Einschätzung der „Gülen-Bewegung“

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/5492

Hintergründe der Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors D.R.

Sachstand hinsichtlich der Gründe für die Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors Daniel Rosta, insbes Schließung eines außergerichtlichen Vergleichs, Zahlung einer Abfindungssumme

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.03.2015 und
Antw MFW Drs 15/6660

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 10 - Organisation und Aufgabenanalyse im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0601 und 0603)

Mittlg RH
s. *Personalplanung*
Drs 15/7010

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 11 - IT-Neuordnung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0602, 0607 und 0610)

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/7011

Ministerium für Integration Baden-Württemberg

Asiatische Migranten: Unerkannte Potenziale im toten Winkel der Integrationspolitik?

Statistiken und Stand der Integration asiatischer Migranten in BW im Vergleich zu den anderen großen Migrantengruppen, insbes prozentualer Bevölkerungsanteil, Art der Schulabschlüsse, Deutschkenntnisse, Beschäftigungsquote und Beschäftigungsbereiche; Kontaktpflege des Landes über die vertretenen Konsulate asiatischer Länder; Branchen- und Wirtschaftskontakte zu asiatischen Ländern; Zuständigkeitsregelung für Asien im Ministerium für Integration; angemessene Vertretung asiatischer Migranten in migrationsrelevanten Gremien

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/3538

Externe und interne Kommunikation des Integrationsministeriums

Stellenbeschreibung des Mitarbeiters für „Entwicklung und Umsetzung externer und interner Kommunikationsmaßnahmen in türkischer Sprache“ in der Pressestelle des Integrationsministeriums; Eingruppierung der Stellen in der Pressestelle; verwendete Sprachen in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Integrationsministeriums; herausgehobene Rolle der türkischen Sprache

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 04.07.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3741

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen
Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr FDP/DVP 19.07.2013 und Antw LReg Drs 15/3799 (38 S.)

Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium

Hintergründe der Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes, insbes Gründe und Notwendigkeit einer externen Auftragsvergabe anstelle einer Ausarbeitung durch das Integrationsministerium bzw anderer Ministerien sowie Einbindung der Integrationsministerin in den Vorgang

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/3973

Zurückhaltung von Vergabeunterlagen

Einsichtnahme des Ltgs in die von der CDU-Fraktion und dem LtgPräs angeforderte Vergabeakte des Ministeriums für Integration; Aushändigung des Gutachtens der Berliner Kanzlei; Beteiligung des Staatsministeriums an der Abfassung der Stellungnahme des Integrationsministeriums zum Antrag der CDU-Fraktion (Drs 15/3973); Benennung der aus dem Gutachten resultierenden Arbeitsergebnisse; Aufforderung zur unverzüglichen Vorlage aller gewünschten Unterlagen

Antr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/4345

Vergabeakte zum Rechtsgutachten öffentlich und transparent machen

Einsichtnahme in die Akte zur Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes (vgl. auch Anträge und Stellungnahmen zu Drucksachen 15/3973 und 15/4345), insbes umfassende Einstufung der Vergabeakte als geheimhaltungsbedürftig, Möglichkeit der Kenntlichmachung geheimhaltungsbedürftiger Aktenteile, zeitverzögerte Vorlage; mögliche Vorteile für den erfolgreichen Bieter durch unmittelbare Kontakte zur Integrationsministerin sowie Dokumentation dieser Kontakte

Antr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/4606

Information der Kanzlei Dr. K. über eine bevorstehende Vergabe
Regeln für den Kontakt mit (potentiellen) Bietern vor Angebotsöffnung bzw Zuschlagserteilung bei einer freihändigen Vergabe; Mitteilung an den Rechtsanwalt K. über eine bevorstehende Aufforderung der später zum Zuge gekommenen Auftragnehmerin zur Angebotsabgabe; Anlass und Motivation der Integra-

tionsministerin zu dieser Mitteilung; Spezifizierung der Angaben gegenüber dem Rechtsanwalt; Zusammenhang mit der Anforderung des Gutachtens; Prüfung von Konsequenzen für das Vergabeverfahren; Aufhebung bzw Begründung der Geheimhaltungsbedürftigkeit der dem Landtag vorliegenden Vergabeakte; Erleichterung einer öffentlichen Erörterung deren Inhalts

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4821

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Umfang der Prüfung zu Vorteilen der Kanzlei K. gegenüber anderen Bietern iRd Vergabeverfahrens für das Integrationsministerium

Prüfung eines früheren Kontakts der Integrationsministerin mit dem Rechtsanwalt K.; übliche Prüfungsschritte bei Kontakten zwischen Auftraggeber und Bieter; Fortgang der inhaltlichen Umsetzung des Gutachtens der Kanzlei K.; Inhalte und Fertigstellung des Entwurfs eines Partizipations- und Integrationsgesetzes; Teilnehmer am öffentlichen Teilnahmeverfahren zur Vorbereitung des Gesetzes; Nutzen des Gutachtens im Hinblick auf eine Verkürzung des Gesetzgebungsverfahrens

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/5073

Prüfung des Integrationsministeriums durch den Landesrechnungshof

Anzweiflung der Neutralität des Landesrechnungshofs durch Mitarbeiter des Integrationsministeriums; Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom Juni 2013; Motiv der Verfasserin sowie deren Kenntnis der Funktion und der verfassungsrechtlichen Stellung des Rechnungshofs; Höhe der dem Landeshaushalt durch die Eigenständigkeit des Ministeriums seit 2011 entstandenen Kosten

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.10.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5953
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/8048 S. 97 98
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Das Integrationsministerium im Visier des Rechnungshofs

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/133 08.07.2015 S. 7961-7969

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 25 - Ministerium für Integration - Organisation sowie Haushalts- und Wirtschaftsführung (Kap 1501)

Mittlg RH
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/7025

Offene Fragen in der Verwaltungsvorschrift „VwV Deutsch für Flüchtlinge“

Sachstand zu offenen Fragen in der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen an Stadt- und Landkreise zur Förderung von Deutschkenntnissen bei Asylbewerbern und Flüchtlingen in BW („VwV Deutsch für Flüchtlinge“)

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7206

Existenzielle Kritik des Landesrechnungshofs am Bestehen des Integrationsministeriums

Sachstand zum Umgang der LReg mit der Kritik des Landesrechnungshofs an Existenz und Arbeit des Integrationsministeriums, insbes Rücknahme rechtswidriger Förderbescheide, Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom 5. Juni 2013

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.10.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7584
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.01.2016 Drs 15/8048 S. 100-102
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Beteiligung der „Islamischen Glaubengemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubengemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz, der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Ausschluss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/8032

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Personalpolitik im Kultusministerium

Ausschreibungsmodalitäten und Stellenbesetzungen im KM, insbes Aufgaben der Ministerialdirektorin und Notwendigkeit einer persönlichen Referentenstelle für diese Position

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/3118

Verpasst Kultusminister Andreas Stoch mündigen Schulleitern einen „Maulkorb“?

Kommunikationsvorgaben für Schulen und Schulleiter, insbes Auskunftsverbot zu den Anmeldezahlen an den weiterführenden Schularten

Antr
s. *Auskunfterteilung*
Drs 15/3314

Zur Rolle des Schweizer Schulunternehmers P.F. beim Totalumbau unseres Schulwesens

Rolle des Schweizer Schulunternehmers Peter Fratton in der Schulpolitik des Landes, insbes ausgeübte Funktionen, Stellenwert seiner schulpolitischen Äußerungen und Konzepte für Kultusministerium und Schulverwaltung, Aufträge und Kontakte der Schulverwaltung zu Peter Fratton bzw seiner Ehefrau, Gründe und Rechtsfolgen des Rückzugs Frattons aus seiner Beratertätigkeit für das Land; künftige Zusammenarbeit des Landes mit allen am Schulprozess beteiligten Hauptakteuren; Ursachen der schlechten demoskopischen Werte der Bildungspolitik der LReg

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3541

Die Arbeit an der Gemeinschaftsschule verdient Lob und Anerkennung

Beratertätigkeit von Peter Fratton im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Gründe für seinen Rückzug; vertragliche Vereinbarung mit seiner Ehefrau; Stellenwert individueller und kooperativer Lernformen im pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule; Rolle der Schulämter, Regierungspräsidien und Schulträger bei der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule auf kommunaler Ebene und bei den Eltern; Befürworter der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3554

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3845

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

Nachfolgeregelung bei der Leitung der interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen
Rahmenbedingungen und Verfahren der Nachbesetzung der Leitung der interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen, insbes Verbleib der Stellenansiedlung im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/3927

Gibt es ministerielle Zusagen für Gemeinschaftsschulen?

Zusagen des Kultusministeriums zur Genehmigung bzw Standortsicherung von Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der vorgegebenen Mindestschülerzahl

MdlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4105

Ist die politische Neutralität des Landeselternbeirats noch gewährleistet?

Stellenwert der parteipolitischen Neutralität von Beratungsgremien des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport; Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft im Vorstand des Landeselternbeirats BW mit einem Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag; Zulässigkeit der ehrenamtlichen Betätigung der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken als stellvertretende Vorsitzende des Landeselternbeirats

Antr
s. *Elternvertretung*
Drs 15/4114

Versetzung der Ministerialdirektorin im Kultusministerium in den einstweiligen Ruhestand

Gründe für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand; Begründung des von Seiten der Ministerialdirektorin eingelegten Widerspruchs; geplante Reaktion auf den Widerspruch; weitere Fälle von Widersprüchen oder Klagen gegen Versetzungen von Ministerialdirektoren in den einstweiligen Ruhestand durch die aktuelle LReg

KlAnfr
s. *Versetzung in den Ruhestand*
Drs 15/4149

Geschützte Begriffe des Bildungsunternehmers P.F.

Beanspruchung des Markenrechts für bestimmte, von ihm geprägte Begriffe durch den ehemaligen Berater des Kultusministeriums, Peter Fratton; Schaffung ersatzweiser Begriffe und Information der Schulen im Land über die Begriffsänderungen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4610

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?

Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemeinschaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Infor-

mationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webauftritt des Kultusministeriums

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5009

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Zusage vor Antragstellung? Ungereimheiten bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschule Salem klären

Mündliche Zusage für eine Umwandlung der Werkrealschule Salem in eine Gemeinschaftsschule; Aufklärung des Widerspruchs zwischen den Aussagen des örtlichen Schulleiters und des Ministerialdirektors im Kultusministerium in der Mündlichen Fragestunde vom 10. Oktober 2013; Konsequenzen einer rechtswidrigen Zusage; Sanktionierung einer falschen dienstlichen Erklärung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5034

Stabsstelle im Kultusministerium und Stellenbesetzungen der LReg

Besoldung des Leiters der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“; rechtliche Grundlage der Eingruppierung; Stellenbesetzungsverfahren; Dienstwagennutzung; Stellenbesetzungen in den Besoldungsgruppen B 3 und höher in den einzelnen Ministerien seit Mai 2011 sowie ihre rechtliche Basis

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/6565

Informationssperre zwischen den Schulen „aus Datenschutzgründen“

Datenschutzrechtliche Klärung zwischen dem Kultusministerium und dem Landesdatenschutzbeauftragten zur Nichtweitergabe der Grundschulempfehlung an die aufnehmende Schule

MdlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/6814

Sponsoring im Kultusbereich 2014

Sachstand zum Sponsoring für Projekte des Kultusministeriums, insbes Spendenhöhe, Angabe der Sponsoren und der geförderten Projekte

Antr
s. *Sponsoring*
Drs 15/7322

kw-Stellen im Kultushaushalt

Sachstand zum geplanten Abbau von Lehrerstellen an den baden-württembergischen Schulen, insbes tabellarische Darstellung der kw-Stellen an den verschiedenen Schularten mit den zugehörigen Besoldungsstufen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/7920

Beteiligung der „Islamischen Glaubensgemeinschaft IGBW e.V.“ am Projektbeirat Islamischer Religionsunterricht des Kultusministeriums (Projektbeirat)

Sachstand zur Einbindung der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG) als größtem Einzelmitglied in der „Islamischen Glaubensgemeinschaft BW“ (IGBW) in den neuen Projektbeirat „Islamischer Unterricht“, insbes vor dem Hintergrund der Bewertung der IGMG durch den Verfassungsschutz, der unterschiedlichen Bewertung des Gefährdungspotenzials der IGBW durch Kultus- und Integrationsministerium, dem Ausschluss der IGBW aus dem theologischen Beirat am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Tübingen

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/8032

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim

Stellenwert der landwirtschaftlichen Ausbildung in Stuttgart-Hohenheim; Zustand der Gebäude und Gewächshäuser; Sanierungsvorhaben; jährliche Aufwendungen für das Land als Träger der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart über einen Neubau des Schulgebäudes; Bedingungen einer Übertragung der Trägerschaft an die Stadt Stuttgart; Vorschlag der Beibehaltung der zwischen Stadt und Land geteilten Zuständigkeit; Bereitstellung eines Grundstücks durch das Land und Übernahme der Baukosten durch die Stadt; Übertragung der Zuständigkeit innerhalb der LReg an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3614

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Auskunft über vorhandene Gewächshausflächen; Nutzung des Gewächshauses „Klimatron“ für Forschungsprojekte; Darlegung des Rechtsverhältnis zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft (SfG); gesetzliche Pflichten des Schulträgers zur Weiterführung der Schule, zu ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln; Budgetierung im Haushalt der Universität Hohenheim; Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Land und der Stadt Stuttgart über einen Neubau und die Frage der Trägerschaft; Übertragung der Zuständigkeit in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3645

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 12 - Bürokommunikationssystem im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (Kap 0801)

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/3812

Operationelles Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für BW

Anteil und Umfang der Mittelbereitstellung aus dem EFRE-Fonds der EU für Förderprogramme aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, insbes konkrete Ausgestaltung des Wettbewerbs „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit (RegioWIN)“

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/3770

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5332

Organisation und Finanzierung der Veranstaltungsreihe „Verbraucher 60+: Energie und Kosten senken“

Gründe für die Absage der Veranstaltungsreihe im Sommer 2014; Absage von Veranstaltungen zum Thema „Energie und Kosten sparen“ im Jahr 2013; Ausgaben für Organisation, Vorbereitung und Bewerbung der Veranstaltungsreihe; Zuständigkeit und spezielle Kompetenzen des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für diesen Themenkreis; Abgrenzung zur Tätigkeit der baden-württembergischen Verbraucherschutzorganisationen

KlAnfr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5563

Umstrukturierung der Fischereibehörden

Verlagerung der Obersten Fischereibehörde des Landes in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung 5 (Waldwirtschaft, Landesbetrieb Forst BW) innerhalb des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Gründe für diese Umstrukturierung; personelle Veränderungen; Folgen für die zum Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg gehörende Fischereiforschungsstelle Langenargen; Anpassung der Zuständigkeiten für das Fischereiwesen in den Regierungspräsidien

Antr
s. *Fischereiverwaltung*
Drs 15/6341

Wahrheitsgehalt der Stellungnahme des Ministers für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 5. Februar 2015 zur Umstrukturierung der Fischereiverwaltung

Rückfragen zur Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in der Landtagsdrucksache 15/6341 zur Umstrukturierung der Fischereiverwaltung, insbes Hintergründe zur Veränderung der Zuständigkeiten für die Fischerei innerhalb der Abteilungsstruktur des Ministeriums

Antr
s. *Fischereiverwaltung*
Drs 15/6498

Umsetzung des KMU-Checks und KMU-Alarms

Sachstand zur Umsetzung eines „KMU-Checks“ und „KMU-Alarms“ für kleinere und mittlere Unternehmen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

MdlAnfr
s. *Klein- und Mittelunternehmen*
Drs 15/7139

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 12 - Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild und Fischerei BW (Kap 0819)

Mittlg RH
s. *Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild ..*
Drs 15/7012

Forschungsauftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Sachstand zu Forschungsinhalten des vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beauftragten und von der Zeppelin Universität und der Copenhagen Business School durchgeführten Forschungsprojektes „Do people like nudges?“

KlAnfr
s. *Forschungsprojekt*
Drs 15/7478

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Dialogkampagne der LReg zur Energiewende

Ziele, Kosten und Veranstaltungen der Dialogkampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft BW zur Energiewende; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen zur Beschränkung der Öffentlichkeitsarbeit der Exekutive in der Vorwahlzeit

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/3629

Vergabepaxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftssysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4499

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten der Kampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft; mit der Durchführung der Kampagne beauftragte Firmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Personal- und Sachkosten für die Durchführung der Kampagne innerhalb der Landesverwaltung; Bekanntheitsgrad der Kampagne bei den Bürgern; Besuch der Internetseite der Kampagne und Nutzung der interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/4500

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - Vergabeverfahren, detaillierte Kosten und Weiterentwicklung

Durchführung der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Personal- und Sachkosten, Auftragsvergabe, Betreuung der Internetseite www.50-80-90.de; Abwicklung der Kampagne wegen Erfolgslosigkeit

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5063

Weitere Nachfragen zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten, Auftragsvergabe und Bekanntheit der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5380

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - weitere offene Fragen

Sachstand zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Wirkung, Mitteleinsatz sowie Auswahl und Honorar des Politikberaters N.H.

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6198

Grüne Vorratsdatenspeicherung

Sachstand zur nicht vorgenommenen Löschung personenbezogener Daten der Mitarbeiter des ehemaligen Umweltministeriums

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/7314

Beweisverwertung nach rechtswidriger Vorratsdatenspeicherung

Sachstand zur Verwertbarkeit personenbezogener Daten aus der („wahrscheinlich“) rechtswidrigen Vorratsdatenspeicherung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft für das Beweisverfahren des Untersuchungsausschusses

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/7315

Umsetzung des Sanierungsfahrplans

Sachstand zur Verzögerung bei der Bereitstellung des gebäudeindividuellen energetischen Sanierungsfahrplans durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

KlAnfr
s. *Bausanierung*
Drs 15/7363

Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg

Umsetzung der Gesundheitsstrategie der LReg im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Ziele und Stand der Umsetzung; Kriterien und Vergabeverfahren bei der Beauftragung externer Dienstleister; Beauftragung einer dem Amtschef des Ministeriums nahestehenden Person; Konditionen für die Dienstleistung

KlAnfr
s. *Betriebliche Gesundheitsförderung*
Drs 15/3848

Ministerielle Intervention und kommunale Selbstverwaltung

Gründe, rechtliche Voraussetzungen und Folgen der direkten Intervention des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur nach einer Bürgeranfrage in die Zuständigkeit einer Kommune bei der einer Änderung eines kommunalen Flächennutzungsplans (FNP), insbes Vereinbarkeit mit der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie

KlAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltung*
Drs 15/3867

Seitenstreifenfreigabe auf der A 6

Unterschiedliche Positionen des Verkehrsministeriums und des RegPräs Stuttgart zur Freigabe der Seitenstreifen der A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und Bretzfeld für den Verkehr

MdlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/4248

Veranstaltungen - „RadKULTUR BW“

Auflistung der vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur im Jahr 2013 durchgeführten Veranstaltungen und deren Kosten; für 2014 geplante Veranstaltungen; Erkenntnisse aus den Veranstaltungen; Subventionierung einer RadCouture-Modeshow im Jahr 2013; Kritik des Bunds der Steuerzahler an den Ausgaben für die Veranstaltungen zur „RadKULTUR BW“

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4763

Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur BW im Zusammenhang mit dem Bahnprojekt Stuttgart-Ulm

Vorgangsweise des Verkehrsministeriums bei einem Gutachten der Karlsruher Verkehrsplaner PTV zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm, insbes Auftragsvergabe, Themenbereichsvorgabe, Ergebnisse und Veröffentlichung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/4926

„Grüner Filz“ - Leistungen der K. GmbH u.a. für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Gutachten, Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen der KCW GmbH für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) oder die Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW); Ausschreibung, Beauftragung und Auftragsvolumina der einzelnen

Aufträge; Gesamtvolumen der an die KCW GmbH gegangenen Aufträge; Gründe für den Verzicht auf eine Leistungserbringung durch die NVBW; Anzahl und finanzielles Volumen der durch weitere externe Dienstleister für das MVI oder die NVBW erbrachten Leistungen

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4972

Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens „Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken“ der K. GmbH

Zweck und Auftraggeber des Gutachtens für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI); Gründe für eine externe Vergabe; Leistungsbeschreibung und Preiskalkulation bei der Direktvergabe an die KCW GmbH; Inhalt, Umfang und Verfasser des Gutachtens im MVI und interne Vermerke; Nutzen des Gutachtens; inhaltliche Überschneidungen zwischen dem Gutachten und einem iRd sogenannten Schlichtungsverfahrens zu Stuttgart 21 im November 2010 gehaltenen Vortrag; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5256

Lärmschutz in BW - Maßnahmen zur Vermeidung von Lärm

Sachstand zu durchgeführten und geplanten Maßnahmen, Initiativen und Vorhaben des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zum Lärmschutz und zur Lärmvermeidung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/5541

Offen gebliebene und neue Fragen im Zusammenhang mit dem Antrag „Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens 'Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken' der K. GmbH“ (Drs 15/5256) - Auftragsvergabe

Wortlaut des Auftrags vom Juni 2011 an die KCW GmbH; Höhe der vereinbarten Kosten; Art der Auftragserteilung; Erweiterung bzw Aufstockung des Auftrags im August 2011; Inhalt und rechtliche Gestalt des Auftrags; Vereinbarung der schriftlichen Ausführung der Beratungsergebnisse; Art und Adressat der am Jahresende 2011 erbrachten Beratungsleistung; Information der Fachabteilungen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Übergabe der „nachlaufenden Dokumentation“; Anforderungen der schriftlichen Zusammenfassung der Beratungsergebnisse

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5608

Neue Impulse für die Entwicklung Baden-Württembergs zur Pionierregion für Nachhaltige Mobilität

Erkenntnisse des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur aus einer Delegationsreise in vier europäische Länder für die Entwicklung der Nachhaltigen Mobilität und Übernahme in das Handlungskonzept der LReg

KlAnfr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6920

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 19 - Gutachten und Beratungsleistungen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (Kap 1303, 1304 und 1306)

Mittlg RH
s. *Gutachten*
Drs 15/7019

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5332

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften

Ausdehnung des Ernennungsrechts für weitere Besoldungsgruppen bei Hochschullehrern und Beamten im wissenschaftlichen Dienst auf das Wissenschaftsministerium und die Universitäten und Hochschulen im dortigen Geschäftsbereich

GesEntw
s. *Ernennung zum Beamten*
Drs 15/5837

Stellenbesetzungen im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst BW

Hintergründe zum Stellenbesetzungsverfahren für die Stelle des Referatsleiters „Grundsatzangelegenheiten, Theater, Festspiele und Literaturförderung“ im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst BW

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/6206

Möglicherweise rechtswidrige Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Hintergründe zur Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Bewertung durch Rechtsgutachten, Informationsstand und -weitergabe innerhalb des Wissenschaftsministeriums und gegenüber der Staatsanwaltschaft, Aufklärung möglicher Rechtsverstöße

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/6218

Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Behörden mit Vorgängen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zulagengewährung durch die zuständigen Behörden; Kenntnis der Richtlinie zur Vergabe von Zulagen bei den Behördenleitungen; Auskunft über den Vorgang der „rechtskonformen Umdeutung“ der Zulagen; Wortlaut der Unterrichtung des Wissenschaftsministeriums; Argument des Vertrauensschutzes; Hinzuziehung weiterer Behörden zur Aufklärung der Vorgänge an der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg; Inhalt der von der Hochschulleitung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zulagengewährung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/6349

Ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ein Einzelfall oder ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch in anderen Fällen der Gewährung von Zulagen seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde nicht gerecht geworden?

Überwachung der Vergabe von Leistungs- und Funktionszulagen durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Auskunft über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße seit dem 1. Januar 2011; Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf Widersprüche und Beschwerden vonseiten der Hochschulen; Hilfestellung für die Hochschulleitungen bei der Zulagenvergabe; Festlegung von Kriterien für die Vergabe von Zulagen

Antr
s. Dienstaufsicht
Drs 15/6416

Engagement des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und seiner Ministerin angesichts einer Resolution zu den Zuständen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Sachstand zum Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit der „Resolution der erweiterten Fakultätsvorstände der Fakultäten I und II“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg vom 14. März 2014, insbes Position und Engagement der Ministerin, Überprüfung dienstrechtlicher Vergehen in Bezug auf die Hochschule bzw ihre Angehörigen

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7131

Ergebnis der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg eingesetzten Kommission

Sachstand zu den Ergebnissen der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg eingesetzten Kommission, insbes Zahl und Mitwirkung an den unterschiedlichen Berichtsversionen, ausgesprochene Empfehlungen für bestimmte Personengruppen oder Personen, Überlegungen des Ministeriums zu personellen Folgen an der Hochschule

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7596

Einsetzung einer Kommission durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg

Sachstand zur Einsetzung einer Kommission des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Zielsetzung und Auftrag, Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Aktenführung und Akteneinsichtnahme

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7598

Inwieweit befasste sich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bzw die Ministerin mit Initiativen der Landtagsfraktion der SPD und GRÜNE zu Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg?

Kommunikation zwischen dem Ministerium und den Fraktionen über die Situation an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg; Berücksichtigung von Vorschlägen der Fraktionen; Unterrichtung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel, über geplante Maßnahmen; Verfahren zur Wiederbesetzung der Stelle der Hochschulleitung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7655

Ministerpräsident

Wahl von Winfried Kretschmann zum MinPräs des Landes BW am 12.05.2011 und Vereidigung des MinPräs
PIPr 15/2 12.05.2011 S. 13 14

Stuttgart 21: Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann und Positionierung des MinPräs

Aufklärung der o.g. Widersprüche, Frage nach Kenntnissen des MinPräs über die fortlaufende Unterrichtung der LReg über die Ergebnisse des Stresstests durch die Bahn AG

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/180

Einsatz des Dienst-Kfz des Ministerpräsidenten

Klärung des Widerspruchs zwischen dem aktuell erklärten Verzicht auf ein gepanzertes Fahrzeug und dem mit Sicherheitsgründen gerechtfertigten Einsatz dieses Fahrzeugs anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2011 in Lübeck; Frage nach der mit dem MinPräs in Lübeck zurückgelegten Strecke

sowie nach den Kosten für den dortigen Einsatz des Dienstwagens

Antr
s. *Dienstwagen*
Drs 15/1152

Polizeireform - Anzahl der künftigen regionalen Präsidien

Gründe für die Überlegungen des MinPräs zu einer Erhöhung der Zahl von zwölf geplanten Polizeipräsidien auf 14, Vereinbarkeit des Verzichts auf eine Weiterverfolgung dieser Überlegungen mit der Richtlinienkompetenz des MinPräs; Vorlage aller zugrunde liegenden Unterlagen für die Entscheidungen über Anzahl und Sitze der künftigen Polizeipräsidien und Raumstrukturen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1721

Ergebnisse des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ergebnisse der Gespräche über den „Fluglärm-Streit Flughafen Zürich“, die „Elektrifizierung der Hochrheinbahn“ u.a. Themen

KlAnfr
s. *Schweiz*
Drs 15/1761

Information über die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Ländern über die Ratifizierung des Fiskalvertrags durch den Ministerpräsidenten

s. *Finanzpolitik*
PIPr 15/41 S. 2251

Rüge des Rechnungshofs durch den Ministerpräsidenten

Umgang des MinPräs mit der Forderung des RH zur schwarzen Null in den Haushalten ab 2015

MdlAnfr 4) Klaus Herrmann CDU 16.07.2012 Drs 15/2089
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2473-2475

Position des Ministerpräsidenten zu den Beamtinnen und Beamten des Landes BW

Position und Planungen des Ministerpräsidenten zur Besoldung und Versorgung der Beamten des Landes BW

MdlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/3731

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

Umgang des Ministerpräsidenten Kretschmann und der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre

Umgang des MinPräs bzw der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschuss „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“, insbes Kontakte zu den Landtagsfraktionen von SPD und Grünen sowie zu nicht dem Landtag angehörenden Personen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.12.2014 und
Antw StM Drs 15/6268

Veranstaltungen zur Verabschiedung von Mitarbeitern des Ministerpräsidenten

Sachstand zur Durchführung von Veranstaltungen zur Verabschiedung von Mitarbeitern des MinPräs, insbes rechtliche Vorschriften, Kostenträgerschaft, Umfang des organisatorischen Aufwands

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 15/6430

Umgang mit zeitlich befristeten Wechseln im Umfeld des Ministerpräsidenten

Hintergrund zu einem zeitlich befristeten Wechsel in der Leitung des persönlichen Büros des Ministerpräsidenten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.03.2015 und
Antw StM Drs 15/6564

MINT-Fächer

s. *MINT-Wissenschaften*

MINT-Wissenschaften

Außerschulische Bildung - MINTech-Zentrum Bad Saulgau

Höhe der für die außerschulische Bildung vorgesehenen Haushaltsmittel; Erkenntnisse über die Qualität der Bildungseinrichtungen im MINT-Bereich sowie über den Beitrag dieser Einrichtungen zur Behebung des Fachkräftemangels; Bewilligung und finanzielle Förderung des in Bad Saulgau geplanten MINTech-Zentrums

Antr
s. *Außerschulische Jugendbildung*
Drs 15/2599

MINT-Programm „mikromakro“

Hintergründe, Durchführung und Ergebnisse des Programms „mikromakro“ zur Talentförderung von Schülern im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik); Finanzierung und weitere Planung des MINT-Programms und Vergleich mit anderen Wettbewerben aus dem MINT-Bereich

Antr
s. *Schülerwettbewerb*
Drs 15/2822

Auswirkungen von koedukativem Unterricht im Bereich der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik (MINT-Fächer)

Auswirkungen koedukativer Unterrichtsformen im Bereich der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik (MINT-Fächer) auf den Lernerfolg und Übergangverhalten von Mädchen und Jungen; Einführung monoedukativer bzw genderspezifischer Unterrichtsangebote

Antr Sabine Wölfle u.a. SPD 24.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3864
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897 S. 32 33
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

3. IQB-Länderbericht 2012 - Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP

Beurteilung der Ergebnisse des 3. Länderberichts 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Ursachen der schlechten Bewertung BW; Einfluss der Schulstruktur auf die Schulleistungen; Umsetzung der bildungspolitischen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Datenerhebung; Maßnahmen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den vergangenen zwei Jahren; Stärkung der Kompetenzen der Schüler in den sogenannten MINT-Fächern

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4170

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbesondere in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr
s. *Frau*
Drs 15/4244

Programme zur Motivation für MINT-Berufe in BW

Bedeutung und Initiative für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in BW, insbes Programme zur Motivation für MINT-Berufe für Frauen; Bewertung der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an MINT-Berufe durch Schule, naturwissenschaftlich-technische Jugendbildung und Science-Center

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 13.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4578
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/5052 S. 6 7
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Außerschulische Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)

Tätigkeit und Förderung außerschulischer Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), insbes geltende Förderkriterien, Zusammenarbeit mit Schulen, Verankerung von Technikmuseen und Schülerforschungszentren; Eignung des Museums Erlebnispark Fördertechnik in Sinsheim als außerschulischer Lernort

Antr
s. *Außerschulischer Lernort*
Drs 15/4683

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht
Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasystemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Un-

terricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5340

Girls'Day Akademie

Zielgruppe, Angebote und jährliche Teilnahme an der Girls'Day Akademie; Förderung des Interesses von Mädchen für MINT-Berufe; Bewertung der Girls'Day Akademie durch Bildungs- und Unternehmensverbände; finanzielle Unterstützung durch das Land; Einrichtung einer Boys'Day Akademie

Antr
s. *Berufswahl*
Drs 15/5343

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbunds durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbunds für die Lehrerbildung

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/6307

Etablierung des Konzepts „Spurwechsel - Techniker dual“ als Modellprojekt

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen in den MINT-Fächern (Fächerverbund Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik); Ausweitung des Modellprojekts „Spurwechsel - Techniker dual“ als schnellen und persönlichen Weg für Studienabbrecher zu einem Berufsabschluss

KIAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 13.05.2015 und Antw MWK Drs 15/6889

MINT-Ausbildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vom Kindergarten bis zum Schulabschluss

Sachstand zur Ausbildung in den MINT-Fächern an den Schulen, insbes Weckung von Interesse und Motivation für MINT-Themen, Einrichtung von MINT-Beauftragten an den Schulen, Reduktion von Mathematik und Informatik am Gymnasium, Kooperation von Schulen bei Beschaffung und Betreuung von Geräten

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 23.09.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7427 (13 S.)

Mischfahrplan

s. *Fahrplan*

Missbräuchliche Steuergestaltung

s. *Steuerungsumgehung*

Missbrauch von Sozialleistungen

s. *Leistungsmissbrauch*

Missbrauch zu sexuellen Handlungen*s. Sexueller Missbrauch***Misshandlung***s.a. Beschneidung**Kinderschutzambulanzen an pädiatrischen Zentren*

Weiterentwicklung des Themas Kinderschutz und Prävention von Kindesmisshandlungen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/885; Einrichtung von Kinderschutzambulanzen an den Kinderkliniken und Vernetzung mit den vorhandenen Hilferberatungsstellen und Jugendämtern; Angebot von Formen der aufsuchenden Hilfe für Risikogruppen, z.B. über ein Hebammenprogramm; Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen

Antr
s. Kinderschutz
 Drs 15/1779

Zentrale Kinderschutzambulanz für BW

Einrichtung einer zentralen Kinderschutzambulanz an einem der rechtsmedizinischen Institute in BW zur Bereitstellung einer kompetenten Beratung für Ärzte und Psychologen bei Verdachtsfällen auf Kindesmisshandlung sowie entsprechender Weiterbildungs- und Schulungsangebote

Antr
s. Kinderschutz
 Drs 15/3827

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr
s. Ambulante Behandlung
 Drs 15/3944

Mitarbeiterauswahl*s. Personalauswahl***Mitarbeiterbefragung***s. Umfrage***Mitarbeiterbestand***s. Personalbestand***Mitarbeiterzahl***s. Personalbestand***Mitbestimmung**

s.a. Bürgerbeteiligung
s.a. Gewerkschaft

*s.a. Mitwirkung im Schulwesen**s.a. Personalvertretung**s.a. Personalvertretungsrecht**Abschaffung der Studiengebühren und Mitbestimmung der Studierenden über die Mittelverwendung an Hochschulen*

Rechtsgrundlagen und Praxis der bisherigen und künftigen Mitsprachemöglichkeiten der Studierenden über die Verwendung der Studiengebühren bzw nach deren Abschaffung über die Kompensationsmittel aus dem Landeshaushalt für die einzelnen Hochschulen; Akzeptanz der bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten und Mittelverwendung; Beibehaltung der Studiengebühren bzw vollumfängliche Ersetzung der wegfallenden Mittel im Falle einer Abschaffung unter Berücksichtigung steigender Studentenzahlen

Antr
s. Studiengebühren
 Drs 15/305

Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze

Stärkung der studentischen Mitbestimmung durch die Einführung von Studentenparlamenten, Wahrnehmung der fachlichen und hochschulpolitischen Belange der Studierenden, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts über die Verwendung von Studiengebühren; Änderung des StudentenwerksGes und des LandeshochschulgebührenGes

GesEntw
s. Hochschulrecht
 Drs 15/416

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Weiterentwicklung der studentischen Mitbestimmung

Mittlg LReg
s. Student
 Drs 15/454

Hochschulräte in BW

Gründe und Auswirkungen der angekündigten Umwandlung in reine Beratergremien; Bewertung der Ergebnisse einer Umfrage zur Mitwirkung der Hochschulräte im Aufsichtsrat der Hochschulen; Verzicht auf die Umwandlungspläne, Weiterentwicklung der Mitwirkungs- und Entscheidungskompetenzen der Hochschulräte

Antr
s. Hochschulrat
 Drs 15/1325

Zusammensetzung und Kompetenzen der Aufsichtsräte/Hochschulräte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Kompetenzen, Auswahlkriterien und Amtsdauer der Hochschulräte an den einzelnen Hochschulen; Vertretungsanteile der hochschulinternen Gruppen und gesellschaftlichen Interessenverbände, von Frauen und Gleichstellungsbeauftragten

KlAnfr
s. Hochschulrat
 Drs 15/1587

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-

Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 15/1600

Erste Bewertung der Verfassten Studierendenschaft

Personeller, organisatorischer und finanzieller Aufwand zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft; Interesse und Beteiligung der Studierenden; erste Bilanz über die erhobenen Beiträge und ihre Verwendung

Antr
s. Studentenschaft
Drs 15/5191

Erfahrungen mit der Verfassten Studierendenschaft an Universitäten und Hochschulen in BW

Bilanz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft; Ursachen der geringen Beteiligung an der Wahl des Gremiums; Verabschiedung der Satzung sowie nachträgliche Satzungsänderungen an den Hochschulen; Erhebung und Verwendung von Beiträgen nach § 65 a Landeshochschulgesetz; Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitungen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als übergeordneter Instanz; Existenz von Doppelstrukturen durch den Fortbestand von Studierendenvertretungen mit Vereinsstatus

GrAnfr
s. Studentenvertretung
Drs 15/6449

Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz)

Übertragung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung der Hochschulen; Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 280 Euro pro Semester und Studenten in grundständigen Studiengängen und in konsekutiven Masterstudiengängen; verpflichtende Beteiligung der Verfassten Studierendenschaft bei der hochschulinternen Verteilung von Qualitätssicherungsmitteln; Kapazitätsneutralität der aus Qualitätssicherungsmitteln finanzierten Maßnahmen und Stellen

GesEntw
s. Hochschulfinanzierung
Drs 15/6653

Unterstützung der Blockupy-Demonstrationen anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg, insbes Ergebnis der rechtsaufsichtlichen Überprüfung durch die Universität Heidelberg, Veränderungen hinsichtlich bestehender Regelungen der Verfassten Studierendenschaften zur Gewährleistung weltanschaulicher und parteipolitischer Neutralität

Antr
s. Demonstration
Drs 15/6926

Erweiterung der studentischen Mitbestimmung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52

Schaffung neuer Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Studierenden an den Hochschulen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 284 291

Problematik einer Verfassten Studierendenschaft, Eintreten für ein Studentenparlament als zentrales Mitbestimmungsorgan

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 630-636

Stärkung der Mitbestimmung der Studierenden über die Verwendung der Kompensationsmittel nach Abschaffung der Studiengebühren, Ankündigung der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 992 994 996 997

Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1407

Mitbestimmung an Hochschulen

s. *Mitbestimmung*

Mitbestimmung an Schulen

s. *Mitwirkung im Schulwesen*

Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst

s. *Personalvertretungsrecht*

Mittagessen

s. *Verpflegung*

Mittel- und osteuropäische Länder

s. *MOE-Staaten*

Mitteuropa

s.a. *MOE-Staaten*

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitumstellung in Mitteleuropa und ihre Abschaffung

Volkswirtschaftliche Kosten der Zeitumstellung in BW, Deutschland und Europa; Nutzen der Zeitumstellung; Auswirkungen der Zeitumstellung auf Menschen, Tiere, Umwelt und Wirtschaft; Begründung des Festhaltens an der Zeitumstellung; erforderliches Verfahren zur Abschaffung der Sommerzeit; Engagement für eine Abschaffung der Zeitumstellung in Mitteleuropa

Antr
s. *Sommerzeit*
Drs 15/4436

Mittelfristige Finanzplanung

Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2015

Mittlg MFW 19.12.2011 Drs 15/1003

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.01.2012 Drs 15/1119

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016

Mittlg MFW 20.11.2012 Drs 15/2562
 PIPr 15/52 28.11.2012 S. 2994
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 30.11.2012 Drs 15/2618
 PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316

Entwicklung der Zinsbelastung des Landeshaushalts

Höhe des durchschnittlichen Zinssatzes in den Jahren 2006, 2007 und 2008 für die Kreditmarktschulden des Landes; Höhe der in der mittelfristigen Finanzplanung für 2008 bis 2012 sowie der darauffolgenden Jahre einkalkulierten Zinssätze; Tilgungsplan; Höhe der tatsächlichen in den Jahren 2009 bis 2012 gezahlten Zinssätze; Kalkulation des Zinsniveaus für alte und neue Kredite in der mittelfristigen Finanzplanung für die Doppelhaushalte 2013/2014 und 2015/2016; Schuldentilgung in den kommenden Jahren

Antr
 s. *Zins*
 Drs 15/4024

Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2017

Mittlg MFW 04.12.2013 Drs 15/4412
 PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5107
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.12.2013 Drs 15/4442
 PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5223-5242

Rating der Kreditwürdigkeit von BW

Auftrag zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes; Datum der Auftragsvergabe, Auswahl der Ratingagentur sowie Kosten des Ratings; Datengrundlage und Stichtag; Gewichtung der mittelfristigen Finanzplanung; Berücksichtigung bestimmter Konsolidierungsmaßnahmen; künftige Ratings

KlAnfr
 s. *Rating*
 Drs 15/4883

Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2018

Mittlg MFW 14.11.2014 Drs 15/5962
 PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6763
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.11.2014 Drs 15/6018
 PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7044-7063

Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2019

Mittlg MFW 26.11.2015 Drs 15/7701
 PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8575
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7772
 PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8680-8699

Mittelmeer*Europäische Flüchtlingspolitik*

Sachstand zur Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union, insbes Flüchtlingszahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und in BW, Möglichkeiten zur Erweiterung der legalen Zuwanderung, Überwachung der Einhaltung der Rechts- und Sozialstandards bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern, Unterbindung der Aktivitäten organisierter Schlepper, Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms im Mittelmeer, Mitwirkung der LReg an einer gesamteuropäischen Flüchtlingsstrategie

Antr
 s. *Flüchtlingspolitik*
 Drs 15/6774

Mittelständisches Unternehmen

s. *Mittelstand*

Mittelstand

s.a. *Handwerk*
 s.a. *Klein- und Mittelunternehmen*

Strukturwandel E-Mobilität und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Förderung des Wandels zur E-Mobilität in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern, Einschätzung der Wachstumspotenziale für konventionelle und neue Antriebstechnologien, Beurteilung der Aussagen einer Studie der IHK Region Stuttgart über Defizite der mittelständischen Automobilzulieferindustrie, Maßnahmen zur Verbesserung deren Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers in diese Unternehmen, Hinwirkung auf eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

Antr
 s. *Elektromobilität*
 Drs 15/250

Förderprogramme des Landes für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU)

Volumina und Zuwendungen der o.g. Förderprogramme in den letzten fünf Jahren, gestellte Anforderungen an die Antragsteller und bewilligenden Stellen, Art und Ergebnisse der Erfolgsbewertung; Weiterentwicklung der Programme in Abstimmung mit den Akteuren in der Wirtschaft

Antr
 s. *Wirtschaftsförderung*
 Drs 15/879

Busförderprogramm mittelstandsfreundlich gestalten

Änderung der Busförderrichtlinie 2012: Übernahme der Bedingungen der Förderrichtlinie 2011, Gewährung der vollen Förderung auch für Fahrzeuge ab der Euro-5-Norm sowie der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Euro-6-Norm ab deren Serienverfügbarkeit, Unterrichtung des Verkehrsausschusses

Antr
 s. *Omnibus*
 Drs 15/1630

Präqualifikation und „Eigenerklärung“ von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der öffentlichen Vergabe

Inanspruchnahme und Kosten der Aufnahme von Bauunternehmen in die bundesweite Liste der präqualifizierten Unternehmen; Entlastung von Wirtschaft und Verwaltung durch eine Entbürokratisierung und Kostenvergünstigung der o.g. Verfahren

Antr
 s. *Öffentlicher Auftrag*
 Drs 15/1702

Bürgschaften des Landes für kleine und mittlere Unternehmen in der Insolvenz

Entwicklung der o.g. Bürgschaften seit 2002; Rechtsgrundlagen, Voraussetzungen und Entscheidungsträger

Antr
 s. *Bürgschaft*
 Drs 15/1932

Mietpreisentwicklung im Haus der Wirtschaft seit Regierungswechsel

Vereinbarkeit des Anstiegs der Mietpreise mit dem Ziel der Förderung der Wirtschaft, insbes des Mittelstands; Darlegung der Auslastung der Räumlichkeiten differenziert nach Nutzern und Veranstaltungsformen sowie des Kostendeckungsgrads

KlAnfr
s. *Haus der Wirtschaft*
Drs 15/1940

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr
s. *Kredit*
Drs 15/2055

Weiterentwicklung der Bürgschaftsbank

Wirksamkeit staatlicher Bürgschaften zur Wirtschaftsförderung, Auflistung der geförderten Vorhaben in den letzten Jahren, Beurteilung der Geschäftsentwicklung der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft im nationalen Vergleich; Bewertung der Programme „Energieeffizienzfinanzierung Mittelstand“ der L-Bank; Fortführung der Startfinanzierungshilfen für junge Unternehmen; Anhebung der Bürgschaftsobergrenze der Bürgschaftsbank

Antr
s. *Bürgschaft*
Drs 15/2056

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr
s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*
Drs 15/2161

Grüne Citymaut-Pläne in BW - Pendler, Mittelstand und Einzelhandel in Gefahr

Aktuelle Debatte
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
PIPr 15/46 S. 2559

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in eu-

ropäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditverteilung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr
s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*
Drs 15/2820

Rot-grüne Steuerpläne für Deutschland - das Ende von Mittelstand und Mittelschicht in BW

Aktuelle Debatte
s. *Steuerpolitik*
PIPr 15/66 S. 3987

Die Steuerbeschlüsse der Grünen - ein Angriff auf Mittelstand und Mittelschichten in BW

Aktuelle Debatte
s. *Steuerpolitik*
PIPr 15/67 S. 4007

Verdrängung des regionalen mittelständischen Handwerks - die grün-roten Pläne zur Änderung der Gemeindeordnung

Aktuelle Debatte
s. *Handwerk*
PIPr 15/101 S. 6029

Mindestlohn in Handwerk und Mittelstand: Was von der guten Absicht in der Praxis ankommt

Aktuelle Debatte
s. *Mindestlohn*
PIPr 15/138 S. 8283

Kritik an der fehlenden Erwähnung des Mittelstands in der Regierungserklärung, Bewertung als Rückgrat der Wirtschaft im Land

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 43 60 67 69-71 90

Feststellung einer höheren Frauenquote in Führungspositionen beim Mittelstand; Dramatik des Fachkräftemangels im Mittelstand

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 195 198 199

Anstehende Betriebsübergaben im Mittelstand, Feststellung einer zusätzlichen Belastung durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 975

Fortführung der Mittelstandsförderung durch die neue LReg, Unterstützung der Innovationskraft des Mittelstands

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423-1432

Fortführung des Busförderprogramms für die kleinen und mittelständischen Busunternehmen

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1573-1579

Bewertung der anvisierten Steuererhöhungen als Anschlag auf die Leistungsfähigkeit des Mittelstands

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2278 2284

Mittelstandsbericht*Mittelstandsbericht 2015*

Mittlg LReg 07.09.2015 Drs 15/7360
 PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7527
 PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Mittelstandspolitik

Bürokratie abbauen und Liquidität von Handwerk und Mittelstand verbessern - Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben rückgängig machen

Rücknahme der im Jahr 2005 erfolgten Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge; Befürwortung dieses Anliegens im Bundesrat

Antr
s. Versicherungsbeitrag
 Drs 15/5129

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten - Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 Drs 15/6497

Mittlere Reife

s. Schulabschluss

Mittlerer Bildungsabschluss

s. Schulabschluss

Mittlerer Dienst

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. Finanzverwaltung
 Drs 15/447

Mittlerer Oberrhein, Region

Landesstraßen in BW

Verkehrsaufkommen und -prognosen auf den Landesstraßen in der Region Mittlerer Oberrhein; Höhe der seit 2000 investierten Mittel für Neubau-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen; Stand der Planung und Realisierung von Landesstraßenprojekten in der Region

Antr
s. Landesstraße
 Drs 15/1066

Mittlerer Schlossgarten

s. Schlossgarten Stuttgart

Mitwirkung im Schulwesen

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Ermöglichung der Vollmitgliedschaft von Schülern der Schulen in freier Trägerschaft im Landesschülerbeirat

GesEntw
s. Schulrecht
 Drs 15/941

Haushalt 2012; Epl 04

Rücknahme der Kürzungen für den Landesschülerbeirat und Landesschülerbeirat

ÄAntr GRÜNE und SPD 19.01.2012 Drs 15/1104-33 S. 103
 104
 PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Regierungsbefragung

Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten

s. Schule
 PIPr 15/50 S. 2895

Anforderungen der Landesverfassung an Elternbeiratswahlen

Regelung der Elternmitwirkung an Privatschulen; Schaffung gesetzlicher Vorgaben für die Ausgestaltung der Elternvertretung an den staatlich anerkannten Ersatzschulen

KIAnfr Johannes Stober SPD 28.03.2013 und Antw KM Drs 15/3301

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KIAnfr
s. Schulentwicklung
 Drs 15/3600

Dialog- und Beteiligungsverfahren zur regionalen Schulentwicklung im LKreis Heidenheim

Situation der regionalen Dialog- und Beteiligungsverfahren zur Schulentwicklung, insbes Umsetzung des Verfahrens im LKreis Heidenheim

Antr
s. Schulentwicklung
 Drs 15/5152

Das Wahlverfahren zum Landesschülerbeirat

Wahlbeteiligung bei den bisherigen Wahlen zum Landesschülerbeirat; Zustellung der amtlichen Einladung an die Wahlberechtigten; Erleichterung der Teilnahme an den Wahlen durch Fahrkostenerstattung und Freistellung vom Unterricht; Nutzung eines alternativen Wahlverfahrens wie der Online-Wahl; bildungs-

politisches Mandat sowie Rechte und Pflichten des Landesschülerbeirats

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.12.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6319

Mobbing

Arbeit der Mobbing-Hotline BW

Bedarf an einem Beratungsangebot für Mobbing-Opfer; Erkenntnisse über die durch Mobbing verursachten finanziellen Einbußen der Arbeitgeber sowie über die Folgen von Mobbing für das Sozialversicherungssystem; Zahl der über die Mobbing-Hotline in den Jahren 2009 bis 2012 durchgeführten telefonischen Beratungen; Bewertung der Arbeit der Mobbing-Hotline; Fortbildungsangebote zum Thema Mobbing; Finanzierung des Beratungsangebots, geeignete Rechtsformen und Trägerstrukturen zur Sicherung des Fortbestands der Mobbing-Hotline; weitere Hilfsangebote für von Mobbing betroffene Arbeitnehmer

Antr Rainer Hinderer u.a. SPD 12.08.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3934

BeschlEmpf und Bericht SoZA 05.12.2013 Drs 15/4581 S. 19 20

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Cybermobbing auch in BW gezielt bekämpfen

Zahl der von Cybermobbing betroffenen Schüler; besonders gefährdete Personengruppen; Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen; Schulwechsel und schwerer wiegende Folgen von Mobbing in sozialen Netzwerken; Modelle, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing; niederschwellige Angebote an Schulen, Unterstützungsangebote von Schülern für Schüler; strafrechtliche Verfolgung von Cybermobbing, Hinweis auf Präzedenzfälle

Antr Florian Wahl u.a. SPD 12.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3935

Mobilfunk

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/847

Mobilfunk im Nordschwarzwald

Derzeitige bzw notwendige Netzabdeckung, Auswirkungen weißer Flecken bei Notfällen von Forstbediensteten und Touristen; Anstreben einer ausreichenden Netzabdeckung

KIAnfr Tobias Wald CDU 26.09.2012 und Antw MLR Drs 15/2389

Strahlenbelastung durch Mobilfunksendeanlagen

Gesundheitliche Risiken und rechtliche Möglichkeiten bei der Errichtung von Mobilfunkmasten, insbes Stärkung der kommu-

nalen Kompetenzen im Genehmigungsverfahren

KIAnfr Felix Schreiner CDU 28.02.2013 und Antw UM Drs 15/3144

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRd Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KIAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3616

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/4421

Generalvertrag des Landes über Mobilfunkleistungen

Bestehende Rahmenverträge mit Anbietern von Mobilfunkleistungen; Laufzeit, Termin der Neuausschreibung; Weitergabe von Kundendaten an Geheimdienste durch den britischen Mobilfunkanbieter

Antr SPD 30.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5574
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 13 14
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

WLAN im Bahnverkehr

Bahnhöfe und Gleisstrecken in BW mit bestehendem bzw geplantem WLAN-Zugang; Maßnahmen zum Ausbau von WLAN-Zugängen im Nah- und Fernverkehr und der Verbesserung der Mobilfunkanbindung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/6178

Landwirtschaft 4.0 in BW

Potenzial einer Digitalisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse; Vorbereitung der Landwirte auf den digitalen Wandel; Anforderungen an die Datenerfassung und Datenverarbeitung in der Landwirtschaft; infrastrukturelle Voraussetzungen, insbes die Verfügbarkeit des LTE-Mobilfunkstandards; Forschungsprojekte, Fachtagungen und Förderprogramme zum Thema Landwirtschaft 4.0/Farming 4.0

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/7861

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKkreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/8091

Mobilität

s.a. *Migration*
s.a. *Pendler*
s.a. *Tourismus*
s.a. *Verkehr*

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete
Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftskoordination

Antr
s. *Pendler*
Drs 15/3995

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbünde; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbünden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 13.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4576 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 28.05.2014 Drs 15/5374 S. 13 14
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Die Bevölkerungsentwicklung in BW und ihre Herausforderungen

Bevölkerungsentwicklung und -wanderung in Stadt- und LKreisen in BW und ihre Auswirkungen auf Mobilitätsverhalten und die Mobilitätsbedürfnisse sowie Konsequenzen für die zukünftige Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden

Antr
s. *Demografie*
Drs 15/4764

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungswanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikati-

on; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/4970

Mobilitätsprobleme von Studenten unter 18 Jahren

Anzahl der an den Dualen Hochschulen immatrikulierten unter Achtzehnjährigen; durchschnittliche Entfernung zwischen den Dualen Hochschulen und den Ausbildungsbetrieben; Mobilitätsprobleme der Studienanfänger aufgrund fehlender Verkehrsverbindungen oder Verkehrsmittel; Ausnahmeregelungen für das unbegleitete Fahren eines Pkws durch unter achtzehnjährige Führerscheinbesitzer

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.09.2014 und Antw MWK Drs 15/5762

Zukunft des Förderprogramms MobiPro-EU

Notwendigkeit zur Deckung des Fach- bzw. Arbeitskräftebedarfs in BW durch Zuwanderung junger Menschen aus den europäischen Nachbarländern; Rahmenbedingungen, Bedeutung und Umsetzung des Programms MobiPro-EU in BW

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5792

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Urlaub

Mobilitätsverhalten von Touristen bei der An- und Abreise sowie am Urlaubsort; Anbindung von Reisezielen an das öffentliche Nah-, Regional- und Fernverkehrsnetz; Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Angebot vergünstigter Kombitickets; Beteiligung von Einzelhandel, Tourismusverbänden und Gastronomiebetrieben an solchen Angeboten für Tagesgäste und Urlauber; Erhöhung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr; Verbesserung der Erreichbarkeit von Skigebieten

Antr
s. *Öffentlicher Personenverkehr*
Drs 15/6225

Neue Impulse für die Entwicklung Baden-Württembergs zur Pionierregion für Nachhaltige Mobilität

Erkenntnisse des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur aus einer Delegationsreise in vier europäische Länder für die Entwicklung der Nachhaltigen Mobilität und Übernahme in das Handlungskonzept der LReg

KlAnfr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6920

Mobiltelefon

s. *Telefonie*

Modellprojekt

s.a. *Forschungsprojekt*
s.a. *Schulversuch*
s.a. *Studie*

Modellprojekt „Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe; Schwerpunkt Teilhabe am Arbeitsleben“

Beteiligung am Modellprojekt außerhalb des Landkreises Karlsruhe; Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Modellprojekts; Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum; Ein-

richtung von Netzwerken zur Aufnahme einer Arbeitsstelle außerhalb von Behindertenwerkstätten; Zahl der am Projekt beteiligten Arbeitgeber, Zahl und Ausgestaltung der vermittelten Arbeitsplätze; Bewertung einer flächendeckenden Einführung in BW; Frage der Anschlussfinanzierung

Antr

s. *Teilhabe behinderter Menschen*

Drs 15/2764

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/3596

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Einrichtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/4098

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/4615

Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Rahmenbedingungen der Landesförderung des Modellprojekts einer drastischen Preisreduzierung der Firmentickets im Verkehrsverbund Naldo in Tübingen, insbes Gesamtkosten, Finanzierung, Vergabe der wissenschaftlichen Begleitforschung und Planung weiterer Modellprojekte

Antr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/4758

EU-Projekt „e-SENS“ (Electronic Simple European Networked Services)

Sachstand des neuen Projekts „e-SENS“ der Europäischen Kommission zum Aufbau einer europaweit anwendbaren, digitalen Infrastruktur für rechtssichere und grenzüberschreitende Online-Dienste, insbes Vorteile für Wirtschaft und Verwaltung in BW

Antr

s. *Telemedien*

Drs 15/4835

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/4968

Erlernen einer Grundschrift

Erprobung der Grundschrift an ausgewählten Grundschulen seit 2011; Rückmeldungen vonseiten der Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern; Erkenntnisse der Experten; Auswirkungen der Grundschrift auf die Rechtschreibung; Berücksichtigung der Erkenntnisse der Erprobungsphase in den neuen Bildungsplänen

Antr

s. *Schreiben*

Drs 15/5434

Energetische Nutzung von Schlachtabfällen

Jährliche Menge der in den Tierkörperverwertungsanlagen anfallenden Schlachtabfälle und Tierkadaver; regionale und zeitliche Verteilung des Aufkommens; Ökobilanz der gegenwärtigen Tierkörperbeseitigung; Forschungsprojekte zur energetischen Nutzung von Tierkörperabfällen; Förderung einer Projektstudie zur Nutzung von Tierkörperabfällen zur Biogasgewinnung

KlAnfr

s. *Bioenergie*

Drs 15/5597

Phosphorelimination und Spurenstoffe in Kläranlagen und Klärschlamm

Bilanz des Einsatzes der Pilotanlage zur Phosphorrückgewinnung in der Kläranlage Offenburg; Qualität des mittels des eingesetzten Verfahrens gewonnenen Produkts Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP); Ausstattung weiterer Kläranlagen mit Phosphorrückgewinnungsanlagen; Befürwortung der Phosphorrückgewinnung in der Kläranlagentechnologie; Steigerung der Reinigungsleistung der Kläranlagen im Zeitraum von 2003 bis 2013; Messung von Spurenstoffen im Ablaufwasser; weitere Möglichkeiten der Phosphorrückgewinnung

Antr

s. Kläranlage
Drs 15/5679

„Bildungshaus 3-10“: *Wie geht es weiter?*

Nachfrage nach den „Bildungshäusern 3-10“; Erfahrungen mit dem Modellprojekt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport BW; Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung; Frage der Fortführung des Projekts; Einführung einer Zertifizierung der bestehenden Bildungshäuser

KlAnfr
s. *Elementarbildung*
Drs 15/5899

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbands durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbands für die Lehrerbildung

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/6307

Islamistischen Hasspredigern den Boden entziehen: Ausbau des islamischen Religionsunterrichts und des Ethikunterrichts an unseren Schulen

Erkenntnisse des Modellprojekts islamischer Religionsunterricht, daran teilnehmende Schulen; vorgesehener Ausbau des Unterrichtsangebots; Ethikunterricht als Alternative zum Religionsunterricht; Ausarbeitung eines Plans zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts an allen Schularten sowie eines Plans zum Ausbau des Unterrichtsangebots im Fach Ethik

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/6343

Kurskonzept „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“

Sachstand zum Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Bayerischen Staatsregierung „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“, insbes Kosten, Personalressourcen, Teilnehmerzahlen, Teilnahmebeginn; Planungen und Hindernisse für ein entsprechendes Modellprojekt in BW

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6396

Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“

Sachstand zur Zukunft des Modellprojekts „Bildungshaus 3 - 10“, insbes wissenschaftliche Ergebnisse, Erfahrungen beteiligter Kindergärten und Grundschulen, Maßnahmen zur Fortführung und Ausbau des Modellprojekts

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/6426

Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung

Grundsätze der Zusammenarbeit; Anpassung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG); Informationsaustausch zwischen Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) über die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse; Vermeidung von Doppelarbeit der Institutionen; Ergebnisse des Modellprojekts im LKreisludwigsburg; Steigerung der Effizienz bei der Prüfungsdurchführung

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 15/6561

Etablierung des Konzepts „Spurwechsel - Techniker dual“ als Modellprojekt

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen in den MINT-Fächern (Fächerverbund Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik); Ausweitung des Modellprojekts „Spurwechsel - Techniker dual“ als schnellen und persönlichen Weg für Studienabbrecher zu einem Berufsabschluss

KlAnfr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/6889

Das Modell „carpo - Assistierte Ausbildung“ in BW

Sachstand zum Modellprojekt „carpo - Assistierte Ausbildung“ und Maßnahmen zu Erhalt und Weiterführung des Projekts über 2015 hinaus

Antr
s. *Berufsausbildung*
Drs 15/7473

Generelles Tempolimit auf baden-württembergischen Autobahnen durch die Hintertüre?

Sachstand zum geplanten Modellversuch für ein Tempolimit auf den Abschnitten der A 96 von Achberg bis Aitrach und auf der A 81 vom Autobahnkreuz Hegau bis Bad Dürkheim, insbes tatsächlicher Projektbeginn, Auswahlkriterien der Streckenabschnitte, angestrebter Erkenntnisgewinn, rechtliche Grundlagen

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/7716

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Bestand, Kooperation und Perspektiven von Bildungshäusern im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7858

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im LKreisludwigsburg

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7869

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Villingen-Schwenningen

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7870

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Nürtingen-Filder

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Nürtingen-Filder

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7872

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Esslingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Esslingen

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7896

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Vaihingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses in Vaihingen-Roßwag

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7897

Projektende MELAP PLUS und ELR-Schwerpunktgemeinden - Wie geht es weiter?

Sachstand zu Erkenntnissen aus den Modellprojekten MELAP und MELAP PLUS iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum nach zwei Förderperioden, insbes zukünftigen Projekte gegen den Flächenverbrauch in Kommunen und Förderung der Innenentwicklung

Antr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/7910

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Main-Tauber

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses Ahorn im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7921

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr
s. *Software*
Drs 15/7987

Auswirkungen nächtlicher Überbeleuchtung und Möglichkeiten sogenannter „Dark Sky Areas“ im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Forschungsprojekte oder regionale Konzepte zur Reduzierung nächtlicher Beleuchtung; Steuerung der Beleuchtung im öffentlichen und privaten Raum per Zeitschaltung; Projekt „Sternenpark Schwäbische Alb“

KlAnfr
s. *Lichtverschmutzung*
Drs 15/8029

Modellversuch

s. *Modellprojekt*

Modellvorhaben

s. *Modellprojekt*

Möbel*Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidien*

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstattung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5031

Möggingen*Bundesstraße 29*

Zeitpunkt des Erlöschens des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau der Ortsumfahrung Möggingen und für den Bau der Strecke Essingen-Aalen im Zuge der B 29

KlAnfr
s. *Bundesstraße 29*
Drs 15/1326

Ortsumfahrung Möggingen

Darstellung der bisherigen Planungen und Vorarbeiten für die B-29-Ortsumfahrung und deren Kosten; Gründe und Auswirkungen der Einstufung in Gruppe 3 der Priorisierungsliste von baureifen Bundesstraßen; Bewertung der Zusage des Baubeginns nach dem Stadttunnel Schwäbisch Gmünd durch die frühere LReg bzw der Netzwirkung des Gmünder Tunnels auf die B 29 zwischen Schwäbisch Gmünd und der A 7; Frage nach vorhandenen Mitteln für die Verwirklichung des Projekts

Antr
s. *Bundesstraße 29*
Drs 15/1945

Unternehmensflurbereinigung im Zuge des Neubaus der B 29
Unternehmensflurbereinigungsverfahren im Zuge des Neubaus der B 29 Ortsumgehung Mögglingen auf den Gemarkungen Mögglingen, Essingen und Heubach-Lautern, insbes mögliche Änderung der bisherigen Zuschussvoraussetzungen durch die zeitliche Verzögerung des Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/3193

Beurteilung der Chancen für eine Realisierung der Ortsumfahrung Mögglingen
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2207 2212 2213

Mönsheim

Beruhigung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Einführung eines Tempolimits und bauliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr in verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten zu beruhigen, insbes entlang der L 1134/1177 in Mönsheim

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/487

Kommunale Konzepte zur Verkehrsberuhigung auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Konzepte, u.a. Tempolimit mit Überwachungsanlagen und zusätzliche Fußgängerüberwege auf der L 1134 in Mönsheim; Zeitpunkt einer Umsetzung der Maßnahmen sowie einer von der Gemeinde Mönsheim angestrebten Ortsumfahrung für die L 1134

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/1583

Sanierungsmaßnahmen auf der Bundesautobahn 8

Frage nach weiteren Sanierungsmaßnahmen zwischen Karlsruhe und Stuttgart, Eintreten für eine zügige Sanierung der Autobahnausfahrt Heimsheim/Mönsheim in Richtung Karlsruhe

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/1624

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönsheim mit Durchfahrtsverkehr bzw Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/4518

Mössingen

Folgen des Bergrutsches in Mössingen-Öschingen für die Landhaussiedlung und die Stadt Mössingen

Schadenshöhe des Bergrutsches in Mössingen-Öschingen vom 2. Juni 2013 und Beteiligung an den Kosten durch die Europäische Union, den Bund und das Land

MdlAnfr
s. *Erdrutsch*
Drs 15/4248

MOE-Staaten

s.a. *Mitteleuropa*

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Moldawien

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuflichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/4612

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5667

Molkerei

s. *Milchwirtschaft*

Molkereiindustrie

s. *Milchwirtschaft*

Molkereiwirtschaft

s. *Milchwirtschaft*

Moor

s. *Feuchtgebiet*

Morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich

s. *Risikostrukturausgleich*

Morbi-RSA

s. *Risikostrukturausgleich*

Mord

Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW

Durchführung der Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW und daraus gewonnene Erkenntnisse, insbes Einbindung baden-württembergischer Behörden in die NSU-Fahndung nach 1998, Umfang der Ermittlungen seit November 2011, Neubewertung im Polizistinnenmord, Verbindung des NSU und seines Umfelds zur rechtsextremistischen Szene in BW, Kontakte der Sicherheitsbehörden zur NSU, geplante Anschläge in BW

Antr

s. *Nationalsozialistischer Untergrund*

Drs 15/3557

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr

s. *Nationalsozialistischer Untergrund*

Drs 15/6049

Mosbach

Haushalt 2012; Epl 12

Errichtung eines Neubaus für die Duale Hochschule in Mosbach

Haushalt

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*

Drs 15/1112

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Bahnstrecke Heilbronn-Mosbach-Neckarelz

Erwartung einer Verkürzung der Fahrzeiten zum Stuttgarter Hauptbahnhof, Flughafen, zur Landesmesse und in andere Regionen; Beurteilung der Perspektiven des Bahnhofs Mosbach-

Neckarelz als Bahnknoten für den Regionalverkehr zwischen den Räumen Rhein-Neckar, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/1199

Nutzung der Neckartal-Kaserne in Mosbach-Neckarelz durch das Institut für Ausbildung und Training der Hochschule für Polizei BW

KlAnfr

s. *Hochschule für Polizei*

Drs 15/1941

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/3667

Zukünftige Entwicklung der Dualen Hochschule BW in Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn

Entwicklung des Studienangebots und der Zahl der Studierenden an der DHBW Mosbach; Profile der drei Campus-Standorte Mosbach, Bad Mergentheim und Heilbronn und deren Zusammenarbeit; Empfehlung des zentralen Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW für eine Eigenständigkeit des Campus Heilbronn; Vor- und Nachteile einer Verselbständigung des Campus Heilbronn für die DHBW Mosbach; Beurteilung des Engagements der Dieter Schwarz Stiftung für die Duale Hochschule BW

Antr

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*

Drs 15/4173

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr

s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*

Drs 15/4175

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der auf-

grund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidarpakt III

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4260

Moschee

Extremistische Bestrebungen in Moscheevereinen

Netzwerke zwischen Organisationen wie „Graue Wölfe“, „Milli Görüs“ und Moscheevereinen, u.a. der beiden Nürtinger Moscheevereine; Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit mit einem bundesweit bekannten Salafitenprediger? Frage nach Maßnahmen gegen o.g. Bestrebungen

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/362

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Erinnerung an die Volksabstimmung in der Schweiz zur Befürwortung eines Minarettverbots; Bewertung als verfassungswidriges, nicht vollzugsfähiges Gesetz

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 273 275

Moscheeverein

s. *Moschee*

Motor

s.a. *Elektromotor*
s.a. *Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart*

Nutzung von gebrauchten Speiseölen als Betriebsstoff in Blockheizkraftwerken

Rechtliche Vorgaben, technische Standards und Beispiele der energetischen Verwertung in Verbrennungsmotoren und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen

Antr
s. *Öl*
Drs 15/1195

Empfehlungen der hochrangigen Gruppe „CARS 21“ zur EU-Automobilpolitik

Positionierung zu den o.g. Empfehlungen, insbes zur Forderung einer weiteren Harmonisierung der Standards im Bereich E-Mobilität und zur Ausweitung der Forschungsaktivitäten im Bereich der Antriebstechnologien; Erhalt von fairen Wettbewerbsbedingungen für die hiesigen Premiumhersteller bei der Ausrichtung der künftigen CO₂-Regulierung im Fahrzeugbereich; Erwartung einer fortdauernden Dominanz des Verbrennungsmotors und einer erst allmählichen Ersetzung durch alternative Antriebsarten

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/2105

Steigerung der Energieeffizienz durch Austausch von Elektromotoren

Angaben zum Einsatz von Elektromotoren in Industrie, Gewerbe, Verkehr, privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen; Stromverbrauch im Vergleich zum Gesamtstromverbrauch; Nachfrage nach sparsameren Motoren und Einsparstechnologien; Einsparpotenzial beim Stromverbrauch; Förderung des Austauschs veralteter, ineffizienter Elektromotoren; Norm für Elektromotoren der Effizienzklasse IE4; Forderung einer Werbekampagne für energieeffiziente Elektromotoren im Jahr 2013

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2341

Auswirkungen der Energiewende / Elektromobilität auf die Zukunft des Verbrennungsmotors und des Automobilstandorts BW

Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors und Unterstützung von Forschungsanstrengungen durch Bund und Land, insbes Entwicklung und Herstellung von alternativen Kraftstoffen sowie Reduktionsmöglichkeiten für Verbrauch und Abgas; Vergleich der Wertschöpfungskette sowie der CO₂-Bilanz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren mit Elektro- und Hybridfahrzeugen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3794

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5891

Einsatz der Dual-Fuel-Technik im Bereich von Lkw und Bussen zur Luftreinhaltung

Sachstand zum Einsatz der Dual-Fuel-Motortechnologie mit gleichzeitiger Verbrennung von Gas und Dieseltreibstoff zur Luftreinhaltung und zur möglichen Umrüstung von Fahrzeugen im Bereich des Schwerlastverkehrs oder der Schifffahrt

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 15/7483

Beschleunigung der Entwicklung neuer Verbrennungsmotoren mit weniger Verbrauch und Emissionen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 21

Bündelung der Forschungsaktivitäten für die Hybrid- und Elektromotorenmobilität

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 173 174

Innovationspotenzial der Verbrennungsmotoren mit ihren Hybridvarianten

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 424-426 429 430

Steigerung der Effizienz der Verbrennungsmotortechnologien

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1805 1808-1810

Motorisierter Individualverkehr

s.a. Krafttrad

s.a. Personenkraftwagen

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbände; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr

s. Mobilität

Drs 15/4576

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungsabwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr

s. Ländlicher Raum

Drs 15/4970

Verkehrsentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets

Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr

s. Jobticket

Drs 15/5425

Motorrad

s. Krafttrad

Motorradfahrer

s. Kraftfahrer

Motorschifffahrt

s. Schifffahrt

MPU

s. Medizinisch-Psychologische Untersuchung

MPV

s. Medizinprodukte-Verordnung

MRE

s. Multiresistente Erreger

MRSA

s. Multiresistente Erreger

MRSA-Erreger

s. Multiresistente Erreger

MRSA-Infektion

s. Multiresistente Erreger

MRSA-Keim

s. Multiresistente Erreger

Mudau

Vertuschung von Ermittlungen beim Polizeipräsidium Heilbronn?

Hintergründe zur verzögerten Bekanntgabe eines versuchten Sexualdelikts am Fastnachtdienstag im Bereich Mudau durch das Polizeipräsidium Heilbronn

MdlAnfr

s. Sexualdelikt

Drs 15/8025

Mühlacker

Baustellenbedingter Lastwagenverkehr im Enzkreis

Verkehrsbelastung der Ortschaften im Enzkreis durch Baustellenverkehr während der Bauarbeiten an der A 8; Maßnahmen zur Verhinderung von Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Lkw in Mühlacker-Enzberg

KlAnfr

s. Güterverkehr

Drs 15/453

ÖPNV-Anbindung der Gemeinden im Heckengäu bzw im östlichen Enzkreis an das Mittelzentrum Mühlacker

Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen ÖPNV-Anbindung, insbes des Busverkehrs an das berufliche Schulzentrum in Mühlacker

KlAnfr

s. Öffentlicher Personennahverkehr

Drs 15/574

Tempo 40 auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Voraussetzungen für die Anordnung o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Auflistung der Ortsdurchfahrten im Enzkreis mit einer Tempo-40-Regelung; Eintreten für eine Sanierung des Straßenbelags und Tempo 40 in Mühlacker-Lienzingen und Mühlacker-Lomersheim

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1053

Geplante Neuorganisation der Kriminalpolizei

Begründung und Auswirkungen einer geplanten Auflösung der 25 Außenstellen der Kriminalpolizei, u.a. für die Außenstelle und den gesamten Polizeistandort Mühlacker

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/1171

Sparzwänge bei Streifenfahrten der Polizei im Enzkreis und in Pforzheim

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim; Darstellung der Personalsituation beim Polizeirevier Mühlacker u.a. Dienststellen im Bereich der PD Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1346

Hochwasserschutz im Enzkreis und in Pforzheim

Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes am Enzufer in Mühlacker-Dürrenz sowie im Mühlacker Flussvorland nahe der Hartplätze und des Freibads

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/1359

Hochwasserschutz in Mühlacker

Stand der Planungen und Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Enz in und um Mühlacker

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/1364

Unterstützung der ausrichtenden Städte und Gemeinden bei Landesgartenschauen

Art und Umfang der o.g. Unterstützung für die letzten zehn sowie künftigen Ausrichter; Begründung und Konsequenzen des Ausbleibens der Bewilligung des Antrags der Stadt Mühlacker als Ausrichter der Kleinen Gartenschau 2015 auf Förderung aus dem Landessanierungsprogramm

KlAnfr
s. *Gartenschau*
Drs 15/1584

Verkehrslärmbelastung im Enzkreis

Auflistung der zehn Ortsdurchfahrten von Landesstraßen mit der stärksten Verkehrs- und Lärmbelastung, u.a. auf der L 1134 (Enzstraße) in Mühlacker; Eintreten für Lärmschutzmaßnahmen und für den Bau einer neuen Enzbrücke

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1623

Fortbestand von Grundschulen im Enzkreis

Frage nach schließungsbedrohten Grundschulen im Enzkreis, u.a. nach der Grundschule Mühlacker-Mühlhausen; Verzicht auf eine Kürzung der Deputatsstunden im Falle der Einrichtung einer altersgemischten Klasse der Jahrgangsstufen 1 bis 4

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/1661

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1759

Anträge für die Aufstockung von Mitteln für Ortskernsanierungen im Enzkreis

Umgang des RegPräs Karlsruhe mit den Aufstockungsanträgen, u.a. der Stadt Mühlacker für das Sanierungsgebiet „Enzstraße/Waldenserstraße“ und den „Ortskern Dürrenz“; Suche nach Lösungsmöglichkeiten für den Erhalt eines aus dem Jahr 1504 stammenden Gebäudes in der Hofstraße im Sanierungsgebiet „Ortskern Dürrenz“

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/2598

Umweltzonen als bürokratische Hürde für Schausteller und Marktbesicker in Pforzheim und dem Enzkreis

Erfahrungen und Rückmeldungen zu den Umweltzonen in Pforzheim und Mühlacker für den Zugang von Kraftfahrzeugen bestimmter Schadstoffgruppen von Schaustellern und Marktbesickern; Bedingungen, Verfahrenswege und Gesamtkosten für die Beantragung von Sondergenehmigungen, Ausnahmeregelungen oder Anerkennung wirtschaftlicher Härtefälle; Schaffung zeitlich begrenzter ortsbezogener Ausnahmeregelungen; unbürokratische Möglichkeiten eines flexibleren Umgangs mit Umweltzonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/2846

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf Ganztagschulen in offener Angebotsform im Enzkreis und in Pforzheim

Zahl der an den einzelnen Ganztagschulen entfallenden Entlastungsstunden; Existenzgefährdung von Ganztagschulen in offener Angebotsform durch die Streichung der Entlastungsstunden; Sicherstellung des Fortbestands des fünfzügigen Theodor-Heuss-Gymnasiums Mühlacker; Aufrechterhaltung zusätzlicher Angebote wie z.B. Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustauschprogramme und Präventionsprojekte

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/3402

Mögliche Weiterführung der S-Bahn Stuttgart in den Enzkreis
Fahrplantechnische und bauliche Auswirkungen einer möglichen Erweiterung der Linie S 5 der S-Bahn Stuttgart von Bietigheim-Bissingen über Vaihingen/Enz nach Mühlacker sowie Bewertung alternativer Verkehrskonzepte

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/4309

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis
Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4826

SWR-Sendemast in Mühlacker
Von der Einstellung des SWR-Mittelwelle-Sendebetriebs betroffene Sendeanlagen; Prüfung einer Weiternutzung des Sendemasts in Mühlacker; Fortbestand des Sendemasts als Wahrzeichen; Verhinderung einer Sprengung des Masts während der Landesgartenschau 2015

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/5081

Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal
Bedeutung von Weinberg-Terrassen als Kultur- und Naturlandschaft sowie finanzielle Fördermöglichkeiten und Projekte zu deren Erhalt; Unterstützung eines gemeinsamen Modellprojekts aus Mühlacker und Vaihingen zum Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

KlAnfr
s. *Weinbau*
Drs 15/5185

Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker
Probleme mit der Aufzugsanlage am Bahnhof Mühlacker und geplante Maßnahmen zur Abhilfe insbes im Hinblick auf die diesjährige Landesgartenschau

KlAnfr
s. *Aufzugsanlage*
Drs 15/6360

Kosten für die Erhaltung des SWR-Sendemastes in Mühlacker
Sachstand zur Erhaltung des SWR-Sendemastes in Mühlacker, insbes jährliche Unkosten für die Erhaltung, weitere Planungen und Kooperation mit einem Verein

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/6586

Bilanz der Landesgartenschau
Sachstand zur Landesförderung Landesgartenschau 2015 in Mühlacker und deren Erfolgsbilanz

KlAnfr
s. *Gartenschau*
Drs 15/7367

Mühle

Situation der Getreidemühlenbetreiber in BW
Entwicklung der baden-württembergischen Getreidemühlenbetreiber, insbes Anzahl der Mühlen und Beschäftigten, Vermahlungsmengen, Situation bei Klein- und Familienbetrieben; Hauptherausforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten für Klein- und Familienbetriebe; Initiativen zum Bürokratieabbau in der Lebensmittelbranche; Kostenübernahme für Lebensmittelkontrollen

Antr
s. *Getreideprodukt*
Drs 15/4568

Mühlenindustrie

s. *Mühle*

Mülhausen (Elsass)

s. *Mulhouse*

Müll

s. *Abfall*

Müllbeseitigung

s. *Abfallbeseitigung*

Mülldeponie

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2805

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmehbereitschaft der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Deponierung von Bauschutt und Erdaushub

Verhaltung von Deponien für Bauschutt und Erdaushub durch die Gemeinden und Kreise; Anzahl und Kapazität der Deponien der Klassen DK 1 und DK 0 im Land; Befreiung von der Deponierungspflicht; Verlängerung der Entsorgungswege; Anteil des wiederverwerteten Materials

Antr
s. *Bauabfall*
Drs 15/4670

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenricht-
linie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/5572

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7960

*Einlagerung von Abfällen aus kerntechnischen Anlagen in De-
ponien des LKreises Ludwigsburg*

Sachstand zur Einlagerung von Abfällen aus dem Kernfor-
schungszentrum Karlsruhe und dem Kernkraftwerk Neckarwest-
heim in den Deponien Vaihingen-Horrheim und Schwieberding-
en des LKreises Ludwigsburg durch die Abfallverwertungsges-
ellschaft Ludwigsburg, insbes radioaktive Kontamination der
Abfälle

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 28.01.2016 und Antw UM
Drs 15/8028

Müller, Ulrich MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5107

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6877

Müllgebühren

s. *Abfallgebühren*

Müllheim

Nahverkehr Müllheim - Neuenburg - Mulhouse

Streichung der Mittel für die o.g. ab Dezember 2012 geplante re-
gelmäßige Zugverbindung und evtl weitere Streckenverbindun-
gen im Raum Müllheim, Kriterien für die Entscheidung, Zeit-
punkt und Adressaten der Ankündigung

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1514

„Blauwal“ - Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse

Entwicklung der Fahrgastzahlen seit Reaktivierung der Bahn-
strecke Müllheim-Mulhouse und Steigerungsmöglichkeiten

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4559

Berufliche Schulen Bad Krozingen - Müllheim

Ablehnung der Verlegung von Teilen der Kaufmännischen Schu-
len Müllheim nach Bad Krozingen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/5319

Ausbau der Rheintalbahn - Abschnitt Müllheim-Auggen

Sachstand und Position der LReg zum Ausbau der Rheintalbahn
im Bereich Müllheim-Auggen, insbes Bewertung und Mehr-
kosten des Vorschlags des Bürger-Bündnisses Markgräflerland
(BBM)

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/5523

Vorgehen im Zusammenhang mit Abschiebungen

Sachstand zu Hintergründen und Gesamtumständen der verhin-
derten Abschiebung von drei Flüchtlingen in Müllheim (Kreis
Breisgau-Hochschwarzwald)

Antr
s. *Abschiebung*
Drs 15/6762

Rheintalbahn - Beste Lösung für Müllheim/Auggen

Sachstand zum Ausbau der Rheintalbahn im Abschnitt Müll-
heim/Auggen, insbes Aufhebung des Kostendeckels zur Errei-
chung der „Besten Lösung“

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/8031

Müllkompost

s. *Kompost*

Müllverbrennung

s. *Abfallbeseitigung*

Mündliche Anfrage

s. *Landtag, Mündliche Anfragen*

Münsingen

*Doppelstrukturen bei der Energieeffizienzberatung auf der
Schwäbischen Alb?*

Aktionsplan „Energieeffizienz Biosphärengebiet Schwäbische
Alb“; Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Münsingen
durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
(BUND); Aufgabe des Koordinierungsbüros im Unterschied zu
den bestehenden regionalen Energieagenturen in den Kreisen
Esslingen, Reutlingen und Alb-Donau-Kreis; Verwendung der
Fördermittel; Dienstleistung „Energiediagnose“; Beauftragung
des BUND

Antr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5331

Münstertalbahn

*Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)
im LKreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020*

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das inte-
grierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“;
Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember
2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahn, Kai-
serstuhlbahn und Münstertalbahn (Netz 9 b); Einführung eines
erweiterten Angebots auf der Rheintalbahn zum Fahrplanwech-
sel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6469

Schienenlärm Münstertalbahn

Sachstand zur Entwicklung der Belastung durch Schienenlärm entlang der Münstertalbahn und Auswirkungen von Abhilfemaßnahmen

KlAnfr
s. *Schienenverkehrslärm*
Drs 15/7600

Lärm auf der Münstertalbahn

Sachstand zur auf das Zugmaterial (Jakobsdrehgestell) zurückzuführenden Lärmentwicklung und Verschleiß auf der Münstertalstrecke, insbes Abhilfemöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verkehrsvertrags mit der SWEG oder iR einer Neuvergabe

Antr
s. *Schienenverkehrslärm*
Drs 15/7982

Mütterzentren

s. *Mutter*

Mulhouse

„Blauwal“ - Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse

Entwicklung der Fahrgastzahlen seit Reaktivierung der Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse und Steigerungsmöglichkeiten

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4559

Multikulturelle Bildung

s. *Interkulturelle Erziehung*

Multikulturelle Erziehung

s. *Interkulturelle Erziehung*

Multikulturelles Lernen

s. *Interkulturelle Erziehung*

Multiple Chemical Sensitivity

s. *Multiple chemische Sensibilität*

Multiple chemische Sensibilität

Multiple Chemikalien Sensitivität (MCS)

Erkenntnisse über die o.g. Erkrankung als Reaktion des zentralen Nervensystems gegenüber Chemikalien und Umweltschadstoffen, Art und Ausmaß der Beteiligung von Duftstoffen, Entwicklung der Zahl von Betroffenen in den letzten fünf Jahren, Gründe für die bisherige Nichtanerkennung von den Sozialversicherungsträgern; Schritte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit MCS

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 26.10.2011 und Antw SM Drs 15/777

Krankheitsbild „Multiple Chemische Sensitivität“

Zahl der unter vielfacher Chemikalienunverträglichkeit (MCS) leidenden Menschen in BW; Anteil der als Schwerbehinderte anerkannte Personen; medizinische Betreuung von MCS-Patienten; Erforschung des Krankheitsbilds an den Universitäten und ihre Finanzierung

KlAnfr Jutta Schiller CDU 09.12.2014 und Antw SM Drs 15/6229

Multiresistente Erreger

Krankenhäuser in BW: Situation und Weiterentwicklung

Situation und Weiterentwicklung der Krankenhäuser in BW, insbes Daten zu Anzahl der Häuser und Betten sowie Umsatz und Gewinn; Effizienz der Krankenhausstrukturen; Angebotsstruktur für bestimmte spezialisierte Leistungen; Möglichkeiten und Probleme der Krankenhausfinanzierung; Informationsangebot für Patienten; Erfolgsbilanz im Kampf gegen multiresistente Erreger; Weiterentwicklungsbedarf bezüglich des Landeskrankenhauseausschusses

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/3862

Multiresistente Keime

s. *Multiresistente Erreger*

Mundelsheim

Ausbau L 1115 Backnang - Bundesautobahn 81 Anschlussstelle Mundelsheim

Stand der Planung, Zeitpunkt des Baubeginns für den ersten Abschnitt und die weiteren Bauabschnitte

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/333

Aufstufung L 1115 zur Bundesstraße

Planungsstand der Aufstufung der L 1115 von einer Landes- zur Bundesstraße, insbes Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur im Raum Backnang für die Kommunen Aspach und Backnang; Verkehrsbelastung auf den einzelnen Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Mundelsheim und Backnang

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/3403

Munition

Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd

Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen; Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr
s. *Jagd*
Drs 15/3140

Mure

s. *Erdrutsch*

Murgtalbahn*Leistungsfähigkeit der Murgtalbahn*

Sachstand zum Verkehrsangebot auf der Murgtalbahn nach der Streckenübernahme durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Güterverkehrstransporten, beabsichtigte Angebotsänderungen iRd Neuvergabe des SPNV-Angebots

KlAnfr Ernst Kopp u.a. SPD 10.09.2015 und Antw MVI Drs 15/7362

Murrbahn*Qualität der Telefonie auf Strecken der Deutschen Bahn AG in BW und auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg*

Beklagung des o.g. Missstands auf Nebenstrecken, u.a. auf der Murr- und Remstalbahn; Hinwirkung auf Abhilfemaßnahmen

KlAnfr
s. *Telefonie*
Drs 15/275

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Mehrkosten durch den Bau der großen Wendlinger Kurve für den zweigleisigen Anschluss des Regionalverkehrs aus Richtung Tübingen an die ICE-Neubaustrecke nach Ulm sowie durch den notwendigen Ausbau der Bahnhöfe an der Murrbahn, Auflistung und Bezifferung der insgesamt 121 Kostenrisiken für das Projekt, Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/752

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Murrbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Murrbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz von Fahrzeugmaterial; Maßnahmen gegen Zugausfälle und unpünktliche Züge

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3457

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4314

Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Regi-

on Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4334

Lückenschluss Schnellstrecke Stuttgart-Berlin über die Murrbahn

Umsetzung des Konzepts einer ICE-Verbindung Stuttgart-Berlin über die Murrbahn; Einsatz eines „Flügelzugs“ zum geplanten ICE München-Nürnberg-Berlin

KlAnfr
s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*
Drs 15/4722

Verbesserungen auf der Rems- und der Murrbahn durch die Neuausschreibungen ab 2016

Forderungen zur Verbesserung der Zustände auf Rems- und Murrbahn im Zuge der Neuausschreibung des Verkehrsvertrags und angestrebte Leistungsverbesserungen

MdlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5114

Barrierefreiheit der Murrbahn zwischen Murrhardt-Fornsbach und Waiblingen

Stand der Barrierefreiheit auf Bahnhöfen und Haltepunkten der Murrbahn zwischen Murrhardt-Fornsbach und Waiblingen, insbes Zeitplan, Kostenhöhe und -trägerschaft für die barrierefreie Umgestaltung, Einsatz und Ausfallquote technischer Hilfsmittel zur Erreichung der Barrierefreiheit

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/5535

Verschlechterung des Fahrplanangebots für Fornsbach und Fichtenberg durch das neue Fahrplankonzept

Bedeutung der Bahnhofhaltepunkte Fornsbach und Fichtenberg auf der Murrthalbahn und Erhalt des Fahrplanangebots bei den Neuausschreibungen

MdlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6342

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/7389

Mehrausgaben für den Ausbau von Bahnhöfen entlang der Murrbahn als Voraussetzung zum Bestehen des SMA-Tests für Stuttgart 21

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 526

Murrhardt

Verschlechterung des Fahrplanangebots für Fornsbach und Fichtenberg durch das neue Fahrplankonzept

Bedeutung der Bahnhaltspunkte Fornsbach und Fichtenberg auf der Murrthalbahn und Erhalt des Fahrplanangebots bei den Neuausschreibungen

MdlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6342

Murrthalbahn

s. *Murrbahn*

Muschel

Vorkommen und Schutz der heimischen Muscheln und Krebse
Sachstand zum Vorkommen und Schutz der Flusskrebse und Süßwassermuscheln in BW, insbes aktuelle Gefährdung der Populationen, Rücksichtnahme bei Eingriffen in oder an Gewässern, Gefährdung durch Neozoen

Antr
s. *Artenschutz*
Drs 15/7198

Museum

s.a. *Gedenkstätte*
s.a. *Haus der Geschichte*
s.a. *Kunsthalle Baden-Baden*
s.a. *Kunsthalle Karlsruhe*
s.a. *Staatsgalerie Stuttgart*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 28 - Verwaltung der Landesmuseen in Karlsruhe und Stuttgart (Kap 1466, 1467, 1482 bis 1485, 1487, 1491 und 1492)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/128
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/728
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 19.12.2012 Drs 15/2806
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3219
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962
Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5361
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5949
(dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD)
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
Mittlg LReg 01.09.2015 Drs 15/7375
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7489
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 25: Transport von Ausstellungsgegenständen der staatlichen Museen

Beachtung des Vergaberechts, Schaffung einer nationalen Qualitätsnorm für die Vergabe von Kunsttransporten

Mittlg LReg
s. *Kunst*
Drs 15/292

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 26: Archäologisches Landesmuseum

Mittlg LReg
s. *Archäologie*
Drs 15/337

Museale Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Förderung von Gedenkstätten und Museen zur Geschichte der DDR und der Teilung Deutschlands in BW, insbes des DDR-Museums Pforzheim bzw des Trägervereins „Gegen das Vergessen e.V.“

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.09.2011 und
Antw MWK Drs 15/474

Haushalt 2012; Epl 14

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Betrieb des Kindermuseums „Junges Schloss“ im Landesmuseum Württemberg

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1114-9 S. 49 50
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

Touristische Hinweistafel auf das Zweirad- und NSU-Museum der Stadt Neckarsulm an der A 6

Rechtfertigung der beantragten touristischen Hinweistafel mit der geschichtlichen Bedeutung Neckarsulms für die Mobilitätsentwicklung

KlAnfr
s. *Kraftrad*
Drs 15/1350

Pauschale Landeshaftung für Leihgaben an staatliche Museen

Anstreben einer Regelung im Sinne einer pauschalen Landeshaftung für die gesamte Ausstellung, unabhängig vom Versicherungswert der einzelnen Leihgabe

Antr
s. *Staatshaftung*
Drs 15/1567

Erhöhter Mehrwertsteuersatz auf Kunstwerke und Sammlungsstücke

Bewertung des ermäßigten Steuersatzes für den Kunsthandel, für Künstler, Kunsthäuser, Kunsthandlungen, Galerien und Museen; Beurteilung des o.g. Vorschlags der EU-Kommission

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/1614

Kulturelle Bildung und freier Eintritt in Museen

Entwicklung der Besucherzahlen in den staatlichen Museen seit Einführung von Eintrittsgeldern 1995; Stärkung der kulturellen Bildung und Steigerung der Besucherzahlen mit einer Abschaffung von Eintrittsgeldern für Kinder und Jugendliche in die Dauerausstellungen der staatlichen Museen - mit Erstattung der entgangenen Eintritte für die Einrichtungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme
MWK Drs 15/1616

Archäologisches Landesmuseum und archäologisches Zentraldepot

Darstellung der Abläufe und Zuständigkeiten bei archäologischen Funden mit Erläuterungen zu Ausgrabung, Dokumentation, Archivierung und Ausstellung; durchgeführte Maßnahmen zur Umwandlung des Archäologischen Landesmuseums (ALM) zu einem Landesbetrieb; Beurteilung der Entflechtung des ALM

vom Landesamt für Denkmalpflege; Planungen für die Zuordnung des Archäologischen Zentralarchivs in Rastatt; Erwartungen an die neue Museumskonzeption

Antr
s. *Archäologie*
Drs 15/1656

Geplante Zuschusskürzungen bei den staatlichen Museen

Entwicklung der Besucherzahlen und Landeszuschüsse der einzelnen Häuser seit 2007; Höhe des Personalbestands, der Personalkosten, der Mittel für Ankäufe und Ausstellungen u.a. Ausgaben; Umfang und Konsequenzen von geplanten Zuschusskürzungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 28.06.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1973
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 51 52
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Staatliche Museen für Naturkunde in Stuttgart und Karlsruhe

Bedeutung der beiden Museen für die außerschulische kulturelle Bildung und für die Forschung; Entwicklung der Besucherzahlen und Landeszuschüsse seit 2007; Umfang und Konsequenzen von geplanten Zuschusskürzungen sowie einer in Erwägung gezogenen Zusammenlegung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 28.06.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1974
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 53 54
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 30: Haushalts- und Wirtschaftsführung des Lindenmuseums in Stuttgart

Mittlg LReg 02.07.2012 Drs 15/2000
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2325
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Finanzielle Einschnitte bei den Großen Landesausstellungen

Allgemeine Zielsetzungen von Großen Landesausstellungen sowie deren Bedeutung für die baden-württembergische Museumslandschaft und die einzelnen staatlichen Museen; Entwicklung der Besucherzahlen und der Landeszuschüsse in den Jahren 2002 bis 2012; Auskunft über die geplante Mittelkürzung und deren Folgen für die staatlichen Museen und für die künftige Durchführung von Großen Landesausstellungen

Antr
s. *Ausstellung*
Drs 15/2048

Länderförderung der Kulturausgaben

Entwicklung der o.g. Förderung im Vergleich zu anderen BLändern seit 2002; Umfang der Ergänzung aus privaten Drittmitteln; Engagement der Banken in der Kultur- und Kreativwirtschaft; Frage nach einer mittelfristigen Finanzplanung für den Betrieb von Theatern, Orchestern oder Museen sowie nach einer möglichen Rücklagenbildung der Kunst- und Kulturinstitutionen aus der institutionellen Förderung; Bewertung der Entwicklungen und Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ iR eines zweijährig stattfindenden Kunstkongresses

Antr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/2049

Große Landesausstellung im Haus der Geschichte zum Ersten Weltkrieg

Gefährdung der o.g. Ausstellung und weiterer Ausstellungen aus Einspargründen; Vorlage von Ergebnissen der von der Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur erbetenen Prüfung, ob eine Kürzung der Zuschüsse für die Großen Landesausstellungen möglich ist; Art und Auswirkungen einer Änderung der bisherigen Konzeption der Großen Landesausstellungen für die betroffenen Museen

Antr
s. *Ausstellung*
Drs 15/2491

Große Landesausstellungen

Bis zum Jahr 2016 geplante Ausstellungen; vorgesehenes Budget; thematische und organisatorische Koordination der einzelnen Großen Landesausstellungen; Kooperation der Museen miteinander und mit anderen einschlägigen Einrichtungen; Einbeziehung anderer Landeseinrichtungen in den Abstimmungs- und Koordinierungsprozess mit den Landesmuseen

Antr
s. *Landesausstellung*
Drs 15/2733

Von der Landesregierung geplante Änderungen im Konzept der Großen Landesausstellungen

Änderungen im Konzept der Großen Landesausstellungen der staatlichen Museen, insbes thematische und zahlenmäßige Begrenzung sowie Planung neuer Vorgaben des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst BW

MdlAnfr
s. *Landesausstellung*
Drs 15/2843

Tourismus- und Öffentlichkeitskonzeption für das UNESCO-Welterbe „Prähistorische Pfahlbauten“ in BW

Bedeutung der baden-württembergischen UNESCO-Welterbestätten „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“, insbes Stellenwert für den Tourismus, unangemessene Öffentlichkeitswirkung, Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Öffentlichkeitswirkung und Tourismusförderung

KlAnfr
s. *Welterbe*
Drs 15/2938

Keltenmuseum auf der Heuneburg (Freilichtmuseum)

Übernahme und Finanzierung des Freilichtmuseums „Keltenmuseum auf der Heuneburg“, insbes Überführung in die Staatliche Schlösser und Gärten BW (SSG), Übernahme der Museumsgebäude, Ausgleich des Betriebsdefizits, Landesfinanzierung in vergleichbar gelagerten Fällen sowie Erstellung eines neuen Betriebs- und Entwicklungskonzepts

Antr
s. *Keltenmuseum Heuneburg*
Drs 15/3047

Präsentation von Zeugnissen der kulturellen Evolution des modernen Menschen (homo sapiens) des Schwäbischen Jura (Eiszeitkunst) und ihre Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste

Erhebung der Höhlen des Achtaus und des Lonetals zum UNESCO-Welterbe; Entscheidung über den Erfolg des Antrags; Möglichkeiten einer überregionalen Präsentation der Funde und Fundstätten des östlichen Teils der Schwäbischen Alb; Entwick-

lung eines Gesamtkonzepts und Einbindung der frühgeschichtlichen Zeugnisse in den geohistorischen Zusammenhang; Vermittlung paläolithischer Kultur und Migration in Zusammenarbeit mit den Museen der Region; Tourismusangebote und Vermarktung

KlAnfr
s. *Welterbe*
Drs 15/3254

Frauengeschichte in BW

Relevanz und Förderung der frauenhistorischen Forschung in BW; Unterstützung von Forschungseinrichtungen; Gewährleistung der Darstellung und Aufarbeitung der Frauengeschichte; Frauengeschichte als angemessener Anteil an der Erinnerungskultur in den Museen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/3475

Museen in BW

Veränderung der Museumslandschaft in den letzten zehn Jahren; Entwicklung der Besucherzahlen; Auskunft über die vom Land BW geförderten Museen; Situation der kommunalen und privaten Museen; Beitrag des ehrenamtlichen Engagements zum Erhalt der Museumslandschaft; Attraktivität der Ausstellungs- und Vermittlungskonzepte; Bedeutung der Museen für den Tourismus; Sicherung des Bestands der Einrichtungen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.06.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3638
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 26 27
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Lernort Literaturmuseum

Entwicklung und Bewertung der „Arbeitsstelle für literarische Museen, Archive und Gedenkstätten“ beim Deutschen Literaturarchiv Marbach, insbes Aktivitäten der Arbeitsstelle und der von ihr betreuten Einrichtungen; Vergleich mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Bundesländern und Nachbarländern; Betrieb und finanzielle Förderung von literarischen Museen, Archiven und Gedenkstätten in Kommunen

Antr
s. *Literaturförderung*
Drs 15/3654

Präsentation altsteinzeitlicher Artefakte in BW

Situation, Gesamtkonzept und Zeitplan für die Präsentation altsteinzeitlicher Artefakte in BW, insbes Präferenzen und Pläne der LReg zur Errichtung eines zentralen Altsteinzeitmuseums oder dezentraler Einzelpräsentationen in Fundortnähe

Antr
s. *Archäologie*
Drs 15/3732

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW und möglicher Standort Ulm

KlAnfr
s. *Naturwissenschaften*
Drs 15/3736

Neukonzeption der „Großen Landesausstellungen“

Stand der Neukonzeption für die „Großen Landesausstellungen“, insbes Vorstellungen des Ministeriums, Einbindung der betroffenen Museen, Umsetzungszeitplan, künftige Bereitstellung und Verteilung der dafür angesetzten Haushaltsmittel

Antr
s. *Landesausstellung*
Drs 15/3749

Museumsprojekt „Vogtsbauernhof“ - Freilichtmuseen in BW

Beurteilung des Museumsprojekts in Gutach im Schwarzwald; Bedeutung der Freilichtmuseen für den Tourismus und die heimatkundliche Bildung; staatliche Förderung der Freilichtmuseen; Entwicklung der Besucherzahlen in den letzten zehn Jahren; Verbesserung der Verkehrsanbindung des „Vogtsbauernhofs“ durch einen eigenen Schienenhalt

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 07.10.2013 und Antw MWK Drs 15/4119

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. *Versicherungspflicht*
Drs 15/4477

Provenienzforschung in BW

Wichtigkeit der Provenienzforschung und der Restitution von Objekten der Raub- und Beutekunst; Provenienzforschung in BW seit der Washingtoner Erklärung 1998; Anzahl der an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegebenen Kunstwerke; Zusammenarbeit der Museen mit der die Internet-Datenbank „Lost Art“ betreibenden Koordinierungsstelle Magdeburg; Förderung einer zügigen Ermittlung der Eigentümer des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts

Antr
s. *NS-Raubkunst*
Drs 15/4490

Außerschulische Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)

Tätigkeit und Förderung außerschulischer Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), insbes geltende Förderkriterien, Zusammenarbeit mit Schulen, Verankerung von Technikmuseen und Schülerforschungszentren; Eignung des Museums Erlebnispark Fördertechnik in Sinsheim als außerschulischer Lernort

Antr
s. *Außerschulischer Lernort*
Drs 15/4683

Unterstützung kommunaler und privater Kunstmuseen durch das Land

Förderung kommunaler und privater Kunstmuseen in den vergangenen zehn Jahren; Förderung des Ankaufs von Kunstwerken für kommunale und private Kunstmuseen durch den Wettmittelfonds des Landes; Unterstützung durch Dauerleihgaben;

Einbeziehung in die Konzeption und Durchführung von Großen Landesausstellungen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 19.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4805
 BeschlEmpf und Bericht WissA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 10
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Kulturförderung in BW

Sachstand zur angekündigten Erhöhung der Kulturförderung, insbes Auswahlkriterien für die Projekte und Einrichtungen, Benutzung der Konzeption „Kultur 2020“ als Grundlage, dauerhafte Finanzierung, unzureichende Berücksichtigung der Museumslandschaft; Aufrechterhaltung der Einsparpläne für die Musikschulen, Erhalt des Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg als eigenständigen Klangkörper

Antr
 s. *Kulturförderung*
 Drs 15/5886

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.02.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6483
 BeschlEmpf und Bericht WissA 23.04.2015 Drs 15/7352 S. 27 28
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Bedeutung des TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim

Sachstand zur Bedeutung und Wissensvermittlung im TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim, insbes bei der Betreuung von Schulklassen

Antr Helen Heberer u.a. SPD 24.06.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7060
 BeschlEmpf und Bericht WissA 08.10.2015 Drs 15/7638 S. 25-27
 PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 22 - Landesmuseum für Technik und Arbeit (Kap 1478)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7022
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7522
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Zukunft der vom Land angemieteten Liegenschaften im Umfeld der Karlsruher Kaiserstraße

Laufzeit der bestehenden Mietverträge; Mietflächen und Miethöhe; zu erwartende Mieterhöhungen im Zuge der Fertigstellung des Straßenbahntunnels unter der Kaiserstraße (Kombilösung Karlsruhe); Prüfung einer Verlagerung der im Bereich der Kaiserstraße gelegenen Landeseinrichtungen

KlAnfr
 s. *Dienstgebäude*
 Drs 15/7947

Mittelaufstockung für die Museumsförderung, Bedeutung der Provenienzforschung an den staatlichen Museen
 PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1415 1416 1419

Museum für Naturkunde

s. *Museum*

Musik

s.a. *Chor*
 s.a. *Landesakademie Ochsenhausen*
 s.a. *Musiker*
 s.a. *Musikerziehung*
 s.a. *Musikgymnasium*
 s.a. *Musikhochschule*
 s.a. *Musikinstrument*
 s.a. *Musiklehrer*
 s.a. *Musikschule*
 s.a. *Musikveranstaltung*
 s.a. *Musikverein*

Streichung von Lehrerstunden für Arbeitsgemeinschaften an den Schulen durch die Schulverwaltung

Begründung, Umfang und betroffene Schularten der Streichung des ergänzenden Unterrichtsangebots an Förderstunden für Schulchor, Musik AG, Theater AG u.a.; Rücknahme der vorgenommenen Streichungen

Antr
 s. *Arbeitsgemeinschaft*
 Drs 15/433

Haushaltsmittel der Landesakademie für die musizierende Jugend in BW in Ochsenhausen

Höhe der für 2012 etatisierten bzw der notwendigen Mittel, bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel im Haushaltsvollzug 2012; Betraung der Akademie und Mittelbereitstellung zur Umsetzung eines Stipendiatenprogramms „Pop-Masterclasses“ für hochbegabte Jugendliche

Antr
 s. *Landesakademie Ochsenhausen*
 Drs 15/1540

Tarifreform 2013 der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)

Auswirkungen der o.g. Tarifreform für die Betreiber von Tanzlokalen und Diskotheken vor allem im ländlichen Raum, Befürchtung von existenzgefährdenden Mehrbelastungen, Beurteilung der ebenfalls geplanten Gebührenerhöhung für USB-Speichersticks; Darstellung des Handlungsbedarfs und der ergriffenen Maßnahmen im Interesse der Betroffenen

Antr
 s. *Verwertungsgesellschaft*
 Drs 15/1883

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Liedes“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/2058

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr
s. *Laienmusik*
Drs 15/3137

Zukunft des Landespolizeiorchesters (LPO)

Bedeutung, Struktur und Finanzierung des Landespolizeiorchesters (LPO), insbes Vergleich mit anderen Blasorchestern sowie Polizeiorchestern anderer Bundesländer, Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten, Funktion als Sympathieträger in der polizeilichen Außendarstellung

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/3174

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musikensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr CDU 26.03.2014 und Antw LReg Drs 15/4981 (15 S.)
PIPr 15/130 10.06.2015 S. 7824-7833

GEMA-Gebühren für Musik in Sportkursen

Regelung der Musikknutzung in den Kursen der Sportvereine bis Ende 2013; Stand der Verhandlungen zwischen den Sportbünden und der GEMA über eine neue Pauschalvereinbarung

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/5141

Zentrum für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (vorher: Deutsches Volksliedarchiv), insbes Bedeutung für die Kulturlandschaft BW, personelle und finanzielle Ausstattung, inhaltliche und organisatorische Veränderungen durch die Eingliederung in die Universität Freiburg, Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit

Antr
s. *Zentrum für Populäre Kultur und Musik*
Drs 15/6296

Förderung der Akademieeinrichtungen der Blasmusik durch das Land BW

Sachstand zur Unterstützung der Förderung von Neubauten der Akademieeinrichtungen von Blasmusikverbänden in Plochingen und Staufen durch das Land BW

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 04.11.2015 und Antw MWK Drs 15/7652

Erinnerung an den Wettbewerb um eine einheitliche Landeshymne 1986, Bewertung als misslungenen Versuch zur Verdrängung der vorhandenen Regionalthymnen

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 7

Musikalische Bildung

s. *Musikerziehung*

Musikensemble

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr
s. *Laienmusik*
Drs 15/3137

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musikensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7725

Musiker

s.a. Chor
s.a. Orchester

Haushaltsmittel der Landesakademie für die musizierende Jugend in BW in Ochsenhausen

Höhe der für 2012 etatisierten bzw der notwendigen Mittel, bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel im Haushaltsvollzug 2012; Betrauung der Akademie und Mittelbereitstellung zur Umsetzung eines Stipendiatenprogramms „Pop-Masterclasses“ für hochbegabte Jugendliche

Antr
s. *Landesakademie Ochsenhausen*
Drs 15/1540

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunkinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Musikerziehung

s.a. *Landesakademie Ochsenhausen*
s.a. *Musiker*
s.a. *Musiklehrer*
s.a. *Musikschule*
s.a. *Musische Erziehung*

„Singen - Bewegen - Sprechen“ - ein Erfolgsmodell in der frühkindlichen Bildung

Nutzung der zu erwartenden Evaluationsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung als Entscheidungsgrundlage für den weiteren Standortausbau des o.g. Förderprogramms; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen; Bewertung der Beteiligung von Musikschulen und Musikvereinen; Entwicklung einer Fortbildungskonzeption für die weitere musikalische Qualifizierung der Erziehungs- und Lehrkräfte

Antr Georg Wacker u.a. CDU 26.05.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/43
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 06.07.2011 Drs 15/504 S. 8 9
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Streichung von Lehrerstunden für Arbeitsgemeinschaften an den Schulen durch die Schulverwaltung

Begründung, Umfang und betroffene Schularten der Streichung des ergänzenden Unterrichtsangebots an Förderstunden für Schulchor, Musik AG, Theater AG u.a.; Rücknahme der vorgenommenen Streichungen

Antr
s. *Arbeitsgemeinschaft*
Drs 15/433

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Böblingen
Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Böblingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KIAnfr Sabine Kurtz CDU 04.10.2011 und Antw KM Drs 15/656

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Esslingen
Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Esslingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 12.10.2011 und Antw KM Drs 15/678

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Sigmaringen
Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Sigmaringen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KIAnfr Tanja Gönner CDU 24.11.2011 und Antw KM Drs 15/927

Singen - Bewegen - Sprechen

Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen, insbes für die motorische Kompetenz, Sozialkompetenz und Sprachentwicklung sowie der Möglichkeit für Kinder aus sozial schwächeren Familien zur Teilhabe am Musikschulunterricht; Sicherung der Weiterfinanzierung bestehender und neuer Kooperationen sowie Fortführung in der Grundschule bis Klasse 4

Antr Georg Wacker u.a. CDU 03.01.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1093
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1646 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU) S. 16-18
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Haushalt 2012; Epl 04

Fortführung des Programms „Singen - Bewegen - Sprechen“

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1104-6 S. 59 60
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1204-11 S. 13 14
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Regierungsbefragung

Frühkindliche Sprachförderung aus einem Guss - Konsequente, ganzheitliche Sprachförderung von Anfang an - „Singen - Bewegen - Sprechen“: Integraler Bestandteil der frühkindlichen Sprachförderung

g//
s. *Sprachunterricht*
PIPr 15/37 S. 2001

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Liedes“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme

KM Drs 15/2058
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3398
S. 21 22
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Ist die hohe Qualität der Sprachförderung im Kindergarten ausreichend gesichert?

Höhe der Mittelbereitstellung für die neu strukturierten Sprachförderprogramme; finanzielle Auswirkungen der Neustrukturierung auf die HSL-Richtlinie für die außerschulische Hausaufgaben-, Lern- und Sprachhilfe; Ermöglichung des gleichzeitigen Angebots des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ und der Fördermaßnahme „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“?

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/2210

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr
s. *Laienmusik*
Drs 15/3137

Mensch, Natur und Kultur (MeNuK)

Stellenwert der musikalischen Bildung im Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur“ (MeNuK) an den Grundschulen, insbes Fachqualifikation und Mangelsituation bei Musiklehrern sowie Entwicklung musikalischer Angebote im Ergänzungsbereich; Erfahrungen und Evaluationsergebnisse zum Musikunterricht und Fächerverbund MeNuK; Auflösung des Fächerverbands MeNuK an Grundschulen sowie des Fächerverbands „Musik-Sport-Gestalten“ (MSG) an den Haupt- und Werkrealschulen

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/3341

„Singen - Bewegen - Sprechen“

Entwicklung des Landesförderprogramms „Singen - Bewegen - Sprechen“ als Instrument der frühkindlichen Förderung, insbes Zahl der Kooperation und der erreichten Kinder; Auswirkungen und Vergleich zu anderen Programmen der Sprachförderung; Ausweitung der Kooperation mit Musikschulen und Laienmusik bei „Singen - Bewegen - Sprechen“ auch für Grundschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3791
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.09.2013 Drs 15/4324
S. 20 21
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Studium der Elementaren Musikpädagogik

Musikalische Früherziehung als Angebot an alle Kinder; Studium der Elementaren Musikpädagogik, Studienangebote an den

Hochschulen, Anzahl der Studienbewerber, Studierenden und Absolventen in den letzten fünf Jahren; eine Ausbildung in Elementarer Musikpädagogik voraussetzende Berufsfelder; voraussichtlicher Bedarf an Absolventen in den verschiedenen Berufsfeldern, insbes im Bereich der musikalischen Früherziehung in Kindertagesstätten und Musikschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 25.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4245 (28 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 13.03.2014 Drs 15/5052 S. 23 24
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Musikschulen und Musikvereine als Bildungsträger erhalten

Sicherung der musikalischen Bildung in einer sich verändernden Erziehungs- und Bildungslandschaft; Intensivierung der Zusammenarbeit von Musikschulen und Musikvereinen mit Kindertagesstätten; Zusammenarbeit mit den Grundschulen und den weiterführenden Schulen zur Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, der Förderung musikalischer Begabung sowie der Verwirklichung anspruchsvoller Projekte; Bestandsgefährdung von Chören, Ensembles und Orchestern an Musikschulen und in Vereinen durch den Ausbau der Ganztagschulen; Verhinderung eines gemeinsamen Musizierens von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schultypen

Antr CDU 27.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4657
PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7551-7556

Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Stillstand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land steht still!

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule; Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rahmenvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirchlichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zukunftsplans Jugend

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/5215

Zusätzlicher Sport- und Musikunterricht an Grundschulen

Rahmenbedingungen zur Einbindung gewerblicher Sport- und Musikschulen iRd Ganztagsbetriebs an Grundschulen, insbes Budget, Stundenlohn, pädagogische Qualifikation

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/5810

„Singen - Bewegen - Sprechen“

Adressaten des Programms; Erweiterung des bisherigen Personenkreises; Qualitätssicherung durch qualifiziertes Personal; Kooperation mit den Grundschulen

KlAnfr
s. *Elementarbildung*
Drs 15/5881

Konkrete Umsetzung der Kooperationen zwischen Ganztagschulen und Musikschulen im Land

Sachstand zur konkreten Umsetzung der Kooperationsvereinbarung des Landes mit dem Landesverband der Musikschulen e.V. über die Bildungsarbeit der Musikschulen an Ganztagschulen, insbes Regelung der Finanzierung, Ermöglichung von Individualunterricht neben dem gruppenmusikalischen Unterricht

KlAnfr
s. *Ganztagsschule*
Drs 15/6643

Kooperationen zwischen Ganztagsschulen und außerschulischen Partnern im Bereich der Musik

Sachstand zu Kooperationen zwischen Ganztagsschulen und außerschulischen Partnern im musikalischen Bereich, insbes Unterstützung der Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen, Mitsprachemöglichkeiten von Eltern, Bereitstellung einer Erstausrüstung mit Instrumenten; Teilnahmemöglichkeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien am kostenpflichtigen musikalischen Angebot iRd Ganztagsschule

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 21.07.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7195
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 07.10.2015 Drs 15/7638 S. 21 22
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Musikunterricht an den Grundschulen

Sachstand zur Erteilung des Musikunterrichts an den Grundschulen in BW, insbes Bedarf an und Unterrichtsversorgung mit ausgebildeten Musiklehrkräften, Anteil fachfremd erteilten Unterrichts, Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 05.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7273
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 07.10.2015 Drs 15/7638 S. 23
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Musikalisches Angebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen

Sachstand zum musikalischen Bildungsangebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen, insbes Ausbau der Kooperationen mit Musikvereinen, Einführung eines „Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) Musik und Schule“ analog zum „Freiwilligen Sozialen Jahr Sport und Schule“

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.09.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7437

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr Manfred Kern u.a. GRÜNE und Helen Heberer u.a. SPD 17.11.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7725
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 (dazu ÄAntr FDP/DVP) S. 45 46
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
Mittlg LReg 23.09.2016 Drs 16/637

Kritik an der Einstellung der Förderung des Projekts „Singen - Bewegen - Sprechen“, Verweisung auf die Verhandlungen mit den kommunalen Trägern

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 961 966 971 972 977

Kritik an der Einstellung des Kooperationsprogramms „Singen - Bewegen - Sprechen“, Verweisung auf die Bereitstellung zusätzlicher Mittel

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1111 1112 1115

Überführung des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ in die Sprachförderung

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2156

Musikgymnasium

Einrichtung eines Musikgymnasiums in Trossingen

Stand der Ausbauplanungen von Musikgymnasien in BW, u.a. am Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart und in Trossingen in Zusammenarbeit mit der Musikhochschule und dem Gymnasium Trossingen

KlAnfr Guido Wolf CDU 02.08.2012 und Antw KM Drs 15/2191

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Musikhochschule

s.a. Musikgymnasium

Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten an Musikhochschulen verbessern

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den einzelnen Musikhochschulen im Vergleich zu Kunsthochschulen und Hochschulen für darstellende Kunst u.a. Hochschularten; Ausgestaltung der Arbeits- und Vergütungssituation; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einbeziehung in die demokratische Selbstverwaltung; Unterstützung der Initiative zur Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Betroffenen zur Erarbeitung gemeinsamer Standards zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen

Antr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/1193

Zukunft der Popakademie Mannheim

Entwicklung der Bewerber- und Studierendenzahlen, der Einnahmen aus Studiengebühren und künftigen Kompensationszahlungen; Darstellung der Kooperationen und Gesellschafteranteile an der Finanzierung, künftige Beteiligung der Gesellschafter nach dem Rückzug von an der Finanzierung beteiligten Unternehmen, Höhe und Zeitrahmen für eine Aufstockung der Finanzierungsbeteiligung des Landes

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.02.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1315
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 33
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Die Situation der Lehrbeauftragten an den künstlerischen Ausbildungsstätten des Landes BW

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den Musikhochschulen, Akademien der Bildenden Künste, der Filmakademie, Popakademie und den Theaterakademien; Vergleich der Kosten bei einer Erbringung durch festgestellte Lehrkräfte; Frage nach einem Stufenplan zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten

KIAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/2398

Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen

Einrichtung einer Arbeitsgruppe und deren Zielsetzung

MdlAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/2649

Situation und Perspektiven der Musikhochschulen in BW

Situation der Musikhochschulen in BW, insbes Studienangebot, Studentenzahlen und Finanzausstattung; Fragestellungen und Themen der Überprüfung der Musikhochschulen durch den Rechnungshof, Ergebnisse des Prüfungsberichts und geplante strukturelle Änderungen als Konsequenz der LReg; Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 03.04.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3306
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.09.2013 Drs 15/4190 S. 18 19
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Status, Mitwirkung und Vertretung der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen

Situation der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen, insbes Anteil gegenüber festgestellten wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, Lastverteilung bei Stundenzahl und Einzelunterricht, Bedingungen für Prüfungsberechtigung, personal- und hochschulrechtlicher Status, Änderung gesetzlicher Regelungen im Landespersonalvertretungsgesetz und im Landeshochschulgesetz

Antr Manfred Kern u.a. GRÜNE und Helen Heberer u.a. SPD 12.06.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3626
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.09.2013 Drs 15/4190 S. 19 20
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Weiterentwicklung der Musikhochschulen des Landes BW

Durchführung und Ergebnisse der Tagung zur Zukunft der baden-württembergischen Musikhochschulen; Position des Rechnungshofs zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen; Ziele der LReg zur Entwicklung der Musikhochschulen und weiteres Verfahren

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE 19.06.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3647
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.09.2013 Drs 15/4190 S. 19 20
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Zusammensetzung der Studierenden an baden-württembergischen Musikhochschulen

Zusammensetzung und Verteilung ausländischer und deutscher Studienbewerber und Studenten an baden-württembergischen Musikhochschulen, insbes nach Herkunftsländern und einzelnen Hochschulen aufgeschlüsselte Bewerber- und Immatriku-

lationsstatistik; Zulassungsbedingungen zu den Hauptfachstudiengängen an Musikhochschulen, insbes Berücksichtigung bereits begonnener bzw abgeschlossener Musikstudien, Erreichung von Chancengleichheit für deutsche Studienbewerber mit Abitur durch Quotierung ausländischer Studenten bzw Nicht-Berücksichtigung musikalischer Vorbildung (Studium)

KIAnfr Helen Heberer u.a. SPD 21.06.2013 und Antw MWK Drs 15/3661

Beratene Äußerung „Die Musikhochschulen in BW“

Mittlg RH 11.07.2013 Drs 15/3777 (68 S.)
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4425
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6541 (dazu Antr GRÜNE und SPD und Antr CDU und FDP/DVP) (22 S.)
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Die künftige Entwicklung der Staatlichen Hochschule für Musik in Trossingen

Entwicklungsperspektiven des Musikhochschulstandorts Trossingen, insbes Erhalt des Hochschulstatus und Bestandsgarantie für den Hochschulstandort, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen der beabsichtigten überproportional hohen Sparmaßnahmen

KIAnfr Hans-Peter Storz SPD 18.07.2013 und Antw MWK Drs 15/3840

Zukunft der Musikhochschule Mannheim

Bedeutung, heutige Ausrichtung und Zukunft der Musikhochschule Mannheim; alternative Entwicklungsmöglichkeiten der Popakademie BW; Gründe und Konsequenzen der geplanten überproportionalen Kürzung für den Standort Mannheim in Abweichung vom Vorschlag des Rechnungshofs

Antr Georg Wacker u.a. CDU 01.08.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3903
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.09.2013 Drs 15/4190 S. 19 20
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Zukunft der Musikhochschule Trossingen

Bedeutung, heutige Ausrichtung und Zukunft der Musikhochschule Trossingen; Aberkennung des Volkshochschulstatus; Konzeption der angedachten Akademie; Gründe und Konsequenzen der geplanten überproportionalen Kürzung für den Standort Trossingen in Abweichung vom Vorschlag des Rechnungshofs; Initiierung eines umfassenden und transparenten Strategieentwicklungsprozess unter Einbeziehung aller fünf Musikhochschulen und Zugrundelegung des laut Rechnungshof notwendigen Einsparpotenzials von Studienplätzen sowie der Schaffung von Schwerpunkten

Antr Guido Wolf u.a. CDU 16.08.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3950
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.09.2013 Drs 15/4190 (dazu ÄAntr FDP/DVP) S. 20-23
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Reichen die Kapazitäten in der Musiklehrerausbildung an den Musikhochschulen aus?

Entwicklung der Absolventenzahl der Schulmusiker sowie der Zahl der neu eingestellten Musiklehrer an Gymnasien; aktuelle und künftige Bedarfsabdeckung bei Musiklehrern an Gymnasien; Stellenwert und Realisierung ergänzender musikalischer Angebote an Gymnasien; Studienplatzangebot und Qualität des Studiums der Schulmusik und berufliche Möglichkeiten für Ab-

solventen

Antr
s. *Musiklehrer*
Drs 15/3999

Musikhochschulen in BW

Rahmenbedingungen der Musikhochschulen in BW, insbes qualitativ erforderliche Mindestgröße und belastbare Daten zur These der „Ausbildung über Bedarf“; Auswirkungen einer Umsetzung des Konzepts des Ministeriums auf die Stellensituation an den Musikhochschulen; Rechenmodell zum geplanten Wegfall von Studienplätzen in Mannheim und Trossingen; Auswirkungen der geplanten Zentralisierung der Schulmusikerausbildung

KlAnfr Helen Heberer SPD 16.09.2013 und Antw MWK Drs 15/4032 (25 S.)

Frau Bauers Missgriff und Herrn Kretschmanns Rückpfeiff - wie geht es weiter mit den Musikhochschulen?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4586-4609

Zusicherungen der Ministerin Bauer

Konkreter Zeitplan für die Umsetzung der Veränderungen an den baden-württembergischen Musikhochschulen; Einbindung der Betroffenen in den weiteren Prozess

MdlAnfr 1) Sabine Kurtz CDU 30.09.2013 Drs 15/4105
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4728

Situation der Lehrbeauftragten bei der Weiterentwicklung der Musikhochschulen

Berücksichtigung der Situation der Lehrbeauftragten und deren Beteiligung an der Erarbeitung des geplanten Konzepts zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 06.12.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4457
BeschlEmpf und Bericht WissA 13.02.2014 Drs 15/4949 S. 21
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen

Planung und Gestaltung des Diskussionsprozesses zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen, insbes Auswahl beteiligter Institutionen, entstehende Kosten, Dokumentation der Ergebnisse und deren Bedeutung für die Neukonzeption

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4762
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 6-8
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunkinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*

Drs 15/4981

Regierungsbefragung

Hochschulpolitik

s. *Hochschulpolitik*
PIPr 15/105 S. 6270

Regierungsbefragung

Musikhochschulen

PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6649-6653

Studiengebühren für ausländische Studierende an Musikhochschulen

Anteil der ausländischen Studierenden sowie der Anteil der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern an den Hochschulen in BW; Studiengebühren für Studenten aus dem nicht-europäischen Ausland an Hochschulen in anderen Bundesländern; Stand des Rechtsverfahrens gegen die Musikhochschule Leipzig; Ergebnisse des Gutachtens zur Einführung selektiver Studiengebühren; Auswirkungen einer Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten

Antr
s. *Studiengebühren*
Drs 15/6297

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 23 - Popakademie BW (Kap 1478)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7023

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7523 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Erhöhung des Budgets für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

Sachstand zur Umsetzung der geplanten Erhöhung des Budgets um 28 Millionen Euro für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

MdlAnfr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/7860

Schließung der Finanzierungslücke bei der Popakademie Mannheim nach Auslaufen der privaten Drittmittelfinanzierung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1414 1416 1418 1420

Musikinstrument

EU lässt Orgelpfeifen zittern!

Bedeutung des Orgelbauhandwerks in BW, Zahl der Betriebe und Mitarbeiter; Relevanz und Auswirkungen einer EU-Richtlinie mit dem Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten, Hinwirkung auf eine Herausnahme des Verbots der Verarbeitung von Blei beim Orgelpfeifenbau aus der Richtlinie

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1503
BeschlEmpf und Bericht EuA 12.07.2012 Drs 15/2351 S. 93
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Kooperationen zwischen Ganztagschulen und außerschulischen Partnern im Bereich der Musik

Sachstand zu Kooperationen zwischen Ganztagschulen und außerschulischen Partnern im musikalischen Bereich, insbes Un-

terstützung der Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen, Mitsprachemöglichkeiten von Eltern, Bereitstellung einer Erstausrüstung mit Instrumenten; Teilnahmemöglichkeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien am kostenpflichtigen musikalischen Angebot iRd Ganztagschule

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7195

Musiklehrer

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Lieds“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/2058

Reichen die Kapazitäten in der Musiklehrerausbildung an den Musikhochschulen aus?

Entwicklung der Absolventenzahl der Schulmusiker sowie der Zahl der neu eingestellten Musiklehrer an Gymnasien; aktuelle und künftige Bedarfsabdeckung bei Musiklehrern an Gymnasien; Stellenwert und Realisierung ergänzender musikalischer Angebote an Gymnasien; Studienplatzangebot und Qualität des Studiums der Schulmusik und berufliche Möglichkeiten für Absolventen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3999

Musikunterricht an den Grundschulen

Sachstand zur Erteilung des Musikunterrichts an den Grundschulen in BW, insbes Bedarf an und Unterrichtsversorgung mit ausgebildeten Musiklehrkräften, Anteil fachfremd erteilten Unterrichts, Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7273

Engagement von Musikpädagogen für das Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ an Kindertagesstätten

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2003 2004 2006

Musikschule

s.a. *Musikgymnasium*
s.a. *Musikhochschule*

„Singen - Bewegen - Sprechen“ - ein Erfolgsmodell in der frühkindlichen Bildung

Nutzung der zu erwartenden Evaluationsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung als Entscheidungsgrundlage für den weiteren Standortausbau des o.g. Förderprogramms; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen; Bewertung der Beteiligung von Musikschulen und Musikvereinen; Entwicklung einer Fortbildungskonzeption für die weitere musikalische Qualifizierung der Erziehungs- und Lehrkräfte

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/43

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Böblingen
Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Böblingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/656

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Esslingen
Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Esslingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/678

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Sigmaringen
Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Sigmaringen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/927

Singen - Bewegen - Sprechen

Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen, insbes für die motorische Kompetenz, Sozialkompetenz und Sprachentwicklung sowie der Möglichkeit für Kinder aus sozial schwächeren Familien zur Teilhabe am Musikschulunterricht; Sicherung der Weiterfinanzierung bestehender und neuer Kooperationen sowie Fortführung in der Grundschule bis Klasse 4

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/1093

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Lieds“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/2058

Errichtung eines Musikgymnasiums in Karlsruhe

Sachstand der Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe und der staatlichen Hochschule für Musik Karlsruhe; Anzahl potenzieller Schüler aus dem Raum Karlsruhe; Stellenwert der Förderung musikalisch Hochbegabter; Hinderungsgründe für die Einrichtung eines Musikgymnasiums mit Internat in Karlsruhe

Antr

s. *Gymnasium*
Drs 15/2922

Fehlende Plätze an Musikschulen

Fehlbestand in BW und speziell im Schwarzwald-Baar-Kreis; Einsatz für einen nachfrageorientierten Ausbau des Musikschulangebots; stärkere Einbeziehung von Musikschulen an allgemeinbildenden Schulen; Förderung von Musikschulen im ländlichen Raum

KlAnfr Karl Rombach CDU 15.05.2013 und Antw KM Drs 15/3513

Studium der Elementaren Musikpädagogik

Musikalische Früherziehung als Angebot an alle Kinder; Studium der Elementaren Musikpädagogik, Studienangebote an den Hochschulen, Anzahl der Studienbewerber, Studierenden und Absolventen in den letzten fünf Jahren; eine Ausbildung in Elementarer Musikpädagogik voraussetzende Berufsfelder; voraussichtlicher Bedarf an Absolventen in den verschiedenen Berufsfeldern, insbes im Bereich der musikalischen Früherziehung in Kindertagesstätten und Musikschulen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/4245

Musikschulen und Musikvereine als Bildungsträger erhalten

Sicherung der musikalischen Bildung in einer sich verändernden Erziehungs- und Bildungslandschaft; Intensivierung der Zusammenarbeit von Musikschulen und Musikvereinen mit Kindertagesstätten; Zusammenarbeit mit den Grundschulen und den weiterführenden Schulen zur Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, der Förderung musikalischer Begabung sowie der Verwirklichung anspruchsvoller Projekte; Bestandsgefährdung von Chören, Ensembles und Orchestern an Musikschulen und in Vereinen durch den Ausbau der Ganztagschulen; Verhinderung eines gemeinsamen Musizierens von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schultypen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/4657

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizei-Orchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunkorchester Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Zusätzlicher Sport- und Musikunterricht an Grundschulen

Rahmenbedingungen zur Einbindung gewerblicher Sport- und Musikschulen iRd Ganztagsbetriebs an Grundschulen, insbes Budget, Stundenlohn, pädagogische Qualifikation

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/5810

Kulturförderung in BW

Sachstand zur angekündigten Erhöhung der Kulturförderung, insbes Auswahlkriterien für die Projekte und Einrichtungen, Benutzung der Konzeption „Kultur 2020“ als Grundlage, dauerhafte Finanzierung, unzureichende Berücksichtigung der Museumslandschaft; Aufrechterhaltung der Einsparpläne für die Musikschulen, Erhalt des Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg als eigenständigen Klangkörper

Antr
s. *Kulturförderung*
Drs 15/5886

Gelingt die Monetarisierung von Lehrerstunden im Ganztagschulkonzept?

Kooperation von Ganztagschulen mit außerschulischen Partnern wie Musikschulen und Sportvereinen; Nutzung der Möglichkeit der Monetarisierung von Lehrerwochenstunden; Monetarisierungs-Grad; Unterschiede zwischen Stadt und Land; erstmalige Beantragung des Ganztagsbetriebs unter Einbeziehung außerschulischer Partner für das Schuljahr 2015/2016

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/6439

Konkrete Umsetzung der Kooperationen zwischen Ganztagschulen und Musikschulen im Land

Sachstand zur konkreten Umsetzung der Kooperationsvereinbarung des Landes mit dem Landesverband der Musikschulen e.V. über die Bildungsarbeit der Musikschulen an Ganztagschulen, insbes Regelung der Finanzierung, Ermöglichung von Individualunterricht neben dem gruppenmusikalischen Unterricht

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/6643

Personalkosten an den Musikschulen

Sachstand zur verzögerten Auszahlung der Personalkostenzuschüsse für die Musikschulen durch das Land

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 08.05.2015 und Antw KM Drs 15/6879

Kooperationen zwischen Ganztagschulen und außerschulischen Partnern im Bereich der Musik

Sachstand zu Kooperationen zwischen Ganztagschulen und außerschulischen Partnern im musikalischen Bereich, insbes Unterstützung der Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen, Mitsprachemöglichkeiten von Eltern, Bereitstellung einer Erstausrüstung mit Instrumenten; Teilnahmemöglichkeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien am kostenpflichtigen musikalischen Angebot iRd Ganztagschule

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7195

Musikunterricht an den Grundschulen

Sachstand zur Erteilung des Musikunterrichts an den Grundschulen in BW, insbes Bedarf an und Unterrichtsversorgung mit ausgebildeten Musiklehrkräften, Anteil fachfremd erteilten Unterrichts, Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/7273

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7725

Musikunterricht

s. *Musikerziehung*

Musikveranstaltung

s.a. *Diskotheek*

Zukünftige Unterstützung für Klosterkonzerte

Förderung von Konzertveranstaltungen in Klöstern, insbes der Klosterkonzerte Maulbronn

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.08.2011 und
Antw MWK Drs 157451

Rechtsextremisten und Soziale Netzwerke

Darlegung der o.g. Nutzung, insbes zur Anwerbung von Sympathisanten, zur Planung von Konzerten und Events und rechtsextremer Gewalt

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/2145

Aus für das Hafenkonzert - Programmstruktur des SWR 4

Reaktion der Hörerschaft auf die angekündigte Programmänderung; Absprache des Südwestrundfunks (SWR) mit den an der Sendung beteiligten Rundfunkanstalten der Nachbarländer; Intentionen einer Neukonzeption der Hafenkonzerte am Bodensee; Programmfenster für die von Vereinen getragene Musikkultur; Ausprägung des Landesprofils in der Programmstruktur des SWR im Vergleich zu anderen Rundfunksendern; Zusammenhang zwischen regional bezogenen Sendungen und einem positiven Werbeeffekt für das Land

KlAnfr

s. *Rundfunk*

Drs 15/2367

Maulbronner Klosterkonzerte

Bedeutung, Organisation und Finanzierung der Klosterkonzerte im Maulbronner Weltkulturerbe

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 20.02.2013 und Antw MWK
Drs 15/3101

Fusion der SWR-Rundfunkorchester

Ablauf und Folgen der Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des Südwestrundfunks (RSO) und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu einem Klangkörper, insbes beim künftigen musikalischen Profil, Personalbestand, Infrastruktur, Probenmöglichkeiten und Konzertanzahl; finanzieller Einspareffekt; Konsequenzen der Zusammenlegung für den Bereich der kulturellen Bildung

Antr

s. *Orchester*

Drs 15/3130

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr

s. *Musik*

Drs 15/4981

Mixery HipHop Open vor dem Aus - Die Zukunft der Stuttgarter Musikkulturszene

Sachstand zur Bedeutung der Mixery HipHop Open für die Musikkultur in Stuttgart und BW sowie Hintergründe zur Einstellung dieses HipHop-Events

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 10.07.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7155

Musikverein

s.a. *Chor*

„Singen - Bewegen - Sprechen“ - ein Erfolgsmodell in der frühkindlichen Bildung

Nutzung der zu erwartenden Evaluationsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung als Entscheidungsgrundlage für den weiteren Standortausbau des o.g. Förderprogramms; Bereitstellung der notwendigen Ressourcen; Bewertung der Beteiligung von Musikschulen und Musikvereinen; Entwicklung einer Fortbildungskonzeption für die weitere musikalische Qualifizierung der Erziehungs- und Lehrkräfte

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/43

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Böblingen

Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Böblingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/656

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Esslingen

Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Esslingen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/678

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Sigmaringen

Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Sigmaringen; Umgang mit vorliegenden

weiteren Anträgen

KlAnfr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/927

Singen - Bewegen - Sprechen

Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen, insbes für die motorische Kompetenz, Sozialkompetenz und Sprachentwicklung sowie der Möglichkeit für Kinder aus sozial schwächeren Familien zur Teilhabe am Musikschulunterricht; Sicherung der Weiterfinanzierung bestehender und neuer Kooperationen sowie Fortführung in der Grundschule bis Klasse 4

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/1093

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Lieds“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/2058

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr

s. *Laienmusik*

Drs 15/3137

Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen

Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen, insbes Maßnahmen iRd „Zukunftsplans Jugend“

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/3287

Musikschulen und Musikvereine als Bildungsträger erhalten

Sicherung der musikalischen Bildung in einer sich verändernden Erziehungs- und Bildungslandschaft; Intensivierung der Zusammenarbeit von Musikschulen und Musikvereinen mit Kindertagesstätten; Zusammenarbeit mit den Grundschulen und den weiterführenden Schulen zur Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, der Förderung musikalischer Begabung sowie der

Verwirklichung anspruchsvoller Projekte; Bestandsgefährdung von Chören, Ensembles und Orchestern an Musikschulen und in Vereinen durch den Ausbau der Ganztagschulen; Verhinderung eines gemeinsamen Musizierens von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schultypen

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/4657

Kooperationen zwischen Ganztagschulen und außerschulischen Partnern im Bereich der Musik

Sachstand zu Kooperationen zwischen Ganztagschulen und außerschulischen Partnern im musikalischen Bereich, insbes Unterstützung der Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen, Mitsprachemöglichkeiten von Eltern, Bereitstellung einer Erstausrüstung mit Instrumenten; Teilnahmemöglichkeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien am kostenpflichtigen musikalischen Angebot iRd Ganztagschule

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7195

Musikunterricht an den Grundschulen

Sachstand zur Erteilung des Musikunterrichts an den Grundschulen in BW, insbes Bedarf an und Unterrichtsversorgung mit ausgebildeten Musiklehrkräften, Anteil fachfremd erteilten Unterrichts, Kooperation mit Musikschulen und Musikvereinen

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7273

Musikalisches Angebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen

Sachstand zum musikalischen Bildungsangebot iRd Ganztagsbetreuung an Schulen, insbes Ausbau der Kooperationen mit Musikvereinen, Einführung eines „Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) Musik und Schule“ analog zum „Freiwilligen Sozialen Jahr Sport und Schule“

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7437

Kooperation von Ganztagschulen und Musikvereinen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1757 1759

Musische Bildung

s. *Musische Erziehung*

Musische Erziehung

s.a. *Musikerziehung*

Fusion der SWR-Rundfunkorchester

Ablauf und Folgen der Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des Südwestrundfunks (RSO) und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu einem Klangkörper, insbes beim künftigen musikalischen Profil, Personalbestand, Infrastruktur, Probenmöglichkeiten und Konzertanzahl; finanzieller Einspareffekt; Konsequenzen der Zusammenlegung für den Bereich der kulturellen Bildung

Antr

s. *Orchester*

Drs 15/3130

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7725

Musisch-kulturelle Bildung

s. *Musische Erziehung*

Mutlangen

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauferklinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäusern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7685

Mutter

s.a. *Tagesmutter*

Leben ermöglichen - Babys in BW schützen

Vorhandene und notwendige sowie bisher in Anspruch genommene Möglichkeiten der Babyklappe und anonymen Geburt; alternative niedrigschwellige Angebote in anderen Ländern; Beurteilung des Fehlens von Angeboten im württembergischen Landesteil sowie in Nordbaden; Anstrengung eines Dialogs mit den Kirchen; Schaffung flächendeckender Angebote für Mütter mit schwerwiegenden Problemen

Antr

s. *Kind*

Drs 15/1065

Auswahl und Einladung von Bürgerinnen und Bürgern für den Filderdialog

Eingesetzte Verfahren und Software für die o.g. elektronische Zufallsauswahl, Wahrung des Datenschutzes bei der Adressatenauswahl; Bewertung der intensiven Bemühungen um Teilnehmer, insbes der Kontaktaufnahme zu Mütterzentren, nach Anündigung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft; Beurteilung der Eignung und gesellschaftlichen Abbildung der Anwohnerschaft auf den Fildern durch Personenkreise im Umfeld von Mütterzentren

Antr

s. *Filder (Landschaft)*

Drs 15/1958

Mutterschaftsurlaub

s. *Elternzeit*

Mutterschutz

s.a. *Schwangerschaft*

Vereinbarkeit von Familie und Landtagsmandat in BW

Einführung von Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten für Abgeordnete; Änderung des § 75 der Geschäftsordnung des Landtags von BW

Antr

s. *Landtag, Geschäftsordnung*

Drs 15/5500

Polizeivollzugsbeamte in Teil- und Vollzeit im Enzkreis

Stellenverteilung bei Polizeivollzugsbeamten in Teil- und Vollzeit im Enzkreis; Personalplanung für durch Mutterschutz oder Elternzeit ausgefallene Beschäftigte

KlAnfr

s. *Polizeibeamter*

Drs 15/6644

Mutterschutzrecht

s. *Mutterschutz*

Muttersprachlicher Unterricht

Vielfalt statt Einfach - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Wahrnehmung von Angeboten des muttersprachlichen (Konsulats-)Unterrichts von Schülern mit italienischem Migrationshintergrund

GrAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/2042

Muttersprachlicher Unterricht in BW

Sachstand zur Situation und Entwicklung des muttersprachlichen Unterrichts in BW, insbes pädagogische Bedeutung, Herkunftsländer, Teilnehmerzahlen, Kosten, Ausgestaltung, Qualitätssicherung, Auswirkung auf die Integration von Schülern, Planungen zur Aufnahme in das reguläre Schulangebot

Antr CDU 15.04.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6737

ÄAntr FDP/DVP 09.06.2015 Drs 15/6964

PIPr 15/130 10.06.2015 S. 7811-7817

MVV Energie

Kapitalaufstockung der Juwi AG durch die MVV Energie AG

Sachstand zum Einstieg und zur Kapitalerhöhung der MVV Energie AG bei der Juwi AG, insbes Rolle der mehrheitlich in Besitz des Landes befindlichen EnBW AG als zweitgrößter Anteilseignerin der MVV Energie AG

Antr

s. *Energiewirtschaft*

Drs 15/7414

Myatrophische Lateralsklerose

s. *Amyotrophe Lateralsklerose*

Mykotoxin

s.a. *Aflatoxin*

Lebensmittel und Futtermittelkontrolle - Aflatoxine

Verfahren und Resultate der Lebens- und Futtermittelkontrollen in BW bezüglich der Untersuchungen auf Schimmelpilzgifte, insbes Aflatoxine; zusätzliche Maßnahmen der LReg nach dem Bekanntwerden eines konkreten Verdachtsfalls mit überschrittenen Grenzwerten für Aflatoxine bei importiertem Futtermais aus Serbien im Herbst 2012

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 05.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3165
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 58 59
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

NABU

s. Naturschutzbund Deutschland

Nachbarrecht*Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes*

Abbau gesetzlicher Hindernisse zur Erleichterung der energetischen Sanierung von Altbauten und des Einsatzes regenerativer Energien, insbes Duldungspflicht für Überbauten durch den Nachbarn bei nachträglicher Dämmung eines Gebäudes, Vergrößerung des Mindestgrenzabstandes für höher wachsende Bäume in Innerortslage im Hinblick auf die Nutzung von Solarenergie, Verlängerung der Verjährungsfristen für nachbarrechtliche Beseitigungsansprüche in Bezug auf höher wachsende Bäume von bislang fünf auf zehn Jahre

GesEntw LReg 26.11.2013 Drs 15/4384 (20 S.)
 1. Beratung PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5195-5199
 BeschlEmpf und Bericht StändA 23.01.2014 Drs 15/4632
 2. Beratung PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5324-5327
 GesBeschl 29.01.2014 Drs 15/4668
 GBl 2014 Nr. 3 S. 65 66 (Ges vom 04.02.2014)

§ 7 d Nachbarrechtsgesetz BW - Hammerschlags- und Leiterrecht

Sachstand zur Regelung der Nutzungsentschädigung des Eigentümers des Nachbargrundstücks in Bezug auf das Hammerschlags- und Leiterrecht nach § 7 d Nachbarrechtsgesetz

KlAnfr
s. Nachbarrechtsgesetz
 Drs 15/6220

Nachbarrechtsgesetz*Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes*

Abbau gesetzlicher Hindernisse zur Erleichterung der energetischen Sanierung von Altbauten und des Einsatzes regenerativer Energien, insbes Duldungspflicht für Überbauten durch den Nachbarn bei nachträglicher Dämmung eines Gebäudes, Vergrößerung des Mindestgrenzabstandes für höher wachsende Bäume in Innerortslage im Hinblick auf die Nutzung von Solarenergie, Verlängerung der Verjährungsfristen für nachbarrechtliche Beseitigungsansprüche in Bezug auf höher wachsende Bäume von bislang fünf auf zehn Jahre

GesEntw
s. Nachbarrecht
 Drs 15/4384

§ 7 d Nachbarrechtsgesetz BW - Hammerschlags- und Leiterrecht

Sachstand zur Regelung der Nutzungsentschädigung des Eigentümers des Nachbargrundstücks in Bezug auf das Hammerschlags- und Leiterrecht nach § 7 d Nachbarrechtsgesetz

KlAnfr Katrin Schütz CDU 04.12.2014 und Antw JM Drs 15/6220

Nachbarschaftsrecht

s. Nachbarrecht

Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 39 (Weinheim)

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen der Gemeinden im Wahlkreis Weinheim, insbes auf die Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil; Reaktionen seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau

KlAnfr
s. Bauleitplanung
 Drs 15/4336

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Mannheim

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen in Mannheim; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil der Metropolregion; Reaktionen der Kommunen, Regionalverbände, kommunalen Landesverbände sowie der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau in Mannheim

KlAnfr
s. Bauleitplanung
 Drs 15/4337

Nachfrage

s.a. Konjunktur

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz verpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für

selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerichts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr
s. *Fleischerei*
Drs 15/5506

„Share Economy“ in BW

Rolle von Share Economy in BW; betroffene Geschäftsfelder; Auswirkungen auf Nachfrageverhalten und Produktion; Einfluss auf die Wirtschaftsstruktur; Chancen und Risiken von Share Economy; Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Wirtschaftssystem*
Drs 15/6159

Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung

Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC- und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6669

Nachfrage im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Stand zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen

Sachstand zur Nachfrage auf den einzelnen Strecken im Schienenpersonennahverkehr, insbes Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Menge der bestellten Zugkilometer, Kapazitätsengpässe und Gegenmaßnahmen, Erkenntnisse über deutlich unterbesetzte Züge, Veränderungen im Fahrplan- und Fahrzeugangebot, Erkenntnisse aus dem Controlling, Verkaufszahlen des Baden-Württemberg-Tickets und des Metropoltickets für die Region Stuttgart

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6790

Nachfragestruktur

s. *Nachfrage*

Nachhaltige Entwicklung

Verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln als Ziel der Modellregion für eine nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/97

Entwicklung des Tourismus in BW

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen in den einzelnen Regionen differenziert nach Angeboten für Senioren, Familien, Behinderten, Kulturreisen, Bädertourismus etc; Instrumente und Schwerpunkte in der Förderpolitik, Höhe der bereitgestellten Mittel von Land, Bund und EU seit 2006; Ausrichtung der Förderpraxis auf Nachhaltigkeit, Umsetzung des Nachhaltigkeitschecks in den besucherstärksten Regionen; Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum; Bedeutung

von Biosphärengebieten und Nationalparks; Ausbau und Vernetzung von ÖPNV-Angeboten; Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/865

Auflösung des Nachhaltigkeitsbeirats durch die Landesregierung und Ersatz durch ein Gremium aus Vertretern verschiedener Verbände

Gründe, Zeitpunkt und Ziele der Ersetzung des o.g. Beirats; Zusammensetzung und Fachkompetenz des bisherigen und künftigen Gremiums; Bewertung der bisher erstellten wissenschaftlichen Gutachten des Nachhaltigkeitsbeirats, insbes auch des jüngsten Gutachtens zum Thema Energiewende; Beteiligung des Landtags und seiner Mitglieder an der anstehenden Entscheidung bzw an der Nachfolgeorganisation

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 01.06.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1791
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 46 47
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

BW als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit

Art, Umfang und Akteure der Förderung o.g. Ziele an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Darstellung der Clusterbildung und Vernetzung mit der Wirtschaft und Verbänden; Höhe und Herkunft der Drittmittelinwerbung an den Hochschulen seit 2007; Bedeutung der Profilbildung, der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des studentischen Engagements für die Ausrichtung von Hochschulen an nachhaltiger Entwicklung

Antr GRÜNE 12.06.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1827 (14 S.)
PIPr 15/52 28.11.2012 S. 3018-3027

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme; Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität; Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen sowie der Schieneninfrastruktur; Problematik des Auslaufens des Bundes-GVFG; Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- CARS 2020 - Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa

Mittlg LReg
s. *Kraftfahrzeugindustrie*
Drs 15/2777

Bewertung der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft durch die LReg

Positive Bewertung von Bioprodukten und Biolandbau durch die Broschüre „Ökologischer Landbau in BW“ der LReg und Herabsetzung der Leistungen der konventionellen Landwirtschaft, insbes Bedeutung bei der Bewahrung der Schöpfung sowie bei nachhaltiger und artgerechter Bewirtschaftung; Beitrag zur Nachhaltigkeit und ökologischer Vielfalt durch Biobetriebe und konventionelle Landwirtschaftsbetriebe

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/3166

Chance von nachhaltigen Zukunftsmärkten in BW

Gegenwart und Perspektiven der baden-württembergischen Wirtschaft auf nachhaltigen Zukunftsmärkten, insbes Begriffsdefinition, Branchen- und Unternehmenszuordnung, Branchenstatistik (Mitarbeiter, Umsatz, Wachstumsprognosen); Unterstützungsmaßnahmen und branchenspezifische Förderungsschwerpunkte der LReg

Antr CDU 12.04.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3354 (21 S.)
PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5349-5356

EU-Nachhaltigkeitsrahmen für Biogas- und Biomasseanlagen

Zunahme der Biogasanlagen in den letzten zehn Jahren; aktuelle Nachhaltigkeitskriterien für Biogas- und Biomasseanlagen; Entwicklung der EU-weit einheitlichen Nachhaltigkeitskriterien durch die Europäische Kommission; Bewertung der geplanten Neuregelungen; voraussichtliche Einbringung des Richtlinienvorschlags durch die Europäische Kommission

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/4087

Ausbau der Windkraft

Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und wirtschaftlicher Nutzen beim Ausbau der Windkraft in BW, insbes Standortprüfungen auf Windhöflichkeit und wirtschaftlichen Betrieb, Veröffentlichung von Kennzahlen zu genehmigten und geplanten Windkraftanlagen, Ausweisung von Konzentrationszonen und Ausschlussgebieten für Windräder, Verbraucherschutz bei Investitionen in Windkraft; Abweichung beim vorgeschriebenen Abstand der Windkraftanlagen zur nächsten Wohnbebauung von den WHO-Mindeststandards

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4196

Energieholznutzung und Klimaschutzziele

Menge und Herkunft des in BW für Energiezwecke genutzten Holzes; Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung des Landesforsts auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten für bestehende Holzheizwerke, Holzheizkraftwerke sowie Scheitholznutzer und Selbstwerber; FSC-Zertifizierung und Erreichung der im Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Klimaschutzziele; Einsatz für die Energieholznutzung bei einer Revision der FSC-Richtlinien; Kompensation wegfallender Mengen an Hackholz; Nutzung des Restholzes zur Verbesserung der Bodenstruktur

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4310

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/4435

Eine Frage der Effizienz - im globalen Wettbewerb und iRd Energiewende: Ressourcenverbrauch, betriebliche Materialeffizienz und die Steigerung der Rohstoffproduktivität in BW

Steigerung der Rohstoffproduktivität und Erhöhung der Materialeffizienz in baden-württembergischen Unternehmen und ihr Stellenwert in der Umweltpolitik des Landes; Entwicklung der Rohstoffproduktivität Baden-Württembergs seit 1994 im Vergleich zu anderen Bundesländern; Rohstoffpreisentwicklung und Zielvorgaben bis 2020; Material- und Kosteneinsparpotenziale in den verschiedenen Branchen; Investitionskosten für die Unternehmen; Priorisierung der Handlungsfelder und Instrumente zur Realisierung der Vorhaben; Beitrag der Kreislaufwirtschaft insbes bei seltenen Stoffen; Umsetzung des Fahrplans Ressourceneffizienz BW

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4478 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 25-27
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Zertifizierungsrichtlinien der Forest Stewardship Council (FSC) in BW

Umfang des aus dem Forst (Staats-, Kommunal- und Privatwald) stammenden Energieholzes; Umfang des Energieholzeinsatzes in BW, aufgeschlüsselt nach Forst, Landschaftspflege, kommunalen Reststoffen, Industrierestholz und Altholz; Verhältnis von Scheitholz zu Hackholz; Auswirkungen der Einführung der FSC-Zertifizierung auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten sowie den Fortbestand der Holzheizwerke und Holzheizkraftwerke; Folgen der Einschränkung der Energieholznutzung im Landesforst für den Klimaschutz; Mitwirkung bei der Revision der Zertifizierungsrichtlinien; Kompensation der wegfallenden Hackholzmenge

KlAnfr
s. *Holz*
Drs 15/4524

Bodenschutz im Forst

Bodenschutzkonzept des Landesbetriebs ForstBW iR einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung des Staatswalds; Empfehlungen für die Bewirtschaftung von Körperschafts- und Privatwäldern; Anteil der Feinerschließung im Forst im Verhältnis zur Produktionsfläche; Grenzwerte für Fahrspurtiefen in Rückegassen; Standards und Regelungen zur Vermeidung von Bodenschäden bei der Waldbewirtschaftung; Anforderungen für Verträge mit Unternehmern im Forst im Hinblick auf eine Zertifizierung der Waldbewirtschaftung (PEFC, FSC); Kartierung der Befahrbarkeit von Waldböden

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 15/4616

Kur- und Erholungsorte in BW

Situation und Entwicklung der Kur- und Erholungsorte in BW, insbes Statistiken, internationale Marketingmaßnahmen, Zukunftskonzepte angesichts der demografischen Entwicklung und Zertifizierung von Nachhaltigkeit

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/4766

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Energiesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/5116

Nachhaltigkeitschecks für Tourismusdestinationen

Umsetzung und Evaluation des Instruments Nachhaltigkeitscheck für Tourismusdestinationen in BW, insbes Nachfrage und Zertifizierungskriterien des Siegels „Nachhaltiger Tourismus BW“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/5547

Ressourceneffizienz als Chance für BW

Bedeutung der Ressourceneffizienz für den Wirtschaftsstandort BW; Ziele des Projekts „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“; Indikatoren einer effizienten Nutzung von Ressourcen; Arbeitsstand der „Akteursplattform Ressourceneffizienz BW“; Gründung einer Denkfabrik (Think Tank) für Industrie- und Ressourcenpolitik in BW; Errichtung einer zentralen Recyclinganlage zur Phosphorgewinnung

Antr GRÜNE 05.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6087 (25 S.)

Wachstumsmarkt Tourismus BW

Sachstand zur Förderung und Entwicklung des Tourismus in BW, insbes finanzielle Förderung, geförderte Tourismusprojekte, Nachhaltigkeit, Radtourismus, barrierefreier Tourismus, touristische Infrastruktur im ländlichen Raum

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/6410

Nachhaltigkeit und soziale Kriterien im Vergaberecht

Sachstand zur Anpassung des Vergaberechts in Orientierung an Nachhaltigkeit und sozialen Kriterien, insbes bei Novellierung der Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge „VwV Beschaffung“, erwartete Anpassungen des Vergaberechts auf Bundes- und EU-Ebene, Möglichkeiten zur Formulierung weitergehender Anforderungen in landesrechtlichen Vorschriften

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/6625

Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung

Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC-

und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6669

Nachhaltig innovativ: Reallabore für BW

Sachstand zur Umsetzung der Ausschreibung „Reallabor“ iRd Nachhaltigkeitsstrategie, insbes geförderte Anträge und Förderumfang, Bedeutung dieses Forschungsformats, Schwerpunkte der zweiten Ausschreibungsrunde „Reallabor Stadt“

Antr
s. *Forschungsprogramm*
Drs 15/6682

Neue Impulse für die Entwicklung Baden-Württembergs zur Pionierregion für Nachhaltige Mobilität

Erkenntnisse des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur aus einer Delegationsreise in vier europäische Länder für die Entwicklung der Nachhaltigen Mobilität und Übernahme in das Handlungskonzept der LReg

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 26.05.2015 und Antw MVI Drs 15/6920

Nachhaltigkeit in der Politik des Ländlichen Raums und Verbraucherschutzes des Landes

Sachstand zur konkreten Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im Bereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, insbes inhaltliche und programmatische Schwerpunkte, Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen, Verzahnung mit der Naturschutzstrategie, Bedeutung des Bodens und Klimaschutzes

Antr GRÜNE 01.06.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6941 (23 S.)

Nachhaltigkeitsstrategie BW

Sachstand zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes BW, insbes Ziel, Kosten und Finanzierung

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 24.06.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7054
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 44-46
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Nachhaltigkeit als Thema der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung in der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes, insbes Verankerung der Nachhaltigkeit an den einzelnen Hochschulen, Umsetzung und Unterstützung von entsprechenden Förderprogrammen und Forschungsprojekten

Antr GRÜNE 15.07.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7179 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 43 44
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Nachhaltigkeitsstrategie; Nachhaltigkeit in der Umwelt- und Energiepolitik des Landes

Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, insbes Schwerpunkte und Ziele in der Umwelt- und Energiepolitik, Erfahrungen mit der „Wirtschaftsinitiative WIN“, Maßnahmen im Bereich der „Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit“

Antr GRÜNE 17.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7183 (28 S.)

Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Sachstand zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, insbes Anpassung der entwicklungspolitischen Leitlinien, Erhöhung der Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit, Bekämpfung von Fluchtursachen, Berücksichtigung bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit Burundi, Rolle der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung der Agenda

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 08.10.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/7537

BeschlEmpf und Bericht EuA 10.12.2015 Drs 15/8019 S. 98 99

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Verankerung der Themen Klimaschutz und Erreichung des 2-Grad-Ziels in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen

Berücksichtigung des Klimaschutzgesetzes des Landes in den Bildungsplänen; Forderung nach einer verbindlichen Beschäftigung mit den Themenbereichen Klimawandel und Klimaschutz im Unterricht

Antr

s. *Bildungsplan*

Drs 15/7801

Anstrebung von Nachhaltigkeit in allen Bereichen, Hervorhebung der Verantwortung für Nachhaltigkeit und des Erfolgs durch Nachhaltigkeit als Leitmotiv der neuen LReg

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22 26 28

Anstrebung von Nachhaltigkeit in allen Bereichen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33-35 38 48 50-55 68 69 90

Umsetzung des Anspruchs auf Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 133-136 142 143

Vereinbarkeit der Stellenausweitung der neuen LReg mit einer nachhaltigen Finanzpolitik; Entwicklung des Landes zum Musterland für nachhaltige Mobilität

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 244-246

Einleitung einer nachhaltigen Finanzpolitik mit dem Vierten Nachtrag zum Hj 2011

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-389 404-408

Einleitung einer nachhaltigen Finanzpolitik mit dem Vierten Nachtrag zum Hj 2011

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-437 440

Vermittlung von Kompetenzen für eine nachhaltige Entwicklung an den Schulen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 500 501

Fortsetzung einer nachhaltigen Finanzpolitik mit dem Hpl 2012

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040

Einforderung einer nachhaltigen Finanzpolitik und Hochschulfinanzierung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1132 1135 1139 1148 1155 1156 1159

Bewertung der von der neuen LReg angekündigten Gestaltung einer nachhaltigen Politik

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1186 1189 1193 1208 1210 1228

Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1345

Forcierung der Forschung in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung, Unterstützung des Wandels zu einer nachhaltigen Wirtschaft

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1412 1413 1425 1428 1433

Nachhaltigkeit

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Nachhaltigkeitsbeirat

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Nachhaltigkeitsiegel

s. *Gütezeichen*

Nachhilfe

s. *Nachhilfeunterricht*

Nachhilfeunterricht

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/612

Außerschulische Lernförderung iRd Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT)

Erkenntnisse und aufgetretene Probleme als Notwendigkeit für die Novellierung von Gesetzen im Bildungs- und Teilhabepaket; Bewilligungskriterien, Antragszahl und Genehmigungen für außerschulische Lernförderung; Ergebnisse der Rechtsstreitigkeiten bei abgelehnter außerschulischer Lernförderung; Ausweitung der außerschulischen Lernförderung

Antr Manfred Lucha u.a. GRÜNE 15.10.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4161 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.02.2014 Drs 15/4897 S. 74 75

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Beklagung des hohen Bedarfs an Nachhilfeunterricht in BW

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 502

Nachlass

s. *Erbe*

Nachrichtendienst

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr

s. *Nachrichtendienstliche Mittel*

Drs 15/3662

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr

s. *Nachrichtendienstliche Mittel*

Drs 15/3727

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW

Überblick über Kontrollrahmen, Organisation und Befugnisse der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer und des Bundes, insbes Gremiengröße, Häufigkeit des Zusammentretens, Kontrollrechte (u.a. Akteneinsicht, Befragungsrechte, Zutrittsrechte); Handlungsempfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse sowie der Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR) zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden; Überlegungen zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW, insbes Bündelung von Befugnissen des G 10-Gremiums und des Ständigen Ausschusses, Entscheidungsbefugnisse in Grundsatzfragen, Mitbestimmungsrecht bei konkreten Einsätzen

GrAnfr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 15/4660

Generalvertrag des Landes über Mobilfunkleistungen

Bestehende Rahmenverträge mit Anbietern von Mobilfunkleistungen; Laufzeit, Termin der Neuausschreibung; Weitergabe von Kundendaten an Geheimdienste durch den britischen Mobilfunkanbieter

Antr

s. *Mobilfunk*

Drs 15/5574

Vorbereitung und Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak

Sachstand zur Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak, insbes Vorbereitung der freiwilligen Landesbediensteten, Zusammenarbeit mit der BReg sowie mit Nachrichtendiensten und Verfassungsschutzbehörden

des Bundes und der Länder, Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen im Nahen Osten (Irak, Syrien, Türkei)

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6989

Nachrichtendienstliche Mittel

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 21.06.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3662

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4324 S. 7-9

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr GRÜNE 02.07.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3727 (62 S.)

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4874-4887

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr

s. *Sekte*

Drs 15/3974

Nachsorge

s.a. *Krankenhausbehandlung*

s.a. *Rehabilitation*

Qualifizierter Entzug und Behandlungskapazitäten für Kassenpatienten in den Psychotherapeutischen Praxen Baden-Württembergs

Wichtigkeit der psychotherapeutischen Nachsorge nach Maßnahmen des „qualifizierten Entzugs“; durchschnittliche Wartezeit auf einen Nachsorge-Termin in einer psychotherapeutischen Praxis; Benachteiligung von Kassenpatienten gegenüber privat Versicherten; Gefährdung der Therapieerfolge der Entzugsbehandlung durch lange Wartezeiten; Schaffung eines schnellen und niederschweligen Zugangs zu einer psychotherapeutischen Behandlung nach dem Entzug; Einsatz der Therapieform Gruppentherapie

Antr
s. *Psychotherapie*
Drs 15/5714

Nachtflug

Verbesserung der Luftrettung im nord-östlichen Landesteil durch die Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers in Dinkelsbühl-Sinbronn (Bayern)

Verbesserung der Luftrettung im Nordosten Baden-Württembergs, insbes Stationierung eines zusätzlichen Rettungshubschraubers unmittelbar an der Landesgrenze (A 7) in Dinkelsbühl-Sinbronn, Unterstützung des bayerischen Innenministeriums bei Verhandlungen mit Krankenkassen bezüglich der erweiterten Luftrettung, Einrichtung von Hubschrauberlandemöglichkeiten in umliegenden Krankenhäusern; Inexistenz nachflugtauglicher Rettungs- oder Transporthubschrauber in BW und Konsequenzen für die medizinische Versorgung; Einsatz angekündigter, schneller fliegender, neuer Rettungshubschrauber

KlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/3041

Nachtstandorte für Rettungshubschrauber

Einsätze von Rettungshubschraubern aus anderen Ländern und Bundesländern aufgrund fehlender Nachtstandorte in BW; Einrichtung einer ausreichenden Anzahl von Nachtstandorten

MdlAnfr
s. *Hubschrauber*
Drs 15/8025

Nachtpflege

s. *Teilstationäre Pflege*

Nachtrag zum Haushalt 2011

s. *Haushalt 2010 und 2011*

Nachtragsetat

s. *Nachtragshaushalt*

Nachtragshaushalt

Ausgestaltung und Finanzierung der EU-Förderverfahren für das Übergangsjahr 2014

Organisation und Finanzierung des Übergangszeitraums des Jahres 2014 zur Fortsetzung der EU-Förderprogramme, insbes Berücksichtigung möglicher Szenarien der Übergangsphase, Bereitstellung von Mitteln im Nachtragshaushalt zur Kompensation

etwaiger Mittelausfälle; Planungen der EU zur künftigen Ausgestaltung der wesentlichen EU-Förderprogramme; Sicherstellung von Informations- und Beratungsangeboten bei Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3729

Wie geht die LReg mit den Vorschriften des § 42 a der Landeshaushaltsordnung (LHO) um?

Auskunft über die Bildung von Rücklagen gemäß § 42 a LHO im Zuge des Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2014; Höhe der Rücklagen; Zweckbindung und Zweckbindungszeitraum; Unterrichtung des Landtags über die Rücklagenbildung

Antr
s. *Rücklage*
Drs 15/4633

Rektorenstellen an Realschulen

Schaffung zusätzlicher Stellen der Besoldungsgruppe A 15 für Realschulleitern durch einen Nachtragshaushalt; Schulleiterstelle für die Konrad-Adenauer-Realschule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/4639

Nachtragshaushaltsplan

s. *Nachtragshaushalt*

Nachtstromspeicherheizung

Wettbewerbssituation bei den Anbietern von Heizstrom

Entwicklung der Strompreise für Nachtspeicherheizungen im Vergleich zu den Tagespreisen für private Stromkunden; Wettbewerbsverzerrungen auf dem Nachtstromspeichermarkt; Kartellverfahren; Hemmnisse beim Anbieterwechsel für den Verbraucher; Speicherkapazität der installierten Stromspeicherheizungen; technische Voraussetzungen für eine Aufnahme überschüssiger Strommengen aus dem Stromnetz

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 12.03.2013 und Antw UM
Drs 15/73206

Perspektiven des Wärmestrommarkts in BW

Zahl der Nutzer von Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpenstrom; Wirtschaftlichkeit von Nachtspeicherheizungen sowie elektrischer Wärmepumpen in Privathaushalten; Rückkehr zur Strompreisermäßigung für Nachtstrom; Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs auf dem Wärmestrommarkt

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 06.06.2014 und Stellungnahme UM
Drs 15/5325
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 17.07.2014 Drs 15/5989
S. 18-21
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Nachwachsender Rohstoff

Lockerung des Grünlandumbruchverbots zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Nutzung von Miscanthus als Energieträger; gegenwärtige Anbaufläche des nachwachsenden Rohstoffs in BW; Zulassung von Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot zugunsten des Anbaus von Miscanthus

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 21.11.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4374
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 106 107
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Zweierlei Maß beim Landschaftsschutz?

Unterschiedliche Gewichtung im Landschaftsschutz beim Anbau sogenannter nachwachsender Rohstoffe und bei der Planung von Windkraftanlagen gegenüber dem Anbau von Weihnachtsbaumkulturen

KlAnfr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/4492

Ökologische Bewertung von Energiepflanzen im Verhältnis zu Grünland

Ökologische Bewertung einer Lockerung des Grünlandumbruchs zugunsten von Energiepflanzen, insbes Auswirkungen des Anbaus von Energiepflanzen auf Boden, Wasser, Artenvielfalt und Klima

KlAnfr Gernot Gruber SPD 23.07.2014 und Antw MLR Drs 15/5539 (11 S.)

Nadelbaum

s. *Nadelgehölz*

Nadelgehölz

Heimische Christbäume für BW

Marktentwicklung und rechtliche Rahmenbedingungen für Weihnachtsbaumerzeuger in BW, insbes internationale Wettbewerbsfähigkeit, Vergaberichtlinien für Ökologie- und Nachhaltigkeitssiegel, Überprüfung des Anbauverbots auf Grünland, anhängige Klagen zur Genehmigungspflicht für Weihnachtsbaumkulturen

Antr
s. *Baum*
Drs 15/6072

Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald

Sachstand zur Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald, insbes Bedeutung für die heimische Holz- und Forstwirtschaft, Unterschiede zwischen nachhaltig bewirtschafteten und nicht bewirtschafteten Wäldern, Entwicklung und Sicherung des Nadelholzanbaus

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 15/7883

Nadelhölzer

s. *Nadelgehölz*

Nagetier

Situation des Bibers in BW

Verbreitung des Bibers in BW; Umfang und Prävention der durch Biber verursachten Schäden, insbes im Hochwasserschutz und bei Personengefährdung; Organisation eines einheitlichen, landesweiten Bibermanagements; Berücksichtigung des Bibers im zu novellierenden Wassergesetz und in der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 18.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3387
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 16 17
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/4253

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biberschutzes gegenüber anderen Interessen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/5017

Biberschäden im LKreiss Waldshut

Sachstand zur Entwicklung der Biberpopulation und Biberschäden im LKreiss Waldshut

KlAnfr
s. *Biber*
Drs 15/6649

Maßnahmen der LReg zur Vermeidung weiterer Schäden durch den Biber

Sachstand zu durch Biber verursachten Hochwasserschäden und Maßnahmen der LReg zur Vermeidung weiterer Schäden

Antr
s. *Biber*
Drs 15/7088

Nagold

Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Ausbildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr
s. *Berufsfachschule*
Drs 15/4140

Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

s.a. Lebensmittelhygiene
s.a. Lebensmittelpreis
s.a. Lebensmittelrecht
s.a. Milchwirtschaft
s.a. Nahrungsmittel

Auswirkungen der Revision der Lebensmittelkontrollverordnung auf Handwerk und Mittelstand

Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur LebensmittelkontrollVO; Beurteilung der dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle über Gebühren, zu einer transparenten Informationspolitik und zur Hinterlegung einer Zweitprobe; zahlenmäßiges Verhältnis der Lebensmittelkontrollen zu den zu kontrollierenden Betrieben in BW; aktuelle Kontrollintervalle; Festschreibung einer zeitnahen Nachkontrolle in der LebensmittelkontrollVO; Ausgleich der Interessen der Verbraucher und der der kleinen und mittleren Unternehmen des Lebensmittelhandwerks

KlAnfr
s. Lebensmittelkontrolle
 Drs 15/4737

Auswirkungen der Novel-Food-Verordnung 258/97/EG auf BW
 Zulassung für Novel-Food-Produkte; Nachweispflicht für die Hersteller der Produkte; Brauchbarkeit des „Novel Food Catalogue“ der Europäischen Kommission; Anerkennung von Positivlisten anderer EU-Staaten in Deutschland; Beurteilung des mit dem Genehmigungsverfahren verbundenen Aufwands insbes für kleinere Hersteller; Haltung zu einer Novellierung der Novel-Food-Verordnung; Produktion von Novel-Food-Produkten in BW und deren Überwachung

Antr
s. Novel-Food-Verordnung
 Drs 15/6247

Keine Gebühren für Routinekontrollen im Lebensmittelgewerbe!
 Sachstand zur Einführung von Gebühren für anlasslose Lebensmittel-Regelkontrollen, insbes Bewertung der Einführung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Planungen zur Einführung der Gebühren in BW; Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes im Lebensmittelgewerbe sowie betrieblicher Eigenkontrollen

Antr
s. Lebensmittelkontrolle
 Drs 15/6406

Nahrungsergänzungsmittel

Telefonabzocke bei Nahrungsergänzungsmitteln

Darlegung o.g. Fälle und Praxis des Unterschiebens von Verträgen sowie der Firmensitze entsprechender Anbieter im Ausland; Internetadressen und Telefonberatungsstellen für die betroffenen Verbraucher; Unterstützung der Bestätigungslösung im GesEntw zur Fortentwicklung des Verbraucherschutzes bei unerlaubter Telefonwerbung, Verfahrensstand des vom Bundesrat in den Bundestag eingebrachten GesEntw sowie der dazu von der BReg angekündigten Prüfung

Antr
s. Verbraucherschutz
 Drs 15/1054

Nahrungsmittel

s.a. Lebensmittelpreis
s.a. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe
s.a. Neuartiges Lebensmittel

Nahrungsmittelqualität in Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen in BW

Nutzung von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen in den letzten zehn Jahren; Qualitätsbewusstsein bei Anbietern und Konsumenten von Gemeinschaftsverpflegung; Verwendung biologischer und regionaler Lebensmittel; Kriterien für eine ausgewogene und gesunde Gemeinschaftsverpflegung; Einhaltung und Kontrolle von Qualitätsstandards; ausgezeichnete Betriebsverpflegung in BW; Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittelqualität

Antr
s. Verpflegung
 Drs 15/2765

Gastronomische Betriebe in der Schulverpflegung in BW

Beteiligung gastronomischer Betriebe an der Schulverpflegung in BW, insbes Beginnsbeginn, Anforderungen und Vorbereitung auf die Aufgabe, Verwendung biologischer bzw aus kontrolliertem Anbau stammender Lebensmittel, Bilanz der Entwicklung sowie Vergleich zu ortsfremden Caterern in den Bereichen Qualität und Ausgewogenheit; Marktchancen und Attraktivität für die einheimische Gastronomie auch im Hinblick auf die steigende Zahl an Ganztagschulen; Zusammenarbeit des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung und dem Hotel- und Gaststättenverband BW im Bereich der Schulverpflegung

Antr
s. Schulverpflegung
 Drs 15/2939

Umgang mit Lebensmitteln als Unterrichtsthema

Vermittlung eines bewussten und respektvollen Umgangs mit Nahrungsmitteln im Unterricht; bereits bestehende Unterrichtseinheiten in einzelnen Schularten und Unterrichtsfächern; Förderung einer Intensivierung des Themas im Schulunterricht

KlAnfr
s. Unterrichtsfach
 Drs 15/3052

Ernährungszentren in BW

Aufgaben und Entwicklung der Ernährungszentren des Landes BW, insbes Beitrag zur Unterstützung regionaler Lebensmittel, organisatorische Anbindung an die unteren Landwirtschaftsbehörden und Vergleich mit den anderen Bundesländern

Antr
s. Ernährung
 Drs 15/3107

Präsentation Baden-Württembergs auf der Internationalen Grünen Woche Berlin

Art und Umfang der Präsenz des Landes BW auf der Internationalen Grünen Woche Berlin, insbes Mittelaufwendungen und Kooperationen, Vergleich mit dem Auftritt anderer Bundesländer, geplante Verbesserungen der Präsentation

Antr
s. Messe (Ausstellung)
 Drs 15/3191

Zukunft des Mindesthaltbarkeitsdatums

Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums für Lebensmittel als Verbraucherinformation und Konsequenzen einer teilweisen Abschaffung; Maßnahmen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung

Antr

s. *Lebensmittelkennzeichnung*

Drs 15/5297

Exportstärke der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Situation und Entwicklung beim Export von Agrarerzeugnissen und Ernährungsprodukten aus Deutschland und BW, insbes. Anteile der Exportmärkte EU, USA und China; organisatorische Unterstützung des Agrarexports in BW und den anderen deutschen Flächenländern; Auswirkung des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens auf Agrarexport

Antr

s. *Agraraußenhandel*

Drs 15/5557

Die Wirkung des Labels „Schmeck den Süden“ auf die regionale Gastronomie

Sachstand zu Zielgruppe, Teilnahme und bisherigen Erfahrungen mit der Initiative „Schmeck den Süden“ zur Stärkung regional erzeugter Lebensmittel und der regionalen Küche

Antr

s. *Gastronomie*

Drs 15/7280

Wider die „Wegwerfgesellschaft“

Sachstand zur Entwicklung des Abfallaufkommens und zur Abfallvermeidung in BW, insbes. Verschwendung von Lebensmitteln, Absatz von „Fast Fashion“, Erstdutzungsdauer von Elektrogeräten, Verwendung von Bauteilen zur geplanten Obsoleszenz, bisherige Beiträge der LReg gegen Wegwertendenzen und notwendige Maßnahmen

Antr

s. *Abfallvermeidung*

Drs 15/7874

Nahrungsmittelabgabe

s. *Lebensmittel*

Nahrungsmittelbelastung

s. *Rückstände in Lebensmitteln*

Nahrungsmittelindustrie

s. *Ernährungswirtschaft*

Nahrungsmittelpreis

s. *Lebensmittelpreis*

Nahrungsmittelsicherheit

s. *Lebensmittelsicherheit*

Nahverkehr

s. *Regionalverkehr*

Nahverkehrsgesellschaft

s. *Verkehrswirtschaft*

Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg

„Grüner Filz“ - Leistungen der K. GmbH u.a. für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Gutachten, Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen der KCW GmbH für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) oder die Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW); Ausschreibung, Beauftragung und Auftragsvolumina der einzelnen Aufträge; Gesamtvolumen der an die KCW GmbH gegangenen Aufträge; Gründe für den Verzicht auf eine Leistungserbringung durch die NVBW; Anzahl und finanzielles Volumen der durch weitere externe Dienstleister für das MVI oder die NVBW erbrachten Leistungen

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 15/4972

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 20 - Nahverkehrsgesellschaft BW mbH (Kap 1303 und 0620)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7020

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7520 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Mittlg LReg 21.06.2016 Drs 16/165

Nahwärme

s.a. *Fernwärme*

Ausbau der Nahwärmenetze zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen

Bundes- und Landesprogramme zum Ausbau der regenerativen Energien für Kommunen und Privatpersonen, u.a. auch zur Nutzung der Abwärme von Biogasanlagen; Darlegung der tatsächlichen und möglichen Abwärmenutzung; Prüfung der Einrichtung eines o.g. kommunalen Förderprogramms, insbes. auch zum Nachteilsausgleich aus der räumlichen Distanz zwischen Anlagen und Wärmeabnehmer

Antr

s. *Abwärme*

Drs 15/296

Nahwärmenetze

Voraussetzungen, Art und Umfang der Förderung von Nahwärmenetzen seit 2002; Standorte, Art der Energieerzeugung, Betreiber und Eigentumsverhältnisse

KIAnfr Reinhold Pix GRÜNE 02.03.2012 und Antw UM Drs 15/1357

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmenutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Stromproduktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Ab-

wärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 15/1613

Entwicklung der Nah- und Fernwärmeversorgung in BW

Kennzahlen zu existierenden Nah- und Fernwärmenetzen in BW; Entwicklung des Einsatzes der energieeffizienten Kraftwärmekopplung (KWK) in Nah- und Fernwärmenetzen, insbes Stand des Ausbaus und Nutzung von Förderprogrammen

Antr
s. *Kraft-Wärme-Kopplung*
Drs 15/6086

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr
s. *Wärmeversorgung*
Drs 15/6149

Nahwärmenetz

s. *Nahwärme*

Nahwärmeversorgung

s. *Nahwärme*

Namentliche Abstimmung

Namentliche Abstimmungen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 310 (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)
PIPr 15/12 16.09.2011 S. 479 480 (Anhörungsverfahren zum S 21-Kündigungsgesetz)
PIPr 15/16 26.10.2011 S. 707 708 (Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer)
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 756 (Flurneuordnung und Landentwicklung in BW)
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1369 (Epl 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur)
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1455 (Epl 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft))
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1592 1593 (Polizeigesetz)
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1840 (Entlassung des Ministerialdirektors Daniel Rousta; namentlicher Aufruf)
PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3312 (Epl 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft))
PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3830 3831 (Sexueller Missbrauch von Kindern)
PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4972 (Landespersonalvertretungsgesetz)
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5086 (Nationalpark Schwarzwald)
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5239 5240 (Epl 12: Allgemeine Finanzverwaltung)
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5986 6017 6018 (Schulgesetz)

PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6457 6458 („Flughafenbahnhof Plus“)

PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6672 (Jagd- und Wildtiermanagementgesetz)
PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7379 (Erneuerbare-Wärme-Gesetz - EWärmeG)
PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7388 (Bildungszeitgesetz BW - BzG BW)
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8159 (Fehlansreize abbauen und sichere Herkunftsstaaten benennen)
PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8329 (Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften)
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8379 (Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)
PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8529 (Verfassungsänderungen)
PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8867 8870 8871 (Asylrecht)
PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8962 (Landesbeamtenversorgungsgesetz)

Nanomaterial

s. *Nanotechnologie*

Nanotechnik

s. *Nanotechnologie*

Nanotechnologie

Nanomaterialien in Lebensmitteln

Bewertung der Regelungen, der Vor- und Nachteile der Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln sowie der EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln über die verwendeten Nanoteilchen; Bemühungen um Transparenz und Schutz der Verbraucher; Höhe der Forschungsförderung, Anteil von EU-Mitteln iRd 7. Forschungsrahmenprogramms

Antr Paul Locherer u.a. CDU 18.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1869
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 42
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Nanoteilchen

s. *Nanotechnologie*

Nanowerkstoff

s. *Nanotechnologie*

National Security Agency

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Nachrichtendienstliche Mittel*
Drs 15/3662

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr

s. *Nachrichtendienstliche Mittel*

Drs 15/3727

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Wahleinspruch der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband BW, und des Herrn J.S., Villingen-Schwenningen

s. *Wahlprüfung*

Drs 15/650

Zusammenarbeit zwischen NPD, rechtsextremen Gruppierungen und sogenannten Grauen Wölfen in BW?

Erkenntnisse über die o.g. Zusammenarbeit und Verbindungen, Darlegung der zugrundeliegenden politisch-weltanschaulichen Überzeugungen

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/958

Ein neues NPD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht und wirksames staatlich/bürgerschaftliches Handeln gegen den Rechtsextremismus

Aktuelle Debatte

s. *Extremismus*

PIPr 15/20 S. 898

Sommertour der NPD in BW

Veranstaltung von kurzfristig angemeldeten Kundgebungen und Demonstrationen durch die NPD und nahestehende Gruppierungen an verschiedenen Orten, Frage nach Teilnehmerzahlen und Möglichkeiten der Kommunen zum Verbot solcher Veranstaltungen

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 26.09.2012 und Antw IM Drs 15/2397

NPD-Aktivitäten im Raum Weinheim

Erkenntnisse über Veranstaltungen, Aktivitäten, Organisationsstrukturen und Netzwerke der NPD und rechtsextremer Kreise im Raum Weinheim und der Rhein-Neckar-Region; Nutzung einer Gaststätte im Weinheimer Ortsteil Sulzbach für NPD-Veranstaltungen und möglicher Verkauf an die NPD bzw NPD-nahe Personen; Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Einsatzkonzepts anlässlich des Bundesparteitags der NPD im Ortsteil Sulzbach durch stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der ansässigen Bürger

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE 15.05.2013 und Antw IM Drs 15/3504

Haben radikale Kräfte im LKreis Böblingen bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien bei der Kommunalwahl 2014 von dem von Grün-Rot eingeführten neuen Berechnungsverfahren nach Sainte-Lague/Schepers profitiert?

Auswirkungen der Änderung des Berechnungsverfahrens auf die Sitzverteilung in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten im LKreis Böblingen, im Kreistag des LKreises Böblingen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart; Anzahl der Kreistagssitze für NPD und Die Linke bei der Anwendung des früheren Berechnungsverfahrens nach d'Hondt; Bewertung des Erfolgs von radikalen und Splitterparteien bei der Kommunalwahl 2014 im Vergleich zur Kommunalwahl 2009; Konsequenzen für das Sitzzuteilungsverfahren

KlAnfr

s. *Sitzverteilung*

Drs 15/5335

Polizeieinsatz vom 20. bis 22. November 2015 in Weinheim

Sachstand zum Polizeieinsatz anlässlich des Bundesparteitages der NPD und von Gegenveranstaltungen am 21. und 22. November 2015 in Weinheim, insbes angemeldete Veranstaltungen, Polizeistärke, Einsatzverlauf, Kosten, Gewalttätigkeiten, Verletzungen, Ermittlungsverfahren

KlAnfr

s. *Polizeieinsatz*

Drs 15/7906

Prüfung eines erneuten Anlaufs für ein NPD-Verbot

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 842 843 846 848 850

Sammlung von Beweisen für einen neuen NPD-Verbotsantrag, Abwägung einer Abschaltung der V-Leute

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1664

Nationalität

s. *Staatsangehörigkeit*

Nationalitätenrecht

s. *Minderheitenrecht*

Nationalpark

Regionale Öffentlichkeitsarbeit der LReg für die Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

Rechtfertigung von Zielen und Aufwand für die Flugblattaktion zur Werbung um den Nationalpark, Begründung der engen Fristsetzung und deren Aufhebung, Kriterien für die Auswertung der Antwortkarten, Bewegung der Forstverwaltung zum Verzicht auf fachliche Stellungnahmen, Frage nach weiteren Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.09.2011 und Antw MLR Drs 15/510

Nationalpark Nordschwarzwald

Risiken und Chancen eines Nationalparks, insbes im Vergleich zu anderen Großschutzgebieten; Auswirkungen auf Forst- und Holzwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft; zu erwartende Investitionskosten für Personal, Gebäude und Informationsinfrastruktur; Förderung des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord; Aufforderung, die betroffenen Kommunen, Kreise, Verbände und die Landtagsfraktionen an der Diskussion zu beteiligen; Gutachten über die Gefahr, dass sich in angrenzenden

Privat- und Kommunalwäldern Borkenkäfer ausbreiten

Antr CDU 05.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/658
 ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 15.02.2012 Drs
 15/1277
 PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1495-1506
 Mittlg LReg 13.07.2012 Drs 15/2115

Nationalpark Nordschwarzwald - grünes Prestigeobjekt?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/14 12.10.2011 S. 558-569

Entwicklung des Tourismus in BW

Bedeutung der Einrichtung von Großschutzgebieten wie z.B. Biosphärengebiete oder Nationalparks

GrAnfr
 s. *Tourismus*
 Drs 15/865

Forsthäuser im Nordschwarzwald

Auflistung der o.g. landeseigenen Forsteinrichtungen, deren kulturhistorische Bedeutung, Zustand, Ausstattung und derzeitige Nutzung; Möglichkeiten und Bedingungen für eine Vermietung oder Veräußerung; Frage nach einer touristischen Nutzung als Hütten für Wanderer im künftigen Nationalpark

KlAnfr
 s. *Forstgebäude*
 Drs 15/877

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur

Personalausstattung der anderen Nationalparke in Deutschland und Regelungen zum Betretungsrecht der Kernzonen; touristische Entwicklung der Nationalparkgemeinden am Nationalpark Bayerischer Wald; Ermöglichung von Wanderwegen, Wildnispfaden und Langlaufloipen auch in den Kernzonen? Regelung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparks; Umfang des Holzeinschlags in den Höhenlagen des Nordschwarzwalds und in Wald-FFH-Gebieten in BW; jährliche Besucherzahlen der Wildnispfade im Nordschwarzwald

Antr GRÜNE 22.11.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/904
 PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1495-1506

Haushalt 2012; Epl 08

Mittelbereitstellung zur Förderung des Dialogs und von Informationen über den geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

ÄAntr GRÜNE und SPD 24.01.2012 Drs 15/1108-9 S. 40 41
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315

Regierungsbefragung

Nationalpark Nordschwarzwald

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1597-1599

Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung zur Frage der möglichen Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

Rechtliche Möglichkeiten und (zeitliche) Planung einer Bürgerbefragung nach Vorlage des derzeit ausgeschriebenen Gutachtens zum Nationalpark, Frage nach Einholung eines Votums der betroffenen Gemeinden und Landkreise bzw von deren Gemeinde- und Kreisräten oder möglichen anderen Formen der Bürgerbeteiligung

Antr CDU 30.03.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1530
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2439-2448

Bürgerbeteiligung bei der Errichtung von Großschutzgebieten

Rechtliche Möglichkeiten der Beteiligung durch Bürgerbefragung, Bürgerentscheid oder Volksabstimmung bei der Einrichtung eines Biosphärengebiets oder eines Nationalparks im Nordschwarzwald; Frage nach der Bindungswirkung einer mehrheitlichen Ablehnung des Vorhabens; Einlösung der Zusage, dass es gegen den Willen der Menschen vor Ort keinen Nationalpark geben wird

Antr
 s. *Bürgerbeteiligung*
 Drs 15/1548

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Nationalpark Nordschwarzwald

Stand und weiterer Ablauf der Einrichtung des o.g. Biosphärengebiets, Stellungnahmen der darin einbezogenen Gemeinden, Auswirkungen auf die forst- und landwirtschaftliche Nutzung im Schwarzwald, Vergleich der Kosten für Einrichtung und Unterhalt mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Frage nach einer zu erwartenden Konkurrenz zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

Antr
 s. *Naturschutzgebiet*
 Drs 15/1612

Geplante Ausgaben des Landes für den Nationalpark Nordschwarzwald

Bezifferung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, obwohl das vergebene Gutachten noch nicht vorliegt und die Bürgerbeteiligung noch nicht abgeschlossen ist

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.06.2012 und
 Antw MLR Drs 15/1800

Möglicher Nationalpark Nordschwarzwald: Waldankauf, Flächen und Kosten

Ankauf von angrenzenden Waldflächen vor der Entscheidung über die Einrichtung des Nationalparks, Eigentumsverhältnisse des Suchraums und Zeitpunkt der Gebietsabgrenzung; Kriterien für die Zusammensetzung der regionalen Arbeitsgruppen; Bezifferung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, Ausschluss einer Finanzierung des Nationalparks zulasten von anderen Großschutz- oder Naturschutzprojekten?

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 18.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1858
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 74 75
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Waldtausch und Größe für einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Aufklärung über Verhandlungen der dem Land unterstellten Behörden oder Landesbetriebe wie Forst BW mit dem Ziel, an den geplanten Nationalpark angrenzende private oder kommunale Waldflächen zu tauschen; Begründung von Tauschverhandlungen vor der Entscheidung über den Nationalpark; angestrebte Flächenausdehnung des Nationalparks; Anmahnung konkreter Kostenaussagen; Durchführung einer regionalen repräsentativen Umfrage

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 19.07.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2127

Erläuterung und Abgrenzung von Begrifflichkeiten bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark

Gegenüberstellung der Schutzkategorien FFH-Gebiet, Biosphärengebiet, Naturpark und Nationalpark nach ihren rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, nach ihren Auswirkungen auf die regionale (Holz-)Wirtschaft und den Tourismus; Darlegung der mit der Einrichtung der vier Gebiete verfolgten Ziele; Information und Einbeziehung der Bürger zur möglichen Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

Antr Tobias Wald u.a. CDU 14.08.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2235

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 74 75

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Klimaschutzgesetz und Nationalpark Nordschwarzwald

Ziele und Auswirkungen des zu erwartenden Klimaschutzgesetzes; Frage nach den Gründen für die Nichteinbeziehung eines eigenen Industrieerbeitskreises bei den regionalen Arbeitskreisen betreffend den Nationalpark Nordschwarzwald sowie weiterer Beteiligter des Clusters Forst und Holz wie z.B. die Papierindustrie

KlAnfr Karl-Wolfgang Jägel CDU 05.09.2012 und Antw UM Drs 15/2290

Nationalpark Nordschwarzwald

Untersuchungsauftrag und Zwischenberichte der Gutachter zum Nationalpark Nordschwarzwald; Plan und Finanzierung des Personalkonzepts und von am Zeitrahmen orientierten Waldumbaumaßnahmen; Biodiversität bei einer sich selbst überlassenen Waldfläche im Vergleich zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung; Gesamtbilanz unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte neben den ökologischen

Antr

s. *Nordschwarzwald, Region*

Drs 15/2864

Nationalpark - Auswirkungen auf die Sägeindustrie

Bedeutung der holzverarbeitenden Industrie im Nordschwarzwald, Entwicklung der Holzindustrie im Land; Nachfrage nach bestimmten Holzarten; prozentualer Anteil bestimmter Holzarten an der Gesamtmenge des verarbeiteten Holzes; Herkunft des Holzes und Märkte der holzverarbeitenden Betriebe im Nordschwarzwald; mittel- und langfristige Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf die Sägeindustrie; Maßnahmen zur Förderung von Sägewerken

Antr

s. *Holzwirtschaft*

Drs 15/2926

Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3416-3430

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Be-

rücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr GRÜNE und SPD 20.03.2013 und Antw LReg Drs 15/3256 (11 S.)

Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0

Planungen und Kosten zur Einrichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes vorliegendes Personalkonzept, erforderliche Waldumbaumaßnahmen und Finanzmittel zur sofortigen Umgestaltung der Entwicklungszonen, Ausgestaltung der Politik des „Gehörtwerdens“ und Einfluss der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, Kompensation der zugesicherten Holzmenge für die Holzindustrie, mittel- bzw langfristiges Konzept zur Sicherung der Nadelholzversorgung, zusätzliche Waldflächen-Stilllegungen

Antr FDP/DVP 07.05.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3460

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5053-5086

Die Politik des Gehörtwerdens und das Ende des Nationalparks!

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4132-4174

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr Tobias Wald u.a. CDU 20.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3655

BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 59-63

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Bedeutung von Bürgerbefragungen in der Landespolitik

Bedeutung der Bürgermeinung vor Ort, insbes bei Großprojekten; Bürgerbefragungen als Ausdruck einer „Bürgerregierung“ bzw einer „Politik des Gehörtwerdens“; Stellenwert der Ergebnisse von Bürgerbefragungen; Bürgerbefragungen zum Thema „Nationalpark“ in den Gemeinden des Nordschwarzwalds und ihre Ergebnisse; Resultate der Beratungen über einen Nationalpark im Schwarzwald in den kommunalen Gremien; Einfluss der genannten Ergebnisse auf die Politik

Antr

s. *Bürgerbeteiligung*

Drs 15/3869

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägewerke; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebs-

ergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 26.07.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3878
 BeschEmpf und Bericht LandwA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 59-63
 PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Beteiligungsportal möglicher Nationalpark Nordschwarzwald

Löschung von Kommentaren auf dem Beteiligungsportal zum möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

MdAnfr 2) Dr. Patrick Rapp CDU 02.10.2013 Drs 15/4105
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4728 4729

Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften

Gebietsfestlegung für den Nationalpark bestehend aus den beiden Teilbereichen Ruhestein und Hoher Ochsenkopf/Plättig; Gliederung in Kern-, Entwicklungs- und Managementzonen mit unterschiedlichen Zielsetzungen auf der Grundlage des Nationalparkplans; Einrichtung eines Nationalparkrats als Entscheidungsgremium unter Beteiligung von Land, Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord und betroffenen Kreisen und Kommunen; Einrichtung einer Nationalparkverwaltung als höhere Sonderbehörde für den Nationalparkbetrieb, Bildungsangebote und als Ansprechpartner in allen Fragen des Schutzgebiets; Gründung eines Nationalparkbeirats als Beratungsgremium mit Vertretern aus Naturschutz, Forst, Wirtschaft und Kirchen

GesEntw LReg 08.10.2013 Drs 15/4127 (91 S.)
 1. Beratung PIPr 15/79 23.10.2013 S. 4790-4802
 BeschEmpf und Bericht LandwA 20.11.2013 Drs 15/4192 (dazu ÄAntr Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE und Alfred Winkler u.a. SPD) (30 S.)
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.11.2013 Drs 15/4388 1-4
 2. Beratung PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5053-5086
 GesBeschl 28.11.2013 Drs 15/4406 (29 S.)
 GBl 2013 Nr. 17 S. 449-476 (Ges vom 03.12.2013)

Nationalpark - Kosten und Sicherheit

Finanzierung des Nationalparks aus dem Naturschutzhaushalt bzw dem allgemeinen Haushalt; Auskunft über die für 2016 vorgesehenen 89 Personalstellen, Angaben zu Neueinstellungen, Aufgaben und Qualifikation; Kostenschätzung für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrs- und Tourismuskonzepts; Berücksichtigung der NATO-Pipeline bei der Festlegung der Nationalparkkulisse, Maßnahmen bei einem Unfall entlang der Pipeline; Stilllegung der Pipeline innerhalb des Entwicklungszeitraums von 30 Jahren

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 24.10.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4233

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 21.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4636

BeschEmpf und Bericht LandwA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 42
 PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Barrierefreier Tourismus in BW

Angebot und Nachfrage nach barrierefreiem Tourismus; Förderung des barrierefreien Tourismus; Umsetzung der bundeseinheitlichen Kennzeichnungen für barrierefreie Angebote; Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Prüfung von Anträgen auf Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm; Barrierefreiheit für Besucher des Nationalparks Schwarzwald und dessen Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln

KIAnfr
s. Tourismus
 Drs 15/4783

Wie unterstützt die LReg nach der Errichtung des Nationalparks den Tourismus im Nordschwarzwald?

Tourismusentwicklung im Raum Nordschwarzwald und Planungen zur Steigerung der touristischen Attraktivität der umliegenden Region

Antr
s. Tourismus
 Drs 15/5158

Keine Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald

Planungen und möglicher Umfang einer Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 06.05.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5167
 BeschEmpf und Bericht LandwA 16.07.2014 Drs 15/5989 S. 36 37
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Kosten und Umsetzung der Eröffnungsfeierlichkeiten zum Nationalpark Schwarzwald

Gesamtkosten und Finanzierung der Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nationalparks am 2. und 3. Mai 2014; Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung sowie der örtlichen Hotellerie und Gastronomie in die Feierlichkeiten; Auswahl der beteiligten Firmen; Besucherzahl während der Eröffnungsfeierlichkeiten; Prognose der Besucherzahl des Nationalparks bis Ende des Jahres

KIAnfr Norbert Beck CDU 07.05.2014 und Antw MLR Drs 15/5172

Neobiota im Nationalpark Schwarzwald

Vorkommen von Neophyten und Neozoen auf dem Gebiet des Nationalparks; Störung des Ökosystem und Gefährdung der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Neophyten und Neozoen; Gegenmaßnahmen, Erstellung eines Aktionsplans; Finanzierung der Bekämpfung von Neobiota; Information der Öffentlichkeit

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5507

Kosten und Nutzen des Nationalparks Nordschwarzwald

Änderungen hinsichtlich des Nationalparks Nordschwarzwald im Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016; Kalkulation der Besucherzahlen in den Haushaltsentwürfen und den Gutachten von PricewaterhouseCoopers und Ö:Konzept; Übernachtungs- und Tagesgäste in den LKreisen Freudenstadt, Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 17.10.2014 und Antw MLR Drs 15/5900

Forschungsprojekt der Universität Freiburg/Hochschule Rottenburg „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“

Hintergründe zum Forschungsprojekt „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“, insbes Umfang und Fördermittel, Personaleinsatz; Überlegungen zu vergleichbaren Forschungsprojekten für Biosphärengebiete, Naturparke und PLENUM-Gebiete

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 22.10.2014 und Antw MWK Drs 15/5956

Fehlende Holz mengen im Nordschwarzwald

Sachstand zu Beeinträchtigungen der regionalen Holzwirtschaft aufgrund der Ausweisung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes Ausgleich fehlender Holz mengen durch den Landesbetrieb ForstBW, Mengenrückgang bei den Sägewerken, Verunsicherung über bisher nicht erfolgte Ausweisung der Kernzone des Nationalparks, Lieferung der kalkulierten Fichtenholzmenge, Umgang mit dem geschnittenen Fichtenholz

Antr
s. Holz
Drs 15/6402

Nationalpark-Besucherzentrum Ruhstein

Sachstand zur Planung bei den Bau- und Betriebskosten des Nationalpark-Besucherzentrums Ruhstein

KlAnfr Willi Stächele u.a. CDU 02.06.2015 und Antw MFW Drs 15/6953

Informationszentrum Ruhstein

Sachstand der Planungen zum Informationszentrum Ruhstein des Nationalparks Nordschwarzwald, insbes Personal- und Betriebskosten, Kooperation mit einem Investor aus Sasbachwalden Breitmatt

KlAnfr Willi Stächele u.a. CDU 25.09.2015 und Antw MLR Drs 15/7436

Nationalpark

Stand des Verfahrens zur Errichtung eines Entwicklungsnationalparks und Maßnahmen zum angestrebten Waldumbau

KlAnfr Norbert Beck u.a. CDU 21.10.2015 und Antw MLR Drs 15/7594

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr
s. Schädling
Drs 15/7625

Verknüpfung der Einführung eines Nationalparks Nordschwarzwald mit dem Thema Klimaschutz

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 938

Unterstützung der Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114 1133 1136

Verweisung auf die Bürgerbeteiligung bei der möglichen Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1192 1200

Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald mit der Zustimmung der Menschen vor Ort

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1302 1307

Impulse für den Tourismus durch Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1821

Nationalparkgesetz

Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften

Gebietsfestlegung für den Nationalpark bestehend aus den beiden Teilbereichen Ruhstein und Hoher Ochsenkopf/Plättig; Gliederung in Kern-, Entwicklungs- und Managementzonen mit unterschiedlichen Zielsetzungen auf der Grundlage des Nationalparkplans; Einrichtung eines Nationalparkrats als Entscheidungsgremium unter Beteiligung von Land, Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord und betroffenen Kreisen und Kommunen; Errichtung einer Nationalparkverwaltung als höhere Sonderbehörde für den Nationalparkbetrieb, Bildungsangebote und als Ansprechpartner in allen Fragen des Schutzgebiets; Gründung eines Nationalparkbeirats als Beratungsgremium mit Vertretern aus Naturschutz, Forst, Wirtschaft und Kirchen

GesEntw
s. Nationalpark
Drs 15/4127

Nationalsozialismus

s.a. Nationalsozialistisches Unrecht

Förderung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in BW

Höhe der Förderung von Land und Bund 2010/2011, Verteilung auf die einzelnen Gedenkstätten und Projekte; gestellte, abgelehnte und zurückgezogene Anträge auf direkte Gedenkstättenförderung; Frage nach nicht gestellten Anträgen wegen Ausschöpfung der Mittel, Höhe des tatsächlichen Förderbedarfs; Beurteilung der dezentralen Struktur und Zusammenarbeit von Gedenkstätten; verstärkte Förderung von wissenschaftlicher Kompetenz im Hinblick auf die Vorteile der dezentralen Gedenkstättenkonzeption für Forschung zur Lokal- und Regionalgeschichte

Antr
s. Gedenkstätte
Drs 15/354

Konzeption für die zukünftige Nutzung des Hotels Silber in Stuttgart

Stand und inhaltliche Ausgestaltung der Pläne zur Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Gestapo-Zentrale in der Stuttgarter Dorotheenstraße 10 als Gedenkstätte; Höhe und Träger der Kosten für die Renovierung und den Betrieb; Stand der Gespräche des Runden Tisches

KlAnfr
s. Gedenkstätte
Drs 15/1680

2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“)

Leistung von Amtshilfe bei der Beweiserhebung auf Ersuchen des o.g. Untersuchungsausschusses

MdlAnfr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1734

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/2233

Extremistische Aktivitäten im LKreis Esslingen

Extremistische Aktivitäten und Straftaten in den Jahren 2012 und 2013; Auftreten von Links- und Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus und türkischem Nationalismus; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4321

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“*

Drs 15/5131

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Nationalsozialistischer Untergrund*
Drs 15/6049

Villa Bolz - Denkmal der Demokratie

Sachstand zu Erwerb und Erhalt der „Villa Bolz“ als Stätte der politischen Bildung und Erinnerung an den Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, insbes Erhaltungszustand, Sanierungskosten, Einrichtung einer Gedenkstätte für Eugen Bolz zusammen mit der Stadt Stuttgart und der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/7462

Gedenken zum Jahrestag des Umsturzversuchs am 20. Juli 1944 zur Beseitigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 279

Förderung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus, Erhaltung der früheren Gestapozentrale im ehemaligen „Hotel Silber“ in Stuttgart als Gedenkstätte

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 757-762

Verbreitung von Thesen der Nationalsozialisten durch die NPD; Mittelaufstockung für die Gedenkstättenarbeit zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in BW

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 898 901 904

Nationalsozialistische Verbrechen

s. *Nationalsozialistisches Unrecht*

Nationalsozialistischer Untergrund

Netzwerk von Neonazis in Justizvollzugsanstalten auch in BW?

Kontakte baden-württembergischer Inhaftierter zum Neonazi-Netzwerk „AD Jail Crew“, zu Personen aus dem NSU-Umfeld und von Inhaftierten des rechten Milieus untereinander; Durchführung von Zellendurchsuchungen oder Postkontrollen in den Justizvollzugsanstalten des Landes; Fortbildung des Personals der Justizvollzugsanstalten zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung von rechtsextremistischen Aktivitäten Inhaftierter

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/3462

Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW

Durchführung der Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW und daraus gewonnene Erkenntnisse, insbes Einbindung baden-württembergischer Behörden in die NSU-Fahndung nach 1998, Umfang der Ermittlungen seit November 2011, Neubewertung im Polizistinnenmord, Verbindung des NSU und seines Umfelds zur rechtsextremistischen Szene in BW, Kontakte der Sicherheitsbehörden zur NSU, geplante Anschlagziele in BW

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 03.06.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3557 (14 S.)
BeschiEmpf und Bericht InnenA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 29-32
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr

s. *Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“*

Drs 15/5131

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 04.11.2014 Drs 15/6049

PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6563-6572 6601 6602 (Wahl der Mitglieder, der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden)

Beschl des Ltg vom 05.11.2014 Drs 15/6080

Bericht und Empfehlung UA 28.04.2016 Drs 15/8000 (1660 S.)

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9016-9027

Mittlg LReg 13.12.2016 Drs 16/1037

Nationalsozialistisches Unrecht

Förderung der Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in BW

Höhe der Förderung von Land und Bund 2010/2011, Verteilung auf die einzelnen Gedenkstätten und Projekte; gestellte, abgelehnte und zurückgezogene Anträge auf direkte Gedenkstättenförderung; Frage nach nicht gestellten Anträgen wegen Ausschöpfung der Mittel, Höhe des tatsächlichen Förderbedarfs; Beurteilung der dezentralen Struktur und Zusammenarbeit von Gedenkstätten; verstärkte Förderung von wissenschaftlicher Kompetenz im Hinblick auf die Vorteile der dezentralen Gedenkstättenkonzeption für Forschung zur Lokal- und Regionalgeschichte

Antr

s. *Gedenkstätte*

Drs 15/354

Konzeption für die zukünftige Nutzung des Hotels Silber in Stuttgart

Stand und inhaltliche Ausgestaltung der Pläne zur Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Gestapo-Zentrale in der Stuttgarter Dorotheenstraße 10 als Gedenkstätte; Höhe und Träger der Kos-

ten für die Renovierung und den Betrieb; Stand der Gespräche des Runden Tisches

KIAnfr

s. *Gedenkstätte*

Drs 15/1680

Gedenkstättenkonzeption für BW unter Einbeziehung des Lern- und Erinnerungsorts Hotel Silber

Sachstand, Zeitplan und geplante Konzeption für einen Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber als ehemaligem Sitz der Gestapo in Stuttgart, insbes Finanzierung von Umbau und Betrieb; Entwicklung einer neuen übergreifenden Gedenkstättenkonzeption für das Land BW

Antr

s. *Gedenkstätte*

Drs 15/3148

Finanzierung der geplanten Gedenkstätte im „Hotel Silber“

Kostenkalkulation und Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Aufteilung der Kosten für die geplante Gedenkstätte Hotel Silber zwischen Land und Kommune

MdlAnfr

s. *Gedenkstätte*

Drs 15/3315

Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber

Gespräche mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der geplanten Gedenkstätte Hotel Silber und Ergebnisse bezüglich der Kostenverteilung für Investitionen, Ausstellungskonzeption und jährlichen Betrieb; geplante inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte

MdlAnfr

s. *Gedenkstätte*

Drs 15/3731

Erhalt von Gräbern von Sinti und Roma, die Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen wurden

Bedeutung der Gräber von Sinti und Roma für die in BW lebenden Menschen dieser Volksgruppe; Förderung ihres Erhalts nach dem Gräbergesetz; Erhaltung der Gräber über die üblichen Ruhezeiten hinaus

KIAnfr

s. *Sinti und Roma*

Drs 15/4718

Bestürzung über die Mordtaten einer neonazistischen Bande nach der Schreckensherrschaft des NS-Regimes, Mittelaufstockung für die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 841 843

Würdigung der Arbeit von Jugendgruppen gegen das Vergessen der Verbrechen des Nationalsozialismus

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1665

Nationaltheater Mannheim

s. *Theater*

NatSchG

s. *Naturschutzgesetz*

Natura 2000

s. *Naturschutzgebiet*

Naturalleistung

s. *Sachleistung*

Naturdenkmal

Schutz der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe
Sachstand zum Denkmalschutz landschaftsprägender Alleen wie der Hohenwettersbacher Pappelallee in Karlsruhe

KlAnfr
s. *Allee*
Drs 15/7468

Naturkundemuseum

s. *Museum*

Naturlandschaft

s. *Landschaft*

Naturpark

s. *Naturschutzgebiet*

Naturreservat

s. *Naturschutzgebiet*

Naturschutz

s.a. *Artenschutz*
s.a. *Biodiversität*
s.a. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*
s.a. *Landschaftspflege*
s.a. *Naturschutzgebiet*
s.a. *Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung*
s.a. *PLENUM-Projekt*
s.a. *Wasserschutzgebiet*

Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen bzw zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5

Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall

Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen, u.a. für Urlaub auf dem Bauernhof, Tagestourismus, Tagungstourismus und Familienurlaub; Ausbau des Radwegenetzes; Verbindung von Tourismus und Naturschutz

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/402

Haushalt 2012; Epl 12

Erwerb von Grundstücken für Zwecke des Naturschutzes, Sicherung der Moorflächen im LKreis Waldshut

Haushalt
s. *Feuchtgebiet*
Drs 15/1112

„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee

Darstellung der o.g. Maßnahmen und Entwicklungen seit 2002 bzw seit Beantwortung der Drs 14/5038 und 14/6420 sowie der weiteren Maßnahmen und dafür vorgesehenen Mittel; Stand der Kartierung und Renaturierung der Moore und Bodenseeufer, Ergebnisse des Aktionsprogramms zur Sanierung oberschwäbischer Seen, Lösungsansätze für Konflikte mit der landwirtschaftlichen Nutzung; Initiierung neuer Forschungsvorhaben; Vorlage eines Förderkonzepts

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2078

Naturschutz und Artenvielfalt in BW - Erhalten, was uns erhält!

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/52 28.11.2012 S. 3007-3016

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Der Ausbau der Windkraft kommt wegen großer planungsrechtlicher Probleme nicht voran

Anzahl und Gesamtleistung der im Jahr 2012 in den einzelnen Bundesländern in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen; Ausweisung von Vorranggebieten durch die Regionalverbände in den Regionalplänen und von Standorten durch die Kommunen in den Flächennutzungsplänen seit der Änderung des Landesplanungsgesetzes und dem Inkrafttreten des Windenergieerlasses; Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen; Gründe für die Ablehnung eines Standorts oder Vorranggebiets; Änderungen von Schutzgebietsverordnungen durch die unteren (Stadt- und LKreise) oder die höheren Naturschutzbehörden (Regierungspräsidien); Handreichungen für den Artenschutz

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3353

Maßnahmen der LReg zur Verbesserung des Vollzugs im Naturschutz und zur Förderung der Landschaftserhaltungsverbände, insbes im LKreis Heidenheim

Verwendung zusätzlicher Haushaltsmittel für Naturschutz und Landschaftspflege seit 2011; Verbesserung der Personalaus-

stattung in den RegPräs sowie des Vollzugs der bestehenden rechtlichen Vorgaben im Regierungsbezirk Stuttgart und insbes im LKreis Heidenheim; Landschaftserhaltungsverbände (LEV) als Instrumente zur Unterstützung des Vollzugs; Nutzen des Landschaftserhaltungsverbands Heidenheim für Naturschutz und Kulturlandschaftsentwicklung, sein Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Flora-Fauna-Habitat Gebieten und Vogelschutzgebieten nach dem Konzept Natura 2000 sowie seine finanzielle Ausstattung

KlAnfr Andrea Lindlohr GRÜNE 25.04.2013 und Antw MLR Drs 15/3424

Natur- und landwirtschaftsdienender Ausgleich

Umfang der seit 2007 der Landwirtschaftsnutzung entzogenen Flächen; Anteil der zur Kompensation von Flächenversiegelungen entzogenen landwirtschaftlichen Nutzflächen; Ausgleichsmaßnahmen ohne die Landwirtschaftsflächen zu verringern; Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von Ausgleichsflächen

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/3652

Naturschutzstrategie BW 2020

Überarbeitung und Umsetzung der Naturschutzstrategie BW 2020, insbes Anlass, Ziele, Mittelbereitstellung, Zeitplan und Ressorteinbindung; Kostenkonkurrenz zu anderen Naturschutzprojekten; Stellenwert und Konkurrenz von Biodiversität, Klimaschutz, Flurneuordnung und Landentwicklung im Zusammenhang mit der Naturschutzstrategie

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 26.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3688

Umsetzung der zur Sicherung der Belange des Natur- und Artenschutzes in der Regional- und Bauleitplanung auf Grundlage des Windenergieerlasses notwendigen Maßnahmen durch die LReg
Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei der Genehmigung von Windkraftanlagen; Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden; Schutz der unter Ziffer 4.2 im Windenergieerlass BW vom 9. Mai 2012 definierten Tabubereiche; Kartierung der Horste geschützter Vögel; wissenschaftliche Untersuchung und Kartierung der Flugrouten von Vögeln und Fledermäusen; Aufschluss über den Vogelzug entlang des Alpennordrands und am Bodensee, Erforschung der Flughöhe nachts ziehender Vögel; Veröffentlichung der planungsrechtlich bedeutsamen Forschungsergebnisse; Zeitplan und Finanzierung der Maßnahmen

Antr
s. *Vogelschutz*
Drs 15/4445

Der Naturschutzbund (NABU) - eine „gemeinnützige“ Vorfeldorganisation der LReg?

Gemeinnützigkeit, staatliche Unterstützungszahlungen und Windkraftinvestitionen des „NABU BW“ sowie institutionelle bzw personelle Verflechtungen mit Mitgliedern der LReg

KlAnfr
s. *Naturschutzbund Deutschland*
Drs 15/4508

Erarbeitung eines Moorschutzkonzepts

Planungs- und Entwicklungsstand des angekündigten landesweiten Moorschutzkonzepts, insbes vorgesehener Umsetzungszeitraum, Personal- und Mitteleinsatz, Organisationsstrukturen

der Umsetzungsphase

KlAnfr
s. *Feuchtgebiet*
Drs 15/4621

Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz und ihre Relevanz für ökologische Ausgleichsflächen

Anzahl und Zielrichtung derzeitiger Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz in BW, insbes ökologische Zielsetzung des Naturschutzgroßprojekts „Pfrunger-Burgweiler Ried“; Probleme und Möglichkeiten der Ausweisung ökologischer Ausgleichsflächen für betroffene Kommunen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 27.02.2014 und Antw MLR Drs 15/4876

Heimat und Natur bewahren - die grün-rote Naturschutzstrategie

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6293-6305

Der Windkraftausbau im Land darf nicht mit der Brechstange erfolgen - die Anliegen der betroffenen Bürger müssen Gehör finden

Bürgerinitiativen gegen die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in BW; Berücksichtigung der Anliegen der Bürgerinitiativen; Erschwerung einer Bürgerbeteiligung wegen sich überschneidender Zuständigkeiten der Kommunen und Regionalverbände beim Ausweisen von Windkraftstandorten; Umgang mit den Befürchtungen betroffener Bürger; Gewichtung und Beachtung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5483

Landschaftserhaltungsverbände

Situation der Landschaftserhaltungsverbände in BW, insbes Anzahl, Aufgabenstellungen, Trägerschaft, Beitrag zum Naturschutz, Zukunftsperspektiven

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5514

Möglichkeiten der Natur- und Tierschutzbildung im BNA-Schulungszentrum Hambrücken

Bewertung des Konzepts des Schulungszentrums des Bundesverbandes für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz (BNA) als außerschulischem Lernort und für berufliche Fortbildungs- und Qualifizierungsleistungen; Unterstützungsmaßnahmen der LReg für Angebote und Leistungen des BNA

Antr
s. *Bundesverband für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz*
Drs 15/5663

Entwicklung der Moorschutzkonzeption

Vergabeverfahren und Zeitplan der Entwicklung der Moorschutzkonzeption

KlAnfr
s. *Feuchtgebiet*
Drs 15/5702

PLENUM-Programm

Ziele und Durchführung des PLENUM-Programms zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt in BW, insbes

Förderung aktueller PLENUM-Projektgebiete

Antr
s. *PLENUM-Projekt*
Drs 15/5794

Gartenplakette nach dem Vorbild Vorarlbergs auch für BW

Unterstützung und Beratung zu Anlage und Entwicklung von Privatgärten; Bewertung der Initiative „Natur im Garten“ des Landes Vorarlberg/Österreich und von „faktor NATUR“; Anerkennung von ökologisch wertvolle Privatgärten als Naturschutz-Ausgleichsflächen

Antr
s. *Garten*
Drs 15/6749

Die Gänsepopulation am unteren Neckar und ihre Auswirkungen
Sachstand zur stark zugenommenen Gänsepopulation am unteren Neckar, insbes Populationsentwicklung eingewanderter Gänsearten, natur- und artenschutzfachliche Bewertung, Gesundheitsgefahren durch Gänsekot, Maßnahmen der LReg

KlAnfr
s. *Gans*
Drs 15/6789

Naturschutz bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw

Sachstand zur Einhaltung der Naturschutzbestimmungen bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw, insbes Missachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 05.05.2015 und Antw MLR Drs 15/6846

Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Gestaltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw
s. *Naturschutzgesetz*
Drs 15/6886

Nachhaltigkeit in der Politik des Ländlichen Raums und Verbraucherschutzes des Landes

Sachstand zur konkreten Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im Bereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, insbes inhaltliche und programmatische Schwerpunkte, Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen, Verzahnung mit der Naturschutzstrategie, Bedeutung des Boden- und Klimaschutzes

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6941

Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zu Zwecken des Naturschutzes

Sachstand zum Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zu Zwecken des Naturschutzes, insbes Vorkaufsrecht

oder Informationspflicht gegenüber Grundbesitzern von angrenzenden land- bzw forstwirtschaftlichen Flächen

KlAnfr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7048

Natura 2000 - Fitness-Check für die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie

Sachstand zur Umsetzung von Natura 2000 in BW, insbes Auswirkungen der Flora-Fauna-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie auf den Natur- und Artenschutz, Auswirkungen auf die Natura 2000-Standards durch das REFIT-Programm und den „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/7168

Grün-Rot bewahrt Heimat - was hat die CDU gegen ökologische Landwirtschaft und Naturschutz

Aktuelle Debatte
s. *Ökologische Landwirtschaft*
PIPr 15/135 S. 8055

Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen an Straßen

Sachstand zur Verringerung des Umsetzungsdefizits bei der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft im Straßenbau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7181

Ökonomische Folgewirkungen von Naturschutz

Sachstand zu vielfältigen wirtschaftlichen Auswirkungen und dem ökonomischen Nutzen einer modernen und aktiven Naturschutzpolitik, insbes Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Abruf von Bundes- und EU-Mitteln; Instrumente und Ziele des LIFE-Programms zur Förderung von Naturschutz-Projekten; Bedeutung von Naturschutzmitteln für landwirtschaftliche Betriebe

Antr SPD 27.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7231 (12 S.)

Nationales Naturerbe - dritte Tranche

Sachstand zur Übergabe der ehemaligen militärischen Liegenschaft „Reisberg“ im LKreis Heilbronn iRd dritten Tranche des Nationalen Naturerbes und zur weiteren rechtlichen Einordnung und naturschutzfachlichen Entwicklung

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/7264

Erhalten, was uns erhält: Politik für eine gesunde Natur und eine lebenswerte Heimat

Aktuelle Debatte
s. *Politik*
PIPr 15/149 S. 8916

Gewichtung des Naturschutzes bei der Ausweisung von Standorten für Windkraftwerke und bei der Wasserkraftnutzung, Forderung eines Kriterienkatalogs

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 175 177 178 183

Befürwortung weiterer Großschutzgebiete iRd Naturschutzkonzeption, Bewertung eines Nationalparks als zentralen Baustein für den Naturschutz

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 558-569

Gewichtung des Naturschutzes bei der Ausweisung von Standorten für Windkraftwerke

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 615 621 623 629

Aufstockung der Mittel für den Naturschutz

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Aufstockung der Mittel für den Naturschutz

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1108 1109 1111 1114 1132 1133

Aufstockung der Mittel für den Naturschutz; Gewichtung des Naturschutzes beim Ausbau der Windkraftnutzung; Kritik an der Umressortierung des Naturschutzes vom UM ins MLR

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1302 1305 1307 1308 1311 1338 1339

Naturschutz als Schwerpunkt der Landespolitik; Anmahnung eines Naturschutzkonzepts für das Land

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1478 1496 1506

Gewichtung des Naturschutzes beim Ausbau der Windkraftnutzung

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942 1943 1946-1948 1950

Naturschutzbund Deutschland

Der Naturschutzbund (NABU) - eine „gemeinnützige“ Vorfeldorganisation der LReg?

Gemeinnützigkeit, staatliche Unterstützungszahlungen und Windkraftinvestitionen des „NABU BW“ sowie institutionelle bzw. personelle Verflechtungen mit Mitgliedern der LReg

KlAnfr Karl-Wilhelm Röhm CDU 16.12.2013 und Antw MLR Drs 15/4508

Naturschutzgebiet

s.a. Feuchtgebiet

s.a. Landschaftsschutzgebiet

s.a. Nationalpark

Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen bzw. zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr

s. Obstbau

Drs 15/5

Entwicklung des Tourismus in BW

Bedeutung der Einrichtung von Großschutzgebieten wie z.B. Biosphärengebiete oder Nationalparks

GrAnfr

s. Tourismus

Drs 15/865

Rotwild im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Aussetzung des Abschussgebots für Rotwild im Biosphärengebiet, Zulassung der Zuwanderung, Erarbeitung eines Wildkorridorprinzips, wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Aussetzung des Abschussgebots

Antr

s. Wild

Drs 15/1348

Bürgerbeteiligung bei der Errichtung von Großschutzgebieten

Rechtliche Möglichkeiten der Beteiligung durch Bürgerbefragung, Bürgerentscheid oder Volksabstimmung bei der Einrichtung eines Biosphärengebiets oder eines Nationalparks im Nordschwarzwald; Frage nach der Bindungswirkung einer mehrheitlichen Ablehnung des Vorhabens; Einlösung der Zusage, dass es gegen den Willen der Menschen vor Ort keinen Nationalpark geben wird

Antr

s. Bürgerbeteiligung

Drs 15/1548

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Nationalpark Nordschwarzwald

Stand und weiterer Ablauf der Einrichtung des o.g. Biosphärengebiets, Stellungnahmen der darin einbezogenen Gemeinden, Auswirkungen auf die forst- und landwirtschaftliche Nutzung im Schwarzwald, Vergleich der Kosten für Einrichtung und Unterhalt mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Frage nach einer zu erwartenden Konkurrenz zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1612

BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 55 56

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Windkraftstandorte im Naturpark Schönbuch

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr

s. Windenergieanlage

Drs 15/1796

Fuchsbandwurm im Bereich des Biosphärengebiets Schwäbische Alb

Verbreitung des Fuchsbandwurms im o.g. Bereich im bundesweiten Vergleich; Anreize zur Reduzierung der Fuchsbestände durch eine konsequentere Bejagung sowie Bekämpfung des Parasiten durch die Ausbringung von Ködern zur Entwurmung

KlAnfr

s. Bandwurm

Drs 15/1852

Möglicher Nationalpark Nordschwarzwald: Waldankauf, Flächen und Kosten

Ankauf von angrenzenden Waldflächen vor der Entscheidung über die Einrichtung des Nationalparks, Eigentumsverhältnisse des Suchraums und Zeitpunkt der Gebietsabgrenzung; Kriterien

für die Zusammensetzung der regionalen Arbeitsgruppen; Befreiung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, Ausschluss einer Finanzierung des Nationalparks zulasten von anderen Großschutz- oder Naturschutzprojekten?

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1858

Erläuterung und Abgrenzung von Begrifflichkeiten bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark

Gegenüberstellung der Schutzkategorien FFH-Gebiet, Biosphärengebiet, Naturpark und Nationalpark nach ihren rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, nach ihren Auswirkungen auf die regionale (Holz-)Wirtschaft und den Tourismus; Darlegung der mit der Einrichtung der vier Gebiete verfolgten Ziele; Information und Einbeziehung der Bürger zur möglichen Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2235

Streuobstkonzeption für BW

Zustand und Zukunft für Streuobstwiesen und -flächen in BW, insbes Aufhalten des Rückgangs der Streuobstbestände; Förderung und Schutz von Streuobstbeständen in Landschafts- oder Naturschutzgebieten; Erarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Streuobstkonzepts mit Unterstützungsmaßnahmen in Marketing und Forschung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/3311

Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen

Behebung, Kosten und Prävention von Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen, insbes nach Schlägen der oberen Bresche am Leopoldskanal; Bekämpfung der eingewanderten Stechmückenarten wie der Asiatischen Tigermoskito und der Japanischen Buschmoskito

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3765

Naturschutzgebiet Ulm-Lichternsee

Stand der Genehmigung und Beteiligungsprozess für die Ausweisung eines Naturschutzgebiets „Lichternsee“ an der Donau westlich von Ulm

KlAnfr Martin Rivoir SPD 04.09.2013 und Antw MLR Drs 15/4001

Pflegemaßnahmen in Naturschutzgebieten im Wahlkreis 33

Landschaftspflege in Naturschutzgebieten in Baden-Baden und Umgebung, insbes Ausgaben, Größe und Art der Fläche sowie Anzahl der beauftragten Betriebe; Bindung der Erlaubnis für Gehölz- und Pflegearbeiten in Naturschutzgebieten an ein festes Zeitfenster

KlAnfr Tobias Wald CDU 11.09.2013 und Antw MLR Drs 15/4013

Windkraft im Landkreis Schwäbisch Hall

Zahl und Standorte der seit 2011 im LKreis Schwäbisch Hall genehmigten Windkraftanlagen; Auskunft über in Genehmigungsverfahren befindliche sowie voraussichtlich 2013 in Betrieb gehende Windräder; Abstände der in Betrieb genommenen Wind-

energieanlagen zu Wohngebieten und zu Schutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4238

Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz und ihre Relevanz für ökologische Ausgleichsflächen

Anzahl und Zielrichtung derzeitiger Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz in BW, insbes ökologische Zielsetzung des Naturschutzgroßprojekts „Pfrunger-Burgweiler Ried“; Probleme und Möglichkeiten der Ausweisung ökologischer Ausgleichsflächen für betroffene Kommunen

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/4876

Praktische Fragen zur Fauna-Flora-Habitat (FFH-)Kartierung

Rechtlicher Rahmen der FFH-Kartierung; Veränderungen in der Bewaldung von FFH-Flächen gegenüber dem Jahr 2012; Fläche der Mähwiesen innerhalb und außerhalb von FFH-Gebieten; Information der angrenzenden Bewirtschafter und Eigentümer über bevorstehende FFH-Kartierung; rechtliche Auswirkungen der FFH-Kartierung; Fachbegleitung der betroffenen Bewirtschafter; Ausweisung von Referenz-Parzellen; künftige Förderung der Bewirtschaftung von FFH-Mähwiesen

Antr Karl Rombach u.a. CDU 23.06.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5355
BeschlEmpf und Bericht LandWA 05.11.2014 Drs 15/6338 S. 106 107
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Biosphärengebiet Südschwarzwald

Stand zur Schaffung des Biosphärengebiets Südschwarzwald, insbes Zeitplan, Bereitstellung von Geld und Personalstellen, weitere Fördermöglichkeiten, Entscheidung von Gemeinden über den Beitritt

KlAnfr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 07.10.2014 und Antw MLR Drs 15/5834

Forschungsprojekt der Universität Freiburg/Hochschule Rottenburg „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“

Hintergründe zum Forschungsprojekt „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“, insbes Umfang und Fördermittel, Personaleinsatz; Überlegungen zu vergleichbaren Forschungsprojekten für Biosphärengebiete, Naturparke und PLENUM-Gebiete

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5956

Kein zweckwidriges Junktim zwischen der Entscheidung zum Biosphärengebiet Südschwarzwald und der Vergabe von LEADER-Fördermitteln

Sachstand zur Entscheidung über die neuen LEADER-Förderregionen, insbes Zeitplan und Auswahlkriterien, Koppelung mit der Entscheidung über das Biosphärengebiet Südschwarzwald

Antr
s. *LEADER*
Drs 15/6088

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Chance für Wirtschaft und Natur

Sachstand bei der Verwirklichung des Biosphärengebiets Südschwarzwald, insbes Größe und Kommunen der Suchkulisse, Naturschutzgebiete und Bannwaldflächen für die Kernzonen, Staatswaldflächen für die Pflegezone, Förderprogramme in der Entwicklungszone, Bürgerbeteiligung bei der Planung

Antr SPD 19.11.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6144

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Vermarktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäferbetrieben im Verhältnis zu den Markterlösen aus Schafprodukten

Antr

s. *Schafhaltung*

Drs 15/6423

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infrarotschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6441

Auswirkungen der neuesten Entscheidung der Bundesnetzagentur bezüglich der geplanten Stromtrassenführung für BW

Konsequenzen für die weiteren Planungen der Stromtrassenführung in BW aufgrund der jüngsten Entscheidung der Bundesnetzagentur, insbes Veränderungen für die LKreise Schwäbisch Hall, Rems-Murr und Main-Tauber sowie für die Raumschaft des Naturparks Fränkisch-Schwäbischer Wald

MdlAnfr

s. *Stromnetz*

Drs 15/6566

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Förderzusage durch die SPD-Landtagsfraktion

Hintergründe zur spontanen Zusage von 60.000 Euro an zusätzlichen Geldern für das geplante Biosphärengebiet Südschwarzwald durch den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 16.04.2015 und Antw MLR Drs 15/6727

Vereinbarkeit von Windkraftnutzung und Naturschutznotwendigkeiten

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben des „Neuen Helgoländer Papiers“ der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz zur Erhöhung des Mindestabstands von Windkraftanlagen zu Naturschutzgebieten mit Rotmilan-Population von 1.000 auf 1.500 Meter

Antr

s. Windenergieanlage

Drs 15/6786

Landeszuschüsse an die Naturparks

Auszahlungsintervall bzw Auszahlungszeitpunkt der jährlichen Landeszuschüsse an die Naturparks; Hintergründe zur verzögerten Auszahlung an den Naturpark Stromberg-Heuchelberg und Ausgleichsmaßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.05.2015 und Antw MLR Drs 15/6898

Ausweisung von Flora-Fauna-Habitat-Mähwiesen (FFH-Mähwiesen) im LKreise Reutlingen

Sachstand zur Neukartierung von Flora-Fauna-Habitat-Mähwiesen im LKreise Reutlingen, insbes Vergleich mit den übrigen LKreisen, Beteiligung der betroffenen Landwirte und Grundeigentümer

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 16.06.2015 und Antw MLR Drs 15/6998

Windenergie im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald

Sachstand zu Auswirkungen auf Windenergievorhaben im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald im Falle der geplanten Änderung der Naturparkverordnung

KlAnfr

s. *Windenergie*

Drs 15/7038

Natura 2000 - Fitness-Check für die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie

Sachstand zur Umsetzung von Natura 2000 in BW, insbes Auswirkungen der Flora-Fauna-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie auf den Natur- und Artenschutz, Auswirkungen auf die Natura 2000-Standards durch das REFIT-Programm und den „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 14.07.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7168

BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 33 34

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Nationales Naturerbe - dritte Tranche

Sachstand zur Übergabe der ehemaligen militärischen Liegenschaft „Reisberg“ im LKreise Heilbronn iRd dritten Tranche des Nationalen Naturerbes und zur weiteren rechtlichen Einordnung und naturschutzfachlichen Entwicklung

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 03.08.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7264

BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 34

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Egartenwirtschaft

Sachstand zu Erhalt und Fortführung der bisherigen Bewirtschaftungsform der Egartenwirtschaft nach Eintritt in die Fauna-Flora-Habitat-Gebietskulisse im Schwarzwald

Antr Karl Rombach u.a. CDU 30.11.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7796

Auswirkungen nächtlicher Überbeleuchtung und Möglichkeiten sogenannter „Dark Sky Areas“ im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Forschungsprojekte oder regionale Konzepte zur Reduzierung nächtlicher Beleuchtung; Steuerung der Beleuchtung im öffent-

lichen und privaten Raum per Zeitschaltung; Projekt „Sternenpark Schwäbische Alb“

KlAnfr
s. *Lichtverschmutzung*
Drs 15/8029

Naturschutzmaßnahmen am Epplesee

Sachstand zu Verstößen gegen die Schutzgebietsverordnung für das Naturschutzgebiet am Südufer des Eppleeses

KlAnfr
s. *Badegewässer*
Drs 15/8044

Wasserkreuzkraut auf Landschaftspflegeflächen im Wurzacher Ried

Gefahren für landwirtschaftliche Nutztiere bei der Grünlandwirtschaft; Bekämpfung des Wasserkreuzkrauts mithilfe von Herbiziden; Abgeltung des bei der Bekämpfung der Pflanze entstehenden Aufwands; Maßnahmen zur Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung des Wasserkreuzkrauts in der Region Wurzacher Ried

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/8103

Befürwortung weiterer Großschutzgebiete nach den guten Erfahrungen mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Anrengung eines Biosphärenparks im Nordschwarzwald statt eines Nationalparks

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 558-561 566 568 569

Förderung von Maßnahmen im Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Einrichtung weiterer Großschutzgebiete

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1302 1307

Begrüßung der Ausweisung eines Biosphärengebiets Südschwarzwald

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820 1821 1823

Ausschluss von Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1942 1943

Naturschutzgesetz

Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Gestaltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw LReg 12.05.2015 Drs 15/6886 (132 S.)
1. Beratung PIPr 15/130 10.06.2015 S. 7818-7823
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.06.2015 Drs 15/6959 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD Anlage 1 und 2)
2. Beratung PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7855-7863
GesBeschl 17.06.2015 Drs 15/7033 (46 S.)
GBI 2015 Nr. 14 S. 585-628 (Ges vom 23.06.2015)
Mittlg LReg 13.01.2016 Drs 15/7930 (116 S.)

Naturschutzrecht

s.a. *Bundesnaturschutzgesetz*

Kompensationsverordnung gemäß § 15 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Inhalte einer Kompensationsverordnung gemäß § 15 BNatSchG auf Bundesebene und vergleichbare Regelungen der Bundesländer, insbes Erlass einer eigenen Kompensationsverordnung für BW; Anforderungen an den naturschutzrechtlichen Ausgleich bei der Ertüchtigung und Verstärkung von Dammbauwerken im Zuge der weiteren Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Antr Karl-Wolfgang Jägel u.a. CDU 04.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3157
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.03.2014 Drs 15/5052 S. 48 49
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Rohstoffabbau in Steinbrüchen und Kiesgruben in BW

Anzahl der in Betrieb befindlichen Steinbrüche und Kiesgruben; Entwicklung des Bestands in den letzten zehn Jahren; Einschränkungen des Rohstoffabbaus durch das Naturschutzrecht; Neuregelung des Rohstoffabbaus in Steinbrüchen und Kiesgruben anhand bestehender EU-Vorgaben; Frage der Wiederverfüllung nach dem Ende des Rohstoffabbaus; Errichtung weiterer Steinbrüche und Kiesgruben; Erstellung eines Rohstoffsicherungsberichts in der aktuellen Wahlperiode; Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzepts des Landes BW

Antr
s. *Rohstoffgewinnung*
Drs 15/4093

Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot nur gegen Naturschutzausgleich?

Rechtliche Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Grünlandumbruchverbot, insbes Bindung an naturschutzrechtliche Ausgleichsleistungen

MdlAnfr
s. *Grünland*
Drs 15/4248

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengens für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*
Drs 15/6203

Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen

gen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Gestaltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw
s. *Naturschutzgesetz*
Drs 15/6886

Beratende Äußerung „Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben - Planung, Herstellung, Pflege und Unterhalt“

Mittlg RH 13.10.2015 Drs 15/7500 (57 S.)
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8343
PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8655
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7961
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072
Mittlg LReg 24.06.2016 Drs 16/211
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/603
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 6: Das Ökokonto als Lösungsansatz für Umsetzungsdefizite bei Straßenbau und Gewässerentwicklung

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/221
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Bedeutung der Kleinen Wasserkraft in BW

Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der Durchgängigkeit von Fischbeständen, Aufwertung von Gewässerlebensräumen im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach der Ökokonto-Verordnung; Unterstützung der Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen im Zuge der weiteren Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 15/660

Naturschutzrechtlicher Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durch den Erhalt der Trockenmauern im Steillagenweinbau

Anerkennung der Erhaltung und Pflege von Trockenmauern als Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft; Umfang und Erhaltungszustand der vorhandenen Trockenmauern; über das vorhandene Instrumentarium hinausgehende Überlegungen zur Bestandserhaltung; Unterstützung der Kommunen und Grundstückseigentümer beim Erhalt der Trockenmauern; Maßnahmen in anderen Bundesländern wie z.B. Rheinland-Pfalz und Hessen

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/3624

Ökopunkte-Handel in BW

Entwicklung und Folgen des Ökopunkte-Handels mittels Ökokonten zur Vorratsbildung von ökologischen Ausgleichsflächen in BW

Antr Karl Rombach u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4475
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.02.2014 Drs 15/5052 S. 54 55
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Kleingartenwesen in BW

Statistik, Situation und Förderung des Kleingartenwesens in BW; Erbringung von Integrationsleistungen für Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit Bildungseinrichtungen; Anerkennung von Ausgleichsfällen

Antr
s. *Kleingarten*
Drs 15/4707

Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz und ihre Relevanz für ökologische Ausgleichsflächen

Anzahl und Zielrichtung derzeitiger Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz in BW, insbes ökologische Zielsetzung des Naturschutzgroßprojekts „Pfrunger-Burgweiler Ried“; Probleme und Möglichkeiten der Ausweisung ökologischer Ausgleichsflächen für betroffene Kommunen

KIAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/4876

Pflege von Ausgleichsflächen aus bäuerlicher Hand

Umfang der landwirtschaftlichen Nutzung von Ausgleichsflächen; extensive landwirtschaftliche Nutzung als Kompensation; Ausgleich durch Streuobstwiesen in den vergangenen zehn Jahren; Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächennutzung bei der Planung von Ausgleichsflächen; finanzielle Förderung der Pflege von Naturausgleichsmaßnahmen; Stand des Koalitionsvertrag angekündigten Streuobstkonzepts

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5035

Gesetz zur Neuordnung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Erhaltung bewährter landesrechtlicher Standards und Anpassung des Landesnaturschutzrechts an die bundesgesetzlichen Regelungen, insbes in den Bereichen Verhältnis Landschaftsplanung zur Gesamtplanung, Eingriffsregelung und ihre Rechtsfolgen, Schutz von Natur und Landschaft vor nachteiligen Auswirkungen der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen, Gestaltung des Erholungsrechts, Regelungen zur Zuständigkeit und zum Verfahren

GesEntw
s. *Naturschutzgesetz*
Drs 15/6886

Ökopunktehandel im Ortenaukreis

Sachstand zum Ökopunktehandel im Ortenaukreis, insbes Verbindungen eines eingebundenen Landschaftsplanungsbüros aus Bruchsal zu einer landwirtschaftliche Nutzflächen aufkaufenden Naturschutzstiftung in Speyer, rechtliche und strukturelle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ökokonto-Verordnung zur Verhinderung des Einflusses wirtschaftlicher Interessen bei der Bewertung von Flächen in Ökopunkten durch Fachkundige

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.01.2016 und Antw MLR Drs 15/7985

Versteckte Subventionen für Windenergieanlagen?

Verzicht auf Ausgleichszahlungen bei durch Windenergieanlagen verursachten Eingriffen in Natur und Landschaft in Rheinland-Pfalz; Höhe der in den vergangenen fünf Jahren in BW geltend gemachten Ausgleichszahlungen; Zahlungsbedingungen in den Verträgen zwischen dem Staatsforst und den Betreibern von Windenergieanlagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/8003

Naturschutzstrategie

Umsetzung der Naturschutzstrategie BW
Mittlg LReg 28.07.2015 Drs 15/7240 (14 S.)

Naturschutzverband

s. *Umweltschutzorganisation*

Naturschutzverwaltung

Der Ausbau der Windkraft kommt wegen großer planungsrechtlicher Probleme nicht voran

Anzahl und Gesamtleistung der im Jahr 2012 in den einzelnen Bundesländern in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen; Ausweisung von Vorranggebieten durch die Regionalverbände in den Regionalplänen und von Standorten durch die Kommunen in den Flächennutzungsplänen seit der Änderung des Landesplanungsgesetzes und dem Inkrafttreten des Windenergieerlasses; Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen; Gründe für die Ablehnung eines Standorts oder Vorranggebiets; Änderungen von Schutzgebietsverordnungen durch die unteren (Stadt- und LKreise) oder die höheren Naturschutzbehörden (Regierungspräsidien); Handreichungen für den Artenschutz

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3353

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägebetriebe; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebsergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3878

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biber-schutzes gegenüber anderen Interessen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/5017

Wolfssichtungen in BW

Meldungen über die Sichtung wild lebender Wölfe bei den unteren Naturschutzbehörden oder anderen Stellen in den vergangenen zehn Jahren; Häufigkeit der Meldungen; Verifizierung des Sachverhalts

KlAnfr
s. *Wolf*
Drs 15/7821

Naturstein

s. *Steine und Erden*

Naturwissenschaften

s.a. *Geologie*

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/257

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Ingenieuren, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von Frauen für MINT-Bereiche

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1240

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“

Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1610

Grundschulstudien TIMSS und IGLU - Ergebnisse und Konsequenzen für BW

Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Schulleistungsstudien TIMSS 2011 und IGLU 2011 für Grundschulen in BW, insbes im Hinblick auf Geschlecht, soziale Herkunft und Leistungsniveau

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/3111

Zukunft der naturwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen

Einführung eines neuen Fächerverbunds „Naturphänomene und Technik“ in den Klassen 5 und 6; inhaltliche Schwerpunkte des neuen Unterrichtsfachs für die verschiedenen Schularten und

Bildungsgänge; Bildungsstandards für die Fächer Physik, Chemie, Biologie und Technik in den Lehrplänen für die Sekundarstufe I; Standpunkte der Bildungsplankommissionen für die Einzelfächer zum geplanten Fächerverbund

KlAnfr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/3693

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW und möglicher Standort Ulm

KlAnfr Monika Stolz CDU 03.07.2013 und Antw KM Drs 15/3736

Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“

Stellenwert der naturwissenschaftlichen Fächer, insbes der Biologie in der Sekundarstufe I; Überlegungen für die Schaffung des Fächerverbunds „Naturphänomene und Technik“ in der fünften und sechsten Klasse; Fächerverbund in Form einzelner Lerneinheiten; Erfüllung der Standards der Kultusministerkonferenz für das Fach Biologie und für die übrigen Fächer; Fortführung eines eigenständigen Fachs Biologie neben einem aus den Fächern Physik, Chemie und Technik bestehenden Fächerverbunds; Anpassung der Hochschulausbildung der Lehrkräfte

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/3912

Lehrbefähigung der Lehrerinnen und Lehrer in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik

Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik durch Lehrer ohne entsprechende Lehrbefähigung, insbes Ursachen und Anteil des in diesen Fächern fachfremd erteilten Unterrichts sowie ergriffene oder geplante Gegenmaßnahmen

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4308

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kultusministerkonferenz im geplanten Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverbund; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept des Fächerverbunds; Ablehnung des Fächerverbunds „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr
s. *Bildungsstandards*
Drs 15/4347

Gravierende Änderungen im Fach Biologie

Planungen und Auswirkungen der Abschaffung des Biologieunterrichts als eigenständiges Fach in den Klassenstufen fünf und sechs und der Einbindung in einen neuen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik (NpT)“, insbes Sicherung von Fachlichkeit und gymnasialem Anspruch biologischer Themenfelder,

Verlust der Unterrichtsqualität bei einem Einsatz fachfremder Lehrkräfte

Antr
s. *Biologie*
Drs 15/4735

Gibt es für die CAS-Modellstandorte in BW noch eine Zukunft?

Situation und Zukunft der CAS-Modellstandorte in BW; Bedeutung des Einsatzes von Computeralgebrasytem-Taschenrechnern im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht an Gymnasien für die Anforderungen der Hochschulen; Durchführung einer Evaluation der CAS-Schulen und der Nutzung von CAS-Rechnern

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5122

Unterrichtsversorgung am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim

Entwicklung der Zahl der Schüler, Klassen und Lehrerdeputate am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich sowie in den Fächern „Latein“, „Bildende Kunst“, „Informationstechnische Grundbildung (ITG)“ und „Naturwissenschaften“

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5206

Technikbegeisterung im Kleinkindalter wecken!

Initiativen zur Heranführung von Kleinkindern an Technik und Naturwissenschaften; Fachkräftesituation in den Bereichen Technik und Naturwissenschaft in BW und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung

Antr
s. *Technik*
Drs 15/5250

Schulversuch NwT-1

Situation des Schulversuchs NwT-1 mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik an den baden-württembergischen Schulen; Bedeutung der zweiten Fremdsprache im Schulversuch NwT-1, insbes Raum und Stellenwert der alten Sprachen Latein und Griechisch

Antr
s. *Schulversuch*
Drs 15/5604

Gewinnung von mehr Frauen für die MINT-Berufe, Umsetzung des Pilotprojekts „Wing“

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531-1533 1535 1538

Nebelkrähe

s. *Vogel*

Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten;

Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2284

Nebenbahnverkehr

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr Elke Brunnemer u.a. CDU 27.08.2013 und Antw MVI Drs 15/3979

Nebenbahnen in BW

Infrastruktur, Besitz- und Finanzierungsverhältnisse des Nebenbahnverkehrs in BW

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 28.05.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5273

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau

Vernetzung des ÖPNV zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem LKreis Heilbronn; Fahrgastpotenzial einer direkten Busverbindung zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau; Einrichtung einer kreisübergreifenden Busverbindung; Rolle der Krebsbachtalbahn in einem kreisübergreifenden ÖPNV

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6453

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahn und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 19.11.2015 und Antw MVI Drs 15/7739

Nebenberufliche Tätigkeit

s. *Nebentätigkeit*

Nebenbeschäftigung

s. *Nebentätigkeit*

Nebenerwerbsbetrieb

Zu- bzw Nebenerwerbslandwirtschaft in BW

Aktuelle und künftige Bedeutung der o.g. Betriebe, Entwicklung der Zahl von Betrieben und des Anteils der bewirtschafteten Flächen seit 2001, Fortführung der finanziellen Unterstützung vor dem Hintergrund einer Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik; Qualitätssicherung der Aus- und Fortbildung der Landwirte im Haupt- und Nebenbetrieb

Antr Karl Traub u.a. CDU 19.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/745
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.03.2012 Drs 15/2007 S. 43 44
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Situation der Hofübergabe im LKreis Waldshut sowie in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Zahl und Altersstruktur der Voll- und Nebenerwerbslandwirte; Darstellung der Nachfolgeproblematik und Lösungsmöglichkeiten

KlAnfr
s. *Landwirt*
Drs 15/2413

Landwirtschaft im Nebenerwerb erlernen

Kursangebot für Landwirtschaft im Nebenerwerb in BW, insbes Teilnehmerzahlen und Ausbildungsinhalte; Förderung der Ausbildung in der Landwirtschaft; Genehmigung von Bauvorhaben im Außenbereich beim Umstieg auf Landwirtschaft im Vollerwerb

Antr Paul Locherer u.a. CDU 04.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3309
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4191 S. 14 15
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Offenhaltung und Pflege der Kulturlandschaften in BW

Rechtliche Rahmenbedingungen für Kommunen und Kreise zur Anordnung von Pflegemaßnahmen gegenüber Grundstücksbesitzern bei Verwilderung von Grundstücken und Landschaften; Unterstützung von Nebenerwerbslandwirten und -obsterzeugern bei der Pflege der Kulturlandschaften in BW

Antr
s. *Kulturlandschaft*
Drs 15/4984

Frauen als landwirtschaftliche Unternehmerinnen in BW

Frauenanteil in den landwirtschaftlichen Betrieben; Höhe des Anteils der von Frauen geleiteten Landwirtschaftsbetriebe; Anzahl der einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb leitenden Frauen; Förderinstrumente für Frauen in der Landwirtschaft; Ermutigung und Qualifizierung von Frauen zur Leitung landwirtschaftlicher Unternehmen; Unterstützung durch die Landfrauenorganisationen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5036

Nebenerwerbslandwirtschaft

s. *Nebenerwerbsbetrieb*

Nebentätigkeit

s.a. *Geringfügige Beschäftigung*
s.a. *Nebenerwerbsbetrieb*
s.a. *Publizitätspflicht*

Struktur der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Personelle Ausstattung, Aufgaben und Dotierung der Stellen der o.g. Organisationseinheit; externe Betätigung von Mitarbeitern in einem privaten Verkehrsplanungsbüro oder als Gesellschafter

in Unternehmen? Frage nach einer Genehmigung als Nebentätigkeit und möglichen Interessenkonflikten in Fällen der Vergabe von Aufträgen an private Planungsbüros

Antr
s. *Zentralstelle*
Drs 15/192

Lehrbeauftragte an Hochschulen

Vergütung und soziale Absicherung der haupt- und nebenamtlichen Lehrbeauftragten; Anteil der von ihnen erbrachten Lehrleistungen; Ermöglichung von festen Anstellungsverträgen mit Kündigungsschutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaub; Anerkennung als Mitglieder der Hochschule

Antr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/832

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte-Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit

Mittlg LReg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 15/2437

Nebentätigkeiten von Beamtinnen und Beamten des Landes BW

Rechtliche Bestimmungen für entgeltliche Nebentätigkeiten von Beamten des Landes BW, insbes Regelungen für das Verhältnis zur eigentlichen Dienstzeit und Vergütungshöchstgrenzen; eingemommener Höchstbetrag eines Landesbediensteten im Jahr 2012 und Verhältnis zur Höhe des Beamtengehalts; Anzahl der Beamten mit Nebentätigkeiten; Anpassung der Begrenzung für Nebeneinkünfte in der Landesnebtätigkeitsverordnung

KIAntr Florian Wahl SPD 07.06.2013 und Antw IM Drs 15/3603

Neckar

Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 06.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/207
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/747 S. 26 27
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838
Mittlg LReg 24.04.2012 Drs 15/1604

Chancen eines Ausbaus von Neckarschleusen

Entwicklungsmöglichkeiten der Binnenschifffahrt zur Aufnahme des Mehraufkommens an Güterverkehr; Chancen, Kosten und Zeitperspektive für den Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen; Eintreten für die dafür notwendige Mittelbereitstellung des Bundes

Antr
s. *Schleuse*
Drs 15/570

Wirtschaftlicher und ökologischer Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar mit Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 1998 sowie der weiteren Potenziale; Folgen eines Verzichts des Bundes auf die Verlängerung einer Schleusenammer von Heilbronn bis Plochingen für die Häfen in Stuttgart und Plochingen; Hinwirkung auf Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund von 2007 zur „Verlängerung der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen“, in der die Sanierung, Modernisierung und Verlängerung der Schleusen und deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde; Ausbau des Neckars für die Erreichbarkeit aller Häfen von künftigen Europaschiffen mit einer Länge von 135 Metern

Antr GRÜNE und SPD 21.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1469
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2117 2123 (abgesetzt)
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2307-2314
Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2840

Zustand der Neckarschleusen zwischen Plochingen und Heilbronn

Planungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zur Sanierung und zum Ausbau der o.g. Schleusenammern

Antr
s. *Schleuse*
Drs 15/2419

Potenzial der Wasserkraft an schiffbaren Flüssen in BW stärker nutzen

Zahl und installierte Leistung der Wasserkraftanlagen an den schiffbaren Schleusen an Rhein und Neckar; Auflistung der jeweiligen Betreiber, des Sanierungsbedarfs und Potenzials zur Steigerung der Stromerzeugung; Frage nach entsprechenden Planungen der Betreiber

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 15/2583

Neckarquerung in Remseck

Planungen und Maßnahmen der LReg bei der Neckarquerung in Remseck, insbes Kooperation mit den betroffenen Kommunen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3368

Kombinierter Verkehr auf der Wasserstraße Neckar in der Region Stuttgart

Stellenwert des Kombinierten Verkehrs; Sachstand der Gespräche mit dem Bund zum Ausbau der Wasserstraße Neckar, insbes Verlängerung der Schleusen für 135 Meter lange Frachtschiffe und Bau eines weiteren Umschlagterminals im Hafen Plochingen

Antr
s. *Wasserstraße*
Drs 15/4189

Verbringung am Standort Obrigheim befindlicher Brennelemente nach Neckarwestheim

Planungen der EnBW zur Verbringung der noch im Nasslager Obrigheim befindlichen Brennelemente nach Neckarwestheim, insbes Transportoptionen, Bearbeitungszeit des Genehmigungsantrags, Kostenersparnis, mögliche Gefährdung des Neckars

Antr

s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle
Drs 15/4986

Die Gänsepopulation am unteren Neckar und ihre Auswirkungen
Sachstand zur stark zugenommenen Gänsepopulation am unteren Neckar, insbes Populationsentwicklung eingewanderter Gänsearten, natur- und artenschutzfachliche Bewertung, Gesundheitsgefahren durch Gänsekot, Maßnahmen der LReg

KlAnfr
s. Gans
Drs 15/6789

Die Erwärmung des Neckars zerstört die Artenvielfalt
Sachstand zur Entwicklung der Wassertemperatur des Neckars, insbes Ursachen eines Temperaturanstiegs, Auswirkungen auf Fischfauna und Gewässerökologie, Maßnahmen zur Absenkung der Wassertemperatur

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 09.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7152
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 48-50
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen
Sachstand zum Ausbau des Neckars bis Plochingen, insbes Umsetzung der Vereinbarung von Bund und Land aus dem Jahr 2007, Zeitplan für Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen

Antr
s. Schleuse
Drs 15/7298

Unterstützung des Ausbaus der Neckarschleusen, Verweisung auf das zusätzliche Potenzial für den Gütertransport

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42

Neckar-Alb, Region

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Gewichtung der direkten Anbindung der Gäubahn über Herrenberg und Böblingen an den Flughafen und des entsprechenden Votums bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bewertung des o.g. Vorschlags mit seinen zusätzlichen Maßnahmen und Kosten sowie seiner Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen zwischen den Projektträgern von Stuttgart 21; Scheitern der angestrebten Wiedereinführung eines ICE-Halts in Böblingen im Falle einer Umsetzung der o.g. Trassenvariante

Antr
s. Gäubahn
Drs 15/1790

Regionalstadtbahn Neckar-Alb

Modularisierung, Realisierung und Finanzierung der Regionalstadtbahn Neckar-Alb, insbes Umsetzung von Modul 1 mit möglicher Herausnahme der Strecke Zollern-Alb-Bahn, Finanzierungszusage des Bundes und mögliche Anwendung auf alle anderen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)-Projekte in BW, Entlastung der Regionalisierungsmittel durch stadtbahnrechtlichen Ausbau der Ermstal- und Ammertalbahn, Wirtschaftlichkeit des Streckenabschnitts Tübingen-Reutlingen nach erhöhter Taktfrequenz

KlAnfr
s. Stadtbahn

Drs 15/3544

Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn
Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/5458

Zusatzfragen zur Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn

Zusatzfragen zu Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/5625

Neckar-Alb-Bahn

Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn
Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/5458

Zusatzfragen zur Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn

Zusatzfragen zu Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/5625

Die Neckar-Alb-Bahn braucht zu den Morgenstunden auch weiterhin einen verdichteten Takt

Nachfrage und Fahrgastzahlen für einen verdichteten Takt auf der Neckar-Alb-Bahn zwischen Tübingen und Plochingen bzw Stuttgart in der Zeit zwischen Betriebsbeginn und 9 Uhr; Beibehaltung dieses Zugangebots auf heutigem Niveau

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 26.09.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5783
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs 15/6496 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 43-47
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
Mittlg LReg 11.09.2015 Drs 15/7366
Mittlg LReg 19.08.2016 Drs 16/389

Zugausfälle auf der Neckar-Alb-Bahn

Sachstand zur Entwicklung von Zugausfällen und Unpünktlichkeit von Zügen auf der Neckar-Alb-Bahn

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/6666

Lärmentwicklung entlang der Neckar-Alb-Bahn

Sachstand zur Lärmentwicklung auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Maßnahmen zur Entlastung von Lärm in angrenzenden Wohngebieten

KlAnfr
s. *Schienenverkehrslärm*
Drs 15/7043

Zugausfälle und Barrierefreiheit auf der Neckar-Alb-Bahn
Ausmaß und Ursachen der Zugausfälle und Verspätungen auf der Bahnstrecke; Barrierefreiheit der Bahnhöfe; Funktionsbereitschaft von Personenaufzügen, insbes am Bahnhof Nürtingen
KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 10.11.2015 und Antw MVI Drs 15/7663 (26 S.)

Müssen Pendler zukünftig in der Neckar-Alb-Bahn stehen?
Sachstand zur Sitzplatzkapazität und zum Stehplatzanteil für Pendler in den Spitzenstunden auf der Neckar-Alb-Bahn nach dem Wechsel zum Anbieter Abellio
KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7838

Länge der Bahnsteige auf der Neckar-Alb-Bahn
Bahnsteiglänge entlang der Neckar-Alb-Bahn für Haltestellen des ab 2019 verkehrenden Metropol-Express; Ausbaulänge des Bahnsteigs am Bahnhof Bempflingen
MdlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/8025

Wagenmaterial auf der Neckar-Alb-Bahn
Eingesetztes Wagenmaterial auf der Neckar-Alb-Bahn in der Übergangszeit nach dem Auslaufen des Großen Verkehrsvertrags, insbes Sitz- und Stehplatzkapazität der einzelnen Zugtypen
MdlAnfr
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 15/8025

Neckarbischofsheim

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau
Vernetzung des ÖPNV zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem LKreis Heilbronn; Fahrgastpotenzial einer direkten Busverbindung zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau; Einrichtung einer kreisübergreifenden Busverbindung; Rolle der Krebsbachtalbahn in einem kreisübergreifenden ÖPNV
KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6453

Neckarbrücke

s. *Brücke*

Neckarelz, Ortsteil

s. *Mosbach*

Neckargemünd

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 19 - Kernstadtumgehung Neckargemünd (Kap 1004)
Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/119
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/719

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 21.08.2012 Drs 15/2248
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2482
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2815

Schließung der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH) - Fachklinik Neckargemünd
Folgen o.g. Schließung für die medizinische Versorgung im Rhein-Neckar-Kreis; künftige Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Schädigungen des zentralen Nervensystems, ambulante und stationäre Angebote auf dem Gebiet der Kinderneurologie
KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/488

Kritik des RH an der Kostensteigerung für die Kernstadtumgehung Neckargemünd
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 247

Neckarhausen, Ortsteil

s. *Nürtingen*

Neckar-Odenwald-Kreis

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis
Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm
KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/814

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Neckar-Odenwald
Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte
KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2873

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Neckar-Odenwald-Kreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit
KlAnfr
s. *Polizeireform*

Drs 15/2991

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenausbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3667

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/3979

Medizinische Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxis-schließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4394

Radwege im Neckar-Odenwald-Kreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4855

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Neckar-Odenwald-Kreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4856

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Neckar-Odenwald-Kreis
Migrantenanteile in den Kommunen des Neckar-Odenwald-Kreises; Programme und Initiativen zur Integration von Migranten in den Kommunen; Höhe der Landeszuschüsse

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5850

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Ein-

richtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5851

Situation des Rettungsdienstes und der notärztlichen Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Gründe für die Überschreitung der Hilfsfristen des Rettungsdienstes und des notärztlichen Dienstes im Neckar-Odenwald-Kreis; Maßnahmen der Dienst- und Rechtsaufsicht zur Einhaltung der Hilfsfristen

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/5852

LEADER-Förderung im Neckar-Odenwald-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Neckar-Odenwald-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Neckar-Odenwald-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen LKreisen

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/5853

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 13 - Zuwendungen für die Wasserversorgung in Seckach, Neckar-Odenwald-Kreis (Kap 1005)

Mittlg RH
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/7013

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahn und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KlAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/7739

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Bestand, Kooperation und Perspektiven von Bildungshäusern im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7858

Neckarpri GmbH

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich

derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr

s. *Untersuchungsausschuss*

Drs 15/1186

Bilanzierung und Bewertung des von der Neckarpri GmbH gehaltenen EnBW-Anteils

Veröffentlichung des Bilanzabschlusses der Neckarpri GmbH; Wertgutachten zu den EnBW-Anteilen; ICC-Schiedsklage gegen die Electricite de France SA (EdF)

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/2814

Jahresabschluss der Neckarpri GmbH

Überschreitung der gesetzlichen Aufstellungsfrist für Jahresabschluss und Lagebericht der Neckarpri GmbH zum Ende des Geschäftsjahres 2010/2011; Bewertung der Beteiligung der Neckarpri GmbH an der EnBW AG durch den Abschlussprüfer KPMG; Kenntnisnahme von Landesbediensteten und Mitgliedern der LReg vom von KPMG ermittelten Wert der EnBW-Beteiligung; Durchführung von Werthaltigkeitstest und Impairmenttest und der daraus abgeleitete unterschiedliche Abwertungsbedarf

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/2845

Situation der Neckarpri GmbH

Wirtschaftliche Situation der Neckarpri GmbH; Sachstand und Kosten des Schiedsrichter

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.11.2014 und Antw MFW Drs 15/6102

Schiedsklage des Landes BW gegen die Eléctricité de France (EdF) wegen des Ankaufs von Anteilen an der EnBW Energie BW AG (EnBW AG) im Jahr 2010

Bisherige Sitzungstermine des Schiedsgerichts bei der Internationalen Handelskammer; Datum der Übergabe des Schiedsauftrags an den Schiedsgerichtshof; Inhalt des Verfahrenskalenders; Überschreitung der Frist für den Erlass des Endschiedsspruchs; Refinanzierung der von der Neckarpri GmbH bzw der Neckarpri Beteiligungsgesellschaft mbH erworbenen EnBW-Anteile; Änderungen gegenüber der ursprünglichen vorgesehenen Refinanzierung; langfristige Sicherung günstiger Refinanzierungskonditionen

KlAnfr

s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Drs 15/6353

Neckar-Rhein-Gebiet

s. *Rhein-Neckar-Raum*

Neckar-Rhein-Raum

s. *Rhein-Neckar-Raum*

Neckarschleuse

s. *Schleuse*

Neckarsulm

Touristische Hinweistafel auf das Zweirad- und NSU-Museum der Stadt Neckarsulm an der A 6

Rechtfertigung der beantragten touristischen Hinweistafel mit der geschichtlichen Bedeutung Neckarsulms für die Mobilitätsentwicklung

KlAnfr

s. *Kraftrad*

Drs 15/1350

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch in den Städten und Gemeinden des Wahlkreises Neckarsulm

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden im Wahlkreis Neckarsulm, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/4242

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis Neckarsulm

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis Neckarsulm, insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderungsschwerpunkte

KlAnfr

s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*

Drs 15/6693

Neckartalbahn

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Neckartalbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienepersonennahverkehrs (SPNV) auf der Neckartalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/3450

Neckartal-Kaserne

s. *Kaserne*

Neckartenzlingen

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreis Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines

eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/364

Lkw-Tonnagebeschränkung auf der Ortsdurchfahrt Neckartenzlingen

Frage nach der o.g. Möglichkeit im Zuge der L 1208 b

KlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/379

Neckarwestheim

Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreise Böblingen bis 2016

KlAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/83

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Hinwirkung auf eine dauerhafte Stilllegung der abgeschalteten Atomkraftwerke, insbes auch von Philippsburg I und Neckarwestheim I; Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie; Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/314

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/529

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafeld; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1549

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafeld und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1949

Tritiumwerte im Bereich der Atomkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg

Aktuelle Messwerte über Emissionen; Auflagen an den Betreiber EnBW zur Einhaltung des gesetzlichen Grenzwerts; Tritiumbelastung der Flüsse Neckar und Rhein in den letzten zehn Jahren; Messmethoden und Messintervalle; Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Messungen

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/2739

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2750

Zwischenlagerung der am Standort Obrigheim befindlichen abgebrannten Brennelemente im Zwischenlager Neckarwestheim

Bewertung der Ankündigung der EnBW zur Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im vorhandenen Zwischenlager am Standort Neckarwestheim, insbes rechtliche Situation, Einschätzungen aus dem Raum Neckarwestheim, konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, Umgang mit möglichem Widerstand aus der Bevölkerung für notwendige Castor-Transporte; Überlegungen zur Errichtung eines neuen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort Obrigheim und mögliche Alternativstandorte

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/3418

Rechtliche und technische Voraussetzungen für die von der LReg angebotene Zwischenlagerung von hochradioaktivem Abfall aus La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim

Angebot der LReg zur Zwischenlagerung der noch ausstehenden hochradioaktiven Abfallprodukte aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim, insbes bauliche Voraussetzungen, Art der Castor-Typen, Träger von Zusatz- und Transportkosten, Verhandlungen mit der Zwischenlagerbetreiberin und Position der betroffenen Regionen; mögliche zwischenzeitliche Bereitschaft anderer Bundesländer zur Zwischenlagerung

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3507

Kompensationsüberlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim

Weitere Verkürzung der Restlaufzeit für Block II in Neckarwestheim als Kompensationsmöglichkeit für die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim

MdlAnfr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/4358

Verbringung am Standort Obrigheim befindlicher Brennelemente nach Neckarwestheim

Planungen der EnBW zur Verbringung der noch im Nasslager Obrigheim befindlichen Brennelemente nach Neckarwestheim, insbes Transportoptionen, Bearbeitungszeit des Genehmigungsantrags, Kostenersparnis, mögliche Gefährdung des Neckars

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/4986

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Neckarwestheim I

Anm. Plenarsitz.
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
PIPr 15/4 S. 23

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Neckarwestheim I

Anm. Plenarsitz.
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
PIPr 15/5 S. 57

Negatives Betriebsergebnis

s. *Verlust*

Nellmersbach, Ortsteil

s. *Leutenbach*

Nesenbachdüker

s. *Rohrleitung*

Nettokreditaufnahme

s.a. *Haushaltsdefizit*

Finanzielle Spielräume der LReg zur Absenkung der im Doppelhaushalt 2013/2014 geplanten Neuverschuldung

Nutzung von Überschüssen aus dem Haushalt 2011 und sonstiger Rücklagen aus früheren Haushaltsjahren sowie der erwarteten Mehreinnahmen der Jahre 2012, 2013 und 2014 zur Verringerung der Nettokreditaufnahme; Nutzung von Steuermehreinnahmen durch das Steuerabkommen mit der Schweiz; Berücksichtigung einer rückläufigen Entwicklung bei den Zinsausgaben sowie von Minderausgaben beim Personal

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 28.11.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2758
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 18
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Entwicklung der Zinsbelastung des Landeshaushalts

Höhe des durchschnittlichen Zinssatzes in den Jahren 2006, 2007 und 2008 für die Kreditmarktschulden des Landes; Höhe der in der mittelfristigen Finanzplanung für 2008 bis 2012 sowie der darauffolgenden Jahre einkalkulierten Zinssätze; Tilgungsplan; Höhe der tatsächlichen in den Jahren 2009 bis 2012 gezahlten Zinssätze; Kalkulation des Zinsniveaus für alte und neue Kredite in der mittelfristigen Finanzplanung für die Doppelhaushalte 2013/2014 und 2015/2016; Schuldentilgung in den kommenden Jahren

Antr
s. *Zins*
Drs 15/4024

Überschüsse im Landeshaushalt

Entwicklung der Zahlen bei Überschüssen, Kreditermächtigungen und der Nettokreditaufnahme im Landeshaushalt für die Jahre 2008-2013

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 15/5582

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)

Absicherung einer dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verkürzung der nach Art 143 d Grundgesetz möglichen Übergangsfristen auf den 31. Dezember 2015

GesEntw
s. *Schulden*
Drs 15/5637

Nettoneuverschuldung

s. *Nettokreditaufnahme*

Netzauftritt

s. *Website*

Netzeinspeisung

s. *Stromeinspeisung*

Netzinfrastruktur*Breitbandversorgung im LKreis Esslingen*

Geförderte Gemeinden und Projekte; Fertigstellung des Basisnetzes im LKreis Esslingen; Gemeinden mit direktem Anschluss an das Basisnetz; Mitverlegung von Glasfaserkabeln beim Bau der Verbindungspipeline zwischen dem zentraleuropäischen Kerosinpipelinesystem und dem Flughafen Stuttgart; Förderung des Ausbaus der Breitbandversorgung

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5999

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr
s. *Wärmeversorgung*
Drs 15/6149

Breitbandversorgung im Ostalbkreis

Geförderte Gemeinden und Projekte; Breitbandversorgung im Ostalbkreis im Vergleich zu anderen LKreisen; Beitritt einzelner Kommunen zum interkommunalen Breitbandverbund „Komm.Pakt.net“; Förderprogramme für den Ausbau der Breitbandversorgung

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6401

Breitbandversorgung im LKreis Ludwigsburg

Ausbau der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden seit 2011; Anbieter und Art der verwendeten Technik; Nutzung von Förderprogrammen des Landes, Anschluss an das Basisnetz

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6567

Breitbandversorgung und -ausbau in Karlsruhe

Sachstand zu Breitbandversorgung und -ausbau in Karlsruhe, insbes Entwicklung der Nachfrage nach höheren Datenübertragungsraten, Bedarf der Unternehmen bzw Wirtschafts- und Kommunalverbände

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6894

Breitbandversorgung im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Entwicklung der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden des Landkreises Emmendingen, insbes Nutzung von Fördermitteln aus Landesprogrammen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/7129

Netzneutralität*Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher*

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3723

Netzpräsenz

s. *Website*

Netzpublikation

s. *Elektronische Publikation*

Netzzugang

s.a. *Stromnetzentgeltverordnung*

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3723

Neuartiges Lebensmittel

s.a. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*
s.a. *Novel-Food-Verordnung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Verordnung über neuartige Lebensmittel

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4597

Auswirkungen der Novel-Food-Verordnung 258/97/EG auf BW
Zulassung für Novel-Food-Produkte; Nachweispflicht für die Hersteller der Produkte; Brauchbarkeit des „Novel Food Catalogue“ der Europäischen Kommission; Anerkennung von Positivlisten anderer EU-Staaten in Deutschland; Beurteilung des mit dem Genehmigungsverfahren verbundenen Aufwands insbes für kleinere Hersteller; Haltung zu einer Novellierung der Novel-Food-Verordnung; Produktion von Novel-Food-Produkten in BW und deren Überwachung

Antr
s. *Novel-Food-Verordnung*
Drs 15/6247

Neubau

Erweiterung der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart
Baulicher Zustand und räumliche Kapazitäten; Kosten- und Zeitrahmen einer Sanierung der vorhandenen Räumlichkeiten; Kosten und räumliche Kapazitäten des geplanten Erweiterungsgebäudes; sein zu erwartender Nutzen wie z.B. eine Optimierung des Betriebsablaufs oder der Wegfall von Mietkosten für Außenstellen; Gründe für die Verschiebung der Baumaßnahme, voraussichtlicher Baubeginn und Fertigstellungstermin; Maßnahmen zur Behebung der drängendsten Probleme

Antr
s. *Bibliothek*
Drs 15/2634

Kinderzentrum Maulbronn

Zahl der Kliniken für Sozialpädiatrie in BW sowie ihr künftiges Entwicklungspotenzial; das Kinderzentrum Maulbronn als Arbeitgeber in der Region; Förderung des geplanten Anbaus durch das Land

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/3116

Standortsuche für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) im Landgerichtsbezirk Rottweil

Kriterien der Standortwahl; Nutzung des Konversionsgeländes in Meßstetten

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3212

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim

Stellenwert der landwirtschaftlichen Ausbildung in Stuttgart-Hohenheim; Zustand der Gebäude und Gewächshäuser; Sanierungsvorhaben; jährliche Aufwendungen für das Land als Träger der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart über einen Neubau des Schulgebäudes; Bedingungen einer Übertragung der Trägerschaft an die Stadt Stuttgart; Vorschlag der Beibehaltung der zwischen Stadt und Land geteilten Zuständigkeit; Bereitstellung eines Grundstücks durch das Land und Übernahme der Baukosten durch die Stadt; Übertragung der Zuständigkeit innerhalb der LReg an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3614

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Auskunft über vorhandene Gewächshausflächen; Nutzung des Gewächshauses „Klimatron“ für Forschungsprojekte; Darlegung des Rechtsverhältnis zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft (SfG); gesetzliche Pflichten des Schulträger zur Weiterführung der Schule, zu ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln; Budgetierung im Haushalt der Universität Hohenheim; Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Land und der Stadt Stuttgart über einen Neubau und die Frage der Trägerschaft; Übertragung der Zuständigkeit in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3645

Mehrkosten der John-Cranko-Ballettschule

Finanzierungskonzept für den Neubau der John-Cranko-Schule; Gründe für die Kostensteigerung; Einbindung der Stadt Stuttgart in die Planungen; Vereinbarung des Landes mit der Stadt Stuttgart über Mehrkosten; Haltung gegenüber den Äußerungen des Landesrechnungshofs zum Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Tanz*
Drs 15/3766

Radstellplätze

Förderung des Radverkehrs durch Stellplätze für Fahrräder; Vorhaben einer verpflichtenden Einrichtung von Radstellplätzen bei Wohnungsneubauten; Ausweisung von Stellmöglichkeiten für Kinderwagen und Rollatoren

KlAnfr
s. *Fahrrad*
Drs 15/4609

Klinik Öschelbronn

Bedeutung der Klinik Öschelbronn - Centrum für Integrative Medizin und Krebstherapie; Investitionen seit der Gründung der Klinik; Förderung des für 2015 geplanten Neubaus durch das Land

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/5306

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5332

Landeszuschuss Neubau Stadion SC Freiburg

Errichtung eines neuen Fußballstadions in Freiburg im Breisgau; Unterstützung des Neubaus durch das Land; Stand der Gesprä-

che mit der Stadt Freiburg

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/6199

Schließung der Außenstelle Wertheim des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei BW zum Jahresende 2015 und damit verbundene mögliche Interimsunterbringungen bis zur Fertigstellung eines Neubaus am Standort Böblingen

Nutzbarkeit des Neubaus des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei am Standort Böblingen; Kosten einer Interimslösung aufgrund der Schließung des bisherigen Standorts in Wertheim zum Jahresende 2015

MdlAnfr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/6342

Neue Standortsuche des geplanten Gefängnisneubaus - welche Kriterien sind maßgeblich?

Aufgabe der bisherigen Bewertungsmatrix beim „Standortsuchlauf“; Auskunft über die maßgeblichen Kriterien der Standortauswahl; Berücksichtigung der Haltung der betroffenen Gemeinden; Beteiligung des Landtags und der Gemeinden an der Standortauswahl

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6503

Förderung der Akademieeinrichtungen der Blasmusik durch das Land BW

Sachstand zur Unterstützung der Förderung von Neubauten der Akademieeinrichtungen von Blasmusikverbänden in Plochingen und Staufen durch das Land BW

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 15/7652

Neubau von Eisenbahnstrecken

s. *Streckenbau*

Neue Bundesländer

Verweisung auf die starke Abwanderung von jungen Menschen aus den neuen Bundesländern in den Westen

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Neue Medien

Mediennutzung in Migrantenfamilien

Private Nutzung von Print- und elektronischen Medien durch Migranten, insbes überwiegende oder ausschließliche Mediennutzung aus dem Herkunftsland und in Heimatsprache, bessere Heranführung an inländische Mediennutzung

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2923

Neue Steuerungsinstrumente

s. *Steuerungsmodell*

Neuenbürg

Polizeipräsenz im Enzkreis

Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Enzkreis seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Polizeidienststellen bei Straftaten seit 2006, wegen Personalmangels ausgefallene Streifenfahrten und Nachtdienste; Prüfung, ob die Polizeipräsenz im Enzkreis erhöht und die Polizeidienststelle in Neuenbürg erhalten werden kann

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/486

Errichtung von Brücken an Landesstraßen im Enzkreis

Vorgesehene neue Brückenverbindungen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. in Neuenbürg an der L 381; Zuschussfähigkeit dieses Vorhabens sowie eines Kreisverkehrsplatzes an der L 381

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/2165

Ausschreibung von Führungspositionen bei der Polizei

Ausschreibungspflicht für Führungspositionen innerhalb der Polizei und ihre Kriterien; Kriterien für die Stellenbesetzungen bei der Autobahnpolizei und der Verkehrspolizei Pforzheim sowie im Polizeirevier Neuenbürg

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4952

Ökologische Modernisierung von kleinen Wasserkraftanlagen

Effekte und Modernisierungsstand kleiner Wasserkraftanlagen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes Maßnahmen zur Modernisierung des Wasserkraftwerks an der Unteren Reute in Neuenbürg sowie zur Beilegung des Interessenkonflikts zwischen Angelsportlern, Umweltschützern und Wasserkraftanlagenbetreiber

KlAnfr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/6152

Kleine Wasserkraft im Enzkreis

Überprüfung der Mindestwasserabgabe bei Kleinwasserkraftanlagen; Einhaltung der Mindestwasserabgabe am Wasserkraftwerk T 177 in Neuenbürg; Überprüfung des dortigen Fischpasses; Durchführung einer Gewässerschau

KlAnfr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/6507

Neuenburg am Rhein

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

Nahverkehr Müllheim - Neuenburg - Mulhouse

Streichung der Mittel für die o.g. ab Dezember 2012 geplante regelmäßige Zugverbindung und evtl weitere Streckenverbindungen im Raum Müllheim, Kriterien für die Entscheidung, Zeitpunkt und Adressaten der Ankündigung

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1514

Ortsumfahrungen Staufen und Zienken

Stand der geplanten Ortsumfahrungen Staufen (L 123) und Neuenburg-Zienken (L 134), insbes Gründe für die Nichtberücksichtigung im Straßenbauprogramm des Landes bis 2019

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/6276

Neuenstadt am Kocher*Zeitnahe Umsetzung der Verkehrskonzeption im Bereich der Gemeinden Neuenstadt / Oedheim / Bad Friedrichshall*

Stand der Planungen zur Weiterführung der Ortsumfahrung Neuenstadt im Zusammenhang mit dem Umbau der L 1088 sowie zur Ableitung des Verkehrs auf der Gemarkung Oedheim über die K 2001 in Richtung L 1095 Neckarsulm, Höhe und Träger der Kosten, Zeitpunkt der Finanzierung und Realisierung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1536

Umgang mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Flüchtlingsunterbringung

Sachstand zum effektiven Einsatz ehrenamtlicher Helfer bei der Flüchtlingsunterbringung, insbes Vermeidung von Doppelarbeit, Aufwand und Kosten für den Zeltaustausch bei der Unterbringung in Neuenstadt am Kocher

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7431

Situation in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher

Sachstand zur Auslegung und tatsächlichen Belegung in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen und in der Notunterkunft in Neuenstadt am Kocher, insbes Auswirkungen der massiven Überbelegungen, Gewährleistung des Brandschutzes

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7581

Neues Schloss, Stuttgart

s.a. *Schlossgarten Stuttgart*
s.a. *Schlossplatz Stuttgart*

Verwehrung der teilweisen Unterbringung des Landtags im Neuen Schloss durch den Finanz- und Wirtschaftsminister

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1926

Neues Steuerungsmodell

s. *Steuerungsmodell*

Neugeborenencreening

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Neuhausen auf den Fildern*Verkehrsverbesserungen auf den Fildern*

Bedingungen für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

Kosten-Nutzen-Berechnung

Schienenpersonennahverkehrs-Verbindung Bernhausen-Neuhausen auf den Fildern

Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Untersuchung einer Stadtbahnverlängerung von Möhringen nach Neuhausen unter Zugrundelegung von Stuttgart 21 aus dem Jahr 2003

KlAnfr
s. *Wirtschaftlichkeit*
Drs 15/580

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/654

ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen, Planfeststellungsabschnitt 1.4 (Filderbereich)

Lärmschutzmaßnahmen und zu erwartende Lärmimmissionen im Filderbereich durch die Bahntrasse der ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen im Zusammenwirken mit dem Verkehrslärm der Bundesautobahn 8 und dem Flughafen Stuttgart

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3175

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)

Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Neuhausen ob Eck*Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum*

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumentengestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen

ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/3516

Neuhausen (Enzkreis)

Zugang zu schnellem Internet im Enzkreis

Versorgung o.g. Gemeinden mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Übertragungsraten in allen Ortsteilen der Gemeinde Neuhausen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/49

Neulingen

Schließung der Schulstandorte im Enzkreis - Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

Planung und mögliche Schließung von Schulstandorten bei Haupt- bzw Werkrealschulen im Enzkreis, insbes Schülerzahlen und Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3520

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in Neulingen

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche in Neulingen, Tathintergründe, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6466

Neunutzung

s. *Nutzungsänderung*

Neurologische Erkrankung

Versorgungssituation von Menschen mit Amyotropher Lateralsklerose (ALS) in BW

Sachstand zu Angeboten und Leistungen für Menschen mit Amyotropher Lateralsklerose, insbes Selbsthilfestrukturen, Verbesserungsmöglichkeiten in Pflegeheimen und Hospizen, Initiierung von Modellprojekten

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 11.05.2015 und Antw SM
Drs 15/6885

Neuverschuldung

s. *Nettokreditaufnahme*

NGO

s. *Nichtregierungsorganisation*

Nicht-ionisierende Strahlung

s. *Strahlung*

Nichtkommerzieller Lokalfunk

s. *Bürgermedien*

Nichtrauchererschutz

Ausnahmeregelungen im Landesnichtrauchererschutzgesetz

Begründungen und Auswirkungen der Zulassung von Raucherzonen durch die Gesamtlehrerkonferenzen, Akzeptanz der Rauchfreiheit an Schulen

KlAnfr Sabine Wölfe u.a. SPD 20.09.2011 und Antw KM
Drs 15/524

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherchutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

Evaluation und Änderungen des Nichtraucherchutzgesetzes

Ergebnisse und Konsequenzen aus der Evaluation zur Umsetzung des Landesnichtraucherchutzgesetzes und angestrebte Gesetzesänderungen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 14.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5871
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.01.2015 Drs 15/6496 S. 32 33
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Nichtraucherchutzgesetz

s. *Nichtraucherchutz*

Nichtregierungsorganisation

s.a. *Hilfsorganisation*

Partnerschaft mit Burundi

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr
s. *Burundi*
Drs 15/909

Zukunft der Osteuropahilfe

Fortsetzung der Osteuropahilfe auch nach der Schließung der Geschäfts- und Servicestelle Osteuropa in der Baden-

Württemberg-Stiftung, Fördermöglichkeiten für die humanitären Hilfsorganisationen

MdlAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 15/1734

Nichtsesshafter

s. *Obdachlosigkeit*

Nichtstaatliche Hochschule

s. *Privathochschule*

Nichtversetzung von Schülern

s. *Versetzung von Schülern*

Niedergelassener Arzt

Kooperationen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten bei der Erbringung von vor- oder nachstationären Leistungen

Kooperationsmodelle; Gerichtsentscheide zu Kooperationsmodellen; Unterbringung des Kooperationsmodell der Arcus Klinik in Pforzheim durch das Landessozialgericht BW; Begründung des Landessozialgerichts; Schwierigkeiten bei der Festlegung geeigneter Kooperationsformen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten durch die Kassenärztliche Vereinigung BW (KVBW) und die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) aufgrund mangelnder Rechtssicherheit

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6125

Haltung der LReg zur Reform der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ)

Bewertung der wesentlichen Inhalte der GOÄ-Reform; Haltung zu Stellungnahmen der SPD-Bundestagsfraktion zur Vergütung ärztlicher Leistungen; Honorareinbußen für die niedergelassenen Ärzte beim Ausbleiben einer Anpassung der Gebührenordnung

Antr
s. *Gebührenordnung für Ärzte*
Drs 15/7933

Niederlassungsfreiheit

s. *Freizügigkeit*

Niedersachsen

s.a. *Gorleben*

Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle

Bindung der Entscheidung über eine Erkundung geeigneter Gebiete bzw Standorte in BW an einen Bürgerentscheid? Eintreten für den Abschluss der Verfahren zur Endlagerstätte Gorleben und einen störungsfreien Verlauf der Transporte und Einlagerungen in Gorleben

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/9

Standortsuche für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in BW

Wissenschaftliche Kriterien, Rechtsgrundlagen, geeignete geologische Formationen und Standorte für eine sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen; Zeitbedarf für die Suche nach einem Endlagerstandort bei einem Verzicht auf die Endlagerstätte Gorleben, Konsequenzen für die Zwischenlagerung von Brennelementen in BW; Eintreten für eine abschließende Prüfung der Eignung des Salzstocks in Gorleben

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/23

Kulinarische Botschafter für BW

Entwicklung des Anteils regionaler Lebensmittel in BW, Beurteilung der Auszeichnung „Kulinarischer Botschafter Niedersachsens“, Vergleich mit dem Qualitätszeichen BW, Eignung der niedersächsischen Auszeichnung für die Absatzförderung regionaler Produkte hierzulande?

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 15/262

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1949

Keine Gebühren für Routinekontrollen im Lebensmittelgewerbe!

Sachstand zur Einführung von Gebühren für anlasslose Lebensmittel-Regelkontrollen, insbes Bewertung der Einführung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Planungen zur Einführung der Gebühren in BW; Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes im Lebensmittelgewerbe sowie betrieblicher Eigenkontrollen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/6406

Niederstetten

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Niedrigeinkommen

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
s. *Armut*
Drs 15/2886

Finanzierung der Schülerbeförderung in BW

Sachstand zur Finanzierung der Schülerbeförderung in BW, insbes Entwicklung des Gesamtaufwands, Bedarfserhebung, Regelungen und Hilfen für Familien mit geringem Einkommen, Unterschiede in den Schülerbeförderungssatzungen, Kostenübernahme für Primarstufe und Sekundarstufe I, Überprüfung der Mittelverwendung, Ausgleich für Fahrdienste von Eltern bei unzureichenden Busverbindungen, Ausgleich von Mehrkosten für Schülerbeförderung aufgrund der bildungspolitischen Maßnahmen

GrAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/7393

Stromkosten und Hartz IV-Regelsätze

Sachstand zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte von den infolge der Energiewende gestiegenen Energiekosten, insbes Bewertung der Kostenlücke bei der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze

KlAnfr
s. *Strompreis*
Drs 15/8030

Niedriglohn

s. *Vergütung*

Niefern-Öschelbronn

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/152

Personelle Besetzung von Polizeiposten im Enzkreis

Vakante Planstellen im Enzkreis, Neubesetzung des Polizeipostens in Niefern-Öschelbronn nach den jüngsten Überfällen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/418

Projektpriorisierung im Maßnahmenplan zum neuen Generalverkehrsplan im Enzkreis

Grundsätzliche Bereitschaft zu Gewichtsänderungen im Maßnahmenplan Landesstraßen; Initiative zum Verzicht auf die Ortsumfahrung Niefern-Öschelbronn zugunsten einer höheren Priorisierung einer Ortsumfahrung für Wiernsheim-Pinache; Prüfung einer Anpassung des Maßnahmenplans

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2735

Sanierung Ortsdurchfahrt Landesstraße (L) 1125 Niefern-Öschelbronn

Zustand und Planung der Sanierungsarbeiten von Landesstraße 1125 in der Ortsdurchfahrt Niefern-Öschelbronn, insbes derzeitige Verkehrssicherheit, Sanierungsbeginn, geschätzte Baukosten, Finanzierung und Fertigstellung

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/3698

Klinik Öschelbronn

Bedeutung der Klinik Öschelbronn - Centrum für Integrative Medizin und Krebstherapie; Investitionen seit der Gründung der Klinik; Förderung des für 2015 geplanten Neubaus durch das Land

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/5306

Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen

Häufigkeit und konkrete Fälle der Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens; Gründe für die Aufhebung an der Realschule Niefern

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/5869

Ausschreibung zur Besetzung von Schulleiterstellen

Sachstand zu laufenden Schulleiterbesetzungsverfahren in BW, insbes Verfahrensverlauf bei der Neubesetzung der Schulleiter-

stelle an der Realschule Niefern

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/7128

Nikotin

Schäden durch Nikotin in der Schwangerschaft - Prävention und Maßnahmen

Sachstand zu Gefahren für das ungeborene Kind durch den Nikotinkonsum durch die Mutter während der Schwangerschaft, insbes Zahlen zu Kindern mit entsprechenden Gesundheitsschäden, Höhe und Übernahme zusätzlicher Kosten für die Betreuung nikotineschädigter Neugeborener, Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen für Frauen und Mädchen über Risiko von Nikotingenuss in der Schwangerschaft

Antr
s. *Schwangerschaft*
Drs 15/6924

Nitrat

Grundwasserqualität und Ausbringung von „Wirtschaftsdünger“ pflanzlicher Herkunft

Entwicklung der Grundwasserqualität seit 2001 im Vergleich zu den Messdaten in anderen Bundesländern, Inanspruchnahme der Ausgleichsleistungen nach der SchALVO von den Landwirten und Wirkungen in den letzten 20 Jahren; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Nitratbelastung und der Ausbringung des o.g. Düngers aus Gärresten von Energiepflanzen

Antr
s. *Gewässergüte*
Drs 15/461

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz

Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr Dr. Markus Rösler GRÜNE 20.03.2012 und Antw UM Drs 15/1464

Nitratbelastung des Grundwassers: Zeitschienen-, Bundesländer- und Methodenvergleich sowie Ziele der LReg

Überblick über Entwicklung und Einflussfaktoren der Nitratbelastung des Grundwassers in BW und die Entwicklung bei anderen grundwasserschädigenden Stoffen; Längs- und Querschnittsvergleich mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern und Überblick über die jeweiligen verwendeten Methoden zur Bekämpfung eines zu hohen Nitratgehalts des Grundwassers; Ziele und angestrebte Methoden der LReg zur Senkung der Nitratbelastung

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 20.12.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2835
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3398 S. 74
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Gewässerrandstreifen im Wassergesetz für BW (WG)

Anzahl der vom einzurichtenden Fünfmeterstreifen betroffenen Flurstücke bzw Landwirte; Umfang der entstehenden „unwirtschaftlichen Restflächen“; Art der empfohlenen Produktion und Pflege im Fünfmeterbereich; Verantwortlichkeit für die Pflege der Randflächen; Spezifizierung der von der Regelung ausgenommenen Oberflächengewässer von „wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“; Information der Landwirte; Wirksamkeit der Nitratrückhaltung; Forderung nach einer Ausnahme von der Umwandlungspflicht bei einem Damm oder fehlendem Gefälle

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3907

Nitrat in den baden-württembergischen Böden

Entwicklung des Nitratgehalts landwirtschaftlicher Böden im Vergleich zum Nitratgehalt von Haus- und Kleingartenböden; Information der Kleingärtner über das Thema Düngung; Einfluss von Förderprogrammen wie der MEKA-Programme auf die Nitrateinträge in den Boden; Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung mithilfe des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)

Antr Karl Traub u.a. CDU 30.10.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5991
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 51 52
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Bindung von Nitrat durch Dauergrünland

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876

NLPG

s. *Nationalparkgesetz*

Nokia Siemens Networks

Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal; Perspektiven für die betroffenen Mitarbeiter, insbes bezüglich der Zusage einer Beschäftigungsgarantie bis zum 31. Dezember 2014

MdlAnfr 5) Walter Heiler SPD 05.04.2013 Drs 15/3315
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3927-3930

Noll, Ulrich Dr. FDP/DVP

Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Abg Dr. Ulrich Noll

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 266

Nordeuropa

Fachkräfte im Berufsfeld Altenpflege in BW

Frauenanteil, Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie Fachkräftemangel im Berufsfeld Altenpflege in BW; Vergleich zur weniger polarisierenden Beschäftigungssituation der Fachkräfte im Berufsfeld Altenpflege in Skandinavien

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/4393

Nordeuropäische Staaten

s. Nordeuropa

Nordhausen, Ortsteil

s. Nordheim

Nordheim

Ortsumfahrung Nordhausen L 1106

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr

s. Landesstraße 1106

Drs 15/397

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr

s. Grundschule

Drs 15/2277

Nordrhein-Westfalen

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Übertragung hoheitlicher Aufgaben zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder
Übertragung der anfallenden Aufgaben bei der Errichtung und dem Betrieb eines bundesweiten elektronischen Vollstreckungsportals auf das federführende Land Nordrhein-Westfalen

Mittlg LReg

s. Vollstreckung von Forderungen

Drs 15/2441

Unterstützung bei Musterklagen von Beamten

Unterstützung der LReg für Musterklagen von Beamten gegen die Besoldungsregelung in Anlehnung an das Verhalten der nordrhein-westfälischen LReg

KlAnfr

s. Beamter

Drs 15/3833

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr

s. Besoldungsrecht

Drs 15/5733

Keine Gebühren für Routinekontrollen im Lebensmittelgewerbe!

Sachstand zur Einführung von Gebühren für anlasslose Lebensmittel-Regelkontrollen, insbes Bewertung der Einführung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Planungen zur Einführung der Gebühren in BW; Maßnahmen zur Stärkung

der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes im Lebensmittelgewerbe sowie betrieblicher Eigenkontrollen

Antr

s. Lebensmittelkontrolle

Drs 15/6406

Bürokratische Hürden bei der FAKT-Förderung

Sachstand zum bürokratischen Aufwand der Landwirte und der Verwaltung für die Gewährung der FAKT-Weideprämie, insbes Führung eines detaillierten Weidetagebuchs, Orientierung an der Regelung in Nordrhein-Westfalen

Antr

s. Weidewirtschaft

Drs 15/7648

Erklärung des Nachtragshaushalts in NRW für verfassungswidrig durch den dortigen Verfassungsgerichtshof

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 801

Nordschwarzwald, Region

Abhängigkeit der Region Nordschwarzwald von der Automobilindustrie

Zahl der in der Automobilindustrie und deren Zulieferer beschäftigten Arbeitnehmer aus den LKreisen Calw, Freudenstadt, Enzkreis und Stadtkreis Pforzheim; Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze in diesen Kreisen, die von der Automobilindustrie abhängen; Höhe der Einkommen und Kaufkraft der Beschäftigten, des Anteils an Einkommensteuer und Gewerbesteuer für die Gebietskörperschaften; Darstellung der Auswirkungen einer politisch gewollten Senkung der Automobilproduktion sowie der Umstellung vom Bruttoinlandsprodukt auf einen umfassenden Wohlfahrtsindikator

Antr

s. Kraftfahrzeugindustrie

Drs 15/80

Regionale Öffentlichkeitsarbeit der LReg für die Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

Rechtfertigung von Zielen und Aufwand für die Flugblattaktion zur Werbung um den Nationalpark, Begründung der engen Fristsetzung und deren Aufhebung, Kriterien für die Auswertung der Antwortkarten, Bewegung der Forstverwaltung zum Verzicht auf fachliche Stellungnahmen, Frage nach weiteren Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger

KlAnfr

s. Nationalpark

Drs 15/510

Nationalpark Nordschwarzwald

Risiken und Chancen eines Nationalparks, insbes im Vergleich zu anderen Großschutzgebieten; Auswirkungen auf Forst- und Holzwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft; zu erwartende Investitionskosten für Personal, Gebäude und Informationsinfrastruktur; Förderung des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord; Aufforderung, die betroffenen Kommunen, Kreise, Verbände und die Landtagsfraktionen an der Diskussion zu beteiligen; Gutachten über die Gefahr, dass sich in angrenzenden Privat- und Kommunalwäldern Borkenkäfer ausbreiten

Antr

s. Nationalpark

Drs 15/658

Nationalpark Nordschwarzwald - grünes Prestigeobjekt?

Aktuelle Debatte
s. *Nationalpark*
PIPr 15/14 S. 558

Forsthäuser im Nordschwarzwald

Auflistung der o.g. landeseigenen Forsteinrichtungen, deren kulturhistorische Bedeutung, Zustand, Ausstattung und derzeitige Nutzung; Möglichkeiten und Bedingungen für eine Vermietung oder Veräußerung; Frage nach einer touristischen Nutzung als Hütten für Wanderer im künftigen Nationalpark

KlAnfr
s. *Forstgebäude*
Drs 15/877

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur

Personalausstattung der anderen Nationalparke in Deutschland und Regelungen zum Betretungsrecht der Kernzonen; touristische Entwicklung der Nationalparkgemeinden am Nationalpark Bayerischer Wald; Ermöglichung von Wanderwegen, Wildnispfaden und Langlaufloipen auch in den Kernzonen? Regelung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparks; Umfang des Holzeinschlags in den Höhenlagen des Nordschwarzwalds und in Wald-FFH-Gebieten in BW; jährliche Besucherzahlen der Wildnispfade im Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/904

Haushalt 2012; Epl 08

Mittelbereitstellung zur Förderung des Dialogs und von Informationen über den geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

Haushalt
s. *Nationalpark*
Drs 15/1108

Regierungsbefragung

Nationalpark Nordschwarzwald

s. *Nationalpark*
PIPr 15/30 S. 1597

Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung zur Frage der möglichen Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

Rechtliche Möglichkeiten und (zeitliche) Planung einer Bürgerbefragung nach Vorlage des derzeit ausgeschriebenen Gutachtens zum Nationalpark, Frage nach Einholung eines Votums der betroffenen Gemeinden und Landkreise bzw von deren Gemeinde- und Kreisräten oder möglichen anderen Formen der Bürgerbeteiligung

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1530

Bürgerbeteiligung bei der Errichtung von Großschutzgebieten

Rechtliche Möglichkeiten der Beteiligung durch Bürgerbefragung, Bürgerentscheid oder Volksabstimmung bei der Einrichtung eines Biosphärengebiets oder eines Nationalparks im Nordschwarzwald; Frage nach der Bindungswirkung einer mehrheitlichen Ablehnung des Vorhabens; Einlösung der Zusage, dass es gegen den Willen der Menschen vor Ort keinen Nationalpark geben wird

Antr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 15/1548

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Nationalpark Nordschwarzwald

Stand und weiterer Ablauf der Einrichtung des o.g. Biosphärengebiets, Stellungnahmen der darin einbezogenen Gemeinden, Auswirkungen auf die forst- und landwirtschaftliche Nutzung im Schwarzwald, Vergleich der Kosten für Einrichtung und Unterhalt mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Frage nach einer zu erwartenden Konkurrenz zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/1612

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr Thomas Blenke u.a. CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 02.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1644
BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 35-37
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Geplante Ausgaben des Landes für den Nationalpark Nordschwarzwald

Bezifferung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, obwohl das vergebene Gutachten noch nicht vorliegt und die Bürgerbeteiligung noch nicht abgeschlossen ist

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1800

Möglicher Nationalpark Nordschwarzwald: Waldankauf, Flächen und Kosten

Ankauf von angrenzenden Waldflächen vor der Entscheidung über die Einrichtung des Nationalparks, Eigentumsverhältnisse des Suchraums und Zeitpunkt der Gebietsabgrenzung; Kriterien für die Zusammensetzung der regionalen Arbeitsgruppen; Bezifferung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, Ausschluss einer Finanzierung des Nationalparks zulasten von anderen Großschutz- oder Naturschutzprojekten?

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1858

Waldtausch und Größe für einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Aufklärung über Verhandlungen der dem Land unterstellten Behörden oder Landesbetriebe wie Forst BW mit dem Ziel, an den geplanten Nationalpark angrenzende private oder kommunale Waldflächen zu tauschen; Begründung von Tauschverhandlungen vor der Entscheidung über den Nationalpark; angestrebte Flächenausdehnung des Nationalparks; Anmahnung konkreter Kostenaussagen; Durchführung einer regionalen repräsentativen Umfrage

Antr

s. *Nationalpark*
Drs 15/2127

Erläuterung und Abgrenzung von Begrifflichkeiten bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark

Gegenüberstellung der Schutzkategorien FFH-Gebiet, Biosphärengebiet, Naturpark und Nationalpark nach ihren rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, nach ihren Auswirkungen auf die regionale (Holz-)Wirtschaft und den Tourismus; Darlegung der mit der Einrichtung der vier Gebiete verfolgten Ziele; Information und Einbeziehung der Bürger zur möglichen Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2235

Klimaschutzgesetz und Nationalpark Nordschwarzwald

Ziele und Auswirkungen des zu erwartenden Klimaschutzgesetzes; Frage nach den Gründen für die Nichteinbeziehung eines eigenen Industrie- und Arbeitskreises bei den regionalen Arbeitskreisen betreffend den Nationalpark Nordschwarzwald sowie weiterer Beteiligter des Clusters Forst und Holz wie z.B. die Papierindustrie

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2290

Mobilfunk im Nordschwarzwald

Derzeitige bzw notwendige Netzabdeckung, Auswirkungen weißer Flecken bei Notfällen von Forstbediensteten und Touristen; Anstreben einer ausreichenden Netzabdeckung

KlAnfr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/2389

Nationalpark Nordschwarzwald

Untersuchungsauftrag und Zwischenberichte der Gutachter zum Nationalpark Nordschwarzwald; Plan und Finanzierung des Personalkonzepts und von am Zeitrahmen orientierten Waldumbaumaßnahmen; Biodiversität bei einer sich selbst überlassenen Waldfläche im Vergleich zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung; Gesamtbilanz unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte neben den ökologischen

Antr FDP/DVP 11.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2864

Nationalpark - Auswirkungen auf die Sägeindustrie

Bedeutung der Holzverarbeitenden Industrie im Nordschwarzwald, Entwicklung der Holzindustrie im Land; Nachfrage nach bestimmten Holzarten; prozentualer Anteil bestimmter Holzarten an der Gesamtmenge des verarbeiteten Holzes; Herkunft des Holzes und Märkte der Holzverarbeitenden Betriebe im Nordschwarzwald; mittel- und langfristige Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf die Sägeindustrie; Maßnahmen zur Förderung von Sägewerken

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/2926

Der Nationalpark stärkt den Nordschwarzwald

Aktuelle Debatte
s. *Nationalpark*
PIPr 15/58 S. 3416

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhstein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0

Planungen und Kosten zur Einrichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes vorliegendes Personalkonzept, erforderliche Waldumbaumaßnahmen und Finanzmittel zur sofortigen Umgestaltung der Entwicklungszonen, Ausgestaltung der Politik des „Gehörtwerdens“ und Einfluss der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, Kompensation der zugesicherten Holzmen-gen für die Holzindustrie, mittel- bzw langfristiges Konzept zur Sicherung der Nadelholzversorgung, zusätzliche Waldflächenstilllegungen

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3460

Offene Fragen zur Versorgung der Holzkunden und dem Tausch von Waldflächen bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Umsetzung der Zusage der LReg über Sicherstellung der Holzversorgung für bisherige Holzkunden sowie des Tauschs von Waldflächen im Zuge der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/3529

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Bedeutung von Bürgerbefragungen in der Landespolitik

Bedeutung der Bürgermeinung vor Ort, insbes bei Großprojekten; Bürgerbefragungen als Ausdruck einer „Bürgerregierung“ bzw einer „Politik des Gehörtwerdens“; Stellenwert der Ergebnisse von Bürgerbefragungen; Bürgerbefragungen zum Thema „Nationalpark“ in den Gemeinden des Nordschwarzwalds und

ihre Ergebnisse; Resultate der Beratungen über einen Nationalpark im Schwarzwald in den kommunalen Gremien; Einfluss der genannten Ergebnisse auf die Politik

Antr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 15/3869

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägebetriebe; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebsergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3878

Beteiligungsportal möglicher Nationalpark Nordschwarzwald

Löschung von Kommentaren auf dem Beteiligungsportal zum möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

MdlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4105

Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften

Gebietsfestlegung für den Nationalpark bestehend aus den beiden Teilbereichen Ruhestein und Hoher Ochsenkopf/Plättig; Gliederung in Kern-, Entwicklungs- und Managementzonen mit unterschiedlichen Zielsetzungen auf der Grundlage des Nationalparkplans; Einrichtung eines Nationalparkrats als Entscheidungsgremium unter Beteiligung von Land, Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord und betroffenen Kreisen und Kommunen; Errichtung einer Nationalparkverwaltung als höhere Sonderbehörde für den Nationalparkbetrieb, Bildungsangebote und als Ansprechpartner in allen Fragen des Schutzgebiets; Gründung eines Nationalparkbeirats als Beratungsgremium mit Vertretern aus Naturschutz, Forst, Wirtschaft und Kirchen

GesEntw
s. *Nationalpark*
Drs 15/4127

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4636

Drohende Beeinträchtigung der Rundfunksendeanlage Hornisgrinde durch Windkraftanlagen

Bedeutung der Rundfunksendeanlage Hornisgrinde für die Verbreitung privater und öffentlich-rechtlicher Hörfunkprogramme; Ausmaße und Abstand der auf der Hornisgrinde geplanten Windkraftanlagen von der Rundfunksendeanlage; Vermeidung möglicher Störeffekte auf die Sendeleistung sowie daraus erwachsender Schadensersatzansprüche der betroffenen Rundfunkanstalten

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/4846

Wie unterstützt die LReg nach der Errichtung des Nationalparks den Tourismus im Nordschwarzwald?

Tourismusentwicklung im Raum Nordschwarzwald und Planungen zur Steigerung der touristischen Attraktivität der umliegenden Region

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/5158

Keine Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald

Planungen und möglicher Umfang einer Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5167

Kosten und Umsetzung der Eröffnungsfeierlichkeiten zum Nationalpark Schwarzwald

Gesamtkosten und Finanzierung der Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nationalparks am 2. und 3. Mai 2014; Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung sowie der örtlichen Hotellerie und Gastronomie in die Feierlichkeiten; Auswahl der beteiligten Firmen; Besucherzahl während der Eröffnungsfeierlichkeiten; Prognose der Besucherzahl des Nationalparks bis Ende des Jahres

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5172

Neobiota im Nationalpark Schwarzwald

Vorkommen von Neophyten und Neozoen auf dem Gebiet des Nationalparks; Störung des Ökosystem und Gefährdung der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Neophyten und Neozoen; Gegenmaßnahmen, Erstellung eines Aktionsplans; Finanzierung der Bekämpfung von Neobiota; Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5507

Kosten und Nutzen des Nationalparks Nordschwarzwald

Änderungen hinsichtlich des Nationalparks Nordschwarzwald im Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016; Kalkulation der Besucherzahlen in den Haushaltsentwürfen und den Gutachten von PricewaterhouseCoopers und Ö:Konzept; Übernachtungs- und Tagesgäste in den LKreisen Freudenstadt, Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5900

Fehlende Holzmenzen im Nordschwarzwald

Sachstand zu Beeinträchtigungen der regionalen Holzwirtschaft aufgrund der Ausweisung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes Ausgleich fehlender Holzmenzen durch den Landesbetrieb ForstBW, Mengentrückgang bei den Sägewerken, Versicherung über bisher nicht erfolgte Ausweisung der Kernzone des Nationalparks, Lieferung der kalkulierten Fichtenholzmenge, Umgang mit dem geschnittenen Fichtenholz

Antr

s. Holz

Drs 15/6402

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr

s. Schädling

Drs 15/7625

Unterstützung der Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald, Weiterentwicklung des Industriestandorts Nordschwarzwald

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114 1133 1136

Verweisung auf die Bürgerbeteiligung bei der möglichen Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1192 1200

Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald mit der Zustimmung der Menschen vor Ort

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1302 1307

Normenkontrolle

s.a. Rechtsvorschrift

s.a. Verfassungswidrigkeit

Schreiben des BVerfG vom 02.03.2011, Az.: 1 BvF 1/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

s. Staatsvertrag

PIPr 15/4 S. 19

Schreiben des BVerfG vom 01.09.2011; Az.: 1 BvL 8/11 - Normenkontrollverfahren zu § 21 Satz 2 des Gesetzes betreffend die Staatliche Kreditanstalt Oldenburg wegen Selbsttitulierungsrecht in der Zwangsvollstreckung

//

s. Vollstreckung von Forderungen

PIPr 15/12 S. 453

Schreiben des BVerfG vom 20.10.2011, Az.: 1 BvF 4/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

s. Staatsvertrag

PIPr 15/19 S. 841

Entbürokratisierung

Beauftragung eines Regierungsmitglieds als Beauftragten für Bürokratieabbau und als Ombudsmann, Verpflichtung von Mi-

nisterien und Verwaltung zur Anwendung des Standard-Kosten-Modells zur Messung von Bürokratiekosten, Einrichtung eines Normenkontrollgremiums für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung; regelmäßige Berichterstattung

KlAnfr

s. Bürokratie

Drs 15/933

Regierungsbefragung

Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkws - Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die VO über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusV)

berlStVAusV//

s. Nutzkraftfahrzeug

PIPr 15/40 S. 2205

Schreiben des BVerfG vom 10.06.2014, Az.: 1 BvL 5/13, 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14 und 1 BvL 5/14 - Normenkontrollverfahren gegen die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes und die einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften über die zentrale Vergabe von Studienplätzen im Auswahlverfahren

iften über die z

s. Studienplatz

PIPr 15/105 S. 6243

Normenkontrollgremium

s. Normenkontrolle

Normenkontrollverfahren

s. Normenkontrolle

Normenwesen

s. Normung

Normung

Normen und Standards bei der Elektromobilität

Festlegung und Überwachung von global einheitlichen technischen Normen und Standards für die Kompatibilität mit den Stromnetzen und Komponenten innerhalb der Fahrzeuge; Frage nach Notfallkonzepten sowie Konzepten und Verfahren zur Entsorgung von Fahrzeugen und ihrer Komponenten; notwendige Regelungen zum Schutz der Nutzer von E-Bikes

Antr

s. Elektromobilität

Drs 15/1736

Steigerung der Energieeffizienz durch Austausch von Elektromotoren

Angaben zum Einsatz von Elektromotoren in Industrie, Gewerbe, Verkehr, privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen; Stromverbrauch im Vergleich zum Gesamtstromverbrauch; Nachfrage nach sparsameren Motoren und Einsparttechnologien; Einsparpotenzial beim Stromverbrauch; Förderung des Austauschs veralteter, ineffizienter Elektromotoren; Norm für Elektromotoren der Effizienzklasse IE4; Forderung einer Werbekampagne für energieeffiziente Elektromotoren im Jahr 2013

Antr

s. Energieeinsparung

Drs 15/2341

Regelungen zum Brandschutz in BW

Zulassung von Sachverständigen für Brandschutz nach Europäischem Recht in BW in Abstimmung mit dem Bund, insbes. Umsetzung der europäischen Norm und parallele Anerkennung zu den bisherigen öffentlich bestellten Sachverständigen; Brand-schutzarbeit von Landeseinrichtungen

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/3027

Telemedizin in BW

Nutzung der Telemedizin zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen im medizinischen Bereich; Förderung des Programms „Medizin und Pflege - Projektklinie zur Telemedi-zin“; Höhe der Fördermittel im Vergleich zu den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen; Aufbau eines zentralen Netz-werks für Telemedizin; Entwicklung gemeinsamer technischer Standards als Voraussetzung der Kooperation; Beurteilung des Projekts „A.T.e.m. - Alltag mit Telemedizin erfolgreich meis-tern“ der Techniker Krankenkasse mit Bosch Healthcare und dem Robert-Bosch-Krankenhaus; verhaltenes Agieren der tech-nischen Anbieter auf dem telemedizinischen Markt

KlAnfr
s. *Telemedizin*
Drs 15/4527

Norwegen*Erfolgsbewertung der gesetzlichen Frauenquote in Führungsposi-tionen der Wirtschaft in Norwegen*

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 194 200

Anteilnahme und Beileid der LReg gegenüber den Opfern und Hinterbliebenen des Terroranschlags eines Rechtsextremisten in Norwegen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 418

Notärztliche Versorgung*s. Ärztlicher Notdienst***Notar***s.a. Beurkundung**Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Geset-ze*

Anpassung des LJKG an Vorgaben des Europarechts, Einfüh-rung von Gebühren für das Verfahren zur Auswahl und Bestel-lung von Notaren, Anpassung der Gebühren für Übersetzer und Dolmetscher sowie der Verwahrung von Sondergrundbüchern an die Grundbuchamtsreform, Vereinheitlichung der Regeln über die Amtstracht der Rechtspflegeorgane; Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Ver-fahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, von Ausführ-ungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichts-ordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenz-ordnung und zum BGB; Änderung des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsaus-weises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraus-setzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes. für Pflegekräfte und Hebama-nen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vor-bereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen An-laufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1387

Notariatsreform im LKkreis Tuttlingen

Stand der Umsetzung und Auswirkungen der Notariatsreform für den LKkreis Tuttlingen; Bewertung der Zukunft der Notariats-standorte Wehingen, Geisingen, Mühlheim, Wurmlingen, Spai-chingen, Trossingen und Tuttlingen

KlAnfr Guido Wolf CDU 13.07.2012 und Antw JM Drs 15/2088

Vermittlungsverfahren gemäß §§ 363 ff Gesetz über das Verfah-ren in Familiensachen (FamFG)

Zahl und Ergebnisse der bei den Notariaten beantragten Vermitt-lungsverfahren bei Erbaueinandersetzungen

KlAnfr
s. *Erbe*
Drs 15/2449

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Po-lizeigesetzes

Erhöhung und Vereinheitlichung der Gebühr für den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis, Abwicklung über das gemeinsame elektronische Vollstreckungsportal der Länder; Er-höhung der Gebühren für richterliche Entscheidungen in Poli-zeigewahrsamsangelegenheiten; Sicherstellung der gebührenan-teilsrechtlichen Gleichbehandlung der beamteten Bezirksnota-re im württembergischen Rechtsgebiet im Zuge der sukzessiven Aufhebung und Zuweisung der Grundbuchämter zu den Amts-gerichten

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/2451

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Rich-tern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Be-teiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Haupt-staatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einfüh-rung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarver-fahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsno-tare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landes-disziplinargesetz

GesEntw
s. *Landesrichtergesetz*
Drs 15/3161

Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in BW
Abschaffung der Verzinsung hinterlegten Geldes; Aufhebung der gesetzlichen Festlegung auf den Rechtspfleger als für die Geschäfte der Hinterlegungsstelle funktionell zuständiges Organ; Modifizierung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der Hinterlegungsstellen; Klarstellung in Bezug auf die landesgesetzlichen Grundlagen der Notariatsreform

GesEntw
s. *Hinterlegungsgesetz*
Drs 15/4019

Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Vereinfachung der verfahrenstechnischen Bewältigung der auf die Notariatsreform bezogenen Verwaltungsstreitverfahren, insbes Zuständigkeitskonzentration der Rechtsstreitigkeiten über die Besetzung der Dienstposten in den Abteilungen Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege in den Notariaten einschließlich der Streitigkeiten über die hierdurch veranlassten dienstlichen Beurteilungen am Verwaltungsgericht Karlsruhe

GesEntw LReg 28.01.2014 Drs 15/4661
1. Beratung PIPr 15/91 19.02.2014 S. 5476
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.02.2014 Drs 15/4800
2. Beratung PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5494-5499
GesBeschl 26.02.2014 Drs 15/4862
GBI 2014 Nr. 5 S. 85 (Ges vom 11.03.2014)

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 9 - Personalplanung in der Justiz (Kap 0503, 0505 bis 0507, 0509, 0511 und 0512)

Mittlg RH
s. *Personalplanung*
Drs 15/5409

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform

Übernahme der reisekosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Verwaltungsstrukturreformgesetz und dem Polizeistrukturreformgesetz für die Mitarbeiter der Grundbuchämter und Notariate im Landesdienst, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw
s. *Trennungsschädigung*
Drs 15/5790

Rücktritt des Vorstands des Württembergischen Notarvereins aus Protest gegen die LReg

Konsequenzen aus dem Rücktritt des Vorstandes des Württembergischen Notarvereins; sozial verträgliche Umsetzung der Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

MdlAnfr 5) Bernd Hitzler CDU 07.11.2014 Drs 15/6090
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6714-6717

Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften

Schaffung landesrechtlicher Grundlagen zur Vorbereitung der am 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Notariatsreform, insbes Fortführung der Sonderlaufbahn des Bezirksnotars, Neufassung des Notarversorgungsgesetzes, Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit und des Landesjustizkosten-

gesetzes; Aktualisierung der Subdelegationsverordnung Justiz im Hinblick auf Ermächtigungen in der Grundbuchordnung, der Grundbuchverfügung, der Schiffsregisterordnung und der Bundesnotarordnung; Anpassung der Vorschriften des Grundbuchsrechts an das Bundesrecht

GesEntw LReg 09.12.2014 Drs 15/6235 (26 S.)
1. Beratung PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7147-7150
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.01.2015 Drs 15/6415
2. Beratung PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7186 7187
GesBeschl 04.02.2015 Drs 15/6450
GBI 2015 Nr. 3 S. 89-95 (Ges vom 10.02.2015)

Notariat Heubach

Sachstand zur Situation im Notariat Heubach, insbes Bearbeitungsstau, Erstattung von Kosten für das zwangsweise Ausweichen der Stadt Heubach auf ein Anwalts- und Notarbüro

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 22.07.2015 und Antw JM Drs 15/7203

Umsetzung der Notariatsreform

Sachstand zur sozialverträglichen Umsetzung der Notariatsreform, insbes Ausgestaltung der Sozialverträglichkeit für aus Altersgründen zeitnah an dem Stichtagstermin der Notariatsreform ausscheidende Notare

KlAnfr Jutta Schiller CDU 29.07.2015 und Antw JM Drs 15/7238

Gesetz zur Änderung gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung der bisherigen Erfahrungen mit der kommunalen Doppik in das Landesrecht, insbes Einführung der Möglichkeit zur Umschuldung von inneren Darlehen aus Deponierückstellungen, Flexibilisierung der im Haushaltsplan darzustellenden Schlüsselgrößen mit ausgewiesenen zu erbringenden Leistungszielen, Verfahrensvereinfachungen bei bestimmten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Verfahrensvereinfachungen bei Verpflichtungsermächtigungen in einer Haushaltssatzung für zwei Haushaltsjahre und bei der überörtlichen Prüfung; Sicherung der Aufgabenerfüllung der von den Gemeinden untergebrachten staatlichen Notariate

GesEntw
s. *Kommunaler Haushalt*
Drs 15/7721

Umsetzung der Notariatsreform in BW - weitere Fragen

Sozialverträglichkeit der Reform; Anzahl der von der Reform betroffenen Notare, die zum Stichtag 1. Januar 2018 das 60. Lebensjahr vollendet haben werden; Option der Versetzung von Notaren in den einstweiligen Ruhestand; Unterschied bei den Beförderungsmöglichkeiten für Amtsnotare des badischen Landesteils; berufliche Einsatzmöglichkeiten der im Landesdienst verbleibenden badischen Amtsnotare, insbes der Einsatz an Gerichten

KlAnfr Karl Klein CDU 26.11.2015 und Antw JM Drs 15/7767

Bewertung der Notariats- und Grundbuchamtsreform, Verweisung auf die künftige Freiberuflichkeit der Notare

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293-1295 1299 1300

Notariat

s. *Notar*

Notariatsreform*s. Notar***Notarielle Beurkundung***s. Beurkundung***Notarversorgungsgesetz***Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften*

Schaffung landesrechtlicher Grundlagen zur Vorbereitung der am 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Notariatsreform, insbes Fortführung der Sonderlaufbahn des Bezirksnotars, Neufassung des Notarversorgungsgesetzes, Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit und des Landesjustizkostengesetzes; Aktualisierung der Subdelegationsverordnung Justiz im Hinblick auf Ermächtigungen in der Grundbuchordnung, der Grundbuchverfügung, der Schiffsregisterordnung und der Bundesnotarordnung; Anpassung der Vorschriften des Grundbuchsrechts an das Bundesrecht

GesEntw
s. Notar
Drs 15/6235

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze
Änderung der §§ 14 und 18 des Notarversorgungsgesetzes in der Fassung vom 10. Februar 2015

GesEntw
s. Bauberuf
Drs 15/7857

Notararzt*s. Arzt***Note (Schulausbildung)***s. Schulleistung***Notfallkrankswagen***s. Rettungsfahrzeug***Notfallmedizin***Einführung einer obligatorischen Notfallkarte*

Aspekte der Einführung einer obligatorischen Notfallkarte für Patienten, insbes Mitführungspflicht, inhaltlich notwendige Angaben, mögliche datenschutzrechtliche Bedenken, Einrichtung eines nationalen Notfallkartenregisters

KIAnfr Werner Raab CDU 06.06.2013 und Antw SM Drs 15/3587

Druckkammerbehandlung

Nutzen der hyperbaren Sauerstofftherapie (HBO); Zahl der in BW vorhandenen Druckkammern; Menge der im Zeitraum von 2010 bis 2012 behandelten Patienten; Gewährleistung einer Notfallversorgung außerhalb regulärer Arbeitszeiten; Finanzierung der HBO; Erteilung eines staatlichen Versorgungsauftrags

Antr
s. Therapie
Drs 15/3874

Neuausrichtung der Notfallversorgung in BW

Sachstand zu den von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform vorgeschlagenen Neuausrichtungen in der Notfallversorgung und deren Auswirkungen auf BW

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 15.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7586
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.12.2015 Drs 15/8048 S. 69 70
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Notfallrettungsdienst*s. Rettungsdienst***Notfallsanitäter***Strukturelle Unterschiede bei der Finanzierung des Rettungswesens im Bundesvergleich und die Folgen*

Unterschiede in der Höhe der Kosten pro Versicherten für Rettungseinsätze und Notärzte in den Bundesländern; Qualität des Rettungsdienstes in BW; Verbesserungspotenzial; Einberechnung des Einsatzes von Ehrenamtlichen im Rettungsdienst bei der Ermittlung der Kosten; Einführung der Ausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Finanzierung und Durchführung dieser Ausbildung

Antr
s. Rettungswesen
Drs 15/4369

Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Im Gesetz vorgesehene Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung und ihre konkrete Umsetzung in den einzelnen Bundesländern; Schaffung eines einheitlichen Finanzierungsmodells; Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienst-Fachschulen als Ergänzungsschulen; Start der Regelausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Berufsbild und Ausbildungsordnung; Zuständigkeit für die Durchführung von Examina

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 12.02.2014 und Antw SM Drs 15/4751

Schleppende Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes

Zeitplan und Stand der Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes, insbes Finanzierung der Ausbildung und Schulungen der Notfallsanitäter, Schaffung der rechtlichen und praktischen Voraussetzungen für Prüfungen

Antr FDP/DVP 02.06.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5283

Notfallsanitätergesetz*Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes*

Im Gesetz vorgesehene Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung und ihre konkrete Umsetzung in den einzelnen Bundesländern; Schaffung eines einheitlichen Finanzierungsmodells; Förderung der gemeinnützigen Rettungsdienst-Fachschulen als Ergänzungsschulen; Start der Regelausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Berufsbild und Ausbildungsordnung; Zuständigkeit für die Durchführung von Examina

KIAnfr
s. Notfallsanitäter
Drs 15/4751

Schleppende Umsetzung des Notfallsanitättergesetzes

Zeitplan und Stand der Umsetzung des Notfallsanitättergesetzes, insbes Finanzierung der Ausbildung und Schulungen der Notfallsanitätter, Schaffung der rechtlichen und praktischen Voraussetzungen für Prüfungen

Antr
s. *Notfallsanitätter*
Drs 15/5283

Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Verbesserung der Notfallversorgung, insbes Berücksichtigung des gesamten Einsatzablaufs im Rettungsdienst bei der Planung durch die Bereichsausschüsse, Stärkung der Rechtsaufsicht, Verankerung eines landesweit einheitlichen Qualitätsmanagements, Einrichtung von Helfer-vor-Ort-Systemen, Anpassungen an das bundesgesetzliche Notfallsanitättergesetz

GesEntw
s. *Rettungsdienstgesetz*
Drs 15/7612

Notfallvorsorge*Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen*

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke; Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/2813

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5014
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.05.2014 Drs 15/5374 S. 10-12
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung der neuen sogenannten Seveso-II-Richtlinie der EU (2012/18/EU) mit Management- und Berichtspflichten für Betreiber von Industrieanlagen mit besonders gefährlichen Stoffen, insbes Anhebung des Schutzniveaus, Berücksichtigung weiterer Gefahren für Gesundheit und Umwelt, geänderte Anforderungen für externe Notfallpläne bestimmter Betriebe im Bereich des Katastrophenschutzes

GesEntw
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/5791

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr
s. *Ebola*
Drs 15/5955

Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe

Sachstand zur Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Ermöglichung der Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe gemäß dem Beschluss des Landtags (Drs 15/5124)

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6574

Notruf

s.a. *Ärztlicher Notdienst*
s.a. *Rufnummer*

Gesetzesgrundlage für Rettungsdienste zum gewaltsamen Öffnen von Wohnräumen bei eingegangenen Notrufen

Zahl von Polizeieinsätzen 2010 zur Ermöglichung des Zutritts von Rettungsdiensten zu verschlossenen Wohnräumen, Bewertung der Zeitdauer zwischen Alarmierung der Rettungsdienste und dem Betreten der Wohnung; Darlegung der geltenden Rechtslage und des Handlungsbedarfs

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 27.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/801

Interkulturelle Kompetenz bei der personellen Besetzung von Rettungsleitstellen und Integrierten Leitstellen in BW

Anteil von Notrufen von Personen in Fremdsprachen oder mit eingeschränkter deutscher Sprachkompetenz; verstärkte Förderung und Gewichtung der Fremdsprachenfähigkeit und interkulturellen Kompetenz von Disponenten bei der Ausbildung und Einstellung im Rettungsdienst

Antr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/1372

Finanzierung von Unterstützungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder

Angebot, Bedarf und Finanzierung von Frauenhäusern, -beratungsstellen und -notrufen, insbes auch im ländlichen Raum; Zahl der vorhandenen und benötigten Plätze für Frauen und Kinder; Erreichung des vom Europarat empfohlenen Einwohner-schlüssels pro Frauenhausplatz? Bewertung des zum Jahresende startenden bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 15/2218

Mobilfunk im Nordschwarzwald

Derzeitige bzw notwendige Netzabdeckung, Auswirkungen weißer Flecken bei Notfällen von Forstbediensteten und Touristen;

Anstrebung einer ausreichenden Netzabdeckung

KlAnfr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/2389

Missbrauch des Notrufs und der Notaufnahme

Kosten und Gegenmaßnahmen für den Missbrauch des Notrufs, der Notaufnahme und der Fehlfahrten von Rettungs- oder Krankenwagen

KlAnfr Karl Rombach CDU 19.02.2014 und Antw IM Drs 15/4809

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Erreichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Integrierten Leitstelle in Heidelberg

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5655

Notruflenkung in BW

Organisation der Notruflenkung in BW, insbes Stand der Einführung der gemeindebezogenen Notruflenkung, Beseitigung von Fehlern bei der Notrufbearbeitung

KlAnfr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 09.09.2014 und Antw IM Drs 15/5699

Barrierefreie Notrufe in BW

Einrichtung eines flächendeckenden Notrufsystems für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung

KlAnfr Werner Raab CDU 30.10.2014 und Antw IM Drs 15/5995

Praxistauglichkeit der zentralen Annahme von Notrufen in den neuen Führungs- und Lagezentren

Erprobung und Inbetriebnahme der zentralen Notrufleitstellen in den neuen Führungs- und Lagezentren der Polizeipräsidien; Ursachen einer fehlerhaften räumlichen Zuordnung von Notrufen; technische Unterstützung der Notrufsachbearbeiter bei der Lokalisierung eines Notrufs

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 01.12.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6207
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 26 27
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Konsequenzen aus der Auftragsvergabe bei der Installation neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW

Sachstand zur Beauftragung und den Kosten einer Interimslösung in Form der Erweiterung der Bestandsnotruftechnik aufgrund der Verzögerungen bei der Bereitstellung neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei

Antr
s. *Polizeiausrüstung*
Drs 15/6656

Notrufsäule

s. *Notruf*

NotVG

s. *Notarversorgungsgesetz*

Notzucht

s. *Vergewaltigung*

Novel Food

s. *Neuartiges Lebensmittel*

Novelfood

s. *Neuartiges Lebensmittel*

Novel-Food-Verordnung

s.a. *Neuartiges Lebensmittel*

Auswirkungen der Novel-Food-Verordnung 258/97/EG auf BW
Zulassung für Novel-Food-Produkte; Nachweispflicht für die Hersteller der Produkte; Brauchbarkeit des „Novel Food Catalogue“ der Europäischen Kommission; Anerkennung von Positivlisten anderer EU-Staaten in Deutschland; Beurteilung des mit dem Genehmigungsverfahren verbundenen Aufwands insbes für kleinere Hersteller; Haltung zu einer Novellierung der Novel-Food-Verordnung; Produktion von Novel-Food-Produkten in BW und deren Überwachung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 11.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6247
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 54
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

NPD

s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

NRG

s. *Nachbarrechtsgesetz*

NRO

s. *Nichtregierungsorganisation*

NRW

s. *Nordrhein-Westfalen*

NSA

s. *National Security Agency*

NSI

s. *Steuerungsmodell*

NS-Raubkunst*Provenienzforschung in BW*

Wichtigkeit der Provenienzforschung und der Restitution von Objekten der Raub- und Beutekunst; Provenienzforschung in BW seit der Washingtoner Erklärung 1998; Anzahl der an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegebenen Kunstwerke; Zusammenarbeit der Museen mit der die Internet-Datenbank „Lost Art“ betreibenden Koordinierungsstelle Magdeburg; Förderung einer zügigen Ermittlung der Eigentümer des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 12.12.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4490

BeschlEmpf und Bericht WissA 13.02.2014 Drs 15/4949 S. 23

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

NSU

s. *Nationalsozialistischer Untergrund*

NS-Unrecht

s. *Nationalsozialistisches Unrecht*

NS-Verbrechen

s. *Nationalsozialistisches Unrecht*

Nürnberg

Lückenschluss Schnellstrecke Stuttgart-Berlin über die Murrbahn

Umsetzung des Konzepts einer ICE-Verbindung Stuttgart-Berlin über die Murrbahn; Einsatz eines „Flügelzugs“ zum geplanten ICE München-Nürnberg-Berlin

KlAnfr

s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*

Drs 15/4722

Zugverbindungen zwischen den Metropolregionen Stuttgart und Nürnberg: Fällt ab den Jahren 2017/2018 für Pendler beiderseits der Landesgrenze am Abend der „blau-weiße Schlagbaum“?

Sachstand zur Fahrplanausgestaltung für die Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Stuttgart und Nürnberg ab 2017/18, insbes Einstellung der Zugverbindungen ab 21.00 Uhr

MdlAnfr

s. *Fahrplan*

Drs 15/6895

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr

s. *Fahrplan*

Drs 15/7389

Mögliches Fernverkehrsangebot auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden

Sachstand zur Verwirklichung eines zusätzlichen Fernverkehrsangebots auf der Schienenstrecke Karlsruhe-Heilbronn-Nürnberg-Dresden durch ein privates Eisenbahnunternehmen

KlAnfr

s. *Eisenbahnpersonenverkehr*

Drs 15/7398

Verbesserungen im Bahnverkehr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg, insbes bei Spätverbindungen

Einrichtung einer Spätverbindung nach 21 Uhr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg; Verlängerung des S-Bahn-Anschlusses von Nürnberg bis nach Crailsheim

MdlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7399

Neigetechnikzüge im Fernverkehr auf der Relation Zürich-Stuttgart-Nürnberg

Sachstand zum Einsatz von Neigetechnikzügen im Fernverkehr auf der Strecke Zürich-Stuttgart-Nürnberg, insbes Konzeptionen, notwendige Investitionen auf Gäubahn und Remsbahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7766

Nürtingen

IC Loreley

Abwendung der Mehrbelastung durch höhere Stationspreise für Halte des Intercity in Nürtingen und Tübingen; Ergebnis der zugesagten Prüfung eines Verzichts auf den IC Loreley

MdlAnfr

s. *Stationspreis*

Drs 15/98

Ausbau der Gäubahn

Unterstützung des doppelspurigen Ausbaus und der Planungsarbeiten der Bahn AG für den ersten Streckenabschnitt zwischen Horb und Neckarhausen sowie die weiterhin notwendigen Doppelspurinseln; Fortführung der bewährten Vorfinanzierung von Planungskosten auch für die weiteren Ausbaubabschnitte; Eintreten für eine Aufnahme des Projekts in die Fortschreibung des Investitionsrahmenplans des Bundes

Antr

s. *Gäubahn*

Drs 15/194

Extremistische Bestrebungen in Moscheevereinen

Netzwerke zwischen Organisationen wie „Graue Wölfe“, „Milli Görus“ und Moscheevereinen, u.a. der beiden Nürtinger Moscheevereine; Anhaltspunkte für eine Zusammenarbeit mit einem bundesweit bekannten Salafitenprediger? Frage nach Maßnahmen gegen o.g. Bestrebungen

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/362

Nordumfahrung von Nürtingen und Reudern

Beurteilung der Entlastungswirkung und Unterstützung der o.g. Umgehung sowie des Oberensinger Tunnels im Zuge der B 297

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 27.07.2011 und Antw MVI Drs 15/363

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreiss Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem

EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auffüstung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/364

Fahrzeitverkürzung zwischen Nürtingen und dem Flughafen bei Realisierung von Stuttgart 21

Fahrzeitverkürzung für die Berufspendler auf der o.g. Strecke und weiter zum Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/378

Weiterentwicklung der Gäubahn

Ausschreibungsnetz, in dem die Bahnverbindung Stuttgart-Singen neu ausgeschrieben wird; künftig eingesetzte Zuggattungen auf der Strecke Stuttgart-Zürich; Haltung zum zweigleisigen Ausbau des Streckenabschnitts Horb-Neckarhausen

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/490

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspurigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/576

Ausbau der Gäubahn - Vorfinanzierung der Planungskosten weiterer Streckenabschnitte

Vorfinanzierung der Planungskosten für den Streckenabschnitt Horb-Neckarhausen, Erteilung der Zusage für eine Vorfinanzierung der weiteren Streckenabschnitte im Bereich der LKreise Tuttlingen und Rottweil

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/582

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Aufrechterhaltung der Bewertung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als radikal, nationalistisch und antidemokratisch durch Ministerin Öney? Vereinbarkeit mit den o.g. Wahlkampfauftritten bei dem den „Grauen Wölfen“ zuzurechnenden Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen; Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD mit entsprechenden Vereinen

Antr
s. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/982

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr
s. *Ausländerorganisation*
Drs 15/1130

Städtebauförderung im LKreis Esslingen

Unterstützte Projekte seit 2002, vorliegende und noch nicht beschiedene Anträge, Förderfähigkeit und Zeitvorgaben der Sanierungsmaßnahme Wörth in Nürtingen

KlAnfr
s. *Städtebau*
Drs 15/1435

Ortsumfahrung Neckarhausen Bundesstraße (B) 297

Vorschlag der Ortsumgehung Nürtingen-Neckarhausen für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3993

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Immenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorndorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4804

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Autobahn A 8

Gründe für die bisherige Ablehnung eines Tempolimits auf dem genannten Streckenabschnitt; Anzahl der auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführenden dortigen Verkehrsunfälle; Gründe für die nunmehrige Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/6365

Zugausfälle und Barrierefreiheit auf der Neckar-Alb-Bahn

Ausmaß und Ursachen der Zugausfälle und Verspätungen auf der Bahnstrecke; Barrierefreiheit der Bahnhöfe; Funktionsbereitschaft von Personenaufzügen, insbes am Bahnhof Nürtingen

KlAnfr
s. *Neckar-Alb-Bahn*
Drs 15/7663

Halt der Interregio-Express (IRE)-Verbindungen in Nürtingen
Ausschreibung der IRE-Verbindung zwischen Tübingen und Stuttgart; Art der künftig eingesetzten Eisenbahnwagen; Begrenzung der Stehplatzquote; IRE-Halt in Nürtingen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7839

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Nürtingen-Filder

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Nürtingen-Filder

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7872

Nuklearanlage

s. *Kerntechnische Anlage*

Nukleare Entsorgung

s.a. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
s.a. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/314

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2750

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2805

Einigung von Bund und Ländern vom 9. April 2013 auf ein gemeinsames Vorgehen zum Erlass eines Standortauswahlgesetzes; Konsequenzen für BW

Hauptinhalt der Einigung; Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren; Zusage einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern im Zuge der Verhandlungen; rechtliche Rahmenbedingungen und Standortwahl für eine Zwischenlagerung in BW; Haltung der EnBW gegenüber der Endlagersuche und einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3361

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmefähigkeit der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren

Situation bei Betrieb, Stilllegung und Rückbau von Forschungs-, Prototypen- und Unterrichtsreaktoren in BW, insbes Entsorgung anfallenden radioaktiven bzw radioaktiv belasteten Materials, Höhe und Träger der Rückbaukosten

Antr
s. *Forschungsreaktor*
Drs 15/5527

Revision EURATOM-Vertrag

Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kerntechnischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr
s. *Europäische Atomgemeinschaft*
Drs 15/6433

Kein Platz für Castoren? Weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit der durch die LReg angebotenen Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW

Aufnahme der Castor-Behälter in den Bundesländern; Fortschritte bei der Schaffung neuer zentraler Zwischenlager; Anwendung des Verursacherprinzips bei der Rücknahme radioaktiven Abfalls; Kosten der Umrüstung bestehender Zwischenlager; Kostenübernahme durch die EnBW

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6443

Nukleare Sicherheit

s.a. Atomaufsicht
s.a. Reaktorunfall
s.a. Strahlenschutz

Zuständigkeiten für Kernkraftwerke nach § 7 AtomGes innerhalb der LReg wieder verantwortungsvoll regeln

Rückführung der Zusammenführung der Zuständigkeiten für die rechtliche Atomaufsicht und für allgemeine Energiewirtschaft im neuen Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Verteilung wieder auf zwei Ressorts

Antr
s. Atomaufsicht
Drs 15/22

Information über die Stresstests für Atomkraftwerke in der Europäischen Union

Umfang, Kriterien und Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung der europäischen Atomkraftwerke

Mittlg LReg 30.06.2011 Drs 15/176
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 14.07.2011 Drs 15/244
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Kernkraftwerk Fessenheim

Beurteilung der Sicherheit des Kernkraftwerks Fessenheim und der Entscheidung der französischen Atomaufsicht zum Weiterbetrieb von Block 1 unter Auflagen; Frage nach Schritten zur Verhinderung des Weiterbetriebs

KlAnfr
s. Kernkraftwerk Fessenheim
Drs 15/252

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. Kernkraftwerk Fessenheim
Drs 15/375

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Alfred Winkler u.a. SPD 21.09.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/529
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.10.2011 Drs 15/1300 S. 30 31
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in

den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafield; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr
s. Radioaktiver Abfall
Drs 15/1549

Sofortige und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim

Bewertung des AKW Fessenheim als Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung in Südbaden und im Elsass; Eintreten für die o.g. Zielsetzung auf allen politischen Ebenen sowie gegenüber der französischen Atomaufsicht

Antr
s. Kernkraftwerk Fessenheim
Drs 15/2120

Unterichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umfassende Risiko- und Sicherheitsbewertungen („Stresstests“) von Kernkraftwerken in der Europäischen Union und damit verbundene Tätigkeiten*

Mittlg UM 08.11.2012 Drs 15/2644
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/2898
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Nachrüstung im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Verlängerung der Betriebszulassung und Nachrüstungsmaßnahmen im sicherheitstechnischen Bereich des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Verstärkung der Bodenplatte zur Erhöhung der Erdbebensicherheit

KlAnfr
s. Kernkraftwerk Fessenheim
Drs 15/3559

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/3796

Sicherheit des bayerischen Atomkraftwerks Gundremmingen

Gegenwärtige Erfüllung der aktuellen Sicherheitsanforderungen durch das Atomkraftwerk Gundremmingen sowie bei einer angestrebten Leistungserhöhung, insbes Nichterfüllung der Erdbebensicherheitsauflagen

Antr Jürgen Filius u.a. GRÜNE 30.07.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3891

Ausweitung der Atomstromproduktion im Kernkraftwerk Gundremmingen

Leistungssteigerung als zusätzliches Gefahrenpotential; Auswirkungen auf die Betriebssicherheit der Reaktoren; Abwendung der Genehmigung einer Produktionserhöhung im Kernkraftwerk Gundremmingen (KGG)

KlAnfr
s. Kernkraftwerk
Drs 15/3904

Störfälle und Sicherheitsdefizite im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Sicherheitszustand des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Ursachen aktueller Störfälle, umgesetzte Nachrüstungsmaßnahmen und bestehende Sicherheitsprobleme; Stilllegung wegen erheblicher Sicherheitsmängel

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4685

Neue Evakuierungszonen und Katastrophenpläne um die Atomkraftwerke in Deutschland

Inhalt und Zeitrahmen der konkreten Pläne zur Ausweitung der Evakuierungszonen an den Kernkraftwerksstandorten, insbes Anlass zur Ausweitung der Evakuierungszonen, Abstimmung der Pläne zwischen Ländern und den betroffenen Kommunen sowie weiteren berührten Stellen

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/5049

Zustand der Reaktordruckbehälter im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim und Störfall vom 9. April 2014

Sachstand zum Sicherheitszustand des Atomkraftwerks Fessenheim, insbes Untersuchungsverfahren und -ergebnisse zur Materialsicherheit des Reaktordruckbehälters, Auswirkungen des Störfalles vom 9. April 2014 auf die Sicherheit des Reaktordruckgefäßes, Ergebnisse der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) zum Störfall

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/6294

Revision EURATOM-Vertrag

Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kerntechnischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr
s. *Europäische Atomgemeinschaft*
Drs 15/6433

Priorität der Sicherheit der bis 2022 noch laufenden Atomkraftwerke, Forderung einer nochmaligen Prüfung des Untergrunds beim Kernkraftwerk Neckarwestheim, Drängen auf Offenlegung der Sicherheitsstandards bei den Nachbarländern

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 175 176 181

Nuklearmedizin

s. *Radiologie*

Nukleartransport

s. *Atomtransport*

Nutzkraftfahrzeug

s.a. *Feuerwehrfahrzeug*
s.a. *Omnibus*
s.a. *Polizeifahrzeug*

Lkw-Tonnagebeschränkung auf der Ortsdurchfahrt Neckartenzlingen

Frage nach der o.g. Möglichkeit im Zuge der L 1208 b

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.08.2011 und Antw MVI Drs 15/379

Baustellenbedingter Lastwagenverkehr im Enzkreis

Verkehrsbelastung der Ortschaften im Enzkreis durch Baustellenverkehr während der Bauarbeiten an der A 8; Maßnahmen zur Verhinderung von Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Lkw in Mühlacker-Enzberg

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/453

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/1521

Regierungsbefragung

Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkws - Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die VO über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusV)

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2205 2206

EuroCombi: Verkehrsträger Straße weiterentwickeln

Höhe des Güterverkehrsaufkommens bei den einzelnen Verkehrsträgern; Beurteilung des bundesweiten Feldversuchs mit Lang-Lkws und der Beanspruchung von Straßen, Brücken, Parkplätzen und Kreisverkehren; Ausschluss von Nachteilen für hiesige Unternehmen durch die Nichtbeteiligung des Landes am Feldversuch

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 19.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2132
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.04.2013 Drs 15/3571 S. 32 33
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Tachografenpflicht und jährliche Hauptuntersuchung

Gründe und Auswirkungen der Forderung des Europäischen Parlaments zum Einbau eines digitalen Fahrtenschreibers schon bei Fahrzeugen ab 2,8 Tonnen und einem Radius von 100 km, Hinwirkung auf Ausnahmeregelungen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Bereich; Bewertung der von TÜV und DEKRA gebotenen Sicherheitsstandards im Vergleich zu den Überprüfungen in anderen EU-Ländern, Eintreten für eine europäische Harmonisierung der Standards für die Hauptuntersuchung

Antr
s. *Technische Überwachung*
Drs 15/2198

Anerkennung von Fahrzeughaltern als land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb

Voraussetzungen zur o.g. Anerkennung nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz, Umfang und Form der zu erbringenden Nachweise

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/2225

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verringerung der CO₂-Emissionen neuer leichter Nutzfahrzeuge

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2234

Enteisung von Lastkraftwagen an Autobahnrastanlagen in BW
Einrichtung zum Enteisen von Lastkraftwagen auf Autobahnrastplätzen; Art der eingesetzten Technik; Forschungsvorhaben und Modellprojekte für ein automatisiertes Enteisen von Lkw-Dächern; Betrieb von Enteisungsanlagen in anderen Ländern; Handlungsbedarf

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 07.10.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4118

Entwicklung und Maßnahmen bezüglich der Plünderung von Lastkraftwagen auf Parkplätzen entlang der A 6

Zahlenentwicklung der Plünderung parkender Lastkraftwagen entlang der A 6 und Gegenmaßnahmen der Polizei

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.06.2014
Drs 15/5293
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6182-6184

Häufung schwerer Lkw-Unfälle auf der A 6

Entwicklung der schweren Lkw-Unfälle auf der A 6 und erforderliche Maßnahmen der LReg zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

MdlAnfr 4) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.06.2014
Drs 15/5293
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6184-6186

Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A) 8

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bisherige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung; Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direkten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines Direktanschlusses an die A 8

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/5564

Auswirkungen des Lkw-Überholverbots im Zeitraum von 6 Uhr morgens bis 19 Uhr abends auf Verkehrsfluss und Unfallgefahren im Streckenabschnitt vom Autobahnkreuz Weinsberg bis zur bayerischen Landesgrenze auf der Autobahn A 6

Auswirkung des Überholverbots für Lkws über 7,5 t im Zeitraum von 6 bis 19 Uhr auf Unfallgeschehen und Verkehrsfluss

auf der Autobahn 8 vom Autobahnkreuz Weinsberg bis zur bayerischen Landesgrenze, insbes Möglichkeit der Ausdehnung des Zeitraums von 5 bis 21 Uhr

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.11.2014
Drs 15/6090
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6709-6711

Logistik in BW

Sachstand zur Logistik und Logistikbranche in BW, insbes Bedeutung, wirtschaftliche Kennzahlen, Güterverkehrskonzept, EU-Förderprogramme, Herausforderungen für die Infrastruktur, Sicherheitsgewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs auf Ortsumgehungen, Angebot an beruflicher Qualifikation und Studiengängen im Bereich Logistik, Erfolge bei der Umsetzung des Ziels „Güter auf die Schiene bringen“, Ziele des Leitbilds nachhaltiger Logistik, Chancen für die Branche bei Industrie 4.0, Potenzial des Telematik-Einsatzes, Auswirkungen des Mindestlohns, Problematik der Kabotage, Auswirkungen der Neuregelung der Lkw-Maut, Einsatz von Lang-Lkw

GrAnfr
s. *Logistik*
Drs 15/6340

Position der LReg zur Zulassung von Lang-Lkw

Sachstand zur Zulassung von Lang-Lkw, insbes ökonomische und ökologische sowie verkehrstechnische Auswirkungen, Schlussfolgerungen aus der gescheiterten Verfassungsklage und dem Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen, Position der LReg zur Zulassung von Gigalinern

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 05.02.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6464

Befreiung von Zugmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer; weitere Entwicklung

Aktueller Sachstand zur Befreiung von Zugmaschinen in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer, insbes Einheitlichkeit der Verwaltungspraxis der Zollbehörden, Zugrundelegung weiterer Kriterien, Kontakte der LReg zu den zuständigen Zollbehörden

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/6522

Steuerbefreiung bei Brauchtumsfahrten

Sachstand zu Möglichkeiten der Gewährung von Steuerfreiheit für einen vorübergehenden Einsatz landwirtschaftlicher Geräte bei Brauchtumsveranstaltungen

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/6589

Feldversuch mit Lang-Lastkraftwagen (Lang-Lkw) in BW

Sachstand zur Teilnahme Baden-Württembergs am bundesweiten Feldversuch mit Lang-Lkw, insbes Umfang der Teilnahme, Kosten der begleitenden wissenschaftlichen Studie zur CO₂-Bilanz von Lang-Lkw

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 28.04.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6807

Feldversuch Lang-LKW: Wie glaubhaft ist der Sinneswandel des Verkehrsministers?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7635-7645

Lkw-Fahrverbot auf der Bundesstraße B 297

Möglichkeit und Auswirkung eines Lkw-Fahrverbots auf der Bundesstraße 297

KlAnfr
s. *Fahrverbot*
Drs 15/6834

Test mit selbstfahrenden Lastkraftwagen (Lkw)

Sachstand zu den Grundlagen für die Genehmigung von Testfahrten mit selbstfahrenden Lastkraftwagen durch die LReg, insbes Testbereich, wissenschaftliche Begleitung, Risiken für andere Verkehrsteilnehmer, Haftungsfragen

Antr
s. *Autonomes Fahrzeug*
Drs 15/7580

Nutzpflanze

s. *Pflanze*

Nutztierhaltung

s. *Tierhaltung*

Nutzungsänderung*Nutzung des Alten Landtags (Eduard-Pfeiffer-Haus) in Stuttgart*

Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts für den sogenannten Alten Landtag (Eduard-Pfeiffer-Haus) in der Heusteigstraße in Stuttgart, insbes bisherige Gebäudenutzung, Schaffung von Zugang für die Öffentlichkeit sowie derzeitige Nutzung durch die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Antr
s. *Baudenkmal*
Drs 15/3133

Nutzungsrecht (Urheberrecht)

s. *Lizenz*

NVBW

s. *Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg*

Obdachloser

s. *Obdachlosigkeit*

Obdachlosigkeit

s.a. *Betteln*
s.a. *Unterkunft*

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
s. *Armut*
Drs 15/2886

Die Situation wohnungsloser Menschen in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen gegliedert nach Geschlecht, beruflicher Qualifikation und Altersstruktur seit 2002 sowie der Hilfsangebote der örtlichen Sozialhilfeträger nach §§ 67 ff SGB XII seit Übertragung der Zuständigkeit auf die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform 2005; Verhinderung einer weiteren uneinheitlichen Entwicklung der Versorgungssituation, u.a. Festlegung von Hilfestandards und Erstellung einer einheitlichen landesweiten Wohnungsnotfallstatistik

Antr Rainer Hinderer u.a. SPD 05.06.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1799
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 68 69
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Aufstockung der Mittel zur Verbesserung von Angeboten für Wohnungslose

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1326

Entwicklung der Zahlen von Obdachlosen und der Hilfsangebote seit der Verwaltungsreform 2005

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1668

Obduktion*Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal*

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme, medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5694

Erneuter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal am 22. Oktober 2014

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings am 22. Oktober 2014 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, medizinische Behandlung, Obduktionsergebnisse, Personalbesetzung und Überlastungsanzeigen im Zeitraum August 2014/Okttober 2014

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6996

Oberberken, Ortsteil

s. *Schorndorf*

Oberdisingen*Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)*

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schul-

standorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmingsen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/3600

Obereggingen, Ortsteil

s. *Eggingen*

Oberkochen

Schulwechsel: Flucht aus der „Gemeinschaftsschule“?

Akzeptanz der Gemeinschaftsschule in Oberkochen; An- und Abmeldungen in Klasse 5 der Dreißental-Schule seit dem Schuljahr 2012/13; Gründe für den Schulwechsel; Anpassung des Schulangebots in Oberkochen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3376

Oberpfalz

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefhängen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefhängen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes. Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Oberreichenbach

Entfernung von Kunstobjekten auf Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen

Kosten und Folgekosten der Sicherheitsüberprüfung von Kreisverkehrsplätzen und der darauf angeordneten Entfernung von Kunstobjekten im Enzkreis und landesweit; Relevanz der entsprechenden EU-Richtlinie für die betroffenen Kreise und Kommunen; Frage nach einer nochmaligen kritischen Überprüfung der Anwendbarkeit dieser Regelung bzw einer Rückkehr der Hirschskulptur auf ihren Platz im Kreisverkehr am Würzbacher Kreuz in Oberreichenbach

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2597

Oberrhein

s. *Rhein*

Oberrhein, Region

s.a. *Oberrheinrat*

Die Potenziale grenzüberschreitender Zusammenarbeit vielfältig nutzen

Beurteilung der Entwicklung und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, am Hochrhein und in der Bodensee-Region; Förderung von grenzüberschreitenden Forschungs- und Innovationsvorhaben sowie Synergien im Energiebereich; Entwicklungspotenzial der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/1755

Konsequenzen aus dem Klimawandel für das Grundwasser im Oberrheingebiet

Auswirkungen auf die Trink- und Brauchwasserversorgung; Frage nach Handlungsempfehlungen und nach einer fachlichen Begleitung der klimatischen Veränderungen

Antr
s. *Grundwasser*
Drs 15/1810

Vergrämung von Raben- und Nebelkrähen in BW

Bestandsentwicklung, Verbreitung und Schäden landesweit und in der Oberrheinebene in den vergangenen 50 Jahren; Bewertung einer letalen Vergrämung zur Bestandsregulierung unter Beachtung der notwendigen Aspekte des Tierschutzes

Antr
s. *Vogel*
Drs 15/1896

Zukunft der EURES-T-Grenzpartnerschaften

Bewertung o.g. Partnerschaften am Bodensee und Oberrhein im Hinblick auf einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt und als Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels; Beurteilung des Vorschlags der EU-Kommission zur Finanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds ab der Förderperiode 2014-2020; Eintreten für eine Finanzierung aus dem EU-Programm „Sozialer Wandel und Innovation“

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/2220

Wirtschaftliche Potenziale für den Oberrhein mit einer Binnenwasserstraße Rhein-Rhone erschließen

Eintreten für eine Realisierung einer direkten Binnenschiffahrtsverbindung Nordsee-Mittelmeer über den Oberrhein

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 07.11.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2627

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/4378

Fischtreppen an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau
 Bau und Planungen von Fischtreppen an den Zuflüssen des Oberrheins in der Ortenau, insbes Kosten und Nutzen, gleichzeitige Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. Fisch
 Drs 15/5085

Oberrheinrat

s.a. Oberrhein, Region

Wahl der parlamentarischen Mitglieder Baden-Württembergs in den Oberrheinrat

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 81 110

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium
 Drs 15/2

Stellungnahme der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Mittlg LtgPräs 16.12.2011 Drs 15/967 (zu Beschlüssen vom 10. Juni 2011) (17 S.)
 Mittlg LtgPräs 12.07.2012 Drs 15/2073 (zu Beschlüssen vom 21. November 2011) (13 S.)
 Mittlg LtgPräs 22.03.2013 Drs 15/3316 (zu Beschlüssen vom 30. November 2012) (18 S.)
 Mittlg LtgPräs 11.10.2013 Drs 15/4129 (zu Beschlüssen vom 10. Juni 2013) (17 S.)
 Mittlg LtgPräs 03.06.2014 Drs 15/5291 (zu Beschlüssen vom 9. Dezember 2013) (12 S.)
 Mittlg LtgPräs 12.11.2014 Drs 15/7078 (zu Beschlüssen vom 23. Juni 2014)
 Mittlg LtgPräs 03.04.2015 Drs 15/7934 (zu Beschlüssen vom 1. Dezember 2014)
 Mittlg LtgPräs 10.09.2015 Drs 15/7937 (zu Beschlüssen vom 15. Juni 2015) (10 S.)
 Mittlg LtgPräs 14.01.2016 Drs 15/7938 (zu Beschlüssen vom 6. November 2015)

Oberschwaben

s. Bodensee-Oberschwaben, Region

Obrigheim

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung angebrannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. Kernkraftwerk
 Drs 15/314

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang

und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr
s. Kernkraftwerk
 Drs 15/2805

Zwischenlagerung der am Standort Obrigheim befindlichen abgebrannten Brennelemente im Zwischenlager Neckarwestheim

Bewertung der Ankündigung der EnBW zur Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im vorhandenen Zwischenlager am Standort Neckarwestheim, insbes rechtliche Situation, Einschätzungen aus dem Raum Neckarwestheim, konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, Umgang mit möglichem Widerstand aus der Bevölkerung für notwendige Castor-Transporte; Überlegungen zur Errichtung eines neuen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort Obrigheim und mögliche Alternativstandorte

Antr
s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle
 Drs 15/3418

Kompensationsüberlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim

Weitere Verkürzung der Restlaufzeit für Block II in Neckarwestheim als Kompensationsmöglichkeit für die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim

MdlAnfr
s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle
 Drs 15/4358

Verbringung am Standort Obrigheim befindlicher Brennelemente nach Neckarwestheim

Planungen der EnBW zur Verbringung der noch im Nasslager Obrigheim befindlichen Brennelemente nach Neckarwestheim, insbes Transportoptionen, Bearbeitungszeit des Genehmigungsantrags, Kostenersparnis, mögliche Gefährdung des Neckars

Antr
s. Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle
 Drs 15/4986

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts

Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stilllegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr
s. Kernkraftwerk Obrigheim
 Drs 15/5392

Observation

Entscheidung von Innenminister Gall zur Beschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Einschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz, insbes Zeitpunkt der Entscheidung des Innenministers, Zeitpunkt und Form der Übermittlung an das Landesamt, Gründe der Entscheidung sowie Vorgehen anderer Bundesländer

KlAnfr
s. *DIE LINKE*
Drs 15/2969

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die polizeiliche Überwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter

Gesetzliche Regelung der Dauerüberwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter durch die Polizei; psychologische Begutachtung der Entlassenen

Antr
s. *Sicherungsverwahrung*
Drs 15/3274

Obst

s.a. *Obstbau*

Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als Ausgleichsmaßnahmen bzw zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5

Umsetzung des Schulfruchtprogramms

Umsetzung und Kofinanzierung des EU-Programms zur Förderung eines gesunden Ernährungsverhaltens mit Obst und Gemüse; Teilnehmerzahlen und Fördersummen im Schuljahr 2010/2011; Frage nach Verbesserungsvorschlägen

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/175

Streuobstpatenschaften an Schulen in BW

Pflegemaßnahmen iRd Streuobstpatenschaften, Art der Verwertung der Ernten sowie der Unterstützung der Projekte

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 29.09.2011 und Antw MLR
Drs 15/625

Feuerbrandbekämpfung in BW

Ausmaß des Befalls und der Schäden, betroffene Obstsorten und Regionen; Information der Obstbauern, der Besitzer von Streuobstbeständen, Baumschulen und Hausgärten über die Bekämpfungsmöglichkeiten; Einsatz des Antibiotikums Streptomycin mit einer Sondergenehmigung, Beurteilung der Wirksamkeit des Hefepreparats LMA; Frage nach einer neuen Strategie zur frühzeitigen und effizienten Bekämpfung des Feuerbrands

Antr
s. *Pflanzenkrankheit*
Drs 15/2298

Wie bringt die LReg das Schulfruchtprogramm voran?

Ausbau des Schulfruchtprogramms in BW, insbes Gewinnung weiterer teilnehmender Schulen

MdlAnfr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/4426

Schulobstprogramm

Umsetzung des Schulobstprogramms in BW, insbes Beteiligung von Schulen, Gesamtkosten, Produktangebot und erreichte Ziele

KlAnfr Karl Rombach CDU 14.02.2014 und Antw MLR Drs
15/4778

Beschränkung des Schulobst- und Gemüseprogramms auf bestimmte Bildungseinrichtungen

Anlass für die Beschränkung des Schulobst- und Gemüseprogramms im Schuljahr 2014/2015 auf bestimmte Bildungseinrichtungen; Erweiterung der teilnahmeberechtigten Einrichtungen im Schuljahr 2015/2016

MdlAnfr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/6342

Obst-, Weintrauben- und Schnittblumendiebstahl in BW

Sachstand zur Entwicklung von Diebstahlsdelikten von unmittelbar vom Feld entwendeten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Obst, Weintrauben oder Schnittblumen, insbes wirtschaftlicher Gesamtschaden, polizeiliche Ermittlungsarbeit, Beratung und Unterstützung von Gegenmaßnahmen der Landwirte

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 30.06.2015 und
Stellungnahme IM Drs 15/7084

Validität der Verbrauchszahlen beim Apfelsaftkonsum

Sachstand zur Validität der Produktions- und Verbrauchszahlen von Apfelsaft bzw Fruchtsaft in BW, insbes unter Berücksichtigung der mobilen Mostereien; Verstärkung der Abgabe von Apfelsaft an Schulen iRd Schulfruchtprogramms

KlAnfr
s. *Fruchtsaft*
Drs 15/7578

Finanzierung EU-Schulfruchtprogramm

Sachstand zu Umsetzung und Finanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in BW

KlAnfr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/7876

Zukunft des Schulfruchtprogramms

Quantität und Qualität der Obstversorgung in Schulen und Tageseinrichtungen; Zahl der am Programm teilnehmenden Einrichtungen; Kofinanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in den anderen Bundesländern; Auskunft über die Bearbeitungsdauer von Anträgen, die Zahl der Lieferanten sowie ausstehende Zahlungen an Lieferanten

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/7905

Begrüßung der Fortführung des Schulfruchtprogramms

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301

Obstbau

s.a. *Obst*

Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstbestände

Bestehende und geplante unterstützende Maßnahmen für Bewirtschafter von Streuobstwiesen für Neupflanzungen und laufende Pflegearbeiten an Wiesen und Bäumen, Möglichkeiten zur Anerkennung von Pflegemaßnahmen in Streuobstwiesen als

Ausgleichsmaßnahmen bzw zur Lockerung von Vorschriften für Bewirtschafter in Naturschutz- und Vogelschutzgebieten, Förderung der Vermarktung der Produkte durch eine bessere Kennzeichnung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 05.05.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/5 (10 S.)
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 13.07.2011 Drs 15/504 S. 12-14
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Frostschäden in Wein- und Obstbau; Risikoausgleichsrücklagen für die Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden von Anfang Mai sowie der Schäden in der Landwirtschaft durch die Trockenheit; Darlegung der vorgesehenen Hilfen sowie der bisherigen Unterstützung bei klimabedingten Schäden seit 2005; Beurteilung der Forderung der Landwirte nach steuerfreien Risikoausgleichsrücklagen

Antr
 s. *Frostschaden*
 Drs 15/59

Streubobstpatenschaften an Schulen in BW

Pflegemaßnahmen iRd Streubobstpatenschaften, Art der Verwertung der Ernten sowie der Unterstützung der Projekte

KlAnfr
 s. *Obst*
 Drs 15/625

Erhalt der Reiserschnittgärten in BW

Einschränkung der Bewirtschaftung auf den Flächen der Reiserschnittgarten Weinsberg GmbH infolge von Bodenmüdigkeit, Vermeidung von Versorgungsengpässen für die heimischen Baumschulen, Gartenbauvereine sowie Naturschutz- und Landschaftspflegeverbände bei der Produktion gesunder Obstgehölze; Beteiligung an einer Anschubfinanzierung beim Neuaufbau eines weiteren Reiserschnittgartens im Land

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 22.12.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/1075
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 46 47
 PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Mittlg LReg 26.11.2012 Drs 15/2737

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streubobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr
 s. *Kraftfahrzeugsteuer*
 Drs 15/1521

Feuerbrandbekämpfung in BW

Ausmaß des Befalls und der Schäden, betroffene Obstsorten und Regionen; Information der Obstbauern, der Besitzer von Streubobstbeständen, Baumschulen und Hausgärten über die Bekämpfungsmöglichkeiten; Einsatz des Antibiotikums Streptomycin mit einer Sondergenehmigung, Beurteilung der Wirksamkeit des Hefepreparats LMA; Frage nach einer neuen Strategie zur früh-

zeitigen und effizienten Bekämpfung des Feuerbrands

Antr
 s. *Pflanzenkrankheit*
 Drs 15/2298

Erhalt der Kulturlandschaften in BW

Ausmaß der Aufgabe von Rebflächen in den letzten drei Jahren, insbes in Hanglagen; Auswirkungen des Wegfalls des Branntweinmonopols und des Anbaustopps bei Reben; Projekte und Konzepte gegen die Verwahrlosung und Verwilderung der Kulturlandschaften; Aktivitäten gegen das Zuwachsen der Schwarzwaldtäler; Unterstützung der Arbeit von Obst- und Gartenbauvereinen

Antr
 s. *Landschaftspflege*
 Drs 15/2409

Rechtliche Rahmenbedingungen bei der Pflege von Streubobstwiesen

Darlegung des Rechtsrahmens für die Bewirtschaftung von Streubobstwiesen

Antr
 s. *Landschaftspflege*
 Drs 15/2556

Einfluss von Krähen auf die Obsternte in BW

Einbußen bei der Obsternte in den letzten Jahren; Krähen als Eierräuber; Abschussverbot für Vögel im Landesnaturschutzgesetz, Maßnahmen zur Verringerung des Krähenbestands

KlAnfr Felix Schreiner CDU 04.12.2012 und Antw MLR Drs 15/2773

Obstbau-Forschung in BW

Schwerpunkte der Obstbauforschung an den drei Standorten Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) Weinsberg, Landwirtschaftliches Technologiezentrum (LTZ) Augustenberg und Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee (KOB) Bavendorf; Ausstattung mit Personal und Sachmitteln; länderübergreifende Zusammenarbeit im Obstbauversuchswesen; Umsetzung der Forschungsergebnisse in der Beratungspraxis

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 22.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3278
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 13
 PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Streubobstkonzeption für BW

Zustand und Zukunft für Streubobstwiesen und -flächen in BW, insbes Aufhalten des Rückgangs der Streubobstbestände; Förderung und Schutz von Streubobstbeständen in Landschafts- oder Naturschutzgebieten; Erarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Streubobstkonzepts mit Unterstützungsmaßnahmen in Marketing und Forschung

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 04.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3311

Bestimmungen zur verfahrensfreien Errichtung von Gerätehütten in Nutzgärten und Streubobstwiesen im Außenbereich

Festlegung unterschiedlicher Höchstgrenzen für den zulässigen Brutto-Rauminhalt im Innen- und im Außenbereich in der Landesbauordnung (LBO); zunehmender Raumbedarf für Gartengeräte durch steigende Mechanisierung bei der Bewirtschaftung; Zulässigkeit eines im Verhältnis zur Grundstücksgröße steigenden Raumvolumens; Regelung in den Bauordnungen anderer

Bundesländer

Antr
s. *Baugenehmigung*
Drs 15/3646

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/240 betr. Duldung und baurechtliche Genehmigung von Apfelboxen

Petitionen
s. *Baugenehmigung*
Drs 15/4604

Offenhaltung und Pflege der Kulturlandschaften in BW

Rechtliche Rahmenbedingungen für Kommunen und Kreise zur Anordnung von Pflegemaßnahmen gegenüber Grundstücksbesitzern bei Verwilderung von Grundstücken und Landschaften; Unterstützung von Nebenerwerbslandwirten und -obsterzeugern bei der Pflege der Kulturlandschaften in BW

Antr
s. *Kulturlandschaft*
Drs 15/4984

Pflege von Ausgleichsflächen aus bäuerlicher Hand

Umfang der landwirtschaftlichen Nutzung von Ausgleichsflächen; extensive landwirtschaftliche Nutzung als Kompensation; Ausgleich durch Streuobstwiesen in den vergangenen zehn Jahren; Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächennutzung bei der Planung von Ausgleichsflächen; finanzielle Förderung der Pflege von Naturausgleichsmaßnahmen; Stand des im Koalitionsvertrag angekündigten Streuobstkonzepts

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5035

Bienensterben in der Ortenau im April 2014

Schadensmeldung, Schadensgebiet und Art der Schäden an den Bienenvölkern; Auftreten vergleichbarer Ereignisse in der Vergangenheit; Ermittlung der Ursachen des Bienensterbens; Zusammenhang mit Pestizideinsatz im Obstbau; Konsequenzen für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln

Antr
s. *Biene*
Drs 15/5358

Kirschessigfliege bedroht Obst- und Weinbau

Gefahren und Schäden für den baden-württembergischen Obst- und Weinbau durch die Kirschessigfliege; mögliche Bekämpfungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/5701

Förderpraxis im Streuobstbau

Unfallhäufigkeit bei der Pflege und Ernte im Streuobstbau; Unfallhäufigkeit und Unfallschwere bei Hochstammsorten; Gründe für die Beschränkung der Streuobstbauförderung auf Hochstammsorten; Vorbeugung von Unfällen durch eine Erweiterung der Förderrichtlinien auf Streuobstanlagen mit 2/3- oder 1/2-Stammerziehung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 11.09.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5706
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 44
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Einsatz von Insektiziden zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege

Bewertung des Einsatzes des Insektizids SpinTor (Spinosad) zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege im Wein- und Obstbau; Zulassung des Insektizids Piretro Verde bzw Pyrethrine; Risikobewertung des Einsatzes von SpinTor und Piretro Verde durch die landwirtschaftlichen Landesanstalten; Auswirkungen des Insektizideinsatzes auf die heimischen Bienenpopulationen; Strategien und Mittel gegen die asiatische Kirschessigfliege in anderen Ländern

Antr
s. *Pflanzenschutzmittel*
Drs 15/5759

Ernteausfälle im Enzkreis durch die asiatische Kirschessigfliege

Umfang der Ernteausfälle bei den Wein- und Obstbauern im Enzkreis; Bekämpfung der Kirschessigfliege mithilfe von Insektiziden; Vermeidung negativer Folgen für die Bienenpopulation

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/5925

Kein Verbot der Verbrennung von Baumschnitt

Sachstand zu Überlegungen für ein Verbot der Verbrennung von Baumschnittgut bzw pflanzlichen Abfällen, insbes Auswirkungen auf den Erhalt der Streuobstwiesen

Antr
s. *Baum*
Drs 15/6875

Mittelabfluss beim Förderprogramm „Baumschnitt Streuobst“

Sachstand zur Mittelausstattung des Förderprogramms „Baumschnitt Streuobst“

MdlAnfr 2) Paul Locherer CDU 20.05.2015 Drs 15/6895
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7942 7943

Erhaltung heimischer Streuobstwiesen durch geschützte Herkunftsbezeichnungen

Erkenntnisse über die Entwicklung der hessischen Streuobstwiesen nach Einführung der geschützten geografischen Angabe „Hessischer Apfelwein“; Unterstützung von Bestrebungen in BW zur Aufnahme einer vergleichbaren Herkunftsbezeichnung für heimische Streuobsterzeugnisse

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 03.06.2015 und Antw MLR Drs 15/6956

Mostobstproduktion und Nutzungscodes in der Unfallversicherung

Bedeutung und Produktionsweisen beim heimischen Mostobstbau; Unfallrisiko im Vertragsanbau mit mechanischer Bewirtschaftung und Ernteunterstützung; Nutzungscodes dieser Anbaumethode für die Einstufung in der Unfallversicherung der Berufsgenossenschaft; Einführung eines eigenen Nutzungscodes „Obstbau mit mechanischer Ernteunterstützung“

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 24.06.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7055
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 61
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Grünlandumbruchverbot - Interessen des Erwerbsobstbaus berücksichtigen

Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Umwandlung von Dauergrünland in andere landwirtschaftliche Nutzungen

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/7737

Umfang der ökologisch bewirtschafteten Streuobstflächen, Erweiterung der Versuchsfläche für ökologischen Obstbau beim Kompetenzzentrum Obstbau in Bavendorf

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 263 264

Hinweis auf die Ausnahmeregelung beim Umbruchverbot für Dauergrünland zugunsten des Obstbaus

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 941 942

Obsterzeugung

s. *Obstbau*

Ochsenhausen

s.a. *Landesakademie Ochsenhausen*

Haushaltsmittel der Landesakademie für die musizierende Jugend in BW in Ochsenhausen

Höhe der für 2012 etatisierten bzw der notwendigen Mittel, bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel im Haushaltsvollzug 2012; Betrauung der Akademie und Mittelbereitstellung zur Umsetzung eines Stipendiatenprogramms „Pop-Masterclasses“ für hochbegabte Jugendliche

Antr
s. *Landesakademie Ochsenhausen*
Drs 15/1540

Maßnahmen an Bundesstraßen im LKkreis Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personal-mangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3471

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizei-orchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunkinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Oedheim

Zeitnahe Umsetzung der Verkehrskonzeption im Bereich der Gemeinden Neuenstadt / Oedheim / Bad Friedrichshall

Stand der Planungen zur Weiterführung der Ortsumfahrung Neuenstadt im Zusammenhang mit dem Umbau der L 1088 sowie zur Ableitung des Verkehrs auf der Gemarkung Oedheim über die K 2001 in Richtung L 1095 Neckarsulm, Höhe und Träger der Kosten, Zeitpunkt der Finanzierung und Realisierung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1536

Öffentliche Ausgaben

s. *Haushaltsausgaben*

Öffentliche Beleuchtung

s. *Straßenbeleuchtung*

Öffentliche Beteiligung

s.a. *Öffentliches Vermögen*

Universitätsmedizin in BW

Situation und geplante Neuregelungen im Bereich der Universitätsmedizin in BW, insbes Regelungswünsche von Seiten der Beteiligten in Bezug auf das Organisations-, Kooperations- und Führungsmodell, die Gewährträgerhaftung sowie die Bauherreneigenschaft; zurückliegende Bauinvestitionen und künftiger Sanierungsbedarf; Regelung der Fach- und Rechtsaufsicht des Landes sowie der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsräten von Universitätsklinik; Beteiligungen und wirtschaftlicher Erfolg von Universitätsklinik; Zeitplan und Einbeziehung der Ergebnisse des Symposiums vom 26. Oktober 2012 in Ulm und Erfahrungen aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in die Neuregelungen

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/3138

Pläne für einen staatlich finanzierten Ausbau der Stromübertragungsnetze

Finanzierung und Ergebnisse einer Studie bei der Technischen Universität Berlin über alternative Modelle für die Organisation und Finanzierung des Ausbaus der Stromübertragungsnetze; Rahmenbedingungen und Probleme einer weitergehenden staatlichen Beteiligung am Ausbau der Übertragungsnetze

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/5580

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr
s. *Teilzeitarbeit*
Drs 15/5675

Öffentliche Bibliothek

s. *Bibliothek*

Öffentliche Daseinsvorsorge

s. *Daseinsvorsorge*

Öffentliche Dienstleistung

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefinanzrecht)

Einführung der selbständigen Kommunalanstalt als neue Organisationsform für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen; Fortentwicklung der vorhandenen und bewährten öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit der Kommunen; Bildung von gemeinsamen Dienststellen für eine effektivere Zusammenarbeit bei den Verwaltungsdienstleistungen; Modernisierung der Regelungen für den Kommunalen Versorgungsverband BW; Harmonisierung der Reihenfolge der Parteien in den Bekanntmachungen und auf den Stimmzetteln der Landtagswahl mit den Regelungen zur Bundestagswahl

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Öffentliche Einrichtung

s.a. *Kultureinrichtung*

s.a. *Öffentliches Unternehmen*

„Leichte Sprache“ als Instrument barrierefreier Teilhabe

Zahl der auf eine einfache und leicht verständliche Sprache angewiesenen Menschen in BW; Empfehlungen bzw Gütesiegel für Leichte Sprache; Informationsangebote des Landes in Leichter Sprache; Hemmnisse für eine Ausweitung des Angebots; Einwände gegen die Verwendung einfacher Sprache; Erfahrungen mit Leichter Sprache in anderen Bundesländern

KlAnfr

s. *Barrierefreiheit*

Drs 15/3824

Freie Lizenzierung von landeseigenem Bildmaterial

Freie Verfügbarkeit des Bildmaterials im Webangebot von Einrichtungen des Landes; Voraussetzungen einer freien Lizenzierung; Schaden durch missbräuchliche Nutzung von landeseigenem Bildmaterial; möglicher Ertrag einer kommerziellen Verwertung frei lizenzierten Bildmaterials

KlAnfr

s. *Lizenz*

Drs 15/4669

Öffentliche Finanzkontrolle

s.a. *Haushaltsrecht*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Harmonisierte Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor in den Mitgliedstaaten

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4487

Öffentliche Finanzplanung

s.a. *Haushaltspolitik*

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3013

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3002

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3003

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3004

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3005

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3006

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3007

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3008

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3009

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3010

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3011

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3012

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3014

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3015

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3016

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder

Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3017

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Einsatz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3018

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Freiburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3019

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3020

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiiums, insbes Abordnung oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3021

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Karlsruhe

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3022

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Konstanz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3023

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ludwigsburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3030

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Mannheim

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3031

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Offenburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3032

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Reutlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3033

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Stuttgart

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3034

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Technik Logistik Service

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3035

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Tuttlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3036

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ulm

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3037

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Spaßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KlAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/3610

Kosten der Verlegung von Sondereinrichtungen im Zuge der Polizeireform

Kosten der Verlegung der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe und ihre Berücksichtigung in der Kostenschätzung für die Polizeireform; neuer Raumbedarf für die Unterbringung von Übungs-, Ausbildungs- und Untersuchungseinrichtungen; Nachfolgenutzung für nicht mehr benötigte Räume; Anzahl der jeweiligen Fälle und ihre Darstellung in der Kostenberechnung

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3612

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Harmonisierte Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor in den Mitgliedstaaten*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4487

Öffentliche Immobilien

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW in die Polizeireform

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW bei der Planung der Polizeireform, insbes angekündigte und geplante bauliche Einzelmaßnahmen, absehbare Änderung der Gebäudenutzung, kalkulierte Neueinrichtungskosten einer Polizeileitstelle, geschätzte Gesamt- und Einzelkosten reformbedingter Baumaßnahmen, geplante Immobilienanmietung für einzeln genannte Polizeidienststellen mit Kostenkalkulation, erwartete Leerstände für einzeln genannte Immobilien, detaillierte Kalkulation reformbedingter Minderbedarfe/Einnahmen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2916

Rolle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beim Konversionsprozess in BW

Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und den Kommunen sowie dem Land BW beim Konversionsprozess, insbes Erfahrungen bei der Altlastensanierung mit der BImA, Einfluss der BImA auf die kommunale Planungshoheit bei Nachnutzungskonzepten, Abschluss von Konversionsvereinbarungen, Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie Unterstützung des ländlichen Raums bei der Verwertung der Konversionsliegenschaften

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/3232

Öffentliche Institution

s. *Öffentliche Einrichtung*

Öffentliche Investition

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*
Drs 15/3636

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Eine Investitionsoffensive für Europa

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten
Drs 15/6330

Sachstand zur Umsetzung der EU-Investitionsoffensive
Geplante Projekte iRd EU-Investitionsoffensive; Maximierung von Landesförderungen durch Risikoabsicherung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

MdlAnfr
s. Investitionsförderung
Drs 15/7139

EU-Investitionsoffensive - Breitbandförderung
Sachstand zur Anmeldung und Beantragung von Projekten im Bereich Breitbandförderung für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/7139

EU-Investitionsoffensive - Bereich Verkehrsinfrastruktur
Sachstand zur Auswahl und Anmeldung von Projekten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr
s. Verkehrsinfrastruktur
Drs 15/7139

Öffentliche Kapitalbeteiligung

s. Öffentliche Beteiligung

Öffentliche Kulturfinanzierung

s. Kulturförderung

Öffentliche Kulturförderung

s. Kulturförderung

Öffentliche Mittel

Aktueller Sachstand und Positionierung der LReg zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Umsetzung und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Basel und Schaffhausen, insbes Ablehnung einer Mitfinanzierung durch den Kanton Aargau

Antr
s. Hochrheinbahn
Drs 15/3173

Finanzierung der geplanten Gedenkstätte im „Hotel Silber“
Kostenkalkulation und Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Aufteilung der Kosten für die geplante Gedenkstätte Hotel Silber zwischen Land und Kommune

MdlAnfr
s. Gedenkstätte
Drs 15/3315

Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber

Gespräche mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der geplanten Gedenkstätte Hotel Silber und Ergebnisse bezüglich der Kostenverteilung für Investitionen, Ausstellungskonzeption und jährlichen Betrieb; geplante inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte

MdlAnfr
s. Gedenkstätte
Drs 15/3731

Fördermittel und Unterstützungsprogramme für die Bundesgartenschau (BUGA) 2019 in Heilbronn

Stellenwert der Bundesgartenschau (BUGA) 2019 in Heilbronn und Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene

KIAnfr
s. Gartenschau
Drs 15/6458

Ökonomische Folgewirkungen von Naturschutz

Sachstand zu vielfältigen wirtschaftlichen Auswirkungen und dem ökonomischen Nutzen einer modernen und aktiven Naturschutzpolitik, insbes Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Abruf von Bundes- und EU-Mitteln; Instrumente und Ziele des LIFE-Programms zur Förderung von Naturschutz-Projekten; Bedeutung von Naturschutzmitteln für landwirtschaftliche Betriebe

Antr
s. Naturschutz
Drs 15/7231

Leitstelle Arzneimittelüberwachung BW

Organisation der Arzneimittelüberwachung im Land; Personalausstattung und Finanzierung der Leitstelle

KIAnfr
s. Arzneimittelsicherheit
Drs 15/7609

Öffentliche Regulierung

s. Regulierung

Öffentliche Schulden

s. Schulden

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

s.a. Elektronische Überwachung von Straftätern

s.a. Platzverweis

s.a. Sicherheitsbehörde

s.a. Sicherheitsgewerbe

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes

Ermächtigung der Ortspolizeibehörden zum Verbot des Konsums alkoholischer Getränke an örtlichen Brennpunkten durch Polizeiverordnung; Änderung des PolizeiGes

GesEntw
s. Polizeirecht
Drs 15/76

Islamismus in BW

Entwicklung der Zahl und Schwere von Straftaten mit islamischem Hintergrund in BW oder mit Bezug zu BW seit 2001;

präventive Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Muslime, insbes gegen die Selbstradikalisierung durch islamistische Internetpropaganda; Frage nach Ausstiegsprogrammen und Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Glaubensgemeinschaften und Verbänden

Antr
s. *Islam*
Drs 15/281

Mit motivierten Polizistinnen und Polizisten für ein sicheres Leben in BW sorgen

Aktuelle Debatte
s. *Polizeibeamter*
PIPr 15/11 S. 411

Rechtspopulismus in BW

Erkenntnisse über Aktivitäten und evtl Radikalisierungstendenzen der rechtspopulistischen Szene, Beurteilung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit; Frage nach einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie nach Anwendung polizeilicher Instrumente, des Waffenrechts sowie der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/409

Verordnung über das vorübergehende Verlassen des Aufenthaltsbereichs durch Asylbewerber

Begründung und mögliche Auswirkungen des o.g. Entwurfs; Einschränkung der generellen landesweiten Freizügigkeit nur für Straftäter und Personen, gegen die wegen Straftaten ermittelt wird, aber nicht für Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist; Verzicht auf den Erlass der Verordnung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.11.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/901
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 54-56
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres - Mehrjähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020*

Schaffung eines Instruments zur finanziellen Unterstützung für Außengrenzen und Visa iRd Fonds für die innere Sicherheit; Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds; Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1087

Öffentliche Sicherheit im Enzkreis

Entwicklung der Fallzahlen von Einbrüchen und Diebstählen im Enzkreis und insbes in Knittlingen; Verstärkung der Polizeipräsenz und polizeilichen Ermittlungsarbeit in Knittlingen; strukturelle Verbesserung der polizeilichen Versorgung im Enzkreis und Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Dienststellen

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 04.01.2012 und Antw IM Drs 15/1097

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, bei der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen und Gewährleistung der Sicherheit und Gefahrenabwehr

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Sparmaßnahmen bei der Polizei

Art, Gründe, Umfang und Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen, insbes im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim und der Polizeidirektion Heidelberg und für die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum; Beeinträchtigung der allgemeinen Sicherheitslage und der Verfolgung von Straftaten? Frage nach Maßnahmen zur bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Polizei

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1745

Gewalt in Fußballstadien eindämmen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2053-2062

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Auflistung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitsgipfel

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1856

Sicherheit erhöhen - Zugang zu Waffen erschweren

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2448-2458

Kurdenkrawalle in Mannheim - Polizei als Freiwillig?

Aktuelle Debatte
s. *Polizei*
PIPr 15/45 S. 2519

Doppelstreifen bei Polizei

Einsatz von Doppelstreifen, die aus Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsämtern bestehen in Kommunen Baden-Württembergs; Erfahrungen aus anderen Bundesländern

KIAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/2817

Situation der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im LKkreis Ravensburg

Bestehende BOS und ihre Organisationsstruktur; Entwicklung der Mitgliederzahlen; bisherige Fördermittel und künftiger Investitionsbedarf; Auswirkungen von Hallenbadschließungen auf die Ausbildung ehrenamtlicher Helfer der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG); Kooperationen mit anderen LKreisen oder mit Bayern

Antr

s. *Sicherheitsbehörde*
Drs 15/2921

Baden-württembergische Interessen schützen - die richtige Balance zwischen Sicherheit und Freiheitsrechten finden

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4425-4435

Waffenkontrollen und Waffenbesitz in BW

Waffenkontrollen der unteren Waffenbehörden in den Jahren 2012 und 2013; hierbei festgestellte Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Regelungen; Kontrollintervalle; Erfahrungen mit der 2013 eingeführten Online-Sicherheitsprüfung (OSiP) sowie dem elektronischen Datenaustausch zwischen den Waffenbehörden und dem Landeskriminalamt; Umsetzung des Nationalen Waffenregisters beim Bundesverwaltungsamt Köln; Übermittlung von Waffendaten an das Nationale Waffenregister; Nutzung des Nationalen Waffenregisters durch Polizeibehörden und andere abfrageberechtigten Stellen im Land

Antr
s. *Waffenbesitz*
Drs 15/4782

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5118

Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Einsatzstrategien für Demonstrationen zu den Konflikten im Nahen Osten, Einsatz des Landesamts für Verfassungsschutz

Umgang mit zunehmender Gewalttätigkeit bei Demonstrationen anlässlich der Konflikte im Nahen Osten; Ausarbeitung von Strategien zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Koordination des Vorgehens von Polizeiführung, Staatsanwaltschaften und Innen- und Justizministerium; Anzahl der den Phänomenbereich Islamismus beobachtenden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5879

Innere Sicherheit stärken statt Verfassungsschutz schwächen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7209-7220

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr

s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Die Sicherheitslage in unserem Land

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8499-8512

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Bewertung der Auswirkungen der Polizeireform auf die innere Sicherheit im ländlichen Raum; Auflösung des Investitionsstaues bei der Polizei zur Gewährleistung der inneren Sicherheit

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1209 1210 1217 1221-1229

Erfolgsbewertung der Polizeiarbeit für die innere Sicherheit, Einschätzung der Auswirkungen der Polizeireform; Investitionen in die Sicherheit bei den Gerichten

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1261-1277 1295 1300

Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch alkoholbedingte Belästigungen; Ermöglichung eines Alkoholverbots an örtlichen Brennpunkten; psychische Belastungen der Beamten im Polizeialltag

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1586-1593 1608-1614

Erfolgsbewertung der Polizeiarbeit für die innere Sicherheit, Einschätzung der Auswirkungen der Polizeireform; Bekämpfung des Rechtsextremismus, Bezeichnung als einen Schwerpunkt der Sicherheitspolitik

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1641-1651 1666

Öffentlicher Auftrag

s.a. *Ausschreibung*
s.a. *Beschaffung*
s.a. *Öffentliches Bauvorhaben*
s.a. *Vergaberecht*

Struktur der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Personelle Ausstattung, Aufgaben und Dotierung der Stellen der o.g. Organisationseinheit; externe Betätigung von Mitarbeitern in einem privaten Verkehrsplanungsbüro oder als Gesellschafter in Unternehmen? Frage nach einer Genehmigung als Nebentätigkeit und möglichen Interessenkonflikten in Fällen der Vergabe von Aufträgen an private Planungsbüros

Antr
s. *Zentralstelle*
Drs 15/192

Ausschreibung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Auswirkungen des BGH-Beschlusses vom 8. Februar 2011 (X ZB 4/10) auf die geplanten Ausschreibungen und Direktvergaben, die entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vergeben werden sollten (vgl. Drs 14/6663); Fortbestand der 15 Teilnetze oder Neuzuschnitt; Haltung zum Thema Tariftreue

Antr
s. *Schielenpersonennahverkehr*
Drs 15/494

Tariftreuregelungen im Beschaffungsrecht

Einführung einer vergaberegelnden Bestimmung zu Tariftreue und Mindestlöhnen über den Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie hinaus? Bewirkung von Mehrbelastungen für die Vergabestellen und höheren Beschaffungskosten; Beurteilung der Kontrollen durch die Zollverwaltung im Rahmen des Entsendegesetzes sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur negativen Koalitionsfreiheit vor dem Hintergrund staatlich verordneter Löhne

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/615

Verzögerungen bei der Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Darstellung der Gründe und Auswirkungen von Verzögerungen bei der Ausschreibung o.g. Leistungen, Einbeziehung der Forderung nach neuem Wagenmaterial und bestimmten Öffnungszeiten der Bahnschalter; Forcierung der Vergabeverfahren

Antr
s. *Schielenpersonennahverkehr*
Drs 15/972

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Vorschläge zur Reform des Europäischen Vergaberechts

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1200

Optimierung Situation Schwarzwaldbahn/Planung Zukunft Schwarzwaldbahn

Erweiterung der Waggonkapazitäten zum Abbau von überbelegten Regionalzügen bis 2016, Aufnahme einer verbesserten Attraktivität der Angebote und Ausstattung der Züge für die Fahrgäste in der Ausgestaltung der Ausschreibung für die Zeit ab 2016

Antr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/1356

Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Modelle einer zeitlich gestreckten Ausschreibung und Vergabe, vorgesehene Fahrzeuge auf den einzelnen Strecken für den Vergabezeitraum, Beurteilung der Fähigkeit der Fahrzeugindustrie zur Bereitstellung von Neufahrzeugen für alle auszuschreibenden Verkehre zu angemessenen Preisen, Überlegungen zur Bildung eines Fahrzeugpools und zum Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen

Antr
s. *Schielenpersonennahverkehr*
Drs 15/1363

Compliance - Instrument öffentlicher Corporate Governance und des öffentlichen Auftragswesens

Umsetzung von Compliance (Einhaltung von Vorschriften und Regeln) durch Unternehmen (mit Landesbeteiligung), Entwicklung eines Compliance-Managements bzw von (Überwachungs-)Einrichtungen als Governance-Aufgabe für die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, Bewertung eines Tariftreuegesetzes als dadurch überflüssig, Übernahme einer Zertifizierung von Compliance-Management-Systemen

Antr
s. *Geschäftsführung*
Drs 15/1386

Vergabeerleichterungen bei Bauaufträgen iRd Konjunkturpakets II

Bewirkung einer starken Einschränkung des Wettbewerbs durch die erleichterten Vergaben öffentlicher Aufträge des Bundes nach einer Untersuchung des Bundesrechnungshofs; Veranlassung einer entsprechenden Untersuchung beim Zukunftsinvestitions- und Landesinfrastrukturprogramm

Antr FDP/DVP 13.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1427
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/2007 S. 10 11
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Reform des Europäischen Vergaberechts

Auswirkungen o.g. Regelungsvorschläge der EU-Kommission und des neuen Richtlinienvorschlags für Konzessionen, insbes auf die Bereiche der sozialen Dienstleistungen und der interkommunalen Zusammenarbeit, auf die Rettungsdienste, die Kreditversorgung der Kommunen, auf kleine und mittlere Unternehmen; Auswirkungen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Dienstleistungskonzessionen für den Bereich der Daseinsvorsorge; Vereinbarkeit der geplanten Nationalen Aufsichtsstelle mit der föderalen Kompetenzordnung

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU, Josef Frey GRÜNE, Rita Haller-Haid SPD und Leopold Grimm FDP/DVP 30.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1524
BeschlEmpf und Bericht EuA 10.05.2012 Drs 15/2007 S. 87
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1537

Pläne der EU-Kommission zur Regulierung des Zugangs von Waren und Dienstleistungen aus Drittstaaten zum öffentlichen Auftragswesen

Beurteilung der Auswirkungen o.g. Pläne auf das Beschaffungswesen von Land und Kommunen, auf die Exportchancen heimischer Unternehmen, das Preisniveau von öffentlichen Aufträgen sowie auf die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 18.04.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1575
BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 124
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Beratende Äußerung des RH zur Vergabebeschleunigung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO zur Vergabebeschleunigung - Vergabe öffentlicher Bau- und Dienstleistungen, Umsetzung und Wirkung der Verwaltungsvorschrift zur Beschleunigung öffentlicher Aufträge

Mittlg RH 26.04.2012 Drs 15/1609 (37 S.)
PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2319 (dazu Antr Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Nikolaos Sakellariou SPD und Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) (11 S.)
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
Mittlg LReg 13.07.2015 Drs 15/7160
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/7497
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Präqualifikation und „Eigenerklärung“ von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der öffentlichen Vergabe

Inanspruchnahme und Kosten der Aufnahme von Bauunternehmen in die bundesweite Liste der präqualifizierten Unternehmen; Entlastung von Wirtschaft und Verwaltung durch eine Entbürokratisierung und Kostenvergünstigung der o.g. Verfahren

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1702
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 16
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Bürokratische Adipositas: Subunternehmerpflichten nach dem Landestariftreuegesetz

Durchführende und Gestaltung, Kosten und Kostenträger der Kontrollen von Subunternehmen auf Einhaltung der Verpflichtung zur Tariftreue und Mindestarbeitsentgelt; Begründung der Bindung an ein vertragliches Mindestvolumen des Auftrags; Darlegung der Aufbewahrungsfristen von prüffähigen Unterlagen sowie der vorgesehenen Sanktionen

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/1803

Ausschreibungsverfahren Verkehrsvertrag S-Bahn Rhein-Neckar
Zeitpunkt und Gestaltung des Ausschreibungsverfahrens und des Vergabewegs für den neuen Verkehrsvertrag; Gründe für die Ersetzung der erst zum Jahr 2003 in Betrieb genommenen Fahrzeuge durch Neufahrzeuge; Darstellung der Einsparpotenziale und Risiken für den Landeshaushalt im Vergleich zum derzeitigen Verkehrsvertrag

Antr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/1965

Ausschreibungen und Auftragsvergaben in der Filmbranche

Darstellung o.g. Verfahren und Vorgaben beim SWR u.a. Sendern; Entwicklung neuer Formate, Kriterien und Prozesse bei Ausschreibungen und Vergaben mit mehr Transparenz; Beurteilung der öffentlichen Ausschreibung des Produktionsauftrags für einen Tatort durch den Mitteldeutschen Rundfunk; Bewertung der Auftragsituation für Produzenten und Dienstleister in BW

Antr
s. *Film*
Drs 15/1975

Transparenz im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr

Verbesserung der Transparenz der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen; Vorlage eines Zeitplans zu den gestaffelten Vergaben der neuen Verträge im Zuge des Auslaufens des großen Verkehrsvertrags 2016; Veröffentlichung der künftigen Verträge im Internet mit Daten zur Pünktlichkeit, Auslastung oder Ergebnissen von Qualitätserhebungen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2107

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KIAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2273

Externe Personen in der baden-württembergischen Landesverwaltung

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen

Antr
s. *Lobbyismus*
Drs 15/2308

Kartellrecht versus Tariftreue

Vereinbarkeit des Entwurfs zum Landestariftreuegesetz mit dem Wettbewerbs-, Kartell- und Datenschutzrecht, insbes der Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Vorlage ihrer Geschäftsunterlagen sowie Verpflichtung dieser zur Einsichtnahme in die Lohn- und Gehaltstarife ihrer Subunternehmer; Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Geltendmachung des Mindestlohns; Gründe für die Wirksamkeit des Tariftreuegesetzes erst bei einem Auftragsvolumen ab 20.000 Euro

Antr

s. Tarifvertrag
Drs 15/2532

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2006 des RH zur LHR von BW für das Hj 2004 - Beitrag Nr. 6: Vergabe von Gutachten durch Landesbehörden

Mittlg LReg
s. Gutachten
Drs 15/2621

Tariffreie- und Mindestlohnengesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landstariffreie- und Mindestlohnengesetz - LTMG)

Verpflichtung der Bewerber um öffentliche Aufträge auf die Einhaltung von Tarifverträgen bzw auf die Zahlung eines Mindestentgelts zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Bindung an die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz fixierten Löhne; Anwendung eines in BW in dieser Branche geltenden und repräsentativen Tarifvertrags; Verpflichtungserklärung der Bieter sowie deren Subunternehmen und Verleihunternehmen bei Angebotsabgabe sowie Kontrollrecht des öffentlichen Auftraggebers

GesEntw
s. Tariflohn
Drs 15/2742

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die zukünftige Konzessionsvergabe (KOM 2011/897) und hieraus resultierende Folgen für die baden-württembergischen Kommunen

Beurteilung des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission für ein neues europaweites Vergaberecht, insbes bürokratischer Aufwand und geplante Hilfestellungen für Kommunen bei der Umsetzung, Höhe der Schwellenwerte und Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen, Auswirkungen für die Rettungsdienste, Einbeziehung der Konzessionsvergabe für den Wassermarkt und Er-schwerung der interkommunalen Zusammenarbeit

KlAnfr
s. Richtlinie der EU
Drs 15/2914

Vergaberecht - Möglichkeiten einer ökologischen und sozialen Beschaffung im Land weiterentwickeln

Berücksichtigung ökologisch-sozialer Kriterien im Rahmen der geltenden „Verwaltungsvorschrift der LReg über die Beschaffung in der Landesverwaltung (Beschaffungsanordnung - BAO)“ von 2007; Umfang der bereits jetzt bei Aufträgen des Landes geltend gemachten Anforderungen; bisherige Erfahrungen mit der Umsetzung eines fairen Beschaffungswesens; Beschaffungspraxis in anderen Bundesländern; EU- und Bundesrecht; Auswirkungen einer Implementierung des Grundsatzes der fairen, ökologischen und sozialen Beschaffung auf die Vergabestellen, die bietenden Unternehmen und die Beschäftigten; Schulung der für die Beschaffung in den Landesbehörden verantwortlichen Personen

Antr
s. Vergaberecht
Drs 15/3001

Auftragsvergabe bei der Installation neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW

Beschaffung neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW, insbes aktueller technischer Bedarf sowie rechtliche und technische Aspekte des Vergabeverfahrens

Antr

s. Polizeiausrüstung
Drs 15/3044

Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - landeseigene Eisenbahnen

Aufstellung der von landeseigenen Eisenbahnverkehrsunternehmen bedienten Strecken, Nennung der für die jeweilige Bahnstrecke zuständigen Eisenbahnunternehmen; Vertragsbedingungen, Laufzeit der Verträge; Ausschreibungsbedingungen für die gegenwärtig von landeseigenen Eisenbahnen bedienten Strecken im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3742

Umsetzung der Gesundheitsstrategie der LReg im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Ziele und Stand der Umsetzung; Kriterien und Vergabeverfahren bei der Beauftragung externer Dienstleister; Beauftragung einer dem Amtschef des Ministeriums nahestehenden Person; Konditionen für die Dienstleistung

KlAnfr
s. Betriebliche Gesundheitsförderung
Drs 15/3848

Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium

Hintergründe der Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes, insbes Gründe und Notwendigkeit einer externen Auftragsvergabe anstelle einer Ausarbeitung durch das Integrationsministerium bzw anderer Ministerien sowie Einbindung der Integrationsministerin in den Vorgang

Antr
s. Gutachten
Drs 15/3973

Zurückhaltung von Vergabeunterlagen

Einsichtnahme des Ltgs in die von der CDU-Fraktion und dem LtgPräs angeforderte Vergabeakte des Ministeriums für Integration; Aushändigung des Gutachtens der Berliner Kanzlei; Beteiligung des Staatsministeriums an der Abfassung der Stellungnahme des Integrationsministeriums zum Antrag der CDU-Fraktion (Drs 15/3973); Benennung der aus dem Gutachten resultierenden Arbeitsergebnisse; Aufforderung zur unverzüglichen Vorlage aller gewünschten Unterlagen

Antr
s. Akteneinsicht
Drs 15/4345

Vergabepaxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftssysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 13.12.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4499
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.03.2014 Drs 15/5137 S. 14-17

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten der Kampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft; mit der Durchführung der Kampagne beauftragte Firmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Personal- und Sachkosten für die Durchführung der Kampagne innerhalb der Landesverwaltung; Bekanntheitsgrad der Kampagne bei den Bürgern; Besuch der Internetseite der Kampagne und Nutzung der interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/4500

Vergabeakte zum Rechtsgutachten öffentlich und transparent machen

Einsichtnahme in die Akte zur Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes (vgl. auch Anträge und Stellungnahmen zu Drucksachen 15/3973 und 15/4345), insbes umfassende Einstufung der Vergabeakte als geheimhaltungsbedürftig, Möglichkeit der Kenntlichmachung geheimhaltungsbedürftiger Aktenteile, zeitverzögerte Vorlage; mögliche Vorteile für den erfolgreichen Bieter durch unmittelbare Kontakte zur Integrationsministerin sowie Dokumentation dieser Kontakte

Antr

s. *Akteneinsicht*

Drs 15/4606

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/4636

Kostenüberschreitung beim Tag der Deutschen Einheit

Höhe der für die Ausrichtung des Tags der Deutschen Einheit in BW angefallenen Kosten; Höhe der im Staatshaushaltsplan 2013/2014 für die Feierlichkeiten angesetzten Summe und ihre Berechnung; Ausschreibung von Leistungen und Einholung von Angeboten; Maßnahmen nach Entdeckung der Kostenüberschreitung; Reaktion des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft; Aufforderung an die LReg, den aufgestellten finanziellen Rahmen künftig einzuhalten

Antr

s. *Tag der Deutschen Einheit*

Drs 15/4648

Kosten der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit

Ausgleich der Überschreitung der im Einzelplan 02 (Staatsministerium) für die Feierlichkeiten angesetzten Haushaltsausgaben; prozentuale und absolute Steigerung der Ausgaben gegenüber den ursprünglichen Ansätzen; Kostensteigerung beim Agenturhonorar; Verfahren der Auftragsvergabe an die Agentur

Antr

s. *Tag der Deutschen Einheit*

Drs 15/4659

Information der Kanzlei Dr. K. über eine bevorstehende Vergabe
Regeln für den Kontakt mit (potentiellen) Bietern vor Angebotsöffnung bzw Zuschlagserteilung bei einer freihändigen Vergabe; Mitteilung an den Rechtsanwalt K. über eine bevorstehende Aufforderung der später zum Zuge gekommenen Auftragnehmerin zur Angebotsabgabe; Anlass und Motivation der Integrationsministerin zu dieser Mitteilung; Spezifizierung der Angaben gegenüber dem Rechtsanwalt; Zusammenhang mit der Anforderung des Gutachtens; Prüfung von Konsequenzen für das Vergabeverfahren; Aufhebung bzw Begründung der Geheimhaltungsbedürftigkeit der dem Landtag vorliegenden Vergabeakte; Erleichterung einer öffentlichen Erörterung deren Inhalts

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 20.02.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/4821

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/8048 S. 93-97

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Rating der Kreditwürdigkeit von BW

Auftrag zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes; Datum der Auftragsvergabe, Auswahl der Ratingagentur sowie Kosten des Ratings; Datengrundlage und Stichtag; Gewichtung der mittelfristigen Finanzplanung; Berücksichtigung bestimmter Konsolidierungsmaßnahmen; künftige Ratings

KlAnfr

s. *Rating*

Drs 15/4883

„Grüner Filz“ - Leistungen der K. GmbH u.a. für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Gutachten, Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen der KCW GmbH für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) oder die Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW); Ausschreibung, Beauftragung und Auftragsvolumina der einzelnen Aufträge; Gesamtvolumen der an die KCW GmbH gegangenen Aufträge; Gründe für den Verzicht auf eine Leistungserbringung durch die NVBW; Anzahl und finanzielles Volumen der durch weitere externe Dienstleister für das MVI oder die NVBW erbrachten Leistungen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 21.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4972 (16 S.)

Ergänzende Stellungnahme MVI 08.09.2014 Drs 15/5698

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - Vergabeverfahren, detaillierte Kosten und Weiterentwicklung

Durchführung der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Personal- und Sachkosten, Auftragsvergabe, Betreuung der Internetseite www.50-80-90.de; Abwicklung der Kampagne wegen Erfolgslosigkeit

Antr

s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*

Drs 15/5063

Umfang der Prüfung zu Vorteilen der Kanzlei K. gegenüber anderen Bietern iRd Vergabeverfahrens für das Integrationsministerium

Prüfung eines früheren Kontakts der Integrationsministerin mit dem Rechtsanwalt K.; übliche Prüfungsschritte bei Kontakten zwischen Auftraggeber und Bieter; Fortgang der inhaltlichen Umsetzung des Gutachtens der Kanzlei K.; Inhalte und Fertig-

stellung des Entwurfs eines Partizipations- und Integrationsgesetzes; Teilnehmer am öffentlichen Beteiligungsverfahren zur Vorbereitung des Gesetzes; Nutzen des Gutachtens im Hinblick auf eine Verkürzung des Gesetzgebungsverfahrens

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.04.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5073
 BeschlEmpf und Bericht IntegrA 18.11.2015 Drs 15/8048 S. 93-97
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Des Verkehrsministers „Not-Vergaben“, blitzsauber oder blitzschnell?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
 PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5961-5973

Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens „Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken“ der K. GmbH

Zweck und Auftraggeber des Gutachtens für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI); Gründe für eine externe Vergabe; Leistungsbeschreibung und Preiskalkulation bei der Direktvergabe an die KCW GmbH; Inhalt, Umfang und Verfasser des Gutachtens im MVI und interne Vermerke; Nutzen des Gutachtens; inhaltliche Überschneidungen zwischen dem Gutachten und einem iRd sogenannten Schlichtungsverfahren zu Stuttgart 21 im November 2010 gehaltenen Vortrag; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
 s. *Gutachten*
 Drs 15/5256

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in Deutschland
 Bewertung des großen Verkehrsvertrags BW aus dem Jahr 2003 im Vergleich zu den anderen SPNV-Verträgen in Deutschland

Antr
 s. *Schienenpersonennahverkehr*
 Drs 15/5315

Vergabeverfahren Main-Neckar-Ried - „sorgsamer Umgang mit Steuergeldern“?

Aufgabenträger und Zeitpunkt des Zuschlags; Höhe des Bestellerentgelts; Verlauf des Vergabeverfahrens, Ursachen für dessen Verzögerung; Auswirkungen auf Folgeausschreibungen; Finanzierung des Einsatzes neuer Schienenfahrzeuge auf der Strecke; Angebotsverbesserungen durch die Neuvergabe

Antr
 s. *Schienenpersonennahverkehr*
 Drs 15/5333

Weitere Nachfragen zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten, Auftragsvergabe und Bekanntheit der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Antr
 s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
 Drs 15/5380

Vergabeverfahren Zweite Ausbaustufe S-Bahn Rhein-Neckar
 Planungs- und Umsetzungsstand für die Lose 1 und 2; Terminverschiebung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan; Folgen geänderter Ausschreibungsbedingungen für bereits geplante S-Bahnhalte; Unterstützung betroffener Kommunen; erwartete Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr nach der Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn

Rhein-Neckar

Antr
 s. *Schienenpersonennahverkehr*
 Drs 15/5452

Offen gebliebene und neue Fragen im Zusammenhang mit dem Antrag „Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens ‘Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken’ der K. GmbH“ (Drs 15/5256) - Auftragsvergabe

Wortlaut des Auftrags vom Juni 2011 an die KCW GmbH; Höhe der vereinbarten Kosten; Art der Auftragserteilung; Erweiterung bzw Aufstockung des Auftrags im August 2011; Inhalt und rechtliche Gestalt des Auftrags; Vereinbarung der schriftlichen Ausführung der Beratungsergebnisse; Art und Adressat der am Jahresende 2011 erbrachten Beratungsleistung; Information der Fachabteilungen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Übergabe der „nachlaufenden Dokumentation“; Anforderungen der schriftlichen Zusammenfassung der Beratungsergebnisse

Antr
 s. *Gutachten*
 Drs 15/5608

Zusatzfragen zur Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn

Zusatzfragen zu Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KlAnfr
 s. *Schienenpersonennahverkehr*
 Drs 15/5625

Vergabepaxis der LReg bei externen Gutachten

Anstieg der externen Gutachten seit dem Regierungswechsel 2011; Kriterien und Verfahren der Vergabe von Gutachten an externe Sachverständige; Beurteilung des Instruments der freihändigen Vergabe; Festsetzung eines Budgets für externe Gutachten im Landeshaushalt; Einrichtung einer zentralen Vergabestelle; Projektcontrolling bei der Gutachtenvergabe an Externe; Evaluierung der Auftragsdurchführung

Antr
 s. *Gutachten*
 Drs 15/5684

Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze - Nutzen oder Schaden für den Wettbewerb?

Hintergründe und Folgen der Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze, insbes sachliche Erwägungen (Vor- und Nachteile), Auswirkung auf Wettbewerb und Zugkilometerpreise, Konsequenzen für die Deutsche Bahn und ihre Mitarbeiter; Erfahrungen aus anderen Bundesländern; Verzicht auf die Anwendung der Loslimitierung

Antr
 s. *Schienenpersonennahverkehr*
 Drs 15/5767

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrich-

tungen

Antr

s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*

Drs 15/5796

Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tarifreuegesetz BW

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestariftreuegesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tarifreuegesetz; Schadenersatz an ausgeschlossene Bieter

Antr

s. *Vergaberecht*

Drs 15/5815

Bewertung des baden-württembergischen Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr

s. *Vergaberecht*

Drs 15/5817

Ökonomische Nachteile und schlechte Qualitätsmerkmale des Großen Verkehrsvertrags

Zwischenergebnisse der Prüfung des Verkehrsvertrags hinsichtlich einer „Überkompensation“ der Leistungen der DB Regio durch das Land; Höhe des Streitwerts; Berechnungsmodus der vom Land zu tragenden Infrastrukturkosten; weitere für das Land nachteilige Vertragsinhalte; Vertragsbedingungen im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern

Antr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/5889

Gesetz zur Aufhebung des Tarifreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW

Aufhebung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW mit Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes (MiloG) des Bundes zur Vermeidung von doppelten Melde- und Dokumentationspflichten

GesEntw

s. *Tarifvertrag*

Drs 15/6098

Ausschreibung der Stuttgarter Netze

Erstellung und Versand der Fahrpläne zur Ausschreibung der Stuttgarter Netze

MdlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/6090

Ausgestaltung der Übergangsverträge in den Stuttgarter Netzen

Übergangsverträge für die Zeit im Anschluss an das Vertragssende des großen Verkehrsvertrags im Jahr 2016 und der angekündigten Inbetriebnahme des Stuttgarter Netzes im Dezember

2018; Versand der Vergabeunterlagen und Abschluss der Übergangsverträge; Laufzeit der Übergangsverträge; Anforderungen an die einzusetzenden Schienenfahrzeuge

Antr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/6191

Informationen zur Veranstaltungsreihe/Untersuchung, die der Diskussionsrunde „Das Leben in Hardheim heute und morgen“ zugrunde liegt

Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierung der Studie; Methode und Zweck der Untersuchung; Zahl der bereits durchgeführten Veranstaltungen; Verfolgung der Veranstaltungen durch Mitglieder der LReg; Auswahl der Veranstaltungsteilnehmer; Unterrichtung der Teilnehmer über den Zweck der Veranstaltung, über deren Aufzeichnung und die künftige Verwendung der gewonnenen Daten; Gründe für den Ausschluss von Journalisten

KlAnfr

s. *Studie*

Drs 15/6241

Ausschreibungen für den Schienepersonennahverkehr (SPNV) im Landkreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahn, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahn (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahn zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr

s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/6469

Konsequenzen aus der Auftragsvergabe bei der Installation neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW

Sachstand zur Beauftragung und den Kosten einer Interimslösung in Form der Erweiterung der Bestandsnotruftechnik aufgrund der Verzögerungen bei der Bereitstellung neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei

Antr

s. *Polizeiausrüstung*

Drs 15/6656

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 19 - Gutachten und Beratungsleistungen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (Kap 1303, 1304 und 1306)

Mittlg RH

s. *Gutachten*

Drs 15/7019

Noch ein Vergabekalender - Noch mehr Verzögerungen

Sachstand zu den Gründen für die weiteren Verzögerungen bei den Ausschreibungen und den Inbetriebnahmen der aufgeführten Leistungen im Schienepersonennahverkehr gemäß dem neuen Vergabekalender des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Antr

s. *Ausschreibung*

Drs 15/7331

Vergabe der Leistung „Beratungs- und Umsetzungsleistungen beim Forum Energiedialog“

Sachstand zur Vergabe der Leistung „Beratungs- und Umsetzungsleistungen beim Forum Energiedialog“ mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 2,1 Millionen Euro im Wege eines Verhandlungsverfahrens

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/7624

Warum haben frühere LReg den Wettbewerb auf der Schiene verschlafen?

Überblick über die Wettbewerbssituation im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland seit 1996, insbes Entwicklung der Betriebsleistung der Deutschen Bahn AG und deren Wettbewerber, Überführung großvolumiger Verkehrsverträge in den Wettbewerb, Auswirkungen des Großen Verkehrsvertrags auf den Wettbewerb bei SPNV-Leistungen in BW

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7765

Halt der Interregio-Express (IRE)-Verbindungen in Nürtingen

Ausschreibung der IRE-Verbindung zwischen Tübingen und Stuttgart; Art der künftig eingesetzten Eisenbahnwagen; Begrenzung der Stehplatzquote; IRE-Halt in Nürtingen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7839

Keine Unterstützung für die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes - bewährte Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen beibehalten

Absage an eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen; Befürwortung des Fortbestands der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Erstattung der Planungskosten

Antr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7849

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem TarifreueGes

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 516-520

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1928 1935 1940

Öffentlicher Bauauftrag

s. *Öffentliches Bauvorhaben*

Öffentlicher Betrieb

s. *Öffentliches Unternehmen*

Öffentlicher Dienst

s.a. *Bediensteter*
s.a. *Behörde*
s.a. *Dienstrecht*
s.a. *Gehobener Dienst*
s.a. *Laufbahn*
s.a. *Verwaltung*

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Erfahrungen mit den kommunalen Frauenförderplänen und dem Chancengleichheitsgesetz im öffentlichen Dienst; Koordination der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Unternehmen; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1286

Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst

Beurteilung o.g. Verträge nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, Erfahrungen anderer BLänder mit solchen Verträgen und der Einführung dezentraler Personalmanagementsysteme, Ermöglichung von mehr unbefristeten Stellen mit einem Personalpool, entsprechende Anpassung der Verwaltungsvorschriften des MFW zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/1327

Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt

Zahl und Anteil der o.g. Beschäftigten in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst sowie der Selbstständigen; Zahl der Migrantinnen mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss; Einschätzung des Beitrags des „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/1618

Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Vergleich der Problemlagen von Jugendlichen mit/ohne Migrationshintergrund auf dem dualen Ausbildungsmarkt; jeweiliger Anteil an den Auszubildenden im öffentlichen Dienst; Hinwirkung auf eine Steigerung der Ausbildungsquote von jugendlichen Migranten, insbes auch bei Arbeitgebern mit ausländischen Wurzeln

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/1895

Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst
Entfristung der o.g. Arbeitsverträge zusammen mit den Gewerkschaften

MdlAnfr
s. *Arbeitsvertrag*
Drs 15/2089

Änderung der Beihilfeverordnung BW durch Artikel 9 des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 und Auswirkungen

Begründung, Zahlen und Härtefallklauseln zur Absenkung der Einkommensgrenze bei Ehegatten hinsichtlich der Beihilfeberechtigung; Kriterien für die Einschränkung der Beihilfefähigkeit zahnärztlicher Behandlungen; Entstehung von Mehrkosten bzw Einkommensminderungen bei den Betroffenen; Vereinbarkeit mit der Familienfreundlichkeit; Auswirkungen auf die Heilfürsorgeberechtigten mit (ruhenden) Krankenversicherungsanswartschaften; fachliche Einbeziehung von Vertretern der privaten Krankenkassen; Nichtübertragung der Abschaffung der Praxisgebühr auf die Beihilfe und Erhöhung der Kostendämpfungs-pauschale

Antr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 15/2836

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/2839

Eckpunktepapier zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)

Bewertung und Konsequenzen des Eckpunktepapiers zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), insbes Stellungnahmen von Landesministerien und Kommunalverbänden sowie Kosten für die Freistellungen in Landesverwaltung, LKreisen, Kommunen, Sparkassen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in BW; Bedeutung des Personalvertretungsrechts für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Antr
s. *Personalvertretungsrecht*
Drs 15/3172

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete

Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftskoordination

Antr
s. *Pendler*
Drs 15/3995

Gewinnung junger Menschen internationaler Herkunft für den öffentlichen Dienst

Angebot und Besetzung von Praktikumsstellen in Landesbehörden und Kommunen, insbes Anteil von Migranten an den besetzten Praktikumsplätzen; Migrantenanteil und Verbleib von Absolventen der Verwaltungsfachhochschulen des Landes und Bundes

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 09.09.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4011
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 42
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Strategien oder präventive Maßnahmen gegen potenzielle Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4517

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2366 betr. Öffentlicher Dienst

BeschlEmpf und Bericht PetA 30.01.2014 Drs 15/4604 Nr. 2 S. 2-4
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 30.06.2014 Drs 15/5429

Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch Beschäftigte des öffentlichen Diensts

Engagement der Angehörigen des öffentlichen Diensts bei der freiwilligen Feuerwehr; Förderung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit durch den Dienstherrn; Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr im Anforderungsprofil einer Stellenanzeige und als Kriterium bei der Personalauswahl

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/4998

Chancengleichheit im Arbeitsleben in BW

Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Geschäftsinhabern bzw Geschäftsführern; Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Transferempfängern in der erwerbsfähigen Bevölkerung und Ursachen; Umgang mit etwaiger Benachteiligung von Männern in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder in Bereichen des öffentlichen Dienstes; Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Wahl der Chancengleichheitsbeauftragten

Antr
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/5249

Situation der sogenannten „Erfüller“

Zahl der fachlich die Voraussetzungen für eine Beamtenlaufbahn im höheren Dienst erfüllenden, dauerhaft als Angestellte tätigen Lehrkräfte; deren Entlohnung im Vergleich mit verbeamteten Lehrern; Gründe für die Nichtverbeamtung; Argumente für eine Aufrechterhaltung der Nichtverbeamtung aus Altersgründen;

Berücksichtigung außerhalb des öffentlichen Dienst gesammelter Berufserfahrung bei der Eingruppierung; Aufhebung der finanziellen Benachteiligung der „Erfüller“

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5613

Einführung der flexiblen Altersgrenze im öffentlichen Dienst in BW

Voraussetzungen für eine Berufstätigkeit bis zum 70. Lebensjahr; Anpassung des Landesbeamtengesetzes; Verkündung einer Vorgriffsregelung im Jahr 2014

KlAnfr
s. *Altersgrenze*
Drs 15/5754

Förderung der Deutschkenntnisse von Interessenten an einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst

Überprüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache im Einstellungsverfahren für eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst; mangelnde Deutschkenntnisse als Grund für eine Nichtberücksichtigung von Bewerbern; Eignung von Personen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation für den Öffentlichen Dienst; Unterstützung potenzieller Stellenbewerber beim Erwerb der erforderlichen Sprachkenntnisse

Antr
s. *Sprachkompetenz*
Drs 15/6113

Entwicklung des Vorschlagswesens im öffentlichen Dienst des Landes BW

Maßnahmen zur Erhöhung der Beteiligungsquote; Entwicklung der Mitarbeiterbeteiligung in den einzelnen Teilen der Landesverwaltung und den Landesbetrieben; Prämierung von Vorschlägen; Ersparnisse infolge der Umsetzung von Vorschlägen; Controlling innerhalb des Vorschlagswesens; Übertragung geeigneter Vorschläge einer einzelnen Behörde auf weitere Teile der Landesverwaltung

Antr
s. *Vorschlagswesen*
Drs 15/6481

Anstreben eines höheren Anteils von Migranten im öffentlichen Dienst

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 71 87 88 91

Anstreben einer höheren Frauenquote in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes, Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 194 198 199

Flexible Ausgestaltungsmöglichkeiten der Lebensarbeitszeit im öffentlichen Dienst, Verweisung auf den Solidarpakt mit dem öffentlichen Dienst; Erhaltung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes zur Nachwuchsgewinnung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886-888 893-897

Anstreben eines höheren Anteils von Migranten im öffentlichen Dienst

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1237 1243 1246

Anstreben einer höheren Frauenquote in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes, Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530-1532 1537

Anstreben einer höheren Frauenquote in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes, Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2069

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Änderung anderer Vorschriften

Anpassungen in den Strukturen und Inhalten des öffentlichen Gesundheitsdienstes für eine nachhaltige und bürger- bzw patientenorientierte Ausrichtung der Behörden; Festschreibung der Beteiligung an Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie einer koordinierenden Rolle in den Land- und Stadtkreisen auf den Gebieten der Gesundheitsplanung und der Versorgungsstrukturen als künftige Kernaufgabe der Gesundheitsämter; Einrichtung von medizinischen Gutachtenstellen für bestimmte amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen; Durchführung von ärztlichen Einstellungsuntersuchungen und Erstellung ärztlicher Atteste auf Grundlage von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen durch geeignete Ärzte

GesEntw
s. *Gesundheitsdienstgesetz*
Drs 15/7723

Öffentlicher Haushalt

s. *Haushalt (Finanzen)*

Öffentlicher Personennahverkehr

s.a. *Haltestelle*
s.a. *Park-and-Ride-System*
s.a. *Regionalisierungsgesetz*

Verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln als Ziel der Modellregion für eine nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart

Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Fahrgästen im ÖPNV, u.a. Entwicklung einer einheitlichen Mobilitätskarte für den Geltungsbereich des VVS, Initiierung ergänzender Angebote an den Stationen wie Leihfahrräder und Carsharingfahrzeuge, Verbesserung der Fahrgastinformation, der Anschlusssicherung, Sauberkeit und Zuverlässigkeit, Einrichtung eines Online-Vertriebs für Fahrkarten, Mittelbereitstellung zur Beteiligung von (mehr) Kommunen an den Projekten

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 15.06.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/97
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 S. 17
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Möglichkeiten zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW - Fortführung des Pauschalierungsvertrags für die Ausgleichsleistung nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ausgestaltung und Zeitperspektive einer Nachfolgeregelung; Gewichtung der Interessen der Fahrgäste nach günstigen Fahrpreisen im Ausbildungsverkehr, der Omnibusunternehmen nach

Planungssicherheit durch einen mehrjährigen Vertrag und der Abrechnungsstellen nach Verwaltungsvereinfachung; Ermöglichung einer einheitlichen Kinderaltersgrenze bei allen Verkehrsverbänden, der kostenlosen Fahrradmitnahme auch in Bussen, der Einführung von Übergangstarifen zwischen Verkehrsverbänden u.a.

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 15.08.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/421
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 61-63
 PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
 Mittlg LReg 08.06.2012 Drs 15/1820

ÖPNV-Anbindung der Gemeinden im Heckengäu bzw im östlichen Enzkreis an das Mittelzentrum Mühlacker

Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen ÖPNV-Anbindung, insbes des Busverkehrs an das berufliche Schulzentrum in Mühlacker

KIAnfr Viktoria Schmid CDU 22.09.2011 und Antw MVI Drs 15/574

Entwicklung des Tourismus in BW

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen in den einzelnen Regionen differenziert nach Angeboten für Senioren, Familien, Behinderten, Kulturreisen, Bädertourismus etc; Instrumente und Schwerpunkte in der Förderpolitik, Höhe der bereitgestellten Mittel von Land, Bund und EU seit 2006; Ausrichtung der Förderpraxis auf Nachhaltigkeit, Umsetzung des Nachhaltigkeitschecks in den besucherstärksten Regionen; Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum; Bedeutung von Biosphärengebieten und Nationalparks; Ausbau und Vernetzung von ÖPNV-Angeboten; Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW

GrAnfr
 s. *Tourismus*
 Drs 15/865

Öffentliche Personennahverkehrs(ÖPNV)-Offensive für die Fläche

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Busverkehr seit 2005; Erfahrungen mit und Kosten von bedarfsorientierten öffentlichen Verkehrssystemen wie Rufbusse und Taxis; Möglichkeiten und Kosten der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für bedarfs-gesteuerte innovative Nahverkehrssysteme; erwartete Auswirkungen auf das Taxigewerbe

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 23.04.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1596
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 (dazu Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 92-94
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Mittlg LReg 30.04.2013 Drs 15/3440

Verlässliche Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) - Fortführung der Kompensationsmittel nach dem Entflechtungsgesetz und der Schienenpersonennahverkehr(SPNV)-Bestellmittel nach dem Regionalisierungsgesetz

Förderung von ÖPNV-Projekten nach dem GVFG-Bundes- und Landesprogramm, Höhe der jeweiligen Fördersummen und Kostensteigerungen; Auflistung der seit 2001 abgeschlossenen, der noch laufenden und noch nicht begonnenen bzw genehmigten Maßnahmen; Eintreten für eine Nachfolgeregelung für die ÖPNV-Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz sowie für das

GVFG-Bundesprogramm nach 2019 und für eine Fortführung und Dynamisierung der Finanzierung von SPNV-Bestellungen nach dem Regionalisierungsgesetz über das Jahr 2013 hinaus

Antr GRÜNE und SPD 09.05.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1683 (29 S.)
 PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2806-2815
 Mittlg LReg 06.05.2013 Drs 15/3474

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KIAnfr
 s. *Online-Netzwerk*
 Drs 15/2066

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/27 betr. öffentlicher Personennahverkehr

BeschlEmpf und Bericht PetA 15.11.2012 Drs 15/2551 Nr. 2 S. 3-4
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Mittlg LReg 16.01.2013 Drs 15/2895

Fahrgastinformationssysteme: Berücksichtigung der Interessen von Älteren und Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Art der eingesetzten Fahrgastinformationssysteme; Berücksichtigung der Bedürfnisse von behinderten und alten Menschen bei den bestehenden Informationssystemen sowie dem sich in der Testphase befindlichen System RUBIK für den regionalen Busverkehr; Kosten einer flächendeckenden Einführung eines Fahrgastinformationssystems im ländlichen Raum; zuständige öffentliche Träger

Antr Werner Raab u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2698
 BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/3571 S. 22 23
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Tariftreue- und Mindestlohnsgesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landstariftreue- und Mindestlohnsgesetz - LTMG)

Informationspflichten beim Betreiberwechsel im öffentlichen Personenverkehr

GesEntw
 s. *Tariflohn*
 Drs 15/2742

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Neckar-Odenwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2873

Ausbildungsverkehr - Subventionierte Tickets im Rahmen einer Weiter- beziehungsweise Fortbildung

Subventionierte Fahrkarten für Schüler in einer Fort- oder Weiterbildung, insbes Form und Höhe der Kostenbeteiligung durch das Land sowie konkrete Ausgestaltung; Unterschiede in der Fahrkostenunterstützung bei (Fach-)Hochschulstudenten und Schülern in einer Weiter- oder Fortbildung

KlAnfr
s. *Fahrkosten*
Drs 15/2925

Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung im Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart

Inhalte und Konsequenzen des Vorschlagspapiers „Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung im Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart - Gemeinsames Konzeptpapier der Verbundlandkreise Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg, Rems-Murr und der Landeshauptstadt Stuttgart“; Veränderungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aufgrund neuer Rechtsvorschriften

KlAnfr
s. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*
Drs 15/3055

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen seit 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3177

Einführung eines Landestickets und Finanzierung von Verbundtarifen zwischen Verkehrsverbänden

Planungen zur Einführung eines neuen Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bezuschussung von Tarifvollverbänden, insbes Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Metropoliticket

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/3236

Straßenbauförderung und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis

Sanierung und Ausbau von Landesstraßen; Aufnahme der Aus- und Neubaumaßnahmen in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan; Bewilligung kommunaler Straßenbaumaßnahmen gemäß dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Aufnahme von ÖPNV-Maßnahmen in das Förderprogramm 2011 bis 2015; weitere, dem RegPräs Stuttgart vorliegende ÖPNV-Förderanträge

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3305

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Verkehrssicherheit in BW

Stellenwert und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in BW, insbes Statistik zur Entwicklung der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr, Umsetzung des Leitmotivs „vision zero“, Schutz besonders gefährdeter Personengruppen; Sicherheitsbeitrag von Schwerverkehrskontrollzentren, Straßenbauplanung und Tempolimits bei der Priorisierung der Bedarfsplanmaßnahmen; Bedeutung der Verkehrssicherheit im Schienenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/3701

Bürgerbusse zur Sicherung der Mobilität im Ländlichen Raum

Angebot, Konzepte und Förderung von Bürgerbussen und Ruftaxen zur Sicherstellung der Mobilität im Ländlichen Raum

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/3759

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) - Mittelverwendung

Bestehende Verpflichtungen im Öffentlichen Personennahverkehr und im Straßenbau; Gesamtvolumen der im Förderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ bewilligten Projekte; Höhe der bis zum Ende des Förderprogramms für neue Projekte verfügbaren Fördermittel; Stand der Projekte Südumfahrung Kehlen und Ortsumfahrung Markdorf

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/3846

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr
s. *Fachklasse*
Drs 15/3853

Novellierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Einführung neuer Fördertatbestände zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Absenkung der Bagatellgrenze; Förderung des Einbaus von Lärmschutzfenstern; Übergangsregelungen für bereits zugesagte Fördervorhaben; Absen-

kung der Förderquote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); Verzicht auf Kürzungen im Förderbereich Radverkehr; Gefahr des Ausbleibens von Investitionsvorhaben wegen zu geringer Finanzkraft der Träger

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4348

Öffentlicher Nahverkehr für Menschen mit Behinderung im ländlichen Raum

Förderung barrierefreier Überlandbusse und Haltestellen im ländlichen Raum, insbes zielgerichtete Förderung von Bussen mit Lift

Antr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/4474

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbände; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr
s. *Mobilität*
Drs 15/4576

Aus- und Neubaumaßnahmen im Straßenbau in BW

Über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bewilligte Maßnahmen des Kommunalen Straßenbaus sowie des Umweltverbunds; Bewilligungen in den LKreisen seit Mai 2011; Aus- und Neubau von Landesstraßen seit dem Regierungswechsel

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4611

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

Förderbedingungen, Planungs- und Umsetzungsstand des Infrastrukturausbaus im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr Georg Wacker CDU 05.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4725

Absenkung der Förderquote bei kommunalen Verkehrsprojekten und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Auswirkungen der Absenkung der Förderquoten im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) bei kommunalen Verkehrsprojekten differenziert nach Finanzstärke der Kommunen und Region; Verfahrensstand für den Erlass einer konkretisierenden Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV, insbes Beteiligung der Kommunen und LKreise sowie Festlegung möglicher neuer Förderkriterien

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4753

Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Rahmenbedingungen der Landesförderung des Modellprojekts einer drastischen Preisreduzierung der Firmentickets im Verkehrsverbund Naldo in Tübingen, insbes Gesamtkosten, Finanzierung, Vergabe der wissenschaftlichen Begleitforschung und Planung weiterer Modellprojekte

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 12.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4758
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 53 54
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Barrierefreier Tourismus in BW

Angebot und Nachfrage nach barrierefreiem Tourismus; Förderung des barrierefreien Tourismus; Umsetzung der bundeseinheitlichen Kennzeichnungen für barrierefreie Angebote; Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Prüfung von Anträgen auf Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm; Barrierefreiheit für Besucher des Nationalparks Schwarzwald und dessen Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/4783

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 20.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4814
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 55 56
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Ko-finanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungsabwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/4970

Busförderprogramm 2014

Regelung der Busförderung in BW und in den anderen Bundesländern; Höhe der Mittel für das Busförderprogramm und Auswirkungen auf die Neuzulassungszahlen von Omnibussen; Rahmen- und Förderbedingungen des Busförderprogramms 2014, insbes Konsequenzen aus der Überzeichnung

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/4973

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personbeförderungsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollständigkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr CDU 11.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5077
PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7890-7896

Beratende Äußerung „Förderung von großen Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Personennahverkehr“

Mittlg RH 03.06.2014 Drs 15/5290 (25 S.)
PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6067
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5442 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) (23 S.)
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6354-6362
Mittlg LReg 18.12.2014 Drs 15/6059

Barrierefreie Erreichbarkeit der interkommunalen Gartenschau im Remstal 2019

Stand der Barrierefreiheit der Haltepunkte und Bahnhöfe der Remsbahn und des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich der geplanten interkommunalen Gartenschau; Investitionsaufwand für die zur Erreichung der Barrierefreiheit erforderlichen Anpassungen; Verfügbarkeit der bestehenden Einrichtungen zur Barrierefreiheit; finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV bis zum Jahr 2019

Antr
s. *Remstalbahn*
Drs 15/5289

Verkehrsentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets

Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr
s. *Jobticket*
Drs 15/5425

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Aktueller Stand zum Ausbau der ÖPNV-Anbindung des Heckengäus an den Nahverkehr der Region Stuttgart

Situation der Anbindung des Heckengäus im Öffentlichen Personennahverkehr an die Region Stuttgart, insbes Probleme der Berufspendler und im Schülerverkehr, Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis; Maßnahmen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsanbindung

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 14.07.2014 und Antw MVI
Drs 15/5481

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr
s. *Feldberg*
Drs 15/5508

Situation der Lokführerinnen und Lokführer im Vergleich

Einkommenssituation und -entwicklung bei Lokführern bei der Deutschen Bahn AG im Vergleich zu Busfahrern bei privaten Unternehmen und im öffentlichen Dienst sowie Straßen- und Stadtbahnfahrten

KlAnfr
s. *Triebfahrzeugführer*
Drs 15/5924

Regierungsbefragung

ÖPNV-Pakt für die Region Stuttgart

PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6653-6657

Verkehrsverbund zwischen Heilbronner Verkehrsverbund (HNV) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Vereinheitlichung der Tarifsysteme der baden-württembergischen Verkehrsverbände; Erleichterung des

Übergangs zwischen den Verbundgrenzen, insbes für in Richtung Stuttgart pendelnde Fahrgäste aus dem Zabergäu

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/6157

Finanzierungsreform zur Neuordnung der Leistungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz

Zeitplan für die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs; Anhebung des Pauschalbetrags für den Ausgleich von Kostensteigerungen; Interessenausgleich zwischen den Verdichtungsräumen, den Randzonen der Verdichtungsräume und dem ländlichen Raum; Zuverlässigkeit der Datenbasis für die neue Modellrechnung; Berücksichtigung eines erhöhten Verwaltungsaufwands bei den Stadt- und LKreisen sowie den Verbänden und Verkehrsunternehmen

KlAnfr Tobias Wald CDU 11.12.2014 und Antw MVI Drs 15/6245

Ausbau und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Sachstand zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW, insbes bei den großen Schienenausbauprojekten, Umsetzung und Finanzierung der einzelnen S-Bahn-, Straßenbahn- und Stadtbahnprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Maßnahmen für den ÖPNV im ländlichen Raum, Stellenwert und Unterstützung der Barrierefreiheit

Antr GRÜNE 15.12.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6272 (10 S.)

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr Siegfried Lehmann u.a. GRÜNE 07.01.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6325

Mobile Ticketing im Öffentlichen Personennahverkehr

Verkehrsverbünde mit einem Mobil-Ticketing-Angebot; Nutzung des sogenannten Handy-Tickets; Auftreten von Problemen bei der Fahrausweiskontrolle; Vereinheitlichung der eingesetzten Systeme; Förderung von Mobile Ticketing durch die LReg

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/6333

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau

Vernetzung des ÖPNV zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem LKreis Heilbronn; Fahrgastpotenzial einer direkten Busverbindung zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau; Einrichtung einer kreisübergreifenden Busverbindung; Rolle der Krebsbachtalbahn in einem kreisübergreifenden ÖPNV

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 04.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6453

Elektromobilität im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Erprobung von Elektrobussen im ÖPNV; Mehrkosten im Vergleich zum konventionellen Dieselmotor; Vorteile elektrischer Antriebe bei der Energiebilanz und den Emissionen; Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/6459

Stadtbahn Heilbronn Süd (Zabergäubahn)

Reaktivierung der Zabergäubahn; Durchführung einer standardisierten Bewertung; Investitionskosten und Finanzierung; Einbindung der Zabergäubahn in das bestehende öffentliche Verkehrsnetz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/6509

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Fortentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Stuttgart durch Umsetzung der Vereinbarung „Nachhaltig mobil: Für einen zukunftsorientierten ÖPNV in der Region Stuttgart“ zwischen dem Land BW, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den LKeisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, insbes Zuständigkeit- und Verfahrensregelung für den Erlass einer EU-konformen Vorschrift, Erweiterung der Zuständigkeiten der Verbands Region Stuttgart im Bereich des ÖPNV

GesEntw LReg 03.03.2015 Drs 15/6570 (19 S.)

1. Beratung PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7438-7443

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.03.2015 Drs 15/6617

2. Beratung PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7529

GesBeschl 15.04.2015 Drs 15/6740

GBI 2015 Nr. 8 S. 282-285 (Ges vom 21.04.2015)

Förderprogramm Regiobuslinien

Sachstand zum Förderprogramm Regiobuslinien, insbes Kriterien für das förderfähige Netz, entfallene Relationen in Stuttgart gegenüber dem ÖPNV-Pakt, Förderung des Expressbusangebots im LKreis Esslingen, Mittelbedarf an Kofinanzierung des Landes

Antr
s. *Omnibusverkehr*
Drs 15/6571

Tourismus im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Entwicklung des Tourismus im Main-Tauber-Kreis, insbes geförderte Tourismusförderprojekte, Verbesserung der touristischen Infrastruktur beim Radtourismus und beim Öffentlichen Personennahverkehr

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/6647

Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart

Sachstand zur Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart, insbes Planungsstand, Finanzierung, Zeitplan für die Umsetzung

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/6675

Regierungsbefragung

GVFG-Bundesprogramm - Abruf von Mitteln für die großen ÖPNV-Vorhaben

s. Verkehrsinvestition
PIPr 15/125 S. 7535

Stand der Einführung eines Landestickets und Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Sachstand zur Einführung eines Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr, insbes geplante Ausbaustufen und deren Anschubfinanzierung, Reduzierung der unübersichtlichen Tarifvielfalt, Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Antr
s. Fahrausweis
Drs 15/6980

Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Sachstand zur Situation von Übergriffen auf Fahrgäste und Beschäftigte im öffentlichen Personennahverkehr, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, strafrechtliche Ahndung, Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen zur Verhütung von Gewalttaten

KlAnfr Konrad Epple CDU 15.06.2015 und Antw IM Drs 15/6995

Stand der infrastrukturellen Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen)

Sachstand zu Finanzierung und Fertigstellung infrastruktureller Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen), insbes in den Bereichen kommunaler Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr

KlAnfr
s. Verkehrsinfrastruktur
Drs 15/7058

Gestaltung des Nahverkehrs

Sachstand zu den Geltungsbereichen der baden-württembergischen Nahverkehrsverbände einschließlich der Anschlussbahnhöfe sowie den Geltungsbereichen der Verbundzeitkarten

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 24.08.2015 und Antw MVI Drs 15/7335

Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Ökologische, nachhaltige und kommunalfreundliche Ausgestaltung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes zeitgemäße Anpassung der Fördertatbestände, stärkere Gewichtung der Förderung des barrierefreien Zugangs zum öffentlichen Personennahverkehr, Förderung des Einsatzes neuer Technologien sowohl für Nutzer als auch Anbieter von Öffentlichem Personennahverkehr, Stärkung der Fördermöglichkeiten für Verkehrsträger im Umweltverbund sowie deren Vernetzung untereinander

GesEntw
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/7416

ÖPNV-Ausbau kann weitergehen - Land erkämpft beim Bund mehr Geld für den Schienenverkehr

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8178-8188

Neue Chancen für die Reaktivierung der Zabergäubahn?

Sachstand zur Reaktivierung der Zabergäubahn unter Verwendung von Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Mitteln und zusätzlichen Regionalisierungsmitteln

KlAnfr
s. Zabergäubahn
Drs 15/7544

Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

Sachstand zu Förderbedingungen und Mittelverteilung iRd Sonderprogramms „Barrierefreiheit“ zur Förderung des barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen

Antr
s. Haltestelle
Drs 15/8045

Öffentlicher Personenverkehr

s.a. Fahrgast
s.a. Fluggast
s.a. Verkehrswirtschaft

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Urlaub

Mobilitätsverhalten von Touristen bei der An- und Abreise sowie am Urlaubsort; Anbindung von Reisezielen an das öffentliche Nah-, Regional- und Fernverkehrsnetz; Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Angebot vergünstigter Kombitickets; Beteiligung von Einzelhandel, Tourismusverbänden und Gastronomiebetrieben an solchen Angeboten für Tagesgäste und Urlauber; Erhöhung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr; Verbesserung der Erreichbarkeit von Skigebieten

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 08.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6225 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 28 29
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Öffentlicher Raum

Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen und bei Volksfesten eindämmen

Runder Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“; Straftaten unter Alkoholeinfluss bei Volksfesten und auf öffentlichen Plätzen insbes bei Jugendlichen; Verbesserung der Frühintervention und des Jugendschutzes; Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen; Rechtsgrundlage für ein zeitlich und räumlich begrenztes Alkoholverbot

KlAnfr
s. Alkoholkonsum
Drs 15/3324

Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen

Aktuelle Debatte
s. Alkoholkonsum
PIPr 15/87 S. 5210

Das Konzept „Lebenswerter öffentlicher Raum für alle Bürgerinnen und Bürger“ - eine Chance für die Kommunen

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5210-5223

Auswirkungen nächtlicher Überbeleuchtung und Möglichkeiten sogenannter „Dark Sky Areas“ im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Forschungsprojekte oder regionale Konzepte zur Reduzierung nächtlicher Beleuchtung; Steuerung der Beleuchtung im öffentlichen und privaten Raum per Zeitschaltung; Projekt „Sternenpark Schwäbische Alb“

KlAnfr
s. *Lichtverschmutzung*
Drs 15/8029

Öffentliches Baudarlehen

Vorzeitige Ablösung von zinsverbilligten Darlehen der L-Bank zur sozialen Mietwohnraumförderung

Sachstand zur vorzeitigen Ablösung von zinsverbilligten öffentlichen Darlehen der Landeskreditbank BW - Förderbank zur sozialen Mietwohnraumförderung, insbes Begründung und Umfang der Ablösungen sowie beteiligte Wohnungsbaunternehmen, Zahl der betroffenen Sozialmietwohnungen und deren Verteilung auf die jeweiligen Groß- und Universitätsstädte

Antr
s. *Soziale Wohnraumförderung*
Drs 15/4108

Öffentliches Bauprojekt

s. *Öffentliches Bauvorhaben*

Öffentliches Bauvorhaben

s.a. *Ausschreibung*
s.a. *Hochschulbau*
s.a. *Öffentlicher Auftrag*
s.a. *Öffentliches Gebäude*
s.a. *Vergaberecht*

Erweiterung der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart
Baulicher Zustand und räumliche Kapazitäten; Kosten- und Zeitrahmen einer Sanierung der vorhandenen Räumlichkeiten; Kosten und räumliche Kapazitäten des geplanten Erweiterungsgebäudes; sein zu erwartender Nutzen wie z.B. eine Optimierung des Betriebsablaufs oder der Wegfall von Mietkosten für Außenstellen; Gründe für die Verschiebung der Baumaßnahme, voraussichtlicher Baubeginn und Fertigstellungstermin; Maßnahmen zur Behebung der drängendsten Probleme

Antr
s. *Bibliothek*
Drs 15/2634

Universitätsmedizin in BW

Situation und geplante Neuregelungen im Bereich der Universitätsmedizin in BW, insbes Regelungswünsche von Seiten der Beteiligten in Bezug auf das Organisations-, Kooperations- und Führungsmodell, die Gewährträgerhaftung sowie die Bauherreneigenschaft; zurückliegende Bauinvestitionen und künftiger Sanierungsbedarf; Regelung der Fach- und Rechtsaufsicht des Landes sowie der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsräten von Universitätskliniken; Beteiligungen und wirtschaftlicher Erfolg von Universitätskliniken; Zeitplan und Einbeziehung der Ergebnisse des Symposiums vom 26. Oktober 2012 in Ulm und Erfahrungen aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in die Neuregelungen

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/3138

Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden

Umsetzung von Energieeffizienz-Standards bei Neubau und Sanierung von Landesimmobilien sowie bei Landesförderprogrammen; Realisierung von Niedrigenergiehäusern, KfW-60-Häusern, 3-Liter-Häusern und Passivhäusern; Vorbildfunktion der öffentlichen Hand

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3272

Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für Leupolz und Karsee, Stadt Wangen im Allgäu

Vorteile und bauplanungsrechtliche Hindernisse für den Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses zweier Ortsteile der Stadt Wangen im Allgäu

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3948

Neubau Polizeirevier Schwäbisch Hall - Kosten und Zeitpunkt

Baubeginn des neuen Polizeireviers in Schwäbisch Hall; Auswirkungen der Herabstufung von der bisherigen Polizeidirektion Schwäbisch Hall auf ein Polizeirevier für Planung, Baudurchführung und Finanzierung

MdlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4652

Umsiedlung der Hochschule Esslingen

Bauliche und energetische Sanierung der Hochschule Esslingen am Standort Flandernstraße oder Umsiedlung auf das sogenannte Güterbahnhofareal in der Esslinger Weststadt; Stand der Überlegungen; geschätzte Höhe der jeweiligen Investitionsvolumina; Größe der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücksflächen am Standort Flandernstraße; möglicher Erlös bei einem Verkauf als Bauland für eine Wohnbebauung; Errichtung des Ersatzneubaus für den Fachbereich Versorgungs- und Umwelttechnik auf dem Güterbahnhofareal statt auf dem Knäbelareal; Sondierungsgespräche mit der Stadtverwaltung Esslingen über eine Standortverlagerung in die Esslinger Weststadt

KlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/4738

Schattenwirtschaft und Tariftreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tariftreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KlAnfr
s. *Schwarzarbeit*
Drs 15/4745

Kostenplanabweichungen bei Bauvorhaben an Bundesfernstraßen in BW

Ursachen für Kostenplanabweichungen bei Bauvorhaben an Bundesfernstraßen in BW im Vergleich zur Vorausberechnung und Meldung an den Bund; Situation in den anderen Bundesländern

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/5715

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr
s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*
Drs 15/5734

Öffentliches Gebäude

- s.a. *Gästehaus*
- s.a. *Hochschulbau*
- s.a. *Landeseigene Liegenschaft*
- s.a. *Landespavillon*
- s.a. *Landtagsgebäude*
- s.a. *Öffentliches Bauvorhaben*
- s.a. *Polizeigebäude*
- s.a. *Schulgebäude*

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler und landeseigener Gebäude, bei angemieteten Liegenschaften sowie Gebäuden und Betriebsstätten von landesbeteiligten Unternehmen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/330

Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie

Positionierung zum o.g. Vorschlag der EU-Kommission und den darin vorgesehenen pauschalen Einsparverpflichtungen zur Verringerung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent, insbes auch zur verbindlichen Sanierungsquote für öffentliche Gebäude; Bezifferung der Kosten für das Land, die Kommunen, Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/1127

Präventive Neuinstallation und/oder Nachrüstung von Rauchmeldern in der Landesbauordnung (LBO)

Verankerung der o.g. Verpflichtung für private und öffentliche Gebäude in der LBO

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/1382

Inklusion von blinden und sehbehinderten Menschen in BW

Zahl der Empfänger von Landesblindengeld u.a. Hilfen 2011, Beurteilung der Forderung nach Erhöhung und Einführung eines Sehbehindertengelds; Zahl und Anteil von Aufzügen zur Personenbeförderung in den Liegenschaften des Landes mit Benutzerinformationen in Blindenschrift und akustischen Informationssystemen, Kosten einer entsprechenden Ausrüstung bei allen Neubauten und Sanierungen

Antr
s. *Blinder*
Drs 15/2142

Umweltschutz durch Emissionshandel für Privatpersonen und die öffentliche Hand

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten, Übertragbarkeit des hessischen Projekts „Emissionshandel durch Schornsteinfeger für energetische Verbesserungen in Anlagentechnik und Gebäudehülle“, Sammlung der Verkaufsrechte für eingespartes Kohlendioxid von privaten und öffentlichen Gebäudeeigentümern in einem Pool bei der L-Bank oder LBBW?

Antr
s. *Emissionshandel*
Drs 15/2214

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2344

Erweiterung der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart

Baulicher Zustand und räumliche Kapazitäten; Kosten- und Zeitrahmen einer Sanierung der vorhandenen Räumlichkeiten; Kosten und räumliche Kapazitäten des geplanten Erweiterungsgebäudes; sein zu erwartender Nutzen wie z.B. eine Optimierung des Betriebsablaufs oder der Wegfall von Mietkosten für Außenstellen; Gründe für die Verschiebung der Baumaßnahme, voraussichtlicher Baubeginn und Fertigstellungstermin; Maßnahmen zur Behebung der drängendsten Probleme

Antr
s. *Bibliothek*
Drs 15/2634

Besetzung des Stuttgarter Rathauses durch Stuttgart 21-Gegner
Bewertung o.g. Besetzung am Abend des 10. November 2012

MdlAnfr
s. *Hausfriedensbruch*
Drs 15/2649

Attikafiguren des Hauses der Wirtschaft

Auslagerung der zwölf Attikafiguren in einen Steinbruch in Eppingen-Mühlbach; Erhaltungszustand der Statuen; Kosten der Zwischenlagerung; Restaurierung und Wiederaufstellung

KlAnfr
s. *Haus der Wirtschaft*
Drs 15/3469

*Karlsruhe**Verkauf des landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14*

Verkauf des durch das Finanzamt Karlsruhe-Stadt genutzten landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14 in Karlsruhe für 24 Millionen Euro an die Landeskreditbank BW (L-Bank); Finanzierung der Neuunterbringung des Finanzamts durch den Kaufpreis; unentgeltliche Nutzung des Gebäudes durch das Finanzamt bis zur Fertigstellung des Neubaus

Antr LReg

s. *Landeseigene Liegenschaft*

Drs 15/4110

Novellierung der Garagenverordnung BW (GaVO)?

Regelungen der GaVO und ihre Bemessungsgrundlagen; Anpassung der Stellplatzbreite an die gegenwärtige Pkw-Breite; Änderungsbedarf bei den Vorschriften für Parkplätze im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich; Regelungen für die Lagerung von Kinderwagen

KlAnfr

s. *Garage*

Drs 15/4969

Kriterien zur Anerkennung von Kulturdenkmalen in BW, speziell: Anlass für die Aufnahme des Landratsamts von Schwäbisch Hall in die Liste der Kulturdenkmale

Kriterien für die Aufnahme in die Liste der Kulturdenkmale in BW, insbes Anlass für die Aufnahme des Landratsamts Schwäbisch Hall, finanzielle Konsequenzen der Aufnahme

MdlAnfr

s. *Kulturdenkmal*

Drs 15/5114

Brandschutzaufgaben zur Weihnachts- und Adventszeit in Schulen

Aufgaben bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen in Klassenzimmern, Fluren, Treppenhäusern und auf Rettungswegen; Erteilung von Handlungsanweisungen an die unteren Verwaltungsbehörden für das Aufstellen von Weihnachtsbäumen in öffentlichen Gebäuden; Haftung im Schadensfall

KlAnfr

s. *Brandschutz*

Drs 15/6197

Vorfälle bei der „Demo für alle“ am 11. Oktober 2015 in Stuttgart

Verhinderung einer Nutzung des Opernhauses als Kulisse für die Teilnehmer der „Demo für alle“; Nutzung der Terrasse des Opernhauses für politische Meinungsbekundung; Entrollen eines Transparents in Regenbogenfarben mit der Aufschrift „Vielfalt“ durch Gegendemonstranten an der Fassade des Opernhauses; Anzahl der während der Demonstration festgenommenen und verletzten Personen; Höhe der Sachschäden; Kosten des Polizeieinsatzes sowie des Einsatzes von Hilfs- und Rettungsdiensten

Antr

s. *Demonstration*

Drs 15/7603

Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1621-1628

Öffentliches Rechnungswesen*Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreiss Calw*

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2924

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreiss Freudenstadt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2931

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Land- und Stadtkreis Heilbronn

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2932

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreiss Reutlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien und deren Weiterverwendung; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2933

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreiss Tübingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu

Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2934

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2935

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Schwäbisch Hall

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2948

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Göppingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2949

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Konstanz

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*
Drs 15/2950

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Heidenheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2951

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rastatt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2952

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Sigmaringen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2954

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Böblingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2962

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Waldshut

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2963

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ludwigsburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2964

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Hohenlohekreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2966

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2968

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tuttlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2971

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Enzkreis und im Stadtkreis Pforzheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2972

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rems-Murr-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2973

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ravensburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2974

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rottweil

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2975

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Lörrach

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-

terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2976

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Esslingen
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2977

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Bodenseekreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2978

*Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadt- und LKreis
Karlsruhe*

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2979

*Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Schwarzwald-Baar-
Kreis*

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-

punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2980

Polizeireform: Auswirkungen der Reform in Stuttgart

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2990

*Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Neckar-Odenwald-
Kreis*

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2991

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ortenaukreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2995

*Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadtkreis Mann-
heim*

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2996

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Main-Tauber-Kreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2998

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ostalbkreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2999

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Zollernalbkreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3000

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Biberach
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3026

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-

nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3049

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Alb-Donau-Kreis und im Stadtkreis Ulm

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3058

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Harmonisierte Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor in den Mitgliedstaaten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4487

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr
s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*
Drs 15/6203

Umstellung von Kameralistik auf Doppik bei den Kommunen und LKreisen

Sachstand zur Umsetzung der Umstellung von Kameralistik auf Doppelte Buchführung bei den Kommunen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. *Doppelte Buchführung*
Drs 15/7568

Öffentliches Unternehmen

s.a. *Energiewirtschaft*
s.a. *Kommunales Unternehmen*
s.a. *Landesbeteiligung*
s.a. *Öffentliche Einrichtung*
s.a. *Wettunternehmen*
s.a. *Wohnungswirtschaft*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 24: Landesimmobiliengesellschaft BW

Mittlg LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/20

Datenerhebung bei den Stadtwerken

Gründe und Auswirkungen der umfangreicheren Datenerhebung der Landesregulierungsbehörde bei der „Datenerhebung Kostenprüfung - Gas“ von den Stadtwerken im Vergleich zur Bundesnetzagentur, Höhe und Träger der Kosten für die Landeskontrollbehörde, Beurteilung der Aufgabenverteilung zwischen der Bundesnetzagentur und den Ländern und der damit verbundenen Parallelstrukturen

Antr
s. *Aufsichtsbehörde*
Drs 15/89

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH „BKV - Bäder- und Kurverwaltung BW und ihre Beteiligung an Bäder- und Kurunternehmen“

Mittlg LReg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 15/93

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/151

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Verkehr und Infrastruktur und der Staatssekretärin im MVI in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/297

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 12: Landesbetrieb Vermögen und Bau

Mittlg LReg
s. *Bauverwaltung*
Drs 15/844

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschluss des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg LReg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 15/990

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst als Mitglied und Vorsitzende des Aufsichtsrats bei der Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/1219

Compliance - Instrument öffentlicher Corporate Governance und des öffentlichen Auftragswesens

Umsetzung von Compliance (Einhaltung von Vorschriften und Regeln) durch Unternehmen (mit Landesbeteiligung), Entwicklung eines Compliance-Managements bzw von (Überwachungs-)Einrichtungen als Governance-Aufgabe für die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, Bewertung eines Tariftreuegesetzes als dadurch überflüssig, Übernahme einer Zertifizierung von Compliance-Management-Systemen

Antr
s. *Geschäftsführung*
Drs 15/1386

Nachteile für Unternehmen aus BW auf dem europäischen Markt wegen geringer Frauenquote

Ausschluss o.g. Unternehmen vom Wettbewerb in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Äußerungen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Positionen der Unternehmensverbände zu einer verbindlichen Frauenquote im Vorstand von Unternehmen; Beurteilung des Handlungsbedarfs bei den auf dem europäischen Markt agierenden Unternehmen, u.a. auch bei denen mit Landesbeteiligung

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1510

Erhalt der Staatsbäder in BW

Entwicklung der Unterhalts- und Investitionsausgaben für die Bäder- und Kurunternehmen mit Landesbeteiligung, der Zahlen von Besuchern und Arbeitsplätzen sowie der Geschäftsergebnisse seit 2002; Darlegung der Bedeutung des Kur- und Heilbäderwesens für den Tourismus sowie der Haltung zu den Empfehlungen des RH in seiner beratenden Äußerung von 2007; Bereitstellung der notwendigen Mittel im kommenden Doppelhaushalt und Festhalten an den bestehenden Eigentums- und Beteiligungsverhältnissen der landesbeteiligten Unternehmen

Antr
s. *Landesbeteiligung*
Drs 15/2289

Umsatzsteuerliche Behandlung von Zuschüssen an kommunale und landesbeteiligte Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Auswirkungen der Umsatzsteuerpflicht für Zuschüsse an kommunale und landesbeteiligte GmbHen, insbes Rechtslage, Entlastung von Nachforderungen sowie Änderung der Organisations- und Vertragsgestaltung

Antr
s. *Kommunales Unternehmen*
Drs 15/3051

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Kultus, Jugend und Sport in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/3208

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/3330

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3632

Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - landeseigene Eisenbahnen

Aufstellung der von landeseigenen Eisenbahnverkehrsunternehmen bedienten Strecken, Nennung der für die jeweilige Bahnstrecke zuständigen Eisenbahnunternehmen; Vertragsbedingungen, Laufzeit der Verträge; Ausschreibungsbedingungen für die gegenwärtig von landeseigenen Eisenbahnen bedienten Strecken im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3742

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4759

Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach und seiner Service- und Deckstationen im Jahr des 500-jährigen Bestehens
Bedeutung, Gegenwart und Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach, insbes Höhe der Landesinvestitionen, wirtschaftliche Lage, geplante Sparmaßnahmen, Feier des 500-jährigen Bestehens, Rolle in Pferdezucht und Pferdesport, Vergleich mit deutschen und europäischen Staatsgestüten

Antr
s. *Pferdezucht*
Drs 15/4946

Ökologischen Weinbau in BW stärken

Situation des ökologischen Weinbaus in BW, insbes Wegfall der Phosphonate, Änderungen der EU-Richtlinien, Ergebnisse des Ökomonitorings, Ausbau des ökologischen Anbaus in den Staatsweingütern; Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes im konventionellen Weinbau

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/4989

Frauen in Führung

Entwicklung des Anteils weiblicher Führungskräfte in den börsennotierten Unternehmen im Vergleich mit anderen Bundesländern und EU-Ländern; branchenspezifische Besonderheiten; Maßnahmen und Programme zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Führungskräften von Unternehmen, insbes der staatlichen Betriebe; Auswirkungen eines Bundesgesetzes zur Einführung einer Frauenquote

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5154

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr
s. *Teilzeitarbeit*
Drs 15/5675

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftszweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/5844

Entwicklung des Vorschlagswesens im öffentlichen Dienst des Landes BW

Maßnahmen zur Erhöhung der Beteiligungsquote; Entwicklung der Mitarbeiterbeteiligung in den einzelnen Teilen der Landesverwaltung und den Landesbetrieben; Prämierung von Vorschlägen; Ersparnisse infolge der Umsetzung von Vorschlägen; Controlling innerhalb des Vorschlagswesens; Übertragung geeigneter Vorschläge einer einzelnen Behörde auf weitere Teile der Landesverwaltung

Antr
s. *Vorschlagswesen*
Drs 15/6481

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 17 - Abwicklung von Fiskalerbschaften (Kap 1209)

Mittlg RH
s. *Erbe*
Drs 15/7017

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Sachstand zu Situation und Führungskräften in Unternehmen mit mittelbarer oder unmittelbarer Beteiligung des Landes BW, insbes Entwicklung des Frauenanteils und der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, Maßnahmen zur Verhinderung einer Schlechterstellung von in Teilzeit arbeitenden Führungskräften

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/7461

Beratende Äußerung „Landesbetriebe“

Mittlg RH 30.10.2015 Drs 15/7606 (91 S.)
PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8476
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7808
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Kompetenzüberschreitungen des Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. des landeseigenen Verkehrsbetriebs SWEG

Art der dem Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. angelasteten Verstöße; Ausscheiden und Neubesetzung des technischen Vorstands; Forderung nach Einsichtnahme in das Gutachten des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft über die Vorgänge innerhalb der SWEG

Antr
s. *Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft*
Drs 15/7665

Öffentliches Verkehrsmittel

- s.a. *Fahrgast*
- s.a. *Omnibus*
- s.a. *Schienenverkehr*
- s.a. *Schnellbahn*
- s.a. *Stadtbahn*
- s.a. *Taxigewerbe*

Steigerung der Umstiegsbereitschaft auf öffentliche Verkehrsmittel mit einer neuen Infrastruktur für vernetzte Mobilität

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 426-429

Steigerung der Umstiegsbereitschaft auf öffentliche Verkehrsmittel mit einer neuen Infrastruktur für vernetzte Mobilität

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1205 1207

Steigerung der Umstiegsbereitschaft auf öffentliche Verkehrsmittel mit bedarfsgesteuerten Nahverkehrssystemen und einer verbesserten Fahrgastinformation

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1335 1352 1353 1357 1358 1361 1362

Vernetzung von öffentlichen Verkehrsmitteln mit der Elektromobilität

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1807 1808 1810

Verknüpfung der Elektromobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1927 1928

Öffentliches Vermögen

- s.a. *Bundesanstalt für Immobilienaufgaben*
- s.a. *Kapital*
- s.a. *Landesbeteiligung*
- s.a. *Landeseigene Liegenschaft*
- s.a. *Landesstraße*
- s.a. *Öffentliche Beteiligung*
- s.a. *Öffentliches Gebäude*
- s.a. *Öffentliches Unternehmen*

„Kassensturz“ der LReg; Kaufmännisches Rechnungswesen als Zukunftsmodell der staatlichen Rechnungslegung

Schritte und Zeitplan zur Einführung der Doppik im Landeshaushalt; Umgang mit den Kommunen, die ihr Rechnungswesen bereits umgestellt haben bzw dies noch vornehmen (müssen); Gewährung von Schadenersatz für die geleisteten Aufwendungen im Falle der Einräumung eines Wahlrechts? Erstellung einer Machbarkeitsstudie für den Kassensturz unter Zuziehung von externen Experten; Vorlage einer testierten Vermögensrechnung und Eröffnungsbilanz mit dem Hpl 2012 bzw 2013; Festhalten an der Rechtslage für die Kommunen zur Umsetzung der Doppik mit dem Gesetz zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts

Antr
s. *Kassen- und Rechnungswesen*
Drs 15/134

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 5 - Landesschulden und Landesvermögen

Mittlg RH
s. *Schulden*
Drs 15/1905

Finanzielle Spielräume der LReg zur Absenkung der im Doppelhaushalt 2013/2014 geplanten Neuverschuldung

Nutzung von Überschüssen aus dem Haushalt 2011 und sonstiger Rücklagen aus früheren Haushaltsjahren sowie der erwarteten Mehreinnahmen der Jahre 2012, 2013 und 2014 zur Verringerung der Nettokreditaufnahme; Nutzung von Steuermehreinnahmen durch das Steuerabkommen mit der Schweiz; Berücksichtigung einer rückläufigen Entwicklung bei den Zinsausgaben sowie von Minderausgaben beim Personal

Antr
s. *Nettokreditaufnahme*
Drs 15/2758

Notwendigkeit einer Vermögensbilanz des Landes, Kritik an der Veräußerung von Immobilien- und Anlagevermögen und Verwendung der Mittel für konsumtive Zwecke, Ankündigung von Investitionen in den Wertbestand des Landesvermögens

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 120 125 127 128 131 132 134-143

Kritik an der Vorgängerregierung wegen zu geringer Investitionen in die Vermögenssubstanz des Landes, Erarbeitung einer Vermögensrechnung

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-376 380-384 388 407 408

Feststellung zu geringer Investitionen in die Vermögenssubstanz des Landes, Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesgebäuden und Landesstraßen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431 433-437 440 441 444 445

Feststellung zu geringer Investitionen in die Vermögenssubstanz des Landes, Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesgebäuden und Landesstraßen, Erarbeitung einer Vermögensrechnung

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 583 584

Ankündigung einer Sanierung des Landesvermögens

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040 1041

Bildung einer Investitionsrücklage zur Sanierung des Landesvermögens, Erarbeitung einer Vermögensrechnung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1113 1114 1121 1122 1127 1135-1137

Wiederherstellung von Landesvermögen mit Mitteln aus der Sanierungsrücklage

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190 1197 1201

Verweisung auf den Substanzverlust des Landesvermögens, Erarbeitung einer Vermögensrechnung, energetische Sanierung der Landesgebäude

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1932 1933

Öffentlichkeit

s.a. Bürgerbeteiligung

s.a. Information

s.a. Öffentlichkeitsarbeit

s.a. Veröffentlichung

Gebot der Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen

Handhabung der §§ 34 und 35 der Gemeindeordnung, insbes bei Angelegenheiten in der vornehmlichen Zuständigkeit des Bürgermeisters

KlAnfr

s. Gemeinderat

Drs 15/1256

Öffentlichkeitsarbeit

s.a. Informationsveranstaltung

s.a. Presse

s.a. Publizitätspflicht

s.a. Sponsoring

s.a. Veröffentlichung

s.a. Werbung

Unterstützung des Personalwesens der Bundeswehr durch die LReg

Unterstützung der Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren oder Reservisten an Schulen bzw der Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung der Bundeswehr; Zahl der als Reservisten beorderten Landesbediensteten, Unterstützung der Ableistung von Wehrübungen

Antr

s. Bundeswehr

Drs 15/1076

Übernahme von Informationsmaterial türkischer Stellen durch Behörden des Landes BW?

Beurteilung der Übernahme o.g. Materialien zur Rolle der Frau und von häuslicher Gewalt sowie der Verbreitung hierzulande, Frage nach einem Anpassungsbedarf im Blick auf die unterschiedliche Lebenssituation in der Türkei und der Migranten in Deutschland sowie nach bereits vorhandenen Publikationen von Bund und Land sowie anderer BLänder

Antr

s. Türkei

Drs 15/1484

Verteilung kostenloser Koran-Ausgaben durch religiöse Extremisten in BW

Beurteilung der o.g. Verteilaktion von Anhängern eines radikal-salafistischen Islam in rechtlicher Hinsicht sowie unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Erkenntnisse über die beteiligten Personen und Finanzierung der Aktion, Beobachtung der Salafisten vom Verfassungsschutz, Frage nach Möglichkeiten zur Untersagung und Aufklärung

Antr

s. Koran

Drs 15/1576

Probleme bei dem Internetportal der Polizei BW

Ausfallzeiten und Gründe für die mangelnde Erreichbarkeit des Internetportals; mögliche Beeinträchtigung des E-Mail-Verkehrs der Polizei; Angaben zu Beschwerden über die Erreichbarkeit vonseiten der Bürger, der Presse oder von Organisationen; Anmahnung von Informationen über die Polizeireform, insbes über die Bewertungskriterien zu den Standortentscheidungen; Aufnahme der geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne; Einrichtung einer Diskussionsplattform

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/2008

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 29 - Kommission für geschichtliche Landeskunde (Kap 1495)

Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission und der Rahmenbedingungen für die landesgeschichtliche Forschung

Mittlg RH

s. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Drs 15/1929

Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst

Entwicklung der Zahl von o.g. Bewerbungen und Einstellungen seit 2002; Anteil und Nationalitäten von Migranten im Polizeidienst im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung; gezielte Werbung für den Polizeiberuf unter jungen Migranten; lan-

desweite Ausdehnung des Pilotprojekts „Kulturelle Vielfalt“ in Mannheim, bei dem über eine spezielle Internetseite um Migranten für den Polizeidienst geworben wird

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/2118

Steigerung der Energieeffizienz durch Austausch von Elektromotoren

Angaben zum Einsatz von Elektromotoren in Industrie, Gewerbe, Verkehr, privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen; Stromverbrauch im Vergleich zum Gesamtstromverbrauch; Nachfrage nach sparsameren Motoren und Einspartechnologien; Einsparpotenzial beim Stromverbrauch; Förderung des Austauschs veralteter, ineffizienter Elektromotoren; Norm für Elektromotoren der Effizienzklasse IE4; Forderung einer Werbekampagne für energieeffiziente Elektromotoren im Jahr 2013

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2341

Impfstatus in BW

Entwicklung der Impfraten und der Akzeptanz von Impfungen in den letzten Jahren; Informationen zu bestehenden Impfstoffen sowie Gefahren und Risiken bei Impfungen; Anstreben einer flächendeckenden Durchimpfung der Bevölkerung mit einer entsprechenden Aufklärungsarbeit

KlAnfr
s. *Impfung*
Drs 15/2454

Tourismus- und Öffentlichkeitskonzeption für das UNESCO-Welterbe „Prähistorische Pfahlbauten“ in BW

Bedeutung der baden-württembergischen UNESCO-Welterbestätten „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“, insbes Stellenwert für den Tourismus, unangemessene Öffentlichkeitswirkung, Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Öffentlichkeitswirkung und Tourismusförderung

KlAnfr
s. *Welterbe*
Drs 15/2938

Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V./Turmforum S 21

Bewertung und Unterstützung der Arbeit des Vereins Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. insbes geplante Neustrukturierung, Finanzierung, Kommunikationsstrategie, Mitgliedschaft der LReg; Besucherzahlen des Turmforums S 21; Teilnahme der LReg an der Eröffnung der neu konzipierten Ausstellung im Turmforum

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3525

Vergabepaxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftsenergiesysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 15/4499

Verwendung des großen Landeswappens

Anzeige „Wir kennen alles. Außer Homophobie“ der GEW und der Organisation Campact in Anlehnung an die Werbekampagne des Landes „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“; Nutzung des großen Landeswappens in der Zeitungsanzeige; Abänderung des Wappens; Genehmigung der Wappennutzung beim Innenministerium; Bewertung des Inhalts der Kampagne; Kenntnis von der Kampagne und deren Unterstützung

Antr
s. *Staatsymbol*
Drs 15/4688

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr
s. *Bodendenkmal*
Drs 15/4776

Die Wahrnehmung unserer bäuerlichen Familienbetriebe in der Öffentlichkeit stärken

Sachstand zur Wahrnehmung des Bildes bäuerlicher Familienbetriebe in der Öffentlichkeit, insbes Differenzierung zwischen ökologischer und konventioneller Bewirtschaftung, zunehmendes Auftreten von Vorbehalten gegen die Landwirtschaft; Maßnahmen zur Stärkung der Wahrnehmung bäuerlicher Familienbetriebe

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/7279

Vertuschung von Ermittlungen beim Polizeipräsidium Heilbronn?

Hintergründe zur verzögerten Bekanntgabe eines versuchten Sexualdelikts am Fastnachtsdienstag im Bereich Mudau durch das Polizeipräsidium Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/8025

Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Zweifelhafte Schaffung zusätzlicher Stabstellen im Kultusministerium

Verbesserung der Unterrichtsqualität mit der o.g. Stellenausweitung sowie der Vermittlung von Schulpolitik gegenüber der interessierten Öffentlichkeit mit der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers

MdlAnfr
s. *Stellenplan*
Drs 15/98

Zweifelhafte Stellenbesetzungen im KM

Rechtfertigung der zusätzlichen Stabstellen und der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers, Erwartung einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und Kommunikation der Schulpolitik? Darlegung der öffentlichen Ausschreibung, der Beteiligung der Personalvertretung und beamtenrechtlichen Kriterien der Bewerberauswahl für die Stellenneubesetzungen; Frage nach der Qualifikation des Leiters der neuen Stabstelle Schulmodelle sowie nach der Begründung der für ihn eingerichteten Fahrbereitschaft, Ausstattung mit Weisungsbefugnis gegenüber der Schulverwaltung? Rücknahme der Höherstufung des Pressesprechers; Berichtsvorlage bis 15.09.2011 über die (effektivere) Aufgabenbewältigung durch die neuen Stellen und Rechtfertigung der Mehrkosten

Antr
s. *Stellenplan*
Drs 15/306

Regionale Öffentlichkeitsarbeit der LReg für die Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

Rechtfertigung von Zielen und Aufwand für die Flugblattaktion zur Werbung um den Nationalpark, Begründung der engen Fristsetzung und deren Aufhebung, Kriterien für die Auswertung der Antwortkarten, Bewegung der Forstverwaltung zum Verzicht auf fachliche Stellungnahmen, Frage nach weiteren Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/510

Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter Medien durch die Pressearbeit der LReg?

Beurteilung einer inhaltlich und zeitlich abweichenden Information von Presseorganen durch das Integrationsministerium über Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Einbürgerung; Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LReg

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.03.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1485
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.06.2012 Drs 15/2544 S. 107
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 26.06.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1959
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 48
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Erläuterung und Abgrenzung von Begrifflichkeiten bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark

Gegenüberstellung der Schutzkategorien FFH-Gebiet, Biosphärengebiet, Naturpark und Nationalpark nach ihren rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, nach ihren Auswirkungen auf die regionale (Holz-)Wirtschaft und den Tourismus; Darlegung der mit der Einrichtung der vier Gebiete verfolgten Ziele; Information und Einbeziehung der Bürger zur möglichen Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2235

Was kostet den Steuerzahler die Werbeoffensive für die Gemeinschaftsschule?

Art der eingesetzten Werbemittel, Höhe der Kosten und Adressaten der Kampagne zur Einführung der Gemeinschaftsschule; Auflistung von weiteren Aktivitäten und Informationsveranstaltungen zur Bewerbung der Gemeinschaftsschule und deren Kosten sowie der bisherigen Gespräche des KM mit Schulleitungen und Schulträgern

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2388

Kampagne für die Stärkung der natürlichen Geburt

Informationskampagne unter der Federführung des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren; Einrichtung eines vom Ministerium berufenen Beirats aus Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen sowie der beteiligten Organisationen; Bereitstellung der erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2013/2014

Antr
s. *Geburt*
Drs 15/2661

Zukünftige Umsetzung der Projekte im Bereich Entwicklungszusammenarbeit

Kosten des Bürgerdialogs „Welt:Bürger gefragt!“ und der Erarbeitung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes; Finanzbedarf für die Umsetzung von Entwicklungsprojekten sowie für Öffentlichkeitsarbeit; Durchführung von Projekten durch die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit BW (SEZ); Verwendung der im Staatshaushaltsplan in Kapitel 0202 Titel 685 70 eingestellten Mittel; Kriterien für Projektauswahl und Mittelvergabe

Antr
s. *Entwicklungszusammenarbeit*
Drs 15/2771

Über die „intensive Bearbeitung der Journalisten in der Nacht vor und am Rande der Heuss-Preisverleihung“

Pressearbeit des Regierungssprechers und ihre Grenzen; Begründung des Einsatzes des Pressesprechers der LReg im Zusammenhang mit der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an Daniel Cohn-Bendit; Begünstigung Daniel Cohn-Bendits durch die begleitende Pressearbeit; Höhe des dadurch entstandenen finanziellen Aufwands

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 13.05.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3491

Dialogkampagne der LReg zur Energiewende

Ziele, Kosten und Veranstaltungen der Dialogkampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft BW

zur Energiewende; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen zur Beschränkung der Öffentlichkeitsarbeit der Exekutive in der Vorwahlzeit

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/3629

Externe und interne Kommunikation des Integrationsministeriums

Stellenbeschreibung des Mitarbeiters für „Entwicklung und Umsetzung externer und interner Kommunikationsmaßnahmen in türkischer Sprache“ in der Pressestelle des Integrationsministeriums; Eingruppierung der Stellen in der Pressestelle; verwendete Sprachen in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Integrationsministeriums; herausgehobene Rolle der türkischen Sprache

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3741

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten der Kampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft; mit der Durchführung der Kampagne beauftragte Firmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Personal- und Sachkosten für die Durchführung der Kampagne innerhalb der Landesverwaltung; Bekanntheitsgrad der Kampagne bei den Bürgern; Besuch der Internetseite der Kampagne und Nutzung der interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 13.12.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4500
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.03.2014 Drs 15/5137 S. 14-17
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4636

Veranstaltungen - „RadKULTUR BW“

Auflistung der vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur im Jahr 2013 durchgeführten Veranstaltungen und deren Kosten; für 2014 geplante Veranstaltungen; Erkenntnisse aus den Veranstaltungen; Subventionierung einer RadCouture-Modeshow im Jahr 2013; Kritik des Bunds der Steuerzahler an den Ausgaben für die Veranstaltungen zur „RadKULTUR BW“

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4763

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?

Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemein-

schaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Informationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webauftritt des Kultusministeriums

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 31.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5009
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 5 6
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - Vergabeverfahren, detaillierte Kosten und Weiterentwicklung

Durchführung der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Personal- und Sachkosten, Auftragsvergabe, Betreuung der Internetseite www.50-80-90.de; Abwicklung der Kampagne wegen Erfolgslosigkeit

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 09.04.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5063
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 86-89
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Facebook-Werbung der LReg

Intention, Einsatz und Finanzierung von Werbemaßnahmen der LReg und angegliederter Behörden im Sozialen Netzwerk „Facebook“

KlAnfr
s. *Facebook*
Drs 15/5190

Weitere Nachfragen zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten, Auftragsvergabe und Bekanntheit der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 27.06.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5380
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 86-89
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr
s. *Patentverfahren*

Drs 15/5609

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - weitere offene Fragen

Sachstand zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Wirkung, Mitteleinsatz sowie Auswahl und Honorar des Politikberaters N.H.

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 27.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6198

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.03.2015 Drs 15/6921 S. 39-43

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Bearbeitung einer SWR-Medienanfrage im Justizministerium

Sachstand zu den genauen Umständen des Eingangs und der Beantwortung einer Medienanfrage des SWR zum zweiten Fall einer rechtswidrigen Einzelhaft in BW sowie der Ermittlung und Aufklärung dieses Falls

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 28.11.2014 und Antw JM Drs 15/6204

Haltung der LReg zur geplanten Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Sachstand zur Haltung der LReg zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen, insbes Stellenwert des Eckpunktapiers „Positionierung zu TTIP“ als Kriterienkatalog für eine mögliche Zustimmung im Bundesrat, Unterstützung der Verhandlungen auf der Bundes- und EU-Ebene, Ausgestaltung der Informationspolitik, Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Zusammensetzung des künftigen TTIP-Beirats

Antr

s. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Drs 15/6709

Die „100.000 Protestanten. Und nicht ein Wasserwerfer.“ - Veröffentlichung auf dem Portal des Landesmarketings

Hintergründe zur unkontrollierten Veröffentlichung eines Kommentars zum Kirchentag von einem Praktikanten auf einer offiziellen Homepage des zum Staatsministerium gehörenden Landesmarketings

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.06.2015 und Antw StM Drs 15/6958

Wird die LReg bei von ihr selbst organisierten Podiumsdiskussionen dem Anspruch der Überparteilichkeit gerecht?

Sachstand zur Durchführung der Veranstaltungsreihe „Gemeinsam gute Schule machen“, insbes Berücksichtigung von Bestimmungen für die Organisation und Durchführung von allgemein politischen Diskussionsveranstaltungen an baden-württembergischen Schulen sowie der Zusammensetzung der Podien mit Angehörigen politischer Parteien, Bewertung der am 13. Juni 2015 in Ulm getätigten Äußerung des Podiumsteilnehmers und Landeselternebeiratsvorsitzenden Dr. C.R.

Antr

s. Bildungspolitik

Drs 15/7086

Der Irrtum des Praktikanten im Freigabeverfahren des „100.000 Protestanten. Und nicht ein Wasserwerfer.“-Postings

Sachstand zum Freigabeverfahren eines Postings von einem Praktikanten zum Kirchentag auf einer offiziellen Homepage des Landesmarketings

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.07.2015 und

Antw StM Drs 15/7125

Öffentlichkeitskampagne der Landesregierung „Mach's Mahl - Gutes Essen für BW“

Sachstand zur Konzeption, Durchführung und Finanzierung der Öffentlichkeitskampagne der LReg „Mach's Mahl - Gutes Essen für BW“

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 01.10.2015 und Antw MLR Drs 15/7458

Berichterstattung über besondere Vorkommnisse in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten oder sonstige besondere Vorkommnisse in oder im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften im Vergleich zu sonstigen Vorkommnissen

KlAnfr

s. Unterkunft

Drs 15/7485

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingsunterkünften; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr

s. Unterkunft

Drs 15/7591

Umgang mit und Folgen der Kleinen Anfrage „Finanzpolitische Bilanz bei der Polizei BW - Verbotene Wahlwerbung für die SPD durch Herrn Innenminister Gall?“

Sachstand zur Verbreitung und Aktualisierung der „Finanzpolitischen Bilanz bei der Polizei BW“, insbes Rücknahme und Vernichtung der ursprünglichen Fassung mit wahlwerbendem Charakter

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.03.2016 und Antw IM Drs 15/8096

Kritik an der starken Erhöhung der Repräsentationsausgaben für das StM

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 443

Öffentlichkeitsbeteiligung*s. Bürgerbeteiligung***Öffentlich-private Partnerschaft***s. Public Private Partnership***Öffentlich-rechtliche Körperschaft***s. Körperschaft des öffentlichen Rechts***Öffentlich-rechtlicher Rundfunk***s. Rundfunk*

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

s. *Vertrag*

Öffnungszeit

Öffnungszeiten von Bibliotheken

Rechtliche Rahmenbedingungen und Praxis bei den Öffnungszeiten von öffentlichen Bibliotheken in BW; Position von LReg, bibliothekarischen Verbänden und Bibliotheksnutzern zum Thema Sonntagsöffnung; Praxis der Sonntagsöffnung anderer kultureller Einrichtungen sowie von öffentlichen Bibliotheken in anderen Bundesländern, insbes Ergebnisse des Modellversuchs in der Stadtbibliothek Bremen

Antr
s. *Bibliothek*
Drs 15/4015

Genehmigung örtlicher Leistungsschauen an Sonn- und Feiertagen

Bedeutung von Leistungs- und Gewerbeschauen für die lokale und regionale Wirtschaft und mögliche Änderung der Genehmigungspraxis an Sonn- und Feiertagen

MdlAnfr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 15/4915

OEG

s. *Opferentschädigungsgesetz*

ÖGDG

s. *Gesundheitsdienstgesetz*

Öko-Institut

s.a. *Ökologie*
s.a. *Umweltschutz*

Vergabepaxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftssysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4499

Ökokonto

s. *Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung*

Ökolandbau

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Ökologie

s.a. *Öko-Institut*
s.a. *Ökologische Landwirtschaft*

Weitere Ökologisierung des Bodensees

Antr
s. *Bodensee*
Drs 15/1467

Flurneuordnung in BW

Künftige Bedeutung und finanzielle Ausstattung der Flurneuordnung, Akzeptanz und Fortführung der Modellprojekte Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte, Stellenwert der Agrarstrukturverbesserung und des ländlichen Wegebbaus, Fortschreibung der „Anweisung zur Ökologischen Ressourcenanalyse und Bewertung in der Flurneuordnung“, Zusammensetzung und Ergebnisse des Arbeitskreises „Ökologisierung in der Flurneuordnung“

Antr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/1564

Ökologie auf dem Abstellgleis? Taxonomische Ausbildung in BW

Situation und Statistiken zur taxonomischen Forschung und Lehre an den Hochschulen in BW, insbes Personal, Finanzmittel, abgedeckte Artengruppen in der taxonomischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Museen sowie Taxonomie-Pflichtstunden in Studiengängen; Weiterentwicklung, Forschungsprogramme und (inter-)nationale Kooperation im Wissenschaftsbereich Taxonomie; Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Antr
s. *Biologie*
Drs 15/2847

Anstrengung einer ökologisch-sozialen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22 28

Verbindung von Ökonomie und Ökologie mit dem Regierungswechsel

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 51 55 69 70 74 75 78

Befürchtung einer Eingrenzung der Förderung des ländlichen Raums auf ökologische Themen, Gewichtung ökologischer Aspekte bei der Flurneuordnung

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749-754

Ökologische Forschung

s. *Umweltforschung*

Ökologische Landwirtschaft

s.a. *Viehwirtschaft*

Chancen des Ökolandbaus in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 257-266

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern

Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/913

Bedeutung der Mulchsaat im Kraichgau

Bewertung der Mulch- bzw Direktsaatvariante im Vergleich zur Pflugvariante, insbes im Blick auf die Erosions- und Hochwassersegefahr; Bedeutung der Mulchsaat für den Wasser- und Stoffhaushalt des Bodens und für den ökologischen Landbau; Gründe und Folgen des Ausstiegs aus der Förderung iRd MEKA-Programms

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/1857

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten

GrAnfr
s. *Pflanze*
Drs 15/2114

Falsche Deklaration von Bio-Eiern in BW

Art und Umfang von Kontrollen der ökologischen Erzeugung und des Vertriebs von Hühner-Eiern aus BW, insbes Kontrollmöglichkeiten über das Öko-Monitoring; Verifizierung der zulässigen Zahl der Legehennen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3147

Falschdeklarierung von Eiern

Strukturen und Kontrolle in der Eierzeugung und -vermarktung in BW; Optimierung der Überwachung der staatlichen und privaten Kontrollstellen; Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen bei Betrieben mit konventionellen und ökologischen Betriebszweigen; Anpassung des Legehennen-Betriebs-Registergesetzes zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette; Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen

Antr
s. *Eier*
Drs 15/3152

Bewertung der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft durch die LReg

Positive Bewertung von Bioprodukten und Biolandbau durch die Broschüre „Ökologischer Landbau in BW“ der LReg und Herabsetzung der Leistungen der konventionellen Landwirtschaft, insbes Bedeutung bei der Bewahrung der Schöpfung sowie bei nachhaltiger und artgerechter Bewirtschaftung; Beitrag zur Nachhaltigkeit und ökologischer Vielfalt durch Biobetriebe und konventionelle Landwirtschaftsbetriebe

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 05.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3166
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 59-61

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE und Alfred Winkler u.a. SPD 04.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4115 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 100 101

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KIAnfr
s. *Rind*
Drs 15/4121

Umsetzung von EU-Umweltvorschriften

Probleme bei Umsetzung und Einhaltung von europäischen Umweltvorschriften, insbes Entwicklung der Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren, Kontrollhäufigkeit bei Betrieben des ökologischen Landbaus, Betrugsfälle mit fälschlich als ökologisch deklarierten Produkten, Wettbewerbsnachteile durch die uneinheitliche Umsetzung der Vorschriften in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten

Antr
s. *Umweltrecht*
Drs 15/4831

Revision der EU-Ökoverordnung

Geplante Änderungen der EU-Ökoverordnung durch die Europäische Kommission und Auswirkungen auf die Biobetriebe in BW, insbes für Betriebe mit abgetrennter Produktion, Verbot der Anbindehaltung von Biorindern, Sicherung gleicher Standards bei Importprodukten

Antr
s. *EG-Öko-Basisverordnung*
Drs 15/4880

Ökologischen Weinbau in BW stärken

Situation des ökologischen Weinbaus in BW, insbes Wegfall der Phosphonate, Änderungen der EU-Richtlinien, Ergebnisse des Ökomonitorings, Ausbau des ökologischen Anbaus in den Staatsweingütern; Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes

im konventionellen Weinbau

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/4989

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/5054

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr Paul Locherer u.a. CDU 09.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5453
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 36
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Ackernutzung und Fruchtfolgen in BW

Entwicklung der Nutzung der Ackerflächen in BW, insbes zeitliche Abfolgen der auf den Ackerflächen angebauten Nutzpflanzenarten, Fruchtartenspezialisierung, Gründe für Veränderung der Ackernutzung, Anteil des Ökolandbaus

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/5776

Kontrollen in der Bio-Landwirtschaft

Art der für den ökologischen Landbau genutzten Siegel; Art der in zertifizierten Bio-Landwirtschaftsbetrieben erforderlichen Kontrollen; Umfang der Routine-, Zusatz- und Stichprobenkontrollen in den vergangenen fünf Jahren; Kontrollen entsprechend der EU-Richtlinien und der Verbandszugehörigkeit; Verringerung des durch die Kontrollen entstehenden Verwaltungsaufwands durch Bündelung der Kontrolltermine sowie durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik; Veränderungen durch die Revision der EU-Ökoverordnung

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD und Martin Hahn u.a. GRÜ-NE 28.10.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5985
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 50
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft im LKreis Esslingen

Anzahl und Standort der ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe; Entwicklung der Betriebe und Anbauflächen in den letzten zehn Jahren; Förderung des ökologischen Landbaus im LKreis Esslingen durch das Land seit 2011

KlAnfr Andrea Lindlohr GRÜNE 06.11.2014 und Antw MLR Drs 15/6089

Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall

Auswirkungen der Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall auf Mitarbeiter und Gebäude sowie den Fortbestand des Bioland-Betriebs mit der Milchviehherde Limpurger Rind auf der Klein Komburg

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6502

Grün-Rot bewahrt Heimat - was hat die CDU gegen ökologische Landwirtschaft und Naturschutz

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8055-8068

Fortführung der Förderung des Neueinstiegs in den Ökolandbau

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 940 941

Revision der Mittelkürzung für den Ökolandbau

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1109

Wiederaufnahme der Umstellungsbeihilfe für den Ökolandbau, Anstrengung einer Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1305 1306 1312 1313

Ökologische Verträglichkeit

s. *Umweltverträglichkeit*

Ökologischer Landbau

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Ökologischer Weinbau

s. *Weinbau*

Ökostrom

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr
s. *Umweltmanagement*
Drs 15/4370

Divergierende Ziele von Bund und Ländern beim Ausbau der Windenergie an Land

Bewertung der unterschiedlichen Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren iRd Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG); Steuerung des Ausbaus der Stromerzeugung aus Wind an Land über Ausschreibungen; Berücksichtigung der Akzeptanz in den Ausschreibungsbedingungen

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/7727

Ökosystem*s.a. Biodiversität**s.a. Feuchtgebiet**Weitere Ökologisierung des Bodensees*

Antr

s. Bodensee

Drs 15/1467

Neuausrichtung und Modernisierung der Flurneuordnung in BW

Schwerpunkte der Neuausrichtung der Flurneuordnung in BW, insbes Umsetzung eines landesweiten Biotopverbunds, Ausrichtung an naturschutzfachlichen Gesichtspunkten, Unterstützung von Regionalentwicklungsprozessen, verstärkte Bürgereinbindung

Antr

s. Flurneuordnung

Drs 15/3185

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr

s. Nationalpark

Drs 15/3256

Belastung der Süßwasser-Ökosysteme Baden-Württembergs mit Kunststoffpartikeln

Untersuchungen und Ergebnisse zum Ausmaß der Verschmutzung durch Plastikpartikel in den Seen BW, insbes des Bodensees; Konsequenzen aus der Verschmutzung der Süßwasser-Ökosysteme mit Kunststoffpartikeln

Antr

s. Wasserverunreinigung

Drs 15/4276

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr

s. Landeseigene Liegenschaft

Drs 15/4759

Neobiota im Nationalpark Schwarzwald

Vorkommen von Neophyten und Neozoen auf dem Gebiet des Nationalparks; Störung des Ökosystem und Gefährdung der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Neophyten und Neozoen;

Gegenmaßnahmen, Erstellung eines Aktionsplans; Finanzierung der Bekämpfung von Neobiota; Information der Öffentlichkeit

Antr

s. Nationalpark

Drs 15/5507

Verweisung auf die positiven Auswirkungen der Flurneuordnung für den Biotopschutz

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749 753 754

Öko-Wein*s. Wein***Öl***s.a. Kraftstoff**Nutzung von gebrauchten Speiseölen als Betriebsstoff in Blockheizkraftwerken*

Art der Verwertung und Entsorgung o.g. Speiseöle aus der Gastronomie; rechtliche Vorgaben, technische Standards und Beispiele der energetischen Verwertung in Verbrennungsmotoren und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen; anfallende Mengen an Speiseölen und möglicher Beitrag zur Energieversorgung; Ermöglichung des Betriebs von Anlagen mit einer Ausnahme-genehmigung?

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 03.02.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1195

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.05.2012 Drs 15/2351 S. 47 48

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Unkonventionelle Gasförderung und Ölschiefervorkommen in BW

Beurteilung der o.g. Vorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Bewertung der Empfehlungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft für ein grundsätzliches Verbot von Explorationsbohrungen in Trinkwasserzonen; Anpassung des rechtlichen Instrumentariums für die Genehmigung und Prüfung von Risiken

Antr

s. Fracking

Drs 15/1598

Verweisung auf die Verknappung der weltweiten Erdölvorräte

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2350 2351

Ölbohrung*s. Erdölgewinnung***Ölbronn-Dürrn***Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßenanierungen im Enzkreis*

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Ölförderung

s. *Erdölgewinnung*

Öney, Bilkay SPD

Berufung und Vereidigung von Bilkay Öney zur/als Ministerin für Integration

s. *Ministerin für Integration*
PIPr 15/3 S. 15

Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Beurteilung der parallelen Zugehörigkeit des o.g. Regierungsmitglieds zum Abgeordnetenhaus von Berlin: Frage nach der zutreffenden Begründung (von zwei abgegebenen Begründungen), der rechtlichen Bewertung unter Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze der Inkompatibilität sowie der Gefahr von politischen Interessenkonflikten, Auswirkungen auf die Alimentierung als Berliner Abgeordnete und als Ministerin in BW

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 27.05.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/48
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 70
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Auskunft von Frau Ministerin Krebs zur Mitgliedschaft von Frau Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

Klärung der Frage einer Bedingung der o.g. Mitgliedschaft für die Beteiligung an Verfahren der Härtefallkommission des Landes Berlin

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 09.06.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/86
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 70
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Aussage von Frau Ministerin Öney zum Fernsehkonsum von Türken

Forderung nach fundierten Belegen für die Behauptung Bilkay Öneys; Bewertung der Studie „Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. im Hinblick darauf, ob die Ministerin für Integration die dort über das Mediennutzungsverhalten von sozial benachteiligten Schülern gemachten Aussagen unzulässig verallgemeinert hat; ob die Ministerin nicht ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Integration von Ausländern schadet, wenn sie Behauptungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen aufstellt

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 01.09.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/466
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 48 49
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Externe und interne Kommunikation des Integrationsministeriums

Stellenbeschreibung des Mitarbeiters für „Entwicklung und Umsetzung externer und interner Kommunikationsmaßnahmen in türkischer Sprache“ in der Pressestelle des Integrationsministeriums; Eingruppierung der Stellen in der Pressestelle; verwendete

Sprachen in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Integrationsministeriums; herausgehobene Rolle der türkischen Sprache

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3741

Vorwürfe der Ministerin für Integration an die Adresse der CDU-Fraktion

Äußerungen der Integrationsministerin Bilkay Öney gegenüber türkischsprachigen Medien und deren Wiedergabe; Anfeindung der Integrationsministerin durch die CDU-Fraktion aufgrund ihrer Herkunft und ihres Eintretens für die doppelte Staatsbürgerschaft; Fremden- bzw. Türkenfeindlichkeit der CDU

KlAnfr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3825

Entlassung der Ministerin für Integration Bilkay Öney

Entlassung wegen einer Verletzung der Amtspflichten durch Aussagen zur Existenz eines sogenannten „Tiefen Staats“ in Deutschland sowie der CDU unterstellte Fremdenfeindlichkeit gegenüber Türken und dem türkischen Staat

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3834

Fortdauer der Veröffentlichung von ehrabschneidenden Äußerungen der Integrationsministerin über die Christlich Demokratische Union im Internet - was unternimmt die LReg?

Frage des unerlaubten Zitats von Äußerungen der Integrationsministerin in den Medien; Adressaten der Bemerkungen über die CDU-Landtagsfraktion und über einen „tiefen Staat“; Unterscheidung zwischen dienstlichen und privaten Äußerungen der Ministerin Bilkay Öney; Interventionen bei den Medien wegen der Veröffentlichung unautorisierter Äußerungen; Erkenntnisse über das Vorliegen von Straftatbeständen; Forderung nach einer Gegendarstellung; Wunsch nach der Überlassung eines Mitschnitts der Äußerungen der Integrationsministerin

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3989

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Umfang der Prüfung zu Vorteilen der Kanzlei K. gegenüber anderen Bietern iRd Vergabeverfahrens für das Integrationsministerium

Prüfung eines früheren Kontakts der Integrationsministerin mit dem Rechtsanwalt K.; übliche Prüfungsschritte bei Kontakten zwischen Auftraggeber und Bieter; Fortgang der inhaltlichen Umsetzung des Gutachtens der Kanzlei K.; Inhalte und Fertigstellung des Entwurfs eines Partizipations- und Integrationsgesetzes; Teilnehmer am öffentlichen Beteiligungsverfahren zur Vorbereitung des Gesetzes; Nutzen des Gutachtens im Hinblick auf eine Verkürzung des Gesetzgebungsverfahrens

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/5073

Prüfung des Integrationsministeriums durch den Landesrechnungshof

Anzweiflung der Neutralität des Landesrechnungshofs durch Mitarbeiter des Integrationsministeriums; Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom Juni 2013; Motiv der Verfasserin sowie deren Kenntnis der Funktion und der verfassungsrechtlichen Stellung des Rechnungshofs; Höhe der dem Landeshaushalt durch die Eigenständigkeit des Ministeriums seit 2011 entstandenen Kosten

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/5953

Existenzielle Kritik des Landesrechnungshofs am Bestehen des Integrationsministeriums

Sachstand zum Umgang der LReg mit der Kritik des Landesrechnungshofs an Existenz und Arbeit des Integrationsministeriums, insbes Rücknahme rechtswidriger Förderbescheide, Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom 5. Juni 2013

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/7584

Bezeichnung des neuen Integrationsministeriums als überflüssig, Forderung nach Niederlegung des Mandats von Ministerin Öney im Abgeordnetenhaus von Berlin

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 37 38 71 76 86-91

ÖPNV

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

ÖPNVG

s. *Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs*

ÖPP-Projekt

s. *Public Private Partnership*

Österreich

Möglichkeiten der Nutzung bestehender und künftiger Pumpspeicherkapazitäten in der Schweiz und in Österreich für BW

Darlegung der o.g. Möglichkeiten und dazu notwendigen Voraussetzungen, Umfang der erforderlichen Speicherkapazität in

Deutschland und BW zur Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/572

Ötisheim

Hilfssuchen von hochwassergeschädigten Kommunen im Enzkreis

Beantragung und Bewilligung von Hilfsgeldern des Landes für die Städte und Gemeinden im Enzkreis, insbes für die Gemeinde Ötisheim

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3779

Planungen zur 380-kV-Leitung Birkenfeld-Ötisheim

Sachstand zur Verlegung der geplanten 380-kV-Leitung von Birkenfeld nach Ötisheim, insbes Möglichkeit einer Teilerdverkabellung im Bereich der Wohnbebauung und des Kindergartens in der Gemeinde Kieselbronn

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6994

Offenburg

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenfern- und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weilhaltingen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/133

Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg trotz Rücknahme der Teilprivatisierung durch die LReg

Auswirkungen der beabsichtigten Beendigung der Teilprivatisierung zum 30.07.2014 auf den Betrieb durch den privaten Dienstleister, Umfang und Kosten des notwendigen Einsatzes von staatlichem Personal, Frage nach einem Überleitungskonzept für die betroffenen Betriebsbereiche sowie nach einer Übernahme qualifizierter Mitarbeiter des Dienstleisters

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/1024

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen

bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3011

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3032

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 10 - Teilprivatisierter Betrieb der Justizvollzugsanstalt Offenburg (Kap 0508)

Mittlg RH
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3810

Ausbau der Bundesautobahn 5 (A5)

Verkehrssituation und Ausbau der Bundesautobahn A5 zwischen Offenburg und Freiburg, insbes Daten zu Verkehrsaufkommen und Unfallquote, sowie Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den Bedarfsplan für Bundesautobahnen

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/3768

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienortwechsel und Entstehung neuer Fahrtwege nach der geplanten Polizeistrukturreform in den Polizeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Veränderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3880

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärmindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4333

Regierungsbefragung

Stand der Rückabwicklung der Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg

s. *Justizvollzugsanstalt*
PIPr 15/94 S. 5618

Phosphorelimination und Spurenstoffe in Kläranlagen und Klärschlamm

Bilanz des Einsatzes der Pilotanlage zur Phosphorrückgewinnung in der Kläranlage Offenburg; Qualität des mittels des eingesetzten Verfahrens gewonnenen Produkts Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP); Ausstattung weiterer Kläranlagen mit Phosphorrückgewinnungsanlagen; Befürwortung der Phosphorrückgewinnung in der Kläranlagentechnologie; Steigerung der Reinigungsleistung der Kläranlagen im Zeitraum von 2003 bis 2013; Messung von Spurenstoffen im Ablaufwasser; weitere Möglichkeiten der Phosphorrückgewinnung

Antr
s. *Kläranlage*
Drs 15/5679

Beanspruchung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Polizeipräsidium Offenburg

Sachstand zur Stellenauslastung und zum Überstundeneinsatz in den Polizeirevieren und Polizeiposten im Polizeipräsidium Offenburg

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/8082

Eintreten für den Tunnel in Offenburg im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 47

Eintreten für den Tunnel in Offenburg im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn, Verweisung auf die aktuellen Probebohrungen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1033-1037

Bewertung einer Rücknahme der Teilprivatisierung der JVA Offenburg; Eintreten für den Tunnel in Offenburg im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1295 1297 1300 1353 1354 1367 1368

Offene Jugendarbeit

s. *Jugendarbeit*

Offener Kanal

s. *Bürgermedien*

Offener Netzzugang

s. *Netzzugang*

Offenlegungspflicht

s. *Publizitätspflicht*

Offizier

s. *Soldat*

Offshore-Windkraft

s. *Windenergieanlage*

Oftersheim

Die innerörtliche Verkehrsbelastung der Gemeinde Oftersheim als Folge der Fertigstellung der B 535

Auswirkungen auf den Durchgangsverkehr in Schwetzingen, Plankstadt und Oftersheim, insbes in der Zähringerstraße in Schwetzingen und der Heidelberger Straße (L 544) in Oftersheim; Frage nach einer Berücksichtigung potenzieller Probleme in der Planung sowie nach möglichen Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 08.08.2011 und Antw MVI Drs 15/408

Oldtimer

s.a. Personenkraftwagen

Klebekennzeichen für Kraftfahrzeuge

Rechtsgrundlage und Begründung für die Abschaffung der Klebekennzeichen für Kraftfahrzeuge, insbes Nachteile für historische Fahrzeuge

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*
Drs 15/4107

Oldtimerfahrzeug

s. Oldtimer

Olympiade

s. Olympische Spiele

Olympiastützpunkt

s.a. Olympische Spiele

Bedeutung des Leistungssports in BW

Art, Umfang und Träger der Unterstützung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie Trainern; Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Olympiastützpunkten, Eliteschulen des Sports und des Fußballs; Auflistung der für die olympischen Spiele in London 2012 nominierten Athleten aus BW aufgeschlüsselt nach Sportarten und regionalen Stützpunkten; Höhe der finanziellen Förderung und Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Sportstätten für die Leistungssportinfrastruktur bis 2016

Antr
s. *Sport*
Drs 15/939

Attraktivität der Olympiastützpunkte in BW auch für Sportler aus anderen BLändern

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1392

Olympische Sommerspiele

s. Olympische Spiele

Olympische Spiele

s.a. Olympiastützpunkt

Bedeutung des Leistungssports in BW

Art, Umfang und Träger der Unterstützung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie Trainern; Konzepte und Maßnahmen

zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Olympiastützpunkten, Eliteschulen des Sports und des Fußballs; Auflistung der für die olympischen Spiele in London 2012 nominierten Athleten aus BW aufgeschlüsselt nach Sportarten und regionalen Stützpunkten; Höhe der finanziellen Förderung und Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Sportstätten für die Leistungssportinfrastruktur bis 2016

Antr
s. *Sport*
Drs 15/939

Ombudsmann

s.a. Außergerichtliche Konfliktbeilegung

s.a. Bürgerbeteiligung

s.a. Datenschutzbeauftragter

s.a. Gleichstellungsbeauftragte

s.a. Vertriebenenbeauftragter

Entbürokratisierung

Beauftragung eines Regierungsmitglieds als Beauftragten für Bürokratieabbau und als Ombudsmann, Verpflichtung von Ministerien und Verwaltung zur Anwendung des Standard-Kosten-Modells zur Messung von Bürokratiekosten, Einrichtung eines Normenkontrollgremiums für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung; regelmäßige Berichterstattung

KlAnfr
s. *Bürokratie*
Drs 15/933

Bürokratie in der Pflege

Aufgabenbeschreibung der von der BReg eingesetzten Ombudsfrau für die Entbürokratisierung in der Pflege, entsprechende Überprüfung und Überarbeitung des Landesrechts, Berücksichtigung der Ansatzpunkte der Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste und des Landespflegerats

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1531

EU-Bürokratieabbau

Bürokratiebelastung von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern mit Ursprung im EU-Recht und dessen Umsetzung auf Landes- und regionaler Ebene; Bewertung von Vorschlägen der Expertengruppe für EU-Bürokratieabbau, u.a. Einführung einer Begründungspflicht bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten für über das EU-Mindestmaß hinausgehende Verwaltungsanforderungen; Frage nach überflüssigen EU-Vorschriften sowie nach der Wiedereinführung eines Beauftragten für Bürokratieabbau

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 15/1591

Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes (UIG)

Umsetzungsstand des UIG bei den nachgeordneten Behörden; Zahl und Qualität der jährlich bei der Umweltmeldestelle eingehenden Meldungen; Bereitstellung von Anwendungshinweisen zu einem erleichterten Zugang für Bürger zu Umweltinformationen; Erhöhung der Wirksamkeit des UIG; einheitliche Ausgestaltung und Handhabung der UIG in den Bundesländern; Einrichtung einer Ombudsstelle

Antr
s. *Umweltinformationsgesetz*
Drs 15/3515

Sozialcharta und Ombudsmann

Mietbedingungen für die Mieter der 21.500 von der Landesbank BW (LBBW) an die Patrizia Immobilien AG verkauften Wohnungen, insbes Einhaltung der Mieterhöhungsgrenze in der Sozialcharta; Einsetzung eines Ombudsmanns für die Mieter für alle Fragen zur Sozialcharta

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/4702

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG)

Verbindliche Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und Stärkung der Rechtsstellung psychisch kranker oder behinderter Personen, insbes Gewährleistung der ambulanten Grundversorgung durch die sozialpsychiatrischen Dienste, Etablierung unabhängiger Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen auf Kreisebene, Einrichtung einer übergeordneten unabhängigen Ombudsstelle auf Landesebene, Regelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und des Maßregelvollzugs

GesEntw
s. *Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz*
Drs 15/5521

Installation eines Ombudsmanns für die Opfer der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 954

Omnibus

s.a. *Haltestelle*
s.a. *Omnibusverkehr*

Busförderprogramm mittelstandsfreundlich gestalten

Änderung der Busförderrichtlinie 2012: Übernahme der Bedingungen der Förderrichtlinie 2011, Gewährung der vollen Förderung auch für Fahrzeuge ab der Euro-5-Norm sowie der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Euro-6-Norm ab deren Serienverfügbarkeit, Unterrichtung des Verkehrsausschusses

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 27.04.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1630
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2351 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 88-90
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
Mittlg LReg 02.04.2013 Drs 15/3326
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 05.06.2013 Drs 15/3546
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Öffentlicher Nahverkehr für Menschen mit Behinderung im ländlichen Raum

Förderung barrierefreier Überlandbusse und Haltestellen im ländlichen Raum, insbes zielgerichtete Förderung von Bussen mit Lift

Antr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/4474

Busförderprogramm 2014

Regelung der Busförderung in BW und in den anderen Bundesländern; Höhe der Mittel für das Busförderprogramm und Auswirkungen auf die Neuzulassungszahlen von Omnibus-

sen; Rahmen- und Förderbedingungen des Busförderprogramms 2014, insbes Konsequenzen aus der Überzeichnung

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 25.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4973
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 62 63
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Wettbewerbssituation der Busunternehmen in BW

Situation der Busunternehmen in BW, insbes Förderung von Echtzeitinformationssystemen, Schwierigkeiten bei der Busfahrerausbildung, Auswirkung der Regelung von Lenk- und Ruhezeiten auf die Stundenvergütung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 25.09.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5771

Situation der Lokführerinnen und Lokführer im Vergleich

Einkommenssituation und -entwicklung bei Lokführern bei der Deutschen Bahn AG im Vergleich zu Busfahrern bei privaten Unternehmen und im öffentlichen Dienst sowie Straßen- und Stadtbahnfahrten

KIAnfr
s. *Triebfahrzeugführer*
Drs 15/5924

Fernbusse ermöglichen mehr Mobilität

Fernbus-Unternehmen sowie Fernbus-Linien in BW; Genehmigungspraxis für Fernbus-Verbindungen; Einrichtung eigener Haltestellen für Fernbus-Verbindungen; Fördermittel aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Kapazitäten des geplanten Fernbus-Bahnhofs am Flughafen Stuttgart

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 05.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6079

Sicherheitsbestimmungen in Bussen zur Schülerbeförderung

Sicherheitsstandards für die Schülerbeförderung im Linienbus- und im Schulbusverkehr; Zulässigkeit von Stehplätzen im Schulbusverkehr; Bereithaltung eines ausreichenden Sitzplatzangebots beim Transport von Schülern; Schulung der Busfahrer in der Schülerbeförderung

KIAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/6259

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau

Vernetzung des ÖPNV zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem LKreis Heilbronn; Fahrgastpotenzial einer direkten Busverbindung zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau; Einrichtung einer kreisübergreifenden Busverbindung; Rolle der Krebsbachtalbahn in einem kreisübergreifenden ÖPNV

KIAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6453

Elektromobilität im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Erprobung von Elektrobussen im ÖPNV; Mehrkosten im Vergleich zum konventionellen Dieselmotor; Vorteile elektrischer Antriebe bei der Energiebilanz und den Emissionen; Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/6459

Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart
Sachstand zur Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart, insbes Planungsstand, Finanzierung, Zeitplan für die Umsetzung

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/6675

Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

Sachstand zu Förderbedingungen und Mittelverteilung iRd Sonderprogramms „Barrierefreiheit“ zur Förderung des barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen

Antr
s. *Haltestelle*
Drs 15/8045

Omnibusverkehr

s.a. *Haltestelle*
s.a. *Omnibus*

Möglichkeiten zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW - Fortführung des Pauschalierungsvertrags für die Ausgleichsleistung nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ausgestaltung und Zeitperspektive einer Nachfolgeregelung; Gewichtung der Interessen der Fahrgäste nach günstigen Fahrpreisen im Ausbildungsverkehr, der Omnibusunternehmen nach Planungssicherheit durch einen mehrjährigen Vertrag und der Abrechnungsstellen nach Verwaltungsvereinfachung; Ermöglichung einer einheitlichen Kinderaltersgrenze bei allen Verkehrsverbänden, der kostenlosen Fahrradmitnahme auch in Bussen, der Einführung von Übergangstarifen zwischen Verkehrsverbänden u.a.

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/421

ÖPNV-Anbindung der Gemeinden im Heckengäu bzw im östlichen Enzkreis an das Mittelzentrum Mühlacker

Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen ÖPNV-Anbindung, insbes des Busverkehrs an das berufliche Schulzentrum in Mühlacker

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/574

Eigenwirtschaftliche Verkehre

Begründung der o.g. Definition von Busverkehren mit Ausgleichszahlungen für den Tarifaufgleich, für den Transport von Schülern, Auszubildenden und Schwerbehinderten; Zahl und Höhe der Förderung von solchen Omnibusunternehmen seit 2006; Frage nach Abweichungen bei der Zuweisung dieser Fördermittel gegenüber dem Planansatz

Antr
s. *Verkehrswirtschaft*
Drs 15/811

Förderung von Linienbussen

Stellenwert der o.g. Anschaffungsförderung im Bereich des ÖPNV, Höhe der jährlichen Mittelbereitstellung bis 2015, Schaffung von Planungssicherheit für die Busunternehmen im Land

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 16.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1136

Fortführung der Busförderung des Landes

Stellenwert des Busförderungsprogramms für die kleinen und mittelständischen Busunternehmen und den ÖPNV, Planung einer wesentlichen Absenkung der Grundförderung mit einer Neugestaltung des Förderprogramms, Festhalten an der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Umweltstandard EURO 6?

Antr FDP/DVP 30.01.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1180
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1572-1579

Öffentliche Personennahverkehrs(ÖPNV)-Offensive für die Fläche

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Busverkehr seit 2005; Erfahrungen mit und Kosten von bedarfsorientierten öffentlichen Verkehrssystemen wie Rufbusse und Taxis; Möglichkeiten und Kosten der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für bedarfsgesteuerte innovative Nahverkehrssysteme; erwartete Auswirkungen auf das Taxigewerbe

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/1596

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5384 betr. Beschwerde über eine Bushaltestelle

Petitionen
s. *Haltestelle*
Drs 15/1849

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme; Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität; Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen sowie der Schieneninfrastruktur; Problematik des Auslaufens des Bundes-GVFG; Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Lückenhafter Bahn-Fahrplan zwischen Freiburg und Konstanz

Bedeutung und Fahrplansituation der o.g. Bahnverbindung, insbes an Wochenenden; Bewertung des neu eingeführten Reiseangebots von „DeinBus“ als Alternative? Beurteilung der Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Bundesbahnen; Frage nach Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrplansituation

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/2493

Weiterführung von Stadtbahnlinien im Enzkreis

Lösungsvorschläge zur Weiterführung bestehender Stadtbahnlinien; Weiterführung der Stadtbahn S 11 von Ittersbach über Kelttern-Weiler, Kelttern-Ellmendingen, Kelttern-Dietenhausen bis zur Haltestelle der S 5 Remchingen/Wilferdingen-Singen; Anbindung von Karlsbad-Mutschelbach und Karlsbad-Auerbach; Konkurrenz zum Metrobus-Konzept der Stadt Pforzheim

KlAnfr

s. *Stadtbahn*
Drs 15/3372

Bus- und Bahnverkehr auf gemeinsamer Trasse

Rechtliche Bedingungen zur Freigabe der Schienenanlage in Ettlingen auf der Trasse der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG) im Abschnitt zwischen Rastatter Straße und Wattkopfweg für den öffentlichen Busverkehr nach einer geeigneten Befestigung

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4397

Förderprogramm Regiobuslinien

Sachstand zum Förderprogramm Regiobuslinien, insbes Kriterien für das förderfähige Netz, entfallene Relationen in Stuttgart gegenüber dem ÖPNV-Pakt, Förderung des Expressbusangebots im LKreis Esslingen, Mittelbedarf an Kofinanzierung des Landes

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 03.03.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6571
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 78 79
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

Sachstand zu Förderbedingungen und Mittelverteilung iRd Sonderprogramms „Barrierefreiheit“ zur Förderung des barrierefreien Umbaus von Bushaltestellen

Antr
s. *Haltestelle*
Drs 15/8045

Ausbau des Busverkehrs im ländlichen Raum, Einsatz von neuen Rufbusssystemen; Erinnerung an die Anschaffungsförderung für Busse, Förderung der Beschaffung von Hybrid- oder Elektroombussen; Verhinderung einer Lkw-Maut für Omnibusse

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1335 1351 1353 1357

Ablehnung einer Mautpflicht für Omnibusse

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1798

Onkologie

Klinik Öschelbronn

Bedeutung der Klinik Öschelbronn - Centrum für Integrative Medizin und Krebstherapie; Investitionen seit der Gründung der Klinik; Förderung des für 2015 geplanten Neubaus durch das Land

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/5306

Online Game

s. *Computerspiel*

Online-Community

s. *Online-Netzwerk*

Onlinedienst

s. *Telemedien*

Online-Durchsuchung

s. *Durchsuchung*

Online-Netzwerk

s.a. *Internet*

Polizeipräsenz im Internet

Erfahrungen mit o.g. Präsenz im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Stand der Überlegungen zur Einrichtung von permanenten Präsenzen der Dienststellen zentral oder dezentral in sozialen Netzwerken, Darlegung der Datenschutzproblematik, der Kosten und notwendigen Schulung der Beamten; Umfang der bisherigen Kontaktaufnahme von Bürgern mit der Polizei über das Internet

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1374

Verwendung des großen Landeswappens auf privatem Facebook-Profil

Beurteilung des o.g. Verhaltens des Ministerialdirektors im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Daniel Rousta, und der Verunglimpfung von politischen Wettbewerbern in Vulgärsprache; Vereinbarkeit mit Bestimmungen, Vorgaben und Gesetzen des Landes sowie mit dem von einem ranghöchsten Beamten zu erwartenden Stilgefühl

KlAnfr
s. *Rousta, Daniel*
Drs 15/1578

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr Matthias Pröfrock CDU 11.07.2012 und Antw IM
Drs 15/2066

Rechtsextremisten und Soziale Netzwerke

Darlegung der o.g. Nutzung, insbes zur Anwerbung von Sympathisanten, zur Planung von Konzerten und Events und rechtsextremer Gewalt

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/2145

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr Georg Wacker CDU 15.10.2012 und Antw IM Drs
15/2476

Verbot der Nutzung sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer

Nutzung sozialer Netzwerke durch Lehrer, insbes bekannt gewordene Fälle von Austausch personenbezogener Daten mit dienst- und datenschutzrelevanten Informationen und dienstrechtlichen Maßnahmen, Beweggründe für die Erstellung der Handreichung des Kultusministeriums zum Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen; Gefahren der Nutzung sozialer Netzwerke durch Landesbeamte und -beschäftigte; Sanktionsregelungen für das posten unangemessener Inhalte; Begründung des Verbots der Nutzung von Fan Pages und sozialen Plug-Ins für Schulen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 23.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3858

Verbot sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer - Ein Dilemma zwischen Datenschutz und Lebenswirklichkeit

Motiv für die Handreichung „Der Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen“; Definition des „dienstlichen Charakters“ der Nutzung; datenschutzrechtliche Schulung der Lehrkräfte statt Regelkatalog; Auswirkungen der Handreichungen auf das Image der Lehrer; negative Erfahrungen mit der Nutzung sozialer Netzwerke an Schulen; Vorteile sozialer Netzwerke für die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern; Einrichtung von Arbeits- oder Lerngruppen in Online-Netzwerken

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3906

Cybermobbing auch in BW gezielt bekämpfen

Zahl der von Cybermobbing betroffenen Schüler; besonders gefährdete Personengruppen; Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen; Schulwechsel und schwerer wiegende Folgen von Mobbing in sozialen Netzwerken; Modelle, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing; niederschwellige Angebote an Schulen, Unterstützungsangebote von Schülern für Schüler; strafrechtliche Verfolgung von Cybermobbing, Hinweis auf Präzedenzfälle

Antr
s. *Mobbing*
Drs 15/3935

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete
Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftscoordination

Antr
s. *Pendler*
Drs 15/3995

Facebook-Werbung der LReg

Intention, Einsatz und Finanzierung von Werbemaßnahmen der LReg und angegliederter Behörden im Sozialen Netzwerk „Facebook“

KlAnfr
s. *Facebook*
Drs 15/5190

Online-Publikation

s. *Elektronische Publikation*

Online-Shopping

s. *Elektronischer Handel*

Online-Spiel

s. *Computerspiel*

Onlinewahl

s. *Elektronische Wahl*

Ontario

Auswirkungen des umfassenden Wirtschafts- und Freihandelsabkommens EU-Kanada

Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaft Baden-Württembergs mit Kanada; Auswirkungen des umfassenden Wirtschafts- und Freihandelsabkommens (CETA) zwischen der EU und Kanada auf BW, insbes in den Bereichen technische Standards, Arbeitsmarkt, Dienstleistungssektor, Agrarsektor, Anerkennung von Qualifikationen, öffentliches Beschaffungswesen sowie Partnerschaft mit der Provinz Ontario

Antr
s. *Kanada*
Drs 15/4392

Open Access

Open Access

Höhe der seit 2002 vonseiten des Landes und der Europäischen Union in die Forschung in BW geflossenen Mittel; Frage nach der freien Zugänglichkeit der aus Landesmitteln finanzierten Forschungsergebnisse; Gründe der Europäischen Kommission, den Zugang zu den aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsergebnissen zu erleichtern; Konsequenzen eines solchen Schrittes für die Wissenschaftler, die Universitäten sowie den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW; Frage der Bevorzugung eines bestimmten Publikationswegs

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2343
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 48
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karrieremöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Nachhaltige Zeitschriftenversorgung baden-württembergischer Universitäts- und Hochschulbibliotheken

Ausgaben der Universitäts- und Hochschulbibliotheken für Zeitschriften; Kostenentwicklung seit 2005; Veränderungen bei der Zahl der abonnierten Zeitschriftentitel und ihre Bewertung; Maßnahmen und Programme zur Stärkung der Universitäts- und Hochschulbibliotheken; freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen (Open Access); Auswirkungen der Insolvenz des Informationsdienstleisters Swets

Antr
s. *Hochschulbibliothek*
Drs 15/6117

Open Data

s.a. E-Government

Open Data für Geobasisdaten der baden-württembergischen Vermessungsverwaltung

Bedeutung und Freigabe amtlicher Geobasisdaten im Sinne des Open-Data-Prinzips, insbes Datenform, Datenstruktur, Unentgeltlichkeit, Umfang, Lizenzierung und Konsequenzen der Verfügbarkeit; Nutzung ehrenamtlich gesammelter Geodaten durch das Land BW; Freigabepraxis anderer Bundesländer bei Geobasisdaten

Antr
s. *Geoinformation*
Drs 15/2893

Freie Lizenzierung von landeseigenem Bildmaterial

Freie Verfügbarkeit des Bildmaterials im Webangebot von Einrichtungen des Landes; Voraussetzungen einer freien Lizenzierung; Schaden durch missbräuchliche Nutzung von landeseigenem Bildmaterial; möglicher Ertrag einer kommerziellen Verwertung frei lizenzierten Bildmaterials

KlAnfr
s. *Lizenz*
Drs 15/4669

Open-Source-Software

s. Software

Oper

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses - 3. Akt

Auswirkungen der Verzögerung der Renovierungsfertigstellung des Schauspielhauses auf den Theaterstandort Stuttgart sowie für den Renovierungsetat des Opernhauses

MdlAnfr
s. *Schauspielhaus Stuttgart*
Drs 15/3315

Sanierung der Stuttgarter Oper - Interimslösung

Sachstand zur Sanierung des Stuttgarter Opernhauses und zur Suche nach einer Interimspielstätte, insbes Verhandlungsstand mit der Stadt, Sanierungskosten und Sanierungsdauer

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 06.08.2015 und Antw MFW Drs 15/7275

Wechsel der Intendanz an der Staatsoper Stuttgart

Sachstand zur Nichtverlängerung des Vertrags des Intendanten der Staatsoper Stuttgart und zum geplanten Vorgehen bei der Nachbesetzung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 29.10.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7634
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 20
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Operative Medizin

s. Chirurgie

Opernhaus

s. Oper

Opfer von Gewalttaten

s. Verbrechenopfer

Opferentschädigung

s.a. Opferentschädigungsgesetz

Durchführung des Opferentschädigungsgesetzes

Zahl der jährlichen Opfer von Straftaten seit 2002 und der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz; Dauer der Bearbeitung eines Antrags im Vergleich zu anderen BLändern, Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung in BW; Umfang der Inanspruchnahme einer sofortigen Behandlung unabhängig von der Anerkennung des geltend gemachten Anspruchs

Antr
s. *Opferentschädigungsgesetz*
Drs 15/1192

Wirksamkeit des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern der Zwangsprostitution, insbes Zahlen zu gestellten und bewilligten Leistungsanträgen sowie zu Opfern mit Ausreiseverpflichtung, Leistungsgewährung bei schwierig nachweisbaren psychischen Beeinträchtigungen sowie bei Nicht-EU-Bürgern; Aufenthaltsrecht für Opfer bis zur rechtlichen Klärung der Entschädigungsleistungen; Durchsetzung von Leistungsanspruch und Leistungserhalt nach erfolgter Ausreise

Antr
s. *Opferentschädigungsgesetz*
Drs 15/2985

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5630

Opferentschädigungsgesetz

Durchführung des Opferentschädigungsgesetzes

Zahl der jährlichen Opfer von Straftaten seit 2002 und der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz; Dauer der Bearbeitung eines Antrags im Vergleich zu anderen BLändern, Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung in BW; Umfang der Inanspruchnahme einer sofortigen Behandlung unabhängig von der Anerkennung des geltend gemachten Anspruchs

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 02.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1192
BeschlEmpf und Bericht SoZA 03.05.2012 Drs 15/1821 S. 33 34
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Wirksamkeit des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern der Zwangsprostitution, insbes Zahlen zu gestellten und bewilligten Leistungsanträgen sowie zu Opfern mit Ausreiseverpflichtung, Leistungsgewährung bei schwierig nachweisbaren psychischen Beeinträchtigungen sowie bei Nicht-EU-Bürgern; Aufenthaltsrecht für Opfer bis zur rechtlichen Klärung der Entschädigungsleistungen; Durchsetzung von Leistungsanspruch und Leistungserhalt nach erfolgter Ausreise

Antr Sabine Wölfe u.a. SPD 01.02.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2985
BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.04.2013 Drs 15/3712 S. 28 29
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Opferhilfe

Umsetzung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“

Bewertung der Beratungspraxis der Regionalen Anlauf- und Beratungsstellen für die Opfer der Heimerziehung, Umsetzungsstand der Verwaltungsvereinbarung über den o.g. Fonds und des Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in BW“

MdlAnfr
s. *Heimerziehung*
Drs 15/1557

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KlAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/2636

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution sowie Schutz seiner Opfer

Umsetzung bestimmter Mindeststandards der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer; Einbeziehung von Fachberatungsstellen bei Razzien; Gewährleistung einer ausreichenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden; Veränderungen bei den Opferzahlen und der Art der Opfer; Nationalität der Opfer; durchschnittliche Dauer der Gerichtsverfahren; Sicherheit der Opfer während des gerichtlichen Verfahrens; Behandlung der Opfer nach Beendigung des Verfahrens; Regelung der Abschiebepaxis

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/2671

Gewalt gegen Männer in BW

Zahl der im Zeitraum 2010 bis 2012 gegenüber Männern verübten Gewalttaten, aufgeschlüsselt nach physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt; Verteilung der Gewaltopfer nach Landkreisen; Altersstruktur der Betroffenen in Relation zur Art der erlittenen Gewalt; Gewalterfahrung in den Lebensbereichen Partnerschaft, Arbeit und Freizeit; konkrete Angebote und Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Mann*
Drs 15/2753

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen

Weibliche Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2007 bis 2011 (tabellarische Aufstellung); Leistungsfähigkeit der Beratungs- und Anlaufstellen; Beurteilung des Modellprojekts „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG)“; Anwendung des S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramms in Krankenhäusern; Fachberatungsstellen zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels und ihre Finanzierung; Verfahren der anonymen Spurensicherung; Beweissicherung ohne Anzeige; Grundzüge des künftigen Landesaktionsplans gegen Gewalt

Antr
s. *Häusliche Gewalt*
Drs 15/2788

Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und Interventionsmaßnahmen

Antr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 15/2867

Umsetzung der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ in BW
Daten zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen; Schutzmaßnahmen und Hilfsangebote für Betroffene in BW; Kernpunkte der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ und weitere Umsetzung; Einbringung eines umfassenden Kinderschutzgesetzes

Antr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/2955

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Unterstützung und Zusammenarbeit der Polizei mit Anlaufstellen für Opfer extremistischer und speziell rechtsextremistischer Gewalt, u.a. Zahlen und Beratungsangebote, Erfahrungen aus anderen Bundesländern

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 05.03.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3163
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.07.2013 Drs 15/4040 S. 6
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr
s. *Ambulante Behandlung*
Drs 15/3944

Umsetzung von Platzverweisen für gewalttätige Partner

Verfahrensablauf bei Ausspruch eines Platzverweises gegen einen gewalttätigen Partner, insbes Richtlinien und Schulungen für Polizeibeamte, Informationsfluss zu Interventions- und Beratungsstellen, Sicherstellung zeitnaher beratender Maßnahmen für die Betroffenen

KlAnfr
s. *Platzverweis*
Drs 15/4193

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5651

Opferrecht

s. *Opferschutz*

Opferschutz

s.a. *Frauenhaus*
s.a. *Opferentschädigung*
s.a. *Platzverweis*

Förderung der freien Träger des Opferschutzes in BW

Bewertung der Arbeit der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Trägervereins im Bereich der psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeneigter“; Gewährung einer mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart vergleichbaren Förderung, Bewilligung der von der alten LReg zugesagten Mittel

KlAnfr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 05.12.2011 und Antw JM Drs 15/954

Aktiv gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat

Entwicklung der o.g. Zahlen von Opfern, der Strafverfolgung und Hilfsangebote; Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der EU-Richtlinie zum Menschenhandel; Wirkungen des Opferfonds und des Leitfadens für die „Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen“; Etatisierung und Fortschreibung der Projektmittel im Sozialhaushalt 2012

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/973

Haushalt 2012; Epl 05

Etatisierung eines Zuschusses an die Behandlungsinitiative Opferschutz e.V. für die Arbeit der forensischen Ambulanz Baden

ÄAntr FDP/DVP 17.01.2012 Drs 15/1105-1 S. 9
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1292-1301

Durchführung des Opferentschädigungsgesetzes

Zahl der jährlichen Opfer von Straftaten seit 2002 und der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz; Dauer der Bearbeitung eines Antrags im Vergleich zu anderen BLändern, Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung in BW; Umfang der Inanspruchnahme einer sofortigen Behandlung unabhängig von der Anerkennung des geltend gemachten Anspruchs

Antr
s. *Opferentschädigungsgesetz*
Drs 15/1192

Änderung der Schwerpunkte der Förderpraxis der Baden-Württemberg-Stiftung

Jeweilige Fördersummen seit 2007 für Projekte aus den Bereichen Denkmalschutz, Opferschutz, Entwicklungshilfe, Naturschutz und Sport; Kompensation dieser nun wegfallenden Förderbereiche durch andere Stiftungen, insbes Sicherung der Arbeit der Stiftung Opferschutz

Antr
s. *Stiftung*
Drs 15/1673

Platzverweis für gewalttätige Partner

Anzahl der Polizeieinsätze und der jährlichen Platzverweise wegen häuslicher Gewalt seit 2002; Anteil der Fälle, in denen Kinder betroffen sind; durchschnittliche Dauer der Platzverweise, Anzahl der Wiederholungsfälle; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention; Bewertung des Instruments des Platzverweises

Antr
s. *Platzverweis*
Drs 15/2314

Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt
Erkenntnisse über die Zahl von Fällen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderung, über die Täter und Tatorte; präventive Maßnahmen speziell in Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; therapeutische Unterstützung, Beratung und Begleitung der Opfer vor Gericht, insbes von Frauen mit einer geistigen Behinderung; Schulung des Personals in Schulen u.a. Einrichtungen für Behinderte zum Thema Sexualität

Antr

s. *Frau*

Drs 15/2494

Finanzierung des Opferschutzes in BW - Stand der Dinge
Gleichstellung der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Fördervereins „Behandlungsinitiative Opferschutz“ bei der Förderung mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart, Umsetzung der auf Drs 15/954 gemachten Zusage; Frage nach einem Gesamtkonzept für eine landesweite Abdeckung mit Leistungen forensischer ambulanter Dienste zur psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeheimer“

KlAnfr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 29.10.2012 und
Antw JM Drs 15/2582

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KlAnfr

s. *Sexualdelikt*

Drs 15/2636

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution sowie Schutz seiner Opfer

Umsetzung bestimmter Mindeststandards der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer; Einbeziehung von Fachberatungsstellen bei Razzien; Gewährleistung einer ausreichenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden; Veränderungen bei den Opferzahlen und der Art der Opfer; Nationalität der Opfer; durchschnittliche Dauer der Gerichtsverfahren; Sicherheit der Opfer während des gerichtlichen Verfahrens; Behandlung der Opfer nach Beendigung des Verfahrens; Regelung der Abschiebepaxis

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/2671

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel wirkungsvoll bekämpfen

Weibliche Opfer häuslicher Gewalt in den Jahren 2007 bis 2011 (tabellarische Aufstellung); Leistungsfähigkeit der Beratungs- und Anlaufstellen; Beurteilung des Modellprojekts „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen (MIGG)“; Anwendung des S.I.G.N.A.L.-Interventionsprogramms in Krankenhäusern; Fachberatungsstellen zur Unterstützung von Opfern des Menschenhandels und ihre Finanzierung; Verfahren der anonymen Spurensicherung; Beweissicherung ohne Anzeige; Grundzüge des künftigen Landesaktionsplans gegen Gewalt

Antr

s. *Häusliche Gewalt*

Drs 15/2788

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/5630

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/5651

Zahl und Schicksal der Opfer der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975, Wahrung der Rechte und Entschädigung der Opfer, Beurteilung der Anlauf- und Beratungsstellen des KVJS

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 953-957

Oppenweiler

Bundesstraße B 14 - Ortsumfahrung Oppenweiler

Sach- und Planungsstand zur Ortsumfahrung Oppenweiler der Bundesstraße 14

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/7148

Orchester

s.a. *Chor*

s.a. *Musiker*

Geplante Änderungen in der baden-württembergischen Rundfunkorchesterlandschaft

Gründe und Auswirkungen sowie Abwendungsmöglichkeiten einer Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 29.02.2012 und Stellungnahme
StM Drs 15/1343

BeschlEmpf und Bericht WissA 14.06.2012 Drs 15/2351
(dazu ÄAntr Sabine Kurtz CDU) S. 25-27

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Förderung des ensemble recherche Freiburg

Bedeutung und finanzielle Situation des o.g. Kammermusikensembles, Beurteilung einer Übertragung der Förderung im Haushalt in das Kapitel für Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1704

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 28 - Württembergische Philharmonie Reutlingen und Stuttgarter Philharmoniker (Kap 1481)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1928

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2528

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Mittlg LReg 23.12.2013 Drs 15/4558

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4711

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529

Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5359

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6627

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Mittlg LReg 09.06.2016 Drs 16/89

Länderförderung der Kulturausgaben

Entwicklung der o.g. Förderung im Vergleich zu anderen BLändern seit 2002; Umfang der Ergänzung aus privaten Drittmitteln; Engagement der Banken in der Kultur- und Kreativwirtschaft; Frage nach einer mittelfristigen Finanzplanung für den Betrieb von Theatern, Orchestern oder Museen sowie nach einer möglichen Rücklagenbildung der Kunst- und Kulturinstitutionen aus der institutionellen Förderung; Bewertung der Entwicklungen und Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ iR eines zweijährig stattfindenden Kunstkongresses

Antr

s. *Kultur 2020*

Drs 15/2049

Entwicklung SWR-Standort Baden-Baden

Darlegung o.g. Entwicklung nach dem Entwurf des SWR-Rundfunkstaatsvertrags, Auswirkungen des Wegfalls der Produktionsvorgaben und der Bindung der Direktorenstellen an die Standorte, Personalentwicklung in Baden-Baden seit 2002 und künftig, Anteil der dem Standort Baden-Baden zuzurechnenden Personalstellen des SWR-Sinfonieorchesters, Auswirkungen einer möglichen Fusion der SWR-Orchester auf die Personalstellen in Baden-Baden

KlAnfr

s. *Rundfunk*

Drs 15/2227

Nationaltheater Mannheim

Gegenüberstellung des Nationaltheaters Mannheim und der Staatstheater in Karlsruhe und Stuttgart in ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Gesamtbudgets und des Finanzierungsanteils des Landes seit 2002; Beurteilung des jeweiligen Niveaus von Oper und Orchester; Unterstützung des Nationaltheaters bei Kooperationen mit besonders renommierten Künstlern

Antr

s. *Theater*

Drs 15/2255

Fusion der SWR-Rundfunkorchester

Ablauf und Folgen der Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des Südwestrundfunks (RSO) und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu einem

Klangkörper, insbes beim künftigen musikalischen Profil, Personalbestand, Infrastruktur, Probenmöglichkeiten und Konzertanzahl; finanzieller Einspareffekt; Konsequenzen der Zusammenlegung für den Bereich der kulturellen Bildung

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3130

BeschlEmpf und Bericht WissA 13.02.2014 Drs 15/4949 (dazu ÄAntr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE und Martin Rivoir u.a. SPD und ÄAntr Sabine Kurtz u.a. CDU) S. 8-20

ÄAntr CDU 08.04.2014 Drs 15/5043

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Mittlg LReg 01.10.2014 Drs 15/5797

Zukunft des Landespolizeiorchesters (LPO)

Bedeutung, Struktur und Finanzierung des Landespolizeiorchesters (LPO), insbes Vergleich mit anderen Blasorchestern sowie Polizeiorchestern anderer Bundesländer, Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten, Funktion als Sympathieträger in der polizeilichen Außendarstellung

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 06.03.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3174

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier Beitrag Nr. 7 - Landespolizei Orchester BW (Kap 0314 und 0316)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3807

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4207 (dazu Antr CDU und Antr GRÜNE und SPD) (11 S.)

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Mittlg LReg 25.06.2014 Drs 15/5360

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6037 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD Anlage 2 und Antr CDU Anlage 3)

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Mittlg LReg 18.12.2015 Drs 15/7912

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7973

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Keine Abschaffung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Erwägungen zur Einführung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG); Auswirkungen einer Änderung oder Streichung von § 95 für Theater und Orchester im Hinblick auf die Kunstfreiheit sowie finanzielle und personelle Konsequenzen für den Orchester- und Theaterbetrieb

Antr

s. *Personalvertretungsrecht*

Drs 15/4281

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musikensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizei Orchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr

s. *Musik*

Drs 15/4981

Zuschuss des Landes für die Konzertorchester in BW

Beurteilung der von der Kulturstrukturkommission empfohlenen Bezuschussung der Konzertorchester durch das Land; Berücksichtigung der in den Jahren 2013 und 2014 erfolgten Tarifierhöhungen im Doppelhaushalt 2015/2016; Maßnahmen gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Konzertorchester; Evaluierung der institutionellen Orchesterförderung des Landes; Gewährung von Planungssicherheit durch den Abschluss mehrjähriger Zuwendungsverträge

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 14.08.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5627

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.01.2015 Drs 15/6496 S. 13 14

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Kulturförderung in BW

Sachstand zur angekündigten Erhöhung der Kulturförderung, insbes Auswahlkriterien für die Projekte und Einrichtungen, Benutzung der Konzeption „Kultur 2020“ als Grundlage, dauerhafte Finanzierung, unzureichende Berücksichtigung der Museumslandschaft; Aufrechterhaltung der Einsparpläne für die Musikschulen, Erhalt des Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg als eigenständigen Klangkörper

Antr

s. *Kulturförderung*

Drs 15/5886

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/7725

Mittelaufstockung für die Orchesterförderung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1416

Orden

s. *Auszeichnung*

Ordnungsbehörde*Doppelstreifen bei Polizei*

Einsatz von Doppelstreifen, die aus Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsdienstern bestehen in Kommunen Baden-Württembergs; Erfahrungen aus anderen Bundesländern

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 15/2817

Ordnungswidrigkeit

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3332 betr. Ordnungswidrigkeitenverfahren

BeschlEmpf und Bericht PetA 10.04.2014 Drs 15/4976 Nr. 1 S. 2

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5790

Mittlg LReg 06.06.2014 Drs 15/5329

Rauchwarnmelder - Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Konsequenzen einer Nichtbeachtung von § 15 Abs 7 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)

Konsequenzen der Nichtbeachtung der Landesbauordnung bezüglich der Installation von Rauchwarnmeldern, insbes rechtlichen und versicherungstechnischen Folgen im Schadensfall, strafrechtliche Konsequenzen und Sanktionsmechanismen in anderen Bundesländern; Notwendigkeit der Nachbesserung der gesetzlichen Regelung bezüglich Hinweispflicht, Kontrollen und Bußgeldern

Antr

s. *Rauchmelder*

Drs 15/5103

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Anpassung an Änderungen des Bundesrechts, insbes des Lebenspartnerschaftsrechts; Klarstellung und Vereinheitlichung landesrechtlicher Bestimmungen; Konzentration der Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

GesEntw

s. *Landesrecht*

Drs 15/5443

Ordnungswidrigkeitenrecht

s. *Ordnungswidrigkeit*

Organisationsanalyse

s. *Organisationsuntersuchung*

Organisationsuntersuchung

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zur Organisationsuntersuchung bei den Reg-Präs des Landes

Mittlg LReg

s. *Regierungspräsidium*

Drs 15/145

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 16.12.2005 zu Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW

Mittlg LReg

s. *Finanzverwaltung*

Drs 15/1964

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 10 - Organisation und Aufgabenanalyse im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0601 und 0603)

Mittlg RH

s. *Personalplanung*

Drs 15/7010

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 25 - Ministerium für Integration - Organisation sowie Haushalts- und Wirtschaftsführung (Kap 1501)

Mittlg RH

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 15/7025

Organisierte Kriminalität

s. *Kriminalität*

Organspende*s.a. Transplantationsmedizin**Organspende in BW*

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Änderung des TransplantationsGes, des Aktionsplans der EU-Kommission zur Organspende und -transplantation sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments zu diesem Aktionsplan, Ermöglichung des Eintrags in ein Organspenderegister im Zuge der Beantragung eines Führerscheins o.a. Verwaltungsverfahren? Beurteilung der Arbeit des Aktionsbündnisses Organspende BW

Antr Florian Wahl u.a. SPD 15.06.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/95

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2011 Drs 15/907 S. 32 33

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Kontrolle bei Organspenden

Einschätzung bzw Ausschluss von Missbrauchsrisiken, Bewertung von Forderungen nach zusätzlichen Kontrollen und Einbindung von Transplantationsbeauftragten u.a. Personen in den Kontrollprozess; Art und Zahl der jährlich bei Patienten in BW implantierten Spenderorgane

Antr Florian Wahl u.a. SPD 21.08.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2258

BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 75 76

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Organspende

Anzahl der auf ein Spenderorgan wartenden Menschen in BW; Zahl der Organtransplantationen; Einführung eines zentralen Organspende-Registers; Fortbildung der Transplantationsbeauftragten; Maßnahmen zur Erhöhung der Spendenbereitschaft

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU 18.12.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4522

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 83 84

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Organtransplantation*s. Transplantationsmedizin***Orgel***s. Musikinstrument***Orientierungsplan***s. Bildungsplan***Ortenaukreis***Umsetzung der Inklusion an allgemeinen Schulen*

Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern an weiterführenden Schulen aufgeschlüsselt nach Schultypen; Quantifizierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern der Primar- und Sekundarstufe im Schuljahr 2010/2011; Inklusionsanteil in Kindertagesstätten, Grundschulen und in der Sekundarstufe I; Auflistung der Schulen in den Wahlkreisen Wiesloch, Reutlingen und Lahr, welche die Inklusion bereits umsetzen; Zahl der inkludierten

Kinder und Art der Inklusion; Lehrerfortbildung und Informationsangebote für interessierte Eltern

KlAnfr

s. Inklusion

Drs 15/498

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. Stuttgart 21

Drs 15/834

Lehrerversorgung im Ortenaukreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. Lehrer

Drs 15/1970

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ortenaukreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. Polizeireform

Drs 15/2995

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienstortwechsel und Entstehung neuer Fahrtwege nach der geplanten Polizeistrukturreform in den Polizeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Veränderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr

s. Polizeibehörde

Drs 15/3880

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB im Ortenaukreis

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im Ortenaukreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/3916

Förderung Radwegebau

Verteilung der in den Jahren 2012 und 2013 zur Verfügung stehenden Fördermittel für den Radwegebau in BW auf die Regierungsbezirke; Fördermittel, gestellte Förderanträge und Zuteilung für die einzelnen förderfähigen Anträge im Ortenaukreis

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/3958

Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KlAnfr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4134

Vergabeverfahren Netz 8 - Ortenau S-Bahn

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 8 (Ortenau S-Bahn); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4317

Schulsozialarbeit im Ortenaukreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4637

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Ortenaukreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Ortenaukreis

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4893

Bienensterben in der Ortenau im April 2014

Schadensmeldung, Schadensgebiet und Art der Schäden an den Bienenvölkern; Auftreten vergleichbarer Ereignisse in der Vergangenheit; Ermittlung der Ursachen des Bienensterbens; Zusammenhang mit Pestizideinsatz im Obstbau; Konsequenzen für

die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln

Antr
s. *Biene*
Drs 15/5358

Landschaftserhaltungsverband (LEV) Ortenaukreis

Arbeitsaufwand und finanzielle Unterstützung des Landschaftserhaltungsverbands Ortenaukreis bei der Aufstellung der Managementpläne

KlAnfr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5638

Kosten und Nutzen des Nationalparks Nordschwarzwald

Änderungen hinsichtlich des Nationalparks Nordschwarzwald im Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016; Kalkulation der Besucherzahlen in den Haushaltsentwürfen und den Gutachten von PricewaterhouseCoopers und Ö:Konzept; Übernachtungs- und Tagesgäste in den LKreisen Freudenstadt, Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5900

Angebotsverbesserungen im Teilnetz 8 der Ortenau S-Bahn

Erwartete Verbesserung des Angebots im Teilnetz 8 der Ortenau-S-Bahn durch Neuvergabe; Mehrkosten aufgrund der Angebotsverbesserung und neuer Strecken

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6271

Ökopunktehandel im Ortenaukreis

Sachstand zum Ökopunktehandel im Ortenaukreis, insbes Verbindungen eines eingebundenen Landschaftsplanungsbüros aus Bruchsal zu einer landwirtschaftliche Nutzflächen aufkaufenden Naturschutzstiftung in Speyer, rechtliche und strukturelle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ökokonto-Verordnung zur Verhinderung des Einflusses wirtschaftlicher Interessen bei der Bewertung von Flächen in Ökopunkten durch Fachkundige

KlAnfr
s. *Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung*
Drs 15/7985

Verkehrsverbände Karlsruher Verkehrsverbund (KVV)/Tarifverbund Ortenau (TGO)

Sachstand zur Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsverbänden Karlsruher Verkehrsverbund und Tarifverbund Ortenau, insbes Pendlerzahlen, Homogenisierung der Tarife und Angebote

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/8046

Orthopädische Klinik

s. *Fachkrankenhaus*

Ortsdurchfahrt

s.a. *Ortsumgehung*

Lärmkartierung im Enzkreis

Voraussetzungen für die Aufnahme von innerörtlichen Landesstraßen in die Lärmkartierung der Landesanstalt für Umwelt,

Messungen und Naturschutz; Bewertung der Chancen für eine Aufnahme der Ortsdurchfahrten der Landesstraße 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/144

Ausbau der Ortsdurchfahrt Horb-Mühringen

Beurteilung der Verkehrssicherheit der o.g. Ortsdurchfahrt im Zuge der L 395; Planungsstand und Mittelbereitstellung, Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung des Vorhabens

KlAnfr
s. *Landesstraße 395*
Drs 15/254

Sanierung bzw. Ausbesserung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Auflistung der durch Ortschaften verlaufenden sanierungsbedürftigen Landesstraßen; Bewertung der Chancen für eine zeitnahe Sanierung der L 1134 und der L 1125 in der Ortsdurchfahrt von Wiernsheim-Pinache bzw für den Bau einer Umgehungsstraße

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.07.2011 und
Antw MVI Drs 15/255

Lkw-Tonnagebeschränkung auf der Ortsdurchfahrt Neckartenzlingen

Frage nach der o.g. Möglichkeit im Zuge der L 1208 b

KlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/379

Die innerörtliche Verkehrsbelastung der Gemeinde Oftersheim als Folge der Fertigstellung der B 535

Auswirkungen auf den Durchgangsverkehr in Schwetzingen, Plankstadt und Oftersheim, insbes in der Zähringerstraße in Schwetzingen und der Heidelberger Straße (L 544) in Oftersheim; Frage nach einer Berücksichtigung potenzieller Probleme in der Planung sowie nach möglichen Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Oftersheim*
Drs 15/408

Beruhigung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Einführung eines Tempolimits und bauliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr in verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten zu beruhigen, insbes entlang der L 1134/1177 in Mönsheim

KlAnfr
s. *Verkehrsberuhigung*
Drs 15/487

Geschwindigkeitsbegrenzung in den Leonberger Teilorten

Einführung von Tempo 30 auf den Durchfahrtsstraßen in Warmbronn, Höfingen und Gebersheim, Frage nach weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Reduzierung der Lärmbelastung

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/663

Bevorstehende Sanierungen von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Darlegung der o.g. Planungen; Dauer und Auswirkungen der Sanierungsarbeiten an der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, Eintreten für eine weiträumige Umleitung während der Sanierungsarbeiten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 21.10.2011 und
Antw MVI Drs 15/756

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.11.2011 und
Antw MVI Drs 15/868

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Rems-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Beschränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr
s. *Schurwald*
Drs 15/871

Lkw-Maut in geschlossenen Ortschaften

Einführung der Lkw-Maut auch auf den innerörtlichen Abschnitten von Bundesstraßen, Beteiligung der als Baulastträger betroffenen Kommunen an den Einnahmen

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 15/976

B 466 Ortsdurchführung Heidenheim

Beurteilung der o.g. Trassenführung und Verkehrsbelastung in Heidenheim, Frage nach den Möglichkeiten und der Finanzierung einer Umgehungsstraße oder eines innerstädtischen Tunnels sowie nach den nächsten Schritten

KlAnfr
s. *Bundesstraße 466*
Drs 15/1022

Tempo 40 auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Voraussetzungen für die Anordnung o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Auflistung der Ortsdurchfahrten im Enzkreis mit einer Tempo-40-Regelung; Eintreten für eine Sanierung des Straßenbelags und Tempo 40 in Mühlacker-Lienzingen und Mühlacker-Lomersheim

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1053

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*

Drs 15/1169

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen

Planungsstand und Realisierungschancen der o.g. Ortsumfahrung nach der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen; Darstellung des täglichen Durchgangsverkehrs nach jüngsten Verkehrszählungen; Befürwortung einer durchgängigen Tempo-30-Zone bis zur Realisierung der Umgehungsstraße?

KlAnfr

s. *Landesstraße 384*

Drs 15/1197

Anschluss des Weissacher Tals an die B 14

Berücksichtigung der Interessen der Gemeinden Weissach, Althütte, Allmersbach und Auenwald bei den Planungen zum Weiterbau der B 14, Eintreten für einen verstärkten Lärmschutz an den Ortsdurchfahrten der Ortsteile Waldrems und Heiningen

KlAnfr

s. *Weissach im Tal*

Drs 15/1276

Sanierung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Vorrangiger Sanierungsbedarf von o.g. Landesstraßen; Bewertung des Zustands der Ortsdurchfahrt der L 1134 in Wiernsheim-Pinache sowie der geplanten Belagserneuerung durch die Gemeinde Wiernsheim mit eigenen Mitteln, Frage nach einer finanziellen Unterstützung der Gemeinde

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.02.2012 und
Antw MVI Drs 15/1297

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.03.2012 und
Antw MVI Drs 15/1347

Kommunale Konzepte zur Verkehrsberuhigung auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Konzepte, u.a. Tempolimit mit Überwachungsanlagen und zusätzliche Fußgängerüberwege auf der L 1134 in Mönshheim; Zeitpunkt einer Umsetzung der Maßnahmen sowie einer von der Gemeinde Mönshheim angestrebten Ortsumfahrung für die L 1134

KlAnfr

s. *Verkehrsberuhigung*

Drs 15/1583

Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Tempolimits, Eintreten für Tempo-30-Regelungen auf den Ortsdurchfahrten der L 562 in Keltern-Dietlingen und Keltern-Ellmendingen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/1597

Verkehrslärmbelastung im Enzkreis

Auflistung der zehn Ortsdurchfahrten von Landesstraßen mit der stärksten Verkehrs- und Lärmbelastung, u.a. auf der L 1134 (Enzstraße) in Mühlacker; Eintreten für Lärmschutzmaßnahmen

und für den Bau einer neuen Enzbrücke

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1623

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.05.2012 und
Antw MVI Drs 15/1645

Tempolimits in der Nähe von Kindertagesstätten und Kindergärten im Enzkreis

Geplante Tempolimits auf Ortsdurchfahrtsstraßen, Eintreten für Tempo 30 auf der K 4577 in Tiefenbronn-Lehningen im Bereich des Gemeindekindergartens in der Hauptstraße

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/1714

Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg

MdlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/1734

Lärmschutz und Lärmkartierung im Enzkreis

Eintreten für die Aufnahme des Abschnitts der B 35 zwischen der Knittlinger Straße in Mühlacker-Lienzingen und der B 10 in die zweite Stufe der Kartierung sowie für den Bau von Lärmschutzwänden an der B 35 bei Mühlacker-Lienzingen, in Mühlacker entlang der B 10 und an den Bahngleisen; Hinwirkung auf die Begutachtung einer Kreuzung für die Umwandlung in einen Kreisverkehrsplatz in Mühlacker sowie auf Tempolimits in Mühlacker und Teilorten

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1759

Vollendung von Ortsdurchfahrtssanierungen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. auch des noch verbleibenden Abschnitts der Ortsdurchfahrt der L 1175 in Heimsheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 04.06.2012 und
Antw MVI Drs 15/1793

Fertigstellung/Sanierung von Ortsdurchfahrten

Mittelbereitstellung 2012 und Fertigstellung der Maßnahmen an der L 163 a Ortsdurchfahrt Erzingen, L 158 Ortsdurchfahrt Obereggigen und L 150 St. Blasien; Höhe der von der früheren LReg für die Sanierung der L 158 Ortsdurchfahrt Obereggigen zugesagten Mittel

KlAnfr Felix Schreiner CDU 22.06.2012 und Antw MVI Drs
15/1931

Tempolimits

Beurteilung von generell Tempo 30 in Städten und generell Tempo 120 auf Autobahnen

MdIAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/1953

Errichtung von Brücken an Landesstraßen im Enzkreis

Vorgesehene neue Brückenverbindungen an Ortsdurchfahrten von Landesstraßen, u.a. in Neuenbürg an der L 381; Zuschussfähigkeit dieses Vorhabens sowie eines Kreisverkehrsplatzes an der L 381

KlAnfr

s. *Brücke*

Drs 15/2165

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßensanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr

s. *Verkehrslenkung*

Drs 15/2278

Ausbau/Reparatur L 1050 Pfedelbach/Mainhardt/Oberrot

Entwicklung des Pkw- und Schwerlastverkehrs, der Unfälle und des Zustands der L 1050; Beurteilung der Verkehrssituation in den zum Teil engen Ortsdurchfahrten; Realisierungschancen einer Umfahrung des Teilorts Hütten der Gemeinde Mainhardt

KlAnfr

s. *Landesstraße 1050*

Drs 15/2294

Sanierung Ortsdurchfahrt Landesstraße (L) 1125 Niefern-Öschelbronn

Zustand und Planung der Sanierungsarbeiten von Landesstraße 1125 in der Ortsdurchfahrt Niefern-Öschelbronn, insbes derzeitige Verkehrssicherheit, Sanierungsbeginn, geschätzte Baukosten, Finanzierung und Fertigstellung

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 28.06.2013 und Antw MVI

Drs 15/3698

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/4518

Finanzielle Bezuschussung von Straßenbauvorhaben im Enzkreis

Förderung des Straßenbaus im Enzkreis, insbes des Baus einer Ortsumgehung Wurmberg, in den Jahren 2015 und 2016

KlAnfr

s. *Straßenbaufinanzierung*

Drs 15/5321

Tempo-30-Zonen in Ortsdurchfahrten

Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Ortsdurchfahrten im Enzkreis und im LKkreis Ludwigsburg; Einrichtung einer ganztägigen Tempo-30-Zone innerhalb der Ortsdurchfahrt von Illingen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/5665

Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27 in Leinfeld-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/5717

Tempo-30-Zone in Kämpfelbach

Bestehende und geplante Tempo-30-Zonen bei Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis; Gründe für die Ablehnung einer Tempo-30-Zone in Kämpfelbach und Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/5753

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/6435

Fragen zur Gestaltung von Ortsdurchfahrten

Sachstand zur Umsetzung von Projekten zum Thema „Gestaltung von Straßen als gemeinsamer Verkehrsraum für eine gleichberechtigte Begegnung von Fuß- und Autoverkehr“, insbes von Projekten zur baulichen Umgestaltung von Ortsdurchfahrten

KlAnfr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE 26.03.2015 und

Antw MVI Drs 15/6677

Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im LKkreis Ludwigsburg

Geplante Sanierungsmaßnahmen an Ortsdurchfahrten; Zustand der Landesstraßen L 1106 und L 1107 in der Ortsdurchfahrt Bönningheim

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 18.02.2016 und Antw

MVI Drs 15/8079

Bewertung von generell Tempo 30 auf Ortsdurchgangsstraßen

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 664-668

Ortsdurchfahrtsstraße

s. *Ortsdurchfahrt*

Ortskernsanierung

s. Stadtentwicklung

Ortssatzung

s. Kommunale Satzung

Ortsteil

s. Gemeindebezirk

Ortsumfahrung

s. Ortsumgehung

Ortsumgehung

s.a. Ortsdurchfahrt

Haltung der LReg zum Bau von Umgehungsstraßen

Eintreten beim Bund für den zügigen Bau von geplanten Umgehungsstraßen im Zuge von Bundesstraßen, u.a. für den Bau der Westtangente Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.05.2011 und
Antw MVI Drs 15/16

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/18

Ortsumgehung Heddeshcim

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. Heddeshcim
Drs 15/36

Neubau der L 597 inkl. Neckarbrücke bei Ladenburg/Ilvesheim

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. Brücke
Drs 15/37

Ortsumfahrung Winden B 294 und Straßenbau im LKkreis Emmendingen

Priorität und Realisierungschancen des o.g. Projekts und von weiteren anstehenden Modernisierungs-, Aus- und Neubauvorhaben im LKkreis Emmendingen

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/140

Landesstraßenbau L 415 Ortsumfahrung Geislingen

Bewertung der Dringlichkeit, der weiteren Verfahrensschritte und des Baubeginns für das o.g. Projekt

KlAnfr
s. Landesstraße 415
Drs 15/141

Ortsumfahrung Vellberg L 1040

Bewertung der Dringlichkeit, der weiteren Verfahrensschritte und des Baubeginns für das o.g. Projekt

KlAnfr
s. Landesstraße 1040
Drs 15/182

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 19 - Kernstadumgehung Neckargemünd (Kap 1004)

Mittlg RH
s. Neckargemünd
Drs 15/119

Straßenbauprojekte im Wahlkreis Singen

Unterstützung der Fortsetzung des vierspurigen Ausbaus der B 33 neu zwischen Allensbach und Konstanz, der Finanzierung der weiteren Abschnitte, der Realisierung der Umfahrung „Westlicher Bodensee“ sowie der Ortsumfahrung Rielasingen

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/253

Sanierung bzw. Ausbesserung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Auflistung der durch Ortschaften verlaufenden sanierungsbedürftigen Landesstraßen; Bewertung der Chancen für eine zeitnahe Sanierung der L 1134 und der L 1125 in der Ortsdurchfahrt von Wiernsheim-Pinache bzw für den Bau einer Umgehungsstraße

KlAnfr
s. Ortsdurchfahrt
Drs 15/255

Aus- und Neubaumaßnahmen an Landesstraßen und insbesondere an Ortsumfahrungen

Auflistung der zur Zeit in Umsetzung befindlichen, der geforderten, geplanten und für notwendig erachteten Maßnahmen; Auflistung der Maßnahmen mit Baurecht und dessen jeweilige Gültigkeitsdauer; Höhe der künftigen Mittelbereitstellung

Antr
s. Landesstraße
Drs 15/308

Ortsumfahrung Ilsfeld

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität, insbes wegen der dortigen Umweltzone

KlAnfr
s. Ilsfeld
Drs 15/312

Vorfinanzierung der B 31 - Umfahrung in Friedrichshafen

Fortführung der Bemühungen beim Bund für eine private Vorfinanzierung des o.g. Vorhabens, Festhalten an der im März 2011 vertretenen Haltung von MinPräs Kretschmann gegen

einen Ausbau der B 31 und B 30 im Raum Friedrichshafen-Ravensburg?

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/325

Haushalt 2011; Vierter Nachtrag
Mittelaufstockung für den Erhalt, Aus- und Neubau von Landesstraßen, insbes auch im Zuge von Ortsumgehungen

Haushalt
s. *Landesstraße*
Drs 15/341

Nordumfahrung von Nürtingen und Reudern

Beurteilung der Entlastungswirkung und Unterstützung der o.g. Umgehung sowie des Oberensinger Tunnels im Zuge der B 297

KlAnfr
s. *Nürtingen*
Drs 15/363

Planungen zur A 98

Stand der Planungen, Zeitpunkt des Baubeginns, Höhe der Planungs- und Baukosten für die Abschnitte A 98.4 Eichsel-Karsau und A 98.5 Karsau-Wehr; Frage nach Alternativplanungen zum Ausbau einer B 34 neu mit Umfahrungen der Ortschaften

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/366

Ortsumfahrung Güglingen/Pfaffenhofen

Bewertung des o.g. Projekts im Zuge der L 1103 neu und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. *Landesstraße 1103*
Drs 15/369

Ortsumfahrungen

Begonnene, planfestgestellte sowie im Planfeststellungsbeschlussverfahren befindliche Ortsumfahrungen im Zuge von Landesstraßen; Art der Finanzierung der Maßnahmen, Bewertung unter den Aspekten „Entlastungswirkung“ und „Kosten-Nutzen-Verhältnis“

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 02.08.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/392

Ortsumfahrung Nordhausen L 1106

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. *Landesstraße 1106*
Drs 15/397

Ortsumfahrung Blumberg-Randen und Blumberg-Zollhaus im Zuge der Bundesstraße 27 in der Südbaar

Darstellung des aktuellen Planungsstands, der bisherigen und weiteren Vorarbeiten; Zeitpunkt der Vorlage der Umweltverträglichkeitsstudie zur Bewertung der unterschiedlichen Trassenvarianten

KlAnfr

s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/430

Geplanter Autobahn-Halbanschluss und „Schwörer-Trasse“ in Freiberg/Neckar

Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit und Finanzierbarkeit einer neuen Anschlussstelle an der A 81 mit der geplanten Teilortsumfahrung von Ingersheim sowie der o.g. Trasse durch das Industriegebiet Neckar mit der Ortsumfahrung von Freiberg, Zulässigkeit des geforderten Lkw-Fahrverbots auf der L 1125 auch ohne den Bau des geplanten Halbanschlusses?

KlAnfr Daniel Renkonen GRÜNE 25.08.2011 und Antw MVI Drs 15/446

Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Darstellung der Priorität, der bisherigen und weiteren Mittelbereitstellung; Zeitpunkt des Baubeginns für die Ortsumfahrung, Frage nach einem Zusammenhang mit dem Ausbau und der Verlängerung der Saarlandstraße in Heilbronn

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/462

Bau von Verkehrsinfrastruktur

Auflistung von nachrangigen Umgehungsstraßen und Prestigeprojekten sowie von überfeuerten Projekten seit 1998; Neudefinition der zu hohen Standards und Umplanung von Infrastrukturprojekten von Straße, Schiene und Wasserstraße

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/521

Ortsumgehung Altwiesloch / Generalverkehrsplan

Belastung des o.g. Stadtteils durch Verkehr, Lärm und Feinstaub; Darstellung der ergriffenen und möglichen Entlastungsmaßnahmen; Verbleib der Ortsumgehung mit höchster Priorität im Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Wiesloch*
Drs 15/577

Ortsumfahrung Dürrenzimmern

Bewertung des o.g. Projekts im Zuge der L 1106 und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. *Landesstraße 1106*
Drs 15/618

Ortsumfahrung Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Kriterien und Zeitpunkt für eine landesweite Priorisierung von Straßenbauprojekten; Umsetzung der Zusagen der Vorgängerregierungen zur Förderung der o.g. Projekte

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/620

Sach- und Planungsstand zur Ortsumfahrung B 314 Grimmshofen

Beurteilung des Planungsstands, der Dringlichkeit und unterschiedlichen Trassenvarianten der o.g. Maßnahme; Darstellung

der weiteren Schritte, Zeitpunkt des Baubeginns; Eintreten in Verhandlungen mit dem Bund für eine Einbeziehung des Nutzens für die gesamte Hochrhein-Region als Lückenschluss zur B 314 in die Kosten-Nutzen-Berechnung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 314*
Drs 15/665

Fernverkehrsrelevanz von Straßen in der Region Karlsruhe

Fernverkehrsaufkommen und -relevanz beim Bau einer Nordumgehung um Knielingen zwischen der geplanten zweiten Rheinbrücke und der B 36 sowie im Falle der ursprünglich geplanten Anbindung dieser Nordumgehung an die bestehende Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe, Fernverkehrsaufkommen und -relevanz der Karlsruher Südtangente zwischen der Ausfahrt Kühler Krug und der Autobahnanschlussstelle Karlsruhe-Mitte, Chancen und Kosten von Lärmschutzmaßnahmen entlang dieser Südtangente

KlAnfr
s. *Fernstraße*
Drs 15/751

Südumfahrung des Rastatter Stadtteils Münchfeld

Höhe der Mittelbereitstellung für Lärmschutzmaßnahmen im Wahlkreis Rastatt in den nächsten zwei Jahren, Chancen einer Realisierung der o.g. Umfahrung bzw. von Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anwohner

KlAnfr
s. *Rastatt*
Drs 15/821

Nordumfahrung Darmsheim (L 1182) unverzüglich weiterbauen
Aufhebung des Baustopps nach Lösung der Altlastenproblematik und Freigabe der für die nächste Ausschreibung benötigten Mittel, Ergreifung der notwendigen Maßnahmen für einen sofortigen Weiterbau

Antr
s. *Landesstraße 1182*
Drs 15/842

L 1148 Ortsumfahrung Miedelsbach

Bewertung der Dringlichkeit und Entlastungswirkung des o.g. Projekts; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr
s. *Landesstraße 1148*
Drs 15/893

Ortsumfahrung B 294 Winden

Priorität, Baubeginn und Fertigstellung des o.g. Projekts und von weiteren Ortsumfahrungen im Wahlkreis Emmendingen; Frage nach Mittelfreigaben für die Bahn zur Realisierung von zwei Eisenbahnüberführungen im Bereich der Ortsumfahrung Winden

KlAnfr Sabine Wölflé SPD 18.11.2011 und Antw MVI Drs 15/895

Maßnahmen gegen Verkehrsbelastungen der Schramberger Talstadt

Priorität der o.g. Talstadtaufahrung im Zuge der B 462 und weiterer Ortsumfahrungen im Landkreis Rottweil; Beurteilung der bisher eingerichteten Umweltzonen in Kommunen landesweit; Bewertung einer beabsichtigten Umweltzone in der gesamten Schramberger Talstadt als ungeeignet und unverhältnismäßig durch den Gemeinderat der Stadt Schramberg

KlAnfr
s. *Schramberg*
Drs 15/915

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

B 466 Ortsdurchfahrung Heidenheim

Beurteilung der o.g. Trassenführung und Verkehrsbelastung in Heidenheim, Frage nach den Möglichkeiten und der Finanzierung einer Umgehungsstraße oder eines innerstädtischen Tunnels sowie nach den nächsten Schritten

KlAnfr
s. *Bundesstraße 466*
Drs 15/1022

Ortsumfahrung Heuchlingen

Priorität, Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten des o.g. Projekts und von weiteren geforderten Ortsumfahrungen im LKreise Heidenheim; Frage nach den nächsten Schritten und dem Zeitpunkt des Baubeginns

KlAnfr Bernd Hitzler u.a. CDU 14.12.2011 und Antw MVI Drs 15/1023

Nord-Ost-Umfahrung im Raum Stuttgart

Planungsstand des o.g. Vorhabens im Zuge der L 1197 und Verkehrsentwicklung an der bestehenden Neckarquerung in Remseck unter Berücksichtigung der verschärften Luftreinhaltemaßnahmen und des Lkw-Durchfahrtsverbots in Stuttgart sowie der Autobahnmaut; Verzicht auf eine Weiterverfolgung des Vorhabens, Frage nach einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position sowie nach anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1179

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen

Planungsstand und Realisierungschancen der o.g. Ortsumfahrung nach der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen; Darstellung des täglichen Durchgangsverkehrs nach jüngsten Verkehrszählungen; Befürwortung einer durchgängigen Tempo-30-Zone bis zur Realisierung der Umgehungsstraße?

KlAnfr
s. *Landesstraße 384*
Drs 15/1197

Straßenbaumaßnahmen im Bereich Schwäbisch Gmünd / Heubach

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1308

Sanierung von Landesstraßen im LKreise Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1312

Bundesstraße 29

Zeitpunkt des Erlöschens des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau der Ortsumfahrung Mögglingen und für den Bau der Strecke Essingen-Aalen im Zuge der B 29

KlAnfr
s. *Bundesstraße 29*
Drs 15/1326

Zeitnahe Umsetzung der Verkehrskonzeption im Bereich der Gemeinden Neuenstadt / Oedheim / Bad Friedrichshall

Stand der Planungen zur Weiterführung der Ortsumfahrung Neuenstadt im Zusammenhang mit dem Umbau der L 1088 sowie zur Ableitung des Verkehrs auf der Gemarkung Oedheim über die K 2001 in Richtung L 1095 Neckarsulm, Höhe und Träger der Kosten, Zeitpunkt der Finanzierung und Realisierung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1536

Bau von Umgehungsstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bau von Umgehungsstraßen im Bereich der Bundesstraßen; Eintreten für eine zügige Planfeststellung des zweiten Bauabschnitts der Pforzheimer Westtangente; Kriterien für die Bearbeitung noch nicht begonnener planfestgestellter Maßnahmen des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1558

B 33 - Umfahrung der Stadt Haslach im Kinzigtal

Auswirkungen des jüngsten Votums des Gemeinderats der Stadt Haslach für eine Tunnellösung auf die laufenden, mit dem Hochwasserschutz kombinierten Planungen und auf die Kosten

KlAnfr
s. *Bundesstraße 33*
Drs 15/1595

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1645

Schutz vor verkehrsbedingten Immissionen in Bad Wimpfen

Höhe der Kosten und Effekte der genehmigten Umfahrung im Zuge der L 1100 im Vergleich zu der von der Bürgerinitiative Straßenverkehr Bad Wimpfen entwickelten Alternativplanung einer westlichen Spange; Gründe für die Aufhebung des Durchfahrtsverbots für Gefahrguttransporter; Umsetzungsstand des Lärmaktionsplans; Intensität und Ergebnisse der Schadstoffmessungen; Sicherheitsbewertung der Schulwege; Frage nach dem Planungsstand für die Aufnahme in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Bad Wimpfen*
Drs 15/1744

Ortsumfahrung Mögglingen

Darstellung der bisherigen Planungen und Vorarbeiten für die B-29-Ortsumfahrung und deren Kosten; Gründe und Auswirkungen der Einstufung in Gruppe 3 der Priorisierungsliste von baureifen Bundesstraßen; Bewertung der Zusage des Baubeginns nach dem Stadttunnel Schwäbisch Gmünd durch die frühere LReg bzw der Netzwirkung des Gmünder Tunnels auf die B 29 zwischen Schwäbisch Gmünd und der A 7; Frage nach vorhandenen Mitteln für die Verwirklichung des Projekts

Antr
s. *Bundesstraße 29*
Drs 15/1945

Priorisierung der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Vorarbeiten und Möglichkeiten der Einflussnahme auf den neuen Bundesverkehrswegeplan ab 2016; Chancen für die Aufstufung der noch nicht ausgebauten Streckenabschnitte und Ortsumfahrungen in den „vordringlichen Bedarf“, insbes Ausbau zwischen Biberach und Baidt, Ortsumgehungen von Gaisbeuren und Enzisreute sowie Ausbau der Ortsumfahrung Bad Waldsee

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/2095

Umgehungsstraße Leingarten L 1105 und Saarlandstraße Heilbronn

Gründe für die Nichtaufnahme der o.g. Projekte in den Maßnahmenplan zu den Landesstraßen; Position der beiden Projekte nach der wissenschaftlichen Auswertung des Maßnahmenplans und nach Gewichtung des zwingenden Zusammenhangs der beiden Vorhaben

KlAnfr
s. *Leingarten*
Drs 15/2202

Ausbau/Reparatur L 1050 Pfedelbach/Mainhardt/Oberrot

Entwicklung des Pkw- und Schwerlastverkehrs, der Unfälle und des Zustands der L 1050; Beurteilung der Verkehrssituation in den zum Teil engen Ortsdurchfahrten; Realisierungschancen einer Umfahrung des Teilorts Hütten der Gemeinde Mainhardt

KlAnfr
s. *Landesstraße 1050*
Drs 15/2294

Landesstraßenbau im LKreis Biberach

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Ortsumfahrung Unlingen im Zuge der B 311

Verkehrssituation und Verkehrsbelastung der Gemeinde Unlingen; Einschätzung des Entlastungseffekts durch eine Ortsumfahrung; veranschlagte Kosten; Rang der Maßnahme in der Priorisierungsliste der planfestgestellten und baureifen Bundesfernstraßenprojekte, Kosten-Nutzen-Faktor

KlAnfr Peter Schneider CDU 28.09.2012 und Antw MVI
Drs 15/2416

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen, Sachstand der Ortsumfahrung

Gründe für die Verzögerung der Straßenbaumaßnahme; Kosten der Voruntersuchungen zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens; Einsatz externer Gutachter und privater Planungsbüros; Nutzbarkeit bestehender Gutachten bei einer Verschiebung des Baubeginns

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 21.11.2012 und Antw MVI
Drs 15/2700

Projektpriorisierung im Maßnahmenplan zum neuen Generalverkehrsplan im Enzkreis

Grundsätzliche Bereitschaft zu Gewichtsänderungen im Maßnahmenplan Landesstraßen; Initiative zum Verzicht auf die Ortsumfahrung Niefern-Öschelbronn zugunsten einer höheren Priorisierung einer Ortsumfahrung für Wiernsheim-Pinache; Prüfung einer Anpassung des Maßnahmenplans

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2735

Weiterbau Nordumfahrung Darmsheim (L 1182)

Bauarbeiten an der Nordumfahrung Darmsheim, insbes Zeitplan für die Fertigstellung, Beginn der Tunnelarbeiten, bereitgestellte erforderliche Landesmittel sowie aktuelle und künftige Kostensteigerungen durch die Bauverzögerung

KlAnfr
s. *Sindelfingen*
Drs 15/2953

Unternehmensflurbereinigung im Zuge des Neubaus der B 29

Unternehmensflurbereinigungsverfahren im Zuge des Neubaus der B 29 Ortsumgehung Mögglingen auf den Gemarkungen Mögglingen, Essingen und Heubach-Lautern, insbes mögliche Änderung der bisherigen Zuschussvoraussetzungen durch die zeitliche Verzögerung des Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/3193

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im LKreis Biberach

Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KlAnfr Peter Schneider CDU 08.05.2013 und Antw MVI
Drs 15/3468

Bundesstraße (B) 30 - Ortsumfahrung Oberessendorf im LKreis Biberach

Verkehrsbelastung, Leistungsfähigkeit und Ausbauplanungen der Bundesstraße 30 bei Oberessendorf; Anmeldung der B 30 als zweistreifige Ortsumgehung für Oberessendorf für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3754

Ortsumfahrung Miedelsbach - Landesstraße (L) 1148

Aktueller Planungsstand und Zeitplan des Baus der Ortsumfahrung Miedelsbach der Landesstraße 1148

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3757

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) - Mittelverwendung

Bestehende Verpflichtungen im Öffentlichen Personennahverkehr und im Straßenbau; Gesamtvolumen der im Förderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ bewilligten Projekte; Höhe der bis zum Ende des Förderprogramms für neue Projekte verfügbaren Fördermittel; Stand der Projekte Südumfahrung Kehlen und Ortsumfahrung Markdorf

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/3846

Impulsprogramm - Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach

Stand der 2008 als Sonderprogramm aufgelegten Vorhaben und ihre Finanzierung; Planungsstand und Kostenentwicklung der noch nicht begonnenen Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach; Priorisierung o.g. Straßenbaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

Antr Martin Hahn u.a. GRÜNE 19.07.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3847
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 71-74
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Ortsumfahrung Darmsheim iRd Impulsprogramms 2008/2009

Aktueller Planungsstand, Zeitplan und Finanzierung des Baus der Ortsumfahrung Darmsheim

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3955

Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach iRd Impulsprogramms 2008/2009

Aktueller Planungsstand, Zeitplan und Finanzierung des Baus der Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3956

Ortsumfahrung Neckarhausen Bundesstraße (B) 297

Vorschlag der Ortsumgehung Nürtingen-Neckarhausen für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 02.09.2013 und Antw MVI Drs 15/3993

Ortsumfahrungen im LKreis Waldshut

Planungsstand der Ortsumfahrungen und ihre Berücksichtigung in der Prioritätenliste des Landes; der Nutzen von Umgehungsstraßen für die Ortsentwicklung

KlAnfr Felix Schreiner CDU 09.04.2014 und Antw MVI Drs 15/5061

Finanzielle Bezuschussung von Straßenbauvorhaben im Enzkreis

Förderung des Straßenbaus im Enzkreis, insbes des Baus einer Ortsumgehung Wurmberg, in den Jahren 2015 und 2016

KlAnfr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/5321

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis
Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5983

Ortsumfahrungen Staufen und Zienken

Stand der geplanten Ortsumfahrungen Staufen (L 123) und Neuenburg-Zienken (L 134), insbes Gründe für die Nichtberücksichtigung im Straßenbauprogramm des Landes bis 2019

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 16.12.2014 und Antw MVI
Drs 15/6276

Straßenplanungskapazität im Bodenseekreis

Sachstand zur Kapazität bei Straßenbauplanungen im Bodenseekreis, insbes Planungsaufwand und Planungsstand bei den Ortsumfahrungen Bermatingen, Salem-Neufrach und Hagnau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6804

*Der aktuelle Maßnahmenplan, die Priorisierung von Neubau-
maßnahmen und die Ortsumgehung der Stadt Beilstein (Kreis
Heilbronn)*

Berücksichtigung der Ortsumfahrung der Stadt Beilstein im Maßnahmenplan des Landes, insbes Kriterien für die Gewichtung der Gesamtermittlung

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 04.05.2015 und Antw
MVI Drs 15/6838

*Nachträgliche Anmeldung der Nordtangente in den Bundesver-
kehrswegeplan 2015*

Nachträgliche Aufnahme der Nordtangente Karlsruhe entsprechend des bisherigen Bedarfsplans für Bundesfernstraßen 2004 für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bei der BReg; Realisierbarkeit und finanzielle Förderung der in der Diskussion befindlichen Südumfahrung Karlsruhe-Hagsfeld

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/6972

Umgehungsstraßen im Enzkreis

Sachstand zu Neubauten von Umgehungsstraßen im Enzkreis zur Entlastung von Ortsdurchfahrten im Landesstraßenprogramm, insbes Chancen einer Umgehungsstraße in Wurmberg

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.06.2015 und
Antw MVI Drs 15/6978

Bundesstraße B 14 - Ortsumfahrung Oppenweiler

Sach- und Planungsstand zur Ortsumfahrung Oppenweiler der Bundesstraße 14

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 08.07.2015 und Antw MVI Drs
15/7148

*Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Ortsumfah-
rung (OU) Behla*

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Ortsumfahrung Behla, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7253

*Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 294 - Ortsumfah-
rung (OU) Winden*

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 294 - Ortsumfahrung Winden, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7257

*Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 34 - Ortsumfah-
rung (OU) Wyhlen*

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 34 - Ortsumfahrung Wyhlen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7258

*Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 313 - Ortsumfah-
rung (OU) Grafenberg*

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 313 - Ortsumfahrung Grafenberg, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7277

Förderung der Ortsumfahrung Markdorf

Verwendung von Fördermitteln aus dem Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz für den Bau der Ortsumfahrung Markdorf; Zeitplan für die Finanzierung

MdlAnfr 6) Ulrich Müller CDU 22.10.2015 Drs 15/7550
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8452-8454

*Ortsumfahrung bei Gerstetten-Heuchlingen (LKreis Heiden-
heim) der L 1164*

Verkehrsbelastung auf der Landesstraße 1164 in Gerstetten-Heuchlingen; Maßnahmen zur Entlastung der Anwohner; Planungsstand und Finanzierung der Ortsumfahrung

KlAnfr Andrea Lindlohr GRÜNE 28.01.2016 und Antw
MVI Drs 15/8027

Finanzierungszusage zur Ortsumfahrung Markdorf

Sachstand zur Finanzierung der Ortsumfahrung Markdorf als Kreisstraße iRd Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes Finanzierungsabsicht des Landes

KlAnfr Ulrich Müller CDU 12.02.2016 und Antw MVI Drs
15/8052

Bundesfernstraßen im LKreis Ludwigsburg

Sachstand zu Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundesfernstraßen im LKreis Ludwigsburg, insbes Verfahrensstand hinsichtlich der für Vaihingen-Enz geplanten Ortsumfahrung der Bundesstraße 10 bzw des Verkehrsknotens „Vaihinger Eck“

KlAnfr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/8080

Eintreten für den Bau von Ortsumgehungen, Bewertung als Beitrag zum Lärmschutz

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 70 74

Kritik des RH an der Kostensteigerung für die Kernstadtumgehungen Neckargemünd

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 247

Kritik an der Blockade von notwendigen Ortsumfahrungen seit dem Regierungswechsel

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349 1351 1357

Ortsumgehungsstraße

s. *Ortsumgehung*

OSS

s. *Software*

Ostalbkreis

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/835

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ostalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2999

Unterrichtsversorgung an den Gymnasien im Ostalbkreis

Situation der Unterrichtsversorgung an den Gymnasien im Ostalbkreis, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen sowie von Unterrichtsausfall, Ergänzungsbereich, Pflichtunterricht und Entlastungsstunden

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3866

Vorkehrungen gegen die Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (BHV-1) an der Landesgrenze

Erkenntnisse und Maßnahmen bezüglich des Ausbruchs der Rinderseuche BHV-1 im bayerischen LKreis Donau-Ries, insbes Vorkehrungen in benachbarten LKreisen Baden-Württembergs (v.a. Ostalbkreis, LKreis Heidenheim), Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung

KlAnfr

s. *Tierseuche*

Drs 15/4620

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöhe) im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöhe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KlAnfr

s. *Hochspannungsleitung*

Drs 15/5622

Wohnungseinbrüche im Ostalbkreis

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Ostalbkreis, lokale Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5749

Verkehr und Straßenbau im Ostalbkreis nach der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels

Auswirkungen der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels auf das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsströme im Ostalbkreis, insbes auf der Bundesstraße 29; geplante Folgemaßnahmen im Straßenbau auf den Landesstrassen

KlAnfr

s. *Verkehrsaufkommen*

Drs 15/5978

Ärztliche Versorgung im Ostalbkreis

Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im Ostalbkreis; Daten zu Kommunen und LKreisen zu bewilligten Förderanträgen iRd Förderprogramms „Landärzte“

KlAnfr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/6230

Breitbandversorgung im Ostalbkreis

Geförderte Gemeinden und Projekte; Breitbandversorgung im Ostalbkreis im Vergleich zu anderen LKreisen; Beitritt einzelner Kommunen zum interkommunalen Breitbandverbund „Komm.Pakt.net“; Förderprogramme für den Ausbau der Breitbandversorgung

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/6401

Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis, insbes Unterbringung, Anerkennungsquoten, Rückführungen, Straftaten, Arbeitsaufnahmen

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/6691

Schüler- und Anmeldezahlen an Schulen des Ostalbkreises

Entwicklung der Schülerzahlen und Höhe der Anmeldungen für die Real- und Gemeinschaftsschulen und die Privatschule für das Schuljahr 2015/2016 im Ostalbkreis

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6713

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Sachstand zur Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie zur Erfüllung der Schulpflicht bei Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7686

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauferklinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäusern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7685

Entwicklung der Planstellen in der Zuständigkeit des heutigen Polizeipräsidiums Aalen in den LKreisen Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall im landesweiten Vergleich

Jährliche Entwicklung der Planstellen im Vergleich zur tatsächlichen Beschäftigung von Polizisten vor Ort seit dem Jahr 2000; Polizeipräsidien mit den schlechtesten Betreuungsverhältnissen pro Einwohner

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/8117

Ostasien*Ausländische Patentanmeldungen in Deutschland und in BW*

Zahl von Patentanmeldungen aus Ostasien (insbes aus China, Japan und Korea) in Europa und Deutschland, insbes betroffene Branchen; Entwicklung der durch ostasiatische Patentanmeldungen entstandenen Patentstreitigkeiten sowie Auswirkungen auf die baden-württembergische Industrie

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/4267

Ostdeutschland*s. Neue Bundesländer***Osteuropa**

s.a. *Griechenland*
s.a. *Kosovo*
s.a. *Kroatien*
s.a. *Mazedonien*
s.a. *Polen*

*s.a. Rumänien**s.a. Russland**s.a. Serbien**s.a. Ungarn**EU-Donauraumstrategie*

Potenziale der EU-Donauraumstrategie für die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten; Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität; Aufgaben und Zusammenarbeit des neuen Servicebüros mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm; Fortführung und Ziele der Donaukonferenzen in der Vertretung des Landes bei der EU

Antr
s. *Donauraum*
Drs 15/326

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Auswirkungen der seit Mai geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den acht (östlichen) EU-Beitrittsstaaten auf Gesellschaft und Wirtschaft in BW; Nutzung als Chance zur Abmilderung des Fachkräftemangels, Unterstützung der Unternehmen zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, Angebot von Hilfestellungen wie z.B. Sprachförderung; Forcierung der Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Zertifikate anderer EU-Staaten

Antr
s. *Arbeitskraft*
Drs 15/327

Zukunft der Osteuropahilfe

Fortsetzung der Osteuropahilfe auch nach der Schließung der Geschäfts- und Servicestelle Osteuropa in der Baden-Württemberg-Stiftung, Fördermöglichkeiten für die humanitären Hilfsorganisationen

MdlAnfr 5) Dr. Wolfgang Reinhart CDU 21.05.2012 Drs 15/1734
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2093 2094

Zuwanderung aus Südosteuropa

Überblick über zugewanderte Personen aus Südosteuropa, insbes Statistik und Problemlagen für Land und Kommunen, Lebenssituation der Migranten, Stand der Integration und Bedarf an weiteren Integrationsmaßnahmen

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3080

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014, insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 15/4960

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Umfang der aufgedeckten illegalen Hundetransporte in BW; von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten für die Unterbrin-

gung und Versorgung der sichergestellten Hunde; Herkunftsländer, Organisationsstrukturen und Transportwege des illegalen Handels mit Hundewelpen; Überprüfung verdächtiger Transportfahrzeuge und Verkaufsangebote; Aufklärung potenzieller Hundekäufer; Einführung einer EU-weiten Chip- und Registrierungspflicht für Hunde

Antr
s. *Hund*
Drs 15/5139

Erinnerung an die Unternehmensverlagerungen nach Osteuropa in der Währungskrise Anfang der Neunzigerjahre
PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482

Osteuropahilfe

s. *Osteuropa*

Ostfildern

ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen, Planfeststellungsabschnitt 1.4 (Filderbereich)

Lärmschutzmaßnahmen und zu erwartende Lärmimmissionen im Filderbereich durch die Bahntrasse der ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen im Zusammenwirken mit dem Verkehrslärm der Bundesautobahn 8 und dem Flughafen Stuttgart

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3175

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)
Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr
s. *Verkehrsbeschränkung*
Drs 15/3850

Weshalb funktionierte das Amok-Warnsystem „Pager“ nicht?
Ausstattung von Schulen in BW mit Pagern als Amokwarnsystem und Einsatz der neuen Alarmierungsinfrastruktur, insbes nicht ausgelöster Alarm bei einem Amokverdacht am 12. Februar 2014 in Ostfildern

Antr
s. *Amoklauf*
Drs 15/4906

Ostwürttemberg, Region

Verweigerung der LReg für eine Verbesserung der Luftrettung in Ostwürttemberg und im LKreis Schwäbisch Hall

Verweigerung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit des Innenministers nach Aussage seines bayerischen Kollegen; Frage nach Vorschlägen zur Beseitigung der Lücken bei der Luftrettung in der o.g. Raumschaft

MdlAnfr
s. *Rettungsdienst*

Drs 15/1734

Schienepersonennah- und -fernverkehr in Ostwürttemberg
Verbesserungen im Ausschreibungsnetz 1b (Remseck-Fils); Ausgestaltung des Fahrplans und voraussichtliche Inbetriebnahme des Streckennetzes; künftige Anbindung der Region Ostwürttemberg an den neuen Filderbahnhof; Schaffung neuer Haltepunkte; Realisierungschancen einer neuen IC-Strecke zwischen dem Großraum Stuttgart und Ingolstadt-Augsburg

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7595

Ottersweier

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck

Sachstand und Unterstützung der Kommune beim Komplettabriss des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“ und der umweltgerechten Beseitigung des Heizöltanks

KlAnfr
s. *Abriss*
Drs 15/4829

Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen

Beurteilung der steigenden Gewaltbereitschaft heranwachsender Jugendlicher und der Gewaltexzesse bestimmter Gruppierungen bei öffentlichen Veranstaltungen, insbes Vorkommnisse am Rande des Nachtumzugs in Unzhorst; Durchführung und Ausbau präventiver Maßnahmen

Antr
s. *Gewalt*
Drs 15/4908

Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKreis Rastatt)

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwischen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegebau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/6183

Sachstand ehemaliges Kurhaus Hundseck II

Sachstand zur Beseitigung der Ruine des ehemaligen Kurhauses „Hundseck“, insbes Umgang mit dem Widerspruch der Eigentümer, Verhinderung der Bodenverschmutzung durch Heizöl

KlAnfr
s. *Abriss*
Drs 15/7738

Outsourcing

s.a. *Betriebsverlagerung*

„Crowdsourcing“, Weg zum digitalen Proletarier?

Beurteilung des in den USA entwickelten Konzepts des Auslagerns einer von Arbeitnehmern erbrachten entgeltlichen Leistung durch eine Organisation/Unternehmen oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufs an eine unbekannte Zahl von Akteuren, Darlegung entsprechender Internet-Plattformen und der

Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerschutzrechten, Relevanz des Heimarbeitsgesetzes; Ergreifung einer Initiative auf Bundesebene zur Regelung der Teilnahmebedingungen, des Immaterialgüterrechtsschutzes und der Vergütung?

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1242
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 11
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Soziale Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl von Mitarbeitern in den Tochterunternehmen der Universitätskliniken seit 2005, Frage nach der Vergütung und Einhaltung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten

KlAnfr
 s. *Unternehmen*
 Drs 15/1621

Wirtschaftliche Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl und Beteiligungsverhältnisse der Tochterunternehmen seit 2002, Planung weiterer Outsourcing-Maßnahmen? Darlegung der Aufgabenerfüllung, des Leistungsbezugs von der Muttergesellschaft und der Kontrollgremien zur Überwachung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Ausgründungen; Frage nach Leitungsfunktionen in Personalunion von Führungspersonal der Universitätskliniken

KlAnfr
 s. *Unternehmen*
 Drs 15/1622

Kenntnis der LReg über tarifpolitische Überlegungen der Energie BW AG (EnBW)

Beurteilung der geplanten Auslagerung von Geschäftsfeldern in tariffreie Zonen im Zuge eines Sparprogramms, Vereinbarkeit mit dem postulierten „Musterland für gute Arbeit mit gerechter Entlohnung“ und dem Tariftreuegesetz, Positionierung der LReg als maßgeblicher Großaktionär der EnBW? Bewertung von entsprechenden Personalverlagerungen aus den Universitätskliniken

KlAnfr
 s. *Tarifvertrag*
 Drs 15/2428

Kritik am Outsourcing von Arbeit nach einem Jobkonzept aus den USA, u.a. bei IBM

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1187 1188 1193

Kritik am Outsourcing von Arbeit ins Netz nach einem Jobkonzept aus den USA, u.a. bei IBM

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1424 1432

Owingen

Radwegebau im Bodenseekreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Bodenseekreis, insbes Realisierung der Verbindungen zwischen Herdwangen-Schönach und Owingen sowie zwischen Frickingen und Lippertsreute

KlAnfr
 s. *Radweg*
 Drs 15/7958

Ozon

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr
 s. *Immissionsschutz*
 Drs 15/1085

Pacht

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
 s. *Landwirt*
 Drs 15/1032

Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Anzahl und Größe der Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen sowie Zukunftserwartungen; abgebaute Substrate; Sicherstellung der Betriebssicherheit

KlAnfr
 s. *Biogasanlage*
 Drs 15/3281

Pachtverhältnisse des Landes für Windkraftstellflächen

Umfang, Vertragsgestaltung und Einnahmen aus der Verpachtung von Stellflächen für Windkraftanlagen durch das Land BW bzw Landesbetriebe

KlAnfr
 s. *Windenergieanlage*
 Drs 15/4653

Finanzierungsbedingungen für Windkraftstandorte in den Staatswäldern in BW

Preisentwicklung, Vergabekriterien und Finanzierungsbedingungen für die Verpachtung von Stellflächen für Windkraftanlagen in den Staatswäldern Baden-Württembergs

Antr
 s. *Windenergieanlage*
 Drs 15/4676

Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie

Handlungsbedarf und Planung der Anpassung der Pflegesätze aus der Landschaftspflegerichtlinie (für Pflege- und Extensivierungsverträge); Entwicklung der Fördersätze in anderen Bundesländern; Entwicklung der Beiträge für Krankenversicherung,

Rentenversicherung und Genossenschaften für Landwirte; Entwicklung der Pachten für landwirtschaftliche Flächen in BW

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/5258

Die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen in BW

Entwicklung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Windkraftanlagen und der Zahl der Windkraftanlagenhersteller in Deutschland während der letzten zehn Jahre; Auswirkungen der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Vergütung des Stroms aus Windkraft und die Genehmigung von Windenergieanlagen; Entwicklung der Pachtpreise für Windkraftflächen und ihre Folgen für Struktur der Projektentwickler

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5339

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6441

Verpachtung landeseigener Fischgewässer

Sachstand zu den vom Land bzw durch den Landesbetrieb ForstBW verpachteten landeseigenen Fischgewässer, insbes Pachteinahmen, Grundvoraussetzungen für Pächter

KlAnfr
s. *Fischerei*
Drs 15/7371

Verpachtung landwirtschaftlicher Fläche der Kleincomburg

Sachstand zur Ausschreibung einer landwirtschaftlichen Fläche der Kleincomburg bei Schwäbisch Hall-Steinbach zur Verpachtung durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW

KlAnfr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7413

Gestaltung von Jagdbezirken im Bereich des Staatsforsts

Umfang für die Jagd genutzten Flächen des Landesbetriebs ForstBW bzw der Landesforstverwaltung; Anteil der verpachteten Flächen; Auftreten von Wildschäden infolge der Reduzierung angegliederter Feldflächen; Führungsrolle und Vorbildfunktion des Landes als größter Eigentümer jagdlich nutzbarer Flächen; Einflussnahme des Landes auf Jagdpflege und Jagdausübung außerhalb des Staatswaldes

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 15/7823

Packstoff

s. *Verpackung*

Pädagoge

s.a. *Erzieher*
s.a. *Pädagogik*

Förderung von Jugendkunstschulen

Verwendung von Haushaltsmitteln für die Förderung des pädagogischen Personals und die Förderung von Schulkooperationen in den Jahren 2012, 2013 und 2014; Erhöhung der Regelförderung aufgrund der zu erwartenden Steigerung der Personalkosten der Jugendkunstschulen in den kommenden Jahren; Förderung der Kooperation von Jugendkunstschulen angesichts des Ausbaus des Ganztagsbetriebs in den Schulen; Berücksichtigung der Mittel für Schulkooperationen in Ziffer 2 der Erläuterungen zu Kapitel 0465 Titelgruppe 77 im Staatshaushaltsplan; Bewilligungen an den Landesverband der Kunstschulen BW

Antr
s. *Kunstschule*
Drs 15/5612

Pädagogik

s.a. *Erziehung*
s.a. *Lehrerbildung*
s.a. *Medienpädagogik*
s.a. *Pädagoge*
s.a. *Sonderpädagogik*

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/427

Qualität und Arbeitsbedingungen bei studentischen Praxisseminaren

Vorgaben der Hochschulen zur Auswahl und Qualität der Ausbildungsstellen für die Studenten der Sozial- und Erziehungswissenschaften; Festlegung von Kriterien zur Qualität, den Leistungszielen und Arbeitsbedingungen gemeinsam mit den Hochschulen und Praxiseinrichtungen; Hinwirkung auf eine angemessene Vergütung der Arbeitsleistungen

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/743

Situation der Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs „Frühkindliche Erziehung“

Zahl, Einsatzbereiche, Berufsbezeichnung und berufsbegleitende Weiterbildung der o.g. Absolventen; Erteilung eines Qualitätssiegels für die vorschulischen Erziehungseinrichtungen im Falle der Einstellung von Absolventen; Eintreten für eine Vergütung wie Grundschullehrer bei öffentlichen und öffentlich geförderten Trägern von Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderkrippen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/1020

Zukunft der Studienangebote Elementarpädagogik

Bewertung der o.g. Studiengänge im Vergleich zu den Ausbildungsgängen an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Einschätzung des Bedarfs an Absolventen, Entwicklung der Zahl der angebotenen und besetzten Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen und kirchlichen Hochschulen seit 2007, Darstellung von berufsbegleitenden und integrativen Studienangeboten, Anrechnung einer Erzieherinnenausbildung auf das Studium, Einschätzung der Bewerbersituation an den PH nach dem Wegfall der Studiengebühren, Ausweitung der dortigen Studienplatzkapazitäten, Unterstützung der kirchlichen Hochschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 18.01.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1145

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1646 S. 13-15

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

BeschlEmpf und Bericht WissA 18.10.2012 Drs 15/3245 S. 30-32

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 11: Pädagogische Tage der Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen

Organisation der o.g. Fortbildungsveranstaltungen unter Vermeidung von Unterrichtsausfall

Mittlg LReg

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/1586

Berlin als Vorbild für BW? - Geplante Änderungen in der Lehrerausbildung

Bewertung der Vorschläge der Expertenkommission „Ausbildung von Lehrkräften in Berlin“ zur Einrichtung eines gemeinsamen Lehramtsstudiengangs für Sekundarschulen und Gymnasien, der Abschaffung des eigenständigen Studiengangs „Lehramt Sonderpädagogik“ und der Einrichtung einer „School of Education“; möglicher Modellcharakter der Berliner Vorschläge für die Arbeit der von der LReg eingerichteten „Expertenkommission Lehrerbildung“

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/2800

Zur Rolle des Schweizer Schulunternehmers P.F. beim Totalumbau unseres Schulwesens

Rolle des Schweizer Schulunternehmers Peter Fratton in der Schulpolitik des Landes, insbes ausgeübte Funktionen, Stellenwert seiner schulpolitischen Äußerungen und Konzepte für Kultusministerium und Schulverwaltung, Aufträge und Kontakte der Schulverwaltung zu Peter Fratton bzw seiner Ehefrau, Gründe und Rechtsfolgen des Rückzugs Frattons aus seiner Beratertätigkeit für das Land; künftige Zusammenarbeit des Landes mit allen am Schulprozess beteiligten Hauptakteuren; Ursachen der schlechten demoskopischen Werte der Bildungspolitik der LReg

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/3541

Gibt es einen Verfall der Rechtschreibkenntnisse bei unseren Schülern?

Situation der Rechtschreibleistungen baden-württembergischer Grundschüler im nationalen und internationalen Längs- und Querschnittsvergleich; Umfang und Grund für den Abbau der Förderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dys-

kalkulie im Ergänzungsbereich; Bewertung und Umsetzung reformpädagogischer Konzepte der Vermittlung von Rechtschreib- und Lesekenntnissen in der Grundschule; Beteiligung und Stellenwert von Vorreitern oder Vertretern reformpädagogischer Ansätze bei der pädagogischen Konzeption für die Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Rechtschreibung*

Drs 15/3790

Die Bedeutung der Förderung exekutiver Funktionen für den Lern- und Bildungserfolg in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Ausbau der Förderung der exekutiven Funktionen bei Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen sowie an Grund- und weiterführenden Schulen, insbes Berücksichtigung bei der Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern sowie der Erstellung von Bildungsplänen

Antr

s. *Menschliches Verhalten*

Drs 15/4006

Hervorhebung der Pädagogik als Schwerpunkt der Pädagogischen Hochschulen, Erhaltung der Hauptschulpädagogik

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 338 339 346 349

Bewertung der pädagogischen Konzepte der Hauptschule, Werkrealschule und künftigen Gemeinschaftsschule

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 655 656 658-661

Pädagogische Hochschule*Die hohe Qualität in der Lehrerausbildung ist der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler*

Pläne zur Verlagerung von universitären Lehramtsstudiengängen für Gymnasien und berufliche Schulen an die Pädagogischen Hochschulen sowie zur Harmonisierung der Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte aller Schularten; Darstellung der Folgewirkungen für die Betroffenen und die aufgebauten Kapazitäten an den Universitäten und PH; Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Lehrerausbildung

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/62

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungskluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr

s. *Fachkraft*

Drs 15/84

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 26 - Verwendung der Studiengebühren an den Pädagogischen Hochschulen des Landes (Kap 1426 bis 1433)

Mittlg RH

s. *Studiengebühren*

Drs 15/126

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 27 - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe (Kap 1428)

Mittlg RH
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 15/127

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerausbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/360

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/427

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)

Erweiterung des Wirkungsbereichs der Eignungsprüfungen an den Pädagogischen Hochschulen

GesEntw
s. *Studiengebühren*
Drs 15/902

Zukunft der Studienangebote Elementarpädagogik

Bewertung der o.g. Studiengänge im Vergleich zu den Ausbildungsgängen an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Einschätzung des Bedarfs an Absolventen, Entwicklung der Zahl der angebotenen und besetzten Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen und kirchlichen Hochschulen seit 2007, Darstellung von berufsbegleitenden und integrativen Studienangeboten, Anrechnung einer Erzieherinnenausbildung auf das Studium, Einschätzung der Bewerbersituation an den PH nach dem Wegfall der Studiengebühren, Ausweitung der dortigen Studienplatzkapazitäten, Unterstützung der kirchlichen Hochschulen

Antr
s. *Pädagogik*
Drs 15/1145

Standortauflösung der Fakultät für Sonderpädagogik Reutlingen

Auswirkungen einer Verlagerung der Fakultät nach Ludwigsburg, insbes für die Vermittlung von sonder- und inklusionspädagogischen Grundkompetenzen, die Kooperation mit klinischen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen der Universität Tübingen, für die außerschulische Behindertenhilfe und Benachteiligtenförderung in Südwürttemberg, die Studierenden und Mitarbeiter; Darstellung der Kosten und finanziellen Folgen der Standortverlagerung; Abmilderung der sozialen Härten für die Mitarbeiter

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/1588

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung

Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdiens-tes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/4714

Die Zukunft des Studierendenhauses „KuCa“ der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Bereitstellung von Ersatzräumen für das Kulturcafé („KuCa“) an der PH Freiburg; Beteiligung der Studierendenvertretung, des Studierendenwerks, des Rektorats und der Stadt an der Suche nach einem neuen Standort

KIAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/4940

Promotionskolleg der Pädagogischen Hochschulen

Kriterien für die Abordnung zum Promotionskolleg „Professionalisierung im Lehrberuf - Konzepte und Modelle auf dem Prüfstand“, insbes Berücksichtigung der Stellungnahme der Gutachterkommission zur Evaluation der Forschungs- und Nachwuchskollegs an Pädagogischen Hochschulen, Ausweitung der Zielgruppe auf Gymnasiallehrkräfte

Antr
s. *Promotion*
Drs 15/5649

Ausbau der Studienplätze im Bereich der Sonderschulpädagogik

Sachstand zum Bereich Sonderschulpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen und Hochschulen Baden-Württembergs, insbes vorhandene und geplante Studienplätze, vorhandene und geplante Personalstellen und Haushaltsmittel für diesen Bereich, aktuelle und geplante Ausbildungs- und Vorlesungsinhalte; Angebot an Praktikumsplätzen; Vergleich der individuellen Fördermöglichkeiten für Schüler mit Förderbedarf im inklusiven Unterricht und an Sonderschulen; Möglichkeit für Schüler mit Förderbedarf zum weiteren Schulbesuch nach Abschluss der Pflichtschuljahre

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/6286

Schließung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung - Schwerpunkt Sprachförderung“ an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und die Beweggründe der LReg

Sachstand zur Einstellung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung“ mit Schwerpunkt Sprachförderung an der Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zum Schuljahr 2015/2016, insbes Bedeutung und Ziele des Kontaktstudiums, Anzahl und Einatz im Kontaktstudium ausgebildeter Lehrer

Antr
s. *Interkulturelle Erziehung*
Drs 15/7822

Pädagogische Hochschule Freiburg

Die Zukunft des Studierendenhauses „KuCa“ der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Bereitstellung von Ersatzräumen für das Kulturcafé („KuCa“) an der PH Freiburg; Beteiligung der Studierendenvertretung, des Studierendenwerks, des Rektorats und der Stadt an der Suche nach einem neuen Standort

KlAnfr
s. Hochschulbau
Drs 15/4940

Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Kinderbetreuungseinrichtung für die Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Voraussetzungen für die Einrichtung einer Kindertagesstätte an der PH Karlsruhe; Kooperation mit anderen Hochschulen in Karlsruhe wie der Dualen Hochschule sowie der Hochschule für Technik und Wirtschaft; Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten für die Studierenden, das Lehrpersonal und die Verwaltungsmitarbeiter; Kinderbetreuungsangebote als Standortfaktor; Modell TIGER (Tagespflege in geeigneten Räumen) als Alternative zur Kindertagesstätte; Überlassung eines für den Bau bzw Betrieb einer Kindertagesstätte geeigneten Grundstücks in Karlsruhe

Antr
s. Kindertagesstätte
Drs 15/3780

Schließung des Fachs Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule (PH) Karlsruhe

Bedeutung des politikwissenschaftlichen Studiengangs an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und Hintergründe der geplanten Schließung dieses Studiengangs

KlAnfr Katrin Schütz CDU 07.07.2015 und Antw MWK Drs 15/7138

Pädagogischer Assistent

s. Schulassistent

Pädagogischer Tag

Pädagogischer Tag

Aktuelle Regelung und Umsetzung des Pädagogischen Tags als Maßnahme der internen Lehrerfortbildung an den baden-württembergischen Schulen; Überlegungen zur Durchführung in der unterrichtsfreien Zeit unter schulorganisatorischen Gesichtspunkten

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 15/4651

Pädagogisches Fachseminar

Entwicklung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen/Fachlehrer bzw Technische Lehrerinnen/Lehrer und Zukunft der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren

Entwicklung und Planung der Beförderungsstellen für Fachlehrer bzw Technische Lehrer, insbes Beförderungswartezeiten und Schaffung zusätzlicher Beförderungsstellen; Einbeziehung der Pädagogischen Fachseminare in die angestrebte Weiterentwicklung der Lehrerbildung

Antr
s. Fachlehrer
Drs 15/4010

Gründe für die Bauverzögerungen beim Pädagogischen Fachseminar Kirchheim unter Teck

Baufortschritt und Zeitplan der Instandsetzung des Gebäudes des Pädagogischen Fachseminars in Kirchheim unter Teck

MdlAnfr
s. Bausanierung
Drs 15/5293

Pädagogisches Personal

s. Pädagoge

Pädakustiker

s. Hörgeräteakustiker

Pädiatrie

s. Kinder- und Jugendmedizin

Palästina

s. Palästinensische Gebiete

Palästinensische Autonomiegebiete

s. Palästinensische Gebiete

Palästinensische Gebiete

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr Wilhelm Halder u.a. GRÜNE 20.11.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/4365
BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4897 S. 135 136
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Palliativmedizin

Palliativversorgung im Landkreis Rottweil

Zahl der abgeschlossenen Verträge zur Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV); Entwicklungstendenzen, Einsatz von Palliative-Care-Teams; Bedarf und Angebot an Hospizplätzen; Förderung und Verbesserung der Palliativversorgung

KlAnfr Stefan Teufel CDU 29.11.2012 und Antw SM Drs 15/2766

Hospize fördern

Höhe der finanziellen Defizite der Hospize im Land; Umfang der durch Spenden zu erwirtschaftenden Beträge; Finanzierung der Zusatzangebote; Zahl der jährlich von den Krankenhäusern an die Hospize überwiesenen Patienten; Höhe der Einsparungen

für die Krankenhäuser bzw die Krankenkassen; Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Aufrechterhaltung des Hospizbetriebs; Bundesratsinitiative für eine Auszahlung des vollen Pflegegesetzes an die Hospize

Antr
s. *Hospiz*
Drs 15/4113

Finanzierung der stationären Palliativversorgung im Hospiz
Neue Erkenntnisse zur finanziellen Lage der Hospize; Hintergrund der unterschiedlichen Höhe der Tagessätze für stationäre Palliativversorgung in den Bundesländern; Reduzierung der Unterdeckung der stationären Palliativversorgung auf den zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Eigenanteil der Hospize von zehn Prozent

Antr
s. *Hospiz*
Drs 15/5588

Palliativversorgung in BW auch in der Geriatrie stärken
Zahl der in palliativmedizinischer Behandlung befindlichen Personen; tatsächlicher Bedarf und Versorgungsdichte; palliativmedizinische Versorgung multimorbider geriatrischer Patienten insbes in Einrichtung der stationären Pflege; Förderung einer Verbesserung der palliativen Versorgung; Erwerb von Grundkompetenzen in der Palliativbetreuung durch alle im Gesundheitswesen tätigen Personen

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 28.08.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5668
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 28-30
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Regierungsbefragung
Ausbaustand der Hospiz- und Palliativversorgung in BW

s. *Hospiz*
PIPr 15/108 S. 6447

Ärztliche Versorgung im LKreis Sigmaringen
Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im LKreis Sigmaringen; Ausweisung von Kommunen als Fördergebiet iRd Förderprogramms „Landärzte“; Ausbaustand der Palliativ-Medizin

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6612

Pandemie

s. *Epidemie*

Papier

Papierloser Unterricht in BW
Potenzial der Digitalisierung der Bildung und der Einführung von papierlosem Unterricht, insbes Absichten der Europäischen Union und der LReg, pädagogischer Nutzen, Auswirkungen auf den Lernerfolg und den Verlust der Kulturtechnik des Schreibens; Lizenz- und Rechtsfragen sowie Kosten einer Einführung des papierlosen Unterrichts als Regelunterrichtsform

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/5275

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr
s. *E-Government*
Drs 15/5561

Papierabfall

s. *Altpapier*

Papiererzeugende Industrie

s. *Papierindustrie*

Papierindustrie

Klimaschutzgesetz und Nationalpark Nordschwarzwald
Ziele und Auswirkungen des zu erwartenden Klimaschutzgesetzes; Frage nach den Gründen für die Nichteinbeziehung eines eigenen Industrie Arbeitskreises bei den regionalen Arbeitskreisen betreffend den Nationalpark Nordschwarzwald sowie weiterer Beteiligter des Clusters Forst und Holz wie z.B. die Papierindustrie

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/2290

Papst

s. *Papsttum*

Papsttum

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 26.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/778

Erinnerung an die Erkundigung des Papstes nach Stuttgart 21 bei seinem Besuch in Freiburg

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 857 858 865 866

Parasit

Fuchsbandwurm - Lage in BW

Aktuelle Lage und Entwicklung des Befalls von Füchsen mit dem Fuchsbandwurm in BW und Gegenmaßnahmen der LReg

KlAnfr
s. *Bandwurm*
Drs 15/3924

Unterstützung der Imker bei der Bekämpfung der Varroamilbe durch das Land

Unterstützung der Imker bei den zunehmenden Problemen in der Bienenhaltung mit dem Parasiten Varroamilbe, insbes Zahlung einer Bestäubungsprämie

MdlAnfr
s. *Bienenseuche*
Drs 15/5396

Parfümstoff

s. *Duftstoff*

Parite-Gesetz

s. *Gleichberechtigung*

Park and Ride

s. *Park-and-Ride-System*

Park-and-Ride-System

s.a. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr
s. *Feldberg*
Drs 15/5508

Parkhaus

s. *Parkraum*

Parkplatz

s. *Parkraum*

Parkraum*Verkehrsinfrastruktur in der Verantwortung des Landes im Zusammenhang mit der Wissenschaftsstadt Ulm*

Vorgesehene Parkplätze, Parkhäuser u.a. Maßnahmen für den ruhenden Verkehr nach dem Neubau der Chirurgischen Klinik des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg; geplante Gebührenregelung für die Nutzung der Stellplätze; Planungsstand für die neue Straßenbahnlinie auf den Oberen Eselsberg; Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/32

Landeszuschuss für den Bau des Parkhauses in Feldberg

Umsetzung des Beschlusses der vorherigen LReg; Beurteilung der Realisierungschancen des Projekts; Erwartung eines rechtlich verbindlichen Förderbescheids

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 26.05.2011 und Antw MVI
Drs 15/39

Parkhaus Feldberg

Beurteilung der Begründung und Kommunikation der ablehnenden Entscheidung gegenüber der Gemeinde Feldberg, Information der Gemeinde über die Bedingungen für die Förderung eines nachhaltigen Verkehrskonzepts, Frage nach einem noch möglichen Kompromiss zur finanziellen Unterstützung des Projekts

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 16.09.2011 und Antw MVI
Drs 15/507

Parkplätze für Reisemobile an Bundesautobahnen

Schaffung von Parkmöglichkeiten für Wohnmobile auf Autobahnrastplätzen; Nutzung der mit dem Zusatzzeichen 1048-10 (nur Personenkraftwagen) versehenen Parkplätze durch Reisemobile

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 26.02.2013 und Antw MVI
Drs 15/3120

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr
s. *Camping*
Drs 15/4073

Radstellplätze

Förderung des Radverkehrs durch Stellplätze für Fahrräder; Vorhaben einer verpflichtenden Einrichtung von Radstellplätzen bei Wohnungsneubauten; Ausweisung von Stellmöglichkeiten für Kinderwagen und Rollatoren

KlAnfr
s. *Fahrrad*
Drs 15/4609

Novellierung der Garagenverordnung BW (GaVO)?

Regelungen der GaVO und ihre Bemessungsgrundlagen; Anpassung der Stellplatzbreite an die gegenwärtige Pkw-Breite; Änderungsbedarf bei den Vorschriften für Parkplätze im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich; Regelungen für die Lagerung von Kinderwagen

KlAnfr
s. *Garage*
Drs 15/4969

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kenntnissgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw
s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*
Drs 15/5294

Entwicklung und Maßnahmen bezüglich der Plünderung von Lastkraftwagen auf Parkplätzen entlang der A 6
Zahlenentwicklung der Plünderung parkender Lastkraftwagen entlang der A 6 und Gegenmaßnahmen der Polizei

MdlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/5293

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr
s. *Feldberg*
Drs 15/5508

Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nähe von Waldparkplätzen und Waldkindergärten

Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Tiefenbronner Straße (K 9800) zwischen dem Wildpark Pforzheim und dem Seehaus; Reduzierung der Gefährdung von Nutzern des Waldparkplatzes; Schaffung eines sicheren Umfelds für den nahe gelegenen Waldkindergarten

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5826

Parkraumprobleme für Lkws an Autobahnen, Ablehnung des Feldversuchs mit Lang-Lkws

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2206

Parkschützer

Einstellung von Personal im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur mit der Qualifikation „Parkschützer“

MdlAnfr 10) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 18.07.2011
Drs 15/257
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 395 (zurückgezogen)

Führungen rund um den Bahnhof und den Widerstand in Stuttgart

Verbreitung des o.g. Angebots der Parkschützer mit einem Rundgang mit den „Stuttgart 21-Aktivisten“ von der Mahnwache bis zur Parkwache in der Zeltstadt im illegal besetzten Schlossgarten per E-Mail an Schulen, Umfang der Annahme des Angebots von Lehrern und Durchführung als außerunterrichtliche Veranstaltung, Frage nach Konsequenzen bzw der Vereinbarkeit mit der Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht, insbes im Fach Gemeinschaftskunde und politische Bildung; Untersagung der Wahrnehmung derartiger Angebote

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/322

Verurteilung der Gewalt gegen Polizisten und Baumaterial von militanten Parkschützern bei den Protesten gegen Stuttgart 21 am 20.06.2011, Kritik am Besuch des Verkehrsministers bei den Parkschützern

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145 147-151 161-164

Einstellung eines Parkschützers im MVI zur Beantwortung von Bürgeranfragen zu Stuttgart 21

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 316-320

Beurteilung der Einstellung eines Parkschützers im MVI zur Beantwortung von Bürgeranfragen zu Stuttgart 21

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 352 362 385 386

Beurteilung der Einstellung eines Parkschützers im MVI zur Beantwortung von Bürgeranfragen zu Stuttgart 21

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432

Klagen von Bürgern über die Parkschützer im mittleren Schlossgarten, Erwartung des Abzugs nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 980

Verweisung auf die mangelnde Akzeptanz des Ergebnisses der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 aufseiten der Parkschützer

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1061

Parlamentarische Anfrage

s.a. *Landtag, Mündliche Anfragen*

s.a. *Petition*

s.a. *Schriftgut*

Schreiben des BVerfG vom 18.01.2012, Az.: 2 BvE 7/11 - Organstreitverfahren der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1529

BeschlEmpf und Bericht StändA 08.03.2012 Drs 15/1396

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Schreiben des BVerfG vom 19.01.2012, Az.: 2 BvE 2/11 - Organstreitverfahren von vier Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Bundesregierung wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1529

BeschlEmpf und Bericht StändA 08.03.2012 Drs 15/1395

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Organstreitverfahren von sieben Abgeordneten des Ltg und der Fraktion der FDP/DVP gegen die LReg wegen eingeschränkter Beantwortung von parlamentarischen Anfragen

PIPr 10/60 27.02.2013 S. 3567

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2013 Drs 15/2946

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Umgang der LReg mit parlamentarischen Initiativen und Verfahren zur Besetzung der Polizeipräsidentenposten

Auslegung parlamentarischer Anfragen; Unterschiede zwischen den Personalauswahlverfahren von 2013 und 2014; Anzahl der 2013 für die zu besetzenden Stellen qualifizierten Beamten; Berücksichtigung besonderer Fähigkeiten bei den Personalentscheidungen; Ausschluss von Bewerbern im Jahr 2013; Unterrichtung abgelehnter Bewerber über ihre Erfolgslosigkeit; Einlegung von Rechtsmitteln vonseiten abgelehnter Bewerber

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5585

Befassung der LReg mit den E-Mail-Konten des MinPräs a.D. Mappus und Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Vergütungsregelung für das Gutachten zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim; Kommunikation der LReg über die mittlerweile vernichteten E-Mail-Konten des Ministerpräsidenten a.D. Mappus und die Ergebnisse, insbes innerhalb der LReg, mit Angehörigen der Fraktionen GRÜNE und SPD sowie mit Organisationen und Privatpersonen; Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, insbes im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen aus dem Landtag

KlAnfr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/6428

Zunahme der Zahl von parlamentarischen Initiativen mit der Aufwertung des Landtags zum Vollzeitparlament

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289

Parlamentarische Finanzkontrolle

s. *Budgetrecht*

Parlamentarische Kontrolle

s.a. *Gewaltenteilung*

s.a. *Untersuchungsausschuss*

Sozialer Kahlschlag nach dem Verkauf der LBBW-Wohnungen?

Umsetzung der Restrukturierungsaufgaben der EU-Kommission im Beihilfeverfahren ohne Beteiligung des Parlaments; Mitwirkung an der Restrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg aufgrund der Eigentümerstellung des Landes; Rechtscharakter und Verbindlichkeit der beim Verkauf der Wohnungen an die Patrizia Immobilien AG zum Schutz der Mieter ausgehandelten Sozialcharta; Wirksamkeit der Sozialcharta gegenüber den vom jetzigen Eigentümer geplanten Mieterhöhungen; Unterstützung der Mieter der ehemaligen LBBW-Wohnungen; Auskunft über die Finanzierung des Wohnungsaufbaus durch die Patrizia Immobilien AG

Antr

s. *Wohnungswirtschaft*

Drs 15/3932

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Einflussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitliche und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr

s. *Untersuchungsausschuss*

Drs 15/4469

Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes

Strukturreform des Landesamtes für Verfassungsschutz und Stellenabbau; Bewertung der Arbeit des Landesamtes; Bewältigung von Aufgaben wie z.B. der Beobachtung islamistischer Gruppierungen; Haltung des Innenministers zu einem Stellenabbau und zur Aufgabe der Terrorismusbekämpfung; Risiken einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes; Wegfall der parlamentarischen Kontrolle bei einer Verlagerung von Aufgaben auf den Bund; Folgen für die horizontale Gewaltenteilung; Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses (Bundestagsdrucksache 17/14600 vom 22. August 2013); Zusammenarbeit der Verfassungsschutzorganisationen des Bundes und der Länder

GrAnfr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 15/4539

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW

Überblick über Kontrollrahmen, Organisation und Befugnisse der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer und des Bundes, insbes Gremiengröße, Häufigkeit des Zusammentretens, Kontrollrechte (u.a. Akteneinsicht, Befragungsrechte, Zutrittsrechte); Handlungsempfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse sowie der Bundesländer-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR) zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden; Überlegungen zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW, insbes Bündelung von Befugnissen des G 10-Gremiums und des Ständigen Ausschusses, Entscheidungsbefugnisse in Grundsatzfragen, Mitbestimmungsrecht bei konkreten Einsätzen

GrAnfr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 15/4660

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums

PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8162-8164

Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums über die Kontrolltätigkeit gemäß § 15 j Landesverfassungsschutzgesetz zum Ende der 15. WP

Bericht 22.01.2016 Drs 15/8053

Parlamentarischer Ausschuss

s. *Parlamentsausschuss*

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

s. *Untersuchungsausschuss*

Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht

Gleichmäßige Information des Ltg zur ICC-Schiedsklage

Informationspolitik zum Stand der Klage Baden-Württemberg gegen die Électricité de France (EDF) vor dem Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris („ICC-Schiedsklage“), insbes gleichmäßige und sachgerechte Zugänglichmachung der Informationen an die Mitglieder des Landtags

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/4866

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Unterrichtung der Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr; Verdacht der Vorabinformation der SPD-Generalsekretärin; Vorwurf der unzulässigen Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw Parlamentsangelegenheiten

KlAnfr

s. *Parteipolitische Neutralität*

Drs 15/5039

Parlamentarisches Fragerecht

s. *Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht*

Parlamentarisches Informationsrecht

s. *Parlamentarisches Frage- und Informationsrecht*

Parlamentarisches Kontrollgremium

Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Einrichtung eines neuen parlamentarischen Kontrollgremiums zur Bündelung von Kontrollkompetenzen des Ständigen Ausschusses zur Kontrolle des Verfassungsschutzes und des G 10-Gremiums des LtG; Ausstattung des Kontrollgremiums mit umfangreichen Kontrollkompetenzen und einer regelmäßigen Berichtspflicht an den LtG

GesEntw

s. *Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes*

Drs 15/6746

Parlamentarisches Kontrollrecht

s. *Parlamentarische Kontrolle*

Parlamentarisches Verfahren

Parlamentarische Beteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Anmeldetermin zum Bundesverkehrswegeplan Straße und Schiene gegenüber dem Bund; Beteiligung des Landtags und Beteiligungsverfahren anderer Länderparlamente bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/3509

Parlamentsabstimmung

s.a. *Namentliche Abstimmung*

Erweiterung der Offenlegungsregelungen bei Interessenverknüpfungen von Abgeordneten

Neufassung von Ziffer III der Anlage 1 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Juni 1989 (GBI S. 250), zuletzt geändert durch Beschluss vom 27. Juni 2012 (GBI S. 478); Erweiterung der Offenlegungspflicht von Interessenverknüpfungen auf Beratungen und Abstimmungen

Antr

s. *Landtag, Geschäftsordnung*

Drs 15/2352

Parlamentsantrag

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/7178

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung und Volksbegehren

Änderung des Volksabstimmungsgesetzes, insbes Regelung der näheren Ausgestaltung des neuen Volksantrags, Erleichterung der bestehenden plebiszitären Elemente wie Form und Frist der Unterschriftensammlung, Harmonisierung mit dem Landtagswahlrecht

GesEntw

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/7330

Parlamentsausschuss

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW

Überblick über Kontrollrahmen, Organisation und Befugnisse der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer und des Bundes, insbes Gremiengröße, Häufigkeit des Zusammentretens, Kontrollrechte (u.a. Akteneinsicht, Befragungsrechte, Zutrittsrechte); Handlungsempfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse sowie der Bundesländer-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR) zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden; Überlegungen zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW, insbes Bündelung von Befugnissen des G 10-Gremiums und des Ständigen Ausschusses, Entscheidungsbefugnisse in Grundsatzfragen, Mitbestimmungsrecht bei konkreten Einsätzen

GrAnfr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 15/4660

Parlamentsbeeinflussung

s. *Lobbyismus*

Parlamentsbeschluss

Genehmigungen des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Erkundung von Fracking-geeigneten Gasfeldern

Verlängerung der Konzession zur Erkundung geeigneter Gasfelder in Oberschwaben und am Bodensee; rechtliche Grundlage und Zeitraum der erteilten Konzessionen; Einhaltung der gesetzlichen Auflagen, insbes der Information und Anhörung von Trägern öffentlicher Belange; Folgerungen aus der einstimmigen

Ablehnung von Fracking im Landtag von Baden-Württemberg; Möglichkeiten des nachträglichen Entzugs der Konzession; Verbot von Fracking in BW

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/3910

Parlamentsdrucksache

s. *Parlamentsmaterialien*

Parlamentsfraktion

s. *Fraktion*

Parlamentsgebäude

Nutzung des Alten Landtags (Eduard-Pfeiffer-Haus) in Stuttgart
Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts für den sogenannten Alten Landtag (Eduard-Pfeiffer-Haus) in der Heusteigstraße in Stuttgart, insbes bisherige Gebäudenutzung, Schaffung von Zugang für die Öffentlichkeit sowie derzeitige Nutzung durch die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Antr
s. *Baudenkmal*
Drs 15/3133

Schattenwirtschaft und Tariftreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tariftreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KlAnfr
s. *Schwarzarbeit*
Drs 15/4745

Kunstwettbewerb für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum

Sachstand zur Neuausschreibung des Kunstwettbewerbs für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum, insbes Konsequenzen aus der ersten Ausschreibungsrunde, Gestaltung der Ausschreibung und des Auswahlverfahrens, Zeitplan

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/7368

Parlamentsmaterialien

Auf dem Weg zum papierlosen Gemeinderat?

Erfahrungen mit der Umstellung auf papierlose Verfahren bei der Verteilung der Sitzungsunterlagen in verschiedenen Städten; Verhältnis der dadurch erzielten Einsparungen zu den Ausgaben für Hard- und Software; Akzeptanz des papierlosen Verfahrens; Nutzerfreundlichkeit des Abrufs von Sitzungsunterlagen auf mobilen Geräten; Bewertung der Umstellung aus ökologischer Sicht; Beurteilung des allgemeinen Trends zur Umstellung auf digitale Verfahren unter verwaltungstechnischen, ökonomischen und ökologischen Aspekten; Verteilung der Beratungsunterlagen in den Landesparlamenten in elektronischer Form

Antr
s. *E-Government*
Drs 15/5561

Parlamentsrecht

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Einflussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitliche und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/4469

Parlamentsvorlage

s. *Parlamentsmaterialien*

Partei

s.a. *Bündnis 90/Die Grünen*
s.a. *Fraktion*
s.a. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
s.a. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*

Informations-, Diskussions- und Besuchsveranstaltungen politischer Parteien in Schulen und öffentlichen Einrichtungen

Bisherige und evtl künftige Kriterien für die Entscheidung über o.g. Veranstaltungen außerhalb von Wahlkampfzeiten, Begründung neuer Richtlinien für die Regierungspräsidenten, Schulämter und Kommunen; Vereinbarkeit mit dem verfassungsmäßigen Auftrag der Parteien zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes

KlAnfr Katrin Schütz CDU 03.11.2011 und Antw KM Drs 15/828

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitgliedsvereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/983

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr

s. Ausländerorganisation

Drs 15/1130

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr

s. Frau

Drs 15/1886

Veranstaltungen und Projekte von Mitgliedern politischer Parteien und Mitgliedern des Landtags an Schulen

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des o.g. Engagements an Schulen bzw im Schulunterricht, Information der Schulen und Maßnahmen der Schulverwaltung zur Verhinderung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot

KlAnfr

s. Politische Bildung

Drs 15/2150

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen*

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/2445

Entscheidung von Innenminister Gall zur Beschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Einschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz, insbes Zeitpunkt der Entscheidung des Innenministers, Zeitpunkt und Form der Übermittlung an das Landesamt, Gründe der Entscheidung sowie Vorgehen anderer Bundesländer

KlAnfr

s. DIE LINKE

Drs 15/2969

Mäßigungsgebot des § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz

Bedeutung des Mäßigungsgebots nach § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz für Beamte als Funktions- und Werbeträger einer poli-

tischen Partei, insbes Abbildung in Dienstuniform in einer Parteipublikation

MdlAnfr

s. Beamter

Drs 15/3608

Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden

Regelung der Beflaggung durch Verwaltungsvorschriften des Landes und des Bundes; Entscheidungsgrundsätze und Zuständigkeit für die Beflaggungsanordnung; Bekanntmachung der Beflaggung; Flaggen von kirchlichen oder karitativen Organisationen oder von Parteien auf öffentlichen Gebäuden; Frage des Rechtsanspruchs und der Genehmigung; Rechtsmittel gegen eine Beflaggung

KlAnfr

s. Beflaggung öffentlicher Gebäude

Drs 15/3877

Beflaggung auf dem Neuen Schloss und Neutralitätspflicht des Staates

Rechtslage und der Geltungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums BW zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 23. August 2011, insbes Beantragung und Anordnung der Beflaggung auf dem Neuen Schloss mit der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day, Praxis der Hissung inoffizieller Flaggen an Regierungsdienstsitzen in Deutschland und Europa; Möglichkeit der ereignisbezogenen Beflaggung durch Kirchen, Parteien und den Bund der Vertriebenen

Antr

s. Beflaggung öffentlicher Gebäude

Drs 15/3898

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bundestagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundestagparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr

s. Staatsministerium

Drs 15/4136

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Unterrichtung der Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr; Verdacht der Vorabinformation der SPD-Generalsekretärin; Vorwurf der unzulässigen Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw Parlamentsangelegenheiten

KlAnfr

s. Parteipolitische Neutralität

Drs 15/5039

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW nach den Wahlen im Mai 2014

Entwicklung des Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen von BW; Umsetzung der Sollregelung aus dem Kommunalwahlgesetz zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sowie Aufnahme von geeigneten Regelungen in die Satzungen der Parteien

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5271

Besuch des Generalsekretärs der türkischen Milliyetçi Hareket Partisi (= Partei der Nationalistischen Bewegung) (MHP) in BW
Sachstand zu Programm und Aktivität der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) in BW, insbes Verbindungen zur Organisation „Graue Wölfe“, Erkenntnisse über den Besuch des Prof. Dr. M.E. im April 2015 in BW

KlAnfr
s. *Milliyetçi Hareket Partisi*
Drs 15/6841

Bekanntnis des neuen Landtagspräsidenten zur Integration über Parteigrenzen hinweg; Ankündigung einer Ausübung des Amtes politisch, aber nicht parteipolitisch
PIPr 15/16 26.10.2011 S. 674

Vereinbarkeit einer gesetzlichen paritätischen Geschlechterquote bei der Besetzung der Kommunalwahllisten mit der Parteienfreiheit

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2062-2066 2072

Partei der Nationalistischen Bewegung

s. *Milliyetçi Hareket Partisi*

Partei Die Linke

s. *DIE LINKE*

Parteienwerbung

Mäßigungsgebot des § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz
Bedeutung des Mäßigungsgebots nach § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz für Beamte als Funktions- und Werbeträger einer politischen Partei, insbes Abbildung in Dienstuniform in einer Parteipublikation

MdlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/3608

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

Parteimitglied

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenz-

zeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

Stellenausschreibung bei der EnBW Energie BW AG

Hintergründe zur aktuellen Stellenausschreibung der EnBW Energie BW AG „Senior Referent (w/m) Politik & Wirtschaft“ mit dem Anforderungskriterium „Parteimitgliedschaft vorzugsweise bei der SPD“

KlAnfr
s. *EnBW*
Drs 15/7059

Parteipolitische Neutralität

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Unterrichtung der Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr; Verdacht der Vorabinformation der SPD-Generalsekretärin; Vorwurf der unzulässigen Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw Parlamentsangelegenheiten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.04.2014 und
Antw MFW Drs 15/5039

Karenzzeit

Regelungen über die Besuche von Mitgliedern der LReg bei Behörden, Schulen und anderen öffentlichen Institutionen vor Wahlen

MdlAnfr 6) Manfred Hollenbach CDU 16.05.2014 Drs
15/5114
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5994-5997

Wird die LReg bei von ihr selbst organisierten Podiumsdiskussionen dem Anspruch der Überparteilichkeit gerecht?

Sachstand zur Durchführung der Veranstaltungsreihe „Gemeinsam gute Schule machen“, insbes Berücksichtigung von Bestimmungen für die Organisation und Durchführung von allgemein politischen Diskussionsveranstaltungen an baden-württembergischen Schulen sowie der Zusammensetzung der Podien mit Angehörigen politischer Parteien, Bewertung der am 13. Juni 2015 in Ulm getätigten Äußerung des Podiumsteilnehmers und Landeselternbeiratsvorsitzenden Dr. C.R.

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7086

Partikelfilter

Luftreinhaltepläne und Umweltzonen in BW - Bilanz und Entwicklung

Neue Festsetzungen und Beschlüsse zu Luftreinhalteplänen und Umweltzonen in Städten und LKreisen; Anteil der inzwischen erfassten Landesfläche und Bevölkerung; Entwicklung der Belastung mit Feinstaub und Stickoxiden in den seit 2009 bestehenden Umweltzonen; Ausnahmegenehmigungen für Kraftfahrzeuge ohne Plakette; Auswirkungen der Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) auf die Luftbelastung; Umrüstung von Bussen des Öffentlichen Nahverkehrs, von Müll- und Rettungsfahrzeugen; Lkw-Durchfahrtsverbote, Einsatz von Dieselfiltern

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/2668

Baumaschinen und Luftbelastung in Umweltzonen

Emissionsgrenzwerte für Baumaschinen; Verschärfung der Vorgaben in Umweltzonen; Anteil der auf Baumaschinen zurückzuführenden Feinstaubemissionen an den Gesamtmesswerten; Befreiung der Baufirmen von erhöhten Auflagen in Umweltzonen aufgrund der mit dem Einbau von Spezialfiltern verbundenen unverhältnismäßig hohen Mehrkosten

Antr
s. *Baumaschine*
Drs 15/4671

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 15/7909

PartIntG BW

s. *Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg*

Partizipations- und Integrationsgesetz für Baden-Württemberg

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften

Beziehungen zu Polen

Vorhandene Partnerschaften zwischen Städten, Vereinen, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen; Kooperationen zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen; Vermittlung von Kenntnissen über Polen und die polnische Sprache im schulischen und außerschulischen Bereich; Entwicklung, Stand und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen

KlAnfr
s. *Polen*
Drs 15/679

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donaauraumstrategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr
s. *Rumänien*
Drs 15/682

Partnerschaft mit Burundi

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr
s. *Burundi*
Drs 15/909

Partnerschaft des Landes mit einer polnischen Woiwodschaft

Stand der vorhandenen Beziehungen auf kommunaler Ebene bzw des kulturellen, ökonomischen und sportlichen Austauschs; Einleitung der notwendigen Schritte für die o.g. Partnerschaft in Anknüpfung an die Städtepartnerschaften

Antr
s. *Polen*
Drs 15/931

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Markt, der möglichen Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens und der Direktinvestitionen; Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen; Weiterentwicklung der Beziehungen, insbes zur Stadt Moskau; Neuaufgabe der Baden-Württemberg-Tage in Moskau; Ausbau der bestehenden Partnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk

Antr
s. *Russland*
Drs 15/956

Unterstützung für Griechenland

Beratung und Unterstützung in den Bereichen Verwaltung, berufliche Bildung, erneuerbare Energien, kleine und mittlere Unternehmen, Kooperationen und Forschungsaktivitäten von Hochschulen; Frage nach kommunalen Partnerschaften und solchen zwischen Vereinen u.a. Organisationen sowie nach der Nutzung von EU-Programmen zur Völkerverständigung

Antr
s. *Griechenland*
Drs 15/1516

Partnerschaft mit Griechenland

Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sowie Austausch im kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich; Zusammenarbeit im Katastrophen-

schutz und bei der Versorgung von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern; Austausch und Zuwanderung von Fachkräften seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland; bisherige und künftige gemeinsame EU-Projekte iRd neuen Förderperiode 2014-2020

Antr
s. *Griechenland*
Drs 15/1585

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr
s. *Russisch*
Drs 15/1740

Beziehungen zwischen BW und der Republik Kroatien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, insbes im Tourismusbereich und im Rahmen von konkreten Kooperationsprojekten; Beurteilung des Regionalisierungsprozesses innerhalb Kroatiens und der möglichen Zusammenarbeit mit regionalen Gebietskörperschaften, Frage nach einer Kontaktaufnahme mit der Region Istrien sowie nach der Fortführung der gemischten Kommission nach dem EU-Beitritt des Landes

Antr
s. *Kroatien*
Drs 15/2586

Mobilität von Fachkräften aus Katalonien fördern

Statistische Daten zu Fachkräften aus Spanien auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs und der Nachfrage nach Deutschkursen in der Partnerregion Katalonien; Möglichkeiten der Information und Anwerbung von Fachkräften aus Spanien und Katalonien; Ausbildungskooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen in BW und Katalonien; Forderung nach dem Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Förderung der Mobilität von Fachkräften zwischen Katalonien und BW in Orientierung am Vorbild des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid

Antr
s. *Spanien*
Drs 15/2829

Kommunale Partnerschaften zwischen baden-württembergischen und nicht-deutschen Kommunen in der Europäischen Union

Historische Entwicklung und Zahl der Gemeindepartnerschaften; Gründe und Ziele kommunaler Partnerschaften; Intensität der Beziehungen zwischen Partnerstädten; Haltung der kommunalen Spitzenverbände zu den Städtepartnerschaften; Förderung kommunaler Partnerschaften durch das Land und die Europäische Union; Zukunft der Städtepartnerschaften

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 04.11.2013 und Stellungnahme IM Drs 5/4270
BeschlEmpf und Bericht EuA 12.12.2013 Drs 15/4581 S. 45
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Ko-

operationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr
s. *Palästinensische Gebiete*
Drs 15/4365

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bildung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Republik Albanien; Unterstützung Albaniens bei den im Hinblick auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. *Albanien*
Drs 15/4802

Fremdsprache der Partnerstädte erlernen

Angebot an nicht englisch- und französischsprachigem Unterricht an den Gemeinschaftsschulen in BW in den Fremdsprachen der jeweiligen Partnerstädte, insbes in Italienisch und Spanisch

KIAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/5423

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. *Serbien*
Drs 15/6299

Partnerstadt

s. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*

Passagierrechte

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KIAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/7913

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KIAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*

Drs 15/8063

Pate

s. Patenschaft

Patenschaft

Patenschaft des Landes BW für die neue Fregatte F 222
Gestaltung der Patenschaft des Landes BW mit der neuen Fregatte F 222 der Bundesmarine

MdlAnfr
s. Kriegsschiff
Drs 15/4915

Patent

s. Erfindung

Patentanmeldung

s. Patentverfahren

Patenterteilung

s. Patentverfahren

Patentgebühren

s. Patentverfahren

Patentverfahren

Ausländische Patentanmeldungen in Deutschland und in BW
Zahl von Patentanmeldungen aus Ostasien (insbes aus China, Japan und Korea) in Europa und Deutschland, insbes betroffene Branchen; Entwicklung der durch ostasiatische Patentanmeldungen entstandenen Patentstreitigkeiten sowie Auswirkungen auf die baden-württembergische Industrie

Antr Claus Paal u.a. CDU 04.11.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4267
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 14
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 11.08.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5609 (13 S.)

Verweisung auf die bundesweite Spitzenposition bei den Patentanmeldungen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34

Patient

s.a. Krankenunterlagen

s.a. Krankheit

s.a. Medizinische Versorgung

s.a. Patientenberatung

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Umsetzung der Konzeption zur Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten und Erkrankten

GrAnfr
s. Katastrophenschutz
Drs 15/603

Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

Entwicklung der Patientenzahlen in den einzelnen Hochschulambulanzen der Universitätskliniken; finanzielle Auswirkungen für das Land und die GKV durch die Integration der Orthopädischen Klinik und der Lungenfachklinik in Heidelberg in die Universitätsklinik Heidelberg, durch Übernahme des „Zentrums für Brusterkrankungen Südbaden“ vom Universitätsklinikum Freiburg und dessen Fusion mit dem Herzzentrum Bad Krozingen; Sicherstellung der Einbindung des Haushaltsgesetzgebers in strukturell bedeutsame Entscheidungen der Universitätsklinika

Antr
s. Universitätsklinik
Drs 15/687

Versorgung von Cluster-Kopfschmerz-Patienten in BW

Stand der Stellenausschreibung und -besetzung der Stelle des Leiters des Clusterkopfschmerz-Competence-Centers am interdisziplinären Schmerzzentrum der Universitätsklinik Freiburg; Einrichtung eines Kompetenzzentrums in BW zur Verbesserung der Versorgungsstruktur für chronisch kopfschmerzkranken Patienten

KlAnfr
s. Schmerztherapie
Drs 15/804

Adipositas bei Kindern und Erwachsenen

Entwicklung der Zahlen und Kosten von stark übergewichtigen Patienten unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Darlegung von präventiven Maßnahmen und Behandlungsmethoden, Kosten und Nutzen von Magenverkleinerungen, insbes Gewichtung der erzielbaren Reduzierung von Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck

KlAnfr
s. Übergewicht
Drs 15/846

Frauengesundheit in BW

Vergleich der Krankheitsrisiken und Erkrankungen von Frauen und Männern deutschland- und europaweit; Darlegung der Kaiserschnitt- und Geburtrisiken, der frauenspezifischen Krebserkrankungen und psychischen Erkrankungen seit 2001 sowie der Präventions- und Behandlungserfolge; Entwicklung der beantragten und bewilligten Mutter-/Vater-Kind-Kuren; Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr
s. Gesundheit
Drs 15/964

Haushalt 2012; Epl 09

Abwendung der Kürzungen für die Selbsthilfegruppen chronisch Kranker

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-11 S. 46 47
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-8 S. 14 15
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Psychische Erkrankungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich des o.g. Krankheitsgeschehens und der Inanspruchnahme psychotherapeutischer und psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten und Einrichtungen mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, Rolle der sozialen Lebensumstände und mangelhaften Integration, Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Ausbildungen im Berufsfeld der Psychotherapie und Psychiatrie sowie einer muttersprachlichen Patientenversorgung in der Psychiatrie

Antr
s. Krankheit
 Drs 15/1244

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr
s. Demenz
 Drs 15/1418

Hospizarbeit in BW

Umfang und Auslastung der ambulanten und stationären Angebote in Hospizeinrichtungen in BW, Standorte und Träger von Einrichtungen im Hohenlohekreis, Höhe der Förderung und durchschnittlichen Verweildauer, Zahl der ehrenamtlich Tätigen, Einschätzung der Versorgungssituation im Vergleich zu anderen BLändern

KlAnfr
s. Sterbebegleitung
 Drs 15/1534

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr
s. Medizinische Versorgung
 Drs 15/1569

Zwangswise Unterbringung und Zwangsbehandlung in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen seit 2007 und Möglichkeiten zu deren Reduzierung; Umgang mit einem Verbot der (psychiatrischen) Zwangsbehandlung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Frage nach einer gesetzlichen Neuregelung

Antr
s. Medizinische Versorgung
 Drs 15/1767

Kontrolle bei Organspenden

Einschätzung bzw Ausschluss von Missbrauchsrisiken, Bewertung von Forderungen nach zusätzlichen Kontrollen und Einbindung von Transplantationsbeauftragten u.a. Personen in den Kontrollprozess; Art und Zahl der jährlich bei Patienten in BW implantierten Spenderorgane

Antr
s. Organspende
 Drs 15/2258

Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV) in BW

Stand des Aufbaus der o.g. Versorgungseinrichtungen, Vergleich der Nachfrage und des vorhandenen Angebots von Hospizplätzen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächen- und bedarfsdeckenden Palliativversorgung im Rahmen der SAPV

Antr
s. Sterbebegleitung
 Drs 15/2473

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. Medizinische Versorgung
 Drs 15/2575

Nosokomiale Infektionen, Krankenhausinfektionen

Zahlen von mit multiresistenten Keimen infizierten Patienten seit 2007; Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen des hygienischen Zustands von Kliniken und Arztpraxen; Zahl von durchgeführten Amputationen infolge einer Krankenhausinfektion; Beurteilung der Einführung des niederländischen Modells; Sensibilisierung der Ärzte für einen sparsamen und passgenauen Einsatz von Antibiotika

KlAnfr
s. Infektionskrankheit
 Drs 15/2584

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausapotheken; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KlAnfr
s. Arzneimittelversorgung
 Drs 15/5025

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw
s. Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz
 Drs 15/5757

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr
s. *Ebola*
Drs 15/5955

Gesetz zur Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit und der Vernetzung aller Beteiligten des Gesundheitswesens in BW und zur Änderung anderer Gesetze

Stärkung des Zusammenwirkens von Land und Kommunen im Bereich des Gesundheitswesens und Intensivierung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit der Akteure des Gesundheitswesens; Etablierung und Regelung von Arbeitsweisen und Zuständigkeiten von Beteiligungsgremien wie der Landesgesundheitskonferenz, kommunalen Gesundheitskonferenzen und dem Landesausschuss Gesundheitsförderung und Prävention; Schaffung von Beteiligungsformen zur frühzeitigen Einbeziehung von Bürgern und Patienten in den Gremien; Anpassung der Zusammensetzung des Landeskrankenhausausschusses und des Landespflegeausschusses

GesEntw
s. *Landesgesundheitsgesetz*
Drs 15/7722

Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Weiterentwicklung und Verbesserung der Krebsregistrierung in BW, insbes Umsetzung der Vorgaben des Krebsfrüherkennungs- und -registergesetzes, Weiterentwicklung der Aufgaben des Epidemiologischen Krebsregisters, Optimierung der Aufgabenerledigung im Krebsregister, Neuregelung des Widerspruchsrechts des Patienten, Regelung des länderübergreifenden Datenaustauschs, Durchführung von Qualitätskonferenzen zur Weiterentwicklung und Optimierung der onkologischen Versorgungsqualität und zur Erarbeitung von qualitätssichernden Maßnahmen

GesEntw
s. *Landeskrebsregistergesetz*
Drs 15/7845

Entwicklung der Zahlen von Patienten mit psychischen Erkrankungen, Verweisung auf prominente vom Burn-out-Syndrom Betroffene; Versorgung der Patienten an den Universitätskliniken

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717-723 726 727

Zunahme der Zahl von immer älteren, stationär behandelungsbedürftigen Patienten

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025 1026 1028 1029

Initiierung eines Hilfgesetzes für psychisch Kranke, Aufbau neuer Betreuungsangebote für Demenzkranke

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1319-1321 1323 1326

Patientenakte

s. *Krankenunterlagen*

Patientenbeauftragter

s. *Patientenfürsprache*

Patientenbehandlung

s. *Medizinische Behandlung*

Patientenberatung*Muttersprachliche Patientenberatung*

Bewertung der vom Verband der Privaten Krankenversicherung angebotenen und finanzierten „Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD)“ für Menschen mit Migrationshintergrund

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 19.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/750
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/1300 S. 44 45
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw
s. *Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz*
Drs 15/5757

Unabhängigkeit psychosozialer medizinischer Beratungsstellen

Sachstand zum Interessenkonflikt bei einer durch das Land geförderten unabhängigen psychosozialen Krebsberatungsstelle in den Räumen des Helios-Klinikums Pforzheim für die Zuführung von beratenen Patienten zur weiteren Behandlung an dieses Klinikum

KlAnfr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/8104

Patientendaten

s. *Krankenunterlagen*

Patientenfürsprache*Patientenfürsprecherinnen und Patientenförsprecher in BW*

Sachstand zur Tätigkeit von Patientenförsprechern in BW und zu rechtlichen Regelungen in anderen Bundesländern; Initiative zu einer freiwilligen Vereinbarung zwischen der LReg und der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft zur flächendeckenden Einrichtung von Patientenförsprechern

Antr GRÜNE und SPD 21.09.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7405
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.11.2015 Drs 15/8019 S. 61 62
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
Mittlg LReg 04.08.2016 Drs 16/398

Patientenfürsprecher

s. *Patientenfürsprache*

Patienteninformation

s. Patientenberatung

Patientenombudsmann

s. Patientenfürsprache

Patientenvertreter

s. Patientenfürsprache

Patientenvertretung

s. Patientenfürsprache

Patientenzuzahlung

s. Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen

Patrizia Immobilien AG

Verwirrspiel bei der Sozialcharta beim Verkauf der LBBW-Wohnungen durch den Finanz- und Wirtschaftsminister

Zustandekommen, Rechtsgültigkeit und Umsetzung der Sozialcharta durch die Firma Patrizia Immobilien AG als Käuferin der 21.500 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg, insbes Gewährleistung des Mieterschutzes

Antr
s. Mieterschutz
Drs 15/3961

Regierungsbefragung

LBBW/PATRIZIA

s. Landesbank Baden-Württemberg
PIPr 15/77 S. 4666

Sozialcharta und Ombudsmann

Mietbedingungen für die Mieter der 21.500 von der Landesbank BW (LBBW) an die Patrizia Immobilien AG verkauften Wohnungen, insbes Einhaltung der Mieterhöhungsgrenze in der Sozialcharta; Einsetzung eines Ombudsmanns für die Mieter für alle Fragen zur Sozialcharta

Antr
s. Mieterschutz
Drs 15/4702

Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des erneuten Verkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien

Sachstand zur Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des Weiterverkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien durch die Patrizia Immobilien AG an die Deutsche Annington Immobilien, insbes Wohnungsverkäufe vor dem Weiterverkauf, Weiterverkaufspreis des übrigen Wohnungsbestandes, Mieterhöhungen bzw Beendigung von Mietverhältnissen durch die Patrizia Immobilien AG, Rechtssicherheit und Bestand der vorliegenden Sozialcharta sowie der Mieterschutzvorschriften nach dem Weiterverkauf, Maßnahmen der LReg zum Schutz der betroffenen Mieter, öffentlich geförderte Wohnungsneubauten an den Standorten der ehemaligen LBBW-Immobilien

Antr
s. Mieterschutz
Drs 15/7144

Patronage

s.a. Stellenbesetzung

Umsetzung der Gesundheitsstrategie der LReg im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Ziele und Stand der Umsetzung; Kriterien und Vergabeverfahren bei der Beauftragung externer Dienstleister; Beauftragung einer dem Amtschef des Ministeriums nahestehenden Person; Konditionen für die Dienstleistung

KIAnfr
s. Betriebliche Gesundheitsförderung
Drs 15/3848

PC

s. Computer

PC-Spiel

s. Computerspiel

Pedelec

s. Elektrofahrrad

Pendler

s.a. Fahrgast
s.a. Jobticket
s.a. Mobilität

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreisl Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KIAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/367

Fahrzeitverkürzung zwischen Nürtingen und dem Flughafen bei Realisierung von Stuttgart 21

Fahrzeitverkürzung für die Berufspendler auf der o.g. Strecke und weiter zum Stuttgarter Hauptbahnhof

KIAnfr
s. Fahrplan
Drs 15/378

Situation in den Regionalzügen/Schwarzwaldbahn auf der Rheintalbahn zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr

Auslastung bzw Überfüllung der o.g. Züge im Berufs-/Pendelverkehr, Höhe des Anteils von Studenten insbes durch den doppelten Abiturjahrgang 2012, verursachte Verspätungen durch überfüllte Züge und Verfehlung von Anschlussverbindungen

KIAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/1091

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des verbundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KlAnfr

s. *Fahrausweis*

Drs 15/1261

Angebot an Pendler für freie Bahnfahrten über den Rhein am 22. August 2012

Nutzung des o.g. Angebots während der Sanierungsarbeiten an der Rheinbrücke Maxau und der damit verbundenen Einschränkungen beim Befahren der Bundesstraße 10; Kosten dieser dreistündigen „Werbeaktion zur Nutzung des ÖPNV in Karlsruhe“; Bedingungen für ähnliche Aktionen; Pendlerzahlen für die Linien R 51 (Kandel-Wörth-Karlsruhe), S 5 (Wörth-Karlsruhe), S 51 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) und S 52 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) von 2007 bis 2012

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/2366

Grüne Citymaut-Pläne in BW - Pendler, Mittelstand und Einzelhandel in Gefahr

Aktuelle Debatte

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

PIPr 15/46 S. 2559

Äußerungen von Minister Hermann zur Einführung einer entfernungsabhängigen PKW-Maut

Bewertung der o.g. Forderung des Ministers, Bewirkung von Mautausweichverkehr auf nachgeordnete Straßen sowie einer zusätzlichen Belastung für Berufspendler, Frage nach einer vollständigen Verwendung der Mittel für den Straßenbau sowie nach der Beurteilung einer Einführung aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 15/2536

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 26.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3426

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete

Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des

Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftskoordination

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 02.09.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3995

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.12.2013 Drs 15/4581 S. 34 35

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Schiennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4334

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/5320

Verkehrsentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets

Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr

s. *Jobticket*

Drs 15/5425

Mobilitätsprobleme von Studenten unter 18 Jahren

Anzahl der an den Dualen Hochschulen immatrikulierten unter Achtzehnjährigen; durchschnittliche Entfernung zwischen den Dualen Hochschulen und den Ausbildungsbetrieben; Mobilitätsprobleme der Studienanfänger aufgrund fehlender Verkehrsverbindungen oder Verkehrsmittel; Ausnahmeregelungen für das unbegleitete Fahren eines Pkws durch unter achtzehnjährige Führerscheinbesitzer

KlAnfr

s. *Mobilität*

Drs 15/5762

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5897

Verkehrsverbund zwischen Heilbronner Verkehrsverbund (HNV) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Vereinheitlichung der Tarifsysteme der baden-württembergischen Verkehrsverbände; Erleichterung des Übergangs zwischen den Verbundgrenzen, insbes für in Richtung Stuttgart pendelnde Fahrgäste aus dem Zabergäu

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/6157

Neubaustrecke Frankfurt/Mannheim - Führung des bestehenden Fernverkehrs

Sachstand zu Plänen zur Verlagerung des bestehenden Fernverkehrs auf der Main-Neckar-Bahn auf die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim unter Umgehung der Bergstraße, insbes Auswirkungen auf die Berufspendler

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7119

Fernverkehr zwischen der Bergstraße und Stuttgart

Sachstand zu Änderungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 für die Verbindungen zwischen Frankfurt und Stuttgart, insbes Auswirkung der ersatzlosen Streichung von IC 181 auf die Berufspendler

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7620

JobTicket BW

Sachstand zur vereinzelt Teuerung des geplanten JobTickets BW gegenüber dem regulären Jahresticket, insbes in einigen Fällen bei Pendlern aus dem Großraum Heidelberg

MdlAnfr
s. *Jobticket*
Drs 15/7650

Müssen Pendler zukünftig in der Neckar-Alb-Bahn stehen?

Sachstand zur Sitzplatzkapazität und zum Stehplatzanteil für Pendler in den Spitzenstunden auf der Neckar-Alb-Bahn nach dem Wechsel zum Anbieter Abellio

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7838

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7913

Verkehrsverbände Karlsruher Verkehrsverbund (KVV)/ Tarifverbund Ortenau (TGO)

Sachstand zur Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsverbänden Karlsruher Verkehrsverbund und Tarifverbund Ortenau, insbes Pendlerzahlen, Homogenisierung der Tarife und Angebote

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/8046

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/8063

Gewinnung von mehr Pendlern zum Umstieg auf die Schiene mit der Realisierung von Stuttgart 21

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 665

Pensionär

s. *Versorgungsempfänger*

Pensionsalter

Ist der von Kultusminister Stoch dargestellte Kompromiss nicht in Wirklichkeit eine Verschlechterung für die Lehrerinnen und Lehrer?

Hintergründe und Auswirkungen der Entscheidung zur Verschiebung von Altersermäßigung und Pensionsgrenze für die Lehrer Baden-Württembergs

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/4409

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Ermöglichung der freiwilligen Weiterarbeit über die allgemeine Regelaltersgrenze hinaus bis zur Vollendung des 70. Lebensjahres; Rückführung der besonderen Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für die Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform; Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte durch die wirkungsgleiche Übertragung entsprechender Regelungen für Tarifbeschäftigte; weitere Flexibilisierung des Laufbahnrechts bei Regelungen zu den Bildungsvoraussetzungen für den mittleren Dienst sowie durch Anrechnung von Zeiten in Freiwilligendiensten auf die Probezeit

GesEntw
s. *Beamtenecht*
Drs 15/7552

People for the Ethical Treatment of Animals

s. *PETA Deutschland*

Permanente Energiequellen

s. *Erneuerbare Energie*

Persönliche Daten

s. Personenbezogene Daten

Persönliches Budget

Persönliches Budget in BW

Zahl der Empfänger Persönlicher Budgets seit dem Jahr 2010; Anzahl der trägerübergreifenden Budgets; Inanspruchnahme und Ausgestaltung der Persönlichen Budgets; Gewährung des Persönlichen Budgets für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störung; Erhöhung der Inanspruchnahme Persönlicher Budgets durch Menschen mit Behinderungen

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 04.12.2014 und Antw SM
Drs 15/6223

Persönlichkeitsrecht

s.a. Datenschutz

s.a. Menschenrechte

s.a. Urheberrecht

Angekündigte Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeiuniformen

Einführungsgründe, Ausgestaltung und Auswirkungen eines anonymisierten Kennzeichnungssystems; Frage nach einem Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Gegnern des Projekts Stuttgart 21 gegen Polizisten am 20.06.2011; Haltung der Polizeigewerkschaften; Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamten, Schutz vor Denunziationen, Bedrohungen und Gewalt

Antr
s. Polizeibeamter
Drs 15/189

Persönlichkeitsschutz im Polizeivollzugsdienst

Beurteilung der Verunsicherung in der Landespolizei nach der angekündigten Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, Frage nach Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre der Beamten und ihrer Familien

MdlAnfr
s. Polizeibeamter
Drs 15/257

Beurteilung der Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeibeamte; Gewährleistung des Schutzes der Privatsphäre für die Beamten und ihre Familien

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 415

Abwägung des Schutzes der Persönlichkeitsrechte und der Interessen der Strafverfolgung beim Einsatz von Trojanern durch Ermittlungsbehörden

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 709-716

Wahrung der Persönlichkeitsrechte bei der elektronischen Überwachung von rückfallgefährdeten Straftätern

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 950-952

Recht des Nutzers von sozialen Netzwerken, über die Preisgabe und Verwendung seiner Daten selbst zu bestimmen; Ermöglichung der Löschung persönlicher Daten

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1893-1896

Bewertung der Widerspruchslösung im Meldegesetz bei der Weitergabe von Daten aus Melderegistern an Adresshändler als Angriff auf die informationelle Selbstbestimmung

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2342 2343 2346

Persönlichkeitsschutz

s. Persönlichkeitsrecht

Personal Computer

s. Computer

Personalabbau

s.a. Arbeitslosigkeit

s.a. Personalbedarf

s.a. Personalbestand

s.a. Personalplanung

Streichung von 1.000 Lehrerstellen ohne Gefährdung der Unterrichtsversorgung?

Detaillierte Zahlen und Umsetzung der angekündigten Streichung von 1.000 Lehrerstellen für das Haushaltsjahr 2013, insbes Konsequenzen für Unterrichtsversorgung, Ergänzungsbe- reich, Entlastungskontingent, Anrechnungsstunden, Regeldepu- tate, bildungspolitische Projekte sowie im Bereich der Qualitäts- sicherung; Umsetzung der Vorgabe des MinPräs vom Juli 2012 über Einsparung von insgesamt 11.600 Lehrerstellen bis 2020

Antr
s. Unterrichtsversorgung
Drs 15/3110

Fusion der SWR-Rundfunkorchester

Ablauf und Folgen der Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des Südwestrundfunks (RSO) und des SWR- Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu einem Klangkörper, insbes beim künftigen musikalischen Profil, Personalbestand, Infrastruktur, Probenmöglichkeiten und Konzertanzahl; finanzieller Einspareffekt; Konsequenzen der Zusammenlegung für den Bereich der kulturellen Bildung

Antr
s. Orchester
Drs 15/3130

Individuelle Förderung an allen Schulen in BW

Situation, Maßnahmen und Finanzierung der individuellen För- derung an allen Schularten BW, insbes Konzept und Gewährlei- stung des Ausbaus der individuellen Förderung bei einem gleich- zeitigen Abbau von insgesamt 11.600 Lehrerstellen bis 2020

Antr
s. Förderunterricht
Drs 15/3194

Unbesetzte Stellen des höheren Dienstes des Landes bei den Landratsämtern

Umfang und Gründe der Nicht-Besetzung von Stellen des hö- heren Landesdienstes bei den Landratsämtern; erzielte Personal- kosteneinsparungen; Konsequenzen für die Aufgabenerfüllung; Kommunalisierung des höheren Dienstes und der zugehörigen Aufgaben bei den Landratsämtern

KlAnfr
s. Kreisverwaltung
Drs 15/3501

Geplante Einsparungen der LReg im Personalkörper der Polizei
 Auskunft über geplante Stellenstreichungen in der Landesverwaltung; Beitrag der Stelleneinsparungen zur Haushaltskonsolidierung, betroffene Ressorts; Stellenkürzungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, insbes bei der Polizei; Auswirkungen der Ergebnisse des Zensus 2011 auf die Personalplanung bei der Landespolizei

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3592

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.09.2013 Drs 15/4190 S. 27

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Mögliche Auswirkungen der Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung

Konkrete Folgen einer möglichen Einführung der Bürgerversicherung in BW, insbes zusätzliche jährliche Beitragslast für Land und Kommunen, Veränderung der Krankenversicherungsbeiträge in Schlüsselbranchen in BW, Umfang der Einnahmeausfälle für Ärzte und Krankenhäuser sowie der Arbeitsplatzverluste bei Versicherungsunternehmen und Abrechnungsdienstleistern beim Wegfall der privaten Krankenversicherung (PKV), Konsequenzen für die Versorgungsqualität des Gesundheitswesens und die Vergütung von innovativen Behandlungsmethoden, Auswirkungen auf das Mietpreisniveau bei künftigen beitragspflichtigen Mieteinnahmen

Antr

s. *Bürgerversicherung*

Drs 15/3725

Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes

Strukturreform des Landesamtes für Verfassungsschutz und Stellenabbau; Bewertung der Arbeit des Landesamtes; Bewältigung von Aufgaben wie z.B. der Beobachtung islamistischer Gruppierungen; Haltung des Innenministers zu einem Stellenabbau und zur Aufgabe der Terrorismusbekämpfung; Risiken einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes; Wegfall der parlamentarischen Kontrolle bei einer Verlagerung von Aufgaben auf den Bund; Folgen für die horizontale Gewaltenteilung; Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses (Bundestagsdrucksache 17/14600 vom 22. August 2013); Zusammenarbeit der Verfassungsschutzorganisationen des Bundes und der Länder

GrAnfr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 15/4539

kw-Stellen im Kultushaushalt

Sachstand zum geplanten Abbau von Lehrerstellen an den baden-württembergischen Schulen, insbes tabellarische Darstellung der kw-Stellen an den verschiedenen Schularten mit den zugehörigen Besoldungsstufen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/7920

Abbau von Lehrerstellen durch die GRÜN-geführte LReg

Sachstand zum in den Jahren 2013 und 2014 vorgenommenen Lehrerstellenabbau durch die LReg sowie zum geplanten Stellenabbau bis 2021

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/7984

Personalausdünnung

s. *Personalabbau*

Personalausgaben

s. *Personalkosten*

Personalausstattung

s. *Personalbestand*

Personalauswahl

Besetzung der Präsidenschaft der Führungsakademie

Kriterien der Kandidatenauswahl für die künftige Präsidenschaft der Führungsakademie BW; Führungserfahrung des ausgewählten Kandidaten

MdlAnfr

s. *Führungsakademie Baden-Württemberg*

Drs 15/3731

„Datenbank für Spitzenfrauen“

Dauer des Bestands der Datenbank „Spitzenfrauen in Gremien!“; Anzahl der dort registrierten Frauen; Ziele des Projekts; ähnliche Projekte zur Förderung qualifizierter Frauen in anderen Bundesländern; Kooperationspartner des Projekts und dessen Förderung durch das Land; Akzeptanz und Nutzung der Datenbank durch die Unternehmen; Vermittlung der Frauen an die Unternehmen

Antr

s. *Informationssystem*

Drs 15/4678

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4715

Fehlstart der Polizeireform: Offene Fragen zu den Stellenbesetzungsverfahren nach der Sitzung des Innenausschusses

Abordnung der wiederabberufenen Polizeipräsidenten an Dienststellen mit kommissarischer Leitung für die betreffenden Polizeipräsidien; Ausschluss einer Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ihres ehemaligen Präsidiums; Sonderaufgaben der als Polizeipräsidenten vorgesehenen und abberufenen Personen; Einfluss einer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Beurteilung der Eignung für ein Führungsamt; Durchführung und Kriterien des neuen Auswahlverfahrens; künftige Besetzung der Stellvertreterposten; Forderung nach Unvoreingenommenheit bei der Personalauswahl

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4820

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsiden

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsiden im Zuge der Polizeistrukturereform

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4872

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturereform
Detailangaben zu Bewerbern aus der Landesverwaltung Baden-Württembergs im ersten und zweiten Besetzungsverfahren für die Posten der Polizeipräsidenten und Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturereform, insbes Beschränkung des bewerbungsberechtigten Personenkreises, Frauenanteil, Zugehörigkeit des Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft zum bewerbungsberechtigten Personenkreis

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4950

Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch Beschäftigte des öffentlichen Diensts

Engagement der Angehörigen des öffentlichen Diensts bei der freiwilligen Feuerwehr; Förderung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit durch den Dienstherrn; Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr im Anforderungsprofil einer Stellenanzeige und als Kriterium bei der Personalauswahl

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/4998

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsiden; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5231

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturereform
Auskunft über die an der Formulierung der zweiten Ausschreibung beteiligten Personen bzw Stellen; Zahl und Varianten der Ausschreibungstextentwürfe; Mitwirkung der politischen Führung des Innenministeriums und ihrer persönlichen Mitarbeiter an Ausschreibungsverfahren und Ausschreibungsformulierung; Behandlung des Ausschreibungsverfahrens im Kabinett

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5234

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsiden, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, eingegangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5543

Umgang der LReg mit parlamentarischen Initiativen und Verfahren zur Besetzung der Polizeipräsidentenposten

Auslegung parlamentarischer Anfragen; Unterschiede zwischen den Personalauswahlverfahren von 2013 und 2014; Anzahl der 2013 für die zu besetzenden Stellen qualifizierten Beamten; Berücksichtigung besonderer Fähigkeiten bei den Personalausscheidungen; Ausschluss von Bewerbern im Jahr 2013; Unterbringung abgelehnter Bewerber über ihre Erfolgslosigkeit; Einlegung von Rechtsmitteln vonseiten abgelehnter Bewerber

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5585

Förderung der Deutschkenntnisse von Interessenten an einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst

Überprüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache im Einstellungsverfahren für eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst; mangelnde Deutschkenntnisse als Grund für eine Nichtberücksichtigung von Bewerbern; Eignung von Personen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation für den Öffentlichen Dienst; Unterstützung potenzieller Stellenbewerber beim Erwerb der erforderlichen Sprachkenntnisse

Antr
s. *Sprachkompetenz*
Drs 15/6113

Personalbedarf

s.a. *Personalabbau*
s.a. *Personalbestand*

Notwendige Stärkung der Forstverwaltung und des Landesbetriebes ForstBW

Anpassung der Personalsituation in der Forstverwaltung und im Landesbetrieb ForstBW an die gewachsenen Aufgaben

MdlAnfr

s. *Forstverwaltung*
Drs 15/3155

Maßnahmen an Bundesstraßen im LKreis Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrsweplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personal-mangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3471

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr
s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*
Drs 15/3511

Musikhochschulen in BW

Rahmenbedingungen der Musikhochschulen in BW, insbes qualitativ erforderliche Mindestgröße und belastbare Daten zur These der „Ausbildung über Bedarf“; Auswirkungen einer Umsetzung des Konzepts des Ministeriums auf die Stellensituation an den Musikhochschulen; Rechenmodell zum geplanten Wegfall von Studienplätzen in Mannheim und Trossingen; Auswirkungen der geplanten Zentralisierung der Schulmusikerausbildung

KlAnfr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/4032

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 15/4142

Nationalpark - Kosten und Sicherheit

Finanzierung des Nationalparks aus dem Naturschutzhaushalt bzw dem allgemeinen Haushalt; Auskunft über die für 2016 vorgesehenen 89 Personalstellen, Angaben zu Neueinstellungen, Aufgaben und Qualifikation; Kostenschätzung für die Erstellung

und Umsetzung eines Verkehrs- und Tourismuskonzepts; Berücksichtigung der NATO-Pipeline bei der Festlegung der Nationalparkkulisse, Maßnahmen bei einem Unfall entlang der Pipeline; Stilllegung der Pipeline innerhalb des Entwicklungszeitraums von 30 Jahren

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4233

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlafflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Weitere Maßnahme zur Verbesserung der Pflege

Maßnahmen zur Sicherstellung von Personalbedarf und Qualität der Pflege sowie Haltung der LReg zu Beschlüssen des Koalitionsvertrags im Bund im Bereich Pflege

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/4483

Nachwuchssorgen im Hotel- und Gaststättengewerbe in BW

Rückläufige Ausbildungszahlen im Hotel- und Gaststättengewerbe und Gegenmaßnahmen der LReg, insbes Veränderungen in der Ausbildung, Förderprogramm für ausbildungswillige EU-Ausländer

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/4917

Qualifizierten Nachwuchs sichern für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften

Situation und Sicherung qualifizierten Nachwuchses in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und der Gebietskörperschaften, insbes Beschäftigungssituation, Ausbildungshintergrund, Maßnahmen gegen Nachwuchsmangel, Schaffung von Ausbildungskonzepten in Partnerschaft mit der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 15/5002

Auswirkungen einer Erhöhung der Akademisierungsquote auf Ausbildung und Beschäftigung

Voraussichtlicher Fachkräftebedarf in BW für den Zeitraum 2014 bis 2030; die voraussichtlich benötigte berufliche Qualifikation; Berufschancen von Hochschulabsolventen; Bereitschaft von Abiturienten zu einer Lehre im System der Dualen Ausbildung; Verringerung der Diskrepanz von Angebot und Nachfrage bei der Besetzung offener Stellen; Erhaltung der Wertschöpfung am Standort BW

KlAnfr

s. Berufliche Qualifikation
Drs 15/5032

Polizeireform; Aufgabenverlagerungen bei der Polizei
Aufgabenverlagerung von der Kriminalpolizei, Verkehrspolizei und den übrigen Fachbereichen der Polizeidirektionen auf die Polizeireviere, insbes Konsequenzen bei Arbeitsanfall und Personalbedarf

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/5159

Ausgestaltung des Promotionsrechts für Zusammenschlüsse von Hochschulen für angewandte Wissenschaften
Erarbeitung von Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts; Mitwirkung der Universitäten und Fachhochschulen an der Erarbeitung der Kriterien; Konsultierung des Wissenschaftsrats; Einrichtung zusätzlicher Stellen im akademischen Mittelbau zur Betreuung der Promovierenden; Berücksichtigung des zusätzlichen Personalbedarfs beim Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Antr
s. Promotion
Drs 15/5674

Bearbeitungsrückstände in zentralen Grundbuchämtern
Stand der Umsetzung der Reform des Grundbuchwesens; Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen; Beseitigung der Bearbeitungsrückstände in den zentralen Grundbuchämtern des Landes

KlAnfr
s. Grundbuchamt
Drs 15/5927

Ergebnisse der PEBB§Y-Fortschreibung 2014
Sachstand zu konkreten Auswirkungen der vollständigen Fortschreibung der PEBB§Y-Personalbedarfsberechnung 2014 für den Personalbedarf und den Personaldeckungsgrad der verschiedenen Berufsgruppen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften

Antr
s. Gericht
Drs 15/7223

Integrationskurse in BW
Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr
s. Ausländerintegration
Drs 15/7855

Personalbedarfsplanung

s. Personalplanung

Personalbeschaffung

Gehen dem Land die Kämmerer und Bauamtsleiter aus?
Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses für die Kommunal- und Landesverwaltung, insbes Ausweitung der Beamtenstellen und Verbesserung der Beamtenbesoldung, Steige-

rung der finanziellen Attraktivität von Ingenieurs- und Führungsstellen im öffentlichen Dienst sowie in Grenzregionen; Daten zu unbesetzten Stellen von Kämmerern und Bauamtsleitern; Schwierigkeiten der qualifizierten Nachwuchsgewinnung in bestimmten Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Antr
s. Führungskraft
Drs 15/3414

Fortführung des Einstellungskorridors bei der Polizei
Weiterführung des Einstellungskorridors bei der Polizei; geplante Neueinstellungen für das Jahr 2014 bei der Polizei

MdlAnfr
s. Polizei
Drs 15/4426

Grün-rote Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Stellenneuschaffungen, Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung, insbes ab Besoldungsgruppe A 15; vorgenommene Sprungbeförderungen; nicht vollzogene Regelbeförderungen aufgrund von Neueinstellungen; Nicht-Besetzung freier bzw freiwerdender Lehrerstellen

Antr
s. Stellenbesetzung
Drs 15/4656

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/4715

Umsetzung der beruflichen Anerkennung in BW

Situation bei der beruflichen Anerkennung in BW, insbes Personenzahl mit ausländischen Berufsabschlüssen aus EU-Staaten bzw Drittstaaten, Bearbeitungsdauer und Personaleinsatz bei Anträgen nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz BW (BQFG-BW); Maßnahmen von Unternehmen und Verbänden zur Arbeitskräftegewinnung im Ausland und Strukturen zur Erleichterung des „Ankommens“ in BW

Antr
s. Berufliche Qualifikation
Drs 15/5455

Fachkräfteallianz BW

Sachstand zur Arbeit der Allianz für Fachkräfte in BW, insbes Organisation, Arbeitsprogramm, Ergebnisse, Finanzierung und Mittelverwendung

Antr
s. Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg
Drs 15/6792

Personalbestand

s.a. *Arbeitskraft*
s.a. *Personalabbau*
s.a. *Personalbedarf*
s.a. *Personalplanung*

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

Dienstsitz und Finanzierung von Landesbehörden und Landes-
einrichtungen im Land- und Stadtkreis Karlsruhe

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3178

*Immobilien des Südwestrundfunks (SWR) und die Auswirkungen
des neuen Rundfunkstaatsvertrags*

Eigene und angemietete Gebäude und Räumlichkeiten des SWR;
weitervermietete Immobilien und Art der „Untermieter“; Än-
derungen im Gebäudebestand durch die Verlagerung von Pro-
duktionen infolge der Neuregelung des Rundfunkstaatsvertrags;
Auswirkungen auf die Personalsituation an den jeweiligen
Standorten

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3303

*Zukunft der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsru-
he*

Zahl der Beschäftigten, ihre Ausbildungsrichtungen und Lauf-
bahnen; Investitionen in die technische Ausstattung in den letz-
ten Jahren; Pläne für eine Neuorganisation der Kriminaltechni-
schen Untersuchungsstelle (KTU) im Zuge der Polizeireform;
Kosten einer Verlagerung nach Stuttgart; Forderung nach einer
Beibehaltung des Standorts in Karlsruhe-Durlach

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 15/3478

*Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der
Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart*

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsru-
he/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbei-
tungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Groß-
projekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalaus-
stattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastruktur-
vorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schie-
nenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungs-
verfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort
der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des
Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr
s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*
Drs 15/3511

*Der Ausbau der Schulsozialarbeit sorgt für mehr Bildungsge-
rechtigkeit*

Höhe der jährlich für Schulsozialarbeit bereitgestellten Mittel;
Stadt- und Landkreise, die sich die Kofinanzierung des Lan-
des (Drittelfinanzierung) zunutze machen; Stellenentwicklung
in den Stadt- und Landkreisen seit der Beteiligung des Landes
an der Finanzierung; geförderte Schularten; Aufgabenfelder der
Schulsozialarbeit

Antr

s. *Sozialarbeit*
Drs 15/3787

Geplante Struktur des zukünftigen Polizeipräsidiums Heilbronn
Ausschlaggebende fachliche Parameter für den Gebietszuschnitt
und die Personalstärke der geplanten Regionalpräsidien der Po-
lizei in BW, insbes Personalanteile von Schutz- und Kriminalpo-
lizei, Begründung der deutlich niedrigeren Quote des Kriminal-
polizeianteils im Präsidium Heilbronn

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3832

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienstortwechsel und Entstehung neuer
Fahrtwege nach der geplanten Polizeistrukturreform in den Poli-
zeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Ver-
änderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung
der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem
Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3880

*Sicherstellung der Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-
Leistungen ab 2016*

Verhinderung einer Versorgungslücke in der Übergangs-
zeit zwischen dem Auslaufen der bisherigen Verkehrsver-
träge bis zur Betriebsaufnahme neuer Verkehrsverträge über
Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen ab 2016, insbes Aus-
gestaltung der Übergangszeit beim Einsatz von Schienenfahr-
zeugen und Personal bei der Deutschen Bahn AG und anderen
Eisenbahnverkehrsunternehmen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3951

Musikhochschulen in BW

Rahmenbedingungen der Musikhochschulen in BW, insbes qua-
litativ erforderliche Mindestgröße und belastbare Daten zur The-
se der „Ausbildung über Bedarf“; Auswirkungen einer Umset-
zung des Konzepts des Ministeriums auf die Stellensituation an
den Musikhochschulen; Rechenmodell zum geplanten Wegfall
von Studienplätzen in Mannheim und Trossingen; Auswirkun-
gen der geplanten Zentralisierung der Schulmusikerausbildung

KlAnfr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/4032

Personalausstattung der Polizeireviere in BW

Anzahl der zum Stichtag 1. Dezember 2013 in den einzelnen
Revieren beschäftigten Polizeibediensteten; Personalstärke des
Streifendiensts, des Posten- und Ermittlungsdienstes sowie der
Führungsgruppen; Besetzung der Planstellen

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4496

Personalausstattung der Polizeireviere nach der Polizeireform

Statistiken zur veränderten Personalsituation in den Polizeirevi-
eren nach der Polizeireform, insbes Zahl der Polizeireviere so-
wie reviergenaue Daten zu Beschäftigtenzahl, Führungsgruppen,
zugeordneten und besetzten Planstellen, Einsatz im Streifen-,
Posten- und Ermittlungsdienst

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4699

Kriminalitätsbelastung und Polizeidichte in der Stadt Kehl
Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Kehl; Mehrbelastung des kriminalgeografischen Raums durch die Nähe zur französischen Großstadt Straßburg; Polizeidichte und Arbeitsbelastung im Vergleich zu anderen Polizeidienststellen; Maßnahmen zum Abbau der Mehrbelastung

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5181

Bundesmittle im Straßenbau 2013

Höhe der im Jahr 2013 für den Straßenbau verwendeten Fördermittel des Bundes; Forcierung des Beginns weiterer Baumaßnahmen aufgrund der Mittelaufstockung vor der Bundestagswahl; möglicher Beginn von Bundesfernstraßenprojekten; bisheriger Einsatz der „Swing-Mittel“; Personallage in der Straßenbauverwaltung

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/5323

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5332

Personalausstattung der Polizeireviere nach der Polizeireform

Personalsituation auf den einzelnen Polizeireviere nach der Polizeireform zum Stichtag 1. September 2014, insbes Bedienstetenzahlen und zusätzliche Einstellungen, zugeordnete und besetzte Planstellen, Planstellen mit kw-Vermerk, Personaleinsatz im Streifendienst, Posten- und Ermittlungsdienst und in der Führung

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5830

Bearbeitungsrückstände in zentralen Grundbuchämtern

Stand der Umsetzung der Reform des Grundbuchwesens; Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen; Beseitigung der Bearbeitungsrückstände in den zentralen Grundbuchämtern des Landes

KlAnfr
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/5927

Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sowie der Computerkriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis durch die

Polizei; Personalstand und räumliche Unterbringung der Kriminalinspektion 5 (Fachinspektion Cyber Crime) bei der Kriminalpolizeidirektion Rottweil; Nachwuchsgewinnung, Fortbildung der Beamten sowie deren Ausstattung mit aktueller Hard- und Software

KlAnfr
s. *Kriminalprävention*
Drs 15/6093

Hochwasserschutz in BW und Fortschritte bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Art und Umfang der in den Jahren 2011 bis 2014 für den Hochwasserschutz aufgewendeten Mittel; Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms seit 2013; Volumen der bis zum Jahresende 2014 erreichten Retentionsgebiete; Beantragung von Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Kommunen; zukünftige Hochwasserschutzmaßnahmen und IRP-Projekte sowie die dafür veranschlagten Kosten; Einkalkulierung erhöhter Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes; Einrichtung neuer Personalstellen seit 2012

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6189

Gewalt gegen Polizeibeamte

Anzahl der pro Jahr auf Polizeibeamte verübten Angriffe seit 2011; Art der dadurch verursachten Verletzungen; Dienstausschluss, Dienstunfähigkeit und Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand; Situationen, in denen Polizisten besonders gefährdet sind; Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamten vor Übergriffen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6227

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Polizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den Kriminalpolizeidirektionen

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6253

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen Ende 2014

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach der Umsetzung der Polizeireform, insbes Änderungen bei der Zahl der Bediensteten und der Verteilung der Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/6262

Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium

Sachstand zu Entwicklung bei den Überlastungsanzeigen in den Zuständigkeitsbereichen von Justiz- und Innenministerium und Reaktion der beiden Ministerien

KlAnfr
s. *Arbeitsbedingungen*
Drs 15/6854

Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern der Justizvollzugsanstalten - unzumutbare Arbeitsbedingungen?

Sachstand zu Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter im medizinischen und nicht-medizinischen Bereich der Justizvollzugsanstalten, insbes Personalsituation, Zahl der Überlastungsanzeigen, Abhilfe durch die LReg

Antr
s. *Justizvollzugsbeamter*
Drs 15/6868

Situation des zentralen Grundbuchamts Emmendingen

Sachstand zur Situation des zentralen Grundbuchamts Emmendingen, insbes Höhe der Bearbeitungsrückstände, Beschäftigtenzahl, Zahl der Dienstaufsichtsbeschwerden; Entlastung des zentralen Grundbuchamts durch Stopp bzw Verlangsamung der Eingliederung anderer Grundbuchämter

KlAnfr
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/6905

Situation des zentralen Grundbuchamts Villingen-Schwenningen

Sachstand zur Situation des zentralen Grundbuchamts Villingen-Schwenningen, insbes Zahl der einzugliedernden anderer Grundbuchämter, Höhe der Bearbeitungsrückstände, Wartezeiten, Beschäftigtenzahl

KlAnfr
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/6925

Ergebnisse der PEBB§Y-Fortschreibung 2014

Sachstand zu konkreten Auswirkungen der vollständigen Fortschreibung der PEBB§Y-Personalbedarfsberechnung 2014 für den Personalbedarf und den Personaldeckungsgrad der verschiedenen Berufsgruppen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften

Antr
s. *Gericht*
Drs 15/7223

Stellenentwicklung in der Straßenbauverwaltung des Landes

Sachstand zur Stellenentwicklung in der Straßenbauverwaltung von BW, insbes Auswirkungen des Stellenabbaus von 2001 bis 2011, seit 2011 neu geschaffene und geplante Stellen

Antr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 15/7266

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Landespolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Polizeireform

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/7306

Stand der Ausstattung der Polizeireviere und Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

Sachstand zur Ausstattung mit Personalstellen für Beamte im Polizeivollzugsdienst bei den einzelnen Polizeireviere und deren Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7344

Belastung des Personals im Landratsamt Schwäbisch Hall

Sachstand zu Arbeitsbelastung bei der Erledigung der Aufgaben und Personalausstattung des Landratsamts Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Kreisverwaltung*
Drs 15/7528

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Leitstelle Arzneimittelüberwachung BW

Organisation der Arzneimittelüberwachung im Land; Personalausstattung und Finanzierung der Leitstelle

KlAnfr
s. *Arzneimittelsicherheit*
Drs 15/7609

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Sicherung des Personalbestandes der Feuerwehren; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Feuerwehren; Verhinderung von Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots über Alkoholbringdienste und Warenautomaten; Anpassung einer Verweisung im Landeskatastrophenschutzgesetz

GesEntw
s. *Feuerwehr*
Drs 15/7613

Beanspruchung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Polizeipräsidium Heilbronn

Sachstand zur Stellenauslastung und zum Überstundeneinsatz in den Polizeireviere und Polizeiposten im Polizeipräsidium Heilbronn

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7840

Personalausstattung der Polizeireviere vor und nach der Polizeireform im Rems-Murr-Kreis

Personalsituation auf den einzelnen Polizeireviere im Rems-Murr-Kreis vor und nach der Polizeireform, insbes Bedienstetenzahlen, zugeordnete und besetzte Planstellen; Personaleinsatz im Streifendienst, Posten- und Ermittlungsdienst und in der Führung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7986

Stellensituation nach dem Regierungswechsel
Sachstand zum Stellenzuwachs in den Regierungsapparaten der Ministerpräsidenten Mappus und Kretschmann vor und nach dem jeweiligen Amtsantritt

KlAnfr
s. *Landesregierung*
Drs 15/8076

Beanspruchung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Polizeipräsidium Offenburg

Sachstand zur Stellenauslastung und zum Überstundeneinsatz in den Polizeirevierern und Polizeiposten im Polizeipräsidium Offenburg

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/8082

Entwicklung der Planstellen in der Zuständigkeit des heutigen Polizeipräsidiums Aalen in den LKreisen Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall im landesweiten Vergleich

Jährliche Entwicklung der Planstellen im Vergleich zur tatsächlichen Beschäftigung von Polizisten vor Ort seit dem Jahr 2000; Polizeipräsidien mit den schlechtesten Betreuungsverhältnissen pro Einwohner

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/8117

Personalbewirtschaftung

s. *Personalplanung*

Personaldaten

s. *Personenbezogene Daten*

Personaleinsparung

s. *Personalabbau*

Personaleinstellung

s. *Personalbeschaffung*

Personalentwicklung

s. *Personalplanung*

Personalfreisetzung

s. *Personalabbau*

Personalgewinnung

s. *Personalplanung*

Personalkosten

s.a. *Arbeitsentgelt*
s.a. *Stellenplan*

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012

s. *Rundfunk*
Drs 15/246

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2013

Fusionserfahrungsbericht nach dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und dem Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/1279

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 4 - Personalausgaben des Landes

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1904

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2504 (dazu Antr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Mittlg LReg 11.02.2014 Drs 15/4760

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.03.2014 Drs 15/4932

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Kosten des ICC-Schiedsverfahrens

Bisherige Ausgaben im o.g. Schiedsverfahren insbes für Rechtsanwälte, Gutachter, Übersetzungen, Dolmetscher und Gerichtsgebühren; durch den Personaleinsatz in den Ministerien und die Anreise zum Verfahrensauftakt in Paris am 6. September 2012 entstandene Kosten; im Verlauf des Verfahrens zu erwartende weitere Kosten

Antr
s. *Schiedsrichterliches Verfahren*
Drs 15/2355

Situation ambulanter Pflegedienste in BW

Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation der ambulanten Pflegedienste; Rolle der tariflichen Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal sowie der Erhöhung der Pflegevergütung durch die Krankenkassen; Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Dienste bei der Abrechnung mit den Krankenkassen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Pflegebedürftigen

KlAnfr
s. *Pflegedienst*
Drs 15/2799

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3017

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen

sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3018

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Freiburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3019

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3020

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiiums, insbes Abordnung oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3021

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Karlsruhe

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3022

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Konstanz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3023

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ludwigsburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3030

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Mannheim

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3031

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Offenburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3032

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Reutlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3033

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Stuttgart

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3034

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Technik Logistik Service

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3035

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Tuttingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3036

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3037

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/3327

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Jährliche Zusatzkosten und ihre Gegenfinanzierung; Anzahl der Stellenhebungen iRd Einführung einer zweigeteilten Laufbahn; künftige Verteilung der Stellen des Polizeivollzugsdienstes auf die verschiedenen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes; Zugang von Personen mit mittlerem Bildungsabschluss zum Polizeidienst; Anpassung der Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an der Hochschule für Polizei; Aufstiegschancen der Angehörigen des mittleren Dienstes; Wartezeiten für Angehörige des gehobenen Dienstes

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/3437

Unbesetzte Stellen des höheren Dienstes des Landes bei den Landratsämtern

Umfang und Gründe der Nicht-Besetzung von Stellen des höheren Landesdienstes bei den Landratsämtern; erzielte Personalkosteneinsparungen; Konsequenzen für die Aufgabenerfüllung; Kommunalisierung des höheren Dienstes und der zugehörigen Aufgaben bei den Landratsämtern

KlAnfr
s. *Kreisverwaltung*
Drs 15/3501

Zukunft von Sozialstationen im Enzkreis und in Pforzheim

Finanzierungslücken bei den Personalkosten und steigende Verwaltungskosten bedrohen Sozialstationen in ihrer Existenz

KlAnfr
s. *Sozialstation*
Drs 15/3542

Volkswirtschaftsanteile der LReg im Main-Tauber-Kreis

Landesbehörden und Landeseinrichtungen mit Sitz im Main-Tauber-Kreis; in den Jahren 2011 und 2012 vom Land (mit-)finanzierte Personalstellen und Sachmittel

KlAnfr
s. *Landesbehörde*
Drs 15/3632

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 3 - Mehr Konsequenz beim Vollzug von Einsparverpflichtungen

Mittlg RH
s. *Haushaltsausgaben*
Drs 15/3803

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 9 - Länderübergreifende Justizprüfung Ermittlungsverfahren bei Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldverfahren bei Amtsgerichten (Kap 0503)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3809
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4209 (dazu Antr GRÜNE und SPD)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 29.10.2015 Drs 15/7626
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7806
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Schlussfolgerungen für die Radverkehrspolitik aus den Erkenntnissen der ersten Radsternfahrt

Erkenntnisse aus der Radsternfahrt im Juli 2013 in Stuttgart; Personal- und Sachkosten für Planung und Durchführung der Radsternfahrt; Personaleinsatz seitens staatlicher Dienststellen wie z.B. der Polizei und der Straßenbauverwaltung; Finanzierung der Veranstaltung, Sponsoren; Initiativen und Veranstaltungen zur Förderung der Radkultur

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3870

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/4523

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2015

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/5042

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/5138

Förderung von Jugendkunstschulen

Verwendung von Haushaltsmitteln für die Förderung des pädagogischen Personals und die Förderung von Schulkooperatio-

nen in den Jahren 2012, 2013 und 2014; Erhöhung der Regelförderung aufgrund der zu erwartenden Steigerung der Personalkosten der Jugendkunstschulen in den kommenden Jahren; Förderung der Kooperation von Jugendkunstschulen angesichts des Ausbaus des Ganztagsbetriebs in den Schulen; Berücksichtigung der Mittel für Schulkooperationen in Ziffer 2 der Erläuterungen zu Kapitel 0465 Titelgruppe 77 im Staatshaushaltsplan; Bewilligungen an den Landesverband der Kunstschulen BW

Antr
s. *Kunstschule*
Drs 15/5612

Zuschuss des Landes für die Konzertorchester in BW

Beurteilung der von der Kulturstrukturkommission empfohlenen Bezuschussung der Konzertorchester durch das Land; Berücksichtigung der in den Jahren 2013 und 2014 erfolgten Tarifierhöhungen im Doppelhaushalt 2015/2016; Maßnahmen gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Konzertorchester; Evaluierung der institutionellen Orchesterförderung des Landes; Gewährung von Planungssicherheit durch den Abschluss mehrjähriger Zuwendungsverträge

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/5627

Auswirkungen der sogenannten Montagsdemonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 auf Handel, Gastronomie und Beherbergungsgewerbe

Anzahl der bisherigen Demonstrationen, deren durchschnittliche Dauer und Teilnehmerzahl; Umsatzeinbußen bei den Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Gaststätten entlang der Demonstrationsstrecke; Höhe der bisher für die Begleitung der Demonstrationen durch Polizei- und Sicherheitskräfte entstandenen Personal- und Sachkosten

KIAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5957

Finanzielle Bedingungen der einzelnen Hochschularten unter dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Aktuelle Anteilshöhe an Grundfinanzierungs-, Programm- und sogenannten Drittmitteln bei den verschiedenen Hochschularten; Veränderung der jeweiligen Finanzierungsanteile durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag; Höhe der den einzelnen Hochschulen bis zum Jahr 2020 zusätzlich zur Verfügung stehenden Landesmittel; Kriterien der Mittelzuteilung; Entfristung von Personalstellen; Verteilung der Mittel des Bausonderprogramms an die einzelnen Hochschularten; Begründung des Mehrbedarfs der medizinischen Fakultäten

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6027

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher

durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/6115

Die Kosten pro Schülerin bzw Schüler - hat die Opposition sich verrechnet?

Höhe und Zusammensetzung der im Bildungsfinanzbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes pro Schüler angesetzten Gesamtkosten; Höhe der an weiterführenden Schulen durchschnittlich pro Schüler anfallenden Personalkosten; Kostenunterschiede bei den verschiedenen weiterführenden Schularten; Höhe des im aktuellen Haushaltsentwurf veranschlagten Personalkostenanteils pro Schularart; Höhe und Zusammensetzung des Sachkostenbeitrags pro Schüler seit 2005

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/6379

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2013 bis 2016

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6557

Personalkosten an den Musikschulen

Sachstand zur verzögerten Auszahlung der Personalkostenzuschüsse für die Musikschulen durch das Land

KIAnfr
s. *Musikschule*
Drs 15/6879

Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zur Praxis der Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsunterbringung, insbes bei den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit den Erstaufnahmeeinrichtungen

KIAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7712

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Aus-

wertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr
s. *Software*
Drs 15/7987

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2014 bis 2017

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/8088

Vereinbarkeit der angestrebten Senkung der Personalkosten mit der Stellenausweitung der neuen LReg

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 238 239

Anstieg des Anteils der Versorgungsausgaben an den Personalkosten, Umsetzung des Vorschlags des RH zur Verknüpfung von Personalausgaben und Steuereinnahmen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 403

Anstieg des Anteils der Versorgungsausgaben an den Personalkosten, Umsetzung des Vorschlags des RH zur Verknüpfung von Personalausgaben und Steuereinnahmen

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 580 581 585

Notwendigkeit einer Rückführung der Personalkosten

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886 888 892-894

Beklagung des jährlichen Anstiegs der Personalausgaben

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040

Vereinbarkeit der angestrebten Senkung der Personalkosten mit der Stellenausweitung der neuen LReg, Senkung der Personalkosten durch die Anpassungen bei der Beihilfe, Verweisung auf die Dynamik der steigenden Personalausgaben

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1103 1128 1130 1131 1137

Ankündigung eines Dialogs mit der Beamtenschaft mit dem Ziel einer Reduzierung der Personalkosten; Höhe der Personalkosten beim Epl 03 und beim Rechnungshof

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1202 1208 1220 1222 1224 1225 1249

Entwicklung der Personalausgaben des Landtags, Höhe des Personalkostenanteils im Epl 05

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289-1291 1293 1295

Berücksichtigung einer Personalkostensteigerung in der mittelfristigen Finanzplanung; kostenneutrale Umwandlung befristeter in feste Stellen in den Ministerien; Einsparungen bei der Beamtenschaft aufgrund struktureller Personalausgabensteigerungen

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1463 1466 1467 1477

Personalplanung

s.a. *Personalabbau*
s.a. *Personalbestand*
s.a. *Personalkosten*
s.a. *Stellenplan*

Personalsituation der Steuerverwaltung

Entwicklung der Personalausstattung, der Gesamtsteuereinnahmen, der Prüfungsintervalle nach Betriebsgrößen, der erzielten Mehrsteuern durch die Betriebsprüfung seit 2008 im Bundesvergleich; geplante Neueinstellungen in den einzelnen Laufbahngruppen 2011

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/88

Personalsituation im Polizeivollzugsdienst

Entwicklung der Zahl von Beamten im Polizeivollzugsdienst, von Anwärtern, Regelarbeitszeitstunden und Beförderungen seit 2006; Darstellung der Stellenhebungen und Beförderungsmöglichkeiten bis 2016 sowie der Umsetzung der angekündigten 1.000 zusätzlichen Stellen; Fortführung des von der Vorgängerregierung beschlossenen Einstellungskorridors; Nutzung der hohen Bewerberzahlen nach dem doppelten Abiturjahrgang für zusätzliche Einstellungen

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/146

Zweifelhafte Schaffung zusätzlicher Stabstellen im Kultusministerium

Verbesserung der Unterrichtsqualität mit der o.g. Stellenausweitung sowie der Vermittlung von Schulpolitik gegenüber der interessierten Öffentlichkeit mit der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers

MdlAnfr
s. *Stellenplan*
Drs 15/98

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 14 - Personaleinsatz in der Arbeitsgerichtsbarkeit (Kap 0509)

Mittlg RH
s. *Arbeitsgerichtsbarkeit*
Drs 15/114

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 5: Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/230
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Massive Stellenvermehrung durch die LReg zulasten des Steuerzahlers

Aktuelle Debatte
s. *Stellenplan*
PIPr 15/8 S. 243

Zweifelhafte Stellenbesetzungen im KM

Rechtfertigung der zusätzlichen Stabstellen und der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers, Erwartung einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und Kommunikation der Schulpolitik? Darlegung der öffentlichen Ausschreibung, der Beteiligung der Personalvertretung und beamtenrechtlichen Kriterien der Bewerberauswahl für die Stellenneubesetzungen; Frage nach der Qualifikation des Leiters der neuen Stabstelle Schulmodelle sowie nach der Begründung der für ihn eingerichteten Fahrbereitschaft, Ausstattung mit Weisungsbefugnis gegenüber der Schulverwaltung? Rücknahme der Höherstufung des Presse-

sprechers; Berichtsvorlage bis 15.09.2011 über die (effektivere) Aufgabenbewältigung durch die neuen Stellen und Rechtfertigung der Mehrkosten

Antr
s. *Stellenplan*
Drs 15/306

Regierungsbefragung

Personal im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*
PIPr 15/9 S. 316

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Polizeipräsenz im Enzkreis

Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Enzkreis seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Polizeidienststellen bei Straftaten seit 2006, wegen Personalmangels ausgefallene Streifenfahrten und Nachtdienste; Prüfung, ob die Polizeipräsenz im Enzkreis erhöht und die Polizeidienststelle in Neuenbürg erhalten werden kann

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/486

Stellenbesetzung im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Anzahl der neu besetzten Stellen im Ministerbüro, der Zentralstelle, der Verwaltungsabteilung und den Fachabteilungen des o.g. Ministeriums seit der Regierungsübernahme; Stellenprofile, Qualifikationen und laufbahnrechtliche Voraussetzungen der Stelleninhaber; Stellenausschreibung, Auswahlverfahren, Beförderungen; Beteiligung der Beauftragten für Chancengleichheit und des Personalrats bei der Stellenbesetzung

Antr
s. *Stellenplan*
Drs 15/505

Personalmaßnahmen der Landesregierung in der Ministerialverwaltung

Darlegung der o.g. Stellenneubesetzung, Anteil und Gründe der Besetzung mit Beamten, der Besetzung ohne Stellenausschreibung und Beteiligung der Personalräte, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragten, der Abweichung von beamtenrechtlichen Voraussetzungen u.a. rechtlichen Vorgaben; Sicherstellung einer Bewerberauswahl nach den dafür maßgeblichen Bestimmungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.09.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/628 (15 S.)

Einstellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Ernennung auf Lebenszeit

Kriterien für die Besetzung freier Planstellen und (vorzeitige) Ernennung auf Lebenszeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit

und in den Fachgerichtsbarkeiten; Gewährleistung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der Bewerber bei der Ausschreibung und Vergabe der freien Planstellen

KlAnfr
s. *Richter*
Drs 15/655

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreiss Esslingen seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2006; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Esslingen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/872

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 13: Methode der Bedarfsermittlung bei der Justiz

Bericht über die Weiterentwicklung und Anwendung des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB\$Y

Mittlg LReg 12.12.2011 Drs 15/1010
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1459
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1738

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 11: Personaleinsatz in den öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten

Mittlg LReg
s. *Gericht*
Drs 15/1079

Unterstützung des Personalwesens der Bundeswehr durch die LReg

Unterstützung der Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren oder Reservisten an Schulen bzw der Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung der Bundeswehr; Zahl der als Reservisten beorderten Landesbediensteten, Unterstützung der Ableistung von Wehrübungen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1076

Beachtung der Grundsätze des Berufsbeamtentums im Ministerium für Integration

Darlegung der o.g. Einstellungen im Beförderungsamt; Frage nach einer Ausschreibung der Stellen und Bewerberauswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung und Einhaltung der beamtenrechtlichen Bestimmungen

Antr
s. *Beamter*
Drs 15/1084

Haushalt 2012; Epl 02

Rückführung der Stellenvermehrung in den Ministerien

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1102-1 S. 16-19
ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1103 02/1 S. 27-30
ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1104 02/1 S. 49-52

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1105 02/1 S. 17-20
 ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1106 02/1 S. 16-19
 ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1108 02/1 S. 24-27
 ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1109 02/1 S. 27-30
 ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1110 02/1 S. 25-28
 ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1113 02/1 S. 20-23
 ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1114 02/1 S. 30-33
 ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1115 02/1 S. 6-9
 ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1202-1 S. 2-5
 PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1184-1219

Personalfuktuation im Integrationsministerium

Zahl der ins Integrationsministerium wechselnden und neu besetzten Stellen sowie der zwischenzeitlich wieder aus dem Ressort ausgeschiedenen Stelleninhaber, Gründe für die Personalfuktuation

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP und Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 19.01.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1150
 BeschlEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 57
 PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Haushalt 2012; Epl 14

Schaffung zusätzlicher Stellen für die Hochschulen

Haushalt
 s. Hochschule
 Drs 15/1114

Besetzung der Stellen der Geschäftsführer der Wirtschaftsfördergesellschaft BW International (BWI)

Gründe und Kosten der Beauftragung einer Beratungsfirma; Darlegung der Vorgaben, der Vorabsprachen zwischen den Koalitionspartnern und geforderten Voraussetzungen für die Stellenbesetzung; Gründe für die Nichtberücksichtigung der vorgeschlagenen zusätzlichen Bewerber bzw der verbliebenen Bewerberin nach dem Rücktritt des ausgewählten Bewerbers; Frage nach Regressansprüchen gegenüber der Beratungsfirma wegen fehlerhafter Gestaltung der Stellenausschreibung

Antr
 s. Wirtschaftsfördergesellschaft BW International
 Drs 15/1224

Situation der Polizei im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Bereich der Polizeidirektion Emmendingen seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Emmendingen

KlAnfr
 s. Polizei
 Drs 15/1236

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Waldshut

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreis Waldshut seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

KlAnfr

s. Polizei
 Drs 15/1296

Reduzierung von Kettenarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst
 Beurteilung o.g. Verträge nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, Erfahrungen anderer BLänder mit solchen Verträgen und der Einführung dezentraler Personalmanagementsysteme, Ermöglichung von mehr unbefristeten Stellen mit einem Personalpool, entsprechende Anpassung der Verwaltungsvorschriften des MFW zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 28.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1327
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.06.2012 Drs 15/2007 (dazu ÄAntr Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD) S. 8-10
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Mittlg LReg 18.01.2013 Drs 15/2705

Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei

Stellenwert und Auswahlkriterien des „Interessenbekundungsverfahrens“ bei der Stellenbesetzung, Maßnahmen zum Ausgleich persönlicher Härten bei angezeigten Versetzungen und Neuverwendungen; Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen auf den juristischen Bestand der Polizeireviere, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei; Auswirkungen der Reform für die Bediensteten bei den Polizeireviere und die Tarifbeschäftigten; Art und Zeitrahmen der Stellenbesetzung bei den neuen Polizeipräsidien

Antr
 s. Polizeireform
 Drs 15/1408

Schaffung eines Referats 97 „Strategie und Planung“ im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Begründung für die Schaffung des neuen Referats; Herkunft, Zahl und Bewertung der zugewiesenen und bisher unbesetzten Stellen; Frage nach weiteren unbesetzten Stellen des höheren und gehobenen Dienstes sowie nach Überlegungen zur organisatorischen Zuordnung des Referats; Beurteilung von möglichen Doppelstrukturen durch die Übernahme von Aufgaben der Zentralstelle u.a. Abteilungen

Antr
 s. Minister für Finanzen und Wirtschaft
 Drs 15/1775

Personalressourcen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Regelmäßige Dienstverrichtung des Ministerialdirektors am Freitag per Telearbeit, Frage nach dem Arbeitsort und nach der Vertretung im Ministerium bei dringlichen Angelegenheiten mit erforderlicher persönlicher Präsenz; Zahl und Zweck von Dienstreisen des MD nach Berlin im Umfeld von Wochenenden; Auflistung von realisierten und geplanten Projekten des auf 13 Personen angewachsenen Bereichs „nachhaltige Mobilität“ sowie des neu geschaffenen Referats „Rad- und Fußverkehr, Kommunale Verkehrskonzepte, Bürgerbeteiligung“

Antr
 s. Minister für Verkehr und Infrastruktur
 Drs 15/2009

Massive Streichungen und Umschichtungen von Lehrerstellen angekündigt - was plant die LReg?

Aktuelle Debatte
s. *Lehrer*
PIPr 15/43 S. 2402

Straßenbauverwaltung

Zahl der neu besetzten und gestrichenen Stellen für technisches Fachpersonal im Angestellten- und Beamtenverhältnis seit 2005 in den verschiedenen Bereichen und Verwaltungsebenen der Straßenbauverwaltung; Art und Finanzvolumen der seit 2005 an externe Berater und Gutachter vergebenen Dienstleistungen; Darlegung des Personalentwicklungskonzepts mit Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten

Antr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 15/2173

Wie begegnet die LReg systematisch dem Mangel an Bewerbungen zur Besetzung frei werdender Schulleiterstellen?

Zahl der offenen Stellen seit 2006 und infolge von Pensionierungen bis 2016, Fälle von mehrfachen Ausschreibungen und Frauenanteil unter den Bewerbern, Bewertung der „Vorbereitungs- und Auswahlseminare“ sowie einer flächendeckenden Einführung von Schulassistenten zur Entlastung der Schulleiter, Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten qualifizierten Persönlichkeiten, Einbindung der Lehrerverbände zur Bewerbungsermunterung

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/2209

Wissensmanagement und Personalgewinnung in Ministerien und Regierungspräsidien

Maßnahmen zur Sicherung und Archivierung von Fachwissen in Ministerien und RegPräs, Methoden zur Übergabe von Fachwissen an Nachfolger, Nutzung von EDV-basierten Wissensdatenbanken; Ausrichtung der Personalpolitik der Landesverwaltung zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter; Vorlage eines Konzepts zur Erhaltung von Kompetenz und Wissen in der Verwaltung unabhängig von Personalwechseln

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 06.09.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2297
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 30
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Externe Personen in der baden-württembergischen Landesverwaltung

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen

Antr
s. *Lobbyismus*
Drs 15/2308

Ein Sommermärchen: Der rasche Wandel vom „Schulrebell“ zum Schulpräsidenten

Kritik an der Berufung eines bekannten Kritikers des Schulsystems zum Leiter der Schulabteilung am RegPräs Freiburg; Fragen nach den Kriterien der Personalauswahl, der Qualifikation,

der persönlichen Eignung etc; Erwartungen an den neuen Schulpräsidenten insbes im Hinblick auf die Etablierung der Gemeinschaftsschule

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2342

Hochbauverwaltung - Technisches Fachpersonal

Personalentwicklung in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung seit 2005, Zahl der Teilnehmer an den Staatsprüfungen für den gehobenen und höheren technischen Dienst und der jeweils übernommenen Absolventen, Aufstiegschancen iRd aktuellen Personalentwicklungskonzepts; Auflistung der seit 2005 vergebenen Dienstleistungen und deren Kosten für externe Beratung und Gutachten

Antr
s. *Bauverwaltung*
Drs 15/2403

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Beförderungs- und Einstellungspraxis in den Ministerien

Kriterien für sogenannte Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt als dem herkömmlichen Eingangsammt; Aufstellung der von Mai 2011 bis Oktober 2012 in den einzelnen Ministerien vollzogenen Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt; Stellenausschreibungs- und Einstellungspraxis; Ausübung der Entscheidungsbefugnis; Mitwirkung der Personalvertretung bzw Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertretung; Angabe der von der Stellenbesetzung betroffenen Geschäftsbereiche

Antr
s. *Ministerium*
Drs 15/2682

„Ist mir das peinlich“ - Postenvergabe unter grün-roter Verantwortung

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/52 28.11.2012 S. 2994-3007

Ganztagschulen in Mannheim

Zahl der Ganztagschulen in BW und Mannheim differenziert nach Ausprägungen bzw Modellen; Gewährung von Bestandsschutz bei der Personalausstattung für allgemeinbildende Schulen mit Ganztagsbetreuung in Mannheim insbes beim Geschwister-Scholl-Gymnasium

KIAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/2832

Nationalpark Nordschwarzwald

Untersuchungsauftrag und Zwischenberichte der Gutachter zum Nationalpark Nordschwarzwald; Plan und Finanzierung des Personalkonzepts und von am Zeitrahmen orientierten Waldumbaumaßnahmen; Biodiversität bei einer sich selbst überlassenen Waldfläche im Vergleich zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung; Gesamtbilanz unter Berücksichtigung ökonomischer und sozialer Gesichtspunkte neben den ökologischen

Antr

s. *Nordschwarzwald, Region*

Drs 15/2864

Personalsituation bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk (THW) und Bevölkerungsschutz

Personalsituation bei Einrichtungen der örtlichen Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz, insbes Entwicklung des Anteils von Frauen und von EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie die Auswirkungen der Wehrpflicht-Aussetzung; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbes durch Zusammenarbeit mit Schulen, Förderung der Jugendgruppenarbeit, Gewährung öffentlicher Anerkennung, Freistellung von der Arbeit und dabei Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, Gewährung ausreichenden Versicherungsschutzes sowie zusätzliche Förderung fachlicher Qualifizierung und Ausbildung

Antr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/2943

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3017

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3018

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3019

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3020

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Abordnung oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3021

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3022

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3023

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3030

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3031

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3032

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3033

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3034

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3035

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3036

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3037

Notwendige Stärkung der Forstverwaltung und des Landesbetriebes ForstBW

Anpassung der Personalsituation in der Forstverwaltung und im Landesbetrieb ForstBW an die gewachsenen Aufgaben

MdlAnfr

s. *Forstverwaltung*

Drs 15/3155

Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0

Planungen und Kosten zur Einrichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes vorliegendes Personalkonzept, erforderliche Waldumbaumaßnahmen und Finanzmittel zur sofortigen Umgestaltung der Entwicklungszonen, Ausgestaltung der Politik des „Gehörtwerdens“ und Einfluss der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, Kompensation der zugesicherten Holzmen- gen für die Holzindustrie, mittel- bzw langfristiges Konzept zur Sicherung der Nadelholzversorgung, zusätzliche Waldflächen- Stilllegungen

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/3460

Polizeireform: Zukünftige Aufstellung der Alarmhundertschaften

Organisation und personelle Aufstellung der Alarmeinheiten der Landespolizei nach Inkrafttreten der Polizeireform, insbes Personalzusammenstellung und betroffene Dienststellen, Überstundenabgeltung für eingesetzte Polizisten und deren Vertreter in den Dienststellen

Antr

s. *Polizeieinsatz*

Drs 15/3591

Geplante Einsparungen der LReg im Personalkörper der Polizei

Auskunft über geplante Stellenstreichungen in der Landesverwaltung; Beitrag der Stelleneinsparungen zur Haushaltskonsolidierung, betroffene Ressorts; Stellenkürzungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, insbes bei der Polizei; Auswirkungen der Ergebnisse des Zensus 2011 auf die Personalplanung bei der Landespolizei

Antr

s. *Personalabbau*

Drs 15/3592

Fortführung des Einstellungskorridors bei der Polizei

Weiterführung des Einstellungskorridors bei der Polizei; geplante Neueinstellungen für das Jahr 2014 bei der Polizei

MdlAnfr

s. *Polizei*

Drs 15/4426

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 9 - Personalplanung in der Justiz (Kap 0503, 0505 bis 0507, 0509, 0511 und 0512)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5409

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5909 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Peter Hofelich u.a. SPD)

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 29.10.2015 Drs 15/7626

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7806

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Personalentwicklung an Polizeirevierern im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeirevierern und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/5793

Beschäftigungssituation der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten an den baden-württembergischen Hochschulen

Anteil der befristet Beschäftigten im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst der Hochschulen; Kriterien für eine Festanstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter; Kriterien für die befristete Anstellung wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals; Laufzeit der Zeitverträge; Gründe für eine von der Finanzierungsdauer eines Forschungsprojekts abweichende Befristungsdauer; Personalentwicklungsplanung an den Hochschulen

Antr
s. *Hochschulpersonal*
Drs 15/6107

Wissenschaftsmanagement an den Universitäten und Hochschulen in BW

Projekte zum Thema Managementstrukturen sowie Stellen für Wissenschaftsmanager an den Universitäten und Hochschulen; Kooperationen zum Thema Wissenschaftsmanagement mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und sonstigen Einrichtungen; Strukturen und Ziele der Kooperationen; Gründung einer Führungsakademie für Hochschulwesen

Antr
s. *Hochschulorganisation*
Drs 15/6287

Polizeiakademie Wertheim

Aufrechterhaltung der Außenstelle Wertheim; Interimsnutzung während der Baumaßnahmen in Böblingen; Anschlussverwendung der Beschäftigten des Standorts Wertheim

KlAnfr
s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
Drs 15/6419

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/6463

Stand der Planungen zur Schließung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim

Sachstand zu Schließungsplänen für die Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim, insbes aktueller Planungsstand, Beschäftigtenstruktur, Weiterbeschäftigungsangebote

Antr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/6624

Polizeivollzugsbeamte in Teil- und Vollzeit im Enzkreis

Stellenverteilung bei Polizeivollzugsbeamten in Teil- und Vollzeit im Enzkreis; Personalplanung für durch Mutterschutz oder Elternzeit ausgefallene Beschäftigte

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6644

Vielfalt in BW als Chance

Sachstand zur Berücksichtigung der Erkenntnisse des „Diversity Managements“ (Vielfaltigkeitsmanagements) bei Gleichstellung und Antidiskriminierung, insbes Beteiligung an Maßnahmen auf EU-Ebene, Förderung des Vielfältigkeitsmanagements in Unternehmen und Verwaltung, zentrale Bündelung der Teilbereiche des „Diversity Managements“ in der LReg

Antr
s. *Gesellschaft*
Drs 15/6965

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 10 - Organisation und Aufgabenanalyse im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Kap 0601 und 0603)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7010
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7510
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Gesamtkonzept Personalentwicklungsplan; Einwilligung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft gemäß § 3 Abs 26 StHG 2015/16 in der Fassung des Nachtrags (zu dem Schreiben des MFW Anlage 1 S. 4)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.10.2015 Drs 15/7533 (dazu Antr GRÜNE und SPD Anlage 2)
PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8341
Mittlg LReg 30.08.2016 Drs 16/475
Mittlg LReg 10.11.2016 Drs 16/947

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Entwicklung einer Personalplanung 2020; Kritik an der Personalausstattung der Ministerien

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 54 86 87 90

Ankündigung eines Personalentwicklungsplans für den öffentlichen Dienst; Kritik an der Stellenvermehrung und den Höhergruppierungen der neuen LReg; Erinnerung an die Stelleneinsparprogramme

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 126-128 130 132 142 144

Schaffung neuer Stellen in den Ministerien in neuen politischen Schwerpunktbereichen, personelle Stärkung der Steuerverwaltung, Kritik an der Stellenvermehrung im neuen Verkehrsministerium, Erhöhung des Personalbestands der Ministerialverwaltung um 6 %

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375-387

Kritik an der Schaffung von 180 neuen Stellen in den Ministerien

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 433 435-437 439 440

Kritik an der Stellenvermehrung in den Ministerien, Forderung nach Abschaffung der Taskforce im Verkehrsministerium; Ankündigung einer Personalentwicklungsplanung 2020

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886 892-895 897 933

Kritik an der Schaffung von 180 neuen Stellen in den Ministerien, Verweisung auf das Stellenabbauprogramm bis 2017

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 971 975 977 979

Kritik an der Stellenausweitung der neuen LReg, Begründung der Personalaufstockung bei der Lebensmittelüberwachung und den Amtstierärzten, Entwicklung einer Personalplanung 2020

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1103-1105 1114 1119-1121 1123-1125 1128 1130 1136

Kritik an der Stellenausweitung der neuen LReg; Erinnerung an den Stellenabbau bei der Polizei, Schaffung zusätzlicher Stellen für Polizeianwärter

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1195 1196 1199 1201 1202 1208 1211 1224 1225 1227-1230 1241 1242

Stellenabbau bzw neu geschaffene Stellen in den Ministerien; Stellenabbauprogramm bis 2016; Verschiebung einer Besoldungserhöhung; Umwandlung befristeter in feste Stellen in den Ministerien; Bewilligung neuer Stellen bei der Polizei und der Steuerverwaltung

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1461 1462 1466-1468 1471 1472

Bewertung des Frauenanteils in Führungspositionen im öffentlichen Dienst bzw der Stellenausweitung der neuen LReg, Bezeichnung der Besetzung von 154 neuen Stellen in den Ministerien als Ämterpatronage, Kritik an der Entlassung von verdienten Spitzenbeamten, Verweisung auf das Stellenabbauprogramm bis 2017

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531 1532 1537-1546

Personalrat

s. Personalvertretung

Personalreduzierung

s. Personalabbau

Personalvertretung

s.a. Landespersonalvertretungsgesetz

Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes (UniMed-RückabwicklungGes - UniMed-RüG)

Wiederherstellung des vor dem 15. Februar 2011 geltenden Rechtszustands; Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Universitätsklinika; Wahrung der Handlungsfähigkeit in Kooperation mit den Universitäten; Änderung des LandeshochschulGes, des UniversitätsklinikaGes, LandeskrankenhausGes, LandespersonalvertretungsGes und von Artikel 9 des UniversitätsmedizinGes

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 15/631

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des

Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/1466

Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz - KIT-WG)

Weiterentwicklung der Selbstständigkeit des KIT, Überleitung des Personals und Übertragung des Vermögens auf das KIT; Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, der Leistungsbezügeverordnung und der Grundamtsbezeichnungsverordnung

GesEntw

s. Karlsruher Institut für Technologie

Drs 15/1495

Eckpunktepapier zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)

Bewertung und Konsequenzen des Eckpunktepapiers zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), insbes Stellungnahmen von Landesministerien und Kommunalverbänden sowie Kosten für die Freistellungen in Landesverwaltung, LKreisen, Kommunen, Sparkassen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in BW; Bedeutung des Personalvertretungsrechts für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Antr

s. Personalvertretungsrecht

Drs 15/3172

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatuts; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg

s. Südwestrundfunk

Drs 15/3497

Will das Innenministerium jetzt durch die Hintertür das Wahlrecht von Polizeifreiwilligen bei den Personalratswahlen aushebeln?

Aushebelung des Personalratswahlrechts für die Polizeifreiwilligen auf Grundlage des neuen Landespersonalvertretungsgesetzes über Berücksichtigung der Aufrufe zum Dienst

MdlAnfr

s. Freiwilliger Polizeidienst

Drs 15/6090

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personal-

kosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr

s. *Landespersonalvertretungsgesetz*

Drs 15/6115

Beteiligung der Personalvertretungen an der Umsetzung der Polizeireform; Anstreben einer einvernehmlichen Lösung mit den Personalvertretungen zum Abbau der Bugwelle von Überstunden an den beruflichen Schulen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1647 1648 1695

Personalvertretungsgesetz für das Land Baden-Württemberg

s. *Landespersonalvertretungsgesetz*

Personalvertretungsrecht

s.a. *Landespersonalvertretungsgesetz*

s.a. *Mitbestimmung*

Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes (UniMed-RückabwicklungGes - UniMed-RüG)

Wiederherstellung des vor dem 15. Februar 2011 geltenden Rechtszustands; Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Universitätsklinik; Wahrung der Handlungsfähigkeit in Kooperation mit den Universitäten; Änderung des LandeshochschulGes, des UniversitätsklinikGes, LandeskrankenhausGes, LandespersonalvertretungsGes und von Artikel 9 des UniversitätsmedizinGes

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 15/631

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1466

Gesetz zur Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT-Weiterentwicklungsgesetz - KIT-WG)

Weiterentwicklung der Selbstständigkeit des KIT, Überleitung des Personals und Übertragung des Vermögens auf das KIT; Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, der Leistungsbezügeverordnung und der Grundamtsbezeichnungsverordnung

GesEntw

s. *Karlsruher Institut für Technologie*

Drs 15/1495

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Rich-

tern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinargesetz

GesEntw

s. *Landesrichtergesetz*

Drs 15/3161

Eckpunktepapier zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)

Bewertung und Konsequenzen des Eckpunktepapiers zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), insbes Stellungnahmen von Landesministerien und Kommunalverbänden sowie Kosten für die Freistellungen in Landesverwaltung, LKreisen, Kommunen, Sparkassen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in BW; Bedeutung des Personalvertretungsrechts für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 06.03.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3172

BeschlEmpf und Bericht InnenA 05.06.2013 Drs 15/3712 S. 17 18

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Status, Mitwirkung und Vertretung der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen

Situation der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen, insbes Anteil gegenüber festangestellten wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern, Lastverteilung bei Stundenzahl und Einzelunterricht, Bedingungen für Prüfungsberechtigung, personal- und hochschulrechtlicher Status, Änderung gesetzlicher Regelungen im Landespersonalvertretungsgesetz und im Landeshochschulgesetz

Antr

s. *Musikhochschule*

Drs 15/3626

Zukünftige Kosten und zusätzliche Freistellungen in Folge der geplanten Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG)

Auswirkungen und Stellungnahmen zum Anhörungsentwurf des Innenministeriums zur Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG), insbes zu erwartende Freistellungen und Mehraufwand in den Landes- und Kommunalbehörden und -einrichtungen, Erstattungsmöglichkeiten entsprechend dem Konnexitätsprinzip für diese Institutionen; Gründe für die Einrichtung von Wirtschaftsausschüssen und Regelung in anderen Bundesländern

Antr CDU 24.09.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4075

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4960-4973

Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften

Änderungen und Anpassungen bei Beschäftigtenbegriff, Gestaltung des Wahlrechts, Personalratsgröße, Geschlechtergerechtigkeit, Amtszeitverlängerung, Optionsmöglichkeiten von Beschlussfassungen, Gestaltung der Geschäftsführung, Arbeitsgemeinschaften, Freistellungen, Informationsrechten des Personalrats, Fristvereinbarungen, Beteiligungsrechten, zusätzlichen Dienstvereinbarungen, Initiativrecht des Personalrats, Perso-

nalversammlungen; Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses; Stärkung der vertrauensvollen Zusammenarbeit; Ausnahmecharakter des Evokationsrechts; Abschaffung der Zustimmungsverweigerungsgründe

GesEntw
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4224

Keine Abschaffung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Erwägungen zur Einführung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG); Auswirkungen einer Änderung oder Streichung von § 95 für Theater und Orchester im Hinblick auf die Kunstfreiheit sowie finanzielle und personelle Konsequenzen für den Orchester- und Theaterbetrieb

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 05.11.2013 und Stellungnahme
IM Drs 15/4281

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Enzkreis und in Pforzheim

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Enzkreises und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4377

Auswirkung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe der für die o.g. LKreise und deren Kommunen entstehenden Mehrkosten; Auskunft über die zu erwartenden zusätzlichen Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4439

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im LKreis Emmendingen

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für den LKreis Emmendingen und dessen Kommunen, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5518

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des geplanten Gesetzes zur Bildungsfreistellung auf die Verwaltung der Stadt Pforzheim

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für die Stadt Pforzheim sowie die Kreisverwaltung und Kommunen des Enzkreises, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5807

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Neufassung der Bestimmungen zu den örtlichen Richter- und Staatsanwaltsräten; Bildung klassischer Stufenvertretungen auf der Ebene der Obergerichte des Landes sowie der Generalstaatsanwaltschaften; Einrichtung von Einigungsstellen zur Konflikt-

lösung auf Bezirksebene; Einrichtung eines Landesrichter- und -staatsanwaltsrat als eigenständiges Organ auf der Ebene des Justizministeriums; Festschreibung der justizweiten Anhörung als unmittelbares Beteiligungsrecht der Richter und Staatsanwälte; eigenständiges Freistellungsrecht für die Mitglieder der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen; Verpflichtung zur Stichtagsbeurteilung im Beurteilungsrecht

GesEntw
s. *Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz*
Drs 15/7135

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Staatsvertrag zwischen den Ländern BW und Rheinland-Pfalz und Anpassungen rechtlich unabdingbare Regelungen zur von den Trägern der LBS Landesbausparkassen BW und Rheinland-Pfalz angestrebten Fusion beider Institute zur LBS Landesbausparkasse Südwest; Übergangsregelung für die Personalvertretung

GesEntw
s. *Bausparkasse*
Drs 15/7677

Verbesserung der Rechte der Bediensteten, Änderung des Personalvertretungsrechts

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1226 1232

Personalwesen

s. *Personalplanung*

Personenaufzugsanlage

s. *Aufzugsanlage*

Personenbeförderung

s. *Personenverkehr*

Personenbeförderungsgesetz

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personenbeförderungsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollständigkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5077

Personenbezogene Daten

s.a. *Biometrie*

s.a. Datenmissbrauch
s.a. Datenschutz
s.a. Datenverarbeitung
s.a. Kennzeichnung
s.a. Krankenunterlagen
s.a. Persönlichkeitsrecht

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr
s. Datenverarbeitung
Drs 15/169

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr
s. Datenverarbeitung
Drs 15/171

Datensicherheit und Verlässlichkeit der Zensus-Erhebungen im Enzkreis

Gründe für den Versand von Erinnerungsschreiben trotz fristgerecht beantworteter Fragebögen und mehrfachen Versand von Fragebögen durch das Statistische Landesamt im Zusammenhang mit der Gebäude- und Wohnungszählung; Gewährleistung der Sicherheit der für den Zensus 2011 erhobenen Daten von Einwohnern des Enzkreises

KlAnfr
s. Statistik
Drs 15/196

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften; hier: Datenschutz bei der Erhebung von Rundfunkgebühren

Untersuchung der Verhältnismäßigkeit der Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten durch die Rundfunkanstalten, Einbeziehung der Landesdatenschutzbeauftragten in die Vorbereitung und Durchführung dieser Evaluierung, Prüfung des Verzichts auf den Abgleich von Daten mit nichtöffentlichen Stellen

Antr
s. Datenschutz
Drs 15/671

Handhabung „Lebensbescheinigungen“

Handhabung der Ausstellung o.g. Bescheinigungen zur Vorlage bei Lebens- und Rentenversicherungen

KlAnfr Alexander Throm CDU 15.02.2012 und Antw SM
Drs 15/1285

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten *-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-* *Neureglung des Datenschutzrechts*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/1302

Handhabung „Lebensbescheinigungen“

Handhabung der Ausstellung o.g. Bescheinigungen zur Vorlage bei Lebens- und Rentenversicherungen; Frage nach einer Verpflichtung von Polizeidienststellen zur Unterzeichnung von Lebensbescheinigungen

KlAnfr Alexander Throm CDU 13.06.2012 und Antw IM
Drs 15/1837

Auswahl und Einladung von Bürgerinnen und Bürgern für den Filderdiallog

Eingesetztes Verfahren und Software für die o.g. elektronische Zufallsauswahl, Wahrung des Datenschutzes bei der Adressatenauswahl; Bewertung der intensiven Bemühungen um Teilnehmer, insbes der Kontaktaufnahme zu Mütterzentren, nach Ankündigung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft; Beurteilung der Eignung und gesellschaftlichen Abbildung der Anwohnerschaft auf den Fildern durch Personenkreise im Umfeld von Mütterzentren

Antr
s. Filder (Landschaft)
Drs 15/1958

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten *-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-* *Geänderter Vorschlag der EU-Kommission für eine EURODAC-Verordnung*

Ermöglichung des Zugangs der Strafverfolgungsbehörden zu den biometrischen EURODAC-Daten von in einem EU-Mitgliedstaat registrierten Asylbewerbern

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/1788

Einstellung des Landes zu Möglichkeiten iR bestehender und geplanter melderechtlicher Regelungen

Zugriff des StM auf Daten der Meldeämter bei der Auswahl von Bürgern für den Filderdiallog, Bewertung vor dem Hintergrund der Kritik an dem geplanten Meldegesetz des Bundes sowie aus der Sicht des Datenschutzes, Frage nach einer Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz

KlAnfr
s. Meldewesen
Drs 15/2167

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes

von Berufsheimnisträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungscodes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/4421

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Strategien oder präventive Maßnahmen gegen potenzielle Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/4517

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Übergang von Kindern und Jugendlichen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, berufliche Schule); Verwaltungsvorschrift zur Weitergabe personenbezogener Daten zwischen Grundschule und weiterführender Schule; Anlass und konkrete Vorgabe des Landesdatenschutzbeauftragten für die rechtliche Regelung; erste Erfahrungen mit dem Wegfall der Grundschulempfehlung

KIAnfr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/4526

Daten- und Verbraucherschutz gegenüber Wirtschaftsauskunfteien

Anzahl der in Deutschland tätigen Kreditschutzorganisationen; Marktanteile der fünf größten Auskunfteien; Auswirkungen der Auskunfteidienstleistungen auf das Niveau von Kredit- und Finanzierungskonditionen; Art der für die Scorings der Auskunfteien gespeicherten und genutzten Daten; Bewertung einzelner Scoring-Verfahren wie Geoscoreing oder Social-Scoring; Beur-

teilung des Auskunftsanspruchs erfasster Personen und Unternehmen; Folgen einer jährlichen Offenlegungspflicht gegenüber den Personen und Unternehmen für die Geschäftsmodelle und den Wettbewerb der Auskunfteien untereinander; Stärkung einer bundeseinheitlichen Marktüberwachung

Antr
s. *Wirtschaftsauskunftei*
Drs 15/4886

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KIAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/4957

Abfrage unter anderem von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Initiator, Wortlaut und Zweck des Auskunftsverlangens; Aufklärung über die mit der Anfrage im Staats- und im Justizministerium befassten Personen; Grundlage der Informationsweitergabe des Justizministerium an das Staatsministerium

KIAnfr
s. *Datenaustausch*
Drs 15/5095

Zur Sache, Herr Ministerpräsident: Sollte Ihr Staatsministerium die persönlichen Daten von S 21-Befürwortern und Polizisten sammeln?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5791-5801

Abfrage u.a. von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Information zur Personalienanfrage durch das Staatsministerium zu Stuttgart-21-Befürwortern und Polizeibeamten, insbes Besetzungsverfahren zur Leitung des Referats „Personal, Justiz, Recht“ im Staatsministerium sowie Biografie des Stelleninhabers, Biografie des Anregungsgebers im Referat „Verkehr und Infrastruktur“ im Staatsministerium; Kommunikation zwischen dem Staatsministerium und Justizministerium zur Herausgabe personenbezogener Daten

Antr FDP/DVP 15.05.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5200

Stuttgart 21 und die Beschäftigung des Kabinetts Kretschmann mit der Anfrage des Staatsministeriums beim Justizministerium

Kommunikation über Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zwischen Staatsministerium und Justizministerium und innerhalb des Kabinetts

Antr
s. *Informationsaustausch*
Drs 15/5222

Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim und die Konsequenzen für den Datenschutz?

Bewertung des VGH-Urteils im Rechtsstreit des ehemaligen MinPräs Mappus mit dem Land BW im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen; Umgang mit ggf. vorhandenen, in der 14. WP gefertigten Sicherungskopien von Daten der Mitarbeiter der Ministerien; Einwände gegen den datenschutzrechtlichen Lösungsanspruch; Unterrichtung des Untersuchungsausschusses „Polizeieinsatz Schlossgarten II“ und des Parlaments über die Datenlöschung; Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 05.08.2014 und Antw StM Drs 15/5594

Nutzung personengebundener Hinweise

Rechtsgrundlagen für die Speicherung und Nutzung sogenannter personengebundener Hinweise (PHW) durch Behörden; Nutzung personengebundener Hinweise in BW; Anzahl der betroffenen Personen; bestehende Datenbanken und Zugriffsberechtigte; Menge und Art der im Informationssystem INPOL gespeicherten personengebundener Hinweise aus BW; Umgang mit Personen, zu denen personengebundener Hinweise vorliegen; Anrecht der Betroffenen auf Auskunft über die gespeicherten Daten

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 07.10.2014 und Antw IM Drs 15/5841

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KIAnfr
s. *Gerichtsentscheidung*
Drs 15/5877

Externe Prüfung von Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Mannheim zu den E-Mails des MinPräs a.D. Mappus

Status des Vorgangs „Umgang mit der Sicherungskopie des E-Mail-Postfachs des Ministerpräsidenten a.D. Mappus/Übergabe der E-Mails an das Landesarchiv/Löschung der E-Mails“; Begründung und Kosten für die Erstellung externer Rechtsgutachten

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 21.10.2014 und Antw StM Drs 15/5942

Befassung der LReg mit den E-Mail-Konten des MinPräs a.D. Mappus und Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung

Vergütungsregelung für das Gutachten zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim; Kommunikation der LReg über die mittlerweile vernichteten E-Mail-Konten des Ministerpräsidenten a.D. Mappus und die Ergebnisse, insbes innerhalb der LReg, mit Angehörigen der Fraktionen GRÜNE und SPD sowie mit Organisationen und Privatpersonen; Umgang mit der Rechtsprechung zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, insbes im Hinblick auf die Beantwortung von Anfragen aus dem Landtag

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 29.01.2015 und Antw StM Drs 15/6428

Grüne Vorratsdatenspeicherung

Sachstand zur nicht vorgenommenen Löschung personenbezogener Daten der Mitarbeiter des ehemaligen Umweltministeriums

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 17.08.2015 und Antw UM Drs 15/7314

Beweisverwertung nach rechtswidriger Vorratsdatenspeicherung

Sachstand zur Verwertbarkeit personenbezogener Daten aus der („wahrscheinlich“) rechtswidrigen Vorratsdatenspeicherung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft für das Beweisverfahren des Untersuchungsausschusses

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 17.08.2015 und Antw StM Drs 15/7315

Gesetz zur Einführung der Informationsfreiheit (IFG)

Gewährung eines umfassenden Rechts auf Zugang zu amtlichen Informationen außerhalb eines laufenden Verwaltungsverfahrens; Festlegung des Anwendungsbereichs; Ausgleich zwischen öffentlichem Informationsinteresse mit dem Schutz personenbezogener Daten und sonstiger berechtigter Interessen (Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, Schutz des geistigen Eigentums und von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen); Normierung von Regelungen für die Antragsbearbeitung in Bezug auf das Verfahren und die Kosten; Einrichtung eines Informationsregisters durch die LReg; Wahrnehmung des Amts eines Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit durch den Landesdatenschutzbeauftragten

GesEntw
s. *Landesinformationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/7720

Anstrebung einer Einwilligungslösung im Meldegesetz für die Verwendung von Daten aus Melderegistern zu Werbezwecken

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2342-2348

Personenkontrolle

s.a. *Biometrie*
s.a. *Durchsuchung*
s.a. *Grenzkontrolle*
s.a. *Verkehrskontrolle*

Behinderung der Polizei iRd der Protestaktionen am 5. September 2011 in Stuttgart

Zahl der eingesetzten Polizisten und Einsatzkonzept bei der Kundgebung gegen Stuttgart 21 und dem anschließenden nicht genehmigten Protestmarsch, rechtliche Bewertung der o.g. Behinderung durch Demonstrationsteilnehmer und des damit bewirkten Scheiterns von Personenkontrollen, Zahl der eingeleiteten Ermittlungen; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Einsatzabbrüche

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/536

Luftverkehrssicherheitskontrollen an baden-württembergischen Flughäfen

Beurteilung der auf mehrere Behörden verteilten Zuständigkeit für die o.g. Kontrollen, Organisation der Gebührenkalkulation und -eintreibung, Kostendeckungsgrad des Gebührenaufkommens, vereinbarte Qualitätsstandards mit den privaten Dienstleistern und deren Überwachung, Beurteilung einer Bündelung

der Sicherheitskontrollen in einer Hand bei den Flugplatzbetreibern

Antr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 15/537

Notwendigkeit strengerer Zugangskontrollen in den Fußballstadien

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2056 2059 2060

Personenkraftwagen

s.a. *Motorisierter Individualverkehr*
s.a. *Oldtimer*

Novellierung der Garagenverordnung BW (GaVO)?

Regelungen der GaVO und ihre Bemessungsgrundlagen; Anpassung der Stellplatzbreite an die gegenwärtige Pkw-Breite; Änderungsbedarf bei den Vorschriften für Parkplätze im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich; Regelungen für die Lagerung von Kinderwagen

KlAnfr
s. *Garage*
Drs 15/4969

Personenschaden

s.a. *Unfall*

Förderpraxis im Streuobstbau

Unfallhäufigkeit bei der Pflege und Ernte im Streuobstbau; Unfallhäufigkeit und Unfallschwere bei Hochstammsorten; Gründe für die Beschränkung der Streuobstbauförderung auf Hochstammsorten; Vorbeugung von Unfällen durch eine Erweiterung der Förderrichtlinien auf Streuobstanlagen mit 2/3- oder 1/2-Stammerziehung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5706

Personenstandsgesetz

s. *Personenstandswesen*

Personenstandsregister

s. *Personenstandswesen*

Personenstandswesen

s.a. *Beurkundung*
s.a. *Meldewesen*
s.a. *Personenbezogene Daten*
s.a. *Standesamt*

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Ermöglichung des Zugriffs der unteren Fachaufsichtsbehörden auf die Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern im automatisierten Abrufverfahren

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Personenverkehr

s.a. *Ausbildungsverkehr*
s.a. *Fahrgast*
s.a. *Haltestelle*
s.a. *Öffentliches Verkehrsmittel*
s.a. *Regionalisierungsgesetz*
s.a. *Schienenverkehr*
s.a. *Verkehrsteilnehmer*
s.a. *Verkehrsverbund*

Auswirkungen der Neuausrichtung des Förderprogramms im Bereich Umweltverbund/Straße

Zeitplanung für die rechtliche Umsetzung der beabsichtigten Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten des Umweltverbunds (ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr); Aufteilung der Mittel innerhalb des sogenannten Umweltverbunds, Auskunft über die künftig neu zu fördernden Maßnahmen; Frage nach der Beteiligung der von der Neuausrichtung betroffenen Kommunalen Landesverbände; Auswirkungen der Umschichtung insbes auf den Straßenbau und dessen Finanzierung

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/477

Kosten-Nutzen-Berechnung einer Schienenpersonennahverkehrs-Verbindung Bernhausen-Neuhausen auf den Fildern

Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Untersuchung einer Stadtbahnverlängerung von Möhringen nach Neuhausen unter Zugrundelegung von Stuttgart 21 aus dem Jahr 2003

KlAnfr
s. *Wirtschaftlichkeit*
Drs 15/580

Eigenwirtschaftliche Verkehre

Begründung der o.g. Definition von Busverkehren mit Ausgleichszahlungen für den Tarifaufgleich, für den Transport von Schülern, Auszubildenden und Schwerbehinderten; Zahl und Höhe der Förderung von solchen Omnibusunternehmen seit 2006; Frage nach Abweichungen bei der Zuweisung dieser Fördermittel gegenüber dem Planansatz

Antr
s. *Verkehrswirtschaft*
Drs 15/811

Förderung von Linienbussen

Stellenwert der o.g. Anschaffungsförderung im Bereich des ÖPNV, Höhe der jährlichen Mittelbereitstellung bis 2015, Schaffung von Planungssicherheit für die Busunternehmen im Land

KlAnfr
s. *Omnibusverkehr*
Drs 15/1136

Fortführung der Busförderung des Landes

Stellenwert des Busförderungsprogramms für die kleinen und mittelständischen Busunternehmen und den ÖPNV, Planung einer wesentlichen Absenkung der Grundförderung mit einer Neugestaltung des Förderprogramms, Festhalten an der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Umweltstandard EURO 6?

Antr
s. *Omnibusverkehr*
Drs 15/1180

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des verbundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/1261

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1351

Abbestellungen im Schienenpersonennahverkehr - Missmanagement der LReg?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1739-1756

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Gewährleistung einer angemessenen Verkehrsanbindung durch den ÖPNV und Individualverkehr

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1632

Zuverlässigkeit von öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Verbindungen in Pforzheim und dem Enzkreis

Verspätungen und mangelnde Fahrgastinformation auf der Stadtbahnlinie S 5 zwischen Karlsruhe, Pforzheim und Bietigheim-Bissingen; Behebung der defekten Fahrscheinautomaten auf der Linie S 5; Installation der zugesagten Aufzüge am Pforzheimer Hauptbahnhof sowie eines ausreichenden Wetterschutzes am Pforzheimer Busbahnhof

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.05.2012 und
Antw MVI Drs 15/1662

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Calw

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte

Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1804

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Freudenstadt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1893

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2059

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2060

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Enzkreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2061

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Karlsruhe

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2064

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Stadtkreis Baden-Baden bzw im südlichen LKkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2041

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Lörrach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2043

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Sinsheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2044

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Emmendingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme

und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2046

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Heidenheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2090

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2091

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Ravensburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2092

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKkreis Ludwigsburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2102

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Konstanz

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2103

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den LKreisen Reutlingen und Tübingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2110

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2125

Schwerbehindertenausweise im Scheckkartenformat

Zeitpunkt der Einführung, Höhe und Träger der Kosten; Ablehnung einer Erhöhung der Eigenbeteiligung der freifahrtberechtigten Personen im öffentlichen Nahverkehr, Eintreten für eine steuerfinanzierte Lösung für alle schwerbehinderten Menschen

Antr
s. *Schwerbehindertenausweis*
Drs 15/2143

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Sigmaringen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2148

Umweltverbund und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

Finanzierung von ÖPNV-Maßnahmen 2012 nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte im Förderprogramm bis 2015; weitere Anträge und Anfragen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung

KlAnfr Guido Wolf CDU 07.08.2012 und Antw MVI Drs 15/2205

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Rottweil

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2221

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012 und 2013; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2439

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/6031

Fernbusse ermöglichen mehr Mobilität

Fernbus-Unternehmen sowie Fernbus-Linien in BW; Genehmigungspraxis für Fernbus-Verbindungen; Einrichtung eigener Haltestellen für Fernbus-Verbindungen; Fördermittel aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Kapazitäten des geplanten Fernbus-Bahnhofs am Flughafen Stuttgart

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/6079

Ehrenamtliche Fahrdienste nur mit Personenbeförderungsschein?

Sachstand zur Rechtslage bei ehrenamtlichen Fahrdiensten; Erlass einer Verwaltungsvorschrift zur einheitlichen Auslegung des Begriffs der „entgeltlichen“ Personenbeförderung im Sinne des Personenbeförderungsrechts zur Ermöglichung ehrenamtlich geleisteter Fahrdienste außerhalb des Personenbeförderungsrechts

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 10.06.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6968
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7755 S. 35 36
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Gewinnung von mehr Fahrgästen im ÖPNV, Bewertung des ÖPNV als Erfolgsgeschichte für die Umweltpolitik

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 70 73 74

Gewinnung von mehr Fahrgästen im ÖPNV, Ausweitung der Schnittstellen zur individuellen Mobilität

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1205 1207

Steigerung der Umstiegsbereitschaft auf den ÖPNV mit bedarfsgesteuerten Nahverkehrssystemen und einer verbesserten Fahrgastinformation; Verweisung auf den Mitteleinsatz für den ÖPNV seit 15 Jahren

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1335 1352 1353 1357 1361-1365

Personenwagen

s. *Personenkraftwagen*

PErsVO

s. *Verordnung des Sozialministeriums über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen*

Pestizid

s. *Pflanzenschutzmittel*

PETA Deutschland

Überlegungen der LReg, die sogenannte Tierrechtsorganisation PETA in den Landesbeirat für Tierschutz aufzunehmen und ihr ein Verbandsklagerecht einzuräumen

Motive für die o.g. Überlegungen; Zweifel an der Rechtstreue der Organisation angesichts des radikalen Auftretens einzelner Mitarbeiter; Bekenntnis der Tierrechtsorganisation zur geltenden Rechtsordnung als Bedingung für die Aufnahme in den Landesbeirat für Tierschutz und für die Zuerkennung des Verbandsklagerechts

Antr Karl Rombach u.a. CDU 29.10.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7633

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.12.2015 Drs 15/8048 S. 75 76

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Petition

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/4525 betr. Einzäunung eines Grundstücks

Mittlg LReg 13.05.2011 Drs 15/14

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses

Drs 15/50 (22 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/51 (36 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/52 (15 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/53 (27 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/54 (23 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/55 (26 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/56 (32 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/57 (20 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Drs 15/58 (43 S.) PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242

Mittlg LReg 30.08.2011 Drs 15/483

Mittlg LReg 08.12.2011 Drs 15/1051

Drs 15/212 (28 S.) PIPr 15/10 21.07.2011 S. 410

Drs 15/213 (30 S.) PIPr 15/10 21.07.2011 S. 410

Drs 15/214 (12 S.) PIPr 15/10 21.07.2011 S. 410

Drs 15/215 (11 S.) PIPr 15/10 21.07.2011 S. 410

Mittlg LReg 24.05.2012 Drs 15/1776

Drs 15/583 (24 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/584 (26 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/585 (27 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/586 (35 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/587 (40 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/588 (35 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/589 (34 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/590 (43 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/591 (14 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Drs 15/592 (37 S.) PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Mittlg LReg 25.11.2011 Drs 15/1050

Mittlg LReg 21.12.2011 Drs 15/1088

Drs 15/779 (25 S.) PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Drs 15/780 (32 S.) PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Drs 15/781 (27 S.) PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Drs 15/782 (23 S.) PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Drs 15/783 (26 S.) PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Drs 15/784 (10 S.) PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Drs 15/916 (27 S.) PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Drs 15/917 (27 S.) PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Drs 15/918 (22 S.) PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Drs 15/919 (66 S.) PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Mittlg LReg 30.01.2012 Drs 15/1189

Mittlg LReg 06.02.2012 Drs 15/1251

Mittlg LReg 05.03.2012 Drs 15/1416

Drs 15/1264 (22 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1265 (25 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1266 (27 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1267 (25 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1268 (30 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1269 (25 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1270 (24 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1271 (26 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1272 (31 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1273 (27 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1274 (24 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1275 (20 S.) PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Drs 15/1505 (27 S.) PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
 Drs 15/1506 (23 S.) PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
 Drs 15/1507 (27 S.) PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
 Drs 15/1508 (21 S.) PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
 Drs 15/1509 (22 S.) PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
 Mittlg LReg 20.06.2012 Drs 15/1942
 Drs 15/1675 (31 S.) PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Drs 15/1676 (24 S.) PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Drs 15/1677 (30 S.) PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Drs 15/1678 (30 S.) PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Drs 15/1679 PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Drs 15/1845 (19 S.) PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Drs 15/1846 (24 S.) PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Drs 15/1847 (27 S.) PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Drs 15/1848 (22 S.) PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Drs 15/1849 (14 S.) PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319
 Mittlg LReg 07.08.2012 Drs 15/2270
 Mittlg LReg 29.08.2012 Drs 15/2274
 Drs 15/2025 (26 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Drs 15/2026 (24 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Drs 15/2027 (27 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Drs 15/2028 (32 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Drs 15/2029 (20 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Drs 15/2030 (19 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Drs 15/2031 (15 S.) PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
 Mittlg LReg 14.08.2012 Drs 15/2271
 Mittlg LReg 27.08.2012 Drs 15/2272
 Drs 15/2390 (23 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Drs 15/2391 (25 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Drs 15/2392 (17 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Drs 15/2393 (24 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Drs 15/2394 (22 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Drs 15/2395 (50 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Drs 15/2396 (65 S.) PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
 Mittlg LReg 09.11.2012 Drs 15/2685
 Drs 15/2545 (25 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Drs 15/2546 (34 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Drs 15/2547 (21 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Drs 15/2548 (31 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Drs 15/2549 (36 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Drs 15/2550 (64 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Drs 15/2551 (18 S.) PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991
 Mittlg LReg 16.01.2013 Drs 15/2895
 Drs 15/2745 (29 S.) PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
 Drs 15/2746 (27 S.) PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
 Drs 15/2747 (38 S.) PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
 Drs 15/2748 (49 S.) PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
 Drs 15/2749 (28 S.) PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
 Mittlg LReg 14.02.2013 Drs 15/3121
 Mittlg LReg 02.09.2013 Drs 15/4021
 Drs 15/2878 (31 S.) PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
 Drs 15/2879 (27 S.) PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
 Drs 15/2880 (27 S.) PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
 Drs 15/2881 (20 S.) PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
 Drs 15/2882 (22 S.) PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
 Drs 15/2883 (11 S.) PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
 Drs 15/2884 (27 S.) PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3565
 Mittlg LReg 07.06.2013 Drs 15/3595
 Drs 15/3086 (19 S.) PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Drs 15/3087 (29 S.) PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Drs 15/3088 (22 S.) PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Drs 15/3089 (28 S.) PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Drs 15/3090 (49 S.) PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
 Drs 15/3091 (40 S.) PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Mittlg LReg 11.04.2013 Drs 15/3348
 Mittlg LReg 17.04.2013 Drs 15/3382
 Mittlg LReg 07.05.2013 Drs 15/3489
 Drs 15/3264 (17 S.) PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
 Drs 15/3265 (20 S.) PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
 Drs 15/3266 (19 S.) PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
 Drs 15/3267 (36 S.) PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
 Drs 15/3268 (36 S.) PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
 Mittlg LReg 14.05.2013 Drs 15/3519
 Mittlg LReg 13.06.2013 Drs 15/3644
 Mittlg LReg 25.08.2014 Drs 15/5653
 Drs 15/3392 (18 S.) PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
 Drs 15/3393 (15 S.) PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
 Drs 15/3394 (39 S.) PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
 Drs 15/3395 (23 S.) PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
 Drs 15/3396 (46 S.) PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
 Drs 15/3397 (16 S.) PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
 Mittlg LReg 28.10.2013 Drs 15/4261
 Mittlg LReg 13.02.2014 Drs 15/4769
 Drs 15/3582 (43 S.) PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
 Drs 15/3583 (30 S.) PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
 Drs 15/3584 (40 S.) PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
 Drs 15/3585 (32 S.) PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
 Drs 15/3586 (32 S.) PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
 Drs 15/3705 (22 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Drs 15/3706 (23 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Drs 15/3707 (25 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Drs 15/3708 (32 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Drs 15/3709 (40 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Drs 15/3710 (51 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Drs 15/3711 (20 S.) PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584
 Mittlg LReg 02.09.2013 Drs 15/4022
 Drs 15/4033 (25 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Drs 15/4034 (28 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Drs 15/4035 (43 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Drs 15/4036 (37 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Drs 15/4037 (37 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Drs 15/4038 (31 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Drs 15/4039 (20 S.) PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Mittlg LReg 12.12.2013 Drs 15/4504
 Drs 15/4180 (24 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Drs 15/4181 (18 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Drs 15/4182 (20 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Drs 15/4183 (32 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Drs 15/4184 (35 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Drs 15/4185 (14 S.) PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
 Mittlg LReg 07.01.2014 Drs 15/4560
 Mittlg LReg 28.01.2014 Drs 15/4672
 Drs 15/4329 (25 S.) PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
 Drs 15/4330 (26 S.) PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
 Drs 15/4331 (39 S.) PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
 Drs 15/4332 (19 S.) PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
 Mittlg LReg 03.07.2014 Drs 15/5427
 Drs 15/4462 (24 S.) PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262
 Drs 15/4463 (26 S.) PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262
 Drs 15/4464 (31 S.) PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262
 Drs 15/4465 (14 S.) PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262
 Mittlg LReg 12.12.2014 Drs 15/6269
 Drs 15/4601 (25 S.) PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
 Drs 15/4602 (37 S.) PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
 Drs 15/4603 (19 S.) PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
 Drs 15/4604 PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
 Mittlg LReg 30.06.2014 Drs 15/5429
 Mittlg LReg 25.08.2014 Drs 15/5652

Drs 15/4741 (27 S.) PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
 Drs 15/4742 (47 S.) PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
 Drs 15/4743 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529
 Mittlg LReg 23.04.2014 Drs 15/5123
 Drs 15/4935 (21 S.) PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
 Drs 15/4936 (23 S.) PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
 Drs 15/4937 (36 S.) PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
 Drs 15/4938 (17 S.) PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
 Drs 15/4939 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721
 Drs 15/4976 PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5790
 Mittlg LReg 22.05.2014 Drs 15/5242
 Mittlg LReg 06.06.2014 Drs 15/5329
 Drs 15/5026 (20 S.) PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850
 Drs 15/5027 (25 S.) PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850
 Drs 15/5028 (23 S.) PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850
 Drs 15/5029 (13 S.) PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850
 Mittlg LReg 20.06.2014 Drs 15/5351
 Drs 15/5162 (25 S.) PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Drs 15/5163 (22 S.) PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Drs 15/5164 (27 S.) PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Drs 15/5165 PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Mittlg LReg 10.07.2014 Drs 15/5476
 Drs 15/5246 (12 S.) PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6064
 Drs 15/5303 (22 S.) PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201
 Drs 15/5304 (19 S.) PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201
 Drs 15/5305 (34 S.) PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201
 Drs 15/5477 (33 S.) PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
 Drs 15/5478 (23 S.) PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
 Drs 15/5479 (44 S.) PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
 Drs 15/5480 (38 S.) PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
 Drs 15/5800 (31 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Drs 15/5801 (25 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Drs 15/5802 (39 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Drs 15/5803 (36 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Drs 15/5804 (31 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Drs 15/5805 (43 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Drs 15/5806 (30 S.) PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
 Mittlg LReg 12.12.2014 Drs 15/6270
 Mittlg LReg 13.10.2015 Drs 15/7588
 Drs 15/6022 (34 S.) PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6752-6760
 Drs 15/6023 (31 S.) PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6752-6760
 Drs 15/6024 (56 S.) PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6752-6760
 Drs 15/6025 (32 S.) PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6752-6760
 Drs 15/6026 (24 S.) PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6752-6760
 Mittlg LReg 12.01.2015 Drs 15/6334
 Mittlg LReg 02.03.2015 Drs 15/6540
 Drs 15/6173 (22 S.) PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982
 Drs 15/6174 (31 S.) PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982
 Drs 15/6175 (38 S.) PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982
 Drs 15/6176 (17 S.) PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982
 Drs 15/6386 (30 S.) PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
 Drs 15/6387 (27 S.) PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
 Drs 15/6388 (29 S.) PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
 Drs 15/6389 (14 S.) PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
 Drs 15/6531 (32 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Drs 15/6532 (29 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Drs 15/6533 (37 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Drs 15/6534 (21 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Drs 15/6535 (30 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Drs 15/6536 (40 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Drs 15/6537 (47 S.) PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482
 Mittlg LReg 12.05.2015 Drs 15/6896
 Drs 15/6661 (29 S.) PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Drs 15/6662 (32 S.) PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Drs 15/6663 (38 S.) PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Drs 15/6664 (31 S.) PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623
 Mittlg LReg 08.06.2015 Drs 15/6979
 Mittlg LReg 24.09.2015 Drs 15/7526
 Drs 15/6800 (29 S.) PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
 Drs 15/6801 (49 S.) PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
 Drs 15/6802 (11 S.) PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802
 Drs 15/6943 (30 S.) PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
 Drs 15/6944 (23 S.) PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
 Drs 15/6945 (44 S.) PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
 Drs 15/6946 (20 S.) PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960
 Mittlg LReg 20.08.2015 Drs 15/7326
 Drs 15/7100 (34 S.) PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
 Drs 15/7101 (24 S.) PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
 Drs 15/7102 (91 S.) PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
 Drs 15/7103 (11 S.) PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
 Drs 15/7382 (34 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7383 (29 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7384 (25 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7385 (34 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7386 (39 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7387 (22 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7388 (29 S.) PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
 Drs 15/7547 (47 S.) PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474
 Drs 15/7548 (37 S.) PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474
 Drs 15/7549 (27 S.) PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474
 Mittlg LReg 23.12.2015 Drs 15/7927
 Drs 15/7668 (23 S.) PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653
 Drs 15/7669 (21 S.) PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653
 Drs 15/7670 (28 S.) PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653
 Drs 15/7671 (35 S.) PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653
 Drs 15/7672 (38 S.) PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653
 Drs 15/7673 (19 S.) PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653
 Drs 15/7824 (21 S.) PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839
 Drs 15/7825 (21 S.) PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839
 Drs 15/7826 (26 S.) PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839
 Drs 15/7827 (37 S.) PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839
 Drs 15/8009 (25 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8010 (39 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8011 (35 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8012 (39 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8013 (19 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8014 (39 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8015 (20 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8016 (42 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8017 (38 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8018 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8020 (31 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Drs 15/8021 (49 S.) PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072
 Mittlg LReg 08.04.2016 Drs 15/8111
 Mittlg LReg 18.04.2016 Drs 15/8115

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/4634 betr. Bausache, Errichtung eines Gartenhauses mit drehbarem Dachstuhl

Petitionen
 s. Kleingebäude
 Drs 15/58

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/4126 betr. Bausache

Petitionen
 s. Bauvorhaben
 Drs 15/215

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 14/3743, 14/2104, 14/3500 betr. Vermessungsgebühren und 14/4105 betr. Vermessungswesen

Petitionen
s. Vermessungswesen
Drs 15/58

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5472 betr. Errichtung einer Windkraftanlage

Petitionen
s. Windenergieanlage
Drs 15/592

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5303 betr. Abiturverfahren, Genehmigung einer Schule

Petitionen
s. Abitur
Drs 15/592

a) Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 14/1398, 14/3130, 14/4053 betr.

Heimerziehung/-unterbringung in den Jahren zwischen 1949 und 1975

b) Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung, Finanzierung und Verwaltung des Fonds „Heimerziehung in der Bundesrepublik Deutschland“ und Durchführung eines Projekts „Archivrecherchen und historische Aufarbeitung der Heimerziehung zwischen 1949 und 1975 in BW“

Mittlg LReg
s. Heimerziehung
Drs 15/775

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/110 betr. Nutzung der Sabbatjahrbezüge zur häuslichen Pflege

Petitionen
s. Freistellung von der Arbeit
Drs 15/919

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/212 betr. Wiederinbetriebnahme des sanierten und modernisierten Wasserkraftwerkes Fischweier an der Alb

Petitionen
s. Wasserkraft
Drs 15/919

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Petition 14/5537 betr. Wasserrechtliche VO zur Einschränkung des Gemeingebrauchs auf der Donau

Petition 14/5556 betr. Wasserrechtliche VO

Petitionen
s. Wasserrecht
Drs 15/919

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Petition 14/5390 betr. Einführung streckenbezogener Geschwindigkeitsbegrenzungen

Petitionen
s. Geschwindigkeitsbegrenzung
Drs 15/1509

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/659 betr. Aufenthaltstitel

Petitionen
s. Aufenthaltsrecht
Drs 15/1849

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5384 betr. Beschwerde über eine Bushaltestelle

Petitionen
s. Haltestelle
Drs 15/1849

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/883 betr. Herausgabe eines Hundes

Petitionen
s. Hund
Drs 15/2031

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1116 betr. Abschiebung aus der Haft

Petitionen
s. Ausweisung
Drs 15/2031

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1176 betr. Aufenthaltstitel

Mittlg LReg
s. Aufenthaltsrecht
Drs 15/2396

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/27 betr. öffentlicher Personennahverkehr

Petitionen
s. Öffentlicher Personennahverkehr
Drs 15/2551

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/885 betr. Errichtung eines Zaunes sowie Aufstellung eines Tierunterstandes im Außenbereich

Petitionen
s. Weidewirtschaft
Drs 15/2749

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5225 betr. Rückbau der L 600

Petitionen
s. Landesstraße 600
Drs 15/2884

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1876 betr. Gnadensache

Petitionen
s. Gnadenrecht
Drs 15/3091

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1564 betr. Brandmelder in Krankenhäuser

Petitionen
s. Rauchmelder
Drs 15/3091

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1918 betr. Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes

Petitionen
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 15/3091

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1831 betr. Aufenthaltstitel

Petitionen
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/3268

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2094 betr. Aufenthaltstitel

Petitionen
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/3268

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/2985 betr. Bausache, Tierschutz

Petitionen
s. *Bauordnungsrecht*
Drs 15/3268

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1201 betr. Verfahrensdauer in der Versorgungsverwaltung

Petitionen
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 15/3397

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1869 betr. Einführung einer Umweltzone

Petitionen
s. *Umweltzone*
Drs 15/3397

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2354 betr. Aufenthaltstitel

Petitionen
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/3711

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/723 betr. Eingruppierung einer Fachlehrerin für Sonderschulen

Petitionen
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4039

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2789 betr. Flurbereinigung, Vermessungskosten

Petitionen
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/4185

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1373 betr. Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Renaturierung der Donau

Petitionen
s. *Lärmschutz*
Drs 15/4185

Mündlicher Bericht der Vorsitzenden des Petitionsausschusses und Aussprache

PIPr 15/83 27.11.2013 S. 5007-5014 (s.a. Anlagen S. 5015-5030)
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8804-8812 (s.a. Anlagen S. 8840-8855)

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 15/832, 15/1007, 15/2832 und 15/3081 betr. Umnutzung des Geländes der ehemaligen Bodan-Werft

Petitionen
s. *Werft*
Drs 15/4332

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5225 betr. Teilrückbau der ehemaligen L 600

Petitionen
s. *Landesstraße 600*
Drs 15/4465

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2366 betr. Öffentlicher Dienst

Petitionen
s. *Öffentlicher Dienst*
Drs 15/4604

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/240 betr. Duldung und baurechtliche Genehmigung von Apfelboxen

Petitionen
s. *Baugenehmigung*
Drs 15/4604

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2426 betr. Beschwerde über eine Bushaltestelle

Petitionen
s. *Haltestelle*
Drs 15/4743

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3368 betr. Strafaussetzung zur Bewährung

Petitionen
s. *Haft*
Drs 15/4976

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3332 betr. Ordnungswidrigkeitenverfahren

Petitionen
s. *Ordnungswidrigkeit*
Drs 15/4976

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3524 betr. Einstellung in den Polizeidienst des Landes

Petitionen
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5029

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2328 betr. Abschlusszeugnis iR einer Berufsausbildung

Petitionen
s. *Berufsausbildung*
Drs 15/5165

Ausweisung von Mountainbike-Strecken

Vorgehensweise, Zeitplan, Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten bei der Ausweisung von Mountainbike-Strecken iRd weiteren Behandlung der Petition zum Thema Radfahren auf Waldwegen

KlAnfr
s. Radweg
Drs 15/5703

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/625 betr. Lärmschutzmaßnahmen an der A 96 Kießlegg

Petitionen
s. Lärmschutz
Drs 15/5806

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3436 betr. Radfahren auf Waldwegen; Streichung der „2-Meter-Regel“ und der entsprechenden Bußgeldbestimmung im Landeswaldgesetz

Petitionen
s. Radverkehr
Drs 15/5806

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3945 betr. Versetzungsgesuch nach BW

Petitionen
s. Versetzung von Beamten
Drs 15/6026

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2460 betr. Kinderbezogener Familienzuschlag

Petitionen
s. Besoldungszulage
Drs 15/6537

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/4274 betr. Einrichtungen der Eingliederungshilfe

Petitionen
s. Eingliederungshilfe für Behinderte
Drs 15/6664

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/4620 betr. Beihilfe, Aufwendungen Fahrtkosten

Petitionen
s. Beihilfe für Bedienstete
Drs 15/6664

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3633 betr. Abbruchanordnung

Petitionen
s. Abriss
Drs 15/6946

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/4086 betr. Gewährung von Beihilfe

Petitionen
s. Beihilfe für Bedienstete
Drs 15/6946

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/5085 betr. Aufenthaltstitel

Petitionen
s. Aufenthaltsrecht
Drs 15/7549

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/5532 betr. Beihilfeangelegenheit, Kosten für ein Blutgerinnungsmittel

Petitionen
s. Beihilfe für Bedienstete
Drs 15/8021

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/5205 betr. Beihilfeangelegenheit, Erstattung von Impfkosten

Petitionen
s. Beihilfe für Bedienstete
Drs 15/8021

Schaffung der Möglichkeit von Onlinepetitionen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53

Petitionsausschuss

s. Petition

Petitionsrecht

s. Petition

Pfalzbahn*Mögliches neues Verbindungsgleis zwischen Pfalz- und Rheintalbahn („Dammerstocker Kurve“)*

Sachstand zu aktuellen Planungen für ein neues Verbindungsgleis zwischen Pfalzbahn und Rheintalbahn der sogenannten „Dammerstocker Kurve“, insbes Existenz früherer Verbindungsgleise, rechtliche Voraussetzungen, Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. Bahnstrecke
Drs 15/6462

Pferd

s.a. Pferdesport
s.a. Pferdezucht

Umbau des Haupt- und Landgestüts Marbach zum Zentrum für Pferdezucht

Konkretisierung o.g. Pläne, künftige Gewichtung der Themen Reitsport und therapeutische Bedeutung der Pferdewirtschaft

Antr
s. Pferdezucht
Drs 15/800

Maßnahmen des Landes im „Pferdefleisch-Skandal“

Verarbeitung von Pferdefleisch als Lebensmittel in BW; Auswirkungen des „Pferdefleisch-Skandals“ auf Produzenten und Lebensmittelhändler; Erkenntnisse über gesundheitsschädigende Verbrauchertäuschung; Auskunft über die seit 2011 von der Lebensmittelüberwachung entdeckten Fälle falsch deklarierten Fleisches; Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Dokumentation der Lieferwege; Maßnahmen zur zeitnahen Information des Verbrauchers

Antr
s. Fleisch
Drs 15/3092

Pferdefleisch in Fleischerzeugnissen

Information der Verbraucher in BW bei der Aufklärung des Pferdefleisch-Skandals; Fälle nicht deklariertes Pferdefleisches in Rindfleischprodukten und deren Entfernung aus dem Handel; Arzneimittelbelastung; Transparenz bei den Verarbeitungsstufen der Produkte; Erhöhung der Eigenkontrolle der Hersteller; Stärkung der Lebensmittelkontrolle und Maßnahmen zur Verhütung von Verbrauchertäuschung

Antr

s. *Fleisch*

Drs 15/3115

Zeitpunkt der Veranlassung von Kontrollen und Maßnahmen gegen nicht deklariertes Pferdefleisch durch die LReg

Aufklärung über den Zeitpunkt der Benachrichtigung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV); Gründe für die Verzögerungen bei den eingeleiteten Lebensmittelkontrollen und dem Sicherstellen der Pferdefleisch enthaltenden Ware; Zeitspanne bis zur Unterrichtung der Öffentlichkeit

Antr

s. *Fleisch*

Drs 15/3122

Pferdehaltung und Pferdezucht in BW

Aktuelle Situation sowie die Aktivitäten und die Haltung des Landes auf dem Gebiet der Pferdehaltung und -zucht, insbes Statistiken zu Pferden und Pferdehaltern, wirtschaftliche Situation und Förderungsmöglichkeiten für pferdehaltende Betriebe, Beratungsangebote des Landes, Reittourismusförderung, Pferdeeinsatz in der Landschaftspflege, Reiten im Schulsport

Antr Karl Traub u.a. CDU 29.07.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3886

BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.12.2013 Drs 15/4897 S. 92 93

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4596

Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach und seiner Service- und Deckstationen im Jahr des 500-jährigen Bestehens
Bedeutung, Gegenwart und Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach, insbes Höhe der Landesinvestitionen, wirtschaftliche Lage, geplante Sparmaßnahmen, Feier des 500-jährigen Bestehens, Rolle in Pferdezucht und Pferdesport, Vergleich mit deutschen und europäischen Staatsgestüten

Antr

s. *Pferdezucht*

Drs 15/4946

Zugpferde in der Land- und Forstwirtschaft

Situation und Entwicklung beim Einsatz von Zugpferden in der Land- und Forstwirtschaft, insbes im Hinblick auf Natur- und Umweltschutz, Landschaftspflege und Wirtschaftlichkeit; Maßnahmen und Möglichkeiten zur Unterstützung des Zugpferdein-

satzes der Land- und Forstwirte durch Land, Bund und EU

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 28.10.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5984

BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 49 50

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr

s. *Tierschutz*

Drs 15/6411

Pferdesport*Umbau des Haupt- und Landgestüts Marbach zum Zentrum für Pferdezucht*

Konkretisierung o.g. Pläne, künftige Gewichtung der Themen Reitsport und therapeutische Bedeutung der Pferdewirtschaft

Antr

s. *Pferdezucht*

Drs 15/800

Pferdehaltung und Pferdezucht in BW

Aktuelle Situation sowie die Aktivitäten und die Haltung des Landes auf dem Gebiet der Pferdehaltung und -zucht, insbes Statistiken zu Pferden und Pferdehaltern, wirtschaftliche Situation und Förderungsmöglichkeiten für pferdehaltende Betriebe, Beratungsangebote des Landes, Reittourismusförderung, Pferdeeinsatz in der Landschaftspflege, Reiten im Schulsport

Antr

s. *Pferd*

Drs 15/3886

Reittourismus in BW

Anzahl der Reiterhöfe und Reiterhotels; Wanderreitstationen; Reitwege- und Reittourennetz; Anzahl der in den letzten fünf Jahren ausgebildeten Beritt- und Wanderreitführer; Aufstellung der den Reittourismus betreffende Rechtsvorschriften; Bedeutung des Reittourismus in BW; Vermarktung des Reittourismus über die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW)

Antr

s. *Tourismus*

Drs 15/4696

Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach und seiner Service- und Deckstationen im Jahr des 500-jährigen Bestehens
Bedeutung, Gegenwart und Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach, insbes Höhe der Landesinvestitionen, wirtschaftliche Lage, geplante Sparmaßnahmen, Feier des 500-jährigen Bestehens, Rolle in Pferdezucht und Pferdesport, Vergleich mit deutschen und europäischen Staatsgestüten

Antr

s. *Pferdezucht*

Drs 15/4946

Pferdezucht

Umbau des Haupt- und Landgestüts Marbach zum Zentrum für Pferdezucht

Konkretisierung o.g. Pläne, künftige Gewichtung der Themen Reitsport und therapeutische Bedeutung der Pferdewirtschaft

Antr Paul Locherer u.a. CDU 27.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/800

BeschlEmpf und Bericht LandwA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 42

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Pferdehaltung und Pferdezucht in BW

Aktuelle Situation sowie die Aktivitäten und die Haltung des Landes auf dem Gebiet der Pferdehaltung und -zucht, insbes Statistiken zu Pferden und Pferdehaltern, wirtschaftliche Situation und Förderungsmöglichkeiten für pferdehaltende Betriebe, Beratungsangebote des Landes, Reittourismusförderung, Pferdeeinsatz in der Landschaftspflege, Reiten im Schulsport

Antr

s. *Pferd*

Drs 15/3886

Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach und seiner Service- und Deckstationen im Jahr des 500-jährigen Bestehens
Bedeutung, Gegenwart und Zukunft des Haupt- und Landgestüts Marbach, insbes Höhe der Landesinvestitionen, wirtschaftliche Lage, geplante Sparmaßnahmen, Feier des 500-jährigen Bestehens, Rolle in Pferdezucht und Pferdesport, Vergleich mit deutschen und europäischen Staatsgestüten

Antr CDU 14.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4946

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6274-6279

Pfingst, Fluss

Durchlässigkeit der Alb und Pfingst für Wanderfische

Verbesserung der Durchlässigkeit o.g. Flüsse, insbes für Lachse; Maßnahmen, Finanzierung, Zeitplan

KlAnfr

s. *Fisch*

Drs 15/619

Pfingsttal

Stadtbahnstrecken zwischen Karlsruhe und Bietigheim

Erhöhung der Pünktlichkeit und der Fahrgastzahlen auf der Stadtbahnlinie S 5; Verlegung eines dritten Gleises auf der Strecke zwischen Pfingsttal-Söllingen und Pforzheim; Vorschlag, die Stadtbahnlinie S 5 in Pforzheim enden zu lassen und dafür die von Bad Wildbad kommende Linie S 6 nach Bietigheim-Bissingen durchzubinden

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/3103

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbau-

maßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr

s. *Landesstraße*

Drs 15/3851

Beseitigung von Langsamfahrstellen im Nah-, Regional- und Fernverkehr

Baurechtliche Voraussetzungen zur Beseitigung von Langsamfahrstellen und Zuschussmöglichkeiten nach dem Landesgemeindefinanzierungsgesetz; Beseitigung der Langsamfahrstelle in Kleinsteinbach

KlAnfr

s. *Schiennenverkehr*

Drs 15/8026

Pflanze

s.a. *Baum*

s.a. *Heilpflanze*

s.a. *Pflanzenschutz*

s.a. *Schädling*

Eiweißpflanzen in BW

Umfang des eigenen Anbaus von Eiweißpflanzen und des Imports von Sojaschrot für die Fleischproduktion; Anstreben eines höheren Selbstversorgungsgrads mit gentechnikfreiem Soja, Unterstützung des Konzepts der „Donau-Bohne“

Antr

s. *Sojabohne*

Drs 15/190

Eindämmung des Biodiversitätsverlusts

Kernelemente der o.g. neuen Strategie der EU-Kommission, Einbindung in das globale Umwelt-Vertragswerk der Vereinten Nationen und in die Strategie Europa 2020, Bewirkung einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik? Beiträge eines intelligenten Landwirtschaftsmanagements zur Förderung der Biodiversität; Rolle der Neophyten in der Gesamtbilanz; Leistungsfähigkeit der integrativen Biodiversitätsforschung; Konzeption, finanzielle Ausstattung und Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt

Antr

s. *Biodiversität*

Drs 15/310

„Eiweißstrategie für BW“

Steigerung des Anbaus von Eiweißpflanzen ohne Gentechnik seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 15/190; Ergebnisse der Anbau- und Sortenversuche zur Entwicklung von Verfahren für eine verlustarme Konservierung eiweißreicher Grünland- und Ackerfutteraufwüchse; Bewertung des bayerischen Aktionsprogramms „Heimische Eiweißfuttermittel“; Entwicklung der o.g. Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Importsoja in der Rinderhaltung, ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfs in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung

Antr

s. *Futtermittel*

Drs 15/1696

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg

Gentechnikfreie Regionen, LKreise und Kommunen; Bestrebungen und Maßnahmen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln; Eintreten auf

EU- und nationaler Ebene für entsprechende Anbauverbote, Kennzeichnungspflichten und Kontrollen; Züchtung von Nutzpflanzen, Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten mit dem Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“; Hinweise iRd Tourismuswerbung; Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

BW - das Land der Sonderkulturen - Status Quo sowie Maßnahmen und Pläne der LReg

Zahl der konventionell und ökologisch wirtschaftenden Betriebe, der Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den einzelnen Sonderkulturen; Ausbau der Förderprogramme, der Fortbildungs- und Beratungsangebote; Umfang und Schwerpunkte der Versuchs- und Forschungsarbeit, Durchführung von Forschungsprojekten der Landesforschungsanstalten auch zu Fragen des ökologischen Landbaus; Weiterentwicklung der regionalen Vermarktung von Ökoproducten

GrAnfr GRÜNE 18.07.2012 und Antw LReg Drs 15/2114 (25 S.)
PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3486-3495

Neobiota im Nationalpark Schwarzwald

Vorkommen von Neophyten und Neozoen auf dem Gebiet des Nationalparks; Störung des Ökosystem und Gefährdung der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Neophyten und Neozoen; Gegenmaßnahmen, Erstellung eines Aktionsplans; Finanzierung der Bekämpfung von Neobiota; Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5507

Durchwachsene Silphie in BW

Bedeutung der Durchwachsenen Silphie für die Landwirtschaft und die Biomasseerzeugung, insbes Vergleich zum Maisanbau, Beitrag zur Sicherung des Bienenbestandes; Förderung und wissenschaftliche Erforschung dieser Energiepflanze in BW und im Bundesländervergleich

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 22.10.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5954
BeschlEmpf und Bericht LandwA 04.03.2015 Drs 15/6733 S. 30 31
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Lebensmittelbegriff

Sachstand zur Definition des Lebensmittelbegriffs bei Pflanzen, insbes unter Berücksichtigung der Bedeutung der Ernte

KlAnfr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/7908

Anstreben nationaler Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen in Europa, Verzicht auf gentechnische Freilandversuche, Verbesserung der Futtermittelversorgung mit heimischen Eiweißpflanzen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1706-1717

Pflanzenanbau

s. *Pflanzenbau*

Pflanzenbau

Energie aus Wildpflanzen

Vorteile und Unterstützung der mehrjährigen Ansaat von Wildpflanzenmischungen zur Verbreiterung der Grundlage der Biogaserzeugung in BW, insbes Reduktion der Wildschadensproblematik, Verbesserung der Bodenökologie, Nutzen für die Bienenhaltung, Anerkennung der Anbauflächen als ökologische Vorrangflächen, Anerkennung und Vergütung durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/4057

Agrarholzanbau in BW

Entwicklung der Nachfrage nach Agrarholz; Unterstützung des Agrarholzanbaus; Kennzeichen geeigneter Flächen für die Pflanzung von Energiewäldern; für Kurzumtriebsplantagen (KUP) nutzbare und zugelassene Baumarten; ökologische Bewertung von Agrarforstsystemen und Plantagen mit schnell wachsenden Baumarten; Anrechnung der Agrarholzflächen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entsprechend der EU-Forderung nach einem „Greening“ der Landwirtschaftsflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4077

Nutzung des Eiweißpotenzials von Grünlandflächen durch Futtertrocknungen

Struktur der Futtertrocknungsbetriebe in BW und deren Unterstützung durch das Land; Bedeutung und aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen der Futtertrocknungen

Antr
s. *Pflanzenfutter*
Drs 15/4166

Ökologische Bewertung von Energiepflanzen im Verhältnis zu Grünland

Ökologische Bewertung einer Lockerung des Grünlandumbruchs zugunsten von Energiepflanzen, insbes Auswirkungen des Anbaus von Energiepflanzen auf Boden, Wasser, Artenvielfalt und Klima

KlAnfr
s. *Nachwachsender Rohstoff*
Drs 15/5539

Sojaanbau in BW

Situation und Förderung des Sojaanbaus in BW, insbes Herausforderungen für die Landwirtschaft bei Düngung und Pflanzenschutz, Absatzerfolge

Antr
s. *Sojabohne*
Drs 15/5744

Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-out“?

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr
s. *Gentechnik*

Drs 15/6283

Pflanzenbauprodukt

Mögliche Verwertung von Fruchtsafttrester in Biogasanlagen
Verwertung von Fruchtsafttrester (Fruchtsaftpressrückständen) in Biogasanlagen, bei der Tierfütterung und bei weiteren Möglichkeiten

KlAnfr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/5519

Obst-, Weintrauben- und Schnittblumendiebstahl in BW
Sachstand zur Entwicklung von Diebstahlsdelikten von unmittelbar vom Feld entwendeten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Obst, Weintrauben oder Schnittblumen, insbes wirtschaftlicher Gesamtschaden, polizeiliche Ermittlungsarbeit, Beratung und Unterstützung von Gegenmaßnahmen der Landwirte

Antr
s. *Obst*
Drs 15/7084

Pflanzenfutter

Unterstützung der Heumilcherzeugung in BW
Umfang silagefreier Milchproduktion in BW, Einschätzung der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen; Ausgestaltung der Förderung silagefreier Milcherzeugung in Österreich sowie vergleichbare Programme in weiteren Mitgliedsstaaten und Regionen der EU; Auswirkungen einer Übertragung des in Österreich praktizierten Modells auf die Erhaltung und Entwicklung der Heuwirtschaft und der Heumilchkäsereien in BW; Haltung zu einer Übernahme des genannten Modells oder vergleichbarer Programme

Antr
s. *Milch*
Drs 15/2827

Nutzung des Eiweißpotenzials von Grünlandflächen durch Futtertrocknungen

Struktur der Futtertrocknungsbetriebe in BW und deren Unterstützung durch das Land; Bedeutung und aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen der Futtertrocknungen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 16.10.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4166
BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 102 103
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Pflanzenkrankheit

Feuerbrandbekämpfung in BW
Ausmaß des Befalls und der Schäden, betroffene Obstsorten und Regionen; Information der Obstbauern, der Besitzer von Streuobstbeständen, Baumschulen und Hausgärten über die Bekämpfungsmöglichkeiten; Einsatz des Antibiotikums Streptomycin mit einer Sondergenehmigung, Beurteilung der Wirksamkeit des Hefepreparats LMA; Frage nach einer neuen Strategie zur frühzeitigen und effizienten Bekämpfung des Feuerbrands

Antr Paul Locherer u.a. CDU 06.09.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2298
BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 64
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Eschensterben in Deutschland und BW
Umfang und Ursachen des Eschensterbens in Deutschland und BW sowie betroffene Regionen; Folgen für die Forst- und Holzwirtschaft; Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Baumerkrankung

Antr
s. *Baum*
Drs 15/5503

Pflanzenöl

s. *Öl*

Pflanzenproduktion

s. *Pflanzenbau*

Pflanzensamen

s. *Saatgut*

Pflanzenschädling

s. *Schädling*

Pflanzenschutz

s.a. *Pflanzenschutzmittel*

Feuerbrandbekämpfung in BW
Ausmaß des Befalls und der Schäden, betroffene Obstsorten und Regionen; Information der Obstbauern, der Besitzer von Streuobstbeständen, Baumschulen und Hausgärten über die Bekämpfungsmöglichkeiten; Einsatz des Antibiotikums Streptomycin mit einer Sondergenehmigung, Beurteilung der Wirksamkeit des Hefepreparats LMA; Frage nach einer neuen Strategie zur frühzeitigen und effizienten Bekämpfung des Feuerbrands

Antr
s. *Pflanzenkrankheit*
Drs 15/2298

Hubschraubereinsatz im Rebpfanzenschutz

Praktische und rechtliche Probleme des Einsatzes von Agrarhubschraubern im Weinbau; Unterstützung von Weinbaubetrieben beim Rebpfanzenschutz

MdlAnfr
s. *Rebe*
Drs 15/3456

Rebschutz durch Helikoptereinsätze in BW

Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln in Steillagen per Hubschrauber; Anwendung und Nutzen dieser Technik; Einschränkung des Pflanzenschutzes per Helikopter durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit; Einhaltung eines Abstands zu Gewässern; Einsatz von Drohnen für den Rebschutz in Steillagen

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 31.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5007

Pflanzenschutzmittel

s.a. *Biozid*

Ökomonitoring 2010: Pestizidrückstände in Öko-Weinen

Ursachenforschung und Konsequenzen aus den o.g. Befunden, Darstellung der jeweiligen Betriebsstruktur der beanstandeten Weinproduzenten sowie möglicher regionaler Unterschiede zwischen den Weinbauregionen, Durchführung weiterer Überprüfungen, Umfang und Ausgestaltung von Stufenkontrollen für die Weinlese 2011

Antr
s. *Wein*
Drs 15/372

EU-Verordnung zu Bioziden

Einschätzung der Auswirkungen o.g. Verordnung für die Hersteller, Verbraucher und Umwelt; Erwartung einer Verringerung der Zahl von Tierversuchen sowie schärferer Sicherheitskontrollen; Ersetzung der nationalen Verfahren durch die EU-weite Zulassung

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/1303

Feuerbrandbekämpfung in BW

Ausmaß des Befalls und der Schäden, betroffene Obstsorten und Regionen; Information der Obstbauern, der Besitzer von Streuobstbeständen, Baumschulen und Hausgärten über die Bekämpfungsmöglichkeiten; Einsatz des Antibiotikums Streptomycin mit einer Sondergenehmigung, Beurteilung der Wirksamkeit des Hefepreparats LMA; Frage nach einer neuen Strategie zur frühzeitigen und effizienten Bekämpfung des Feuerbrands

Antr
s. *Pflanzenkrankheit*
Drs 15/2298

Schutz der Bienen vor Neonicotinoiden

Einsatz von Pestiziden mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonicotinoide in Deutschland, insbes Daten zur Einsatzmenge, Schäden bei Bienenvölkern in BW, Rückstände in Honig und Pollen in BW, Belastungen von Böden und Gewässern; Stand des Zulassungsverfahrens für das Maisbeizmittel Sonido; Einsatz der LReg in Beratungen auf EU-Ebene über Anwendungsverbote für Pestizide, Verbesserung des Schutzes der Bienen vor Neonicotinoiden; Schließung der Forschungs- und Datenlücken zu ökologischen Risiken von Neonicotinoiden durch unabhängige Studien; Förderung der Forschung und Entwicklung nicht-chemischer und präventiver Pflanzenschutzmaßnahmen für den Einsatz in der Landwirtschaft

Antr
s. *Biene*
Drs 15/3300

Sicherung einer nachhaltigen und ausreichenden Kartoffelproduktion in BW durch den weiteren Einsatz von „Goldor Bait“

Fortdauernder Einsatz des Pflanzenschutzmittels „Goldor Bait“ zur Erzeugung von Speisekartoffeln

MdlAnfr 6) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 07.10.2013 Drs 15/4105
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4734-4736

Ökologischen Weinbau in BW stärken

Situation des ökologischen Weinbaus in BW, insbes Wegfall der Phosphonate, Änderungen der EU-Richtlinien, Ergebnisse des Ökomonitorings, Ausbau des ökologischen Anbaus in den Staatsweingütern; Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes

im konventionellen Weinbau

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/4989

Rebschutz durch Helikoptereinsätze in BW

Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln in Steillagen per Hubschrauber; Anwendung und Nutzen dieser Technik; Einschränkung des Pflanzenschutzes per Helikopter durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit; Einhaltung eines Abstands zu Gewässern; Einsatz von Drohnen für den Rebschutz in Steillagen

Antr
s. *Pflanzenschutz*
Drs 15/5007

Bienensterben in der Ortenau im April 2014

Schadensmeldung, Schadensgebiet und Art der Schäden an den Bienenvölkern; Auftreten vergleichbarer Ereignisse in der Vergangenheit; Ermittlung der Ursachen des Bienensterbens; Zusammenhang mit Pestizideinsatz im Obstbau; Konsequenzen für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln

Antr
s. *Biene*
Drs 15/5358

Einsatz von Insektiziden zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege

Bewertung des Einsatzes des Insektizids SpinTor (Spinosad) zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege im Wein- und Obstanbau; Zulassung des Insektizids Piretro Verde bzw Pyrethrine; Risikobewertung des Einsatzes von SpinTor und Piretro Verde durch die landwirtschaftlichen Landesanstalten; Auswirkungen des Insektizideinsatzes auf die heimischen Bienenpopulationen; Strategien und Mittel gegen die asiatische Kirschessigfliege in anderen Ländern

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 24.09.2014 und
Stellungnahme MLR Drs 15/5759
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639
S. 45 46
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Ernteausfälle im Enzkreis durch die asiatische Kirschessigfliege

Umfang der Ernteausfälle bei den Wein- und Obstbauern im Enzkreis; Bekämpfung der Kirschessigfliege mithilfe von Insektiziden; Vermeidung negativer Folgen für die Bienenpopulation

KIAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/5925

Imkerei stärken, Bienen schützen

Sachstand zur Entwicklung von Imkereien und Honigbienenvölkern in BW, insbes Anzahl der konventionellen und der Bio-Imkereien, Nahrungsangebot für Bienen, Vermarktungsförderung für heimischen Honig, Einsatz von Pestiziden mit bienengefährlichen Wirkstoffen und deren Auswirkung auf die Bienenvölker

Antr
s. *Biene*
Drs 15/7093

Wasserkreuzkraut auf Landschaftspflegeflächen im Wurzacher Ried

Gefahren für landwirtschaftliche Nutztiere bei der Grünlandwirtschaft; Bekämpfung des Wasserkreuzkrauts mithilfe von Herbiziden; Abgeltung des bei der Bekämpfung der Pflanze entstehenden Aufwands; Maßnahmen zur Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung des Wasserkreuzkrauts in der Region Wurzacher Ried

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/8103

Feststellung guter Ergebnisse von heimischen Ökoprodukten bei den Rückstandsuntersuchungen auf Pflanzenschutzmittel

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 259 262 263

Verweisung auf einen erhöhten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch herbizidtolerante GVO-Pflanzen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1712 1714

Pflanzensorte

Ökologie auf dem Abstellgleis? Taxonomische Ausbildung in BW
Situation und Statistiken zur taxonomischen Forschung und Lehre an den Hochschulen in BW, insbes Personal, Finanzmittel, abgedeckte Artengruppen in der taxonomischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Museen sowie Taxonomie-Pflichtstunden in Studiengängen; Weiterentwicklung, Forschungsprogramme und (inter-)nationale Kooperation im Wissenschaftsbereich Taxonomie; Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Antr
s. *Biologie*
Drs 15/2847

Pflanzenveredelung

s. *Pflanzenzüchtung*

Pflanzenzucht

s. *Pflanzenzüchtung*

Pflanzenzüchtung*Rebenzüchtung in BW*

Situation der Rebenzüchtung und -veredelung in BW, insbes Anzahl der Betriebe, Veränderungen bei Anlage und Fläche der Vergleichspflanzungen, Züchtungsziele, Verlauf der Anerkennungsverfahren von Pflanzgut, Pflanzenschutz, Forschungsstrategien für Weinbau, Beratung für Rebenzüchter

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/6128

Pflanzliches Erzeugnis

s. *Pflanzenbauprodukt*

Pflanzliches Produkt

s. *Pflanzenbauprodukt*

Pflege

s.a. *Geriatric*
s.a. *Pflegeausbildung*
s.a. *Pflegebedürftigkeit*
s.a. *Pflegeheim*
s.a. *Pflegepersonal*
s.a. *Pflegestützpunkt*
s.a. *Pflegeversicherung*
s.a. *Sterbebegleitung*

Migranten in Pflegeberufen

Einschätzung der zu erwartenden Zahlen von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, deren besonderen Bedürfnisse und Konsequenzen für die Pflegestrukturen im Land; Anteil von Migranten unter den Schülern an Alten- und Krankenpflegeschulen und unter den Beschäftigten in Pflegeberufen, Maßnahmen zur Steigerung dieser Anteile; Berücksichtigung der kultursensiblen Pflege iRd Ausbildung und bei der Neufassung des Landesheim-Ges und der Landesheimpersonalverordnung

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/285

Angebotsentwicklung in der Pflege

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen, der Angebote und Inanspruchnahme von ambulanten Diensten, teilstationären und stationären Einrichtungen seit 2001; Anteil von privaten Anbietern, von Selbstzahlern sowie von Menschen mit dem Bezug von Leistungen der Hilfe zur Pflege; Umfang der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger; Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt sowie mit vergleichbaren Ländern

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 27.07.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/350 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.10.2011 Drs 15/907 S. 35 36
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Bewertung der Einschnitte für den Bereich der beruflichen Qualifizierungen in der Altenpflege

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/444

Situation und Perspektive der medizinischen Berufe und Studiengänge in BW

Darstellung des o.g. Bedarfs und Angebots, insbes in der Alten- und Krankenpflege; Anerkennung von in- und ausländischen Berufskennntnissen und -abschlüssen zur Aufnahme eines medizinischen Studiums; Unterstützung einer verstärkten hochschulübergreifenden Zusammenarbeit; Erarbeitung eines mit den Verbänden und Trägern im Gesundheits-, Alten- und Pflegebereich abgestimmten Konzepts für den Ausbau der medizinischen Studiengänge

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/512

Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsanerkennung und Anrechnung der

Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr GRÜNE 21.09.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/531
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025-1030

Ausbildung in der Pflege in BW

Entwicklung der Zahl von Schulen für die Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege sowie der dort vorhandenen und besetzten Ausbildungsplätze seit 2001; Erfahrungen mit der Ausbildungsumlage für Altenpflegeberufe, vollständiger Einsatz der Mittel für Ausbildungszwecke

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/539

Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund

Bewertung der Versorgungssituation und besonderen Bedürfnisse der o.g. Menschen, entsprechende Vorbereitung der ambulanten und stationären Pflegedienste und Pflegefachkräfte; Unterstützung der interkulturellen Öffnung von Pflegeheimen und -diensten sowie deren Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 17.11.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/888
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 60 61
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/110 betr. Nutzung der Sabbatjahrbezüge zur häuslichen Pflege

Petitionen
s. *Freistellung von der Arbeit*
Drs 15/919

Pflegesituation im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Angebote von ambulanten Pflegediensten seit 2001, Zahl und Auslastung von stationären und teilstationären Einrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen seit 2001; Einrichtung und Finanzierung eines Pflegestützpunkts

KlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/1033

Situation der ambulanten Pflege

Entwicklung der Zahl und Trägerstrukturen der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste seit 1995, Zahl der Beschäftigten und betreuten Pflegepersonen, Darlegung der Personalsituation, Gründe für den Personalmangel, Entwicklung der zwischen den Kranken- und Pflegekassen und den Landesverbänden der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste vereinbarten Vergütungssätze seit 2001

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 18.01.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1146
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 43 44
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Einsatz von pflegeunterstützender Technologie in BW

Erforschung, Erprobung und Einsatz von Assistenzsystemen im Bereich der Pflege und Betreuung; Ziele und Erfolge der Initiative „Ambient Assisted Living“ (AAL) des Bundes; beteiligte Forschungsinstitutionen und Unternehmen; spezielle mobile Technologien zur Erleichterung der Dokumentations-Arbeit der Pflegekräfte

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 15.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1278
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 47
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Pflege in BW

Entwicklung der Zahl und Altersstruktur der beschäftigten, verfügbaren und benötigten Pflegekräfte in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege in den entsprechenden Einrichtungen seit 2001 und bis 2027; Maßnahmen zur Optimierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung; Darlegung des Angebots und der Voraussetzungen für ein Hochschulstudium und für Assistenzberufe in der Pflege unter Anrechnung einer Vorausbildung; Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr CDU 29.02.2012 und Antw LReg Drs 15/1340 (14 S.)
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2983-2990

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr
s. *Demenz*
Drs 15/1418

Bürokratie in der Pflege

Aufgabenbeschreibung der von der BReg eingesetzten Ombudsfrau für die Entbürokratisierung in der Pflege, entsprechende Überprüfung und Überarbeitung des Landesrechts, Berücksichtigung der Ansatzpunkte der Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste und des Landespflegerats

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1531

Unterrichtsbefähigung für Pflegeausbildungen - Ausbildung der Ausbilder

Rechtliche Voraussetzungen für die Zuerkennung der Lehrbefähigung „Pflege“ bzw für eine Unterrichtstätigkeit in den Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflegeschulen; Auflistung der Einrichtungen mit Studien- und Ausbildungsangeboten, Entwicklung der dort vorhandenen und benötigten Ausbildungsplätze sowie der Absolventenzahlen seit 2001

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/1859

Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht nach dem Heimgesetz für BW

Umsetzung der o.g. Dokumentationspflicht in elektronischer bzw digitaler Form ohne zusätzliche Aufbewahrung in Papierform? Entlastung der Pflegekräfte durch Berücksichtigung tech-

nischer Neuerungen der Dokumentenverwaltung im Zuge der angekündigten Novellierung des Heimgesetzes

KlAnfr
s. *Dokumentation*
Drs 15/1978

Das neue Landesheimrecht - Präzisierung tut not

Differenzierung in der geplanten Novelle (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz) des Landesheimrechts zwischen den einzelnen Wohnformen; zukünftige Detailregelungen im Bereich des Baurechts und der personellen Anforderungen für verschiedene Wohn-/Grundleistungs- und Pflegekonstellationen

Antr
s. *Heimrecht*
Drs 15/3453

FSJ-Plätze (Freiwilliges Soziales Jahr) im Bereich Pflege in BW
Gewinnung junger Menschen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahl der FSJ-Plätze in den Stadt- und Landkreisen; FSJ-Plätze in der Altenpflege, in der Arbeit mit behinderten Menschen und in Krankenhäusern; Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses im sozialen Bereich nach Abschluss des Freiwilligendienstes; Anerkennung des Freiwilligen Sozialen Jahrs bei einer anschließenden Ausbildung im sozialen Bereich

KlAnfr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/3942

Fachkräfte im Berufsfeld Altenpflege in BW

Frauenanteil, Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie Fachkräftemangel im Berufsfeld Altenpflege in BW; Vergleich zur weniger polarisierenden Beschäftigungssituation der Fachkräfte im Berufsfeld Altenpflege in Skandinavien

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/4393

Weitere Maßnahme zur Verbesserung der Pflege

Maßnahmen zur Sicherstellung von Personalbedarf und Qualität der Pflege sowie Haltung der LReg zu Beschlüssen des Koalitionsvertrags im Bund im Bereich Pflege

KlAnfr Stefan Teufel CDU 11.12.2013 und Antw SM Drs 15/4483

Geriatrische Rehabilitation in BW

Nachfrage nach geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen; Wirksamkeit geriatrischer Leistungen im Hinblick auf den Eintritt der Pflegebedürftigkeit alter Menschen; Angebote in stationärer, ambulanter und mobiler Form; Stand der Kostenübernahme durch die Krankenkassen; Zweckdienlichkeit der geriatrischen Versorgungsstrukturen; Verknüpfung der medizinischen Versorgung älterer Menschen mit den Pflegestrukturen; Beteiligung der Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 15/4614

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den

Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw
s. *Heimrecht*
Drs 15/4852

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagen ausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Ko-finanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr
s. *Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“*
Drs 15/4977

Das Pflegestärkungsgesetz - ein erster Schritt, um gute Pflege zu sichern, gute Arbeit für Pflegefachkräfte zu ermöglichen und die Pflegeinfrastruktur auszubauen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6021-6029

Palliativversorgung in BW auch in der Geriatrie stärken

Zahl der in palliativmedizinischer Behandlung befindlichen Personen; tatsächlicher Bedarf und Versorgungsdichte; palliativmedizinische Versorgung multimorbider geriatrischer Patienten insbes in Einrichtung der stationären Pflege; Förderung einer Verbesserung der palliativen Versorgung; Erwerb von Grundkompetenzen in der Palliativbetreuung durch alle im Gesundheitswesen tätigen Personen

Antr
s. *Palliativmedizin*
Drs 15/5668

Situation der Pflege im Landkreis Heidenheim

Anzahl der in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege beschäftigten Pflegekräfte; zahlenmäßige Entwicklung der Pflegekräfte sowie der Empfänger von Pflegeleistungen seit dem Jahr 2000; Prognose des künftigen Bedarfs an Pflegepersonal in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und ambulanten Pflegediensten; Zukunft der Pflege im ländlichen Raum; private und öffentliche Träger der Pflegeeinrichtungen

gen und Pflegedienste im Kreis

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 24.09.2014 und Antw SM Drs 15/5764

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegeschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegeschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/6095

Pflegesituation im LKreis Rottweil

Entwicklung der Pflegesituation im LKreis Rottweil, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr Stefan Teufel CDU 22.12.2014 und Antw SM Drs 15/6312

Situation der Pflege im LKreis Sigmaringen

Entwicklung der Pflegesituation im Landkreis Sigmaringen, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr Klaus Burger CDU 20.01.2015 und Antw SM Drs 15/6364

Aktuelle Situation der Pflege im Wahlkreis 33

Entwicklung der Pflegesituation im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33), insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern; Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum

KlAnfr Tobias Wald CDU 22.01.2015 und Antw SM Drs 15/6390

Situation der Pflegeeinrichtungen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Pflegesituation im Stadt- und LKreis Heilbronn, insbes Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, Auslastung der Einrichtungen, Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 01.04.2015 und Antw SM Drs 15/6705

Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim (Wahlkreis 42)

Entwicklung der Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 13.05.2015 und Antw SM Drs 15/6891

Pflegeangebote für gehörlose Senioren

Sachstand zur Bewertung bisheriger Pflegeangebote für gehörlose Senioren und erwarteten künftigen Bedarf

Antr
s. *Gehörloser*
Drs 15/7582

Entscheidungskriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie

Vergabekriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie; Gründe für Ablehnung der Einrichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall

MdlAnfr
s. *Studienfach*
Drs 15/7550

Suche nach Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen in der Pflege

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 25

Suche nach Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen in der Pflege

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 44

Pflegeausbildung

s.a. Pflegepersonal

Migranten in Pflegeberufen

Einschätzung der zu erwartenden Zahlen von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, deren besonderen Bedürfnisse und Konsequenzen für die Pflegestrukturen im Land; Anteil von Migranten unter den Schülern an Alten- und Krankenpflegeschulen und unter den Beschäftigten in Pflegeberufen, Maßnahmen zur Steigerung dieser Anteile; Berücksichtigung der kultursensiblen Pflege iRd Ausbildung und bei der Neufassung des Landesheim-Ges und der Landesheimpersonalverordnung

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/285

Die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Bewertung der Einschnitte für den Bereich der beruflichen Qualifizierungen in der Altenpflege

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/444

Situation und Perspektive der medizinischen Berufe und Studiengänge in BW

Darstellung des o.g. Bedarfs und Angebots, insbes in der Alten- und Krankenpflege; Anerkennung von in- und ausländischen Berufskennntnissen und -abschlüssen zur Aufnahme eines medizinischen Studiums; Unterstützung einer verstärkten hochschulübergreifenden Zusammenarbeit; Erarbeitung eines mit den Verbänden und Trägern im Gesundheits-, Alten- und Pflegebereich abgestimmten Konzepts für den Ausbau der medizinischen Studiengänge

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/512

Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsankennung und Anrechnung der Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/531

Ausbildung in der Pflege in BW

Entwicklung der Zahl von Schulen für die Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege sowie der dort vorhandenen und besetzten Ausbildungsplätze seit 2001; Erfahrungen mit der Ausbildungsumlage für Altenpflegeberufe, vollständiger Einsatz der Mittel für Ausbildungszwecke

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/539
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.10.2011 Drs 15/907 S. 38 39
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Pflegesituation im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Angebote von ambulanten Pflegediensten seit 2001, Zahl und Auslastung von stationären und teilstationären Einrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen seit 2001; Einrichtung und Finanzierung eines Pflegestützpunkts

KlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/1033

Pflege in BW

Entwicklung der Zahl und Altersstruktur der beschäftigten, verfügbaren und benötigten Pflegekräfte in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege in den entsprechenden Einrichtungen seit 2001 und bis 2027; Maßnahmen zur Optimierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung; Darlegung des Angebots und der Voraussetzungen für ein Hochschulstudium und für Assistenzberufe in der Pflege unter Anrechnung einer Vorausbildung; Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/1340

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr
s. *Demenz*
Drs 15/1418

Unterrichtsbefähigung für Pflegeausbildungen - Ausbildung der Ausbilder

Rechtliche Voraussetzungen für die Zuerkennung der Lehrbefähigung „Pflege“ bzw für eine Unterrichtstätigkeit in den Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflegesulen; Auflistung der Einrichtungen mit Studien- und Ausbildungsangeboten, Entwicklung der dort vorhandenen und benötigten Ausbildungsplätze sowie der Absolventenzahlen seit 2001

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 18.06.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1859

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/2333

FSJ-Plätze (Freiwilliges Soziales Jahr) im Bereich Pflege in BW

Gewinnung junger Menschen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahl der FSJ-Plätze in den Stadt- und Landkreisen; FSJ-Plätze in der Altenpflege, in der Arbeit mit behinderten Menschen und in Krankenhäusern; Aufnahme eines Auszubildenden im sozialen Bereich nach Abschluss des Freiwilligendienstes; Anerkennung des Freiwilligen Sozialen Jahrs bei einer anschließenden Ausbildung im sozialen Bereich

KlAnfr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/3942

Das Pflegestärkungsgesetz - ein erster Schritt, um gute Pflege zu sichern, gute Arbeit für Pflegefachkräfte zu ermöglichen und die Pflegeinfrastruktur auszubauen

Aktuelle Debatte
s. *Pflege*
PIPr 15/101 S. 6021

Situation der Pflegeheime im Main-Tauber-Kreis

Zahl, Auslastung und Ausbaubedarf bei stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen; Planungen zu Abbau und Mindestbestand an Pflegeheimplätzen

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/5606

Situation der Pflegehelfer

Sachstand bei der Umsetzung der Nachqualifizierung zum Beruf des Altenpflegers von bereits im Pflegebereich Arbeitenden und Berufsrückkehrern, insbes Erfahrungen mit den Netzwerken Altenpflegeausbildung sowie regionalen Kooperationsverbänden zur Nachqualifizierung, Bewertung der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege 2012-2015

Antr
s. *Pflegepersonal*

Drs 15/6094

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegeschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegeschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr Jutta Schiller u.a. CDU 06.11.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6095

BeschlEmpf und Bericht SozA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 51

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Situation der Pflegeeinrichtungen im Kreis Göppingen

Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen im LKreis; Auslastung der Einrichtungen; Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen; Angebot an Ausbildungsplätzen für Altenpfleger, Pflegehilfskräfte oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen; Angebote für eine Ausbildung in Teilzeit; Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen; Wegfall von Pflegeheimplätzen aufgrund der gesetzlichen Forderung von Einzelzimmern

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6233

Situation der Pflegeeinrichtung im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Main-Tauber-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6646

Situation der Pflegeeinrichtungen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Pflegesituation im Stadt- und LKreis Heilbronn, insbes Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, Auslastung der Einrichtungen, Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6705

Situation der Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6935

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7063

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Konstanz

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Konstanz, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7185

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Karlsruhe

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Karlsruhe, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7565

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/8084

Pflegebedürftiger

s. *Pflegebedürftigkeit*

Pflegebedürftigkeit

Migranten in Pflegeberufen

Einschätzung der zu erwartenden Zahlen von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, deren besonderen Bedürfnisse und Konsequenzen für die Pflegestrukturen im Land; Anteil von Migranten unter den Schülern an Alten- und Krankenpflegeschulen und unter den Beschäftigten in Pflegeberufen, Maßnahmen zur Steigerung dieser Anteile; Berücksichtigung der kultursensiblen

Pflege iRd Ausbildung und bei der Neufassung des Landesheim-Ges und der Landesheimpersonalverordnung

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/285

Angebotsentwicklung in der Pflege

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen, der Angebote und Inanspruchnahme von ambulanten Diensten, teilstationären und stationären Einrichtungen seit 2001; Anteil von privaten Anbietern, von Selbstzahlern sowie von Menschen mit dem Bezug von Leistungen der Hilfe zur Pflege; Umfang der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger; Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt sowie mit vergleichbaren Ländern

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/350

Pflegestützpunkte

Stand der flächendeckenden Einrichtung o.g. Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige; Abdeckung des zu erwartenden Unterstützungs- und Beratungsbedarfs durch die Einrichtung zusätzlicher Stützpunkte

Antr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/863

Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund

Bewertung der Versorgungssituation und besonderen Bedürfnisse der o.g. Menschen, entsprechende Vorbereitung der ambulanten und stationären Pflegedienste und Pflegefachkräfte; Unterstützung der interkulturellen Öffnung von Pflegeheimen und -diensten sowie deren Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/888

Frauengesundheit in BW

Vergleich der Lebenserwartung und des Risikos der Pflegebedürftigkeit zwischen Frauen und Männern

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Situation der ambulanten Pflege

Entwicklung der Zahl und Trägerstrukturen der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste seit 1995, Zahl der Beschäftigten und betreuten Pflegepersonen, Darlegung der Personalsituation, Gründe für den Personalmangel, Entwicklung der zwischen den Kranken- und Pflegekassen und den Landesverbänden der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste vereinbarten Vergütungssätze seit 2001

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1146

Einsatz von pflegeunterstützender Technologie in BW

Erforschung, Erprobung und Einsatz von Assistenzsystemen im Bereich der Pflege und Betreuung; Ziele und Erfolge der Initiative „Ambient Assisted Living“ (AAL) des Bundes; beteiligte Forschungsinstitutionen und Unternehmen; spezielle mobile Technologien zur Erleichterung der Dokumentations-Arbeit der Pflegekräfte

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1278

Pflege in BW

Entwicklung der Zahl und Altersstruktur der beschäftigten, verfügbaren und benötigten Pflegekräfte in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege in den entsprechenden Einrichtungen seit 2001 und bis 2027; Maßnahmen zur Optimierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung; Darlegung des Angebots und der Voraussetzungen für ein Hochschulstudium und für Assistenzberufe in der Pflege unter Anrechnung einer Vorausbildung; Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/1340

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr
s. *Demenz*
Drs 15/1418

Refinanzierung der Investitionskosten in Altenpflegeeinrichtungen

Darlegung des Handlungsbedarfs aus den Urteilen des Bundessozialgerichts vom 08.09.2011 für die Landes- und Bundesebene, Schaffung von Rechtssicherheit für die Heimträger und Heimbewohner, Positionierung bei der Umsetzung von notwendigen Änderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2216

Stabile Regelung für häusliche Betreuung durch externe Betreuungskräfte sicherstellen

Aktuelle Daten zur häuslichen Pflege in BW; statistische Erfassung der Pflegefälle und der Qualität der Betreuung; Fördermodelle zur Betreuung in anderen Staaten der Europäischen Union; Initiierung eines Hausbetreuungsgesetzes im Bundesrat mit folgenden Inhalten: Fördermittelmodell zur Betreuung von Pflegebedürftigen, arbeits- und steuerrechtliche Einordnung des Berufs des Personenbetreuers, Sicherung der Betreuungsqualität und Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Antr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/5931

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und des Bedarfs an Pflegekräften und Betreuungsangeboten

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und des Bedarfs an Pflegekräften und Betreuungsangeboten

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 44

Ermöglichung der häuslichen Pflege von Pflegebedürftigen durch berufstätige Familienangehörige mit einem Lebensarbeitszeitkonto

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und des Bedarfs an Pflegekräften und Betreuungsangeboten

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025-1030

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und des Bedarfs an Pflegekräften und Betreuungsangeboten

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1320 1326

Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen vor allem durch Frauen, Eintreten für eine angemessene Honorierung der Pflegeleistungen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530-1534 1538 1552 1554

Pflegeberatung

Evaluation der baden-württembergischen Pflegestützpunkte

Auswertung des Abschlussberichts über die Pflegestützpunkte in BW und Erörterung der Ergebnisse mit den Pflege- und Krankenkassen

MdlAnfr

s. *Pflegestützpunkt*

Drs 15/4248

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte

Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits- und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucherchutzpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr

s. *Verbraucherpolitik*

Drs 15/5740

Pflegeberuf

s. *Pflegepersonal*

Pflegedienst

Situation ambulanter Pflegedienste in BW

Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation der ambulanten Pflegedienste; Rolle der tariflichen Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal sowie der Erhöhung der Pflegevergütung durch die Krankenkassen; Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Dienste bei der Abrechnung mit den Krankenkassen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Pflegebedürftigen

KlAnfr Stefan Teufel CDU 12.12.2012 und Antw SM Drs 15/2799

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr

s. *Wohngemeinschaft*

Drs 15/5072

Situation der Pflege im Landkreis Waldshut

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Landkreis Waldshut

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/5389

Situation der Pflege im Landkreis Esslingen

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Landkreis Esslingen

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/5751

Situation der Pflege im Schwarzwald-Baar-Kreis

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/5856

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege

Nachfrage nach dem Ausbildungsberuf Altenpfleger seit 2011; Zahl der männlichen Auszubildenden; Anzahl der Schulplätze in BW; Besuch privater Altenpflegesschulen; Aufsichtsbehörde für Altenpflegesschulen in privater Trägerschaft; flexibler Ausbildungsbeginn; Abbruch der Ausbildung; Ausbildungsplätze bei ambulanten Pflegeeinrichtungen; Fortbildung der Praxisanleiterinnen; Studienabbrecher in den Studiengängen der Fachrichtungen Pflege und Pflegepädagogik

Antr

s. *Pflegeausbildung*

Drs 15/6095

Stärkung ambulant betreuter Wohngruppen

Auswirkungen der iRd Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch vorgenommenen Neuregelung der zusätzlichen Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen (§ 38 a SGB XI) auf die Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur in BW, insbes bei Pflegeleistungen von Angehörigen, ehrenamtlichem Engagement, Umwidmungsmöglichkeit von Sachleistungen, Gesamtfinanzierungsan-

teil des pauschalen Zuschlags

Antr
s. *Betreutes Wohnen*
Drs 15/6242

Pflegesituation im LKreis Rottweil

Entwicklung der Pflegesituation im LKreis Rottweil, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6312

Situation der Pflege im LKreis Sigmaringen

Entwicklung der Pflegesituation im Landkreis Sigmaringen, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6364

Aktuelle Situation der Pflege im Wahlkreis 33

Entwicklung der Pflegesituation im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33), insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern; Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6390

Situation der Pflegeeinrichtungen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Pflegesituation im Stadt- und LKreis Heilbronn, insbes Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, Auslastung der Einrichtungen, Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6705

Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim (Wahlkreis 42)

Entwicklung der Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6891

Kostenübernahme häusliche Krankenpflege

Sachstand zur Kostenerstattung durch Krankenkassen im Bereich der Leistungen für häusliche Krankenpflege in BW, insbes Auswirkungen der Verweigerung der Kostenübernahme durch eine spezielle Krankenkasse auf die finanzielle Situation ambulanter Pflegedienste

KlAnfr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/7867

Pflegeeinrichtung

Anforderung an die Sprachkenntnisse ausländischer Pflegekräfte in BW

Anerkennung ausländischer Kranken- und Altenpfleger als Fachkräfte; Rechtsgrundlage für die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen, zuständige Stellen; Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern; Wettbewerbsnachteile für Pflegeeinrichtungen in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse ausländischer Fachkräfte

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/3273

Einbeziehung des Prüfdienstes der privaten Krankenversicherung in die Qualitätsprüfung von Pflegeeinrichtungen

Gründe und zusätzlicher Finanzaufwand für Nichtbeauftragung des Prüfdienstes des Verbands der privaten Krankenversicherung e.V. für Pflegeeinrichtungen in BW zur Durchführung von Qualitätsprüfungen in Pflegeheimen, insbes Anforderungen, Bestimmungen und Rechtsgrundlagen für solche Qualitätsprüfungen in BW, Beabsichtigung einer Änderung der Nichtbeauftragung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 17.06.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3640
BeschIEmpf und Bericht SozA 13.02.2014 Drs 15/4897 S. 71 72
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

FSJ-Plätze (Freiwilliges Soziales Jahr) im Bereich Pflege in BW

Gewinnung junger Menschen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahl der FSJ-Plätze in den Stadt- und Landkreisen; FSJ-Plätze in der Altenpflege, in der Arbeit mit behinderten Menschen und in Krankenhäusern; Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses im sozialen Bereich nach Abschluss des Freiwilligendienstes; Anerkennung des Freiwilligen Sozialen Jahrs bei einer anschließenden Ausbildung im sozialen Bereich

KlAnfr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/3942

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw
s. *Heimrecht*
Drs 15/4852

Ausbau der Pflegestützpunkte in BW

Evaluationsergebnisse und Ausbauplanungen für die Pflegestützpunkte in BW

KlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/5265

Situation der Pflege im LKreis Waldshut

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis

Waldshut

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5389

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Situation der Pflegeheime im Main-Tauber-Kreis

Zahl, Auslastung und Ausbaubedarf bei stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen; Planungen zu Abbau und Mindestbestand an Pflegeheimplätzen

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/5606

Palliativversorgung in BW auch in der Geriatrie stärken

Zahl der in palliativmedizinischer Behandlung befindlichen Personen; tatsächlicher Bedarf und Versorgungsdichte; palliativmedizinische Versorgung multimorbider geriatrischer Patienten insbes in Einrichtung der stationären Pflege; Förderung einer Verbesserung der palliativen Versorgung; Erwerb von Grundkompetenzen in der Palliativbetreuung durch alle im Gesundheitswesen tätigen Personen

Antr
s. *Palliativmedizin*
Drs 15/5668

Situation der Pflege im LKreiss Esslingen

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreiss Esslingen

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5751

Situation der Pflege im LKreiss Heidenheim

Anzahl der in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege beschäftigten Pflegekräfte; zahlenmäßige Entwicklung der Pflegekräfte sowie der Empfänger von Pflegeleistungen seit dem Jahr 2000; Prognose des künftigen Bedarfs an Pflegepersonal in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und ambulanten Pflegediensten; Zukunft der Pflege im ländlichen Raum; private und öffentliche Träger der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Kreis

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/5764

Situation der Pflege im Schwarzwald-Baar-Kreis

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5856

Situation der Pflegeeinrichtungen im Kreis Göppingen

Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen im LKreiss; Auslastung der Einrichtungen; Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen; Angebot an Ausbildungsplätzen für Altenpfleger, Pflegehilfskräfte oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen; Angebote für eine Ausbildung in Teilzeit; Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen; Wegfall von Pflegeheimplätzen aufgrund der gesetzlichen Forderung von Einzelzimmern

KlAnfr Jutta Schiller CDU 09.12.2014 und Antw SM Drs 15/6233 (33 S.)

Pflegesituation im LKreiss Rottweil

Entwicklung der Pflegesituation im LKreiss Rottweil, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6312

Situation der Pflege im LKreiss Sigmaringen

Entwicklung der Pflegesituation im Landkreis Sigmaringen, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6364

Aktuelle Situation der Pflege im Wahlkreis 33

Entwicklung der Pflegesituation im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33), insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern; Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6390

Situation der Pflegeeinrichtung im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Main-Tauber-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.03.2015 und Antw SM Drs 15/6646

Situation der Pflegeeinrichtungen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Pflegesituation im Stadt- und LKreiss Heilbronn, insbes Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, Auslastung der Einrichtungen, Zahlen der Pflegehelfer und Pfl-

gebedürftigen, Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6705

Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim (Wahlkreis 42)

Entwicklung der Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6891

Situation der Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 29.05.2015 und Antw SM Drs 15/6935

Aktuelle Situation der Pflegeeinrichtungen im Enzkreis

Sachstand zu Anzahl, Trägerschaft, Zimmerstandards und Auslastung der Pflegeeinrichtungen im Enzkreis

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 24.06.2015 und Antw SM Drs 15/7057

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 25.06.2015 und Antw SM Drs 15/7063

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Konstanz

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Konstanz, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 20.07.2015 und Antw SM Drs 15/7185

Verordnung des Sozialministeriums über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen (PErVO)

Sachstand zu Änderungen an der Verordnung des Sozialministeriums über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen, insbes Anhörungsergebnisse, Berücksichtigung von Änderungswünschen

Antr
s. *Verordnung des Sozialministeriums über personelle*

Anforderungen für stationäre Einrichtungen
Drs 15/7532

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Karlsruhe

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Karlsruhe, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr Werner Raab CDU 14.10.2015 und Antw SM Drs 15/7565

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr Tobias Wald CDU 18.02.2016 und Antw SM Drs 15/8084

Pflegefall

s. *Pflegebedürftigkeit*

Pflegefamilie

Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/3480

Kurzzeitpflege stärken

Pflege von Kindern in Pflegefamilien; Zahl der Angebote für Kurz- und Langzeitpflege seit 2005; Vergütung und Anrechnung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung und sonstigen Sozialversicherung; Ungleichbehandlung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern; Unterstützung einer rechtlichen Gleichstellung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern in der Sozial- und Rentenversicherung und der Haftpflichtversicherung

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 28.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7623

Pflegeheim

s.a. *Landesheimgesetz*
s.a. *Sterbebegleitung*

Migranten in Pflegeberufen

Einschätzung der zu erwartenden Zahlen von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, deren besonderen Bedürfnisse und

Konsequenzen für die Pflegestrukturen im Land; Anteil von Migranten unter den Schülern an Alten- und Krankenpflegeschulen und unter den Beschäftigten in Pflegeberufen, Maßnahmen zur Steigerung dieser Anteile; Berücksichtigung der kultursensiblen Pflege iRd Ausbildung und bei der Neufassung des Landesheim-Ges und der Landesheimpersonalverordnung

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/285

Angebotsentwicklung in der Pflege

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen, der Angebote und Inanspruchnahme von ambulanten Diensten, teilstationären und stationären Einrichtungen seit 2001; Anteil von privaten Anbietern, von Selbstzahlern sowie von Menschen mit dem Bezug von Leistungen der Hilfe zur Pflege; Umfang der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger; Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt sowie mit vergleichbaren Ländern

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/350

Wirtschaftliche Situation der Pflegeheime in BW

Darlegung o.g. Daten im Vergleich zu anderen BLändern und zur aktuellen Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft E. & Y.; Entwicklung der Zahl und Auslastung der Heime seit 2001, Darstellung der durchschnittlichen Eigenkapitalquote, Sicherstellung der Rücklagenbildung aus den Investitionsanteilen der Pflegesätze

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 12.10.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/675
BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 35 36
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund

Bewertung der Versorgungssituation und besonderen Bedürfnisse der o.g. Menschen, entsprechende Vorbereitung der ambulanten und stationären Pflegedienste und Pflegefachkräfte; Unterstützung der interkulturellen Öffnung von Pflegeheimen und -diensten sowie deren Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/888

Pflegesituation im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Angebote von ambulanten Pflegediensten seit 2001, Zahl und Auslastung von stationären und teilstationären Einrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen seit 2001; Einrichtung und Finanzierung eines Pflegestützpunkts

KlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/1033

Auswirkung der Landesheimbauverordnung auf die pflegerische Infrastruktur

Daten zu Bestand und Entwicklung bei Pflegeheimplätzen in BW im Hinblick auf die Landesheimbauverordnung, insbes Auswirkungen auf das Land und die einzelnen Kreise, geplante Maßnahmen zur Sicherung der pflegerischen Infrastruktur, Beratung mit Trägern, Einrichtungen und Kommunen über Standards und Ausnahmen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 30.01.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2947

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr
s. *Demenz*
Drs 15/1418

Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht nach dem Heimgesetz für BW

Umsetzung der o.g. Dokumentationspflicht in elektronischer bzw digitaler Form ohne zusätzliche Aufbewahrung in Papierform? Entlastung der Pflegekräfte durch Berücksichtigung technischer Neuerungen der Dokumentenverwaltung im Zuge der angekündigten Novellierung des Heimgesetzes

KlAnfr
s. *Dokumentation*
Drs 15/1978

Refinanzierung der Investitionskosten in Altenpflegeeinrichtungen

Darlegung des Handlungsbedarfs aus den Urteilen des Bundessozialgerichts vom 08.09.2011 für die Landes- und Bundesebene, Schaffung von Rechtssicherheit für die Heimträger und Heimbewohner, Positionierung bei der Umsetzung von notwendigen Änderungen auf Bundesebene

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2216
BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.10.2012 Drs 15/2741 S. 25 26
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Wohnkonzept der Landesheimbauverordnung

Bewertung der Vorgabe zum ausschließlichen Bau von Einzelzimmern in den Alten- und Pflegeheimen, mögliche Wohnkonzepte für den Bedarf von „echten“ Zweibettzimmern, Beurteilung einer Zusammenführung von nebeneinanderliegenden Einzelzimmern zu „Nutzungseinheiten“

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 08.08.2012 und Antw SM Drs 15/2201

Anwendung der Verlängerungsoption zur Herstellung des Einzelzimmerstandards gemäß Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO) bei Bestandseinrichtungen

Umsetzung des Einzelzimmerstandards nach Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO) bei Bestandseinrichtungen, insbes Daten zu entfallenden und benötigten stationären Pflegeheimplätzen, wirtschaftlich erforderliche Mindestplatzkapazität, Voraussetzungen für eine verlängerte Übergangsfrist, Regelung in anderen Bundesländern und im derzeit zu erarbeitenden Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 31.01.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2967
BeschlEmpf und Bericht SoZA 14.03.2013 Drs 15/3571 S. 25-27
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Widersprüche zwischen ordnungs- und leistungsrechtlichen Anforderungen beseitigen

Finanzielle Konsequenzen für die Träger von Pflegeheimen durch Widersprüche bei ordnungsrechtlichen Vorgaben der Heimaufsicht und leistungsrechtlichen Maßgaben des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, insbes über Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen nicht abgedeckte unterschiedliche Anforderungen an die Personalausstattung

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 15.05.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3502

Auswirkungen der Auflösung von Komplexeinrichtungen auf den ländlichen Raum

Inanspruchnahme stationärer, teilstationärer und ambulanter Versorgungs- bzw Unterstützungsangebote durch Menschen mit Behinderungen; Nachfrage nach stationären Versorgungsangeboten vonseiten schwerst- und mehrfachbehinderter Menschen; Folgen der Verwaltungsstrukturreform 2005 auf die Versorgung von Menschen mit Behinderungen; Auswirkungen einer Dezentralisierung der Komplexeinrichtungen insbes im ländlichen Raum; Alternativen zur bisherigen Rundumversorgung

KlAnfr
s. *Behinderteneinrichtung*
Drs 15/5070

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Situation der Pflegeheime im Main-Tauber-Kreis

Zahl, Auslastung und Ausbaubedarf bei stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen; Planungen zu Abbau und Mindestbestand an Pflegeheimplätzen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 07.08.2014 und Antw SM Drs 15/5606

Situation der Pflegeeinrichtungen im Kreis Göppingen

Stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen im LKreis; Auslastung der Einrichtungen; Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen; Angebot an Ausbildungsplätzen für Altenpfleger, Pflegehilfskräfte oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen; Angebote für eine Ausbildung in Teilzeit; Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen; Wegfall von Pflegeheimplätzen aufgrund der gesetzlichen Forderung von Einzelzimmern

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6233

Fachkraftquote in Pflegeheimen mit geschlossenem Bereich

Mehrbedarf an Pflegefachkräften in der Nachtwache in geschlossenen Bereichen infolge des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz;

Erarbeitung und Umsetzung einer Landesverordnung

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 15.01.2015 und Antw SM Drs 15/6345

Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung

Grundsätze der Zusammenarbeit; Anpassung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG); Informationsaustausch zwischen Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) über die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse; Vermeidung von Doppelarbeit der Institutionen; Ergebnisse des Modellprojekts im LKreis Ludwigsburg; Steigerung der Effizienz bei der Prüfungsdurchführung

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 15/6561

Situation der Pflegeeinrichtung im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Main-Tauber-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6646

Fachkraftquote und Landesheimpersonalverordnung

Sachstand zu Veränderungen bei der Landesheimpersonalverordnung, insbes Anpassung der Regelungen im Bereich der Fachkraftquote

KlAnfr
s. *Heimrecht*
Drs 15/6843

Situation der Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6935

Auslegungen bei den Ermessenslenkenden Richtlinien (ERL) zur Landesheimbauverordnung (LHeimBauVO)

Klärung von Auslegungsfragen zu den Ermessenslenkenden Richtlinien zur Landesheimbauverordnung, insbes Definition und Berechnung von „Unzumutbarkeit aus wirtschaftlichen Gründen“, Nutzung des vereinfachten Verfahrens von Kleinsteinrichtungen, Feststellung der „Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner“

Antr
s. *Landesheimbauverordnung*
Drs 15/6982

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7063

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Konstanz

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Konstanz, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7185

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Karlsruhe

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Karlsruhe, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich Pflege, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7565

Versorgungsstrukturen für chronische Schmerzpatienten in BW

Zahl der unter andauernden Schmerzen leidenden Personen; Art der diesen Schmerzen zugrundeliegenden Grundkrankheiten; Krankheitstage oder verminderte Erwerbsfähigkeit aufgrund chronischer Schmerzen und Höhe des dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Schadens; Ausbau der ambulanten und stationären Schmerzzentren; Vernetzung und interdisziplinärer Dialog in der Schmerzversorgung; Versorgung chronischer Schmerzpatienten durch Hausärzte; Schmerzversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen und Hospizen

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 15/7615

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/8084

Zunahme des Bedarfs an Betreuungsangeboten und Pflegekräften in den Pflegeheimen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21

Pflegekasse*Evaluation der baden-württembergischen Pflegestützpunkte*

Auswertung des Abschlussberichts über die Pflegestützpunkte in BW und Erörterung der Ergebnisse mit den Pflege- und Krankenkassen

MdlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/4248

Pflegekind*Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW*

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/3480

Kurzzeitpflege stärken

Pflege von Kindern in Pflegefamilien; Zahl der Angebote für Kurz- und Langzeitpflege seit 2005; Vergütung und Anrechnung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung und sonstigen Sozialversicherung; Ungleichbehandlung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern; Unterstützung einer rechtlichen Gleichstellung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern in der Sozial- und Rentenversicherung und der Haftpflichtversicherung

Antr
s. *Pflegefamilie*
Drs 15/7623

Pflegekosten*s.a. Fallpauschalensystem**Angebotsentwicklung in der Pflege*

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen, der Angebote und Inanspruchnahme von ambulanten Diensten, teilstationären und stationären Einrichtungen seit 2001; Anteil von privaten Anbietern, von Selbstzahlern sowie von Menschen mit dem Bezug von Leistungen der Hilfe zur Pflege; Umfang der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger; Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt sowie mit vergleichbaren Ländern

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/350

Wirtschaftliche Situation der Pflegeheime in BW

Darlegung o.g. Daten im Vergleich zu anderen BLändern und zur aktuellen Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft E. & Y.; Entwicklung der Zahl und Auslastung der Heime seit 2001, Darstellung der durchschnittlichen Eigenkapitalquote, Sicherstellung der Rücklagenbildung aus den Investitionsanteilen der Pflegesätze

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/675

Situation der ambulanten Pflege

Entwicklung der Zahl und Trägerstrukturen der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste seit 1995, Zahl der Beschäftigten und betreuten Pflegepersonen, Darlegung der Personalsituation, Gründe für den Personalmangel, Entwicklung der zwischen den Kranken- und Pflegekassen und den Landesverbänden der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste vereinbarten Vergütungssätze seit 2001

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1146

Refinanzierung der Investitionskosten in Altenpflegeeinrichtungen

Darlegung des Handlungsbedarfs aus den Urteilen des Bundessozialgerichts vom 08.09.2011 für die Landes- und Bundesebene, Schaffung von Rechtssicherheit für die Heimträger und Heimbewohner, Positionierung bei der Umsetzung von notwendigen Änderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2216

Situation ambulanter Pflegedienste in BW

Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation der ambulanten Pflegedienste; Rolle der tariflichen Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal sowie der Erhöhung der Pflegevergütung durch die Krankenkassen; Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Dienste bei der Abrechnung mit den Krankenkassen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Pflegebedürftigen

KlAnfr
s. *Pflegedienst*
Drs 15/2799

Zukunft des Heimrechts in der Pflege

Änderung des Landesheimrechts und Umsetzung einer Landespersonalheim-Verordnung, insbes Umsetzung neuer dezentraler Wohn- und Pflegeformen mit zumutbaren Pflegesätzen

Antr
s. *Heimrecht*
Drs 15/3296

Widersprüche zwischen ordnungs- und leistungsrechtlichen Anforderungen beseitigen

Finanzielle Konsequenzen für die Träger von Pflegeheimen durch Widersprüche bei ordnungsrechtlichen Vorgaben der Heimaufsicht und leistungsrechtlichen Maßgaben des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen, insbes über Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen nicht abgedeckte unterschiedliche Anforderungen an die Personalausstattung

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/3502

Hospize fördern

Höhe der finanziellen Defizite der Hospize im Land; Umfang der durch Spenden zu erwirtschaftenden Beträge; Finanzierung der Zusatzangebote; Zahl der jährlich von den Krankenhäusern an die Hospize überwiesenen Patienten; Höhe der Einsparungen

für die Krankenhäuser bzw die Krankenkassen; Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Aufrechterhaltung des Hospizbetriebs; Bundesratsinitiative für eine Auszahlung des vollen Pflegesatzes an die Hospize

Antr
s. *Hospiz*
Drs 15/4113

Finanzierung der stationären Palliativversorgung im Hospiz

Neue Erkenntnisse zur finanziellen Lage der Hospize; Hintergrund der unterschiedlichen Höhe der Tagessätze für stationäre Palliativversorgung in den Bundesländern; Reduzierung der Unterdeckung der stationären Palliativversorgung auf den zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Eigenanteil der Hospize von zehn Prozent

Antr
s. *Hospiz*
Drs 15/5588

Pflegekraft

s. *Pflegepersonal*

Pflegepersonal

s.a. *Pflegeausbildung*

Migranten in Pflegeberufen

Einschätzung der zu erwartenden Zahlen von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund, deren besonderen Bedürfnisse und Konsequenzen für die Pflegestrukturen im Land; Anteil von Migranten unter den Schülern an Alten- und Krankenpflegeschulen und unter den Beschäftigten in Pflegeberufen, Maßnahmen zur Steigerung dieser Anteile; Berücksichtigung der kultursensiblen Pflege iRd Ausbildung und bei der Neufassung des LandesheimGes und der Landesheimpersonalverordnung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/285
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 43 44
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Die Zukunft der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Bewertung der Einschnitte für den Bereich der beruflichen Qualifizierungen in der Altenpflege

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/444

Situation und Perspektive der medizinischen Berufe und Studiengänge in BW

Darstellung des o.g. Bedarfs und Angebots, insbes in der Alten- und Krankenpflege; Anerkennung von in- und ausländischen Berufskennntnissen und -abschlüssen zur Aufnahme eines medizinischen Studiums; Unterstützung einer verstärkten hochschulübergreifenden Zusammenarbeit; Erarbeitung eines mit den Verbänden und Trägern im Gesundheits-, Alten- und Pflegebereich abgestimmten Konzepts für den Ausbau der medizinischen Studiengänge

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/512

Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsankennung und Anrechnung der Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/531

Sachstand zum elektronischen Gesundheitsberuferegister (eG-BR)

Zeitplan einer möglichen Einführung, erfasste Berufsgruppen, Beurteilung der Forderung und des Verfahrensstands in Bayern zur Einführung einer eigenen Heilberufe- und Pflegekammer

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/538

Ausbildung in der Pflege in BW

Entwicklung der Zahl von Schulen für die Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege sowie der dort vorhandenen und besetzten Ausbildungsplätze seit 2001; Erfahrungen mit der Ausbildungsumlage für Altenpflegeberufe, vollständiger Einsatz der Mittel für Ausbildungszwecke

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/539

Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund

Bewertung der Versorgungssituation und besonderen Bedürfnisse der o.g. Menschen, entsprechende Vorbereitung der ambulanten und stationären Pflegedienste und Pflegefachkräfte; Unterstützung der interkulturellen Öffnung von Pflegeheimen und -diensten sowie deren Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/888

Pflegesituation im Landkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Angebote von ambulanten Pflegediensten seit 2001, Zahl und Auslastung von stationären und teilstationären Einrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen seit 2001; Einrichtung und Finanzierung eines Pflegestützpunkts

KlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/1033

Situation der ambulanten Pflege

Entwicklung der Zahl und Trägerstrukturen der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste seit 1995, Zahl der Beschäftigten und betreuten Pflegepersonen, Darlegung der Personalsituation, Gründe für den Personalmangel, Entwicklung der zwischen den Kranken- und Pflegekassen und den Landesverbänden der Sozialstationen und ambulanten Pflegedienste vereinbarten Vergütungssätze seit 2001

Antr

s. *Pflege*
Drs 15/1146

Einsatz von pflegeunterstützender Technologie in BW

Erforschung, Erprobung und Einsatz von Assistenzsystemen im Bereich der Pflege und Betreuung; Ziele und Erfolge der Initiative „Ambient Assisted Living“ (AAL) des Bundes; beteiligte Forschungsinstitutionen und Unternehmen; spezielle mobile Technologien zur Erleichterung der Dokumentations-Arbeit der Pflegekräfte

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/1278

Pflege in BW

Entwicklung der Zahl und Altersstruktur der beschäftigten, verfügbaren und benötigten Pflegekräfte in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege in den entsprechenden Einrichtungen seit 2001 und bis 2027; Maßnahmen zur Optimierung der Aus-, Fort- und Weiterbildung; Darlegung des Angebots und der Voraussetzungen für ein Hochschulstudium und für Assistenzberufe in der Pflege unter Anrechnung einer Vorausbildung; Förderung der Erforschung und des Einsatzes von alltagsunterstützender Technik zur Entlastung der Pflegepersonen

GrAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/1340

Auswirkung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie

Auswirkungen der Einführung eines Europäischen Berufsausweises auf die Interessen der berufsständischen Kammern und Verbände, Auswirkungen der Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen auf eine zwölfjährige Schulausbildung für die Berufe im Gesundheitswesen, insbes für Pflegekräfte und Hebammen; Beurteilung der Anhebung der Mindestausbildungsdauer von mindestens sechs Jahren für Architekten sowie der Aufnahme der Notare in den Anwendungsbereich der Richtlinie und Anerkennung von ausländischen Praktika im juristischen Vorbereitungsdienst; Frage nach der Umsetzung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Antragssteller sowie des Instruments des Vorwarnmechanismus im Land

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1387

Würdevoller Umgang mit Demenzkranken

Anpassung der Bedingungen in von Demenzkranken bewohnten Pflegeeinrichtungen an neuere Pflege- und Betreuungskonzepte, Hinwirkung auf eine würdevolle Betreuung bei stationären Krankenhausaufenthalten, Berücksichtigung der besonderen Belange dementer Menschen in der Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeberufe

Antr
s. *Demenz*
Drs 15/1418

Unterrichtsbefähigung für Pflegeausbildungen - Ausbildung der Ausbilder

Rechtliche Voraussetzungen für die Zuerkennung der Lehrbefähigung „Pflege“ bzw für eine Unterrichtstätigkeit in den Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflegesschulen; Auflistung der Einrichtungen mit Studien- und Ausbildungsangeboten, Entwicklung der dort vorhandenen und benötigten Ausbildungsplätze sowie der Absolventenzahlen seit 2001

Antr
s. *Pflegeausbildung*
Drs 15/1859

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/2333

Migranten in Pflegeberufen

Aktuelle Anzahl der o.g. Personen; Veränderungen im Vergleich zu vergangenen Jahren und ihre Ursachen, Maßnahmen und Anreize zur Erhöhung der Anzahl der Pflegekräfte aus dem Personenkreis der Migranten; Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung, Anzahl der Auszubildenden und Ausbildungsplätze

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2433

Situation ambulanter Pflegedienste in BW

Gründe für die schlechte wirtschaftliche Situation der ambulanten Pflegedienste; Rolle der tariflichen Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal sowie der Erhöhung der Pflegevergütung durch die Krankenkassen; Reduzierung des Verwaltungsaufwands der Dienste bei der Abrechnung mit den Krankenkassen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung der Pflegebedürftigen

KlAnfr
s. *Pflegedienst*
Drs 15/2799

Weiterentwicklung des Berufsbilds Heilerziehungspflegerin/Heilerziehungspfleger

Situation des Heilerziehungspflegeberufs, insbes Vereinheitlichung der Ausbildung, Probleme bei der Anerkennung als Pflegefachkräfte sowie Weiterentwicklung des Berufsbilds und Spezialisierung

Antr
s. *Heilerziehungspfleger*
Drs 15/3050

Anforderung an die Sprachkenntnisse ausländischer Pflegekräfte in BW

Anerkennung ausländischer Kranken- und Altenpfleger als Fachkräfte; Rechtsgrundlage für die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen, zuständige Stellen; Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern; Wettbewerbsnachteile für Pflegeeinrichtungen in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse ausländischer Fachkräfte

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 22.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3273
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 49 50
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau

Aktuelle Debatte
s. *Krankenhausfinanzierung*
PIPr 15/66 S. 3987

Krank, kränker, Krankenhaus? Unzureichende Krankenhausbetriebskostenfinanzierung belastet Pflegepersonal und verschärft Personalabbau

Aktuelle Debatte
s. *Krankenhausfinanzierung*
PIPr 15/68 S. 4098

FSJ-Plätze (Freiwilliges Soziales Jahr) im Bereich Pflege in BW
Gewinnung junger Menschen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahl der FSJ-Plätze in den Stadt- und Landkreisen; FSJ-Plätze in der Altenpflege, in der Arbeit mit behinderten Menschen und in Krankenhäusern; Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses im sozialen Bereich nach Abschluss des Freiwilligendienstes; Anerkennung des Freiwilligen Sozialen Jahrs bei einer anschließenden Ausbildung im sozialen Bereich

KlAnfr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/3942

Fachkräfte im Berufsfeld Altenpflege in BW

Frauenanteil, Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie Fachkräftemangel im Berufsfeld Altenpflege in BW; Vergleich zur weniger polarisierenden Beschäftigungssituation der Fachkräfte im Berufsfeld Altenpflege in Skandinavien

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 27.11.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4393
BeschlEmpf und Bericht SozA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 81 82
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Die Situation der Kliniken im LKreiss Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4691

Herausforderungen und Handlungsbedarf bei der Pflege in der eigenen Häuslichkeit

Situation bei pflegebedürftigen Menschen in der eigenen Häuslichkeit, insbes Erkenntnisse über auftretende Pflegefehler, Herausforderungen der Qualitätssicherung, Handlungsbedarf bei den verschiedenen Vermittlungs- und Beschäftigungsformen von Betreuungskräften aus dem Ausland nach den Arbeits- und Sozialvorschriften und der Entrichtung von Steuer- und Sozialbeiträgen

Antr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/4870

Das Pflegestärkungsgesetz - ein erster Schritt, um gute Pflege zu sichern, gute Arbeit für Pflegefachkräfte zu ermöglichen und die Pflegeinfrastruktur auszubauen

Aktuelle Debatte
s. *Pflege*
PIPr 15/101 S. 6021

Situation der Pflege im LKreis Waldshut

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis Waldshut

KlAnfr Felix Schreiner CDU 27.06.2014 und Antw SM Drs 15/5389

Palliativversorgung in BW auch in der Geriatrie stärken

Zahl der in palliativmedizinischer Behandlung befindlichen Personen; tatsächlicher Bedarf und Versorgungsdichte; palliativmedizinische Versorgung multimorbider geriatrischer Patienten insbes in Einrichtung der stationären Pflege; Förderung einer Verbesserung der palliativen Versorgung; Erwerb von Grundkompetenzen in der Palliativbetreuung durch alle im Gesundheitswesen tätigen Personen

Antr
s. *Palliativmedizin*
Drs 15/5668

Situation der Pflege im LKreis Esslingen

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis Esslingen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 19.09.2014 und Antw SM Drs 15/5751

Situation der Pflege im LKreis Heidenheim

Anzahl der in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege beschäftigten Pflegekräfte; zahlenmäßige Entwicklung der Pflegekräfte sowie der Empfänger von Pflegeleistungen seit dem Jahr 2000; Prognose des künftigen Bedarfs an Pflegepersonal in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und ambulanten Pflegediensten; Zukunft der Pflege im ländlichen Raum; private und öffentliche Träger der Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste im Kreis

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/5764

Situation der Pflege im Schwarzwald-Baar-Kreis

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr Karl Rombach CDU 09.10.2014 und Antw SM Drs 15/5856 (11 S.)

Stabile Regelung für häusliche Betreuung durch externe Betreuungskräfte sicherstellen

Aktuelle Daten zur häuslichen Pflege in BW; statistische Erfassung der Pflegefälle und der Qualität der Betreuung; Fördermodelle zur Betreuung in anderen Staaten der Europäischen Union; Initiierung eines Hausbetreuungsgesetzes im Bundesrat mit folgenden Inhalten: Fördermittelmodell zur Betreuung von Pflegebedürftigen, arbeits- und steuerrechtliche Einordnung des Be-

rufs des Personenbetreuers, Sicherung der Betreuungsqualität und Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Antr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/5931

Situation der Pflegehelfer

Sachstand bei der Umsetzung der Nachqualifizierung zum Beruf des Altenpflegers von bereits im Pflegebereich Arbeitenden und Berufsrückkehrern, insbes Erfahrungen mit den Netzwerken Altenpflegeausbildung sowie regionalen Kooperationsverbänden zur Nachqualifizierung, Bewertung der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege 2012-2015

Antr Jutta Schiller u.a. CDU 06.11.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6094
BeschlEmpf und Bericht SozA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 50 51
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Pflegesituation im LKreis Rottweil

Entwicklung der Pflegesituation im LKreis Rottweil, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6312

Fachkraftquote in Pflegeheimen mit geschlossenem Bereich

Mehrbedarf an Pflegefachkräften in der Nachtwache in geschlossenen Bereichen infolge des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes; Erarbeitung und Umsetzung einer Landesverordnung

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/6345

Situation der Pflege im LKreis Sigmaringen

Entwicklung der Pflegesituation im Landkreis Sigmaringen, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6364

Aktuelle Situation der Pflege im Wahlkreis 33

Entwicklung der Pflegesituation im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33), insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern; Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6390

Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte

Sachstand zu Vorgaben und Verfahren bei der Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Pflegekräfte, insbes Auswirkung der Umstrukturierung der bisherigen Abteilungen der Regierungspräsidien auf die Verfahrensdauer, Daten zu gestellten Anträgen und Entscheidungen sowie zu Ablehnungsgründen

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 20.03.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6640

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 36-38
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Situation der Pflegeeinrichtungen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Pflegesituation im Stadt- und LKkreis Heilbronn, insbes Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten, Auslastung der Einrichtungen, Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Ausbildungsmöglichkeiten für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6705

Auswirkungen einer Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen auf BW

Sachstand zu Auswirkungen einer Reform der Pflegeausbildung auf BW, insbes auf Präsenzzeiten der Auszubildenden, Refinanzierung der Ausbildungskosten, Attraktivität der Ausbildung im ländlichen Raum, Ansiedlung neuer integrierter Schulen zur beruflichen Qualifizierung des generalistischen Ausbildungsgangs, Bestandsschutz der staatlichen Altenpflegeschulen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 09.04.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6721
BeschlEmpf und Bericht SozA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 61-63
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim (Wahlkreis 42)

Entwicklung der Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6891

Überbelastung der Intensivpflegekräfte

Gewinnung von Pflegefachkräften für die Intensivstationen an den Universitätskliniken in BW; Belastung der Intensivpflegekräfte durch Überstunden; Sicherstellung der Versorgung von Intensivpatienten

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 18.12.2015 und Antw MWK Drs 15/7907

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und des Bedarfs an Pflegekräften, Verbesserung der Attraktivität der Pflegeberufe

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 25

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und des Bedarfs an Pflegekräften, Verbesserung der Attraktivität der Pflegeberufe

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1320

Angemessene Bezahlung der hoch qualifizierten Pflegekräfte

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1842 1843 1846

Pflegesatz

s. *Pflegekosten*

Pflegestützpunkt

Pflegestützpunkte

Stand der flächendeckenden Einrichtung o.g. Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige; Abdeckung des zu erwartenden Unterstützungs- und Beratungsbedarfs durch die Einrichtung zusätzlicher Stützpunkte

Antr Werner Raab u.a. CDU 10.11.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/863
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 40 41
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Pflegesituation im LKkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Angebote von ambulanten Pflegediensten seit 2001, Zahl und Auslastung von stationären und teilstationären Einrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen seit 2001; Einrichtung und Finanzierung eines Pflegestützpunkts

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 15.12.2011 und Antw SM Drs 15/1033

Evaluation der baden-württembergischen Pflegestützpunkte

Auswertung des Abschlussberichts über die Pflegestützpunkte in BW und Erörterung der Ergebnisse mit den Pflege- und Krankenkassen

MdlAnfr 4) Werner Raab CDU 30.10.2013 Drs 15/4248
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4908 4909

Ausbau der Pflegestützpunkte in BW

Evaluationsergebnisse und Ausbauplanungen für die Pflegestützpunkte in BW

KlAnfr Werner Raab CDU 26.05.2014 und Antw SM Drs 15/5265

Pflegestützpunkte im LKkreis Karlsruhe und Evaluierung in BW

Bewerbungsverfahren im LKkreis Karlsruhe zur Errichtung weiterer Pflegestützpunkte; Ergebnisse der Evaluierung der Pflegestützpunkte in BW und Erkenntnisse der LReg

KlAnfr Werner Raab CDU 29.05.2015 und Antw SM Drs 15/6929

Ausbau der Pflegestützpunkte, Überarbeitung des Heimgesetzes, Verbesserung der Pflegeinfrastruktur im ländlichen Raum

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1316-1320 1326 1328

Pflegeversicherung

s.a. *Pflege*

Geriatrische Rehabilitation in BW

Nachfrage nach geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen; Wirksamkeit geriatrischer Leistungen im Hinblick auf den Eintritt der Pflegebedürftigkeit alter Menschen; Angebote in stationärer, ambulanter und mobiler Form; Stand der Kostenübernahme durch die Krankenkassen; Zweckdienlichkeit der geriatrischen Versorgungsstrukturen; Verknüpfung der medizinischen Versorgung älterer Menschen mit den Pflegestrukturen; Beteiligung der Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 15/4614

Pflegerwissenschaft

s. *Pflege*

Pflichtstundenzahl

Ergänzungsbereich an den Grundschulen im LKreiss Esslingen
Umfang und Bildungsangebote im Ergänzungsbereich differenziert nach der jeweiligen Grundschule im LKreiss Esslingen; Streichung von Deputatsstunden an Grundschulen; Bewertung von Angeboten im Ergänzungsbereich; Umfang und Weiterführung dezidiert Förderangebote

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2833

Erweiterte Unterrichtsverpflichtung für Referendare

Geplante Ausweitung der Unterrichtsverpflichtung für Referendare - differenziert nach Schularten; Geltung der Fürsorgepflicht für Referendare durch Schutz vor einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung

MdlAnfr
s. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*
Drs 15/2843

Situation der Fachlehrer und Technischen Lehrer

Schularbezogene Deputatsangleichungen, Besoldung und Beförderungsmöglichkeiten für Technische Lehrkräfte

KlAnfr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/3029

Altersermäßigung für Lehrkräfte

Grundlage, Ausgestaltung und Zukunft der bisherigen Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes Regelung für die einzelnen Schularten, Abstimmung mit den Lehrerverbänden und Gewerkschaften; Regelung der Altersermäßigung für Schwerbehinderte; Umschichtung von gestrichenen Mitteln zur Altersermäßigung in andere Maßnahmen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes für Lehrkräfte

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/3417

Altersermäßigung muss erhalten bleiben - keine Haushaltssanierung auf Kosten der Lehrergesundheit

Pläne der LReg zur Streichung bzw Verschiebung der Altersermäßigung für Lehrkräfte, insbes konkrete Verwendung der eingesparten Ressourcen aus einer geplanten Streichung bzw Verschiebung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/4288

Pforzheim

s.a. *Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis*

Haltung der LReg zum Bau von Umgehungsstraßen

Eintreten beim Bund für den zügigen Bau von geplanten Umgehungsstraßen im Zuge von Bundesstraßen, u.a. für den Bau der Westtangente Pforzheim

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/16

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenselbstbedienungsautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/152

Bewahrung und kulturelle Vermittlung des humanistischen Erbes

Bedeutung des Erbes von Johannes Reuchlin und Philipp Melanchthon in BW; Möglichkeiten für eine breite Vermittlung über die Standortpräsentationen in Pforzheim und Bretten hinaus, insbes für Schüler

KlAnfr
s. *Weltanschauung*
Drs 15/274

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreiss Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/367

Zukunft der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in den soziokulturellen Zentren

Anteil und Bewertung der Kinder- und Jugendarbeit an den Kursangeboten der soziokulturellen Zentren; Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagschulen auf die Nachfrage, u.a. auch beim Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

KlAnfr
s. *Soziokultur*
Drs 15/388

Museale Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Förderung von Gedenkstätten und Museen zur Geschichte der DDR und der Teilung Deutschlands in BW, insbes des DDR-Museums Pforzheim bzw des Trägervereins „Gegen das Vergessen e.V.“

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 15/474

Stadtbahn von Pforzheim nach Ittersbach

Planungsstand und Realisierungschancen einer Stadtbahnlinie von Pforzheim nach Ittersbach

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/489

Tank- und Rastanlage im Enztal / A 8

Planungsstand der o.g. Tank- und Rastanlage an der Ausfahrt Pforzheim-Ost; Ausmaß der Flächen, die durch den Bau neu ver-

siegelt werden; vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen; Größe der Tanks zur Lagerung grundwassergefährlicher Stoffe und Einstufung des damit verbundenen Gefährdungspotenzials; Maßnahmen zum Oberflächen- und Grundwasserschutz

KlAnfr
s. *Rastanlage*
Drs 15/499

Unterrichtsausfall an Schulen in Pforzheim und im Enzkreis
Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/509

Verweigerung von Gründungszuschüssen für Existenzgründer durch die Agentur für Arbeit in Pforzheim und im Enzkreis

Gründe für die Verweigerung o.g. Zuschüsse im Gegensatz zu anderen Agenturen und zur Intention der Programme; Bewertung der Zugrundelegung einer geplanten Rechtsänderung vor deren Inkrafttreten

KlAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 15/657

Planungen für Hochspannungsleitungen im Enzkreis und in Pforzheim

Darlegung o.g. Pläne, Bewertung der wohngebietsnahen Trassenführungsvariante in Ispringen, Eintreten für Alternativen bzw für eine Erdverkabelung

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/666

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis

Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadtbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/841

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/864

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelumichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbunds? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landes-

straße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/934

Zukunft von Kreisverkehrsplätzen im Enzkreis und in Pforzheim
Verbot von Bäumen, Kunstwerken u.a. Gestaltungselementen auf den Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen nach einem neuen Erlass des MVI, Begründung der Vorgaben, betroffene Standorte und deren Unfallhäufigkeit im Enzkreis, Höhe und Träger der Umbaukosten im Enzkreis und landesweit

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1096

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des verbundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/1261

Niederschwellige Ausstellungsmöglichkeiten für nicht etablierte Künstlerinnen und Künstler in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 15/1318

Sparzwänge bei Streifenfahrten der Polizei im Enzkreis und in Pforzheim

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim; Darstellung der Personalsituation beim Polizeirevier Mühlacker u.a. Dienststellen im Bereich der PD Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1346

Einsatz privater Sicherheitsdienste durch Kommunen im Enzkreis und in Pforzheim

Beauftragung von privaten Sicherheitsdienstleistern mit Aufgaben ohne konkrete Veranlassung durch öffentliche Veranstaltungen, Darlegung der zuvor von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben, Frage nach den Kosten und einem Zusammenhang mit der Personal- und Sachausstattung der zuständigen Polizeiposten

KlAnfr
s. *Sicherheitsgewerbe*
Drs 15/1358

Hochwasserschutz im Enzkreis und in Pforzheim

Unterstützung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes am Enzufer in Mühlacker-Dürrenz sowie im Mühlacker Flussvorland nahe der Hartplätze und des Freibads

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/1359

Polizeireform: Auswirkungen auf den Enzkreis/Pforzheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1391

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/1521

Daten zu den Polizeidirektionen in Pforzheim, Ludwigsburg und Böblingen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten Jahren; Darlegung der verfügbaren Liegenschaften als Grundlage der Entscheidung für Ludwigsburg als Standort des künftigen Präsidiums

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1554

Bau von Umgehungsstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bau von Umgehungsstraßen im Bereich der Bundesstraßen; Eintreten für eine zügige Planfeststellung des zweiten Bauabschnitts der Pforzheimer Westtangente; Kriterien für die Bearbeitung noch nicht begonnener planfestgestellter Maßnahmen des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/1558

Hilfen des Landes für Städte und Gemeinden bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Bisherige und künftige Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/1559

Unterstützung kommunaler Kinderbetreuungsangebote in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung der Neubauten von Kindertagesstätten auch für bereits bestehende Krippengruppen, u.a. im Fall des bestehenden Krippenangebots der Gemeinde Friolzheim; Unterstützung der Kommunen bei Betreuungsangeboten für Grundschul Kinder

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1562

Integration fördern, Situation der irakischen Einwanderer in Pforzheim verbessern

Ausmaß der o.g. Zuwanderung nach BW und Pforzheim seit 2002, Anteil von Familiennachzug und Kindern, Volks- und Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge und daraus folgende Probleme; Unterstützung der Stadt Pforzheim, insbes bei einer angemessenen Quartiersdurchmischung der Wohnbevölkerung sowie einer integrationsfördernden Beschulung der oft besonders förderbedürftigen irakischen Kinder an den innerstädtischen Schulen, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/1574

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr
s. *Nordschwarzwald, Region*
Drs 15/1644

Zuverlässigkeit von öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Verbindungen in Pforzheim und dem Enzkreis

Verspätungen und mangelnde Fahrgastinformation auf der Stadtbahnlinie S 5 zwischen Karlsruhe, Pforzheim und Bietigheim-Bissingen; Behebung der defekten Fahrscheinautomaten auf der Linie S 5; Installation der zugesagten Aufzüge am Pforzheimer Hauptbahnhof sowie eines ausreichenden Wetterschutzes am Pforzheimer Busbahnhof

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/1662

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Pforzheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1878

Gehören die Särge in der Pforzheimer Fürstengruft dem Land?

Zuordnung der Särge und Gebeine von Mitgliedern der ehemaligen badischen Herrscherfamilie in der Gruft der Schloss- und Stiftskirche St. Michael in Pforzheim in das Eigentum des Landes nach Auffassung eines Karlsruher Rechtshistorikers und Rechtsanwalts; Klärung der Eigentumsfrage und damit des Zutritts mit der Möglichkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung der Särge

KlAnfr
s. *Grab*
Drs 15/1955

Ausbau von Kindertagesstätten in Pforzheim und dem Enzkreis
Bewertung der Betreuungsquote im landesweiten Vergleich; vorliegende Anträge auf Förderung betrieblicher Kindertagesstätten und deren Erfolgsaussichten, u.a. des Antrags der Arcus-Kliniken in Pforzheim; Erwartung einer Entspannung der Antragslage im Regierungsbezirk Karlsruhe infolge der aus dem Fiskalpakt zugeteilten Aufstockungsmittel für den Ausbau von Kindertagesstätten

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/2074

Lehrermangel an beruflichen Schulen in Pforzheim und dem Enzkreis

Kürzungen beim Wirtschaftsgymnasium und hohe Klassengrößen an der Fritz-Erler-Schule in Pforzheim aufgrund des Lehrermangels; Erwartung weiterer Auswirkungen durch den erlassenen Überstundenstopp, Pensionierungen und Ausfälle durch Schwangerschaften und Elternzeiten; Frage nach Maßnahmen zur Beseitigung des akuten Lehrermangels

KlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2184

Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Darstellung o.g. Maßnahmen für den Abschnitt bei Remchingen-Nöttingen und zwischen Karlsbad und Pforzheim-West, erneute Überprüfung der Lärmschutzplanung anhand des für 2025 prognostizierten Verkehrsaufkommens; Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen sowie für die Aufbringung von Flüsterasphalt in der Nähe von Remchingen-Nöttingen und Remchingen-Darmsbach

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2291

Lehrerversorgung in Pforzheim/Enzkreis

Zahl der Lehrerstellen (Vollzeitstellen und Teilzeitstellen) in den verschiedenen Schularten; frei werdende, wieder besetzte und unbesetzte Stellen zum Schuljahr 2012/2013, eingeplante Krankheitsvertretungen; zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts notwendige Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2338

Unzuverlässigkeit des Stadtbahnverkehrs in Pforzheim und dem Enzkreis

Angaben zu Zugverspätungen und Zugausfällen seit Januar 2012; Auskunft über Zugausfälle aufgrund fehlenden Zugpersonals oder fehlender Wagen bei der Stadtbahnlinie 9 (Mühlacker - Bruchsal) und den Einsatz von Wagen des Saarbrücker Verkehrsverbunds auf dieser Linie; Aufforderung zur Beseitigung der Missstände auf den Stadtbahnlinien S 5 (Karlsruhe - Bietigheim-Bissingen) und S 9

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2353

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enz-

kreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweißstein und Unterreichenbach im LKreiszweig Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2354

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Sperrzeitverlängerung von Spielhallen

Verwerfung der Verordnung der Stadt Pforzheim zur Sperrzeitverlängerung durch den VGH mit Verweis auf das Nichtvorliegen eines atypischen örtlichen Gefahrenpotenzials, Bewertung als Schlag im Kampf gegen die Spielsucht; Überlegungen über eine Veränderung der Rechtslage

KlAnfr
s. *Polizeistunde*
Drs 15/2463

Schlussfolgerungen aus der Umfrage zum Migrationshintergrund von Schülern in Pforzheim

KlAnfr
s. *Umfrage*
Drs 15/2475

Umweltzonen als bürokratische Hürde für Schausteller und Marktbeschicker in Pforzheim und dem Enzkreis

Erfahrungen und Rückmeldungen zu den Umweltzonen in Pforzheim und Mühlacker für den Zugang von Kraftfahrzeugen bestimmter Schadstoffgruppen von Schaustellern und Marktbeschickern; Bedingungen, Verfahrenswege und Gesamtkosten für die Beantragung von Sondergenehmigungen, Ausnahmeregelungen oder Anerkennung wirtschaftlicher Härtefälle; Schaffung zeitlich begrenzter ortsbezogener Ausnahmeregelungen; unbürokratische Möglichkeiten eines flexibleren Umgangs mit Umweltzonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/2846

Verbesserung der Zuganbindung des Enzkreises und Pforzheims an Stuttgart, Karlsruhe und das Fernbahnnetz

Zugangebot, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeitswerte für Pforzheim auf der Bahnstrecke Stuttgart-Karlsruhe, insbes der Interregio-Express-Züge (IRE); Pünktlichkeitswerte und Maßnahmen zur guten Erreichbarkeit der Intercity-Express-Züge (ICE) in Karlsruhe für Fahrgäste aus Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.01.2013 und Antw MVI Drs 15/2892

Fahrplanpannen im Enzkreis und in Pforzheim

Fehlerhafte Fahrpläne des regionalen Schienenverkehrs seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012; betroffene Zugverbindun-

gen; Abhilfe bei Servicemängeln im Stadtbahnnetz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2915

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Enzkreis und im Stadtkreis Pforzheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2972

Perspektiven einer Fachschule für Technik - Fachrichtung Medizintechnik an der Heinrich-Wieland-Schule Pforzheim

Entwicklung der Medizintechnik im Raum Pforzheim; Fachkräftebedarf im Bereich Werkzeugmechaniker und Feinwerkmechaniker; Beurteilung bereits bestehender Fachschulen für Technik - Fachrichtung Medizintechnik in Heidelberg und Ansbach; Einrichtung eines entsprechenden Ausbildungsgangs an der Heinrich-Wieland-Schule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Fachschule*
Drs 15/3060

Stadtbahnstrecken zwischen Karlsruhe und Bietigheim

Erhöhung der Pünktlichkeit und der Fahrgastzahlen auf der Stadtbahnlinie S 5; Verlegung eines dritten Gleises auf der Strecke zwischen Pfinztal-Söllingen und Pforzheim; Vorschlag, die Stadtbahnlinie S 5 in Pforzheim enden zu lassen und dafür die von Bad Wildbad kommende Linie S 6 nach Bietigheim-Bissingen durchzubinden

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3103

Polizeilicher Einsatz zum Gedenktag am 23. Februar 2013 in Pforzheim

Auskunft über die an diesem Tag in der Region Pforzheim durchgeführten Demonstrationen und ihre jeweilige Teilnehmerzahl; politische Zuordnung und Aggressionspotenzial der einzelnen Teilnehmergruppen; zeitlicher und räumlicher Ablauf der Demonstrationen; Straftaten, Gewaltausübung, Anzahl der verletzten Personen (Demonstranten, Polizisten und sonstige Beteiligte); Zahl und Organisationseinheiten der eingesetzten Polizeibeamten; abschließende Beurteilung des Polizeieinsatzes

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/3146

Ophthalmologische Versorgung im Raum Pforzheim/Enzkreis

Regionale und fachliche Bedeutung der Augenklinik des Klinikums Pforzheim; Sicherung ihres Fortbestands

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/3207

Hilfen des Landes für die Stadt Pforzheim bei der Integration großer Flüchtlingsgemeinschaften

Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden; Anfragen und Anträge der Stadt Pforzheim zur Förderung von Integrationsmaßnahmen seit 2012; Bewilligung zusätzlicher Fördermittel; Einschätzung der gewalttätigen, einen Polizeieinsatz erfordernden Auseinandersetzungen unter irakischen Jesiden in der Pforzheimer Innenstadt; Ausweitung schulischer Integrationsmodelle auf irakische Schüler

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3319

Weiterführung von Stadtbahnlinien im Enzkreis

Lösungsvorschläge zur Weiterführung bestehender Stadtbahnlinien; Weiterführung der Stadtbahn S 11 von Ittersbach über Keltern-Weiler, Keltern-Ellmendingen, Keltern-Dietenhausen bis zur Haltestelle der S 5 Remchingen/Wilferdingen-Singen; Anbindung von Karlsbad-Mutschelbach und Karlsbad-Auerbach; Konkurrenz zum Metrobus-Konzept der Stadt Pforzheim

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3372

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hausaufgaben*
Drs 15/3381

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3390

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf Ganztagschulen in offener Angebotsform im Enzkreis und in Pforzheim

Zahl der an den einzelnen Ganztagschulen entfallenden Entlastungsstunden; Existenzgefährdung von Ganztagschulen in offener Angebotsform durch die Streichung der Entlastungsstunden; Sicherstellung des Fortbestands des fünfzügigen Theodor-Heuss-Gymnasiums Mühlacker; Aufrechterhaltung zusätzlicher Angebote wie z.B. Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustauschprogramme und Präventionsprojekte

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/3402

Friedlich zusammenleben - Maßnahmen gegen Gewalt irakischer Migranten in Pforzheim

Ursachen der Gewalteskalation zwischen jesidischen Irakern am 2. April 2013 in Pforzheim; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Gewaltausbrüche; Prüfung der Aufenthaltserlaubnis der beteiligten Gewalttäter in Deutschland; Unterstützung der Stadt Pforzheim bei der Integration der irakischen Jesiden

KlAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/3420

Zukunft von Sozialstationen im Enzkreis und in Pforzheim

Finanzierungslücken bei den Personalkosten und steigende Verwaltungskosten bedrohen Sozialstationen in ihrer Existenz

KlAnfr

s. *Sozialstation*

Drs 15/3542

Hochwasserschäden im Enzkreis und in Pforzheim

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten

KlAnfr

s. *Hochwasserschaden*

Drs 15/3573

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Enzkreis/Pforzheim

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; Umfang der Angebote im Ergänzungsbereich; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts an den Berufsschulen im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen

KlAnfr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/3580

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Späßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KlAnfr

s. *Verkehrskontrolle*

Drs 15/3610

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3670

Einbruchserie in Pforzheim

Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim seit Beginn des Jahres 2013 im Vergleich zu den Vorjahren; besonders betroffene Stadtteile; Ursachen für einen Anstieg der Einbrüche; Durchführung von Gegenmaßnahmen; Auswirkungen der Polizeireform auf Prävention und Strafverfolgung

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/3696

Qualität des Bahnverkehrs im Enzkreis und in Pforzheim

Bewertung des Nahverkehrs auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart; Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte im Schienenpersonennahverkehr gegenüber den Jahren 2008 und 2009; Aussicht auf einen Streckenausbau; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte und des Services im regionalen Stadtbahnbetrieb

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3704

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungs-klassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztags-schulen

KlAnfr

s. *Werkrealschule*

Drs 15/3872

Ernteausfälle im Enzkreis und in Pforzheim infolge von Sturm- und Hagelschäden

Ernteausfälle infolge der Hagelstürme im Juli 2013; Gesamtschadenssumme in den landwirtschaftlichen Betrieben im Enzkreis und in Pforzheim; Versicherungsschutz gegen Hagelschäden; finanzielle Unterstützung der geschädigten Landwirtschaftsbetriebe

KlAnfr

s. *Ernteschaden*

Drs 15/3889

Zugausfälle auf der Bahnstrecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe

Zahl der Zugausfälle in den vergangenen zwölf Monaten; Vorkehrungen zur Vermeidung von Zugausfällen aufgrund von Missgeschicken des Zugpersonals; Verwirklichung von Barrierefreiheit am Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4002

Unbesetzte Lehrerdeputate an der Waldschule Pforzheim-Büchenbronn

Lehrkräftebedarf der Waldschule Büchenbronn; Zuteilung weiterer Lehrkräfte zur Behebung des bestehenden Unterrichtsdefizits; Zusatzstunden für einen stufengetrennten Unterricht in den Kernfächern in Klasse 6 und Klasse 7; Lösungsvorschläge

für die lehrplanmäßige Unterrichtserteilung in zusammengelegten Klassen; Chancengleichheit für die Schüler der Waldschule Büchenbronn

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4143

Anmeldesituation am Theodor-Heuss-Gymnasium Pforzheim

Außergewöhnlich hohe Nachfrage nach dem neunjährigen Weg zum Abitur; Anmeldung und Aufnahme von ca. 280 Schülern in Klassenstufe 5 im Schuljahr 2013/2014; Maßnahmen zur Sicherung eines geordneten Unterrichts am Theodor-Heuss-Gymnasiums; Rechtfertigung der Ressourcenzuweisung gegenüber anderen Gymnasien in Pforzheim bzw im Land; Auswirkungen des Andrangs am Theodor-Heuss-Gymnasium auf die Auslastung der anderen Gymnasien am Ort; Umgang mit dem Unmut der Eltern über die Schulsituation; Konsequenzen aus dem Pforzheimer Fall für die Genehmigung weiterer G9-Modellschulen in BW

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4194

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggon durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4258

Gegenwart und Zukunft des Klinikums Pforzheim

Kennzahlen, Investitionslage und Zukunft des Klinikums Pforzheim

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/4312

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlaflflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Enzkreis und in Pforzheim

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Enzkreises und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*

Drs 15/4377

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4381

Programm für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung
Finanzvolumen des Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung für das Jahr 2014, insbes Erfolgchancen dazu vorliegender Anträge aus dem Enzkreis und Pforzheim

KlAnfr
s. *Städtebau*
Drs 15/4438

Stand der Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“

Höhe der bisher für Kultureinrichtungen im Enzkreis und in Pforzheim aufgewendeten Mittel; Höhe der 2014 für kulturelle Einrichtungen im Enzkreis vorgesehenen Mittel; Gründe für das Ausbleiben einer Förderung durch den Innovationsfonds Kunst 2012

KlAnfr
s. *Kultur 2020*
Drs 15/4489

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 42 (Pforzheim)

Auswirkungen der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in Städten und Gemeinden im Wahlkreis Pforzheim, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4580

Rektorenstellen an Realschulen

Schaffung zusätzlicher Stellen der Besoldungsgruppe A 15 für Realschulrektoren durch einen Nachtragshaushalt; Schulleiterstelle für die Konrad-Adenauer-Realschule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/4639

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stellenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Vergütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr

s. Ganztagschule
Drs 15/4723

Regionaler Zugverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart

Erhöhung der Pünktlichkeit der Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart, insbes während des Berufs- und Ausbildungsverkehrs

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/4727

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr
s. Sprachunterricht
Drs 15/4740

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr
s. Landeseigene Liegenschaft
Drs 15/4759

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/4826

2:1-Förderung für das Kulturhaus Osterfeld

Beweggründe für die Einführung der 2:1-Förderung für soziokulturelle Zentren sowie der Deckelung der Zuschüsse auf 350.000 Euro; Aufhebung der Benachteiligung des Kulturhauses Osterfeld in Pforzheim gegenüber anderen im Verhältnis 2 zu 1 geförderten Einrichtungen in BW; stufenweise Angleichung der Förderung des Kulturhauses Osterfeld; Gewährung eines „Inflationsausgleichs“ auf den Landeszuschuss für die Jahre 2012 bis 2014; weitere Möglichkeiten zur Förderung des soziokulturellen Zentrums in Pforzheim

KlAnfr
s. Kulturzentrum
Drs 15/4902

Ausschreibung von Führungspositionen bei der Polizei

Ausschreibungspflicht für Führungspositionen innerhalb der Polizei und ihre Kriterien; Kriterien für die Stellenbesetzungen bei der Autobahnpolizei und der Verkehrspolizei Pforzheim sowie im Polizeirevier Neuenbürg

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/4952

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Person; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr
s. Flüchtlingsunterbringung
Drs 15/4959

Wohnungseinbrüche in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Wohnungseinbrüche im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr; Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote

KlAnfr
s. Einbruchdiebstahl
Drs 15/5005

Neueste Entwicklungen im Bereich Wohnungseinbrüche im Wahlkreis 42

Entwicklung der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Pforzheim seit 2013, besonders betroffene Stadtteile und Gemeinden; Ursachen der Entwicklung und Gegenmaßnahmen; Wirkung der intensivierten Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls; Beurteilung eines Einsatzes von Bürgerwehren und privater Sicherheitsdienste; Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Wohnungseinbruchdiebstahl

KlAnfr
s. Einbruchdiebstahl
Drs 15/5071

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. Enztalbahn
Drs 15/5111

Feinstaubwertmessungen

Entwicklung der Feinstaubwerte in baden-württembergischen Städten; Entwicklung des Feinstaubes in der Stadt Pforzheim und im Enzkreis; Einfluss der Witterung auf die Feinstaubwerte; Nut-

zen des Einsatzes von Wassersprengwagen

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/5117

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5189

Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen

Entwicklung der gestellten und der bewilligten Anträge zur Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen in BW sowie in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr
s. *Steuerschuld*
Drs 15/5268

Integrationsmittel für die Stadt Pforzheim

Finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land bei der Integration von Migranten; Höhe der von der Stadt Pforzheim beantragten und bezogenen Landesmittel; Höhe der Mittel im Vergleich zu etwa gleich großen Kommunen mit ähnlichem Migrantenanteil

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5334

Projekt „Innenstadt Entwicklung Ost“ in Pforzheim

Auskunft über vom Land unterstützte Sanierungsprojekte in der Pforzheimer Innenstadt; Stand der Untersuchungen für ein Sanierungsgebiet „Pforzheim Innenstadt Ost“; Beurteilung des Sanierungsvorhabens durch das RegPräs Karlsruhe

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/5496

Zweckgebundene Finanzmittel zur Gesundheitsvorsorge im Polizeipräsidium Karlsruhe

Höhe und Einsatz der zweckgebundenen Mittel zur Gesundheitsvorsorge des Polizeipräsidiums Karlsruhe, insbes Konsequenzen einer Zweckentfremdung, Verbleib der Mittel für die Polizeireviere in Pforzheim

KlAnfr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 15/5677

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des geplanten Gesetzes zur Bildungsfreistellung auf die Verwaltung der Stadt Pforzheim

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes für die Stadt Pforzheim sowie die Kreisverwaltung und Kommunen des Enzkreises, insbes Höhe der entstehenden Mehrkosten, erwartete zusätzliche Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr

s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/5807

Wahlbeteiligung von Erstwählern im Wahlkreis 42

Wahlbeteiligung der Erstwähler in den einzelnen Gemeinden des Landtagswahlkreises 42 (Pforzheim) bei der Kommunalwahl 2014, der Bundestagswahl 2013 und der Landtagswahl 2011

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5808

Geschwindigkeitsbegrenzungen in der Nähe von Waldparkplätzen und Waldkindergärten

Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Tiefenbronner Straße (K 9800) zwischen dem Wildpark Pforzheim und dem Seehaus; Reduzierung der Gefährdung von Nutzern des Waldparkplatzes; Schaffung eines sicheren Umfelds für den nahe gelegenen Waldkindergarten

KlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5826

Schiennenpersonennahverkehr während des Cannstatter Volksfests

Situation beim Schienenpersonennahverkehr auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe während des Cannstatter Volksfests 2014, insbes Auslastung, Angebot zusätzlicher Zugverbindungen, Probleme mit der Sauberkeit der Züge, Einsatz von Reinigungs- und Sicherheitspersonal, Überlegungen zu Verweigerung der Mitfahrt von betrunkenen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schiennenpersonennahverkehr*
Drs 15/5868

Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst

Berufliche Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst, insbes Auslauf von Zeitverträgen, tarifliche Bezahlung und Eingruppierung; konkrete Situation bei der Polizeidirektion Karlsruhe und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5930

Hooliganismus - gewaltbereite Gruppen in Pforzheim und BW

Anzahl der Hooligans in BW und insbes im Raum Pforzheim; Erkenntnisstand zur Gruppe „Berserker Pforzheim“; Einschränkung der Tätigkeit solcher Gruppen mit juristischen Mitteln; Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen

KlAnfr
s. *Hooligan*
Drs 15/5997

Artenschutz beim Windkraftausbau im Stadtkreis Pforzheim

Auskunft über vorliegende Genehmigungsanträge und Voranfragen zum Bau von Windkraftanlagen; Berücksichtigung des vom Naturschutzbund Deutschland, Ortsverein Engelsbrand, ausführlich dokumentierten Vorkommens von Rotmilanen im Gebiet der Büchenbronner Höhe und des Saubergs bei der artenschutzrechtlichen Prüfung der geplanten Windkraftanlagen; Anpassung des Teilflächennutzungsplans Windenergie

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6103

Kooperationen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten bei der Erbringung von vor- oder nachstationären Leistungen
Kooperationsmodelle; Gerichtsentscheide zu Kooperationsmodellen; Unterbringung des Kooperationsmodell der Arcus Klinik in Pforzheim durch das Landessozialgericht BW; Begründung des Landessozialgerichts; Schwierigkeiten bei der Festlegung geeigneter Kooperationsformen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten durch die Kassenärztliche Vereinigung BW (KVBW) und die Baden-Württembergische Krankenhausesellschaft (BWKG) aufgrund mangelnder Rechtssicherheit

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6125

Ökologische Modernisierung von kleinen Wasserkraftanlagen
Effekte und Modernisierungsstand kleiner Wasserkraftanlagen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes Maßnahmen zur Modernisierung des Wasserkraftwerks an der Unteren Reute in Neuenbürg sowie zur Beilegung des Interessenkonflikts zwischen Angelsportlern, Umweltschützern und Wasserkraftanlagenbetreiber

KlAnfr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/6152

Straf- und Disziplinarverfahren gegen Justizvollzugsbeamte
Zahl der gegenwärtig anhängigen Verfahren gegen Justizvollzugsbeamte; Ermittlung gegen einen Beamten der Jugendjustizvollzugsanstalt Pforzheim; Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch das Justizministerium

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6321

Mängel auf frisch sanierten Straßen im Land
Auftreten von Schäden in der Fahrbahndecke von Landes- und Bundesstraßen im Anschluss an deren Sanierung; Fahrbahnschäden im Enzkreis und in Pforzheim; Ursachen der Schäden im Straßenbelag auf der B 10 bei Pforzheim-Eutingen; Behebung und künftige Vermeidung von Mängeln bei der Straßeninstandhaltung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/6361

Maßnahmen gegen die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen
Sachstand zur steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes statistische Entwicklung, Aufklärungsquote, Gegenmaßnahmen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6468

Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart
Sachstand zur Expressbus-Linie Pforzheim-Leonberg-Flughafen Stuttgart, insbes Planungsstand, Finanzierung, Zeitplan für die Umsetzung

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/6675

Sturmschäden im Enzkreis und in Pforzheim
Sachstand zur Schadensbilanz infolge des Sturms (Sturmtief „Niklas“) Ende März 2015 im Enzkreis und in Pforzheim, insbes Kostenvolumen des Gesamtschadens in der Region

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/6711

Fördermittel für kommunalen Sportstättenbau in den Stadtkreisen

Sachstand zu geförderten Projekten und Finanzmitteln des Landesförderprogramms für den kommunalen Sportstättenbau in den Stadtkreisen, insbes beantragte Projekte und Fördermittel in Pforzheim

KlAnfr
s. *Sportstätte*
Drs 15/6878

Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim (Wahlkreis 42)

Entwicklung der Pflegesituation im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6891

Abschiebehaftanstalt in der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Pforzheim

Sachstand zu Anforderungen an eine Liegenschaft für die Einrichtung einer Abschiebehaftanstalt, insbes Eignung der Justizvollzugsanstalt in Pforzheim für die Umnutzung als Abschiebehaftanstalt

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/7127

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 463 - Westtangente Pforzheim, Bauabschnitt (BA) 1.02

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 463 - Westtangente Pforzheim, Bauabschnitt 1.02, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7262

Baubeginn der Maßnahme Bundesautobahn (A) 8 - Pforzheim-Nord - Anschlussstelle (AS) Pforzheim-Süd

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesautobahn 8 - Pforzheim-Nord - Anschlussstelle Pforzheim-Süd, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7263

Mietpreisgestaltung bei Verträgen mit privaten Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern

Sachstand zu Mietverträgen und Mietpreisgestaltung zwischen Kommunen und Anbietern privater Immobilien zum Zweck der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern in BW, insbes in Pforzheim und im Enzkreis

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7332

Umwandlung der Jugendstrafanstalt Pforzheim in eine Abschiebebehafteinrichtung

Sachstand zur Standortprüfung bei der geplanten Umwandlung der Jugendstrafanstalt Pforzheim in eine Abschiebebehafteinrichtung

KlAnfr
s. *Abschiebungshaft*
Drs 15/7455

Unterbringungssituation der Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Pforzheim (42)

Sachstand zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Wahlkreis Pforzheim, insbes Zahlen, Dauer der Asylverfahren, Anerkennungsquote, Wohnraumbedarf

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7567

Sozialer Wohnungsbau in Pforzheim

Sachstand zur Übernahme von Landesliegenschaften durch die Stadt Pforzheim zur Bebauung iRd sozialen Wohnungsbaus

KlAnfr
s. *Soziale Wohnraumförderung*
Drs 15/7587

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Unterstützung des Heini-Programms zur Gewaltprävention durch die LReg

Beurteilung des im Raum Pforzheim/Enzkreis angebotenen Präventionsprogramms für Kinder; finanzielle Förderung und Fortbestand des Programms

KlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/7769

Zahl der Wohnungseinbrüche im zweiten Halbjahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche in BW im Vergleich zu den Vorjahren; Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim, aufgliedert nach Stadtteilen, seit dem Wegfall der Polizeidirektion zum Jahresbeginn 2014; Besetzungstärke der Reviere und Polizeiposten im Stadtkreis; Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung von Wohnungseinbrüchen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/7843

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs II

Sachstand zur kostenfreien Nutzung von Intercity-Zügen für Reisende mit Regionalbahntickets bei Verspätungen des Regionalverkehrs auf von Verspätungen regelmäßig betroffenen Strecken, insbes auf der Strecke von Pforzheim nach Karlsruhe

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7936

Unabhängigkeit psychosozialer medizinischer Beratungsstellen
Sachstand zum Interessenkonflikt bei einer durch das Land geförderten unabhängigen psychosozialen Krebsberatungsstelle in den Räumen des Helios-Klinikums Pforzheim für die Zuführung von beratenen Patienten zur weiteren Behandlung an dieses Klinikum

KlAnfr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/8104

Verluste der Stadt Pforzheim durch spekulative Geschäfte mit Zinsderivaten, Anstrengung der Nichtigkeit der Geschäfte vor dem Frankfurter Landgericht

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699 1700 1702-1706

Verluste der Stadt Pforzheim durch spekulative Geschäfte mit Zinsderivaten

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2299-2302

Pfrunger-Burgweiler Ried

Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz und ihre Relevanz für ökologische Ausgleichsflächen

Anzahl und Zielrichtung derzeitiger Großprojekte im Natur- und Landschaftsschutz in BW, insbes ökologische Zielsetzung des Naturschutzgroßprojekts „Pfrunger-Burgweiler Ried“; Probleme und Möglichkeiten der Ausweisung ökologischer Ausgleichsflächen für betroffene Kommunen

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/4876

PH

s. *Pädagogische Hochschule*

Pharmaforschung

s. *Arzneimittelforschung*

Pharmaindustrie

s. *Pharmazeutische Industrie*

Pharmazeutische Forschung

s. *Arzneimittelforschung*

Pharmazeutische Industrie

Entsorgung von Arzneimitteln

Umfang der (nicht fachgerechten) Entsorgung von überschüssigen Arzneimitteln aus Krankenhäusern, Pflegeheimen, Arztpraxen, Apotheken und Privathaushalten und der Folgekosten für Krankenkassen und Beihilfeträger, Belastungen für die Umwelt und deren Folgekosten; Möglichkeiten zur Reduzierung durch Verpflichtungen der Pharmaindustrie und des Pharmahandels oder im Wege der Patienteninformation auf Beipackzetteln, in Arztpraxen und Apotheken

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/324

Künftige Entwicklung der Impfraten und der Versorgung mit Impfstoffen

Entwicklung der Impfraten, der Kosten und Finanzierung der Impfstoffe seit 2002; Beurteilung der Ausschreibung der Beschaffung von Impfstoffen und der Auswirkungen von Verträgen mit einem Impfstoffmittelhersteller

KlAnfr
s. *Impfung*
Drs 15/2237

Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen

Sachstand zur Erforschung und Eindämmung von Krankenhauskeimen, insbes Umfang und Finanzierung der Forschung, Einbindung von Medikamentenherstellern, Umsetzung von Forschungsergebnissen an Krankenhäusern, Risiko des Antibiotikaeinsatzes in der Landwirtschaft für die menschliche Gesundheit, Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene in Krankenhäusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/7446

Arzneimittelversorgung in BW

Sachstand zur Nichtlieferbarkeit von Arzneimitteln und Impfstoffen in BW, insbes bürokratischer Aufwand der Apotheker zur Bescheinigung des pharmazeutischen Herstellers, Vergütungsregelungen von gesetzlichen Krankenkassen

Antr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/8043

Pharmazeutisches Recht

s. *Arzneimittelrecht*

Pharmazeutisches Unternehmen

s. *Pharmazeutische Industrie*

Philippsburg*Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende*

Hinwirkung auf eine dauerhafte Stilllegung der abgeschalteten Atomkraftwerke, insbes auch von Philippsburg I und Neckarwestheim I; Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie; Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Rückbau von Kernkraftwerken in BW

Stand des Rückbaus beim KKW Obrigheim und weiteren atomaren Anlagen in BW, Problematik des Einsetzens neuer Brennstäbe in den Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I nach der Laufzeitverlängerung 2010 für den Rückbau, Erkenntnisse über das Neubeladen von Kernkraftwerken in anderen Bundesländern, Möglichkeiten für die Verwendung ange-

brannter Brennstäbe in den neueren Kernkraftwerken bzw zur Verbringung in atomare Zwischenlager

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/314

Sicherheit der Atomkraftwerke in BW

Bewertung der Sicherheit von Philippsburg II und Neckarwestheim II, insbes auch der geologischen Sicherheit am Standort Neckarwestheim; Frage nach der Beschaffung eines mobil einsetzbaren Notstromaggregats durch die EnBW sowie nach Katastrophenübungen unter Beteiligung der Landratsämter als Untere Katastrophenschutzbehörden, Beurteilung der Szenarien möglicher Katastrophen an den Kraftwerksstandorten

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/529

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafield; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1549

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1949

Tritiumwerte im Bereich der Atomkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg

Aktuelle Messwerte über Emissionen; Auflagen an den Betreiber EnBW zur Einhaltung des gesetzlichen Grenzwerts; Tritiumbelastung der Flüsse Neckar und Rhein in den letzten zehn Jahren; Messmethoden und Messintervalle; Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Messungen

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/2739

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontamina-

tionsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2750

Rechtliche und technische Voraussetzungen für die von der LReg angebotene Zwischenlagerung von hochradioaktivem Abfall aus La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim

Angebot der LReg zur Zwischenlagerung der noch ausstehenden hochradioaktiven Abfallprodukte aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield in Philippsburg und/oder Neckarwestheim, insbes bauliche Voraussetzungen, Art der Castor-Typen, Träger von Zusatz- und Transportkosten, Verhandlungen mit der Zwischenlagerbetreiberin und Position der betroffenen Regionen; mögliche zwischenzeitliche Bereitschaft anderer Bundesländer zur Zwischenlagerung

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3507

Keine Einigung zur Zwischenlagerung des Atommülls aus Sellafield und La Hague

Sachstand zur Verbringung der aus den Wiederaufbereitungsanlagen Sellafield und LaHague nach Deutschland zurückzuführenden hochradioaktiven Abfälle, insbes Übernahme der entstehenden Zusatzkosten, Zusatzkosten am Standort Philippsburg, Festhalten am Standort Gorleben

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/5212

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultratnet im Raum Philippsburg

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6169

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Philippsburg I

Anm. Plenarsitz.
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
PIPr 15/4 S. 23

Dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Philippsburg I

Anm. Plenarsitz.
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
PIPr 15/5 S. 57

Philosophie

s.a. *Ethik*
s.a. *Weltanschauung*

Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium

Erfahrungen mit dem Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudium in der Lehrerbildung; Evaluation des Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudiums sowie dessen Einbeziehung in die Reform der Lehrerbildung; Mitwirkung von Vertretern der Kirchen in der Kommission zur Reform des allgemeinbildenden Lehramts; Verankerung der Vermittlung von Basiswissen auf den Gebieten der Philosophie und der Ethik in Rahmenvorgaben des Kultusministeriums; Stellenwert der christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerte in der baden-württembergischen Lehrerbildung

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/6383

Phosphate

Uranbelastung des Grund- und Trinkwassers

Grundwasserbelastung durch den Urangehalt mineralischer Phosphat-Düngemittel; Urankonzentration im Trinkwasser; Erkenntnisse über eine Uranbelastung von Böden im Zusammenhang mit der Landnutzung; spezielle Messungen und Untersuchungen; Verfahren zur Verringerung der Uranbelastung, vorbeugender Bodenschutz

KIAnfr
s. *Grundwasserbelastung*
Drs 15/2797

Aktuelle Situation der Berufsfischer am Bodensee

Fangzahlen im Jahr 2015; Phosphatkonzentration im Bodensee im Zeitraum 1990 bis 2014; Untergrenze der zur Erhaltung der Fischfauna des Bodensees notwendigen Phosphatkonzentration; Erforschung der Zucht von Felchen in Aquakulturen durch die Fischereiforschungsstelle; Prüfung der Anliegen der örtlichen Berufsfischer durch die Regierung

KIAnfr
s. *Fischerei*
Drs 15/7953

Phosphor

Ökonomische Situation der Berufsfischer am Bodensee - Zukünftige Konzeptionen für einen effektiven Gewässerschutz im Einklang mit Fischerei und Tourismus

Bedeutung und ökonomische Situation der Berufsfischerei am Bodensee, insbes Entwicklung der Fischereibetriebe, Fangrechte und Fangerträge; Auswirkungen der Reduktion der Phosphorgehälter; Forschungsmaßnahmen zu Fischzuchtbedingungen; regionale und touristische Vermarktung der Bodenseefelchen

Antr
s. *Fischerei*
Drs 15/4468

Phosphorelimination und Spurenstoffe in Kläranlagen und Klärschlamm

Bilanz des Einsatzes der Pilotanlage zur Phosphorrückgewinnung in der Kläranlage Offenburg; Qualität des mittels des eingesetzten Verfahrens gewonnenen Produkts Magnesium-Ammonium-Phosphat (MAP); Ausstattung weiterer Kläranlagen mit Phosphorrückgewinnungsanlagen; Befürwortung der Phosphorrückgewinnung in der Kläranlagentechnologie; Steigerung der Reinigungsleistung der Kläranlagen im Zeitraum von 2003 bis 2013; Messung von Spurenstoffen im Ablaufwasser; weitere Möglichkeiten der Phosphorrückgewinnung

Antr
s. Kläranlage
Drs 15/5679

Ressourceneffizienz als Chance für BW

Bedeutung der Ressourceneffizienz für den Wirtschaftsstandort BW; Ziele des Projekts „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“; Indikatoren einer effizienten Nutzung von Ressourcen; Arbeitsstand der „Akteursplattform Ressourceneffizienz BW“; Gründung einer Denkfabrik (Think Tank) für Industrie- und Ressourcenpolitik in BW; Errichtung einer zentralen Recyclinganlage zur Phosphorgewinnung

Antr
s. Nachhaltige Entwicklung
Drs 15/6087

Photographie

s. Fotografie

Photovoltaik

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. Energiepolitik
Drs 15/2659

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 12.06.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3623 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 5 6
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Gefahren durch Photovoltaikanlagen bei Bränden und Hochwasser

Sachgemäße Installation und Überprüfung von auf privaten oder öffentlichen Gebäuden installierten Photovoltaikanlagen; Maßnahmen zur Verhinderung von durch Photovoltaikanlagen ausgehende Gefahren bei Bränden und Hochwasser

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 20.08.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3959
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.10.2013 Drs 15/4581

S. 16 17
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KIAnfr
s. Umweltmanagement
Drs 15/4370

Radwegbau 4.0

Kostenverteilung beim Bau einer Landesstraße mit parallel verlaufendem Radweg; Einsparpotenziale beim Radwegbau; Nutzung von Bodenplatten aus Solarzellen beim Radwegbau

Antr
s. Radweg
Drs 15/6293

Photovoltaikanlage

s. Photovoltaik

Physikalische Therapie

s. Physiotherapie

Physiotherapeut

Situation der Heilmittelerbringer in BW

Beurteilung der vermehrten Zurückweisung von Heilmittelverordnungen der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden durch die Krankenkassen wegen sachlicher Mängel, Auslösung von Existenzproblemen und Kostenverlagerungen durch diese verschärfte Prüfpraxis der Krankenkassen; Hinwirkung auf einen Interessenausgleich zwischen den beteiligten Akteuren des Gesundheitswesens, Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmittelleistungen und einer angemessenen Vergütung

Antr
s. Heilmittel
Drs 15/818

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr
s. Gesundheitsberuf
Drs 15/2333

Situation und Zukunft der beruflichen Qualifikation von Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten in BW

Sachstand der beruflichen Qualifikation von Physiotherapeuten in BW, insbes Einbeziehung bei Initiativen gegen Fachkräftemangel, derzeitige Finanzierung der beruflichen schulischen Qualifizierung, Auswirkungen der Abschaffung des Schulgeldes, Möglichkeiten und künftige Ausgestaltung der staatlichen Zuschüsse, Sicherung des Qualitätsprofils

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 09.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5849

BeschlEmpf und Bericht SoZA 19.03.2015 Drs 15/6733 S. 21 22

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Zukunft der Physiotherapieschule Heidelberg

Entwicklung und Zukunftschancen der Physiotherapieschule Heidelberg, insbes Schließung der Finanzlücke nach Wegfall des Schulgeldes, mögliche Übernahme in private Trägerschaft; Entwicklung der Schülerzahlen in Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie, Maßnahmen gegen den mittelfristigen Fachkräftemangel in sozialen Berufen

Antr Karl Klein u.a. CDU 09.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5855

BeschlEmpf und Bericht WissA 19.03.2015 Drs 15/7081 S. 20

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Ausbildung von Physiotherapeuten und Sicherung der Ausbildungsstandorte

Sachstand zu Kosten und Zuschüssen zur beruflichen Qualifikation von Physiotherapeuten in BW, insbes Fördermöglichkeiten für Psychotherapieschulen

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 14.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7570

BeschlEmpf und Bericht SoZA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 66 67

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Physiotherapie

Entscheidungskriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie

Vergabekriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie; Gründe für Ablehnung der Einrichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall

MdlAnfr

s. *Studienfach*

Drs 15/7550

PIAAC-Studie

„Jeder sechste deutsche Erwachsene liest wie ein Zehnjähriger“ - PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) und die Folgen für die Erwachsenen- und Weiterbildung in BW

Wesentliche Ergebnisse der PIAAC-Studie zur Untersuchung von Alltagskompetenzen Erwachsener, insbes Folgen für die Weiterbildungspolitik und die Erwachsenenbildung in BW

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 15/4419

PID

s. *Präimplantationsdiagnostik*

Pilotprojekt

s. *Modellprojekt*

Pilz

Pilzwiderstandsfähige Rebsorten

Züchtung, Anbau und Förderung von pilzwiderstandsfähigen Rebsorten in BW, insbes Gesamtanbaufläche und Marktfähigkeit dieser Rebsorten sowie Unterschiede zu konventionellen Sorten

Antr

s. *Rebe*

Drs 15/3310

Pilzgift

s. *Mykotoxin*

Pilztoxin

s. *Mykotoxin*

Pipeline

Nationalpark - Kosten und Sicherheit

Finanzierung des Nationalparks aus dem Naturschutzhaushalt bzw dem allgemeinen Haushalt; Auskunft über die für 2016 vorgesehenen 89 Personalstellen, Angaben zu Neueinstellungen, Aufgaben und Qualifikation; Kostenschätzung für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrs- und Tourismuskonzepts; Berücksichtigung der NATO-Pipeline bei der Festlegung der Nationalparkkulisse, Maßnahmen bei einem Unfall entlang der Pipeline; Stilllegung der Pipeline innerhalb des Entwicklungszeitraums von 30 Jahren

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/4233

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Energiesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr

s. *Flughafen Stuttgart*

Drs 15/5116

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Umsetzung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) in Landesrecht, insbes Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der Rohrfernleitungsverordnung von den bisher zuständigen Ländern auf die ZLS, Berücksichtigung von Änderungen aufgrund der Neuordnung des Produktsicherheitsrechts sowie aus einem geänderten Zuschnitt der bayerischen Ressorts

GesEntw

s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Drs 15/7753

PIRLS*s. IGLU-Studie***PIRLS-Studie***s. IGLU-Studie***PISA-Studie***s. Bildungsforschung***Pix, Reinhold MdL GRÜNE***Glückwünsche zum Geburtstag*
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8343**Pkw***s. Personenkraftwagen***Pkw-Maut***s. Straßenbenutzungsgebühren***Pkw-Verkehr***s. Motorisierter Individualverkehr***Plagiatsoftware***s. Software***Planfeststellungsverfahren***s. Verwaltungsverfahren***Planning Tool for Resource Integration, Synchronization and Management***s. PRISM (Überwachungsprogramm)***Planstelle***s. Stellenplan***Planung***Situation des Netzausbaus in BW*

Bestehende Projekte, Umfang der Maßnahmen im Bezug zur Länge der Trassen sowie zum finanziellen Gesamtvolumen; Zuständigkeiten für die Planungs- und die Genehmigungsverfahren; Widerstand gegen Planungs- und Genehmigungsverfahren; Mittel der Netzbetreiber zur Behebung der Konflikte vor Ort; Unterstützung privater Bauträger bei der Umsetzung von Projekten; Erhöhung der Akzeptanz von Netzausbauprojekten durch Neuerungen im Verwaltungsvollzug; Auswirkungen dieser Neuerungen in der Akzeptanzsicherung auf die Verfahrensdauer einzelner Maßnahmen; Kosten der Planungs- und Genehmigungsverfahren; Bewertung des aktuellen Stands des Netzausbaus

Antr
s. Stromnetz
Drs 15/4240

Plastik (Kunststoff)*s. Kunststoff***Platzverweis***Platzverweis für gewalttätige Partner*

Anzahl der Polizeieinsätze und der jährlichen Platzverweise wegen häuslicher Gewalt seit 2002; Anteil der Fälle, in denen Kinder betroffen sind; durchschnittliche Dauer der Platzverweise, Anzahl der Wiederholungsfälle; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention; Bewertung des Instruments des Platzverweises

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 14.09.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2314
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.10.2012 Drs 15/2741 S. 27 28
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Organisiertes und aggressives Betteln eindämmen

Anzahl der Platzverweise wegen aggressiven Bettelns pro Tag im Jahr 2011; Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl einer Kommune und den erteilten Platzverweisen; Entwicklung des aggressiven Bettelns seit 2002; Maßnahmen der Kommunen gegenüber aggressiven Bettlern in den Innenstädten; Erkenntnisse über organisierte Banden und ihre Binnenstruktur; Strategien zur Verhinderung der mit organisiertem Betteln in Zusammenhang stehenden Straftaten; Erleichterung des Ausstiegs der Bettler aus den Strukturen der organisierten Kriminalität

Antr
s. Betteln
Drs 15/2360

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Schaffung einer Rechtsgrundlage für den präventivpolizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen sowie einer originären Zuständigkeit des Polizeivollzugsdienstes zur Erteilung von Platzverweisen, Erweiterung der Verordnungsermächtigung des IM über die Ausrüstung von gemeindlichen Vollzugsbediensteten

GesEntw
s. Polizeirecht
Drs 15/2434

Häusliche Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund

Anzahl bzw Häufigkeit der polizeilich registrierten Straftaten im Vergleich zu solchen Familien ohne Migrationshintergrund; Zahl der seit 2002 jährlich ausgesprochenen Platzverweise; Gründe für eine hohe Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt; Frage nach dem Einfluss der Religion bzw Glaubensrichtung der betroffenen Familien; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention

Antr
s. Häusliche Gewalt
Drs 15/2666

Umsetzung von Platzverweisen für gewalttätige Partner

Verfahrensablauf bei Ausspruch eines Platzverweises gegen einen gewalttätigen Partner, insbes Richtlinien und Schulungen für Polizeibeamte, Informationsfluss zu Interventions- und Beratungsstellen, Sicherstellung zeitnaher beratender Maßnahmen für die Betroffenen

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 22.10.2013 und Antw IM Drs 15/4193 (36 S.)

Platzverweisung

s. *Platzverweis*

Plebiszitäre Demokratie

s. *Direkte Demokratie*

Pleidelsheim

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr

s. *Feinstaub*

Drs 15/271

Plenarsitzung

Ermöglichung der Teilnahme von Landtagsabgeordneten an Kreistagssitzungen in BW

Terminierung der Kreistagssitzungen unter Berücksichtigung der Fraktions- und Plenarsitzungen des Landtags von BW; zeitliche Vereinbarkeit von Kreistagsmandat und Landtagsmandat in den verschiedenen LKreisen

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 09.04.2013 und Antw IM

Drs 15/3328

PLENUM-Gebiet

s. *PLENUM-Projekt*

PLENUM-Projekt

PLENUM-Programm

Ziele und Durchführung des PLENUM-Programms zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt in BW, insbes Förderung aktueller PLENUM-Projektgebiete

Antr Paul Locherer u.a. CDU 30.09.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5794

BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.03.2015 Drs 15/6921 S. 56 57

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Forschungsprojekt der Universität Freiburg/Hochschule Rottenburg „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“

Hintergründe zum Forschungsprojekt „Reallabor Nordschwarzwald (ReNo): Der Nationalpark Schwarzwald als Katalysator einer regionalen Nachhaltigkeitstransformation“, insbes Umfang und Fördermittel, Personaleinsatz; Überlegungen zu vergleichbaren Forschungsprojekten für Biosphärengebiete, Naturparke und PLENUM-Gebiete

KlAnfr

s. *Nationalpark*

Drs 15/5956

Begrüßung der Einrichtung eines PLENUM-Gebiets am Kaiserstuhl

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820 1821

Plochingen

Chancen eines Ausbaus von Neckarschleusen

Entwicklungsmöglichkeiten der Binnenschifffahrt zur Aufnahme des Mehraufkommens an Güterverkehr; Chancen, Kosten und Zeitperspektive für den Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen; Eintreten für die dafür notwendige Mittelbereitstellung des Bundes

Antr

s. *Schleuse*

Drs 15/570

Wirtschaftlicher und ökologischer Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar mit Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 1998 sowie der weiteren Potenziale; Folgen eines Verzichts des Bundes auf die Verlängerung einer Schleusenammer von Heilbronn bis Plochingen für die Häfen in Stuttgart und Plochingen; Hinwirkung auf Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund von 2007 zur „Verlängerung der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen“, in der die Sanierung, Modernisierung und Verlängerung der Schleusen und deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde; Ausbau des Neckars für die Erreichbarkeit aller Häfen von künftigen Europaschiffen mit einer Länge von 135 Metern

Antr

s. *Neckar*

Drs 15/1469

Zustand der Neckarschleusen zwischen Plochingen und Heilbronn

Planungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zur Sanierung und zum Ausbau der o.g. Schleusenammern

Antr

s. *Schleuse*

Drs 15/2419

Kombinierter Verkehr auf der Wasserstraße Neckar in der Region Stuttgart

Stellenwert des Kombinierten Verkehrs; Sachstand der Gespräche mit dem Bund zum Ausbau der Wasserstraße Neckar, insbes Verlängerung der Schleusen für 135 Meter lange Frachtschiffe und Bau eines weiteren Umschlagterminals im Hafen Plochingen

Antr

s. *Wasserstraße*

Drs 15/4189

Verlosung von G9-Plätzen und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium

Situation um das Losverfahren um die G9-Plätze und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium, insbes Angebot flächendeckend zumutbarer Möglichkeiten für G9-Schulplätze, Ungleichbehandlung gegenüber Schulanmeldungen bei der Gemeinschaftsschule Deizisau, Gesprächsstand des Gymnasiums mit dem RegPräs und dem Kultusministerium und weiteres Vorgehen

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/5223

PMK

s. *Politische Straftat*

Polder

s. *Überschwemmungsgebiet*

Polen

Beziehungen zu Polen

Vorhandene Partnerschaften zwischen Städten, Vereinen, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen; Kooperationen zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen; Vermittlung von Kenntnissen über Polen und die polnische Sprache im schulischen und außerschulischen Bereich; Entwicklung, Stand und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 12.10.2011 und Antw StM Drs 15/679

Partnerschaft des Landes mit einer polnischen Woiwodschaft

Stand der vorhandenen Beziehungen auf kommunaler Ebene bzw des kulturellen, ökonomischen und sportlichen Austauschs; Einleitung der notwendigen Schritte für die o.g. Partnerschaft in Anknüpfung an die Städtepartnerschaften

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 24.11.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/931

BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1538 S. 52 53

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Mittlg LReg 18.10.2012 Drs 15/2530

Polio

s. *Kinderlähmung*

Politik

s.a. *Außenpolitik*

s.a. *Kommunalpolitik*

s.a. *Politische Bildung*

s.a. *Politischer Protest*

Informations-, Diskussions- und Besuchsveranstaltungen politischer Parteien in Schulen und öffentlichen Einrichtungen

Bisherige und evtl künftige Kriterien für die Entscheidung über o.g. Veranstaltungen außerhalb von Wahlkampfzeiten, Begründung neuer Richtlinien für die Regierungspräsidien, Schulämter und Kommunen; Vereinbarkeit mit dem verfassungsmäßigen Auftrag der Parteien zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes

KlAnfr

s. *Partei*

Drs 15/828

Politische Einflussnahme auf Polizeieinsätze iR des Projekts „Stuttgart 21“

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1225

Veranstaltungen und Projekte von Mitgliedern politischer Parteien und Mitgliedern des Landtags an Schulen

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des o.g. Engagements an Schulen bzw im Schulunterricht, Information der Schulen und

Maßnahmen der Schulverwaltung zur Verhinderung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot

KlAnfr

s. *Politische Bildung*

Drs 15/2150

Erhalten, was uns erhält: Politik für eine gesunde Natur und eine lebenswerte Heimat

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8916-8937

Intensivierung des Dialogs zwischen dem Parlament und den Bürgern zum Abbau der verbreiteten Politikverdrossenheit, Initiierung eines Kolloquiums im Landtag zur Festigung der Vertrauensgrundlage für die Politik

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 2 3 5-7

Grundlinien und Ziele für den Politikwechsel der neuen LReg, Erwartungen an einen neuen Politikstil, Ermöglichung von politischer Teilhabe über das Internet

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19-30

Ausgestaltung des Politikwechsels der neuen LReg, Ankündigung eines neuen Politikstils

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 120 130 150

Feststellung einer Sehnsucht der Bürger nach einer Orientierung der Politik an der Lösung von Problemen; Ankündigung des neuen Landtagspräsidenten, dass er sein Amt politisch, aber nicht parteipolitisch ausüben wird

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 674 675

Feststellung eines hohen Verlusts an Vertrauen der Bürger in die Politik nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1061

Hervorhebung einer Politik der neuen LReg von unten nach oben, Bewertung der Umsetzung der Politik des Gehörtwerdens

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1195-1200

Zurückgewinnung des Vertrauens der Bürger in die Politik

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1609

Politikberatung

s.a. *Lobbyismus*

s.a. *Runder Tisch*

Die Arbeit an der Gemeinschaftsschule verdient Lob und Anerkennung

Beratertätigkeit von Peter Fratton im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Gründe für seinen Rückzug; vertragliche Vereinbarung mit seiner Ehefrau; Stellenwert individueller und kooperativer Lernformen im pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule; Rolle der Schulämter, Regierungspräsidien und Schulträger bei der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule auf kommunaler Ebene und bei den Eltern; Befürworter der Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3554

Der geschäftstüchtige Schweizer Schulunternehmer P.F. - ein Mitglied der Expertenkommission der LReg zur Lehrerbildung?
Auswahlkriterien für die Mitglieder der Expertenkommission zur Lehrerbildung; Argumente für die Berufung des Beraters Peter Fratton und dessen Bevorzugung gegenüber baden-württembergischen Bildungsexperten; Vorschläge des Beraters zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, ihre Übernahme in die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission; Haltung gegenüber seinen pädagogischen Anschauungen; Qualität seiner Fortbildungen für Lehrer an Gemeinschaftsschulen an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau; finanzielle Entschädigung für seine Mitarbeit in der Regierungskommission; Folgen seines Rückzugs aus der Expertenkommission

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/3622

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3845

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

Ist die politische Neutralität des Landeselternbeirats noch gewährleistet?

Stellenwert der parteipolitischen Neutralität von Beratungsgremien des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport; Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft im Vorstand des Landeselternbeirats BW mit einem Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag; Zulässigkeit der ehrenamtlichen Betätigung der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken als stellvertretende Vorsitzende des Landeselternbeirats

Antr
s. *Elternvertretung*
Drs 15/4114

Vergabepaxis des Landes für Beratung und Gutachten im Energiebereich

Art und Anzahl der in den Jahren 2010 bis 2013 an das Öko-Institut und das Institut für Zukunftssysteme IZES vergebenen Aufträge für Beratung, Gutachten, Forschung und Public Relations; Auftragsvergabe an weitere Firmen und Institute; Auftragsvergabe durch das Land BW, die BW Stiftung, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und andere Ministerien; Kriterien der Auftragsvergabe

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4499

Geschützte Begriffe des Bildungsunternehmers P.F.

Beanspruchung des Markenrechts für bestimmte, von ihm geprägte Begriffe durch den ehemaligen Berater des Kultusministeriums, Peter Fratton; Schaffung ersatzweiser Begriffe und Information der Schulen im Land über die Begriffsänderungen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4610

„Grüner Filz“ - Leistungen der K. GmbH u.a. für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Gutachten, Beratungsleistungen und sonstige Dienstleistungen der KCW GmbH für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) oder die Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW); Ausschreibung, Beauftragung und Auftragsvolumina der einzelnen Aufträge; Gesamtvolumen der an die KCW GmbH gegangenen Aufträge; Gründe für den Verzicht auf eine Leistungserbringung durch die NVBW; Anzahl und finanzielles Volumen der durch weitere externe Dienstleister für das MVI oder die NVBW erbrachten Leistungen

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/4972

Vergabepaxis der LReg bei externen Gutachten

Anstieg der externen Gutachten seit dem Regierungswechsel 2011; Kriterien und Verfahren der Vergabe von Gutachten an externe Sachverständige; Beurteilung des Instruments der freihändigen Vergabe; Festsetzung eines Budgets für externe Gutachten im Landeshaushalt; Einrichtung einer zentralen Vergabestelle; Projektcontrolling bei der Gutachtenvergabe an Externe; Evaluierung der Auftragsdurchführung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5684

Politikverdrossenheit

s. *Politik*

Politikwissenschaft

Schließung des Fachs Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule (PH) Karlsruhe

Bedeutung des politikwissenschaftlichen Studiengangs an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und Hintergründe der geplanten Schließung dieses Studiengangs

KlAnfr
s. *Pädagogische Hochschule Karlsruhe*
Drs 15/7138

Politisch motivierte Kriminalität*s. Politische Straftat***Politisch motivierte Straftat***s. Politische Straftat***Politische Beteiligung***s. Politische Partizipation***Politische Bildung***s.a. Jugendbildung**s.a. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg**Führungen rund um den Bahnhof und den Widerstand in Stuttgart*

Verbreitung des o.g. Angebots der Parkschützer mit einem Rundgang mit den „Stuttgart 21-Aktivisten“ von der Mahnwache bis zur Parkwache in der Zeltstadt im illegal besetzten Schlossgarten per E-Mail an Schulen, Umfang der Annahme des Angebots von Lehrern und Durchführung als außerunterrichtliche Veranstaltung, Frage nach Konsequenzen bzw der Vereinbarkeit mit der Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht, insbes im Fach Gemeinschaftskunde und politische Bildung; Untersagung der Wahrnehmung derartiger Angebote

Antr

s. Stuttgart 21

Drs 15/322

Rechtspopulismus in BW

Erkenntnisse über Aktivitäten und evtl Radikalisierungstendenzen der rechtspopulistischen Szene, Beurteilung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit; Frage nach einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie nach Anwendung polizeilicher Instrumente, des Waffenrechts sowie der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit

Antr

s. Extremismus

Drs 15/409

Informations-, Diskussions- und Besuchsveranstaltungen politischer Parteien in Schulen und öffentlichen Einrichtungen

Bisherige und evtl künftige Kriterien für die Entscheidung über o.g. Veranstaltungen außerhalb von Wahlkampfzeiten, Begründung neuer Richtlinien für die Regierungspräsidien, Schulämter und Kommunen; Vereinbarkeit mit dem verfassungsmäßigen Auftrag der Parteien zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes

KlAnfr

s. Partei

Drs 15/828

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitgliedsvereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale

für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr

s. Extremismus

Drs 15/983

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in BW

Entwicklung und Ursachen des o.g. Phänomenbereichs nach einer Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld; Frage nach unterschiedlichen Erscheinungsformen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie nach geeigneten Maßnahmen und Angeboten der politischen Bildung

Antr

s. Menschliches Verhalten

Drs 15/1243

Zutrittsverbot für Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen?

Beurteilung der o.g. Forderung der Grünen Jugend BW bzw des Auftrags und der Bedeutung der Bundeswehr, insbes auch für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und das Konzept der politischen Bildung in Gestalt des Staatsbürgers in Uniform; Maßnahmen zur Ermutigung junger Menschen zum Dienst in den Streitkräften oder im Bundesfreiwilligendienst; Stellenwert der Themen „Bundeswehr“ bzw „Landesverteidigung“ im Schulunterricht

Antr

s. Bundeswehr

Drs 15/1787

Veranstaltungen und Projekte von Mitgliedern politischer Parteien und Mitgliedern des Landtags an Schulen

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des o.g. Engagements an Schulen bzw im Schulunterricht, Information der Schulen und Maßnahmen der Schulverwaltung zur Verhinderung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot

KlAnfr Paul Nemeth CDU 23.07.2012 und Antw KM Drs 15/2150

Landesregierung und Bundeswehr - Klarheit ist notwendig

Ankündigung einer Prüfung der Kooperationsvereinbarung des KM mit der Bundeswehr sowie einer Einbindung „privater Friedensorganisationen“ im Schulunterricht auf Drs 15/1787, Umgang mit der erneuten Forderung der Grünen Jugend nach einem Zutrittsverbot für Jugendoffiziere an den Schulen sowie mit deren Zusammenarbeit mit linksextremistisch beeinflussten Organisationen

Antr

s. Bundeswehr

Drs 15/2557

Kampagne „Wählen ab 16“

Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung von Jugendlichen; Erhöhung des Sachverstands der Erstwähler; Anpassung der Lehrpläne in den verschiedenen Schularten bis zur Kommunalwahl 2014; Projektpartner und Finanzierung der Kampagne; Skepsis der Jugendlichen gegenüber einer Vorverlegung des Wahlalters; Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Republik Österreich mit der Absenkung des Wahlalters

Antr

s. Wahlalter

Drs 15/3543

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw. Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Organisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maßnahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beeinflussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Parteien

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/3551

LReg und Bundeswehr - noch immer keine Klarheit

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land BW; Haltung der LReg gegenüber der Kooperation; „bewährte Kooperation“ oder „Weiterentwicklung“ der Kooperationsvereinbarung; Ergebnisse der seit 2013 mit Vertretern der Bundeswehr geführten Gespräche; Beschluss „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Ende 2012; Artikel „Kein Werben für's Sterben“ in der Zeitschrift des Landeselternbeirats; schulrechtliche Bewertung des Musterantrags „Antrag auf Freistellung vom Unterricht durch Bundeswehr-Vertreter“ von terre des hommes

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/4790

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

Wahlbeteiligung der 16- und 17-jährigen bei den Kommunalwahlen 2014

Informations- und Bildungsmaßnahmen für die 16- und 17-jährigen Erstwähler bei den Kommunalwahlen 2014 in BW und Erkenntnisse über die bei ihnen erreichte Wahlbeteiligung

MdlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5293

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und Landkreis Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*

Drs 15/5716

LReg und Friedensorganisationen - Klarheit ist notwendig

Hintergründe zum Austausch des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit Verbänden, Organisationen und Institutionen aus dem Bereich der Friedensbildung für die Friedensbildung an Schulen, insbes beteiligte Friedensorganisationen, Einbeziehung kirchlicher Organisationen, Beteiligung vom Verfassungsschutz beobachteter Organisationen, Mitwirkungsrechte am Unterricht, Inhalte einer „gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung“; Abgrenzung und Verhältnis der Begriffe „Friedenspolitik“ und „Sicherheitspolitik“

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 23.10.2014 und Stellungnahme
KM Drs 15/5972

Bildungszeitgesetz BW (BzG BW)

Rechtsanspruch für Beschäftigte in BW gegenüber ihrem Arbeitgeber oder Dienstherrn auf Freistellung von der Arbeit an bis zu fünf Tagen pro Jahr zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen oder der politischen Weiterbildung sowie für die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit unter Fortzahlung ihrer Bezüge

GesEntw
s. *Bildungsurlaub*
Drs 15/6403

Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

Sachstand zum Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung, insbes Bedeutung und Bestandsaufnahme, Entwicklung von Vorschlägen zur Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs, Begleitung und Unterstützung des Wettbewerbs durch die einzelnen Landtagsabgeordneten

Antr
s. *Schülerwettbewerb*
Drs 15/6794

Extremismusprävention an den Schulen, Vermittlung demokratischer Grundwerte und sozialer Kompetenzen

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 843-845 847

Politische Bildungsarbeit zur präventiven Bekämpfung des Rechtsextremismus, Kritik an der Mittelkürzung für die Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 899 901 903-905

Politische Demonstration

s. *Demonstration*

Politische Diskriminierung

s. *Diskriminierung*

Politische Einstellung

Ist die politische Neutralität des Landeselternbeirats noch gewährleistet?

Stellenwert der parteipolitischen Neutralität von Beratungsgremien des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport; Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft im Vorstand des Landeselternbeirats BW mit einem Abgeordnetenmandat im Deutschen Bundestag; Zulässigkeit der ehrenamtlichen Betätigung der SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken als stellvertretende Vorsitzende des Landeselternbeirats

Antr
s. *Elternvertretung*
Drs 15/4114

Politische Gewalt

Straftaten iRd Proteste gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ am 20.06.2011

Zahl und Art der Verletzungen von Polizeibeamten, Zahl und Gegenstand von Ermittlungen gegen gewalttätige Demonstranten

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Verschärfung der Situation durch den Weiterbau der Bahn nach Meinung von Minister Hermann? Beurteilung der Schadenersatzpflicht für die von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Zustandekommen, Art und Höhe der von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Einschätzung des Gefährdungspotenzials von Linksextremismus und Verhältnis zu anderen Formen des Extremismus

Entwicklung der Zahl von Gewaltdelikten von Linksextremisten, Rechtsextremisten und Islamisten seit 2010; Frage nach einer unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Formen des Extremismus; Übertragung der Programme gegen Rechtsextremismus auch auf andere Felder der Extremismusprävention

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/774

Linksextreme Szene stärker überwachen

Entwicklung der o.g. Szene und der von ihr verübten Gewaltdelikte; Zahl der beim Verfassungsschutz und der Polizei mit der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung betrauten Beamten, Planung einer Personalaufstockung? Einschätzung der Gefahr von zusätzlichen Gewalttaten und Anschlägen im Zuge der Proteste gegen Stuttgart 21 und als Nachahmung der Anschläge auf Bahnanlagen in Berlin

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/833

Containerzellen bei S 21-Protesten

Aufstellung von Containerzellen auf dem Cannstatter Wasen bei einer Zunahme der Proteste gegen Stuttgart 21 zur Festsetzung von gewaltbereiten Projektgegnern

MdlAnfr
s. *Haftraum*

Drs 15/791

Resolution des Landtags von Baden-Württemberg gegen rechts-extremistische Gewalt

Verurteilung der rechtsterroristischen Mordtaten, Forderung einer rückhaltlosen Aufklärung der Verbrechen und Hintergründe sowie konsequenten Bestrafung der Täter und Helfer, Aufruf der Bürger zum entschiedenen Widerstand gegen jeglichen Extremismus, Bekundung des Mitgefühls gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/903

Demokratische Offensive gegen rechtsextremistische Gewalt - auch in BW

Aktuelle Debatte
s. *Extremismus*
PIPr 15/19 S. 841

Rechtsstaat schützen - Salafismus entschlossen bekämpfen!

Zahl, Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Salafisten in BW; vorbeugende Maßnahmen nach den Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen; Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Koordination der Bekämpfung des Salafismus in allen gesellschaftlichen Bereichen; entsprechende Erweiterung der Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz; Vorlage eines Maßnahmenkatalogs gegen die extremistische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen in Wohnheimen im Umfeld religiöser Einrichtungen; konsequente Anwendung des Ausländer-, Steuer- und Vereinsrechts; Entwicklung von Präventionsangeboten über die Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Rechtsstaat*
Drs 15/1697

Rechtsextremisten und Soziale Netzwerke

Darlegung der o.g. Nutzung, insbes zur Anwerbung von Sympathisanten, zur Planung von Konzerten und Events und rechtsextremer Gewalt

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/2145

Kurdenkrawalle in Mannheim - Polizei als Freiwild?

Aktuelle Debatte
s. *Polizei*
PIPr 15/45 S. 2519

Ausschreitungen von Teilnehmern des „Langen Marschs der Jugend“ von Straßburg nach Mannheim vom 1. bis 7. September 2012

Erkenntnisse im Vorfeld und Rechtsverstöße während der o.g. Aktion von kurdischen Jugendlichen, beteiligte Behörden und Gründe für die Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2424

Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs

der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Polizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2425

Linksextremistische Gewalt in BW

Maßnahmen gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft linker Autonomer und den Anstieg linksextremistischer Gewalttaten; Erkenntnisse über die Nutzung und Förderung von autonomen Zentren und Szenetreffpunkten; Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen vor der Instrumentalisierung durch linksextremistische Musik; Fokussierung der Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus und der Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz auch auf den gewaltbereiten Linksextremismus

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/2457

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Unterstützung und Zusammenarbeit der Polizei mit Anlaufstellen für Opfer extremistischer und speziell rechtsextremistischer Gewalt, u.a. Zahlen und Beratungsangebote, Erfahrungen aus anderen Bundesländern

Antr
s. *Opferhilfe*
Drs 15/3163

Antisemitisch motivierte Manifestationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg

Hintergründe antisemitischer Äußerungen und Handlungen bei Protesten gegen den Gaza-Krieg und Reaktion der Strafverfolgungsbehörden; Verbindung islamistischer zu rechts- bzw links-extremistischen Gruppen; Schutzmaßnahmen für jüdische Mitbürger und Einrichtungen vor antisemitisch motivierten Aktivitäten

Antr
s. *Antisemitismus*
Drs 15/5581

Beklagung von verletzten Polizisten und des Zurückweichens der Polizei bei den gewalttätigen Protesten gegen Stuttgart 21 am 20.06.2011, Verurteilung jeglicher Form von Gewalt

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145 147-152 162-164

Verurteilung der Gewaltaufrufe der türkischen „Grauen Wölfe“

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1812 1815 1816

Politische Grenze

s. *Grenze*

Politische Kundgebung

s. *Demonstration*

Politische Partei

s. *Partei*

Politische Partizipation

s.a. *Bürgerinitiative*
s.a. *Bürgerschaftliches Engagement*
s.a. *Politische Willensbildung*

Integrationsleitbild für BW

Beteiligung der gesellschaftlich relevanten Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Ehrenamt an der Integration der Migranten; Einrichtung einer jährlichen Landes-Integrationskonferenz; Einführung von Integrationskonferenzen auf regionaler Ebene

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5356

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Wahlverhalten*
Drs 15/5397

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und LKreis Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5716

Kommunalpolitische Situation und Jugend im Main-Tauber-Kreis nach der Kommunalwahl 2014

Daten zu den Ergebnissen der Kommunalwahl 2014 im Main-Tauber-Kreis, insbes Altersstruktur, Veränderungen gegenüber 2009; existierende Jugendgemeinderäte; Förderung der politischen Teilhabe von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/6907

Politische Stiftung

s. *Stiftung*

Politische Straftat

Straftaten iRd Proteste gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ am 20.06.2011

Zahl und Art der Verletzungen von Polizeibeamten, Zahl und Gegenstand von Ermittlungen gegen gewalttätige Demonstranten

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Islamismus in BW

Entwicklung der Zahl und Schwere von Straftaten mit islamistischem Hintergrund in BW oder mit Bezug zu BW seit 2001; präventive Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Muslime, insbes gegen die Selbstradikalisierung durch islamistische Internetpropaganda; Frage nach Ausstiegsprogrammen und Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Glaubensgemeinschaften und Verbänden

Antr
s. *Islam*
Drs 15/281

Wohnorte der rechtskräftig Verurteilten im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“

Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten u.a. rechtswidrigen Handlungen seit 2010, Wohnsitze der Verurteilten bzw Angabe des Bundeslandes bei Wohnsitzen außerhalb von BW

Antr
s. *Wohnsitz*
Drs 15/304

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW

Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Integration in die deutsche Gesellschaft

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/383

Einschätzung des Gefährdungspotenzials von Linksextremismus und Verhältnis zu anderen Formen des Extremismus

Entwicklung der Zahl von Gewaltdelikten von Linksextremisten, Rechtsextremisten und Islamisten seit 2010; Frage nach einer unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Formen des Extremismus; Übertragung der Programme gegen Rechtsextremismus auch auf andere Felder der Extremismusprävention

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/774

Linksextreme Szene stärker überwachen

Entwicklung der o.g. Szene und der von ihr verübten Gewaltdelikte; Zahl der beim Verfassungsschutz und der Polizei mit der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung betrauten Beamten, Planung einer Personalaufstockung? Einschätzung der Gefahr von zusätzlichen Gewalttaten und Anschlägen im Zuge der Proteste gegen Stuttgart 21 und als Nachahmung der Anschläge auf Bahnanlagen in Berlin

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/833

Resolution des Landtags von Baden-Württemberg gegen rechts-extremistische Gewalt

Verurteilung der rechtsterroristischen Mordtaten, Forderung einer rückhaltlosen Aufklärung der Verbrechen und Hintergründe sowie konsequenten Bestrafung der Täter und Helfer, Aufruf der Bürger zum entschiedenen Widerstand gegen jeglichen Extremismus, Bekundung des Mitgefühls gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/903

Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Straftaten

s. *Gedenken*
PIPr 15/19 S. 841

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken

Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets zur Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder und Begehung von Straftaten; Bemühungen um Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei Straftaten im Internet; Nutzung der Programme des Landes durch Schulen zur Erlangung oder Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern, Lehrern und Eltern

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/1069

Äußerungen von Ministerin Öney über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland

Konkretisierung o.g. Äußerung bei einer Veranstaltung im Alevischen Kulturzentrum in Stuttgart auf die Frage eines Zuhörers, Wiedergabe des Sachverhalts in der türkischen Tageszeitung Hürriyet, Verwendung des im Türkischen feststehenden Begriffs für eine Verflechtung von Sicherheitskräften, Politik, Justiz, Verwaltung und organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland; Gründe für das Aufgreifen des Begriffs durch die Ministerin, statt der Unterstellung des Zuhörers entgegenzutreten, was sie erst nachträglich tat

Antr
s. *Rechtsstaat*
Drs 15/1809

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/1959

Vandalismus an Informationsplattform für Stuttgart 21

Zerstörung der neuen Informationsplattform im Mittleren Schlossgarten; Frage nach weiteren Straftaten im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 seit dem 27. November 2011

(Volksabstimmung zu Stuttgart 21)

MdIAnfr 4) Nicole Razavi CDU 12.11.2012 Drs 15/2649
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2965 2966

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Unterstützung und Zusammenarbeit der Polizei mit Anlaufstellen für Opfer extremistischer und speziell rechtsextremistischer Gewalt, u.a. Zahlen und Beratungsangebote, Erfahrungen aus anderen Bundesländern

Antr
s. *Opferhilfe*
Drs 15/3163

Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW

Durchführung der Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW und daraus gewonnene Erkenntnisse, insbes Einbindung baden-württembergischer Behörden in die NSU-Fahndung nach 1998, Umfang der Ermittlungen seit November 2011, Neubewertung im Polizistinnenmord, Verbindung des NSU und seines Umfelds zur rechtsextremistischen Szene in BW, Kontakte der Sicherheitsbehörden zur NSU, geplante Anschlagziele in BW

Antr
s. *Nationalsozialistischer Untergrund*
Drs 15/3557

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen in der Metropolregion Rhein-Neckar

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen in der Metropolregion Rhein-Neckar, insbes begangene Straftaten, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Aktivität der rechten Musikszene; Prävention und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/6523

Politisch motivierte Kriminalität und extremistische Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim

Situation der politisch motivierten Kriminalität und extremistischer Bestrebungen im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim, insbes Straftaten und Gefährdungspotenzial in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, politisch motivierte Ausländerkriminalität und Islamismus/Salafismus

KIAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6674

Extremistische Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer und islamistischer Gruppierungen und Organisationen im Rems-Murr-Kreis, insbes aktive Personen und Kontakte in andere Bundesländer, begangene Straftaten, Aktivität der rechten Musikszene, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/7039

Polizeieinsätze in und um Erstaufnahmestellen und der Umgang mit diesen

Sachstand zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Strafverfolgung im Umkreis von 20 km um

die Landeserstaufnahmestellen, insbes Zuständigkeiten bei der Polizei, Einsatzzahlen, Ausmaß der Eigentums- oder Körperverletzungsdelikte sowie politisch motivierter Straftaten

KIAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7305

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingsunterkünften; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KIAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7591

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen der geringen Zahl von Straftaten und Polizeibeamten in BW; Verurteilung der Straftaten von Demonstranten aus Protest gegen Stuttgart 21

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 411-413 417 419 421 422

Politische Willensbildung

s.a. *Politische Partizipation*

Einführung des kommunalen Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr
Ablehnung eines aktiven Wahlrechts ab 16 wegen der politischen Unreife der Jugendlichen und ihrem Unvermögen, die Tragweite von Entscheidungen zu erkennen; Absage an eine Herabsetzung des Wahlalters wegen der Beeinflussbarkeit der Minderjährigen und einer möglichen Anfälligkeit für extremistische Strömungen

KIAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/3369

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.02.2014 und
Antw IM Drs 15/4813

Politische Wissenschaft

s. *Politikwissenschaft*

Politischer Beamter

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg
Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer

Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr
s. *Schweigepflicht*
Drs 15/4815

Hintergründe der Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors D.R.

Sachstand hinsichtlich der Gründe für die Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors Daniel Rousta, insbes Schließung eines außergerichtlichen Vergleichs, Zahlung einer Abfindungssumme

KlAnfr
s. *Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg*
Drs 15/6660

Politischer Protest

s.a. *Bürgerbeteiligung*
s.a. *Demonstration*

Aufkleber mit dem durchgestrichenen Schriftzug „Nationalpark“ an Pkws, Lkws und im Straßenbild vor Ort aus Protest gegen den geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1497 1498

Politischer Staatssekretär

s. *Staatssekretär*

Politologie

s. *Politikwissenschaft*

Polizei

s.a. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

s.a. *Bereitschaftspolizei*

s.a. *Freiwilliger Polizeidienst*

s.a. *Hochschule für Polizei*

s.a. *Kennzeichnung*

s.a. *Kriminalpolizei*

s.a. *Logistikzentrum*

s.a. *Notruf*

s.a. *Personenkontrolle*

s.a. *Polizeiarzt*

s.a. *Polizeibeamter*

s.a. *Polizeibehörde*

s.a. *Polizeifahrzeug*

s.a. *Polizeigebäude*

s.a. *Polizeikosten*

s.a. *Wasserschutzpolizei*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 7: Polizeiliche Begleitung von Großraum- und Schwertransporten

Mittlg LReg 09.06.2011 Drs 15/81
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/545
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669
Mittlg LReg 12.06.2012 Drs 15/1825

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2019
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Personalsituation im Polizeivollzugsdienst

Entwicklung der Zahl von Beamten im Polizeivollzugsdienst, von Anwärtern, Regelarbeitszeitstunden und Beförderungen seit 2006; Darstellung der Stellenhebungen und Beförderungsmöglichkeiten bis 2016 sowie der Umsetzung der angekündigten 1.000 zusätzlichen Stellen; Fortführung des von der Vorgängerregierung beschlossenen Einstellungskorridors; Nutzung der hohen Bewerberzahlen nach dem doppelten Abiturjahrgang für zusätzliche Einstellungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 22.06.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/146
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 18 19
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
Mittlg LReg 01.06.2012 Drs 15/1778

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, Empfehlungen zum Bereich der Polizei: Nachbereitung des Polizeieinsatzes

Mittlg LReg 01.07.2011 Drs 15/185 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.07.2011 Drs 15/200 (13 S.)
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 10 - Einsatz und Kosten der Hubschrauberstaffel der Polizei (Kap 0314)

Mittlg RH
s. *Hubschrauber*
Drs 15/110

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 10: Datenverarbeitung der Polizei

s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/232

Abbruch von Einsätzen als taktische Alternative bei der Bewältigung von Großlagen

Bewertung o.g. Entscheidungsalternative als eine der Empfehlungen aus der Nachbereitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten, Vereinbarkeit mit der Rechtslage bzw mit den Dienstpflichten von Polizeibeamten und der gebotenen Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates; Auswahl und Zusammensetzung des angekündigten Expertenpools zur Unterstützung von Einsatzleitern, Einbeziehung der persönlichen Bewertung von Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt und der taktischen Variante „Einsatzabbruch“ als Kriterium bei der Expertenauswahl?

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 05.08.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/406
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 23
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Personelle Besetzung von Polizeiposten im Enzkreis

Vakante Planstellen im Enzkreis, Neubesetzung des Polizeipostens in Niefern-Öschelbronn nach den jüngsten Überfällen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.08.2011 und

Antw IM Drs 15/418

Ankündigung polizeilicher Maßnahmen aufgrund von Protesten gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21

Gründe und Auswirkungen einer Ankündigung o.g. Polizeieinsätze im Vorfeld, insbes auf die Intensität und räumliche Konzentration des Widerstands der Projektgegner sowie auf den (erhöhten) Bedarf an Polizeikräften; Kompensation möglicher Nachteile?

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 15.08.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/425

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 23

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Polizeipräsenz im Enzkreis

Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Enzkreis seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Polizeidienststellen bei Straftaten seit 2006, wegen Personalmangels ausgefallene Streifenfahrten und Nachtdienste; Prüfung, ob die Polizeipräsenz im Enzkreis erhöht und die Polizeidienststelle in Neuenbürg erhalten werden kann

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 08.09.2011 und Antw IM Drs 15/486

Behinderung der Polizei iRd der Protestaktionen am 5. September 2011 in Stuttgart

Zahl der eingesetzten Polizisten und Einsatzkonzept bei der Kundgebung gegen Stuttgart 21 und dem anschließenden nicht genehmigten Protestmarsch, rechtliche Bewertung der o.g. Behinderung durch Demonstrationsteilnehmer und des damit bewirkten Scheiterns von Personenkontrollen, Zahl der eingeleiteten Ermittlungen; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Einsatzabbrüche

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/536

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/940 S. 5-7

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Pressemitteilung des Innenministeriums vom 3. August 2011 zur Modernisierung der technischen Ausstattung der Polizei

Höhe und Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel im Rahmen eines Sofortprogramms, insbes für die Beschaffung von Fahrzeugen der Bereitschaftspolizei; Verzicht auf die Zuständigkeit und Kostenübernahme des Bundes hierfür sowie für den Unterhalt, die Reparatur- und Werkstattkosten; Bewertung der Beschaffung von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizei durch das Land vom Rechnungshof

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/540

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/940 S. 7-10

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Stellungnahme der LReg in der Plenardebatte vom 27. Juli 2011 zum Zustand der Polizei in BW

Konkretisierung und Aufarbeitung von angesprochenen Investitionsdefiziten, insbes bei der Schutzausrüstung, Fahrzeug- und EDV-Ausstattung; Auflistung der iRd Technik-Zukunftsprogramms in den letzten Jahren getätigten Beschaffungen; Definition des Begriffs „Bürgernähe“ für die Polizei; Darlegung des künftigen Personalkonzepts

sowie der angekündigten Gegenfinanzierung der beabsichtigten Maßnahmen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 12.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/674

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2011 Drs 15/940 S. 7-10

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Geht der Polizei das Geld aus?

Vorgaben an die nachgeordneten Dienststellen für den weiteren Haushaltsvollzug 2011

MdlAnfr 2) Thomas Blenke CDU 03.11.2011 Drs 15/791

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 816-818

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreiss Esslingen seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2006; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Esslingen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 17.11.2011 und Antw IM Drs 15/872

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der badenwürttembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten; Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr

s. *Psychosoziale Beratung*

Drs 15/908

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Neue Finanzierungsinstrumente für den Bereich Inneres - Mehrjähriger Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020

Schaffung eines Instruments zur finanziellen Unterstützung für Außengrenzen und Visa iRd Fonds für die innere Sicherheit; Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds; Unterstützung der polizeilichen Zusammenarbeit, der Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1087

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier:

a) *Denkschrift 2005 des RH zur LHR von BW für das Hj 2003 - Beitrag Nr. 7: Elektronische Zeiterfassung bei der Landespolizei*

b) *Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 6: Arbeitszeit und Zeiterfassung bei der Landespolizei*

Mittlg LReg

s. *Arbeitszeit*

Drs 15/1090

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr

s. *Wirtschaftskriminalität*

Drs 15/1092

Öffentliche Sicherheit im Enzkreis

Entwicklung der Fallzahlen von Einbrüchen und Diebstählen im Enzkreis und insbes in Knittlingen; Verstärkung der Polizeipräsenz und polizeilichen Ermittlungsarbeit in Knittlingen; strukturelle Verbesserung der polizeilichen Versorgung im Enzkreis und Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Dienststellen

KlAnfr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 15/1097

Erhalt der Feuerwehr-Luftbeobachtung

Aufgabenwahrnehmung und Kosten der o.g. Luftüberwachung, Überlegungen zur Nichtverlängerung der VwV-Luftbeobachtung und Übertragung der Aufgaben auf die Polizeihubschrauberstaffel, Frage nach Gesprächen mit dem Landesfeuerwehrverband und den dabei vorgebrachten Argumenten, Umgang mit dem Vorschlag des RH zur Reduzierung der Zahl und Personalstärke der Polizeihubschrauber

Antr

s. *Hubschrauber*

Drs 15/1138

Situation der Polizei im LKkreis Emmendingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Bereich der Polizeidirektion Emmendingen seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKkreis Emmendingen

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 08.02.2012 und Antw IM Drs 15/1236

Angehörige der Polizei in Stäben und nicht-operativen Bereichen

Zahl und Aufgabenwahrnehmung der in Stäben und Leitungsfunktionen eingesetzten Personen bei den Landespolizeidirektionen, Polizeidirektionen und -präsidien u.a. Dienststellen; jeweilige Anteile von Angehörigen der Schutz- oder Kriminalpolizei, von Beamten des Nicht-Vollzugsdienstes und Tarifbeschäftigten; Zahlen und Altersjahrgänge der Bediensteten in den einzelnen Laufbahn- und Entgeltgruppen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 10.02.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1250 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.03.2012 Drs 15/1646 S.

27 28

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Waldshut

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKkreis Waldshut seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKkreis Waldshut

KlAnfr Felix Schreiner CDU 16.02.2012 und Antw IM Drs 15/1296

Sparzwänge bei Streifenfahrten der Polizei im Enzkreis und in Pforzheim

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim; Darstellung der Personalsituation beim Polizeirevier Mühlacker u.a. Dienststellen im Bereich der PD Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.03.2012 und Antw IM Drs 15/1346

Polizeipräsenz im Internet

Erfahrungen mit o.g. Präsenz im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Stand der Überlegungen zur Einrichtung von permanenten Präsenzen der Dienststellen zentral oder dezentral in sozialen Netzwerken, Darlegung der Datenschutzproblematik, der Kosten und notwendigen Schulung der Beamten; Umfang der bisherigen Kontaktaufnahme von Bürgern mit der Polizei über das Internet

Antr SPD 06.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1374
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2026-2031

Aufforderung zur Deeskalation an die Projektgegner von Stuttgart 21

Art und Kosten der Polizeieinsätze seit der Volksabstimmung, Feststellung einer Radikalisierung der Gegner von Stuttgart 21, Bemühungen um Mäßigung bei den Projektgegnern, Anstrengung von störungsfreien Bauarbeiten

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/1376

Geplante Schließung von Polizeiposten im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Gründe und Auswirkungen o.g. Schließungspläne, Frage nach einer bereits vollzogenen Kündigung der Mietverträge für die Immobilien der Polizeiposten Sulzgries und Berkheim

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 27.04.2012 und Antw IM Drs 15/1631

Rückkehrer von Auslandseinsätzen bei der Polizei

Zahl der o.g. Beamten, Einsatzgebiete und -dauer seit 2002; berufliche Perspektiven für die Rückkehrer; Informations- und Bewerbungsmöglichkeiten für freiwerdende Stellen während des Auslandseinsatzes, Frage nach einer internen Anlaufstelle

KlAnfr

s. *Polizeibeamter*

Drs 15/1671

Sparmaßnahmen bei der Polizei

Art, Gründe, Umfang und Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen, insbes im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim und der Polizeidirektion Heidelberg und für die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum; Beeinträchtigung der allgemeinen Sicherheitslage und der Verfolgung von Straftaten? Frage nach Maßnahmen zur bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Polizei

Antr CDU 23.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1745
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2975-2983

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Auswirkungen der zweigeteilten Laufbahn, insbes Zahl der Stellenhebungen, Mehrkosten und deren Gegenfinanzierung; Darstellung der künftigen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst und die Hochschule für Polizei; Zeitdauer der Einführung bis zur vollständigen Umsetzung

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.07.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2006
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.10.2012 Drs 15/2741 S. 19
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2066

Ausführung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsaufträgen durch die Polizei

Polizeidirektionen, die o.g. Ermittlungen seit 2011 aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht durchführen konnten; Gründe für eine mögliche Häufung solcher Fälle im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim sowie für einen möglichen Schwerpunkt bei der Telekommunikationsüberwachung

KlAnfr
s. *Strafverfolgung*
Drs 15/2112

Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst

Entwicklung der Zahl von o.g. Bewerbungen und Einstellungen seit 2002; Anteil und Nationalitäten von Migranten im Polizeidienst im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung; gezielte Werbung für den Polizeiberuf unter jungen Migranten; landesweite Ausdehnung des Pilotprojekts „Kulturelle Vielfalt“ in Mannheim, bei dem über eine spezielle Internetseite um Migranten für den Polizeidienst geworben wird

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/2118

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der ergriffenen Disziplinarmaßnahmen; Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM; flächendeckende Untersuchung extremistischer Aktivitäten innerhalb der Polizei, Vermeidung einer Stellung aller Polizeibeamten unter Generalverdacht; umfassende Information des Innenausschusses

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.08.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2233
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 60
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Kurdenkrawalle in Mannheim - Polizei als Freiwild?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2519-2530

Ausschreitungen von Teilnehmern des „Langen Marschs der Jugend“ von Straßburg nach Mannheim vom 1. bis 7. September 2012

Erkenntnisse im Vorfeld und Rechtsverstöße während der o.g. Aktion von kurdischen Jugendlichen, beteiligte Behörden und Gründe für die Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2424

Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Polizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2425

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsheimsträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Aktuelle Unterrichtsschwerpunkte

Vermittlung von Grundkompetenzen und Verhaltensregeln durch Einrichtung eines Unterrichtsfachs „Lebens- und Alltagsökonomie“ an allen Schulen, Maßnahmen zur Initiierung von Akzeptanz und Respekt bei Kindern und Jugendlichen gegenüber der Tätigkeit der Polizei

KlAnfr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/2455

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2476

Doppelstreifen bei Polizei

Einsatz von Doppelstreifen, die aus Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsdienstern bestehen in Kommunen Baden-Württembergs; Erfahrungen aus anderen Bundesländern

KlAnfr Alexander Throm CDU 19.12.2012 und Antw IM
Drs 15/2817

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/2839

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Unterstützung und Zusammenarbeit der Polizei mit Anlaufstellen für Opfer extremistischer und speziell rechtsextremistischer Gewalt, u.a. Zahlen und Beratungsangebote, Erfahrungen aus anderen Bundesländern

Antr
s. *Opferhilfe*
Drs 15/3163

Zukunft des Landespolizeiorchesters (LPO)

Bedeutung, Struktur und Finanzierung des Landespolizeiorchesters (LPO), insbes Vergleich mit anderen Blasorchestern sowie Polizeiorchestern anderer Bundesländer, Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten, Funktion als Sympathieträger in der polizeilichen Außendarstellung

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/3174

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Jährliche Zusatzkosten und ihre Gegenfinanzierung; Anzahl der Stellenhebungen iRd Einführung einer zweigeteilten Laufbahn; künftige Verteilung der Stellen des Polizeivollzugsdienstes auf

die verschiedenen Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes; Zugang von Personen mit mittlerem Bildungsabschluss zum Polizeidienst; Anpassung der Zugangsvoraussetzungen für ein Studium an der Hochschule für Polizei; Aufstiegschancen der Angehörigen des mittleren Dienstes; Wartezeiten für Angehörige des gehobenen Dienstes

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.04.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3437
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2013 Drs 15/4040 S. 37
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Geplante Einsparungen der LReg im Personalkörper der Polizei

Auskunft über geplante Stellenstreichungen in der Landesverwaltung; Beitrag der Stelleneinsparungen zur Haushaltskonsolidierung, betroffene Ressorts; Stellenkürzungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, insbes bei der Polizei; Auswirkungen der Ergebnisse des Zensus 2011 auf die Personalplanung bei der Landespolizei

Antr
s. *Personalabbau*
Drs 15/3592

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier Beitrag Nr. 7 - Landespolizeiorchester BW (Kap 0314 und 0316)

Mittlg RH
s. *Orchester*
Drs 15/3807

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturenreform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3996

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/4421

Fortführung des Einstellungskorridors bei der Polizei

Weiterführung des Einstellungskorridors bei der Polizei; geplante Neueinstellungen für das Jahr 2014 bei der Polizei

MdlAnfr 4) Thomas Blenke CDU 11.12.2013 Drs 15/4426
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5247 5248

Personalausstattung der Polizeireviere in BW

Anzahl der zum Stichtag 1. Dezember 2013 in den einzelnen Revieren beschäftigten Polizeibediensteten; Personalstärke des Streifendienstes, des Posten- und Ermittlungsdienstes sowie der Führungsgruppen; Besetzung der Planstellen

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4496

Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidien

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstattung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5031

Inklusion in der Polizei

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei, insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturreform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehindertenvertretungen

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5120

Kriminalitätsbelastung und Polizeidichte in der Stadt Kehl

Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Kehl; Mehrbelastung des kriminalgeografischen Raums durch die Nähe zur französischen Großstadt Straßburg; Polizeidichte und Arbeitsbelastung im Vergleich zu anderen Polizeidienststellen; Maßnahmen zum Abbau der Mehrbelastung

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5181

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsidien; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5231

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisle-

ben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Datendiebstahl bei der Polizei

Auskunft über die auf den entwendeten Datenträgern gespeicherten Daten; Zweck der Sammlung der Datensätze; Information des Innenministeriums über den Diebstahl vom 26. August 2014; Art der eingeleiteten Maßnahmen; Umstände der Zurückerlangung der gestohlenen Datenträger; Zuständigkeit für die Sammlung und Verwaltung von Daten bei der Polizei; Sicherung der technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine vorschriftsmäßige Speicherung und Nutzung der Datensätze

Antr
s. *Datenträger*
Drs 15/5843

Auswirkungen der sogenannten Montagsdemonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 auf Handel, Gastronomie und Beherbergungsgewerbe

Anzahl der bisherigen Demonstrationen, deren durchschnittliche Dauer und Teilnehmerzahl; Umsatzeinbußen bei den Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Gaststätten entlang der Demonstrationstrecke; Höhe der bisher für die Begleitung der Demonstrationen durch Polizei- und Sicherheitskräfte entstandenen Personal- und Sachkosten

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5957

Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sowie der Computerkriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis durch die Polizei; Personalstand und räumliche Unterbringung der Kriminalinspektion 5 (Fachinspektion Cyber Crime) bei der Kriminalpolizeidirektion Rottweil; Nachwuchsgewinnung, Fortbildung der Beamten sowie deren Ausstattung mit aktueller Hard- und Software

KlAnfr
s. *Kriminalprävention*
Drs 15/6093

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Beibehaltung eines Standorts für die Ausbildung im mittleren und/oder gehobenen Polizeivollzugsdienst in den Regierungsbezirken Nordbaden und Nordwürttemberg

Antr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6118

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Polizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den Kriminalpolizeidirektionen

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6253

Polizeiakademie Wertheim

Aufrechterhaltung der Außenstelle Wertheim; Interimsnutzung während der Baumaßnahmen in Böblingen; Anschlussverwendung der Beschäftigten des Standorts Wertheim

KlAnfr
s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
Drs 15/6419

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle - LReg muss handeln

Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ im Strafgesetzbuch

Antr
s. *Strafgesetzbuch*
Drs 15/6818

Gefährdung der inneren Sicherheit durch steigende Zahl an Wohnungseinbrüchen

Sachstand zur Entwicklung der Zahl von Wohnungseinbrüchen in BW, im Enzkreis und der Gemeinde Illingen; konkrete Gegenmaßnahmen und Besetzungstärke der Landespolizisten im Enzkreis

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/7194

Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7218

Stellensituation im höheren Polizeivollzugsdienst

Sachstand zur Stellenbesetzung und Beförderungspraxis im höheren Polizeivollzugsdienst, insbes Bewerberzahlen, Studienplätze, Möglichkeit für Juristen für einen Direkteinstieg im höheren Polizeivollzugsdienst, Beförderungssituation für die nach A15 und A16 bewerteten Stellen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7270

Rechtshilfeersuchen durch die Polizei

Sachstand zur Umsetzung durch die Polizei angeregter Rechtshilfeersuchen bei den Staatsanwaltschaften

KlAnfr
s. *Rechtshilfe*
Drs 15/7350

Kriminalität im LKreis Rottweil

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im LKreis Rottweil, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7379

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr
s. *Software*
Drs 15/7987

Beklagung des Zurückweichens der Polizei vor den gewalttätigen Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 20.06.2011, Beurteilung der Deeskalationsstrategie der Polizei, Einforderung von mehr Achtung und Respekt gegenüber der Polizei

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145 147 148 150-152 155 162-164

Mehrkosten für die Einführung des digitalen Polizeifunks, Unterstützung der Polizei mit zusätzlichen Fahrzeugen und Technik; Erinnerung an die Personalaufstockung bei der Polizei in den Siebzigerjahren

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374 376 382 385 402 403

Ergebnisse der Bestandsaufnahme bei der Polizei nach dem Regierungswechsel, Beurteilung der personellen und technischen Ausstattung im bundesweiten Vergleich; Unterstützung der Polizei bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 411-422 437

Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 843 847

Polizeiärztlicher Dienst

s. *Polizeiarzt*

Polizeiakademie

s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

Polizeiarzt

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 9 - Polizeiärztlicher Dienst BW (Kap 0304 bis 0307, 0316)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1909

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2509

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Mittlg LReg 16.12.2014 Drs 15/6051

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6374

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Polizeiausbildung

Entwicklung der Bewerberzahlen um einen Ausbildungsplatz bei der Polizei in BW in den Jahren 2009 bis 2014

Entwicklung der Bewerberzahlen um einen Ausbildungsplatz bei der Polizei in BW, insbes Anteil der heimatnahen Bewerber und der Bewerber aus Nordbaden; Anreize für Bewerber ohne heimatnahen Ausbildungsort

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 05.09.2014 und Antw IM Drs 15/5695

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Beibehaltung eines Standorts für die Ausbildung im mittleren und/oder gehobenen Polizeivollzugsdienst in den Regierungsbezirken Nordbaden und Nordwürttemberg

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.11.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6118

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 23-25

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Planungen für künftige Standorte der Polizeiausbildung in BW, insbes für den Standort der Polizeiakademie in Wertheim

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 16.01.2015 und Antw IM Drs 15/6352

Schließung der Außenstelle Wertheim des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei BW zum Jahresende 2015 und damit verbundene mögliche Interimsunterbringungen bis zur Fertigstellung eines Neubaus am Standort Böblingen

Nutzbarkeit des Neubaus des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei am Standort Böblingen; Kosten einer Interimslösung aufgrund der Schließung des bisherigen Standorts in Wertheim zum Jahresende 2015

MdlAnfr

s. *Hochschule für Polizei*

Drs 15/6342

Polizeiakademie Wertheim

Aufrechterhaltung der Außenstelle Wertheim; Interimsnutzung während der Baumaßnahmen in Böblingen; Anschlussverwendung der Beschäftigten des Standorts Wertheim

KlAnfr

s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

Drs 15/6419

Stand der Planungen zur Schließung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim

Sachstand zu Schließungsplänen für die Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim, insbes aktueller Planungsstand, Beschäftigtenstruktur, Weiterbeschäftigungsangebote

Antr

s. *Hochschule für Polizei*

Drs 15/6624

Masterstudium „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen

Sachstand zur Entwicklung des Masterstudiengangs „Digitale Forensik“ an der Hochschule Albstadt-Sigmaringen, insbes Studentenzahlen, Kosten; Unterstützung des Studiengangs und laufbahnrechtliche Anerkennung des Abschlusses im Polizeidienst

Antr

s. *Kriminalistik*

Drs 15/6696

Bildungsabschlüsse der Auszubildenden bei der Polizei in BW

Sachstand und Statistik zum Anteil der verschiedenen Bildungsabschlüsse bei Bewerbungen und Einstellungen für Ausbildungen im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst

Antr CDU 28.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6806

BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 49

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Wie passt das zusammen? Warum werden drei Ausbildungsstandorte der Polizei aufgelöst, wenn jetzt die Einstellungszahlen erhöht werden?

Sachstand zu den Planungen an den Ausbildungsstandorten aufgrund der erhöhten Einstellungszahlen für den Polizeivollzugsdienst, insbes kalkulierte Ausbildungszahlen, vorgesehene Liegenschaften, Ertüchtigung von Infrastrukturgebäuden, Bereitstellung von Personal, Verknappung von Ausbildungskapazitäten durch Standortschließungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 28.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6808

BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 43-45

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Polizeiausrüstung

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3013

Auftragsvergabe bei der Installation neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW

Beschaffung neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW, insbes aktueller technischer Bedarf sowie rechtliche und technische Aspekte des Vergabeverfahrens

Antr Dr. Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 11.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3044
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2013 Drs 15/4040 S. 35 36
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3002

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3003

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3004

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3005

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3006

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3007

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3008

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3009

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3010

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Of-fenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3011

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3012

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidioms Technik Logistik Service

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3014

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Tuttlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3015

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3016

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidioms Technik Logistik Service

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3035

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten

Aussonderungs- bzw Verteilverfahren von ausgemusterten analogen Handsprechfunkgeräten der Landes- und Bundespolizei zugunsten des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehren in BW; Ausmusterungsverfahren bei analogen Polizeifunkgeräten in anderen Bundesländern

Antr
s. *Funkgerät*
Drs 15/3919

Finanzneutrale Ausstattung des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen

Rechtliche Voraussetzungen zur Ausstattung der Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen im Bereich des Polizeireviere Ettlingen durch eine Geldspende

MdlAnfr
s. *Freiwilliger Polizeidienst*
Drs 15/4426

Ausschreibungen iRd Erneuerung der Hubschrauberstaffel

Umstände der Ausschreibung zur Neuanschaffung von sechs Hubschraubern zum Zwecke der Erneuerung der Hubschrauberstaffel der baden-württembergischen Polizei, insbes Verhandlungen mit der Firma Eurocopter

KlAnfr
s. *Hubschrauber*
Drs 15/4554

Konsequenzen aus der Auftragsvergabe bei der Installation neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei BW

Sachstand zur Beauftragung und den Kosten einer Interims-lösung in Form der Erweiterung der Bestandsnotruftechnik aufgrund der Verzögerungen bei der Bereitstellung neuer Leitstellenabfrage- und Vermittlungstechnik für die Polizei

Antr FDP/DVP 24.03.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6656
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 42
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Vorbereitung der Polizei BW auf Terrorlagen

Sachstand zu Investitionen und zur Vorbereitung von Polizeivollzugsbeamten im Streifendienst der Polizeireviere des Landes BW auf Terrorlagen, insbes durchschnittlich abgeleistete Stundensätze in den verschiedenen Arten des Einsatztrainings, vorgehaltene Schutzausstattungen gegen Beschuss, durchschnittliche Zugriffszeiten der Spezialeinheiten des Landes bei unvorhersehbarer Alarmierung

Antr
s. *Terrorismusbekämpfung*
Drs 15/7863

Polizeibeamter

s.a. *Freiwilliger Polizeidienst*
s.a. *Verdeckter Ermittler*

Personalsituation im Polizeivollzugsdienst

Entwicklung der Zahl von Beamten im Polizeivollzugsdienst, von Anwärtern, Regelarbeitszeitstunden und Beförderungen seit 2006; Darstellung der Stellenhebungen und Beförderungsmöglichkeiten bis 2016 sowie der Umsetzung der angekündigten 1.000 zusätzlichen Stellen; Fortführung des von der Vorgängerregierung beschlossenen Einstellungskorridors; Nutzung der hohen Bewerberzahlen nach dem doppelten Abiturjahrgang für zusätzliche Einstellungen

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/146

Straftaten iRd Proteste gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ am 20.06.2011

Zahl und Art der Verletzungen von Polizeibeamten, Zahl und Gegenstand von Ermittlungen gegen gewalttätige Demonstrationen

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Angekündigte Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeiuniformen

Einführungsgründe, Ausgestaltung und Auswirkungen eines anonymisierten Kennzeichnungssystems; Frage nach einem Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Gegnern des Projekts Stuttgart 21 gegen Polizisten am 20.06.2011; Haltung der Polizeigewerkschaften; Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamten, Schutz vor Denunziationen, Bedrohungen und Gewalt

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 01.07.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/189
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 21
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Persönlichkeitsschutz im Polizeivollzugsdienst

Beurteilung der Verunsicherung in der Landespolizei nach der angekündigten Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, Frage nach Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre der Beamten und ihrer Familien

MdlAnfr 4) Thomas Blenke CDU 13.07.2011 Drs 15/257
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 394 395

Mit motivierten Polizistinnen und Polizisten für ein sicheres Leben in BW sorgen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 411-422

Abbruch von Einsätzen als taktische Alternative bei der Bewältigung von Großlagen

Bewertung o.g. Entscheidungsalternative als eine der Empfehlungen aus der Nachbereitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten, Vereinbarkeit mit der Rechtslage bzw mit den Dienstpflichten von Polizeibeamten und der gebotenen Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates; Auswahl und Zusammensetzung des angekündigten Expertenpools zur Unterstützung von Einsatzleitern, Einbeziehung der persönlichen Bewertung von Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt und der taktischen Variante „Einsatzabbruch“ als Kriterium bei der Expertenauswahl?

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/406

Personelle Besetzung von Polizeiposten im Enzkreis

Vakante Planstellen im Enzkreis, Neubesetzung des Polizeipostens in Niefern-Öschelbronn nach den jüngsten Überfällen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/418

Ankündigung polizeilicher Maßnahmen aufgrund von Protesten gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21

Gründe und Auswirkungen einer Ankündigung o.g. Polizeieinsätze im Vorfeld, insbes auf die Intensität und räumliche Konzentration des Widerstands der Projektgegner sowie auf den (erhöhten) Bedarf an Polizeikräften; Kompensation möglicher Nachteile?

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/425

G36-Sturmgewehre aus baden-württembergischer Produktion in Libyen

Bewertung der Medienberichte über o.g. Bestände in Händen des Gaddafi-Regimes; Angaben zur Aufklärung der Waffenlieferungen nach Libyen, zu den Voraussetzungen für Ausfuhrgenehmigungen, zur Unterrichtung über erfolgte Genehmigungen, insbes über Genehmigungen seit der Aufhebung des EU-Embargos im Jahr 2004, zur Kenntnis über illegale Waffenlieferungen aus BW; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Lieferung von G36-Sturmgewehren mit den Aufenthalten sogenannter Polizeiausbilder aus BW in Libyen in den Jahren 2005 ff

KlAnfr
s. *Rüstungsexport*
Drs 15/469

Polizeipräsenz im Enzkreis

Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Enzkreis seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Polizeidienststellen bei Straftaten seit 2006, wegen Personalmangels ausgefallene Streifenfahrten und Nachtdienste; Prüfung, ob die Polizeipräsenz im Enzkreis erhöht und die Polizeidienststelle in Neuenbürg erhalten werden kann

KlAnfr
s. *Polizei*

Drs 15/486

Behinderung der Polizei iRd der Protestaktionen am 5. September 2011 in Stuttgart

Zahl der eingesetzten Polizisten und Einsatzkonzept bei der Kundgebung gegen Stuttgart 21 und dem anschließenden nicht genehmigten Protestmarsch, rechtliche Bewertung der o.g. Behinderung durch Demonstrationsteilnehmer und des damit bewirkten Scheiterns von Personenkontrollen, Zahl der eingeleiteten Ermittlungen; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Einsatzabbrüche

Antr

s. *Polizei*

Drs 15/536

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreiss Esslingen seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2006; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Esslingen

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 15/872

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der baden-württembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten; Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr

s. *Psychoziale Beratung*

Drs 15/908

Situation der Polizei im LKreiss Emmendingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Bereich der Polizeidirektion Emmendingen seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Emmendingen

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 15/1236

Angehörige der Polizei in Stäben und nicht-operativen Bereichen

Zahl und Aufgabenwahrnehmung der in Stäben und Leitungsfunktionen eingesetzten Personen bei den Landespolizeidirektionen, Polizeidirektionen und -präsidien u.a. Dienststellen; jeweilige Anteile von Angehörigen der Schutz- oder Kriminalpolizei, von Beamten des Nicht-Vollzugsdienstes und Tarifbeschäftigten; Zahlen und Altersjahrgänge der Bediensteten in den einzelnen Laufbahn- und Entgeltgruppen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr

s. *Polizei*

Drs 15/1250

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Waldshut

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreiss Waldshut seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreiss Waldshut

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 15/1296

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreiss Calw

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1367

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreiss Schwäbisch Hall

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1399

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreiss Heidenheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1400

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreiss Rhein-Neckar

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1401

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreiss Ludwigsburg

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers

zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1402

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Sigmaringen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1403

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Rastatt und den Stadtkreis Baden-Baden

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1404

Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei

Stellenwert und Auswahlkriterien des „Interessenbekundungsverfahrens“ bei der Stellenbesetzung, Maßnahmen zum Ausgleich persönlicher Härten bei angezeigten Versetzungen und Neuverwendungen; Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen auf den juristischen Bestand der Polizeireviere, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei; Auswirkungen der Reform für die Bediensteten bei den Polizeireviere und die Tarifbeschäftigten; Art und Zeitrahmen der Stellenbesetzung bei den neuen Polizeipräsidien

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1408

Polizeireform: Auswirkungen auf den Enzkreis/Pforzheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1391

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Esslingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*
Drs 15/1415

Polizeireform: Auswirkungen auf den Wahlkreis Hohenlohe

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1419

Polizeireform: Auswirkungen auf den Rems-Murr-Kreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1420

„Drohnen“ als fliegende Überwachungstechnik in BW?

Ermöglichung des Einsatzes o.g. Luftfahrtgeräte mit der vorgesehenen Änderung des Luftfahrtgesetzes durch den Bund, Darlegung der Einsatzzwecke und geplanten Systeme sowie der notwendigen (und evtl bereits erworbenen) Qualifikation von Polizeibeamten als „Luftfahrzeugführer“

KlAnfr
s. *Flugzeug*
Drs 15/1421

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Tuttlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1422

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1434

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Lörrach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zustän-

digkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1441

Polizeireform: Auswirkungen auf den Bodenseekreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1442

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Waldshut

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1446

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Freudenstadt

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1447

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Göppingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1453

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Reutlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1454

Positionspapier der baden-württembergischen CDU zur Polizeireform

Bewertung der o.g. Positionierung und dabei abgeleiteten Annahmen, insbes zum Abzug von Beamten und Dienststellen aus

dem ländlichen Raum, zum damit verbundenen Verlust von Bürgernähe und langen Anfahrtswegen der Bediensteten, zur erwarteten Effizienzrendite und den Kosten der Reform sowie zur mangelnden Beteiligung der Betroffenen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1452

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Tübingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1479

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Schwarzwald-Baar

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1488

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Karlsruhe

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1520

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Biberach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1535

Polizeireform: Kosten der Umsetzung und Belastung des Landeshaushalts

Grundlagen und Ergebnisse der Kostenkalkulation im Vergleich zu den Kosten der bayerischen Polizeireform, Vereinbarkeit von Aussagen bei den Regionalkonferenzen (im Ergebnis keine Kosten) und der vom Innenminister benannten Kosten zwischen 120 und 170 Millionen Euro, Finanzierung der Reform zulasten anderer Maßnahmen? Umfang der mit der Reform verbundenen neuen Stellen in der Besoldungsordnung B und der Mehrkosten; Art und Zeitpunkt der Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Antr

s. Polizeireform
Drs 15/1547

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsiden

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/1553

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr
s. Nordschwarzwald, Region
Drs 15/1644

Benennung der designierten Polizeipräsidenten nach Umsetzung der geplanten Polizeistrukturreform

Auflistung der o.g. Führungskräfte mit Bild in der Stuttgarter Zeitung und Onlineausgabe vor der Einleitung eines parlamentarischen Verfahrens: Bewertung vor dem Hintergrund einer „Politik des Gehörtwerdens“ und aus rechtlichen Gründen, Frage nach einer Positionierung gegen die Veröffentlichung sowie nach der verlangten beruflichen Qualifikation für die Leitung eines Polizeipräsidioms

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 08.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1669

Rückkehrer von Auslandseinsätzen bei der Polizei

Zahl der o.g. Beamten, Einsatzgebiete und -dauer seit 2002; berufliche Perspektiven für die Rückkehrer; Informations- und Bewerbungsmöglichkeiten für freiwerdende Stellen während des Auslandseinsatzes, Frage nach einer internen Anlaufstelle

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 08.05.2012 und Antw IM Drs 15/1671

Festlegung Polizeipräsidium Aalen

Zugrundeliegende Kriterien und Auswirkungen der o.g. Standortentscheidung im Zuge der Polizeireform; Zahl und Einheiten der zwischen Waiblingen und Aalen wechselnden Beamten, insbes von Vollzugs- und Nichtvollzugsbeamten des bisherigen Führungs- und Einsatzstabes der PD Waiblingen; Gründe für die Schließung der Kriminalaußenstelle in Backnang, Chancen für die dortige Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion; Darstellung des Investitionsbedarfs für die Liegenschaften in Waiblingen

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/1774

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Biberach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvoll-

zugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Frage nach den Kosten der Reform bei einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/1977

Einführung einer zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Auswirkungen der zweigeteilten Laufbahn, insbes Zahl der Stellenhebungen, Mehrkosten und deren Gegenfinanzierung; Darstellung der künftigen Zugangsvoraussetzungen für den Polizeidienst und die Hochschule für Polizei; Zeitdauer der Einführung bis zur vollständigen Umsetzung

Antr
s. Polizei
Drs 15/2006

Migrantinnen und Migranten im Polizeidienst

Entwicklung der Zahl von o.g. Bewerbungen und Einstellungen seit 2002; Anteil und Nationalitäten von Migranten im Polizeidienst im Vergleich zum Anteil an der Gesamtbevölkerung; gezielte Werbung für den Polizeiberuf unter jungen Migranten; landesweite Ausdehnung des Pilotprojekts „Kulturelle Vielfalt“ in Mannheim, bei dem über eine spezielle Internetseite um Migranten für den Polizeidienst geworben wird

Antr
s. Migrant
Drs 15/2118

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der ergriffenen Disziplinarmaßnahmen; Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM; flächendeckende Untersuchung extremistischer Aktivitäten innerhalb der Polizei, Vermeidung einer Stellung aller Polizeibeamten unter Generalverdacht; umfassende Information des Innenausschusses

Antr
s. Polizei
Drs 15/2233

Polizeireform: Standortkonzeption für die künftigen Ausbildungseinrichtungen der Polizei

Zahl und Standortverteilung der in Ausbildung befindlichen Anwärter für den gehobenen und mittleren Dienst, Gewichtung der Zuordnung auf heimatnahe Ausbildungsstandorte der Bereitschaftspolizei; Begründung der Reduzierung auf nur noch zwei Standorte im südlichen Teil des Landes; Forderung auch von Standorten in der Nähe der Landeshauptstadt und der nordbaldischen Ballungsräume

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/2256

Kurdenkrawalle in Mannheim - Polizei als Freiwild?

Aktuelle Debatte
s. Polizei
PIPr 15/45 S. 2519

Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Polizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2425

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Schaffung einer Rechtsgrundlage für den präventivpolizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen sowie einer originären Zuständigkeit des Polizeivollzugsdienstes zur Erteilung von Platzverweisen, Erweiterung der Verordnungsermächtigung des IM über die Ausrüstung von gemeindlichen Vollzugsbediensteten

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Konsequent handeln: Schluss mit der Gewalt gegen Polizeibeamte

Aktuelle Debatte
s. *Gewalt*
PIPr 15/47 S. 2638

Sonderurlaub für Bedienstete im Justizvollzug

Umsetzungsstadium der geplanten Neuregelung für ältere, im Wechselschichtdienst tätige Polizisten; Einführung einer vergleichbaren Regelung für die Bediensteten im Strafvollzug; Prüfung einer Übertragung auf weitere Landesbedienstete

Antr
s. *Freistellung von der Arbeit*
Drs 15/2740

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Calw

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2924

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Freudenstadt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*
Drs 15/2931

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Land- und Stadtkreis Heilbronn

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2932

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Reutlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien und deren Weiterverwendung; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2933

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tübingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2934

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2935

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Schwäbisch Hall

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-

terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2948

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Göppingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2949

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Konstanz

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2950

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Heidenheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2951

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rastatt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2952

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Sigmaringen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2954

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Böblingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2962

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Waldshut

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2963

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ludwigsburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2964

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Hohenlohekreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-

terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2966

*Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rhein-Neckar-
Kreis und im Stadtkreis Heidelberg*

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2968

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tuttlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2971

*Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Enzkreis und im
Stadtkreis Pforzheim*

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2972

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rems-Murr-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-

punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2973

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ravensburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2974

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rottweil

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2975

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Lörrach

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2976

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Esslingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-
terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-
teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu
Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-
lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-
nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-
wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-
punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2977

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Bodenseekreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landes-
eigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Wei-

terverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2978

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadt- und Landkreis Karlsruhe

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2979

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Schwarzwald-Baar-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2980

Polizeireform: Auswirkungen der Reform in Stuttgart

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2990

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Neckar-Odenwald-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-

wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2991

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ortenaukreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2995

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadtkreis Mannheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2996

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Main-Tauber-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2998

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ostalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2999

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Zollernalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3000

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Biberach

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3026

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3049

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Alb-Donau-Kreis und im Stadtkreis Ulm

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3058

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediens-teten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3017

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediens-teten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3018

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediens-teten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3019

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediens-teten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3020

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizei-präsidiums, insbes Abordnung oder Versetzungen von Polizei-bediens-teten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3021

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediens-teten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3022

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediens-teten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*

Drs 15/3023

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3030

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3031

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3032

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3033

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3034

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3035

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3036

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3037

Amnestie im Zusammenhang mit der Stuttgart 21-Demonstration am „Schwarzen Donnerstag“

Zahl der gegen Demonstranten sowie gegen Polizeibeamte eingeleiteten Strafverfahren; Stand dieser Verfahren; Vorschlag einer generellen Amnestie für alle im Zusammenhang mit der Demonstration und dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten begangenen Straftaten; Vereinbarkeit einer Amnestie mit dem Legalitätsprinzip; Auswirkungen auf künftige Polizeieinsätze bei Demonstrationen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3323

Polizeireform: Auswirkungen fehlender Dienstpostenbewertungen auf künftige Personalverfügungen

Bestand nicht bewerteter Stellen in der Landesverwaltung; Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011; seine Geltung für die Frage der Versetzung von Beamten; Dienstpostenbewertung als Voraussetzung für eine amtsangemessene Beschäftigung; Bewertung bislang nicht bewerteter Stellen im Zuge der Polizeireform; Einrichtung gebündelter Dienstposten; Auswirkungen der Stellenbewertung auf die Beförderungspraxis bei der Polizei

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3943

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturereform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3996

Eine weltoffene Polizei lebt von Vielfalt - mehr Migrantinnen und Migranten bei der Polizei BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4706-4714

Fortführung des Einstellungskorridors bei der Polizei

Weiterführung des Einstellungskorridors bei der Polizei; geplante Neueinstellungen für das Jahr 2014 bei der Polizei

MdlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/4426

Chaos beim Start der Polizeireform: Stopp der Besetzung der Führungspositionen der Polizei durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe

Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Führungsebene und Verwendung der derzeit kommissarisch eingesetzten Leiter, übergangsweise Rückführung der Polizei in die bis zum 31. Dezember 2013 geltende Struktur bis zu einer rechtmäßig erfolgten Führungspersonalauswahl

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4607

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014
Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidiums Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4654

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2366 betr. Öffentlicher Dienst

Petitionen
s. *Öffentlicher Dienst*
Drs 15/4604

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Um-

gang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4715

Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Rangstufen der als Vizepräsidenten zu entbindenden 14 Beigeladenen in den regionalen Polizeipräsidien und im Polizeipräsidium Einsatz; Rangfolge der Beigeladenen im Verhältnis zu den rangdienstältesten Polizeivollzugsbeamten des höheren Diensts; Wahrnehmung von Vertretungsfunktionen durch die Beigeladenen; Vertreter der kommissarisch eingesetzten Präsidenten

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4765

Fehlstart der Polizeireform: Offene Fragen zu den Stellenbesetzungsverfahren nach der Sitzung des Innenausschusses

Abordnung der wiederabberufenen Polizeipräsidenten an Dienststellen mit kommissarischer Leitung für die betreffenden Polizeipräsidien; Ausschluss einer Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ihres ehemaligen Präsidiums; Sonderaufgaben der als Polizeipräsidenten vorgesehenen und abberufenen Personen; Einfluss einer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Beurteilung der Eignung für ein Führungsamt; Durchführung und Kriterien des neuen Auswahlverfahrens; künftige Besetzung der Stellvertreterposten; Forderung nach Unvoreingenommenheit bei der Personalauswahl

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4820

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeirevierern in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiums in Ulm

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4842

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform

Detailangaben zu Bewerbern aus der Landesverwaltung Baden-Württembergs im ersten und zweiten Besetzungsverfahren für die Posten der Polizeipräsidenten und Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform, insbes Beschränkung des bewerbungsberechtigten Personenkreises, Frauenanteil, Zugehörigkeit des Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft zum bewerbungsberechtigten Personenkreis

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4950

Die Polizeireform als Ursache für den Ermittlungserfolg in Sachen „Doppelmord von Albstadt“

Bewertung der Ermittlungen und der Festnahme des Tatverdächtigen im Kontext der Polizeireform; Standorte der beteiligten Dienststellen, Ausbildungsgrad der eingesetzten Polizeibeamten

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/5051

Inklusion in der Polizei

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei, insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturreform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehindertenvertretungen

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5120

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3524 betr. Einstellung in den Polizeidienst des Landes

BeschlEmpf und Bericht PetA 30.04.2014 Drs 15/5029 Nr. 2 S. 2-4
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850
Mittlg LReg 20.06.2014 Drs 15/5351

Zur Sache, Herr Ministerpräsident: Sollte Ihr Staatsministerium die persönlichen Daten von S 21-Befürwortern und Polizisten sammeln?

Aktuelle Debatte
s. *Personenbezogene Daten*
PIPr 15/97 S. 5791

Beförderungssituation bei der Polizei

Beförderungssituation bei der Polizei vor und nach der Polizeireform; Auswirkungen der Polizeireform auf die Beförderungsmöglichkeiten der zur Beförderung anstehenden Polizeibeamten; Gründe der nicht ausgeschöpften Beförderungsmöglichkeiten und Einsparvolumen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 05.05.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5155
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 19 20
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsidien; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5231

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform
Auskunft über die an der Formulierung der zweiten Ausschreibung beteiligten Personen bzw Stellen; Zahl und Varianten der Ausschreibungstextentwürfe; Mitwirkung der politischen Führung des Innenministeriums und ihrer persönlichen Mitarbeiter an Ausschreibungsverfahren und Ausschreibungsformulierung; Behandlung des Ausschreibungsverfahrens im Kabinett

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5234

Herr Innenminister, wurde die neuerliche Ausschreibung der Polizeipräsidenten auf Ihre Wunschkandidaten zugeschnitten?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5947-5961

Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

Zahl der Planstellen im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen im Wahlkreis Waldshut eingesetzten Polizeibeamten; Interesse der Polizeibeamten an einer Versetzung oder einem anderen Fachgebiet; Präsenz der Kriminalpolizei im LKreis Waldshut; Fahrzeiten der Polizeibeamten zu Unfall- und Tatorten vor und nach der Polizeireform

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5390

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 10.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5465

Bildung und Förderung der Mitarbeiter im Landesdienst

Stellenwert der Fortbildung der Mitarbeiter; Maßnahmen der Mitarbeiterfortbildung in der Ministerialverwaltung, der Polizei, dem Schuldienst und den sonstigen Institutionen des Landes in den Zeiträumen 2007 bis 2010 und 2011 bis 2014; durchschnittliche Fortbildungsdauer; prozentualer Anteil der an einer Fortbildung teilnehmenden Mitarbeiter; Art und Kosten der Fortbildungsmaßnahmen; zeitlicher Gesamtumfang der Fortbildung der Landesbediensteten in BW im Vergleich mit Bundesländern ohne Bildungsfreistellungsgesetz; Erfahrungen mit einem Bildungsfreistellungsgesetz in anderen Ländern

KlAnfr
s. *Berufliche Weiterbildung*
Drs 15/5600

Erschwerniszulagen für Spezialeinheiten der Polizei

Zahl der aktuellen Empfänger einer monatlichen Erschwerniszulage; jährliche Summe der Erschwerniszulagen für Spezialeinheiten im Vergleich mit anderen Bundesländern sowie dem Bund; Erhöhung der Erschwerniszulagen für Bundespolizisten im Mai 2008; Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Erschwerniszulage; Angleichung der Erschwerniszulage der polizeilichen Spezialeinheiten Baden-Württembergs an die des Bundes

Antr
s. *Erschwerniszulage*
Drs 15/5682

Personalentwicklung an Polizeirevieren im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeirevieren und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5793

Personalausstattung der Polizeireviere nach der Polizeireform

Personalsituation auf den einzelnen Polizeirevieren nach der Polizeireform zum Stichtag 1. September 2014, insbes Bedienstenzahlen und zusätzliche Einstellungen, zugeordnete und besetzte Planstellen, Planstellen mit kw-Vermerk, Personaleinsatz im Streifendienst, Posten- und Ermittlungsdienst und in der Führung

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5830

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Nationalsozialistischer Untergrund*
Drs 15/6049

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3945 betr. Versetzungsgesuch nach BW

Petitionen
s. *Versetzung von Beamten*
Drs 15/6026

Gewalt gegen Polizeibeamte

Anzahl der pro Jahr auf Polizeibeamte verübten Angriffe seit 2011; Art der dadurch verursachten Verletzungen; Dienstausfall, Dienstunfähigkeit und Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand; Situationen, in denen Polizisten besonders gefährdet sind; Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamten vor Übergriffen

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 09.12.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6227
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.03.2015 Drs 15/6733 S. 14 15
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Polizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den Kriminalpolizeidirektionen

Antr
s. *Kriminalpolizei*

Drs 15/6253

Polizeivollzugsbeamte in Teil- und Vollzeit im Enzkreis

Stellenverteilung bei Polizeivollzugsbeamten in Teil- und Vollzeit im Enzkreis; Personalplanung für durch Mutterschutz oder Elternzeit ausgefallene Beschäftigte

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 20.03.2015 und Antw IM Drs 15/6644

Ku-Klux-Klan (KKK) in BW

Sachstand zu Kontakten oder Mitgliedschaften von Polizeibeamten oder Angehörigen anderer Sicherheitsbehörden im Ku-Klux-Klan (KKK) oder ihm nahestehender rechtsextremistischer Organisationen

KlAnfr
s. *Ku-Klux-Klan*
Drs 15/6710

Dienstpostenbewertungen bei der Polizei

Auswirkung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, insbes auf die Stellenbewertung im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst sowie vorzunehmende Regel- und Anlassbeurteilungen

MdlAnfr 4) Thomas Blenke CDU 11.06.2015 Drs 15/6895
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7947 7948

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

Stellensituation im höheren Polizeivollzugsdienst

Sachstand zur Stellenbesetzung und Beförderungspraxis im höheren Polizeivollzugsdienst, insbes Bewerberzahlen, Studienplätze, Möglichkeit für Juristen für einen Direkteinstieg im höheren Polizeivollzugsdienst, Beförderungssituation für die nach A15 und A16 bewerteten Stellen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 04.08.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7270
BeschlEmpf und Bericht InnenA 07.10.2015 Drs 15/7638 S. 37-39
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Stand der Ausstattung der Polizeireviere und Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

Sachstand zur Ausstattung mit Personalstellen für Beamte im Polizeivollzugsdienst bei den einzelnen Polizeirevieren und deren Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7344

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung fi-

nanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr CDU 27.10.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7607
BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S.
51 52
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

*Beanspruchung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im
Polizeipräsidium Heilbronn*

Sachstand zur Stellenauslastung und zum Überstundeneinsatz in
den Polizeirevieren und Polizeiposten im Polizeipräsidium Heil-
bronn

KlAnfr Alexander Throm u.a. CDU 08.12.2015 und Antw
IM Drs 15/7840

*Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten
des Landes BW*

Einführung eines Bürgerbeauftragten als eine beim Landtag an-
gesiedelte, neutrale Person zur Stärkung der Bürgerinteressen
bei Anliegen mit Bezug zur öffentlichen Verwaltung; Zustän-
digkeit für die Landespolizei zur Klärung innerpolizeilicher An-
liegen von Polizeibesetzten sowie möglichem persönlichen
Fehlverhalten einzelner Polizeibesetzter gegenüber Bürgern

GesEntw
s. *Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürger-
beauftragten des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/7862

Vorbereitung der Polizei BW auf Terrorlagen

Sachstand zu Investitionen und zur Vorbereitung von Polizei-
vollzugsbeamten im Streifendienst der Polizeireviere des Landes
BW auf Terrorlagen, insbes durchschnittlich abgeleistete Stun-
densätze in den verschiedenen Arten des Einsatztrainings, vorge-
haltene Schutzausstattungen gegen Beschuss, durchschnittliche
Zugriffszeiten der Spezialeinheiten des Landes bei unvorherseh-
barer Alarmierung

Antr
s. *Terrorismusbekämpfung*
Drs 15/7863

*Personalausstattung der Polizeireviere vor und nach der Polizei-
reform im Rems-Murr-Kreis*

Personalsituation auf den einzelnen Polizeirevieren im Rems-
Murr-Kreis vor und nach der Polizeireform, insbes Bediensteten-
zahlen, zugeordnete und besetzte Planstellen; Personaleinsatz
im Streifendienst, Posten- und Ermittlungsdienst und in der Füh-
rung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7986

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Poli-
zei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Lan-
despolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der
Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Aus-
wertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufrie-
denheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssy-
stem

KlAnfr
s. *Software*
Drs 15/7987

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungs-
störungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs,
insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelik-
ten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Ta-
harrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der
Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium,
Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterer-
mittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen
Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

*Beanspruchung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im
Polizeipräsidium Offenburg*

Sachstand zur Stellenauslastung und zum Überstundeneinsatz in
den Polizeirevieren und Polizeiposten im Polizeipräsidium Of-
fenburg

KlAnfr Tobias Wald CDU 18.02.2016 und Antw IM Drs
15/8082

*Beklagung von verletzten Polizeibeamten bei den gewalttätigen
Protesten gegen Stuttgart 21 am 20.06.2011; Würdigung des tag-
täglichen Engagements der Polizeibeamten, Einforderung von
mehr Achtung und Respekt gegenüber der Polizei*

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145 147 148 150-152 155 162-164

*Beklagung der zunehmenden Gewaltbereitschaft von Jugendli-
chen unter Alkoholeinfluss gegen Polizeibeamte; Schaffung der
Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden
an örtlichen Brennpunkten*

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 209-215

*Schaffung zusätzlicher Stellen für Polizeianwärter, Übernahme
der ausgebildeten Polizisten als Polizeikommissare*

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Schaffung zusätzlicher Stellen für Polizeianwärter

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1119 1121 1136

*Beklagung des Abzugs von Vollzugsbeamten aus der Fläche mit
der geplanten Polizeireform, Verweisung auf die von den Poli-
zeibeamten erarbeiteten Eckpunkte für die Reform, Erinnerung
an den Stellenabbau bei der Polizei, Erhöhung des Migranten-
anteils*

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1189 1192 1195 1196 1200 1205
1206 1209 1210 1212-1214 1217 1221-1230 1232 1237
1243 1246

*Bewertung der vorgesehenen Polizeireform, Stärkung der Poli-
zeipräsenz mit mehr Beamten vor Ort, Verweisung auf die Erar-
beitung der Reform von den Beamten, Erinnerung an den Per-
sonalabbau in der Vergangenheit; Vorwurf der politischen Ein-
flussnahme auf Polizeieinsätze im Zuge des Projekts Stuttgart 21*

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1261-1279 1284 1286 1298

*Erwarteter Synergiegewinn von Stellen durch den Wegfall einer
Führungsebene im Zuge der Polizeireform, Stärkung der Poli-
zeipräsenz mit mehr Beamten vor Ort, Verweisung auf die Erar-
beitung der Reform von den Beamten, Erinnerung an den Perso-
nalabbau in der Vergangenheit; Schulung der Beamten zur Be-
kämpfung der Internetkriminalität*

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1641-1651 1684-1690

Zunahme der Zahl von verletzten Polizeibeamten durch Ausschreitungen bei Fußballspielen, Kosten der Polizeieinsätze in und um Fußballstadien, Strategien der Polizei zur Eindämmung der Gewalt

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2053-2061

Polizeibehörde

*s.a. Kriminalpolizei
s.a. Polizeigebäude*

Personelle Besetzung von Polizeiposten im Enzkreis

Vakante Planstellen im Enzkreis, Neubesetzung des Polizeipostens in Niefern-Öschelbronn nach den jüngsten Überfällen

KlAnfr
s. Polizei
Drs 15/418

Polizeipräsenz im Enzkreis

Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Enzkreis seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Polizeidienststellen bei Straftaten seit 2006, wegen Personalmangels ausgefallene Streifenfahrten und Nachtdienste; Prüfung, ob die Polizeipräsenz im Enzkreis erhöht und die Polizeidienststelle in Neuenbürg erhalten werden kann

KlAnfr
s. Polizei
Drs 15/486

Aktuelle Haushaltslage der Polizeidirektionen im Land

Haushalts- und Personallage der einzelnen Polizeidirektionen; Möglichkeiten zur Kompensation von Defiziten und der Belastungen im Zuge der geplanten Polizeireform

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/736

Geht der Polizei das Geld aus?

Vorgaben an die nachgeordneten Dienststellen für den weiteren Haushaltsvollzug 2011

MdlAnfr
s. Polizei
Drs 15/791

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreis Esslingen seit 2006, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2016; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2006; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Esslingen

KlAnfr
s. Polizei
Drs 15/872

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive

Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. Wirtschaftskriminalität
Drs 15/1092

Öffentliche Sicherheit im Enzkreis

Entwicklung der Fallzahlen von Einbrüchen und Diebstählen im Enzkreis und insbes in Knittlingen; Verstärkung der Polizeipräsenz und polizeilichen Ermittlungsarbeit in Knittlingen; strukturelle Verbesserung der polizeilichen Versorgung im Enzkreis und Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Dienststellen

KlAnfr
s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Drs 15/1097

Geplante Neuorganisation der Kriminalpolizei

Begründung und Auswirkungen einer geplanten Auflösung der 25 Außenstellen der Kriminalpolizei, u.a. für die Außenstelle und den gesamten Polizeistandort Mühlacker

KlAnfr
s. Kriminalpolizei
Drs 15/1171

Standorte von Kriminalpolizei-Außenstellen im Land

Auflistung der o.g. Standorte, ihrer Aufgaben und personellen Ausstattung, ihrer Zuordnung und räumlichen Entfernung zu Polizeidirektionen und -präsidien

Antr
s. Kriminalpolizei
Drs 15/1178

Politische Einflussnahme auf Polizeieinsätze iR des Projekts „Stuttgart 21“

Nährung o.g. Befürchtungen durch Presseäußerungen u.a. Verlautbarungen der LReg sowie durch den Wegfall einer Führungsebene im Zuge der geplanten Polizeireform (Abschaffung der Landespolizeidirektionen bei den RegPräs, direkte Unterstellung der neuen Polizeipräsidien unter das IM); Schaffung von Klarheit durch den Ausschluss einer politischen Einflussnahme auf die Polizei

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/1225

Situation der Polizei im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im Bereich der Polizeidirektion Emmendingen seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Emmendingen

KlAnfr
s. Polizei
Drs 15/1236

Angehörige der Polizei in Stäben und nicht-operativen Bereichen
Zahl und Aufgabenwahrnehmung der in Stäben und Leitungsfunktionen eingesetzten Personen bei den Landespolizeidirektionen, Polizeidirektionen und -präsidien u.a. Dienststellen; jeweilige Anteile von Angehörigen der Schutz- oder Kriminalpolizei, von Beamten des Nicht-Vollzugsdienstes und Tarifbeschäftigten; Zahlen und Altersjahrgänge der Bediensteten in den einzelnen Laufbahn- und Entgeltgruppen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1250

Auswirkungen der Polizeireform auf den Main-Tauber-Kreis - Erhalt der Polizeiausbildungsstätte Wertheim sowie der Polizeidirektion Tauberbischofsheim

Höhe und Verwendung von Landes- und Bundesmitteln bei der Konversionsmaßnahme Reinhardshof; Umfang der Investitionen in die polizeiliche Fortbildung; Mittelaufwand einer Verlegung der Ausbildungseinrichtung, mögliche Kompensationsmaßnahmen; Bewertung des Verlusts weiterer staatlicher Einrichtungen und damit von Arbeitsplätzen an den Standorten Tauberbischofsheim und Wertheim

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1238

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Waldshut

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreis Waldshut seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1296

Widersprüchliche Aussagen des Innenministers zur letzten Strukturreform der Polizeiposten

Aufklärung der widersprüchlichen Äußerungen des Innenministers über die von der Vorgängerregierung umgesetzte Polizeipostenreform

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1305

Sparzwänge bei Streifenfahrten der Polizei im Enzkreis und in Pforzheim

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim; Darstellung der Personalsituation beim Polizeirevier Mühlacker u.a. Dienststellen im Bereich der PD Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1346

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Calw

Auffüstung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers

zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1367

Polizeipräsenz im Internet

Erfahrungen mit o.g. Präsenz im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Stand der Überlegungen zur Einrichtung von permanenten Präsenzen der Dienststellen zentral oder dezentral in sozialen Netzwerken, Darlegung der Datenschutzproblematik, der Kosten und notwendigen Schulung der Beamten; Umfang der bisherigen Kontaktaufnahme von Bürgern mit der Polizei über das Internet

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1374

Nutzung landeseigener Gebäude im LKreis Calw

Auffüstung o.g. Gebäude und deren Nutzung, Unterbringung von Polizeidienststellen in leerstehenden landeseigenen Gebäuden

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/1392

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Schwäbisch Hall

Auffüstung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1399

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Heidenheim

Auffüstung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1400

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Rhein-Neckar

Auffüstung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1401

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Ludwigsburg

Auffüstung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen

Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1402

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Sigmaringen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1403

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Rastatt und den Stadtkreis Baden-Baden

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1404

Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei

Stellenwert und Auswahlkriterien des „Interessenbekundungsverfahrens“ bei der Stellenbesetzung, Maßnahmen zum Ausgleich persönlicher Härten bei angezeigten Versetzungen und Neuverwendungen; Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen auf den juristischen Bestand der Polizeireviere, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei; Auswirkungen der Reform für die Bediensteten bei den Polizeirevieren und die Tarifbeschäftigten; Art und Zeitrahmen der Stellenbesetzung bei den neuen Polizeipräsidien

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1408

Polizeireform: Auswirkungen auf den Enzkreis/Pforzheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1391

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Esslingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*

Drs 15/1415

Polizeireform: Auswirkungen auf den Wahlkreis Hohenlohe

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1419

Polizeireform: Auswirkungen auf den Rems-Murr-Kreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1420

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Tuttlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1422

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1434

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Lörrach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1441

Polizeireform: Auswirkungen auf den Bodenseekreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zustän-

digkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1442

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Waldshut

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1446

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Freudenstadt

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1447

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Göppingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1453

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Reutlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1454

Positionspapier der baden-württembergischen CDU zur Polizeireform

Bewertung der o.g. Positionierung und dabei abgeleiteten Annahmen, insbes zum Abzug von Beamten und Dienststellen aus dem ländlichen Raum, zum damit verbundenen Verlust von Bürgernähe und langen Anfahrtswegen der Bediensteten, zur erwarteten Effizienzrendite und den Kosten der Reform sowie zur mangelnden Beteiligung der Betroffenen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1452

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Tübingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-

vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1479

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Schwarzwald-Baar

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1488

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Karlsruhe

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1520

Polizeistrukturereform - Oberschwaben zwischen den Stühlen in Ulm und Konstanz

Gründe und Auswirkungen der Entscheidung für Konstanz als Sitz des neuen Polizeipräsidiums, Bewertung der verkehrlichen Anbindung und der dort verfügbaren Räumlichkeiten; Auswirkungen der neuen Strukturen auf die personelle Stärke der Polizei; Frage nach einer Weiterverfolgung der Neubaupläne für die Polizei in Ravensburg sowie nach Vorschlägen für und gegen eine Zuteilung der oberschwäbischen Landkreise nach Konstanz

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1529

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Biberach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1535

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsidien

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1553

Daten zu den Polizeidirektionen in Pforzheim, Ludwigsburg und Böblingen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten Jahren; Darlegung der verfügbaren Liegenschaften als Grundlage der Entscheidung für Ludwigsburg als Standort des künftigen Präsidiums

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 05.04.2012 und Antw IM Drs 15/1554

Geplante Schließung von Polizeiposten im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Gründe und Auswirkungen o.g. Schließungspläne, Frage nach einer bereits vollzogenen Kündigung der Mietverträge für die Immobilien der Polizeiposten Sulzgries und Berkheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1631

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr
s. *Nordschwarzwald, Region*
Drs 15/1644

Benennung der designierten Polizeipräsidenten nach Umsetzung der geplanten Polizeistrukturreform

Aufflistung der o.g. Führungskräfte mit Bild in der Stuttgarter Zeitung und Onlineausgabe vor der Einleitung eines parlamentarischen Verfahrens: Bewertung vor dem Hintergrund einer „Politik des Gehörtwerdens“ und aus rechtlichen Gründen, Frage nach einer Positionierung gegen die Veröffentlichung sowie nach der verlangten beruflichen Qualifikation für die Leitung eines Polizeipräsidiums

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/1669

Polizeireform - Anzahl der künftigen regionalen Präsidien

Gründe für die Überlegungen des MinPräs zu einer Erhöhung der Zahl von zwölf geplanten Polizeipräsidien auf 14, Vereinbarkeit des Verzichts auf eine Weiterverfolgung dieser Überlegungen mit der Richtlinienkompetenz des MinPräs; Vorlage aller zugrunde liegenden Unterlagen für die Entscheidungen über Anzahl und Sitze der künftigen Polizeipräsidien und Raumstrukturen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1721

Sparmaßnahmen bei der Polizei

Art, Gründe, Umfang und Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen, insbes im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim und der Polizeidirektion Heidelberg und für die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum; Beeinträchtigung der allgemeinen Sicher-

heitslage und der Verfolgung von Straftaten? Frage nach Maßnahmen zur bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Polizei

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1745

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen
Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr Felix Schreiner CDU 25.05.2012 und Antw IM Drs 15/1760

Polizeireform - Gründe für das Nichteinbeziehen der kommunalen Seite

Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene sowie der Anhörungsergebnisse mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; ergebnisoffene und transparente Durchführung der Anhörung iRd Gesetzgebungsverfahren, Darstellung der Ergebnisse der Anhörung und ihrer Folgen für die Standortentscheidungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1763

Festlegung Polizeipräsidium Aalen

Zugrundeliegende Kriterien und Auswirkungen der o.g. Standortentscheidung im Zuge der Polizeireform; Zahl und Einheiten der zwischen Waiblingen und Aalen wechselnden Beamten, insbes von Vollzugs- und Nichtvollzugsbeamten des bisherigen Führungs- und Einsatzstabes der PD Waiblingen; Gründe für die Schließung der Kriminalaußenstelle in Backnang, Chancen für die dortige Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion; Darstellung des Investitionsbedarfs für die Liegenschaften in Waiblingen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1774

Sparzwänge bei der Polizei in BW

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen, Auswirkungen auf die Sicherheitslage; Anschaffung von Dienstfahrzeugen mit niedrigem Kraftstoffverbrauch; Einrechnung der Mehrkosten von größeren Entfernungen zwischen den Dienststellen nach Umsetzung der Polizeireform

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1823

Handhabung „Lebensbescheinigungen“

Handhabung der Ausstellung o.g. Bescheinigungen zur Vorlage bei Lebens- und Rentenversicherungen; Frage nach einer Verpflichtung von Polizeidienststellen zur Unterzeichnung von Lebensbescheinigungen

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/1837

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Biberach
Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Frage nach den Kosten der Reform bei einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1977

Polizeireform; Gründe für die Standortentscheidungen für künftige regionale Polizeipräsidien

Kriterien und Zeitpunkt für die o.g. Entscheidungen; Frage nach der rechtlichen Grundlage vor den Beratungen im Landtag, nach dem Respekt vor dem Parlament und den Chancen von Änderungsvorschlägen; Vorlage einer überarbeiteten Standortkonzeption, Orientierung von Zahl und Zuschnitt der Präsidien auch an landesplanerischen Aspekten

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2005

Probleme bei dem Internetportal der Polizei BW

Ausfallzeiten und Gründe für die mangelnde Erreichbarkeit des Internetportals; mögliche Beeinträchtigung des E-Mail-Verkehrs der Polizei; Angaben zu Beschwerden über die Erreichbarkeit vonseiten der Bürger, der Presse oder von Organisationen; Anmahnung von Informationen über die Polizeireform, insbes über die Bewertungskriterien zu den Standortentscheidungen; Aufnahme der geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne; Einrichtung einer Diskussionsplattform

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2008

Polizeireform - Auswirkungen auf die Hochschule für Polizei

(Formelle) Beteiligung und Stellungnahme des MWK vor Veröffentlichung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeireform, Gründe für die Neustrukturierung des Präsidiums „Bildung und Personalgewinnung“ und Zuordnung der Hochschule für Polizei; Erhaltung der akademischen Selbstständigkeit der Hochschule für Polizei sowie der Aus- und Fortbildungsaufgaben bzw der Polizeischulen in der Zuständigkeit der Bereitschaftspolizei

Antr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/2077

Ausführung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsaufträgen durch die Polizei

Polizeidirektionen, die o.g. Ermittlungen seit 2011 aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht durchführen konnten; Gründe für eine mögliche Häufung solcher Fälle im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim sowie für einen möglichen Schwerpunkt bei der Telekommunikationsüberwachung

KlAnfr
s. *Strafverfolgung*
Drs 15/2112

Kostenerfassung im Rahmen der Vorbereitungen zur Polizeistrukturreform

Frage nach einer gesonderten Erfassung und Abrechnung der Kosten für Besprechungs- und Planungsfahrten sowie der Arbeitszeit der betroffenen Beamten oder Bestreitung der Kosten

von den Dienststellen iRd dezentralen Budgetierung

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2224

Polizeireform: Kosten der Polizeireform - Bedarfsmeldungen der Dienststellen

Höhe der Kosten zur Umsetzung der Polizeireform anhand der Bedarfsmeldungen der einzelnen Dienststellen, Auflistung der Maßnahmen und deren Etatisierung im Haushalt 2013/2014, Darlegung der Gesamtkosten und Kostenrisiken

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2533

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3013

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3002

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3003

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3004

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3005

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3006

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3007

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3008

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3009

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3010

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3011

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3012

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3014

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3015

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3016

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Aalen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3017

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Einsatz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3018

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Freiburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3019

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3020

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiiums, insbes Abordnung oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3021

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Karlsruhe

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3022

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Konstanz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3023

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ludwigsburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3030

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Mannheim

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3031

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Offenburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3032

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Reutlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3033

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Stuttgart

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder

Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3034

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Technik Logistik Service

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3035

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3036

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3037

Zukunft der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe

Zahl der Beschäftigten, ihre Ausbildungsrichtungen und Laufbahnen; Investitionen in die technische Ausstattung in den letzten Jahren; Pläne für eine Neuorganisation der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle (KTU) im Zuge der Polizeireform; Kosten einer Verlagerung nach Stuttgart; Forderung nach einer Beibehaltung des Standorts in Karlsruhe-Durlach

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 15/3478

Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturreform

Tiefgreifende Änderung der Organisationsstrukturen der Polizei zur Bewältigung der veränderten Aufgabenfelder bei begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln, insbes Verschmelzung der vier Landespolizeidirektionen mit den 37 Polizeipräsidiolen und -direktionen zu zwölf regional zuständigen Polizeipräsidiolen und unmittelbare Anbindung an das Landespolizeipräsidium, Bündelung der Einsatz- und Spezialeinheiten in einem „Polizeipräsidium Einsatz“, Integration der technischen Aufgabenwahrnehmung in einem „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“, Aufgabenzuordnung der polizeilichen Aus- und Fortbildung sowie Personalgewinnung zur Hochschule für Polizei als einem „Präsidium Bildung“

GesEntw
s. *Polizeireform*

Drs 15/3496

Befristete Arbeitsverhältnisse

Zahl der zeitlich befristeten Arbeitsverhältnisse beim Land zum Stichtag 1. April 2013; Verteilung auf die Bereiche Schulen, Hochschulen, Polizei, Justiz und Justizvollzug, Steuer- und Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung und Sonstige; Gründe für die zeitliche Befristung; Dauer der Arbeitsverhältnisse; Zeitverträge mit jungen Berufstätigen; Anteil der in Dauerarbeitsverhältnisse überführten befristeten Arbeitsverhältnisse

KlAnfr
s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
Drs 15/3599

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Späßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KlAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/3610

Kosten der Verlegung von Sondereinrichtungen im Zuge der Polizeireform

Kosten der Verlegung der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe und ihre Berücksichtigung in der Kostenschätzung für die Polizeireform; neuer Raumbedarf für die Unterbringung von Übungs-, Ausbildungs- und Untersuchungseinrichtungen; Nachfolgenutzung für nicht mehr benötigte Räume; Anzahl der jeweiligen Fälle und ihre Darstellung in der Kostenberechnung

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3612

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 5 - Aufgaben und Ressourceneinsatz bei den Landespolizeidirektionen (Kap 0304 bis 0307)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3805
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4205 (dazu Antr GRÜNE und SPD)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 11.06.2015 Drs 15/6985
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7111
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Geplante Struktur des zukünftigen Polizeipräsidioms Heilbronn
Ausschlaggebende fachliche Parameter für den Gebietszuschnitt und die Personalstärke der geplanten Regionalpräsidien der Polizei in BW, insbes Personalanteile von Schutz- und Kriminalpolizei, Begründung der deutlich niedrigeren Quote des Kriminalpolizeianteils im Präsidium Heilbronn

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 18.07.2013 und
Antw IM Drs 15/3832

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienstortwechsel und Entstehung neuer Fahrwege nach der geplanten Polizeistrukturreform in den Polizeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Veränderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 26.07.2013 und Antw IM Drs 15/3880

Polizeireform: Auswirkungen fehlender Dienstpostenbewertungen auf künftige Personalverfügungen

Bestand nicht bewerteter Stellen in der Landesverwaltung; Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011; seine Geltung für die Frage der Versetzung von Beamten; Dienstpostenbewertung als Voraussetzung für eine amtsangemessene Beschäftigung; Bewertung bislang nicht bewerteter Stellen im Zuge der Polizeireform; Einrichtung gebündelter Dienstposten; Auswirkungen der Stellenbewertung auf die Beförderungspraxis bei der Polizei

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 14.08.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3943

Ergänzende Stellungnahme MFW 10.10.2013 Drs 15/4145
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.09.2013 Drs 15/4190
(dazu ÄAntr Thomas Blenke u.a. CDU) S. 29-31
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim

Folgen der Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim; geplante Änderungen in den Zuständigkeiten der Autobahnpolizeireviere

KlAnfr
s. *Autobahnpolizei*
Drs 15/4292

Die Auflösung des Fachdiensts „Notruf/Polizeigewahrsam“ und des „Zugriffstrupps“ und die Sicherheit der Bürger und der Polizeibeamten im Polizeipräsidium Karlsruhe

Zukunft des Zugriffstrupps und des Streifendienst-Notrufs, insbes Gründe für die damalige Aufstellung sowie Konsequenzen für die Sicherheit der Bürger und der Polizeibeamten im Polizeipräsidium Karlsruhe bei einer Auflösung

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4471

BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 27-31
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Personalausstattung der Polizeireviere in BW

Anzahl der zum Stichtag 1. Dezember 2013 in den einzelnen Revieren beschäftigten Polizeibediensteten; Personalstärke des Streifendienstes, des Posten- und Ermittlungsdienstes sowie der Führungsgruppen; Besetzung der Planstellen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.12.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4496 (28 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 31-35
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Kriminalpolizei im künftigen Polizeipräsidium Mannheim

Künftige Aufgabenwahrnehmung der Kriminalpolizei im Bereich des neuen Polizeipräsidiums Mannheim

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*

Drs 15/4553

Chaos beim Start der Polizeireform: Stopp der Besetzung der Führungspositionen der Polizei durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe

Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Führungsebene und Verwendung der derzeit kommissarisch eingesetzten Leiter, übergangsweise Rückführung der Polizei in die bis zum 31. Dezember 2013 geltende Struktur bis zu einer rechtmäßig erfolgten Führungspersonalauswahl

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4607

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidien und Vizepräsidenten

Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.01.2014 und Antw IM Drs 15/4619

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen

Gründe für die Einrichtung und Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen; Folgen der Standortschließung in Bezug auf Kosten, Personalveränderungen, Sicherheitsaspekte, bisherige Immobiliennutzung; Auswirkungen auf das angrenzende Logistikzentrum der Polizei

KlAnfr
s. *Autobahnpolizei*
Drs 15/4641

Neubau Polizeirevier Schwäbisch Hall - Kosten und Zeitpunkt

Baubeginn des neuen Polizeireviere in Schwäbisch Hall; Auswirkungen der Herabstufung von der bisherigen Polizeidirektion Schwäbisch Hall auf ein Polizeirevier für Planung, Baudurchführung und Finanzierung

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 23.01.2014
Drs 15/4652
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5414 5415

Fahrzeugausstattung der Polizei im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen

Abzug von Dienstfahrzeugen von den Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen, insbes Begründung dieser Maßnahme und Entstehung von Engpässen bei der Verfügbarkeit von Dienstfahrzeugen

MdlAnfr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 15/4652

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014

Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidiums Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslin-

gen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 24.01.2014 und Antw IM Drs 15/4654

Personalausstattung der Polizeireviere nach der Polizeireform

Statistiken zur veränderten Personalsituation in den Polizeireviere nach der Polizeireform, insbes Zahl der Polizeireviere sowie reviergenaue Daten zu Beschäftigtenzahl, Führungsgruppen, zugeordneten und besetzten Planstellen, Einsatz im Streifen-, Posten- und Ermittlungsdienst

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 31.01.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4699 (23 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 31-35

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4715

Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Rangstufen der als Vizepräsidenten zu entbindenden 14 Beigeladenen in den regionalen Polizeipräsidiem und im Polizeipräsidium Einsatz; Rangfolge der Beigeladenen im Verhältnis zu den rangdienstältesten Polizeivollzugsbeamten des höheren Diensts; Wahrnehmung von Vertretungsfunktionen durch die Beigeladenen; Vertreter der kommissarisch eingesetzten Präsidenten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 13.02.2014 und Antw IM Drs 15/4765

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW

Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Dritten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermittlungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KlAnfr

s. *Durchsuchung*

Drs 15/4806

Fehlstart der Polizeireform: Offene Fragen zu den Stellenbesetzungsverfahren nach der Sitzung des Innenausschusses

Abordnung der wiederabberufenen Polizeipräsidenten an Dienststellen mit kommissarischer Leitung für die betreffenden

Polizeipräsidiem; Ausschluss einer Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ihres ehemaligen Präsidiums; Sonderaufgaben der als Polizeipräsidenten vorgesehenen und abberufenen Personen; Einfluss einer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Beurteilung der Eignung für ein Führungsamt; Durchführung und Kriterien des neuen Auswahlverfahrens; künftige Besetzung der Stellvertreterposten; Forderung nach Unvoreingenommenheit bei der Personalauswahl

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 20.02.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4820 (72 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 20-22

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeireviere in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiem in Ulm

KlAnfr Karl Traub CDU 24.02.2014 und Antw IM Drs 15/4842

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsidiem

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsidiem im Zuge der Polizeistrukturreform

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 27.02.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4872

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 22

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform

Detailangaben zu Bewerbern aus der Landesverwaltung Baden-Württembergs im ersten und zweiten Besetzungsverfahren für die Posten der Polizeipräsidenten und Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform, insbes Beschränkung des bewerbungsberechtigten Personenkreises, Frauenanteil, Zugehörigkeit des Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft zum bewerbungsberechtigten Personenkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.03.2014 und Antw IM Drs 15/4950

Ausschreibung von Führungspositionen bei der Polizei

Ausschreibungspflicht für Führungspositionen innerhalb der Polizei und ihre Kriterien; Kriterien für die Stellenbesetzungen bei der Autobahnpolizei und der Verkehrspolizei Pforzheim sowie im Polizeirevier Neuenbürg

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.03.2014 und Antw IM Drs 15/4952

Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidiem

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstat-

tung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.04.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5031
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 17 18
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Polizeireform; Aufgabenverlagerungen bei der Polizei

Aufgabenverlagerung von der Kriminalpolizei, Verkehrspolizei und den übrigen Fachbereichen der Polizeidirektionen auf die Polizeireviere, insbes Konsequenzen bei Arbeitsanfall und Personalbedarf

Antr
 s. *Polizeireform*
 Drs 15/5159

Derzeitige Situation und Zukunftsaussichten der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg

Situation der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg am gegenwärtigen Standort Stuttgart-Vaihingen und Planungen einer Verlagerung in den LKreis Ludwigsburg oder Böblingen

KlAnfr
 s. *Verkehrspolizei*
 Drs 15/5179

Kriminalitätsbelastung und Polizeidichte in der Stadt Kehl

Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Kehl; Mehrbelastung des kriminalgeografischen Raums durch die Nähe zur französischen Großstadt Straßburg; Polizeidichte und Arbeitsbelastung im Vergleich zu anderen Polizeidienststellen; Maßnahmen zum Abbau der Mehrbelastung

KlAnfr
 s. *Kriminalität*
 Drs 15/5181

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsidiën; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
 s. *Stellenbesetzung*
 Drs 15/5231

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform
 Auskunft über die an der Formulierung der zweiten Ausschreibung beteiligten Personen bzw Stellen; Zahl und Varianten der Ausschreibungstextentwürfe; Mitwirkung der politischen Führung des Innenministeriums und ihrer persönlichen Mitarbeiter an Ausschreibungsverfahren und Ausschreibungsformulierung; Behandlung des Ausschreibungsverfahrens im Kabinett

Antr FDP/DVP 21.05.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5234

Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

Zahl der Planstellen im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen im Wahlkreis Waldshut eingesetzten Polizeibeamten; Interesse der Polizeibeamten an einer Versetzung oder einem anderen Fachgebiet; Präsenz der Kriminalpolizei im LKreis Waldshut; Fahrzeiten der Polizeibeamten zu Unfall- und Tatorten vor und nach der Polizeireform

KlAnfr Felix Schreiner CDU 27.06.2014 und Antw IM Drs 15/5390

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
 s. *Polizeibeamter*
 Drs 15/5465

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsidiën, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, eingegangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr
 s. *Stellenbesetzung*
 Drs 15/5543

Umgang der LReg mit parlamentarischen Initiativen und Verfahren zur Besetzung der Polizeipräsidentenposten

Auslegung parlamentarischer Anfragen; Unterschiede zwischen den Personalauswahlverfahren von 2013 und 2014; Anzahl der 2013 für die zu besetzenden Stellen qualifizierten Beamten; Berücksichtigung besonderer Fähigkeiten bei den Personalentscheidungen; Ausschluss von Bewerbern im Jahr 2013; Unterrichtung abgelehnter Bewerber über ihre Erfolgslosigkeit; Einlegung von Rechtsmitteln vonseiten abgelehnter Bewerber

KlAnfr
 s. *Stellenbesetzung*
 Drs 15/5585

Situation der Verkehrsunfalldienste

Situation der Verkehrsunfallaufnahmedienste, insbes Aufgabenverteilung zwischen Verkehrspolizeidirektionen und Polizeireviere, Personaleinsatz und -auslastung, Anfahrtszeiten und -strecken zu den Unfallorten, Arbeitszeitregelung, Sondersignaleinsatz

Antr
 s. *Verkehrspolizei*
 Drs 15/5632

Zweckgebundene Finanzmittel zur Gesundheitsvorsorge im Polizeipräsidium Karlsruhe

Höhe und Einsatz der zweckgebundenen Mittel zur Gesundheitsvorsorge des Polizeipräsidiums Karlsruhe, insbes Konsequenzen einer Zweckentfremdung, Verbleib der Mittel für die Polizeireviere in Pforzheim

KlAnfr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 15/5677

Personalentwicklung an Polizeireviere in Stadt- und Landkreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeireviere und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 30.09.2014 und Antw IM Drs 15/5793

Personalausstattung der Polizeireviere nach der Polizeireform

Personalsituation auf den einzelnen Polizeireviere nach der Polizeireform zum Stichtag 1. September 2014, insbes Bedienstetenzahlen und zusätzliche Einstellungen, zugeordnete und besetzte Planstellen, Planstellen mit kw-Vermerk, Personaleinsatz im Streifenendienst, Posten- und Ermittlungsdienst und in der Führung

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 07.10.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5830 (21 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 18 19
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst

Berufliche Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst, insbes Auslauf von Zeitverträgen, tarifliche Bezahlung und Eingruppierung; konkrete Situation bei der Polizeidirektion Karlsruhe und in Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.10.2014 und Antw IM Drs 15/5930

Großraum- und Schwertransporte

Situation bei der polizeilichen Begleitung von Großraum- und Schwertransporten in BW, insbes Einsatzstunden und gebundene Polizeibeamte im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Heilbronn; Möglichkeit und rechtliche Rahmenbedingungen einer Privatisierung der Großraum- und Schwertransporte

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5990

Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sowie der Computerkriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis durch die Polizei; Personalstand und räumliche Unterbringung der Kriminalinspektion 5 (Fachinspektion Cyber Crime) bei der Kriminalpolizeidirektion Rottweil; Nachwuchsgewinnung, Fortbildung der Beamten sowie deren Ausstattung mit aktueller Hard- und Software

KlAnfr
s. *Kriminalprävention*
Drs 15/6093

Praxistauglichkeit der zentralen Annahme von Notrufen in den neuen Führungs- und Lagezentren

Erprobung und Inbetriebnahme der zentralen Notrufleitstellen in den neuen Führungs- und Lagezentren der Polizeipräsidien; Ursachen einer fehlerhaften räumlichen Zuordnung von Notrufen; technische Unterstützung der Notrufsachbearbeiter bei der Lokalisierung eines Notrufs

Antr
s. *Notruf*
Drs 15/6207

Gewalt gegen Polizeibeamte

Anzahl der pro Jahr auf Polizeibeamte verübten Angriffe seit 2011; Art der dadurch verursachten Verletzungen; Dienstausschlag, Dienstunfähigkeit und Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand; Situationen, in denen Polizisten besonders gefährdet sind; Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamten vor Übergriffen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6227

Situation der Kriminalpolizei in BW

Entwicklung der Personalstellen bei der Kriminalpolizei seit dem Haushaltsjahr 2011; Verteilung der Personalstellen auf die einzelnen Polizeidirektionen; Anteil der Personalstellen am Polizeivollzugsdienst in den regionalen Polizeipräsidien; Relation zu den Kriminalfällen; Überstunden und deren Abgeltung in den Kriminalpolizeidirektionen

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6253

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen Ende 2014

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach der Umsetzung der Polizeireform, insbes Änderungen bei der Zahl der Bediensteten und der Verteilung der Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 12.12.2014 und Antw IM Drs 15/6262

Verlagerung des Führungs- und Lagezentrums Waiblingen

Sachstand zum Umzug des Führungs- und Lagezentrums Waiblingen, insbes Begründung und Gesamtkosten der Verlagerung

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 04.03.2015 und Antw IM Drs 15/6576

Bearbeitung von Verkehrsunfällen

Sachstand zur Aufnahme von Verkehrsunfällen in den Polizeipräsidien Baden-Württembergs im Kalenderjahr 2014

KlAnfr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/6577

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 03.07.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7123 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 21 22
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Landespolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Polizeireform

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/7306

Stand der Ausstattung der Polizeireviere und Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

Sachstand zur Ausstattung mit Personalstellen für Beamte im Polizeivollzugsdienst bei den einzelnen Polizeirevieren und deren Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 26.08.2015 und Antw IM
Drs 15/7344

Situation der Polizei Kehl und Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg

Sachstand zur Situation der Polizei Kehl und der Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg, insbes Personalausstattung, Realisierung des Einsatzes von Verbindungsbeamten, rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit

KlAnfr Willi Stächele CDU 05.10.2015 und Antw IM Drs
15/7476

Baubeginn des Polizeireviers Schwäbisch Hall

Terminierung des Baubeginns für das Polizeirevier Schwäbisch Hall; Einrichtung eines Servicecenters der Polizei bei der Landeserstaufnahmeeinrichtung

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 20.10.2015
Drs 15/7550
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8449 8450

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Stellenbesetzungen im Polizeipräsidium Heilbronn

Sachstand zu Stellenbesetzungen und Personaleinsatz bei den Polizeirevieren des Polizeipräsidiums Heilbronn, insbes Soll- und Ist-Zustand, Reaktion auf veränderte Sicherheitslage durch die Erstunterkünfte für Flüchtlinge, Einsatzverstärkungen im Streifendienst angesichts der Einbruchskriminalität

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7658

Zahl der Wohnungseinbrüche im zweiten Halbjahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche in BW im Vergleich zu den Vorjahren; Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim, untergliedert nach Stadtteilen, seit dem Wegfall der Polizeidirektion zum Jahresbeginn 2014; Besetzungsstärke der Reviere und Polizeiposten im Stadtkreis; Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung von Wohnungseinbrüchen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/7843

Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes BW

Einführung eines Bürgerbeauftragten als eine beim Landtag angesiedelte, neutrale Person zur Stärkung der Bürgerinteressen bei Anliegen mit Bezug zur öffentlichen Verwaltung; Zuständigkeit für die Landespolizei zur Klärung innerpolizeilicher Anliegen von Polizeibeschäftigten sowie möglichem persönlichen Fehlverhalten einzelner Polizeibeschäftigter gegenüber Bürgern

GesEntw
s. *Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/7862

Perspektiven der bei der Kriminalpolizei bzw bei der Schutzpolizei als Sachbearbeiter tätigen Beamten

Aufstieg von Beamten ohne Führungsfunktion in die Besoldungsgruppe A 13; Anteil der Personen mit Führungsfunktionen bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei; Aufstiegschancen von Sachbearbeitern; Zahl der in den letzten vier Jahren bei der Polizei vorgenommenen Beförderungen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 21.12.2015 und
Antw IM Drs 15/7915

Personalausstattung der Polizeireviere vor und nach der Polizeireform im Rems-Murr-Kreis

Personalsituation auf den einzelnen Polizeirevieren im Rems-Murr-Kreis vor und nach der Polizeireform, insbes Bedienstetenzahlen, zugeordnete und besetzte Planstellen; Personaleinsatz im Streifendienst, Posten- und Ermittlungsdienst und in der Führung

KlAnfr Claus Paal CDU 22.01.2016 und Antw IM Drs
15/7986

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr
s. *Software*
Drs 15/7987

Vertuschung von Ermittlungen beim Polizeipräsidium Heilbronn?

Hintergründe zur verzögerten Bekanntgabe eines versuchten Sexualdelikts am Fastnachtdienstag im Bereich Mudau durch das Polizeipräsidium Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/8025

Zahl der Wohnungseinbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt im Jahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche seit 2011; lokale Häufung von Einbrüchen; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wohnungseinbrüche; Besetzung der Polizeireviere und Polizeiposten im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/8083

Wieder kritisiert das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Stellenvergabe durch das Innenministerium - Ist der Innenminister gewillt, für ordnungsgemäße Stellenbesetzungsverfahren zu sorgen?

Sachstand zum durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe kritisierten Stellenbesetzungsverfahren des Innenministeriums bei der Stelle des Leiters der Verkehrspolizeidirektion im Polizeipräsidium Mannheim, insbes Verhalten von Polizeiinspektor D.W. bei der Beurteilung der Stellenbewerber, Einbeziehung des Innenministers

KlAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/8095

Entwicklung der Planstellen in der Zuständigkeit des heutigen Polizeipräsidiums Aalen in den LKreisen Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall im landesweiten Vergleich

Jährliche Entwicklung der Planstellen im Vergleich zur tatsächlichen Beschäftigung von Polizisten vor Ort seit dem Jahr 2000; Polizeipräsidien mit den schlechtesten Betreuungsverhältnissen pro Einwohner

KlAnfr Gernot Gruber SPD 19.04.2016 und Antw IM Drs 15/8117

Erinnerung an die Schließung von Polizeirevieren und -posten, Auswirkungen der Polizeireform auf die Struktur und Personalausstattung der Dienststellen

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1195 1196 1200 1209 1210 1212-1214 1217 1221-1226

Bewertung der Konzentration auf zwölf Präsidien im Zuge der Polizeireform, Erinnerung an die Schließung von Dienststellen in der Vergangenheit

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1261-1277

Bewertung der Konzentration auf zwölf Präsidien im Zuge der Polizeireform, Kritik an der Zusammenlegung von Direktionen in den Ballungsräumen; Zusammenarbeit von Polizei und Justiz bei der Bekämpfung von Internetkriminalität

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1641-1651 1684-1690

Polizeidienstfahrzeug

s. *Polizeifahrzeug*

Polizeidirektion

s. *Polizeibehörde*

Polizeieinsatz

Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums

Frage nach dem Staatsministerium vorliegenden Daten und Dokumenten, die dem Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ nicht vorgelegt wurden, nach ihrer Form (z.B. Sicherungskopien) und ihrem Inhalt, und nach sonstigen im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss stehenden Daten und Dokumenten

Antr SPD 08.11.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2640

Gewalt im Rahmen von Spielen der Fußball-Bundesligen in BW
Anzahl der Polizeieinsätze im Rahmen von Bundesliga-Spielen seit dem 7. August 2009, aufgeschlüsselt nach Vereinen, Einsatzkräften und Einsatzstunden; Gesamtkosten der Polizeieinsätze; Entscheidungskriterien für Umfang und Ausführung von Polizeieinsätzen; Maßnahmen der Vereine und Fanggruppierungen bei Spielen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial; in der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) unter der Datei „Gewalttäter Sport“ gespeicherte Personen, darunter Personen mit rechtsextremem Hintergrund; durch Fangewalt verletzte unbeteiligte Dritte; Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hooligan*
Drs 15/2642

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3003

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3018

Polizeilicher Einsatz zum Gedenktag am 23. Februar 2013 in Pforzheim

Auskunft über die an diesem Tag in der Region Pforzheim durchgeführten Demonstrationen und ihre jeweilige Teilnehmerzahl; politische Zuordnung und Aggressionspotenzial der einzelnen Teilnehmergruppen; zeitlicher und räumlicher Ablauf der Demonstrationen; Straftaten, Gewaltausübung, Anzahl der verletzten Personen (Demonstranten, Polizisten und sonstige Beteiligte); Zahl und Organisationseinheiten der eingesetzten Polizeibeamten; abschließende Beurteilung des Polizeieinsatzes

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 28.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3146

Entwicklung der Kosten für Polizeieinsätze rund um das Bahnprojekt Stuttgart 21

Kostenentwicklung der Polizeieinsätze iRd Bahnprojekts Stuttgart 21, insbes zu den wöchentlichen Montagsdemonstrationen

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3155

Einsatz der Mobilen Wache im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen

Einsatz Mobiler Wachen im Land und insbes im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen; Entwicklung der Kriminalstatistik an den Einsatzorten

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 26.03.2013 und Antw IM
Drs 15/3285

Amnestie im Zusammenhang mit der Stuttgart 21-Demonstration am „Schwarzen Donnerstag“

Zahl der gegen Demonstranten sowie gegen Polizeibeamte eingeleiteten Strafverfahren; Stand dieser Verfahren; Vorschlag einer generellen Amnestie für alle im Zusammenhang mit der Demonstration und dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten begangenen Straftaten; Vereinbarkeit einer Amnestie mit dem Legalitätsprinzip; Auswirkungen auf künftige Polizeieinsätze bei Demonstrationen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3323

NPD-Aktivitäten im Raum Weinheim

Erkenntnisse über Veranstaltungen, Aktivitäten, Organisationsstrukturen und Netzwerke der NPD und rechtsextremer Kreise im Raum Weinheim und der Rhein-Neckar-Region; Nutzung einer Gaststätte im Weinheimer Ortsteil Sulzbach für NPD-Veranstaltungen und möglicher Verkauf an die NPD bzw NPD-nahe Personen; Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Einsatzkonzepts anlässlich des Bundesparteitags der NPD im Ortsteil Sulzbach durch stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der ansässigen Bürger

KlAnfr
s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/3504

Polizeireform: Zukünftige Aufstellung der Alarmhundertschaften

Organisation und personelle Aufstellung der Alarmeinheiten der Landespolizei nach Inkrafttreten der Polizeireform, insbes Personalzusammenstellung und betroffene Dienststellen, Überstundenabgeltung für eingesetzte Polizisten und deren Vertreter in den Dienststellen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3591

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Einflussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitli-

che und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/4469

Konsequenzen der Polizeireform für den LKreis Waldshut

Personelle und strukturelle Auswirkungen der Polizeireform im LKreis Waldshut, insbes bei Polizeigebäuden, Dienstortverlegungen und Anfahrtswegen; Anzahl der Einsätze von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4550

Einsatz der Kriminalpolizei bei einem Brand am 1. Januar 2015 in Sinsheim-Rohrbach

Hintergründe der polizeilichen Behandlung des Brands am Ausiedlerhof in Sinsheim-Rohrbach am 1. Januar 2015, insbes Verstämmigung und verspäteter Einsatz der Kriminalpolizei

KlAnfr
s. *Brand*
Drs 15/6336

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KlAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/4957

Die Polizeireform als Ursache für den Ermittlungserfolg in Sachen „Doppelmord von Albstadt“

Bewertung der Ermittlungen und der Festnahme des Tatverdächtigen im Kontext der Polizeireform; Standorte der beteiligten Dienststellen, Ausbildungsgrad der eingesetzten Polizeibeamten

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/5051

Situation der Verkehrsunfalldienste

Situation der Verkehrsunfallaufnahmeinstanzen, insbes Aufgabenteilung zwischen Verkehrspolizeidirektionen und Polizeirevier, Personaleinsatz und -auslastung, Anfahrtszeiten und -strecken zu den Unfallorten, Arbeitszeitregelung, Sondersignaleinsatz

Antr
s. *Verkehrspolizei*
Drs 15/5632

Polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Einsatzstrategien für Demonstrationen zu den Konflikten im Nahen Osten, Einsatz des Landesamts für Verfassungsschutz

Umgang mit zunehmender Gewalttätigkeit bei Demonstrationen anlässlich der Konflikte im Nahen Osten; Ausarbeitung von Strategien zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung; Koordination des Vorgehens von Polizeiführung, Staatsanwaltschaften und Innen- und Justizministerium; Anzahl der den Phänomenbereich Islamismus beobachtenden Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5879

Einsatz der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Dühren

Hintergründe des verzögerten Eintreffens der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Düren

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/5928

Großraum- und Schwertransporte

Situation bei der polizeilichen Begleitung von Großraum- und Schwertransporten in BW, insbes Einsatzstunden und gebundene Polizeibeamte im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Heilbronn; Möglichkeit und rechtliche Rahmenbedingungen einer Privatisierung der Großraum- und Schwertransporte

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5990

Polizeieinsätze in und um Erstaufnahmestellen und der Umgang mit diesen

Sachstand zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Strafverfolgung im Umkreis von 20 km um die Landeserstaufnahmestellen, insbes Zuständigkeiten bei der Polizei, Einsatzzahlen, Ausmaß der Eigentums- oder Körperverletzungsdelikte sowie politisch motivierter Straftaten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 13.08.2015 und Antw IM Drs 15/7305

Polizeiarbeit in und um Erstaufnahmestellen, strafrechtliche Konsequenzen und Maßnahmen der LReg in diesem Bereich

Sachstand zur Polizeiarbeit um die Landeserstaufnahmestellen, insbes personelle Belastungen durch Überstunden, Umfang und Status der Ermittlungsverfahren

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.09.2015 und Antw IM Drs 15/7361

Flüchtlingsverteilung in BW

Sachstand zur Verteilung der Flüchtlinge in BW, insbes Verteilung in den einzelnen Regierungsbezirken, Soll- und Ist-Anteil der Flüchtlinge in BW anhand des Königsteiner Schlüssels, Un-

ausgewogenheit bei der geografischen Verteilung der Erstaufnahmeeinrichtungen, Einführung von Tragfähigkeitsobergrenzen bei Gemeinden; Erhöhung der Polizeipräsenz bei den Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7444

Polizeieinsatz vom 20. bis 22. November 2015 in Weinheim

Sachstand zum Polizeieinsatz anlässlich des Bundesparteitages der NPD und von Gegenveranstaltungen am 21. und 22. November 2015 in Weinheim, insbes angemeldete Veranstaltungen, Polizeistärke, Einsatzverlauf, Kosten, Gewalttätigkeiten, Verletzungen, Ermittlungsverfahren

KlAnfr Georg Wacker CDU 18.12.2015 und Antw IM Drs 15/7906

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Polizeieinsatz im Ausland

s. *Auslandseinsatz der Polizei*

Polizeifahrzeug

Pressemitteilung des Innenministeriums vom 3. August 2011 zur Modernisierung der technischen Ausstattung der Polizei

Höhe und Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel im Rahmen eines Sofortprogramms, insbes für die Beschaffung von Fahrzeugen der Bereitschaftspolizei; Verzicht auf die Zuständigkeit und Kostenübernahme des Bundes hierfür sowie für den Unterhalt, die Reparatur- und Werkstattkosten; Bewertung der Beschaffung von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizei durch das Land vom Rechnungshof

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/540

Stellungnahme der LReg in der Plenardebatte vom 27. Juli 2011 zum Zustand der Polizei in BW

Konkretisierung und Aufarbeitung von angesprochenen Investitionsdefiziten, insbes bei der Schutzausrüstung, Fahrzeug- und EDV-Ausstattung; Auflistung der iRD Technik-Zukunftsprogramms in den letzten Jahren getätigten Beschaffungen; Definition des Begriffs „Bürgernähe“ für die Polizei; Darlegung des künftigen Personalkonzepts sowie der angekündigten Gegenfinanzierung der beabsichtigten Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/674

Sparzwänge bei Streifenfahrten der Polizei im Enzkreis und in Pforzheim

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim; Darstellung der Personalsituation beim Polizeirevier Mühlacker u.a. Dienststellen im Bereich der PD Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1346

Sparzwänge bei der Polizei in BW

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen, Auswirkungen auf die Sicherheitslage; Anschaffung von Dienstfahrzeugen mit niedrigem Kraftstoffverbrauch; Einrechnung der Mehrkosten von größeren Entfernungen zwischen den Dienststellen nach Umsetzung der Polizeireform

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1823

Einsatz der Mobilen Wache im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen

Einsatz Mobiler Wachen im Land und insbes im Bereich der Gemarkung der Stadt Esslingen; Entwicklung der Kriminalstatistik an den Einsatzorten

KlAnfr
s. *Polizeiinsatz*
Drs 15/3285

Fahrzeugausstattung der Polizei im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen

Abzug von Dienstfahrzeugen von den Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Aalen, insbes Begründung dieser Maßnahme und Entstehung von Engpässen bei der Verfügbarkeit von Dienstfahrzeugen

MdlAnfr 3) Matthias Pröfrock CDU 24.01.2014 Drs 15/4652
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5415 5416

Bewirtschaftung des Fuhrparks der Polizei

Art und Zahl der zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Fuhrpark der Polizei vorhandenen Fahrzeuge; Zuordnung der Fahrzeuge zu Dienststellen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2014 angefallenen Betriebskosten; Auskunft über Kilometerleistung, Treibstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß der Polizeifahrzeuge in diesem Zeitraum; Ausstattung der neuen Flächenpräsidien mit Fahrzeugen; Auswirkungen der Polizeireform auf Kilometerleistung, Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.01.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6425
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.03.2015 Drs 15/6733 S. 16 17
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Finanzierung der zusätzlich benötigten Fahrzeuge für die Polizei

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 376

Erinnerung an die Beschaffung von neuen Polizeifahrzeugen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 414 419 420

Notwendige Ersatzbeschaffungen von Polizeifahrzeugen, Beklagung mangelnder Unterstützung des Bundes bei der Fahrzeugausstattung der Bereitschaftspolizei

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1229 1232

Polizeifortbildungsstätte Wertheim

s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

Polizeifreiwilliger

s. *Freiwilliger Polizeidienst*

Polizeigebäude*Polizeistrukturereform - Oberschwaben zwischen den Stühlen in Ulm und Konstanz*

Gründe und Auswirkungen der Entscheidung für Konstanz als Sitz des neuen Polizeipräsidiums, Bewertung der verkehrlichen Anbindung und der dort verfügbaren Räumlichkeiten; Auswirkungen der neuen Strukturen auf die personelle Stärke der Polizei; Frage nach einer Weiterverfolgung der Neubaupläne für die Polizei in Ravensburg sowie nach Vorschlägen für und gegen eine Zuteilung der oberschwäbischen Landkreise nach Konstanz

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1529

Nutzung des Geländes der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim

Eigentumsverhältnisse, Betriebsdaten, Gebäudenutzung, geplante Schließung, möglicher Verkauf und Anschlussnutzung der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim, insbes Berücksichtigung der Belange der Angestellten; neue Standorte und deren Unterkunftskosten für zukünftige Polizeifortbildungen

Antr
s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
Drs 15/2908

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Calw

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2924

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Freudenstadt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben so-

wie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2931

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Land- und Stadtkreis Heilbronn

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2932

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Reutlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien und deren Weiterverwendung; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2933

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tübingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2934

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2935

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Schwäbisch Hall

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2948

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Göppingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2949

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Konstanz

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2950

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Heidenheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2951

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rastatt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-

nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2952

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Sigmaringen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2954

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Böblingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2962

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Waldshut

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2963

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ludwigsburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2964

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Hohenlohekreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2966

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2968

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tuttlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2971

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Enzkreis und im Stadtkreis Pforzheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2972

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rems-Murr-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalku-

lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2973

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ravensburg
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2974

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rottweil
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2975

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Lörrach
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2976

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Esslingen
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2977

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Bodenseekreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2978

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadt- und LKreis Karlsruhe

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2979

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Schwarzwald-Baar-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2980

Polizeireform: Auswirkungen der Reform in Stuttgart

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2990

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Neckar-Odenwald-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu

Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2991

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ortenaukreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2995

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadtkreis Mannheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2996

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Main-Tauber-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2998

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ostalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*

Drs 15/2999

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Zollernalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3000

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Biberach

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3026

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3049

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Alb-Donau-Kreis und im Stadtkreis Ulm

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3058

Gedenkstättenkonzeption für BW unter Einbeziehung des Lern- und Erinnerungsorts Hotel Silber

Sachstand, Zeitplan und geplante Konzeption für einen Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber als ehemaligem Sitz der Ge-

stapo in Stuttgart, insbes Finanzierung von Umbau und Betrieb; Entwicklung einer neuen übergreifenden Gedenkstättenkonzeption für das Land BW

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3148

Finanzierung der geplanten Gedenkstätte im „Hotel Silber“
Kostenkalkulation und Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Aufteilung der Kosten für die geplante Gedenkstätte Hotel Silber zwischen Land und Kommune

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3315

Kosten der Verlegung von Sondereinrichtungen im Zuge der Polizeireform

Kosten der Verlegung der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe und ihre Berücksichtigung in der Kostenschätzung für die Polizeireform; neuer Raumbedarf für die Unterbringung von Übungs-, Ausbildungs- und Untersuchungseinrichtungen; Nachfolgenutzung für nicht mehr benötigte Räume; Anzahl der jeweiligen Fälle und ihre Darstellung in der Kostenberechnung

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3612

Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber

Gespräche mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der geplanten Gedenkstätte Hotel Silber und Ergebnisse bezüglich der Kostenverteilung für Investitionen, Ausstellungskonzeption und jährlichen Betrieb; geplante inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3731

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim

Folgen der Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim; geplante Änderungen in den Zuständigkeiten der Autobahnpolizeireviere

KlAnfr
s. *Autobahnpolizei*
Drs 15/4292

Konsequenzen der Polizeireform für den LKreisdienst Waldshut

Personelle und strukturelle Auswirkungen der Polizeireform im LKreisdienst Waldshut, insbes bei Polizeigebäuden, Dienstortverlegungen und Anfahrtswegen; Anzahl der Einsätze von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4550

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen

Gründe für die Einrichtung und Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Ditzingen; Folgen der Standortschließung in Bezug auf Kosten, Personalveränderungen, Sicherheitsaspekte, bisherige Immobiliennutzung; Auswirkungen auf das angrenzende Logistikzentrum der Polizei

KlAnfr
s. *Autobahnpolizei*
Drs 15/4641

Neubau Polizeireviere Schwäbisch Hall - Kosten und Zeitpunkt
Baubeginn des neuen Polizeireviere in Schwäbisch Hall; Auswirkungen der Herabstufung von der bisherigen Polizeidirektion Schwäbisch Hall auf ein Polizeireviere für Planung, Baudurchführung und Finanzierung

MdlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4652

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeireviere in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiums in Ulm

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4842

Änderungen im Zusammenhang mit der Polizeireform in der Region Karlsruhe

Auswirkungen der Polizeireform auf die einzelnen Bereiche der Polizei innerhalb der Region Karlsruhe, insbes Kosten für Umzüge und Ausstattungen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/5266

Polizeireviere Bad Säckingen

Baulicher Zustand des Polizeireviere Bad Säckingen und Umsetzung von Renovierungsmaßnahmen

KlAnfr Hidir Gürakar SPD 07.05.2015 und Antw MFW Drs 15/6872

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Landespolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Polizeireform

GrAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/7306

Polizeigesetz

s. *Polizeirecht*

Polizeihelfer

s. *Freiwilliger Polizeidienst*

Polizeihochschule

s. *Hochschule für Polizei*

Polizeihubschrauber*s. Hubschrauber***Polizeikontrolle***Bedingungen und Dauer von Tiertransporten*

Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Tierschutz beim Transport von landwirtschaftlichen Nutztieren in Deutschland und Europa, insbes Entwicklung und Statistiken zu Transportdauer, Transportbedingungen und Kontrollen

Antr
s. Tiertransport
Drs 15/3139

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. Einbruchdiebstahl
Drs 15/6816

Polizeikosten*Voraussichtliche Kosten infolge des Streits und des Volksentscheids über das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ für das Land BW*

Höhe der Kosten für die Volksabstimmung, die Polizeieinsätze und den Schlichtungsprozess

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/401

Aufforderung zur Deeskalation an die Projektgegner von Stuttgart 21

Art und Kosten der Polizeieinsätze seit der Volksabstimmung, Feststellung einer Radikalisierung der Gegner von Stuttgart 21, Bemühungen um Mäßigung bei den Projektgegnern, Anstrengung von störungsfreien Bauarbeiten

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/1376

Polizeireform: Kosten der Umsetzung und Belastung des Landeshaushalts

Grundlagen und Ergebnisse der Kostenkalkulation im Vergleich zu den Kosten der bayerischen Polizeireform, Vereinbarkeit von Aussagen bei den Regionalkonferenzen (im Ergebnis keine Kosten) und der vom Innenminister benannten Kosten zwischen 120 und 170 Millionen Euro, Finanzierung der Reform zulasten anderer Maßnahmen? Umfang der mit der Reform verbundenen neuen Stellen in der Besoldungsordnung B und der Mehrkosten; Art und Zeitpunkt der Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/1547

Kostenerfassung im Rahmen der Vorbereitungen zur Polizeistrukturreform

Frage nach einer gesonderten Erfassung und Abrechnung der Kosten für Besprechungs- und Planungsfahrten sowie der Arbeitszeit der betroffenen Beamten oder Bestreitung der Kosten von den Dienststellen iRd dezentralen Budgetierung

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/2224

Polizeireform: Kosten der Polizeireform - Bedarfsmeldungen der Dienststellen

Höhe der Kosten zur Umsetzung der Polizeireform anhand der Bedarfsmeldungen der einzelnen Dienststellen, Auflistung der Maßnahmen und deren Etatisierung im Haushalt 2013/2014, Darlegung der Gesamtkosten und Kostenrisiken

Antr
s. Polizeireform
Drs 15/2533

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 7 - Polizeikostenersatz bei kommerziellen Großveranstaltungen (Kap 0314 und 0316)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7007
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7507 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 24.06.2016 Drs 16/188
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/602
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Höhe und Träger der Kosten der Polizeieinsätze für Stuttgart 21; Abschätzung der Kosten der Polizeireform

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1220 1221 1228 1232 1233

Frage nach den Kosten der Umsetzung der Polizeireform und der Polizeieinsätze im Zuge des Projekts Stuttgart 21, Finanzierung aus dem Epl 13

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1264 1284 1287 1356 1366

Kosten der Polizeireform in Bayern, Frage nach den Kosten der Reform hierzulande

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1641 1642 1651

Einschätzung der Kosten der Polizeireform

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2111 2112 2123

Polizeiliche Ausbildung*s. Polizeiausbildung***Polizeiliche Informationsverarbeitung***s. Polizeiliches Informationssystem***Polizeiliche Maßnahme***s.a. Festnahme*

Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW

Durchführung der Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW und daraus gewonnene Erkenntnisse, insbes Einbindung baden-württembergischer Behörden in die NSU-Fahndung nach 1998, Umfang der Ermittlungen seit November 2011, Neubewertung im Polizistinnenmord, Verbindung des NSU und seines Umfelds zur rechtsextremistischen Szene in BW, Kontakte der Sicherheitsbehörden zur NSU, geplante Anschlagziele in BW

Antr
s. *Nationalsozialistischer Untergrund*
Drs 15/3557

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse, Rolle der organisierten Kriminalität, Vorsorgemaßnahmen der Bürger, Aufklärungsquote und Einsatzkonzepte der Polizei

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5449

Obst-, Weintrauben- und Schnittblumendiebstahl in BW

Sachstand zur Entwicklung von Diebstahlsdelikten von unmittelbar vom Feld entwendeten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Obst, Weintrauben oder Schnittblumen, insbes wirtschaftlicher Gesamtschaden, polizeiliche Ermittlungsarbeit, Beratung und Unterstützung von Gegenmaßnahmen der Landwirte

Antr
s. *Obst*
Drs 15/7084

Polizeiliche Personenkontrolle

s. *Personenkontrolle*

Polizeiliche Sondereinheit

Erschwerniszulagen für Spezialeinheiten der Polizei

Zahl der aktuellen Empfänger einer monatlichen Erschwerniszulage; jährliche Summe der Erschwerniszulagen für Spezialeinheiten im Vergleich mit anderen Bundesländern sowie dem Bund; Erhöhung der Erschwerniszulagen für Bundespolizisten im Mai 2008; Kriterien für die Festsetzung der Höhe der Erschwerniszulage; Angleichung der Erschwerniszulage der polizeilichen Spezialeinheiten Baden-Württembergs an die des Bundes

Antr
s. *Erschwerniszulage*
Drs 15/5682

Vorbereitung der Polizei BW auf Terrorlagen

Sachstand zu Investitionen und zur Vorbereitung von Polizeivollzugsbeamten im Streifendienst der Polizeireviere des Landes BW auf Terrorlagen, insbes durchschnittlich abgeleistete Stundensätze in den verschiedenen Arten des Einsatztrainings, vorgehaltene Schutzausstattungen gegen Beschuss, durchschnittliche Zugriffszeiten der Spezialeinheiten des Landes bei unvorhersehbarer Alarmierung

Antr
s. *Terrorismusbekämpfung*
Drs 15/7863

Polizeiliche Spezialeinheit

s. *Polizeiliche Sondereinheit*

Polizeilicher Auslandseinsatz

s. *Auslandseinsatz der Polizei*

Polizeiliches Handeln

s. *Polizeiliche Maßnahme*

Polizeiliches Informationssystem

Nutzung personengebundener Hinweise

Rechtsgrundlagen für die Speicherung und Nutzung sogenannter personengebundener Hinweise (PHW) durch Behörden; Nutzung personengebundener Hinweise in BW; Anzahl der betroffenen Personen; bestehende Datenbanken und Zugriffsberechtigte; Menge und Art der im Informationssystem INPOL gespeicherten personengebundener Hinweise aus BW; Umgang mit Personen, zu denen personengebundener Hinweise vorliegen; Anrecht der Betroffenen auf Auskunft über die gespeicherten Daten

KIAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5841

Polizeilich-justizielle Zusammenarbeit

s. *Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres*

Polizeinotruf

s. *Notruf*

Polizeipräsident

s. *Polizeibeamter*

Polizeipräsidium

s. *Polizeibehörde*

Polizeirecht

s.a. *Platzverweis*

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Abs 9 PolizeiGes (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/10

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes

Ermächtigung der Ortspolizeibehörden zum Verbot des Konsums alkoholischer Getränke an örtlichen Brennpunkten durch Polizeiverordnung; Änderung des PolizeiGes

GesEntw CDU 07.06.2011 Drs 15/76
1. Beratung PIPr 15/7 30.06.2011 S. 209-216
Mittlg LtgPräs 01.07.2011 Drs 15/183
BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1218 (dazu Antr Thomas Blenke u.a. CDU)
2. Beratung PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1585-1593 (Ablehnung)

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsgeheimnisträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw LReg 02.10.2012 Drs 15/2434 (59 S.)
1. Beratung PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2660-2666
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.10.2012 Drs 15/2486 (dazu ÄAntr CDU Nr. 1-2)
ÄAntr CDU 07.11.2012 Drs 15/2629
2. Beratung PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2952-2958
GesBeschl 15.11.2012 Drs 15/2675
GBI 2012 Nr. 17 S. 625-631 (Ges vom 20.11.2012)

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes

Erhöhung und Vereinheitlichung der Gebühr für den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis, Abwicklung über das gemeinsame elektronische Vollstreckungsportal der Länder; Erhöhung der Gebühren für richterliche Entscheidungen in Polizeigewahrsamsangelegenheiten; Sicherstellung der gebührenanteilsrechtlichen Gleichbehandlung der beamteten Bezirksnotare im württembergischen Rechtsgebiet im Zuge der sukzessiven Aufhebung und Zuweisung der Grundbuchämter zu den Amtsgerichten

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/2451

Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnisgesetz - JWBG)

Vereinheitlichung und Kodifizierung der Auswahl polizeirechtlicher Befugnisse gegenüber Dritten, die der Justizwachtmeisterdienst zu Gefahrenabwehr und Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, insbes im Vorführdienst, bei der Bewachung Gefangener, bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Amtsgebäuden und bei der Vollziehung richterlicher und staatsanwaltschaftlicher Anordnungen

GesEntw
s. *Justizwachtmeisterbefugnisgesetz*
Drs 15/3076

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die polizeiliche Überwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter

Gesetzliche Regelung der Dauerüberwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter durch die Polizei; psychologische Begutachtung der Entlassenen

Antr
s. *Sicherungsverwahrung*
Drs 15/3274

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/3482

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw LReg 03.12.2013 Drs 15/4421 (18 S.)
1. Beratung PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5259-5261
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.02.2014 Drs 15/4750
2. Beratung PIPr 15/91 19.02.2014 S. 5462-5465
GesBeschl 19.02.2014 Drs 15/4812
GBI 2014 Nr. 4 S. 77 78 (Ges vom 25.02.2014)

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung der §§ 28 und 60 des Polizeigesetzes in der Fassung vom 25. Februar 2014

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Polizeireform*Aktuelle Haushaltslage der Polizeidirektionen im Land*

Haushalts- und Personallage der einzelnen Polizeidirektionen; Möglichkeiten zur Kompensation von Defiziten und der Belastungen im Zuge der geplanten Polizeireform

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 18.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/736
BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 15 16
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Geplante Polizeireform

Einbeziehung der Evaluierungsergebnisse der bayerischen Polizeireform in den weiteren Prozess zur geplanten Polizeireform

Antr CDU 01.02.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1188
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1641-1652

Politische Einflussnahme auf Polizeieinsätze iR des Projekts „Stuttgart 21“

Nährung o.g. Befürchtungen durch Presseäußerungen u.a. Verlautbarungen der LReg sowie durch den Wegfall einer Führungsebene im Zuge der geplanten Polizeireform (Abschaffung der Landespolizeidirektionen bei den RegPräs, direkte Unterstellung der neuen Polizeipräsidien unter das IM); Schaffung von Klarheit durch den Ausschluss einer politischen Einflussnahme auf die Polizei

Antr FDP/DVP 07.02.2012 und Stellungnahme StM, IM, MFW und MVI Drs 15/1225

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.03.2012 Drs 15/1646 S. 27
 PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Polizeireform - Chancen und Gefahren

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1261-1277

Auswirkungen der Polizeireform auf den Main-Tauber-Kreis - Erhalt der Polizeiausbildungsstätte Wertheim sowie der Polizeidirektion Tauberbischofsheim

Höhe und Verwendung von Landes- und Bundesmitteln bei der Konversionsmaßnahme Reinhardshof; Umfang der Investitionen in die polizeiliche Fortbildung; Mittelaufwand einer Verlegung der Ausbildungseinrichtung, mögliche Kompensationsmaßnahmen; Bewertung des Verlusts weiterer staatlicher Einrichtungen und damit von Arbeitsplätzen an den Standorten Tauberbischofsheim und Wertheim

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 14.02.2012 und Antw IM Drs 15/1238

Widersprüchliche Aussagen des Innenministers zur letzten Strukturreform der Polizeiposten

Aufklärung der widersprüchlichen Äußerungen des Innenministers über die von der Vorgängerregierung umgesetzte Polizeipostenreform

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 20.02.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1305
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.03.2012 Drs 15/1646 S. 28 29
 PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Calw

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Thomas Blenke CDU 06.03.2012 und Antw IM Drs 15/1367

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Schwäbisch Hall

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 08.03.2012 und Antw IM Drs 15/1399

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Heidenheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 08.03.2012 und Antw IM Drs 15/1400

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Rhein-Neckar

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Elke Brunnemer u.a. CDU 08.03.2012 und Antw IM Drs 15/1401

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Ludwigsburg

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Konrad Epple u.a. CDU 08.03.2012 und Antw IM Drs 15/1402

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Sigmaringen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Tanja Gönner CDU 08.03.2012 und Antw IM Drs 15/1403

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Rastatt und den Stadtkreis Baden-Baden

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Karl-Wolfgang Jägel u.a. CDU 08.03.2012 und Antw IM Drs 15/1404

Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei

Stellenwert und Auswahlkriterien des „Interessenbekundungsverfahrens“ bei der Stellenbesetzung, Maßnahmen zum Ausgleich persönlicher Härten bei angezeigten Versetzungen und Neuverwendungen; Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen auf den juristischen Bestand der Polizeireviere, der Kriminalpolizei und der Verkehrspolizei; Auswirkungen der Reform für die Bediensteten bei den Polizeireviere und die Tarifbeschäftigten; Art und Zeitrahmen der Stellenbesetzung bei den neuen Polizeipräsidien

Antr CDU 08.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1408
 PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2031-2052

Polizeireform: Auswirkungen auf den Enzkreis/Pforzheim

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Viktoria Schmid u.a. CDU 09.03.2012 und Antw IM Drs 15/1391

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Esslingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Andreas Deuschle u.a. CDU 09.03.2012 und Antw IM Drs 15/1415

Polizeireform: Auswirkungen auf den Wahlkreis Hohenlohe

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 12.03.2012 und Antw IM Drs 15/1419

Polizeireform: Auswirkungen auf den Rems-Murr-Kreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Matthias Pröfrock u.a. CDU 12.03.2012 und Antw IM Drs 15/1420

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Tuttlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Guido Wolf CDU 12.03.2012 und Antw IM Drs 15/1422

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 14.03.2012 und Antw IM Drs 15/1434

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Lörrach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Ulrich Lusche u.a. CDU 15.03.2012 und Antw IM Drs 15/1441

Polizeireform: Auswirkungen auf den Bodenseekreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-

vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Ulrich Müller CDU 15.03.2012 und Antw IM Drs 15/1442

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Waldshut

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Felix Schreiner CDU 15.03.2012 und Antw IM Drs 15/1446

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Freudenstadt

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Norbert Beck CDU 15.03.2012 und Antw IM Drs 15/1447

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Göppingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Nicole Razavi u.a. CDU 16.03.2012 und Antw IM Drs 15/1453

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Reutlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KIAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 16.03.2012 und Antw IM Drs 15/1454

Positionspapier der baden-württembergischen CDU zur Polizeireform

Bewertung der o.g. Positionierung und dabei abgeleiteten Annahmen, insbes. zum Abzug von Beamten und Dienststellen aus dem ländlichen Raum, zum damit verbundenen Verlust von Bürgernähe und langen Anfahrtswegen der Bediensteten, zur erwarteten Effizienzrendite und den Kosten der Reform sowie zur mangelnden Beteiligung der Betroffenen

Antr SPD 21.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1452
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2031-2052

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Tübingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zustän-

digkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 22.03.2012 und Antw IM Drs 15/1479

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Schwarzwald-Baar
 Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Karl Rombach CDU 23.03.2012 und Antw IM Drs 15/1485

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Karlsruhe
 Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 30.03.2012 und Antw IM Drs 15/1520

Polizeistrukturreform - Oberschwaben zwischen den Stühlen in Ulm und Konstanz

Gründe und Auswirkungen der Entscheidung für Konstanz als Sitz des neuen Polizeipräsidiums, Bewertung der verkehrlichen Anbindung und der dort verfügbaren Räumlichkeiten; Auswirkungen der neuen Strukturen auf die personelle Stärke der Polizei; Frage nach einer Weiterverfolgung der Neubaupläne für die Polizei in Ravensburg sowie nach Vorschlägen für und gegen eine Zuteilung der oberschwäbischen Landkreise nach Konstanz

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1529

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/2007 S. 33-35

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Biberach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr Peter Schneider CDU 30.03.2012 und Antw IM Drs 15/1535

Polizeireform: Kosten der Umsetzung und Belastung des Landeshaushalts

Grundlagen und Ergebnisse der Kostenkalkulation im Vergleich zu den Kosten der bayerischen Polizeireform, Vereinbarkeit von Aussagen bei den Regionalkonferenzen (im Ergebnis keine Kosten) und der vom Innenminister benannten Kosten zwischen 120 und 170 Millionen Euro, Finanzierung der Reform zulasten anderer Maßnahmen? Umfang der mit der Reform verbundenen neuen Stellen in der Besoldungsordnung B und der Mehrkosten; Art und Zeitpunkt der Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst

Antr CDU 04.04.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1547

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2031-2052

Polizeireform und Genderpolitik

Anteil von Frauen im Polizeidienst und in der gehobenen und höheren Laufbahn; Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen, insbes auch an der Spitze der neuen Polizeipräsidien

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 05.04.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1553

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/2007 S. 35-37

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Missachtung der Interessen der Region Nordschwarzwald bei der Polizeireform

Begründung und Auswirkungen der Auflösung der Polizeidirektionen und Zuordnung des Stadtkreises Pforzheim und der LKreise Calw und Enzkreis einem neuen Polizeipräsidium Karlsruhe sowie des Landkreises Freudenstadt einem neuen Polizeipräsidium Tuttlingen; Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; Umfang des Abzugs von Bediensteten aus der Region; Erhaltung der Kreisdienststellen in der Region

Antr

s. Nordschwarzwald, Region

Drs 15/1644

Benennung der designierten Polizeipräsidenten nach Umsetzung der geplanten Polizeistrukturreform

Auflistung der o.g. Führungskräfte mit Bild in der Stuttgarter Zeitung und Onlineausgabe vor der Einleitung eines parlamentarischen Verfahrens: Bewertung vor dem Hintergrund einer „Politik des Gehörtwerdens“ und aus rechtlichen Gründen, Frage nach einer Positionierung gegen die Veröffentlichung sowie nach der verlangten beruflichen Qualifikation für die Leitung eines Polizeipräsidiums

Antr

s. Polizeibeamter

Drs 15/1669

Polizeireform - Anzahl der künftigen regionalen Präsidien

Gründe für die Überlegungen des MinPräs zu einer Erhöhung der Zahl von zwölf geplanten Polizeipräsidien auf 14, Vereinbarkeit des Verzichts auf eine Weiterverfolgung dieser Überlegungen mit der Richtlinienkompetenz des MinPräs; Vorlage aller zugrunde liegenden Unterlagen für die Entscheidungen über Anzahl und Sitze der künftigen Polizeipräsidien und Raumstrukturen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 15.05.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1721

Polizeireform - Gründe für das Nichteinbeziehen der kommunalen Seite

Vereinbarkeit der Nichteinbeziehung der kommunalen und regionalen Ebene sowie der Anhörungsergebnisse mit dem Anspruch einer „Politik des Gehörtwerdens“; ergebnisoffene und transparente Durchführung der Anhörung iRd Gesetzgebungsverfahren, Darstellung der Ergebnisse der Anhörung und ihrer Folgen für die Standortentscheidungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 25.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1763

BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 43-45

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Festlegung Polizeipräsidium Aalen

Zugrundeliegende Kriterien und Auswirkungen der o.g. Standortentscheidung im Zuge der Polizeireform; Zahl und Einheiten der zwischen Waiblingen und Aalen wechselnden Beamten, insbes von Vollzugs- und Nichtvollzugsbeamten des bisherigen Führungs- und Einsatzstabes der PD Waiblingen; Gründe für die Schließung der Kriminalaußenstelle in Backnang, Chancen für die dortige Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion; Darstellung des Investitionsbedarfs für die Liegenschaften in Waiblingen

KlAnfr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 29.05.2012 und Antw IM Drs 15/1774

Sparzwänge bei der Polizei in BW

Art und Umfang der Mittelzuteilung für Kraftstoff von Streifenwagen u.a. Dienstfahrzeugen, Reduzierung von Streifenfahrten aufgrund von Budgetkürzungen, Auswirkungen auf die Sicherheitslage; Anschaffung von Dienstfahrzeugen mit niedrigem Kraftstoffverbrauch; Einrechnung der Mehrkosten von größeren Entfernungen zwischen den Dienststellen nach Umsetzung der Polizeireform

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 12.06.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1823

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 57

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Biberach

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Frage nach den Kosten der Reform bei einer 1:1-Umsetzung des Eckpunktepapiers

KlAnfr Peter Schneider CDU 28.06.2012 und Antw IM Drs 15/1977

Polizeireform; Gründe für die Standortentscheidungen für künftige regionale Polizeipräsidien

Kriterien und Zeitpunkt für die o.g. Entscheidungen; Frage nach der rechtlichen Grundlage vor den Beratungen im Landtag, nach dem Respekt vor dem Parlament und den Chancen von Änderungsvorschlägen; Vorlage einer überarbeiteten Standortkonzeption, Orientierung von Zahl und Zuschnitt der Präsidien auch an landesplanerischen Aspekten

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.07.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2005

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 58 59

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Probleme bei dem Internetportal der Polizei BW

Ausfallzeiten und Gründe für die mangelnde Erreichbarkeit des Internetportals; mögliche Beeinträchtigung des E-Mail-Verkehrs der Polizei; Angaben zu Beschwerden über die Erreichbarkeit vonseiten der Bürger, der Presse oder von Organisationen; Anmahnung von Informationen über die Polizeireform, insbes über die Bewertungskriterien zu den Standortentscheidungen; Aufnahme der geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne; Einrichtung einer Diskussionsplattform

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 03.07.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2008

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 59

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Polizeireform - Auswirkungen auf die Hochschule für Polizei

(Formelle) Beteiligung und Stellungnahme des MWK vor Veröffentlichung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeireform, Gründe für die Neustrukturierung des Präsidiums „Bildung und Personalgewinnung“ und Zuordnung der Hochschule für Polizei; Erhaltung der akademischen Selbstständigkeit der Hochschule für Polizei sowie der Aus- und Fortbildungsaufgaben bzw der Polizeischulen in der Zuständigkeit der Bereitschaftspolizei

Antr

s. Hochschule für Polizei

Drs 15/2077

Kostenerfassung im Rahmen der Vorbereitungen zur Polizeistrukturereform

Frage nach einer gesonderten Erfassung und Abrechnung der Kosten für Besprechungs- und Planungsfahrten sowie der Arbeitszeit der betroffenen Beamten oder Bestreitung der Kosten von den Dienststellen iRd dezentralen Budgetierung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 09.08.2012 und Antw IM Drs 15/2224

Polizeireform: Standortkonzeption für die künftigen Ausbildungseinrichtungen der Polizei

Zahl und Standortverteilung der in Ausbildung befindlichen Anwärter für den gehobenen und mittleren Dienst, Gewichtung der Zuordnung auf heimatnahe Ausbildungsstandorte der Bereitschaftspolizei; Begründung der Reduzierung auf nur noch zwei Standorte im südlichen Teil des Landes; Forderung auch von Standorten in der Nähe der Landeshauptstadt und der nordbadischen Ballungsräume

Antr CDU 20.08.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2256

ÄAntr CDU 29.01.2013 Drs 15/2941

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3541-3550

Polizeireform: Kosten der Polizeireform - Bedarfsmeldungen der Dienststellen

Höhe der Kosten zur Umsetzung der Polizeireform anhand der Bedarfsmeldungen der einzelnen Dienststellen, Auflistung der Maßnahmen und deren Etatisierung im Haushalt 2013/2014, Darlegung der Gesamtkosten und Kostenrisiken

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 18.10.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2533

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 34 35

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Polizeireform: Gründe für die Verschiebung

Darlegung o.g. Gründe und des geänderten Zeitplans zur Umsetzung der Polizeireform

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 18.10.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2534

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 34 35

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW in die Polizeireform

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW bei der Planung der Polizeireform, insbes angekündigte und geplante bauliche Einzelmaßnahmen, absehbare Änderung der Gebäudenutzung, kalkulierte Neueinrichtungskosten einer Polizeileitstelle, geschätzte Gesamt- und Einzelkosten re-

formbedingter Baumaßnahmen, geplante Immobilienanmietung für einzeln genannte Polizeidienststellen mit Kostenkalkulation, erwartete Leerstände für einzeln genannte Immobilien, detaillierte Kalkulation reformbedingter Minderbedarfe/Einnahmen

Antr CDU 24.01.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/2916

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Calw

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Thomas Blenke CDU 24.01.2013 und Antw IM Drs 15/2924

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Freuden-stadt

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Norbert Beck CDU 25.01.2013 und Antw IM Drs 15/2931

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Land- und Stadt-kreis Heilbronn

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.01.2013 und Antw IM Drs 15/2932

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Reutlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien und deren Weiterverwendung; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 25.01.2013 und Antw IM Drs 15/2933

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tübingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-

teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 25.01.2013 und Antw IM Drs 15/2934

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und im Stadtkreis Freiburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 25.01.2013 und Antw IM Drs 15/2935

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Schwäbisch Hall

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 30.01.2013 und Antw IM Drs 15/2948

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Göppingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 30.01.2013 und Antw IM Drs 15/2949

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Konstanz

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeit-punkt der Wirksamkeit

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 30.01.2013 und Antw IM Drs 15/2950

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Heidenheim
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 30.01.2013 und Antw IM Drs 15/2951

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rastatt
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Karl-Wolfgang Jägel CDU 30.01.2013 und Antw IM Drs 15/2952

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Sigmaringen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Klaus Burger CDU 30.01.2013 und Antw IM Drs 15/2954

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Böblingen
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Paul Nemeth u.a. CDU 31.01.2013 und Antw IM Drs 15/2962

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Waldshut
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Felix Schreiner CDU 31.01.2013 und Antw IM Drs

15/2963

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ludwigsburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Konrad Epple u.a. CDU 31.01.2013 und Antw IM Drs 15/2964

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Hohenlohekreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 31.01.2013 und Antw IM Drs 15/2966

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Elke Brunnemer u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2968

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tuttlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Guido Wolf CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2971

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Enzkreis und im Stadtkreis Pforzheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaß-

nahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2972

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rems-Murr-Kreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Wilfried Klenk u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2973

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ravensburg
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Rudolf Köberle u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2974

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rottweil
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Stefan Teufel CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2975

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Lörrach
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Ulrich Lusche u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2976

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Esslingen
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

lation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2977

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Bodenseekreis
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Ulrich Müller u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2978

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadt- und LKreis Karlsruhe

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2979

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Schwarzwald-Baar-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Karl Rombach u.a. CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2980

Polizeireform: Auswirkungen der Reform in Stuttgart

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2990

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Neckar-Odenwald-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Peter Hauk CDU 01.02.2013 und Antw IM Drs 15/2991

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ortenaukreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 04.02.2013 und Antw IM Drs 15/2995

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Stadtkreis Mannheim

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Georg Wacker CDU 04.02.2013 und Antw IM Drs 15/2996

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Main-Tauber-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 04.02.2013 und Antw IM Drs 15/2998

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Ostalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Winfried Mack u.a. CDU 04.02.2013 und Antw IM Drs 15/2999

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Zollernalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Thomas Blenke u.a. CDU 04.02.2013 und Antw IM Drs 15/3000

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 05.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3013

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Biberach

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Peter Schneider u.a. CDU 05.02.2013 und Antw IM Drs 15/3026

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Emmendingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 12.02.2013 und Antw IM Drs 15/3049

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3002

Investitionsbedarf und Einsparungen iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Einsatz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3003

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Freiburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3004

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Heilbronn

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3005

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3006

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Karlsruhe

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3007

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Konstanz

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3008

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ludwigsburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3009

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Mannheim

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3010

Investitionsbedarf iRd Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Offenburg

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3011

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Dieter Hillebrand u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3012

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Technik Logistik Service

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3014

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Tuttlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Baumaßnahmen

bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3015

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3016

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Alb-Donau-Kreis und im Stadtkreis Ulm

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 14.02.2013 und Antw IM Drs 15/3058

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Aalen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3017

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiums Einsatz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3018

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Freiburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3019

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Heilbronn

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3020

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich der Hochschule für Polizei BW mit zugeordnetem Präsidium Bildung und Personalgewinnung

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich der Hochschule für Polizei und des zugeordneten Polizeipräsidiums, insbes Abordnung oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3021

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Karlsruhe

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3022

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Konstanz

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3023

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Ludwigsburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3030

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Mannheim

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3031

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Offenburg

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3032

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen

sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Dieter Hillebrand u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3033

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Stuttgart

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3034

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Organisationsbereich des künftigen Polizeipräsidiiums Technik Logistik Service

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3035

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Tuttlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3036

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums Ulm

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 19.02.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3037

Zukunft der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe

Zahl der Beschäftigten, ihre Ausbildungsrichtungen und Laufbahnen; Investitionen in die technische Ausstattung in den letzten Jahren; Pläne für eine Neuorganisation der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle (KTU) im Zuge der Polizeireform; Kosten einer Verlagerung nach Stuttgart; Forderung nach einer Beibehaltung des Standorts in Karlsruhe-Durlach

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 15/3478

Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturreform

Tiefgreifende Änderung der Organisationsstrukturen der Polizei zur Bewältigung der veränderten Aufgabenfelder bei begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln, insbes Verschmelzung der vier Landespolizeidirektionen mit den 37 Polizeipräsidiien und -direktionen zu zwölf regional zuständigen Polizeipräsidiien und unmittelbare Anbindung an das Landespolizeipräsidiium, Bündelung der Einsatz- und Spezialeinheiten in einem „Polizeipräsidiium Einsatz“, Integration der technischen Aufgabenwahrnehmung in einem „Präsidiium Technik, Logistik, Service der Polizei“, Aufgabenzuordnung der polizeilichen Aus-

und Fortbildung sowie Personalgewinnung zur Hochschule für Polizei als einem „Präsidiium Bildung“

GesEntw LReg 14.05.2013 Drs 15/3496 (82 S.)
1. Beratung PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4323-4340
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2013 Drs 15/3730 (dazu ÄAntr Klaus Herrmann u.a. CDU) (20 S.)
ÄAntr GRÜNE und SPD 16.07.2013 Drs 15/3795
2. Beratung PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4551-4566
GesBeschl 18.07.2013 Drs 15/3843 (22 S.)
GBI 2013 Nr. 11 S. 233-251 (Ges vom 23.07.2013)
Mittlg LReg 26.03.2014 Drs 15/4993
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.05.2014 Drs 15/5145
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
Mittlg LReg 16.06.2015 Drs 15/6999
PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7835
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7115
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
Mittlg LReg 18.05.2016 Drs 16/31

Polizeireform: Zukünftige Aufstellung der Alarmhundertschaften

Organisation und personelle Aufstellung der Alarmeinheiten der Landespolizei nach Inkrafttreten der Polizeireform, insbes Personalzusammenstellung und betroffene Dienststellen, Überstundenabgeltung für eingesetzte Polizisten und deren Vertreter in den Dienststellen

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/3591

Polizeireform: Zukünftige Organisation der Kriminalpolizei

Organisation der Kriminalpolizei nach Inkrafttreten der Polizeireform, insbes Statistiken für die einzelnen Dienststellen, derzeitige Organisation und Aufgabenwahrnehmung durch Landespolizeidirektionen und Kriminalpolizeidienststellen, künftige örtliche oder organisatorische Verlagerung, künftige Aufgabenwahrnehmung durch Kriminalpolizeidirektionen und Kommissariate; Einführung des Kriminaldauerdienstes, insbes geplante Standorte und Aufgabenwahrnehmung sowie Deckung des personellen Mehrbedarfs

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3594

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Späßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KIAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/3610

Kosten der Verlegung von Sondereinrichtungen im Zuge der Polizeireform

Kosten der Verlegung der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe und ihre Berücksichtigung in der Kostenschätzung für die Polizeireform; neuer Raumbedarf für die Unterbringung von Übungs-, Ausbildungs- und Untersuchungseinrichtun-

gen; Nachfolgenutzung für nicht mehr benötigte Räume; Anzahl der jeweiligen Fälle und ihre Darstellung in der Kostenberechnung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.06.2013 und
Antw IM Drs 15/3612

Einbruchsserie in Pforzheim

Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim seit Beginn des Jahres 2013 im Vergleich zu den Vorjahren; besonders betroffene Stadtteile; Ursachen für einen Anstieg der Einbrüche; Durchführung von Gegenmaßnahmen; Auswirkungen der Polizeireform auf Prävention und Strafverfolgung

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3696

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 5 - Aufgaben und Ressourceneinsatz bei den Landespolizeidirektionen (Kap 0304 bis 0307)

Mittlg RH
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3805

Kosten der Polizeistrukturreform

Detaillierte und objektbezogene Einzelkostenbetrachtung der Polizeistrukturreform, insbes Bruttofinanzierungsbedarf, Minderbedarf und Einnahmen; Verteilung von Kosten und Einnahmen in den betroffenen Kapiteln und Titeln im Entwurf des Staatshaushaltsplans, insbes realisierte Veräußerungserlöse; aufgrund der Polizeistrukturreform künftig nicht genutzte Investitionen im Bereich der Polizei

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 08.07.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3751
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 12 13
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Regierungsbefragung

Polizeireform/Interessenbekundungsverfahren

PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4468-4470

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienstortwechsel und Entstehung neuer Fahrtwege nach der geplanten Polizeistrukturreform in den Polizeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Veränderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3880

Polizeireform: Auswirkungen fehlender Dienstpostenbewertungen auf künftige Personalverfügungen

Bestand nicht bewerteter Stellen in der Landesverwaltung; Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011; seine Geltung für die Frage der Versetzung von Beamten; Dienstpostenbewertung als Voraussetzung für eine amtsangemessene Beschäftigung; Bewertung bislang nicht bewerteter Stellen im Zuge der Polizeireform; Einrichtung gebündelter Dienstposten; Auswirkungen der Stellenbewertung auf die Beförderungspraxis bei der Polizei

Antr
s. *Polizeibehörde*

Drs 15/3943

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturreform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3996

Polizeireform im Kreis Rottweil: neue Entwicklungen

Auswirkungen der Polizeireform auf den LKreis Rottweil; Einrichtung eines Standorts der Kriminalpolizei in der Stadt Rottweil; Raumbedarf; Dienstortwechsel aufgrund der Polizeireform im zuständigen Polizeipräsidium Tuttlingen, Zahl der betroffenen Personen

KlAnfr Stefan Teufel CDU 02.10.2013 und Antw IM Drs 15/4112

Die Auflösung des Fachdiensts „Notruf/Polizeigewahrsam“ und des „Zugriffstrupps“ und die Sicherheit der Bürger und der Polizeibeamten im Polizeipräsidium Karlsruhe

Zukunft des Zugriffstrupps und des Streifendienst-Notrufs, insbes Gründe für die damalige Aufstellung sowie Konsequenzen für die Sicherheit der Bürger und der Polizeibeamten im Polizeipräsidium Karlsruhe bei einer Auflösung

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4471

Polizeireform - Auswirkungen auf Sinsheim

Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten und geplante Personalausstattung des Polizeireviere in Sinsheim im Zuge der Polizeireform

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 11.12.2013 und Antw IM Drs 15/4481

Auswirkungen der Polizeireform auf Tunnelüberwachungen in BW

Organisation der Überwachung der Straßentunnel in BW, insbes Sicherstellung der Überwachung iRd Polizeireform

Antr
s. *Tunnel*
Drs 15/4502

Regierungsbefragung

Einstellungspraxis und andere Fragen zur Polizeistrukturreform

PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5173-5176

Konsequenzen der Polizeireform für den LKreis Waldshut

Personelle und strukturelle Auswirkungen der Polizeireform im LKreis Waldshut, insbes bei Polizeigebäuden, Dienstortverlegungen und Anfahrtswegen; Anzahl der Einsätze von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten

KlAnfr Felix Schreiner CDU 09.01.2014 und Antw IM Drs 15/4550

Chaos beim Start der Polizeireform: Stopp der Besetzung der Führungspositionen der Polizei durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe

Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Führungsebene und Verwendung der derzeit kommissarisch eingesetzten Leiter, übergangsweise Rückführung der Polizei in die bis zum 31. Dezember 2013 geltende Struktur bis zu einer rechtmäßig erfolgten Führungspersonalauswahl

DringlAntr CDU 17.01.2014 Drs 15/4607
PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5293-5304

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014
Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidiums Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4654

Personalausstattung der Polizeireviere nach der Polizeireform

Statistiken zur veränderten Personalsituation in den Polizeireviere nach der Polizeireform, insbes Zahl der Polizeireviere sowie revidiergenaue Daten zu Beschäftigtenzahl, Führungsgruppen, zugeordneten und besetzten Planstellen, Einsatz im Streifen-, Posten- und Ermittlungsdienst

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4699

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr FDP/DVP 05.02.2014 und Antw LReg Drs 15/4715 (16 S.)

Fehlstart der Polizeireform: Offene Fragen zu den Stellenbesetzungsverfahren nach der Sitzung des Innenausschusses

Abordnung der wiederabberufenen Polizeipräsidenten an Dienststellen mit kommissarischer Leitung für die betreffenden Polizeipräsidien; Ausschluss einer Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ihres ehemaligen Präsidiums; Sonderaufgaben der als Polizeipräsidenten vorgesehenen und abberufenen Personen; Einfluss einer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Beurteilung der Eignung für ein Führungsamt; Durchführung und Kriterien des neuen Auswahlverfahrens; künftige Besetzung der Stellvertreterposten; Forderung nach Unvoreingenommenheit bei der Personalauswahl

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4820

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeireviere in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiums in Ulm

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4842

Polizeireform; Stellenvergabe in der mittleren Führungsebene der Polizeipräsidien

Auswahlverfahren und Besetzung der Führungsfunktionen in der mittleren Leitungsebene der neuen Polizeipräsidien im Zuge der Polizeistrukturreform

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4872

Ausstattung der 15 neuen Polizeipräsidien

Verwendung der sogenannten Anschubfinanzierung in den einzelnen Präsidien; Überprüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung; Umbaumaßnahmen und Ausstattungsbeschaffungen für die Präsidialbereiche; Beschaffung gebrauchter Möbel und Ausstattungsgegenstände; Auswirkungen der Büroausstattung auf die Leistungsmotivation der Bediensteten

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5031

Wohnungseinbrüche in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote; Entwicklung der Einbruchszahlen und Aufklärungsquoten in den oben genannten LKreisen; Einfluss des Neuzuschnitts der Polizeireviere infolge der Polizeireform auf die Aufklärungsquote; Unterschiede in der Häufung der Wohnungseinbrüche in städtischen und ländlichen Regionen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5037

Die Polizeireform als Ursache für den Ermittlungserfolg in Sachen „Doppelmord von Albstadt“

Bewertung der Ermittlungen und der Festnahme des Tatverdächtigen im Kontext der Polizeireform; Standorte der beteiligten Dienststellen, Ausbildungsgrad der eingesetzten Polizeibeamten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 09.04.2014 und
Antw IM Drs 15/5051

100 Tage Polizeireform - erste Bilanz eines fehlgestarteten Projekts

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5748-5761

Inklusion in der Polizei

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei, insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturreform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehindertenvertretungen

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5120

Beförderungssituation bei der Polizei

Beförderungssituation bei der Polizei vor und nach der Polizeireform; Auswirkungen der Polizeireform auf die Beförderungsmöglichkeiten der zur Beförderung anstehenden Polizeibeamten; Gründe der nicht ausgeschöpften Beförderungsmöglichkeiten und Einsparvolumen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5155

Polizeireform; Aufgabenverlagerungen bei der Polizei

Aufgabenverlagerung von der Kriminalpolizei, Verkehrspolizei und den übrigen Fachbereichen der Polizeidirektionen auf die Polizeireviere, insbes Konsequenzen bei Arbeitsanfall und Personalbedarf

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 05.05.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5159
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 23 24
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Änderungen im Zusammenhang mit der Polizeireform in der Region Karlsruhe

Auswirkungen der Polizeireform auf die einzelnen Bereiche der Polizei innerhalb der Region Karlsruhe, insbes Kosten für Umzüge und Ausstattungen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.05.2014 und
Antw IM Drs 15/5266

Kriminalitätsbelastung im LKreis Göppingen

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Göppingen; Straftaten iRd organisierten Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Prävention von Einbruchdiebstählen; Aufklärungsquote; Delikthäufigkeit in ländlichen und städtischen Regionen; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5308

Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

Zahl der Planstellen im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen im Wahlkreis Waldshut eingesetzten Polizeibeamten; Interesse der Polizeibeamten an einer Versetzung oder einem anderen Fachgebiet; Präsenz der Kriminalpolizei im LKreis Waldshut; Fahrzeiten der Polizeibeamten zu Unfall- und Tatorten vor und nach der Polizeireform

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5390

Kriminalitätsbelastung im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Schwäbisch Hall; Straftaten iRd organisierten Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Aufklärungsquote; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5577

Bewirtschaftung des Fuhrparks der Polizei

Art und Zahl der zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Fuhrpark der Polizei vorhandenen Fahrzeuge; Zuordnung der Fahrzeuge zu Dienststellen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2014 angefallenen Betriebskosten; Auskunft über Kilometerleistung, Treibstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß der Polizeifahrzeuge in diesem Zeitraum; Ausstattung der neuen Flächenpräsidien mit Fahrzeugen; Auswirkungen der Polizeireform auf Kilometerleistung, Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß

Antr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 15/6425

Auftragsvergabe zur Evaluation der Polizeireform

Sachstand zur Auftragsvergabe für die wissenschaftliche Evaluation der Polizeireform, insbes Evaluationsauftrag, Zeitplan, Kosten, Gründe für die Vergabeentscheidung

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 04.08.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7269
BeschlEmpf und Bericht InnenA 07.10.2015 Drs 15/7638 S. 35-37
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Landespolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Polizeireform

GrAnfr CDU 14.08.2015 und Antw LReg Drs 15/7306 (53 S.)

Zahl der Wohnungseinbrüche im zweiten Halbjahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche in BW im Vergleich zu den Vorjahren; Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim, aufgliedert nach Stadtteilen, seit dem Wegfall der Polizeidirektion zum Jahresbeginn 2014; Besetzungstärke der Reviere und Polizeiposten im Stadtkreis; Maßnahmen zur Vorbeugung und

Verhinderung von Wohnungseinbrüchen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/7843

Beklagung einer Schwächung der Fläche durch die geplante Polizeireform, Verweisung auf die von den Polizeibeamten erarbeiteten Eckpunkte für die Reform, Erinnerung an den Stellenabbau bei der Polizei; Vorwurf politischer Einflussnahme auf Polizeieinsätze; Verbesserung der technischen Ausstattung; Erhöhung des Migrantenanteils

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1188 1189 1192 1195-1198 1200 1205 1206 1209 1210 1212-1214 1217 1220-1230 1232 1233 1237 1243 1246

Bewertung der vorgesehenen Polizeireform; Vorwurf der politischen Einflussnahme auf Polizeieinsätze im Zuge des Projekts Stuttgart 21, Erinnerung an den Polizeieinsatz am 30.09.2010 und seine Folgen, Finanzierung der Polizeieinsätze aus dem Epl 13

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1261-1281 1284 1286-1288 1308 1356 1366

Warnung vor negativen Folgen der Polizeireform; Einstellung von Polizeianwärtern; Schaffung neuer Stellen; Investitionen in eine bessere Technikausstattung

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1462 1468 1471 1478

Polizeirevier

s. *Polizeibehörde*

Polizeischule

s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

Polizei-Sondereinheit

s. *Polizeiliche Sondereinheit*

Polizeistrukturreform

s. *Polizei*

Polizeistrukturreformgesetz

Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturreform

Tiefgreifende Änderung der Organisationsstrukturen der Polizei zur Bewältigung der veränderten Aufgabenfelder bei begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln, insbes Verschmelzung der vier Landespolizeidirektionen mit den 37 Polizeipräsidien und -direktionen zu zwölf regional zuständigen Polizeipräsidien und unmittelbare Anbindung an das Landespolizeipräsidium, Bündelung der Einsatz- und Spezialeinheiten in einem „Polizeipräsidium Einsatz“, Integration der technischen Aufgabenwahrnehmung in einem „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“, Aufgabenzuordnung der polizeilichen Aus- und Fortbildung sowie Personalgewinnung zur Hochschule für Polizei als einem „Präsidium Bildung“

GesEntw
s. *Polizeireform*
Drs 15/3496

Polizeistunde

Sperrzeitverlängerung von Spielhallen

Verwerfung der Verordnung der Stadt Pforzheim zur Sperrzeitverlängerung durch den VGH mit Verweis auf das Nichtvorliegen eines atypischen örtlichen Gefahrenpotenzials, Bewertung als Schlag im Kampf gegen die Spielsucht; Überlegungen über eine Veränderung der Rechtslage

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 11.10.2012 und Antw IM Drs 15/2463

Außenbewirtschaftung während der Fußballweltmeisterschaft 2014

Planungen der LReg zur Verkürzung der Sperrzeiten der (Außen-)Gastronomie während der Fußball-Weltmeisterschaft 2014, insbes Entscheidungskompetenz der Kommunen

MdlAnfr 6) Matthias Pröfrock CDU 12.12.2013 Drs 15/4426
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5250-5252

Gall, Kretschmann, Bonde, wer ist in Sachen Sperrzeiten für die Gastronomie Koch und wer ist alles Kellner?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6763-6771

Polizeiuniform

s. *Uniform*

Polizeiverordnung

s. *Polizeirecht*

Polizeiwagen

s. *Polizeifahrzeug*

Polizist

s. *Polizeibeamter*

Polizistenausbildung

s. *Polizeiausbildung*

PolIRG

s. *Polizeistrukturreformgesetz*

Pop- und Rockmusik

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Popakademie Mannheim

s. *Musikhochschule*

Popmusik

s. *Pop- und Rockmusik*

Pornografie

Jugendschutz im Internet

Beurteilung der Gefährdung von Jugendlichen durch frei zugängliche pornografische Internetangebote; Möglichkeiten zur Gewährleistung eines wirksameren Jugendschutzes im Internet

Antr

s. *Jugendschutz*

Drs 15/2418

Porsche AG

s. *Kraftfahrzeugindustrie*

Post

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 5: Poststellen und Registraturen der Regierungspräsidien

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/138 (21 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/544

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

Postzustellung von Behörden

Sachstand zur Postzustellung behördlicher Briefe in BW, insbes Zustellbetriebe der einzelnen Behörden, Ausschreibungsverfahren, Rechtsfolgen verspäteter Zustellungen

KlAnfr

s. *Postbeförderung*

Drs 15/6487

Postbeförderung

Liberalisierung der europäischen Postmärkte

Vorteile der Liberalisierung der Postmärkte für Bürger und Unternehmen; Wettbewerbschancen und Preisentwicklung; Qualität und Serviceleistungen; Deregulierung des Briefmarkts; Postdienste baden-württembergischer Unternehmen in EU-Mitgliedstaaten; Einrichtung grenzüberschreitender Postdienste in grenznahen Regionen; Zukunftsperspektive der europäischen Postmärkte

Antr Friedlind Gurr-Hirsch u.a. CDU 04.11.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4269

BeschlEmpf und Bericht EuA 23.01.2014 Drs 15/4897 S. 135

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Postzustellung von Behörden

Sachstand zur Postzustellung behördlicher Briefe in BW, insbes Zustellbetriebe der einzelnen Behörden, Ausschreibungsverfahren, Rechtsfolgen verspäteter Zustellungen

KlAnfr Tobias Wald CDU 13.02.2015 und Antw JM Drs 15/6487 (31 S.)

Verfahren des Bundeskartellamts gegen die Deutsche Post AG

Sachstand zu Verträgen über Briefdienstleistungen von Landesbehörden in BW mit der Deutschen Post AG sowie deren Tochterunternehmen, insbes Gewährung von Rabatten unterhalb der Preise der Teilleistungsentgelte für Wettbewerber

KlAnfr

s. *Deutsche Post AG*

Drs 15/7748

Postwesen

s. *Post*

PPP

s. *Public Private Partnership*

Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen

Tourismus- und Öffentlichkeitskonzeption für das UNESCO-Welterbe „Prähistorische Pfahlbauten“ in BW

Bedeutung der baden-württembergischen UNESCO-Welterbestätten „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“, insbes Stellenwert für den Tourismus, unangemessene Öffentlichkeitswirkung, Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Öffentlichkeitswirkung und Tourismusförderung

KlAnfr

s. *Welterbe*

Drs 15/2938

Präimplantationsdiagnose

s. *Präimplantationsdiagnostik*

Präimplantationsdiagnostik

Verordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID) - Umsetzung in BW

Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PIDV) in BW, insbes Bestimmung der Anzahl und Qualitätssicherung der Zentren zur Präimplantationsdiagnostik (PID), mögliche Kooperation mit anderen Bundesländern bei der Einrichtung von Ethikkommissionen, deren konkrete Ausgestaltung und personelle Zusammensetzung; datenschutzrechtliche Konsequenzen für die statistische Erfassung der Diagnosen und den Umgang mit genetischen Überschussinformationen

Antr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE 12.12.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4488

BeschlEmpf und Bericht SoZA 13.02.2014 Drs 15/4949 S. 27

PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Informationen über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Errichtung einer gemeinsamen Ethikkommission der Länder BW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen bei der Landesärztekammer BW zur Durchführung der Präimplantationsdiagnostik; Konkretisierung der Vorgaben der Präimplantationsdiagnostikverordnung des Bundes (PIDV) für

die Durchführung der Präimplantationsdiagnostik (PID) in einem PID-Zentrum, insbes die Zuständigkeit der gemeinsamen Ethikkommission, ihre Zusammensetzung, die Benennung und Berufung der Mitglieder sowie die Berichtspflicht der Kommission gegenüber den beteiligten Ländern

Mittlg SM 12.06.2014 Drs 15/5337
 PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6067
 BeschlEmpf und Bericht SozA 10.07.2014 Drs 15/5464
 PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6362-6365

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Zustimmung zum Staatsvertrag mit den beteiligten Ländern über die Einrichtung einer gemeinsamen Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

GesEntw LReg 21.10.2014 Drs 15/5937 (16 S.)
 1. Beratung PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6587
 BeschlEmpf und Bericht SozA 26.11.2014 Drs 15/6172
 2. Beratung PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7108-7111
 GesBeschl 17.12.2014 Drs 15/6291
 GBl 2014 Nr. 25 S. 823-826 (Ges vom 17.12.2014)
 Berichtigung der Anlage GBl 2015 Nr. 3 S. 110
 Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBl 2015 Nr. 15 S. 748

Pränataldiagnostik

s. Vorsorgeuntersuchung

Präsident des Landtags

s. Landtagspräsident

Präsidialrat

s. Richtervertretung

Prävention (Medizin)

s. Gesundheitsvorsorge

Präventivmedizin

s. Gesundheitsvorsorge

Praktikant

s. Praktikum

Praktikum

Berufsorientierung in den Schulen

Darstellung o.g. Angebote nach Schularten und Klassenstufen; Verankerung in den Bildungsplänen, in der Lehreraus- und -fortbildung sowie in der Selbst- und Fremdevaluation; einbezogene externe Partner wie Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen; verfügbare Handreichungen für die Schulen; Ausbau von Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Jungen für nicht geschlechtstypische Berufe; Informationsangebote von Vereinen für Hochbegabte und Studienmöglichkeiten; Erkenntnisse über Berufspraktika von Schülern in Eigeninitiative

Antr
s. Berufsvorbereitung
 Drs 15/357

Qualität und Arbeitsbedingungen bei studentischen Praxisseminaren

Vorgaben der Hochschulen zur Auswahl und Qualität der Ausbildungsstellen für die Studenten der Sozial- und Erziehungswissenschaften; Festlegung von Kriterien zur Qualität, den Leistungszielen und Arbeitsbedingungen gemeinsam mit den Hochschulen und Praxiseinrichtungen; Hinwirkung auf eine angemessene Vergütung der Arbeitsleistungen

KlAnfr
s. Student
 Drs 15/743

Potenzial der Studienabbrecher nutzen - Fachkräftemangel bekämpfen

Entwicklung der Zahlen von Studienabbrechern und ihrer weiteren Berufswege; Darstellung der Begleitung durch die Hochschulen, insbes Ermöglichung von Kontakten zu einer praxisbezogenen Ausbildung; Hinwirkung auf eine vertiefte Berufsorientierung mit Betriebspraktika für die Schüler und Lehrkräfte auch an allgemeinbildenden Gymnasien

Antr
s. Studienabbruch
 Drs 15/755

Bedeutung und Zukunft des Praktikantenprogramms der Baden-Württembergischen Landwirtschaft mit der Russischen Föderation

Entwicklung der Teilnehmerzahlen und des Erfolgs des o.g. Programms; Bedeutung für den Bereich der Agrarwirtschaft; Evaluation von den beteiligten Landwirten, Verbänden und Organisationen; Darstellung der bisherigen und künftigen Finanzierung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 18.10.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2499
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 76 77
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Gilt „Musterland für gute und sichere Arbeit“ auch für die LReg?

Beschäftigungsbedingungen von Pflöckern, Personen mit Werkverträgen und Praktikanten in Landesministerien und -behörden; Angewiesensein von Landesbeschäftigten auf ergänzende öffentliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; Erfüllung der an die Arbeitgeber der Privatwirtschaft unter dem Schlagwort „Musterland für gute und sichere Arbeit“ gestellten Anforderungen des Koalitionsvertrags durch die LReg

Antr
s. Arbeitsbedingungen
 Drs 15/3798

Gewinnung junger Menschen internationaler Herkunft für den öffentlichen Dienst

Angebot und Besetzung von Praktikumsstellen in Landesbehörden und Kommunen, insbes Anteil von Migranten an den besetzten Praktikumsplätzen; Migrantenanteil und Verbleib von Absolventen der Verwaltungsfachhochschulen des Landes und Bundes

Antr
s. Öffentlicher Dienst
 Drs 15/4011

Unentgeltliche Praktika im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und anderen Ressorts

Umfang, Einsatzdauer und Aufgabenbereiche von Praktikanten im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und in anderen

Ressorts; Praxis bei Vergütung und Fahrkostenerstattung, insbes. Widerspruch zum geforderten flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn

Antr FDP/DVP 22.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5255

Mindestlohn: Kontrolle und Konsequenzen

Sachstand zur Umsetzung der Bestimmungen des Mindestlohns, insbes. Abgrenzungs- und Durchführungsschwierigkeiten für Vereine und Verbände bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, bürokratische Auswirkungen und Kontrollbelastungen für kleine und mittlere Betriebe (Meldepflicht, Dokumentationspflicht, Bußgeldvorschriften), Auswirkungen auf die Angebotslage von Praktika außerhalb der Pflichtpraktika, Nutzung von Vereinfachungs- und Abwandlungsmöglichkeiten zum Bürokratieabbau

GrAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/6408

Praktikable Änderungen und Klarstellungen beim Mindestlohngesetz (MiLoG)

Hinwirkung auf Änderungen beim Mindestlohngesetz über den Bundesrat, insbes. bei Dokumentationspflicht, Jahresarbeitszeitkontenregelung, Jahresbetrachtung des Lohns, Umfang der Haftung für Werk-/Dienstverträge, Wiederholungen studienbegleitender Praktika im selben Unternehmen

Antr
s. *Mindestlohngesetz*
Drs 15/6659

Ergänzung des Schulpraxissemesters durch ein Orientierungspraktikum vor Beginn des Studiums

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 337 342

Blockpraktika zur beruflichen Orientierung an der Werkrealschule

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1010 1013

Praxissemester

s. *Praktikum*

Preis

Liberalisierung der europäischen Postmärkte

Vorteile der Liberalisierung der Postmärkte für Bürger und Unternehmen; Wettbewerbschancen und Preisentwicklung; Qualität und Serviceleistungen; Deregulierung des Briefmarkts; Postdienste baden-württembergischer Unternehmen in EU-Mitgliedstaaten; Einrichtung grenzüberschreitender Postdienste in grenznahen Regionen; Zukunftsperspektive der europäischen Postmärkte

Antr
s. *Postbeförderung*
Drs 15/4269

Preis (Prämierung)

s. *Auszeichnung*

Preispolitik

Weiterentwicklung des EEG

Auswirkungen der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien auf BW; Rahmenbedingungen, Statistiken und Maßnahmen zur Überprüfung der Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage; Auswirkungen einer Abschaffung der Stromsteuer auf den Strompreis

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/4497

Prekäre Arbeit

s. *Atypische Beschäftigung*

Prekäre Beschäftigung

s. *Atypische Beschäftigung*

Prekäres Arbeitsverhältnis

s. *Atypische Beschäftigung*

Prekäres Beschäftigungsverhältnis

s. *Atypische Beschäftigung*

Prekarisierung

s. *Atypische Beschäftigung*

Prekarität

s. *Atypische Beschäftigung*

Presse

s.a. *Amtsblatt*

Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter Medien durch die Pressearbeit der LReg?

Beurteilung einer inhaltlich und zeitlich abweichenden Information von Presseorganen durch das Integrationsministerium über Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Einbürgerung; Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LReg

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/1485

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr
s. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung
 Drs 15/1959

Probleme bei dem Internetportal der Polizei BW
 Ausfallzeiten und Gründe für die mangelnde Erreichbarkeit des Internetportals; mögliche Beeinträchtigung des E-Mail-Verkehrs der Polizei; Angaben zu Beschwerden über die Erreichbarkeit vonseiten der Bürger, der Presse oder von Organisationen; Anmahnung von Informationen über die Polizeireform, insbes über die Bewertungskriterien zu den Standortentscheidungen; Aufnahme der geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne; Einrichtung einer Diskussionsplattform

Antr
s. Polizeireform
 Drs 15/2008

Einsatz von Tageszeitungen und anderen Medien im Schulunterricht

Daten zu medienpädagogischen Kooperationen zwischen Schulen und Tageszeitungen in BW sowie vergleichbaren Projekten mit Online-Medien und dem Rundfunk; Bedeutung, Kompetenzförderung, Bildungsplanung und Lehrerfortbildung zu Einsatz von Tageszeitungen im Schulunterricht

KlAnfr
s. Lehr- und Lernmittel
 Drs 15/2912

Mediennutzung in Migrantenfamilien

Private Nutzung von Print- und elektronischen Medien durch Migranten, insbes überwiegende oder ausschließliche Mediennutzung aus dem Herkunftsland und in Heimatsprache, bessere Heranführung an inländische Mediennutzung

KlAnfr
s. Migrant
 Drs 15/2923

Vernetzung von Organisationen im Umfeld der Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen

Konzernstruktur und Produkte der World Media Group AG; Aufnahmhöhe insbes der Zeitung „Zaman“ sowie Verbreitung der Sender Samanyolu TV und Ebru TV in Deutschland bzw in BW; Anteil der Publikationen und Medieninhalte am türkischsprachigen Medienmarkt in Deutschland bzw BW; Erkenntnisse über Verbindungen der World Media Group mit der Panega-Organisation sowie der Panega-Organisation mit den Prisma-Schulen; sonstige Verbindungen der World Media Group mit gesellschaftlichen oder kulturellen Einrichtungen; Redaktionsbesuch und Interview der Integrationsministerin bei der Tageszeitung „Zaman“ Ende März/Anfang April 2013

Antr
s. Fethullah-Gülen-Bewegung
 Drs 15/4963

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbil-

dung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. Inklusion
 Drs 15/6519

Pressefreiheit

Was hat das Land bei der Flüchtlingsunterbringung zu verbergen?

Hintergründe zur zunächst geplanten Aussperrung der Presse iR eines Besuchs der Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Ellwangen am 15. Juli 2015, insbes generellen Erwägungen, rechtliche Grundlage

Antr
s. Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge
 Drs 15/7225

Pressure group

s. Interessenverband

Primäres Gemeinschaftsrecht

Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-out“?

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr
s. Gentechnik
 Drs 15/6283

Printmedien

s. Presse

PRISM (Überwachungsprogramm)

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr
s. Nachrichtendienstliche Mittel
 Drs 15/3662

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien

(Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr
s. *Nachrichtendienstliche Mittel*
Drs 15/3727

Private Hochschule

s. *Privathochschule*

Private Krankenversicherung

s. *Krankenversicherung*

Private Public Partnership

s. *Public Private Partnership*

Privater Haushalt

s. *Privathaushalt*

Privater Hörfunk

s. *Privater Rundfunk*

Privater Rundfunk

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften

Zustimmung zum novellierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk; Folgeänderungen und redaktionelle Anpassungen des Landesmediengesetzes sowie des Landesdatenschutzgesetzes an die Regelungen des novellierten Staatsvertrags; Verlängerung der Zuweisungsdauer von Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter sowie der Zulassungsdauer eines privaten Rundfunkveranstalters von jeweils acht auf zehn Jahre

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/4223

Privater Sicherheitsdienst

s. *Sicherheitsgewerbe*

Privatfunk

s. *Privater Rundfunk*

Privathaushalt

s.a. *Haushalt (Finanzen)*

Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen

Beurteilung der Einschränkung o.g. Absetzbarkeit auf Rechnungsbeträge ab 300 Euro und der Auswirkungen dieser Pläne auf die Auftragslage im Handwerk

KlAnfr
s. *Steuerentlastung*
Drs 15/1664

Bioabfalltüten statt Bioabfallbehälter - ein neuer Weg zu mehr getrennter Bioabfallfassung?

Bewertung eines Berliner Pilotprojekts zur Nutzung von Abfalltüten aus kompostierbarem Kunststoff für Bioabfälle in Privathaushalten; Frage nach der Befürwortung einer Einführung solcher Abfalltüten in BW; Auskunft über die Herstellung des kompostierbaren Kunststoffs und die Materialzusammensetzung; Gefahr einer durch die Verwendung von Maisstärke bedingten Grundwasserbelastung bei der Kompostierung, sonstige Gefahren für die Umwelt bei Nichtkompostierung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2346

Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder

Ziele und vorgesehene Maßnahmen des im Juli 2013 verabschiedeten Abfallvermeidungsprogramms; Beitrag des Landes BW bei der Erstellung des Programms; Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms in BW; Haltung der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft zum Abfallvermeidungsprogramm; Umfang der zu erwartenden Mehrkosten für die Privathaushalte und Unternehmen sowie für die Kommunen und den Landeshaushalt

Antr
s. *Abfallvermeidung*
Drs 15/4091

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4615

Perspektiven des Wärmestrommarkts in BW

Zahl der Nutzer von Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpenstrom; Wirtschaftlichkeit von Nachtspeicherheizungen sowie elektrischer Wärmepumpen in Privathaushalten; Rückkehr zur Strompreismäßigung für Nachtstrom; Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs auf dem Wärmestrommarkt

Antr
s. *Nachtstromspeicherheizung*
Drs 15/5325

Rundfunkbeitrag

Auskunft über die Erhebung des Rundfunkbeitrags seit 2013, über die Anzahl der erfassten Haushalte, über Ausnahme- und Ermäßigungsgenehmigungen sowie über Zahlungsverweigerungen; Entrichtung des Rundfunkbeitrags durch Selbstständige und Unternehmen; Akzeptanz des Rundfunkbeitrags bei der Bevölkerung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/7851

Privathochschule

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 27: Internationale Bodensee-Hochschule

Mittlg LReg 27.05.2011 Drs 15/34
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/553
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670
 Mittlg LReg 31.07.2013 Drs 15/3895
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4048
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Zur Situation der German University in Cairo

Beurteilung der Situation und künftigen Entwicklung nach den Unruhen im März und den engen Verbindungen zu Hochschulen und Persönlichkeiten in BW, Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme und Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Ägypten

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 10.06.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/91
 BeschlEmpf und Bericht WissA 22.09.2011 Drs 15/907 S. 15
 PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Stellung und Finanzierung der privaten Hochschulen in BW

Stimulanz des Wettbewerbs zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen; Anstreben der Gleichbehandlung und Integration der privaten Hochschulen in die Hochschullandschaft; Förderung auch der Forschungsprojekte in Kooperation von staatlichen mit privaten Hochschulen; Vorlage eines Konzepts für die Einbeziehung der privaten Hochschulen in den Prozess von Forschung und Kooperation

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 28.07.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/368
 BeschlEmpf und Bericht WissA 18.10.2012 Drs 15/3063 S. 20-22
 PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Private Hochschulen in Anerkennungs- und Akkreditierungsverfahren

Leistung in Forschung und Lehre sowie rechtliche Stellung der privaten Hochschulen in BW, insbes Situation bei staatlicher Anerkennung und Akkreditierungsverfahren sowie deren Abhängigkeit von der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 03.04.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3307
 BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 45 46
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Finanzierung von Verbraucherschutzforschung an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

Finanzierung und Mittelverwendung des Forschungszentrums „Verbraucher, Markt und Politik“ der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

KlAnfr
 s. *Hochschulforschung*
 Drs 15/5732

Zukünftige finanzielle Förderung des Landes für private und kirchliche Hochschulen

Förderung von Studienplätzen an privaten und kirchlichen Hochschulen in den vergangenen fünf Jahren; Förderung neuer Studienplätze in anderen Bundesländern; Gründe für die Kürzung der

Fördermittel für die staatlich anerkannten privaten Hochschulen im Land; Gefährdung der Existenz privater Hochschulen; Benachteiligung der privaten und kirchlichen Hochschulen durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag BW

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 15.10.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5885
 BeschlEmpf und Bericht WissA 19.03.2015 Drs 15/7081 S. 20 21
 PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Beteiligung privater und kirchlicher Hochschulen an öffentlichen Programmen im Wissenschaftsbereich

Weiterförderung der iRd Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ an privaten und kirchlichen Hochschulen zusätzlich eingerichteten Studienplätze; Nutzung öffentlicher Förderprogramme durch kirchliche und private Hochschulen; Öffnung der wettbewerblich orientierten Landesprogramme in Forschung und Lehre für die privaten und kirchlichen Hochschulen

Antr
 s. *Hochschulfinanzierung*
 Drs 15/6317

Anerkennung privater Hochschulen als Bildungseinrichtung im Sinne des Bildungszeitgesetzes

Aufnahme der Privathochschulen in die Liste der anerkannten Bildungseinrichtungen; Auskunft über das vorgesehene Anerkennungsverfahren

KlAnfr Dr. Monika Stolz CDU 22.01.2016 und Antw MFW Drs 15/7993

Eintreten für einen Mittelausgleich für die privaten Hochschulen, insbes für die kirchlichen Hochschulen, nach Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren für die staatlichen Hochschulen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 992 995 997

Eintreten für einen Mittelausgleich für die privaten Hochschulen, insbes für die kirchlichen Hochschulen, nach Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren für die staatlichen Hochschulen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1148 1152

Eintreten für einen Mittelausgleich für die privaten Hochschulen, insbes für die kirchlichen Hochschulen, nach Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren für die staatlichen Hochschulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1403 1407-1409 1413

Privatisierung

s.a. *Kommunalisierung*
 s.a. *Public Private Partnership*

Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg trotz Rücknahme der Teilprivatisierung durch die LReg

Auswirkungen der beabsichtigten Beendigung der Teilprivatisierung zum 30.07.2014 auf den Betrieb durch den privaten Dienstleister, Umfang und Kosten des notwendigen Einsatzes von staatlichem Personal, Frage nach einem Überleitungskonzept für die betroffenen Betriebsbereiche sowie nach einer Übernahme qualifizierter Mitarbeiter des Dienstleisters

Antr
 s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/1024

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 10: Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen freien Träger

Mittlg LReg
s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*
Drs 15/1046

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Straßenbauverwaltung

Zahl der neu besetzten und gestrichenen Stellen für technisches Fachpersonal im Angestellten- und Beamtenverhältnis seit 2005 in den verschiedenen Bereichen und Verwaltungsebenen der Straßenbauverwaltung; Art und Finanzvolumen der seit 2005 an externe Berater und Gutachter vergebenen Dienstleistungen; Darlegung des Personalentwicklungskonzepts mit Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten

Antr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 15/2173

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 10 - Teilprivatisierter Betrieb der Justizvollzugsanstalt Offenburg (Kap 0508)

Mittlg RH
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3810

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr Claus Paal u.a. CDU 28.10.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7621
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.01.2016 Drs 15/8048 S. 103 104
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Erinnerung an das Gutachten zur Privatisierung der Universitätskliniken, Empfehlung einer Kooperation mit Privaten

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 653 654

Ermöglichung der Übertragung von Aufgaben der Universitätskliniken an Private

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 726 727

Bewertung der Privatisierungen im Bereich der Justiz

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1295-1298 1300

Privatklinik

s. *Privatkrankenhaus*

Privatkrankenhaus

Ausbau von Kindertagesstätten in Pforzheim und dem Enzkreis
Bewertung der Betreuungsquote im landesweiten Vergleich; vorliegende Anträge auf Förderung betrieblicher Kindertagesstätten und deren Erfolgsaussichten, u.a. des Antrags der Arcus-Kliniken in Pforzheim; Erwartung einer Entspannung der Antragslage im Regierungsbezirk Karlsruhe infolge der aus dem Fiskalpakt zugeteilten Aufstockungsmittel für den Ausbau von Kindertagesstätten

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/2074

Privatradio

s. *Privater Rundfunk*

Privatreise

s. *Reise*

Privatrundfunk

s. *Privater Rundfunk*

Privatschule

s.a. *Internat*
s.a. *Internationale Schule*

Den Freien Schulen weiterhin die finanzielle Basis sichern

Unterstützung der Privatschulen bei der Einführung der internen und externen Evaluation; Ausgestaltung der Überprüfung des Sonderungsverbots als Genehmigungsvoraussetzung; Festhalten an der Gleichbehandlung von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft bei der Bezuschussung von förderfähigen Schulbaumaßnahmen; Anstreben einer Aufstockung der Förderquote auf 80 % der Kosten eines staatlichen Schülers nach dem Bruttokostenmodell bis 2016 sowie einer Verständigung über die Finanzierungsgrundlagen der Privatschulen mit deren Verbänden und Trägern bis zum Jahresende

Antr Georg Wacker u.a. CDU 26.05.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/40
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 06.07.2011 Drs 15/504 (dazu ÄAntr Sandra Boser GRÜNE und Christoph Bayer SPD) S. 6-8
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672
Mittlg LReg 24.04.2012 Drs 15/1603

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkreal- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10; Ermöglichung der Vollmitgliedschaft von Schülern der Schulen in freier Trägerschaft im Landesschülerbeirat, Regelung der Meldepflicht für Ersatz- und Ergänzungsschulen im Falle von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Jugendamt, Aufnahme weiterer Kosten in das Bruttokostenmodell, entsprechende Änderung des Privatschulgesetzes

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/941

Berechnung und Anhebung der Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft

Darstellung der Zuschüsse und Kostendeckungsgrade auf der Zahlenbasis 2010 bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in freier Trägerschaft; Begründung der Streichung der Zuschüsse an die Ergänzungsschulen sowie des vorgeschlagenen Mindest-Kostendeckungsgrads von 71,5 %; Vorlage eines verbindlichen Stufenplans der geplanten Zuschusserhöhungen bis zur Erreichung des Kostendeckungsgrads von 80 %

Antr FDP/DVP 01.12.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/950
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2788-2797

Haushaltsbegleitgesetz 2012

Umsetzung der mit den Kommunen vereinbarten Finanzverteilung, Erhöhung der Leistungen für die Kleinkindbetreuung entsprechend dem Pakt mit den kommunalen Landesverbänden für Familien mit Kindern; Anhebung des Kostenbeitrags für den Anspruch auf Beihilfe für Wahlleistungen beim stationären Krankenhausaufenthalt; Anhebung der Zuschüsse an Ersatzschulen; Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Landesbeamtengesetzes, der Beihilfeverordnung und des Privatschulgesetzes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2012*
Drs 15/1001

Haushalt 2012; Epl 04

Vorlage eines verbindlichen Stufenplans zur Förderung von Schulen in freier Trägerschaft mit einem Kostendeckungsgrad von 80 % nach dem Bruttokostenmodell, Erhöhung der Zuschüsse an die verschiedenen freien Schularten

EAntr FDP/DVP 11.01.2012 Drs 15/1104-2 S. 55
ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1104 7-17 S. 61-71
ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1104 Reste 1 2 S. 105-107
EAntr GRÜNE und SPD 26.01.2012 Drs 15/1104 Reste 5 S. 112
EAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1204-2 S. 4
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1204 5-10 S. 7-12
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Haushalt 2012; Epl 04

Kostendeckungsgrad der Zuschüsse an die Ersatzschulen

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 II. S. 8
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401
Mittlg LReg 17.07.2012 Drs 15/2164

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetz

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1466

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 14 - Berufliche Privatschulen (Kap 0435 und 0922)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1914
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/2514
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 09.12.2014 Drs 15/6234
Mittlg LReg 05.02.2015 Drs 15/6457
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6630
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Sind die Privatschulen die Stiefkinder von grün/rot?

Stellenwert von Schulen in freier Trägerschaft im Hinblick auf eine vielfältige, wettbewerbsorientierte und innovative Bildungslandschaft; Anmahnung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Aufstockung der Förderquote und des verbindlichen Stufenplans zur Erreichung des Kostendeckungsgrads von 80 Prozent; Einsparung durch Förderbeschränkung bei den Ergänzungsschulen; Begründung der geänderten Förderungs- und Genehmigungspraxis, Auswirkungen der Einführung der Gemeinschaftsschule auf die gegenwärtige Genehmigungs- und Anerkennungspraxis

Antr Tobias Wald u.a. CDU 09.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2050
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2741 S. 12-14
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Jugendsozialarbeit an Schulen in freier Trägerschaft

Gründe für den Ausschluss der o.g. Schulen von der Förderung der Jugendsozialarbeit; Prüfung einer Aufnahme in den Kreis der Begünstigten

Antr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/2104

Anerkennung von Schulen in freier Trägerschaft

Verschärfung der Prüfung und Versagung der staatlichen Anerkennung bei einem Anteil von unter zwei Dritteln der Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen; Gewichtung der von den oberen Schulaufsichtsbehörden durchgeführten Unterrichtsbesuche zur Feststellung der pädagogischen Eignung von Lehrkräften ohne 2. Staatsexamen; Ermöglichung einer Nachqualifizierung und Gleichstellung von wissenschaftlich qualifizierten Lehrern ohne Staatsexamen

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 24.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2160
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 15-21
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, L HochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, L BesoldungsGes, JugendbildungsGes, L BeamtenversorgungGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, L Haushaltsordnung, PrivatschulGes sowie L BeamtenGes

GesEntw
s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*
Drs 15/2561

Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die LReg nach § 18 a des Privatschulgesetzes (PSchG)

Mittlg LReg 08.11.2012 Drs 15/2637 (33 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.11.2012 Drs 15/2689
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Bildungsunternehmen in BW

Bildungs- und Schulkonzept der Klett Gruppe für die privat betriebene Galileo Grundschule und Anerkennung als förderungswürdige Privatschule; zusätzlicher Bedarf für dieses Schulkonzept in BW; Zusammenarbeit der Galileo Grundschule mit einer Kindertagesstätte; Eröffnung eigener Privatschulen durch Verlage und andere Bildungsunternehmen und Nutzen für die Bildungslandschaft

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 29.01.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2940

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 S. 8 9

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Umstellung der Privatschulförderung zum Nachteil der Freien Schulen?

Änderung der finanziellen Förderung von Schulen in freier Trägerschaft, insbes Bewertung und Veränderung des Bruttokostenmodells, Anhebung des Deckungsgrads auf 80 % der Kosten eines öffentlichen Schülers, Auswirkungen der Versorgungsabgabe für beurlaubte Landesbeamte auf die Privatschulen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 13.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3230

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 15-21

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Zusammenhang der Gülen-Bewegung mit Privatschulen im Land

Einstufung der Gülen-Bewegung und ihrer Ziele; Erkenntnisse über ihre Verfassungstreue und Finanzierung; Aufklärung über die der Gülen-Bewegung nahestehenden oder von ihr getragenen Schulen; Beobachtung ungewöhnlicher Aktivitäten iRd Schulaufsicht; Dialog mit der Gülen-Bewegung

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/3280

Anforderungen der Landesverfassung an Elternbeiratswahlen

Regelung der Elternmitwirkung an Privatschulen; Schaffung gesetzlicher Vorgaben für die Ausgestaltung der Elternvertretung an den staatlich anerkannten Ersatzschulen

KlAnfr

s. *Mitwirkung im Schulwesen*

Drs 15/3301

Die Entwicklung der Privatschulen in BW

Zahl der Privatschulen, aufgeschlüsselt nach Schularten; Klassen und Schülerzahlen; Anmeldungen in Klassenstufe 5 im Vergleich zu öffentlichen Gymnasien, Realschulen sowie Haupt- und Werkrealschulen; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 gegründeten privaten Gemeinschaftsschulen; Einrichtung bzw Schließung allgemeinbildender privater Schulen in den letzten fünf Jahren; pädagogische und organisatorische Entwicklung der Privatschulen im Vergleich zu anderen Ländern

Antr Tobias Wald u.a. CDU 05.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3911

Schule „Profil C“ nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) im LKreis Esslingen

Umsetzung der Anforderungen der staatlich vorgegebenen Richtlinien und Bildungspläne sowie der an die Schulbildung gestellten verfassungsrechtlichen Grundsätze durch die nach dem Konzept „Accelerated Christian Education“ (ACE) arbeitende Schule „Profil C“ im Landkreis Esslingen, insbes Auswahl und Qualifikation der eingesetzten Lehrkräfte, Lernerfolg und Bildungsniveau der Schüler, Qualität und staatliche Anerkennung der angebotenen Schulabschlüsse, Zusammenarbeit der Schule mit den staatlichen Schulbehörden

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 07.08.2013 und Antw KM Drs 15/3918

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/4061

Bewegung um den Prediger Fethulla Gülen in BW

Größe, Struktur, Vernetzung und Finanzierung der Gülen-Bewegung; Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über ihre Verfassungstreue; Überprüfung der Förderung von der Gülen-Bewegung zuzurechnenden Schulen und Einrichtungen; Einschaltung der Schulaufsicht und Aufklärung der Vorgänge an einigen Privatschulen; Kontakte der LReg mit der Gülen-Bewegung oder ihr nahestehenden Organisationen; Vorlage des internen Verfassungsschutzberichts zur Gülen-Bewegung; Klärstellung der Haltung der LReg zur Gülen-Bewegung

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/4721

Privatschulfinanzierung im LKreis Esslingen

Statistische Angaben zu den Privatschulen im LKreis Esslingen; Gründe für die steigenden Schülerzahlen an den Schulen in privater Trägerschaft; Anteil der vom Land beurlaubten verbeamteten Lehrer an Privatschulen; Entrichtung einer Versorgungsabgabe für die Lehrkräfte vonseiten der Privatschulen; Bruttokostendeckungsgrad der privaten Schulen; Höhe der ab August 2014 im Haushaltsplan vorgesehenen Landeszuschüsse

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 07.03.2014 und Antw KM Drs 15/4900

Verortung von Sonderpädagogen im Zuge der Inklusion

Dienstrechtliche Verortung der Sonderpädagogen; Sicherstellung eines bedarfsorientierten Einsatzes sonderpädagogischer Lehrkräfte an den Regelschulen; Zusammenarbeit mit privaten Förderschulen; Auswirkungen auf die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Sicherung der Fortbildung und des fachlichen Austauschs

Antr

s. *Sonderpädagogik*

Drs 15/5066

Weshalb werden die Privatschulen beim Ausbau der Ganztagschulen benachteiligt?

Beteiligung von Privatschulen beim Ausbau der Ganztageschule, insbes an der Erarbeitung von Eckpunktepapier und Gesetzesentwurf, Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen, Anpassung der Vereinbarung mit den Privatschulen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 10.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5067
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 18 19
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 1. April 2014, Az.: 1 VB 130/13 - Verfassungsbeschwerde gegen §§ 17 und 18 des Privatschulgesetzes wegen Höhe und Berechnung der staatlichen Finanzhilfe für Privatschulen

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5791
 BeschlEmpf und Bericht StändA 15.05.2014 Drs 15/5198
 PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Die Entwicklung der Privatschulen in BW

Entwicklung der Anzahl der Privatschulen in BW und deren Anmelde- und Schülerzahlen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 22.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5251

Status und Finanzierung von Sachkosten der Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in freier Trägerschaft

Standorte und Lehrangebot der staatlichen und privaten Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in BW; Höhe der Sachkostenzuschüsse; Finanzierung der nicht durch das Land abgedeckten Sachkosten

Antr
s. Berufsförderschule
 Drs 15/5341

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr
s. Schulreform
 Drs 15/5589

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreiss Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse

KlAnfr
s. Weiterführende Schule
 Drs 15/5681

Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes

Anhebung der Zuschüsse an Kopfsatzschulen nach § 18 Abs 2 des Privatschulgesetzes (PSchG) ab dem 1. August 2014

GesEntw LReg 07.10.2014 Drs 15/5839 (10 S.)
 1. Beratung PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6512-6517
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.10.2014 Drs 15/5941 (dazu EAntr FDP/DVP)
 EAntr FDP/DVP 11.11.2014 Drs 15/6111-1 S. 1 2
 EAntr CDU 13.11.2014 Drs 15/6111-2 S. 3
 2. Beratung PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6724-6731
 GesBeschl 13.11.2014 Drs 15/6136
 GBl 2014 Nr. 21 S. 590 591 (Ges vom 25.11.2014)

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreiss Esslingen

Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015; Wechsel an Privatschulen in Klassenstufe 5; Nichtversetzung in den Eingangsklassen seit dem Schuljahr 2011/2012; Ursachen des Anstiegs der Klassenwiederholung an den weiterführenden Schulen, insbes an den Realschulen; Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Wiederholer im LKreiss Esslingen; Anzahl und Art der Schulübertritte in den Klassenstufen 5 und 6 seit dem Schuljahr 2003/2004 in den einzelnen LKreisen von BW

KlAnfr
s. Schulübergang
 Drs 15/6185

Übergänge von Grundschulen in Karlsruhe auf private weiterführende Schulen

Zahlen zum Schulübergang von Schülern der Grundschulen in Karlsruhe auf weiterführende Privatschulen; Bedeutung der Grundschulempfehlung für die Aufnahme

KlAnfr Bettina Meier-Augenstein CDU 04.02.2015 und Antw KM Drs 15/6452

Vergisst das Kultusministerium die privaten Sonderschulen bei der Inklusion?

Berücksichtigung der Erfahrung der Privatschulen bei der Ausarbeitung des inklusiven Bildungsangebots; Einbeziehung der privaten Schulen in die regionale Schulentwicklung; schulgesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung privater Förderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Berücksichtigung der Angebote privater Sonderschulen bei den Schulangebotsplanungen; Angleichung der Privatschulbauverordnung

Antr
s. Inklusion
 Drs 15/6559

Schüler- und Anmeldezahlen an Schulen des Ostalbkreises

Entwicklung der Schülerzahlen und Höhe der Anmeldungen für die Real- und Gemeinschaftsschulen und die Privatschule für das Schuljahr 2015/2016 im Ostalbkreis

KlAnfr
s. Schüler
 Drs 15/6713

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 3, 9, 17, 18 und 19 des Privatschulgesetzes in der Fassung vom 25. November 2014

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/6963

Berechnungen über die Kosten des öffentlichen Schulwesens durch die LReg nach § 18a des Privatschulgesetzes (PSchG)

Mittlg LReg 30.10.2015 Drs 15/7640 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 11.11.2015 Drs 15/7666
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Privatschulbericht macht Finanzierungslücke sichtbar

Ursachen des Rückgangs der Privatschulfinanzierung; Landeszuschüsse pro Schüler und Schulart seit Einführung des Bruttokostenmodells; Einnahmen des Landes aus der Versorgungsabgabe für neu eingestellte beamtete Lehrkräfte; Aufteilung der im Nachtragshaushalt eingeplanten 17 Millionen Euro für die Schulen in freier Trägerschaft; Dynamisierung der Privatschulförderung; Bestellung eines Rechtsgutachtens zur Novellierung des Privatschulgesetzes (PschG)

Antr Tobias Wald u.a. CDU 13.11.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7711
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 35 36
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der §§ 11, 12, 17, 18 und 23 des Privatschulgesetzes in der Fassung vom 21. Juli 2015

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/7957

Anwendung der Stichtagsregelung bei der Bezuschussung privater Schulen; Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in den Bildungsgang „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“

Status des Bildungsgangs „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“; Vornahme von Änderungen bei der Bezuschussung privater Schulen aufgrund der hohen Fluktuation in den VABO-Klassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/8038

Das Projekt eines Gymnasiums in privater Trägerschaft in Ulm und seine Hintergründe

Gründung eines Gymnasiums durch den angeblich der Gülen-Bewegung nahestehenden Verein „Bildungsinitiative Blautal“; Voraussetzungen für die Gründung und für die staatliche Anerkennung eines privaten Gymnasiums

KlAnfr Martin Rivoir SPD 23.02.2016 und Antw KM Drs 15/8089

Anstrengung einer angemessenen Finanzausstattung der freien Schulen; Erwartung eines Zulaufs der Privatschulen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52 68

Erhöhung der Fördermittel für die Privatschulen nach dem Bruttokostenmodell

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Erhöhung der Fördermittel für die Privatschulen nach dem Bruttokostenmodell, Erwartung eines steigenden Zulaufs aus den öffentlichen (Gemeinschafts-)Schulen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1130 1163

Privatschulgesetz

s. *Privatschule*

Privatuniversität

s. *Privathochschule*

Privatunternehmen

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr
s. *Teilzeitarbeit*
Drs 15/5675

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5796

Privatvermögen

s. *Vermögen*

Privatwohngebäude

s. *Gebäude*

Produkt

s.a. *Agrarprodukt*
s.a. *Beschaffung*
s.a. *Dienstleistung*
s.a. *Kunst*
s.a. *Lebensmittel*
s.a. *Rohstoff*
s.a. *Wirtschaftsgut*

Schutz der Rechte geistigen Eigentums

Verstöße gegen Rechte des geistigen Eigentums von Rechteinhabern mit Sitz in BW und dadurch verursachte finanzielle Schäden, z.B. für Unternehmen durch Produktpiraterie; Durchsetzungsmöglichkeit ihrer Rechte durch Kulturschaffende sowie durch mittlere und kleinere Unternehmen; Maßnahmen zum

Schutz des Verbrauchers vor gefälschten Markenprodukten; Beteiligung an der Revision der Richtlinie 2004/48/EG

Antr
s. *Immaterialgüterrecht*
Drs 15/2126

Wertigkeit regionaler Dachmarken erforschen und entwickeln
Initiierung von wissenschaftlich erarbeiteten und begleiteten Konzepten zur Entwicklung regionaler Dachmarken zur besseren Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen aus der entsprechenden Region, z.B. für den Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder Hohenlohe

Antr
s. *Region*
Drs 15/2410

Erwartung eines Nachfrageschubs bei umwelt- und ressourcenschonenden Produkten

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 22

Verbesserung der Produktsicherheit mit der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1793-1795

Produktfälschung

s. *Produktpiraterie*

Produkthaftungspflicht

s. *Produkthaftung*

Produkthaftung

Gesetzesänderungen im Schuldrecht
Haltung der LRReg zu geplanten Gesetzesänderungen des Bundes im Schuldrecht zur Übernahme einer verschuldensunabhängigen, generellen Haftung von Unternehmen für die Kosten des Ausbaus einer mangelhaften sowie für die Kosten des Einbaus einer nachgelieferten mangelfreien Ware

KlAnfr Winfried Mack CDU 20.07.2015 und Antw MFW
Drs 15/7186

Produkthaftungsrecht

s. *Produkthaftung*

Produktion

s.a. *Industrieanlage*

Struktur der Produktionen des Südwestrundfunks (SWR)
Verteilung der Produktionen auf den Standort Baden-Baden und andere Standorte; Auslastung der Bereiche Kamera, Schnitt und Tontechnik (Hörfunk und Fernsehen) an den jeweiligen Standorten; finanzielle Größenordnung des Wegfalls der „Nachkultur“ am Standort Baden-Baden; Sendeplatzverschiebungen 2008 bis 2012; Beschäftigte im Bereich „junge Formate“; Eigenproduktionen und eingekaufte Sendungen

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3302

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftszweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/5844

„Share Economy“ in BW

Rolle von Share Economy in BW; betroffene Geschäftsfelder; Auswirkungen auf Nachfrageverhalten und Produktion; Einfluss auf die Wirtschaftsstruktur; Chancen und Risiken von Share Economy; Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Wirtschaftssystem*
Drs 15/6159

Zukunft der Produktion in BW

Bewertung der Südwestmetallstudie „Zukunft der Produktion in BW“ und sich daraus ergebende Maßnahmen

MdlAnfr 5) Dr. Reinhard Löffler CDU 29.04.2015 Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7774 7775

Produktionsanlage

s. *Industrieanlage*

Produktionstechnik

s. *Produktionsverfahren*

Produktionsverfahren

Auswirkungen der „Digitalisierung der Wirtschaft“ auf die duale Ausbildung

Vorbereitung der Auszubildenden auf die zukünftige Arbeitswelt (Stichwort „Industrie 4.0“); Ausbildungsberufe mit besonderer Ausrichtung auf die Digitalisierung der Arbeit; Anpassung bestehender Ausbildungsgänge; Entwicklung neuer Berufsbilder

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/6385

Produktpiraterie

Verfahren wegen Produktpiraterie in BW

Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Verletzungen des Marken- und Urheberrechts in den letzten zehn Jahren; Art der Rechtsverletzung; Anteil der Ermittlungsverfahren wegen gewerbsmäßiger Ausübung; Höhe des wirtschaftlichen Schadens

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 11.12.2012 und Stellungnahme JM Drs 15/2794
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.01.2013 Drs 15/3063 S. 9 10
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Produktsicherheit

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Marktüberwachung von Produkten*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/3200

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Zulassungsverfahren von Medizinprodukten

Angabe der Prüfstellen zur Zertifizierung von Medizinprodukten nach der EU-Medizinprodukte-Verordnung in BW; Kontrolle der Benennung und Überwachung der „benannten Stellen“ nach EU-einheitlichen Kriterien; Sicherung ihrer Zuverlässigkeit und Fachkompetenz; Nutzung der Kompetenzen medizinischer Fachgesellschaften im Zulassungsverfahren für Medizinprodukte; bürokratischer und finanzieller Aufwand für die Zulassung von Medizinprodukten

Antr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/4354

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/4613

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Umsetzung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) in Landesrecht, insbes Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der Rohrfernleitungsverordnung von den bisher zuständigen Ländern auf die ZLS, Berücksichtigung von Änderungen aufgrund der Neuordnung des Produktsicherheitsrechts sowie aus einem geänderten Zuschnitt der bayerischen Ressorts

GesEntw
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/7753

Produktspionage

s. *Wirtschaftsspionage*

Produktverpackung

s. *Verpackung*

Produktzertifizierung

s. *Zertifizierung*

Produzentenhaftung

s. *Produkthaftung*

Produzierendes Gewerbe

s.a. *Industrieanlage*

Eine Frage der Effizienz - im globalen Wettbewerb und iRd Energiewende: Ressourcenverbrauch, betriebliche Materialeffizienz und die Steigerung der Rohstoffproduktivität in BW

Steigerung der Rohstoffproduktivität und Erhöhung der Materialeffizienz in baden-württembergischen Unternehmen und ihr Stellenwert in der Umweltpolitik des Landes; Entwicklung der Rohstoffproduktivität Baden-Württembergs seit 1994 im Vergleich zu anderen Bundesländern; Rohstoffpreisentwicklung und Zielvorgaben bis 2020; Material- und Kosteneinsparpotenziale in den verschiedenen Branchen; Investitionskosten für die Unternehmen; Priorisierung der Handlungsfelder und Instrumente zur Realisierung der Vorhaben; Beitrag der Kreislaufwirtschaft insbes bei seltenen Stoffen; Umsetzung des Fahrplans Ressourceneffizienz BW

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/4478

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KIAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Pröfrock, Matthias MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5851

Professor

s.a. *Hochschullehre*
s.a. *Hochschullehrer*

Berufung und Besoldung von baden-württembergischen Hochschullehrern

Entwicklung des Bewerberinteresses und der Professorenbesoldung an den verschiedenen Hochschularten im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und in- und ausländischen Hochschulen; Anreize und Instrumente zur Steigerung der Attraktivität der akademischen Laufbahn für Frauen und Männer

Antr
s. *Hochschullehrer*
Drs 15/1287

Professorenbesoldung in BW nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Umgang mit der o.g. Entscheidung zur Professorenbesoldung in Hessen, Beurteilung der Angemessenheit der Besoldung im Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/1289

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur W-Besoldung in Hessen - Konsequenzen für BW?

Konsequenzen für die Professoren- und Beamtenbesoldung in BW?

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/1309

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1751

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Stellenwert der Drittmittelforschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; Rolle von Stiftungslehrstühlen und Industry-on-Campus-Projekten

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 21 - Lehrverpflichtung der Professoren an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Kap 1442, 1443, 1450, 1451 und 1457)

Mittlg RH
s. *Fachhochschule*
Drs 15/3821

Beleuchtung der Rahmenbedingungen für die Professoren an den Hochschulen, Verweisung auf die neu geschaffenen Stellen und die hohe Lehrverpflichtung für die Professoren

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280 282 287-289

Prognose*Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?*

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes. Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrbedarf, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/5636

Programm der Bundesregierung*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ratsempfehlung zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3914

Ausbau Breitbandversorgung im LKreis Karlsruhe

Ausstattung der Gemeinden des LKreises Karlsruhe mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen; Erhöhung der Übertragungsraten in kleinen und bisher unterversorgten Orten; Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den Jahren 2011 bis 2013; Nutzung der Förderprogramme des Landes und des Bundes; Versorgungsgrad und Übertragungsraten

KIAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3941

Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder

Ziele und vorgesehene Maßnahmen des im Juli 2013 verabschiedeten Abfallvermeidungsprogramms; Beitrag des Landes BW bei der Erstellung des Programms; Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms in BW; Haltung der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft zum Abfallvermeidungsprogramm; Umfang der zu erwartenden Mehrkosten für die Privathaushalte und Unternehmen sowie für die Kommunen und den Landeshaushalt

Antr
s. *Abfallvermeidung*
Drs 15/4091

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habilitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr
s. *Frau*
Drs 15/4244

Sanierungen im Hochschulbau

Kostenschätzung der in den nächsten zehn Jahren anstehenden Sanierungsmaßnahmen; Kriterien der Priorisierung der Maßnahmen; Höhe der im nächsten Doppelhaushalt vorgesehenen Mittel; Finanzierungskonzept für die Sanierung von Hochschulgebäuden; Finanzierung der seit 2009 durchgeführten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen; Verwendung von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sowie dem Landesinfrastrukturprogramm; Nutzung hochschulinterner Pools gemäß den Vorgaben des Solidarpakts II

Antr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/5316

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms; Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5462

Programm der EU*Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Ausbildung - Fachkräfte sichern*

Anwerbung arbeitsloser Jugendlicher aus EU-Mitgliedsstaaten für eine Ausbildung in BW aufgrund des Fachkräftemangels; Bedarf nach Branchen und Dringlichkeit; bisherige Erfahrung mit grenzüberschreitenden Ausbildungsprogrammen; Förderung dualer Ausbildungsprogramme im Rahmen des EU-Programms INTERREG und anderer Programme; duale Ausbildungsprojekte im Rahmen der EU-Donauraumstrategie; Austausch mit den Unternehmen im Land

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/2639

Stand und Auszahlung beim Leader-Programm

Fördermaßnahmen und Auszahlung genehmigter Fördermittel

MdlAnfr
s. *Strukturschwaches Gebiet*
Drs 15/2649

Regionalentwicklung in BW - Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER in der Förderperiode 2014 bis 2020
Bedeutung der nachhaltigen Regionalentwicklung als Strategie zur Ausrichtung der Politik für die Ländlichen Räume in BW, insbes Herausforderungen des demografischen Wandels sowie derzeitige Strukturen und Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung; Umsetzung und Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER, insbes zentrale Kritikpunkte, Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Arbeit Lokaler Aktionsgruppen, Vorschaltung eines inoffiziellen Interessensaufrufs; Folgen für die Regionalpolitik aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr
s. *LEADER*
Drs 15/3053

Leonardo da Vinci-Programm der EU in BW

Daten und Umsetzung des Leonardo da Vinci-Programms der EU zur Förderung des Austauschs von Auszubildenden, insbes Teilnehmerzahlen, bereitgestellte Landesmittel, Information an Schulen, Unterstützung durch Unternehmen und Gewerkschaften, Vorteile für Auszubildende im Handwerk; Änderungen durch neues EU-Programm „Erasmus für alle“; Auszubildenden-Austauschprogramme als Hilfe zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Antr
s. *LEONARDO*
Drs 15/3096

EU-Programm „Daphne“

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte Förderprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr
s. *DAPHNE*
Drs 15/3337

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltssende und Verhängung von Wiederreiseperrnen; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

EU-Infrastrukturpaket und Förderprogramm „Connecting Europe“

Auswirkungen von Plänen der Europäischen Kommission zur Schaffung von sogenannten Vorhaben von gemeinsamen Interesse (VGI) im Bereich der Energieinfrastruktur iRd Förderprogramms „Connecting Europe“ für BW, insbes Einbindung in

grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte in bestimmten Infrastrukturkorridoren sowie Planungen und Projektanmeldungen des Landes

Antr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/3653

Ausgestaltung und Finanzierung der EU-Förderverfahren für das Übergangsjahr 2014

Organisation und Finanzierung des Übergangszeitraums des Jahres 2014 zur Fortsetzung der EU-Förderprogramme, insbes Berücksichtigung möglicher Szenarien der Übergangsphase, Bereitstellung von Mitteln im Nachtragshaushalt zur Kompensation etwaiger Mittelausfälle; Planungen der EU zur künftigen Ausgestaltung der wesentlichen EU-Förderprogramme; Sicherstellung von Informations- und Beratungsangeboten bei Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik

Antr CDU 03.07.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3729
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5701-5707

Zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Derzeitige Strukturen und zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den INTERREG-Programmräumen „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Hochrhein-Bodensee“, insbes Höhe bereitgestellter und erwarteter EU- und Landesmittel für INTERREG-Projekte in beiden Programmräumen, Auswirkungen der Neuregelung der Vorgaben für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), Festlegung und Erarbeitung der thematischen Ausrichtung der künftigen INTERREG-V-Programme, künftige Beteiligung der Schweiz an beiden INTERREG-Programmen

Antr
s. *INTERREG*
Drs 15/3967

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmerkultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.08.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3968
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.10.2013 Drs 15/4379 S. 25
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/4004

Altersstruktur von landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern in BW

Durchschnittsalter der Landwirte, Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtzahl; zahlenmäßiges Verhältnis von Frauen und Männern; Hinderungsgründe junger Menschen für die Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs; Sicherung des Fortbestands der Landwirtschaftsbetriebe in BW; Vermittlungsange-

bote sowie Unterstützung junger Frauen und Männer bei der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe; Nutzung von EU-Förderprogrammen

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/4023

Siebtens Umweltaktionsprogramm der EU bis 2020 - Auswirkungen auf BW

Inhalte und Ziele des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) der EU und dessen Auswirkungen auf BW; Mitwirkung Baden-Württembergs an der Ausarbeitung des Programms; Vereinbarkeit des angekündigten integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts mit den Inhalten und Zielen des 7. UAP; Berücksichtigung einer Beteiligung an Umweltprojekten im Haushaltsplan; für die Umsetzung des Programms erforderliche Rechtsakte auf Bundes- und auf Landesebene

Antr
s. *Umweltschutz*
Drs 15/4092

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr
s. *Milch*
Drs 15/4349

Stromspeicher und Stromnetze in BW und Europa - die PCI der Europäischen Kommission und die Haltung der LReg

Bedeutung und Umfang des grenzüberschreitenden Ausbaubedarfs für Stromnetze und Stromspeicher in BW; Umsetzung der BW betreffenden Projekte auf der Liste der Energieinfrastrukturmaßnahmen der Europäischen Kommission, insbes Finanzierungsfragen und Genehmigungsverfahren; Überlegungen der EU für die Projekte des internationalen Bodenseeraums

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/4480

EU-Fördermittel für die Städte, Gemeinden und LKreise in BW

Fördermöglichkeiten durch Programme der Europäischen Union und deren Nachfrage aus Städten, Gemeinden und LKreisen in BW, insbes Höhe und regionale Verteilung der abgerufenen EU-Mittel; Informations- und Beratungsbedarf zu den verschiedenen EU-Förderprogrammen; Auswirkungen der Förderung auf Stadt- und LKreise, Forschungseinrichtungen sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr SPD 28.01.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4663 (20 S.)
PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5936-5941

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2014

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4770

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalausgaben durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5038

EU-weiter Erfahrungsaustausch von Kommunen

Förderung und Unterstützung des EU-weiten Erfahrungsaustauschs baden-württembergischer Städte und Gemeinden durch die LReg, insbes Bedeutung des EU-Programms URBACT für die Kommunen in BW

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/5211

LEADER-Förderung im LKreis Schwäbisch Hall

In den Jahren 2011 bis 2013 geförderte Projekte; Anzahl der Projekte und Höhe der Fördermittel im Vergleich zu anderen LKreisen

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/5456

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) - Bestandsaufnahme und Ausblick

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5598

LEADER-Bewerbungen für die Förderperiode 2014 bis 2020

Interessenbekundungs- und Bewerbungsverfahren zur LEADER-Förderperiode 2014 bis 2020, insbes Bewerberzahlen, Organisation des Ausschreibungs- und Auswahlverfahrens; Ausgewogenheit der Fördermittelverteilung

Antr
s. *LEADER*
Drs 15/5664

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5667

EU-Programm „Creative Europe“

Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in BW; Auskunft über die Ziele des EU-Programms „Creative Europe“, die Gesamtfördersumme und die angebotenen Fördermöglichkeiten; Bewerbungsverfahren; Kontrolle der Fördermittelvergabe; Inanspruchnahme des EU-Förderprogramms durch kleine und mittlere Unternehmen; Bewertung des Programms; sonstige Kulturförderung vonseiten der Europäischen Union

Antr
s. *Kulturförderung*
Drs 15/5680

Zukunft des Förderprogramms MobiPro-EU

Notwendigkeit zur Deckung des Fach- bzw Arbeitskräftebedarfs in BW durch Zuwanderung junger Menschen aus den europäischen Nachbarländern; Rahmenbedingungen, Bedeutung und Umsetzung des Programms MobiPro-EU in BW

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5792

Nutzung der Investitionsoffensive der Europäischen Union für den Breitbandausbau; wo sind die Projekte für BW?

Nutzung von EU-Mitteln für den Breitbandausbau in BW, insbes Gründe für das Fehlen Baden-Württembergs auf der Projektliste der EU-Kommission zur Erschließung und zum Ausbau des Breitbandnetzes in Deutschland, anderweitige Möglichkeiten zur Nutzung von EU-Investitionsmitteln für den Breitbandausbau

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6250

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Eine Investitionsoffensive für Europa

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6330

Investitionsoffensive der Europäischen Union: Verkehrsprojekte für BW

Finanzierung von Verkehrsprojekten in BW mit Hilfe des Investitionsprogramms der EU; Aufnahme zusätzlicher Projekte in die Projektliste; Beschleunigung von Planungsprozessen sowie der Verwirklichung baureifer Verkehrsprojekte; Förderfähigkeit von Projekten; Anmeldung von Schienen- und Flugverkehrsprojekten; Aufnahme des Filderbahnhofs Plus als intermodales Ver-

kehrprojekt in die Projektliste

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6357

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6495

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Rahmenstrategie für eine krisenfesten Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6684

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Aktionsplan für die Rückkehr

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7541

Gesetz zur Änderung des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes

Weiterführung und Flexibilisierung des generellen Umwandlungsverbots für Dauergrünland sowie der Genehmigungspflicht für die Entwässerung von Dauergrünland; Umsetzung der finanziellen Folgen der von der EU-Kommission geforderten Trennung von Beratung, Verwaltungskontrolle und Vor-Ort-Kontrolle bei der Umsetzung von EU-Fördermaßnahmen; Erhöhung der Zuweisung infolge des Mehraufwands der unteren Verwaltungsbehörden durch die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2015

GesEntw
s. *Grünland*
Drs 15/7676

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7799

Finanzierung EU-Schulfruchtprogramm

Sachstand zu Umsetzung und Finanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in BW

KlAnfr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/7876

Zukunft des Schulfruchtprogramms

Quantität und Qualität der Obstversorgung in Schulen und Tageseinrichtungen; Zahl der am Programm teilnehmenden Einrichtungen; Kofinanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in den anderen Bundesländern; Auskunft über die Bearbeitungsdauer von Anträgen, die Zahl der Lieferanten sowie ausstehende

Zahlungen an Lieferanten

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/7905

Programm der Landesregierung

Umsetzung des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“

Umsetzungsstand und Perspektiven des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“, insbes Einbindung von Akteuren vor Ort (Kommunen, freie Wohlfahrtspflege, Privatwirtschaft), Daten zu Stellenbesetzungen im Programmbaustein „Sozialer Arbeitsmarkt Passiv-Aktiv-Tausch“, Konsequenzen für eine Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene; Förder- und Handlungsbedarf am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt für besonders benachteiligten Personengruppen

Antr
s. *Arbeitsmarktpolitik*
Drs 15/3370

Familienerholungsmaßnahmen in BW

Angebote und finanzielle Förderung der Jugend- und Familienerholung; gemeinnützige Träger der Familienerholung; Zielgruppen und Inanspruchnahme der Angebote; aktueller Stand und Zeitplan des bedarfsgerechten Ausbaus der Jugend- und Familienerholung; Nutzung der Erfahrungen der Jugend- und Familienwerke bei der Erarbeitung der Fördermaßnahmen; individuelle Förderung für Familien iRd Landesprogramms STÄRKE

Antr
s. *Jugend- und Familienerholung*
Drs 15/3597

Programm „STÄRKE - Bildungsgutscheinverfahren“ fortführen

Umsetzung der Vorgaben des Bundeskinderschutzgesetzes in BW; Landesprogramm STÄRKE als Kinderschutzprogramm und als ein an alle Kinder und Familien in BW gerichtetes Programm; Vermeidung einer Einengung der Zielgruppe auf einkommensschwache Familien; Forderung nach einer Fortführung des Programms

Antr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/3830

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) - Mittelverwendung

Bestehende Verpflichtungen im Öffentlichen Personennahverkehr und im Straßenbau; Gesamtvolumen der im Förderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ bewilligten Projekte; Höhe der bis zum Ende des Förderprogramms für neue Projekte verfügbaren Fördermittel; Stand der Projekte Südumfahrung Kehlen und Ortsumfahrung Markdorf

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/3846

Finanzierung von Konversionsaufgaben iRd Städtebauförderprogramms und des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR)

Zahl der den zuständigen Ministerien vorliegenden Anträge; Anzahl der Anträge von Kommunen mit militärischen Konversionsarealen; Höhe des beantragten Finanzvolumens; Anzahl der im Jahr 2013 erteilten Förderzusagen; Anzahl der abschlägig beschiedenen Anträge; Vorrangigkeit der Konversion militärischer Liegenschaften; Gewichtung der Konversionsmaßnahmen unter

Beteiligung der kommunalen Landesverbände; Aufstockung des Städtebauförderprogramms und des ELR für Konversionsaufgaben

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/3908

Ausbau Breitbandversorgung im LKreis Karlsruhe

Ausstattung der Gemeinden des LKreises Karlsruhe mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen; Erhöhung der Übertragungsraten in kleinen und bisher unterversorgten Orten; Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den Jahren 2011 bis 2013; Nutzung der Förderprogramme des Landes und des Bundes; Versorgungsgrad und Übertragungsraten

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3941

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH 05.09.2013 Drs 15/4004 (102 S.)
PIPr 15/76 25.09.2013 S. 4586
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4591 (dazu Antr GRÜNE und SPD) (17 S.)
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 19.12.2014 Drs 15/6300
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6545
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Investitionsförderung in der Eingliederungshilfe

Unterstützung der Einrichtungsträger bei der Umwandlung von Doppel- und Mehrfachzimmern zu Einzelzimmern bis 2019; Berücksichtigung der Wünsche von Personen mit kognitiven und kommunikativen Einschränkungen sowie von deren Betreuern und Angehörigen; Entscheidungen nach Maßgabe von Forschungsergebnissen und Versorgungsrealität; Angebot und Nachfrage bei Plätzen in Komplexeinrichtungen; Merkmale „innovativer“ Wohn- und Beschäftigungsformen im Sinne der Förderrichtlinien; Bekämpfung des Fachkräftemangels im Bereich der Eingliederungshilfe

Antr
s. *Eingliederungshilfe für Behinderte*
Drs 15/4186

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe

von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habilitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr
s. *Frau*
Drs 15/4244

Novellierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Einführung neuer Fördertatbestände zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Absenkung der Bagatelgrenze; Förderung des Einbaus von Lärmschutzfenstern; Übergangsregelungen für bereits zugesagte Fördervorhaben; Absenkung der Förderquote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); Verzicht auf Kürzungen im Förderbereich Radverkehr; Gefahr des Ausbleibens von Investitionsvorhaben wegen zu geringer Finanzkraft der Träger

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4348

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/4435

Familienfremde Betriebsübernahmen im baden-württembergischen Mittelstand

Volkswirtschaftliche Bedeutung der familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); Anzahl und Art der Betriebsübergaben in den letzten zehn Jahren; Anzahl der in den nächsten Jahren anstehenden Betriebsübergänge sowie der davon betroffenen Arbeitsplätze; bei der Unternehmensnachfolge auftretende Schwierigkeiten; Programme zur Förderung der Übergabe familiengeführter mittelständischer Unternehmen; fachliche Unterstützung durch die Kammern

Antr
s. *Klein- und Mittelunternehmen*
Drs 15/4437

Programm für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung
Finanzvolumen des Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung für das Jahr 2014, insbes Erfolgchancen dazu vorliegender Anträge aus dem Enzkreis und Pforzheim

KlAnfr
s. *Städtebau*
Drs 15/4438

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stel-

lenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Vergütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/4723

Barrierefreier Tourismus in BW

Angebot und Nachfrage nach barrierefreiem Tourismus; Förderung des barrierefreien Tourismus; Umsetzung der bundeseinheitlichen Kennzeichnungen für barrierefreie Angebote; Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Prüfung von Anträgen auf Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm; Barrierefreiheit für Besucher des Nationalparks Schwarzwald und dessen Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/4783

Entwicklung der ärztlichen Versorgung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden sowie Schwörstadt

Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Einsatz der Luftrettung als Notarztzubringer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Notarztesätze; Fördermöglichkeit durch das Landärzteprogramm

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4825

Wohnraumförderung in BW

Mittel und Programme zur Wohnraumförderung; Anzahl der im Jahr 2013 gestellten Anträge; Bedarf an geförderten Wohnungen in Städten und Gemeinden abseits von Groß- und Universitätsstädten, sonstigen Hochschulstandorten und Gemeinden in Verdichtungsräumen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2013 aus der Grunderwerbsteuer in die Förderung von Wohnraum geflossenen Beträge

KlAnfr
s. *Wohnungsbauförderung*
Drs 15/4844

Prämienprogramm „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“

Umsetzung des Prämienprogramms „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“, insbes Mittelabrufe, Antragsbewilligungen und -ablehnungen; Beteiligungsmöglichkeiten gemeinnütziger Vereine

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/4861

Busförderprogramm 2014

Regelung der Busförderung in BW und in den anderen Bundesländern; Höhe der Mittel für das Busförderprogramm und Auswirkungen auf die Neuzulassungszahlen von Omnibussen; Rahmen- und Förderbedingungen des Busförderprogramms 2014, insbes Konsequenzen aus der Überzeichnung

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/4973

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr
s. *Technologiepolitik*
Drs 15/5016

Entwicklung der Landeskrankenhausbauförderung seit dem Jahr 2010

Weiterentwicklung der stationären Krankenversorgung in BW seit dem Jahr 2010, insbes Mitteleinsatz bei der Krankenhausinvestitionsförderung, Umfang des Anmeldebestandes und Abbau durch das Krankenhausbauprogramm 2014; Klärung der niedrigen förderfähigen Kosten bei Krankenhausbauprojekten gegenüber dem Gesamtvolumen nach den Vorschriften des Landeskrankenhausgesetzes

Antr
s. *Krankenhausfinanzierung*
Drs 15/5099

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) und dem zugehörigen Förderprogramm in der Praxis sowie Weiterentwicklungsbedarf

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5244

Qualifizierungsprogramm MEMO für Migrantenvereine in BW

Zielstellung und Umsetzung des landesweiten Qualifizierungsprogramms „MEMO - Management & Empowerment in Migrantenorganisationen“ für Multiplikatoren mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/5245

Sanierungen im Hochschulbau

Kostenschätzung der in den nächsten zehn Jahren anstehenden Sanierungsmaßnahmen; Kriterien der Priorisierung der Maßnahmen; Höhe der im nächsten Doppelhaushalt vorgesehenen Mittel; Finanzierungskonzept für die Sanierung von Hochschulgebäuden; Finanzierung der seit 2009 durchgeführten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen; Verwendung von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sowie dem Landesinfrastrukturprogramm; Nutzung hochschulinterner Pools gemäß den Vorgaben des Solidarpakts II

Antr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/5316

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Stand der Planungen für die Sanierung der Seehas-Haltestellen; Kostenentwicklung und Aufteilung der Kosten unter den Beteiligten; Zeitplanung der Deutschen Bahn; Unterstützung der Kommunen bei der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung der Haltestellen

KlAnfr
s. Haltestelle
Drs 15/5346

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und LKreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Auswahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie derjenigen im LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5578

Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen“

Hilfs- und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder; Zusammenarbeit der dem Schutz von Frauen dienenden Einrichtungen; an der Ausarbeitung des Aktionsplans beteiligte Institutionen und Behörden; Verabschiedung und Ziele des Landesaktionsplans; Beteiligung der Kommunen an dessen Umsetzung; bundeseinheitliche Abrechnung der in den Frauenhäusern geleisteten Arbeit

Antr
s. *Frau*
Drs 15/5648

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5760

PLENUM-Programm

Ziele und Durchführung des PLENUM-Programms zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt in BW, insbes Förderung aktueller PLENUM-Projektgebiete

Antr
s. *PLENUM-Projekt*
Drs 15/5794

Zustand der Sportstätten in BW

Zweckdienlichkeit und baulicher Zustand der Sportstätten; Sanierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten; Förderung der Sportstättenanierung in den vergangenen fünf Jahren; Nutzung der Sportstätten im Land für sportliche Großveranstaltungen; Anteil des Sports an der Bruttowertschöpfung; Sportentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und Sportverbänden; Programm zur Sanierung der Sportstätten

Antr

s. *Sportstätte*
Drs 15/5859

Projekte und Förderprogramme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Ziele, finanzieller Aufwand und Erkenntnisse der jeweiligen Modell- und Einzelprojekte sowie der Förderprogramme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU 14.10.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5873 (17 S.)

„Singen - Bewegen - Sprechen“

Adressaten des Programms; Erweiterung des bisherigen Personenkreises; Qualitätssicherung durch qualifiziertes Personal; Kooperation mit den Grundschulen

KlAnfr
s. *Elementarbildung*
Drs 15/5881

Nitrat in den baden-württembergischen Böden

Entwicklung des Nitratgehalts landwirtschaftlicher Böden im Vergleich zum Nitratgehalt von Haus- und Kleingartenböden; Information der Kleingärtner über das Thema Düngung; Einfluss von Förderprogrammen wie der MEKA-Programme auf die Nitratreinträge in den Böden; Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung mithilfe des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)

Antr
s. *Nitrat*
Drs 15/5991

Beteiligung privater und kirchlicher Hochschulen an öffentlichen Programmen im Wissenschaftsbereich

Weiterförderung der iRd Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ an privaten und kirchlichen Hochschulen zusätzlich eingerichteten Studienplätze; Nutzung öffentlicher Förderprogramme durch kirchliche und private Hochschulen; Öffnung der wettbewerblich orientierten Landesprogramme in Forschung und Lehre für die privaten und kirchlichen Hochschulen

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6317

Auswirkungen der neuen EU-Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor auf die Förderprogramme des Landes

Änderungen bei den staatlichen Beihilfen im Agrar- und Forstsektor; Fortsetzung von Förderprogrammen des Landes wie den Leistungen nach der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO); Ursachen des Vorbehalts bei den SchALVO-Zahlungen; Auswirkungen der geplanten Novellierung der Düngeverordnung auf die Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Agrarsubvention*
Drs 15/6393

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Vermarktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäferbetrieben im Verhältnis zu den

Markterlösen aus Schafprodukten

Antr
s. *Schafhaltung*
Drs 15/6423

Elektromobilität im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Erprobung von Elektrobussen im ÖPNV; Mehrkosten im Vergleich zum konventionellen Dieselbetrieb; Vorteile elektrischer Antriebe bei der Energiebilanz und den Emissionen; Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/6459

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Breitbandversorgung im LKreis Ludwigsburg

Ausbau der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden seit 2011; Anbieter und Art der verwendeten Technik; Nutzung von Förderprogrammen des Landes, Anschluss an das Basisnetz

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6567

Aufnahme und Betreuung traumatisierter Frauen aus Syrien und aus dem Irak

Sachstand zur Aufnahme und Behandlung von misshandelten und traumatisierten Frauen aus den Krisengebieten im Irak und in Syrien iRd Sonderprogramms der LReg

KlAnfr
s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/6587

Nachhaltig innovativ: Reallabore für BW

Sachstand zur Umsetzung der Ausschreibung „Reallabor“ iRd Nachhaltigkeitsstrategie, insbes geförderte Anträge und Förderumfang, Bedeutung dieses Forschungsformats, Schwerpunkte der zweiten Ausschreibungsrunde „Reallabor Stadt“

Antr
s. *Forschungsprogramm*
Drs 15/6682

Fördermittel für kommunalen Sportstättenbau in den Stadtkreisen

Sachstand zu geförderten Projekten und Finanzmitteln des Landesförderprogramms für den kommunalen Sportstättenbau in den Stadtkreisen, insbes beantragte Projekte und Fördermittel in Pforzheim

KlAnfr
s. *Sportstätte*
Drs 15/6878

Mittelabfluss beim Förderprogramm „Baumschnitt Streuobst“
Sachstand zur Mittelausstattung des Förderprogramms „Baumschnitt Streuobst“

MdlAnfr
s. *Obstbau*
Drs 15/6895

Vorbereitung und Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak

Sachstand zur Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak, insbes Vorbereitung der freiwilligen Landesbediensteten, Zusammenarbeit mit der BReg sowie mit Nachrichtendiensten und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen im Nahen Osten (Irak, Syrien, Türkei)

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6989

Inklusionskonferenz in BW

Sachstand zu Ablauf und Wirkungsweisen des Förderprojekts „Inklusionskonferenzen“, insbes Auswahlkriterien, angestrebter Mehrwert, Mitfinanzierung durch andere Akteure, Beteiligung von Behinderten und deren Verbänden, Erfahrungen mit dem Modellprojekt im LKreis Reutlingen

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/7031

Breitbandversorgung im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Entwicklung der Breitbandversorgung in den einzelnen Gemeinden des Landkreises Emmendingen, insbes Nutzung von Fördermitteln aus Landesprogrammen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/7129

Nachhaltigkeit als Thema der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung in der Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes, insbes Verankerung der Nachhaltigkeit an den einzelnen Hochschulen, Umsetzung und Unterstützung von entsprechenden Förderprogrammen und Forschungsprojekten

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/7179

Förderprogramm „Technologischer Ressourcenschutz“

Sachstand zu Bewerbungen und Auswahlverfahren für eine Projektförderung iRd durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft ausgelobten Förderprogramms „Technologischer Ressourcenschutz“ (Gewinnen und die Nutzung von Sekundärrohstoffen durch Recycling oder Substitution von Roh- und Werkstoffen)

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 22.07.2015 und Antw MFW Drs 15/7202

Effektive Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Sachstand zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, insbes Vermittlungserfolge durch das Landesprogramm „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“, Erfassung und Erkenntnisse über berufliche und schulische Qualifikationen sowie Sprachstandards, Sprachkursangebote, Angebote betriebsnaher Maßnahmen, Vermittlungsleistungen und Hilfestellungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Nutzung von Netzwerkstrukturen auf Stadt- und Landkreisebene, Änderung von Kooperationsstrukturen mit Berufskammern und Arbeitsagenturen

GrAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7452

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Sachstand zur Bewährung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) seit dem Inkrafttreten am 12. August 2013 als Förderinstrument für die Integrationsarbeit in den Kommunen in BW, insbes Beitrag zur Stärkung kommunaler Strukturen, Auswirkung auf Kommunen mit besonders hohem Migrantenanteil, Eignung für die besonderen integrationspolitischen Herausforderungen angesichts steigender Flüchtlingszahlen

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7714

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr
s. *Datenerhebung*
Drs 15/7733

Erfolg und Akzeptanz des Programms FAKT - Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl

Sachstand zu Erfolg und Akzeptanz des Programms FAKT (Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) gegenüber dem vorherigen Programm MEKA (Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich), insbes wesentliche Programmänderungen, Mittelbereitstellung im Haushalt, Zahl teilnehmender Betriebe, Antragslage, Beratungsbedarf der Betriebe, stark nachgefragte Programmteile

Antr
s. *Agrarprogramm*
Drs 15/7842

Weiterbildung für Hausärzte

Sachstand zur Situation des Hausärztemangels im niedergelassenen Bereich und zur Finanzierung von Weiterbildungen als Hausärzte für angehende Mediziner, insbes Einstellung der Unterstützung des Programmes „Verbundweiterbildung PLUS“ bei gleichzeitiger Einführung einer die Krankenhäuser belastenden „Weiterbildungsgebühr“ für Weiterbildungen zum Hausarzt

KlAnfr
s. *Allgemeinarzt*
Drs 15/7868

Programm Europa 2020

s. *Europa 2020*

Programm Gute und sichere Arbeit

s. *Landesprogramm Gute und sichere Arbeit*

Programm mikromakro

MINT-Programm „mikromakro“

Hintergründe, Durchführung und Ergebnisse des Programms „mikromakro“ zur Talentförderung von Schülern im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik); Finanzierung und weitere Planung des MINT-Programms und Vergleich mit anderen Wettbewerben aus dem MINT-Bereich

Antr
s. *Schülerwettbewerb*
Drs 15/2822

Programm „Singen - Bewegen - Sprechen“

s. *Musikerziehung*

Programm Soziale Stadt

s. *Soziale Stadt*

Programm „Stärke“

s. *Erziehung*

Programmakkreditierung

s. *Akkreditierung (Hochschulwesen)*

Programme for the International Assessment of Adult Competencies

s. *PIAAC-Studie*

Progress in International Reading Literacy Study

s. *IGLU-Studie*

Projekt FISCUS

s. *Software*

Projekt KONSENS

s. *Software*

Projekt Übermorgenmacher

s. *Innovation*

Projektbeirat Rheintalbahn

s. *Rheintalbahn*

Promillegrenze

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 26.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4992

Promotion

Bericht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht über die Praxis der Promotionsförderung nach dem Landesgraduiertenförderungsgesetz

Mittlg LReg
s. *Graduiertenförderung*
Drs 15/2645

Qualitätssicherung im Promotionsverfahren

Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Onlinediskussion auf dem Bürgerbeteiligungsportal zur Qualitätssicherung im Promotionsverfahren für die Novellierung des Landeshochschulgesetzes, insbes weitergehende Regelung einzelner Punkte in der Promotionsvereinbarung, Einbeziehung in das Qualitätsmanagementsystem, Sanktionierung wissenschaftlichen Fehlverhaltens

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 09.09.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4014 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 46 47
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Promotionen und Habilitationen von Frauen in BW

Anteil der Frauen unter den Promovierten und Habilitierten insbes in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Entwicklung des Frauenanteils in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern und EU-Staaten; Gründe von Frauen zum Verzicht auf eine Promotion oder Habilitation; individuelle Förderung von Frauen bei Promotion und Habilitation; Beurteilung des vom Land geförderten „Margarete von Wrangell-Habitationsprogramms“ sowie des „Professorinnenprogramms“ des Bundes; Anwendung des Kaskadenmodells

Antr
s. *Frau*
Drs 15/4244

Promotionsrecht an Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Geplante Reform des Landeshochschulgesetzes im Bereich des Promotionsrechts an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, insbes konkreter Planungsinhalt und Einbindung der Universitäten

MdlAnfr 4) Sabine Kurtz CDU 24.01.2014 Drs 15/4652
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5417-5419

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Neuregelung der Verantwortlichkeiten von Rektorat, Hochschulrat und Senat; Einrichtung fakultätsübergreifender Zentren für Forschung und Lehre; Erleichterung der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen; Karrieremöglichkeiten für Juniorprofessoren; verpflichtende Promotionsvereinbarungen; Ombudspersonen für Doktoranden; Kooperationen mit HAWen bei Promotionen; Wegfall von Zwischenprüfungen und verbindlichen Orientierungsprüfungen; Einführung des weiterbildenden Bachelor; Stimmrecht für Gleichstellungsbeauftragte in Berufungskommissionen; Auskunftsrecht des Senats über Forschungen mit Drittmitteln; Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Öffnung des Promotionsrechts für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Ziele und Alternativen zur Neuregelung des Promotionsrechts an Hochschulen für angewandte Wissenschaften; Ausgestaltung der Experimentierklausel für den Zusammenschluss von Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) mit der Ermöglichung eines thematisch begrenzten und befristeten Promotionsrechts

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4761
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 5 6
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Promotionskolleg der Pädagogischen Hochschulen

Kriterien für die Abordnung zum Promotionskolleg „Professionalisierung im Lehrberuf - Konzepte und Modelle auf dem Prüfstand“, insbes Berücksichtigung der Stellungnahme der Gutachterkommission zur Evaluation der Forschungs- und Nachwuchskollegs an Pädagogischen Hochschulen, Ausweitung der Zielgruppe auf Gymnasiallehrkräfte

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 22.08.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5649
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.03.2015 Drs 15/7081 S. 18
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Ausgestaltung des Promotionsrechts für Zusammenschlüsse von Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Erarbeitung von Kriterien für die Verleihung des Promotionsrechts; Mitwirkung der Universitäten und Fachhochschulen an der Erarbeitung der Kriterien; Konsultierung des Wissenschaftsrats; Einrichtung zusätzlicher Stellen im akademischen Mittelbau zur Betreuung der Promovierenden; Berücksichtigung des zusätzlichen Personalbedarfs beim Hochschulfinanzierungsvertrag 2015 bis 2020

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 01.09.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5674
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.03.2015 Drs 15/7081 S. 19 20
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Wahrung der Standards guter wissenschaftlicher Praxis bei der Promotion, Begrüßung des Einschreitens der Hochschulen in den aktuellen Plagiatsfällen; Stellenwert der befristeten Anstellung von Doktoranden

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280-282 289

Prophylaxe

s. *Gesundheitsvorsorge*

Prospektpflicht

s. *Wertpapierprospekt*

Prostitution

s.a. *Menschenhandel*
s.a. *Prostitutionsgesetz*
s.a. *Sexualität*
s.a. *Zuhälterei*

Aktiv gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat

Entwicklung der o.g. Zahlen von Opfern, der Strafverfolgung und Hilfsangebote; Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der EU-Richtlinie zum Menschenhandel; Wirkungen des Opferfonds und des Leitfadens für die „Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen“; Etatisierung und Fortschreibung der Projektmittel im Sozialhaushalt 2012

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/973

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution sowie Schutz seiner Opfer

Umsetzung bestimmter Mindeststandards der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer; Einbeziehung von Fachberatungsstellen bei Razzien; Gewährleistung einer ausreichenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden; Veränderungen bei den Opferzahlen und der Art der Opfer; Nationalität der Opfer; durchschnittliche Dauer der Gerichtsverfahren; Sicherheit der Opfer während des gerichtlichen Verfahrens; Behandlung der Opfer nach Beendigung des Verfahrens; Regelung der Abschiebepaxis

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/2671

Prostitution in BW

Daten zur Prostitution; Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes sowie der flankierenden Maßnahmen, insbes Entwicklung der Prostitution in BW, Beratung und Schutz von Prostituierten sowie Zugang zur Sozialversicherung, Eindämmung der illegalen und der Zwangsprostitution; Revision des Prostitutionsgesetzes und Rechtslage in EU-Staaten

Antr

s. *Prostitutionsgesetz*

Drs 15/2984

Wirksamkeit des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes (OEG) gegenüber Opfern der Zwangsprostitution, insbes Zahlen zu gestellten und bewilligten Leistungsanträgen sowie zu Opfern mit Ausreiseverpflichtung, Leistungsgewährung bei schwierig nachweisbaren psychischen Beeinträchtigungen sowie bei Nicht-EU-Bürgern; Aufenthaltsrecht für Opfer bis zur rechtlichen Klärung der Entschädigungsleistungen; Durchsetzung von Leistungsanspruch und Leistungserhalt nach erfolgter Ausreise

Antr

s. *Opferentschädigungsgesetz*

Drs 15/2985

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr Jürgen Filius u.a. GRÜNE 22.11.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4376 (10 S.)

Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in BW und Europa

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostitution; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prostitutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr

s. *Zuhälterei*

Drs 15/4646

Beteiligung von Rockerbanden an Menschenhandel und Zwangsprostitution

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2181 2183 2185

Prostitutionsgesetz

s.a. *Prostitution*

Prostitution in BW

Daten zur Prostitution; Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes sowie der flankierenden Maßnahmen, insbes Entwicklung der Prostitution in BW, Beratung und Schutz von Prostituierten sowie Zugang zur Sozialversicherung, Eindämmung der illegalen und der Zwangsprostitution; Revision des Prostitutionsgesetzes und Rechtslage in EU-Staaten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 01.02.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2984

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/3571 S. 27 28

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststan-

dards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungsspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in BW und Europa

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostitution; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prostitutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr
s. *Zuhälterei*
Drs 15/4646

Protein

Auswertung der Ausschussreise nach Brasilien - Lebensmittel ohne Gentechnik erzeugen und vermarkten

Situation des weltweiten Sojaanbaus und des Handels mit Soja und Sojaprodukten; soziale, ökologische und ökonomische Folgen des Sojaanbaus in Hauptanbauländern; Alternativen zu GVO-freiem Soja aus Südamerika; Eiweißpflanzenanbau und Bedarf an Eiweißfuttermitteln in der baden-württembergischen Tierhaltung; Gegenüberstellung der Nutzung von Soja aus Südamerika mit einer Nutzung von einheimischen/europäischem Soja in der Fleischproduktion; Ausbau der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln; Absatz von als gentechnikfrei gekennzeichneten Futtermitteln; Ergänzung des Qualitätszeichens BW (QZBW) im tierischen Bereich um das Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/5010

Importverbot gentechnisch veränderter Lebensmittel und Versorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln

Sachstand zur Versorgungssicherheit mit Eiweißfuttermitteln ohne gentechnisch veränderte Organismen (GVO), insbes Marktsituation und Anbauförderung GVO-freier Eiweißfuttermittel, Möglichkeit eines Importverbots für gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel durch einzelne EU-Mitgliedstaaten

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/7251

Prozesskosten

Schiedsklage gegen die Électricité de France (EDF)

Sachstand zur Aufrechterhaltung der Schiedsklage gegen den französischen Energieversorger Électricité de France, insbes Höhe der Verfahrenskosten

KlAnfr
s. *Schiedsrichterliches Verfahren*
Drs 15/6636

Rechtsstreit mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung statt Qualitätsverbesserung der Gemeinschaftsschule

Verfahrensstand der Klage wegen der Berichterstattung über das Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen; Höhe der angefallenen bzw noch anfallenden Rechtsanwalts- und Gerichtskosten; Maßnahmen des Kultusministeriums zur Behebung der Qualitätsdefizite an der genannten Schule und an anderen Gemeinschaftsschulen seit Bekanntwerden des Teilgutachtens

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7983

Prozesskostenhilfe

Forderungsmanagement für die Justiz

Aufwand, Kosten und Wirtschaftlichkeit der Rückübertragung und Weiterbearbeitung der an den Dienstleister übergebenen Forderungen durch die Landesoberkasse; Art der Tätigkeit und Ressourceneinsatz bei der Landesoberkasse für die Betreuung des Dienstleisters; Berücksichtigung der besseren Zahlungsquote der durch den Dienstleister verwalteten Forderungen bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Prozesskostenhilfe?

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/2155

Forderungsmanagement für die Justiz II

Externe Kosten und interner Aufwand für die Mahnung, Vollstreckung und Bonitätsprüfung vor Niederschlagung; Art, Volumina und Aufwand der Langzeitbearbeitung von Forderungen durch die Landesoberkasse im Vergleich zur infoscore Forderungsmanagement GmbH; Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Langzeitbearbeitung, Höhe der eingesparten Vergütung von Fremddienstleistungen in der Buchhaltung durch den Einsatz der frei gewordenen Personalkapazitäten aus der Prozesskostenhilfe

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/2264

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4572

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Anpassung von Gesetzen und Verordnungen im Geschäftsreich des Justizministeriums an das Bundesrecht, insbes Zu-

ständigkeitsregelung für die Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Verfahrenskostenhilfe, Erbenermittlung, Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor Sozialgerichten

GesEntw LReg 10.02.2015 Drs 15/6471 (11 S.)
1. Beratung PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7436-7438
BeschlEmpf und Bericht StändA 26.03.2015 Drs 15/6665
2. Beratung PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7528
GesBeschl 15.04.2015 Drs 15/6739
GBI 2015 Nr. 8 S. 281 282 (Ges vom 21.04.2015)

Prozessrecht

Gesetz zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes

Aufhebung des Schlichtungsgesetzes (SchlG), das die Zulässigkeit zivilrechtlicher Klagen seit dem 1. Oktober 2000 in bestimmten, gesetzlich festgelegten Fällen von einem vorherigen außergerichtlichen Schlichtungsversuch abhängig macht, da es sich in der Praxis nicht in dem angestrebten Maße bewährt hat

GesEntw
s. *Schlichtungsgesetz*
Drs 15/3024

Prüfung

s.a. *Abitur*
s.a. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*
s.a. *Ausbildungsabschluss*
s.a. *Außenprüfung*
s.a. *Fahrerlaubnis*
s.a. *Hochschulabschluss*
s.a. *Schulabschluss*
s.a. *Staatsprüfung*
s.a. *Technische Überwachung*
s.a. *Test*
s.a. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
s.a. *Wirtschaftsprüfung*

Zentrale schriftliche Prüfungen an den Berufsfachschulen sichern die hohe Qualität

Sicherstellung o.g. Prüfungen an den zweijährigen Berufsfachschulen u.a. Schularten, Verhinderung eines vorzeitigen Durchsickerns von Prüfungsinhalten

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/63

Anpassung der Deutschprüfung im Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ) an die Hauptschulprüfung

Anpassung der höheren Anforderungen der BVJ-Zusatzprüfung an die der Hauptschulprüfung im Fach Deutsch

KlAnfr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 15/839

Duale Ausbildung stärken und ihre Attraktivität steigern

Überlegungen zur Umsetzung der Aussagen im Koalitionsvertrag zur Anerkennung schulischer Ausbildungszeiten durch die Kammern sowie Einführung der Kammerprüfung für Berufskollegs

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/1223

Datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW

Verfahren und Datenschutz bei der Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW, insbes Regelungen für die einzelnen Studiengänge, Umsetzung der Ministeriumsempfehlung zur Einrichtung einer eigenen Post- und Faxadresse für die Übersendung der ärztlichen Atteste, Ablehnungsquote und Begründungen bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit; datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste nach der Entscheidungsfindung der Prüfungsbehörden; Übertragung der Entscheidung über die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit von den Prüfungsbehörden auf medizinisch fachkompetente Entscheidungsträger

Antr
s. *Arbeitsunfähigkeit*
Drs 15/3061

Studienplatzklagen in BW

Bedingungen, Statistiken, Kosten und Verhinderungsmöglichkeiten von Studienplatzklagen in BW; weitere Klagemöglichkeiten an Hochschulen im Bereich des Hochschul- bzw Prüfungsrechts

Antr
s. *Studienplatz*
Drs 15/3068

Entwicklung der Schulfremdenprüfung

Statistiken zu Schulfremdenprüfungen im Rems-Murr-Kreis und im Land; Rechtsgrundlage für die Mehrarbeit und Entschädigung von Fachlehrkräften durch Prüfungsabnahme

KlAnfr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/3180

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehraufwand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/3535

Mehrarbeitsunterrichtsvergütung

Sachstand zur Entwicklung der Mehrarbeitsstunden von Lehrkräften und der Vergütung geleisteter Mehrarbeitsstunden, insbes Arbeitszeitausgleich für die bei Abschlussprüfungen geleistete Mehrarbeit von Lehrkräften bzw Wegfall der Unterrichtsverpflichtung in den Abschlussklassen nach den Prüfungen

Antr
s. *Mehrarbeit*
Drs 15/7268

Prüfungsordnung

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*

PStG-DVO

s. *Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personenstandsgesetzes*

Psychiatrie

s.a. *Psychisch Kranker*
 s.a. *Psychische Störung*
 s.a. *Psychopharmakon*
 s.a. *Sozialpsychiatrie*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 17: Personalunterkünfte der Zentren für Psychiatrie

s. *Unterkunft*
 Drs 15/236

Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in BW
 Entwicklung der Zahl o.g. Behandlungsfälle und Ärzte im niedergelassenen Bereich, in teil- und vollstationären Einrichtungen seit 2006; Beurteilung der Versorgungssituation im Rems-Murr-Kreis, Unterstützung der Einrichtung von 14 teilstationären Betten beim Klinikum Schloss Winnenden? Zeitpunkt der Vorlage der Eckpunkte des angekündigten Landespsychiatriegesetzes

Antr
 s. *Kinder- und Jugendmedizin*
 Drs 15/802

Therapieunterbringung im Psychiatrischen Zentrum Nordbaden
 Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit im PZN nach dem Therapieunterbringungsgesetz: Zustandekommen der Entscheidung und Beteiligte an der Entscheidungsfindung, Art und Zeitpunkt der Kommunikation der Entscheidung gegenüber den Bürgern und dem Gemeinderat der Stadt Wiesloch, Bestätigung der Entscheidung als Übergangslösung?

Antr
 s. *Unterbringung*
 Drs 15/1027

Aktueller Stand der Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit in der Maßregelvollzugseinrichtung des Zentrums für Psychiatrie in Wiesloch, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen und Räumlichkeiten im PZN; Frage nach dem sozialtherapeutischen Konzept zur Durchführung des Therapieunterbringungsvollzugs sowie nach der Einbringung des angekündigten Therapieunterbringungsvollzugsgesetzes

Antr
 s. *Therapieunterbringungsgesetz*
 Drs 15/1028

Psychische Erkrankungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich des o.g. Krankheitsgeschehens und der Inanspruchnahme psychotherapeutischer und psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten und Einrichtungen mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, Rolle der sozialen Lebensumstände und mangelhaften Integration, Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Ausbildungen im Berufsfeld der Psychotherapie und Psychiatrie sowie einer muttersprachlichen Patientenversorgung in der Psychiatrie

Antr
 s. *Krankheit*
 Drs 15/1244

Zwangswise Unterbringung und Zwangsbehandlung in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen seit 2007 und Möglichkeiten zu deren Reduzierung; Umgang mit einem Verbot der (psychiatrischen) Zwangsbehandlung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Frage nach einer gesetzlichen Neuregelung

Antr
 s. *Medizinische Versorgung*
 Drs 15/1767

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
 s. *Medizinische Versorgung*
 Drs 15/2575

Psychotherapeutische Versorgung in BW

Angebote, Entwicklung, Wartezeiten und Planung der psychotherapeutischen Versorgung in BW aufgeschlüsselt nach Versorgungsart und Lebensalter, insbes Spezialtherapieangebote in Plankrankenhäusern für behandlungsbedürftige Elternteile mit behandlungsbedürftigen Kindern, Anzahl abgelehnter zusätzlich beantragter Planbetten; Einbringungstermin für das Landespsychiatriegesetz im Landtag

Antr
 s. *Psychotherapie*
 Drs 15/2906

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW anerkennen und sichern

Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW, insbes Aufgaben, aktuelle Herausforderungen, Auswirkung der aufgestockten Landesförderung, Beitrag zur Einbeziehung psychisch kranker Menschen in die Gemeinschaft, Behandlungserfolge durch Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken sowie Fach- und Hausärzten

Antr
 s. *Sozialpsychiatrie*
 Drs 15/3567

Auslastung der kinder- und jugendpsychiatrischen Kapazitäten in BW

Standorte, Nachfrage, Auslastung und Bedarfsanpassung der kinder- und jugendpsychiatrischen Störungen und Präventionsmaßnahmen

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 14.02.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4773
 BeschlEmpf und Bericht SozA 28.05.2014 Drs 15/5743 S. 26
 PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG)

Verbindliche Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und Stärkung der Rechtsstellung psychisch kranker oder behinderter Personen, insbes Gewährleistung der ambulanten Grundversorgung durch die sozialpsychiatrischen Dienste, Etablierung unabhängiger Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen auf Kreisebene, Einrichtung einer übergeordneten unabhängigen Ombudsstelle auf Landesebene, Regelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und des Maßregelvollzugs

GesEntw
s. *Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz*
Drs 15/5521

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr
s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*
Drs 15/5734

Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen, bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information des Ministers

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5876

Medizinische und psychiatrische Versorgung von Strafgefangenen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Statistiken zu Angriffen auf Justizvollzugsbeamte in Justizvollzugsanstalten durch Strafgefangene und Anteil der psychisch Kranken; Todesfälle bei Strafgefangenen; Situation und Kosten der medizinischen und psychiatrischen Versorgung von Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten, insbes Anteil psychiatrisch Erkrankter; Zahlen und Genehmigungspraxis für Einzelhaft

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/5986

Psychiatrische Versorgung im LKreiss Lörrach

Sachstand zu Angebot und Bedarf bei der psychiatrischen Versorgung im LKreiss Lörrach, insbes Möglichkeiten zur Sicherstellung einer wohnortnahen psychiatrischen Vollversorgung

KlAnfr Josef Frey GRÜNE 31.07.2015 und Antw SM Drs 15/7245

Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königfeld und psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund

Sachstand zur Sicherstellung der kultursensiblen psychotherapeutischen und psychiatrischen Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, insbes Bedeutung und Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königfeld

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/8040

Schaffung gemeindepsychiatrischer Verbundstrukturen mit einem Landespsychiatriegesetz, Intensivierung von Angeboten der psychiatrischen Pflege und Familienpflege

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 717-723

Initiierung eines Landespsychiatriegesetzes, Schaffung gemeindepsychiatrischer Verbundstrukturen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1319 1321 1323 1328

Psychiatriegesetz

s. *Psychiatrie*

Psychiatrische Behandlung

s. *Psychiatrie*

Psychiatrische Einrichtung

s.a. *Psychisch Kranker*
s.a. *Unterbringung*

Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw
s. *Unterbringung*
Drs 15/3408

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW anerkennen und sichern

Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW, insbes Aufgaben, aktuelle Herausforderungen, Auswirkung der aufgestockten Landesförderung, Beitrag zur Einbeziehung psychisch kranker Menschen in die Gemeinschaft, Behandlungserfolge durch Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken sowie Fach- und Hausärzten

Antr
s. *Sozialpsychiatrie*
Drs 15/3567

Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Regelung des Vollzugs der Therapieunterbringungen von psychisch gestörten Sexual- und Gewalttätern in BW aufgrund des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) des Bundes vom 22. Dezember 2010

GesEntw
s. *Therapieunterbringungsvollzugsgesetz*
Drs 15/3643

Situation im Maßregelvollzug

Sachstand zur Situation im Maßregelvollzug, insbes Aufklärung der Todesumstände eines Patienten im Zentrum für Psychiatrie Weinsberg, Änderung der Vorgaben zur Unterbringung von Menschen im Maßregelvollzug, Umsetzung der Maßnahmen aus der großen Gesprächsrunde zum Maßregelvollzug im Januar 2012, Vollzugsdefizite bei der Unterbringung psychisch kranker Strafgefangener

Antr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 15/6414

Psychiatrisches Krankenhaus

s. *Psychiatrie*

Psychiatrisches Zentrum Nordbaden*s. Psychiatrie***Psychisch Kranker***s.a. Psychiatrie**s.a. Psychiatrische Einrichtung**s.a. Psychische Störung**Verschreibung von Psychopharmaka und psychotherapeutische Versorgung von Frauen in BW*

Bewertung der im BARMER GEK Arzneimittelreport 2012 aufgezeigten ungleichen Verschreibungspraxis von Psychopharmaka gegenüber Frauen im Vergleich zu Männern; prozentualer Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Psychopharmaka einnehmenden Personen in BW; Anteil der Personen in psychotherapeutischer Behandlung nach Geschlecht; geschlechtsspezifische Unterschiede bei Nebenwirkungen von Medikamenten; Gefahr der Medikamentenabhängigkeit; Akzeptanz niedrigschwelliger Angebote für psychisch Kranke; Einschätzung der Versorgungslage

Antr

s. Frau

Drs 15/2641

Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw

s. Unterbringung

Drs 15/3408

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW anerkennen und sichern

Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW, insbes Aufgaben, aktuelle Herausforderungen, Auswirkung der aufgestockten Landesförderung, Beitrag zur Einbeziehung psychisch kranker Menschen in die Gemeinschaft, Behandlungserfolge durch Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken sowie Fach- und Hausärzten

Antr

s. Sozialpsychiatrie

Drs 15/3567

Unterstützung von psychisch kranken Schülerinnen und Schülern in der Ausbildung

Angebot an unterstützenden Hilfen für psychisch kranke Schüler in BW sowie bewilligte Unterstützungsleistungen in regionaler Aufschlüsselung; Umsetzung der Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung; Qualifikation von Schulassistenten

Antr Manfred Lucha u.a. GRÜNE 27.11.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4390

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 80

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Die Bedeutung psychischer Schwierigkeiten und Krankheiten für die Verbeamtung im Schulwesen

Hauptursachen für das Scheitern von Verbeamtungen im Schulwesen; Hauptursachen für eine Verneinung der gesundheitlichen

Eignung; Stellenwert der psychischen Beeinträchtigungen und deren Diagnose; Verzicht der Lehramtskandidaten auf eine Behandlung psychischer Krankheiten, um die angestrebte Verbeamtung nicht zu gefährden; Auftreten psychischer Störungen innerhalb des ersten Jahrs nach der Verbeamtung; Unterstützungsangebote bei psychischen Schwierigkeiten

KlAnfr

s. Ernennung zum Beamten

Drs 15/4752

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG)

Verbindliche Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und Stärkung der Rechtsstellung psychisch kranker oder behinderter Personen, insbes Gewährleistung der ambulanten Grundversorgung durch die sozialpsychiatrischen Dienste, Etablierung unabhängiger Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen auf Kreisebene, Einrichtung einer übergeordneten unabhängigen Ombudsstelle auf Landesebene, Regelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und des Maßregelvollzugs

GesEntw

s. Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Drs 15/5521

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr

s. Psychische Störung

Drs 15/5713

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/6231

Psychische Beeinträchtigung*s. Psychische Störung***Psychische Erkrankung***s. Psychische Störung***Psychische Krankheit***s. Psychische Störung*

Psychische Störung

s.a. *Lernstörung*
s.a. *Psychiatrie*
s.a. *Psychisch Kranker*

Die Bedeutung psychischer Schwierigkeiten und Krankheiten für die Verbeamtung im Schulwesen

Hauptursachen für das Scheitern von Verbeamtungen im Schulwesen; Hauptursachen für eine Verneinung der gesundheitlichen Eignung; Stellenwert der psychischen Beeinträchtigungen und deren Diagnose; Verzicht der Lehramtskandidaten auf eine Behandlung psychischer Krankheiten, um die angestrebte Verbeamtung nicht zu gefährden; Auftreten psychischer Störungen innerhalb des ersten Jahrs nach der Verbeamtung; Unterstützungsangebote bei psychischen Schwierigkeiten

KlAnfr
s. *Ernennung zum Beamten*
Drs 15/4752

Arbeitsschutz unter dem Aspekt psychischer Belastungen

Situation der psychischen Belastungen bei Arbeitnehmern in baden-württembergischen Unternehmen, insbes bei Stress und Burnout; Umsetzung des Bundesgesetzes zur Erweiterung des Arbeitsschutzes im Hinblick auf psychische Belastungen bei Arbeitnehmern, insbes Ausführung durch die Gewerbeaufsicht

KlAnfr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 15/5386

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 12.09.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5713 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.10.2014 Drs 15/5969
PIPr 15/111 12.11.2014 S.

Psychische Traumatisierung

s. *Psychisches Trauma*

Psychisches Trauma

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur psychologischen Betreuung in BW von Flüchtlingen und Folteropfern aus den Krisengebieten, insbes Anteil der behandlungsbedürftigen Flüchtlinge und der tatsächlich durchgeführten Behandlungen, Sicherstellung der Betreuung in Flüchtlingsunterkünften, Verfahrensabläufe für fachärztliche oder psychologische Versorgung, Schulung und Unterstützung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6028

Aufnahme und Betreuung traumatisierter Frauen aus Syrien und aus dem Irak

Sachstand zur Aufnahme und Behandlung von misshandelten und traumatisierten Frauen aus den Krisengebieten im Irak und in Syrien iRd Sonderprogramms der LReg

KlAnfr Karl Zimmermann CDU 05.03.2015 und Antw StM Drs 15/6587

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6785

Vorbereitung und Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak

Sachstand zur Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak, insbes Vorbereitung der freiwilligen Landesbediensteten, Zusammenarbeit mit der BReg sowie mit Nachrichtendiensten und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen im Nahen Osten (Irak, Syrien, Türkei)

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6989

Fluchtursachen wirksam bekämpfen - Traumatisierten vor Ort helfen

Sachstand zur Hilfe für Traumatisierte vor Ort im Nordirak, insbes Arbeit der Stiftung wings of hope Deutschland, vorhandene Strukturen zur Traumabehandlung vor Ort, Bereitstellung von Landesmitteln zur Unterstützung dieser Arbeit und zur Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.10.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/7583
BeschlEmpf und Bericht EuA 10.12.2015 Drs 15/8019 S. 99 100
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG)

Verbindliche Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und Stärkung der Rechtsstellung psychisch kranker oder behinderter Personen, insbes Gewährleistung der ambulanten Grundversorgung durch die sozialpsychiatrischen Dienste, Etablierung unabhängiger Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen auf Kreisebene, Einrichtung einer übergeordneten unabhängigen Ombudsstelle auf Landesebene, Regelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und des Maßregelvollzugs

GesEntw LReg 22.07.2014 Drs 15/5521 (92 S.)
1. Beratung PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6504-6509
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.10.2014 Drs 15/5969
EAntr CDU und FDP/DVP 12.11.2014 Drs 15/6110

2. Beratung PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6658
 GesBeschl 12.11.2014 Drs 15/6129 (15 S.)
 GBl 2014 Nr. 21 S. 534-547 (Ges vom 25.11.2014)
 Mittlg LReg 14.03.2016 Drs 15/8102 (11 S.)

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung der §§ 2, 5 und 54 des Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes in der Fassung vom 25. November 2014

GesEntw
s. Chancengleichheit
 Drs 15/7555

PsychKHG

s. Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Psychologe

s.a. Psychotherapeut

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der baden-württembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten; Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr
s. Psychosoziale Beratung
 Drs 15/908

Förderung der freien Träger des Opferschutzes in BW

Bewertung der Arbeit der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Trägervereins im Bereich der psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeneigter“; Gewährung einer mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart vergleichbaren Förderung, Bewilligung der von der alten LReg zugesagten Mittel

KlAnfr
s. Opferschutz
 Drs 15/954

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbes Stellenerhöhung und Qualifizierungskonzept für Beratungslehrkräfte, Gewaltpräventionsberater und Schulpsychologen, Einrichtung des „Schulpsychologischen Kompetenzzentrums“, Ausbau des Anti-Gewalt-Programms nach Dan Olweus an den Schulen

Antr
s. Sonderausschuss
 Drs 15/1946

Finanzierung des Opferschutzes in BW - Stand der Dinge

Gleichstellung der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Fördervereins „Behandlungsinitiative Opferschutz“ bei der Förderung mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart, Umsetzung der auf Drs 15/954 gemachten Zusage; Frage nach einem Gesamtkonzept für eine landesweite Abdeckung mit Leistungen

forensischer ambulanter Dienste zur psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeneigter“

KlAnfr
s. Opferschutz
 Drs 15/2582

Psychologie

Die Bedeutung der Förderung exekutiver Funktionen für den Lern- und Bildungserfolg in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Ausbau der Förderung der exekutiven Funktionen bei Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen sowie an Grund- und weiterführenden Schulen, insbes Berücksichtigung bei der Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern sowie der Erstellung von Bildungsplänen

Antr
s. Menschliches Verhalten
 Drs 15/4006

Fallbesprechungsgruppen

Situation der Fallbesprechungsgruppen für Lehrer an den Schulen Baden-Württembergs und Mittelbereitstellung für deren Fortbestand

Antr
s. Lehrer
 Drs 15/4789

Psychopharmakon

s.a. Psychiatrie

Verschreibung von Psychopharmaka und psychotherapeutische Versorgung von Frauen in BW

Bewertung der im BARMER GEK Arzneimittelreport 2012 aufgezeigten ungleichen Verschreibungspraxis von Psychopharmaka gegenüber Frauen im Vergleich zu Männern; prozentualer Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Psychopharmaka einnehmenden Personen in BW; Anteil der Personen in psychotherapeutischer Behandlung nach Geschlecht; geschlechtsspezifische Unterschiede bei Nebenwirkungen von Medikamenten; Gefahr der Medikamentenabhängigkeit; Akzeptanz niedrigschwelliger Angebote für psychisch Kranke; Einschätzung der Versorgungslage

Antr
s. Frau
 Drs 15/2641

Psychosoziale Beratung

s.a. Beratungslehrer
s.a. Gewaltprävention
s.a. Notruf
s.a. Opferschutz
s.a. Patientenberatung
s.a. Psychotherapie
s.a. Schwangerschaftsberatung
s.a. Seelsorge
s.a. Selbsthilfe
s.a. Sozialleistung
s.a. Sozialpsychiatrie
s.a. Sterbebegleitung

Die Arbeit der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in BW

Anzahl der Mitarbeiter in psychosozialen Zentren, die sich um Flüchtlinge und Folteropfer kümmern; Entwicklung der Zahl der Klienten bzw Patienten; Herkunftsländer, Art der Belastungen; Beurteilung und Finanzierung o.g. Arbeit

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 29.09.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/617

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.11.2011 Drs 15/1301 (dazu ÄAntr Rosa Grünstein u.a. SPD und Daniel Lede Abal u.a. GRÜNE) S. 50 51

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 20.08.2012 Drs 15/2250

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der baden-württembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten; Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr SPD 23.11.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/908

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1608-1614

*Haushalt 2012; Epl 15**Veranschlagung von Zuschüssen an den Flüchtlingsrat BW und an die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer*

ÄAntr GRÜNE und SPD 17.01.2012 Drs 15/1115-4 S. 14 15

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1234-1248

Bearbeitung von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zum Themenbereich Sekten und Psychogruppen/Scientology

Umressortierung des o.g. Themenbereichs, Koordination der Aufgaben der bisher beim KM angesiedelten interministeriellen Arbeitsgruppe im StM? Zeitpunkt der Vorlage eines umfassenden Berichts; Frage nach den Zuständigkeiten auf Bundesebene und den einbezogenen Institutionen in BW sowie nach den neuerlichen Werbeaktivitäten von Scientology mit Zielrichtung auf Kinder und Jugendliche

KlAnfr

s. *Sekte*

Drs 15/2004

Aktivitäten sogenannter Sekten und Psychogruppen

Entwicklung der Zahl und Inhalte von Bürgeranfragen zum o.g. Themenbereich seit 2007; Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Eltern, insbes im Hinblick auf Werbeaktivitäten der Gruppierungen über das Internet; Art und Ziele der Umstrukturierungen in der interministeriellen Arbeitsgruppe; Zeitpunkt der Vorlage eines umfassenden Berichts

KlAnfr

s. *Sekte*

Drs 15/2193

Unterrichtsfach „Lebens- und Alltagskompetenzen“

Zeitpunkt der Einführung und stoffliche Inhalte des o.g. Schulfachs; Einbeziehung der Lehrer-, Eltern- und Schülerverbände sowie Fachverbände und des Landesfrauenrats

KlAnfr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/2228

Aktuelle Unterrichtsschwerpunkte

Vermittlung von Grundkompetenzen und Verhaltensregeln durch Einrichtung eines Unterrichtsfachs „Lebens- und Alltagsökonomie“ an allen Schulen, Maßnahmen zur Initiierung von Akzeptanz und Respekt bei Kindern und Jugendlichen gegenüber der Tätigkeit der Polizei

KlAnfr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/2455

Suizidprävention bei Jugendlichen

Daten zu Todesfällen durch Suizid in BW; Arten, Förderung und Finanzierung von Präventions- und Beratungsangeboten für Suizidgefährdete und speziellen Konzepten für Jugendliche; Rolle des ehrenamtlichen Engagements; Bewertung niedrigschwelliger Online-Beratungsangebote für suizidgefährdete Jugendliche, insbes des Peer-to-Peer-Beratungsansatzes; Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung für Kinder und Jugendliche und Aufklärungsangebote durch Schule und Veranstaltungen

Antr

s. *Suizid*

Drs 15/2876

Suizid im Alter

Zahlen und Ursachen für Suizide bei älteren Menschen; Maßnahmen und Strategien einer effektiveren Suizidprävention im Alter, u.a. Beratung und Information für betroffene Bevölkerungsgruppen und ihrer Angehörigen sowie altersbezogener Dienstleistungserbringer über Gefahren und Probleme von Alterssuiziden, Umsetzung der Forderungen aus dem „Europäischen Pakt für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr

s. *Suizid*

Drs 15/3493

Arbeit der Mobbing-Hotline BW

Bedarf an einem Beratungsangebot für Mobbing-Opfer; Erkenntnisse über die durch Mobbing verursachten finanziellen Einbußen der Arbeitgeber sowie über die Folgen von Mobbing für das Sozialversicherungssystem; Zahl der über die Mobbing-Hotline in den Jahren 2009 bis 2012 durchgeführten telefonischen Beratungen; Bewertung der Arbeit der Mobbing-Hotline; Fortbildungsangebote zum Thema Mobbing; Finanzierung des Beratungsangebots, geeignete Rechtsformen und Trägerstrukturen zur Sicherung des Fortbestands der Mobbing-Hotline; weitere Hilfsangebote für von Mobbing betroffene Arbeitnehmer

Antr

s. *Mobbing*

Drs 15/3934

Cybermobbing auch in BW gezielt bekämpfen

Zahl der von Cybermobbing betroffenen Schüler; besonders gefährdete Personengruppen; Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen; Schulwechsel und schwerer wiegende Folgen von Mobbing in sozialen Netzwerken; Modelle, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing; niederschwellige Angebote an Schulen, Unterstützungsangebote von Schülern für Schüler; strafrechtliche Verfolgung von Cybermobbing, Hinweis auf Präzedenzfälle

Antr

s. *Mobbing*

Drs 15/3935

Bezuschussung der psychosozialen Zentren in BW

Förderung der fünf psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in BW, insbes Fördersumme und Finanzierungsanteil des Landes und der EU

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 27.02.2014 und Antw IntM Drs 15/4868

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur psychologischen Betreuung in BW von Flüchtlingen und Folteropfern aus den Krisengebieten, insbes Anteil der behandlungsbedürftigen Flüchtlinge und der tatsächlich durchgeführten Behandlungen, Sicherstellung der Betreuung in Flüchtlingsunterkünften, Verfahrensabläufe für fachärztliche oder psychologische Versorgung, Schulung und Unterstützung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6028

Unabhängigkeit psychosozialer medizinischer Beratungsstellen

Sachstand zum Interessenkonflikt bei einer durch das Land geförderten unabhängigen psychosozialen Krebsberatungsstelle in den Räumen des Helios-Klinikums Pforzheim für die Zuführung von beratenen Patienten zur weiteren Behandlung an dieses Klinikum

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 23.03.2016 und Antw SM Drs 15/8104

Psychosoziales Zentrum

s. *Psychosoziale Beratung*

Psychotherapeut

s.a. *Psychologe*
s.a. *Psychotherapie*

Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in BW

Entwicklung der Zahl o.g. Behandlungsfälle und Ärzte im niedergelassenen Bereich, in teil- und vollstationären Einrichtungen seit 2006; Beurteilung der Versorgungssituation im Reims-Murr-Kreis, Unterstützung der Einrichtung von 14 teilstationären Betten beim Klinikum Schloss Winnenden? Zeitpunkt der Vorlage der Eckpunkte des angekündigten Landespsychiatriegesetzes

Antr
s. *Kinder- und Jugendmedizin*
Drs 15/802

Psychische Erkrankungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich des o.g. Krankheitsgeschehens und der Inanspruchnahme psychotherapeutischer und psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten und Einrichtungen mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, Rolle der sozialen Lebensumstände und mangelhaften Integration, Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Ausbildungen im Berufsfeld der Psychotherapie und Psychiatrie sowie einer muttersprachlichen Patientenversorgung in der Psychiatrie

Antr
s. *Krankheit*
Drs 15/1244

Einbeziehung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten in das Landeskrankenhausgesetz sowie in Beiräte und Ausschüsse auf Landesebene

Regelungen der gegenüber den Fachärzten gleichgestellten Integration von Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) für die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im Landeskrankenhausgesetz; Sicherstellung der Vertretung der Landesärzte-, Landeszahnärzte- und Landespsychotherapeutenkammer in den Landesgremien zur Prävention, Bedarfsplanung und Versorgung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 11.02.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3045
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 45 46
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Zulassungsvoraussetzung für ein Masterstudium am Beispiel des Psychologischen Psychotherapeuten

Zulassungsvoraussetzungen für ein Masterstudium im Fach „Psychologischer Psychotherapeut“ in BW, insbes Zulassungspraxis des Landes Sachsen-Anhalt und die Konsequenzen für die Absolventen baden-württembergischer Universitäten, Bewertung der nicht-bundeseinheitlichen Auslegungs- und Zulassungspraxis; Zulassungspraxis einzelner Bundesländer bei Absolventen von Fachhochschulstudiengängen zu universitären Masterstudiengängen

KlAnfr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5554

Wohnortnahe ambulante Versorgung von psychisch Kranken durch Psychotherapeuten, insbes auch von kranken Kindern und Jugendlichen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 718-720

Psychotherapeutenkammer

Einbeziehung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten in das Landeskrankenhausgesetz sowie in Beiräte und Ausschüsse auf Landesebene

Regelungen der gegenüber den Fachärzten gleichgestellten Integration von Psychologischen Psychotherapeuten (PP) und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (KJP) für die stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im Landeskrankenhausgesetz; Sicherstellung der Vertretung der Landesärzte-, Landeszahnärzte- und Landespsychotherapeutenkammer in den Landesgremien zur Prävention, Bedarfsplanung und Versorgung

Antr
s. *Psychotherapeut*
Drs 15/3045

Zuständigkeiten für die Zulassungen zu Berufsausübungen in freien Berufen in BW

Auskunft über die für die Zulassung zuständigen Stellen; Anzahl und Kosten der Personalstellen der Zulassungsstellen; Art der für die Zulassung erhobenen Gebühren; Erteilung der Approbation durch die Landesärztekammer sowie die Landespsychotherapeutenkammer

Antr
s. *Approbation*

Drs 15/6139

Psychotherapeutische Behandlung*s. Psychotherapie***Psychotherapie***s.a. Psychotherapeuten**Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in BW*

Entwicklung der Zahl o.g. Behandlungsfälle und Ärzte im niedergelassenen Bereich, in teil- und vollstationären Einrichtungen seit 2006; Beurteilung der Versorgungssituation im Rems-Murr-Kreis, Unterstützung der Einrichtung von 14 teilstationären Betten beim Klinikum Schloss Winnenden? Zeitpunkt der Vorlage der Eckpunkte des angekündigten Landespsychiatriegesetzes

Antr

s. Kinder- und Jugendmedizin

Drs 15/802

Förderung der freien Träger des Opferschutzes in BW

Bewertung der Arbeit der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Trägervereins im Bereich der psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeneigter“; Gewährung einer mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart vergleichbaren Förderung, Bewilligung der von der alten LReg zugesagten Mittel

KlAnfr

s. Opferschutz

Drs 15/954

Psychische Erkrankungen von Menschen mit Migrationshintergrund

Vergleich des o.g. Krankheitsgeschehens und der Inanspruchnahme psychotherapeutischer und psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten und Einrichtungen mit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, Rolle der sozialen Lebensumstände und mangelhaften Integration, Förderung der interkulturellen Kompetenz bei Ausbildungen im Berufsfeld der Psychotherapie und Psychiatrie sowie einer muttersprachlichen Patientenversorgung in der Psychiatrie

Antr

s. Krankheit

Drs 15/1244

Stationäre Versorgung psychisch kranker Menschen im LKreis Ludwigsburg

Zahl der akuten Behandlungsfälle in den stationären Behandlungszentren in Weinsberg und Calw-Hirsau; Beurteilung der o.g. Versorgungssituation, insbes von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. Medizinische Versorgung

Drs 15/2575

Finanzierung des Opferschutzes in BW - Stand der Dinge

Gleichstellung der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Fördervereins „Behandlungsinitiative Opferschutz“ bei der Förderung mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart, Umsetzung der auf Drs 15/954 gemachten Zusage; Frage nach einem Gesamtkonzept für eine landesweite Abdeckung mit Leistungen forensischer ambulanter Dienste zur psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeneigter“

KlAnfr

s. Opferschutz

Drs 15/2582

Verschreibung von Psychopharmaka und psychotherapeutische Versorgung von Frauen in BW

Bewertung der im BARMER GEK Arzneimittelreport 2012 aufgezeigten ungleichen Verschreibungspraxis von Psychopharmaka gegenüber Frauen im Vergleich zu Männern; prozentualer Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Psychopharmaka einnehmenden Personen in BW; Anteil der Personen in psychotherapeutischer Behandlung nach Geschlecht; geschlechtsspezifische Unterschiede bei Nebenwirkungen von Medikamenten; Gefahr der Medikamentenabhängigkeit; Akzeptanz niedrigschwelliger Angebote für psychisch Kranke; Einschätzung der Versorgungslage

Antr

s. Frau

Drs 15/2641

Psychotherapeutische Versorgung in BW

Angebote, Entwicklung, Wartezeiten und Planung der psychotherapeutischen Versorgung in BW aufgeschlüsselt nach Versorgungsart und Lebensalter, insbes Spezialtherapieangebote in Plankrankenhäusern für behandlungsbedürftige Elternteile mit behandlungsbedürftigen Kindern, Anzahl abgelehnter zusätzlich beantragter Planbetten; Einbringungstermin für das Landespsychiatriegesetz im Landtag

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 22.01.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2906

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/3571 S. 24 25

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW anerkennen und sichern

Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW, insbes Aufgaben, aktuelle Herausforderungen, Auswirkung der aufgestockten Landesförderung, Beitrag zur Einbeziehung psychisch kranker Menschen in die Gemeinschaft, Behandlungserfolge durch Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken sowie Fach- und Hausärzten

Antr

s. Sozialpsychiatrie

Drs 15/3567

Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer

Verordnung und Inanspruchnahme von Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer, insbes Rechtsgrundlagen, Kostenträgerschaft und Kostenerstattung

KlAnfr

s. Dolmetscher

Drs 15/4885

Qualifizierter Entzug und Behandlungskapazitäten für Kassenpatienten in den Psychotherapeutischen Praxen Baden-Württembergs

Wichtigkeit der psychotherapeutischen Nachsorge nach Maßnahmen des „qualifizierten Entzugs“; durchschnittliche Wartezeit auf einen Nachsorge-Termin in einer psychotherapeutischen Praxis; Benachteiligung von Kassenpatienten gegenüber privat Versicherten; Gefährdung der Therapieerfolge der Entzugsbe-

handlung durch lange Wartezeiten; Schaffung eines schnellen und niederschweligen Zugangs zu einer psychotherapeutischen Behandlung nach dem Entzug; Einsatz der Therapieform Gruppentherapie

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 12.09.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5714

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur psychologischen Betreuung in BW von Flüchtlingen und Folteropfern aus den Krisengebieten, insbes Anteil der behandlungsbedürftigen Flüchtlinge und der tatsächlich durchgeführten Behandlungen, Sicherstellung der Betreuung in Flüchtlingsunterkünften, Verfahrensabläufe für fachärztliche oder psychologische Versorgung, Schulung und Unterstützung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6028

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6785

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW, insbes Vorteile der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, Zusagen und gesetzlichen Voraussetzungen des Bundes für deren Einführung, Ermöglichung der psychotherapeutischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7317

Ausbildung von Physiotherapeuten und Sicherung der Ausbildungsstandorte

Sachstand zu Kosten und Zuschüssen zur beruflichen Qualifikation von Physiotherapeuten in BW, insbes Fördermöglichkeiten für Psychotherapieschulen

Antr
s. *Physiotherapeut*
Drs 15/7570

Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königfeld und psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund

Sachstand zur Sicherstellung der kultursensiblen psychotherapeutischen und psychiatrischen Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund in BW, insbes Bedeutung und Zukunft der Michael-Balint-Klinik in Königfeld

KlAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/8040

Public Private Partnership

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 12 - Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten im kommunalen Bereich (Kap 0402 und 0460)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1912
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2512 (dazu Muhterem Aras GRÜNE und Klaus Maier SPD)
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 27.09.2013 Drs 15/4094
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4414
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5261 5262

Ausbau der A 6

Bewertung des sechsspurigen Ausbaus von Land und Bund, Bedeutung des Ausbaus im Abschnitt Bad Rappenau bis AS Heilbronn/Untereisesheim, Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Bundes zum Ausbau als Öffentlich-Privates Partnerschafts-Projekt; Gründe und Kosten der Vergabe eines eigenen Wirtschaftlichkeitsgutachtens zur gleichen Frage

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/2238

Ausbau der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze

Planungsstand des sechsspurigen Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und Kupferzell sowie zwischen Kupferzell und der Landesgrenze; Prüfung der Ausbauplanvarianten; Genehmigung der Ausbaupläne durch den Bund; Frage der Durchführung als Public-Private-Partnership-Projekt (PPP-Projekt)

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/3466

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4012

Öffentlich-private Partnerschafts (ÖPP)-Finanzierungen bei Bundesfernstraßen in BW

Sachstand der Finanzierung von Bundesfernstraßenprojekten in BW mit öffentlich-privaten Partnerschafts-Modellen und dessen Folgen, insbes planmäßige Abfinanzierung, langfristige Gesamtkosten, Kostenübernahme für Instandhaltung und Sanierung

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/5617

Finanzierung des Ausbaus der A 6 vom Weinsberger Kreuz bis zur Landesgrenze durch ein PPP-Modell auf Genossenschaftsbasis

Möglichkeit der Finanzierung des Ausbaus der A 6 vom Weinsberger Kreuz bis zur bayerischen Grenze mittels eines Public-Private-Partnership-Projektes durch eine Bürgerbeteiligungsgenossenschaft

MdlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5825

Verweisung auf die Einstellung sämtlicher PPP-Projekte
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 894 897

Verweisung auf die Einstellung sämtlicher PPP-Projekte
PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1934 1940

Public Relations

s. Öffentlichkeitsarbeit

Publizitätspflicht

s.a. Auskunftspflicht

s.a. Veröffentlichung

Erweiterung der Offenlegungsregelungen bei Interessenverknüpfungen von Abgeordneten

Neufassung von Ziffer III der Anlage 1 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. Juni 1989 (GBI S. 250), zuletzt geändert durch Beschluss vom 27. Juni 2012 (GBI S. 478); Erweiterung der Offenlegungspflicht von Interessenverknüpfungen auf Beratungen und Abstimmungen

Antr

s. Landtag, Geschäftsordnung

Drs 15/2352

Pumpspeicherkraftwerk

s. Kraftwerk

Pute

s. Geflügel

Qualifikationsnachweis

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Ziele, Verfahrensablauf und Auswirkungen des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Anerkennungsgesetz), insbes Zulauf ausländischer Fachkräfte nach BW, Qualitätserhalt deutscher Berufsabschlüsse, einbezogene Berufe auf Bundesebene und Effizienz des Verfahrens durch die zentrale Anerkennungsstelle; Zahl der Anträge und Bescheide seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes; beantragte Berufsarten im Anerkennungsverfahren in BW; Unterstützung und Verbesserung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Regelung der Berufsanerkennung auf EU-Ebene und weiterer Regelungsbedarf

Antr

s. Berufliche Qualifikation

Drs 15/2919

Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen

Lizenzstufen für Übungsleiter bzw Trainer; Unterschiede in der finanziellen Förderung der Lizenzstufen; Zielgruppen der Sportförderung; Qualitätssicherung der Lizenzausbildungen

Antr

s. Sportleiter

Drs 15/5023

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW

Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der EU-Richtlinie 2005/36/EG, insbes Sicherung des Fachkräfteangebots, bessere Integration von Migranten und Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, Einführung eines europäischen Vorwarnmechanismus, Europäischer Berufsausweis, partieller Berufszugang, Regelung zu Fristen und einzureichenden Dokumenten, Ermöglichung einer elektronischen Antragstellung, Anpassung von Statistikvorschriften, Einbindung eines Einheitlichen Ansprechpartners in die Verfahrensabwicklung

GesEntw

s. Berufliche Qualifikation

Drs 15/7554

Qualipass

s. Kompetenz

Qualität

Nahrungsmittelqualität in Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen in BW

Nutzung von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen in den letzten zehn Jahren; Qualitätsbewusstsein bei Anbietern und Konsumenten von Gemeinschaftsverpflegung; Verwendung biologischer und regionaler Lebensmittel; Kriterien für eine ausgewogene und gesunde Gemeinschaftsverpflegung; Einhaltung und Kontrolle von Qualitätsstandards; ausgezeichnete Betriebsverpflegung in BW; Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittelqualität

Antr

s. Verpflegung

Drs 15/2765

Gastronomische Betriebe in der Schulverpflegung in BW

Beteiligung gastronomischer Betriebe an der Schulverpflegung in BW, insbes Beteiligungsbeginn, Anforderungen und Vorbereitung auf die Aufgabe, Verwendung biologischer bzw aus kontrolliertem Anbau stammender Lebensmittel, Bilanz der Entwicklung sowie Vergleich zu ortsfremden Caterern in den Bereichen Qualität und Ausgewogenheit; Marktchancen und Attraktivität für die einheimische Gastronomie auch im Hinblick auf die steigende Zahl an Ganztagschulen; Zusammenarbeit des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung und dem Hotel- und Gaststättenverband BW im Bereich der Schulverpflegung

Antr

s. Schulverpflegung

Drs 15/2939

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Neugründung von Betrieben sowie die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes, insbes Statistiken zur handwerklichen Qualifikation der Neugründer, zum Betriebserfolg sowie zur Anzahl der Gewährleistungsansprüche im Schadensfall; Qualitätskriterien und Standards für Fliesenlegerbetriebe

Antr

s. Handwerk

Drs 15/3229

Kinderbetreuungsangebote in den Kommunen - Qualität in Kindertageseinrichtungen ausbauen, Finanzierung sicherstellen

Stand der Erfüllung der Rechtsverpflichtung zur Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren in den einzelnen Kommunen; Finanzierung dieses Angebots; Verfahren für die Abrufung der Landesmittel; Inanspruchnahme der Fördermittel nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG); Entwicklung der Personalstärke in den Jugendämtern im Verhältnis zum Ausbau der Kindertagespflege in den Stadt- und LKreisen; Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen, insbes der Betreuung von Kindern unter drei Jahren; Beispiele für eine Qualitätsverbesserung von Seiten der kommunalen Träger

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3980

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/5453

Wider die „Wegwerfgesellschaft“

Sachstand zur Entwicklung des Abfallaufkommens und zur Abfallvermeidung in BW, insbes Verschwendung von Lebensmitteln, Absatz von „Fast Fashion“, Erstnutzungsdauer von Elektrogeräten, Verwendung von Bauteilen zur geplanten Obsoleszenz, bisherige Beiträge der LReg gegen Wegwerftendenzen und notwendige Maßnahmen

Antr
s. *Abfallvermeidung*
Drs 15/7874

Qualitätsmanagement

s. *Qualitätssicherung*

Qualitätssicherung

s.a. *Gütezeichen*

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufs begleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 23 - Qualitätssicherung beim Schienenpersonennahverkehr (Kap 1003)

Mittlg RH
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1923

Qualitätskontrolle und Evaluation an Gemeinschaftsschulen

Gewährleistung der Bildungsstandards und der Bildungsniveaus von Hauptschule, Realschule und Gymnasium an den neuen Gemeinschaftsschulen; Bewertung ihrer Bildungsqualität nach einem bestimmten Zeitraum; Leistungskriterien und Methodik der Bewertung; Angaben zu der mit der Evaluation beauftragten Einrichtung; geplanter jährlicher Aufwand zur Sicherung der Unterrichtsqualität innerhalb der neun Einführungsjahre; Modus der öffentlichen Berichterstattung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2052

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2657

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes

Auswirkungen der Handwerksnovelle 2004 auf die Neugründung von Betrieben sowie die Qualität der Bauausführung im Fliesenlegerhandwerk unter dem Aspekt des Verbraucherschutzes, insbes Statistiken zur handwerklichen Qualifikation der Neugründer, zum Betriebserfolg sowie zur Anzahl der Gewährleistungsansprüche im Schadensfall; Qualitätskriterien und Standards für Fliesenlegerbetriebe

Antr
s. *Handwerk*
Drs 15/3229

Qualität der bei der Albtal-Verkehrsgesellschaft mbH bestellten SPNV-Dienstleistungen des Landes

Vereinbarungen des Landes mit der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG) zur Qualitätssicherung im Schienenpersonennahverkehr, insbes zur Pünktlichkeit und zur Anschlusssicherung; Pünktlichkeitswerte auf den Straßenbahnlinien und den reinen Eisenbahnlinien; Anpassung der Anforderungen während der Bauarbeiten an der „Kombilösung“ in der Karlsruher Innenstadt; Absprachen mit der AVG über baustellenbedingte Fahrplanänderungen

KIAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3374

Kompensation der Studiengebühren an der Dualen Hochschule BW ((DHBW)

Finanzsituation der Dualen Hochschule BW nach Abschaffung der Studiengebühren, insbes bisheriger Mittelzufluss aus Studiengebühren und Höhe der Qualitätssicherungsmittel an den einzelnen Standorten sowie vorgenommene oder beabsichtigte Ausgleichszahlungen; Stellenwert und Gewährleistung der Qualitätssicherung von Forschung und Lehre an der Dualen Hochschule BW

Antr
s. Hochschulfinanzierung
Drs 15/3415

Einbeziehung des Prüfdienstes der privaten Krankenversicherung in die Qualitätsprüfung von Pflegeeinrichtungen

Gründe und zusätzlicher Finanzaufwand für Nichtbeauftragung des Prüfdienstes des Verbands der privaten Krankenversicherung e.V. für Pflegeeinrichtungen in BW zur Durchführung von Qualitätsprüfungen in Pflegeheimen, insbes Anforderungen, Bestimmungen und Rechtsgrundlagen für solche Qualitätsprüfungen in BW, Beabsichtigung einer Änderung der Nichtbeauftragung

Antr
s. Pflegeeinrichtung
Drs 15/3640

Qualitätssicherung im Promotionsverfahren

Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Onlinediskussion auf dem Bürgerbeteiligungsportal zur Qualitätssicherung im Promotionsverfahren für die Novellierung des Landeshochschulgesetzes, insbes weitergehende Regelung einzelner Punkte in der Promotionsvereinbarung, Einbeziehung in das Qualitätsmanagementsystem, Sanktionierung wissenschaftlichen Fehlverhaltens

Antr
s. Promotion
Drs 15/4014

Zulassungsverfahren von Medizinprodukten

Angabe der Prüfstellen zur Zertifizierung von Medizinprodukten nach der EU-Medizinprodukte-Verordnung in BW; Kontrolle der Benennung und Überwachung der „benannten Stellen“ nach EU-einheitlichen Kriterien; Sicherung ihrer Zuverlässigkeit und Fachkompetenz; Nutzung der Kompetenzen medizinischer Fachgesellschaften im Zulassungsverfahren für Medizinprodukte; bürokratischer und finanzieller Aufwand für die Zulassung von Medizinprodukten

Antr
s. Medizinprodukt
Drs 15/4354

Delegation und Kooperation zwischen stationärem und ambulanten Sektor im Gesundheitswesen

Bewertung von Finanzierungsmodellen für vor- oder nachstationäre Leistungserbringer sowie Programmen zur Qualitätssteigerung

Antr
s. Gesundheitswesen
Drs 15/4383

Weitere Maßnahme zur Verbesserung der Pflege

Maßnahmen zur Sicherstellung von Personalbedarf und Qualität der Pflege sowie Haltung der LReg zu Beschlüssen des Koaliti-

onsvertrags im Bund im Bereich Pflege

KIAnfr
s. Pflege
Drs 15/4483

Autorisierungssystem verbunden mit der Stärkung der berufsständischen Organisation im Weinbau

Einführung eines Autorisierungssystems für Neu- und Wiederbepflanzungen von Rebflächen; Konsequenzen für das Weinland BW; Initiative im Bundesrat, um die gesetzliche Regelung der Pflanzrechte zu beschleunigen; Festsetzung der Pflanzrechte der Bundesländer nach dem Prinzip der Subsidiarität; Mitwirkung der Weinbauverbände beim jährlichen Handel der Pflanzrechte; Qualitätssicherung der Weinerzeugnisse durch Bevorzugung der Steil- und Terrassenlagen bei den Pflanzrechten

Antr
s. Weinbau
Drs 15/4575

Die Situation der Kliniken im LKkreis Esslingen

Kompetenzzentren an den Kliniken des LKreises Esslingen sowie den Städtischen Kliniken Esslingen; Qualität des ärztlichen Personals; Arbeitsbedingungen; ärztliche Ausbildung, insbes an den Städtischen Kliniken Esslingen; Einhaltung hygienischer Standards in der medizinischen Behandlung und in der Krankenpflege; Qualitätssicherung in den Kompetenzzentren bzw in allen Klinikbereichen; Anzahl ärztlicher Fehlbehandlungen; Anteil der medizinischen Fachkräfte und Pflegekräfte aus dem Ausland

KIAnfr
s. Krankenhaus
Drs 15/4691

Zustand der Fahrbahnen von Bundesstraßen im Enzkreis

Zustand der Bundesstraßen im Enzkreis nach der Bundesstraßenanierung im Jahr 2013; Kontrolle der ausführenden Firmen; Mängel im Fahrbahnbelag der B 294 zwischen Neuenbürg und Birkenfeld; Nachbesserung des Fahrbahnbelags; Qualitätssicherung in der Straßensanierung

KIAnfr
s. Straßenbelag
Drs 15/4744

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr
s. Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“
Drs 15/4977

Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen

Lizenzstufen für Übungsleiter bzw Trainer; Unterschiede in der finanziellen Förderung der Lizenzstufen; Zielgruppen der Sportförderung; Qualitätssicherung der Lizenzausbildungen

Antr
s. Sportleiter
Drs 15/5023

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr
s. *Wohngemeinschaft*
Drs 15/5072

Verschärfte MPU-Praxis?

Änderung der Regelungen zur Anordnung der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung; Zweck, Zuständigkeit, Behördenaufsicht und Qualitätskontrolle

KlAnfr
s. *Medizinisch-Psychologische Untersuchung*
Drs 15/5307

Weiterentwicklung der Krankenhausplanung und -investitionsförderung in BW

Stand der zukünftigen Krankenhausplanung und -investitionsförderung in BW, insbes Festlegung verbindlicher Qualitätskriterien, Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, geplantes Qualitätsinstitut auf Bundesebene

Antr
s. *Krankenhausplanung*
Drs 15/5828

Stabile Regelung für häusliche Betreuung durch externe Betreuungskräfte sicherstellen

Aktuelle Daten zur häuslichen Pflege in BW; statistische Erfassung der Pflegefälle und der Qualität der Betreuung; Fördermodelle zur Betreuung in anderen Staaten der Europäischen Union; Initiierung eines Hausbetreuungsgesetzes im Bundesrat mit folgenden Inhalten: Fördermittelmodell zur Betreuung von Pflegebedürftigen, arbeits- und steuerrechtliche Einordnung des Berufs des Personenbetreuers, Sicherung der Betreuungsqualität und Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Antr
s. *Häusliche Pflege*
Drs 15/5931

Entwicklung der oberflächennahen Geothermie in BW

Arten der oberflächennahen Erdwärmenutzung; Entwicklung der Erdwärmenutzung, insbes seit der Einführung der Leitlinien Qualitätssicherung Erdwärmesonden (LQS EWS) im Jahr 2011; Reduzierung des Risikos von durch Erdwärmesonden verursachten Schäden; Rolle der oberflächennahen Geothermie bei der Energiewende; Forschungsförderung

Antr
s. *Geothermische Energie*
Drs 15/6313

Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung

Grundsätze der Zusammenarbeit; Anpassung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des neuen Wohn-

, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG); Informationsaustausch zwischen Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) über die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse; Vermeidung von Doppelarbeit der Institutionen; Ergebnisse des Modellprojekts im LKreisludwigsburg; Steigerung der Effizienz bei der Prüfungsdurchführung

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 15/6561

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- EU-Justizbarometer 2015

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6788

Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Verbesserung der Notfallversorgung, insbes Berücksichtigung des gesamten Einsatzablaufs im Rettungsdienst bei der Planung durch die Bereichsausschüsse, Stärkung der Rechtsaufsicht, Verankerung eines landesweit einheitlichen Qualitätsmanagements, Einrichtung von Helfer-vor-Ort-Systemen, Anpassungen an das bundesgesetzliche Notfallsanitätäergesetz

GesEntw
s. *Rettungsdienstgesetz*
Drs 15/7612

Qualitätssicherungsgesetz

s. *Qualitätssicherung*

Qualitätssiegel

s. *Gütezeichen*

Qualitätsüberwachung

s. *Qualitätssicherung*

Qualitätszeichen

s. *Gütezeichen*

Qualitätszertifizierung

s. *Zertifizierung*

Quelloffene Software

s. *Software*

Quorum

s.a. *Bürgerentscheid*

Erstes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für eine erfolgreiche Volksabstimmung in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Drittel der Stimmberechtigten auf ein Fünftel der Stimmberechtigten

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4078

Zweites Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Sechstel der Stimmberechtigten auf ein Zehntel der Stimmberechtigten

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/4079

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/7178

Quotenregelung für Frauen

s. *Frauenquote*

Rabenkrähe

s. *Vogel*

Radarkontrolle

s. *Verkehrskontrolle*

Radfahren

s. *Radverkehr*

Radfahrer

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6081

Radfahrerverkehr

s. *Radverkehr*

Radikalismus

s. *Extremismus*

Radio Bremen

Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Neufestsetzung des Rundfunkbeitrags auf monatlich 17.50 Euro; Erhöhung der gesetzlich geregelten Ausgleichsmasse zur Unterstützung der kleinen Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk von derzeit 1,0 Prozent auf 1,6 Prozent des ARD-Nettobeitragsaufkommens

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/6046

Radio Regenbogen (Mannheim)

Geplante Windkraftanlage Hornisgrinde und Auswirkungen auf die dortige Rundfunk-Sendeanlage

Auswirkungen der geplanten Windkraftanlage Hornisgrinde auf die Hörfunk-Verbreitung und -Versorgung in Mittelbaden, insbes unzureichende Einbindung des davon betroffenen Hörfunkveranstalters „Radio Regenbogen“ in die bisherigen Planungs- und Genehmigungsprozesse

Antr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/4983

Radioaktiver Abfall

s.a. *Atomtransport*

s.a. *Entsorgung*

Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle

Bindung der Entscheidung über eine Erkundung geeigneter Gebiete bzw Standorte in BW an einen Bürgerentscheid? Eintreten für den Abschluss der Verfahren zur Endlagerstätte Gorleben und einen störungsfreien Verlauf der Transporte und Einlagerungen in Gorleben

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/9

Standortsuche für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen in BW

Wissenschaftliche Kriterien, Rechtsgrundlagen, geeignete geologische Formationen und Standorte für eine sichere Endlagerung von radioaktiven Abfällen; Zeitbedarf für die Suche nach einem Endlagerstandort bei einem Verzicht auf die Endlagerstätte Gorleben, Konsequenzen für die Zwischenlagerung von Brennelementen in BW; Eintreten für eine abschließende Prüfung der Eignung des Salzstocks in Gorleben

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/23

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Voraussetzungen für einen unumkehrbaren und für die Verbraucher bezahlbaren Atomausstieg; Klärung der Frage zur Endlagerung radioaktiver Abfälle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/77

Erdbebengefährdung Ernst nehmen und Erdbebensicherheit gewährleisten

Beurteilung der Erdbebengefahr in BW und der Schweiz, insbes für Chemiestandorte, Kernkraftwerke u.a. sicherheitsrelevante Anlagen, sowie für die Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle; Bedeutung und Ausstattung des Landes-erdbebendienstes im Vergleich mit Einrichtungen in Frankreich und der Schweiz

Antr

s. *Erdbeben*

Drs 15/295

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atommüll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafield; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr GRÜNE 05.04.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1549

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2491-2498

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafield und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 25.06.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1949

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.09.2012 Drs 15/3063 S. 47

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Anerkennung deutscher Kommunen im Sinne des Sachplans geologische Tiefenlager der Schweiz

Auflistung der o.g. Kommunen bzw der als „weiter betroffen“ anerkannten Kommunen sowie der hierfür maßgeblichen Kriterien, Beurteilung des für die Betroffenen zugestandenen Umkreises von fünf Kilometern; Unterstützung der Anerkennung der Gemeinde Gottmadingen als „weiter betroffene Kommune“

KlAnfr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/2170

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/2805

Endlagersuche für radioaktive Abfälle

Festhalten an einer ergebnisoffenen bundesweiten Suche nach einer Endlagerstätte; Haltung zur Standortsuche in BW nach dem Ausschluss von Gorleben als möglicher Lagerstätte für radioaktive Abfälle; Auswahl der für ein Endlager in Frage kommenden Standorte in BW

KlAnfr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/3117

Teilnahme des Landes am Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren zum Endlager Bure

Stand der Planungen und Erkundungen zum geplanten französischen Atommüllendlager Bure, insbes Informationen zum Sicherheitskonzept und die Möglichkeiten einer Teilnahme von BW an dem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren der Nationalen Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle (L' Agence nationale pour la gestion des déchets radioactif - ANDRA); Vernetzung und Wissensaustausch von BW mit Frankreich zur Endlagerthematik

Antr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/3153

Einigung von Bund und Ländern vom 9. April 2013 auf ein gemeinsames Vorgehen zum Erlass eines Standortauswahlgesetzes; Konsequenzen für BW

Hauptinhalt der Einigung; Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren; Zusage einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern im Zuge der Verhandlungen; rechtliche Rahmenbedingungen und Standortwahl für eine Zwischenlagerung in BW; Haltung der EnBW gegenüber der Endlagersuche und einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern

Antr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/3361

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmehbereitschaft der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/4144

Umgang mit zurückkommenden radioaktiven Abfällen aus Wiederaufarbeitungsanlagen: Die CDU drückt sich vor der Verantwortung ihrer jahrzehntelangen Atompolitik

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6087-6099

Schwach- und mittelradioaktiver Abfall auf dem Gelände des KIT Campus Nord in Karlsruhe

Korrosion der Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall auf dem Gelände des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Campus Nord in Karlsruhe; Überprüfung der Korrosionsschäden; Beurteilung der Lagerungsbedingungen auf dem Gelände des KIT Campus Nord durch das Bundesamt für Strahlenschutz; Situation in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerkstandorten Philippsburg und Neckarwestheim; Inbetriebnahme

des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6163

Einlagerung von Abfällen aus kerntechnischen Anlagen in Deponien des LKreises Ludwigsburg

Sachstand zur Einlagerung von Abfällen aus dem Forschungszentrum Karlsruhe und dem Kernkraftwerk Neckarwestheim in den Deponien Vaihingen-Horrheim und Schwieberdingen des LKreises Ludwigsburg durch die Abfallverwertungsgesellschaft Ludwigsburg, insbes radioaktive Kontamination der Abfälle

KlAnfr
s. *Mülldeponie*
Drs 15/8028

Forderung einer Offenlegung geeigneter Gesteinsschichten und Standorte für eine Endlagerung von radioaktiven Abfällen in BW
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 67

Anstrengung einer neuen Übereinkunft von Bund und Ländern bei der Endlagersuche für radioaktive Abfälle
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1203

Wiederaufnahme der festgefahrenen Diskussion mit dem Eckpunktepapier zur Endlagerung Radioaktiver Abfälle
PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2350

Radioaktivität

s.a. *Radioaktiver Abfall*
s.a. *Strahlenschutz*

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall
Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1699
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.07.2012 Drs 15/2544 S. 63 64
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Tritiumwerte im Bereich der Atomkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg

Aktuelle Messwerte über Emissionen; Auflagen an den Betreiber EnBW zur Einhaltung des gesetzlichen Grenzwerts; Tritiumbelastung der Flüsse Neckar und Rhein in den letzten zehn Jahren; Messmethoden und Messintervalle; Aufsichtsbehörde zur Überwachung der Messungen

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 26.11.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2739

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.02.2013 Drs 15/3398 S. 72
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2750

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. *Notfallvorsorge*
Drs 15/5014

Radiologie

Die Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten in BW

Gewährleistung eines international konkurrenzfähigen Niveaus der Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den fünf Medizinischen Fakultäten in BW

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 21.09.2011 und Antw MWK Drs 15/533

Radolfzell am Bodensee

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Radon

s. *Radioaktivität*

Radverkehr

s.a. *Radweg*

Hochbrücke Horb am Neckar

Bewertung des o.g. Projekts und weiterer Maßnahmen zur Entlastung der Horber Innenstadt von Verkehr, Lärm und Feinstaub;

Einbeziehung des Radverkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Verwirklichung des Vorhabens

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/131

Möglichkeiten zur Verbesserung der Fahrradverkehrssituation in BW

Ausbau und durchgängige Beschilderung des Radwegenetzes, Verknüpfung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, insbes kostenlose Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen, Ausbau der Radverkehrsschulung von Schülern, Unterstützung von fahrradfreundlichen Arbeitgebern, Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsges für Investitionen für Fußgänger und Radverkehr; Aufstockung des Etatansatzes für Fahrradverkehr im Hpl 2012

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 14.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/273
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 53 54
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
Mittlg LReg 08.06.2012 Drs 15/1819

Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen und Landesstraßen in BW

Realisierung, Baubeginn, Planung und Fertigstellung o.g. Radwege seit 2005 bis 2012

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/602

Haushalt 2012; Epl 13

Steigerung des Radverkehrsanteils, Förderung von Fahrradabstellanlagen an Stationen des Öffentlichen Personennahverkehrs

ÄAntr GRÜNE und SPD 17.01.2012 Drs 15/1113-10 S. 37 38
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1348-1370

Ausbau des Fahrradwegenetzes an den Grenzen des Enzkreises

Darlegung des Bedarfs für den Bau oder Ausbau o.g. Radwege; Eintreten für den Bau einer Radwegverbindung zwischen Tiefenbronn-Lehningen und Hausen an der Würm im LKreis Böblingen

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/1781

Ausbau von Radwegen im LKreis Karlsruhe

Bau und Fertigstellung von Radwegen seit 2005 bis 2013, Höhe der Mittelbereitstellung, Kriterien für die Festlegung der Projekte

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/1890

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Ausbau des Radwegenetzes im LKreis Konstanz und in der Bodenseeregion

Auflistung o.g. Maßnahmen seit 2006 und in den kommenden Jahren, Bedeutung der Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz; Maßnahmen zur Verbesserung des Radfahrens rund um den Bodensee sowie des grenzüberschreitenden Radverkehrs mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2266

Fahrradinfrastruktur im Land ausbauen

Jährliche Ausgaben des Landes für die Fahrradinfrastruktur seit 2002; Anteil des Fahrradverkehrs am Personenverkehr; Maßnahmen zur Aufwertung und Förderung des Radverkehrs; gesetzliche Regelung für Fahrradschutzstreifen außerhalb geschlossener Ortschaften; Förderung leistungsfähiger Radverkehrsverbindungen für das Pendeln zur Arbeit oder zum Ausbildungsplatz; Unterstützung einer breiteren Nutzung von Pedelecs; Vereinheitlichung der Fahrradverleihsysteme, Abstellstationen und Leihbedingungen; Pakt des Landes mit den Kommunen für mehr Radverkehr; Erhöhung des Radverkehrsanteils auf 20 Prozent

Antr GRÜNE und SPD 20.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2372
PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3592-3599
Mittlg LReg 22.08.2013 Drs 15/3964

Radaktionstag des LKreises Göppingen auf der Bundesstraße 10

Art der Beteiligung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur an der Planung und Durchführung des Rad-Aktionstags am 16. September 2012; Kosten für die beteiligten Körperschaften, Verhältnismäßigkeit der Aktion; Beanstandung der Sperrung der Bundesstraße 10 für den Kraftwagenverkehr, der Streckenführung der Verkehrsumleitung, des zusätzlichen Verkehrsaufkommens und der mangelnden Information über die Verkehrslage

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 21.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2376
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 79 80
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Förderung und Ausbau der Fahrradinfrastruktur

Entwicklung des Mitteleinsatzes von Land und Kommunen für den Ausbau von Radwegen; Beurteilung einer Beteiligung der Nutzer an der Finanzierung des weiteren Ausbaus differenziert nach Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs; Befürwortung der Einführung einer Helm- und Führerscheinpflcht? Hinwirkung auf gleiche Steuererleichterungen auch für Dienstfahrräder, Dienst-Pedelecs und E-Bikes wie für privat genutzte Dienstwagen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/2574

Radwege in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Ausbau des Radwegenetzes im Hinblick auf Tourismus und Alltagsverkehr; Zusammenstellung der in den Jahren 2006 bis 2011 in den beiden Kreisen fertiggestellten Radwege, jeweils mit Angabe von Jahr, Länge und Kosten; Aufstellung der Projekte bis 2016; vorgesehene Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in der Region

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2652

Rad-Schulwegpläne

Funktion von Rad-Schulwegplänen; Maßnahmen und Hilfsmittel zu ihrer Erstellung; Regelung über ein einzuführendes Schulwegsicherungsgesetz

KlAnfr

s. *Radweg*

Drs 15/2828

Regierungsbefragung

Ausbau der Fahrradinfrastruktur in BW

PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3853-3855

Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Sachstand der Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr und Umweltverbund nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) in den Regierungsbezirken, insbes bereitgestellte Mittel und tatsächlicher Mittelabfluss

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/3399

Radfahren im Wald - Waldwegenutzung im Spannungsverhältnis

Nutzungsregelung für Waldwege und daraus resultierende Probleme durch Freizeitsportler, Radfahrer auf schmalen Wegen und Mountainbikern auf Singletrails; Einigung von Tourismusverbänden und Forstbehörden zur Nutzung von Waldwegen durch Mountainbiker; Änderung von § 37 Abs 3 S. 3 Landeswaldgesetz zur Aufhebung des absoluten Nutzungsverbots für Radfahrer auf Wegen unter 2 Metern Breite

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 02.07.2013 und
Stellungnahme MLR Drs 15/3726

BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.12.2013 Drs 15/4897
S. 90 91

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Schlussfolgerungen für die Radverkehrspolitik aus den Erkenntnissen der ersten Radsternfahrt

Erkenntnisse aus der Radsternfahrt im Juli 2013 in Stuttgart; Personal- und Sachkosten für Planung und Durchführung der Radsternfahrt; Personaleinsatz seitens staatlicher Dienststellen wie z.B. der Polizei und der Straßenbauverwaltung; Finanzierung der Veranstaltung, Sponsoren; Initiativen und Veranstaltungen zur Förderung der Radkultur

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 25.07.2013 und Antw
MVI Drs 15/3870

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW

Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr Stefan Teufel CDU 02.09.2013 und Antw MLR Drs
15/3991

Radwege im LKreis Rhein-Neckar und in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim

Stand des Ausbaus des Radwegenetzes im LKreis Rhein-Neckar sowie in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim mit Förderung aus dem Landeshaushalt, insbes fertig gestellte und geplante Radwege; nicht-bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrs in der Region

KlAnfr

s. *Radweg*

Drs 15/4060

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahrradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radelnder Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr

s. *Verkehrserziehung*

Drs 15/4085

Fahrradsicherheit und Fahrradunfälle

Unfallzahlen von Radfahrern; Sicherheitsüberprüfung und -zustand von Fahrrädern; Verkehrssicherheit bei antriebsunterstützten Fahrrädern; Akzeptanz und Nutzung von Fahrradhelmen

Antr

s. *Fahrrad*

Drs 15/4278

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Beurteilung der Ergebnisse der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“; Umfang des Finanzierungsdefizits im Bereich der Landesstraßen und Lösungen für eine Verstetigung der Landesstraßenfinanzierung; Personalausstattung im Verkehrsinfrastrukturbereich; Ausweitungsmöglichkeiten der Nutzerfinanzierung durch Erhöhung der Lkw-Maut bzw der Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für Pkw; Ausweitung bzw Dynamisierung der finanziellen Fördermöglichkeiten; Zustandserhebung, Finanzierung und Durchführung der notwendigen Brückensanierungen außerhalb der Baulast des Bundes; Zielkonflikt zwischen Nettonull beim Flächenverbrauch und dem Neu- und Ausbau des Radverkehrsnetzes

GrAnfr

s. *Verkehrsinfrastruktur*

Drs 15/4283

Novellierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Einführung neuer Fördertatbestände zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Absenkung der Bagatelgrenze; Förderung des Einbaus von Lärmschutzfenstern; Übergangsregelungen für bereits zugesagte Fördervorhaben; Absenkung der Förderquote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); Verzicht auf Kürzungen im Förderbereich Radverkehr; Gefahr des Ausbleibens von Investitionsvorhaben wegen zu geringer Finanzkraft der Träger

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4348

Radstellplätze

Förderung des Radverkehrs durch Stellplätze für Fahrräder; Vorhaben einer verpflichtenden Einrichtung von Radstellplätzen bei Wohnungsneubauten; Ausweisung von Stellmöglichkeiten für Kinderwagen und Rollatoren

KlAnfr

s. *Fahrrad*

Drs 15/4609

Aus- und Neubaumaßnahmen im Straßenbau in BW

Über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bewilligte Maßnahmen des Kommunalen Straßenbaus sowie des Umweltverbunds; Bewilligungen in den LKreisen seit Mai 2011; Aus- und Neubau von Landesstraßen seit dem Regierungswechsel

Antr

s. Straßenbau

Drs 15/4611

Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Erlaubnis zur Mitnahme von Fahrrädern in den Verkehrsverbänden; Umfang der aktuellen Kapazitäten für eine Fahrradmitnahme; Investitionsbedarf zur Herstellung einer generellen Mitnahmemöglichkeit; Kampagne „Nimm's mit“ der Naturfreunde in BW aus dem Jahr 2011; Auswirkungen einer generellen unentgeltlichen Fahrradmitnahme auf das Preisniveau oder die Entwicklung der öffentlichen Zuschüsse; uneinheitliche Regelung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Verwirklichung einer einheitlichen, kostenlosen Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 07.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4730

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 52

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Veranstaltungen - „RadKULTUR BW“

Auflistung der vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur im Jahr 2013 durchgeführten Veranstaltungen und deren Kosten; für 2014 geplante Veranstaltungen; Erkenntnisse aus den Veranstaltungen; Subventionierung einer RadCouture-Modeshow im Jahr 2013; Kritik des Bunds der Steuerzahler an den Ausgaben für die Veranstaltungen zur „RadKULTUR BW“

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 13.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4763

Beidseitiger Schutzstreifen für Fahrradfahrer - deutlicher Sicherheitsgewinn?

Vorgaben der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) für eine Mindestbreite des Straßenraums bei einer Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer auf Kreis- und Landesstraßen; Richtlinie des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Gestaltung und Förderung von Radverkehrsanlagen (RL-Radinfrastruktur); Einhaltung der vorgegebenen Straßenmindestbreite bei der Einrichtung von Schutzstreifen; Stärkung der Verkehrssicherheit der Radfahrer durch die von Städten und Gemeinden ausgewiesenen Schutzstreifen; Schutzstreifen an viel befahrenen innerörtlichen Straßen; Voraussetzungen für eine Neumarkierung von Schutzstreifen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 13.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4934

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 60-62

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Radtouristikfahrten in BW

Anzahl der jährlich als Breitensportveranstaltungen stattfindenden Radtouristikfahrten in BW; Gründe für die Genehmigungspflicht ab einer Teilnahme von 100 Personen; Verzicht auf eine Genehmigungspflicht für Radtouristikfahrten

KlAnfr

s. Fahrradtourismus

Drs 15/4958

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr

s. Promillegrenze

Drs 15/4992

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kenntnisgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw

s. Landesbauordnung für Baden-Württemberg

Drs 15/5294

Fahrradtourismus in BW

Übernachtungszahlen, Verweildauer und Herkunft der Fahrradtouristen; Anstieg der Zahl der fahrradfreundlichen Gastbetriebe; Ausbau der Infrastruktur und Qualität des Radwegenetzes; Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer im Straßenverkehr; Stärkung des Fahrradtourismus in BW; Kooperation mit den Nachbarländern

Antr

s. Fahrradtourismus

Drs 15/5317

Ausweisung von Mountainbike-Strecken

Vorgehensweise, Zeitplan, Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten bei der Ausweisung von Mountainbike-Strecken iRd weiteren Behandlung der Petition zum Thema Radfahren auf Waldwegen

KlAnfr

s. Radweg

Drs 15/5703

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3436 betr. Radfahren auf Waldwegen; Streichung der „2-Meter-Regel“ und der entsprechenden Bußgeldbestimmung im Landeswaldgesetz

BeschlEmpf und Bericht PetA 16.10.2014 Drs 15/5806 Nr. 1 S. 2-5

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Mittlg LReg 13.10.2015 Drs 15/7588

Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKreis Rastatt)

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwi-

schen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegebau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/6183

Einrichtung von „Fahrradhäusle“ im Schwarzwald als Unterkünfte für Radtouristen; Kritik der Fahrradverbände an der Radverkehrspolitik der LReg; Mittelumschichtung für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1821-1823 1831 1832

Radverkehrsschulung

s. *Verkehrserziehung*

Radweg

s.a. *Verkehrsweg*

Flurneueordnung und Landentwicklung in BW

Aufgaben und (ökologische) Bedeutung der Flurneueordnung und Landentwicklung, insbes für den Tourismus durch den Ausbau von Rad- und Wanderwegen, für den ländlichen Wegebau und Waldwegebau; Darlegung der künftigen Schwerpunkte und vorrangigen Verfahrensarten; Fortschreibung und bedarfsgerechte Anpassung der Etatansätze

Antr
s. *Flurneueordnung*
Drs 15/167

Möglichkeiten zur Verbesserung der Fahrradverkehrssituation in BW

Ausbau und durchgängige Beschilderung des Radwegenetzes, Verknüpfung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, insbes kostenlose Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen, Ausbau der Radverkehrsschulung von Schülern, Unterstützung von fahrradfreundlichen Arbeitgebern, Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindefinanzierungsgesetz für Investitionen für Fußgänger und Radverkehr; Aufstockung des Etatansatzes für Fahrradverkehr im Hpl 2012

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/273

Radwege im LKreis Lörrach

Stand der Planung und Realisierung des Radwegebaus an Landes- und Kreisstraßen

KlAnfr Josef Frey GRÜNE 28.07.2011 und Antw MVI Drs 15/371

Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall

Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen, u.a. für Urlaub auf dem Bauernhof, Tagestourismus, Tagungstourismus und Familienurlaub; Ausbau des Radwegenetzes; Verbindung von Tourismus und Naturschutz

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/402

Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen und Landesstraßen in BW

Realisierung, Baubeginn, Planung und Fertigstellung o.g. Radwege seit 2005 bis 2012

KlAnfr Alexander Salomon GRÜNE 27.09.2011 und Antw MVI Drs 15/602 (10 S.)

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Schließung der Lücken im Radwegenetz

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/691

Fördermittel nach Entflechtungsgesetz

Finanzierung des geplanten Sonderprogramms Radwege

Antr
s. *Entflechtungsgesetz*
Drs 15/1052

Ausbau des Fahrradwegenetzes an den Grenzen des Enzkreises

Darlegung des Bedarfs für den Bau oder Ausbau o.g. Radwege; Eintreten für den Bau einer Radwegverbindung zwischen Tiefenbronn-Lehningen und Hausen an der Würm im LKreis Böblingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 30.05.2012 und Antw MVI Drs 15/1781

Ausbau von Radwegen im LKreis Karlsruhe

Bau und Fertigstellung von Radwegen seit 2005 bis 2013, Höhe der Mittelbereitstellung, Kriterien für die Festlegung der Projekte

KlAnfr Werner Raab CDU 21.06.2012 und Antw MVI Drs 15/1890

Ausbau des Radwegenetzes im LKreis Konstanz und in der Bodenseeregion

Auflistung o.g. Maßnahmen seit 2006 und in den kommenden Jahren, Bedeutung der Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindefinanzierungsgesetz; Maßnahmen zur Verbesserung des Radfahrens rund um den Bodensee sowie des grenzüberschreitenden Radverkehrs mit der Schweiz

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 27.08.2012 und Antw MVI Drs 15/2266

Fahrradinfrastruktur im Land ausbauen

Jährliche Ausgaben des Landes für die Fahrradinfrastruktur seit 2002; Anteil des Fahrradverkehrs am Personenverkehr; Maßnahmen zur Aufwertung und Förderung des Radverkehrs; gesetzliche Regelung für Fahrradschutzstreifen außerhalb geschlossener Ortschaften; Förderung leistungsfähiger Radverkehrsverbindungen für das Pendeln zur Arbeit oder zum Ausbildungsplatz; Unterstützung einer breiteren Nutzung von Pedelecs; Vereinheitlichung der Fahrradverleihsysteme, Abstellstationen und Leihbedingungen; Pakt des Landes mit den Kommunen für mehr Radverkehr; Erhöhung des Radverkehrsanteils auf 20 Prozent

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/2372

Förderung und Ausbau der Fahrradinfrastruktur

Entwicklung des Mitteleinsatzes von Land und Kommunen für den Ausbau von Radwegen; Beurteilung einer Beteiligung der Nutzer an der Finanzierung des weiteren Ausbaus differenziert

nach Fahrrädern, E-Bikes und Pedelecs; Befürwortung der Einführung einer Helm- und Führerscheinplicht? Hinwirkung auf gleiche Steuererleichterungen auch für Dienstfahrräder, Dienst-Pedelecs und E-Bikes wie für privat genutzte Dienstwagen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/2574

Radwege in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Ausbau des Radwegenetzes im Hinblick auf Tourismus und Alltagsverkehr; Zusammenstellung der in den Jahren 2006 bis 2011 in den beiden Kreisen fertiggestellten Radwege, jeweils mit Angabe von Jahr, Länge und Kosten; Aufstellung der Projekte bis 2016; vorgesehene Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in der Region

KlAnfr Jürgen Filius GRÜNE 12.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2652

Radwege im Rems-Murr-Kreis

Lückenschließung und Sanierung der Rad- und Gehwege entlang der L 1119, L 1066, L 1155 und weiterer Landstraßen; Kosten und Finanzierung; Verwendung von Landesmitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für die Radwegverbindung von Kirchberg an der Murr nach Backnang

KlAnfr Gernot Gruber SPD 14.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2663

Rad-Schulwegpläne

Funktion von Rad-Schulwegplänen; Maßnahmen und Hilfsmittel zu ihrer Erstellung; Regelung über ein einzuführendes Schulwegesicherungsgesetz

KlAnfr Thomas Reusch-Frey SPD 20.12.2012 und Antw KM Drs 15/2828

Regierungsbefragung

Ausbau der Fahrradinfrastruktur in BW

s. *Radverkehr*
PIPr 15/64 S. 3853

Förderung Radwegbau

Verteilung der in den Jahren 2012 und 2013 zur Verfügung stehenden Fördermittel für den Radwegbau in BW auf die Regierungsbezirke; Fördermittel, gestellte Förderanträge und Zuteilung für die einzelnen förderfähigen Anträge im Ortenaukreis

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 20.08.2013 und Antw MVI Drs 15/3958

Radwege im LKreis Rhein-Neckar und in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim

Stand des Ausbaus des Radwegenetzes im LKreis Rhein-Neckar sowie in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim mit Förderung aus dem Landeshaushalt, insbes fertig gestellte und geplante Radwege; nicht-bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrs in der Region

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 18.09.2013 und Antw MVI Drs 15/4060

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Höhe der für Aus- und Neubau sowie für Unterhalt und Sanierung der Landesstraßen 2013 und 2014 zur Verfügung stehenden Mittel; durchgeführte und geplante Sanierungsmaßnahmen; Höhe der erforderlichen Mittel; Maßnahmen zur Sanierung oder Lückenschließung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis und ihre Kosten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4237

Radwege im Main-Tauber-Kreis

Ausbau des Radwegenetzes im Main-Tauber-Kreis, insbes fertiggestellte Radwege und vorgesehene Ausbaumaßnahmen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.12.2013 und Antw MVI Drs 15/4548

Radwegenetz im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr Karl Rombach CDU 24.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4839

Radwege im Neckar-Odenwald-Kreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr Peter Hauk CDU 26.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4855

Radwege im Stadt- und LKreis Heilbronn

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Stadt- und LKreis Heilbronn

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 26.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4860

Beidseitiger Schutzstreifen für Fahrradfahrer - deutlicher Sicherheitsgewinn?

Vorgaben der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) für eine Mindestbreite des Straßenraums bei einer Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer auf Kreis- und Landesstraßen; Richtlinie des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Gestaltung und Förderung von Radverkehrsanlagen (RL-Radinfrastuktur); Einhaltung der vorgegebenen Straßenmindestbreite bei der Einrichtung von Schutzstreifen; Stärkung der Verkehrssicherheit der Radfahrer durch die von Städten und Gemeinden ausgewiesenen Schutzstreifen; Schutzstreifen an viel befahrenen innerörtlichen Straßen; Voraussetzungen für eine Neumarkierung von Schutzstreifen

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4934

Lückenschlüsse im baden-württembergischen Radwegenetz

Schließung der Lücken im bestehenden Radwegenetz BW, insbes Bestandsaufnahme, Kosten und politische Umsetzung

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 26.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4987

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 28.05.2014 Drs 15/5374 S. 23

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Fahrradtourismus in BW

Übernachtungszahlen, Verweildauer und Herkunft der Fahrradtouristen; Anstieg der Zahl der fahrradfreundlichen Gastbetriebe; Ausbau der Infrastruktur und Qualität des Radwegenetzes; Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer im Straßenverkehr; Stärkung des Fahrradtourismus in BW; Kooperation mit den Nachbarländern

Antr
s. *Fahrradtourismus*
Drs 15/5317

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr

s. Infrastruktur

Drs 15/5450

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr

s. Grenzüberschreitender Verkehr

Drs 15/5565

Ausweisung von Mountainbike-Strecken

Vorgehensweise, Zeitplan, Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten bei der Ausweisung von Mountainbike-Strecken iRd weiteren Behandlung der Petition zum Thema Radfahren auf Waldwegen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 16.09.2014 und Antw MLR Drs 15/5703

Radschulwegplanung im LKreiss Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreiss Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr

s. Schulweg

Drs 15/6081

Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKreiss Rastatt)

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwischen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegebau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr Tobias Wald CDU 26.11.2014 und Antw MVI Drs 15/6183

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellte sowie künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtun-

gen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr

s. Verkehrsinfrastruktur

Drs 15/6273

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Förderung des Aus- und Neubaus sowie der Sanierung der Landesstraßen im Jahr 2014; Erhaltung des Radwegenetzes und Lückenschließung; Auskunft über die 2014 durchgeführten und für 2015 geplanten Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. Landesstraße

Drs 15/6279

Radwegebau 4.0

Kostenverteilung beim Bau einer Landesstraße mit parallel verlaufendem Radweg; Einsparpotenziale beim Radwegebau; Nutzung von Bodenplatten aus Solarzellen beim Radwegebau

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 18.12.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6293

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 66

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Förderung von Fuß- und Radwegebrücken

Förderbedingungen für Fuß- und Radwegebrücken, insbes Förderung der iRd Bundesgartenschau 2019 zu erstellenden Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Hauptbahnhof in Heilbronn

KlAnfr

s. Brücke

Drs 15/6494

Geh- und Radschulwegplanung im LKreiss Esslingen

Sachstand zur Geh- und Radschulwegplanung im LKreiss Esslingen, insbes Planungsstand der einzelnen Schulen, Nutzung des internetbasierten Informationssystem WebGIS des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung

KlAnfr

s. Schulweg

Drs 15/6923

Radwegebau im Bodenseekreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Bodenseekreis, insbes Realisierung der Verbindungen zwischen Herdwangen-Schönach und Owingen sowie zwischen Frickingen und Lippertsreute

KlAnfr Ulrich Müller CDU 19.01.2016 und Antw MVI Drs 15/7958

Radwege an Landes- und Bundesstraßen

Sachstand zur aktuellen und mittelfristigen Umsetzung von Radwegen an Landes- und Bundesstraßen, insbes im Bauprogramm für 2016 und im Maßnahmenplan für die Jahre ab 2017

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 17.02.2016 und Stellungnahme MVI Drs 15/8078

Feststellung von Investitionen des MVI vor allem in den Radwegbau

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349-1352 1355 1357 1358 1362

Raiffeisenbank

s. Kreditgenossenschaft

Randale

s. Krawall

Ranking

LEADER-Förderung im Main-Tauber-Kreis

Projekte der vergangenen (bis 2007) und der laufenden Förderperiode (2007 bis 2013); jeweilige Summen der Fördergelder; Position des Main-Tauber-Kreises in einer Rangliste, welche die baden-württembergischen LKreise nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte einstuft

KlAnfr
s. LEADER
Drs 15/3291

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis

Stellenwert des LEADER-Programms für ländlich geprägte Landkreise; bisherige und aktuell geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr
s. LEADER
Drs 15/3628

LEADER-Förderung im Alb-Donau-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Alb-Donau-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Alb-Donau-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen Landkreisen

KlAnfr
s. LEADER
Drs 15/4975

LEADER-Förderung im LKreis Schwäbisch Hall

In den Jahren 2011 bis 2013 geförderte Projekte; Anzahl der Projekte und Höhe der Fördermittel im Vergleich zu anderen LKreisen

KlAnfr
s. LEADER
Drs 15/5456

LEADER-Förderung im Neckar-Odenwald-Kreis im Jahr 2013

Im Jahr 2013 iRd LEADER-Programms geförderte Projekte im Neckar-Odenwald-Kreis und jeweilige Fördersummen; Position des Neckar-Odenwald-Kreises in einer Rangliste nach der Anzahl der LEADER-geförderten Projekte in baden-württembergischen LKreisen

KlAnfr
s. LEADER
Drs 15/5853

Rapp, Dr. Patrick MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7117

Raps

Rapsvergiftungen bei Wildtieren in BW

Ursachen, Verbreitung, Heilung und Prävention von Rapsvergiftungen bei Wildtieren in BW

Antr
s. Wildtier
Drs 15/3313

Rassenhass

s. Rassismus

Rassenverfolgung

s. Rassismus

Rassismus

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der ergriffenen Disziplinarmaßnahmen; Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM; flächendeckende Untersuchung extremistischer Aktivitäten innerhalb der Polizei, Vermeidung einer Stellung aller Polizeibeamten unter Generalverdacht; umfassende Information des Innenausschusses

Antr
s. Polizei
Drs 15/2233

Erkenntnisse und Maßnahmen mit Bezug auf die Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall

Erkenntnisse zur Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall und Gegenmaßnahmen zum Schutz der - insbes auch ausländischen - Bürger

MdLAnfr
s. Ku-Klux-Klan
Drs 15/3456

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. Flüchtlingspolitik
Drs 15/7421

Gedenken an die Judenverfolgung im nationalsozialistischen Unrechtsregime, Sensibilisierung der Jugendlichen gegenüber Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 757-760

Verweisung auf eine Studie über antisemitischen und antimuslimischen Rassismus in Deutschland

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 900

Bekämpfung von Rassismus im Internet, Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung, Förderung des Projekts „Schule ohne Rassismus“

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1663-1665

Bewertung der türkischen „Grauen Wölfe“ als rassistisch, Hinweis auf Kontakte zu der NPD mit antisemitischen Motiven

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1812 1813 1815

Rastanlage

s.a. Tankstelle

Tank- und Rastanlage im Enztal / A 8

Planungsstand der o.g. Tank- und Rastanlage an der Ausfahrt Pforzheim-Ost; Ausmaß der Flächen, die durch den Bau neu versiegelt werden; vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen; Größe der Tanks zur Lagerung grundwassergefährlicher Stoffe und Einstufung des damit verbundenen Gefährdungspotenzials; Maßnahmen zum Oberflächen- und Grundwasserschutz

KlAnfr Dr. Bernd Murschel GRÜNE 15.09.2011 und Antw MVI Drs 15/499

Parkplätze für Reisemobile an Bundesautobahnen

Schaffung von Parkmöglichkeiten für Wohnmobile auf Autobahnrastplätzen; Nutzung der mit dem Zusatzzeichen 1048-10 (nur Personenkraftwagen) versehenen Parkplätze durch Reisemobile

KlAnfr
s. *Parkraum*
Drs 15/3120

Enteisung von Lastkraftwagen an Autobahnrastanlagen in BW

Einrichtung zum Enteisen von Lastkraftwagen auf Autobahnrastplätzen; Art der eingesetzten Technik; Forschungsvorhaben und Modellprojekte für ein automatisiertes Enteisen von Lkw-Dächern; Betrieb von Enteisungsanlagen in anderen Ländern; Handlungsbedarf

Antr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/4118

Ausbau Bundesstraße (B) 31 Ost

Beginn des dreispurigen Ausbaus der B 31 Ost von Löffingen bis Hinterzarten; Höhe der für die einzelnen Bauabschnitte veranschlagten Kosten; Bau einer Tank- und Rastanlage im Bereich Röttenbach

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5621

Rastatt

Südfahrt des Rastatter Stadtteils Münchfeld

Höhe der Mittelbereitstellung für Lärmschutzmaßnahmen im Wahlkreis Rastatt in den nächsten zwei Jahren, Chancen einer Realisierung der o.g. Umfahrung bzw. von Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anwohner

KlAnfr Karl-Wolfgang Jägel CDU 03.11.2011 und Antw MVI Drs 15/821

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienortwechsel und Entstehung neuer Fahrtwege nach der geplanten Polizeistrukturereform in den Polizeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Veränderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3880

Bau des Rastatter Tunnels im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn, Verweisung auf den noch anhängigen Antrag auf Planänderung und den damit noch offenen Zeitpunkt des Baubeginns

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 984 1030 1031 1033-1037

Rastatt, Landkreis

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den Landkreis Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw. in Stuttgart nach Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/367

Südfahrt des Rastatter Stadtteils Münchfeld

Höhe der Mittelbereitstellung für Lärmschutzmaßnahmen im Wahlkreis Rastatt in den nächsten zwei Jahren, Chancen einer Realisierung der o.g. Umfahrung bzw. von Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Anwohner

KlAnfr
s. *Rastatt*
Drs 15/821

Einrichtung von sogenannten Gemeinschaftsschulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Frage nach vorliegenden Anträgen oder Absichtserklärungen von Schulträgern, einer Prüfung der Genehmigungsfähigkeit und den notwendigen gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1252

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreises Rastatt (Wahlkreis 33)

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2010; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; geplante und planfestgestellte Maßnahmen für 2012 und 2013, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1257

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreises Rastatt und den Stadtkreis Baden-Baden

Auffüstung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1404

Innerörtliche Saatkrähen-Problematik in der Stadt Bühl (Baden)

Bestandsentwicklung, Verbreitung und Schäden im LKreises Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden, Art und Erfolg von Methoden zur Vergrämung und Bestandsregulierung, Unterstützung der Kommunen bei der Bestandseindämmung

KlAnfr
s. *Vogel*
Drs 15/1443

Ärztliche Versorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreises Rastatt

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1780

Situation der Ganztagsbetreuung an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreises Rastatt

Zahl der vorhandenen, beantragten und benötigten Ganztagschulen differenziert nach Schularten; Darlegung der pädagogischen Konzepte; Zeitperspektive für die Bearbeitung und Bescheidung der gestellten Anträge; Einschätzung des Bedarfs bis 2020; Höhe der aktuellen und künftigen finanziellen Förderung

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/1785

Unterrichtsausfall an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreises Rastatt

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1784

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1862

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1980

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2059

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Stadtkreis Baden-Baden bzw im südlichen LKreises Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2041

Umsetzung der EU Richtlinie 2008/96/EG und damit verbundene Auswirkungen auf die Gestaltung von Verkehrskreisel hinsichtlich ihrer Sicherheit

Auswirkungen auf bereits bestehende oder in der Planung befindliche Verkehrskreisel auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; durch die Prüfung der Verkehrssicherheit für das Land, die Kreise und Gemeinden entstehende Kosten; Überprüfungsmethoden und Umsetzungsfristen, Förderung der Rückbaumaßnahmen; Nennung der betroffenen Verkehrskreisel insbes im Wahlkreis Baden-Baden

Antr

s. Kreisverkehr
Drs 15/2727

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Rastatt
Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/2952

Ausbau von Kindertagesstätten im Wahlkreis 33 (südlicher Landkreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden)

Betreuungsquote in den Kindertageseinrichtungen; Bewilligung von Förderanträgen und Ausbau der Kindertagesstätten durch Mittel aus dem Fiskalpakt; Ausgleich des Mangels an pädagogischem Fachpersonal; Sicherung des Qualitätsniveaus der Betreuungseinrichtungen; Unterstützung der Kommunen gegenüber den ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz einklagenden Eltern

KlAnfr
s. Kindertagesstätte
Drs 15/3271

Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden
Anzahl und Größe der Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen sowie Zukunftserwartungen; abgebaute Substrate; Sicherstellung der Betriebssicherheit

KlAnfr
s. Biogasanlage
Drs 15/3281

Regenerative Energien im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden im Vergleich zu den übrigen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Standorte von Wasser- und Windkraftanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasserkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien in beiden Kreisen

KlAnfr
s. Erneuerbare Energie
Drs 15/3282

Hochwasserschäden im südlichen LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Art und Gesamtkosten der Hochwasserschäden im südlichen LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden sowie vorgesehene Hilfsmaßnahmen und Konsequenzen für den Hochwasserschutz; Erfolgsbilanz der bisherigen Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. Hochwasserschaden
Drs 15/3835

Polizeidirektion Rastatt und Offenburg

Personalverteilung, Dienstortwechsel und Entstehung neuer Fahrtwege nach der geplanten Polizeistrukturreform in den Polizeidirektionen Rastatt und Offenburg; notwendige bauliche Veränderungen und finanzielle Anforderungen zur Durchführung der Strukturreform in den LKreisen Rastatt, Ortenau und dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/3880

Pflegemaßnahmen in Naturschutzgebieten im Wahlkreis 33

Landschaftspflege in Naturschutzgebieten in Baden-Baden und Umgebung, insbes Ausgaben, Größe und Art der Fläche sowie Anzahl der beauftragten Betriebe; Bindung der Erlaubnis für Gehölz- und Pflegearbeiten in Naturschutzgebieten an ein festes Zeitfenster

KlAnfr
s. Naturschutzgebiet
Drs 15/4013

Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KlAnfr
s. Rechtsextremistische Organisation
Drs 15/4134

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen einiger aufgeführter Städte und Gemeinden im LKreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. Bauleitplanung
Drs 15/4256

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Anhörungen von Gemeindegtag, Städtetag oder den Regionalver-

bänden im Vorfeld der Neufassung dieser Vorschrift

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4257

Einbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Situation bei Wohnungseinbrüchen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt, insbes statistische Entwicklung, lokale Brennpunkte, Schwerpunkte bei Einzelatbeständen und Serien; Ursachen und Gegenmaßnahmen für einen Anstieg der Einbrüche

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/4599

Rechtsradikale und linksradikale Aktivitäten im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher LKkreis Rastatt)

Aktivitäten rechts- und linksextremistischer Organisationen oder Personen im Wahlkreis 33; Situation im Vergleich zu anderen Gegenden im Land; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4617

Bundesautobahn (A) 5 - Lärmauswirkungen auf Gemeinden im Wahlkreis 33

Durchschnittliche Lärmbelastung in den Gemeinden entlang der A 5; Entwicklung des Verkehrsaufkommens seit 2004; Beschwerden der Anrainergemeinden seit dem Ausbau der Bundesautobahn; Maßnahmen zur Lärmreduzierung

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/4618

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKkreis Rastatt)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKkreis Rastatt)

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4845

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlümmen im nordbaldischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlümme; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/5575

Kosten und Nutzen des Nationalparks Nordschwarzwald

Änderungen hinsichtlich des Nationalparks Nordschwarzwald im Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016; Kalkulation der Besucherzahlen in den Haushaltsentwürfen und den Gutachten von PricewaterhouseCoopers und Ö:Konzept; Übernachtungs- und Tagesgäste in den LKreisen Freudenstadt, Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5900

Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKkreis Rastatt)

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwischen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegebau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/6183

Aktuelle Situation der Pflege im Wahlkreis 33

Entwicklung der Pflegesituation im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen Landkreis Rastatt (Wahlkreis 33), insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern; Maßnahmen zur Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6390

Schulsozialarbeit im Wahlkreis 33

Anzahl der Schulsozialarbeiter im Wahlkreis 33 und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den Wahlkreis 33 und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/6486

Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt

Sachstand zur ärztlichen Versorgung und Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt, insbes Perspektive der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Hilfsfristeneinhaltungsquote, Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens, Einsatz von Rettungssanitätern als „Helfer vor Ort“

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6936

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKkreis Rastatt), insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderschwerpunkte

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/7289

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung von Ausbildungsplätzen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher LKkreis Rastatt), insbes schulische Vorbildung der Auszubilden-

den, Anteil der weiblichen Auszubildenden sowie der aus dem Elsass stammenden Jugendlichen

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/7290

Zustand der Landstraße (L) 83 zwischen Bühlertal und Sand
Sanierung des o.g. Teilstücks der Landesstraße L 83 und die dafür veranschlagten Kosten; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in den letzten zehn Jahren

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/7949

Flüchtlingssituation im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt

Zahl der im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt untergebrachten Flüchtlinge und Asylbewerber; anerkannte Flüchtlinge, Personen ohne abgeschlossene Asylverfahren sowie ausreisepflichtige Personen; Anzeigen und Ermittlungsverfahren gegen Flüchtlinge und Asylbewerber; Art der Delikte

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8081

Zahl der Wohnungseinbrüche im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt im Jahr 2015

Entwicklung der Wohnungseinbrüche seit 2011; lokale Häufung von Einbrüchen; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wohnungseinbrüche; Besetzung der Polizeireviere und Polizeiposten im Stadtkreis Baden-Baden und im LKreis Rastatt

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/8083

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden und LKreis Rastatt, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/8084

Raststätte

s. *Rastanlage*

Rating

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschläge zur Regulierung von Ratingagenturen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1060

Rating der Kreditwürdigkeit von BW

Auftrag zur Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes; Datum der Auftragsvergabe, Auswahl der Ratingagentur sowie Kosten des Ratings; Datengrundlage und Stichtag; Gewichtung der mittelfristigen Finanzplanung; Berücksichtigung bestimmter Konsolidierungsmaßnahmen; künftige Ratings

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.03.2014 und
Antw MFW Drs 15/4883 (10 S.)

Verweisung auf das Spitzenrating des Landes

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 54 76

Verweisung auf das beste Kreditrating aller Länder neben Bayern

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 131

Beurteilung der Bewertung von Staatsschulden durch die Ratingagenturen, Forderung von schärferen Regelungen für die Ratingagenturen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1079 1081-1083

Eintreten für eine unabhängige europäische Ratingagentur

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1253-1255

Heraufsetzung der Kreditwürdigkeit des Landes auf die höchste Stufe durch die Ratingagentur Standard & Poor's

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1541 1542 1546 1547

Verweisung auf die Rückerlangung der höchsten Ratingstufe des Landes

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1930 1937

Ratingagentur

s. *Rating*

Rau, Helmut MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3963

Raub

Situation des Glücksspiels in BW

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetreiber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugenehmigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/4470

Raubvogel

s. *Greifvogel*

Rauchen*Ausnahmeregelungen im Landesnichtraucherschutzgesetz*

Begründungen und Auswirkungen der Zulassung von Raucherzonen durch die Gesamtlehrerkonferenzen, Akzeptanz der Rauchfreiheit an Schulen

KlAnfr
s. *Nichtraucherschutz*
Drs 15/524

Elektro-Shishas - Gefahr für Jugendliche?

Gesundheitliche Risiken von Elektro-Shishas und Verbreitung unter Jugendlichen; Maßnahmen zur Eindämmung des Konsums unter Jugendlichen; Handlungsempfehlungen für Schulen

KlAnfr
s. *Tabak*
Drs 15/5247

Schäden durch Nikotin in der Schwangerschaft - Prävention und Maßnahmen

Sachstand zu Gefahren für das ungeborene Kind durch den Nikotinkonsum durch die Mutter während der Schwangerschaft, insbes Zahlen zu Kindern mit entsprechenden Gesundheitsschäden, Höhe und Übernahme zusätzlicher Kosten für die Betreuung nikotingeschädigter Neugeborener, Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen für Frauen und Mädchen über Risiko von Nikotingenuss in der Schwangerschaft

Antr
s. *Schwangerschaft*
Drs 15/6924

Plädoyer für eine Möglichkeit zum Rauchen in den Gebäuden des Landtags

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1291

Raucher

s. *Rauchen*

Rauchmelder*Pflicht zum Einbau von Rauchmeldern in Privatwohngebäuden zur Brandprävention*

Möglichkeiten zur Normierung o.g. Verpflichtung nach dem Beispiel anderer BLänder, Darlegung der Rechtslage in Übernachtungsstätten

Antr
s. *Brandschutz*
Drs 15/803

Präventive Neuinstallation und/oder Nachrüstung von Rauchmeldern in der Landesbauordnung (LBO)

Verankerung der o.g. Verpflichtung für private und öffentliche Gebäude in der LBO

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/1382

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1564 betr. Brandmelder in Krankenhäuser

BeschlEmpf und Bericht PetA 07.03.2013 Drs 15/3091 Nr. 3 S. 4-6
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 17.04.2013 Drs 15/3382

Verpflichtung zum Einbau von Rauchmeldern in Wohngebäuden
Erfahrungen anderer Bundesländer mit der Verpflichtung zum Einbau von Rauchmeldern in Neu- und Bestandsbauten, insbes Übergangsfristen, Träger der Installations- und Unterhaltskosten, Überwachung und Sanktionsregelungen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 18.03.2013 und Antw MVI Drs 15/3242

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern für Aufenthaltsräume, in denen bestimmungsgemäß Personen schlafen sowie Flure zur rechtzeitigen Selbstrettung (Flucht) von schlafenden Personen im Brandfall durch Erweiterung des § 15 der Landesbauordnung zum Brandschutz

GesEntw GRÜNE und SPD 19.03.2013 Drs 15/3251

1. Beratung PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3855-3861

Mittlg LtgPräs 16.05.2013 Drs 15/3492 (52 S.)

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 03.07.2013 Drs 15/3724 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD Nr. 1, ÄAntr FDP/DVP Nr. 2, ÄAntr CDU Nr. 3, EAntr CDU Nr. 4) (18 S.)

ÄAntr FDP/DVP 08.07.2013 Drs 15/3756-1 S. 1

ÄAntr CDU 09.07.2013 Drs 15/3756-2 S. 2 3

EAntr CDU 09.07.2013 Drs 15/3756-3 S. 4

2. Beratung PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4403-4409

GesBeschl 10.07.2013 Drs 15/3773

GBI 2013 Nr. 10 S. 209 (Ges vom 16.07.2013)

Rauchwarnmelder - Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Konsequenzen einer Nichtbeachtung von § 15 Abs 7 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)

Konsequenzen der Nichtbeachtung der Landesbauordnung bezüglich der Installation von Rauchwarnmeldern, insbes rechtlichen und versicherungstechnischen Folgen im Schadensfall, strafrechtliche Konsequenzen und Sanktionsmechanismen in anderen Bundesländern; Notwendigkeit der Nachbesserung der gesetzlichen Regelung bezüglich Hinweispflicht, Kontrollen und Bußgeldern

Antr Manfred Groh u.a. CDU 17.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5103

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 28.05.2014 Drs 15/5374 S. 23 24

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Lichtsignal-Rauchmelder für gehörlose Menschen

Berücksichtigung gehörloser Menschen im Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung; Aufnahme spezieller Rauchmelder in den sogenannten Hilfsmittelkatalog der gesetzlichen Krankenkassen; Kostenübernahme iRd Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

KlAnfr Werner Raab CDU 26.05.2014 und Antw SM Drs 15/5263

Wer trägt die Kosten für die durch Rauchwarnmelder verursachten Fehl- bzw Täuschungsalarme?

Funktion der Rauchwarnmelder als Brandmeldeanlage; Kostenersatz bei Fehlalarm

KlAnfr Konrad Epple CDU 13.06.2014 und Antw IM Drs 15/5342

Aktuelle Situation der Umsetzung der Rauchwarnmelderpflicht in BW

Sachstand zur Umsetzung der Rauchwarnmelderpflicht in BW, insbes Probleme aufgrund von Lieferengpässen oder Verzug bei

der Installation, Planung einer Fristverlängerung, rechtliche Situation für Wohnungseigentümer in Brandschadensfällen gegenüber Versicherungen bei fehlenden Rauchmeldern

Antr Tobias Wald u.a. CDU 17.12.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6288
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.05.2015 Drs 15/7081 S. 47-49
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Rauchwarnmelder

s. *Rauchmelder*

Rauenberg

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2364

Raufelder, Wolfgang MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8055

Raumluft

Notwendiger Schutz vor Emissionen bei der Freiwilligen Feuerwehr

Arbeitsschutz für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr; Ausstattung der Magazine mit Absauganlagen zum Schutz der Ehrenamtlichen vor den gesundheitsschädlichen Dieselabgasen

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/3136

Rauschgift

s. *Suchtstoff*

Rauschgiftsucht

s. *Drogenabhängigkeit*

Ravensburg

Polizeistrukturreform - Oberschwaben zwischen den Stühlen in Ulm und Konstanz

Gründe und Auswirkungen der Entscheidung für Konstanz als Sitz des neuen Polizeipräsidiums, Bewertung der verkehrlichen Anbindung und der dort verfügbaren Räumlichkeiten; Auswirkungen der neuen Strukturen auf die personelle Stärke der Polizei; Frage nach einer Weiterverfolgung der Neubaupläne für die Polizei in Ravensburg sowie nach Vorschlägen für und gegen eine Zuteilung der oberschwäbischen Landkreise nach Konstanz

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1529

Ravensburg, Landkreis

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ravensburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1881

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ravensburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2092

Situation der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im LKreis Ravensburg

Bestehende BOS und ihre Organisationsstruktur; Entwicklung der Mitgliederzahlen; bisherige Fördermittel und künftiger Investitionsbedarf; Auswirkungen von Hallenbadschließungen auf die Ausbildung ehrenamtlicher Helfer der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG); Kooperationen mit anderen LKreisen oder mit Bayern

Antr
s. *Sicherheitsbehörde*
Drs 15/2921

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Ravensburg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2974

Chemische Parameter bei der Trinkwasseruntersuchung für Eigenwasserversorger

Schadstoffe in den Eigen Trinkwasserversorgungen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung der LKreise Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und dem Bodenseekreis seit 2003; Schadstoffarten, Überschreiten der Grenzwerte der geltenden Trink-

wasserverordnung; Kostenentwicklung für Eigenwasserversorger

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/3342

Erneute Fehlentwicklung bei medizinischen Großgeräten

Fehlentwicklung in der Krankenhauslandschaft Ravensburg-Weingarten, insbes medizintechnische Aufrüstung eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung ohne Absprache und zu Lasten benachbarter Häuser

KlAnfr
s. *Medizintechnik*
Drs 15/3764

Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn

Mittelbereitstellung und Härtefallregelungen bei der Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn; Zeitplan und Förderung des Bahnmodernisierungsprogramms entlang der Bahnstrecke Tannheim - Wangen

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3831

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Ravensburg

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Ravensburg

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4850

Finanzierung der Schülerbeförderung im LKreis Ravensburg

Sachstand zur Situation des Schülerverkehrs im öffentlichen Personennahverkehr des LKreises Ravensburg, insbes Anteil am Gesamtaufwand für den ÖPNV, Ausgestaltung des Eigenanteils der Beförderungskosten, Höhe der Landeszuweisungen für die Schülerbeförderung

KlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/6572

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

RAVG

s. *Rechtsanwaltsversorgungsgesetz*

RB

s. *Radio Bremen*

RDG

s. *Rettungsdienstgesetz*

REACH

s. *REACH-System*

REACH-System

Auswirkungen der europäischen REACH-Verordnung

Ziele, Umsetzung und Auswirkungen der EU-Chemikalienverordnung REACH in BW, insbes erreichtes Schutzniveau, Nutzung von Verbraucherrechten, wirtschaftliche Folgen für Unternehmen und Betriebe sowie Anzahl der Verstöße; notwendige Veränderungen bei einer Fortschreibung der Verordnung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.04.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3339
BeschlEmpf und Bericht EuA 11.07.2013 Drs 15/4040 S. 72 73
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Auswirkungen von REACH-Zulassung „besonders besorgniserregender Stoffe“

Zulassung von „besonders besorgniserregenden Stoffen“ (substances of very high concern, SVHC) iRd Umsetzung der REACH-Verordnung, insbes Unsicherheiten bei der Zulassung von Azodikarbonsäureamid (ADCA) und Auswirkungen einer Nicht-Zulassung

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 21.11.2014 und Antw UM Drs 15/6160

Reaktorbrennstoff

s. *Kernbrennstoff*

Reaktorsicherheit

s. *Nukleare Sicherheit*

Reaktorunfall

Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreis Böblingen bis 2016

KlAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/83

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser; Sicherung der Kühlwasserzufuhr; Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1263

Vier Jahre nach Fukushima - vier Jahre verantwortliche Atompolitik in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7411-7426

Bewertung des Atomunglücks in Japan als Mahnung zum beschleunigten Atomausstieg

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Bewertung des Atomunglücks in Japan als Mahnung zum beschleunigten Atomausstieg

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38 50 71

Bewertung des Atomunglücks in Japan als Auslöser des beschleunigten Atomausstiegs

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 175 179

Begrüßung des beschlossenen Atomausstiegs in Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349

Realschulabschluss

s. *Schulabschluss*

Realschule

Realschulabschluss an Werkrealschulen

Ablegen der gleichen Prüfung wie an Realschulen?

MdlAnfr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/257

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Die Realschule in BW - im Schatten von Hauptschule und Gymnasium

Mittlg LReg 29.08.2011 Drs 15/455

Ressourcenausstattung für die Realschulen

Bereitstellung der angekündigten zusätzlichen Ressourcen

MdlAnfr
s. *Realschullehrer*
Drs 15/791

Einführung der Kompetenzanalyse durch die Kultusministerin im „Hau-Ruck-Verfahren“

Bewertung der seit 2008 eingeführten „Kompetenzanalyse Profil AC“ zur Erkennung der für die Ausbildungsreife erforderlichen überfachlichen Potenziale der Schüler; Ausgestaltung der kurzfristig vorgesehenen Übertragung auf die Realschulen; Kommunikation gegenüber den Eltern, Schülern und Schulträgern; Vorbereitung und Entlastung der beteiligten Lehrkräfte

Antr
s. *Kompetenz*
Drs 15/960

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung der Bildungsangebote und Berufsorientierung; Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC; Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule und vom/zum (beruflichen) Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss; Zuweisung von zusätzlichen Lehrkräften und Pädagogischen Assistenten, insbes zum Ausbau der Ganztagsbeschulung

GrAnfr CDU 14.12.2011 und Antw LReg Drs 15/1030 (19 S.)
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1628-1639

Das Konzept der „Unverbindlichen Grundschulempfehlung“ bleibt unklar

Zeitplan der Einführung, organisatorische Ausgestaltung und Zielgenauigkeit des Qualifizierungskonzepts für die Grundschullehrkräfte zur Vorbereitung auf das ausschließlich beratende Elterngespräch; Bereitstellung von Entlastungsstunden für diese Lehrkräfte und der notwendigen zusätzlichen Ressourcen an den Realschulen und Gymnasien für die dort ansteigenden Schülerzahlen; Zuweisung neuer Aufgaben für die Lehrer an den Haupt- und Werkrealschulen wegen des dortigen Schülerrückgangs; Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Auseinanderklaffens der Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und -fernen Schichten

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/1167

Mittlerer Bildungsabschluss - der Regelabschluss im differenzierten Bildungswesen in BW

Zahl der Absolventen mit o.g. Abschluss seit 2002 erworben an der Realschule, am Gymnasium, an der Werkrealschule, der zweijährigen Berufsfachschule, der Berufsaufbauschule, der Abendrealschule und auf anderen Wegen

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/1247

Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien

Ausweitung der Hausaufgabenbetreuung auf die Realschulen?

Antr
s. *Hausaufgaben*
Drs 15/1248

Die Realschule - eine vom Kultusministerium benachteiligte Schulart

Vergleich der Ausstattung der Realschulen und Gemeinschaftsschulen mit Personal und Sachmitteln, Verteilung und Einsatz der zusätzlichen 200 Lehrerstellen, Maßnahmen zur individuellen Förderung der Realschüler, Ausstattung der Realschulen mit einem den Gemeinschaftsschulen gleichwertigen Ergänzungsbereich

Antr Karl Traub u.a. CDU 16.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1294
BeschEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 9
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1599

Übergänge von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten

Übergangszahlen in den einzelnen LKreisen auf die weiterführenden Schularten des Sekundarbereichs I nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Umfang der Aufnahme bzw der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, erwartete Zahlen von Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen im Falle eines starken Rücklaufs; Maßnahmen zur Sicherung des bisherigen hohen Leistungsniveaus der Realschulen und Gymnasien

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1617

Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen im LKreis Böblingen

Übergangszahlen auf die weiterführenden Schularten nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Vergleich zu den Vorjahren, Bildung von Kombinationsklassen bzw Zusammenlegungen von Klassen benachbarter Schulen aufgrund zu geringer Anmeldezahlen, Umfang der Aufnahme und der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, Zahlen von Abweichungen von der Grundschulempfehlung bzw vom Beratungsgespräch sowie von erwarteten Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1722

Schulversuch am Realschulstandort Meckesheim

Steuerung der Schülerströme und Erhalt von Schulstandorten in der Raumschaft Elsenz-/Lobbach-/Schwarzbachtal - unter besonderer Berücksichtigung des Schulstandorts Meckesheim; Genehmigungsfähigkeit des beantragten o.g. Schulversuchs mit einem integrierten Angebot für Real- und Werkrealschüler, Zulassung auch von Entwicklungen „von unten“ neben den Gemeinschaftsschulen

Antr Elke Brunner u.a. CDU 23.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1747

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 11

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Einrichtung eines Schulversuchs an der Feudenheim-Realschule (Mannheim)

Bewertung der angestrebten Einrichtung eines Schulversuchs „Realschule Plus“ in Zusammenarbeit mit dem Feudenheim-Gymnasium; Begründung, Form und Zeitpunkt der signalisierten Ablehnung; Prüfung eines trotz der ablehnenden Haltung erfolgten Antrags? Erfahrungen an anderen Schulen mit vergleichbaren Modellen einer elften Klasse/Vorbereitungsklasse im Anschluss an die mittlere Reife

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.06.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1838

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKreis Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen Anmeldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschul-/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/2003

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2195

Welche Entwicklungsperspektive hat der Schulstandort Albershausen?

Schaffung einer Verbundschule aus Werkrealschule und Realschule durch die Einrichtung eines Realschulzugs in Albershausen; Gründe für die Ablehnung des im Schulverband Westliche Voralb „von unten“ gewünschten Realschulzugs; Frage nach einer Bevorzugung der Gemeinschaftsschule aus schulpolitischen Erwägungen

Antr

s. *Schule*

Drs 15/2334

Keine Zentralisierung von Schulen

Gefährdung von Schulstandorten im Schwarzwald-Baar-Kreis, Anhörung der Betroffenen vor Ort zu den Schließungsabsichten; Bewertung der Qualität der kleinen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie des zusätzlichen Bedarfs an Schulsozialarbeit und Schülerbeförderungskosten bei zentralisierten Schulen

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2430

Regierungsbefragung

Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten

s. *Schule*

PIPr 15/50 S. 2895

Hat die baden-württembergische Realschule noch eine Zukunft?

Schüler-Lehrer-Relation an den Realschulen; Wertschätzung und Stellenwert dieser Schulart; Eingliederung der Realschule in das sogenannte Zwei-Säulen-Modell; Menge der in die duale Berufsausbildung, in berufliche Gymnasien oder Berufskollegs wechselnden Realschulabsolventen; Grundschulempfehlung der 2012/13 an den Realschulen angemeldeten Schüler; Möglichkeiten individueller Förderung an Realschulen; Forderung nach ei-

nem Fortbestand der Realschule als eigenständiger Schulart

Antr CDU 04.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2994

Zunahme des Anteils der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft und deren Bildungserfolg

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungserfolg des steigenden Anteils ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen, insbes Erhöhung der Stütz- und Förderstundenzahl, individuelle Förderangebote an Gemeinschaftsschulen; Prüfung der Ursache für den höheren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Realschulen und Gymnasien und deren Leistungsniveau und Bildungserfolg

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/3069

Umgang mit steigender Heterogenität

Aktueller Leistungsstand der Schüler von Eingangsklassen der Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie der Schüler der gleichen Stufe an Gemeinschaftsschulen; Klassenwiederholung oder Wechsel der Schulart aufgrund mangelhafter Leistungen in der fünften Klasse; Erhaltung des Leistungsniveaus an Gymnasien und Realschulen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/3126

Übergangszahlen an die weiterführenden Schulen, insbes an die Gemeinschaftsschulen

Verteilung der Schüler mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung auf die Gemeinschaftsschulen; Schullaufbahneempfehlung der die heutigen Gemeinschaftsschulen besuchenden Schüler; vormaliger Anteil der Schüler mit Gymnasialempfehlung in den Realschulen sowie mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung in den Haupt- und Werkrealschulen; Zunahme der Heterogenität der Schulklassen an Gymnasien und Realschulen aufgrund der Abschaffung der verbindlichen Übergangsempfehlung

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/3129

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKreiss Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKreiss Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/3179

Schulpolitik der LReg auf dem Prüfstand der Realität: Baden-Württemberg braucht die Realschule

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3621-3635

Kommt eine Bestandsgarantie für die Realschule?

Zukunft und Umbau der Realschulen in BW, insbes Unterscheidungsmerkmale zwischen einer „weiterentwickelten Realschule“ bzw einer „Realschule mit gymnasialer Oberstufe“ und einer Gemeinschaftsschule; Bestandsgarantie für Realschulen als eigenständige Schulart mit eigenständigem Bildungsplan

Antr CDU 13.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3231

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4914-4923

Unterrichtsversorgung an den Realschulen im Land

Schüler- und Lehrerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006; Zahl und Größe der Eingangsklassen; für das Schuljahr 2013/2014 zu erwartende Schülerzahl; Zahl der eingeplanten und der neu einzustellenden Realschullehrer; Stellenplan für die Realschulen; Deputate für den Ergänzungsbereich, für individuelle Fördermaßnahmen und für den Ausbau von Ganztagsangeboten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 25.06.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3679

Abschulungsverbot an Realschulen für das kommende Schuljahr

Ankündigung und Geltungsbereich des Verbots der Abschulung an Realschulen für das Schuljahr 2013/2014 durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

MdlAnfr 7) Dr. Timm Kern FDP/DVP 12.07.2013 Drs 15/3731

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4549

Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) an Realschulen

Planung und Umsetzung der Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) zur Unterstützung der Berufsorientierung von Schülern an Realschulen, insbes Zeit- und Ressourcenaufwand, Vorbereitung von Lehrkräften und Multiplikatoren, bisherige Erfahrungen; Ergebnisse der Evaluation durch das Unternehmen Mensch-Technologie-Organisation (MTO)

Antr

s. *Schlüsselqualifikation*

Drs 15/4008

Wiederholerzahlen an Realschulen und Gymnasien steigen massiv an!

Anzahl nicht versetzter Schüler und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren; Nichtversetzungen nach der 5. Klasse einschließlich der Zeit nach dem Wegfall einer verbindlichen Grundschulempfehlung; Zahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anwendung der „Versetzung auf Probe“ beim aktuellen Schuljahreswechsel; Versetzung trotz vorausgehender Versetzungsgefährdung; Wechsel der Schulart während oder nach dem ersten Schuljahr in der weiterführenden Schule; Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes an eine weiterführende Schule; Maßnahmen zur Verringerung der Klassenwiederholungen

Antr

s. *Versetzung von Schülern*

Drs 15/4099

Rektorenstellen an Realschulen

Schaffung zusätzlicher Stellen der Besoldungsgruppe A 15 für Realschulrektoren durch einen Nachtragshaushalt; Schulleiterstelle für die Konrad-Adenauer-Realschule in Pforzheim

KlAnfr

s. *Schulleiter*

Drs 15/4639

Umgang mit der gestiegenen Heterogenität an den Realschulen

Ursachen und Umgang mit der gestiegenen Heterogenität an den Realschulen, insbes Anzahl der Klassenwiederholungen, nach Leistungsniveau differenzierte Angebote zum Erreichen der Mittleren Reife bzw des Hauptschulabschlusses

Antr CDU 23.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4649

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7614-7622

*Regierungsbefragung**Realschule*

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5340-5343

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr

s. Umfrage

Drs 15/4705

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stellenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Vergütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr

s. Ganztagschule

Drs 15/4723

Die Gemeinschaftsschule - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren

Aufnahme und Einsatz von Lehrern mit Gymnasialbefähigung an Gemeinschaftsschulen; Unterschiede und Bewertung der Wege zum Abitur über die Gemeinschaftsschule oder über die Realschule mit anschließendem beruflichen Gymnasium

Antr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/4911

Die Gemeinschaftsschule in Friedrichshafen - Abschluss und Anschluss zum Abitur in neun Jahren?

Genehmigungskriterien für gymnasiale Oberstufen an Realschulen und Gemeinschaftsschulen, insbes zugesagte Unterstützung des Landes bei der Genehmigung an der bisherigen Real- und künftigen Gemeinschaftsschule „Graf Soden“ in Friedrichshafen

MdlAnfr

s. Gymnasiale Oberstufe

Drs 15/4915

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?

Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemeinschaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Informationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webauftritt des Kultusministeriums

Antr

s. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Drs 15/5009

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Realschulen

Übergang von Realschülern auf andere weiterführende Schularten seit dem Schuljahr 2009/2010; Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und auf die Wechselbereitschaft von Schülern der unteren Klassen; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Realschüler; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Realschulen durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Realschulen im nationalen Vergleich

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5019

Üben die staatlichen Schulämter Druck auf die Realschulen aus?

Verhalten der staatlichen Schulämter gegenüber Realschulen zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, insbes Verbreitung missverständlicher Aussagen über das Bildungskonzept der CDU-Landtagsfraktion; Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen ab Klasse sieben; Bedingungen zur Bildung von Schulverbänden aus Werkrealschule und Realschule

Antr

s. Schulverwaltung

Drs 15/5087

Sachkostenbeiträge für baden-württembergische Schulen

Berechnung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2010/2011; Verwendung der Sachkostenzuweisungen pro Schüler durch die Schulträger; Finanzierung der Schulausstattung vonseiten der Schulträger; Anpassung der Sachkostenbeiträge für die verschiedenen Schularten im Zuge der regionalen Schulentwicklung; unterschiedliche Bemessung der Sachkostenbeiträge für Gemeinschaftsschulen und Realschulen

Antr

s. Schulausstattung

Drs 15/5310

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schultartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Maßnahmen zur Förderung versetzungsgefährdeter Schüler

Antr

s. Versetzung von Schülern

Drs 15/5520

Das Profil der baden-württembergischen Realschule muss klar erkennbar bleiben

Situation der Profilentwicklung der Realschule in BW; Maßnahmen der LReg zur Schärfung des Realschul-Profiles, insbes bei bilingualen Zügen, Technik-Frühförderung, Sozialem (Engagement) und Inklusion

Antr Karl Traub u.a. CDU 13.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5619

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.10.2014 Drs 15/6496 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU) S. 10-12

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Realschulen lehnen vielfach Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ab - wie reagiert der Kultusminister?

Umgang mit der ablehnenden Haltung der Realschullehrer gegenüber der vom Kultusministerium geforderten Weiterentwicklung der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen; Verhinderung einer erneuten Dreigliedrigkeit des Schulsystems; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule durch Schüler mit einer Schulempfehlung für das Gymnasium oder die Realschule; Vorschriften für ein Reformkonzept zur Weiterentwicklung der Realschule; Erwerb eines Hauptschulabschlusses an der Realschule; Gewährung zusätzlicher Deputate; Perspektive für die Realschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5644

Zukunft des Realschulstandorts Konstanz

Situation und Zukunft des Realschulstandorts Konstanz, insbes Entwicklung der Schülerzahlen und Eingangsklassen, Abweichungen von der Grundschulempfehlung, Veränderung der Schülerströme, Bedarf an Realschulangebot

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 21.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5645 (10 S.)

Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen

Häufigkeit und konkrete Fälle der Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens; Gründe für die Aufhebung an der Realschule Niefern

KIAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/5869

Steigende Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen - Wie reagiert der Kultusminister?

Situation der Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen zum Schuljahr 2014/2015 in BW, insbes Auswirkungen des Wegfalls der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen; Maßnahmen der LReg zum Ausbau der steigenden Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/5982

Konzept der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen

Inhalt und Verbindlichkeit des angekündigten Maßnahmenpakets der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen, insbes Umfang zusätzlicher Ressourcen, Vorgaben für die zweijährige Orientierungsstufe, Auswirkungen auf die Bildungspläne, Bedingungen einer Bestandsgarantie für Realschulen, Zukunft des zwei-Säulen-Modells, Perspektiven für Werkrealschulen und berufliche Schulen, Verlagerung von pädagogisch-schulorganisatorischen Entscheidungskompetenzen auf die jeweilige Schule und ihren Träger

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 24.11.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6166

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015; Wechsel an Privatschulen in Klassenstufe

5; Nichtversetzung in den Eingangsklassen seit dem Schuljahr 2011/2012; Ursachen des Anstiegs der Klassenwiederholung an den weiterführenden Schulen, insbes an den Realschulen; Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Wiederholer im LKreis Esslingen; Anzahl und Art der Schulübertritte in den Klassenstufen 5 und 6 seit dem Schuljahr 2003/2004 in den einzelnen LKreisen von BW

KIAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6185

Die gute Zukunft der Realschulen in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6771-6785

Ist das grün-rote Realschulkonzept eine Mogelpackung?

Sachstand des Konzepts zur Weiterentwicklung der Realschulen, insbes zusätzliche Lehrerdeputate, Rolle der Realschule im Zwei-Säulen-Modell, Zulassung von leistungsdifferenzierendem Unterricht, Stellenwert des nachhaltigen Lernens, Gründe für die Abschaffung bzw Aussetzung des Sitzenbleibens der Klassenstufe 5, Fortbildungskonzeption für Realschullehrer

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.12.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6284

Welchen Einfluss hat der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Nichtversetztenquote?

Hintergründe zum behaupteten Zusammenhang zwischen dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und einem landesweiten Anstieg der Nichtversetztenquote in den Klassenstufen 5 und 6 an öffentlichen Realschulen und Gymnasien, insbes Auswertung von statistischen Daten und Studien

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/6392

Die baden-württembergischen Realschulen brauchen eine echte Zukunft - eine Umwandlung in Gemeinschaftsschulen ist nicht zielführend

Sachstand zur Weiterentwicklung und Zukunft der Realschule in BW, insbes Möglichkeiten zur Leistungsdifferenzierung, Auswirkungen des Realschulkonzepts auf die regionale Schullandschaft, Verschmelzung mit der Gemeinschaftsschule

Antr Karl Traub u.a. CDU 04.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6456

Realschulstandorte im Enzkreis

Zahl der Schulstandorte; Größe der einzelnen Realschulen; Gefährdung von Schulstandorten im Enzkreis durch die geplante Weiterentwicklung der Realschulen

KIAnfr Viktoria Schmid CDU 12.02.2015 und Antw KM Drs 15/6477

Aufhebung der Realschule Süßen

Zusammenlegung der Geschwister-Scholl-Realschule Süßen mit der Johann-Georg-Fischer-Gemeinschaftsschule Süßen; Beantragung einer Aufhebung oder Änderung der Geschwister-Scholl-Realschule durch die Stadt Süßen als Schulträger; Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren gegen einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss; Beteiligung der beruflichen Schulen sowie der lokalen Unternehmen und Kammern an der regionalen Schulentwicklung; Aufnahme von Schülern der Realschule Süßen an umliegenden Realschulen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 13.02.2015 und Stellungnahme

me KM Drs 15/6485

Schüler- und Anmeldezahlen an Schulen des Ostalbkreises

Entwicklung der Schülerzahlen und Höhe der Anmeldungen für die Real- und Gemeinschaftsschulen und die Privatschule für das Schuljahr 2015/2016 im Ostalbkreis

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6713

Situation der Realschulen im LKreis Emmendingen

Sachstand zur Situation der Realschulen im LKreis Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 24.04.2015 und Antw KM
Drs 15/6795

Realschule Walldorf/Inklusion

Sachstand zur Entscheidungsfindung für den Schulbesuch eines vom Down-Syndrom betroffenen Jungen auf der Realschule in Walldorf ab dem Schuljahr 2015/2016; Diskussionsstand zur gesetzlichen Regelung inklusiver Bildungsangebote

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6833

Schluss mit der Heimlichtuerei der LReg um das Papier Gymnasium 2020! - Gerät nach der Hauptschule und der Realschule nun auch das Gymnasium ins grün-rote Visier?

Aktuelle Debatte
s. *Gymnasium*
PIPr 15/129 S. 7729

Schlichtung an Schulen

Maßnahmen des Schulamts und des RegPräs Karlsruhe zur Lösung des Führungsproblems an der Carl-Dittler-Realschule in Remchingen

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/6932

Ausschreibung zur Besetzung von Schulleiterstellen

Sachstand zu laufenden Schulleiterbesetzungsverfahren in BW, insbes Verfahrensverlauf bei der Neubesetzung der Schulleiterstelle an der Realschule Niefern

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/7128

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztagsgrundschule)

Weiterentwicklung des Auftrags der Realschule; Schaffung einer Strukturierung der Bildungspläne nach Niveaustufen und Anpassung der Rechtsgrundlage für die Schulbuchzulassung; Ermöglichung der sukzessiven Einrichtung von Ganztagschulen in der Wahlform an Grundschulen sowie den Grundstufen der Förderschulen

GesEntw
s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/7134

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Fördermöglichkeiten für versetzungsgefährdete Schüler; Verbesserung des Beratungskonzepts der Grundschulen zum Übergang an die weiterführenden Schulen

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/7311

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Erhebung der Sitzenbleiber im Schuljahr 2014/2015

Ergebnis der Sondererhebung des Kultusministeriums zur Quote der Nichtversetzten an öffentlichen Realschulen und Gymnasien (Klassenstufen 5 bis 7); Erhebung der nicht versetzten Schüler in den vergangenen Jahren; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wiederholer

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/7989

Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Anmeldezahlen an den Realschulen, Schaffung zusätzlicher Eingangsklassen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 295 296 300

Würdigung der integrativen Leistungen der Realschulen, Schaffung zusätzlicher Eingangsklassen nach Abschaffung der Grundschulempfehlung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 499 503

Beurteilung der Eignung des Bildungsplans der Realschule für die Gemeinschaftsschule

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 657

Erwartung eines stärkeren Zustroms der Realschulen durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Anteil der Schüler mit Hochschulreife aus den Realschulen

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 824 825 827-829 831 832

Erwartung eines stärkeren Zustroms der Realschulen durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Schaffung zusätzlicher Eingangsklassen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 929 930 932-934 937

Bereitstellung zusätzlicher Lehrerdeputate für die Realschulen, Einführung der Kompetenzanalyse zur Stärkung der beruflichen Orientierung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1373-1376 1378 1380 1390

Übergangsverhalten der Realschulabsolventen in die duale Ausbildung und beruflichen Schulen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1692 1695

Realschullehrer*Ressourcenausstattung für die Realschulen*

Bereitstellung der angekündigten zusätzlichen Ressourcen

MdlAnfr 1) Georg Wacker CDU 27.10.2011 Drs 15/791
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 815 816

Einführung der Kompetenzanalyse durch die Kultusministerin im „Hau-Ruck-Verfahren“

Bewertung der seit 2008 eingeführten „Kompetenzanalyse Profil AC“ zur Erkennung der für die Ausbildungsreife erforderlichen überfachlichen Potenziale der Schüler; Ausgestaltung der kurzfristig vorgesehenen Übertragung auf die Realschulen; Kommunikation gegenüber den Eltern, Schülern und Schulträgern; Vorbereitung und Entlastung der beteiligten Lehrkräfte

Antr
s. *Kompetenz*
Drs 15/960

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung der Bildungsangebote und Berufsorientierung; Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC; Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule und vom/zum (beruflichen) Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss; Zuweisung von zusätzlichen Lehrkräften und Pädagogischen Assistenten, insbes zum Ausbau der Ganztagsbeschulung

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Auswahl der 34 Versuchsstandorte für die sogenannte Gemeinschaftsschule im Land

Kriterien für die Auswahl bzw Ablehnung der beantragten Starterschulen, Anteil von Standorten mit einer gymnasialen Oberstufe, Gründe für die Konzentration auf ein- bis zweizügige Schulstandorte im ländlichen Raum mit der Folge eines regionalen Ungleichgewichts, Zahl der notwendigen Realschul- und Gymnasiallehrer, Begründung der Einbeziehung der Gewerkschaft GEW in den Entwicklungsprozess unter Ausgrenzung der anderen Verbände

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1176

Die Realschule - eine vom Kultusministerium benachteiligte Schulart

Vergleich der Ausstattung der Realschulen und Gemeinschaftsschulen mit Personal und Sachmitteln, Verteilung und Einsatz der zusätzlichen 200 Lehrerstellen, Maßnahmen zur individuellen Förderung der Realschüler, Ausstattung der Realschulen mit einem den Gemeinschaftsschulen gleichwertigen Ergänzungsbe reich

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1294

Qualitätsverfall in den Werkrealschulen - zu Lasten von Schülern, Lehrern, Schulträgern und dem Bildungsstandort BW

Auswirkungen des Hauptschulabschlusses in der zehnten Klasse auf die Lehrpläne der Haupt- und Werkrealschule; Umsetzung des angekündigten pädagogischen Konzepts und der Berufsorientierung in Klasse 10 der Werkrealschule, Vorbereitung der Lehrkräfte auf den „binnendifferenzierten Unterricht“ in den heterogen zusammengesetzten 10. Klassen; Auswirkungen der Veränderungen auf die eingesetzten Lehrerdeputate, Frage nach der Verwendung der eingesparten Mittel

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1314

Bettelbrief des Kultusministeriums an erfahrene Realschul- und Gymnasiallehrkräfte

Bedarf und Verfahren zur Gewinnung von Realschul- und Gymnasiallehrkräften für einen Einsatz an Gemeinschaftsschulen in BW, insbes differenzierte Bedarfsfeststellung an Gemeinschaftsschulen und Art der Anwerbemaßnahmen; Ersetzung der versetzten und abgeordneten Lehrkräfte an den Gymnasien und Realschulen; schulscharfe Erfolgsstatistik der Lehreranwerbung nach Unterrichtsfächern; Durchführung weiterer Sonderausschreibungen für Gemeinschaftsschulen; Bezahlungsregelung und Rückkehrrecht für auf Gemeinschaftsschulen gewechselte Realschul- und Gymnasiallehrer

Antr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/3547

Rebe*Pilzwiderstandsfähige Rebsorten*

Züchtung, Anbau und Förderung von pilzwiderstandsfähigen Rebsorten in BW, insbes Gesamtanbaufläche und Marktfähigkeit dieser Rebsorten sowie Unterschiede zu konventionellen Sorten

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 04.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3310

Hubschraubereinsatz im Rebpfanzenschutz

Praktische und rechtliche Probleme des Einsatzes von Agrarhubschraubern im Weinbau; Unterstützung von Weinbaubetrieben beim Rebpfanzenschutz

MdlAnfr 2) Arnulf Freiherr von Eyb CDU 30.04.2013 Drs 15/3456
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4175 4176

Rebschutz durch Helikoptereinsätze in BW

Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln in Steillagen per Hubschrauber; Anwendung und Nutzen dieser Technik; Einschränkung des Pflanzenschutzes per Helikopter durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit; Einhaltung eines Abstands zu Gewässern; Einsatz von Drohnen für den Rebschutz in Steillagen

Antr
s. *Pflanzenschutz*
Drs 15/5007

Rebenzüchtung in BW

Situation der Rebenzüchtung und -veredelung in BW, insbes Anzahl der Betriebe, Veränderungen bei Anlage und Fläche der Vergleichspflanzungen, Züchtungsziele, Verlauf der Anerkennungsverfahren von Pflanzgut, Pflanzenschutz, Forschungsstrategien für Weinbau, Beratung für Rebenzüchter

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/6128

Obst-, Weintrauben- und Schnittblumendiebstahl in BW

Sachstand zur Entwicklung von Diebstahlsdelikten von unmittelbar vom Feld entwendeten landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Obst, Weintrauben oder Schnittblumen, insbes wirtschaftlicher Gesamtschaden, polizeiliche Ermittlungsarbeit, Beratung und Unterstützung von Gegenmaßnahmen der Landwirte

Antr
s. *Obst*
Drs 15/7084

Rebstock

s. *Rebe*

Rechenanlage

s. *Computer*

Rechenschwäche

s. *Dyskalkulie*

Rechenzentrum

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 4: IuK-Ausfallvorsorge für Großschadensfälle

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/225

Informationstechnik (IT)-Netzwerkinfrastrukturmaßnahmen

Modernisierung und Vereinheitlichung o.g. Strukturen, Zentralisierung des Einkaufs von IT-Netzwerkhardware für die öffentlichen Verwaltungen und Landesrechenzentren, Darlegung der erzielbaren Einsparungen, Einsetzung eines Runden Tisches

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/1071

Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart (HLRS) und dessen Breitbandanbindung an kleine und mittlere Unternehmen

Situation des Höchstleistungszentrums Stuttgart, insbes Auslastung, Wettbewerbsfähigkeit, Zukunftsperspektiven, Glasfaser-/Breitbandanbindung von kleinen und mittleren Unternehmen und Förderung

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 28.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5562
BeschlEmpf und Bericht WissA 23.10.2014 Drs 15/6338 S. 85
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Kofinanzierung des Höchstleistungsrechners am Rechenzentrum der Universität Stuttgart

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1411 1412

Rechnernetz

Netzwerkbetreuung an Schulen

Organisation, Zeitaufwand und Finanzierung der Netzwerkbetreuung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, insbes

Berechnung der Anrechnungsstunden für Lehrer als IT-Betreuer; Einsatz und Verwendungsarten von Schulnetzwerken

KIAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 19.04.2013 und Antw KM Drs 15/3401

Öffentliche WLAN-Hotspots in BW

Betrieb von öffentlichen WLAN-Hotspots in BW; Statistiken zu gewerblichen und kommunalen Hotspot-Angeboten; Verbesserungsmöglichkeiten der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Begrenzung des Haftungsrisikos

Antr
s. *Internet*
Drs 15/3419

Rechnungshof

s.a. *Beratende Äußerung des Rechnungshofs*
s.a. *Rechnungsprüfung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005

Mittlg LReg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 15/4

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008

Mittlg LReg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 15/7

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH „BKV - Bäder- und Kurverwaltung BW und ihre Beteiligung an Bäder- und Kurunternehmen“

Mittlg LReg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 15/93

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zur Organisationsuntersuchung bei den Reg-Präs des Landes

Mittlg LReg
s. *Regierungspräsidium*
Drs 15/145

Denkschrift 2011 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2009

Mittlg RH
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 15/100

Ergebnisbericht 2010

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/220
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007

s. *Haushaltsrechnung*
Drs 15/223

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006

s. *Haushaltsrechnung*
Drs 15/224

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002

s. Haushaltsrechnung
Drs 15/230

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 22.10.2009 zu Ansätzen für ein optimiertes Erhaltungsmanagement bei Landesstraßen

s. Landesstraße
Drs 15/242

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der ARTE Deutschland TV GmbH einschließlich ihrer Betätigung bei der ARTE G.E.I.E. für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

Mittlg RH
s. Fernsehen
Drs 15/395

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zum Glücksspiel

Mittlg LReg
s. Glücksspiel
Drs 15/426

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH
s. Film
Drs 15/561

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2009 durch den Ltg

Antr RH 14.10.2011 Drs 15/770
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 709
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/993
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 27.03.2007 zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landesverwaltung

s. Steuerungsmodell
Drs 15/758

Prüfung des Ankaufs von EnBW-Anteilen durch das Land BW hinsichtlich der Grundlagen für die Bewertung der Anteile vor dem Kauf

Einholung einer gutachtlichen Stellungnahme des RH nach § 88 Abs 3 LHO, Prüfung der Durchführung eines ordnungsgemäßen und wirtschaftlich fundierten Bewertungsverfahrens vor dem Ankauf der EnBW-Anteile von der EdF

Antr
s. EnBW
Drs 15/852

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung

Mittlg LReg
s. Informations- und Kommunikationstechnik
Drs 15/900

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 06.10.2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung des Elektronischen Grundbuchs in BW

Mittlg LReg
s. Grundbuchamt
Drs 15/991

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des RH - Sachstand des Projekts KONSSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen

Mittlg LReg
s. Software
Drs 15/1047

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier:

- a) *Denkschrift 2005 des RH zur LHR von BW für das Hj 2003*
b) *Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008*

Mittlg LReg
s. Haushaltsrechnung
Drs 15/1090

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2006 des RH zur LHR von BW für das Hj 2004

Mittlg LReg
s. Haushaltsrechnung
Drs 15/1670

Beratende Äußerung des RH zur Vergabebeschleunigung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO zur Vergabebeschleunigung - Vergabe öffentlicher Bau- und Dienstleistungen, Umsetzung und Wirkung der Verwaltungsvorschrift zur Beschleunigung öffentlicher Aufträge

Mittlg RH
s. Öffentlicher Auftrag
Drs 15/1609

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 16.12.2005 zu Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW

Mittlg LReg
s. Finanzverwaltung
Drs 15/1964

Denkschrift 2012 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2010

Mittlg RH
s. Haushaltsrechnung
Drs 15/1900

Rüge des Rechnungshofs durch den Ministerpräsidenten

Umgang des MinPräs mit der Forderung des RH zur schwarzen Null in den Haushalten ab 2015

MdlAnfr
s. Ministerpräsident
Drs 15/2089

Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof

Mittlg RH
s. Film
Drs 15/2186

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2010 durch den Ltg

Antr RH 15.10.2012 Drs 15/2477
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2624
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 07.04.2010 zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Mittlg LReg
 s. Rhein
 Drs 15/2567

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinargesetz

GesEntw
 s. Landesrichtergesetz
 Drs 15/3161

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
 s. Zukunftsinvestitionsgesetz
 Drs 15/3636

Weiterentwicklung der Musikhochschulen des Landes BW

Durchführung und Ergebnisse der Tagung zur Zukunft der baden-württembergischen Musikhochschulen; Position des Rechnungshofs zur Weiterentwicklung der Musikhochschulen; Ziele der LReg zur Entwicklung der Musikhochschulen und weiteres Verfahren

Antr
 s. Musikhochschule
 Drs 15/3647

Denkschrift 2013 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2011

Mittlg RH
 s. Haushaltsrechnung
 Drs 15/3800

Beratene Äußerung „Die Musikhochschulen in BW“

Mittlg RH
 s. Musikhochschule
 Drs 15/3777

Rechnungshofdenkschrift 2013 - Warnung vor Nichtstun und Treibenlassen!

Aktuelle Debatte
 s. Haushaltsrechnung
 PIPr 15/74 S. 4435

Zukunft der Musikhochschule Mannheim

Bedeutung, heutige Ausrichtung und Zukunft der Musikhochschule Mannheim; alternative Entwicklungsmöglichkeiten der Popakademie BW; Gründe und Konsequenzen der geplanten überproportionalen Kürzung für den Standort Mannheim in Abweichung vom Vorschlag des Rechnungshofs

Antr
 s. Musikhochschule
 Drs 15/3903

Zukunft der Musikhochschule Trossingen

Bedeutung, heutige Ausrichtung und Zukunft der Musikhochschule Trossingen; Aberkennung des Volkshochschulstatus; Konzeption der angedachten Akademie; Gründe und Konsequenzen der geplanten überproportionalen Kürzung für den Standort Trossingen in Abweichung vom Vorschlag des Rechnungshofs; Initiierung eines umfassenden und transparenten Strategieentwicklungsprozess unter Einbeziehung aller fünf Musikhochschulen und Zugrundelegung des laut Rechnungshof notwendigen Einsparpotenzials von Studienplätzen sowie der Schaffung von Schwerpunkten

Antr
 s. Musikhochschule
 Drs 15/3950

Beratende Äußerung „Strategische Prüfung Fördercontrolling - Perspektiven des Förderwesens in BW“

Mittlg RH
 s. Programm der Landesregierung
 Drs 15/4004

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2011 durch den Ltg

Antr RH 24.10.2013 Drs 15/4247
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4582
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Ergebnisbericht 2013

Mittlg RH 14.11.2013 Drs 15/4300
 PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4943
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4418
 PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5261 5262

Beratende Äußerung „Förderung von großen Infrastrukturvorhaben im öffentlichen Personennahverkehr“

Mittlg RH
 s. Öffentlicher Personennahverkehr
 Drs 15/5290

Denkschrift 2014 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2012

Mittlg RH
 s. Haushaltsrechnung
 Drs 15/5400

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 6 - Meinungsumfragen des Staatsministeriums (Kap 0201)

Mittlg RH
s. *Umfrage*
Drs 15/5406

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 7 - Das Informatikzentrum Landesverwaltung BW (Kap 0308)

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5407

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 11 - Dienstreisemanagement des Landes (Kap 0618)

Mittlg RH
s. *Dienstreise*
Drs 15/5411

Welche Risiken verbergen sich hinter der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Kombilösung Karlsruhe?

Konsequenzen der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Finanzierung der Kombilösung Karlsruhe, insbes Kostenrisiko für die Stadt Karlsruhe, Abweichung des Landes von der bisherigen Festbetragszusage

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/5639

Beratende Äußerung „Unterstützungsleistungen für Schulleitungen“

Untersuchung des Landesrechnungshofs zur aktuellen Situation bei den schulischen Managementaufgaben unter Auswertung einer Online-Umfrage zu den Unterstützungsleistungen für Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen

Mittlg RH
s. *Schulleiter*
Drs 15/5730

Prüfung des Integrationsministeriums durch den Landesrechnungshof

Anzweiflung der Neutralität des Landesrechnungshofs durch Mitarbeiter des Integrationsministeriums; Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom Juni 2013; Motiv der Verfasserin sowie deren Kenntnis der Funktion und der verfassungsrechtlichen Stellung des Rechnungshofs; Höhe der dem Landeshaushalt durch die Eigenständigkeit des Ministeriums seit 2011 entstandenen Kosten

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/5953

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2012 durch den Ltg

Antr RH 27.10.2014 Drs 15/5977
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6039
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des ARD/ZDF-Kinderkanals (KiKA)

Mittlg RH
s. *Fernsehen*

Drs 15/6422

Beratende Äußerung „Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds“

Mittlg RH
s. *Beamtenversorgung*
Drs 15/6699

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks (SWR) 2011 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

-Prüfungsmittteilung Teil 1: Allgemeiner Teil mit dem Schwerpunkt SWR in der Fläche (öffentlich)

-Prüfungsmittteilung Teil 2: Kosten der Sportsendungen einschließlich Sportrechteerwerb (vertraulich)

-Prüfungsmittteilung Teil 3: Fußball-Weltmeisterschaft 2010 (vertraulich) hier: Unterrichtung über die Prüfungsergebnisse nach § 35 Abs 3 SWR-Staatsvertrag

Mittlg RH
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6760

Das Integrationsministerium im Visier des Rechnungshofs

Aktuelle Debatte
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
PIPr 15/133 S. 7961

Beratende Äußerung „Kontrollsystem und Verwaltungskosten bei EU-Förderverfahren in den Bereichen EGFL und ELER“

Mittlg RH
s. *Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums*
Drs 15/7140

Denkschrift 2015 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2013

Mittlg RH
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 15/7000

Beratende Äußerung „Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben - Planung, Herstellung, Pflege und Unterhalt“

Mittlg LReg
s. *Naturschutzrecht*
Drs 15/7500

Existenzielle Kritik des Landesrechnungshofs am Bestehen des Integrationsministeriums

Sachstand zum Umgang der LReg mit der Kritik des Landesrechnungshofs an Existenz und Arbeit des Integrationsministeriums, insbes Rücknahme rechtswidriger Förderbescheide, Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom 5. Juni 2013

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/7584

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2013 durch den Ltg

Antr RH 22.10.2015 Drs 15/7599
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7691
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Beratende Äußerung „Landesbetriebe“

Mittlg RH
s. *Öffentliches Unternehmen*
Drs 15/7606

Ergebnisbericht 2015

Mittlg RH 12.11.2015 Drs 15/7667
PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8476
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.12.2015 Drs 15/7809
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Würdigung der Arbeit und Wirkungen des RH

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1249-1251

Rechnungsprüfung

s.a. *Gemeindeprüfungsanstalt*
s.a. *Kassen- und Rechnungswesen*
s.a. *Wirtschaftsprüfung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens

Stand der Durchsetzung von Forderungen und Schadensregulierung nach der Eingliederung der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg in das Universitätsklinikum

Stand der Durchs
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/224

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der ARTE Deutschland TV GmbH einschließlich ihrer Betätigung bei der ARTE G.E.I.E. für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

Mittlg RH
s. *Fernsehen*
Drs 15/395

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH
s. *Film*
Drs 15/561

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2009 durch den Ltg

Mittlg RH
s. *Rechnungshof*
Drs 15/770

Veröffentlichung der Rechnungen der Fraktionen im Ltg von BW

Mittlg Präsi
s. *Fraktion*
Drs 15/1086

Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof

Mittlg RH
s. *Film*
Drs 15/2186

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2010 durch den Ltg

Mittlg RH
s. *Rechnungshof*
Drs 15/2477

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2011 durch den Ltg

Mittlg RH
s. *Rechnungshof*
Drs 15/4247

Prüfung des Integrationsministeriums durch den Landesrechnungshof

Anzweiflung der Neutralität des Landesrechnungshofs durch Mitarbeiter des Integrationsministeriums; Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom Juni 2013; Motiv der Verfasserin sowie deren Kenntnis der Funktion und der verfassungsrechtlichen Stellung des Rechnungshofs; Höhe der dem Landeshaushalt durch die Eigenständigkeit des Ministeriums seit 2011 entstandenen Kosten

Antr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/5953

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2012 durch den Ltg

Mittlg RH
s. *Rechnungshof*
Drs 15/5977

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des ARD/ZDF-Kinderkanals (KiKA)

Mittlg RH
s. *Fernsehen*
Drs 15/6422

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks (SWR) 2011 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

-Prüfungsmitteilung Teil 1: Allgemeiner Teil mit dem Schwerpunkt SWR in der Fläche (öffentlich)

-Prüfungsmitteilung Teil 2: Kosten der Sportsendungen einschließlich Sportrechteerwerb (vertraulich)

-Prüfungsmitteilung Teil 3: Fußball-Weltmeisterschaft 2010 (vertraulich) hier: Unterrichtung über die Prüfungsergebnisse nach § 35 Abs 3 SWR-Staatsvertrag

Mittlg RH

s. *Südwestrundfunk*

Drs 15/6760

Existenzielle Kritik des Landesrechnungshofs am Bestehen des Integrationsministeriums

Sachstand zum Umgang der LReg mit der Kritik des Landesrechnungshofs an Existenz und Arbeit des Integrationsministeriums, insbes Rücknahme rechtswidriger Förderbescheide, Wortlaut und Adressaten einer E-Mail der Integrationsministerin vom 5. Juni 2013

Antr

s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*

Drs 15/7584

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2013 durch den Ltg

Mittlg RH

s. *Rechnungshof*

Drs 15/7599

Rechnungswesen

s. *Kassen- und Rechnungswesen*

Recht der Europäischen Union

s. *Europäisches Gemeinschaftsrecht*

Recht der Schuldverhältnisse

s. *Schuldrecht*

Rechtliche Betreuung

Gutachten im Auftrag von Betreuungsgerichten

Sachstand zur Erstellung von Gutachten oder Attesten aus Verfahren in Betreuungssachen nach den §§ 1896 ff BGB, insbes Situation und Personalausstattung in den Gesundheitsämtern

Antr Manfred Lucha u.a. GRÜNE 17.04.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6744

BeschlEmpf und Bericht Soza 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 63 64

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Qualität der häuslichen Pflege und rechtlichen Betreuung

Sachstand zur Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualität der häuslichen Pflege durch Angehörige sowie der rechtlichen Betreuung der Pflegebedürftigen; Zahlen zu Pflegebedürftigen und Angehörigen als Betreuer im LKreiss Esslingen

KlAnfr

s. *Häusliche Pflege*

Drs 15/6796

Betreuungsvereine in BW

Sachstand zur Situation der Betreuungsvereine in BW, insbes Statistik zur Entwicklung bei Betreuungsverfahren, Kosten, Vereinen, Betreuern, Landesförderung; Evaluationsergebnisse; Anhebung der Vergütungssätze

Antr

s. *Betreuungsvereine*

Drs 15/7143

Rechtsangleichung in der EU

Margenbesteuerung für Kunstgegenstände

Beurteilung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände; Inkrafttreten der Durchführungsverordnungen in den Ländern; Situation der Kunstgalerien im Land und deren Wettbewerbsfähigkeit mit den Galerien in Frankreich und der Schweiz; Chancen einer EU-weiten Aufnahme der Kunstgegenstände in das Verzeichnis der Gegenstände mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz

Antr

s. *Kunsthandel*

Drs 15/5089

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich - Umsetzung von EU- und Bundesrecht

Beweggründe für die über eine Eins-zu-eins-Umsetzung des bestehenden Europa- und Bundesrecht hinausgehenden Vorgaben und die Setzung neuer Standards beim Gesetzentwurf; Ausmaß des zu erwartenden Mehraufwands für die öffentliche Verwaltung und private Vorhabenträger

Antr

s. *Umweltverwaltungsgesetz*

Drs 15/5587

Rechtsanspruch

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für unter Dreijährige im LKreiss Schwäbisch Hall

Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kinderförderungsgesetz in den einzelnen Kommunen; Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige; Bedarf an qualifizierten Erziehungsfachkräften, Zahl der unbesetzten Stellen; Erhöhung der Attraktivität des Berufs der Erziehungsfachkraft für Männer; Berücksichtigung von Personen in der Kindertagespflege bei der Bedarfsermittlung; Einbeziehung von Betreuungsplätzen in betrieblichen Kindertagesstätten bei der Abdeckung des Rechtsanspruchs; Betreuungs- und Auslastungsquotenkonzept für Kindertageseinrichtungen

KlAnfr

s. *Kindertagesstätte*

Drs 15/3776

Keine Hindernisse für die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung

Statistische Angaben zur Elternschaft geistig behinderter Menschen und zur Art ihrer Unterstützung; Einfluss einer gezielten Unterstützung bei der Alltagsbewältigung; rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Elternschaft geistig Behinderter; Betreuung des Kindes durch eine Pflegefamilie oder Freigabe zur Adoption; Entziehung des Sorgerechts; Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Elternassistenz; Unterstützung der Elternschaft bei Personen mit anderen Arten von Behinderung

Antr

s. Teilhabe behinderter Menschen
Drs 15/3936

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. Ausbildungsförderung
Drs 15/4142

Rechtsanwalt

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Ausdehnung des absoluten Schutzes von Berufsgeheimnisträgern auf Rechtsanwälte

GesEntw
s. Polizeirecht
Drs 15/2434

Der gläserne Mensch - Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

Hintergründe der Weitergabe des Schreibens eines Stuttgarter Rechtsanwalts aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG), insbes Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

KlAnfr
s. Akteneinsicht
Drs 15/5958

Rechtsanwaltsgebühr

Positionierung zur Reform des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes

Haltung gegenüber einer baldigen Anhebung der Gebührensätze für Rechtsanwälte sowie einer Anhebung der Gerichtskosten

KlAnfr
s. Kostenrecht
Drs 15/3633

Rechtsanwaltsversorgungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze
Änderung der §§ 13 und 18 des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes in der Fassung vom 25. Januar 2012

GesEntw
s. Bauberuf
Drs 15/7857

Rechtsanwendung

Übergangsvorschriften nach § 77 Abs 1 Landesbauordnung (LBO)

Zeitpunkt der Verbindlichkeit der novellierten Übergangsvorschriften nach § 77 Abs 1 Landesbauordnung für eingeleitete Verfahren

KlAnfr
s. Landesbauordnung für Baden-Württemberg
Drs 15/6308

Rechtsaufsicht

s. Staatsaufsicht

Rechtsbehelf

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr
s. Informationsschrift
Drs 15/7619

Rechtsbereinigung

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Anpassung an Änderungen des Bundesrechts, insbes des Lebenspartnerschaftsrechts; Klarstellung und Vereinheitlichung landesrechtlicher Bestimmungen; Konzentration der Zuständigkeit für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

GesEntw
s. Landesrecht
Drs 15/5443

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Anpassung von Gesetzen und Verordnungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums an das Bundesrecht, insbes Zuständigkeitsregelung für die Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Verfahrenskostenhilfe, Erbenermittlung, Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor Sozialgerichten

GesEntw
s. Prozesskostenhilfe
Drs 15/6471

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw
s. Volksabstimmung
Drs 15/7178

Rechtschreibung

Gibt es einen Verfall der Rechtschreibkenntnisse bei unseren Schülern?

Situation der Rechtschreibleistungen baden-württembergischer Grundschüler im nationalen und internationalen Längs- und Querschnittsvergleich; Umfang und Grund für den Abbau der Förderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie im Ergänzungsbereich; Bewertung und Umsetzung reformpädagogischer Konzepte der Vermittlung von Rechtschreib- und Lesekenntnissen in der Grundschule; Beteiligung und Stellenwert von Vorreitern oder Vertretern reformpädagogischer Ansätze bei der pädagogischen Konzeption für die Gemeinschaftsschulen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 15.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3790 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 30 31

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Erlernen einer Grundschrift

Erprobung der Grundschrift an ausgewählten Grundschulen seit 2011; Rückmeldungen vonseiten der Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern; Erkenntnisse der Experten; Auswirkungen der Grundschrift auf die Rechtschreibung; Berücksichtigung der Erkenntnisse der Erprobungsphase in den neuen Bildungsplänen

Antr

s. *Schreiben*

Drs 15/5434

Rechtsdienstleistung

Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

Aufnahme eines Hinweises auf die rechtlichen Möglichkeiten bei Ablehnung eines Asylantrags in das „Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in BW“; Übereinstimmung der genannten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten mit europäischen Richtlinien und Vorschriften; Gefahr möglicher Verstöße der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer gegen das Rechtsberatungsdienstleistungsgesetz; Praxis des Kirchenasyls bei Abschiebungen

Antr

s. *Informationsschrift*

Drs 15/7619

Rechtsextremismus

s. *Extremismus*

Rechtsextremistische Organisation

Netzwerk von Neonazis in Justizvollzugsanstalten auch in BW?

Kontakte baden-württembergischer Inhaftierter zum Neonazi-Netzwerk „AD Jail Crew“, zu Personen aus dem NSU-Umfeld und von Inhaftierten des rechten Milieus untereinander; Durchführung von Zellendurchsuchungen oder Postkontrollen in den Justizvollzugsanstalten des Landes; Fortbildung des Personals der Justizvollzugsanstalten zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung von rechtsextremistischen Aktivitäten Inhaftierter

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/3462

Erkenntnisse und Maßnahmen mit Bezug auf die Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall

Erkenntnisse zur Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall und Gegenmaßnahmen zum Schutz der - insbes auch ausländischen - Bürger

MdIANfr

s. *Ku-Klux-Klan*

Drs 15/3456

NPD-Aktivitäten im Raum Weinheim

Erkenntnisse über Veranstaltungen, Aktivitäten, Organisationsstrukturen und Netzwerke der NPD und rechtsextremer Kreise im Raum Weinheim und der Rhein-Neckar-Region; Nutzung einer Gaststätte im Weinheimer Ortsteil Sulzbach für NPD-Veranstaltungen und möglicher Verkauf an die NPD bzw NPD-nahe Personen; Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Einsatzkonzepts anlässlich des Bundesparteitags der NPD im Ortsteil Sulzbach durch stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der ansässigen Bürger

KIANfr

s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

Drs 15/3504

Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW

Durchführung der Ermittlungen gegen den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) in BW und daraus gewonnene Erkenntnisse, insbes Einbindung baden-württembergischer Behörden in die NSU-Fahndung nach 1998, Umfang der Ermittlungen seit November 2011, Neubewertung im Polizistinnenmord, Verbindung des NSU und seines Umfelds zur rechtsextremistischen Szene in BW, Kontakte der Sicherheitsbehörden zur NSU, geplante Anschlagziele in BW

Antr

s. *Nationalsozialistischer Untergrund*

Drs 15/3557

Frauen und Mädchen in der rechtsradikalen Szene in BW

Engagement von Frauen und Mädchen in der rechtsextremistischen Szene seit 2003; von diesen bevorzugte rechtsradikale Gruppierungen, spezifische Frauen- und Mädchenorganisationen innerhalb der rechten Szene; Beweggründe von Frauen für eine Hinwendung zum Rechtsradikalismus; Aktivitäten der Frauen; Unterstützung der Forschung zu Frauen und Rechtsextremismus; speziell auf Frauen und Mädchen zugeschnittene Ausstiegsprogramme; Frauenanteil und Frauenbeteiligung in rechtsextremistischen Organisationen im Vergleich zu anderen Bundesländern

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/3669

Rechtsextremismus in der Region Baden-Baden/Rastatt und Umland

Aktivitäten rechtsextremer Organisationen und Gruppierungen im Stadtkreis Baden-Baden, den LKreisen Rastatt, Karlsruhe, Freudenstadt und Ortenau, insbes Konzerte mit rechtsextremistischen Bands; Aktivitäten der sogenannten Kameradschaft „NS Rastatt“, insbes Größe, Strukturen, Treffpunkte und Lokalitäten, Internetauftritt, Zusammenarbeit bei der Organisation rechtsextremistischer Veranstaltungen mit Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Blood and Honour“; gewaltsame Übergriffe auf dem Gernsbacher Altstadtfest durch rechtsextreme Gruppierungen; Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus

KlAnfr Beate Böhlen GRÜNE und Ernst Kopp SPD
10.10.2013 und Antw IM Drs 15/4134

Erkenntnisse über „Unterwanderungsstrategien“ extremistischer Vereinigungen in der öffentlichen Verwaltung

Strategien oder präventive Maßnahmen gegen potenzielle Unterwanderungsversuche durch Extremisten in der öffentlichen Verwaltung, insbes Sicherheitsüberprüfung von angehenden Beamten; Zugriff von Personen in herausgehobener Position einer rechtsextremistischen Organisation als Beamte oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst auf sensible, personenbezogene Daten; Funktion und Tätigkeit von Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene, insbes auch im LKreis Heilbronn; Erkenntnisse zu Stärke, Organisationsstruktur und Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Heilbronn

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 18.12.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4517

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.04.2014 Drs 15/5137 S. 9 10

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Rechtsradikale und linksradikale Aktivitäten im Wahlkreis 33 (Baden-Baden/südlicher LKreis Rastatt)

Aktivitäten rechts- und linksextremistischer Organisationen oder Personen im Wahlkreis 33; Situation im Vergleich zu anderen Gegenden im Land; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4617

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten
Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Rechtsextremismus im LKreis Freudenstadt

Rechtsextreme Parteien, Organisationen und Gruppierungen im LKreis Freudenstadt; Bestehen sogenannter „Freier Kameradschaften“, Größe der „Kameradschaft Freudenstadt“; Beziehung zu den sogenannten „Autonomen Nationalisten“; Form der Zusammenarbeit; überregionale Kontakte; Straf- und Gewalttaten

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/5004

Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden - Europa braucht Demokratie mit Demokraten

Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen in Europa, vor allem in der Schweiz, Frankreich, Ungarn und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die LReg und Entwicklung von Gegenstrategien, insbes Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration

Antr
s. *Extremismus*

Drs 15/5093

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“*

Drs 15/5131

Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen

Entwicklung von Forschung und Lehre zum Thema Rechtsextremismus an den baden-württembergischen Hochschulen und Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis von Prävention und Aufklärung; Aktivitäten von Gruppen der Deutschen Burschenschaft an den baden-württembergischen Hochschulen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5573

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Nationalsozialistischer Untergrund*
Drs 15/6049

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen im Stadt- und LKreis Karlsruhe

Sachstand zu rechtsextremen bzw rechtspopulistischen Gruppierungen, Organisationen und Parteien im Stadt- und LKreis Karlsruhe, insbes Musikszene, überregionale Verbindungen, Straftaten, Aktivitäten von Migranten, Verbindungen zur Rocker- und Hooligan-Szene, Auftreten von Gruppierungen wie „Pegida“ und „Hogesa“, Vergleich mit anderen Regionen Baden-Württembergs, Maßnahmen des Landes

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6314

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen in der Metropolregion Rhein-Neckar

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen in der Metropolregion Rhein-Neckar, insbes begangene Straftaten, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Aktivität der rechten Musikszene; Prävention und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 25.02.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6523 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7352 S. 37 38

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Ku-Klux-Klan (KKK) in BW

Sachstand zu Kontakten oder Mitgliedschaften von Polizeibeamten oder Angehörigen anderer Sicherheitsbehörden im Ku-Klux-Klan (KKK) oder ihm nahestehender rechtsextremistischer Organisationen

KlAnfr

s. *Ku-Klux-Klan*

Drs 15/6710

Extremistische Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer und islamistischer Gruppierungen und Organisationen im Rems-Murr-Kreis, insbes aktive Personen und Kontakte in andere Bundesländer, begangene Straftaten, Aktivität der rechten Musikszene, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Präventionsmaßnahmen

Antr Wilhelm Halder u.a. GRÜNE 18.06.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7039

BeschlEmpf und Bericht InnenA 07.10.2015 Drs 15/7638 S. 34 35

PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Rechtsfindung

s. *Rechtsanwendung*

Rechtsform*EU-Richtlinie über Einpersonengesellschaften*

Bewertung und Hintergründe des Entwurfs der EU-Kommission für eine Richtlinie über Einpersonengesellschaften, insbes Bedarf an der Gesellschaftsform „Societas Unius Personae“ (SUP) für Einzelpersonengesellschaften aus BW, Angemessenheit des Mindestkapitals und Gläubigerschutzes

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 16.05.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5209

BeschlEmpf und Bericht EuA 17.07.2014 Drs 15/5743 S. 46 47

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Landesstudierendenvertretung

Situation und Rechtsstellung der Landesstudierendenvertretung, insbes finanzielle und organisatorische Funktionsfähigkeit, Schwierigkeiten infolge einer fehlenden Rechtsfähigkeit, Auswirkungen einer Umwandlung der Landesstudierendenvertretung in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit beschränkter Rechtsfähigkeit

Antr

s. *Studentenvertretung*

Drs 15/5560

Kreisbaugesellschaften in BW

Rechtsform und Eigentümerstruktur der Wohnungsbaugesellschaften auf Ebene der LKreise; Zweckbindungen der Kreisbaugesellschaften

KlAnfr

s. *Wohnungswirtschaft*

Drs 15/7787

Rechtsgutachten

s. *Gutachten*

Rechtshilfe*Rechtshilfeersuchen durch die Polizei*

Sachstand zur Umsetzung durch die Polizei angeregter Rechtshilfeersuchen bei den Staatsanwaltschaften

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.09.2015 und Antw IM Drs 15/7350

Rechtslücke*Umgehung der Vorgaben des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes (ASVG) durch Zwangsversteigerung*

Umgehung der Genehmigungspflicht für die Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) durch das Zwangsversteigerungsgesetz, insbes Zahlen über Umfang und Zweck der Nutzung von iR von Zwangsversteigerungen erworbener landwirtschaftlicher Grundstücke, Schließung der Rechtslücke beim Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke durch Einführung einer Bietererlaubnis bei der Zwangsversteigerung in das Landesrecht

Antr

s. *Landwirtschaftliche Immobilien*

Drs 15/3151

Rechtsmedizin*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 28: Dienstleistungen der rechtsmedizinischen Institute*

Mittlg LReg 08.07.2011 Drs 15/198

Mittlg LReg 11.07.2012 Drs 15/2070

Mittlg LReg 07.08.2013 Drs 15/3917

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4046

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Mittlg LReg 25.07.2014 Drs 15/5549

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5946

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Förderung der freien Träger des Opferschutzes in BW

Bewertung der Arbeit der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Trägervereins im Bereich der psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeneigter“; Gewährung einer mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart vergleichbaren Förderung, Bewilligung der von der alten LReg zugesagten Mittel

KlAnfr

s. *Opferschutz*

Drs 15/954

Haushalt 2012; Epl 05

Etatisierung eines Zuschusses an die Behandlungsinitiative Opferschutz e.V. für die Arbeit der forensischen Ambulanz Baden

Haushalt
s. Opferschutz
Drs 15/1105

Finanzierung des Opferschutzes in BW - Stand der Dinge

Gleichstellung der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Fördervereins „Behandlungsinitiative Opferschutz“ bei der Förderung mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart, Umsetzung der auf Drs 15/954 gemachten Zusage; Frage nach einem Gesamtkonzept für eine landesweite Abdeckung mit Leistungen forensischer ambulanter Dienste zur psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatge-
neigter“

KlAnfr
s. Opferschutz
Drs 15/2582

Zentrale Kinderschutzambulanz für BW

Einrichtung einer zentralen Kinderschutzambulanz an einem der rechtsmedizinischen Institute in BW zur Bereitstellung einer kompetenten Beratung für Ärzte und Psychologen bei Verdachtsfällen auf Kindesmisshandlung sowie entsprechender Weiterbildungs- und Schulungsangebote

Antr
s. Kinderschutz
Drs 15/3827

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg

Verfahren zur Neubesetzung der Stelle der Ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg im Jahr 2011; Qualifikationen, Unbescholtenheit und Amtsführung der derzeitigen Stelleninhaberin, insbes Erkenntnisse über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen diese; Kenntnisse und Vorgehen des Ministeriums gegen eventuelle Missstände am Institut für Rechtsmedizin

Antr
s. Stellenbesetzung
Drs 15/3860

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahrens zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufungsverfahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu diesem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr
s. Stellenbesetzung
Drs 15/4135

Rechtsmittel

Steuermehreinnahmen durch Betriebsprüfer

Zurückweisung von Verrechnungspreisen bei der Betriebsprüfung durch die Finanzdirektion; Zahl der eingelegten Rechtsmittel; Vorgaben der obersten Finanzverwaltung für Buchprüfer; Erzielung eines festgelegten Einnahmehaushalts bei der Betriebsprüfung; verbindliche Verfahren zur Ermittlung der Verrechnungspreise

KlAnfr
s. Außenprüfung
Drs 15/3885

Rechtsnorm

s. Rechtsvorschrift

Rechtspflege

s.a. Außergerichtliche Konfliktbeilegung

s.a. Gericht
s.a. Justizbediensteter
s.a. Justizkosten
s.a. Justizminister
s.a. Justizvollzugsanstalt
s.a. Notar
s.a. Rechtsanwalt
s.a. Rechtsmedizin
s.a. Staatsanwaltschaft
s.a. Strafvollzug

Einstellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Ernennung auf Lebenszeit

Kriterien für die Besetzung freier Planstellen und (vorzeitige) Ernennung auf Lebenszeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den Fachgerichtsbarkeiten; Gewährleistung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der Bewerber bei der Ausschreibung und Vergabe der freien Planstellen

KlAnfr
s. Richter
Drs 15/655

Tätigkeit sogenannter „Friedensrichter“ in BW

Beurteilung o.g. Vermittlungstätigkeit, insbes bei Rechtsstreitigkeiten und Straftaten unter Migranten muslimischen Glaubens; Auswirkungen auf polizeiliche Ermittlungen und den Gang der staatlichen Rechtspflege, Einschränkung der Strafverfolgung durch Beeinflussung der Aussagen von Opfern und Zeugen; Maßnahmen zur Verhinderung einer „Paralleljustiz“

Antr
s. Außergerichtliche Konfliktbeilegung
Drs 15/795

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 13: Methode der Bedarfsermittlung bei der Justiz

Bericht über die Weiterentwicklung und Anwendung des Personalbedarfsberechnungssystems PEBB§Y

Mittlg LReg
s. Personalplanung
Drs 15/1010

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und

Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1771

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 15 - *Gemeinsame Datenverarbeitungsstelle der Justiz* (Kap 0502, 0503, 0511 und 0512)

Mittlg RH
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/1915

Forderungsmanagement für die Justiz

Aufwand, Kosten und Wirtschaftlichkeit der Rückübertragung und Weiterbearbeitung der an den Dienstleister übergebenen Forderungen durch die Landesoberkasse; Art der Tätigkeit und Ressourceneinsatz bei der Landesoberkasse für die Betreuung des Dienstleisters; Berücksichtigung der besseren Zahlungsquote der durch den Dienstleister verwalteten Forderungen bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Prozesskostenhilfe?

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/2155

Forderungsmanagement für die Justiz II

Externe Kosten und interner Aufwand für die Mahnung, Vollstreckung und Bonitätsprüfung vor Niederschlagung; Art, Volumina und Aufwand der Langzeitbearbeitung von Forderungen durch die Landesoberkasse im Vergleich zur infocore Forderungsmanagement GmbH; Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Langzeitbearbeitung, Höhe der eingesparten Vergütung von Fremddienstleistungen in der Buchhaltung durch den Einsatz der frei gewordenen Personalkapazitäten aus der Prozesskostenhilfe

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/2264

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Bekanntnis zu den im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission 2012 zu den Beitrittsverhandlungen der Türkei geäußerten Defiziten insbes in den Bereichen Menschenrechte, Religionsfreiheit und Justizwesen; Thematisierung der bemängelten Fragen in den Beratungen in der Gemischten Kommission

Antr
s. *Türkei*
Drs 15/2554

Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in BW

Abschaffung der Verzinsung hinterlegten Geldes; Aufhebung der gesetzlichen Festlegung auf den Rechtspfleger als für die Geschäfte der Hinterlegungsstelle funktionell zuständiges Organ; Modifizierung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der Hinterlegungsstellen; Klarstellung in Bezug auf die landesgesetzlichen Grundlagen der Notariatsreform

GesEntw
s. *Hinterlegungsgesetz*
Drs 15/4019

Regierungsbefragung

Muss die Justiz doch noch nicht sparen? Grüne lassen mit sich reden

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5504-5508

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 9 - *Personalplanung in der Justiz* (Kap 0503, 0505 bis 0507, 0509, 0511 und 0512)

Mittlg RH
s. *Personalplanung*
Drs 15/5409

Der gläserne Mensch - Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

Hintergründe der Weitergabe des Schreibens eines Stuttgarter Rechtsanwalts aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG), insbes Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

KIANfr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/5958

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- EU-Justizbarometer 2015

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6788

Ergebnisse der PEBB§Y-Fortschreibung 2014

Sachstand zu konkreten Auswirkungen der vollständigen Fortschreibung der PEBB§Y-Personalbedarfsberechnung 2014 für den Personalbedarf und den Personaldeckungsgrad der verschiedenen Berufsgruppen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften

Antr
s. *Gericht*
Drs 15/7223

Fragen zur Wirtschaftlichkeit der Einführung einer neuen Mahnungs- und Vollstreckungssoftware iRd Projekts „Forderungsmanagement für die Justiz“

Sachstand zu Ergebnissen des Projekts „Forderungsmanagement für die Justiz“, insbes Auswirkungen auf die Einnahmesituation, Kosten und Betrieb der neuen Mahnungs- und Vollstreckungs-

software

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/7988

Personelle Stärkung der Justiz, Umsetzung der Grundbuchamtsreform

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041 1042

Leistungsfähigkeit der Justiz in BW, Bewertung der Personal- und Sachausstattung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1292-1300

Rechtspopulismus

s. *Extremismus*

Rechtspraxis

s. *Rechtsanwendung*

Rechtsprechung der EU

Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tarifreuegesetz BW

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestarifreuegesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tarifreuegesetz; Schadenersatz an ausgeschlossene Bieter

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5815

Rechtsreferendar

s. *Juristischer Vorbereitungsdienst*

Rechtsreferendariat

s. *Juristischer Vorbereitungsdienst*

Rechtsschutz

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- EU-Justizbarometer 2015

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6788

Rechtssicherheit

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KIAnfr
s. *Elektrizitätserzeugung*
Drs 15/4801

Kooperationen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten bei der Erbringung von vor- oder nachstationären Leistungen

Kooperationsmodelle; Gerichtsentscheide zu Kooperationsmodellen; Unterbringung des Kooperationsmodell der Arcus Klinik in Pforzheim durch das Landessozialgericht BW; Begründung des Landessozialgerichts; Schwierigkeiten bei der Festlegung geeigneter Kooperationsformen zwischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten durch die Kassennärztliche Vereinigung BW (KVBW) und die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft (BWKG) aufgrund mangelnder Rechtssicherheit

KIAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6125

Rechtsstaat

s.a. *Demokratie*
s.a. *Gewaltenteilung*
s.a. *Grundrecht*

Stuttgart 21; Projektförderungspflicht einhalten - Rechtsstaat schützen

Aktuelle Debatte
s. *Stuttgart 21*
PIPr 15/6 S. 144

Rechtsstaat schützen - Salafismus entschlossen bekämpfen!

Zahl, Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Salafisten in BW; vorbeugende Maßnahmen nach den Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen; Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Koordination der Bekämpfung des Salafismus in allen gesellschaftlichen Bereichen; entsprechende Erweiterung der Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz; Vorlage eines Maßnahmenkatalogs gegen die extremistische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen in Wohnheimen im Umfeld religiöser Einrichtungen; konsequente Anwendung des Ausländer-, Steuer- und Vereinsrechts; Entwicklung von Präventionsangeboten über die Landeszentrale für politische Bildung

Antr CDU 10.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1697

Äußerungen von Ministerin Öney über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland

Konkretisierung o.g. Äußerung bei einer Veranstaltung im Alevitischen Kulturzentrum in Stuttgart auf die Frage eines Zuhörers, Wiedergabe des Sachverhalts in der türkischen Tageszeitung Hürriyet, Verwendung des im Türkischen feststehenden Begriffs für eine Verflechtung von Sicherheitskräften, Politik, Justiz, Verwaltung und organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland; Gründe für das Aufgreifen des Begriffs durch die Ministerin, statt der Unterstellung des Zuhörers entgegenzutreten, was sie erst nachträglich tat

Antr CDU 11.06.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1809

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministe-

riums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/1959

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen
Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donauraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/3378

Rechtsstaatsgefährdung

Entscheidung von Innenminister Gall zur Beschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Einschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz, insbes Zeitpunkt der Entscheidung des Innenministers, Zeitpunkt und Form der Übermittlung an das Landesamt, Gründe der Entscheidung sowie Vorgehen anderer Bundesländer

KlAnfr
s. *DIE LINKE*
Drs 15/2969

Rechtsstudium

s. *Rechtswissenschaft*

Rechtsverordnung

s.a. *Rechtvorschrift*

Entwurf einer Rechtsverordnung zur Änderung der Verordnung über die Schultypen des Gymnasiums

Weiterentwicklung des bisherigen „sozialpädagogischen“ Typs des beruflichen Gymnasiums zu einem „sozial- und gesundheitswissenschaftlichen“ Typ

Mittlg LReg
s. *Gymnasium*
Drs 15/3981

Tierschutzgesetz umsetzen: Katzenkastrationsgebote ermöglichen

Erlass eines Katzenkastrationsgebots für verwilderte Katzen nach § 13 b des Bundestierschutzgesetzes (TierSchG); Übertragung der Ermächtigung für Katzenkastrationsgebote an die Kommunen; Erstellung der Rechtsverordnung unter Einbeziehung der Kommunalverbände; Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung inklusive der Kennzeichnung und Registrierung der freilebenden Katzen; Einrichtung einer landesweit nutzbaren Datenbank für die Registrierung der gekennzeichneten Katzen; finanzielle Unterstützung der Tierschutzorganisatio-

nen und Tierheime bei der Kastration und Kennzeichnung bestehender Populationen

Antr
s. *Katze*
Drs 15/3972

Rechtsverordnung auf Grundlage des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Sachstand zur weiteren Ausgestaltung der Vorgaben des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, insbes geplante Verordnungsermächtigungen, Anhörung betroffener Verbände, Zeitablauf, Mitwirkung des Landtags

Antr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/6356

Umgang mit Stellungnahmen von Gemeinden zur Mietpreisbremse

Anzahl und Inhalt der eingegangenen Stellungnahmen und deren Berücksichtigung in der Mietpreisbegrenzungsverordnung BW

KlAnfr
s. *Miete*
Drs 15/7729

Grünlandumbruchverbot - Interessen des Erwerbsobstbaus berücksichtigen

Zulassung von Ausnahmen vom Verbot der Umwandlung von Dauergrünland in andere landwirtschaftliche Nutzungen

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/7737

Rechtvorschrift

s.a. *Gesetzesfolgenabschätzung*

s.a. *Normenkontrolle*

s.a. *Verfassungswidrigkeit*

Anträge in Gemeinderäten

Rechtsprechung zur Dauer der Bearbeitung von Gemeinderatsanträgen durch die Kommunalverwaltung; beispielhafte Regelung von Bearbeitungsfristen in Städten und Gemeinden des Landes; Frage der Wiederbehandlung im Gemeinderat für bereits in Fachausschüssen erörterte Anträge; Rangordnung der Normen Gemeindeordnung für BW (GemO) und Geschäftsordnung des Gemeinderats

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 15/3488

Reittourismus in BW

Anzahl der Reiterhöfe und Reiterhotels; Wanderreitstationen; Reitwege- und Reittourennetz; Anzahl der in den letzten fünf Jahren ausgebildeten Beritt- und Wanderreitführer; Aufstellung der den Reittourismus betreffende Rechtsvorschriften; Bedeutung des Reittourismus in BW; Vermarktung des Reittourismus über die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW)

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/4696

Aktenführung und Archivpflicht im Licht der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH)

Rechtliche Regelung der Aktenführung in der LReg; Berücksichtigung der Anforderung der Vollständigkeit der Akten; Unterschiede in der Aktenführung gegenüber der Regierung Mapus; Speicherung der Unterlagen des exekutiven Kernbereichs und deren spätere Archivierung im Landesarchiv

KlAnfr
s. Akten
Drs 15/5658

Rechtswissenschaft

s.a. Jurist

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudiengang an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 18.11.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/896
BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/2007 S. 25 26
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Gleichstellung von Frauen an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten

Anteil von Professorinnen, Studentinnen, weiblichen Absolventen und Promovierten an den o.g. und anderen Fakultäten; Ablauf der Berufungsverfahren, beteiligte Organe und deren Frauenanteil, Rolle der Gleichstellungsbeauftragten, bestehende Regelungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Berufung; umgesetzte und geplante Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Professorinnen an den o.g. Fakultäten

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 15/1751

Öffnung der juristischen Ausbildung

Erfüllung wissenschaftlicher Standards und praktischer Anforderungen in der am Richterrecht orientierten klassischen juristischen Ausbildung; Umstellung der juristischen Ausbildung auf die Bologna-Struktur

KlAnfr
s. Juristenausbildung
Drs 15/4408

Die Entwicklung des Staatsexamensstudiengangs Rechtswissenschaften seit der Reform der Juristenausbildung 2003

Sachstand zur Entwicklung des Staatsexamensstudiengangs Rechtswissenschaften nach der Reform der Juristenausbildung, insbes Praxisnähe, Abbruch- und Durchfallquote, Prüfungsvorbereitung durch Repetitorium, Auslandssemester, Betreuungssituation der Studenten

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 10.07.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/7156
BeschlEmpf und Bericht WissA 08.10.2015 Drs 15/7638 S.

29 30
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Recycling

s.a. Abfallwirtschaft

Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Auswirkungen der o.g. Neuordnung für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die Betriebe der Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft, Darlegung der Verwertungswege der von gewerblichen Sammlungen erfassten Metallabfälle, Erweiterung des Einsatzes der kommunalen Wertstofftonnen auf den kleingewerblichen und handwerklichen Bereich

Antr
s. Abfallwirtschaft
Drs 15/191

Photovoltaikanlagen in BW

Zahl der in BW gefertigten und installierten Anlagen auf Dächern von Wohnhäusern und Gewerbebetrieben seit 2000, Darstellung der steuer- und gewerberechtlichen Vorgaben u.a. bürokratischen Hürden; Art und Herkunft der benötigten Primär- und Sekundärrohstoffe für die Herstellung von Photovoltaikanlagen, Rückführung dieser Rohstoffe in den Fertigungskreislauf durch entsprechendes Recycling der Anlagen; Schutz des Know-hows der Hersteller und Zulieferer vor Plagiatoren; Eintreten für den Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Installation von Anlagen oder Vereinfachung anderer Maßnahmen zur dezentralen Energieerzeugung

Antr
s. Solartechnik
Drs 15/249

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land

Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstreben einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Altakkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr
s. Abfallwirtschaft
Drs 15/532

Umsetzung der EU-Rohstoffinitiative in BW

Beurteilung o.g. Initiative und der gelisteten 14 Rohstoffe mit drohendem Versorgungsmangel, Einbringung der Interessen des Landes, Beurteilung der Gewinnung von heimischen Rohstoffen und der von der Kommission geplanten Festlegung einer Raumordnungspolitik für Rohstoffe; Förderung von Forschungsvorhaben in den Bereichen Recycling, Ressourceneffizienz und Substitution

Antr
s. Rohstoff
Drs 15/741

Cradle to Cradle-Konzept (Ökoeffektivität) in der Textilindustrie

Umfang und Förderung der Anwendung von Kleiderrecycling in der Textilindustrie, Beurteilung der bisherigen Entsorgung und

Erfassung von Altkleidern und Schuhen, Höhe der möglichen Einsparung von Rohstoffkosten bei der Textilproduktion durch vollständiges Kleiderrecycling, Qualitätsbewertung des Recyclings und der damit erzeugten Produkte

Antr
s. *Bekleidung*
Drs 15/1049

„Entsorgungskonzeption des Landes für Solar- und Windenergieanlagen in BW“

Energieausbeute aus o.g. Anlagen seit 2002; wirtschaftliche Nutzungsdauer von alten und neuen Anlagen, insbes nach Auslaufen der 20-jährigen Einspeisevergütung; Zahl und Materialmasse von ausgedienten Anlagen, Art und Anteil von wiederverwertbaren und gefährlichen Stoffen, Kosten von Abbau und Entsorgung; Bewertung der Anforderungen an die Umsetzung der anstehenden Novelle zur Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall-Richtlinie; Erarbeitung der o.g. Konzeption mit Vertretern aus Forschung, Industrie, Handel und Handwerk

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 15/1698

Probleme mit der Aufstellung illegaler Altkleidercontainer

Umfang und Umgang mit der illegalen Aufstellung von Altkleidercontainern in den Gemeinden nach der durch die Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes geänderten Rechtslage; Genehmigungsverfahren für von Vereinen, Verbänden und Betrieben legal aufgestellte Altkleidercontainer; Einführung unmissverständlicher Kennzeichnungen an Altkleidercontainern; wirtschaftliche und ökologische Weiterverwertung der gesammelten Altkleider

Antr
s. *Alttextilien*
Drs 15/3532

Kreislaufwirtschaftsgesetz und seine Auswirkungen auf Schrotthändler

Wirtschaftliche Auswirkungen der Andienungspflicht des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf Schrotthändler und Schrottplatzbetreiber; Genehmigung und Kosten bezüglich des Anzeigeverfahrens für Sammlungen

KlAnfr
s. *Kreislaufwirtschaftsgesetz*
Drs 15/4005

Eine Frage der Effizienz - im globalen Wettbewerb und iRd Energiewende: Ressourcenverbrauch, betriebliche Materialeffizienz und die Steigerung der Rohstoffproduktivität in BW

Steigerung der Rohstoffproduktivität und Erhöhung der Materialeffizienz in baden-württembergischen Unternehmen und ihr Stellenwert in der Umweltpolitik des Landes; Entwicklung der Rohstoffproduktivität Baden-Württembergs seit 1994 im Vergleich zu anderen Bundesländern; Rohstoffpreisentwicklung und Zielvorgaben bis 2020; Material- und Kosteneinsparpotenziale in den verschiedenen Branchen; Investitionskosten für die Unternehmen; Priorisierung der Handlungsfelder und Instrumente zur Realisierung der Vorhaben; Beitrag der Kreislaufwirtschaft insbes bei seltenen Stoffen; Umsetzung des Fahrplans Ressourceneffizienz BW

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/4478

Deponierung von Bauschutt und Erdaushub

Vorhaltung von Deponien für Bauschutt und Erdaushub durch die Gemeinden und Kreise; Anzahl und Kapazität der Deponien der Klassen DK 1 und DK 0 im Land; Befreiung von der Deponierungspflicht; Verlängerung der Entsorgungswege; Anteil des wiederverwerteten Materials

Antr
s. *Bauabfall*
Drs 15/4670

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5572

Altreifenrecycling in BW

Gesetzliche Regelung der Entsorgung von Altreifen; Förderung einer Verwertung von Altreifen

KlAnfr Klaus Burger CDU 28.08.2014 und Antw UM Drs 15/5669

Ressourceneffizienz als Chance für BW

Bedeutung der Ressourceneffizienz für den Wirtschaftsstandort BW; Ziele des Projekts „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“; Indikatoren einer effizienten Nutzung von Ressourcen; Arbeitsstand der „Akteursplattform Ressourceneffizienz BW“; Gründung einer Denkfabrik (Think Tank) für Industrie- und Ressourcenpolitik in BW; Errichtung einer zentralen Recyclinganlage zur Phosphorgewinnung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6087

Recycling von öl- und kühlenschmierstoffhaltigen Metallspänen

Hintergründe der Einstufung emulsions- und ölbehafteter Metallspäne als „gefährlichen Abfall“ und Konsequenzen für Entsorgung und Recycling

KlAnfr
s. *Sonderabfall*
Drs 15/6506

Baustoff-Recycling in BW

Sachstand zur Bedeutung des Baustoff-Recyclings in BW, insbes Entwicklung des Bauschutt-Aufkommens und der Verwertungsquote bei Bauschutt, Probleme beim Einsatz von Recycling-Bauschutt

Antr
s. *Bauabfall*
Drs 15/6605

Förderprogramm „Technologischer Ressourcenschutz“

Sachstand zu Bewerbungen und Auswahlverfahren für eine Projektförderung iRd durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft ausgelobten Förderprogramms „Technologischer Ressourcenschutz“ (Gewinnen und die Nutzung von Sekundärrohstoffen durch Recycling oder Substitution von Roh- und Werkstoffen)

KlAnfr
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/7202

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7960

Rede

*Festvortrag: Die Rolle der Länderparlamente im europäischen
Integrationsprozess*

PIPr 15/35 25.04.2012 S. 1903-1907

*Gedanken von jungen Menschen zu „60 Jahre Baden-
Württemberg“*

PIPr 15/35 25.04.2012 S. 1907-1909

Referendar

s. *Vorbereitungsdienst*

Referendariat

s. *Vorbereitungsdienst*

Referent

Personalpolitik im Kultusministerium
Ausschreibungsmodalitäten und Stellenbesetzungen im KM,
insbes Aufgaben der Ministerialdirektorin und Notwendigkeit
einer persönlichen Referentenstelle für diese Position

KIAnfr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/3118

Reform

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ratsempfehlung zum nationalen Reformprogramm Deutschlands
2013*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/3914

Beziehungen zur Republik Albanien

Beziehungen zwischen der Republik Albanien und BW in den
Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und berufliche Bil-
dung, Tourismus und Kultur; Kontakte auf Regierungsebene in
den vergangenen zehn Jahren; Städtepartnerschaften zwischen
Städten und Kommunen in Albanien und BW; Zu- und Wegzug
sowie Einbürgerung von Albanern; Bürgerbeauftragter der Re-
publik Albanien; Unterstützung Albaniens bei den im Hinblick
auf einen EU-Beitritt notwendigen Reformen

Antr
s. *Albanien*
Drs 15/4802

Reformation

Reformationstag 2017 als arbeitsfreier Feiertag

Erklärung des Reformationstags am 31. Oktober 2017 als 500.
Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers zum einmaligen
gesetzlichen Feiertag, insbes Schaffung der rechtlichen Voraus-
setzungen durch Abstimmung mit dem Bund und den anderen
Bundesländern

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 25.01.2013 und Stel-
lungnahme StM Drs 15/2929
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.04.2013 Drs 15/3571 S.
16 17
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Einmalige Erhebung des Reformationstags am 31. Oktober 2017
zum gesetzlichen Feiertag aus Anlass des 500. Reformationsju-
biläums

GesEntw LReg 16.09.2014 Drs 15/5718 (11 S.)
1. Beratung PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6509-6512
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.10.2014 Drs 15/5939
2. Beratung PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6662 6663
GesBeschl 12.11.2014 Drs 15/6130
GBI 2014 Nr. 21 S. 548 (Ges vom 25.11.2014)

Regelstudienzeit

s. *Studienzeit*

Regelungslücke

s. *Rechtslücke*

Regeneration

s. *Erholung*

Regenerative Energie

s. *Erneuerbare Energie*

RegG

s. *Regionalisierungsgesetz*

Regierungsbefragung

Regierungsbefragung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 164-174
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 310-322
PIPr 15/14 12.10.2011 S. 574-580
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 737-749
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 913-924
PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1593-1601
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1781-1793
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2001-2012
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2205-2215
PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2384-2394
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2576-2587
PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2888-2898
PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3445-3457
PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3647-3658
PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3846-3855
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4087-4098
PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4261-4271

PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4468-4474
 PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4662-4672
 PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4830-4839
 PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4973-4984
 PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5173-5182
 PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5333-5343
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5499-5508
 PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5611-5621
 PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5917-5926
 PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6099-6109
 PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6265-6274
 PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6440-6449
 PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6649-6658
 PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7177-7186
 PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7361-7371
 PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7535-7544
 PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7705-7713
 PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7876-7885
 PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8017-8027
 PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8200-8210
 PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8379-8389
 PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8530-8541
 PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8737-8747
 PIPr 15/149 17.02.2016 S. 8937-8947

Erfolgsbewertung des neu eingeführten Instruments der Regierungsbefragung

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 6

Kritik an der mit Mehrheit durchgesetzten Vorabbenennung der Themen bei der Regierungsbefragung

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2216-2219

Regierungsbezirk

Flüchtlingsverteilung in BW

Sachstand zur Verteilung der Flüchtlinge in BW, insbes Verteilung in den einzelnen Regierungsbezirken, Soll- und Ist-Anteil der Flüchtlinge in BW anhand des Königsteiner Schlüssels, Unausgewogenheit bei der geografischen Verteilung der Erstaufnahmeeinrichtungen, Einführung von Tragfähigkeitsobergrenzen bei Gemeinden; Erhöhung der Polizeipräsenz bei den Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7444

Regierungsbezirk Freiburg

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Freiburg

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 15/735

Lehrerversorgung im Regierungsbezirk Freiburg zum Schuljahr 2014/2015

Situation der Lehrerversorgung im Regierungsbezirk Freiburg, insbes Unterrichtsversorgung, besetzte und nicht besetzte Lehrerstellen, Bewerberzahlen, Kompensation des Lehrermangels, Verantwortlichkeit des Schulpräsidenten; Sofortmaßnahmen zur

Verbesserung der Situation

Antr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/6202

Sanierung Landesstraße L 181 auf den Streckenabschnitten Erdmannweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach

Sachstand zu Sanierungsprogramm und Dringlichkeitsliste im Bereich der Landesstraßen für den Regierungsbezirk Freiburg und den Schwarzwald-Baar-Kreis ab dem Jahr 2014, insbes zu den beiden Streckenabschnitten Erdmannweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach der Landesstraße L 181

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/6418

Die Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge (BEA) und die Situation der geplanten Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) im Regierungsbezirk Freiburg

Sachstand zur Standortauswahl und Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, insbes Vorgehensweise am Standort Villingen-Schwenningen; Planungsstand zur Eröffnung der Landeserstaufnahmeeinrichtung im Regierungsbezirk Freiburg

KlAnfr

s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*

Drs 15/7120

Förderungen durch das Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) im Regierungsbezirk Südbaden

Sachstand zu angemeldeten und bewilligten Maßnahmen aus den Gemeinden im Regierungsbezirk Freiburg für das LGVFG-Förderprogramm 2015 bis 2019

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/7141

Regierungsbezirk Karlsruhe

s.a. Regierungspräsidium Karlsruhe

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Karlsruhe

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 15/734

Entwicklung der Bewerberzahlen um einen Ausbildungsplatz bei der Polizei in BW in den Jahren 2009 bis 2014

Entwicklung der Bewerberzahlen um einen Ausbildungsplatz bei der Polizei in BW, insbes Anteil der heimatnahen Bewerber und der Bewerber aus Nordbaden; Anreize für Bewerber ohne heimatnahen Ausbildungsort

KlAnfr

s. *Polizeiausbildung*

Drs 15/5695

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Beibehaltung eines Standorts für die Ausbildung im mittleren und/oder gehobenen Polizeivollzugsdienst in den Regierungsbezirken Nordbaden und Nordwürttemberg

Antr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6118

PFC-Funde im Raum Nordbaden; weitere Entwicklung

Sachstand zur Belastung mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) im Raum Nordbaden, insbes Untersuchungsergebnisse der Sachverhaltsermittlung, landesweite Situation bei der Entsorgung von Papierschlämmen, Sicherstellung der Erstattung der notwendigen Sanierungskosten, Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6158

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Planungen für künftige Standorte der Polizeiausbildung in BW, insbes für den Standort der Polizeiakademie in Wertheim

KlAnfr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6352

Regierungsbezirk Nordbaden

s. *Regierungsbezirk Karlsruhe*

Regierungsbezirk Stuttgart*Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Stuttgart*

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/732

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerberuf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2780

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Beibehaltung eines Standorts für die Ausbildung im mittleren und/oder gehobenen Polizeivollzugsdienst in den Regierungsbezirken Nordbaden und Nordwürttemberg

Antr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6118

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Planungen für künftige Standorte der Polizeiausbildung in BW, insbes für den Standort der Polizeiakademie in Wertheim

KlAnfr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6352

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)-Förderprogramm 2015 bis 2019

Sachstand zu angemeldeten und bewilligten Maßnahmen aus den Gemeinden im Regierungsbezirk Stuttgart für das LGVFG-Förderprogramm 2015 bis 2019

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/7349

Regierungsbezirk Südbaden

s. *Regierungsbezirk Freiburg*

Regierungsbezirk Tübingen*Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Tübingen*

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/733

Bundesverkehrswegeplan - Maßnahmen an Bundesstraßen im Regierungsbezirk Tübingen

Ausgabenverteilung für Bundesstraßen im Zeitraum 2003 bis 2013 auf die vier Regierungsbezirke; Investitionskostenverteilung auf die vier Regierungsbezirke für die im Anmeldeentwurf des Landes zum Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Straßenbaumaßnahmen, insbes Verteilung bei Aufnahme aller Vorschläge für den Regierungsbezirk Tübingen; Kriterien und Verfahren der Priorisierung der in den Maßnahmenpool für den Bundesstraßenplan aufgenommenen Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/4009

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der

Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungskoope-
rationen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbe-
zirk und LKreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr
s. *Tschechische Republik*
Drs 15/4947

Regierungserklärung

Regierungserklärungen, Regierungsinformationen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19-31 (Beginn der neuen WP)
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33-79 (Aussprache)
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119-144 (Kassensturz: Finanziel-
le Erblasten und Versäumnisse der CDU-geführten LReg in
BW und Aussprache)
PIPr 15/13 28.09.2011 S. 481-498 (Euro dauerhaft stabilisie-
ren - Mitwirkung der Länder wahrnehmen und Aussprache)
PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2349-2384 (Die Energiewende -
Chance für die Wirtschaft, Schutz für das Klima, Gewinn für
die Menschen und Aussprache)
PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3963-3987 (Endlagersuchgesetz
und Aussprache)
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4055-4078 (Regionale Schulent-
wicklung - die baden-württembergische Bildungslandschaft
erfolgreich gestalten und Aussprache)
PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5577-5611 (Auf dem Weg zu mehr
Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie in BW und Aus-
sprache)
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5723-5740 („Stand der Bund-
länder-Verhandlungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz -
Bewertung aus der Sicht BW“ durch den MinPräs und Aus-
sprache)
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6413-6440 (Heimat, High Speed
- die Chancen der Digitalisierung für BW nutzen und Aus-
sprache)
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8235-8274 (Herausforderung be-
wältigen, Verantwortung übernehmen, Integration zum Er-
folg führen und Aussprache)

Regierungspräsident

s.a. *Regierungspräsidium*

*Kritik an der Versetzung von verdienten Regierungspräsidenten
in den Ruhestand, Begründung der Ersetzung von zwei Regie-
rungspräsidenten durch Frauen*

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1540 1541 1543 1545

Regierungspräsidium

s.a. *Regierungspräsident*
s.a. *Regierungspräsidium Freiburg*
s.a. *Regierungspräsidium Karlsruhe*

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift
2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 5:
Poststellen und Registraturen der Regierungspräsidien*

Mittlg LReg
s. *Post*
Drs 15/138

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende
Äußerung des RH zur Organisationsuntersuchung bei den Reg-
Präs des Landes*

Mittlg LReg 27.06.2011 Drs 15/145 (31 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/543
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift
2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 8:
Fuhrparkmanagement bei den Regierungspräsidien*

s. *Dienstwagen*
Drs 15/222

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/1085

*Planungen der LReg zu einer umfassenden Verwaltungsreform
in BW*

Darlegung o.g. Überlegungen - evtl auf der Grundlage von Be-
schlüssen eines Landesparteitags und des Regierungsprogramms
der SPD (Auflösung der RegPräs und LKreise, Bildung von
Regionalkreisen) oder der geplanten Polizeireform; Beurteilung
der bestehenden Dreigliedrigkeit der Landesverwaltung; Erläute-
rung von entsprechenden Äußerungen des MinPräs

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 15/1653

*Wissensmanagement und Personalgewinnung in Ministerien und
Regierungspräsidien*

Maßnahmen zur Sicherung und Archivierung von Fachwissen in
Ministerien und RegPräs, Methoden zur Übergabe von Fachwis-
sen an Nachfolger, Nutzung von EDV-basierten Wissensdaten-
banken; Ausrichtung der Personalpolitik der Landesverwaltung
zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter; Vorlage eines Kon-
zepts zur Erhaltung von Kompetenz und Wissen in der Verwal-
tung unabhängig von Personalwechsellern

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/2297

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über
die Umsetzung der Beschlussempfehlung der
Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft -
berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“
Abschnitt 3.1 - Allgemeine Entwicklungen und Herausforderun-
gen*

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissens-
gesellschaft“*
Drs 15/2849

Neuordnung der Denkmalpflege

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und
dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Ver-
hältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der
Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftig-
ten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg
und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei
einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Ess-
lingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die
Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr
s. *Denkmalpflege*
Drs 15/4598

Mittelrückfluss aus dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Höhe der seit 2011 an die vier Regierungspräsidien des Landes ausgezahlten Fördermittel nach dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und Verwendung der zurückgeflossenen Gelder

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4682

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsidien, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, eingegangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5543

Partnerschaften von Regierungspräsidien mit anderen Gebietskörperschaften

Sachstand zu Partnerschaften und Kooperationen zwischen Regierungspräsidien Baden-Württembergs und Gebietskörperschaften in anderen Staaten, insbes Anzahl der Partnerschaften, Antragstellungs- bzw Genehmigungsverfahren, Schwerpunkte der Kooperation

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 16.12.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6278
BeschlEmpf und Bericht EuA 05.03.2015 Drs 15/6733 S. 42 43
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Umstrukturierung der Fischereibehörden

Verlagerung der Obersten Fischereibehörde des Landes in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung 5 (Waldwirtschaft, Landesbetrieb Forst BW) innerhalb des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Gründe für diese Umstrukturierung; personelle Veränderungen; Folgen für die zum Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg gehörende Fischereiforschungsstelle Langenargen; Anpassung der Zuständigkeiten für das Fischereiwesen in den Regierungspräsidien

Antr
s. *Fischereiverwaltung*
Drs 15/6341

Neuorganisation der Zuständigkeiten bei Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien

Sachstand zur Neuorganisation der Zuständigkeiten bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien, insbes Arbeitsbelastung, Personalsituation, Bereitstellung von zusätzlichen Personal- und Sachmitteln

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6700

Mittelrückfluss aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Sachstand zum Mittelrückfluss aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz von den vier Regierungspräsidien, insbes Höhe der Mittel, Gründe für die Rückgabe, Weiterverwendung der zurückgeflossenen Gelder

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6913

Festhalten an den vier Regierungspräsidien, Verweisung auf den Personalabbau bei den RegPräs

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1220 1222 1224

Regierungspräsidium Freiburg

Ein Sommermärchen: Der rasche Wandel vom „Schulrebell“ zum Schulpräsidenten

Kritik an der Berufung eines bekannten Kritikers des Schulsystems zum Leiter der Schulabteilung am RegPräs Freiburg; Fragen nach den Kriterien der Personalauswahl, der Qualifikation, der persönlichen Eignung etc; Erwartungen an den neuen Schulpräsidenten insbes im Hinblick auf die Etablierung der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/2342

Regierungspräsidium Karlsruhe

s.a. *Regierungsbezirk Karlsruhe*

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 10 - Zentrale Bußgeldstelle beim Regierungspräsidium Karlsruhe (Kap 0305)

Mittlg RH
s. *Straßenverkehrsbehörde*
Drs 15/1910

Regierungspräsidium Stuttgart

Seitenstreifenfreigabe auf der A 6

Unterschiedliche Positionen des Verkehrsministeriums und des RegPräs Stuttgart zur Freigabe der Seitenstreifen der A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und Bretzfeld für den Verkehr

MdlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/4248

Regierungssprecher

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bundestagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundesparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr
s. *Staatsministerium*
Drs 15/4136

Regierungsumbildung

Entlassung der Ministerin für Kultur, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer

Entlassung wegen mangelhafter Sachkompetenz und Unzuverlässigkeit bei der Ausübung der Dienstgeschäfte

Antr
s. *Ministerin für Kultur, Jugend und Sport*
Drs 15/2807

Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid

Entlassung wegen verfehlter Personalpolitik, Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs und behaupteter „Vertraulichkeit“ des ICC-Schiedsverfahrens

Antr
s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*
Drs 15/2808

Entlassung der Ministerin für Integration Bilkay Öney

Entlassung wegen einer Verletzung der Amtspflichten durch Aussagen zur Existenz eines sogenannten „Tiefen Staats“ in Deutschland sowie der CDU unterstellte Fremdenfeindlichkeit gegenüber Türken und dem türkischen Staat

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/3834

Entlassung des Justizministers Rainer Stichelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
s. *Justizminister*
Drs 15/6170

Region

s.a. *Region Stuttgart*
s.a. *Regionalplanung*
s.a. *Strukturpolitik*

Angaben zur Regionalität von Lebensmitteln

Definition des o.g. Begriffs, Einbeziehung von Produkten aus anderen BLändern oder aus Holland? Auswirkungen für die heimischen Landwirte, Konsequenzen aus den Hinweisen der Verbraucherzentrale, Unterbindung der Verbrauchertäuschung durch falsche Regionalangaben

Antr FDP/DVP 22.12.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/1077

Planungen der LReg zu einer umfassenden Verwaltungsreform in BW

Darlegung o.g. Überlegungen - evtl auf der Grundlage von Beschlüssen eines Landesparteitags und des Regierungsprogramms der SPD (Auflösung der RegPräs und LKreise, Bildung von

Regionalkreisen) oder der geplanten Polizeireform; Beurteilung der bestehenden Dreigliedrigkeit der Landesverwaltung; Erläuterung von entsprechenden Äußerungen des MinPräs

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 15/1653

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Eintritt in das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen; Festlegung von Mindestabständen von Schlägen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu Bienenständen und Schutzgebieten; Verkauf von Honig mit gentechnisch veränderten Pollen nur mit einer Zulassung; Hervorhebung der Gentechnikfreiheit iRD Tourismuswerbung

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Zukunft der regionalen Flughäfen und Luftverkehrsdienste in der EU

Bewertung der o.g. EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 10.05.2012, u.a. der Forderung nach Einbindung von regionalen Flughäfen in die transeuropäischen Verkehrsnetze und der Stärkung der Wirtschaft und des Tourismus in den Regionen durch die Regionalluftfahrt; Erhöhung der Investitionszuschüsse für die Regionalflughäfen

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/2099

Wie funktioniert eine regionale Schulentwicklung?

Zeitplan und Ziele der o.g. Planung; Entscheidungskriterien und Auswirkungen der Schließung allgemeinbildender und beruflicher Schulen; Vornahme von Veränderungen an bestehenden Schulstandorten und Einrichtung von Gemeinschaftsschulen nur mit Zustimmung aller Schulträger in der betroffenen Region

Antr
s. *Schulentwicklungsplan*
Drs 15/2190

Wertigkeit regionaler Dachmarken erforschen und entwickeln

Initiierung von wissenschaftlich erarbeiteten und begleiteten Konzepten zur Entwicklung regionaler Dachmarken zur besseren Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen aus der entsprechenden Region, z.B. für den Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder Hohenlohe

Antr CDU 28.09.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2410
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3734 (abgesetzt)
PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4271-4278

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. *Notfallvorsorge*
Drs 15/5014

Region Bodensee-Oberschwaben

s. *Bodensee-Oberschwaben, Region*

Region Stuttgart

s.a. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*

Verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln als Ziel der Modellregion für eine nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart

Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Fahrgästen im ÖPNV, u.a. Entwicklung einer einheitlichen Mobilitätskarte für den Geltungsbereich des VVS, Initiierung ergänzender Angebote an den Stationen wie Leihfahrräder und Carsharingfahrzeuge, Verbesserung der Fahrgastinformation, der Anschlussicherung, Sauberkeit und Zuverlässigkeit, Einrichtung eines Online-Vertriebs für Fahrkarten, Mittelbereitstellung zur Beteiligung von (mehr) Kommunen an den Projekten

Antr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/97

Finanzierungszusagen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich

Anteil der o.g. Investitionen von Bahn, Bund, Land und Region Stuttgart an den jeweiligen Gesamtinvestitionshaushalten über den gesamten Realisierungszeitraum; Höhe des Einsatzes von Regionalisierungsmitteln; Bedeutung des Bahnknotens Stuttgart für den Schienenverkehr im Land; Frage nach einem Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsanteil des Bundes und der Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim, dem Ausbau der Rheintal- und Südbahn; Abfluss der Bundesmittel in Projekte außerhalb des Landes im Falle einer Auflösung der Finanzierungsvereinbarung

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/667

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Rems-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Beschränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr

s. *Schurwald*

Drs 15/871

Mögliche Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Hare/Niemeyer oder Sainte-Lague/Schepers

Auswirkungen der Anwendung o.g. Berechnungsverfahren bei den Kommunalwahlen 2009 auf die Sitzverteilung in den einzelnen Gemeinderäten und Kreistagen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart, Darstellung der Veränderungen beim landesweiten Ergebnis

Antr

s. *Sitzverteilung*

Drs 15/2253

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4177

Schienenahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KIAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4334

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/4814

Aktueller Stand zum Ausbau der ÖPNV-Anbindung des Heckengäus an den Nahverkehr der Region Stuttgart

Situation der Anbindung des Heckengäus im Öffentlichen Personennahverkehr an die Region Stuttgart, insbes Probleme der Berufspendler und im Schülerverkehr, Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis; Maßnahmen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsanbindung

KIAnfr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/5481

Finanzierung der Erweiterung der S 2 und U 6

Förderung der Finanzierung der S-Bahn- und Stadtbahnerweiterungen S2 und U6 durch Bund, Land und die Region Stuttgart

KIAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 15/5482

Situation und Perspektiven der S-Bahn in der Region Stuttgart
Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Auslastung und Attraktivität der S-Bahn; Abfertigungskapazität am S-Bahn-Bahnhof am Stuttgarter Hauptbahnhof; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart-Ulm auf den S-Bahn-Verkehr; Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur; finanzielle Förderung eines verbesserten Lärmschutzes auf den Fildern

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5816

Salafismus im LKreis Esslingen

Umfang und Altersstruktur der Anhängerschaft des Salafismus im Kreis; Anzahl der überregional in der Salafistenszene aktiven Personen; Existenz von den Salafisten nahestehenden Vereinen und Gruppierungen und deren Aktivitäten; Vernetzung mit Vereinen und Gruppierungen in der Region Stuttgart; Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Anhängerschaft des Salafismus; Beteiligung von Salafisten aus dem LKreis Esslingen an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr
s. *Islam*
Drs 15/5929

Regierungsbefragung

ÖPNV-Pakt für die Region Stuttgart

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
PIPr 15/111 S. 6653

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr
s. *Schienenpersonenverkehr*
Drs 15/6335

Mikrostromausfälle in BW

Erfassung von Mikrostromausfällen im Land; Ursachen der Mikrostromausfälle in der Region Stuttgart; Auswirkungen der Netzstörungen; Nutzung von USV-Einheiten; weitere Vorkehrungsmaßnahmen und deren Kosten

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6407

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Fortentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Stuttgart durch Umsetzung der Vereinbarung „Nachhaltig mobil: Für einen zukunftsorientierten ÖPNV in der Region Stuttgart“ zwischen dem Land BW, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den LKeisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, insbes Zuständigkeit- und Verfahrensregelung für den Erlass einer EU-konformen Vorschrift, Erweiterung der Zuständigkeiten der Verbands Region Stuttgart im Bereich des ÖPNV

GesEntw
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/6570

Förderprogramm Regiobuslinien

Sachstand zum Förderprogramm Regiobuslinien, insbes Kriterien für das förderfähige Netz, entfallene Relationen in Stuttgart gegenüber dem ÖPNV-Pakt, Förderung des Expressbusangebots im LKreis Esslingen, Mittelbedarf an Kofinanzierung des Landes

Antr
s. *Omnibusverkehr*
Drs 15/6571

Mikrostromausfälle und kurze Versorgungsunterbrechungen in BW

Gewinnung neuer Erkenntnisse bei der Beobachtung von Mikrostromausfällen und Spannungseinbrüchen in der Region Stuttgart oder anderen Regionen während der vergangenen acht Monate; Einleitung von Vorkehrungen und Gegenmaßnahmen; Veranstaltung eines Fachdialogs zum Thema Spannungsschwankungen/kurze Versorgungsunterbrechungen am 25. November 2015; Kosten der Veranstaltung

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/7601

Beurteilung der Verbesserungen für den Schienenverkehr in der Region Stuttgart nach Vollendung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 456 467 468 477-479

Regionalausschuss der EU

s. *Ausschuss der Regionen der Europäischen Union*

Regionale Schulentwicklung

s. *Schule*

Regionale Schulentwicklungsplanung

s. *Schule*

Regionale Strukturpolitik

s. *Strukturpolitik*

Regionale Wanderung

s. *Binnenwanderung*

Regionale Wirtschaftsstruktur

s.a. *Regionalplanung*

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Nationalparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden und/oder den Regionalverbänden bei der Festlegung des Wohnbauflächenbedarfs; Basis der neuen Kennziffern; Berücksichtigung der besonderen Situation von Städten oder Gemeinden mit Hochschuleinrichtungen; Auswirkungen auf die Grundstückspreise und Mieten in den Gemeinden; Wechselwirkung zwischen dem Wohnungsbau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Antr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/3909

Verlegung und Schließung kleiner Klassen an beruflichen Schulen in der Technologieregion Karlsruhe und die Auswirkungen auf die Wirtschaft

Berufsschulen mit kleinen Klassen, Zukunftsaussichten für diese Klassen; Aufrechterhaltung der Berufsausbildung in Ausbildungsberufen mit anhaltend wenigen Auszubildenden; Einfluss der Schließung bzw Verlegung von Ausbildungsklassen auf die Nachwuchsgewinnung und den wirtschaftlichen Erfolg der betroffenen Branchen; Ausbildung zum Physikalaboranten, Ausbildungsstandorte, Klassengrößen, Einstellung des Ausbildungsangebots an der Carl-Engler-Schule in Karlsruhe, Erleichterungen für die von der Verlegung des Schulstandorts betroffenen Auszubildenden

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/4147

Strukturförderung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Zu- und Abwanderung im Wahlkreis Villingen-Schwenningen in den vergangenen 20 Jahren; Anzahl und Volumen der seit 2000 im Wahlkreis 54 geförderten sowie der seit 2011 bewilligten ELR-Projekte im Vergleich zu anderen Landtagswahlkreisen; Bedeutung der ELR-geförderten Projekte für die kleinen und mittleren Unternehmen und die Kommunen im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/4246

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 03.04.2014 und Antw MFW Drs 15/5033 (12 S.)

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/5381

Regionalentwicklung

s. *Regionalplanung*

Regionaler Planungsverband

s. *Regionalplanung*

Regionalflughafen

s. *Flughafen*

Regionalisierungsgesetz

s.a. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Verlässliche Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) - Fortführung der Kompensationsmittel nach dem Entflechtungsgesetz und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV)-Bestellmittel nach dem Regionalisierungsgesetz

Förderung von ÖPNV-Projekten nach dem GVFG-Bundes- und Landesprogramm, Höhe der jeweiligen Fördersummen und Kostensteigerungen; Auflistung der seit 2001 abgeschlossenen, der noch laufenden und noch nicht begonnenen bzw genehmigten Maßnahmen; Eintreten für eine Nachfolgeregelung für die ÖPNV-Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz sowie für das GVFG-Bundesprogramm nach 2019 und für eine Fortführung und Dynamisierung der Finanzierung von SPNV-Bestellungen nach dem Regionalisierungsgesetz über das Jahr 2013 hinaus

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/1683

Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs

Entwicklung der Grundlagen zur Verteilung der o.g. Mittel sowie der Bevölkerung, der gefahrenen Zugkilometer und des Beförderungsaufkommens seit Inkrafttreten des Regionalisierungsgesetzes 1996; Beurteilung der Chancen für einen höheren Anteil des Landes ab 2015

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 02.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2187
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 68 69
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Revision der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes seit Regionalisierung des SPNV im Jahr 1996 und deren Verwendung;

Stand der Revision; Schlussfolgerungen aus Gutachten; Abmilderung von Kostensteigerungen durch eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel; Aufteilung in Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und Mittel für den SPNV-Betrieb; Erzielung eines angemessenen Anteils an der Gesamtsumme für BW

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 10.06.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5328

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 24.09.2014 Drs 15/5989 (dazu ÄAntr Nicole Razavi u.a. CDU, Andreas Schwarz u.a. GRÜNE, Hans-Martin Haller u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 46 47

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Mittlg LReg 21.04.2015 Drs 15/6769

Regionalisierungsmittel

s. *Regionalisierungsgesetz*

Regionalplanung

s.a. *Infrastruktur*

s.a. *Kommunalpolitik*

s.a. *Region*

s.a. *Regionale Wirtschaftsstruktur*

s.a. *Regionalpolitik*

Ziele und Folgen des Ausbaus der Windkraft in BW

Zahl, Leistung und geeignete Standorte zusätzlicher Windkraftwerke und des Repowerings bestehender Anlagen zur Erreichung o.g. Zielsetzung; Darstellung des dazu notwendigen Ausbaus der Energiespeicher und -netze; Ausgestaltung der Beteiligung der Regionalverbände, Gebietskörperschaften und der Betroffenen vor Ort bei der geplanten Änderung des Landesplanungsges; Sicherstellung des Schutzes der Bevölkerung sowie der Natur- und Landschaftsschutzgebiete vor Eingriffen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/44

Windkraft, Landschaftsbild und Tourismus

Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in den einzelnen Regionen, absehbare Veränderungen der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete nach der Änderung des Landesplanungsrechts und Novellierung der Regionalpläne; Berücksichtigung der Eingriffe in das Landschaftsbild und der Belange des Tourismus bei den in Aussicht genommenen gesetzlichen Neuregelungen zur Errichtung von Windkraftanlagen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/767

Strategische Umweltprüfung iRd Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bewertung der grafischen Gestaltung und Lesbarkeit der Zeitungsanzeigen zur Konsultation der Öffentlichkeit zu Artikel 2 des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes zur Aufhebung der Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen, Vereinbarkeit mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz und den Gestaltungsrichtlinien des Landes

KlAnfr

s. *Landesplanung*

Drs 15/1016

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen als Vorranggebiete, Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen nach einer Übergangsfrist

GesEntw

s. *Landesplanung*

Drs 15/1368

Verschiedene Rechtsfragen zum Vollzug des Landesplanungsgesetzes bei der Umsetzung der Energiewende in BW

Klärung o.g. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Wege der Flächennutzungsplanung, insbes durch Gemeindeverwaltungsverbände und in landschaftlich besonders sensiblen Lagen

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1444

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Verpflichtung der Regionalverbände unter Beteiligung der Gemeinden zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen, die zugleich die Eigenschaft von Eignungsgebieten nach dem Raumordnungsgesetz haben müssen; Änderung des Landesentwicklungsplans 2002

GesEntw

s. *Landesplanung*

Drs 15/1496

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen als Vorrang-, Vorbehalts- oder Ausschlussgebiete; Aufhebung abweichender Festlegungen in bestehenden Regionalplänen binnen einer angemessenen Frist

GesEntw

s. *Landesplanung*

Drs 15/1511

Windkraftstandorte im Naturpark Schönbuch

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1796

Windkraftstandorte im Landschaftsschutzgebiet Bodanrück am Bodensee

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1833

Planerische Steuerung der Errichtung von Windkraftanlagen
Stand der kommunalen Planungen und der der Regionalverbände; Bewertung der Entscheidung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu den Anforderungen an eine Zurückstellung nach § 15 Abs 3 Baugesetzbuch; Frage nach flankierenden Aktivitäten zur Unterstützung von planenden Kommunen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2537

Stand der Maßnahmen beim Förderprogramm ILEK (Integriertes ländliches Entwicklungskonzept)

Aktueller Stand in den vier baden-württembergischen Modellregionen; Weiterentwicklung des von der früheren LReg angestrebten Programms

MdlAnfr
s. *Strukturschwaches Gebiet*
Drs 15/2649

Regionalentwicklung in BW - Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER in der Förderperiode 2014 bis 2020
Bedeutung der nachhaltigen Regionalentwicklung als Strategie zur Ausrichtung der Politik für die Ländlichen Räume in BW, insbes Herausforderungen des demografischen Wandels sowie derzeitige Strukturen und Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung; Umsetzung und Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER, insbes zentrale Kritikpunkte, Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Arbeit Lokaler Aktionsgruppen, Vorschaltung eines inoffiziellen Interessensaufrufs; Folgen für die Regionalpolitik aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr
s. *LEADER*
Drs 15/3053

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Umsetzung des Operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in BW, insbes konkreten Auswirkungen der Vereinbarung der Wirtschaftsministerkonferenz vom 3./4. Dezember 2012 zu innerdeutschen Mittelverteilung; Vermeidung einer Doppelförderung von Projekten im Bereich der CO2-Reduktion; Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens „Zukunftsfähige Regionalentwicklung in funktionalen Räumen“

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/3131

Neuausrichtung und Modernisierung der Flurneuordnung in BW
Schwerpunkte der Neuausrichtung der Flurneuordnung in BW, insbes Umsetzung eines landesweiten Biotopverbunds, Ausrichtung an naturschutzfachlichen Gesichtspunkten, Unterstützung von Regionalentwicklungsprozessen, verstärkte Bürgereinbindung

Antr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/3185

Ist eine vernünftige Planung der Windkraft im baden-württembergischen Teil der Metropolregion Rhein-Neckar möglich?

Auswirkungen des baden-württembergischen Windenergieerlasses für den einheitlichen Regionalplan der Metropolregion Rhein-Neckar, u.a. auch auf Verhandlungen mit den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz; Ausweisung von Vorranggebieten und Ausschlussflächen für Windkraftanlagen durch die Kommunen, insbes in der Stadt Weinheim

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3299

Der Ausbau der Windkraft kommt wegen großer planungsrechtlicher Probleme nicht voran

Anzahl und Gesamtleistung der im Jahr 2012 in den einzelnen Bundesländern in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen; Ausweisung von Vorranggebieten durch die Regionalverbände in den Regionalplänen und von Standorten durch die Kommunen in den Flächennutzungsplänen seit der Änderung des Landesplanungsgesetzes und dem Inkrafttreten des Windenergieerlasses; Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen; Gründe für die Ablehnung eines Standorts oder Vorranggebiets; Änderungen von Schutzgebietsverordnungen durch die unteren (Stadt- und LKreise) oder die höheren Naturschutzbehörden (Regierungspräsidien); Handreichungen für den Artenschutz

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3353

Umsetzung des Landesplanungsgesetzes im Bereich Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung

Gebietsausweisung für Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung, insbes Stand der Neuplanung von Vorranggebieten, Beteiligung der Regionalverbände bei den Entscheidungsfindungen der Raumordnungskommissionen, Interessenkonflikte mit angrenzenden Bundesländern aufgrund differenzierter Planungsgrundsätze, abweichende Interessenlage des Landes Rheinland-Pfalz durch Ausweisungsmöglichkeit von Ausschlussgebieten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3494

Operationelles Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für BW

Anteil und Umfang der Mittelbereitstellung aus dem EFRE-Fonds der EU für Förderprogramme aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, insbes konkrete Ausgestaltung des Wettbewerbs „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit (RegioWIN)“

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/3770

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Förder-

maßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Böblingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Böblingen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Regionalplans, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Entwicklung der Bevölkerungsdichte; Perspektiven und Fördermaßnahmen der Innenstadtentwicklung sowie Auswirkungen steigender Grundstückspreise

KIAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4307

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemarkungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/4520

Integriertes ländliches Entwicklungs-Konzept (ILEK)

Sachstand zum Förderinstrument „Integriertes ländliches Entwicklungs-Konzept“, insbes Zielsetzung, Einsatz in Gebieten und Projekten, Bewerbungen und Auswahlkriterien, Finanzausstattung

Antr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/7068

Ausweisung neuer Standorte zur Windkraftnutzung nach dem Windatlas durch die Regionalverbände

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 40

Aufhebung der einschränkenden Regionalpläne zur Windkraftnutzung, Ausweisung neuer Vorranggebiete durch die Regionalverbände

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614 615 617-619 623-625 627-629

Aufhebung der einschränkenden Regionalpläne zur Windkraftnutzung, Ausweisung neuer Vorranggebiete durch die Regionalverbände, Ermöglichung der Ausweisung von Standorten auch durch die Kommunen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1046 1053

Aufhebung der einschränkenden Regionalpläne zur Windkraftnutzung, Ausweisung neuer Standorte durch die Regionalverbände und Kommunen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1337 1363

Aufhebung der einschränkenden Windregionalpläne, Ausweisung von Vorranggebieten durch die Regionalverbände

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1602-1608

Regionalpolitik

s.a. *Regionalplanung*

Wirtschaftspolitische Bedeutung von Verkehrslandeplätzen

Mittelfristige Gefährdung der Regionalflugplätze aufgrund neuer Sicherheitsanforderungen; Ausbau von Verkehrslandeplätzen als Instrument regionaler Wirtschaftsförderung; Haltung der EU zu Regionalflugplätzen; Fahrgastzahlen des Adolf-Würth-Airport in Schwäbisch Hall

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/2653

Grün-Rot: Absage an den ländlichen Raum

Aktuelle Debatte
s. *Strukturschwaches Gebiet*
PIPr 15/50 S. 2898

Regionalentwicklung in BW - Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER in der Förderperiode 2014 bis 2020

Bedeutung der nachhaltigen Regionalentwicklung als Strategie zur Ausrichtung der Politik für die Ländlichen Räume in BW, insbes Herausforderungen des demografischen Wandels sowie derzeitige Strukturen und Instrumente zur Umsetzung nachhaltiger Regionalentwicklung; Umsetzung und Neuausrichtung des EU-Förderprogramms LEADER, insbes zentrale Kritikpunkte, Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Arbeit Lokaler Aktionsgruppen, Vorschaltung eines inoffiziellen Interessensaufrufs; Folgen für die Regionalpolitik aufgrund der geplanten Kürzung des EU-Finanzrahmens 2014-2020

Antr
s. *LEADER*
Drs 15/3053

Zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Derzeitige Strukturen und zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den INTERREG-Programmräumen „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Hochrhein-Bodensee“, insbes Höhe bereitgestellter und erwarteter EU- und Landesmittel für INTERREG-Projekte in beiden Programmräumen, Auswirkungen der Neuregelung der Vorgaben für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), Festlegung und Erarbeitung der thematischen Ausrichtung der künftigen INTERREG-V-Programme, künftige Beteiligung der Schweiz an beiden INTERREG-Programmen

Antr
s. *INTERREG*
Drs 15/3967

Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN

Berücksichtigung des Gemeindetags, Städtetags und Landkreistags bei der Besetzung der Jury im Wettbewerb „Regionale Wett-

bewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit - Region WIN*

MdlAnfr 5) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 25.11.2013 Drs 15/4358
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5094

Regionalverband

s. *Regionalplanung*

Regionalverband Donau-Iller

Status der Windkraftnutzung im baden-württembergischen Teil des Regionalverbands Donau-Iller

Zahl der seit 2008 ausgewiesenen und rechtskräftig verabschiedeten Vorranggebiete für Windkraftanlagen; Zahl der errichteten Anlagen sowie der Bauanfragen in diesem Zeitraum; Rechtsgrundlage für die Genehmigung der einzelnen Standorte; Genehmigungsdauer; Stand des Anhörungsverfahrens zur Ausweisung von Standortvorrangflächen; Verbindlichkeit des Standortgutachten des TÜV Süd zur Windhöflichkeit für Standortentscheidungen; Modifizierung des Staatsvertrags für den Regionalverband Donau-Iller zugunsten einer Standortentscheidung der Kreise

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2988

Regionalverkehr

Tarifharmonisierung im Nahverkehr an den Verbundgrenzen von Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Harmonisierung der Nahverkehrstarife an den Übergängen zwischen regionalen Verkehrsverbänden, im Besonderen der Verkehrstarife zwischen VPE und VVS; Ausweitung der zum 1. August 2013 angekündigten Tarifvereinfachung auf weitere Ortsteile von Tiefenbronn und die benachbarten Heckengäugemeinden; Nutzung sogenannter Übergangskarten

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/2760

Folgen durch Zugausfälle und -verspätungen für das Land

Vertragliche und finanzielle Konsequenzen durch Zugausfälle und -verspätungen im Nah- und Regionalverkehr; Möglichkeiten des Landes bei der Vertragsgestaltung mit Verkehrsunternehmen

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/2810

Regionalstadtbahn Neckar-Alb

Modularisierung, Realisierung und Finanzierung der Regionalstadtbahn Neckar-Alb, insbes Umsetzung von Modul 1 mit möglicher Herausnahme der Strecke Zollern-Alb-Bahn, Finanzierungszusage des Bundes und mögliche Anwendung auf alle anderen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)-Projekte in BW, Entlastung der Regionalisierungsmittel durch stadtbahn-gerechten Ausbau der Erntal- und Ammertalbahn, Wirtschaftlichkeit des Streckenabschnitts Tübingen-Reutlingen nach erhöhter Taktfrequenz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3544

Finanzierung der Elektrifizierung der Hoahrheinstrecke

Stellenwert der Elektrifizierung der Hoahrheinbahn; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hoahrheinstrecke bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3890

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4177

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Ausbau der Rheintalbahn - Abschnitt Müllheim-Auggen

Sachstand und Position der LReg zum Ausbau der Rheintalbahn im Bereich Müllheim-Auggen, insbes Bewertung und Mehrkosten des Vorschlags des Bürger-Bündnisses Markgräflerland (BBM)

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/5523

Interregio-Express (IRE)-Bahnangebot und Fernverkehrs-anbindung der Hoahrhein-Region ab 2016 und den Folgejahren

Sachstand zu Anbindungsqualität und Fernverkehrs-anbindung der Hoahrheinregion, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Pünktlichkeit der IRE-Züge, Auswirkungen des veränderten Fahrplanangebots auf Hoahrheinbahn und Gäubahn, Verbesserung von Angebot und Zuverlässigkeit der Verbindungen, Gewährleistung von Barrierefreiheit

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6470

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7913

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/8063

Regio-S-Bahn Donau-Iller

s. *Donau-Iller-Nahverkehrsverbund*

Register*Organspende*

Anzahl der auf ein Spenderorgan wartenden Menschen in BW; Zahl der Organtransplantationen; Einführung eines zentralen Organspende-Registers; Fortbildung der Transplantationsbeauftragten; Maßnahmen zur Erhöhung der Spendenbereitschaft

Antr
s. *Organspende*
Drs 15/4522

Waffenkontrollen und Waffenbesitz in BW

Waffenkontrollen der unteren Waffenbehörden in den Jahren 2012 und 2013; hierbei festgestellte Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Regelungen; Kontrollintervalle; Erfahrungen mit der 2013 eingeführten Online-Sicherheitsprüfung (OSiP) sowie dem elektronischen Datenaustausch zwischen den Waffenbehörden und dem Landeskriminalamt; Umsetzung des Nationalen Waffenregisters beim Bundesverwaltungsamt Köln; Übermittlung von Waffendaten an das Nationale Waffenregister; Nutzung des Nationalen Waffenregisters durch Polizeibehörden und andere abfrageberechtigten Stellen im Land

Antr
s. *Waffenbesitz*
Drs 15/4782

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw. Aufhebung von Baurechten; Entschädigung

von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4877

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw. Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/5090

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Umfang der aufgedeckten illegalen Hundetransporte in BW; von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten für die Unterbringung und Versorgung der sichergestellten Hunde; Herkunftsländer, Organisationsstrukturen und Transportwege des illegalen Handels mit Hundewelpen; Überprüfung verdächtiger Transportfahrzeuge und Verkaufsangebote; Aufklärung potenzieller Hundekäufer; Einführung einer EU-weiten Chip- und Registrierpflicht für Hunde

Antr
s. *Hund*
Drs 15/5139

Melderecht in der Verwaltungspraxis

Zahl der im baden-württembergischen Melderegister erfassten Personen; Anzahl der jährlich beantragten einfachen und erweiterten Melderegisterauskünfte seit 2009; Antragsteller; Verweigerung von Auskünften und ihre Begründung; Auskunftssperren; Prüfung der Voraussetzungen für eine Auskunftssperre durch die Meldebehörden; Beschwerden über die Weitergabe von Meldedaten an Dritte

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 15/5710

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 15/7621

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asyl-

bewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungsstellen; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr
s. *Asylrecht*
Drs 15/7689

Registergericht

Servicequalität bei den vier zentralen, für Vereinsangelegenheiten zuständigen Registergerichten

Sachstand zur Betreuung von Vereinen in Vereinsangelegenheiten an den zuständigen vier zentralen Registergerichten, insbes. Standortzahlen zu Mitarbeitern und betreuten Vereinen, Kosten und Personaleinsparungen der Zentralisierung, Gewährleistung zeitnaher und unbürokratischer informeller Beratung, Maßnahmen zur Abhilfe bei Beschwerden über abnehmende Servicequalität

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 15.06.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6997
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 13 14
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Regress

Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Regresse von Ärztinnen und Ärzten

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigung seit 2008; Zahl der Beratungen aufgrund einer Überschreitung der maximalen Verordnungsmenge von Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln; Anteil und Erfolg von Widersprüchen gegen Regressbescheide beim Beschwerdeausschuss; Veröffentlichung der von den Prüfungsstellen und Beschwerdeausschüssen der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Übersichten über die Zahl der durchgeführten Beratungen und Prüfungen sowie der festgesetzten Maßnahmen

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/789

Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes in BW

Zahl und Ergebnisse der Verfahren nach dem Unterhaltsvorschussgesetz seit 2006, personelle Ausstattung der Jugendämter in den Stadt- und LKreisen zur Durchsetzung der Unterhaltspflicht säumiger Unterhaltsschuldner bzw zur Rückgriffnahme für geleisteten Unterhaltsvorschuss, Erleichterung der Beitreibung von Unterhaltsforderungen im Ausland durch erweiterte europäische Auskunftsrechte; Erwartung von Verbesserungen durch das Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz des Bundes?

Antr
s. *Unterhaltspflicht*
Drs 15/1590

Rückerstattung von Schulbaufördermitteln

Umfang der Gewährung und evtl Rückforderung o.g. Mittel seit 2002; Auslösung von Schulschließungen, insbes von Haupt- und Werkrealschulen, durch den Rückgang der Schülerzahlen infolge der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung;

Vermeidung einer drohenden Rückerstattung gewählter Fördermittel durch Umwandlung einer Schule in eine Gemeinschaftsschule? Umfang der Interessenbekundung von Schulträgern für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule aus diesem Grunde

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/1651

Regressanspruch

s. *Regress*

Regulierung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strukturelle Maßnahmen zu Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4869

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4887

Verbraucherschutzansätze für leitungsgebundene Wärmeversorgung

Sachstand zur Regulierung von Wettbewerb und Verbraucherschutz bei der leitungsgebundenen Fernwärmeversorgung, insbes Veröffentlichung der Wärmepreise durch die Fernwärmeversorger

KIAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 15/7590

Regulierungspolitik

s. *Regulierung*

Rehabilitation

s.a. *Kur*
s.a. *Nachsorge*
s.a. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Schließung der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH) - Fachklinik Neckargemünd

Folgen o.g. Schließung für die medizinische Versorgung im Rhein-Neckar-Kreis; künftige Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Schädigungen des zentralen Nervensystems, ambulante und stationäre Angebote auf dem Gebiet der Kinderneurologie

KIAnfr
s. *Fachkrankenhaus*
Drs 15/488

Servicestellen für Rehabilitation in BW

Standorte, Zuständigkeitsbereiche und Trägerschaft der o.g. Servicestellen; Beurteilung der vorhandenen Angebote sowie eines evtl. Nachbesserungsbedarfs

Antr Werner Raab u.a. CDU 23.07.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2144

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 64

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Familienorientierte Rehabilitation verwaister Familien

Konzept der Deutschen Rentenversicherung BW, der AOK BW sowie der Nachsorgeklinik Tannheim zur familienorientierten Rehabilitation verwaister Familien; Bedarf und Angebot an Therapie- und Rehabilitationsplätzen in BW

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 05.11.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4279

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 79

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Geriatrische Rehabilitation in BW

Nachfrage nach geriatrischen Rehabilitationseinrichtungen; Wirksamkeit geriatrischer Leistungen im Hinblick auf den Eintritt der Pflegebedürftigkeit alter Menschen; Angebote in stationärer, ambulanter und mobiler Form; Stand der Kostenübernahme durch die Krankenkassen; Zweckdienlichkeit der geriatrischen Versorgungsstrukturen; Verknüpfung der medizinischen Versorgung älterer Menschen mit den Pflegestrukturen; Beteiligung der Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 20.01.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4614

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2014 Drs 15/5052 S. 46 47

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr

s. *Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“*

Drs 15/4977

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr

s. Inklusion

Drs 15/6519

Rehabilitationseinrichtung*Krankenhausstruktur im LKreis Freudenstadt*

Entwicklung der stationären Krankenhausplätze in den letzten zehn Jahren; Förderquoten, gegliedert nach Standorten bzw. Einrichtungen; Förderanträge vonseiten der Klinikträger in Freudenstadt, Baiersbronn oder Horb am Neckar; Förderung eines Klinikneubaus; Fortführung der ambulanten Versorgung in Horb sowie Umwandlung des dortigen Stationärbereichs in eine geriatrische Rehabilitationseinrichtung; Sicherstellung der stationären Versorgung im Landkreis; Kosten und Gewinn pro Krankenhausbett in Häusern der Größenordnung von Horb

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 15/2783

Situation der Pflege im LKreis Waldshut

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis Waldshut

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/5389

Situation der Pflege im LKreis Esslingen

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis Esslingen

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/5751

Situation der Pflege im Schwarzwald-Baar-Kreis

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/5856

Reichenau*Perspektiven und Herausforderungen des Gemüseanbaus auf der Insel Reichenau*

Entwicklung, Zukunft und Unterstützung des Gemüseanbaus auf der Insel Reichenau, insbes. Bedeutung für Agrarstruktur, Versorgung, Landschaftsbild und Tourismus; Rückbau ineffizienter Gewächshäuser; Ermöglichung von Flurbereinigung und Diversifizierung

Antr

s. *Gemüsebau*

Drs 15/4088

Reichtum

s. *Vermögen*

Reise

s.a. Dienstreise

Wirtschaftsfaktor Tourismus in BW

Entwicklung der Übernachtungszahlen in den letzten fünf Jahren; Anteil der ausländischen Gäste im Vergleich zu anderen Bundesländern; Bedeutung und jährliche Umsätze der Tourismussegmente Geschäftsreisende, Tagesausflügler und Urlauber; Wachstumspotenziale; Förderung durch die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW); Verschiebung der Förderschwerpunkte; Zielgruppenansprache

Antr

s. Beherbergungsstatistik

Drs 15/4997

Reisebranche

s. Reiseunternehmen

Reisebüro

s. Reiseunternehmen

Reisekosten

s.a. Kilometerentschädigung

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw

s. Eingetragene Lebenspartnerschaft

Drs 15/1719

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anpassung von Regelungen zur Aufwandsentschädigung an die Erfordernisse der Praxis, Erstattung aller mandatsbedingten Fahrten, Bestimmung der Wegstreckenentschädigung durch Verweisung auf das Landesreisekostengesetz, Einräumung eines Budgets für die mandatsbedingte Ausstattung mit Informations- und Kommunikationseinrichtungen; redaktionelle Änderungen

GesEntw

s. Abgeordnetengesetz

Drs 15/1726

Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Aufgabe der Verweisung auf die steuerrechtlich maßgebenden Sätze bei der Gewährung von Tagegeld zur Abgeltung der Mehraufwendung für Verpflegung; Beibehaltung der bisherigen Tagegeldsätze

GesEntw LReg 22.10.2013 Drs 15/4225

1. Beratung PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4848-4851

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4322 (dazu Antr FDP/DVP)

2. Beratung PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5095

GesBeschl 28.11.2013 Drs 15/4407

GBI 2013 Nr. 17 S. 476 (Ges vom 03.12.2013)

Berichtigung GBI 2014 Nr. 3 S. 76

Reisekostengesetz

s. Reisekosten

Reiseunternehmen

Gewerbsteuerhinzurechnung bei Hotelreservierungen

Streichung der Gewerbesteuerhinzurechnung der Entgelte für die Anmietung von Hotelunterkünften durch Reiseveranstalter, insbes Rücknahme des Anwendungserlasses vom 2. Juli 2012 zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nr. 1 Gewerbesteuergesetz in der Fassung des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 vom 14. August 2007

Antr

s. Gewerbesteuer

Drs 15/6970

Reiseveranstalter

s. Reiseunternehmen

Reith, Niko MdL FDP/DVP

Eintritt des Abg Niko Reith

PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367 6370

Reitsport

s. Pferdesport

Reitweg

Reittourismus in BW

Anzahl der Reiterhöfe und Reiterhotels; Wanderreitstationen; Reitwege- und Reittourennetz; Anzahl der in den letzten fünf Jahren ausgebildeten Beritt- und Wanderreitführer; Aufstellung der den Reittourismus betreffende Rechtsvorschriften; Bedeutung des Reittourismus in BW; Vermarktung des Reittourismus über die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW)

Antr

s. Tourismus

Drs 15/4696

Re-Kommunalisierung

s. Kommunalisierung

Rekultivierung

s. Renaturierung

Religiöse Betätigung

s. Religionsausübung

Religiöse Praxis

s. Religionsausübung

Religiöse Sekte

s. Sekte

Religiöser Fundamentalismus*s. Fundamentalismus***Religiöses Symbol***Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und des Kindertagesbetreuungsgesetzes*

Einschränkung des bisherigen generellen Kopftuchverbots für Lehrerinnen an Schulen und Kindertageseinrichtungen in Übernahme einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. März 2015 für nordrhein-westfälische Schulen

GesEntw GRÜNE und SPD 24.06.2015 Drs 15/7061
1. Beratung PIPr 15/133 08.07.2015 S. 7981-7987
Mittlg LtgPräs 14.09.2015 Drs 15/7377 (45 S.)
(Erledigt durch Ablauf der WP)

Kopftuchverbot

Auswirkung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot auf die Geltung und Einhaltung von § 38 des Schulgesetzes für BW

MdlAnfr
s. Schulgesetz für Baden-Württemberg
Drs 15/7399

Schreiben des BVerfG vom 08.10.2015, Az.: 1 BvR 354/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 7 des Kindertagesbetreuungsgesetzes wegen des Verbots des Tragens einer religiös motivierten Kopfbedeckung

s. Kindertagesbetreuungsgesetz
PIPr 15/142 S. 8475

Religion*s.a. Christentum**s.a. Ethik**s.a. Islam**s.a. Juden**s.a. Koran**s.a. Sekte**s.a. Weltanschauung*

Verteilung kostenloser Koran-Ausgaben durch religiöse Extremisten in BW

Beurteilung der o.g. Verteilaktion von Anhängern eines radikal-salafistischen Islam in rechtlicher Hinsicht sowie unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Erkenntnisse über die beteiligten Personen und Finanzierung der Aktion, Beobachtung der Salafisten vom Verfassungsschutz, Frage nach Möglichkeiten zur Untersagung und Aufklärung

Antr
s. Koran
Drs 15/1576

Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen

Darlegung der Bestattungsformen nach dem Islam, dem Judentum, der Orthodoxie und dem Christentum; Unvereinbarkeit von Bestattungsritualen ohne Sarg und ewiges Ruherecht mit der geltenden Rechtslage; Umgang anderer BLänder und EU-Staaten mit kulturell und religiös begründeten und vom Christentum abweichenden Bestattungsritualen

Antr
s. Bestattung
Drs 15/1654

Rechtsstaat schützen - Salafismus entschlossen bekämpfen!

Zahl, Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Salafisten in BW; vorbeugende Maßnahmen nach den Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen; Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Koordination der Bekämpfung des Salafismus in allen gesellschaftlichen Bereichen; entsprechende Erweiterung der Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz; Vorlage eines Maßnahmenkatalogs gegen die extremistische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen in Wohnheimen im Umfeld religiöser Einrichtungen; konsequente Anwendung des Ausländer-, Steuer- und Vereinsrechts; Entwicklung von Präventionsangeboten über die Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. Rechtsstaat
Drs 15/1697

Rechtliche Bewertung von religiös begründeten Beschneidungen bei männlichen Minderjährigen

Darlegung o.g. Bewertung der im Judentum und Islam religiös begründeten Beschneidung; Beurteilung eines gesetzgeberischen Handlungsbedarfs

Antr
s. Beschneidung
Drs 15/2087

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Bekanntnis zu den im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission 2012 zu den Beitrittsverhandlungen der Türkei geäußerten Defiziten insbes in den Bereichen Menschenrechte, Religionsfreiheit und Justizwesen; Thematisierung der bemängelten Fragen in den Beratungen in der Gemischten Kommission

Antr
s. Türkei
Drs 15/2554

Häusliche Gewalt in Familien mit Migrationshintergrund

Anzahl bzw Häufigkeit der polizeilich registrierten Straftaten im Vergleich zu solchen Familien ohne Migrationshintergrund; Zahl der seit 2002 jährlich ausgesprochenen Platzverweise; Gründe für eine hohe Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt; Frage nach dem Einfluss der Religion bzw Glaubensrichtung der betroffenen Familien; nachsorgende Beratungsangebote für Opfer und Täter häuslicher Gewalt sowie Maßnahmen zur Prävention

Antr
s. Häusliche Gewalt
Drs 15/2666

Aramäer in BW

Zahl der im Land lebenden Aramäer, Sitz aramäischer Gemeinden; Religionszugehörigkeit und theologische Ausbildung; Maßnahmen zur Integration; Lage der in der Türkei und Syrien lebenden aramäischen Christen

Antr
s. Ethnische Gruppe
Drs 15/2667

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 14.12.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2811
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2013 Drs 15/3398 S.

7-10

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Berechnung des Fachs „Religion“ im Gesamtdurchschnitt der Fachhochschulreife

Stellenwert des Fachs Religion; Gründe für mangelnde Berücksichtigung des Fachs bei der Berechnung des Notendurchschnitts der Fachhochschulreife; Begründung der unterschiedlichen Bewertung von Nebenfächern bei der Berechnung des Gesamtdurchschnitts

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 13.08.2013 und Antw KM Drs 15/3937

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/5752

Die Gesellschaft und die staatlichen Organe in der Auseinandersetzung mit religiös und politisch motivierten Extremisten stärken - Erweiterung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Erweiterung des Auftrags der Enquetekommission „Rechtsextremismus“ zur Untersuchung der Entwicklung des übrigen politisch und religiös motivierten Extremismus und seiner Strukturen sowie Erarbeitung diesbezüglicher Handlungsstrategien

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/5777

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr

s. *Terrorismus*

Drs 15/5880

Religionsausübung

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Anpassung und Modernisierung des Bestattungsrechts zur Ausübung jüdischer und muslimischer Kultur und Tradition im Umgang mit Verstorbenen, insbes Aufhebung der Sargpflicht und Möglichkeit der Erdbestattung in Tüchern sowie Aufhebung der grundsätzlichen Mindestdauer bis zur Bestattung

GesEntw

s. *Bestattung*

Drs 15/4543

Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Organisation der Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge des Landes und der Kommunen; Hintergründe zur Einstellung des ehrenamtlichen Dolmetscherdiensts durch die Ulmer Notfallseelsorge; Schaffung von Möglichkeiten der Religionsausübung in den Aufnahmeeinrichtungen

KlAnfr

s. *Dolmetscher*

Drs 15/7950

Religionsgemeinschaft

Staatsvertrag mit islamischen Glaubensgemeinschaften

Gestaltungsprozess und Rahmenbedingungen eines Staatsvertrages mit muslimischen Glaubensgemeinschaften in BW, insbes Regelungsinhalte und Vorbildcharakter bisheriger Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, Bedeutung des islamischen Religionsunterrichts

Antr

s. *Islam*

Drs 15/3228

„Kooperative Trennung zwischen Staat und Kirche“

Haltung der LReg zum Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften, insbes Änderungsvorschläge zum Staatskirchenrecht, gesellschaftspolitische Bedeutung der Religionsgemeinschaften, Präsenz organisierter Religionen in der Öffentlichkeit und ihr Einfluss auf die Politik, Änderungsbedarf hinsichtlich des konfessionellen Religionsunterrichts

KlAnfr

s. *Staatskirchenrecht*

Drs 15/5428

Werden die Kirchen bei der „Kooperationsoffensive Ganztagschule“ benachteiligt?

Sachstand zur Behandlung der beiden großen Kirchen sowie anderer Religionsgemeinschaften iRd „Kooperationsoffensive Ganztagschule“, insbes Ausweitung des Gebots der Wertneutralität, schul- und verfassungsrechtliche Grundlage der ungleichen Behandlung, Verbesserung der Kooperation und Einbindung der Kirchen in das Ganztagskonzept

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 15/6484

Religionslehre

s. *Religionsunterricht*

Religionssymbol

s. *Religiöses Symbol*

Religionsunterricht

s.a. *Islamischer Religionsunterricht*

Ethikunterricht an Schulen

Angebot an Ethik- und Religionsunterricht und Zahl der teilnehmenden Schüler, Anteil von konfessionslosen oder einer nicht-christlichen Konfession angehörenden Schüler; Beurteilung der Forderung von Eltern zur Einführung von Ethikunterricht auch an Grundschulen und allen Klassen der weiterführenden Schulen, Festhalten an dieser Zielsetzung im Koalitionsvertrag, Bezifferung der zusätzlichen Kosten für ein flächendeckendes Unterrichtsangebot im Fach Ethik

Antr
s. *Ethik*
Drs 15/2230

Religionsunterricht an Schulen

Aktuelle Situation des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in BW, insbes Überlegungen der LReg zur Erhöhung der Mindestschülerzahlen und deren Konsequenzen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 21.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5226
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 17-19
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

„Kooperative Trennung zwischen Staat und Kirche“

Haltung der LReg zum Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften, insbes Änderungsvorschläge zum Staatskirchenrecht, gesellschaftspolitische Bedeutung der Religionsgemeinschaften, Präsenz organisierter Religionen in der Öffentlichkeit und ihr Einfluss auf die Politik, Änderungsbedarf hinsichtlich des konfessionellen Religionsunterrichts

KlAnfr
s. *Staatskirchenrecht*
Drs 15/5428

Islamistischen Hasspredigern den Boden entziehen: Ausbau des islamischen Religionsunterrichts und des Ethikunterrichts an unseren Schulen

Erkenntnisse des Modellprojekts islamischer Religionsunterricht, daran teilnehmende Schulen; vorgesehener Ausbau des Unterrichtsangebots; Ethikunterricht als Alternative zum Religionsunterricht; Ausarbeitung eines Plans zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts an allen Schularten sowie eines Plans zum Ausbau des Unterrichtsangebots im Fach Ethik

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/6343

Remchingen*Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis*

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/152

Provisorische Fußgängerverbindungen während des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Unterbrechung bestehender Querungen der A 8 im Zuge des sechsspurigen Ausbaus, u.a. der Autobahnunterführung an der Tullastraße zwischen Remchingen-Darmsbach und Remchingen-Nöttingen; Eintreten für eine provisorische Fußgängerquerung während der Unterbrechung

KlAnfr
s. *Fußgänger*
Drs 15/2166

Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Darstellung o.g. Maßnahmen für den Abschnitt bei Remchingen-Nöttingen und zwischen Karlsbad und Pforzheim-West, erneute Überprüfung der Lärmschutzplanung anhand des für 2025 prognostizierten Verkehrsaufkommens; Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen sowie für die Aufbringung von Flüsterasphalt in der Nähe von Remchingen-Nöttingen und Remchingen-Darmsbach

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2291

Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn 8 (A 8) im Enzkreis

Entwicklung der Lärmbelastung auf dem Streckenabschnitt zwischen Karlsbad und Pforzheim-West seit 2008; nach dem Abschluss des Autobahnausbaus zu erwartendes Verkehrsaufkommen; Durchführung von Lärmmessungen; Unmut über unzureichenden Lärmschutz an der Pfinztalbrücke bei Remchingen; Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes an der A 8 bei Remchingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3404

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 8

Verkehrsaufkommen, Lkw-Anteil in der Nacht; Lärmschutzmaßnahmen an der Pfinztalbrücke; Einbeziehung der Klosterwegbrücke in den Planfeststellungsbeschluss

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3649

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn (BAB) 8 bei Remchingen

Berücksichtigung von Lärmschutzberechnungen am Streckenabschnitt der Autobahn 8 bei Remchingen und geplante Verbesserung der Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/4561

Neue Berechnungen zur Lärmbelastung an der Bundesautobahn A 8

Bewertung der Ergebnisse des Lärmgutachtens zur Lärmbelastung an der A 8 zwischen Karlsbad und Pforzheim/West im Bereich Remchingen und Konsequenzen für die Lärmschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Lärm*
Drs 15/6142

Schlichtung an Schulen

Maßnahmen des Schulamts und des RegPräs Karlsruhe zur Lösung des Führungsproblems an der Carl-Dittler-Realschule in Remchingen

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/6932

Remsbahn

s. *Remstalbahn*

Remseck*Nord-Ost-Umfahrung im Raum Stuttgart*

Planungsstand des o.g. Vorhabens im Zuge der L 1197 und Verkehrsentwicklung an der bestehenden Neckarquerung in Remseck unter Berücksichtigung der verschärften Luftreinhaltemaßnahmen und des Lkw-Durchfahrtsverbots in Stuttgart sowie der Autobahnmaut; Verzicht auf eine Weiterverfolgung des Vorhabens, Frage nach einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position sowie nach anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1179

Neckarquerung in Remseck

Planungen und Maßnahmen der LReg bei der Neckarquerung in Remseck, insbes Kooperation mit den betroffenen Kommunen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3368

Unterbindung des Alkoholmissbrauchs von Jugendlichen an örtlichen Brennpunkten in Remseck mit den Mitteln des Jugendschutzes

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 213 214

Rems-Murr-Kreis*Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis*

Zustand der Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen seit 2006 und bis 2013; Schließung der Lücken im Radwegenetz; Möglichkeiten zur Verhinderung des mautpflichtigen Schwerlastverkehrs auf dem nachgeordneten Straßennetz im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/691

Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in BW

Entwicklung der Zahl o.g. Behandlungsfälle und Ärzte im niedergelassenen Bereich, in teil- und vollstationären Einrichtungen seit 2006; Beurteilung der Versorgungssituation im Rems-Murr-Kreis, Unterstützung der Einrichtung von 14 teilstationären Betten beim Klinikum Schloss Winnenden? Zeitpunkt der Vorlage der Eckpunkte des angekündigten Landespsychiatriegesetzes

Antr
s. *Kinder- und Jugendmedizin*
Drs 15/802

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/806

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Waiblingen erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge; Bewertung der Arbeit im Bildungshaus der Grundschule Breuningsweiler und im Bildungshaus der Schillerschule Bittenfeld mit den Kindergärten

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/987

Straßenbaumaßnahmen im Rems-Murr-Kreis und im Wahlkreis Waiblingen

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2009; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; planfestgestellte Straßenbaumaßnahmen, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1246

Polizeireform: Auswirkungen auf den Rems-Murr-Kreis

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1420

Lehrerversorgung an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1979

Die Unterrichtsversorgung nach Stellen, Deputaten und aufgelaufenen Vorgriffsstunden an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der freigewordenen, der geschaffenen und zugeteilten Deputate an den o.g. Schulen in den letzten drei Schuljahren; Zahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Anteil der auf den Ergänzungsbereich entfallenen Lehrerwochenstunden; Umfang der aufgelaufenen und zurückgegebenen Vorgriffsstunden

KlAnfr

s. Schulunterricht
Drs 15/2151

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Vergleich der o.g. Zahlen zu Beginn des Schuljahrs 2012/2013 mit denen des vorhergehenden Schuljahrs

KlAnfr
s. Lehrer
Drs 15/2299

Radwege im Rems-Murr-Kreis

Lückenschließung und Sanierung der Rad- und Gehwege entlang der L 1119, L 1066, L 1155 und weiterer Landstraßen; Kosten und Finanzierung; Verwendung von Landesmitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für die Radwegverbindung von Kirchberg an der Murr nach Backnang

KlAnfr
s. Radweg
Drs 15/2663

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Höhe der im laufenden Jahr 2012 für den Straßenbau im Rems-Murr-Kreis zur Verfügung stehenden sowie der im Jahr 2013 eingeplanten Mittel; Zustand der Landesstraßen; Auflistung der im Jahr 2012 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen und der dafür erforderlichen Mittel; für die Jahre 2013 und 2014 geplante Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. Landesstraße
Drs 15/2665

Perspektiven für Haupt- und Werkrealschullehrer

Zahlen und Prognosen zu Hauptschulanmeldungen im Rems-Murr-Kreis; Pläne zur Schließung bzw zum Umbau in Ganztagschulen für Haupt- und Werkrealschulen im Rems-Murr-Kreis sowie Maßnahmen für das Lehrpersonal; Entwicklung der Studienabschlüsse für das Hauptschullehramt

KlAnfr
s. Hauptschule
Drs 15/2875

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rems-Murr-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/2973

Beschäftigung von Pädagogischen Assistentinnen/Assistenten an Grundschulen

Maßnahmen und Daten zur Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten im Rems-Murr-Kreis, insbes an Grundschulen; längerfristige Planungen zur Institution der Pädagogischen Assistenten

KlAnfr
s. Schulassistent

Drs 15/3028

Windkraft-Planung im Remstal (Windpark Buocher Höhe)

Bürgerprotest gegen den Windpark im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet; Abstand der Windkraftanlagen von den umliegenden Wohngebieten; Umweltbelastung durch Licht- und Lärmemissionen, insbes durch tieffrequenten Schall; Gesundheitsgefahr durch Infraschall; Wirtschaftlichkeit der Anlage im Hinblick auf etwaige Zwangsabschaltungen wegen Schattenwurf, Lärmemission, Fledermausflug sowie größerer Unterschiede beim Windaufkommen

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/3054

Entwicklung der Schulfremdenprüfung

Statistiken zu Schulfremdenprüfungen im Rems-Murr-Kreis und im Land; Rechtsgrundlage für die Mehrarbeit und Entschädigung von Fachlehrkräften durch Prüfungsabnahme

KlAnfr
s. Schulabschluss
Drs 15/3180

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr

Nennung sanierungsbedürftiger, in den Kategorien „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteter Streckenabschnitte der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr und vorgesehener Sanierungszeitplan

Antr
s. Straßenschaden
Drs 15/3530

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRD Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. Breitbandkommunikation
Drs 15/3616

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Höhe der für Aus- und Neubau sowie für Unterhalt und Sanierung der Landesstraßen 2013 und 2014 zur Verfügung stehenden Mittel; durchgeführte und geplante Sanierungsmaßnahmen; Höhe der erforderlichen Mittel; Maßnahmen zur Sanierung oder Lückenschließung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis und ihre Kosten

KlAnfr
s. Landesstraße
Drs 15/4237

Schiennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats-

und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4334

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2012/13

Entwicklung der Schülerzahlen nach Schularten; Zahl der eingesetzten Lehrkräfte; Anzahl der für den Pflicht- und den Ergänzungsunterricht bereitgestellten Unterrichtsstunden; Krankheitsvertretungsreserve im Staatlichen Schulamt Backnang; durch Pensionierung frei werdende Vollzeitlehrerstellen

KlAnfr

s. *Schulstatistik*

Drs 15/4364

Auswirkungen der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Rems-Murr-Kreis

Absehbare zusätzliche Freistellungen und sächliche Mehrkosten infolge der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes in den Kommunen des Rems-Murr-Kreises

KlAnfr

s. *Landespersonalvertretungsgesetz*

Drs 15/4391

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen des Rems-Murr-Kreises sowie Maßnahmen der LReg zur Vermeidung künftiger Unterrichtsausfälle

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/4686

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorndorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4804

Wohnungseinbrüche im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Rems-Murr-Kreis und Aufklärungsquote

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5160

Flüchtlingsunterbringung im Rems-Murr-Kreis

Zahlen der zugewiesenen Flüchtlinge im Rems-Murr-Kreis; Ausgestaltung und Probleme der Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/5280

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber im Rems-Murr-Kreis

Zahl der von der Schließung bedrohten Hubschrauberlandeplätze; Folgen für das Rettungswesen im Rems-Murr-Kreis; mögliche Abhilfe; Kosten einer Nachrüstung gemäß den EU-Vorgaben

KlAnfr

s. *Landeplatz*

Drs 15/5426

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöhe) im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöhe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KlAnfr

s. *Hochspannungsleitung*

Drs 15/5622

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Rems-Murr-Kreis von 2006 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 15/5624

Breitbandversorgung im Rems-Murr-Kreis

Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung im Rems-Murr-Kreis, insbes bestehende und geschlossene Versorgungslücken, Kombination der Ausbauprogramme von Land und Bund, Förderung von VDSL 100

KlAnfr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/5708

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KlAnfr

s. *Asylbewerber*

Drs 15/5709

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen des Rems-Murr-Kreises und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/5756

Breitbandversorgung im LKreis Rems-Murr

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5840

Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Rems-Murr-Kreis
Beantragung einer energieeinsparenden Modernisierung der Straßenbeleuchtung vonseiten der Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises; geförderte Projekte; Höhe des Förderbetrags; Nutzung von Fördermitteln des Bundes

KlAnfr
s. *Straßenbeleuchtung*
Drs 15/5973

Artenschutz beim Windkraftausbau auf der Buocher Höhe
Einbeziehung eines ehrenamtlich erstellten Gutachtens zum Artenschutz in den entsprechenden Teilflächennutzungsplan für Windenergieanlagen auf der Buocher Höhe im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6108

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2013/14

Entwicklung der Schülerzahlen; Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte; Deputate für Pflicht- und Ergänzungsunterricht sowie Krankheitsvertretung; Pensionierung und Neueinstellung von Lehrern

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6181

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Förderung des Aus- und Neubaus sowie der Sanierung der Landesstraßen im Jahr 2014; Erhaltung des Radwegenetzes und Lückenschließung; Auskunft über die 2014 durchgeführten und für 2015 geplanten Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/6279

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr
s. *Steueraufkommen*
Drs 15/6391

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Fortentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Stuttgart durch Umsetzung der Vereinbarung „Nachhaltig mobil: Für einen zukunftsorientierten ÖPNV in der Region Stuttgart“ zwischen dem Land BW, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den LKeisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, insbes Zuständigkeit- und Verfahrensregelung für den Erlass einer EU-konformen Vorschrift, Erweiterung der Zu-

ständigkeiten der Verbands Region Stuttgart im Bereich des ÖPNV

GesEntw
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6570

Auswirkungen der neuesten Entscheidung der Bundesnetzagentur bezüglich der geplanten Stromtrassenführung für BW

Konsequenzen für die weiteren Planungen der Stromtrassenführung in BW aufgrund der jüngsten Entscheidung der Bundesnetzagentur, insbes Veränderungen für die LKreise Schwäbisch Hall, Rems-Murr und Main-Tauber sowie für die Raumschaft des Naturparks Fränkisch-Schwäbischer Wald

MdlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6566

Geplante Windkraftanlage Zollstock-Springstein (Rems-Murr-Kreis)

Sachstand zum Genehmigungsverfahren der geplanten sechs Windkraftanlagen im Bereich Zollstock-Springstein, insbes Berücksichtigung der Flugsicherheit, Suche nach Alternativen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6599

Herstellung der Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur barrierefreien Nutzbarkeit der Bahnhöfe und Haltestellen des Schienenpersonennahverkehrs im Rems-Murr-Kreis, Durchführung der erforderlichen baulichen Umgestaltung

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/6884

Situation der Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im Rems-Murr-Kreis, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/6935

Extremistische Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer und islamistischer Gruppierungen und Organisationen im Rems-Murr-Kreis, insbes aktive Personen und Kontakte in andere Bundesländer, begangene Straftaten, Aktivität der rechten Musikszene, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/7039

Lehrkräfte und Schüler an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11

Statistik zu Lehrkräften und Schülern an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11, insbes Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen, Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte, bereitgestellte Deputate, feste Krank-

heitsvertretungsreserven

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/7798

Personalausstattung der Polizeireviere vor und nach der Polizei-reform im Rems-Murr-Kreis

Personalsituation auf den einzelnen Polizeirevieren im Rems-Murr-Kreis vor und nach der Polizeireform, insbes Bedienstetenzahlen, zugeordnete und besetzte Planstellen; Personaleinsatz im Streifendienst, Posten- und Ermittlungsdienst und in der Führung

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7986

Entwicklung der Planstellen in der Zuständigkeit des heutigen Polizeipräsidiums Aalen in den LKreisen Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall im landesweiten Vergleich

Jährliche Entwicklung der Planstellen im Vergleich zur tatsächlichen Beschäftigung von Polizisten vor Ort seit dem Jahr 2000; Polizeipräsidien mit den schlechtesten Betreuungsverhältnissen pro Einwohner

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/8117

Remstalbahn

Qualität der Telefonie auf Strecken der Deutschen Bahn AG in BW und auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg

Beklagung des o.g. Missstands auf Nebenstrecken, u.a. auf der Murr- und Remstalbahn; Hinwirkung auf Abhilfemaßnahmen

KlAnfr
s. *Telefonie*
Drs 15/275

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Remsbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Remstalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz und Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial; Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über vorzeitige Verbesserungen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3458

Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4334

Verbesserungen auf der Rems- und der Murrbahn durch die Neuausschreibungen ab 2016

Forderungen zur Verbesserung der Zustände auf Rems- und Murrbahn im Zuge der Neuausschreibung des Verkehrsvertrags und angestrebte Leistungsverbesserungen

MdlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5114

Barrierefreie Erreichbarkeit der interkommunalen Gartenschau im Remstal 2019

Stand der Barrierefreiheit der Haltepunkte und Bahnhöfe der Remsbahn und des sonstigen öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich der geplanten interkommunalen Gartenschau; Investitionsaufwand für die zur Erreichung der Barrierefreiheit erforderlichen Anpassungen; Verfügbarkeit der bestehenden Einrichtungen zur Barrierefreiheit; finanzielle Förderung der barrierefreien Gestaltung des ÖPNV bis zum Jahr 2019

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 04.06.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5289
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 25.02.2015 Drs 15/6639 S. 55
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Neigetechnikzüge im Fernverkehr auf der Relation Zürich-Stuttgart-Nürnberg

Sachstand zum Einsatz von Neigetechnikzügen im Fernverkehr auf der Strecke Zürich-Stuttgart-Nürnberg, insbes Konzeptionen, notwendige Investitionen auf Gäubahn und Remsbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7766

Renaturierung

Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern

Sachstand zur Durchführung und Förderung von Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern in BW, insbes Anteil natürlicher oder naturnaher Gewässer, Generierung von Ökopunkten

Antr
s. *Gewässer*
Drs 15/7538

Pläne für Renaturierungen der Enz im LKreis Ludwigsburg

Vorschläge zur Renaturierung der Enz auf dem Abschnitt Vaihingen/Enz-Roßwag bis Besigheim; Förderung der Renaturierungsmaßnahmen durch das Land

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 09.02.2016 und Antw UM Drs 15/8047

Rench

Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Entwicklung und aktueller Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für BW im Bundesvergleich, insbes Zuständigkeit für Kontrolle und Koordination der Umsetzung, Vorrangigkeit bestimmter Fließgewässer, Konsequenzen der Umsetzung für die Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen; Maßnahmen gegen Wassermangel der Flüsse Acher und Rench

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3897

Renningen

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand im Verfahren zur Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen, insbes. Eingang des Förderantrags, Haltung des Verkehrsministeriums, Auswirkung auf die S 6 und S 60, Durchführung eines Stress-tests, Kosten für die Ertüchtigung des Bahnhofs Renningen, Lärmschutzertüchtigungsmaßnahmen, Alternativen zur verkehrlichen Anbindung des LKreises Calw an Stuttgart

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5932

Lückenschluss Bundesstraßen (B) 295/(B) 464 bei Renningen

Sachstand zum Lückenschluss zwischen der B 295 und der B 464 im Bereich von Renningen, insbes. Planungen für eine endgültige Lösung, Bürgerbeteiligung, Verkehrsaufkommen sowie Lärm- und Schadstoffbelastung im Bereich von Renningen und Leonberg

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/6715

Kompromiss zur Hermann-Hesse-Bahn

Sachstand und Zeitplan des Stufenkonzepts für die Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn zwischen Calw und Renningen

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/7193

Rente

s. *Alterssicherung*

Rentenberechnung

Kurzzeitpflege stärken

Pflege von Kindern in Pflegefamilien; Zahl der Angebote für Kurz- und Langzeitpflege seit 2005; Vergütung und Anrechnung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung und sonstigen Sozialversicherung; Ungleichbehandlung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern; Unterstützung einer rechtlichen Gleichstellung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern in der Sozial- und Rentenversicherung und der Haftpflichtversicherung

Antr
s. *Pflegefamilie*
Drs 15/7623

Rentenrecht

s. *Rentenversicherungsrecht*

Rentenversicherung

Alterssicherungssysteme im Vergleich

Vergleich der Alterssicherung von Pensionären mit der ehemaligen Angestellter des Landes in Ergänzung der Stellungnahme auf Drs 15/332 unter Zugrundelegung derselben Fallgestaltungen, Verfahren und Berechnungsweisen; Zahl von Beschäftigten und Bereiche in der Privatwirtschaft mit und ohne zusätzliche betriebliche Alterssicherung; Frage nach einer wirkungsgleichen Übertragung der Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung auf das Versorgungsrecht seit 2000

Antr
s. *Alterssicherung*
Drs 15/526

Handhabung „Lebensbescheinigungen“

Handhabung der Ausstellung o.g. Bescheinigungen zur Vorlage bei Lebens- und Rentenversicherungen

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/1285

Regierungsbefragung

Bundratsinitiative: Entwurf eines Gesetzes zur Klarstellung der Auskunftserteilung zur Altersvorsorge durch die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

s. *Alterssicherung*
PIPr 15/30 S. 1593

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Auswirkungen der Einführung o.g. Vorfälligkeit mit dem Rentenentlastungsgesetz ab 2006, Bewertung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands bei den Arbeitgebern und Sozialversicherungsträgern sowie des Liquiditätsentzugs bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel II und III; Anmahnung von Reformmaßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen sowie einer Aufhebung des Rentenentlastungsgesetzes

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/1792

Handhabung „Lebensbescheinigungen“

Handhabung der Ausstellung o.g. Bescheinigungen zur Vorlage bei Lebens- und Rentenversicherungen; Frage nach einer Verpflichtung von Polizeidienststellen zur Unterzeichnung von Lebensbescheinigungen

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/1837

Zukunft der landwirtschaftlichen Alterssicherung

Zukunft der eigenständigen Alterssicherung der Landwirte nach einer gesetzlichen Neugestaltung durch die Bundesregierung, insbes. Auswirkungen einer vollständigen Abschaffung der sogenannten Hofabgabeklausel

Antr

s. *Alterssicherung der Landwirte*
Drs 15/5001

Rentenversicherung der Landwirte

s. *Alterssicherung der Landwirte*

Rentenversicherungsrecht

Auswirkungen der beabsichtigten Rentenrechtsänderung auf den Wirtschaftsstandort BW

Betroffene Personenzahl und Kostenwirkungen der beabsichtigten Rentenrechtsänderung für BW sowie Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung in BW

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 03.12.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/4428

BeschlEmpf und Bericht SoZA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 82 83

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Repräsentative Demokratie

s. *Demokratie*

Repräsentativumfrage

s. *Umfrage*

Reservekraftwerksverordnung

Versorgungssicherheit gewährleisten - die Reservekraftwerksverordnung (ResKV) vernünftig gestalten

Situation der Reservekraftwerke und der Versorgungssicherheit in BW, insbes Beitrag und Weiterentwicklung der bestehenden Reservekraftwerksverordnung

Antr

s. *Elektrizitätswirtschaft*
Drs 15/5153

Aktuelle Rechtsprechung des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf zur Reservekraftwerksverordnung

Sachstand zur Anwendung der Reservekraftwerksverordnung, insbes Inhalte der Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 28. April 2015, Kosten für die Stromkunden, Bedeutung von Vergütungen an die Energieversorger für den angeordneten Fortbetrieb ihrer Anlagen, Überlegungen zur Fortentwicklung der Verordnung

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 07.05.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6865

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.07.2015 Drs 15/7534 S. 10-12

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Reservist

s. *Soldat*

ResKV

s. *Reservekraftwerksverordnung*

Resozialisierung

Seniorinnen und Senioren im Justizvollzug in BW

Strafvollzug für Straftäter im Seniorenalter; Unterbringung älterer Strafgefangener; Anpassung der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten; spezielle Betreuungs- und Eingliederungsprogramme

Antr

s. *Strafvollzug*
Drs 15/4689

Ehrenamt und Qualität der baden-württembergischen Bewährungs- und Gerichtshilfe im Ländervergleich

Sachstand zur Arbeit der baden-württembergischen Bewährungs- und Gerichtshilfe im Bundesländervergleich, insbes Anzahl der ehrenamtlich Tätigen, Betreuungsschlüssel, fachliche Qualität, Wirtschaftlichkeit

Antr

s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*
Drs 15/6917

Restaurator

s. *Restaurierung*

Restaurierung

Unterbringung der Restauratorenstudiengänge an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Beurteilung einer Konzentration der fünf Restauratorenstudiengänge an einem Standort

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 29.09.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/613

BeschlEmpf und Bericht WissA 17.11.2011 Drs 15/1300 S. 19 20

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Attikafiguren des Hauses der Wirtschaft

Auslagerung der zwölf Attikafiguren in einen Steinbruch in Eppingen-Mühlbach; Erhaltungszustand der Statuen; Kosten der Zwischenlagerung; Restaurierung und Wiederaufstellung

KlAnfr

s. *Haus der Wirtschaft*
Drs 15/3469

Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute

Abzugsfähigkeit der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds als Betriebsausgabe

Sachstand zur Nichtabzugsfähigkeit der Beiträge der deutschen Kreditinstitute zum deutschen Restrukturierungsfonds als Betriebsausgabe, insbes Wettbewerbsverzerrung und Belastung für Banken und Sparkassen, Regelung in anderen europäischen Ländern, Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Regelung in den europäischen Ländern

Antr

s. *Bank*
Drs 15/6560

Reststoff

s. *Abfall*

Retentionsgebiet

s. Überschwemmungsgebiet

Rettungsausrüstung

s. Rettungsmittel

Rettungsdienst

s.a. Deutsches Rotes Kreuz

s.a. Hubschrauber

s.a. Katastrophenschutz

s.a. Notruf

Die Notfallstationsübung am 17. Juli 2010 in Herrenberg und die Situation des Katastrophenschutzes

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Übung unter der Annahme eines Unfalls im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Übertragbarkeit auf andere LKreise; Zahl, Ausstattung und Mittelbedarf der Notfallstationen im LKreis Böblingen bis 2016

KlAnfr

s. Katastrophenschutz

Drs 15/83

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Umsetzung der Konzeption zur Bewältigung eines Massen-anfalls von Verletzten und Erkrankten; Neustrukturierung des Katastrophenschutzdienstes nach dem teilweisen Rückzug des Bundes; Höhe und Träger der Kosten für die Beschaffung neuer Fahrzeuge und für die Einsätze, Höhe des mittelfristigen Investitionsbedarfs; Qualifizierung der Führungskräfte und der ehrenamtlichen Helfer, Stand der Jugendarbeit, Freistellung der Helfer vom Arbeitsplatz; Intensität und Qualität der Katastrophenschutzübungen, Zusammenarbeit der Behörden und Organisationen, Bewertung der Ressourcen der Bundeswehr

GrAnfr

s. Katastrophenschutz

Drs 15/603

Gesetzesgrundlage für Rettungsdienste zum gewaltsamen Öffnen von Wohnräumen bei eingegangenen Notrufen

Zahl von Polizeieinsätzen 2010 zur Ermöglichung des Zutritts von Rettungsdiensten zu verschlossenen Wohnräumen, Bewertung der Zeitdauer zwischen Alarmierung der Rettungsdienste und dem Betreten der Wohnung; Darlegung der geltenden Rechtslage und des Handlungsbedarfs

Antr

s. Notruf

Drs 15/801

Finanzierung der integrierten Leitstellen in BW

Art der Ermittlung des Finanzbedarfs einer integrierten Leitstelle, Problematik der Kostenaufteilung zwischen den Krankenkassen und Kreisen, Einflussnahme der Kostenträger auf die Berechnung der Kostenaufteilung

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 10.11.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/866

BeschlEmpf und Bericht InnenA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 17 18

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Einsatz von Rettungshubschraubern zur Nachtzeit

Abhängigkeit der o.g. Luftrettung von Standorten angrenzender Länder; Frage nach dem Stand von Planungen zur Ermöglichung

des Einsatzes zur Nachtzeit auch von Standorten in BW

Antr

s. Hubschrauber

Drs 15/1139

Ärzte-Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr

s. Arzt

Drs 15/1141

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr

s. Arzt

Drs 15/1173

Ärzteversorgung im LKreis Böblingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr

s. Arzt

Drs 15/1281

Gesundheitsversorgung im LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr

s. Medizinische Versorgung

Drs 15/1283

Ärzteversorgung im LKreis Esslingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr

s. Arzt

Drs 15/1352

Interkulturelle Kompetenz bei der personellen Besetzung von Rettungsleitstellen und Integrierten Leitstellen in BW

Anteil von Notrufen von Personen in Fremdsprachen oder mit eingeschränkter deutscher Sprachkompetenz; verstärkte Förderung und Gewichtung der Fremdsprachenfähigkeit und interkulturellen Kompetenz von Disponenten bei der Ausbildung und Einstellung im Rettungsdienst

Antr SPD 06.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1372

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/2007 S. 31 32

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Ärztliche Versorgung im LKreis Rottweil

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1384

Ärzteversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2022

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1449

Ärzte-Versorgung im LKreis Göppingen

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1489

Reform des Europäischen Vergaberechts

Auswirkungen o.g. Regelungsvorschläge der EU-Kommission und des neuen Richtlinienvorschlags für Konzessionen, insbes auf die Bereiche der sozialen Dienstleistungen und der interkommunalen Zusammenarbeit, auf die Rettungsdienste, die Kreditversorgung der Kommunen, auf kleine und mittlere Unternehmen; Auswirkungen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Dienstleistungskonzessionen für den Bereich der Daseinsvorsorge; Vereinbarkeit der geplanten Nationalen Aufsichtsstelle mit der föderalen Kompetenzordnung

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 15/1524

Gesundheitsversorgung im LKreis Karlsruhe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2020

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1555

Weiterentwicklung der Einhaltung der Notärztlichen Hilfsfristen

Entwicklung der Hilfsfristen und deren Einhaltung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 14/4062 im Jahr 2009, Auswirkungen von Veränderungen in den Strukturen und der ärztlichen Besetzung der Kliniken, insbes durch Arbeitszeitvorgaben der EU; Maßnahmen zur Verbesserung der notärztlichen Versorgung durch Einbindung der niedergelassenen Ärzte, Steigerung der Attraktivität durch Veränderungen in der Ausbildung und Vergütung, durch Vereinbarungen iRd Kreisstrukturgespräche und Bereichsausschüsse; verstärkte Einbeziehung der Flugrettung

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/1573

Verweigerung der LReg für eine Verbesserung der Luftrettung in Ostwürttemberg und im LKreis Schwäbisch Hall

Verweigerung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit des Innenministers nach Aussage seines bayerischen Kollegen; Frage nach Vorschlägen zur Beseitigung der Lücken bei der Luftrettung in der o.g. Raumschaft

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 21.05.2012
Drs 15/1734
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2089-2092

Finanzmittel für Hilfsorganisationen in BW

Entwicklung der Zuschüsse und finanziellen Ausstattung der Organisationen des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes, insbes auch der DLRG, seit 2007; Bedeutung der Organisationen iRd nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr; Berücksichtigung von Bedarfszuwächsen, insbes im Bereich der Rettungs- und Einsatzfahrzeuge?

Antr
s. *Hilfsorganisation*
Drs 15/1742

Ärztliche Versorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1780

Hilfsfristen 2011 in BW

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und in der Notarztversorgung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 09.07.2012 und Antw IM
Drs 15/2063

Aktuelle Situation und Perspektiven des Rettungsdienstes in BW

Struktur, Lage und Optimierungsmöglichkeiten des Rettungsdienstes in BW sowie Vergleich zu anderen Bundesländern und Staaten der EU und OECD; Übertragbarkeit der Entscheidung des BayVerfGH vom 24. Mai 2012 auf BW; Trennung von Krankentransport und Notfallrettung; Evaluation und Optimierung der integrierten Leitstellen; Daten zur Hilfsfrist; Einführung einer Hilfsfrist von 40 Minuten, eines Konzepts „Helfer vor Ort“ sowie digitaler Technik für Funk und Disponierung; Gestaltung der Nachwuchsgewinnung für den Rettungsdienst, insbes Daten zum Freiwilligendienst und Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht; Verbesserung der Einkommenssituation; Bewertung von Änderungen bei Landes- und Bundesgesetzen mit Bezug zum Rettungsdienst

GrAnfr FDP/DVP 10.01.2013 und Antw LReg Drs 15/2858
(18 S.)
PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4409-4416

Einhaltung der Hilfsfristen von Rettungsdienst und Notarzt im LKreis Waldshut

Daten zur notärztlichen Versorgung und zum Rettungsdienst im LKreis Waldshut, insbes Einhaltung der Hilfsfristen in Teilbezirken und im Landesvergleich; Sicherung des künftigen Notarztbedarfs; Definition klarer und übergreifender Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten durch Novellierung des Rettungsdienstgesetzes (RDG)

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/2997

Hilfsfristen im Rettungsdienst im Bereich Heidelberg/Rhein-Neckar

Standorte der Rettungswachen und Notärzte in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis; Maßnahmen zur Verkürzung der Hilfsfristen

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 15.07.2013 und Antw IM Drs 15/3786

Hagelschäden in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb

Ausmaß und Kosten der Hagelschäden vom 28. Juli 2013 in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb sowie Einsatzaufkommen, -dauer und -kapazitäten der Rettungskräfte

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/3883

Hilfsfristen im LKreis Esslingen

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen im Rettungsdienst und bei den Notärzten; Zuständigkeit für die Überwachung der Hilfsfristen; Rechtsaufsicht

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 28.10.2013 und Antw IM Drs 15/4255

Qualifizierung von Leitstellendisponenten für die Tätigkeit in Integrierten Leitstellen

Tätigkeit und Qualifikation von Leitstellendisponenten in Integrierten Leitstellen, insbes Aus- und Weiterbildung gemäß Anlage 3 der gemeinsamen Hinweise zur Leitstellenstruktur der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr vom 9. Oktober 2010

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 05.02.2014 und Antw IM Drs 15/4717

Situation des Rettungsdienstes und der notärztlichen Versorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Gründe für die Überschreitung der Hilfsfristen des Rettungsdienstes und des notärztlichen Diensts im Stadt- und LKreis Heilbronn; Maßnahmen der Dienst- und Rechtsaufsicht zur Einhaltung der Hilfsfristen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 17.03.2014 und Antw IM Drs 15/4951

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Der Rettungsdienst und seine Hilfsfristen

Kosten, Personal, Bedarfsfestlegung und Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfristen des Rettungsdienstes in BW und Vergleich

mit den anderen Bundesländern

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 10.07.2014 und Antw IM Drs 15/5466 (11 S.)

Situation des Rettungsdienstes und der notärztlichen Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Gründe für die Überschreitung der Hilfsfristen des Rettungsdienstes und des notärztlichen Diensts im Neckar-Odenwald-Kreis; Maßnahmen der Dienst- und Rechtsaufsicht zur Einhaltung der Hilfsfristen

KlAnfr Peter Hauk CDU 09.10.2014 und Antw IM Drs 15/5852

Situation des Rettungsdienstwesens im Kreis Göppingen

Entwicklung des Rettungsdienstwesens im LKreis Göppingen, insbes Anfahrtszeiten und Einhaltung der Hilfsfristen; Situation in den Gemeinden Wäschenbeuren und Birenbach

KlAnfr Jutta Schiller CDU 26.11.2014 und Antw IM Drs 15/6182

Falsche Weichenstellung in Sachen Rettungsdienst?! Verlängert die Regierung die Hilfsfristen für Rettungskräfte, statt den Rettungsdienst strukturell zu stärken?!

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7065-7075

Situation des Rettungsdienstes und der notärztlichen Versorgung im LKreis Sigmaringen

Entwicklung des Rettungsdienstwesens im Landkreis Sigmaringen, insbes Anfahrtszeiten und Einhaltung der Hilfsfristen; Überlegungen des Innenministeriums zur Verlängerung der Hilfsfristen auf bis zu 18 Minuten

KlAnfr Klaus Burger CDU 20.01.2015 und Antw IM Drs 15/6366

Kosten von integrierten Leitstellen

Sachstand zu Trägervereinbarungen für integrierte Leitstellen des Rettungsdienstes

KlAnfr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 20.01.2015 und Antw IM Drs 15/6370

Hilfsfristen der Rettungsdienstbereiche in BW

Entwicklung der Hilfsfristen, Zahlen und Kosten für den Rettungsdienst und die Notarztversorgung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6890

Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Sachstand zur ärztlichen Versorgung und Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt, insbes Perspektive der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Hilfsfristeneinhaltungsquote, Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens, Einsatz von Rettungssanitätern als „Helfer vor Ort“

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6936

Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Verbesserung der Notfallversorgung, insbes Berücksichtigung des gesamten Einsatzablaufs im Rettungsdienst bei der Pla-

nung durch die Bereichsausschüsse, Stärkung der Rechtsaufsicht, Verankerung eines landesweit einheitlichen Qualitätsmanagements, Einrichtung von Helfer-vor-Ort-Systemen, Anpassungen an das bundesgesetzliche Notfallsanitätergesetz

GesEntw
s. *Rettungsdienstgesetz*
Drs 15/7612

Rettungsdienststeinsätze und die Rettungsleitstelle im LKreis Tübingen

Sachstand zur Qualität der Rettungsdienststrukturen im LKreis Tübingen, insbes Zahl der Rettungsdienststeinsätze, Einhaltung der Hilfsfristen, Alarmierung von Rettungsmitteln der Nachbarkreise, Notarztversorgung in den veränderten Tübinger Strukturen, Qualifizierungsmaßnahmen für Disponenten

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD und Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE 22.12.2015 und Antw IM Drs 15/7916

Nachtstandorte für Rettungshubschrauber

Einsätze von Rettungshubschraubern aus anderen Ländern und Bundesländern aufgrund fehlender Nachtstandorte in BW; Einrichtung einer ausreichenden Anzahl von Nachtstandorten

MdlAnfr
s. *Hubschrauber*
Drs 15/8025

Wasserrettungsdienst Wangen im Allgäu

Sachstand zum Zeitrahmen der Realisierung einer Zentralen Station für den Wasserrettungsdienst in Wangen im Allgäu, insbes angesichts der Erarbeitung neuer Förderrichtlinien für den Rettungsdienst

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/8033

Notwendigkeit des Feuerwehrführerscheins auch für die Rettungsdienste

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 833-837

Investitionen in den Rettungsdienst; Zusammenlegung von Rettungsdienst und Feuerwehr; Verbesserung der Einhaltung der Hilfeleistungsfristen, insbes auch bei der Luftrettung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1224 1228 1230 1231

Kooperation mit Bayern beim Rettungsdienst

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1275

Rettungsdienstfahrzeug

s. *Rettungsfahrzeug*

Rettungsdienstgesetz

Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Verbesserung der Notfallversorgung, insbes Berücksichtigung des gesamten Einsatzablaufs im Rettungsdienst bei der Planung durch die Bereichsausschüsse, Stärkung der Rechtsaufsicht, Verankerung eines landesweit einheitlichen Qualitätsmanagements, Einrichtung von Helfer-vor-Ort-Systemen, Anpassungen an das bundesgesetzliche Notfallsanitätergesetz

GesEntw LReg 27.10.2015 Drs 15/7612 (30 S.)
1. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8566-8570
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.12.2015 Drs 15/7814
ÄAntr GRÜNE und SPD 14.12.2015 Drs 15/7871

2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8726 8727

GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7884

GBI 2015 Nr. 25 S. 1182-1184 (Ges vom 17.12.2015)

Rettungsfahrzeug

Missbrauch des Notrufs und der Notaufnahme

Kosten und Gegenmaßnahmen für den Missbrauch des Notrufs, der Notaufnahme und der Fehlfahrten von Rettungs- oder Krankenwagen

KlAnfr
s. *Notruf*
Drs 15/4809

Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Sachstand zur ärztlichen Versorgung und Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt, insbes Perspektive der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Hilfsfristeneinhaltungsquote, Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens, Einsatz von Rettungsanitätern als „Helfer vor Ort“

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6936

Rettungsgerät

s. *Rettungsmittel*

Rettungshubschrauber

s. *Hubschrauber*

Rettungsleitstelle

s. *Rettungsdienst*

Rettungsmedizin

s. *Notfallmedizin*

Rettungsmittel

Engagement der Schweizer Luftrettung in BW

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschrauber-ausrüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

Antr
s. *Luftrettung*
Drs 15/7035

Rettungsdienststeinsätze und die Rettungsleitstelle im LKreis Tübingen

Sachstand zur Qualität der Rettungsdienststrukturen im LKreis Tübingen, insbes Zahl der Rettungsdienststeinsätze, Einhaltung der Hilfsfristen, Alarmierung von Rettungsmitteln der Nachbarkreise, Notarztversorgung in den veränderten Tübinger Strukturen, Qualifizierungsmaßnahmen für Disponenten

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/7916

Sonderförderprogramm Luftrettung und Einhaltung der Hilfsfristen im Rettungswesen

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes. Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschrauber-ausrüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

KlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/8039

Rettungsanitäter*Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt*

Sachstand zur ärztlichen Versorgung und Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKkreis Rastatt, insbes. Perspektive der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Hilfsfristeneinhaltungsquote, Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens, Einsatz von Rettungsanitätern als „Helfer vor Ort“

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/6936

Rettungswache

s. *Rettungsdienst*

Rettungswagen

s. *Rettungsfahrzeug*

Rettungswesen

s.a. *Ärztlicher Notdienst*

Aktuelle Situation und Perspektiven des Rettungsdienstes in BW
Struktur, Lage und Optimierungsmöglichkeiten des Rettungsdienstes in BW sowie Vergleich zu anderen Bundesländern und Staaten der EU und OECD; Übertragbarkeit der Entscheidung des BayVerfGH vom 24. Mai 2012 auf BW; Trennung von Kranken-transport und Notfallrettung; Evaluation und Optimierung der integrierten Leitstellen; Daten zur Hilfsfrist; Einführung einer Hilfsfrist von 40 Minuten, eines Konzepts „Helfer vor Ort“ sowie digitaler Technik für Funk und Disponierung; Gestaltung der Nachwuchsgewinnung für den Rettungsdienst, insbes. Daten zum Freiwilligendienst und Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht; Verbesserung der Einkommenssituation; Bewertung von Änderungen bei Landes- und Bundesgesetzen mit Bezug zum Rettungsdienst

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/2858

Situation der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im LKkreis Ravensburg

Bestehende BOS und ihre Organisationsstruktur; Entwicklung der Mitgliederzahlen; bisherige Fördermittel und künftiger Investitionsbedarf; Auswirkungen von Hallenbadschließungen auf die Ausbildung ehrenamtlicher Helfer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG); Kooperationen mit anderen LKreisen oder mit Bayern

Antr
s. *Sicherheitsbehörde*
Drs 15/2921

Personalsituation bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk (THW) und Bevölkerungsschutz

Personalsituation bei Einrichtungen der örtlichen Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz, insbes. Entwicklung des Anteils von Frauen und von EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie die Auswirkungen der Wehrpflicht-Aussetzung; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbes. durch Zusammenarbeit mit Schulen, Förderung der Jugendgruppenarbeit, Gewährung öffentlicher Anerkennung, Freistellung von der Arbeit und dabei Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, Gewährung ausreichenden Versicherungsschutzes sowie zusätzliche Förderung fachlicher Qualifizierung und Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2943

Medizinische Versorgung im Enzkreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Enzkreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/3145

Medizinische Versorgung im Main-Tauber-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Main-Tauber-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxisschließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/3433

Einführung einer obligatorischen Notfallkarte

Aspekte der Einführung einer obligatorischen Notfallkarte für Patienten, insbes. Mitführungspflicht, inhaltlich notwendige Angaben, mögliche datenschutzrechtliche Bedenken, Einrichtung eines nationalen Notfallkartenregisters

KlAnfr
s. *Notfallmedizin*
Drs 15/3587

Gesundheits- und notärztliche Versorgung im Limpurger Land

Gewährleistung ausreichender rettungsdienstlich-notärztlicher Versorgung unter Beachtung der Rettungsfristen im Limpurger Land sowie der ärztlich-medizinischen Versorgung nach Schließung des Kreiskrankenhauses Gaildorf

MdlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/3731

„Jeder ist ein Held“ - Erste-Hilfe-Ausbildung in BW

Häufigkeit der Notfallmeldung „plötzlicher Herzstillstand“; Überlebenswahrscheinlichkeit bei einem „plötzlichen Herzstillstand“ mit und ohne Laienhilfe; Anteil lebensrettender Sofortmaßnahmen durch Laien nach Bundesländern, Staaten der Europäischen Union sowie OECD-Staaten; Steigerung der Erste-Hilfe-Leistung durch Laien durch Schulung der Bevölkerung; Nutzen der „Woche der Wiederbelebung“; Einführung eines

Schulsanitätsdienstes und eines jährlichen Erste-Hilfe-Trainings für die Schüler an weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz

Antr
s. *Lebensrettung*
Drs 15/4239

Strukturelle Unterschiede bei der Finanzierung des Rettungswesens im Bundesvergleich und die Folgen

Unterschiede in der Höhe der Kosten pro Versicherten für Rettungseinsätze und Notärzte in den Bundesländern; Qualität des Rettungsdienstes in BW; Verbesserungspotenzial; Einberechnung des Einsatzes von Ehrenamtlichen im Rettungsdienst bei der Ermittlung der Kosten; Einführung der Ausbildung zum Notfallsanitäter in BW; Finanzierung und Durchführung dieser Ausbildung

Antr SPD 21.11.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4369
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 25-27
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Medizinische Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Daten und Entwicklung der ärztlichen und medizinischen Versorgung im Neckar-Odenwald-Kreis, u.a. Statistiken zu Praxis-schließungen, Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes im Vergleich mit den übrigen LKreisen in BW

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4394

Änderungen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (hausärztlicher Notdienst) im Raum Bretten/Bruchsal

Hintergründe und Kriterien der Neuordnung des Bereitschaftsdienstes; Inanspruchnahme des Rettungsdienstes aufgrund langer Wartezeiten; Verhinderung einer Mehrbelastung des Rettungsdienstes; Bindung der Patienten an die Gebietseinteilung des Bereitschaftsdienstes

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/4694

Missbrauch des Notrufs und der Notaufnahme

Kosten und Gegenmaßnahmen für den Missbrauch des Notrufs, der Notaufnahme und der Fehlfahrten von Rettungs- oder Krankenwagen

KlAnfr
s. *Notruf*
Drs 15/4809

Entwicklung der ärztlichen Versorgung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden sowie Schwörstadt

Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Einsatz der Luftrettung als Notarztzubringer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Notarzteinsätze; Fördermöglichkeit durch das Landärzteprogramm

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4825

Einhaltung der Hilfsfristen in BW im Jahr 2013

Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist von 15 Minuten und der gesetzlichen Soll-Hilfsfrist von 10 Minuten im Rettungsdienst

und in der Notarztversorgung; Veränderung der Einsatzzeiten gegenüber den Jahren 2004 und 2008; Verpflichtung der die gesetzlichen Vorgaben dauerhaft verfehlenden Landkreise auf die Einhaltung der Hilfsfristen; Vorteile der Verlagerung der Zuständigkeit für den Rettungsdienst in das Innenministerium im Jahr 2011; Förderung der Einrichtung integrierter Leitstellen für die Feuerwehr und den Rettungsdienst

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 05.06.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5313

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Erreichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Integrierten Leitstelle in Heidelberg

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 25.08.2014 und Antw IM Drs 15/5655

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Notruflenkung in BW

Organisation der Notruflenkung in BW, insbes Stand der Einführung der gemeindebezogenen Notruflenkung, Beseitigung von Fehlern bei der Notrufbearbeitung

KlAnfr
s. *Notruf*
Drs 15/5699

Einsatzsituation der Bergwacht in BW

Rechtlicher Status der Bergwacht Schwarzwald und der Bergwacht Württemberg; finanzielle Ausstattung dieser Bergrettungsorganisationen; Zahl und Art der Einsätze in den vergangenen zehn Jahren; Anzahl der den Rettungsdienst ausübenden Mitglieder und deren Einsatzfähigkeit; technische Ausrüstung; Versicherungsstatus der Mitglieder bei einem Einsatz; Aufwandsentschädigung; finanzielle Förderung der Bergwacht durch das Land

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 07.10.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5831
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 19-21
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach

ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr
s. *Ebola*
Drs 15/5955

Rettungshundestaffeln in BW

Sachstand zu Rettungshundestaffeln in BW, insbes Anzahl, Einbindung in das Rettungssystem, Einsatzvergütung, Förderung durch das Land

KlAnfr
s. *Hund*
Drs 15/6260

Kooperation Rettungsdienst und Feuerwehr

Wahrnehmung von Aufgaben des Rettungsdienstes durch die Feuerwehr

KlAnfr Joachim Köbler CDU 16.12.2014 und Antw IM Drs 15/6275

Situation der Rettungshundestaffeln in BW

Sachstand zur Situation der Rettungshundestaffeln in BW, insbes Tätigkeiten, Einsatzhäufigkeit, Personal, finanzielle Unterstützung durch das Land, Finanzierung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Hund*
Drs 15/6604

Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle - LReg muss handeln

Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ im Strafgesetzbuch

Antr
s. *Strafgesetzbuch*
Drs 15/6818

Hilfsfristen der Rettungsdienstbereiche in BW

Entwicklung der Hilfsfristen, Zahlen und Kosten für den Rettungsdienst und die Notarztversorgung in den einzelnen Rettungsdienstbereichen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 13.05.2015 und Antw IM Drs 15/6890 (11 S.)

Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreie Rastatt

Sachstand zur ärztlichen Versorgung und Notfallversorgung im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreie Rastatt, insbes Perspektive der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, Hilfsfristeneinhaltungsquote, Stationierung eines zusätzlichen Rettungswagens, Einsatz von Rettungssanitätern als „Helfer vor Ort“

KlAnfr Tobias Wald CDU 29.05.2015 und Antw IM Drs 15/6936

Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Verbesserung der Notfallversorgung, insbes Berücksichtigung des gesamten Einsatzablaufs im Rettungsdienst bei der Planung durch die Bereichsausschüsse, Stärkung der Rechtsaufsicht, Verankerung eines landesweit einheitlichen Qualitätsmanagements, Einrichtung von Helfer-vor-Ort-Systemen, Anpassungen an das bundesgesetzliche Notfallsanitätergesetz

GesEntw
s. *Rettungsdienstgesetz*

Drs 15/7612

Unterstützung der Rettungshundestaffeln in BW

Förderung der Rettungshundestaffeln durch das Land; Befreiung von der Hundesteuer; fehlende Nennung der Rettungshunde im Rettungsdienstgesetz; Genehmigung von Trainingsflächen insbes in Wäldern; Erstattung der einsatzbedingten Aufwendungen

Antr Alexander Throm u.a. CDU 12.11.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7687

Wasserrettungsdienst Wangen im Allgäu

Sachstand zum Zeitrahmen der Realisierung einer Zentralen Station für den Wasserrettungsdienst in Wangen im Allgäu, insbes angesichts der Erarbeitung neuer Förderrichtlinien für den Rettungsdienst

KlAnfr Manfred Lucha GRÜNE 01.02.2016 und Antw IM Drs 15/8033

Finanzierung der Bergwacht in Baden-Württemberg

Sachstand zur finanziellen Ausstattung der Bergwacht Schwarzwald und der DRK-Bergwacht Württemberg

KlAnfr Thomas Blenke u.a. CDU 29.02.2016 und Antw IM Drs 15/8093

Reudern, Ortsteil

s. *Nürtingen*

Reusch-Frey, Thomas MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7293

Reutlingen

s.a. *Hochschule Reutlingen*

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen

Planungsstand und Realisierungschancen der o.g. Ortsumfahrung nach der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen; Darstellung des täglichen Durchgangsverkehrs nach jüngsten Verkehrszählungen; Befürwortung einer durchgängigen Tempo-30-Zone bis zur Realisierung der Umgehungsstraße?

KlAnfr
s. *Landesstraße 384*
Drs 15/1197

Standortauflösung der Fakultät für Sonderpädagogik Reutlingen

Auswirkungen einer Verlagerung der Fakultät nach Ludwigsburg, insbes für die Vermittlung von sonder- und inklusionspädagogischen Grundkompetenzen, die Kooperation mit klinischen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen der Universität Tübingen, für die außerschulische Behindertenhilfe und Benachteiligtenförderung in Südwürttemberg, die Studierenden und Mitarbeiter; Darstellung der Kosten und finanziellen Folgen der Standortverlagerung; Abmilderung der sozialen Härten für die Mitarbeiter

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/1588

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1790

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen, Sachstand der Ortsumfahrung

Gründe für die Verzögerung der Straßenbaumaßnahme; Kosten der Voruntersuchungen zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens; Einsatz externer Gutachter und privater Planungsbüros; Nutzbarkeit bestehender Gutachten bei einer Verschiebung des Baubeginns

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/2700

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3012

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Reutlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3033

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014
Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidiums Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4654

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4840

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4877

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen Ende 2014

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach der Umsetzung der Polizeireform, insbes Änderungen bei der Zahl der Bediensteten und der Verteilung der Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/6262

Umweltzonen Reutlingen und Tübingen

Sachstand zu den erweiterten Umweltzonen der Städte Reutlingen und Tübingen, insbes Mehrbelastung an Lärm und Luftschadstoffen durch einen ohne grüne Plaketten zu befahrenden Korridor zwischen beiden Zonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/6648

Stand der Ausstattung der Polizeireviere und Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

Sachstand zur Ausstattung mit Personalstellen für Beamte im Polizeivollzugsdienst bei den einzelnen Polizeirevierern und deren Polizeiposten im Bereich des Polizeipräsidiums Reutlingen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7344

Reutlingen, Landkreis

Umsetzung der Inklusion an allgemeinen Schulen

Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern an weiterführenden Schulen aufgeschlüsselt nach Schultypen; Quantifizierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern der Primar- und Sekundarstufe im Schuljahr 2010/2011; Inklusionsanteil in Kindertagesstätten, Grundschulen und in der Sekundarstufe I; Auflistung der Schulen in den Wahlkreisen Wiesloch, Reutlingen und Lahr, welche die Inklusion bereits umsetzen; Zahl der inkludierten Kinder und Art der Inklusion; Lehrerfortbildung und Informationsangebote für interessierte Eltern

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/498

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKReis Reutlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen

Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1454

Lehrerversorgung an den Schulen des Kreises Reutlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1889

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den LKreisen Reutlingen und Tübingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2110

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgungsamt des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KlAnfr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/2774

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Reutlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien und deren Weiterverwendung; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2933

Hagelschäden in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb

Ausmaß und Kosten der Hagelschäden vom 28. Juli 2013 in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb sowie Einsatzaufkommen, -dauer und -kapazitäten der Rettungskräfte

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*

Drs 15/3883

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Wahlkreisen 60 Reutlingen, 61 Hechingen-Münsingen und 62 Tübingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden in den Wahlkreisen Reutlingen, Hechingen-Münsingen und Tübingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4306

Ausweisung von Flora-Fauna-Habitat-Mähwiesen (FFH-Mähwiesen) im LKreis Reutlingen

Sachstand zur Neukartierung von Flora-Fauna-Habitat-Mähwiesen im LKreis Reutlingen, insbes Vergleich mit den übrigen LKreisen, Beteiligung der betroffenen Landwirte und Grundeigentümer

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/6998

Rexingen, Ortsteil

s. *Horb am Neckar*

Rezept (Medizin)

s. *Ärztliche Verordnung*

Rhein

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Darstellung der Vorsorgemaßnahmen und Folgen im Falle eines Bruchs der Staumauer bei Kembs infolge eines Erdbebens oder fehlendem Kühlwasser aus dem Rheinseitenkanal, Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium; Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Integriertes Rheinprogramm (IRP), Hochwasserschutz am Oberrhein

Darstellung des aktuellen Stands, des Nachholbedarfs und der Zeitperspektive für die vollständige Umsetzung des IRP; Höhe der eingesetzten Mittel seit 2005 und der für 2012 veranschlagten Mittel zur Dammsicherung und Erstellung der Rückhalteräume zwischen Iffezheim und Mannheim

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 23.11.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/911
BeschIEmpf und Bericht UmEnA 10.05.2012 Drs 15/2351 S. 46 47
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Aufwand und Personalbedarf für das Hochwasserschutz- und Poldermanagement sowie die Dammüberwachung entlang des Rheins

Darstellung des o.g. Aufwands, des Personal- und Finanzbedarfs für die Projekte iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 07.12.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/969
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 08.03.2012 Drs 15/1646 S. 32 33
 PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Entwicklung und Bekämpfung der Tigermoskitos am Rhein

Entwicklung der o.g. Populationen und weiterer nichtheimischer Stechmückenarten, Auswirkungen der Maßnahmen des Integrierten Rheinprogramms und der ökologischen Flutungen; Frage nach der Effizienz der bisherigen Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung

Antr
s. Insekt
 Drs 15/1606

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 07.04.2010 zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Mittlg LReg 24.10.2012 Drs 15/2567
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2871
 PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565
 Mittlg LReg 17.12.2015 Drs 15/7902
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7978
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Potenzial der Wasserkraft an schiffbaren Flüssen in BW stärker nutzen

Zahl und installierte Leistung der Wasserkraftanlagen an den schiffbaren Schleusen an Rhein und Neckar; Auflistung der jeweiligen Betreiber, des Sanierungsbedarfs und Potenzials zur Steigerung der Stromerzeugung; Frage nach entsprechenden Planungen der Betreiber

Antr
s. Wasserkraft
 Drs 15/2583

Wirtschaftliche Potenziale für den Oberrhein mit einer Binnenwasserstraße Rhein-Rhone erschließen

Eintreten für eine Realisierung einer direkten Binnenschiffahrtsverbindung Nordsee-Mittelmeer über den Oberrhein

Antr
s. Oberrhein, Region
 Drs 15/2627

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und umgesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnahmen des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasserschutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms; Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentionsgebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwassermanagements während des diesjährigen Hochwassers; Hochwasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Landwirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der daraus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr

s. Hochwasser
 Drs 15/3651

Planungsstau beim Bau des Retentionsraums Bellenkopf/Rappenwört auflösen

Stand des Planungsverfahrens für den Hochwasserrückhalte- raum Bellenkopf/Rappenwört; Fortgang des Planfeststellungsverfahrens, Finanzierung und Baubeginn

KlAnfr
s. Hochwasser
 Drs 15/3852

Aufnahme einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Überlegungen der LReg zum Bau einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe und die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015, insbes Planungsbeginn, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz, Kostenschätzungen, Konsequenzen für den geplanten Bau einer zweiten Rheinbrücke

Antr
s. Brücke
 Drs 15/4101

Weiteres Vorgehen zur Ersatzbrücke bei Karlsruhe

Konsequenzen aus der Absage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Aufnahme der Ersatzbrücke in den Bundesverkehrswegeplan 2015; Auskunft über bereits erteilte Planungsaufträge; Zusammenarbeit mit dem BMVI und mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz; Vorgehensweise beim Thema „zweite Rheinbrücke“

Antr
s. Brücke
 Drs 15/5015

Potenzial der Binnenschiffahrt am Oberrhein

Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschiffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr
s. Schifffahrt
 Drs 15/5110

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr
s. Bahnstrecke
 Drs 15/5199

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5565

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein
Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRd Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KlAnfr
s. *Baum*
Drs 15/5685

Aktueller Stand im Verfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Stand der Verfahren zum Planfeststellungsverfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe in BW und Rheinland-Pfalz; Zustand, Verkehrsprognosen und Sanierungsüberlegungen für die bestehende Rheinbrücke Maxau

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/6112

Hochwasserschutz in BW und Fortschritte bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Art und Umfang der in den Jahren 2011 bis 2014 für den Hochwasserschutz aufgewendeten Mittel; Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms seit 2013; Volumen der bis zum Jahresende 2014 erreichten Retentionsgebiete; Beantragung von Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Kommunen; zukünftige Hochwasserschutzmaßnahmen und IRP-Projekte sowie die dafür veranschlagten Kosten; Einkalkulierung erhöhter Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes; Einrichtung neuer Personalstellen seit 2012

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6189

Mögliche Einleitung von Calciumchloridrückständen in den Rhein

Sachstand zu Überlegungen französischer Wasserbehörden über eine mögliche Einleitung von Calciumchloridrückständen in den Rhein zur Verringerung des Chloridgehalts der Mosel, insbes Bewertung des Vorhabens unter dem Aspekt des Trinkwasserschutzes, Einbindung der Landesregierungen angrenzender Bundesländer in den Diskussionsprozess

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/6687

Integriertes Rheinprogramm Abschnitt Breisach-Burkheim

Sachstand zum Umgang mit der Umweltverträglichkeitsstudie iRd Integrierten Rheinprogramms für den Abschnitt Breisach-Burkheim, insbes Präferenz der LReg für Einführung von ökologischen Flutungen gegenüber der „Ökologischen Schlutenlösung Plus“

KlAnfr
s. *Integriertes Rheinprogramm*
Drs 15/7579

Klärung der widersprüchlichen Aussagen zum aktuellen Stand des Planfeststellungsverfahrens zur zweiten Rheinbrücke Karlsruhe

Unterlagen über Untersuchungen zur technischen Machbarkeit der Ersatzbrückenlösung; Überarbeitung der Untersuchungen

des Landesbetriebs Mobilität Speyer (LBM); Benachrichtigung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über den Sachstand durch das RegPräs Karlsruhe; Bedarf an weiteren Gutachten vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens; Haltung des Bundes zu einer Ersatzbrücke

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/7649

Mittelaufstockung für den Hochwasserschutz; Verweisung auf den Nachholbedarf beim Integrierten Rheinprogramm

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 124 137 138 142

Rheinbrücke

s. *Brücke*

Rheinfelden (Baden)

Planungen zur A 98

Stand der Planungen, Zeitpunkt des Baubeginns, Höhe der Planungs- und Baukosten für die Abschnitte A 98.4 Eichsel-Karsau und A 98.5 Karsau-Wehr; Frage nach Alternativplanungen zum Ausbau einer B 34 neu mit Umfahrungen der Ortschaften

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/366

Ärzteversorgung im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Wehr

Darstellung der o.g. medizinischen Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; Zahl der bis 2016 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/928

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Waldshut

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens für den ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1310

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfelden

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1894

Spielhallen im LKreis Waldshut/Rheinfelden und Schwörstadt

Entwicklung der Zahl von Spielhallen und Konzessionen für Spielhallen in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Gemein-

den der o.g. Raumschaft

KlAnfr

s. *Spielautomat*

Drs 15/1981

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2236

Situation der Hofübergabe im LKreis Waldshut sowie in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Zahl und Altersstruktur der Voll- und Nebenerwerbslandwirte; Darstellung der Nachfolgeproblematik und Lösungsmöglichkeiten

KlAnfr

s. *Landwirt*

Drs 15/2413

Schulpolitik im LKreis Waldshut, den Städten Schwörstadt und Wehr als Konsequenz aus den Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen

Detaillierte Schülerzahlen und Schulentwicklung im LKreis Waldshut und den Städten Schwörstadt und Rheinfelden, insbes Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen, Entwicklung im Zusammenhang mit dem Stadt-Land-Gefälle; eingebrachte und bewilligte Schulanträge auf Wiedereinführung von G9 oder auf eine Gemeinschaftsschule

KlAnfr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/2989

Drohender Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr

s. *Unterrichtsvorsorgung*

Drs 15/3785

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechts-extremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr

s. *Verfassungsschutzbericht*

Drs 15/4264

Entwicklung der ärztlichen Versorgung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden sowie Schwörstadt

Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Einsatz der Luftrettung als Notarztzubringer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Notarzteinätze; Fördermöglichkeit durch das Landärzteprogramm

KlAnfr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/4825

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4822

Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und in der Stadt Rheinfelden

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und der Stadt Rheinfelden und Aufklärungsquote

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5388

Kreisverkehr Rheinfelden-Herten

Planungsstand für die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung B 34/Bahnhofsstraße in Rheinfelden-Herten; Unfallträchtigkeit der Kreuzung; Entwurfsvarianten für die künftige Gestaltung des Verkehrsknotenpunkts; Grundsatzentscheidung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Zeitplan für den Bau des Kreisverkehrsplatzes

KlAnfr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/5657

Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand und Entwicklung des Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Formen, Anhängerschaft, Aktivitäten nahestehender Vereine und Gruppierungen, Beteiligung von Salafisten an Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr

s. *Islam*

Drs 15/6196

Hochwasserschutz im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 15/6261

Breitbandausbau im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Stand der Breitbandversorgung; Förderung von Breitbandprojekten seit dem Jahr 2011; Verfügbarkeit von Highspeed-Internet; Anschluss an überregionale Datenleitungen; Versorgungsqualität im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6289

Schülerzahlen für die Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Eingangsklassen, Übergangszahlen und Grundschulempfehlungen für weiterführende Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6598

Milchwirtschaft im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand zur Entwicklung der Milchviehhaltung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Zahlen der Milchkühe, Betriebsstrukturen, Wettbewerbssituation

KlAnfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/6694

Grenzübergänge im LKreis Waldshut und Rheinfelden

Sachstand zur Verkehrssituation an den Grenzübergängen zur Schweiz im Landkreis Waldshut und in Rheinfelden

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/6704

Windkraftausbau im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Bestandsaufnahme zum Ausbau der Windkraft im Landkreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/7118

Rheinland-Pfalz*Zweite Rheinbrücke Karlsruhe-Wörth*

Forcierung der Planung und Realisierung der o.g. Rheinbrücke, Frage nach den bisherigen Schritten auch vonseiten des Landes Rheinland-Pfalz sowie nach der Gestaltung und Besetzung des geplanten „Faktenchecks“

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/334

Bau einer zweiten Rheinbrücke zwischen Karlsruhe und Wörth

Bewertung der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer zweiten Rheinbrücke und Anbindung an die bestehende B 36 bzw der Sanierung der jetzigen Rheinbrücke, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/639

Leistungsfähigkeit der geplanten zweiten Rheinbrücke zwischen Wörth und Karlsruhe

Prüfung der o.g. Leistungsfähigkeit für den Fall einer Vollsperrung der bestehenden Rheinbrücke, insbes anzunehmende Fahrzeugzahlen auf den einzelnen Zu- und Abfahrtsrampen auf beiden Seiten; Auslegung des Ölkreuzes auf badischer Seite auch für den Begegnungsverkehr größerer Lkws?

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/797

Partnerschaft mit Burundi

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr
s. *Burundi*
Drs 15/909

Länderübergreifende Arbeitsgruppe und Baumaßnahmen zur zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Abschluss des Faktenchecks und Vorlage der Ergebnisse; Bewertung der notwendigen Ertüchtigungsmaßnahmen an der bestehenden Brücke hinsichtlich ihrer technischen, wirtschaftlichen und baubetrieblichen Umsetzung sowie ihrer Wirkungen auf eine längere Lebensdauer der Brücke; Erfahrungen mit vergleichbaren technischen Verfahren im Ausland

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/1764

Umsetzung des Landesplanungsgesetzes im Bereich Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung

Gebietsausweisung für Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung, insbes Stand der Neuplanung von Vorranggebieten, Beteiligung der Regionalverbände bei den Entscheidungsfindungen der Raumordnungskommissionen, Interessenkonflikte mit angrenzenden Bundesländern aufgrund differenzierter Planungsgrundsätze, abweichende Interessenlage des Landes Rheinland-Pfalz durch Ausweisungsmöglichkeit von Ausschlussgebieten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3494

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatuts; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3497

Diskussion um eine „Ersatzbrücke“ im Bereich Karlsruhe-Wörth

Haltung des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber einer Ersatzbrücke; Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen; Durchführung des Baus einer Ersatzbrücke; erforderliche Baumaßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite; Kosten der Ersatzbrücke sowie für die Anschlussbauwerke und die mit der Ersatzbrücke verbundenen Straßenbaumaßnahmen; Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/3988

Aufnahme einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Überlegungen der LReg zum Bau einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe und die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015, insbes Planungsbeginn, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz, Kostenschätzungen, Konsequenzen für den geplanten Bau einer zweiten Rheinbrücke

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/4101

Förderung der grenzüberschreitenden beruflichen Bildung am Oberrhein

Handlungsfelder der Rahmenvereinbarung zwischen BW, Rheinland-Pfalz und dem Elsass; Bewertung der bisher unternommenen Schritte; Rolle des im Februar 2013 eingerichteten deutsch-französischen Servicebüros für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in Kehl; Anzahl der in BW und Rheinland-Pfalz eine Ausbildung durchlaufenden französischen Jugendlichen; Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsbildung z.B. durch Abschlussprüfungen in französischer Sprache; Erwägung von Rahmenvereinbarungen mit weiteren Nachbarländern

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/4378

Vorgehensweise der LReg beim Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth und bei der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord

Detailangaben zu Überlegungen der LReg und zu den Abstimmungsgesprächen mit Rheinland-Pfalz zum Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth; Gründe für die Nichtanmeldung der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/4398

Weiteres Vorgehen zur Ersatzbrücke bei Karlsruhe

Konsequenzen aus der Absage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Aufnahme der Ersatzbrücke in den Bundesverkehrswegeplan 2015; Auskunft über bereits erteilte Planungsaufträge; Zusammenarbeit mit dem BMVI und mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz; Vorgehensweise beim Thema „zweite Rheinbrücke“

Antr

s. *Brücke*
Drs 15/5015

Ausbau der Autobahn (A) 61 Landesgrenze Rheinland Pfalz (RP)/Baden-Württemberg (BW) - Autobahndreieck Hockenheim
Stand, Kosten und verkehrliche Notwendigkeit der Maßnahme zum Ausbau der A 61 Landesgrenze RP/BW - Autobahndreieck Hockenheim, insbes Begründung für die Streichung aus der Maßnahmenliste des Landes für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5205

Aktueller Stand im Verfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Stand der Verfahren zum Planfeststellungsverfahren zum Bau einer zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe in BW und Rheinland-Pfalz; Zustand, Verkehrsprognosen und Sanierungsüberlegungen für die bestehende Rheinbrücke Maxau

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/6112

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk (SWR-Änderungsstaatsvertrag)

Anpassung des SWR-Staatsvertrags an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, insbes Begrenzung des Einflusses der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien Rundfunkrat und Verwaltungsrat, gemeinsame Wahl des Intendanten durch Rundfunk- und Verwaltungsrat

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6512

Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte
Sachstand zur Bereitstellung von Geobasis- und Geofachdaten für Landwirte durch die Landesverwaltung, insbes Gebührenerhebung, Vergleich mit dem Service in Hessen und Rheinland-Pfalz

KlAnfr
s. *Geoinformation*
Drs 15/7954

Vergleich der Zahl von neu gebauten Windkraftanlagen 2010 in BW und Rheinland-Pfalz

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 182

Vergleich der Zahl von neu gebauten Windkraftanlagen 2010 in BW und Rheinland-Pfalz

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614 618 621-623 629

Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz; Umfang der Krankheitsreserven für Lehrer in RPF; Auflösung des Pensionsfonds in Rheinland-Pfalz

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1115 1131

Rhein-Neckar (Region)

s. *Rhein-Neckar-Raum*

Rhein-Neckar-Dreieck

s. *Rhein-Neckar-Raum*

Rhein-Neckar-Gebiet*s. Rhein-Neckar-Raum***Rhein-Neckar-Kreis***Sanierungsbedürftige Brücken im Rhein-Neckar-Kreis*

Zahl und Zustand der o.g. Brücken, Ausmaß der jeweiligen Schäden und des Sanierungsaufwands, Durchführung der Sanierungsvorhaben nach einer Prioritätenliste, Höhe und Verteilung der Kosten auf das Land, den Bund und die Kommunen

KlAnfr
s. Brücke
Drs 15/313

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Weinheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Bewertung der Standorte Ilvesheim und Dossenheim, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge

KlAnfr
s. Bildungshaus
Drs 15/419

Schäden in der Landwirtschaft durch Krähen

Entwicklung der Krähenpopulation seit 2001 landesweit und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes in der Nähe von Mülldeponien; Wirksamkeit von rechtlich zulässigen Vergrämungsmaßnahmen; Ausmaß der o.g. Schäden und Möglichkeiten zur Unterstützung oder Entschädigung der betroffenen Landwirte

KlAnfr
s. Landwirtschaft
Drs 15/429

Schließung der Stiftung Rehabilitation Heidelberg (SRH) - Fachklinik Neckargemünd

Folgen o.g. Schließung für die medizinische Versorgung im Rhein-Neckar-Kreis; künftige Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit Schädigungen des zentralen Nervensystems, ambulante und stationäre Angebote auf dem Gebiet der Kinderneurologie

KlAnfr
s. Fachkrankenhaus
Drs 15/488

Umsetzung der Inklusion an allgemeinen Schulen

Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern an weiterführenden Schulen aufgeschlüsselt nach Schultypen; Quantifizierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern der Primar- und Sekundarstufe im Schuljahr 2010/2011; Inklusionsanteil in Kindertagesstätten, Grundschulen und in der Sekundarstufe I; Auflistung der Schulen in den Wahlkreisen Wiesloch, Reutlingen und Lahr, welche die Inklusion bereits umsetzen; Zahl der inkludierten Kinder und Art der Inklusion; Lehrerfortbildung und Informationsangebote für interessierte Eltern

KlAnfr
s. Inklusion
Drs 15/498

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Sinsheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge

KlAnfr
s. Bildungshaus
Drs 15/798

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/807

Straßenbauprojekte im Landtagswahlkreis Wiesloch - Verkehrsinfrastruktur BW

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte im o.g. Wahlkreis und landesweit, insbes auch auf die anstehende und notwendige zweispurige Ertüchtigung der L 723 sowie auf den geplanten Knotenpunktbau B 3/L 723; Auswirkungen auf den Generalverkehrsplan, die Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 15/1159

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Rhein-Neckar

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/1401

Lehrerversorgung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. Lehrer
Drs 15/1937

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Sinsheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme

und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2044

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum - Wahlkreis Weinheim
Höhe der bewilligten ELR-Mittel für private, privat-gewerbliche und kommunale Vorhaben im Wahlkreis Weinheim; Aufstellung der geförderten Projekte nach Gemeinden; Umfang der Gesamtinvestitionen; Weiterentwicklungsperspektive in Schriesheim-Altenbach; künftige Förderungswürdigkeit der ländlichen Gebiete an der Bergstraße nach den ELR-Kriterien

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/2380

Übernahme des Kreiskrankenhauses Bergstraße in Heppenheim (Hessen) durch das Universitätsklinikum Heidelberg
Frage nach der Einbindung in die o.g. Übernahme, den Chancen und Risiken sowie Auswirkungen auf die Krankenhausversorgung in der Region

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/2538

Pädagogische Assistenten im Wahlkreis Weinheim
Zahl und Aufgaben, Klassenstufen und zeitlicher Umfang der Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen; Organisation der Weiterbeschäftigung mit zusätzlichen Stellen für die Grundschulen? Frage nach einer Verrechnung mit Lehrerstellen oder Kürzung des Ergänzungsbereichs

KlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2585

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Rhein-Neckar-Kreis und im Stadtkreis Heidelberg

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2968

Hochwasserschutz an Elsenz und Schwarzbach

Vorgesehene und bereits verwirklichte Hochwasserschutzmaßnahmen, Kostenrahmen und Finanzierung; Anzahl abgelehnter Anträge; Fördermöglichkeiten für die Erneuerung vorhandener Schutzmaßnahmen und deren Anpassung an den Stand der Technik

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3657

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3667

Hilfsfristen im Rettungsdienst im Bereich Heidelberg/Rhein-Neckar

Standorte der Rettungswachen und Notärzte in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis; Maßnahmen zur Verkürzung der Hilfsfristen

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/3786

Durchbindung der Linie Heidelberg - Mannheim - Mainz in Gefahr?

Verknüpfung der Linien Mainz - Mannheim und Mannheim - Bensheim als S-Bahn-Linie 6; Auswirkungen auf eine Durchbindung Mainz - Mannheim - Heidelberg - Meckesheim - Aglasterhausen/Eppingen; Sachstand und Zeitplan der Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Mannheim Hbf - Heidelberg Hbf

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3837

Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar

Angebot der Kleinkindbetreuung im LKreis Rhein-Neckar, insbes Entwicklung der Zahl der Anspruchsberechtigten, bereitgestellte und geplante Krippenplätze, Ursachen der Unterschreitung der Betreuungsquote durch einzelne Kommunen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/3863

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/3979

Radwege im LKreis Rhein-Neckar und in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim

Stand des Ausbaus des Radwegenetzes im LKreis Rhein-Neckar sowie in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim mit Förderung aus dem Landeshaushalt, insbes fertig gestellte und geplante Radwege; nicht-bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrs in der Region

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4060

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 39 (Weinheim)

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen der Gemeinden im Wahlkreis Weinheim, insbes auf die Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil; Reaktionen seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau

KlAnfr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/4336

Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr

s. *Sozialarbeit*

Drs 15/4905

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sinsheim

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis; Schülerzahlen an den Werkrealschulen in Angelbachtal, Epfenbach, Helmstadt-Bargen, Meckesheim, Sinsheim und Eberbach; Zukunftsperspektiven für die einzelnen Schulen und Schulstandorte, insbes für die Gemeinde Angelbachtal nach der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule in Sinsheim

KlAnfr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/5344

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Erreichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Integrierten Leitstelle in Heidelberg

KlAnfr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/5655

Sozialpädagogische Fachkraft - Praxisintegrierte Ausbildung (PIA)

Ziel und Dauer der praxisintegrierten Erzieherausbildung; Ausbildungsplan und Organisation des Unterrichts; Anforderungen an die Bewerber; Angebot der Fachausbildung im Rhein-Neckar-Kreis; Schülerzahlen an den jeweiligen Standorten; Anmeldungen für das Schuljahr 2014/2015; Entwicklung von Angebot und Nachfrage an den Fachschulstandorten

KlAnfr

s. *Ausbildungsberuf*

Drs 15/5661

Wohnungseinbruchdiebstahl im Wahlkreis Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis)

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), lokale Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/6264

Jobticket im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

Sachstand zur Nutzung des Jobtickets im Öffentlichen Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis für Beschäftigte des öffentlichen Diensts der Justiz Rhein-Neckar, insbes Gründe für die Ausnahme der Rechtsreferendare, Überlegung zur Bereitstellung des Jobtickets für Rechtsreferendare im Landesdienst

KlAnfr

s. *Jobticket*

Drs 15/6354

Öffentlicher Personennahverkehr zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau

Vernetzung des ÖPNV zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem LKreis Heilbronn; Fahrgastpotenzial einer direkten Busverbindung zwischen Neckarbischofsheim und Bad Rappenau; Einrichtung einer kreisübergreifenden Busverbindung; Rolle der Krebsbachtalbahn in einem kreisübergreifenden ÖPNV

KlAnfr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/6453

Landesmittel zur Stärkung der Infrastruktur im Landkreis Rhein-Neckar

Sachstand zu Höhe und Auswirkungen der eingesetzten Landesmittel zur Stärkung der Infrastruktur im Rhein-Neckar-Kreis

KlAnfr

s. *Infrastruktur*

Drs 15/7329

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahn und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KlAnfr

s. *Nebenbahnverkehr*

Drs 15/7739

Auswirkungen der Polizeireform für den Rhein-Neckar-Kreis

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2038

Rhein-Neckar-Raum

Ist eine vernünftige Planung der Windkraft im baden-württembergischen Teil der Metropolregion Rhein-Neckar möglich?

Auswirkungen des baden-württembergischen Windenergieerlasses für den einheitlichen Regionalplan der Metropolregion Rhein-Neckar, u.a. auch auf Verhandlungen mit den Bundes-

ländern Hessen und Rheinland-Pfalz; Ausweisung von Vorranggebieten und Anschlussflächen für Windkraftanlagen durch die Kommunen, insbes in der Stadt Weinheim

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3299

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafenstraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr
s. *Brand*
Drs 15/3744

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 39 (Weinheim)

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen der Gemeinden im Wahlkreis Weinheim, insbes auf die Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil; Reaktionen seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4336

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Mannheim

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen in Mannheim; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil der Metropolregion; Reaktionen der Kommunen, Regionalverbände, kommunalen Landesverbände sowie der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau in Mannheim

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4337

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

Förderbedingungen, Planungs- und Umsetzungsstand des Infrastrukturausbaus im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4725

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5199

Rhein-Neckar-Region

s. *Unterer Neckar, Region*

Rhein-Neckar-S-Bahn

s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*

Rheinstetten, Stadt

Naturschutzmaßnahmen am Eppelsee

Sachstand zu Verstößen gegen die Schutzgebietsverordnung für das Naturschutzgebiet am Südufer des Eppelsees

KlAnfr
s. *Badegewässer*
Drs 15/8044

Rheintalbahn

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Klares Bekenntnis zu Baden 21

Hinwirkung auf angemessene Lärmschutzmaßnahmen der Bahn AG entlang der gesamten Strecke; Eintreten für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung zwischen Karlsruhe und Basel; Berücksichtigung des Landesanteils in der mittelfristigen Finanzplanung

Mittlg LReg
s. *Baden 21*
Drs 15/12

Projektbeirat Rheintalbahn

Frage nach geplanten Änderungen bei Aufgaben, Arbeitsweise und Zusammensetzung des o.g. Gremiums; Festhalten am Ziel einer menschen- und umweltverträglichen Trassenführung

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 26.05.2011 und Antw MVI
Drs 15/38

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenferner und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weilhaldingen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/133

Regierungsbefragung
Alternative Trassenplanung für die Rheintalbahn
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 167-172

Mögliche Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland sowie des Landes BW durch Äußerungen des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Ausland
Bewertung der Äußerungen im Schweizer Radio DRS zum Ausbau der Rheintalbahn und Stuttgart 21, Feststellung eines Zusammenhangs zwischen dem schleppenden Ausbau der Rheintalbahn und dem Mitteleinsatz für Stuttgart 21, Vereinbarkeit der Priorisierung des Rheintalprojekts mit der Projektförderungspflicht für Stuttgart 21, Erweckung des Anscheins einer direkten Kausalität zwischen den Vorhaben und damit mangelnder Vertragstreue der Bundesrepublik hinsichtlich des Staatsvertrags zum Ausbau der Rheintalbahn von 1996, Beurteilung des in der Schweiz ausgelösten Medienechos

Antr
s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*
Drs 15/351

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn
Beteiligung an den Mehrkosten für die o.g. Trassenführung

Antr CDU 23.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/579
ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 08.12.2011 Drs 15/981
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1030-1037
Mittlg LReg 11.06.2012 Drs 15/1851

Keine Kannibalisierung durch Stuttgart 21
Höhe und Finanzierung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Rheintalbahn, Gäubahn und Südbahn; Höhe der Bundesmittel für diese Maßnahmen und für Stuttgart 21 nach den S 21-Finanzierungsverträgen; Bereitstellung von Landesmitteln für die genannten Maßnahmen neben den zu erwartenden Schadensersatzleistungen nach einem Ausstieg aus Stuttgart 21

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/825

Situation in den Regionalzügen/Schwarzwaldbahn auf der Rheintalbahn zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr
Auslastung bzw Überfüllung der o.g. Züge im Berufs-/Pendelverkehr, Höhe des Anteils von Studenten insbes durch den doppelten Abiturjahrgang 2012, verursachte Verspätungen durch überfüllte Züge und Verfehlung von Anschlussverbindungen

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/1091

Haushalt 2012; Epl 13
Beteiligung an den lärmschutzbedingten Mehrkosten entlang der Rheintalbahntrasse
Haushalt
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1213

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Angebot des Bundes annehmen

Annahme des Angebots des Bundes bei den Kernforderungen 3 (Güterumfahrung Freiburg) und 4 (Bürgertrasse), Eintreten für Lösungen bei den noch offenen Punkten im o.g. Sinne, Beteiligung an den Mehrkosten mit 50 %

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 01.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1354

Niveaufreie Anbindung der Rheintalbahn im Raum Buggingen
Beteiligung an den Mehrkosten einer niveaufreien Verknüpfung von Alt- und Neubaustrecke

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 20.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1592

Schienepersonennahverkehr Rheintalbahn Freiburg-Basel
Planungen und Ausschreibungen für den Schienepersonennahverkehr auf der Rheintalbahn; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3292

Schienepersonennahverkehr - Umsetzung des Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts

Angebot und Ausschreibung des Schienepersonennahverkehrs (SPNV) iRd Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts, insbes Zeitplan, erwartete Kostensteigerungen, Fahrplan- und Linienkonzept, Einsatz von Wagen- und Fahrzeugmaterial, jährlich gefahrene Fahrzeugkilometer und durchschnittlicher Kilometerpreis; Stand der Ausschreibungen für die Elektrifizierung der Höllentalbahn; Überprüfung der verbesserten Takte auf der Rheintalbahn; Verhandlungsstand zum Erwerb der Nebenstrecken

KlAnfr
s. *Schienepersonennahverkehr*
Drs 15/3518

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärmindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4333

Neu-/Ausbau Rheintalbahn

Zeitplan für den Ausbau der Rheintalbahn; Position zur geplanten zweigleisigen Güterzugtrasse

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 27.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4875

Ausbau der Rheintalbahn - Abschnitt Müllheim-Auggen

Sachstand und Position der LReg zum Ausbau der Rheintalbahn im Bereich Müllheim-Auggen, insbes Bewertung und Mehrkosten des Vorschlags des Bürger-Bündnisses Markgräflerland (BBM)

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 22.07.2014 und Antw MVI
Drs 15/5523

Verwirklichung von Baden 21 im Abschnitt Hügellheim-Auggen - Unterstützung der Forderungen des „Bürger-Bündnis Bahn Markgräflerland“ durch die LReg

Bewertung der Kernpunkte des „Bürger-Bündnisses Bahn Markgräflerland“ zur Verwirklichung von Baden 21 im Abschnitt Hügellheim-Auggen durch die LReg; Möglichkeiten zur Beschleunigung des Ausbaus der Rheintalbahn

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/6304

Mögliches neues Verbindungsgleis zwischen Pfalz- und Rheintalbahn („Dammerstocker Kurve“)

Sachstand zu aktuellen Planungen für ein neues Verbindungsgleis zwischen Pfalzbahn und Rheintalbahn der sogenannten „Dammerstocker Kurve“, insbes Existenz früherer Verbindungsgleise, rechtliche Voraussetzungen, Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/6462

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im LKreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahn, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahn (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahn zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6469

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbau der Rheintalbahn; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspakets

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 13.04.2015 und
Stellungnahme MVI Drs 15/6723
PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7869-7876
Mittlg LReg 17.12.2015 Drs 15/7899

Haltestellen des Regionalexpress (RE) auf der Rheintalbahn

Sachstand zu Planungen für Haltestellen des Regionalexpress auf der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 18.06.2015 und Antw MVI
Drs 15/7044

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/7611

Paralleler Ausbau Bundesautobahn (BAB) 5 und Rheintalbahn
Durchführbarkeit einer gemeinsamen Planung und Planfeststellung für beide Projekte; Priorisierung des sechsspürigen Ausbaus der BAB 5 südlich von Offenburg im Bundesverkehrswegeplan 2016

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/7657

Rheintalbahn - Beste Lösung für Müllheim/Auggen

Sachstand zum Ausbau der Rheintalbahn im Abschnitt Müllheim/Auggen, insbes Aufhebung des Kostendeckels zur Erreichung der „Besten Lösung“

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 01.02.2016 und Antw MVI
Drs 15/8031

Beteiligung an der Finanzierung eines Tunnels in Offenburg und an anderen Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 47 65

Anmahnung von mehr Mitteleinsatz des Bundes für den Ausbau der Rheintalbahn, Eintreten für eine menschen- und umweltgerechte Trassenführung

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 456 466

Beteiligung an der Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen beim Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 743-746

Beteiligung an der Finanzierung zusätzlicher Lärmschutzmaßnahmen beim Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851 853 854 863 868

Richter

s.a. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

s.a. *Finanzrichter*

s.a. *Richterwahl*

s.a. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Einstellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Ernennung auf Lebenszeit

Kriterien für die Besetzung freier Planstellen und (vorzeitige) Ernennung auf Lebenszeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den Fachgerichtsbarkeiten; Gewährleistung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der Bewerber bei der Ausschrei-

bung und Vergabe der freien Planstellen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 04.10.2011 und Antw JM
Drs 15/655

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in BW (BVAnpGBW 2012)

Ausgestaltung der Einmalzahlung 2011 und der Anpassung 2012 für die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld, Hinausschiebung der Anpassung; Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und der Erschwerniszulagenverordnung

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/1002

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 11: Personaleinsatz in den öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten

Mittlg LReg
s. *Gericht*
Drs 15/1079

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof und Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

s. *Staatsgerichtshof*
PIPr 15/38 S. 2074

Eid als Bekenntnisformel

Befragung der zur Wahl für das Richteramt am Staatsgerichtshof stehenden Kandidaten, ob sie im Falle ihrer Wahl durch den Landtag den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung leisten werden

KlAnfr
s. *Eid*
Drs 15/1766

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz
Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 15/1771

Besoldung von Richterinnen/Richtern und Staatsanwältinnen/Staatsanwälten

Entwicklung der Fallzahlen bei den Gerichten in BW seit 1995; Anzahl der zum Jahresende nicht abgeschlossenen Fälle, gegliedert nach Fachgerichtsbarkeiten und Instanzen; Zahl der Richter und Richterinnen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften seit 1995, ihre Anzahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl; durchschnittliche Fallzahl pro Richter; Besoldungsentwicklung seit 1995, Einkommensentwicklung bei vergleichbar qualifizierten Juristen in der Privatwirtschaft; Aufforderung des Europarats, die Gehälter von Richtern und Staatsanwälten in Deutschland schrittweise anzuheben; daraus abgeleitete Schlussfolge-

rungen für das Besoldungssystem in BW

GrAnfr CDU 28.11.2012 und Antw LReg Drs 15/2752 (26 S.)
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3952-3960
Ergänzende Antw JM 10.07.2013 Drs 15/3998

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinalgesetz

GesEntw
s. *Landesrichtergesetz*
Drs 15/3161

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 9. März 2013 für die Jahre 2013 und 2014 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/3572

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsidiolen; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5231

Schreiben des Justizministeriums vom 6. Mai 2014, Az.: 1223/0151 - Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter; Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Landtag

PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5885

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5733

Umgang mit dem offenen Brief des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. vom 23. April 2015 und Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung der Richter und Staatsanwälte

Einbeziehung der Interessenverbände der Richter und Staatsanwälte in Gespräche über die Übernahme des Tarifabschlusses 2015

KlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/6873

Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 - 2 BvL 17/09 u.a. - in Sachen R-Besoldung

Sachstand zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 zur sogenannten R-Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Entwicklung der R-Besoldung, Vergleich mit Tariflohnentwicklung, Entwicklung von Beihilfe und Versorgung; Entwicklung der durchschnittlichen Abschlussnoten des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens in den Prüfungen sowie bei neueingestellten Assessoren

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/6882

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2015/2016 (BVAnpGBW 2015/2016)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 28. März 2015 für die Jahre 2015 und 2016 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/6960

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Neufassung der Bestimmungen zu den örtlichen Richter- und Staatsanwaltsräten; Bildung klassischer Stufenvertretungen auf der Ebene der Obergerichte des Landes sowie der Generalstaatsanwaltschaften; Einrichtung von Einigungsstellen zur Konfliktlösung auf Bezirksebene; Einrichtung eines Landesrichter- und -staatsanwaltsrat als eigenständiges Organ auf der Ebene des Justizministeriums; Festschreibung der justizweiten Anhörung als unmittelbares Beteiligungsrecht der Richter und Staatsanwälte; eigenständiges Freistellungsrecht für die Mitglieder der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen; Verpflichtung zur Stichtagsbeurteilung im Beurteilungsrecht

GesEntw
s. *Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz*
Drs 15/7135

Besoldung von Richtern und Staatsanwälten nach Erfahrung

Sachstand zur Berücksichtigung der Amtsangemessenheit und Diensterfahrung bei Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Einspareffekt bei der Absenkung der Eingangsbesoldung, Zusatzkosten für durchgängige Besoldung nach der Endgrundgehaltsstufe der Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 14.10.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7576

Auswirkungen der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes
Sachstand zur Entwicklung der Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in Asyl- bzw Flüchtlingsachen bei den Verwaltungsgerichten, insbes Eingangszahlen im Jahr 2015, geschätzte Eingangszahlen für die Jahre 2016-2018, zugeordnete Richterstellen, Möglichkeiten zur Abordnung bzw Versetzung von zum Richteramt befähigten Beamten

Antr
s. *Asylverfahren*
Drs 15/7754

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen der geringen Zahl von Fällen und Richtern in BW

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 417

Fallbelastung der Richter, Schaffung zusätzlicher Richterstellen an den großen Strafkammern; Stärkung der Mitwirkungsrechte der Richter; Novellierung des Landesrichtergesetzes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293-1295 1298 1300

Würdigung des Frauenanteils unter den Richtern

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1537

Richterliche Unabhängigkeit

s. *Unabhängigkeit des Richters*

Richterrat

s. *Richtervertretung*

Richtervertretung

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinargesetz

GesEntw
s. *Landesrichtergesetz*
Drs 15/3161

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Neufassung der Bestimmungen zu den örtlichen Richter- und Staatsanwaltsräten; Bildung klassischer Stufenvertretungen auf der Ebene der Obergerichte des Landes sowie der Generalstaatsanwaltschaften; Einrichtung von Einigungsstellen zur Konfliktlösung auf Bezirksebene; Einrichtung eines Landesrichter- und -staatsanwaltsrat als eigenständiges Organ auf der Ebene des Justizministeriums; Festschreibung der justizweiten Anhörung als unmittelbares Beteiligungsrecht der Richter und Staatsanwälte; eigenständiges Freistellungsrecht für die Mitglieder der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen; Verpflichtung zur Stichtagsbeurteilung im Beurteilungsrecht

GesEntw
s. *Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz*

Drs 15/7135

Richterwahl

Schreiben des JuM vom 01.02.2011 - Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht BW in Stuttgart; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Ltg (§ 23 Abs 2 FGO)

s. *Finanzrichter*

PIPr 15/4 S. 19

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 81 82 92 93 112 113

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof und Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

s. *Staatsgerichtshof*

PIPr 15/38 S. 2074

Eid als Bekenntnisformel

Befragung der zur Wahl für das Richteramt am Staatsgerichtshof stehenden Kandidaten, ob sie im Falle ihrer Wahl durch den Landtag den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung leisten werden

KlAnfr

s. *Eid*

Drs 15/1766

Wahl des Abg Sascha Binder SPD für die Entsendung in den Richterwahlausschuss

PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3757

Richterwahlausschuss

s. *Richterwahl*

Richtlinie der EU

s.a. *Rechtsvorschrift*

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und der Zwangsprostitution sowie Schutz seiner Opfer

Umsetzung bestimmter Mindeststandards der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer; Einbeziehung von Fachberatungsstellen bei Razzien; Gewährleistung einer ausreichenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Vollzugsbehörden; Veränderungen bei den Opferzahlen und der Art der Opfer; Nationalität der Opfer; durchschnittliche Dauer der Gerichtsverfahren; Sicherheit der Opfer während des gerichtlichen Verfahrens; Behandlung der Opfer nach Beendigung des Verfahrens; Regelung der Abschiebepaxis

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/2671

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Qualität von Otto- und Dieselmotoren und Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen

Mittlg LReg

s. *Kraftstoff*

Drs 15/2686

Umsetzung der EU Richtlinie 2008/96/EG und damit verbundene Auswirkungen auf die Gestaltung von Verkehrskreisel hinsichtlich ihrer Sicherheit

Auswirkungen auf bereits bestehende oder in der Planung befindliche Verkehrskreisel auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; durch die Prüfung der Verkehrssicherheit für das Land, die Kreise und Gemeinden entstehende Kosten; Überprüfungsverfahren und Umsetzungsfristen, Förderung der Rückbaumaßnahmen; Nennung der betroffenen Verkehrskreisel insbes im Wahlkreis Baden-Baden

Antr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/2727

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten

Mittlg LReg

s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*

Drs 15/2743

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften

Mittlg LReg

s. *Frauenquote*

Drs 15/2787

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die zukünftige Konzessionsvergabe (KOM 2011/897) und hieraus resultierende Folgen für die baden-württembergischen Kommunen

Beurteilung des Richtlinienvorschlages der EU-Kommission für ein neues europaweites Vergaberecht, insbes bürokratischer Aufwand und geplante Hilfestellungen für Kommunen bei der Umsetzung, Höhe der Schwellenwerte und Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen, Auswirkungen für die Rettungsdienste, Einbeziehung der Konzessionsvergabe für den Wassermarkt und Erschwerung der interkommunalen Zusammenarbeit

KlAnfr Leopold Grimm FDP/DVP 23.01.2013 und Antw IM

Drs 15/2914

Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht

Aktuelle Debatte

s. *Wasser*

PIPr 15/58 S. 3407

Entwurf EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Ablehnung der Regelung der Wasserversorgungsdienste im Entwurf einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe, insbes Wasserzugang als Menschenrecht und Wasser als nicht übliche Handelsware; Wasserversorgung und -bewirtschaftung als Kernstück kommunaler Daseinsvorsorge fällt nach einem Zusatzprotokoll des Lissabonvertrags nicht unter die Regelungen des europäischen Binnenmarkts

Antr

s. *Wasser*

Drs 15/2957

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreiseln in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definitivon der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/3042

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen in BW

Umsetzung der neuen Industrieemissions-Richtlinie in BW, insbes neue Aufgaben für Regierungspräsidien und untere Verwaltungsbehörden im Bereich der Gewerbeaufsicht, sachgerechte Regelung der landesrechtlichen Zuständigkeiten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/3162

Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur

Gegenstand und Umsetzung der Richtlinie 2008/96/EG vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur in BW

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/3189

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Marktüberwachung von Produkten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3200

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Richtlinienentwurf Finanztransaktionssteuer

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3211

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-EU-Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3613

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/3781

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Sicherheit kerntechnischer Anlagen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3796

EU-Asylgesetzgebung

Inhalte und Auswirkungen der neuen EU-Richtlinie zur Asylpolitik auf die Asylpraxis in BW; Statistiken zu Asylanträgen, Verfahrensdauer sowie unbegründeten oder missbräuchlichen Asylanträgen

Antr
s. *Asylrecht*
Drs 15/3963

EU-Nachhaltigkeitsrahmen für Biogas- und Biomasseanlagen

Zunahme der Biogasanlagen in den letzten zehn Jahren; aktuelle Nachhaltigkeitskriterien für Biogas- und Biomasseanlagen; Entwicklung der EU-weit einheitlichen Nachhaltigkeitskriterien durch die Europäische Kommission; Bewertung der geplanten Neuregelungen; voraussichtliche Einbringung des Richtlinien-vorschlags durch die Europäische Kommission

Antr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/4087

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4328

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Änderung der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle im Hinblick auf eine Verringerung der Verwendung von Kunststofftüten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4361

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4461

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4571

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4572

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4596

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4605

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4608

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung und Anwendung einer Marktstabilitätsreserve für das EU-System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4756

EU-Richtlinie über Einpersonengesellschaften
Bewertung und Hintergründe des Entwurfs der EU-Kommission für eine Richtlinie über Einpersonengesellschaften, insbes. Bedarf an der Gesellschaftsform „Societas Unius Personae“ (SUP)

für Einzelpersonengesellschaften aus BW, Angemessenheit des Mindestkapitals und Gläubigerschutzes

Antr
s. *Rechtsform*
Drs 15/5209

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5572

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5630

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in BW (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz - BWPatMobG)

Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU in Landesrecht; Verbesserung des Zugangs zu hochwertigen und sicheren grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen für EU-Bürger und Gewährleistung der Patientenmobilität; Erweiterung der Informationspflichten und Haftpflichtversicherungspflicht für Gesundheitsdienstleister

GesEntw
s. *Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz*
Drs 15/5757

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung der neuen sogenannten Seveso-II-Richtlinie der EU (2012/18/EU) mit Management- und Berichtspflichten für Betreiber von Industrieanlagen mit besonders gefährlichen Stoffen, insbes Anhebung des Schutzniveaus, Berücksichtigung weiterer Gefahren für Gesundheit und Umwelt, geänderte Anforderungen für externe Notfallpläne bestimmter Betriebe im Bereich des Katastrophenschutzes

GesEntw

s. *Katastrophenschutz*

Drs 15/5791

Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen bei der Befragung durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht

Umsetzung einer altersgerechten und angemessenen Befragung von Kindern und Jugendlichen durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht, insbes Verwendung kindgerechter Sprache und angemessener Befragungsweise, Qualifikation und Schulung von Ermittlern, Gewährung von Verfahrensbeiständen für Kinder, landesgesetzliche Anpassungen

Antr

s. *Strafprozessrecht*

Drs 15/5890

Tierversuche in BW

Zahl der Tierversuche in den vergangenen zehn Jahren; Zweck der Tierversuche; Bedeutung von Tierversuchen für die medizinische Forschung; Art der Versuchstiere; Anwendung des 3R-Prinzips (Replace, Reduce, Refine) auf die Tierversuchspraxis in BW; Verzicht auf Tierversuche in den letzten Jahren; Anreize zum Verzicht auf Tierversuche; rechtliche Vorgaben zur Durchführung von Tierversuchen in BW; EU-Tierversuchsrichtlinie; Verstöße gegen den Tierschutz

Antr

s. *Tierversuch*

Drs 15/6077

E-Commerce-Verbraucherschutz durch Online-Schlichtungen

Förderung der Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten durch einen Online-Schlichter; Kooperationspartner des beim Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz in Kehl angesiedelten Internetportals online-schlichter.de; Anzahl und inhaltliche Schwerpunkte der Schlichtungsanträge in den vergangenen fünf Jahren; Anteil der außergerichtlichen Streitbelegungen; durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Schlichtungsverfahren; Entlastungs- und Einspareffekte für die Justiz des Landes BW

KlAnfr

s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

Drs 15/6091

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsiniciativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr

s. *Sekundäres Gemeinschaftsrecht*

Drs 15/6203

Zahlungskonto für Flüchtlinge und Asylsuchende

Verweigerung eines Zahlungskontos für Flüchtlinge und Asylsuchende vonseiten der Banken; Bedarf an einem Zahlungskonto für Flüchtlinge aufgrund der Umstellung von Sach- auf Geldleistungen; bisherige Form der Übermittlung von Geldleistungen an Flüchtlinge; Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/92 vom 23. Juli 2014 über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen in nationales Recht; Unterstützung einer entsprechenden Bundesratsinitiative

Antr

s. *Bankkonto*

Drs 15/6329

Revision EURATOM-Vertrag

Anpassungen der Bestimmungen des EURATOM-Vertrags an die Anforderungen der heutigen Zeit; Förderung regenerativer Energien durch die EU im Verhältnis zu deren Aufwendungen für EURATOM; EU-Richtlinie zur nuklearen Sicherheit kerntechnischer Anlagen als Grundlage für einheitliche europäische Regelungen auf den Gebieten Reaktorsicherheit, Strahlenschutz und Entsorgung radioaktiver Abfälle; Stellungnahme der BReg vom 18. Dezember 2014 zu einer Vertragsänderung; Bundesratsinitiative zu einer Evaluierung und Prüfung der auf Grundlage des EURATOM-Vertrags erlassenen EU-Richtlinien

Antr

s. *Europäische Atomgemeinschaft*

Drs 15/6433

Gefahr der Angleichung von Ausbildungsinhalten im Bereich der dualen Ausbildung durch detaillierte Vorgaben zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie

Sachstand zu Plänen der Europäischen Kommission zur Reform der Berufsanerkennungsrichtlinie; Auswirkungen von zu detaillierten EU-Vorgaben für Ausbildungsinhalte im Bereich der dualen Ausbildung

Antr

s. *Duale Berufsausbildung*

Drs 15/6562

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Richtlinie des Rates zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG - Besteuerung von Zinserträgen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6763

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6764

Natura 2000 - Fitness-Check für die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie

Sachstand zur Umsetzung von Natura 2000 in BW, insbes Auswirkungen der Flora-Fauna-Habitat- und der Vogelschutzricht-

linie auf den Natur- und Artenschutz, Auswirkungen auf die Natura 2000-Standards durch das REFIT-Programm und den „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/7168

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungs-
maßnahmen und Förderung von Investitionen in CO2-effiziente
Technologien

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/7430

Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Anerkennung ausländischer
Berufsqualifikationen in BW

Umsetzung der EU-Richtlinie 2013/55/EU zur Änderung der EU-Richtlinie 2005/36/EG, insbes Sicherung des Fachkräfteangebots, bessere Integration von Migranten und Eingliederung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt, Einführung eines europäischen Vorwarnmechanismus, Europäischer Berufsausweis, partieller Berufszugang, Regelung zu Fristen und einzureichenden Dokumenten, Ermöglichung einer elektronischen Antragstellung, Anpassung von Statistikvorschriften, Einbindung eines Einheitlichen Ansprechpartners in die Verfahrensabwicklung

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/7554

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Er-
werbs und des Besitzes von Waffen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/7903

Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde
(LRegBG)

Umsetzung von EU-Richtlinien mit Anforderungen an die Unabhängigkeit der für die Energieversorgungsnetze zuständigen nationalen Regulierungsbehörden; Errichtung einer unabhängigen Landesregulierungsbehörde BW beim zuständigen Ministerium und Vorschriften zur Sicherstellung ihrer weisungsfreien und unparteiischen Aufgabenerledigung

GesEntw
s. *Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungs-*
behörde
Drs 15/7932

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/7960

Richtlinie 2006/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Abfälle

s. *Abfallrahmenrichtlinie*

Richtlinienkompetenz

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr Karl-Wilhelm Röhm u.a. CDU 25.07.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3873

Rickenbach

Verfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Herrischried-Rickenbach

Statistiken und Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule Hotzenwald in Herrischried-Rickenbach, insbes zugehörige Gemeinden im Einzugsgebiet mit kalkulierten Übergangsquoten aus der Grundschule, Anmeldezahlen und Daten zur Schülerverteilung nach Schulart bei den Eingangsklassen, Verlauf der Planungsgespräche mit den Gemeinden Görwihl sowie Rickenbach und Herrischried

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3445

Riechstoff

s. *Duftstoff*

Riedlingen

Maßnahmen an Bundesstraßen im Landkreis Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldeung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrsweplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personal-mangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3471

Riegel am Kaiserstuhl

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärm-mindernde

Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4333

Rielasingen-Worblingen

Straßenbauprojekte im Wahlkreis Singen

Unterstützung der Fortsetzung des vierspurigen Ausbaus der B 33 neu zwischen Allensbach und Konstanz, der Finanzierung der weiteren Abschnitte, der Realisierung der Umfahrung „Westlicher Bodensee“ sowie der Ortsumfahrung Rielasingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/253

Rind

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. *Tierschutz*
Drs 15/845

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern

Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/913

„Eiweißstrategie für BW“

Entwicklung der o.g. Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Importsoja in der Rinderhaltung, ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfs in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/1696

Umgang mit dem Schmallenberg-Virus in BW

Ursachen, Art, Verbreitung und Gefährdungspotenzial des o.g. Erregers; Ausmaß des Befalls von Kühen u.a. Tieren; Art und Erfolg der eingesetzten Methoden zur tiermedizinischen Bekämpfung

KlAnfr

s. *Tierseuche*
Drs 15/1782

Blauzungenkrankheit in BW

Jährliche Tiererkrankungen bei Schafen, Ziegen und Rindern seit 2005; Auswirkungen der Krankheitsfälle auf den Handel; Rechtslage hinsichtlich Meldung und vorbeugender Impfung; Häufigkeit von Komplikationen bei Impfungen; Erfolg und Kosten bisher durchgeführter Impfkampagnen; Versicherung und Erstattung von Tierverlusten

Antr
s. *Blauzungenkrankheit*
Drs 15/2664

Auftreten der Tuberkulose bei Rindern und Wildtieren in BW

Fälle von Rindertuberkulose in den vergangenen fünf Jahren; Verbreitung der Tuberkulose bei Wildtieren; Infektionsquellen der aktuell erkrankten Tiere; Durchführung von Tuberkulin-Tests an Rindern im Land; Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Tierkrankheit

Antr
s. *Tierseuche*
Drs 15/3202

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KlAnfr Reinhold Pix GRÜNE 21.10.2013 und Antw MLR
Drs 15/4121

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4596

Vorkehrungen gegen die Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (BHV-1) an der Landesgrenze

Erkenntnisse und Maßnahmen bezüglich des Ausbruchs der Rinderseuche BHV-1 im bayerischen LKreiss Donau-Ries, insbes Vorkehrungen in benachbarten LKreisen Baden-Württembergs (v.a. Ostalbkreis, LKreiss Heidenheim), Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung

KlAnfr
s. *Tierseuche*
Drs 15/4620

Revision der EU-Ökoverordnung

Geplante Änderungen der EU-Ökoverordnung durch die Europäische Kommission und Auswirkungen auf die Biobetriebe in

BW, insbes für Betriebe mit abgetrennter Produktion, Verbot der Anbindehaltung von Biorindern, Sicherung gleicher Standards bei Importprodukten

Antr
s. *EG-Öko-Basisverordnung*
Drs 15/4880

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Weitere Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Klein Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

Sachstand zur weiteren Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt Klein-Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6585

Milchwirtschaft im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfeldern und Schwörstadt

Sachstand zur Entwicklung der Milchviehhaltung im LKreis Waldshut und in Rheinfeldern und Schwörstadt, insbes Zahlen der Milchkühe, Betriebsstrukturen, Wettbewerbssituation

KlAnfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/6694

Rinderhaltung

s. *Rind*

Risikoausgleichsrücklage

s. *Rücklage*

Risikostrukturausgleich

s.a. *Gesundheitsfonds*

Auswirkungen des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) in BW

Entwicklung der Umverteilung durch Morbi-RSA und Gesundheitsfonds; Berücksichtigung regionaler Unterschiede bei den Leistungsausgaben und Einführung von Regionalfaktoren zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Abkehr von einem gemeinsamen Gutachten mit Bayern zur regionalen Ausgestaltung des Gesundheitsfonds; Datengrundlage für eine maßvolle regionale Umverteilung

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3598

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 43 44
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Detaillierte Zahlen zum Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA)

Aktuelle Zahlen und Daten zum Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich; Maßnahmen und Standpunkte der LReg zur Weiterentwicklung des Morbi-RSA

KlAnfr Stefan Teufel CDU 30.10.2014 und Antw SM Drs 15/5994

Auswirkungen des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA) auf BW

Erhebung aktueller Daten zu Morbi-RSA und Gesundheitsfonds; Ergebnisse des bayerischen Gutachtens zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich; Entschärfung der Übergangsregelung zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG); Entwicklung eines neuen Berechnungsverfahrens für die Krankengeldzuweisungen; Berücksichtigung regionaler Faktoren beim Morbi-RSA; Gewichtung einzelner Parameter beim aktuellen Ausgleichsverfahren

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 28.01.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6413

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.03.2015 Drs 15/6733 S. 23-25
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Rivoir, Martin MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7903

Roboterauto

s. *Autonomes Fahrzeug*

Rocker

Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2180-2186

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen in der Metropolregion Rhein-Neckar

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen in der Metropolregion Rhein-Neckar, insbes begangene Straftaten, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Aktivität der rechten Musikszene; Prävention und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/6523

Null Toleranz bei der Rockerkriminalität

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7565-7574

Extremistische Aktivitäten im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer und islamistischer Gruppierungen und Organisationen im Rems-Murr-

Kreis, insbes aktive Personen und Kontakte in andere Bundesländer, begangene Straftaten, Aktivität der rechten Musikszene, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Präventionsmaßnahmen

Antr

s. *Rechtsextremistische Organisation*

Drs 15/7039

Rockerbande

s. *Rocker*

Rockerclub

s. *Rocker*

Rockmusik

s. *Pop- und Rockmusik*

Röhm, Karl-Wilhelm MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/4 25.05.2011 S.

Rohrleitung

s.a. *Kabelnetz*

Landespavillon und Nesenbachdüker in Stuttgart

Abbruch des Landespavillons und Durchführung der o.g. Rohrunterführung: vorgesehene Technik und Materialien, ausführende Unternehmen und Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Heil- und Mineralquellen

KlAnfr Werner Wölfler GRÜNE 03.11.2011 und Antw MFW Drs 15/829

Gasaustritt in Schwäbisch Gmünd am 25. August 2014

Ursache für das Leck und den damit verbundenen Gasaustritt an der „Staufen-Leitung“ von Essingen nach Dürnau an der Gemarkungsgrenze von Schwäbisch Gmünd und Waldstetten; Alarmierung des Betreibers terranets bw und der zuständigen öffentlichen Stellen; eingeleitete Maßnahmen; Gefährdung der Bevölkerung; Häufigkeit von Gasaustritten; Unterrichtung der Bevölkerung über Schäden an öffentlichen Gasleitungen und damit verbundene Gasaustritte

KlAnfr

s. *Gaspipeline*

Drs 15/6105

Rohstoff

s.a. *Agrarprodukt*

s.a. *Recycling*

s.a. *Rohstoffpreis*

s.a. *Rohstoffressourcen*

s.a. *Steine und Erden*

Photovoltaikanlagen in BW

Zahl der in BW gefertigten und installierten Anlagen auf Dächern von Wohnhäusern und Gewerbebetrieben seit 2000, Darstellung der steuer- und gewerberechtlichen Vorgaben u.a. bürokratischen Hürden; Art und Herkunft der benötigten Primär- und Sekundärrohstoffe für die Herstellung von Photovoltaikanlagen, Rückführung dieser Rohstoffe in den Fertigungskreislauf durch

entsprechendes Recycling der Anlagen; Schutz des Know-hows der Hersteller und Zulieferer vor Plagiatoren; Eintreten für den Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Installation von Anlagen oder Vereinfachung anderer Maßnahmen zur dezentralen Energieerzeugung

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 15/249

Rohstoffsicherheit

Auswirkungen des Nachfrageanstiegs nach Rohstoffen infolge des weltweiten Wirtschaftswachstums auf die Rohstoffversorgung der Unternehmen im Land; Darstellung der besonders betroffenen Bereiche und der Unterstützungsmöglichkeiten des Landes

Antr Manfred Groh u.a. CDU 25.07.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/336

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 5 6

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Umsetzung der EU-Rohstoffinitiative in BW

Beurteilung o.g. Initiative und der gelisteten 14 Rohstoffe mit drohendem Versorgungsmangel, Einbringung der Interessen des Landes, Beurteilung der Gewinnung von heimischen Rohstoffen und der von der Kommission geplanten Festlegung einer Raumordnungspolitik für Rohstoffe; Förderung von Forschungsvorhaben in den Bereichen Recycling, Ressourceneffizienz und Substitution

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 19.10.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/741

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 11

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Bioabfälle als Rohstoff für moderne Biomasseverwertung

Art und Mengen der Verwendung von Siedlungsabfällen zur Biogaserzeugung, Zahl und Kapazitäten von vorhandenen bzw dazu notwendigen Anlagen, insbes auch zur Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität und Einspeisung ins Erdgasnetz; technischer und finanzieller Aufwand für die entsprechende Nachrüstung von Anlagen; Darstellung des Forschungsbedarfs, von möglichen Rechtsänderungen für die Förderung sowie Wettbewerbsbedingungen für die einzelnen Biogasproduzenten aus Bioabfällen und nachwachsenden Rohstoffen

Antr

s. *Biogas*

Drs 15/932

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Rohstoffmarkt

Antr

s. *Russland*

Drs 15/956

Ausgestaltung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik nach 2013 für eine auch künftig erfolgreiche Landwirtschaft in BW

Wirtschaftliche Eckdaten, Selbstversorgungsgrad und Exporte von Agrarprodukten; Bedeutung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und der diesbezüglichen Beratung; Agrarumwelt- und -forschungmaßnahmen

GrAnfr

s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1468

Biogasanlagen im LKreis Waldshut

Zahl, Kapazitäten, verwertete Substrate und Standorte der Biogasanlagen im LKreis Waldshut; Frage nach der Entwicklungsperspektive bis 2022 und den Auswirkungen auf den Anbau und die Verwertung von Rohstoffen

KlAnfr
s. *Biogas*
Drs 15/2065

Rohstoffabbau in Steinbrüchen und Kiesgruben in BW

Anzahl der in Betrieb befindlichen Steinbrüche und Kiesgruben; Entwicklung des Bestands in den letzten zehn Jahren; Einschränkungen des Rohstoffabbaus durch das Naturschutzrecht; Neuregelung des Rohstoffabbaus in Steinbrüchen und Kiesgruben anhand bestehender EU-Vorgaben; Frage der Wiederverfüllung nach dem Ende des Rohstoffabbaus; Errichtung weiterer Steinbrüche und Kiesgruben; Erstellung eines Rohstoffsicherungsberichts in der aktuellen Wahlperiode; Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzepts des Landes BW

Antr
s. *Rohstoffgewinnung*
Drs 15/4093

Förderprogramm „Technologischer Ressourcenschutz“

Sachstand zu Bewerbungen und Auswahlverfahren für eine Projektförderung iRd durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft ausgelobten Förderprogramms „Technologischer Ressourcenschutz“ (Gewinnen und die Nutzung von Sekundärrohstoffen durch Recycling oder Substitution von Roh- und Werkstoffen)

KlAnfr
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/7202

Rohstoffgewinnung

s.a. *Erdölgewinnung*

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Rohstoffabbau in Steinbrüchen und Kiesgruben in BW

Anzahl der in Betrieb befindlichen Steinbrüche und Kiesgruben; Entwicklung des Bestands in den letzten zehn Jahren; Einschränkungen des Rohstoffabbaus durch das Naturschutzrecht; Neuregelung des Rohstoffabbaus in Steinbrüchen und Kiesgruben anhand bestehender EU-Vorgaben; Frage der Wiederverfüllung nach dem Ende des Rohstoffabbaus; Errichtung weiterer Stein-

brüche und Kiesgruben; Erstellung eines Rohstoffsicherungsberichts in der aktuellen Wahlperiode; Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzepts des Landes BW

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 26.09.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4093
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.12.2013 Drs 15/4897 S. 65 66
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Rohstoffinitiative

s. *Rohstoff*

Rohstoffpreis

s.a. *Agrarpreis*
s.a. *Energiepreis*
s.a. *Rohstoff*

Eine Frage der Effizienz - im globalen Wettbewerb und iRd Energiewende: Ressourcenverbrauch, betriebliche Materialeffizienz und die Steigerung der Rohstoffproduktivität in BW

Steigerung der Rohstoffproduktivität und Erhöhung der Materialeffizienz in baden-württembergischen Unternehmen und ihr Stellenwert in der Umweltpolitik des Landes; Entwicklung der Rohstoffproduktivität Baden-Württembergs seit 1994 im Vergleich zu anderen Bundesländern; Rohstoffpreisentwicklung und Zielvorgaben bis 2020; Material- und Kosteneinsparpotenziale in den verschiedenen Branchen; Investitionskosten für die Unternehmen; Priorisierung der Handlungsfelder und Instrumente zur Realisierung der Vorhaben; Beitrag der Kreislaufwirtschaft insbes bei seltenen Stoffen; Umsetzung des Fahrplans Ressourceneffizienz BW

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/4478

Rohstoffressourcen

s.a. *Rohstoff*

Eine Frage der Effizienz - im globalen Wettbewerb und iRd Energiewende: Ressourcenverbrauch, betriebliche Materialeffizienz und die Steigerung der Rohstoffproduktivität in BW

Steigerung der Rohstoffproduktivität und Erhöhung der Materialeffizienz in baden-württembergischen Unternehmen und ihr Stellenwert in der Umweltpolitik des Landes; Entwicklung der Rohstoffproduktivität Baden-Württembergs seit 1994 im Vergleich zu anderen Bundesländern; Rohstoffpreisentwicklung und Zielvorgaben bis 2020; Material- und Kosteneinsparpotenziale in den verschiedenen Branchen; Investitionskosten für die Unternehmen; Priorisierung der Handlungsfelder und Instrumente zur Realisierung der Vorhaben; Beitrag der Kreislaufwirtschaft insbes bei seltenen Stoffen; Umsetzung des Fahrplans Ressourceneffizienz BW

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/4478

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung

des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/5569

Ressourceneffizienz als Chance für BW

Bedeutung der Ressourceneffizienz für den Wirtschaftsstandort BW; Ziele des Projekts „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“; Indikatoren einer effizienten Nutzung von Ressourcen; Arbeitsstand der „Akteursplattform Ressourceneffizienz BW“; Gründung einer Denkfabrik (Think Tank) für Industrie- und Ressourcenpolitik in BW; Errichtung einer zentralen Recyclinganlage zur Phosphorgewinnung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6087

Rohstoffsicherheit

s. *Rohstoff*

Rohstoffversorgung

s. *Rohstoff*

Rohstoffvorkommen

s. *Rohstoffressourcen*

Rohstoffvorräte

s. *Rohstoffressourcen*

Roma

s. *Sinti und Roma*

Roma und Sinti

s. *Sinti und Roma*

Rommel, Manfred

Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Herrn Manfred Rommel

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4925

Rot am See

Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereierot am See, LKreis Schwäbisch Hall

Bedeutung des Putenschlacht- und -verarbeitungsstandorts in Rot am See; Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereierot am See und Möglichkeiten zur Weiterführung des Betriebs

KlAnfr
s. *Schlachtbetrieb*
Drs 15/4878

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Rottenburg am Neckar

Finanzierungsprüfung des zweiten Bauabschnitts der Bundesfernstraße B 28 neu bei Rottenburg-Kiebingen durch die LReg
Bewertung einer Tieferlegung und Deckelung des o.g. Abschnitts und deren Finanzierung aus Landesmitteln, Durchführung einer Finanzierungsprüfung auch für andere planfestgestellte Baumaßnahmen von Fernstraßen, Bewertung der verfassungsrechtlichen Relevanz von Mischfinanzierungen zwischen Land und Bund

Antr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 15/1184

Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg

MdlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1734

Gefängnisneubau

Konkretisierung des Begriffs „heimatnahe Unterbringung“; gerichtliche Entscheidungen zu zumutbaren Anfahrtswegen oder zur Anfahrtsdauer für Angehörige der Strafgefangenen; Anwendbarkeit des Grundsatzes der heimatnahen Unterbringung bei zentralisierten Sonderhaftanstalten; Gültigkeit des Grundsatzes für die Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalten Rottenburg, Rottweil und Waldshut-Tiengen

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3252

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 28 - Rottenburg - Tübingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 28 - Rottenburg - Tübingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7260

Rottweil*Zugang zu schnellem Internet im LKreis Rottweil*

Versorgung o.g. Gemeinden, insbes auch Rottweil mit den Ortsteilen Neukirch, Gölldorf, Feckenhausen, mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen; Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die Anbieter von Breitbandnetzen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/434

Gefängnisneubau

Konkretisierung des Begriffs „heimatnahe Unterbringung“; gerichtliche Entscheidungen zu zumutbaren Anfahrtswegen oder zur Anfahrtsdauer für Angehörige der Strafgefangenen; Anwendbarkeit des Grundsatzes der heimatnahen Unterbringung bei zentralisierten Sonderhaftanstalten; Gültigkeit des Grundsatzes für die Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalten Rottweil, Rottweil und Waldshut-Tiengen

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3252

Polizeireform im Kreis Rottweil: neue Entwicklungen

Auswirkungen der Polizeireform auf den LKreis Rottweil; Einrichtung eines Standorts der Kriminalpolizei in der Stadt Rottweil; Raumbedarf; Dienortwechsel aufgrund der Polizeireform im zuständigen Polizeipräsidium Tuttlingen, Zahl der betroffenen Personen

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4112

Neue Standortsuche des geplanten Gefängnisneubaus - welche Kriterien sind maßgeblich?

Aufgabe der bisherigen Bewertungsmatrix beim „Standortsuchlauf“; Auskunft über die maßgeblichen Kriterien der Standortauswahl; Berücksichtigung der Haltung der betroffenen Gemeinden; Beteiligung des Landtags und der Gemeinden an der Standortauswahl

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6503

Geplanter Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) in Rottweil
Sachstand zum geplanten Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Rottweil, insbes Zeitplan, bauliche und inhaltliche Ausgestaltung

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/7297

*Regierungsbefragung**Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Rottweil*

s. *Justizvollzugsanstalt*
PIPr 15/137 S. 8207

Rottweil, Landkreis*Zugang zu schnellem Internet im LKreis Rottweil*

Versorgung o.g. Gemeinden, insbes auch Rottweil mit den Ortsteilen Neukirch, Gölldorf, Feckenhausen, mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen; Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die Anbieter von Breitbandnetzen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/434

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/816

Maßnahmen gegen Verkehrsbelastungen der Schramberger Talstadt

Priorität der o.g. Talstadtfahrt im Zuge der B 462 und weiterer Ortsumfahrungen im Landkreis Rottweil; Beurteilung der bisher eingerichteten Umweltzonen in Kommunen landesweit; Bewertung einer beabsichtigten Umweltzone in der gesamten Schramberger Talstadt als ungeeignet und unverhältnismäßig durch den Gemeinderat der Stadt Schramberg

KlAnfr
s. *Schramberg*
Drs 15/915

Ärztliche Versorgung im LKreis Rottweil

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrzeiten des Rettungsdienstes; Perspektiven der ärztlichen Versorgung bis 2025

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1384

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Rottweil

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1993

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Rottweil

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2221

Palliativversorgung im Landkreis Rottweil

Zahl der abgeschlossenen Verträge zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV); Entwicklungstendenzen, Einsatz von Palliative-Care-Teams; Bedarf und Angebot an Hospizplätzen; Förderung und Verbesserung der Palliativversorgung

KlAnfr

s. *Palliativmedizin*

Drs 15/2766

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Rottweil

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2975

Standortsuche für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) im Landgerichtsbezirk Rottweil

Kriterien der Standortwahl; Nutzung des Konversionsgeländes in Meßstetten

KlAnfr

s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/3212

Polizeireform im Kreis Rottweil: neue Entwicklungen

Auswirkungen der Polizeireform auf den Landkreis Rottweil; Einrichtung eines Standorts der Kriminalpolizei in der Stadt Rottweil; Raumbedarf; Dienstortwechsel aufgrund der Polizeireform im zuständigen Polizeipräsidium Tuttlingen, Zahl der betroffenen Personen

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4112

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Landkreis Rottweil

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Landkreis Rottweil

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4795

Wohnungseinbrüche im Landkreis Rottweil

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Landkreis Rottweil, Aufklärungsquote und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5650

Pflegesituation im Landkreis Rottweil

Entwicklung der Pflegesituation im Landkreis Rottweil, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr

s. *Pflege*

Drs 15/6312

Kriminalität im Landkreis Rottweil

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Landkreis Rottweil, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 15/7379

Rotwild

s. *Wild*

Rousta, Daniel*Verwendung des großen Landeswappens auf privatem Facebook-Profil*

Beurteilung des o.g. Verhaltens des Ministerialdirektors im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Daniel Rousta, und der Verunglimpfung von politischen Wettbewerbern in Vulgärsprache; Vereinbarkeit mit Bestimmungen, Vorgaben und Gesetzen des Landes sowie mit dem von einem ranghöchsten Beamten zu erwartenden Stilgefühl

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.04.2012 und Antw MFW Drs 15/1578

Entlassung des Ministerialdirektors Daniel Rousta

DringlAntr CDU 19.04.2012 Drs 15/1579

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1835-1840

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 15 16

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Hintergründe der Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors D.R.

Sachstand hinsichtlich der Gründe für die Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors Daniel Rousta, insbes Schließung eines außergerichtlichen Vergleichs, Zahlung einer Abfindungssumme

KlAnfr

s. *Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg*

Drs 15/6660

Erinnerung an die persönlichen Verfehlungen des Ministerialdirektors im MFW, Daniel Rousta; Zuweisung der politischen Verantwortung an den Minister

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1922-1924 1926-1929

Ruanda*Partnerschaft mit Burundi*

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr

s. *Burundi*

Drs 15/909

Rückbau*Gefahrloser Rückbau der Atomkraftwerke in BW*

Zeitplan für den Rückbau der stillgelegten Atomkraftwerke Philippsburg I und Neckarwestheim I (GKN); Anhörung der Umweltverbände und Bürgerinitiativen für die Stilllegungsgenehmigungen; Form der Demontage; Auslagerung der Brennelemente; Überwachung der Emissionen und Immissionen (Luft/Wasser); Kataster des radioaktiven Inventars der Anlagen; Dekontaminationsarbeiten und Kontrolle der Entsorgung

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/2750

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/2805

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim

Annahmefähigkeit der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/4144

Atomausstieg und der Vorschlag der Betreibergesellschaften, die Atomkraftwerke in einen Fonds unter staatlicher Regie einzubringen

Finanzierung des Betriebs der Atomkraftwerke (AKW) während ihrer Restlaufzeit und ihres Rückbaus über einen Fonds aus Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber; Vorteile eines Rückbaus unter staatlicher Regie; Bemessung der Rückstellungen zur Finanzierung des AKW-Rückbaus; Summe der von der EnBW gebildeten Rückstellungen für den Rückbau ihrer Kernkraftwerke in BW; Summe der bereits von der EnBW für den Rückbau der Atomkraftwerke Obrigheim, Philippsburg I und Neckarwestheim I ausgegebenen Rückstellmittel; Beteiligung der Kernkraftwerksbetreiber an den Kosten für die Endlagerung; Vorkehrungen für den Fall der Insolvenz eines AKW-Betreibers

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 15/5375

Rückbau des AKW Obrigheim und Konversion des Standorts

Stand des Rückbaus des Atomkraftwerks Obrigheim; Einhaltung des dafür vorgesehenen Kostenrahmens; finanzielle Absicherung des AKW-Rückbaus durch die Rückstellungen der EnBW; während des Rückbaus weiterbestehende Arbeitsplätze; Zahl der seit der AKW-Stillegung in den Bereichen Energie und Gewerbe neu eingerichteten Arbeitsplätze; Investitionen im Bereich der

Energieerzeugung; Nutzung der vorhandenen Infrastruktur; Förderung der Konversion durch Bund, Land oder EU

Antr

s. *Kernkraftwerk Obrigheim*

Drs 15/5392

Rückherstellung*Provenienzforschung in BW*

Wichtigkeit der Provenienzforschung und der Restitution von Objekten der Raub- und Beutekunst; Provenienzforschung in BW seit der Washingtoner Erklärung 1998; Anzahl der an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegebenen Kunstwerke; Zusammenarbeit der Museen mit der die Internet-Datenbank „Lost Art“ betreibenden Koordinierungsstelle Magdeburg; Förderung einer zügigen Ermittlung der Eigentümer des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts

Antr

s. *NS-Raubkunst*

Drs 15/4490

Rückführung von Flüchtlingens. *Ausweisung***Rückgriff**s. *Regress***Rückhalteraum**s. *Überschwemmungsgebiet***Rücklage***Frostschäden in Wein- und Obstbau; Risikoausgleichsrücklagen für die Landwirtschaft*

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden von Anfang Mai sowie der Schäden in der Landwirtschaft durch die Trockenheit; Darlegung der vorgesehenen Hilfen sowie der bisherigen Unterstützung bei klimabedingten Schäden seit 2005; Beurteilung der Forderung der Landwirte nach steuerfreien Risikoausgleichsrücklagen

Antr

s. *Frostschaden*

Drs 15/59

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über einen Versorgungsfonds des Landes BW

Erhöhung des monatlichen Zuführungsbetrags von 500 auf 1.200 Euro; regelmäßige Dynamisierung dieses Betrags im Ausmaß der linearen Erhöhung der Beamtgehälter

GesEntw

s. *Beamtenversorgung*

Drs 15/206

*Haushalt 2011; Vierter Nachtrag**Einrichtung einer generellen Risikolücke für unwitterbedingte Schadensereignisse in der Land- und Forstwirtschaft*

ÄAntr CDU 22.07.2011 Drs 15/341-N 2 S. 40-42

ÄAntr CDU 26.07.2011 Drs 15/345-3

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430-449

Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen

Stand und bisherige Entnahmen der mit dem vierten Nachtrags-
haushalt geschaffenen Rücklage zum 31.10.2011, Höhe der bis-
lang für die Finanzierung der Rücklage entrichteten Schuld-
zinsen; vierteljährliche Berichterstattung im Finanz- und Wirt-
schaftsausschuss über die jeweils finanzierten Maßnahmen und
den aktuellen Stand der Rücklage

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 04.11.2011 und Stellung-
nahme MFW Drs 15/838
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.01.2012 Drs 15/1113
III. S. 2
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1348-1370

Haushalt 2012; Epl 12

*Auflösung der Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaß-
nahmen*

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1112-3 S. 22 23
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

*Wie geht die LReg mit den Vorschriften des § 42 a der Landes-
haushaltsordnung (LHO) um?*

Auskunft über die Bildung von Rücklagen gemäß § 42 a LHO im
Zuge des Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2014; Hö-
he der Rücklagen; Zweckbindung und Zweckbindungszeitraum;
Unterrichtung des Landtags über die Rücklagenbildung

Antr FDP/DVP 21.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs
15/4633

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur
Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung
der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil
des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen
freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern;
Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtun-
gen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das
Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

*Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Be-
triebe*

Sachstand zur Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Er-
möglichung der Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risiko-
ausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe gemäß dem Be-
schluss des Landtags (Drs 15/5124)

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6574

*Abmilderung der hohen Pensionsverpflichtungen mit der Pensi-
onsrücklage, Beklagung von zu niedrigen Zuführungen und dar-
aus folgenden Deckungslücken*

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 50

*Geplante Entnahmen aus den allgemeinen Rücklagen des Lan-
des; Beklagung mangelnder Zuführungen an den Versorgungs-
fonds und die Versorgungsrücklage; Bildung von Rücklagen zur
Auflösung des Sanierungsstaus*

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121-123 127-129 132 134-139 141
142 144

*Bewertung einer kreditfinanzierten Investitionsrücklage als Ver-
stoß gegen die LHO, Bildung einer zweckgebundenen Sanie-
rungsrücklage aus den Steuermehreinnahmen*

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-438 440-442 444

*Aufbau von Rücklagen 2008 und 2009; Beklagung mangelnder
Zuführungen an die Pensionsrücklage*

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 801 808

*Bildung einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage sowie ei-
nes weiteren Versorgungsfonds für die Beamten, Verweisung auf
die Auflösung des Pensionsfonds in Rheinland-Pfalz*

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1102 1106 1107 1109 1113
1121 1122 1125 1127 1128 1131

*Wiederherstellung von Landesvermögen mit Mitteln aus der Sa-
nierungsrücklage; Beklagung mangelnder Zuführungen an die
Versorgungsrücklage; Forderung einer Auflösung der Sanie-
rungsrücklage*

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190 1197 1199 1201 1208 1211
1215 1216 1251

*Sanierungsrücklage als wichtiges Instrument zur Erhaltung des
Landesvermögens; keine Auflösung zur Schuldentilgung; Zu-
rückweisung des Vorwurfs der „Schwarzen Kasse“; Veranschla-
gung der Entnahme für 2012 im Haushalt; Einzelnachweis der
aus der Sanierungsrücklage finanzierten Projekte*

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1464 1467 1472 1476 1477 1479
1484

Rückstände in Lebensmitteln*s.a. Gesundheitsschädlicher Stoff**Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlämmen im nordba-
dischen Raum*

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität
innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlämme; Um-
fang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmit-
teln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kosten-
übernahme

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/5575

Rücktritt des Landtagspräsidenten*s. Landtagspräsident***Rücktritt vom Vertrag***s. Vertrag***Rüstungsausfuhr***s. Rüstungsexport***Rüstungsexport***s.a. Rüstungsindustrie**G36-Sturmgewehre aus baden-württembergischer Produktion in
Libyen*

Bewertung der Medienberichte über o.g. Bestände in Händen des
Gaddafi-Regimes; Angaben zur Aufklärung der Waffenlieferun-

gen nach Libyen, zu den Voraussetzungen für Ausfuhrgenehmigungen, zur Unterrichtung über erfolgte Genehmigungen, insbes über Genehmigungen seit der Aufhebung des EU-Embargos im Jahr 2004, zur Kenntnis über illegale Waffenlieferungen aus BW; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Lieferung von G36-Sturmgewehren mit den Aufenthalten sogenannter Polizeiausbilder aus BW in Libyen in den Jahren 2005 ff

KlAnfr Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE 05.09.2011 und Antw MFW Drs 15/469

Rüstungsforschung

s. *Wehrtechnik*

Rüstungsindustrie

s.a. *Rüstungsexport*
s.a. *Wehrtechnik*

G36-Sturmgewehre aus baden-württembergischer Produktion in Libyen

Bewertung der Medienberichte über o.g. Bestände in Händen des Gaddafi-Regimes; Angaben zur Aufklärung der Waffenlieferungen nach Libyen, zu den Voraussetzungen für Ausfuhrgenehmigungen, zur Unterrichtung über erfolgte Genehmigungen, insbes über Genehmigungen seit der Aufhebung des EU-Embargos im Jahr 2004, zur Kenntnis über illegale Waffenlieferungen aus BW; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Lieferung von G36-Sturmgewehren mit den Aufenthalten sogenannter Polizeiausbilder aus BW in Libyen in den Jahren 2005 ff

KlAnfr
s. *Rüstungsexport*
Drs 15/469

Rüstungskonversion

s. *Konversion*

Rüstungstechnik

s. *Wehrtechnik*

Rufnummer

s.a. *Notruf*

Entwicklung des Portals für die e-Bürgerdienste in BW

Ziele des Portals „service-bw“; Funktionen und Inhalte von „service-bw“; Administration und redaktionelle Betreuung des Portals; Auskunft über bereits bestehende, vollständig elektronisch und ohne Medienbruch über „service-bw“ durchführbare Verwaltungsverfahren; Ursachen für vorhandene Medienbrüche; Querbeziehungen zu anderen Portalen und Diensten des Landes und der Kommunen; einheitlicher Behördenruf 115; Weiterentwicklung und Ausbau des Portals

KlAnfr
s. *E-Government*
Drs 15/4896

Integrierte Leitstellen im Rhein-Neckar-Kreis

Aufgabenspektrum einer Integrierten Leitstelle; Alter und Zuständigkeitsbereich der Integrierten Leitstelle in Ladenburg; Erreichbarkeit von Feuerwehr und Rettungsdienst über die Notrufnummer 112; qualitative Verbesserung durch die Einrichtung

einer bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg; Höhe der dafür veranschlagten Kosten; finanzieller Aufwand für eine Ertüchtigung der Ladenburger Leitstelle; Aufgaben der Leitstelle in Ladenburg nach der Errichtung einer Integrierten Leitstelle in Heidelberg

KlAnfr
s. *Rettungswesen*
Drs 15/5655

Ruhegehalt

s. *Beamtenversorgung*

Ruhestandsalter

s. *Pensionsalter*

Ruhezeit (Berufskraftfahrer)

s. *Sozialvorschriften im Straßenverkehr*

Rumänien

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donaauraumstrategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.10.2011 und Stellungnahme StM, MFW, KM, MLR und IM Drs 15/682
BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1538 S. 49-51
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiederreiseperrnen; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

Unterstützung des Bildungs- und Ausbildungssystems in Rumänien

Unterstützung deutschsprachiger Bildungsangebote in Rumänien durch BW, insbes durch die Entsendung von Lehrern, finanzielle Zuschüsse und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte aus Rumänien; Umsetzung der durch den Europäischen Rat gefassten Beschlüsse und Empfehlungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; Hilfe Baden-Württembergs beim Aufbau eines dualen Ausbildungssystems in Rumänien

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 02.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3905
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897

S. 33

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuflichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr

s. *Einbürgerung*

Drs 15/4612

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014, insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr

s. *Sozialleistung*

Drs 15/4960

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit

Antr

s. *Freizügigkeit*

Drs 15/5076

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw

s. *Grundsicherung*

Drs 15/7802

Runder Tisch*s.a. Politikberatung**Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen*

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen;

erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 15/5630

Runder Tisch zur Waldwegenutzung

Sitzungen des Runden Tisches zu Fragen der Waldwegenutzung; Zahl der bisherigen Sitzungen, beteiligte Verbände und Gruppierungen; künftige Planung

KlAnfr

s. *Wirtschaftsweg*

Drs 15/6367

Runder Tisch Islam*s. Islam***Rundfunk***s.a. Fernsehen**s.a. Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten**s.a. Lokaler Rundfunk**s.a. Rundfunkbeitrag**s.a. Rundfunkrat**Schreiben des BVerfG vom 02.03.2011, Az.: 1 BvF 1/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag*s. *Staatsvertrag*

PIPr 15/4 S. 19

Hände weg vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 201-209

*Wahl von Vertretern des LtG**a) für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks**b) für die Entsendung in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks*

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 216 217

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Ersetzung der geräteabhängigen Rundfunkgebühr durch einen haushaltsbezogenen bzw betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag; Einschränkung der Möglichkeiten des Sponsorings im öffentlich-rechtlichen Fernsehen; Änderung des LandesmedienGes

GesEntw LReg 05.07.2011 Drs 15/197 (66 S.)

1. Beratung PIPr 15/10 21.07.2011 S. 398-402

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2011 Drs 15/563

EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 11.10.2011 Drs 15/671

2. Beratung PIPr 15/14 12.10.2011 S. 569-574

GesBeschl 12.10.2011 Drs 15/693 (14 S.)

GBI 2011 Nr. 17 S. 477-488 (Ges vom 18.10.2011)

Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten von Teilen des Staatsvertrags GBI 2012 Nr. 1 S. 17 18

Mittlg LReg 03.04.2012 Drs 15/873
 BeschlEmpf und Bericht StändA 10.05.2012 Drs 15/1690
 PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
 Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBl 2013 Nr. 1 S. 5

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012

BeschlEmpf und Bericht StändA 14.07.2011 Drs 15/246
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der ARTE Deutschland TV GmbH einschließlich ihrer Betätigung bei der ARTE G.E.I.E. für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

Mittlg RH
s. Fernsehen
 Drs 15/395

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH
s. Film
 Drs 15/561

Cannstatter Volksfest

Erwartung an den SWR, bei der Planung und Fernsehübertragung der Eröffnungsveranstaltung die Tradition und Bedeutung dieses Volksfests zu berücksichtigen und den Zuschauern angemessen zu vermitteln; Beitrag des Cannstatter Wasens zur Wirtschafts- und Imageförderung der Region und des Landes

KlAnfr
s. Volksfest
 Drs 15/621

Wahl der Abg Charlotte Schneidewind-Hartnagel in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 709

Schreiben des BVerfG vom 20.10.2011, Az.: 1 BvF 4/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

s. Staatsvertrag
 PIPr 15/19 S. 841

Haushalt 2012; Epl 02

Etatisierung eines Überbrückungszuschusses zur Förderung nichtkommerzieller Lokalradios

ÄAntr GRÜNE und SPD 17.01.2012 Drs 15/1102-5 S. 24 25
 PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1184-1219

Geplante Änderungen in der baden-württembergischen Rundfunkorchesterlandschaft

Gründe und Auswirkungen sowie Abwendungsmöglichkeiten einer Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

Antr
s. Orchester
 Drs 15/1343

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2013

Fusionserfahrungsbericht nach dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und dem Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Mittlg LReg 12.03.2012 Drs 15/1279 (27 S.)

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1559

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2022 (15 S.)

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. Fernsehen
 Drs 15/1633

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ARD 16.05.2012 Drs 15/1741 (44 S.)

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1971

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2022 (15 S.)

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Novellierung des SWR-Staatsvertrags

Stand, inhaltliche Ausgestaltung und beteiligte Akteure der Novellierung, insbes stärkere Konzentration auf Kernbereiche des öffentlich-rechtlichen Auftrags sowie auf die Verantwortung für eine vielfältige Medienlandschaft, Harmonisierung mit nationalen und europäischen Regelungen sowie Abbau von Doppelstrukturen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 29.05.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1773

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios

Berichterstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg Deutschlandradio 26.06.2012 Drs 15/1938 (14 S.)

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2022 (15 S.)

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Ausschreibungen und Auftragsvergaben in der Filmbranche

Darstellung o.g. Verfahren und Vorgaben beim SWR u.a. Sendern; Entwicklung neuer Formate, Kriterien und Prozesse bei Ausschreibungen und Vergaben mit mehr Transparenz; Beurteilung der öffentlichen Ausschreibung des Produktionsauftrags für einen Tatort durch den Mitteldeutschen Rundfunk; Bewertung der Auftragsituation für Produzenten und Dienstleister in BW

Antr
s. Film
 Drs 15/1975

Wahl von Vertretern des Ltg

a) für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

b) für die Entsendung in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2458 2459 2504 2505

Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof

Mittlg RH

s. *Film*

Drs 15/2186

Entwicklung SWR-Standort Baden-Baden

Darlegung o.g. Entwicklung nach dem Entwurf des SWR-Rundfunkstaatsvertrags, Auswirkungen des Wegfalls der Produktionsvorgaben und der Bindung der Direktorenstellen an die Standorte, Personalentwicklung in Baden-Baden seit 2002 und künftig, Anteil der dem Standort Baden-Baden zuzurechnenden Personalstellen des SWR-Sinfonieorchesters, Auswirkungen einer möglichen Fusion der SWR-Orchester auf die Personalstellen in Baden-Baden

KlAnfr Tobias Wald CDU 13.08.2012 und Antw StM Drs 15/2227

Aus für das Hafenkonzert - Programmstruktur des SWR 4

Reaktion der Hörerschaft auf die angekündigte Programmänderung; Absprache des Südwestrundfunks (SWR) mit den an der Sendung beteiligten Rundfunkanstalten der Nachbarländer; Intentionen einer Neukonzeption der Hafenkonzerte am Bodensee; Programmfenster für die von Vereinen getragene Musikkultur; Ausprägung des Landesprofils in der Programmstruktur des SWR im Vergleich zu anderen Rundfunksendern; Zusammenhang zwischen regional bezogenen Sendungen und einem positiven Werbeeffect für das Land

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 19.09.2012 und Antw StM Drs 15/2367

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes und weiterer medienrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation, Reduzierung der Vorabkürzung des in § 10 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags bestimmten Anteils an der Rundfunkgebühr, Aufhebung der Deckelung bei der Förderung nichtkommerzieller Veranstaltungen; Änderung des Meldegesetzes und des Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

GesEntw

s. *Medienrecht*

Drs 15/2435

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr

s. *Religion*

Drs 15/2811

Einsatz von Tageszeitungen und anderen Medien im Schulunterricht

Daten zu medienpädagogischen Kooperationen zwischen Schulen und Tageszeitungen in BW sowie vergleichbaren Projekten mit Online-Medien und dem Rundfunk; Bedeutung, Kompetenz-

förderung, Bildungsplanung und Lehrerfortbildung zu Einsatz von Tageszeitungen im Schulunterricht

KlAnfr

s. *Lehr- und Lernmittel*

Drs 15/2912

Fusion der SWR-Rundfunkorchester

Ablauf und Folgen der Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des Südwestrundfunks (RSO) und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu einem Klangkörper, insbes beim künftigen musikalischen Profil, Personalbestand, Infrastruktur, Probenmöglichkeiten und Konzertanzahl; finanzieller Einspareffekt; Konsequenzen der Zusammenlegung für den Bereich der kulturellen Bildung

Antr

s. *Orchester*

Drs 15/3130

Neuer Rundfunkbeitrag

Auswirkungen des nutzungsunabhängigen Rundfunkbeitrags auf die Kommunen, den Einzelhandel, die Industrie und Dienstleistungsunternehmen; Verfassungsmäßigkeit der nutzungsunabhängigen Rundfunkgebühr; nachträgliche Anpassung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 19.03.2013 und Antw StM

Drs 15/3244

Wahl des Abg Sascha Binder SPD für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3757

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2014

Mittlg LReg 08.04.2013 Drs 15/3327 (37 S.)

PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3805

BeschlEmpf und Bericht StändA 25.04.2013 Drs 15/3422

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4200 4201

Regierungsbefragung

Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag auf den SWR-Staatsvertrag

s. *Südwestrundfunk*

PIPr 15/94 S. 5611

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2015

Mittlg LReg

s. *Südwestrundfunk*

Drs 15/5042

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Bericht der ARD an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg

s. *Rundfunksender*

Drs 15/5125

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags; Zugrundelegung der Ergebnis-

se des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 sowie der Ansätze des Haushaltsplans für das Jahr 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5126

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Sechzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Sechzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg 03.06.2014 Drs 15/5292
PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6021
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.06.2014 Drs 15/5301
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios

Berichterstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg Deutschlandradio 09.07.2014 Drs 15/5463 (13 S.)
PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203

Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Neufestsetzung des Rundfunkbeitrags auf monatlich 17,50 Euro; Erhöhung der gesetzlich geregelten Ausgleichsmasse zur Unterstützung der kleinen Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk von derzeit 1,0 Prozent auf 1,6 Prozent des ARD-Nettobeitragsaufkommens

GesEntw LReg 04.11.2014 Drs 15/6046 (12 S.)
1. Beratung PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6806
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.03.2015 Drs 15/6581
2. Beratung PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7356-7361
GesBeschl 11.03.2015 Drs 15/6607
GBI 2015 Nr. 5 S. 149-151 (Ges vom 17.03.2015)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2015 Nr. 6 S. 218

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2013 bis 2016

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6557

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Siebzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg 21.04.2015 Drs 15/6778 (22 S.)
PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7625
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2015 Drs 15/6822
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Achtzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg 30.06.2015 Drs 15/7087
PIPr 15/133 08.07.2015 S. 7961
BeschlEmpf und Bericht StändA 09.07.2015 Drs 15/7146
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Anpassung des ZDF-Staatsvertrags an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014; Umsetzung vorgegebener Rechtshoheitskriterien der EU-Richtlinie 2010/13/EU über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste; Entsendung einer Vertretung aus dem Bereich Verbraucherschutz in den ZDF-Fernsehrat

GesEntw
s. *Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7415

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Klarstellung zur Werbung als Teil des Programms und Gegenstand der Rundfunklizenz; Regelung eines grundsätzlichen Verbots regionenspezifischer Ausstrahlung von Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter mit einem landesgesetzlichen Erlaubnisvorbehalt zur Verbreitung von Werbung für das jeweilige Landesgebiet

GesEntw
s. *Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7556

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg 10.11.2015 Drs 15/7680 (39 S.)
PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8476
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7741
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2014 bis 2017

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/8088

Rundfunkanstalt

s. *Rundfunk*

Rundfunkbeitrag

s.a. *GEZ*
s.a. *Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten*

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Ersetzung der geräteabhängigen Rundfunkgebühr durch einen haushaltsbezogenen bzw betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag; Einschränkung der Möglichkeiten des Sponsorings im öffentlich-rechtlichen Fernsehen; Änderung des LandesmedienGes

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/197

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften; hier: Datenschutz bei der Erhebung von Rundfunkgebühren

Untersuchung der Verhältnismäßigkeit der Erhebung und Verwendung personenbezogener Daten durch die Rundfunkanstalten, Einbeziehung der Landesdatenschutzbeauftragten in die Vorbereitung und Durchführung dieser Evaluierung, Prüfung des Verzichts auf den Abgleich von Daten mit nichtöffentlichen Stellen

Antr
s. *Datenschutz*
Drs 15/671

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Fernsehen*
Drs 15/1633

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/1741

Befreiung von Hospizen von der Rundfunkgebührenpflicht

Bewertung der Einstufung von gemeinnützigen Hospizen als Betriebsstätten von der GEZ; Anstreben einer generellen Befreiung der Hospize von den Gebühren; Entbürokratisierung des Befreiungsverfahrens bei der GEZ

KIAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 26.07.2012 und Antw StM und SM Drs 15/2162

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes und weiterer medienrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation, Reduzierung der Vorabkürzung des in § 10 des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags bestimmten Anteils an der Rundfunkgebühr, Aufhebung der Deckelung bei der Förderung nichtkommerzieller Veranstaltungen; Änderung des Meldegesetzes und des Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

GesEntw
s. *Medienrecht*
Drs 15/2435

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucher-schutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

Mehreinnahmen aus Rundfunkbeiträgen müssen zu den besonders Belasteten zurückfließen

Umgang mit Mehreinnahmen aus Rundfunkbeiträgen, insbes allgemeine Senkung des Rundfunkbeitrags oder besondere Berücksichtigung einzelner Gruppen von Beitragszahlern, zukünftiger Verzicht auf Beiträge für Handelsware und gewerblich genutzte Kraftfahrzeuge

Antr FDP/DVP 05.02.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/4716
BeschlEmpf und Bericht StändA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 6
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Mehrbelastungen durch den Rundfunkbeitrag

Mehrausgaben des Einzelhandels und der Kommunen im Vergleich zur vorherigen Gebührenregelung; Maßnahmen zur Erleichterung ihrer finanziellen Belastung; Verwendung der Mehreinnahmen zur Entlastung einzelner Härtefälle; Gutachten für den Handelsverband Deutschland (HDE) beurteilt das neue Beitragsmodell als verfassungswidrig

KIAnfr Claus Paal u.a. CDU 14.02.2014 und Antw StM Drs 15/4779

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Bericht der ARD an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5125

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags; Zugrundelegung der Ergebnisse des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 sowie der Ansätze des Haushaltsplans für das Jahr 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5126

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Sechzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Sechzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/5292

Auswirkungen des neuen Rundfunkbeitrags auf den Handel und die Industrie

Evaluierungsverfahren und -ergebnisse zu den Auswirkungen des nutzungsunabhängigen Rundfunkbeitrags auf Handel und Industrie im Nachgang zur KlAnfr Drs 15/3244 vom 9. April 2013; Planungen zur Änderung des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 09.10.2014 und Antw StM Drs 15/5854

Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Neufestsetzung des Rundfunkbeitrags auf monatlich 17,50 Euro; Erhöhung der gesetzlich geregelten Ausgleichsmasse zur Unterstützung der kleinen Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk von derzeit 1,0 Prozent auf 1,6 Prozent des ARD-Nettobeitragsaufkommens

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/6046

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 15.01.2015 und Antw StM Drs 15/6344
Ergänzende Antw StM 11.03.2015 Drs 15/6615

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 28.01.2015 und Antw StM Drs 15/6420

Rundfunkbeitrag belastungsgerecht weiterentwickeln

Sachstand zur Mehrbelastung für Unternehmen durch die Neuregelung des Rundfunkbeitrages, insbes Vergleich zur alten Regelung, Reduzierung der Belastung durch Schaffung von Freikontingenten für betriebliche Fahrzeuge

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 16.06.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/7029

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 (dazu ÄAntr Jürgen Filius GRÜNE und Sascha Binder SPD) S. 14 15
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Rundfunkbeitrag

Auskunft über die Erhebung des Rundfunkbeitrags seit 2013, über die Anzahl der erfassten Haushalte, über Ausnahme- und Ermäßigungsgenehmigungen sowie über Zahlungsverweigerungen; Entrichtung des Rundfunkbeitrags durch Selbstständige und Unternehmen; Akzeptanz des Rundfunkbeitrags bei der Bevölkerung

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 09.12.2015 und Antw StM Drs 15/7851

Erinnerung an die Forderung der FDP/DVP nach Abschaffung der Rundfunkgebühren

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 206 208

Rundfunkfinanzierung*Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD*

Bericht der ARD an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5125

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags; Zugrundelegung der Ergebnisse des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 sowie der Ansätze des Haushaltsplans für das Jahr 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5126

Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes

Anpassung der finanziellen Ausstattung der Landesanstalt für Kommunikation an den durch die Digitalisierung der Medienwirtschaft gestiegenen Förderbedarf durch Reduktion des Vorwegabzugs am zugewiesenen Anteil des Rundfunkbeitrags

GesEntw
s. *Medienrecht*
Drs 15/7715

Rundfunkfinanzierungssystem

s. Rundfunkfinanzierung

Rundfunkgebühren

s. Rundfunkbeitrag

Rundfunkorchester

s. Orchester

Rundfunkprogramm

Struktur der Produktionen des Südwestrundfunks (SWR)

Verteilung der Produktionen auf den Standort Baden-Baden und andere Standorte; Auslastung der Bereiche Kamera, Schnitt und Tontechnik (Hörfunk und Fernsehen) an den jeweiligen Standorten; finanzielle Größenordnung des Wegfalls der „Nachtkultur“ am Standort Baden-Baden; Sendeplatzverschiebungen 2008 bis 2012; Beschäftigte im Bereich „junge Formate“; Eigenproduktionen und eingekaufte Sendungen

KlAnfr

s. Südwestrundfunk

Drs 15/3302

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw

s. Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Drs 15/7847

Rundfunkrat

Wahl von Vertretern des Ltg

a) für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

b) für die Entsendung in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks

s. Rundfunk

PIPr 15/7 S. 216

Wahl der Abg Charlotte Schneidewind-Hartnagel in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

s. Rundfunk

PIPr 15/17 S. 709

Wahl von Vertretern des Ltg

a) für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

b) für die Entsendung in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks

s. Rundfunk

PIPr 15/44 S. 2458

Vertretung der Bauernverbände im Rundfunkrat des SWR erhalten

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Bauernverbänden

den Sitz im Rundfunkrat nur noch alternierend mit den Vertreterinnen der Landfrauen zu überlassen; künftige Interessenvertretung der Belange der Landwirtschaft und des Ländlichen Raums im Programm des SWR

Antr CDU 09.11.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2643
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2013 Drs 15/3398 S.

7-10

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Vertretung der Vertriebenenverbände im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Vertriebenenverbänden ihre zwei Sitze im Rundfunkrat zu entziehen; Überlassung der Sitze an Umweltverbände und Migrantenorganisationen; künftige Interessenvertretung der Belange der Vertriebenenverbände und Würdigung ihrer Arbeit im Programm des SWR

Antr CDU 12.11.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2655
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2013 Drs 15/3398 S.

7-10

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Vertretung der Freikirchen im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Freikirchen den Sitz im Rundfunkrat zu entziehen; Besetzung des frei gewordenen Sitzes durch muslimische Verbände; künftige Interessenvertretung der Freikirchen im Programm des SWR

Antr CDU 19.11.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2683
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2013 Drs 15/3398 S.

7-10

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Wahl des Abg Sascha Binder SPD für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

s. Rundfunk

PIPr 15/63 S. 3757

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatutums; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg

s. Südwestrundfunk

Drs 15/3497

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk (SWR-Änderungsstaatsvertrag)

Anpassung des SWR-Staatsvertrags an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, insbes Begrenzung des Einflusses der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien Rundfunkrat und Verwaltungsrat, gemeinsame Wahl des Inten-

danten durch Rundfunk- und Verwaltungsrat

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6512

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Zusammensetzung und Rechtsstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien Rundfunk- und Verwaltungsrat sowie zur Transparenz ihrer Arbeit für den rechtlichen Rahmen des Südwestrundfunks

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6779

Abbildung des gesamtgesellschaftlichen Spektrums im Rundfunkrat des SWR, Bewertung der Umbesetzung von Vertretern des Landtags

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 204 206 207 209

Rundfunkrecht

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatuts; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3497

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften

Zustimmung zum novellierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk; Folgeänderungen und redaktionelle Anpassungen des Landesmediengesetzes sowie des Landesdatenschutzgesetzes an die Regelungen des novellierten Staatsvertrags; Verlängerung der Zuweisungsdauer von Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter sowie der Zulassungsdauer eines privaten Rundfunkveranstalters von jeweils acht auf zehn Jahre

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/4223

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Anpassung des ZDF-Staatsvertrags an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014; Umsetzung vorgegebener Rechtshoheitskriterien der EU-Richtlinie 2010/13/EU über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste; Entsendung einer Vertretung aus dem Bereich Verbraucherschutz in den ZDF-Fernsehrat

GesEntw
s. *Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaats-*

vertrag
Drs 15/7415

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Klarstellung zur Werbung als Teil des Programms und Gegenstand der Rundfunklizenz; Regelung eines grundsätzlichen Verbots regionenspezifischer Ausstrahlung von Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter mit einem landesgesetzlichen Erlaubnisvorbehalt zur Verbreitung von Werbung für das jeweilige Landesgebiet

GesEntw
s. *Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7556

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Rundfunksender

Vertretung der Bauernverbände im Rundfunkrat des SWR erhalten

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Bauernverbänden den Sitz im Rundfunkrat nur noch alternierend mit den Vertreterinnen der Landfrauen zu überlassen; künftige Interessenvertretung der Belange der Landwirtschaft und des Ländlichen Raums im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2643

Vertretung der Vertriebenenverbände im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Vertriebenenverbänden ihre zwei Sitze im Rundfunkrat zu entziehen; Überlassung der Sitze an Umweltverbände und Migrantenorganisationen; künftige Interessenvertretung der Belange der Vertriebenenverbände und Würdigung ihrer Arbeit im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2655

Vertretung der Freikirchen im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Freikirchen den Sitz im Rundfunkrat zu entziehen; Besetzung des frei gewordenen Sitzes durch muslimische Verbände; künftige Interessenvertretung der Freikirchen im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2683

Neuer SWR-Staatsvertrag und die Auswirkungen auf Baden-Baden

Auswirkungen des neuen SWR-Staatsvertrags auf den SWR-Standort Baden-Baden, insbes Wegfall der festen Zuordnungen für Direktorenstellen und überregionale Produktionen sowie Fusion der Rundfunkorchester an den Standort Stuttgart; Gleichwertigkeit des SWR-Standorts Baden-Baden neben Mainz und Stuttgart; mittel- bis langfristige Verlagerung des Standorts Baden-Baden nach Stuttgart; vertragswidrige Verlagerung Baden-Baden zugeschriebener Formate/Einrichtungen nach Stuttgart

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3141

Struktur der Produktionen des Südwestrundfunks (SWR)

Verteilung der Produktionen auf den Standort Baden-Baden und andere Standorte; Auslastung der Bereiche Kamera, Schnitt und Tontechnik (Hörfunk und Fernsehen) an den jeweiligen Standorten; finanzielle Größenordnung des Wegfalls der „Nachtkultur“ am Standort Baden-Baden; Sendeplatzverschiebungen 2008 bis 2012; Beschäftigte im Bereich „junge Formate“; Eigenproduktionen und eingekaufte Sendungen

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3302

Immobilien des Südwestrundfunks (SWR) und die Auswirkungen des neuen Rundfunkstaatsvertrags

Eigene und angemietete Gebäude und Räumlichkeiten des SWR; weitervermietete Immobilien und Art der „Untermieter“; Änderungen im Gebäudebestand durch die Verlagerung von Produktionen infolge der Neuregelung des Rundfunkstaatsvertrags; Auswirkungen auf die Personalsituation an den jeweiligen Standorten

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3303

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatuts; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3497

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften

Zustimmung zum novellierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk; Folgeänderungen und redaktionelle Anpassungen des Landesmediengesetzes sowie des Landesdatenschutzgesetzes an die Regelungen des novellierten Staatsvertrags; Verlängerung der Zuweisungsdauer von Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter sowie der Zulassungsdauer eines privaten Rundfunkveranstalters von jeweils acht auf zehn Jahre

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/4223

Drohende Beeinträchtigung der Rundfunksendeanlage Hornisgrinde durch Windkraftanlagen

Bedeutung der Rundfunksendeanlage Hornisgrinde für die Verbreitung privater und öffentlich-rechtlicher Hörfunkprogramme; Ausmaße und Abstand der auf der Hornisgrinde geplanten Windkraftanlagen von der Rundfunksendeanlage; Vermeidung möglicher Störeffekte auf die Sendeleistung sowie daraus erwachsender Schadensersatzansprüche der betroffenen Rundfunkanstalten

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/4846

Geplante Windkraftanlage Hornisgrinde und Auswirkungen auf die dortige Rundfunk-Sendeanlage

Auswirkungen der geplanten Windkraftanlage Hornisgrinde auf die Hörfunk-Verbreitung und -Versorgung in Mittelbaden, insbes unzureichende Einbindung des davon betroffenen Hörfunkveranstalters „Radio Regenbogen“ in die bisherigen Planungs- und Genehmigungsprozesse

Antr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/4983

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Bericht der ARD an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ARD 25.04.2014 Drs 15/5125 (46 S.)
PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5851

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags; Zugrundelegung der Ergebnisse des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 sowie der Ansätze des Haushaltsplans für das Jahr 2014

Mittlg ZDF 29.04.2014 Drs 15/5126 (64 S.)
PIPr 15/98 14.05.2014 S. 5852

Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Neufestsetzung des Rundfunkbeitrags auf monatlich 17,50 Euro; Erhöhung der gesetzlich geregelten Ausgleichsmasse zur Unterstützung der kleinen Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk von derzeit 1,0 Prozent auf 1,6 Prozent des ARD-Nettobeitragsaufkommens

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/6046

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk (SWR-Änderungsstaatsvertrag)

Anpassung des SWR-Staatsvertrags an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, insbes Begrenzung des Einflusses der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien Rundfunkrat und Verwaltungsrat, gemeinsame Wahl des Intendanten durch Rundfunk- und Verwaltungsrat

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6512

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Zusammensetzung und Rechtsstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien Rundfunk- und Verwaltungsrat sowie zur Transparenz ihrer Arbeit für den rechtlichen Rahmen des Südwestrundfunks

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6779

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Anpassung des ZDF-Staatsvertrags an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014; Umsetzung vorgegebener Rechtshoheitskriterien der EU-Richtlinie 2010/13/EU über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste; Entsendung einer Vertretung aus dem Bereich Verbraucherschutz in den ZDF-Fernsehrat

GesEntw
s. *Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7415

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Klarstellung zur Werbung als Teil des Programms und Gegenstand der Rundfunklizenz; Regelung eines grundsätzlichen Verbots regionenspezifischer Ausstrahlung von Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter mit einem landesgesetzlichen Erlaubnisvorbehalt zur Verbreitung von Werbung für das jeweilige Landesgebiet

GesEntw
s. *Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7556

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Rundfunkstaatsvertrag

s. *Staatsvertrag*

Rundfunkwerbung

s. *Werbung*

Russisch

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Bedeutung und Förderung der Verbreitung des Russischunterrichts an allgemeinbildenden, beruflichen und privaten Schulen; Entwicklung der Zahlen von Schulen und Schülern seit 1992; Förderbeiträge von Organisationen, Vereinen, Verbänden und Stiftungen; Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr Georg Wacker u.a. CDU, Sandra Boser u.a. GRÜNE, Wolfgang Drexler u.a. SPD und Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 22.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1740 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3245 S. 25-27
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
Mittlg LReg 09.09.2013 Drs 15/4003

Russische Föderation

s. *Russland*

Russische Sprache

s. *Russisch*

Russland

s.a. *Russisch*

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Markt, der möglichen Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens und der Direktinvestitionen; Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen; Weiterentwicklung der Beziehungen, insbes zur Stadt Moskau; Neuauflage der Baden-Württemberg-Tage in Moskau; Ausbau der bestehenden Partnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 05.12.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/956
BeschlEmpf und Bericht EuA 27.09.2012 Drs 15/2544 S. 123 124
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Bedeutung und Förderung der Verbreitung des Russischunterrichts an allgemeinbildenden, beruflichen und privaten Schulen; Entwicklung der Zahlen von Schulen und Schülern seit 1992; Förderbeiträge von Organisationen, Vereinen, Verbänden und Stiftungen; Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr
s. *Russisch*
Drs 15/1740

Vielfalt statt Einfach - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/2042

Bedeutung und Zukunft des Praktikantenprogramms der Baden-Württembergischen Landwirtschaft mit der Russischen Föderation

Entwicklung der Teilnehmerzahlen und des Erfolgs des o.g. Programms; Bedeutung für den Bereich der Agrarwirtschaft; Evaluation von den beteiligten Landwirten, Verbänden und Organisationen; Darstellung der bisherigen und künftigen Finanzierung

Antr

s. *Praktikum*

Drs 15/2499

Petersburger Dialog 2013

Verlauf der Planungen des Petersburger Dialogs in Baden-Baden; Gründe für die Rücknahme der Förderung; Argumente gegen die Förderung bzw gegen den Dialog an sich; Höhe der Exportquote der baden-württembergischen Wirtschaft nach Russland; gegenwärtiger Stand des Dialogs zwischen BW und Russland; Einflussmöglichkeiten des Landes BW auf die Beachtung der Menschenrechte und eine Demokratisierung in Russland

Antr

s. *Internationale Beziehungen*

Drs 15/2662

Einladung des Petersburger Dialogs nach BW

Gründe für die Absage der 2013 in Baden-Baden geplanten Veranstaltung; Gesamtvolumen der veranschlagten Kosten; Frage nach politischen Gründen für die Absage; Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Dialogs mit Russland

KlAnfr

s. *Internationale Beziehungen*

Drs 15/2680

Vorkehrungen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)

Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Litauen und Russland grassierenden Afrikanischen Schweinepest, insbes Verstärkung hygienischer Vorkehrungen, veterinärmedizinischer Kontrollen und der Lebensmittelüberwachung

Antr

s. *Schweinepest*

Drs 15/4747

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes Abhängigkeit von Unternehmen vom Import und Export mit Russland, Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen, Anträge auf Ausfallbürgschaften, Einbußen bei russischen Touristen, Fortführung von Projekten mit Russland

Antr

s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Drs 15/5105

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union (EU) auf BW

Auswirkungen der Handelsbeschränkungen zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaftsbeziehungen zu BW, insbes Situation der Handels- und Auftragsentwicklung, Folgen der Einfuhrverbote für Landwirtschaftsbetriebe und Hilfen seitens der EU, vom Verkaufsverbot von Finanzinstrumenten betroffene Finanzinstitute

Antr

s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Drs 15/5745

Baden-Württemberg und die Russische Föderation

Sachstand zu Auswirkungen der Sanktionspolitik zwischen Russland und der Europäischen Union auf die Wirtschaft sowie auf wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zu BW, insbes Abhängigkeit von Arbeitsplätzen, Höhe des Warenexports und -imports, Folgen für kleinere und mittelständische Unternehmen sowie landwirtschaftlichen Erzeuger, Konsequenzen für Kooperationen (Partnerschaften) sowie für Austausch- und Bildungsprogramme

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 27.01.2016 und Stellungnahme MFW Drs 15/8022 (13 S.)

Erinnerung an die Drosselung der Erdgaslieferungen aus Russland im letzten Winter

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2315

Rust, Ingo MdL SPD*Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft*

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 16

Würdigung und Verabschiedung des Staatssekretärs Ingo Rust

PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7141

Rutesheim*Kriterien für die Ablehnung von Anträgen zum Modellversuch G 9*

Darlegung der o.g. quantitativen und qualitativen Entscheidungskriterien und deren Gewichtung für den Schulversuch zum Abitur der zwei Geschwindigkeiten an allgemeinbildenden Gymnasien, u.a. bei der Bewertung des Antrags der Stadt Rutesheim; einzelfallgerechte Begründung jeder Ablehnung eines Antrags gegenüber dem Antragsteller

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/2254

RWE AGs. *RWE-Aktiengesellschaft***RWE-Aktiengesellschaft***Zukunft des Pumpspeicherprojekts Atdorf*

Projektstand und Finanzierung des geplanten Pumpspeicherprojekts in Atdorf, insbes Bedeutung und Bewertung der Wieder-

einstiegs Klausel der RWE AG in das Projekt

Antr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/5611

S 21-Kündigungsgesetz

s. *Stuttgart 21*

Saarländischer Rundfunk

Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Neufestsetzung des Rundfunkbeitrags auf monatlich 17,50 Euro; Erhöhung der gesetzlich geregelten Ausgleichsmasse zur Unterstützung der kleinen Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk von derzeit 1,0 Prozent auf 1,6 Prozent des ARD-Nettobeitragsaufkommens

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/6046

Saatgut

Saatgutzüchtung in BW

Situation der Saatgutzüchtung in BW, insbes Entwicklung der Anzahl der Saatgutzüchter, Bereitstellung von Landesressourcen

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 02.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5399

Förderung von Mulch- und Direktsaat

Gründe für die Einstellung der Förderung der Mulch- und Direktsaat iRd Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) sowie der Fortsetzung der Förderung in Bayern

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.11.2014 und Antw MLR Drs 15/6116

Saatkrähe

s. *Vogel*

Sabbatjahr

s. *Freistellung von der Arbeit*

Sachleistung

s.a. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*

EU-Programm zur Nahrungsmittelabgabe

Beteiligte Mitgliedsstaaten, Zielgenauigkeit und Finanzierung des o.g. Verteilungsprogramms für Bedürftige; Verwendung von frischen Produkten von lokalen Lebensmittelproduzenten? Vereinbarkeit des Programms mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Prinzip der Selbsthilfe durch Schaffung von Arbeitsplätzen

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/753

Änderungsdruck beim Sachleistungsprinzip für Asylbewerber

Erfahrungen mit der Anwendung des Sachleistungsprinzips, vorgebrachte Komplikationen vonseiten der Flüchtlinge und Leistungserbringer; Darlegung des Änderungsbedarfs aus den bisherigen Erfahrungen und aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012

Antr Sabine Wölfe u.a. SPD 18.07.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/2116
BeschIEmpf und Bericht IntegrA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 54-57
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Umsatzsteuer auf Sachspenden

Verzicht auf die Erhebung von Umsatzsteuer auf Lebensmittel- und Sachspenden, wenn diese unentgeltlich direkt an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen oder mittelbar an gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden; Hinwirkung auf eine entsprechende Änderung des Steuerrechts über den BRat; Berichterstattung über das Veranlasste bis zum 30.11.2012

Antr
s. *Spende*
Drs 15/2140

Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 18.07.2012 auf BW - Lebensunterhalt, Leistungsgewährung und Unterbringung für Flüchtlinge

Auswirkungen des o.g. Urteils zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zahl der Leistungsberechtigten und Höhe der zusätzlichen Kosten und nachträglichen Leistungen, Art und Zeitrahmen der rechtlichen Neuregelungen und nachträglichen Leistungsgewährung, Frage nach einer Neubewertung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/2159

Selbständigkeit von Flüchtlingen stärken - Teilhabe durch Umstellung auf Geldleistungen fördern

Auszahlungsform (Sachleistung, Gutschein, Bargeld) der im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vorgeschriebenen Leistungen der Stadt- und LKreise an die von ihnen untergebrachten Flüchtlinge; Aufstellung der Kreise nach Auszahlungsform; Durchführung der Leistungsauszahlung, Handhabung der Erhöhung der Leistungssätze, Zeitpunkt der Umstellung auf Bargeldzahlung; Fälle von Leistungskürzungen und ihre Anlässe

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3084

Flexiblere Gestaltung des Sachleistungsprinzips für Asylbewerber

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1245

Sachleistungsprinzip

s. *Sachleistung*

Sachschaden

s.a. *Bauschaden*
s.a. *Entschädigung*
s.a. *Frostschaden*
s.a. *Straßenschaden*
s.a. *Unwetterschaden*
s.a. *Wildschaden*

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Verschärfung der Situation durch den Weiterbau der Bahn nach Meinung von Minister Hermann? Beurteilung der Schadenersatzpflicht für die von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Zustandekommen, Art und Höhe der von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/4253

Erdhebungen in Böblingen - Die LReg soll sich endlich ein Bild vor Ort machen

Ursache und Umfang der Schäden an Gebäuden und Infrastruktur durch Erdhebungen in Böblingen; Ortstermin der LReg zur Schadensbegutachtung; Schadensersatzleistungen und Soforthilfe für betroffene Bürger; Gefahren durch Erdwärmebohrungen und Maßnahmen zur Schadensverhinderung

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 21.02.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4830
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 32-34
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Biberschäden im LKkreis Waldshut

Sachstand zur Entwicklung der Biberpopulation und Biberschäden im LKkreis Waldshut

KlAnfr
s. *Biber*
Drs 15/6649

Kosten durch Taubenpopulation

Sachstand zu Schäden durch Taubenpopulation und Kosten für deren Behebung; Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen zur Reduzierung der Taubenpopulation

Antr
s. *Vogel*
Drs 15/6766

Verwüstung der Baustelle und Schäden in Millionenhöhe durch gewalttätige Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 20.06.2011

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145

Sachsen-Anhalt

Zulassungsvoraussetzung für ein Masterstudium am Beispiel des Psychologischen Psychotherapeuten

Zulassungsvoraussetzungen für ein Masterstudium im Fach „Psychologischer Psychotherapeut“ in BW, insbes Zulassungspraxis des Landes Sachsen-Anhalt und die Konsequenzen für die Absolventen baden-württembergischer Universitäten, Bewertung der nicht-bundeseinheitlichen Auslegungs- und Zulassungspraxis; Zulassungspraxis einzelner Bundesländer bei Absolventen von Fachhochschulstudiengängen zu universitären Masterstudiengängen

KlAnfr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5554

Sachspende

s. *Spende*

Sachverständigengutachten

s. *Gutachten*

Sachverständiger

Regelungen zum Brandschutz in BW

Zulassung von Sachverständigen für Brandschutz nach Europäischem Recht in BW in Abstimmung mit dem Bund, insbes Umsetzung der europäischen Norm und parallele Anerkennung zu den bisherigen öffentlich bestellten Sachverständigen; Brandschutzarbeit von Landeseinrichtungen

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/3027

Abwicklung der Förderungen von energetischen Sanierungsmaßnahmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Programme zur Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen, Volumen der Fördermittel; Programme der KfW und deren Volumen; Nachfrage nach Förderprogrammen der KfW in den letzten fünf Jahren; Einbeziehung eines Sachverständigen; Schaffung eines finanziellen Anreizes zur energetischen Gebäudesanierung

KlAnfr
s. *Bausanierung*
Drs 15/3611

Säugling

s. *Kind*

Saisonarbeitsverhältnis

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Sakellariou, Nikolaos MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 959

Salafismus

s. *Islam*

Salem (Bodenseekreis)*Landesstraßen im Bodenseekreis*

Zeitpunkt des Baubeginns der Ortsumgehungen von Salem-Neufrach und Bermatingen im Zuge der L 205, Rangplatz in der Reihenfolge der zum Bau anstehenden Straßen

MdlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2089

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentscheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr
s. *Schule*
Drs 15/3740

Impulsprogramm - Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach

Stand der 2008 als Sonderprogramm aufgelegten Vorhaben und ihre Finanzierung; Planungsstand und Kostenentwicklung der noch nicht begonnenen Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach; Priorisierung o.g. Straßenbaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3847

Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach iRd Impulsprogramms 2008/2009

Aktueller Planungsstand, Zeitplan und Finanzierung des Baus der Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3956

Zusage vor Antragstellung? Ungereimheiten bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschule Salem klären

Mündliche Zusage für eine Umwandlung der Werkrealschule Salem in eine Gemeinschaftsschule; Aufklärung des Widerspruchs zwischen den Aussagen des örtlichen Schulleiters und des Ministerialdirektors im Kultusministerium in der Mündlichen Fragestunde vom 10. Oktober 2013; Konsequenzen einer rechtswidrigen Zusage; Sanktionierung einer falschen dienstlichen Erklärung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5034

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahr-

plans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Straßenplanungskapazität im Bodenseekreis

Sachstand zur Kapazität bei Straßenbauplanungen im Bodenseekreis, insbes Planungsaufwand und Planungsstand bei den Ortsumfahrungen Bermatingen, Salem-Neufrach und Hagnau

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6804

Sammelklage

s. *Klage*

Sammlungsgesetz

s. *Spende*

Samstagsarbeit

s. *Wochenendarbeit*

Sanierung

s.a. *Denkmalpflege*
s.a. *Städtebau*
s.a. *Straßenbau*
s.a. *Streckenbau*

Sanierung der ehemaligen Hochschule für Gestaltung Ulm

Unterstützung der o.g. Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude und Einrichtung eines Dokumentationszentrums für die Designgeschichte des 20. Jahrhunderts

KlAnfr
s. *Kunsthochschule*
Drs 15/90

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Forcierung der energetischen Gebäudesanierung im Zuge einer Novellierung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes, Einnahme einer Vorbildfunktion bei der Sanierung landeseigener Gebäude

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 20 - Sanierungsbedarf an Universitätsgebäuden (Kap 1208)

Mittlg RH
s. *Hochschulbau*
Drs 15/120

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 20: Steuervorteile bei Gebäuden in Sanierungsgebieten

s. *Steuerentlastung*
Drs 15/238

Sanierungsbedürftige Brücken im Rhein-Neckar-Kreis

Zahl und Zustand der o.g. Brücken, Ausmaß der jeweiligen Schäden und des Sanierungsaufwands, Durchführung der Sanie-

rungsvorhaben nach einer Prioritätenliste, Höhe und Verteilung der Kosten auf das Land, den Bund und die Kommunen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/313

Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler und landeseigener Gebäude, bei angemieteten Liegenschaften sowie Gebäuden und Betriebsstätten von landesbeteiligten Unternehmen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/330

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat: Auswirkungen auf den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Position zur Aufteilung der Kosten einer Energiesparinvestition zwischen Vermieter und Mieter sowie der Steuerausfälle zwischen Bund und Ländern; Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Falle der Behandlung des GesEntw im Vermittlungsausschuss

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/458

Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung

Bedeutung der energetischen Gebäudesanierung für den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat, Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Vermittlungsausschuss

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/595

Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen

Stand und bisherige Entnahmen der mit dem vierten Nachtragshaushalt geschaffenen Rücklage zum 31.10.2011, Höhe der bislang für die Finanzierung der Rücklage entrichteten Schuldzinsen; vierteljährliche Berichterstattung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss über die jeweils finanzierten Maßnahmen und den aktuellen Stand der Rücklage

Antr
s. *Rücklage*
Drs 15/838

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis
Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadtumbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/841

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

Kosten für Heizung, Strom und Wasser in den landeseigenen Gebäuden (inkl. Universitäten und Universitätsklinik); Höhe der CO₂-Emissionen; Einsparpotenzial beim Energieverbrauch; Optimierung der Energieeffizienz von Klimaanlagen; Anwen-

dung der Thermografie zur Ermittlung des energetischen Sanierungsbedarfs; Energiepässe für landeseigene Gebäude; Anteil des Ökostroms am Stromverbrauch; veranschlagte Höhe der Gesamtsanierungskosten und des damit verbundenen Gesamteinsparpotenzials; Forcierung der energetischen Optimierung der Landesgebäude

Antr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/947

Künftige Wohnungspolitik

Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie

Positionierung zum o.g. Vorschlag der EU-Kommission und den darin vorgesehenen pauschalen Einsparverpflichtungen zur Verringerung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent, insbes auch zur verbindlichen Sanierungsquote für öffentliche Gebäude; Bezifferung der Kosten für das Land, die Kommunen, Privathaushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/1127

Haushalt 2012; Epl 12

Auflösung der Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen

Haushalt
s. *Rücklage*
Drs 15/1112

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Sanierung von Gebäuden und der Nutzung erneuerbarer Energien; Programm Zukunft Altbau

Haushalt
s. *Gebäude*
Drs 15/1110

Renovierung des Schauspielhauses Stuttgart

Organisation, Zuständigkeiten und Ablauf der o.g. Sanierungsmaßnahmen; Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen der aufgetretenen Komplikationen und Mängel; Höhe und Träger der zusätzlichen Kosten

Antr
s. *Schauspielhaus Stuttgart*
Drs 15/1231

Zuschüsse zu Ortskernsanierungen im Enzkreis

Auflistung o.g. Zuschüsse 2011; Höhe der Förderung der Ortskernsanierung in Kämpfelbach-Bilfingen, Gewährung einer Unterstützung der Gemeinde für den Abriss des leerstehenden Gebäudes in der Hauptstraße

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/1311

*Regierungsbefragung**Staatstheater Stuttgart - Sanierung des Schauspielhauses**s. Schauspielhaus Stuttgart*

PIPr 15/33 S. 1783

Erneute Komplikationen bei der Sanierung des Schauspielhauses Stuttgart

Höhe und Träger der entstandenen Mehrkosten und Ersatzansprüche sowie der Kosten für einen weiteren Ersatzspielort; Art und Zeitplan der notwendigen Sanierungsmaßnahmen, Dauer der weiteren Schließung; Verantwortliche für die Entscheidung über die Art der Bestuhlung, der Auftragserteilung und -bestellung

Antr

s. Schauspielhaus Stuttgart

Drs 15/1582

Sanierungsbedarf an den Hochschulen BW

Fortschritt der baulichen und energetischen Sanierung der Hochschulgebäude; voraussichtlicher Sanierungsbedarf an den einzelnen Hochschulstandorten in den nächsten Jahren, Höhe der dafür eingeplanten Mittel; Höhe der 2007 bis 2012 für die bauliche und energetische Gebäudesanierung aufgewendeten Mittel; Umfang des Sanierungsbedarfs der Gebäude der Hochschule Esslingen und Kostenschätzung

Antr

s. Hochschulbau

Drs 15/2386

Entwicklung des Wasserverbrauchs, des Wasserpreises und des Sanierungsbedarfs bei Brauch- und Abwassersystemen und deren möglicher Zusammenhang

Entwicklung der o.g. Daten und Investitionen von Land und Kommunen seit 1990; Zuleitung von Wasser durch die einzelnen Wasserversorger zur Auslastung der Brauch- und Abwassersysteme aufgrund des zurückgegangenen Wasserverbrauchs, insbes von Privathaushalten; Evaluation der erhobenen Informationen und Berichterstattung im Zweijahresturnus

Antr

s. Wasserversorgung

Drs 15/2460

Energetische Sanierung von Landesliegenschaften mittels Contracting-Verfahren

Umfang der bislang durchgeführten und künftig möglichen Sanierungen des Landes und der Kommunen im Rahmen des Projekts VIRE und von Energieeinspar-Contracting unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020; Einschätzung der Einsparungen an CO₂-Emissionen sowie Heiz- und Stromkosten; Wirtschaftlichkeit des Einbaus von Blockheizkraftwerken sowie von solarthermischen Anlagen und Erdwärmesonden im Zuge von Contracting-Verfahren

Antr

s. Energieeinsparung

Drs 15/2580

Anträge für die Aufstockung von Mitteln für Ortskernsanierungen im Enzkreis

Umgang des RegPräs Karlsruhe mit den Aufstockungsanträgen, u.a. der Stadt Mühlacker für das Sanierungsgebiet „Enzstraße/Waldenserstraße“ und den „Ortskern Dürrmenz“; Suche nach Lösungsmöglichkeiten für den Erhalt eines aus dem Jahr 1504 stammenden Gebäudes in der Hofstraße im Sanierungsgebiet „Ortskern Dürrmenz“

KlAnfr

s. Stadtentwicklung

Drs 15/2598

Zustand und Sanierung der L 185 zwischen Kirchen-Hausen und Hondingen

Verkehrsaufkommen auf der Landesstraße 185; Nutzung als Umleitungsstrecke bei Baumaßnahmen auf benachbarten Bundesstraßen; Sanierungsmaßnahmen auf dem o.g. Streckenabschnitt

KlAnfr Leopold Grimm FDP/DVP 19.03.2013 und Antw MVI Drs 15/3237

Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss beim Landessanierungsprogramm im Enzkreis

Unterstützung der Gemeinde Wimsheim bei den Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss aus dem Landessanierungsprogramm im Enzkreis

KlAnfr

s. Förderprogramm

Drs 15/4732

Projekt „Innenstadt Entwicklung Ost“ in Pforzheim

Auskunft über vom Land unterstützte Sanierungsprojekte in der Pforzheimer Innenstadt; Stand der Untersuchungen für ein Sanierungsgebiet „Pforzheim Innenstadt Ost“; Beurteilung des Sanierungsvorhabens durch das RegPräs Karlsruhe

KlAnfr

s. Stadtentwicklung

Drs 15/5496

Auswirkungen der zweiten Grenzwert-Stufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche

Sachstand zur Sanierungspflicht von Einzelraumfeuerungsanlagen; Auswirkungen der zum 1. Januar 2015 in Kraft tretenden zweiten Grenzwert- und Nachweispflichtstufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche

Antr

s. Feuerungsanlage

Drs 15/6212

Zustand von Brückenbauwerken der Bundesfern- und der Landesstraßen im LKreiss Waldshut

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke der Bundesfern- und der Landesstraßen im LKreiss Waldshut, insbes Einstufung der Sanierungsbedürftigkeit, Bauwerke mit Nutzungseinschränkungen

KlAnfr

s. Brücke

Drs 15/6645

Stufenweise Anhebung der Mittel zur energetischen Sanierung landeseigener Gebäude; Verweisung auf den Sanierungstau bei den Hochschulgebäuden, Landesstraßen und Krankenhäusern

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23 26

Verweisung auf den Sanierungstau bei den Hochschulgebäuden und Landesstraßen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 59 61 64 70

Benennung des vorhandenen Sanierungsstaus bei den Liegenschaften des Landes und Landesstraßen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 120 123-126 129 132-135 137-142

Dringlichkeit des Sanierungsbedarfs bei den Hochschulgebäuden, Bildung von Rücklagen mit dem Nachtragshaushalt

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 281 283 286 287

Verweisung auf den Sanierungsstau bei den Landesliegenschaften und Landesstraßen, Abbau mit einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-376 378-384 386 388 389 407 408

Bewertung einer kreditfinanzierten Sanierungsrücklage als Verstoß gegen die LHO, Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesgebäuden und Landesstraßen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-438 440-442 444 445

Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesliegenschaften und Landesstraßen

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 583 584

Ankündigung der Sanierung des Landesvermögens, Bildung einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage, energetische Sanierung der Landesgebäude

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040 1041 1043

Bildung einer zweckgebundenen Sanierungsrücklage aus Steuermehreinnahmen, Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesliegenschaften und Landesstraßen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1106 1107 1109 1113 1114 1121 1122 1125-1128 1135-1137 1157

Abbau des Sanierungsstaus bei den Landesliegenschaften und Landesstraßen, Beurteilung der Sanierungsrücklage im Lichte der LHO

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190 1197 1200 1201 1206 1208 1211 1214-1216

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden, Bereitstellung zusätzlicher Mittel und steuerlicher Anreize für die energetische Gebäudesanierung; Erhalt von Landesvermögen über die Sanierungsrücklage

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1407 1412 1425 1430 1431 1437-1440 1442-1444 1446 1447 1449 1452

Sanierung als Erhaltung des Landesvermögens; Mittel für den Erhalt der Landesstraßen und die Gebäudesanierung eingeplant im Haushalt; Abbau des Sanierungsstaus bei Hochschulgebäuden und anderen Gebäuden des Landes

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1462 1464 1467 1469 1476 1479

Sanitäranlage

s. Sanitäre Einrichtung

Sanitäre Anlage

s. Sanitäre Einrichtung

Sanitäre Einrichtung

Fehlende Toilettenanlage auf der Bundesstraße B 27

Sachstand zu Auswirkungen der fehlenden Toilettenanlage auf der Bundesstraße 27 zwischen Tübingen und Stuttgart, insbes Bewertung der Position des Regierungspräsidiums

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 30.03.2015 und Antw MVI Drs 15/6692

Sanitäre Grundversorgung

s. Sanitäre Einrichtung

Sanitärraum

s. Sanitäre Einrichtung

Sanitärtechnik

s. Sanitäre Einrichtung

Sanitärversorgung

s. Sanitäre Einrichtung

Satellitenfernsehen

Mediennutzung in Migrantenfamilien

Private Nutzung von Print- und elektronischen Medien durch Migranten, insbes überwiegende oder ausschließliche Mediennutzung aus dem Herkunftsland und in Heimatsprache, bessere Heranführung an inländische Mediennutzung

KlAnfr
s. Migrant
Drs 15/2923

Satzung

Erfahrungen mit der Verfassten Studierendenschaft an Universitäten und Hochschulen in BW

Bilanz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft; Ursachen der geringen Beteiligung an der Wahl des Gremiums; Verabschiedung der Satzung sowie nachträgliche Satzungsänderungen an den Hochschulen; Erhebung und Verwendung von Beiträgen nach § 65 a Landeshochschulgesetz; Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitungen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als übergeordneter Instanz; Existenz von Doppelstrukturen durch den Fortbestand von Studierendenvertretungen mit Vereinsstatus

GrAnfr
s. Studentenvertretung
Drs 15/6449

Jugendherbergswesen in BW

Neueröffnungen und Schließungen von Jugendherbergen im Jahr 2014; Gründe der Schließung der Jugendherberge in Singen (Hohentwiel); Sanierungsbedarf bei den Jugendherbergen in BW; Entwicklung eines langfristigen Investitionskonzepts in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk; Förderung der Sanierung bestehender Jugendherbergen im ländlichen Raum; Beachtung des Satzungszwecks bei den Angeboten von Jugendherbergen

Antr
s. Jugendherberge
 Drs 15/6465

Kreisbaugesellschaften in BW
 Rechtsform und Eigentümerstruktur der Wohnungsbaugesellschaften auf Ebene der LKreise; Zweckbindungen der Kreisbaugesellschaften

KlAnfr
s. Wohnungswirtschaft
 Drs 15/7787

Sau

s. Schwein

S-Bahn

s. Schnellbahn

S-Bahn Donau-Iller

s. Donau-Iller-Nahverkehrsverbund

S-Bahn Rhein-Neckar

s. Verkehrsverbund Rhein-Neckar

Schaaf

s.a. Schaffleisch

Schaden

Ausmaß und aktuelle Schäden durch Kälte, Nässe und Hochwasser in der Landwirtschaft und im Gartenbau in BW sowie mögliche Hilfen

Aufgetretene Witterungsschäden in Landwirtschaft und Gartenbau in BW sowie mögliche Landeshilfen für existenzgefährdete Betriebe

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.06.2013
 Drs 15/3608
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4340-4342

Folgen des Bergrutsches in Mössingen-Öschingen für die Landhaussiedlung und die Stadt Mössingen

Schadenshöhe des Bergrutsches in Mössingen-Öschingen vom 2. Juni 2013 und Beteiligung an den Kosten durch die Europäische Union, den Bund und das Land

MdlAnfr
s. Erdbeben
 Drs 15/4248

Schadenersatz

s. Entschädigung

Schadenfeuer

s. Brand

Schadensausgleich

s. Entschädigung

Schadenersatzrecht

s. Entschädigung

Schadenversicherung

Ernteausfälle im Enzkreis und in Pforzheim infolge von Sturm- und Hagelschäden

Ernteausfälle infolge der Hagelstürme im Juli 2013; Gesamtschadenssumme in den landwirtschaftlichen Betrieben im Enzkreis und in Pforzheim; Versicherungsschutz gegen Hagelschäden; finanzielle Unterstützung der geschädigten Landwirtschaftsbetriebe

KlAnfr
s. Ernteschaden
 Drs 15/3889

Schadstoff

s.a. Altlastensanierung

s.a. Dioxin

s.a. Emissionshandel

s.a. Feinstaub

s.a. Gefahrstoff

s.a. Kohlendioxid

s.a. Multiple chemische Sensibilität

s.a. Stickoxide

s.a. Treibgas

Messstellen der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW (LUBW)

Zahl der vorhandenen Messstationen landesweit im Vergleich zu 2006, Kriterien für die Auswahl der Standorte, Auflistung von geplanten neuen Standorten, Erstellung sogenannter Emissionskataster zur Erhebung von Luftschadstoffen für die einzelnen Regionen

KlAnfr
s. Messgerät
 Drs 15/374

Multiple Chemikalien Sensitivität (MCS)

Erkenntnisse über die o.g. Erkrankung als Reaktion des zentralen Nervensystems gegenüber Chemikalien und Umweltschadstoffen, Art und Ausmaß der Beteiligung von Duftstoffen, Entwicklung der Zahl von Betroffenen in den letzten fünf Jahren, Gründe für die bisherige Nichtanerkennung von den Sozialversicherungsträgern; Schritte zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit MCS

KlAnfr
s. Multiple chemische Sensibilität
 Drs 15/777

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung einer EU-Richtlinie als Konsequenz auf Unglücke im Metallerzbergbau in Spanien und Rumänien, Regelungen zur Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit bergbaulichen Abfällen mit erheblichem Schadstoffpotenzial, Aufstellung von Notfallplänen für Abfallentsorgungseinrichtungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

GesEntw
s. Katastrophenschutz
 Drs 15/1011

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/1085

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/1206

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen; Auswirkungen für BW

Stand und Auswirkungen der Umsetzung der IED-Richtlinie, insbes für die betroffenen Unternehmen und Genehmigungsverfahren

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/1525

Chemische Behandlung von Überseecontainern

Internationale Rechtslage zur Begasung von Frachten und Transportmitteln, Intensität und Ergebnisse von Schadstoffmessungen, Überprüfung der Einhaltung der Technischen Regelung für Gefahrstoffe, Bewertung von Gesundheitsrisiken, Aufklärung und Beratung der betroffenen Unternehmen

Antr

s. *Container*

Drs 15/2119

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr

s. *Gewässerschutz*

Drs 15/2459

Umsetzung der Richtlinie über Industrieemissionen in BW

Umsetzung der neuen Industrieemissions-Richtlinie in BW, insbes neue Aufgaben für Regierungspräsidien und untere Verwaltungsbehörden im Bereich der Gewerbeaufsicht, sachgerechte Regelung der landesrechtlichen Zuständigkeiten

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/3162

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafenstraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KIAnfr

s. *Brand*

Drs 15/3744

Bau eines Verflechtungsstreifens an der Autobahn (A) 8/(A) 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost

Sachstand zum Bau eines Verflechtungsstreifens an der A 8/A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost, insbes Ziele, Folgewirkungen durch Zunahme von Verkehr sowie Lärm- und Schadstoffbelastung, Gegenmaßnahmen, Bürgerbeteiligung

KIAnfr

s. *Autobahnkreuz*

Drs 15/6714

Verweisung auf die Produktion der weltweit schadstoffärmsten Autos in BW

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 424 426 429

Schadstoffemission

s. *Schadstoff*

Schädigung

s. *Schaden*

Schädling

s.a. *Bandwurm*

s.a. *Insekt*

s.a. *Schädlingsbekämpfung*

Nationalpark Nordschwarzwald

Gutachten über die Gefahr, dass sich in angrenzenden Privat- und Kommunalwäldern Borkenkäfer ausbreiten

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/658

Maikäfer

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft seit 2001 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes auch im Hinblick auf das Hauptflugjahr 2012

KIAnfr Marcel Schwehr CDU 07.10.2011 und Antw MLR

Drs 15/664

Entwicklung und Bekämpfung der Tigermoskito am Rhein

Entwicklung der o.g. Populationen und weiterer nichtheimischer Stechmückenarten, Auswirkungen der Maßnahmen des Inte-

grierten Rheinprogramms und der ökologischen Flutungen; Frage nach der Effizienz der bisherigen Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung

Antr
s. *Insekt*
Drs 15/1606

Möglicher Nationalpark Nordschwarzwald: Waldankauf, Flächen und Kosten

Notwendiger Abstand zwischen einem Nationalpark und angrenzenden Waldflächen angesichts der Borkenkäferproblematik

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/1858

Verlässliche Perspektive für die Maikäferbekämpfung

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft im Jahr 2011 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes durch Hubschraubereinsatz mit dem Insektizid Neem Azal TS im Hauptflugjahr 2012; Frage nach langfristigen Lösungen

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 05.07.2012 und Antw MLR
Drs 15/2035

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Die Eichenprozessionsspinner-Raupe - Risiken und Bekämpfung
Ausbreitung und Bekämpfungsmöglichkeiten des Eichenprozessionsspinners, insbes verursachte Schäden im Eichenbestand, zur Raupenbekämpfung zugelassene Pflanzenschutzmittel und Biozide, Gefährdungslage von Mensch und Tier durch das Nesselgift Thaumetopoein, Angebote der Gesundheitsaufklärung und -vorsorge

KlAnfr Alfred Winkler SPD 29.04.2013 und Antw MLR Drs
15/3430

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge

zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Bekämpfung des Drahtwurms im Kartoffelanbau

Unterstützung der Genehmigung eines auf 120 Tage beschränkten Einsatzes des Wirkstoffs Fipronil

Antr
s. *Schädlingsbekämpfung*
Drs 15/4351

Kirschessigfliege bedroht Obst- und Weinbau

Gefahren und Schäden für den baden-württembergischen Obst- und Weinbau durch die Kirschessigfliege; mögliche Bekämpfungsmaßnahmen

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 09.09.2014 und Antw MLR
Drs 15/5701

Einsatz von Insektiziden zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege

Bewertung des Einsatzes des Insektizids SpinTor (Spinosad) zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege im Wein- und Obstanbau; Zulassung des Insektizids Piretro Verde bzw Pyrethrine; Risikobewertung des Einsatzes von SpinTor und Piretro Verde durch die landwirtschaftlichen Landesanstalten; Auswirkungen des Insektizideinsatzes auf die heimischen Bienenpopulationen; Strategien und Mittel gegen die asiatische Kirschessigfliege in anderen Ländern

Antr
s. *Pflanzenschutzmittel*
Drs 15/5759

Ernteausfälle im Enzkreis durch die asiatische Kirschessigfliege

Umfang der Ernteausfälle bei den Wein- und Obstbauern im Enzkreis; Bekämpfung der Kirschessigfliege mithilfe von Insektiziden; Vermeidung negativer Folgen für die Bienenpopulation

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.10.2014 und
Antw MLR Drs 15/5925

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 29.10.2015 und
Antw MLR Drs 15/7625

Befürchtung einer Ausbreitung des Borkenkäfers an den Randzonen eines Nationalparks Nordschwarzwald, Verweisung auf die Schäden des Borkenkäfers im Nationalpark Bayerischer Wald

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 563-565 568

Borkenkäfermanagement als Bestandteil der Ausschreibung für das Gutachten zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1496 1497 1499 1500 1503

Befürchtung einer Ausbreitung des Borkenkäfers an den Randzonen eines Nationalparks Nordschwarzwald

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1598

Schädlingsbekämpfung*s.a. Biozid**s.a. Pflanzenschutzmittel**Maikäfer*

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft seit 2001 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes auch im Hinblick auf das Hauptflugjahr 2012

KlAnfr

s. Schädling

Drs 15/664

Entwicklung und Bekämpfung der Tigermoskitos am Rhein

Entwicklung der o.g. Populationen und weiterer nichtheimischer Stechmückenarten, Auswirkungen der Maßnahmen des Integrierten Rheinprogramms und der ökologischen Flutungen; Frage nach der Effizienz der bisherigen Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung

Antr

s. Insekt

Drs 15/1606

Verlässliche Perspektive für die Maikäferbekämpfung

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft im Jahr 2011 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes durch Hubschraubereinsatz mit dem Insektizid Neem Azal TS im Hauptflugjahr 2012; Frage nach langfristigen Lösungen

KlAnfr

s. Schädling

Drs 15/2035

Schutz der Bienen vor Neonicotinoiden

Einsatz von Pestiziden mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonicotinoide in Deutschland, insbes Daten zur Einsatzmenge, Schäden bei Bienenvölkern in BW, Rückstände in Honig und Pollen in BW, Belastungen von Böden und Gewässern; Stand des Zulassungsverfahrens für das Maisbeizmittel Sonido; Einsatz der LReg in Beratungen auf EU-Ebene über Anwendungsverbote für Pestizide, Verbesserung des Schutzes der Bienen vor Neonicotinoiden; Schließung der Forschungs- und Datenlücken zu ökologischen Risiken von Neonicotinoiden durch unabhängige Studien; Förderung der Forschung und Entwicklung nicht-chemischer und präventiver Pflanzenschutzmaßnahmen für den Einsatz in der Landwirtschaft

Antr

s. Biene

Drs 15/3300

Die Eichenprozessionsspinner-Raupe - Risiken und Bekämpfung

Ausbreitung und Bekämpfungsmöglichkeiten des Eichen-Prozessionsspinners, insbes verursachte Schäden im Eichenbestand, zur Raupenbekämpfung zugelassene Pflanzenschutzmittel und Biozide, Gefährdungslage von Mensch und Tier durch das Nesselgift Thaumetopoein, Angebote der Gesundheitsaufklärung und -vorsorge

KlAnfr

s. Schädling

Drs 15/3430

Bekämpfung des Drahtwurms im Kartoffelanbau

Unterstützung der Genehmigung eines auf 120 Tage beschränkten Einsatzes des Wirkstoffs Fipronil

Antr Paul Locherer u.a. CDU 19.11.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4351

BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.01.2014 Drs 15/4897 S. 104 105

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr

s. Schädling

Drs 15/7625

Schaf*Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern*

Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr

s. Tierhaltung

Drs 15/913

Blauzungenkrankheit in BW

Jährliche Tiererkrankungen bei Schafen, Ziegen und Rindern seit 2005; Auswirkungen der Krankheitsfälle auf den Handel; Rechtslage hinsichtlich Meldung und vorbeugender Impfung; Häufigkeit von Komplikationen bei Impfungen; Erfolg und Kosten bisher durchgeführter Impfkampagnen; Versicherung und Erstattung von Tierverlusten

Antr

s. Blauzungenkrankheit

Drs 15/2664

Das Sterben der Lämmer

Schafhaltung und Schafbestand in BW; Verletzung bzw Tötung von Lämmern durch Rabenvögel im LKreis Heilbronn; Präventionsmaßnahmen und Entschädigung der Schafhalter; Angriffe von Rabenvögeln auf Spaziergänger oder Jogger; Voraussetzungen für eine Bejagung von Rabenvögeln

Antr

s. Schafhaltung

Drs 15/2757

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/4596

Lämmersterben - ein Zweiklassentierschutz?

Entwicklung der Übergriffe von Rabenvögeln auf Lämmer; Entschädigung betroffener Schafhalter; Benachteiligung anderer Tierarten beim Schutz des Raben

KIAnfr
 s. *Schafhaltung*
 Drs 15/5248

Schaffleisch

s.a. *Schaaf*
 s.a. *Schafhaltung*

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Vermarktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäferbetrieben im Verhältnis zu den Markterlösen aus Schafprodukten

Antr
 s. *Schafhaltung*
 Drs 15/6423

Schafhaltung

s.a. *Schaffleisch*
 s.a. *Wolle*

Das Sterben der Lämmer

Schafhaltung und Schafbestand in BW; Verletzung bzw Tötung von Lämmern durch Rabenvögel im LKreis Heilbronn; Präventionsmaßnahmen und Entschädigung der Schafhalter; Angriffe von Rabenvögeln auf Spaziergänger oder Jogger; Voraussetzungen für eine Bejagung von Rabenvögeln

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2757
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 81 82
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Lämmersterben - ein Zweiklassentierschutz?

Entwicklung der Übergriffe von Rabenvögeln auf Lämmer; Entschädigung betroffener Schafhalter; Benachteiligung anderer Tierarten beim Schutz des Raben

KIAnfr Klaus Burger u.a. CDU 25.06.2014 und Antw MLR Drs 15/5248

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Ver-

marktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäferbetrieben im Verhältnis zu den Markterlösen aus Schafprodukten

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 28.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6423
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.03.2015 Drs 15/6921 S. 63 64
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Zukunft der Schafhaltung in BW

Sachstand zu Entwicklung und Förderung der schafhaltenden Betriebe in BW, insbes Nutztierzahlen und Flächen zur Schafbeweidung, Fördermöglichkeit einer Weideprämie, Ausgleichszahlungen für nachhaltige Bewirtschaftung von Hanglagen, Stundenvergütung freiberuflicher Schäfer

Antr Karl Rombach u.a. CDU 26.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6679
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.06.2015 Drs 15/7352 S. 75 76
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Schafwolle

s. *Wolle*

Schalenobst

s. *Obst*

Schallemission

s. *Lärm*

Schallschutz

s. *Lärmschutz*

SchALVO

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Schauspielhaus Stuttgart

Renovierung des Schauspielhauses Stuttgart

Organisation, Zuständigkeiten und Ablauf der o.g. Sanierungsmaßnahmen; Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen der aufgetretenen Komplikationen und Mängel; Höhe und Träger der zusätzlichen Kosten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1231
 BeschlEmpf und Bericht WissA 03.05.2012 Drs 15/2007 S. 27-30
 PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Regierungsbefragung

Staatstheater Stuttgart - Sanierung des Schauspielhauses

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1783-1793

Erneute Komplikationen bei der Sanierung des Schauspielhauses Stuttgart

Höhe und Träger der entstandenen Mehrkosten und Ersatzansprüche sowie der Kosten für einen weiteren Ersatzspielort;

Art und Zeitplan der notwendigen Sanierungsmaßnahmen, Dauer der weiteren Schließung; Verantwortliche für die Entscheidung über die Art der Bestuhlung, der Auftragserteilung und -bestellung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 19.04.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1582

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 9 10

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses

Ursachen und Konsequenzen der gescheiterten Übergabe des Stuttgarter Schauspielhauses iRd grundständigen Sanierung

MdlAnfr 1) Sabine Kurtz CDU 04.03.2013 Drs 15/3155

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3734-3739

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses - 3. Akt

Auswirkungen der Verzögerung der Renovierungsfertigstellung des Schauspielhauses auf den Theaterstandort Stuttgart sowie für den Renovierungsetat des Opernhauses

MdlAnfr 2) Sabine Kurtz CDU 04.04.2013 Drs 15/3315

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3921-3925

Verantwortlichkeiten bei der Renovierung des Schauspielhauses Stuttgart

Organisatorische und personelle Verantwortlichkeiten für die noch nicht abgeschlossenen Sanierungsarbeiten am Stuttgarter Schauspielhaus; geplanter Zeitpunkt der Inbetriebnahme des regulären Spielbetriebs; Höhe, Entwicklung und Übernahme der Kosten für die Sanierung und die Ausweichspielstätte sowie entgangene Einnahmen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 20.06.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3656

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4379 S. 5 6

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Schauspielhaus Stuttgart: Frühzeitige Vertragsverlängerung der Intendanz

Sachstand zur frühzeitigen Vertragsverlängerung der Intendanz am Schauspielhaus Stuttgart; Entwicklung der Zuschauerzahlen in der ersten und zweiten Inszenierungsperiode

MdlAnfr 3) Sabine Kurtz CDU 11.12.2015 Drs 15/7860

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8815-8818

Bewertung der politischen Verantwortung für die erneuten Mängel bei der Sanierung des Schauspielhauses Stuttgart

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1923 1926 1929 1933 1936

Schaustellergewerbe

Schaustellerbetriebe mit Greifvögeln und Eulen in BW

Rechtsgrundlagen und Durchführung der Überwachung bei Schaustellereibetrieben mit Greifvögeln und Eulen in BW, insbes festgestellte Missstände und rechtliche Folgen

Antr

s. *Greifvogel*

Drs 15/3190

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Schausteller und Marktkaufleute

Auswirkungen der Neuregelungen des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes auf die Verkehrssicherheit; zutreffende

Anwendungsbestimmungen des Gesetzes für die Belange von Schaustellern und Marktkaufleuten

Antr

s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*

Drs 15/4564

Schaustellereibetriebe mit Greifvögeln

Zahl der Falknereien in BW; Falknereien mit Gehege- oder Zoogenehmigung; Zahl der in Schaustellereibetrieben und Falknereien gehaltenen heimischen Greifvögel, Falken und Eulen; Haltung weiterer Greifvogelarten; Zwecke der Greifvogelhaltung; Erteilung von Vermarktungsgenehmigungen; Haltung oder Züchtung von Greifvogelhybriden

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 27.02.2015 und Antw MLR

Drs 15/6563

Bestandsschutz bei der Regulierung von älteren „Fliegenden Bauten“ von Schaustellern

Sachstand zur Sicherheitsüberprüfung von älteren „Fliegenden Bauten“ von Schaustellern im Übergang zur neuen Prüfnorm DIN EN 13814, insbes Prüf- und Genehmigungsverfahrenunterschiede zu festinstallierten Fahrgeschäften, Schaffung eines Bestandsschutzes für Anlagen aus der Zeit vor Entstehung dieser Norm bei Gewährleistung des Sicherheitsniveaus

Antr

s. *Fliegende Bauten*

Drs 15/6718

Scheinselbständiger

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr

s. *Versicherungspflicht*

Drs 15/4477

Schattenwirtschaft und Tariftreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tariftreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KIAnfr

s. *Schwarzarbeit*

Drs 15/4745

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit

Antr
s. *Freizügigkeit*
Drs 15/5076

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen
Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Beschäftigungssituation von Tennistrainern in BW
Sachstand zur Situation der steuer- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für hauptberufliche Tennistrainer, insbes Problem der Scheinselbständigkeit, Lösungsansätze gegenüber den Vereinen zur Vermeidung der Scheinselbständigkeit

Antr
s. *Sportleiter*
Drs 15/7222

Schemmerhofen

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im LKreis Biberach
Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3468

Schengen I

s. *Schengener Abkommen*

Schengen-Abkommen

s. *Schengener Abkommen*

Schengener Abkommen

s.a. *Freizügigkeit*
s.a. *Grenzkontrolle*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Schengen-Governance-Paket

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/670

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5118

Schengener Übereinkommen

s. *Schengener Abkommen*

Schengen-Governance-Paket

s. *Schengener Abkommen*

Schichtarbeit

Sonderurlaub für Bedienstete im Justizvollzug
Umsetzungsstadium der geplanten Neuregelung für ältere, im Wechselschichtdienst tätige Polizisten; Einführung einer vergleichbaren Regelung für die Bediensteten im Strafvollzug; Prüfung einer Übertragung auf weitere Landesbedienstete

Antr
s. *Freistellung von der Arbeit*
Drs 15/2740

Feststellung einer erhöhten Scheidungsrate und häufiger Krankstände bei Polizeibeamten im Wechselschichtdienst

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 413 415 416

Schichtdienst

s. *Schichtarbeit*

Schiedsgericht

s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Schiedsrichterliches Verfahren

s.a. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

ICC-Klage der LReg - Schaden für das Land und die EnBW

Aktuelle Debatte
s. *EnBW*
PIPr 15/39 S. 2132

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2108

Sicherung der Ansprüche des Landes im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Landesanteile von der Électricité de France

Unterstützung der ICC-Klage und sämtlicher Schritte zur Sicherung o.g. Ansprüche

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2136

Sachstand des Schiedsverfahrens der LReg vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC)

Frage nach der Bildung eines Schiedsgerichts, den Namen der Schiedsrichter sowie dem Inhalt des Schiedsauftrags; Gründe für die Absenkung der ursprünglichen Forderung gegenüber der EdF; Risiko einer Abtretung der EnBW-Anteile an die EdF oder an einen Dritten infolge des Schiedsspruchs; Kaufoption von EnBW-Aktien für die OEW

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2309

Kosten des ICC-Schiedsverfahrens

Bisherige Ausgaben im o.g. Schiedsverfahren insbes für Rechtsanwälte, Gutachter, Übersetzungen, Dolmetscher und Gerichtsgebühren; durch den Personaleinsatz in den Ministerien und die Anreise zum Verfahrensauftritt in Paris am 6. September 2012 entstandene Kosten; im Verlauf des Verfahrens zu erwartende weitere Kosten

Antr FDP/DVP 19.09.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2355
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 15-22
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid

Entlassung wegen verfehlter Personalpolitik, Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs und behaupteter „Vertraulichkeit“ des ICC-Schiedsverfahrens

Antr
s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*
Drs 15/2808

Sachstand der ICC-Schiedsklage

Weitere Verhandlungstermine im Schiedsverfahren des Landes BW gegen die Électricité de France (EDF) vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC-Schiedskammer); Ersuchen an den EnBW-Untersuchungsausschuss zur Nutzung der Protokolle über Zeugenaussagen in öffentlichen Sitzungen

Antr Alexander Throm u.a. CDU 14.10.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4148

Gleichmäßige Information des Ltg zur ICC-Schiedsklage

Informationspolitik zum Stand der Klage Baden-Württembergs gegen die Électricité de France (EDF) vor dem Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris („ICC-Schiedsklage“), insbes gleichmäßige und sachgerechte Zugänglichmachung der Informationen an die Mitglieder des Landtags

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/4866

Situation der Neckarpri GmbH

Wirtschaftliche Situation der Neckarpri GmbH; Sachstand und Kosten des Schiedsrichters

KlAnfr
s. *Neckarpri GmbH*
Drs 15/6102

Schiedsklage des Landes BW gegen die Électricité de France (EdF) wegen des Ankaufs von Anteilen an der EnBW Energie BW AG (EnBW AG) im Jahr 2010

Bisherige Sitzungstermine des Schiedsgerichts bei der Internationalen Handelskammer; Datum der Übergabe des Schiedsauftrags an den Schiedsgerichtshof; Inhalt des Verfahrenskalenders; Überschreitung der Frist für den Erlass des Endschiedsspruchs; Refinanzierung der von der Neckarpri GmbH bzw der Neckarpri Beteiligungsgesellschaft mbH erworbenen EnBW-Anteile; Änderungen gegenüber der ursprünglichen vorgesehenen Refinanzierung; langfristige Sicherung günstiger Refinanzierungskonditionen

KlAnfr Claus Paal CDU 16.01.2015 und Antw MFW Drs 15/6353

Schiedsklage gegen die Électricité de France (EDF)

Sachstand zur Aufrechterhaltung der Schiedsklage gegen den französischen Energieversorger Électricité de France, insbes Höhe der Verfahrenskosten

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 19.03.2015 und Antw MFW Drs 15/6636

EnBW-Schiedsklage; aktueller Sachstand

Sachstand des Verfahrens vor der ICC-Schiedskammer zur EnBW-Schiedsklage, insbes Verhandlungstermine, angefallene Kosten

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/7207

Schiedsverfahren

s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Schienenbahn

s. *Schienenfahrzeug*

Schienenfahrzeug

s.a. *Hochgeschwindigkeitszug*

Geplante Veränderungen des Zugangebots rund um Stuttgart und deren verschiedene Ursachen

Zuggattungen und Fahrzeiten nach dem aktuellen Fahrplan, für die Ausschreibungen nach Auslaufen des Verkehrsvertrags mit der Bahn, nach Fertigstellung von Stuttgart 21 bzw nach dem Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 auf den Strecken von Stuttgart Hbf nach Schwäbisch Hall-Hessental, Aalen, Göppingen, Ulm, Tübingen, Rottweil, Mühlacker und Heilbronn; Fahrzeitveränderungen aufgrund leistungsstärkerer Fahrzeuge, wegfallender Halte u.a.

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/837

Verzögerungen bei der Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Darstellung der Gründe und Auswirkungen von Verzögerungen bei der Ausschreibung o.g. Leistungen, Einbeziehung der Forderung nach neuem Wagenmaterial und bestimmten Öffnungszeiten der Bahnschalter; Forcierung der Vergabeverfahren

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/972

Optimierung Situation Schwarzwaldbahn/Planung Zukunft Schwarzwaldbahn

Erweiterung der Waggonkapazitäten zum Abbau von überbelegten Regionalzügen bis 2016, Aufnahme einer verbesserten Attraktivität der Angebote und Ausstattung der Züge für die Fahrgäste in der Ausgestaltung der Ausschreibung für die Zeit ab 2016

Antr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/1356

Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Modelle einer zeitlich gestreckten Ausschreibung und Vergabe, vorgesehene Fahrzeuge auf den einzelnen Strecken für den Vergabezeitraum, Beurteilung der Fähigkeit der Fahrzeugindustrie zur Bereitstellung von Neufahrzeugen für alle auszuschreibenden Verkehre zu angemessenen Preisen, Überlegungen zur Bildung eines Fahrzeugpools und zum Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/1363

Breisgau S-Bahn

Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung für die Breisgau S-Bahn, Gründe und Auswirkungen der Verzögerung für die planmäßige Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2016 angesichts der Vorlaufzeiten für die Beschaffung von Neufahrzeugen, Einhaltung der Zusagen iRd Vereinbarung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg

Antr

s. *Breisgau-S-Bahn*

Drs 15/1731

Breisgau-S-Bahn - Ausschreibung von Verkehrsleistungen

Stand der Vorbereitungen für die o.g. Ausschreibung; Zeitplan für die Ausschreibung, die Vergabe- und Verhandlungsprozesse bis zur Auftragserteilung; Rüstzeiten für Neufahrzeuge und modernisierte Gebrauchtfahrzeuge, Frage nach möglichen Fahrzeugfinanzierungsmodellen

KlAnfr

s. *Breisgau-S-Bahn*

Drs 15/1876

Ausschreibungsverfahren Verkehrsvertrag S-Bahn Rhein-Neckar
Zeitpunkt und Gestaltung des Ausschreibungsverfahrens und des Vergabewegs für den neuen Verkehrsvertrag; Gründe für die Ersetzung der erst zum Jahr 2003 in Betrieb genommenen Fahrzeuge durch Neufahrzeuge; Darstellung der Einsparpotenziale und Risiken für den Landeshaushalt im Vergleich zum derzeitigen Verkehrsvertrag

Antr

s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*

Drs 15/1965

Rhein-Neckar-S-Bahn

Gründe für die Verzögerung und Zeitpunkt der Ausschreibung im EU-Amtsblatt; Erreichbarkeit einer planmäßigen Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2015 angesichts der Vorlaufzeiten für die Beschaffung von Neufahrzeugen

Antr

s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*

Drs 15/2098

ICE-Verkehr auf der Gäubahn - Schienenverkehr attraktiver gestalten

Darlegung der o.g. Bemühungen; Wiederaufnahme von regelmäßigen ICE-Verkehren und von Intercityexpresszügen mit Neigetechnik durch die Bahn AG, Verbesserung der Tagesrandverbindungen und des Betriebsprogramms am Wochenende

Antr

s. *Gäubahn*

Drs 15/2179

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/2273

Unzuverlässigkeit des Stadtbahnverkehrs in Pforzheim und dem Enzkreis

Angaben zu Zugverspätungen und Zugausfällen seit Januar 2012; Auskunft über Zugausfälle aufgrund fehlenden Zugpersonals oder fehlender Wagen bei der Stadtbahnlinie 9 (Mühlacker - Bruchsal) und den Einsatz von Wagen des Saarbrücker Verkehrsverbunds auf dieser Linie; Aufforderung zur Beseitigung der Missstände auf den Stadtbahnlinien S 5 (Karlsruhe - Bietigheim-Bissingen) und S 9

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/2353

Service auf der Regionalzugverbindung Karlsruhe-Stuttgart

Massive Verspätungen und Überfüllungen der RE- und IRE-Züge an den Samstagvormittagen am 29. September und am 6. Oktober 2012, Frage nach dem Angebot an Ersatzzügen und Informationsservice für die wartenden Fahrgäste; Verbesserung der künftigen Vorbereitung auf vorhersehbare Großereignisse wie z.B. das Cannstatter Volksfest

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/2446

Regierungsbefragung

Neue Chancen im regionalen Schienenverkehr durch ein neues Modell der Fahrzeugfinanzierung

s. Schienenverkehr
PIPr 15/61 S. 3653

Schienenpersonennahverkehr auf der Donautalbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Donautalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbaumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3427

Schienenpersonennahverkehr auf der Brenzbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Brenzbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept sowie notwendige Streckenbaumaßnahmen; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3428

Schienenpersonennahverkehr auf der Südbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Südbahn, insbes Zeitplan, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbau- und Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3429

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Neckartalbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Neckartalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3450

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Frankenbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Frankenbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3451

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Murrbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Murrbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz von Fahrzeugmaterial; Maßnahmen gegen Zugausfälle und unpünktliche Züge

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3457

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Remsbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Remstalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz und Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial; Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über vorzeitige Verbesserungen

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3458

Schienenpersonennahverkehr - Umsetzung des Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) iRd Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts, insbes Zeitplan, erwartete Kostensteigerungen, Fahrplan- und Linienkonzept, Einsatz von Wagen- und Fahrzeugmaterial, jährlich gefahrene Fahrzeugkilometer und durchschnittlicher Kilometerpreis; Stand der Ausschreibungen für die Elektrifizierung der Höllentalbahn; Überprüfung der verbesserten Takte auf der Rheintalbahn; Verhandlungsstand zum Erwerb der Nebenstrecken

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3518

Erster Schritt zur Verwirklichung des S-Bahn-Systems in Ulm

Umsetzung und Zeitplan der Ausschreibung zur Durchbindung der Strecke Weißenhorn-Ulm nach Blaubeuren iRd S-Bahn-Systems in Ulm; Vertragsgrundlage für veralteten Fahrzeugeinsatz auf der Strecke Blaubeuren-Ulm

KlAnfr
s. Schnellbahn
Drs 15/3533

Sicherstellung der Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen ab 2016

Verhinderung einer Versorgungslücke in der Übergangszeit zwischen dem Auslaufen der bisherigen Verkehrsverträge bis zur Betriebsaufnahme neuer Verkehrsverträge über Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen ab 2016, insbes Ausgestaltung der Übergangszeit beim Einsatz von Schienenfahrzeugen und Personal bei der Deutschen Bahn AG und anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen

Antr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3951

Zustand und Aussicht auf der Hochrheinstraße

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barriere

refreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hochrheinstrecke; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr

s. *Streckenelektrifizierung*

Drs 15/4234

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schielenpersonennahverkehr*

Drs 15/4314

Vergabeverfahren Netz 9 a - Breisgau-S-Bahn, Ost-West

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 9 a (Breisgau-S-Bahn, Ost-West); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schielenpersonennahverkehr*

Drs 15/4318

Vergabeverfahren Netz 11 - Hohenlohe-Franken

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 11 (Hohenlohe-Franken); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schielenpersonennahverkehr*

Drs 15/4319

Schielenahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KIAnfr

s. *Schielenpersonennahverkehr*

Drs 15/4334

Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Erlaubnis zur Mitnahme von Fahrrädern in den Verkehrsverbänden; Umfang der aktuellen Kapazitäten für eine Fahrradmitnahme; Investitionsbedarf zur Herstellung einer generellen Mitnahmemöglichkeit; Kampagne „Nimm's mit“ der Naturfreunde in BW aus dem Jahr 2011; Auswirkungen einer generellen unent-

geltlichen Fahrradmitnahme auf das Preisniveau oder die Entwicklung der öffentlichen Zuschüsse; uneinheitliche Regelung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Verwirklichung einer einheitlichen, kostenlosen Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Antr

s. *Radverkehr*

Drs 15/4730

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnnoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KIAnfr

s. *Schielenpersonennahverkehr*

Drs 15/4816

Aktueller Stand der Vergabeverfahren im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Verfahrensstand bei den jeweiligen Schienennetzen in der wettbewerblichen Ausschreibung im Schienenpersonennahverkehr in BW, insbes Zeitpunkte der Betriebsaufnahmen, Laufzeiten der neuen Verkehrsverträge, abgeschlossene Übergangsverträge, qualitative Vorgaben, Betriebskonzepte, Fahrplanänderungen, Gründung einer Fahrzeugbeschaffungsgesellschaft

Antr

s. *Schielenpersonennahverkehr*

Drs 15/5115

Warnsignalton in S-Bahnen

Auftreten technischer Probleme bei den S-Bahnen der Baureihe ET 430; Streckeneinsatz dieser S-Bahn-Züge; Beschwerden von Fahrgästen über die Lautstärke des Warntons beim Öffnen und Schließen der Türen; EU-rechtliche Vorgaben für akustische Warnsignale beim Öffnen oder Schließen von Fahrgasttüren

KIAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 15/5299

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Reningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängigkeit der Orte Reningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KIAnfr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/5320

Vergabeverfahren Main-Neckar-Ried - „sorgsamer Umgang mit Steuergeldern“?

Aufgabenträger und Zeitpunkt des Zuschlags; Höhe des Bestellertentgelts; Verlauf des Vergabeverfahrens, Ursachen für dessen Verzögerung; Auswirkungen auf Folgeausschreibungen; Finanzierung des Einsatzes neuer Schienenfahrzeuge auf der Strecke; Angebotsverbesserungen durch die Neuvergabe

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5333

Ausgestaltung der Übergangsverträge in den Stuttgarter Netzen
Übergangsverträge für die Zeit im Anschluss an das Vertragssende des großen Verkehrsvertrags im Jahr 2016 und der angekündigten Inbetriebnahme des Stuttgarter Netzes im Dezember 2018; Versand der Vergabeunterlagen und Abschluss der Übergangsverträge; Laufzeit der Übergangsverträge; Anforderungen an die einzusetzenden Schienenfahrzeuge

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6191

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn
Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6325

Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW
Errichtung der rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW als Fahrzeugeigentümerin und -verpächterin iR von Finanzierungshilfen des Landes bei der Beschaffung von Neufahrzeugen für Eisenbahnverkehrsunternehmen

GesEntw
s. *Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg*
Drs 15/6405

Offene Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn
Sachstand zum neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn, insbes Angebotsverschlechterungen, Einsparungen für das Land, Vertragsausgestaltung mit der Deutschen Bahn AG; Wiedereinführung von Neigetechnik

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/6903

Veränderungen von Lärmemissionen und Verschleiß durch geändertes Fahrzeugmaterial auf kurvenreichen Strecken im Schienenpersonennahverkehr
Sachstand zu erhöhten Lärmemissionen und Verschleiß durch geändertes Fahrzeugmaterial auf kurvenreichen Strecken im Schienenpersonennahverkehr und Maßnahmen zur Abhilfe, insbes Verwendung geeigneterer Schienenfahrzeuge, Berücksichtigung von Grenzwerten für Lärmemissionen in Kurven bei Ausschreibungen zu Verkehrsleistungen

Antr
s. *Schienenverkehrslärm*
Drs 15/7177

Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) durch die Umstellung auf European Train Control System (ETCS)
Sachstand zu Änderungsaufwand und Kosten für die Umstellung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs auf das Eu-

ropean Train Control System (ETCS); Gründe und Auswirkungen der vorzeitigen Linienbeendungen im Bereich der S-Bahn Stuttgart

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/7642

Neigetechnikzüge im Fernverkehr auf der Relation Zürich-Stuttgart-Nürnberg

Sachstand zum Einsatz von Neigetechnikzügen im Fernverkehr auf der Strecke Zürich-Stuttgart-Nürnberg, insbes Konzeptionen, notwendige Investitionen auf Gäubahn und Remsbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7766

Wagenmaterial auf der Neckar-Alb-Bahn

Eingesetztes Wagenmaterial auf der Neckar-Alb-Bahn in der Übergangszeit nach dem Auslaufen des Großen Verkehrsvertrags, insbes Sitz- und Stehplatzkapazität der einzelnen Züge

MdlAnfr 6) Thaddäus Kunzmann CDU 08.02.2016 Drs 15/8025
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9050 9051

Plädoyer für den Einsatz von lärmarmen Güterwagen auf der Rheintalbahn, Anstrengung von europäischen Regelungen für modernere Fahrzeuge

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 169-171

Plädoyer für den Einsatz von lärmarmen Güterwagen auf der Rheintalbahn, Verweisung auf das Umrüstungsprogramm der Bahn

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1036

Beklagung des mangelnden Engagements zur Schaffung eines Fahrzeugpools für den SPNV, Überlegungen zum Leasing von Fahrzeugen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1744 1746 1748 1751-1755

Schienengebundener Nahverkehr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Schienengüterverkehr

Leistungsfähigkeit der Murgtalbahn

Sachstand zum Verkehrsangebot auf der Murgtalbahn nach der Streckenübernahme durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Güterverkehrstransporten, beabsichtigte Angebotsänderungen iRd Neuvergabe des SPNV-Angebots

KlAnfr
s. *Murgtalbahn*
Drs 15/7362

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärm-

schutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/7611

Schienenlärm

s. *Schienenverkehrslärm*

Schienenbahnverkehr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Schienenpersonenfernverkehr

s. *Eisenbahnpersonenverkehr*

Schienenpersonennahverkehr

Fahrplananforderungen für die Schaffung eines Halbstundentaktes

Möglichkeiten und Voraussetzungen für die o.g. Taktung der IRE/IC-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart über Pforzheim, Mühlacker und Vaihingen/Enz

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/19

Anbindung des Enzkreises an den Landesflughafen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Nachtzeit und in Tagesrandlagen

Derzeit vorhandene und mögliche Verbindungen für Reisende aus dem Enzkreis zum/vom Flughafen Stuttgart zu den o.g. Zeiten; Erwartung von Fahrplanverbesserungen nach Realisierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Ulm, Eintreten für kurzfristige Maßnahmen

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/29

Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs in der Region Ulm

Planungen, Zeiträume, Investitionskosten, Projekt- und Kostenträger für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und der S-Bahn; Höhe der Zuschüsse des Landes nach der Verabschiedung des Landesgemeindevkehrsfinanzierungsges

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/31

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bemühungen um Abstellung der Verspätungen und Servicemängel, zur Installation der Fahrkartenautomaten in Remchingen und Niefern sowie der behindertengerechten Aufzüge in Pforzheim; Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/152

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern
Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/299

Pünktlichkeit im Schienenpersonennahverkehr in BW

Entwicklung der Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit im regionalen Schienenverkehr seit der Einführung von Messstellen; Veröffentlichung von Daten zur Pünktlichkeit in der Hauptverkehrszeit, im Tagesdurchschnitt und im Jahresverlauf; Maßnahmen der Eisenbahnunternehmen und Nahverkehrsgesellschaft BW zur Verbesserung der Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit; Berücksichtigung dieser Zielvorgaben bei der Ausschreibung und Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr Andreas Schwarz GRÜNE 02.09.2011 und Antw MVI Drs 15/475

Ausschreibung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Auswirkungen des BGH-Beschlusses vom 8. Februar 2011 (X ZB 4/10) auf die geplanten Ausschreibungen und Direktvergaben, die entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vergeben werden sollten (vgl. Drs 14/6663); Fortbestand der 15 Teilnetze oder Neuzuschnitt; Haltung zum Thema Tariftreue

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 12.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/494
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 63-66
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Verzögerungen bei der Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Darstellung der Gründe und Auswirkungen von Verzögerungen bei der Ausschreibung o.g. Leistungen, Einbeziehung der Forderung nach neuem Wagenmaterial und bestimmten Öffnungszeiten der Bahnschalter; Forcierung der Vergabeverfahren

Antr Winfried Mack u.a. CDU 07.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/972
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 (dazu Antr Andreas Schwarz GRÜNE und Hans-Martin Haller SPD) S. 40-42
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
Mittlg LReg 18.10.2012 Drs 15/2497
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/2855
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Situation in den Regionalzügen/Schwarzwaldbahn auf der Rheintalbahn zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr

Auslastung bzw Überfüllung der o.g. Züge im Berufs-/Pendelverkehr, Höhe des Anteils von Studenten insbes durch den doppelten Abiturjahrgang 2012, verursachte Verspätungen durch überfüllte Züge und Verfehlung von Anschlussverbindungen

KlAnfr Tobias Wald CDU 30.12.2011 und Antw MVI Drs 15/1091

Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr in BW

Entwicklung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe im Land und im VVS in den letzten fünf Jahren; Bewertung des Programms der Bahn; Art, Zeit- und Kostenrahmen der Bemühungen um einen möglichst weitreichenden barrierefreien ÖPNV; Impulse durch das zu überarbeitende Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Antr

s. *Barrierefreiheit*

Drs 15/1181

Optimierung Situation Schwarzwaldbahn/Planung Zukunft Schwarzwaldbahn

Erweiterung der Waggonkapazitäten zum Abbau von überbelegten Regionalzügen bis 2016, Aufnahme einer verbesserten Attraktivität der Angebote und Ausstattung der Züge für die Fahrgäste in der Ausgestaltung der Ausschreibung für die Zeit ab 2016

Antr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/1356

Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr durch das Land

Modelle einer zeitlich gestreckten Ausschreibung und Vergabe, vorgesehene Fahrzeuge auf den einzelnen Strecken für den Vergabezeitraum, Beurteilung der Fähigkeit der Fahrzeugindustrie zur Bereitstellung von Neufahrzeugen für alle auszuschreibenden Verkehre zu angemessenen Preisen, Überlegungen zur Bildung eines Fahrzeugpools und zum Einsatz von Gebrauchtfahrzeugen

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 05.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1363

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/2007 S. 59-61

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Nahverkehr Müllheim - Neuenburg - Mulhouse

Streichung der Mittel für die o.g. ab Dezember 2012 geplante regelmäßige Zugverbindung und evtl weitere Streckenverbindungen im Raum Müllheim, Kriterien für die Entscheidung, Zeitpunkt und Adressaten der Ankündigung

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/1514

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 30.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1537

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 84 85

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 23 - Qualitätssicherung beim Schienenpersonennahverkehr (Kap 1003)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1923

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2523

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3685

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4045

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Schienenpersonennahverkehrs-Projekte in BW nach dem Entflechtungsgesetz (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz(GVFG)-Bundesprogramm)

Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierung für die o.g. Projekte, von Mitteln iRd Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zur Weiterfinanzierung von Projekten über 2019 hinaus sowie von Mitteln für Erhaltungsinvestitionen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 10.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2069

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 65 66

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Transparenz im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr

Verbesserung der Transparenz der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen; Vorlage eines Zeitplans zu den gestaffelten Vergaben der neuen Verträge im Zuge des Auslaufens des großen Verkehrsvertrags 2016; Veröffentlichung der künftigen Verträge im Internet mit Daten zur Pünktlichkeit, Auslastung oder Ergebnissen von Qualitätserhebungen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 17.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2107

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 71

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs

Entwicklung der Grundlagen zur Verteilung der o.g. Mittel sowie der Bevölkerung, der gefahrenen Zugkilometer und des Beförderungsaufkommens seit Inkrafttreten des Regionalisierungsgesetzes 1996; Beurteilung der Chancen für einen höheren Anteil des Landes ab 2015

Antr

s. *Regionalisierungsgesetz*

Drs 15/2187

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/2273

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2284

Unzuverlässigkeit des Stadtbahnverkehrs in Pforzheim und dem Enzkreis

Angaben zu Zugverspätungen und Zugausfällen seit Januar 2012; Auskunft über Zugausfälle aufgrund fehlenden Zugpersonals oder fehlender Wagen bei der Stadtbahnlinie 9 (Mühlacker - Bruchsal) und den Einsatz von Wagen des Saarbrücker Verkehrsverbunds auf dieser Linie; Aufforderung zur Beseitigung der Missstände auf den Stadtbahnlinien S 5 (Karlsruhe - Bietigheim-Bissingen) und S 9

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2353

Angebot an Pendler für freie Bahnfahrten über den Rhein am 22. August 2012

Nutzung des o.g. Angebots während der Sanierungsarbeiten an der Rheinbrücke Maxau und der damit verbundenen Einschränkungen beim Befahren der Bundesstraße 10; Kosten dieser dreistündigen „Werbeaktion zur Nutzung des ÖPNV in Karlsruhe“; Bedingungen für ähnliche Aktionen; Pendlerzahlen für die Linien R 51 (Kandel-Wörth-Karlsruhe), S 5 (Wörth-Karlsruhe), S 51 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) und S 52 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) von 2007 bis 2012

KlAnfr Manfred Groh CDU 19.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2366

Bahnhofsentscheidung in Lindau - Welche Auswirkungen hat sie auf BW?

Bedeutung der Neuausrichtung der Bahninfrastruktur in Lindau für die Städte und Gemeinden im Bodenseekreis sowie im württembergischen Allgäu; Ausschöpfung des Fahrgastpotenzials durch die Einrichtung durchgehender RE-/S-Bahnverbindungen zwischen dem neuen Bahnhof in Lindau-Reutin und Vorarlberg/St. Gallen, Bregenz, Lindau und Friedrichshafen; Geltendmachung baden-württembergischer Interessen im Planungsprozess z.B. durch einen zweigleisigen Ausbau der Aeschacher Kurve und durch ein Eintreten für einen geeigneten Ausbaustandard des Bahnhofs sowie dessen gute Verknüpfung mit dem Stadt- und Regionalbusverkehr

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2370

Service auf der Regionalzugverbindung Karlsruhe-Stuttgart

Massive Verspätungen und Überfüllungen der RE- und IRE-Züge an den Samstagvormittagen am 29. September und am 6. Oktober 2012, Frage nach dem Angebot an Ersatzzügen und Informationsservice für die wartenden Fahrgäste; Verbesserung der künftigen Vorbereitung auf vorhersehbare Großereignisse wie z.B. das Cannstatter Volksfest

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.10.2012 und

Antw MVI Drs 15/2446

Lückenhafter Bahn-Fahrplan zwischen Freiburg und Konstanz
Bedeutung und Fahrplansituation der o.g. Bahnverbindung, insbes an Wochenenden; Bewertung des neu eingeführten Reiseangebots von „DeinBus“ als Alternative? Beurteilung der Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Bundesbahnen; Frage nach Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrplansituation

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/2493

Regierungsbefragung

Künftige Finanzierung von GVFG-Projekten in BW
s. *Verkehrsinvestition*
PIPr 15/50 S. 2890

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr Manfred Lucha GRÜNE 12.12.2012 und Antw MVI Drs 15/2795

Folgen durch Zugausfälle und -verspätungen für das Land

Vertragliche und finanzielle Konsequenzen durch Zugausfälle und -verspätungen im Nah- und Regionalverkehr; Möglichkeiten des Landes bei der Vertragsgestaltung mit Verkehrsunternehmen

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 14.12.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2810 BeschIEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.03.2013 Drs 15/3398 S. 98-100
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
Mittlg LReg 14.11.2013 Drs 15/4335

Regierungsbefragung

Schienepersonennahverkehr in BW
PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3647-3653

Schienepersonennahverkehr Rheintalbahn Freiburg-Basel

Planungen und Ausschreibungen für den Schienepersonennahverkehr auf der Rheintalbahn; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3292

Qualität der bei der Albtal-Verkehrsgesellschaft mbH bestellten SPNV-Dienstleistungen des Landes

Vereinbarungen des Landes mit der Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG) zur Qualitätssicherung im Schienepersonennahverkehr, insbes zur Pünktlichkeit und zur Anschlusssicherung; Pünktlichkeitswerte auf den Straßenbahnlinien und den reinen Eisenbahnlinien; Anpassung der Anforderungen während der Bauarbeiten an der „Kombilösung“ in der Karlsruher Innenstadt; Absprachen mit der AVG über baustellenbedingte Fahrplanänderungen

KlAnfr Johannes Stober SPD 17.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3374

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3390

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Schienenpersonennahverkehr auf der Donautalbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Donautalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbaumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3427

Schienenpersonennahverkehr auf der Brenzbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Brenzbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept sowie notwendige Streckenbaumaßnahmen; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3428

Schienenpersonennahverkehr auf der Südbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Südbahn, insbes Zeitplan, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbau- und Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3429

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Neckartalbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Neckartalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr Georg Nelius SPD 03.05.2013 und Antw MVI Drs

15/3450

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Frankenbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Frankenbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr Georg Nelius SPD 03.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3451

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Murrbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Murrbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz von Fahrzeugmaterial; Maßnahmen gegen Zugausfälle und unpünktliche Züge

KlAnfr Gernot Gruber u.a. SPD 06.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3457

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Remsbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Remstalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz und Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial; Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über vorzeitige Verbesserungen

KlAnfr Klaus Maier SPD 06.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3458

Schienenpersonennahverkehr auf der Rhein-Neckar S-Bahn „Nord-Ast“

Baumaßnahmen und Neuvergabe der Verkehrsleistungen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Rhein-Neckar S-Bahn „Nord-Ast“, insbes Zeitplan, Finanzierung, Fahrplanangebot und Linienkonzept sowie barrierefreier Ausbau von Haltepunkten

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 15.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3506

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr
s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*
Drs 15/3511

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr Rita Haller-Haid u.a. SPD 16.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3517

Schienerpersonennahverkehr - Umsetzung des Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts

Angebot und Ausschreibung des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) iRd Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts, insbes Zeitplan, erwartete Kostensteigerungen, Fahrplan- und Linienkonzept, Einsatz von Wagen- und Fahrzeugmaterial, jährlich gefahrene Fahrzeugkilometer und durchschnittlicher Kilometerpreis; Stand der Ausschreibungen für die Elektrifizierung der Höllentalbahn; Überprüfung der verbesserten Takte auf der Rheintalbahn; Verhandlungsstand zum Erwerb der Nebenstrecken

KlAnfr Gabi Rolland u.a. SPD 16.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3518

Qualität des Bahnverkehrs im Enzkreis und in Pforzheim

Bewertung des Nahverkehrs auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart; Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte im Schienerpersonennahverkehr gegenüber den Jahren 2008 und 2009; Aussicht auf einen Streckenausbau; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte und des Services im regionalen Stadtbahnbetrieb

KlAnf Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3704

Ausschreibungen im Schienerpersonennahverkehr (SPNV) - landeseigene Eisenbahnen

Aufstellung der von landeseigenen Eisenbahnverkehrsunternehmen bedienten Strecken, Nennung der für die jeweilige Bahnstrecke zuständigen Eisenbahnunternehmen; Vertragsbedingungen, Laufzeit der Verträge; Ausschreibungsbedingungen für die gegenwärtig von landeseigenen Eisenbahnen bedienten Strecken im Schienerpersonennahverkehr

KlAnfr Stefan Teufel u.a. CDU 04.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3742

Durchbindung der Linie Heidelberg - Mannheim - Mainz in Gefahrt?

Verknüpfung der Linien Mainz - Mannheim und Mannheim - Bensheim als S-Bahn-Linie 6; Auswirkungen auf eine Durchbindung Mainz - Mannheim - Heidelberg - Meckesheim - Aglasterhausen/Eppingen; Sachstand und Zeitplan der Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Mannheim Hbf - Heidelberg Hbf

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3837

Vergabezeitplan für Schienerpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in BW

Gültigkeit, Neuerstellung und geplante Veränderungen im Vergabezeitplan für Schienerpersonennahverkehrs-Verträge in BW des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur vom 27. Novem-

ber 2012

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.08.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3949

Sicherstellung der Schienerpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen ab 2016

Verhinderung einer Versorgungslücke in der Übergangszeit zwischen dem Auslaufen der bisherigen Verkehrsverträge bis zur Betriebsaufnahme neuer Verkehrsverträge über Schienerpersonennahverkehrs-Leistungen ab 2016, insbes Ausgestaltung der Übergangszeit beim Einsatz von Schienerfahrzeugen und Personal bei der Deutschen Bahn AG und anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.08.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3951

Rolle des Beratungsunternehmens K. GmbH bei der Vorbereitung der Vergabe von Schienerpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen

Beauftragung, Rolle und erbrachte Leistungen des Beratungsunternehmens KCW GmbH bei der Durchführung und Vorbereitung von Ausschreibungen von Schienerpersonennahverkehrs-Verträgen in BW; Nichtbeauftragung der Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW)

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.08.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3952

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/3979

Zugausfälle auf der Bahnstrecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe

Zahl der Zugausfälle in den vergangenen zwölf Monaten; Vorkkehrungen zur Vermeidung von Zugausfällen aufgrund von Missgeschicken des Zugpersonals; Verwirklichung von Barrierefreiheit am Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 04.09.2013 und Antw MVI Drs 15/4002

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schienerinfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 18.10.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4177

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 15.01.2014 Drs

15/4897 S. 110-113

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggon durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/4258

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 11.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4314

Vergabeverfahren Netz 6 a - S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 6 a (S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 11.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4315

Vergabeverfahren Netz 7 a/b - Stadtbahn Karlsruhe

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 7 a/b (Stadtbahn Karlsruhe); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 11.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4316

Vergabeverfahren Netz 8 - Ortenau S-Bahn

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 8 (Ortenau S-Bahn); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 11.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4317

Vergabeverfahren Netz 9 a - Breisgau-S-Bahn, Ost-West

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 9 a (Breisgau-S-Bahn, Ost-West); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 11.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4318

Vergabeverfahren Netz 11 - Hohenlohe-Franken

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 11 (Hohenlohe-Franken); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen

als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 11.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4319

Schienenahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr Gernot Gruber SPD 14.11.2013 und Antw MVI Drs 15/4334

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahnstrecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Erhöhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 15/4381

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelsheim und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4473

Schienenpersonennahverkehr zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Fahrplanwechsel ohne zusätzliche Verbindungen am Abend und am Wochenende; Benachteiligung Pforzheims bei den Spätverbindungen im Vergleich zu anderen regionalen Oberzentren; Streichung der Spätverbindung von Pforzheim in den Calwer Raum

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 13.12.2013 und Antw MVI Drs 15/4494

Ausschreibung Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

Mehrkosten und Auswirkungen auf den Wettbewerb durch die verspätete Ausschreibung der Nahverkehrsleistungen für die Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 13.12.2013 und Antw MVI Drs 15/4503

„Blauwal“ - Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse

Entwicklung der Fahrgastzahlen seit Reaktivierung der Bahnstrecke Müllheim-Mulhouse und Steigerungsmöglichkeiten

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4559

Regionaler Zugverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart

Erhöhung der Pünktlichkeit der Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart, insbes während des Berufs- und Ausbildungsverkehrs

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 06.02.2014 und
Antw MVI Drs 15/4727

Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Erlaubnis zur Mitnahme von Fahrrädern in den Verkehrsverbänden; Umfang der aktuellen Kapazitäten für eine Fahrradmitnahme; Investitionsbedarf zur Herstellung einer generellen Mitnahmemöglichkeit; Kampagne „Nimm's mit“ der Naturfreunde in BW aus dem Jahr 2011; Auswirkungen einer generellen unentgeltlichen Fahrradmitnahme auf das Preisniveau oder die Entwicklung der öffentlichen Zuschüsse; uneinheitliche Regelung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbands Stuttgart (VVS); Verwirklichung einer einheitlichen, kostenlosen Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4730

Entwicklungsperspektiven der Brenzbahn

Entwicklung von Zugangebot, Fahrgastzahlen und Investitionen auf der Brenzbahn; Planungen der Streckenerweiterung der Brenzbahn zur Integration in den Ausbau des Fernverkehrs sowie des S-Bahn-Systems in der Region Donau-Iller

Antr
s. *Brenzbahn*
Drs 15/4807

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbands Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4814

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr Martin Rivoir SPD 20.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4816

Bahnknoten Lindau und die baden-württembergischen Interessen

Entwicklung am Bahnknoten Lindau und Folgen für den Schienenpersonennahverkehr in der Bodenseeregion, insbes Maßnahmen auf bayerischer Seite und betriebliche und infrastrukturelle Zusammenarbeit mit Bahngesellschaften in Bayern

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 20.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4819
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 56-59
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.02.2014 und
Antw MVI Drs 15/4826

Nachfrage im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Stand zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Schienenpersonennahverkehr und der Menge der bestellten Zugkilometer; Erkenntnisse über deutlich unterbesetzte Züge; Maßnahmen zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen; Erstellung eines regelmäßig dem Landtag vorzulegenden detaillierten Berichts über die Entwicklung von Zugangebot und Fahrgastzahlen auf den einzelnen SPNV-Strecken

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 24.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4837
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 28.05.2014 Drs 15/5374 S. 17 18
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Sanktionierung eingeschränkter Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Zugausfälle oder verkürzte Züge im Bereich des regionalen Schienenverkehrs in Württemberg seit der Inbetriebnahme der Fahrzeug-Instandhaltungs-, Behandlungs- und Abstellanlage (Fiba) in Ulm und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Deutschen Bahn Regio auf Basis des laufenden Großen Verkehrsvertrags

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 24.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4848
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 59 60
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Verkehrsanbindung der Metropole Mannheim

Behebung der Probleme bei der Anbindung der Metropole Mannheim im Berufsverkehr, insbes Verbesserung der Schienenpersonenfernverkehrsverbindungen auf der Strecke Stuttgart-Mannheim in den Randstunden für Berufspendler, Realisierung der Straßenrheinquerung zwischen Altrip und Mannheim

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 11.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4913

Letzter Zug nach Nirgendwo. Der Verkehrsminister und die Ausschreibungen im SPNV

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5621-5631

Zukunft des Verkehrs auf der Südbahn

Zeitplan, Kostenstand und mögliche Änderungen bei der geplanten Elektrifizierung der Südbahn; Möglichkeit eines Interregio-Express-Halts in Erbach

KlAnfr Jürgen Filius GRÜNE 23.04.2014 und Antw MVI
Drs 15/5107

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. *Enztalbahn*
Drs 15/5111

Aktueller Stand der Vergabeverfahren im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Verfahrensstand bei den jeweiligen Schienennetzen in der wettbewerblichen Ausschreibung im Schienenpersonennahverkehr in BW, insbes Zeitpunkte der Betriebsaufnahmen, Laufzeiten der neuen Verkehrsverträge, abgeschlossene Übergangsverträge, qualitative Vorgaben, Betriebskonzepte, Fahrplanänderungen, Gründung einer Fahrzeugbeschaffungsgesellschaft

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 24.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5115 (24 S.)
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 38-44
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Verbesserungen auf der Rems- und der Murrbahn durch die Neuausschreibungen ab 2016

Forderungen zur Verbesserung der Zustände auf Rems- und Murrbahn im Zuge der Neuausschreibung des Verkehrsvertrags und angestrebte Leistungsverbesserungen

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 25.04.2014
Drs 15/5114
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5991 5992

Leistungen Breisgau-S-Bahn 2020

Durchführung des Vergabeverfahrens für das Liniennetz der Breisgau-S-Bahn; Zeitpunkt der Unterzeichnung der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), dem Land und der DB Netz AG; Bezuschussung der Ausbaustufe durch das Land in Abhängigkeit von der Einhaltung der mit der Neuvergabe gesetzten wirtschaftlichen Ziele; Planungssicherheit für die Region beim Ausbau des Liniennetzes durch ein verbindliches Grundangebot

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/5150

Die Zukunft der Zollernbahn

Ausschreibung und Koordination der Eisenbahnverkehre zwischen Stuttgart und Tübingen bis Albstadt, insbes Angebotskon-

zept, Streckenelektrifizierung, Wiederherstellung der zeitgleichen Vergabe der Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen auf der Zollernbahn

Antr
s. *Zollernalbbahn*
Drs 15/5202

Des Verkehrsministers „Not-Vergaben“, blitzsauber oder blitzschnell?

Aktuelle Debatte
s. *Öffentlicher Auftrag*
PIPr 15/100 S. 5961

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in Deutschland
Bewertung des großen Verkehrsvertrags BW aus dem Jahr 2003 im Vergleich zu den anderen SPNV-Verträgen in Deutschland

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 05.06.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5315
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 22.10.2014 Drs 15/6123 S. 32-34
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Revision der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes seit Regionalisierung des SPNV im Jahr 1996 und deren Verwendung; Stand der Revision; Schlussfolgerungen aus Gutachten; Abmilderung von Kostensteigerungen durch eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel; Aufteilung in Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und Mittel für den SPNV-Betrieb; Erzielung eines angemessenen Anteils an der Gesamtsumme für BW

Antr
s. *Regionalisierungsgesetz*
Drs 15/5328

Vergabeverfahren Main-Neckar-Ried - „sorgsamer Umgang mit Steuergeldern“?

Aufgabenträger und Zeitpunkt des Zuschlags; Höhe des Bestellerentgelts; Verlauf des Vergabeverfahrens, Ursachen für dessen Verzögerung; Auswirkungen auf Folgeausschreibungen; Finanzierung des Einsatzes neuer Schienenfahrzeuge auf der Strecke; Angebotsverbesserungen durch die Neuvergabe

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 11.06.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5333

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im Landkreis Konstanz

Stand der Planungen für die Sanierung der Seehas-Haltestellen; Kostenentwicklung und Aufteilung der Kosten unter den Beteiligten; Zeitplanung der Deutschen Bahn; Unterstützung der Kommunen bei der Modernisierung und barrierefreien Gestaltung der Haltestellen

KlAnfr
s. *Haltestelle*
Drs 15/5346

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeu-

gen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Vergabeverfahren Zweite Ausbaustufe S-Bahn Rhein-Neckar
Planungs- und Umsetzungsstand für die Lose 1 und 2; Terminverschiebung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan; Folgen geänderter Ausschreibungsbedingungen für bereits geplante S-Bahnhalte; Unterstützung betroffener Kommunen; erwartete Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr nach der Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar

Antr Georg Wacker u.a. CDU 09.07.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5452
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 22.10.2014 Drs 15/6123 S. 35
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn
Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 09.07.2014 und Antw MVI Drs 15/5458

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg
Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KIAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Die Mär vom Großen Verkehrsvertrag
Höhe der seit 2003 an die DB Regio geleisteten Zahlungen; Frage der Rechtswirksamkeit des großen Verkehrsvertrags; Vorliegen einer „Überkompensation“ zulasten des Landes; Fortdauer der Zahlungen an die DB Regio; Gründe für das späte Zur-Sprache-Bringen des Themas

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 14.08.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5628

Zusatzfragen zur Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn

Zusatzfragen zu Anforderungen der Ausschreibung des Schienenverkehrs auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Regionalzugangebot, vorgesehene Haltestationen, Fahrzeugeinsatz

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 18.08.2014 und Antw MVI Drs 15/5625

Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze - Nutzen oder Schaden für den Wettbewerb?

Hintergründe und Folgen der Loslimitierung iRd Ausschreibung der Stuttgarter Netze, insbes sachliche Erwägungen (Vor- und Nachteile), Auswirkung auf Wettbewerb und Zugkilometer-Preise, Konsequenzen für die Deutsche Bahn und ihre Mitarbeiter; Erfahrungen aus anderen Bundesländern; Verzicht auf die

Anwendung der Loslimitierung

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 24.09.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5767

Schienepersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Fahrplangestaltung auf der Gäubahn für das Jahr 2015, insbes Hintergründe der Streichung der letzten Verbindung von Stuttgart nach Singen ab 22.25 Uhr, Beschleunigung der Verbindung nach Zürich, Verlängerung der schnellen Züge ab St. Gallen

KIAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/5786

Situation und Perspektiven der S-Bahn in der Region Stuttgart

Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Auslastung und Attraktivität der S-Bahn; Abfertigungskapazität am S-Bahn-Bahnhof am Stuttgarter Hauptbahnhof; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart-Ulm auf den S-Bahn-Verkehr; Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur; finanzielle Förderung eines verbesserten Lärmschutzes auf den Fildern

KIAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5816

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - Breisgau-S-Bahn 2020

Stand des Vergabeverfahrens der Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr für die Netze 4 und 9 a auf der Breisgau-S-Bahn, insbes geplanter Verfahrensbeginn und -abschluß, Vertragslaufzeiten

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 09.10.2014 und Antw MVI Drs 15/5858

Schienepersonennahverkehr während des Cannstatter Volksfests

Situation beim Schienenpersonennahverkehr auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe während des Cannstatter Volksfests 2014, insbes Auslastung, Angebot zusätzlicher Zugverbindungen, Probleme mit der Sauberkeit der Züge, Einsatz von Reinigungs- und Sicherheitspersonal, Überlegungen zu Verweigerung der Mitfahrt von betrunkenen Fahrgästen

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.10.2014 und Antw MVI Drs 15/5868

Ökonomische Nachteile und schlechte Qualitätsmerkmale des großen Verkehrsvertrags

Zwischenergebnisse der Prüfung des Verkehrsvertrags hinsichtlich einer „Überkompensation“ der Leistungen der DB Regio durch das Land; Höhe des Streitwerts; Berechnungsmodus der vom Land zu tragenden Infrastrukturkosten; weitere für das Land nachteilige Vertragsinhalte; Vertragsbedingungen im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern

Antr GRÜNE 15.10.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5889

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KIAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5897

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5975

Ausschreibung der Stuttgarter Netze

Erstellung und Versand der Fahrpläne zur Ausschreibung der Stuttgarter Netze

MdlAnfr 7) Thaddäus Kunzmann CDU 10.11.2014 Drs 15/6090
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6718

WLAN im Bahnverkehr

Bahnhöfe und Gleisstrecken in BW mit bestehendem bzw. geplante WLAN-Zugang; Maßnahmen zum Ausbau von WLAN-Zugängen im Nah- und Fernverkehr und der Verbesserung der Mobilfunkanbindung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/6178

Ausgestaltung der Übergangsverträge in den Stuttgarter Netzen
Übergangsverträge für die Zeit im Anschluss an das Vertragsende des großen Verkehrsvertrags im Jahr 2016 und der angekündigten Inbetriebnahme des Stuttgarter Netzes im Dezember 2018; Versand der Vergabeunterlagen und Abschluss der Übergangsverträge; Laufzeit der Übergangsverträge; Anforderungen an die einzusetzenden Schienenfahrzeuge

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 27.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6191

Angebotsverbesserungen im Teilnetz 8 der Ortenau S-Bahn

Erwartete Verbesserung des Angebots im Teilnetz 8 der Ortenau-S-Bahn durch Neuvergabe; Mehrkosten aufgrund der Angebotsverbesserung und neuer Strecken

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 15.12.2014 und Antw MVI Drs 15/6271

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) - Ausschreibung Netz 4 a - Expresszugangebot

Vorgaben der Ausschreibung; Auskunft über das geplante Expresszugangebot; Beibehaltung der Haltestellen in Bad Krozingen und Heitersheim

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 22.12.2014 und Antw MVI Drs 15/6315

Unfalltrchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 12.01.2015 und Antw MVI Drs 15/6335

Verschlechterung des Fahrplanangebots für Fornsbach und Fichtenberg durch das neue Fahrplankonzept

Bedeutung der Bahnhaltspunkte Fornsbach und Fichtenberg auf der Murrtalbahn und Erhalt des Fahrplanangebots bei den Neuausschreibungen

MdlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6342

Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW

Errichtung der rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Landesanstalt Schienenfahrzeuge BW als Fahrzeugeigentümerin und -verpächterin iR von Finanzierungshilfen des Landes bei der Beschaffung von Neufahrzeugen für Eisenbahnverkehrsunternehmen

GesEntw
s. *Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg*
Drs 15/6405

Ausbau des Schienengüterverkehrs auf der Achse Köln-Karlsruhe und dessen Auswirkungen auf das Land BW

Tägliches Güterzugaufkommen auf der Strecke Köln-Karlsruhe; Anmeldung von Vorschlägen für den Ausbau dieses Güterverkehrskorridors für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015; Nutzen des viergleisigen Ausbaus der Strecke Graben-Neudorf-Karlsruhe; Aufnahme weiteren Schienengüterverkehrs auf den Trassen Germersheim-Graben-Neudorf und Wörth-Karlsruhe; Nutzung der Pfalzbahn für den Schienenpersonennahverkehr; Vorrang bei der Trassenvergabe

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/6461

Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Landkreis Emmendingen - Breisgau-S-Bahn 2020

Gründe für die Verschiebung des Vergabeverfahrens für das integrierte regionale Nahverkehrskonzept „Breisgau-S-Bahn 2020“; Einleitung des Vergabeverfahrens für ein Teilnetz im Dezember 2014; Beginn des SPNV-Vergabeverfahrens für Elztalbahn, Kaiserstuhlbahn und Münstertalbahn (Netz 9 b); Einführung eines erweiterten Angebots auf der Rheintalbahn zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 09.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6469

Zugausfälle auf der Neckar-Alb-Bahn

Sachstand zur Entwicklung von Zugausfällen und Unpünktlichkeit von Zügen auf der Neckar-Alb-Bahn

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 25.03.2015 und Antw MVI Drs 15/6666
Ergänzende Antw MVI 25.03.2015 Drs 15/6912

Regionalexpress-Verbindung Heidelberg-Stuttgart

Zielvorgaben, Kriterien und Finanzierung des „Zielkonzepts 2025 für den Schienenpersonennahverkehr“; Auswirkungen und Alternative eines Wegfalls der Regionalexpress-Verbindung Mannheim/Heidelberg-Stuttgart

Antr Georg Wacker u.a. CDU 01.04.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6708

Geplante Verbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

Sachstand zu geplanten investiven Maßnahmen und Qualitätsverbesserungen auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen und Radolfzell

MdlAnfr
s. *Bodenseegürtelbahn*
Drs 15/6690

Auswirkungen der Planungen der Deutschen Bahn AG über zusätzliche Fernverkehrsverbindungen und -halte auf das Zielkonzept 2025 für den Schienenpersonennahverkehr

Sachstand zu Planungen der Deutschen Bahn AG zu zusätzlichen Fernverkehrsverbindungen und -halten iRd sogenannten Verkehrsoffensive, insbes betroffene Netze im Schienenpersonenregionalverkehr, Nutzung von Nahverkehrsfahrausweisen auf einzelnen Relationen des zusätzlichen Fernverkehrsangebots; Realisierung eines Bahnhalts in Merklingen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 16.04.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6742
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 01.07.2015 Drs 15/7534 S. 24-26
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Nachfrage im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Stand zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen

Sachstand zur Nachfrage auf den einzelnen Strecken im Schienenpersonennahverkehr, insbes Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Menge der bestellten Zugkilometer, Kapazitätsengpässe und Gegenmaßnahmen, Erkenntnisse über deutlich unterbesetzte Züge, Veränderungen im Fahrplan- und Fahrzeugangebot, Erkenntnisse aus dem Controlling, Verkaufszahlen des Baden-Württemberg-Tickets und des Metropoltickets für die Region Stuttgart

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 23.04.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6790
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 79-81
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehr in BW

Sachstand zur Entwicklung der Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs in BW, insbes Pünktlichkeitswerte einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen, Ursachen für Verspätungen, Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern, Regelungen und Strafen in den Verkehrsverträgen, Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit der Bahnen, Anforderung eines jährlichen Infrastrukturberichts von der Deutschen Bahn

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 23.04.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6791

Rechtsgutachten der Wirtschaftskanzlei H. und Partner zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag

Sachstand zu Art, Umfang und Inhalt des Rechtsgutachtens der Wirtschaftskanzlei H. und Partner im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag gegenüber der Deutschen Bahn AG

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 08.05.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6874

Herstellung der Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Sachstand zur barrierefreien Nutzbarkeit der Bahnhöfe und Haltestellen des Schienenpersonennahverkehrs im Rems-Murr-Kreis, Durchführung der erforderlichen baulichen Umgestaltung

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/6884

Offene Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn

Sachstand zum neuen Verkehrskonzept auf der Gäubahn, insbes Angebotsverschlechterungen, Einsparungen für das Land, Vertragsausgestaltung mit der Deutschen Bahn AG; Wiedereinführung von Neigetechnik

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 15/6903

Zugverbindungen zwischen den Metropolregionen Stuttgart und Nürnberg: Fällt ab den Jahren 2017/2018 für Pendler beiderseits der Landesgrenze am Abend der „blau-weiße Schlagbaum“?

Sachstand zur Fahrplanausgestaltung für die Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Stuttgart und Nürnberg ab 2017/18, insbes Einstellung der Zugverbindungen ab 21.00 Uhr

MdlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/6895

Haltestellen des Regionalexpress (RE) auf der Rheintalbahn

Sachstand zu Planungen für Haltestellen des Regionalexpress auf der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/7044

Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich (Eisenbahnregulierungsgesetz) und des geänderten Trassenpreissystems auf BW

Sachstand zum geplanten Bundesgesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich und dem geänderten Trassenpreissystem, insbes Unterschiede zwischen dem kommenden und dem bisherigen Trassenpreissystem, Auswirkungen auf den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr in BW und dessen Finanzierung, notwendige Änderungen zur Unterstützung des angestrebten Wachstums des Schienenverkehrs in allen Sparten

Antr
s. *Eisenbahnverkehr*
Drs 15/7052

Finanzwirksame Aspekte der Nachfolgeverträge zum Großen Verkehrsvertrag von 2003

Sachstand zur Ausgestaltung der Nachfolgeverträge zum Großen Verkehrsvertrag von 2003, insbes vereinbartes Bestellerentgelt und seine Einflussfaktoren, Trägerschaft des unternehmerischen Risikos, Konditionen von Übergangsverträgen, Vereinbarungen zum Fahrzeugpool des Landes

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 01.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7090

Neubaustrecke Frankfurt/Mannheim - Führung des bestehenden Fernverkehrs

Sachstand zu Plänen zur Verlagerung des bestehenden Fernverkehrs auf der Main-Neckar-Bahn auf die Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim unter Umgehung der Bergstraße, insbes Auswirkungen auf die Berufspendler

KlAnfr Georg Wacker CDU 03.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7119

Veränderungen von Lärmemissionen und Verschleiß durch geändertes Fahrzeugmaterial auf kurvenreichen Strecken im Schienenpersonennahverkehr

Sachstand zu erhöhten Lärmemissionen und Verschleiß durch geändertes Fahrzeugmaterial auf kurvenreichen Strecken im Schienenpersonennahverkehr und Maßnahmen zur Abhilfe, insbes Verwendung geeigneterer Schienenfahrzeuge, Berücksichtigung von Grenzwerten für Lärmemissionen in Kurven bei Ausschreibungen zu Verkehrsleistungen

Antr
s. *Schienenverkehrslärm*
Drs 15/7177

Noch ein Vergabekalender - Noch mehr Verzögerungen

Sachstand zu den Gründen für die weiteren Verzögerungen bei den Ausschreibungen und den Inbetriebnahmen der aufgeführten Leistungen im Schienenpersonennahverkehr gemäß dem neuen Vergabekalender des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Antr
s. *Ausschreibung*
Drs 15/7331

Leistungsfähigkeit der Murgtalbahn

Sachstand zum Verkehrsangebot auf der Murgtalbahn nach der Streckenübernahme durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft, insbes Entwicklung von Fahrgastzahlen und Güterverkehrstransporten, beabsichtigte Angebotsänderungen iRd Neuvergabe des SPNV-Angebots

KlAnfr
s. *Murgtalbahn*
Drs 15/7362

Verbesserungen im Bahnverkehr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg, insbes bei Spätverbindungen

Einrichtung einer Spätverbindung nach 21 Uhr auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg; Verlängerung des S-Bahn-Anschlusses von Nürnberg bis nach Crailsheim

MdlAnfr 4) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 23.09.2015
Drs 15/7399
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8282 8283

Schienenpersonennah- und -fernverkehr in Ostwürttemberg

Verbesserungen im Ausschreibungsnetz 1b (Remseck-Fils); Ausgestaltung des Fahrplans und voraussichtliche Inbetriebnahme des Streckennetzes; künftige Anbindung der Region Ostwürttemberg an den neuen Filderbahnhof; Schaffung neuer Haltepunkte; Realisierungschancen einer neuen IC-Strecke zwischen dem Großraum Stuttgart und Ingolstadt-Augsburg

KlAnfr Klaus Maier SPD 22.10.2015 und Antw MVI Drs 15/7595

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/7611

Fernverkehr zwischen der Bergstraße und Stuttgart

Sachstand zu Änderungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 für die Verbindungen zwischen Frankfurt und Stuttgart, insbes Auswirkung der ersatzlosen Streichung von IC 181 auf die Berufspendler

Antr FDP/DVP 28.10.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7620

Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) durch die Umstellung auf European Train Control System (ETCS)

Sachstand zu Änderungsaufwand und Kosten für die Umstellung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs auf das European Train Control System (ETCS); Gründe und Auswirkungen der vorzeitigen Linienbeendungen im Bereich der S-Bahn Stuttgart

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/7642

Angebotsveränderungen und Barrierefreiheit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Bodenseegürtelbahn

Sachstand zu Angebotsveränderungen mit dem Fahrplanwechsel im Schienenpersonennahverkehr auf der Bodenseegürtelbahn zwischen Friedrichshafen Hafen und Singen (Hohentwiel), insbes Fahrgastzahlen und Belegungskapazitäten auf den Ersatzverbindungen, barrierefreie Nutzbarkeit von Bahnhöfen, Auswirkung der Leistungskürzungen auf die Bestellerentgelte

Antr
s. *Bodenseegürtelbahn*
Drs 15/7732

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.11.2015 und Antw MVI Drs 15/7735

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahn und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KlAnfr

s. Nebenbahnverkehr
Drs 15/7739

Warum haben frühere LReg den Wettbewerb auf der Schiene verschlafen?

Überblick über die Wettbewerbssituation im Schienenpersonen-nahverkehr in Deutschland seit 1996, insbes Entwicklung der Betriebsleistung der Deutschen Bahn AG und deren Wettbewerber, Überführung großvolumiger Verkehrsverträge in den Wettbewerb, Auswirkungen des Großen Verkehrsvertrags auf den Wettbewerb bei SPNV-Leistungen in BW

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 25.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7765

Neigetechnikzüge im Fernverkehr auf der Relation Zürich-Stuttgart-Nürnberg

Sachstand zum Einsatz von Neigetechnikzügen im Fernverkehr auf der Strecke Zürich-Stuttgart-Nürnberg, insbes Konzeptionen, notwendige Investitionen auf Gäubahn und Remsbahn

Antr Winfried Mack u.a. CDU 25.11.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7766

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 85 86

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Mittlg LReg 28.07.2016 Drs 16/367

BeschlEmpf und Bericht VerkA 28.09.2016 Drs 16/682

PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Müssen Pendler zukünftig in der Neckar-Alb-Bahn stehen?

Sachstand zur Sitzplatzkapazität und zum Stehplatzanteil für Pendler in den Spitzenstunden auf der Neckar-Alb-Bahn nach dem Wechsel zum Anbieter Abellio

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 07.12.2015 und Antw MVI Drs 15/7838

Halt der Interregio-Express (IRE)-Verbindungen in Nürtingen

Ausschreibung der IRE-Verbindung zwischen Tübingen und Stuttgart; Art der künftig eingesetzten Eisenbahnwagen; Begrenzung der Stehplatzquote; IRE-Halt in Nürtingen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 07.12.2015 und Antw MVI Drs 15/7839

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 11.12.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7864

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 88-90

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 21.12.2015 und Antw MVI Drs 15/7913

Zuschlag des Netzes 7 a/b - „Stadtbahn Karlsruhe“ - an die Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG)

Bisheriger Betreiber des Netzes 7a/b; aktueller und künftiger Preis pro Zugkilometer; im neuen Verkehrsvertrag vereinbarte Leistungen; Zusammenhang von Angebotshöhe und Bieter-Konkurrenz bei Vergaben im Schienenpersonennahverkehr

Antr

s. Stadtbahn

Drs 15/7923

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs II

Sachstand zur kostenfreien Nutzung von Intercity-Zügen für Reisende mit Regionalbahntickets bei Verspätungen des Regionalverkehrs auf von Verspätungen regelmäßig betroffenen Strecken, insbes auf der Strecke von Pforzheim nach Karlsruhe

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.01.2015 und Antw MVI Drs 15/7936

Kostenfreie Nutzung von Intercity-Zügen bei Verspätungen des Regionalverkehrs III

Unentgeltliche Nutzung von Zügen des Fernverkehrs durch Pendler bei Verspätungen im Regionalverkehr; Eintreten für mehr Kundenfreundlichkeit der Deutschen Bahn

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 16.02.2016 und Antw MVI Drs 15/8063

Schienenverkehr

s.a. Bahnstrecke

s.a. Eisenbahnverkehrsverwaltung

s.a. Güterverkehr

s.a. Hochgeschwindigkeitszug

s.a. Intercity-Verkehr

s.a. Interregio-Verkehr

s.a. Öffentliches Verkehrsmittel

s.a. Regionalisierungsgesetz

s.a. Schienenfahrzeug

s.a. Schienenverkehrsunfall

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestgestellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhöfen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr

s. Stuttgart 21

Drs 15/96

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KlAnfr Jürgen Filius u.a. GRÜNE 19.07.2011 und Antw MVI Drs 15/299

Fahrplan 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Ulm und Stuttgart in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke

cke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr, Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/394

Bahnanbindung Euro-Airport Basel/Mulhouse

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Höhe der Kosten und einer Beteiligung des Landes an der Schienenanbindung

KlAnfr
s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
Drs 15/398

Südbahn 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Lindau/Friedrichshafen, Ulm, Stuttgart-Flughafen und -Hauptbahnhof in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr; Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/516

Finanzierungszusagen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich

Anteil der o.g. Investitionen von Bahn, Bund, Land und Region Stuttgart an den jeweiligen Gesamtinvestitionshaushalten über den gesamten Realisierungszeitraum; Höhe des Einsatzes von Regionalisierungsmitteln; Bedeutung des Bahnknotens Stuttgart für den Schienenverkehr im Land; Frage nach einem Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsanteil des Bundes und der Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim, dem Ausbau der Rheintal- und Südbahn; Abfluss der Bundesmittel in Projekte außerhalb des Landes im Falle einer Auflösung der Finanzierungsvereinbarung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/667

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21

Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/695

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/806

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/807

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/808

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/814

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der

Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/816

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/817

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/820

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/834

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/835

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und LKreis Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen so-

wie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Geplante Veränderungen des Zugangebots rund um Stuttgart und deren verschiedene Ursachen

Zuggattungen und Fahrzeiten nach dem aktuellen Fahrplan, für die Ausschreibungen nach Auslaufen des Verkehrsvertrags mit der Bahn, nach Fertigstellung von Stuttgart 21 bzw nach dem Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 auf den Strecken von Stuttgart Hbf nach Schwäbisch Hall-Hessental, Aalen, Göppingen, Ulm, Tübingen, Rottweil, Mühlacker und Heilbronn; Fahrzeitveränderungen aufgrund leistungsstärkerer Fahrzeuge, wegfallender Halte u.a.

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 04.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/837

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/843

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/864

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/874

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Bahnstrecke Heilbronn-Mosbach-Neckarelz

Erwartung einer Verkürzung der Fahrzeiten zum Stuttgarter Hauptbahnhof, Flughafen, zur Landesmesse und in andere Regionen; Beurteilung der Perspektiven des Bahnhofs Mosbach-Neckarelz als Bahnknoten für den Regionalverkehr zwischen den Räumen Rhein-Neckar, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/1199

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Abbestellungen im Schienenpersonennahverkehr - Missmanagement der LReg?

Aktuelle Debatte
s. *Personenverkehr*
PIPr 15/33 S. 1739

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm: Gestaltung der Wendlinger Kurve

Mehrbedarf an Zügen im Schienenpersonenregionalverkehr, insbes aus der Raumschaft Reutlingen/Tübingen und nach der Fertigstellung des o.g. Projekts; Beurteilung einer „Großen Wendlinger Kurve“ im Zuge der Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Höhe einer Beteiligung an den Mehrkosten dieser Variante bzw deren Vorbereitung

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1668

Güterverkehr aus der Schweiz (Neue Eisenbahn-Alpentransversale - NEAT) und Auswirkungen auf den Rhein-Neckar-Raum

Auswirkungen des zusätzlichen Güterverkehrs aus dem Gotthard-Tunnel ab Ende 2016 im Bereich der Main-Neckar-Bahn und auf den Schienennahverkehr durch die Nutzung der vorhandenen Trassen, Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, Frage nach Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Kommunen

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2082

Schwächung des Bahnverkehrs im ländlichen Raum durch Verweigerung der Freigabe von Mitteln nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Verweigerung der Freigabe o.g. Mittel z.B. für die Wiedereröffnung des Bahnhofpunkts Wallhausen

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 13.07.2012
Drs 15/2089
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2469 2470

Schienenanschluss für den EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Rücknahme der in Aussicht gestellten finanziellen Unterstützung des o.g. Bahnanschlusses, Kommunikation des Rückzugs über die Presse statt mit den beteiligten Akteuren in der Schweiz und in Frankreich, Vereinbarkeit mit dem Kabinettsbeschluss zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Bewertung der Aufforderung des Oberrheinrats zur Erfüllung der Zusage

Antr
s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
Drs 15/2097

ICE-Verkehr auf der Gäubahn - Schienenverkehr attraktiver gestalten

Darlegung der o.g. Bemühungen; Wiederaufnahme von regelmäßigen ICE-Verkehren und von Intercityexpresszügen mit Neigeotechnik durch die Bahn AG, Verbesserung der Tagesrandverbindungen und des Betriebsprogramms am Wochenende

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2179

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme; Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität; Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen sowie der Schieneninfrastruktur; Problematik des Auslaufens des Bundes-GVFG; Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bahnverkehrs im Stuttgarter Hauptbahnhof

Darlegung o.g. Beurteilung nach dem erneuten Entgleisen eines Intercity kurz nach dem Verlassen des Bahnhofs, Ursachen und Auswirkungen des Unfalls im Fern- und Nahverkehr, Maßnahmen der Bahn AG und Möglichkeiten zur Erweiterung des Rettungs- bzw Evakuierungskonzepts; Entwicklung der Stationspreise für den Stuttgarter Hauptbahnhof für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 02.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2427
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 81 82
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Kofinanzierungen des Landes bei Schienenprojekten

Ausgestaltung von Finanzierungsanteilen bei Schienenprojekten durch das Land, insbes Regelung und Zahlen zu Kostensteigerungen, nicht gedeckelte Kofinanzierung des Landes bei einigen Projekten, Beharrung des Landes am ursprünglich vereinbarten Finanzierungsbeitrag zum Bahnprojekt Stuttgart 21, Bedeutung der Sprechklausel im Finanzierungsvertrag zu Stuttgart 21

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/3083

Regierungsbefragung

Neue Chancen im regionalen Schienenverkehr durch ein neues Modell der Fahrzeugfinanzierung

PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3653-3658

Verkehrssicherheit in BW

Stellenwert und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in BW, insbes Statistik zur Entwicklung der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr, Umsetzung des Leitmotivs „vision zero“, Schutz besonders gefährdeter Personengruppen; Sicherheitsbeitrag von Schwerverkehrskontrollzentren, Straßenbaupla-

nung und Tempolimits bei der Priorisierung der Bedarfsplanungsmaßnahmen; Bedeutung der Verkehrssicherheit im Schienenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/3701

Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderterten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr
s. *Kiesabbau*
Drs 15/5220

Neue Gefahrenlage und Sicherheitsstandards im Schienenverkehr

Sicherheitsstandards der Bahn im Schienenverkehr, insbes bei Bahnübergängen; Ursachen des Bahnunfalls in Talhausen (LKreis Rottweil)

KlAnfr Stefan Teufel CDU 07.08.2014 und Antw MVI Drs 15/5602

Starker Schienenverkehr im Land benötigt eine gute Finanzierung - bewegen Sie sich, Herr Schäuble

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7075-7085

Investitionsoffensive der Europäischen Union: Verkehrsprojekte für BW

Finanzierung von Verkehrsprojekten in BW mit Hilfe des Investitionsprogramms der EU; Aufnahme zusätzlicher Projekte in die Projektliste; Beschleunigung von Planungsprozessen sowie der Verwirklichung baureifer Verkehrsprojekte; Förderfähigkeit von Projekten; Anmeldung von Schienen- und Flugverkehrsprojekten; Aufnahme des Filderbahnhof Plus als intermodales Verkehrsprojekt in die Projektliste

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6357

Ausbau des Schienengüterverkehrs auf der Achse Köln-Karlsruhe und dessen Auswirkungen auf das Land BW

Tägliches Güterzugaufkommen auf der Strecke Köln-Karlsruhe; Anmeldung von Vorschlägen für den Ausbau dieses Güterverkehrskorridors für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015; Nutzen des viergleisigen Ausbaus der Strecke Graben-Neudorf-Karlsruhe; Aufnahme weiteren Schienengüterverkehrs auf den Trassen Germersheim-Graben-Neudorf und Wörth-Karlsruhe; Nutzung der Pfalzbahn für den Schienenpersonennahverkehr; Vorrang bei der Trassenvergabe

Antr Johannes Stober u.a. SPD 05.02.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6461 (46 S.)
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 78 79
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbau der Rheintalbahn; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspaketes

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/6723

Zukunftsfähige Gestaltung der Wendlinger Kurve iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm

Sachstand zur Realisierung einer großen Wendlinger Kurve in zweigleisiger Ausführung iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, insbes Berücksichtigung in einer Machbarkeitsstudie

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/7355

Beseitigung von Langsamfahrstellen im Nah-, Regional- und Fernverkehr

Baurechtliche Voraussetzungen zur Beseitigung von Langsamfahrstellen und Zuschussmöglichkeiten nach dem Landesgemeindefinanzierungsgesetz; Beseitigung der Langsamfahrstelle in Kleinsteinbach

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 28.01.2016 und Antw MVI Drs 15/8026

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/8091

Verweisung auf die Modellprojekte „Leiser Schienenverkehr“, Übertragbarkeit auf die Rheintalbahn

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 169 170

Beurteilung der Verbesserungen für den Schienenverkehr in der Region Stuttgart nach Vollendung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 456 458 459 462 463 467 468 477-479

Ankündigung einer Verkehrsoffensive für einen besseren Schienenverkehr in BW, Ausbau der Rheintalbahn als bedeutende Infrastrukturmaßnahme im Schienenverkehrswegebau

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 983-986 989-991 1030-1037

Schienenverkehrslärm

s.a. *Verkehrslärm*

Lärmsanierung an Schienenwegen in Hockenheim

Lärmbelastung und Lärmsanierung entlang der Schienenwege der Deutschen Bahn AG im Raum Hockenheim, insbes zukünftig zu erwartende Lärmbelastung iRd Ausbaus der Rheinstrecke, Berücksichtigung der Lärmaktionspläne bei Lärmsanierungsmaßnahmen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3181

Situation und Perspektiven der S-Bahn in der Region Stuttgart

Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Auslastung und Attraktivität der S-Bahn; Abfertigungskapazität am S-Bahn-Bahnhof am Stuttgarter Hauptbahnhof; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart-Ulm auf den S-Bahn-Verkehr; Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur; finanzielle Förderung eines verbesserten Lärmschutzes auf den Fildern

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5816

Lärmentwicklung entlang der Neckar-Alb-Bahn

Sachstand zur Lärmentwicklung auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Maßnahmen zur Entlastung von Lärm in angrenzenden Wohngebieten

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 18.06.2015 und Antw MVI Drs 15/7043

Veränderungen von Lärmemissionen und Verschleiß durch geändertes Fahrzeugmaterial auf kurvenreichen Strecken im Schienenpersonennahverkehr

Sachstand zu erhöhten Lärmemissionen und Verschleiß durch geändertes Fahrzeugmaterial auf kurvenreichen Strecken im Schienenpersonennahverkehr und Maßnahmen zur Abhilfe, insbes Verwendung geeigneterer Schienenfahrzeuge, Berücksichtigung von Grenzwerten für Lärmemissionen in Kurven bei Ausschreibungen zu Verkehrsleistungen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 15.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7177
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 86 87
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Schienenlärm Münstertalbahn

Sachstand zur Entwicklung der Belastung durch Schienenlärm entlang der Münstertalbahn und Auswirkungen von Abhilfemaßnahmen

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 22.10.2015 und Antw MVI Drs 15/7600

Lärm auf der Münstertalbahn

Sachstand zur auf das Zugmaterial (Jakobsdrehgestell) zurückzuführenden Lärmentwicklung und Verschleiß auf der Münstertalstrecke, insbes Abhilfemöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verkehrsvertrags mit der SWEG oder iR einer Neuvergabe

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 21.01.2016 und Stellungnahme MVI Drs 15/7982

Schienenverkehrsunfall*Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bahnverkehrs im Stuttgarter Hauptbahnhof*

Darlegung o.g. Beurteilung nach dem erneuten Entgleisen eines Intercity kurz nach dem Verlassen des Bahnhofs, Ursachen

und Auswirkungen des Unfalls im Fern- und Nahverkehr, Maßnahmen der Bahn AG und Möglichkeiten zur Erweiterung des Rettungs- bzw Evakuierungskonzepts; Entwicklung der Stationspreise für den Stuttgarter Hauptbahnhof für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/2427

Zugentgleisungen am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof

Ursachen der Zugentgleisung am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof

MdlAnfr 4) Nicole Razavi CDU 28.01.2013 Drs 15/2843
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3539-3541

Neue Gefahrenlage und Sicherheitsstandards im Schienenverkehr

Sicherheitsstandards der Bahn im Schienenverkehr, insbes bei Bahnübergängen; Ursachen des Bahnunfalls in Talhausen (LKreis Rottweil)

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/5602

Schienenwegebau

s. *Streckenbau*

Schießplatz*Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd*

Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen; Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr
s. *Jagd*
Drs 15/3140

Schießsport*Ehrungen für im Schießsport engagierte Bürger*

Verleihung des Verdienstordens des Landes BW, der Ehrennadel des Landes und der Staufermedaille in den Jahren 2012 bis 2015; Ehrungen aufgrund eines Engagements im Sport, insbes im Schießsport; Berücksichtigung von Vorschlägen für Ehrungen im Bereich Sport

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 11.11.2015 und Antw StM Drs 15/7683

Schiff

s. *Wasserfahrzeug*

Schifffahrt

s.a. *Wasser- und Schifffahrtsverwaltung*

s.a. *Wasserfahrzeug*

s.a. *Wasserstraße*

s.a. *Werft*

Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/207

Chancen eines Ausbaus von Neckarschleusen

Entwicklungsmöglichkeiten der Binnenschifffahrt zur Aufnahme des Mehraufkommens an Güterverkehr; Chancen, Kosten und Zeitperspektive für den Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen; Eintreten für die dafür notwendige Mittelbereitstellung des Bundes

Antr
s. Schleuse
Drs 15/570

Motorschifffahrt auf dem Bodensee

Entwicklung des jährlichen Anmeldestands von Motorfahrzeugen und der Anerkennung anderer Schifffahrtspatente nach der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung seit 2006; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen des Fahrverbots und der Geschwindigkeitsbegrenzung in Uferzonen durch die Wasserschutzpolizei, Auswirkungen und Konsequenzen von Verstößen, Frage nach weiteren Möglichkeiten zur Erhöhung der Akzeptanz von Einschränkungen der Schifffahrt in den Uferzonen

KIAnfr Hans-Peter Storz SPD 06.02.2012 und Antw MVI
Drs 15/1198

Wirtschaftlicher und ökologischer Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar mit Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 1998 sowie der weiteren Potenziale; Folgen eines Verzichts des Bundes auf die Verlängerung einer Schleusenammer von Heilbronn bis Plochingen für die Häfen in Stuttgart und Plochingen; Hinwirkung auf Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund von 2007 zur „Verlängerung der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen“, in der die Sanierung, Modernisierung und Verlängerung der Schleusen und deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde; Ausbau des Neckars für die Erreichbarkeit aller Häfen von künftigen Europaschiffen mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/1469

Zustand der Neckarschleusen zwischen Plochingen und Heilbronn

Planungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zur Sanierung und zum Ausbau der o.g. Schleusenammern

Antr
s. Schleuse
Drs 15/2419

Wirtschaftliche Potenziale für den Oberrhein mit einer Binnenwasserstraße Rhein-Rhone erschließen

Eintreten für eine Realisierung einer direkten Binnenschifffahrtsverbindung Nordsee-Mittelmeer über den Oberrhein

Antr
s. Oberrhein, Region
Drs 15/2627

Verlandungsproblematik in Hafengebieten am Bodensee

Ursachen, Umfang und Bekämpfung der Verlandung von Hafengebieten und Häfen für die gewerbliche Schifffahrt sowie die Freizeitschifffahrt am Bodensee, insbes Problematik am Fährhafen in Friedrichshafen; Verantwortung des Landes als Träger der Gewässerunterhaltungspflicht

KIAnfr
s. Hafen
Drs 15/3699

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. Wasserrecht
Drs 15/3760

Gütertransport in der Binnenschifffahrt

Entwicklung und Förderung des Gütertransports auf den Binnenwasserstraßen in BW, insbes Maßnahmen in Häfen zur stärkeren Einbindung des Binnenschiffs in die Transportkette sowie zur Verbesserung der Wasserstraßeninfrastruktur

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 14.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4771
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 01.07.2015 Drs 15/7534 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Wolfgang Drexler u.a. SPD) S. 21-23
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474
Mittlg LReg 02.05.2016 Drs 16/5

Potenzial der Binnenschifffahrt am Oberrhein

Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschifffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 23.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5110
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 38 39
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität

Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit

Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermodelle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr
s. Gas
Drs 15/5660

Einsatz der Dual-Fuel-Technik im Bereich von Lkw und Bussen zur Luftreinhaltung

Sachstand zum Einsatz der Dual-Fuel-Motortechnologie mit gleichzeitiger Verbrennung von Gas und Dieseltreibstoff zur Luftreinhaltung und zur möglichen Umrüstung von Fahrzeugen im Bereich des Schwerlastverkehrs oder der Schifffahrt

Antr
s. Kraftstoff
Drs 15/7483

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Binnenschifffahrt, Unterstützung des Ausbaus der Neckarschleusen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 74

Schiffahrtsstraße

s. Wasserstraße

Schiffahrtsverwaltung

s. Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Schiffscontainer

s. Container

Schiffsschleuse

s. Schleuse

Schiffswerft

s. Werft

SchIG

s. Schlichtungsgesetz

Schiller, Jutta MdL CDU

Eintritt der Abg Jutta Schiller
PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5263

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8707

Schiltach

Schutzzone für das Black Forest Observatory (BFO)
Ausweitung der Schutzzone um das Geowissenschaftliche Gemeinschaftsobservatorium in Schiltach; Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb der Schutzzone

KlAnfr
s. Geowissenschaftliches Gemeinschaftsobservatorium (Schiltach)
Drs 15/8099

Schimmelpilzgift

s. Mykotoxin

Schlachtbetrieb

Schlachtbetriebe in BW im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Regionalität

Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der Schlachtbetriebe, der Zahl von Schlachtungen von Schweinen, Rindern, Schafen und Ziegen sowie der Gebühren für Veterinäruntersuchungen seit 2005; Strukturierung der Betriebe nach ihrer Rechtsform und Trägerschaft; Verarbeitungsanteile von Nischenprodukten oder Biofleisch; Maßnahmen zur Stärkung der Betriebe

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 08.02.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1237
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.06.2012 Drs 15/2351 S. 76 77
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Fleischbeschaugebühren in BW

Höhe der Gebühren für Schlacht- und Fleischuntersuchungen nach Stadt- und LKreisen; Gesamtgebühren für einzelne Tierarten (Schwein, Rind, Kalb, Ziege/Schaf); Zusammensetzung und Berechnung der Gebühren (Personalkosten für Beschau und Untersuchung, Verwaltungskosten, Größe des Schlachtbetriebs, Stundensätze etc.); Lösungen zur Reduzierung der vorhandenen Preisunterschiede; rechtliche Voraussetzungen für die Übertragung der Fleischbeschau; mögliche Auswirkungen einer Zulassung nichtstaatlicher Kontrollstellen

Antr
s. Fleischhygiene
Drs 15/2826

Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereierot am See, Landkreis Schwäbisch Hall

Bedeutung des Putenschlacht- und -verarbeitungsstandorts in Rot am See; Auswirkungen der Insolvenz der Putenschlächtereierot und Möglichkeiten zur Weiterführung des Betriebs

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 27.02.2014 und Antw MLR Drs 15/4878

Schlachten

s. Schlachtung

Schlachthof

s. Schlachtbetrieb

Schlachtrind

s. Rind

Schlachtschwein

s. Schwein

Schlacht tier

s.a. Schlachtung

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Schlachtung

s.a. *Schlachtbetrieb*
s.a. *Schlachttier*

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. *Tierschutz*
Drs 15/845

Schlachtbetriebe in BW im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und Regionalität

Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der Schlachtbetriebe, der Zahl von Schlachtungen von Schweinen, Rindern, Schafen und Ziegen sowie der Gebühren für Veterinäruntersuchungen seit 2005; Strukturierung der Betriebe nach ihrer Rechtsform und Trägerschaft; Verarbeitungsanteile von Nischenprodukten oder Biofleisch; Maßnahmen zur Stärkung der Betriebe

Antr
s. *Schlachtbetrieb*
Drs 15/1237

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Schlachtvieh

s. *Schlachttier*

Schlaganfall*Umsetzung der Schlaganfallversorgung und Investitionsförderung in BW*

Umsetzung der Schlaganfallkonzeption für das Land BW, insbes. Versorgungsqualität von Patienten in Krankenhäusern mit und ohne Schlaganfalleinheiten; Umfang und Umsetzung der Investitionsförderung für Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung iRd Jahreskrankenhausbauprogramms für das Jahr 2013

KlAnfr Klaus Burger u.a. CDU 07.08.2013 und Antw SM
Drs 1573923

Schlammlawine

s. *Erdrutsch*

Schlecker*Die Schlecker-Insolvenz und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitische Herausforderung*

Aktuelle Debatte
s. *Insolvenz*
PIPr 15/30 S. 1559

Transferegesellschaften versus Arbeitsagenturen

Zahl der Unternehmensinsolvenzen und der betroffenen Arbeitnehmer 2011, Anteil und Erfolgsquote von Transferegesellschaften und der regionalen Arbeitsagenturen bei der Qualifizierung und Vermittlung der betroffenen Mitarbeiter; Einschätzung der Erfolgsquote der Agenturen bei den Betroffenen der Drogeriemarktkette S.

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 15/1552

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?

Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/1551

Unterstützung des Landes bei der Fortführung ehemaliger Schlecker-Filialen im ländlichen Raum

Sicherstellung der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum; Unterstützung der Fortführung o.g. Filialen als Dorfläden iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum

MdlAnfr 4) Wolfgang Reuther CDU 25.06.2012 Drs
15/1953
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2297

Insolvenz der A.S.e.K.: Was wusste der Finanz- und Wirtschaftsminister?

Art und Zeitpunkt der Einbindung des Ministers bereits im Vorfeld der Insolvenz, Frage nach dem Ergebnis der Prüfung der Bürgschaftsvoraussetzungen und von evtl Insolvenzstraftatbeständen und Information des FinWiA über die Erkenntnisse; künftige Vorgehensweise bei vergleichbaren Sachverhaltsgestaltungen

Antr
s. *Insolvenz*
Drs 15/2146

Wirtschaftsförderung bei Fortführung des Geschäftsbetriebs insolventer Unternehmen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Weiterführung einiger Filialen der insolventen Drogeriemarktkette S. durch die ehemaligen Mitarbeiter, Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Konzepts des geplanten Genossenschaftsmodells und der Wettbewerbschancen; Unterstützung mit Existenzgründungsdarlehen, Bürgschaften u.a. Instrumenten der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände?

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/2282

Nahversorgung im ländlichen Raum

Entwicklung und Förderung der Grund- und Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum in BW, insbes Strategien für kleine Kommunen, getätigter Investitionsumfang nach LKreisen, bewilligte und abgelehnte Förderanträge iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), Unterstützung der Umwandlung von ehemaligen Schlecker-Filialen in Dorfläden

Antr
s. *Lebensmitteleinzelhandel*
Drs 15/3384

Vorwurf des Versagens des Finanz- und Wirtschaftsministers beim Versuch zur Rettung der Drogeriemarktkette Schlecker

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1926 1935 1939

Schlepperkriminalität

s. *Schleuserkriminalität*

Schlepperorganisation

s. *Schleuserkriminalität*

Schleplift

s. *Seilbahn*

Schleswig-Holstein

Einsatz des Dienst-Kfz des Ministerpräsidenten

Klärung des Widerspruchs zwischen dem aktuell erklärten Verzicht auf ein gepanzertes Fahrzeug und dem mit Sicherheitsgründen gerechtfertigten Einsatz dieses Fahrzeugs anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2011 in Lübeck; Frage nach der mit dem MinPräs in Lübeck zurückgelegten Strecke sowie nach den Kosten für den dortigen Einsatz des Dienstwagens

Antr
s. *Dienstwagen*
Drs 15/1152

Ausscheren Schleswig-Holsteins aus dem Glücksspielstaatsvertrag, Einführung eines eigenen liberalen Glücksspielgesetzes

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 869-871

Schleuse

s.a. *Stauanlage*

Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. *Neckar*
Drs 15/207

Chancen eines Ausbaus von Neckarschleusen

Entwicklungsmöglichkeiten der Binnenschifffahrt zur Aufnahme des Mehraufkommens an Güterverkehr; Chancen, Kosten und Zeitperspektive für den Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen; Eintreten für die dafür notwendige Mittelbereitstellung des Bundes

Antr CDU 22.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/570
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 762-769
Mittlg LReg 26.04.2012 Drs 15/1627

Wirtschaftlicher und ökologischer Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar mit Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 1998 sowie der weiteren Potenziale; Folgen eines Verzichts des Bundes auf die Verlängerung einer Schleusenammer von Heilbronn bis Plochingen für die Häfen in Stuttgart und Plochingen; Hinwirkung auf Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund von 2007 zur „Verlängerung der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen“, in der die Sanierung, Modernisierung und Verlängerung der Schleusen und deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde; Ausbau des Neckars für die Erreichbarkeit aller Häfen von künftigen Europaschiffen mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. *Neckar*
Drs 15/1469

Zustand der Neckarschleusen zwischen Plochingen und Heilbronn

Planungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zur Sanierung und zum Ausbau der o.g. Schleusenammern

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 28.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2419
BeschiEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 80 81
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Potenzial der Wasserkraft an schiffbaren Flüssen in BW stärker nutzen

Zahl und installierte Leistung der Wasserkraftanlagen an den schiffbaren Schleusen an Rhein und Neckar; Auflistung der jeweiligen Betreiber, des Sanierungsbedarfs und Potenzials zur Steigerung der Stromerzeugung; Frage nach entsprechenden Planungen der Betreiber

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 15/2583

Kombinierter Verkehr auf der Wasserstraße Neckar in der Region Stuttgart

Stellenwert des Kombinierten Verkehrs; Sachstand der Gespräche mit dem Bund zum Ausbau der Wasserstraße Neckar, insbes Verlängerung der Schleusen für 135 Meter lange Frachtschiffe und Bau eines weiteren Umschlagterminals im Hafen Plochingen

Antr
s. *Wasserstraße*
Drs 15/4189

Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen

Sachstand zum Ausbau des Neckars bis Plochingen, insbes Umsetzung der Vereinbarung von Bund und Land aus dem Jahr 2007, Zeitplan für Sanierung und Ausbau der Neckarschleusen

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 13.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7298

Unterstützung des Ausbaus der Neckarschleusen, Verweisung auf das zusätzliche Potenzial für den Gütertransport

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42

Schleuserkriminalität

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/4197

Schlichtungsgesetz

Erfahrungen mit dem Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung (Schlichtungsgesetz-SchLG)

Darlegung der o.g. Erfahrungen und eines evtl Änderungsbedarfs, Zahl und Ergebnisse der seit 2002 jährlich durchgeführten Schlichtungsverfahren

Antr Andreas Stoch u.a. SPD 15.05.2012 und Stellungnahme JM Drs 15/1720
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2351 S.

6

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Gesetz zur Aufhebung des Schlichtungsgesetzes

Aufhebung des Schlichtungsgesetzes (SchLG), das die Zulässigkeit zivilrechtlicher Klagen seit dem 1. Oktober 2000 in bestimmten, gesetzlich festgelegten Fällen von einem vorherigen außergerichtlichen Schlichtungsversuch abhängig macht, da es sich in der Praxis nicht in dem angestrebten Maße bewährt hat

GesEntw LReg 05.02.2013 Drs 15/3024

1. Beratung PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3644-3647

BeschlEmpf und Bericht StändA 21.03.2013 Drs 15/3263 (dazu ÄAntr Jürgen Filius u.a. GRÜNE und Sascha Binder u.a. SPD)

2. Beratung PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3867 3868

GesBeschl 10.04.2013 Drs 15/3357

GBI 2013 Nr. 4 S. 53 (Ges vom 16.04.2013)

Schliengen

Schienenpersonennahverkehr Rheintalbahn Freiburg-Basel

Planungen und Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr auf der Rheintalbahn; Einschätzung des künftigen Bedarfs auf dieser Strecke; Forderungen der Kommunen nach zusätzlichen Haltepunkten und einer engeren Taktung; Streichung der Haltepunkte in Schliengen, Bad Bellingen und Efringen-Kirchen

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3292

Schloss

Wiederinstandsetzung der Kulturlandschaft inkl. Weinberg am südlichen Berghang von Schloss Langenburg/Hohenlohe

Sanierung der Treppen und Trockenmauern am Südhang unterhalb der Schlossanlage; Förderung der Wiederherstellung des ehemaligen Weinbergs aus geschichtlichen, ökologischen und touristischen Gründen

KlAnfr
s. *Kulturlandschaft*
Drs 15/6045

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die Nutzung des Schlosses Wildenstein, Gemeinde Fichtenau

Kulturhistorische Bedeutung, Überlegungen zur weiteren Nutzung und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für das Schloss Wildenstein in der Gemeinde Fichtenau

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 08.10.2015 und Antw MFW Drs 15/7540

Förderung und Unterstützung seitens des Landes für die zukünftige Nutzung des Schlosses Hohenlohe Kirchberg/Jagst

Kulturhistorische Bedeutung, neues Nutzungskonzept und Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung seitens des Landes für die Gesamtanlage „Schloss Kirchberg/Jagst“

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 09.10.2015 und Antw MFW Drs 15/7536

Windkraftanlagen am Schloss Lichtenstein

Sachstand zur Durchführung des immissionsrechtlichen Verfahrens zu den fünf geplanten Windkraftanlagen hinter dem Schloss Lichtenstein

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/8051

Schlossanlage

s. *Schloss*

Schlossgarten Stuttgart

s.a. *Landespavillon*
s.a. *Neues Schloss, Stuttgart*
s.a. *Parkschützer*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, Empfehlungen zum Bereich der Polizei: Nachbereitung des Polizeieinsatzes

Mittlg LReg
s. *Polizei*
Drs 15/185

Führungen rund um den Bahnhof und den Widerstand in Stuttgart

Verbreitung des o.g. Angebots der Parkschützer mit einem Rundgang mit den „Stuttgart 21-Aktivist:innen“ von der Mahnwache bis zur Parkwache in der Zeltstadt im illegal besetzten Schlossgarten per E-Mail an Schulen, Umfang der Annahme des Angebots von Lehrern und Durchführung als außerunterrichtliche Veranstaltung, Frage nach Konsequenzen bzw der Vereinbarkeit mit der Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht, insbes im Fach Gemeinschaftskunde und politische Bildung; Untersagung der Wahrnehmung derartiger Angebote

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/322

Abbruch von Einsätzen als taktische Alternative bei der Bewältigung von Großlagen

Bewertung o.g. Entscheidungsalternative als eine der Empfehlungen aus der Nachbereitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten, Vereinbarkeit mit der Rechtslage bzw mit den Dienstpflichten von Polizeibeamten und der gebotenen Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates; Auswahl und Zusammensetzung des angekündigten Expertenpools zur Unterstützung von Einsatzleitern, Einbeziehung der persönlichen Bewertung von Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt und der taktischen Variante „Einsatzabbruch“ als Kriterium bei der Expertenauswahl?

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/406

Landespavillon und Nesenbachdüker in Stuttgart

Abbruch des Landespavillons und Durchführung der o.g. Rohrunterführung: vorgesehene Technik und Materialien, ausführende Unternehmen und Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Heil- und Mineralquellen

KlAnfr
s. *Rohrleitung*
Drs 15/829

Unerlaubte Abfallverbrennung und Umweltgefährdung durch einen Brand beim Georg-Faller-Brunnen im Mittleren Schlossgarten am 25.10.2011

Zahl von Fällen bzw Tolerierung von Umweltstraftaten auf Landesliegenschaften

MdlAnfr
s. *Umweltkriminalität*
Drs 15/791

Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums

Frage nach dem Staatsministerium vorliegenden Daten und Dokumenten, die dem Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ nicht vorgelegt wurden, nach ihrer Form (z.B. Sicherungskopien) und ihrem Inhalt, und nach sonstigen im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss stehenden Daten und Dokumenten

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/2640

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Einflussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitliche und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/4469

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KlAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/4957

Bewertung der rechtswidrigen Besetzung des Schlossgartens durch Parkschützer sowie der Erprobung und Umsetzung von Blockaden der Baustelle für Stuttgart 21 am Bahnhof

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 47 72

Schlossgebäude

s. *Schloss*

Schlossplatz Stuttgart

s.a. *Neues Schloss, Stuttgart*

Erlebbarkeit von Kunst auf dem Stuttgarter Schlossplatz, Vorrang der Nutzung durch Kunst vor Kommerz

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1417

Schlüsselkompetenz

s. *Schlüsselqualifikation*

Schlüsselqualifikation

Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) an Realschulen

Planung und Umsetzung der Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) zur Unterstützung der Berufsorientierung von Schülern an Realschulen, insbes Zeit- und Ressourcenaufwand, Vorbereitung von Lehrkräften und Multiplikatoren, bisherige Erfahrungen; Ergebnisse der Evaluation durch das Unternehmen Mensch-Technologie-Organisation (MTO)

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 06.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4008

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897 S. 35 36

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Qualifizierungsprogramm MEMO für Migrantenvereine in BW
Zielstellung und Umsetzung des landesweiten Qualifizierungsprogramms „MEMO - Management & Empowerment in Migrantenorganisationen“ für Multiplikatoren mit Migrationshintergrund

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/5245

Schmallenberg-Virus

s. *Tierseuche*

Schmarotzer

s. *Parasit*

Schmerzbehandlung

s. *Schmerztherapie*

Schmerztherapie

Versorgung von Cluster-Kopfschmerz-Patienten in BW

Stand der Stellenausschreibung und -besetzung der Stelle des Leiters des Clusterkopfschmerz-Competence-Centers am interdisziplinären Schmerzzentrum der Universitätsklinik Freiburg; Einrichtung eines Kompetenzzentrums in BW zur Verbesserung der Versorgungsstruktur für chronisch kopfschmerzkranken Patienten

KlAnfr Tanja Gönner CDU 28.10.2011 und Antw MWK Drs 15/804

Versorgungsstrukturen für chronische Schmerzpatienten in BW
Zahl der unter andauernden Schmerzen leidenden Personen; Art der diesen Schmerzen zugrundeliegenden Grundkrankheiten; Krankheitstage oder verminderte Erwerbsfähigkeit auf-

grund chronischer Schmerzen und Höhe des dadurch verursachten volkswirtschaftlichen Schadens; Ausbau der ambulanten und stationären Schmerzzentren; Vernetzung und interdisziplinärer Dialog in der Schmerzversorgung; Versorgung chronischer Schmerzpatienten durch Hausärzte; Schmerzversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen und Hospizen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 27.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7615 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 70 71

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Schmid, Nils Dr. MdL SPD

Berufung und Vereidigung von Dr. Nils Schmid zum/als Minister für Finanzen und Wirtschaft und stellvertretenden MinPräs

s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*

PIPr 15/3 S. 15

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2321 2344

Entlassung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid

Entlassung wegen verfehlter Personalpolitik, Verstoßes gegen die Landeshaushaltsordnung bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs und behaupteter „Vertraulichkeit“ des ICC-Schiedsverfahrens

Antr

s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*

Drs 15/2808

Anwesenheit des Ministers Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz?

Anwesenheit von Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid bei Sitzungen der Finanzministerkonferenz im Jahr 2012

MdLANfr

s. *Finanzministerkonferenz*

Drs 15/3315

Woher hat der Finanz- und Wirtschaftsminister umfassendes Insider-Wissen?

Herkunft seiner inhaltlichen Kenntnis der ausschließlich den Mitgliedern des EnBW-Untersuchungsausschusses zugänglichen Vernehmungprotokolle der französischen Ermittlungsbehörden

KlAnfr

s. *Verschlussache*

Drs 15/4909

Schmiedel, Claus MdL SPD

Inwieweit befasste sich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bzw die Ministerin mit Initiativen der Landtagsfraktion der SPD und GRÜNE zu Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg?

Kommunikation zwischen dem Ministerium und den Fraktionen über die Situation an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg; Berücksichtigung von Vorschlägen der Fraktionen; Unterrichtung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel, über geplante Maßnahmen; Verfahren zur Wiederbesetzung der Stelle der Hochschulleitung

Antr

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen*

Ludwigsburg
Drs 15/7655

Schmiergeldzahlung

s. *Korruption*

Schnee

Enteisung von Lastkraftwagen an Autobahnrastanlagen in BW
Einrichtung zum Enteisen von Lastkraftwagen auf Autobahn-
rastplätzen; Art der eingesetzten Technik; Forschungsvorhaben
und Modellprojekte für ein automatisiertes Enteisen von Lkw-
Dächern; Betrieb von Enteisungsanlagen in anderen Ländern;
Handlungsbedarf

Antr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/4118

Schnellbahn

s.a. *Breisgau-S-Bahn*
s.a. *Hochgeschwindigkeitszug*
s.a. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*
s.a. *Verkehrsverbund*
s.a. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*

*Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs in der Region
Ulm*

Planungen, Zeiträume, Investitionskosten, Projekt- und Kosten-
träger für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und der S-Bahn;
Höhe der Zuschüsse des Landes nach der Verabschiedung des
Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsges

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/31

S-Bahn-System in der Region Donau-Iller

Beurteilung der Realisierungschancen des o.g. Projekts, der
möglichen räumlichen Ausdehnung und Förderung von Land
und Bund; Positionierung des Freistaats Bayern zu den Plänen

KlAnfr Jürgen Filius GRÜNE 28.06.2011 und Antw MVI
Drs 15/162

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Bedingungen für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen
nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

*Kosten-Nutzen-Berechnung einer
Schienenpersonennahverkehrs-Verbindung Bernhausen-
Neuhausen auf den Fildern*

Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Untersuchung einer
Stadtbahnverlängerung von Möhringen nach Neuhausen unter
Zugrundelegung von Stuttgart 21 aus dem Jahr 2003

KlAnfr
s. *Wirtschaftlichkeit*
Drs 15/580

*Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahl-
kreis Esslingen*

Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/654

*Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf den Betrieb der S-
Bahn-Linie S 1 nach Kirchheim unter Teck und auf die S-Bahn-
Stationen im Raum Kirchheim unter Teck*

Darlegung o.g. Auswirkungen, Bewertung der Aussagen im
Schlussbericht zum zweiten Stresstest von SMA und Partner
AG, Gewährleistung der Durchbindung der S 1 von Kirchheim
nach Herrenberg?

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/771

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Göppingen

Auswirkungen der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm auf die Ka-
pazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer
Weiterführung der S-Bahn in den LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/808

*Zu erwartende Auswirkungen des Projekts „Stuttgart 21“ auf die
Regio-S-Bahn Donau-Iller*

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/822

S-Bahn auf der Kandertalstrecke Haltingen-Kandern

Beurteilung der einbezogenen Parameter und Ergebnisse
einer Vorstudie zu einer standardisierten Kosten-Nutzen-
Untersuchung zur Kandertal-S-Bahn sowie der optionalen Aus-
schreibung der Nahverkehrsgesellschaft BW von 2009; notwen-
dige weitere Schritte zur Verbesserung des öffentlichen Nahver-
kehrs im Kandertal

KlAnfr
s. *Kandertalbahn*
Drs 15/984

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlänge-
rung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flug-
hafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung
der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahn-
führung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf
den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-
Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im
Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1992

Ein S-Bahn-System für die Region Donau-Iller

Planungsstand, Finanzierungsbedarf und Zeitperspektive für die
Realisierung des o.g. Projekts; Höhe und Träger der Kosten für
Planung, Bau und Betrieb; Berücksichtigung des Betriebs in den
Ausschreibungen für den SPNV ab 2016

KlAnfr Martin Rivoir SPD 12.07.2012 und Antw MVI Drs
15/2084

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems in der Region Donau-Iller

Ausbaukonzept, Zeitplan und Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems Donau-Iller, insbes Betriebskosten des geplanten und aktuellen Nahverkehrssystems sowie Kosten des Infrastrukturausbaus

KlAnfr
s. *Donau-Iller-Nahverkehrsverbund*
Drs 15/2987

Breisgau-S-Bahn 2020

Abweichungen der „abgespeckten“ Version vom ursprünglichen Konzept; Abstimmung der Planung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF); Finanzierung; Elektrifizierung der Bahnstrecken ins Elztal und nach Breisach sowie der Höllentalbahn Neustadt - Donaueschingen; Stand der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/3125

Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 und der S 2

Bedeutung, Finanzierung und Kosten-Nutzen-Verhältnis der Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 zum Flughafen und der S 2 nach Neuhausen/Filder

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3171

Lärm- und Erschütterungsschutz für Leinfelden-Echterdingen

Umgang mit den zu erwartenden zusätzlichen Belastungen durch Lärm und Erschütterung aufgrund der Nutzung der S-Bahn-Gleise zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen durch die Gäubahn; Schutzmaßnahmen; Vorschläge und Finanzierung

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3204

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschreitende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Erster Schritt zur Verwirklichung des S-Bahn-Systems in Ulm

Umsetzung und Zeitplan der Ausschreibung zur Durchbindung der Strecke Weißenhorn-Ulm nach Blaubeuren iRd S-Bahn-Systems in Ulm; Vertragsgrundlage für veralteten Fahrzeugeinsatz auf der Strecke Blaubeuren-Ulm

KlAnfr Jürgen Filius GRÜNE 22.05.2013 und Antw MVI
Drs 15/3533

Mögliche Weiterführung der S-Bahn Stuttgart in den Enzkreis

Fahrplantechnische und bauliche Auswirkungen einer möglichen Erweiterung der Linie S 5 der S-Bahn Stuttgart von Bietigheim-Bissingen über Vaihingen/Enz nach Mühlacker sowie Bewertung alternativer Verkehrskonzepte

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.11.2013 und
Antw MVI Drs 15/4309

Regio-S-Bahn Donau-Iller

Zeitplan zur Realisierung der „Regio-S-Bahn Donau-Iller“; Sachstand bezüglich der Finanzierung und Anbindung der Haltestelle Aulendorf an die S 7

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 23.01.2014 und Antw MVI
Drs 15/4643

Barrierefreiheit für die S-Bahnhöfe Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen

Barrierefreier Ausbau der S-Bahnhöfe Esslingen-Zell und Esslingen-Oberesslingen, insbes finanzielle Trägerschaft, Planungen und erwartete Kosten

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/4726

Warnsignalton in S-Bahnen

Auftreten technischer Probleme bei den S-Bahnen der Baureihe ET 430; Streckeneinsatz dieser S-Bahn-Züge; Beschwerden von Fahrgästen über die Lautstärke des Warntons beim Öffnen und Schließen der Türen; EU-rechtliche Vorgaben für akustische Warnsignale beim Öffnen oder Schließen von Fahrgasttüren

KlAnfr Nicole Razavi CDU 04.06.2014 und Antw MVI Drs
15/5299

Finanzierung der Erweiterung der S 2 und U 6

Förderung der Finanzierung der S-Bahn- und Stadtbahnerweiterungen S2 und U6 durch Bund, Land und die Region Stuttgart

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 14.07.2014 und Antw
MVI Drs 15/5482

Situation und Perspektiven der S-Bahn in der Region Stuttgart

Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Auslastung und Attraktivität der S-Bahn; Abfertigungskapazität am S-Bahn-Bahnhof am Stuttgarter Hauptbahnhof; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart-Ulm auf den S-Bahn-Verkehr; Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur; finanzielle Förderung eines verbesserten Lärmschutzes auf den Fildern

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 06.10.2014 und
Antw MVI Drs 15/5816

Angebotsverbesserungen im Teilnetz 8 der Ortenau S-Bahn

Erwartete Verbesserung des Angebots im Teilnetz 8 der Ortenau-S-Bahn durch Neuvergabe; Mehrkosten aufgrund der Angebotsverbesserung und neuer Strecken

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6271

Unfallträchtige S-Bahn-Haltestellen und Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Verband Region Stuttgart und der Deutschen Bahn (DB) über die Erhöhung der Bahnsteige im S-Bahn-Netz Stuttgart; Forderung der „Spaltüberbrückung“ in der Ausschreibung für neue S-Bahn-Züge; Nutzung mitgeführter Rampen als Einstiegshilfe; Warnhinweise am Bahnsteig

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/6335

Aktuelle Diskussion um die Hermann-Hesse-Bahn und eine Verlängerung der S-Bahn-Linie 6 bis Calw

Ergebnis der Standardisierten Bewertung der geplanten Hermann-Hesse-Bahn im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur; Bewertung des Vorschlags bezüglich einer Verlängerung der S-Bahn-Linie 6 in den Raum Calw

KlAnfr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/6476

Kompromiss zur Hermann-Hesse-Bahn

Sachstand und Zeitplan des Stufenkonzepts für die Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn zwischen Calw und Renningen

KlAnfr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/7193

Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Schienenpersonenverkehr (SPNV) durch die Umstellung auf European Train Control System (ETCS)

Sachstand zu Änderungsaufwand und Kosten für die Umstellung von Fahrzeugen des Schienenpersonenverkehrs auf das European Train Control System (ETCS); Gründe und Auswirkungen der vorzeitigen Linienbeendungen im Bereich der S-Bahn Stuttgart

Antr

s. *Eisenbahninfrastruktur*

Drs 15/7642

Bau neuer S-Bahnen für den Umstieg von Autofahrern auf öffentliche Verkehrsmittel

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 70 73 74

Verweisung auf die Kostensteigerungen bei der S 60 zwischen Böblingen und Remmingen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 369 370

Plädoyer für eine Trennung von Fernverkehr und S-Bahn-Verkehr im Falle der Anbindung der Gäubahn an den Flughafen

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2008 2010

Schönau*Ausbau der Landesstraße 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf*

Beurteilung der Schäden auf der L 536 und der Verkehrssicherheit; Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung des Vorhabens

KlAnfr

s. *Landesstraße 536*

Drs 15/578

Priorisierungskriterien für die Landesstraße 536

Priorisierungskriterien im Anhörungsentwurf „Maßnahmenplan Landesstraßen“; Planungsstand und Chancen auf Baubeginn für den Ausbau der L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

KlAnfr

s. *Landesstraße 536*

Drs 15/2094

Aktueller Stand - Ausbaumaßnahme zur Landesstraße L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

Einstufung der geplanten Straßensanierungsmaßnahmen in der Priorisierungsliste des Landes; Kosten und Zeitplan der Maßnahmen

KlAnfr

s. *Landesstraße 536*

Drs 15/7645

Schönbuch*s.a. Schönbuchbahn**Windkraftstandorte im Naturpark Schönbuch*

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/1796

Schönbuchbahn*Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen*

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flughafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“; Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr

s. *Flughafen Stuttgart*

Drs 15/1992

Schonach im Schwarzwald*Lehrerversorgung an den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises*

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich; Unterrichtsversorgung an der Dom Clemente Schule in Schonach im Schwarzwald und der Josef-Hebting-Schule in Vöhrenbach

KlAnfr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/6863

Schonzeit*s. Jagdzeit***Schopfheim***Kultusministerin schließt Schopfheimer Berufskolleg II im Alleingang*

Bedeutung und Einzugsbereich des Schulstandorts Gewerbeschule Schopfheim, Gründe für die Ablehnung der Einrichtung des bereits genehmigten Berufskollegs II ohne Abstimmung mit den Betroffenen vor Ort

Antr

s. Berufskolleg

Drs 15/2442

Verlosung von G9-Plätzen am Theodor-Heuss-Gymnasium Schopfheim

Anmeldesituation und Losverfahren um die G9-Plätze am Theodor-Heuss-Gymnasium Schopfheim, insbes Vorgehen des Regierungspräsidiums Freiburg

Antr

s. Gymnasium

Drs 15/3769

Schorndorf*Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf*

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. Stuttgart 21

Drs 15/806

L 1148 Ortsumfahrung Miedelsbach

Bewertung der Dringlichkeit und Entlastungswirkung des o.g. Projekts; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität

KlAnfr

s. Landesstraße 1148

Drs 15/893

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr

s. Schurwald

Drs 15/1169

Perspektive und Nutzung der Geothermie in BW

Entwicklung der installierten Erdwärmesonden und geothermischen Gebäudeheizungen in den letzten fünf Jahren, Auswirkun-

gen der Schadensfälle in Staufen, Schorndorf und Leonberg auf die Akzeptanz der Technologie, Erfahrungen mit den geänderten Anforderungen

GrAnfr

s. Geothermische Energie

Drs 15/1607

Ortsumfahrung Miedelsbach - Landesstraße (L) 1148

Aktueller Planungsstand und Zeitplan des Baus der Ortsumfahrung Miedelsbach der Landesstraße 1148

KlAnfr

s. Straßenbau

Drs 15/3757

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis Schorndorf

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Wahlkreis Schorndorf, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr

s. Bauleitplanung

Drs 15/4263

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorndorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. Überschwemmungsgebiet

Drs 15/4804

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr

s. Steueraufkommen

Drs 15/6391

Schramberg*Maßnahmen gegen Verkehrsbelastungen der Schramberger Talstadt*

Priorität der o.g. Talstadtdumfahrung im Zuge der B 462 und weiterer Ortsumfahrungen im Landkreis Rottweil; Beurteilung der bisher eingerichteten Umweltzonen in Kommunen landesweit; Bewertung einer beabsichtigten Umweltzone in der gesamten Schramberger Talstadt als ungeeignet und unverhältnismäßig durch den Gemeinderat der Stadt Schramberg

KlAnfr Rita Haller-Haid u.a. SPD 24.11.2011 und Antw MVI Drs 15/915

Einrichtung einer Umweltzone in Schramberg

MdlAnfr 8) Rita Haller-Haid SPD 16.07.2012 Drs 15/2089
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2479 2480

Schrebergarten

s. Kleingarten

Schreiben*Verbindliches Erlernen der Schreibrschrift*

Auflistung der Schulstandorte zur Erprobung der vom Grundschulverband entwickelten Grundschrift als Alternative zu den aktuell gelehrtten Schreibrschriften; Vergleich der jeweiligen Leserlichkeit, Rechtschreibung, Flüssigkeit und Entwicklung der Feinmotorik der Grundschüler; Dauer der Erprobungsphase; Beurteilung der Problematik eines Schulwechsels sowie der kritischen Stimmen aus der Lehrerschaft

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/567

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.11.2011 Drs 15/1300 S. 15

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Alphabetisierung in BW

Ursachen und Daten zur Entwicklung der Alphabetisierung in BW und im Ländervergleich; Ausgestaltung und Teilnehmerzahlen der Alphabetisierungsangebote

Antr

s. *Analphabetismus*

Drs 15/2982

Alphabetisierung ernst nehmen - Förderangebote in BW

Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten; Zielsetzung der seit 2011 eingeleiteten Fördermaßnahmen; Teilnahme finanziell benachteiligter Personen an den Alphabetisierungskursen; Qualitätssicherung der Förderkurse und Qualifizierung der Dozenten; Höhe der jährlichen Fördermittel

Antr

s. *Analphabetismus*

Drs 15/4169

Erlernen einer Grundschrift

Erprobung der Grundschrift an ausgewählten Grundschulen seit 2011; Rückmeldungen vonseiten der Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern; Erkenntnisse der Experten; Auswirkungen der Grundschrift auf die Rechtschreibung; Berücksichtigung der Erkenntnisse der Erprobungsphase in den neuen Bildungsplänen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 04.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5434

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.01.2015 Drs 15/6496

S. 8-10

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Alphabetisierungsoffensive in BW

Sachstand zur Entwicklung der Alphabetisierung in BW, insbes Zahlen der Analphabeten, Maßnahmen und Initiativen zur Alphabetisierung und deren Finanzausstattung, Ergebnisse des Impulsprogramms für Alphabetisierung

Antr

s. *Analphabetismus*

Drs 15/6569

Schreibfähigkeit

s. *Schreiben*

Schreibrschrift

s. *Schreiben*

Schreiner, Felix MdL CDU*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5309

Schriesheim*Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum - Wahlkreis Weinheim*

Höhe der bewilligten ELR-Mittel für private, privat-gewerbliche und kommunale Vorhaben im Wahlkreis Weinheim; Aufstellung der geförderten Projekte nach Gemeinden; Umfang der Gesamtinvestitionen; Weiterentwicklungsperspektive in Schriesheim-Altenbach; künftige Förderungswürdigkeit der ländlichen Gebiete an der Bergstraße nach den ELR-Kriterien

KlAnfr

s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*

Drs 15/2380

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr

s. *Online-Netzwerk*

Drs 15/2476

Schrift

s. *Schreiben*

Schriftgut

s.a. *Buch*

s.a. *Krankenunterlagen*

s.a. *Veröffentlichung*

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich

derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr

s. *Untersuchungsausschuss*

Drs 15/1186

Schriftsteller

s. *Autor*

Schrott

Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Auswirkungen der o.g. Neuordnung für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und die Betriebe der Stahl- und Metallrecyclingwirtschaft, Darlegung der Verwertungswege der von gewerblichen Sammlungen erfassten Metallabfälle, Erweiterung des Einsatzes der kommunalen Wertstofftonnen auf den kleingewerblichen und handwerklichen Bereich?

Antr

s. *Abfallwirtschaft*

Drs 15/191

Kreislaufwirtschaft und Einführung der Wertstofftonne im Land
Derzeitige und angestrebte Quote der stofflichen und energetischen Verwertung von Glas, Papier, Kunststoffen, NE-Metallen, Elektroschrott und Bioabfällen; Ziele und Auswirkungen der Einführung der Wertstofftonne auf die Wiederverwertungsquote und Abfallgebühren je Abfallzweckverband; Bewertung der Möglichkeit einer gemeinsamen Erfassung (und Trennung) von Wertstoffen und Restmüll; Anstreben einer hohen Rücklaufquote von Energiesparlampen, Batterien und Altakkus sowie Elektronikschrott; Änderungsbedarf bei der Novellierung des KreislaufwirtschaftsGes

GrAnfr

s. *Abfallwirtschaft*

Drs 15/532

„Entsorgungskonzeption des Landes für Solar- und Windenergieanlagen in BW“

Energieausbeute aus o.g. Anlagen seit 2002; wirtschaftliche Nutzungsdauer von alten und neuen Anlagen, insbes nach Auslaufen der 20-jährigen Einspeisevergütung; Zahl und Materialmasse von ausgedienten Anlagen, Art und Anteil von wiederverwertbaren und gefährlichen Stoffen, Kosten von Abbau und Entsorgung; Bewertung der Anforderungen an die Umsetzung der anstehenden Novelle zur Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall-Richtlinie; Erarbeitung der o.g. Konzeption mit Vertretern aus Forschung, Industrie, Handel und Handwerk

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 15/1698

Kreislaufwirtschaftsgesetz und seine Auswirkungen auf Schrotthändler

Wirtschaftliche Auswirkungen der Andienungspflicht des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf Schrotthändler und Schrottplatzbetreiber; Genehmigung und Kosten bezüglich des Anzeigeverfahrens für Sammlungen

KlAnfr

s. *Kreislaufwirtschaftsgesetz*

Drs 15/4005

Drohender Entsorgungsnotstand infolge knapper Verbrennungskapazitäten?

Sachstand zu Verbrennungspreisen und Auslastung inländischer Verbrennungsanlagen; Ermöglichung einer zeit- und ortsnahe Entsorgung von Sortier- und Schredderrückständen aus der Schrottaufbereitung

KlAnfr

s. *Feuerungsanlage*

Drs 15/7370

Schrottauto

s. *Altfahrzeug*

Schrottfahrzeug

s. *Altfahrzeug*

Schrottsammlung

s. *Schrott*

Schrozberg

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr

s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*

Drs 15/5033

Schüler

s.a. *Abiturient*

s.a. *Ausbildungsverkehr*

s.a. *Ausländischer Schüler*

s.a. *Jugendleiter*

s.a. *Schulanfänger*

s.a. *Schulklasse*

s.a. *Versetzung von Schülern*

Der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ sieht das baden-württembergische Schulwesen gut aufgestellt

Bewertung bzw Umsetzung der Handlungsempfehlungen nach dem Abschlussbericht des o.g. Gremiums, Frage nach Erkenntnissen über die Erfolgsaussichten der angekündigten Gemeinschaftsschule sowie nach einer wissenschaftlichen Begleitung dieser Schulart; Festhalten an der Verantwortung für die Schulpolitik, Weiterentwicklung des differenzierten Schulsystems

Antr

s. *Schule*

Drs 15/75

Vorhaben der LReg für Änderungen im allgemeinbildenden Gymnasium

Ermöglichung unterschiedlicher Züge mit differenzierter Schulzeit bis zur allgemeinen Hochschulreife an den o.g. Gymnasien, Rahmenbedingungen für die angekündigte Verteilung des Stoffs der Klassen 5 und 6 auf drei Klassen auf der Grundlage des geltenden Bildungsplans, Auswirkungen für die betroffenen Schüler und Mindestschülerzahlen, zusätzlicher Ressourcenbedarf und Zeitplan für die Umsetzung des Vorhabens

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/266

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Berufsoberschulen bedarfsgerecht ausbauen und Anspruch auf einen Schulplatz garantieren

Mittlg LReg
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/338

Berufsorientierung in den Schulen

Darstellung o.g. Angebote nach Schularten und Klassenstufen; Verankerung in den Bildungsplänen, in der Lehreraus- und -fortbildung sowie in der Selbst- und Fremdevaluation; einbezogene externe Partner wie Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen; verfügbare Handreichungen für die Schulen; Ausbau von Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Jungen für nicht geschlechtstypische Berufe; Informationsangebote von Vereinen für Hochbegabte und Studienmöglichkeiten; Erkenntnisse über Berufspraktika von Schülern in Eigeninitiative

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/357

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Bedeutung einer differenzierten Lehrerbildung für das gegliederte Schulwesen; Zusammensetzung, Arbeitsauftrag und Zeitplan der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK; Einbindung von Verbänden, Institutionen u.a. Experten; verfügbare Kompetenzen einer Lehrkraft zum gleichzeitigen Fördern und Fordern von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern im gemeinsamen Unterricht der Gemeinschaftsschule; Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/360

Ungewisse Rahmenbedingungen für die verbindliche Grundschulempfehlung zum kommenden Schuljahr

Folgewirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, einbezogene Fächer und Kompetenzen des einzelnen Schülers in die künftige Empfehlung; Entwicklung eines Leitfadens und einer Fortbildungskonzeption für die Lehrkräfte für das Beratungsgespräch mit den Eltern; Umgang mit einem von der verbindlichen Grundschulempfehlung abweichenden Elternwillen zum Schuljahr 2011/12

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/382

Das ehrenamtliche Engagement der Schüler stärken

Entwicklung und Förderung des sozialen oder karitativen Engagements von Schülern innerhalb und außerhalb der Schule, z.B. als Jugendbegleiter, Schulsanitäter, Streitschlichter oder Hausaufgabenbetreuer; Einführung eines Wahlpflichtfachs „Ehrenamt“ als Teil des Schulcurriculums; Erfahrungen aus anderen BLändern; Ausrichtung des Konzepts für die Ganztagschulen auf eine stärkere Förderung von Sozialkompetenz, ehrenamtlichem Engagement und gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/405

Grün-rote Schulmodelle schaffen Schüler zweiter Klasse

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 15/13 S. 498

Einführung der Kompetenzanalyse durch die Kultusministerin im „Hau-Ruck-Verfahren“

Bewertung der seit 2008 eingeführten „Kompetenzanalyse Profil AC“ zur Erkennung der für die Ausbildungsreife erforderlichen überfachlichen Potenziale der Schüler; Ausgestaltung der kurzfristig vorgesehenen Übertragung auf die Realschulen; Kommunikation gegenüber den Eltern, Schülern und Schulträgern; Vorbereitung und Entlastung der beteiligten Lehrkräfte

Antr
s. *Kompetenz*
Drs 15/960

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung der Bildungsangebote und Berufsorientierung; Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC; Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule und vom/zum (beruflichen) Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss; Zuweisung von zusätzlichen Lehrkräften und Pädagogischen Assistenten, insbes zum Ausbau der Ganztagsbeschulung

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Das Konzept der „Unverbindlichen Grundschulempfehlung“ bleibt unklar

Zeitplan der Einführung, organisatorische Ausgestaltung und Zielgenauigkeit des Qualifizierungskonzepts für die Grundschullehrkräfte zur Vorbereitung auf das ausschließlich beratende Elterngespräch; Bereitstellung von Entlastungsstunden für diese Lehrkräfte und der notwendigen zusätzlichen Ressourcen an den Realschulen und Gymnasien für die dort ansteigenden Schülerzahlen; Zuweisung neuer Aufgaben für die Lehrer an den Haupt- und Werkrealschulen wegen des dortigen Schülerrückgangs; Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Auseinanderklaffens der Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und -fernen Schichten

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/1167

Zweijährige Berufsfachschule - eine Schulart ohne Zukunft?

Darstellung der Schülerzahlen seit 2002, Wertschätzung der Absolventen von den Ausbildungsbetrieben, Bewertung der Kooperation mit der Werkrealschule im zehnten Schuljahr vonseiten der Wirtschaft und des Berufsschullehrerverbands, Auswirkungen des Wegfalls der Kooperation auf die Schülerzahlen und die beruflichen Schulstandorte insbes im ländlichen Raum; Fortführung der verpflichtenden Kooperation mit der Werkrealschule

Antr

s. *Berufsfachschule*

Drs 15/1196

Mittlerer Bildungsabschluss - der Regelabschluss im differenzierten Bildungswesen in BW

Zahl der Absolventen mit o.g. Abschluss seit 2002 erworben an der Realschule, am Gymnasium, an der Werkrealschule, der zweijährigen Berufsfachschule, der Berufsaufbauschule, der Abendrealschule und auf anderen Wegen

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/1247

Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien

Entwicklung von Bedarf und Nachfrage sowie der Mittelbereitstellung für die o.g. Betreuung seit Einführung des G 8, Umfang des Engagements von älteren Schülern, Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln und Lehrerwochenstunden bei einer Einbindung in ein Ganztagskonzept, Ausweitung der Hausaufgabenbetreuung auf die Realschulen?

Antr

s. *Hausaufgaben*

Drs 15/1248

Die Realschule - eine vom Kultusministerium benachteiligte Schulart

Vergleich der Ausstattung der Realschulen und Gemeinschaftsschulen mit Personal und Sachmitteln, Verteilung und Einsatz der zusätzlichen 200 Lehrerstellen, Maßnahmen zur individuellen Förderung der Realschüler, Ausstattung der Realschulen mit einem den Gemeinschaftsschulen gleichwertigen Ergänzungsbereich

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/1294

Schülertourismus an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze

Umgang mit dem gewünschten Übergang von Schülern auf weiterführende Schulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung in BW, Bedeutung des jeweiligen Wohnsitzes, Frage nach möglichen Anmeldungen an einem Gymnasium auch mit einer Hauptschulempfehlung sowie nach einem Dialog mit den benachbarten Bundesländern

Antr

s. *Schullaufbahneempfehlung*

Drs 15/1313

Qualitätsverfall in den Werkrealschulen - zu Lasten von Schülern, Lehrern, Schulträgern und dem Bildungsstandort BW

Auswirkungen des Hauptschulabschlusses in der zehnten Klasse auf die Lehrpläne der Haupt- und Werkrealschule; Umsetzung des angekündigten pädagogischen Konzepts und der Berufsorientierung in Klasse 10 der Werkrealschule, Vorbereitung der Lehrkräfte auf den „binnendifferenzierten Unterricht“ in den

heterogen zusammengesetzten 10. Klassen; Auswirkungen der Veränderungen auf die eingesetzten Lehrdeputate, Frage nach der Verwendung der eingesparten Mittel

Antr

s. *Werkrealschule*

Drs 15/1314

Leistungsanspruch an der sogenannten Gemeinschaftsschule?

Ausstattung der o.g. Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zur Unterrichtung und individuellen Förderung von leistungsschwachen und -starken Schülern nach einem „Patchwork-Lehrplan“ aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium; Frage nach Zwangsversetzungen von Lehrern mit Gymnasiallehrausbildung; Unterstützung von Schülern mit Behinderung; Gründe und Auswirkungen des Wegfalls der Klassenwiederholung und Notengebung, Ausgestaltung der Leistungsbeurteilung, Verpflichtung der Schüler zur Wiederholung von Klasse 10 vor dem Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/1319

Übergänge von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten

Übergangszahlen in den einzelnen LKreisen auf die weiterführenden Schularten des Sekundarbereichs I nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Umfang der Aufnahme bzw der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, erwartete Zahlen von Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen im Falle eines starken Rücklaufs; Maßnahmen zur Sicherung des bisherigen hohen Leistungsniveaus der Realschulen und Gymnasien

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1617

Berufseinstiegsbegleitung fortführen und ausbauen

Erfahrungen mit dem o.g. Angebot an Schulen seit 2009, Zahl der (erfolgreichen) Teilnahmen von Schülern beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Ausbildung, Höhe und Träger der Kosten, Bewertung der Überführung der Berufseinstiegsbegleitung in den Regelleistungskatalog der Bundesagentur für Arbeit, Beteiligung an der seit April 2012 erforderlichen Kofinanzierung, Art und Ergebnisse von Gesprächen zwischen Ministerien und Institutionen zum Ausbau des Angebots

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 15/1635

Lehrerausbildung sowie Leistungsfeststellung und -bewertung an der Gemeinschaftsschule

Konzeption für die Ausbildung der Lehramtsanwärter und Referendare an Gemeinschaftsschulen, Vorbereitung für die künftige Funktion als Lernbegleiter, Frage nach den Schulwahlmöglichkeiten der Referendare sowie nach der Art ihrer Nachweiserbringung für die Unterrichtsbefähigung; Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards und Lernziele der unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Lerngruppen; Umgang mit den Schülern, die Lernziele oder Bildungsstandards nicht erreichen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/1666

Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen im LKreis Böblingen

Übergangszahlen auf die weiterführenden Schularten nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Vergleich zu den Vorjahren, Bildung von Kombinationsklassen bzw Zusammenlegungen von Klassen benachbarter Schulen aufgrund zu geringer Anmeldezahlen, Umfang der Aufnahme und der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, Zahlen von Abweichungen von der Grundschulempfehlung bzw vom Beratungsgespräch sowie von erwarteten Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1722

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Bedeutung und Förderung der Verbreitung des Russischunterrichts an allgemeinbildenden, beruflichen und privaten Schulen; Entwicklung der Zahlen von Schulen und Schülern seit 1992; Förderbeiträge von Organisationen, Vereinen, Verbänden und Stiftungen; Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr
s. *Russisch*
Drs 15/1740

Schulversuch am Realschulstandort Meckesheim

Steuerung der Schülerströme und Erhalt von Schulstandorten in der Raumschaft Elsenz-/Lobbach-/Schwarzbachtal - unter besonderer Berücksichtigung des Schulstandorts Meckesheim; Genehmigungsfähigkeit des beantragten o.g. Schulversuchs mit einem integrierten Angebot für Real- und Werkrealschüler, Zulassung auch von Entwicklungen „von unten“ neben den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1747

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemeinbildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1769

Das berufliche Übergangssystem in BW

Bewertung der Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems sowie der Teilnehmerzahlen seit 2002, Auswirkungen auf das Eintrittsalter der angehenden Auszubildenden in das duale System, Anrechnung der erworbenen Qualifikationen, geplante Veränderungen?

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1783

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKreis Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen Anmeldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschul-/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2003

Regionale Schulentwicklung in BW

Auswirkungen des Rückgangs der Schülerzahlen auf die Bildungslandschaft; Bedeutung einer regionalen Schulentwicklungsplanung in BW u.a. BLändern, Einleitung entsprechender Schritte im Austausch mit allen betroffenen Akteuren, Darstellung der Schulgrößen gegliedert nach Schultypen

Antr
s. *Schulentwicklungsplan*
Drs 15/2010

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 13 - Demografische Entwicklung der Schülerzahlen und ihre Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (Kap 0405, 0408, 0410, 0416, 0436 und 0437)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1913
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/2513
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 30.09.2014 Drs 15/5799
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5943
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Werden hochbegabte Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen vernachlässigt?

Entwicklung der Zahlen von Hochbegabten und der Förderangebote bzw Verhaltensstörungen seit 2002; Frage nach einer spezifischen Förderung an den Gemeinschaftsschulen im gemeinsamen Unterricht mit besonders lernschwachen Kindern sowie nach einer Weiterentwicklung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/2054

Wechsel von der vierten Grundschulklasse im Schwarzwald-Baar-Kreis

Anmeldezahlen zu den einzelnen weiterführenden Schulen im Vergleich zum Schuljahr 2011/2012, Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an den jeweiligen Schulen auch nach späteren Wechseln auf eine andere Schulart

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2149

Situation und Perspektiven der Schulen für Erziehungshilfe

Aufgaben, Zielgruppen, Standorte, Verweildauer und Schülerzahlen der o.g. Schulen seit 2002; personelle und sächliche Ausstattung; Planung von Änderungen und Erweiterungen, insbes im Hinblick auf die Inklusion im Bildungswesen

Antr

s. *Sonderschule*
Drs 15/2231

Fragebogen zum „Migrationshintergrund“ von Schülern
Zielsetzung des „Fragebogens an die Erziehungsberechtigten für die Erhebung des Migrationshintergrunds der Schülerinnen und Schüler“; erwarteter Nutzen für Schüler, Eltern und Lehrer; Vermeidung einer Stigmatisierung „Ausländischstämmiger“; Berücksichtigung des Landesdatenschutzgesetzes; Sprachversionen; Aufwand für die Erstellung des Fragebogens sowie für die Erhebung und Verwendung der Daten; Einbeziehung von Eltern- und Lehrerverbänden sowie von Schulträgern bei der Vorbereitung des Fragebogens

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/2728

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung
Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 15/2801

MINT-Programm „mikromakro“
Hintergründe, Durchführung und Ergebnisse des Programms „mikromakro“ zur Talentförderung von Schülern im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik); Finanzierung und weitere Planung des MINT-Programms und Vergleich mit anderen Wettbewerben aus dem MINT-Bereich

Antr
s. *Schülerwettbewerb*
Drs 15/2822

Ausbildungsverkehr - Subventionierte Tickets im Rahmen einer Weiter- beziehungsweise Fortbildung
Subventionierte Fahrkarten für Schüler in einer Fort- oder Weiterbildung, insbes Form und Höhe der Kostenbeteiligung durch das Land sowie konkrete Ausgestaltung; Unterschiede in der Fahrkostenunterstützung bei (Fach-)Hochschulstudenten und Schülern in einer Weiter- oder Fortbildung

KlAnfr
s. *Fahrkosten*
Drs 15/2925

Kennt die Landesregierung die Grundschulempfehlung wirklich noch nicht?

Stellenwert der Übergangsempfehlungen und Übergangszahlen auf weiterführende Schulen im Hinblick auf die Bildungsverläufe der Schüler; Datenerhebung und Veröffentlichung der Daten für das Schuljahr 2012/13; Abweichung der Schulanmeldungen von den Bildungsgangempfehlungen für die jeweiligen Schüler; Übergang von Schülern mit Haupt-/Werkrealschulempfehlung, Realschulempfehlung oder Gymnasialempfehlung an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schullaufbahnpfehlung*
Drs 15/2993

Übergangszahlen an die weiterführenden Schulen, insbes an die Gemeinschaftsschulen

Verteilung der Schüler mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung auf die Gemeinschaftsschulen; Schullaufbahnpfehlung der die heutigen Gemeinschaftsschulen besuchenden Schüler; vormaliger Anteil der Schüler mit Gymnasialempfehlung in den Realschulen sowie mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung in den Haupt- und Werkrealschulen; Zunahme der Heterogenität der Schulklassen an Gymnasien und Realschulen aufgrund der Abschaffung der verbindlichen Übergangsempfehlung

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3129

Förderung von Schülerinnen und Schülern mit AD(H)S

Durchführung, Evaluation und Anpassung der Fördermaßnahmen für Schüler mit Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS) oder Aufmerksamkeitsdefizitstörung (ADS) an den einzelnen Schularten sowie statistische Daten zu betroffenen Schülern

Antr
s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*
Drs 15/3195

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2003/2004; Anmeldungen für die fünften Klassen im Schuljahr 2013/2014 im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen an den Gymnasien, Haupt-, Real- und Werkrealschulen; Wechsel von Schülern mit Wohnsitz im Main-Tauber-Kreis an weiterführende Schulen in angrenzenden baden-württembergischen oder bayerischen LKreisen

KlAnfr
s. *Schulwahl*
Drs 15/3444

Schulprogramm „Roots of Empathy“ - Babybesuch im Unterricht stärkt Empathie

Bewertung des internationalen Schulprogramms; Erfahrungen bei der Umsetzung des Programms an deutschen Projektschulen; Haltung gegenüber einer Einführung an baden-württembergischen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/3463

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/3600

Finanzielle Ausstattung der Ganztags- und Schülerbetreuungen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

Einpassung der bestehenden Betreuungskonzepte des Jugendbegleiters und der ehrenamtlichen Schülerbetreuung in den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und ihre künftige Förderung; Entwicklung und finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Schülerbetreuung sowie des Jugendbegleiter-Programms seit 2003; Zahl der Jugendbegleiter und der von ihnen betreuten Schüler

KlAnfr
s. *Schülerbetreuung*
Drs 15/3619

Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren

Zahl der zu Schülermentoren ausgebildeten Schüler mit Migrationshintergrund; Anteil der Mädchen; Durchführung einer repräsentativen Datenerhebung

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3637

Anspruch und Wirklichkeit: Die Gemeinschaftsschulen und ihre Schülerzahlen

Mindestgröße und „optimale Betriebsgröße“ für Gemeinschaftsschulen und andere weiterführende Schulen; Ausnahmekriterien bei der Mindestgröße; prognostizierte Schülerzahlen und tatsächliche Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulstandorten für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Ursachen für die Abweichungen von der Prognose bzw der festgelegten Mindestgröße; Einfluss der regionalen Schulentwicklung auf die Schulstandorte; Verhinderung einer Privilegierung der Gemeinschaftsschulen auf Kosten anderer weiterführender Schulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3524

Hochbegabte im südlichen LKreiss Karlsruhe

Zahl der zwischen den Städten Ettlingen und Karlsruhe pendelnden Gymnasiasten; Angebote für hochbegabte Schüler an Ettlinger und Karlsruher Gymnasien; Förderung regionaler Schulangebote

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/3893

Cybermobbing auch in BW gezielt bekämpfen

Zahl der von Cybermobbing betroffenen Schüler; besonders gefährdete Personengruppen; Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen; Schulwechsel und schwerer wiegende Folgen von Mobbing in sozialen Netzwerken; Modelle, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing; niederschwellige Angebote an Schulen, Unterstützungsangebote von Schülern für Schüler; strafrechtliche Verfolgung von Cybermobbing, Hinweis auf Präzedenzfälle

Antr
s. *Mobbing*
Drs 15/3935

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iRd Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fort-

bildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr
s. *Verbraucherinformation*
Drs 15/3938

Sommerschulen in Karlsruhe

Beurteilung der Sommerschulen und ähnlicher Programme zur Vorbereitung von Kindern auf das kommende Schuljahr; Förderangebote an Karlsruher Schulen während der Ferienzeiten; Zahl der geförderten Kinder; Perspektive des Förderunterrichts

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4020

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreiss Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/4061

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreiss Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streit-schlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahrradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radelnder Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrserziehung*
Drs 15/4085

Gibt es ministerielle Zusagen für Gemeinschaftsschulen?

Zusagen des Kultusministeriums zur Genehmigung bzw Standortsicherung von Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der vorgegebenen Mindestschülerzahl

MdlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4105

Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Ausbildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr
s. *Berufsfachschule*
Drs 15/4140

Schülerbeförderung zu den Gemeinschaftsschulen

Auswirkungen der Einführung der Gemeinschaftsschule auf den Schülerverkehr in den einzelnen Gegenden; Verbesserungsbedarf beim Schülertransport zu den Gemeinschaftsschulen; Schaffung neuer Konzepte der Schülerbeförderung; zusätzliche Kosten für die Beförderung der Schüler zu den neuen Gemeinschaftsschulen für Eltern, Schulträger und Schulen; Berücksichtigung des Schülerverkehrs im Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule; Nutzung individueller Beförderungsangebote; zumutbare Dauer des Schulwegs

Antr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/4165

Jungen als Bildungsverlierer

Handlungsbedarf in Anbetracht der Bildungschancen von Jungen; Umsetzung einer gleichstellungsorientierten Pädagogik; Fort- und Weiterbildungen auf diesem Gebiet für Lehrer; Berücksichtigung einer entsprechenden Kompetenz bei der Einstellung von Lehrern; Anteil männlicher Pädagogen in den verschiedenen Schularten sowie männlicher Erzieher in Kindertagesstätten und Tagespflege; Motivierung männlicher Bewerber für die Berufe Lehrer und Erzieher; Förderung der Jungenarbeit im Vergleich zur Mädchenarbeit; Programme zur gezielten Förderung männlicher Schüler

Antr
s. *Jungenarbeit*
Drs 15/4174

„Jeder ist ein Held“ - Erste-Hilfe-Ausbildung in BW

Häufigkeit der Notfallmeldung „plötzlicher Herzstillstand“; Überlebenswahrscheinlichkeit bei einem „plötzlichen Herzstillstand“ mit und ohne Laienhilfe; Anteil lebensrettender Sofortmaßnahmen durch Laien nach Bundesländern, Staaten der Europäischen Union sowie OECD-Staaten; Steigerung der Erste-Hilfe-Leistung durch Laien durch Schulung der Bevölkerung; Nutzen der „Woche der Wiederbelebung“; Einführung eines Schulsanitätsdienstes und eines jährlichen Erste-Hilfe-Trainings für die Schüler an weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz

Antr
s. *Lebensrettung*
Drs 15/4239

Kosten der Inklusion an Schulen

Teilnahme von Schülern mit Behinderung am integrativen Unterricht; Anzahl der Schüler in den vergangenen fünf Jahren; voraussichtliche Schülerzahl bei Erreichung der Endstufe des Inklusionsprozesses im Jahr 2018; Anzahl der durchschnittlich pro Schüler veranschlagten sonderpädagogischen Wochenstunden;

darüber hinausgehender Bedarf an einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsangebot z.B. für seelisch beeinträchtigte Schüler; Höhe der pro behindertem Kind für den gemeinsamen Unterricht veranschlagten Kosten; Kostenträger auf Landes- und Bundesebene; Verteilung der Sach- und Personalmittel; Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/4268

Grundschulleitern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4271

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr
s. *Milch*
Drs 15/4349

Ernährungsführerschein in BW

Umsetzung des Unterrichtskonzepts des aid-Ernährungsführerscheins in BW; gesellschaftliche Unterstützung des Konzepts; Lehrerfortbildung; Inhalte des Unterrichtskonzepts; sächliche Voraussetzungen für eine Umsetzung; flächendeckende Einführung des aid-Ernährungsführerscheins

Antr
s. *Ernährungsweise*
Drs 15/4372

Unterstützung von psychisch kranken Schülerinnen und Schülern in der Ausbildung

Angebot an unterstützenden Hilfen für psychisch kranke Schüler in BW sowie bewilligte Unterstützungsleistungen in regionaler Aufschlüsselung; Umsetzung der Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung; Qualifikation von Schulassistenten

Antr
s. *Psychisch Kranker*
Drs 15/4390

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen

len; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015
Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/4631

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4895

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Gymnasien

Übergang von Schülern allgemeinbildender Gymnasien auf andere weiterführende Schularten während des Schuljahrs; Zusammensetzung der Schülerschaft an allgemeinbildenden Gymnasien seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Gymnasiasten; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Gymnasien im

nationalen Vergleich

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4961

Inklusion im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umsetzung der Inklusion in den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises in den vergangenen Schuljahren; Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Erreichung eines Schulabschlusses; Berücksichtigung des integrativen Unterrichts bei der Lehrerbildung

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5013

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Realschulen

Übergang von Realschülern auf andere weiterführende Schularten seit dem Schuljahr 2009/2010; Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und auf die Wechselbereitschaft von Schülern der unteren Klassen; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Realschüler; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Realschulen durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Realschulen im nationalen Vergleich

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5019

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis 2014

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 30.04.2014 und Antw KM Drs 15/5136

Die Entwicklung der Privatschulen in BW

Entwicklung der Anzahl der Privatschulen in BW und deren Anmelde- und Schülerzahlen

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/5251

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5322

Unterrichtsbeginn während der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Organisatorischer Aufwand und Umsetzbarkeit eines späteren Schulbeginns in Anbetracht fester Busverbindungen, fehlender Betreuungsmöglichkeiten für jüngere Schüler durch deren Eltern sowie der Notwendigkeit, den ausgefallenen Unterricht nachzuholen; Zulässigkeit eines späteren Unterrichtsbegins bei weiteren sportlichen Großereignissen wie z.B. den Olympischen Spielen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/5324

Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Lese-Rechtschreibschwäche

Zahl der Grundschulschüler mit besonderem Förderbedarf beim Lesen und bei der Rechtschreibung; Diagnose der Lese-Rechtschreibschwäche; Förderkonzepte und individuelle Förderung innerhalb und außerhalb des Regelunterrichts an den Grundschulen; Finanzierung der Fördermaßnahmen vonseiten der Staatlichen Schulämter; Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/5354

Wirtschaftskompetenz stärken - Schülerfirmen unterstützen

Bedeutung von Schülerfirmen bei der Vermittlung und Aneignung von Wirtschaftskompetenz in der Sekundarstufe; statistische Angaben zu den in den letzten fünf Jahren gegründeten Schülerfirmen; Bewertung der vorhandenen Förderprogramme; Unterstützung und Anerkennung der sich unternehmerisch betätigenden Schüler und der sie begleitenden Lehrer; Hilfestellung der Schüler- und Juniorfirmenberatungsstelle der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie weiterer Kammern oder Unternehmen

Antr
s. *Unternehmensgründung*
Drs 15/5451

Schülerzahlen im LKreis Schwäbisch Hall

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Entwicklung der Schülerzahlen anhand der Geburtenzahlen ab 2010 in den kommenden zehn Jahren

KIAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 29.07.2014 und Antw
KM Drs 15/5567

Unterkunftskosten von Berufsschülern

Umsetzung der Empfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ zur Drittelbeteiligung des Landes an den Kosten der Unterbringung zur Beschulung an Landes-, Landesbezirks- und Bezirksfachklassen; Änderungen der Wohnheimfinanzierung, insbes Übernahme der „bayerischen Lösung“

Antr
s. *Wohnheim*
Drs 15/5584

Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrerberdarf, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr Georg Wacker u.a. CDU 18.08.2014 und Stellungnahme
KM Drs 15/5636

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse

KIAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/5681

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen, insbes Anmeldungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschulempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwanderkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KIAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 15/5750

Fehlzeiten an den Schulen in BW

Reduzierung der Fehlzeiten von Schülern an staatlichen und privaten Schulen; Hinweis auf Fehlzeiten in Schulzeugnissen; Schulanmeldung von Kindern, um Kindergeld zu beziehen; schulrechtliche Möglichkeiten einer Sanktionierung hoher Fehlzeiten

Antr
s. *Schulbesuch*
Drs 15/5769

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr
s. *Medienkompetenz*
Drs 15/5812

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals, Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr

s. *Informationstechnische Bildung*

Drs 15/5814

Will der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Noten abschaffen?

Haltung zur Notengebung in der Schule; öffentliche Meinung zur Abschaffung der Notenvergabe; Fachdiskussion über die Notenvergabe und über Alternativen zu Ziffernnoten; Funktion der Noten; Unterschiede zwischen Ziffernnoten und verbalen Leistungsbeschreibungen; Erprobung alternativer Leistungsbewertungen an Gemeinschaftsschulen und Grundschulen; Akzeptanz und Vergleichbarkeit alternativer Leistungsbewertungen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/5883

Werden die Sonderschullehrer an den Sonderschulen abgezogen?

Entwicklung der Anzahl der Stellen für Sonderschullehrer an Sonderschulen, insbes Neueinstellungen, Wiederbesetzungen, Übertragungen der Deputate an Regelschulen; Entwicklung der Schülerzahl an Sonderschulen, Abweisungen von Schülern mit diagnostiziertem Förderbedarf an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Sonderschullehrer*

Drs 15/5884

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr

s. *Schulweg*

Drs 15/6081

Sicherheitsbestimmungen in Bussen zur Schülerbeförderung

Sicherheitsstandards für die Schülerbeförderung im Linienbus- und im Schulbusverkehr; Zulässigkeit von Stehplätzen im Schulbusverkehr; Bereithaltung eines ausreichenden Sitzplatzangebots beim Transport von Schülern; Schulung der Busfahrer in der Schülerbeförderung

KlAnfr

s. *Ausbildungsverkehr*

Drs 15/6259

Das Wahlverfahren zum Landesschülerbeirat

Wahlbeteiligung bei den bisherigen Wahlen zum Landesschülerbeirat; Zustellung der amtlichen Einladung an die Wahlberechtigten; Erleichterung der Teilnahme an den Wahlen durch Fahrkostenerstattung und Freistellung vom Unterricht; Nutzung eines alternativen Wahlverfahrens wie der Online-Wahl; bildungspolitisches Mandat sowie Rechte und Pflichten des Landesschü-

lerbeirats

Antr

s. *Mitwirkung im Schulwesen*

Drs 15/6319

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/6337

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6339

Die Kosten pro Schülerin bzw Schüler - hat die Opposition sich verrechnet?

Höhe und Zusammensetzung der im Bildungsfinanzbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes pro Schüler angesetzten Gesamtkosten; Höhe der an weiterführenden Schulen durchschnittlich pro Schüler anfallenden Personalkosten; Kostenunterschiede bei den verschiedenen weiterführenden Schularten; Höhe des im aktuellen Haushaltsentwurf veranschlagten Personalkostenanteils pro Schulart; Höhe und Zusammensetzung des Sachkostenbeitrags pro Schüler seit 2005

Antr

s. *Schulfinanzierung*

Drs 15/6379

Schülerzahlen für die Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfeldern und Schwörstadt

Eingangsklassen, Übergangszahlen und Grundschulempfehlungen für weiterführende Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfeldern und Schwörstadt

KlAnfr Felix Schreiner CDU 12.03.2015 und Antw KM Drs 15/6598

Schüler- und Anmeldezahlen an Schulen des Ostalbkreises

Entwicklung der Schülerzahlen und Höhe der Anmeldungen für die Real- und Gemeinschaftsschulen und die Privatschule für das Schuljahr 2015/2016 im Ostalbkreis

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 08.04.2015 und Antw KM Drs 15/6713

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2015/2016 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich der letzten drei Schuljahre; Gründe für die Verän-

derung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9; Entwicklung der Schülerzahlen nach der aktuellen Schülerzahlvorausberechnung

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.05.2015 und Antw KM Drs 15/6906

Anmeldezahlen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulstandorten

Sachstand zur Schülerzahlprognose und der Entwicklung der Anmeldezahlen für die Klassenstufe fünf der baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen je Standort seit deren jeweiliger Einrichtung; Vornahme bzw Verzicht auf Klassenausgleiche an benachbarten Standorten; Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7302

Lehrkräfte und Schüler an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11

Statistik zu Lehrkräften und Schülern an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11, insbes Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen, Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte, bereitgestellte Deputate, feste Krankheitsvertretungsreserven

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/7798

Verbesserungen im Bereich der Ersten Hilfe in und durch Schulen

Sächliche und personelle Ausstattung für medizinische Notfallmaßnahmen an den Schulen des Landes; Sachstand zur theoretischen und praktischen Unterweisung von Schülern in Erste-Hilfe-Maßnahmen an den Schulen

KlAnfr
s. *Lebensrettung*
Drs 15/8060

Umsetzung von Chancengerechtigkeit und individueller Förderung aller Schüler, Erhaltung der vom Schülerrückgang betroffenen Schulstandorte mit den Gemeinschaftsschulen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 23 24

Umsetzung von Chancengerechtigkeit und individueller Förderung aller Schüler, Sicherstellung der Ausbildungsreife der Schulabgänger

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1382 1384-1392 1394-1397 1439 1440

Ermöglichung der optimalen Förderung aller Schüler, Einführung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1717-1731

Schüleraustausch

Staatsbesuch in Rumänien

Vorhandene und weitere Städtepartnerschaften und Jugendaustauschprojekte, gemeinsame Leader-Projekte iRd Donaupraumstrategie, Aufbau einer dualen Berufsausbildung mit Seniorexperten, Unterstützung bei der Stärkung von Verwaltungsstrukturen und bei der Geodäsie; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung

Antr

s. *Rumänien*
Drs 15/682

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Bedeutung und Förderung der Verbreitung des Russischunterrichts an allgemeinbildenden, beruflichen und privaten Schulen; Entwicklung der Zahlen von Schulen und Schülern seit 1992; Förderbeiträge von Organisationen, Vereinen, Verbänden und Stiftungen; Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr
s. *Russisch*
Drs 15/1740

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Landeseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2786

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr
s. *Palästinensische Gebiete*
Drs 15/4365

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn

Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6966

Schüleraustausch zwischen USA/Kanada und BW

Sachstand zum Schüleraustausch zwischen BW und den USA sowie Kanada, insbes Teilnehmerzahlen, Einbindung in die Schullaufbahn

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 14.10.2015 und Antw KM Drs 15/7564

Schülerbeförderung

s. *Ausbildungsverkehr*

Schülerbeirat

s. *Mitwirkung im Schulwesen*

Schülerbetreuung

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hausaufgaben*
Drs 15/3381

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf Ganztags-schulen in offener Angebotsform im Enzkreis und in Pforzheim

Zahl der an den einzelnen Ganztags-schulen entfallenden Entlastungsstunden; Existenzgefährdung von Ganztags-schulen in offener Angebotsform durch die Streichung der Entlastungsstunden; Sicherstellung des Fortbestands des fünfzügigen Theodor-Heuss-Gymnasiums Mühlacker; Aufrechterhaltung zusätzlicher Angebote wie z.B. Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustauschprogramme und Präventionsprojekte

KlAnfr
s. *Ganztags-schule*
Drs 15/3402

Finanzielle Ausstattung der Ganztags- und Schülerbetreuungen nach Einführung der Gemeinschaftsschulen

Einpassung der bestehenden Betreuungskonzepte des Jugendbegleiters und der ehrenamtlichen Schülerbetreuung in den Ausbau der Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und ihre künftige Förderung; Entwicklung und finanzielle Förderung der ehrenamtlichen Schülerbetreuung sowie des Jugendbegleiter-Programms seit 2003; Zahl der Jugendbegleiter und der von ihnen betreuten Schüler

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 12.06.2013 und Antw
KM Drs 15/3619

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stellenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Vergütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr
s. *Ganztags-schule*
Drs 15/4723

Finanzierung von flexiblen Nachmittags-Betreuungsangeboten an Grundschulen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Höhe der im Jahr 2013 gewährten Landeszuschüsse für Kernzeitbetreuung an Grundschulen sowie für flexible Nachmittagsbetreuung und Schülerhorte; Auswirkungen des Umstiegs auf Ganztags-schulen auf die künftige Höhe der Zuschüsse

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 29.08.2014 und Antw
KM Drs 15/5672

Entwicklung der Ganztags-schulen im LKkreis Emmendingen

Ganztags-schulangebote an öffentlichen Schulen im LKkreis Emmendingen; Zahl der davon profitierenden Schüler; Ausgestaltung des Ganztagsangebots an den verschiedenen Schularten; Nutzung des Instruments der Kapitalisierung von Lehrerwochenstunden für die Kooperation mit außerschulischen Partnern; Förderung der Hortbetreuung an Grundschulen; Integration kommunaler Betreuungsangebote in den Ganztags-schulbetrieb von Grundschulen

KlAnfr
s. *Ganztags-schule*
Drs 15/6331

Flexible Betreuungsformen an Grundschulen

Angestrebte Betreuungsformen an Grundschulen; Förderung flexibler Betreuungsformen an Grundschulen

MdlAnfr 1) Thaddäus Kunzmann CDU 14.01.2015 Drs
15/6342
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7248 7249

Wie steht es um die Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich der Ganztagsbetreuung in der Grundschule?

Bewertung der Studie „Familienbild im Wandel - Lebensentwürfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forderung nach größerer Flexibilität der Ganztags-schul- und Betreuungsangebote an Grundschulen; Förderung von Horten und flexibler Nachmittagsbetreuung an Ganztags-schulen; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine offene Ganztags-schule

Antr
s. *Ganztags-schule*
Drs 15/7747

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. *Bildungsfinanzierung*
Drs 15/7945

Schülerfahrt

s. *Schulfahrt*

Schülerheim

s. *Internat*

Schülerhort

s. *Hort*

Schüler-Lehrer-Relation*Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land*

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Droht den Haupt- und Werkrealschulen der Kahlschlag?

Entwicklung der Übergangszahlen auf die Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zum Vorjahr; Organisation der Klassenbildung, des Unterrichts und der Lehrerversorgung an Standorten mit weniger als 16 Anmeldungen; Beurteilung der Situation in Gemeinden, die zuvor erhebliche Modernisierungs- und Ausbauinvestitionen in ihre Schulen getätigt haben; Frage nach der künftigen Nutzung von leerstehenden Gebäuden sowie nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung für den Rückbau der Schulen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/1565

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Heidenheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1861

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1862

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Schwäbisch Hall

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1863

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-Schwenningen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1864

Lehrerversorgung an den Schulen im Enzkreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1865

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Böblingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1866

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1867

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ravensburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1881

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Pforzheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freier-

denden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1878

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Biberach

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1879

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1880

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1888

Lehrerversorgung an den Schulen des Kreises Reutlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1889

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Esslingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-

wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1891

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfeldern

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1894

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 56 (Konstanz) und Wahlkreises 57 (Singen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1930

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Mannheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1936

Lehrerversorgung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1937

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Heidelberg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1951

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ludwigsburg
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1952

Lehrerversorgung im Ortenaukreis
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1970

Lehrerversorgung an den Schulen des Rems-Murr-Kreises
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1979

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1980

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Emmendingen
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1991

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Rottweil
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1993

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1994

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2034

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Göppingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2045

Lehrerversorgung an den Schulen des Hohenlohekreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2076

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Tuttlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2124

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2236

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Calw

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2241

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Freudenstadt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2242

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Sigmaringen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2275

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Vergleich der o.g. Zahlen zu Beginn des Schuljahrs 2012/2013 mit denen des vorhergehenden Schuljahrs

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2299

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Kostengefahr Gemeinschaftsschule

Veranschlagung der Ausgaben pro Schüler für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Kostenberechnung unter Berücksichtigung der Schüler-Lehrer-Relation; Maßnahmen zur Finanzierung der bei dieser Schulart zusätzlich anfallenden Kosten für individuelle Förderstunden, integrativen Unterricht, Ganztagsangebote, spezifische Fortbildungsangebote etc.; Umschichtung von Lehrerstellen; Vereinbarkeit der teuersten Schulart mit den geplanten Einsparungen im Schulbereich

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2699

Situation der Fachschulen für Landwirtschaft im Bereich des Regierungspräsidiums (RP) Stuttgart

Organisation der Fachschulen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2005; Lehrerbedarf zur Gewährleistung eines angemessenen Lehrer-Schüler-Verhältnisses; Rolle der Landesanstalten in Boxberg und Aulendorf bei der Fachschul- und Meisterausbildung; Entwicklungspotenzial bei der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft in Kupferzell; Möglichkeit länderübergreifender Zusammenarbeit mit der Staatlichen Fachakademie für Landwirtschaft im bayerischen Triesdorf

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/2780

Hat die baden-württembergische Realschule noch eine Zukunft?

Schüler-Lehrer-Relation an den Realschulen; Wertschätzung und Stellenwert dieser Schulart; Eingliederung der Realschule in das sogenannte Zwei-Säulen-Modell; Menge der in die duale Berufsausbildung, in berufliche Gymnasien oder Berufskollegs wechselnden Realschulabsolventen; Grundschulempfehlung der 2012/13 an den Realschulen angemeldeten Schüler; Möglichkeiten individueller Förderung an Realschulen; Forderung nach einem Fortbestand der Realschule als eigenständiger Schulart

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/2994

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3670

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den beruflichen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Kooperation mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturierung

KlAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/3902

Klassengröße und Lehrer-Schüler-Relation

Entwicklung von Klassengrößen, Lehrer- bzw Schülerzahlen und Lehrer-Schüler-Relationen an Grundschulen und weiterführenden Schularten in BW sowie künftige Entwicklung; Umfang des geplanten Lehrkräfteabbaus; Bedeutung und Qualität der Unterrichtsversorgung, insbes im Ergänzungsbereich

Antr

s. *Klassenstärke*

Drs 15/4697

Was geschieht mit den Progymnasien in der regionalen Schulentwicklung?

Anzahl und Verteilung der Standorte der Progymnasien in BW, insbes im ländlichen Raum; Anzahl der Klassen, Schüler und Lehrkräfte; Förderung der Schüler an Progymnasien im Vergleich zu allgemeinbildenden Gymnasien; Schulübergang nach der zehnten Klasse; Vorbereitung der Schüler auf die gymnasiale Oberstufe; Berücksichtigung der Progymnasien im regionalen Schulentwicklungsplan

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/4933

Klassenbildung und Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen

Wiederbesetzung der zum kommenden Schuljahr frei werdenen Lehrerstellen; Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen zum Schuljahr 2014/2015; Entwicklung der Klassenstärke in den Vollzeitbildungsgängen in den letzten fünf Jahren; Reduzierung der Eingangsklassen beruflicher Bildungsgänge; Vorwurf der Benachteiligung der beruflichen Schulen gegenüber den Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/5656

Krankheitsvertretung an baden-württembergischen Schulen

Anzahl der im Schuljahr 2014/2015 pro Schulart für den Pflichtunterricht erforderlichen Lehrerstellen; Anzahl der Neubesetzungen; Menge der als Krankheitsvertretungsreserve vorgesehenen Lehrerstellen; Umfang der für Krankheitsvertretung im Landeshaushalt eingestellten Mittel; Verwirklichung einer fächer-spezifischen Unterrichtsvertretung; Verbindung von Krankheitsvertretung und Ergänzungsbereich; Schüler-Lehrer-Relation in den einzelnen Schularten; flächendeckende Erhebung der Unterrichtsversorgung

Antr

s. *Unterrichtsvertretung*

Drs 15/5768

Situation der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen in den letzten drei Jahren; Anzahl der im aktuellen Schuljahr für den Pflichtunterricht im LKreis erforderlichen Lehrerstellen; Neueinstellungen; Unterrichtsausfall; Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr

s. *Gymnasium*

Drs 15/6467

Anmeldezahlen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulstandorten

Sachstand zur Schülerzahlprognose und der Entwicklung der Anmeldezahlen für die Klassenstufe fünf der baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen je Standort seit deren jeweiliger Einrichtung; Vornahme bzw Verzicht auf Klassenausgleiche an benachbarten Standorten; Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/7302

Schülervertretung

s. *Mitwirkung im Schulwesen*

Schülerwettbewerb*MINT-Programm „mikromakro“*

Hintergründe, Durchführung und Ergebnisse des Programms „mikromakro“ zur Talentförderung von Schülern im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik); Finanzierung und weitere Planung des MINT-Programms und Vergleich mit anderen Wettbewerben aus dem MINT-Bereich

Antr Claus Paal u.a. CDU 19.12.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/2822

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 13 14

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

Sachstand zum Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung, insbes Bedeutung und Bestandsaufnahme, Entwicklung von Vorschlägen zur Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs, Begleitung und Unterstützung des Wettbewerbs durch die einzelnen Landtagsabgeordneten

Antr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 24.04.2015 Drs 15/6794

PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7886-7890

Schütz, Karin MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3757

Schulabbruch

s.a. Schulversagen

Was geschieht mit den Absolventen einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Zahl der Hauptschul- bzw Werkrealschulabsolventen in den letzten zehn Jahren; Quote der Schulabbrecher, Anteil der unter 30-jährigen Menschen ohne Schulabschluss im Vergleich zu anderen Bundesländern; Erreichen eines höheren Schulabschlusses durch Absolventen der Haupt- und Werkrealschulen; Lehrstellenmarkt und Berufsaussichten für Schüler der Sekundarstufe I; Benachteiligung von Haupt- und Werkrealschülern aufgrund des abnehmenden Ansehens der Schulart

Antr

s. Schulabschluss

Drs 15/4432

Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik der Gottlieb-Daimler-Schule Sindelfingen (ehemals Akademie für Datenverarbeitung)

Entwicklung der Bewerberzahlen in den Jahren 2010 bis 2013; Zahl der Schulabbrecher in diesem Zeitraum; Gründe für die geplante Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik; Berufsaussichten der Absolventen des Berufskollegs für Informatik

Antr

s. Berufskolleg

Drs 15/4786

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr

s. Erziehung

Drs 15/5084

Schulabschluss

s.a. Abitur

Zentrale schriftliche Prüfungen an den Berufsfachschulen sichern die hohe Qualität

Sicherstellung o.g. Prüfungen an den zweijährigen Berufsfachschulen u.a. Schularten, Verhinderung eines vorzeitigen Durchsickerns von Prüfungsinhalten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 31.05.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/63

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 06.07.2011 Drs 15/504

S. 9

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Zukunft der Werkrealschule

Vorgaben und Konsequenzen der geplanten Konzeptionsänderungen für Schulen und Schulträger mit einer vorhandenen bzw beantragten Werkrealschule, Gestaltung der Wege zum Hauptschul- und Werkrealschulabschluss; Festhalten an der vorgesehenen Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen Berufsfachschulen für Klasse 10 und an den Wahlpflichtfächern für Klassen 8 und 9; Öffnung der Kooperation mit den Berufsfachschulen für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen

Antr

s. Werkrealschule

Drs 15/205

Realschulabschluss an Werkrealschulen

Ablegen der gleichen Prüfung wie an Realschulen?

MdIANfr 2) Volker Schebesta CDU 13.07.2011 Drs 15/257

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 390-392

Sprach- und Weiterbildungskurse an Volkshochschulen

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgliedert nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund und ihres Erfolgs in Deutschkursen und Alphabetisierungskursen sowie in Kursen zum Erwerb eines Schulabschlusses

Antr

s. Erwachsenenbildung

Drs 15/280

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr

s. Migrant

Drs 15/286

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr

s. Bildungspolitik

Drs 15/694

Anpassung der Deutschprüfung im Berufsvorbereitenden Jahr (BVJ) an die Hauptschulprüfung

Anpassung der höheren Anforderungen der BVJ-Zusatzprüfung an die der Hauptschulprüfung im Fach Deutsch

KlAnfr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 15/839

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkreal- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/941

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule, vom/zum Gymnasium, zur zweijährigen Berufsfachschule, zum Berufskolleg und auf das berufliche Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Werkrealschule - eine Schulart, die nie eine Chance bekam

Bedeutung des Wahlpflichtfachs als Kernelement der berufspraktischen Ausrichtung der Werkrealschule, inhaltliche Ausgestaltung der Stundentafel nach dem Wegfall der Kooperation mit der zweijährigen Berufsfachschule, Organisation des integrierten Unterrichts in Klasse 10 bzw der gemeinsamen Vorbereitung der Schüler auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss, Frage nach der Wertung eines in Klasse 9 und/oder Klasse 10 abgelegten Hauptschulabschlusses, Maßnahmen zur Kompensation der Berufsorientierung

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1095

Mittlerer Bildungsabschluss - der Regelabschluss im differenzierten Bildungswesen in BW

Zahl der Absolventen mit o.g. Abschluss seit 2002 erworben an der Realschule, am Gymnasium, an der Werkrealschule, der zweijährigen Berufsfachschule, der Berufsaufbauschule, der Abendrealschule und auf anderen Wegen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 09.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1247

Qualitätsverfall in den Werkrealschulen - zu Lasten von Schülern, Lehrern, Schulträgern und dem Bildungsstandort BW

Auswirkungen des Hauptschulabschlusses in der zehnten Klasse auf die Lehrpläne der Haupt- und Werkrealschule; Umsetzung des angekündigten pädagogischen Konzepts und der Berufsorientierung in Klasse 10 der Werkrealschule, Vorbereitung der Lehrkräfte auf den „binnendifferenzierten Unterricht“ in den heterogen zusammengesetzten 10. Klassen; Auswirkungen der Veränderungen auf die eingesetzten Lehrerdeputate, Frage nach der Verwendung der eingesparten Mittel

Antr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/1314

Qualität der Schulabschlüsse erhalten

Entwicklung des Niveaus und der Ergebnisse der Abschlussprüfungen an den verschiedenen Schularten im Vergleich mit anderen BLändern, u.a. mit Nordrhein-Westfalen; Sicherung der notwendigen Kompetenzen für die nächsthöhere Jahrgangsstufe im Falle einer Abschaffung der Klassenwiederholung; Umgang mit Anfragen von Bildungsforschern zur Untersuchung des Rückgangs der Abitur-Durchfallquoten; Beurteilung der Schaffung eines gemeinsamen Aufgabenpools für die Abiturprüfung sowie der Qualität der Abschlussprüfungen an der Gemeinschaftsschule; Erhaltung einer mindestens gleichbleibenden Qualität der Prüfungsaufgaben, regelmäßige Berichterstattung an den Landtag

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 22.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1481 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 13-16

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Mittlg LReg 26.03.2013 Drs 15/3294

Mittlg LReg 23.10.2013 Drs 15/4137

Mittlg LReg 30.10.2014 Drs 15/6030

Mittlg LReg 30.10.2015 Drs 15/7639

Mittlg LReg 21.09.2016 Drs 16/648

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemeinbildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1769

Entwicklung der Abschlussnoten in BW

Entwicklung der landesweiten Durchschnittsnoten und Zahlen der Prüflinge seit 1970 beim Abitur, Realschul- und Hauptschulabschluss

KlAnfr
s. *Schulleistung*
Drs 15/2067

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Die Anerkennung des Realschulabschlusses nach erfolgreicher Berufsausbildung

Darlegung der o.g. Voraussetzungen für Auszubildende nach einer erfolgreichen Berufsausbildung; Information der Schuläm-

ter und Beruflichen Schulen über die Verwaltungsvorschrift „Erwerb eines dem Hauptschulabschluss oder dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstandes an beruflichen Schulen“ und deren Anwendung

KlAnfr
s. *Ausbildungsabschluss*
Drs 15/2303

Entwicklung der Schulfremdenprüfung

Statistiken zu Schulfremdenprüfungen im Rems-Murr-Kreis und im Land; Rechtsgrundlage für die Mehrarbeit und Entschädigung von Fachlehrkräften durch Prüfungsabnahme

KlAnfr Gernot Gruber SPD 06.03.2013 und Antw KM Drs 15/3180

Was geschieht mit den Absolventen einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Zahl der Hauptschul- bzw Werkrealschulabsolventen in den letzten zehn Jahren; Quote der Schulabbrecher, Anteil der unter 30-jährigen Menschen ohne Schulabschluss im Vergleich zu anderen Bundesländern; Erreichen eines höheren Schulabschlusses durch Absolventen der Haupt- und Werkrealschulen; Lehrstellenmarkt und Berufsaussichten für Schüler der Sekundarstufe I; Benachteiligung von Haupt- und Werkrealschülern aufgrund des abnehmenden Ansehens der Schulart

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 04.12.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4432 (11 S.)

Umgang mit der gestiegenen Heterogenität an den Realschulen

Ursachen und Umgang mit der gestiegenen Heterogenität an den Realschulen, insbes Anzahl der Klassenwiederholungen, nach Leistungsniveau differenzierte Angebote zum Erreichen der Mittleren Reife bzw des Hauptschulabschlusses

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/4649

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4965

Inklusion im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umsetzung der Inklusion in den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises in den vergangenen Schuljahren; Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Erreichung eines Schulabschlusses; Berücksichtigung des integrativen Unterrichts bei der Lehrerbildung

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5013

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Ein-

richtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5189

Inklusion im LKkreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5382

Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrerbefähigung, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/5636

Realschulen lehnen vielfach Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ab - wie reagiert der Kultusminister?

Umgang mit der ablehnenden Haltung der Realschullehrer gegenüber der vom Kultusministerium geforderten Weiterentwicklung der Realschulen zu Gemeinschaftsschulen; Verhinderung einer erneuten Dreigliedrigkeit des Schulsystems; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule durch Schüler mit einer Schulempfehlung für das Gymnasium oder die Realschule; Vorschriften für ein Reformkonzept zur Weiterentwicklung der Realschule; Erwerb eines Hauptschulabschlusses an der Realschule; Gewährung zusätzlicher Deputate; Perspektive für die Realschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5644

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5851

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6337

Bildungsabschlüsse der Auszubildenden bei der Polizei in BW
Sachstand und Statistik zum Anteil der verschiedenen Bildungsabschlüsse bei Bewerbungen und Einstellungen für Ausbildungen im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst

Antr
s. *Polizeiausbildung*
Drs 15/6806

Mehrarbeitsunterrichtsvergütung

Sachstand zur Entwicklung der Mehrarbeitsstunden von Lehrkräften und der Vergütung geleisteter Mehrarbeitsstunden, insbes Arbeitszeitausgleich für die bei Abschlussprüfungen geleistete Mehrarbeit von Lehrkräften bzw Wegfall der Unterrichtsverpflichtung in den Abschlussklassen nach den Prüfungen

Antr
s. *Mehrarbeit*
Drs 15/7268

Verweisung auf die bundesweit niedrigste Zahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss hierzulande, Erfolgsbewertung des Prinzips „kein Abschluss ohne Anschluss“, Ermöglichung eines gebührenfreien Schulabschlusses für Erwachsene

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 40 52

Angebot aller Schulabschlüsse an der Gemeinschaftsschule, Erreichung aller Abschlüsse über die Durchlässigkeit des dreigliedrigen Bildungssystems

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 322 333 335

Ermöglichung aller Schulabschlüsse an der Gemeinschaftsschule; Reduzierung der Zahl von Schulabbrechern

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 500 506 507 515

Angebot des Hauptschulabschlusses und mittleren Abschlusses an der Werkrealschule

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 577-580

Befürchtung eines Niveaurückgangs der Abschlüsse an der Gemeinschaftsschule, Bewertung des Abschlusses an der zweijährigen Berufsfachschule

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 657-660 662

Angebot aller Schulabschlüsse an der Gemeinschaftsschule, Erreichung aller Abschlüsse über die Durchlässigkeit des Schulsystems

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 824 825 827-829 832

Ermöglichung des Hauptschulabschlusses auch nach der zehnten Klasse sowie von mehr mittleren Abschlüssen an der Werkrealschule

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1376-1379 1396

Anstrengung höherer Schulabschlüsse von Realschulabsolventen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1692 1695

Steigerung der Zahl von Schulabgängern mit höheren Schulabschlüssen, Angebot aller Abschlüsse an der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1717 1718 1721-1723 1726 1730

Angebot aller Schulabschlüsse an der Gemeinschaftsschule, Befürchtung eines Niveauverlusts beim Abitur an der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1773 1778

Schulabsentismus

s. *Schulverweigerung*

Schulabsenz

s. *Schulverweigerung*

Schulamt

s. *Schulverwaltung*

Schulanfänger*Das „Bildungshaus 3-10“ schafft gleiche Startchancen*

Beurteilung der o.g. Einrichtungen im Elementarbildungsbereich, insbes zur Vermittlung der erforderlichen Kompetenzen zum Schulstart durch die enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule zu einem pädagogischen Verbund; Ausstattung der geschaffenen und neuen Bildungshäuser mit den notwendigen Ressourcen, Aufstellung eines Zeitplans zum flächendeckenden Ausbau

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/33

Errichtung eines „Bildungshauses 3-10“ in Marbach

Beurteilung der bisherigen Arbeit und Förderung der Bildungshäuser, Bewirkung einer verbesserten Schulreife der Grundschulkinder, Bewertung der o.g. Nachfrage von Eltern, Erziehern und Lehrern in Marbach im Vergleich zum Angebot der verlässlichen Kooperationszeit für Kindergärten und Grundschulen; Fortführung der Förderung und Ausbau des Modells der Bildungshäuser

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/1694

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Einrichtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die

Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/4098

Hat das Förderkonzept „Schulreifes Kind“ noch eine Zukunft?
Maßnahmen und Ergebnisse der Fördermodelle und -instrumente iRd Konzepts „Schulreifes Kind“; Weiterentwicklung der Modellvarianten des Förderkonzepts, Ausbau an weiteren Standorten und Finanzierung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 08.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4124 (81 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 6
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Sprachstandserhebung vor Schuleintritt

Verfahren und Methoden zur Ermittlung von Sprachstand und Sprachentwicklung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen vor dem Schuleintritt

KlAnfr
s. *Sprachkompetenz*
Drs 15/5229

Feststellung eines Sprachförderbedarfs bei der Einschulungsuntersuchung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2002

Schulartwechsel

s. *Schulformwechsel*

Schulassistent

Lehrerstellen sparen durch Pädagogische Assistenten?

Gegenfinanzierung der Pädagogischen Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen in Form von Anteilen an Lehrerdeputaten, entsprechendes Vorgehen beim Auslaufen der Verträge der an Grundschulen beschäftigten Assistenten?

MdlAnfr 5) Volker Schebesta CDU 07.11.2011 Drs 15/791
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 819-821

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung von Ganztagsangeboten an den Realschulen; Zuweisung von zusätzlichen Lehrkräften und Pädagogischen Assistenten, insbes zum Ausbau der Ganztagsbeschulung

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Wie begegnet die LReg systematisch dem Mangel an Bewerbungen zur Besetzung frei werdender Schulleiterstellen?

Zahl der offenen Stellen seit 2006 und infolge von Pensionierungen bis 2016, Fälle von mehrfachen Ausschreibungen und Frauenanteil unter den Bewerbern, Bewertung der „Vorbereitungs- und Auswahlseminare“ sowie einer flächendeckenden Einführung von Schulassistenten zur Entlastung der Schulleiter, Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten qualifizierten Persönlich-

keiten, Einbindung der Lehrerverbände zur Bewerbungsermunterung

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/2209

Pädagogische Assistenten

Anzahl der gegenwärtig in den verschiedenen Schularten beschäftigten Pädagogischen Assistenten; ihre Aufgaben und durchschnittliche Wochenstundenzahl; Evaluierung ihrer Arbeit an Grundschulen; Weiterbeschäftigung der Assistenzkräfte in der Grundschule und Umwandlung ihrer bisher befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2335

Pädagogische Assistenten im Wahlkreis Weinheim

Zahl und Aufgaben, Klassenstufen und zeitlicher Umfang der Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen; Organisation der Weiterbeschäftigung mit zusätzlichen Stellen für die Grundschulen? Frage nach einer Verrechnung mit Lehrerstellen oder Kürzung des Ergänzungsbereichs

KlAnfr Georg Wacker CDU 30.10.2012 und Antw KM Drs 15/2585

Pädagogische Assistenten

Frage des dauerhaften Einsatzes von Schulassistenten an Grundschulen sowie an Haupt- und Werkrealschulen

MdlAnfr 3) Sabine Kurtz CDU 12.11.2012 Drs 15/2649
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2963-2965

Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Fachliche und pädagogische Bedeutung des Ergänzungsunterrichts; Einstufung unterschiedlicher Angebote des Ergänzungsunterrichts; individuelle Förderung von Schülern im Ergänzungsunterricht; Höhe der im Vergleich zu den letzten fünf Jahren im Schuljahr 2012/13 bereitgestellten Mittel; Beurteilung der Unterrichtsversorgung speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote aufgeschlüsselt nach den Schularten; Einsatz externer Kräfte zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/2763

Beschäftigung von Pädagogischen Assistentinnen/Assistenten an Grundschulen

Maßnahmen und Daten zur Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten im Rems-Murr-Kreis, insbes an Grundschulen; längerfristige Planungen zur Institution der Pädagogischen Assistenten

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 05.02.2013 und Antw KM Drs 15/3028

Zahl der Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten

Stellenzahlen zu Beschäftigung, Ausscheiden und Wiederbesetzung Pädagogischer Assistenten an Werkreal-, Haupt- und Grundschulen sowie entsprechende Gesamtstundenzahlen

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 16.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3953
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.10.2013 Drs 15/4379

S. 15-17

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Unterstützung von psychisch kranken Schülerinnen und Schülern in der Ausbildung

Angebot an unterstützenden Hilfen für psychisch kranke Schüler in BW sowie bewilligte Unterstützungsleistungen in regionaler Aufschlüsselung; Umsetzung der Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung; Qualifikation von Schulassistenten

Antr

s. Psychisch Kranker

Drs 15/4390

Festanstellung von 300 Pädagogischen Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Festanstellung von 300 Pädagogischen Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1112 1113 1129

Verstetigung des Einsatzes der Pädagogischen Assistenten, Entfristung der Arbeitsverhältnisse

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1373 1378 1396

Schulaufsicht*s.a. Aufsichtsbehörde**s.a. Dienstaufsicht**s.a. Schulentwicklung**s.a. Schulverwaltung**s.a. Verfassungsfeindlichkeit**Bewegung um den Prediger Fethulla Gülen in BW*

Größe, Struktur, Vernetzung und Finanzierung der Gülen-Bewegung; Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über ihre Verfassungstreue; Überprüfung der Förderung von der Gülen-Bewegung zuzurechnenden Schulen und Einrichtungen; Einschaltung der Schulaufsicht und Aufklärung der Vorgänge an einigen Privatschulen; Kontakte der LReg mit der Gülen-Bewegung oder ihr nahestehenden Organisationen; Vorlage des internen Verfassungsschutzberichts zur Gülen-Bewegung; Klärstellung der Haltung der LReg zur Gülen-Bewegung

Antr

s. Fethullah-Gülen-Bewegung

Drs 15/4721

Einfluss von sektenähnlichen Psychogruppen auf Schulen im LKreis Böblingen

Gruppe um eine die „Psychologische Lehr- und Beratungsstelle“ in Böblingen betreibende pensionierte Gymnasiallehrerin; Auskunft über deren Verbindung zum Begründer der sogenannten Zürcher Schule und zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“; Konkretisierung der Vorwürfe gegenüber einer der Gruppe angehörenden Grundschulleiterin; Zugehörigkeit weiterer Schulleiter und Lehrer zu jener Gruppe; Verbreitung ideologischer Inhalte im Unterricht und im Schulbetrieb; Dienstanweisung zur Verweisung an Beratungsstellen; Aufklärung der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe

Antr

s. Beratungsstelle

Drs 15/5620

Schulaufsichtsbehörde*s. Schulaufsicht***Schulflug***s. Schulfahrt***Schulausstattung***s.a. Lehr- und Lernmittel**s.a. Schule**s.a. Schulgebäude**Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen*

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen, insbes Gründe für bewilligte bzw abgelehnte Anträge und Prognosen zu Schülerzahlen und Schülerströmen; Berücksichtigung der Stellungnahmen des zuständigen Schulamts, Regierungspräsidiums und des Kultusministeriums sowie der Interessen benachbarter Schulträger bei der Entscheidungsfindung; Auswirkungen neuer Gemeinschaftsschulen auf die umliegenden Schulen; erforderliche Änderungen der baulichen und sächlichen Ausstattung und kalkuliertes finanzielles Volumen sowie Übernahme der finanziellen Mehrausgaben; bisheriger Verzicht auf eine regionale Schulentwicklungsplanung

Antr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/3128

Sachkostenbeiträge für baden-württembergische Schulen

Berechnung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schulararten seit dem Schuljahr 2010/2011; Verwendung der Sachkostenzuweisungen pro Schüler durch die Schulträger; Finanzierung der Schulausstattung vonseiten der Schulträger; Anpassung der Sachkostenbeiträge für die verschiedenen Schularten im Zuge der regionalen Schulentwicklung; unterschiedliche Bemessung der Sachkostenbeiträge für Gemeinschaftsschulen und Realschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 05.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5310

Status und Finanzierung von Sachkosten der Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in freier Trägerschaft

Standorte und Lehrangebot der staatlichen und privaten Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in BW; Höhe der Sachkostenzuschüsse; Finanzierung der nicht durch das Land abgedeckten Sachkosten

Antr

s. Berufsförderschule

Drs 15/5341

Investitionsbedarf durch Einführung der Gemeinschaftsschule - doch Anpassung der Schulbauförderrichtlinie lässt auf sich warten

Stand und Zeitplan zur Ausarbeitung der neuen Schulbauförderrichtlinie; Situation bei Schulentwicklung und Schulhausbau, insbes Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel, Ausstattungs- und Raumbedarf an den Gemeinschaftsschulen und den etablierten Schularten, Gewährleistung von Planungssicherheit für die Investitionen der Gemeinden im Schulbau

Antr

s. Schulgebäude

Drs 15/5529

Sachkostenbeiträge für Schüler - LReg hängt Berufsschulen weiter ab

Senkung der Sachkostenbeiträge für Berufsschüler durch Änderung der Schullastenverordnung, insbes Gründe für jeweilige Erhöhungen und Senkungen, Konsequenzen für die Kommunen und die Arbeit der Berufsschulen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 04.08.2014 und Antw KM Drs 15/5592

Digitalisierung der Schulen in BW

Sachstand zur IT-Infrastruktur und -Unterricht an den Schulen in BW, insbes Anteil an Rechnern und Schülerarbeitsplätzen, Breitbandanschluss, Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich IT und Medienpädagogik für die Lehrer, Computer/IT-Unterricht

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 26.03.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6680

Was ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen in BW und welche Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft?

Sachstand zur Digitalisierung und digitalen Infrastruktur an den Schulen in BW, insbes bei Arbeitsabläufen, Unterricht, Lernplattformen, Bildungsangeboten; Schutz der personenbezogenen Daten

Antr
s. *Schule*
Drs 15/7085

Schulbau

s. *Schulgebäude*

Schulbauförderung

s. *Schulgebäude*

Schulbehörde

s. *Schulverwaltung*

Schulbesuch

Fehlzeiten an den Schulen in BW

Reduzierung der Fehlzeiten von Schülern an staatlichen und privaten Schulen; Hinweis auf Fehlzeiten in Schulzeugnissen; Schulanmeldung von Kindern, um Kindergeld zu beziehen; schulrechtliche Möglichkeiten einer Sanktionierung hoher Fehlzeiten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 24.09.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5769

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KlAnfr Katrin Schütz u.a. CDU 17.02.2015 und Antw IntM Drs 15/6493

Schulbuch

s. *Lehr- und Lernmittel*

Schulbuchverlag

s. *Verlag*

Schulbus

s. *Omnibus*

Schulbusverkehr

s. *Ausbildungsverkehr*

Schulchor

s. *Chor*

Schulden

s.a. *Schuldner*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 3 - Landesschulden

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/103

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/703

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Haushalt 2011; Vierter Nachtrag

Rückführung der vorgesehenen Nettoneuverschuldung auf Null

ÄAntr CDU 22.07.2011 Drs 15/341-N 4 S. 46-48

ÄAntr CDU 26.07.2011 Drs 15/345-5

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430-449

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW

Aufnahme des Verbots der Neuverschuldung; Anpassung der Landeshaushaltsordnung

GesEntw FDP/DVP 16.09.2011 Drs 15/503

1. Beratung PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684 708 (abgesetzt)

1. Beratung PIPr 15/18 10.11.2011 S. 799-815

BeschlEmpf und Bericht StändA 07.11.2012 Drs 15/2626

2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316 (Ablehnung)

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW

Verfassungsrechtliche Absicherung eines grundsätzlichen Schuldenverbots

GesEntw CDU 29.09.2011 Drs 15/632

1. Beratung PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684 708 (abgesetzt)

1. Beratung PIPr 15/18 10.11.2011 S. 799-815

BeschlEmpf und Bericht StändA 07.11.2012 Drs 15/2626 (dazu ÄAntr Bernd Hitzler CDU)

2. Beratung PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316 (Ablehnung)

Volksentscheid für Schuldenbremse in Hessen - auch bei uns?

Bisherige Erfahrungen in Hessen mit der Schuldenbremse, Gründe für die Herbeiführung eines Volksentscheids über die Aufnahme in die hessische Landesverfassung, Bewertung als nachahmenswert für BW?

KlAnfr

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/926

*Haushalt 2012; Epl 12**Tilgung von Altschulden, Etatisierung der entsprechenden Zinsersparnis*

ÄAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1112 1 2 S. 19-21
 EAntr CDU 17.01.2012 Drs 15/1112-6 S. 29
 PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Abbau der Verschuldung des Landes BW

Anstreben einer zeitnahen Entschuldung, Höhe von möglichen Einsparungen durch eine aktuell günstige Finanzierung auf den Kapitalmärkten im Vergleich zu den mittleren Finanzierungskosten der letzten 15 Jahre

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 30.01.2012 und Antw MFW
 Drs 15/1175

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Aufwertung des Schuldenverbots in der LHO, Schaffung einer Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für Auslegungsfragen nach § 18 Abs 3 LHO

GesEntw CDU 03.05.2012 Drs 15/1650
 1. Beratung PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2095-2123
 Mittlg LtgPräs 11.06.2012 Drs 15/1812
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2014
 2. Beratung PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2415-2424 (Ablehnung)

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 5 - Landesschulden und Landesvermögen

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1905 (10 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2505
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 6 - Verschuldungsverbot in der Landesverfassung verankern

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1906
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2506 (dazu Antr Klaus Herrmann u.a. CDU)
 PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Rüge des Rechnungshofs durch den Ministerpräsidenten

Umgang des MinPräs mit der Forderung des RH zur schwarzen Null in den Haushalten ab 2015

MdlAnfr
 s. Ministerpräsident
 Drs 15/2089

Schulden über Schulden - Die grün-roten Pläne zur Umsetzung der Schuldenbremse

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
 PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2543-2559

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW, zur Ausführung von Art 84 und 84 a der Verfassung und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)

Verankerung der dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes in der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung durch Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verzicht auf volle Ausschöpfung der Übergangsfristen für das Verbot einer Nettokreditaufnahme des Landes bis 2020 gemäß Art 143 d Grundgesetz

GesEntw FDP/DVP 15.03.2013 Drs 15/3239 (11 S.)

1. Beratung PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4032 4054 (abgesetzt)
 1. Beratung PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4249-4260
 BeschlEmpf und Bericht StändA 11.07.2013 Drs 15/3774
 2. Beratung PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4451-4460 (Ablehnung)

*Regierungsbefragung**Aktueller Schuldenstand des Landes BW*

PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4092-4098

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 4 - Landesschulden und Landesvermögen

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3804
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4204
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528

Entwicklung der Zinsbelastung des Landeshaushalts

Höhe des durchschnittlichen Zinssatzes in den Jahren 2006, 2007 und 2008 für die Kreditmarktschulden des Landes; Höhe der in der mittelfristigen Finanzplanung für 2008 bis 2012 sowie der darauffolgenden Jahre einkalkulierten Zinssätze; Tilgungsplan; Höhe der tatsächlichen in den Jahren 2009 bis 2012 gezahlten Zinssätze; Kalkulation des Zinsniveaus für alte und neue Kredite in der mittelfristigen Finanzplanung für die Doppelhaushalte 2013/2014 und 2015/2016; Schuldentilgung in den kommenden Jahren

Antr
 s. Zins
 Drs 15/4024

Weil Schulden auf Dauer keine Lösung sind: Grün-rote Konzepte gegen den CDU-Schuldenberg

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
 PIPr 15/91 19.02.2014 S. 5435-5452

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 3 - Landesschulden und Landesvermögen

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5403
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5903
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 4 - Finanzplan 2020

Mittlg RH
 s. Finanzpolitik
 Drs 15/5404

Gesetz zur Verankerung der Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Landesverfassung (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung)
 Absicherung einer dauerhaften Begrenzung der Verschuldung des Landes (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Umsetzung der Bestimmungen des Art 109 Abs 3 Grundgesetz einschließlich der dort vorgesehenen Ausnahmeregelungen; Verkürzung der nach Art 143 d Grundgesetz möglichen Übergangsfristen auf den 31. Dezember 2015

GesEntw FDP/DVP 19.08.2014 Drs 15/5637
 1. Beratung PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6395-6403
 BeschlEmpf und Bericht StändA 06.11.2014 Drs 15/6084
 2. Beratung PIPr 15/111 12.11.2014 S. 6658-6662 (Ablehnung)

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2014 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 3 - Landesschulden und Landesvermögen

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7003 (12 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7503
 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier
 u.a. SPD)
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 4 - Finanzplan 2020

Mittlg RH
 s. Finanzpolitik
 Drs 15/7004

Verweisung auf den Stand der Verschuldung im Haushalt und die verdeckten Lasten, Ermittlung des Zustands der Landesfinanzen mithilfe eines Kassensturzes, schnellstmögliche Realisierung der Nettonullverschuldung

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 26-28

Einforderung der Nullneuerschuldung bereits 2011 mithilfe der Steuermehreinnahmen, Vergleich der Verschuldung mit anderen BLändern

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 35 36 46 50 54 58 59 63 64 72 76 79

Stand der Verschuldung nach dem Kassensturz der neuen LReg, Einführung eines Finanzplans 2020 zur Einhaltung der Schuldenbremse bis spätestens 2020, Forderung der Nullneuerschuldung bereits ab 2011

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 120-122 124-129 131-144

Verweisung auf die von der alten LReg hinterlassene Verschuldung, Vereinbarkeit der Stellenausweitung der neuen Regierung mit der beschlossenen Schuldenbremse

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243-245 247 250

Verweisung auf den Stand der Verschuldung im Haushalt und die verdeckten Lasten, Senkung der Nettokreditaufnahme mit den Steuermehreinnahmen, Ermöglichung der Nullverschuldung bereits 2011, Erinnerung an die grundgesetzliche Schuldenbremse mit Wirkung ab 01.01.2011

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-389 402-408

Kritik an der Neuverschuldung 2011 trotz einer möglichen Nullverschuldung mithilfe der Steuermehreinnahmen, Bewertung als Verstoß gegen die LHO und das dortige Verbot der Neuverschuldung

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-442 444

Beurteilung der Maßnahmen zur Bekämpfung der europäischen Staatsschuldenkrise, Plädoyer für die Einführung einer europäischen Schuldenbremse

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 481-498

Anstrebung der Nullverschuldung 2011 mithilfe der Steuermehreinnahmen, Vergleich der Verschuldung mit anderen BLändern unter Einrechnung der impliziten Verschuldung

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 582-585

Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung mit der Anhebung der Grunderwerbsteuer statt mit neuen Schulden; Erreichung der Nullneuerschuldung 2011 und wahrscheinlich auch 2012

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 642 643 645 646

Notwendigkeit einer Verringerung der Verschuldung der Euro-Länder; Ablehnung von Steuersenkungen auf Pump, Verweisung auf die Gesamtverschuldung von Bund und Land, Anstrebung der Nullneuerschuldung 2012

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 675 676 678-680 682 683 702 703

Vergleich der Verschuldung des Landes und der Kommunen mit Bayern, NRW und Rheinland-Pfalz; Erreichung der Nullneuerschuldung in BW 2011 und 2012; Ablehnung von Steuersenkungen auf Pump

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 733-736

Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung angesichts der Staatsschuldenkrise in Europa, Erreichung der Nullneuerschuldung 2011 und 2012

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 888 890 892-896

Befürchtung neuer Schuldaufnahmen nach dem Rückgang der derzeitigen Steuermehreinnahmen; Finanzierung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung mit der Anhebung der Grunderwerbsteuer statt mit neuen Schulden; Vergleich der Neu- und Gesamtverschuldung von Bund und Land

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 961-963 967-976

Erreichung der Nullneuerschuldung 2011 und 2012, Ablehnung von Steuersenkungen auf Pump, Verweisung auf die Gesamtverschuldung und auf die Deckungslücken in der mittelfristigen Finanzplanung; Ursachen und Auswirkungen der globalen Staatsschuldenkrise, Anstrebung einer soliden Schuldenpolitik in der Eurozone

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039 1040 1043 1044 1079-1083

Erreichung der Nullneuerschuldung 2011 und 2012, Verweisung auf die Deckungslücken in der mittelfristigen Finanzplanung, Tilgung von konjunkturell bedingten Schulden mit Steuermehreinnahmen, Notwendigkeit einer Schuldenbremse in der Landesverfassung; Feststellung einer Staatsschuldenkrise in Europa

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100-1102 1104 1105 1107 1108 1112 1120 1123 1125 1126 1128 1131 1132 1134-1136 1139 1141

Erreichung der Nullneuerschuldung 2011 und 2012, Kritik an einer verdeckten Schuldenaufnahme im Haushalt, Verwendung der Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau, Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1190 1192 1197-1202 1205 1206 1208 1211 1249-1251

Verzicht auf Nettoneuerschuldung im Haushalt 2012; Hinweis auf negative Folgen einer Verwendung der Sanierungsrücklage zur Schuldentilgung; interfraktioneller Dialog über die Absicherung und Umsetzung der Schuldenbremse in der Landesverfassung oder in der Landeshaushaltsordnung; Gutachten zur „Umsetzung der Schuldenbremse in baden-württembergisches Landesrecht“

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1463 1466 1467 1476 1479 1482

Vereinbarkeit der angekündigten hohen Neuverschuldung mit dem Verzicht auf Einnahmen (aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz); Verankerung einer Schuldenbremse in der Landesverfassung; Verweisung auf die Nullneuverschuldung 2011 und 2012

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1915 1916 1925 1926 1931 1932 1937-1939 1941

Einführung strenger Schuldenbremsen in den EU-Staaten mit dem Fiskalpakt, Mithaftung der Länder für die Schulden der Kommunen, Anmahnung der Einhaltung der Schuldenbremse in BW, Vorschlag eines Schuldentilgungspakts

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252-2259 2261 2262 2264 2277 2279-2281 2285 2286

Schuldenbremse

s. Schulden

Schuldner

s.a. Steuerschuldner

Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes in BW

Zahl und Ergebnisse der Verfahren nach dem Unterhaltsvorschussgesetz seit 2006, personelle Ausstattung der Jugendämter in den Stadt- und LKreisen zur Durchsetzung der Unterhaltsverpflichtung säumiger Unterhaltsschuldner bzw zur Rückgriffnahme für geleisteten Unterhaltsvorschuss, Erleichterung der Beitreibung von Unterhaltsforderungen im Ausland durch erweiterte europäische Auskunftsrechte; Erwartung von Verbesserungen durch das Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz des Bundes?

Antr

s. Unterhaltspflicht

Drs 15/1590

Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften

Änderung des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes und der Vollstreckungskostenordnung, Anpassung an das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, Verbesserung der Erlangung von Informationen über die Vermögensverhältnisse des Vollstreckungsschuldners im Wege der Selbstauskunft, Aufnahme des Vermögensverzeichnisses in einer Justizdatenbank, Neukonzeption des Schuldnerverzeichnisses, Einführung einer Gebühr für die Abnahme der Vermögensauskunft

GesEntw

s. Vollstreckung von Forderungen

Drs 15/2404

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes

Erhöhung und Vereinheitlichung der Gebühr für den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis, Abwicklung über das gemeinsame elektronische Vollstreckungsportal der Länder; Erhöhung der Gebühren für richterliche Entscheidungen in Polizeigewahrsamsangelegenheiten; Sicherstellung der gebührenanteilsrechtlichen Gleichbehandlung der beamteten Bezirksnotare im württembergischen Rechtsgebiet im Zuge der sukzessiven Aufhebung und Zuweisung der Grundbuchämter zu den Amtsgerichten

GesEntw

s. Justizkosten

Drs 15/2451

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Strafhafte in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafschuldner

KlAnfr

s. Haft

Drs 15/2587

Schuldnerverzeichnis

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw

s. Vollstreckung von Forderungen

Drs 15/3210

Schuldrecht

Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in BW

Abschaffung der Verzinsung hinterlegten Geldes; Aufhebung der gesetzlichen Festlegung auf den Rechtspfleger als für die Geschäfte der Hinterlegungsstelle funktionell zuständiges Organ; Modifizierung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der Hinterlegungsstellen; Klarstellung in Bezug auf die landesgesetzlichen Grundlagen der Notariatsreform

GesEntw

s. Hinterlegungsgesetz

Drs 15/4019

Gesetzesänderungen im Schuldrecht

Haltung der LReg zu geplanten Gesetzesänderungen des Bundes im Schuldrecht zur Übernahme einer verschuldensunabhängigen, generellen Haftung von Unternehmen für die Kosten des Ausbaus einer mangelhaften sowie für die Kosten des Einbaus einer nachgelieferten mangelfreien Ware

KlAnfr

s. Produkthaftung

Drs 15/7186

Schuldzinsen

s. Zins

Schule

s.a. Arbeitsgemeinschaft
s.a. Außenklasse
s.a. Berufsbildende Schule
s.a. Bildungspolitik
s.a. Ganztagschule
s.a. Gemeinschaftsschule
s.a. Grundschule
s.a. Gymnasium
s.a. Hauptschule
s.a. Internat
s.a. Internationale Schule
s.a. Kunstschule
s.a. Lehrer
s.a. Mitwirkung im Schulwesen
s.a. Privatschule
s.a. Realschule
s.a. Schüler
s.a. Schulabschluss
s.a. Schulasistent
s.a. Schulausstattung
s.a. Schulentwicklungsplan
s.a. Schulfahrt
s.a. Schulgebäude
s.a. Schulklasse
s.a. Schulleistung
s.a. Schulleiter
s.a. Schulrecht
s.a. Schulunterricht
s.a. Schulverbund
s.a. Schulverwaltung
s.a. Schulzeit
s.a. Sommerschule
s.a. Sonderschule
s.a. Sozialarbeit
s.a. Unterrichtsfach
s.a. Weiterführende Schule
s.a. Werkrealschule

Die Lehrerausbildung muss den Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens entsprechen

Vereinbarkeit einer gemeinsamen und gleichartigen Lehrerausbildung für alle Schularten mit den Erfordernissen des bestehenden differenzierten Schulsystems sowie einer einheitlichen Besoldungs- und Versorgungsstruktur für alle Lehrkräfte mit dem Fachlehrermangel an Gymnasien und beruflichen Schulen, Auswirkungen auf die quantitative und qualitative Sicherung des Unterrichts

Antr
s. Lehrerbildung
 Drs 15/61

Der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“ sieht das baden-württembergische Schulwesen gut aufgestellt

Bewertung bzw Umsetzung der Handlungsempfehlungen nach dem Abschlussbericht des o.g. Gremiums, Frage nach Erkenntnissen über die Erfolgsaussichten der angekündigten Gemeinschaftsschule sowie nach einer wissenschaftlichen Begleitung dieser Schulart; Festhalten an der Verantwortung für die Schulpolitik, Weiterentwicklung des differenzierten Schulsystems

Antr Georg Wacker u.a. CDU 06.06.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/75
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 06.07.2011 Drs 15/504

S. 9-11
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Schultheater in BW

Bewertung der o.g. Theaterarbeit und der landesweiten Schultheatertage sowie der Lehreraus- und -fortbildung; Verankerung der Schultheater in den Bildungsplänen, Überführung des Schulversuchs mit dem Oberstufenwahlfach „Literatur und Theater“ in die Regelphase; Aufbau einer Plattform zur Kooperation mit professionellen und Amateurtheatern, Unterstützung durch die Koordinierungsstelle Schultheater, die Akademie Schloss Rotenfels und Multiplikatoren; Benennung von Kulturbeauftragten an Schulen nach einer Empfehlung der Kulturkonzeption 2020

Antr
s. Theater
 Drs 15/256

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schülerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr
s. Migrant
 Drs 15/286

Regierungsbefragung

Schulpolitik der LReg
s. Bildungspolitik
 PIPr 15/9 S. 320

Berufsorientierung in den Schulen

Darstellung o.g. Angebote nach Schularten und Klassenstufen; Verankerung in den Bildungsplänen, in der Lehreraus- und -fortbildung sowie in der Selbst- und Fremdevaluation; einbezogene externe Partner wie Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen; verfügbare Handreichungen für die Schulen; Ausbau von Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Jungen für nicht geschlechertypische Berufe; Informationsangebote von Vereinen für Hochbegabte und Studienmöglichkeiten; Erkenntnisse über Berufspraktika von Schülern in Eigeninitiative

Antr
s. Berufsvorbereitung
 Drs 15/357

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Bedeutung einer differenzierten Lehrerausbildung für das gegliederte Schulwesen; Zusammensetzung, Arbeitsauftrag und Zeitplan der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK; Einbindung von Verbänden, Institutionen u.a. Experten; verfügbare Kompetenzen einer Lehrkraft zum gleichzeitigen Fördern und Fordern von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern im gemeinsamen Unterricht der Gemeinschaftsschule; Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerausbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr
s. Lehrerbildung

Drs 15/360

Unterrichtsausfall an Schulen in Pforzheim und im Enzkreis
Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/509

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Freudenstadt
Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/518

Ausnahmeregelungen im Landesnichtraucherschutzgesetz
Begründungen und Auswirkungen der Zulassung von Raucherzonen durch die Gesamtlehrerkonferenzen, Akzeptanz der Rauchfreiheit an Schulen

KlAnfr
s. *Nichtraucherschutz*
Drs 15/524

Grün-rote Schulmodelle schaffen Schüler zweiter Klasse

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 15/13 S. 498

Einschüchterung mündiger Schulleiterinnen und Schulleiter durch die Kultusministerin?

Bewertung des öffentlichen Eintretens von rund 60 Schulleitern für das im Schulgesetz verankerte Schulsystem sowie eines Schulleiters aus Ravensburg für die bildungspolitischen Ziele der SPD kurz vor der Landtagswahl; Darlegung von Anhaltspunkten für disziplinarrechtliche Schritte aufgrund des Eintretens für das geltende Schulgesetz, Begründung des persönlichen Schreibens der Ministerin an die 60 Schulleiter mit dem Hinweis auf die Loyalitätspflichten eines Beamten, Frage nach einem entsprechenden Vorgehen im Ravensburger Fall

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/622

WLAN-freie Schulen in BW

Möglichkeiten und Rechtsgrundlagen für o.g. Zielsetzung
KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/692

Kultusministerin beklagt irrtümlich den scheinbaren Rückgang Hochqualifizierter in BW

Entwicklung der Zahl von Absolventen mit Hochschulzugangsberechtigung seit 2000, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und aus beruflichen Gymnasien, Berücksichtigung bei der OECD-Studie? Begründung der Annahme eines Rückgangs des Anteils Hochqualifizierter in BW im internationalen Vergleich und damit eines Systemwechsels zur Gemeinschaftsschule; Frage nach dem angekündigten Vorstoß in der KMK zur Anpassung der Datenbasis für die OECD-Studie; Bewertung der Leistungsstärke des Bildungssystems im Vergleich zu England und Frankreich und iRd Bildungsmonitors 2011

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/694

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Stuttgart

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/732

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Tübingen

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/733

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Karlsruhe

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/734

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Freiburg

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/735

Informations-, Diskussions- und Besuchsveranstaltungen politischer Parteien in Schulen und öffentlichen Einrichtungen

Bisherige und evtl künftige Kriterien für die Entscheidung über o.g. Veranstaltungen außerhalb von Wahlkampfzeiten, Begründung neuer Richtlinien für die Regierungspräsidien, Schulämter und Kommunen; Vereinbarkeit mit dem verfassungsmäßigen Auftrag der Parteien zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes

KlAnfr
s. *Partei*
Drs 15/828

Unterstützung des Personalwesens der Bundeswehr durch die LReg

Unterstützung der Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren oder Reservisten an Schulen bzw der Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung der Bundeswehr; Zahl der als Reservisten beorderten Landesbediensteten, Unterstützung der Ableistung von Wehrübungen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1076

Unterrichtsausfall an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1143

Ausbau der Ganztagschulen

Darstellung der o.g. Entwicklung und Mittelbereitstellung für die einzelnen Schularten seit 2002; Gleichbehandlung der etablierten Schularten und der Gemeinschaftsschulen beim weiteren Ausbau zu Ganztagschulen und bei deren räumlichen und personellen Ausstattung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/1187

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Waldshut

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens für den ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1310

Arbeitsgruppe zur regionalen Schulentwicklungsplanung

Zusammensetzung, Arbeitsauftrag, Zeitplan und Ziele der Arbeitsgruppe der kommunalen Landesverbände zur Erarbeitung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung; Frage nach der Zusammenarbeit mit dem KM und Abgabe einer Empfehlung zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Schulentwicklungsplan*
Drs 15/1601

Berufseinstiegsbegleitung fortführen und ausbauen

Erfahrungen mit dem o.g. Angebot an Schulen seit 2009, Zahl der (erfolgreichen) Teilnahmen von Schülern beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine Ausbildung, Höhe und Träger der Kosten, Bewertung der Überführung der Berufseinstiegsbegleitung in den Regelleistungskatalog der Bundesagentur für Arbeit, Beteiligung an der seit April 2012 erforderlichen Kofinanzierung, Art und Ergebnisse von Gesprächen zwischen Ministerien und Institutionen zum Ausbau des Angebots

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1635

Bildungschancen jugendlicher Strafgefangener in baden-württembergischen Gefängnissen

Situation der Beschulung der o.g. Gefangenen und Untersuchungshäftlinge, insbes auch von Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und mangelhaften Deutschkenntnissen; Erfahrungen bei der Gewinnung von Lehrern; Teilhabe der Schulen in den Vollzugsanstalten an der Strukturreform des Schulsystems; Kooperationen zwischen diesen Schulen und Institutionen außerhalb der JVA

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/1738

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Bedeutung und Förderung der Verbreitung des Russischunterrichts an allgemeinbildenden, beruflichen und privaten Schulen; Entwicklung der Zahlen von Schulen und Schülern seit 1992; Förderbeiträge von Organisationen, Vereinen, Verbänden und Stiftungen; Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr
s. *Russisch*
Drs 15/1740

Digitale Unterrichtsmaterialien, Digitalisate und Open Content

Bewertung der Kritik am bisher geltenden Pauschalvertrag zwischen Bundesländern und Schulbuchverlagen; Höhe der Zahlungen an die Verlage für Unterrichtsmaterialien und Schulbuchauszüge, für Schulbücher, Lernsoftware u.a.; Unterstützung von Open Content u.a. Formen der lizenzfreien, digitalen Zugänglichmachung von Unterrichtsmaterialien an den Schulen

Antr
s. *Lehr- und Lernmittel*
Drs 15/1772

Zutrittsverbot für Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen?

Beurteilung der o.g. Forderung der Grünen Jugend BW bzw des Auftrags und der Bedeutung der Bundeswehr, insbes auch für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und das Konzept der politischen Bildung in Gestalt des Staatsbürgers in Uniform; Maßnahmen zur Ermutigung junger Menschen zum Dienst in den Streitkräften oder im Bundesfreiwilligendienst; Stellenwert der Themen „Bundeswehr“ bzw „Landesverteidigung“ im Schulunterricht

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1787

Unterrichtsausfall an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1784

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Heidenheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1861

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf

Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1862

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Schwäbisch Hall

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1863

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-Schwenningen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1864

Lehrerversorgung an den Schulen im Enzkreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1865

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreises Böblingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1866

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1867

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ravensburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1881

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Förderung von Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen und Sportvereinen; Umfang der (fachfremd) erteilten Bewegungs-, Spiel- und Sportstunden an Grundschulen; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter; schrittweise Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde an allen Grundschulen; Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr

s. *Sport*

Drs 15/1873

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Pforzheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1878

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Biberach

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1879

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und LKreises Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1880

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1888

Lehrerversorgung an den Schulen des Kreises Reutlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1889

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Esslingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1891

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfelden

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1894

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 56 (Konstanz) und Wahlkreises 57 (Singen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1930

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Mannheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1936

Lehrerversorgung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1937

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbes Stellenerhöhung und Qualifizierungskonzept für Beratungslehrkräfte, Gewaltpräventionsberater und Schulpsychologen, Einrichtung des „Schulpsychologischen Kompetenzzentrums“, Ausbau des Anti-Gewalt-Programms nach Dan Olweus an den Schulen

Antr

s. *Sonderausschuss*

Drs 15/1946

Studie: „Lehre(r) in Zeiten der Bildungsapanie“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst, zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehreraus- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/1947

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Heidelberg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1951

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ludwigsburg
Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1952

Lehrerversorgung im Ortenaukreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1970

Lehrerversorgung an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1979

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1980

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Emmendingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1991

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Rottweil

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwer-

denden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1993

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1994

Kulturbeauftragte an Schulen

Geplanter Einsatz von Kulturbeauftragten an Schulen zum Schuljahr 2012/13; Auswahl und Aufgabengebiet der Kulturbeauftragten, Vorbereitung auf die Tätigkeit und ihre Vergütung; Erkenntnisse aus dem Modellprogramm „Kulturagenten für kreative Schulen“

Antr
s. *Kultur*
Drs 15/1995

Regionale Schulentwicklung in BW

Auswirkungen des Rückgangs der Schülerzahlen auf die Bildungslandschaft; Bedeutung einer regionalen Schulentwicklungsplanung in BW u.a. BLändern, Einleitung entsprechender Schritte im Austausch mit allen betroffenen Akteuren, Darstellung der Schulgrößen gegliedert nach Schultypen

Antr
s. *Schulentwicklungsplan*
Drs 15/2010

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 13 - Demografische Entwicklung der Schülerzahlen und ihre Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen (Kap 0405, 0408, 0410, 0416, 0436 und 0437)

Mittlg RH
s. *Schüler*
Drs 15/1913

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2034

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Göppingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2045

Musik an Schulen

Stellenwert und gegenwärtiger Stand der musikalischen Erziehung an den Schulen; Musikunterricht als eigenständiges Schulfach oder im Fächerverbund; Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal; Maßnahmen zur Verbesserung der frühen musikalischen Förderung in Kindergärten und Grundschulen, Bedeutung „des täglichen Lieds“; Musikunterricht als Mittel zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit örtlichen Musikschulen, Musikvereinen und Chören

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/2058

Lehrerversorgung an den Schulen des Hohenlohekreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2076

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Tuttlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2124

Veranstaltungen und Projekte von Mitgliedern politischer Parteien und Mitgliedern des Landtags an Schulen

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des o.g. Engagements an Schulen bzw im Schulunterricht, Information der Schulen und Maßnahmen der Schulverwaltung zur Verhinderung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot

KlAnfr

s. *Politische Bildung*

Drs 15/2150

Die Unterrichtsversorgung nach Stellen, Deputaten und aufgelaufenen Vorgriffsstunden an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der freigewordenen, der geschaffenen und zugeteilten Deputate an den o.g. Schulen in den letzten drei Schuljahren;

Zahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Anteil der auf den Ergänzungsbereich entfallenen Lehrerwochenstunden; Umfang der aufgelaufenen und zurückgegebenen Vorgriffsstunden

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 15/2151

Nutzen starre Vorgaben einer landesweiten Neuordnung der Schulstandorte?

Beurteilung der von den Regierungsfractionen vorgeschlagenen Kriterien für die Erhaltung von Schulstandorten, insbes zur notwendigen Zweizügigkeit, Schüler- und Einwohnerzahl des Einzugsbereichs; Vorgabe eines bestimmten Stichtags oder einer Perspektivplanung; Frage nach einer besonderen Behandlung der an 42 Standorten startenden Gemeinschaftsschulen; Festlegung der Kriterien im Konsens mit den kommunalen Landesverbänden, den Lehrerverbänden, der Wirtschaft und den Beratungsgremien des KM; Anwendung flexibler Entscheidungsparameter für die unterschiedlichen Standorte in ländlichen, städtischen und städtischen Regionen

Antr CDU 02.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2188

PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4474-4483

Wie funktioniert eine regionale Schulentwicklung?

Zeitplan und Ziele der o.g. Planung; Entscheidungskriterien und Auswirkungen der Schließung allgemeinbildender und beruflicher Schulen; Vornahme von Veränderungen an bestehenden Schulstandorten und Einrichtung von Gemeinschaftsschulen nur mit Zustimmung aller Schulträger in der betroffenen Region

Antr

s. *Schulentwicklungsplan*

Drs 15/2190

Schulschließungsliste BW

Kriterien und Folgewirkungen der Schließung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bis 2020, insbes im ländlichen Raum; Rückführung des Unterrichtsangebots und von Lehrstellen an Berufs- und Fachschulen; Planung des Ausbaus von Bezirks-, Landesfach- und länderübergreifenden Klassen bis 2016; Vornahme einer dynamischen Standortentwicklung entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission

Antr CDU 03.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2197

PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3669-3677

Regionale Planung der Schulstruktur im Mittelbereich Bretten - Auswirkungen der Gemeinschaftsschulen auf den Bestand der Schulen

Darlegung der o.g. Auswirkungen; Höhe und Träger der Planungs- und Investitionskosten für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen, Vergleich des geforderten Raumprogramms mit Realschulen und Werkrealschulen; Sicherung von Qualität und Quantität der Lehrer an den Gemeinschaftsschulen

KlAnfr Joachim Köbeler CDU 06.08.2012 und Antw KM Drs 15/2194

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 06.08.2012 und Antw

KM Drs 15/2195

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2236

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Calw

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2241

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Freudenstadt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2242

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Sigmaringen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2275

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Vergleich der o.g. Zahlen zu Beginn des Schuljahrs 2012/2013 mit denen des vorhergehenden Schuljahrs

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2299

Welche Entwicklungsperspektive hat der Schulstandort Albershausen?

Schaffung einer Verbundschule aus Werkrealschule und Realschule durch die Einrichtung eines Realschulzugs in Albershausen; Gründe für die Ablehnung des im Schulverband Westliche Voralb „von unten“ gewünschten Realschulzugs; Frage nach einer Bevorzugung der Gemeinschaftsschule aus schulpolitischen Erwägungen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 17.09.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2334

Lehrerversorgung in Pforzheim/Enzkreis

Zahl der Lehrerstellen (Vollzeitstellen und Teilzeitstellen) in den verschiedenen Schularten; frei werdende, wieder besetzte und unbesetzte Stellen zum Schuljahr 2012/2013, eingeplante Krankheitsvertretungen; zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts notwendige Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2338

Haben die Schulen im ländlichen Raum noch eine Zukunft?

Aktuelle Situation der Schulstruktur im ländlichen Raum; voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2022; Zukunft eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und an weiterführenden Schulen; Schulentwicklungsplan für den ländlichen Raum; Forderung nach einer Beteiligung der Kommunalen Landesverbände, Schulen, Lehrerverbände, Wirtschaft, Elternschaft etc an den Entscheidungsprozessen; Kritik an einer ideologisch motivierten Bevorzugung der Schulart

GrAnfr CDU 18.09.2012 und Antw LReg Drs 15/2348 (21 S.)

PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3873-3880

Die Situation der Ehrenamtlichen Helfer im Katastrophenschutz
Maßnahmen zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Katastrophenschutz; Preise, Ehrungen und Auszeichnungen; Einführung einer „Ehrenamtskarte“; Abhängigkeit des ehrenamtlichen Engagements von der Betriebsgröße des Arbeitgebers; Arbeitsplatzverlust durch Einsatz im Katastrophenschutz; privilegierter Zugang zu Schulen für die im Katastrophenschutz tätigen Einrichtungen und Hilfsorganisationen zur Nachwuchswerbung; Auswirkung der Aussetzung der Wehrpflicht auf die Personalstruktur von Hilfsorganisationen; Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2356

Keine Zentralisierung von Schulen

Gefährdung von Schulstandorten im Schwarzwald-Baar-Kreis, Anhörung der Betroffenen vor Ort zu den Schließungsabsichten; Bewertung der Qualität der kleinen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie des zusätzlichen Bedarfs an Schulsozialarbeit und Schülerbeförderungskosten bei zentralisierten Schulen

KlAnfr Karl Rombach CDU 02.10.2012 und Antw KM Drs 15/2430

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schü-

lern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Regierungsbefragung

Schulstandorte

PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2581-2587

Bildungspolitik muss in der Verantwortung des Landes bleiben

Beurteilung der finanziellen Folgen einer Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots für den Schul- und Hochschulbereich; Höhe der fehlenden Mittel nach Auslaufen der Hochschulbauförderung 2014; Möglichkeiten einer Folgefinanzierung nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative 2017; Entwicklung einer abgestimmten Position aller Fraktionen für die Schul- bzw Hochschulpolitik und Vertretung gegenüber dem Bund, Initiierung einer untergesetzlichen Regelung in Form eines Staatsvertrags, Abwendung einer Grundgesetzänderung zur Lockerung oder Aufhebung des Kooperationsverbots

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2552

Landesregierung und Bundeswehr - Klarheit ist notwendig

Ankündigung einer Prüfung der Kooperationsvereinbarung des KM mit der Bundeswehr sowie einer Einbindung „privater Friedensorganisationen“ im Schulunterricht auf Drs 15/1787, Umgang mit der erneuten Forderung der Grünen Jugend nach einem Zutrittsverbot für Jugendoffiziere an den Schulen sowie mit deren Zusammenarbeit mit linksextremistisch beeinflussten Organisationen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/2557

Kompetenzorientierung - „sapere aude!“

Definition des Begriffs Kompetenz bzw Kompetenzorientierung in Bezug auf das Schulsystem; Art der in den verschiedenen Schularten zu vermittelnden Fähigkeiten; Stellenwert der Vermittlung von Werten, Moralität, Humanität, Kultur u.a. in den Kompetenzlehrplänen; Einfluss des Schulsystems auf soziales Engagement und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein; Schaffung eines messbaren und operationalisierten Kompetenzmodells zur internationalen Vergleichbarkeit von Bildung, Denken und Wissen; Vor- und Nachteile von Kompetenzlehrplänen für die Schulen, Lehrkräfte, Eltern und Schüler

Antr Georg Wacker u.a. CDU 08.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2631
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 05.06.2013 Drs 15/4040 S. 17 18
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Regionale Schulentwicklung sofort! Gegen ein grün-rotes Schulschließungsprogramm

Aktuelle Debatte
s. *Schulentwicklungsplan*
PIPr 15/49 S. 2764

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2657

Regierungsbefragung

Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten

PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2895-2898

GEW-Gutachten lenkt regionale Schulentwicklung aufs Glatteis

Kritik an dem im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erstellten „Gutachten zur Schulentwicklung in BW“ wegen seiner Datengrundlage, seiner Empfehlung der Alternative Verbundschule oder Sekundarschule sowie der Nichtberücksichtigung „mehrzügiger Schulen“; Einschätzung der im Gutachten beschriebenen Auswirkungen auf die Hauptschulen und die Anzahl der Schulstandorte; Brauchbarkeit der Empfehlungen des Gutachtens für die Schulpolitik

Antr CDU 11.12.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2790
PIPr 15/61 06.03.2013 S. 3669-3677

Zukunft der Schulen im Alb-Donau-Kreis

Aktuelle Schulstandorte und die dort vertretenen Schularten; Zukunftsaussichten dieser Schullandschaft; Stellenwert kleinerer Grund- und Hauptschulen in ländlichen Gegenden; Schulen, die die Kriterien „mindestens 40 Schüler“ und „Zweizügigkeit“ erfüllen bzw nicht erfüllen; Gemeinschaftsschule als Instrument zum Erhalt von Schulstandorten; Weiterverwendung der Schulgebäude und Rückforderung gewährter Schulbauszuschüsse bei Schulschließungen; Auswirkungen der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Laichingen auf benachbarte Gemeinden und Schulen

KIAnfr Karl Traub CDU 14.12.2012 und Antw KM Drs 15/2812

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 9: Evaluation an allgemeinbildenden Schulen

Mittlg LReg 02.01.2013 Drs 15/2838 (10 S.)

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/2839

Hat die baden-württembergische Realschule noch eine Zukunft?
Schüler-Lehrer-Relation an den Realschulen; Wertschätzung und Stellenwert dieser Schulart; Eingliederung der Realschule in das sogenannte Zwei-Säulen-Modell; Menge der in die duale Berufsausbildung, in berufliche Gymnasien oder Berufskollegs wechselnden Realschulabsolventen; Grundschulempfehlung der 2012/13 an den Realschulen angemeldeten Schüler; Möglichkeiten individueller Förderung an Realschulen; Forderung nach einem Fortbestand der Realschule als eigenständiger Schulart

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/2994

Netzwerkbetreuung an Schulen

Organisation, Zeitaufwand und Finanzierung der Netzwerkbetreuung an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, insbes Berechnung der Anrechnungsstunden für Lehrer als IT-Betreuer; Einsatz und Verwendungsarten von Schulnetzwerken

KlAnfr
s. *Rechnernetz*
Drs 15/3401

Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität

Sinn und Zweck der Anrechnungsstunden; Nutzung des Entlastungskontingents; Auswirkungen der Streichung von Lehrerstellen und einer Kürzung der Entlastungsstunden auf die Unterrichtsversorgung und die Bildungsqualität; Absenkung der Anrechnungsstunden nach Schularten; Einsparung von Lehrerdeputaten; Ausgleich der Mehrbelastung der Lehrer; Rücknahme der geplanten Einschnitte beim Entlastungskontingent

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3435

Auswirkungen der regionalen Schulplanung auf den Schwarzwald-Baar-Kreis

Nichterfüllung der Bestandsvoraussetzungen durch Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis und geplante Schulschließungen; Erhaltung des Anspruchs aller Schüler auf zumutbare Entfernung aller Bildungsangebote

KlAnfr Karl Rombach CDU 22.05.2013 und Antw KM Drs 15/3531

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/3600

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den Wahlkreis 33 (Baden-Baden/Bühl)

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelas-

tung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3601

Befangenheit von Schulleitung und Lehrkraft als Mitglied im Gemeinderat bei Einrichtung, Aufgabe und Änderung von Schulen
Anwendbarkeit des § 18 der Gemeindeordnung von BW (Ausschluss wegen Befangenheit) auf Schulleiter und Lehrer bei Abstimmungen über Schulthemen im Gemeinderat

KlAnfr
s. *Befangenheit*
Drs 15/3658

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den LKreiss Esslingen

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3682

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentscheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3740
BeschEmpf und Bericht BildungsA 28.05.2014 Drs 15/5743 S. 6-9
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier Beitrag Nr. 8 - Krankheitsvertretungsreserve an den öffentlichen Schulen des Landes (Kap 0405 bis 0428)

Mittlg RH
s. *Unterrichtsvertretung*
Drs 15/3808

Der Ausbau der Schulsozialarbeit sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit

Höhe der jährlich für Schulsozialarbeit bereitgestellten Mittel; Stadt- und Landkreise, die sich die Kofinanzierung des Landes (Drittelfinanzierung) zunutze machen; Stellenentwicklung in den Stadt- und Landkreisen seit der Beteiligung des Landes an der Finanzierung; geförderte Schularten; Aufgabenfelder der Schulsozialarbeit

Antr

s. *Sozialarbeit*
Drs 15/3787

Verbot der Nutzung sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer

Nutzung sozialer Netzwerke durch Lehrer, insbes bekannt gewordene Fälle von Austausch personenbezogener Daten mit dienst- und datenschutzrelevanten Informationen und dienstrechtlichen Maßnahmen, Beweggründe für die Erstellung der Handreichung des Kultusministeriums zum Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen; Gefahren der Nutzung sozialer Netzwerke durch Landesbeamte und -beschäftigte; Sanktionsregelungen für das posten unangemessener Inhalte; Begründung des Verbots der Nutzung von Fan Pages und sozialen Plug-Ins für Schulen

Antr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/3858

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungs-klassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztags-schulen

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3872

Hochbegabte im südlichen Landkreis Karlsruhe

Zahl der zwischen den Städten Ettlingen und Karlsruhe pendelnden Gymnasiasten; Angebote für hochbegabte Schüler an Ettlinger und Karlsruher Gymnasien; Förderung regionaler Schulangebot

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/3893

Verbot sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer - Ein Dilemma zwischen Datenschutz und Lebenswirklichkeit

Motiv für die Handreichung „Der Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen“; Definition des „dienstlichen Charakters“ der Nutzung; datenschutzrechtliche Schulung der Lehrkräfte statt Regelkatalog; Auswirkungen der Handreichungen auf das Image der Lehrer; negative Erfahrungen mit der Nutzung sozialer Netzwerke an Schulen; Vorteile sozialer Netzwerke für die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern; Einrichtung von Arbeits- oder Lerngruppen in Online-Netzwerken

Antr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/3906

Cybermobbing auch in BW gezielt bekämpfen

Zahl der von Cybermobbing betroffenen Schüler; besonders gefährdete Personengruppen; Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen; Schulwechsel und schwerer wiegende Folgen von Mobbing in sozialen Netzwerken; Modelle, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing; niederschwellige Angebote an Schulen, Unterstützungsangebote von Schülern für Schüler; strafrechtliche Verfolgung von

Cybermobbing, Hinweis auf Präzedenzfälle

Antr
s. *Mobbing*
Drs 15/3935

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iRd Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr
s. *Verbraucherinformation*
Drs 15/3938

Sommerschulen in Karlsruhe

Beurteilung der Sommerschulen und ähnlicher Programme zur Vorbereitung von Kindern auf das kommende Schuljahr; Förderangebote an Karlsruher Schulen während der Ferienzeiten; Zahl der geförderten Kinder; Perspektive des Förderunterrichts

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4020

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im Landkreis Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streit-schlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Schulsozialarbeit im Landkreis Konstanz

Angebot der Schulsozialarbeit im Landkreis Konstanz, insbes Zahl der Stellen(-anteile) mit Vergleich zu anderen Stadt- und LKreisen, profitierende Schularten, Akzeptanz der konkreten Angebote

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4072

Schulsozialarbeit im Landkreis Esslingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4082

Kosten der Inklusion an Schulen

Teilnahme von Schülern mit Behinderung am integrativen Unterricht; Anzahl der Schüler in den vergangenen fünf Jahren; voraussichtliche Schülerzahl bei Erreichung der Endstufe des Inklusionsprozesses im Jahr 2018; Anzahl der durchschnittlich pro Schüler veranschlagten sonderpädagogischen Wochenstunden; darüber hinausgehender Bedarf an einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsangebot z.B. für seelisch beeinträchtigte Schüler; Höhe der pro behindertem Kind für den gemeinsamen Unterricht veranschlagten Kosten; Kostenträger auf Landes- und Bundesebene; Verteilung der Sach- und Personalmittel; Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/4268

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr

s. *Milch*

Drs 15/4349

Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

Ziele, Umsetzung und Evaluierungsergebnisse der Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 06.12.2013 und Antw KM
Drs 15/4456

Schulsozialarbeit im LKreis Tübingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr

s. *Sozialarbeit*

Drs 15/4491

Schulsozialarbeit im Ortenaukreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr

s. *Sozialarbeit*

Drs 15/4637

1000 Stellen für die Schulsozialarbeit - mehr Bildungsgerechtigkeit an unseren baden-württembergischen Schulen

Aktuelle Debatte

s. *Sozialarbeit*

PIPr 15/88 S. 5276

Unterrichtsversorgung muss auch den Ergänzungsbereich einbeziehen

Individuelle Förderung der Schüler durch Förder- und Unterstützungsangebote sowie Bildungsangebote des Ergänzungsbereichs; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 an den verschiedenen Schularten für den Ergänzungsbereich zur Verfügung stehenden Lehrerdeputate; Beurteilung der Unterrichtsversorgung im Allgemeinen und speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote und ihre quantitative Entwicklung seit dem Schuljahr 2012/2013; Nutzung der vorgesehenen Unterrichtszeit für Krankheitsvertretung; Förderung der Bildungsgerechtigkeit durch eine ausreichende Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Antr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/4650

Umsetzung der Inklusion im LKreis Schwäbisch Hall

Inklusionsanteil in den Kindertagesstätten und Schulen seit 2010; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Umsetzung der Inklusion an weiterführenden Schulen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/4674

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr

s. *Umfrage*

Drs 15/4705

Fallbesprechungsgruppen

Situation der Fallbesprechungsgruppen für Lehrer an den Schulen Baden-Württembergs und Mittelbereitstellung für deren Fortbestand

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/4789

LReg und Bundeswehr - noch immer keine Klarheit

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land BW; Haltung der LReg gegenüber der Kooperation; „bewährte Kooperation“ oder „Weiterentwicklung“ der Kooperationsvereinbarung; Ergebnisse der seit 2013 mit Vertretern der Bundeswehr geführten Gespräche; Beschluss „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Ende 2012; Artikel „Kein Werben für's Sterben“ in der Zeitschrift des Landeselternbeirats; schulrechtliche Bewertung des Musterantrags „Antrag auf Freistellung vom Unterricht durch Bundeswehr-Vertreter“ von terre des hommes

Antr

s. *Bundeswehr*

Drs 15/4790

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr

s. *Politische Willensbildung*

Drs 15/4813

Schulsozialarbeit in BW

Stellenschaffungen und Fördermittel für die Schulsozialarbeit in den Stadt- und LKreisen

Antr

s. *Sozialarbeit*

Drs 15/4865

Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr

s. *Sozialarbeit*

Drs 15/4905

Weshalb funktionierte das Amok-Warnsystem „Pager“ nicht?

Ausstattung von Schulen in BW mit Pagern als Amokwarnsystem und Einsatz der neuen Alarmierungsinfrastruktur, insbesondere nicht ausgelöster Alarm bei einem Amokverdacht am 12. Februar 2014 in Ostfildern

Antr

s. *Amoklauf*

Drs 15/4906

Inklusion von Kindern mit Autismus-Spektrum-Störungen

Gründe für bisherigen Verzicht auf einen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Autismus“; Maßnahmen zur evidenzbasierten Förderung von Kindern mit Autismus in Schulen; Hilfen für Schulen bei der Aufnahme autistischer Kinder und Qualitätssicherung schulischer Förderangebote

Antr

s. *Autismus*

Drs 15/4916

Umsetzung der Inklusion im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/4965

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Einführung der regionalen Schulentwicklung in BW zur Ermöglichung des gewünschten Bildungsabschlusses entsprechend den Begabungen und Fähigkeiten der Schüler bei einem gleichzeitig effektiven und effizienten Ressourceneinsatz

GesEntw

s. *Schulrecht*

Drs 15/5044

Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr

s. *Erziehung*

Drs 15/5084

Inklusion in Pforzheim und im Enzkreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr

s. *Inklusion*

Drs 15/5189

Elektro-Shishas - Gefahr für Jugendliche?

Gesundheitliche Risiken von Elektro-Shishas und Verbreitung unter Jugendlichen; Maßnahmen zur Eindämmung des Konsums unter Jugendlichen; Handlungsempfehlungen für Schulen

KlAnfr

s. *Tabak*

Drs 15/5247

Sachkostenbeiträge für baden-württembergische Schulen

Berechnung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2010/2011; Verwendung der Sachkostenzuweisungen pro Schüler durch die Schulträger; Finanzierung der Schulausstattung vonseiten der Schulträger; Anpassung der Sachkostenbeiträge für die verschiedenen Schularten im Zuge der regionalen Schulentwicklung; unterschiedliche Bemessung der Sachkostenbeiträge für Gemeinschaftsschulen und Realschulen

Antr

s. *Schulausstattung*

Drs 15/5310

Inklusion im LKreis Göppingen

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen;

Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5382

Schulsozialarbeit im LKreis Schwäbisch Hall

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/5534

Was macht das Kultusministerium mit den zusätzlichen 60 Millionen Euro Bundesmitteln?

Verteilungskriterien und Verwendung der zusätzlich verfügbaren 60 Millionen Euro Bundesmittel für den Schulbereich, insbes bei bildungspolitischen Projekten, zusätzlichen Deputaten, Ganztagschulhausbau, Investitionen zur Umsetzung der Inklusion, individueller Schülerförderung, Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/5635

Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrbedarf, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/5636

Schulsozialarbeit im LKreis Sigmaringen

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis Sigmaringen und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis Sigmaringen und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/5696

Krankheitsvertretung an baden-württembergischen Schulen

Anzahl der im Schuljahr 2014/2015 pro Schulart für den Pflichtunterricht erforderlichen Lehrerstellen; Anzahl der Neubesetzungen; Menge der als Krankheitsvertretungsreserve vorgesehenen Lehrerstellen; Umfang der für Krankheitsvertretung im Landshaushalt eingestellten Mittel; Verwirklichung einer fächer-spezifischen Unterrichtsvertretung; Verbindung von Krankheitsvertretung und Ergänzungsbereich; Schüler-Lehrer-Relation in den einzelnen Schularten; flächendeckende Erhebung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Unterrichtsvertretung*
Drs 15/5768

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung auf die Sportstätten in den Städten und Gemeinden

Zahl der Sportstätten in kommunaler Trägerschaft; Sportstätten als schulische Einrichtungen; Nutzung schulischer Sportstätten durch Sport- bzw Schwimmvereine und die Volkshochschulen; Nutzung nichtschulischer Sportstätten durch Schulen; Vermietung schulischer Sportstätten an Dritte; Wegfall von Sportstätten durch Schulschließungen; Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Sportstättenangebots durch die Kommunen; Berücksichtigung der von der Schließung kommunaler Sportstätten betroffenen Sportvereine bei den Entscheidungen zur regionalen Schulentwicklung

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5811

Umsetzung der Inklusion im Neckar-Odenwald-Kreis

Zahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Einrichtungen zu ihrer Förderung; Anteil der nicht in speziellen Einrichtungen oder Klassen, sondern in allgemeinbildenden oder in beruflichen Schulen geförderten Kinder und Jugendlichen; Anteil inkludierter Kinder in Kindertagesstätten; Stand der Verwirklichung der Inklusion an Kindertagesstätten und Schulen; Erreichung eines Schulabschlusses; Verwendung der Eingliederungshilfe für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5851

Brandschutzaufgaben zur Weihnachts- und Adventszeit in Schulen

Auflagen bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen in Klassenzimmern, Fluren, Treppenhäusern und auf Rettungswegen; Erteilung von Handlungsanweisungen an die unteren Verwaltungsbehörden für das Aufstellen von Weihnachtsbäumen in öffentlichen Gebäuden; Haftung im Schadensfall

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/6197

Kleine Schulstandorte im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Schließung von Schulstandorten aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen in den nächsten Jahren; künftige Verwendung des Schulgebäudes der Gemeinde Altheim (Alb), Verbleib der dort unterrichtenden Lehrkräfte; Veränderung der Schülerströme im Gemeindeverwaltungsverband Langenau sowie im LKreis

KlAnfr Karl Traub CDU 04.12.2014 und Antw KM Drs 15/6221

Islamistischen Hasspredigern den Boden entziehen: Ausbau des islamischen Religionsunterrichts und des Ethikunterrichts an unseren Schulen

Erkenntnisse des Modellprojekts islamischer Religionsunterricht, daran teilnehmende Schulen; vorgesehener Ausbau des Unterrichtsangebots; Ethikunterricht als Alternative zum Religionsunterricht; Ausarbeitung eines Plans zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts an allen Schularten sowie eines Plans zum Ausbau des Unterrichtsangebots im Fach Ethik

Antr
s. *Islamischer Religionsunterricht*
Drs 15/6343

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Schulsozialarbeit im Wahlkreis 33

Anzahl der Schulsozialarbeiter im Wahlkreis 33 und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den Wahlkreis 33 und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/6486

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/6596

Zukunft der Cooperation Schule - Hochschule (cosh)

Sachstand zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Cooperation Schule - Hochschule (cosh), insbes Bewertung und Umsetzung des Mindestanforderungskatalogs Mathematik, bisherige und künftige Unterstützung der Arbeitsgruppe, Ausbau der Kooperation zwischen Schulen und Hochschulen

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/6641

Die Entwicklung der Förderung Hochbegabter in BW

Sachstand zur Förderung von Hochbegabten in BW, insbes Detailübersicht zu Schulplätzen an staatlichen und privaten Schulen, Veränderung der Auslastung dieser Schulplätze, Abweisung von Schülern aufgrund mangelnder Kapazität, Überlegungen zum Ausbau der Schulplätze, eingesetzte und geplante Personalstellen in der Hochbegabtenförderung

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/7026

Die Erhebung der Hochbegabung

Sachstand zur Feststellung und Erhebung der Hochbegabung bei Kindern und Jugendlichen in BW vor und nach dem Schuleintritt, insbes Instrumente und Testverfahren sowie deren Evaluation, Qualifikation pädagogischer Fachkräfte, Zahl der festgestellten Hochbegabungen und ergriffene Maßnahmen

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/7027

Was ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen in BW und welche Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft?

Sachstand zur Digitalisierung und digitalen Infrastruktur an den Schulen in BW, insbes bei Arbeitsabläufen, Unterricht, Lernplattformen, Bildungsangeboten; Schutz der personenbezogenen Daten

Antr FDP/DVP 30.06.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7085

Einrichtung einer Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau

Sachstand zur beabsichtigten Nutzung der früheren Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau als Bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung

MdlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7399

Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater

Sachstand zur Arbeit und die Weiterentwicklung der Schultheater, insbes Hintergründe zur ersatzlosen Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater, Weiterentwicklung des Schulversuchs „Literatur und Theater“ als Oberstufenfach an Gymnasien

Antr
s. *Theater*
Drs 15/7474

„GrünMobil-Tour“ an Schulen - nachhaltige, ausgewogene Bildung?

Sachstand zur Kampagne „GrünMobil“ der „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ an verschiedenen Schulen des Landes und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes Beurteilung der Methoden der Informationsdarstellung der Kampagne sowie der Ziele dieser Stiftung

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/7585

Warum fördert die grün-rote LReg mit ihrer Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung den Neu- und Umbau, aber nicht die Sanierung von Schulgebäuden?

Auskunft über Baujahr und letzte Sanierung der bestehenden Schulgebäude; Fördermöglichkeiten von Schulbaumaßnahmen durch das Land; Gründe der mangelnden Förderfähigkeit von Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen; Zahl der im Jahr 2015 gestellten Anträge auf Schulbauförderung; Umfang der bewilligten Zuschüsse und deren Verteilung auf die verschiedenen Schularten; Forderung nach einer Änderung der Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau); Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen

Antr
s. *Schulgebäude*

Drs 15/7935

Entwurf der Verordnung der LReg zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW

Erhöhung der Leitungszeit für Schulleiter von Schulen mit weniger als acht Klassen auf zehn Wochenstunden; Neudefinition der „kleinen Schule“ von bisher „weniger als sieben Klassen“ auf künftig „weniger als acht Klassen“

Mittlg LReg

s. Verordnung der LReg über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW

Drs 15/7955

Verbesserungen im Bereich der Ersten Hilfe in und durch Schulen

Sächliche und personelle Ausstattung für medizinische Notfallmaßnahmen an den Schulen des Landes; Sachstand zur theoretischen und praktischen Unterweisung von Schülern in Erste-Hilfe-Maßnahmen an den Schulen

KIAnfr

s. Lebensrettung

Drs 15/8060

Schaffung der Rahmenbedingungen für ein sozial gerechtes Schulsystem, Ermöglichung eines Bildungsaufbruchs an den Schulen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23 24 27

Kritische Betrachtung einer Zusammenführung von Haupt- und Realschulen zu Gemeinschaftsschulen, Ermöglichung eines Bildungsaufbruchs an den Schulen von unten

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 40 41 49-52 57 68 73 77

Schule für Erziehungshilfe

s. Sonderschule

Schule für Kranke

Situation der Schule für Kranke am Klinikum Konstanz

Aktuelle Situation und Weiterentwicklungsbedarf der Schule für Kranke am Klinikum Konstanz, insbes Bewertung der geleisteten Arbeit, Entwicklung der Schülerzahlen, Hilfebedarf pro Schüler und Finanzierung des Schulpersonals

KIAnfr Claus Schmiedel SPD 15.05.2013 und Antw KM Drs 15/3505

Schule in freier Trägerschaft

s. Privatschule

Schule mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt

s. Sonderschule

Schuleinführung

s. Einschulung

Schuleintritt

s. Einschulung

Schulentwicklung

s.a. Schulaufsicht

Ausbau der Gemeinschaftsschule ohne regionale Schulentwicklung

Bewilligungskriterien und detaillierte Daten zu Schulstandorten bei Anträgen auf Gemeinschaftsschulen in der zweiten Tranche; Bedeutung des ländlichen Raums sowie Beteiligung von Institutionen und Experten im Bewilligungsverfahren; Umgang mit möglichem Konfliktpotenzial bei Standortfragen, insbes bei Schulschließungen; Anfragen zur Errichtung anderer Schularten

Antr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/2992

Schulpolitik im LKreis Waldshut, den Städten Schwörstadt und Wehr als Konsequenz aus den Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen

Detaillierte Schülerzahlen und Schulentwicklung im LKreis Waldshut und den Städten Schwörstadt und Rheinfelden, insbes Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen, Entwicklung im Zusammenhang mit dem Stadt-Land-Gefälle; eingebrachte und bewilligte Schulanträge auf Wiedereinführung von G9 oder auf eine Gemeinschaftsschule

KIAnfr Felix Schreiner CDU 19.02.2013 und Antw KM Drs 15/2989

Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen, insbes Gründe für bewilligte bzw abgelehnte Anträge und Prognosen zu Schülerzahlen und Schülerströmen; Berücksichtigung der Stellungnahmen des zuständigen Schulamts, Regierungspräsidiums und des Kultusministeriums sowie der Interessen benachbarter Schulträger bei der Entscheidungsfindung; Auswirkungen neuer Gemeinschaftsschulen auf die umliegenden Schulen; erforderliche Änderungen der baulichen und sächlichen Ausstattung und kalkuliertes finanzielles Volumen sowie Übernahme der finanziellen Mehrausgaben; bisheriger Verzicht auf eine regionale Schulentwicklungsplanung

Antr

s. Gemeinschaftsschule

Drs 15/3128

Zukunft der Bildungshäuser

Frage nach einer Bestandsgarantie für die knapp 200 Bildungshäuser in BW; Rolle der Bildungshäuser in der regionalen Schulentwicklung; künftige Förderung der Bildungshäuser und ihres erzieherischen Ansatzes

KIAnfr

s. Bildungshaus

Drs 15/3470

RegErkl - Regionale Schulentwicklung - die baden-württembergische Bildungslandschaft erfolgreich gestalten und Aussprache

PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4055-4078

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und

Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr Dr. Monika Stolz CDU 07.06.2013 und Antw KM Drs 15/3600

Anspruch und Wirklichkeit: Die Gemeinschaftsschulen und ihre Schülerzahlen

Mindestgröße und „optimale Betriebsgröße“ für Gemeinschaftsschulen und andere weiterführende Schulen; Ausnahmekriterien bei der Mindestgröße; prognostizierte Schülerzahlen und tatsächliche Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulstandorten für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Ursachen für die Abweichungen von der Prognose bzw der festgelegten Mindestgröße; Einfluss der regionalen Schulentwicklung auf die Schulstandorte; Verhinderung einer Privilegierung der Gemeinschaftsschulen auf Kosten anderer weiterführender Schulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3524

Regionale Schulentwicklung gefährdet rund ein Fünftel der baden-württembergischen Gymnasien

Situation und Zukunft der Gymnasien im Land, insbes Gründe für Festlegung unterschiedlicher Mindestschülerzahlen in den Eingangsklassen bei Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, Möglichkeit der Schließung von Gymnasien bzw der Umwandlung in Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der Mindestschülerzahl, Stellenwert kleinerer Gymnasien im ländlichen Raum, Konkurrenzsituation zwischen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, Zukunft des Zwei-Säulen-Modells

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3721

Gibt es ministerielle Zusagen für Gemeinschaftsschulen?

Zusagen des Kultusministeriums zur Genehmigung bzw Standortsicherung von Gemeinschaftsschulen bei Unterschreitung der vorgegebenen Mindestschülerzahl

MdlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4105

Regionale Schulentwicklung - Ein Blick über den Tellerrand

Bedeutung kleinerer weiterführender Schulen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs; Konsequenzen für ortsansässige Betriebe, die strukturelle Entwicklung der Kommunen sowie das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen am Wohnort bei Schließung dieser Schulstandorte; Alternativen zu Schulschließungen an den kleineren Standorten; Rückgang der Schülerzahlen kleinerer Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Antr CDU 08.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4125
ÄAntr CDU 15.07.2015 Drs 15/7170
PIPr 15/134 15.07.2015 S. 8047-8053

Die voreilige Schließung der einjährigen Berufsfachschule für Elektrotechnik/Elektronik in Nagold schadet dem Handwerk

Kurzfristige Schließung der einjährigen Berufsfachschule in Nagold ohne Einbindung der Betroffenen; Ratschläge zur Aus-

bildungsfortsetzung für die Schüler; Weiterbeschäftigung der Fachlehrer; Nennung weiterer von der Schließung bedrohter Kleinklassen an Berufsschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe; Befürwortung einer betriebsnahen Ausbildung; Entfernung des Ausbildungsbetriebs zum Schulort als Nachteil bei der Rekrutierung qualifizierter Auszubildender

Antr
s. *Berufsfachschule*
Drs 15/4140

Berufliche Gymnasien

Profile der beruflichen Gymnasien in BW; neu eingerichtete Profile und Standorte seit dem Schuljahr 2006/2007; Entwicklung der Schülerzahlen pro Schulprofil und der Anzahl der Klassenzüge; Prognose der Schülerzahlen in den einzelnen Stadt- und LKreisen bis 2020; Datengrundlage der Bedarfsplanungen für die beruflichen Gymnasien bis 2020; Rolle der beruflichen Gymnasien iRd regionalen Schulentwicklung, insbes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/4525

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Was geschieht mit den Progymnasien in der regionalen Schulentwicklung?

Anzahl und Verteilung der Standorte der Progymnasien in BW, insbes im ländlichen Raum; Anzahl der Klassen, Schüler und Lehrkräfte; Förderung der Schüler an Progymnasien im Vergleich zu allgemeinbildenden Gymnasien; Schulübergang nach der zehnten Klasse; Vorbereitung der Schüler auf die gymnasiale Oberstufe; Berücksichtigung der Progymnasien im regionalen Schulentwicklungsplan

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4933

Werkrealschulen in BW

Anzahl der aktuell bestehenden Werkrealschulen; Auflösung bzw Weiterbestand von Werkrealschulen mit mehreren Standorten; Umwandlung in Gemeinschaftsschulen; Kooperationsmöglichkeiten der Werkrealschulen neuen Typs

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/4967

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschulen; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungskonzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteiligung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/5040

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Einführung der regionalen Schulentwicklung in BW zur Ermöglichung des gewünschten Bildungsabschlusses entsprechend den Begabungen und Fähigkeiten der Schüler bei einem gleichzeitig effektiven und effizienten Ressourceneinsatz

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5044

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung an den Schulen vor Ort

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung für Schüler, Lehrkräfte und Kommunen vor Ort, insbes Stärkung der Haupt- und Werkrealschulen, Auflistung schließungsgefährdeter Schulen, Steuerung des Prozesses der regionalen Schulentwicklung durch die LReg

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5097

Dialog- und Beteiligungsverfahren zur regionalen Schulentwicklung im LKreis Heidenheim

Situation der regionalen Dialog- und Beteiligungsverfahren zur Schulentwicklung, insbes Umsetzung des Verfahrens im LKreis Heidenheim

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 08.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5152 (15 S.)

Auswirkungen der Regionalen Schulentwicklung auf Haupt- und Werkrealschullehrkräfte

Versetzungen und berufliche Entwicklungsperspektiven für Lehrer an Haupt- oder Werkrealschulen; Ausbau berufsbegleitender Fortbildungsmöglichkeiten für Haupt- und Werkrealschullehrer

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5182

Kommunen werden bei regionaler Schulentwicklung gegeneinander ausgespielt - Regionale Schulentwicklung auf der Laichinger Alb

Situation der regionalen Schulentwicklung in der Raumschaft Laichingen, insbes Stellenwert eines konsensualen Vorgehens, Zeitplan der Schulentwicklungsplanungen, Entwicklung der Schülerströme, Zukunft und Perspektiven der Schulstandorte, Auswirkungen der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule

Antr CDU 21.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5225
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8163 (abgesetzt)
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8465-8472

Sachkostenbeiträge für baden-württembergische Schulen

Berechnung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2010/2011; Verwendung der Sachkostenzuweisungen pro Schüler durch die Schulträger; Finanzierung der Schulausstattung vonseiten der Schulträger; Anpassung der Sachkostenbeiträge für die verschiedenen Schularten im Zuge der regionalen Schulentwicklung; unterschiedliche Bemessung der Sachkostenbeiträge für Gemeinschaftsschulen und Realschulen

Antr
s. *Schulausstattung*
Drs 15/5310

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 06.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5326

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sinsheim

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis; Schülerzahlen an den Werkrealschulen in Angelbachtal, Effenbach, Helmstadt-Bargen, Meckesheim, Sinsheim und Eberbach; Zukunftsperspektiven für die einzelnen Schulen und Schulstandorte, insbes für die Gemeinde Angelbachtal nach der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule in Sinsheim

KIAnfr Elke Brunnemer CDU 16.06.2014 und Antw KM Drs 15/5344

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sigmaringen

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis Sigmaringen; Schüler- und Anmeldezahlen an den Werkrealschulen in Bad Saulgau, Mengen, Sigmaringen, Krauchenwies, Pfullendorf, Meßkirch, Sauldorf und Gammertingen

KIAnfr Klaus Burger CDU 14.08.2014 und Antw KM Drs 15/5626

Kleine Schulstandorte im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Schließung von Schulstandorten aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen in den nächsten Jahren; künftige Verwendung des Schulgebäudes der Gemeinde Altheim (Alb), Verbleib der dort unterrichtenden Lehrkräfte; Veränderung der Schülerströme im Gemeindeverwaltungsverband Langenau sowie im LKreis

KIAnfr
s. *Schule*
Drs 15/6221

Realschulstandorte im Enzkreis

Zahl der Schulstandorte; Größe der einzelnen Realschulen; Gefährdung von Schulstandorten im Enzkreis durch die geplante Weiterentwicklung der Realschulen

KIAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/6477

Aufhebung der Realschule Süßen

Zusammenlegung der Geschwister-Scholl-Realschule Süßen mit der Johann-Georg-Fischer-Gemeinschaftsschule Süßen; Beantragung einer Aufhebung oder Änderung der Geschwister-Scholl-Realschule durch die Stadt Süßen als Schulträger; Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren gegen einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss; Beteiligung der beruflichen Schulen sowie der lokalen Unternehmen und Kammern an der regionalen Schulentwicklung; Aufnahme von Schülern der Realschule Süßen an umliegenden Realschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/6485

Vergisst das Kultusministerium die privaten Sonderschulen bei der Inklusion?

Berücksichtigung der Erfahrung der Privatschulen bei der Ausarbeitung des inklusiven Bildungsangebots; Einbeziehung der privaten Schulen in die regionale Schulentwicklung; schulgesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung privater Förderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Berücksichtigung der Angebote privater Sonderschulen bei den Schulangebotsplanungen; Angleichung der Privatschulbauverordnung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6559

Regionale Schulentwicklung und Auswirkungen auf Zahl und Standorte der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

Fortbestand bestehender Berufsschulstandorte; Berücksichtigung leistungsfähiger kleiner Berufsschulen bei der Standortabwägung; Beurteilung des Standorts Ulm im Vergleich zu den umliegenden Berufsschulstandorten; Perspektive der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/7837

Schulentwicklungsplan*s.a. Schule**Arbeitsgruppe zur regionalen Schulentwicklungsplanung*

Zusammensetzung, Arbeitsauftrag, Zeitplan und Ziele der Arbeitsgruppe der kommunalen Landesverbände zur Erarbeitung eines Konzepts zur regionalen Schulentwicklung; Frage nach der Zusammenarbeit mit dem KM und Abgabe einer Empfehlung zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Antr Georg Wacker u.a. CDU 24.04.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1601
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 22
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Regionale Schulentwicklung in BW

Auswirkungen des Rückgangs der Schülerzahlen auf die Bildungslandschaft; Bedeutung einer regionalen Schulentwicklungsplanung in BW u.a. BLändern, Einleitung entsprechender Schritte im Austausch mit allen betroffenen Akteuren, Darstellung der Schulgrößen gegliedert nach Schultypen

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE 03.07.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2010
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.10.2012 Drs 15/3063

S. 14-17
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Wie funktioniert eine regionale Schulentwicklung?

Zeitplan und Ziele der o.g. Planung; Entscheidungskriterien und Auswirkungen der Schließung allgemeinbildender und beruflicher Schulen; Vornahme von Veränderungen an bestehenden Schulstandorten und Einrichtung von Gemeinschaftsschulen nur mit Zustimmung aller Schulträger in der betroffenen Region

Antr CDU 02.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2190
PIPr 15/122 11.03.2015 S. 7392-7400

Regionale Schulentwicklung sofort! Gegen ein grün-rotes Schulschließungsprogramm

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2764-2781

Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Planungen und Statistiken zum Wegfall der Haupt-/Werkrealschulen und den dadurch frei werdenden Lehrkräften, hier insbes Altersstruktur, Pensionierungszahlen und Stellenstreichungen; zukünftiger Einsatz und Umschulung von Haupt-/Werkrealschullehrkräften unter Berücksichtigung von fachlich-didaktischer Ausbildung und Laufbahnrecht; Verfahrensstand der Schulentwicklungspläne; Umfang, zukünftiger Einsatz und Besoldung von Lehrkräften mit Ausbildung für unterschiedliche Schultypen an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/2859

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Gymnasien

Übergang von Schülern allgemeinbildender Gymnasien auf andere weiterführende Schularten während des Schuljahrs; Zusammensetzung der Schülerschaft an allgemeinbildenden Gymnasien seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Gymnasiasten; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Gymnasien im nationalen Vergleich

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4961

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Realschulen

Übergang von Realschülern auf andere weiterführende Schularten seit dem Schuljahr 2009/2010; Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und auf die Wechselbereitschaft von Schülern der unteren Klassen; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Realschüler; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Realschulen durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Realschulen im nationalen Vergleich

Antr
s. *Realschule*

Drs 15/5019

Schulesen

s. *Verpflegung*

Schulfach

s. *Unterrichtsfach*

Schulfahrt

Führungen rund um den Bahnhof und den Widerstand in Stuttgart

Verbreitung des o.g. Angebots der Parkschützer mit einem Rundgang mit den „Stuttgart 21-Aktivisten“ von der Mahnwache bis zur Parkwache in der Zeltstadt im illegal besetzten Schlossgarten per E-Mail an Schulen, Umfang der Annahme des Angebots von Lehrern und Durchführung als außerunterrichtliche Veranstaltung, Frage nach Konsequenzen bzw der Vereinbarkeit mit der Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht, insbes im Fach Gemeinschaftskunde und politische Bildung; Untersagung der Wahrnehmung derartiger Angebote

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/322

Schulferien

s. *Ferien*

Schulfinanzierung

s.a. *Schulträger*

Kostengefahr Gemeinschaftsschule

Veranschlagung der Ausgaben pro Schüler für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Kostenberechnung unter Berücksichtigung der Schüler-Lehrer-Relation; Maßnahmen zur Finanzierung der bei dieser Schulart zusätzlich anfallenden Kosten für individuelle Förderstunden, integrativen Unterricht, Ganztagsangebote, spezifische Fortbildungsangebote etc.; Umschichtung von Lehrerstellen; Vereinbarkeit der teuersten Schulart mit den geplanten Einsparungen im Schulbereich

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/2699

Zweite Kooperationsstunde an den Grundschulen

Einführung einer zusätzlichen „Kooperationsstunde“ zur Verbesserung der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen; Finanzierung und Verrechnung der zusätzlichen Unterrichtsstunde im ersten Schuljahr

KIAnfr

s. *Grundschule*

Drs 15/3099

Umstellung der Privatschulförderung zum Nachteil der Freien Schulen?

Änderung der finanziellen Förderung von Schulen in freier Trägerschaft, insbes Bewertung und Veränderung des Bruttokostenmodells, Anhebung des Deckungsgrads auf 80 % der Kosten eines öffentlichen Schülers, Auswirkungen der Versorgungsabgabe für beurlaubte Landesbeamte auf die Privatschulen

Antr

s. *Privatschule*

Drs 15/3230

Auswirkungen der Entlastungsstundenstreichung auf schulische Hausaufgabenbetreuung im Enzkreis und in Pforzheim

Hausaufgabenbetreuung in den Schulen in Pforzheim und im Enzkreis; Streichung der sogenannten Entlastungsstunden für die Lehrkräfte; Beendigung der ehrenamtlich organisierten Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium Remchingen und an weiteren Schulen; Gefährdung der individuellen Förderung von Schülern aufgrund der Sparmaßnahmen

KIAnfr

s. *Hausaufgaben*

Drs 15/3381

Kosten der Inklusion an Schulen

Teilnahme von Schülern mit Behinderung am integrativen Unterricht; Anzahl der Schüler in den vergangenen fünf Jahren; voraussichtliche Schülerzahl bei Erreichung der Endstufe des Inklusionsprozesses im Jahr 2018; Anzahl der durchschnittlich pro Schüler veranschlagten sonderpädagogischen Wochenstunden; darüber hinausgehender Bedarf an einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsangebot z.B. für seelisch beeinträchtigte Schüler; Höhe der pro behindertem Kind für den gemeinsamen Unterricht veranschlagten Kosten; Kostenträger auf Landes- und Bundesebene; Verteilung der Sach- und Personalmittel; Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/4268

Privatschulfinanzierung im LKreis Esslingen

Statistische Angaben zu den Privatschulen im LKreis Esslingen; Gründe für die steigenden Schülerzahlen an den Schulen in privater Trägerschaft; Anteil der vom Land beurlaubten verbeamteten Lehrer an Privatschulen; Entrichtung einer Versorgungsabgabe für die Lehrkräfte vonseiten der Privatschulen; Brutto-Kostendeckungsgrad der privaten Schulen; Höhe der ab August 2014 im Haushaltsplan vorgesehenen Landeszuschüsse

KIAnfr

s. *Privatschule*

Drs 15/4900

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschulen; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungs-konzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteiligung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 15/5040

Sachkostenbeiträge für baden-württembergische Schulen

Berechnung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schulararten seit dem Schuljahr 2010/2011; Verwendung der Sachkostenzuweisungen pro Schüler durch die Schulträger; Finanzie-

zung der Schulausstattung vonseiten der Schulträger; Anpassung der Sachkostenbeiträge für die verschiedenen Schularten im Zuge der regionalen Schulentwicklung; unterschiedliche Bemessung der Sachkostenbeiträge für Gemeinschaftsschulen und Realschulen

Antr
s. *Schulausstattung*
Drs 15/5310

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5326

Status und Finanzierung von Sachkosten der Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in freier Trägerschaft

Standorte und Lehrangebot der staatlichen und privaten Sonderberufs- und Sonderberufsfachschulen in BW; Höhe der Sachkostenzuschüsse; Finanzierung der nicht durch das Land abgedeckten Sachkosten

Antr
s. *Berufsförderschule*
Drs 15/5341

Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Lese-Rechtschreibschwäche

Zahl der Grundschulschüler mit besonderem Förderbedarf beim Lesen und bei der Rechtschreibung; Diagnose der Lese-Rechtschreibschwäche; Förderkonzepte und individuelle Förderung innerhalb und außerhalb des Regelunterrichts an den Grundschulen; Finanzierung der Fördermaßnahmen vonseiten der Staatlichen Schulämter; Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/5354

Was macht das Kultusministerium mit den zusätzlichen 60 Millionen Euro Bundesmitteln?

Verteilungskriterien und Verwendung der zusätzlich verfügbaren 60 Millionen Euro Bundesmittel für den Schulbereich, insbes bei bildungspolitischen Projekten, zusätzlichen Deputaten, Ganztagschulausbau, Investitionen zur Umsetzung der Inklusion, individueller Schülerförderung, Gemeinschaftsschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 18.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5635
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 25.02.2015 Drs 15/6733 S. 8 9
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Bedeutung des Kooperationsverbots

Position zum Erhalt des Kooperationsverbots für den Schulbereich und der Gestaltungshoheit des Landes in der Bildungspolitik; Verzicht auf eine Finanzierung der aktuellen bildungspoliti-

schen Aufgaben durch zusätzliche finanzielle Zuwendungen des Bundes

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5646

Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes

Anhebung der Zuschüsse an Kopfsatzschulen nach § 18 Abs 2 des Privatschulgesetzes (PSchG) ab dem 1. August 2014

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 15/5839

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6339

Die Kosten pro Schülerin bzw Schüler - hat die Opposition sich verrechnet?

Höhe und Zusammensetzung der im Bildungsfinanzbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes pro Schüler angesetzten Gesamtkosten; Höhe der an weiterführenden Schulen durchschnittlich pro Schüler anfallenden Personalkosten; Kostenunterschiede bei den verschiedenen weiterführenden Schularten; Höhe des im aktuellen Haushaltsentwurf veranschlagten Personalkostenanteils pro Schularart; Höhe und Zusammensetzung des Sachkostenbeitrags pro Schüler seit 2005

Antr GRÜNE und SPD 21.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6379

Privatschulbericht macht Finanzierungslücke sichtbar

Ursachen des Rückgangs der Privatschulfinanzierung; Landeszuschüsse pro Schüler und Schularart seit Einführung des Bruttokostenmodells; Einnahmen des Landes aus der Versorgungsabgabe für neu eingestellte beamtete Lehrkräfte; Aufteilung der im Nachtragshaushalt eingeplanten 17 Millionen Euro für die Schulen in freier Trägerschaft; Dynamisierung der Privatschulförderung; Bestellung eines Rechtsgutachtens zur Novellierung des Privatschulgesetzes (PschG)

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/7711

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Kooperation öffentlicher und privater Schulen im Bereich der Inklusion, insbes beim Einsatz von Lehrkräften; rückwirkende Erhöhung der Zuschüsse für die Privatschulen; Anpassung von Regelungen im Bereich des Privatschul- und Versorgungsrechts an aktuelle Entwicklungen

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/7957

Schulformabstieg

s. *Schulformwechsel*

Schulformaufstieg*s. Schulformwechsel***Schulformwechsel**

Abschulungsverbot an Realschulen für das kommende Schuljahr
Ankündigung und Geltungsbereich des Verbots der Abschulung an Realschulen für das Schuljahr 2013/2014 durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

MdlAnfr
s. Realschule
Drs 15/3731

Durchlässigkeit zwischen Schularten

Möglichkeiten des Übergangs zwischen verschiedenen Schularten; Widerspruchsmöglichkeit der Schule zu dem gewünschten Schulartwechsel eines Schülers

MdlAnfr 2) Georg Wacker CDU 05.06.2014 Drs 15/5293
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6181 6182

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Maßnahmen zur Förderung versetzungsgefährdeter Schüler

Antr
s. Versetzung von Schülern
Drs 15/5520

Steigende Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen - Wie reagiert der Kultusminister?

Situation der Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen zum Schuljahr 2014/2015 in BW, insbes Auswirkungen des Wegfalls der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen; Maßnahmen der LReg zum Ausbau der steigenden Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen

Antr
s. Schulübergang
Drs 15/5982

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Fördermöglichkeiten für versetzungsgefährdete Schüler; Verbesserung des Beratungskonzepts der Grundschulen zum Übergang an die weiterführenden Schulen

Antr
s. Versetzung von Schülern
Drs 15/7311

Schulfruchtprogramm*s. Obst***Schulgarten***Schulgarten*

Verbreitung von Schulgärten nach Schularten; Berücksichtigung des Lernorts Schulgarten im Rahmenbildungsplan und seine Einbeziehung in den Schulalltag; finanzielle Ausstattung und

Betreuung der Schulgärten; Zusammenarbeit mit staatlichen Gartenbauschulen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3192
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 S. 11
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Schulgebäude*s.a. Schulausstattung**Den Freien Schulen weiterhin die finanzielle Basis sichern*

Festhalten an der Gleichbehandlung von Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft bei der Bezuschussung von förderfähigen Schulbaumaßnahmen

Antr
s. Privatschule
Drs 15/40

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Zeitpunkt der Einrichtung und Zusammensetzung der angekündigten Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Schulbauförderrichtlinien; Berücksichtigung der pädagogischen Neukonzeption, der verbindlichen Ganztagsbeschulung, der angebotenen Schulabschlüsse und inklusiven Beschulung bei der Ausgestaltung und zusätzlichen Mittelausstattung der Schulbauförderung; Ausschluss einer Benachteiligung der bestehenden Schularten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.12.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/1073
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 S. 8-10
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Droht den Haupt- und Werkrealschulen der Kahlschlag?

Entwicklung der Übergangszahlen auf die Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zum Vorjahr; Organisation der Klassenbildung, des Unterrichts und der Lehrerversorgung an Standorten mit weniger als 16 Anmeldungen; Beurteilung der Situation in Gemeinden, die zuvor erhebliche Modernisierungs- und Ausbauinvestitionen in ihre Schulen getätigt haben; Frage nach der künftigen Nutzung von leerstehenden Gebäuden sowie nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung für den Rückbau der Schulen

Antr
s. Hauptschule
Drs 15/1565

Rücküberstattung von Schulbaufördermitteln

Umfang der Gewährung und evtl Rückforderung o.g. Mittel seit 2002; Auslösung von Schulschließungen, insbes von Haupt- und Werkrealschulen, durch den Rückgang der Schülerzahlen infolge der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Vermeidung einer drohenden Rücküberstattung gewährter Fördermittel durch Umwandlung einer Schule in eine Gemeinschaftsschule? Umfang der Interessenbekundung von Schulträgern für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule aus diesem Grunde

Antr Georg Wacker u.a. CDU 03.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1651
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.07.2012 Drs 15/2544 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU) S. 39-41
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie Landwirtschaftliche Schule in Hohenheim

Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart und der Planungen zu einem gemeinsamen Neubau für die beiden Schulen; Begründung des Vorschlags einer Übernahme der Trägerschaft für beide Schulen durch die Stadt Stuttgart, Auswirkungen auf die Kooperation mit der Universität Hohenheim

KlAnfr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/1711

Zukunft der Schulen im Alb-Donau-Kreis

Aktuelle Schulstandorte und die dort vertretenen Schularten; Zukunftsaussichten dieser Schullandschaft; Stellenwert kleinerer Grund- und Hauptschulen in ländlichen Gegenden; Schulen, die die Kriterien „mindestens 40 Schüler“ und „Zweizügigkeit“ erfüllen bzw nicht erfüllen; Gemeinschaftsschule als Instrument zum Erhalt von Schulstandorten; Weiterverwendung der Schulgebäude und Rückforderung gewährter Schulbauszuschüsse bei Schulschließungen; Auswirkungen der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Laichingen auf benachbarte Gemeinden und Schulen

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/2812

Schulbauförderungsrichtlinien für Gemeinschaftsschulen

Raumbedarfsermittlungsgrundlage für die künftige Schulbauförderungsrichtlinie für Gemeinschaftsschulen, insbes Berücksichtigung des Raumbedarfs für die besondere pädagogische Arbeit, Vergleich mit anderen Bundesländern, Erstattung der Differenz zwischen der endgültig und der vorläufig als förderfähig erachteten Fördersumme an die Kommunen durch das Land

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3078

Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen, insbes Gründe für bewilligte bzw abgelehnte Anträge und Prognosen zu Schülerzahlen und Schülerströmen; Berücksichtigung der Stellungnahmen des zuständigen Schulamts, Regierungspräsidiums und des Kultusministeriums sowie der Interessen benachbarter Schulträger bei der Entscheidungsfindung; Auswirkungen neuer Gemeinschaftsschulen auf die umliegenden Schulen; erforderliche Änderungen der baulichen und sächlichen Ausstattung und kalkuliertes finanzielles Volumen sowie Übernahme der finanziellen Mehrausgaben; bisheriger Verzicht auf eine regionale Schulentwicklungsplanung

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3128

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim

Stellenwert der landwirtschaftlichen Ausbildung in Stuttgart-Hohenheim; Zustand der Gebäude und Gewächshäuser; Sanierungsvorhaben; jährliche Aufwendungen für das Land als Träger der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart über einen Neubau des Schulgebäudes; Bedingungen einer Übertragung der Trägerschaft an die Stadt Stuttgart; Vorschlag der Beibehaltung der zwischen Stadt und Land geteilten Zuständigkeit; Bereitstellung eines Grundstücks durch das Land und Übernahme der Baukosten

durch die Stadt; Übertragung der Zuständigkeit innerhalb der LReg an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/3614

Finanzielle Förderung der erforderlichen Anpassung von Räumlichkeiten an der Gemeinschaftsschule Amtzell

Finanzielle Förderung der Gemeinde Amtzell für erforderliche Umbauarbeiten der Gemeinschaftsschule, insbes Anpassung der Schulbauförderung zur möglichen späteren Umsetzung notwendiger Baumaßnahmen

MdlAnfr 3) Paul Locherer CDU 13.06.2013 Drs 15/3608

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4344-4346

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Auskunft über vorhandene Gewächshausflächen; Nutzung des Gewächshauses „Klimatron“ für Forschungsprojekte; Darlegung des Rechtsverhältnis zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft (SfG); gesetzliche Pflichten des Schulträgers zur Weiterführung der Schule, zu ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln; Budgetierung im Haushalt der Universität Hohenheim; Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Land und der Stadt Stuttgart über einen Neubau und die Frage der Trägerschaft; Übertragung der Zuständigkeit in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/3645

Schulbauförderung - Friedrich-Ebert-Grundschule Ilvesheim

Schulbauförderung der vierzügigen Friedrich-Ebert-Grundschule Ilvesheim für die Kernzeitbetreuung, insbes Raumbedarf, aktueller Raumbestand und Nachnutzung ehemaliger Hauptschulräume; Möglichkeit zur Förderung von Umbaumaßnahmen aufgrund neuer Anforderungen an Zuschnitt oder Nutzungsart der Schulräume iRd Schulbauförderung

KlAnfr Georg Wacker CDU 27.06.2013 und Antw KM Drs 15/3690

Mehrkosten der John-Cranko-Ballettschule

Finanzierungskonzept für den Neubau der John-Cranko-Schule; Gründe für die Kostensteigerung; Einbindung der Stadt Stuttgart in die Planungen; Vereinbarung des Landes mit der Stadt Stuttgart über Mehrkosten; Haltung gegenüber den Äußerungen des Landesrechnungshofs zum Bauvorhaben

KlAnfr

s. *Tanz*

Drs 15/3766

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Raumprogramm der Gemeinschaftsschulen im Vergleich zum Modellraumprogramm einer Ganztags-Werkrealschule; Beachtung gymnasialer Standards bei Ausgestaltung der Unterrichtsräume für die naturwissenschaftlichen Fächer; Berücksichtigung der Einführung der zweiten Fremdsprache im Raumprogramm; Förderung der Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen zur Ermöglichung eines integrativen Unterrichts; Bekanntmachung der überarbeiteten Schulbauförderrichtlinien; Einbeziehung von Umbaumaßnahmen aufgrund von Bildungsreformen

und gewandelter pädagogischer Leitideen; ausreichendes Raumangebot als Genehmigungsvoraussetzung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 11.07.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3775

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 12

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Aufnahme von Schülerinnen und Schülern an Gemeinschaftsschulen über die vorgesehene Zügigkeit hinaus

Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den Gemeinschaftsschulen; Aufnahme zusätzlicher Klassenzüge bei eingeschränkten räumlichen und strukturellen Kapazitäten; Möglichkeiten der Abweisung von Schülern; Frage des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Gemeinschaftsschule

KlAnfr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3849

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr

s. *Kommunalpolitik*

Drs 15/4853

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/5322

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/5326

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/5332

Investitionsbedarf durch Einführung der Gemeinschaftsschule - doch Anpassung der Schulbauförderrichtlinie lässt auf sich warten

Stand und Zeitplan zur Ausarbeitung der neuen Schulbauförderrichtlinie; Situation bei Schulentwicklung und Schulhausbau, insbes Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel, Ausstattungs- und Raumbedarf an den Gemeinschaftsschulen und den etablierten Schularten, Gewährleistung von Planungssicherheit für die Investitionen der Gemeinden im Schulbau

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5529

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/5642

Kleine Schulstandorte im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Schließung von Schulstandorten aufgrund nicht ausreichender Anmeldezahlen in den nächsten Jahren; künftige Verwendung des Schulgebäudes der Gemeinde Altheim (Alb), Verbleib der dort unterrichtenden Lehrkräfte; Veränderung der Schülerströme im Gemeindeverwaltungsverband Langenau sowie im LKkreis

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 15/6221

Vergisst das Kultusministerium die privaten Sonderschulen bei der Inklusion?

Berücksichtigung der Erfahrung der Privatschulen bei der Ausarbeitung des inklusiven Bildungsangebots; Einbeziehung der privaten Schulen in die regionale Schulentwicklung; schulgesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung privater Förderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Berücksichtigung der Angebote privater Sonder-

schulen bei den Schulangebotsplanungen; Angleichung der Privatschulbauverordnung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6559

Schulbauförderung - Schulzentrum Hemsbach

Raumbestand und Raumbedarf des Schulzentrums Hemsbach; Förderfähigkeit von Schulsanierungen bzw Schulneubauten gemäß der neuen Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau)

KlAnfr Georg Wacker CDU 04.05.2015 und Antw KM Drs 15/6839

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Böblingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Unterrichtsausfall, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/6975

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im Stadt- und LKreis Heilbronn

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Heilbronn, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/7422

Warum fördert die grün-rote LReg mit ihrer Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung den Neu- und Umbau, aber nicht die Sanierung von Schulgebäuden?

Auskunft über Baujahr und letzte Sanierung der bestehenden Schulgebäude; Fördermöglichkeiten von Schulbaumaßnahmen durch das Land; Gründe der mangelnden Förderfähigkeit von Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen; Zahl der im Jahr 2015 gestellten Anträge auf Schulbauförderung; Umfang der bewilligten Zuschüsse und deren Verteilung auf die verschiedenen Schularten; Forderung nach einer Änderung der Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau); Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen

Antr FDP/DVP 13.01.2016 und Stellungnahme KM Drs 15/7935 (20 S.)

Anpassung der Schulbauförderung zur Einführung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1722 1726

Überarbeitung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1775 1777

Schulgebühr

s. *Schulgeld*

Schulgeld

Situation und Zukunft der beruflichen Qualifikation von Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten in BW

Sachstand der beruflichen Qualifikation von Physiotherapeuten in BW, insbes Einbeziehung bei Initiativen gegen Fachkräftemangel, derzeitige Finanzierung der beruflichen schulischen Qualifizierung, Auswirkungen der Abschaffung des Schulgeldes, Möglichkeiten und künftige Ausgestaltung der staatlichen Zuschüsse, Sicherung des Qualitätsprofils

Antr
s. *Physiotherapeut*
Drs 15/5849

Zukunft der Physiotherapieschule Heidelberg

Entwicklung und Zukunftschancen der Physiotherapieschule Heidelberg, insbes Schließung der Finanzlücke nach Wegfall des Schulgeldes, mögliche Übernahme in private Trägerschaft; Entwicklung der Schülerzahlen in Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie, Maßnahmen gegen den mittelfristigen Fachkräftemangel in sozialen Berufen

Antr
s. *Physiotherapeut*
Drs 15/5855

Schulgesetz für Baden-Württemberg

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Ersetzung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Elternberatung

GesEntw
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/823

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkreal- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10; Ermöglichung der Vollmitgliedschaft von Schülern der Schulen in freier Trägerschaft im Landesschülerbeirat, Regelung der Meldepflicht für Ersatz- und Ergänzungsschulen im Falle von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Jugendamt, Aufnahme weiterer Kosten in das Bruttokostenmodell, entsprechende Änderung des Privatschulgesetzes

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/941

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1466

Ausbau der Ganztagschulen

Kriterien für den Ausbau von Ganztagschulen; Berücksichtigung und Umfang der Förderung beim Ganztagschulaausbau der übrigen weiterführenden Schularten im Vergleich zur Ge-

meinschaftsschule; Planung und Finanzierung der Ressourcen für den Ganztagschulausbau, insbes Zusammenhang und Vergleich zum Ausbau der Gemeinschaftsschulen; Aufnahme der Ganztagschule in das Schulgesetz

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/2860

Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch von Kindern, die sich ihrem Aufenthaltsstatus nach „illegal“ in BW aufhalten sowie von Kindern, deren Eltern Asylbewerber oder „Geduldete“ sind

Schulbesuch von Kindern von Asylbewerbern „Geduldeten“ oder „Illegalen“, insbes detaillierte Zahlen nach Schularten und Orten; Gründe für Wartezeit und Wartelisten; möglicher Änderungsbedarf beim Schulgesetz

KIAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 15/3284

Gesetz zur Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW)

Verankerung der Ganztagschule in offener wie gebundener Form im Schulgesetz; Begriffsdefinition, zeitliche und inhaltliche Ausgestaltung sowie Förderungsgrundsätze der Ganztagschule; Neuregelung der Zuständigkeiten von Land, Kommunen und Schulen im Errichtungsverfahren

GesEntw FDP/DVP 12.09.2013 Drs 15/4025
1. Beratung PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4652-4659
Mittlg LtGPräs 03.12.2013 Drs 15/4424 (34 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 15.01.2014 Drs 15/4434
Ergänzende Mittlg LtGPräs 08.01.2014 Drs 15/4567
2. Beratung PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5284-5293 (Ablehnung)

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Einführung der regionalen Schulentwicklung in BW zur Ermöglichung des gewünschten Bildungsabschlusses entsprechend den Begabungen und Fähigkeiten der Schüler bei einem gleichzeitig effektiven und effizienten Ressourceneinsatz

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5044

Novellierung des Schulgesetzes

-Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen

-Paritätische Besetzung der Schulkonferenz

-Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens

Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schularart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/5437

Vergisst das Kultusministerium die privaten Sonderschulen bei der Inklusion?

Berücksichtigung der Erfahrung der Privatschulen bei der Ausarbeitung des inklusiven Bildungsangebots; Einbeziehung der privaten Schulen in die regionale Schulentwicklung; schulgesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung privater Förderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Berücksichtigung der Angebote privater Sonderschulen bei den Schulangebotsplanungen; Angleichung der Privatschulbauverordnung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6559

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 3, 4, 8 a, 15, 16, 20, 21, 25, 28, 29, 30 e, 32, 33, 47, 59, 61, 62, 63, 66, 70, 72, 75, 76, 82, 83, 84, 84 a, 87, 88, 89, 90, 93, 101, 103, 104, 105, 106 und 117 a des Schulgesetzes für BW in der Fassung vom 22. Juli 2014

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/6963

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und des Kindertagesbetreuungsgesetzes

Änderung von § 38 des Schulgesetzes für BW in der Fassung vom 22. Juli 2014

GesEntw
s. *Religiöses Symbol*
Drs 15/7061

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztagsgrundschule)

Weiterentwicklung des Auftrags der Realschule; Schaffung einer Strukturierung der Bildungspläne nach Niveaustufen und Anpassung der Rechtsgrundlage für die Schulbuchzulassung; Ermöglichung der sukzessiven Einrichtung von Ganztagschulen in der Wahlform an Grundschulen sowie den Grundstufen der Förderschulen

GesEntw LReg 07.07.2015 Drs 15/7134 (32 S.)
1. Beratung PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8093-8102
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.07.2015 Drs 15/7199 (dazu ÄAntr FDP/DVP Anlage 1 und 2, EAntr FDP/DVP Anlage 3, ÄAntr Georg Wacker u.a. CDU Anlage 4-6, EAntr Georg Wacker u.a. CDU Anlage 7 und 8) (11 S.)
ÄAntr CDU 29.09.2015 Drs 15/7451-1 S. 1
ÄAntr FDP/DVP 29.09.2015 Drs 15/7451-2 S. 2
ÄAntr CDU 29.09.2015 Drs 15/7451-3 S. 3

ÄAntr CDU 29.09.2015 Drs 15/7451-4 S. 4
 ÄAntr FDP/DVP 29.09.2015 Drs 15/7451-5 S. 5
 EAntr FDP/DVP 29.09.2015 Drs 15/7451-6 S. 6
 EAntr CDU 29.09.2015 Drs 15/7451 7 8 S. 7-8
 2. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8188-8196
 GesBeschl 30.09.2015 Drs 15/7464
 GBl 2015 Nr. 18 S. 841 842 (Ges vom 06.10.2015)

Kopftuchverbot

Auswirkung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot auf die Geltung und Einhaltung von § 38 des Schulgesetzes für BW

MdlAnfr 5) Georg Wacker CDU 24.09.2015 Drs 15/7399
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8283 (zurückgezogen)

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung der §§ 3 und 55 des Schulgesetzes für BW in der Fassung vom 21. Juli 2015

GesEntw
s. Chancengleichheit
 Drs 15/7555

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung von § 15 des Schulgesetzes für BW in der Fassung vom 1. Dezember 2015

GesEntw
s. Inklusion
 Drs 15/7957

Verankerung von Gemeinschaftsschulen mit eigenem pädagogischem Konzept im Schulgesetz

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Verankerung der Ganztagschulen im Schulgesetz

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 52

Schulische Ausbildung

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. Ausländerintegration
 Drs 15/4749

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenzier-

tes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr
s. Schulreform
 Drs 15/5589

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KlAnfr
s. Schulbesuch
 Drs 15/6493

Schulische Leistung

s. Schulleistung

Schulkindergarten

Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes auf Schulkindergärten

Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes auf die Zusammensetzung des pädagogischen Personals an Schulkindergärten; vorgesehene Erweiterung des Fachkräftekatalogs; Begegnung des Fachkräftemangels im Bereich der Schulkindergärten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.06.2013 und Antw KM Drs 15/3694

Erweiterung des Fachpersonalkörpers an Schulkindergärten

Beschäftigung anderer Berufsgruppen neben den staatlich anerkannten Erziehern in Schulkindergärten analog zu der Regelung für Kindertagesstätten

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 08.07.2013 und Antw KM Drs 15/3755

Schulklasse

s.a. Außenklasse
s.a. Fachklasse
s.a. Klassenarbeit
s.a. Versetzung von Schülern

Vorhaben der LReg für Änderungen im allgemeinbildenden Gymnasium

Ermöglichung unterschiedlicher Züge mit differenzierter Schulzeit bis zur allgemeinen Hochschulreife an den o.g. Gymnasien, Rahmenbedingungen für die angekündigte Verteilung des Stoffs der Klassen 5 und 6 auf drei Klassen auf der Grundlage des geltenden Bildungsplans, Auswirkungen für die betroffenen Schüler und Mindestschülerzahlen, zusätzlicher Ressourcenbedarf und Zeitplan für die Umsetzung des Vorhabens

Antr
s. Gymnasium

Drs 15/266

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Senkung der Klassenfrequenzen bzw Schaffung kleinerer Klassen

Mittlg LReg 19.07.2011 Drs 15/311

Mittlg LReg 18.07.2012 Drs 15/2015

Mittlg LReg 01.07.2013 Drs 15/3722

Mittlg LReg 30.06.2014 Drs 15/5424

Mittlg LReg 30.06.2015 Drs 15/7094

Notengebung und Wiederholung von Klassen

Bewertung der bestehenden Notenverordnung und Regelungen zur Klassenwiederholung, Vergleich der Wiederholerzahlen bundesweit und der Strategien zur weiteren Absenkung dieser Werte, Planung einer Abschaffung der Wiederholung von Klassen sowie von Alternativen zur Leistungsbewertung? Vorgesehene Regelungen zur Wiederholung an achtjährigen Gymnasien, Beurteilung des modularisierten Verfahrens für die Oberstufe in Österreich

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/344

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC

GrAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/1030

*Haushalt 2012; Epl 04**Schaffung der notwendigen Stellen zur weiteren Absenkung des Klassenteilers in allen Schularten*

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1104-18 S. 72 73

EAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1204-3 S. 5

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1204-12 S. 15 16

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Entschließung zum Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 2011 - Epl 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Bericht über die Planungsarbeiten für die weitere gestufte Senkung des Klassenteilers in den weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schulen sowie über die geplante Unterrichtsversorgung bei sinkender Schülerzahl

Mittlg LReg 01.03.2012 Drs 15/1345

Droht den Haupt- und Werkrealschulen der Kahlschlag?

Entwicklung der Übergangszahlen auf die Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zum Vorjahr; Organisation der Klassenbildung, des Unterrichts und der Lehrerversorgung an Standorten mit weniger als 16 Anmeldungen; Beurteilung der Situation in Gemeinden, die zuvor erhebliche Modernisierungs- und Ausbauminvestitionen in ihre Schulen getätigt haben; Frage nach der künftigen Nutzung von leerstehenden Gebäuden sowie nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung für den Rückbau der Schulen

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 15/1565

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1599

Fortbestand von Grundschulen im Enzkreis

Frage nach schließungsbedrohten Grundschulen im Enzkreis, u.a. nach der Grundschule Mühlacker-Mühlhausen; Verzicht auf eine Kürzung der Deputatsstunden im Falle der Einrichtung einer altersgemischten Klasse der Jahrgangsstufen 1 bis 4

KlAnfr

s. *Grundschule*

Drs 15/1661

Auflösung kleiner Haupt- bzw Werkrealschulen im Land

Notwendige Zusammenlegungen der Klassen fünf und sechs oder von Schulstandorten im kommenden Schuljahr infolge der demografischen Entwicklung und Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Darlegung der betroffenen Standorte und Schulträger, der Kriterien und Verantwortlichen für die zu treffenden Entscheidungen; Frage nach Perspektiven für die Schulen ohne fünfte Klasse

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1752

Grundschulstandorte in den ländlichen Räumen BW

Zahl der vorhandenen bzw schließungsbedrohten Grundschulen; Standorte mit Klassen unterhalb der Mindestschülerzahl, mit jahrgangsübergreifenden Klassen oder Lerngruppen; Kooperationen und Zusammenlegungen von Grundschulen und weiterführenden Schulen; Entwicklung von Maßnahmen und Handlungsoptionen zur Erhaltung der Grundschulen vor Ort, Bewertung der Chancen im Enzkreis

Antr

s. *Grundschule*

Drs 15/1795

Einrichtung eines Schulversuchs an der Feudenheim-Realschule (Mannheim)

Bewertung der angestrebten Einrichtung eines Schulversuchs „Realschule Plus“ in Zusammenarbeit mit dem Feudenheim-Gymnasium; Begründung, Form und Zeitpunkt der signalisierten Ablehnung; Prüfung eines trotz der ablehnenden Haltung erfolgten Antrags? Erfahrungen an anderen Schulen mit vergleichbaren Modellen einer elften Klasse/Vorbereitungsklasse im Anschluss an die mittlere Reife

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/1838

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Heidenheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1861

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1862

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Schwäbisch Hall

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1863

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-Schwenningen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1864

Lehrerversorgung an den Schulen im Enzkreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1865

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreises Böblingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1866

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1867

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ravensburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1881

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Pforzheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1878

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Biberach

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1879

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und LKreises Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1880

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwer-

denden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1888

Lehrerversorgung an den Schulen des Kreises Reutlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1889

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Esslingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1891

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfelden

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1894

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 56 (Konstanz) und Wahlkreises 57 (Singen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1930

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Mannheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-

wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1936

Lehrerversorgung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1937

Studie: „Lehre(r) in Zeiten der Bildungsplanik“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst, zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehreraus- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/1947

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Heidelberg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1951

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ludwigsburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1952

Lehrerversorgung im Ortenaukreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-

wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1970

Lehrerversorgung an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1979

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1980

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Emmendingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1991

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Rottweil

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1993

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf

Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1994

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2034

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Göppingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2045

Lehrerversorgung an den Schulen des Hohenlohekreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2076

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Tuttlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2124

Erweiterung der Gemeinschaftsschule ohne das Wissen der Schulträger?

Gegenüberstellung der Fälle von Antragstellung der Schulträger und der Antragsgenehmigung der Schulverwaltung auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in den Klassenstufen 5 bis 10; Fälle der Umwandlung der Grundschulklassen 1 bis 4 in eine Gemeinschaftsschule - entgegen dem Antrag des Schulträgers; Frage nach Auswirkungen und der Form der Information der Schulträger; Wiederherstellung der Eigenständigkeit der Grundschule an den Gemeinschaftsschulstandorten

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2130

Nutzen starre Vorgaben einer landesweiten Neuordnung der Schulstandorte?

Beurteilung der von den Regierungsfractionen vorgeschlagenen Kriterien für die Erhaltung von Schulstandorten, insbes zur notwendigen Zweizügigkeit, Schüler- und Einwohnerzahl des Einzugsbereichs; Vorgabe eines bestimmten Stichtags oder einer Perspektivplanung; Frage nach einer besonderen Behandlung der an 42 Standorten startenden Gemeinschaftsschulen; Festlegung der Kriterien im Konsens mit den kommunalen Landesverbänden, den Lehrerverbänden, der Wirtschaft und den Beratungsgremien des KM; Anwendung flexibler Entscheidungsparameter für die unterschiedlichen Standorte in ländlichen, stadtnahen und städtischen Regionen

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2188

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2195

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den MinPräs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2236

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Calw

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2241

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Freudenstadt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwer-

denden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2242

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Sigmaringen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2275

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Vergleich der o.g. Zahlen zu Beginn des Schuljahrs 2012/2013 mit denen des vorhergehenden Schuljahrs

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2299

Ausbildungssituation in BW

Verhältnis von Bewerbern und Ausbildungsplätzen der Dualen Ausbildung (nach Branchen) zum 1. September 2012 im Enzkreis und in BW; Bewerberanzahl und Ausbildungsplätze in den Jahren 2002 bis 2012 im Enzkreis; absoluter und relativer Anteil der gewerblich-technischen Berufe in der Dualen Ausbildung in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Förderung des gewerblich-technischen Bereichs; Einrichtung sogenannter Kleinklassen zum Schuljahr 2012/2013; Einrichtung von Klassen für Auszubildende des ersten Ausbildungsjahrs an Berufsschulen 2007 bis 2012

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/2411

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Aufnahme von Schülerinnen und Schülern an Gemeinschaftsschulen über die vorgesehene Zügigkeit hinaus

Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den Gemeinschaftsschulen; Aufnahme zusätzlicher Klassenzüge bei eingeschränkten räumlichen und strukturellen Kapazitäten; Möglichkeiten der Abweisung von Schülern; Frage des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Gemeinschaftsschule

KlAnfr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3849

Anmeldesituation am Theodor-Heuss-Gymnasium Pforzheim

Außergewöhnlich hohe Nachfrage nach dem neunjährigen Weg zum Abitur; Anmeldung und Aufnahme von ca. 280 Schülern in Klassenstufe 5 im Schuljahr 2013/2014; Maßnahmen zur Sicherung eines geordneten Unterrichts am Theodor-Heuss-Gymnasium; Rechtfertigung der Ressourcenzuweisung gegenüber anderen Gymnasien in Pforzheim bzw im Land; Auswirkungen des Andrangs am Theodor-Heuss-Gymnasium auf die Auslastung der anderen Gymnasien am Ort; Umgang mit dem Unmut der Eltern über die Schulsituation; Konsequenzen aus dem Pforzheimer Fall für die Genehmigung weiterer G9-Modellschulen in BW

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/4194

Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik der Gottlieb-Daimler-Schule Sindelfingen (ehemals Akademie für Datenverarbeitung)

Entwicklung der Bewerberzahlen in den Jahren 2010 bis 2013; Zahl der Schulabbrecher in diesem Zeitraum; Gründe für die geplante Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik; Berufsaussichten der Absolventen des Berufskollegs für Informatik

Antr

s. *Berufskolleg*

Drs 15/4786

Verlosung von G9-Plätzen und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium

Situation um das Losverfahren um die G9-Plätze und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium, insbes Angebot flächendeckend zumutbarer Möglichkeiten für G9-Schulplätze, Ungleichbehandlung gegenüber Schulanmeldungen bei der Gemeinschaftsschule Deizisau, Gesprächstand des Gymnasiums mit dem RegPräs und dem Kultusministerium und weiteres Vorgehen

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/5223

Grundschulempfehlung beim Übergang in weiterführende Schularten

Relevanz der Kenntnis der Schulübergangsempfehlung durch die weiterführenden Schulen, insbes die Gemeinschaftsschule; Abfrage der Grundschulempfehlung in Aufnahmeanträgen von Gemeinschaftsschulen; Nutzung der Schulempfehlung zur Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen; Schaffung eines passgenauen Förder- und Unterstützungsangebots durch eine verpflichtende Vorlage der Grundschulempfehlung an allen weiterführenden Schularten zum Schuljahr 2015/2016

Antr

s. Schullaufbahneempfehlung

Drs 15/5813

Werden Schüler gezielt an die Gemeinschaftsschulen gelenkt?

Sachstand zur Organisation der Schülerlenkung bzw des Klassenausgleichs in BW, insbes Einzugsgebiet und Anmeldeverfahren an Gemeinschaftsschulen, Beteiligung der Schulträger an der Einrichtung weiterer Klassen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/7282

Klassenausgleich

Sachstand zur Handhabung des Klassenausgleichs an den verschiedenen Schularten in BW, insbes Verwendung unterschiedlicher Maßstäbe an den einzelnen Schularten, Gleichbehandlung der Schularten Gemeinschaftsschule und Gymnasium

Antr

s. *Klassenstärke*

Drs 15/7320

Lehrkräfte und Schüler an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11

Statistik zu Lehrkräften und Schülern an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11, insbes Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen, Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte, bereitgestellte Deputate, feste Krankheitsvertretungsreserven

KlAnfr

s. *Schulstatistik*

Drs 15/7798

Senkung des Klassenteilers an den Gemeinschaftsschulen; Kritik an der Abschaffung der Klassenwiederholung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 499 504 512

Kritik an der einseitigen Senkung des Klassenteilers für die Gemeinschaftsschule; Bedeutung des Klassenverbands in den oberen Klassen der Hauptschule

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 657 660 661

Kritik an der einseitigen Senkung des Klassenteilers für die Gemeinschaftsschule, Erinnerung an die Senkung des Klassenteilers im Zuge der Qualitätsoffensive Bildung, Festhalten am Klassenteiler der Werkrealschule in Klasse 10 mit ihrer heterogenen Schülerschaft

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1122 1129 1162-1164 1167

Stufenweise Absenkung des Klassenteilers an allen Schularten, Kritik an der einseitigen Senkung des Klassenteilers für die Gemeinschaftsschule, Schaffung von zusätzlichen Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1373 1374 1376 1378 1380 1381 1387 1390 1397

Frage der Finanzierbarkeit einer Absenkung des Klassenteilers

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1465 1478 1479

Rückläufigkeit der Schülerzahlen und Homogenität der Schulklassen, Absenkung des Klassenteilers auf 30 Schüler bzw auf 28 bei den Gemeinschaftsschulen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1717 1718 1720-1723

Heterogenität der Klassen an der Gemeinschaftsschule, Kritik an der einseitigen Senkung des Klassenteilers für die Gemeinschaftsschule

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1767 1777

Notwendigkeit zusätzlicher Eingangsklassen an den beruflichen Schulen, Problematik der Bildung neuer Eingangsklassen an den Haupt- und Werkrealschulen, erforderliche zusätzliche Stellen infolge der Absenkung des Klassenteilers; Abschaffung der Klassenwiederholung, Erfolgsbewertung der Versetzung auf Probe

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972-1974 1977 2012-2015 2017 2019

Kosten der stufenweisen Senkung des Klassenteilers

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2112 2113 2122

Schaffung von zusätzlichen Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien; Kritik an der einseitigen Senkung des Klassenteilers für die Gemeinschaftsschule; Erhaltung der frei werdenden Lehrerstellen durch den Rückgang der Schülerzahlen im System

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2223-2226 2230 2231 2234 2235 2239

Schulkonferenz

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentcheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr
s. *Schule*
Drs 15/3740

Novellierung des Schulgesetzes

-Ganztagsschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen

-Paritätische Besetzung der Schulkonferenz

-Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens

Verankerung der Ganztagsschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heim-sonderschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Schulkonferenzordnung

Novellierung des Schulgesetzes

-Ganztagsschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen

-Paritätische Besetzung der Schulkonferenz

-Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens

Änderung der §§ 2 und 4 der Schulkonferenzordnung in der Fassung vom 4. Juni 1995

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Schullaufbahn

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr
s. *Schulreform*
Drs 15/5589

Schullaufbahempfehlung

Zukünftige Ausgestaltung der Grundschulempfehlung

Ersetzung der Grundschulempfehlung für eine weiterführende Schulart durch eine qualifizierte Elternberatung? Festhalten an einer förmlichen Grundschulempfehlung auch nach Abschaffung ihrer Verbindlichkeit

Antr FDP/DVP 28.06.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/158
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 291-303
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.09.2011 Drs 15/907 S. 7-10
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Die Zukunft der Grundschulempfehlung in BW: Mit qualifizierter Beratung die Elternrechte stärken sowie den frühen und überzogenen Leistungsdruck auf Mädchen und Jungen reduzieren

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/9 20.07.2011 S. 291-303

Ungewisse Rahmenbedingungen für die unverbindliche Grundschulempfehlung zum kommenden Schuljahr

Folgewirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, einbezogene Fächer und Kompetenzen des einzelnen Schülers in die künftige Empfehlung; Entwicklung eines Leitfadens und einer Fortbildungskonzeption für die Lehrkräfte für das Beratungsgespräch mit den Eltern; Umgang mit einem von der verbindlichen Grundschulempfehlung abweichenden Elternwillen zum Schuljahr 2011/12

Antr Georg Wacker u.a. CDU 01.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/382
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.09.2011 Drs 15/907

S. 7-10

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Ersetzung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Elternberatung

GesEntw LReg 31.10.2011 Drs 15/823 (15 S.)

1. Beratung PIPr 15/18 10.11.2011 S. 823-832

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.11.2011 Drs 15/878

EAntr CDU und FDP/DVP 07.12.2011 Drs 15/965

2. Beratung PIPr 15/20 07.12.2011 S. 928-938

GesBeschl 07.12.2011 Drs 15/1039

GBI 2011 Nr. 21 S. 550 551 (Ges vom 13.12.2011)

Das Konzept der „Unverbindlichen Grundschulempfehlung“ bleibt unklar

Zeitplan der Einführung, organisatorische Ausgestaltung und Zielgenauigkeit des Qualifizierungskonzepts für die Grundschullehrkräfte zur Vorbereitung auf das ausschließlich beratende Elterngespräch; Bereitstellung von Entlastungsstunden für diese Lehrkräfte und der notwendigen zusätzlichen Ressourcen an den Realschulen und Gymnasien für die dort ansteigenden Schülerzahlen; Zuweisung neuer Aufgaben für die Lehrer an den Haupt- und Werkrealschulen wegen des dortigen Schülerrückgangs; Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Auseinanderklaffens der Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und -fernen Schichten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 26.01.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1167

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.05.2012 Drs 15/2007 S. 17 18

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Schülertourismus an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze

Umgang mit dem gewünschten Übergang von Schülern auf weiterführende Schulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung in BW, Bedeutung des jeweiligen Wohnsitzes, Frage nach möglichen Anmeldungen an einem Gymnasium auch mit einer Hauptschulempfehlung sowie nach einem Dialog mit den benachbarten Bundesländern

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 22.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1313

Übergänge von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten

Übergangszahlen in den einzelnen LKreisen auf die weiterführenden Schularten des Sekundarbereichs I nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Umfang der Aufnahme bzw der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, erwartete Zahlen von Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen im Falle eines starken Rücklaufs; Maßnahmen zur Sicherung des bisherigen hohen Leistungsniveaus der Realschulen und Gymnasien

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1617

Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen im LKreis Böblingen

Übergangszahlen auf die weiterführenden Schularten nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Vergleich zu den Vorjahren, Bildung von Kombinationsklassen

bzw Zusammenlegungen von Klassen benachbarter Schulen aufgrund zu geringer Anmeldezahlen, Umfang der Aufnahme und der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, Zahlen von Abweichungen von der Grundschulempfehlung bzw vom Beratungsgespräch sowie von erwarteten Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1722

Auflösung kleiner Haupt- bzw Werkrealschulen im Land

Notwendige Zusammenlegungen der Klassen fünf und sechs oder von Schulstandorten im kommenden Schuljahr infolge der demografischen Entwicklung und Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Darlegung der betroffenen Standorte und Schulträger, der Kriterien und Verantwortlichen für die zu treffenden Entscheidungen; Frage nach Perspektiven für die Schulen ohne fünfte Klasse

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1752

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemeinbildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1769

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKkreis Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen Anmeldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschul-/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/2003

Hat die baden-württembergische Realschule noch eine Zukunft?

Schüler-Lehrer-Relation an den Realschulen; Wertschätzung und Stellenwert dieser Schulart; Eingliederung der Realschule in das sogenannte Zwei-Säulen-Modell; Menge der in die duale Berufsausbildung, in berufliche Gymnasien oder Berufskollegs wechselnden Realschulabsolventen; Grundschulempfehlung der 2012/13 an den Realschulen angemeldeten Schüler; Möglichkeiten individueller Förderung an Realschulen; Forderung nach einem Fortbestand der Realschule als eigenständiger Schulart

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/2994

Kennt die Landesregierung die Grundschulempfehlung wirklich noch nicht?

Stellenwert der Übergangsempfehlungen und Übergangszahlen auf weiterführende Schulen im Hinblick auf die Bildungsverläufe der Schüler; Datenerhebung und Veröffentlichung der Daten für das Schuljahr 2012/13; Abweichung der Schulanmeldungen von den Bildungsgangempfehlungen für die jeweiligen Schüler; Übergang von Schülern mit Haupt-/Werkrealschulempfehlung, Realschulempfehlung oder Gymnasialempfehlung an Gemeinschaftsschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/2993

Übergangszahlen an die weiterführenden Schulen, insbes an die Gemeinschaftsschulen

Verteilung der Schüler mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung auf die Gemeinschaftsschulen; Schullaufbahneempfehlung der die heutigen Gemeinschaftsschulen besuchenden Schüler; vormaliger Anteil der Schüler mit Gymnasialempfehlung in den Realschulen sowie mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung in den Haupt- und Werkrealschulen; Zunahme der Heterogenität der Schulklassen an Gymnasien und Realschulen aufgrund der Abschaffung der verbindlichen Übergangsempfehlung

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3129

Wiederholerzahlen an Realschulen und Gymnasien steigen massiv an!

Anzahl nicht versetzter Schüler und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren; Nichtversetzungen nach der 5. Klasse einschließlich der Zeit nach dem Wegfall einer verbindlichen Grundschulempfehlung; Zahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anwendung der „Versetzung auf Probe“ beim aktuellen Schuljahreswechsel; Versetzung trotz vorausgehender Versetzungsgefährdung; Wechsel der Schulart während oder nach dem ersten Schuljahr in der weiterführenden Schule; Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes an eine weiterführende Schule; Maßnahmen zur Verringerung der Klassenwiederholungen

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/4099

Regionale Schulentwicklung - Ein Blick über den Tellerrand

Bedeutung kleinerer weiterführender Schulen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs; Konsequenzen für ortsansässige Betriebe, die strukturelle Entwicklung der Kommunen sowie das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen am Wohnort bei Schließung dieser Schulstandorte; Alternativen zu Schulschließungen an den kleineren Standorten; Rückgang der Schülerzahlen kleinerer Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/4125

Grundschulleitern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymna-

sium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4271

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4272

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Übergang von Kindern und Jugendlichen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, berufliche Schule); Verwaltungsvorschrift zur Weitergabe personenbezogener Daten zwischen Grundschule und weiterführender Schule; Anlass und konkrete Vorgabe des Landesdatenschutzbeauftragten für die rechtliche Regelung; erste Erfahrungen mit dem Wegfall der Grundschulempfehlung

KIAnfr Georg Wacker CDU 18.12.2013 und Antw KM Drs 15/4526

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4895

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Gymnasien

Übergang von Schülern allgemeinbildender Gymnasien auf andere weiterführende Schularten während des Schuljahrs; Zusammensetzung der Schülerschaft an allgemeinbildenden Gymnasien seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Gymnasiasten; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Gymnasien im nationalen Vergleich

Antr
s. *Gymnasium*

Drs 15/4961

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Realschulen

Übergang von Realschülern auf andere weiterführende Schularten seit dem Schuljahr 2009/2010; Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und auf die Wechselbereitschaft von Schülern der unteren Klassen; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Realschüler; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Realschulen durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Realschulen im nationalen Vergleich

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/5019

Zukunft des Realschulstandorts Konstanz

Situation und Zukunft des Realschulstandorts Konstanz, insbes Entwicklung der Schülerzahlen und Eingangsklassen, Abweichungen von der Grundschulempfehlung, Veränderung der Schülerströme, Bedarf an Realschulangebot

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/5645

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreiss Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreiss Esslingen, insbes Anmeldungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschulempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwandererkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KlAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 15/5750

Grundschulempfehlung beim Übergang in weiterführende Schularten

Relevanz der Kenntnis der Schulübergangsempfehlung durch die weiterführenden Schulen, insbes die Gemeinschaftsschule; Abfrage der Grundschulempfehlung in Aufnahmeanträgen von Gemeinschaftsschulen; Nutzung der Schulempfehlung zur Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen; Schaffung eines passgenauen Förder- und Unterstützungsangebots durch eine verpflichtende Vorlage der Grundschulempfehlung an allen weiterführenden Schularten zum Schuljahr 2015/2016

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5813

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.04.2015 Drs 15/7081 S. 13 14

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines un-

gehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzenbleiber

Antr

s. *Schulübergang*

Drs 15/6075

Welchen Einfluss hat der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Nichtversetztenquote?

Hintergründe zum behaupteten Zusammenhang zwischen dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und einem landesweiten Anstieg der Nichtversetztenquote in den Klassenstufen 5 und 6 an öffentlichen Realschulen und Gymnasien, insbes Auswertung von statistischen Daten und Studien

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/6392

Situation der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen in den letzten drei Jahren; Anzahl der im aktuellen Schuljahr für den Pflichtunterricht im LKreiss erforderlichen Lehrerstellen; Neueinstellungen; Unterrichtsausfall; Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr

s. *Gymnasium*

Drs 15/6467

Entwicklungen der Klassen 4 und 5 im Landkreis Esslingen

Berücksichtigung der Grundschulempfehlungen für das Schuljahr 2014/2015; Wechsel an eine andere Schule sowie Klassenwiederholung in der fünften Klasse

KlAnfr

s. *Schulübergang*

Drs 15/6501

Situation der Realschulen im LKreiss Emmendingen

Sachstand zur Situation der Realschulen im LKreiss Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/6795

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Böblingen

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Böblingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Unterrichtsausfall, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr

s. *Berufliches Gymnasium*

Drs 15/6975

Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im Landkreis Emmendingen

Sachstand zur Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im LKreiss Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Lehrerversorgung, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/7292

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im Landkreis Heilbronn, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/7422

Kritik an der angekündigten Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 40

Kritik an der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Bewertung als ersten Schritt zur Einführung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498 499 503 504 509 512

Kritik an der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und an der Streichung der Hauptschulempfehlung aus dem Formular, Verweisung auf das veränderte Übergangsverhalten

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 656-663

Schulleistung

s.a. *Hausaufgaben*
s.a. *Klassenarbeit*
s.a. *Versetzung von Schülern*

Notengebung und Wiederholung von Klassen

Bewertung der bestehenden Notenverordnung und Regelungen zur Klassenwiederholung, Vergleich der Wiederholerzahlen bundesweit und der Strategien zur weiteren Absenkung dieser Werte, Planung einer Abschaffung der Wiederholung von Klassen sowie von Alternativen zur Leistungsbewertung? Vorgesehene Regelungen zur Wiederholung an achtjährigen Gymnasien, Beurteilung des modularisierten Verfahrens für die Oberstufe in Österreich

Antr CDU 26.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/344
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2012-2021

Vergleichbarkeit der Abiturleistungen bundesweit auf hohem Niveau sichern

Gründe und Auswirkungen der unterschiedlichen Leistungsanforderungen in den Bundesländern, insbes beim Hochschulzugang für Abiturienten aus BW; Sachstand und Zeitplan in der KMK zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards und Aufgabenpools für die gymnasiale Oberstufe, insbes in Deutsch und Mathematik; Beteiligung in den dazu eingerichteten Arbeitsgruppen; Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der Schüler an der gymnasialen Oberstufe der geplanten Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Abitur*
Drs 15/891

Einführung der Kompetenzanalyse durch die Kultusministerin im „Hau-Ruck-Verfahren“

Bewertung der seit 2008 eingeführten „Kompetenzanalyse Profil AC“ zur Erkennung der für die Ausbildungsreife erforderlichen überfachlichen Potenziale der Schüler; Ausgestaltung der kurzfristig vorgesehenen Übertragung auf die Realschulen; Kommunikation gegenüber den Eltern, Schülern und Schulträgern; Vorbereitung und Entlastung der beteiligten Lehrkräfte

Antr
s. *Kompetenz*
Drs 15/960

Leistungsanspruch an der sogenannten Gemeinschaftsschule?

Ausstattung der o.g. Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zur Unterrichtung und individuellen Förderung von leistungsschwachen und -starken Schülern nach einem „Patchwork-Lehrplan“ aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium; Frage nach Zwangsversetzungen von Lehrern mit Gymnasiallehrausbildung; Unterstützung von Schülern mit Behinderung; Gründe und Auswirkungen des Wegfalls der Klassenwiederholung und Notengebung, Ausgestaltung der Leistungsbeurteilung, Verpflichtung der Schüler zur Wiederholung von Klasse 10 vor dem Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1319

Qualität der Schulabschlüsse erhalten

Entwicklung des Niveaus und der Ergebnisse der Abschlussprüfungen an den verschiedenen Schularten im Vergleich mit anderen BLändern, u.a. mit Nordrhein-Westfalen; Sicherung der notwendigen Kompetenzen für die nächsthöhere Jahrgangsstufe im Falle einer Abschaffung der Klassenwiederholung; Umgang mit Anfragen von Bildungsforschern zur Untersuchung des Rückgangs der Abitur-Durchfallquoten; Beurteilung der Schaffung eines gemeinsamen Aufgabenpools für die Abiturprüfung sowie der Qualität der Abschlussprüfungen an der Gemeinschaftsschule; Erhaltung einer mindestens gleichbleibenden Qualität der Prüfungsaufgaben, regelmäßige Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/1481

Lehrerausbildung sowie Leistungsfeststellung und -bewertung an der Gemeinschaftsschule

Konzeption für die Ausbildung der Lehramtsanwärter und Referendare an Gemeinschaftsschulen, Vorbereitung für die künftige Funktion als Lernbegleiter, Frage nach den Schulwahlmöglichkeiten der Referendare sowie nach der Art ihrer Nachweiserbringung für die Unterrichtsbefähigung; Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards und Lernziele der unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Lerngruppen; Umgang mit den Schülern, die Lernziele oder Bildungsstandards nicht erreichen

Antr FDP/DVP 08.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1666
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2797-2806

Qualitätskontrolle und Evaluation an Gemeinschaftsschulen

Gewährleistung der Bildungsstandards und der Bildungsniveaus von Hauptschule, Realschule und Gymnasium an den neuen Gemeinschaftsschulen; Bewertung ihrer Bildungsqualität nach einem bestimmten Zeitraum; Leistungskriterien und Methodik

der Bewertung; Angaben zu der mit der Evaluation beauftragten Einrichtung; geplanter jährlicher Aufwand zur Sicherung der Unterrichtsqualität innerhalb der neun Einführungsjahre; Modus der öffentlichen Berichterstattung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2052

Entwicklung der Abschlussnoten in BW

Entwicklung der landesweiten Durchschnittsnoten und Zahlen der Prüflinge seit 1970 beim Abitur, Realschul- und Hauptschulabschluss

KlAnfr Klaus Herrmann CDU 09.07.2012 und Antw KM
Drs 15/2067

Ist ein erfolgreiches Abitur an den Gemeinschaftsschulen möglich?

Bewertung von Studien aus anderen Bundesländern, insbes aus NRW, zum Vergleich der Ergebnisse und Quoten des Abiturs an Gesamtschulen und allgemeinbildenden Gymnasien und zur Studierfähigkeit der jeweiligen Absolventen; Frage nach Maßnahmen gegen das schlechtere Abschneiden der Schüler an den gesamtschulartigen Gemeinschaftsschulen hierzulande

Antr
s. *Abitur*
Drs 15/2469

Umgang mit Legasthenie und Lese-Rechtschreibschwäche

Änderung der derzeit geltenden Verwaltungsvorschrift zum Umgang mit an Legasthenie oder einer Lese-Rechtschreibschwäche leidenden Schülern; Unterscheidung zwischen dauerhafter und vorübergehender Störung; Feststellung der Art der Störung durch einen externen Experten; Berücksichtigung der gutachterlich festgestellten Störung bei der Bewertung der Schulleistungen über die Dauer der gesamten Schulzeit

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/2679

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 15/2801

Bildungsplanreform für das allgemein bildende Gymnasium in BW

Ausgestaltung und Fertigstellung der Bildungspläne für das achtjährige Gymnasium (G8), das neunjährige Gymnasium (G9) und die Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule sowie ihre gegenseitige Vereinbarkeit; Leistungsbeurteilungen, Schulwechsel; Fortbestand von Fächerverbänden im gymnasialen Lehrplan; Veränderungen im Stundenplan zu Lasten einzelner Fächer

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3059

Zunahme des Anteils der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft und deren Bildungserfolg

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungserfolg des steigenden Anteils ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen, insbes Erhöhung der Stütz- und Förderstundenzahl, individuelle Förderangebote an Gemeinschaftsschulen; Prüfung der Ursache für den höheren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Realschulen und Gymnasien und deren Leistungsniveau und Bildungserfolg

Antr Georg Wacker u.a. CDU 18.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3069
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 25 26
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Umgang mit steigender Heterogenität

Aktueller Leistungsstand der Schüler von Eingangsklassen der Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie der Schüler der gleichen Stufe an Gemeinschaftsschulen; Klassenwiederholung oder Wechsel der Schulart aufgrund mangelhafter Leistungen in der fünften Klasse; Erhaltung des Leistungsniveaus an Gymnasien und Realschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3126
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.02.2014 Drs 15/5052 S. 13 14
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Aktuelle Bildungsforschung belegt: Guter Unterricht braucht gute Lehrer - und keine bloßen Lernbegleiter

Folgerungen aus der bildungswissenschaftlichen Studie von John Hattie für den pädagogischen Ansatz der Gemeinschaftsschule sowie Wissensgewinn und Lernerfolg; Abhängigkeit des Lernerfolgs von Rolle, Kompetenzen und Qualifikation der Lehrer; Grundlage für erfolgreichen Unterricht bei Modellen des offenen Unterrichts und des jahrgangübergreifenden Lernens; Gründe für Ablehnung des Frontalunterrichts; Auswirkung der Finanzausstattung der Schule sowie Einfluss von Leitungsüberprüfungen und Feedback-Elementen auf Wissensgewinn und Lernerfolg der Schüler; Stellenwert einer stringenten Klassenführung des Lehrers; Verständnis des Lehrers weniger als Lernbegleiter sondern als Regisseur

GrAnfr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/3500

Mathematikkenntnisse junger Menschen in BW

Entwicklung der Mathematikkenntnisse der Schüler in BW für die Anforderungen in Ausbildung und Studium und Maßnahmen zur Verbesserung, insbes schularten- und ländervergleichende Statistiken, Ursachen für die qualitative Veränderung der mathematischen Kenntnisse, Einschätzungen von Hochschulen und Ausbildungsbetrieben, Einrichtung mathematischer Vorkurse für entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge

Antr
s. *Mathematik*
Drs 15/3521

Gibt es einen Verfall der Rechtschreibkenntnisse bei unseren Schülern?

Situation der Rechtschreibleistungen baden-württembergischer Grundschüler im nationalen und internationalen Längs- und Querschnittsvergleich; Umfang und Grund für den Abbau der Förderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dys-

kalkulie im Ergänzungsbereich; Bewertung und Umsetzung reformpädagogischer Konzepte der Vermittlung von Rechtschreib- und Lesekenntnissen in der Grundschule; Beteiligung und Stellenwert von Vorreitern oder Vertretern reformpädagogischer Ansätze bei der pädagogischen Konzeption für die Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Rechtschreibung*
Drs 15/3790

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/4061

3. IQB-Länderbericht 2012 - Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP

Beurteilung der Ergebnisse des 3. Länderberichts 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Ursachen der schlechten Bewertung BW; Einfluss der Schulstruktur auf die Schulleistungen; Umsetzung der bildungspolitischen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Datenerhebung; Maßnahmen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den vergangenen zwei Jahren; Stärkung der Kompetenzen der Schüler in den sogenannten MINT-Fächern

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4170

Umgang mit der gestiegenen Heterogenität an den Realschulen
Ursachen und Umgang mit der gestiegenen Heterogenität an den Realschulen, insbes Anzahl der Klassenwiederholungen, nach Leistungsniveau differenzierte Angebote zum Erreichen der Mittleren Reife bzw des Hauptschulabschlusses

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/4649

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Gymnasien

Übergang von Schülern allgemeinbildender Gymnasien auf andere weiterführende Schularten während des Schuljahrs; Zusammensetzung der Schülerschaft an allgemeinbildenden Gymnasien seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Gymnasiasten; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Gymnasien im nationalen Vergleich

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4961

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Realschulen

Übergang von Realschülern auf andere weiterführende Schularten seit dem Schuljahr 2009/2010; Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und auf die Wechselbereitschaft von Schülern der unteren Klassen; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Realschüler; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Realschulen durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Realschulen im nationalen Vergleich

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5019

Will der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Noten abschaffen?

Haltung zur Notengebung in der Schule; öffentliche Meinung zur Abschaffung der Notenvergabe; Fachdiskussion über die Notenvergabe und über Alternativen zu Ziffernnoten; Funktion der Noten; Unterschiede zwischen Ziffernnoten und verbalen Leistungsbeschreibungen; Erprobung alternativer Leistungsbewertungen an Gemeinschaftsschulen und Grundschulen; Akzeptanz und Vergleichbarkeit alternativer Leistungsbewertungen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5883

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines ungehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzbleiber

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6075

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6337

Finnlands Pisa-Erfolg - ein missverstandenes Vorbild grün-roter Bildungsideologie

Sachstand zur Bewertung von Finnlands Pisa-Erfolg aus dem Jahr 2000, insbes Bewertung der Studienergebnisse des britischen Bildungsforschers Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics, Auswirkungen seiner Erkenntnisse

auf die Bildungspolitik in BW, Gegenmaßnahmen zum in ähnlicher Weise erwartbaren Absinken des Leistungsniveaus der Schüler im Land wie in Finnland

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7299

Beklagung des Notendrucks in der Grundschule aufgrund der verpflichtenden Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 292 293 297-301

Kritik an der Abschaffung der Klassenwiederholung und Notengebung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 512

Kritik an einer Abschaffung der Notengebung an der Gemeinschaftsschule und der Notenhürde zwischen Hauptschule und Werkrealschule

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 657-659

Beklagung des Notendrucks in der Grundschule aufgrund der verpflichtenden Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 823 825-828

Beklagung des Notendrucks in der Grundschule aufgrund der verpflichtenden Grundschulempfehlung, Begrüßung der Ersetzung durch eine qualifizierte Elternberatung

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 930

Abschaffung der Notenhürde zwischen Hauptschule und Werkrealschule, Kritik an der Herabsetzung der Leistungsanforderungen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1009-1013 1015 1018

Abschaffung der Notenhürde zwischen Hauptschule und Werkrealschule

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1164

Kritik an der Herabsetzung der Leistungsanforderungen mit der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1386 1388 1389

Erwartete Leistungen der Schüler in der Gemeinschaftsschule; Bildungsstudien über die Schülerleistungen in der Grundschule und der Sekundarstufe; Abschaffung der Notenhürde zwischen Hauptschule und Werkrealschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1718 1721-1724 1726 1727 1730

Ergänzung der Noten durch Leistungsbeurteilungen an der Gemeinschaftsschule; Leistungen der Schüler beim IQB-Ländervergleich; Vorwurf einer Überbetonung des Leistungsgedankens

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1773 1777 1778

Schulleistungstest

s.a. *IGLU-Studie*
s.a. *TIMSS-Studie*

Grundschulstudien TIMSS und IGLU - Ergebnisse und Konsequenzen für BW

Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Schulleistungsstudien TIMSS 2011 und IGLU 2011 für Grundschulen in

BW, insbes im Hinblick auf Geschlecht, soziale Herkunft und Leistungsniveau

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 21.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3111
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 05.06.2013 Drs 15/4040 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU) S. 22-24
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA)

Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) für die einzelnen Schularten, Klassenstufen und Bildungsstandards, insbes Verfahren der Lernstandserhebung an den Gemeinschaftsschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 09.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5173
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 07.10.2015 Drs 15/8019 S. 10
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht
Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasytemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5340

Ergebnisse der Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA) für das Schuljahr 2014/2015
Ergebnisse der Lernstandserhebung unter Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) im Schuljahr 2014/2015 für die einzelnen Schularten und Bildungsstandards, insbes Erhebung und Ergebnisse der Gemeinschaftsschulen, Konsequenzen aus den Erkenntnissen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 19.05.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6901
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.12.2015 Drs 15/8048 S. 27 28
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Finnlands Pisa-Erfolg - ein missverstandenes Vorbild grün-roter Bildungsideologie

Sachstand zur Bewertung von Finnlands Pisa-Erfolg aus dem Jahr 2000, insbes Bewertung der Studienergebnisse des britischen Bildungsforschers Gabriel Heller Sahlgren von der London School of Economics, Auswirkungen seiner Erkenntnisse auf die Bildungspolitik in BW, Gegenmaßnahmen zum in ähnlicher Weise erwartbaren Absinken des Leistungsniveaus der Schüler im Land wie in Finnland

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7299

Schulleiter

Einschüchterung mündiger Schulleiterinnen und Schulleiter durch die Kultusministerin?

Bewertung des öffentlichen Eintretens von rund 60 Schulleitern für das im Schulgesetz verankerte Schulsystem sowie eines Schulleiters aus Ravensburg für die bildungspolitischen Ziele

le der SPD kurz vor der Landtagswahl; Darlegung von Anhaltspunkten für disziplinarrechtliche Schritte aufgrund des Eintretens für das geltende Schulgesetz, Begründung des persönlichen Schreibens der Ministerin an die 60 Schulleiter mit dem Hinweis auf die Loyalitätspflichten eines Beamten, Frage nach einem entsprechenden Vorgehen im Ravensburger Fall

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.10.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/622
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821 S. 7 8
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 02.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1649

Wie passt eine „Politik des Gehörtwerdens“ mit der gezielten Einschüchterung von kritischen Schulleitern zusammen?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Kritik an der Gemeinschaftsschule durch den Leiter der Stabsstelle im KM; Frage nach dem Hintergrund, Inhalt und der Atmosphäre des Telefonats sowie nach weiteren Fällen und Kompetenzen des Stabsstellenleiters

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1665

Klärende Fragen II: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach Bezugsquellen für den Schulleiter, um sich wahrheitsgemäß über das Projekt Gemeinschaftsschule zu äußern sowie nach dem dienstrechtlichen Verhältnis des Stabsstellenleiters zu Schulleitern; Vereinbarkeit des Vorgehens in diesem Fall oder auch in anderen Fällen mit dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und dem eigenen Anspruch einer „Regierung des Zuhörens“

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 22.06.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1830

Klärende Fragen III: Wie hält es die Regierung mit kritischen Äußerungen von Beamtinnen und Beamten?

Ermahnung des Schulleiters der Remsecker Realschule aufgrund seiner Äußerungen zur grün-roten (Bildungs-)Politik durch den Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschule im KM; Frage nach weiteren Gesprächsangeboten der Kultusverwaltung über diesen Fall hinaus gegenüber Beamten wegen Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit der Bildungspolitik

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 09.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2222
Ergänzende Stellungnahme KM 24.09.2012 Drs 15/2385

Wie begegnet die LReg systematisch dem Mangel an Bewerbungen zur Besetzung frei werdender Schulleiterstellen?

Zahl der offenen Stellen seit 2006 und infolge von Pensionierungen bis 2016, Fälle von mehrfachen Ausschreibungen und Frauenanteil unter den Bewerbern, Bewertung der „Vorbereitungs- und Auswahlseminare“ sowie einer flächendeckenden Einführung von Schulassistenten zur Entlastung der Schulleiter, Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten qualifizierten Persönlichkeiten, Einbindung der Lehrerverbände zur Bewerbungsermunterung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2209
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.03.2013 Drs 15/3712 S. 7-9
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Plant die Landesregierung ein „Abschulungsverbot“ für die Gymnasien?

Zielvorstellungen zur künftigen Gliederung des Schulsystems; Bewertung der o.g. Maßnahme sowie der fundamentalen Kritik der Schulleiter an Gymnasien an der Bildungspolitik der LReg

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/2595

Verpasst Kultusminister Andreas Stoch mündigen Schulleitern einen „Maulkorb“?

Kommunikationsvorgaben für Schulen und Schulleiter, insbes Auskunftsverbot zu den Anmeldezahlen an den weiterführenden Schularten

Antr
s. *Auskunftsverteilung*
Drs 15/3314

Besetzung von Schulleiterstellen an neu eingerichteten Verbundschulen

Verfahren zur Besetzung von Schulleiterstellen an neu eingerichteten Verbundschulen sowie fusionierten Grund-/Haupt- und Realschulen

MdlAnfr 4) Georg Wacker CDU 14.06.2013 Drs 15/3608
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4346 4347

Befangenheit von Schulleitung und Lehrkraft als Mitglied im Gemeinderat bei Einrichtung, Aufgabe und Änderung von Schulen
Anwendbarkeit des § 18 der Gemeindeordnung von BW (Ausschluss wegen Befangenheit) auf Schulleiter und Lehrer bei Abstimmungen über Schulthemen im Gemeinderat

KlAnfr
s. *Befangenheit*
Drs 15/3658

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentscheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr
s. *Schule*
Drs 15/3740

Rektorenstellen an Realschulen

Schaffung zusätzlicher Stellen der Besoldungsgruppe A 15 für Realschulrektoren durch einen Nachtragshaushalt; Schulleiterstelle für die Konrad-Adenauer-Realschule in Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 23.01.2014 und
Antw KM Drs 15/4639

Zusage vor Antragstellung? Ungereimheiten bei der Genehmigung der Gemeinschaftsschule Salem klären

Mündliche Zusage für eine Umwandlung der Werkrealschule Salem in eine Gemeinschaftsschule; Aufklärung des Widerspruchs zwischen den Aussagen des örtlichen Schulleiters und des Ministerialdirektors im Kultusministerium in der Mündlichen Fragestunde vom 10. Oktober 2013; Konsequenzen einer rechtswidrigen Zusage; Sanktionierung einer falschen dienstlichen Erklärung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5034

Novellierung des Schulgesetzes

-Ganztagsschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen

-Paritätische Besetzung der Schulkonferenz

-Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens

Verankerung der Ganztagsschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Einfluss von sektenähnlichen Psychogruppen auf Schulen im LKreis Böblingen

Gruppe um eine die „Psychologische Lehr- und Beratungsstelle“ in Böblingen betreibende pensionierte Gymnasiallehrerin; Auskunft über deren Verbindung zum Begründer der sogenannten Zürcher Schule und zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“; Konkretisierung der Vorwürfe gegenüber einer der Gruppe angehörenden Grundschulleiterin; Zugehörigkeit weiterer Schulleiter und Lehrer zu jener Gruppe; Verbreitung ideologischer Inhalte im Unterricht und im Schulbetrieb; Dienstanweisung zur Verweisung an Beratungsstellen; Aufklärung der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe

Antr
s. *Beratungsstelle*
Drs 15/5620

Beratende Äußerung „Unterstützungsleistungen für Schulleitungen“

Untersuchung des Landesrechnungshofs zur aktuellen Situation bei den schulischen Managementaufgaben unter Auswertung einer Online-Umfrage zu den Unterstützungsleistungen für Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen

Mittlg RH 19.09.2014 Drs 15/5730 (104 S.)

PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/6034 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD) (10 S.)

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762

Mittlg LReg 21.12.2016 Drs 16/1146

Stelle des geschäftsführenden Schulleiters der Stadt Laichingen

Gründe für das Ausbleiben der Stellenbesetzung; Funktion eines geschäftsführenden Schulleiters in der Schulstadt Laichingen

KlAnfr Karl Traub CDU 02.10.2014 und Antw KM Drs 15/5809

Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen

Häufigkeit und konkrete Fälle der Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens; Gründe für die Aufhebung an der Realschule Niefern

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.10.2014 und
Antw KM Drs 15/5869

Schlichtung an Schulen

Maßnahmen des Schulamts und des RegPräs Karlsruhe zur Lösung des Führungsproblems an der Carl-Dittler-Realschule in Remchingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.05.2015 und
Antw KM Drs 15/6932

Ausschreibung zur Besetzung von Schulleiterstellen

Sachstand zu laufenden Schulleiterbesetzungsverfahren in BW, insbes Verfahrensverlauf bei der Neubesetzung der Schulleiterstelle an der Realschule Niefern

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 06.07.2015 und
Antw KM Drs 15/7128

Entwurf der Verordnung der LReg zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW

Erhöhung der Leitungszeit für Schulleiter von Schulen mit weniger als acht Klassen auf zehn Wochenstunden; Neudefinition der „kleinen Schule“ von bisher „weniger als sieben Klassen“ auf künftig „weniger als acht Klassen“

Mittlg LReg

s. *Verordnung der LReg über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW*
Drs 15/7955

Erinnerung an einen Brief der Kultusministerin an rund 50 Schulleiter, die während des Wahlkampfs für das dreigliedrige Schulsystem eintraten, und in dem sie ein Disziplinarverfahren androhte

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1393-1395

Schulmensa

s. *Mensa*

Schulnote

s. *Schulleistung*

Schulobstprogramm

s. *Obst*

Schulpflicht

Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch von Kindern, die sich ihrem Aufenthaltsstatus nach „illegal“ in BW aufhalten sowie von Kindern, deren Eltern Asylbewerber oder „Geduldete“ sind

Schulbesuch von Kindern von Asylbewerbern „Geduldeten“ oder „Illegalen“, insbes detaillierte Zahlen nach Schularten und Orten; Gründe für Wartezeit und Wartelisten; möglicher Änderungsbedarf beim Schulgesetz

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 22.03.2013 und Antw KM Drs 15/3284

Maßnahmen gegen Schulschwänzer

Entwicklung der Zahl der Schulschwänzer in BW und im Schwarzwald-Baar-Kreis; Gründe für das Fernbleiben vom Unterricht und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Schulverweigerung*
Drs 15/3697

Novellierung des Schulgesetzes

-*Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen*

-*Paritätische Besetzung der Schulkonferenz*

-*Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens*

Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heim-sonderschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Beschulung von Kindern und Jugendlichen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Karlsruhe, der Bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle (BEA), den Notunterkünften und den Außenstellen

Schulunterricht für Flüchtlingskinder; Anteil der Kinder und Jugendlichen im Schulalter in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften; Aufenthaltsdauer in den Flüchtlingsunterkünften; Schulpflicht von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Bildungsangebote in den Erstaufnahmestellen; Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen in diesen Einrichtungen

KlAnfr
s. *Schulbesuch*
Drs 15/6493

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis Göppingen

Statistik zu schulpflichtigen Personen unter den Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Göppingen; Auswirkung auf Vorbereitung von Lehrkräften sowie Bedarf an zusätzlichem Personal an Schulen

KlAnfr Jutta Schiller CDU 25.08.2015 und Antw KM Drs 15/7338

Schulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Sachstand zur Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie zur Erfüllung der Schulpflicht bei Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7686

Schulpolitik

s. *Bildungspolitik*

Schulpsychologe

s. *Psychologe*

Schulpsychologische Beratung

Beim Ausbau der Schulpsychologie herrscht Stillstand

Stand des Ausbaus der Schulpsychologenstellen entsprechend der Empfehlung des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen - Jugendgefährdung und Jugendgewalt“; Beanspruchung der vorhandenen Schulpsychologen durch Verwaltungsaufgaben; Kosten eines Ausbaus der Leistungsfähigkeit der Beratungsstellenverwaltung; Beantragung von Mitteln zur Aufstockung der Verwaltungsstellen im Nachtragshaushalt; Besetzung der zugesagten Schulpsychologenstellen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 10.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4139
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 19 20
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Schulrecht

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Ersetzung der verbindlichen Grundschulempfehlung durch eine qualifizierte Elternberatung

GesEntw
s. *Schullaufbahnpflicht*
Drs 15/823

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkreal- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10; Ermöglichung der Vollmitgliedschaft von Schülern der Schulen in freier Trägerschaft im Landesschülerbeirat, Regelung der Meldepflicht für Ersatz- und Ergänzungsschulen im Falle von Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Jugendamt, Aufnahme weiterer Kosten in das Bruttokostenmodell, entsprechende Änderung des Privatschulgesetzes

GesEntw LReg 29.11.2011 Drs 15/941 (28 S.)
1. Beratung PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1008-1018
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 14.12.2011 Drs 15/1017 (10 S.)
2. Beratung PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1161-1168
GesBeschl 21.12.2011 Drs 15/1099
GBI 2011 Nr. 22 S. 570 571 (Ges vom 21.12.2011)

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes u.a. Gesetze

Einführung der Gemeinschaftsschule als neue Schulart; Änderung des Privatschulgesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Landespersonalvertretungsgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes

GesEntw
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1466

Ausbau der Ganztagschulen

Kriterien für den Ausbau von Ganztagschulen; Berücksichtigung und Umfang der Förderung beim Ganztagschulaausbau der übrigen weiterführenden Schularten im Vergleich zur Gemeinschaftsschule; Planung und Finanzierung der Ressourcen für den Ganztagschulaausbau, insbes Zusammenhang und Vergleich zum Ausbau der Gemeinschaftsschulen; Aufnahme der Ganztagschule in das Schulgesetz

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/2860

Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch von Kindern, die sich ihrem Aufenthaltsstatus nach „illegal“ in BW aufhalten sowie von Kindern, deren Eltern Asylbewerber oder „Geduldete“ sind

Schulbesuch von Kindern von Asylbewerbern „Geduldeten“ oder „Illegalen“, insbes detaillierte Zahlen nach Schularten und Orten; Gründe für Wartezeit und Wartelisten; möglicher Änderungsbedarf beim Schulgesetz

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 15/3284

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentcheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbe-

schlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr
s. *Schule*
Drs 15/3740

LReg und Bundeswehr - noch immer keine Klarheit

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land BW; Haltung der LReg gegenüber der Kooperation; „bewährte Kooperation“ oder „Weiterentwicklung“ der Kooperationsvereinbarung; Ergebnisse der seit 2013 mit Vertretern der Bundeswehr geführten Gespräche; Beschluss „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Ende 2012; Artikel „Kein Werben für's Sterben“ in der Zeitschrift des Landeselternbeirats; schulrechtliche Bewertung des Musterantrags „Antrag auf Freistellung vom Unterricht durch Bundeswehr-Vertreter“ von terre des hommes

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/4790

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW

Einführung der regionalen Schulentwicklung in BW zur Ermöglichung des gewünschten Bildungsabschlusses entsprechend den Begabungen und Fähigkeiten der Schüler bei einem gleichzeitig effektiven und effizienten Ressourceneinsatz

GesEntw LReg 08.04.2014 Drs 15/5044 (65 S.)
1. Beratung PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5810-5817
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 07.05.2014 Drs 15/5168 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU Nr. 1-9) (16 S.)
ÄAntr CDU 20.05.2014 Drs 15/5218 1-8 S. 1-8
EAntr CDU 20.05.2014 Drs 15/5218-9 S. 9
EAntr GRÜNE und SPD 22.05.2014 Drs 15/5218-10 S. 10
2. Beratung PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5973-5987 6017 6018
GesBeschl 22.05.2014 Drs 15/5243
GBI 2014 Nr. 10 S. 265-267 (Ges vom 03.03.2014)
Mittlg LReg 04.11.2014 Drs 15/6099

Novellierung des Schulgesetzes

-*Ganztagschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen*

-*Paritätische Besetzung der Schulkonferenz*

-*Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens*

Verankerung der Ganztagschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimschulen

GesEntw LReg 26.05.2014 Drs 15/5259 (75 S.)
1. Beratung PIPr 15/101 04.06.2014 S. 6054-6063
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 09.07.2014 Drs 15/5447

(dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1-3, ÄAntr FDP/DVP Nr. 4)

ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.07.2014 Drs 15/5467 1-4 S. 1-4

ÄAntr FDP/DVP 15.07.2014 Drs 15/5467-5 S. 5

EAntr CDU 15.07.2014 Drs 15/5467 6-8 S. 6-8

2. Beratung PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6222-6235

GesBeschl 16.07.2014 Drs 15/5512

GBI 2014 Nr. 14 S. 365-368 (Ges vom 22.07.2014)

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schulart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr

s. *Sonderschule*

Drs 15/5437

Fehlzeiten an den Schulen in BW

Reduzierung der Fehlzeiten von Schülern an staatlichen und privaten Schulen; Hinweis auf Fehlzeiten in Schulzeugnissen; Schulanmeldung von Kindern, um Kindergeld zu beziehen; schulrechtliche Möglichkeiten einer Sanktionierung hoher Fehlzeiten

Antr

s. *Schulbesuch*

Drs 15/5769

Vergisst das Kultusministerium die privaten Sonderschulen bei der Inklusion?

Berücksichtigung der Erfahrung der Privatschulen bei der Ausarbeitung des inklusiven Bildungsangebots; Einbeziehung der privaten Schulen in die regionale Schulentwicklung; schulgesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung privater Förderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Berücksichtigung der Angebote privater Sonderschulen bei den Schulangebotsplanungen; Angleichung der Privatschulbauverordnung

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6559

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Aufhebung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule für Schüler mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot; Stärkung des Elternwahlrechts im Hinblick auf den schulischen Lernort; Bestimmung der Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen; Aufnahme des zieldifferenten Unterrichts an allgemeinen Schulen ins Schulgesetz; Stärkung der Steuerungsfunktion der Schulverwaltung bei der Organisation inklusiver Bildungsangebote; Weiterentwicklung der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren auch für Kinder ohne Behinderungen; Anpassung der Zuschüsse an die Privatschulen mit inklusiven Bildungsangeboten

GesEntw

s. *Inklusion*

Drs 15/6963

Urheberrecht im schulischen Verwaltungsbereich

Sachstand zur urheber- und nutzungsrechtlichen Situation bei Lehr- und Bildungsplänen, für den Schulbetrieb relevanten Verordnungen und Anlagen sowie zentralen Prüfungs- und Klausuraufgaben für das Abitur in BW

KlAnfr

s. *Urheberrecht*

Drs 15/7228

Kopftuchverbot

Auswirkung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot auf die Geltung und Einhaltung von § 38 des Schulgesetzes für BW

MdlAnfr

s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*

Drs 15/7399

Privatschulbericht macht Finanzierungslücke sichtbar

Ursachen des Rückgangs der Privatschulfinanzierung; Landeszuschüsse pro Schüler und Schulart seit Einführung des Bruttokostenmodells; Einnahmen des Landes aus der Versorgungsabgabe für neu eingestellte beamtete Lehrkräfte; Aufteilung der im Nachtragshaushalt eingeplanten 17 Millionen Euro für die Schulen in freier Trägerschaft; Dynamisierung der Privatschulförderung; Bestellung eines Rechtsgutachtens zur Novellierung des Privatschulgesetzes (PschG)

Antr

s. *Privatschule*

Drs 15/7711

Wie steht es um die Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich der Ganztagsbetreuung in der Grundschule?

Bewertung der Studie „Familienbild im Wandel - Lebensentwürfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forderung nach größerer Flexibilität der Ganztagsschul- und Betreuungsangebote an Grundschulen; Förderung von Horten und flexibler Nachmittagsbetreuung an Ganztagschulen; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine offene Ganztagschule

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 15/7747

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Kooperation öffentlicher und privater Schulen im Bereich der Inklusion, insbes beim Einsatz von Lehrkräften; rückwirkende Erhöhung der Zuschüsse für die Privatschulen; Anpassung von Regelungen im Bereich des Privatschul- und Versorgungsrechts an aktuelle Entwicklungen

GesEntw

s. *Inklusion*

Drs 15/7957

Verankerung von Gemeinschaftsschulen mit eigenem pädagogischem Konzept im Schulgesetz

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Verankerung der Ganztagschulen im Schulgesetz

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 52

Schulreferendariat

s. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*

Schulreform

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Raumprogramm der Gemeinschaftsschulen im Vergleich zum Modellraumprogramm einer Ganztags-Werkrealschule; Beachtung gymnasialer Standards bei Ausgestaltung der Unterrichts-räume für die naturwissenschaftlichen Fächer; Berücksichtigung der Einführung der zweiten Fremdsprache im Raumprogramm; Förderung der Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen zur Ermöglichung eines integrativen Unterrichts; Bekanntmachung der überarbeiteten Schulbauförderrichtlinien; Einbeziehung von Umbaumaßnahmen aufgrund von Bildungsreformen und gewandelter pädagogischer Leitideen; ausreichendes Raumangebot als Genehmigungsvoraussetzung

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 15/3775

Streicht die grün-rote LReg 11.600 Lehrerstellen?

Situation in der Lehrerversorgung, insbes Höhe des jährlichen Lehrer- und Ressourcenbedarfs für die Umsetzung der Strukturreform im Bildungsbereich, Entwicklung eines Bedarfsdeckungskonzepts, Sicherung der Unterrichtsqualität bei gleichzeitiger Streichung von 11.600 Lehrerstellen; Abrücken vom angekündigten Sparziel der Streichung von 11.600 Lehrerstellen

Antr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/4298

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr CDU 04.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5589

Schulreife

s. *Schulanfänger*

Schulrektor

s. *Schulleiter*

Schulschwänzer

s. *Schulverweigerung*

Schulsozialarbeit

s. *Sozialarbeit*

Schulsport

s. *Sportunterricht*

Schulstandort

s. *Schule*

Schulstatistik

Fragebogen zum „Migrationshintergrund“ von Schülern

Zielsetzung des „Fragebogens an die Erziehungsberechtigten für die Erhebung des Migrationshintergrunds der Schülerinnen und Schüler“; erwarteter Nutzen für Schüler, Eltern und Lehrer; Vermeidung einer Stigmatisierung „Ausländischstämmiger“; Berücksichtigung des Landesdatenschutzgesetzes; Sprachversionen; Aufwand für die Erstellung des Fragebogens sowie für die Erhebung und Verwendung der Daten; Einbeziehung von Eltern- und Lehrerverbänden sowie von Schulträgern bei der Vorbereitung des Fragebogens

Antr

s. *Schüler*

Drs 15/2728

Schulentwicklung im Hohenlohekreis

Bewertung und Statistiken zur Schullandschaft im Hohenlohekreis, insbes nach Schularten aufgeschlüsselte Zahlen zu Schulstandorten, Schülerzahlen und Schullempfehlungen

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 01.02.2013 und Antw KM Drs 15/2970

Schulpolitik im LKreis Waldshut, den Städten Schwörstadt und Wehr als Konsequenz aus den Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen

Detaillierte Schülerzahlen und Schulentwicklung im LKreis Waldshut und den Städten Schwörstadt und Rheinfelden, insbes Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen, Entwicklung im Zusammenhang mit dem Stadt-Land-Gefälle; eingebrachte und bewilligte Schulanträge auf Wiedereinführung von G9 oder auf eine Gemeinschaftsschule

KlAnfr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/2989

Entwicklung des strukturellen Unterrichtsdefizits an beruflichen Schulen in BW

Daten über die Versorgungssituation der einzelnen beruflichen Schulen in BW, insbes schulscharfe Darstellung des strukturellen Unterrichtsdefizits, der Überstundenbugwelle, der Anzahl der Kleinstklassen sowie der Unterschreitung der Mindestgröße

KlAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/3077

Kennt die Landesregierung die Grundschulempfehlung wirklich noch nicht?

Stellenwert der Übergangsempfehlungen und Übergangszahlen auf weiterführende Schulen im Hinblick auf die Bildungsverläufe der Schüler; Datenerhebung und Veröffentlichung der Daten für das Schuljahr 2012/13; Abweichung der Schulanmeldungen von den Bildungsgangempfehlungen für die jeweiligen Schüler; Übergang von Schülern mit Haupt-/Werkrealschulempfehlung, Realschulempfehlung oder Gymnasialempfehlung an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Schullaufbahneempfehlung*

Drs 15/2993

Streichung von 1.000 Lehrerstellen ohne Gefährdung der Unterrichtsversorgung?

Detaillierte Zahlen und Umsetzung der angekündigten Streichung von 1.000 Lehrerstellen für das Haushaltsjahr 2013, insbes Konsequenzen für Unterrichtsversorgung, Ergänzungsbereich, Entlastungskontingent, Anrechnungsstunden, Regeldeputate, bildungspolitische Projekte sowie im Bereich der Qualitätssicherung; Umsetzung der Vorgabe des MinPräs vom Juli 2012 über Einsparung von insgesamt 11.600 Lehrerstellen bis 2020

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3110

Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen

Einrichtung von Gemeinschaftsschulen im LKreis Böblingen, insbes Gründe für bewilligte bzw abgelehnte Anträge und Prognosen zu Schülerzahlen und Schülerströmen; Berücksichtigung der Stellungnahmen des zuständigen Schulamts, Regierungspräsidiums und des Kultusministeriums sowie der Interessen benachbarter Schulträger bei der Entscheidungsfindung; Auswirkungen neuer Gemeinschaftsschulen auf die umliegenden Schulen; erforderliche Änderungen der baulichen und sächlichen Ausstattung und kalkuliertes finanzielles Volumen sowie Übernahme der finanziellen Mehrausgaben; bisheriger Verzicht auf eine regionale Schulentwicklungsplanung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3128

Unterstützende Hilfen an Sonderschulen

Situation, Statistiken und Entwicklung der Sonderschulen, insbes unterstützende Hilfen für kranke und behinderte Schüler außerhalb des Unterrichts

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/3159

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKreis Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKreis Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3179

Situation der Gymnasien im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Unterrichtsausfall, Art der Grundschulempfehlungen der Gymnasialschüler der 5. Klasse; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents und der Hausaufgabenbetreuung

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3539

Unterrichtsversorgung an den Realschulen im Land

Schüler- und Lehrerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006; Zahl und Größe der Eingangsklassen; für das Schuljahr 2013/2014 zu erwartende Schülerzahl; Zahl der eingeplanten und der neu

einzustellenden Realschullehrer; Stellenplan für die Realschulen; Deputate für den Ergänzungsbereich, für individuelle Fördermaßnahmen und für den Ausbau von Ganztagsangeboten

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/3679

Situation der Gymnasien im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Lehrer- und Unterrichtsausfall; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3735

Gibt es in Zukunft noch eine duale Ausbildung im Ländlichen Raum?

Zahl der Kleinklassen in den Schuljahren 2011/2012 und 2012/2013; betroffene Berufsschulstandorte und Ausbildungsberufe; Verlagerung von Schulstandorten aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume; Einsparung von Lehrerstellen durch die Schließung von Kleinklassen; Verlagerung von Fachklassen in den Schuljahren 2012/2013 und 2013/2014; Einbeziehung der Schulträger, der Ausbildungsbetriebe und der Organisationen der Wirtschaft in die Standortentscheidungen; Zusammenhang zwischen der Schließung von Kleinklassen und dem Abschluss von Ausbildungsverträgen; Auswirkungen der Schließung von Ausbildungsstandorten auf die Berufswahl

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/3839

Die Entwicklung der Privatschulen in BW

Zahl der Privatschulen, aufgeschlüsselt nach Schularten; Klassen und Schülerzahlen; Anmeldungen in Klassenstufe 5 im Vergleich zu öffentlichen Gymnasien, Realschulen sowie Haupt- und Werkrealschulen; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 gegründeten privaten Gemeinschaftsschulen; Einrichtung bzw Schließung allgemeinbildender privater Schulen in den letzten fünf Jahren; pädagogische und organisatorische Entwicklung der Privatschulen im Vergleich zu anderen Ländern

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/3911

Schulverbände

Merkmale, Vorteile und Genehmigungskriterien für Schulverbände in BW sowie Daten zu Standorten, Trägerschaft und Schülerzahlen

KlAnfr
s. *Schulverbund*
Drs 15/3939

Zahl der Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten

Stellenzahlen zu Beschäftigung, Ausscheiden und Wiederbesetzung Pädagogischer Assistenten an Werkreal-, Haupt- und Grundschulen sowie entsprechende Gesamtstundenzahlen

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 15/3953

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2012/13

Entwicklung der Schülerzahlen nach Schularten; Zahl der eingesetzten Lehrkräfte; Anzahl der für den Pflicht- und den Ergänzungsunterricht bereitgestellten Unterrichtsstunden; Krankheitsvertretungsreserve im Staatlichen Schulamt Backnang; durch Pensionierung frei werdende Vollzeitlehrerstellen

KlAnfr Gernot Gruber SPD 20.11.2013 und Antw KM Drs 15/4364

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Berufliche Gymnasien

Profile der beruflichen Gymnasien in BW; neu eingerichtete Profile und Standorte seit dem Schuljahr 2006/2007; Entwicklung der Schülerzahlen pro Schulprofil und der Anzahl der Klassenzüge; Prognose der Schülerzahlen in den einzelnen Stadt- und LKreisen bis 2020; Datengrundlage der Bedarfsplanungen für die beruflichen Gymnasien bis 2020; Rolle der beruflichen Gymnasien iRd regionalen Schulentwicklung, insbes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/4525

Unterrichtsversorgung muss auch den Ergänzungsbereich einbeziehen

Individuelle Förderung der Schüler durch Förder- und Unterstützungsangebote sowie Bildungsangebote des Ergänzungsbereichs; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 an den verschiedenen Schularten für den Ergänzungsbereich zur Verfügung stehenden Lehrereputate; Beurteilung der Unterrichtsversorgung im Allgemeinen und speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote und ihre quantitative Entwicklung seit dem Schuljahr 2012/2013; Nutzung der vorgesehenen Unterrichtszeit für Krankheitsvertretung; Förderung der Bildungsgerechtigkeit durch eine ausreichende Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/4650

Umsetzung der Inklusion im LKreis Schwäbisch Hall

Inklusionsanteil in den Kindertagesstätten und Schulen seit 2010; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Umsetzung der Inklusion an weiterführenden Schulen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4674

Privatschulfinanzierung im LKreis Esslingen

Statistische Angaben zu den Privatschulen im LKreis Esslingen; Gründe für die steigenden Schülerzahlen an den Schulen in privater Trägerschaft; Anteil der vom Land beurlaubten verbeamteten Lehrer an Privatschulen; Entrichtung einer Versorgungsabgabe für die Lehrkräfte vonseiten der Privatschulen; Brutto-Kostendeckungsgrad der privaten Schulen; Höhe der ab August 2014 im Haushaltsplan vorgesehenen Landeszuschüsse

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/4900

Was geschieht mit den Progymnasien in der regionalen Schulentwicklung?

Anzahl und Verteilung der Standorte der Progymnasien in BW, insbes im ländlichen Raum; Anzahl der Klassen, Schüler und Lehrkräfte; Förderung der Schüler an Progymnasien im Vergleich zu allgemeinbildenden Gymnasien; Schulübergang nach der zehnten Klasse; Vorbereitung der Schüler auf die gymnasiale Oberstufe; Berücksichtigung der Progymnasien im regionalen Schulentwicklungsplan

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4933

Werkrealschulen in BW

Anzahl der aktuell bestehenden Werkrealschulen; Auflösung bzw Weiterbestand von Werkrealschulen mit mehreren Standorten; Umwandlung in Gemeinschaftsschulen; Kooperationsmöglichkeiten der Werkrealschulen neuen Typs

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/4967

Die Entwicklung der Privatschulen in BW

Entwicklung der Anzahl der Privatschulen in BW und deren Anmelde- und Schülerzahlen

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/5251

Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrerberbedarf, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/5636

Zukunft des Realschulstandorts Konstanz

Situation und Zukunft des Realschulstandorts Konstanz, insbes Entwicklung der Schülerzahlen und Eingangsklassen, Abweichungen von der Grundschulempfehlung, Veränderung der Schülerströme, Bedarf an Realschulangebot

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5645

Krankheitsvertretung an baden-württembergischen Schulen

Anzahl der im Schuljahr 2014/2015 pro Schulart für den Pflichtunterricht erforderlichen Lehrerstellen; Anzahl der Neubesetzungen; Menge der als Krankheitsvertretungsreserve vorgesehene Lehrerstellen; Umfang der für Krankheitsvertretung im Landeshaushalt eingestellten Mittel; Verwirklichung einer fächer-spezifischen Unterrichtsvertretung; Verbindung von Krankheitsvertretung und Ergänzungsbereich; Schüler-Lehrer-Relation in den einzelnen Schularten; flächendeckende Erhebung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Unterrichtsvertretung*
Drs 15/5768

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines ungehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzenbleiber

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6075

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2013/14

Entwicklung der Schülerzahlen; Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte; Deputate für Pflicht- und Ergänzungsunterricht sowie Krankheitsvertretung; Pensionierung und Neueinstellung von Lehrern

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6181

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreiss Esslingen

Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015; Wechsel an Privatschulen in Klassenstufe 5; Nichtversetzung in den Eingangsklassen seit dem Schuljahr 2011/2012; Ursachen des Anstiegs der Klassenwiederholung an den weiterführenden Schulen, insbes an den Realschulen; Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Wiederholer im LKreiss Esslingen; Anzahl und Art der Schulübertritte in den Klassenstufen 5 und 6 seit dem Schuljahr 2003/2004 in den einzelnen LKreisen von BW

KlAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6185

Die Kosten pro Schülerin bzw Schüler - hat die Opposition sich verrechnet?

Höhe und Zusammensetzung der im Bildungsfinanzbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes pro Schüler angesetzten Gesamtkosten; Höhe der an weiterführenden Schulen durchschnittlich pro Schüler anfallenden Personalkosten; Kostenunterschiede bei den verschiedenen weiterführenden Schularten; Höhe des im aktuellen Haushaltsentwurf veranschlagten Personalkostenanteils

pro Schulart; Höhe und Zusammensetzung des Sachkostenbeitrags pro Schüler seit 2005

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/6379

Situation der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen in den letzten drei Jahren; Anzahl der im aktuellen Schuljahr für den Pflichtunterricht im LKreiss erforderlichen Lehrerstellen; Neueinstellungen; Unterrichtsausfall; Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/6467

Situation der Realschulen im LKreiss Emmendingen

Sachstand zur Situation der Realschulen im LKreiss Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/6795

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Böblingen

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Böblingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Unterrichtsausfall, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/6975

Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im Landkreiss Emmendingen

Sachstand zur Situation der sozialwissenschaftlichen Gymnasien im LKreiss Emmendingen, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern, Lehrerversorgung, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/7292

Anmeldezahlen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulstandorten

Sachstand zur Schülerzahlprognose und der Entwicklung der Anmeldezahlen für die Klassenstufe fünf der baden-württembergischen Gemeinschaftsschulen je Standort seit deren jeweiliger Einrichtung; Vornahme bzw Verzicht auf Klassenausgleiche an benachbarten Standorten; Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7302

Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den weiterführenden Schulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung der Schülerzahlen im LKreis Göppingen an den einzelnen Haupt- und Werkrealschulen, den Realschulen, den Gemeinschaftsschulen und an den Gymnasien in den jeweiligen Eingangsklassen sowie zum Übertrittsverhalten

KlAnfr Jutta Schiller CDU 25.08.2015 und Antw KM Drs 15/7337

Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im Stadt- und LKreis Heilbronn

Sachstand zur Situation der beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Heilbronn, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, Neueinstellungen von Lehrern und Sonderpädagogen, Grundschulempfehlung der gegenwärtigen Fünftklässler, Maßnahmen und Kosten der Schulbauförderung

KlAnfr
s. *Berufliches Gymnasium*
Drs 15/7422

Lehrkräfte und Schüler an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11

Statistik zu Lehrkräften und Schülern an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11, insbes Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen, Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte, bereitgestellte Deputate, feste Krankheitsvertretungsreserven

KlAnfr Gernot Gruber SPD 01.12.2015 und Antw KM Drs 15/7798

Erhebung der Sitzenbleiber im Schuljahr 2014/2015

Ergebnis der Sondererhebung des Kultusministeriums zur Quote der Nichtversetzten an öffentlichen Realschulen und Gymnasien (Klassenstufen 5 bis 7); Erhebung der nicht versetzten Schüler in den vergangenen Jahren; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wiederholer

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/7989

Schultheater

s. *Theater*

Schulträger

s.a. *Schulfinanzierung*

Sachkostenbeiträge für baden-württembergische Schulen

Berechnung der Sachkostenbeiträge für die einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2010/2011; Verwendung der Sachkostenzuweisungen pro Schüler durch die Schulträger; Finanzierung der Schulausstattung vonseiten der Schulträger; Anpassung der Sachkostenbeiträge für die verschiedenen Schularten im Zuge der regionalen Schulentwicklung; unterschiedliche Bemessung der Sachkostenbeiträge für Gemeinschaftsschulen und Realschulen

Antr
s. *Schulausstattung*
Drs 15/5310

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6339

Schulübergang

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/4061

Grundschulleitern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr CDU 04.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4271
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7263-7271

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Was geschieht mit den Progymnasien in der regionalen Schulentwicklung?

Anzahl und Verteilung der Standorte der Progymnasien in BW, insbes im ländlichen Raum; Anzahl der Klassen, Schüler und Lehrkräfte; Förderung der Schüler an Progymnasien im Vergleich zu allgemeinbildenden Gymnasien; Schulübergang nach der zehnten Klasse; Vorbereitung der Schüler auf die gymnasiale Oberstufe; Berücksichtigung der Progymnasien im regionalen Schulentwicklungsplan

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4933

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Gymnasien

Übergang von Schülern allgemeinbildender Gymnasien auf andere weiterführende Schularten während des Schuljahrs; Zusammensetzung der Schülerschaft an allgemeinbildenden Gymnasien seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Gymnasiasten; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Gymnasien im nationalen Vergleich

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4961

Erschwert die LReg den Schulartwechsel?

Problematik bei Schulartwechseln von Gymnasiasten oder Realschülern zu Gemeinschaftsschulen oder Haupt-/Werkrealschulen, insbes Statistik, Verwaltungsanweisungen zu Wechselempfehlungen, Abweisungsgründe bei Gemeinschaftsschulen

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 26.03.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4985

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Realschulen

Übergang von Realschülern auf andere weiterführende Schularten seit dem Schuljahr 2009/2010; Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und auf die Wechselbereitschaft von Schülern der unteren Klassen; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Realschüler; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Realschulen durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Realschulen im nationalen Vergleich

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5019

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr
s. *Schulreform*
Drs 15/5589

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/5681

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen, insbes Anmeldungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschulempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwanderkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 15/5750

Grundschulempfehlung beim Übergang in weiterführende Schularten

Relevanz der Kenntnis der Schulübergangsempfehlung durch die weiterführenden Schulen, insbes die Gemeinschaftsschule; Abfrage der Grundschulempfehlung in Aufnahmeanträgen von Gemeinschaftsschulen; Nutzung der Schulempfehlung zur Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen; Schaffung eines passgenauen Förder- und Unterstützungsangebots durch eine verpflichtende Vorlage der Grundschulempfehlung an allen weiterführenden Schularten zum Schuljahr 2015/2016

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/5813

Steigende Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen - Wie reagiert der Kultusminister?

Situation der Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen zum Schuljahr 2014/2015 in BW, insbes Auswirkungen des Wegfalls der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen; Maßnahmen der LReg zum Ausbau der steigenden Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 27.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5982 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 07.10.2015 Drs 15/7638 S. 18-20
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines ungehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzenbleiber

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 05.11.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6075

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 25.02.2015 Drs 15/6733
S. 10-13
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015; Wechsel an Privatschulen in Klassenstufe 5; Nichtversetzung in den Eingangsklassen seit dem Schuljahr 2011/2012; Ursachen des Anstiegs der Klassenwiederholung an den weiterführenden Schulen, insbes an den Realschulen; Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Wiederholer im LKreis Esslingen; Anzahl und Art der Schulübertritte in den Klassenstufen 5 und 6 seit dem Schuljahr 2003/2004 in den einzelnen LKreisen von BW

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 26.11.2014 und Antw KM
Drs 15/6185 (21 S.)

Entwicklungen der Klassen 4 und 5 im Landkreis Esslingen

Berücksichtigung der Grundschulempfehlungen für das Schuljahr 2014/2015; Wechsel an eine andere Schule sowie Klassenwiederholung in der fünften Klasse

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 19.02.2015 und Antw
KM Drs 15/6501

Schülerzahlen für die Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Eingangsklassen, Übergangszahlen und Grundschulempfehlungen für weiterführende Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6598

Welchen Stellenwert hat das berufliche Gymnasium noch unter Grün-Rot?

Ergebnisse des Arbeitskreises „Gymnasium 2020“ zur geplanten Weiterentwicklung des Gymnasiums und deren Umsetzung, insbes Auswirkungen einer Öffnung des Übergangs auf allgemeinbildende und berufliche Gymnasien für Absolventen der Realschule, Werkrealschule und Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/6603

Steigt die Zahl der Sitzbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Fördermöglichkeiten für versetzungsgefährdete Schüler; Verbesserung des Beratungskonzepts der Grundschulen zum Übergang an die weiterführenden Schulen

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/7311

Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den weiterführenden Schulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung der Schülerzahlen im LKreis Göppingen an den einzelnen Haupt- und Werkrealschulen, den Re-

alschulen, den Gemeinschaftsschulen und an den Gymnasien in den jeweiligen Eingangsklassen sowie zum Übertrittsverhalten

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/7337

Schulunterricht

s.a. *Arbeitsgemeinschaft*
s.a. *Berufsschulunterricht*
s.a. *Blockunterricht*
s.a. *Förderunterricht*
s.a. *Hausaufgaben*
s.a. *Inklusion*
s.a. *Lehr- und Lernmittel*
s.a. *Muttersprachlicher Unterricht*
s.a. *Nachhilfeunterricht*
s.a. *Schulfahrt*
s.a. *Sprachunterricht*
s.a. *Unterrichtsfach*

Die Lehrerbildung muss den Bedürfnissen des differenzierten Schulwesens entsprechen

Vereinbarkeit einer gemeinsamen und gleichartigen Lehrerbildung für alle Schularten mit den Erfordernissen des bestehenden differenzierten Schulsystems sowie einer einheitlichen Besoldungs- und Versorgungsstruktur für alle Lehrkräfte mit dem Fachlehrermangel an Gymnasien und beruflichen Schulen, Auswirkungen auf die quantitative und qualitative Sicherung des Unterrichts

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/61

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 10: Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Gymnasien

s. *Gymnasium*
Drs 15/228

Der baden-württembergische Weg zum Ausbau inklusiver Bildungsangebote setzt auf Qualität und individuelle Lösungen

Heranziehung der in den Erprobungsregionen gewonnenen Erfahrungen für eine landesweite Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern an den Regelschulen, Eignung der „Bildungswegekongferenz“ als Steuerungsinstrument für die Schulverwaltung, Weiterentwicklung der Sonderschulen zu „Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren“, Qualifikation der Lehrkräfte an den Regelschulen, Zeitperspektive für das Gesetzgebungsverfahren zur inklusiven Beschulung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/258

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdAnfr 9) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 18.07.2011
Drs 15/257
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 397

Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Schaffung des Einheitslehrers

Bedeutung einer differenzierten Lehrerbildung für das gegliederte Schulwesen; Zusammensetzung, Arbeitsauftrag und Zeitplan der gemeinsamen Arbeitsgruppe von KM und MWK; Einbindung von Verbänden, Institutionen u.a. Experten; verfügbare Kompetenzen einer Lehrkraft zum gleichzeitigen Fördern und Fordern von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern im gemeinsamen Unterricht der Gemeinschaftsschule; Entwicklung eines Konzepts für eine einheitliche Besoldung und Deputatsverpflichtung der o.g. Lehrkräfte sowie eines Vorschlags zur Verlagerung der Lehrerbildung von den Universitäten an die Pädagogischen Hochschulen

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/360

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Berücksichtigung des Migrationshintergrunds von Schülerinnen und Schülern bei der Lehrerstundenzuweisung an Schulen

Mittlg LReg
s. *Lehrer*
Drs 15/457

Unterrichtsausfall an Schulen in Pforzheim und im Enzkreis

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.09.2011 und Antw KM Drs 15/509

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Freudenstadt

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 20.09.2011 und Antw KM Drs 15/518

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Stuttgart

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr FDP/DVP 18.10.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/732

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Tübingen

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr FDP/DVP 18.10.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/733

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Karlsruhe

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr FDP/DVP 18.10.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/734

Unterrichtsausfall an den Schulen in den LKreisen des Regierungsbezirks Freiburg

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

Antr FDP/DVP 18.10.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/735

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Unterrichtsausfall an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls an den o.g. Schulen, Auflistung der betroffenen Schulfächer und Klassenstufen, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Behebung der Defizite

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 18.01.2012 und Antw KM Drs 15/1143

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Waldshut

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens für den ländlichen Raum

KlAnfr Felix Schreiner CDU 22.02.2012 und Antw KM Drs 15/1310

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Entschließung zum Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 2011 - Epl 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Bericht über die Planungsarbeiten für die weitere gestufte Senkung des Klassenteilers in den weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schulen sowie über die geplante Unterrichtsversorgung bei sinkender Schülerzahl

Mittlg LReg
s. *Schulklasse*
Drs 15/1345

Droht den Haupt- und Werkrealschulen der Kahlschlag?

Entwicklung der Übergangszahlen auf die Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zum Vorjahr; Organisation der Klassenbildung, des Unterrichts und der Lehrerversorgung an Standorten mit weniger als 16 Anmeldungen; Beurteilung der Situation in Gemeinden, die zuvor erhebliche Modernisierungs- und Ausbauinvestitionen in ihre Schulen getätigt haben; Frage nach der künftigen Nutzung von leerstehenden Gebäuden sowie nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung für den Rückbau der Schulen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/1565

Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 11: Pädagogische Tage der Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen

Organisation der o.g. Fortbildungsveranstaltungen unter Vermeidung von Unterrichtsausfall

Mittlg LReg
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/1586

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1599

Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an Förderschulen in Metzingen und Bad Urach

Unterrichtsausfall an der Wilhelmschule Bad Urach und der Seyboldschule Metzingen bedingt durch Krankheit oder Mutterschutz von Lehrkräften; Gründe und Abhilfemaßnahmen für das Fehlen von Klassenlehrern in den Eingangsklassen beider Schulen

KlAnfr
s. *Sonderschule*
Drs 15/1724

Bildungsaufbruch ohne Unterrichtsversorgung

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 15/37 S. 1972

Unterrichtsausfall an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreises Rastatt

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens

KlAnfr Tobias Wald CDU 06.06.2012 und Antw KM Drs 15/1784

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Heidenheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1861

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1862

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Schwäbisch Hall

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1863

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-Schwenningen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1864

Lehrerversorgung an den Schulen im Enzkreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1865

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreises Böblingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1866

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1867

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ravensburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1881

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Pforzheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1878

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Biberach

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1879

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1880

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1888

Lehrerversorgung an den Schulen des Kreises Reutlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwer-

denden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1889

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Esslingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1891

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfeldern

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1894

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 56 (Konstanz) und Wahlkreises 57 (Singen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1930

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Mannheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1936

Lehrerversorgung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-

wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1937

Studie: „Lehre(r) in Zeiten der Bildungs-panik“

Beurteilung der Ergebnisse der o.g. bundesweiten Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, insbes der Angaben von Lehrern zum Stand ihrer Vorbereitung auf den Schuldienst, zu ihrer Haltung zum gegliederten Schulsystem und zur Einführung der Gemeinschaftsschule mit neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen; Bezeichnung des Landes als „eines der Vorreiterländer in Sachen Durchlässigkeit des Schulsystems“; Entwicklung der Klassengrößen in den letzten 15 Jahren; Frage nach Maßnahmen zur Anpassung der Lehreraus- und -fortbildungspläne für die künftigen Lehrer an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/1947

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Heidelberg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1951

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ludwigsburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1952

Lehrerversorgung im Ortenaukreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1970

Lehrerversorgung an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-

wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1979

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1980

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Emmendingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1991

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Rottweil

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1993

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1994

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-

wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2034

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Göppingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2045

Qualitätskontrolle und Evaluation an Gemeinschaftsschulen

Gewährleistung der Bildungsstandards und der Bildungsniveaus von Hauptschule, Realschule und Gymnasium an den neuen Gemeinschaftsschulen; Bewertung ihrer Bildungsqualität nach einem bestimmten Zeitraum; Leistungskriterien und Methodik der Bewertung; Angaben zu der mit der Evaluation beauftragten Einrichtung; geplanter jährlicher Aufwand zur Sicherung der Unterrichtsqualität innerhalb der neun Einführungsjahre; Modus der öffentlichen Berichterstattung

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2052

Lehrerfortbildung

Konzeption, zeitlicher und finanzieller Aufwand für die Fortbildungsmaßnahmen zur Einführung der Gemeinschaftsschule; Aufteilung der zusätzlichen Haushaltsmittel und Wirkungen der globalen Minderausgabe für Fortbildungsmaßnahmen der einzelnen Schularten; Frage nach dem Unterrichtsausfall an den Gemeinschaftsschulen infolge Wahrnehmung der Fortbildungsangebote während der Unterrichtszeit

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/2053

Lehrerversorgung an den Schulen des Hohenlohekreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2076

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Tuttlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*
Drs 15/2124

Anteil von Nicht-Unterricht-Aufgaben im Schuldienst

Art und Umfang des Einsatzes von o.g. Lehrerdeputaten, Zahlen und Besoldungsgruppen von Lehrern im Unterrichtseinsatz und in anderen Bereichen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2134

Die Unterrichtsversorgung nach Stellen, Deputaten und aufgelaufenen Vorgriffsstunden an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der freigewordenen, der geschaffenen und zugewiesenen Deputate an den o.g. Schulen in den letzten drei Schuljahren; Zahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Anteil der auf den Ergänzungsbereich entfallenen Lehrerwochenstunden; Umfang der aufgelaufenen und zurückgegebenen Vorgriffsstunden

KlAnfr Gernot Gruber SPD 23.07.2012 und Antw KM Drs 15/2151

Schulen im LKreis Esslingen

Einrichtung von fünften Klassen oder von jahrgangsübergreifenden fünften und sechsten Klassen an Haupt- und Werkrealschulen im neuen Schuljahr; Auflistung der Gymnasien mit dem Programm „Schüler helfen Schülern“ und mit Unterstützungsleistungen bei Lese- und Rechtschreibschwäche oder bei der Hausaufgabenbetreuung; Abordnung von Gymnasiallehrern an Realschulen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2195

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfeldern und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2236

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Calw

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2241

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Freudenstadt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2242

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Sigmaringen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2275

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2277

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Vergleich der o.g. Zahlen zu Beginn des Schuljahrs 2012/2013 mit denen des vorhergehenden Schuljahrs

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2299

Lehrerversorgung in Pforzheim/Enzkreis

Zahl der Lehrerstellen (Vollzeitstellen und Teilzeitstellen) in den verschiedenen Schularten; frei werdende, wieder besetzte und unbesetzte Stellen zum Schuljahr 2012/2013, eingeplante Krankheitsvertretungen; zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts notwendige Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2338

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt

nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Erweiterte Unterrichtsverpflichtung für Referendare

Geplante Ausweitung der Unterrichtsverpflichtung für Referendare - differenziert nach Schularten; Geltung der Fürsorgepflicht für Referendare durch Schutz vor einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung

MdlAnfr
s. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*
Drs 15/2843

Ergänzungsunterricht an den Schulen im LKreis Esslingen

Umfang der Schulstunden im Ergänzungsbereich differenziert nach der jeweiligen Schule im LKreis Esslingen; Umfang und Inhalte der Förderangebote

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 08.03.2013 und Antw KM Drs 15/3186
Ergänzende Antw KM 08.03.2013 Drs 15/3548

Schulgarten

Verbreitung von Schulgärten nach Schularten; Berücksichtigung des Lernorts Schulgarten im Rahmenbildungsplan und seine Einbeziehung in den Schulalltag; finanzielle Ausstattung und Betreuung der Schulgärten; Zusammenarbeit mit staatlichen Gartenbauschulen

Antr
s. *Schulgarten*
Drs 15/3192

Schulprogramm „Roots of Empathy“ - Babybesuch im Unterricht stärkt Empathie

Bewertung des internationalen Schulprogramms; Erfahrungen bei der Umsetzung des Programms an deutschen Projektschulen; Haltung gegenüber einer Einführung an baden-württembergischen Schulen

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 07.05.2013 und Antw KM Drs 15/3463

Aktuelle Bildungsforschung belegt: Guter Unterricht braucht gute Lehrer - und keine bloßen Lernbegleiter

Folgerungen aus der bildungswissenschaftlichen Studie von John Hattie für den pädagogischen Ansatz der Gemeinschaftsschule sowie Wissensgewinn und Lernerfolg; Abhängigkeit des Lernerfolgs von Rolle, Kompetenzen und Qualifikation der Lehrer; Grundlage für erfolgreichen Unterricht bei Modellen des offenen Unterrichts und des jahrgangsübergreifenden Lernens; Gründe für Ablehnung des Frontalunterrichts; Auswirkung der Finanzausstattung der Schule sowie Einfluss von Leitungsüberprüfungen und Feedback-Elementen auf Wissensgewinn und Lernerfolg der Schüler; Stellenwert einer stringenten Klassenführung des Lehrers; Verständnis des Lehrers weniger als Lernbegleiter sondern als Regisseur

GrAnfr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/3500

Zukunft von Informatik und Medienbildung an den Schulen

Planungen zur Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs für Informatik und Medienbildung an Schulen, insbes Verteilung der geplanten inhaltlichen Schwerpunkte und des Zeitumfangs auf die einzelnen Alters- und Jahrgangsstufen sowie

Schularten und Bildungsgänge; Gewährleistung einer fundierten Grundbildung im Bereich Informatik durch genügend qualifizierte Lehrkräfte

KlAnfr
s. *Medienpädagogik*
Drs 15/3677

Zukünftige Verankerung des Fachs Informatik in den Bildungsplänen

Situation der Informatik in den baden-württembergischen Bildungsplänen und künftige Verankerung des Fachs im Zuge der Entwicklung neuer Bildungsstandards, insbes künftige Ausgestaltung der Studentafel, Stellenwert der Bezugsdisziplinen Informatik und Medienpädagogik, Angebotsplanung für Schular-ten und Klassenstufen; Veränderungen in der Lehrerausbildung für Informatik

Antr
s. *Informatik*
Drs 15/3792

„Jeder ist ein Held“ - Erste-Hilfe-Ausbildung in BW

Häufigkeit der Notfallmeldung „plötzlicher Herzstillstand“; Überlebenswahrscheinlichkeit bei einem „plötzlichen Herzstillstand“ mit und ohne Laienhilfe; Anteil lebensrettender Sofortmaßnahmen durch Laien nach Bundesländern, Staaten der Europäischen Union sowie OECD-Staaten; Steigerung der Erste-Hilfe-Leistung durch Laien durch Schulung der Bevölkerung; Nutzen der „Woche der Wiederbelebung“; Einführung eines Schulsanitätsdienstes und eines jährlichen Erste-Hilfe-Trainings für die Schüler an weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz

Antr
s. *Lebensrettung*
Drs 15/4239

Ernährungsführerschein in BW

Umsetzung des Unterrichtskonzepts des aid-Ernährungsführerscheins in BW; gesellschaftliche Unterstützung des Konzepts; Lehrerfortbildung; Inhalte des Unterrichtskonzepts; sächliche Voraussetzungen für eine Umsetzung; flächendeckende Einführung des aid-Ernährungsführerscheins

Antr
s. *Ernährungsweise*
Drs 15/4372

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015

Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/4631

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/4749

LReg und Bundeswehr - noch immer keine Klarheit

Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Land BW; Haltung der LReg gegenüber der Kooperation; „bewährte Kooperation“ oder „Weiterentwicklung“ der Kooperationsvereinbarung; Ergebnisse der seit 2013 mit Vertretern der Bundeswehr geführten Gespräche; Beschluss „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Ende 2012; Artikel „Kein Werben für's Sterben“ in der Zeitschrift des Landeselternbeirats; schulrechtliche Bewertung des Musterantrags „Antrag auf Freistellung vom Unterricht durch Bundeswehr-Vertreter“ von terre des hommes

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/4790

Gibt es für die CAS-Modellstandorte in BW noch eine Zukunft?

Situation und Zukunft der CAS-Modellstandorte in BW; Bedeutung des Einsatzes von Computeralgebrasystem-Taschenrechnern im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht an Gymnasien für die Anforderungen der Hochschulen; Durchführung einer Evaluation der CAS-Schulen und der Nutzung von CAS-Rechnern

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5122

Papierloser Unterricht in BW

Potenzial der Digitalisierung der Bildung und der Einführung von papierlosem Unterricht, insbes Absichten der Europäischen Union und der LReg, pädagogischer Nutzen, Auswirkungen auf den Lernerfolg und den Verlust der Kulturtechnik des Schreibens; Lizenz- und Rechtsfragen sowie Kosten einer Einführung des papierlosen Unterrichts als Regelunterrichtsform

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 30.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5275
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.10.2014 Drs 15/6123 S. 43 44
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Unterrichtsbeginn während der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Organisatorischer Aufwand und Umsetzbarkeit eines späteren Schulbeginns in Anbetracht fester Busverbindungen, fehlender Betreuungsmöglichkeiten für jüngere Schüler durch deren Eltern sowie der Notwendigkeit, den ausgefallenen Unterricht nachzuholen; Zulässigkeit eines späteren Unterrichtsbegins bei weiteren sportlichen Großereignissen wie z.B. den Olympischen Spie-

len

Antr Georg Wacker u.a. CDU 06.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5324

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht
Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasystemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5340

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schulart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/5437

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5642

Ist die Gemeinschaftsschule eine geeignete Inklusionsschule?

Festsetzung der Gemeinschaftsschule als Schwerpunktschule für Inklusion; aktueller Umfang des inklusiven Unterrichts an Gemeinschaftsschulen; Umfang des gemeinsamen Lernens in Lerngruppen; Einbeziehung von Schülern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in das selbstorganisierte Lernen; Anzahl der an den einzelnen Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Verortung der überhäufig an Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Rechtsanspruch auf Aufnahme an einer Gemeinschaftsschule; Ausarbeitung und Umsetzung des inklusiven Bildungsangebots

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5643

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler

und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5647

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr
s. *Medienkompetenz*
Drs 15/5812

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals; Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr
s. *Informationstechnische Bildung*
Drs 15/5814

LReg und Friedensorganisationen - Klarheit ist notwendig

Hintergründe zum Austausch des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit Verbänden, Organisationen und Institutionen aus dem Bereich der Friedensbildung für die Friedensbildung an Schulen, insbes beteiligte Friedensorganisationen, Einbeziehung kirchlicher Organisationen, Beteiligung vom Verfassungsschutz beobachteter Organisationen, Mitwirkungsrechte am Unterricht, Inhalte einer „gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung“; Abgrenzung und Verhältnis der Begriffe „Friedenspolitik“ und „Sicherheitspolitik“

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 15/5972

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6337

Behandlung des Themas „Sexualität/sexuelle Vielfalt“ an den Schulen

Sachstand zur altersgemäßen Behandlung des Themas „Sexualität/sexuelle Vielfalt“ an den Kindergärten und Schulen, insbes Veränderungen iRd Bildungsplanreform, Rückmeldung aus Schulen mit Probefassungen der Bildungspläne, Rückmeldungen und Mitspracherechte von Eltern, Einsatz von sogenannten „Sexkoffern“ in Kindergärten, Behandlung des Themas in anderen Bundesländern

Antr
s. *Sexualerziehung*
Drs 15/6686

Was ist der Stand der Digitalisierung an den Schulen in BW und welche Potenziale sind noch nicht ausgeschöpft?

Sachstand zur Digitalisierung und digitalen Infrastruktur an den Schulen in BW, insbes bei Arbeitsabläufen, Unterricht, Lernplattformen, Bildungsangeboten; Schutz der personenbezogenen Daten

Antr
s. *Schule*
Drs 15/7085

Welchen Stellenwert hat das Fach Geografie im neuen Bildungsplan?

Sachstand zur geplanten Streichung von zwei Stunden des Fachs Geografie in der Kontingenzstundentafel, insbes Bedeutung des Fachs, Auswirkungen der Stundenkürzung auf das Ziel der Allgemeinbildung, Zusammenhang mit dem neu geplanten Fach Berufs- und Wirtschaftsorientierung

Antr
s. *Geografie*
Drs 15/7283

„Komm in Form 2018 - Initiative für clevere Ernährung BW“ und aid-Ernährungsführerschein

Sachstand zur Zwischenbilanz und Bewertung von „Komm in Form - Initiative für clevere Ernährung BW“ für eine bessere Ernährung von Kindern und Jugendlichen, insbes Pläne der LReg zur Weiterführung der Initiative über das Jahr 2018 hinaus, Stellenwert des aid-Ernährungsführerscheins und Angebot in Schulen

Antr
s. *Ernährungsweise*
Drs 15/7351

„GrünzMobil-Tour“ an Schulen - nachhaltige, ausgewogene Bildung?

Sachstand zur Kampagne „GrünzMobil“ der „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ an verschiedenen Schulen des Landes und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes Beurteilung der Methoden der Informationsdarstellung der Kampagne sowie der Ziele dieser Stiftung

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/7585

Verankerung der Themen Klimaschutz und Erreichung des 2-Grad-Ziels in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schulen

Berücksichtigung des Klimaschutzgesetzes des Landes in den Bildungsplänen; Forderung nach einer verbindlichen Beschäftigung mit den Themenbereichen Klimawandel und Klimaschutz im Unterricht

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/7801

Digitalisierung in der Region Heilbronn-Franken

Sachstand zu Bedeutung und Umsetzung der Digitalisierung bzw der Industrie 4.0 in Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken, insbes Leistungsanforderungen für die Breitbandversorgung, Unterstützung für Kleine und Mittelständische Unternehmen beim Einstieg in die digitale Wirtschaft, Ausbildung von Fachkräften, Vermittlung digitaler Kompetenz in Schulen, Maßnahmen gegen Cyberkriminalität

Antr
s. *Digitalisierung*
Drs 15/8121

Senkung der Schulden und Einsparung von Zinsausgaben, Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 131

Einsatz der durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Einsatz der durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Art der Unterrichtsverteilung in Klasse 10 der Werkrealschule mit ihrer heterogenen Schülerschaft

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1106 1108-1110 1115 1122 1129 1161-1164 1167

Einsatz der durch den Schülerrückgang frei werdenden Lehrstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1191

Bereitstellung der notwendigen Lehrerdeputate für die Unterrichtsversorgung an den einzelnen Schularten, individuelle Förderung der Schüler im Unterricht

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372-1378 1380 1387 1388 1390 1392 1396 1439 1440

Vorbereitung der Lehrkräfte für die neuen Unterrichtsformen in heterogenen Klassen an der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1721-1724 1726 1727 1729 1730

Sicherstellung des Pflichtunterrichts an den Gymnasien, Einsatz der frei werdenden Lehrstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2230-2232 2235 2239

Schulunterrichtsfach

s. *Unterrichtsfach*

Schulverbund

s.a. *Gemeinschaftsschule*
s.a. *Schulversuch*

Verbundschulen

Beurteilung der bestehenden Verbundschulen von Haupt-/Werkreal- und Realschulen unter einem gemeinsamen Dach; Gründe für die Ablehnung aller weiteren Anträge, Vereinbarkeit mit der postulierten „Schulentwicklung von unten“ und der „Politik des Gehörtwerdens“; Zulassung von Verbundschulen und

Verzicht auf eine Zielvereinbarung auf Weiterentwicklung zu Gemeinschaftsschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2189

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 17.10.2012 Drs 15/2741 S. 15 16

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Mittlg LReg 18.06.2013 Drs 15/3648

Welche Entwicklungsperspektive hat der Schulstandort Albershausen?

Schaffung einer Verbundschule aus Werkrealschule und Realschule durch die Einrichtung eines Realschulzugs in Albershausen; Gründe für die Ablehnung des im Schulverband Westliche Voralb „von unten“ gewünschten Realschulzugs; Frage nach einer Bevorzugung der Gemeinschaftsschule aus schulpolitischen Erwägungen

Antr

s. *Schule*

Drs 15/2334

Besetzung von Schulleiterstellen an neu eingerichteten Verbundschulen

Verfahren zur Besetzung von Schulleiterstellen an neu eingerichteten Verbundschulen sowie fusionierten Grund-/Haupt- und Realschulen

MdlAnfr

s. *Schulleiter*

Drs 15/3608

Schulverbände

Merkmale, Vorteile und Genehmigungskriterien für Schulverbände in BW sowie Daten zu Standorten, Trägerschaft und Schülerzahlen

KlAnfr Georg Wacker CDU 13.08.2013 und Antw KM Drs 15/3939

Die baden-württembergischen Verbundschulen brauchen eine echte Perspektive

Situation und Zukunftspläne für die Verbundschulen in BW, insbes Konzept und Standortkriterien, Zusammensetzung der Schülerschaft und Unterschiede zu Gemeinschaftsschülern, Anforderungen an ein genehmigungsfähiges Verbundschulkonzept, bevorzugte Genehmigung von Gemeinschaftsschulen, Erhalt oder Änderung der gesetzlichen Regelungen und Vorgaben zu Schulverbänden

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4138

Üben die staatlichen Schulämter Druck auf die Realschulen aus?

Verhalten der staatlichen Schulämter gegenüber Realschulen zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, insbes Verbreitung missverständlicher Aussagen über das Bildungskonzept der CDU-Landtagsfraktion; Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen ab Klasse sieben; Bedingungen zur Bildung von Schulverbänden aus Werkrealschule und Realschule

Antr

s. *Schulverwaltung*

Drs 15/5087

Aufhebung der Realschule Süßen

Zusammenlegung der Geschwister-Scholl-Realschule Süßen mit der Johann-Georg-Fischer-Gemeinschaftsschule Süßen; Bean-

tragung einer Aufhebung oder Änderung der Geschwister-Scholl-Realschule durch die Stadt Süßen als Schulträger; Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren gegen einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss; Beteiligung der beruflichen Schulen sowie der lokalen Unternehmen und Kammern an der regionalen Schulentwicklung; Aufnahme von Schülern der Realschule Süßen an umliegenden Realschulen

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/6485

Schulverpflegung

Umsetzung des Schulfruchtprogramms

Umsetzung und Kofinanzierung des EU-Programms zur Förderung eines gesunden Ernährungsverhaltens mit Obst und Gemüse; Teilnehmerzahlen und Fördersummen im Schuljahr 2010/2011; Frage nach Verbesserungsvorschlägen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 30.06.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/175

BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 40 41

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Qualität des Schulessens in BW

Einschätzung bzw Gewährleistung der Qualität des Schulessens in Schulmensen im Vergleich zu anderen BLändern; Fortführung der Qualifizierung von freiwilligen Essensbegleiterinnen sowie der Sensibilisierung und Fortbildung von Lehrern und Schülern für gesunde Ernährung, Essenskultur und Verwendung regionaler Produkte

Antr

s. *Ernährung*

Drs 15/1413

Vernetzungsstelle Schulverpflegung

Bewertung der Arbeit und Angebote, der Finanzierung und personellen Ausstattung der o.g. Einrichtung; Kooperation zwischen den 16 Vernetzungsstellen der Länder; Hinwirkung auf die Verwendung von Bioprodukten und Minimierung von Lebensmittelabfällen in Schulmensen; Eintreten für eine Verlängerung der finanziellen Förderung des Bundes

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1693

BeschlEmpf und Bericht LandwA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 86

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Schulverpflegung durch regionale Anbieter

Anteil von Großküchen, regionalen Gasthäusern, Metzgereien u.a. Anbietern von Schulverpflegung; Unterstützung von regionalen Anbietern mit ihren regionalen Produkten, Gewinnung von Gastronomen durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband

Antr Paul Locherer u.a. CDU 18.10.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2531

BeschlEmpf und Bericht LandwA 27.02.2013 Drs 15/3398 S. 81

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur

Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung; Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl übergewichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch erzeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE 13.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2657 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 77 78

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Gastronomische Betriebe in der Schulverpflegung in BW

Beteiligung gastronomischer Betriebe an der Schulverpflegung in BW, insbes Beteiligungsbeginn, Anforderungen und Vorbereitung auf die Aufgabe, Verwendung biologischer bzw aus kontrolliertem Anbau stammender Lebensmittel, Bilanz der Entwicklung sowie Vergleich zu ortsfremden Caterern in den Bereichen Qualität und Ausgewogenheit; Marktchancen und Attraktivität für die einheimische Gastronomie auch im Hinblick auf die steigende Zahl an Ganztagschulen; Zusammenarbeit des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum mit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung und dem Hotel- und Gaststättenverband BW im Bereich der Schulverpflegung

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 29.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2939

BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.03.2013 Drs 15/3398 S. 94 95

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

EU-Schulmilchprogramm in BW

Entwicklung und Nutzen des Programms; Anzahl der teilnehmenden Kinder in Kindergärten, Vorschulen und Schulen; durchschnittlicher Milchkonsum pro Schulkind im Vergleich zu anderen Bundesländern; iRd EU-Schulmilchprogramms förderfähige Milchprodukte; Einsatz von Milchprodukten im Unterricht über das Thema Ernährung; Fortentwicklung des EU-Schulmilchprogramms und Förderung der Schulmilchversorgung

Antr

s. *Milch*

Drs 15/4349

Wie bringt die LReg das Schulfruchtprogramm voran?

Ausbau des Schulfruchtprogramms in BW, insbes Gewinnung weiterer teilnehmender Schulen

MdlAnfr 1) Paul Locherer CDU 03.12.2013 Drs 15/4426

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5243

Schulobstprogramm

Umsetzung des Schulobstprogramms in BW, insbes Beteiligung von Schulen, Gesamtkosten, Produktangebot und erreichte Ziele

KlAnfr

s. *Obst*

Drs 15/4778

Beschränkung des Schulobst- und Gemüseprogramms auf bestimmte Bildungseinrichtungen

Anlass für die Beschränkung des Schulobst- und Gemüseprogramms im Schuljahr 2014/2015 auf bestimmte Bildungseinrichtungen; Erweiterung der teilnahmeberechtigten Einrichtungen im Schuljahr 2015/2016

MdlAnfr 2) Karl Traub CDU 20.01.2015 Drs 15/6342

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7249 7250

Finanzierung EU-Schulfruchtprogramm

Sachstand zu Umsetzung und Finanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in BW

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 14.12.2015 und Antw MLR Drs 15/7876

Zukunft des Schulfruchtprogramms

Quantität und Qualität der Obstversorgung in Schulen und Tageseinrichtungen; Zahl der am Programm teilnehmenden Einrichtungen; Kofinanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in den anderen Bundesländern; Auskunft über die Bearbeitungsdauer von Anträgen, die Zahl der Lieferanten sowie ausstehende Zahlungen an Lieferanten

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 18.12.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7905

Bezuschussung von Mittagessen an Ganztagschulen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 732 733 735

Finanzierung des Schulmittagessens aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 910 912

Schulversäumnis

s. *Schulverweigerung*

Schulversagen

s.a. *Schulabbruch*

s.a. *Schulverweigerung*

s.a. *Versetzung von Schülern*

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines ungehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzenbleiber

Antr

s. *Schulübergang*

Drs 15/6075

Schulversager

s. *Schulversagen*

Schulversuch

s.a. *Modellprojekt*

s.a. *Schulverbund*

Schultheater in BW

Überführung des Schulversuchs mit dem Oberstufenwahlfach „Literatur und Theater“ in die Regelphase

Antr

s. *Theater*

Drs 15/256

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Bewertung des Schulversuchs „Kooperation Hauptschule - Realschule“; Ausbau des bilingualen Lehrens und Lernens an den Realschulen

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Genehmigungsverfahren „Schulversuch G 9“

Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Ausgestaltung des o.g. Schulversuchs

MdlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/1393

Schulversuch am Realschulstandort Meckesheim

Steuerung der Schülerströme und Erhalt von Schulstandorten in der Raumschaft Elsenz-/Lobbach-/Schwarzbachtal - unter besonderer Berücksichtigung des Schulstandorts Meckesheim; Genehmigungsfähigkeit des beantragten o.g. Schulversuchs mit einem integrierten Angebot für Real- und Werkrealschüler, Zulassung auch von Entwicklungen „von unten“ neben den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1747

Einrichtung eines Schulversuchs an der Feudenheim-Realschule (Mannheim)

Bewertung der angestrebten Einrichtung eines Schulversuchs „Realschule Plus“ in Zusammenarbeit mit dem Feudenheim-Gymnasium; Begründung, Form und Zeitpunkt der signalisierten Ablehnung; Prüfung eines trotz der ablehnenden Haltung erfolgten Antrags? Erfahrungen an anderen Schulen mit vergleichbaren Modellen einer elften Klasse/Vorbereitungsklasse im Anschluss an die mittlere Reife

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1838

Kriterien für die Ablehnung von Anträgen zum Modellversuch G 9

Darlegung der o.g. quantitativen und qualitativen Entscheidungskriterien und deren Gewichtung für den Schulversuch zum Abitur der zwei Geschwindigkeiten an allgemeinbildenden Gymnasien, u.a. bei der Bewertung des Antrags der Stadt Rutesheim; einzelfallgerechte Begründung jeder Ablehnung eines Antrags gegenüber dem Antragsteller

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/2254

Antragsverfahren G9-Modellschulen

Antragsverfahren und Positionierung der G9-Modellschulen in der baden-württembergischen Schullandschaft, insbes Berücksichtigung aller Elternwünsche, Verbindlichkeit der Anzahl von 44 Standorten, Anforderungen und Kriterien für die Standortauswahl und geografische Verteilung, Auslastung aller Schularten mit einem neunjährigen Weg zum Abitur sowie Mehrwert des Schulversuchs G9 gegenüber G8

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3109

Anmeldesituation am Theodor-Heuss-Gymnasium Pforzheim

Außergewöhnlich hohe Nachfrage nach dem neunjährigen Weg zum Abitur; Anmeldung und Aufnahme von ca. 280 Schülern in Klassenstufe 5 im Schuljahr 2013/2014; Maßnahmen zur Sicherung eines geordneten Unterrichts am Theodor-Heuss-Gymnasium; Rechtfertigung der Ressourcenzuweisung gegenüber anderen Gymnasien in Pforzheim bzw im Land; Auswirkungen des Andrangs am Theodor-Heuss-Gymnasium auf die Auslastung der anderen Gymnasien am Ort; Umgang mit dem Unmut der Eltern über die Schulsituation; Konsequenzen aus dem Pforzheimer Fall für die Genehmigung weiterer G9-Modellschulen in BW

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4194

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kulturministerkonferenz im geplanten Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverbund; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept des Fächerverbands; Ablehnung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr
s. *Bildungsstandards*
Drs 15/4347

Umsetzung der Eckpunkte zur Neugestaltung des Übergangs Schule - Beruf

Stand der Unterredungen mit den Partnern des „Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in BW 2010 bis 2014“; Schulversuch „Duale Ausbildungsvorbereitung (AV dual)“; Einrichtung des Bildungsgangs „Duale Berufsqualifizierung (BQ dual)“; Beteiligung von Stadt- und Landkreistag sowie der Wirtschaftsverbände und Kammern an der Auswahl der Modellregionen

Antr
s. *Duale Berufsausbildung*
Drs 15/4964

Stirbt der bilinguale Bildungsgang an Grundschulen in Raten?

Situation und Zukunft der bilingualen Bildungsgänge an den Grundschulen in BW, insbes Gründe für die Ablehnung von Anträgen zur Verlängerung des Modellversuchs; Evaluation der bilingualen Bildungsgänge an den beteiligten Grundschulen und Überführung in den Regelbetrieb

Antr
s. *Zweisprachiger Unterricht*
Drs 15/5214

Schulversuch NwT-1

Situation des Schulversuchs NwT-1 mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik an den baden-württembergischen Schulen; Bedeutung der zweiten Fremdsprache im Schulversuch NwT-1, insbes Raum und Stellenwert der alten Sprachen Latein und Griechisch

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5604

Will der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Noten abschaffen?

Haltung zur Notengebung in der Schule; öffentliche Meinung zur Abschaffung der Notenvergabe; Fachdiskussion über die Notenvergabe und über Alternativen zu Ziffernnoten; Funktion der Noten; Unterschiede zwischen Ziffernnoten und verbalen Leistungsbeschreibungen; Erprobung alternativer Leistungsbewertungen an Gemeinschaftsschulen und Grundschulen; Akzeptanz und Vergleichbarkeit alternativer Leistungsbewertungen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/5883

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/6337

Evaluation der G9-Modellschulen

Wissenschaftliche Begleitung des Schulversuchs mit sämtlichen daran teilnehmenden Modellschulen; Ausarbeitung eines eigenen Bildungsplans für die G9-Modellschule; Fortführung des Modellversuchs, das Abitur nach neun statt nach acht Schuljahren zu erwerben

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 15/7919

Ermöglichung der Wiedereinführung des G 9 an 22 Schulstandorten als Schulversuch; Erinnerung an die Genehmigung von drei Gesamtschulen als Schulversuch

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372 1390 1394

Schulverwaltung

s.a. *Schulaufsicht*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 8: Sonderverwendung von Lehrkräften in der Kultusverwaltung

Mittlg LReg

s. *Lehrer*

Drs 15/851

Ein Sommermärchen: Der rasche Wandel vom „Schulrebell“ zum Schulpräsidenten

Kritik an der Berufung eines bekannten Kritikers des Schulsystems zum Leiter der Schulabteilung am RegPräs Freiburg; Fragen nach den Kriterien der Personalauswahl, der Qualifikation, der persönlichen Eignung etc; Erwartungen an den neuen Schulpräsidenten insbes im Hinblick auf die Etablierung der Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Personalplanung*

Drs 15/2342

Zur Rolle des Schweizer Schulunternehmers P.F. beim Totalumbau unseres Schulwesens

Rolle des Schweizer Schulunternehmers Peter Fratton in der Schulpolitik des Landes, insbes ausgeübte Funktionen, Stellenwert seiner schulpolitischen Äußerungen und Konzepte für Kultusministerium und Schulverwaltung, Aufträge und Kontakte der Schulverwaltung zu Peter Fratton bzw seiner Ehefrau, Gründe und Rechtsfolgen des Rückzugs Frattons aus seiner Beratertätigkeit für das Land; künftige Zusammenarbeit des Landes mit allen am Schulprozess beteiligten Hauptakteuren; Ursachen der schlechten demoskopischen Werte der Bildungspolitik der LReg

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/3541

Rechtsfragen im Zusammenhang mit Veränderungen im Bildungsbereich

Beurteilung eines in der Gemeinde Salem vorliegenden Sachverhalts; Werbung für die Gemeinschaftsschule durch Angehörige der Schulverwaltung; Rechte und Pflichten von Beamten bei Schulentscheidungen; Gültigkeit von Schulkonferenzbeschlüssen; Ausschaltung der Schulkonferenz durch Schließung und Neueröffnung einer Schule; Einspruch der Gemeinde bei der Bestellung des Schulleiters; Abfolge von Schulkonferenz- und Gemeinderatsbeschlüssen; Rolle des Schulausschusses eines gemeindeübergreifenden Schulverbands gegenüber dem Gemeinderat der Sitzgemeinde; Auflösung eines übergemeindlichen Schulverbands

Antr

s. *Schule*

Drs 15/3740

Abschulungsverbot an Realschulen für das kommende Schuljahr
Ankündigung und Geltungsbereich des Verbots der Abschulung an Realschulen für das Schuljahr 2013/2014 durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

MdlAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/3731

Funktionsstellen für beurlaubte Landesbeamte

Bedingungen für beurlaubte Landesbeamte im Schuldienst zur Bewerbung auf Funktionsstellen an Seminaren für Lehrerbildung und in der Schulverwaltung; Einbindung von beurlaubten Landesbeamten in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/4507

Üben die staatlichen Schulämter Druck auf die Realschulen aus?

Verhalten der staatlichen Schulämter gegenüber Realschulen zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, insbes Verbreitung missverständlicher Aussagen über das Bildungskonzept der CDU-Landtagsfraktion; Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen ab Klasse sieben; Bedingungen zur Bildung von Schulverbänden aus Werkrealschule und Realschule

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5087

Förderung und Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Lese-Rechtschreibschwäche

Zahl der Grundschüler mit besonderem Förderbedarf beim Lesen und bei der Rechtschreibung; Diagnose der Lese-

Rechtschreibschwäche; Förderkonzepte und individuelle Förderung innerhalb und außerhalb des Regelunterrichts an den Grundschulen; Finanzierung der Fördermaßnahmen vonseiten der Staatlichen Schulämter; Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für Kinder mit Lese-Rechtschreibschwäche durch das Staatliche Schulamt Ludwigsburg

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/5354

Schulverweigerer

s. *Schulverweigerung*

Schulverweigerung

s.a. *Schulversagen*

Maßnahmen gegen Schulschwänzer

Entwicklung der Zahl der Schulschwänzer in BW und im Schwarzwald-Baar-Kreis; Gründe für das Fernbleiben vom Unterricht und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr Karl Rombach CDU 28.06.2013 und Antw KM Drs 15/3697

Schulwahl

Schulwechsel: Flucht aus der „Gemeinschaftsschule“?

Akzeptanz der Gemeinschaftsschule in Oberkochen; An- und Abmeldungen in Klasse 5 der Dreißental-Schule seit dem Schuljahr 2012/13; Gründe für den Schulwechsel; Anpassung des Schulangebots in Oberkochen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3376

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2003/2004; Anmeldungen für die fünften Klassen im Schuljahr 2013/2014 im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen an den Gymnasien, Haupt-, Real- und Werkrealschulen; Wechsel von Schülern mit Wohnsitz im Main-Tauber-Kreis an weiterführende Schulen in angrenzenden baden-württembergischen oder bayerischen LKreisen

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 30.04.2013 und Antw KM Drs 15/3444

Aufnahme von Schülerinnen und Schülern an Gemeinschaftsschulen über die vorgesehene Zügigkeit hinaus

Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei den Gemeinschaftsschulen; Aufnahme zusätzlicher Klassenzüge bei eingeschränkten räumlichen und strukturellen Kapazitäten; Möglichkeiten der Abweisung von Schülern; Frage des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Gemeinschaftsschule

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3849

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel

während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/4061

Grundschulleitern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4271

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis 2014

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5136

Gemeinschaftsschule Bammental - Wohin mit den abgewiesenen Schülerinnen und Schülern?

Überschreitung der vorgesehenen Aufnahmekapazitäten durch zu hohe Anmeldezahlen an der Gemeinschaftsschule „Elsenzschule Bammental“ und Planungen zur Beschulung der abgewiesenen Schüler

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5147

Durchlässigkeit zwischen Schularten

Möglichkeiten des Übergangs zwischen verschiedenen Schularten; Widerspruchsmöglichkeit der Schule zu dem gewünschten Schulartwechsel eines Schülers

MdlAnfr
s. *Schulformwechsel*
Drs 15/5293

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5322

Schülerzahlen im LKreis Schwäbisch Hall

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im LKreis Schwä-

bisch Hall im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Entwicklung der Schülerzahlen anhand der Geburtenzahlen ab 2010 in den kommenden zehn Jahren

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5567

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/5681

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2015/2016 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich der letzten drei Schuljahre; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9; Entwicklung der Schülerzahlen nach der aktuellen Schülerzahlvorausberechnung

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6906

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Aufhebung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule für Schüler mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot; Stärkung des Elternwahlrechts im Hinblick auf den schulischen Lernort; Bestimmung der Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen; Aufnahme des zieldifferenten Unterrichts an allgemeinen Schulen ins Schulgesetz; Stärkung der Steuerungsfunktion der Schulverwaltung bei der Organisation inklusiver Bildungsangebote; Weiterentwicklung der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren auch für Kinder ohne Behinderungen; Anpassung der Zuschüsse an die Privatschulen mit inklusiven Bildungsangeboten

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/6963

Schulwechsel

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Elternhauses bei Schülerleistungen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 15/2801

Umgang mit steigender Heterogenität

Aktueller Leistungsstand der Schüler von Eingangsklassen der Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie der

Schüler der gleichen Stufe an Gemeinschaftsschulen; Klassenwiederholung oder Wechsel der Schulart aufgrund mangelhafter Leistungen in der fünften Klasse; Erhaltung des Leistungsniveaus an Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/3126

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKreis Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKreis Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3179

Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den weiterführenden Schulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung der Schülerzahlen im LKreis Göppingen an den einzelnen Haupt- und Werkrealschulen, den Realschulen, den Gemeinschaftsschulen und an den Gymnasien in den jeweiligen Eingangsklassen sowie zum Übertrittsverhalten

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/7337

Schulweg

Rad-Schulwegpläne

Funktion von Rad-Schulwegplänen; Maßnahmen und Hilfsmittel zu ihrer Erstellung; Regelung über ein einzuführendes Schulwegsicherungsgesetz

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2828

Schülerbeförderung zu den Gemeinschaftsschulen

Auswirkungen der Einführung der Gemeinschaftsschule auf den Schülerverkehr in den einzelnen Gegenden; Verbesserungsbedarf beim Schülertransport zu den Gemeinschaftsschulen; Schaffung neuer Konzepte der Schülerbeförderung; zusätzliche Kosten für die Beförderung der Schüler zu den neuen Gemeinschaftsschulen für Eltern, Schulträger und Schulen; Berücksichtigung des Schülerverkehrs im Genehmigungsverfahren zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule; Nutzung individueller Beförderungsangebote; zumutbare Dauer des Schulwegs

Antr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/4165

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 05.11.2014 und Antw KM Drs 15/6081

Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen

Sachstand zur Geh- und Radschulwegeplanung im LKreis Esslingen, insbes Planungsstand der einzelnen Schulen, Nutzung des internetbasierten Informationssystem WebGIS des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 26.05.2015 und Antw
KM Drs 15/6923

Finanzierung der Schülerbeförderung in BW

Sachstand zur Finanzierung der Schülerbeförderung in BW, insbes Entwicklung des Gesamtaufwands, Bedarfserhebung, Regelungen und Hilfen für Familien mit geringem Einkommen, Unterschiede in den Schülerbeförderungssatzungen, Kostenübernahme für Primarstufe und Sekundarstufe I, Überprüfung der Mittelverwendung, Ausgleich für Fahrdienste von Eltern bei unzureichenden Busverbindungen, Ausgleich von Mehrkosten für Schülerbeförderung aufgrund der bildungspolitischen Maßnahmen

GrAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/7393

Schulzeit*Vorhaben der LReg für Änderungen im allgemeinbildenden Gymnasium*

Ermöglichung unterschiedlicher Züge mit differenzierter Schulzeit bis zur allgemeinen Hochschulreife an den o.g. Gymnasien, Rahmenbedingungen für die angekündigte Verteilung des Stoffs der Klassen 5 und 6 auf drei Klassen auf der Grundlage des geltenden Bildungsplans, Auswirkungen für die betroffenen Schüler und Mindestschülerzahlen, zusätzlicher Ressourcenbedarf und Zeitplan für die Umsetzung des Vorhabens

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/266

Antragsverfahren G9-Modellschulen

Antragsverfahren und Positionierung der G9-Modellschulen in der baden-württembergischen Schullandschaft, insbes Berücksichtigung aller Elternwünsche, Verbindlichkeit der Anzahl von 44 Standorten, Anforderungen und Kriterien für die Standortauswahl und geografische Verteilung, Auslastung aller Schularten mit einem neunjährigen Weg zum Abitur sowie Mehrwert des Schulversuchs G9 gegenüber G8

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3109

Verlosung von G9-Plätzen am Theodor-Heuss-Gymnasium Schopfheim

Anmeldesituation und Losverfahren um die G9-Plätze am Theodor-Heuss-Gymnasium Schopfheim, insbes Vorgehen des Regierungspräsidiums Freiburg

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3769

Anmeldesituation am Theodor-Heuss-Gymnasium Pforzheim

Außergewöhnlich hohe Nachfrage nach dem neunjährigen Weg zum Abitur; Anmeldung und Aufnahme von ca. 280 Schülern in Klassenstufe 5 im Schuljahr 2013/2014; Maßnahmen zur Sicherung eines geordneten Unterrichts am Theodor-Heuss-Gymnasiums; Rechtfertigung der Ressourcenzuweisung gegen-

über anderen Gymnasien in Pforzheim bzw im Land; Auswirkungen des Andrangs am Theodor-Heuss-Gymnasium auf die Auslastung der anderen Gymnasien am Ort; Umgang mit dem Unmut der Eltern über die Schulsituation; Konsequenzen aus dem Pforzheimer Fall für die Genehmigung weiterer G9-Modellschulen in BW

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4194

Wie entwickelt sich der Modellversuch G 9?

Sachstand und weitere Planungen bei den acht- bzw neun-jährigen Zügen an den allgemeinbildenden Gymnasien in BW, insbes Wahlverhalten und Elternwunsch, Situation der G9-Modellversuchsstandorte, Leistungsstand und Motivation bei Schülern beider Züge, Ausweitung des Modellversuchs

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/5088

Verlosung von G9-Plätzen und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium

Situation um das Losverfahren um die G9-Plätze und Klassenbildung am Plochinger Gymnasium, insbes Angebot flächendeckend zumutbarer Möglichkeiten für G9-Schulplätze, Ungleichbehandlung gegenüber Schulanmeldungen bei der Gemeinschaftsschule Deizisau, Gesprächstand des Gymnasiums mit dem RegPräs und dem Kultusministerium und weiteres Vorgehen

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/5223

Wie sieht der Minister für Kultus, Jugend und Sport die Schullandschaft im Jahr 2020?

Zugrundeliegende Annahmen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Korrekturen der Schülerzahlprognose 2014 des Statistischen Landesamts für die Jahre bis 2020, insbes Ausbaustand und -stufen der einzelnen Schularten, Lehrerberbedarf, Zuwachs und Rückgang bei den einzelnen Schulabschlüssen, Verlängerung der Schulzeit

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/5636

Zulassung von Gymnasien mit zwei Geschwindigkeiten

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 503 504 509

Schulzeugnis*Berechnung des Fachs „Religion“ im Gesamtdurchschnitt der Fachhochschulreife*

Stellenwert des Fachs Religion; Gründe für mangelnde Berücksichtigung des Fachs bei der Berechnung des Notendurchschnitts der Fachhochschulreife; Begründung der unterschiedlichen Bewertung von Nebenfächern bei der Berechnung des Gesamtdurchschnitts

KlAnfr
s. *Religion*
Drs 15/3937

Fehlzeiten an den Schulen in BW

Reduzierung der Fehlzeiten von Schülern an staatlichen und privaten Schulen; Hinweis auf Fehlzeiten in Schulzeugnissen;

Schulanmeldung von Kindern, um Kindergeld zu beziehen; schulrechtliche Möglichkeiten einer Sanktionierung hoher Fehlzeiten

Antr
s. *Schulbesuch*
Drs 15/5769

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6337

Schupo

s. *Schutzpolizei*

Schurwald

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Rems-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Beschränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr Sascha Binder u.a. SPD 14.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/871

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KIAntr Jochen Haußmann FDP/DVP 27.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1169

Schusswaffe

s. *Waffe*

Schusswaffeneinsatz

s. *Waffengebrauch*

Schusterbahn

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4177

Schutz des geistigen Eigentums

s. *Immaterialgüterrecht*

Schutzrüstung

Vorbereitung der Polizei BW auf Terrorlagen

Sachstand zu Investitionen und zur Vorbereitung von Polizeivollzugsbeamten im Streifendienst der Polizeireviere des Landes BW auf Terrorlagen, insbes durchschnittlich abgeleistete Stundensätze in den verschiedenen Arten des Einsatztrainings, vorgehaltene Schutzausstattungen gegen Beschuss, durchschnittliche Zugriffszeiten der Spezialeinheiten des Landes bei unvorhersehbarer Alarmierung

Antr
s. *Terrorismusbekämpfung*
Drs 15/7863

Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Grundwasserqualität und Ausbringung von „Wirtschaftsdünger“ pflanzlicher Herkunft

Entwicklung der Grundwasserqualität seit 2001 im Vergleich zu den Messdaten in anderen Bundesländern, Inanspruchnahme der Ausgleichsleistungen nach der SchALVO von den Landwirten und Wirkungen in den letzten 20 Jahren; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Nitratbelastung und der Ausbringung des o.g. Düngers aus Gärresten von Energiepflanzen

Antr
s. *Gewässergüte*
Drs 15/461

Auswirkungen der neuen EU-Regelungen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor auf die Förderprogramme des Landes
Änderungen bei den staatlichen Beihilfen im Agrar- und Forstsektor; Fortsetzung von Förderprogrammen des Landes wie den Leistungen nach der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchALVO); Ursachen des Vorbehalts bei den SchALVO-Zahlungen; Auswirkungen der geplanten Novellierung der Düngerverordnung auf die Förderprogramme des Landes

Antr
s. *Agrarsubvention*
Drs 15/6393

Schutzhelm*Fahrradsicherheit und Fahrradunfälle*

Unfallzahlen von Radfahrern; Sicherheitsüberprüfung und -zustand von Fahrrädern; Verkehrssicherheit bei antriebsunterstützten Fahrrädern; Akzeptanz und Nutzung von Fahrradhelmen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/4278

Schutzimpfung

s. *Impfung*

Schutzkleidung*Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012*

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Polizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2425

Verbesserung der Schutzausrüstung der Polizei nach dem Amoklauf von Winnenden

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 414 419

Schutzplanke

s. *Straßenausstattung*

Schutzpolizei*Personelle Ausstattung des Kriminaldauerdienstes*

Qualifizierung und Zuweisung von Beamten der Schutzpolizei für die Tätigkeit im Kriminaldauerdienst

MdlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6566

Perspektiven der bei der Kriminalpolizei bzw bei der Schutzpolizei als Sachbearbeiter tätigen Beamten

Aufstieg von Beamten ohne Führungsfunktion in die Besoldungsgruppe A 13; Anteil der Personen mit Führungsfunktionen bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei; Aufstiegschancen von Sachbearbeitern; Zahl der in den letzten vier Jahren bei der Polizei vorgenommenen Beförderungen

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7915

Schutzweste

s. *Schutzkleidung*

Schutzzaun

s. *Zaun*

Schwäbisch Gmünd*Straßenbaumaßnahmen im Bereich Schwäbisch Gmünd / Heubach*

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1308

Werden hochbegabte Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen vernachlässigt?

Entwicklung der Zahlen von Hochbegabten und der Förderangebote bzw Verhaltensstörungen seit 2002; Frage nach einer spezifischen Förderung an den Gemeinschaftsschulen im gemeinsamen Unterricht mit besonders lernschwachen Kindern sowie nach einer Weiterentwicklung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/2054

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung

Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdienstes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/4714

Verkehr und Straßenbau im Ostalbkreis nach der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels

Auswirkungen der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels auf das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsströme im Ostalbkreis, insbes auf der Bundesstraße 29; geplante Folgemaßnahmen im Straßenbau auf den Landesstrassen

KlAnfr
s. *Verkehrsaufkommen*
Drs 15/5978

Gasaustritt in Schwäbisch Gmünd am 25. August 2014

Ursache für das Leck und den damit verbundenen Gasaustritt an der „Staufen-Leitung“ von Essingen nach Dürnau an der Gemarkungsgrenze von Schwäbisch Gmünd und Waldstetten; Alarmierung des Betreibers terranets bw und der zuständigen öffentlichen Stellen; eingeleitete Maßnahmen; Gefährdung der Bevölkerung; Häufigkeit von Gasaustritten; Unterrichtung der Bevölkerung über Schäden an öffentlichen Gasleitungen und damit verbundene Gasaustritte

KlAnfr
s. *Gaspipeline*
Drs 15/6105

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 18 - Schwimm- und Sporthalle des Bildungszentrums Schwäbisch Gmünd (Kap 1209)

Mittlg RH
s. *Sportstätte*
Drs 15/7018

Falschfahrer auf der Bundesstraße (B) 29

Ursachen der Häufung von Falschfahrern auf der Bundesstraße 29 auf dem Streckenabschnitt zwischen Fellbach und Schwä-

bisch Gmünd und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Unfallverhütung*
Drs 15/7236

Bezifferung der Mehrkosten für den B 29-Tunnel in Schwäbisch Gmünd

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 370

Schwäbisch Hall

Inakzeptable Abwertung der Comburg Schwäbisch Hall bei der Tourismuswerbung des Landes

Bedeutung der Comburg als Kulturgut und Tourismusziel, Entwicklung der Besucherzahlen seit 2006; Gründe und Verantwortliche für die Streichung im neuen Werbeflyer der Vermarktungsgesellschaft BW

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/598

Stand von Planung, Finanzierung und Baubeginn der Baumaßnahme B 14 Weilertor Schwäbisch Hall

Frage nach den o.g. Daten und der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung des Weilertortunnels im Zuge der B 14

KlAnfr
s. *Bundesstraße 14*
Drs 15/1165

Funktion und Zustand des Kocher-Stausees in Schwäbisch Hall-Steinbach

Bewertung der Bedeutung, des Zustands und Sanierungsbedarfs des o.g. Wasserbauwerks; Höhe und Träger der Kosten für Bau, Unterhalt und Sanierung des Stausees

KlAnfr
s. *Stauanlage*
Drs 15/2268

Wirtschaftspolitische Bedeutung von Verkehrslandeplätzen

Mittelfristige Gefährdung der Regionalflugplätze aufgrund neuer Sicherheitsanforderungen; Ausbau von Verkehrslandeplätzen als Instrument regionaler Wirtschaftsförderung; Haltung der EU zu Regionalflugplätzen; Fahrgastzahlen des Adolf-Würth-Airport in Schwäbisch Hall

Antr
s. *Flughafen*
Drs 15/2653

Stand von Planung, Finanzierung und Baubeginn der Baumaßnahme B 14 Weilertor Schwäbisch Hall

Fortführung der Baumaßnahme B 14 Weilertor in Schwäbisch Hall, insbes aktueller Stand von Planung und Finanzierung

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 14*
Drs 15/3315

Stand des Ausbaus des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn

Planungsstand beim Ausbau des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn inklusive der Förderung studentischer Wohnungen

MdlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 15/3315

Erkenntnisse und Maßnahmen mit Bezug auf die Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall

Erkenntnisse zur Gründung und Etablierung einer Ku-Klux-Klan-Sektion in Schwäbisch Hall und Gegenmaßnahmen zum Schutz der - insbes auch ausländischen - Bürger

MdlAnfr
s. *Ku-Klux-Klan*
Drs 15/3456

Zustand des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental im LKreise Schwäbisch Hall

Sanierung des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental und Verbesserung der Bahninfrastruktur im LKreise Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/3879

Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften

Gegenwärtige Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften an den Hochschulen in BW; Unterstützung der Einrichtung einer Fakultät für Sozialpädagogik am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sozialwissenschaft*
Drs 15/4358

Neubau Polizeirevier Schwäbisch Hall - Kosten und Zeitpunkt

Baubeginn des neuen Polizeireviers in Schwäbisch Hall; Auswirkungen der Herabstufung von der bisherigen Polizeidirektion Schwäbisch Hall auf ein Polizeirevier für Planung, Baudurchführung und Finanzierung

MdlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4652

Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Standort Schwäbisch Hall - aktueller Stand und Zukunftsszenarien

Entscheidungsstand des Vorhabens der Etablierung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Standort Schwäbisch Hall, insbes Zusammenarbeit der Projektpartner, Chancen für den Arbeits- und Studienort Schwäbisch Hall, Unterstützung und Förderung durch die LReg

KlAnfr
s. *Evangelische Hochschule Ludwigsburg*
Drs 15/5030

Kriterien zur Anerkennung von Kulturdenkmälern in BW, speziell: Anlass für die Aufnahme des Landratsamts von Schwäbisch Hall in die Liste der Kulturdenkmale

Kriterien für die Aufnahme in die Liste der Kulturdenkmale in BW, insbes Anlass für die Aufnahme des Landratsamts Schwäbisch Hall, finanzielle Konsequenzen der Aufnahme

MdlAnfr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 15/5114

Zukünftige Entwicklung der Hochschule Heilbronn

Bedeutung der Fachhochschule für die Region Heilbronn-Franken; Entwicklung der Studierendenzahlen; finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschule für angewandte Wissenschaften; Weiterfinanzierung der Stiftungsprofessuren; Förderung von Baumaßnahmen; Übernahme der Finanzierung des

Campus Schwäbisch Hall durch das Land ab 2024; Ausbau des Campus Künzelsau (Reinhold-Würth-Hochschule)

Antr
s. *Hochschule Heilbronn*
Drs 15/5494

Bestattungsgewerbe in BW

Anzahl, Größe und Umsatz der Bestattungsbetriebe; Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Bestattungsgewerbe; Anzeigen und Gerichtsverfahren wegen des Verdachts auf Betrug oder anderer Delikte; Durchführung von Kontrollen bei Bestattungsunternehmen; Konsequenzen aus dem Betrugsfall in Schwäbisch Hall; Regelung des Zugangs zum Bestattungsgewerbe

KlAnfr
s. *Bestattung*
Drs 15/6029

Aktueller Stand der Entscheidungsfindung der LReg zur Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn
Möglichkeit der Zustimmung der LReg zur Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn unter Einbeziehung des Haushaltsentwurfs

MdlAnfr
s. *Evangelische Hochschule Ludwigsburg*
Drs 15/6090

Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall

Auswirkungen der Schließung der Außenstellen Crailsheim und Klein Komburg der Justizvollzugsanstalt Schwäbisch Hall auf Mitarbeiter und Gebäude sowie den Fortbestand des Bioland-Betriebs mit der Milchviehherde Limpurger Rind auf der Klein Komburg

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/6502

Weitere Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Klein Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

Sachstand zur weiteren Verwendung der landeseigenen Gebäude nach Schließung der Justizvollzugsanstalt Klein-Komburg und artgerechte Haltung sowie langfristig gesicherter Fortbestand der dort gehaltenen Herde der bedrohten Viehrassen des Limpurger Rinds und des Weideochsens

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6585

Weiterverwendung von Gebäuden und landwirtschaftlichen Flächen beim Hofgut Kleincomborg der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Hall

Sachstand zur Weiterbewirtschaftung des vom Land aufgegebenen Hofguts Kleincomborg der JVA Schwäbisch Hall

MdlAnfr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6690

Denkmalschützerische Auflagen und Unterstützung des Landes für eine Sanierung des Landratsamts Schwäbisch Hall

Sachstand zur Gebäudesanierung des Landratsamts Schwäbisch Hall, insbes Anforderungen des Denkmalschutzes, Unterstützung des Landes für die Gebäudeeigentümer für den Mehraufwand aufgrund des Denkmalschutzes

MdlAnfr
s. *Denkmalschutz*
Drs 15/6814

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7254

Verpachtung landwirtschaftlicher Fläche der Kleincomborg

Sachstand zur Ausschreibung einer landwirtschaftlichen Fläche der Kleincomborg bei Schwäbisch Hall-Steinbach zur Verpachtung durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW

KlAnfr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7413

Belastung des Personals im Landratsamt Schwäbisch Hall

Sachstand zu Arbeitsbelastung bei der Erledigung der Aufgaben und Personalausstattung des Landratsamts Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Kreisverwaltung*
Drs 15/7528

Entscheidungskriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie

Vergabekriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie; Gründe für Ablehnung der Einrichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall

MdlAnfr
s. *Studienfach*
Drs 15/7550

Baubeginn des Polizeireviers Schwäbisch Hall

Terminierung des Baubeginns für das Polizeirevier Schwäbisch Hall; Einrichtung eines Servicecenters der Polizei bei der Landeserstaufnahmeeinrichtung

MdlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7550

Kritik am Zustand des Bahnhofs in Schwäbisch Hall-Hessental

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 60

Verlagerung des Führungsstabs der PD Schwäbisch Hall zum neuen Polizeipräsidium nach Aalen, Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion in Kirchberg

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2038 2042 2047 2048

Schwäbisch Hall, Landkreis

Wasserqualität fließender und ruhender Gewässer des Kreises Schwäbisch Hall

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen im LKreis Schwäbisch Hall und landesweit, insbes. auch in Bezug auf den EHEC-Erreger; Einschätzung der Gefahr einer Ausbreitung des Bakteriums über das Gewässersystem; Frage nach vorbeugenden Maßnahmen und einer Intensivierung der Messungen

KlAnfr
s. *Gewässergüte*
Drs 15/148

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes. bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/257

Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen, der Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Voll- und Teilzeit im Tourismus und in der Gastronomie seit 2008; Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen, u.a. für Urlaub auf dem Bauernhof, Tagestourismus, Tagungstourismus und Familienurlaub; Ausbau des Radwegenetzes; Verbindung von Tourismus und Naturschutz

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/402

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/410

Situation der Versorgung mit Hautärzten im LKreis Schwäbisch Hall

Beurteilung der o.g. vertragsärztlichen Versorgung; Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation - evtl. in einer Sonderbedarfsermittlung

KlAnfr
s. *Facharzt*
Drs 15/413

Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE im LKreis Schwäbisch Hall

Inanspruchnahme der Bildungsgutscheine und Hilfen in besonderen Lebenssituationen von jungen Eltern seit 2009, Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel

KlAnfr
s. *Landesprogramm STÄRKE*
Drs 15/786

Pflegesituation im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Angebote von ambulanten Pflegediensten seit 2001, Zahl und Auslastung von stationären und teilstationären Einrichtungen; Entwicklung der Zahl von Auszubildenden und der Ausbildungsmöglichkeiten in den einzelnen Pflegeberufen seit 2001; Einrichtung und Finanzierung eines Pflegestützpunkts

KlAnfr
s. *Pflegestützpunkt*
Drs 15/1033

Auswahlkriterien für die Gemeinschaftsschulen und Ablehnung aller Bewerber aus dem LKreis Schwäbisch Hall

Darlegung der Auswahlkriterien für die 34 Starterschulen sowie der o.g. Ablehnungsgründe, Umfang der finanziellen Aufwendungen und der Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und Vergünstigungen, Einrichtung einer Sekundarstufe II am Schulzentrum Mainhardt?

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1155

Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum

Ursachen und Konsequenzen der o.g. Problematik, Ausmaß im Wahlkreis Hohenlohe, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr
s. *Gebäude*
Drs 15/1172

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrtzeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1173

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Nutzung der erweiterten Einwirkungsmöglichkeiten durch das Versorgungsstrukturgesetz für eine kleinräumige Bedarfsplanung, Beratung von Versorgungsanliegen in regionalen Gesundheitskonferenzen

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1282

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1312

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Schwäbisch Hall

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen

Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1399

Zukünftige medizinische Versorgung im Limpurger Land (LKreis Schwäbisch Hall)

Beurteilung der Forderungen der Bürgerinitiative „Krankenhaus Gaildorf“, insbes zur Verweigerung der Freigabe von Fördermitteln für die Baumaßnahmen in Schwäbisch Hall und Crailsheim ohne Einbindung der Gaildorfer Einrichtung in den Gesamtplan

MdlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1734

Verweigerung der LReg für eine Verbesserung der Lufttrettung in Ostwürttemberg und im LKreis Schwäbisch Hall

Verweigerung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit des Innenministers nach Aussage seines bayerischen Kollegen; Frage nach Vorschlägen zur Beseitigung der Lücken bei der Lufttrettung in der o.g. Raumschaft

MdlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/1734

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Schwäbisch Hall

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1863

Antibiotika-Verordnungen bei Kindern

Bewertung der Erkenntnisse der o.g. Studie der Bertelsmann-Stiftung, Darstellung der Situation im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu anderen Regionen, Zurückführung der Ursachen für die unterschiedliche Handhabung auf den Rückgang der Zahl von Kinderärzten und Verlagerung pädiatrischer Leistungen hin zu den Hausärzten

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/2079

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sicherung der Unterrichtsversorgung an den o.g. Schulen; Steigerung der Attraktivität der beruflichen Schulen im ländlichen Raum für die Lehrer und Referendare

MdlAnfr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 15/2089

Breitbandversorgung in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Versorgungsstand und aktuelle Übertragungsrate in den einzelnen Städten und Gemeinden; Förderung des weiteren Ausbaus der Breitbandversorgung; Einsatz von Glasfasertechnik; Breit-

bandversorgung als Standortfaktor für Unternehmen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/2677

Zukunft der ärztlichen ambulanten Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Künftige ärztliche ambulante Versorgung im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Verbesserungen durch das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und Versorgungsdichte bei Hausärzten; Verhinderung von Ärztemangel durch die Kassenärztliche Vereinigung oder Krankenkassen; Einflussmöglichkeiten der regionalen Gesundheitskonferenz und Höhe der eingesetzten Landesmittel

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 24.01.2013 und Antw SM Drs 15/2920

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Schwäbisch Hall

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2948

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreiseln in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definition der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/3042

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßensperren; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Pendlerströme über die Landesgrenze BW/Bayern

Entwicklung des Pendlerverkehrs an der badenwürttembergisch/bayerischen Landesgrenze, insbes Statistik der Pendlerströme differenziert nach LKreisen und Tageszeiträumen, genutzte Verkehrsmittel, konkrete Situation in den LKreisen Main-Tauber und Schwäbisch Hall; grenzüberschrei-

tende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs bzw Schienenpersonennahverkehrs; Ausbau des S-Bahn-Netzes von Nürnberg bis zum Bahnknotenpunkt Crailsheim

KlAnfr
s. *Pendler*
Drs 15/3426

Hochwasserschäden in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten; Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union für den Hochwasserschutz

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3578

Geplante Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten und Auswirkungen hinsichtlich des zu erwartenden Fluglärms auf die Kreise Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Angestrebte Verlagerung von Hubschraubertiefflügen der US-Luftwaffe aus Ansbach an den Bundeswehrstandort Niederstetten, insbes Vorlage rechtlicher Voraussetzungen, Kenntnis der LReg von konkreten militärischen Verlagerungsplanungen, Sicherstellung eines effektiven Lärmschutzes, priorisierte Nutzung der militärischen Infrastruktur im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/3627

Situation der Gymnasien im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Lehrer- und Unterrichtsausfall; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3735

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für unter Dreijährige im LKreis Schwäbisch Hall

Erfüllung der Versorgungsquote nach dem Kinderförderungsgesetz in den einzelnen Kommunen; Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige; Bedarf an qualifizierten Erziehungsfachkräften, Zahl der unbesetzten Stellen; Erhöhung der Attraktivität des Berufs der Erziehungsfachkraft für Männer; Berücksichtigung von Personen in der Kindertagespflege bei der Bedarfsermittlung; Einbeziehung von Betreuungsplätzen in betrieblichen Kindertagesstätten bei der Abdeckung des Rechtsanspruchs; Betreuungs- und Auslastungsquotenkonzept für Kindertageseinrichtungen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/3776

Gesundheits- und notärztliche Versorgung im Limpurger Land
Gewährleistung ausreichender rettungsdienstlich-notärztlicher Versorgung unter Beachtung der Rettungsfristen im Limpurger

Land sowie der ärztlich-medizinischen Versorgung nach Schließung des Kreiskrankenhauses Gaildorf

MdlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/3731

Medizinische Versorgung im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Versorgungsdichte im ambulanten Bereich; Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Krankenhäuser und Arztpraxen; Versorgungsgrad an Haus- und Fachärzten; Praxisschließungen in den Jahren 2009 bis 2013; Situation der Notfallversorgung

KlAnfr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/3784

Zustand des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental im LKreis Schwäbisch Hall

Sanierung des Bahnhofs Schwäbisch Hall-Hessental und Verbesserung der Bahninfrastruktur im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/3879

Straßenbaumaßnahmen im LKreis Schwäbisch Hall

Realisierte Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und deren Finanzierung; geplante, planfestgestellte und begonnene Straßenbaumaßnahmen sowie Veranschlagung und Bereitstellung der dafür benötigten Finanzmittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4111

Windkraft im Landkreis Schwäbisch Hall

Zahl und Standorte der seit 2011 im LKreis Schwäbisch Hall genehmigten Windkraftanlagen; Auskunft über in Genehmigungsverfahren befindliche sowie voraussichtlich 2013 in Betrieb gehende Windräder; Abstände der in Betrieb genommenen Windenergieanlagen zu Wohngebieten und zu Schutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4238

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im LKreis Schwäbisch Hall

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in Städten und Gemeinden im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4249

Auswirkung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe der für die o.g. LKreise und deren Kommunen entstehenden Mehrkosten; Auskunft über die zu erwartenden zusätzlichen Freistellungen und Sachkosten

KlAnfr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/4439

Unterrichtsversorgung und Stundenausfall an den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

Statistik nach Schultypen zu Unterrichtsausfall in den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Maßnahmen der LReg zur Vermeidung künftiger Unterrichtsausfälle

MdlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/4426

Umsetzung der Inklusion im LKreis Schwäbisch Hall

Inklusionsanteil in den Kindertagesstätten und Schulen seit 2010; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Umsetzung der Inklusion an weiterführenden Schulen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4674

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Schwäbisch Hall

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4843

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Wohnungseinbrüche in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe und Schwäbisch Hall

Gründe für den Anstieg der Wohnungseinbrüche in BW im Jahr 2013; Maßnahmen zur Verbesserung der Aufklärungsquote; Entwicklung der Einbruchszahlen und Aufklärungsquoten in den oben genannten LKreisen; Einfluss des Neuzuschnitts der Polizeireviere infolge der Polizeireform auf die Aufklärungsquote; Unterschiede in der Häufung der Wohnungseinbrüche in städtischen und ländlichen Regionen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5037

Windenergiepläne im LKreis Schwäbisch Hall

Genehmigung von Windenergieanlagen im LKreis Schwäbisch Hall; Planungen von Windenergieanlagen im Schäferwald in der

Gemeinde Frankenhardt, insbes Beachtung von Arten- und Vogelschutz

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5184

Auswirkungen der Kürzungen von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2014 für die Kleinkindbetreuung (§ 29c Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern - FAG) auf den LKreis Schwäbisch Hall, dessen Kommunen, Träger und Tagesmütter/-eltern und auf die Elternbeiträge

Förderung der Kleinkindbetreuung im LKreis Schwäbisch Hall in den Jahren 2011 bis 2013, Höhe des für das Jahr 2014 zu erwartenden Landeszuschusses; Auswirkungen einer Fehlkalkulation auf die Mittelzuweisungen für Kommunen, Träger und Tageseltern; Unterstützung des LKreises Schwäbisch Hall bei der Finanzierung der fachlichen Qualifizierung der Tageseltern

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/5318

LEADER-Förderung im LKreis Schwäbisch Hall

In den Jahren 2011 bis 2013 geförderte Projekte; Anzahl der Projekte und Höhe der Fördermittel im Vergleich zu anderen LKreisen

KlAnfr
s. *LEADER*
Drs 15/5456

Schulsozialarbeit im LKreis Schwäbisch Hall

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/5534

Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern im Landkreis Schwäbisch Hall

Baulicher Zustand der Freibäder im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 15/5544

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Schülerzahlen im LKreis Schwäbisch Hall

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im LKreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Entwicklung der Schülerzahlen anhand der Geburtenzahlen ab 2010 in den kommenden zehn Jahren

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5567

Kriminalitätsbelastung im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Schwäbisch Hall; Straftaten iRd organisierter Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Aufklärungsquote; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5577

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Entwicklung der Vertretungsreserve

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5780

Breitbandversorgung im LKreis Schwäbisch Hall

Verfügbare Datenübertragungsraten und Stand des Ausbaus der Breitbandversorgung in den Kommunen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in Frankenhardt-Oberspeltach

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5798

Bestattungsgewerbe in BW

Anzahl, Größe und Umsatz der Bestattungsbetriebe; Beschwerden über Unregelmäßigkeiten im Bestattungsgewerbe; Anzeigen und Gerichtsverfahren wegen des Verdachts auf Betrug oder anderer Delikte; Durchführung von Kontrollen bei Bestattungsunternehmen; Konsequenzen aus dem Betrugsfall in Schwäbisch Hall; Regelung des Zugangs zum Bestattungsgewerbe

KlAnfr
s. *Bestattung*
Drs 15/6029

Situation der Berufsschulen im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Berufsschulen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes bei unterrichteten Berufsbildern, Schülerzahlen, Unterrichtsausfällen, Lehrgewinnung und Klassengrößen des Handwerks

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/6184

Schwarzwildpopulation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zur Schwarzwildpopulation im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Schadenshöhe und -schwerpunkte, Abschusszahlen, Bejagung, Risikopotenzial für Nutztiere

KlAnfr
s. *Wildschwein*
Drs 15/6194

Wohnungseinbrüche im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im LKreis Schwäbisch Hall, lokale Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6240

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/6420

Auswirkungen der neuesten Entscheidung der Bundesnetzagentur bezüglich der geplanten Stromtrassenführung für BW

Konsequenzen für die weiteren Planungen der Stromtrassenführung in BW aufgrund der jüngsten Entscheidung der Bundesnetzagentur, insbes Veränderungen für die LKreise Schwäbisch Hall, Rems-Murr und Main-Tauber sowie für die Raumschaft des Naturparks Fränkisch-Schwäbischer Wald

MdlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6566

Pflegeeinrichtungen und Ausbildungssituation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zu stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Auslastung der Einrichtungen, Ausbaubedarf in bestimmten Pflegebereichen, Ausbildungsplatzangebote für Altenpfleger oder Servicekräfte in Pflegeeinrichtungen, Zahl der Auszubildenden in den einzelnen Pflegebereichen, Auswirkung der verpflichtenden Herstellung des Einzelzimmerstandards

KlAnfr
s. *Pflegeeinrichtung*
Drs 15/7063

Bestand und Zukunftskonzept von landeseigenen Immobilien in den LKreisen Schwäbisch-Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Sachstand zur Sanierung und Nutzung landeseigener Immobilien in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber-Kreis, insbes Verwendung zur Unterbringung von Flüchtlingen

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7312

Verbesserte Notfallversorgung für den Landkreis Schwäbisch Hall durch neuen Luftrettungsstandort im bayerischen Dinkelsbühl-Sinnbronn

Sachstand zur Verbesserung der Luftrettung im Landkreis Schwäbisch Hall durch Indienstellung einer Luftrettungsstation im bayerischen Dinkelsbühl-Sinnbronn und ausgebliebene finanzielle Beteiligung des Landes BW

MdlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/7399

Mittel des Landes für Erhalt, Sanierung und Ausbau von Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis in den Jahren 2005 bis 2015

Sachstand zur Bereitstellung von Landesmitteln für den Bau von Landes- und Kreisstraßen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber im Zeitraum von 2005 bis 2015; Bewertung der Kriterien für die Berechnung und Priorisierung der förderfähigen Straßenbaumaßnahmen für die ländlichen Räume gegenüber der Gesamtförderung des Verkehrs in Ballungsgebieten

MdlAnfr

s. *Straßenbaufinanzierung*

Drs 15/7860

Entwicklung der Planstellen in der Zuständigkeit des heutigen Polizeipräsidiums Aalen in den LKreisen Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall im landesweiten Vergleich

Jährliche Entwicklung der Planstellen im Vergleich zur tatsächlichen Beschäftigung von Polizisten vor Ort seit dem Jahr 2000; Polizeipräsidien mit den schlechtesten Betreuungsverhältnissen pro Einwohner

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/8117

Auswirkungen der Polizeireform auf den LKreis Schwäbisch Hall; Verweisung auf die guten Arbeitsmarktdaten

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1265 1268-1270 1273 1308

Schwäbische Alb

Ausbau Bundesautobahn 8

Stand der Planungen und Genehmigungsverfahren beim Neubau des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche, voraussichtliche Fertigstellung dieses Teilstücks, veranschlagte Kosten sowie Art und Weise der Finanzierung

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/484

Albaufstieg der B 312 bei Lichtenstein

Bewertung der unterschiedlichen Aussagen des Verkehrsministers über einen generellen Verzicht auf Straßenneubau und des Votums eines Abgeordneten der Grünen für den o.g. Albaufstieg; Eintreten für die Aufnahme des Vorhabens in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr

s. *Bundesstraße 312*

Drs 15/1235

Rotwild im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Aussetzung des Abschlusgebots für Rotwild im Biosphärengebiet, Zulassung der Zuwanderung, Erarbeitung eines Wildkorridorkonzepts, wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Aussetzung des Abschlusgebots

Antr

s. *Wild*

Drs 15/1348

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Nationalpark Nord-schwarzwald

Stand und weiterer Ablauf der Einrichtung des o.g. Biosphärengebiets, Stellungnahmen der darin einbezogenen Gemeinden, Auswirkungen auf die forst- und landwirtschaftliche Nutzung

im Schwarzwald, Vergleich der Kosten für Einrichtung und Unterhalt mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Frage nach einer zu erwartenden Konkurrenz zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

Antr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/1612

Fuchsbandwurm im Bereich des Biosphärengebiets Schwäbische Alb

Verbreitung des Fuchsbandwurms im o.g. Bereich im bundesweiten Vergleich; Anreize zur Reduzierung der Fuchsbestände durch eine konsequentere Bejagung sowie Bekämpfung des Parasiten durch die Ausbringung von Ködern zur Entwurmung

KlAnfr

s. *Bandwurm*

Drs 15/1852

Planfeststellungsverfahren für den Bau und Betrieb der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL, Abschnitt IV-Aichwald bis zur Station Amerdingen) - Planänderung Nr. 9a

Gründe für die späte geologische Prüfung mit der Folge einer weiteren Planänderung für die Vorzugstrasse durch eine sensible und artenreiche Kulturlandschaft, Frage nach untersuchten Streckenalternativen für den Albaufstieg außerhalb des mittleren Filstals sowie nach Techniken und ausführenden Baufirmen für die grabenlose Verlegung (Untertunnelung) von Gasleitungen in schwierigem Gelände

KlAnfr

s. *Gasleitung*

Drs 15/1860

Wertigkeit regionaler Dachmarken erforschen und entwickeln

Initiierung von wissenschaftlich erarbeiteten und begleiteten Konzepten zur Entwicklung regionaler Dachmarken zur besseren Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen aus der entsprechenden Region, z.B. für den Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder Hohenlohe

Antr

s. *Region*

Drs 15/2410

Präsentation von Zeugnissen der kulturellen Evolution des modernen Menschen (homo sapiens) des Schwäbischen Jura (Eiszeitkunst) und ihre Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste

Erhebung der Höhlen des Achtals und des Lonetals zum UNESCO-Welterbe; Entscheidung über den Erfolg des Antrags; Möglichkeiten einer überregionalen Präsentation der Funde und Fundstätten des östlichen Teils der Schwäbischen Alb; Entwicklung eines Gesamtkonzepts und Einbindung der frühgeschichtlichen Zeugnisse in den geohistorischen Zusammenhang; Vermittlung paläolithischer Kultur und Migration in Zusammenarbeit mit den Museen der Region; Tourismusangebote und Vermarktung

KlAnfr

s. *Welterbe*

Drs 15/3254

Doppelstrukturen bei der Energieeffizienzberatung auf der Schwäbischen Alb?

Aktionsplan „Energieeffizienz Biosphärengebiet Schwäbische Alb“; Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Münsingen durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Aufgabe des Koordinierungsbüros im Unterschied zu

den bestehenden regionalen Energieagenturen in den Kreisen Esslingen, Reutlingen und Alb-Donau-Kreis; Verwendung der Fördermittel; Dienstleistung „Energiediagnose“; Beauftragung des BUND

Antr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5331

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Vermarktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäfereibetrieben im Verhältnis zu den Markterlösen aus Schafprodukten

Antr
s. *Schafhaltung*
Drs 15/6423

Auswirkungen nächtlicher Überbeleuchtung und Möglichkeiten sogenannter „Dark Sky Areas“ im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Forschungsprojekte oder regionale Konzepte zur Reduzierung nächtlicher Beleuchtung; Steuerung der Beleuchtung im öffentlichen und privaten Raum per Zeitschaltung; Projekt „Sternenpark Schwäbische Alb“

KlAnfr
s. *Lichtverschmutzung*
Drs 15/8029

Befürwortung weiterer Großschutzgebiete nach den guten Erfahrungen mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 558-560 566

Förderung von Maßnahmen im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1302

Schwänzen (Schule)

s. *Schulverweigerung*

Schwaigern

Auskehrungsantrag der anteiligen Jagdpacht für den Staatsforst
Inanspruchnahme des Anteils am Reinertrag in den Jagdgenossenschaften Niederhofen und Stetten am Heuchelberg sowie in anderen Bezirken oder Jagdgenossenschaften; Vorgaben der Forstverwaltung für die Beanspruchung der Auskehrung; Reaktionen der betroffenen Jagdgenossenschaften und Gemeinden; Fortführung der gegenwärtigen Verwaltungspraxis; Gewinn des Landes durch die Auskehrung der anteiligen Jagdpacht in den vergangenen fünf Jahren

KlAnfr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/3514

Schwangere

s. *Schwangerschaft*

Schwangerenberatung

s. *Schwangerschaftsberatung*

Schwangerschaft

s.a. *Geburt*
s.a. *Mutterschutz*
s.a. *Schwangerschaftsabbruch*
s.a. *Schwangerschaftsberatung*

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Auflistung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/899

Frauengesundheit in BW

Entwicklung der Kaiserschnittquote und des Komplikationsrisikos bei Geburten in den vergangenen zehn Jahren; Initiativen zur Reduzierung der Kaiserschnittquote

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Hebammenversorgung in BW

Entwicklung der Zahlen, der Haftungs- und Einkommenssituation, der Art und des Umfangs der Tätigkeiten von angestellten und freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfern seit 2002; Entwicklung der Nachfrage von Schwangeren nach Hebammenleistungen sowie der Zahl von Ausbildungsplätzen und Absolventen im selben Zeitraum; Möglichkeiten zur Reduzierung der hohen Versicherungsprämien; Initiierung einer Studie zur Vergütungs- und Versorgungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/1168

Schwangerschaftsberatung in BW

Auflistung der o.g. Beratungsstellen, der Beratungsangebote und deren Inanspruchnahme, der personellen Ausstattung und Förderung seit 2008

Antr
s. *Schwangerschaftsberatung*
Drs 15/1684

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der

Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersagung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2168

Schäden durch Nikotin in der Schwangerschaft - Prävention und Maßnahmen

Sachstand zu Gefahren für das ungeborene Kind durch den Nikotinkonsum durch die Mutter während der Schwangerschaft, insbes Zahlen zu Kindern mit entsprechenden Gesundheitsschäden, Höhe und Übernahme zusätzlicher Kosten für die Betreuung nikotingeschädigter Neugeborener, Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen für Frauen und Mädchen über Risiko von Nikotingenuss in der Schwangerschaft

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 26.05.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6924
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.07.2015 Drs 15/7534 S. 18 19
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Frauen in BW

Sachstand über Entwicklung und aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Frauen in Landeserstaufnahmestellen und bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen in BW, insbes separate Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen, Vor- und Nachsorge von Schwangeren, Möglichkeiten zur Sonderunterbringung für besonders schutzbedürftige Frauen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/7788

Schwangerschaftsabbruch

Gesicherte Gesundheitsversorgung bei Schwangeren ohne Krankenversicherungsschutz

Entwicklung der o.g. Zahlen von Frauen und Geburten seit 2006, Nationalitäten und Aufenthaltsstatus dieser Frauen, Auflistung von Anlaufstellen und deren Kooperation untereinander, Höhe und Träger der Kosten für Schwangerschaftsabbrüche und einer medizinischen Weiterbehandlung der Neugeborenen; Aufnahme von Verhandlungen mit den Krankenversicherungsträgern über eine Übernahme der Kosten aus der medizinischen Betreuung bei Schwangerschaft und Entbindung; Entwicklung von Konzepten für eine bessere soziale Integration der betroffenen Frauen und ihrer Neugeborenen

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/899

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersagung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2168

Schwangerschaftsabbrüche in BW

Entwicklung und Prävention von Schwangerschaftsabbrüchen in BW, insbes auch für minderjährige Frauen sowie Frauen mit Migrationshintergrund; Gründe und Statistiken zu (Spät-)Abtreibungen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3288
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 50 51
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Schwangerschaftsberatung

Schwangerschaftsberatung in BW

Auflistung der o.g. Beratungsstellen, der Beratungsangebote und deren Inanspruchnahme, der personellen Ausstattung und Förderung seit 2008

Antr Sabine Wölfle u.a. SPD 09.05.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1684 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.10.2012 Drs 15/2741 S. 23
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersagung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr
s. *Vorsorgeuntersuchung*
Drs 15/2168

Schwangerschaftsabbrüche in BW

Entwicklung und Prävention von Schwangerschaftsabbrüchen in BW, insbes auch für minderjährige Frauen sowie Frauen mit Migrationshintergrund; Gründe und Statistiken zu (Spät-)Abtreibungen

Antr
s. *Schwangerschaftsabbruch*
Drs 15/3288

Schwangerschaftskonfliktberatung

s. *Schwangerschaftsberatung*

Schwarzarbeit

Schattenwirtschaft und Tariftreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tariftreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KIAntr Leopold Grimm FDP/DVP 11.02.2014 und Antw MFW Drs 15/4745

Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien

Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien, insbes. Zuwanderungszahlen, berufliche Qualifikation, Bedeutung der Beiträge für Rentenversicherung und Krankenkassen; Anteil von Bulgaren und Rumänen an nach Herkunftsländern aufgeschlüsselten Fällen von Sozialleistungs- und Steuerbetrug sowie Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit

Antr
s. *Freizügigkeit*
Drs 15/5076

Faire Arbeitsbedingungen für zugewanderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Benachteiligung ost- und südosteuropäischer Arbeitnehmer bei Entlohnung, Arbeitsschutz und Sozialversicherung; einschlägige Branchen, Ausmaß der Schlechterstellung, soziale Lage der Betroffenen; staatliche Kontrollmechanismen zur Aufdeckung illegaler Beschäftigungsverhältnisse; wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit und die durch sie verursachten Verdrängungseffekte auf dem Arbeitsmarkt; Information der Beschäftigten über ihre Rechte; Koordination der vom Land geförderten „welcome Center“ mit dem DGB-Projekt „Faire Mobilität“; Durchsetzungsrichtlinie zur Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern

Antr
s. *Ausländischer Arbeitnehmer*
Drs 15/5365

Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen

Festsetzung eines Mindestbetrags von 300 Euro für die Absetzbarkeit von Rechnungen über haushaltsnahe Dienst- bzw Handwerkerleistungen; mögliche Auswirkungen auf die Auftragslage im Handwerk; Einfluss des Steuerrechts auf den Rückgang der Schwarzarbeit

KlAnfr
s. *Abzugsfähige Ausgaben*
Drs 15/6213

Schwarzwald

s.a. *Nordschwarzwald, Region*
s.a. *Südschwarzwald, Region*

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Nationalpark Nordschwarzwald

Stand und weiterer Ablauf der Einrichtung des o.g. Biosphärengebiets, Stellungnahmen der darin einbezogenen Gemeinden, Auswirkungen auf die forst- und landwirtschaftliche Nutzung im Schwarzwald, Vergleich der Kosten für Einrichtung und Unterhalt mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Frage nach einer zu erwartenden Konkurrenz zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/1612

Erhalt der Kulturlandschaften in BW

Ausmaß der Aufgabe von Rebflächen in den letzten drei Jahren, insbes. in Hanglagen; Auswirkungen des Wegfalls des Branntweinmonopols und des Anbaustopps bei Reben; Projekte und Konzepte gegen die Verwahrlosung und Verwilderung der Kulturlandschaften; Aktivitäten gegen das Zuwachsen der Schwarzwaldtäler; Unterstützung der Arbeit von Obst- und Gartenbau-

vereinen

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/2409

Wertigkeit regionaler Dachmarken erforschen und entwickeln

Initiierung von wissenschaftlich erarbeiteten und begleiteten Konzepten zur Entwicklung regionaler Dachmarken zur besseren Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen aus der entsprechenden Region, z.B. für den Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder Hohenlohe

Antr
s. *Region*
Drs 15/2410

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW

Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3991

Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften

Gebietsfestlegung für den Nationalpark bestehend aus den beiden Teilbereichen Ruhestein und Hoher Ochsenkopf/Plättig; Gliederung in Kern-, Entwicklungs- und Managementzonen mit unterschiedlichen Zielsetzungen auf der Grundlage des Nationalparkplans; Einrichtung eines Nationalparkrats als Entscheidungsgremium unter Beteiligung von Land, Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord und betroffenen Kreisen und Kommunen; Errichtung einer Nationalparkverwaltung als höhere Sonderbehörde für den Nationalparkbetrieb, Bildungsangebote und als Ansprechpartner in allen Fragen des Schutzgebiets; Gründung eines Nationalparkbeirats als Beratungsgremium mit Vertretern aus Naturschutz, Forst, Wirtschaft und Kirchen

GesEntw
s. *Nationalpark*
Drs 15/4127

Keine Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald

Planungen und möglicher Umfang einer Erweiterung des Nationalparks Schwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5167

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/7625

Wassermangel durch versiegende Quellen im Hochschwarzwald
Gefährdung der Trinkwasserversorgung im Hochschwarzwald durch versiegende Quellen und Absenkung des Grundwasserspiegels; Förderung des Anschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung oder einer Umstellung auf andere Formen der Wasserversorgung

Antr
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/7659

Egartenwirtschaft

Sachstand zu Erhalt und Fortführung der bisherigen Bewirtschaftungsform der Egartenwirtschaft nach Eintritt in die Fauna-Flora-Habitat-Gebietskulisse im Schwarzwald

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/7796

Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald und Auswirkungen auf den Wandertourismus

Sachstand zum Risiko von Eisschlag bzw Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald, insbes Gefährdungssituation für Mensch und Tier, Sperrung von Gefährdungsbereichen im Umkreis von Windkraftanlagen und Auswirkungen auf den regionalen Wandertourismus und die örtliche Gastronomie

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/8034

Ausweisung von Windkraftstandorten auf den Schwarzwaldhöhen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1943

Schwarzwald-Baar-Kreis

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/18

Ortsumfahrung Blumberg-Randen und Blumberg-Zollhaus im Zuge der Bundesstraße 27 in der Südbaar

Darstellung des aktuellen Planungsstands, der bisherigen und weiteren Vorarbeiten; Zeitpunkt der Vorlage der Umweltverträglichkeitsstudie zur Bewertung der unterschiedlichen Trassenvarianten

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/430

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Schwarzwald-Baar
Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunkteplans zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*
Drs 15/1488

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-Schwenningen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1864

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2060

Wechsel von der vierten Grundschulklasse im Schwarzwald-Baar-Kreis

Anmeldezahlen zu den einzelnen weiterführenden Schulen im Vergleich zum Schuljahr 2011/2012, Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an den jeweiligen Schulen auch nach späteren Wechseln auf eine andere Schulart

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2149

Straßenbau im Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für kommunale Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2204

Umweltverbund und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen

Finanzierung von ÖPNV-Maßnahmen 2012 nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte im Förderprogramm bis 2015; weitere Anträge und Anfragen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/2205

Keine Zentralisierung von Schulen

Gefährdung von Schulstandorten im Schwarzwald-Baar-Kreis, Anhörung der Betroffenen vor Ort zu den Schließungsabsichten; Bewertung der Qualität der kleinen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie des zusätzlichen Bedarfs an Schulsozialarbeit und Schülerbeförderungskosten bei zentralisierten Schulen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2430

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Schwarzwald-Baar-Kreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2980

Fehlende Plätze an Musikschulen

Fehlbestand in BW und speziell im Schwarzwald-Baar-Kreis; Einsatz für einen nachfrageorientierten Ausbau des Musikschulangebots; stärkere Einbeziehung von Musikschulen an allgemeinbildenden Schulen; Förderung von Musikschulen im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Musikschule*
Drs 15/3513

Auswirkungen der regionalen Schulplanung auf den Schwarzwald-Baar-Kreis

Nichterfüllung der Bestandsvoraussetzungen durch Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis und geplante Schulschließungen; Erhaltung des Anspruchs aller Schüler auf zumutbare Entfernung aller Bildungsangebote

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/3531

Maßnahmen gegen Schulschwänzer

Entwicklung der Zahl der Schulschwänzer in BW und im Schwarzwald-Baar-Kreis; Gründe für das Fernbleiben vom Unterricht und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Schulverweigerung*
Drs 15/3697

Strukturförderung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Zu- und Abwanderung im Wahlkreis Villingen-Schwenningen in den vergangenen 20 Jahren; Anzahl und Volumen der seit 2000 im Wahlkreis 54 geförderten sowie der seit 2011 bewilligten ELR-Projekte im Vergleich zu anderen Landtagswahlkreisen; Bedeutung der ELR-geförderten Projekte für die kleinen und mittleren Unternehmen und die Kommunen im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/4246

Wasserkraft in BW

Nutzung von Wasserrechten zur Stromerzeugung; Zahl der Wasserkraftwerke und Potenzial der Energieerzeugung durch Wasserkraft, insbes Situation im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr
s. *Wasserkraft*
Drs 15/4311

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen der Städte und Gemeinden im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Bevölkerungsentwicklung und -vorausrechnung für die Kommunen im Schwarzwald-Baar-Kreis; Unterstützung der Kommunen bei der Innenbereichsentwicklung

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4545

Radwegenetz im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwegenetzes im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4839

Inklusion im Schwarzwald-Baar-Kreis

Umsetzung der Inklusion in den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises in den vergangenen Schuljahren; Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Erreichung eines Schulabschlusses; Berücksichtigung des integrativen Unterrichts bei der Lehrerbildung

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/5013

Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Kriminalitätsentwicklung im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Anzahl der Straftaten nach Deliktarten, Kriminalitätsschwerpunkte, Aufklärungsquote, Zahl der Wohnungseinbrüche

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5058

Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Schwarzwald-Baar-Kreis

Zahl und Herkunft der derzeit im Schwarzwald-Baar-Kreis untergebrachten Asylbewerber; Anzahl der wiederholt Asyl in Deutschland beantragenden Personen; Zahl der abgelehnten Asylanträge; Anerkennung als Asylberechtigte aufgrund staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung; durchschnittliche Dauer eines Asylverfahrens; Überstellungen in andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union iRd Dublin-Verordnung

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5555

Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar - steuerliche Behandlung

Steuerliche Behandlung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Breitband im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Übersteigerung des Fördervorteils durch Aufzehrung der Umsatzsteuer auf Investitionsumlagen; Verbesserung der ertragssteuerlichen Behandlung bezüglich der von Gemeinden in einen Zweckverband eingebrachten Netze

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5778

Situation der Pflege im Schwarzwald-Baar-Kreis

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5856

Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sowie der Computerkriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis durch die Polizei; Personalstand und räumliche Unterbringung der Kriminalinspektion 5 (Fachinspektion Cyber Crime) bei der Kriminalpolizeidirektion Rottweil; Nachwuchsgewinnung, Fortbildung der Beamten sowie deren Ausstattung mit aktueller Hard- und Software

KlAnfr
s. *Kriminalprävention*
Drs 15/6093

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich in den vergangenen fünf Jahren; Lehrermangel an der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach; Maßnahmen gegen den Lehrermangel im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6155

Kalte Progression und Solidaritätszuschlag im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Einkommensverteilung, Belastung für kleine und mittlere Einkommen; Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der kalten Progression

KlAnfr
s. *Solidaritätszuschlag*
Drs 15/6266

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/6344

Sanierung Landesstraße L 181 auf den Streckenabschnitten Erdmannsweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach

Sachstand zu Sanierungsprogramm und Dringlichkeitsliste im Bereich der Landesstraßen für den Regierungsbezirk Freiburg und den Schwarzwald-Baar-Kreis ab dem Jahr 2014, insbes zu den beiden Streckenabschnitten Erdmannsweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach der Landesstraße L 181

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/6418

Ärztliche Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Situation der haus- und fachärztlichen Versorgung im Schwarzwald-Baar-Kreis; Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6508

Lehrerversorgung an den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich; Unterrichtsversorgung an der Dom Clemente Schule in Schönbach im Schwarzwald und der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6863

Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7218

Zollamt Barga

Verhinderung der Schließung der Zollstelle Barga durch die Schweiz; Folgen einer Einstellung der Zollabfertigung in Barga für die Wirtschaft in der Grenzregion

KlAnfr
s. *Zollabfertigung*
Drs 15/8107

Schwarzwaldbahn*Situation in den Regionalzügen/Schwarzwaldbahn auf der Rheintalbahn zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr*

Auslastung bzw Überfüllung der o.g. Züge im Berufs-/Pendelverkehr, Höhe des Anteils von Studenten insbes durch den doppelten Abiturjahrgang 2012, verursachte Verspätungen durch überfüllte Züge und Verfehlung von Anschlussverbindungen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1091

Optimierung Situation Schwarzwaldbahn/Planung Zukunft Schwarzwaldbahn

Erweiterung der Waggonkapazitäten zum Abbau von überbelegten Regionalzügen bis 2016, Aufnahme einer verbesserten At-

traktivität der Angebote und Ausstattung der Züge für die Fahrgäste in der Ausgestaltung der Ausschreibung für die Zeit ab 2016

Antr Tobias Wald u.a. CDU 01.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1356
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 90
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
 Drs 15/3517

Geplante Streichung von IC-Verbindungen in BW

Geplante Streichung der zwei verbliebenen IC-Verbindungen auf der Strecke der Schwarzwaldbahn durch die Deutsche Bahn AG, insbes Gründe, Entscheidungsstand, Nachfragesituation auf der Schwarzwaldbahn, Maßnahmen der LReg zur Verhinderung der Streichung der Verbindung

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 14.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4944
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.05.2014 Drs 15/5374 S. 19-21
 PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 10.06.2014 und Antw MVI Drs 15/5320

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand im Verfahren zur Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen, insbes Eingang des Förderantrags, Haltung des Verkehrsministeriums, Auswirkung auf die S 6 und S 60, Durchführung eines Stress-tests, Kosten für die Ertüchtigung des Bahnhofs Renningen, Lärmschutzertüchtigungsmaßnahmen, Alternativen zur verkehrlichen Anbindung des LKreises Calw an Stuttgart

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 20.10.2014 und Antw MVI Drs 15/5932

Aktuelle Diskussion um die Hermann-Hesse-Bahn und eine Verlängerung der S-Bahn-Linie 6 bis Calw

Ergebnis der standardisierten Bewertung der geplanten Hermann-Hesse-Bahn im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur; Bewertung des Vorschlags bezüglich einer Verlängerung der S-Bahn-Linie 6 in den Raum Calw

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 12.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6476

Kompromiss zur Hermann-Hesse-Bahn

Sachstand und Zeitplan des Stufenkonzepts für die Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn zwischen Calw und Renningen

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 20.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7193

Schwarzwild

s. Wildschwein

SchwabV

s. Schwerbehindertenvertretung

Schweden

Bewertung der Entschuldung der öffentlichen Haushalte in Schweden als vorbildlich

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2098 2101 2106 2107

Schweigepflicht

s.a. Amtsgeheimnis
s.a. Auskunftspflicht

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg

Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 20.02.2014 und Antw IM Drs 15/4815

Schwein

s.a. Wildschwein

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. Tierschutz
 Drs 15/845

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern

Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/913

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4596

Vorkehrungen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)

Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Litauen und Russland grassierenden Afrikanischen Schweinepest, insbes Verstärkung hygienischer Vorkehrungen, veterinärmedizinischer Kontrollen und der Lebensmittelüberwachung

Antr
s. *Schweinepest*
Drs 15/4747

Schweinehaltung in BW

Situation und Zukunftsaussichten der Schweinehaltung und der Schweinehaltungsbetriebe in BW insbes Selbstversorgungsgrad an Schweinefleisch, Fleischkontrolle, Beratungsstruktur für die Betriebe

Antr Karl Traub u.a. CDU 14.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5484 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 37 38
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Alternativen zur sich abzeichnenden Ferkelkastration unter Vollnarkose

Sachstand zu anstehenden Änderungen der rechtlichen Anforderungen an die Kastration männlicher Ferkel, insbes Probleme eines Einsatzes des Betäubungsmittels Isofluran und mögliche Alternativen, Einsatz der sogenannten Immunkastration

Antr Paul Locherer u.a. CDU 25.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6676
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.06.2015 Drs 15/7352 S. 74 75
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Schweinefleisch

s. *Fleisch*

Schweinehaltung

s. *Schwein*

Schweinemast

s. *Schwein*

Schweinepest*Vorkehrungen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)*

Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Litauen und Russland grassierenden Afrikanischen Schweinepest, insbes Verstärkung hygienischer Vorkehrungen, veterinärmedizinischer Kontrollen und der Lebensmittelüberwachung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 11.02.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4747
BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 44 45
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Schweiz

s.a. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

s.a. *Flughafen Zürich*

s.a. *Hochrheinbahn*

s.a. *Kernkraftwerk Beznau*

s.a. *Kernkraftwerk Leibstadt*

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenfernen und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weilhaldingen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/133

Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich

Unterstützung der Position der südbadischen Region gegenüber dem Bundesverkehrsminister, ausschließliche Akzeptanz von Flugbewegungen als Planungs-, Steuerungs- und Kontrollkriterium; Mitwirkung in der Begleitkommission beim Regierungspräsidium Freiburg und im Fluglärmbeirat; Unterstützung der Initiative des Fluglärmbeirats zur Schaffung von Transparenz der Vorgänge im südbadischen Luftraum

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/186

Erdbebengefährdung Ernst nehmen und Erdbebensicherheit gewährleisten

Beurteilung der Erdbebengefahr in BW und der Schweiz, insbes für Chemiestandorte, Kernkraftwerke u.a. sicherheitsrelevante Anlagen, sowie für die Suche nach einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle; Bedeutung und Ausstattung des Landes-erdbebendienstes im Vergleich mit Einrichtungen in Frankreich und der Schweiz

Antr
s. *Erdbeben*
Drs 15/295

Mögliche Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland sowie des Landes BW durch Äußerungen des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Ausland

Bewertung der Äußerungen im Schweizer Radio DRS zum Ausbau der Rheintalbahn und Stuttgart 21, Feststellung eines Zusammenhangs zwischen dem schleppenden Ausbau der Rheintalbahn und dem Mitteleinsatz für Stuttgart 21, Vereinbarkeit der Priorisierung des Rheintalprojekts mit der Projektförderungspflicht für Stuttgart 21, Erweckung des Anscheins einer direkten Kausalität zwischen den Vorhaben und damit mangelnder Vertragstreue der Bundesrepublik hinsichtlich des Staatsvertrags zum Ausbau der Rheintalbahn von 1996, Beurteilung des in der Schweiz ausgelösten Medienechos

Antr
s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*
Drs 15/351

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Frage nach der Haftung für Folgeschäden auf deutscher Seite im Falle eines atomaren Unfalls in einem grenznahen Atomkraftwerk in Frankreich oder der Schweiz

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/375

Fluglärmgespräche mit Schweizer Regierungsvertretern

Frage nach den jeweiligen Positionen zur Zahl der Flugbewegungen vom und zum Flughafen Zürich über dem südbadischen Luftraum; Einschätzung der Möglichkeiten für eine baldige Lösung des Fluglärmstreits mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/435

Möglichkeiten der Nutzung bestehender und künftiger Pumpspeicherkapazitäten in der Schweiz und in Österreich für BW

Darlegung der o.g. Möglichkeiten und dazu notwendigen Voraussetzungen, Umfang der erforderlichen Speicherkapazität in Deutschland und BW zur Umsetzung der Energiewende

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/572

Ratifizierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Einschätzung der einmaligen und fortlaufenden Zuflüsse nach dem o.g. Steuerabkommen für das Land und die Kommunen; Verzicht auf eine Verhinderung der Ratifizierung über den Bundesrat

Antr
s. *Internationales Abkommen*
Drs 15/672

Steuerabkommen mit der Schweiz

Einschätzung der Vermögenssummen von Landesbürgern auf Schweizer Bankkonten und der Steuereinnahmen nach Inkrafttreten des o.g. Abkommens; Gründe und Auswirkungen der Ablehnung des Ratifizierungsgesetzes im BRat; strafrechtliche Beurteilung der Erstellung, Weitergabe und des Erwerbs von Steuer-CDs; Frage nach unverzichtbaren Vertragsbestandteilen eines Steuerabkommens mit der Schweiz sowie nach Bestrebungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer

Antr
s. *Internationales Abkommen*
Drs 15/765

Schweizer Grenzlandwirtschaft; Auswirkung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 6. Oktober 2011 auf Betriebe in BW

Entwicklung der Preise und Importzölle der Schweiz für Agrarprodukte aus dem deutschen Zollgrenzbezirk, Umfang der Veräußerung und Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen in der deutschen Grenzregion an Schweizer Landwirte seit 2001; Auswirkungen der o.g. Entscheidung auf den Versagungsgrund der Wettbewerbsverzerrung nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz; Möglichkeiten für diskriminierungsfreie Entwicklungschancen der Landwirte auf deutscher Seite

Antr
s. *Landwirt*
Drs 15/1032

Positionierung zur Energiepolitik der Schweiz

Bewertung des geplanten Atomausstiegs der Schweiz 2034 und der Auswirkungen auf die Energiepolitik und -unternehmen hierzulande, Beurteilung des technischen Stands der grenznahen Atomkraftwerke und des Schweizer Stresstests; Ausbau der erneuerbaren Energien und der länderübergreifenden Stromnetze, Nutzung der Schweizer Netze bei wachsender Stromeinspeisung aus Photovoltaik und Windkraft

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1254

Strafverfolgung deutscher Staatsbürger im Ausland

Schutz von deutschen Staatsangehörigen gegen ausländische Strafverfolgungsmaßnahmen und zivilrechtliche Vollstreckungsmaßnahmen; Beurteilung der vom Finanzminister geäußerten Gefährdung des Steuerabkommens mit der Schweiz durch die dortige Einleitung von Strafverfolgungsmaßnahmen gegen deutsche Steuerfahnder

KlAnfr
s. *Strafverfolgung*
Drs 15/1546

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Schweizer Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Aktuelle Debatte
s. *Internationales Abkommen*
PIPr 15/36 S. 1911

Ergebnisse des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ergebnisse der Gespräche über den „Fluglärm-Streit Flughafen Zürich“, die „Elektrifizierung der Hochrheinbahn“ u.a. Themen

KlAnfr Felix Schreiner CDU 25.05.2012 und Antw StM Drs 15/1761

Neue Entwicklungen in den Beziehungen EU - Schweiz

Beurteilung des Vorschlags des Schweizer Bundesrats für einen Verhandlungsrahmen für ein EU-Schweiz-Rahmenabkommen zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln sowie der Auswirkungen für BW; Einbringung des Anliegens von gleichen Wettbewerbschancen für Handwerker, Dienstleister und Landwirte beim Bund; Chancen nach Abschluss des Rahmenabkommens für den erfolgreichen Abschluss eines Agrarfreihandelsabkommens?

Antr
s. *Europäischer Binnenmarkt*
Drs 15/2032

Güterverkehr aus der Schweiz (Neue Eisenbahn-Alpentransversale - NEAT) und Auswirkungen auf den Rhein-Neckar-Raum

Auswirkungen des zusätzlichen Güterverkehrs aus dem Gotthard-Tunnel ab Ende 2016 im Bereich der Main-Neckar-Bahn und auf den Schienennahverkehr durch die Nutzung der vorhandenen Trassen, Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, Frage nach Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Kommunen

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2082

Anerkennung deutscher Kommunen im Sinne des Sachplans geologische Tiefenlager der Schweiz

Auflistung der o.g. Kommunen bzw der als „weiter betroffen“ anerkannten Kommunen sowie der hierfür maßgeblichen Kriterien, Beurteilung des für die Betroffenheit zugestandenen Umkreises von fünf Kilometern; Unterstützung der Anerkennung der Gemeinde Gottmadingen als „weiter betroffene Kommune“

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/2170

Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz zur Regelung des Flugverkehrs

Art und Zeitpunkt der Einbindung der LReg in die Verhandlungen zur Beilegung des Fluglärmstreits in Südbaden, Abgabe einer Stellungnahme vor dem endgültigen Vertragsabschluss? Bewertung des erzielten Verhandlungsergebnisses

KlAnfr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2203

Ausbau des Radwegenetzes im LKreis Konstanz und in der Bodenseeregion

Auflistung o.g. Maßnahmen seit 2006 und in den kommenden Jahren, Bedeutung der Absenkung der Bagatellgrenze im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Maßnahmen zur Verbesserung des Radfahrens rund um den Bodensee sowie des grenzüberschreitenden Radverkehrs mit der Schweiz

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2266

Folgen des Staatsvertrags über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf BW

Maximal zulässige Anzahl von Anflügen über badenwürttembergisches Gebiet, Flughöhe und Zeitraum innerhalb des Tagesverlaufs; zu erwartende Änderungen ab 2020 insbes durch Neufestlegung der Flugrouten; Bewertung dieser Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf den Lärmschutz

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2313

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt
Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KlAnfr
s. *Atomausstieg*
Drs 15/2339

Lärmreduzierung für Südbaden sicherstellen

Verhandlungsstand des Abkommens mit der Schweiz, voraussichtliche Befassung des Bundesrats; Lärmschutz-Ziele des Staatsvertrags; Unklarheiten über den Inhalt der Denkschrift zum Staatsvertrag, Erfordernis einer Konkretisierung der Ausführungsbestimmungen vor der Zustimmung im Bundesrat; Einhalten der Ziele der Stuttgarter Erklärung im Verfahren

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2349

Hochrheinbahn

Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten für den Ausbau und die Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Beurteilung von Überlegungen der Schweiz über eine finanzielle Beteiligung und der dafür erwarteten Gegenleistungen

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/2465

Staatsvertrag Fluglärm Zürich mit der Schweiz - Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung

Ablehnung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form; Hinwirkung auf Aufnahme der Positionen der Stuttgarter Erklärung, insbes der Begrenzung der Flugbewegungen auf 80.000/Jahr, in den Staatsvertrag

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2484

Stromversorgung im Grenzgebiet zur Schweiz

Sachstand zur Frage der freien Stromanbieterwahl in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen der LKreise Konstanz und Waldshut

(vgl. Drs 14/1112); Entwicklung des Strompreises für die Endverbraucher in den betreffenden Gemeinden in den Jahren 2007 bis 2012 im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Anschluss der Gebiete an das deutsche Hochspannungsnetz

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/2669

Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

Bewertung des Plans des Bundesministeriums für Finanzen zur Einführung einer „Bagatellgrenze“ bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger in Höhe von 100 Euro zur Eindämmung des Mehrwertsteuertourismus, insbes Auswirkung auf den grenznahen Handel und Gleichbehandlung unterschiedlicher Branchen des Einzelhandels

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/2874

Gibt es einen Fluglärmdeal mit der Schweiz?

Koppelung an andere Projekte (Paketlösung) bei Verhandlungen über den Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz; Zusagen oder Bedingungen der Schweiz im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Gäubahn; Äußerungen und Absichten des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz

Antr Guido Wolf u.a. CDU 22.01.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/2910
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.03.2013 Drs 15/3398 S. 100-102
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Aktueller Sachstand und Positionierung der LReg zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Umsetzung und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Basel und Schaffhausen, insbes Ablehnung einer Mitfinanzierung durch den Kanton Aargau

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/3173

Atomendlagersuche in der Schweiz

Auswahlverfahren bei der Suche nach einem Atomendlager in der Schweiz, insbes geführte oder geplante Gespräche der LReg mit der Schweiz über ein Endlager in Grenznähe, Offenheit des Verfahrens und Beteiligung deutscher Gemeinden, Beibehaltung der Ablehnung eines Kombilagers mit der Schweiz, Eignung bestimmter grenznaher Schweizer Standorte sowie baden-württembergischer Gebiete mit Opalinuston-Formation für ein Endlager

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3432

Zur Rolle des Schweizer Schulunternehmers P.F. beim Totalumbau unseres Schulwesens

Rolle des Schweizer Schulunternehmers Peter Fratton in der Schulpolitik des Landes, insbes ausgeübte Funktionen, Stellenwert seiner schulpolitischen Äußerungen und Konzepte für Kultusministerium und Schulverwaltung, Aufträge und Kontakte der Schulverwaltung zu Peter Fratton bzw seiner Ehefrau, Gründe und Rechtsfolgen des Rückzugs Frattons aus seiner Beratertätigkeit für das Land; künftige Zusammenarbeit des Landes mit

allen am Schulprozess beteiligten Hauptakteuren; Ursachen der schlechten demoskopischen Werte der Bildungspolitik der LReg

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3541

Fahrplanverbesserungen im Jestetter Zipfel

Auswirkungen der Fahrplanänderungen des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) auf die Zugverbindungen nach Lottstetten und Jestetten; Dialog mit den zuständigen Schweizer Stellen, um eine Verschlechterung der Bahnanbindung des Jestetter Zipfels zu verhindern; Benennung der für die Bahnverbindung auf deutschem Gebiet maßgeblichen Inhalte des 1875 zwischen der Schweiz und Deutschland geschlossenen Staatsvertrags

KlAnfr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/3871

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstraße

Stellenwert der Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hochrheinstraße bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3890

Zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Derzeitige Strukturen und zukünftige Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den INTERREG-Programmräumen „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Hochrhein-Bodensee“, insbes Höhe bereitgestellter und erwarteter EU- und Landesmittel für INTERREG-Projekte in beiden Programmräumen, Auswirkungen der Neuregelung der Vorgaben für die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), Festlegung und Erarbeitung der thematischen Ausrichtung der künftigen INTERREG-V-Programme, künftige Beteiligung der Schweiz an beiden INTERREG-Programmen

Antr
s. *INTERREG*
Drs 15/3967

Marktzugang für baden-württembergische Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz

Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungsunternehmen aus BW in der Schweiz; Anmeldung von Selbstständigen, Kautionspflichten und Kontrollen durch die Verwaltung; Zugang von Taxiunternehmen aus BW am Flughafen Zürich; Vorteile eines Rahmenabkommens der EU mit der Schweiz zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln; Interessenvertretung des Landes BW; Förderung des Abschlusses eines Rahmenabkommens; Ziel eines Agrarf Freihandelsabkommens

Antr
s. *Dienstleistungswirtschaft*
Drs 15/4235

Der Gotthard-Basistunnel und seine erhofften (und befürchteten?) Rückwirkungen auf BW

Statistiken zum alpenquerenden Schienengüterverkehrsaufkommen und erwartete Veränderungen nach Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels; geplante Baumaßnahmen entlang der baden-württembergischen Zulaufstrecken zum Gotthard; wirtschaftliche, verkehrliche und ökologische Auswirkungen des Gotthard-Basistunnels auf BW

Antr

s. *Tunnel*

Drs 15/4542

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz

Beurteilung der Ergebnisse der Begleitkommission zum Fluglärm-Staatsvertrag der Schweiz und des Fluglärmbeirats; Gespräche der LReg über den Fluglärm-Staatsvertrag mit Vertretern der Schweiz, des Flughafens Zürich und der Bundesregierung und deren Ergebnisse; Berücksichtigung der „Stuttgarter Erklärung“ in neuerlichen Verhandlungen zur Lösung des Fluglärms durch den Flughafen Zürich

Antr

s. *Fluglärm*

Drs 15/4570

Selbstanzeigen von Steuersündern im LKreis Waldshut

Anzahl der Selbstanzeigen von Steuersündern im Finanzamtsbezirk Waldshut und Vergleich zu den anderen baden-württembergischen LKreisen; Ausgestaltung eines künftigen Steuerabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz

KIAnfr

s. *Steuerdelikt*

Drs 15/4724

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr GRÜNE 18.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4803

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6286 (abgesetzt)

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6343-6354

Mögliche Neuregelungen zum Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU infolge der Volksabstimmung zur Einwanderung in der Schweiz

Entwicklung der Zahl der Grenzpendler mit der Schweiz; Auswirkungen der angenommenen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz, insbes für den Grenzverkehr und grenznahe Kommunen, die Personenfreizügigkeit, Unternehmensstandorte und die bestehenden bilateralen Vertragsbeziehungen mit der EU

Antr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 15/4832

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr

s. *Notfallvorsorge*

Drs 15/5014

Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden - Europa braucht Demokratie mit Demokraten

Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen in Europa, vor allem in der Schweiz, Frankreich, Ungarn und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die LReg und Entwicklung von Gegenstrategien, insbes Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/5093

Anerkennung von Schwerbehindertenausweisen in Europa

Anerkennung der deutschen Behindertenausweise in den 28 EU-Mitgliedsstaaten und in der Schweiz; Anerkennung der Schwerbehindertenausweise in Abhängigkeit vom Grad der Behinderung; Schaffung eines EU-einheitlichen Behindertenausweises

KIAnfr

s. *Schwerbehindertenausweis*

Drs 15/5552

Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz

Stand des Verfahrens zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz und Position der LReg; Auswirkungen eines grenznahen Standorts; Standortkriterien

KIAnfr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/5591

Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz

Sachstand beim Fluglärm-Staatsvertrag mit der Schweiz, insbes Zusammenhang mit dem von der Schweiz beantragten satellitengestützten Anflugverfahren über Deutschland, Mitarbeit des Bundes

Antr

s. *Fluglärm*

Drs 15/5623

Aktuelle Situation und Perspektiven des EuroAirports Basel/Mulhouse

Entwicklung der Passagierzahlen und Flüge in den letzten drei Jahren; Anzahl der am Flughafen Beschäftigten, unterschieden nach ihrer Herkunft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz; Anzahl der in der Nähe des Flughafens angesiedelten deutschen, französischen, schweizerischen und sonstigen Unternehmen; Stand des geplanten Schienenanschlusses, Zahlung eines Landeszuschusses; Differenzen zwischen den beiden den Flughafen betreibenden Staaten Frankreich und Schweiz; Be-

deutung der weiteren Entwicklung des Flughafens für BW

KlAnfr
s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
Drs 15/5666

Pläne zur Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet

Inhalte und Auswirkungen der von der Schweiz geplanten Änderungen zur 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet, insbes Folgen für die Flugverkehrsbelastungen Südbadens, Art der Umsetzung, Weiterleitung von Informationen an den Flugbeirat; Einsatz des Ministerpräsidenten gegen eine Änderung der Durchführungsverordnung

Antr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/5888

Abgabe von Jodtabletten in der Schweiz

Verteilung von Jodtabletten an die schweizerische Bevölkerung zu deren Schutz vor Schilddrüsenkrebs im Fall eines Reaktorunfalls in der Schweiz; Unterrichtung der zuständigen Stellen und Kommunen in der baden-württembergischen Grenzregion über diese Maßnahme; Aushändigung von Jodtabletten an die deutschen Haushalte in der Grenzregion und ihre Finanzierung; Sicherstellung einer unverzüglichen Verständigung der deutschen Bevölkerung bei einem Unfall in einem schweizerischen Kernkraftwerk

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/6165

Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz

Beurteilung einer durch das schweizerische Bundesamt für Energie (BfE) erstellten Studie über die sozioökonomisch-ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf sechs potenzielle Standortregionen in der Schweiz; Einschätzung der darin formulierten Auswirkungen auf deutsche Gemeinden; Durchführung einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung für die möglichen Standortregionen

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6265

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der Schweiz

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaßnahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkommens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr
s. *Fluglärm*
Drs 15/6309

Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

Sachstand zur Erstellung von Ausführbescheinigungen an den Zollämtern; Überlegungen zur Einführung eines automatisierten Verfahrens bzw einer Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/6474

Mindesteinkaufswert bei der Mehrwertsteuer-Rückerstattung für Schweizer

Einführung einer Bagatellgrenze für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer; Folgen für den Einzelhandel in Südbaden

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/6529

Aktuelle Ausschreibung und Elektrifizierung der Hochrheinbahn
Sachstand zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, insbes Finanzierung, Zusammenarbeit mit der Schweiz; Stand der Ausschreibung weiterer Zugangebote auf der Hochrheinstrecke

KlAnfr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/6552

Metropolregion Bodensee

Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bodenseeraum, insbes Bewertung des Schweizer Vorschlags einer „trinationalen Metropolitanregion St. Gallen-Bodensee“, Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) zu den metropolitanen Grenzregionen in Europa, Erfahrungen aus der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Antr
s. *Bodensee*
Drs 15/6650

Landkauf durch Schweizer Bauern

Sachstand zu Zukauf bzw Zupachtung sowie der Bewirtschaftung baden-württembergischer Flächen durch Schweizer Landwirte, insbes Inanspruchnahme von EU-Agrarmitteln, wettbewerbliche Vorteile gegenüber baden-württembergischen Kollegen, Maßnahme des Landes zur Lösung der Problematik

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/6657

Grenzübergänge im LKreis Waldshut und Rheinfelden

Sachstand zur Verkehrssituation an den Grenzübergängen zur Schweiz im Landkreis Waldshut und in Rheinfelden

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/6704

Umsetzung der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben aus der Schweizer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“, insbes Zukunft des Personenfreizügigkeitsabkommens, Auswirkungen auf in BW wohnhafte Grenzgänger

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6752

Bedeutung der Fluglärmfrage in der Zusammenarbeit mit der Schweiz

Sachstand zur Zusammenarbeit mit der Schweiz bei grenzüberschreitenden Vorhaben und gemeinsamen Interessen, insbes Rolle der Fluglärmfrage

KlAnfr Guido Wolf u.a. CDU 08.05.2015 und Antw StM Drs 15/6877

Engagement der Schweizer Luftrettung in BW

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschraube-rüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

Antr
s. *Luftrettung*
Drs 15/7035

Betriebskonzepte am Flughafen Zürich

Sachstand zur Diskussion der verschiedenen Betriebskonzepte für den Flughafen Zürich, insbes Auswirkungen auf den süd-badischen Raum, Beurteilung der Sicherheitsfragen, Vorschlag von 137 Schweizer Gemeinden zur Gestaltung des Flugbetriebs

KlAnfr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/7187

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einföhrung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Worin liegt der Durchbruch bei der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke?

Sachstand zum Finanzierungsmodell für die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, insbes Anteil des Landes, Mitfinanzierung durch die Schweiz; Umsetzung des 30-Minuten-Takts

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/7445

Einföhrung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro bei Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr

Einsatz der LReg im Bundesrat für die Einföhrung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro im Umsatzsteuergesetz für steuerfreie Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr als Reaktion auf die Arbeitsbelastung in den Zollämtern und den Auswirkungen in der Grenzregion zur Schweiz

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/7834

Sonderförderprogramm Luftrettung und Einhaltung der Hilfsfristen im Rettungswesen

Sachstand zur Organisation der Luftrettung in BW, insbes Einsätze der Schweizer Luftrettung, Vergleich der Hubschraube-rüstung in BW mit der Schweizer Luftrettung, Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung in BW

KlAnfr
s. *Luftrettung*
Drs 15/8039

Zollamt Barga

Verhinderung der Schließung der Zollstelle Barga durch die Schweiz; Folgen einer Einstellung der Zollabfertigung in Barga für die Wirtschaft in der Grenzregion

KlAnfr
s. *Zollabfertigung*
Drs 15/8107

Erinnerung an die Volksabstimmung in der Schweiz zur Beförwortung eines Minarettverbots, Bewertung als verfassungswidriges, nicht vollzugsfähiges Gesetz

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 273 275

Feststellung einer niedrigen Beteiligungsquote bei den Volksabstimmungen in der Schweiz, Verweisung auf die soziologische Zusammensetzung der Abstimmenden

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 303 304 307

Rückgang der Unfälle und Verkehrstoten in der Schweiz nach Einföhrung eines generellen Tempolimits

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 665 666

Attraktivität der Schweiz für den akademischen Nachwuchs, insbes für Mediziner

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1148

Reduzierung der Fluglärmbelastung Südbadens durch den Flughafen Zürich, Einbringung der Forderungen aus der Stuttgarter Erklärung in einen Staatsvertrag mit der Schweiz

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1169-1175

Drängen auf Abschluss des Steuerabkommens mit der Schweiz

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1755

Begrüßung des Steuerabkommens mit der Schweiz, Erinnerung an die Bezeichnung der Schweiz als „Schurkenstaat“ durch den Abg Schmiedel iR einer Debatte über den Ankauf einer Steuer-CD

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1922 1925

Einschätzung der Mehreinnahmen nach einem Inkrafttreten des Steuerabkommens mit der Schweiz

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2111 2112

Schwerbehindertenabgabe

s. *Schwerbehindertenausgleichsabgabe*

Schwerbehindertenausgleichsabgabe

s.a. *Behinderter Arbeitnehmer*

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/6231

Schwerbehindertenausweis

s.a. Schwerbehinderter
s.a. Versorgungsverwaltung

Schwerbehindertenausweise im Scheckkartenformat

Zeitpunkt der Einführung, Höhe und Träger der Kosten; Ablehnung einer Erhöhung der Eigenbeteiligung der freifahrtberechtigten Personen im öffentlichen Nahverkehr, Eintreten für eine steuerfinanzierte Lösung für alle schwerbehinderten Menschen

Antr Werner Raab u.a. CDU 23.07.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2143

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 63 64

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Anerkennung von Schwerbehindertenausweisen in Europa

Anerkennung der deutschen Behindertenausweise in den 28 EU-Mitgliedsstaaten und in der Schweiz; Anerkennung der Schwerbehindertenausweise in Abhängigkeit vom Grad der Behinderung; Schaffung eines EU-einheitlichen Behindertenausweises

KlAnfr Werner Raab CDU 25.07.2014 und Antw SM Drs 15/5552

Schwerbehindertenvertretung*Inklusion in der Polizei*

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei, insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturreform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehindertenvertretungen

Antr

s. Inklusion

Drs 15/5120

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr

s. Teilhabe behinderter Menschen

Drs 15/6231

Schwerbehinderter

s.a. Schwerbehindertenausweis

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung BW

Bericht für das Jahr 2010

Mittlg LReg 31.10.2011 Drs 15/813

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/882

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Bericht für das Jahr 2011

Mittlg LReg 20.12.2012 Drs 15/2844

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/3235

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Bericht für das Jahr 2012

Mittlg LReg 03.02.2014 Drs 15/4703

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2014 Drs 15/4929

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Bericht für das Jahr 2013

Mittlg LReg 26.11.2014 Drs 15/5976

PIPr 15/114 10.12.2014 S. 6813

BeschlEmpf und Bericht SozA 26.02.2015 Drs 15/6513

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Bericht für das Jahr 2014

Mittlg LReg 11.12.2015 Drs 15/7865

PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8707

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2016 Drs 15/7943

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Schwerbehindertenausweise im Scheckkartenformat

Zeitpunkt der Einführung, Höhe und Träger der Kosten; Ablehnung einer Erhöhung der Eigenbeteiligung der freifahrtberechtigten Personen im öffentlichen Nahverkehr, Eintreten für eine steuerfinanzierte Lösung für alle schwerbehinderten Menschen

Antr

s. Schwerbehindertenausweis

Drs 15/2143

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgungsamt des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 04.12.2012 und Antw SM Drs 15/2774

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr

s. Universitätsklinik

Drs 15/5069

Inklusion in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt voranbringen

Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, insbes Eintritt in eine Berufsausbildung, Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt, Arbeitslosenanteil der Schwerbehinderten unter 25 Jahren, Unterstützung für Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe bei der Einstellung bzw Ausbildung Schwerbehinderter, Umsetzung von Projekten und Vorhaben des Bundes im Bereich der Inklusion in der Ausbildung

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 14.04.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5083 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 10.07.2014 Drs 15/5743 S. 31

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Inklusion in der Polizei

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei, insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturereform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehindertenvertretungen

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5120

Anerkennung von Schwerbehindertenausweisen in Europa

Anerkennung der deutschen Behindertenausweise in den 28 EU-Mitgliedsstaaten und in der Schweiz; Anerkennung der Schwerbehindertenausweise in Abhängigkeit vom Grad der Behinderung; Schaffung eines EU-einheitlichen Behindertenausweises

KlAnfr
s. *Schwerbehindertenausweis*
Drs 15/5552

Krankheitsbild „Multiple Chemische Sensitivität“

Zahl der unter vielfacher Chemikalienunverträglichkeit (MCS) leidenden Menschen in BW; Anteil der als Schwerbehinderte anerkannte Personen; medizinische Betreuung von MCS-Patienten; Erforschung des Krankheitsbilds an den Universitäten und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Multiple chemische Sensibilität*
Drs 15/6229

Schwerhöriger

s. *Hörbehinderter*

Schwerlastverkehr

s. *Güterverkehr*

Schwermetall

EU lässt Orgelpfeifen zittern!

Bedeutung des Orgelbauhandwerks in BW, Zahl der Betriebe und Mitarbeiter; Relevanz und Auswirkungen einer EU-Richtlinie mit dem Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten, Hinwirkung auf eine Herausnahme des Verbots der Verarbeitung von Blei beim Orgelpfeifenbau aus der Richtlinie

Antr
s. *Musikinstrument*
Drs 15/1503

Schwetzingen

Die innerörtliche Verkehrsbelastung der Gemeinde Oftersheim als Folge der Fertigstellung der B 535

Auswirkungen auf den Durchgangsverkehr in Schwetzingen, Plankstadt und Oftersheim, insbes in der Zähringerstraße in Schwetzingen und der Heidelberger Straße (L 544) in Oftersheim; Frage nach einer Berücksichtigung potenzieller Probleme in der Planung sowie nach möglichen Entlastungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Oftersheim*
Drs 15/408

Neukonzeption der ärztlichen Notfalldienste in BW

Versorgungssituation nach Konzentration der Standorte und Öffnungszeiten der ärztlichen Notfalldienste im Raum Wiesloch und Schwetzingen

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/4704

Schwimmbad

„Geht die LReg beim Schwimmunterricht baden?“

Situation des schulischen Schwimmunterrichts in BW, insbes Bewertung der Schwimmfähigkeit der Kinder, Lernzielvorgaben, Kooperation mit DLRG und Schwimmverbänden, Schwimmbadschließungen, Schwimmunfälle

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 15/5053

Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern im Landkreis Schwäbisch Hall

Baulicher Zustand der Freibäder im LKreis Schwäbisch Hall, insbes in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP, Helmut Walter Rück CDU und Nikolaos Sakkelariou SPD 24.07.2014 und Antw MLR Drs 15/5544

Umsatzsteuererhöhung für Saunabetriebe und Heilbäder

Bedeutung der Saunabetriebe und Heilbäder für BW; Position der LReg zur geplanten Umsatzsteuererhöhung für diese Betriebe und deren Auswirkung

KlAnfr
s. *Kurort*
Drs 15/5835

Auswirkungen der Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für kommunale und private Saunabetriebe

Bedeutung der Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für kommunale und private Saunabetriebe in BW, insbes Auswirkung auf die Finanzlage der Kommunen mit kommunalen Saunen; Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/5860

Schwimmen im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Situation des Schwimmunterrichts und Schwimmbadangebots im LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Schwimmen*
Drs 15/7336

Schwimmbecken

s. *Schwimmbad*

Schwimmen*Sportunterricht an den Schulen in BW*

Situation des Sportunterrichts an den Schulen in BW, insbes Unterrichtswochenstundenzahlen der einzelnen Schularten und Klassenstufen, Sportlehrerbedarf und Sportlehrerbildung, Ausbau des schulischen Sportangebots, Einführung einer Sport- und Bewegungsstunde in Grundschulen, Angebot an Schulschwimmunterricht sowie Vorbereitung der Inklusion

Antr

s. *Sportunterricht*

Drs 15/4577

„Geht die LReg beim Schwimmunterricht baden?“

Situation des schulischen Schwimmunterrichts in BW, insbes Bewertung der Schwimmfähigkeit der Kinder, Lernzielvorgaben, Kooperation mit DLRG und Schwimmverbänden, Schwimmbadschließungen, Schwimmunfälle

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 09.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5053

Schwimmunterricht

Sachstand zur Bedeutung und Sicherstellung des regulären Schwimmunterrichts an den Grundschulen, insbes Qualifikationsmaßnahmen für Lehrkräfte, Zahlen und Begründungen für Nicht-Durchführung von Schwimmunterricht an Grundschulen, Gründe für die vorläufige Einschränkung des Programms „Schwimmfix“ auf Ganztagschulen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 13.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7301

Schwimmen im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Situation des Schwimmunterrichts und Schwimmbadangebots im LKreis Göppingen

KlAnfr Jutta Schiller CDU 25.08.2015 und Antw KM Drs 15/7336

Schwimmsport

s. *Schwimmen*

Schwörstadt*Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Waldshut*

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens für den ländlichen Raum

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 15/1310

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfelden

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1894

Spielhallen im LKreis Waldshut/Rheinfelden und Schwörstadt

Entwicklung der Zahl von Spielhallen und Konzessionen für Spielhallen in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Gemeinden der o.g. Raumschaft

KlAnfr

s. *Spielautomat*

Drs 15/1981

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2236

Situation der Hofübergabe im LKreis Waldshut sowie in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Zahl und Altersstruktur der Voll- und Nebenerwerbslandwirte; Darstellung der Nachfolgeproblematik und Lösungsmöglichkeiten

KlAnfr

s. *Landwirt*

Drs 15/2413

Schulpolitik im LKreis Waldshut, den Städten Schwörstadt und Wehr als Konsequenz aus den Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen

Detaillierte Schülerzahlen und Schulentwicklung im LKreis Waldshut und den Städten Schwörstadt und Rheinfelden, insbes Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen, Entwicklung im Zusammenhang mit dem Stadt-Land-Gefälle; eingebrachte und bewilligte Schulanträge auf Wiedereinführung von G9 oder auf eine Gemeinschaftsschule

KlAnfr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/2989

Drohender Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3785

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechts-extremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/4264

Entwicklung der ärztlichen Versorgung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden sowie Schwörstadt

Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Einsatz der Luftrettung als Notarztzubringer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Notarzteinsätze; Fördermöglichkeit durch das Landärzteprogramm

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4825

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4822

Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand und Entwicklung des Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Formen, Anhängerschaft, Aktivitäten nahestehender Vereine und Gruppierungen, Beteiligung von Salafisten an Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr
s. *Islam*
Drs 15/6196

Hochwasserschutz im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6261

Breitbandausbau im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Stand der Breitbandversorgung; Förderung von Breitbandprojekten seit dem Jahr 2011; Verfügbarkeit von Highspeed-Internet; Anschluss an überregionale Datenleitungen; Versorgungsqualität im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6289

Schülerzahlen für die Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Eingangsklassen, Übergangszahlen und Grundschulempfehlungen für weiterführende Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6598

Milchwirtschaft im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand zur Entwicklung der Milchviehhaltung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Zahlen der Milchkühe, Betriebsstrukturen, Wettbewerbssituation

KlAnfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/6694

Windkraftausbau im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Bestandsaufnahme zum Ausbau der Windkraft im Landkreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/7118

Science Center

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW und möglicher Standort Ulm

KlAnfr
s. *Naturwissenschaften*
Drs 15/3736

Programme zur Motivation für MINT-Berufe in BW

Bedeutung und Initiative für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in BW, insbes Programme zur Motivation für MINT-Berufe für Frauen; Bewertung der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an MINT-Berufe durch Schule, naturwissenschaftlich-technische Jugendbildung und Science-Center

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/4578

Scientology

s. *Sekte*

Seckach

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 13 - Zuwendungen für die Wasserversorgung in Seckach, Neckar-Odenwald-Kreis (Kap 1005)

Mittlg RH
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/7013

Seckenheim, Ortsteil

s. *Mannheim*

See (Binnengewässer)

s. *Binnensee*

Seedeich

s. *Deich*

Seelische Erkrankung

s. *Psychische Störung*

Seelische Krankheit

s. *Psychische Störung*

Seelsorge

s.a. *Psychosoziale Beratung*

s.a. *Sterbebegleitung*

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der baden-württembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten; Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr

s. *Psychosoziale Beratung*

Drs 15/908

Inhaftierte mit salafistischem Hintergrund in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Sachstand zu Erkennung, Unterbringung und Betreuung von Häftlingen mit salafistischem Hintergrund in den Justizvollzugsanstalten Baden-Württembergs, insbes Fortbildungsmaßnahmen für JVA-Mitarbeiter, Präventionsprogramme, seelsorgliche Betreuung durch muslimische Geistliche

Antr

s. *Strafgefangener*

Drs 15/6870

Seenotdienst

s. *Seenotrettung*

Seenotrettung

Europäische Flüchtlingspolitik

Sachstand zur Flüchtlingspolitik in der Europäischen Union, insbes Flüchtlingszahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten und in BW, Möglichkeiten zur Erweiterung der legalen Zuwanderung, Überwachung der Einhaltung der Rechts- und Sozialstandards bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen, Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern, Unterbindung der Aktivitäten organisierter Schlepper, Wiederaufnahme des Seenotrettungsprogramms im Mittelmeer, Mitwirkung der LReg an einer gesamteuropäischen Flüchtlingsstrategie

Antr

s. *Flüchtlingspolitik*

Drs 15/6774

Seenotrettungsdienst

s. *Seenotrettung*

Seestreitkräfte

s. *Marine*

Seeufer

s. *Ufer*

Seilbahn

s.a. *Aufzugsanlage*

Intervalle für die Überprüfung von Skiliften, Schleppliften und Seilbahnen

Aussetzung der diesjährigen Prüfungen wegen geringen Betriebs der Anlagen in der vergangenen Wintersaison, Bewertung einer flexibleren Gestaltung der Prüffrist für Schleppaufzüge nach Auffassung von TÜV und DEKRA, entsprechende Neuregelung bei der nächsten Änderung des Landesseilbahngesetzes

KlAnfr

s. *Technische Überwachung*

Drs 15/2300

Seilbahngesetz

s. *Seilbahn*

SEK

s. *Polizeiliche Sondereinheit*

Sekte

Bearbeitung von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zum Themenbereich Sekten und Psychogruppen/Scientology

Umressortierung des o.g. Themenbereichs, Koordination der Aufgaben der bisher beim KM angesiedelten interministeriellen Arbeitsgruppe im StM? Zeitpunkt der Vorlage eines umfassenden Berichts; Frage nach den Zuständigkeiten auf Bundesebene und den einbezogenen Institutionen in BW sowie nach den neuerlichen Werbeaktivitäten von Scientology mit Zielrichtung auf Kinder und Jugendliche

KlAnfr Tobias Wald CDU 03.07.2012 und Antw KM Drs 15/2004

Aktivitäten sogenannter Sekten und Psychogruppen

Entwicklung der Zahl und Inhalte von Bürgeranfragen zum o.g. Themenbereich seit 2007; Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Eltern, insbes im Hinblick auf Werbeaktivitäten der Gruppierungen über das Internet; Art und Ziele der Umstrukturierungen in der interministeriellen Arbeitsgruppe; Zeitpunkt der Vorlage eines umfassenden Berichts

KlAnfr Thomas Reusch-Frey SPD 03.08.2012 und Antw KM Drs 15/2193

9. Bericht der „Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen“

Mittlg LReg 02.05.2013 Drs 15/3467 (52 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 05.06.2013 Drs 15/3569

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 05.06.2013 Drs 15/4040 S. 27 28

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Nachfolgeregelung bei der Leitung der interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen
Rahmenbedingungen und Verfahren der Nachbesetzung der Leitung der interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenann-

ter Sekten und Psychogruppen, insbes Verbleib der Stellenansiedlung im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Antr Tobias Wald u.a. CDU 08.08.2013 und Stellungnahme
KM Drs 15/3927

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897
S. 34 35

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr Tobias Wald u.a. CDU 23.08.2013 und Stellungnahme
IM Drs 15/3974

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/5052
S. 17 18

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Verfassungsschutzbericht 2013 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie Aktivitäten von Scientology; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr

s. *Verfassungsschutzbericht*

Drs 15/5471

Einfluss von sektenähnlichen Psychogruppen auf Schulen im LKreis Böblingen

Gruppe um eine die „Psychologische Lehr- und Beratungsstelle“ in Böblingen betreibende pensionierte Gymnasiallehrerin; Auskunft über deren Verbindung zum Begründer der sogenannten Zürcher Schule und zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis (VPM)“; Konkretisierung der Vorwürfe gegenüber einer der Gruppe angehörenden Grundschulleiterin; Zugehörigkeit weiterer Schulleiter und Lehrer zu jener Gruppe; Verbreitung ideologischer Inhalte im Unterricht und im Schulbetrieb; Dienstanweisung zur Verweisung an Beratungsstellen; Aufklärung der in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe

Antr

s. *Beratungsstelle*

Drs 15/5620

Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport BW

Aufgaben und Betätigungsfeld der interministeriellen Arbeitsgruppe; Bearbeitung von Bürgeranfragen; Austausch mit den Sektenbeauftragten anderer Bundesländer; Kenntnisse über islamistische Bewegungen in Deutschland; Maßnahmen zur Aufklä-

rung über die Gülen-Bewegung, über Salafismus und ISIS, über die sogenannte Reichsbürgerbewegung und über Scientology

Antr Tobias Wald u.a. CDU 11.02.2015 und Stellungnahme
KM Drs 15/6473

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 07.10.2015 Drs 15/7755
(dazu ÄAntr Georg Wacker u.a. CDU) S. 8-10

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Extremistische Bestrebungen im Kreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung (religiös begründeter) extremistischer Aktivitäten im LKreis Göppingen, insbes Straftaten, Kundgebungen, Scientology-Werbbestände, Islamismus

KlAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/6492

Sektion (Rechtsmedizin)

s. *Obduktion*

Sekundäres Gemeinschaftsrecht

Umsetzung von EU-Umweltvorschriften

Probleme bei Umsetzung und Einhaltung von europäischen Umweltvorschriften, insbes Entwicklung der Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren, Kontrollhäufigkeit bei Betrieben des ökologischen Landbaus, Betrugsfälle mit fälschlich als ökologisch deklarierten Produkten, Wettbewerbsnachteile durch die uneinheitliche Umsetzung der Vorschriften in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten

Antr

s. *Umweltrecht*

Drs 15/4831

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-*Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-*

Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) - Bestandsaufnahme und Ausblick

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5598

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.11.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/6203

BeschlEmpf und Bericht EuA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 66 67

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

EU-weite Normung von Gesundheitsdienstleistungen

Sachstand zur EU-weiten Normung von Gesundheitsdienstleistungen, insbes Inhalte und Gründe der Planungen der Europäischen Kommission, Beteiligung an der Ausarbeitung, Bewer-

tung durch die LReg, Auswirkungen auf die Qualität der Gesundheitsversorgung in BW

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/6670

Sekundärrohstoff

s. *Wertstoff*

Sekundarstufe I

Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Planungen und Statistiken zum Wegfall der Haupt-/Werkrealschulen und den dadurch frei werdenden Lehrkräften, hier insbes Altersstruktur, Pensionierungszahlen und Stellenstreichungen; zukünftiger Einsatz und Umschulung von Haupt-/Werkrealschullehrkräften unter Berücksichtigung von fachlich-didaktischer Ausbildung und Laufbahnrecht; Verfahrensstand der Schulentwicklungspläne; Umfang, zukünftiger Einsatz und Besoldung von Lehrkräften mit Ausbildung für unterschiedliche Schultypen an Gemeinschaftsschulen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 15/2859

Zukunft der naturwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen

Einführung eines neuen Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in den Klassen 5 und 6; inhaltliche Schwerpunkte des neuen Unterrichtsfachs für die verschiedenen Schularten und Bildungsgänge; Bildungsstandards für die Fächer Physik, Chemie, Biologie und Technik in den Lehrplänen für die Sekundarstufe I; Standpunkte der Bildungsplankommissionen für die Einzelfächer zum geplanten Fächerverband

KlAnfr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/3693

Fächerverband „Naturphänomene und Technik“

Stellenwert der naturwissenschaftlichen Fächer, insbes der Biologie in der Sekundarstufe I; Überlegungen für die Schaffung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in der fünften und sechsten Klasse; Fächerverband in Form einzelner Lerneinheiten; Erfüllung der Standards der Kultusministerkonferenz für das Fach Biologie und für die übrigen Fächer; Fortführung eines eigenständigen Fachs Biologie neben einem aus den Fächern Physik, Chemie und Technik bestehenden Fächerverbands; Anpassung der Hochschulausbildung der Lehrkräfte

Antr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/3912

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kultusministerkonferenz im geplanten Fächerverband „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverband; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept

des Fächerverbands; Ablehnung des Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr

s. *Bildungsstandards*

Drs 15/4347

Was geschieht mit den Absolventen einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Zahl der Hauptschul- bzw Werkrealschulabsolventen in den letzten zehn Jahren; Quote der Schulabbrecher, Anteil der unter 30-jährigen Menschen ohne Schulabschluss im Vergleich zu anderen Bundesländern; Erreichen eines höheren Schulabschlusses durch Absolventen der Haupt- und Werkrealschulen; Lehrstellenmarkt und Berufsaussichten für Schüler der Sekundarstufe I; Benachteiligung von Haupt- und Werkrealschülern aufgrund des abnehmenden Ansehens der Schularzt

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/4432

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverband „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbands durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbands für die Lehrerbildung

Antr

s. *Bildungsplan*

Drs 15/6307

Sekundarstufe II

Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen gefährdet die beruflichen Gymnasien

Wege zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife; Zahl der Absolventen an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien in den vergangenen zehn Jahren; Einrichtung zusätzlicher zum Abitur führender Züge; Bewertung der beruflichen Gymnasien in Vergleichsstudien wie TOSCA (Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren) oder dem Bildungsmonitor; Vorzüge des beruflichen Schulwesens; Einrichtung der Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen, bereits genehmigte Standorte; Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien bei rückläufiger Schülerzahl; Verzicht auf die Einrichtung von Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen zur Existenzsicherung der beruflichen Gymnasien

Antr

s. *Berufliches Gymnasium*

Drs 15/3476

Selbständiger

Unternehmensgründerinnen in BW

Daten zu Unternehmensgründerinnen in BW, insbes zum allgemeinen Frauenanteil bei Unternehmensgründungen, Anteil der Unternehmerinnen im erwerbsfähigen Alter sowie bevorzugte Branchen und Marktbeständigkeit bei Gründungen durch Frauen; Probleme bei Frauen als Unternehmensgründerinnen sowie Risi-

kobereitschaft und Finanzausstattung im Vergleich zu Männern; Förderung von Unternehmensgründerinnen durch das Land, insbes Erfolgskontrolle vorhandener Maßnahmen sowie Angebot gezielter Mentoring- und Hilfsprogramme

Antr
s. *Unternehmensgründung*
Drs 15/2959

Selbstanzeige

Selbstanzeigen von Steueründern im LKkreis Waldshut
Anzahl der Selbstanzeigen von Steueründern im Finanzamtsbezirk Waldshut und Vergleich zu den anderen badenwürttembergischen LKreisen; Ausgestaltung eines künftigen Steuerabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 15/4724

Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen

Verkürzter Versorgungsweg im Bereich der Hörgeräteakustiker
Gefahr einer existenziellen Bedrohung der Hörgeräteakustiker durch den von einigen Krankenkassen eingeführten „verkürzten Versorgungsweg“; Wettbewerbssituation unter den Hörgeräteakustikern; Anstieg der Eigenbeteiligung der Versicherten seit der Festsetzung der neuen Festbeträge für Hörhilfen

KlAnfr
s. *Hörgeräteakustiker*
Drs 15/5601

Selbstfahrendes Fahrzeug

s. *Autonomes Fahrzeug*

Selbsthilfe

Haushalt 2012; Epl 09
Aufstockung der Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und deren Verbände auf dem Gebiet der Behindertenhilfe

Haushalt
s. *Behinderter*
Drs 15/1109

Haushalt 2012; Epl 09
Abwendung der Kürzungen für die Selbsthilfegruppen chronisch Kranker

Haushalt
s. *Patient*
Drs 15/1109

Partizipation von Menschen mit Autismus in BW
Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung in BW; Beteiligung von Menschen mit Autismus an Entscheidungen, die diese Menschengruppe betreffen; Handreichung für Verwaltungsbeschäftigte zum Umgang mit an Autismus leidenden Menschen; Ansprechpartner für Menschen mit Autismus in der Kommunal- und in der Landesverwaltung; Bereitstellung der für die Selbsthilfe von Autisten notwendigen Ressourcen

Antr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/6277

Selbsthilfegruppe

s. *Selbsthilfe*

Selbstverwaltung

Transparenzinitiative der Europäischen Kommission mitgestalten - bewährte Standards im Handwerk und in den Freien Berufen in BW erhalten

Mitgestaltung der Transparenzinitiative der Europäischen Kommission bei den Berufszugangsregelungen, insbes Erhalt der Reglementierung und der Qualitätsstandards in Freien Berufen und im Handwerk als autonome Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten, Beibehaltung der Selbstverwaltung und des Systems der Kammern, Weiterentwicklung des Systems der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe

Antr
s. *Berufsrecht*
Drs 15/7176

Selbstverwaltung der Hochschulen

s. *Akademische Selbstverwaltung*

Selbstverwaltungsrecht

s. *Selbstverwaltung*

Semesterbeitrag

Entwicklung der Studiendauer

Entwicklung der durchschnittlichen Studiendauer für Erst- und Zweitstudium, insbes Überschreitung der Regelstudienzeit; Einsatz und Staffelung von Verwaltungskostenbeiträgen der Hochschulen als Motivation zur Einhaltung der Regelstudienzeit

Antr
s. *Studienzeit*
Drs 15/4792

Semesterticket

s.a. *Zeitkarte*

Einführung eines landesweiten Semestertickets in BW

Ausgestaltung des Semestertickets und weiteres Verfahren zur Einführung eines landesweiten Semestertickets in BW

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 05.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4285
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 116-118
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Stand der Einführung eines landesweiten Semestertickets

Sachstand zur Einführung eines landesweiten Semestertickets in BW, insbes aktueller Verhandlungsstand, diskutierte Modelle, Setzung einer Entscheidungsfrist seitens der Studentenvertretungen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 26.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7342
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 88 89
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Sendeanlage*Strahlenbelastung durch Mobilfunktendeanlagen*

Gesundheitliche Risiken und rechtliche Möglichkeiten bei der Errichtung von Mobilfunkmasten, insbes. Stärkung der kommunalen Kompetenzen im Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/3144

Drohende Beeinträchtigung der Rundfunktendeanlage Hornisgrinde durch Windkraftanlagen

Bedeutung der Rundfunktendeanlage Hornisgrinde für die Verbreitung privater und öffentlich-rechtlicher Hörfunkprogramme; Ausmaße und Abstand der auf der Hornisgrinde geplanten Windkraftanlagen von der Rundfunktendeanlage; Vermeidung möglicher Störeffekte auf die Sendeleistung sowie daraus erwachsender Schadensersatzansprüche der betroffenen Rundfunkanstalten

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 24.02.2014 und Antw UM
Drs 15/4846

Geplante Windkraftanlage Hornisgrinde und Auswirkungen auf die dortige Rundfunk-Sendeanlage

Auswirkungen der geplanten Windkraftanlage Hornisgrinde auf die Hörfunk-Verbreitung und -Versorgung in Mittelbaden, insbes. unzureichende Einbindung des davon betroffenen Hörfunkveranstalters „Radio Regenbogen“ in die bisherigen Planungs- und Genehmigungsprozesse

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 26.03.2014 und Stellungnahme UM
Drs 15/4983

SWR-Sendemast in Mühlacker

Von der Einstellung des SWR-Mittelwelle-Sendebetriebs betroffene Sendeanlagen; Prüfung einer Weiternutzung des Sendemasts in Mühlacker; Fortbestand des Sendemasts als Wahrzeichen; Verhinderung einer Sprengung des Masts während der Landesgartenschau 2015

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.04.2014 und Antw StM
Drs 15/5081

Kosten für die Erhaltung des SWR-Sendemastes in Mühlacker

Sachstand zur Erhaltung des SWR-Sendemastes in Mühlacker, insbes. jährliche Unkosten für die Erhaltung, weitere Planungen und Kooperation mit einem Verein

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.03.2015 und Antw StM
Drs 15/6586

Senioren

s. *Alter Mensch*

Seniorenpolitik

s. *Altenpolitik*

Seniorenvertretung*Ehrenamt*

Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit in BW; im „sozialen Ehrenamt“ tätige Vereine, Verbände und Organisationen und ihre Förderung durch das Land; Arbeit des Landesseniorenrats für das Ehrenamt; Gewinnung von Senioren für die ehrenamtliche

Betätigung; Information der Bürger über die vorhandenen Möglichkeiten und Projekte; finanzielle Förderung der vom Landeseniorenrat herausgegebenen Zeitschrift „im blick“

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/3854

Landesseniorentag 2014

Grund der Verhinderung der Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren als Rednerin beim Landesseniorentag am 22. Mai 2014

KlAnfr
s. *Konferenz*
Drs 15/5269

Serbien*Neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber*

Zahl der seit 01.09.2010 nach Serbien und in den Kosovo zurückgeführten Angehörigen ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter differenziert nach Familien mit Kindern, Alten, Kranken, Einzelpersonen und Straffälligen; Gewichtung der Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des Auswärtigen Amts über die Situation in den Herkunftsländern bei der Einzelfallprüfung vor der Rückführung? Eintreten in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat für eine neue Bleiberechtsregelung ausgerichtet an humanitären Kriterien

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/359

Feststellung der Staatsangehörigkeit kosovarischer Flüchtlinge

Fälle von o.g. Auskunftsersuchen deutscher an serbische Stellen mit dem Ergebnis einer Bestätigung der serbischen Staatsangehörigkeit von kosovarischen Flüchtlingen, weil Serbien Teile der Republik Kosovo als serbisches Territorium betrachtet; Frage nach Handlungsanweisungen für die Ausländer- und Polizeibehörden in BW

KlAnfr
s. *Staatsangehörigkeit*
Drs 15/2158

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Person; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/4959

Flüchtlingsaufnahme in BW

Sachstand bei der Flüchtlingsaufnahme in BW, insbes. Aufnahmezahlen der Landeserstaufnahmestelle, Kapazitäten und Auslastung der Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern,

Schaffung vorübergehender Aufnahmemöglichkeiten, Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, Asylbewerber aus Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina), durchgeführte Rückführungen, Richterstellen zur Bearbeitung von Asylverfahren; monatliche Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5867

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr Dr. Wolfgang Reinhart CDU, Josef Frey GRÜNE, Rita Haller-Haid u.a. SPD und Niko Reith FDP/DVP 18.12.2014 und Stellungnahme STM Drs 15/6299 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 05.03.2015 Drs 15/6733 S. 48 49
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Servicestelle für Rehabilitation

s. *Rehabilitation*

Seuche

s. *Epidemie*

Sexualaufklärung

s. *Sexualerziehung*

Sexualdelikt

s.a. *Pornografie*

Frauenhilfestrukturen für von Gewalt betroffene Frauen im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Kapazitäten und Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Fachberatungsstellen für von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt betroffene Frauen landesweit sowie im LKreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Frauenhaus*
Drs 15/1988

Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt
Erkenntnisse über die Zahl von Fällen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderung, über die Täter und Tatorte; präventive Maßnahmen speziell in Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; therapeutische Unterstützung, Beratung und Begleitung der Opfer vor Gericht, insbes von Frauen mit einer geistigen Behinderung; Schulung des Personals in Schulen u.a. Einrichtungen für Behinderte zum Thema Sexualität

Antr
s. *Frau*
Drs 15/2494

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KlAnfr Karl Rombach CDU 08.11.2012 und Antw JM Drs 15/2636

Gewalt gegen Männer in BW

Zahl der im Zeitraum 2010 bis 2012 gegenüber Männern verübten Gewalttaten, aufgeschlüsselt nach physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt; Verteilung der Gewaltopfer nach Landkreisen; Altersstruktur der Betroffenen in Relation zur Art der erlittenen Gewalt; Gewalterfahrung in den Lebensbereichen Partnerschaft, Arbeit und Freizeit; konkrete Angebote und Präventionsmaßnahmen

Antr
s. *Mann*
Drs 15/2753

Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und Interventionsmaßnahmen

Antr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 15/2867

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Vertuschung von Ermittlungen beim Polizeipräsidium Heilbronn?

Hintergründe zur verzögerten Bekanntgabe eines versuchten Sexualdelikts am Fastnachtdienstag im Bereich Mudau durch das Polizeipräsidium Heilbronn

MdlAnfr 10) Peter Hauk CDU 15.02.2016 Drs 15/8025
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9052 9053

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Sexualstraftätern

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 882 883

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Sexualstraftätern; Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs von Heimkindern zwischen 1949 und 1975, Ausstattung und Ziele des Entschädigungsfonds

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 950-954 956

Sexualerziehung

s.a. Sexualität

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015
Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr

s. Bildungsplan

Drs 15/4631

Verwendung des großen Landeswappens

Anzeige „Wir kennen alles. Außer Homophobie“ der GEW und der Organisation Campact in Anlehnung an die Werbekampagne des Landes „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“; Nutzung des großen Landeswappens in der Zeitungsanzeige; Abänderung des Wappens; Genehmigung der Wappennutzung beim Innenministerium; Bewertung des Inhalts der Kampagne; Kenntnis von der Kampagne und deren Unterstützung

Antr

s. Staatssymbol

Drs 15/4688

Theoretischer Hintergrund und praktische Folgen der „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“

Hintergrund und praktische Konsequenzen der Formulierung „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt“ des „Arbeitspapiers zur Verankerung von Leitperspektiven“ vom 8. April 2014 für den künftigen Bildungsplan, insbes Gewichtung der verschiedenen Rechtsgüter und Prinzipien, Stellenwert der Fragestellungen zur geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, Bedeutung der genderorientierten Sexualpädagogik

Antr

s. Bildungsplan

Drs 15/6685

Behandlung des Themas „Sexualität/sexuelle Vielfalt“ an den Schulen

Sachstand zur altersgemäßen Behandlung des Themas „Sexualität/sexuelle Vielfalt“ an den Kindergärten und Schulen, insbes Veränderungen iRd Bildungsplanreform, Rückmeldung aus Schulen mit Probefassungen der Bildungspläne, Rückmeldungen und Mitspracherechte von Eltern, Einsatz von sogenannten „Sexkoffern“ in Kindergärten, Behandlung des Themas in anderen Bundesländern

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 30.03.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6686

Aktionsplan „Akzeptanz & gleiche Rechte BW“

Sachstand zur Verankerung des Themas „sexuelle Vielfalt“ in Schulbüchern, insbes vorgesehene Schulstufen und Fächer, Definition der Begrifflichkeit „gesellschaftliche Realität“, Konsequenzen für „sich weigernde“ Schulbuchverlage, Auswirkung des Vertrags zwischen dem Land und dem „Netzwerk LSBTTIQ“, Bevorzugung der Gruppierung der LSBTTIQ gegenüber anderen Minderheiten

Antr

s. Lehr- und Lernmittel

Drs 15/7293

Vorfälle bei der „Demo für alle“ am 11. Oktober 2015 in Stuttgart

Verhinderung einer Nutzung des Opernhauses als Kulisse für die Teilnehmer der „Demo für alle“; Nutzung der Terrasse des Opernhauses für politische Meinungsbekundung; Entrollen eines Transparents in Regenbogenfarben mit der Aufschrift „Vielfalt“ durch Gegendemonstranten an der Fassade des Opernhauses; Anzahl der während der Demonstration festgenommenen und verletzten Personen; Höhe der Sachschäden; Kosten des Polizeieinsatzes sowie des Einsatzes von Hilfs- und Rettungsdiensten

Antr

s. Demonstration

Drs 15/7603

Erziehung zu Toleranz und Akzeptanz sexueller Vielfalt

Sachstand zu den Unterschieden bezüglich des Themas „Toleranz gegenüber sexuell abweichendem Verhalten“ zwischen dem Bildungsplan 2004 und dem künftigen Bildungsplan, insbes Bedeutung der Aufnahme der Zielformulierung „Akzeptanz sexueller Vielfalt“

KlAnfr

s. Bildungsplan

Drs 15/8058

Sexualethik

s. Sexualität

Sexualität

s.a. Homosexualität

s.a. Prostitution

s.a. Sexualdelikt

s.a. Sexualerziehung

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr

s. Papsttum

Drs 15/778

Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt

Erkenntnisse über die Zahl von Fällen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderung, über die Täter und Tatorte; präventive Maßnahmen speziell in Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; therapeutische Unterstützung, Beratung und

Begleitung der Opfer vor Gericht, insbes von Frauen mit einer geistigen Behinderung; Schulung des Personals in Schulen u.a. Einrichtungen für Behinderte zum Thema Sexualität

Antr

s. *Frau*

Drs 15/2494

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015
Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr

s. *Bildungsplan*

Drs 15/4631

Asylgrund sexuelle Verfolgung

Sachstand zum Ablauf von Verfahren mit Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung als Asylgrund, insbes Glaubhaftmachung dieses Asylgrunds

KlAnfr

s. *Asylverfahren*

Drs 15/6573

Aktionsplan „Akzeptanz & gleiche Rechte BW“

Sachstand zur Verankerung des Themas „sexuelle Vielfalt“ in Schulbüchern, insbes vorgesehene Schulstufen und Fächer, Definition der Begrifflichkeit „gesellschaftliche Realität“, Konsequenzen für „sich weigernde“ Schulbuchverlage, Auswirkung des Vertrags zwischen dem Land und dem „Netzwerk LSBTTIQ“, Bevorzugung der Gruppierung der LSBTTIQ gegenüber anderen Minderheiten

Antr

s. *Lehr- und Lernmittel*

Drs 15/7293

Sexualkunde

s. *Sexualerziehung*

Sexualmoral

s. *Sexualität*

Sexualpolitik

s. *Sexualität*

Sexualstraftat

s. *Sexualdelikt*

Sexualverbrechen

s. *Sexualdelikt*

Sexualverhalten

s. *Sexualität*

Sexuelle Ausbeutung

s. *Sexueller Missbrauch*

Sexuelle Gewalt gegen Kinder

s. *Sexueller Missbrauch*

Sexuelle Nötigung

Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und Interventionsmaßnahmen

Antr

s. *Betäubungsmittel*

Drs 15/2867

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr

s. *Ambulante Behandlung*

Drs 15/3944

Sexueller Missbrauch

s.a. *Kinderschutz*

Umsetzung der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ in BW

Daten zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen; Schutzmaßnahmen und Hilfsangebote für Betroffene in BW; Kernpunkte der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ und weitere Umsetzung; Einbringung eines umfassenden Kinderschutzgesetzes

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU und Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 30.01.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2955 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht Soza 06.06.2013 Drs 15/4040 (dazu ÄAntr Thomas Poreski u.a. GRÜNE und Anneke Graner u.a. SPD) S. 43 44

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Mittlg LReg 30.06.2014 Drs 15/5391 (10 S.)

Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern

Wichtigkeit der Bekämpfung des sexuellen Missbrauch von Kindern; Maßnahmen zur Prävention; Auszeichnung des Politikers und Publizisten Daniel Cohn-Bendit mit dem Theodor-Heuss-Preis

Antr FDP/DVP 18.03.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3243

EAntr CDU und FDP/DVP 09.04.2013 Drs 15/3333
PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3820-3831

Konterkariert die Haltung der LReg zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises die Kampagne gegen Kindesmissbrauch?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3820-3831

Position der LReg zur angekündigten Aufarbeitung der pädophilen Vergangenheit von Daniel Cohn-Bendit

Teilnahme der LReg an der Preisverleihung für Herrn Cohn-Bendit trotz des vorherigen Bekanntwerdens einer unwirksamen Entlastung vom Vorwurf des Kindesmissbrauchs; Richtigkeit der Preisverleihung aufgrund neuerer Informationen und Aufarbeitungspläne

MdlAnfr 4) Matthias Pröfrock CDU 07.05.2013 Drs 15/3456
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4178 4179

Pädophilie darf nicht verharmlost werden - GRÜNE müssen sich ihrer Geschichte stellen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4313-4320

Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderung

Zahl der Missbrauchsfälle in BW; Täter und Umfeld der Tat; Maßnahmen zur Prävention; Stärkung der Selbstbehauptung von Menschen mit Behinderung; fachlicher Austausch mit den Vertretern der Behinderteneinrichtungen; Fachberatungsstellen für die Betroffenen und deren Eltern

KlAnfr Werner Raab CDU 01.08.2013 und Antw SM Drs 15/3900

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr
s. *Ambulante Behandlung*
Drs 15/3944

Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in BW und Europa

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostitution; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prostitutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr
s. *Zuhälterei*

Drs 15/4646

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5630

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5651

SEZ

s. *Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg*

SFBW

s. *Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg*

SFBWG

s. *Gesetz über die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg*

SGB

s. *Sozialrecht*

SGB I

s. *Sozialgesetzbuch I*

SGB II

s. *Sozialgesetzbuch II*

SGB X

s. *Sozialgesetzbuch X*

SGB XI

s. *Sozialgesetzbuch XI*

SGB XII

s. Sozialgesetzbuch XII

SGB 1

s. Sozialgesetzbuch I

SGB 2

s. Sozialgesetzbuch II

SGB 10

s. Sozialgesetzbuch X

SGB 11

s. Sozialgesetzbuch XI

SGB 12

s. Sozialgesetzbuch XII

Sicherheit

s.a. Datenschutz

s.a. Nukleare Sicherheit

s.a. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

s.a. Sicherheitsgewerbe

s.a. Verkehrssicherheit

s.a. Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Geplante Sicherungsmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Adelsheim

Durchgeführte und geplante bauliche Sicherungsmaßnahmen; maßgebliche Faktoren und verantwortliche Personen innerhalb der Anstalt für die Entscheidungsfindung über die geplanten Maßnahmen

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 28.06.2011 und Antw JM
Drs 15/160

Sicherheit im geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21

Frage nach einem Not- und Störfallkonzept der Bahn sowie nach der Barrierefreiheit des geplanten Bahnhofs; Erkenntnisse über geologische Risiken durch Tunnelbohrungen in den Gipskeuper-Anhydrit-Gesteinsformationen; Art der verwendeten Stahlrohre für das 17 Kilometer lange Grundwasser-Leitungssystem; Bewertung der noch offenen Planungsverfahren für den Bau des Flughafenbahnhofs

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/289

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Mehr Sicherheit im Taxi - Schutzmaßnahmen für Taxifahrerinnen und Taxifahrer

Mittlg LReg
s. Taxigewerbe
Drs 15/400

Einsatz des Dienst-Kfz des Ministerpräsidenten

Klärung des Widerspruchs zwischen dem aktuell erklärten Verzicht auf ein gepanzertes Fahrzeug und dem mit Sicherheitsgründen gerechtfertigten Einsatz dieses Fahrzeugs anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2011 in Lübeck; Frage

nach der mit dem MinPräs in Lübeck zurückgelegten Strecke sowie nach den Kosten für den dortigen Einsatz des Dienstwagens

Antr
s. Dienstwagen
Drs 15/1152

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. Luftverkehr
Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. Luftverkehr
Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit dauerhaft gewährleisten

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr
s. Luftverkehr
Drs 15/1996

Sicherheit der Beamten der Justizvollzugsanstalten

Konzept und Ausstattung zur Gewährleistung der persönlichen Sicherheit von Beamten in den Justizvollzugsanstalten

KlAnfr
s. Justizvollzugsbeamter
Drs 15/5385

Die Sicherheitslage in unserem Land

Aktuelle Debatte
s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
PIPr 15/143 S. 8499

Sicherheit von Kernkraftwerken

s. Nukleare Sicherheit

Sicherheitsbehörde

s.a. Kriminalpolizei
s.a. Polizeibehörde
s.a. Verfassungsschutz

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Er-

mittlungsbahörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr

s. *Technische Observation*

Drs 15/669

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken

Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets zur Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder und Begehung von Straftaten; Bemühungen um Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei Straftaten im Internet; Nutzung der Programme des Landes durch Schulen zur Erlangung oder Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern, Lehrern und Eltern

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/1069

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

KlAnfr

s. *Funkverkehr*

Drs 15/1663

Kriminelle Motorradbanden im Fokus der Sicherheitsbehörden

Aktuelle Debatte

s. *Rocker*

PIPr 15/40 S. 2180

Doppelstreifen bei Polizei

Einsatz von Doppelstreifen, die aus Mitarbeitern von Polizei und Ordnungsämtern bestehen in Kommunen Baden-Württembergs; Erfahrungen aus anderen Bundesländern

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 15/2817

Situation der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) im LKreis Ravensburg

Bestehende BOS und ihre Organisationsstruktur; Entwicklung der Mitgliederzahlen; bisherige Fördermittel und künftiger Investitionsbedarf; Auswirkungen von Hallenbadschließungen auf die Ausbildung ehrenamtlicher Helfer der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG); Kooperationen mit anderen LKreisen oder mit Bayern

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 24.01.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/2921

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.09.2013 Drs 15/4190 S. 24 25

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Strukturen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr

s. *Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“*

Drs 15/5131

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr

s. *Nationalsozialistischer Untergrund*

Drs 15/6049

Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung im Bereich des religiös motivierten Extremismus

Maßnahmen der LReg zur Prävention im Bereich des religiös motivierten Extremismus sowie zur Deradikalisierung und Reintegration betroffener Personen, insbes interministerielle Zusammenarbeit, bereitgestellte Haushaltsmittel und Personalstellen in Ministerien, Einbindung der Sicherheitsbehörden in Aussteiger- bzw Rückkehrprogramme für Islamisten, Einbeziehung von Lehrern und Schulen bei der Prävention, Rolle von Hochschulen, Situation und Präventionsarbeit in Gefängnissen bezogen auf Islamisten und Salafisten, Einbindung von Arbeitgebern und Kommunen sowie Moscheegemeinden bei Prävention und Deradikalisierung, Vorbildcharakter des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus

GrAnfr

s. *Extremismus*

Drs 15/6596

Ku-Klux-Klan (KKK) in BW

Sachstand zu Kontakten oder Mitgliedschaften von Polizeibeamten oder Angehörigen anderer Sicherheitsbehörden im Ku-Klux-Klan (KKK) oder ihm nahestehender rechtsextremistischer Organisationen

KlAnfr

s. *Ku-Klux-Klan*

Drs 15/6710

Vorwurf des Versagens der Sicherheitsbehörden angesichts der Mordserie einer neonazistischen Bande, Verweisung auf den hohen Aufklärungsdruck

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 841-843 845-850

Sicherheitsbestimmungen

s. *Sicherheitsvorschrift*

Sicherheitsgewerbe

s.a. *Sicherheitstechnik*

s.a. *Technische Überwachung*

Luftverkehrssicherheitskontrollen an baden-württembergischen Flughäfen

Beurteilung der auf mehrere Behörden verteilten Zuständigkeit für die o.g. Kontrollen, Organisation der Gebührenkalkulation und -eintreibung, Kostendeckungsgrad des Gebührenaufkommens, vereinbarte Qualitätsstandards mit den privaten Dienstleistern und deren Überwachung, Beurteilung einer Bündelung der Sicherheitskontrollen in einer Hand bei den Flugplatzbetreibern

Antr

s. *Luftverkehrssicherheit*

Drs 15/537

Einsatz privater Sicherheitsdienste durch Kommunen im Enzkreis und in Pforzheim

Bauftragung von privaten Sicherheitsdienstleistern mit Aufgaben ohne konkrete Veranlassung durch öffentliche Veranstaltungen, Darlegung der zuvor von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben, Frage nach den Kosten und einem Zusammenhang mit der Personal- und Sachausstattung der zuständigen Polizeiposten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.03.2012 und
Antw IM Drs 15/1358

Inanspruchnahme von Störern iRd Protests gegen das Projekt „Stuttgart 21“ und Kosten privater Sicherheitsdienste

Höhe und Einbringlichkeit der Forderungen des Landes und der Stadt Stuttgart gegenüber o.g. Personen aus Bußgeldern, Geldstrafen u.ä.; Umfang und Zuordnung der Kosten für die von der Bahn eingesetzten privaten Sicherheitsdienste

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/1371

Konsequenzen der Polizeireform für den LK Kreis Waldshut

Personelle und strukturelle Auswirkungen der Polizeireform im LK Kreis Waldshut, insbes bei Polizeigebäuden, Dienstortverlegungen und Anfahrtswegen; Anzahl der Einsätze von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4550

Neueste Entwicklungen im Bereich Wohnungseinbrüche im Wahlkreis 42

Entwicklung der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Pforzheim seit 2013, besonders betroffene Stadtteile und Gemeinden; Ursachen der Entwicklung und Gegenmaßnahmen; Wirkung der intensivierte Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls; Beurteilung eines Einsatzes von Bürgerwehren und privater Sicherheitsdienste; Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Wohnungseinbruchdiebstahl

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5071

Probleme bei der Sicherheitsdienstleistung in der Erstaufnahmestelle Patrick Henry Village

Sachstand zu qualitativen Mängeln oder rechtswidrigen Zuständen bei der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen in der Erstaufnahmestelle Patrick Henry Village sowie Kenntnisnahme und Veranlassungen der Unterbringungsverwaltung

Antr

s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7402

Sicherheitspolitik*LReg und Friedensorganisationen - Klarheit ist notwendig*

Hintergründe zum Austausch des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit Verbänden, Organisationen und Institutionen aus dem Bereich der Friedensbildung für die Friedensbildung an Schulen, insbes beteiligte Friedensorganisationen, Einbeziehung kirchlicher Organisationen, Beteiligung vom Verfassungsschutz beobachteter Organisationen, Mitwirkungsrechte am Unterricht, Inhalte einer „gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung“; Abgrenzung und Verhältnis der Begriffe „Friedenspolitik“ und „Sicherheitspolitik“

Antr

s. *Politische Bildung*

Drs 15/5972

Sicherheitstechnik

s.a. *Sicherheitsgewerbe*

s.a. *Technische Sicherheit*

s.a. *Videoüberwachung*

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr

s. *Gewaltprävention*

Drs 15/6347

Präventionsmaßnahmen zum Einbruchschutz

Gesetzliche Vorgaben und Verwaltungsvorschriften zum Einbruchschutz; Verankerung von Mindeststandards in der Landesbauordnung oder einer anderen Rechtsvorschrift; bestehende Präventionsmaßnahmen und Beratungseinrichtungen; Einführung einer Abwrackprämie für nicht einbruchsichere Fenster und Türen

Antr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/6521

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der RohrfernleitungsVO auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

Mittlg LReg

s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Drs 15/6990

Sicherheitsüberprüfung von Personen*Waffenkontrollen und Waffenbesitz in BW*

Waffenkontrollen der unteren Waffenbehörden in den Jahren 2012 und 2013; hierbei festgestellte Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Regelungen; Kontrollintervalle; Erfahrungen mit der 2013 eingeführten Online-Sicherheitsprüfung (OSiP) sowie dem elektronischen Datenaustausch zwischen den Waffenbehörden und dem Landeskriminalamt; Umsetzung des Nationalen Waffenregisters beim Bundesverwaltungsamt Köln; Übermittlung von Waffendaten an das Nationale Waffenregister; Nutzung des Nationalen Waffenregisters durch Polizeibehörden und andere abfrageberechtigten Stellen im Land

Antr
s. *Waffenbesitz*
Drs 15/4782

Sicherheitsunternehmen

s. *Sicherheitsgewerbe*

Sicherheitsvorschrift*Umwelt- und Sicherheitsstatus bei der Bedienung der Dienstfahrzeuge der Landesminister*

Schulung des Fahrpersonals mit Umwelt- und Sicherheitsanforderung bei der Bedienung der Dienstwagen der Landesminister

MdlAnfr
s. *Dienstwagen*
Drs 15/6090

Sicherungsverwahrung*Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in BW*

Regelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in einem eigenständigen Buch 5 des Justizvollzugsgesetzbuchs; Änderung von Buch 1 bis 4 des Justizvollzugsgesetzbuchs

GesEntw LReg 10.10.2012 Drs 15/2450 (110 S.)
1. Beratung PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2712-2718
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.10.2012 Drs 15/2571
(dazu ÄAntr Karl Zimmermann u.a. CDU)
2. Beratung PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2918-2922
GesBeschl 14.11.2012 Drs 15/2673 (25 S.)
GBI 2012 Nr. 17 S. 581-604 (Ges vom 20.11.2012)

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die polizeiliche Überwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter

Gesetzliche Regelung der Dauerüberwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter durch die Polizei; psychologische Begutachtung der Entlassenen

Antr CDU 21.03.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3274

Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Regelung des Vollzugs der Therapieunterbringungen von psychisch gestörten Sexual- und Gewalttätern in BW aufgrund des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) des Bundes vom 22. Dezember 2010

GesEntw
s. *Therapieunterbringungsvollzugsgesetz*
Drs 15/3643

Sichtvermerk

s. *Visum*

Siedlungsentwässerung

s. *Abwasserbeseitigung*

Siedlungsentwicklung

s. *Siedlungsstruktur*

Siedlungsstruktur

s.a. *Stadtentwicklung*
s.a. *Wohngebiet*

Hochwasserschutz im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6261

Sigmaringen*Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sigmaringen*

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis Sigmaringen; Schüler- und Anmeldezahlen an den Werkrealschulen in Bad Saulgau, Mengen, Sigmaringen, Krauchenwies, Pfullendorf, Meßkirch, Sauldorf und Gammertingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5626

Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis

Sachstand zur Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis, insbes Verlagerung von Kapazitäten von Albstadt nach Balingen, Bedeutung des Krankenhausstandorts Sigmaringen

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6976

Verwaltungsgericht Sigmaringen

Sachstand zur Verfahrensdauer am Verwaltungsgericht Sigmaringen, insbes Geschäftsbelastung, Personalbestand, Richterstellenzahl

KlAnfr
s. *Verwaltungsgericht*
Drs 15/7285

Sigmaringen, Landkreis*Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKreis Sigmaringen erhalten*

Auffüstung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/740

Projekt „Singen - Bewegen - Sprechen“ im LKreis Sigmaringen
Umsetzungsstand und geplante Weiterentwicklung des Kooperationsprogramms zwischen Kindergärten, Musikschulen und Musikvereinen im LKreis Sigmaringen; Umgang mit vorliegenden weiteren Anträgen

KlAnfr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/927

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Sigmaringen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunkteplans zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1403

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Sigmaringen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindefinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2148

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Sigmaringen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2275

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Sigmaringen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2954

Chemische Parameter bei der Trinkwasseruntersuchung für Eigenwasserversorger

Schadstoffe in den Eigentrinkwasserversorgungen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung der LKreise Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und dem Bodenseekreis seit 2003; Schadstoffarten, Überschreiten der Grenzwerte der geltenden Trinkwasserverordnung; Kostenentwicklung für Eigenwasserversorger

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/3342

Fremdevaluation von öffentlichen Schulen im Zollernalbkreis und im LKreis Sigmaringen

Aufwand, Methoden und Erkenntnisse der Fremdevaluation durch das Landesinstitut für Schulentwicklung an öffentlichen Schulen im Zollernalbkreis und im LKreis Sigmaringen

KlAnfr
s. *Evaluation*
Drs 15/3540

Strukturförderung im Wahlkreis Sigmaringen

Bevölkerungsentwicklung und Förderung von ELR-Projekten (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum) im Wahlkreis Sigmaringen

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/4793

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindefinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Sigmaringen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindefinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Sigmaringen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4808

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sigmaringen

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis Sigmaringen; Schüler- und Anmeldezahlen an den Werkrealschulen in Bad Saulgau, Mengen, Sigmaringen, Krauchenwies, Pfullendorf, Meßkirch, Sauldorf und Gammertingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5626

Schulsozialarbeit im LKreis Sigmaringen

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis Sigmaringen und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis Sigmaringen und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/5696

Situation der Pflege im LKreis Sigmaringen

Entwicklung der Pflegesituation im Landkreis Sigmaringen, insbes Zahlen der Pflegehelfer und Pflegebedürftigen, Pflegekräftebedarf, Daten zu Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten und Unterhaltsträgern

KlAnfr
s. *Pflege*
Drs 15/6364

Situation des Rettungsdienstes und der notärztlichen Versorgung im Landkreis Sigmaringen

Entwicklung des Rettungsdienstwesens im Landkreis Sigmaringen, insbes Anfahrtszeiten und Einhaltung der Hilfsfristen; Überlegungen des Innenministeriums zur Verlängerung der Hilfsfristen auf bis zu 18 Minuten

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/6366

Ärztliche Versorgung im Landkreis Sigmaringen

Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgungssituation im Landkreis Sigmaringen; Ausweisung von Kommunen als Fördergebiet iRd Förderprogramms „Landärzte“; Ausbaustand der Palliativ-Medizin

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/6612

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

Signalanlage

Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regionalverkehr ergreifen

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahnsteigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regionalbahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangentiallinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen (Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage eines jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4177

Silvester

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr
s. *Straftat*
Drs 15/7992

Simmersfeld

Windkraft-Planungen in BW

Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Wohngebieten in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Vergrößerung des Mindestabstands auf 1500 Meter; Formen der Bürgerbeteiligung; wesentliche Einwände gegen den Bau von Windkraftanlagen; Unterstützung der Regionalverbände, Planungsverbände bzw Kommunen bei Einsprüchen; seit 2006 errichtete und bis 2014 geplante Windkraftanlagen; Volllaststunden und Abschaltungsverpflichtungen, Wirtschaftlichkeit der Anlagen, insbes des Windparks Simmersfeld im Landkreis Calw; Akzeptanz des Sieben-Punkte-Programms und Windenergieerlasses

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3057

Simulation

Visualisierung von Windkraftanlagen

Möglichkeiten einer wirklichkeitsnahen Visualisierung zur Versachlichung der Diskussion über die Standortwahl; Unterstützung solcher Verfahren; Vorgaben für eine Visualisierung in objektiver und einheitlicher Form im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2695

Sindelfingen

A 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen-Ost - Ausbau, Überdeckelung und zusätzlicher Lärmschutz

Einhaltung der o.g. Zusagen der alten LReg und der finanziellen Beteiligung, Unterstützung der Verlegung der Anschlussstelle Böblingen-Ost, Einbeziehung der Bürgerinitiative und der Kommunen in die Planungen; Zeitpunkt der Einleitung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, des Planfeststellungsbeschlusses und des Beginns der Bauarbeiten

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/309

Nordumfahrung Darmsheim (L 1182) unverzüglich weiterbauen

Aufhebung des Baustopps nach Lösung der Altlastenproblematik und Freigabe der für die nächste Ausschreibung benötigten Mittel, Ergreifung der notwendigen Maßnahmen für einen sofortigen Weiterbau

Antr
s. *Landesstraße 1182*
Drs 15/842

Berufskolleg für Möbel und Raum

Bewertung, Daten und Besonderheiten des Berufskollegs für Möbel und Raum in Sindelfingen, insbes Anmeldezahlen, Absolventenzahlen, Absolventenverbleib, Leistungsbewertung von Absolventen; Schließungspläne für dieses und weitere Berufskollegs

Antr
s. *Berufskolleg*
Drs 15/2917

Weiterbau Nordumfahrung Darmsheim (L 1182)

Bauarbeiten an der Nordumfahrung Darmsheim, insbes Zeitplan für die Fertigstellung, Beginn der Tunnelarbeiten, bereitgestellte erforderliche Landesmittel sowie aktuelle und künftige Kostensteigerungen durch die Bauverzögerung

KlAnfr Paul Nemeth CDU 30.01.2013 und Antw MVI Drs 15/2953

Ortsumfahrung Darmsheim iRd Impulsprogramms 2008/2009

Aktueller Planungsstand, Zeitplan und Finanzierung des Baus der Ortsumfahrung Darmsheim

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3955

Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik der Gottlieb-Daimler-Schule Sindelfingen (ehemals Akademie für Datenverarbeitung)

Entwicklung der Bewerberzahlen in den Jahren 2010 bis 2013; Zahl der Schulabbrecher in diesem Zeitraum; Gründe für die geplante Verringerung der Eingangsklassen am Berufskolleg für Informatik; Berufsaussichten der Absolventen des Berufskollegs für Informatik

Antr
s. *Berufskolleg*
Drs 15/4786

Gewerbesteuerrückzahlung der Stadt Sindelfingen

Sachstand zur Entscheidung und Auswirkung der Rückerstattung der Gewerbesteuer für die Jahre 2002 und 2003 durch die Stadt Sindelfingen

KlAnfr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 15/6984

Deckelung der Autobahn (A) 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen Ost - finanzielle Beteiligung des Landes

Sachstand zur finanziellen Beteiligung des Landes an einer Überdeckung bei der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen; Bewertung der Verfassungswidrigkeit einer Bezuschussung von Projekten durch Land und Kommunen für Straßenbaumaßnahmen des Bundes

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/7664

Sinfonieorchester*s. Orchester***Singen (Hohentwiel)***Jugendherbergswesen in BW*

Neueröffnungen und Schließungen von Jugendherbergen im Jahr 2014; Gründe der Schließung der Jugendherberge in Singen (Hohentwiel); Sanierungsbedarf bei den Jugendherbergen in BW; Entwicklung eines langfristigen Investitionskonzepts in Zusammenarbeit mit dem Jugendherbergswerk; Förderung der Sanierung bestehender Jugendherbergen im ländlichen Raum; Beachtung des Satzungszwecks bei den Angeboten von Jugendherbergen

Antr
s. *Jugendherberge*
Drs 15/6465

Tod eines Haftinsassen in der Justizvollzugsanstalt Singen

Sachstand zu den Hintergründen des Todes eines 73-jährigen Haftinsassen im Singener Seniorengefängnis und der Kenntnis des Justizministers

KlAnfr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/8122

Sinsheim*Factory-Outlet-Center Sinsheim*

Kriterien für die Genehmigung von Fabrikverkaufszentren, Chancen einer Genehmigung des o.g. Antrags und Auswirkungen auf die umliegenden Städte und Gemeinden

KlAnfr
s. *Fabrikverkauf*
Drs 15/659

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Sinsheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/798

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Sinsheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2044

Verwertung von Bauschutt des Atomkraftwerks (AKW) Obrigheim auf der Mülldeponie Sinsheim

Lagerung von Bauschutt des im Rückbau befindlichen Kernkraftwerks auf der Deponie der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR); Gründe des Neckar-Odenwald-Kreises gegen eine Deponierung vor Ort; Umfang und Zusammensetzung des angelieferten Bauschutts; Grenzwerte und Gefahrenpotenzial

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/2805

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3667

Entsorgung der anfallenden Abfälle im Zuge des Rückbaus von Kernkraftwerken, hier insbes des Kernkraftwerks Obrigheim
Annahmefähigkeit der Deponien bei Abfallstoffen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim; Haltung gegenüber einer Annahmepflicht; Fairness bei der Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Deponien und LKreisen; Stand der Gespräche mit dem Kraftwerksbetreiber EnBW; Anpassung der gesetzlichen Regelungen; Einforderung eines transparenten Verfahrens

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4144

Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim
Folgen der Schließung des Autobahnpolizeireviere (APR) Sinsheim; geplante Änderungen in den Zuständigkeiten der Autobahnpolizeireviere

KlAnfr
s. *Autobahnpolizei*
Drs 15/4292

Polizeireform - Auswirkungen auf Sinsheim

Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten und geplante Personalausstattung des Polizeireviere in Sinsheim im Zuge der Polizeireform

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4481

Einsatz der Kriminalpolizei bei einem Brand am 1. Januar 2015 in Sinsheim-Rohrbach

Hintergründe der polizeilichen Behandlung des Brands am Aus siedlerhof in Sinsheim-Rohrbach am 1. Januar 2015, insbes Verständigung und verspäteter Einsatz der Kriminalpolizei

KlAnfr
s. *Brand*
Drs 15/6336

Außerschulische Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)

Tätigkeit und Förderung außerschulischer Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), insbes geltende Förderkriterien, Zusammenarbeit mit Schulen, Verankerung von Technikmuseen und Schülerforschungszentren; Eignung des Museums Erlebnispark Fördertechnik in Sinsheim als außerschulischer Lernort

Antr
s. *Außerschulischer Lernort*
Drs 15/4683

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindefinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Sinsheim

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindefinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Sinsheim

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4798

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sinsheim

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis; Schülerzahlen an den Werkrealschulen in Angelbachtal, Epfenbach, Helmstadt-Bargen, Meckesheim, Sinsheim und Eberbach; Zukunftsperspektiven für die einzelnen Schulen und Schulstandorte, insbes für die Gemeinde Angelbachtal nach

der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule in Sinsheim

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5344

Einsatz der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Dühren

Hintergründe des verzögerten Eintreffens der Kriminalpolizei beim Großbrand in Sinsheim-Dühren

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/5928

Unterbringung von Flüchtlingen in der Halle 6 der Messe Sinsheim

Sachstand zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in der Messehalle 6 in Sinsheim

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7327

Sinti

s. *Sinti und Roma*

Sinti und Roma

Neue gesetzliche Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und integrierte Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Zahl der seit 01.09.2010 nach Serbien und in den Kosovo zurückgeführten Angehörigen ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter differenziert nach Familien mit Kindern, Alten, Kranken, Einzelpersonen und Straffälligen; Gewichtung der Berichte von Menschenrechtsorganisationen und des Auswärtigen Amtes über die Situation in den Herkunftsländern bei der Einzelfallprüfung vor der Rückführung? Eintreten in der Innenministerkonferenz und im Bundesrat für eine neue Bleiberechtsregelung ausgerichtet an humanitären Kriterien

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/359

Situation der Sinti und Roma in BW

Anzahl der Sinti und Roma in BW, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union; Gegenden und Städte in BW mit besonders hohem Anteil an Sinti und Roma; Maßnahmen zur sozialen Integration dieser Bevölkerungsgruppe; Umfang von Anfeindungen und Gewalttaten gegen sie; Bewertung der Abbruchquote bei der Schul- und Berufsausbildung im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen; Angaben zur Inanspruchnahme von Programmen der Europäischen Union

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 02.09.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/472
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 56-58
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Rückführung von Minderheitsangehörigen in den Kosovo

Erkenntnisse aus der Reise des Petitionsausschusses und zur Rechtfertigung einer weiteren Aussetzung der Ausreisepflicht für Angehörige ethnischer Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter in die Republik Kosovo; Zahl der anhängigen bisher

nicht vollzogenen Rückführungsfälle, Frage nach den Kosten und dem Zeitpunkt einer Wiederaufnahme der Rückführungen

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 15/2470

Regierungsbefragung
Staatsvertrag mit dem Landesverband Sinti und Roma
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4470 4471

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Vertrages des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V.

Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Land und Sinti und Roma mit beiderseitiger Planungs- und Rechtssicherheit; Erhöhung der finanziellen Förderung auf 500.000 Euro ab dem Jahr 2014; Ergänzung bisheriger Förderschwerpunkte insbes durch die Bereiche Antiziganismusforschung, Integration nichtdeutscher Roma und Unterstützung der nationalen Minderheitenkultur; Errichtung eines „Rates für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in BW“ mit Berufung von Vertretern der LReg und der Sinti und Roma

Mittlg LReg 08.10.2013 Drs 15/4128
PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4631
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4226
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen

Zahl und Herkunft der derzeit im LKreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4320

Gesetz zu dem Vertrag des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V.

Zustimmung des Ltg nach Art 50 Satz 2 der Landesverfassung zu dem mit dem Landesverband BW des Verbands Deutscher Sinti und Roma (VDSR-BW) vereinbarten gemeinsamen Vertrag; Schaffung einer verlässlichen rechtlichen Grundlage für die Beziehungen des Landes BW zur Minderheit deutscher Sinti und Roma in BW, insbes Regelung der Rechts- und Finanzbeziehungen des Landes BW zum VDSR-BW als Vertreter der Minderheit deutscher Sinti und Roma in BW

GesEntw LReg 02.12.2013 Drs 15/4401 (12 S.)
1. Beratung PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5135-5139
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.12.2013 Drs 15/4484
2. Beratung PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5169-5173
GesBeschl 18.12.2013 Drs 15/4528
GBI 2013 Nr. 18 S. 481-484 (Ges vom 19.12.2013)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Vertrages des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma GBI 2014 Nr. 2 S. 61
Mittlg LReg 12.10.2016 Drs 16/755

Erhalt von Gräbern von Sinti und Roma, die Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen wurden

Bedeutung der Gräber von Sinti und Roma für die in BW lebenden Menschen dieser Volksgruppe; Förderung ihres Erhalts nach dem Gräbergesetz; Erhaltung der Gräber über die üblichen Ruhezeiten hinaus

KlAnfr Wolfgang Drexler SPD 05.02.2014 und Antw IM Drs 15/4718

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014, insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 15/4960

Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in BW
a) *Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder seitens des Landtags*

b) *Bestätigung des Vertreters der Kommunalen Landesverbände sowie Bestätigung der Vertreterinnen/Vertreter und der Ersatzmitglieder, die seitens des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg e.V. vorgeschlagen wurden*

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 5987 6019 6020

Zusammenarbeit zwischen BW und der Republik Serbien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik Serbien seit 2009; Unterstützung eines EU-Beitritts von Serbien; Kooperation mit Serbien iRd EU-Donauraumstrategie sowie des neuen INTERREG-Programms für den Donauraum; Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Minderheiten, insbes der Roma; Dezentralisierung der staatlichen Strukturen; Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Vojvodina; Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Kooperationsprojekte und die Förderung von Kommunalpartnerschaften

Antr
s. *Serbien*
Drs 15/6299

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen im Jahr 2015

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im LKreis Esslingen, insbes Anteil der Roma, Herkunft aus Albanien und dem Kosovo, wiederholte Einreisen, Anerkennungsquoten; Bedingungen zur Arbeitsaufnahme bzw einer Ausbildung oder eines Studiums

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6528

Durchführung von Abschiebungen

Informationsweitergabe über bevorstehende Abschiebungen an Abgeordnete; Nutzung dieser Information für die Organisation von Widerstand vor Ort; Versuch, die Abschiebung der Roma-Familie A. durch die Vorlage eines ärztlichen Attests zu verhindern; Anwesenheit von Abgeordneten; Existenz eines Winterabschiebestopps

Antr
s. *Abschiebung*
Drs 15/6551

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß Art 2 Abs 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V. (VDSR-BW)

Bericht vom 29. Juli 2014 bis 31. Juli 2015 (vgl LtgBeschl Drs 15/4528)

Mittlg LReg 11.09.2015 Drs 15/7365

PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129

BeschlEmpf und Bericht StändA 15.10.2015 Drs 15/7561

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8472-8474

Würdigung der Gedenkstättenarbeit zur Verfolgung der Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 758 761

Sinzheim

Lückenschluss der Bundesstraße 3 neu

Stand, Zeit- und Kostenperspektive für die Realisierung des Lückenschlusses der B 3 zwischen Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim sowie der L 80 in Sinzheim; Einbindung der betroffenen Gemeinden, des LKreises Rastatt und des Stadtkreises Baden-Baden bei der Fortführung des Verfahrens

KlAnfr

s. *Bundesstraße 3*

Drs 15/2542

Lückenschluss der Bundesstraße (B) 3 neu - Sachstand

Stand der Straßenbauarbeiten im Abschnitt zwischen dem Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim; voraussichtliche Fertigstellung und Verkehrsfreigabe dieses Abschnitts; Kosten der Baumaßnahme

KlAnfr

s. *Bundesstraße 3*

Drs 15/7653

Sitzblockade

s. *Blockade*

Sitzenbleiben

s. *Versetzung von Schülern*

Sitzverteilung

Mögliche Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Hare/Niemeyer oder Sainte-Lague/Schepers

Auswirkungen der Anwendung o.g. Berechnungsverfahren bei den Kommunalwahlen 2009 auf die Sitzverteilung in den einzelnen Gemeinderäten und Kreistagen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart, Darstellung der Veränderungen beim landesweiten Ergebnis

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 20.08.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2253 (278 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.10.2012 Drs 15/2741 S. 19-21

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Absenkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre; Umstellung der Berechnung der Sitz-

verteilung in den kommunalen Gremien auf das Sainte-Lague-Verfahren; Vereinfachung der Organisation und Durchführung von Kommunalwahlen; Entzerrung und Erleichterung des Umstellungsprozesses auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen

GesEntw

s. *Kommunalwahl*

Drs 15/3119

Auslegung der neuen Vorschriften im Kommunalwahlrecht

Wahlkreiskandidatur in Abhängigkeit vom Wohnsitz des Bewerbers bei Kreistagswahlen; Einsatz des Verfahrens nach Sainte-Lague/Schepers bei der Berechnung der Sitzverteilung bei Neubesetzungen von Ausschüssen auf Gemeinde- und Kreisebene

KlAnfr

s. *Wahlrecht*

Drs 15/3617

Haben radikale Kräfte im LKreis Böblingen bei der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien bei der Kommunalwahl 2014 von dem von Grün-Rot eingeführten neuen Berechnungsverfahren nach Sainte-Lague/Schepers profitiert?

Auswirkungen der Änderung des Berechnungsverfahrens auf die Sitzverteilung in den Ortschaftsräten und Gemeinderäten im LKreis Böblingen, im Kreistag des LKreises Böblingen und in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart; Anzahl der Kreistagssitze für NPD und Die Linke bei der Anwendung des früheren Berechnungsverfahrens nach d'Hondt; Bewertung des Erfolgs von radikalen und Splitterparteien bei der Kommunalwahl 2014 im Vergleich zur Kommunalwahl 2009; Konsequenzen für das Sitzverteilungsverfahren

KlAnfr Paul Nemeth CDU 11.06.2014 und Antw IM Drs 15/5335

Ergänzende Antw IM 13.01.2015 Drs 15/6036 (13 S.)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Vorschlag für die Zusammensetzung des Ausschusses der Regionen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5522

Änderungen des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Sainte-Lague/Schepers

Auswirkung der Änderung des Berechnungsverfahrens nach Sainte-Lague/Schepers (vormals d'Hondt) bei den Kommunalwahlen 2014 in BW auf die Sitzverteilung am Beispiel der neun Stadtkreise

Antr

s. *Wahlverfahren*

Drs 15/6750

Mehrsitze (Überhangmandate) in den Kreistagen 2009 und 2014

Vergleich der erzielten Überhangmandate und der aufgrund der Begrenzung entfallenen Ausgleichsmandate in den Kreistagen nach dem Wahlverfahren nach d'Hondt bei den Kommunalwahlen 2009 mit dem Wahlverfahren nach Sainte-Lague/Schepers bei den Kommunalwahlen 2014

KlAnfr

s. *Wahlverfahren*

Drs 15/6973

Sitzuteilungsverfahren*s. Sitzverteilung***Skandinavien***s. Nordeuropa***Skandinavische Staaten***s. Nordeuropa***Skilift***s. Seilbahn***Skisport***s. Wintersport***Skyguide***Mögliche Änderungen beim Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich*

Gespräche zwischen der Deutschen Flugsicherung und Skyguide zur Erarbeitung eines Flugbetriebskonzepts für den süddeutschen Raum; Koordination mit dem Bundesverkehrsministerium; Unterstützung des Anliegens der Stuttgarter Erklärung; Auskunft über geplante Flugrouten, Flughöhen und Flugbewegungen; Beurteilung der gegenwärtigen Baumaßnahmen am Flughafen Zürich; Erzielung einer langfristigen Lärmentlastung für Süddeutschland

KlAnfr

s. Flughafen Zürich

Drs 15/5398

Smart grid*s. Stromnetz***Social Community***s. Online-Netzwerk***Social Web***s. Online-Netzwerk***Software***Nutzung und Entwicklung von Open-Source-Software (OSS) an den baden-württembergischen Hochschulen*

Aufstellung der jährlichen Ausgaben für Informationstechnik an den Hochschulen seit 2001 aufgeschlüsselt nach Hochschularten, Personal, Infrastruktur, Hardware und Software in den Bereichen Lehre, Forschung und Verwaltung; Umfang des Einsatzes von OSS-Systemen und -Produkten; jährliche Lizenzkosten für Softwareprodukte; Erkenntnisse über Mehrkosten bzw. Einsparungen durch den Einsatz freier Software; Überlegungen zur Nutzung von OSS-Produkten in Bereichen, in denen hohe Lizenzkosten anfallen, sowie zur politischen Förderung des Einsatzes von OSS an den Hochschulen; Rolle der Hochschulen bei der Entwicklung quelloffener Software; Bedeutung von OSS im Technologietransfer in die Wirtschaft

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 01.09.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/471 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 15.12.2011 Drs 15/1300 S. 18

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr

s. Technische Observation

Drs 15/669

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spysoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 10.11.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/860

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des RH - Sachstand des Projekts KONSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen

Mittlg LReg 14.12.2011 Drs 15/1047 (37 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1335

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Einsatz von Open-Source-Software in Kommunalverwaltungen und Unternehmen als Wirtschaftsfaktor für BW

Derzeitige Nutzung und Fördermöglichkeiten für die Weiterentwicklung der o.g. freien Software; wirtschaftliche Bedeutung für die baden-württembergische IT-Wirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Bedeutung von Open-Source-Software als Wirtschaftsfaktor für das Land

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 15.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1451

BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 35

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Digitale Unterrichtsmaterialien, Digitalisate und Open Content
Bewertung der Kritik am bisher geltenden Pauschalvertrag zwischen Bundesländern und Schulbuchverlagen; Höhe der Zahlungen an die Verlage für Unterrichtsmaterialien und Schulbuchauszüge, für Schulbücher, Lernsoftware u.a.; Unterstützung von Open Content u.a. Formen der lizenzfreien, digitalen Zugänglichmachung von Unterrichtsmaterialien an den Schulen

Antr

s. Lehr- und Lernmittel

Drs 15/1772

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 7 - Nutzung und Finanzierung von länderübergreifenden IT-Programmen

Mittlg RH
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/1907

Einsatz von Open-Source-Software (OSS) in der Landesverwaltung

Höhe der jährlichen Kosten für Informationstechnik in der Landesverwaltung seit 2002; Umfang des Einsatzes von OSS-Systemen und -produkten im Server- und Desktop-Bereich und der finanziellen Auswirkungen im selben Zeitraum; Frage nach der rechtlichen Möglichkeit einer Vorgabe von OSS bei Ausschreibungen, Vergaben und der Beschaffung

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 28.08.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2267 (19 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 29
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete
Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftskoordination

Antr
s. *Pendler*
Drs 15/3995

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartner-schaft*
Drs 15/4509

Waffenkontrollen und Waffenbesitz in BW

Waffenkontrollen der unteren Waffenbehörden in den Jahren 2012 und 2013; hierbei festgestellte Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Regelungen; Kontrollintervalle; Erfahrungen mit der 2013 eingeführten Online-Sicherheitsprüfung (OSiP) sowie dem elektronischen Datenaustausch zwischen den Waffenbehörden und dem Landeskriminalamt; Umsetzung des Nationalen Waffenregisters beim Bundesverwaltungsamt Köln; Übermittlung von Waffendaten an das Nationale Waffenregister; Nutzung des Nationalen Waffenregisters durch Polizeibehörden und andere abfrageberechtigten Stellen im Land

Antr
s. *Waffenbesitz*

Drs 15/4782

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW

Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Dritten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermittlungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KlAnfr
s. *Durchsuchung*
Drs 15/4806

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5003

Gibt es für die CAS-Modellstandorte in BW noch eine Zukunft?

Situation und Zukunft der CAS-Modellstandorte in BW; Bedeutung des Einsatzes von Computeralgebrasystem-Taschenrechnern im mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht an Gymnasien für die Anforderungen der Hochschulen; Durchführung einer Evaluation der CAS-Schulen und der Nutzung von CAS-Rechnern

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/5122

Entwicklung einer App zum Thema Einbruchdiebstahl

Überlegungen zur Entwicklung einer App für Smartphones als Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Einbruchdiebstahl; Einsatz einer solchen App in anderen Bundesländern bzw europäischen Ländern

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6738

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung

des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6816

EDV-Probleme in der Steuerverwaltung

Sachstand zu Ausfallzeiten durch EDV-Probleme bei der Steuerverwaltung sowie Maßnahmen und Investitionen zur Minimierung dieser Probleme

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/7272

Internetbasierte Angebote zur Erfassung arbeitssuchender Flüchtlinge und Geduldeter

Nutzung internetbasierter Angebote und mobiler Apps iRd Landesprogramms „Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“; Erfassung der Daten zur beruflichen Qualifikation durch den Arbeitssuchenden zur Entlastung des Personals der Arbeitsbehörden; Aufnahme von Serviceangeboten für Asylbewerber in das Onlineangebot

KlAnfr
s. *Datenerhebung*
Drs 15/7733

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr Claus Paal CDU 22.01.2016 und Antw IM Drs 15/7987

Fragen zur Wirtschaftlichkeit der Einführung einer neuen Mahnungs- und Vollstreckungssoftware iRd Projekts „Förderungsmanagement für die Justiz“

Sachstand zu Ergebnissen des Projekts „Förderungsmanagement für die Justiz“, insbes Auswirkungen auf die Einnahmesituation, Kosten und Betrieb der neuen Mahnungs- und Vollstreckungssoftware

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/7988

Plädoyer für die Nutzung von Open-Source-Software in der Verwaltung

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1733

Soja

s. *Sojabohne*

Sojabohne

Eiweißpflanzen in BW

Umfang des eigenen Anbaus von Eiweißpflanzen und des Imports von Sojaschrot für die Fleischproduktion; Anstreben eines höheren Selbstversorgungsgrads mit gentechnikfreiem Soja,

Unterstützung des Konzepts der „Donau-Bohne“

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 01.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/190
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 42 43
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Haushalt 2012; Epl 08

Verbesserung der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln, Förderung von Anbauversuchen

Haushalt
s. *Futtermittel*
Drs 15/1108

„Eiweißstrategie für BW“

Steigerung des Anbaus von Eiweißpflanzen ohne Gentechnik seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 15/190; Ergebnisse der Anbau- und Sortenversuche zur Entwicklung von Verfahren für eine verlustarme Konservierung eiweißreicher Grünland- und Ackerfutteraufwüchse; Bewertung des bayerischen Aktionsprogramms „Heimische Eiweißfuttermittel“; Entwicklung der o.g. Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Importsoja in der Rinderhaltung, ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfs in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/1696

Auswertung der Ausschussreise nach Brasilien - Lebensmittel ohne Gentechnik erzeugen und vermarkten

Situation des weltweiten Sojaanbaus und des Handels mit Soja und Sojaprodukten; soziale, ökologische und ökonomische Folgen des Sojaanbaus in Hauptanbauländern; Alternativen zu GVO-freiem Soja aus Südamerika; Eiweißpflanzenanbau und Bedarf an Eiweißfuttermitteln in der baden-württembergischen Tierhaltung; Gegenüberstellung der Nutzung von Soja aus Südamerika mit einer Nutzung von einheimischen/europäischem Soja in der Fleischproduktion; Ausbau der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln; Absatz von als gentechnikfrei gekennzeichneten Futtermitteln; Ergänzung des Qualitätszeichens BW (QZBW) im tierischen Bereich um das Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/5010

Sojaanbau in BW

Situation und Förderung des Sojaanbaus in BW, insbes Herausforderungen für die Landwirtschaft bei Düngung und Pflanzenschutz, Absatzerfolge

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 19.09.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5744
BeschlEmpf und Bericht LandwA 04.03.2015 Drs 15/6733 S. 29 30
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Zunahme des Bedarfs an Eiweißpflanzen, Bewertung des Imports von Sojaschrot als teuerste Form der Futtermittelbeschaffung, Plädoyer für die Eiweißgewinnung aus heimischen Ressourcen

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 879 881 882

Vereinbarkeit der angestrebten Eiweißgewinnung aus Erbsen, Bohnen und Soja mit dem erlassenen Grünlandumbruchverbot; Plädoyer für die Eiweißgewinnung aus heimischen Ressourcen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1303 1308 1313

Verbesserung der Futtermittelversorgung mit heimischen Eiweißpflanzen, Verzicht auf Importe von gentechnisch produziertem Soja; Kennzeichnung von Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Soja gefüttert wurden

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1708 1710 1712-1716

Solaranlage

s. *Solartechnik*

Solarkollektor

s. *Solarthermie*

Solartechnik

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/159

Photovoltaikanlagen in BW

Zahl der in BW gefertigten und installierten Anlagen auf Dächern von Wohnhäusern und Gewerbebetrieben seit 2000, Darstellung der steuer- und gewerberechtlichen Vorgaben u.a. bürokratischen Hürden; Art und Herkunft der benötigten Primär- und Sekundärrohstoffe für die Herstellung von Photovoltaikanlagen, Rückführung dieser Rohstoffe in den Fertigungskreislauf durch entsprechendes Recycling der Anlagen; Schutz des Know-hows der Hersteller und Zulieferer vor Plagiatoren; Eintreten für den Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Installation von Anlagen oder Vereinfachung anderer Maßnahmen zur dezentralen Energieerzeugung

Antr Winfried Mack u.a. CDU 07.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/249 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/747 S. 7 8

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; weitere Entwicklung der Lithium-Ionen-Technologie als Energiespeichertechnik, insbes in Kopplung mit Mikro-Kraftwärmekopplungsanlagen sowie Kleinwind- und Photovoltaikanlagen

GrAnfr

s. *Energiespeicher*

Drs 15/906

Haushalt 2012; Epl 10

Förderung des Einsatzes von Batteriespeichern bei Fotovoltaikanlagen und effizienter Wärmepumpen

Haushalt

s. *Energiespeicher*

Drs 15/1110

Situation der Energieerzeugung im Wahlkreis Waldshut

Gesamtleistung und Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Wahlkreis Waldshut im Vergleich zum Land und den anderen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen Biogas-, Solarenergie- und Windkraftanlagen im Wahlkreis Waldshut; Standorte der Wasserkraftanlagen; Leistungszahlen von Wasserkraft- und Biogasanlagen; Gesamtenergieverbrauch im Wahlkreis Waldshut

KlAnfr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/2891

Folgen der Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus Fotovoltaik

Folgen für die Klimaschutzziele; Auswirkungen der Zunahme der Importe von meist preisgünstigeren Anlagen aus China, insbes für die Arbeitsplätze in der Solarbranche

Antr SPD 01.03.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1353

ÄAntr GRÜNE und SPD 14.03.2012 Drs 15/1438

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1652-1663

Mittlg LReg 20.08.2012 Drs 15/2246

Geführung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen; Zahl und Perspektiven der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Fotovoltaik auf die Strompreise und die Leipziger Strombörse; verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften; Auswirkungen der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der damit vorgesehenen Senkung der Vergütungssätze, Frage nach den notwendigen Vergütungsregelungen zur weiteren Markteinführung der Fotovoltaik

Antr GRÜNE 02.03.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1360

ÄAntr GRÜNE und SPD 14.03.2012 Drs 15/1438

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1652-1663

Mittlg LReg 20.08.2012 Drs 15/2246

Energetische Gebäudesanierung landeseigener Liegenschaften

Steigerung der Energieeffizienz sowie des Anteils erneuerbarer Energien an der Wärmebereitstellung, Ermöglichung des Zugangs von Dachflächen landeseigener Gebäude zur Nutzung durch Fotovoltaik

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/1426

„Entsorgungskonzeption des Landes für Solar- und Windenergieanlagen in BW“

Energieausbeute aus o.g. Anlagen seit 2002; wirtschaftliche Nutzungsdauer von alten und neuen Anlagen, insbes nach Auslaufen der 20-jährigen Einspeisevergütung; Zahl und Materialmasse von ausgedienten Anlagen, Art und Anteil von wiederver-

wertbaren und gefährlichen Stoffen, Kosten von Abbau und Entsorgung; Bewertung der Anforderungen an die Umsetzung der anstehenden Novelle zur Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall-Richtlinie; Erarbeitung der o.g. Konzeption mit Vertretern aus Forschung, Industrie, Handel und Handwerk

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 15/1698

Herausforderungen durch Fotovoltaik für die Feuerwehr

Angaben über besondere Vorsichtsmaßnahmen der Feuerwehr an Gebäuden mit Fotovoltaik-Anlagen und dadurch bedingte Verzögerung der Löscharbeiten; Anzahl der aufgrund nicht entdeckter Fotovoltaik-Anlagen verletzten Feuerwehrleute seit 2007; Erwägung einer Kennzeichnungspflicht für Gebäude

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 12.09.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/2307
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 30
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2344

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Energetische Sanierung von Landesliegenschaften mittels Contracting-Verfahren

Umfang der bislang durchgeführten und künftig möglichen Sanierungen des Landes und der Kommunen im Rahmen des Projekts VIRE und von Energieeinspar-Contracting unter Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse bis zum Jahr 2020; Einschätzung der Einsparungen an CO₂-Emissionen sowie Heiz- und Stromkosten; Wirtschaftlichkeit des Einbaus von Blockheizkraftwerken sowie von solarthermischen Anlagen und Erdwärmesonden im Zuge von Contracting-Verfahren

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/2580

Regenerative Energien im Main-Tauber-Kreis

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den übrigen LKreisen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von

Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2865

Regenerative Energien im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden im Vergleich zu den übrigen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Standorte von Wasser- und Windkraftanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasserkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien in beiden Kreisen

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/3282

Förderung der Solarenergie, Bereitstellung landeseigener Dachflächen für Bürgersolaranlagen

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Förderung der Solarenergie, Bereitstellung landeseigener Dachflächen für Bürgersolaranlagen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 58 67

Angestrebter Anteil der Fotovoltaik an der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 618 622 626 628 629

Kritik an einer übermäßigen Subventionierung der Fotovoltaik, angestrebter Anteil der Fotovoltaik an der Stromerzeugung bis 2020, Unterstützung von Bürgersolaranlagen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1046 1048-1053 1055 1058

Angestrebter Anteil der Fotovoltaik an der Stromerzeugung bis 2020

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334-1337 1339 1344 1346

Installation von Fotovoltaikanlagen auf den Dächern landeseigener Gebäude

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1624 1628

Solarthermie

Sonnenkollektoren in Kugelform

Fördermöglichkeiten und Unterstützung der Weiterentwicklung und Verbreitung von Sonnenkollektoren in Kugelform in BW

KlAnfr Rosa Grünstein u.a. SPD 11.03.2014 und Antw UM
Drs 15/4912

Solarthermieanlage

s. *Solarthermie*

Soldat

Maßnahmen der LReg iRd Bundeswehrreform

Auswirkungen der anstehenden Bundeswehrreform für die betroffenen Soldaten, Zivilbeschäftigten, Kommunen und LKreise; Eintreten für den Erhalt von Standorten und Dienstposten, insbes im ländlichen Raum, sowie für eine Abfederung möglicher Standortschließungen oder -reduzierungen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/636

Unterstützung des Personalwesens der Bundeswehr durch die LReg

Unterstützung der Informationsveranstaltungen von Jugendoffizieren oder Reservisten an Schulen bzw der Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung der Bundeswehr; Zahl der als Reservisten beorderten Landesbediensteten, Unterstützung der Ableistung von Wehrübungen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1076

Zutrittsverbot für Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen?

Beurteilung der o.g. Forderung der Grünen Jugend BW bzw des Auftrags und der Bedeutung der Bundeswehr, insbes auch für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und das Konzept der politischen Bildung in Gestalt des Staatsbürgers in Uniform; Maßnahmen zur Ermutigung junger Menschen zum Dienst in den Streitkräften oder im Bundesfreiwilligendienst; Stellenwert der Themen „Bundeswehr“ bzw „Landesverteidigung“ im Schulunterricht

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1787

Landesregierung und Bundeswehr - Klarheit ist notwendig

Ankündigung einer Prüfung der Kooperationsvereinbarung des KM mit der Bundeswehr sowie einer Einbindung „privater Friedensorganisationen“ im Schulunterricht auf Drs 15/1787, Umgang mit der erneuten Forderung der Grünen Jugend nach einem Zutrittsverbot für Jugendoffiziere an den Schulen sowie mit deren Zusammenarbeit mit linksextremistisch beeinflussten Organisationen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/2557

Auswirkungen der Bundeswehrkonversion für die betroffenen Soldaten und ihre Familien

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2172 2179

Soldatenversorgung

Stellenvorbehalt nach dem Soldatenversorgungsgesetz

Vorbehalt und Nachfrage nach Stellen im Verwaltungsdienst des Landes BW für ehemalige Zeitsoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz

MdlAnfr
s. *Berufsförderung der Soldaten*
Drs 15/4915

Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

s. *Bürgerversicherung*

Solidarische Bürgerversicherung

s. *Bürgerversicherung*

Solidaritätszuschlag

Kalte Progression und Solidaritätszuschlag im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Einkommensverteilung, Belastung für kleine und mittlere Einkommen; Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der kalten Progression

KlAnfr Karl Rombach CDU 12.12.2014 und Antw MFW
Drs 15/6266

Schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Erhöhung der Freigrenzen zum 1. Januar 2016; Senkung des regulären Zuschlagsatzes auf 2,5 Prozent zum 1. Januar 2017; gänzliche Einstellung des Solidaritätszuschlags zum 1. Januar 2020

Antr FDP/DVP 26.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs
15/6555

Vorschlag einer Absenkung des Solidaritätszuschlags

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 681-683

Solidarpakt

Schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Erhöhung der Freigrenzen zum 1. Januar 2016; Senkung des regulären Zuschlagsatzes auf 2,5 Prozent zum 1. Januar 2017; gänzliche Einstellung des Solidaritätszuschlags zum 1. Januar 2020

Antr
s. *Solidaritätszuschlag*
Drs 15/6555

Solidarpakt für Deutschland

s. *Solidarpakt*

Solidarpakt mit den Hochschulen

Drohen den Hochschulen nach Auslaufen des Solidarpakts Kürzungen?

Prüfung von Einsparmöglichkeiten bei Hochschule und Wissenschaft iRd Neuverhandlungen des Solidarpakts zur Finanzierung der Übernahme des Tarifergebnisses der Angestellten im öffentlichen Dienst für die Beamten

MdlAnfr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/3315

Weiterentwicklung der Dualen Hochschule Mosbach

Vermeidung einer Einschränkung des Studienangebots an den bestehenden Standorten durch zusätzliche eigenständige Standorte; Ausschluss einer Konkurrenz der Hochschulstandorte Mosbach und Heilbronn; Unterstützung der DHBW Mosbach nach der Abspaltung des Campus Heilbronn; Kompensation der aufgrund geringerer Studierendenzahlen wegfallenden Zuweisungen; Sicherstellung einer ausreichenden Grundfinanzierung für alle DHBW-Standorte; Berücksichtigung zusätzlicher DHBW-Standorte bei den Verhandlungen über den Solidarpakt III

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach*
Drs 15/4260

Solidarpakt III mit den Hochschulen

Rahmenbedingungen und Ausgestaltung des Solidarpakts III mit den Hochschulen des Landes, insbes Berücksichtigung wachsender Studentenzahlen und verstärkter Ausschreibung von Forschungsprojekten der EU sowie enge Einbindung des Landtags als Haushaltsgesetzgeber

Antr

s. *Hochschulfinanzierung*

Drs 15/4291

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/4523

Stärkung der Finanzautonomie der Bundesländer

Vorbereitung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern; Haltung der LReg zu verschiedenen Vorschlägen, insbes zu einer Stärkung der Finanzautonomie der Länder; Zuschlagsrechte zur Einkommensteuer für die Länder; zentrale Themen einer Neuordnung; Reform des Länderfinanzausgleichs; Nachfolgeregelung für den Solidarpakt; Evaluation der Ergebnisse der Föderalismuskommission; Vorschläge des im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion der Länder BW, Bayern und Hessen von Lars P. Feld, Hanno Kube und Jan Schnellenbach erstellten Gutachtens „Optionen für eine Reform des bundesdeutschen Finanzausgleichs“

Antr

s. *Finanzverfassung*

Drs 15/4635

Innovations- und Qualitätsfonds

Umsetzung und Bewertung des iRd Solidarpakts II eingerichteten Instruments des Innovations- und Qualitätsfonds (IQF) für die Hochschulen in BW, insbes durchgeführte Maßnahmen, Bedarf und Zukunftspläne

KlAnfr

s. *Hochschule*

Drs 15/5178

Sanierungen im Hochschulbau

Kostenschätzung der in den nächsten zehn Jahren anstehenden Sanierungsmaßnahmen; Kriterien der Priorisierung der Maßnahmen; Höhe der im nächsten Doppelhaushalt vorgesehenen Mittel; Finanzierungskonzept für die Sanierung von Hochschulgebäuden; Finanzierung der seit 2009 durchgeführten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen; Verwendung von Mitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes sowie dem Landesinfrastrukturprogramm; Nutzung hochschulinterner Pools gemäß den Vorgaben des Solidarpakts II

Antr

s. *Hochschulbau*

Drs 15/5316

Solidarpaktverhandlungen und Verwendung der frei werdenden Mittel durch Entlastungen und Zuweisungen des Bundes

Zeitplan der Solidarpaktverhandlungen mit den Hochschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen; Auswirkungen einer Überführung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung; Höhe und Verwendung frei werdender Mittel durch Entlastungen und Zuweisungen des Bundes

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 25.06.2014 und Stellungnahme

MWK Drs 15/5366

Wann ist Schluss mit dem durchsichtigen Land-Bund-Pingpongspiel bei den Solidarpaktverhandlungen mit den Hochschulen

Aktuelle Debatte

s. *Hochschulfinanzierung*

PIPr 15/102 S. 6075

Verhandlungen über den Solidarpakt III

Mittelfestlegung zur Verbesserung der Grundfinanzierung und rechtzeitige Verabschiedung des Solidarpakts III

MdLANfr 4) Sabine Kurtz CDU 10.07.2014 Drs 15/5396

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6329 (zurückgezogen)

Solidarpakt Sport

s. *Sport*

Solidarzuschlag

s. *Solidaritätszuschlag*

Sommerferien

s. *Ferien*

Sommerschule*Sommerschulen in BW*

Bewertung des o.g. pädagogischen Modells und Angebots, Einbeziehung der Eltern und von außerschulischen Partnern, Ausbau auf der Grundlage der Evaluation, Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen, Ausweitung auf alle Schularten sowie auf die Oster- und Herbstferien?

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.07.2011 und Stellungnahme

KM Drs 15/260

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1646 S. 11

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Haben die Sommerschulen bzw die schulischen Förderangebote in den Ferien noch eine Zukunft in BW?

Situation und künftige Planungen für die Sommerschulen bzw die schulischen Förderangebote in den Ferien in BW, insbes Folgen der Sparmaßnahmen, Aufrechterhaltung des Angebots dieser Schulangebote in den Ferien und ausreichend Mittelbereitstellung durch die LReg

Antr

s. *Förderunterricht*

Drs 15/3920

Sommerschulen in Karlsruhe

Beurteilung der Sommerschulen und ähnlicher Programme zur Vorbereitung von Kindern auf das kommende Schuljahr; Förder-

angebote an Karlsruher Schulen während der Ferienzeiten; Zahl der geförderten Kinder; Perspektive des Förderunterrichts

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4020

Verweisung auf die Sommerkollegs während den Sommerferien zur Qualifizierung von schwächeren Hauptschulabgängern für eine Ausbildung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 165 166

Erfolgsbewertung der Sommerschulen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 330 334

Sommerzeit

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitemstellung in Mitteleuropa und ihre Abschaffung

Volkswirtschaftliche Kosten der Zeitemstellung in BW, Deutschland und Europa; Nutzen der Zeitemstellung; Auswirkungen der Zeitemstellung auf Menschen, Tiere, Umwelt und Wirtschaft; Begründung des Festhaltens an der Zeitemstellung; erforderliches Verfahren zur Abschaffung der Sommerzeit; Engagement für eine Abschaffung der Zeitemstellung in Mitteleuropa

Antr FDP/DVP 04.12.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4436

Sonderabfall

Recycling von öl- und kühlenschmierstoffhaltigen Metallspänen

Hintergründe der Einstufung emulsions- und ölbehafteter Metallspäne als „gefährlichen Abfall“ und Konsequenzen für Entsorgung und Recycling

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 23.02.2015 und Antw UM Drs 15/6506

Sonderabfallagentur BW

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2006 des RH zur LHR von BW für das Hj 2004 - Beitrag Nr. 11: Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Prüfung einer weiteren Reduzierung der Mietfläche der Sonderabfallagentur BW

Mittlg LReg 09.05.2012 Drs 15/1670
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.06.2012 Drs 15/1815
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Sonderabgabe

Drohender Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Härtereien infolge einer Belastung durch die Erneuerbare-Energien-Gesetz(EEG)-Umlage

Anzahl der im vergangenen Jahr von der EEG-Umlage teilweise befreiten Härtereien; Zahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer; Folgen einer Belastung der Unternehmen durch die EEG-Umlage; Einführung einer Härtefallregelung für die Härtereibranche

KlAnfr
s. *Metallindustrie*
Drs 15/5119

Sonderausschuss

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“, Siebtes Handlungsfeld: Vorgezogene Evaluierung zur Umsetzung des neuen Waffenrechts im Land

Mittlg LReg 19.09.2011 Drs 15/517 (20 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2011 Drs 15/562
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Vollzug des Staatshaushaltsplans für 2012; hier: Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Antr LReg 27.04.2012 Drs 15/1625
PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/1642
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Gewaltprävention, insbes Stellenerhöhung und Qualifizierungskonzept für Beratungslehrkräfte, Gewaltpräventionsberater und Schulpsychologen, Einrichtung des „Schulpsychologischen Kompetenzzentrums“, Ausbau des Anti-Gewalt-Programms nach Dan Olweus an den Schulen

Antr CDU 25.06.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1946 (10 S.)
PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3438-3445

Umsetzung der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“

Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Grundschullehrer; Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Schulpsychologen; Einrichtung neuer Stellen für Gewaltpräventionsberater; Fortbildung der Lehrer in Gewaltprävention und im direkten Umgang mit Gewalttätern; Beratung der Schulen im Hinblick auf sicherheitstechnische Maßnahmen durch die Polizei; Zahl der seit 1. Januar 2011 an Schulen bzw im schulischen Umfeld gegen Lehrer, Schüler und andere Personen verübten Straftaten

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/6347

Sonderbehörde

s. *Behörde*

Sonderberufsschule

s. *Berufsförderschule*

Sondereinheit (Polizei)

s. *Polizeiliche Sondereinheit*

Sonderkindergarten*Abschaffung der Sonderkindergärten*

Frage nach der künftigen Unterstützung von Kindern mit unterschiedlichen Behinderungen im Kindergarten

MdlAnfr 8) Georg Wacker CDU 18.07.2011 Drs 15/257

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 397

Sonderkultur

s. Pflanze

Sonderlandeplatz

s. Landeplatz

Sondermüll

s. Sonderabfall

Sonderpädagogik

s.a. Logopäde

s.a. Sonderkindergarten

Der baden-württembergische Weg zum Ausbau inklusiver Bildungsangebote setzt auf Qualität und individuelle Lösungen

Heranziehung der in den Erprobungsregionen gewonnenen Erfahrungen für eine landesweite Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern an den Regelschulen, Eignung der „Bildungswegekonzferenz“ als Steuerungsinstrument für die Schulverwaltung, Weiterentwicklung der Sonderschulen zu „Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren“, Qualifikation der Lehrkräfte an den Regelschulen, Zeitperspektive für das Gesetzgebungsverfahren zur inklusiven Beschulung

Antr

s. Inklusion

Drs 15/258

Standortauflösung der Fakultät für Sonderpädagogik Reutlingen

Auswirkungen einer Verlagerung der Fakultät nach Ludwigsburg, insbes für die Vermittlung von sonder- und inklusionspädagogischen Grundkompetenzen, die Kooperation mit klinischen und erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen der Universität Tübingen, für die außerschulische Behindertenhilfe und Benachteiligtenförderung in Südwürttemberg, die Studierenden und Mitarbeiter; Darstellung der Kosten und finanziellen Folgen der Standortverlagerung; Abmilderung der sozialen Härten für die Mitarbeiter

Antr Dieter Hillebrand u.a. CDU 20.04.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1588

BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 28 29

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Außenklassen von Sonderschulen

Entwicklung der Zahl von Außenklassen und Schülern sowie der eingesetzten Ressourcen seit 2007; Bewertung des Beitrags zur Inklusion und der sonderpädagogischen Förderung; Akzeptanz der Außenklassen bei den behinderten Schülern, ihren Eltern und den Sonderpädagogen; Darstellung der Entwicklungsperspektiven für die Einrichtung von Außenklassen und für eine stärkere Einbeziehung der behinderten Kinder in das Zusammenleben in der Regelschule

Antr

s. Außenklasse

Drs 15/2154

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Entwicklung des sonderpädagogischen Förderbedarfs und des Anteils inklusiven Unterrichts bis zum Schuljahr 2015/16

GrAnfr

s. Bildungspolitik

Drs 15/2402

Berlin als Vorbild für BW? - Geplante Änderungen in der Lehrerausbildung

Bewertung der Vorschläge der Expertenkommission „Ausbildung von Lehrkräften in Berlin“ zur Einrichtung eines gemeinsamen Lehramtsstudiengangs für Sekundarschulen und Gymnasien, der Abschaffung des eigenständigen Studiengangs „Lehramt Sonderpädagogik“ und der Einrichtung einer „School of Education“; möglicher Modellcharakter der Berliner Vorschläge für die Arbeit der von der LReg eingerichteten „Expertenkommission Lehrerbildung“

Antr

s. Lehrerbildung

Drs 15/2800

Unterstützende Hilfen an Sonderschulen

Situation, Statistiken und Entwicklung der Sonderschulen, insbes unterstützende Hilfen für kranke und behinderte Schüler außerhalb des Unterrichts

Antr

s. Sonderschule

Drs 15/3159

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerausbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerausbildung zur Schaffung eines gemeinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr

s. Lehrerbildung

Drs 15/3322

Kosten der Inklusion an Schulen

Teilnahme von Schülern mit Behinderung am integrativen Unterricht; Anzahl der Schüler in den vergangenen fünf Jahren; voraussichtliche Schülerzahl bei Erreichung der Endstufe des Inklusionsprozesses im Jahr 2018; Anzahl der durchschnittlich pro Schüler veranschlagten sonderpädagogischen Wochenstunden; darüber hinausgehender Bedarf an einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsangebot z.B. für seelisch beeinträchtigte Schüler; Höhe der pro behindertem Kind für den gemeinsamen Unterricht veranschlagten Kosten; Kostenträger auf Landes- und Bundesebene; Verteilung der Sach- und Personalmittel; Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans

Antr

s. Inklusion

Drs 15/4268

Inklusion von Kindern mit Autismus-Spektrum-Störungen

Gründe für bisherigen Verzicht auf einen sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Autismus“; Maßnahmen zur evidenzbasierten Förderung von Kindern mit Autismus in Schulen; Hilfen für Schulen bei der Aufnahme autistischer Kinder und Qualitätssicherung schulischer Förderangebote

Antr
s. *Autismus*
Drs 15/4916

Umsetzung der Inklusion in den Kommunen

Bewertung eines Positionspapiers von Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung der Inklusion in den Kommunen und sich daraus ergebende Konsequenzen, insbes die komplette Überführung von sonderschulischen Einrichtungen in Regelschulen und Umwandlung in Förderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren; Mittelbereitstellung für Zusatzkosten der Kommunen; Planungen zur Rücknahme der Inklusion an Regelschulen in Bremen

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/4942

Verortung von Sonderpädagogen im Zuge der Inklusion

Dienstrechtliche Verortung der Sonderpädagogen; Sicherstellung eines bedarfsorientierten Einsatzes sonderpädagogischer Lehrkräfte an den Regelschulen; Zusammenarbeit mit privaten Förderschulen; Auswirkungen auf die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Sicherung der Fortbildung und des fachlichen Austauschs

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 10.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5066

Wird die Gemeinschaftsschule ihrem Auftrag als Inklusionsschule gerecht?

Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Gemeinschaftsschulen; Angebot einer besonderen Unterstützung für diese Schüler; Barrierefreiheit der Schulgebäude; Einrichtung von Lerngruppen; Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung an Gemeinschaftsschulen; Fortbildung von Lehrern in der Methode des inklusiven Unterrichts; Grundkonzeption für eine gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Abweisung von Schülern mit Behinderungen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5322

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schullart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/5437

Gefährdet eine Verortung der Sonderschullehrkräfte an den Regelschulen die Qualität?

Rolle der Sonderschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Aufbau eines inklusiven Bildungssystems; dienstrechtliche Verortung von Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen; Sicherung der Fachkompetenz der an Gemeinschaftsschulen tätigen sonderpädagogischen Lehrkräfte; Erläuterung der Begriffe „Schulen mit sonderpädagogischer Fachrichtungsexpertise“ und „Einrichtung mit sonderpädagogischen Handlungsfeldern“

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 15/5590

Ausbau der Studienplätze im Bereich der Sonderschulpädagogik

Sachstand zum Bereich Sonderschulpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen und Hochschulen Baden-Württembergs, insbes vorhandene und geplante Studienplätze, vorhandene und geplante Personalstellen und Haushaltsmittel für diesen Bereich, aktuelle und geplante Ausbildungs- und Vorlesungsinhalte; Angebot an Praktikumsplätzen; Vergleich der individuellen Fördermöglichkeiten für Schüler mit Förderbedarf im inklusiven Unterricht und an Sonderschulen; Möglichkeit für Schüler mit Förderbedarf zum weiteren Schulbesuch nach Abschluss der Pflichtschuljahre

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 17.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6286

Sonderschule

s.a. *Außenklasse*
s.a. *Sonderschullehrer*

Der baden-württembergische Weg zum Ausbau inklusiver Bildungsangebote setzt auf Qualität und individuelle Lösungen

Heranziehung der in den Erprobungsregionen gewonnenen Erfahrungen für eine landesweite Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern an den Regelschulen, Eignung der „Bildungswegekonferenz“ als Steuerungsinstrument für die Schulverwaltung, Weiterentwicklung der Sonderschulen zu „Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren“, Qualifikation der Lehrkräfte an den Regelschulen, Zeitperspektive für das Gesetzgebungsverfahren zur inklusiven Beschulung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/258

Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an Förderschulen in Metzingen und Bad Urach

Unterrichtsausfall an der Wilhelmschule Bad Urach und der Seyboldschule Metzingen bedingt durch Krankheit oder Mutterschutz von Lehrkräften; Gründe und Abhilfemaßnahmen für das Fehlen von Klassenlehrern in den Eingangsklassen beider Schulen

KIAnfr Andreas Glück FDP/DVP 16.05.2012 und Antw KM Drs 15/1724

Außenklassen von Sonderschulen

Entwicklung der Zahl von Außenklassen und Schülern sowie der eingesetzten Ressourcen seit 2007; Bewertung des Beitrags zur Inklusion und der sonderpädagogischen Förderung; Akzeptanz der Außenklassen bei den behinderten Schülern, ihren Eltern und den Sonderpädagogen; Darstellung der Entwicklungsperspektiven für die Einrichtung von Außenklassen und für eine stärkere

Einbeziehung der behinderten Kinder in das Zusammenleben in der Regelschule

Antr
s. *Außenklasse*
Drs 15/2154

Situation und Perspektiven der Schulen für Erziehungshilfe

Aufgaben, Zielgruppen, Standorte, Verweildauer und Schülerzahlen der o.g. Schulen seit 2002; personelle und sächliche Ausstattung; Planung von Änderungen und Erweiterungen, insbes im Hinblick auf die Inklusion im Bildungswesen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 13.08.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/2231
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3398
S. 22 23
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Unterstützende Hilfen an Sonderschulen

Situation, Statistiken und Entwicklung der Sonderschulen, insbes unterstützende Hilfen für kranke und behinderte Schüler außerhalb des Unterrichts

Antr Sabine Wölfe u.a. SPD 04.03.2013 und Stellungnahme
KM Drs 15/3159
BeschlEmpf und Bericht SoZA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 71
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Tätigkeitsbereich der Fachlehrer/Fachlehrerinnen und Technischen Lehrer/Lehrerinnen im Wandel

Veränderungen in der Tätigkeitszuordnung und Aufgabenteilung von Sonderschullehrern und Fachlehrern bzw Technischen Lehrern an den Schulen für Geistig- und Körperbehinderte; Trennung von Unterricht und „pflegerischen Aufgaben“; Angleichung von Arbeitszeit und Besoldung; Entwicklung der Beförderungsstellen

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/3537

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/723 betr. Eingruppierung einer Fachlehrerin für Sonderschulen

Petitionen
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4039

Berufliche Schulen und Sonderschulen im LKreis Karlsruhe in Ettlingen, Bretten und Bruchsal

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen und Sonderschulen im LKreis Karlsruhe, insbes Zahl der Fehlstunden und Ausfälle an Lehrerwochenstunden, benötigte Sonderpädagogik-Lehrerwochenstunden, Schließung von Kleinklassen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/4904

Umsetzung der Inklusion in den Kommunen

Bewertung eines Positionspapiers von Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung der Inklusion in den Kommunen und sich daraus ergebende Konsequenzen, insbes die komplette Überführung von sonderschulischen Einrichtungen in Regelschulen und Umwandlung in Förderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren; Mittelbereitstellung für Zusatzkosten der Kommunen; Planungen zur Rücknahme der Inklusion an Regelschulen in Bre-

men

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/4942

Novellierung des Schulgesetzes

-*Ganztagsschule an Grundschulen und Grundstufen der Förderschulen*

-*Paritätische Besetzung der Schulkonferenz*

-*Neuordnung des Schulleiterbesetzungsverfahrens*

Verankerung der Ganztagsschule an Grundschulen sowie der Grundstufen der Förderschulen; Anpassung der bisherigen Regelungen für die mit einer Gemeinschaftsschule verbundenen Grundschulen; Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für Betreuung und Aufsichtsführung während der Mittagspause; Neuregelung der Zusammensetzung der Schulkonferenz, des Schulleiterbesetzungsverfahrens, der Profilbeschreibung des Berufskollegs und der Berufsschulpflicht; Klarstellung zur Versorgungsberechtigung nach § 104 SchG; Anpassung von § 106 SchG; Anpassung der Sachkostenzuschüsse für private Heimsonderschulen

GesEntw
s. *Schulrecht*
Drs 15/5259

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schulart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr Paul Locherer u.a. CDU 04.07.2014 und Stellungnahme
KM Drs 15/5437

Unterrichtsversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Kontingent und Einsatz von Krankheitsvertretungslehrern in den Schulen im LKreis Heilbronn; eingestellte Junglehrer; Abdeckung des Stundenkontingents in Vorbereitungsklassen; Lehrerkontingent an Sonderschulen

KlAnfr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/5784

Werden die Sonderschullehrer an den Sonderschulen abgezogen?

Entwicklung der Anzahl der Stellen für Sonderschullehrer an Sonderschulen, insbes Neueinstellungen, Wiederbesetzungen, Übertragungen der Deputate an Regelschulen; Entwicklung der Schülerzahl an Sonderschulen, Abweisungen von Schülern mit diagnostiziertem Förderbedarf an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 15/5884

Ausbau der Studienplätze im Bereich der Sonderschulpädagogik

Sachstand zum Bereich Sonderschulpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen und Hochschulen Baden-Württembergs, insbes vorhandene und geplante Studienplätze, vorhandene und geplante Personalstellen und Haushaltsmittel für diesen Bereich, aktuelle und geplante Ausbildungs- und Vorlesungsinhalte; An-

gebot an Praktikumsplätzen; Vergleich der individuellen Fördermöglichkeiten für Schüler mit Förderbedarf im inklusiven Unterricht und an Sonderschulen; Möglichkeit für Schüler mit Förderbedarf zum weiteren Schulbesuch nach Abschluss der Pflichtschuljahre

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/6286

Vergisst das Kultusministerium die privaten Sonderschulen bei der Inklusion?

Berücksichtigung der Erfahrung der Privatschulen bei der Ausarbeitung des inklusiven Bildungsangebots; Einbeziehung der privaten Schulen in die regionale Schulentwicklung; schulgesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung privater Förderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Berücksichtigung der Angebote privater Sonderschulen bei den Schulangebotsplanungen; Angleichung der Privatschulbauverordnung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6559

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vorschriften

Aufhebung der Pflicht zum Besuch der Sonderschule für Schüler mit einem festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot; Stärkung des Elternwahlrechts im Hinblick auf den schulischen Lernort; Bestimmung der Inklusion als pädagogische Aufgabe aller Schulen; Aufnahme des zieldifferenten Unterrichts an allgemeinen Schulen ins Schulgesetz; Stärkung der Steuerungsfunktion der Schulverwaltung bei der Organisation inklusiver Bildungsangebote; Weiterentwicklung der Sonderschulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren auch für Kinder ohne Behinderungen; Anpassung der Zuschüsse an die Privatschulen mit inklusiven Bildungsangeboten

GesEntw
s. *Inklusion*
Drs 15/6963

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW (Gesetz zur Weiterentwicklung der Realschule, Bildungspläne 2016 und Ganztagsgrundschule)

Weiterentwicklung des Auftrags der Realschule; Schaffung einer Strukturierung der Bildungspläne nach Niveaustufen und Anpassung der Rechtsgrundlage für die Schulbuchzulassung; Ermöglichung der sukzessiven Einrichtung von Ganztagschulen in der Wahlform an Grundschulen sowie den Grundstufen der Förderschulen

GesEntw
s. *Schulgesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/7134

Sonderschule für Kranke

s. *Schule für Kranke*

Sonderschullehrer

Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an Förderschulen in Metzingen und Bad Urach

Unterrichtsausfall an der Wilhelmschule Bad Urach und der Seyboldschule Metzingen bedingt durch Krankheit oder Mutterschutz von Lehrkräften; Gründe und Abhilfemaßnahmen für das

Fehlen von Klassenlehrern in den Eingangsklassen beider Schulen

KlAnfr
s. *Sonderschule*
Drs 15/1724

Außenklassen von Sonderschulen

Entwicklung der Zahl von Außenklassen und Schülern sowie der eingesetzten Ressourcen seit 2007; Bewertung des Beitrags zur Inklusion und der sonderpädagogischen Förderung; Akzeptanz der Außenklassen bei den behinderten Schülern, ihren Eltern und den Sonderpädagogen; Darstellung der Entwicklungsperspektiven für die Einrichtung von Außenklassen und für eine stärkere Einbeziehung der behinderten Kinder in das Zusammenleben in der Regelschule

Antr
s. *Außenklasse*
Drs 15/2154

Tätigkeitsbereich der Fachlehrer/Fachlehrerinnen und Technischen Lehrer/Lehrerinnen im Wandel

Veränderungen in der Tätigkeitszuordnung und Aufgabenteilung von Sonderschullehrern und Fachlehrern bzw Technischen Lehrern an den Schulen für Geistig- und Körperbehinderte; Trennung von Unterricht und „pflegerischen Aufgaben“; Angleichung von Arbeitszeit und Besoldung; Entwicklung der Beförderungsstellen

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/3537

Verortung von Sonderpädagogen im Zuge der Inklusion

Dienstrechtliche Verortung der Sonderpädagogen; Sicherstellung eines bedarfsorientierten Einsatzes sonderpädagogischer Lehrkräfte an den Regelschulen; Zusammenarbeit mit privaten Förderschulen; Auswirkungen auf die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; Sicherung der Fortbildung und des fachlichen Austauschs

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 15/5066

Inklusion an Sonderschulen in BW

Künftige Ausgestaltung der Sonderschulen; Auswirkungen des inklusiven Unterrichts auf diese Schulart; Berücksichtigung des individuellen Förderbedarfs der Schulkinder sowie des Elternwunsches nach einer Unterrichtung ihres Kindes in einer Sonderschule; Einsatz von Sonderpädagogen; Vereinbarkeit der inklusiven Beschulung mit dem Fachlehrerprinzip oder dem Klassenlehrerprinzip; Klassenteiler bei der Inklusion von Schülern mit Behinderung; Erhalt und Ausbau der Sonderpädagogik; Verschiebung der Abschaffung der Sonderschulpflicht

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 15/5437

Gefährdet eine Verortung der Sonderschullehrkräfte an den Regelschulen die Qualität?

Rolle der Sonderschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Aufbau eines inklusiven Bildungssystems; dienstrechtliche Verortung von Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen; Sicherung der Fachkompetenz der an Gemeinschaftsschulen tätigen sonderpädagogischen Lehrkräfte; Erläuterung der Begriffe „Schulen mit sonderpädagogischer

Fachrichtungsexpertise“ und „Einrichtung mit sonderpädagogischen Handlungsfeldern“

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 05.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5590

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 12 13

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Umsetzung der grün-roten Inklusionspläne - wie geht es weiter?

Bereitstellung zusätzlicher Deputate zur Ermöglichung des Zugewinns einer zweiten Lehrkraft im Unterricht; Einstellung zusätzlicher Sonderpädagogen; Fortbildung der Lehrkräfte; Konkretisierung der sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Verwirklichung der Inklusion an den Schulen; Anforderungen an die Schulgebäude und deren Ausstattung; Anpassung der Schulbauförderrichtlinien; Auswirkungen auf die Sachkostenbeitragsgewährung und sonstige Ausgleichszahlungen an die Kommunen; Organisation und Finanzierung einer inklusionsgerechten Schülerbetreuung in Halb- und Ganztagschulen; Veränderungen bei der Schülerbeförderung

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/5642

Ist die Gemeinschaftsschule eine geeignete Inklusionsschule?

Festsetzung der Gemeinschaftsschule als Schwerpunktschule für Inklusion; aktueller Umfang des inklusiven Unterrichts an Gemeinschaftsschulen; Umfang des gemeinsamen Lernens in Lerngruppen; Einbeziehung von Schülern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in das selbstorganisierte Lernen; Anzahl der an den einzelnen Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Verortung der überhäufig an Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Rechtsanspruch auf Aufnahme an einer Gemeinschaftsschule; Ausarbeitung und Umsetzung des inklusiven Bildungsangebots

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/5643

Werden die Sonderschullehrer an den Sonderschulen abgezogen?

Entwicklung der Anzahl der Stellen für Sonderschullehrer an Sonderschulen, insbes Neueinstellungen, Wiederbesetzungen, Übertragungen der Deputate an Regelschulen; Entwicklung der Schülerzahl an Sonderschulen, Abweisungen von Schülern mit diagnostiziertem Förderbedarf an Gemeinschaftsschulen

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 15.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5884

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.04.2015 Drs 15/7352 S. 22 23

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6339

Bereitstellung zusätzlicher Deputate für Sonderpädagogen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1020 1022-1024

Sonderurlaub

s. *Freistellung von der Arbeit*

Sonn- und Feiertage

Sonntagsöffnung von Videotheken und Automatenvideotheken in BW

Vergleich zur rechtlichen Regelung der Sonntagsöffnung in anderen Bundesländern sowie im benachbarten Ausland; Auslegung der Formulierung „werktägliche Betriebsamkeit“; Aufforderung, das Sonn- und Feiertagsrecht so anzupassen, dass der Betrieb von Automatenvideotheken zulässig ist; Prüfung, inwieweit die Vergleichbarkeit mit Kinos, Gaststätten, Bankautomaten, Bäckereien, Bibliotheken, Fitnessstudios etc eine Sonntagsöffnung für herkömmliche Videotheken erlaubt

Antr

s. *Ladenöffnungszeit*

Drs 15/502

Schreiben des BVerfG vom 19.04.2012, Az.: 1 BvR 458/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Untersagung einer Veranstaltung am Karfreitag nach Art 3 Abs 2 des bayerischen Feiertagsgesetzes

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1971

BeschlEmpf und Bericht StändA 21.06.2012 Drs 15/1855

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

EU-Arbeitszeitrichtlinie

Bewertung einer Regelung von Arbeitszeitbestimmungen auf europäischer Ebene, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber; Stand der Überarbeitung o.g. Richtlinie, Eintreten für einen europaweit arbeitsfreien Sonntag; Bewertung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit nach dem vom Europäischen Gerichtshof entwickelten Grundsatz

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 15/1839

Genehmigung örtlicher Leistungsschauen an Sonn- und Feiertagen

Bedeutung von Leistungs- und Gewerbeschauen für die lokale und regionale Wirtschaft und mögliche Änderung der Genehmigungspraxis an Sonn- und Feiertagen

MdlAnfr

s. *Messe (Ausstellung)*

Drs 15/4915

Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes

Einmalige Erhebung des Reformationstags am 31. Oktober 2017 zum gesetzlichen Feiertag aus Anlass des 500. Reformationsjubiläums

GesEntw

s. *Reformation*

Drs 15/5718

Änderung des Feiertagsgesetzes (FTG)

GesEntw

s. *Feiertagsgesetz*

Drs 15/7486

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Definition von Zielen und Aufgaben des Landes hinsichtlich der interkulturellen Öffnung; Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund bei Unterbringung und Strafvollzug; Stärkung der Integrationsstrukturen auf kommunaler Ebene und Landesebene; Angemessene Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Gremien; Unterstützung von Eltern mit Migrationshintergrund bei der Wahrnehmung ihrer Elternrechte an Schulen; Werbung für Studienaufnahme bei unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen; Förderung der Integration ausländischer Studierender; Freistellungsmöglichkeit für muslimische und alevitische Beschäftigte zur Begehung ihrer wichtigsten religiösen Feiertage

GesEntw

s. *Chancengleichheit*

Drs 15/7555

Sonn- und Feiertagsrecht

s. *Sonn- und Feiertage*

Sonnenenergie

s. *Erneuerbare Energie*

Sonnenkollektor

s. *Solarthermie*

Sonntag

s. *Sonn- und Feiertage*

Sonntagsarbeit

s. *Wochenendarbeit*

Sorgerecht

s. *Elterliche Sorge*

Sozialamt

s. *Sozialverwaltung*

Sozialarbeit

s.a. *Jugendarbeit*

s.a. *Jugendleiter*

s.a. *Sozialverhalten*

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 15/157

Haushalt 2012; Epl 09

Kürzung der Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1109-4 S. 34 35

ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1209-4 S. 7 8

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Jugendsozialarbeit an Schulen in freier Trägerschaft

Gründe für den Ausschluss der o.g. Schulen von der Förderung der Jugendsozialarbeit; Prüfung einer Aufnahme in den Kreis der Begünstigten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 16.07.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2104

BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 71 72

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Fortschreibung des „Bündnisses für die Jugend“, Höhe der bereitgestellten Mittel, Anteil der Verwendung für Projekte sowie für Verwaltungsstrukturen bei Verbänden und Organisationen, Eruierung neuer Zielgruppen und Themen, enge Kooperation mit der Jugendsozialarbeit und Schule; Erarbeitung eines „Zukunftspans Jugend“ und Verankerung im Landesjugendplan

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 15/2177

Der Ausbau der Schulsozialarbeit sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit

Höhe der jährlich für Schulsozialarbeit bereitgestellten Mittel; Stadt- und Landkreise, die sich die Kofinanzierung des Landes (Drittelfinanzierung) zunutze machen; Stellenentwicklung in den Stadt- und Landkreisen seit der Beteiligung des Landes an der Finanzierung; geförderte Schularten; Aufgabenfelder der Schulsozialarbeit

Antr SPD 15.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3787

Gewaltprävention und Wirksamkeit der Fanprojekte

Bestand und Bedarf an Fanprojekten in BW; Aufgabenfelder; präventive Wirkung von Fanprojekten; Arbeit des Fanprojekts in Mannheim/Ludwigshafen; Förderung von Fanprojekten durch das Land; bisherige Erfahrungen mit dem Sicherheitskonzept der Deutschen Fußball Liga (DFL); Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kommunen, Fanprojekten und Polizei; Strafverfolgung der Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels Offenbacher Kickers und SV Waldhof Mannheim am 25. August 2013; Gewaltprävention im Amateurbereich

Antr

s. *Gewaltprävention*

Drs 15/3990

Schulsozialarbeit im LKreis Konstanz

Angebot der Schulsozialarbeit im LKreis Konstanz, insbes Zahl der Stellen(-anteile) mit Vergleich zu anderen Stadt- und LKreisen, profitierende Schularten, Akzeptanz der konkreten Angebote

KIAnfr Hans-Peter Storz SPD 23.09.2013 und Antw SM Drs 15/4072

Schulsozialarbeit im LKreis Esslingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr Andrea Lindlohr GRÜNE 25.09.2013 und Antw SM Drs 15/4082

Schulsozialarbeit im LKreis Tübingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE 12.12.2013 und Antw SM Drs 15/4491

Schulsozialarbeit im Ortenaukreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr Sandra Boser GRÜNE 21.01.2014 und Antw SM Drs 15/4637

1000 Stellen für die Schulsozialarbeit - mehr Bildungsgerechtigkeit an unseren baden-württembergischen Schulen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5276-5284

Schulsozialarbeit in BW

Stellenschaffungen und Fördermittel für die Schulsozialarbeit in den Stadt- und LKreisen

Antr Manfred Lucha u.a. GRÜNE und Rainer Hinderer u.a. SPD 27.02.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4865 (51 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 28.05.2014 Drs 15/5743 S. 26 27

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE 07.03.2014 und Antw SM Drs 15/4905

Schulsozialarbeit im LKreis Schwäbisch Hall

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis und im Landesvergleich

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 23.07.2014 und Antw SM Drs 15/5534

Schulsozialarbeit im LKreis Sigmaringen

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis Sigmaringen und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis Sigmaringen und im Landesvergleich

KlAnfr Klaus Burger CDU 05.09.2014 und Antw SM Drs 15/5696

Schulsozialarbeit im Wahlkreis 33

Anzahl der Schulsozialarbeiter im Wahlkreis 33 und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den Wahlkreis 33 und im Landesvergleich

KlAnfr Tobias Wald CDU 13.02.2015 und Antw SM Drs 15/6486

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreis Ludwigsburg

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den LKreis Ludwigsburg, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Hochschulfinanzierung

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/6732

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den Stadtkreis Mannheim

Auswirkungen der bildungspolitischen Maßnahmen der LReg auf den Stadtkreis Mannheim, insbes Statistiken zu Kinderbetreuung, Schülerzahlen an Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit

KlAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/7073

Präventionsarbeit gegen den Alkoholkonsum von Jugendlichen, Einsatz von Streetworkern in den Szenetreffs

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 211-214 216

Mittelbereitstellung für den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 911 912

Etatisierung der notwendigen Mittel für den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit, Bezeichnung der Schulsozialarbeit als kommunale Aufgabe

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 962-967 970 972 977

Mittelbereitstellung für den Wiedereinstieg in die Förderung der Schulsozialarbeit

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Mittelbereitstellung für den Wiedereinstieg in die Förderung der Schulsozialarbeit

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1115

Mittelbereitstellung für den Wiedereinstieg in die Förderung der Schulsozialarbeit

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190

Mittelbereitstellung für den Wiedereinstieg in die Förderung der Schulsozialarbeit

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1376 1378 1382 1383 1396 1443 1444

Mittelbereitstellung für den Wiedereinstieg in die Förderung der Schulsozialarbeit

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1827 1829

Sozialarbeiter*Schulsozialarbeit im LKreis Esslingen*

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4082

Schulsozialarbeit im LKreis Tübingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4491

Schulsozialarbeit im Ortenaukreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4637

Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4905

Schulsozialarbeit im LKreis Schwäbisch Hall

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/5534

Schulsozialarbeit im LKreis Sigmaringen

Anzahl der Schulsozialarbeiter im LKreis Sigmaringen und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den LKreis Sigmaringen und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/5696

Schulsozialarbeit im Wahlkreis 33

Anzahl der Schulsozialarbeiter im Wahlkreis 33 und Entwicklung der Stellenzahl seit 2011; Inanspruchnahme von Landesfördermitteln durch die Schulträger seit 2011 für den Wahlkreis 33 und im Landesvergleich

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/6486

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7855

Sozialbehörde

s. *Sozialverwaltung*

Sozialbeitrag von Studenten

s. *Semesterbeitrag*

Sozialberuf*Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen in BW im Vergleich*

Entwicklung des Mädchen- und Jungenanteils an den Sonder-, Förder- und Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen während der letzten 20 Jahre; Entwicklung der Schulabbrecherquote; Auswirkungen einer stark weiblich geprägten Erziehung auf die Entwicklung von Jungen; Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen bei der Bildungsplanreform 2015; Förderung des Interesses von Männern an sozialen Berufen

Antr
s. *Erziehung*
Drs 15/5084

Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)

Bedeutung und Fördermaßnahmen für das Freiwillige Soziale Jahr; Zahlenentwicklung und Situation der Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr, insbes Tätigkeiten und Einsatzgebiete, anschließende Berufswahl im Sozialbereich

Antr
s. *Freiwilligendienst*
Drs 15/5146

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Aufrechterhaltung der Bewertung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als radikal, nationalistisch und antidemokratisch durch Ministerin Öney? Vereinbarkeit mit den o.g. Wahlkampfauftritten bei dem den „Grauen Wölfen“ zuzurechnenden Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen; Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD mit entsprechenden Vereinen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 08.12.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/982

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 28.03.2012 Drs 15/1821 S. 64

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr

s. *Ausländerorganisation*

Drs 15/1130

Informationspolitik des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Unterrichtung der Abgeordneten über die Städtebauförderung im laufenden Jahr; Verdacht der Vorabinformation der SPD-Generalsekretärin; Vorwurf der unzulässigen Vermischung von Parteiangelegenheiten mit Regierungs- bzw Parlamentsangelegenheiten

KlAnfr

s. *Parteipolitische Neutralität*

Drs 15/5039

Stellenausschreibung bei der EnBW Energie BW AG

Hintergründe zur aktuellen Stellenausschreibung der EnBW Energie BW AG „Senior Referent (w/m) Politik & Wirtschaft“ mit dem Anforderungskriterium „Parteimitgliedschaft vorzugsweise bei der SPD“

KlAnfr

s. *EnBW*

Drs 15/7059

Soziale Ausgrenzung

s. *Diskriminierung*

Soziale Benachteiligung

s. *Diskriminierung*

Soziale Diskriminierung

s. *Diskriminierung*

Soziale Eingliederung

s. *Soziale Integration*

Soziale Einrichtung

Volkswirtschaftliche Wertschöpfung im Gesundheits- und Sozialbereich in BW

Angebote und Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich in BW sowie Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung

KlAnfr

s. *Gesundheitswirtschaft*

Drs 15/6698

Soziale Einstellung

s. *Sozialverhalten*

Soziale Exklusion

s. *Diskriminierung*

Soziale Integration

Integrationspolitik

Evaluation und Fortführung der bestehenden Projekte, Festhalten am Prinzip des „Förderns und Forderns“, zusätzliche Maßnahmen im Bereich der vorschulischen und schulischen Bildung, Weiterqualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen und Schulen, verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund; Beschreitung neuer Wege der Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, Ausschöpfung des Potenzials von Frauen mit Migrationshintergrund für den Arbeitsmarkt, Gewinnung von ausländischen Fachkräften sowie von Existenzgründern und Arbeitgeberern

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/85

Integration und Demografie

Anteil, Altersdurchschnitt und Geschlecht von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit an einem Altersjahrgang zwischen 2005 und 2010; Vergleich der demografischen Effekte bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund; Entwicklung von Konzepten gegen die Vereinzelung von Migranten im Ruhestand und zur Erreichung von älteren Migranten mit sozialen Hilfsangeboten

Antr

s. *Demografie*

Drs 15/278

Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund; Höhe der Mittelbereitstellung von Bund, Land und Kommunen; Sensibilisierung der Eltern mit Migrationshintergrund für einen möglichst frühzeitigen Spracherwerb ihrer Kinder als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Antr

s. *Sprachunterricht*

Drs 15/282

Rolle der Spätaussiedler, Umsiedler und Vertriebenen in BW

Entwicklung des Zuzugs und der Bedeutung o.g. Personengruppen seit 2001, Beurteilung der Integrationssituation und der Traditionspflege durch das neue Integrationsministerium, Bedeu-

tung des Hauses der Heimat, Benennung eines Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr
s. *Aussiedler*
Drs 15/283

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/286

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW

Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Integration in die deutsche Gesellschaft

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/383

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney

Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1129

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Verleihe Ehrungen und Preise für das ehrenamtliche Engagement von Personen, Vereinen und Organisationen seit 2010; Auslobung eines Ehrenamtspreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und für Vereine und Organisationen für die interkulturelle Öffnung, Hervorhebung entsprechender Beispiele iR einer Werbekampagne

Antr
s. *Auszeichnung*
Drs 15/1166

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Italien, Griechenland, aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion, aus Russland und

afrikanischen Staaten; Darstellung des Erwerbs von Schul- und Hochschulabschlüssen und deren Nutzung im Herkunftsland; Frage nach Rückwanderungsbewegungen und Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen für die Belange der jeweiligen Personengruppe

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Ungarn in BW

Aufnahme und Integration von Ungarndeutschen und „Donauschwaben“ in BW nach dem Zweiten Weltkrieg, Höhe der jährlichen Förderung der Kulturarbeit dieser Vertriebenen, Schlussfolgerungen für die heutige Integrationspolitik; Entwicklung der Austauschbeziehungen und -programme zwischen BW und Ungarn, insbes auf akademischer Ebene; Bewertung der Arbeit des Kulturinstituts der Republik Ungarn in Stuttgart und dessen Beitrag zur Umsetzung der EU-Donauraumstrategie; Aufgabenwahrnehmung der ebenfalls in Stuttgart ansässigen Deutsch-Ungarischen Gesellschaft

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/2296

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/2839

Integrationsmaßnahmen im Hohenlohekreis

Daten zu Menschen mit Migrationshintergrund im Hohenlohekreis; Projekte und finanzielle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Migranten durch das Land, u.a. Initiativen zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen; neu initiierte Integrationsmaßnahmen des Integrationsministeriums

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2965

Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen

Förderung und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund in musik- und kulturtreibenden Vereinen, insbes Maßnahmen iRd „Zukunftsplans Jugend“

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/3287

Förderung von Integrationsarbeit in den Kommunen

Förderung und Umsetzung der Integrationsarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene, insbes finanzieller Förderungsumfang durch das Land und Weiterentwicklung der kommunalen Integrationspolitik

Antr SPD 26.03.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3293
ÄAntr CDU 17.12.2013 Drs 15/4515
PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5199-5205

Autismus

Krankheitsbild und Diagnostik von Autismus sowie Häufigkeit in BW; Informations- und Fördermöglichkeiten für Menschen mit Autismus und deren Angehörige sowie Finanzierung dieser Leistungen; Integrationsmaßnahmen für Autisten

Antr
s. *Autismus*
Drs 15/3297

EU-Jugendgarantie

Bedeutsamkeit der EU-Jugendgarantie für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt in BW; Maßnahmen des Landes; Vorteile für die vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen; Aufnahme von Jugendlichen und Arbeitnehmern aus anderen EU-Mitgliedstaaten in die vorhandenen Aus- und Weiterbildungssysteme, insbes die beruflichen Schulen; Unterstützung bei der Vermittlung von Auszubildenden und Arbeitnehmern an Unternehmen und Kommunen; Integration der Auszubildenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten; Umsetzung der EU-Jugendgarantie iRd EU-Donauraumstrategie; Einfluss des Bildungssystems auf die Jugendarbeitslosigkeit

Antr
s. *Jugendlicher Arbeitnehmer*
Drs 15/4063

Kleingartenwesen in BW

Statistik, Situation und Förderung des Kleingartenwesens in BW; Erbringung von Integrationsleistungen für Menschen mit Migrationshintergrund; Kooperation mit Bildungseinrichtungen; Anerkennung von Ausgleichsfällen

Antr
s. *Kleingarten*
Drs 15/4707

Substitution in BW

Zahl der in Substitutionsbehandlung stehenden Personen; Wirksamkeit der Substitution mit Methadon und anderen Substanzen; Berücksichtigung der Veränderung des Konsumverhaltens bei der Substitutionsbehandlung; Problem der illegalen Methadon-Weitergabe; Pro-Kopf-Versorgung der Bevölkerung mit substituierenden Ärzten und deren Altersdurchschnitt; Sicherung der zukünftigen Substitutionsbehandlung; Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung substituierter Drogenabhängiger

Antr
s. *Substitutionstherapie*
Drs 15/5712

Soziale Kompetenz

s. *Sozialverhalten*

Soziale Marktwirtschaft

s. *Wirtschaftssystem*

Soziale Medien

s. *Online-Netzwerk*

Soziale Mindeststandards

s. *Arbeits- und Sozialstandards*

Soziale Pflegeversicherung

s. *Pflegeversicherung*

Soziale Schichtung

Umfrage „Sport und Gesundheit 2012“

Beurteilung der Ergebnisse der Forsa-Umfrage; Gründe für die geringere sportliche Betätigung von Geringverdienern; Maßnahmen und Projekte zur Motivationsförderung für diese soziale Schicht; Gefährdung der Freizeitsportler durch übertriebenen Ehrgeiz und Schmerzmittelmisbrauch; Aufklärung über gesundheitsschädigendes Verhalten; Einbeziehung der Sportvereine in die Strategien zur Beseitigung der aufgezeigten Risiken und Ungleichgewichte

KIAnfr
s. *Sport*
Drs 15/2798

3. IQB-Länderbericht 2012 - Abschlussbilanz der Bildungspolitik von CDU und FDP/DVP

Beurteilung der Ergebnisse des 3. Länderberichts 2012 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB); Ursachen der schlechten Bewertung BW; Einfluss der Schulstruktur auf die Schulleistungen; Umsetzung der bildungspolitischen Maßnahmen zum Zeitpunkt der Datenerhebung; Maßnahmen zur Entkoppelung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in den vergangenen zwei Jahren; Stärkung der Kompetenzen der Schüler in den sogenannten MINT-Fächern

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4170

Soziale Sicherheit

s. *Soziale Sicherung*

Soziale Sicherung

„Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten“ (Armutsmigrationsbericht)

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen im Armutsmigrationsbericht, insbes Unterstützung der vorgeschlagenen Änderungen von Bundesgesetzen und im europäischen Sekundärrecht; Bewertung der Aussagen im Armutsmigrationsbericht zur Situation in der Stadt Mannheim

KIAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 01.09.2014 und Antw SM
Drs 15/5676

Soziale Software

s. *Online-Netzwerk*

Soziale Stadt

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis
Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadtumbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/841

Soziale Werte

s.a. *Ethik*
s.a. *Gleichbehandlungsgrundsatz*
s.a. *Sozialverhalten*

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015
Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/4631

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Theater*
Drs 15/5024

Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium

Erfahrungen mit dem Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudium in der Lehrerbildung; Evaluation des Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudiums sowie dessen Einbeziehung in die Reform der Lehrerbildung; Mitwirkung von Vertretern der Kirchen in der Kommission zur Reform des allgemeinbildenden Lehramts; Verankerung der Vermittlung von Basiswissen auf den Gebieten der Philosophie und der Ethik in Rahmenvorgaben des Kultusministeriums; Stellenwert der christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerte in der baden-württembergischen Lehrerbildung

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/6383

Soziale Wohnbauförderung

s. *Soziale Wohnraumförderung*

Soziale Wohnraumförderung

Vorzeitige Ablösung von zinsverbilligten Darlehen der L-Bank zur sozialen Mietwohnraumförderung

Sachstand zur vorzeitigen Ablösung von zinsverbilligten öffentlichen Darlehen der Landeskreditbank BW - Förderbank zur sozialen Mietwohnraumförderung, insbes Begründung und Umfang der Ablösungen sowie beteiligte Wohnungsbauunternehmen, Zahl der betroffenen Sozialmietwohnungen und deren Verteilung auf die jeweiligen Groß- und Universitätsstädte

Antr Johannes Stober u.a. SPD 02.10.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4108

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 11 12

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Wohnraumförderung in BW

Mittel und Programme zur Wohnraumförderung; Anzahl der im Jahr 2013 gestellten Anträge; Bedarf an geförderten Wohnungen in Städten und Gemeinden abseits von Groß- und Universitätsstädten, sonstigen Hochschulstandorten und Gemeinden in Verdichtungsräumen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2013 aus der Grunderwerbsteuer in die Förderung von Wohnraum geflossenen Beträge

KlAnfr
s. *Wohnungsbauförderung*
Drs 15/4844

Sozialer Wohnungsbau in Pforzheim

Sachstand zur Übernahme von Landesliegenschaften durch die Stadt Pforzheim zur Bebauung iRd sozialen Wohnungsbaus

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 15.10.2015 und Antw MFW Drs 15/7587

Nutzung von EU-Mitteln zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Sachstand zur Nutzung von EU-Fonds als Finanzierungsinstrumente von Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge sowie Infrastrukturmaßnahmen und sozialem Wohnungsbau zur Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7632

Möglichkeiten beim sozialen Wohnungsbau

Sachstand zur Förderung von Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlinge beim sozialen Wohnungsbau, insbes im ländlichen Raum, Schaffung von Wohnraum durch Umwandlung von Komplexeinrichtungen der Behindertenhilfe

KlAnfr Paul Locherer CDU 08.03.2016 und Antw MFW Drs 15/8098

Soziale Wohnungsbauförderung

s. *Soziale Wohnraumförderung*

Sozialeinrichtung

s. *Soziale Einrichtung*

Sozialer Beruf

s. *Sozialberuf*

Sozialer Wohnraum

s. *Sozialwohnung*

Sozialer Wohnungsbau

s. *Soziale Wohnraumförderung*

Sozialerziehung

s.a. *Sozialverhalten*

Sportorientierte Jugendarbeit - Projekt „Kick Fair“

Bewertung und Förderung des Projekts KickFair iRd offenen, sportorientierten Jugendarbeit

KlAnfr

s. *Jugendarbeit*

Drs 15/3100

Schulprogramm „Roots of Empathy“ - Babybesuch im Unterricht stärkt Empathie

Bewertung des internationalen Schulprogramms; Erfahrungen bei der Umsetzung des Programms an deutschen Projektschulen; Haltung gegenüber einer Einführung an baden-württembergischen Schulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 15/3463

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015

Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr

s. *Bildungsplan*

Drs 15/4631

Gesetz über die Gestaltung und Durchführung des Jugendarrestes in BW

Ersatz für die bislang geltenden bundesrechtlichen Bestimmungen zum Vollzug des Jugendarrestes im Jugendgerichtsgesetz und in der Jugendarrestvollzugsordnung; Konsequente Orientierung am Gedanken der gezielten pädagogischen Förderung der jungen Menschen im Arrest und an der Nachsorge, insbes Förderung durch soziales Training

GesEntw

s. *Jugendarrest*

Drs 15/5838

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in

der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6519

Soziales Engagement

s. *Bürgerschaftliches Engagement*

Soziales Jahr

s. *Freiwilligendienst*

Soziales Netz

s. *Soziale Sicherung*

Soziales Netzwerk (Internet)

s. *Online-Netzwerk*

Soziales Sicherungssystem

s. *Soziale Sicherung*

Sozialgericht

s. *Sozialgerichtsbarkeit*

Sozialgerichtsbarkeit

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Änderung von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB

GesEntw

s. *Justizkosten*

Drs 15/688

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz

Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 15/1771

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe

Umsetzung des Beschäftigungsland-Prinzips der EU, Gewährung der Landesblindenhilfe für hier beschäftigte Betroffene; Anwendung des Verfahrensrechts des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sowie Eröffnung des Rechtswegs zu den Sozialgerichten

GesEntw
s. *Blinder*
Drs 15/1872

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. *Versicherungspflicht*
Drs 15/4477

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Aufhebung von § 9a des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 15/6471

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Sozialgerichtsgesetz

s. *Sozialgerichtsbarkeit*

Sozialgesetzbuch

s. *Sozialrecht*

Sozialgesetzbuch / Allgemeiner Teil

s. *Sozialgesetzbuch I*

Sozialgesetzbuch Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung

s. *Sozialgesetzbuch XI*

Sozialgesetzbuch Erstes Buch - Allgemeiner Teil

s. *Sozialgesetzbuch I*

Sozialgesetzbuch / Grundsicherung für Arbeitsuchende

s. *Sozialgesetzbuch II*

Sozialgesetzbuch I

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe
Umsetzung des Beschäftigungsland-Prinzips der EU, Gewährung der Landesblindenhilfe für hier beschäftigte Betroffene; Anwendung des Verfahrensrechts des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sowie Eröffnung des Rechtswegs zu den Sozialgerichten

GesEntw
s. *Blinder*
Drs 15/1872

Sozialgesetzbuch II

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Änderung der o.g. Ausführungsgesetze durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende und das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen: Anpassung der Aufsichts- und Prüfungsregelungen, Bestimmung der Stadt- und LKreise als zuständige Stellen für die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeld-Ges, Anpassung der Regelungen zur Verteilung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung und den Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

GesEntw
s. *Sozialrecht*
Drs 15/689

Das Landeserziehungsgeld auch für Schwellenhaushalte erhalten

Zahl und Lebenssituation von unterstützungsbedürftigen Familien, die 2010 und 2011 Landeserziehungsgeld erhielten, aber keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen haben; Frage nach deren künftigen Unterstützung nach der Umschichtung von Mitteln des Landeserziehungsgelds für den Ausbau der Kleinkindbetreuung

Antr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/1191

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw
s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*
Drs 15/5166

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6b des Bundeskindergeldgesetzes

Verteilung des zur finanziellen Entlastung durch den Bund bereitgestellten einmaligen Erhöhungsbetrags in den Stadt- und Landkreisen auf Grundlage der Entwicklung der Zahl der SGB-II-Leistungsberechtigten aus Bulgarien und Rumänien von Juni 2013 bis Juni 2014

GesEntw
s. *Grundsicherung*
Drs 15/7802

Sozialgesetzbuch / Sozialhilfe

s. *Sozialgesetzbuch XII*

Sozialgesetzbuch / Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz

s. *Sozialgesetzbuch X*

Sozialgesetzbuch VIII

Gesetz zur Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes (KiTaG)

Modernisierung und Erweiterung des Fachkräftecatalogs der Kindertageseinrichtungen durch die Aufnahme weiterer Berufsbezeichnungen und beruflicher Qualifikationen; Anpassung der Aufgabenbeschreibung für die Leitungskräfte in den Tageseinrichtungen an die Aufgabenbeschreibung für Fachkräfte nach § 22 Absatz 2 SGB VIII

GesEntw
s. *Kindertagesbetreuungsgesetz*
Drs 15/3209

Sozialgesetzbuch X

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe
Umsetzung des Beschäftigungsland-Prinzips der EU, Gewährung der Landesblindenhilfe für hier beschäftigte Betroffene; Anwendung des Verfahrensrechts des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sowie Eröffnung des Rechtswegs zu den Sozialgerichten

GesEntw
s. *Blinder*
Drs 15/1872

Sozialgesetzbuch XI

Stärkung ambulant betreuter Wohngruppen

Auswirkungen der iRD Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch vorgenommenen Neuregelung der zusätzlichen Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen (§ 38 a SGB XI) auf die Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur in BW, insbes bei Pflegeleistungen von Angehörigen, ehrenamtlichem Engagement, Umwidlungsmöglichkeit von Sachleistungen, Gesamtfinanzierungsanteil des pauschalen Zuschlags

Antr
s. *Betreutes Wohnen*
Drs 15/6242

Sozialgesetzbuch XII

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Änderung der o.g. Ausführungsgesetze durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende und das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen: Anpassung der Aufsichts- und Prüfungsregelungen, Bestimmung der Stadt- und LKreise als zuständige Stellen für die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeld-Ges, Anpassung der Regelungen zur Verteilung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung und den Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

GesEntw
s. *Sozialrecht*
Drs 15/689

Das Landeserziehungsgeld auch für Schwellenhaushalte erhalten

Zahl und Lebenssituation von unterstützungsbedürftigen Familien, die 2010 und 2011 Landeserziehungsgeld erhielten, aber keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII bezogen haben; Frage nach deren künftigen Unterstützung nach der Umschichtung von Mitteln des Landeserziehungsgelds für den Ausbau der Kleinkindbetreuung

Antr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/1191

Die Situation wohnungsloser Menschen in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen gegliedert nach Geschlecht, beruflicher Qualifikation und Altersstruktur seit 2002 sowie der Hilfsangebote der örtlichen Sozialhilfeträger nach §§ 67 ff SGB XII seit Übertragung der Zuständigkeit auf die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform 2005; Verhinderung einer weiteren uneinheitlichen Entwicklung der Versorgungssituation, u.a. Festlegung von Hilfestandards und Erstellung einer einheitlichen landesweiten Wohnungsnotfallstatistik

Antr
s. *Obdachlosigkeit*
Drs 15/1799

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw
s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*
Drs 15/5166

Sozialgesetzbuch Zehntes Buch - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz*s. Sozialgesetzbuch X***Sozialgesetzbuch Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende***s. Sozialgesetzbuch II***Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch - Sozialhilfe***s. Sozialgesetzbuch XII***Sozialhilfe***s. Sozialleistung***Sozialhilfegesetzgebung***s. Sozialhilferecht***Sozialhilferecht***Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes*

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw

s. Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Drs 15/5166

Sozialhilfeträger*s. Sozialverwaltung***Sozialkompetenz***s. Sozialverhalten***Sozialkriminalität***s. Leistungsmissbrauch***Sozialleistung***s.a. Betreuungsgeld**s.a. Bildungs- und Teilhabeleistungen**s.a. Blindengeld**s.a. Eingliederungshilfe für Behinderte**s.a. Elterngeld**s.a. Erziehungsgeld**s.a. Grundsicherung**s.a. Sachleistung**s.a. Sozialrecht**s.a. Sozialversicherung**s.a. Wohngeld***Angebotsentwicklung in der Pflege**

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen, der Angebote und Inanspruchnahme von ambulanten Diensten, teilstationären und stationären Einrichtungen seit 2001; Anteil von privaten Anbietern, von Selbstzahlern sowie von Menschen mit dem Bezug von Leistungen der Hilfe zur Pflege; Umfang der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger; Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt sowie mit vergleichbaren Ländern

Antr

s. Pflege

Drs 15/350

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Änderung der o.g. Ausführungsgesetze durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende und das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen: Anpassung der Aufsichts- und Prüfungsregelungen, Bestimmung der Stadt- und LKreise als zuständige Stellen für die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeld-Ges, Anpassung der Regelungen zur Verteilung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung und den Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

GesEntw

s. Sozialrecht

Drs 15/689

Bedeutung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns für BW

Definition der jeweiligen Niedriglohngrenze auf dem Arbeitsmarkt bundesweit und in BW; Zahl der unterhalb dieser Grenze sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten; erwartete Wirkungen des o.g. Mindestlohns von 8,50 Euro für die Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Hand und Sozialkassen; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Forderung einer Abstimmung mit den Sozialpartnern

Antr

s. Vergütung

Drs 15/942

Grundlagen und Auswirkungen der Bundesratsinitiative zum Mindestlohn

Grundlagen für die Höhe des geforderten Mindestlohns von 8,50 Euro; Auswirkungen für die betroffenen Branchen und Tarifverträge, für die Arbeitnehmer, öffentliche Hand und Sozialkassen; Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Tarifautonomie; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Darstellung des zusätzlichen bürokratischen Aufwands und Personalbedarfs

Antr

s. Vergütung

Drs 15/968

Die Situation wohnungsloser Menschen in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen gegliedert nach Geschlecht, beruflicher Qualifikation und Altersstruktur seit 2002 sowie der Hilfsangebote der örtlichen Sozialhilfeträger nach §§ 67 ff SGB XII

seit Übertragung der Zuständigkeit auf die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform 2005; Verhinderung einer weiteren uneinheitlichen Entwicklung der Versorgungssituation, u.a. Festlegung von Hilfestandards und Erstellung einer einheitlichen landesweiten Wohnungsnotfallstatistik

Antr
s. *Obdachlosigkeit*
Drs 15/1799

Auswirkungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 18.07.2012 auf BW - Lebensunterhalt, Leistungsgewährung und Unterbringung für Flüchtlinge

Auswirkungen des o.g. Urteils zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zahl der Leistungsberechtigten und Höhe der zusätzlichen Kosten und nachträglichen Leistungen, Art und Zeitrahmen der rechtlichen Neuregelungen und nachträglichen Leistungsgewährung, Frage nach einer Neubewertung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/2159

Selbständigkeit von Flüchtlingen stärken - Teilhabe durch Umstellung auf Geldleistungen fördern

Auszahlungsform (Sachleistung, Gutschein, Bargeld) der im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vorgeschriebenen Leistungen der Stadt- und LKreise an die von ihnen untergebrachten Flüchtlinge; Aufstellung der Kreise nach Auszahlungsform; Durchführung der Leistungsauszahlung, Handhabung der Erhöhung der Leistungssätze, Zeitpunkt der Umstellung auf Bargeldzahlung; Fälle von Leistungskürzungen und ihre Anlässe

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3084

Folgen der Armutseinwanderung auf Ebene der Kommunen

Bekämpfung der sozialen Folgen der Armutseinwanderung aus den Unionsstaaten Rumänien und Bulgarien; Höhe der voraussichtlich im Jahr 2014 von den Stadtkreisen aufzubringenden Mittel für Beschulung, Gesundheitsfürsorge, Unterbringung und Sozialleistungen; Aufenthaltsende und Verhängung von Wiedereinreisesperren; finanzielle Unterstützung der Gemeinden und Förderung interdisziplinärer Arbeitsgruppen zwischen kommunaler und staatlicher Verwaltung wie in Mannheim und Karlsruhe; Initiierung von Programmen der Europäischen Union zur Verbesserung der Lebensumstände der Armutsmigranten sowie zur Unterstützung der von diesen bewohnten Gemeinden

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/3589

Gilt „Musterland für gute und sichere Arbeit“ auch für die LReg?

Beschäftigungsbedingungen von Pförtnern, Personen mit Werkverträgen und Praktikanten in Landesministerien und -behörden; Angewiesensein von Landesbeschäftigten auf ergänzende öffentliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; Erfüllung der an die Arbeitgeber der Privatwirtschaft unter dem Schlagwort „Musterland für gute und sichere Arbeit“ gestellten Anforderungen des Koalitionsvertrags durch die LReg

Antr
s. *Arbeitsbedingungen*

Drs 15/3798

Einbürgerungen in andere EU-Länder

Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geldzahlung in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union; Voraussetzungen für den Erwerb der rumänischen Staatsbürgerschaft; Einbürgerung von Bewohnern der Republik Moldau in Rumänien; Risiken eines käuflichen Erwerbs der EU-Freizügigkeit für BW; Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Migranten aus Bulgarien und Rumänien; Handlungsbedarf für das Land, den Bund und die EU

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/4612

Transferleistungen an Zuwanderer aus Südosteuropa

Daten zu Anträgen auf Sozialleistungen von Zuwanderern aus Südosteuropa in den Monaten November 2013 bis Februar 2014, insbes Anteil der Antragssteller an den Zuwanderern, Anträge auf aufstockende Leistungen sowie für Kindergeld, Antragszahl in der Stadt Mannheim; Hilfestellungen des Landes für betroffene Kommunen; Mittelverwendung für die Integrationsarbeit in Mannheim aus dem Staatsvertrag mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 18.03.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4960
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 04.03.2015 Drs 15/6921 S. 72 73
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Das Betreuungsgeld als Baustein familienorientierter Politik

Bewertung der Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes in BW durch einen großen Teil der Eltern; Schaffung eines familien- und sozialpolitisch orientierten Ersatzangebots des Landes

MdlAnfr
s. *Betreuungsgeld*
Drs 15/8025

Notwendigkeit staatlicher Sozialtransfers für Geringverdiener

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 780 781 784

Beurteilung der Auskömmlichkeit eines gesetzlichen Mindestlohns ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 913-917

Sozialleistungsbetrug

s. *Leistungsmissbrauch*

Sozialleistungsmissbrauch

s. *Leistungsmissbrauch*

Sozialmietwohnung

s. *Sozialwohnung*

Sozialministerin

s. *Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren*

Sozialpädagogik

Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften
Gegenwärtige Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften an den Hochschulen in BW; Unterstützung der Einrichtung einer Fakultät für Sozialpädagogik am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sozialwissenschaft*
Drs 15/4358

Sozialprodukt

s. *Volkswirtschaft*

Sozialpsychiatrie

Bericht der Sozialpsychiatrischen Dienste in BW 2010: Impulse und Schlussfolgerungen für die zukünftige Versorgung

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 716-723

Haushalt 2012; Epl 09

Mittelaufstockung für die Sozialpsychiatrischen Dienste

ÄAntr GRÜNE und SPD 24.01.2012 Drs 15/1109-24 S. 68
69
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW anerkennen und sichern

Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste in BW, insbes Aufgaben, aktuelle Herausforderungen, Auswirkung der aufgestockten Landesförderung, Beitrag zur Einbeziehung psychisch kranker Menschen in die Gemeinschaft, Behandlungserfolge durch Zusammenarbeit mit psychiatrischen Kliniken sowie Fach- und Hausärzten

Antr Florian Wahl u.a. SPD 05.06.2013 und Stellungnahme
SM Drs 15/3567
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.10.2013 Drs 15/4324 S.
42 43
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Sozialpsychiatrischer Dienst

s. *Sozialpsychiatrie*

Sozialrecht

s.a. *Sozialleistung*
s.a. *Sozialversicherung*

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Änderung der o.g. Ausführungsgesetze durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende und das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen: Anpassung der Aufsichts- und Prüfungsregelungen, Bestimmung der Stadt- und LKreise als zuständige Stellen für die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeld-Ges, Anpassung der Regelungen zur Verteilung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung und den Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

GesEntw LReg 12.10.2011 Drs 15/689 (14 S.)
1. Beratung PIPr 15/18 10.11.2011 S. 821 822
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2011 Drs 15/881
2. Beratung PIPr 15/20 07.12.2011 S. 909-913
GesBeschl 07.12.2011 Drs 15/1037
GBI 2011 Nr. 21 S. 548-550 (Ges vom 13.12.2011)

Die Situation wohnungsloser Menschen in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen gegliedert nach Geschlecht, beruflicher Qualifikation und Altersstruktur seit 2002 sowie der Hilfsangebote der örtlichen Sozialhilfeträger nach §§ 67 ff SGB XII seit Übertragung der Zuständigkeit auf die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform 2005; Verhinderung einer weiteren uneinheitlichen Entwicklung der Versorgungssituation, u.a. Festlegung von Hilfestandards und Erstellung einer einheitlichen landesweiten Wohnungsnotfallstatistik

Antr
s. *Obdachlosigkeit*
Drs 15/1799

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe

Umsetzung des Beschäftigungsland-Prinzips der EU, Gewährung der Landesblindenhilfe für hier beschäftigte Betroffene; Anwendung des Verfahrensrechts des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sowie Eröffnung des Rechtswegs zu den Sozialgerichten

GesEntw
s. *Blinder*
Drs 15/1872

Sozialstandards

s. *Arbeits- und Sozialstandards*

Sozialstation

Zukunft von Sozialstationen im Enzkreis und in Pforzheim

Finanzierungslücken bei den Personalkosten und steigende Verwaltungskosten bedrohen Sozialstationen in ihrer Existenz

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.05.2013 und
Antw SM Drs 15/3542

Sozialverhalten

s.a. *Menschliches Verhalten*
s.a. *Soziale Werte*
s.a. *Sozialerziehung*

Das ehrenamtliche Engagement der Schüler stärken

Entwicklung und Förderung des sozialen oder karitativen Engagements von Schülern innerhalb und außerhalb der Schule, z.B. als Jugendbegleiter, Schulsanitäter, Streitschlichter oder Hausaufgabenbetreuer; Einführung eines Wahlpflichtfachs „Ehrenamt“ als Teil des Schulcurriculums; Erfahrungen aus anderen BLändern; Ausrichtung des Konzepts für die Ganztagschulen auf eine stärkere Förderung von Sozialkompetenz, ehrenamtlichem Engagement und gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/405

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen, der Klassengrößen und Unterrichtsversorgung; Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und Lehrbeauftragten; Angebote zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und der neu eingeführten Kompetenzanalyse AC

GrAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/1030

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in BW

Entwicklung und Ursachen des o.g. Phänomenbereichs nach einer Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld; Frage nach unterschiedlichen Erscheinungsformen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie nach geeigneten Maßnahmen und Angeboten der politischen Bildung

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 15/1243

Schulprogramm „Roots of Empathy“ - Babybesuch im Unterricht stärkt Empathie

Bewertung des internationalen Schulprogramms; Erfahrungen bei der Umsetzung des Programms an deutschen Projektschulen; Haltung gegenüber einer Einführung an baden-württembergischen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/3463

Unterstützung des Heini-Programms zur Gewaltprävention durch die LReg

Beurteilung des im Raum Pforzheim/Enzkreis angebotenen Präventionsprogramms für Kinder; finanzielle Förderung und Fortbestand des Programms

KlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/7769

Stärkung der Sozialkompetenz von älteren Schülern durch den Einsatz als Jugendbegleiter an Ganztagschulen; Erwartung eines guten Sozialklimas an den Gemeinschaftsschulen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1758 1767 1768

Gewichtung sozialer Kompetenzen der Schüler bei der Leistungsbewertung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2012-2014

Sozialversicherung

s.a. *Krankenversicherung*
s.a. *Rentenversicherung*

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Auswirkungen der Einführung o.g. Vorfälligkeit mit dem Rententlastungsgesetz ab 2006, Bewertung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands bei den Arbeitgebern und Sozialversicherungsträgern sowie des Liquiditätsentzugs bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel II und III; Anmahnung von Reformmaßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen sowie einer Aufhebung des Rententlastungsgesetzes

Antr

s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/1792

Kurzzeitpflege stärken

Pflege von Kindern in Pflegefamilien; Zahl der Angebote für Kurz- und Langzeitpflege seit 2005; Vergütung und Anrechnung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung und sonstigen Sozialversicherung; Ungleichbehandlung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern; Unterstützung einer rechtlichen Gleichstellung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern in der Sozial- und Rentenversicherung und der Haftpflichtversicherung

Antr
s. *Pflegefamilie*
Drs 15/7623

Sozialversicherung der Künstler

s. *Künstlersozialversicherung*

Sozialversicherungsbeitrag

s. *Versicherungsbeitrag*

Sozialverträglichkeit*Umsetzung der Notariatsreform in BW - weitere Fragen*

Sozialverträglichkeit der Reform; Anzahl der von der Reform betroffenen Notare, die zum Stichtag 1. Januar 2018 das 60. Lebensjahr vollendet haben werden; Option der Versetzung von Notaren in den einstweiligen Ruhestand; Unterschied bei den Beförderungsmöglichkeiten für Amtsnotare des badischen Landesteils; berufliche Einsatzmöglichkeiten der im Landesdienst verbleibenden badischen Amtsnotare, insbes der Einsatz an Gerichten

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 15/7767

Sozialverwaltung*Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes*

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw
s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*
Drs 15/5166

Sozialvorschriften für Kraftfahrer

s. *Sozialvorschriften im Straßenverkehr*

Sozialvorschriften im Straßenverkehr*Wettbewerbssituation der Busunternehmen in BW*

Situation der Busunternehmen in BW, insbes Förderung von Echtzeitinformationssystemen, Schwierigkeiten bei der Busfahrerausbildung, Auswirkung der Regelung von Lenk- und Ruhezeiten auf die Stundenvergütung

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/5771

Sozialwissenschaft

s.a. *Bildungsforschung*
s.a. *Pädagogik*

Qualität und Arbeitsbedingungen bei studentischen Praxisseminaren

Vorgaben der Hochschulen zur Auswahl und Qualität der Ausbildungsstellen für die Studenten der Sozial- und Erziehungswissenschaften; Festlegung von Kriterien zur Qualität, den Leistungszielen und Arbeitsbedingungen gemeinsam mit den Hochschulen und Praxiseinrichtungen; Hinwirkung auf eine angemessene Vergütung der Arbeitsleistungen

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/743

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in BW

Entwicklung und Ursachen des o.g. Phänomenbereichs nach einer Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld; Frage nach unterschiedlichen Erscheinungsformen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie nach geeigneten Maßnahmen und Angeboten der politischen Bildung

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 15/1243

Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften

Gegenwärtige Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften an den Hochschulen in BW; Unterstützung der Einrichtung einer Fakultät für Sozialpädagogik am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn

MdlAnfr 4) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 22.11.2013
Drs 15/4358
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5092 5093

Sozialwohnung*Vorzeitige Ablösung von zinsverbilligten Darlehen der L-Bank zur sozialen Mietwohnraumförderung*

Sachstand zur vorzeitigen Ablösung von zinsverbilligten öffentlichen Darlehen der Landeskreditbank BW - Förderbank zur sozialen Mietwohnraumförderung, insbes Begründung und Umfang der Ablösungen sowie beteiligte Wohnungsbauunternehmen, Zahl der betroffenen Sozialmietwohnungen und deren Verteilung auf die jeweiligen Groß- und Universitätsstädte

Antr
s. *Soziale Wohnraumförderung*
Drs 15/4108

Sozialwohnungsbau

s. *Soziale Wohnraumförderung*

Soziokultur*Zukunft der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit in den soziokulturellen Zentren*

Anteil und Bewertung der Kinder- und Jugendarbeit an den Kursangeboten der soziokulturellen Zentren; Auswirkungen des Ausbaus der Ganztagschulen auf die Nachfrage, u.a. auch beim Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.08.2011 und
Antw MWK Drs 15/388

Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS Baden-Württemberg e.V.)

Bedeutung, Ausbau und Förderung o.g. Zentren, insbes auch im Bereich der kulturellen Kinder- und Jugendbildung und Integrationsarbeit; zeitnahe Umsetzung der zwei zu eins Finanzierung von Kommunen und Land

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 23.09.2011 und Stellungnahme
MWK Drs 15/581
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.11.2011 Drs 15/1300 S.
18 19
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Vergütung von Intendanten und Direktoren im Kulturbetrieb

Entwicklung der Vergütung o.g. Führungskräfte im Vergleich zu anderen BLändern, zu den Leitern freier Theater und soziokultureller Zentren und zu Geschäftsführern anderer Unternehmen mit Landesbeteiligung; Beurteilung des Prüfberichts des RH über die Vergütung der Theaterintendanten; Auswirkungen einer Änderung der Gehaltsstruktur und Offenlegung der Vergütungen auf die Gewinnung qualifizierter Spitzenkräfte für Leitungsaufgaben an Kultureinrichtungen

Antr
s. *Theaterintendant*
Drs 15/1232

Deckelung der Förderung Soziokultureller Zentren

Begründung, Berechnungsgrundlagen und Kriterien für die Einführung einer Obergrenze der Zuschüsse; Voraussetzungen für eine Wiederaufhebung der Deckelung

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 09.08.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2223
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S.
43 44
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Förderung soziokultureller Einrichtungen

Förderung soziokultureller Einrichtungen in BW über die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in BW (LAKS), insbes Höhe und Verwendung der vergebenen Fördermittel, geförderte Einrichtungen sowie Vergabekriterien und -zeiträume

KlAnfr
s. *Kultureinrichtung*
Drs 15/4104

Stärkung der soziokulturellen Zentren, Bereitstellung zusätzlicher Mittel

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1414-1416 1418 1419

Soziokulturelles Zentrum

s. Soziokultur

Spätaussiedler

s. Aussiedler

Spaichingen

Notariatsreform im LKreis Tuttlingen

Stand der Umsetzung und Auswirkungen der Notariatsreform für den LKreis Tuttlingen; Bewertung der Zukunft der Notariatsstandorte Wehingen, Geisingen, Mühlheim, Wurmlingen, Spaichingen, Trossingen und Tuttlingen

KlAnfr

s. Notar

Drs 15/2088

Spanien

Strategische Ausrichtung der Vier Motoren für Europa

Anstöße unter katalanischer Präsidentschaft für spezifische Maßnahmen in Katalonien

Antr

s. Europäische Regionen

Drs 15/424

Migration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und nach BW

Darstellung der Wanderungsbewegungen o.g. Personen von und nach BW und Deutschland seit 2001, Zahl von Auswanderungen gut ausgebildeter Kinder von Migranten, insbes türkischer Herkunft, in die Türkei; Auswirkungen auf den Fachkräftemangel; Frage nach einem Zuzug von gut Ausgebildeten aus den europäischen Krisenländern, insbes nach dem Aufruf der Bundeskanzlerin aus Spanien; Entwicklung von zielgruppenspezifischen Anwerbestrategien

Antr

s. Migrant

Drs 15/889

Mobilität von Fachkräften aus Katalonien fördern

Statistische Daten zu Fachkräften aus Spanien auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs und der Nachfrage nach Deutschkursen in der Partnerregion Katalonien; Möglichkeiten der Information und Anwerbung von Fachkräften aus Spanien und Katalonien; Ausbildungskooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen in BW und Katalonien; Forderung nach dem Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Förderung der Mobilität von Fachkräften zwischen Katalonien und BW in Orientierung am Vorbild des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid

Antr Josef Frey u.a. GRÜNE und Rita Haller-Haid SPD 20.12.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2829

BeschlEmpf und Bericht EuA 25.04.2013 Drs 15/3571 S. 46 47

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Mittlg LReg 04.12.2013 Drs 15/4360

Mittlg LReg 05.03.2015 Drs 15/6588

Verweisung auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 332 333

Beurteilung einer weiteren Aufstockung der EFSF zur Ermöglichung von Hilfen für Spanien

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 484 490 496

Verweisung auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1081

Spanisch

Fremdsprache der Partnerstädte erlernen

Angebot an nicht englisch- und französischsprachigem Unterricht an den Gemeinschaftsschulen in BW in den Fremdsprachen der jeweiligen Partnerstädte, insbes in Italienisch und Spanisch

KlAnfr

s. Fremdsprache

Drs 15/5423

Spanische Sprache

s. Spanisch

Sparen

Abbau der Verschuldung des Landes BW

Anstreben einer zeitnahen Entschuldung, Höhe von möglichen Einsparungen durch eine aktuell günstige Finanzierung auf den Kapitalmärkten im Vergleich zu den mittleren Finanzierungskosten der letzten 15 Jahre

KlAnfr

s. Schulden

Drs 15/1175

Sparmaßnahmen bei der Polizei

Art, Gründe, Umfang und Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen, insbes im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim und der Polizeidirektion Heidelberg und für die Präsenz der Polizei im ländlichen Raum; Beeinträchtigung der allgemeinen Sicherheitslage und der Verfolgung von Straftaten? Frage nach Maßnahmen zur bedarfsgerechten finanziellen Ausstattung der Polizei

Antr

s. Polizei

Drs 15/1745

Subventionsabbau in BW

Bewertung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel zum Subventionsabbau, mögliche Einsparungen von Haushaltsmitteln und Bürokratiekosten durch Umsetzung der Vorschläge

Antr

s. Subvention

Drs 15/1898

Massive Streichungen und Umschichtungen von Lehrerstellen angekündigt - was plant die LReg?

Aktuelle Debatte

s. Lehrer

PIPr 15/43 S. 2402

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHOchschul-

gebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBe-
soldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes,
LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, Privat-
schulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw

s. *Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014*

Drs 15/2561

*Kritik am fehlenden Sparwillen der neuen LReg, Notwendigkeit
erheblicher Einsparungen zur Erreichung der Nullneuerschul-
dung*

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 37 46 54 59 64

*Vorwurf des mangelnden Sparwillens der alten und neuen LReg,
Notwendigkeit neuer Instrumente zur Hebung der Einsparpoten-
ziale*

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 120 121 126 127 129-132 136-142

*Gestaltung des Politikwechsels mit intelligentem Sparen und In-
vestieren, Anmahnung der Fortsetzung des harten Sparkurses*

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375-383 385-387

*Vorwurf eines mangelnden Sparwillens der neuen LReg, Kritik
an der Rücknahme von Einsparbeschlüssen der alten LReg, Aus-
schöpfung alternativer Sparpotenziale*

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-433 437-440

*Beurteilung der Sparauflagen für Griechenland, Erhaltung von
Wachstumschancen*

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 492 498

*Konkretisierung der geplanten Einsparungen bei den aktiven
und pensionierten Beamten*

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 580-582

Ankündigung von Einsparungen mit dem Haushalt 2012

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 802 803 806 808 814

*Kritik am Sparpaket zulasten der Beamten, Ankündigung ei-
nes Dialogs über strukturelle Einsparungen 2012; Notwendig-
keit massiver Einsparungen angesichts der Staatsschuldenkrise
in Europa*

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 885-898

*Gestaltung des Politikwechsels mit nachhaltigem Sparen und In-
vestieren, Höhe der Einsparungen bei den Personal- und Sach-
ausgaben; Beobachtung der Sparpolitik der europäischen Kri-
senstaaten*

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1040 1081

*Abbau des strukturellen Defizits zur Erreichung ausgeglichener
Haushalte, notwendige jährliche Einsparungen bis 2019, Vor-
wurf von Einsparungen ausschließlich zulasten der Beamten*

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100-1105 1107 1108 1112 1119-
1121 1123-1125 1128 1135-1139

*Bewertung von einzelnen Einsparvorschlägen, Einrichtung ei-
ner Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für struktu-
relle Einsparungen, Hinweise des RH auf Einsparmöglichkeiten*

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190 1192 1199 1201 1202 1206
1208 1210 1211 1213 1216 1219 1220 1222 1229 1249 1250

*Bewertung der den Beamten abverlangten Sparbeiträge; Abbau
des strukturellen Defizits bis 2019, Beratung von Einsparvor-
schlägen in der Haushaltsstrukturkommission*

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1536 1540 1542-1548

*Bewertung der Einsparvorschläge des RH, Abbau des struktu-
rellen Defizits*

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1735 1737

*Bewertung der Einsparvorschläge zulasten der Beamten, Erwar-
tung von Vorschlägen der Haushaltsstrukturkommission*

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1924 1925 1930-1933 1938

Verweisung auf die Sparzwänge im Kultusetat

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1975-1977

*Hervorhebung des vorhandenen Sparwillens bei allen Fraktio-
nen, Bewertung der Sparpolitik in Schweden als vorbildlich;
Beratung von Einsparvorschlägen in der Haushaltsstrukturkom-
mission*

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2095 2096 2098 2099 2101 2103
2104 2106-2112 2114 2117-2121 2123

*Anstrengung ausgeglichener Haushalte in den EU-Staaten mit
dem Fiskalpakt, Ergänzung der Sparvorgaben um nachhaltige
Wachstumsprogramme; Ankündigung von Einsparungen in
schwierigen Bereichen*

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252 2254 2255 2258-2261 2280-
2282 2285 2286

Sparkasse

*Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmens-
kredite*

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-
Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapi-
talanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschafts-
banken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unterneh-
men; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Ei-
genkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz
des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Be-
wertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor
dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-
Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Tren-
nung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für
Deutschland?

Antr

s. *Kredit*

Drs 15/2055

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Un-
ternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken
und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in eu-
ropäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf
dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt ge-
prägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Eu-
ropäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kredit-
verteuerung und Kreditverknappung im Mittelstand führen wür-
de; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenka-
pitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in
den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistel-
lung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr

s. Basler Eigenkapitalvereinbarung
Drs 15/2820

Die europäische Bankenabgabe und ihre Auswirkungen auf das Förderkreditgeschäft in BW

Risiken und Auswirkungen der geplanten europäischen Bankenabgabe auf das Förderkreditgeschäft in BW, insbes Mehrfachbelastungen von Banken und Sparkassen mit Institutssicherungssystemen; Maßnahmen zur Verhinderung negativer Auswirkungen auf Kreditinstitute und das Fördergeschäft, insbes der Ausnahme von Förderkrediten von einer Belastung durch die zukünftige europäische Bankenabgabe

Antr
s. Bank
Drs 15/5691

Rechtsanspruch auf ein Bürgerkonto in BW

Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf ein Girokonto auf Guthabenbasis (Bürgerkonto bzw Jedermannkonto) in BW, insbes Bewährung der Praxis der Selbstverpflichtung der Banken; Verankerung des Rechtsanspruchs im Sparkassengesetz

Antr
s. Bankkonto
Drs 15/6398

Abzugsfähigkeit der Beiträge zum europäischen Abwicklungsfonds als Betriebsausgabe

Sachstand zur Nichtabzugsfähigkeit der Beiträge der deutschen Kreditinstitute zum deutschen Restrukturierungsfonds als Betriebsausgabe, insbes Wettbewerbsverzerrung und Belastung für Banken und Sparkassen, Regelung in anderen europäischen Ländern, Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Regelung in den europäischen Ländern

Antr
s. Bank
Drs 15/6560

Auswirkungen einer verschärften europäischen Bankenaufsicht und der erhöhten Eigenkapitalanforderungen durch Basel III auf die Sparkassen

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1252 1254-1257

Sparkassen- und Giroverband

Barrierefreiheit an Geldautomaten gewährleisten

Verbreitung barrierefreier Geldautomaten in BW; Normen und Techniken zur barrierefreien Benutzung von Geldautomaten; Zielvereinbarung über barrierefreie Dienstleistungen des Sparkassenverbands BW und seiner Mitgliedssparkassen

KlAnfr
s. Barrierefreiheit
Drs 15/3560

Sparkassengeschäftsverordnung

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung von § 1 der Sparkassengeschäftsverordnung in der Fassung vom 6. Dezember 1999

GesEntw
s. Bausparkasse

Drs 15/7677

Sparkassengesetz für Baden-Württemberg

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung der §§ 17, 48, 49, 51 und 53 des Sparkassengesetzes für BW in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. Bausparkasse
Drs 15/7677

Sparkassenwahlordnung

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Aufhebung des zweiten Abschnitts des ersten Teils der Sparkassenwahlordnung in der Fassung vom 8. Oktober 2003

GesEntw
s. Bausparkasse
Drs 15/7677

Sparpolitik

s. Sparen

Spaßbad

s. Schwimmbad

SPATZ

s. Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf

SPD

s. Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Special Olympics Baden-Württemberg

Förderung der Beratungs- und Koordinationsstelle von Special Olympics durch das Land

Stellenwert des Sports bei der Miteinbeziehung von Menschen mit geistiger Behinderung in die Gesellschaft; Ressortzuständigkeit und Förderwürdigkeit der Sportorganisation Special Olympics BW; Höhe der bisherigen Fördermittel des Landes; künftige Bezuschussung der Beratungs- und Koordinationsstelle

Antr
s. Behindertensport
Drs 15/4472

Spedition

s. Güterkraftverkehrsgewerbe

Speicherkraftwerk

s. Kraftwerk

Speichertechnik für Strom*s. Energiespeicher***Speiseöl***s. Öl***Spekulation***Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos im kommunalen Haushaltsrecht*

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte sowie eines Verbots von Fremdwährungskrediten ohne Absicherung des Währungsrisikos in der Gemeindeordnung für BW

GesEntw
s. Kredit
Drs 15/7340**Spende***s.a. Organspende*
*s.a. Sponsoring**Das Gemeinnützigkeitsprivileg des Bunds für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) vor dem Hintergrund seiner Inkasso-Funktion für die sogenannten „Parkschützer - Das Netzwerk des Widerstands“*

Beurteilung des Aufrufs der o.g. Protestbewegung gegen Stuttgart 21 zu Spenden über ein Konto des BUND; Vereinbarkeit mit dem Gemeinnützigkeitsprivileg des BUND und den damit verbundenen Anforderungen im Sinne der Abgabenordnung

KlAnfr
s. Umweltschutzorganisation
Drs 15/161*Umsatzsteuer auf Sachspenden*

Verzicht auf die Erhebung von Umsatzsteuer auf Lebensmittel- und Sachspenden, wenn diese unentgeltlich direkt an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen oder mittelbar an gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden; Hinwirkung auf eine entsprechende Änderung des Steuerrechts über den BRat; Berichterstattung über das Veranlasste bis zum 30.11.2012

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 23.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2140
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3245 S. 14 15
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962*Gesetz zur Aufhebung des Sammlungsgesetzes*

Entfallen der Erlaubnispflicht für Haus- und Straßensammlungen sowie der Verpflichtung der Sammlungsveranstalter zur Vorlage von Abrechnungen; Aufhebung einer behördlichen Überwachungsmöglichkeit nicht erlaubnisbedürftiger Sammlungen; Ersparnis von Verwaltungskosten bei den Regierungspräsidien, Kreisen und Gemeinden durch den Abbau verzichtbarer staatlicher Aufgaben

GesEntw LReg 25.09.2012 Drs 15/2384 (10 S.)
1. Beratung PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2669-2671
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.10.2012 Drs 15/2500
2. Beratung PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2785-2787GesBeschl 08.11.2012 Drs 15/2647
GBI 2012 Nr. 16 S. 572 (Ges vom 13.11.2012)*Hospize fördern*

Höhe der finanziellen Defizite der Hospize im Land; Umfang der durch Spenden zu erwirtschaftenden Beträge; Finanzierung der Zusatzangebote; Zahl der jährlich von den Krankenhäusern an die Hospize überwiesenen Patienten; Höhe der Einsparungen für die Krankenhäuser bzw die Krankenkassen; Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Aufrechterhaltung des Hospizbetriebs; Bundesratsinitiative für eine Auszahlung des vollen Pflegesatzes an die Hospize

Antr
s. Hospiz
Drs 15/4113*Finanzneutrale Ausstattung des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen*

Rechtliche Voraussetzungen zur Ausstattung der Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen im Bereich des Polizeireviers Ettlingen durch eine Geldspende

MdlAnfr
s. Freiwilliger Polizeidienst
Drs 15/4426*Salafismus in BW*

Inhalte des Salafismus; Bedeutung des Salafismus in BW; Zahl und Altersstruktur seiner Anhänger; Organisationsstruktur und Finanzierung; Verbreitungswege; Motive insbes junger Menschen für eine Hinwendung zum Salafismus; Aufklärung über Widersprüche zur freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands; Rolle des Predigers Pierre Vogel; Spendensammlungen des Vereins „Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst“ (IHED)

Antr
s. Islam
Drs 15/4679*Finanzielle Unterstützung durch Elternvereine und private Initiativen im Bereich der Universitätskliniken des Landes*

Bedeutung und Umfang der Mitfinanzierung von Universitätskliniken durch private Initiativen und Elternvereine bei medizinischer Ausstattung, Geräteanschaffungen und Forschungsvorhaben, insbes bei der Universitätsklinik Freiburg

KlAnfr
s. Universitätsklinik
Drs 15/4859**Spendensammlung***s. Spende***Sperrzeit***s. Polizeistunde***Sperrzeitverlängerung***s. Polizeistunde***Spezialeinsatzkommando***s. Polizeiliche Sondereinheit*

Spezialklinik

s. *Fachkrankenhaus*

SpG

s. *Sparkassengesetz für Baden-Württemberg*

SpGVO

s. *Sparkassengeschäftsverordnung*

Spiel*Problematik von Laserspielhallen*

Zahl der Laserspielhallen in baden-württembergischen Gemeinden; Art der angebotenen Spiele; Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche; Altersbeschränkung; Handlungsspielraum der Kommunen bei der Genehmigung von Laserhallen und ähnlichen Einrichtungen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3198

Kinder- und Jugendschutz in BW bei sogenannten Lasertagspielen gewährleisten

Sachstand zu Angebot und Kontrolle von sogenannten Lasertagspielen für Kinder und Jugendliche in BW, insbes Angebote und deren Altersgrenzen, zuständige Behörden für Prüfung des Kinder- und Jugendschutzes sowie für Anordnung von Auflagen und Verboten

Antr Helen Heberer u.a. SPD 12.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7545

BeschlEmpf und Bericht SoZA 03.12.2015 Drs 15/8019 S. 64-66

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Spielautomat

s.a. *Spielverordnung*

Spielhallen im LKreis Waldshut/Rheinfelden und Schwörstadt

Entwicklung der Zahl von Spielhallen und Konzessionen für Spielhallen in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Gemeinden der o.g. Raumschaft

KlAnfr Felix Schreiner CDU 28.06.2012 und Antw MFW Drs 15/1981

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spielersperresystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungsges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und Lotterieges

GesEntw
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2431

Sperrzeitverlängerung von Spielhallen

Verwerfung der Verordnung der Stadt Pforzheim zur Sperrzeitverlängerung durch den VGH mit Verweis auf das Nichtvorliegen eines atypischen örtlichen Gefahrenpotenzials, Bewertung als Schlag im Kampf gegen die Spielsucht; Überlegungen über eine Veränderung der Rechtslage

KlAnfr
s. *Polizeistunde*
Drs 15/2463

Situation des Glücksspiels in BW

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetreiber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugenehmigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/4470

Ergänzende Informationen zu Spielbanken in BW

Automateneinsatz- und Aufstellung sowie kartengestützte Bargeldauszahlung in den Spielbanken Baden-Württembergs

KlAnfr
s. *Spielbank*
Drs 15/5148

Zunahme der Zahl von Geldspielautomaten und Spielhallen; Intensivierung des Schutzes vor Spielsucht, insbes von Jugendlichen; Erleichterung der Verhinderung von Spielhallen

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 870-872

Erleichterung der Verhinderung von Spielhallen, Verbot von Mehrfachkonzessionen

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1969

Zunahme des Geldautomatenspiels von Jugendlichen; Erschwerung der Einrichtung und des Betriebs von Spielhallen mit einem Glücksspielgesetz des Landes, Festlegung von Abstandsregelungen für Spielhallen und Verbot von Mehrfachkonzessionen

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2128-2132

Spielbank

s.a. *Spielsucht*

Zulassung weiterer Spielbanken

Darlegung o.g. Planung für den Standort Mannheim, Einschätzung der Auswirkungen für die vorhandenen Spielbanken in BW und benachbarten BLändern; Frage nach einer gesetzlichen Neuregelung bzw Festhalten an den Grundzügen des Ausschreibungs- und Erlaubnisverfahrens nach dem geltenden Spielbankengesetz; Regelung des Spielbankenwesens in anderen Bundesländern, Höhe und Verwendungszwecke der den Ländern zufließenden Erträge

Antr FDP/DVP 13.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1428 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 03.05.2012 Drs 15/2007 S. 11-13
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Zusätzlicher Spielbankstandort in BW; Suchtprävention

Beurteilung der von einem zusätzlichen Spielbankstandort ausgehenden Suchtgefahr; Frage nach einem Maßnahmenpaket zur Bekämpfung dieser Spielsucht

MdlAnfr 4) Klaus Herrmann CDU 16.04.2012 Drs 15/1557
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1862 1863

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spielersperresystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungsges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und Lotterieges

GesEntw
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2431

Spielbanken in BW

Flächen und Geräte für das Kleine Spiel in den Spielbanken Baden-Baden, Konstanz und Stuttgart; Mindesteinsatzhöhe sowie höchstmöglicher Gewinn; Maßnahmen zum Spielerschutz; Schulung der Spielbankmitarbeiter im Umgang mit dem Spielgast; räumliche Trennung zwischen Spielbereich und kartengestützter Geldauszahlung in den Spielbanken

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 03.04.2014 und Antw MFW Drs 15/5012

Ergänzende Informationen zu Spielbanken in BW

Automateneinsatz- und Aufstellung sowie kartengestützte Bargeldauszahlung in den Spielbanken Baden-Württembergs

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 02.05.2014 und Antw MFW Drs 15/5148

Spielbankengesetz

s. *Spielbank*

Spielhalle

s. *Spielautomat*

Spielkasino

s. *Spielbank*

Spielplatz*Privilegierung von Kinderlärm*

Bewertung der Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes zur Privilegierung von anlagenbezogenem Kinderlärm; Anstreben von landesrechtlichen Regelungen zur Privilegierung von verhaltensbezogenem Kinderlärm, z.B. zur Erleichterung der Errichtung und Erweiterung von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten

Antr
s. *Lärm*
Drs 15/268

Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendeinrichtungen

Vorlage eines GesEntw

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1128

Spielsucht

s.a. *Glücksspiel*

s.a. *Spielbank*

Bewertung der Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Glücksspieländerungsstaatsvertrag vom 20. März 2012

Bewertung der Bedenken der Kommission zur Europarechtskonformität des geplanten Staatsvertrags, insbes auch wegen nicht bereitgestellter Daten und Untersuchungen zur Prüfung der Geeignetheit und Erforderlichkeit der vorgesehenen Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs oder der Verbote zur Abwehr von Suchtgefahren; Frage nach einer Verschiebung der Ratifizierung bis zum Vorliegen einer abschließenden positiven Stellungnahme der Kommission

Antr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/1497

Zusätzlicher Spielbankstandort in BW; Suchtprävention

Beurteilung der von einem zusätzlichen Spielbankstandort ausgehenden Suchtgefahr; Frage nach einem Maßnahmenpaket zur Bekämpfung dieser Spielsucht

MdlAnfr
s. *Spielbank*
Drs 15/1557

Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder

Umsetzung der o.g. Staatsverträge; Verhinderung von Glücksspielsucht und Wertsucht, Schaffung der Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung, Gewährleistung des Jugend- und Spielerschutzes, Eindämmung von unerlaubtem Glücksspiel

GesEntw
s. *Glücksspiel*
Drs 15/1570

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/1707

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spieler-

sperrsystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungs-Ges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und LotterieGes

GesEntw
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2431

Sperrzeitverlängerung von Spielhallen

Verwerfung der Verordnung der Stadt Pforzheim zur Sperrzeitverlängerung durch den VGH mit Verweis auf das Nichtvorliegen eines atypischen örtlichen Gefahrenpotenzials, Bewertung als Schlag im Kampf gegen die Spielsucht; Überlegungen über eine Veränderung der Rechtslage

KlAnfr
s. *Polizeistunde*
Drs 15/2463

Jugendliche und Glücksspiel in BW

Glücksspielnutzung von Jugendlichen und Entwicklung des Spielverhaltens; Anteil der spielsüchtigen oder spielsuchtgefährdeten Jugendlichen; Maßnahmen und Planungen der Spielsuchtprävention, insbes Einführung eines personalisierten Spielerausweises und Restriktionen bei Online-Spielen; Position zur Novellierung der Spielverordnung durch die BReg

Antr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/3340

Entwicklung des illegalen Internetglücksspiels

Verlagerung des Glücksspiels ins Internet; Zunahme der legalen und der illegalen Online-Glücksspiele; Spielanreiz durch das Angebot kostenloser Spiele; Suchtgefahr, Spielsuchtprävention und -therapie; Möglichkeiten des Landes zur Eindämmung illegaler Glücksspiele im Internet

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/3459

Situation des Glücksspiels in BW

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetreiber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugenehmigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/4470

Spielbanken in BW

Flächen und Geräte für das Kleine Spiel in den Spielbanken Baden-Baden, Konstanz und Stuttgart; Mindesteinsatzhöhe sowie höchstmöglicher Gewinn; Maßnahmen zum Spielerschutz; Schulung der Spielbankmitarbeiter im Umgang mit dem Spielgast; räumliche Trennung zwischen Spielbereich und kartengestützter Geldauszahlung in den Spielbanken

KlAnfr
s. *Spielbank*
Drs 15/5012

Gesetz zur Änderung des Landesglücksspielgesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011

Änderung der §§ 2, 20, 41, 43, 45, 47, 48 und 51 des Landesglücksspielgesetzes in der Fassung vom 17. März 2015. Umsetzung der vom Staatsgerichtshof geforderten Änderung der Stichtagsregelung für Betreiber bestehender Spielhallen; Anpassungen im Bereich der Spielersperre in Spielhallen sowie weiterer Bestimmungen

GesEntw
s. *Landesglücksspielgesetz*
Drs 15/7443

Schutz vor Spielsucht mit dem Glücksspielstaatsvertrag, Zahl der Spielsüchtigen, Höhe der sozialen Kosten von Spielsucht

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 870-872

Spielsüchtiger

s. *Spielsucht*

SpielV

s. *Spielverordnung*

Spielverordnung

Jugendliche und Glücksspiel in BW

Glücksspielnutzung von Jugendlichen und Entwicklung des Spielverhaltens; Anteil der spielsüchtigen oder spielsuchtgefährdeten Jugendlichen; Maßnahmen und Planungen der Spielsuchtprävention, insbes Einführung eines personalisierten Spielerausweises und Restriktionen bei Online-Spielen; Position zur Novellierung der Spielverordnung durch die BReg

Antr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/3340

Spinale Kinderlähmung

s. *Kinderlähmung*

Spirituosen

s.a. *Alkohol*

Verführt hochprozentiger Billigalkohol Jugendliche?

Entwicklung der Verkaufsmengen, Preise und Herkunftsländer von Billigspirituosen in den letzten zehn Jahren; Frage nach einer Beeinflussung des Alkoholkonsumverhaltens von Jugendlichen sowie nach Initiativen zur Lösung der Problematik von Billigspirituosen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene

Antr Paul Locherer u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1523
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 37
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Aktivitäten der Landesregierung zur Unterstützung bäuerlicher Kleinbrennereien nach dem Wegfall des Branntweinmonopols

Rechtliche Gründe gegen ein alternatives Fördermodell; Unterstützung der bäuerlichen Kleinbrennereien durch das Agrarinvestitionsförderprogramm; Fördermöglichkeit genossenschaftlich organisierter Brennereibetriebe; Verwendung von Bioethanol in Blockheizkraftwerken; Stand der angekündigten Streuobstkonzeption

Antr
s. *Brennerei*
Drs 15/2696

Spitzenkraft

s. *Führungskraft*

Spitzensport

s. *Sport*

Spitzensportler

s. *Sportler*

Spitzensteuersatz

s. *Steuertarif*

Spitzentechnik

s. *Spitzentechnologie*

Spitzentechnologie

s.a. *Technologie*

RegErkl - Heimat, High Tech, High Speed - die Chancen der Digitalisierung für BW nutzen und Aussprache

RegErkl
s. *Digitalisierung*
PIPr 15/108 S. 6413

Splett, Gisela Dr. MdL GRÜNE

Berufung und Vereidigung von Dr. Gisela Splett zur/als Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 15 17

SPNV

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Sponsoring

s.a. *Spende*

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Ersetzung der geräteabhängigen Rundfunkgebühr durch einen haushaltsbezogenen bzw betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag; Einschränkung der Möglichkeiten des Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Fernsehen; Änderung des LandesmedienGes

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/197

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 5 - Sponsoring in der Landesverwaltung

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7005
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7505
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Sponsoring im Kultusbereich 2014

Sachstand zum Sponsoring für Projekte des Kultusministeriums, insbes Spendenhöhe, Angabe der Sponsoren und der geförderten Projekte

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7322

Sport

s.a. *Bewegungserziehung*

s.a. *Fußball*

s.a. *Olympiastützpunkt*

s.a. *Olympische Spiele*

s.a. *Pferdesport*

s.a. *Sportler*

s.a. *Sportmedizin*

s.a. *Sportplan*

s.a. *Sportstätte*

s.a. *Sportverband*

s.a. *Sportverein*

s.a. *Sportwette*

s.a. *Tanz*

s.a. *Wandern*

s.a. *Wintersport*

Der Solidarpakt Sport II garantiert dem Sport finanzielle Planungssicherheit bis 2016

Umsetzung der o.g. Vereinbarung mit dem Landessportverband; Bewertung der Rolle des Sports für den (frühkindlichen) Bildungsbereich und weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung; Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendleiter in den Sportvereinen sowie des Engagements des Landessportverbands iRd „Spitzensportlands BW“; Umsetzung der Zusagen zur finanziellen Förderung des Wanderwesens sowie der energetischen Sanierung der Sportstätten; Bewertung der vorhandenen Verbandssstruktur

Antr Georg Wacker u.a. CDU 26.05.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/35

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 06.07.2011 Drs 15/504 S. 5 6

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Migrantinnen und Migranten im Sport

Zahl und Organisationsgrad von Migranten in Sportvereinen, Entwicklung und Unterstützung von integrationsfördernden Maßnahmen, interkulturelle Öffnung der Vereine, Gewinnung von Migranten zur Übernahme von haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Sportvereinen

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/571

Bedeutung des Leistungssports in BW

Art, Umfang und Träger der Unterstützung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie Trainern; Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Olympiastützpunkten, Eliteschulen des Sports und des Fußballs; Auflistung der für die olympischen Spiele in London 2012 nominierten Athleten aus BW aufgeschlüsselt nach Sportarten und regionalen Stützpunkten; Höhe der finanziellen Förderung und Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Sportstätten für die Leistungssportinfrastruktur bis 2016

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 28.11.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/939

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.03.2012 Drs 15/1821
S. 11
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung des EU-Programms „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1239

Sportkindergärten in BW

Sportkindergärten mit dem Zertifikat des Landessportverbands für bewegungsfreundliche Kindergärten; Darstellung des Bedarfs und Einsatzes von Fachkräften, Sportwissenschaftlern u.a. Personen; Bedeutung der Kooperation zwischen Sportkindergärten und Sportvereinen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/1307

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Auflistung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitsgipfel

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1856

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Förderung von Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen und Sportvereinen; Umfang der (fachfremd) erteilten Bewegungs-, Spiel- und Sportstunden an Grundschulen; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter; schrittweise Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde an allen Grundschulen; Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr SPD 19.06.2012 und Antw LReg Drs 15/1873 (18 S.)
PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3478-3486

Neustrukturierung der Baden-Württemberg-Stiftung

Höhe der Förderung von Sportprojekten seit 2007, Ausgestaltung der aktuellen Förderlinie für die Bereiche Sport/Bewegung/Prävention; künftige Unterstützung von integrationspolitischen und gesundheitspräventiven Projekten im Zusammenhang mit dem Thema Sport; Frage nach zusätzlichen Sport-Fördermaßnahmen

Antr
s. *Stiftung*
Drs 15/1984

Zukunft des Projekts „Integration durch Sport“

Finanzierung und Fortführung des Projekts durch das Ministerium für Integration; Bewertung und weitere Förderung des Projekts „Sport für Frauen aus aller Welt“ bzw „Sport für muslimische Frauen“ der Turn- und Sportvereinigung Metzingen und des Turnvereins Neuhausen

mische Frauen“ der Turn- und Sportvereinigung Metzingen und des Turnvereins Neuhausen

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2287

Integration durch Vereinssport in BW

Bewertung der integrativen Wirkung des Vereinssports, Entwicklung der Zahlen von Migranten in den Sportvereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Wirkungen der Maßnahmen und Programme des Landessportverbands

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2535

Umfrage „Sport und Gesundheit 2012“

Beurteilung der Ergebnisse der Forsa-Umfrage; Gründe für die geringere sportliche Betätigung von Geringverdienern; Maßnahmen und Projekte zur Motivationsförderung für diese soziale Schicht; Gefährdung der Freizeitsportler durch übertriebenen Ehrgeiz und Schmerzmittelmissbrauch; Aufklärung über gesundheitsschädigendes Verhalten; Einbeziehung der Sportvereine in die Strategien zur Beseitigung der aufgezeigten Risiken und Ungleichgewichte

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 12.12.2012 und Antw KM Drs 15/2798

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3526

Ausbildungsinhalt Sport in Kindertagesstätten

Regelung der Aus- und Fortbildung von Erziehern im Bereich Bewegungserziehung und Sport sowie Ausbildungsinhalte; Zahl der Motorikzentren und Bedarfsabdeckung der dort erlangten Qualifizierungen; Umsetzung der Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Sportvereinen nach dem Landesprogramm „Kooperation Schule - Verein“; Zahl der zertifizierten „bewegungsfreundlichen Kindergärten“

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/4476

Sportschulen in BW

Statistik zu Sportschulen in BW, insbes Anzahl der Eliteschulen des Sports, Eliteschule des Fußballs, Partnerschulen des Sports, Kaderathleten an Sportschulen und Lehrerzuweisungen an Sportschulen; Qualitätskriterien für den Titel Eliteschule bzw Partnerschule des Sports; Bedeutung der Sportschulen bei Talentförderung und Vereinbarkeit von Schule und Leistungssport

Antr
s. *Sportschule*
Drs 15/4700

Sportstättenförderung - Rhythmische Sportgymnastik (RSG)- Bundesstützpunkt Fellbach-Schmidlen

Umsetzung der Förderung von überregional bedeutsamen Sportstätten durch das Landesprogramm „Zukunftsoffensive III“; Hintergründe und Folgewirkungen des Rückforderungsbescheids für das Hallendach der Sporthalle im Ortsteil Fellbach-Schmidlen

KlAnfr
s. *Sportstätte*
Drs 15/4796

Subventionen

Subventionsbegriff, Summe der Finanzhilfen und Erfolgskontrolle von Subventionen; Sportförderung als Subventionstatbestand

KlAnfr
s. *Subvention*
Drs 15/4863

Großveranstaltungen im Bereich Sport in BW

Zurückliegende und geplante Großveranstaltungen von nationaler oder internationaler Bedeutung im Bereich Sport in BW, insbes Förderung durch das Land sowie die staatliche Toto-Lotto GmbH BW

KlAnfr
s. *Sportveranstaltung*
Drs 15/4988

Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen

Lizenzstufen für Übungsleiter bzw Trainer; Unterschiede in der finanziellen Förderung der Lizenzstufen; Zielgruppen der Sportförderung; Qualitätssicherung der Lizenzausbildungen

Antr
s. *Sportleiter*
Drs 15/5023

Konkurrenz bei Sportangeboten von Vereinen und Volkshochschulen

Sachstand zur Konkurrenzsituation zwischen Sportvereinen und Volkshochschulen bei Angeboten aus dem Bereich Sport und Gesundheit und Lösungsmöglichkeiten für diese Problematik

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/6773

Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen

Situation der Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen, insbes Beeinträchtigung des schulischen Sportunterrichts sowie des Vereins- und Wettkampfsports

Antr
s. *Sporthalle*
Drs 15/7339

Ehrungen für im Schießsport engagierte Bürger

Verleihung des Verdienstordens des Landes BW, der Ehrennadel des Landes und der Staufermedaille in den Jahren 2012 bis 2015; Ehrungen aufgrund eines Engagements im Sport, insbes im Schießsport; Berücksichtigung von Vorschlägen für Ehrungen im Bereich Sport

KlAnfr
s. *Schießsport*
Drs 15/7683

Bildungsplanreform 2016 - Sport ohne Sportarten und Sportgeräte?

Bedeutung und Bildungsziele des Unterrichtsfachs Sport an den verschiedenen Schularten in BW, insbes inhaltliche Veränderungen im neuen Bildungsplan, berücksichtigte Sportarten und Sportgeräte

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/7836

Der Solidarpakt Sport III - ein kräftiger Aufschlag und bessere Planbarkeit für die Sportvereine und -verbände im Land

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8789-8798

Fortschreibung des Solidarpakts Sport, Schaffung von Planungssicherheit für die Vereine, Ankündigung eines Sportentwicklungsplans, Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde in der Grundschule

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1379 1383 1384 1391 1392

Bedeutung von Sport für den Bildungserfolg und für die Integration; Faszination und negative Auswüchse des Fußballsports, Bekämpfung von Gewalt in den Stadien

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2053-2062

Sportanlage

s. *Sportstätte*

Sportartikel*Bildungsplanreform 2016 - Sport ohne Sportarten und Sportgeräte?*

Bedeutung und Bildungsziele des Unterrichtsfachs Sport an den verschiedenen Schularten in BW, insbes inhaltliche Veränderungen im neuen Bildungsplan, berücksichtigte Sportarten und Sportgeräte

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/7836

Sportlerziehung

s. *Sportunterricht*

Sportfischerei

s.a. *Fischerei*

Nachtangelverbot in BW

Regelung des Nachtangelverbots; Haltung der Fischereiverbände zum Nachtangelverbot; Argumente für und wider das Angeln während der Nachtstunden; Kontrolle des Nachtangelverbots und die dadurch entstehenden Kosten; nächtliche Angelbeschränkung in anderen Bundesländern; Änderung der bestehenden Vorschriften

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 19.09.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5748

Aufhebung des Nachtangelverbots in BW

Haltung der LReg zur Abschaffung des Nachtangelverbots in BW, insbes Gründe gegen eine Aufhebung, Störung der Tier- und Pflanzenwelt an Gewässern

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 18.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6623
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.06.2015 Drs 15/7352 S. 73 74
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Sportförderung

s. *Sport*

Sportgerät

s. *Sportartikel*

Sporthalle

Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen

Situation der Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen, insbes Beeinträchtigung des schulischen Sportunterrichts sowie des Vereins- und Wettkampfsports

Antr Georg Wacker u.a. CDU 26.08.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7339

Sportklub

s. *Sportverein*

Sportleiter

s.a. *Jugendleiter*

Der Solidarpakt Sport II garantiert dem Sport finanzielle Planungssicherheit bis 2016

Umsetzung der o.g. Vereinbarung mit dem Landessportverband; Bewertung der Rolle des Sports für den (frühkindlichen) Bildungsbereich und weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung; Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendleiter in den Sportvereinen sowie des Engagements des Landessportverbands iRd „Spitzensportlands BW“; Umsetzung der Zusagen zur finanziellen Förderung des Wanderwesens sowie der energetischen Sanierung der Sportstätten; Bewertung der vorhandenen Verbandsstruktur

Antr
 s. *Sport*
 Drs 15/35

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen, Übernahme von Führungsaufgaben als Übungsleiter oder Jugendreferent

Antr
 s. *Migrant*
 Drs 15/284

Bedeutung des Leistungssports in BW

Art, Umfang und Träger der Unterstützung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie Trainern; Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Olympiastützpunkten, Eliteschulen des Sports und des Fußballs; Aufflistung der für die olympischen Spiele in London 2012 nominierten Athleten aus BW aufgeschlüsselt nach Sportarten und regionalen Stützpunkten; Höhe der finanziellen Förderung und Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Sportstätten für die Leistungssportinfrastruktur bis 2016

Antr
 s. *Sport*
 Drs 15/939

Ausgestaltung der Ganztagsschule: Wie können externe Sportangebote finanziert und einbezogen werden?

Finanzierung und Einbeziehung externer Sportangebote in den Betrieb der Ganztagsschule, insbes Beteiligung von Turn- und Sportvereinen, Bereitstellung von qualifizierten Trainern und Betreuungspersonal

Antr
 s. *Ganztagsschule*
 Drs 15/4945

Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen

Lizenzstufen für Übungsleiter bzw Trainer; Unterschiede in der finanziellen Förderung der Lizenzstufen; Zielgruppen der Sportförderung; Qualitätssicherung der Lizenzausbildungen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5023

Mindestlohn und die finanzielle Situation von Sportvereinen

Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Entlohnung von Vertragssportlern, Übungsleitern, Mitarbeitern, Praktikanten und Trainees; 250-Euro-Verträge der Vertragssportler

Antr
 s. *Sportverein*
 Drs 15/6397

Beschäftigungssituation von Tennistrainern in BW

Sachstand zur Situation der steuer- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für hauptberufliche Tennistrainer, insbes Problem der Scheinselbständigkeit, Lösungsansätze gegenüber den Vereinen zur Vermeidung der Scheinselbständigkeit

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 23.07.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7222

Sportler

Fit für die Zukunft - Die Sportmedizinischen Einrichtungen an den Universitätskliniken in BW

Aufgabenwahrnehmung in der Forschung, Lehre, der Prävention, Rehabilitation, der klinischen Versorgung und Begleitung des Breiten- und des Spitzensports; Stellenwert bei der Betreuung von Spitzensportlern sowie als Referenzzentren für Anti-Doping-Maßnahmen und Medikamenteninformation; Weiterentwicklung des Struktur- und Funktionsplans von 1973 unter Einbeziehung der Doping-Aufklärung und -Bekämpfung; Erhaltung der Eigenständigkeit und Organisationshoheit

Antr
 s. *Sportmedizin*
 Drs 15/348

Bedeutung des Leistungssports in BW

Art, Umfang und Träger der Unterstützung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie Trainern; Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Olympiastützpunkten, Eliteschulen des Sports und des Fußballs; Aufflistung der für die olympischen Spiele in London 2012 nominierten Athleten aus BW aufgeschlüsselt nach Sportarten und regionalen Stützpunkten; Höhe der finanziellen Förderung und Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Sportstätten für die Leistungssportinfrastruktur bis 2016

Antr
s. *Sport*
Drs 15/939

Strafrechtliche Bekämpfung von Doping

Rechtsgrundlagen der strafrechtlichen Bekämpfung; Erfahrungen mit dem 2007 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport“ und den Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Dopingstraftaten; Zahl der Ermittlungsverfahren und die Art ihres Abschlusses; Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts der Bundesregierung; Strafbarkeit von Sportlern wegen des Besitzes „geringer Mengen“ eines Dopingmittels; Haltung der Sportverbände

GrAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3093

Erfolgreich in Sport und Beruf: Duale Karrieren von Spitzensportlern fördern

Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von sportlicher Laufbahn und Studium bzw Berufsausbildung für Spitzensportler als duale Karriere, insbes gegenwärtige Unterstützungsmaßnahmen; Rahmenbedingungen und angestrebte Verbesserungen für studierende Spitzensportler; Maßnahmen zum Ausbau beruflicher Einsatzmöglichkeiten von Spitzensportlern, insbes iRd Landesverwaltung

Antr SPD 15.10.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4164
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.03.2015 Drs 15/7081 S. 8 9
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Berufliche Karrieren: Zugangs- und Fördermöglichkeiten für Leistungssportler und Kaderathleten

Ausbildungsförderung für Leistungssportler; Zahl, regionale Verteilung und Angebot der Eliteschulen und Hochschulen des Sports in BW sowie deren Interesse am beruflichen Weiterkommen der Leistungssportler; Möglichkeiten der beruflichen Förderung parallel zur sportlichen Karriere; Voraussetzungen für Fördermaßnahmen; Aufhebung der Ungleichbehandlung von Leistungssportlern und Kaderathleten

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 04.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4273
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.03.2015 Drs 15/7081 S. 8 9
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Sportschulen in BW

Statistik zu Sportschulen in BW, insbes Anzahl der Eliteschulen des Sports, Eliteschule des Fußballs, Partnerschulen des Sports, Kaderathleten an Sportschulen und Lehrerzuweisungen an Sportschulen; Qualitätskriterien für den Titel Eliteschule bzw Partnerschule des Sports; Bedeutung der Sportschulen bei Talentförderung und Vereinbarkeit von Schule und Leistungssport

Antr
s. *Sportschule*
Drs 15/4700

Mindestlohn und die finanzielle Situation von Sportvereinen

Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Entlohnung von Vertragssportlern, Übungsleitern, Mitarbeitern, Praktikanten und Trainees; 250-Euro-Verträge der Vertragssportler

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/6397

Vorbildfunktion der Spitzensportler für die Jugend, Verbesserung der Bedingungen zur Vereinbarkeit von Leistungssport mit Ausbildung und Beruf

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1384 1391 1392

Sportmedizin

s.a. *Doping*

Fit für die Zukunft - Die Sportmedizinischen Einrichtungen an den Universitätskliniken in BW

Aufgabenwahrnehmung in der Forschung, Lehre, der Prävention, Rehabilitation, der klinischen Versorgung und Begleitung des Breiten- und des Spitzensports; Stellenwert bei der Betreuung von Spitzensportlern sowie als Referenzzentren für Anti-Doping-Maßnahmen und Medikamenteninformation; Weiterentwicklung des Struktur- und Funktionsplans von 1973 unter Einbeziehung der Doping-Aufklärung und -Bekämpfung; Erhaltung der Eigenständigkeit und Organisationshoheit

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 27.07.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/348
BeschlEmpf und Bericht WissA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 9
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Wissenschaftliche Erkenntnisse über Doping in BW

Forschungsarbeiten zur Dopingpraxis in BW; Erkenntnisse aus der Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“; Unterstützung des Projekts durch die Universität Freiburg; Stand der Evaluierung der Abteilung „Rehabilitative und Präventive Sportmedizin“ der Freiburger Sportmedizin durch die „Unabhängige Gutachterkommission“ unter Vorsitz von Professor Dr. L.P.; Bereitstellung von Akten sowie Akteneinsicht; Zusammensetzung und Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der Dopingprävention

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3930

Evaluierung der Freiburger Sportmedizin hinsichtlich ihrer Dopingvergangenheit durch die Evaluierungskommission der Freiburger Sportmedizin

Stand und bisherige Erkenntnisse der Evaluierungskommission; Spezifizierung des Arbeitsauftrags der Kommission; Auswertung datenschutzrechtlich sensibler Unterlagen; Zugang zu den Archiven der Sportverbände; Einblick in Unterlagen der Gutachter des Bundesinstituts für Sportwissenschaft; vormalige Position des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Thema Doping in der Abteilung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg; Vorlage des Abschlussberichts der Kommission

KIAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3933

Abschluss der Evaluierungskommission Sportmedizin und Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Maßnahmen zur Aufklärung der Dopingvergangenheit in der Sportmedizin, insbes Ergebnisse der Evaluierungskommission Sportmedizin, Ziel der Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Antr

s. *Doping*
Drs 15/5934

Ergebnisse der „Unabhängigen Gutachterkommission zur Evaluierung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg“

Sachstand zur Aufklärung der Vorgänge an der Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg, insbes Arbeit und bisherige Ergebnisse der unabhängigen Gutachterkommission, Zielvorstellungen der Kommissionsarbeit, Umfang bisher nicht ausgewerteter Unterlagen, Schlichtung zwischen Untersuchungskommission und Universität, Zeitplan und Maßnahmen zur raschen und vollständigen Aufklärung der Doping-Vorfälle

Antr
s. *Doping*
Drs 15/6316

Erinnerung an die Dopingfälle in der Freiburger Sportmedizin
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 653

Hervorhebung der sportmedizinischen Untersuchungszentren an den Universitätskliniken

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1384

Sportpädagogik

Sportorientierte Jugendarbeit - Projekt „Kick Fair“

Bewertung und Förderung des Projekts KickFair iRd offenen, sportorientierten Jugendarbeit

KlAnfr
s. *Jugendarbeit*
Drs 15/3100

Sportplan

22. *Landessportplan für das Hj 2012*

Mittlg LReg 13.12.2011 Drs 15/1014 (41 S.)
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.01.2012 Drs 15/1104 III. S. 9
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

23. *Landessportplan für das Hj 2013/2014*

Mittlg LReg 07.11.2012 Drs 15/2565 (42 S.)
PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2737
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.11.2012 Drs 15/2604 II. S. 11
PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3240-3262

24. *Landessportplan für das Hj 2015/2016*

Mittlg LReg 04.11.2014 Drs 15/5966 (56 S.)
PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6539
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.11.2014 Drs 15/6004 II. S. 9
PIPr 15/116 12.12.2014 S. 6983-7009

Sportplatz

s. *Sportstätte*

Sportschule

Sportschulen in BW

Statistik zu Sportschulen in BW, insbes Anzahl der Eliteschulen des Sports, Eliteschule des Fußballs, Partnerschulen des

Sports, Kaderathleten an Sportschulen und Lehrzuweisungen an Sportschulen; Qualitätskriterien für den Titel Eliteschule bzw Partnerschule des Sports; Bedeutung der Sportschulen bei Talentförderung und Vereinbarkeit von Schule und Leistungssport

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 31.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4700

Zusätzlicher Sport- und Musikunterricht an Grundschulen

Rahmenbedingungen zur Einbindung gewerblicher Sport- und Musikschulen iRd Ganztagsbetriebs an Grundschulen, insbes Budget, Stundenlohn, pädagogische Qualifikation

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/5810

Einrichtung eines Sportinternats in Ulm

Planungen zur Einrichtung eines Sportinternats für jugendliche Spitzensportler am Standort Ulm, insbes Fördermöglichkeiten des Landes; Kooperationen mit Partnerschulen des Sports

KlAnfr Dr. Monika Stolz CDU 21.10.2014 und Antw KM Drs 15/5940

Sportstätte

s.a. *Olympiastützpunkt*

Der Solidaripakt Sport II garantiert dem Sport finanzielle Planungssicherheit bis 2016

Umsetzung der o.g. Vereinbarung mit dem Landessportverband; Bewertung der Rolle des Sports für den (frühkindlichen) Bildungsbereich und weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung; Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendleiter in den Sportvereinen sowie des Engagements des Landessportverbands iRd „Spitzensportlands BW“; Umsetzung der Zusagen zur finanziellen Förderung des Wanderwesens sowie der energetischen Sanierung der Sportstätten; Bewertung der vorhandenen Verbandsstruktur

Antr
s. *Sport*
Drs 15/35

Feldversuch zur automatisierten Gesichtserkennung in Videoströmen in Karlsruhe

Datenschutzrechtliche Bewertung des o.g. Feldversuchs des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) im Karlsruher Wildparkstadion, der durch das Eingreifen des Landesbeauftragten für Datenschutz gestoppt wurde; Frage der Berücksichtigung des Datenschutzes bei der Beantragung des Forschungsprojekts „Parallele Gesichtserkennung in Videoströmen“ (PaGeVi) und den noch ausstehenden Feldversuchen; Bewertung der Kombination von Videoüberwachung und automatisierter Gesichtserkennung, des Einsatzes dieser Techniken an halböffentlichen Orten wie Fußballstadien; Angaben über Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der automatisierten Gesichtserkennung, die vom Land BW unterstützt werden

KlAnfr
s. *Biometrie*
Drs 15/470

Bedeutung des Leistungssports in BW

Art, Umfang und Träger der Unterstützung von Nachwuchs- und Spitzensportlern sowie Trainern; Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Olympiastützpunkten, Eliteschulen des Sports und des Fußballs; Aufstufung

der für die olympischen Spiele in London 2012 nominierten Athleten aus BW aufgeschlüsselt nach Sportarten und regionalen Stützpunkten; Höhe der finanziellen Förderung und Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau von Sportstätten für die Leistungssportinfrastruktur bis 2016

Antr
s. *Sport*
Drs 15/939

Haushalt 2012; Epl 04

Neubau der Ausstiegshilfe am Adler-Skistadion in Hinterzarten
ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1104-21 S. 79 80
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Gewalt in Fußballstadien eindämmen

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 15/38 S. 2053

Gewalt in Fußballstadien

Ausweitung der Fanprojekte auf die Vereine der ersten bis dritten Fußballligen u.a. Möglichkeiten der Gewaltprävention von der ersten bis zur fünften Liga

MdlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1953

Fanprojekte in BW - frühzeitige Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

Auflistung o.g. Projekte sportnaher Jugend- und Sozialarbeit, deren Ausgestaltung, Förderung und Erfolg; Frage nach weiteren gestellten Anträgen und deren Bescheidung sowie nach einem regelmäßigen Austausch zwischen Ministerien, Vertretern der Projekte und Vereine; Fortschreibung der etatisierten Haushaltsansätze; Ausblick auf künftige Herausforderungen mit Blick auf das zunehmende Gewaltpotenzial innerhalb und außerhalb der Stadien

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1997

Schanzenzentrum Hinterzarten

Höhe der notwendigen Mittel zur Modernisierung des o.g. Skisportzentrums; jeweilige finanzielle Beteiligung von Land, Bund und Kommune; Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Förderung im Rahmen des Tourismusprogramms

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 02.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2596
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 05.06.2013 Drs 15/4040 S. 16
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Sportstättenförderung - Rhythmische Sportgymnastik (RSG)-Bundesstützpunkt Fellbach-Schmidlen

Umsetzung der Förderung von überregional bedeutsamen Sportstätten durch das Landesprogramm „Zukunftsoffensive III“; Hintergründe und Folgewirkungen des Rückforderungsbescheids für das Hallendach der Sporthalle im Ortsteil Fellbach-Schmidlen

KlAnfr Matthias Präfrock CDU 17.02.2014 und Antw KM Drs 15/4796

Regierungsbefragung
Gewalt auf Sportplätzen
s. *Gewalt*
PIPr 15/105 S. 6265

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung auf die Sportstätten in den Städten und Gemeinden

Zahl der Sportstätten in kommunaler Trägerschaft; Sportstätten als schulische Einrichtungen; Nutzung schulischer Sportstätten durch Sport- bzw Schwimmvereine und die Volkshochschulen; Nutzung nichtschulischer Sportstätten durch Schulen; Vermietung schulischer Sportstätten an Dritte; Wegfall von Sportstätten durch Schulschließungen; Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Sportstättenangebots durch die Kommunen; Berücksichtigung der von der Schließung kommunaler Sportstätten betroffenen Sportvereine bei den Entscheidungen zur regionalen Schulentwicklung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5811
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 25.02.2015 Drs 15/6733 S. 9 10
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Zustand der Sportstätten in BW

Zweckdienlichkeit und baulicher Zustand der Sportstätten; Sanierungsbedarf bei kommunalen und vereins eigenen Sportstätten; Förderung der Sportstättenanierung in den vergangenen fünf Jahren; Nutzung der Sportstätten im Land für sportliche Großveranstaltungen; Anteil des Sports an der Bruttowertschöpfung; Sportentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und Sportverbänden; Programm zur Sanierung der Sportstätten

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 09.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5859

Sportstättennutzungen im Ganztagsschulbetrieb

Nutzung der Sportstätten für Sportangebote iRd Ganztagsschulbetriebs sowie für Sportangebote der örtlichen Sportvereine; Beanspruchung vorrangiger Nutzungsrechte durch Ganztagsschulen; Lösungskonzepte bei Konflikten zwischen Schulen und Sportvereinen; Abschluss vertraglicher Vereinbarungen; Interessenausgleich zwischen Schulsport und Vereinssport bei der Sportstättennutzung

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 27.10.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5981

Landeszuschuss Neubau Stadion SC Freiburg

Errichtung eines neuen Fußballstadions in Freiburg im Breisgau; Unterstützung des Neubaus durch das Land; Stand der Gespräche mit der Stadt Freiburg

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 28.11.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/6199

Sportstättenförderung - Stadionneubau des SC Freiburg

Situation um einen möglichen Förderzuschuss für den Stadionneubau des SC Freiburg; Planungen zur Neuaufgabe eines Förderprogramms zum Sportstättenbau

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 27.02.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6558

Fördermittel für kommunalen Sportstättenbau in den Stadtkreisen

Sachstand zu geförderten Projekten und Finanzmitteln des Landesförderprogramms für den kommunalen Sportstättenbau in

den Stadtkreisen, insbes beantragte Projekte und Fördermittel in Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 08.05.2015 und
Antw KM Drs 15/6878

Trainingsstellen für den Kanu-Freestyle-Sport in BW

Sachstand zu Trainingsbedingungen und Trainingsanlagen für den Kanu-Freestyle-Sport in BW, insbes Ausbau von Trainingsstellen, Einrichtung von stehenden Wellen in baden-württembergischen Fließgewässern

Antr
s. *Kanusport*
Drs 15/7050

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 18 - Schwimm- und Sporthalle des Bildungszentrums Schwäbisch Gmünd (Kap 1209)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7018
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7518
(dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064
Mittlg LReg 10.05.2016 Drs 16/10

Mittelbereitstellung für den kommunalen Sportstättenbau

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1383 1384 1391

Sportübungsleiter

s. *Sportleiter*

Sportunterricht

Inklusion im Sport

Integration von Menschen mit Behinderungen in den Sportunterricht und in außerschulische Sport- und Bewegungsangebote, insbes Möglichkeit von Schulsportwettbewerben für Schüler mit geistiger bzw körperlicher Behinderung; Forschungsförderung zu Inklusion im Sport; Informationsangebote zu inklusiven Sportangeboten und zur Umsetzung von Barrierefreiheit im Sport

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/3336

Trennung des schulischen Sportunterrichts nach Geschlechtern

Haltung gegenüber einem nach Geschlechtern getrennten Sportunterricht aus Rücksicht auf religiöse Überzeugungen; Vorteile eines nach Geschlechtern getrennten Schulsports aus integrationspolitischer Sicht; Begründung der Abmeldungen von Schülern aus dem koedukativen Turnunterricht im laufenden Schuljahr; Entwicklungstendenzen bei den Abmeldungen vom Schulsport; Werbung für die Vorteile des koedukativen Sportunterrichts

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 29.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3438
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.10.2013 Drs 15/4379 S. 11
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Pferdehaltung und Pferdezucht in BW

Aktuelle Situation sowie die Aktivitäten und die Haltung des Landes auf dem Gebiet der Pferdehaltung und -zucht, insbes Statistiken zu Pferden und Pferdehaltern, wirtschaftliche Situa-

tion und Förderungsmöglichkeiten für pferdehaltende Betriebe, Beratungsangebote des Landes, Reittourismusförderung, Pferdeeinsatz in der Landschaftspflege, Reiten im Schulsport

Antr
s. *Pferd*
Drs 15/3886

Sportunterricht an den Schulen in BW

Situation des Sportunterrichts an den Schulen in BW, insbes Unterrichtswochenstundenzahlen der einzelnen Schularten und Klassenstufen, Sportlehrerbedarf und Sportlehrerbildung, Ausbau des schulischen Sportangebots, Einführung einer Sport- und Bewegungsstunde in Grundschulen, Angebot an Schulschwimmunterricht sowie Vorbereitung der Inklusion

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 13.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4577

Ausgestaltung der Ganztagschule: Wie können externe Sportangebote finanziert und einbezogen werden?

Finanzierung und Einbeziehung externer Sportangebote in den Betrieb der Ganztagschule, insbes Beteiligung von Turn- und Sportvereinen, Bereitstellung von qualifizierten Trainern und Betreuungspersonal

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/4945

„Geht die LReg beim Schwimmunterricht baden?“

Situation des schulischen Schwimmunterrichts in BW, insbes Bewertung der Schwimmfähigkeit der Kinder, Lernzielvorgaben, Kooperation mit DLRG und Schwimmverbänden, Schwimmbadschließungen, Schwimmunfälle

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 15/5053

Sportunterricht für Schülerinnen und Schüler mit körperlicher Behinderung

Ermöglichung einer gerecht benoteten Teilnahme von Schülern mit körperlicher Behinderung am regulären Sportunterricht, insbes in der gymnasialen Oberstufe

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 10.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5068
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 24.09.2014 Drs 15/6338 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP) S. 81-84
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Zusätzlicher Sport- und Musikunterricht an Grundschulen

Rahmenbedingungen zur Einbindung gewerblicher Sport- und Musikschulen iRd Ganztagsbetriebs an Grundschulen, insbes Budget, Stundenlohn, pädagogische Qualifikation

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/5810

Sportstättennutzungen im Ganztagschulbetrieb

Nutzung der Sportstätten für Sportangebote iRd Ganztagschulbetriebs sowie für Sportangebote der örtlichen Sportvereine; Beanspruchung vorrangiger Nutzungsrechte durch Ganztagschulen; Lösungskonzepte bei Konflikten zwischen Schulen und Sportvereinen; Abschluss vertraglicher Vereinbarungen; Interessenausgleich zwischen Schulsport und Vereinssport bei der Sportstättennutzung

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5981

Schwimmunterricht

Sachstand zur Bedeutung und Sicherstellung des regulären Schwimmunterrichts an den Grundschulen, insbes Qualifikationsmaßnahmen für Lehrkräfte, Zahlen und Begründungen für Nicht-Durchführung von Schwimmunterricht an Grundschulen, Gründe für die vorläufige Einschränkung des Programms „Schwimmfix“ auf Ganztagschulen

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 15/7301

Schwimmen im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Situation des Schwimmunterrichts und Schwimmbadangebots im LKreis Göppingen

KlAnfr
s. *Schwimmen*
Drs 15/7336

Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen

Situation der Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen, insbes Beeinträchtigung des schulischen Sportunterrichts sowie des Vereins- und Wettkampfsports

Antr
s. *Sporthalle*
Drs 15/7339

Bildungsplanreform 2016 - Sport ohne Sportarten und Sportgeräte?

Bedeutung und Bildungsziele des Unterrichtsfachs Sport an den verschiedenen Schularten in BW, insbes inhaltliche Veränderungen im neuen Bildungsplan, berücksichtigte Sportarten und Sportgeräte

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 07.12.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7836

Sportveranstaltung

Gewalt im Rahmen von Spielen der Fußball-Bundesligen in BW

Anzahl der Polizeieinsätze im Rahmen von Bundesliga-Spielen seit dem 7. August 2009, aufgeschlüsselt nach Vereinen, Einsatzkräften und Einsatzstunden; Gesamtkosten der Polizeieinsätze; Entscheidungskriterien für Umfang und Ausführung von Polizeieinsätzen; Maßnahmen der Vereine und Fanggruppierungen bei Spielen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial; in der Zentralen Informationsstelle Sporeinsätze (ZIS) unter der Datei „Gewalttäter Sport“ gespeicherte Personen, darunter Personen mit rechtsextremen Hintergrund; durch Fangewalt verletzte unbeteiligte Dritte; Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hooligan*
Drs 15/2642

Gewaltprävention und Wirksamkeit der Fanprojekte

Bestand und Bedarf an Fanprojekten in BW; Aufgabenfelder; präventive Wirkung von Fanprojekten; Arbeit des Fanprojekts in Mannheim/Ludwigshafen; Förderung von Fanprojekten durch das Land; bisherige Erfahrungen mit dem Sicherheitskonzept der Deutschen Fußball Liga (DFL); Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kommunen, Fanprojekten und Polizei;

Strafverfolgung der Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels Offenbacher Kickers und SV Waldhof Mannheim am 25. August 2013; Gewaltprävention im Amateurbereich

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/3990

Radtouristikfahrten in BW

Anzahl der jährlich als Breitensportveranstaltungen stattfindenden Radtouristikfahrten in BW; Gründe für die Genehmigungspflicht ab einer Teilnahme von 100 Personen; Verzicht auf eine Genehmigungspflicht für Radtouristikfahrten

KlAnfr
s. *Fahrradtourismus*
Drs 15/4958

Großveranstaltungen im Bereich Sport in BW

Zurückliegende und geplante Großveranstaltungen von nationaler oder internationaler Bedeutung im Bereich Sport in BW, insbes Förderung durch das Land sowie die staatliche Toto-Lotto GmbH BW

KlAnfr Petra Häffner GRÜNE 26.03.2014 und Antw KM Drs 15/4988

Unterrichtsbeginn während der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Organisatorischer Aufwand und Umsetzbarkeit eines späteren Schulbeginns in Anbetracht fester Busverbindungen, fehlender Betreuungsmöglichkeiten für jüngere Schüler durch deren Eltern sowie der Notwendigkeit, den ausgefallenen Unterricht nachzuholen; Zulässigkeit eines späteren Unterrichtsbegins bei weiteren sportlichen Großereignissen wie z.B. den Olympischen Spielen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/5324

Sportverband

s.a. Sportverein

Der Solidarpakt Sport II garantiert dem Sport finanzielle Planungssicherheit bis 2016

Umsetzung der o.g. Vereinbarung mit dem Landessportverband; Bewertung der Rolle des Sports für den (frühkindlichen) Bildungsbereich und weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung; Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendleiter in den Sportvereinen sowie des Engagements des Landessportverbands iRd „Spitzensportlands BW“; Umsetzung der Zusagen zur finanziellen Förderung des Wanderwesens sowie der energetischen Sanierung der Sportstätten; Bewertung der vorhandenen Verbandstruktur

Antr
s. *Sport*
Drs 15/35

Integration durch Vereinssport in BW

Bewertung der integrativen Wirkung des Vereinssports, Entwicklung der Zahlen von Migranten in den Sportvereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Wirkungen der Maßnahmen und Programme des Landessportverbands

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2535

Strafrechtliche Bekämpfung von Doping

Rechtsgrundlagen der strafrechtlichen Bekämpfung; Erfahrungen mit dem 2007 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport“ und den Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Dopingstraftaten; Zahl der Ermittlungsverfahren und die Art ihres Abschlusses; Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts der Bundesregierung; Strafbarkeit von Sportlern wegen des Besitzes „geringer Mengen“ eines Dopingmittels; Haltung der Sportverbände

GrAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3093

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3526

GEMA-Gebühren für Musik in Sportkursen

Regelung der Musiknutzung in den Kursen der Sportvereine bis Ende 2013; Stand der Verhandlungen zwischen den Sportbünden und der GEMA über eine neue Pauschalvereinbarung

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/5141

Zustand der Sportstätten in BW

Zweckdienlichkeit und baulicher Zustand der Sportstätten; Sanierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten; Förderung der Sportstättenanierung in den vergangenen fünf Jahren; Nutzung der Sportstätten im Land für sportliche Großveranstaltungen; Anteil des Sports an der Bruttowertschöpfung; Sportentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und Sportverbänden; Programm zur Sanierung der Sportstätten

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5859

Abstimmung der Planungen des Landes mit den Sportverbänden

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1384

Sportverein*s.a. Sportverband**Der Solidarpakt Sport II garantiert dem Sport finanzielle Planungssicherheit bis 2016*

Umsetzung der o.g. Vereinbarung mit dem Landessportverband; Bewertung der Rolle des Sports für den (frühkindlichen) Bildungsbereich und weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung; Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendleiter in den Sportvereinen sowie des Engagements des Landessportverbands iRd „Spitzensportlands BW“; Umsetzung der Zusagen zur finanziellen Förderung des Wanderwesens sowie der energetischen Sanierung der Sportstätten; Bewertung der vorhandenen Verbandstruktur

Antr
s. *Sport*
Drs 15/35

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Sportvereinen, Übernahme von Führungsaufgaben als Übungsleiter oder Jugendreferent

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/284

Migrantinnen und Migranten im Sport

Zahl und Organisationsgrad von Migranten in Sportvereinen, Entwicklung und Unterstützung von integrationsfördernden Maßnahmen, interkulturelle Öffnung der Vereine, Gewinnung von Migranten zur Übernahme von haupt- und ehrenamtlichen Funktionen in Sportvereinen

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/571

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/575

Ganztagsbildung und -betreuung im LKreis Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/898

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Verliehene Ehrungen und Preise für das ehrenamtliche Engagement von Personen, Vereinen und Organisationen seit 2010; Auslobung eines Ehrenamtspreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und für Vereine und Organisationen für die interkulturelle Öffnung, Hervorhebung entsprechender Beispiele iR einer Werbekampagne

Antr
s. *Auszeichnung*
Drs 15/1166

Sportkindergärten in BW

Sportkindergärten mit dem Zertifikat des Landessportverbands für bewegungsfreundliche Kindergärten; Darstellung des Bedarfs und Einsatzes von Fachkräften, Sportwissenschaftlern u.a. Personen; Bedeutung der Kooperation zwischen Sportkindergärten und Sportvereinen

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/1307

Präventive Arbeit von Fanprojekten

Auflistung o.g. Projekte, deren Förderung und Erfolg; Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Fanprojekten und

Polizei; weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt im Sport, Beurteilung der Gefahr von Einflussnahme der rechten Szene im Bereich der gewaltbereiten Fußballfans, Darlegung der Themen für den geplanten Sicherheitsgipfel

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1856

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Förderung von Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen und Sportvereinen; Umfang der (fachfremd) erteilten Bewegungs-, Spiel- und Sportstunden an Grundschulen; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter; schrittweise Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde an allen Grundschulen; Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 15/1873

Gewalt in Fußballstadien

Ausweitung der Fanprojekte auf die Vereine der ersten bis dritten Fußballligen u.a. Möglichkeiten der Gewaltprävention von der ersten bis zur fünften Liga

MdlAnfr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1953

Fanprojekte in BW - frühzeitige Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

Auflistung o.g. Projekte sportnaher Jugend- und Sozialarbeit, deren Ausgestaltung, Förderung und Erfolg; Frage nach weiteren gestellten Anträgen und deren Bescheidung sowie nach einem regelmäßigen Austausch zwischen Ministerien, Vertretern der Projekte und Vereine; Fortschreibung der etatisierten Haushaltsansätze; Ausblick auf künftige Herausforderungen mit Blick auf das zunehmende Gewaltpotenzial innerhalb und außerhalb der Stadien

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/1997

Zukunft des Projekts „Integration durch Sport“

Finanzierung und Fortführung des Projekts durch das Ministerium für Integration; Bewertung und weitere Förderung des Projekts „Sport für Frauen aus aller Welt“ bzw. „Sport für muslimische Frauen“ der Turn- und Sportvereinigung Metzingen und des Turnvereins Neuhausen

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2287

Integration durch Vereinssport in BW

Bewertung der integrativen Wirkung des Vereinssports, Entwicklung der Zahlen von Migranten in den Sportvereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Wirkungen der Maßnahmen und Programme des Landessportverbands

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2535

Umfrage „Sport und Gesundheit 2012“

Beurteilung der Ergebnisse der Forsa-Umfrage; Gründe für die geringere sportliche Betätigung von Geringverdienern; Maßnahmen und Projekte zur Motivationsförderung für diese soziale Schicht; Gefährdung der Freizeitsportler durch übertriebenen Ehrgeiz und Schmerzmittelmissbrauch; Aufklärung über gesundheitsschädigendes Verhalten; Einbeziehung der Sportvereine in die Strategien zur Beseitigung der aufgezeigten Risiken und Ungleichgewichte

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 15/2798

Zuschüsse für Sport- und Gesundheitskurse

Gründe für die unterschiedliche Bezuschussung der Sport- und Gesundheitskurse von Volkshochschulen bzw. Familienbildungsstätten und der von Vereinen; Frage einer Angleichung der Zuschusshöhe

KlAnfr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/3987

Ausbildungsinhalt Sport in Kindertagesstätten

Regelung der Aus- und Fortbildung von Erziehern im Bereich Bewegungserziehung und Sport sowie Ausbildungsinhalte; Zahl der Motorikzentren und Bedarfsabdeckung der dort erlangten Qualifizierungen; Umsetzung der Kooperationen zwischen Kindergärten und Sportvereinen nach dem Landesprogramm „Kooperation Schule - Verein“; Zahl der zertifizierten „bewegungsfreundlichen Kindergärten“

Antr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/4476

Ausgestaltung der Ganztagschule: Wie können externe Sportangebote finanziert und einbezogen werden?

Finanzierung und Einbeziehung externer Sportangebote in den Betrieb der Ganztagschule, insbes Beteiligung von Turn- und Sportvereinen, Bereitstellung von qualifizierten Trainern und Betreuungspersonal

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/4945

Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer in Sportvereinen

Lizenzstufen für Übungsleiter bzw. Trainer; Unterschiede in der finanziellen Förderung der Lizenzstufen; Zielgruppen der Sportförderung; Qualitätssicherung der Lizenzausbildungen

Antr
s. *Sportleiter*
Drs 15/5023

Wenn Sport Schule macht - Sportvereine in BW sind jetzt Partner beim Ausbau der Ganztagschule

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5740-5748

GEMA-Gebühren für Musik in Sportkursen

Regelung der Musikknutzung in den Kursen der Sportvereine bis Ende 2013; Stand der Verhandlungen zwischen den Sportbünden und der GEMA über eine neue Pauschalvereinbarung

Antr Sabine Wölflé u.a. SPD 30.04.2014 und Stellungnahme
KM Drs 15/5141

Fehlende Rahmenvereinbarungen zur Ganztagschule und Stillstand beim Zukunftsplan Jugend - die Jugendpolitik im Land steht still!

Abschluss der Rahmenvereinbarung des Landes BW mit den Sportvereinen hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagschule; Stand und Zeitplan für den Abschluss von noch fehlenden Rahmenvereinbarungen des Landes BW mit außerschulischen Partnern der Jugendarbeit im Bereich der musisch-kulturellen, kirchlichen und freien Jugendarbeit; Stand der Umsetzung des Zukunftsplans Jugend

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/5215

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung auf die Sportstätten in den Städten und Gemeinden

Zahl der Sportstätten in kommunaler Trägerschaft; Sportstätten als schulische Einrichtungen; Nutzung schulischer Sportstätten durch Sport- bzw Schwimmvereine und die Volkshochschulen; Nutzung nichtschulischer Sportstätten durch Schulen; Vermietung schulischer Sportstätten an Dritte; Wegfall von Sportstätten durch Schulschließungen; Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Sportstättenangebots durch die Kommunen; Berücksichtigung der von der Schließung kommunaler Sportstätten betroffenen Sportvereine bei den Entscheidungen zur regionalen Schulentwicklung

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5811

Zustand der Sportstätten in BW

Zweckdienlichkeit und baulicher Zustand der Sportstätten; Sanierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten; Förderung der Sportstättenanierung in den vergangenen fünf Jahren; Nutzung der Sportstätten im Land für sportliche Großveranstaltungen; Anteil des Sports an der Bruttowertschöpfung; Sportentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und Sportverbänden; Programm zur Sanierung der Sportstätten

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5859

Sportstättennutzungen im Ganztagschulbetrieb

Nutzung der Sportstätten für Sportangebote iRd Ganztagschulbetriebs sowie für Sportangebote der örtlichen Sportvereine; Beanspruchung vorrangiger Nutzungsrechte durch Ganztagschulen; Lösungskonzepte bei Konflikten zwischen Schulen und Sportvereinen; Abschluss vertraglicher Vereinbarungen; Interessenausgleich zwischen Schulsport und Vereinssport bei der Sportstättennutzung

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5981

Mindestlohn und die finanzielle Situation von Sportvereinen

Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Entlohnung von Vertragssportlern, Übungsleitern, Mitarbeitern, Praktikanten und Trainees; 250-Euro-Verträge der Vertragssportler

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 26.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6397

Gelingt die Monetarisierung von Lehrerstunden im Ganztagschulkonzept?

Kooperation von Ganztagschulen mit außerschulischen Partnern wie Musikschulen und Sportvereinen; Nutzung der Möglichkeit der Monetarisierung von Lehrerwochenstunden; Monetarisierungs-Grad; Unterschiede zwischen Stadt und Land; erstmalige Beantragung des Ganztagsbetriebs unter Einbeziehung außerschulischer Partner für das Schuljahr 2015/2016

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/6439

Konkurrenz bei Sportangeboten von Vereinen und Volkshochschulen

Sachstand zur Konkurrenzsituation zwischen Sportvereinen und Volkshochschulen bei Angeboten aus dem Bereich Sport und Gesundheit und Lösungsmöglichkeiten für diese Problematik

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 22.04.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6773

Beschäftigungssituation von Tennistrainern in BW

Sachstand zur Situation der steuer- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für hauptberufliche Tennistrainer, insbes Problem der Scheinselbständigkeit, Lösungsansätze gegenüber den Vereinen zur Vermeidung der Scheinselbständigkeit

Antr
s. *Sportleiter*
Drs 15/7222

Unterbringung von Flüchtlingen in Sporthallen

Situation der Flüchtlingsunterbringung in Sporthallen, insbes Beeinträchtigung des schulischen Sportunterrichts sowie des Vereins- und Wettkampfsports

Antr
s. *Sporthalle*
Drs 15/7339

Der Solidarpakt Sport III - ein kräftiger Aufschlag und bessere Planbarkeit für die Sportvereine und -verbände im Land

Aktuelle Debatte
s. *Sport*
PIPr 15/147 S. 8789

Fortschreibung des Solidarpakts Sport, Schaffung von Planungssicherheit für die Vereine, Unterstützung der Vereine beim Sportstättenbau

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1383 1384 1391

Kooperation von Ganztagschulen und Sportvereinen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1757-1762

Engagement der Vereine gegen gewaltbereite Fußballfans, Verbesserung der Unterstützung von Fanprojekten, Durchsetzung von Stadionverboten und strengeren Einlasskontrollen

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2054-2062

Sportwette

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehr-

fachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spielsperresystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungs-Ges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und LotterieGes

GesEntw
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2431

Folgen der Schließung von Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW
Umsetzung des neuen Landesglücksspielgesetzes und Auswirkungen auf die Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW, insbes Schließung von Annahmestellen und Auswirkungen auf Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum

Antr
s. *Lotterie*
Drs 15/3106

Höhe der Umsätze von legalen und verbotenen Sportwetten in Deutschland, Plädoyer für ein Konzessionsmodell bei den Sportwetten

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 870-872

Erprobung von Konzessionsmodellen bei den Sportwetten

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1969

Freigabe der Sportwetten iRd Vergabe von Konzessionen, Kritik an der Beschränkung auf 20 Lizenzen sowie am Verbot von Livewetten

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2130-2132

Sprachbehinderte Person

s. *Sprachbehinderter*

Sprachbehinderter

Barrierefreie Notrufe in BW

Einrichtung eines flächendeckenden Notrufsystems für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung

KlAnfr
s. *Notruf*
Drs 15/5995

Sprachbehinderung

s. *Sprachbehinderter*

Sprache

„Leichte Sprache“ als Instrument barrierefreier Teilhabe

Zahl der auf eine einfache und leicht verständliche Sprache angewiesenen Menschen in BW; Empfehlungen bzw Gütesiegel für Leichte Sprache; Informationsangebote des Landes in Leichter Sprache; Hemmnisse für eine Ausweitung des Angebots; Einwände gegen die Verwendung einfacher Sprache; Erfahrungen mit Leichter Sprache in anderen Bundesländern

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/3824

Umbenennung Studentenwerk in Studierendenwerk

Aufwand für die Studentenwerke infolge der Umbenennung; Übernahme der Kosten; Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache in den Gesetzestexten und der dafür zu veranschlagende finanzielle Aufwand

KlAnfr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/5348

Sprachförderung

s. *Sprachunterricht*

Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf

Sprachförderung für Flüchtlinge und Migranten in BW

Sachstand zu Sprachförderungsprogrammen für Asylsuchende im Kindes- und Jugendalter, insbes Programmangebot, Inanspruchnahme durch Flüchtlinge, finanzielle und personelle Ausstattung des Programms SPATZ für die steigende Zahl von Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7403

Sprachkompetenz

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken in BW beheben
Anteil ausländischer Ärzte an baden-württembergischen Krankenhäusern; Verteilung der Ärzte nach städtischem und ländlichem Raum; Aufschluss über ihre Deutschkenntnisse; Sprachprüfung, Sprachkurse und weitere Maßnahmen zur Behebung von Sprachproblemen; Konzept zur Sicherstellung ausreichender Sprachkenntnisse

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/2730

Mediennutzung in Migrantenfamilien

Private Nutzung von Print- und elektronischen Medien durch Migranten, insbes überwiegende oder ausschließliche Mediennutzung aus dem Herkunftsland und in Heimatsprache, bessere Heranführung an inländische Mediennutzung

KlAnfr
s. *Migrant*
Drs 15/2923

Anforderung an die Sprachkenntnisse ausländischer Pflegekräfte in BW

Anerkennung ausländischer Kranken- und Altenpfleger als Fachkräfte; Rechtsgrundlage für die Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen, zuständige Stellen; Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern; Wettbewerbsnachteile für Pflegeeinrichtungen in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse ausländischer Fachkräfte

Antr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/3273

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abge-

schlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken beheben (II)
Förderung eines speziellen Sprach- und Kommunikationsprogramms zur Vermittlung der Fachsprache und einschlägiger kultureller Kenntnisse

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/3676

„Leichte Sprache“ als Instrument barrierefreier Teilhabe
Zahl der auf eine einfache und leicht verständliche Sprache angewiesenen Menschen in BW; Empfehlungen bzw Gütesiegel für Leichte Sprache; Informationsangebote des Landes in Leichter Sprache; Hemmnisse für eine Ausweitung des Angebots; Einwände gegen die Verwendung einfacher Sprache; Erfahrungen mit Leichter Sprache in anderen Bundesländern

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/3824

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber
Mitarbeitersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/4380

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnis); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/4740

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche

Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/4749

Sprachstandserhebung vor Schuleintritt

Verfahren und Methoden zur Ermittlung von Sprachstand und Sprachentwicklung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen vor dem Schuleintritt

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 21.05.2014 und Antw KM
Drs 15/5229

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5495

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/5498

Konsequenzen und integrationsfördernde Maßnahmen infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Familiennachzug in BW

Folgen des Urteils des EuGH zum Nachzug von Familienangehörigen in BW, insbes Konsequenzen unzureichender Kenntnisse der deutschen Sprache nachziehender Ehegatten, Auswirkungen auf Zwangsverheiratungen; Maßnahmen der LReg zur Förderung der Teilnahme türkischer Frauen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben

Antr
s. *Familiennachzug*
Drs 15/5692

Förderung der Deutschkenntnisse von Interessenten an einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst

Überprüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache im Einstellungsverfahren für eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst; mangelnde Deutschkenntnisse als Grund für eine Nichtberücksichtigung von Bewerbern; Eignung von Personen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation für den Öffentlichen Dienst; Unterstützung potenzieller Stellenbewerber beim Erwerb der erforderlichen Sprachkenntnisse

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 12.11.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6113
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 21 22
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Bedarfsgerechte, qualifizierte Zuwanderung ermöglichen

Etablierung eines Zuwanderungsgesetzes über eine Bundesratsinitiative unter Berücksichtigung von Grundsätzen gelungener Arbeitsmigration, insbes Weiterentwicklung des Einwanderungsrechts zu einem Punktesystem, Verbesserung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Förderung und Verpflichtung zum Erwerb der deutschen Sprache, Ausbau von Ausländerämtern und Visavergabestellen sowie Willkommenszentralen

Antr
s. *Einwanderung*
Drs 15/6619

Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes

Umsetzung europäischer Vorgaben bezüglich der Anerkennung von Berufsqualifikationen; Anpassung des Heilberufe-Kammergesetzes an Anforderungen der Praxis und Entwicklungen im Bereich der Selbstverwaltung, insbes bei Aufbewahrungspflicht für Patientenakten, Sprachprüfungen bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen

GesEntw
s. *Heilberufe-Kammergesetz*
Drs 15/7678

Sprachunterricht

s.a. *Deutsche Sprache*
s.a. *Englisch*
s.a. *Französisch*
s.a. *Fremdsprache*
s.a. *Lesen*
s.a. *Logopäde*
s.a. *Muttersprachlicher Unterricht*
s.a. *Russisch*

Sprach- und Weiterbildungskurse an Volkshochschulen

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgliedert nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund und ihres Erfolgs in Deutschkursen und Alphabetisierungskursen sowie in Kursen zum Erwerb eines Schulabschlusses; Höhe der bisherigen und geplanten Förderung der Volkshochschulen aus öffentlichen Haushalten; Zahl der arbeitslosen und auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Menschen mit Migrationshintergrund; Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für den Spracherwerb von Migranten

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/280

Sprachförderung von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden

Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende mit und ohne Migrationshintergrund; Höhe der Mittelbereitstellung von Bund, Land und Kommunen; Sensibilisierung der Eltern mit Migrationshintergrund für einen möglichst frühzeitigen Spracherwerb ihrer Kinder als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/282
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 26.10.2011 Drs 15/1301 S. 38 39
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule im „Hau-Ruck-Verfahren“

Begründung der o.g. Streichung des Unterrichtsangebots für Grundschüler der ersten und zweiten Klasse, Bewertung von den Lehrkräften an den weiterführenden Schulen, Angebot von Englisch oder Französisch ab Klasse 3, Einführung neuer Bildungspläne und Schulbücher für den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule?

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/422

Wissenschaftliche Untersuchung des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen

Ergebnisse o.g. Untersuchungen zum Englisch- und Französischunterricht, Bewertung der Empfehlung des Expertenrats „Herkunft und Bildungserfolg“ zur sprachlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, Umfang der Beibehaltung bzw des Wechsels der Grundschulfremdsprache an der weiterführenden Schule sowie infolge eines Umzugs, Realisierung eines freiwilligen Angebots nach einem Wegfall von Französischunterricht an der Rheinschiene?

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/511

Regierungsbefragung

Frühkindliche Sprachförderung aus einem Guss - Konsequente, ganzheitliche Sprachförderung von Anfang an - „Singen - Bewegen - Sprechen“: Integraler Bestandteil der frühkindlichen Sprachförderung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2001-2006

Ist die hohe Qualität der Sprachförderung im Kindergarten ausreichend gesichert?

Höhe der Mittelbereitstellung für die neu strukturierten Sprachförderprogramme; finanzielle Auswirkungen der Neustrukturierung auf die HSL-Richtlinie für die außerschulische Hausaufgaben-, Lern- und Sprachhilfe; Ermöglichung des gleichzeitigen Angebots des Programms „Singen-Bewegen-Sprechen“ und der Fördermaßnahme „Intensive Sprachförderung im Kindergarten“?

Antr Tobias Wald u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2210

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3245 S. 27 28

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKreisl Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr

s. Volkshochschule

Drs 15/2262

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken in BW beheben
Anteil ausländischer Ärzte an baden-württembergischen Krankenhäusern; Verteilung der Ärzte nach städtischem und ländlichem Raum; Aufschluss über ihre Deutschkenntnisse; Sprachprüfung, Sprachkurse und weitere Maßnahmen zur Behebung von Sprachproblemen; Konzept zur Sicherstellung ausreichender Sprachkenntnisse

Antr

s. Arzt

Drs 15/2730

Moderne Integrationspolitik in BW

Ziele und Maßnahmen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in BW, insbes frühzeitige, kommunale und kooperative Integration von Migranten und Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt; Fachkräftebedarfsermittlung und gezielte Zuwanderung anhand eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild; effektives und differenziertes Sprachkursangebot für Zuwanderer; gezielte Förderung bei Berufsausbildung, Studium und Qualifikation; Daten zu Asylverfahren und Maßnahmen zu deren Verkürzung; Etablierung einer Willkommenskultur, insbes durch Erarbeitung eines Integrationsleitbilds, Förderung der Identifikation mit Gesellschaft und Gemeinwesen, Abhaltung von Einbürgerungsfeiern, zentralisiertes und umfassendes Beratungsangebot für Zuwanderer

GrAnfr

s. Ausländerintegration

Drs 15/3038

Sprachprobleme ausländischer Ärzte an Kliniken beheben (II)

Förderung eines speziellen Sprach- und Kommunikationsprogramms zur Vermittlung der Fachsprache und einschlägiger kultureller Kenntnisse

Antr

s. Arzt

Drs 15/3676

Zweite Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen

Unterrichtsangebot in der zweiten Fremdsprache an Gemeinschaftsschulen, insbes beginnende Jahrgangsstufe und erforderliche Mindestschülerzahl; standortgenaue, tabellarische Auflistung angebotener zweiter Fremdsprachen an Gemeinschaftsschulen; Realisierung des gymnasialen Niveaus für die zweite Fremdsprache, insbes angewandter Bildungsplan, Ausgestaltung der Stundentafel, Gewährleistung der Durchlässigkeit zum Gymnasium (G8)

Antr

s. Fremdsprache

Drs 15/3689

Abschaffung der Freiheit der Gymnasien, den Beginn der zweiten Fremdsprache festzulegen, im Zuge der Bildungsplanreform

Auswirkungen und Konsequenzen der Festlegung des Beginns der zweiten Fremdsprache an Gymnasien in Klasse 6 im Zuge der Bildungsplanreform, insbes für die Entscheidungsfreiheit der Gymnasien sowie auf Grundschulen der Rheinschiene und bilinguale Gymnasialzüge (Abibac)

Antr

s. Fremdsprache

Drs 15/3969

Kommt der altsprachliche Unterricht bei der Bildungsplanreform unter die Räder?

Stellenwert der altsprachlichen Fächer Griechisch und Latein innerhalb des Fächerkanons an baden-württembergischen Gymnasien; Bedeutsamkeit dieser Fächer für das Denken und die Sprachkompetenz der Schüler sowie für ihr Verständnis der Geschichte und kulturellen Identität Europas; Stellenwert der humanistischen Bildung für Forschung und Innovation; Anzahl der in Latein und Griechisch unterrichteten Schüler, Nachfrage nach altsprachlichem Unterricht; Latein- und Griechischunterricht an den Gemeinschaftsschulen, Anzahl der dort vorhandenen Fachlehrer; Berücksichtigung der altsprachlichen Fächer in der Bildungsplanreform 2015; Erhaltung des Lateinunterrichts ab der 5. Klasse, Förderung des „Biberacher Modells“

Antr Georg Wacker u.a. CDU 30.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4100 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.05.2015 Drs 15/7352 S. 13 14

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber

Mitarbeitersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr

s. Fachkraft

Drs 15/4380

Sprachförderung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien in Pforzheim

Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Pforzheim, die über keine oder unzureichende Deutschkenntnisse verfügen; Erhöhung

der Kapazitäten der sogenannten VABO-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf für Jugendliche ohne Deutschkenntnis); Bewilligung von Lehrerstellen für Halbjahresklassen

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 11.02.2014 und Antw KM Drs 15/4740

Schulische Integration von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

In den Jahren 2011 bis 2013 nach Baden-Württemberg zugewanderte Kinder und Jugendliche; Förderinstrumente zur Integration der Kinder und Jugendlichen in das allgemeine und berufliche Schulsystem; Anzahl der in den Kommunen durchgeführten Vorbereitungskurse und Vorbereitungsklassen; durchschnittliche Teilnehmerzahl und Verweildauer; Mitwirkung der Eltern; Angebot wohnortnaher Vorbereitungsklassen im ländlichen Raum; Sprachförderung unabhängig von Vorbereitungskursen; Strategien und Konzepte zur Förderung der Schulfähigkeit von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/4749

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4895

Aussetzung der Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung

Konsequenzen der drohenden Versorgungslücke bei Kursen zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund aufgrund der bis Ende April 2014 aufgebrachten Mittel des Europäischen Sozialfonds, insbes Situation für Kursanbieter und Zielpersonen in BW, weitere Planungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Weiterführung des Kursangebots

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE 10.04.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5064
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 14.05.2014 Drs 15/5374 (dazu ÄAntr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU) S. 25-27
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finan-

zierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr
s. *Volkshochschule*
Drs 15/5253

Streichung der Deputatszuweisung an das Sprachzentrum der Katharinenschule in Esslingen

Stundenstreichungen am Sprachzentrum der Katharinenschule in Esslingen und Fortführung dieser Arbeit als Vorzeigeobjekt

MdlAnfr 1) Andreas Deuschle CDU 30.06.2014 Drs 15/5396
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6326 6327

Sprachförderung in der frühkindlichen Bildung

Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ für Kindertagesstätten in BW; Ergebnisse der Evaluation des Programms; Sicherstellung der künftigen Fortführung und Finanzierung des Programms; sonstige Maßnahmen zur Sprachförderung von unter dreijährigen Kindern

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 09.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5462 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 24.09.2014 Drs 15/5989 S. 8
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Sprachförderung im Fachunterricht der beruflichen Schulen

Förderung der beruflichen Ausbildung berufsschulpflichtiger Asylbewerber und Flüchtlinge; Umgang mit der Heterogenität der Berufsschüler im Unterricht; Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse der Flüchtlinge; Qualifizierung der Berufsschullehrer im Fach „Deutsch als Fremdsprache“; Lehrerfortbildung zum Thema Betreuung jugendlicher Asylbewerber und Flüchtlinge; Einsatz von Lehrkräften mit Migrationshintergrund in Klassen mit hohem Anteil an Asylbewerbern und Flüchtlingen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5495
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 11.11.2015 Drs 15/8019 S. 10-12
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Deutsch als Fremdsprache an allgemeinbildenden Schulen

Unterstützung nach BW zugezogener schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher ohne ausreichende Deutschsprachkenntnisse durch Sprachunterricht und allgemeine Sprachförderung, insbes Wirksamkeit und Förderung schulischer Angebote, Einsatz und Qualifizierung von Lehrkräften für den Unterricht „Deutsch als Fremdsprache“

Antr
s. *Deutsch*
Drs 15/5530

Integrationskurse/Sprachkurse für Zuwanderer mit Aufenthaltstitel, EU-Bürger und Asylbewerber

Angebot und Nutzung der allgemeinen Integrationskurse mit Förderung der deutschen Sprachkenntnisse bei Neuzugewanderten und Asylbewerbern; Kooperation des Landes mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5603

Förderung der Deutschkenntnisse von Interessenten an einer Tätigkeit im Öffentlichen Dienst

Überprüfung der Kenntnisse der deutschen Sprache im Einstellungsverfahren für eine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst; mangelnde Deutschkenntnisse als Grund für eine Nichtberücksichtigung von Bewerbern; Eignung von Personen mit im Ausland erworbener Berufsqualifikation für den Öffentlichen Dienst; Unterstützung potenzieller Stellenbewerber beim Erwerb der erforderlichen Sprachkenntnisse

Antr
s. Sprachkompetenz
Drs 15/6113

Kurskonzept „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“

Sachstand zum Modellprojekt des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge mit der Bayerischen Staatsregierung „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“, insbes Kosten, Personalressourcen, Teilnehmerzahlen, Teilnahmebeginn; Planungen und Hindernisse für ein entsprechendes Modellprojekt in BW

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 26.01.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/6396
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 04.03.2015 Drs 15/6921 S. 87 88
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 11.05.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6883

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn

Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr Niko Reith u.a. FDP/DVP 09.06.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6966
BeschlEmpf und Bericht EuA 15.10.2015 Drs 15/8019 S. 96 97
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Offene Fragen in der Verwaltungsvorschrift „VwV Deutsch für Flüchtlinge“

Sachstand zu offenen Fragen in der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen an Stadt- und Landkreise zur Förderung von Deutschkenntnissen bei Asylbewerbern und Flüchtlingen in BW („VwV Deutsch für Flüchtlinge“)

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.07.2015 und Stellungnahme IntM Drs 15/7206
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 23.09.2015 Drs 15/7638 S.

66 67
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Sprachförderung für Flüchtlinge und Migranten in BW

Sachstand zu Sprachförderungsprogrammen für Asylsuchende im Kindes- und Jugendalter, insbes Programmangebot, Inanspruchnahme durch Flüchtlinge, finanzielle und personelle Ausstattung des Programms SPATZ für die steigende Zahl von Flüchtlingen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.09.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7403

Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis, insbes auch im Wahlkreis Esslingen

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräften; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KIAnfr Andreas Deuschle CDU 13.11.2015 und Antw KM Drs 15/7699

Schließung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung - Schwerpunkt Sprachförderung“ an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und die Beweggründe der LReg

Sachstand zur Einstellung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung“ mit Schwerpunkt Sprachförderung an der Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zum Schuljahr 2015/2016, insbes Bedeutung und Ziele des Kontaktstudiums, Anzahl und Einatz im Kontaktstudium ausgebildeter Lehrer

Antr
s. Interkulturelle Erziehung
Drs 15/7822

Integrationskurse in BW

Träger der Integrationskurse; Inhalt und Umfang der Kursprogramme; Qualifikation der Kursleiter; Teilnehmerzahlen; Unterstützung durch Sozialarbeiter; Finanzierung der Kurse; künftiger Bedarf an Integrations- und Sprachkursen für Flüchtlinge; Erhöhung der Fördermittel an die Weiterbildungsträger

Antr
s. Ausländerintegration
Drs 15/7855

Kosten bildungspolitischer Projekte

Gesamtkosten der seit 2011 umgesetzten bildungspolitischen Projekte; absoluter und prozentualer Anteil der einzelnen Projekte an den Gesamtkosten während der 15. Wahlperiode; Höhe der voraussichtlich in der 16. Wahlperiode anfallenden Kosten

Antr
s. Bildungsfinanzierung
Drs 15/7945

Anwendung der Stichtagsregelung bei der Bezuschussung privater Schulen; Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in den Bildungsgang „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“

Status des Bildungsgangs „Ausbildung und Prüfung im Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit dem Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)“; Vornahme von Änderungen bei der Bezuschussung privater Schulen aufgrund der hohen Fluktuation in den VABO-Klassen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 02.02.2016 und Antw KM
Drs 15/8038

Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf
Sachstand zur Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf in Vorbereitungsklassen (VKL) und Vorqualifizierungsjahren Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO), insbes Versorgungssituation, Übergang in Regelklassen, bildungsbiografische Erfassung, Konsequenzen aus den besonderen Anforderungen der VKL/VABO-Klassen, Vorbereitung der aufnehmenden Regelschulen, Besetzung neu geschaffener Lehrerstellen

Antr
s. Flüchtling
Drs 15/8055

Einführung einer alltagsintegrierten Sprachförderung vom ersten Kindergarten an
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 24

Flächendeckende Einführung der Sprachförderung für Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 231

Ausgestaltung des Programms zur integrierten Sprachförderung
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 732-735 737

Etatisierung zusätzlicher Mittel für die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 962-967 970 971 977

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Sprachförderung in Kindertagesstätten
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Sprachförderung in Kindertagesstätten
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1108 1115

Mittelbereitstellung für die Sprachförderung von Migranten bzw iRd frühkindlichen Bildung
PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1236 1239 1245

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Sprachförderung in Kindertagesstätten
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371 1372 1375 1376 1378 1380 1382 1385 1386 1392 1439

Wahlpflicht der Kindergartenträger zwischen dem Programm „Singen-Bewegen-Sprechen“ und der Sprachförderung
PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2156

Sprechfunkgerät

s. Funkgerät

SpWO

s. Sparkassenwahlordnung

SR

s. Saarländischer Rundfunk

St. Blasien

Fertigstellung/Sanierung von Ortsdurchfahrten
Mittelbereitstellung 2012 und Fertigstellung der Maßnahmen an der L 163 a Ortsdurchfahrt Erzingen, L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen und L 150 St. Blasien; Höhe der von der früheren LReg für die Sanierung der L 158 Ortsdurchfahrt Obereggingen zugesagten Mittel

KlAnfr
s. Ortsdurchfahrt
Drs 15/1931

Staaten Mittel- und Osteuropas

s. MOE-Staaten

Staatliche Akademie der Bildenden Künste

s. Kunsthochschule

Staatliche Ausgaben

s. Haushaltsausgaben

Staatliche Beteiligung

s. Öffentliche Beteiligung

Staatliche Dienstleistung

s. Öffentliche Dienstleistung

Staatliche Einrichtung

s. Öffentliche Einrichtung

Staatliche Finanzkontrolle

s. Öffentliche Finanzkontrolle

Staatliche Institution

s. Öffentliche Einrichtung

Staatliche Investition

s. Öffentliche Investition

Staatliche Kapitalbeteiligung

s. Öffentliche Beteiligung

Staatliche Kulturfinanzierung

s. Kulturförderung

Staatliche Kulturförderung

s. Kulturförderung

Staatliche Kunsthalle Baden-Baden

s. Kunsthalle Baden-Baden

Staatliche Preisfestsetzung

s. Preispolitik

Staatliche Preispolitik

s. Preispolitik

Staatliche Rechnungslegung

s. Kassen- und Rechnungswesen

Staatliche Regulierung

s. Regulierung

Staatliche Schlösser und Gärten Baden-Württemberg

Keltenmuseum auf der Heuneburg (Freilichtmuseum)

Übernahme und Finanzierung des Freilichtmuseums „Keltenmuseum auf der Heuneburg“, insbes. Überführung in die Staatliche Schlösser und Gärten BW (SSG), Übernahme der Museumsgebäude, Ausgleich des Betriebsdefizits, Landesfinanzierung in vergleichbar gelagerten Fällen sowie Erstellung eines neuen Betriebs- und Entwicklungskonzepts

Antr

s. Keltenmuseum Heuneburg

Drs 15/3047

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr

s. Museum

Drs 15/6483

Staatliche Toto-Lotto GmbH

s. Wettunternehmen

Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung Baden-Württemberg

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW in die Polizeireform

Einbindung der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW bei der Planung der Polizeireform, insbes. angekündigte und geplante bauliche Einzelmaßnahmen, absehbare Änderung der Gebäudenutzung, kalkulierte Neueinrichtungskosten einer Polizeileitstelle, geschätzte Gesamt- und Einzelkosten reformbedingter Baumaßnahmen, geplante Immobilienanmietung für einzeln genannte Polizeidienststellen mit Kostenkalkulation, erwartete Leerstände für einzeln genannte Immobilien, detaillierte Kalkulation reformbedingter Minderbedarfe/Einnahmen

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/2916

Staatliches Symbol

s. Staatssymbol

Staatsangehörigkeit

s.a. Einbürgerung

Einbürgerungen, Erwerb der doppelten Staatsangehörigkeit und Verlust der Staatsangehörigkeit

Entwicklung der o.g. Daten in den vergangenen zehn bzw fünf Jahren mit den jeweiligen Fallgestaltungen; Zahl von Personen, die der Optionspflicht unterlagen und die sich für die deutsche Staatsangehörigkeit entschieden; Anteil von Verlusten der deutschen Staatsangehörigkeit durch Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts oder durch Eintritt in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 13.10.2011 und Stellungnahme IntM Drs 15/685

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 07.03.2012 Drs 15/1646 S. 53 54

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Erschleichung von Einbürgerungen in BW?

Erschleichung von Einbürgerungen mit gefälschten oder erschlichenen Sprachnachweisen nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz, Frage nach Kontrollmechanismen für Identitätsprüfungen und Ausstellung der Nachweise nur an die tatsächlichen Prüfungsteilnehmer sowie Vorkehrungen gegen eine nachträgliche Verfälschung der Nachweise; Zeitpunkt der Kenntniserlangung der LReg und deren Weitergabe an die Behörden im nachgeordneten Bereich

Antr

s. Einbürgerung

Drs 15/1483

Bevorzugung und Benachteiligung bestimmter Medien durch die Pressearbeit der LReg?

Beurteilung einer inhaltlich und zeitlich abweichenden Information von Presseorganen durch das Integrationsministerium über Änderungen bei der Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts zur Einbürgerung; Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LReg

Antr

s. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Drs 15/1485

Überprüfung von Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen infolge der bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten

Durchführung o.g. Überprüfungen in Anbetracht der bekannt gewordenen massenhaften Erschleichung von Sprachnachweisen; Feststellung und Korrektur von erschlichenen Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen, Zahl der nach Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht eingeleiteten Rücknahmeverfahren

Antr

s. Einbürgerung

Drs 15/1486

Feststellung der Staatsangehörigkeit kosovarischer Flüchtlinge

Fälle von o.g. Auskunftsersuchen deutscher an serbische Stellen mit dem Ergebnis einer Bestätigung der serbischen Staatsangehörigkeit von kosovarischen Flüchtlingen, weil Serbien Teile

der Republik Kosovo als serbisches Territorium betrachtet; Frage nach Handlungsanweisungen für die Ausländer- und Polizeibehörden in BW

KlAnfr Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE 24.07.2012 und
Antw IM Drs 15/2158

Ausführung des Staatsangehörigkeitsrechts durch das Ministerium für Integration

Einbürgerungen seit Einrichtung des Ministeriums für Integration, Anteil der Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft; Hin- nahme der Mehrstaatigkeit bei Einbürgerungen nach § 8 sowie nach § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG); Ermöglichung der Mehrstaatigkeit durch persönliches Eingreifen der Ministerin für Integration

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 21.03.2013 und Stellungnahme IntM Drs 15/3275
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 12.06.2013 Drs 15/4191 S. 43-49
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Einbürgerungen in BW

Sachstand zur Entwicklung der Einbürgerungen und zur Einbürgerungspraxis in BW, insbes Zahlenentwicklung, Schwerpunkte bei bestimmten Nationalitäten, Altersstruktur, bisherige Aufenthaltsdauer, Doppelstaatsbürgerschaften, flankierende Fördermaßnahmen zur Erhöhung der Integrationschancen

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/6787

Nutzung von rechtlichen Spielräumen für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1237 1242 1245

Staatsangehörigkeitsrecht

s. *Staatsangehörigkeit*

Staatsanleihe

s. *Wertpapier*

Staatsanwalt

s. *Staatsanwaltschaft*

Staatsanwaltschaft

Einstellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Ernennung auf Lebenszeit

Kriterien für die Besetzung freier Planstellen und (vorzeitige) Ernennung auf Lebenszeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den Fachgerichtsbarkeiten; Gewährleistung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der Bewerber bei der Ausschreibung und Vergabe der freien Planstellen

KlAnfr
s. *Richter*
Drs 15/655

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive

Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Ausführung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsaufträgen durch die Polizei

Polizeidirektionen, die o.g. Ermittlungen seit 2011 aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht durchführen konnten; Gründe für eine mögliche Häufung solcher Fälle im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim sowie für einen möglichen Schwerpunkt bei der Telekommunikationsüberwachung

KlAnfr
s. *Strafverfolgung*
Drs 15/2112

Besoldung von Richterinnen/Richtern und Staatsanwältinnen/Staatsanwälten

Entwicklung der Fallzahlen bei den Gerichten in BW seit 1995; Anzahl der zum Jahresende nicht abgeschlossenen Fälle, gegliedert nach Fachgerichtsbarkeiten und Instanzen; Zahl der Richter und Richterinnen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften seit 1995, ihre Anzahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl; durchschnittliche Fallzahl pro Richter; Besoldungsentwicklung seit 1995, Einkommensentwicklung bei vergleichbar qualifizierten Juristen in der Privatwirtschaft; Aufforderung des Europarats, die Gehälter von Richtern und Staatsanwälten in Deutschland schrittweise anzuheben; daraus abgeleitete Schlussfolgerungen für das Besoldungssystem in BW

GrAnfr
s. *Richter*
Drs 15/2752

Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnissegesetz - JWBG)

Vereinheitlichung und Kodifizierung der Auswahl polizeirechtlicher Befugnisse gegenüber Dritten, die der Justizwachtmeisterdienst zu Gefahrenabwehr und Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, insbes im Vorführdienst, bei der Bewachung Gefangener, bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Amtsgebäuden und bei der Vollziehung richterlicher und staatsanwaltschaftlicher Anordnungen

GesEntw
s. *Justizwachtmeisterbefugnissegesetz*
Drs 15/3076

Gesetz zur Änderung des Landesrichtergesetzes

Einführung des Beteiligungsrechts der Präsidialräte und des Hauptstaatsanwaltsrats bei Erprobungsabordnungen von Richtern und Staatsanwälten; Verbesserung der Vorschriften zum Beteiligungsverfahren; Angleichung der Rechtsstellung des Hauptstaatsanwaltsrats an diejenige der Präsidialräte und Einführung eines Staatsanwaltswahlausschusses; Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte; Umstellung des Disziplinarverfahrensrechts für Richter, Staatsanwälte und badische Amtsnotare sowie gegen Mitglieder des Rechnungshofs auf das Landesdisziplinargesetz

GesEntw

s. *Landesrichtergesetz*
Drs 15/3161

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 9 - Länderübergreifende Justizprüfung Ermittlungsverfahren bei Staatsanwaltschaften und Straf- und Bußgeldverfahren bei Amtsgerichten (Kap 0503)

Mittlg RH
s. *Personalkosten*
Drs 15/3809

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Vorschlag über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3977

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KlAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/4957

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW
Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/5143

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5230

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsidien; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5231

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 9 - Personalplanung in der Justiz (Kap 0503, 0505 bis 0507, 0509, 0511 und 0512)

Mittlg RH
s. *Personalplanung*
Drs 15/5409

Folgen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen

Konsequenzen aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen (VerfGH 21/13 vom 1. Juli 2014) in Bezug auf die zeitliche Verzögerung der Übernahme des Tarifergebnisses für Richter, Staatsanwälte und Beamte in BW

Antr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5733

a) *Wahl von Abg zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Staatsanwaltswahlausschusses*

b) *Wahl von Vertretern der Rechtsanwaltschaft zum Mitglied und zum stellvertretenden Mitglied des Staatsanwaltswahlausschusses*

PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7111 7115 7116

Umgang mit dem offenen Brief des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg e.V. vom 23. April 2015 und Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besoldung der Richter und Staatsanwälte

Einbeziehung der Interessenverbände der Richter und Staatsanwälte in Gespräche über die Übernahme des Tarifabschlusses 2015

KlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/6873

Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 - 2 BvL 17/09 u.a. - in Sachen R-Besoldung

Sachstand zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 zur sogenannten R-Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Entwicklung der R-Besoldung, Vergleich mit Tariflohnentwicklung, Entwicklung von Beihilfe und Versorgung; Entwicklung der durchschnittlichen Abschlussnoten des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens in den Prüfungen sowie bei neu eingestellten Assessoren

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/6882

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in BW 2015/2016 (BVAnpGBW 2015/2016)

Zeitlich verschobene Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 28. März 2015 für die Jahre 2015 und 2016 auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/6960

Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes

Neufassung der Bestimmungen zu den örtlichen Richter- und Staatsanwaltsräten; Bildung klassischer Stufenvertretungen auf der Ebene der Obergerichte des Landes sowie der Generalstaatsanwaltschaften; Einrichtung von Einigungsstellen zur Konfliktlösung auf Bezirksebene; Einrichtung eines Landesrichter- und staatsanwaltsrat als eigenständiges Organ auf der Ebene des Justizministeriums; Festschreibung der justizweisen Anhörung als unmittelbares Beteiligungsrecht der Richter und Staatsanwälte; eigenständiges Freistellungsrecht für die Mitglieder der Richter- und Staatsanwaltsvertretungen; Verpflichtung zur Stichtagsbeurteilung im Beurteilungsrecht

GesEntw
s. *Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetz*
Drs 15/7135

Ergebnisse der PEBB§Y-Fortschreibung 2014

Sachstand zu konkreten Auswirkungen der vollständigen Fortschreibung der PEBB§Y-Personalbedarfsberechnung 2014 für den Personalbedarf und den Personaldeckungsgrad der verschiedenen Berufsgruppen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften

Antr
s. *Gericht*
Drs 15/7223

Rechtshilfeersuchen durch die Polizei

Sachstand zur Umsetzung durch die Polizei angeregter Rechtshilfeersuchen bei den Staatsanwaltschaften

KlAnfr
s. *Rechtshilfe*
Drs 15/7350

Besoldung von Richtern und Staatsanwälten nach Erfahrung

Sachstand zur Berücksichtigung der Amtsangemessenheit und Diensterfahrung bei Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Einspareffekt bei der Absenkung der Eingangsbesoldung, Zusatzkosten für durchgängige Besoldung nach der Endgrundgehaltsstufe der Besoldungsgruppen R 1 und R 2

Antr
s. *Richter*
Drs 15/7576

Arbeitsbelastung der Staatsanwälte, Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Doping in Freiburg

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1294

Staatsaufsicht

s.a. *Wirtschaftsaufsicht*

Universitätsmedizin in BW

Situation und geplante Neuregelungen im Bereich der Universitätsmedizin in BW, insbes Regelungswünsche von Seiten der Beteiligten in Bezug auf das Organisations-, Kooperations- und Führungsmodell, die Gewährträgerhaftung sowie die Bauherreneigenschaft; zurückliegende Bauinvestitionen und künftiger Sanierungsbedarf; Regelung der Fach- und Rechtsaufsicht des Landes sowie der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsräten von Universitätskliniken; Beteiligungen und wirtschaftlicher Erfolg von Universitätskliniken; Zeitplan und Einbeziehung der Ergebnisse des Symposiums vom 26. Oktober 2012 in Ulm und Erfahrungen aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in die Neuregelungen

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/3138

Gesetz zur Änderung der Gesetze zur Ausführung des Zwölften und des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes

Anpassung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch an die geänderten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen, insbes Durchführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Pflichtaufgabe nach Weisung, Fachaufsicht durch Sozialministerium und RegPräs, bundesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen für die Leistungen, Mittelabrufverfahren beim Bund, Haftung der Sozialhilfeträger im Verhältnis zum Land; Neuverteilung der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe entsprechend den jeweiligen Anteilen der Stadt- und LKreise an den Gesamtausgaben für Bildung und Teilhabe

GesEntw
s. *Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch*
Drs 15/5166

Erfahrungen mit der Verfassten Studierendenschaft an Universitäten und Hochschulen in BW

Bilanz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft; Ursachen der geringen Beteiligung an der Wahl des Gremiums; Verabschiedung der Satzung sowie nachträgliche Satzungsänderungen an den Hochschulen; Erhebung und Verwendung von Beiträgen nach § 65 a Landeshochschulgesetz; Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitungen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als übergeordneter Instanz; Existenz von Doppelstrukturen durch den Fortbestand von Studierendenvertretungen mit Vereinsstatus

GrAnfr
s. *Studentenvertretung*
Drs 15/6449

Gesetz zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes

Verbesserung der Notfallversorgung, insbes Berücksichtigung des gesamten Einsatzablaufs im Rettungsdienst bei der Planung durch die Bereichsausschüsse, Stärkung der Rechtsaufsicht, Verankerung eines landesweit einheitlichen Qualitätsmanagements, Einrichtung von Helfer-vor-Ort-Systemen, Anpassungen an das bundesgesetzliche Notfallsanitätergesetz

GesEntw
s. *Rettungsdienstgesetz*
Drs 15/7612

Staatsauftrag

s. *Öffentlicher Auftrag*

Staatsausgaben

s. *Haushaltsausgaben*

Staatsbesuch

s. *Außenpolitik*

Staatsbeteiligung

s. *Öffentliche Beteiligung*

Staatsbetrieb

s. *Öffentliches Unternehmen*

Staatsbürgerschaft

s. *Staatsangehörigkeit*

Staatsdefizit

s. *Haushaltsdefizit*

Staatsexamen

s. *Staatsprüfung*

Staatsgalerie

s. *Staatsgalerie Stuttgart*

Staatsgalerie Stuttgart

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 29: Haushalts- und Wirtschaftsführung der Staatsgalerie Stuttgart

Mittlg LReg 06.07.2012 Drs 15/2068

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2326

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Staatsgerichtshof

Konsequenzen aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs zum Verfassungsbruch beim EnBW-Rückkauf durch die frühere Landesregierung

Aktuelle Debatte

s. *Landesverfassung*

PIPr 15/14 S. 548

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 09.12.2011, Az.: GR 11/11 - Wahlprüfungsbeschwerde der Herren M.K., P.W. und Prof. Dr. D.B., Essingen

s. *Wahlprüfung*

PIPr 15/22 S. 1039

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Aufwertung des Schuldenverbots in der LHO, Schaffung einer Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs für Auslegungsfragen nach § 18 Abs 3 LHO

GesEntw

s. *Schulden*

Drs 15/1650

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof und Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2074 2075 2086 2087 2125

Eid als Bekenntnisformel

Befragung der zur Wahl für das Richteramt am Staatsgerichtshof stehenden Kandidaten, ob sie im Falle ihrer Wahl durch den Landtag den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung leisten werden

KIAnfr

s. *Eid*

Drs 15/1766

Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde

Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde; Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof

GesEntw

s. *Verfassungsbeschwerde*

Drs 15/2153

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 25.04.2013, Az.: 1 VB 15/13 und 1 VB 22/13 - Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie gegen das Landesglücksspielgesetz

der GKL Gemeinsa

s. *Glücksspiel*

PIPr 15/68 S. 4055

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 16.09.2013, Az.: 1 VB 71/13 - Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie gegen das Landesglücksspielgesetz

me Klassenlotter

s. *Glücksspiel*

PIPr 15/77 S. 4631

Verfassungsbeschwerde gegen das Landesglücksspielgesetz, hier: Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28.11.2013, Az.: 1 VB 115/13

s. *Glücksspiel*

PIPr 15/85 S. 5107

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 1. April 2014, Az.: 1 VB 130/13 - Verfassungsbeschwerde gegen §§ 17 und 18 des Privatschulgesetzes wegen Höhe und Berechnung der staatlichen Finanzhilfe für Privatschulen

s. *Privatschule*

PIPr 15/97 S. 5791

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 8. Mai 2015, Az.: 1 VB 16/15 - Verfassungsbeschwerde gegen verschiedene Vorschriften des Landeshochschulgesetzes wegen der Hochschulorganisation

s. *Hochschulrecht*

PIPr 15/130 S. 7803

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof und Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

PIPr 15/133 08.07.2015 S. 7974 7975 7987 7988 7990

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)
 Änderung der Überschrift und zahlreicher §§ des Gesetzes über den Staatsgerichtshof in der Fassung vom 13. November 2012

GesEntw

s. *Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg*

Drs 15/7378

Prüfung von Rechtsvorschriften auf deren Verfassungsmäßigkeit ausschließlich durch den Staatsgerichtshof

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 770

Akzeptanz des Urteils des Staatsgerichtshofs zum Verfassungsbruch beim EnBW-Rückkauf durch die frühere LReg; Verweisung auf ein Urteil des Staatsgerichtshofs zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit eines Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1068 1070 1072-1074 1076-1078

Verweisung auf ein Urteil des Staatsgerichtshofs zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit eines Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1144 1145

Akzeptanz des Urteils des Staatsgerichtshofs zum Verfassungsbruch beim EnBW-Rückkauf durch die frühere LReg

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2268-2270 2275

Staatsgrenze

s. *Grenze*

Staatshaftung

Pauschale Landeshaftung für Leihgaben an staatliche Museen
 Anstreben einer Regelung im Sinne einer pauschalen Landeshaftung für die gesamte Ausstellung, unabhängig vom Versicherungswert der einzelnen Leihgabe

Antr Helen Heberer u.a. SPD 16.04.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1567

BeschlEmpf und Bericht WissA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 48

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Euribor/Libor-Manipulation und die Folgen für den baden-württembergischen Finanzmarkt für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen

Folgen für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen und den Finanzmarkt in BW durch die Euribor/Libor-Manipulation, insbes Schadenshöhe, Klageunterstützung und Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen; Konsequenzen aus der Sonderprüfung der deutschen Finanzaufsicht BaFin; Amtshaftungsansprüche wegen unzureichender staatlicher Kontrolle

KlAnfr

s. *Zins*

Drs 15/3098

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis
 Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßensperren; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/3406

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten der Windenergiebranche

Nachrangdarlehen für Windkraftanlagen des EnBW-Tochterunternehmens Wind Onshor I als Geldanlage; Rechte, Pflichten und Risiken für den Darlehensgeber; Haftung der EnBW AG sowie des Landes BW bei einer Insolvenz des EnBW-Tochterunternehmens

KlAnfr

s. *Kapital*

Drs 15/5971

Haftungsgarantien Deutschlands für den erweiterten Euro-Rettungsschirm und die von der EZB aufgekauften Staatsanleihen, vorrangige Haftung der Mitgliedsstaaten für ihre eigenen Schulden

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482-484 488 489 491 496 497

Staatshaushalt

s. *Haushalt (Finanzen)*

Staatskirchenrecht

Staatsvertrag mit islamischen Glaubensgemeinschaften

Gestaltungsprozess und Rahmenbedingungen eines Staatsvertrages mit muslimischen Glaubensgemeinschaften in BW, insbes Regelungsinhalte und Vorbildcharakter bisheriger Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, Bedeutung des islamischen Religionsunterrichts

Antr

s. *Islam*

Drs 15/3228

„Kooperative Trennung zwischen Staat und Kirche“

Haltung der LReg zum Verhältnis des Staates zu den Religionsgemeinschaften, insbes Änderungsvorschläge zum Staatskirchenrecht, gesellschaftspolitische Bedeutung der Religionsgemeinschaften, Präsenz organisierter Religionen in der Öffentlichkeit und ihr Einfluss auf die Politik, Änderungsbedarf hinsichtlich des konfessionellen Religionsunterrichts

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 04.07.2014 und Antw StM
 Drs 15/5428

Staatsministerium

s.a. *Ministerin im Staatsministerium*

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-

Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1186

Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums

Frage nach dem Staatsministerium vorliegenden Daten und Dokumenten, die dem Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ nicht vorgelegt wurden, nach ihrer Form (z.B. Sicherungskopien) und ihrem Inhalt, und nach sonstigen im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss stehenden Daten und Dokumenten

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/2640

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bundestagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundesparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 10.10.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/4136

Abfrage unter anderem von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Initiator, Wortlaut und Zweck des Auskunftsverlangens; Aufklärung über die mit der Anfrage im Staats- und im Justizministerium befassten Personen; Grundlage der Informationsweitergabe des Justizministerium an das Staatsministerium

KlAnfr
s. *Datenaustausch*
Drs 15/5095

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW
Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/5143

Zur Sache, Herr Ministerpräsident: Sollte Ihr Staatsministerium die persönlichen Daten von S 21-Befürwortern und Polizisten sammeln?

Aktuelle Debatte
s. *Personenbezogene Daten*
PIPr 15/97 S. 5791

Abfrage u.a. von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium
Information zur Personalienanfrage durch das Staatsministerium zu Stuttgart-21-Befürwortern und Polizeibeamten, insbes Besetzungsverfahren zur Leitung des Referats „Personal, Justiz, Recht“ im Staatsministerium sowie Biografie des Stelleninhabers, Biografie des Anregungsgebers im Referat „Verkehr und Infrastruktur“ im Staatsministerium; Kommunikation zwischen dem Staatsministerium und Justizministerium zur Herausgabe personenbezogener Daten

Antr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5200

Einflussnahme der GRÜNEN in Landtag und Ministerien von BW bei der Stellenbesetzung in der Staatsanwaltschaft

Hintergründe der Besetzung der Position des Generalstaatsanwalts in BW, insbes Kommunikation zwischen Justizministerium und Staatsministerium sowie Einflussnahme der Landtagsfraktion der Grünen

Antr
s. *Generalstaatsanwaltschaft*
Drs 15/5201

Stuttgart 21 und die Beschäftigung des Kabinetts Kretschmann mit der Anfrage des Staatsministeriums beim Justizministerium

Kommunikation über Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zwischen Staatsministerium und Justizministerium und innerhalb des Kabinetts

Antr
s. *Informationsaustausch*
Drs 15/5222

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5230

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsidi; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/5231

Versuchte Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Ernennung eines Generalstaatsanwalts?

Dokumentation des Telefonats zwischen dem Staatssekretär im Staatsministerium und der Amtschefin im Justizministerium; Verfügungen anlässlich oder infolge des Telefongesprächs; übliche Form der Unterrichtung des Kabinetts und anderer Ministerien über die Ernennung eines Generalstaatsanwalts durch das Justizministerium

Antr
s. *Generalstaatsanwaltschaft*
Drs 15/5233

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 6 - Meinungsumfragen des Staatsministeriums (Kap 0201)

Mittlg RH
s. *Umfrage*
Drs 15/5406

Der gläserne Mensch - Umgang des Staatsministeriums mit Privatkorrespondenz des Herrn R.D.

Hintergründe der Weitergabe eines Schreibens des geschäftsführenden Gesellschafters der Firma ProMinentDosiertechnik aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG) und rechtliche Folgen

KlAnfr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/5697

Umgang des Landes mit rechtskräftigen Entscheidungen seiner Gerichte

Gründe für die Beauftragung eines Gutachtens durch das Staatsministerium; Nennung der für die Befolgung des Urteils des VGH Mannheim ausschlaggebenden Gesichtspunkte des Gutachtens; Entscheidung über die Löschung der E-Mail-Dateien des ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; Folgen aus dem Umfang der Rechtskraft des Urteils; Regelung der Aktenführung der Regierungsmitglieder

KlAnfr
s. *Gerichtsentcheidung*
Drs 15/5877

Der gläserne Mensch - Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

Hintergründe der Weitergabe des Schreibens eines Stuttgarter Rechtsanwalts aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG), insbes Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

KlAnfr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/5958

Gutachtenaffäre der GRÜNEN - Verbindungen der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Staatsministerium

Zeitpunkt der Kenntnisnahme des von der Landtagsverwaltung im Auftrag der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ erstellten Gutachtens durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter

des Staatsministeriums; Abgabe von schriftlichen oder mündlichen Einschätzungen oder Bewertungen in Bezug auf das Gutachten durch Mitglieder der LReg oder Mitarbeiter des Staatsministeriums sowie deren Kommunikation

KlAnfr
s. *Gutachten*
Drs 15/6150

Informationen zur Veranstaltungsreihe/Untersuchung, die der Diskussionsrunde „Das Leben in Hardheim heute und morgen“ zugrunde liegt

Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierung der Studie; Methode und Zweck der Untersuchung; Zahl der bereits durchgeführten Veranstaltungen; Verfolgung der Veranstaltungen durch Mitglieder der LReg; Auswahl der Veranstaltungsteilnehmer; Unterrichtung der Teilnehmer über den Zweck der Veranstaltung, über deren Aufzeichnung und die künftige Verwendung der gewonnenen Daten; Gründe für den Ausschluss von Journalisten

KlAnfr
s. *Studie*
Drs 15/6241

Veranstaltungen zur Verabschiedung von Mitarbeitern des Ministerpräsidenten

Sachstand zur Durchführung von Veranstaltungen zur Verabschiedung von Mitarbeitern des MinPräs, insbes rechtliche Vorschriften, Kostenträgerschaft, Umfang des organisatorischen Aufwands

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 15/6430

Die „100.000 Protestanten. Und nicht ein Wasserwerfer.“ - Veröffentlichung auf dem Portal des Landesmarketings

Hintergründe zur unkontrollierten Veröffentlichung eines Kommentars zum Kirchentag von einem Praktikanten auf einer offiziellen Homepage des zum Staatsministerium gehörenden Landesmarketings

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6958

Kritik an der starken Erhöhung der Repräsentationsausgaben für das StM

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 443

Vorwurf politischer Einflussnahme aus dem StM auf Polizeieinsätze; Kritik an der Stellenvermehrung im StM

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1198 1199

Staatsprüfung

s.a. *Vorbereitungsdienst für das Lehramt*

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudiengang an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr
s. *Rechtswissenschaft*
Drs 15/896

Anerkennung von Schulen in freier Trägerschaft

Verschärfung der Prüfung und Versagung der staatlichen Anerkennung bei einem Anteil von unter zwei Dritteln der Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen; Gewichtung der von den oberen Schulaufsichtsbehörden durchgeführten Unterrichtsbesuche zur Feststellung der pädagogischen Eignung von Lehrkräften ohne 2. Staatsexamen; Ermöglichung einer Nachqualifizierung und Gleichstellung von wissenschaftlich qualifizierten Lehrern ohne Staatsexamen

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/2160

Hochbauverwaltung - Technisches Fachpersonal

Personalentwicklung in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung seit 2005, Zahl der Teilnehmer an den Staatsprüfungen für den gehobenen und höheren technischen Dienst und der jeweils übernommenen Absolventen, Aufstiegschancen iRd aktuellen Personalentwicklungskonzepts; Auflistung der seit 2005 vergebenen Dienstleistungen und deren Kosten für externe Beratung und Gutachten

Antr
s. *Bauverwaltung*
Drs 15/2403

Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 - 2 BvL 17/09 u.a. - in Sachen R-Besoldung

Sachstand zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 zur sogenannten R-Besoldung von Richtern und Staatsanwälten, insbes Entwicklung der R-Besoldung, Vergleich mit Tariflohnentwicklung, Entwicklung von Beihilfe und Versorgung; Entwicklung der durchschnittlichen Abschlussnoten des ersten und zweiten juristischen Staatsexamens in den Prüfungen sowie bei neueingestellten Assessoren

Antr
s. *Besoldung*
Drs 15/6882

Die Entwicklung des Staatsexamenstudiengangs Rechtswissenschaften seit der Reform der Juristenausbildung 2003

Sachstand zur Entwicklung des Staatsexamenstudiengangs Rechtswissenschaften nach der Reform der Juristenausbildung, insbes Praxisnähe, Abbruch- und Durchfallquote, Prüfungsvorbereitung durch Repetitorium, Auslandssemester, Betreuungssituation der Studenten

Antr
s. *Rechtswissenschaft*
Drs 15/7156

Staatsrätin

Berufung und Vereidigung von Gisela Erler zur/als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

PIPr 15/3 12.05.2011 S. 17

Auswahl und Einladung von Bürgerinnen und Bürgern für den Filderdialo

Eingesetztes Verfahren und Software für die o.g. elektronische Zufallsauswahl, Wahrung des Datenschutzes bei der Adressatenauswahl; Bewertung der intensiven Bemühungen um Teilneh-

mer, insbes der Kontaktaufnahme zu Mütterzentren, nach Ankündigung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft; Beurteilung der Eignung und gesellschaftlichen Abbildung der Anwohnerschaft auf den Fildern durch Personenkreise im Umfeld von Mütterzentren

Antr
s. *Filder (Landschaft)*
Drs 15/1958

Kritik an der starken Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Staatsrätin

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 442 443

Staatschutzdelikt

s. *Politische Straftat*

Staatschutzkriminalität

s. *Politische Straftat*

Staatschutzstrafat

s. *Politische Straftat*

Staatssekretär

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsrae-Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit

Mittlg LReg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 15/2437

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bundestagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundesparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr
s. *Staatsministerium*
Drs 15/4136

Staatsymbol

Verwendung des großen Landeswappens

Anzeige „Wir kennen alles. Außer Homophobie“ der GEW und der Organisation Campact in Anlehnung an die Werbekampagne des Landes „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“; Nutzung des großen Landeswappens in der Zeitungsanzeige; Abänderung des Wappens; Genehmigung der Wappennutzung beim Innenministerium; Bewertung des Inhalts der Kampagne; Kenntnis von der Kampagne und deren Unterstützung

Antr Claus Paal u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4688

Gesetz zur Reform des Wappenrechts

Erweiterung des Katalogs der wappenführenden Stellen; Ausdehnung der genehmigungsfreien Verwendung des Landeswap-

pens; Befreiung von der Genehmigungspflicht der Wappenverwendung für öffentliche Schulen und staatliche Hochschulen in bestimmten Konstellationen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Einschreiten in Fällen von grundlegender Bedeutung oder gravierendem Missbrauch der Hoheitszeichen; Zuständigkeitsverlagerung für die Genehmigung zum Zeigen der Landesdienstflagge bei nicht wappenführenden Stellen auf das Innenministerium; Zuständigkeitsübertragung für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf das Regierungspräsidium Karlsruhe

GesEntw

s. *Landeshoheitszeichengesetz*

Drs 15/7196

Staatstheater

s. *Theater*

Staatsunternehmen

s. *Öffentliches Unternehmen*

Staatsvermögen

s. *Öffentliches Vermögen*

Staatsvertrag

s.a. *Internationales Abkommen*

s.a. *Schengener Abkommen*

Schreiben des BVerfG vom 02.03.2011, Az.: 1 BvF 1/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19

BeschlEmpf und Bericht StändA 25.05.2011 Drs 15/28

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 92 93

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zweiten Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Mittlg LReg

s. *Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten*

Drs 15/163

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Ersetzung der geräteabhängigen Rundfunkgebühr durch einen haushaltsbezogenen bzw betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag; Einschränkung der Möglichkeiten des Sponsorings im öffentlich-rechtlichen Fernsehen; Änderung des LandesmedienGes

GesEntw

s. *Rundfunk*

Drs 15/197

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Mittlg LReg

s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Drs 15/202

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2012

s. *Rundfunk*

Drs 15/246

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

Mittlg LReg

s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*

Drs 15/298

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der ARTE Deutschland TV GmbH einschließlich ihrer Betätigung bei der ARTE G.E.I.E. für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

Mittlg RH

s. *Fernsehen*

Drs 15/395

Europarecht bei der Schaffung neuer Regelungen zum Glücksspiel beachten

Auswirkungen der EuGH-Entscheidung vom 8. September 2010 (C-409-06) sowie des VGH-Beschlusses vom 30. August 2011 (Az.: 6 S 1695/11) auf den Plan der LReg, den mit Ablauf des Jahres 2011 außer Kraft tretenden Glücksspielstaatsvertrag ab 1. Januar 2012 als Landesrecht fortgelten zu lassen; finanzielle und rechtliche Konsequenzen, die das als mit dem Europarecht vereinbar eingestufte, 2012 in Kraft tretende schleswig-holsteinische Glücksspielgesetz erwarten lässt; Aufforderung an die LReg, ihren GesEntw zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags zurückzuziehen

Antr

s. *Glücksspiel*

Drs 15/500

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH

s. *Film*

Drs 15/561

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag - GlüStV)

Sicherung der Fortgeltung des Glücksspielstaatsvertrags für den Fall seines Außerkrafttretens mit Ablauf des 31. Dezember 2011 bis zu einer Neuregelung als Landesrecht sowie der auf seiner Grundlage erteilten Erlaubnisse zur Veranstaltung und Vermittlung von Glücksspielen

GesEntw

s. *Glücksspiel*

Drs 15/690

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Ersten Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV)

Mittlg LReg
s. *Glücksspiel*
Drs 15/849

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Gründung der GKL

Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (GKL-StV)

Mittlg LReg
s. *Lotterie*
Drs 15/850

Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

GesEntw
s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*
Drs 15/856

Schreiben des BVerfG vom 20.10.2011, Az.: 1 BvF 4/11 - Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 841
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.11.2011 Drs 15/924
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2009 bis 2013

Fusionserfahrungsbericht nach dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und dem Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/1279

Bewertung der Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Glücksspieländerungsstaatsvertrag vom 20. März 2012

Bewertung der Bedenken der Kommission zur Europarechtskonformität des geplanten Staatsvertrags, insbes auch wegen nicht bereitgestellter Daten und Untersuchungen zur Prüfung der Eignetheit und Erforderlichkeit der vorgesehenen Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs oder der Verbote zur Abwehr von Suchtgefahren; Frage nach einer Verschiebung der Ratifizierung bis zum Vorliegen einer abschließenden positiven Stellungnahme der Kommission

Antr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/1497

Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder

Umsetzung der o.g. Staatsverträge; Verhinderung von Glücksspielsucht und Wettsucht, Schaffung der Voraussetzungen für eine wirksame Suchtbekämpfung, Gewährleistung des Jugend- und Spielerschutzes, Eindämmung von unerlaubtem Glücksspiel

GesEntw

s. *Glücksspiel*
Drs 15/1570

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Fernsehen*
Drs 15/1633

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/1741

Novellierung des SWR-Staatsvertrags

Stand, inhaltliche Ausgestaltung und beteiligte Akteure der Novellierung, insbes stärkere Konzentration auf Kernbereiche des öffentlich-rechtlichen Auftrags sowie auf die Verantwortung für eine vielfältige Medienlandschaft, Harmonisierung mit nationalen und europäischen Regelungen sowie Abbau von Doppelstrukturen

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 15/1773

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios

Berichterstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/1938

Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof

Mittlg RH
s. *Film*
Drs 15/2186

Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz zur Regelung des Flugverkehrs

Art und Zeitpunkt der Einbindung der LReg in die Verhandlungen zur Beilegung des Fluglärmstreits in Südbaden, Abgabe einer Stellungnahme vor dem endgültigen Vertragsabschluss? Bewertung des erzielten Verhandlungsergebnisses

KlAnfr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2203

Entwicklung SWR-Standort Baden-Baden

Darlegung o.g. Entwicklung nach dem Entwurf des SWR-Rundfunkstaatsvertrags, Auswirkungen des Wegfalls der Produktionsvorgaben und der Bindung der Direktorenstellen an die Standorte, Personalentwicklung in Baden-Baden seit 2002 und künftig, Anteil der dem Standort Baden-Baden zuzurechnenden Personalstellen des SWR-Sinfonieorchesters, Auswirkungen einer möglichen Fusion der SWR-Orchester auf die Personalstellen in Baden-Baden

KlAnfr
s. *Rundfunk*
Drs 15/2227

Folgen des Staatsvertrags über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf BW

Maximal zulässige Anzahl von Anflügen über baden-württembergisches Gebiet, Flughöhe und Zeitraum innerhalb des Tagesverlaufs; zu erwartende Änderungen ab 2020 insbes durch Neufestlegung der Flugrouten; Bewertung dieser Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf den Lärmschutz

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2313

Lärmreduzierung für Südbaden sicherstellen

Verhandlungsstand des Abkommens mit der Schweiz, voraussichtliche Befassung des Bundesrats; Lärmschutz-Ziele des Staatsvertrags; Unklarheiten über den Inhalt der Denkschrift zum Staatsvertrag, Erfordernis einer Konkretisierung der Ausführungsbestimmungen vor der Zustimmung im Bundesrat; Einhalten der Ziele der Stuttgarter Erklärung im Verfahren

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/2349

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegengesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spieler-sperrsystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungs-Ges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und LotterieGes

GesEntw
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2431

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Übertragung hoheitlicher Aufgaben zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder
Übertragung der anfallenden Aufgaben bei der Errichtung und dem Betrieb eines bundesweiten elektronischen Vollstreckungsportals auf das federführende Land Nordrhein-Westfalen

Mittlg LReg
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/2441

Staatsvertrag Fluglärm Zürich mit der Schweiz - Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung

Ablehnung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form; Hinwirkung auf Aufnahme der Positionen der Stuttgarter Erklärung, insbes der Begrenzung der Flugbewegungen auf 80.000/Jahr, in den Staatsvertrag

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2484

Neuer SWR-Staatsvertrag und die Auswirkungen auf Baden-Baden

Auswirkungen des neuen SWR-Staatsvertrags auf den SWR-Standort Baden-Baden, insbes Wegfall der festen Zuordnungen für Direktorenstellen und überregionale Produktionen sowie Fusion der Rundfunkorchester an den Standort Stuttgart; Gleichwertigkeit des SWR-Standorts Baden-Baden neben Mainz und Stuttgart; mittel- bis langfristige Verlagerung des Standorts Baden-Baden nach Stuttgart; vertragswidrige Verlagerung Baden-Baden zugeschriebener Formate/Einrichtungen nach Stuttgart

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3141

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/3210

Staatsvertrag mit islamischen Glaubensgemeinschaften

Gestaltungsprozess und Rahmenbedingungen eines Staatsvertrages mit muslimischen Glaubensgemeinschaften in BW, insbes Regelungsinhalte und Vorbildcharakter bisheriger Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften, Bedeutung des islamischen Religionsunterrichts

Antr
s. *Islam*
Drs 15/3228

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/3327

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatuts; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg

s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3497

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Vertrages des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V.

Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Land und Sinti und Roma mit beiderseitiger Planungs- und Rechtssicherheit; Erhöhung der finanziellen Förderung auf 500.000 Euro ab dem Jahr 2014; Ergänzung bisheriger Förderschwerpunkte insbes durch die Bereiche Antiziganismusforschung, Integration nichtdeutscher Roma und Unterstützung der nationalen Minderheitenkultur; Errichtung eines „Rates für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in BW“ mit Berufung von Vertretern der LReg und der Sinti und Roma

Mittlg LReg
s. *Sinti und Roma*
Drs 15/4128

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften

Zustimmung zum novellierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk; Folgeänderungen und redaktionelle Anpassungen des Landesmediengesetzes sowie des Landesdatenschutzgesetzes an die Regelungen des novellierten Staatsvertrags; Verlängerung der Zuweisungsdauer von Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter sowie der Zulassungsdauer eines privaten Rundfunkveranstalters von jeweils acht auf zehn Jahre

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/4223

Gesetz zu dem Vertrag des Landes BW mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband BW e.V.

Zustimmung des LtG nach Art 50 Satz 2 der Landesverfassung zu dem mit dem Landesverband BW des Verbands Deutscher Sinti und Roma (VDSR-BW) vereinbarten gemeinsamen Vertrag; Schaffung einer verlässlichen rechtlichen Grundlage für die Beziehungen des Landes BW zur Minderheit deutscher Sinti und Roma in BW, insbes Regelung der Rechts- und Finanzbeziehungen des Landes BW zum VDSR-BW als Vertreter der Minderheit deutscher Sinti und Roma in BW

GesEntw
s. *Sinti und Roma*
Drs 15/4401

Verordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID) - Umsetzung in BW

Aktueller Stand der Umsetzung der Verordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PIDV) in BW, insbes Bestimmung der Anzahl und Qualitätssicherung der Zentren zur Präimplantationsdiagnostik (PID), mögliche Kooperation mit anderen Bundesländern bei der Einrichtung von Ethikkommissionen, deren konkrete Ausgestaltung und personelle Zusammensetzung; datenschutzrechtliche Konsequenzen für die statistische Erfassung der Diagnosen und den Umgang mit genetischen Überschussinformationen

Antr
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/4488

Regierungsbefragung

Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag auf den SWR-Staatsvertrag

s. *Südwestrundfunk*
PIPr 15/94 S. 5611

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2015

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/5042

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Bericht der ARD an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5125

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Bericht des ZDF an die Landesparlamente nach § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags; Zugrundelegung der Ergebnisse des Jahresabschlusses für das Jahr 2012 sowie der Ansätze des Haushaltsplans für das Jahr 2014

Mittlg LReg
s. *Rundfunksender*
Drs 15/5126

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Sechzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Sechzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/5292

Informationen über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Errichtung einer gemeinsamen Ethikkommission der Länder BW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Thüringen bei der Landesärztekammer BW zur Durchführung der Präimplantationsdiagnostik; Konkretisierung der Vorgaben der Präimplantationsdiagnostikverordnung des Bundes (PIDV) für die Durchführung der Präimplantationsdiagnostik (PID) in einem PID-Zentrum, insbes die Zuständigkeit der gemeinsamen Ethikkommission, ihre Zusammensetzung, die Benennung und Berufung der Mitglieder sowie die Berichtspflicht der Kommission gegenüber den beteiligten Ländern

Mittlg LReg
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/5337

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios

Berichtserstattung gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/5463

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die gemeinsame Errichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

Zustimmung zum Staatsvertrag mit den beteiligten Ländern über die Einrichtung einer gemeinsamen Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Landesärztekammer BW

GesEntw
s. *Präimplantationsdiagnostik*
Drs 15/5937

Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Neufestsetzung des Rundfunkbeitrags auf monatlich 17,50 Euro; Erhöhung der gesetzlich geregelten Ausgleichsmasse zur Unterstützung der kleinen Anstalten Radio Bremen und Saarländischer Rundfunk von derzeit 1,0 Prozent auf 1,6 Prozent des ARD-Nettobeitragsaufkommens

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/6046

Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des ARD/ZDF-Kinderkanals (KiKA)

Mittlg RH
s. *Fernsehen*
Drs 15/6422

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Abkommens zwischen der Regierung des Landes BW und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung und den Betrieb einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation

Mittlg LReg
s. *Wasserschutzpolizei*
Drs 15/6440

Regierungsbefragung

Anpassung des SWR-Staatsvertrags nach dem ZDF-Urteil
s. *Südwestrundfunk*
PIPr 15/119 S. 7186

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk (SWR-Änderungsstaatsvertrag)

Anpassung des SWR-Staatsvertrags an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, insbes Begrenzung des Einflusses der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien Rundfunkrat und Verwaltungsrat, gemeinsame Wahl des Intendanten durch Rundfunk- und Verwaltungsrat

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6512

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2013 bis 2016

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6557

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Siebzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*

Drs 15/6778

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Zusammensetzung und Rechtsstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien Rundfunk- und Verwaltungsrat sowie zur Transparenz ihrer Arbeit für den rechtlichen Rahmen des Südwestrundfunks

GesEntw
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/6779

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der RohrfernleitungsVO auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

Mittlg LReg
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/6990

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Achtzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg
s. *Rundfunk*
Drs 15/7087

Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Anpassung des ZDF-Staatsvertrags an die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März 2014; Umsetzung vorgegebener Rechtssoheitskriterien der EU-Richtlinie 2010/13/EU über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste; Entsendung einer Vertretung aus dem Bereich Verbraucherschutz in den ZDF-Fernsehrat

GesEntw
s. *Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7415

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest (LBS Südwest)

Mittlg LReg
s. *Bausparkasse*
Drs 15/7420

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Klarstellung zur Werbung als Teil des Programms und Gegenstand der Rundfunklizenz; Regelung eines grundsätzlichen Verbots regionenspezifischer Ausstrahlung von Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter mit einem landesgesetzlichen Erlaubnisvorbehalt zur Verbreitung von Werbung für das jeweilige Landesgebiet

GesEntw
s. *Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7556

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Staatsvertrag zwischen den Ländern BW und Rheinland-Pfalz und Anpassungen rechtlich unabdingbare Regelungen zur von den Trägern der LBS Landesbausparkassen BW und Rheinland-Pfalz angestrebten Fusion beider Institute zur LBS Landesbausparkasse Südwest; Übergangsregelung für die Personalvertretung

GesEntw
s. *Bausparkasse*
Drs 15/7677

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen und im deutschen Recht in Bezug auf Bauprodukte; Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen

Mittlg LReg
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7803

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung

Fortentwicklung des bisher geltenden Staatsvertrags, insbes Integration des Zentralen Vergabeverfahrens in das Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV), Anpassung der Aufgabenbeschreibung, Optimierung der Vergabeverfahren, Folgeanpassung an tatsächliche oder rechtliche Veränderungen, Kostenteilung für die Durchführung des Zentralen Vergabeverfahrens gemäß dem Königsteiner Schlüssel, Beitragslösung aller Hochschulen für die Kostenträgerschaft für das DoSV in den übrigen Studiengängen

Mittlg LReg
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/7878

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2014 bis 2017

Mittlg LReg
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/8088

Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland

s. *Glücksspielstaatsvertrag*

Staatswald

s. *Wald*

Staatsziel

s. *Verfassungsgrundsatz*

Staatszielbestimmung

s. *Verfassungsgrundsatz*

Stabilisierungsmechanismengesetz

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Abschluss der Bund-Ländervereinbarung zum StabilisierungsmechanismusGes (StabMechG)*

Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Unterrichtung des BRats nach dem StabMechG; Umsetzung der beschlossenen Ausweitung der Aufgaben des bestehenden Euro-Rettungsschirms (EFSF) und der entsprechenden Änderung des EFSF-Rahmenvertrags durch eine Anpassung des StabMechG

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1211

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

s.a. *Haushaltspolitik*

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ratsempfehlung zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3914

Stabilitäts- und Wachstumspakt

s.a. *Haushaltspolitik*

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ratsempfehlung zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3914

Stabilitätsanleihe

s. *Finanzinstrument*

Stabilitätspakt zur Währungsunion

s. *Stabilitäts- und Wachstumspakt*

Stabilitätsprogramm

s. Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Stadt

s. Kommunale Gebietskörperschaft

Stadtbahn

s.a. Öffentliches Verkehrsmittel

s.a. Schnellbahn

Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs in der Region Ulm

Planungen, Zeiträume, Investitionskosten, Projekt- und Kostenträger für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und der S-Bahn; Höhe der Zuschüsse des Landes nach der Verabschiedung des LandesgemeinerverkehrsfinanzierungsGes

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.05.2011 und Antw MVI Drs 15/31

Verkehrsinfrastruktur in der Verantwortung des Landes im Zusammenhang mit der Wissenschaftsstadt Ulm

Vorgesehene Parkplätze, Parkhäuser u.a. Maßnahmen für den ruhenden Verkehr nach dem Neubau der Chirurgischen Klinik des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg; geplante Gebührenregelung für die Nutzung der Stellplätze; Planungsstand für die neue Straßenbahnlinie auf den Oberen Eselsberg; Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr
s. Verkehr
Drs 15/32

Abfahrtszeiten und Service an Bahnhöfen in Pforzheim und dem Enzkreis

Einhaltung der Fahrplanzeiten der Stadtbahnen in Pforzheim sowie Ausweisung der richtigen Gleise auf den Fahrplänen der Enztalbahn

KlAnfr
s. Fahrplan
Drs 15/152

Stadtbahn im Zabergäu

Bedeutung der Zabergäubahn für den Ausbau des SPNV, Fortschreibung der Kosten-Nutzen-Bewertung von 2003; Höhe und mögliche Aufteilung der Investitionskosten zwischen Bund, Land und Kommunen

KlAnfr
s. Zabergäubahn
Drs 15/420

Stadtbahn von Pforzheim nach Ittersbach

Planungsstand und Realisierungschancen einer Stadtbahnlinie von Pforzheim nach Ittersbach

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 09.09.2011 und Antw MVI Drs 15/489

Kosten-Nutzen-Berechnung einer Schienenpersonennahverkehrs-Verbindung Bernhausen-Neuhausen auf den Fildern

Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Untersuchung einer Stadtbahnverlängerung von Möhringen nach Neuhausen unter Zugrundelegung von Stuttgart 21 aus dem Jahr 2003

KlAnfr
s. Wirtschaftlichkeit
Drs 15/580

Zuverlässigkeit von öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Verbindungen in Pforzheim und dem Enzkreis

Verspätungen und mangelnde Fahrgastinformation auf der Stadtbahnlinie S 5 zwischen Karlsruhe, Pforzheim und Bietigheim-Bissingen; Behebung der defekten Fahrscheinautomaten auf der Linie S 5; Installation der zugesagten Aufzüge am Pforzheimer Hauptbahnhof sowie eines ausreichenden Wetterschutzes am Pforzheimer Busbahnhof

KlAnfr
s. Personenverkehr
Drs 15/1662

Unzuverlässigkeit des Stadtbahnverkehrs in Pforzheim und dem Enzkreis

Angaben zu Zugverspätungen und Zugausfällen seit Januar 2012; Auskunft über Zugausfälle aufgrund fehlenden Zugpersonals oder fehlender Wagen bei der Stadtbahnlinie 9 (Mühlacker - Bruchsal) und den Einsatz von Wagen des Saarbrücker Verkehrsverbunds auf dieser Linie; Aufforderung zur Beseitigung der Missstände auf den Stadtbahnlinien S 5 (Karlsruhe - Bietigheim-Bissingen) und S 9

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2353

Angebot an Pendler für freie Bahnfahrten über den Rhein am 22. August 2012

Nutzung des o.g. Angebots während der Sanierungsarbeiten an der Rheinbrücke Maxau und der damit verbundenen Einschränkungen beim Befahren der Bundesstraße 10; Kosten dieser dreistündigen „Werbeaktion zur Nutzung des ÖPNV in Karlsruhe“; Bedingungen für ähnliche Aktionen; Pendlerzahlen für die Linien R 51 (Kandel-Wörth-Karlsruhe), S 5 (Wörth-Karlsruhe), S 51 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) und S 52 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) von 2007 bis 2012

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/2366

Äußerungen von Staatssekretärin Dr. Gisela Splett zur Finanzierung der Kombi-Lösung Karlsruhe (U-Strab)

Aufklärung über konkrete Aussagen zu Mehrkosten im Bewilligungsbescheid; Vorbehalte der Staatssekretärin gegenüber dem Bau des Karlsruher Stadtbahntunnels; Benennung von bereits entstandenen, nicht vom Land zu tragenden Mehrkosten

Antr Manfred Groh u.a. CDU 19.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2368

Fahrplanpannen im Enzkreis und in Pforzheim

Fehlerhafte Fahrpläne des regionalen Schienenverkehrs seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2012; betroffene Zugverbindungen; Abhilfe bei Servicemängeln im Stadtbahnnetz

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.01.2013 und Antw MVI Drs 15/2915

Stadtbahnstrecken zwischen Karlsruhe und Bietigheim

Erhöhung der Pünktlichkeit und der Fahrgastzahlen auf der Stadtbahnlinie S 5; Verlegung eines dritten Gleises auf der Strecke zwischen Pfinztal-Söllingen und Pforzheim; Vorschlag, die Stadtbahnlinie S 5 in Pforzheim enden zu lassen und dafür die von Bad Wildbad kommende Linie S 6 nach Bietigheim-

Bissingen durchzubinden

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.02.2013 und
Antw MVI Drs 15/3103

Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 und der S 2

Bedeutung, Finanzierung und Kosten-Nutzen-Verhältnis der
Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 zum Flughafen
und der S 2 nach Neuhausen/Filder

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 06.03.2013 und Stel-
lungnahme MVI Drs 15/3171

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 03.07.2013 Drs
15/4191 S. 23 24

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Weiterführung von Stadtbahnlinien im Enzkreis

Lösungsvorschläge zur Weiterführung bestehender Stadtbahn-
linien; Weiterführung der Stadtbahn S 11 von Ittersbach über
Keltern-Weiler, Keltern-Ellmendingen, Keltern-Dietenhausen
bis zur Haltestelle der S 5 Remchingen/Wilferdingen-Singen;
Anbindung von Karlsbad-Mutschelbach und Karlsbad-
Auerbach; Konkurrenz zum Metrobus-Konzept der Stadt
Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.04.2013 und
Antw MVI Drs 15/3372

Die Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zeit und Kostenplanung der Baumaßnahmen zur Inbetriebnahme
der Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKkreis Heilbronn; Planung
und Finanzierung des Wagenmaterials

KlAnfr Rainer Hinderer SPD 08.05.2013 und Antw MVI Drs
15/3479

Regionalstadtbahn Neckar-Alb

Modularisierung, Realisierung und Finanzierung der Regional-
stadtbahn Neckar-Alb, insbes Umsetzung von Modul 1 mit mög-
licher Herausnahme der Strecke Zollern-Alb-Bahn, Finanzie-
rungszusage des Bundes und mögliche Anwendung auf alle an-
deren Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)-Projekte
in BW, Entlastung der Regionalisierungsmittel durch stadtbahn-
gerechten Ausbau der Ermstal- und Ammertalbahn, Wirtschaft-
lichkeit des Streckenabschnitts Tübingen-Reutlingen nach er-
höhter Taktfrequenz

KlAnfr Hans-Martin Haller u.a. SPD 27.05.2013 und Antw
MVI Drs 15/3544

Qualität des Bahnverkehrs im Enzkreis und in Pforzheim

Bewertung des Nahverkehrs auf der Strecke Karlsruhe-
Pforzheim-Stuttgart; Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte
im Schienenpersonennahverkehr gegenüber den Jahren 2008
und 2009; Aussicht auf einen Streckenausbau; Verbesserung der
Pünktlichkeitswerte und des Services im regionalen Stadtbahn-
betrieb

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3704

*Maßnahmen für mehr Pünktlichkeit im S-Bahn- und Regional-
verkehr ergreifen*

Reduzierung der Störungen im Regionalverkehr und im S-Bahn-
Betrieb der Region Stuttgart; Abbau von Verspätungen mithilfe
eines leistungsstarken Signalsystems sowie eines dritten Bahn-
steigs im Stuttgarter Hauptbahnhof; Neubau eines Regional-
bahnhofs in Stuttgart-Vaihingen; Nutzung der Gäubahn-Strecke
zwischen Stuttgart Hauptbahnhof und Stuttgart-Vaihingen als

Ausweichstrecke bei Störungen; Reaktivierung der Tangenti-
allinie von Ludwigsburg über Untertürkheim nach Esslingen
(Schusterbahn); vermehrter Einsatz von Langzügen im S-Bahn-
Verkehr; Verbesserung der Schieneninfrastruktur und Vorlage ei-
nes jährlichen Infrastrukturberichts durch die Deutsche Bahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4177

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth

Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem
Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszei-
ten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten
Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Wag-
gons durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von
Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.10.2013 und
Antw MVI Drs 15/4258

Vergabeverfahren Netz 7 a/b - Stadtbahn Karlsruhe

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenperso-
nennahverkehr (SPNV) des Netzes 7 a/b (Stadtbahn Karlsruhe);
Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Ver-
gabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4316

Vergabeverfahren Netz 8 - Ortenau S-Bahn

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenperso-
nennahverkehr (SPNV) des Netzes 8 (Ortenau S-Bahn); Auswir-
kung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabever-
fahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4317

Vergabeverfahren Netz 9 a - Breisgau-S-Bahn, Ost-West

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenperso-
nennahverkehr (SPNV) des Netzes 9 a (Breisgau-S-Bahn, Ost-
West); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung
des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahr-
zeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4318

Vergabeverfahren Netz 11 - Hohenlohe-Franken

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenperso-
nennahverkehr (SPNV) des Netzes 11 (Hohenlohe-Franken);
Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Ver-
gabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen
als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4319

S-Bahn-Linie 5 zwischen Pforzheim und Karlsruhe

Ursachen der Verspätungen und Zugausfälle auf dieser Bahn-
strecke; Fahrgastzahlen während der Hauptverkehrszeiten; Er-
höhung der Pünktlichkeit der Stadtbahnlinie und Verbesserung
des Platzangebots für die Fahrgäste der S 5

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 25.11.2013 und Antw MVI
Drs 15/4381

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelsheim und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4473

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. *Enztalbahn*
Drs 15/5111

Finanzierung der Erweiterung der S 2 und U 6

Förderung der Finanzierung der S-Bahn- und Stadtbahnerweiterungen S2 und U6 durch Bund, Land und die Region Stuttgart

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5482

Welche Risiken verbergen sich hinter der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Kombilösung Karlsruhe?

Konsequenzen der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Finanzierung der Kombilösung Karlsruhe, insbes Kostenrisiko für die Stadt Karlsruhe, Abweichung des Landes von der bisherigen Festbetragszusage

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/5639

Stadtbahn Heilbronn Süd (Zabergäubahn)

Reaktivierung der Zabergäubahn; Durchführung einer standardisierten Bewertung; Investitionskosten und Finanzierung; Einbindung der Zabergäubahn in das bestehende öffentliche Verkehrsnetz

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 24.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6509

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Zuschlag des Netzes 7 a/b - „Stadtbahn Karlsruhe“ - an die Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG)

Bisheriger Betreiber des Netzes 7a/b; aktueller und künftiger Preis pro Zugkilometer; im neuen Verkehrsvertrag vereinbarte Leistungen; Zusammenhang von Angebotshöhe und Bieterkonkurrenz bei Vergaben im Schienenpersonennahverkehr

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 23.12.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7923
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 90-92
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Stadtentwicklung

s.a. *Siedlungsstruktur*
s.a. *Städtebau*

Zuschüsse zu Ortskernsanierungen im Enzkreis

Auflistung o.g. Zuschüsse 2011; Höhe der Förderung der Ortskernsanierung in Kämpfelbach-Bilfingen, Gewährung einer Unterstützung der Gemeinde für den Abriss des leerstehenden Gebäudes in der Hauptstraße

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 22.02.2012 und Antw MFW Drs 15/1311

Aktive Mitwirkung bei der städtebaulichen Gestaltung iR von Stuttgart 21

Antr
s. *Städtebau*
Drs 15/1377

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums als Wohnort, u.a. durch Programme zur Dorfentwicklung und Dorferneuerung, durch die Nahversorgung im Einzelhandel und Weiterentwicklung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten von Senioren (Seniorenräte)

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Erfahrungen anderer Bundesländer mit landesgesetzlichen Regelungen für Business Improvement Districts

Darlegung o.g. Erfahrungen der Stadtentwicklung durch Aufwertung von Laden- und Geschäftsstraßen bzw Kerngebieten mittels privater Initiativen, Unterstützung solcher Maßnahmen mit öffentlichen Mitteln?

KlAnfr Claus Schmiedel SPD 01.08.2012 und Antw MFW Drs 15/2183

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Anträge für die Aufstockung von Mitteln für Ortskernsanierungen im Enzkreis

Umgang des RegPräs Karlsruhe mit den Aufstockungsanträgen, u.a. der Stadt Mühlacker für das Sanierungsgebiet „Enzstraße/Waldenserstraße“ und den „Ortskern Dürrmenz“; Suche

nach Lösungsmöglichkeiten für den Erhalt eines aus dem Jahr 1504 stammenden Gebäudes in der Hofstraße im Sanierungsgebiet „Ortskern Dürrmenz“

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.11.2012 und
Antw MFW Drs 15/2598

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*
Drs 15/3636

EU-weiter Erfahrungsaustausch von Kommunen

Förderung und Unterstützung des EU-weiten Erfahrungsaustauschs baden-württembergischer Städte und Gemeinden durch die LReg, insbes Bedeutung des EU-Programms URBACT für die Kommunen in BW

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/5211

Projekt „Innenstadt Entwicklung Ost“ in Pforzheim

Auskunft über vom Land unterstützte Sanierungsprojekte in der Pforzheimer Innenstadt; Stand der Untersuchungen für ein Sanierungsgebiet „Pforzheim Innenstadt Ost“; Beurteilung des Sanierungsvorhabens durch das RegPräs Karlsruhe

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.07.2014 und
Antw MFW Drs 15/5496

Digitale Einkaufsstadt BW

Maßnahmen zur Verbesserung der Innenstadtentwicklung im Hinblick auf die Einkaufsstandorte, insbes Beratungsangebote und Fördermittel des Landes; Ausschreibung eines Modellprojekts zur Entwicklung von Strategien hinsichtlich digitaler Innovationen im Handel

Antr
s. *Stadtzentrum*
Drs 15/7608

Bewertung der Chancen für die Stadtentwicklung durch das Projekt Stuttgart 21

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 531

Bewertung der Chancen für die Stadtentwicklung durch das Projekt Stuttgart 21

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 856

Moderation der städtebaulichen Möglichkeiten nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung zu Stuttgart 21

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 982 989

Stadtkern

s. *Stadtzentrum*

Stadtkreis

s. *Kreisfreie Stadt*

Stadtmitte

s. *Stadtzentrum*

Stadtplan

s. *Landkarte*

Stadtplanung

Studiengang Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart

Planungen für den Studiengang „Architektur und Stadtplanung“ als einen achtsemestrigen Bachelor- und einen viersemestrigen Masterstudiengang an der Universität Stuttgart, insbes Stand der Genehmigung, Anpassung der Studienzeiten für den Bachelor-Studiengang, Studiensituation und Mittelausstattung, Landes- und Bundesvergleich für die Ausgestaltung des Studiengangs „Architektur“

Antr
s. *Studienfach*
Drs 15/3733

Stadtrat

s. *Gemeinderat*

Stadtsanierung

s. *Stadtentwicklung*

Stadtschnellbahn

s. *Schnellbahn*

Stadttaube

s. *Vogel*

Stadtwerke

s. *Kommunale Versorgungswirtschaft*

Stadtzentrum

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im LKreis Böblingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in genannten Städten und Gemeinden im LKreis Böblingen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Regionalplans, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Entwicklung der Bevölkerungsdichte; Perspektiven und Fördermaßnahmen der Innenstadtentwicklung sowie Auswirkungen steigender Grundstückspreise

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4307

Projekt „Innenstadt Entwicklung Ost“ in Pforzheim

Auskunft über vom Land unterstützte Sanierungsprojekte in der Pforzheimer Innenstadt; Stand der Untersuchungen für ein Sanierungsgebiet „Pforzheim Innenstadt Ost“; Beurteilung des Sanierungsvorhabens durch das RegPräs Karlsruhe

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/5496

Digitale Einkaufsstadt BW

Maßnahmen zur Verbesserung der Innenstadtentwicklung im Hinblick auf die Einkaufsstandorte, insbes Beratungsangebote und Fördermittel des Landes; Ausschreibung eines Modellprojekts zur Entwicklung von Strategien hinsichtlich digitaler Innovationen im Handel

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 27.10.2015 und
Stellungnahme MFW Drs 15/7608

Stächele, Willi MdL CDU

Wahl des Abgeordneten Willi Stächele zum Präsidenten des 15. Landtags von BW am 11.05.2011

s. *Landtagspräsident*
PIPr 15/1 S. 4

Städtebau

s.a. *Sanierung*
s.a. *Soziale Stadt*
s.a. *Stadtentwicklung*

Anträge für Förderprogramme aus Pforzheim und dem Enzkreis

Gestellte Anträge auf Neuaufnahme bzw Aufstockung in den Bereichen Landessanierungsprogramm, Stadumbau und städtebaulicher Denkmalschutz West, Soziale Stadt, Bund-Länder-Programm für kleinere Kommunen bzw zur energetischen Modernisierung der kommunalen sozialen Infrastruktur; Beurteilung der jeweiligen Bewilligungschancen

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/841

Zuschüsse zu Ortskernsanierungen im Enzkreis

Auflistung o.g. Zuschüsse 2011; Höhe der Förderung der Ortskernsanierung in Kämpfelbach-Bilfingen, Gewährung einer Unterstützung der Gemeinde für den Abriss des leerstehenden Gebäudes in der Hauptstraße

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/1311

Aktive Mitwirkung bei der städtebaulichen Gestaltung iR von Stuttgart 21

Antr CDU 06.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1377

Städtebauförderung im LKreis Esslingen

Unterstützte Projekte seit 2002, vorliegende und noch nicht beschiedene Anträge, Förderfähigkeit und Zeitvorgaben der Sanierungsmaßnahme Wörth in Nürtingen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 14.03.2012 und Antw
MFW Drs 15/1435 (11 S.)

Förderbeträge aus dem Städtebauförderprogramm des Landes BW

Höhe der o.g. Beträge für den Main-Tauber-Kreis seit 2001 sowie der jeweiligen Anteile von Land und Bund, Auflistung der geförderten Projekte

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 22.03.2012 und Antw
MFW Drs 15/1480

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum

Grundlagen, Ziele, Auswahlverfahren und Kosten des in Auftrag gegebenen externen Gutachtens; Bewertung des Vorkaufsrechts der Kommunen für freierwerbende Liegenschaften; Erfahrungen mit der Konversion von Flächen nach dem Abzug internationaler Truppen; Ziele und Förderrahmen für die Konversionsräume einschließlich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung; Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRd Polizeireform; Gewichtung strukturpolitischer Gesichtspunkte bei der Preisgestaltung für Bundeswehrliegenschaften

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1834

Aufwand für die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials (MELAP Plus)

Angestrebte Ziele einer wissenschaftlichen Begleitung des Programms; Möglichkeiten zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands

KlAnfr
s. *Flächennutzung*
Drs 15/1885

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/1962

Erfahrungen anderer Bundesländer mit landesgesetzlichen Regelungen für Business Improvement Districts

Darlegung o.g. Erfahrungen der Stadtentwicklung durch Aufwertung von Laden- und Geschäftsstraßen bzw Kerngebieten mittels privater Initiativen, Unterstützung solcher Maßnahmen mit öffentlichen Mitteln?

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/2183

Zustand bzw Neubau eines grünen Bahnhofs in Crailsheim

Beteiligung am Neubau eines umweltfreundlichen Bahnhofs iRd Förderung städtebaulicher Entwicklung bzw gemeinsame Reali-

sierung eines Modellbahnhofs mit der Bahn und der Stadt Crailsheim

KlAnfr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2295

Anträge für die Aufstockung von Mitteln für Ortskernsanierungen im Enzkreis

Umgang des RegPräs Karlsruhe mit den Aufstockungsanträgen, u.a. der Stadt Mühlacker für das Sanierungsgebiet „Enzstraße/Waldenserstraße“ und den „Ortskern Dürrmenz“; Suche nach Lösungsmöglichkeiten für den Erhalt eines aus dem Jahr 1504 stammenden Gebäudes in der Hofstraße im Sanierungsgebiet „Ortskern Dürrmenz“

KlAnfr
s. *Stadtentwicklung*
Drs 15/2598

Programm für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung
Finanzvolumen des Programms für die städtebauliche Erneuerung und Entwicklung für das Jahr 2014, insbes Erfolgchancen dazu vorliegender Anträge aus dem Enzkreis und Pforzheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.12.2013 und
Antw MFW Drs 15/4438

Unterstützung von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen mit Städtebaufördermitteln

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 58

Ausrichtung der Städtebauförderung auf die Bundeswehrkonversion, Einforderung von mehr Mitteln des Bundes

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171-2175 2177 2179 2180

Städtepartnerschaft

s. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*

Städtische Entwicklung

s. *Stadtentwicklung*

Ständige Konferenz der Innenminister

s. *Innenministerkonferenz*

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

s. *Kultusministerkonferenz*

Ständiger Ausschuss

s. *Landtag, Ausschüsse*

STÄRKE (Landesprogramm)

s. *Landesprogramm STÄRKE*

Staig

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach
Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkerberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/15

Stammzelle

s.a. *Transplantationsmedizin*

Sicherstellung der Forschung an adulten Stammzellen in BW
Förderung der Stammzellforschung durch die Baden-Württemberg Stiftung; Einstellung der Forschungsförderung im Jahr 2015; Fortführung der Forschung an adulten Stammzellen in BW; Forschungsprogramme und Forschungsorganisationen

Antr
s. *Forschungspolitik*
Drs 15/6243

Standesamt

s.a. *Beurkundung*

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes

Übertragung der Begründung und Beurkundung von eingetragenen Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

GesEntw
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/768

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Ermöglichung des Zugriffs der unteren Fachaufsichtsbehörden auf die Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern im automatisierten Abrufverfahren

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Erinnerung an die Übertragung der Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2303 2304 2306

Standort (Behörde)

s. *Behördenstandort*

Standort (Dienststelle)

s. *Behördenstandort*

Standortauswahlgesetz

s.a. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Kein Platz für Castoren? Weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit der durch die LReg angebotenen Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW

Aufnahme der Castor-Behälter in den Bundesländern; Fortschritte bei der Schaffung neuer zentraler Zwischenlager; Anwendung des Verursacherprinzips bei der Rücknahme radioaktiven Abfalls; Kosten der Umrüstung bestehender Zwischenlager; Kostenübernahme durch die EnBW

Antr
s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6443

Stationäre Krankenhausbehandlung

s. *Krankenhausbehandlung*

Stationärer Krankenhausaufenthalt

s. *Krankenhausbehandlung*

Stationspreis

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21
Erwartung höherer Stations- und Trassenpreise der Bahn nach Realisierung des Projekts

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/96

IC Loreley

Abwendung der Mehrbelastung durch höhere Stationspreise für Halte des Intercity in Nürtingen und Tübingen; Ergebnis der zugesagten Prüfung eines Verzichts auf den IC Loreley

MdlAnfr 3) Hans-Martin Haller SPD 24.06.2011 Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 222-224

Kostensteigerungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 - und ihre Folgen

Erwartung von Mehrkosten nach Realisierung des Projekts durch höhere Stationsgebühren und Trassenpreise

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/272

Stationspreissystem der Deutschen Bahn

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems auf die Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr, Frage nach der Finanzierung der Mehrkosten sowie nach einer Überprüfung bereits bestellter Leistungen

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 02.08.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/390
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/747 S. 27
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21

Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/695

Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bahnverkehrs im Stuttgarter Hauptbahnhof

Entwicklung der Stationspreise für den Stuttgarter Hauptbahnhof für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/2427

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/3439

Erwartung höherer Stationsgebühren nach der Realisierung von Stuttgart 21

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 748

Auswirkungen der höheren Stations- und Trassenpreise der Bahn für den Schienenpersonennahverkehr, Plädoyer für ein transparentes Preissystem

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1740-1742 1745 1747 1749 1750 1753 1755

Statistik

s.a. *Rating*
s.a. *Statistisches Landesamt Baden-Württemberg*
s.a. *Verkehrstatistik*

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Entwicklung eines Zeitplans zur Einführung der integrierten Ausbildungsstatistik

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Datensicherheit und Verlässlichkeit der Zensus-Erhebungen im Enzkreis

Gründe für den Versand von Erinnerungsschreiben trotz fristgerecht beantworteter Fragebögen und mehrfachen Versand von Fragebögen durch das Statistische Landesamt im Zusammenhang mit der Gebäude- und Wohnungszählung; Gewährleistung der Sicherheit der für den Zensus 2011 erhobenen Daten von Einwohnern des Enzkreises

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 05.07.2011 und Antw MFW Drs 15/196

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäische Statistiken

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1754

Die Situation wohnungsloser Menschen in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen gegliedert nach Geschlecht, beruflicher Qualifikation und Altersstruktur seit 2002 sowie der Hilfsangebote der örtlichen Sozialhilfeträger nach §§ 67 ff SGB XII seit Übertragung der Zuständigkeit auf die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform 2005; Verhinderung einer weite-

ren uneinheitlichen Entwicklung der Versorgungssituation, u.a. Festlegung von Hilfestandards und Erstellung einer einheitlichen landesweiten Wohnungsnotfallstatistik

Antr
s. *Obdachlosigkeit*
Drs 15/1799

Umgang des Statistischen Landesamts mit mittelständischen Unternehmen

Einleitung eines Bußgeldverfahrens bei leicht verspäteten Meldungseingängen für die monatliche Binnenhandelsstatistik; Bewertung dieser Vorgehensweise und Einleitung einer zeitnahen Änderung dieser Praxis

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.08.2012 und
Antw MFW Drs 15/2185

Bericht der LReg nach § 6 Abs 4 Landesstatistikgesetz (LStatG)

Mittlg LReg 04.10.2012 Drs 15/2436 (Bericht vom
01.10.2010 bis 30.09.2012)
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2543
Mittlg LReg 21.10.2014 Drs 15/5952 (Bericht vom
01.10.2012 bis 30.09.2014)
PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6539

Fragebogen zum „Migrationshintergrund“ von Schülern

Zielsetzung des „Fragebogens an die Erziehungsberechtigten für die Erhebung des Migrationshintergrunds der Schülerinnen und Schüler“; erwarteter Nutzen für Schüler, Eltern und Lehrer; Vermeidung einer Stigmatisierung „Ausländischstämmiger“; Berücksichtigung des Landesdatenschutzgesetzes; Sprachversionen; Aufwand für die Erstellung des Fragebogens sowie für die Erhebung und Verwendung der Daten; Einbeziehung von Eltern- und Lehrerverbänden sowie von Schulträgern bei der Vorbereitung des Fragebogens

Antr
s. *Schüler*
Drs 15/2728

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgungsamt des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KIAnfr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/2774

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr
s. *Religion*
Drs 15/2811

Verkehrssicherheit in Kreisverkehren

Statistik zu Unfällen im Straßenverkehr; Unfallträchtigkeit bestimmter Straßenabschnitte und ihre Ursachen; Zahl der tödlichen Unfälle in Kreisverkehren seit 2006; Auskunft über die dort aufgestellten Kunstwerke als Unfallursache; Forderung nach ei-

ner Zurücknahme des Erlasses des Verkehrsministeriums; Moratorium für den Abbau von Kunstwerken in Kreisverkehren; höhere Befugnisse für die betroffenen Gebietskörperschaften

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2986

Migrationsanteil beim Programm Schülermentoren

Zahl der zu Schülermentoren ausgebildeten Schüler mit Migrationshintergrund; Anteil der Mädchen; Durchführung einer repräsentativen Datenerhebung

KIAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3637

Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?

Notwendigkeit einer Novellierung des Landesjagdgesetzes; Ziele und Evaluation des Fütterungsverbots; statistische Daten zum Wald in BW, insbes Entwicklung der Baumartenanteile, Höhe des Flächenanteils der Primär- und Urwälder, Höhe und Zielgröße des Waldanteils der potenziellen natürlichen Vegetation; Abschaffung der Bewegungsjagd auf Schalenwild; Gründe für Erhaltung der Kirtung; tierschutzrechtliche Gründe für das geplante Verbot der Baujagd; Begründung für die Beibehaltung einer eigenen Jagdbehörde

GrAnfr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/4031

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz vorverpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerechts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr
s. *Fleischerei*
Drs 15/5506

Belastungen mittelständischer Unternehmen durch Statistikpflichten

Sachstand bei der Statistikpflicht für Unternehmen, insbes Differenzierung nach Unternehmensgröße, Veränderungen bei Umfang und Bearbeitungsintensität der Statistiken, Beseitigung freiwilliger Statistiken, Reduzierung der Statistikpflichten für mittelständische Unternehmen

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 05.11.2014 und
Stellungnahme MFW Drs 15/6074

Abfragen des Statistischen Landesamts bei Betrieben

Auswahlverfahren und Kriterien der Datenerhebung bei den Betrieben; Zahl der im Jahr 2014 befragten Unternehmen; Bußgelder bei nicht ordnungsgemäßer oder fristgerechter Beantwortung der Fragebögen; Anteil der wiederholt befragten Betriebe; Aufbewahrungspflicht von Unterlagen zum Zwecke der statistischen Erhebung

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 16.02.2015 und

Antw MFW Drs 15/6489

Gemeinschaftliche Statistiken über handlungsrelevante Daten zu Bildung und Beschäftigung von Zuwanderern

Erstellung fortlaufender Statistiken zu Bildung und Beschäftigung von Zuwanderern durch verpflichtendes Zusammenwirken der beteiligten Behörden unter Berücksichtigung bestimmter inhaltlicher Angaben und methodischer Kriterien

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/6909

Anteil der gesetzlich und privat Krankenversicherten in BW

Statistischer Überblick zum Anteil der gesetzlich und privat Krankenversicherten in BW, insbes Anteile an der Gesamtbevölkerung, Personenanteil ohne Krankenversicherung

Antr
s. *Krankenversicherung*
Drs 15/7571

Mehr Behördenkooperation in der Flüchtlingsproblematik und ein Universaldokument für Flüchtlinge

Sachstand zur Verbesserung der Behördenkooperation bei der Flüchtlingsproblematik, insbes Änderung des Datenschutzrechts zur Erfassung und zum Austausch von Flüchtlingsdaten

MdIANfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7860

Statistische Angaben über die Arbeit des 15. Landtags von Baden-Württemberg (Stand: 30. April 2016)

Mittlg LtgPräs 04.05.2016 Drs 15/8124 (12 S.)

Statistikgesetz

s. *Statistik*

Statistische Erhebung

s. *Statistik*

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Datensicherheit und Verlässlichkeit der Zensus-Erhebungen im Enzkreis

Gründe für den Versand von Erinnerungsschreiben trotz fristgerecht beantworteter Fragebögen und mehrfachen Versand von Fragebögen durch das Statistische Landesamt im Zusammenhang mit der Gebäude- und Wohnungszählung; Gewährleistung der Sicherheit der für den Zensus 2011 erhobenen Daten von Einwohnern des Enzkreises

KIANfr
s. *Statistik*
Drs 15/196

Umgang des Statistischen Landesamts mit mittelständischen Unternehmen

Einleitung eines Bußgeldverfahrens bei leicht verspäteten Meldungseingängen für die monatliche Binnenhandelsstatistik; Bewertung dieser Vorgehensweise und Einleitung einer zeitnahen Änderung dieser Praxis

KIANfr
s. *Statistik*
Drs 15/2185

Abfragen des Statistischen Landesamts bei Betrieben

Auswahlverfahren und Kriterien der Datenerhebung bei den Betrieben; Zahl der im Jahr 2014 befragten Unternehmen; Bußgelder bei nicht ordnungsgemäßer oder fristgerechter Beantwortung der Fragebögen; Anteil der wiederholt befragten Betriebe; Aufbewahrungspflicht von Unterlagen zum Zwecke der statistischen Erhebung

KIANfr
s. *Statistik*
Drs 15/6489

Stauanlage

s.a. *Schleuse*
s.a. *Überschwemmungsgebiet*
s.a. *Wasserkraft*

Funktion und Zustand des Kocher-Stausees in Schwäbisch Hall-Steinbach

Bewertung der Bedeutung, des Zustands und Sanierungsbedarfs des o.g. Wasserbauwerks; Höhe und Träger der Kosten für Bau, Unterhalt und Sanierung des Stausees

KIANfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 30.08.2012 und Antw UM Drs 15/2268

Sanierung von Dämmen und Rückhaltebecken im Enzkreis

Baulicher Zustand und Sanierungsbedarf bei Rückhaltebecken und Dämmen im Enzkreis, insbes in Straubenhardt; Veränderungen bei Richtlinien und Technikstandards für Stauanlagen; Förderfähigkeit durch das Land und geplante Änderungen sowie Umfang der Landeszuschüsse für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen

KIANfr
s. *Enzkreis*
Drs 15/2937

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KIANfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4759

Staubauwerk

s. *Stauanlage*

Staudamm

s. *Stauanlage*

Staufen

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/963

Perspektive und Nutzung der Geothermie in BW

Entwicklung der installierten Erdwärmesonden und geothermischen Gebäudeheizungen in den letzten fünf Jahren, Auswirkungen der Schadensfälle in Staufen, Schorndorf und Leonberg auf die Akzeptanz der Technologie, Erfahrungen mit den geänderten Anforderungen

GrAnfr
s. *Geothermische Energie*
Drs 15/1607

Ortsumfahrungen Staufen und Zienken

Stand der geplanten Ortsumfahrungen Staufen (L 123) und Neuenburg-Zienken (L 134), insbes Gründe für die Nichtberücksichtigung im Straßenbauprogramm des Landes bis 2019

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/6276

Stausee

s. *Stauanlage*

StBVG

s. *Steuerberaterversorgungsgesetz*

Stechmücke

s. *Insekt*

Steillagenweinbau

s. *Weinbau*

Steinach

Zustand der L 103 bei Steinach

Bewertung des Zustands der L 103 zwischen Steinach und Welschensteinach, notwendige Sicherungs- und Ausbaumaßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit, Frage nach kurzfristig realisierbaren Maßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße 103*
Drs 15/1593

B 33 bei Steinach im Kinzigtal

Beurteilung der Notwendigkeit und Realisierungschancen einer direkten Anbindung des interkommunalen Gewerbegebiets an die B 33

KlAnfr
s. *Bundesstraße 33*
Drs 15/1594

Steinbach, Ortsteil

s. *Baden-Baden*

Steinbruch

Rohstoffabbau in Steinbrüchen und Kiesgruben in BW

Anzahl der in Betrieb befindlichen Steinbrüche und Kiesgruben; Entwicklung des Bestands in den letzten zehn Jahren; Einschränkungen des Rohstoffabbaus durch das Naturschutzrecht; Neuregelung des Rohstoffabbaus in Steinbrüchen und Kiesgruben anhand bestehender EU-Vorgaben; Frage der Wiederverfüllung nach dem Ende des Rohstoffabbaus; Errichtung weiterer Steinbrüche und Kiesgruben; Erstellung eines Rohstoffsicherungsberichts in der aktuellen Wahlperiode; Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzepts des Landes BW

Antr
s. *Rohstoffgewinnung*
Drs 15/4093

Steinbruchgewerbe

s. *Steine- und Erdenindustrie*

Steine und Erden

Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Friedhofsträger für ein Verbot von Natursteinen zur Verwendung als Grabsteine und Grabeinfassungen, die unter Einsatz von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt bzw bearbeitet wurden

GesEntw
s. *Kinderarbeit*
Drs 15/1648

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enzkreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweißenstein und Unterreichenbach im LKreis Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2354

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit
Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofssatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr
s. *Bestattung*
Drs 15/5979

Verbleib des Natursteinparks Rongen im Schindhau in Tübingen
Ökologische Auswirkungen einer Betriebsverlagerung des Natursteinparks Rongen; Abweichung vom Landeswaldgesetz zur Ausweisung eines Sonderbaugebiets auf dem Gelände des Natursteinparks

MdlAnfr 9) Rita Haller-Haid SPD 10.02.2016 Drs 15/8025
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9052

Steine- und Erdenindustrie*Geplanter Kiesabbau in Hilzingen (LKreis Konstanz)*

Genehmigung des Kiesabbaus im Sicherungsgebiet Dellenhau; Beteiligte am Genehmigungsverfahren; Verknüpfung der Abbaugenehmigung mit der Bedingung des vorrangigen Abtransports des geförderten Kieses auf der Schiene; Lage des Abbaugebiets im Landschaftsschutzgebiet; Vertragsverhandlungen der Grundstückseigentümerin ForstBW mit dem interessierten Kiesabbauunternehmen

KlAnfr
s. *Kiesabbau*
Drs 15/5220

Stellenabbau*s. Personalabbau***Stellenausschreibung***s.a. Stellenbesetzung**Zweifelhafte Stellenbesetzungen im KM*

Darlegung der öffentlichen Ausschreibung, der Beteiligung der Personalvertretung und beamtenrechtlichen Kriterien der Bewerberauswahl für die Stellenneubesetzungen

Antr
s. *Stellenplan*
Drs 15/306

Stellenbesetzung im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Anzahl der neu besetzten Stellen im Ministerbüro, der Zentralstelle, der Verwaltungsabteilung und den Fachabteilungen des o.g. Ministeriums seit der Regierungsübernahme; Stellenprofile, Qualifikationen und laufbahnrechtliche Voraussetzungen der Stelleninhaber; Stellenausschreibung, Auswahlverfahren, Beförderungen; Beteiligung der Beauftragten für Chancengleichheit und des Personalrats bei der Stellenbesetzung

Antr
s. *Stellenplan*
Drs 15/505

Personalmaßnahmen der Landesregierung in der Ministerialverwaltung

Darlegung der o.g. Stellenneubesetzung, Anteil und Gründe der Besetzung mit Beamten, der Besetzung ohne Stellenausschreibung und Beteiligung der Personalräte, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragten, der Abweichung von beamtenrechtlichen Voraussetzungen u.a. rechtlichen Vorgaben; Sicherstellung einer Bewerberauswahl nach den dafür maßgeblichen Bestimmungen

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/628

Einstellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Ernennung auf Lebenszeit

Kriterien für die Besetzung freier Planstellen und (vorzeitige) Ernennung auf Lebenszeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den Fachgerichtsbarkeiten; Gewährleistung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der Bewerber bei der Ausschreibung und Vergabe der freien Planstellen

KlAnfr
s. *Richter*
Drs 15/655

Beachtung der Grundsätze des Berufsbeamtentums im Ministerium für Integration

Darlegung der o.g. Einstellungen im Beförderungsamt; Frage nach einer Ausschreibung der Stellen und Bewerberauswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung und Einhaltung der beamtenrechtlichen Bestimmungen

Antr
s. *Beamter*
Drs 15/1084

Besetzung der Stellen der Geschäftsführer der Wirtschaftsfördergesellschaft BW International (BWI)

Gründe und Kosten der Beauftragung einer Beratungsfirma; Darlegung der Vorgaben, der Vorabsprachen zwischen den Koalitionspartnern und geforderten Voraussetzungen für die Stellenbesetzung; Gründe für die Nichtberücksichtigung der vorgeschlagenen zusätzlichen Bewerber bzw der verbliebenen Bewerberin nach dem Rücktritt des ausgewählten Bewerbers; Frage nach Regressansprüchen gegenüber der Beratungsfirma wegen fehlerhafter Gestaltung der Stellenausschreibung

Antr
s. *Wirtschaftsfördergesellschaft BW International*
Drs 15/1224

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Waldshut

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens für den ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1310

Rückkehrer von Auslandseinsätzen bei der Polizei

Zahl der o.g. Beamten, Einsatzgebiete und -dauer seit 2002; berufliche Perspektiven für die Rückkehrer; Informations- und Bewerbungsmöglichkeiten für freiwerdende Stellen während des Auslandseinsatzes, Frage nach einer internen Anlaufstelle

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/1671

Unterrichtsausfall an Schulen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls; Zahl der vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1784

Wie begegnet die LReg systematisch dem Mangel an Bewerbungen zur Besetzung frei werdender Schulleiterstellen?

Zahl der offenen Stellen seit 2006 und infolge von Pensionierungen bis 2016, Fälle von mehrfachen Ausschreibungen und Frauenanteil unter den Bewerbern, Bewertung der „Vorbereitungs- und Auswahlseminare“ sowie einer flächendeckenden Einführung von Schulassistenten zur Entlastung der Schulleiter, Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten qualifizierten Persönlichkeiten, Einbindung der Lehrerverbände zur Bewerbungsermunterung

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 15/2209

Beförderungs- und Einstellungspraxis in den Ministerien

Kriterien für sogenannte Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt als dem herkömmlichen Eingangssamt; Aufstellung der von Mai 2011 bis Oktober 2012 in den einzelnen Ministerien vollzogenen Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt; Stellenausschreibungs- und Einstellungspraxis; Ausübung der Entscheidungsbefugnis; Mitwirkung der Personalvertretung bzw Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertretung; Angabe der von der Stellenbesetzung betroffenen Geschäftsbereiche

Antr
s. *Ministerium*
Drs 15/2682

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis Waldshut

Aufstellung der im Jahr 2011 abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Branchen; im Zeitraum von 2007 bis 2011 ausgeschriebene und besetzte Ausbildungsplätze; Besetzung der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Initiativen zur Unterstützung der Ausbildungsplatzvermittlung

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/2723

Ausschreibung von Führungspositionen bei der Polizei

Ausschreibungspflicht für Führungspositionen innerhalb der Polizei und ihre Kriterien; Kriterien für die Stellenbesetzungen bei der Autobahnpolizei und der Verkehrspolizei Pforzheim sowie im Polizeirevier Neuenbürg

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4952

Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren durch Beschäftigte des öffentlichen Diensts

Engagement der Angehörigen des öffentlichen Diensts bei der freiwilligen Feuerwehr; Förderung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit durch den Dienstherren; Mitgliedschaft in der freiwilligen Feuerwehr im Anforderungsprofil einer Stellenanzeige und als Kriterium bei der Personalauswahl

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 15/4998

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform

Auskunft über die an der Formulierung der zweiten Ausschreibung beteiligten Personen bzw Stellen; Zahl und Varianten der Ausschreibungstextentwürfe; Mitwirkung der politischen Führung des Innenministeriums und ihrer persönlichen Mitarbeiter an Ausschreibungsverfahren und Ausschreibungsformulierung; Behandlung des Ausschreibungsverfahrens im Kabinett

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5234

Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen

Häufigkeit und konkrete Fälle der Aufhebung von Ausschreibungen zur Besetzung von Schulleiterstellen nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens; Gründe für die Aufhebung an der Realschule Niefern

KlAnfr
s. *Schulleiter*

Drs 15/5869

Wann wird die Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts wieder besetzt?

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung der Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts, insbes Gewährleistung einer rechtssicheren Stellenbesetzung

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6755

Stellenausschreibung bei der EnBW Energie BW AG

Hintergründe zur aktuellen Stellenausschreibung der EnBW Energie BW AG „Senior Referent (w/m) Politik & Wirtschaft“ mit dem Anforderungskriterium „Parteimitgliedschaft vorzugsweise bei der SPD“

KlAnfr
s. *EnBW*
Drs 15/7059

Ausschreibung zur Besetzung von Schulleiterstellen

Sachstand zu laufenden Schulleiterbesetzungsverfahren in BW, insbes Verfahrensverlauf bei der Neubesetzung der Schulleiterstelle an der Realschule Niefern

KlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/7128

Plädoyer für die schulscharfe Ausschreibung von Lehrerstellen an den beruflichen Schulen, Zuweisung von Stellen an die Gymnasien zur Ausschreibung

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2221 2222 2226 2227 2229 2230 2234 2235

Stellenbesetzung

s.a. *Berufungsverfahren an Hochschulen*

s.a. *Patronage*

s.a. *Stellenausschreibung*

Beförderungs- und Einstellungspraxis in den Ministerien

Kriterien für sogenannte Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt als dem herkömmlichen Eingangssamt; Aufstellung der von Mai 2011 bis Oktober 2012 in den einzelnen Ministerien vollzogenen Sprungbeförderungen und Einstellungen in einem höheren Amt; Stellenausschreibungs- und Einstellungspraxis; Ausübung der Entscheidungsbefugnis; Mitwirkung der Personalvertretung bzw Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertretung; Angabe der von der Stellenbesetzung betroffenen Geschäftsbereiche

Antr
s. *Ministerium*
Drs 15/2682

Stuttgart 21: Aktivistinnen gegen S 21 als Bürgerreferentin des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI)

Beschäftigung von Frau Böninger als Bürgerbeauftragte des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI) für das Projekt Stuttgart 21, insbes Durchführung des Personalauswahlverfahrens; Vereinbarkeit öffentlicher Aussagen der Beauftragten gegen Stuttgart 21 mit der Loyalitäts- und Projektförderungspflicht

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3040

Personalpolitik im Kultusministerium

Ausschreibungsmodalitäten und Stellenbesetzungen im KM, insbes Aufgaben der Ministerialdirektorin und Notwendigkeit einer persönlichen Referentenstelle für diese Position

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.02.2013 und
Antw KM Drs 15/3118

Besetzung von Schulleiterstellen an neu eingerichteten Verbundschulen

Verfahren zur Besetzung von Schulleiterstellen an neu eingerichteten Verbundschulen sowie fusionierten Grund-/Haupt- und Realschulen

MdlAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/3608

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg

Verfahren zur Neubesetzung der Stelle der Ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg im Jahr 2011; Qualifikationen, Unbescholtenheit und Amtsführung der derzeitigen Stelleninhaberin, insbes Erkenntnisse über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen diese; Kenntnisse und Vorgehen des Ministeriums gegen eventuelle Missstände am Institut für Rechtsmedizin

Antr Karl Klein u.a. CDU 22.07.2013 und Stellungnahme
MWK Drs 15/3860
BeschlEmpf und Bericht WissA 13.03.2014 Drs 15/5052 S.
21-23
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Nachfolgeregelung bei der Leitung der interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen
Rahmenbedingungen und Verfahren der Nachbesetzung der Leitung der interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen, insbes Verbleib der Stellenanmeldung im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/3927

Befürchtungen im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Kriminalpolizei im Zuge der Polizeistrukturreform

Verringerung von Beförderungschancen durch die Einsparung von Funktionsstellen; Berücksichtigung längerer Fahrtwege bei der Berechnung der Kosten der Polizeireform; Abschaffung der Rufbereitschaft von Polizeibeamten des Tagesdienstes als Unterstützung des Kriminaldauerdienstes (KDD); Klagen wegen des Verstoßes gegen das Prinzip der Bestenauslese bei der Stellenbesetzung

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/3996

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahrens zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufsver-

fahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu diesem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr Karl Klein u.a. CDU 10.10.2013 und Stellungnahme
MWK Drs 15/4135
BeschlEmpf und Bericht WissA 13.03.2014 Drs 15/5052 S.
21-23
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Beim Ausbau der Schulpsychologie herrscht Stillstand

Stand des Ausbaus der Schulpsychologenstellen entsprechend der Empfehlung des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen - Jugendgefährdung und Jugendgewalt“; Beanspruchung der vorhandenen Schulpsychologen durch Verwaltungsaufgaben; Kosten eines Ausbaus der Leistungsfähigkeit der Beratungsstellenverwaltung; Beantragung von Mitteln zur Aufstockung der Verwaltungsstellen im Nachtragshaushalt; Besetzung der zugesagten Schulpsychologenstellen

Antr
s. *Schulpsychologische Beratung*
Drs 15/4139

Chaos beim Start der Polizeireform: Stopp der Besetzung der Führungspositionen der Polizei durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe

Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Führungsebene und Verwendung der derzeit kommissarisch eingesetzten Leiter, übergangsweise Rückführung der Polizei in die bis zum 31. Dezember 2013 geltende Struktur bis zu einer rechtmäßig erfolgten Führungspersonalauswahl

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/4607

Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Auswirkungen auf die Spitzenpositionen der Polizei BW im Allgemeinen und auf die Spitzenpositionen beim Polizeipräsidium Karlsruhe im Speziellen; Dienstdauer der betroffenen Beamten; Leitung der Polizeidirektion Karlsruhe und Einsatzleitung in Pforzheim am 23. Februar 2014 (Aufmarsch von Rechtsextremen am Gedenktag an die Zerstörung Pforzheims im Zweiten Weltkrieg)

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4619

Vergabe von Personalstellen und Aufträgen bei der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Begründung der Doppelspitze für die neu geschaffene Nationalparkverwaltung; Verfahren der Stellenvergabe; Kriterien der Personalauswahl; Vergabe weiterer Personalstellen in der Nationalparkverwaltung; Beauftragung einer zuvor auf Seiten der Nationalpark-Befürworter tätigen Werbeagentur; Kostenvolumen und Leistungsumfang des Auftrags; Erbringung von Leistungen in der Managementzone des Nationalparks durch den Landesbetrieb ForstBW; Verrechnung dieser Leistungen mit den Mitteln der Nationalparkverwaltung

Antr
s. *Nationalpark*

Drs 15/4636

Personalsituation im Polizeipräsidium Reutlingen nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014
Bewerbungsverfahren und Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 14. Januar 2014 auf die Leitung des Polizeipräsidiums Reutlingen; Entfall und Umbesetzung bei Dienstposten der ehemaligen Polizeidirektion Esslingen im Zuge der Polizeireform; Stand der Umsetzung der Polizeistrukturreform beim neuen Polizeipräsidium Reutlingen

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4654

Grün-rote Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Stellenneuschaffungen, Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung, insbes ab Besoldungsgruppe A 15; vorgenommene Sprungbeförderungen; nicht vollzogene Regelbeförderungen aufgrund von Neueinstellungen; Nicht-Besetzung freier bzw freiwerdender Lehrerstellen

Antr Winfried Mack u.a. CDU 27.01.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4656

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.05.2014 Drs 15/5272 S. 7-9

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Polizeireform und ihre Folgen

Folgen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe über die Rückgängigmachung der kommissarisch erfolgten Dienstpostenbesetzungen der Leiter der Polizeipräsidien, insbes betroffene Dienstposten und Interimsregelungen, Zusatzkosten, Vermeidung eines Bewährungsvorsprungs; Erkenntnisgrundlage und Verantwortlichkeiten in den Verwaltungsebenen beim ursprünglichen Auswahlverfahren; Dauer und Ausgestaltung eines neuerlichen Auswahlverfahrens; Auswahlverfahren im Bereich der LReg, insbes Stellenvergabe ohne Ausschreibung, Umgang mit fehlenden Regelbeurteilungen, Änderung bzw Wiederholung von Auswahlverfahren aufgrund von Einsprüchen

GrAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4715

Umsetzung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe zur Besetzung der Polizeipräsidenten und Vizepräsidenten

Rangstufen der als Vizepräsidenten zu entbindenden 14 Beigeladenen in den regionalen Polizeipräsidien und im Polizeipräsidium Einsatz; Rangfolge der Beigeladenen im Verhältnis zu den rangdienstältesten Polizeivollzugsbeamten des höheren Diensts; Wahrnehmung von Vertretungsfunktionen durch die Beigeladenen; Vertreter der kommissarisch eingesetzten Präsidenten

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4765

Fehlstart der Polizeireform: Offene Fragen zu den Stellenbesetzungsverfahren nach der Sitzung des Innenausschusses

Abordnung der wiederabberufenen Polizeipräsidenten an Dienststellen mit kommissarischer Leitung für die betreffenden Polizeipräsidien; Ausschluss einer Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ihres ehemaligen Präsidiums; Sonderaufgaben der als Polizeipräsidenten vorgesehenen und abberufenen Personen; Einfluss einer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Beurteilung

der Eignung für ein Führungsamt; Durchführung und Kriterien des neuen Auswahlverfahrens; künftige Besetzung der Stellvertreterposten; Forderung nach Unvoreingenommenheit bei der Personalauswahl

Antr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4820

Einzelheiten zu den Auswahlverfahren zur Besetzung der Polizeipräsidenten/Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform
Detailangaben zu Bewerbern aus der Landesverwaltung Baden-Württembergs im ersten und zweiten Besetzungsverfahren für die Posten der Polizeipräsidenten und Polizeivizepräsidenten iRd Polizeistrukturreform, insbes Beschränkung des bewerbungsberechtigten Personenkreises, Frauenanteil, Zugehörigkeit des Landesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft zum bewerbungsberechtigten Personenkreis

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4950

Ausschreibung von Führungspositionen bei der Polizei

Ausschreibungspflicht für Führungspositionen innerhalb der Polizei und ihre Kriterien; Kriterien für die Stellenbesetzungen bei der Autobahnpolizei und der Verkehrspolizei Pforzheim sowie im Polizeirevier Neuenbürg

KlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/4952

Abfrage u.a. von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Information zur Personalienanfrage durch das Staatsministerium zu Stuttgart-21-Befürwortern und Polizeibeamten, insbes Besetzungsverfahren zur Leitung des Referats „Personal, Justiz, Recht“ im Staatsministerium sowie Biografie des Stelleninhabers, Biografie des Anregungsgebers im Referat „Verkehr und Infrastruktur“ im Staatsministerium; Kommunikation zwischen dem Staatsministerium und Justizministerium zur Herausgabe personenbezogener Daten

Antr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/5200

Einflussnahme der GRÜNEN in Landtag und Ministerien von BW bei der Stellenbesetzung in der Staatsanwaltschaft

Hintergründe der Besetzung der Position des Generalstaatsanwalts in BW, insbes Kommunikation zwischen Justizministerium und Staatsministerium sowie Einflussnahme der Landtagsfraktion der Grünen

Antr

s. *Generalstaatsanwaltschaft*

Drs 15/5201

Berichte über versuchte Einflussnahme der Landtagsfraktion GRÜNE auf Entscheidungen im Bereich der Justiz, hier auf die Besetzung eines Abteilungsleiterpostens der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Auskunft über Anrufe, E-Mails und dergleichen der Fraktion GRÜNE im Justizministerium oder Staatsministerium wegen der Besetzung eines Abteilungsleiterpostens bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft

Antr FDP/DVP 21.05.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5230

Verfahren und Kriterien bei Ernennungen durch MinPräs Kretschmann vor dem Hintergrund der Presseberichterstattung über die Besetzung von Führungspositionen bei Polizei und Justiz und den Äußerungen des MinPräs

Zahl der vom Ministerpräsidenten seit 2011 vorgenommenen Ernennungen von Richtern und Beamten; Überprüfung der zu ernennenden Personen im Staatsministerium; Prüfkriterien und Prüfverfahren; Vorgehensweise beim ersten Auswahlverfahren zur Besetzung der Präsidenten- und Vizepräsidentenstellen in den Polizeipräsiden; Auswahl- und Ernennungsverfahren bei Richtern und Staatsanwälten, insbes im Fall der Auswahl und Ernennung von A.B. zum Generalstaatsanwalt

Antr FDP/DVP 21.05.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/5231

Versuchte Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Ernennung eines Generalstaatsanwalts?

Dokumentation des Telefonats zwischen dem Staatssekretär im Staatsministerium und der Amtschefin im Justizministerium; Verfügungen anlässlich oder infolge des Telefongesprächs; übliche Form der Unterrichtung des Kabinetts und anderer Ministerien über die Ernennung eines Generalstaatsanwalts durch das Justizministerium

Antr
s. *Generalstaatsanwaltschaft*
Drs 15/5233

Stellenvergabe in der Führungsebene der Polizei, des Verfassungsschutzes sowie der Regierungspräsidien vom Jahr 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011

Besetzungsverfahren für die Führungsebene der Regierungspräsidien, Landespolizeidirektionen, Polizeipräsiden, des Landeskriminalamtes und des Landesamts für Verfassungsschutz von 2000 bis zum Regierungswechsel im Jahr 2011, insbes erfolgte Stellenausschreibungen, Dienstpostenbeschreibungen, eingegangene Bewerbungen, Auswahlkriterien, vorliegende gültige Regel- bzw Anlassbeurteilung bei Beamten als Bewerbern, Information der Bewerber über den Ausgang des Auswahlverfahrens, Stellenbesetzungen ohne Ausschreibung für A16- und Besoldungen bei Polizei und Verfassungsschutz, Einbindung der politischen Hausspitze des Innenministeriums

Antr GRÜNE und SPD 24.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5543

Umgang der LReg mit parlamentarischen Initiativen und Verfahren zur Besetzung der Polizeipräsidentenposten

Auslegung parlamentarischer Anfragen; Unterschiede zwischen den Personalauswahlverfahren von 2013 und 2014; Anzahl der 2013 für die zu besetzenden Stellen qualifizierten Beamten; Berücksichtigung besonderer Fähigkeiten bei den Personalausscheidungen; Ausschluss von Bewerbern im Jahr 2013; Unterrichtung abgelehnter Bewerber über ihre Erfolgslosigkeit; Einlegung von Rechtsmitteln vonseiten abgelehnter Bewerber

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.08.2014 und Antw IM Drs 15/5585

Stelle des geschäftsführenden Schulleiters der Stadt Laichingen
Gründe für das Ausbleiben der Stellenbesetzung; Funktion eines geschäftsführenden Schulleiters in der Schulstadt Laichingen

KIAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/5809

Stellenbesetzungen im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst BW

Hintergründe zum Stellenbesetzungsverfahren für die Stelle des Referatsleiters „Grundsatzangelegenheiten, Theater, Festspiele und Literaturförderung“ im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst BW

KIAnfr Winfried Mack CDU 01.12.2014 und Antw MWK Drs 15/6206

Stabsstelle im Kultusministerium und Stellenbesetzungen der LReg

Besoldung des Leiters der Stabsstelle „Gemeinschaftsschule, Inklusion“; rechtliche Grundlage der Eingruppierung; Stellenbesetzungsverfahren; Dienstwagennutzung; Stellenbesetzungen in den Besoldungsgruppen B 3 und höher in den einzelnen Ministerien seit Mai 2011 sowie ihre rechtliche Basis

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.03.2015 und Antw KM Drs 15/6565

Wann wird die Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts wieder besetzt?

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung der Stelle des Präsidenten des Landeskriminalamts, insbes Gewährleistung einer rechtssicheren Stellenbesetzung

Antr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 15/6755

Ausschreibung zur Besetzung von Schulleiterstellen

Sachstand zu laufenden Schulleiterbesetzungsverfahren in BW, insbes Verfahrensverlauf bei der Neubesetzung der Schulleiterstelle an der Realschule Niefern

KIAnfr
s. *Schulleiter*
Drs 15/7128

Stärkung der Polizeipräsenz in BW

Aufhebung der Wiederbesetzungssperre auch für Tarifbeschäftigte der Polizei; Stärkung der Polizeipräsenz im Land durch die Einführung eines Programms zur freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung von Polizeibeamten; Weiterbeschäftigung der Verlängerer außerhalb des bisherigen Dienstpostens bei gleichzeitiger Nachbesetzung des bisherigen Dienstpostens; Schaffung finanzieller Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/7607

Stellenbesetzungen im Polizeipräsidium Heilbronn

Sachstand zu Stellenbesetzungen und Personaleinsatz bei den Polizeirevieren des Polizeipräsidioms Heilbronn, insbes Soll- und Ist-Zustand, Reaktion auf veränderte Sicherheitslage durch die Erstunterkünfte für Flüchtlinge, Einsatzverstärkungen im Streifendienst angesichts der Einbruchskriminalität

KIAnfr Peter Hauk CDU 09.11.2015 und Antw IM Drs 15/7658

Inwieweit befasste sich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bzw die Ministerin mit Initiativen der Landtagsfraktion der SPD und GRÜNE zu Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg?

Kommunikation zwischen dem Ministerium und den Fraktionen über die Situation an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg; Berücksichtigung von Vor-

schlagen der Fraktionen; Unterrichtung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel, über geplante Maßnahmen; Verfahren zur Wiederbesetzung der Stelle der Hochschulleitung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7655

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 21.12.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7917 (71 S.)

Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Sachstand zu Stellenneubesetzungen sowie Beförderungen ab Besoldungsgruppe A 15 in der Ministerial- und Landesverwaltung in tabellarischer Darstellung

Antr Winfried Mack u.a. CDU 15.01.2016 und Stellungnahme StM Drs 15/7946 (14 S.)

Neue Landesbeauftragte bzw neuer Landesbeauftragter für den Datenschutz

Sachstand zur Klärung der Nachfolge für den Landesbeauftragten für den Datenschutz, insbes Vorschläge zur Nachfolge, Auswahlverfahren, Ausschreibung, erforderliche Qualifikationen

KlAnfr
s. Datenschutzbeauftragter
Drs 15/8037

Wieder kritisiert das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Stellenvergabe durch das Innenministerium - Ist der Innenminister gewillt, für ordnungsgemäße Stellenbesetzungsverfahren zu sorgen?

Sachstand zum durch das Verwaltungsgericht Karlsruhe kritisierten Stellenbesetzungsverfahren des Innenministeriums bei der Stelle des Leiters der Verkehrspolizeidirektion im Polizeipräsidium Mannheim, insbes Verhalten von Polizeiinspektor D.W. bei der Beurteilung der Stellenbewerber, Einbeziehung des Innenministers

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.03.2016 und Antw IM Drs 15/8095

Stellenbewertung

s. *Eingruppierung*

Stelleneinsparung

s. *Personalabbau*

Stellenkegel

s. *Stellenplan*

Stellenkürzung

s. *Personalabbau*

Stellenobergrenze

s. *Stellenplan*

Stellenplan

s.a. *Beförderung (Laufbahnrecht)*

s.a. *Personalkosten*

s.a. *Personalplanung*

s.a. *Stellenausschreibung*

Zweifelhafte Schaffung zusätzlicher Stabstellen im Kultusministerium

Verbesserung der Unterrichtsqualität mit der o.g. Stellenausweitung sowie der Vermittlung von Schulpolitik gegenüber der interessierten Öffentlichkeit mit der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers

MdLANfr 8) Georg Wacker CDU 27.06.2011 Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 229-230

Massive Stellenvermehrung durch die LReg zulasten des Steuerzahlers

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243-257

Zweifelhafte Stellenbesetzungen im KM

Rechtfertigung der zusätzlichen Stabstellen und der Höherbewertung der Stelle des Pressesprechers, Erwartung einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und Kommunikation der Schulpolitik? Darlegung der öffentlichen Ausschreibung, der Beteiligung der Personalvertretung und beamtenrechtlichen Kriterien der Bewerberauswahl für die Stellenneubesetzungen; Frage nach der Qualifikation des Leiters der neuen Stabstelle Schulmodelle sowie nach der Begründung der für ihn eingerichteten Fahrbereitschaft, Ausstattung mit Weisungsbefugnis gegenüber der Schulverwaltung? Rücknahme der Höherstufung des Pressesprechers; Berichtsvorlage bis 15.09.2011 über die (effektivere) Aufgabenbewältigung durch die neuen Stellen und Rechtfertigung der Mehrkosten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/306
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.09.2011 Drs 15/907 S. 11-12
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen sowie der Altersabgänge im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen; Fortschreibung der Stellungnahme auf Drs 14/82

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/447

Stellenbesetzung im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Anzahl der neu besetzten Stellen im Ministerbüro, der Zentralstelle, der Verwaltungsabteilung und den Fachabteilungen des o.g. Ministeriums seit der Regierungsübernahme; Stellenprofile, Qualifikationen und laufbahnrechtliche Voraussetzungen der Stelleninhaber; Stellenausschreibung, Auswahlverfahren, Beförderungen; Beteiligung der Beauftragten für Chancengleichheit und des Personalrats bei der Stellenbesetzung

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/505
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 67 68
 PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
 Mittlg LReg 01.06.2012 Drs 15/1337

Personalmaßnahmen der Landesregierung in der Ministerialverwaltung

Darlegung der o.g. Stellenneubesetzung, Anteil und Gründe der Besetzung mit Beamten, der Besetzung ohne Stellenausschreibung und Beteiligung der Personalräte, Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragten, der Abweichung von beamtenrechtlichen Voraussetzungen u.a. rechtlichen Vorgaben; Sicherstellung einer Bewerberauswahl nach den dafür maßgeblichen Bestimmungen

Antr
 s. *Personalplanung*
 Drs 15/628

Einstellung von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Ernennung auf Lebenszeit

Kriterien für die Besetzung freier Planstellen und (vorzeitige) Ernennung auf Lebenszeit in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und in den Fachgerichtsbarkeiten; Gewährleistung des Anspruchs auf Gleichbehandlung der Bewerber bei der Ausschreibung und Vergabe der freien Planstellen

KlAnfr
 s. *Richter*
 Drs 15/655

Beachtung der Grundsätze des Berufsbeamtentums im Ministerium für Integration

Darlegung der o.g. Einstellungen im Beförderungsamts; Frage nach einer Ausschreibung der Stellen und Bewerberauswahl nach Eignung, Leistung und Befähigung und Einhaltung der beamtenrechtlichen Bestimmungen

Antr
 s. *Beamter*
 Drs 15/1084

Haushalt 2012; Epl 02

Rückführung der Stellenvermehrung in den Ministerien

Haushalt
 s. *Personalplanung*
 Drs 15/1102

Personalfluktuat im Integrationsministerium

Zahl der ins Integrationsministerium wechselnden und neu besetzten Stellen sowie der zwischenzeitlich wieder aus dem Ressort ausgeschiedenen Stelleninhaber, Gründe für die Personalfluktuat

Antr
 s. *Personalplanung*
 Drs 15/1150

Die Hypothekenlast der bisherigen LReg im Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Ausmaß der Vorbelastung des Epl 04 durch kw-Vermerke und aufgelaufene Überstunden an den Gymnasien und beruflichen Schulen; Darlegung der Risiken sowie der ausgleichenden Konzepte zur Abfederung der Eingriffe

Antr
 s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

Drs 15/1517

Schaffung eines Referats 97 „Strategie und Planung“ im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Begründung für die Schaffung des neuen Referats; Herkunft, Zahl und Bewertung der zugewiesenen und bisher unbesetzten Stellen; Frage nach weiteren unbesetzten Stellen des höheren und gehobenen Dienstes sowie nach Überlegungen zur organisatorischen Zuordnung des Referats; Beurteilung von möglichen Doppelstrukturen durch die Übernahme von Aufgaben der Zentralstelle u.a. Abteilungen

Antr
 s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*
 Drs 15/1775

Unterrichtsversorgung an den Realschulen im Land

Schüler- und Lehrerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006; Zahl und Größe der Eingangsklassen; für das Schuljahr 2013/2014 zu erwartende Schülerzahl; Zahl der eingepplanten und der neu einzustellenden Realschullehrer; Stellenplan für die Realschulen; Deputate für den Ergänzungsbereich, für individuelle Fördermaßnahmen und für den Ausbau von Ganztagsangeboten

Antr
 s. *Realschule*
 Drs 15/3679

Polizeireform: Auswirkungen fehlender Dienstpostenbewertungen auf künftige Personalverfügungen

Bestand nicht bewerteter Stellen in der Landesverwaltung; Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011; seine Geltung für die Frage der Versetzung von Beamten; Dienstpostenbewertung als Voraussetzung für eine amtsangemessene Beschäftigung; Bewertung bislang nicht bewerteter Stellen im Zuge der Polizeireform; Einrichtung gebündelter Dienstposten; Auswirkungen der Stellenbewertung auf die Beförderungspraxis bei der Polizei

Antr
 s. *Polizeibehörde*
 Drs 15/3943

Personalausstattung der Polizeireviere in BW

Anzahl der zum Stichtag 1. Dezember 2013 in den einzelnen Revieren beschäftigten Polizeibediensteten; Personalstärke des Streifendienstes, des Posten- und Ermittlungsdienstes sowie der Führungsgruppen; Besetzung der Planstellen

Antr
 s. *Polizeibehörde*
 Drs 15/4496

Neuordnung der Denkmalpflege

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Verhältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftigten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Esslingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr
 s. *Denkmalpflege*
 Drs 15/4598

kw-Stellen im Kultushaushalt

Sachstand zum geplanten Abbau von Lehrerstellen an den baden-württembergischen Schulen, insbes tabellarische Darstellung der kw-Stellen an den verschiedenen Schularten mit den zugehörigen Besoldungsstufen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/7920

Entwicklung der Planstellen in der Zuständigkeit des heutigen Polizeipräsidiums Aalen in den LKreisen Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis und Schwäbisch Hall im landesweiten Vergleich

Jährliche Entwicklung der Planstellen im Vergleich zur tatsächlichen Beschäftigung von Polizisten vor Ort seit dem Jahr 2000; Polizeipräsidien mit den schlechtesten Betreuungsverhältnissen pro Einwohner

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/8117

Kritik an der Stellenvermehrung in den Ministerien

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 432 433 435-437 439 440

Kritik an der Stellenvermehrung in den Ministerien, Verweisung auf das Stellenabbauprogramm bis 2017

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 971 975 977 979

Bewertung des Frauenanteils in Führungspositionen im öffentlichen Dienst bzw der Stellenausweitung der neuen LReg, Bezeichnung der Besetzung von 154 neuen Stellen in den Ministerien als Ämterpatronage, Verweisung auf das Stellenabbauprogramm bis 2017

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531 1532 1537-1541 1543-1546

Stellenreduzierung

s. *Personalabbau*

Stellvertretender Präsident des Landtags

s. *Landtagsvizepräsident*

Sterbebegleitung*Hospizarbeit in BW*

Umfang und Auslastung der ambulanten und stationären Angebote in Hospizeinrichtungen in BW, Standorte und Träger von Einrichtungen im Hohenlohekreis, Höhe der Förderung und durchschnittlichen Verweildauer, Zahl der ehrenamtlich Tätigen, Einschätzung der Versorgungssituation im Vergleich zu anderen BLändern

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 30.03.2012 und Antw SM Drs 15/1534

Befreiung von Hospizen von der Rundfunkgebührenpflicht

Bewertung der Einstufung von gemeinnützigen Hospizen als Betriebsstätten von der GEZ; Anstrengung einer generellen Befreiung der Hospize von den Gebühren; Entbürokratisierung des Befreiungsverfahrens bei der GEZ

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/2162

Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV) in BW

Stand des Aufbaus der o.g. Versorgungseinrichtungen, Vergleich der Nachfrage und des vorhandenen Angebots von Hospizplätzen; Maßnahmen zur Sicherstellung einer flächen- und bedarfsdeckenden Palliativversorgung im Rahmen der SAPV

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 15.10.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2473

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.01.2013 Drs 15/3245 (dazu ÄAntr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE und Thomas Reusch-Frey u.a. SPD) S. 68 69

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Mittlg LReg 02.10.2013 Drs 15/4109

Sterbehospiz

s. *Sterbebegleitung*

Sterblichkeit*Entwicklung der Hautkrebskrankungen in BW und mögliche Präventionsmaßnahmen*

Haltung zum Anstieg der durch Hautkrebs verursachten Sterbefälle; Aufklärung über die Risiken intensiver UV-Strahlung und Hinweise zur Vorbeugung; Kooperation mit Krankenkassen, Verbänden und sonstigen Partnern; Beurteilung der bayerischen Kampagne „Sonne mit Verstand“ und ihrer Aufklärungsarbeit z.B. in Kindergärten

Antr
s. *Krebserkrankung*
Drs 15/3258

Steuer

s.a. *Einkommensteuer*

s.a. *Erbschaftsteuer*

s.a. *Finanztransaktionssteuer*

s.a. *Gewerbsteuer*

s.a. *Grundsteuer*

s.a. *Kapitalertragsteuer*

s.a. *Körperschaftsteuer*

s.a. *Steueraufkommen*

s.a. *Steuerdelikt*

s.a. *Steuerentlastung*

s.a. *Steuerfahndung*

s.a. *Steuerpolitik*

s.a. *Steuerrecht*

s.a. *Steuerveranlagung*

s.a. *Umsatzsteuer*

s.a. *Vermögensteuer*

s.a. *Zoll*

s.a. *Zweitwohnungsteuer*

Ratifizierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Einschätzung der einmaligen und fortlaufenden Zuflüsse nach dem o.g. Steuerabkommen für das Land und die Kommunen; Verzicht auf eine Verhinderung der Ratifizierung über den Bundesrat

Antr
s. *Internationales Abkommen*
Drs 15/672

Steuerabkommen mit der Schweiz

Einschätzung der Vermögenssummen von Landesbürgern auf Schweizer Bankkonten und der Steuereinnahmen nach Inkrafttreten des o.g. Abkommens; Gründe und Auswirkungen der Ablehnung des Ratifizierungsgesetzes im BRat; strafrechtliche Beurteilung der Erstellung, Weitergabe und des Erwerbs von Steuer-CDs; Frage nach unverzichtbaren Vertragsbestandteilen eines Steuerabkommens mit der Schweiz sowie nach Bestrebungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer

Antr

s. Internationales Abkommen

Drs 15/765

Steuerliche Auswirkungen einer Umstrukturierung der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

MdlAnfr

s. Stiftung

Drs 15/949

Strafverfolgung deutscher Staatsbürger im Ausland

Schutz von deutschen Staatsangehörigen gegen ausländische Strafverfolgungsmaßnahmen und zivilrechtliche Vollstreckungsmaßnahmen; Beurteilung der vom Finanzminister geäußerten Gefährdung des Steuerabkommens mit der Schweiz durch die dortige Einleitung von Strafverfolgungsmaßnahmen gegen deutsche Steuerfahnder

KlAnfr

s. Strafverfolgung

Drs 15/1546

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Schweizer Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Aktuelle Debatte

s. Internationales Abkommen

PIPr 15/36 S. 1911

Steuererhöhungsphantasien der LReg

Aktuelle Debatte

s. Steuerpolitik

PIPr 15/41 S. 2276

Regierungsbefragung

Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz über die Rechtmäßigkeit der Verwertbarkeit von Daten der sogenannten Steuer-CDs)

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5499-5504

Eintreten für eine verstärkte Steuerautonomie der Länder

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 27

Bezeichnung der geforderten Steuersenkungen als die Schulden von morgen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 135 139 140

Unterbindung des Unterbietungswettbewerbs bei Steuern in Europa, Plädoyer für EU-weite Mindeststeuersätze sowie für eine EU-Steuer

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 486 490 494

Eintreten für eine verstärkte Steuerautonomie der Länder iRD anstehenden Föderalismusreform III

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 643 648 649

Anstrebung von mehr Steuerautonomie der Länder

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 805 806

Drängen auf Abschluss des Steuerabkommens mit der Schweiz

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1755

Einschätzung der Mehreinnahmen nach einem Inkrafttreten des Steuerabkommens mit der Schweiz

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2111 2112

Steuerabkommen mit der Schweiz*s. Internationales Abkommen***Steueraufkommen**

Mittlg des FM vom 05.04.2011 - Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Ltg vom 15.03.1973 Drs 6/1993 und vom 20.12.1973 Drs 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Hj 2010 Drs 14/7691

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19

Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Ltg vom 15.03.1973 Drs 6/1993 und vom 20.12.1973 Drs 6/3910 Ziff. II Nr. 6)

Bericht für das Hj 2011 (Januar bis März)

Mittlg MFW 26.05.2011 Drs 15/30

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 119

Bericht für das Hj 2011 (Januar bis Juni)

Mittlg MFW 31.08.2011 Drs 15/492

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 453

Bericht für das Hj 2011 (Januar bis September)

Mittlg MFW 15.12.2011 Drs 15/1035

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1099

Bericht für das Hj 2011

Mittlg MFW 27.03.2012 Drs 15/1513

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1739

Bericht für das Hj 2012 (Januar bis März)

Mittlg MFW 29.05.2012 Drs 15/1756

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2127

Bericht für das Hj 2012 (Januar bis Juni)

Mittlg MFW 31.07.2012 Drs 15/2176

PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2507

Bericht für das Hj 2012 (Januar bis September)

Mittlg MFW 09.11.2012 Drs 15/2651

PIPr 15/52 28.11.2012 S. 2993

Bericht für das Hj 2012

Mittlg MFW 22.03.2013 Drs 15/3247

PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3805

Bericht für das Hj 2013 (Januar bis März)

Mittlg MFW 20.06.2013 Drs 15/3691

PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4369

Bericht für das Hj 2013 (Januar bis Juni)

Mittlg MFW 25.09.2013 Drs 15/4081

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4631

Bericht für das Hj 2013 (Januar bis September)

Mittlg MFW 02.12.2013 Drs 15/4410

PIPr 15/85 11.12.2013 S. 5107

Bericht für das Hj 2013

Mittlg MFW 09.04.2014 Drs 15/5045

Bericht für das Hj 2014 (Januar bis März)

Mittlg MFW 26.06.2014 Drs 15/5376

PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5731

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537
 Bericht für das Hj 2014 (Januar bis Juni)
 Mittlg MFW 08.09.2014 Drs 15/5700
 PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6367
 Bericht für das Hj 2014 (Januar bis September)
 Mittlg MFW 24.11.2014 Drs 15/6167
 PIPr 15/113 26.11.2014 S. 6763
 Bericht für das Hj 2014
 Mittlg MFW 18.03.2015 Drs 15/6626
 PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7483
 Bericht für das Hj 2015
 Mittlg MFW 15.04.2016 Drs 15/8120

Personalsituation der Steuerverwaltung

Entwicklung der Personalausstattung, der Gesamtsteuereinnahmen, der Prüfungsintervalle nach Betriebsgrößen, der erzielten Mehrsteuern durch die Betriebsprüfung seit 2008 im Bundesvergleich; geplante Neueinstellungen in den einzelnen Laufbahngruppen 2011

Antr
 s. *Finanzverwaltung*
 Drs 15/88

Finanzentwicklung von Land und Kommunen

Darstellung der o.g. Entwicklung seit Vorlage des Berichts der Gemeinsamen Finanzkommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung auf Drs 14/5656 sowie der zu erwartenden Steuereinnahmen 2011/2012; Höhe der Kostenbeteiligung für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung, der Ganztagschulen, die Umsetzung des Orientierungsplans in Kindertageseinrichtungen und den Wiedereinstieg in die Schulsozialarbeit; Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Konnexitätsprinzip; Einbeziehung des Landtags in die Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden über die Neuordnung der Finanzverteilung

Antr
 s. *Kommunaler Finanzausgleich*
 Drs 15/157

Ratifizierung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Einschätzung der einmaligen und fortlaufenden Zuflüsse nach dem o.g. Steuerabkommen für das Land und die Kommunen; Verzicht auf eine Verhinderung der Ratifizierung über den Bundesrat

Antr
 s. *Internationales Abkommen*
 Drs 15/672

Steuerabkommen mit der Schweiz

Einschätzung der Vermögenssummen von Landesbürgern auf Schweizer Bankkonten und der Steuereinnahmen nach Inkrafttreten des o.g. Abkommens; Gründe und Auswirkungen der Ablehnung des Ratifizierungsgesetzes im BRat; strafrechtliche Beurteilung der Erstellung, Weitergabe und des Erwerbs von Steuer-CDs; Frage nach unverzichtbaren Vertragsbestandteilen eines Steuerabkommens mit der Schweiz sowie nach Bestrebungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer

Antr
 s. *Internationales Abkommen*
 Drs 15/765

Sonderopfer für Landesbeamte bei Rekorderneinnahmen des Landes

Aktuelle Debatte
 s. *Beamter*
 PIPr 15/20 S. 885

Finanzielle Spielräume der LReg zur Absenkung der im Doppelhaushalt 2013/2014 geplanten Neuverschuldung

Nutzung von Überschüssen aus dem Haushalt 2011 und sonstiger Rücklagen aus früheren Haushaltsjahren sowie der erwarteten Mehreinnahmen der Jahre 2012, 2013 und 2014 zur Verringerung der Nettokreditaufnahme; Nutzung von Steuermehreinnahmen durch das Steuerabkommen mit der Schweiz; Berücksichtigung einer rückläufigen Entwicklung bei den Zinsausgaben sowie von Minderausgaben beim Personal

Antr
 s. *Nettokreditaufnahme*
 Drs 15/2758

Erfolgspraxis beim Ankauf von „Steuer-CDs“

Erfolg der Ankaufpraxis von „Steuer-CDs“, insbes Anzahl der Ankäufe und Ankaufsbeteiligungen, aufgewandte Summe, getätigte und erwartete Erlöse sowie verhängte und erwartete Haftstrafen durch Ankäufe im Zusammenhang mit Selbstanzeigen

Antr
 s. *Steuerdelikt*
 Drs 15/3477

Der Länderfinanzausgleich nach Steuerschätzung und Zensus

Gründe für einen Zurückgang der Nettoeinnahmen des Landes und der Kommunen in den Jahren 2013 und 2014 bei einem gleichzeitigen Anstieg der Bruttoeinnahmen des Landes; Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2013 auf den Länderfinanzausgleich; Konsequenzen aus der Auswertung des Zensus 2011 für die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern sowie unter den Ländern; Resultate der Gespräche mit Vertretern anderer Bundesländer über eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs; Aufforderung zum Beitritt zur gegen den Länderfinanzausgleich angestregten Klage der Länder Bayern und Hessen

Antr
 s. *Länderfinanzausgleich*
 Drs 15/3615

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/3781

Steuermehreinnahmen durch Betriebsprüfer

Zurückweisung von Verrechnungspreisen bei der Betriebsprüfung durch die Finanzdirektion; Zahl der eingelegten Rechtsmittel; Vorgaben der obersten Finanzverwaltung für Buchprüfer; Erzielung eines festgelegten Einnahmehaushalts bei der Betriebsprüfung; verbindliche Verfahren zur Ermittlung der Verrechnungspreise

KIAnfr
 s. *Außenprüfung*
 Drs 15/3885

Verwendung des Aufkommens der Feuerschutzsteuer

Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2013; Nutzung des Überschussbetrags für den Katastrophenschutz und zur Deckung des Haushalts; geplante Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2014; Einholung der Zustimmung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft bei über- oder außerplanmäßigen Ausgaben

Antr
s. *Feuerschutzsteuer*
Drs 15/5128

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 22.01.2015 und Antw MFW Drs 15/6391 (10 S.)

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2014

Sachstand zur Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens in BW, insbes Anteilsverteilung zwischen Land sowie Stadt- und LKreisen

KlAnfr
s. *Grunderwerbsteuer*
Drs 15/6933

Verwendung der Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung des Haushalts; Verbesserung der Einnahmen durch Personalaufstockung der Steuerverwaltung

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 26 27

Verweisung auf ein mögliches Erreichen der Nullneuerschuldung 2011 mit den Steuermehreinnahmen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 35 50 54 58 59 64 72 79

Verweisung auf Deckungslücken der mittelfristigen Finanzplanung trotz der zu erwartenden Steuermehreinnahmen, Verringerung der Neuverschuldung mit den Steuermehreinnahmen

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121 122 125 129-131 133-136 138-140 142

Sicherung der Steuereinnahmen mit der Personalaufstockung bei den Betriebsprüfern

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 245 247 249 250 256

Senkung der Nettokreditaufnahme mit den Steuermehreinnahmen; Verbesserung der Steuereinnahmen durch personelle Stärkung der Steuerverwaltung; Verknüpfung von Personalausgaben und Steuereinnahmen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 374-378 380-386 388 403

Kritik an der Neuverschuldung 2011 trotz einer möglichen Nullverschuldung mithilfe der Steuermehreinnahmen, Bildung einer Sanierungsrücklage aus Steuermehreinnahmen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431-442 444

Verknüpfung von Personalausgaben und Steuereinnahmen, Erhöhung der Zuführungen an den Versorgungsfonds mit den Steuermehreinnahmen

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 580-585

Höhe der Einnahmeausfälle für das Land nach einer Umsetzung der geplanten Steuersenkungen des Bundes, Verweisung auf die Steuermehreinnahmen 2011

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 676 678-680 682 683 700 702 703 705

Realisierung der Nullneuerschuldung bereits 2011 und 2012 mit den Steuermehreinnahmen, Erinnerung an den Einbruch der Steuereinnahmen 2008

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 799-803 807-809 814

Befürchtung neuer Schuldaufnahmen nach dem Rückgang der derzeitigen Steuermehreinnahmen, Verweisung auf den Handlungsspielraum durch die zusätzlichen Steuereinnahmen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 962 963 968 969 971-973 975 976 979

Verweisung auf die Steuermehreinnahmen 2011, Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039 1043 1044

Verweisung auf die Steuermehreinnahmen 2011, Tilgung von konjunkturell bedingten Schulden; Abfluss von Steuermehreinnahmen in den Länderfinanzausgleich

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1100 1101 1104 1105 1120 1130 1134 1140-1142 1148

Verwendung der Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1185 1196 1198-1200 1210 1211 1213 1219 1220

Entwicklung des Verhältnisses von Steuereinnahmen zu Personalausgaben

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1477

Kritik an den von den Beamten abverlangten Sparbeiträgen angesichts der Rekordsteuereinnahmen

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1536 1540 1544 1546 1548

Entwicklung der Steuermehreinnahmen nach der neuen Steuer-schätzung, Verwendung zur Rückführung der Deckungslücken

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2096 2097 2100 2104 2106-2112 2114 2116 2117 2120

Kritik an einer Erhöhung der Neuverschuldung trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2277 2278 2284 2285

Steuerausfall

s. *Steuermindereinnahmen*

Steuerausweichung

s. *Steuerungsumgehung*

Steuerbeamter

s. *Finanzbeamter*

Steuerbefreiung

Befreiung von Zugmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer; weitere Entwicklung

Aktueller Sachstand zur Befreiung von Zugmaschinen in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben von der Kraftfahrzeugsteuer, insbes Einheitlichkeit der Verwaltungspraxis der Zollbehörden, Zugrundelegung weiterer Kriterien, Kontakte der LReg zu den zuständigen Zollbehörden

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/6522

Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe

Sachstand zur Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Ermöglichung der Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe gemäß dem Beschluss des Landtags (Drs 15/5124)

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6574

Steuerbefreiung bei Brauchtumsfahrten

Sachstand zu Möglichkeiten der Gewährung von Steuerfreiheit für einen vorübergehenden Einsatz landwirtschaftlicher Geräte bei Brauchtumsveranstaltungen

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/6589

Steuerbegünstigung

s. *Steuerentlastung*

Steuerbelastung

Reform der W-Besoldung; Gesetzgebungsverfahren

Gründe für die verspätete Umsetzung der Reform der W-Besoldung; steuerliche Auswirkungen einer rückwirkenden Besoldungserhöhung

MdlAnfr
s. *Besoldungsrecht*
Drs 15/5396

Steuerbemessungsgrundlage

Umsatzsteuerliche Behandlung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen); Umsatzbesteuerung des Eigenverbrauchs von Wärme

Sachstand im Bundesministerium der Finanzen (BMF); Auswirkungen der geplanten Umsatzsteuer auf die Wärmeabgabe für die Betreiber von KWK-Anlagen; Verwendung einer alternativen Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraft-Wärme-Kopplung*
Drs 15/5018

Steuerberaterversorgungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Bauberufsrechts und anderer Gesetze
Änderung der §§ 13, 17 und 18 des Steuerberaterversorgungsgesetzes in der Fassung vom 16. Oktober 2006

GesEntw
s. *Bauberuf*
Drs 15/7857

Steuerbescheid

s. *Steuerveranlagung*

Steuerbetrug

s. *Steuerdelikt*

Steuerdelikt

s.a. *Steuerfahndung*

Umgang von Aufsichtsrat und Betriebsprüfung mit Anhaltspunkten auf (Steuer-)Straftaten

Umgang des Aufsichtsrats der EnBW und der Finanzverwaltung mit den Geschäften der EnBW im Rahmen eines Anfangsverdachts wegen Untreue und Steuerhinterziehung

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2802

Haltung der LReg zur bundesweit zentralen Steuerfahndung

Beurteilung des Vorschlags der Bundes-SPD, eine bundeseinheitliche Steuerfahndung („Steuer-FBI“) einzuführen; Leistungsfähigkeit der Steuerfahndungen der Bundesländer und insbes der Steuerfahndung in BW; Einstellung zusätzlicher Steuerfahnder, stärkere Zusammenarbeit auf Länder- und Bundesebene bei der Verfolgung von Steuervergehen; Vereinheitlichung der Verjährungsfristen im Strafrecht und im Steuerrecht

KlAnfr
s. *Steuerfahndung*
Drs 15/3325

Soziale Gerechtigkeit durch Steuergerechtigkeit - Steuerbetrug bekämpfen auch von Baden-Württemberg aus

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3898-3912

Erfolgspraxis beim Ankauf von „Steuer-CDs“

Erfolg der Ankaufpraxis von „Steuer-CDs“, insbes Anzahl der Ankäufe und Ankaufsbeteiligungen, aufgewandte Summe, getätigte und erwartete Erlöse sowie verhängte und erwartete Haftstrafen durch Ankäufe im Zusammenhang mit Selbstanzeigen

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 08.05.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3477
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4379 S. 4 5
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Offshore Leaks-Steuerparadies im Ausland

Maßnahmen von Ländern, Bund und EU zur Bekämpfung von unlauterem internationalen Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung, insbes nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Offshore Leaks; Umfang, Zugang und Erkenntnisse zu Offshore-Leaks-Datenmaterial für BW; aufsichtsrechtliche Möglichkeiten gegen baden-württembergische Banken mit Geschäftsmodellen zur Unterstützung aggressiver Steuerplanung; Einnahmeausfälle für BW aufgrund unlauteren internationalen Steuerwettbewerbs; personelle und materielle Ausstattung der Steuerverwaltung des Landes, insbes der Betriebsprüfung und Steuerfahndung

Antr
s. *Steuerungumgehung*
Drs 15/3561

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen
im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/3781

Selbstanzeigen von Steueründern im LKreis Waldshut
Anzahl der Selbstanzeigen von Steueründern im Finanz-
amtsbezirk Waldshut und Vergleich zu den anderen baden-
württembergischen LKreisen; Ausgestaltung eines künftigen
Steuerabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz

KlAnfr Felix Schreiner CDU 05.02.2014 und Antw MFW
Drs 15/4724

Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr von in
Deutschland gekauften Waren
Vermeidung von Steuerbetrug bei der Rückerstattung der Mehr-
wertsteuer auf dem Flughafen Stuttgart bei der Ausfuhr von in
Deutschland gekauften Waren iRd Zollabfertigung

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 02.05.2014 und Antw
MFW Drs 15/5149

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen
im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/6764

Registrierkassen
Sachstand zur Prüfung von Registrierkassen bei Betriebsprüfun-
gen im Einzelhandel, insbes Beanstandungen nachträglicher Erlös-
verkürzungen, Anforderungen an den technischen Manipulationsschutz,
Umsetzung von Umrüstungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Einzelhandel*
Drs 15/7359

Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung, personelle
Stärkung der Steuerverwaltung
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 375 376 380

Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung, personelle
Stärkung der Steuerverwaltung
PIPr 15/16 26.10.2011 S. 680

Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung, personelle
Stärkung der Steuerverwaltung
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung, Begrüßung
des Steuerabkommens mit der Schweiz
PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1922

Steuereinnahmen

s. *Steueraufkommen*

Steuerentlastung

s.a. *Steuerrecht*
s.a. *Steuertarif*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift
2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 20:
Außergewöhnliche Belastungen bei der Einkommensteuer

Mittlg LReg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 15/60

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift
2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 21:
Sonderausgabenabzug für Aufwendungen zur Basisversorgung

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/135
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/548
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift
2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 20:
Steuervorteile bei Gebäuden in Sanierungsgebieten

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/238
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanie-
rungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat: Auswirkungen auf
den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Position zur
Aufteilung der Kosten einer Energiesparinvestition zwischen
Vermieter und Mieter sowie der Steuerausfälle zwischen Bund
und Ländern; Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Falle der
Behandlung des GesEntw im Vermittlungsausschuss

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/458

Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung
Bedeutung der energetischen Gebäudesanierung für den Klima-
schutz, das Handwerk und die Bürger; Scheitern des o.g. Ges-
Entw im Bundesrat, Hinwirkung auf eine Konsenslösung im
Vermittlungsausschuss

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/595

Geplante Steuersenkung der Bundesregierung und Auswirkungen
auf BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/16 26.10.2011 S. 675-684

Künftige Wohnungspolitik

Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung
Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderun-
gen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten
für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten so-
wie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität
energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/1521

Steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienst- bzw Handwerkerleistungen

Beurteilung der Einschränkung o.g. Absetzbarkeit auf Rechnungsbeträge ab 300 Euro und der Auswirkungen dieser Pläne auf die Auftragslage im Handwerk

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.05.2012 und
Antw MFW Drs 15/1664

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit

Antr
s. *Technologie*
Drs 15/1990

Innovationspolitik des Landes BW

Ergänzung der projektorientierten Technologiepolitik durch eine steuerliche Förderung von FuE-Investitionen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Anerkennung von Fahrzeughaltern als land- oder forstwirtschaftlicher Betrieb

Voraussetzungen zur o.g. Anerkennung nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz, Umfang und Form der zu erbringenden Nachweise

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/2225

Tourismus stärken - Ja zur ermäßigten Umsatzsteuer für Beherbergungsleistungen

Zahlen zur Übernachtungsbranche in BW, insbes zu Arbeitsplätzen und Übernachtungen für die verschiedenen Hotelarten; Wettbewerbssituation und Investitionsverhalten der Hotellerie; Bundesratsaktivitäten zur Streichung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/3039

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Touris-

mussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherchutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

Abbau der kalten Progression

Initiative für eine Änderung des Einkommensteuertarifs im Bundesrat; regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs zur Abmilderung der kalten Progression; Vorlage eines Berichts über die Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf durch die BReg

Antr
s. *Steuertarif*
Drs 15/4634

Drohender Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Härtereien infolge einer Belastung durch die Erneuerbare-Energien-Gesetz(EEG)-Umlage

Anzahl der im vergangenen Jahr von der EEG-Umlage teilweise befreiten Härtereien; Zahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer; Folgen einer Belastung der Unternehmen durch die EEG-Umlage; Einführung einer Härtefallregelung für die Härtereibranche

KlAnfr
s. *Metallindustrie*
Drs 15/5119

Energetische Gebäudesanierung - Schlüssel für die Energiewende in BW

Situation der energetischen Gebäudesanierung in BW und Unterstützungsmöglichkeiten, insbes steuerliche Förderung und Energieberatung zu Sanierungsoptionen

Antr
s. *Bausanierung*
Drs 15/5436

Ablehnung von Steuersenkungen auf Pump

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 734-736

Ablehnung von Steuersenkungen auf Pump, Beseitigung der kalten Progression bei niedrigen und mittleren Einkommen

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 803 806 807

Ablehnung von Steuersenkungen auf Pump

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039

Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1337 1340

Hinwirkung auf steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für die energetische Sanierung von Wohngebäuden

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1430 1431

Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1621 1622

Erwartung von 300 Mio Euro Mindereinnahmen des Landes durch den Abbau der kalten Progression, Ablehnung von allgemeinen Steuersenkungen, steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1919 1920 1932

Steuererklärung

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/4328

Steuererleichterung

s. Steuerentlastung

Steuererstattung

Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren

Vermeidung von Steuerbetrug bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf dem Flughafen Stuttgart bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren iRd Zollabfertigung

KlAnfr
s. Steuerdelikt
Drs 15/5149

Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

Sachstand zur Erstellung von Ausfuhrbescheinigungen an den Zollämtern; Überlegungen zur Einführung eines automatisierten Verfahrens bzw einer Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

KlAnfr
s. Umsatzsteuer
Drs 15/6474

Mindesteinkaufswert bei der Mehrwertsteuer-Rückerstattung für Schweizer

Einführung einer Bagatellgrenze für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer; Folgen für den Einzelhandel in Südbaden

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 25.02.2015 und Antw MFW Drs 15/6529

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr Felix Schreiner u.a. CDU 07.08.2015 und Antw MFW Drs 15/7286

Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro bei Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr

Einsatz der LReg im Bundesrat für die Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro im Umsatzsteuergesetz für steuerfreie Ausfuhrlieferungen im nichtkom-

merziellen Reiseverkehr als Reaktion auf die Arbeitsbelastung in den Zollämtern und den Auswirkungen in der Grenzregion zur Schweiz

Antr
s. Umsatzsteuer
Drs 15/7834

Steuerfahndung

s.a. Außenprüfung

Wirtschaftskriminalität und Internet

Personelle und finanzielle Ausstattung der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. Wirtschaftskriminalität
Drs 15/1092

Strafverfolgung deutscher Staatsbürger im Ausland

Schutz von deutschen Staatsangehörigen gegen ausländische Strafverfolgungsmaßnahmen und zivilrechtliche Vollstreckungsmaßnahmen; Beurteilung der vom Finanzminister geäußerten Gefährdung des Steuerabkommens mit der Schweiz durch die dortige Einleitung von Strafverfolgungsmaßnahmen gegen deutsche Steuerfahnder

KlAnfr
s. Strafverfolgung
Drs 15/1546

Haltung der LReg zur bundesweit zentralen Steuerfahndung

Beurteilung des Vorschlags der Bundes-SPD, eine bundeseinheitliche Steuerfahndung („Steuer-FBI“) einzuführen; Leistungsfähigkeit der Steuerfahndungen der Bundesländer und insbes der Steuerfahndung in BW; Einstellung zusätzlicher Steuerfahnder, stärkere Zusammenarbeit auf Länder- und Bundesebene bei der Verfolgung von Steuervergehen; Vereinheitlichung der Verjährungsfristen im Strafrecht und im Steuerrecht

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 09.04.2013 und Antw MFW Drs 15/3325

Erfolgspraxis beim Ankauf von „Steuer-CDs“

Erfolg der Ankaufpraxis von „Steuer-CDs“, insbes Anzahl der Ankäufe und Ankaufsbeteiligungen, aufgewandte Summe, getätigte und erwartete Erlöse sowie verhängte und erwartete Haftstrafen durch Ankäufe im Zusammenhang mit Selbstanzeigen

Antr
s. Steuerdelikt
Drs 15/3477

Offshore Leaks-Steuroasen im Ausland

Maßnahmen von Ländern, Bund und EU zur Bekämpfung von unlauterem internationalen Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung, insbes nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Offshore Leaks; Umfang, Zugang und Erkenntnisse zu Offshore-Leaks-Datenmaterial für BW; aufsichtsrechtliche Möglichkeiten gegen baden-württembergische Banken mit Geschäftsmodellen zur Unterstützung aggressiver Steuerplanung; Einnahmeausfälle für BW aufgrund unlauteren internationalen Steuerwettbewerbs; personelle und materielle Ausstattung der Steuerverwaltung des

Landes, insbes der Betriebsprüfung und Steuerfahndung

Antr

s. *Steuerumgehung*

Drs 15/3561

Bewertung des Vorgehens der Steuerfahndung gegen deutsche Steuerflüchtlinge in der Schweiz

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1912 1917

Steuerfahndungsbehörde

s. *Steuerfahndung*

Steuerflucht

Offshore Leaks-Steuerparadies im Ausland

Maßnahmen von Ländern, Bund und EU zur Bekämpfung von unlauterem internationalen Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung, insbes nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Offshore Leaks; Umfang, Zugang und Erkenntnisse zu Offshore-Leaks-Datenmaterial für BW; aufsichtsrechtliche Möglichkeiten gegen baden-württembergische Banken mit Geschäftsmodellen zur Unterstützung aggressiver Steuerplanung; Einnahmeausfälle für BW aufgrund unlauteren internationalen Steuerwettbewerbs; personelle und materielle Ausstattung der Steuerverwaltung des Landes, insbes der Betriebsprüfung und Steuerfahndung

Antr

s. *Steuerumgehung*

Drs 15/3561

Steuerfreibetrag

s.a. *Einkommensteuer*

Änderung der Freibeträge bei der Versteuerung von Entschädigungen und Sitzungsgeldern für die ehrenamtliche Mitgliedschaft in kommunalen Vertretungen

Anlass der Änderung der Steuerfreibeträge für pauschale Entschädigungen und Sitzungsgelder ab 2013; Festsetzung des Freibetrags für Fraktionsvorsitzende in Gemeinden und Städten mit bis zu 50.000 Einwohnern; Vorwurf der Schlechterstellung der Fraktionsvorsitzenden in kleineren Gemeinden; Anhörung von Organisationen und Einzelpersonen zur Festsetzung der Freibeträge

KlAnfr

s. *Kommunalvertretung*

Drs 15/5742

Steuerfreiheit

s. *Steuerbefreiung*

Steuergeheimnis

Telearbeit in der Steuerverwaltung

Erfahrungen in anderen Bundesländern (tabellarische Aufstellung); Chancen (z.B. Erhöhung der Vereinbarkeit von Beruf und privater familiärer Lebensführung) und Risiken (z.B. beim Datenschutz und der Wahrung des Steuergeheimnisses); Organisations- und Koordinationsaufwand beim Einrichten und Unterhalten von Telearbeitsplätzen; Kosten pro Telearbeitsplatz; Bedarf an Heimarbeitsplätzen nach einer Umfrage der Oberfinanzdirektion; Einrichtung auswärtiger Dienstsitze; weitere

Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Steuerverwaltung

Antr

s. *Telearbeit*

Drs 15/2738

Steuergerechtigkeit

s. *Steuerpolitik*

Steuergesetz

s. *Steuerrecht*

Steuergestaltung

s. *Steuerumgehung*

Steuerhinterziehung

s. *Steuerdelikt*

Steuerlast

s. *Steuerbelastung*

Steuerlastquote

s. *Steuerbelastung*

Steuerliche Gemeinnützigkeit

s. *Gemeinnützigkeit*

Steuerliche Prüfung

s. *Außenprüfung*

Steuermehreinnahmen

s. *Steueraufkommen*

Steuermindereinnahmen

s.a. *Steuerumgehung*

Steuerliche Forschungsförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Modelle und Instrumente einer steuerlichen Forschungsförderung; Förderung der Forschungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen; Nachteile des Instruments der steuerlichen Forschungsförderung; Höhe der zu erwartenden Steuerausfälle

Antr

s. *Betriebliche Forschung*

Drs 15/6511

Steuerminimierung

s. *Steuerumgehung*

Steueroptimierung

s. *Steuerumgehung*

Steuerpflichtiger

s. *Steuerschuldner*

Steuerplanung

s. *Steuerungsumgehung*

Steuerpolitik

s.a. *Steuerentlastung*

s.a. *Steuerrecht*

s.a. *Steuertarif*

Erhebung der Vermögensteuer und weitere steuerpolitische Vorhaben der grün-roten LReg

Erarbeitung von Modellen und Vorbereitungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer im MFW; Frage nach einem Einvernehmen innerhalb der Regierung und einer Abstimmung mit anderen BLändern, insbes auch zu einer Verschärfung der Erbschaftsteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer

Antr FDP/DVP 04.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1794

ÄAntr CDU und FDP/DVP 27.06.2012 Drs 15/1963

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2276-2286

Steuererhöhungsphantasien der LReg

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2276-2286

Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

Bewertung des Plans des Bundesministeriums für Finanzen zur Einführung einer „Bagatellgrenze“ bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger in Höhe von 100 Euro zur Eindämmung des Mehrwertsteuertourismus, insbes Auswirkung auf den grenznahen Handel und Gleichbehandlung unterschiedlicher Branchen des Einzelhandels

KIAnfr

s. *Umsatzsteuer*

Drs 15/2874

Rot-grüne Steuerpläne für Deutschland - das Ende von Mittelstand und Mittelschicht in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/66 24.04.2013 S. 3987 (abgesetzt)

Die Steuerbeschlüsse der Grünen - ein Angriff auf Mittelstand und Mittelschichten in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4007-4032

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bundestagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundesparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr

s. *Staatsministerium*

Drs 15/4136

Mehr Steuergerechtigkeit in Europa - internationale Steuerergestaltungen bekämpfen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5893-5902

Steuerliche Forschungsförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Modelle und Instrumente einer steuerlichen Forschungsförderung; Förderung der Forschungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen; Nachteile des Instruments der steuerlichen Forschungsförderung; Höhe der zu erwartenden Steuerausfälle

Antr

s. *Betriebliche Forschung*

Drs 15/6511

Unterbindung des Unterbietungswettbewerbs bei Steuern in Europa, Vereinbarung von Eckpunkten in der Steuerpolitik

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 486 490 494

Notwendigkeit der Beseitigung der kalten Progression beim Steuertarif, Schaffung von mehr Steuergerechtigkeit

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 676-684

Eintreten für eine gerechtere Steuergesetzgebung

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1669

Gewährleistung von Steuergerechtigkeit, Begrüßung des Steuerabkommens mit der Schweiz

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1922 1933

Steuerprogression

s. *Steuertarif*

Steuerprüfung

s. *Außenprüfung*

Steuerquote

s. *Steuerbelastung*

Steuerrecht

s.a. *Gemeinnützigkeit*

Das Gemeinnützigkeitsprivileg des Bunds für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) vor dem Hintergrund seiner Inkassofunktion für die sogenannten „Parkschützer - Das Netzwerk des Widerstands“

Beurteilung des Aufrufs der o.g. Protestbewegung gegen Stuttgart 21 zu Spenden über ein Konto des BUND; Vereinbarkeit mit dem Gemeinnützigkeitsprivileg des BUND und den damit verbundenen Anforderungen im Sinne der Abgabenordnung

KIAnfr

s. *Umweltschutzorganisation*

Drs 15/161

Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz

Handhabung der mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz eingeführten elektronischen Übermittlung der Jahresabschlüsse an die Finanzverwaltung; Eintreten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Beseitigung der mit Schreiben von acht großen Wirtschaftsverbänden aufgeführten Kritikpunkte

Antr
s. *Bilanz*
Drs 15/1370

Anwendung des Umwandlungssteuerrechts

Zahl und Gestaltung der vom Umwandlungssteuerrecht betroffenen Fälle; Gründe für die Nichtbesteuerung von Umstrukturierungsfällen, Höhe der dadurch entstehenden Steuerausfälle; Begründung der Praxis und des Anspruchs auf Erteilung von rechtsverbindlichen Auskünften, u.a. für die beiden Automobilhersteller; Prüfung eines Missbrauchs von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten nach der Abgabenordnung bei der Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes?

Antr SPD 13.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1832
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 11
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Bedeutung des Umwandlungssteuergesetzes im Fall eines Automobilkonzerns

Zustandekommen der rechtsverbindlichen Auskunft für zwei Autobauer und beteiligte Stellen der Finanzverwaltung in BW, Niedersachsen und beim Bund unter Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes; Klärung weiterer Sachverhalte; Bewertung des Gesetzes bzw einer notwendigen Änderung im Hinblick auf Fusionen und Umstrukturierungsfälle; Begründung der festgesetzten Gebühren für die Auskunftserteilung

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 13.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1835
Ergänzende Stellungnahme MFW 23.07.2012 Drs 15/2093
Ergänzende Stellungnahme MFW 13.06.2012 Drs 15/2226

Gelangensbestätigung

Darlegung der Bürokratiepflichten und Existenzrisiken für mittelständische Unternehmer sowie Speditions- und Logistikbetriebe durch die 2012 eingeführte Gelangensbestätigung für den innergemeinschaftlichen Handel zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug; Anweisungen des Bundesfinanzministers zur Umsetzung des Instruments und Erfahrungen der nachgeordneten Finanzbehörden; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des freien Binnenmarkts; Änderungsvorschläge gegenüber dem BMF oder im Bundesrat

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/2085

Umsatzsteuer auf Sachspenden

Verzicht auf die Erhebung von Umsatzsteuer auf Lebensmittel- und Sachspenden, wenn diese unentgeltlich direkt an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen oder mittelbar an gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden; Hinwirkung auf eine entsprechende Änderung des Steuerrechts über den BRat; Berichterstattung über das Veranlasste bis zum 30.11.2012

Antr
s. *Spende*
Drs 15/2140

Steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen bei Einhaltung einer Lohnuntergrenze

Bindung der steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen und handwerklichen Dienstleistungen an die Einhaltung einer Lohnuntergrenze, insbes Einbringung einer entsprechenden Gesetze-

sinitiative über den Bundesrat und Bestätigung der Einhaltung von Tariflöhnen bzw einer Lohnuntergrenze vom Unternehmer auf der Rechnung; derzeitige Rechtslage für gegenwärtige Lohnuntergrenzen; Rechtsgrundlagen der Finanzverwaltung für die Anerkennung der Absetzbarkeit

KlAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/3046

Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe

Sachstand zur Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Ermöglichung der Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe gemäß dem Beschluss des Landtags (Drs 15/5124)

Antr
s. *Landwirtschaftsbetrieb*
Drs 15/6574

Auswirkungen der „Lex Porsche“ auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW

Sachstand zu Auswirkungen der geplanten Änderungen des Umwandlungssteuergesetzes sowie des neuregelten § 50 i Einkommenssteuergesetz auf mittelständische und familiengeführte Unternehmen in BW, insbes Bewertung der Kritik der Wirtschaftsverbände, Einsatz der LReg für eine Korrektur der Reform im Bundesrat

Antr FDP/DVP 08.07.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7142

Einführung von Hebesatzrechten der Länder

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1480

Steuerrückerstattung

s. *Steuererstattung*

Steuerrückzahlung

s. *Steuererstattung*

Steuersatz

s. *Steuertarif*

Steuerschätzung

s. *Steueraufkommen*

Steuerschulpfloch

s. *Steuerungsumgehung*

Steuerschuld

Wirkungen der Insolvenzordnung und ihre Veränderung

Qualifikation von Insolvenzverwaltern; Steuerschulden als finanzielles Risiko für den Übernehmer eines insolventen Unternehmens, insbes eines Einzelhandelsunternehmens; beschleunigte Einigung der Gläubiger; Insolvenzverfahren in Anlehnung an US-amerikanisches Recht („Chapter 11 of Title 11 of the United States Code“)

KlAnfr
s. *Insolvenz*
Drs 15/2638

Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen

Entwicklung der gestellten und der bewilligten Anträge zur Stundung von Steuern kleiner und mittelständischer Unternehmen in BW sowie in Pforzheim und dem Enzkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.05.2014 und
Antw MFW Drs 15/5268

Steuerschuldner*s.a. Steuerveranlagung*

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 20 - Arbeitsweise der Veranlagungsstellen für natürliche Personen (Kap 1201)

Mittlg RH
s. Steuerveranlagung
Drs 15/1920

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 18 - Auswertung von gewerblichen EStAB-Mitteilungen bei natürlichen Personen (Kap 1201)

Mittlg RH
s. Steuerveranlagung
Drs 15/5418

Konsequente Verfolgung von Steuerflüchtlingen, Begrüßung des Steuerabkommens mit der Schweiz

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1911-1922

Steuersenkung*s. Steuerentlastung***Steuersoftware***s. Software***Steuerstrafrecht**

Haltung der LReg zur bundesweit zentralen Steuerfahndung

Beurteilung des Vorschlags der Bundes-SPD, eine bundeseinheitliche Steuerfahndung („Steuer-FBI“) einzuführen; Leistungsfähigkeit der Steuerfahndungen der Bundesländer und insbes der Steuerfahndung in BW; Einstellung zusätzlicher Steuerfahnder, stärkere Zusammenarbeit auf Länder- und Bundesebene bei der Verfolgung von Steuervergehen; Vereinheitlichung der Verjährungsfristen im Strafrecht und im Steuerrecht

KlAnfr
s. Steuerfahndung
Drs 15/3325

Steuertarif*s.a. Steuerentlastung*

Erhebung der Vermögensteuer und weitere steuerpolitische Vorhaben der grün-roten LReg

Erarbeitung von Modellen und Vorbereitungen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer im MFW; Frage nach einem Einvernehmen innerhalb der Regierung und einer Abstimmung mit anderen BLändern, insbes auch zu einer Verschärfung der Erbschaftsteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer

Antr
s. Steuerpolitik
Drs 15/1794

Abbau der kalten Progression

Initiative für eine Änderung des Einkommensteuertarifs im Bundesrat; regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs zur Abmilderung der kalten Progression; Vorlage eines Berichts über die Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf durch die BReg

Antr FDP/DVP 21.01.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/4634
ÄAntr CDU 21.05.2014 Drs 15/5235
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6005-6011

Margenbesteuerung für Kunstgegenstände

Beurteilung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände; Inkrafttreten der Durchführungsverordnungen in den Ländern; Situation der Kunstgalerien im Land und deren Wettbewerbsfähigkeit mit den Galerien in Frankreich und der Schweiz; Chancen einer EU-weiten Aufnahme der Kunstgegenstände in das Verzeichnis der Gegenstände mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz

Antr
s. Kunsthandel
Drs 15/5089

Kalte Progression und Solidaritätszuschlag im Schwarzwald-Baar-Kreis

Auswirkungen der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Einkommensverteilung, Belastung für kleine und mittlere Einkommen; Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der kalten Progression

KlAnfr
s. Solidaritätszuschlag
Drs 15/6266

Finanzierung der Hochschulbildung mit Steuermitteln, Befürwortung einer entsprechenden Anhebung des Spitzensteuersatzes

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25 27

Ablehnung einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 129

Unterbindung des Unterbietungswettbewerbs bei den Steuertarifen in Europa, Begrüßung der Einführung von EU-weiten Mindeststeuersätzen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 486 490 494

Notwendigkeit der Beseitigung der kalten Progression beim Steuertarif; Vorschlag einer moderaten Erhöhung des Spitzensteuersatzes

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 676-684

Unterstützung der Initiative im BRat zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1450

Beurteilung der ausgehandelten Steuersätze mit der Schweiz für die Nachversteuerung von unversteuertem Vermögen; Plädoyer für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1913 1914 1916-1922 1933

Verweisung auf den eingebrachten Antrag im BRat zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2111 2116

Steuerunggebung

s.a. Steuermindereinnahmen

Offshore Leaks-Steuerparadies im Ausland

Maßnahmen von Ländern, Bund und EU zur Bekämpfung von unlauterem internationalen Steuerwettbewerb und Steuerhinterziehung, insbes nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Offshore Leaks; Umfang, Zugang und Erkenntnisse zu Offshore-Leaks-Datenmaterial für BW; aufsichtsrechtliche Möglichkeiten gegen baden-württembergische Banken mit Geschäftsmodellen zur Unterstützung aggressiver Steuerplanung; Einnahmeausfälle für BW aufgrund unlauteren internationalen Steuerwettbewerbs; personelle und materielle Ausstattung der Steuerverwaltung des Landes, insbes der Betriebsprüfung und Steuerfahndung

Antr Klaus Maier u.a. SPD 03.06.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3561

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 11 12

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/6764

Steuerungsmodell

s.a. Controlling

s.a. Kassen- und Rechnungswesen

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 18 - Steuerung durch neue Führungsinstrumente am Beispiel des Sozialministeriums (Kap 0901)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/118

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/718

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738

Mittlg LReg 26.10.2012 Drs 15/2578

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2872

PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Strategische Steuerung im Kultusministerium

Aufbau und Ausstattung der neuen Strategischen Steuerung, Organisation der Kommunikation der Stabstelle Schulmodelle mit den verschiedenen Interessengruppen

MdlAnfr 3) Georg Wacker CDU 28.09.2011 Drs 15/607

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 639 640

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 27.03.2007 zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landesverwaltung

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.10.2011 Drs 15/758

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Mittlg LReg 03.05.2012 Drs 15/1634 (72 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.06.2012 Drs 15/1814

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Mittlg LReg 26.06.2014 Drs 15/5377 (51 S.)

PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6203

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5725

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Optimierung der neuen Steuerungsinstrumente beim MFW

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1442

Steuerveranlagung

s.a. Außenprüfung

s.a. Steuerschuldner

s.a. Steuertarif

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 20: Außergewöhnliche Belastungen bei der Einkommensteuer

Mittlg LReg 01.06.2011 Drs 15/60

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/547

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669 670

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 21: Sonderausgabenabzug für Aufwendungen zur Basisversorgung

Mittlg LReg

s. Steuerentlastung

Drs 15/135

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Denkschriften und Beratende Äußerung des RH - Sachstand des Projekts KONSENS und der Arbeitsqualität bei den Veranlagungsstellen

Mittlg LReg

s. Software

Drs 15/1047

Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz

Handhabung der mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz eingeführten elektronischen Übermittlung der Jahresabschlüsse an die Finanzverwaltung; Eintreten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Beseitigung der mit Schreiben von acht großen Wirtschaftsverbänden aufgeführten Kritikpunkte

Antr

s. Bilanz

Drs 15/1370

Überprüfung der Voraussetzungen zur Steuerbefreiung für Fahrzeuge in land- bzw forstwirtschaftlichen Betrieben in Pforzheim und dem Enzkreis

Begründung und Auswirkungen der o.g. rückwirkenden Überprüfung und von möglichen rückwirkenden Forderungen des Finanzamts Pforzheim, insbes für die nicht gewerbliche Landwirtschaft und die Bewirtschaftung und landschaftliche Pflege von Streuobstwiesen; Kulanzmöglichkeiten des Finanzamts gegenüber den von rückwirkenden Forderungen Betroffenen

Antr

s. Kraftfahrzeugsteuer

Drs 15/1521

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 20 - Arbeitsweise der Veranlagungsstellen für natürliche Personen (Kap 1201)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1920

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2520

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Mittlg LReg 04.12.2013 Drs 15/4446
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4592
 PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
 Mittlg LReg 31.05.2016 Drs 16/45
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/598
 PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 21 - Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung (Kap 1201)

Mittlg RH
 s. Finanzverwaltung
 Drs 15/1921

Einkommensteuererklärung

Statistiken und Vorteile der schriftlichen bzw elektronischen Abfassungs- und Einreichungsart der jährlichen Einkommensteuererklärung in BW; Wiedereinführung des Formularversands per Post

KlAnfr
 s. Einkommensteuer
 Drs 15/3527

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 14 - Der Abzug von Mehraufwendungen für eine doppelte Haushaltsführung als Werbungskosten (Kap 1201)

Mittlg RH
 s. Einkommensteuer
 Drs 15/3814

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 18 - Auswertung von gewerblichen ESt4B-Mitteilungen bei natürlichen Personen (Kap 1201)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5418
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5918
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
 Mittlg LReg 25.11.2015 Drs 15/7763
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7969
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Notwendigkeit eines funktionierenden Steuervollzugs in Griechenland

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485 486 494 495

Beseitigung von fiskalischen Fehlanreizen durch Abschaffung des Ehegattensplittings

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531 1534-1536

Steuerverfahrensrecht

s. Besteuerungsverfahren

Steuervergünstigung

s. Steuerentlastung

Steuervermeidung

s. Steuerumgehung

Steuerverteilung

Aufkommen der Grunderwerbsteuer 2014

Sachstand zur Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens in BW, insbes Anteilsverteilung zwischen Land sowie Stadt- und LKreisen

KlAnfr
 s. Grunderwerbsteuer
 Drs 15/6933

Steuerverwaltung

s. Finanzverwaltung

Steuerzahler

s. Steuerschuldner

Steuerzahllast

s. Steuerbelastung

Stickelberger, Rainer MdL SPD

Berufung und Vereidigung von Rainer Stickelberger zum/als Justizminister

s. Justizminister
 PIPr 15/3 S. 15

Entlassung des Justizministers Rainer Stickelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
 s. Justizminister
 Drs 15/6170

Stickoxide

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr
 s. Immissionsschutz
 Drs 15/1085

Umweltzonen

Auflistung der eingerichteten Umweltzonen zur Vermeidung der Belastung von Feinstaub und Stickstoffdioxid, Auswirkungen des Partikelfilters und der Abgasnorm Euro 6 auf die Verminderung des Stickstoffdioxidausstoßes bei Dieselfahrzeugen, wirtschaftliche Auswirkungen der Umweltzonen

KlAnfr
 s. Umweltzone
 Drs 15/1492

Luftreinhaltepläne und Umweltzonen in BW - Bilanz und Entwicklung

Neue Festsetzungen und Beschlüsse zu Luftreinhalteplänen und Umweltzonen in Städten und LKreisen; Anteil der inzwischen erfassten Landesfläche und Bevölkerung; Entwicklung der Belastung mit Feinstaub und Stickoxiden in den seit 2009 bestehenden Umweltzonen; Ausnahmegenehmigungen für Kraftfahrzeuge ohne Plakette; Auswirkungen der Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) auf die Luftbelastung; Umrüstung von Bussen des Öffentlichen Nahverkehrs, von Müll- und Rettungsfahrzeugen; Lkw-Durchfahrtsverbote, Einsatz von Dieselfußfiltern

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/2668

Wirksamkeit von Umweltzonen

Wirksamkeit und Effizienz von Umweltzonen bei der Reduzierung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/4914

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrtsverboten auf die Luftreinhaltung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/5974

Stickstoffdioxid

s. *Stickoxide*

Stiftung*Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH*

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 83 117

Nachwahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 540 545

Steuerliche Auswirkungen einer Umstrukturierung der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

MdlAnfr 3) Klaus Herrmann CDU 02.12.2011 Drs 15/949
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1006 1007

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Statut der Europäischen Stiftung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1124

Denkmalstiftung BW

Planung von Veränderungen der Größe, Zusammensetzung und Arbeit des künftigen Vorstands und Kuratoriums der Stiftung

Denkmalschutz?

Antr
s. *Denkmalpflege*
Drs 15/1672

Änderung der Schwerpunkte der Förderpraxis der Baden-Württemberg-Stiftung

Jeweilige Fördersummen seit 2007 für Projekte aus den Bereichen Denkmalschutz, Opferschutz, Entwicklungshilfe, Naturschutz und Sport; Kompensation dieser nun wegfallenden Förderbereiche durch andere Stiftungen, insbes Sicherung der Arbeit der Stiftung Opferschutz

Antr FDP/DVP 08.05.2012 und Stellungnahme StM, MFW, KM, MLR und JM Drs 15/1673
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.10.2012 Drs 15/2741 S. 4
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Zukunft der Osteuropahilfe

Fortsetzung der Osteuropahilfe auch nach der Schließung der Geschäfts- und Servicestelle Osteuropa in der Baden-Württemberg-Stiftung, Fördermöglichkeiten für die humanitären Hilfsorganisationen

MdlAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 15/1734

Neustrukturierung der Baden-Württemberg-Stiftung

Höhe der Förderung von Sportprojekten seit 2007, Ausgestaltung der aktuellen Förderlinie für die Bereiche Sport/Bewegung/Prävention; künftige Unterstützung von integrationspolitischen und gesundheitspräventiven Projekten im Zusammenhang mit dem Thema Sport; Frage nach zusätzlichen Sport-Fördermaßnahmen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 28.06.2012 und Stellungnahme StM, KM und IntM Drs 15/1984
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.03.2013 Drs 15/3712 S. 6
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Zukunft des „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“

Bisherige Arbeit, Arbeitsschwerpunkte und Finanzierung des o.g. Modellprojekts der Baden-Württemberg-Stiftung betreut von der Landeszentrale für politische Bildung; Planungen und Prioritäten der Landeszentrale zur Fortführung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und islamistischen Extremismus

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/2057

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/2445

Wahl des Abg Dr. Stefan Fulst-Blei SPD für die Entsendung in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung

PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3757

Zivilgesellschaftliche Akteure unterstützen die Pädagogik der Gemeinschaftsschule

Förderung von Projekten und Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums durch private Stiftungen; Umfang der finanziellen Unterstützung in den Jahren 2008 bis 2012; Förderung der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften für die Gemeinschaftsschule durch private Stiftungen; finanzielles Engagement der Robert-Bosch-Stiftung, der Stiftung Würth und der Breuninger-Stiftung; inhaltlicher Einfluss der Stiftungen auf die von ihnen geförderten Projekte; Entwicklung eines Weiterbildungsprogramms für die Lehrer an Gemeinschaftsschulen; Umgang der früheren LReg mit Stiftungsgeldern für den Bildungsbereich

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3745

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3845

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin im Staatsministerium als Mitglied des Aufsichtsrats der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/4106

Begabtenförderung für Muslime

Begabtenförderung für muslimische Studierende durch das Avicenna-Studienwerk, insbes Notwendigkeit dieser Stiftung,

integrationspolitisches Signal, Förderbedingungen sowie Förderprojekte mit ähnlicher Zielrichtung auf Landesebene

KIAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 15/4642

Nachwahl einer Vertreterin des Ltg für die Entsendung in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH

PIPr 15/91 19.02.2014 S. 5435 5476

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat des Ministers für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten als Mitglied des Aufsichtsrats der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/5082

Sicherstellung der Forschung an adulten Stammzellen in BW

Förderung der Stammzellforschung durch die Baden-Württemberg Stiftung; Einstellung der Forschungsförderung im Jahr 2015; Fortführung der Forschung an adulten Stammzellen in BW; Forschungsprogramme und Forschungsorganisationen

Antr
s. *Forschungspolitik*
Drs 15/6243

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: 8. Stiftungsbericht

Mittlg LReg 30.11.2015 Drs 15/7828 (80 S.)
PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8655
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7962
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Bezeichnung der Landesstiftung als größten Schattenhaushalt des Landes

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1128

Unterhaltung von Ferienheimen durch die Stiftung der Polizei, Ermöglichung von Urlauben für Beamte der Polizei und Justiz; Bedeutung der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit für die Projekte in Burundi

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1612 1614 1615 1619 1620

Stiftung Denkmalschutz

s. *Denkmalpflege*

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg*Partnerschaft mit Burundi*

Einschätzung der politischen und humanitären Situation, der Sicherheits- und Menschenrechtslage; Darstellung der direkt oder über Nicht-Regierungsorganisationen seit 2007 unterstützten Projekte, vorgesehene weitere Aktivitäten; Stellenwert der Partnerschaft iRd entwicklungspolitischen Leitlinien; Überlegungen zur Verzahnung mit der Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda

Antr
s. *Burundi*
Drs 15/909

Zukünftige Umsetzung der Projekte im Bereich Entwicklungszusammenarbeit

Kosten des Bürgerdialogs „Welt:Bürger gefragt!“ und der Erarbeitung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes; Finanzbedarf für die Umsetzung von Entwicklungsprojekten sowie für Öffentlichkeitsarbeit; Durchführung von Projekten durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ); Verwendung der im Staatshaushaltsplan in Kapitel 0202 Titel 685 70 eingestellten Mittel; Kriterien für Projektauswahl und Mittelvergabe

Antr

s. *Entwicklungszusammenarbeit*

Drs 15/2771

Entschließung zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes - globale Verantwortung übernehmen

Unterstützung der entwicklungspolitischen Leitlinien, der Millennium-Entwicklungsziele und der Global Marshall Plan Initiative; Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dessen Organisationen; Weiterführung des parteiübergreifenden entwicklungspolitischen Engagements; Unterstützung der mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW und entwicklungspolitisch orientierten Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten entwicklungspolitischen Ansätze; Partnerschaft des Landtags mit dem Parlament von Burundi

Antr

s. *Entwicklungszusammenarbeit*

Drs 15/4083

Europäisches Jahr der Entwicklung 2015

Beteiligung Baden-Württembergs und Ausgestaltung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015, insbes Kofinanzierung von Maßnahmen, Einbindung der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit und der Partnerschaft mit Burundi

Antr

s. *Europäisches Jahr*

Drs 15/5276

Entwicklungszusammenarbeit in BW

Sachstand zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes BW, insbes Auswirkungen auf Arbeitsstrukturen innerhalb des Landes der entwicklungspolitischen Förderlandschaft, Stellenwert und Arbeitsschwerpunkte der landeseigenen Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg, Maßnahmen in der entwicklungspolitischen Partnerschaft mit Burundi, inhaltliche Begleitung des Europäischen Jahrs der Entwicklung 2015

Antr

s. *Entwicklungszusammenarbeit*

Drs 15/6747

Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi

Sachstand zur Entwicklung der Partnerschaft zwischen BW und Burundi, insbes prioritäre Ziele für das Jahr 2015, Aufgaben und Finanzierung der Burundiservicestelle der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ), Partnerschaften und Kooperationen zwischen baden-württembergischen und burundischen Institutionen und Körperschaften, Zusammenarbeit auf der Ebene von Behörden und staatlichen Einrichtungen, Fördervolumen und Kontrolle partnerschaftlicher Projekte, Vermittlung der Partnerschaft in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bildungsplan der Schulen

Antr

s. *Burundi*

Drs 15/7076

Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW (SEZ) und der Messe Friedrichshafen

Sachstand zur Kooperation der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW mit der Messe Friedrichshafen im Themenbereich „Fair Trade“

KIAnfr Andreas Glück FDP/DVP 16.07.2015 und Antw StM

Drs 15/7180

Stiftung Opferschutz

s. *Opferschutz*

Stigmatisierung

s. *Diskriminierung*

Stipendium*Deutschlandstipendium*

Resonanz und Nutzen des o.g. Stipendienprogramms bei Studierenden, Hochschulen und privaten Förderern

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 15.02.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1288 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 05.07.2012 Drs 15/2351 S. 24 25

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Haushaltsmittel der Landesakademie für die musizierende Jugend in BW in Ochsenhausen

Höhe der für 2012 etatisierten bzw der notwendigen Mittel, bedarfsgerechte Erhöhung der Mittel im Haushaltsvollzug 2012; Betrauung der Akademie und Mittelbereitstellung zur Umsetzung eines Stipendiatenprogramms „Pop-Masterclasses“ für hochbegabte Jugendliche

Antr

s. *Landesakademie Ochsenhausen*

Drs 15/1540

Vergabemerkmale des Deutschlandstipendiums

Verteilung der Stipendiaten und eingeworbenen Mittel auf die Hochschularten und Fachrichtungen in BW, Informationen über den sozialen Hintergrund der Geförderten und über eine mögliche Einflussnahme der privaten Fördermittelgeber auf die Auswahl der Stipendiaten und erteilte Zweckbindungen

Antr Johannes Stober u.a. SPD 26.09.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2399

BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 51

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Zukunft des Erasmus-Programms im Hochschulbereich

Nutzung des Erasmus-Programms durch Studierende und Dozenten aus BW bzw durch ausländische Studierende und Dozenten an baden-württembergischen Hochschulen in den letzten Jahren; Verteilung der Fördersumme und geförderten Personen auf die einzelnen Hochschulen des Landes; Verhältnis von Bedarf und Angebot an Stipendien und Austauschplätzen; Geförderte nach Fachrichtung, Geschlecht und sozialer Herkunft; Auswirkungen der aktuellen Finanzierungslücke; Maßnahmen zur Sicherung des Erasmus-Programms

Antr
s. *Akademischer Austausch*
Drs 15/2658

Europäisches Studenten-Austauschprogramm ERASMUS
Stellenwert des europäischen Studenten-Austauschprogramms Erasmus; Statistiken zu ERASMUS-Teilnehmern für BW; Zukunft der finanziellen Förderung für das Auslandsstudium

Antr
s. *Akademischer Austausch*
Drs 15/2818

Landesgraduierföderung
Gesamtbetrag der Landesmittel zur Graduierföderung und Vergleich zu den anderen Bundesländern; Höhe und Kriterien der Mittelverteilung auf die einzelnen Hochschulen; Bedeutung der Landesgraduierföderung, künftige Mittelbereitstellung und mögliche Planungsüberlegungen zu ihrer Abschaffung

Antr
s. *Graduierföderung*
Drs 15/4141

Begabtenföderung für Muslime
Begabtenföderung für muslimische Studierende durch das Avicenna-Studienwerk, insbes Notwendigkeit dieser Stiftung, integrationspolitisches Signal, Förderbedingungen sowie Förderprojekte mit ähnlicher Zielrichtung auf Landesebene

KlAnfr
s. *Begabtenföderung*
Drs 15/4642

Wirkung von studentischen Auslandsaufenthalten in BW
Daten zu ausländischen Studenten an den Hochschulen in BW, insbes Anzahl und Herkunftsstaaten, Studienfächer, Vollstudenten- und Stipendiatenanteil, beabsichtigte und tatsächliche Arbeitsaufnahme in BW nach dem Studienabschluss; Rahmenbedingungen zur Förderung des Verbleibs nach Studienabschluss; Gegenmaßnahmen der Hochschulen zum zukünftigen Rückgang an Studierenden

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/5586

Humanität hat Vorrang; Baden-Württemberg-Programm zur Studienföderung von Flüchtlingen aus Syrien

Sachstand zur Umsetzung des Stipendienprogramms für Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg, insbes Flüchtlingsanteil mit Hochschulreife, Auswahlkriterien für die Stipendiaten; Zahl der in BW studierenden Flüchtlinge; Erleichterung des Zugangs von Flüchtlingen zu beruflichen Ausbildungen und Ermöglichung des Ausbildungsabschlusses

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6798

Stober, Johannes MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/13 28.09.2011 S. 486

Stoch, Andreas MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2543

Berufung und Vereidigung von Andreas Stoch zum/als Minister für Kultus, Jugend und Sport

s. *Minister für Kultus, Jugend und Sport*
PIPr 15/57 S. 3395

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Beratertätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*
Drs 15/3873

Störfall

Störfälle und Sicherheitsdefizite im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim

Sicherheitszustand des Kernkraftwerks Fessenheim, insbes Ursachen aktueller Störfälle, umgesetzte Nachrüstungsmaßnahmen und bestehende Sicherheitsprobleme; Stilllegung wegen erheblicher Sicherheitsmängel

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 15/4685

Zustand der Reaktordruckbehälter im Atomkraftwerk (AKW) Fessenheim und Störfall vom 9. April 2014

Sachstand zum Sicherheitszustand des Atomkraftwerks Fessenheim, insbes Untersuchungsverfahren und -ergebnisse zur Materialsicherheit des Reaktordruckbehälters, Auswirkungen des Störfalls vom 9. April 2014 auf die Sicherheit des Reaktordruckgefäßes, Ergebnisse der Deutsch-Französischen Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen (DFK) zum Störfall

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 15/6294

Stoffwechselkrankheit

Vorsorge und Gesundheit im Alter

Sachstand zur Früherkennung von Alterskrankheiten und Maßnahmen im Bereich der medizinischen Vorsorge zur Vermeidung einer vorzeitigen Alterung, insbes effektive Ursachenbekämpfung von multimorbiden Erkrankungen im Alter, regelmäßige Untersuchung der Stoffwechselfaktoren eines Menschen, Erstellung eines Neurostressprofils zur Erkennung von Tendenzen zu einem Burn-out

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 15/7875

Storch*Vorkommen und Schutz des Weißstorchs in BW*

Entwicklung der Bestände und regionalen Verteilung der o.g. Großvögel seit 1992; Programme und Maßnahmen zur Wiederansiedlung und Sicherung der Bestände; Beurteilung der Gefährdung insbes durch den Ausbau der Windenergienutzung

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 23.07.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2152

BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 61 62

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Sträfling

s. *Strafgefangener*

Strafanzeige

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KlAnfr

s. *Ermittlungsverfahren*

Drs 15/4957

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Täterermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr

s. *Straftat*

Drs 15/7992

Strafbarkeitslücke

s. *Rechtslücke*

Strafbemessung

s. *Strafzumessung*

Strafgefangener

s.a. *Haftraum*

s.a. *Straftäter*

s.a. *Strafvollzug*

Bildungschancen jugendlicher Strafgefangener in baden-württembergischen Gefängnissen

Situation der Beschulung der o.g. Gefangenen und Untersuchungshäftlinge, insbes auch von Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und mangelhaften Deutschkenntnissen; Erfahrungen bei der Gewinnung von Lehrern; Teilhabe der Schulen in den Vollzugsanstalten an der Strukturreform des Schulsystems; Kooperationen zwischen diesen Schulen und Institutionen außerhalb der JVA

Antr

s. *Bildung*

Drs 15/1738

Frauen im Justizvollzug in BW

Entwicklung der Art und Zahlen von Straftaten sowie der einsetzenden Frauen seit 2002, Umgang mit weiblichen Straftätern im Vollzug, Frage nach spezifischen Förderprogrammen und Ausbildungsmaßnahmen sowie nach der Kinderbetreuung und Rückfallquote weiblicher Straftäter

Antr

s. *Frau*

Drs 15/1985

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Straftat in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafschuldner

KlAnfr

s. *Haft*

Drs 15/2587

Justizvollzugsanstalt Waldshut-Tiengen

Frühester Termin der Schließung der Haftanstalt; Zahl und Altersstruktur der hier beschäftigten Beamten und Angestellten; In-sassenzahlen der letzten fünf Jahre; Ersatz für die wegfallenden Haftplätze; Stand der Neuordnung der Vollzugslandschaft; Eigentumsverhältnisse bei Gebäude und Grundstück

KlAnfr

s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/2754

Gefängnisneubau

Konkretisierung des Begriffs „heimatnahe Unterbringung“; gerichtliche Entscheidungen zu zumutbaren Anfahrtswegen oder zur Anfahrtsdauer für Angehörige der Strafgefangenen; Anwendbarkeit des Grundsatzes der heimatnahen Unterbringung bei zentralisierten Sonderhaftanstalten; Gültigkeit des Grundsatzes für die Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalten Rotenburg, Rottweil und Waldshut-Tiengen

KlAnfr

s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/3252

Netzwerk von Neonazis in Justizvollzugsanstalten auch in BW?

Kontakte baden-württembergischer Inhaftierter zum Neonazi-Netzwerk „AD Jail Crew“, zu Personen aus dem NSU-Umfeld und von Inhaftierten des rechten Milieus untereinander; Durch-

führung von Zellendurchsuchungen oder Postkontrollen in den Justizvollzugsanstalten des Landes; Fortbildung des Personals der Justizvollzugsanstalten zur frühzeitigen Erkennung und Verhinderung von rechtsextremistischen Aktivitäten Inhaftierter

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/3462

Seniorinnen und Senioren im Justizvollzug in BW

Strafvollzug für Straftäter im Seniorenalter; Unterbringung älterer Strafgefangener; Anpassung der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten; spezielle Betreuungs- und Eingliederungsprogramme

Antr
s. *Strafvollzug*
Drs 15/4689

Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme, medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 05.09.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5694 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 09.10.2014/24.09.2015 Drs 15/7638 S. 6
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Aufsuchende Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten des Landes

Wichtigkeit der Beratung suchtkranker und suchtgefährdeter Strafgefangener; Zahl der in den Justizvollzugsanstalten tätigen externen Fachkräfte; Finanzierung der aufsuchenden Suchtberatung; künftige personelle und finanzielle Ausstattung der Suchtberatung für Strafgefangene; Anzahl der seit 2009 in externe Suchtrehamaßnahmen vermittelten Strafgefangenen; Bewertung der aktuellen Regelungen zur Zurückstellung der Strafvollstreckung; Stärkung der externen medizinischen Suchtrehabilitation gegenüber dem Maßregelvollzug für drogenabhängige Straftäter; Sicherung der Suchtberatung in den Haftanstalten

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/5736

Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen, bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information des Ministers

Antr CDU 14.10.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5876

Medizinische und psychiatrische Versorgung von Strafgefangenen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Statistiken zu Angriffen auf Justizvollzugsbeamte in Justizvollzugsanstalten durch Strafgefangene und Anteil der psychisch Kranken; Todesfälle bei Strafgefangenen; Situation und Kosten der medizinischen und psychiatrischen Versorgung von Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten, insbes Anteil psychia-

trisch Erkrankter; Zahlen und Genehmigungspraxis für Einzelhaft

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 28.10.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5986 (24 S.)

Fehlende fachliche und politische Aufsicht über die Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Praxis der mit einer Entkleidung verbundenen körperlichen Durchsuchung von Strafgefangenen; Beachtung des Erfordernisses einer einzelfallbezogenen Begründung; Erlass einer entsprechenden Verfügung durch den Anstaltsleiter mehr als ein Jahr nach der Gerichtsentscheidung; Kontrolle der Befolgung der Rechtsprechung durch das Justizministerium als zuständiger Aufsichtsbehörde; Einbeziehung des Justizministeriums beim Disziplinarverfahren gegen zwei Bedienstete im Herbst 2013; Konsequenzen des Ministeriums aus diesem Fall

Antr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6071

Entlassung des Justizministers Rainer Stichelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
s. *Justizminister*
Drs 15/6170

Nachschau des Justizministeriums bezüglich weiterer Fälle rechtswidriger Einzelhaft in Justizvollzugsanstalten

Überprüfung der Haftsituation der in Einzelhaft untergebrachten Strafgefangenen; Auskunft über die von Seiten des Justizministeriums geforderten Bearbeitungsfristen; Datum der Anordnung einer sofortigen Berichtspflicht durch den Justizminister; Zeitpunkt des Vorliegens der Berichte; Datum der Unterrichtung von Personen innerhalb des Justizministeriums über die Ergebnisse der Nachschau; Veranlassung einer weiteren Nachschau; Weisungen des Justizministeriums im zeitlichen Zusammenhang mit der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6205

Handlungsfähigkeit des Justizministers

Anlass, Absender und Adressaten der E-Mail vom 10. September 2014; Kenntnis des Justizministers von dem im September 2014 durch den zuständigen Territorialreferenten geforderten ergänzenden Bericht zur Dauer und zur Genehmigung der Einzelhaft; Einholung von Informationen über das Ergebnis der anlassbezogenen Nachschau durch den Justizminister; Einfluss der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014 auf die Entscheidung des Ministers, eine zusätzliche Überprüfung der Einzelhaftfälle einzurichten; Versetzung des Leiters der Justizvollzugsabteilung in den Ruhestand

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6355

Situation im Maßregelvollzug

Sachstand zur Situation im Maßregelvollzug, insbes Aufklärung der Todesumstände eines Patienten im Zentrum für Psychia-

trie Weinsberg, Änderung der Vorgaben zur Unterbringung von Menschen im Maßregelvollzug, Umsetzung der Maßnahmen aus der großen Gesprächsrunde zum Maßregelvollzug im Januar 2012, Vollzugsdefizite bei der Unterbringung psychisch kranker Strafgefangener

Antr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 15/6414

Kommunikation zwischen dem Justizministerium und der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zur Kommunikation des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen Einzelhäftlings in Bruchsal mit der Leitung der JVA Bruchsal sowie zur Reaktion des Justizministeriums als Aufsichtsbehörde

Antr CDU 22.04.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6768

Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal vom 8. April 2015 und Drogen im Justizvollzug

Hintergründe zum Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Drogenprobleme des Verstorbenen, Durchführung von Zellenkontrollen, Umgang des Justizministeriums mit Überlastungsanzeigen von Sanitätsbediensteten der JVA Bruchsal

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 06.05.2015 und Antw JM Drs 15/6855

Weiterer ungeklärter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Sachstand zum ungeklärten Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, psychische und physische Konstitution des Verstorbenen, Kenntnis des Justizministeriums von eventuell psychischen Auffälligkeiten und konkreten Haftumständen des Strafgefangenen vor dem Todeseintritt

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.05.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6869
BeschlEmpf und Bericht StändA 15.10.2015 Drs 15/7638 S. 11 12
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Inhaftierte mit salafistischem Hintergrund in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Sachstand zu Erkennung, Unterbringung und Betreuung von Häftlingen mit salafistischem Hintergrund in den Justizvollzugsanstalten Baden-Württembergs, insbes Fortbildungsmaßnahmen für JVA-Mitarbeiter, Präventionsprogramme, seelsorgliche Betreuung durch muslimische Geistliche

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.05.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6870
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 13
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Tod eines unter Betreuung stehenden Strafgefangenen im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings im November 2014 im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg, insbes medizinische Indikation und Zeitpunkt der Verlegung, rechtliche Betreuung und Einwilligungsfähigkeit des Verstorbenen, Einbeziehung des Justizministeriums als zuständige Aufsichtsbehörde in diesen Fall

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 19.05.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6867

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 9-11
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Erneuter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal am 22. Oktober 2014

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings am 22. Oktober 2014 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, medizinische Behandlung, Obduktionsergebnisse, Personalbesetzung und Überlastungsanzeigen im Zeitraum August 2014/Oktober 2014

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 15.06.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6996

Tod eines Haftinsassen in der Justizvollzugsanstalt Singen

Sachstand zu den Hintergründen des Todes eines 73-jährigen Haftinsassen im Singener Seniorengefängnis und der Kenntnis des Justizministers

KIAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 27.04.2016 und Antw JM Drs 15/8122

Strafgericht

s. *Strafgerichtsbarkeit*

Strafgerichtsbarkeit

Überlastung der Strafkammern in BW

Sachstand zur Überbelastung der Strafkammern in BW, insbes Daten zu aus verfahrensrechtlichen Gründen aus der Untersuchungshaft entlassenen Straftätern, Fragestellung und Ergebnisse einer Untersuchung zur Belastung der Strafkammern, Handlungskonsequenzen und Maßnahmen, Festschreibung einer automatischen Vertretungsregelung bei Überlastung durch Änderungen im Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozessordnung durch den Bundesgesetzgeber

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 07.01.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6328

Strafgesetzbuch

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr
s. *Doping*
Drs 15/3526

Entschließung zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer

Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer, insbes Entschuldigung des Landtags für die Anwendung von § 175 Strafgesetzbuch (StGB) sowie der Beeinträchtigung von Menschenwürde und Lebensqualität, Unterstützung von Initiativen zur historischen Aufarbeitung der Strafverfolgung und des späteren Umgangs mit den Opfern

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 15/5475

Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle - LReg muss handeln

Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ im Strafgesetzbuch

Antr CDU 29.04.2015 Drs 15/6818

ÄAntr GRÜNE und SPD 06.05.2015 Drs 15/6857

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7744-7751

Mittlg LReg 30.10.2015 Drs 15/7643

Strafhäftling

s. Strafgefangener

Strafhaft

s. Freiheitsstrafe

Strafjustiz

s. Strafgerichtsbarkeit

Strafkammer

s. Strafgerichtsbarkeit

Strafmaß

s. Strafzumessung

Strafprozess

s. Strafverfahren

Strafprozessordnung

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr

s. Menschenhandel

Drs 15/5630

Strafprozessrecht

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/4461

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/4571

Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen bei der Befragung durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht

Umsetzung einer altersgerechten und angemessenen Befragung von Kindern und Jugendlichen durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht, insbes Verwendung kindgerechter Sprache und angemessener Befragungsweise, Qualifikation und Schulung von Ermittlern, Gewährung von Verfahrensbeiständen für Kinder, landesgesetzliche Anpassungen

Antr Josef Frey u.a. GRÜNE 15.10.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5890

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.01.2015 Drs 15/6496 S. 5

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Strafrahmen

s. Strafzumessung

Strafrecht

s.a. Straftat

s.a. Strafverfahren

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Grünbuch der Kommission: Stärkung des gegenseitigen Vertrauens im europäischen Rechtsraum - Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/396

Straftatbestand Sportbetrug

Erarbeitung und Inhalt des Gesetzesantrags der LReg im Bundesrat zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung (Bundesrats-Drucksache 266/13), insbes Einbeziehung der Expertise der Sportverbände und -organisationen, strafrechtlichen Ahndungsmöglichkeiten (u.a. Ausweitung der Besitzstrafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz) und Ahndungsmöglichkeiten der Sportgerichtsbarkeit

Antr

s. Doping

Drs 15/3526

Weder direkt noch auf Umwegen - keine Ausweitungen des Unternehmensstrafrechts

Aktuelle Debatte

s. Unternehmen

PIPr 15/83 S. 4945

Entschließung zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer

Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer, insbes Entschuldigung des Landtags für die Anwendung von § 175 Strafgesetzbuch (StGB) sowie der Beeinträch-

tigung von Menschenwürde und Lebensqualität, Unterstützung von Initiativen zur historischen Aufarbeitung der Strafverfolgung und des späteren Umgangs mit den Opfern

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 15/5475

Straftäter

s.a. *Elektronische Überwachung von Straftätern*
s.a. *Strafgefangener*

Umsetzung des TherapieunterbringungsGes in BW

Zahl der aus Sicherungsverwahrung entlassenen und polizeilich überwachten Personen, Zahl und Ergebnis von gestellten Anträgen auf Unterbringung nach der o.g. Rechtslage; Verhältnis zwischen Strafvollzug, Unterbringung im Maßregelvollzug und nach dem TherapieunterbringungsGes; Stand der Suche nach einer Unterbringungseinrichtung

Antr
s. *Therapieunterbringungsgesetz*
Drs 15/267

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

Mittlg LReg
s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*
Drs 15/298

Gesetz zum Staatsvertrag über die Einrichtung einer Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder

Elektronische Aufenthaltsüberwachung von rückfallgefährdeten Straftätern nach ihrer Entlassung aus der Haft oder dem Maßregelvollzug als Maßnahme der Führungsaufsicht, Einrichtung der Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle in Hessen

GesEntw
s. *Elektronische Überwachung von Straftätern*
Drs 15/856

Verordnung über das vorübergehende Verlassen des Aufenthaltsbereichs durch Asylbewerber

Begründung und mögliche Auswirkungen des o.g. Entwurfs; Einschränkung der generellen landesweiten Freizügigkeit nur für Straftäter und Personen, gegen die wegen Straftaten ermittelt wird, aber nicht für Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten ist; Verzicht auf den Erlass der Verordnung

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 15/901

Resolution des Landtags von Baden-Württemberg gegen rechts-extremistische Gewalt

Verurteilung der rechtsterroristischen Mordtaten, Forderung einer rückhaltlosen Aufklärung der Verbrechen und Hintergründe sowie konsequenten Bestrafung der Täter und Helfer, Aufruf der Bürger zum entschiedenen Widerstand gegen jeglichen Extremismus, Bekundung des Mitgefühls gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/903

Förderung der freien Träger des Opferschutzes in BW

Bewertung der Arbeit der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Trägervereins im Bereich der psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeneiger“; Gewährung einer mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart vergleichbaren Förderung, Bewilligung der von der alten LReg zugesagten Mittel

KIAnfr
s. *Opferschutz*
Drs 15/954

Therapieunterbringung im Psychiatrischen Zentrum Nordbaden

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit im PZN nach dem Therapieunterbringungsgesetz: Zustandekommen der Entscheidung und Beteiligte an der Entscheidungsfindung, Art und Zeitpunkt der Kommunikation der Entscheidung gegenüber den Bürgern und dem Gemeinderat der Stadt Wiesloch, Bestätigung der Entscheidung als Übergangslösung?

Antr
s. *Unterbringung*
Drs 15/1027

Aktueller Stand der Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit in der Maßregelvollzugseinrichtung des Zentrums für Psychiatrie in Wiesloch, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen und Räumlichkeiten im PZN; Frage nach dem sozialtherapeutischen Konzept zur Durchführung des Therapieunterbringungsverfahrens sowie nach der Einbringung des angekündigten Therapieunterbringungsverfahrens

Antr
s. *Therapieunterbringungsgesetz*
Drs 15/1028

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Haushalt 2012; Epl 05

Erhöhung des Zuschusses an das Netzwerk Straffälligenhilfe, Fortführung des Projekts der Vermittlung von Straffälligen in gemeinnützige Arbeit („Schwitzen statt Sitzen“)

Haushalt
s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*
Drs 15/1105

Frauen im Justizvollzug in BW

Entwicklung der Art und Zahlen von Straftaten sowie der einsitzenden Frauen seit 2002, Umgang mit weiblichen Straftätern im Vollzug, Frage nach spezifischen Förderprogrammen und Ausbildungsmaßnahmen sowie nach der Kinderbetreuung und Rückfallquote weiblicher Straftäter

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1985

Finanzierung des Opferschutzes in BW - Stand der Dinge

Gleichstellung der „Forensischen Ambulanz Baden“ und ihres Fördervereins „Behandlungsinitiative Opferschutz“ bei der Förderung mit der entsprechenden Einrichtung in Stuttgart, Umsetzung der auf Drs 15/954 gemachten Zusage; Frage nach einem Gesamtkonzept für eine landesweite Abdeckung mit Leistungen forensischer ambulanter Dienste zur psychologischen Behandlung straffällig gewordener Gewalttäter und sogenannter „Tatgeheimer“

KlAnfr
s. *Opferschutz*
Drs 15/2582

Schaffung einer Rechtsgrundlage für die polizeiliche Überwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter

Gesetzliche Regelung der Dauerüberwachung ehemaliger Sicherungsverwahrter durch die Polizei; psychologische Begutachtung der Entlassenen

Antr
s. *Sicherungsverwahrung*
Drs 15/3274

Seniorinnen und Senioren im Justizvollzug in BW

Strafvollzug für Straftäter im Seniorenalter; Unterbringung älterer Strafgefangener; Anpassung der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten; spezielle Betreuungs- und Eingliederungsprogramme

Antr
s. *Strafvollzug*
Drs 15/4689

Situation der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis

Hintergründe zu Asylverfahren und Lage der Asylbewerber im Rems-Murr-Kreis, insbes Unterbringung, Antragsbegründungen, Straffälligkeit, Ausweisungen, verhängte Haftstrafen, Identitätsfeststellung, Ergebnisse abgeschlossener Asylanträge, Möglichkeiten zur Beschleunigung von Asylverfahren, Erfassung der beruflichen Qualifikation der Asylbewerber

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5709

Überlastung der Strafkammern in BW

Sachstand zur Überbelastung der Strafkammern in BW, insbes Daten zu aus verfahrensrechtlichen Gründen aus der Untersuchungshaft entlassenen Straftätern, Fragestellung und Ergebnisse einer Untersuchung zur Belastung der Strafkammern, Handlungskonsequenzen und Maßnahmen, Festschreibung einer automatischen Vertretungsregelung bei Überlastung durch Änderungen im Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozessordnung durch den Bundesgesetzgeber

Antr
s. *Strafgerichtsbarkeit*
Drs 15/6328

Kriminalität im Wahlkreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Esslingen, insbes Anzahl der Straftaten, Zahl der Einbrüche und örtliche Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis und Täternetze bei den Wohnungseinbruchdiebstählen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7898

Feststellung einer steigenden Zahl von jüngeren Straftätern und von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412 413 421

Straftätersauslieferung

s. *Auslieferung von Straftätern*

Straftat

s.a. *Amoklauf*
s.a. *Betrug*
s.a. *Gewalt*
s.a. *Korruption*
s.a. *Menschenhandel*
s.a. *Misshandlung*
s.a. *Sexualdelikt*
s.a. *Steuerdelikt*
s.a. *Straftäter*
s.a. *Strafverfahren*
s.a. *Strafverfolgung*
s.a. *Terrorismus*
s.a. *Verbrechensopfer*

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Öffentliche Sicherheit im Enzkreis

Entwicklung der Fallzahlen von Einbrüchen und Diebstählen im Enzkreis und insbes in Knittlingen; Verstärkung der Polizeipräsenz und polizeilichen Ermittlungsarbeit in Knittlingen; strukturelle Verbesserung der polizeilichen Versorgung im Enzkreis und Abstimmung der Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Dienststellen

KlAnfr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 15/1097

Durchführung des Opferentschädigungsgesetzes

Zahl der jährlichen Opfer von Straftaten seit 2002 und der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge nach dem Opfe-

rentschädigungsgesetz; Dauer der Bearbeitung eines Antrags im Vergleich zu anderen BLändern, Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung in BW; Umfang der Inanspruchnahme einer sofortigen Behandlung unabhängig von der Anerkennung des geltend gemachten Anspruchs

Antr
s. *Opferentschädigungsgesetz*
Drs 15/1192

Daten zu den Polizeidirektionen in Pforzheim, Ludwigsburg und Böblingen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten Jahren; Darlegung der verfügbaren Liegenschaften als Grundlage der Entscheidung für Ludwigsburg als Standort des künftigen Präsidiums

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1554

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen
Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Frauen im Justizvollzug in BW

Entwicklung der Art und Zahlen von Straftaten sowie der einsitzenden Frauen seit 2002, Umgang mit weiblichen Straftätern im Vollzug, Frage nach spezifischen Förderprogrammen und Ausbildungsmaßnahmen sowie nach der Kinderbetreuung und Rückfallquote weiblicher Straftäter

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1985

Umgang von Aufsichtsrat und Betriebsprüfung mit Anhaltspunkten auf (Steuer-)Straftaten

Umgang des Aufsichtsrats der EnBW und der Finanzverwaltung mit den Geschäften der EnBW im Rahmen eines Anfangsverdachts wegen Untreue und Steuerhinterziehung

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2802

Strafrechtliche Bekämpfung von Doping

Rechtsgrundlagen der strafrechtlichen Bekämpfung; Erfahrungen mit dem 2007 in Kraft getretenen „Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport“ und den Staatsanwaltschaften mit dem Schwerpunkt Dopingstraftaten; Zahl der Ermittlungsverfahren und die Art ihres Abschlusses; Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts der Bundesregierung; Strafbarkeit von Sportlern wegen des Besitzes „geringer Mengen“ eines Dopingmittels; Haltung der Sportverbände

GrAnfr
s. *Doping*
Drs 15/3093

Amnestie im Zusammenhang mit der Stuttgart 21-Demonstration am „Schwarzen Donnerstag“

Zahl der gegen Demonstranten sowie gegen Polizeibeamte eingeleiteten Strafverfahren; Stand dieser Verfahren; Vorschlag einer generellen Amnestie für alle im Zusammenhang mit der Demonstration und dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten begangenen Straftaten; Vereinbarkeit einer Amnestie mit dem Legalitätsprinzip; Auswirkungen auf künftige Polizeieinsätze bei Demonstrationen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3323

EU-Programm „Daphne“

Antragsverfahren, Umsetzung, Ergebnisse und Zukunft des EU-Programms „Daphne“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen, insbes kofinanzierte Förderprojekte in BW; Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Gewaltprävention; Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von „Ehrenverbrechen“ und der genitalen Verstümmelung von Frauen

Antr
s. *DAPHNE*
Drs 15/3337

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/4264

Extremistische Aktivitäten im LKreis Esslingen

Extremistische Aktivitäten und Straftaten in den Jahren 2012 und 2013; Auftreten von Links- und Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus und türkischem Nationalismus; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/4321

Rechtsextremismus im LKreis Freudenstadt

Rechtsextreme Parteien, Organisationen und Gruppierungen im LKreis Freudenstadt; Bestehen sogenannter „Freier Kameradschaften“, Größe der „Kameradschaft Freudenstadt“; Beziehung zu den sogenannten „Autonomen Nationalisten“; Form der Zusammenarbeit; überregionale Kontakte; Straf- und Gewalttaten

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/5004

Rauchwarnmelder - Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Konsequenzen einer Nichtbeachtung von § 15 Abs 7 Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)

Konsequenzen der Nichtbeachtung der Landesbauordnung bezüglich der Installation von Rauchwarnmeldern, insbes recht-

lichen und versicherungstechnischen Folgen im Schadensfall, strafrechtliche Konsequenzen und Sanktionsmechanismen in anderen Bundesländern; Notwendigkeit der Nachbesserung der gesetzlichen Regelung bezüglich Hinweispflicht, Kontrollen und Bußgeldern

Antr
s. *Rauchmelder*
Drs 15/5103

Organisierte Kriminalität in BW

Situation und Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in BW, insbes Straftatenentwicklung, Deliktbereiche, Organisationsformen, Verdächtigenprofile

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5156

Kriminalität im Wahlkreis Eppingen

Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Eppingen, insbes Straftatenzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5228

Kriminalitätsbelastung im LKreis Göppingen

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Göppingen; Straftaten iRd organisierter Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Prävention von Einbruchdiebstählen; Aufklärungsquote; Delikthäufigkeit in ländlichen und städtischen Regionen; Auswirkungen der Polizeireform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5308

Kriminalität und Wohnungseinbrüche im LKreis Esslingen

Entwicklung der Kriminalität im LKreis Esslingen, insbes Straftatenanzahl und Aufklärungsquote, Anteil organisierter Kriminalität, Kriminalitätsschwerpunkte, lokale Schwerpunkte von Wohnungseinbrüchen und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5457

Verfassungsschutzbericht 2013 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie Aktivitäten von Scientology; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/5471

Kriminalitätsbelastung im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Kriminalitätsbelastung seit 2009; Kriminalitätsschwerpunkte im LKreis Schwäbisch Hall; Straftaten iRd organisierter Kriminalität; Wohnungseinbrüche in den Städten und Gemeinden; Aufklärungsquote; Auswirkungen der Polizei-

reform

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5577

Einbrüche im LKreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Straftaten und Einbruchskriminalität im LKreis Esslingen, insbes Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6667

Asylbewerber und Flüchtlinge im Ostalbkreis

Daten zu Asylbewerbern und Flüchtlingen im Ostalbkreis, insbes Unterbringung, Anerkennungsquoten, Rückführungen, Straftaten, Arbeitsaufnahmen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/6691

Straftaten militanter Tierschützer in BW

Sachstand zu Straftaten militanter Tierschützer gegen Nutztierhalter in BW, insbes Anzahl, Tatbestände, Aufklärungsquote, Erkenntnisse über Organisationsformen und Personenkreise, Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6916

Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7218

Kriminalität im LKreis Rottweil

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im LKreis Rottweil, insbes Schwerpunkte, Aufklärung von Straftaten, Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstähle, Organisation und Personalausstattung bei der Polizei

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7379

Berichterstattung über besondere Vorkommnisse in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten oder sonstige besondere Vorkommnisse in oder im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften im Vergleich zu sonstigen Vorkommnissen

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7485

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jsiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingseinrichtungen; Sachstand zu religiösen An-

griffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 15/7591

Kriminalität im Wahlkreis Esslingen

Sachstand zur Entwicklung der Kriminalität im Wahlkreis Esslingen, insbes Anzahl der Straftaten, Zahl der Einbrüche und örtliche Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterkreis und Täternetz bei den Wohnungseinbruchdiebstählen, Präventionsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/7898

Entwicklung der Kriminalität in BW

Termin der Veröffentlichung der polizeilichen Kriminalstatistik 2015; Begründung der Terminierung; Erkenntnisse über die im Jahr 2015 verübten Straftaten

Antr
s. *Kriminalstatistik*
Drs 15/7991

Vorfälle in der Silvesternacht in BW

Sachstand zu festgestellten gehäuften Straftaten und Ordnungsstörungen in der Silvesternacht in Städten Baden-Württembergs, insbes eingegangene Anzeigen zu Diebstahls- und Sexualdelikten, Anteil der ausländischen Täter, Vorfälle des Phänomens „Taharrush gamea“, Verantwortlichkeit für die Berichterstattung der Vorfälle, Kenntnisstand des Lagezentrums im Innenministerium, Vorgehensweise der Polizei bei Gefahrenabwehr und Tätermittlung, Einsatz von Bereitschaftspolizisten, Straftaten gegen Polizeibeamte

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 22.01.2016 und Stellungnahme IM Drs 15/7992

Beklagung des übermäßigen Alkoholkonsums von Jugendlichen und der daraus folgenden Straftaten; Schaffung der Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden an örtlichen Brennpunkten

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 209-215

Beklagung des übermäßigen Alkoholkonsums von Jugendlichen und der daraus folgenden Straftaten; Schaffung der Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot der Ortspolizeibehörden an örtlichen Brennpunkten; Zunahme der tätlichen Übergriffe gegen Polizeibeamte

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1586-1593 1609-1611

Straftat gegen die Umwelt

s. *Umweltkriminalität*

Straftat gegen Eigentum und Vermögen

s. *Vermögensdelikt*

Strafverfahren

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Stärkung bestimmter Aspekte der Unschuldsvermutung und des Rechts auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4461

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verfahrensgarantien in Strafverfahren für verdächtige oder beschuldigte Kinder

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4571

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 10 - Geldauflagen in Strafverfahren (Kap 0503)

Mittlg RH
s. *Geldstrafe*
Drs 15/5410

Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen bei der Befragung durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht

Umsetzung einer altersgerechten und angemessenen Befragung von Kindern und Jugendlichen durch Ermittlungsbehörden und vor Gericht, insbes Verwendung kindgerechter Sprache und angemessener Befragungsweise, Qualifikation und Schulung von Ermittlern, Gewährung von Verfahrensbeiständen für Kinder, landesgesetzliche Anpassungen

Antr
s. *Strafprozessrecht*
Drs 15/5890

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6816

Verweisung auf die kurzen Verfahrenslaufzeiten in BW

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1294 1298

Strafverfahrensrecht

s. *Strafprozessrecht*

Strafverfolgung

s.a. *Geldstrafe*
s.a. *Steuerfahndung*
s.a. *Straftat*
s.a. *Strafverfahren*

Straftaten iRd Proteste gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ am 20.06.2011

Zahl und Art der Verletzungen von Polizeibeamten, Zahl und Gegenstand von Ermittlungen gegen gewalttätige Demonstrationen

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/98

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/169

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/171

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr
s. *Technische Observation*
Drs 15/669

Tätigkeit sogenannter „Friedensrichter“ in BW

Beurteilung o.g. Vermittlungstätigkeit, insbes bei Rechtsstreitigkeiten und Straftaten unter Migranten muslimischen Glaubens; Auswirkungen auf polizeiliche Ermittlungen und den Gang der staatlichen Rechtspflege, Einschränkung der Strafverfolgung durch Beeinflussung der Aussagen von Opfern und Zeugen; Maßnahmen zur Verhinderung einer „Paralleljustiz“

Antr
s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*
Drs 15/795

Linksextreme Szene stärker überwachen

Entwicklung der o.g. Szene und der von ihr verübten Gewaltdelikte; Zahl der beim Verfassungsschutz und der Polizei mit der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung betrauten Beamten, Pla-

nung einer Personalaufstockung? Einschätzung der Gefahr von zusätzlichen Gewalttaten und Anschlägen im Zuge der Proteste gegen Stuttgart 21 und als Nachahmung der Anschläge auf Bahnanlagen in Berlin

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/833

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spysoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Software*
Drs 15/860

Resolution des Landtags von Baden-Württemberg gegen rechts-extremistische Gewalt

Verurteilung der rechtsterroristischen Mordtaten, Forderung einer rückhaltlosen Aufklärung der Verbrechen und Hintergründe sowie konsequenten Bestrafung der Täter und Helfer, Aufruf der Bürger zum entschiedenen Widerstand gegen jeglichen Extremismus, Bekundung des Mitgefühls gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/903

Aktiv gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat

Entwicklung der o.g. Zahlen von Opfern, der Strafverfolgung und Hilfsangebote; Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der EU-Richtlinie zum Menschenhandel; Wirkungen des Opferfonds und des Leitfadens für die „Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen“; Etablierung und Fortschreibung der Projektmittel im Sozialhaushalt 2012

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/973

Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken

Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets zur Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder und Begehung von Straftaten; Bemühungen um Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei Straftaten im Internet; Nutzung der Programme des Landes durch Schulen zur Erlangung oder Verbesserung der Medienkompetenz von Schülern, Lehrern und Eltern

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/1069

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der

Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr
s. *Wirtschaftskriminalität*
Drs 15/1092

Bürger vor gefälschten Medikamenten schützen

Ausmaß, gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden der o.g. Wirtschaftskriminalität seit 2007; Art, Intensität und Ergebnisse der Bekämpfung durch die zuständigen Landes- und Bundesbehörden; Ergreifung weiterer wirksamer Maßnahmen, Unterstützung des EU-Projekts „SAVEMed“

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/1291

Strafverfolgung deutscher Staatsbürger im Ausland

Schutz von deutschen Staatsangehörigen gegen ausländische Strafverfolgungsmaßnahmen und zivilrechtliche Vollstreckungsmaßnahmen; Beurteilung der vom Finanzminister geäußerten Gefährdung des Steuerabkommens mit der Schweiz durch die dortige Einleitung von Strafverfolgungsmaßnahmen gegen deutsche Steuerfahnder

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 04.04.2012 und Antw
StM Drs 15/1546

Enkeltrickbetrug in BW

Darlegung der o.g. Fälle in den letzten zehn Jahren, der entsprechenden Schäden, der besonders betroffenen Personen und Orte, der Aufklärungsquote und verhängten Strafen sowie der verfügbaren Ermittlungsinstrumente; Verstärkung der präventiven Maßnahmen und der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und Bundesbehörden

Antr
s. *Betrug*
Drs 15/1568

Bekämpfung von illegalem Glücksspiel im Internet

Formen, Anteile, Umsätze, Suchtpotenzial und Schäden von illegalem Glücksspiel außerhalb und innerhalb des Internets; Möglichkeiten und Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden, Zahl und Ergebnisse der Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse; Möglichkeiten zur Sperrung von Zahlungswegen ins Ausland, Inanspruchnahme des Instruments der Untersagungsverfügung gegenüber Finanz- und Kreditinstituten

GrAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/1707

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Geänderter Vorschlag der EU-Kommission für eine EURODAC-Verordnung

Ermöglichung des Zugangs der Strafverfolgungsbehörden zu den biometrischen EURODAC-Daten von in einem EU-Mitgliedstaat registrierten Asylbewerbern

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1788

Ausführung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsaufträgen durch die Polizei

Polizeidirektionen, die o.g. Ermittlungen seit 2011 aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht durchführen konnten; Gründe für eine mögliche Häufung solcher Fälle im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim sowie für einen möglichen Schwerpunkt bei der Telekommunikationsüberwachung

KlAnfr Thomas Blenke CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke
FDP/DVP 17.07.2012 und Antw IM Drs 15/2112

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsheiministrägern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Gewalt mit sexuellem Hintergrund

Anzahl der Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen sexueller Gewalt im Zeitraum von 2007 bis 2012 (getrennt aufgelistet nach Mädchen, Jungen, Frauen und Männern); Mengenangaben zu eingestellten Ermittlungsverfahren, zu Anzeigen gegen Personen im beruflichen Umfeld und zu Opfern mit Migrationshintergrund sowie Opfern mit Behinderungen; vorhandene Hilfseinrichtungen; Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Hilfs- und Präventionsangeboten

KlAnfr
s. *Sexualdelikt*
Drs 15/2636

Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und

Interventionsmaßnahmen

Antr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 15/2867

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Die Zusammenarbeit und die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol)

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3528

Einbruchsserie in Pforzheim

Zahl der Wohnungseinbrüche in Pforzheim seit Beginn des Jahres 2013 im Vergleich zu den Vorjahren; besonders betroffene Stadtteile; Ursachen für einen Anstieg der Einbrüche; Durchführung von Gegenmaßnahmen; Auswirkungen der Polizeireform auf Prävention und Strafverfolgung

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/3696

Cybermobbing auch in BW gezielt bekämpfen

Zahl der von Cybermobbing betroffenen Schüler; besonders gefährdete Personengruppen; Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklung der Betroffenen; Schulwechsel und schwerer wiegende Folgen von Mobbing in sozialen Netzwerken; Modelle, Projekte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cybermobbing; niederschwellige Angebote an Schulen, Unterstützungsangebote von Schülern für Schüler; strafrechtliche Verfolgung von Cybermobbing, Hinweis auf Präzedenzfälle

Antr
s. *Mobbing*
Drs 15/3935

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3977

Gewaltprävention und Wirksamkeit der Fanprojekte

Bestand und Bedarf an Fanprojekten in BW; Aufgabenfelder; präventive Wirkung von Fanprojekten; Arbeit des Fanprojekts in Mannheim/Ludwigshafen; Förderung von Fanprojekten durch das Land; bisherige Erfahrungen mit dem Sicherheitskonzept der Deutschen Fußball Liga (DFL); Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Kommunen, Fanprojekten und Polizei; Strafverfolgung der Ausschreitungen im Umfeld des Fußballspiels Offenbacher Kickers und SV Waldhof Mannheim am 25. August 2013; Gewaltprävention im Amateurbereich

Antr
s. *Gewaltprävention*
Drs 15/3990

Die Bedeutung von Geheimhaltungsvorschriften für die LReg

Weitergabe nicht öffentlicher, dienstlich erlangter Informationen wie z.B. Kenntnisse über staatsanwaltliche Maßnahmen gegen eine Person oder Organisation an Privatpersonen durch

Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, politische Beamte und Regierungsmitglieder; dienst- und strafrechtliche Folgen einer Verletzung des Amtsgeheimnisses; Bewertung der Schweigepflichtverletzung des ehemaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich als anständiges Verhalten durch den Landesinnenminister Reinhold Gall; Missbilligung der Rechtfertigung eines Verstoßes gegen rechtsstaatliche Vorschriften durch politische Belange

KlAnfr
s. *Schweigepflicht*
Drs 15/4815

Entschließung zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer

Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer, insbes Entschuldigung des Landtags für die Anwendung von § 175 Strafgesetzbuch (StGB) sowie der Beeinträchtigung von Menschenwürde und Lebensqualität, Unterstützung von Initiativen zur historischen Aufarbeitung der Strafverfolgung und des späteren Umgangs mit den Opfern

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 15/5475

Antisemitisch motivierte Manifestationen im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg

Hintergründe antisemitischer Äußerungen und Handlungen bei Protesten gegen den Gaza-Krieg und Reaktion der Strafverfolgungsbehörden; Verbindung islamistischer zu rechts- bzw links-extremistischen Gruppen; Schutzmaßnahmen für jüdische Mitbürger und Einrichtungen vor antisemitisch motivierten Aktivitäten

Antr
s. *Antisemitismus*
Drs 15/5581

Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/5630

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr

s. *Menschenhandel*
Drs 15/5651

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus
Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr
s. *Terrorismus*
Drs 15/5880

Nutzung des Internets durch die Polizei für Fahndungs- und Ermittlungszwecke; Verweisung auf die hohe Aufklärungsquote der Polizei

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2026-2031 2036

Konsequente Verfolgung von kriminellen Rockerbanden, Festhalten an den Strukturen der Polizei zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2180-2186

Strafvollzug

s.a. *Elektronische Überwachung von Straftätern*
s.a. *Freiheitsstrafe*
s.a. *Haft*
s.a. *Justizbediensteter*
s.a. *Justizvollzugsanstalt*
s.a. *Maßregelvollzug*
s.a. *Strafgefangener*

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 13 - Vollzugliches Arbeitswesen (Kap 0508)

Mittlg RH
s. *Arbeit*
Drs 15/113

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Grünbuch der Kommission: Stärkung des gegenseitigen Vertrauens im europäischen Rechtsraum - Grünbuch zur Anwendung der EU-Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/396

Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs der Justizvollzugsanstalt (JVA) Offenburg trotz Rücknahme der Teilprivatisierung durch die LReg

Auswirkungen der beabsichtigten Beendigung der Teilprivatisierung zum 30.07.2014 auf den Betrieb durch den privaten Dienstleister, Umfang und Kosten des notwendigen Einsatzes von staatlichem Personal, Frage nach einem Überleitungskonzept für die betroffenen Betriebsbereiche sowie nach einer Übernahme qualifizierter Mitarbeiter des Dienstleisters

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 15/1024

Bildungschancen jugendlicher Strafgefangener in baden-württembergischen Gefängnissen

Situation der Beschulung der o.g. Gefangenen und Untersuchungshäftlinge, insbes auch von Personen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und mangelhaften Deutschkenntnissen; Erfahrungen bei der Gewinnung von Lehrern; Teilhabe der Schulen in den Vollzugsanstalten an der Strukturreform des Schulsystems; Kooperationen zwischen diesen Schulen und Institutionen außerhalb der JVA

Antr
s. *Bildung*
Drs 15/1738

Frauen im Justizvollzug in BW

Entwicklung der Art und Zahlen von Straftaten sowie der einsitzenden Frauen seit 2002, Umgang mit weiblichen Straftätern im Vollzug, Frage nach spezifischen Förderprogrammen und Ausbildungsmaßnahmen sowie nach der Kinderbetreuung und Rückfallquote weiblicher Straftäter

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1985

Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in BW

Regelung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in einem eigenständigen Buch 5 des Justizvollzugsgesetzbuchs; Änderung von Buch 1 bis 4 des Justizvollzugsgesetzbuchs

GesEntw
s. *Sicherungsverwahrung*
Drs 15/2450

Haftentwicklung in BW / Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ zur Haftvermeidung

Entwicklung der Zahlen und Altersstruktur von Strafgefangenen und Verurteilungen zu Strafhaft in den letzten zehn und kommenden Jahren; Auslastung der Vollzugsanstalten; Anteil der Verurteilungen zu Geldstrafen im Verhältnis zu allen Verurteilungen; Zahl der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Inhaftierten; Kosten eines Hafttags sowie eines im Rahmen des o.g. Projekts vermittelten Arbeitstages; Frage nach einer Erweiterung der Programme zur Haftvermeidung für säumige Geldstrafschuldner

KIAnfr
s. *Haft*
Drs 15/2587

Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Statistiken zu Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Ministerien des Landes, bei der Polizei, im Schuldienst und im Strafvollzug - insbes zu Beschäftigtenanteil, Beschäftigungsverhältnis, Bewerbungen und Einstellungen sowie Auszubildenden; Maßnahmen und Ergebnisse der Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/2839

Gesetz über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes (Justizwachtmeisterbefugnisgesetz - JWBG)

Vereinheitlichung und Kodifizierung der Auswahl polizeirechtlicher Befugnisse gegenüber Dritten, die der Justizwachtmeisterdienst zu Gefahrenabwehr und Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, insbes im Vorführdienst, bei der Bewachung Gefangener, bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Amtsgebäuden und bei der Vollziehung richterlicher und staatsanwalt-schaftlicher Anordnungen

GesEntw
s. *Justizwachtmeisterbefugnisgesetz*
Drs 15/3076

Seniorinnen und Senioren im Justizvollzug in BW

Strafvollzug für Straftäter im Seniorenalter; Unterbringung älterer Strafgefangener; Anpassung der Ausstattung der Justizvollzugsanstalten; spezielle Betreuungs- und Eingliederungsprogramme

Antr Karl Zimmermann u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/4689
BeschlEmpf und Bericht StändA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 5
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 9 - Haftplatzbedarf sowie Einrichtungen des offenen Vollzugs und des Freigangs (Kap 0508)

Mittlg RH
s. *Haft*
Drs 15/7009

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 6 des Justizvollzugsgesetzbuchs in der Fassung vom 20. November 2012

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Rücknahme der Teilprivatisierung der JVA Offenburg; Fortführung des Projekts „Schwitzen statt Sitzen“; Schaffung der notwendigen Haftanstalten für einen modernen Strafvollzug

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293-1300

Strafvollzugsanstalt

s. *Justizvollzugsanstalt*

Strafvollzugsbeamter

s. *Justizbediensteter*

Strafvollzugsgesetz

s. *Strafvollzug*

Strafzumessung

„*Sicher wohnen in BW*“ - *Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität*

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6816

Strahlen

s. *Strahlung*

Strahlenbelastung

Strahlenbelastung durch Mobilfunksendeanlagen

Gesundheitliche Risiken und rechtliche Möglichkeiten bei der Errichtung von Mobilfunkmasten, insbes Stärkung der kommunalen Kompetenzen im Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/3144

Strahleneinwirkung

s. *Strahlenbelastung*

Strahlenexposition

s. *Strahlenbelastung*

Strahlenheilkunde

s. *Radiologie*

Strahlenkontamination

s. *Strahlenbelastung*

Strahlenschutz

s.a. *Nukleare Sicherheit*

WLAN-freie Schulen in BW

Möglichkeiten und Rechtsgrundlagen für o.g. Zielsetzung

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/692

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KlAnfr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 18.10.2011 und
Antw SM Drs 15/730

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 09.11.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/847
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 08.03.2012 Drs 15/1646
S. 31 32
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr
s. Radioaktivität
Drs 15/1699

Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. Notfallvorsorge
Drs 15/5014

Neue Evakuierungszonen und Katastrophenpläne um die Atomkraftwerke in Deutschland

Inhalt und Zeitrahmen der konkreten Pläne zur Ausweitung der Evakuierungszonen an den Kernkraftwerksstandorten, insbes Anlass zur Ausweitung der Evakuierungszonen, Abstimmung der Pläne zwischen Ländern und den betroffenen Kommunen sowie weiteren berührten Stellen

Antr
s. Kernkraftwerk
Drs 15/5049

Strahlenschutzkommission*Empfehlung der Strahlenschutzkommission zu Planungsgebieten für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken*

Beurteilung der Empfehlungen zu den Planungsgebieten für den Notfallschutz; Umsetzung der Empfehlungen in BW und ihre Kosten; Anzahl der von Evakuierungsmaßnahmen rund um die Kernkraftwerksstandorte Philippsburg und Neckarwestheim betroffenen Personen; Anzahl der mit Jodtabletten zu versorgenden Personen; Verwirklichung eines einheitlichen Notfallschutzes in Europa einschließlich der Schweiz insbes wegen der Atomkraftwerke in Grenznähe zu Baden

Antr
s. Notfallvorsorge
Drs 15/5014

Strahlenschutzmaßnahme

s. Strahlenschutz

Strahlenschutzvorsorge

s. Strahlenschutz

Strahlung

s.a. Radiologie
s.a. Strahlenschutz

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KlAnfr
s. Strahlenschutz
Drs 15/730

Gesundheitliche Auswirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunk und bei Funkanlagen

Wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bei Mobilfunkanlagen, Beurteilung der bestehenden Grenzwerte und Genehmigungsverfahren, Haltung der Bundesanstalt für Strahlenschutz; Vergleich der Strahlenbelastung von Funkmastanlagen und häuslichen Kommunikationsanlagen, Beurteilung der materiell-rechtlichen Folgen aus der Einführung einer Genehmigungspflicht von Sendeanlagen in der Landesbauordnung, Weiterverfolgung der Entwicklung alternativer Techniken im Mobilfunk

Antr
s. Strahlenschutz
Drs 15/847

Radon in BW - Gesundheitsrisiko, Kontrollen, Grenzwerte

Höhe und regionale Verteilung der o.g. Strahlenbelastung; Zahl von Erkrankungsfällen, insbes Lungenkrebs; Beurteilung der von der EU geplanten Grenzwerte; Entwicklung eines Konzepts zum Schutz der Bevölkerung vor den Gesundheitsgefahren von Radon; Schaffung eines Spezialistennetzwerks bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Antr
s. *Radioaktivität*
Drs 15/1699

Strahlenbelastung durch Mobilfunkseendeanlagen
Gesundheitliche Risiken und rechtliche Möglichkeiten bei der Errichtung von Mobilfunkmasten, insbes Stärkung der kommunalen Kompetenzen im Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/3144

Straßburg

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg
Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Situation der Polizei Kehl und Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg

Sachstand zur Situation der Polizei Kehl und der Zusammenarbeit mit der Police Nationale Strasbourg, insbes Personalausstattung, Realisierung des Einsatzes von Verbindungsbeamten, rechtlichen Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7476

Straße

s.a. *Bundesstraße*
s.a. *Fernstraße*
s.a. *Kreisstraße*
s.a. *Landesstraße*
s.a. *Straßenbau*
s.a. *Straßenverkehr*
s.a. *Verkehrsweg*

Umbenennung der Paul-von-Hindenburg-Straßen/Plätze
Bestehende Benennungen von Straßen und Plätzen in Kommunen nach dem früheren Reichspräsidenten; Eintreten für Umbenennungen

KlAnfr Wilhelm Halder GRÜNE 19.01.2012 und Antw IM
Drs 15/1151

EuroCombi: Verkehrsträger Straße weiterentwickeln

Antr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/2132

Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur
Gegenstand und Umsetzung der Richtlinie 2008/96/EG vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur in BW

Antr
s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/3189

Haltung der LReg zur Zerstörung der römischen Consularstraße (Steinsträßle) im Stuttgarter Tauschwald durch den Bau von Windkraftanlagen und seine Folgen

Sachstand zur Bedeutung der römischen Consularstraße (Steinsträßle) im Stuttgarter Tauschwald und Gefährdung durch den Bau von Windkraftanlagen, insbes Ermessensabwägung zwischen Bau von Windrädern sowie dem Schutz des kulturellen Erbes und dem Artenschutz, Maßnahmen zur Rettung der Römerstrasse

Antr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 15/7303

Straßenausstattung

s.a. *Hinweisschild*
s.a. *Kreisverkehr*

Bauliche und sonstige Maßnahmen zur Verhinderung des Falscheinfahrens auf Bundesautobahnen

Bewertung von Maßnahmen in anderen Ländern; die Kosten solcher Maßnahmen und ihre Finanzierung durch Sponsoring; konkrete Pläne und Ideen

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2687

Beidseitiger Schutzstreifen für Fahrradfahrer - deutlicher Sicherheitsgewinn?

Vorgaben der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) für eine Mindestbreite des Straßenraums bei einer Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer auf Kreis- und Landesstraßen; Richtlinie des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Gestaltung und Förderung von Radverkehrsanlagen (RL-Radinfrastuktur); Einhaltung der vorgegebenen Straßenmindestbreite bei der Einrichtung von Schutzstreifen; Stärkung der Verkehrssicherheit der Radfahrer durch die von Städten und Gemeinden ausgewiesenen Schutzstreifen; Schutzstreifen an viel befahrenen innerörtlichen Straßen; Voraussetzungen für eine Neumarkierung von Schutzstreifen

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4934

Fahrradtourismus in BW

Übernachtungszahlen, Verweildauer und Herkunft der Fahrradtouristen; Anstieg der Zahl der fahrradfreundlichen Gastbetriebe; Ausbau der Infrastruktur und Qualität des Radwegenetzes; Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer im Straßenverkehr; Stärkung des Fahrradtourismus in BW; Kooperation mit den Nachbarländern

Antr
s. *Fahrradtourismus*
Drs 15/5317

Reduzierung der Zahl von tödlichen Motorradunfällen, Schutzummantelung der Leitplanken

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 668

Straßenbau

s.a. *Straßenausstattung*

s.a. Straßenbauverwaltung
s.a. Straßenbelag

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach
Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 15/15

Straßenbau

Umgang der neuen LReg mit den Vorhaben im Wahlkreis Villingen-Schwenningen: Aus- und Neubau von Landesstraßen zwischen Ortschaften und als Ortsumfahrungen im Zuge der L 172, 177, 178 und 423 sowie von Fahrbahndeckenerneuerungen im Zuge der L 180 und 181

KlAnfr Karl Rombach CDU 19.05.2011 und Antw MVI Drs 15/18

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 18: Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben

Mittlg LReg 21.06.2011 Drs 15/136
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.09.2011 Drs 15/552
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 670
Mittlg LReg 28.06.2013 Drs 15/3700
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4044
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Ortsumfahrung Winden B 294 und Straßenbau im LKreis Emmendingen

Priorität und Realisierungschancen des o.g. Projekts und von weiteren anstehenden Modernisierungs-, Aus- und Neubauvorhaben im LKreis Emmendingen

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 21.06.2011 und Antw MVI Drs 15/140

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 6: Das Ökokonto als Lösungsansatz für Umsetzungsdefizite bei Straßenbau und Gewässerentwicklung

ng//
s. Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung
Drs 15/221

Straßenbauprojekte im Wahlkreis Singen

Unterstützung der Fortsetzung des vierspurigen Ausbaus der B 33 neu zwischen Allensbach und Konstanz, der Finanzierung der weiteren Abschnitte, der Realisierung der Umfahrung „Westlicher Bodensee“ sowie der Ortsumfahrung Rielasingen

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 08.07.2011 und Antw MVI Drs 15/253

Substanzverbesserung und Verkehrssicherheit an Landesstraßen
Künftige Finanzierung der o.g. Maßnahmen

Antr
s. Landesstraße
Drs 15/307

Aus- und Neubaumaßnahmen an Landesstraßen und insbesondere an Ortsumfahrungen

Auflistung der zur Zeit in Umsetzung befindlichen, der geforderten, geplanten und für notwendig erachteten Maßnahmen; Auflistung der Maßnahmen mit Baurecht und dessen jeweilige Gültigkeitsdauer; Höhe der künftigen Mittelbereitstellung

Antr
s. Landesstraße
Drs 15/308

Haushalt 2011; Vierter Nachtrag

Mittelaufstockung für den Erhalt, Aus- und Neubau von Landesstraßen, insbes auch im Zuge von Ortsumgehungen

Haushalt
s. Landesstraße
Drs 15/341

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreis Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 15/364

Impuls- und Konjunkturprogramm

Stand und Abschluss der im Impuls-Programm des Landes und im Konjunktur-Programm des Bundes befindlichen Straßenbauprojekte; Darstellung der jeweiligen Kostenentwicklung und notwendigen Projekt-Nachfinanzierungen

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 02.08.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/391

Ortsumfahrungen

Begonnene, planfestgestellte sowie im Planfeststellungsbeschlussverfahren befindliche Ortsumfahrungen im Zuge von Landesstraßen; Art der Finanzierung der Maßnahmen, Bewertung unter den Aspekten „Entlastungswirkung“ und „Kosten-Nutzen-Verhältnis“

Antr
s. Ortsumgehung
Drs 15/392

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr
s. Landesstraße
Drs 15/410

Sanierungsstand Landesstraßen

Planungsstand, Priorisierung, Finanzierung, Baubeginn und -fertigstellung von Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen in den LKreisen Böblingen, Biberach, Calw, Enzkreis, Göppingen,

Heilbronn, Rastatt, Rottweil, Schwäbisch Hall und Sigmaringen; Etatisierung der notwendigen Mittel für den Erhalt der landeseigenen Straßeninfrastruktur

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/440

Auswirkungen der Neuausrichtung des Förderprogramms im Bereich Umweltverbund/Straße

Zeitplanung für die rechtliche Umsetzung der beabsichtigten Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten des Umweltverbunds (ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr); Aufteilung der Mittel innerhalb des sogenannten Umweltverbunds, Auskunft über die künftig neu zu fördernden Maßnahmen; Frage nach der Beteiligung der von der Neuausrichtung betroffenen Kommunalen Landesverbände; Auswirkungen der Umschichtung insbes auf den Straßenbau und dessen Finanzierung

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/477

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im Landkreis Biberach

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen in o.g. Gebietskörperschaften, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr Martin Rivoir SPD 08.09.2011 und Antw MVI Drs 15/485

Bau von Verkehrsinfrastruktur

Auflistung von nachrangigen Umgehungsstraßen und Prestigeprojekten sowie von überfeuerten Projekten seit 1998; Neudefinition der zu hohen Standards und Umplanung von Infrastrukturprojekten von Straße, Schiene und Wasserstraße

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/521

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechspurigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/576

Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Göppingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Stra-

ßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr Peter Hofelich u.a. SPD 29.09.2011 und Antw MVI Drs 15/624

Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Tübingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 04.10.2011 und Antw MVI Drs 15/635

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Landkreis Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 04.10.2011 und Antw MVI Drs 15/640

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Zustand der Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen seit 2006 und bis 2013; Schließung der Lücken im Radwegenetz; Möglichkeiten zur Verhinderung des mautpflichtigen Schwerlastverkehrs auf dem nachgeordneten Straßennetz im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/691

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Süden des Landes - Konsequenzen aus dem Entwurf des Investitionsrahmenplans des Bundes für 2011 bis 2015

Auflistung der Schienen- und Fernstraßenprojekte, insbes in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee; Beteiligung an der Erarbeitung des IRP, Zeitpunkt der Inkraftsetzung, Höhe der vorgesehenen Investitionsmittel

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/772

Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung

Auflistung der dringlichen Fernstraßenprojekte des Bundes und der dazu notwendigen Mittel, Beurteilung einer entfernungsunabhängigen Vignette und entfernungsabhängigen Pkw-Maut; Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Verbesserung der Finanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur durch ein System der Nutzerfinanzierung, Angebot des Landes als Modellregion

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/799

Straßenbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2010 und 2011, geplante Maßnahmen 2012 ff, Höhe der bereitgestellten und benötigten Mittel

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 05.12.2011 und Antw MVI Drs 15/953

Fördermittel nach Entflechtungsgesetz

Auswirkungen der o.g. Mittelumschichtung auf den kommunalen Straßenbau, Höhe der notwendigen Zuwendungen für angemeldete und bereits aufgenommene Maßnahmen im Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau, verfügbare Fördermittel für neue Bewilligungen bis 2019; Finanzierung des geplanten Sonderprogramms Radwege

Antr
s. *Entflechtungsgesetz*
Drs 15/1052

Landesstraßen in BW

Verkehrsaufkommen und -prognosen auf den Landesstraßen in der Region Mittlerer Oberrhein; Höhe der seit 2000 investierten Mittel für Neubau-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen; Stand der Planung und Realisierung von Landesstraßenprojekten in der Region

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1066

Haushalt 2012; Epl 13

Mittelaufstockung für den Erhalt, Aus- und Neubau der Landesstraßen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1113 3 4 S. 26-28
ÄAntr FDP/DVP 11.01.2012 Drs 15/1113-9 S. 36
ÄAntr FDP/DVP 07.02.2012 Drs 15/1213-3 S. 5
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1213 6 7 S. 8-10
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1348-1370

Straßenbauprojekte im Landtagswahlkreis Wiesloch - Verkehrsinfrastruktur BW

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte im o.g. Wahlkreis und landesweit, insbes auch auf die anstehende und notwendige zweispurige Ertüchtigung der L 723 sowie auf den geplanten Knotenpunktumbau B 3/L 723; Auswirkungen auf den Generalverkehrsplan, die Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft

KlAnfr Karl Klein CDU 24.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1159

Straßensanierungen an den Grenzen des Enzkreises

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertigstellung der Maßnahmen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1163

Landesstraßenbau

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen für die betroffenen Bürger und Kommunen, Straßenbauunternehmen, Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft; Auflistung der bisher geplanten Aus- und Neubaumaßnahmen; Frage nach der Daseinsberechtigung eines Verkehrsministeriums mit Straßenbauabteilung und Unterbau

KlAnfr Karl Rombach CDU 25.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1164

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*
Drs 15/1169

Straßen im Hohenlohekreis

Zustand der Landesstraßen im Hohenlohekreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau und Sanierungsmaßnahmen seit 2006; geplante Maßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2012 und 2013; Darstellung der besonders vordringlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 30.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1174

Finanzierungsprüfung des zweiten Bauabschnitts der Bundesfernstraße B 28 neu bei Rottenburg-Kiebingen durch die LReg

Bewertung einer Tieferlegung und Deckelung des o.g. Abschnitts und deren Finanzierung aus Landesmitteln, Durchführung einer Finanzierungsprüfung auch für andere planfestgestellte Baumaßnahmen von Fernstraßen, Bewertung der verfassungsrechtlichen Relevanz von Mischfinanzierungen zwischen Land und Bund

Antr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 15/1184

Straßenbaumaßnahmen im Rems-Murr-Kreis und im Wahlkreis Waiblingen

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2009; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; planfestgestellte Straßenbaumaßnahmen, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr Matthias Präfrock CDU 08.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1246

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt (Wahlkreis 33)

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen seit 2010; Höhe der dafür bereitgestellten Mittel; geplante und planfestgestellte Maßnahmen für 2012 und 2013, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr Tobias Wald CDU 13.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1257

Straßenbaumaßnahmen im Bereich Schwäbisch Gmünd / Heubach

KlAnfr Klaus Maier SPD 21.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1308

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstraßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfahrung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1312

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1351

Kommunale Straßenbauplanung nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Vorliegende Anträge und Anfragen zum kommunalen Straßenbau iRd LGVFG, Aufklärung der unterschiedlichen Angaben über das Zuwendungsvolumen im „nachrichtlichen Programm“ auf Drs 15/1052 und in der im Internet zugänglichen Zusammenstellung des MVI

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 07.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1385

Den kommunalen Straßenbau weiterhin fördern

Auswirkungen der Mittelumerschichtung im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zugunsten des „Umweltverbunds“ sowie der Mittelverwendung für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 08.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1405

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs 15/1821 S. 52-54
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Straßenbauvorhaben in Donauriedlen

Auswirkungen einer Änderung der Linienführung der Querspange B 311 / B 30 bei Erbach auf die prognostizierten Kosten im Vergleich zu anderen prioritären Vorhaben des Investitionsrahmenplans und einer alternativen Trassenführung; Höhe der Mehrkosten für das Land aufgrund der laut Planfeststellungsbeschluss vorgesehenen Abstufung von rund 12 km bisheriger Bundesstraße in eine Landesstraße

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 12.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1423

Finanzierung von Landesstraßen in kommunaler Baulast

Vereinbarkeit des Landtagsbeschlusses zu Drs 15/440 und 15/907 zur Mittelbemessung für den Erhalt, Aus- und Neubau der Landesstraßen mit der Mittelkürzung im Haushalt 2012

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1491

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenpla-

nung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen

Etatisierte und abgeflossene Mittel aus dem Haushalt und dem „Sanierungsfonds“ 2012, Darstellung der durchgeführten Maßnahmen sowie des Mittelbedarfs für Dienstleistungen Dritter für die Planung

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 28.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1515

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2007 S. 64 65
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Bau von Umgehungsstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bau von Umgehungsstraßen im Bereich der Bundesstraßen; Eintreten für eine zügige Planfeststellung des zweiten Bauabschnitts der Pforzheimer Westtangente; Kriterien für die Bearbeitung noch nicht begonnener planfestgestellter Maßnahmen des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/1558

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Peter Schneider CDU 27.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1632

Sanierung von Bundesstraßen im Enzkreis

Darstellung der geplanten Sanierungen, Zeitpunkt des Baubeginns an der B 35, Führung des Umleitungsverkehrs während dieser Bauphase durch Knittlingen, Ausmaß des zu erwartenden zusätzlichen Verkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Koordinierung des Umleitungsverkehrs zwischen dem RegPräs Karlsruhe, der Verkehrsbehörde Enzkreis, der Polizei und der Stadt Knittlingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.05.2012 und Antw MVI Drs 15/1709

Weiterbau von Bundesstraßen im LKreis Göppingen

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 21.05.2012 und Antw MVI Drs 15/1735

Länderübergreifende Arbeitsgruppe und Baumaßnahmen zur zweiten Rheinbrücke bei Karlsruhe

Abschluss des Faktenchecks und Vorlage der Ergebnisse; Bewertung der notwendigen Ertüchtigungsmaßnahmen an der bestehenden Brücke hinsichtlich ihrer technischen, wirtschaftlichen und baubetrieblichen Umsetzung sowie ihrer Wirkungen auf eine längere Lebensdauer der Brücke; Erfahrungen mit vergleichbaren technischen Verfahren im Ausland

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/1764

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Calw

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Thomas Blenke CDU 12.06.2012 und Antw MVI Drs 15/1804

Landesstraßenbaumaßnahmen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen 2011-2013; geplante und planfestgestellte Maßnahmen; Höhe der dafür benötigten und in den Haushalten eingestellten Mittel; Frage nach Verschiebungen in der Priorisierung

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 13.06.2012 und Antw MVI Drs 15/1836

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Freudenstadt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Norbert Beck CDU 21.06.2012 und Antw MVI Drs 15/1893

Regierungsbefragung

Priorisierungsliste für den Bundesfernstraßenbau

s. *Fernstraße*
PIPr 15/40 S. 2206

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 24 - Finanzierung von Landesstraßenbaumaßnahmen (Kap 1004 und 1240)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1924
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2524
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 26.06.2014 Drs 15/5379
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5721
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungs-

gesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Karl-Wolfgang Jägel CDU 09.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2059

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Karl Rombach CDU 09.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2060

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Enzkreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 09.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2061

Landesstraßenbau im Landkreis Biberach

Berücksichtigung von Aus- und Neubaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

KlAnfr Peter Schneider CDU 09.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2062

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Karlsruhe

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 09.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2064

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Stadtkreis Baden-Baden bzw im südlichen Landkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Tobias Wald CDU 10.07.2012 und Antw MVI Drs

15/2041

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Lörrach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Ulrich Lusche CDU 10.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2043

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Sinsheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 10.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2044

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Emmendingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 10.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2046

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Heidenheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 13.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2090

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 13.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2091

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ravensburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 13.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2092

Der Landesstraßenbau wird bis 2015 blockiert

Bereitgestellte Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen seit 2009 und in der mittelfristigen Finanzplanung; Mittelbedarf und Zeitraum für die Umsetzung des Maßnahmenplans Landesstraßen; Auflistung der zurückgestellten und gestrichenen Ausbaumaßnahmen; Höhe und Herkunft der Mittel zur Finanzierung der dringlichen Großprojekte

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2096 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 91 92

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ludwigsburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Konrad Epple u.a. CDU 13.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2102

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Konstanz

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Wolfgang Reuther CDU 13.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2103

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den LKreisen Reutlingen und Tübingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Karl-Wilhelm Röhm u.a. CDU 16.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2110

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 19.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2125

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Sigmaringen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Klaus Burger CDU 23.07.2012 und Antw MVI Drs 15/2148

Straßenbau im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für kommunale Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Guido Wolf CDU 07.08.2012 und Antw MVI Drs 15/2204

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Rottweil

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Stefan Teufel CDU 08.08.2012 und Antw MVI Drs 15/2221

Ausbau der A 6

Bewertung des sechsspurigen Ausbaus von Land und Bund, Bedeutung des Ausbaus im Abschnitt Bad Rappenau bis AS Heilbronn/Untereisesheim, Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Bundes zum Ausbau als Öffentlich-Privates Partnerschafts-Projekt; Gründe und Kosten der Vergabe eines eigenen Wirtschaftlichkeitsgutachtens zur gleichen Frage

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/2238

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Mittelbedarf Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der tatsächlich vorgesehenen Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen nach dem Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan; Bereitstellung der zusätzlichen Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, insbes im ländlichen Raum? Frage nach einem Zusammenhang zwischen den Mittelansätzen und den Äußerungen des Finanzministers zum ländlichen Raum

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2251

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßensanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 15/2278

Landesstraßenbau im LKreis Biberach

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan, u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr Peter Schneider u.a. CDU 28.09.2012 und Antw MVI Drs 15/2414

Ortsumfahrung Unlingen im Zuge der B 311

Verkehrssituation und Verkehrsbelastung der Gemeinde Unlingen; Einschätzung des Entlastungseffekts durch eine Ortsumfahrung; veranschlagte Kosten; Rang der Maßnahme in der Priorisierungsliste der planfestgestellten und baureifen Bundesfernstraßenprojekte, Kosten-Nutzen-Faktor

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/2416

Mittel des Bundes für Bundesfernstraßen in BW bedarfsgerecht bereitstellen

Mittelbereitstellung des Bundes für den Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen seit 2005: angewandte Kriterien für die Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßen; Aufforderung der BReg zur Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung der im Bedarfsplan nach dem Priorisierungskonzept der LReg enthaltenen Maßnahmen

Antr
s. *Fernstraße*
Drs 15/2417

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012 und 2013; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 04.10.2012 und Antw MVI Drs 15/2439

Sachstandsbericht zur Realisierung des laufenden Bundesverkehrswegeplans

Stand der Abarbeitung der Bundesfernstraßenprojekte im „Vordringlichen Bedarf“, Zeitperspektive und Mittelbedarf für die Realisierung aller Maßnahmen in dieser sowie in der Kategorie „weiterer Bedarf mit Stern“

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2452

Planungsstopp für Ausbau von Landesstraßen im Enzkreis

Auflistung der vom o.g. Stopp betroffenen Straßenabschnitte mit der jeweiligen Begründung; Stand der Planung für die Sanierung und den Ausbau der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach, Bewertung des Zustands und der Sicherheitsmängel dieses Straßenabschnitts

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 15.10.2012 und Antw MVI Drs 15/2468

Äußerungen von Minister Hermann zur Einführung einer entfernungabhängigen PKW-Maut

Bewertung der o.g. Forderung des Ministers, Bewirkung von Mautausweichverkehr auf nachgeordnete Straßen sowie einer zusätzlichen Belastung für Berufspendler, Frage nach einer vollständigen Verwendung der Mittel für den Straßenbau sowie nach der Beurteilung einer Einführung aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 15/2536

Beanspruchung zusätzlicher Mittel für den Bundesfernstraßenbau für BW

Sicherstellung einer angemessenen Berücksichtigung des Landes BW bei der Vergabe der zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur in Aussicht gestellten Mittel; mögliche Auswirkungen auf die Priorisierungsliste des Landes und auf die zeitliche Umsetzung von Straßenbaumaßnahmen; Abrücken von der restriktiven Haltung gegenüber Neubauplanungen

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/2622

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Höhe der im laufenden Jahr 2012 für den Straßenbau im Rems-Murr-Kreis zur Verfügung stehenden sowie der im Jahr 2013 eingeplanten Mittel; Zustand der Landesstraßen; Auflistung der im Jahr 2012 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen und der dafür erforderlichen Mittel; für die Jahre 2013 und 2014 geplante Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Landesstraße*
Drs 15/2665

Zusammenarbeit zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und bayerischen Staatsregierung beim Ausbau der A 3 bei Wertheim

Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern über die Übernahme von Bauarbeiten auf einem in BW liegenden Teilstück der A 3; Ausbau der Autobahn A 3 bei Wertheim als prioritäre Maßnahme im aktuellen Investitionsrahmenplan (IRP); Verkehrsaufkommen auf dem betreffenden Streckenabschnitt, Verkehrsbelastung für die Bevölkerung bei einem Unterbleiben des Ausbaus; zu erwartende Kostensteigerungen; Neueinstufung der geplanten Ausbaumaßnahme

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2678

Neubau der L 384 Reutlingen-Ohmenhausen, Sachstand der Ortsumfahrung

Gründe für die Verzögerung der Straßenbaumaßnahme; Kosten der Voruntersuchungen zur Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens; Einsatz externer Gutachter und privater Planungsbüros; Nutzbarkeit bestehender Gutachten bei einer Verschiebung des Baubeginns

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/2700

Hochrheinautobahn A 98 - Abfahrt Hauenstein

Umsetzung der sogenannten Tunnellösung; Prüfung der Varianten der Abfahrt Hauenstein und deren Realisierungschancen; Haltung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Auswirkungen einer Neugestaltung der Abfahrt Hauenstein auf die Einstufung weiterer Teilschnitte der A 98 im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2756

Ausbau der B 27 zwischen Aich und dem Echterdinger Ei

Ergebnisse von Verkehrszählungen auf der B 27 zwischen dem Anschluss der B 312 und dem Echterdinger Ei; Verbesserung der Situation durch Verkehrssteuerungsmaßnahmen; Auswirkungen zusätzlichen Lkw-Verkehrs auf die Verkehrsauslastung dieses Teilstücks; Unterstützung eines sechsspurigen Ausbaus

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 04.12.2012 und Antw MVI Drs 15/2775

Zeitliche Umsetzung der Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes in der Ortseinfahrt der Gemeinde Eberstadt

Nichteinhaltung der für 2013/14 angesetzten Bauplanung und Bauausführung; Einfluss einer Verschiebung auf die Finanzierung; Zeitraum der voraussichtlichen Umsetzung; Verteilung der Kosten auf die jeweiligen Kostenträger

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2778

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Neckar-Odenwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungs-

gesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Peter Hauk CDU 16.01.2013 und Antw MVI Drs 15/2873

Weiterbau Nordumfahrung Darmsheim (L 1182)

Bauarbeiten an der Nordumfahrung Darmsheim, insbes Zeitplan für die Fertigstellung, Beginn der Tunnelarbeiten, bereitgestellte erforderliche Landesmittel sowie aktuelle und künftige Kostensteigerungen durch die Bauverzögerung

KlAnfr
s. *Sindelfingen*
Drs 15/2953

Landesstraße 1192 und 1202

Daten zu Verkehrsbelastung und Ausbauzustand der Landesstraßen 1192 und 1202 zwischen der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10 und der Anschlussstelle Esslingen-Neuhausen der Bundesautobahn A 8

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 19.02.2013 und Antw MVI Drs 15/3066

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen seit 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 06.03.2013 und Antw MVI Drs 15/3177

Unternehmensflurbereinigung im Zuge des Neubaus der B 29

Unternehmensflurbereinigungsverfahren im Zuge des Neubaus der B 29 Ortsumgehung Mögglingen auf den Gemarkungen Mögglingen, Essingen und Heubach-Lautern, insbes mögliche Änderung der bisherigen Zuschussvoraussetzungen durch die zeitliche Verzögerung des Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/3193

Mittel im Landkreis Waldshut aus dem Bundesverkehrswegeplan

Einschätzung der im aktuellen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Maßnahmen; Anmeldung weiterer Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3203

Straßenbauförderung und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis

Sanierung und Ausbau von Landesstraßen; Aufnahme der Aus- und Neubaumaßnahmen in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan; Bewilligung kommunaler Straßenbaumaßnahmen gemäß dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Aufnahme von ÖPNV-Maßnahmen in das Förderprogramm 2011 bis 2015; weitere, dem RegPräs Stuttgart vorliegende ÖPNV-Förderanträge

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 02.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3305

Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 im Landkreis Esslingen
Planung, Finanzierung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erüchtigung der Landesstraßen L 1200/1202/1192 in dem Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der BAB A 8 und der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10; Streichung der Verlegung der L 1204 nördlich von Neuhausen auf den Fildern aus dem aktuellen Maßnahmenplan „Neubaumaßnahmen“

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 29.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3431

Ausbau der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze

Planungsstand des sechsspurigen Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und Kupferzell sowie zwischen Kupferzell und der Landesgrenze; Prüfung der Ausbauvarianten; Genehmigung der Ausbaupläne durch den Bund; Frage der Durchführung als Public-Private-Partnership-Projekt (PPP-Projekt)

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/3466

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im Landkreis Biberach

Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3468

Maßnahmen an Bundesstraßen im Landkreis Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbächen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personalmangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3471

Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans Straße

Konzeption und Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung; Partizipation der betroffenen Bürger mittels einer Vergabe von Bewertungspunkten für einzelne Maßnahmen bei den Regionalkonferenzen; Einfluss der auf diese Weise ermittelten Ergebnisse auf die Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan Straße; Beteiligungsform bei der Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan Schiene

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3510

Ausbau der A 3 bei Wertheim

Priorisierung und Sachstand beim Ausbau der A 3 bei Wertheim; Gültigkeit der Vereinbarung des Landes BW mit dem Freistaat Bayern aus dem Jahr 2008

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/3523

Bundesstraße (B) 31 West Projektgruppe

Ergebnis der Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ und deren Aussage zur Frage der Verkehrslenkung; Verlangen und Anspruch der betroffenen Gemeinden nach einer Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens; Festhalten des Bundesverkehrsministeriums an der Gesamtmaßnahme (1. und 2. Bauabschnitt); Forderung nach Wiederaufnahme und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3665

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenausbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3667

Bundesstraße (B) 30 - Ortsumfahrung Oberessendorf im LKreis Biberach

Verkehrslast, Leistungsfähigkeit und Ausbauplanungen der Bundesstraße 30 bei Oberessendorf; Anmeldung der B 30 als zweistreifige Ortsumfahrung für Oberessendorf für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr Peter Schneider CDU 08.07.2013 und Antw MVI
Drs 15/3754

Ortsumfahrung Miedelsbach - Landesstraße (L) 1148

Aktueller Planungsstand und Zeitplan des Baus der Ortsumfahrung Miedelsbach der Landesstraße 1148

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 08.07.2013 und Antw MVI
Drs 15/3757

Ausbau der Bundesautobahn 5 (A5)

Verkehrssituation und Ausbau der Bundesautobahn A5 zwischen Offenburg und Freiburg, insbes Daten zu Verkehrsaufkommen und Unfallquote, sowie Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den Bedarfsplan für Bundesautobahnen

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/3768

Impulsprogramm - Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach

Stand der 2008 als Sonderprogramm aufgelegten Vorhaben und ihre Finanzierung; Planungsstand und Kostenentwicklung der noch nicht begonnenen Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach; Priorisierung o.g. Straßenbaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3847

Ortsumfahrung Darmsheim iRd Impulsprogramms 2008/2009

Aktueller Planungsstand, Zeitplan und Finanzierung des Baus der Ortsumfahrung Darmsheim

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 16.08.2013 und Stellungnahme MVI
Drs 15/3955
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013
Drs 15/4324 S. 71-74
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach iRd Impulsprogramms 2008/2009

Aktueller Planungsstand, Zeitplan und Finanzierung des Baus der Ortsumfahrung Bermatingen/Salem-Neufrach

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 19.08.2013 und Stellungnahme MVI
Drs 15/3956
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013
Drs 15/4324 S. 71-74
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Ausbau der Bundesstraße (B) 27 zwischen dem Echterdinger Ei und Aichtal

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf dem genannten Teilstück seit 2011; Priorisierung dessen Ausbaus im Bundesverkehrswegeplan; weitere Straßenbaumaßnahmen im LKreis Esslingen und deren Einstufung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3992

Bundesverkehrswegeplan - Maßnahmen an Bundesstraßen im Regierungsbezirk Tübingen

Ausgabenverteilung für Bundesstraßen im Zeitraum 2003 bis 2013 auf die vier Regierungsbezirke; Investitionskostenverteilung auf die vier Regierungsbezirke für die im Anmeldeentwurf des Landes zum Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Straßenbaumaßnahmen, insbes Verteilung bei Aufnahme aller Vorschläge für den Regierungsbezirk Tübingen; Kriterien und Verfahren der Priorisierung der in den Maßnahmenpool für den Bundesstraßenplan aufgenommenen Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/4009

Straßenbaumaßnahmen im LKreis Schwäbisch Hall

Realisierte Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und deren Finanzierung; geplante, planfestgestellte und begonnene Straßenbaumaßnahmen sowie Veranschlagung und Bereitstellung der dafür benötigten Finanzmittel

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 02.10.2013 und Antw MVI
Drs 15/4111 (11 S.)

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Höhe der für Aus- und Neubau sowie für Unterhalt und Sanierung der Landesstraßen 2013 und 2014 zur Verfügung stehenden Mittel; durchgeführte und geplante Sanierungsmaßnahmen; Höhe der erforderlichen Mittel; Maßnahmen zur Sanierung oder Lückenschließung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis und ihre Kosten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4237

Zukunft der Hochrheinautobahn A 98

Notwendigkeit und Planungsstand des Ausbaus der Hochrheinautobahn A 98 sowie des Herrschaftsbuck-Tunnels

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/4296

Aufnahme des Abschnitts Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Baurecht für den Abschnitt Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße als Fortsetzungstrasse des Autobahnanschlusses Karlsruhe Nord; Finanzierung des Abschnitts als Maßnahme des Bundesverkehrswegeplans (BVWP); Folgen einer Nichtaufnahme in den BVWP 2015 für die Bevölkerung in Karlsruhe-Hagsfeld; alternative Möglichkeiten der Verkehrsentlastung; Finanzierung als Maßnahme des kommunalen Straßenbaus

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/4458

Lösungsansätze zur Vermeidung eines Verkehrschaos bei der geplanten Vollsperrung iRd Baumaßnahme B 19 in Untermünkheim, LKreis Schwäbisch Hall

Beschleunigte Durchführung der Baumaßnahmen der Bundesstraße 19 in Untermünkheim; Pläne zur Verkehrslenkung während der mit der Baumaßnahme verbundenen Vollsperrung

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.12.2013
Drs 15/4426
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5243-5246

Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Lauda-Königshofen sowie dem sechsspürigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.12.2013 und Antw MVI Drs 15/4549

Aus- und Neubaumaßnahmen im Straßenbau in BW

Über das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bewilligte Maßnahmen des Kommunalen Straßenbaus sowie des Umweltverbunds; Bewilligungen in den LKreisen seit Mai 2011; Aus- und Neubau von Landesstraßen seit dem Regierungswechsel

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 20.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4611 (20 S.)

Schutzmaßnahmen an Landesstraßen

Übersicht über geplante Schutzmaßnahmen (Amphibienschutz, Lärmschutz etc.) an Landesstraßen; Kriterien für diese Schutzmaßnahmen; Koordinierung der Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen; Verhältnismäßigkeit der Kosten für Schutz- und Straßenbaumaßnahmen; Rechtsvorschriften; Initiierung von Schutzmaßnahmen an Landesstraßen; Steigerung der Anzahl der Maßnahmen durch eine Absenkung baulicher Standards

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4665

Realisierung der Hochbrücke Horb am Neckar

Genehmigung der Hochbrücke durch das Bundesverkehrsministerium; Einleitung des Planfeststellungsverfahrens; voraussichtliche Umsetzung der Baumaßnahme

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4746

Absenkung der Förderquote bei kommunalen Verkehrsprojekten und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Auswirkungen der Absenkung der Förderquoten im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) bei kommunalen Verkehrsprojekten differenziert nach Finanzstärke der Kommunen und Region; Verfahrensstand für den Erlass einer konkretisierenden Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV, insbes Beteiligung der Kommunen und LKreise sowie Festlegung möglicher neuer Förderkriterien

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4753

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Kofinanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Ausbau der Bundesstraße (B) 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen und Zuschuss nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Planungs- und Genehmigungsstand zum Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen; Verkehrs-, Lärm-, Feinstaubbelastung und volkswirtschaftlicher Schaden durch das hohe Verkehrsaufkommen; finanzielle Auswirkungen und Härtefallregelung für die Gemeinde Holzgerlingen durch Kürzung der Zuschüsse iRd LGVFG

KlAnfr
s. *Bundesstraße 464*
Drs 15/4873

Ausbaustopp der Landesstraße (L) 230 - Warum werden die Münsinger Alb und der Raum Hechingen abgehängt?

Begründung und Kriterien für den Stopp der Ausbaumaßnahmen der Landesstraße 230 zwischen Auingen und Breithülen; Maßnahmen zur besseren Verkehrsanbindung

KlAnfr Karl-Wilhelm Röhm CDU 03.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4884

Straßenbau im LKreis Esslingen im Jahr 2014

Vorgesehene Bau- und Sanierungsmaßnahmen für Landesstraßen und Brücken im LKreis Esslingen im Jahr 2014

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 12.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4924

Verfehlte Straßenbaupolitik der Vorgängerregierung

Bereitstellung regulärer Haushaltsmittel für Baumaßnahmen an Landesstraßen seit 2001; Umsetzung und Volumen der Sonderprogramme im Bereich Landesstraßenbau seit 1997, insbes Rückzahlungsverpflichtungen, Projektverzögerungen aufgrund unzureichender Mittelausstattung; Haushaltsbelastung durch Baumaßnahmen des Impulsprogramms

Antr GRÜNE und SPD 14.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4948

PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7779-7789

Grüne Straßenbaupolitik - verschenkte Bundes-Millionen sind blamabler Schaden und inakzeptables Armutszeugnis für BW

Aktuelle Debatte

s. *Straßenbaufinanzierung*

PIPr 15/93 S. 5531

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungsabwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr

s. *Ländlicher Raum*

Drs 15/4970

Neubaumaßnahmen

Planfestgestellte Aus- und Neubaumaßnahmen im Bereich des Bundesfernstraßenbaus und der Stand der Ausführungsplanung

Antr Winfried Mack u.a. CDU 25.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4974

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 28.05.2014 Drs 15/5374 S. 21-23

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Bau von Bundesfernstraßen in BW

Entscheidungsmöglichkeiten des Landes zur Mittelverwendung iRd Fernstraßenbaugesetzes; Höhe nicht verwendeter Mittel aus dem Bereich des Radverkehrs im Jahr 2013; Zuständigkeitsübertragung auf das Staatsministerium bei den Verhandlungen über Mittel für den kommunalen Straßenunterhalt; Sicherstellung des vollumfänglichen Abrufs von Bundesmitteln für den Straßenbau

Antr

s. *Bundesfernstraße*

Drs 15/5047

Ortsumfahrungen im LKreis Waldshut

Planungsstand der Ortsumfahrungen und ihre Berücksichtigung in der Prioritätenliste des Landes; der Nutzen von Umgehungsstraßen für die Ortsentwicklung

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/5061

Stand der Planungen zur Hoahrheinautobahn A 98

Zeitplan für die Realisierung der verschiedenen Abschnitte; Berücksichtigung regionaler Erkenntnisse und Positionen bei der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr

s. *Autobahn*

Drs 15/5062

Aktueller Sachstand des Ausbaus der Bundesautobahn (A) 3 bei Wertheim vor dem Hintergrund nicht abgegründer Mittel des Bundes

Sachstand und Kosten des Ausbaus der Bundesautobahn 3 bei Wertheim, insbes Vermeidung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, Mittelbereitstellung, Baufreigabebedingungen, mögliche Verwendung nicht abgegründer Bundesmittel

Antr

s. *Autobahn*

Drs 15/5096

Landesstraße (L) 536 - Aktueller Stand

Stand des Ausbaus der Landesstraße 536, insbes Maßnahmen der Einzelbewertung, Baubeginn und Baukosten

KlAnfr

s. *Landesstraße 536*

Drs 15/5207

*Regierungsbefragung**Straßenbau*

PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5917-5921

Bundesmittel im Straßenbau 2013

Höhe der im Jahr 2013 für den Straßenbau verwendeten Fördermittel des Bundes; Forcierung des Beginns weiterer Baumaßnahmen aufgrund der Mittelaufstockung vor der Bundestagswahl; möglicher Beginn von Bundesfernstraßenprojekten; bisheriger Einsatz der „Swing-Mittel“; Personallage in der Straßenbauverwaltung

Antr

s. *Straßenbaufinanzierung*

Drs 15/5323

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr

s. *Infrastruktur*

Drs 15/5450

Tempolimits in Baustellenbereichen

Zuständige Behörden für die Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen an Straßenbaustellen; rechtliche Grundlagen und Kriterien der Geschwindigkeitsbeschränkungen im Baustellenbereich; Tempolimits an Autobahn- und Bundesstraßenbaustellen in den Jahren 2004 bis 2014; Sanktionierung von Geschwindigkeitsübertretungen; Geschwindigkeitsbegrenzungen und Regel-Ausnahme-Verhältnis in anderen Bundeslän-

dern

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5493

Konjunkturprogramm für Bürokratie statt für effektiven Straßenbau: Dobrindt-Maut mit Risiken und Nebenwirkungen für BW

Aktuelle Debatte
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
PIPr 15/105 S. 6243

Ausbau Bundesstraße (B) 31 Ost

Beginn des dreispurigen Ausbaus der B 31 Ost von Löffingen bis Hinterzarten; Höhe der für die einzelnen Bauabschnitte veranschlagten Kosten; Bau einer Tank- und Rastanlage im Bereich Röttenbach

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5621

Kreisverkehr Rheinfelden-Herten

Planungsstand für die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung B 34/Bahnhofsstraße in Rheinfelden-Herten; Unfallträchtigkeit der Kreuzung; Entwurfsvarianten für die künftige Gestaltung des Verkehrsknotenpunkts; Grundsatzentscheidung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Zeitplan für den Bau des Kreisverkehrsplatzes

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/5657

Kreisverkehre in Betonbauweise

Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren im Vergleich zu Ampeleinmündungen; Zahl der in den letzten fünf Jahren eingerichteten Kreisverkehre; Wirtschaftlichkeit der Betonbauweise im Vergleich zu sonstigem Straßenbaumaterial

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/5704

Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27 in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5717

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5760

Finanzierung des Ausbaus der A 6 vom Weinsberger Kreuz bis zur Landesgrenze durch ein PPP-Modell auf Genossenschaftsbasis

Möglichkeit der Finanzierung des Ausbaus der A 6 vom Weinsberger Kreuz bis zur bayerischen Grenze mittels eines Public-Private-Partnership-Projektes durch eine Bürgerbeteiligungsgenossenschaft

MdlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5825

Mittelzuweisung Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Anzahl der für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldeten Projekte; Gesamtvolumen der Projekte im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer; Zahlenverhältnis der für den Bundesverkehrswegeplan 2003 gemeldeten Projekte zu den tatsächlich in den BVWP 2003 aufgenommenen Projekten; Kriterien der Mittelzuweisung des Bundes für den Bundesfernstraßenbau; Abhängigkeit der Mittelzuweisung von der Summe der gemeldeten Projekte sowie der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Projekte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/5887

Verkehr und Straßenbau im Ostalbkreis nach der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels

Auswirkungen der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels auf das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsströme im Ostalbkreis, insbes auf der Bundesstraße 29; geplante Folgemaßnahmen im Straßenbau auf den Landesstrassen

KlAnfr
s. *Verkehrsaufkommen*
Drs 15/5978

Sicherheit auf den Straßen des LKreises Heidenheim

Häufigkeit der Verkehrsunfälle in den vergangenen fünf Jahren; Art und Schwere der Unfallfolgen; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallhäufigkeit, insbes im Bereich von Baustellen; Nutzen einer vorherigen Information der Bevölkerung über Straßenbaustellen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/5993

Geplante Neu- und Ausbaumaßnahmen beim Landesstraßenbau ab 2015

Berücksichtigung von Finanzmitteln im Haushalt 2015/2016 für Aus- und Neubaumaßnahmen im Landesstraßenbau; Aufnahmekriterien für das Landesstraßenbauprogramm 2015 bis 2019

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 05.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6078
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 48 49
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Autobahnabschnitt A 81 Pleidelsheim/Ludwigsburg-Nord

Verkehrsaufkommen auf diesem Autobahnabschnitt; Häufigkeit und Dauer von Staus auf diesem Streckenabschnitt; Anzahl der Unfälle in den letzten drei Jahren; Lärmbelastung der Stadt Freiberg am Neckar; Ausbau des Autobahnabschnitts

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/6121

Stand der Planungen zum Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen
Sachstand der Planungen zum achtspurigen Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen, insbes Kriterien für die Bewertung in der Prioritätenliste, Verkehrsbelastungen auf den jeweiligen Abschnitten zwischen Leonberg und Wendlingen

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/6222

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Förderung des Aus- und Neubaus sowie der Sanierung der Landesstraßen im Jahr 2014; Erhaltung des Radwegenetzes und Lückenschließung; Auskunft über die 2014 durchgeführten und für 2015 geplanten Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/6279

Geplante Neu- und Ausbaumaßnahmen beim Landesstraßenbau im Main-Tauber-Kreis ab 2015

Berücksichtigung von Neu- und Ausbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis in den Landesstraßenbauprogrammen ab 2015, insbes Auswahlkriterien, übernommen und nicht berücksichtigte Anträge

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 16.01.2015 und Antw MVI Drs 15/6350

Verkehrssituation und Maßnahmen der LReg durch Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

Planungen zur effektiven Verkehrsführung und Maßnahmen zur Beschleunigung der Bauarbeiten in Bezug auf die Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 19*
Drs 15/6566

Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW

Sachstand zum Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW, insbes Einstufungen in Kategorie „nicht ausreichender Zustand“ und schlechter, veränderte Anforderungen an die Bauwerke seit 1960, Bedarf für Instandsetzungen und Errichtung von Ersatzbauwerken

Antr
s. *Tunnel*
Drs 15/6689

Straßenverkehrsvorhaben im LKkreis Calw

Sachstand zu Straßenverkehrsvorhaben im LKkreis Calw, insbes Zustandserhalt der Bundesstraße 28, Ausbau der Landesstraße 353

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 01.04.2015 und Antw MVI Drs 15/6702

Hat der Verkehrsminister die Mittel für den Landesstraßenbau entgegen seinen Behauptungen seit 2012 massiv gekürzt?

Detailldarstellung der Gesamtsummen der tatsächlichen Ausgaben für den Landes- und Bundesfernstraßenbau in den Jahren 2009 bis 2014

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/6707

Bau eines Verflechtungsstreifens an der Autobahn (A) 8/(A) 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost

Sachstand zum Bau eines Verflechtungsstreifens an der A 8/A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost, insbes Ziele, Folgewirkungen durch Zunahme von Verkehr sowie Lärm- und Schadstoffbelastung, Gegenmaßnahmen, Bürgerbeteiligung

KlAnfr
s. *Autobahnkreuz*
Drs 15/6714

Straßenplanungskapazität im Bodenseekreis

Sachstand zur Kapazität bei Straßenbauplanungen im Bodenseekreis, insbes Planungsaufwand und Planungsstand bei den Ortsumfahrungen Bermatingen, Salem-Neufrach und Hagnau

KlAnfr Ulrich Müller CDU 28.04.2015 und Antw MVI Drs 15/6804

Landesstraßen L 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im Kreis Esslingen

Sachstand zu Bauplanung und Kosten für die einzelnen Optimierungsvorhaben auf den Landesstraßen 1192, 1200, 1202 und 1204 zwischen der Anschlussstelle Esslingen/Neuhausen der Bundesautobahn 8 und der Anschlussstelle Esslingen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 20.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7190

Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen an Straßen

Sachstand zur Verringerung des Umsetzungsdefizits bei der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft im Straßenbau

KlAnfr Dr. Markus Rösler GRÜNE 21.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7181

Umbaumaßnahmen an der Landesstraße (L) 1180

Sachstand zur zeitlichen Planung der Baumaßnahmen an der Landesstraße 1180 bei Heimsheim mit dem Umbau der sogenannten Diebkreuzung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 30.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7243

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Donaueschingen - Hüfingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Donaueschingen - Hüfingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7252

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 27 - Ortsumfahrung (OU) Behla

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 27 - Ortsumfahrung Behla, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7253

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14/19 - Verlegung in Schwäbisch Hall, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7254

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 311 - Erbach - Dellmensingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 311 - Erbach - Dellmensingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7255

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7755 S. 37-42

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7256

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 294 - Ortsumfahrung (OU) Winden

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 294 - Ortsumfahrung Winden, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Marcel Schwehr u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7257

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 34 - Ortsumfahrung (OU) Wyhlen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 34 - Ortsumfahrung Wyhlen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7258

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt (BA): A, B und E

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 33 - Konstanz - Allensbach/West, Bauabschnitt: A, B und E, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7259

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 28 - Rottenburg - Tübingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 28 - Rottenburg - Tübingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7260

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 31 - Überlingen/West - Überlingen/Ost

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 31 - Überlingen/West - Überlingen/Ost, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7261

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs

15/7755 S. 37-42

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 463 - Westtangente Pforzheim, Bauabschnitt (BA) 1.02

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 463 - Westtangente Pforzheim, Bauabschnitt 1.02, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7262

Baubeginn der Maßnahme Bundesautobahn (A) 8 - Pforzheim-Nord - Anschlussstelle (AS) Pforzheim-Süd

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesautobahn 8 - Pforzheim-Nord - Anschlussstelle Pforzheim-Süd, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 31.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7263

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 313 - Ortsumfahrung (OU) Grafenberg

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 313 - Ortsumfahrung Grafenberg, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 06.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7277

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 29 - Essingen-Aalen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 29 - Essingen-Aalen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Winfried Mack u.a. CDU 06.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7278

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7755 S. 37-42

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 14 Nellmersbach - Backnang, Bauabschnitt (BA) 1.1

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 14 Nellmersbach-Backnang, Bauabschnitt 1.1, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 07.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7281

Einsatz lärmarmen Straßenbeläge in BW

Sachstand zu technischer Entwicklung und Erfahrungen beim Einsatz lärmarmen Straßenbeläge in BW und Perspektiven lärmarmen Straßenbeläge in der Straßenbaupolitik des Landes

Antr

s. Straßenbelag

Drs 15/7469

Beratende Äußerung „Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen für Straßenbauvorhaben - Planung, Herstellung, Pflege und Unterhalt“

Mittlg LReg

s. Naturschutzrecht

Drs 15/7500

Arbeiten an Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg
Sachstand zur Durchführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/7557

Überplanungsbedarf des Knotenpunkts der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98 und der Wiesentalstraße B 317
Zeitplan und Maßnahmen für die Überplanung des Knotenpunkts der Wiesentalstraße (B 317) in Lörrach und der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98

MdlAnfr
s. *Straßenkreuzung*
Drs 15/7550

Ausbau einer Abbiegespur auf der L 1140 an der Abzweigung K 1869 Richtung Lehnenberg

Bedeutung der Ausbaumaßnahme für Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss; Planungsstand, Baubeginn und Baufinanzierung

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 29.10.2015 und Antw MVI Drs 15/7631

Lückenschluss der Bundesstraße (B) 3 neu - Sachstand
Stand der Straßenbauarbeiten im Abschnitt zwischen dem Industriegebiet Steinbach und der Gemarkung Sinzheim; voraussichtliche Fertigstellung und Verkehrsfreigabe dieses Abschnitts; Kosten der Baumaßnahme

KlAnfr
s. *Bundesstraße 3*
Drs 15/7653

Paralleler Ausbau Bundesautobahn (BAB) 5 und Rheintalbahn
Durchführbarkeit einer gemeinsamen Planung und Planfeststellung für beide Projekte; Priorisierung des sechsspurigen Ausbaus der BAB 5 südlich von Offenburg im Bundesverkehrswegeplan 2016

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/7657

Bund und Länder müssen gemeinsam die Verwaltung der Bundesfernstraßen verbessern!

Einsatz für den Fortbestand der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Abbau vorhandener Schnittstellenprobleme zwischen Bund und Ländern im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/7786

Keine Unterstützung für die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes - bewährte Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen beibehalten

Absage an eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen; Befürwortung des Fortbestands der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Erstattung der Planungskosten

Antr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7849

Mittel des Landes für Erhalt, Sanierung und Ausbau von Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis in den Jahren 2005 bis 2015

Sachstand zur Bereitstellung von Landesmitteln für den Bau von Landes- und Kreisstraßen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber im Zeitraum von 2005 bis 2015; Bewertung der Kriterien für die Berechnung und Priorisierung der förderfähigen Straßenbaumaßnahmen für die ländlichen Räume gegenüber der Gesamtförderung des Verkehrs in Ballungsgebieten

MdlAnfr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/7860

Verweisung auf den Nachholbedarf im Straßenbau, Kritik an der angekündigten Beschränkung auf Erhaltungsmaßnahmen; Einforderung von mehr Mitteln für den Bundesfernstraßenbau

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 45 60 61 64 65 70 74

Entwicklung der eingesetzten Mittel für den Landesstraßenbau seit 1988

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 141

Bereitstellung der notwendigen Stellen für den Schwerpunkt Straßenbau im Verkehrsministerium

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 246 247 249 251-253

Umsetzung der vom Finanzminister angekündigten Personalausstattung der Straßenbauabteilung im MVI

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 320

Bekräftigung des notwendigen Neu- und Ausbaus von Bundes- und Landesstraßen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 430 433 435

Verstetigung der Investitionen im Straßenbau, Verweisung auf den Nachholbedarf

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1109 1113 1114 1121

Kritik an der Mittelkürzung im Landesstraßenbau, Verweisung auf den Mitteleinsatz aus der Sanierungsrücklage, Einforderung von mehr Mitteln des Bundes für den Fernstraßenbau

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1187 1190 1194 1195 1197 1198 1200 1201 1204-1208 1212 1213 1217

Beklagung der Einstellung des Aus- und Neubaus von Straßen seit dem Regierungswechsel, Beurteilung der Berücksichtigung des Landes im Bundesverkehrswegeplan, Durchführung der notwendigen Sanierung von Landesstraßen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349-1361 1363 1365 1366

Vorrang des Erhalts der Landesstraßen und des Weiterbaus begonnener Projekte; Nachholbedarf beim Bundesfernstraßenbau, Forderung nach einer Erhöhung der Bundesmittel für die Autobahnen und Bundesstraßen im Land

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1464 1465 1467 1468 1471 1473 1476 1479 1480 1483-1485

Straßenbauamt

s. *Straßenbauverwaltung*

Straßenbauaufsicht

s. *Straßenbauverwaltung*

Straßenbaubehörde

s. Straßenbauverwaltung

Straßenbaufinanzierung

Beanspruchung zusätzlicher Mittel für den Bundesfernstraßenbau für BW

Sicherstellung einer angemessenen Berücksichtigung des Landes BW bei der Vergabe der zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur in Aussicht gestellten Mittel; mögliche Auswirkungen auf die Priorisierungsliste des Landes und auf die zeitliche Umsetzung von Straßenbaumaßnahmen; Abrücken von der restriktiven Haltung gegenüber Neubauplanungen

Antr

s. Bundesfernstraße

Drs 15/2622

Radwege im Rems-Murr-Kreis

Lückenschließung und Sanierung der Rad- und Gehwege entlang der L 1119, L 1066, L 1155 und weiterer Landstraßen; Kosten und Finanzierung; Verwendung von Landesmitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für die Radwegverbindung von Kirchberg an der Murr nach Backnang

KlAnfr

s. Radweg

Drs 15/2663

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Höhe der im laufenden Jahr 2012 für den Straßenbau im Rems-Murr-Kreis zur Verfügung stehenden sowie der im Jahr 2013 eingeplanten Mittel; Zustand der Landesstraßen; Auflistung der im Jahr 2012 durchgeführten Sanierungsmaßnahmen und der dafür erforderlichen Mittel; für die Jahre 2013 und 2014 geplante Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. Landesstraße

Drs 15/2665

Finanzierung von Landesstraßen in kommunaler Baulast

Einrichtung eines Förderprogramms nach dem Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG) für Straßenbaumaßnahmen in kommunaler Sonderbaulast

Antr

s. Landesstraße

Drs 15/2725

Straßenbauförderung und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis

Sanierung und Ausbau von Landesstraßen; Aufnahme der Aus- und Neubaumaßnahmen in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan; Bewilligung kommunaler Straßenbaumaßnahmen gemäß dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Aufnahme von ÖPNV-Maßnahmen in das Förderprogramm 2011 bis 2015; weitere, dem RegPräs Stuttgart vorliegende ÖPNV-Förderanträge

KlAnfr

s. Straßenbau

Drs 15/3305

Sanierungsmittel für die Landesstraßen im Landeshaushalt

Sanierungs- und Ausbauplanung von Landesstraßen und Brücken, insbes Sanierungskriterien, Zurücksetzung des ländlichen Raums, Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit durch

gesenkte Standards, Erhöhung oder Verrechnung der Sanierungshaushaltsmittel zur Brückensanierung mit Mitteln der mittelfristigen Finanzplanung

Antr

s. Straßenunterhaltung

Drs 15/3434

Ausbau der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze

Planungsstand des sechsspurigen Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und Kupferzell sowie zwischen Kupferzell und der Landesgrenze; Prüfung der Ausbauplanungen; Genehmigung der Ausbaupläne durch den Bund; Frage der Durchführung als Public-Private-Partnership-Projekt (PPP-Projekt)

KlAnfr

s. Autobahn

Drs 15/3466

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr

s. Bundesstraße

Drs 15/3667

Impulsprogramm - Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach

Stand der 2008 als Sonderprogramm aufgelegten Vorhaben und ihre Finanzierung; Planungsstand und Kostenentwicklung der noch nicht begonnenen Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach; Priorisierung o.g. Straßenbaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

Antr

s. Ortsumgehung

Drs 15/3847

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr

s. Landesstraße

Drs 15/3851

Aufnahme des Abschnitts Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Baurecht für den Abschnitt Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße als Fortsetzungstrasse des Autobahnanschlusses Karlsruhe Nord; Finanzierung des Abschnitts als Maßnahme des Bundesverkehrswegeplans (BVWP); Folgen einer Nichtaufnahme in den BVWP 2015 für die Bevölkerung in Karlsruhe-Hagsfeld; alternative Möglichkeiten der Verkehrsentlastung; Finanzierung als Maßnahme des kommunalen Straßenbaus

Antr Manfred Groh u.a. CDU 06.12.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4458
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 63 64
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Aus- und Neubaumaßnahmen im Straßenbau in BW

Über das Landesgemeindefinanzierungsgesetz bewilligte Maßnahmen des Kommunalen Straßenbaus sowie des Umweltverbunds; Bewilligungen in den LKreisen seit Mai 2011; Aus- und Neubau von Landesstraßen seit dem Regierungswechsel

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4611

Schutzmaßnahmen an Landesstraßen

Übersicht über geplante Schutzmaßnahmen (Amphibienschutz, Lärmschutz etc.) an Landesstraßen; Kriterien für diese Schutzmaßnahmen; Koordinierung der Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen; Verhältnismäßigkeit der Kosten für Schutz- und Straßenbaumaßnahmen; Rechtsvorschriften; Initiierung von Schutzmaßnahmen an Landesstraßen; Steigerung der Anzahl der Maßnahmen durch eine Absenkung baulicher Standards

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4665

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4814

Verfehlte Straßenbaupolitik der Vorgängerregierung

Bereitstellung regulärer Haushaltsmittel für Baumaßnahmen an Landesstraßen seit 2001; Umsetzung und Volumen der Sonderprogramme im Bereich Landesstraßenbau seit 1997, insbes Rückzahlungsverpflichtungen, Projektverzögerungen aufgrund unzureichender Mittelausstattung; Haushaltsbelastung durch Baumaßnahmen des Impulsprogramms

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4948

Grüne Straßenbaupolitik - verschenkte Bundes-Millionen sind blamabler Schaden und inakzeptables Armutszeugnis für BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/93 19.03.2014 S. 5531-5547

Bau von Bundesfernstraßen in BW

Entscheidungsmöglichkeiten des Landes zur Mittelverwendung iRd Fernstraßenbaugesetzes; Höhe nicht verwendeter Mittel aus dem Bereich des Radverkehrs im Jahr 2013; Zuständigkeits-

übertragung auf das Staatsministerium bei den Verhandlungen über Mittel für den kommunalen Straßenunterhalt; Sicherstellung des vollumfänglichen Abrufs von Bundesmitteln für den Straßenbau

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/5047

Swing-Mittel für den Bundesfernstraßenbau

Zuweisung und Ausschöpfung von Investitionsmitteln des Bundes für den Bundesfernstraßenbau in BW in den Jahren 2004 bis 2013; Bedarf, Zuweisung und Abruf von Ausgleichsmitteln (Swing-Mittel) des Bundes in den Jahren 2004 bis 2013; Nicht-Abruf der Swing-Mittel im Jahr 2013 in BW und Swing-Mittelabruf der anderen Bundesländer im selben Jahr

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/5078

Aktueller Sachstand des Ausbaus der Bundesautobahn (A) 3 bei Wertheim vor dem Hintergrund nicht abgerufener Mittel des Bundes

Sachstand und Kosten des Ausbaus der Bundesautobahn 3 bei Wertheim, insbes Vermeidung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, Mittelbereitstellung, Baufreigabebedingungen, mögliche Verwendung nicht abgerufener Bundesmittel

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/5096

Finanzielle Bezuschussung von Straßenbauvorhaben im Enzkreis

Förderung des Straßenbaus im Enzkreis, insbes des Baus einer Ortsumgehung Wurmberg, in den Jahren 2015 und 2016

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 06.06.2014 und Antw MVI Drs 15/5321

Bundesmittel im Straßenbau 2013

Höhe der im Jahr 2013 für den Straßenbau verwendeten Fördermittel des Bundes; Forcierung des Beginns weiterer Baumaßnahmen aufgrund der Mittelaufstockung vor der Bundestagswahl; möglicher Beginn von Bundesfernstraßenprojekten; bisheriger Einsatz der „Swing-Mittel“; Personallage in der Straßenbauverwaltung

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 06.06.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5323
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 22.10.2014 Drs 15/6338 S. 113-117
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Öffentlich-private Partnerschafts (ÖPP)-Finanzierungen bei Bundesfernstraßen in BW

Sachstand der Finanzierung von Bundesfernstraßenprojekten in BW mit öffentlich-privaten Partnerschafts-Modellen und dessen Folgen, insbes planmäßige Abfinanzierung, langfristige Gesamtkosten, Kostenübernahme für Instandhaltung und Sanierung

Antr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/5617

Geplante Neu- und Ausbaumaßnahmen beim Landesstraßenbau ab 2015

Berücksichtigung von Finanzmitteln im Haushalt 2015/2016 für Aus- und Neubaumaßnahmen im Landesstraßenbau; Aufnahme-

kriterien für das Landesstraßenbauprogramm 2015 bis 2019

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/6078

Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKreis Rastatt)

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwischen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegbau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/6183

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Förderung des Aus- und Neubaus sowie der Sanierung der Landesstraßen im Jahr 2014; Erhaltung des Radwegenetzes und Lückenschließung; Auskunft über die 2014 durchgeführten und für 2015 geplanten Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/6279

Radwegbau 4.0

Kostenverteilung beim Bau einer Landesstraße mit parallel verlaufendem Radweg; Einsparpotenziale beim Radwegbau; Nutzung von Bodenplatten aus Solarzellen beim Radwegbau

Antr
s. *Radweg*
Drs 15/6293

Hat der Verkehrsminister die Mittel für den Landesstraßenbau entgegen seinen Behauptungen seit 2012 massiv gekürzt?

Detailldarstellung der Gesamtsummen der tatsächlichen Ausgaben für den Landes- und Bundesfernstraßenbau in den Jahren 2009 bis 2014

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 01.04.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6707

Deckelung der Autobahn (A) 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen Ost - finanzielle Beteiligung des Landes

Sachstand zur finanziellen Beteiligung des Landes an einer Überdeckung bei der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen; Bewertung der Verfassungswidrigkeit einer Bezuschussung von Projekten durch Land und Kommunen für Straßenbaumaßnahmen des Bundes

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/7664

Mittel des Landes für Erhalt, Sanierung und Ausbau von Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis in den Jahren 2005 bis 2015

Sachstand zur Bereitstellung von Landesmitteln für den Bau von Landes- und Kreisstraßen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber im Zeitraum von 2005 bis 2015; Bewertung der Kriterien für die Berechnung und Priorisierung der förderfähigen Straßenbaumaßnahmen für die ländlichen Räume gegenüber der Gesamtförderung des Verkehrs in Ballungsgebieten

MdlAnfr 6) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.12.2015
Drs 15/7860
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8820-8822

Straßenbauinvestition

s. *Straßenbaufinanzierung*

Straßenbaulast

Unterhaltung von Wanderwegen

Bedeutung des Wanderns für den Tourismus, die Gesundheitsprävention und die Freizeitgestaltung; Zuständigkeit für den Unterhalt und die Beschilderung von Wanderstrecken; vorhandene Förderprogramme; Unterstützung der Wandervereine beim Wegeunterhalt und der Beschilderung; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für den Langsamverkehr beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Antr
s. *Wanderweg*
Drs 15/2691

Finanzierung von Landesstraßen in kommunaler Baulast

Einrichtung eines Förderprogramms nach dem Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG) für Straßenbaumaßnahmen in kommunaler Sonderbaulast

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2725

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5760

Straßenbaum

100 verkehrssichere Alleen für BW

Nachpflanzungs-, Sanierungs- und verkehrstechnischer Absicherungsbedarf beim Bestand an Allee- und Straßenbäumen in BW

Antr
s. *Allee*
Drs 15/5741

Straßenbaumaschine

s. *Baumaschine*

Straßenbaumittel

s. *Straßenbaufinanzierung*

Straßenbauverwaltung*Situation der Bundesfernstraßen in BW*

Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 11 - Landesstelle für Straßentechnik (Kap 0307 und 1004)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1911
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2511
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 10.09.2013 Drs 15/4017
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4151
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Straßenbauverwaltung

Zahl der neu besetzten und gestrichenen Stellen für technisches Fachpersonal im Angestellten- und Beamtenverhältnis seit 2005 in den verschiedenen Bereichen und Verwaltungsebenen der Straßenbauverwaltung; Art und Finanzvolumen der seit 2005 an externe Berater und Gutachter vergebenen Dienstleistungen; Darlegung des Personalentwicklungskonzepts mit Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 30.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2173
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 72-74
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Schlussfolgerungen für die Radverkehrspolitik aus den Erkenntnissen der ersten Radsternfahrt

Erkenntnisse aus der Radsternfahrt im Juli 2013 in Stuttgart; Personal- und Sachkosten für Planung und Durchführung der Radsternfahrt; Personaleinsatz seitens staatlicher Dienststellen wie z.B. der Polizei und der Straßenbauverwaltung; Finanzierung der Veranstaltung, Sponsoren; Initiativen und Veranstaltungen zur Förderung der Radkultur

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3870

Bundesmittel im Straßenbau 2013

Höhe der im Jahr 2013 für den Straßenbau verwendeten Fördermittel des Bundes; Forcierung des Beginns weiterer Baumaßnahmen aufgrund der Mittelaufstockung vor der Bundestagswahl; möglicher Beginn von Bundesfernstraßenprojekten; bisheriger Einsatz der „Swing-Mittel“; Personallage in der Straßenbauverwaltung

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/5323

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 22 - Zusätzliche Ausrüstung von Streckenbeeinflussungsanlagen an den Bundesautobahnen A 8 und A 81 durch das Land BW (Kap 1304)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5422
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5922
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 02.06.2015 Drs 15/6952
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7211
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellte sowie künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtungen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/6273

Stellenentwicklung in der Straßenbauverwaltung des Landes

Sachstand zur Stellenentwicklung in der Straßenbauverwaltung von BW, insbes Auswirkungen des Stellenabbaus von 2001 bis 2011, seit 2011 neu geschaffene und geplante Stellen

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 03.08.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7266

Keine Unterstützung für die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes - bewährte Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen beibehalten

Absage an eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen; Befürwortung des Fortbestands der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Erstattung der Planungskosten

Antr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7849

Straßenbegleitgrün*Lärmschutzwall A 8 Weissach-Flacht*

Endausführung und Zweckmäßigkeit der Erdwälle an der A 8 in Höhe Weissach-Flacht; Verbesserung des Lärmschutzes durch Verschluss der Lücke zwischen den Erdwällen; Einfluss der noch ausstehenden Ausgleichsbepflanzung auf den Schallschutz

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/7637

Straßenbelag

s.a. *Asphalt*
s.a. *Straßenausstattung*
s.a. *Straßenbau*
s.a. *Straßenschaden*

Schäden bei Straßenbelägen

Aufforderung, bei der Erneuerung von Straßenbelägen das Material der Deckschicht entsprechend der Verkehrsbelastung auszuwählen; übliche Erneuerungsintervalle und Gewährleistungsansprüche je nach Belag; Art und Umfang der Schäden, die seit 2006 im Rahmen der Gewährleistungspflicht beseitigt werden mussten; Höhe der Kosten für das Land

Antr
s. *Straßenschaden*

Drs 15/495

Lärmschutz entlang der A 8 Stuttgart-Fasanenhof

Überschreitung der Lärmgrenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet im o.g. Bereich; Beurteilung der Wirksamkeit von Flüsterasphalt, einer Geschwindigkeitsreduzierung u.a. Maßnahmen zum Schutz der Anwohner

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1472

Verkehrslärmbelastung A 8

Beurteilung der Abweichungen zwischen Planfeststellung und aktueller Lärmmessung an der A 8 zwischen München und Augsburg; Durchführung entsprechender Messungen unter Normalbetrieb der A 8 bei Leonberg; Aufbringung von Flüsterasphalt im Zuge der vorgesehenen Fahrbahndeckensanierung der A 8 im Bereich Leonberg

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1826

Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 im Enzkreis

Darstellung o.g. Maßnahmen für den Abschnitt bei Remchingen-Nöttingen und zwischen Karlsbad und Pforzheim-West, erneute Überprüfung der Lärmschutzplanung anhand des für 2025 prognostizierten Verkehrsaufkommens; Hinwirkung auf eine Erhöhung und Verlängerung der schallmindernden Anlagen sowie für die Aufbringung von Flüsterasphalt in der Nähe von Remchingen-Nöttingen und Remchingen-Darmsbach

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/2291

Lärmschutzmaßnahmen an der Autobahn 5 auf Höhe von Karlsruhe Killisfeld

Verwendung offenporigen Asphalts (Flüsterasphalt) anstelle von Waschbeton auf dem Autobahnteilstück der A 5 zwischen Karlsruhe-Durlach und dem Kreuz Karlsruhe

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/2365

Straßenbelag für die L 621 zwischen Königsbach und Stein

Planung und Finanzierung der Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf dem Streckenabschnitt L 621 zwischen Königsbach und Stein; Planung und Finanzierung weiterer Straßenbaumaßnahmen im Enzkreis; Verkehrsbelastung auf diesem Streckenabschnitt

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/3455

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis

Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Keltern-Ellmendingen und Keltern-Dietlingen

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/4172

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshausen mit Durchfahrtsverkehr bzw. Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/4518

Zustand der Fahrbahnen von Bundesstraßen im Enzkreis

Zustand der Bundesstraßen im Enzkreis nach der Bundesstraßensanierung im Jahr 2013; Kontrolle der ausführenden Firmen; Mängel im Fahrbahnbelag der B 294 zwischen Neuenbürg und Birkenfeld; Nachbesserung des Fahrbahnbelags; Qualitätssicherung in der Straßensanierung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.02.2014 und
Antw MVI Drs 15/4744

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr

s. *Grenzüberschreitender Verkehr*

Drs 15/5565

Mängel bei Fahrbahnerneuerungen auf Landesstraßen

Erneuerung des Straßenbelags von Landesstraßen im Enzkreis; Mängel im Straßenbelag nach der Fahrbahnerneuerung; Ursache der Unebenheiten im Fahrbahnbelag zwischen Ellmendingen und Dietlingen; Behebung der Mängel und ihre Kosten; Vermeidung mangelhafter Bauleistungen im Straßenbau und des damit verbundenen Mehraufwands

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/5781

Radwegebau 4.0

Kostenverteilung beim Bau einer Landesstraße mit parallel verlaufendem Radweg; Einsparpotenziale beim Radwegebau; Nutzung von Bodenplatten aus Solarzellen beim Radwegebau

Antr

s. *Radweg*

Drs 15/6293

Mängel auf frisch sanierten Straßen im Land

Auftreten von Schäden in der Fahrbahndecke von Landes- und Bundesstraßen im Anschluss an deren Sanierung; Fahrbahnschäden im Enzkreis und in Pforzheim; Ursachen der Schäden im Straßenbelag auf der B 10 bei Pforzheim-Eutingen; Behebung und künftige Vermeidung von Mängeln bei der Straßeninstandhaltung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.01.2015 und
Antw MVI Drs 15/6361

Einsatz lärmarmer Straßenbeläge in BW

Sachstand zu technischer Entwicklung und Erfahrungen beim Einsatz lärmarmer Straßenbeläge in BW und Perspektiven lärmarmer Straßenbeläge in der Straßenbaupolitik des Landes

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 02.10.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7469
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 79
 PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Straßenbeleuchtung*s.a. Lichtverschmutzung**Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Hand*

Potenziale, geplante Verpflichtungen und neue Fördermöglichkeiten zur Senkung des Energieverbrauchs und energetischen Sanierung kommunaler Gebäude, Verpflichtung der Kommunen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Bereich Gebäudebeheizung, Förderung von Stromsparmaßnahmen bei kommunaler Infrastruktur wie der Straßenbeleuchtung

Antr
s. Energieeinsparung
 Drs 15/330

Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung zur Energieeinsparung

Stand der o.g. energetischen Modernisierung, der eingesetzten Lampentechnik und erzielten Stromeinsparungen; Umfang der Nutzung von Landesmitteln und des Förderprogramms des Bundes; verstärkte Vermeidung unnötiger Lichtabstrahlung in den Himmel

Antr Gernot Gruber u.a. SPD 26.10.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/788
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.11.2011 Drs 15/1300 S. 38 39
 PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Energie- und Kosteneinsparung durch Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW

Stand der Modernisierung der Straßenbeleuchtung in BW und der Beleuchtung der landeseigenen Liegenschaften, insbes Umfang der Modernisierung und Einbeziehung der LED-Technologie, erzielte Strom- und Kosteneinsparungen, Anwendung von Contracting-Modellen und Verfahren bei der Finanzierung

Antr SPD 23.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5528

Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Rems-Murr-Kreis

Beantragung einer energieeinsparenden Modernisierung der Straßenbeleuchtung vonseiten der Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises; geförderte Projekte; Höhe des Förderbetrags; Nutzung von Fördermitteln des Bundes

KlAnfr Gernot Gruber SPD 23.10.2014 und Antw UM Drs 15/5973

Auswirkungen nächtlicher Überbeleuchtung und Möglichkeiten sogenannter „Dark Sky Areas“ im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Forschungsprojekte oder regionale Konzepte zur Reduzierung nächtlicher Beleuchtung; Steuerung der Beleuchtung im öffentlichen und privaten Raum per Zeitschaltung; Projekt „Sternenpark Schwäbische Alb“

KlAnfr
s. Lichtverschmutzung
 Drs 15/8029

Nutzung des Energiesparpotenzials bei der öffentlichen Beleuchtung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 629

Straßenbenutzungsgebühren*Planungen der LReg zu einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und grundsätzlichem Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften*

Konkretisierung o.g. Pläne und der erwarteten Wirkungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und Unfallzahlen, Auswirkungen von Tempo 30 sowie einer City-Maut in den Städten und Gemeinden; Positionen von Mittelstand, Handwerk und Gewerbetreibenden

Antr
s. Geschwindigkeitsbegrenzung
 Drs 15/302

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreis Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
 Drs 15/364

Mautschieverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr
s. Verkehrsvermeidung
 Drs 15/373

Verringerung der Lärmbelastung in Nürtingen

Zunahme der Lärmbelastung durch Lkw-Ausweichverkehr entlang der B 297 nach Einführung der Mautpflicht auf der B 313 und B 27, Beurteilung eines Lkw-Fahrverbots; Bewertung der Verkehrsbedeutung der B 297 zwischen Reudern und Neckarhausen nach dem sechsspurigen Ausbau der A 8 zwischen Wendlingen und Kirchheim und dem vierspurigen Ausbau der B 313 zwischen der A 8 und Nürtingen; Kriterien für die Ersetzung der B 297 zwischen den Anschlussstellen Kirchheim-Ost und -West durch die A 8 sowie für Ausbaumaßnahmen an Landes- und Bundesstraßen

KlAnfr
s. Lärmschutz
 Drs 15/576

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Möglichkeiten zur Verhinderung des mautpflichtigen Schwermotortraffers auf dem nachgeordneten Straßennetz im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/691

Pkw-Maut

Frage nach dem Anteil ausländischer Pkw auf den Autobahnen und nach weiteren EU-Ländern ohne Maut; Übernahme einer Vorreiterrolle bei der Einführung einer Pkw-Maut

KlAnfr Marcel Schwehr CDU 18.10.2011 und Antw MVI
Drs 15/731

Ausbau der B 30 als zentrale Verkehrsachse in Oberschwaben

Stand der Planungen für den Ausbau der einzelnen Abschnitte zwischen Biberach und Baienfurt; Beurteilung der Dringlichkeit von Bund, Land, Wirtschaftsverbänden und angrenzenden Gebietskörperschaften; Frage nach der Möglichkeit einer Finanzierung über ein streckenbezogenes Lkw-Maut-Modell

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/748

Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung

Auflistung der dringlichen Fernstraßenprojekte des Bundes und der dazu notwendigen Mittel, Beurteilung einer entfernungsunabhängigen Vignette und entfernungsabhängigen Pkw-Maut; Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Verbesserung der Finanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur durch ein System der Nutzerfinanzierung, Angebot des Landes als Modellregion

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/799

Mauterhebung auf der A 5

Höhe der Lkw-Mauteinnahmen je Autobahnkilometer sowie der Mautausfälle im Falle einer Rücknahme der Maut zwischen den Abfahrten Riegel und Bad Krozingen aus Gründen der Verkehrslenkung

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 07.12.2011 und Antw MVI
Drs 15/962

Lkw-Maut in geschlossenen Ortschaften

Einführung der Lkw-Maut auch auf den innerörtlichen Abschnitten von Bundesstraßen, Beteiligung der als Baulastträger betroffenen Kommunen an den Einnahmen

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 07.12.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/976

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*

Drs 15/1169

Citymaut

Höhe der Systemkosten bei der Einführung einer Citymaut sowie der Kosten für eine Einfahrt nach Stuttgart

MdlAnfr 2) Nicole Razavi CDU 16.04.2012 Drs 15/1557
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1858-1860

Grüne Citymaut-Pläne in BW - Pendler, Mittelstand und Einzelhandel in Gefahr

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2559-2571

Äußerungen von Minister Hermann zur Einführung einer entfernungsabhängigen PKW-Maut

Bewertung der o.g. Forderung des Ministers, Bewirkung von Mautausweichverkehr auf nachgeordnete Straßen sowie einer zusätzlichen Belastung für Berufspendler, Frage nach einer vollständigen Verwendung der Mittel für den Straßenbau sowie nach der Beurteilung einer Einführung aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 22.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2536
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 84 85
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Beurteilung der Ergebnisse der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“; Umfang des Finanzierungsdefizits im Bereich der Landesstraßen und Lösungen für eine Verstärkung der Landesstraßenfinanzierung; Personalausstattung im Verkehrsinfrastrukturbereich; Ausweitungsmöglichkeiten der Nutzerfinanzierung durch Erhöhung der Lkw-Maut bzw der Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für Pkw; Ausweitung bzw Dynamisierung der finanziellen Fördermöglichkeiten; Zustandserhebung, Finanzierung und Durchführung der notwendigen Brückensanierungen außerhalb der Baulast des Bundes; Zielkonflikt zwischen Nettonull beim Flächenverbrauch und dem Neu- und Ausbau des Radverkehrsnetzes

GrAnfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/4283

Konjunkturprogramm für Bürokratie statt für effektiven Straßenbau: Dobrindt-Maut mit Risiken und Nebenwirkungen für BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6243-6253

Nein zur Maut - Für eine nachhaltige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur

Ablehnung der vom Bundesverkehrsminister geplanten Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut); Umsetzung des einstimmigen Beschlusses der Sonderkonferenz der Verkehrsminister in Berlin vom 2. Oktober 2013 zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, insbes der Ausweitung der Lkw-Maut

Antr GRÜNE und SPD 24.09.2014 und Stellungnahme MVI
Drs 15/5761
ÄAntr CDU 07.10.2014 Drs 15/5842
PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6388-6395

Blaue Plakette, City-Maut, Versuchsballon Tempo 120 auf der Autobahn und Verwirrspiel um die Straßenbauverwaltung: Erlebt die Straßenverkehrspolitik BW unter Grün-Rot ihr blaues Wunder?

Aktuelle Debatte
s. *Straßenverkehr*
PIPr 15/145 S. 8665

Plädoyer für die Einführung einer Pkw-Maut
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1125 1126

Forderung nach Einführung einer Pkw-Maut per Vignette; Absage an elektronische Erfassung aufgrund der sich damit eröffnenden Gelegenheit zu einer Erstellung von Bewegungsprofilen
PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1472

Straßenbrücke

s. *Brücke*

Straßendecke

s. *Straßenbelag*

Straßenfahrzeug

s.a. *Straßenverkehr*

Novellierung der Garagenverordnung BW (GaVO)?
Regelungen der GaVO und ihre Bemessungsgrundlagen; Anpassung der Stellplatzbreite an die gegenwärtige Pkw-Breite; Änderungsbedarf bei den Vorschriften für Parkplätze im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich; Regelungen für die Lagerung von Kinderwagen

KlAnfr
s. *Garage*
Drs 15/4969

Straßengesetz

Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze
Änderung der §§ 37 und 38 des Straßengesetzes in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 15/6618

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften
Änderung von § 53 a des Straßengesetzes in der Fassung vom 1. Juli 2004

GesEntw
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/6654

Straßengesetz für Baden-Württemberg

s. *Straßengesetz*

Straßengüterverkehr

s. *Güterverkehr*

Straßenknotenpunkt

s. *Straßenkreuzung*

Straßenkreuzung

Landesstraße (L) 1192, L 1200, L 1202 und L 1204 im LKreis Esslingen

Priorisierung und Finanzierung der erforderlichen Ausbaumaßnahmen zur Ertüchtigung der L 1192, L 1200, L 1202, L 1204 im LKreis Esslingen; Planung und Finanzierung von Ausbaumaßnahmen an Straßenkreuzungen bestimmter Landes- und Kreistraßen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4395

Kreisverkehre in Betonbauweise

Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren im Vergleich zu Ampelneinmündungen; Zahl der in den letzten fünf Jahren eingerichteten Kreisverkehre; Wirtschaftlichkeit der Betonbauweise im Vergleich zu sonstigem Straßenbaumaterial

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/5704

Überplanungsbedarf des Knotenpunkts der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98 und der Wiesentalstraße B 317

Zeitplan und Maßnahmen für die Überplanung des Knotenpunkts der Wiesentalstraße (B 317) in Lörrach und der Anschlussstelle Lörrach-Mitte der A 98

MdIANfr 4) Ulrich Lusche CDU 21.10.2015 Drs 15/7550
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8450 8451

Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

Sachstand zu Planungen für den Umbau des provisorischen Kreisverkehrs am Knotenpunkt Stuttgarter Straße (L 1180) - Neue Ramtelstraße (L 1141) - Füllerstraße in Gerlingen/Leonberg

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 26.10.2015 und Antw MVI
Drs 15/7604

Verkehrsknoten Geisingen

Unfallgeschehen und Verkehrssicherheit an Straßenkreuzungen in Abhängigkeit von deren Ausgestaltung; Verkehrsbelastung an der Einmündung der Landesstraße 185 in die Bundesstraße 31 in Geisingen und Planungsstand zur Ertüchtigung dieses Verkehrsknotens

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 17.02.2016 und Antw MVI
Drs 15/8075

Straßenlampe

s. *Straßenbeleuchtung*

Straßenname

s. *Straße*

Straßenschaden

s.a. *Bauschaden*
s.a. *Straßenbelag*

Statistische Angaben zu Landesstraßen in BW

Gesamtlänge und Zustand der Landesstraßen; Art und Anteil sowie Kosten des Sanierungsbedarfs; Anteil mit Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund von Straßenschäden; vorgenommene Lärmschutzmaßnahmen

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/288

Schäden bei Straßenbelägen

Aufforderung, bei der Erneuerung von Straßenbelägen das Material der Deckschicht entsprechend der Verkehrsbelastung auszuwählen; übliche Erneuerungsintervalle und Gewährleistungsansprüche je nach Belag; Art und Umfang der Schäden, die seit 2006 im Rahmen der Gewährleistungspflicht beseitigt werden mussten; Höhe der Kosten für das Land

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 12.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/495
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 66 67
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßenspernungen; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3406

Sperrung der Landstraße 1187 zwischen Glemseck und Schattengrund für Motorradfahrer

Streckensperrung der Mahdentalstrasse für Motorradfahrer aufgrund von Straßenschäden, insbes Maßstäbe, Begründung und Ermessensspielraum bei der Entscheidung

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 15.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3486

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr

Nennung sanierungsbedürftiger, in den Kategorien „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteter Streckenabschnitte der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr und vorgesehener Sanierungszeitplan

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 22.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3530 (17 S.)

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3667

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettligen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3851

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis

Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Keltern-Ellmendingen und Keltern-Dietlingen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/4172

Zustand der Fahrbahnen von Bundesstraßen im Enzkreis

Zustand der Bundesstraßen im Enzkreis nach der Bundesstraßensanierung im Jahr 2013; Kontrolle der ausführenden Firmen; Mängel im Fahrbahnbelag der B 294 zwischen Neuenbürg und Birkenfeld; Nachbesserung des Fahrbahnbelags; Qualitätssicherung in der Straßensanierung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/4744

Straßenschlacht

s. *Krawall*

Straßenunterhaltung*Radwege im Rems-Murr-Kreis*

Lückenschließung und Sanierung der Rad- und Gehwege entlang der L 1119, L 1066, L 1155 und weiterer Landstraßen; Kosten und Finanzierung; Verwendung von Landesmitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für die Radwegerverbindung von Kirchberg an der Murr nach Backnang

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2663

Unterhaltung von Wanderwegen

Bedeutung des Wanderns für den Tourismus, die Gesundheitsprävention und die Freizeitgestaltung; Zuständigkeit für den Unterhalt und die Beschilderung von Wanderstrecken; vorhandene Förderprogramme; Unterstützung der Wandervereine beim Wegeunterhalt und der Beschilderung; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für den Langsamverkehr beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Antr
s. *Wanderweg*
Drs 15/2691

Lärmschutz durch sogenannten „Flüsterasphalt“

Einsatz, Kriterien und Kosten für die Verwendung von „Flüsterasphalt“ bei Sanierungsmaßnahmen von stark befahrenen Autobahnen und Bundesstraßen iRd Lärmschutzes

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3170

Zustandserfassung der Landesstraßen in BW

Ergebnisse der aktuellen Zustandserfassung der Landesstraßen in BW und deren Einfluß auf den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3187

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen im LKreis Esslingen

Zustand der Bundes- und Landesstraßen im Vergleich zur letzten Zustandserfassung; Sanierung der als „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteten Streckenabschnitte einschließlich der Brückenbauwerke; Verkehrsbelastung der Streckenabschnitte

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 10.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3343

Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall, im Hohenlohekreis und im Main-Tauber-Kreis

Ergebnisse der Zustandserfassung der Landes- und Bundesstraßen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Konsequenzen für die Unterhaltungsmaßnahmen; Kriterien für Geschwindigkeitsbegrenzungen und Straßensperren; Erforderlichkeit von Sperrungen auf den Landesstraßen L 1042, L 1066 und L 1040; Landeshaftung bei Versäumnissen; Vorschriftengeltung für Kreisstraßen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 23.04.2013 und Antw MVI Drs 15/3406

Sanierungsmittel für die Landesstraßen im Landeshaushalt

Sanierungs- und Ausbauplanung von Landesstraßen und Brücken, insbes Sanierungskriterien, Zurücksetzung des ländlichen Raums, Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit durch gesenkte Standards, Erhöhung oder Verrechnung der Sanierungshaushaltsmittel zur Brückensanierung mit Mitteln der mittelfristigen Finanzplanung

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 29.04.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3434
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 (dazu ÄAntr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU) S. 27-29
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Mittlg LReg 14.04.2014 Drs 15/5094

Straßenbelag für die L 621 zwischen Königsbach und Stein

Planung und Finanzierung der Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen auf dem Streckenabschnitt L 621 zwischen Königsbach und Stein; Planung und Finanzierung weiterer Straßenbaumaßnahmen im Enzkreis; Verkehrsbelastung auf diesem Streckenabschnitt

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 03.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3455

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr

Nennung sanierungsbedürftiger, in den Kategorien „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteter Streckenabschnitte der Bundes- und Landesstraßen in den LKreisen Esslingen, Göppingen und Rems-Murr und vorgesehener Sanierungszeitplan

Antr
s. *Straßenschaden*
Drs 15/3530

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr Nicole Razavi CDU 17.06.2013 und Antw MVI Drs 15/3641

Sanierung Ortsdurchfahrt Landesstraße (L) 1125 Niefern-Öschelbronn

Zustand und Planung der Sanierungsarbeiten von Landesstraße 1125 in der Ortsdurchfahrt Niefern-Öschelbronn, insbes derzeitige Verkehrssicherheit, Sanierungsbeginn, geschätzte Baukosten, Finanzierung und Fertigstellung

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/3698

Zustand der Landesstraße (L) 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

Verkehrsbelastung, Zustand und Planung der Durchführung von Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an der Landesstraße 1110 zwischen Güglingen und Kleingartach

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 08.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3753

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettligen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3851

Sanierung des Fahrbahnbelags von Landesstraßen im Enzkreis

Vordringlich sanierungsbedürftige Straßenabschnitte im Enzkreis; im Jahr 2014 vorgesehene Sanierungen von Fahrbahndecken; Sanierung der Landesstraße L 562 zwischen Karlsbad-Auerbach und Pforzheim sowie zwischen Kelttern-Ellmendingen und Kelttern-Dietlingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 18.10.2013 und Antw MVI Drs 15/4172

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Höhe der für Aus- und Neubau sowie für Unterhalt und Sanierung der Landesstraßen 2013 und 2014 zur Verfügung stehenden Mittel; durchgeführte und geplante Sanierungsmaßnahmen; Höhe der erforderlichen Mittel; Maßnahmen zur Sanierung oder

Lückenschließung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis und ihre Kosten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4237

Schutzmaßnahmen an Landesstraßen

Übersicht über geplante Schutzmaßnahmen (Amphibienschutz, Lärmschutz etc.) an Landesstraßen; Kriterien für diese Schutzmaßnahmen; Koordinierung der Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen; Verhältnismäßigkeit der Kosten für Schutz- und Straßenbaumaßnahmen; Rechtsvorschriften; Initiierung von Schutzmaßnahmen an Landesstraßen; Steigerung der Anzahl der Maßnahmen durch eine Absenkung baulicher Standards

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4665

Sanierung der Landesstraße (L) 1221 Steinenkircher Steige und Heidhöfe - Kreisgrenze Bartholomä

Verkehrssicherheit und Straßenzustand der Landesstraße (L) 1221 in den Abschnitten Steinenkircher Steige und Heidhöfe - Kreisgrenze Bartholomä sowie geplante Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr Nicole Razavi CDU 04.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4706

Zustand der Fahrbahnen von Bundesstraßen im Enzkreis

Zustand der Bundesstraßen im Enzkreis nach der Bundesstraßenanierung im Jahr 2013; Kontrolle der ausführenden Firmen; Mängel im Fahrbahnbelag der B 294 zwischen Neuenbürg und Birkenfeld; Nachbesserung des Fahrbahnbelags; Qualitätssicherung in der Straßensanierung

KlAnfr
s. *Straßenbelag*
Drs 15/4744

Landesstraße (L) 1152 zwischen Nassachmühle und Nassach im LKreis Göppingen

Zustand, erforderliche Sanierungsmaßnahmen und -mittel für den Teilabschnitt „Süd“ der Landesstraße 1152 zwischen Nassachmühle und Nassach

KlAnfr
s. *Landesstraße 1152*
Drs 15/4811

Zustand der Landesstraßen (L) im Heckengäu

Sanierung der Landesstraßen L 1175, L 1180 und L 1134 im Heckengäu; tägliche Verkehrsbelastung und Zustand der genannten Landesstraßen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.05.2014 und Antw MVI Drs 15/5171

Bundesmitten im Straßenbau 2013

Höhe der im Jahr 2013 für den Straßenbau verwendeten Fördermittel des Bundes; Forcierung des Beginns weiterer Baumaßnahmen aufgrund der Mittelaufstockung vor der Bundestagswahl; möglicher Beginn von Bundesfernstraßenprojekten; bisheriger Einsatz der „Swing-Mittel“; Personallage in der Straßenbauverwaltung

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/5323

Mängel bei Fahrbahnerneuerungen auf Landesstraßen

Erneuerung des Straßenbelags von Landesstraßen im Enzkreis; Mängel im Straßenbelag nach der Fahrbahnerneuerung; Ursache der Unebenheiten im Fahrbahnbelag zwischen Ellmendingen und Dietlingen; Behebung der Mängel und ihre Kosten; Vermeidung mangelhafter Bauleistungen im Straßenbau und des damit verbundenen Mehraufwands

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.09.2014 und Antw MVI Drs 15/5781

Radweg- und Straßeninfrastruktur im südlichen Wahlkreis 33 (LKreis Rastatt)

Stand der Straßensanierungen in der Gemeinde Ottersweier; Neubau von Radwegen zwischen Ottersweier und Bühl-Neusatz, zwischen Ottersweier-Zell und Bühl-Moos sowie zwischen Ottersweier-Haft und Lauf; Vorfinanzierung von Rad- und Straßenbauprojekten durch die Kommunen; Verteilung der Fördermittel für den Radwegebau im Regierungsbezirk Karlsruhe, insbes im Wahlkreis 33

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/6183

Baustellensituation auf der Bundesautobahn A 81

Zahl der Baustellen, betroffene Autobahnabschnitte; Art der Baumaßnahmen und deren voraussichtlicher Abschluss; Umfahrungsmöglichkeiten für Berufspendler; Verringerung der Beeinträchtigungen im Berufsverkehr

KlAnfr
s. *Baustelle*
Drs 15/6195

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellte sowie künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtungen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/6273

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Förderung des Aus- und Neubaus sowie der Sanierung der Landesstraßen im Jahr 2014; Erhaltung des Radwegenetzes und Lückenschließung; Auskunft über die 2014 durchgeführten und für 2015 geplanten Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/6279

Mängel auf frisch sanierten Straßen im Land

Auftreten von Schäden in der Fahrbahndecke von Landes- und Bundesstraßen im Anschluss an deren Sanierung; Fahrbahnschäden im Enzkreis und in Pforzheim; Ursachen der Schäden im Straßenbelag auf der B 10 bei Pforzheim-Eutingen; Behebung und künftige Vermeidung von Mängeln bei der Straßeninstandhaltung

KlAnfr

s. Straßenbelag
Drs 15/6361

Sanierung Landesstraße L 181 auf den Streckenabschnitten Erdmannsweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach

Sachstand zu Sanierungsprogramm und Dringlichkeitsliste im Bereich der Landesstraßen für den Regierungsbezirk Freiburg und den Schwarzwald-Baar-Kreis ab dem Jahr 2014, insbes zu den beiden Streckenabschnitten Erdmannsweiler-Fischbach und Fischbach-Niedereschach der Landesstraße L 181

KlAnfr Karl Rombach CDU 28.01.2015 und Antw MVI Drs 15/6418

Sperrung der Albtalstrecke Landesstraße (L) 154

Sachstand zur Sperrung der Albtalstrecke Landesstraße 154 zwischen Albrück und Görwihl, insbes Aufwand zur Sicherung der Felshänge

KlAnfr
s. Landesstraße 154
Drs 15/7267

Aktueller Stand - Ausbaumaßnahme zur Landesstraße L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

Einstufung der geplanten Straßensanierungsmaßnahmen in der Priorisierungsliste des Landes; Kosten und Zeitplan der Maßnahmen

KlAnfr
s. Landesstraße 536
Drs 15/7645

Bund und Länder müssen gemeinsam die Verwaltung der Bundesfernstraßen verbessern!

Einsatz für den Fortbestand der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Abbau vorhandener Schnittstellenprobleme zwischen Bund und Ländern im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. Bundesfernstraße
Drs 15/7786

Sanierung und Ausbau der Landesstraße (L) 1120 zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg

Sachstand zu Gefahrensituation und Ausbauzustand der Landesstraße 1120 im Streckenabschnitt zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg, insbes Unfallstatistik, Verkehrsaufkommensprognose, Sanierungsbedürftigkeit

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 17.12.2015 und Antw MVI Drs 15/7904

Zustand der Landstraße (L) 83 zwischen Bühlertal und Sand

Sanierung des o.g. Teilstücks der Landesstraße L 83 und die dafür veranschlagten Kosten; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in den letzten zehn Jahren

KlAnfr Tobias Wald CDU 15.01.2016 und Antw MVI Drs 15/7949

Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im LKreis Ludwigsburg

Geplante Sanierungsmaßnahmen an Ortsdurchfahrten; Zustand der Landesstraßen L 1106 und L 1107 in der Ortsdurchfahrt Bönigheim

KlAnfr
s. Ortsdurchfahrt
Drs 15/8079

Straßenverkehr

s.a. Geschwindigkeitsbegrenzung

s.a. Kreisverkehr

s.a. Radverkehr

s.a. Straßenausstattung

s.a. Straßenbenutzungsgebühren

s.a. Straßenfahrzeug

s.a. Straßenverkehrsbehörde

s.a. Straßenverkehrslärm

s.a. Straßenverkehrsrecht

s.a. Transitverkehr

s.a. Verkehrsberuhigung

s.a. Verkehrserziehung

s.a. Verkehrskontrolle

s.a. Verkehrslenkung

s.a. Verkehrsstatistik

s.a. Verkehrsvermeidung

s.a. Verkehrsverstoß

Verkehrsinfrastruktur in der Verantwortung des Landes im Zusammenhang mit der Wissenschaftsstadt Ulm

Vorgesehene Parkplätze, Parkhäuser u.a. Maßnahmen für den ruhenden Verkehr nach dem Neubau der Chirurgischen Klinik des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg; geplante Gebührenregelung für die Nutzung der Stellplätze; Planungsstand für die neue Straßenbahnlinie auf den Oberen Eselsberg; Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr
s. Verkehr
Drs 15/32

Aktionsplan Telematik - Handlungsfelder für Intelligente Verkehrsleitsysteme (IVS)

Aktivitäten und beteiligte Akteure iRd Nationalen Strategie zur koordinierten Weiterentwicklung bestehender und beschleunigter Einführung neuer und intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr; Beurteilung der Chancen und Möglichkeiten von IVS zur Verkehrslenkung und -leitung; Unterstützung der Forschungseinrichtungen und Unternehmen bei der Beantragung von EU-Fördermitteln

Antr
s. Verkehrslenkung
Drs 15/335

Baustellenbedingter Lastwagenverkehr im Enzkreis

Verkehrsbelastung der Ortschaften im Enzkreis durch Baustellenverkehr während der Bauarbeiten an der A 8; Maßnahmen zur Verhinderung von Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Lkw in Mühlacker-Enzberg

KlAnfr
s. Güterverkehr
Drs 15/453

Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung

Auflistung der dringlichen Fernstraßenprojekte des Bundes und der dazu notwendigen Mittel, Beurteilung einer entfernungsunabhängigen Vignette und entfernungsabhängigen Pkw-Maut; Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Verbesserung der Finanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur durch ein System der Nutzerfinanzierung, Angebot des Landes als Modellregion

Antr
s. Verkehrsplanung
Drs 15/799

Nord-Ost-Umfahrung im Raum Stuttgart

Planungsstand des o.g. Vorhabens im Zuge der L 1197 und Verkehrsentwicklung an der bestehenden Neckarquerung in Remseck unter Berücksichtigung der verschärften Luftreinhaltemaßnahmen und des Lkw-Durchfahrtsverbots in Stuttgart sowie der Autobahnmaut; Verzicht auf eine Weiterverfolgung des Vorhabens, Frage nach einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position sowie nach anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/1179

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/1504

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Gewährleistung einer angemessenen Verkehrsanbindung durch den ÖPNV und Individualverkehr

GrAnfr

s. *Demografie*

Drs 15/1608

Schutz vor verkehrsbedingten Immissionen in Bad Wimpfen

Höhe der Kosten und Effekte der genehmigten Umfahrung im Zuge der L 1100 im Vergleich zu der von der Bürgerinitiative Straßenverkehr Bad Wimpfen entwickelten Alternativplanung einer westlichen Spange; Gründe für die Aufhebung des Durchfahrtsverbots für Gefahrguttransporter; Umsetzungsstand des Lärmaktionsplans; Intensität und Ergebnisse der Schadstoffmessungen; Sicherheitsbewertung der Schulwege; Frage nach dem Planungsstand für die Aufnahme in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr

s. *Bad Wimpfen*

Drs 15/1744

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme; Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität; Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen sowie der Schieneninfrastruktur; Problematik des Auslaufens des Bundes-GVFG; Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr

s. *Verkehr*

Drs 15/2240

Umweltzonen als bürokratische Hürde für Schausteller und Marktbeschicker in Pforzheim und dem Enzkreis

Erfahrungen und Rückmeldungen zu den Umweltzonen in Pforzheim und Mühlacker für den Zugang von Kraftfahrzeugen bestimmter Schadstoffgruppen von Schaustellern und Marktbeschickern; Bedingungen, Verfahrenswege und Gesamtkosten für die Beantragung von Sondergenehmigungen, Ausnahmeregelungen oder Anerkennung wirtschaftlicher Härtefälle; Schaffung zeitlich begrenzter ortsbezogener Ausnahmeregelungen; unbürokratische Möglichkeiten eines flexibleren Umgangs mit Umweltzonen

KlAnfr

s. *Umweltzone*

Drs 15/2846

Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur

Gegenstand und Umsetzung der Richtlinie 2008/96/EG vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur in BW

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/3189

Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Sachstand der Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr und Umweltverbund nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) in den Regierungsbezirken, insbes bereitgestellte Mittel und tatsächlicher Mittelabfluss

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/3399

Verkehrssicherheit in BW

Stellenwert und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in BW, insbes Statistik zur Entwicklung der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr, Umsetzung des Leitmotivs „vision zero“, Schutz besonders gefährdeter Personengruppen; Sicherheitsbeitrag von Schwerverkehrskontrollzentren, Straßenbauplanung und Tempolimits bei der Priorisierung der Bedarfsplanmaßnahmen; Bedeutung der Verkehrssicherheit im Schienenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/3701

Erforderlichkeit von Verkehrszeichen im Straßenverkehr

Turnus der amtlichen Überprüfung von Verkehrszeichen; Möglichkeiten der Bürger zum Anstoß einer Überprüfung; Durchführung von Verkehrsschauen durch die Stadt- und LKreise; Verwaltung des Verkehrszeichenbestands; Überforderung der Verkehrsteilnehmer durch „Überbeschilderung“; Steigerung der Wirtschaftlichkeit

Antr

s. *Verkehrszeichen*

Drs 15/4368

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Be-

reich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4814

Verkehrsanbindung der Metropole Mannheim

Behebung der Probleme bei der Anbindung der Metropole Mannheim im Berufsverkehr, insbes Verbesserung der Schienenpersonenfernverkehrsverbindungen auf der Strecke Stuttgart-Mannheim in den Randstunden für Berufspendler, Realisierung der Straßenrheinquerung zwischen Altrip und Mannheim

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4913

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr
s. *Promillegrenze*
Drs 15/4992

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/6031

Fernbusse ermöglichen mehr Mobilität

Fernbus-Unternehmen sowie Fernbus-Linien in BW; Genehmigungspraxis für Fernbus-Verbindungen; Einrichtung eigener Haltestellen für Fernbus-Verbindungen; Fördermittel aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Kapazitäten des geplanten Fernbus-Bahnhofs am Flughafen Stuttgart

Antr
s. *Omnibus*
Drs 15/6079

Baustellensituation auf der Bundesautobahn A 81

Zahl der Baustellen, betroffene Autobahnabschnitte; Art der Baumaßnahmen und deren voraussichtlicher Abschluss; Umfahrungsmöglichkeiten für Berufspendler; Verringerung der Beein-

trächtigungen im Berufsverkehr

KlAnfr
s. *Baustelle*
Drs 15/6195

Investitionsoffensive der Europäischen Union: Verkehrsprojekte für BW

Finanzierung von Verkehrsprojekten in BW mit Hilfe des Investitionsprogramms der EU; Aufnahme zusätzlicher Projekte in die Projektliste; Beschleunigung von Planungsprozessen sowie der Verwirklichung baureifer Verkehrsprojekte; Förderfähigkeit von Projekten; Anmeldung von Schienen- und Flugverkehrsprojekten; Aufnahme des Filderbahnhofs Plus als intermodales Verkehrsprojekt in die Projektliste

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6357

Maßnahmen und Perspektiven des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)

Sachstand zu Verkehrsprojekten iRd Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes bereitgestellte und verfügbare Mittel für Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr und Umweltverbund

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6491

Fragen zur Gestaltung von Ortsdurchfahrten

Sachstand zur Umsetzung von Projekten zum Thema „Gestaltung von Straßen als gemeinsamer Verkehrsraum für eine gleichberechtigte Begegnung von Fuß- und Autoverkehr“, insbes von Projekten zur baulichen Umgestaltung von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/6677

Überlegungen zur Einbeziehung des Straßenverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem

Sachstand zu Überlegungen über die Einbeziehung des Straßenverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem, insbes Rahmenbedingungen, Konsequenzen einer Umsetzung, Position der LReg

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 07.05.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6864
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.07.2015 Drs 15/7352 S. 55 56
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Stand der infrastrukturellen Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen)

Sachstand zu Finanzierung und Fertigstellung infrastruktureller Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen), insbes in den Bereichen kommunaler Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr

KlAnfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7058

Blaue Plakette, City-Maut, Versuchsballon Tempo 120 auf der Autobahn und Verwirrspiel um die Straßenbauverwaltung: Erlebt die Straßenverkehrspolitik BW unter Grün-Rot ihr blaues Wunder?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8665-8680

Reduzierung von Emissionen und Verbrauch des motorisierten Individualverkehrs, Einschätzung des Potenzials von umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20 21

Bedeutung des motorisierten Individualverkehrs für die Verzahnung von ländlichen Räumen und Ballungsgebieten, Ankündigung eines intelligenten Mobilitätskonzepts

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 47 60 61 70 73 74

Beklagung der täglichen Staus auf den Autobahnen rund um Stuttgart, Nutzung der Möglichkeit zum Fahren auf den Standspuren

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 358 360

Reduzierung von Emissionen und Verbrauch des motorisierten Individualverkehrs, Steigerung der Umstiegsbereitschaft auf öffentliche Verkehrsmittel mit einer neuen Infrastruktur für vernetzte Mobilität, Belegung von Platz vier durch die Landeshauptstadt unter den stauanfälligsten deutschen Großstädten

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 424-430

Bedeutung des Straßenverkehrs und der Verkehrsinfrastruktur für den Wohlstand des Landes; Entlastung der Straßen von unnötigem Individualverkehr

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1187 1194 1195 1198 1204-1208 1212 1217

CO₂-Emissionen des motorisierten Straßenverkehrs, Steigerung der Umstiegsbereitschaft auf öffentliche Verkehrsmittel, Plädoyer für eine nachhaltige und vernetzte Mobilität

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1349 1351-1354 1357 1358 1362 1365

Straßenverkehrsbehörde

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 10 - Zentrale Bußgeldstelle beim Regierungspräsidium Karlsruhe (Kap 0305)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1910

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2510

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365

Mittlg LReg 20.12.2013 Drs 15/4557

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4713

PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529

Mittlg LReg 22.05.2015 Drs 15/6919

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7106

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Straßenverkehrsdelikt

s. Verkehrsverstoß

Straßenverkehrgefährdung

Falschfahrer auf der Bundesstraße (B) 29

Ursachen der Häufung von Falschfahrern auf der Bundesstraße 29 auf dem Streckenabschnitt zwischen Fellbach und Schwäbisch Gmünd und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr

s. Unfallverhütung

Drs 15/7236

Straßenverkehrslärm

s.a. Straßenverkehr

s.a. Verkehrsberuhigung

Auswirkungen der Planungsänderungen der Bahn im Bauablauf des Fildertunnels

Änderungen im Bauverfahren und in der Bauausführung; Folgen für den Abtransport des Aushubs; Streckenlänge der Lkw-Fahrten für den Abtransport des Aushubs; absehbare Menge der Lkw-Fahrten pro Tag während der Bauzeit; zu erwartende Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße B 27 und der Autobahn A 8; Lärm- und Abgasbelastung; Lagerung des gipshaltigen Aushubs auf geeigneter Deponie

KlAnfr

s. Tunnel

Drs 15/2650

Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn 8 (A 8) im Enzkreis

Entwicklung der Lärmbelastung auf dem Streckenabschnitt zwischen Karlsbad und Pforzheim-West seit 2008; nach dem Abschluss des Autobahnausbaus zu erwartendes Verkehrsaufkommen; Durchführung von Lärmmessungen; Unmut über unzureichenden Lärmschutz an der Pfingsttalbrücke bei Remchingen; Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes an der A 8 bei Remchingen

KlAnfr

s. Lärmschutz

Drs 15/3404

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr

s. Geschwindigkeitsbegrenzung

Drs 15/4518

Bundesautobahn (A) 5 - Lärmauswirkungen auf Gemeinden im Wahlkreis 33

Durchschnittliche Lärmbelastung in den Gemeinden entlang der A 5; Entwicklung des Verkehrsaufkommens seit 2004; Beschwerden der Anrainergemeinden seit dem Ausbau der Bundesautobahn; Maßnahmen zur Lärmreduzierung

KlAnfr

s. Lärmschutz

Drs 15/4618

Lärmschutz entlang der Landesstraße (L) 83 im Bereich Altschweier

Lärmsituation und künftige Verkehrsentwicklung entlang der Landesstraße 83 im Bereich Altschweier sowie mögliche Lärmreduzierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. Lärmschutz

Drs 15/5102

Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A) 8

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bisherige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung; Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direkten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines Direktanschlusses an die A 8

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/5564

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis
Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5983

Autobahnabschnitt A 81 Pleidelsheim/Ludwigsburg-Nord
Verkehrsaufkommen auf diesem Autobahnabschnitt; Häufigkeit und Dauer von Staus auf diesem Streckenabschnitt; Anzahl der Unfälle in den letzten drei Jahren; Lärmbelastung der Stadt Freiberg am Neckar; Ausbau des Autobahnabschnitts

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/6121

Straßenverkehrliche Maßnahmen, insbes Geschwindigkeitsbegrenzungen im Zusammenhang mit Lärmaktionsplänen
Vorgaben und Handlungsspielräume bei der Umsetzung von Lärmaktionsplänen im Straßenverkehr aufgrund des Kooperationserlasses des Landes

KlAnfr Ulrich Lusche CDU 13.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6488

Motorradlärm in Tourismuslandschaften
Sachstand zur Kontrolle von Motorradlärm und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Motorradfahrer in BW und speziell in Touristenregionen, insbes Bußgeldverhängungen, Ahndung unzulässiger Bauartveränderungen an Motorrädern

Antr
s. *Kraftrad*
Drs 15/6812

Straßenverkehrsrecht

Regierungsbefragung
Bundesweiter Feldversuch mit Lang-Lkws - Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die VO über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften für Fahrzeugkombinationen mit Überlänge (LKWÜberlStVAusnV)

berlStVAusnV//
s. *Nutzkraftfahrzeug*
PIPr 15/40 S. 2205

Radtouristikfahrten in BW
Anzahl der jährlich als Breitensportveranstaltungen stattfindenden Radtouristikfahrten in BW; Gründe für die Genehmigungs-

pflcht ab einer Teilnahme von 100 Personen; Verzicht auf eine Genehmigungspflicht für Radtouristikfahrten

KlAnfr
s. *Fahrradtourismus*
Drs 15/4958

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr
Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr
s. *Promillegrenze*
Drs 15/4992

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken
Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5760

Straßenverkehrszulassung

Regierungsbefragung
Kfz-Zulassung
PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2888-2890

Wiedereinführung des Kraftfahrzeugkennzeichens
Beantragung der Wiedereinführung von Kraftfahrzeugkennzeichen; Wiedereinführung des Kraftfahrzeugkennzeichens CR für Crailsheim

MdlAnfr
s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*
Drs 15/2843

Klebekennzeichen für Kraftfahrzeuge
Rechtsgrundlage und Begründung für die Abschaffung der Klebekennzeichen für Kraftfahrzeuge, insbes Nachteile für historische Fahrzeuge

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*
Drs 15/4107

Altkennzeichen in BW
Einführung und Ablehnungen zur Einführung der Altkennzeichen in den Kreisen Baden-Württembergs; Mehrkosten bei den Zulassungsstellen; Änderungen aufgrund des Wegfalls der Umkennzeichnungspflicht

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugkennzeichen*
Drs 15/5689

Position der LReg zur Zulassung von Lang-Lkw

Sachstand zur Zulassung von Lang-Lkw, insbes ökonomische und ökologische sowie verkehrstechnische Auswirkungen, Schlussfolgerungen aus der gescheiterten Verfassungsklage und dem Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen, Position der LReg zur Zulassung von Gigalinern

Antr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/6464

Strategie EU 2020

s. *Europa 2020*

Strategie Europa 2020

s. *Europa 2020*

Strategische Steuerung

s. *Steuerungsmodell*

Strategische Umweltprüfung

s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*

Straubenhardt*Sanierung von Dämmen und Rückhaltebecken im Enzkreis*

Baulicher Zustand und Sanierungsbedarf bei Rückhaltebecken und Dämmen im Enzkreis, insbes in Straubenhardt; Veränderungen bei Richtlinien und Technikstandards für Stauanlagen; Förderfähigkeit durch das Land und geplante Änderungen sowie Umfang der Landeszuschüsse für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Enzkreis*
Drs 15/2937

Grundschulstandort Straubenhardt

Sachstand zum Grundschulstandort Straubenhardt, insbes Anmeldezahlen, Zukunftsperspektiven, Überlegungen zur Schließung der Grundschule Ottenhausen

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/6232

Streckenbau

s.a. *Gäubahn*
s.a. *Hochrheinbahn*
s.a. *Rheintalbahn*
s.a. *Stuttgart 21*
s.a. *Südbahn*
s.a. *Zollernallbahn*

Stand des Ausbaus der Magistrale für Europa (Paris-Bratislava) im Hinblick auf das Teilstück Stuttgart-Ulm

Bedeutung des Abschnitts Stuttgart-Ulm als Teil der o.g. Hochgeschwindigkeitsstrecke, Zunahme des Bedarfs für eine zügige Fertigstellung durch die Baufortschritte in Frankreich und Österreich, Frage nach einem Zusammenhang mit der EU-Donauraumstrategie; Beurteilung der vorgesehenen Aufnahme

der Strecke Karlsruhe-Stuttgart-München als Teilstück des Internationalen Korridors Nr. 10 Seine-Donau in das Kernnetz der Transeuropäischen Netze

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/328

Rechtsauffassung der LReg zu Mischfinanzierungen bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

Festhalten an der Unvereinbarkeit einer finanziellen Beteiligung mit dem Grundgesetz unterlegt mit einem Rechtsgutachten zur Neubaustrecke Stuttgart-Ulm? Frage nach aktuellen und geplanten Verkehrsprojekten als unechte Gemeinschaftsaufgaben mit Vor- und Mischfinanzierungen, jeweilige Auswirkungen eines Finanzierungsausstiegs

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/525

Streichung wichtiger Verkehrsprojekte in BW aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes

Gründe und Auswirkungen der Streichung wichtiger Schienenprojekte, u.a. des Ausbaus der Schnellbahntrasse Mannheim-Frankfurt und des ICE-Knotenpunkts Mannheim; Gefährdung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie der Bedeutung des Rangierbahnhofs in Mannheim für den Güterverkehr

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/604

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Süden des Landes - Konsequenzen aus dem Entwurf des Investitionsrahmenplans des Bundes für 2011 bis 2015

Auflistung der Schienen- und Fernstraßenprojekte, insbes in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee; Beteiligung an der Erarbeitung des IRP, Zeitpunkt der Inkraftsetzung, Höhe der vorgesehenen Investitionsmittel

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/772

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Ilter?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm: Gestaltung der Wendlinger Kurve

Mehrbedarf an Zügen im Schienenpersonenregionalverkehr, insbes aus der Raumschaft Reutlingen/Tübingen und nach der Fertigstellung des o.g. Projekts; Beurteilung einer „Großen Wendlinger Kurve“ im Zuge der Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Höhe einer Beteiligung an den Mehrkosten dieser Variante bzw deren Vorbereitung

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1668

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flughafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1992

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hoahrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Hochrheinbahn

Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten für den Ausbau und die Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Beurteilung von Überlegungen der Schweiz über eine finanzielle Beteiligung und der dafür erwarteten Gegenleistungen

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/2465

Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 und der S 2

Bedeutung, Finanzierung und Kosten-Nutzen-Verhältnis der Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 zum Flughafen und der S 2 nach Neuhausen/Filder

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3171

Schienerpersonennahverkehr auf der Donautalbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Donautalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbaumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3427

Schienerpersonennahverkehr auf der Brenzbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Brenzbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept sowie notwendige Streckenbaumaßnahmen; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3428

Schienerpersonennahverkehr auf der Südbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Südbahn, insbes Zeitplan, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbau- und Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3429

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Neckartalbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Neckartalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3450

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Frankenbahn

Angebot und Ausschreibung des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Frankenbahn, insbes Sachstand, Zeitplan bis zur Neuvergabe, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial, Einsatz von zusätzlichen Zugbegleitern und Sicherheitspersonal, erforderliche Baumaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3451

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Murrbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Murrbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz von Fahrzeugmaterial; Maßnahmen gegen Zugausfälle und unpünktliche Züge

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3457

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Remsbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienerpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Remstalbahn, insbes Sachstand, Zeitplan, Finanzierung, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Maßnahmen zu Streckenbau und Bahnhofssanierung sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung der Ausschreibung; Einsatz und Verbesserung von Wagen- und Fahrzeugmaterial; Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG über vorzeitige Verbesserungen

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3458

Die Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Zeit und Kostenplanung der Baumaßnahmen zur Inbetriebnahme der Stadtbahn-Nord im Stadt- und LKkreis Heilbronn; Planung und Finanzierung des Wagenmaterials

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3479

Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans Straße

Konzeption und Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung; Partizipation der betroffenen Bürger mittels einer Vergabe von Bewertungspunkten für einzelne Maßnahmen bei den Regionalkonferenzen; Einfluss der auf diese Weise ermittelten Ergebnisse auf die Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan Straße; Beteiligungsform bei der Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan Schiene

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3510

Schiennenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr
s. *Schiennenpersonennahverkehr*
Drs 15/3517

Qualität des Bahnverkehrs im Enzkreis und in Pforzheim

Bewertung des Nahverkehrs auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart; Verschlechterung der Pünktlichkeitswerte im Schienenpersonennahverkehr gegenüber den Jahren 2008 und 2009; Aussicht auf einen Streckenausbau; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte und des Services im regionalen Stadtbahnbetrieb

KlAnfr
s. *Schiennenpersonennahverkehr*
Drs 15/3704

Der Gotthard-Basistunnel und seine erhofften (und befürchteten?) Rückwirkungen auf BW

Statistiken zum alpenquerenden Schienengüterverkehrsaufkommen und erwartete Veränderungen nach Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels; geplante Baumaßnahmen entlang der baden-württembergischen Zulaufstrecken zum Gotthard; wirtschaftliche, verkehrliche und ökologische Auswirkungen des Gotthard-Basistunnels auf BW

Antr
s. *Tunnel*
Drs 15/4542

Entwicklungsperspektiven der Brenzbahn

Entwicklung von Zugangebot, Fahrgastzahlen und Investitionen auf der Brenzbahn; Planungen der Streckenerüchtigung der Brenzbahn zur Integration in den Ausbau des Fernverkehrs sowie des S-Bahn-Systems in der Region Donau-Iller

Antr
s. *Brenzbahn*
Drs 15/4807

Neu-/Ausbau Rheintalbahn

Zeitplan für den Ausbau der Rheintalbahn; Position zur geplanten zweigleisigen Güterzugtrasse

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/4875

S-Bahn-Ersatzverkehr im Enztal

Fahrgastzahlen auf der S-Bahn-Verbindung zwischen Pforzheim und Bad Wildbad; Information der Fahrgäste über die Sperrung des Streckenabschnitts zwischen Höfen an der Enz und Bad Wildbad während der Gleisbauarbeiten im April 2014; Nutzung unterschiedlicher Haltestellen für Ankunft und Abfahrt der Ersatzbusse am Pforzheimer Hauptbahnhof; Verbesserung der Fahrgastinformation

KlAnfr
s. *Enztalbahn*
Drs 15/5111

Ausbau der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn; Stand des Planfeststellungsverfahrens, voraussichtliche Fertigstellung der Bauabschnitte zwischen Ulm und Lindau; Abschluss der Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund und der Deutschen Bahn; Realisierung des Projekts iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015

Antr
s. *Südbahn*
Drs 15/5142

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5199

Ausbau der Rheintalbahn - Abschnitt Müllheim-Auggen

Sachstand und Position der LReg zum Ausbau der Rheintalbahn im Bereich Müllheim-Auggen, insbes Bewertung und Mehrkosten des Vorschlags des Bürger-Bündnisses Markgräflerland (BBM)

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/5523

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Sträßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Mittelzuweisung Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Anzahl der für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldeten Projekte; Gesamtvolumen der Projekte im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer; Zahlenverhältnis der für den Bundesverkehrswegeplan 2003 gemeldeten Projekte zu den tatsächlich in den BVWP 2003 aufgenommenen Projekten; Kriterien der Mittelzuweisung des Bundes für den Bundesfernstraßenbau; Abhängigkeit der Mittelzuweisung von der Summe der gemeldeten Projekte sowie der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Projekte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/5887

Ausbau und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Sachstand zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW, insbes bei den großen Schienenausbauprojekten, Umsetzung und Finanzierung der einzelnen S-Bahn-, Straßenbahn- und Stadtbahnprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, Maßnahmen für den ÖPNV im ländlichen Raum, Stellenwert und Unterstützung der Barrierefreiheit

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/6272

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärmschutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 29.01.2015 und
Stellungnahme MVI Drs 15/6427
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.03.2015 Drs
15/6733 S. 35-41
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Mögliches neues Verbindungsgleis zwischen Pfalz- und Rheintalbahn („Dammerstocker Kurve“)

Sachstand zu aktuellen Planungen für ein neues Verbindungsgleis zwischen Pfalzbahn und Rheintalbahn der sogenannten „Dammerstocker Kurve“, insbes Existenz früherer Verbindungsgleise, rechtliche Voraussetzungen, Berücksichtigung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/6462

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbau der Rheintalbahn; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-

Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspakets

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/6723

Sanierung Schnellbahntrasse zwischen Mannheim und Stuttgart
Umfang, Mitteleinsatz und Koordination der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Schienennetz; Sachstand zur Sanierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Mannheim, insbes Zeitablauf, Fahrtzeitverlängerungen, Vorverlagerung der Maßnahme in die Sommerferien zur Reduzierung der Einschränkung für Pendler

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/6736

Zukunftsfähige Gestaltung der Wendlinger Kurve iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm

Sachstand zur Realisierung einer großen Wendlinger Kurve in zweigleisiger Ausführung iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, insbes Berücksichtigung in einer Machbarkeitsstudie

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/7355

Paralleler Ausbau Bundesautobahn (BAB) 5 und Rheintalbahn
Durchführbarkeit einer gemeinsamen Planung und Planfeststellung für beide Projekte; Priorisierung des sechsspurigen Ausbaus der BAB 5 südlich von Offenburg im Bundesverkehrswegeplan 2016

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/7657

Eintreten für die neuen Technologien von lärmarmen Gleisbettbauweisen beim Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 169

Verneinung von Verzögerungen anderer Schienenprojekte durch den Mitteleinsatz für Stuttgart 21

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 787

Mittelbereitstellung für die Ertüchtigung und sicherungstechnische Nachrüstung von landeseigenen Bahnstrecken, Ausbau der Eisenbahninfrastruktur

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1352-1356 1362

Streckenelektrifizierung*Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen*

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/195

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Informationen über die geplante Elektrifizierung der Südbahn Ulm-Friedrichshafen im Zusammenhang mit Stuttgart 21

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/299

Elektrifizierung der Hochrheinstrecke Basel-Singen

Umsetzungsstand, Höhe und Träger der Finanzierung des o.g. Projekts; Zeitpunkt der Inbetriebnahme; Einschätzung der Auslastung im Personen- und Güterverkehr

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/1029

Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/1044

Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Umsetzungsstand, Höhe und Träger der Finanzierung des o.g. Projekts; Stand der weiteren Planungsschritte und eingeleiteten Planfeststellungsverfahren; Zeitpunkt des Baubeginns, der Neuausschreibung und Inbetriebnahme

KlAnfr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/1068

Elektrifizierung der Südbahn zügig vorantreiben - Südbahn wieder in den Investitionsrahmenplan aufnehmen

Gründe und Auswirkungen der Streichung o.g. Elektrifizierung der Ausbaustrecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme des Projekts in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Südbahn*
Drs 15/1121

Ergebnisse des Besuchs von Ministerpräsident Kretschmann in der Schweiz

Ergebnisse der Gespräche über den „Fluglärm-Streit Flughafen Zürich“, die „Elektrifizierung der Hochrheinbahn“ u.a. Themen

KlAnfr
s. *Schweiz*
Drs 15/1761

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flughafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1992

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Hochrheinbahn

Planungsstand, Höhe und Träger der Kosten für den Ausbau und die Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Beurteilung von Überlegungen der Schweiz über eine finanzielle Beteiligung und der dafür erwarteten Gegenleistungen

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/2465

Südbahn

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/2591

Allgäubahn

Status der Allgäubahn München-Lindau im aktuellen Bundesverkehrswegeplan und Investitionsrahmenplan; Stand der Planung für den Ausbau und die Elektrifizierung, Entwicklung bzw Höhe und Träger der zu erwartenden Kosten

Antr
s. *Allgäubahn*
Drs 15/2592

Breisgau-S-Bahn 2020

Abweichungen der „abgespeckten“ Version vom ursprünglichen Konzept; Abstimmung der Planung mit dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF); Finanzierung; Elektrifizierung der Bahnstrecken ins Elztal und nach Breisach sowie der Höllentalbahn Neustadt - Donaueschingen; Stand der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/3125

Aktueller Sachstand und Positionierung der LReg zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Umsetzung und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Basel und Schaffhausen, insbes Ablehnung einer Mitfinanzierung durch den Kanton Aargau

Antr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/3173

Schienenpersonennahverkehr auf der Südbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Südbahn, insbes Zeitplan, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbau- und Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an

der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3429

Elektrifizierung der Hoahrheinstraecke

Planungsstand und Finanzierung der Elektrifizierung der Hoahrheinstraecke, insbes Finanzierungsanteile der Projektpartner, Hintergruende der gemeinsamen „Basler Erklärung“ zur Gesamtfinanzierung sowie Investitionen iRd Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 30.04.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3446

Elektrifizierung der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn, insbes Zeitplan und Sachstand von Planfeststellung, Fertigstellung und Inbetriebnahme; Kostenaufteilung und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund, Deutscher Bahn und Land

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 03.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3452
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 S. 29-31
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Schienenpersonennahverkehr - Umsetzung des Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts

Angebot und Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) iRd Breisgau-S-Bahn 2020-Konzepts, insbes Zeitplan, erwartete Kostensteigerungen, Fahrplan- und Linienkonzept, Einsatz von Wagen- und Fahrzeugmaterial, jahrlieh gefahrene Fahrzeugkilometer und durchschnittlicher Kilometerpreis; Stand der Ausschreibungen für die Elektrifizierung der Höllentalbahn; Überprüfung der verbesserten Takte auf der Rheintalbahn; Verhandlungsstand zum Erwerb der Nebenstrecken

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3518

Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn

Mittelbereitstellung und Härtefallregelungen bei der Finanzierung des kommunalen Anteils im Zuge der Elektrifizierung der Allgäubahn; Zeitplan und Förderung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms entlang der Bahnstrecke Tannheim - Wangen

KlAnfr Paul Locherer CDU 17.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3831

Finanzierung der Elektrifizierung der Hoahrheinstraecke

Stellenwert der Elektrifizierung der Hoahrheinbahn; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Standerrats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hoahrheinstraecke bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr Felix Schreiner CDU 30.07.2013 und Antw MVI Drs 15/3890

Zustand und Aussicht auf der Hoahrheinstraecke

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barrierefreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hoahrheinstraecke; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hoahrheinstraecke; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 24.10.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4234
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.12.2013 Drs 15/4581 S. 39-41
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donaubahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Punktliehkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Finanzierung der Elektrifizierung der Hoahrheinstraecke

Sachstand zur Elektrifizierung der Hoahrheinstraecke und deren Finanzierung; Stand der Ausschreibung im Vergabeverfahren für die Hoahrheinstraecke; Auswirkungen geplanter Fahrplanänderungen auf der Gäubahn

KlAnfr
s. *Hoahrheinbahn*
Drs 15/5060

Zukunft des Verkehrs auf der Südbahn

Zeitplan, Kostenstand und mögliche Änderungen bei der geplanten Elektrifizierung der Südbahn; Möglichkeit eines Interregio-Express-Halts in Erbach

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5107

Ausbau der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn; Stand des Planfeststellungsverfahrens, voraussichtliche Fertigstellung der Bauabschnitte zwischen Ulm und Lindau; Abschluss der Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund und der Deutschen Bahn; Realisierung des Projekts iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015

Antr
s. *Südbahn*
Drs 15/5142

Die Zukunft der Zollernbahn

Ausschreibung und Koordination der Eisenbahnverkehre zwischen Stuttgart und Tübingen bis Albstadt, insbes Angebotskonzept, Streckenelektrifizierung, Wiederherstellung der zeitgleichen Vergabe der Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen auf der Zollernbahn

Antr
s. *Zollernalbbahn*
Drs 15/5202

Verbesserung des Angebots auf der Bodenseegürtelbahn

Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf der Strecke Radolfzell-Friedrichshafen; Einsatz von Hybrid-Triebzügen als Zwischenlösung; Verbesserung des Angebots durch zusätzliche Haltepunkte in Salem und Marktdorf; Optimierung des Fahrplans

Antr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/6325

Aktuelle Ausschreibung und Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Sachstand zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn, insbes Finanzierung, Zusammenarbeit mit der Schweiz; Stand der Ausschreibung weiterer Zugangebote auf der Hochrheinbahn

KlAnfr

s. *Hochrheinbahn*

Drs 15/6552

Elektrifizierung der Allgäubahn mit Bahnsteigmodernisierung

Sachstand zur Verzögerung der Elektrifizierung und Bahnsteigmodernisierung entlang der Allgäubahn Lindau-Memmingen aufgrund der Absenkung der Förderquoten im Landesgemeinverkehrsfinanzierungsgesetz

MdlAnfr

s. *Allgäubahn*

Drs 15/6895

Worin liegt der Durchbruch bei der Elektrifizierung der Hochrheinbahn?

Sachstand zum Finanzierungsmodell für die Elektrifizierung der Hochrheinbahn, insbes Anteil des Landes, Mitfinanzierung durch die Schweiz; Umsetzung des 30-Minuten-Takts

Antr

s. *Hochrheinbahn*

Drs 15/7445

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7864

Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Elektrifizierung der Südbahn in den Investitionsrahmenplan des Bundes

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1109

Begrüßung der Wiederaufnahme der Elektrifizierung der Südbahn in den Investitionsrahmenplan des Bundes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1352 1355 1356 1362 1364 1365

Streckenneubau

s. *Streckenbau*

Streckensperrung

s. *Verkehrsbeschränkung*

Streckfuss, Ralf

Gedenken an den verstorbenen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung Ralf Streckfuß

PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7681

Streifenwagen

s. *Polizeifahrzeug*

Streitschlichtungsverfahren

s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*

Streptomycin

s. *Pflanzenschutzmittel*

Stresstest

s. *Test*

Streuobstbau

s. *Obstbau*

StrG

s. *Straßengesetz*

Strom

s. *Elektrizität*

Strombedarf

s. *Stromverbrauch*

Strombesteuerung

s. *Stromsteuer*

Stromeinspeisung

s.a. *Elektrizitätserzeugung*

s.a. *Stromnetzentgeltverordnung*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/159

Kleinwindanlagen in BW

Zahl, Standorte und Stromerzeugungsleistung von Kleinwindanlagen mit einer Höhe bis und über zehn Metern; Bewertung der Möglichkeiten und Rentabilität der Einspeisung ins Stromnetz; Frage nach einem Änderungsbedarf der immissionsschutz- und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen

KlAnfr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/460

Wasserkraftanlagen und Wasserrahmenrichtlinie

Auswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2012 auf die Gutachterpraxis und die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie und des WasserhaushaltsGes; Anspruch der Betreiber auf eine erhöhte Einspeisevergütung nach Erfüllung der Anforderungen der o.g. Richtlinie und deren gutachterlichen Bestätigung; Frage nach Missbrauchsfällen, dem Stand der Ermittlungen und Ausgang der Missbrauchsverfahren

KlAnfr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/606

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstärkung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/1135

Positionierung zur Energiepolitik der Schweiz

Bewertung des geplanten Atomausstiegs der Schweiz 2034 und der Auswirkungen auf die Energiepolitik und -unternehmen hierzulande, Beurteilung des technischen Stands der grenznahen Atomkraftwerke und des Schweizer Stresstests; Ausbau der erneuerbaren Energien und der länderübergreifenden Stromnetze, Nutzung der Schweizer Netze bei wachsender Stromeinspeisung aus Photovoltaik und Windkraft

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/1254

Folgen der Absenkung der Einspeisevergütung für Strom aus Fotovoltaik

Folgen für die Klimaschutzziele; Auswirkungen der Zunahme der Importe von meist preisgünstigeren Anlagen aus China, insbes für die Arbeitsplätze in der Solarbranche

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 15/1353

Gefährdung der Solarenergie-Branche und ihr Stellenwert für die Energiewende in BW

Stellenwert der Solarenergie bei der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts; Entwicklung der installierten Gesamtleistung der Fotovoltaik und der Gesamtfläche der Solarthermie seit 1990 und der eingesparten CO₂-Emissionen; Zahl und Perspektiven der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Fotovoltaik auf die Strompreise und die Leipziger Strombörse; verstärkte Nutzung der Dachflächen von Landesliegenschaften; Auswirkungen der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der damit vorgesehenen Senkung der Vergütungssätze, Frage nach den notwendigen Vergütungsregelungen zur weiteren Markteinführung der

Fotovoltaik

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 15/1360

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KlAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/1884

Anpassung von Kohlekraftwerken an die Erfordernisse der Energiewende

Bestand der für eine Nachrüstung geeigneten Kohlekraftwerke in BW; Rolle von Kohlekraftwerken im Vergleich zu Gaskraftwerken beim Ausgleich der durch die zunehmende Stromeinspeisung aus Wind- und Solarenergie verursachten Schwankungen; Errichtung großer Fernwärmespeicher durch die MVV Energie im Großkraftwerk Mannheim; Einfluss einer Nachrüstung auf die jährliche Laufleistung der Kraftwerksblöcke und deren CO₂-Emission

Antr

s. *Kohlekraftwerk*

Drs 15/2688

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reformieren, um die Energiewende zu retten

Entschleunigung und grundlegende Reform der Energiewende, insbes kosteneffiziente, versorgungssichere und umweltverträgliche Gestaltung; Entwicklung einer Fördersystematik und Ersatz des Systems garantierter Förderhöhen durch ein Mengenmodell; Erstellung eines Stufenplans für den Wechsel aller Technologien von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung; aufkommensneutrale Absenkung der Stromsteuer; Förderung von Großanlagen entsprechend der regionalen Nachfrage

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/3412

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KlAnfr

s. *Elektrizitätserzeugung*

Drs 15/4801

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energie-

bedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4968

Reform der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) notwendig, um Stromversorgungssicherheit nicht zu gefährden?

Anteil des von privaten und gewerblichen Stromverbrauchern selbst produzierten Stroms an der Elektrizitätserzeugung in BW; Entwicklung der Eigenstromproduktion in den letzten fünf Jahren; Verfahren zur Finanzierung der Stromnetze; prozentualer Anteil der Netznutzungsentgelte am Strompreis; Korrelation der Entgelthöhe mit der Eigenstromproduktion; Gefährdung der Versorgungssicherheit durch die Eigenstromproduktion privater und gewerblicher Verbraucher; Reformbedarf der bestehenden Stromnetzentgeltverordnung; Erhebung leistungsbasierter Netzentgelte

Antr
s. *Stromnetzentgeltverordnung*
Drs 15/5338

Die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen in BW

Entwicklung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Windkraftanlagen und der Zahl der Windkraftanlagenhersteller in Deutschland während der letzten zehn Jahre; Auswirkungen der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Vergütung des Stroms aus Windkraft und die Genehmigung von Windenergieanlagen; Entwicklung der Pachtpreise für Windkraftflächen und ihre Folgen für Struktur der Projektentwickler

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5339

Rückführung der Vergütungssätze für die Stromeinspeisung aus Fotovoltaikanlagen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1046 1048 1049 1051 1055 1058

Stromerzeugung

s. *Elektrizitätserzeugung*

Stromkonsum

s. *Stromverbrauch*

Stromleitung

s. *Stromnetz*

Stromnetz

s.a. *Energieleitungsausbaugesetz*
s.a. *Kabelnetz*
s.a. *Rohrleitung*
s.a. *Streckenelektrifizierung*
s.a. *Stromeinspeisung*

Ziele und Folgen des Ausbaus der Windkraft in BW

Zahl, Leistung und geeignete Standorte zusätzlicher Windkraftwerke und des Repowerings bestehender Anlagen zur Erreichung o.g. Zielsetzung; Darstellung des dazu notwendigen Ausbaus der Energiespeicher und -netze; Ausgestaltung der Beteiligung der Regionalverbände, Gebietskörperschaften und der Betroffenen vor Ort bei der geplanten Änderung des LandesplanungsGes; Sicherstellung des Schutzes der Bevölkerung sowie der Natur- und Landschaftsschutzgebiete vor Eingriffen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/44

Stromleitung über das Wohngebiet „Schäuber“ in Besigheim

Höhe und Träger der Kosten sowie Zeitpunkt der Sanierung von Masten durch die Wohngebiete Schäuber und Löchgauer Feld in Besigheim, Beurteilung einer möglichen Alternativführung der Stromleitung, Erwartung weiterer Sanierungen von Leitungen zwischen den Kohlekraftwerken Heilbronn, Walheim und Ludwigsburg-Hoheneck?

KIAnfr Daniel Renkonen GRÜNE 03.06.2011 und Antw UM Drs 15/64

Standorte für Windkraftanlagen in BW

Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele bis 2020 bzw 2050, u.a. Verkürzung der Genehmigungsverfahren für Neu- und Ersatzbauten sowie Ausbau der Stromnetze für den Umstieg auf regenerative Energien insgesamt, Höhe der Kosten für eine generelle Erdverkabelung; Anwendung des Windatlas zur Erleichterung der Standortausweisung; Darlegung der zu erwartenden Konflikte, insbes auch aus der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der angestrebten stärkeren Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/170

Ausbau der Stromnetze

Arten, Länge und Eigentümer der vorhandenen und der für den angestrebten Ausbau der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien benötigten Leitungsnetze; notwendige Genehmigungsverfahren und Verfahrensänderungen zur Reduzierung der Verfahrensdauer, Zuständigkeiten der einzelnen Landes- und Bundesbehörden; Höhe der Kosten des beschleunigten Ausbaus für das Land und die Verbraucher

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 29.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/380
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.10.2011 Drs 15/1300 S. 26 27
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Kleinwindanlagen in BW

Zahl, Standorte und Stromerzeugungsleistung von Kleinwindanlagen mit einer Höhe bis und über zehn Metern; Bewertung der Möglichkeiten und Rentabilität der Einspeisung ins Stromnetz; Frage nach einem Änderungsbedarf der immissionsschutz- und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen

KIAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/460

Planungen für Hochspannungsleitungen im Enzkreis und in Pforzheim

Darlegung o.g. Pläne, Bewertung der wohngebietsnahen Trassenführungsvariante in Ispringen, Eintreten für Alternativen bzw für eine Erdverkabelung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.10.2011 und
Antw UM Drs 15/666

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; derzeitiger sowie benötigter Umfang von Kraftwerksleistungen und Speicherkapazitäten von Pumpspeicherkraftwerken in Deutschland, Ausbau der Planungen über Forbach und Attdorf hinaus; Auswirkungen der Steigerung der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Elektromobilität auf die Leitungsnetze; Darstellung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Breitband im ländlichen Raum

Ausbau des Glasfasernetzes für eine verbesserte Breitbandversorgung, Nutzung des Know-hows der EnBW-Tochter Neckarcom Telekommunikation GmbH, Forcierung eines abgestimmten Ausbaus des Strom- und Breitbandnetzes über die Beteiligung des Landes an der EnBW, Darstellung der Strategie zur Umsetzung eines Gesamtkonzepts zum Breitbandausbau im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1131

Intelligente Stromnetze - „smart-grid“-Lösungen in der Gegenwart und für die Zukunft

Stand und Perspektiven der o.g. Technologie der Vernetzung dezentraler Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, Energiespeicherung und -abnahme; Energie- und Kosteneinsparung für gewerbliche und private Kunden; notwendige Ertüchtigung der Netze und deren Steuerung; Erfahrungen mit der T-City Friedrichshafen u.a. smart-grid-Lösungen; Bedeutung der Technologie für die E-Mobilität, Erwartung zusätzlicher Speicherkapazität; Einschätzung der Rolle hiesiger Unternehmen für die weltweite Entwicklung von smart-grid-Lösungen; Hinwirkung auf europaweit einheitliche technische Standards; Entwicklung eines Masterplans zur Verstärkung des Stromangebots und -verbrauchs

Antr CDU 16.01.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1135 (10 S.)
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1833 (abgesetzt)
PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2240-2250

Positionierung zur Energiepolitik der Schweiz

Bewertung des geplanten Atomausstiegs der Schweiz 2034 und der Auswirkungen auf die Energiepolitik und -unternehmen hierzulande, Beurteilung des technischen Stands der grenznahen Atomkraftwerke und des Schweizer Stresstests; Ausbau der erneuerbaren Energien und der länderübergreifenden Stromnetze, Nutzung der Schweizer Netze bei wachsender Stromerzeugung aus Photovoltaik und Windkraft

Antr
s. *Energiepolitik*

Drs 15/1254

Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW nach dem durch das Erdbeben und den hierauf folgenden Tsunami in Japan ausgelösten Atomunglück

Hinwirkung auf einen beschleunigten Ausbau regenerativer Energien, der Stromnetze und Speichermöglichkeiten, u.a. durch beschleunigte Planverfahren

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/1263

„Power to Gas“-Technologie in BW - Das Erdgasnetz als StromspeichermEDIUM

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Marktreife der o.g. Technologie, Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen und Forschungseinrichtungen, Ausräumung von hinderlichen Rahmenbedingungen, derzeitige und künftig notwendige Kapazitäten des Erdgasnetzes als Medium zur Speicherung und zum Transport von Strom aus regenerativen Quellen

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/1410

Energiewende nicht durch Überregulierung hemmen

Darlegung der von der Landesregulierungsbehörde und der Bundesnetzagentur genehmigten Netzentgelte für die von ihnen betreuten Versorgungsunternehmen; Art, Umfang und Zeitpunkt der Geltendmachung von getätigten Investitionen; Vergleich der von der Landesebene verlangten Erhebungen und weiteren Vorgaben mit denen der anderen Netzagenturen; Schaffung der Rahmenbedingungen für die notwendigen zeitnahen Investitionen in den Netzausbau, die Verteilnetze und für intelligente Stromzähler

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1700

Gemeinsam für die Energiewende: Eine Politik für mehr Koordination zwischen Europa, dem Bund und den Ländern anstatt passiver „Autarkiepolitik“

Zurechnung der Investitionen in Kraftwerke, Leitungen und Speicher dem Land und seinen Unternehmen nach dem Territorialitätsprinzip; Abstimmung der Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Bund u.a. Ländern; Bemühungen um o.g. Koordination in Fragen der Stromerzeugung, der Stromspeicherung und des Stromtransports; bisherige und künftige Maßnahmen für Kraftwerkskapazitäten und Netzausbau zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2100

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch

und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2659

Stromversorgung im Grenzgebiet zur Schweiz

Sachstand zur Frage der freien Stromanbieterwahl in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen der LKreise Konstanz und Waldshut (vgl. Drs 14/1112); Entwicklung des Strompreises für die Endverbraucher in den betreffenden Gemeinden in den Jahren 2007 bis 2012 im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Anschluss der Gebiete an das deutsche Hochspannungsnetz

KIAnfr Hans-Peter Storz SPD 14.11.2012 und Antw UM Drs 15/2669

Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke; Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/2813

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2863

Energienetze - Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Interesse der Netzkunden

Entwicklung des Wettbewerbs im Verteilnetzbereich im Zusammenhang mit dem Neuabschluss von Strom- und Gaswegnutzungsverträgen nach § 46 Abs 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), insbes Gefahr einer Zersplitterung der Verteilnetze durch kommunale Netzbeteiligungen und Konsequenzen für den ländlichen Raum; Anteil kommunaler Netzbeteiligungen und Auswirkungen auf Kommunalhaushalt und Netznutzungsentgelte; solidarische Verteilung der Netzausbaukosten zwischen Städten und ländlichem Raum

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 15/3227

Stromnetze und Speicherkapazitäten im Bodenseeraum

Beurteilung der Bodenseestudie der Netzbetreiber Amprion, TransnetBW, Vorarlberg Netz, Swissgrid und Axpo; Verantwortlichkeiten für öffentlich-rechtliche Planungsverfahren in der Bodenseeregion; Einschätzung des in der Studie beschriebenen Netz- und Speicherausbaubedarfs; Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten; Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bodenseeraum

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 11.04.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3352
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 13.06.2013 Drs 15/3712 S. 27
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Bundesnetzausbau Korridor A und die Bedeutung für das Land

Ausbau des Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Korridors A von Emden/Borßum über Osterath bis nach Philippsburg iRd Netzentwicklungsplans; Verzögerung beim nördlichen Teilabschnitt des HGÜ-Korridors A aufgrund des Widerstands gegen Bau des Doppelkonverters in Meerbusch-Osterath; Auswirkungen auf die Stromversorgung in BW

KIAnfr Andreas Glück FDP/DVP 15.04.2013 und Antw UM Drs 15/3362

Netzstabilität und Netzausbau in Zeiten der Energiewende und der Rekommunalisierung - Zusammenarbeit der EnBW und der Stadtwerke beim Netzbetrieb

Konzessionsvergabe an ein eigenes neues Stadtwerk der Kommune, ein Stadtwerk einer anderen Kommune oder an einen Verbund verschiedener Stadtwerke statt an den bisherigen Netzbetreiber EnBW; die EnBW als Gesellschafter der Stadtwerke; Gesellschaftermodelle der neu gegründeten Stadtwerke; Gefahr der Zersplitterung des Stromnetzes durch eine zunehmende Rekommunalisierung; Sicherung der Stabilität des Stromnetzes; Ausbau und Modernisierung der Stromverteilnetze zur Integration der erneuerbaren Energien; Vereinbarung von Investitionen in die Netze beim Abschluss von Konzessionsverträgen; Beurteilung des Modells der Stadt Böblingen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 12.06.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3621
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.07.2013 Drs 15/4190 S. 44 45
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

EU-Infrastrukturpaket und Förderprogramm „Connecting Europe“

Auswirkungen von Plänen der Europäischen Kommission zur Schaffung von sogenannten Vorhaben von gemeinsamen Interesse (VGI) im Bereich der Energieinfrastruktur iRd Förderprogramms „Connecting Europe“ für BW, insbes Einbindung in grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte in bestimmten Infrastrukturkorridoren sowie Planungen und Projektanmeldungen des Landes

Antr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/3653

Situation des Netzausbaus in BW

Bestehende Projekte, Umfang der Maßnahmen im Bezug zur Länge der Trassen sowie zum finanziellen Gesamtvolumen; Zuständigkeiten für die Planungs- und die Genehmigungsverfahren; Widerstand gegen Planungs- und Genehmigungsverfahren; Mittel der Netzbetreiber zur Behebung der Konflikte vor Ort; Unterstützung privater Bauträger bei der Umsetzung von

Projekten; Erhöhung der Akzeptanz von Netzausbauprojekten durch Neuerungen im Verwaltungsvollzug; Auswirkungen dieser Neuerungen in der Akzeptanzsicherung auf die Verfahrensdauer einzelner Maßnahmen; Kosten der Planungs- und Genehmigungsverfahren; Bewertung des aktuellen Stands des Netzausbaus

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 25.10.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4240 (13 S.)

Poldererschließung Wyhl-Weisweil iRd Integrierten Rheinprogramms

Stand der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, insbes für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil; Prioritätensetzung und Zeitplan; Unterstützung der Gemeinde Weisweil für eine Ausnahme genehmigung zur Stromversorgung mehrerer Gebäude auf der deutschen Rheinseite der Électricité de France (EDF)

KlAnfr
s. *Integriertes Rheinprogramm*
Drs 15/4375

Stromspeicher und Stromnetze in BW und Europa - die PCI der Europäischen Kommission und die Haltung der LReg

Bedeutung und Umfang des grenzüberschreitenden Ausbaubedarfs für Stromnetze und Stromspeicher in BW; Umsetzung der BW betreffenden Projekte auf der Liste der Energieinfrastrukturmaßnahmen der Europäischen Kommission, insbes Finanzierungsfragen und Genehmigungsverfahren; Überlegungen der EU für die Projekte des internationalen Bodenseeraums

Antr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/4480

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 21.03.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4968 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.05.2014 Drs 15/5374 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) S. 7-9
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
Mittlg LReg 12.02.2015 Drs 15/6490

Verschiedene Fragen zur möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöhe

Notwendigkeit und Planungsstand zu einer möglichen 380 kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöhe

KlAnfr
s. *Hochspannungsleitung*
Drs 15/5217

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des

Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/5381

Pläne für einen staatlich finanzierten Ausbau der Stromübertragungsnetze

Finanzierung und Ergebnisse einer Studie bei der Technischen Universität Berlin über alternative Modelle für die Organisation und Finanzierung des Ausbaus der Stromübertragungsnetze; Rahmenbedingungen und Probleme einer weitergehenden staatlichen Beteiligung am Ausbau der Übertragungsnetze

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 31.07.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5580

Auswirkungen des Gutachtens zur 380-kV-Leitung von Prof. Dr. S. auf das Vorhaben Nr. 24 (Bünzwangen-Goldshöhe) im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG)

Konsequenzen aus dem Gutachten der Technischen Universität Graz; Befürwortung einer Streichung der Trasse Bünzwangen-Goldshöhe aus dem EnLAG; mögliche Verfahren zur Streichung des Vorhabens Nr. 24 aus dem EnLAG; Aussetzung der Eröffnung des Raumordnungsverfahrens durch die TransnetBW bis zur Prüfung des Netzentwicklungsplans 2015; Erdverkabelung für Höchstspannungsleitungen

KlAnfr
s. *Hochspannungsleitung*
Drs 15/5622

Versorgungssicherheit und Energiewende nicht gefährden! - Baden-Württemberg steht zum Netzausbau

Aufforderung an den Bund, ein transparentes Genehmigungsverfahren festzulegen und die Bundesnetzagentur als Genehmigungsbehörde mit ausreichenden Ressourcen auszustatten; bundesrechtliche Regelung zur Nutzung von Teilerdverkabelungen für Gleichstromprojekte; Befürwortung eines zügigen, umweltschonenden und wirtschaftlichen Netzausbaus im Bundesrat

Antr GRÜNE, SPD und FDP/DVP 13.10.2014 Drs 15/5863
ÄAntr CDU 14.10.2014 Drs 15/5875
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6458-6467
Mittlg LReg 05.05.2015 Drs 15/6847

Stromtod von Vögeln an Frei- und Oberleitungen

Entwicklung der Vogelverluste durch Stromtod an Freileitungen und Mittelspannungsmasten in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Vogelsicherheit, insbes an den Oberleitungen der Eisenbahnunternehmen

Antr
s. *Vogel*
Drs 15/5968

Planung einer 400 kV-Gleichstromtrasse in den Raum Wendlingen

Sachstand zur Planung einer 400 kV-Gleichstromtrasse in den Raum Wendlingen, insbes Trassenverlauf, Trassenführung, Maßnahmen am Endpunkt der Trasse

KlAnfr Karl Zimmermann CDU 24.11.2014 und Antw UM Drs 15/6164

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultratnet im Raum Philippsburg

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 25.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6169

Fragen zur teilweisen Erdverkabelung bei Gleichstromleitungen in der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ-Technik) im Bereich der geplanten Stromtrasse Suedlink
Stand der Technik und Standards bei der Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen; Kostendifferenz zwischen der Erdverkabelung von HGÜ-Leitungen und der Errichtung von Freileitungen; Ausführung bestimmter Streckenabschnitte der Stromtrasse SuedLink in Erdverkabelung; Art der vorgesehenen Erdverkabelungstechnik

KlAnfr Paul Nemeth CDU 07.01.2015 und Antw UM Drs 15/6327

Mikrostromausfälle in BW

Erfassung von Mikrostromausfällen im Land; Ursachen der Mikrostromausfälle in der Region Stuttgart; Auswirkungen der Netzstörungen; Nutzung von USV-Einheiten; weitere Vorkehrungsmaßnahmen und deren Kosten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 27.01.2015 und Antw UM Drs 1576407

Forschung, Entwicklung und Marktbedingungen für Elektrizitätsspeicher

Umfang der bereits bestehenden Speicherkapazitäten; zukünftig erwarteter Kapazitätsbedarf; Gesamtkonzept für die Verteilung von Speicherkapazitäten; Folgen der EEG-Umlage auf Eigenstrom für den Ausbau dezentraler Speicherkapazitäten; Marktbedingungen für Stromspeicher; Einrichtung von Unterflur-Pumpspeicherwerken in stillgelegten Bergwerken; Nutzung der Batteriespeichertechnik, des Power-to-Gas-Verfahrens, des Druckluftspeicherverfahrens und weiterer Speichertechniken; Errichtung von Demonstrations- oder Pilotanlagen; Fortschritte in der Elektrizitätsspeicherentwicklung; Forschungsförderung auf dem Gebiet der Speichertechnik

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/6525

Auswirkungen der neuesten Entscheidung der Bundesnetzagentur bezüglich der geplanten Stromtrassenführung für BW

Konsequenzen für die weiteren Planungen der Stromtrassenführung in BW aufgrund der jüngsten Entscheidung der Bundesnetzagentur, insbes Veränderungen für die LKreise Schwäbisch Hall, Rems-Murr und Main-Tauber sowie für die Raumschaft des Naturparks Fränkisch-Schwäbischer Wald

MdlAnfr 5) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 06.03.2015
Drs 15/6566
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7453-7456

Auswirkungen von Stromleitungen auf Mensch und Natur

Wissenschaftlicher Stand zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen von Stromleitungen

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 19.03.2015 und Antw UM Drs 15/6638

Gefährdet die Bayerische Staatsregierung die Stromversorgung in BW?

Sachstand zur Erschwerung des Netzausbaus durch geplante Regelungen der Bayerischen Staatsregierung im Landesentwicklungsprogramm, insbes Auswirkungen auf das Planungsverfahren für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung SuedLink, Gefährdung des geplanten Datums für die Inbetriebnahme von SuedLink im Jahr 2022, Folgen für die Stromversorgungssituation in BW; Gewährleistung der regionalen Versorgungssicherheit im Grenzgebiet zum Freistaat Bayern

Antr FDP/DVP 20.04.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6753
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7916-7927

Auswirkungen der Novellierungspläne für die Anreizregulierungsverordnung auf kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber

Sachstand zu den Auswirkungen der von der BReg geplanten Novellierung der Anreizregulierungsverordnung auf kleine und mittlere Verteilnetzbetreiber

KlAnfr
s. *Anreizregulierungsverordnung*
Drs 15/6765

Planungen zur 380-kV-Leitung Birkenfeld-Ötisheim

Sachstand zur Verlegung der geplanten 380-kV-Leitung von Birkenfeld nach Ötisheim, insbes Möglichkeit einer Teilerdverkabelung im Bereich der Wohnbebauung und des Kindergartens in der Gemeinde Kieselbronn

KlAnfr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 15.06.2015 und Antw UM Drs 15/6994

Umsetzung der Beiträge der Smart-Grids-Plattform e.V. durch die LReg

Sachstand zu aktuellen und geplanten Vorhaben der LReg beim Ausbau intelligenter Stromnetze, insbes konkreten Beiträge des Vereins zur Förderung des Ausbaus intelligenter Netze, Kosten und Zeitplan bisher initiiierter Projekte, Kooperation mit den anderen Bundesländern

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 17.06.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7028
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/8019 S. 39 40
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Verlässliche Politik statt St. Florians-Prinzip - Baden-Württemberg steht zum beschlossenen Stromnetzausbau

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7916-7927

Dezentrale Energiespeicherung mittels Batterietechnik

Sachstand zu Pilotprojekten zur dezentralen Speicherung erneuerbarer Energie mittels Batterien bei Endverbrauchern, insbes Bewertung eingesetzter Batterietechnologien, Integration von Elektroautos in zentralgesteuerte Netze, Auswirkungen auf Strom- und Verteilnetze, Förderprogramme von Bund und Land

Antr
s. *Batterie*
Drs 15/7133

Auswirkungen auf die Trassenführung aufgrund der Ergebnisse des letzten Koalitionsgipfels zur Energiepolitik

Sach- und Planungsstand zur Trassenführung der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitung von Brunsbüttel nach Großgartach auf dem Territorium BW

MdlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 07.07.2015 Drs 15/7139
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8102-8104

Versorgungssicherheit in BW

Sachstand zur Versorgungssicherheit in BW, insbes Entwicklung des jährlichen Strombedarfs, Situation des Stromnetzes, Stromausfälle und deren Ursachen, Gewährleistung der Versorgungssicherheit nach dem Abschalten der Kernkraftwerke

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/7233

Erdverkabelung bei Neubau von Stromtrassen und Kompaktmasten beim Bau von Freileitungen

Sachstand zur Ermöglichung von Erdverkabelung beim Neubau von Stromtrassen und dem Einsatz von Kompaktmasten beim Bau von Freileitungen beim Neubau von Stromtrassen in der Gemeinde Kieselbronn

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 31.07.2015 und
Antw UM Drs 15/7247

Mikrostromausfälle und kurze Versorgungsunterbrechungen in BW

Gewinnung neuer Erkenntnisse bei der Beobachtung von Mikrostromausfällen und Spannungseinbrüchen in der Region Stuttgart oder anderen Regionen während der vergangenen acht Monate; Einleitung von Vorkehrungen und Gegenmaßnahmen; Veranstaltung eines Fachdialogs zum Thema Spannungsschwankungen/kurze Versorgungsunterbrechungen am 25. November 2015; Kosten der Veranstaltung

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 23.10.2015 und
Antw UM Drs 15/7601

Stromtrassen und Folgen für den Ausbau von Windkraftanlagen in BW

Auswirkungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 5. Oktober 2015 zum Bau von Stromtrassen zwischen Nord- und Süddeutschland auf den Ausbau von Windkraftanlagen in BW

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7602

Nicht ausreichende Netzkapazitäten für den Transport von aus Solar- und Windkraft erzeugter Energie

Sachstand zur Abschaltung von Wind- und Solarkraftwerken wegen fehlender Netzkapazitäten für den Transport des erzeugten Stroms, insbes Gründe für die Eingriffe der Netzbetreiber zur Sicherstellung der Netzsicherheit, Eingriffshäufigkeit in Regionen mit hohem Sonnen- und Windenergieanteil, Maßnahmen zur Steigerung des Netzausbaus

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 21.12.2015 und Stellungnahme
UM Drs 15/7918

Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde (LRegBG)

Umsetzung von EU-Richtlinien mit Anforderungen an die Unabhängigkeit der für die Energieversorgungsnetze zuständigen nationalen Regulierungsbehörden; Errichtung einer unabhängigen

Landesregulierungsbehörde BW beim zuständigen Ministerium und Vorschriften zur Sicherstellung ihrer weisungsfreien und unparteiischen Aufgabenerledigung

GesEntw
s. *Gesetz über die Unabhängigkeit der Landesregulierungsbehörde*
Drs 15/7932

Notwendigkeit des Netzausbaus für den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38 39 71

Ausbau der Netze für den Stromtransport aus erneuerbaren Energien von Nord nach Süd

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 176 178 179 185

Notwendigkeit neuer Stromnetze zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 616 626 628

Ausbau der Netze der EnBW gemeinsam mit Stadtwerken vor Ort, Notwendigkeit des Netzausbaus für den Stromtransport aus erneuerbaren Energien von Nord nach Süd

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 686 694

Notwendigkeit des Netzausbaus zur Umsetzung der Energiewende, Beschleunigung der Verfahren mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz; Beurteilung der Forderung nach einem Verkauf der Netzinfrastuktur der EnBW

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1044 1045 1053 1068

Notwendigkeit neuer Stromnetze zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1336 1342

Beitrag größerer Solaranlagen zur Stabilisierung des Stromnetzes, notwendiger Netzausbau nach dem Szenario der Bundesnetzagentur; Erreichung der Netzparität mit der Fotovoltaik

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1653-1656 1658-1661

Notwendigkeit neuer Stromnetze zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1947 1951 1952

Verweisung auf die Netzinfrastuktur im Besitz der EnBW

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2267

Notwendigkeit neuer Stromnetze zur Umsetzung der Energiewende

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2352

Stromnetzentgeltverordnung

s.a. *Netzzugang*
s.a. *Stromeinspeisung*

Reform der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) notwendig, um Stromversorgungssicherheit nicht zu gefährden?

Anteil des von privaten und gewerblichen Stromverbrauchern selbst produzierten Stroms an der Elektrizitätserzeugung in BW; Entwicklung der Eigenstromproduktion in den letzten fünf Jahren; Verfahren zur Finanzierung der Stromnetze; prozentualer Anteil der Netznutzungsentgelte am Strompreis; Korrelation der Entgelthöhe mit der Eigenstromproduktion; Gefährdung der Versorgungssicherheit durch die Eigenstromproduktion privater

und gewerblicher Verbraucher; Reformbedarf der bestehenden Stromentgeltverordnung; Erhebung leistungsbasierter Netzentgelte

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 13.06.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5338
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 21 22
 PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

StromNEV

s. *Stromnetzentgeltverordnung*

Strompreis

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
 s. *Energiepolitik*
 Drs 15/2659

Stromversorgung im Grenzgebiet zur Schweiz

Sachstand zur Frage der freien Stromanbieterwahl in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen der LKreise Konstanz und Waldshut (vgl. Drs 14/1112); Entwicklung des Strompreises für die Endverbraucher in den betreffenden Gemeinden in den Jahren 2007 bis 2012 im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Anschluss der Gebiete an das deutsche Hochspannungsnetz

KlAnfr
 s. *Stromnetz*
 Drs 15/2669

Auswirkungen der besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf Unternehmen in BW
 Entwicklung der Entlastung stromintensiver Unternehmen nach §§ 40 ff EEG, insbes Auswirkungen und Wettbewerbsperspektiven von Unternehmen aus BW sowie Alternativvorstellungen der LReg

Antr
 s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
 Drs 15/3158

Wettbewerbsituation bei den Anbietern von Heizstrom

Entwicklung der Strompreise für Nachtspeicherheizungen im Vergleich zu den Tagespreisen für private Stromkunden; Wettbewerbsverzerrungen auf dem Nachtspeichermarkt; Kartellverfahren; Hemmnisse beim Anbieterwechsel für den Verbraucher; Speicherkapazität der installierten Stromspeicherheizungen; technische Voraussetzungen für eine Aufnahme überschüssiger Strommengen aus dem Stromnetz

KlAnfr
 s. *Nachtspeicherspeicherheizung*
 Drs 15/3206

Strompreisentwicklung in Zeiten der Energiewende

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3881-3898

Entwicklung der Netzentgelte und ihre Umlegung auf die Stromverbraucher

Strompreisentwicklung hinsichtlich der Erneuerbarer Energie- und Netzentgeltumlage; Auswirkung der Befreiung von Unternehmen von der Zahlung der Umlage, insbes Art und Anzahl der profitierenden Unternehmen und Entwicklung der Zahl der befreiten Betriebe; Position zur geplanten Gesetzesänderung der BReg

Antr SPD 17.07.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3823

Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW

Benennung der wesentlichen Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende in BW; Schwerpunkt Versorgungssicherheit der am 8. November 2013 vorgestellten Studie „Erster Monitoring-Bericht zur Energiewende in BW“; Berücksichtigung der Strompreisentwicklung und des Fortschritts beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in künftigen Monitoring-Berichten

Antr
 s. *Energiepolitik*
 Drs 15/4350

Weiterentwicklung des EEG

Auswirkungen der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien auf BW; Rahmenbedingungen, Statistiken und Maßnahmen zur Überprüfung der Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage; Auswirkungen einer Abschaffung der Stromsteuer auf den Strompreis

Antr
 s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
 Drs 15/4497

Zwischen Strompreisbremse und Wirtschaftsstandort - Haltung der LReg zur Weiterentwicklung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Anwendung und Weiterentwicklung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), insbes Auswirkung und Bewertung der beschlossenen Eckpunkte der Bundesregierung zur EEG-Reform und die entsprechende Haltung der Industrieverbände und betroffenen Unternehmen

Antr
 s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
 Drs 15/4791

Situation der Handwerksbäckereien in BW

Entwicklung im Backgewerbe in BW, insbes Anzahl und Marktanteile der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Großbäckereien, Anzahl der Backstationen in Discountern und der Verkaufsstände von Großhandelsbäckereien im Lebensmitteleinzelhandel, Markt der Tiefkühl-Backwaren; Situation der inhabergeführten Handwerksbäckereien und Fördermöglichkeiten, insbes bei Getreidepreisen und Energiekosten

Antr
 s. *Backgewerbe*
 Drs 15/5151

EEG-Reform - 10 Milliarden Euro Mehrkosten aufgrund der Länderwünsche?

Veröffentlichung der Kostenaufstellung des Bundeswirtschaftsministeriums über die Länderwünsche zur EEG-Reform; Auskunft über die dort vorausgesetzte Kostensteigerung bei der EEG-Umlage bis zum Jahr 2020; Berechnungsgrundlage für die Berechnung der EEG-Umlage; Ergebnisse des Bund-Länder-Kompromisses zur EEG-Reform und ihre Auswirkungen auf die Höhe der EEG-Umlage

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/5314

Perspektiven des Wärmestrommarkts in BW

Zahl der Nutzer von Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpenstrom; Wirtschaftlichkeit von Nachtspeicherheizungen sowie elektrischer Wärmepumpen in Privathaushalten; Rückkehr zur Strompreisermäßigung für Nachtstrom; Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs auf dem Wärmestrommarkt

Antr
s. *Nachtstromspeicherheizung*
Drs 15/5325

Reform der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) notwendig, um Stromversorgungssicherheit nicht zu gefährden?

Anteil des von privaten und gewerblichen Stromverbrauchern selbst produzierten Stroms an der Elektrizitätserzeugung in BW; Entwicklung der Eigenstromproduktion in den letzten fünf Jahren; Verfahren zur Finanzierung der Stromnetze; prozentualer Anteil der Netznutzungsentgelte am Strompreis; Korrelation der Entgelthöhe mit der Eigenstromproduktion; Gefährdung der Versorgungssicherheit durch die Eigenstromproduktion privater und gewerblicher Verbraucher; Reformbedarf der bestehenden Stromnetzentgeltverordnung; Erhebung leistungsbasierter Netzentgelte

Antr
s. *Stromnetzentgeltverordnung*
Drs 15/5338

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/5381

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportale; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
s. *Wettbewerbsaufsicht*
Drs 15/6429

Stromkosten und Hartz IV-Regelsätze

Sachstand zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte von den infolge der Energiewende gestiegenen Energiekosten, insbes Bewertung der Kostenlücke bei der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 28.01.2016 und Antw UM
Drs 15/8030

Stromsparlampe

s. *Energiesparlampe*

Stromspeicherung

s. *Energiespeicher*

Stromsteuer*Weiterentwicklung des EEG*

Auswirkungen der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien auf BW; Rahmenbedingungen, Statistiken und Maßnahmen zur Überprüfung der Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage; Auswirkungen einer Abschaffung der Stromsteuer auf den Strompreis

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/4497

Stromtarif

s. *Strompreis*

Stromtransportnetz

s. *Stromnetz*

Stromtrasse

s. *Stromnetz*

Stromverbrauch

s.a. *Elektrizität*
s.a. *Elektrizitätswirtschaft*

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/2659

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2863

Auswirkungen der besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf Unternehmen in BW
Entwicklung der Entlastung stromintensiver Unternehmen nach §§ 40 ff EEG, insbes Auswirkungen und Wettbewerbsperspektiven von Unternehmen aus BW sowie Alternativvorstellungen der LReg

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/3158

Energieeinsparung in den EDV-Anwendungen der Landesverwaltung

Potentiale und Maßnahmen zur Energieeinsparung in den IT-Geräten und -Anwendungen der Landesverwaltung, insbes durch Einsatz von Thin Clients und Server based Computing, standardisierte Voreinstellung klimaneutraler Suchmaschinen, Konsolidierung und Virtualisierung landeseigener Server, Nutzung der Abwärme landeseigener Server; Entwicklung des Stromverbrauchs der Landesverwaltung und des IT-Anteils

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/3386

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr
s. *Umweltmanagement*
Drs 15/4370

Pilotprojekt Demand-Side-Management BW

Nutzung der Potenziale des Demand-Side-Managements (DSM) bei industriellen Anwendungen; DSM zur Sicherung der Stromversorgung; Kooperationspartner bei der Erschließung der DSM-Potenziale; Durchführung und Förderung von Pilotprojekten; Erschließung von DSM-Potenzialen im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie in Privathaushalten; Projekte in anderen Bundesländern

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/4615

Reform der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) notwendig, um Stromversorgungssicherheit nicht zu gefährden?

Anteil des von privaten und gewerblichen Stromverbrauchern selbst produzierten Stroms an der Elektrizitätserzeugung in BW; Entwicklung der Eigenstromproduktion in den letzten fünf Jahren; Verfahren zur Finanzierung der Stromnetze; prozentualer Anteil der Netznutzungsentgelte am Strompreis; Korrelation der Entgelthöhe mit der Eigenstromproduktion; Gefährdung der Versorgungssicherheit durch die Eigenstromproduktion privater und gewerblicher Verbraucher; Reformbedarf der bestehenden Stromentgeltverordnung; Erhebung leistungsbasierter Netzentgelte

Antr
s. *Stromnetzentgeltverordnung*
Drs 15/5338

Versorgungssicherheit in BW

Sachstand zur Versorgungssicherheit in BW, insbes Entwicklung des jährlichen Strombedarfs, Situation des Stromnetzes, Stromausfälle und deren Ursachen, Gewährleistung der Versorgungssicherheit nach dem Abschalten der Kernkraftwerke

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/7233

Stromversorger

s. *Elektrizitätswirtschaft*

Stromversorgung

s. *Elektrizitätswirtschaft*

Stromversorgungsnetz

s. *Stromnetz*

Stromverteilungsnetz

s. *Stromnetz*

Stromwirtschaft

s. *Elektrizitätswirtschaft*

Stromzähler

s. *Messgerät*

Strudelbach

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 18: Hochwasserschutz für das Strudelbachtal

s. *Hochwasser*
Drs 15/4323

Strukturförderpolitik

s. *Strukturpolitik*

Strukturfonds der EU

s. *Strukturpolitik*

Strukturpolitik

s.a. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
 s.a. *Europäischer Regionalfonds*
 s.a. *Infrastruktur*
 s.a. *Konversion*
 s.a. *LEADER*
 s.a. *Verkehrspolitik*

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Konsequenzen der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 05.04.2011 zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, insbes für die künftige Verteilung der Fördermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds, für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen Absicherung u.a.m.; Förderung der gleichen Zugangschancen zu den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze; Beteiligung von Frauen an lokalen Aktionsgruppen und Partnerschaften iRd Leader-Programms, Anstrengung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Verwaltungsgremien

Antr
 s. *Frau*
 Drs 15/41

EU-Strukturförderung

Höhe, Verwendungszwecke und Zielgenauigkeit der im Verlauf der Förderperiode 2007 bis 2013 abgerufenen Mittel aus dem EFRE und ESF entsprechend dem Nationalen Strategischen Rahmenplan und den Operationellen Programmen des Landes; Organisation der Zusammenarbeit der beteiligten Ressorts untereinander und mit den Sozialpartnern; notwendige Änderungen der bisherigen Vergabe- und Förderpraxis, Beteiligung der Begleitausschüsse, Regionalen Arbeitskreise u.a. bei der Überführung der Förderpolitik in die neue Förderperiode 2014 bis 2020

Antr Josef Frey u.a. GRÜNE 15.08.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/423

Maßnahmen der LReg iRd Bundeswehrreform

Auswirkungen der anstehenden Bundeswehrreform für die betroffenen Soldaten, Zivilbeschäftigten, Kommunen und LKreise; Eintreten für den Erhalt von Standorten und Dienstposten, insbes im ländlichen Raum, sowie für eine Abfederung möglicher Standortschließungen oder -reduzierungen

Antr
 s. *Bundeswehr*
 Drs 15/636

EU-Regionalpolitik in der Förderperiode 2014 bis 2020

Einschätzung der Veränderungen und höheren Mittelzuflüsse in der neuen Förderperiode, Abbildung der Förderschwerpunkte der EU-Fonds für Regionale Entwicklung und Soziales, Übereinstimmung mit der Agenda für Wachstum und Beschäftigung? Frage nach eigenen Akzenten sowie Initiativen der vier Motoren für Europa, Erhaltung von Handlungsspielräumen für bestimmte Fördertatbestände wie Energieeffizienz oder Stadtentwicklung, Anstrengung von weniger Bürokratie bei der Projektentwicklung; Bewertung der Ergebnisse der vergangenen Förderperiode bis 2013

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 27.10.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/793
 BeschlEmpf und Bericht EuA 08.03.2012 Drs 15/1538 S. 51
 52

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
 EU-Strukturpolitik ab 2014

Mittlg LReg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 15/853

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung seit Erteilung der Empfehlungen der Demografie-Enquete auf Drs 13/4900; Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, beim ÖPNV und Individualverkehr, den Schulen und Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen, der Energiewirtschaft, Landwirtschaft und beim Tourismus; Förderung der Attraktivität durch Programme zur Dorfentwicklung, kulturelle Angebote, Nahversorgung im Einzelhandel und Stärkung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

GrAnfr
 s. *Demografie*
 Drs 15/1608

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum

Grundlagen, Ziele, Auswahlverfahren und Kosten des in Auftrag gegebenen externen Gutachtens; Bewertung des Vorkaufsrechts der Kommunen für freiwerdende Liegenschaften; Erfahrungen mit der Konversion von Flächen nach dem Abzug internationaler Truppen; Ziele und Förderrahmen für die Konversionsräume einschließlich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung; Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRd Polizeireform; Gewichtung strukturpolitischer Gesichtspunkte bei der Preisgestaltung für Bundeswehrliegenschaften

Antr
 s. *Bundeswehr*
 Drs 15/1834

Ländlichen Raum nicht ausgrenzen

Bewertung der Aussagen des Finanz- und Wirtschaftsministers zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum, Frage nach einer Aufgabe der Politik für ausgewogene Entwicklungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse von Ballungsgebieten und strukturschwachen Räumen, Aufgabe der Ziele von regionaler Produktion gesunder Lebensmittel durch die heimischen Landwirte und Verzicht auf deren Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft?

Antr CDU 07.08.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2211
 PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3525-3534

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Umsetzung des Operationellen Programms des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in BW, insbes konkreten Auswirkungen der Vereinbarung der Wirtschaftsministerkonferenz vom 3./4. Dezember 2012 zu innerdeutschen Mittelverteilung; Vermeidung einer Doppelförderung von Projekten im Bereich der CO2-Reduktion; Ausgestaltung des Wettbewerbsverfahrens „Zukunftsfähige Regionalentwicklung in funktionalen Räumen“

Antr
 s. *Europäischer Regionalfonds*

Drs 15/3131

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherschutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

Operationelles Programm des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für BW

Anteil und Umfang der Mittelbereitstellung aus dem EFRE-Fonds der EU für Förderprogramme aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, insbes konkrete Ausgestaltung des Wettbewerbs „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit (RegioWIN)“

Antr
s. *Europäischer Regionalfonds*
Drs 15/3770

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmenskultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3968

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Strukturförderung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Zu- und Abwanderung im Wahlkreis Villingen-Schwenningen in den vergangenen 20 Jahren; Anzahl und Volumen der seit 2000 im Wahlkreis 54 geförderten sowie der seit 2011 bewilligten ELR-Projekte im Vergleich zu anderen Landtagswahlkreisen; Bedeutung der ELR-geförderten Projekte für die kleinen und mittleren Unternehmen und die Kommunen im ländlichen Raum

KIAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/4246

Strukturförderung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

Bevölkerungsentwicklung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

KIAnfr Guido Wolf CDU 20.12.2013 und Antw MLR Drs 15/4552

Strukturförderung im Wahlkreis Sigmaringen

Bevölkerungsentwicklung und Förderung von ELR-Projekten (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum) im Wahlkreis Sigmaringen

KIAnfr Klaus Burger CDU 17.02.2014 und Antw MLR Drs 15/4793

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KIAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Strukturförderung im Main-Tauber-Kreis

Bevölkerungsentwicklung im Main-Tauber-Kreis; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Main-Tauber-Kreis

KIAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 29.04.2014 und Antw MLR Drs 15/5121

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis Neckarsulm

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis Neckarsulm, insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderungsschwerpunkte

KIAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/6693

Entwicklung der ELR-Förderung im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und südlicher Landkreis Rastatt)

Sachstand zur Förderung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden und

südlicher LKreis Rastatt), insbes Zahl geförderter und abgelehnter Projekte, Ablehnungsgründe, Förderschwerpunkte

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/7289

Fortführung der Strukturpolitik für den ländlichen Raum
PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Erinnerung an Gerhard Weiser als Erfinder der Strukturpolitik für den ländlichen Raum und an seine Idee zur Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald
PIPr 15/14 12.10.2011 S. 566-568

Strukturschwaches Gebiet

s.a. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
s.a. *Ländlicher Raum*
s.a. *Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume*
s.a. *LEADER*

Rolle der Frau im ländlichen Raum in BW

Konsequenzen der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 05.04.2011 zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum, insbes für die künftige Verteilung der Fördermittel aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds, für die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen Absicherung u.a.m.; Förderung der gleichen Zugangschancen zu den IuK-Technologien, flächendeckender Ausbau der schnellen Breitbandnetze; Beteiligung von Frauen an lokalen Aktionsgruppen und Partnerschaften iRd Leader-Programms, Anstreben eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in den Verwaltungsgremien

Antr
s. *Frau*
Drs 15/41

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungskluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/84

Breitbandinfrastruktur in BW

Stand und Zielvorgaben für die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, insbes auch im ländlichen Raum; Beurteilung der Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die großen Netzbetreiber; Erfahrungen mit den Modellversuchen des Micro-Trenching (Verlegung der Rohre mit Glasfaserkabeln im Gehweg in geringer Tiefe); Forcierung der flächendeckenden Einführung dieser Technik

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/303

Maßnahmen der LReg iRd Bundeswehrreform

Auswirkungen der anstehenden Bundeswehrreform für die betroffenen Soldaten, Zivilbeschäftigten, Kommunen und LKreise; Eintreten für den Erhalt von Standorten und Dienstposten, insbes im ländlichen Raum, sowie für eine Abfederung möglicher Standortschließungen oder -reduzierungen

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/636

Dorfläden in BW

Entwicklung der kleinen Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum in den letzten zehn Jahren; Bedeutung für die Nahversorgung in kleinen Kommunen, insbes für die ältere Bevölkerung; Möglichkeiten zur Erhaltung und Neueröffnung der Läden in der Rechtsform einer Genossenschaft, Unterstützung der Kommunen und des bürgerschaftlichen Engagements

Antr
s. *Lebensmitteleinzelhandel*
Drs 15/676

Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz und die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Bewertung des o.g. GesEntw einschließlich der eingebrachten Änderungsanträge und der finanziellen Auswirkungen für BW, Auflistung der Regionen und des Mittelbedarfs für den Aufkauf von Arztstellen durch die Kassenärztliche Vereinigung; Umsetzungsstand, Erfolg und Fortschreibung des Landarztprogramms; Beurteilung einer weiteren Regionalisierung der gesetzlichen Krankenversicherung

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/764

Entwicklung des Tourismus in BW

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen in den einzelnen Regionen differenziert nach Angeboten für Senioren, Familien, Behinderten, Kulturreisen, Bädertourismus etc; Instrumente und Schwerpunkte in der Förderpolitik, Höhe der bereitgestellten Mittel von Land, Bund und EU seit 2006; Ausrichtung der Förderpraxis auf Nachhaltigkeit, Umsetzung des Nachhaltigkeitschecks in den besucherstärksten Regionen; Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum; Bedeutung von Biosphärengebieten und Nationalparks; Ausbau und Vernetzung von ÖPNV-Angeboten; Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/865

Breitband im ländlichen Raum

Ausbau des Glasfasernetzes für eine verbesserte Breitbandversorgung, Nutzung des Know-hows der EnBW-Tochter Neckarcom Telekommunikation GmbH, Forcierung eines abgestimmten Ausbaus des Strom- und Breitbandnetzes über die Beteiligung des Landes an der EnBW, Darstellung der Strategie zur Umsetzung eines Gesamtkonzepts zum Breitbandausbau im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1131

Agrartourismus

Bedeutung des Agrartourismus und der vorhandenen Förderinstrumente für die heimischen Landwirtschaftsbetriebe im Vergleich mit anderen Flächenländern, Erschließung des Potenzials von ausländischen Touristen, Beurteilung von Urlaubsangeboten mit Ausrichtung auf die ländliche Kultur, Veranstaltungen und Kurse; Steigerung des Absatzes von örtlichen Agrarprodukten; Bewertung des Projekts der BReg „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/1153

Auswirkungen der Zweitwohnungsteuer in Universitätsstädten auf Bevölkerungsentwicklung und Finanzausgleich in ländlichen Kommunen

Entwicklung des Aufkommens aus der Zweitwohnungsteuer in den einzelnen Universitätsstädten; Verlegung des Hauptwohnsitzes von Studenten an den Studienort, um der Zweitwohnungsteuer zu entgehen; Höhe der dadurch den Gemeinden im ländlichen Raum entstandenen Einnahmeverluste iRd kommunalen Finanzausgleichs; Frage nach einem Verlustausgleich

KlAnfr
s. *Zweitwohnungsteuer*
Drs 15/1158

Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum

Ursachen und Konsequenzen der o.g. Problematik, Ausmaß im Wahlkreis Hohenlohe, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr
s. *Gebäude*
Drs 15/1172

Ärzteversorgung im Wahlkreis Hohenlohe

Darstellung der Versorgung und Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten und Fachärzten im Vergleich zu anderen LKreisen; Zahl der bis 2017 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen; aktuelle und künftig zu erwartende Anfahrtszeiten des Rettungsdienstes; Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/1173

„Entwicklung und Erhalt der Dorfgaststätten in kleinen Gemeinden und Teilorten des Ländlichen Raumes“

Entwicklung der Zahl o.g. Gaststätten in den letzten zehn Jahren, Einschätzung der künftigen Entwicklung und der Bedeutung für die Vereine, den gegenseitigen Austausch und Zusammenhalt der Bürger; Eignung von touristischen Angeboten, von gemeinsamen Vermarktungsstrategien regionaler Produkte u.a. Maßnahmen zur Unterstützung des Erhalts der Dorfgaststätten

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/1295

Schließung von Dienststellen und Behörden iRd der Verwaltungsstrukturreform 2005

Auflistung der im ländlichen Raum geschlossenen Behörden iRd Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter, Erzielung der angestrebten Effizienzrendite von 20 % in allen Landkreisen?

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 15/1445

Positionspapier der baden-württembergischen CDU zur Polizeireform

Bewertung der o.g. Positionierung und dabei abgeleiteten Annahmen, insbes zum Abzug von Beamten und Dienststellen aus dem ländlichen Raum, zum damit verbundenen Verlust von Bürgernähe und langen Anfahrtswegen der Bediensteten, zur erwarteten Effizienzrendite und den Kosten der Reform sowie zur mangelnden Beteiligung der Betroffenen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1452

Die Konversion gestalten - Planungen des Bundes

Hinwirkung auf eine finanzielle Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an den Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der ehemaligen Standorte der Bundeswehr, der US-Armee und der Nato-Truppen; Vorlage eines Zeitplans für die geplanten Schließungen der Bundeswehrstandorte; Eintreten für eine Neufassung des Auftrags der BImA unter Berücksichtigung der schwierigen Verwertbarkeit der Liegenschaften im ländlichen Raum

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/1499

Geriatrische Institutsambulanzen

Auswirkungen der Einführung o.g. Ambulanzen für alte und multimorbide Menschen an Krankenhäusern und Finanzierung aus der Gesamtvergütung für niedergelassene Ärzte, Verlagerung der Patientennachfrage aus den ländlichen Räumen heraus in die städtischen Klinikstandorte und damit Schwächung des ländlichen Raums; Sicherstellung der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Ärzte

Antr
s. *Medizinische Versorgung*
Drs 15/1569

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Ausbau der o.g. Breitbandversorgung durch Einwirkung auf die Netzbetreiber, Weiterentwicklung der Förderprogramme, Erschließung europäischer Förderprogramme und Aufnahme der Breitbandversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in das Kommunalabgabengesetz

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1577

Öffentliche Personennahverkehrs(ÖPNV)-Offensive für die Fläche

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Busverkehr seit 2005; Erfahrungen mit und Kosten von bedarfsorientierten öffentlichen Verkehrssystemen wie Rufbusse und Taxis; Möglichkeiten und Kosten der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für bedarfs-gesteuerte innovative Nahverkehrssysteme; erwartete Auswirkungen auf das Taxigewerbe

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/1596

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Entwicklung seit Erteilung der Empfehlungen der Demografie-Enquete auf Drs 13/4900; Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen ländlichen und urbanen Räumen, insbes im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und interkommunalen Zusammenarbeit, beim ÖPNV und Individualverkehr, den Schulen und Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen, der Energiewirtschaft, Landwirtschaft und beim Tourismus; Förderung der Attraktivität durch Programme zur Dorfentwicklung, kulturelle Angebote, Nahversorgung im Einzelhandel und Stärkung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreis Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/1663

Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung in BW (ALEB)

Organisationen und Einrichtungen unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft, Höhe der Bezuschussung seit 2007 und in den kommenden Jahren, Bewertung der Rolle der ALEB iRd Bündnisses für lebenslanges Lernen

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/1732

Leerstandsproblematik im Main-Tauber-Kreis

Ursachen und Konsequenzen der Leerstandsproblematik bei Gebäuden im ländlichen Raum, Ausmaß im Main-Tauber-Kreis, Einschätzung der künftigen Entwicklung, Unterstützung der betroffenen Gemeinden

KlAnfr
s. *Gebäude*
Drs 15/1729

Frauen auf dem Land in BW

Anteile von Männern und Frauen im ländlichen Raum; Gründe und Auswirkungen der Abwanderung von Frauen, notwendige Rahmenbedingungen und Instrumente zur Trendumkehr, insbes des von der EU mitfinanzierten Förderprogramms „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum (IMF)“, bisherige Projektförderungen und geplante Neuauflage des Programms ab 2014, Ermunterung von Frauen zur Einreichung von Anträgen zum Agrarinvestitionsförderprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1770

Grundschulstandorte in den ländlichen Räumen BW

Zahl der vorhandenen bzw schließungsbedrohten Grundschulen; Standorte mit Klassen unterhalb der Mindestschülerzahl, mit jahrgangsübergreifenden Klassen oder Lerngruppen; Koopera-

tionen und Zusammenlegungen von Grundschulen und weiterführenden Schulen; Entwicklung von Maßnahmen und Handlungsoptionen zur Erhaltung der Grundschulen vor Ort, Bewertung der Chancen im Enzkreis

Antr
s. *Grundschule*
Drs 15/1795

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum

Grundlagen, Ziele, Auswahlverfahren und Kosten des in Auftrag gegebenen externen Gutachtens; Bewertung des Vorkaufsrechts der Kommunen für freiwerdende Liegenschaften; Erfahrungen mit der Konversion von Flächen nach dem Abzug internationaler Truppen; Ziele und Förderrahmen für die Konversionsräume einschließlich der Städtebau- und Wohnungsbauförderung; Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRd Polizeireform; Gewichtung strukturpolitischer Gesichtspunkte bei der Preisgestaltung für Bundeswehrliegenschaften

Antr
s. *Bundeswehr*
Drs 15/1834

Genossenschaftswesen in BW

Entwicklung des Genossenschaftswesens in den letzten zehn und in den kommenden Jahren; Darstellung der Tätigkeitsschwerpunkte und Wirkungen, insbes im ländlichen Raum; Bewertung der zunehmenden Zahl von Energiegenossenschaften und deren Beitrag zur Energiewende; Frage nach Maßnahmen zur Förderung des Genossenschaftswesens

Antr
s. *Genossenschaft*
Drs 15/1870

Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Existenzgründungen nach Branchen seit 2007; Umfang der Unterstützung vonseiten der EU, des Bundes und Landes; Frage nach zusätzlichen Fördermaßnahmen und einer besonderen Schwerpunktbildung im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 15/1892

Unterstützung des Landes bei der Fortführung ehemaliger Schlecker-Filialen im ländlichen Raum

Sicherstellung der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum; Unterstützung der Fortführung o.g. Filialen als Dorfläden iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum

MdlAnfr
s. *Schlecker*
Drs 15/1953

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/1962

Elektromobilität im ländlichen Raum

Förderung der Elektromobilität und der notwendigen Infrastruktur im ländlichen Raum, Beurteilung der Chancen für den ÖPNV und die Tourismusvermarktung und -förderung

KlAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/2075

Schwächung des Bahnverkehrs im ländlichen Raum durch Verweigerung der Freigabe von Mitteln nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Verweigerung der Freigabe o.g. Mittel z.B. für die Wiedereröffnung des Bahnhofepunkts Wallhausen

MdlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/2089

Nutzen starre Vorgaben einer landesweiten Neuordnung der Schulstandorte?

Beurteilung der von den Regierungsfractionen vorgeschlagenen Kriterien für die Erhaltung von Schulstandorten, insbes zur notwendigen Zweizügigkeit, Schüler- und Einwohnerzahl des Einzugsbereichs; Vorgabe eines bestimmten Stichtags oder einer Perspektivplanung; Frage nach einer besonderen Behandlung der an 42 Standorten startenden Gemeinschaftsschulen; Festlegung der Kriterien im Konsens mit den kommunalen Landesverbänden, den Lehrerverbänden, der Wirtschaft und den Beratungsgremien des KM; Anwendung flexibler Entscheidungsparameter für die unterschiedlichen Standorte in ländlichen, städtischen und städtischen Regionen

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2188

Schulschließungsliste BW

Kriterien und Folgewirkungen der Schließung von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen bis 2020, insbes im ländlichen Raum; Rückführung des Unterrichtsangebots und von Lehrern an Berufs- und Fachschulen; Planung des Ausbaus von Bezirks-, Landesfach- und länderübergreifenden Klassen bis 2016; Vornahme einer dynamischen Standortentwicklung entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2197

Ländlichen Raum nicht ausgrenzen

Bewertung der Aussagen des Finanz- und Wirtschaftsministers zur Landwirtschaft und zum ländlichen Raum, Frage nach einer Aufgabe der Politik für ausgewogene Entwicklungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse von Ballungsgebieten und strukturschwachen Räumen, Aufgabe der Ziele von regionaler Produktion gesunder Lebensmittel durch die heimischen Landwirte und Verzicht auf deren Beitrag zur Pflege der Kulturlandschaft?

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 15/2211

Mittelbedarf Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der tatsächlich vorgesehenen Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen nach dem Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan; Bereitstellung der zusätzlichen Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, insbes im ländlichen Raum? Frage nach einem Zusammenhang zwischen den Mittelansätzen und den Äußerungen des Finanzministers zum ländlichen Raum

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2251

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2284

Honoraranpassung bei Apotheken

Haltung der LReg zu den geforderten Honoraranpassungen; Situation der Versorgung mit Apotheken speziell im ländlichen Raum; Veränderungen im Apothekenbestand seit 2007; Ursachen für einen evtl Rückgang, insbes für Schließungen von Apotheken im ländlichen Raum; Maßnahmen zur Sicherstellung der Arzneimittelversorgung

Antr
s. *Apotheke*
Drs 15/2312

Haben die Schulen im ländlichen Raum noch eine Zukunft?

Aktuelle Situation der Schulstruktur im ländlichen Raum; voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2022; Zukunft eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und an weiterführenden Schulen; Schulentwicklungsplan für den ländlichen Raum; Forderung nach einer Beteiligung der Kommunalen Landesverbände, Schulen, Lehrerverbände, Wirtschaft, Elternschaft etc an den Entscheidungsprozessen; Kritik an einer ideologisch motivierten Bevorzugung der Schulart

GrAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2348

Droht eine weitere Benachteiligung des ländlichen Raumes bei der Verteilung zusätzlicher Fördergelder aus dem Krippeninvestitionsprogramm des Bundes?

Berücksichtigung des ländlichen Raums bei der Verteilung der Fördermittel aus dem Krippeninvestitionsprogramm des Bundes; Vergleich der Infrastruktur der Kleinkindbetreuung im ländlichen Raum mit der im städtischen Raum; Frage der Begünstigung der Städte mit über 100.000 Einwohnern bei der zweiten Tranche des Krippeninvestitionsprogramms; konkrete Verteilung der 2012 zusätzlich bereitgestellten Mittel; Haltung zur Stellungnahme des Gemeindetags

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/2379

Unterstützung der von der Bundeswehrreform besonders betroffenen Kommunen des Ländlichen Raums

Unterstützung bei Konversionsmaßnahmen und Nachfolgenutzungen der frei werdenden Areale, Beteiligung der Bürger vor Ort am Konversionsprozess

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/2555

Stand der Maßnahmen beim Förderprogramm ILEK (Integriertes ländliches Entwicklungskonzept)

Aktueller Stand in den vier baden-württembergischen Modellregionen; Weiterentwicklung des von der früheren LReg angestoßenen Programms

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.11.2012
Drs 15/2649
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2959-2961

Stand und Auszahlung beim Leader-Programm

Fördermaßnahmen und Auszahlung genehmigter Fördermittel

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.11.2012
Drs 15/2649
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2961-2963

Grün-Rot: Absage an den ländlichen Raum

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2898-2909

Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumentengestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/3516

Strukturförderung im Schwarzwald-Baar-Kreis

Entwicklung der Bevölkerungszahl, Zu- und Abwanderung im Wahlkreis Villingen-Schwenningen in den vergangenen 20 Jahren; Anzahl und Volumen der seit 2000 im Wahlkreis 54 geförderten sowie der seit 2011 bewilligten ELR-Projekte im Vergleich zu anderen Landtagswahlkreisen; Bedeutung der ELR-geförderten Projekte für die kleinen und mittleren Unternehmen und die Kommunen im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/4246

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungsabwanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/4970

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Erhaltung und Stärkung der Infrastruktur im ländlichen Raum

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 3

Bewahrung des ländlichen Raums als Natur- und Kulturlandschaft, Förderung von Regionalmarken und regionalen Wirtschaftskreisläufen; Erhaltung von Schulstandorten im ländlichen Raum

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 22 24

Hervorhebung des Mobilitätsbedarfs für die Verzahnung von ländlichen Räumen und Ballungsgebieten, Stärkung der Infrastruktur und Wirtschaft im ländlichen Raum; Verlagerung der Zuständigkeiten für Tourismus und Naturschutz ins MLR

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42-44 48 51 60 61 67 74 86 87 90

Bedeutung der ökologischen Landwirtschaft für den ländlichen Raum

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 258

Erinnerung an Gerhard Weiser als Erfinder der Strukturpolitik für den ländlichen Raum und an seine Idee zur Errichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 566-568

Bewertung der Flurneuordnung als Strukturverbesserungsinstrument für den ländlichen Raum

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749-755

Probleme und Perspektiven der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1025

Kritik an der Kürzung von Programmen für den ländlichen Raum; Erarbeitung neuer Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum; Förderung von Infrastruktureinrichtungen; Perspektiven von Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1104 1109 1114 1130 1163 1164

Beklagung einer Schwächung der Fläche durch die geplante Polizeireform; Hervorhebung der Investitionen für den ländlichen Raum

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1188 1189 1191 1192 1195 1196 1200 1205 1209 1210 1212-1214 1217 1222 1225 1226

Bewertung der Polizeireform mit der Konzentration auf zwölf Präsidien als Rückzug aus der Fläche; Bezeichnung des ländlichen Raums als Rückgrat des Landes, Fortführung der Förderprogramme zur Verbesserung der Infrastruktur; Ausbau des Busverkehrs

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1262-1277 1301-1312 1318 1319 1334 1335 1351 1363

Hervorhebung der Busunternehmen als Rückgrat des ÖPNV in der Fläche

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1574-1578

Bewertung der Polizeireform mit der Konzentration auf zwölf Präsidien als Rückzug aus der Fläche

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1641-1643 1645-1647

Anstrebung erreichbarer Schulstandorte im ländlichen Raum mit der Einführung der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1717-1719 1722

Bezeichnung der Energiewende als Möglichkeit zur Stärkung des ländlichen Raums

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1954

Perspektiven von Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum, Bezeichnung der Gemeinschaftsschule als Rettungsschirm für Kommunen im ländlichen Raum; Beklagung einer Schwächung der Fläche durch die geplante Polizeireform

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972 1973 1981 1984 1985 1987 2033 2037-2039 2044-2048 2051

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr für die betroffenen Standorte im ländlichen Raum, Einforderung der Unterstützung von Bund und Land

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2171-2180

Student

s.a. Ausländischer Student

s.a. Mitbestimmung

s.a. Studentenwerk

s.a. Studentische Verbindung

s.a. Studienabbruch

Abschaffung der Studiengebühren an der Universität Mannheim mit regelabweichenden Semesterzeiten

Abschaffung bereits zum Frühjahrssemester 2012, Information der Universitätsleitung und der Studierenden

KlAnfr

s. Studiengebühren

Drs 15/45

Abschaffung der Studiengebühren und Mitbestimmung der Studierenden über die Mittelverwendung an Hochschulen

Rechtsgrundlagen und Praxis der bisherigen und künftigen Mitsprachemöglichkeiten der Studierenden über die Verwendung der Studiengebühren bzw nach deren Abschaffung über die Kompensationsmittel aus dem Landeshaushalt für die einzelnen Hochschulen; Akzeptanz der bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten und Mittelverwendung; Beibehaltung der Studiengebühren bzw vollumfängliche Ersetzung der wegfallenden Mittel im Falle einer Abschaffung unter Berücksichtigung steigender Studentenzahlen

Antr

s. Studiengebühren

Drs 15/305

Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze

Stärkung der studentischen Mitbestimmung durch die Einführung von Studentenparlamenten, Wahrnehmung der fachlichen und hochschulpolitischen Belange der Studierenden, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts über die Verwendung von Studiengebühren; Änderung des StudentenwerksGes und des LandeshochschulgebührenGes

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 15/416

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Weiterentwicklung der studentischen Mitbestimmung

Mittlg LReg 29.08.2011 Drs 15/454

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.09.2011 Drs 15/520

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 671

Qualität und Arbeitsbedingungen bei studentischen Praxissemestern

Vorgaben der Hochschulen zur Auswahl und Qualität der Ausbildungsstellen für die Studenten der Sozial- und Erziehungswissenschaften; Festlegung von Kriterien zur Qualität, den Leistungszielen und Arbeitsbedingungen gemeinsam mit den Hochschulen und Praxiseinrichtungen; Hinwirkung auf eine angemessene Vergütung der Arbeitsleistungen

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 19.10.2011 und Antw MWK Drs 15/743

Aktuelle Ausbildungssituation des gehobenen Verwaltungsdienstes - Entwicklung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der Zahlen von Bewerbern, Zulassungen und Absolventen; Auswirkungen des doppelten Abiturjahrgangs sowie der Aussetzung der Wehrpflicht, Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze; Einschätzung der Berufsaussichten für die Absolventen

Antr

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Drs 15/762

Situation in den Regionalzügen/Schwarzwaldbahn auf der Rheintalbahn zu den Stoßzeiten im Berufsverkehr

Auslastung bzw Überfüllung der o.g. Züge im Berufs-/Pendelverkehr, Höhe des Anteils von Studenten insbes durch den doppelten Abiturjahrgang 2012, verursachte Verspätungen durch überfüllte Züge und Verfehlung von Anschlussverbindungen

KlAnfr

s. Schienenpersonennahverkehr

Drs 15/1091

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätig-

keit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Akademischer Mittelbau*
Drs 15/1156

Auswirkungen der Zweitwohnungsteuer in Universitätsstädten auf Bevölkerungsentwicklung und Finanzausgleich in ländlichen Kommunen

Entwicklung des Aufkommens aus der Zweitwohnungsteuer in den einzelnen Universitätsstädten; Verlegung des Hauptwohnsitzes von Studenten an den Studienort, um der Zweitwohnungsteuer zu entgehen; Höhe der dadurch den Gemeinden im ländlichen Raum entstandenen Einnahmeverluste iRd kommunalen Finanzausgleichs; Frage nach einem Verlustausgleich

KlAnfr
s. *Zweitwohnungsteuer*
Drs 15/1158

Situation der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Entwicklung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen in den vergangenen fünf und kommenden Jahren; Darlegung der dualen Partner an den einzelnen Standorten und der Karrierechancen der Absolventen; notwendige finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung sowie Wohnunterbringung zur Aufnahme aller Bewerber; Beurteilung der Beschäftigungssituation und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter sowie der Leistungsfähigkeit der DHBW im Forschungsbereich

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/1430

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerksgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an baden-württembergischen Hochschulen

Anzahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung; Nutzung und Qualität der vorhandenen Beratungsstellen; Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals; Angebot behindertengerechter Wohnheimplätze; barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen einschließlich Verkehrsanbindung; Frage der Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 16.07.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2106 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 18.10.2012 Drs 15/3063 S. 27
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Prognosen über die Studierendenzahlen (Beschluss Drs 8/610 Abschnitt V Nr. 1)

Mittlg LReg 21.08.2012 Drs 15/2259 (11 S.)
Mittlg LReg 09.10.2014 Drs 15/5824 (10 S.)

Gute Rahmenbedingungen für Studierende in BW trotz schwieriger Haushaltslage!

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/45 26.09.2012 S. 2507-2519

Situation der Studienanfänger in Heidelberg/Bau von studentischem Wohnraum

Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang; Errichtung von Studentenwohnheimen auf den durch die Konversion frei werdenden US-Militärflächen, Unterstützung des Studentenwerks

KlAnfr Karl Klein CDU 01.10.2012 und Antw MWK Drs 15/2421

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Wohnsituation für Studierende

Bedarf und Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen von privat und den Studentenwerken an den einzelnen Hochschulstandorten, insbes auch wegen dem doppelten Abiturjahrgang; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation; Auswirkungen der Anforderungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Anträgen auf geförderten Neubau von Mietwohnungen

Antr CDU 24.10.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2553
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3749-3754

Weibliche Repräsentanz an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in BW

Anteil der weiblichen Studierenden, des weiblichen Personals und der Hochschullehrerinnen; geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Rektorate, Hochschulräte und Senate; Anteil des weiblichen Personals in den Leitungsorganen und Gremien; Gewährleistung der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie; Ermutigung von Studentinnen zu leitenden Tätigkeiten im Beruf; Potenzial der für Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung geeigneten Absolventinnen

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/2654

Zukunft des Erasmus-Programms im Hochschulbereich

Nutzung des Erasmus-Programms durch Studierende und Dozenten aus BW bzw durch ausländische Studierende und Dozenten an baden-württembergischen Hochschulen in den letzten Jahren; Verteilung der Fördersumme und geförderten Personen auf die einzelnen Hochschulen des Landes; Verhältnis von Bedarf und Angebot an Stipendien und Austauschplätzen; Geförderte nach Fachrichtung, Geschlecht und sozialer Herkunft; Auswirkungen der aktuellen Finanzierungslücke; Maßnahmen zur Sicherung des Erasmus-Programms

Antr

s. *Akademischer Austausch*

Drs 15/2658

Zusammenarbeit zwischen BW und der Türkei im Bereich der Wissenschaftspolitik

Ziele und Resultate der Reise des MinPräs in die Türkei; Ergebnisse der Gespräche mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ankara und Istanbul; Beurteilung der dort ausgerichteten Hochschultage; wissenschaftliche Kooperationen und Studienaustausch; Bedeutung der neu gegründeten deutsch-türkischen Universität in Istanbul; Anteil der (weiblichen) Studierenden mit türkischem Migrationshintergrund an den Hochschulen und Universitäten in BW; Rückkehr von Hochschulabsolventen in die Türkei

Antr

s. *Internationale Zusammenarbeit*

Drs 15/2726

Europäisches Studenten-Austauschprogramm ERASMUS

Stellenwert des europäischen Studenten-Austauschprogramms Erasmus; Statistiken zu ERASMUS-Teilnehmern für BW; Zukunft der finanziellen Förderung für das Auslandsstudium

Antr

s. *Akademischer Austausch*

Drs 15/2818

Datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW

Verfahren und Datenschutz bei der Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an den Hochschulen in BW, insbes Regelungen für die einzelnen Studiengänge, Umsetzung der Ministeriumsempfehlung zur Einrichtung einer eigenen Post- und Faxadresse für die Übersendung der ärztlichen Atteste, Ablehnungsquote und Begründungen bei Anträgen auf Feststellung der Prüfungsunfähigkeit; datenschutzrechtliche Behandlung ärztlicher Atteste nach der Entscheidungsfindung der Prüfungsbehörden; Übertragung der Entscheidung über die Feststellung der Prüfungsunfähigkeit von den Prüfungsbehörden auf medizinisch fachkompetente Entscheidungsträger

Antr

s. *Arbeitsunfähigkeit*

Drs 15/3061

Die Wohnraumsituation für Studierende am Hochschulstandort Göppingen

Daten zur gegenwärtigen Wohnraumsituation für Studierende der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen und Zahlen für vergleichbare Hochschulstandorte; Planungen von Studentenwerk und betroffenen Kommunen zum Ausbau der Wohnheimkapazitäten für Göppinger Studenten sowie Anforderungen für eine Unterstützung durch das Land

KlAnfr

s. *Wohnungsversorgung*

Drs 15/3442

Erste Bewertung der Verfassten Studierendenschaft

Personeller, organisatorischer und finanzieller Aufwand zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft; Interesse und Beteiligung der Studierenden; erste Bilanz über die erhobenen Beiträge und ihre Verwendung

Antr

s. *Studentenschaft*

Drs 15/5191

*Regierungsbefragung**KMK-Vorausberechnung der Studierendenzahlen*

PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5921-5926

Studienabbrecherquoten und Vorbereitungsangebote für das Studium

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen nach Hochschulen und einzelnen Studienfächern; Gründe bzw Motive der Studienabbrüche; Angebote und Maßnahmen zur Vorbeugung; Nutzen eines „Studienführerscheins“; Verankerung eines Qualitätsmanagements sowie Strategien zur Vorbeugung von Studienabbrüchen im Hochschulrecht; Anerkennung von Studienleistungen bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung

Antr

s. *Studienabbruch*

Drs 15/5312

Geplante Streichung des Regionalexpresses von Heidelberg nach Stuttgart

Nutzung der Strecke durch den Berufs- und Schüler- und Studentenverkehr; Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten fünf Jahren; Auskunft über beabsichtigte Fahrplanänderungen, insbes für den Streckenabschnitt Heidelberg-Bretten

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/5897

Wohnsituation für Studierende in BW im Wintersemester 2014/2015

Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Studentenwohnheimen an den einzelnen Hochschulstandorten; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumsituation für Studenten; Auslastung der Wohnangebote für Studierende mit Kindern; Entwicklung und Ausschöpfung der Fördermittel für Studentenwohnungen

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 10.11.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6106

BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 27 28

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Arbeitsfähigkeit der Verwaltungshochschule Ludwigsburg

Entwicklung der Verwaltungshochschule seit der Abwahl der Rektorin; Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltungshochschule; Auswirkungen der Führungskrise auf die Zahl der Studienbewerber; Berufsperspektive der Absolventen der Verwaltungshochschule

Antr

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*

Drs 15/7731

Zunahme der Studierendenzahlen trotz der Studiengebühren, Bereitstellung der notwendigen Studienplätze, Erweiterung der studentischen Mitbestimmung, Rückführung der hohen Abbrecherquoten

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 41 52 59 60 68

Beleuchtung der Rahmenbedingungen für die Studierenden an den Hochschulen, insbes im Bereich der Lehre; Erweiterung der Aufnahmekapazitäten für den Anstieg der Bewerberzahlen; Schaffung neuer Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Studenten

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280-285 287 291 311-316

Ersetzung der entfallenen Studiengebühren für die Hochschulen durch einen Pro-Kopf-Beitrag je Student, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts der Studenten über die Verwendung der Mittel

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 991-1000

Zunahme der Studierendenzahlen trotz der Studiengebühren, Beseitigung der abschreckenden Wirkung der Studiengebühren durch deren Abschaffung, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts der Studenten über die Verwendung der Kompensationsmittel

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1110 1117 1118 1124 1125 1147-1159

Zunahme der Studierendenzahlen trotz der Studiengebühren, Verweisung auf die Verbesserung der Lehre, Ersetzung der entfallenen Studiengebühren durch einen Pro-Kopf-Beitrag je Student, Schaffung zusätzlicher Studienanfängerplätze, Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1402-1404 1406-1413

Studentenaustausch

s. Akademischer Austausch

Studentenparlament

s. Studentenvertretung

Studentenrat

s. Studentenvertretung

Studentenschaft

s.a. Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz

Umsetzung der wieder eingeführten Verfassten Studierendenschaft vor Ort

Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft, insbes erreichte und angestrebte Umsetzungsschritte sowie Abstimmungsergebnisse über Organisationsmodelle an den einzelnen Hochschulen

Antr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 17.04.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3373

BeschlEmpf und Bericht WissA 06.06.2013 Drs 15/3712 S. 15 16

PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Erste Bewertung der Verfassten Studierendenschaft

Personeller, organisatorischer und finanzieller Aufwand zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft; Interesse und Beteiligung der Studierenden; erste Bilanz über die erhobenen Beiträge und ihre Verwendung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 14.05.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5191

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.01.2015 Drs 15/6639 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz CDU) S. 18 19

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Landesstudierendenvertretung

Situation und Rechtsstellung der Landesstudierendenvertretung, insbes finanzielle und organisatorische Funktionsfähigkeit, Schwierigkeiten infolge einer fehlenden Rechtsfähigkeit, Auswirkungen einer Umwandlung der Landesstudierendenvertretung in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit beschränkter Rechtsfähigkeit

Antr

s. Studentenvertretung

Drs 15/5560

Leistungen der baden-württembergischen Studierendengeräte würdigen - bewährte Strukturen erhalten

Aufgabenspektrum der Studierendengeräte; Höhe der im Zeitraum von 2011 bis 2014 gewährten Betriebskosten- und Bauzuschüsse; Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Studierendengeräte im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern; Auswirkungen der Änderungen iRd 3. Hochschulrechtsänderungsgesetzes; Kommunikation und Aufgabenabgrenzung der Studierendengeräte mit den einzelnen Hochschulen und der Verfassten Studierendenschaft; Beibehaltung von Struktur und Zahl der Studierendengeräte

Antr

s. Studentenwerk

Drs 15/6257

Erfahrungen mit der Verfassten Studierendenschaft an Universitäten und Hochschulen in BW

Bilanz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft; Ursachen der geringen Beteiligung an der Wahl des Gremiums; Verabschiedung der Satzung sowie nachträgliche Satzungsänderungen an den Hochschulen; Erhebung und Verwendung von Beiträgen nach § 65 a Landeshochschulgesetz; Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitungen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als übergeordneter Instanz; Existenz von Doppelstrukturen durch den Fortbestand von Studierendengeräten mit Vereinsstatus

GrAnfr

s. Studentenvertretung

Drs 15/6449

Umgang der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Studentinnen und Studenten der Hochschule Ludwigsburg

Berücksichtigung der Belange der Studierendenschaft bei der Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule Ludwigsburg; Anliegen des ehemaligen ASTA-Vorsitzenden; Konflikte zwischen Hochschullehrern und Studierenden; Maßnahmen des Ministeriums zum Schutz der Studierenden; Rückhalt der ehemaligen Rektorin in der Studierendenschaft; Kommunikation des Ministeriums mit der eingesetzten Kommission; Behandlung der Vorkommnisse an der Hochschule Ludwigsburg im Kabinett

Antr

*s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Drs 15/7597*

Studententicket

s. Semesterticket

Studentenvertretung

Landesstudierendenvertretung

Situation und Rechtsstellung der Landesstudierendenvertretung, insbes finanzielle und organisatorische Funktionsfähigkeit, Schwierigkeiten infolge einer fehlenden Rechtsfähigkeit, Auswirkungen einer Umwandlung der Landesstudierendenvertretung in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit beschränkter Rechtsfähigkeit

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 25.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5560

BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 25-27

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Erfahrungen mit der Verfassten Studierendenschaft an Universitäten und Hochschulen in BW

Bilanz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft; Ursachen der geringen Beteiligung an der Wahl des Gremiums; Verabschiedung der Satzung sowie nachträgliche Satzungsänderungen an den Hochschulen; Erhebung und Verwendung von Beiträgen nach § 65 a Landeshochschulgesetz; Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitungen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als übergeordneter Instanz; Existenz von Doppelstrukturen durch den Fortbestand von Studierendensvertretungen mit Vereinsstatus

GrAnfr CDU 04.02.2015 und Antw LReg Drs 15/6449 (15 S.)

Ergänzende Antw LReg 11.11.2015 Drs 15/7713

Unterstützung der Eröffnungsfeier der „Transnationalen Aktionen gegen die Europäische Zentralbank“ durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg, insbes Mittelverwendung

MdlAnfr

s. Demonstration

Drs 15/6690

Unterstützung der Blockupy-Demonstrationen anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg, insbes Ergebnis der rechtsaufsichtlichen Überprüfung durch die Universität Heidelberg, Veränderungen hinsichtlich bestehender Regelungen der Verfassten Studierendenschaften zur Gewährleistung weltanschaulicher und parteipolitischer Neutralität

Antr

s. Demonstration

Drs 15/6926

Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg zugunsten einzelner Wahlvorschläge durch das Verwaltungsgericht Freiburg

Sachstand zur Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg im Senatswahlkampf an der Universität durch das Verwaltungsgericht Freiburg und Bewertung des Vorgangs

MdlAnfr

s. Akademische Selbstverwaltung

Drs 15/7139

Stand der Einführung eines landesweiten Semestertickets

Sachstand zur Einführung eines landesweiten Semestertickets in BW, insbes aktueller Verhandlungsstand, diskutierte Modelle, Setzung einer Entscheidungsfrist seitens der Studentenvertretungen

Antr

s. Semesterticket

Drs 15/7342

Umgang der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Studentinnen und Studenten der Hochschule Ludwigsburg

Berücksichtigung der Belange der Studierendenschaft bei der Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule Ludwigsburg; Anliegen des ehemaligen ASTA-Vorsitzenden; Konflikte zwischen Hochschullehrern und Studierenden; Maßnahmen des Ministeriums zum Schutz der Studierenden; Rückhalt der ehemaligen Rektorin in der Studierendenschaft; Kommunikation des Ministeriums mit der eingesetzten Kommission; Behandlung der Vorcombe an der Hochschule Ludwigsburg im Kabinett

Antr

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Drs 15/7597

Studentenwerk

s.a. Wohnheim

Ausländische Studierende und ihre Berücksichtigung in den Wohnheimen der Studierendenwerke unter dem Gesichtspunkt der Internationalisierung unserer Hochschulen

Darlegung o.g. Zahlen und Anteile differenziert nach Studierenden aus EU- und Nicht-EU-Ländern, Bereitschaft von Studentenwerken zur Reservierung fester Kontingente und Bereitstellung von zusätzlichen Wohnheimplätzen für ausländische Studierende

Antr

s. Ausländischer Student

Drs 15/412

Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze

Stärkung der studentischen Mitbestimmung durch die Einführung von Studentenparlamenten, Wahrnehmung der fachlichen und hochschulpolitischen Belange der Studierenden, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts über die Verwendung von Studiengebühren; Änderung des StudentenwerksGes und des LandeshochschulgebührenGes

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 15/416

Haushalt 2012; Epl 07

Mittelaufstockung für die Studentenwerke zur Förderung der Studentenwohnheime

Haushalt
s. *Wohnheim*
Drs 15/1107

Haushalt 2012; Epl 14

Aufstockung der Investitionsmittel für die Studentenwerke

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1114-7 S. 45 46
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkesgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Die Studentenwerke in BW und der doppelte Abiturjahrgang 2012

Zuschüsse des Landes an die Studentenwerke und deren Erträge 2007 bis 2012; Wohnheimplätze und deren Auslastung; Neubau und Sanierung von Studentenwohnheimen; Entwicklung der Mietpreise für studentischen Wohnraum; Angebot von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten; Fassungsvermögen der vorhandenen Mensen; geplante Zuschüsse in den Haushaltsjahren 2013 und 2014

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 16.07.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2109 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 18.10.2012 Drs 15/3063 S. 28
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Situation der Studienanfänger in Heidelberg/Bau von studentischem Wohnraum

Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang; Errichtung von Studentenwohnheimen auf den durch die Konversion frei werdenden US-Militärflächen, Unterstützung des Studentenwerks

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/2421

Wohnsituation für Studierende

Bedarf und Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen von privat und den Studentenwerken an den einzelnen Hochschulstandorten, insbes auch wegen dem doppelten Abiturjahrgang; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation; Auswirkungen der Anforderungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Anträgen auf geförderten Neubau von Mietwohnungen

Antr
s. *Student*
Drs 15/2553

Studentisches Dienstleistungszentrum an der Universität Ulm

Situation der Erbringung studienbezogener Dienstleistungen für Studierende an der Universität Ulm an räumlich getrennten Orten; Überlegungen zur Einrichtung eines zentralen studentischen Dienstleistungszentrums an der Universität Ulm und der Integration externer Partner

KlAnfr
s. *Hochschulorganisation*
Drs 15/4131

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 15/4142

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung der §§ 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13 und 14 des Studentenwerkesgesetzes in der Fassung vom 10. Juli 2012; Umbenennung in „Studierendenwerkesgesetz (StWG)“

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Umbenennung Studentenwerk in Studierendenwerk

Aufwand für die Studentenwerke infolge der Umbenennung; Übernahme der Kosten; Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache in den Gesetzestexten und der dafür zu veranschlagende finanzielle Aufwand

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 03.07.2014 und Antw MWK Drs 15/5348

Wohnsituation für Studierende in BW im Wintersemester 2014/2015

Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Studentenwohnheimen an den einzelnen Hochschulstandorten; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumsituation für Studenten; Auslastung der Wohnangebote für Studierende mit Kindern; Entwicklung und Ausschöpfung der Fördermittel für Studentenwohnungen

Antr
s. *Student*
Drs 15/6106

Leistungen der baden-württembergischen Studierendenwerke würdigen - bewährte Strukturen erhalten

Aufgabenspektrum der Studierendenwerke; Höhe der im Zeitraum von 2011 bis 2014 gewährten Betriebskosten- und Bauzuschüsse; Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Studierendenwerke im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern; Auswirkungen der Änderungen iRd 3. Hochschulrechtsänderungsgesetzes; Kommunikation und Aufgabenabgrenzung der Studierendenwerke mit den einzelnen Hochschulen und der Verfassten Studierendenschaft; Beibehaltung von Struktur und Zahl der Studierendenwerke

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE und Gabi Roland u.a. SPD 12.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6257 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 29 30

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Mittlg LReg 19.11.2015 Drs 15/7734

Rechtsverordnung zum Beitritt der Studienakademien Heidenheim, Lörrach und Heilbronn sowie des Center for Advanced Studies zu Studierendenwerken

Mittlg MWK 25.09.2015 Drs 15/7440

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8235

BeschlEmpf und Bericht WissA 08.10.2015 Drs 15/7460

PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8341

Aufstockung der Investitionsförderung für die Studentenwerke

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Studentenwerksbeitrag

s. *Semesterbeitrag*

Studentenwerksgesetz

s. *Studentenwerk*

Studentenwohnheim

s. *Wohnheim*

Studentische Mitbestimmung

s. *Mitbestimmung*

Studentische Selbstverwaltung

s. *Studentenschaft*

Studentische Verbindung

Schnittpunkte von Burschenschaften in BW mit dem Rechtsextremismus

Aktive Burschenschaften und studentische Verbindungen an den Universitäten und Mitgliederzahlen, Art und Umfang der Unterstützung durch die Hochschulen; Organisation in den Dachverbänden „Deutsche Burschenschaft“, „Neue Deutsche Burschenschaft“ und „Burschenschaftliche Gemeinschaft“; Frage nach neuen Erkenntnissen zu Berührungspunkten zwischen Burschenschaften und dem rechtsextremen Spektrum seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/1172 im Jahr 2002 sowie nach einer Beteiligung von Burschenschaftlern an Gewaltdelikten

KlAnfr Alexander Salomon GRÜNE 17.10.2012 und Antw IM Drs 15/2488

Studentisches Gremium

s. *Studentenvertretung*

Studentisches Vertretungsorgan

s. *Studentenvertretung*

Studie

s.a. *Gutachten*

s.a. *Modellprojekt*

Entwicklung der Biogasanlagen in BW

Anzahl und Standort der im Jahr 2012 in BW installierten Biogasanlagen; Auswirkungen des neuen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Installation von Biogasanlagen im Vergleich zu anderen Bundesländern; Einschätzung einer künftigen Rentabilität von Biogasanlagen; Bewertung der von der Universität Hohenheim durchgeführten Studie „Globale Analyse und Abschätzung des Biomasse-Flächennutzungspotentials“

Antr

s. *Biogasanlage*

Drs 15/2632

Stromnetze und Speicherkapazitäten im Bodenseeraum

Beurteilung der Bodenseestudie der Netzbetreiber Amprion, TransnetBW, Vorarlberg Netz, Swissgrid und Axpo; Verantwortlichkeiten für öffentlich-rechtliche Planungsverfahren in der Bodenseeregion; Einschätzung des in der Studie beschriebenen Netz- und Speicherausbaubedarfs; Ausbau der Netz- und Speicherkapazitäten; Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bodenseeraum

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/3352

Wissenschaftliche Evaluation der Gemeinschaftsschule durch den überzeugten Befürworter der neuen Schulart T.B.

Fragen nach Methoden, Vorgehensweise und Zeitraum der Evaluation sowie der voraussichtlichen Präsentation der Ergebnisse; Aussagen über die Leistungsfähigkeit und Qualität der Gemeinschaftsschule im Vergleich zu den übrigen weiterführenden Schulen in der von Thorsten Bohl mitherausgegebenen „Expertise Gemeinschaftsschule“; vertragliche Gestaltung des Forschungsauftrags an Thorsten Bohl; Forderung nach einer Aufkündigung des Vertrags mit dem Tübinger Hochschullehrer wegen Voreingenommenheit und nach einer erneuten Ausschreibung der Evaluation; Ausdehnung der Evaluation über den gesamten Einführungszeitraum und Erstellung einer Längsschnittstudie

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3788

Wissenschaftliche Erkenntnisse über Doping in BW

Forschungsarbeiten zur Dopingpraxis in BW; Erkenntnisse aus der Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“; Unterstützung des Projekts durch die Universität Freiburg; Stand der Evaluierung der Abteilung „Rehabilitative und Präventive Sportmedizin“ der Freiburger Sportmedizin durch die „Unabhängige Gutachterkommission“ unter Vorsitz von Professor Dr. L.P; Bereitstellung von Akten sowie Akteneinsicht; Zusammensetzung und Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der Dopingprävention

Antr

s. *Doping*

Drs 15/3930

Crystal Meth - Gefahren und Gegenmaßnahmen in BW

Gefahren des Konsums von N-Methylamphetamin (Crystal Meth); Zahl und Sozialstruktur der Drogenkonsumenten; konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenkonsums, Aufklärung insbes junger Menschen über die Gefährlichkeit der Droge; wissenschaftliche Untersuchungen zum Konsum von Crystal Meth; Erstellung eines Programms zur Bekämpfung der Verbreitung und des Konsums dieser Droge

Antr

s. *Suchtstoff*

Drs 15/3965

Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule verbessern - „Bildungshaus 3-10“

Gründe für die Bevorzugung der verlässlichen Kooperationszeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gegenüber dem Modell der „Bildungshäuser 3-10“; wissenschaftliche Erkenntnisse über eine entsprechende Wirksamkeit der Kooperationszeit im Hinblick auf das Ziel „schulreifes Kind“; Anzahl der nach 2011 abschlägig beschiedenen Anträge auf Einrichtung eines Bildungshauses; Reaktionen der bestehenden Bildungshäuser auf die Veränderung der Zusammenarbeit und die Verringerung der Anrechnungsstunden; Aufgaben der Konsultationsstandorte im Schuljahr 2013/2014; Bestandsgarantie für die Bildungshäuser über das Schuljahr 2014/2015 hinaus; Erhöhung der Kooperationsstunden

Antr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/4098

„Jeder sechste deutsche Erwachsene liest wie ein Zehnjähriger“ - PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) und die Folgen für die Erwachsenen- und Weiterbildung in BW

Wesentliche Ergebnisse der PIAAC-Studie zur Untersuchung von Alltagskompetenzen Erwachsener, insbes Folgen für die Weiterbildungspolitik und die Erwachsenenbildung in BW

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 15/4419

Jugendstudie Baden-Württemberg 2013

Ergebnisse und Aussagen der Jugendstudie BW 2013; aus der Studie abgeleitete Handlungsempfehlungen und Forderungen an die Politik; Umsetzung der Erkenntnisse durch die LReg

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 15/4774

Neueste Entwicklungen im Bereich Wohnungseinbrüche im Wahlkreis 42

Entwicklung der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Pforzheim seit 2013, besonders betroffene Stadtteile und Gemeinden; Ursachen der Entwicklung und Gegenmaßnahmen; Wirkung der intensivierten Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls; Beurteilung eines Einsatzes von Bürgerwehren und privater Sicherheitsdienste; Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Wohnungseinbruchdiebstahl

KlAnfr

s. *Einbruchdiebstahl*

Drs 15/5071

Ergebnisse der Korridorstudie zum Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse

Ergebnisse der Studie zur Entwicklung einer verkehrlichen Konzeption für den Eisenbahnkorridor Mittelrheinachse - Rhein/Main - Rhein/Neckar - Karlsruhe (Rastatt); weitere Planungen zum Ausbau der Strecke Mannheim - Frankfurt und des Bahnknotens Mannheim

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/5199

Krise des Ökolandbaus?

Entwicklung der Ökolandbau-Betriebe während der letzten zehn Jahre in BW; Gründe für eine Abwendung landwirtschaftlicher Betriebe vom Ökolandbau; Bewertung der Ergebnisse der Studie „Ausstiege aus dem ökologischen Landbau: Umfang - Gründe - Handlungsoptionen“ des Johann Heinrich von Thünen-Instituts; Einhaltung einheitlicher Qualitätsstandards für Bioprodukte innerhalb der Europäischen Union; Beeinträchtigung der baden-württembergischen Ökolandwirtschaft durch den Ökolandbau im Osten Europas; Hilfestellung für in Not geratene Öko-Landwirtschaftsbetriebe; Flächenverbrauch im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft

Antr

s. *Ökologische Landwirtschaft*

Drs 15/5453

Entlastung von Kleinbetrieben beim Bildungsfreistellungsgesetz

Umfang der Mehrbelastungen für die Betriebe durch das geplante Bildungsfreistellungsgesetz; Erkenntnisse aus der von TNS Infratest Sozialforschung erstellten Studie „Weiterbildung in BW 2012“; ablehnende Haltung der Handwerksbetriebe aus Furcht vor einer überproportionalen Mehrbelastung; Schaffung von Ausnahmeregelungen für Betriebe bis zu einer bestimmten Größenordnung

KlAnfr

s. *Bildungsurlaub*

Drs 15/5509

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 15/5569

Pläne für einen staatlich finanzierten Ausbau der Stromübertragungsnetze

Finanzierung und Ergebnisse einer Studie bei der Technischen Universität Berlin über alternative Modelle für die Organisation und Finanzierung des Ausbaus der Stromübertragungsnetze; Rahmenbedingungen und Probleme einer weitergehenden staatlichen Beteiligung am Ausbau der Übertragungsnetze

Antr

s. *Stromnetz*

Drs 15/5580

Durchlässigkeit und Bildungserfolg in BW - „The Long-Term Effects of Early Track Choice“

Bewertung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA); Beitrag der Schulform Hauptschule am Bildungserfolg ihrer Schüler; Berücksichtigung der unterschiedlichen Begabungen von Schülern in einem differenzierten Schulsystem im Vergleich zu ihrer Berücksichtigung in einem integrierten Schulsystem; Förderung des Bildungsaufstiegs durch ein differenziertes System mit hoher Durchlässigkeit; Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den bestehenden Schularten; Vor- und Nachteile einer Steigerung der Abiturientenzahlen für Gesellschaft und Wirtschaft; Privatschulen als Nutznießer der Schulreform

Antr

s. *Schulreform*

Drs 15/5589

Pflegewissenschaftliche Analyse von Begehungsberichten der unteren Heimaufsichtsbehörden in BW

Inhalt und Bewertung der Studie „Pflegewissenschaftliche Analyse von Begehungsberichten der unteren Heimaufsichtsbehörden in BW“ der Liga der freien Wohlfahrtspflege in BW und Umsetzung der Erkenntnisse dieser Analyse

Antr

s. *Heimaufsicht*

Drs 15/5618

„Bildungshaus 3-10“: Wie geht es weiter?

Nachfrage nach den „Bildungshäusern 3-10“; Erfahrungen mit dem Modellprojekt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport BW; Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung; Frage der Fortführung des Projekts; Einführung einer Zertifizierung der bestehenden Bildungshäuser

KlAnfr

s. *Elementarbildung*

Drs 15/5899

Informationen zur Veranstaltungsreihe/Untersuchung, die der Diskussionsrunde „Das Leben in Hardheim heute und morgen“ zugrunde liegt

Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierung der Studie; Methode und Zweck der Untersuchung; Zahl der bereits durchgeführten Veranstaltungen; Verfolgung der Veranstaltungen durch Mitglieder der LReg; Auswahl der Veranstaltungsteilnehmer; Unterrichtung der Teilnehmer über den Zweck der Veranstaltung, über deren Aufzeichnung und die künftige Verwendung der gewonnenen Daten; Gründe für den Ausschluss von Journalisten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.12.2014 und Antw StM Drs 15/6241

Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz

Beurteilung einer durch das schweizerische Bundesamt für Energie (BFE) erstellten Studie über die sozioökonomisch-ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf sechs potenzielle Standortregionen in der Schweiz; Einschätzung der darin formulierten Auswirkungen auf deutsche Gemeinden; Durchführung einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung für die möglichen Standortregionen

KlAnfr

s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*

Drs 15/6265

Gruppendiskussion „Das Leben in Crailsheim heute und morgen“

Hintergründe zur Gruppendiskussion „Das Leben in Crailsheim, wie es ist und wie es in Zukunft sein soll - und was die Bürger in diesem Zusammenhang von der Politik erwarten“, insbes Ziel, Kosten, Auftraggeber, Verbindung zur LReg

KlAnfr

s. *Veranstaltung*

Drs 15/6280

Feldversuch mit Lang-Lastkraftwagen (Lang-Lkw) in BW

Sachstand zur Teilnahme Baden-Württembergs am bundesweiten Feldversuch mit Lang-Lkw, insbes Umfang der Teilnahme, Kosten der begleitenden wissenschaftlichen Studie zur CO₂-Bilanz von Lang-Lkw

Antr

s. *Nutzkraftfahrzeug*

Drs 15/6807

Wie steht es um die Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich der Ganztagsbetreuung in der Grundschule?

Bewertung der Studie „Familienbild im Wandel - Lebensentwürfe zwischen Wunsch und Wirklichkeit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung; Forderung nach größerer Flexibilität der Ganztagsschul- und Betreuungsangebote an Grundschulen; Förderung von Horten und flexibler Nachmittagsbetreuung an Ganztagschulen; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine offene Ganztagschule

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 15/7747

Studienabbrecher

s. *Studienabbruch*

Studienabbruch

Potenzial der Studienabbrecher nutzen - Fachkräftemangel bekämpfen

Entwicklung der Zahlen von Studienabbrechern und ihrer weiteren Berufswege; Darstellung der Begleitung durch die Hochschulen, insbes Ermöglichung von Kontakten zu einer praxisbezogenen Ausbildung; Hinwirkung auf eine vertiefte Berufsorientierung mit Betriebspraktika für die Schüler und Lehrkräfte auch an allgemeinbildenden Gymnasien

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 20.10.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/755

BeschlEmpf und Bericht WissA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 11-13

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudiengang an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr

s. *Rechtswissenschaft*

Drs 15/896

Zukunft der beruflichen Ausbildung und Umorientierung

Durchschnittsalter von Auszubildenden zu Beginn und am Ende ihrer Ausbildung; Bewertung von Angeboten für „Spätstarter“ im Hinblick auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Integration junger Menschen ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt; Gewinnung von Studienabbrechern für Ausbildungsberufe; Nachfrage nach beruflicher Ausbildung im Abstand zum Schulabschluss sowie nach betriebsinternen Umschulungs- und Qualifizierungsangeboten; Ausnahmeregelung beim Mindestlohn

KlAnfr

s. Berufliche Bildung

Drs 15/5048

Studienabbrecherquoten und Vorbereitungsangebote für das Studium

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen nach Hochschulen und einzelnen Studienfächern; Gründe bzw Motive der Studienabbrüche; Angebote und Maßnahmen zur Vorbeugung; Nutzen eines „Studienführerscheins“; Verankerung eines Qualitätsmanagements sowie Strategien zur Vorbeugung von Studienabbrüchen im Hochschulrecht; Anerkennung von Studienleistungen bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 05.06.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5312

BeschlEmpf und Bericht WissA 25.09.2014 Drs 15/6123 S. 8 9

PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Etablierung des Konzepts „Spurwechsel - Techniker dual“ als Modellprojekt

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen in den MINT-Fächern (Fächerverbund Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik); Ausweitung des Modellprojekts „Spurwechsel - Techniker dual“ als schnellen und persönlichen Weg für Studienabbrecher zu einem Berufsabschluss

KlAnfr

s. MINT-Wissenschaften

Drs 15/6889

Studienabschluss*s. Hochschulabschluss***Studienanfänger***s.a. Hochschulzulassung**s.a. Immatrikulation**s.a. Studienfachwahl**s.a. Studienplatz**Mobilitätsprobleme von Studenten unter 18 Jahren*

Anzahl der an den Dualen Hochschulen immatrikulierten unter Achtzehnjährigen; durchschnittliche Entfernung zwischen den Dualen Hochschulen und den Ausbildungsbetrieben; Mobilitätsprobleme der Studienanfänger aufgrund fehlender Verkehrsverbindungen oder Verkehrsmittel; Ausnahmeregelungen für das unbegleitete Fahren eines Pkws durch unter achtzehnjährige Führerscheinbesitzer

KlAnfr

s. Mobilität

Drs 15/5762

Studienberatung

Studienorientierungsverfahren für künftige Studierende in BW
Erkenntnisse und weitere Planungen zum verpflichtenden Studienorientierungsverfahren für zukünftige Studenten in BW, insbes Erfahrungen mit dem Online-Orientierungstest „was-studiere-ich.de“

Antr

s. Studienfachwahl

Drs 15/3067

Studentisches Dienstleistungszentrum an der Universität Ulm

Situation der Erbringung studienbezogener Dienstleistungen für Studierende an der Universität Ulm an räumlich getrennten Orten; Überlegungen zur Einrichtung eines zentralen studentischen Dienstleistungszentrums an der Universität Ulm und der Integration externer Partner

KlAnfr

s. Hochschulorganisation

Drs 15/4131

Studienberechtigung*s. Hochschulzulassung***Studienbewerber***s.a. Hochschulzulassung**Situation und Perspektiven der Hochschule Biberach*

Zahl der geschaffenen und noch zu erwartenden Studienplätze und Studiengänge über das Programm Hochschule 2012, Beteiligung der regionalen Wirtschaft, Entwicklung der Bewerberzahlen und Wohnheimplätze der Studentenwerke u.a. Anbieter zum kommenden Wintersemester, Vorsorge für den Anstieg der Zahlen durch den doppelten Abiturjahrgang und Abschaffung der Wehrpflicht; Darlegung des Gebäudeflächen- und -sanierungsbedarfs sowie der geplanten Maßnahmen; Art und Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Unternehmen in Forschung und Entwicklung

Antr

s. Hochschule Biberach

Drs 15/432

Hochschulzulassungsverfahren

Entwicklung der Zahl von Bewerbern und Studienplätzen an den einzelnen Hochschulen in den letzten und kommenden Jahren, Auswirkungen des Problems der Mehrfachbewerbungen, Umsetzungsstand des „Dialogorientierten Serviceverfahrens“, Bewertung der Bedeutung von Auswahltests, Verbesserung der Effizienz der Zulassung zum Wintersemester 2012/13

Antr

s. Hochschulzulassung

Drs 15/456

Aktuelle Ausbildungssituation des gehobenen Verwaltungsdienstes - Entwicklung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der Zahlen von Bewerbern, Zulassungen und Absolventen; Auswirkungen des doppelten Abiturjahrgangs sowie der Aussetzung der Wehrpflicht, Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze; Einschätzung der Berufsaussichten für die Absolventen

Antr

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Ludwigsburg
Drs 15/762

Situation der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Entwicklung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen in den vergangenen fünf und kommenden Jahren; Darlegung der dualen Partner an den einzelnen Standorten und der Karrierechancen der Absolventen; notwendige finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung sowie Wohnunterbringung zur Aufnahme aller Bewerber; Beurteilung der Beschäftigungssituation und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter sowie der Leistungsfähigkeit der DHBW im Forschungsbereich

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/1430

Situation der Studienanfänger in Heidelberg/Bau von studentischem Wohnraum

Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang; Errichtung von Studentenwohnheimen auf den durch die Konversion frei werdenden US-Militärflächen, Unterstützung des Studentenwerks

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/2421

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielt; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Wohnsituation für Studierende

Bedarf und Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen von privat und den Studentenwerken an den einzelnen Hochschulstandorten, insbes auch wegen dem doppelten Abiturjahrgang; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation; Auswirkungen der Anforderungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Anträgen auf geförderten Neubau von Mietwohnungen

Antr
s. *Student*
Drs 15/2553

Zusammensetzung der Studierenden an baden-württembergischen Musikhochschulen

Zusammensetzung und Verteilung ausländischer und deutscher Studienbewerber und Studenten an baden-württembergischen Musikhochschulen, insbes nach Herkunftsländern und einzelnen Hochschulen aufgeschlüsselte Bewerber- und Immatrikulationsstatistik; Zulassungsbedingungen zu den Hauptfachstudiengängen an Musikhochschulen, insbes Berücksichtigung bereits begonnener bzw abgeschlossener Musikstudien, Erreichung von Chancengleichheit für deutsche Studienbewerber mit

Abitur durch Quotierung ausländischer Studenten bzw Nicht-Berücksichtigung musikalischer Vorbildung (Studium)

KlAnfr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3661

Studiendauer

s. *Studienzeit*

Studienfach

Frauen in MINT-Berufen in BW

Frauenanteil in MINT-nahen Berufsausbildungen und Studiengängen; Ursachen und Gründe für ihre schwache Repräsentation; Effektivität der Initiativen und Projekte zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Steigerung; Rückgewinnung nicht erwerbstätiger Ingenieurinnen für den Arbeitsmarkt; Karrierechancen für Frauen in MINT-Berufen; Maßnahmen in anderen europäischen Staaten

Antr
s. *Frau*
Drs 15/2633

Studienorientierungsverfahren für künftige Studierende in BW

Erkenntnisse und weitere Planungen zum verpflichtenden Studienorientierungsverfahren für zukünftige Studenten in BW, insbes Erfahrungen mit dem Online-Orientierungstest „was-studiere-ich.de“

Antr
s. *Studienfachwahl*
Drs 15/3067

Internationalisierung der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen

Statistik zu ausländischen Studierenden in BW, insbes zu Herkunftsländern (aufgeschlüsselt nach Hochschularten), Studiengängen und Verbleib in der Region nach Studienende; Statistik zum Angebot englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Studiengänge; Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Finanzmittel zur Anwerbung von ausländischen Studierenden, insbes Angebot an Betreuungspersonal und Wohnheimplätzen sowie Schaffung einer Willkommenskultur; Strategien der Hochschulen, der Wirtschaft und des Landes zum Verbleib von qualifizierten ausländischen Absolventen in BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/3416

Fotovoltaikforschung in BW

Stellenwert der Fotovoltaik in Forschung und Lehre an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Angebot an Studiengängen mit Bezug zur Fotovoltaik, Anzahl der in diesen Fächern immatrikulierten Studierenden und deren Abschlüsse; Forschungsschwerpunkte; Anteil der auf den Bereich Fotovoltaik entfallenden Forschungsmittel; Anteil der Drittmittel an der Finanzierung der Fotovoltaikforschung; speziell geförderte Forschungsprojekte an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen; vom Land geförderte Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene

Antr
s. *Photovoltaik*
Drs 15/3623

Studiengang Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart

Planungen für den Studiengang „Architektur und Stadtplanung“ als einen achtsemestrigen Bachelor- und einen viersemestrigen Masterstudiengang an der Universität Stuttgart, insbes Stand der Genehmigung, Anpassung der Studienzeiten für den Bachelor-Studiengang, Studiensituation und Mittelausstattung, Landes- und Bundesvergleich für die Ausgestaltung des Studiengangs „Architektur“

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 03.07.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3733

BeschlEmpf und Bericht WissA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 27

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Türkisch als Schulfach

Schaffung der Rahmenbedingungen im Lehramtsstudium für die Einrichtung von Türkisch als optionaler dritter Fremdsprache an Gymnasien, insbes ausreichende Studienkapazitäten an der Universität Tübingen und an weiteren Landesuniversitäten

Antr

s. *Türkisch*

Drs 15/3734

Einrichtung einer Außenstelle einer Technischen Hochschule in der drittgrößten Stadt der Region Heilbronn-Franken mit dem Schwerpunkt Maschinenbau in Crailsheim

Einrichtung eines Studiengangs Maschinenbau in Crailsheim als Außenstelle einer Hochschule oder Akademie

MdlAnfr

s. *Technische Hochschule*

Drs 15/3731

Studium der Elementaren Musikpädagogik

Musikalische Früherziehung als Angebot an alle Kinder; Studium der Elementaren Musikpädagogik, Studienangebote an den Hochschulen, Anzahl der Studienbewerber, Studierenden und Absolventen in den letzten fünf Jahren; eine Ausbildung in Elementarer Musikpädagogik voraussetzende Berufsfelder; voraussichtlicher Bedarf an Absolventen in den verschiedenen Berufsfeldern, insbes im Bereich der musikalischen Früherziehung in Kindertagesstätten und Musikschulen

Antr

s. *Musikerziehung*

Drs 15/4245

Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften

Gegenwärtige Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften an den Hochschulen in BW; Unterstützung der Einrichtung einer Fakultät für Sozialpädagogik am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn

MdlAnfr

s. *Sozialwissenschaft*

Drs 15/4358

Studienabbrecherquoten und Vorbereitungsangebote für das Studium

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen nach Hochschulen und einzelnen Studienfächern; Gründe bzw Motive der Studienabbrüche; Angebote und Maßnahmen zur Vorbeugung; Nutzen eines „Studienführerscheins“; Verankerung eines Qualitätsmanagements sowie Strategien zur Vorbeugung von Studienabbrüchen im Hochschulrecht; Anerkennung von Studienleistungen

bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung

Antr

s. *Studienabbruch*

Drs 15/5312

Schließung des Fachs Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule (PH) Karlsruhe

Bedeutung des politikwissenschaftlichen Studiengangs an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und Hintergründe der geplanten Schließung dieses Studiengangs

KlAnfr

s. *Pädagogische Hochschule Karlsruhe*

Drs 15/7138

Entscheidungskriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie

Vergabekriterien für die erstmalige Förderung von Studiengängen in den Bereichen Pflege und Physiotherapie; Gründe für Ablehnung der Einrichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Campus Schwäbisch Hall

MdlAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 20.10.2015

Drs 15/7550

PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8447-8449

Studienfachwahl

s.a. *Studienanfänger*

Studienorientierungsverfahren für künftige Studierende in BW

Erkenntnisse und weitere Planungen zum verpflichtenden Studienorientierungsverfahren für zukünftige Studenten in BW, insbes Erfahrungen mit dem Online-Orientierungstest „was-studiere-ich.de“

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 15.02.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3067

BeschlEmpf und Bericht WissA 18.04.2013 Drs 15/3571 S. 12

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Einführung des neuen Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“

Details und Inhalte zum neuen Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“, insbes Stundenumfang, Klassenstufen, Qualifikation der Lehrer und Praktiker aus Wirtschaft und Alltag, Abgrenzung zu anderen Fächern, Kooperation von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Antr

s. *Unterrichtsfach*

Drs 15/5629

Studienfinanzierung

s. *Studienförderung*

Studienförderung*Begabtenförderung für Muslime*

Begabtenförderung für muslimische Studierende durch das Avicenna-Studienwerk, insbes Notwendigkeit dieser Stiftung, integrationspolitisches Signal, Förderbedingungen sowie Förderprojekte mit ähnlicher Zielrichtung auf Landesebene

KlAnfr

s. *Begabtenförderung*

Drs 15/4642

Studiengang

s. *Studium*

Studiengebühren

Abschaffung der Studiengebühren an der Universität Mannheim mit regelabweichenden Semesterzeiten

Abschaffung bereits zum Frühjahrssemester 2012, Information der Universitätsleitung und der Studierenden

KlAnfr Helen Heberer u.a. SPD 27.05.2011 und Antw MWK Drs 15/45

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 22 - Erhebung von Studiengebühren an den Hochschulen des Landes (Kap 1401)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/122
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/722
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 03.12.2012 Drs 15/2769
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3216
 PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3960-3962

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 26 - Verwendung der Studiengebühren an den Pädagogischen Hochschulen des Landes (Kap 1426 bis 1433)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/126
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/726
 PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
 Mittlg LReg 30.11.2012 Drs 15/2767
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4415
 PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5261 5262
 Mittlg LReg 23.12.2014 Drs 15/6320
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6546
 PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Abschaffung der Studiengebühren und Mitbestimmung der Studierenden über die Mittelverwendung an Hochschulen

Rechtsgrundlagen und Praxis der bisherigen und künftigen Mitsprachemöglichkeiten der Studierenden über die Verwendung der Studiengebühren bzw nach deren Abschaffung über die Kompensationsmittel aus dem Landeshaushalt für die einzelnen Hochschulen; Akzeptanz der bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten und Mittelverwendung; Beibehaltung der Studiengebühren bzw vollumfängliche Ersetzung der wegfallenden Mittel im Falle einer Abschaffung unter Berücksichtigung steigender Studentenzahlen

Antr CDU 19.07.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/305
 BeschlEmpf und Bericht WissA 22.09.2011 Drs 15/747 (dazu ÄAntr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE und Martin Rivoir u.a. SPD) S. 13-15
 PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838
 Mittlg LReg 09.05.2012 Drs 15/1681

Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze

Stärkung der studentischen Mitbestimmung durch die Einführung von Studentenparlamenten, Wahrnehmung der fachlichen und hochschulpolitischen Belange der Studierenden, Einräumung eines Mitentscheidungsrechts über die Verwendung von Studiengebühren; Änderung des StudentenwerksGes und des LandeshochschulgebührenGes

GesEntw

s. *Hochschulrecht*
 Drs 15/416

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)

Abschaffung der Studiengebühren; Gesetz zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre; Gesetz über den Studienfonds; Änderung des LandeshochschulgebührenGes, LandeshochschulGes, AkademienGes, Hochschulzulassungsges, des Gesetzes zur Ausführung des BundesausbildungsförderungsGes, der Studiengebühren- und Hochschulvergabeverordnung; Erweiterung des Wirkungsbereichs der Eignungsprüfungen an den Pädagogischen Hochschulen

GesEntw LReg 22.11.2011 Drs 15/902 (44 S.)
 1. Beratung PIPr 15/21 08.12.2011 S. 991-1001
 BeschlEmpf und Bericht WissA 15.12.2011 Drs 15/1004 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) (13 S.)
 EAntr CDU und FDP/DVP 20.12.2011 Drs 15/1063 1-2 S. 1-3
 EAntr CDU 20.12.2011 Drs 15/1063 3-4 S. 4 5
 2. Beratung PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1147-1161
 GesBeschl 21.12.2011 Drs 15/1098
 GBl 2011 Nr. 22 S. 565-570 (Ges vom 21.12.2011)

Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren

Höhe des Aufkommens und der Befreiungen von allgemeinen Studiengebühren bei den einzelnen Hochschulen und Hochschularten, Abgleichung mit den angedachten Kompensationsmitteln in Höhe von 280 Euro je Studierenden, Frage nach Ausgleichszahlungen im Falle des Unterschreitens der derzeitigen Mittel sowie nach einer Dynamisierung der Zahlungen

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 14.12.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/1026
 BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/1821 S. 21-23
 PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerksgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
 s. *Hochschulrecht*
 Drs 15/1600

Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014

Umsetzung der im Haushalt 2013/14 enthaltenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Änderung folgender Rechtsvorschriften: FinanzausgleichsGes, Gesetz über die Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung, LHochschulgebührenGes, Zweites HochschulrechtsänderungsGes, LBesoldungsGes, JugendbildungsGes, LBeamtenversorgungsGes, LehrkräftezulagenVO, BeihilfeVO, LHaushaltsordnung, PrivatschulGes sowie LBeamtenGes

GesEntw

s. Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014
Drs 15/2561

Kompensation der Studiengebühren an der Dualen Hochschule BW ((DHBW)

Finanzsituation der Dualen Hochschule BW nach Abschaffung der Studiengebühren, insbes bisheriger Mittelzufluss aus Studiengebühren und Höhe der Qualitätssicherungsmittel an den einzelnen Standorten sowie vorgenommene oder beabsichtigte Ausgleichszahlungen; Stellenwert und Gewährleistung der Qualitätssicherung von Forschung und Lehre an der Dualen Hochschule BW

Antr
s. Hochschulfinanzierung
Drs 15/3415

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Fragestellungen und Ergebnisse der rechtlichen Prüfung zur Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer in BW, insbes einbezogene Hochschularten, geplanter Semesterbeitrag und soziale Ausgestaltung; Vereinbarkeit mit der Willkommenskultur, dem (prognostizierten) Fachkräftemangel, dem Grundgedanken des Bologna-Prozesses, der Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren und der gewünschten kulturellen Vielfalt; Überlegungen einzelner Hochschulen zur Einführung einer Art „Servicegebühr“ für Nicht-EU-Ausländer

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 08.10.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4123
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 13 14
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)
Änderung der §§ 2, 12, 13, 16 und 17 des Landeshochschulgebührengesetzes in der Fassung vom 18. Dezember 2012

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 15/4684

Studiengebühren für ausländische Studierende an Musikhochschulen

Anteil der ausländischen Studierenden sowie der Anteil der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern an den Hochschulen in BW; Studiengebühren für Studenten aus dem nicht-europäischen Ausland an Hochschulen in anderen Bundesländern; Stand des Rechtsverfahrens gegen die Musikhochschule Leipzig; Ergebnisse des Gutachtens zur Einführung selektiver Studiengebühren; Auswirkungen einer Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 18.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6297
BeschlEmpf und Bericht WissA 19.03.2015 Drs 15/7081 S. 22 23
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Ankündigung einer Abschaffung der Studiengebühren zum Sommersemester 2012

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25

Bezifferung der Folgekosten für den Landeshaushalt nach Abschaffung der Studiengebühren; Beklagung der Ablehnung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 41 52 60 68

Ersetzung der wegfallenden Studiengebühren im Falle ihrer Abschaffung durch Haushaltsmittel unter Berücksichtigung steigender Studentenzahlen, Plädoyer für nachgelagerte Studiengebühren

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 282-285 287-291

Wegfall von Einnahmen durch die Abschaffung der Studiengebühren

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 431

Plädoyer für sozial gestaffelte, nachlaufende Studiengebühren; Beteiligung der Studierenden an der Verteilung der Kompensationsmittel nach Abschaffung der Studiengebühren

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 630-634 636

Abschaffung der Studiengebühren zum Sommersemester 2012, Kompensation der wegfallenden Mittel für die Hochschulen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Abschaffung der Studiengebühren zum Sommersemester 2012, Bewertung der Auswirkungen im Haushalt in den Folgejahren

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1102 1105 1110 1117 1118 1121 1124 1125 1136 1147-1159

Abschaffung der Studiengebühren zum Sommersemester 2012, Kompensation der wegfallenden Mittel für die Hochschulen, Plädoyer für nachlaufende Studiengebühren

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1402-1409 1412 1413 1447 1449

Abschaffung der Studiengebühren als finanzieller Kraftakt; Absage an Schuldenabbau zulasten der Studierenden

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1462 1468 1472 1478 1479

Wegfall von Einnahmen durch die Abschaffung der Studiengebühren, Auswirkungen bei der Dualen Hochschule, Ausgleich der fehlenden Kompensationsmittel

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1988 1990-1997

Studiengebührenabschaffungsgesetz

s. Studiengebühren

Studiengebührenverordnung

s. Studiengebühren

Studienordnung

Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Ausbildungsinhalte des Praktischen Jahres an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land; Zugangsvoraussetzungen; vorhandene Ausbildungsstellen; arbeitsrechtliche Bedingungen; geplante Anpassungen der Studienordnung; finanzielle Entschädigung der Lehrkrankenhäuser für die Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes

KIAnfr
s. Medizinische Ausbildung
Drs 15/3743

Studienplatz

s.a. Hochschulzulassung
s.a. Studienanfänger
s.a. Studienbewerber

Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher frühzeitig bedarfsgerecht ausweiten

Klärung bzw. Deckung des aktuellen und künftigen Bedarfs an Erziehungs- und Kinderpflegekräften an Kindertageseinrichtungen, Zahl der vorhandenen und noch zu schaffenden Ausbildungs- und Studienplätze an den öffentlichen und privaten Fachschulen für Sozialpädagogik sowie an den Pädagogischen Hochschulen, Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Berufe

Antr
s. *Erzieher*
Drs 15/427

Situation und Perspektiven der Hochschule Biberach

Zahl der geschaffenen und noch zu erwartenden Studienplätze und Studiengänge über das Programm Hochschule 2012, Beteiligung der regionalen Wirtschaft, Entwicklung der Bewerberzahlen und Wohnheimplätze der Studentenwerke u.a. Anbieter zum kommenden Wintersemester, Vorsorge für den Anstieg der Zahlen durch den doppelten Abiturjahrgang und Abschaffung der Wehrpflicht; Darlegung des Gebäudeflächen- und -sanierungsbedarfs sowie der geplanten Maßnahmen; Art und Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Unternehmen in Forschung und Entwicklung

Antr
s. *Hochschule Biberach*
Drs 15/432

Hochschulzulassungsverfahren

Entwicklung der Zahl von Bewerbern und Studienplätzen an den einzelnen Hochschulen in den letzten und kommenden Jahren, Auswirkungen des Problems der Mehrfachbewerbungen, Umsetzungsstand des „Dialogorientierten Serviceverfahrens“, Bewertung der Bedeutung von Auswahltests, Verbesserung der Effizienz der Zulassung zum Wintersemester 2012/13

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/456

Auf- und Ausbau von Masterstudienplätzen in BW ab 2012

Darstellung der verfügbaren und benötigten Masterstudienplätze nach Hochschularten und Studienfächern bis 2020 sowie des erforderlichen Mittelbedarfs; Unterstützung der staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen beim Ausbau der Masterstudienplätze

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 19.09.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/514 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.10.2011 Drs 15/907 S. 16 17
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Aktuelle Ausbildungssituation des gehobenen Verwaltungsdienstes - Entwicklung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der Zahlen von Bewerbern, Zulassungen und Absolventen; Auswirkungen des doppelten Abiturjahrgangs sowie der Aussetzung der Wehrpflicht, Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze; Einschätzung der Berufsaussichten für die Absolventen

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/762

Zukunft der Studienangebote Elementarpädagogik

Bewertung der o.g. Studiengänge im Vergleich zu den Ausbildungsgängen an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Einschätzung des Bedarfs an Absolventen, Entwicklung der Zahl der angebotenen und besetzten Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen und kirchlichen Hochschulen seit 2007, Darstellung von berufsbegleitenden und integrativen Studienangeboten, Anrechnung einer Erzieherinnenausbildung auf das Studium, Einschätzung der Bewerbersituation an den PH nach dem Wegfall der Studiengebühren, Ausweitung der dortigen Studienplatzkapazitäten, Unterstützung der kirchlichen Hochschulen

Antr
s. *Pädagogik*
Drs 15/1145

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Ausbau der Masterstudienplätze

Planungsgrundlagen, Kriterien, Finanzierung und Arbeitsmarktanforderungen beim Ausbauprogramm von Masterstudiengängen und -plätzen, insbes Ergebnisse und Bericht der Expertenkommission; Daten und Prognosen zu Übergangsquoten und Kapazitätsauslastungen bei Masterprogrammen; Bestandsschutz für Bachelorstudienplätze; Studienplatzausbauförderung durch Bundesmittel

Antr
s. *Master (Hochschule)*
Drs 15/2961

Studienplatzklagen in BW

Bedingungen, Statistiken, Kosten und Verhinderungsmöglichkeiten von Studienplatzklagen in BW; weitere Klagemöglichkeiten an Hochschulen im Bereich des Hochschul- bzw Prüfungsrechts

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 15.02.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3068
BeschlEmpf und Bericht WissA 18.04.2013 Drs 15/3571 S. 12 13
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Auslastung der Studienplätze im medizinischen Bereich

Auslastung und Zahlen zu Studienplätzen medizinischer Studiengänge in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern; geplanter Studienplatzausbau sowie Angebot von Teilstudienplätzen im medizinischen Bereich; Bewertung des Mannheimer Reformierten Curriculums für Medizin und medizinische Berufe

Antr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 15/3135

Das Land geht beim Ausbau der Studienplätze verlässlich voran - die Bundesbildungsministerin wankt

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/63 20.03.2013 S. 3758-3769

Zukunft der Dualen Hochschule BW (DHBW) - Standorte sichern - Zukunftskonzepte für die Standorte im Ländlichen Raum - Beschluss des Aufsichtsrats der Dualen Hochschule BW vom 11. Oktober 2013

Zahl der Studienplätze an den verschiedenen DHBW-Standorten in den einzelnen Regionen; Studienplatzangebot in der Region Heilbronn-Franken im Vergleich zu anderen Regionen; Prüfung bzw. Einrichtung eines selbstständigen Hochschulstandorts in Heilbronn mit einem Campus in Crailsheim; Beurteilung der sich daraus ergebenden Folgen für die DHBW Mosbach und den Campus Bad Mergentheim; Vermeidung konkurrierender Studienangebote an den verschiedenen Hochschulstandorten; Einbindung der regionalen und lokalen Wirtschaft; Konzeption für eine zukünftige Struktur der Dualen Hochschule BW

Antr
s. *Duale Hochschule Baden-Württemberg*
Drs 15/4175

Hochschule Esslingen

Einrichtung neuer Plätze für Studienanfänger an den Standorten in Esslingen und Göppingen durch die Aufstockung des Programms „Hochschule 2012“; Finanzierung von Masterstudienplätzen mit dem Ausbauprogramm „Master 2016“; Umwandlung befristeter Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; Hochschule Esslingen als Forschungs- und Lernort für Nachhaltigkeit; Nutzung der Förderprogramme „Frauen in MINT-Berufen“ und „Elektromobilität II“

KlAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/4435

Hochschulpakt 2020

Umsetzung des Hochschulpakts 2020 in BW, insbes. erhaltene Bundesmittel, Studienplatzausbau, Stellenausbau; Bedarfsgerechtigkeit und Dauerhaftigkeit der neu geschaffenen Studienplätze

KlAnfr
s. *Hochschulpakt*
Drs 15/4901

Schreiben des BVerfG vom 10.06.2014, Az.: 1 BvL 5/13, 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14 und 1 BvL 5/14 - Normenkontrollverfahren gegen die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes und die einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften über die zentrale Vergabe von Studienplätzen im Auswahlverfahren

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6243
BeschlEmpf und Bericht StändA 09.10.2014 Drs 15/5847
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6477

Regierungsbefragung

Hochschulpolitik
s. *Hochschulpolitik*
PIPr 15/105 S. 6270

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären For-

schungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Zukünftige finanzielle Förderung des Landes für private und kirchliche Hochschulen

Förderung von Studienplätzen an privaten und kirchlichen Hochschulen in den vergangenen fünf Jahren; Förderung neuer Studienplätze in anderen Bundesländern; Gründe für die Kürzung der Fördermittel für die staatlich anerkannten privaten Hochschulen im Land; Gefährdung der Existenz privater Hochschulen; Benachteiligung der privaten und kirchlichen Hochschulen durch den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag BW

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 15/5885

Beteiligung privater und kirchlicher Hochschulen an öffentlichen Programmen im Wissenschaftsbereich

Weiterförderung der iRd Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ an privaten und kirchlichen Hochschulen zusätzlich eingerichteten Studienplätze; Nutzung öffentlicher Förderprogramme durch kirchliche und private Hochschulen; Öffnung der wettbewerblich orientierten Landesprogramme in Forschung und Lehre für die privaten und kirchlichen Hochschulen

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/6317

Erfolge grün-roter Bildungspolitik für den LKreiss Konstanz

Sachstand zu Verbesserungen im Bildungsbereich im LKreiss Konstanz, insbes. Statistiken zu Kinderbetreuung, Sprachförderung, Ganztagschulbetrieb, Gemeinschaftsschulen, Schulsozialarbeit, Schulraumförderung, sonderpädagogischer Förderung, Studentenzahlen und Studienplätzen

KlAnfr
s. *Bildungswesen*
Drs 15/6394

Status Quo und Perspektiven der Außenstelle Göppingen der Hochschule Esslingen (Fakultät Mechatronik und Elektrotechnik)

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen der Außenstelle Göppingen; Finanzierung zusätzlicher Studienplätze durch die Programme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“; Sanierung der Hochschulgebäude; Forschungsprojekte der Außenstelle Göppingen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen; Einfluss der regionalen Wirtschaft bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte; Versorgung mit Studierendenwohnheimplätzen

KlAnfr
s. *Hochschule Esslingen*
Drs 15/6421

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung

Fortentwicklung des bisher geltenden Staatsvertrags, insbes Integration des Zentralen Vergabeverfahrens in das Dialogorientierte Serviceverfahren (DoSV), Anpassung der Aufgabenbeschreibung, Optimierung der Vergabeverfahren, Folgeanpassung an tatsächliche oder rechtliche Veränderungen, Kostenteilung für die Durchführung des Zentralen Vergabeverfahrens gemäß dem Königsteiner Schlüssel, Beitragslösung aller Hochschulen für die Kostenträgerschaft für das DoSV in den übrigen Studiengängen

Mittlg LReg
s. Hochschulzulassung
Drs 15/7878

Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang und die Abschaffung des Zivildienstes

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 52

Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze über die Erhöhung mit dem Programm „Hochschule 2012“ hinaus

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 281 282 284 311-316

Ausbau der Studienanfängerplätze und der Masterstudienplätze

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1157

Schaffung zusätzlicher Studienplätze

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1405 1406 1411 1412

Grundständige Finanzierung der zusätzlichen Studienplätze für Studienanfänger an der Dualen Hochschule

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1990 1991 1993-1998

Studienzeit

Bewertung des bisherigen Bologna-Prozesses an den Hochschulen in BW

Bewertung der Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge und -abschlüsse, Akzeptanz der dabei erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen sowie der Berufsbefähigung der Absolventen vonseiten der Wirtschaft, Auswirkungen der Umstellung vom Diplom auf die Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studiendauer; Aufnahme und Behebung der studentischen Kritik an der Veranstaltungs- und Prüfungsdichte sowie Stofffülle

Antr
s. Bologna-Prozess
Drs 15/1541

Bericht der LReg zu einem Beschl des LtG; hier: Entwicklung der Studienzeiten und Maßnahmen zu deren Verkürzung

Mittlg LReg 07.03.2013 Drs 15/3184 (18 S.)

Mittlg LReg 20.06.2014 Drs 15/5349 (19 S.)

Mittlg LReg 26.08.2015 Drs 15/7341 (21 S.)

Entwicklung der Studiendauer

Entwicklung der durchschnittlichen Studiendauer für Erst- und Zweitstudium, insbes Überschreitung der Regelstudienzeit; Einsatz und Staffelung von Verwaltungskostenbeiträgen der Hochschulen als Motivation zur Einhaltung der Regelstudienzeit

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.02.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4792

Befürchtung einer Verlängerung der Studienzeiten durch die Abschaffung der Studiengebühren

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 992 993

Befürchtung einer Verlängerung der Studienzeiten durch die Abschaffung der Studiengebühren

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1148

Studierendenschaft

s. Studentenschaft

Studierendenvertretung

s. Studentenvertretung

Studierendenwerk

s. Studentenwerk

Studierendenwerkgesetz

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung der §§ 2, 6, 8 und 12 des Studierendenwerkgesetzes in der Fassung vom 1. April 2014

GesEntw
s. Chancengleichheit
Drs 15/7555

Studierendenzahl

s. Student

Studierender

s. Student

Studium

s.a. Akademischer Austausch
s.a. Ausbildungs- und Prüfungsordnung
s.a. Bologna-Prozess
s.a. Hochschulzulassung
s.a. Promotion
s.a. Rechtswissenschaft
s.a. Staatsprüfung
s.a. Stipendium
s.a. Studienabbruch
s.a. Studienbewerber
s.a. Studiengebühren
s.a. Studienplatz
s.a. Studienzeit

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Verbesserung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, Umsetzung der Neuregelungen zur erleichterten Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Studium

Antr
s. Berufliche Bildung
Drs 15/42

Akademische Weiterbildung in BW

Auf- und Ausbau von berufsbegleitenden Bachelor- und Masterstudiengängen, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für die Hochschulen, Vorlage eines mit den Hochschulen und Arbeitgebern abgestimmten Konzepts für die akademische Weiterbildung

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 19.09.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/513 (30 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissA 05.12.2013 Drs 15/4897 S. 41-43

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Auf- und Ausbau von Masterstudienplätzen in BW ab 2012

Darstellung der verfügbaren und benötigten Masterstudienplätze nach Hochschularten und Studienfächern bis 2020 sowie des erforderlichen Mittelbedarfs; Unterstützung der staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen beim Ausbau der Masterstudienplätze

Antr

s. *Studienplatz*

Drs 15/514

Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsankennung und Anrechnung der Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr

s. *Pflege*

Drs 15/531

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudiengang an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr

s. *Rechtswissenschaft*

Drs 15/896

Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz - StuGebAbschG)

Abschaffung der Studiengebühren; Gesetz zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre; Gesetz über den Studienfonds; Änderung des LandeshochschulgebührenGes, LandeshochschulGes, AkademienGes, Hochschulzulassungsges, des Gesetzes zur Ausführung des Bundesausbildungsförderungsges, der Studiengebühren- und Hochschulvergabeverordnung; Erweiterung des Wirkungsbereichs der Eignungsprüfungen an den Pädagogischen Hochschulen

GesEntw

s. *Studiengebühren*

Drs 15/902

Kooperation von Hochschulen in BW mit türkischen Hochschulen

Auflistung der bestehenden Partnerschaften und Kooperationen, Unterstützung weiterer Verbindungen, Beurteilung der Überlegungen über einen internationalen Studiengang mit einer jeweils hälftigen Studienzeit in BW und der Türkei

Antr

s. *Hochschule*

Drs 15/1025

Zukunft der Studienangebote Elementarpädagogik

Bewertung der o.g. Studiengänge im Vergleich zu den Ausbildungsgängen an den Fachschulen für Sozialpädagogik, Einschätzung des Bedarfs an Absolventen, Entwicklung der Zahl der angebotenen und besetzten Studienplätze an den Pädagogischen Hochschulen und kirchlichen Hochschulen seit 2007, Darstellung von berufsbegleitenden und integrativen Studienangeboten, Anrechnung einer Erzieherinnenausbildung auf das Studium, Einschätzung der Bewerbersituation an den PH nach dem Wegfall der Studiengebühren, Ausweitung der dortigen Studienplatzkapazitäten, Unterstützung der kirchlichen Hochschulen

Antr

s. *Pädagogik*

Drs 15/1145

Pflege in BW

Darlegung des Angebots und der Voraussetzungen für ein Hochschulstudium und für Assistenzberufe in der Pflege unter Anrechnung einer Vorausbildung

GrAnfr

s. *Pflege*

Drs 15/1340

Einführung eines Studiengangs „Energemarktmanagement“

Einrichtung des o.g. Forschungsgebiets und eines neuen Studiengangangebots, Verknüpfung mit vorhandenen energiewirtschaftlichen und -technischen Studiengängen, Kooperation mit Stadtwerken, der EnBW u.a. EVU

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/1429

Erhalt des akademischen Grads „Diplom-Ingenieur“ und der Herkunftsbezeichnungen

Gleichsetzung eines Bachelor-Studiums mit anschließendem Master-Studium mit den klassischen Diplom-Studiengängen; Schaffung einer Regelung zur Führung des o.g. zusätzlichen akademischen Grads für die Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge analog zu anderen BLändern und unter Vermeidung eines Zielkonflikts mit dem Bologna-Prozess

Antr

s. *Diplom*

Drs 15/1498

Bewertung des bisherigen Bologna-Prozesses an den Hochschulen in BW

Bewertung der Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge und -abschlüsse, Akzeptanz der dabei erworbenen Studien- und Prüfungsleistungen sowie der Berufsbefähigung der Absolventen vonseiten der Wirtschaft, Auswirkungen der Umstellung vom Diplom auf die Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studiendauer; Aufnahme und Behebung der studen-

tischen Kritik an der Veranstaltungs- und Prüfungsdichte sowie Stofffülle

Antr
s. *Bologna-Prozess*
Drs 15/1541

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung (Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz - VerfStudG)

Einrichtung einer Verfassten Studierendenschaft; Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung bzw des Angebots an berufsbegleitenden Studiengängen; Umsetzung der Lissabon-Konvention für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen mit Einführung einer Beweislastumkehr; Änderung folgender Rechtsvorschriften: Landeshochschulgesetz, Qualitätssicherungsgesetz, KIT-Gesetz, Studentenwerkgesetz, Landeshochschulgebührengesetz, Landesbesoldungsgesetz, Hochschulzulassungsgesetz und Hochschulvergabeverordnung

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/1600

Gesundheitsfachberufe an Hochschulen - Akademisierungsperspektive

Anzahl der Auszubildenden in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege, Ergotherapie, Logotherapie, Physiotherapie sowie der Geburtshilfe im Verhältnis zur Anzahl der Hochschüler in diesem Bereich; Angebot und Nachfrage nach einschlägigen Studiengängen an staatlichen und privaten Hochschulen; berufliche Werdegänge und Arbeitsmarktchancen der Hochschulabsolventen; Kooperationen mit medizinischen Studiengängen; Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Teil-Akademisierung der Gesundheitsfachberufe

Antr
s. *Gesundheitsberuf*
Drs 15/2333

Vergabemerkmale des Deutschlandstipendiums

Verteilung der Stipendiaten und eingeworbenen Mittel auf die Hochschularten und Fachrichtungen in BW, Informationen über den sozialen Hintergrund der Geförderten und über eine mögliche Einflussnahme der privaten Fördermittelgeber auf die Auswahl der Stipendiaten und erteilte Zweckbindungen

Antr
s. *Stipendium*
Drs 15/2399

Gute Rahmenbedingungen für Studierende in BW trotz schwieriger Haushaltslage!

Aktuelle Debatte
s. *Student*
PIPr 15/45 S. 2507

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personal-

bedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Internationalisierung der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen

Statistik zu ausländischen Studierenden in BW, insbes zu Herkunftsländern (aufgeschlüsselt nach Hochschularten), Studiengängen und Verbleib in der Region nach Studienende; Statistik zum Angebot englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Studiengänge; Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Finanzmittel zur Anwerbung von ausländischen Studierenden, insbes Angebot an Betreuungspersonal und Wohnheimplätzen sowie Schaffung einer Willkommenskultur; Strategien der Hochschulen, der Wirtschaft und des Landes zum Verbleib von qualifizierten ausländischen Absolventen in BW

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/3416

Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung in BW

Ausbildung, Studium, Absolventenverbleib und Fachkräftebedarf im Bereich der kulturellen/musisch-ästhetischen Bildung in BW, insbes Statistiken zur Entwicklung der Studentenzahlen und des wissenschaftlichen Personals in Studienfächern und an Hochschulen mit kulturell/musisch-ästhetischen Inhalten, Auswirkungen der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Rolle der dualen und vollzeitschulischen Ausbildungswege für künstlerische Ausbildungsberufe, Berufsperspektiven und Abwanderungsbestrebungen von Künstlern und Kulturschaffenden

Antr
s. *Kulturelle Bildung*
Drs 15/3861

Erfolgreich in Sport und Beruf: Duale Karrieren von Spitzensportlern fördern

Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von sportlicher Laufbahn und Studium bzw Berufsausbildung für Spitzensportler als duale Karriere, insbes gegenwärtige Unterstützungsmaßnahmen; Rahmenbedingungen und angestrebte Verbesserungen für studierende Spitzensportler; Maßnahmen zum Ausbau beruflicher Einsatzmöglichkeiten von Spitzensportlern, insbes iRd Landesverwaltung

Antr
s. *Sportler*
Drs 15/4164

Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften

Gegenwärtige Bachelor- und Masterstudiengänge im Bereich der Sozialwissenschaften an den Hochschulen in BW; Unterstützung der Einrichtung einer Fakultät für Sozialpädagogik am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn

MdlAnfr
s. *Sozialwissenschaft*
Drs 15/4358

Studienabbrecherquoten und Vorbereitungsangebote für das Studium

Entwicklung der Studienabbrecherzahlen nach Hochschulen und einzelnen Studienfächern; Gründe bzw Motive der Studienabbrüche; Angebote und Maßnahmen zur Vorbeugung; Nutzen ei-

nes „Studienführerscheins“; Verankerung eines Qualitätsmanagements sowie Strategien zur Vorbeugung von Studienabbrüchen im Hochschulrecht; Anerkennung von Studienleistungen bei der Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung

Antr
s. *Studienabbruch*
Drs 15/5312

Wirkung von studentischen Auslandsaufenthalten in BW

Daten zu ausländischen Studenten an den Hochschulen in BW, insbes Anzahl und Herkunftsstaaten, Studienfächer, Vollstudenten- und Stipendiatenanteil, beabsichtigte und tatsächliche Arbeitsaufnahme in BW nach dem Studienabschluss; Rahmenbedingungen zur Förderung des Verbleibs nach Studienabschluss; Gegenmaßnahmen der Hochschulen zum zukünftigen Rückgang an Studierenden

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/5586

Humanität hat Vorrang: Baden-Württemberg-Programm zur Studienförderung von Flüchtlingen aus Syrien

Sachstand zur Umsetzung des Stipendienprogramms für Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg, insbes Flüchtlingsanteil mit Hochschulreife, Auswahlkriterien für die Stipendiaten; Zahl der in BW studierenden Flüchtlinge; Erleichterung des Zugangs von Flüchtlingen zu beruflichen Ausbildungen und Ermöglichung des Ausbildungsabschlusses

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6798

Die Entwicklung des Staatsexamenstudiengangs Rechtswissenschaften seit der Reform der Juristenausbildung 2003

Sachstand zur Entwicklung des Staatsexamenstudiengangs Rechtswissenschaften nach der Reform der Juristenausbildung, insbes Praxisnähe, Abbruch- und Durchfallquote, Prüfungsvorbereitung durch Repetitorium, Auslandssemester, Betreuungssituation der Studenten

Antr
s. *Rechtswissenschaft*
Drs 15/7156

Schließung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung - Schwerpunkt Sprachförderung“ an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und die Beweggründe der LReg

Sachstand zur Einstellung des Kontaktstudiums „Interkulturelle Bildung“ mit Schwerpunkt Sprachförderung an der Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg zum Schuljahr 2015/2016, insbes Bedeutung und Ziele des Kontaktstudiums, Anzahl und Einatz im Kontaktstudium ausgebildeter Lehrer

Antr
s. *Interkulturelle Erziehung*
Drs 15/7822

Ausbau der grundständigen Studiengänge im Bachelorbereich, Aufstockung der Masterstudienplätze

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 312

Angebot von 31 Studiengängen zu den Themen Solarenergie und Energietechnik; Verweisung auf ein breites Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1652 1653 1694

Praxisbezug der Studiengänge an der Dualen Hochschule, Berufsperspektiven der Absolventen

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1990-1996

Studium im Ausland

s. *Auslandsstudium*

Stühligen

Sach- und Planungsstand zur Ortsumfahrung B 314 Grimmelshofen

Beurteilung des Planungsstands, der Dringlichkeit und unterschiedlichen Trassenvarianten der o.g. Maßnahme; Darstellung der weiteren Schritte, Zeitpunkt des Baubeginns; Eintreten in Verhandlungen mit dem Bund für eine Einbeziehung des Nutzens für die gesamte Hochrhein-Region als Lückenschluss zur B 314 in die Kosten-Nutzen-Berechnung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 314*
Drs 15/665

Stundenpool

Streichung von 1.000 Lehrerstellen ohne Gefährdung der Unterrichtsversorgung?

Detaillierte Zahlen und Umsetzung der angekündigten Streichung von 1.000 Lehrerstellen für das Haushaltsjahr 2013, insbes Konsequenzen für Unterrichtsversorgung, Ergänzungsbereich, Entlastungskontingent, Anrechnungsstunden, Regeldeputate, bildungspolitische Projekte sowie im Bereich der Qualitätssicherung; Umsetzung der Vorgabe des MinPräs vom Juli 2012 über Einsparung von insgesamt 11.600 Lehrerstellen bis 2020

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3110

Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität

Sinn und Zweck der Anrechnungsstunden; Nutzung des Entlastungskontingents; Auswirkungen der Streichung von Lehrerstellen und einer Kürzung der Entlastungsstunden auf die Unterrichtsversorgung und die Bildungsqualität; Absenkung der Anrechnungsstunden nach Schularten; Einsparung von Lehrerdeputaten; Ausgleich der Mehrbelastung der Lehrer; Rücknahme der geplanten Einschnitte beim Entlastungskontingent

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/3435

Situation der Gymnasien im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Unterrichtsausfall, Art der Grundschulempfehlungen der Gymnasialschüler der 5. Klasse; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents und der Hausaufgabenbetreuung

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3539

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den Wahlkreis 33 (Baden-Baden/Bühl)

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3601

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den LKreiss Esslingen

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr

s. *Unterrichtsversorgung*

Drs 15/3682

Situation der Gymnasien im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Schulstatistiken der allgemeinbildenden Gymnasien im LKreiss Schwäbisch Hall, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahl, Zahl der Lehrerstellen, Lehrer- und Unterrichtsausfall; Beurteilung der Lehrerversorgung; Auswirkung der geplanten Streichungen des Entlastungskontingents

KlAnfr

s. *Gymnasium*

Drs 15/3735

Allgemeines Entlastungskontingent

Zweck der Bereitstellung des allgemeinen Entlastungskontingents (Stundenpools) und Festlegung eines schulartgenauen Aufgabenkatalogs zur Verwendung der Anrechnungsstunden (tabellarische Darstellung); Empfehlungen des Rechnungshofs zum allgemeinen Entlastungskontingent von 2007 und Begründung der abweichenden Haltung des Kultusministeriums

Antr Georg Wacker u.a. CDU 01.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3901

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 17 18

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Sturmgewehr

s. *Waffe*

Sturmschaden

s. *Unwetterschaden*

Stuttgart

s.a. *Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart*

s.a. *Haus der Geschichte*

s.a. *Messe (Ausstellung)*

s.a. *Neues Schloss, Stuttgart*

s.a. *Regierungsbezirk Stuttgart*

s.a. *Schauspielhaus Stuttgart*

s.a. *Schlossgarten Stuttgart*

s.a. *Schlossplatz Stuttgart*

s.a. *Staatgalerie Stuttgart*

s.a. *Stuttgart 21*

s.a. *Universität Hohenheim*

s.a. *Universität Stuttgart*

s.a. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Bewertung der von der Bahn bezifferten Schadenersatzforderungen wegen des Baustopps und der Mehrkosten wegen zusätzlicher Risiken sowie höherer Stations- und Trassenpreise nach Realisierung des Projekts; Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen; Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestgestellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhofen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/96

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr

s. *Feinstaub*

Drs 15/271

Führungen rund um den Bahnhof und den Widerstand in Stuttgart

Verbreitung des o.g. Angebots der Parkschützer mit einem Rundgang mit den „Stuttgart 21-Aktivist“ von der Mahnwache bis zur Parkwache in der Altstadt im illegal besetzten Schlossgarten per E-Mail an Schulen, Umfang der Annahme des Angebots von Lehrern und Durchführung als außerunterrichtliche Veranstaltung, Frage nach Konsequenzen bzw der Vereinbarkeit mit der Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht, insbes im Fach Gemeinschaftskunde und politische Bildung; Untersagung der Wahrnehmung derartiger Angebote

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/322

Stand des Ausbaus der Magistrale für Europa (Paris-Bratislava) im Hinblick auf das Teilstück Stuttgart-Ulm

Bedeutung des Abschnitts Stuttgart-Ulm als Teil der o.g. Hochgeschwindigkeitsstrecke, Zunahme des Bedarfs für eine zügige Fertigstellung durch die Baufortschritte in Frankreich und Österreich, Frage nach einem Zusammenhang mit der EU-Donauraumstrategie; Beurteilung der vorgesehenen Aufnahme der Strecke Karlsruhe-Stuttgart-München als Teilstück des Internationalen Korridors Nr. 10 Seine-Donau in das Kernnetz der Transeuropäischen Netze

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/328

Feinstaubreduktion durch Geschwindigkeitsbeschränkung

Belegung des o.g. Zusammenhangs durch Messungen an der Cannstatter Straße (B 14) in Stuttgart seit der Einführung des dortigen Tempolimits? Entwicklung der Zahl von festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen, Beurteilung der Notwendigkeit einer Verdeutlichung der Hinweise auf die zulässige Höchstgeschwindigkeit

Antr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/349

Vorabkenntnis der LReg von dem Kompromissvorschlag „Frieden in Stuttgart“

Kenntnisse der LReg und des Aktionsbündnisses von dem o.g. Vorschlag des Schlichters zur Befriedung der Auseinandersetzung um Stuttgart 21, Ablehnung dieser Kombilösung vom heutigen Verkehrsminister 1995 und 2010 mit Hinweis auf die hohen Kosten, Frage nach einer Positionsänderung sowie nach dem Auftraggeber und Kostenträger des Konzepts

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/393

Unterbringung der Restauratorenstudiengänge an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Beurteilung einer Konzentration der fünf Restauratorenstudiengänge an einem Standort

Antr

s. *Restaurierung*

Drs 15/613

Neubau der John-Cranko-Schule

Stand der Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung des Neubaus für die Ballettschule, Höhe und Zeitrahmen der Mittelbereitstellung

Antr

s. *Tanz*

Drs 15/766

Geplante Veränderungen des Zugangebots rund um Stuttgart und deren verschiedene Ursachen

Zuggattungen und Fahrzeiten nach dem aktuellen Fahrplan, für die Ausschreibungen nach Auslaufen des Verkehrsvertrags mit der Bahn, nach Fertigstellung von Stuttgart 21 bzw nach dem Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 auf den Strecken von Stuttgart Hbf nach Schwäbisch Hall-Hessental, Aalen, Göppingen, Ulm, Tübingen, Rottweil, Mühlacker und Heilbronn; Fahrzeitveränderungen aufgrund leistungsstärkerer Fahrzeuge, wegfallender Halte u.a.

Antr

s. *Schienenverkehr*

Drs 15/837

Stuttgart

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken im sogenannten „Azenbergareal“ in Stuttgart-Nord

Antr LReg

s. *Landeseigene Liegenschaft*

Drs 15/959

Nord-Ost-Umfahrung im Raum Stuttgart

Planungsstand des o.g. Vorhabens im Zuge der L 1197 und Verkehrsentwicklung an der bestehenden Neckarquerung in Remseck unter Berücksichtigung der verschärften Luftreinhaltemaß-

nahmen und des Lkw-Durchfahrtsverbots in Stuttgart sowie der Autobahnmaut; Verzicht auf eine Weiterverfolgung des Vorhabens, Frage nach einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position sowie nach anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/1179

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW

Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr

s. *Wohnung*

Drs 15/1369

Lärmschutz entlang der A 8 Stuttgart-Fasanenhof

Überschreitung der Lärmgrenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet im o.g. Bereich; Beurteilung der Wirksamkeit von Flüsterasphalt, einer Geschwindigkeitsreduzierung u.a. Maßnahmen zum Schutz der Anwohner

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/1472

Citymaut

Höhe der Systemkosten bei der Einführung einer Citymaut sowie der Kosten für eine Einfahrt nach Stuttgart

MdlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 15/1557

Konzeption für die zukünftige Nutzung des Hotels Silber in Stuttgart

Stand und inhaltliche Ausgestaltung der Pläne zur Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Gestapo-Zentrale in der Stuttgarter Dorotheenstraße 10 als Gedenkstätte; Höhe und Träger der Kosten für die Renovierung und den Betrieb; Stand der Gespräche des Runden Tisches

KlAnfr

s. *Gedenkstätte*

Drs 15/1680

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie Landwirtschaftliche Schule in Hohenheim

Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart und der Planungen zu einem gemeinsamen Neubau für die beiden Schulen; Begründung des Vorschlags einer Übernahme der Trägerschaft für beide Schulen durch die Stadt Stuttgart, Auswirkungen auf die Kooperation mit der Universität Hohenheim

KlAnfr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/1711

Folgen bei einem Gäubahnhalt in Stuttgart-Vaihingen

Pläne und Maßnahmen zur Führung der Gäubahn auf der bisherigen Trasse in den neuen Stuttgarter Tiefbahnhof, Bedeutung einer direkten Schienenverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Filder mit dem Flughafen und Böblingen/Sindelfingen; Frage nach einer Doppelnutzung von S-Bahn und Gäubahn im Bereich des Bahnhofs Stuttgart-Vaihingen

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1728

Staatliche Museen für Naturkunde in Stuttgart und Karlsruhe
Bedeutung der beiden Museen für die außerschulische kulturelle Bildung und für die Forschung; Entwicklung der Besucherzahlen und Landeszuschüsse seit 2007; Umfang und Konsequenzen von geplanten Zuschusskürzungen sowie einer in Erwägung gezogenen Zusammenlegung

Antr
s. *Museum*
Drs 15/1974

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flughafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1992

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 30: Haushalts- und Wirtschaftsführung des Lindenmuseums in Stuttgart

Mittlg LReg
s. *Museum*
Drs 15/2000

Geheimgutachten zur „Hermann-Trasse“

Gründe für die Vergabe eines Gutachtens zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen mit einem Umstieg in Vaihingen, Inhalte und Kosten der Expertise; Vereinbarkeit dieser Auftragsvergabe für eine Trassenführung, die gegen die Finanzierungsverträge und die Volksabstimmung verstößt, mit der Pflicht zur Förderung des Projekts und zur sparsamen Haushaltsführung

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/2037

Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bahnverkehrs im Stuttgarter Hauptbahnhof

Darlegung o.g. Beurteilung nach dem erneuten Entgleisen eines Intercity kurz nach dem Verlassen des Bahnhofs, Ursachen und Auswirkungen des Unfalls im Fern- und Nahverkehr, Maßnahmen der Bahn AG und Möglichkeiten zur Erweiterung des Rettungs- bzw Evakuierungskonzepts; Entwicklung der Stationspreise für den Stuttgarter Hauptbahnhof für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/2427

Besetzung des Stuttgarter Rathauses durch Stuttgart 21-Gegner
Bewertung o.g. Besetzung am Abend des 10. November 2012

MdlAnfr
s. *Hausfriedensbruch*
Drs 15/2649

Zugentgleisungen am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof
Ursachen der Zugentgleisung am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof

MdlAnfr
s. *Schienenverkehrsunfall*
Drs 15/2843

Polizeireform: Auswirkungen der Reform in Stuttgart

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2990

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3013

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Stuttgart

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3034

Nutzung des Alten Landtags (Eduard-Pfeiffer-Haus) in Stuttgart

Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts für den sogenannten Alten Landtag (Eduard-Pfeiffer-Haus) in der Heusteigstraße in Stuttgart, insbes bisherige Gebäudenutzung, Schaffung von Zugang für die Öffentlichkeit sowie derzeitige Nutzung durch die Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Antr
s. *Baudenkmal*
Drs 15/3133

Neuer SWR-Staatsvertrag und die Auswirkungen auf Baden-Baden

Auswirkungen des neuen SWR-Staatsvertrags auf den SWR-Standort Baden-Baden, insbes Wegfall der festen Zuordnungen für Direktorenstellen und überregionale Produktionen sowie Fusion der Rundfunkorchester an den Standort Stuttgart; Gleichwertigkeit des SWR-Standorts Baden-Baden neben Mainz und Stuttgart; mittel- bis langfristige Verlagerung des Standorts Baden-Baden nach Stuttgart; vertragswidrige Verlagerung Baden-Baden zugeschriebener Formate/Einrichtungen nach Stuttgart

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3141

Gedenkstättenkonzeption für BW unter Einbeziehung des Lern- und Erinnerungsorts Hotel Silber

Sachstand, Zeitplan und geplante Konzeption für einen Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber als ehemaligem Sitz der Gestapo in Stuttgart, insbes Finanzierung von Umbau und Betrieb; Entwicklung einer neuen übergreifenden Gedenkstättenkonzeption für das Land BW

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3148

Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 und der S 2
Bedeutung, Finanzierung und Kosten-Nutzen-Verhältnis der Verlängerung der Stuttgarter Stadtbahnlinie U 6 zum Flughafen und der S 2 nach Neuhausen/Filder

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3171

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses - 3. Akt
Auswirkungen der Verzögerung der Renovierungsfertigstellung des Schauspielhauses auf den Theaterstandort Stuttgart sowie für den Renovierungsetat des Opernhauses

MdlAnfr
s. *Schauspielhaus Stuttgart*
Drs 15/3315

Finanzierung der geplanten Gedenkstätte im „Hotel Silber“
Kostenkalkulation und Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Aufteilung der Kosten für die geplante Gedenkstätte Hotel Silber zwischen Land und Kommune

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3315

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3390

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr
s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*

Drs 15/3511

Schienerpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/3517

Landesfördermittel für das Tierheim Stuttgart-Botnang

Abwendung des Konkurses für das Tierheim Stuttgart-Botnang, insbes Existenzsicherung durch Landesfördermittel; Tierunterbringung im Falle einer Schließung; Gründe für zweimalige Ablehnung einer Förderung des Tierheims durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz trotz Erfüllung aller tierschutzrechtlichen und veterinärhygienischen Vorschriften

KlAnfr
s. *Tierheim*
Drs 15/3536

Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V./Turmforum S 21

Bewertung und Unterstützung der Arbeit des Vereins Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. insbes geplante Neustrukturierung, Finanzierung, Kommunikationsstrategie, Mitgliedschaft der LReg; Besucherzahlen des Turmforums S 21; Teilnahme der LReg an der Eröffnung der neu konzipierten Ausstellung im Turmforum

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3525

Umsetzung der Integrationsvereinbarungen an den Modellstandorten Freiburg und Stuttgart

Zahl der iRd Modellprojekts „Integration verbindlicher machen - Integrationsvereinbarungen erproben“ mit Migranten abgeschlossenen Integrationsvereinbarungen (IV); Herkunftsländer und Dauer des Aufenthalts der Personen in Deutschland vor Abschluss der IV; Schul- und Hochschulabschlüsse, berufliche Qualifikation; Erreichung der vereinbarten Ziele wie Erwerb eines Schulabschlusses, Berufsausbildung, Finden einer Arbeitsstelle, Förderung der Kinder, Klärung rechtlicher Fragen etc., Rolle der Sprachkenntnisse der Zuwanderer beim Abschluss einer individuellen IV; Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Beratungsdienste; Schritte zu einer flächendeckenden Einführung von IV

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/3596

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim

Stellenwert der landwirtschaftlichen Ausbildung in Stuttgart-Hohenheim; Zustand der Gebäude und Gewächshäuser; Sanierungsvorhaben; jährliche Aufwendungen für das Land als Träger der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart über einen Neubau des Schulgebäudes; Bedingungen einer Übertragung der Trägerschaft an

die Stadt Stuttgart; Vorschlag der Beibehaltung der zwischen Stadt und Land geteilten Zuständigkeit; Bereitstellung eines Grundstücks durch das Land und Übernahme der Baukosten durch die Stadt; Übertragung der Zuständigkeit innerhalb der LReg an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3614

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Auskunft über vorhandene Gewächshausflächen; Nutzung des Gewächshauses „Klimatron“ für Forschungsprojekte; Darlegung des Rechtsverhältnis zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft (SfG); gesetzliche Pflichten des Schulträgers zur Weiterführung der Schule, zu ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln; Budgetierung im Haushalt der Universität Hohenheim; Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Land und der Stadt Stuttgart über einen Neubau und die Frage der Trägerschaft; Übertragung der Zuständigkeit in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3645

Verantwortlichkeiten bei der Renovierung des Schauspielhauses Stuttgart

Organisatorische und personelle Verantwortlichkeiten für die noch nicht abgeschlossenen Sanierungsarbeiten am Stuttgarter Schauspielhaus; geplanter Zeitpunkt der Inbetriebnahme des regulären Spielbetriebs; Höhe, Entwicklung und Übernahme der Kosten für die Sanierung und die Ausweichspielstätte sowie entgangene Einnahmen

Antr
s. *Schauspielhaus Stuttgart*
Drs 15/3656

Studiengang Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart

Planungen für den Studiengang „Architektur und Stadtplanung“ als einen achtsemestrigen Bachelor- und einen viersemestrigen Masterstudiengang an der Universität Stuttgart, insbes Stand der Genehmigung, Anpassung der Studienzeiten für den Bachelor-Studiengang, Studiensituation und Mittelausstattung, Landes- und Bundesvergleich für die Ausgestaltung des Studiengangs „Architektur“

Antr
s. *Studienfach*
Drs 15/3733

Mehrkosten der John-Cranko-Ballettschule

Finanzierungskonzept für den Neubau der John-Cranko-Schule; Gründe für die Kostensteigerung; Einbindung der Stadt Stuttgart in die Planungen; Vereinbarung des Landes mit der Stadt Stuttgart über Mehrkosten; Haltung gegenüber den Äußerungen des Landesrechnungshofs zum Bauvorhaben

KlAnfr
s. *Tanz*
Drs 15/3766

Lern- und Erinnerungsort Hotel Silber

Gespräche mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung der geplanten Gedenkstätte Hotel Silber und Ergebnisse bezüglich der Kostenverteilung für Investitionen, Ausstellungskonzeption und jährlichen Betrieb; geplante inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte

MdlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/3731

Schlussfolgerungen für die Radverkehrspolitik aus den Erkenntnissen der ersten Radsternfahrt

Erkenntnisse aus der Radsternfahrt im Juli 2013 in Stuttgart; Personal- und Sachkosten für Planung und Durchführung der Radsternfahrt; Personaleinsatz seitens staatlicher Dienststellen wie z.B. der Polizei und der Straßenbauverwaltung; Finanzierung der Veranstaltung, Sponsoren; Initiativen und Veranstaltungen zur Förderung der Radkultur

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3870

LBBW, Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Gründe für die Träger der Landesbank Baden-Württemberg zur Erhöhung des Stammkapitals der LBBW bzw zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital und Einflussnahme der LReg; Existenz eines sachlichen Zusammenhangs zwischen dem Scheitern der Landeshauptstadt Stuttgart im Bieterverfahren um die LBBW Wohnungen und dem Vollzug des Plans zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Antr
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 15/3960

Verwirrspiel bei der Sozialcharta beim Verkauf der LBBW-Wohnungen durch den Finanz- und Wirtschaftsminister

Zustandekommen, Rechtsgültigkeit und Umsetzung der Sozialcharta durch die Firma Patrizia Immobilien AG als Käuferin der 21.500 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg, insbes Gewährleistung des Mieterschutzes

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/3961

Zugausfälle auf der Bahnstrecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe

Zahl der Zugausfälle in den vergangenen zwölf Monaten; Vorkehrungen zur Vermeidung von Zugausfällen aufgrund von Missgeschicken des Zugpersonals; Verwirklichung von Barrierefreiheit am Stuttgarter Hauptbahnhof

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4002

Fortführung und Förderung des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm

Option eines Projektabbruchs zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Standpunkt zu einer Ausstiegsinitiative eines Projektpartners; Inpflichtnahme des Bundes bei der Projektförderung nach der Bundestagswahl; Vorrang anderer Schienenprojekte gegenüber Stuttgart 21; Haltung gegenüber der „Kombilösung“; Marktwert der bei einer „Kombilösung“ weiterhin für den Bahnverkehr genutzten Grundstücke

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/4018

Aus-, Fort- und Weiterbildung an der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim

Überblick über die derzeitige Aus- und Weiterbildungssituation an der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim; Qualität und Bedeutung der Staatsschule sowie Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung ihrer Zukunftsfähigkeit

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/4055

Werbung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart für einen kommerziellen Finanzdienstleister

Zulässiger Rahmen des Engagements für die Interessen und das Geschäftssegment eines Unternehmens; Aufschluss über die dem Oberbürgermeister aus diesem Engagement erwachsenen materiellen und immateriellen Vorteile; Stellungnahme der Aufsichtsbehörde; Prospekthaftungsansprüche und andere Schadensansprüche enttäuschter Verbraucher; Stellung des Unternehmens ECOeffect auf dem Markt des „nachhaltigen Investments“; Beziehungen des Unternehmens zu Mitgliedern der LReg; wettbewerbliche Benachteiligung anderer Finanzanlagendienstleister

KlAnfr
s. *Bürgermeister*
Drs 15/4146

Kombinierter Verkehr auf der Wasserstraße Neckar in der Region Stuttgart

Stellenwert des Kombinierten Verkehrs; Sachstand der Gespräche mit dem Bund zum Ausbau der Wasserstraße Neckar, insbes Verlängerung der Schleusen für 135 Meter lange Frachtschiffe und Bau eines weiteren Umschlagterminals im Hafen Plochingen

Antr
s. *Wasserstraße*
Drs 15/4189

Mögliche Weiterführung der S-Bahn Stuttgart in den Enzkreis

Fahrplantechnische und bauliche Auswirkungen einer möglichen Erweiterung der Linie S 5 der S-Bahn Stuttgart von Bietigheim-Bissingen über Vaihingen/Enz nach Mühlacker sowie Bewertung alternativer Verkehrskonzepte

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/4309

Erster Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart - Tunnel Ober-/Untertürkheim am 4. Dezember 2013

Teilnahme der LReg als Projektpartner von Stuttgart 21 am 4. Dezember 2013 beim ersten Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/4358

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Ein-

flussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitliche und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/4469

Schienerpersonennahverkehr zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung des Schienerpersonennahverkehrs zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Fahrplanwechsel ohne zusätzliche Verbindungen am Abend und am Wochenende; Benachteiligung Pforzheims bei den Spätverbindungen im Vergleich zu anderen regionalen Oberzentren; Streichung der Spätverbindung von Pforzheim in den Calwer Raum

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/4494

Sozialcharta und Ombudsmann

Mietbedingungen für die Mieter der 21.500 von der Landesbank BW (LBBW) an die Patrizia Immobilien AG verkauften Wohnungen, insbes Einhaltung der Mieterhöhungsgrenze in der Sozialcharta; Einsetzung eines Ombudsmanns für die Mieter für alle Fragen zur Sozialcharta

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/4702

Lückenschluss Schnellstrecke Stuttgart-Berlin über die Murrbahn

Umsetzung des Konzepts einer ICE-Verbindung Stuttgart-Berlin über die Murrbahn; Einsatz eines „Flügelzugs“ zum geplanten ICE München-Nürnberg-Berlin

KlAnfr
s. *Hochgeschwindigkeitsverkehr*
Drs 15/4722

Regionaler Zugverkehr auf der Strecke Karlsruhe-Pforzheim-Stuttgart

Erhöhung der Pünktlichkeit der Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Karlsruhe und Stuttgart, insbes während des Berufs- und Ausbildungsverkehrs

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/4727

Zugverbindungen zwischen Stuttgart und dem Enzkreis

Verbesserung der Zugverbindung zwischen Stuttgart und dem Raum Pforzheim/Enzkreis; Einrichtung einer halbstündigen Zugverbindung über die Neubaustrecke von Stuttgart nach Enzberg; Verbesserung des Kundenservice und des Sitzplatzangebots zu Hauptverkehrszeiten; Stauraum für Gepäck; Erhöhung der Taktfrequenz für die IRE-Verbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart

KlAnfr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/4826

Verkehrsanbindung der Metropole Mannheim

Behebung der Probleme bei der Anbindung der Metropole Mannheim im Berufsverkehr, insbes Verbesserung der Schie-

nenpersonenfernverkehrsverbindungen auf der Strecke Stuttgart-Mannheim in den Randstunden für Berufspendler, Realisierung der Straßenrheinquerung zwischen Altrip und Mannheim

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4913

Kriminalstatistik in Karlsruhe

Entwicklung der Eigentumskriminalität, Straßekriminalität und der Kriminalität im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln in Karlsruhe im Vergleich mit Stuttgart und Mannheim

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5057

Nachhaltiger Betrieb des Landesflughafens Stuttgart

Wirtschaftliche Situation des Landesflughafens und Umsetzung der Maßnahmen der Nachhaltigkeitsstrategie, insbes bei Energiesparzielen, Anteilen an erneuerbaren Energien, Minderung der Lärmbelastung, Bau einer Kerosinpipeline, Modal Split bei der An- und Abreise der Flugpassagiere

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/5116

Derzeitige Situation und Zukunftsaussichten der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg

Situation der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg am gegenwärtigen Standort Stuttgart-Vaihingen und Planungen einer Verlagerung in den LKreisludwigsburg oder Böblingen

KlAnfr
s. *Verkehrspolizei*
Drs 15/5179

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Gewährleistung von Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit für die Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim, insbes Gründe für aktuelle Einsparungen, Standpunkt der LReg zum Erhalt der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5204

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. *Unternehmensübernahme*
Drs 15/5208

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen

Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5332

Finanzierung der Erweiterung der S 2 und U 6

Förderung der Finanzierung der S-Bahn- und Stadtbahnerweiterungen S2 und U6 durch Bund, Land und die Region Stuttgart

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5482

Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart (HLRS) und dessen Breitbandanbindung an kleine und mittlere Unternehmen

Situation des Höchstleistungszentrums Stuttgart, insbes Auslastung, Wettbewerbsfähigkeit, Zukunftsperspektiven, Glasfaser-/Breitbandanbindung von kleinen und mittleren Unternehmen und Förderung

Antr
s. *Rechenzentrum*
Drs 15/5562

Erhalt des Ausbildungsberufs Tierwirt/in an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

Erwägungen und Einsparpotential einer Aufgabe des Ausbildungsberufs Tierwirt an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

KlAnfr
s. *Agrarberuf*
Drs 15/5566

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Stuttgart

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Reinsburgstraße 107 in Stuttgart

Antr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/5690

Schienenpersonennahverkehr während des Cannstatter Volksfests

Situation beim Schienenpersonennahverkehr auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe während des Cannstatter Volksfests 2014, insbes Auslastung, Angebot zusätzlicher Zugverbindungen, Probleme mit der Sauberkeit der Züge, Einsatz von Reinigungs- und Sicherheitspersonal, Überlegungen zu Verweigerung der Mitfahrt von betrunkenen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5868

Auswirkungen der sogenannten Montagsdemonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 auf Handel, Gastronomie und Beherbergungsgewerbe

Anzahl der bisherigen Demonstrationen, deren durchschnittliche Dauer und Teilnehmerzahl; Umsatzeinbußen bei den Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Gaststätten entlang der Demonstrationstrecke; Höhe der bisher für die Begleitung der Demonstrationen durch Polizei- und Sicherheitskräfte entstandenen Personal- und Sachkosten

KlAnfr

s. *Demonstration*

Drs 15/5957

Luftreinhaltung in Stuttgart

Ursachen der hohen Feinstaubbelastungen an der Messstation Neckartor insbes am Anfang des Jahres 2014; Emissionen (Bremsstaub) der im Hauptbahnhof Stuttgart haltenden Züge; Beitrag des Schwerlast- und Personenverkehrs an den hohen NO₂-Belastungen; Wirksamkeit einer durchgehenden Tempo-40-Regelung innerhalb der Stadt; Einrichtung eines Umschlagplatzes für den Güterverkehr an der A 81 im Bereich der Anschlussstelle Stuttgart-Zuffenhausen; Konzepte zur Reduzierung des Schwerlastverkehrs innerhalb Stuttgarts; Maßnahmen zur Luftreinhaltung in anderen Städten

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 15/6031

Aktueller Stand bei der Neuausrichtung des grünen Bildungszentrums Hohenheim (Landwirtschaftliche Schule Hohenheim und Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart Hohenheim)

Neuausrichtung des grünen Bildungszentrums in Hohenheim, insbes Verlagerung der Landwirtschaftlichen Schule in die Stuttgarter Innenstadt, Zukunftspläne für die Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft

MdlAnfr

s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*

Drs 15/6090

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr

s. *Landespersonalvertretungsgesetz*

Drs 15/6115

Gesetz zur Fortentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region Stuttgart

Fortentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Stuttgart durch Umsetzung der Vereinbarung „Nachhaltig mobil: Für einen zukunftsorientierten ÖPNV in der Region Stuttgart“ zwischen dem Land

BW, dem Verband Region Stuttgart, der Landeshauptstadt Stuttgart sowie den LKeisen Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg und Rems-Murr, insbes Zuständigkeit- und Verfahrensregelung für den Erlass einer EU-konformen Vorschrift, Erweiterung der Zuständigkeiten der Verbands Region Stuttgart im Bereich des ÖPNV

GesEntw

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/6570

Regionalexpress-Verbindung Heidelberg-Stuttgart

Zielvorgaben, Kriterien und Finanzierung des „Zielkonzepts 2025 für den Schienenpersonennahverkehr“; Auswirkungen und Alternative eines Wegfalls der Regionalexpress-Verbindung Mannheim/Heidelberg-Stuttgart

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/6708

Bau eines Verflechtungsstreifens an der Autobahn (A) 8/(A) 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost

Sachstand zum Bau eines Verflechtungsstreifens an der A 8/A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost, insbes Ziele, Folgewirkungen durch Zunahme von Verkehr sowie Lärm- und Schadstoffbelastung, Gegenmaßnahmen, Bürgerbeteiligung

KlAnfr

s. *Autobahnkreuz*

Drs 15/6714

Sanierung Schnellbahntrasse zwischen Mannheim und Stuttgart

Umfang, Mitteleinsatz und Koordination der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Schienennetz; Sachstand zur Sanierung der Schnellbahnstrecke Stuttgart-Mannheim, insbes Zeitablauf, Fahrzeitverlängerungen, Vorverlagerung der Maßnahme in die Sommerferien zur Reduzierung der Einschränkung für Pendler

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/6736

Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahnsteigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäubahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Filderbahnhof

Antr

s. *Bahnhof*

Drs 15/6851

Zugverbindungen zwischen den Metropolregionen Stuttgart und Nürnberg: Fällt ab den Jahren 2017/2018 für Pendler beiderseits der Landesgrenze am Abend der „blau-weiße Schlagbaum“?

Sachstand zur Fahrplanausgestaltung für die Zugverbindungen auf der Strecke zwischen Stuttgart und Nürnberg ab 2017/18, insbes Einstellung der Zugverbindungen ab 21.00 Uhr

MdlAnfr

s. *Fahrplan*
Drs 15/6895

Einführung einer blauen Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen

Entwicklung und Messverfahren des Stickoxid- bzw Feinstaubaufkommens in Stuttgart; Umweltnutzen durch Ersatz von EURO-5-Fahrzeugen durch EURO-6-Fahrzeuge; Durchführung und Überwachung der Zufahrtsbeschränkungen in Stuttgart; Differenzierungen bei der Einführung einer blauen Plakette; Feinstaubbelastungen in Tunneln des Schienenpersonennahverkehrs; Einbeziehung des Verkehrssektors in den EU-Emissionshandel

Antr
s. *Umweltzone*
Drs 15/7030

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim

Sachstand zur Sicherstellung der Eigenständigkeit der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim, insbes Infragestellung der Ressourcen durch Masterpläne von Universität und Universitätsbauamt, Beseitigung des Investitionsstaus bei der Infrastruktur des Lehr- und Versuchsbetriebs, Sanierung im Sanitärbereich des Schülerwohnheims, Mischnutzung der Flächen und Räumlichkeiten des Lehr- und Versuchsbetriebs, Ersatz von Personalressourcen

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/7069

Mixery HipHop Open vor dem Aus - Die Zukunft der Stuttgarter Musikkulturszene

Sachstand zur Bedeutung der Mixery HipHop Open für die Musikkultur in Stuttgart und BW sowie Hintergründe zur Einstellung dieses HipHop-Events

Antr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 15/7155

Sanierung der Stuttgarter Oper - Interimslösung

Sachstand zur Sanierung des Stuttgarter Opernhauses und zur Suche nach einer Interimsspielstätte, insbes Verhandlungsstand mit der Stadt, Sanierungskosten und Sanierungsdauer

KlAnfr
s. *Oper*
Drs 15/7275

Haltung der LReg zur Zerstörung der römischen Consularstraße (Steinsträßle) im Stuttgarter Tauschwald durch den Bau von Windkraftanlagen und seine Folgen

Sachstand zur Bedeutung der römischen Consularstraße (Steinsträßle) im Stuttgarter Tauschwald und Gefährdung durch den Bau von Windkraftanlagen, insbes Ermessensabwägung zwischen Bau von Windrädern sowie dem Schutz des kulturellen Erbes und dem Artenschutz, Maßnahmen zur Rettung der Römerstrasse

Antr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 15/7303

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr
s. *Fahrplan*
Drs 15/7389

Villa Bolz - Denkmal der Demokratie

Sachstand zu Erwerb und Erhalt der „Villa Bolz“ als Stätte der politischen Bildung und Erinnerung an den Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime, insbes Erhaltungszustand, Sanierungskosten, Einrichtung einer Gedenkstätte für Eugen Bolz zusammen mit der Stadt Stuttgart und der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 15/7462

Fernverkehr zwischen der Bergstraße und Stuttgart

Sachstand zu Änderungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 für die Verbindungen zwischen Frankfurt und Stuttgart, insbes Auswirkung der ersatzlosen Streichung von IC 181 auf die Berufspendler

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7620

Wechsel der Intendanz an der Staatsoper Stuttgart

Sachstand zur Nichtverlängerung des Vertrags des Intendanten der Staatsoper Stuttgart und zum geplanten Vorgehen bei der Nachbesetzung

Antr
s. *Oper*
Drs 15/7634

Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) durch die Umstellung auf European Train Control System (ETCS)

Sachstand zu Änderungsaufwand und Kosten für die Umstellung von Fahrzeugen des Schienenpersonennahverkehrs auf das European Train Control System (ETCS); Gründe und Auswirkungen der vorzeitigen Linienbeendungen im Bereich der S-Bahn Stuttgart

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/7642

Pünktlichkeit der Zugverbindungen Karlsruhe - Pforzheim - Stuttgart

Qualität des Bahnverkehrs auf der o.g. Strecke; Umgang mit Beschwerden über regelmäßige Verspätungen während der Hauptverkehrszeiten; Verbesserung der Pünktlichkeitswerte

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7735

Neigetechnikzüge im Fernverkehr auf der Relation Zürich-Stuttgart-Nürnberg

Sachstand zum Einsatz von Neigetechnikzügen im Fernverkehr auf der Strecke Zürich-Stuttgart-Nürnberg, insbes Konzeptionen, notwendige Investitionen auf Gäubahn und Remsbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7766

Fahrverbote in der Stadt Stuttgart

Umsetzung von Fahrverboten in der Stadt Stuttgart, insbes Position der LReg zur Klage der Deutschen Umwelthilfe, Zeitrah-

men für die Einführung einer „blauen Plakette“

MdlAnfr
s. *Fahrverbot*
Drs 15/8025

Erneute gewalttätige Störungen linker Gruppierungen gegen die „Demo für alle“

Sachstand zu Behinderungen, Ausschreitungen und Rechtsverstößen von Teilnehmern der Gegendemonstration zur „Demo für alle“ gegen den neuen Bildungsplan der grün-roten LReg am letzten Februarwochenende 2016 in Stuttgart

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/8092

Beklagung der Dauerstaus in Stuttgart, Belegung von Platz vier nach einer Studie unter den stauanfälligsten deutschen Großstädten

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 426-430

Plädoyer für die Weiterführung der Zusammenarbeit der Stadt Stuttgart mit der EnBW

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 689 696

Erhaltung der früheren Gestapozentrale im ehemaligen „Hotel Silber“, Beteiligung der Stadt Stuttgart am Konzept für die Gedenkstätte

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 761

Stuttgart, Region

s. *Region Stuttgart*

Stuttgart 21

s.a. *Parkschützer*

Kosten des Baustopps beim Bahnprojekt Stuttgart 21 beziffern - In Zukunftsprojekte statt in Stillstand investieren

Höhe der von der Bahn bisher errechneten und der noch zu erwartenden Kosten bei Fortsetzung des Baustopps bis zu einer Volksabstimmung im Oktober 2011, Darstellung des evtl Landesanteils und dessen Etatisierung; Hinwirkung auf eine sofortige Aufhebung des Baustopps

Antr FDP/DVP 24.05.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/24

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 186-191

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/747 S. 23 24

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21

Bewertung der von der Bahn bezifferten Schadenersatzforderungen wegen des Baustopps und der Mehrkosten wegen zusätzlicher Risiken sowie höherer Stations- und Trassenpreise nach Realisierung des Projekts; Beurteilung evtl Auswirkungen der beantragten höheren Grundwasserentnahme für die Heil- und Mineralquellen; Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestgestellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhöfen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 15.06.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/96

Straftaten iRd Proteste gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ am 20.06.2011

Zahl und Art der Verletzungen von Polizeibeamten, Zahl und Gegenstand von Ermittlungen gegen gewalttätige Demonstranten

MdlAnfr 4) Thomas Blenke CDU 27.06.2011 Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 224 (zurückgezogen)

Haltung der LReg zu Stuttgart 21

Beurteilung der von Minister Hermann angekündigten Bemühungen zur Verhinderung des Projekts

MdlAnfr 5) Nicole Razavi CDU 27.06.2011 Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 224-228

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Verschärfung der Situation durch den Weiterbau der Bahn nach Meinung von Minister Hermann? Beurteilung der Schadenersatzpflicht für die von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr 6) Manfred Groh CDU 27.06.2011 Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 228

Stuttgart 21: Ausschreitungen im Anschluss an die sogenannte Montagsdemonstration am 20.06.2011

Zustandekommen, Art und Höhe der von gewalttätigen Demonstranten verursachten Schäden auf dem Baugrundstück für das Grundwassermanagement

MdlAnfr 7) Winfried Mack CDU 27.06.2011 Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 228 229

Das Gemeinnützigkeitsprivileg des Bunds für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) vor dem Hintergrund seiner Inkassofunktion für die sogenannten „Parkschützer - Das Netzwerk des Widerstands“

Beurteilung des Aufrufs der o.g. Protestbewegung gegen Stuttgart 21 zu Spenden über ein Konto des BUND; Vereinbarkeit mit dem Gemeinnützigkeitsprivileg des BUND und den damit verbundenen Anforderungen im Sinne der Abgabenordnung

KlAnfr
s. *Umweltschutzorganisation*
Drs 15/161

Stuttgart 21; Projektförderungspflicht einhalten - Rechtsstaat schützen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 144-164

Bekanntnis der LReg zum Schlichterspruch Stuttgart 21

Antr CDU 30.06.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/179

Stuttgart 21: Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann und Positionierung des MinPräs

Aufklärung der o.g. Widersprüche, Frage nach Kenntnissen des MinPräs über die fortlaufende Unterrichtung der LReg über die Ergebnisse des Stresstests durch die Bahn AG

Antr CDU 30.06.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/180

Stuttgart 21: Unterlagen zum Ergebnis des Stresstests und Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann

Umfang, Inhalte und Zeitpunkt der Übergabe von o.g. Unterlagen der Bahn AG an die LReg bzw an das MVI; Darlegung der Gespräche und des Schriftverkehrs mit der Bahn; Aufklärung der

Widersprüche in den Äußerungen von Minister Hermann

Antr CDU 01.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/178
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 27.07.2011 Drs 15/504
 S. 18
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Stuttgart 21: Gutachten zum Antrag der Deutschen Bahn AG auf Erhöhung der Grundwasserentnahme

Einholung eines externen Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen des o.g. Antrags der Bahn beim Eisenbahnbundesamt: Vereinbarkeit mit dem vorhandenen Fachwissen im Umweltministerium und der Verpflichtung zur Sparsamkeit, Gründe für die Vergabe an die beauftragte Kanzlei, Einhaltung der Vergabevorschriften, Bewertung der Ergebnisse des Gutachtens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 01.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/188
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/747
 S. 23 24
 PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Angekündigte Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeiuniformen

Einführungsründe, Ausgestaltung und Auswirkungen eines anonymisierten Kennzeichnungssystems; Frage nach einem Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Gegnern des Projekts Stuttgart 21 gegen Polizisten am 20.06.2011; Haltung der Polizeigewerkschaften; Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamten, Schutz vor Denunziationen, Bedrohungen und Gewalt

Antr
 s. *Polizeibeamter*
 Drs 15/189

Arbeitsgruppe Stuttgart 21 im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Aufgaben und Zusammensetzung der gesonderten Arbeitsgruppe, Auflistung der Mitglieder und ihrer Funktionen, Inanspruchnahme von externen Beratungsleistungen, Frage nach einer öffentlichen Ausschreibung dieser Leistungen und deren Kosten sowie nach den Adressaten der Berichterstattung des Gremiums

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 01.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/193
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/747
 S. 24 25
 PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Kein Antrag des Landes auf Bau- und Vergabestopp bei Stuttgart 21

Umschwenken des MinPräs zur Erwägung eines Baustopps: Höhe und Nutzen einer Kostenbeteiligung des Landes hierfür, Vereinbarkeit mit dem Baurecht der DBAG sowie mit der zu erwartenden Erfüllung des Schlichterspruchs durch die Ergebnisse des Stresstests und ihrer Bewertung durch die SMA; Frage nach der Bereitschaft zur Verschiebung der Volksabstimmung bis zur abschließenden Klärung der Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit; Verzicht auf die Beantragung eines Baustopps

Antr FDP/DVP 06.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/209

Vergabe des Gutachtens zur Prüfung der rechtlichen Konsequenzen der Erhöhung der Grundwasserentnahme beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Beteiligungsrechte des Landes im Verfahren zur rechtlichen Beurteilung der Auswirkungen der von der Bahn beantragten Erhö-

hung der Grundwasserentnahme in Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss, Begründung der Einholung eines externen Gutachtens trotz des im Umweltministerium vorhandenen Fachwissens, Frage nach dem vergaberechtlichen Verfahren zur Beauftragung des ausgewählten Gutachters sowie nach den Kosten des Gutachtens

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 07.07.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/247

Kostensteigerungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 - und ihre Folgen

Information der LReg seit 2004 durch die Bahn über außerplanmäßige Kostensteigerungen? Beurteilung von internen Berechnungen und Risikoanalysen sowie von Mehrkosten nach Realisierung des Projekts durch höhere Stationsgebühren und Trassenpreise; Höhe und Träger der Mehrkosten bei einer Überschreitung des Kostenrahmens und Kündigung des Vertrags; rechtliche Beurteilung der Vorfinanzierung der NBS Wendlingen-Ulm; Frage nach einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für die Inanspruchnahme des Risikopuffers

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 14.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/272

Sicherheit im geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21

Frage nach einem Not- und Störfallkonzept der Bahn sowie nach der Barrierefreiheit des geplanten Bahnhofs; Erkenntnisse über geologische Risiken durch Tunnelbohrungen in den Gipskeuper-Anhydrit-Gesteinsformationen; Art der verwendeten Stahlrohre für das 17 Kilometer lange Grundwasser-Leitungssystem; Bewertung der noch offenen Planungsverfahren für den Bau des Flughafenbahnhofs

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 14.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/289

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KIAnfr
 s. *Schienenverkehr*
 Drs 15/299

Wohnorte der rechtskräftig Verurteilten im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“

Zahl der Verurteilten wegen Straftaten u.a. rechtswidrigen Handlungen seit 2010, Wohnsitze der Verurteilten bzw Angabe des Bundeslandes bei Wohnsitzen außerhalb von BW

Antr
 s. *Wohnsitz*
 Drs 15/304

Stuttgart 21: Verkehrsminister auf Geisterfahrt?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
 PIPr 15/10 21.07.2011 S. 351-374

Führungen rund um den Bahnhof und den Widerstand in Stuttgart

Verbreitung des o.g. Angebots der Parkschützer mit einem Rundgang mit den „Stuttgart 21-Aktivisten“ von der Mahnwache bis zur Parkwache in der Zeltstadt im illegal besetzten

Schlossgarten per E-Mail an Schulen, Umfang der Annahme des Angebots von Lehrern und Durchführung als außerunterrichtliche Veranstaltung, Frage nach Konsequenzen bzw der Vereinbarkeit mit der Verpflichtung zu politischer Neutralität im Unterricht, insbes im Fach Gemeinschaftskunde und politische Bildung; Untersagung der Wahrnehmung derartiger Angebote

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/322

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.11.2011 Drs 15/1300 S. 9-11

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mögliche Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland sowie des Landes BW durch Äußerungen des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Ausland

Bewertung der Äußerungen im Schweizer Radio DRS zum Ausbau der Rheintalbahn und Stuttgart 21, Feststellung eines Zusammenhangs zwischen dem schleppenden Ausbau der Rheintalbahn und dem Mitteleinsatz für Stuttgart 21, Vereinbarkeit der Priorisierung des Rheintalprojekts mit der Projektförderungspflicht für Stuttgart 21, Erweckung des Anscheins einer direkten Kausalität zwischen den Vorhaben und damit mangelnder Vertragstreue der Bundesrepublik hinsichtlich des Staatsvertrags zum Ausbau der Rheintalbahn von 1996, Beurteilung des in der Schweiz ausgelösten Medienechos

Antr

s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*
Drs 15/351

Anhörungsverfahren zum Entwurf des S 21-Kündigungsgesetzes angemessen und transparent gestalten

Verlängerung der Frist zur Durchführung des Anhörungsverfahrens um zwei Wochen aufgrund der Sommerpause; Befragung der Anzuhörenden zu den im GesEntw nicht enthaltenen möglichen Folgen der Ausübung von Kündigungsrechten, Aufnahme der realistischen Kündigungsrechte in den GesEntw unter Bezugnahme auf den Finanzierungsvertrag (s. Drs 14/4382); Darstellung der möglichen höheren Kosten im Falle des Ausstiegs im Vergleich zur Realisierung des Projekts; rechtzeitige Zuleitung der Stellungnahmen an den Landtag vor der ersten Lesung des GesEntw

Antr FDP/DVP 27.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/353

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 454-480

Magistrale für Europa (Trans European Network (TEN)-Achse 17)

Zahl der künftigen Direktverbindungen über die o.g. Magistrale Paris-Budapest bzw Paris-Bratislava nach der Fertigstellung des Projekts „Stuttgart 21“; Zahl der dann angebotenen umstiegsfreien Verbindungen Stuttgart-Wien; Intensität der Nachrüstung der TGV-Züge in Frankreich für den Einsatz auf der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm

KIAnfr

s. *Bahnstrecke*
Drs 15/365

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf den Verdichtungsraum Karlsruhe/Pforzheim sowie den LKreis Rastatt und Baden-Baden

Auswirkungen der Mittelbindung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm auf Maßnahmen in der o.g. Region; Zahl der verfügbaren Verbindungen im Nah- und Fernverkehr nach Stuttgart; Entwicklung der Anschlüsse und Umsteigezeiten von Fahrgästen aus der Region über Karlsruhe bzw in Stuttgart nach

Würzburg, Nürnberg und Ulm; Beurteilung des dem Stresstest zugrunde gelegten Fernverkehrsfahrplans für Pendlerverbindungen zwischen Karlsruhe und Stuttgart in der Spitzenstunde

KIAnfr Alexander Salomon u.a. GRÜNE 28.07.2011 und Antw MVI Drs 15/367

Fahrzeitverkürzung zwischen Nürtingen und dem Flughafen bei Realisierung von Stuttgart 21

Fahrzeitverkürzung für die Berufspendler auf der o.g. Strecke und weiter zum Stuttgarter Hauptbahnhof

KIAnfr

s. *Fahrplan*
Drs 15/378

Konsequenzen der Kompromisslösung „Frieden in Stuttgart“ für das S 21-KündigungGes

Bewertung des o.g. Vorschlags des Schlichters und der SMA durch die einzelnen Projektpartner, Darlegung des Zeitraums einer Realisierung sowie der Bezugspunkte des o.g. GesEntw und einer Volksabstimmung, Frage nach den finanziellen Auswirkungen einer Kündigung des Finanzierungsvertrags sowie nach der Bereitschaft zum Rückzug des GesEntw im Falle der Bewertung des Schlichtervorschlags als geeignete Alternative zu Stuttgart 21

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 01.08.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/387

Vorabkenntnis der LReg von dem Kompromissvorschlag „Frieden in Stuttgart“

Kenntnisse der LReg und des Aktionsbündnisses von dem o.g. Vorschlag des Schlichters zur Befriedung der Auseinandersetzung um Stuttgart 21, Ablehnung dieser Kombilösung vom heutigen Verkehrsminister 1995 und 2010 mit Hinweis auf die hohen Kosten, Frage nach einer Positionsänderung sowie nach dem Auftraggeber und Kostenträger des Konzepts

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.08.2011 und Antw MVI Drs 15/393

Voraussichtliche Kosten infolge des Streits und des Volksentscheids über das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ für das Land BW

Höhe der Kosten für die Volksabstimmung, die Polizeieinsätze und den Schlichtungsprozess

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 04.08.2011 und Antw IM Drs 15/401

Kosten und Inhalt der „Volksbefragung zu S 21“

Offenlegung der o.g. Kosten sowie der zur Abstimmung zu stellenden Frage: Ausübung von Kündigungsrechten eines mit der Bahn geschlossenen Finanzierungsvertrags?

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 05.08.2011 und Antw IM Drs 15/403

Ankündigung polizeilicher Maßnahmen aufgrund von Protesten gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21

Gründe und Auswirkungen einer Ankündigung o.g. Polizeieinsätze im Vorfeld, insbes auf die Intensität und räumliche Konzentration des Widerstands der Projektgegner sowie auf den (erhöhten) Bedarf an Polizeikräften; Kompensation möglicher Nachteile?

Antr

s. *Polizei*
Drs 15/425

Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)

Die LReg wird verpflichtet, bei Verträgen über das Bahnprojekt Stuttgart 21, bei denen das Land BW finanzielle Verpflichtungen eingeht, ihr Kündigungsrecht wahrzunehmen

- GesEntw LReg 13.09.2011 Drs 15/496 (17 S.)
- 1. Beratung PIPr 15/12 16.09.2011 S. 454-480
- BeschlEmpf und Bericht StändA 21.09.2011 Drs 15/528 (dazu Antr CDU) (124 S.)
- EAntr CDU 27.09.2011 Drs 15/601-1 S. 1 2
- EAntr CDU 28.09.2011 Drs 15/601-2 S. 3
- EAntr GRÜNE und SPD 28.09.2011 Drs 15/601-3 S. 4
- 2. Beratung PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520-540 (Ablehnung)

Volksabstimmung Stuttgart 21 - Bevölkerung ehrlich und objektiv informieren

Erstellung einer Informationsschrift in Zusammenarbeit mit dem Landtag für die geplante Volksabstimmung über das „Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21“, Information der Abstimmungsberechtigten über alle für die Volksabstimmung relevanten Aspekte, insbes über die zu erwartenden Ausstiegskosten

- Antr CDU 19.09.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/508
- PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520-540

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen, Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

- KlAnfr
- s. *Fahrplan*
- Drs 15/522

Behinderung der Polizei iRd der Protestaktionen am 5. September 2011 in Stuttgart

Zahl der eingesetzten Polizisten und Einsatzkonzept bei der Kundgebung gegen Stuttgart 21 und dem anschließenden nicht genehmigten Protestmarsch, rechtliche Bewertung der o.g. Behinderung durch Demonstrationsteilnehmer und des damit bewirkten Scheiterns von Personenkontrollen, Zahl der eingeleiteten Ermittlungen; Maßnahmen zur Verhinderung solcher Einsatzabbrüche

- Antr
- s. *Polizei*
- Drs 15/536

Zahlungen Stuttgart 21 an die Deutsche Bahn AG

Ausgestaltung der o.g. Zahlungsvereinbarungen, Gründe für die Verweigerung und spätere Leistung der Zahlungen, Information der Projektpartner, Umgang mit Zinsgewinnen? Rechtliche Bewertung der verweigerten Weiterreichung der Zahlungen der Stadt Stuttgart und der Region Stuttgart; fristgerechte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen zu Stuttgart 21

- Antr CDU 22.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/569
- BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz GRÜNE und Hans-Martin Haller SPD) S. 21-24
- PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
- Mittlg LReg 22.08.2012 Drs 15/2249

Stuttgart 21: Keine Kostensteigerungen - Landesverfassung achten

Feststellung der in den Finanzierungsverträgen vereinbarten Gesamtfinanzierung als ausreichend; Achtung der Verfassungsbestimmungen über die Volksabstimmung durch die Regierungsmitglieder und Abgeordneten des Landtags

- Antr CDU 28.09.2011 Drs 15/601-2 S. 3
- PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520-540

Kostentransparenz über das Bahnprojekt Stuttgart 21 herstellen

Unterrichtung des Landtags über die Prüfung der von der Bahn vorgestellten Präsentation „Stuttgart 21 - Chancen-/Risikostatus“; Ermöglichung einer Volksabstimmung über das S 21-Kündigungsgesetz nach dessen Ablehnung im Parlament

- Antr GRÜNE und SPD 28.09.2011 Drs 15/601-3 S. 4
- PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520-540

Clausula rebus sic stantibus (Wegfall der Geschäftsgrundlage) und S 21 Finanzierungsvertrag

Entwicklung, Anwendung in der Rechtsprechung und Rechtsfolgen des o.g. Rechtsinstituts; Beurteilung einer entsprechenden Regelung im Finanzierungsvertrag zwischen dem Land und der Bahn und deren Auslegung durch das MVI, erwartete Schadenersatzansprüche im Falle einer Kündigung des Vertrags unter Berufung auf das Rechtsinstitut „Wegfall der Geschäftsgrundlage“

- KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 29.09.2011 und Antw JM
- Drs 15/616 (13 S.)

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Fahrzeitvorteile von Esslingen mit Ortsteilen nach Stuttgart-Hauptbahnhof und -Flughafen, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Ulm; Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

- KlAnfr
- s. *Fahrplan*
- Drs 15/654

Finanzierungszusagen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich

Anteil der o.g. Investitionen von Bahn, Bund, Land und Region Stuttgart an den jeweiligen Gesamtinvestitionshaushalten über den gesamten Realisierungszeitraum; Höhe des Einsatzes von Regionalisierungsmitteln; Bedeutung des Bahnknotens Stuttgart für den Schienenverkehr im Land; Frage nach einem Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsanteil des Bundes und der Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim, dem Ausbau der Rheintal- und Südbahn; Abfluss der Bundesmittel in Projekte außerhalb des Landes im Falle einer Auflösung der Finanzierungsvereinbarung

- Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 10.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/667

Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem S 21-Kündigungsgesetz

Begründung eines Kündigungsrechts des Finanzierungsvertrags mit der Anwendbarkeit der gesetzlichen Regelungen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage im Hinblick auf Kostensteigerungen bzw auf Grundlage des Demokratieprinzips statt der Inanspruchnahme der im Vertrag geregelten Sprechklausel mit dem Ziel einer Vertragsanpassung; Begründung der Heranziehung der Landesverfassung für eine Volksabstimmung zur Auflösung eines Konflikts zwischen Regierungsparteien und ihren

Ministern innerhalb der Regierung

Antr CDU 12.10.2011 und Stellungnahme JM Drs 15/673
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 785-799

Verbindlichkeit von Parteitagäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 12.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/683

Gestaltung der Wahlunterlagen zur Volksabstimmung S 21 - Einflussnahme der Grünen auf das Stimmverhalten?

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 593-614

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21

Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE 17.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/695

Keine Gefährdung des Mineralwassers durch Stuttgart 21

Frage nach einer Veränderung der o.g. Bewertung durch die zuständigen Fachbehörden seit Beginn der Planungen zu Stuttgart 21

Antr
s. *Mineralwasser*
Drs 15/739

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Mehrkosten durch den Bau der großen Wendlinger Kurve für den zweigleisigen Anschluss des Regionalverkehrs aus Richtung Tübingen an die ICE-Neubaustrecke nach Ulm sowie durch den notwendigen Ausbau der Bahnhöfe an der Murrbahn, Auflistung und Bezifferung der insgesamt 121 Kostenrisiken für das Projekt, Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 19.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/752

Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Bahnprojekten

Darlegung von Grundlagen und relevanten Parametern für Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei der Planung von Bahnprojekten, insbes für die Gäubahn und Südbahn und deren Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21; Auswirkungen eines Bruchs der Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr
s. *Wirtschaftlichkeit*
Drs 15/769

Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf den Betrieb der S-Bahn-Linie S 1 nach Kirchheim unter Teck und auf die S-Bahn-Stationen im Raum Kirchheim unter Teck

Darlegung o.g. Auswirkungen, Bewertung der Aussagen im Schlussbericht zum zweiten Stresstest von SMA und Partner AG, Gewährleistung der Durchbindung der S 1 von Kirchheim nach Herrenberg?

KIAnfr Andreas Schwarz GRÜNE 24.10.2011 und Antw MVI Drs 15/771

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KIAnfr Manfred Hollenbach CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KIAnfr Claus Paal CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/806

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KIAnfr Elke Brunnemer u.a. CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/807

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreiss Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreiss Göppingen

KIAnfr Nicole Razavi u.a. CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/808

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KIAnfr Peter Hauk CDU 02.11.2011 und Antw MVI 15/814

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Stefan Teufel CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/816

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Konrad Epple CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/817

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Tobias Wald CDU 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/820

Zu erwartende Auswirkungen des Projekts „Stuttgart 21“ auf die Regio-S-Bahn Donau-Iller

KlAnfr Jürgen Filius GRÜNE 02.11.2011 und Antw MVI Drs 15/822

Keine Alternativen zu Stuttgart 21

Frage nach zeitnah realisierbaren Alternativen und deren Finanzierung, insbes durch Mittel des Bundes und der EU; Darlegung der bereits in der Planung und Planfeststellung für Stuttgart 21 geprüften und verworfenen Alternativen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 02.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/824

Keine Kannibalisierung durch Stuttgart 21

Höhe und Finanzierung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Rheintalbahn, Gäubahn und Südbahn; Höhe der Bundesmittel für diese Maßnahmen und für Stuttgart 21 nach den S 21-Finanzierungsverträgen; Bereitstellung von Landesmitteln für die genannten Maßnahmen neben den zu erwartenden Schadensersatzleistungen nach einem Ausstieg aus Stuttgart 21

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 02.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/825

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs

15/1538 S. 36

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Keine Neubaustrecke ohne Stuttgart 21

Fahrzeitgewinne durch Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm für die einzelnen Verbindungen, Darstellung der Kriterien für die Aufnahme der NBS in den Bundesverkehrswegeplan sowie des Zusammenhangs zwischen der Finanzierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/826

Kosten für Stuttgart 21

Darstellung der Kostenentwicklung nach den bisherigen Auftragsvergaben, insbes auch für Tunnelbauten; Abdeckung evtl Mehrkosten durch den Risikopuffer; Vergleich mit Kostensteigerungen bei anderen Großprojekten ohne Risikopuffer; Vergleich der Grundlagen für die Prüfung der Kostenkalkulation durch den Bundesrechnungshof mit denen der Prüfung von Wirtschaftsprüfern iRd Stresstests, Regelung der Gesamtfinanzierung einschließlich der Risiken durch die Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 02.11.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/827

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 03.11.2011 und Antw MVI Drs 15/819

Gutachten der M.R. GmbH zu etwaigen Ausstiegskosten bei Kündigung des S 21-Finanzierungsvertrags durch das Land

Gründe für die alleinige Beauftragung des o.g. Gutachters, Ablehnung des Auftrags von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft P., Kosten des Gutachtens, Verbindlichkeit der Ergebnisse für die LReg, Verfehlung der Aufnahme in den GesEntw zum S 21-Kündigungsgesetz durch die Veröffentlichung erst im nahen Umfeld der Volksabstimmung

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 03.11.2011 und Antw MVI Drs 15/830

Akzeptanz der Volksabstimmung durch die LReg

Umgang mit dem Projekt Stuttgart 21 je nach Ausgang der Volksabstimmung; Ablehnung des Kündigungsgesetzes, Mehrheit für dieses Gesetz mit oder ohne Erreichung des Quorums; Beurteilung der Möglichkeit einer gerichtlichen Nichtigklärung der Vertragskündigung mit der Folge unbegrenzter Haftungsansprüche der Vertragspartner gegen das Land

Antr

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/831

Linksextreme Szene stärker überwachen

Entwicklung der o.g. Szene und der von ihr verübten Gewaltdelikte; Zahl der beim Verfassungsschutz und der Polizei mit der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung betrauten Beamten, Planung einer Personalaufstockung? Einschätzung der Gefahr von zusätzlichen Gewalttaten und Anschlägen im Zuge der Protes-

te gegen Stuttgart 21 und als Nachahmung der Anschläge auf Bahnanlagen in Berlin

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/833

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Helmut Rau u.a. CDU 03.11.2011 und Antw MVI Drs 15/834

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Winfried Mack CDU 03.11.2011 und Antw MVI Drs 15/835

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und LKreis Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Friedlind Gurr-Hirsch u.a. CDU 03.11.2011 und Antw MVI Drs 15/836

Containerzellen bei S 21-Protesten

Aufstellung von Containerzellen auf dem Cannstatter Wasen bei einer Zunahme der Proteste gegen Stuttgart 21 zur Festsetzung von gewaltbereiten Projektgegnern

MdlAnfr
s. *Haftraum*
Drs 15/791

Geplante Veränderungen des Zugangebots rund um Stuttgart und deren verschiedene Ursachen

Zuggattungen und Fahrzeiten nach dem aktuellen Fahrplan, für die Ausschreibungen nach Auslaufen des Verkehrsvertrags mit der Bahn, nach Fertigstellung von Stuttgart 21 bzw nach dem Alternativkonzept Kopfbahnhof 21 auf den Strecken von Stuttgart Hbf nach Schwäbisch Hall-Hessental, Aalen, Göppingen, Ulm, Tübingen, Rottweil, Mühlacker und Heilbronn; Fahrzeitveränderungen aufgrund leistungsstärkerer Fahrzeuge, wegfallender Halte u.a.

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/837

Wahrheitsgehalt von offiziellen Regierungsinformationen bei der Volksabstimmung zur Ausübung von Kündigungsrechten beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Verweigerung der Aufführung der zu erwartenden Ausstiegskosten im Falle einer (unrechtmäßigen) Vertragskündigung in der Informationsbroschüre, Bewertung der Aussage zur Unabhän-

gigkeit der Neubaustrecke von Stuttgart 21, mögliche Auswirkungen eines Ergebnisses der Volksabstimmung auf der Grundlage falscher Informationen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 07.11.2011 und Antw JM Drs 15/840

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 07.11.2011 und Antw MVI Drs 15/843

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Viktoria Schmid u.a. CDU 10.11.2011 und Antw MVI Drs 15/864

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr Heribert Rech CDU 15.11.2011 und Antw MVI Drs 15/874

Stuttgart 21

Bereitschaft des MinPräs und aller Mitglieder der LReg zur Akzeptanz und Umsetzung des Ergebnisses der Volksabstimmung am 27.11.2011

KlAnfr Karl Rombach CDU 20.11.2011 und Antw StM, MFW, JM und MVI Drs 15/894

Baden-Württemberg vor der Volksabstimmung - Nein zum S 21-Ausstiegsgesetz

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/19 23.11.2011 S. 850-869

Ausstehende Planfeststellungsbeschlüsse für das Bahnprojekt Stuttgart 21

Forcierung und Abschluss der o.g. Planfeststellungen

MdlAnfr 5) Nicole Razavi CDU 05.12.2011 Drs 15/949
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1008

Abstimmungsergebnis akzeptieren - Stuttgart 21 weiterbauen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 980-991

Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Bahnstrecke Heilbronn-Mosbach-Neckarelz

Erwartung einer Verkürzung der Fahrzeiten zum Stuttgarter Hauptbahnhof, Flughafen, zur Landesmesse und in andere Regionen; Beurteilung der Perspektiven des Bahnhofs Mosbach-Neckarelz als Bahnknoten für den Regionalverkehr zwischen

den Räumen Rhein-Neckar, Heilbronn, Stuttgart und Würzburg
KlAnfr Peter Hauk CDU 07.02.2012 und Antw MVI Drs
15/1199

*Politische Einflussnahme auf Polizeieinsätze iR des Projekts
„Stuttgart 21“*

Nährung o.g. Befürchtungen durch Presseäußerungen u.a. Ver-
lautbarungen der LReg sowie durch den Wegfall einer Führungs-
ebene im Zuge der geplanten Polizeireform (Abschaffung der
Landespolizeidirektionen bei den RegPräs, direkte Unterstellung
der neuen Polizeipräsidien unter das IM); Schaffung von Klar-
heit durch den Ausschluss einer politischen Einflussnahme auf
die Polizei

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1225

*Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 17.01.2012, Az.: GR(V)
1/11, GR(V) 2/11, GR(V) 3/11, GR(V) 4/11, GR(V) 5/11, GR(V)
6/11, GR(V) 7/11, GR(V) 8/11, GR(V) 9/11, GR(V) 1/12, GR(V)
2/12, GR(V) 3/12, GR(V) 4/12, GR(V) 5/12, GR(V) 6/12 und
GR(V) 7/12 - Einsprüche gegen die Volksabstimmung zum S-21-
Kündigungsgesetz*

V) 5/12, GR(V) 6
s. *Volksabstimmung*
PIPr 15/24 S. 1169

*Projektförderungspflicht für S 21 auf dem Prüfstand - Volkswil-
len verhindern oder Volkswillen beachten?*

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1277-1289

*Inanspruchnahme von Störern iRd Protests gegen das Projekt
„Stuttgart 21“ und Kosten privater Sicherheitsdienste*

Höhe und Einbringlichkeit der Forderungen des Landes und der
Stadt Stuttgart gegenüber o.g. Personen aus Bußgeldern, Geld-
strafen u.ä.; Umfang und Zuordnung der Kosten für die von der
Bahn eingesetzten privaten Sicherheitsdienste

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 06.03.2012 und Stel-
lungnahme IM Drs 15/1371

Polizeipräsenz im Internet

Erfahrungen mit o.g. Präsenz im Zusammenhang mit Stuttgart
21; Stand der Überlegungen zur Einrichtung von permanenten
Präsenzen der Dienststellen zentral oder dezentral in sozialen
Netzwerken, Darlegung der Datenschutzproblematik, der Kos-
ten und notwendigen Schulung der Beamten; Umfang der bis-
herigen Kontaktaufnahme von Bürgern mit der Polizei über das
Internet

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/1374

Distanzierung von Gruppen gegen Stuttgart 21

Distanzierung von Gruppen und Organisationen vor dem Hin-
tergrund des Ergebnisses der Volksabstimmung über das S 21-
Kündigungsgesetz, Umsetzung der Projektförderungspflicht von
der LReg

Antr CDU 06.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1375

*Aufforderung zur Deeskalation an die Projektgegner von Stutt-
gart 21*

Art und Kosten der Polizeieinsätze seit der Volksabstimmung,
Feststellung einer Radikalisierung der Gegner von Stuttgart 21,

Bemühungen um Mäßigung bei den Projektgegnern, Anstreben-
gung von störungsfreien Bauarbeiten

Antr CDU 06.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1376

*Aktive Mitwirkung bei der städtebaulichen Gestaltung iR von
Stuttgart 21*

Antr
s. *Städtebau*
Drs 15/1377

Einrichtung und Förderung des Dialogforums zu Stuttgart 21

Reaktivierung des Dialogforums der Vorgängerregierung

Antr CDU 06.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1378

Bekennnis für Stuttgart 21

Umsetzung der Projektförderungspflicht, Distanzierung von den
Projektgegnern, Auflösung der Taskforce im MVI, Reaktivie-
rung des Dialogforums, Mitwirkung bei der städtebaulichen
Gestaltung, vierteljährliche Berichterstattung im Verkehrsaus-
schuss über die Projektfortschritte und Umsetzung des Volkswil-
lens

Antr CDU 06.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1379

Vierteljährlicher Fortschrittsbericht zu Stuttgart 21 an den Ltg

Berichterstattung im Verkehrsausschuss über die Schritte der
LReg zur Projektverwirklichung und Umsetzung des Volkswil-
lens

Antr CDU 06.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1380

*Ja zum direkten Anschluss der Gäubahn an den Flughafen Stutt-
gart*

Bedeutung der o.g. Anbindung als wesentliche Zielsetzung in
der Gesamtkonzeption von Stuttgart 21 und des entsprechenden
Votums der Anwohner entlang der Gäubahnverbindung bei der
Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bekenntnis zur Realisierung
des Anschlusses

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1406

*Komfortable menschen- und umweltfreundliche Lösungen für die
Gäubahn*

Pläne der Bahn zur Einschränkung des Fernverkehrs zwischen
Stuttgart und Zürich; aktuelle Fahrgastzahlen und Prognosen bis
2025 auf den Abschnitten der Gäubahn und zum Stuttgarter
Flughafen; Planungsstand für die Stilllegung der Gäubahntrasse
in Stuttgart; Beurteilung der Fortführung der Vermarktung die-
ser Flächen durch die Bahn ungeachtet der Ergebnisse des Fil-
derdialogs, Diskussion über neue Varianten mit o.g. Zielsetzung
und Einhaltung des Kostendeckels mit den Projektpartnern von
Stuttgart 21

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1629

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm: Gestaltung der Wendlinger Kurve

Mehrbedarf an Zügen im Schienenpersonenregionalverkehr, ins-
bes aus der Raumschaft Reutlingen/Tübingen und nach der Fer-
tigstellung des o.g. Projekts; Beurteilung einer „Großen Wend-
linger Kurve“ im Zuge der Realisierung der Neubaustrecke
Wendlingen-Ulm, Höhe einer Beteiligung an den Mehrkosten
dieser Variante bzw deren Vorbereitung

Antr
s. *Bahnstrecke*

Drs 15/1668

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Gewichtung der direkten Anbindung der Gäubahn über Herrenberg und Böblingen an den Flughafen und des entsprechenden Votums bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bewertung des o.g. Vorschlags mit seinen zusätzlichen Maßnahmen und Kosten sowie seiner Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen zwischen den Projektträgern von Stuttgart 21; Scheitern der angestrebten Wiedereinführung eines ICE-Halts in Böblingen im Falle einer Umsetzung der o.g. Trassenvariante

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1790

*Chancen des Flughafens Stuttgart durch Stuttgart 21/Neubau-
strecke (NBS) Wendlingen-Ulm*

Erwartungen an die o.g. in den Finanzierungsverträgen geregelte Anbindung des Flughafens, Höhe der finanziellen Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH, Vereinbarkeit eines nicht direkten Anschlusses des Flughafens an die Gäubahn mit den in den Finanzierungsverträgen samt Anlagen getroffenen Absprachen, Frage nach einem möglichen Ausstieg des Flughafens als Projektpartner in diesem Fall und nach den finanziellen Folgen

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1797

Regierungsbefragung

Anregungen der Stuttgarter Feuerwehr zu Stuttgart 21

s. *Feuerwehr*
PIPr 15/40 S. 2215

Gutachten von „E.+B.“ sowie „SMA und Partner“

Gründe und Fragestellungen für die Vergabe unterschiedlicher Gutachten im Zusammenhang mit dem Filderdiallog noch vor dessen Beginn; Frage nach einer Einbindung der Projektpartner bei der Beauftragung der Gutachten sowie nach der öffentlichen Zugänglichkeit dieser Expertisen

Antr
s. *Filder (Landschaft)*
Drs 15/2131

Kosten der neuen Filderbahnhof-Variante

Gründe für die Anzweiflung von Mehrkosten bei der Variante „Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße“, Kommunikation der Erkenntnisse bereits iRd Filderdiallogs? Frage nach einer Beteiligung an möglichen zusätzlichen Kosten der Variante auch bei einer Überschreitung des Kostendeckels sowie Beteiligung an den Kosten für den zusätzlichen Lärmschutz entlang der S-Bahn-Trasse in Leinfelden

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2219

Haltung der LReg zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“

Kostenanschlag und Kostenteilung gegenüber dem ursprünglich beantragten Bahnhof; Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit einer Finanzierung der Mehrkosten aus dem Projektbudget von Stuttgart 21; Frage nach der Bereitschaft des Landes zu einer über den bisherigen Finanzierungsbeitrag hinausgehenden

Beteiligung an den Mehrkosten des „Flughafenbahnhofs Plus“; Haltung gegenüber einer Abkopplung des Baus des Flughafenbahnhofs vom Bau der Anschlussstrecke

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2420

Daten und Dokumente im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten am 30. September 2010 im Zuständigkeitsbereich des Staatsministeriums

Frage nach dem Staatsministerium vorliegenden Daten und Dokumenten, die dem Untersuchungsausschuss „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ nicht vorgelegt wurden, nach ihrer Form (z.B. Sicherungskopien) und ihrem Inhalt, und nach sonstigen im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuss stehenden Daten und Dokumenten

Antr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/2640

Vandalismus an Informationsplattform für Stuttgart 21

Zerstörung der neuen Informationsplattform im Mittleren Schlossgarten; Frage nach weiteren Straftaten im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 seit dem 27. November 2011 (Volksabstimmung zu Stuttgart 21)

MdlAnfr
s. *Politische Straftat*
Drs 15/2649

Besetzung des Stuttgarter Rathauses durch Stuttgart 21-Gegner

Bewertung o.g. Besetzung am Abend des 10. November 2012

MdlAnfr
s. *Hausfriedensbruch*
Drs 15/2649

Auswirkungen der Planungsänderungen der Bahn im Bauablauf des Fildertunnels

Änderungen im Bauverfahren und in der Bauausführung; Folgen für den Abtransport des Aushubs; Streckenlänge der Lkw-Fahrten für den Abtransport des Aushubs; absehbare Menge der Lkw-Fahrten pro Tag während der Bauzeit; zu erwartende Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße B 27 und der Autobahn A 8; Lärm- und Abgasbelastung; Lagerung des gipshaltigen Aushubs auf geeigneter Deponie

KlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 15/2650

Regierungsbefragung

Stuttgart 21

PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3445-3457

Stuttgart 21: Aktivistin gegen S 21 als Bürgerreferentin des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI)

Beschäftigung von Frau Böniger als Bürgerbeauftragte des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI) für das Projekt Stuttgart 21, insbes Durchführung des Personalauswahlverfahrens; Vereinbarkeit öffentlicher Aussagen der Beauftragten gegen Stuttgart 21 mit der Loyalitäts- und Projektförderungspflicht

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 07.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3040

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 03.07.2013 Drs 15/4191 S. 19-21

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Kofinanzierung des Landes bei Schienenprojekten

Ausgestaltung von Finanzierungsanteilen bei Schienenprojekten durch das Land, insbes Regelung und Zahlen zu Kostensteigerungen, nicht gedeckelte Kofinanzierung des Landes bei einigen Projekten, Beharrung des Landes am ursprünglich vereinbarten Finanzierungsbeitrag zum Bahnprojekt Stuttgart 21, Bedeutung der Sprechklausel im Finanzierungsvertrag zu Stuttgart 21

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/3083

Anfrage der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Bahn zum Projekt Stuttgart 21

Fragen von der Arbeitnehmerseite des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn zur Haltung der LReg zum Bahnprojekt Stuttgart 21

MdlAnfr 2) Nicole Razavi CDU 04.03.2013 Drs 15/3155

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3739 (zurückgezogen)

Entwicklung der Kosten für Polizeieinsätze rund um das Bahnprojekt Stuttgart 21

Kostenentwicklung der Polizeieinsätze iRd Bahnhofprojekts Stuttgart 21, insbes zu den wöchentlichen Montagsdemonstrationen

MdlAnfr 3) Thomas Blenke CDU 04.03.2013 Drs 15/3155

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3739-3741

Impulse der LReg nach der Aufsichtsratssitzung der Deutschen Bahn zur Sicherung der Chancen aus Stuttgart 21 - für Menschen, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3693-3724

Der Filderdialog in der Bewertung

Bewertung der Form der Bürgerbeteiligung im Filderdialog; Umsetzung der Ergebnisse

MdlAnfr

s. *Bürgerbeteiligung*

Drs 15/3315

Amnestie im Zusammenhang mit der Stuttgart 21-Demonstration am „Schwarzen Donnerstag“

Zahl der gegen Demonstranten sowie gegen Polizeibeamte eingeleiteten Strafverfahren; Stand dieser Verfahren; Vorschlag einer generellen Amnestie für alle im Zusammenhang mit der Demonstration und dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten begangenen Straftaten; Vereinbarkeit einer Amnestie mit dem Legalitätsprinzip; Auswirkungen auf künftige Polizeieinsätze bei Demonstrationen

KlAnfr Georg Wacker CDU 10.04.2013 und Antw JM Drs 15/3323

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des

Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr

s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*

Drs 15/3511

Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V./Turmforum S 21

Bewertung und Unterstützung der Arbeit des Vereins Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. insbes geplante Neustrukturierung, Finanzierung, Kommunikationsstrategie, Mitgliedschaft der LReg; Besucherzahlen des Turmforums S 21; Teilnahme der LReg an der Eröffnung der neu konzipierten Ausstellung im Turmforum

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 27.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3525

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.12.2013 Drs 15/4581 S. 31-33

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Fortführung und Förderung des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm

Option eines Projektabbruchs zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Standpunkt zu einer Ausstiegsinitiative eines Projektpartners; Inpflichtnahme des Bundes bei der Projektförderung nach der Bundestagswahl; Vorrang anderer Schienenprojekte gegenüber Stuttgart 21; Haltung gegenüber der „Kombilösung“; Marktwert der bei einer „Kombilösung“ weiterhin für den Bahnverkehr genutzten Grundstücke

Antr CDU 10.09.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4018

PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4803-4813

Konsequenzen aus den Jahresbilanzen der Flughäfen im Land

Jahresbilanzen für 2012 im Vergleich zu den Vorjahren; Prognosen für die Jahre 2013 und 2014; Bedeutung des Tower-Neubaus am Flughafen Friedrichshafen für dessen Marktposition; Auswirkungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 auf den Stuttgarter Flughafen und die Häufigkeit von Kurzstreckenflügen; Konsequenzen des Defizits für das als Gesellschafter am Flughafen Friedrichshafen beteiligte Land; Haltung der LReg zur Förderung des Luftverkehrs und zur Erstellung eines Luftverkehrskonzepts

Antr

s. *Flughafen*

Drs 15/4187

Erster Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart - Tunnel Ober-/Untertürkheim am 4. Dezember 2013

Teilnahme der LReg als Projektpartner von Stuttgart 21 am 4. Dezember 2013 beim ersten Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart

MdlAnfr 2) Nicole Razavi CDU 21.11.2013 Drs 15/4358

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5088 5089

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Einflussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitliche und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/4469

Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur BW im Zusammenhang mit dem Bahnprojekt Stuttgart-Ulm

Vorgangsweise des Verkehrsministeriums bei einem Gutachten der Karlsruher Verkehrsplaner PTV zum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm, insbes Auftragsvergabe, Themenbereichsvorgabe, Ergebnisse und Veröffentlichung

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 12.03.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4926

Einflussnahme von Ministerien/Abgeordneten im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 im Schlossgarten

Kritik und Einflussnahme auf die Arbeit der Staatsanwaltschaft Stuttgart hinsichtlich der Führung von Verfahren gegen Polizeibeamte oder sonstige Dritte wegen Anschuldigungen im Zusammenhang mit Straftaten bei der Durchführung des Bauprojekts „Stuttgart 21“, insbes weitere Abfragen durch Minister und Abgeordnete bezüglich personenbezogener Angaben von Anzeigerstatern, rechtliche Position des Landesdatenschutzbeauftragten zur Weitergabe dieser Personendaten

KlAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/4957

Abfrage unter anderem von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium

Initiator, Wortlaut und Zweck des Auskunftsverlangens; Aufklärung über die mit der Anfrage im Staats- und im Justizministerium befassten Personen; Grundlage der Informationsweitergabe des Justizministerium an das Staatsministerium

KlAnfr
s. *Datenaustausch*
Drs 15/5095

Planungen zu Stuttgart 21

Aktueller Planungsstand zu Stuttgart 21, insbes zu den Themen Grundwassermanagement, Nesenbachdüker, Brandschutz, Verkehrsbelastung, Bauablauf Kostenentwicklung und finanzielle Forderungen der Bahn

Antr Nikolaus Tschenk u.a. GRÜNE 23.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5108

Einflussnahme von Vertretern der GRÜNEN auf die Justiz in BW
Einflussnahme von Abgeordneten der Grünen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, insbes Wirkung eines Abgeordnetenbriefs und persönliche Beziehungen im Verfahren gegen Herrn F.M., Erkenntnisse zu Hintergründen der Einflussnahmen in weiteren Verfahren; Hintergründe der detaillierten Informationsanforderung des Staatsministeriums an das Justizministerium zu anhängigen Ermittlungs- bzw Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21; Einwirkungsversuche auf das Verfahren und die zur Ernennung des Generalstaatsanwalts Brauneisen

GrAnfr
s. *Ermittlungsverfahren*
Drs 15/5143

Zur Sache, Herr Ministerpräsident: Sollte Ihr Staatsministerium die persönlichen Daten von S 21-Befürwortern und Polizisten sammeln?

Aktuelle Debatte
s. *Personenbezogene Daten*
PIPr 15/97 S. 5791

Abfrage u.a. von Personalien von S 21-Befürwortern und Polizeibeamten durch das Staatsministerium beim Justizministerium
Information zur Personalienanfrage durch das Staatsministerium zu Stuttgart-21-Befürwortern und Polizeibeamten, insbes Besetzungsverfahren zur Leitung des Referats „Personal, Justiz, Recht“ im Staatsministerium sowie Biografie des Stelleninhabers, Biografie des Anregungsgebers im Referat „Verkehr und Infrastruktur“ im Staatsministerium; Kommunikation zwischen dem Staatsministerium und Justizministerium zur Herausgabe personenbezogener Daten

Antr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5200

Stuttgart 21 und die Beschäftigung des Kabinetts Kretschmann mit der Anfrage des Staatsministeriums beim Justizministerium
Kommunikation über Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zwischen Staatsministerium und Justizministerium und innerhalb des Kabinetts

Antr
s. *Informationsaustausch*
Drs 15/5222

Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens „Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken“ der K. GmbH

Zweck und Auftraggeber des Gutachtens für das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI); Gründe für eine externe Vergabe; Leistungsbeschreibung und Preiskalkulation bei der Direktvergabe an die KCW GmbH; Inhalt, Umfang und Verfasser des Gutachtens im MVI und interne Vermerke; Nutzen des Gutachtens; inhaltliche Überschneidungen zwischen dem Gutachten und einem iRd sogenannten Schlichtungsverfahrens zu Stuttgart 21 im November 2010 gehaltenen Vortrag; Veröffentlichung des Gutachtens

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5256

Offen gebliebene und neue Fragen im Zusammenhang mit dem Antrag „Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens 'Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken' der K. GmbH“ (Drs 15/5256) - Auftragsvergabe

Wortlaut des Auftrags vom Juni 2011 an die KCW GmbH; Höhe der vereinbarten Kosten; Art der Auftragserteilung; Erweiterung bzw Aufstockung des Auftrags im August 2011; Inhalt und rechtliche Gestalt des Auftrags; Vereinbarung der schriftlichen Ausführung der Beratungsergebnisse; Art und Adressat der am Jahresende 2011 erbrachten Beratungsleistung; Information der Fachabteilungen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Übergabe der „nachlaufenden Dokumentation“; Anforderungen der schriftlichen Zusammenfassung der Beratungsergebnisse

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5608

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/5659

Auswirkungen der sogenannten Montagsdemonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 auf Handel, Gastronomie und Beherbergungsgewerbe

Anzahl der bisherigen Demonstrationen, deren durchschnittliche Dauer und Teilnehmerzahl; Umsatzeinbußen bei den Einzelhandelsgeschäften, Hotels und Gaststätten entlang der Demonstrationstrecke; Höhe der bisher für die Begleitung der Demonstrationen durch Polizei- und Sicherheitskräfte entstandenen Personal- und Sachkosten

KlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/5957

Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahnsteigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäubahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Filderbahnhof

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/6851

Zukunftsfähige Gestaltung der Wendlinger Kurve iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm

Sachstand zur Realisierung einer großen Wendlinger Kurve in zweigleisiger Ausführung iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, insbes Berücksichtigung in einer Machbarkeitsstudie

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/7355

Konsequenzen aus dem Konflikt um Stuttgart 21 und dem Schlichtungsverfahren, frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 29 30

Bemängelung fehlender Lösungsvorschläge für das Projekt Stuttgart 21 in der Regierungserklärung, Erwartung einer Durchsetzung von rechtsstaatlich abgeschlossenen Verfahren, insbes vom neuen Verkehrsminister; Akzeptanz der Schlichtungsergebnisse nach dem Stresstest

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 33 34 44-48 63 65 66 72 73 77 78 89

Herstellung eines Zusammenhangs zwischen dem GesEntw zur Absenkung des Quorums für eine Volksabstimmung und Stuttgart 21

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 267-276

Herstellung eines Zusammenhangs zwischen dem GesEntw zur Absenkung des Quorums für eine Volksabstimmung und Stuttgart 21; Einstellung eines Parkschützers im MVI zur Beantwortung von Bürgeranfragen zu Stuttgart 21

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 303-308 316-320

Feststellung einer Zunahme von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte im Zusammenhang mit Stuttgart 21, Unterstützung der Polizei in ihrem Vorgehen gegen Gewalttäter unter den Projektgegnern; Beurteilung der Bemühungen des Verkehrsministers zur Verhinderung von Stuttgart 21

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412-414 421 422 425 428 429 432

Feststellung einer Befriedung und Versachlichung der Diskussion um Stuttgart 21 nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung für das Projekt, Verweisung auf eine mangelnde Akzeptanz von Gegnern des Projekts

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1059-1065

Umsetzung der Projektförderungspflicht nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Erinnerung an den Polizeieinsatz am 30.09.2010; Kosten der Polizeieinsätze für das Projekt

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1188 1195 1198 1220 1221 1225 1228

Einforderung der Projektförderungspflicht nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Erinnerung an hitzige Debatten über Stuttgart 21 im Parlament

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349 1354-1357 1360 1363 1366

Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch Stuttgart 21, Bewertung des Konflikts um das Projekt als befriedet durch das Votum der Volksabstimmung

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1933 1934 1937

Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Großprojekten als Konsequenz aus dem Konflikt um Stuttgart 21, Beurteilung von Verlauf und Ergebnissen des Filderdialogs

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2006-2011

Bewertung von Verlauf und Ergebnissen des Filderdialogs vor dem Hintergrund der Verträge zu Stuttgart 21 und der Volksabstimmung

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2321-2341

Stuttgarter Feuerwehr

s. *Feuerwehr*

Stuttgarter Nachrichten*Aktivitäten der LReg nach dem Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten*

Sachstand zu Aktivitäten der LReg in Reaktion auf den Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten vom 13. Juli 2015 mit Verwendung von Informationen aus der nicht-öffentlichen Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 2015

KlAnfr
s. *Geheimnisverrat*
Drs 15/7449

Stuttgarter Neues Schloss*s. Neues Schloss, Stuttgart***Stuttgarter Philharmoniker***s. Orchester***Stuttgarter Schlossgarten***s. Schlossgarten Stuttgart***Stuttgarter Schlossplatz***s. Schlossplatz Stuttgart***StWG***s. Studierendenwerkgesetz***Subdelegationsverordnung Justiz***Gesetz zur Umsetzung der Notariatsreform und zur Anpassung grundbuchrechtlicher Vorschriften*

Änderung von § 2 der Subdelegationsverordnung Justiz in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw
s. Notar
Drs 15/6235*Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz*

Änderung von § 2 der Subdelegationsverordnung Justiz in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw
s. Prozesskostenhilfe
Drs 15/6471**Subsidiarität***s. Subsidiaritätsprinzip***Subsidiaritätsprinzip***s.a. Dezentralisierung**EU-Programm zur Nahrungsmittelabgabe*

Beteiligte Mitgliedsstaaten, Zielgenauigkeit und Finanzierung des o.g. Verteilungsprogramms für Bedürftige; Verwendung von frischen Produkten von lokalen Lebensmittelproduzenten? Vereinbarkeit des Programms mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Prinzip der Selbsthilfe durch Schaffung von Arbeitsplätzen

Antr
s. Lebensmittel
Drs 15/753*Umsetzung der Subsidiarität auf europäischer Ebene*

Anzahl und Begründungen der eingeleiteten Subsidiaritätsrügen bzw Subsidiaritätsklagen gegen die Europäische Union wegen Verletzung des Grundsatzes der Subsidiarität bei europäischen Entscheidungen

KlAnfr Karl Rombach CDU 25.06.2014 und Antw StM Drs 15/5364

Substitutionstherapie*Änderungen bei der Diamorphinbehandlung*

Sachstand und Änderungen bei der diamorphingestützten Substitution in BW; Missbrauchsfälle und Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern; Mehrkosten, Ärztezahl, Missbrauchsrisiko sowie ärztliche Behandlungsqualität bei Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 20.12.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2837
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 77 78
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201*Substitution in BW*

Zahl der in Substitutionsbehandlung stehenden Personen; Wirksamkeit der Substitution mit Methadon und anderen Substanzen; Berücksichtigung der Veränderung des Konsumverhaltens bei der Substitutionsbehandlung; Problem der illegalen Methadon-Weitergabe; Pro-Kopf-Versorgung der Bevölkerung mit substituierenden Ärzten und deren Altersdurchschnitt; Sicherung der zukünftigen Substitutionsbehandlung; Verbesserung der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung substituierter Drogenabhängiger

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 12.09.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5712 (25 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 30 31
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982**Subunternehmen***Tariffreie- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landestariffreie- und Mindestlohngesetz - LTMG)*

Verpflichtung der Bewerber um öffentliche Aufträge auf die Einhaltung von Tarifverträgen bzw auf die Zahlung eines Mindestentgelts zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Bindung an die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz fixierten Löhne; Anwendung eines in BW in dieser Branche geltenden und repräsentativen Tarifvertrags; Verpflichtungserklärung der Bieter sowie deren Subunternehmen und Verleihunternehmen bei Angebotsabgabe sowie Kontrollrecht des öffentlichen Auftraggebers

GesEntw
s. Tariflohn
Drs 15/2742*Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tariffreiegesetz BW*

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestariffreiegesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tariffreiegesetz; Schadenersatz an ausgeschlossene Bieter

Antr
s. Vergaberecht
Drs 15/5815**Subvention***s.a. Agrarprogramm*
s.a. Förderprogramm
s.a. Steuerentlastung

s.a. Subventionsbericht
s.a. Wirtschaftsförderung

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW (Subventionsbericht)

Mittlg LReg
s. Subventionsbericht
Drs 15/633

Subventionsabbau in BW

Bewertung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft der Universität Kiel zum Subventionsabbau, mögliche Einsparungen von Haushaltsmitteln und Bürokratiekosten durch Umsetzung der Vorschläge

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 21.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1898 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 12 13
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Ausbildungsverkehr - Subventionierte Tickets im Rahmen einer Weiter- beziehungsweise Fortbildung

Subventionierte Fahrkarten für Schüler in einer Fort- oder Weiterbildung, insbes Form und Höhe der Kostenbeteiligung durch das Land sowie konkrete Ausgestaltung; Unterschiede in der Fahrkostenunterstützung bei (Fach-)Hochschulstudenten und Schülern in einer Weiter- oder Fortbildung

KlAnfr
s. Fahrkosten
Drs 15/2925

Einbeziehung von IC-Verbindungen in den Nahverkehr zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Nutzung der Intercity-Verbindungen auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe durch Fahrgäste des Nahverkehrs; Ausgleich der Differenz der unterschiedlichen Tarife für IC- und IRE-Züge für Fahrgäste des Nahverkehrs durch Landeszuschüsse an die Bahn; Größenordnung der erforderlichen Zuschüsse

KlAnfr
s. Schienenpersonennahverkehr
Drs 15/3390

Zuschüsse für Sport- und Gesundheitskurse

Gründe für die unterschiedliche Bezuschussung der Sport- und Gesundheitskurse von Volkshochschulen bzw Familienbildungsstätten und der von Vereinen; Frage einer Angleichung der Zuschusshöhe

KlAnfr
s. Volkshochschule
Drs 15/3987

Modernisierung des EU-Beihilferechts

Modernisierung des EU-Beihilferechts und Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für die Förderung des Landes und der Kommunen in BW, insbes durch Überarbeitung von Ermächtigungsverordnung, Verfahrensverordnung, Allgemeiner Gruppenfreistellungsverordnung, DE-Minimis-Verordnung, Risikokapitalleitlinien und des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation

Antr
s. Europäisches Gemeinschaftsrecht
Drs 15/4064

Subventionen

Subventionsbegriff, Summe der Finanzhilfen und Erfolgskontrolle von Subventionen; Sportförderung als Subventionstatbestand

KlAnfr Gerhard Kleinböck SPD 26.02.2014 und Antw MFW Drs 15/4863 (20 S.)

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 1. April 2014, Az.: 1 VB 130/13 - Verfassungsbeschwerde gegen §§ 17 und 18 des Privatschulgesetzes wegen Höhe und Berechnung der staatlichen Finanzhilfe für Privatschulen

s. Privatschule
PIPr 15/97 S. 5791

Betrachtung des EEG als Dauer- und Überförderung, Verweisung auf die Subventionierung der Atomenergie

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1653 1655-1657 1659 1661

Subventionsabbau

s. Subvention

Subventionsbericht

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW (Subventionsbericht)

Bericht für die Hj 2009 bis 2011
Mittlg LReg 04.10.2011 Drs 15/633 (86 S.)
Bericht für die Hj 2011 bis 2013
Mittlg LReg 28.08.2013 Drs 15/3983
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4157
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Bericht für die Hj 2013 bis 2015
Mittlg LReg 14.08.2015 Drs 15/7313 (73 S.)
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7698
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

SubVOJu

s. Subdelegationsverordnung Justiz

Suchmaschine

Energieeinsparung in den EDV-Anwendungen der Landesverwaltung

Potentiale und Maßnahmen zur Energieeinsparung in den IT-Geräten und -Anwendungen der Landesverwaltung, insbes durch Einsatz von Thin Clients und Server based Computing, standardisierte Voreinstellung klimaneutraler Suchmaschinen, Konsolidierung und Virtualisierung landeseigener Server, Nutzung der Abwärme landeseigener Server; Entwicklung des Stromverbrauchs der Landesverwaltung und des IT-Anteils

Antr
s. Energieeinsparung
Drs 15/3386

Sucht

Sucht im Alter

Zahlen, Fakten und Forschungsergebnisse zu Sucht und Suchtverhalten im Alter; Forschungsvorhaben, Maßnahmen und Strategien der LReg zu Therapie und Prävention von Sucht im Alter

Antr CDU 07.08.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3922 (15 S.)
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5716-5720

Jedes Kind hat das Recht auf ein suchtfreies Leben - Kindern suchtkranker Eltern helfen

Informationen und Statistiken über die Situation suchtbelasteter Familien in BW und geplante Maßnahmen der LReg, insbes Hilfe für suchtbelastete Familien mit Migrationshintergrund, Identifizierung und Begleitung von Hochrisikofamilien, Zusammenarbeit mit kommunalen Suchthilfenetzwerken

Antr
s. *Suchtkrankenhilfe*
Drs 15/4775

Gefahren der Internetsucht

Sachstand zum pathologischen Computer- und Internetgebrauch, insbes Statistik (Altersstruktur, Geschlecht, Nutzungsart und -häufigkeit), Bedeutung der Online-Computerspielsucht, Gefahren für Kinder und Jugendliche, therapeutische Maßnahmen, Suchtprävention

Antr
s. *Internet*
Drs 15/5896

Suchterkrankung

s. *Sucht*

Suchthilfe

s. *Suchtkrankenhilfe*

Suchtkrankenhilfe

Jedes Kind hat das Recht auf ein suchtfreies Leben - Kindern suchtkranker Eltern helfen

Informationen und Statistiken über die Situation suchtbelasteter Familien in BW und geplante Maßnahmen der LReg, insbes Hilfe für suchtbelastete Familien mit Migrationshintergrund, Identifizierung und Begleitung von Hochrisikofamilien, Zusammenarbeit mit kommunalen Suchthilfenetzwerken

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 14.02.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4775
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 25 26
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Aufsuchende Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten des Landes

Wichtigkeit der Beratung suchtkranker und suchtgefährdeter Strafgefangener; Zahl der in den Justizvollzugsanstalten tätigen externen Fachkräfte; Finanzierung der aufsuchenden Suchtberatung; künftige personelle und finanzielle Ausstattung der Suchtberatung für Strafgefangene; Anzahl der seit 2009 in externe Suchtrehamaßnahmen vermittelten Strafgefangenen; Bewertung der aktuellen Regelungen zur Zurückstellung der Strafvollstreckung; Stärkung der externen medizinischen Suchtrehabilitation gegenüber dem Maßregelvollzug für drogenabhängige Straftäter; Sicherung der Suchtberatung in den Haftanstalten

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 17.09.2014 und Stellungnahme JM Drs 15/5736
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6496

S. 5
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Auskömmliche Finanzierung von Suchtberatungsstellen in BW
Sachstand zur Arbeit und Finanzierung der Suchtberatungsstellen in BW, insbes Behebung einer möglichen Unterfinanzierung

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 25.03.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6672 (25 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 38 39
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Suchtkrankenversorgung

s. *Suchtkrankenhilfe*

Suchtkrankheit

s. *Sucht*

Suchtmittel

s. *Suchtstoff*

Suchtprävention

Entwicklung des illegalen Internetglücksspiels

Verlagerung des Glücksspiels ins Internet; Zunahme der legalen und der illegalen Online-Glücksspiele; Spielanreiz durch das Angebot kostenloser Spiele; Suchtgefahr, Spielsuchtprävention und -therapie; Möglichkeiten des Landes zur Eindämmung illegaler Glücksspiele im Internet

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/3459

Genderspezifische Suchtprävention in BW

Entwicklung und Unterschiede im Suchtverhalten von Frauen und Männern in BW, insbes Angebot und Finanzierung genderspezifischer Ansätze in der Suchtprävention

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE 29.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3882 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 49 50
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Sucht im Alter

Zahlen, Fakten und Forschungsergebnisse zu Sucht und Suchtverhalten im Alter; Forschungsvorhaben, Maßnahmen und Strategien der LReg zu Therapie und Prävention von Sucht im Alter

Antr
s. *Sucht*
Drs 15/3922

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreis Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streitschlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von

Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Situation des Glücksspiels in BW

Bewertung der Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes; Auslage von Informationsmaterialien durch die Spielhallenbetreiber; Kontrolle der Spieler- und Jugendschutzvorgaben; Kapazitäten der zuständigen Überwachungsbehörden; Verhängung von Sanktionen; Teilnahme der Spielhallenmitarbeiter an Schulungen zur Suchtprävention; Sozialkonzepte; Zahl und Art der neugenehmigten Spielstätten; Fortbestehen illegaler Wettbüros; Zahl der Überfälle auf Spielhallen nach dem Wegfall des EC-Cash

KlAnfr
s. *Glücksspiel*
Drs 15/4470

„Legal Highs“ - Gefahren scheinbar legaler Drogen

Erkenntnisse über die Verbreitung der „Legal Highs“ in BW; Konsumformen und Konsummuster; Gesundheitsrisiken; Unterstützung der Suchthilfe durch eine genaue Erfassung der Konsumformen und Wirkungsweisen der Drogen in der landesweiten Suchthilfestatistik; Präventionsmaßnahmen zum Schutz der meist jungen Konsumenten; Unterdrückung des Konsums und des Vertriebs; Erarbeitung eines Plans zur Eindämmung des Konsums der „Legal Highs“ durch Jugendliche

Antr
s. *Synthetische Droge*
Drs 15/4962

Präventionsarbeit in BW

Hintergründe der Präventionsarbeit in BW; fachübergreifender Austausch und Verbesserung der Vernetzung von Präventionsprojekten; Einrichtung eines Landespräventionsrats für Fragen der Kriminal- und Suchtprävention sowie der Gesundheitsförderung; Auswirkungen einer Stärkung der Prävention in den Bereichen Kriminalität, Gesundheit und Volkswirtschaft

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 15/4980

Spielbanken in BW

Flächen und Geräte für das Kleine Spiel in den Spielbanken Baden-Baden, Konstanz und Stuttgart; Mindesteinsatzhöhe sowie höchstmöglicher Gewinn; Maßnahmen zum Spielerschutz; Schulung der Spielbankmitarbeiter im Umgang mit dem Spielgast; räumliche Trennung zwischen Spielbereich und kartengestützter Geldauszahlung in den Spielbanken

KlAnfr
s. *Spielbank*
Drs 15/5012

Gefahren der Internetsucht

Sachstand zum pathologischen Computer- und Internetgebrauch, insbes Statistik (Altersstruktur, Geschlecht, Nutzungsart und -häufigkeit), Bedeutung der Online-Computerspielsucht, Gefahren für Kinder und Jugendliche, therapeutische Maßnahmen, Suchtprävention

Antr
s. *Internet*
Drs 15/5896

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchtgefährdenden Stoffen

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchtgefährdenden Stoffen, insbes Bedeutung der Suchtprävention im Bereich von Cannabisprodukten, Initiativen zur Abmilderung bestehender Verbotsnormen, Auswirkung einer öffentlichen Zurschaustellung von Hanfpflanzen auf die Ziele einer auf Jugendschutz und Vermeidung von Erstkonsum abzielenden Präventionsstrategie

Antr
s. *Suchtstoff*
Drs 15/6444

Alkoholverkaufsverbot und Präventionsmaßnahmen

Sachstand zur Wirkung des Alkoholverkaufsverbots von 2010 und von Präventionsprogrammen gegen Alkoholmissbrauch

KlAnfr
s. *Alkoholverbot*
Drs 15/7457

Suchtstoff

s.a. *Alkohol*
s.a. *Arzneimittel*
s.a. *Tabak*

Verbot des Konsums von Cannabis-Produkten aufrecht erhalten

Zahl der o.g. Konsumenten, Einschätzung der Gefährdung durch den Konsum von Cannabis-Produkten; Grenzwerte für die Einstellung eines betäubungsmittelrechtlichen Strafverfahrens und für das Führen eines Kraftfahrzeugs im öffentlichen Straßenverkehr; Beurteilung von Bestrebungen zur legalen Abgabe von Cannabis-Produkten durch öffentlich-rechtliche Stellen sowie von Modellen zur Analyse illegaler Drogen für die Konsumenten

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 02.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1190
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.05.2012 Drs 15/1821 S. 31 32
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Drogenkonsum Jugendlicher in BW

Schlüsse aus dem Bericht zur Drogenaffinität Jugendlicher 2011; Bewertung der Entwicklung des Konsums von Alkohol, Cannabis u.a. legalen und illegalen Drogen im Vergleich zu anderen BLändern; Positionen zum Einsatz jugendlicher Testkäufer, zu einem generellen Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr sowie zur Forderung von Kommunen nach möglichen Alkoholverboten auf öffentlichen Plätzen

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 28.02.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1324
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.05.2012 Drs 15/1821 S. 34 35
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Änderungen bei der Diamorphinbehandlung

Sachstand und Änderungen bei der diamorphingestützten Substitution in BW; Missbrauchsfälle und Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern; Mehrkosten, Ärztezah, Missbrauchsrisiko sowie ärztliche Behandlungsqualität bei Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen

Antr
s. *Substitutionstherapie*
Drs 15/2837

Crystal Meth - Gefahren und Gegenmaßnahmen in BW

Gefahren des Konsums von N-Methylamphetamin (Crystal Meth); Zahl und Sozialstruktur der Drogenkonsumenten; konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenkonsums, Aufklärung insbes junger Menschen über die Gefährlichkeit der Droge; wissenschaftliche Untersuchungen zum Konsum von Crystal Meth; Erstellung eines Programms zur Bekämpfung der Verbreitung und des Konsums dieser Droge

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 22.08.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3965

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.10.2013 Drs 15/4324 (da zu ÄAntr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU, Josef Frey u.a. GRÜNE, Florian Wahl u.a. SPD und Jochen Haußmann FDP/DVP) S. 52 53

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Mittlg LReg 20.05.2014 Drs 15/5050

Regierungsbefragung

Rechtlicher Umgang mit neuen Formen von Drogen, die nach der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs außerhalb der Strafbarkeit liegen

s. *Synthetische Droge*

PIPr 15/105 S. 6269

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchgefährdenden Stoffen

Haltung der LReg zum öffentlichen Umgang mit suchgefährdenden Stoffen, insbes Bedeutung der Suchtprävention im Bereich von Cannabisprodukten, Initiativen zur Abmilderung bestehender Verbotsnormen, Auswirkung einer öffentlichen Zurschaustellung von Hanfpflanzen auf die Ziele einer auf Jugendschutz und Vermeidung von Erstkonsum abzielenden Präventionsstrategie

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 03.02.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6444

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 26 27

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Suchttherapie*Entwicklung des illegalen Internetglücksspiels*

Verlagerung des Glücksspiels ins Internet; Zunahme der legalen und der illegalen Online-Glücksspiele; Spielanreiz durch das Angebot kostenloser Spiele; Suchtgefahr, Spielsuchtprävention und -therapie; Möglichkeiten des Landes zur Eindämmung illegaler Glücksspiele im Internet

KlAnfr

s. *Glücksspiel*

Drs 15/3459

Sucht im Alter

Zahlen, Fakten und Forschungsergebnisse zu Sucht und Suchtverhalten im Alter; Forschungsvorhaben, Maßnahmen und Strategien der LReg zu Therapie und Prävention von Sucht im Alter

Antr

s. *Sucht*

Drs 15/3922

Qualifizierter Entzug und Behandlungskapazitäten für Kassenpatienten in den Psychotherapeutischen Praxen Baden-Württembergs

Wichtigkeit der psychotherapeutischen Nachsorge nach Maßnahmen des „qualifizierten Entzugs“; durchschnittliche Warte-

zeit auf einen Nachsorge-Termin in einer psychotherapeutischen Praxis; Benachteiligung von Kassenpatienten gegenüber privat Versicherten; Gefährdung der Therapieerfolge der Entzugsbehandlung durch lange Wartezeiten; Schaffung eines schnellen und niederschweligen Zugangs zu einer psychotherapeutischen Behandlung nach dem Entzug; Einsatz der Therapieform Gruppentherapie

Antr

s. *Psychotherapie*

Drs 15/5714

Aufsuchende Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten des Landes

Wichtigkeit der Beratung suchtkranker und suchgefährdeter Strafgefangener; Zahl der in den Justizvollzugsanstalten tätigen externen Fachkräfte; Finanzierung der aufsuchenden Suchtberatung; künftige personelle und finanzielle Ausstattung der Suchtberatung für Strafgefangene; Anzahl der seit 2009 in externe Suchtrehamaßnahmen vermittelten Strafgefangenen; Bewertung der aktuellen Regelungen zur Zurückstellung der Strafvollstreckung; Stärkung der externen medizinischen Suchtrehabilitation gegenüber dem Maßregelvollzug für drogenabhängige Straftäter; Sicherung der Suchtberatung in den Haftanstalten

Antr

s. *Suchtkrankenhilfe*

Drs 15/5736

Gefahren der Internetsucht

Sachstand zum pathologischen Computer- und Internetgebrauch, insbes Statistik (Altersstruktur, Geschlecht, Nutzungsart und -häufigkeit), Bedeutung der Online-Computerspielsucht, Gefahren für Kinder und Jugendliche, therapeutische Maßnahmen, Suchtprävention

Antr

s. *Internet*

Drs 15/5896

Südbaden*s.a. Kaiserstuhl**s.a. Oberrhein, Region**s.a. Regierungsbezirk Freiburg**Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich*

Unterstützung der Position der südbadischen Region gegenüber dem Bundesverkehrsminister, ausschließliche Akzeptanz von Flugbewegungen als Planungs-, Steuerungs- und Kontrollkriterium; Mitwirkung in der Begleitkommission beim Regierungspräsidium Freiburg und im Fluglärmbeirat; Unterstützung der Initiative des Fluglärmbeirats zur Schaffung von Transparenz der Vorgänge im südbadischen Luftraum

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/186

Bahnanbindung Euro-Airport Basel/Mulhouse

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Höhe der Kosten und einer Beteiligung des Landes an der Schienenanbindung

KlAnfr

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Drs 15/398

Fluglärmgespräche mit Schweizer Regierungsvertretern

Frage nach den jeweiligen Positionen zur Zahl der Flugbewegungen vom und zum Flughafen Zürich über dem südbadischen Luftraum; Einschätzung der Möglichkeiten für eine baldige Lösung des Fluglärmstreits mit der Schweiz

KlAnfr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/435

Fluglärm reduzieren - Südbaden entlasten

Aktuelle Debatte

s. *Luftverkehr*

PIPr 15/24 S. 1169

Schienenanschluss für den EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg

Bedeutung des Euro-Airports für die Region Südbaden; Rücknahme der in Aussicht gestellten finanziellen Unterstützung des o.g. Bahnanschlusses, Kommunikation des Rückzugs über die Presse statt mit den beteiligten Akteuren in der Schweiz und in Frankreich, Vereinbarkeit mit dem Kabinettsbeschluss zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Bewertung der Aufforderung des Oberrheinrats zur Erfüllung der Zusage

Antr

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Drs 15/2097

Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz zur Regelung des Flugverkehrs

Art und Zeitpunkt der Einbindung der LReg in die Verhandlungen zur Beilegung des Fluglärmstreits in Südbaden, Abgabe einer Stellungnahme vor dem endgültigen Vertragsabschluss? Bewertung des erzielten Verhandlungsergebnisses

KlAnfr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/2203

Folgen des Staatsvertrags über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf BW

Maximal zulässige Anzahl von Anflügen über baden-württembergisches Gebiet, Flughöhe und Zeitraum innerhalb des Tagesverlaufs; zu erwartende Änderungen ab 2020 insbes durch Neufestlegung der Flugrouten; Bewertung dieser Änderungen gegenüber den bisherigen Regelungen im Hinblick auf den Lärmschutz

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/2313

Atomausstieg Schweiz - Atomkraftwerke Beznau und Leibstadt

Zeitplan für die Abschaltung der Kernkraftwerke in der Schweiz; Appell an die Schweizer Regierung, die Stilllegung der grenznahen Kernkraftwerke Beznau und Leibstadt bald umzusetzen

KlAnfr

s. *Atomausstieg*

Drs 15/2339

Lärmreduzierung für Südbaden sicherstellen

Verhandlungsstand des Abkommens mit der Schweiz, voraussichtliche Befassung des Bundesrats; Lärmschutz-Ziele des Staatsvertrags; Unklarheiten über den Inhalt der Denkschrift zum Staatsvertrag, Erfordernis einer Konkretisierung der Ausführungsbestimmungen vor der Zustimmung im Bundesrat; Einhalten der Ziele der Stuttgarter Erklärung im Verfahren

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/2349

Staatsvertrag Fluglärm Zürich mit der Schweiz - Bekenntnis zur Stuttgarter Erklärung

Ablehnung des Staatsvertrags in der vorliegenden Form; Hinwirkung auf Aufnahme der Positionen der Stuttgarter Erklärung, insbes der Begrenzung der Flugbewegungen auf 80.000/Jahr, in den Staatsvertrag

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/2484

Mögliche Änderungen beim Anflugverfahren auf den Flughafen Zürich

Gespräche zwischen der Deutschen Flugsicherung und Skyguide zur Erarbeitung eines Flugbetriebskonzepts für den süddeutschen Raum; Koordination mit dem Bundesverkehrsministerium; Unterstützung des Anliegens der Stuttgarter Erklärung; Auskunft über geplante Flugrouten, Flughöhen und Flugbewegungen; Beurteilung der gegenwärtigen Baumaßnahmen am Flughafen Zürich; Erzielung einer langfristigen Lärmentlastung für Süddeutschland

KlAnfr

s. *Flughafen Zürich*

Drs 15/5398

Aktuelle Situation und Perspektiven des EuroAirports Basel/Mulhouse

Entwicklung der Passagierzahlen und Flüge in den letzten drei Jahren; Anzahl der am Flughafen Beschäftigten, unterschieden nach ihrer Herkunft aus Deutschland, Frankreich und der Schweiz; Anzahl der in der Nähe des Flughafens angesiedelten deutschen, französischen, schweizerischen und sonstigen Unternehmen; Stand des geplanten Schienenanschlusses, Zahlung eines Landeszuschusses; Differenzen zwischen den beiden den Flughafen betreibenden Staaten Frankreich und Schweiz; Bedeutung der weiteren Entwicklung des Flughafens für BW

KlAnfr

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Drs 15/5666

Pläne zur Änderung der 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet

Inhalte und Auswirkungen der von der Schweiz geplanten Änderungen zur 220. Durchführungsverordnung zur Regelung von An- und Abflügen zum und vom Flughafen Zürich über deutschem Gebiet, insbes Folgen für die Flugverkehrsbelastungen Südbadens, Art der Umsetzung, Weiterleitung von Informationen an den Flugbeirat; Einsatz des Ministerpräsidenten gegen eine Änderung der Durchführungsverordnung

Antr

s. *Flughafen Zürich*

Drs 15/5888

Abgabe von Jodtabletten in der Schweiz

Verteilung von Jodtabletten an die schweizerische Bevölkerung zu deren Schutz vor Schilddrüsenkrebs im Fall eines Reaktorunfalls in der Schweiz; Unterrichtung der zuständigen Stellen und Kommunen in der baden-württembergischen Grenzregion über diese Maßnahme; Aushändigung von Jodtabletten an die deutschen Haushalte in der Grenzregion und ihre Finanzierung; Si-

herstellung einer unverzüglichen Verständigung der deutschen Bevölkerung bei einem Unfall in einem schweizerischen Kernkraftwerk

KlAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/6165

Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines atomaren Tiefenlagers in der Schweiz

Beurteilung einer durch das schweizerische Bundesamt für Energie (BfE) erstellten Studie über die sozioökonomisch-ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf sechs potenzielle Standortregionen in der Schweiz; Einschätzung der darin formulierten Auswirkungen auf deutsche Gemeinden; Durchführung einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung für die möglichen Standortregionen

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6265

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der Schweiz

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaßnahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkommens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr
s. *Fluglärm*
Drs 15/6309

Mindesteinkaufswert bei der Mehrwertsteuer-Rückerstattung für Schweizer

Einführung einer Bagatellgrenze für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer; Folgen für den Einzelhandel in Südbaden

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/6529

Betriebskonzepte am Flughafen Zürich

Sachstand zur Diskussion der verschiedenen Betriebskonzepte für den Flughafen Zürich, insbes Auswirkungen auf den südbadischen Raum, Beurteilung der Sicherheitsfragen, Vorschlag von 137 Schweizer Gemeinden zur Gestaltung des Flugbetriebs

KlAnfr
s. *Flughafen Zürich*
Drs 15/7187

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Südbahn

Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen

den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr Martin Rivoir SPD 04.07.2011 und Antw MVI Drs 15/195

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Informationen über die geplante Elektrifizierung der Südbahn Ulm-Friedrichshafen im Zusammenhang mit Stuttgart 21

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/299

Südbahn 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Lindau/Friedrichshafen, Ulm, Stuttgart-Flughafen und -Hauptbahnhof in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr; Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.09.2011 und Antw MVI Drs 15/516

Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Bahnprojekten

Darlegung von Grundlagen und relevanten Parametern für Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei der Planung von Bahnprojekten, insbes für die Gäubahn und Südbahn und deren Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21; Auswirkungen eines Bruchs der Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr
s. *Wirtschaftlichkeit*
Drs 15/769

Keine Kannibalisierung durch Stuttgart 21

Höhe und Finanzierung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Rheintalbahn, Gäubahn und Südbahn; Höhe der Bundesmittel für diese Maßnahmen und für Stuttgart 21 nach den S 21-Finanzierungsverträgen; Bereitstellung von Landesmitteln für die genannten Maßnahmen neben den zu erwartenden Schadensersatzleistungen nach einem Ausstieg aus Stuttgart 21

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/825

Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.12.2011 und Antw MVI Drs 15/1044

Elektrifizierung der Südbahn zügig vorantreiben - Südbahn wieder in den Investitionsrahmenplan aufnehmen

Gründe und Auswirkungen der Streichung o.g. Elektrifizierung der Ausbaustrecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme des Projekts in den Rahmenplan 2011-2015

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Sascha Binder u.a. SPD 09.01.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1121
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 47 48
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898
Mittlg LReg 18.09.2012 Drs 15/2363

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Südbahn

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr Martin Rivoir u.a. SPD 31.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2591
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 88
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

*Regierungsbefragung**Künftige Finanzierung von GVFG-Projekten in BW*

s. *Verkehrsinvestition*
PIPr 15/50 S. 2890

Schienenpersonennahverkehr auf der Südbahn

Ausschreibungsverfahren des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Südbahn, insbes Zeitplan, Fahrplan- und Linienkonzept, notwendige Streckenbau- und Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Beteiligung der Raumschaft an der Umsetzung; Einsatz, Beschaffung und Zulassung von Fahrzeugmaterial

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3429

Elektrifizierung der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn, insbes Zeitplan und Sachstand von Planfeststellung, Fertigstellung und Inbetriebnahme; Kostenaufteilung und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund, Deutscher Bahn und Land

Antr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3452

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Zukunft des Verkehrs auf der Südbahn

Zeitplan, Kostenstand und mögliche Änderungen bei der geplanten Elektrifizierung der Südbahn; Möglichkeit eines Interregio-Express-Halts in Erbach

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/5107

Ausbau der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn; Stand des Planfeststellungsverfahrens, voraussichtliche Fertigstellung der Bauabschnitte zwischen Ulm und Lindau; Abschluss der Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund und der Deutschen Bahn; Realisierung des Projekts iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 30.04.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5142
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 09.07.2014 Drs 15/5743 (dazu ÄAntr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD) S. 40-42
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537
Mittlg LReg 13.04.2015 Drs 15/6724

*Regierungsbefragung**Südbahn*

PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8539-8541

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhofs in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheimbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7864

Vermeiden negativer Rückwirkungen auf die Südbahn durch den Bahnhof in Merklingen

Sachstand zur Lösung der betrieblichen Probleme auf der Südbahn nördlich von Ulm durch Einrichtung eines Bahnhofs in Merklingen

KlAnfr Ulrich Müller CDU 18.02.2016 und Antw MVI Drs 15/8086

Finanzielle Beteiligung des Landes am Ausbau der Südbahn

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 746-749

Bedeutung von Stuttgart 21 für den Ausbau der Südbahn

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851 853 863

Einforderung der Zusage von Bahnchef Grube zur Einleitung der Elektrifizierung der Südbahn 2012

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 984 986 989 990 1034

Bemühungen um eine Rücknahme der Streichung der Elektrifizierung der Südbahn aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1109

Begrüßung der Wiederaufnahme der Elektrifizierung der Südbahn in den Investitionsrahmenplan des Bundes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1352 1355 1356 1362 1364 1365

Süddeutsche Erdgasleitung

s. *Gasleitung*

Südostasien

Zukunftsperspektive für das Kooperationsprojekt „Vietnamesisch-Deutsche Universität“ (VGU) in Ho Chi Minh-Stadt

Finanzielle Beiträge der am Gemeinschaftsprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt beteiligten Einrichtungen und Unternehmen; Zukunft der Hochschule angesichts der mittelfristig zu erwartenden Finanzierungssituation; Gründe für die Streichung der Förderung des von der Hochschule Karlsruhe getragenen Masterstudiengangs „Mechatronics and Sensor Systems Technology“; ursprüngliche Intention der Förderung; Ziele der Internationalisierungsstrategie für die baden-württembergischen Hochschulen, Stellenwert der Region Südostasien und insbes Vietnams in diesem Zusammenhang

KlAnfr

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Drs 15/3609

Südosteuropa

s. *Osteuropa*

Südschwarzwald, Region

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Nationalpark Nordschwarzwald

Stand und weiterer Ablauf der Einrichtung des o.g. Biosphärengebiets, Stellungnahmen der darin einbezogenen Gemeinden, Auswirkungen auf die forst- und landwirtschaftliche Nutzung im Schwarzwald, Vergleich der Kosten für Einrichtung und Unterhalt mit dem Biosphärengebiet Schwäbische Alb, Frage nach einer zu erwartenden Konkurrenz zum geplanten Nationalpark Nordschwarzwald

Antr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/1612

Biosphärengebiet Südschwarzwald

Stand zur Schaffung des Biosphärengebiets Südschwarzwald, insbes Zeitplan, Bereitstellung von Geld und Personalstellen, weitere Fördermöglichkeiten, Entscheidung von Gemeinden über den Beitritt

KlAnfr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/5834

Kein zweckwidriges Junktim zwischen der Entscheidung zum Biosphärengebiet Südschwarzwald und der Vergabe von LEADER-Fördermitteln

Sachstand zur Entscheidung über die neuen LEADER-Förderregionen, insbes Zeitplan und Auswahlkriterien, Kopplung mit der Entscheidung über das Biosphärengebiet Südschwarzwald

Antr

s. *LEADER*

Drs 15/6088

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Chance für Wirtschaft und Natur

Sachstand bei der Verwirklichung des Biosphärengebiets Südschwarzwald, insbes Größe und Kommunen der Suchkulisse, Naturschutzgebiete und Bannwaldflächen für die Kernzonen,

Staatswaldflächen für die Pflegezone, Förderprogramme in der Entwicklungszone, Bürgerbeteiligung bei der Planung

Antr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/6144

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Vermarktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäferbetrieben im Verhältnis zu den Markterlösen aus Schafprodukten

Antr

s. *Schafhaltung*

Drs 15/6423

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Förderzusage durch die SPD-Landtagsfraktion

Hintergründe zur spontanen Zusage von 60.000 Euro an zusätzlichen Geldern für das geplante Biosphärengebiet Südschwarzwald durch den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion

KlAnfr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/6727

Begrüßung der Ausweisung eines Biosphärengebiets Südschwarzwald

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820 1823

Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft

Kompetenzüberschreitungen des Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. des landeseigenen Verkehrsbetriebs SWEG

Art der dem Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. angelasteten Verstöße; Ausscheiden und Neubesetzung des technischen Vorstands; Forderung nach Einsichtnahme in das Gutachten des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft über die Vorgänge innerhalb der SWEG

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 10.11.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/7665

Lärm auf der Münstertalbahn

Sachstand zur auf das Zugmaterial (Jakobsdrehgestell) zurückzuführenden Lärmentwicklung und Verschleiß auf der Münstertalstrecke, insbes Abhilfemöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verkehrsvertrags mit der SWEG oder iR einer Neuvergabe

Antr

s. *Schieneverkehrslärm*

Drs 15/7982

Südwestrundfunk

Vertretung der Bauernverbände im Rundfunkrat des SWR erhalten

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Bauernverbänden den Sitz im Rundfunkrat nur noch alternierend mit den Vertreterinnen der Landfrauen zu überlassen; künftige Interessenvertretung der Belange der Landwirtschaft und des Ländlichen Raums im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2643

Vertretung der Vertriebenenverbände im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Vertriebenenverbänden ihre zwei Sitze im Rundfunkrat zu entziehen; Überlassung der Sitze an Umweltverbände und Migrantenorganisationen; künftige Interessenvertretung der Belange der Vertriebenenverbände und Würdigung ihrer Arbeit im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2655

Vertretung der Freikirchen im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Freikirchen den Sitz im Rundfunkrat zu entziehen; Besetzung des frei gewordenen Sitzes durch muslimische Verbände; künftige Interessenvertretung der Freikirchen im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2683

Anhängerzahlen der Religionen und Konfessionen in BW

Statistische Daten zu Mitgliederzahlen der Religionen und Konfessionen in BW; Kriterien für die Berufung und Zuteilung der Sitze im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) für die Vertretung der Religionen und Konfessionen

Antr
s. *Religion*
Drs 15/2811

Fusion der SWR-Rundfunkorchester

Ablauf und Folgen der Fusion des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des Südwestrundfunks (RSO) und des SWR-Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg (SO) zu einem Klangkörper, insbes beim künftigen musikalischen Profil, Personalbestand, Infrastruktur, Probenmöglichkeiten und Konzertanzahl; finanzieller Einspareffekt; Konsequenzen der Zusammenlegung für den Bereich der kulturellen Bildung

Antr
s. *Orchester*
Drs 15/3130

Neuer SWR-Staatsvertrag und die Auswirkungen auf Baden-Baden

Auswirkungen des neuen SWR-Staatsvertrags auf den SWR-Standort Baden-Baden, insbes Wegfall der festen Zuordnungen für Direktorenstellen und überregionale Produktionen sowie Fusion der Rundfunkorchester an den Standort Stuttgart; Gleichwertigkeit des SWR-Standorts Baden-Baden neben Mainz und Stuttgart; mittel- bis langfristige Verlagerung des Standorts Baden-Baden nach Stuttgart; vertragswidrige Verlagerung Baden-Baden zugeschriebener Formate/Einrichtungen nach Stuttgart

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.02.2013 und Antw StM Drs 15/3141

Struktur der Produktionen des Südwestrundfunks (SWR)

Verteilung der Produktionen auf den Standort Baden-Baden und andere Standorte; Auslastung der Bereiche Kamera, Schnitt und Tontechnik (Hörfunk und Fernsehen) an den jeweiligen Standorten; finanzielle Größenordnung des Wegfalls der „Nachtkultur“ am Standort Baden-Baden; Sendeplatzverschiebungen 2008 bis 2012; Beschäftigte im Bereich „junge Formate“; Eigenproduktionen und eingekaufte Sendungen

KIAnfr Tobias Wald CDU 29.03.2013 und Antw StM Drs 15/3302

Immobilien des Südwestrundfunks (SWR) und die Auswirkungen des neuen Rundfunkstaatsvertrags

Eigene und angemietete Gebäude und Räumlichkeiten des SWR; weitervermietete Immobilien und Art der „Untermieter“; Änderungen im Gebäudebestand durch die Verlagerung von Produktionen infolge der Neuregelung des Rundfunkstaatsvertrags; Auswirkungen auf die Personalsituation an den jeweiligen Standorten

KIAnfr Tobias Wald CDU 29.03.2013 und Antw StM Drs 15/3303

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatuts; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg 14.05.2013 Drs 15/3497 (27 S.)

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4127

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2013 Drs 15/3631

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Südwestrundfunk und zur Änderung medienrechtlicher und datenschutzrechtlicher Vorschriften

Zustimmung zum novellierten Staatsvertrag über den Südwestrundfunk; Folgeänderungen und redaktionelle Anpassungen des Landesmediengesetzes sowie des Landesdatenschutzgesetzes an die Regelungen des novellierten Staatsvertrags; Verlängerung der Zuweisungsdauer von Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter sowie der Zulassungsdauer eines privaten Rundfunkveranstalters von jeweils acht auf zehn Jahre

GesEntw LReg 22.10.2013 Drs 15/4223 (57 S.)

1. Beratung PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4887-4895

BeschlEmpf und Bericht StändA 21.11.2013 Drs 15/4366

2. Beratung PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4984-4992

GesBeschl 27.11.2013 Drs 15/4403 (17 S.)

GBI 2013 Nr. 16 S. 314-329 (Ges vom 03.12.2013)

Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2014 Nr. 3 S. 75

Umsetzung des Maßnahmenkatalogs 2013 zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots

Stand der Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des Programmangebots der ARD; Audiodeskription und Untertitelung

von Sendungen der ARD; Zuspruch für die bisher untertitelten Formate; Anteil der barrierefreien Sendungen am Gesamtprogramm des SWR bis Jahresende

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 15/4241

Musikland BW

Situation der Musikkultur und Musikförderung in BW, insbes bei dem Bereich Musik der „Konzeption 2020“, den Musik-Ensembles, Musikveranstaltungen, den Rundfunkorchestern des Südwestrundfunks, Nachwuchsmusikern, dem Landespolizeiorchester, Lehrstühlen an Musikhochschulen, Konzeption für Pop und Jazz, Amateurmusikverbänden, ehrenamtlichen Musikern, Musikprofil-Gymnasien, der Landesakademie für die musizierende Jugend in Ochsenhausen, den Musikschulen; Übernahme einer Stiftungslösung für die künftige Trägerschaft des Rundfunksinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 15/4981

Regierungsbefragung

Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag auf den SWR-Staatsvertrag
PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5611-5617

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2011 bis 2015

Mittlg LReg 08.04.2014 Drs 15/5042 (33 S.)
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5723

SWR-Sendemast in Mühlacker

Von der Einstellung des SWR-Mittelwelle-Sendebetriebs betroffene Sendeanlagen; Prüfung einer Weiterentwicklung des Sendemasts in Mühlacker; Fortbestand des Sendemasts als Wahrzeichen; Verhinderung einer Sprengung des Masts während der Landesgartenschau 2015

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/5081

Medienbildung und Mediennutzung an den baden-württembergischen Schulen

Stellenwert des Schulfernsehens des SWR; Nutzung von medialem und interaktivem Unterrichtsmaterial an den Schulen; Qualifikation der Lehrkräfte für die Vermittlung von Medienkompetenz im Unterricht; inhaltliche Aspekte der Medienbildung; Qualität freier Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational Resources) und deren Verwendung im Unterricht; Einbeziehung außerschulischer Partner in die Medienbildung; Stärkung der Medienpädagogik entsprechend den Handlungsempfehlungen des Sonderausschusses zum Amoklauf in Winnenden und Wendlingen; Strategieprozess „Medienbildung Baden-Württemberg“

Antr
s. *Medienkompetenz*
Drs 15/5812

Bearbeitung einer SWR-Medienanfrage im Justizministerium

Sachstand zu den genauen Umständen des Eingangs und der Beantwortung einer Medienanfrage des SWR zum zweiten Fall einer rechtswidrigen Einzelhaft in BW sowie der Ermittlung und

Aufklärung dieses Falls

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6204

Regierungsbefragung

Anpassung des SWR-Staatsvertrags nach dem ZDF-Urteil
PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7186

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk (SWR-Änderungsstaatsvertrag)

Anpassung des SWR-Staatsvertrags an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, insbes Begrenzung des Einflusses der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien Rundfunkrat und Verwaltungsrat, gemeinsame Wahl des Intendanten durch Rundfunk- und Verwaltungsrat

Mittlg LReg 24.02.2015 Drs 15/6512 (10 S.)
PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7293
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.03.2015 Drs 15/6582
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Berichte des SWR und des ZDF über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2013 bis 2016

Mittlg LReg 27.02.2015 Drs 15/6557 (37 S.)
PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7293
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2015 Drs 15/6823
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Kosten für die Erhaltung des SWR-Sendemastes in Mühlacker

Sachstand zur Erhaltung des SWR-Sendemastes in Mühlacker, insbes jährliche Unkosten für die Erhaltung, weitere Planungen und Kooperation mit einem Verein

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/6586

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Zusammensetzung und Rechtsstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien Rundfunk- und Verwaltungsrat sowie zur Transparenz ihrer Arbeit für den rechtlichen Rahmen des Südwestrundfunks

GesEntw LReg 21.04.2015 Drs 15/6779 (18 S.)
1. Beratung PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7661-7666
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2015 Drs 15/6821
2. Beratung PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7722-7726
GesBeschl 06.05.2015 Drs 15/6862
GBI 2015 Nr. 10 S. 332-334 (Ges vom 12.05.2015)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2015 Nr. 15 S. 747

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks (SWR) 2011 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und Rheinland-Pfalz

-Prüfungsmitteilung Teil 1: Allgemeiner Teil mit dem Schwerpunkt SWR in der Fläche (öffentlich)

-Prüfungsmitteilung Teil 2: Kosten der Sportsendungen einschließlich Sportrechteerwerb (vertraulich)

-Prüfungsmitteilung Teil 3: Fußball-Weltmeisterschaft 2010 (vertraulich) hier: Unterrichtung über die Prüfungsergebnisse nach § 35 Abs 3 SWR-Staatsvertrag

Mittlg RH 24.04.2015 Drs 15/6760 (240 S.)

PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7625

BeschlEmpf und Bericht StändA 09.07.2015 Drs 15/7145

PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Wahl von Vertretern des Ltg

a) für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks

b) für die Entsendung in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks

PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7726-7728

Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2014 bis 2017

Mittlg LReg 22.02.2016 Drs 15/8088 (15 S.)

PIPr 16/5 08.06.2016 S. 35

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2016 Drs 16/674 (25 S.)

PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Südwürttemberg-Hohenzollern

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KlAnfr

s. *Schienenverkehr*

Drs 15/299

Süßen

Weiterbau von Bundesstraßen im Landkreis Göppingen

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1735

Aufhebung der Realschule Süßen

Zusammenlegung der Geschwister-Scholl-Realschule Süßen mit der Johann-Georg-Fischer-Gemeinschaftsschule Süßen; Beantragung einer Aufhebung oder Änderung der Geschwister-

Scholl-Realschule durch die Stadt Süßen als Schulträger; Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren gegen einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss; Beteiligung der beruflichen Schulen sowie der lokalen Unternehmen und Kammern an der regionalen Schulentwicklung; Aufnahme von Schülern der Realschule Süßen an umliegenden Realschulen

Antr

s. *Realschule*

Drs 15/6485

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 10 - Süßen/Ost - Gingen/Ost, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 15/7256

Suizid

Suizidprävention bei Jugendlichen

Daten zu Todesfällen durch Suizid in BW; Arten, Förderung und Finanzierung von Präventions- und Beratungsangeboten für Suizidgefährdete und speziellen Konzepten für Jugendliche; Rolle des ehrenamtlichen Engagements; Bewertung niedrigschwelliger Online-Beratungsangebote für suizidgefährdete Jugendliche, insbes des Peer-to-Peer-Beratungsansatzes; Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung für Kinder und Jugendliche und Aufklärungsangebote durch Schule und Veranstaltungen

Antr Thomas Poreski u.a. GRÜNE 16.01.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/2876

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/4040 S. 42 43

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Suizid im Alter

Zahlen und Ursachen für Suizide bei älteren Menschen; Maßnahmen und Strategien einer effektiveren Suizidprävention im Alter, u.a. Beratung und Information für betroffene Bevölkerungsgruppen und ihrer Angehörigen sowie altersbezogener Dienstleistungserbringer über Gefahren und Probleme von Alterssuiziden, Umsetzung der Forderungen aus dem „Europäischen Pakt für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr Florian Wahl u.a. SPD 14.05.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3493

BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2013 Drs 15/4040 S. 54 55

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Sulzgries, Ortsteil

s. *Esslingen am Neckar*

Suspendierung vom Dienst

s. *Vorläufige Dienstenthebung*

SWEG

s. *Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft*

SWP (Stabilitäts- und Wachstumspakt)

s. *Stabilitäts- und Wachstumspakt*

SWR

s. *Südwestrundfunk*

SWR-Orchester

s. *Orchester*

Symposium

s. *Konferenz*

Synthetische Droge

„*Legal Highs*“ - Gefahren scheinbar legaler Drogen
Erkenntnisse über die Verbreitung der „Legal Highs“ in BW; Konsumformen und Konsummuster; Gesundheitsrisiken; Unterstützung der Suchthilfe durch eine genaue Erfassung der Konsumformen und Wirkungsweisen der Drogen in der landesweiten Suchthilfestatistik; Präventionsmaßnahmen zum Schutz der meist jungen Konsumenten; Unterdrückung des Konsums und des Vertriebs; Erarbeitung eines Plans zur Eindämmung des Konsums der „Legal Highs“ durch Jugendliche

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 20.03.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4962

BeschlEmpf und Bericht SozA 28.05.2014 Drs 15/5743 S. 29 30

PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Regierungsbefragung

Rechtlicher Umgang mit neuen Formen von Drogen, die nach der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs außerhalb der Strafbarkeit liegen

PIPr 15/105 23.07.2014 S. 6269 6270

Syrien**Aramäer in BW**

Zahl der im Land lebenden Aramäer, Sitz aramäischer Gemeinden; Religionszugehörigkeit und theologische Ausbildung; Maßnahmen zur Integration; Lage der in der Türkei und Syrien lebenden aramäischen Christen

Antr

s. *Ethnische Gruppe*

Drs 15/2667

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr

s. *Flüchtlingspolitik*

Drs 15/4197

Polio-Erkrankung - Hilfe für Syrien beziehungsweise im Land

Unterstützung der Poliobekämpfung in Syrien; Gesundheitsvorsorge, Durchimpfung und mögliche Impfmüdigkeit bei Polio-Erkrankungen in BW

KlAnfr

s. *Kinderlähmung*

Drs 15/4482

Aufnahme syrischer Kontingentflüchtlinge

Sachstand bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Syrien in BW, insbes Aufnahmeverfahren und Aufnahmesituation, Lebensverhältnisse und Unterbringung, Hilfe- und Unterstützungsangebote

Antr Daniel Andreas Lede Abal u.a. GRÜNE 11.04.2014 und Stellungnahme IntM Drs 15/5079

BeschlEmpf und Bericht IntegrA 14.05.2014 Drs 15/5374 (dazu ÄAntr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU) S. 28-30

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Mittlg LReg 19.01.2015 Drs 15/6359

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr

s. *Terrorismus*

Drs 15/5880

Aufnahme und Betreuung traumatisierter Frauen aus Syrien und aus dem Irak

Sachstand zur Aufnahme und Behandlung von misshandelten und traumatisierten Frauen aus den Krisengebieten im Irak und in Syrien iRd Sonderprogramms der LReg

KlAnfr

s. *Psychisches Trauma*

Drs 15/6587

Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen aus Syrien und dem Irak

Sachstand zum Sonderkontingent der Aufnahme von 1.000 traumatisierten Frauen und Mädchen aus Syrien und dem Irak, insbes Aufnahmezahlen, Begleitpersonen, genutzte Unterbringungs- und Therapieeinrichtungen, Kostenübernahme für Unterbringung und Behandlung, Sicherheitsvorkehrungen, Aufgaben des an das deutsche Generalkonsulat in Erbil entsandten Mitarbeiters

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6785

Humanität hat Vorrang: Baden-Württemberg-Programm zur Studienförderung von Flüchtlingen aus Syrien

Sachstand zur Umsetzung des Stipendienprogramms für Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg, insbes Flüchtlingsanteil

mit Hochschulreife, Auswahlkriterien für die Stipendiaten; Zahl der in BW studierenden Flüchtlinge; Erleichterung des Zugangs von Flüchtlingen zu beruflichen Ausbildungen und Ermöglichung des Ausbildungsabschlusses

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6798

Situation der Aramäer und anderer Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak

Sachstand zur Lage der orientalischen Christen und Jesiden in Syrien und im Irak; Einsatz der LReg für Flüchtlinge dieser Bevölkerungsgruppen, insbes Aufnahme und Betreuung in BW

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6866

Situation der syrischen Flüchtlinge in BW

Sachstand zur Situation syrischer Flüchtlinge in BW, insbes Zahlen, Unterbringungsbedingungen, Hilfe bei Ausbildungs- oder Arbeitsstellensuche, Sprachkursangebot, Schulbesuch, Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6871

Systemakkreditierung

s. *Akkreditierung (Hochschulwesen)*

S21

s. *Stuttgart 21*

Tabak

Situation und Perspektive von Tabakbauern in BW

Entwicklung der Tabak anbauenden Betriebe seit 2001 und insbes seit dem Inkrafttreten der neuen Tabakmarktordnung; Menge der jährlichen Tabakernte in BW in Bezug auf die Gesamtmenge in Deutschland seit 2005; Entwicklung der Erzeugerpreise; Fortentwicklung der ganz oder teilweise aus dem Tabakanbau ausgestiegenen Betriebe; Auswirkungen auf die regionalen Märkte für Sonderkulturen wie Erdbeeren oder Spargel und auf deren Erzeuger; Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Umstellung der Produktion seit 2008; Umweltschutz beim Tabakanbau

Antr Ernst Kopp u.a. SPD 01.12.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/948
BeschlEmpf und Bericht LandwA 20.06.2012 Drs 15/2351 S. 75
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Elektronische Zigarette

Rechtliche Bewertung des Verkaufs und Konsums der E-Zigarette, Frage nach Erkenntnissen über die Schädlichkeit nikotinhaltiger Aerosole im Vergleich zu Tabakerzeugnissen, Anstrengung eines Verbots im Hinblick auf den Jugendschutz?

KIAnfr Günther-Martin Pauli CDU 07.03.2012 und Antw SM Drs 15/1383

Elektro-Shishas - Gefahr für Jugendliche?

Gesundheitliche Risiken von Elektro-Shishas und Verbreitung unter Jugendlichen; Maßnahmen zur Eindämmung des Konsums

unter Jugendlichen; Handlungsempfehlungen für Schulen

KIAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 22.05.2014 und Antw SM Drs 15/5247

Verweisung auf Kollegen, die gerne alte schwäbische Sorten wie Burger Stumpfen, Roth-Händle oder Schwarzer Krauser rauchen; Plädoyer für eine Möglichkeit zum Rauchen in den Gebäuden des Landtags

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1291

Tablettenmißbrauch

s. *Arzneimittelmißbrauch*

Tachograf

s. *Messgerät*

Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten

s. *Datenschutzbericht*

TAFTA

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Tag der Deutschen Einheit

Kostenüberschreitung beim Tag der Deutschen Einheit

Höhe der für die Ausrichtung des Tags der Deutschen Einheit in BW angefallenen Kosten; Höhe der im Staatshaushaltsplan 2013/2014 für die Feierlichkeiten angesetzten Summe und ihre Berechnung; Ausschreibung von Leistungen und Einholung von Angeboten; Maßnahmen nach Entdeckung der Kostenüberschreitung; Reaktion des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft; Aufforderung an die LReg, den aufgestellten finanziellen Rahmen künftig einzuhalten

Antr CDU 23.01.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/4648
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6011-6017

Kosten der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit

Ausgleich der Überschreitung der im Einzelplan 02 (Staatsministerium) für die Feierlichkeiten angesetzten Haushaltsausgaben; prozentuale und absolute Steigerung der Ausgaben gegenüber den ursprünglichen Ansätzen; Kostensteigerung beim Agenturhonorar; Verfahren der Auftragsvergabe an die Agentur

Antr FDP/DVP 28.01.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/4659
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6011-6017

Tagesmutter

Haushalt 2012; Epl 04

Aufstockung der Zuschüsse an den Landesverband der Tagesmutter-Vereine

ÄAntr GRÜNE und SPD 19.01.2012 Drs 15/1104-28 S. 93 94
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Aktuelle Situation und Perspektiven der Kindertagespflege

Darlegung o.g. Daten differenziert nach LKreisen; Entwicklung der Beschäftigung, Qualifikation und Vergütung von Tagesmüttern und Tagesvätern in den letzten fünf Jahren; Aufnahme

der Tagespflegepersonen in die Kinderbetreuungskonzepte der Kommunen

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 15/1518

Situation der Tagespflege

Formen und Mindestsatz der Kindertagespflege in BW; Zahl und Qualifikation von Tagesmüttern; Sicherung der Betreuungsqualität; Ausbau und Förderung von Kindertagespflegeangeboten; Möglichkeit der Inanspruchnahme des Betreuungsgelds für Leistungen der Kindertagespflege; Gesundheitsrisiken für Kleinkinder in Tagesbetreuung; Kostenangleichung für Kita-Platz und Kindertagesbetreuung

Antr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/2885

Auswirkungen der veränderten Bemessungsgrundlage in der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Kindertagespflege im LKreis Freudenstadt

Auswirkungen der Beendigung der Sonderregelung im Krankenversicherungsrecht für Tagespflegepersonen auf die Entwicklung der Kindertagespflege sowie das Angebot an Kindertagespflegesätzen im Land sowie im LKreis Freudenstadt

KlAnfr
s. *Kindertagespflege*
Drs 15/6606

Bedeutung der Tagespflegemütter für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 961 966 972 973

Beitrag der Tagespflegemütter zur Erfüllung der Kinderbetreuungsquote ab August 2013

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2152 2154 2155

Tagespflege (Pflegeversicherung)

s. *Teilstationäre Pflege*

Tagespresse

s. *Presse*

Tagestourismus

s. *Tourismus*

Tagung

s. *Konferenz*

Take-over

s. *Unternehmensübernahme*

Taktfahrplan

s. *Fahrplan*

Talheim

Ergänzungsbereich an Grundschulen

Art und Umfang der Ausstattung o.g. Schulen im Stadtkreis Heilbronn sowie in Leingarten, Nordheim, Flein und Talheim

mit Bildungsangeboten und Deputatsstunden in den letzten fünf und kommenden Schuljahren, Frage nach Förderangeboten für Lese-Rechtschreib-Schwäche und Dyskalkulie

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 15/2277

Talsperre

s. *Stauanlage*

Tank- und Rastanlage

s. *Rastanlage*

Tankstelle

Tank- und Rastanlage im Enztal / A 8

Planungsstand der o.g. Tank- und Rastanlage an der Ausfahrt Pforzheim-Ost; Ausmaß der Flächen, die durch den Bau neu versiegelt werden; vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen; Größe der Tanks zur Lagerung grundwassergefährlicher Stoffe und Einstufung des damit verbundenen Gefährdungspotenzials; Maßnahmen zum Oberflächen- und Grundwasserschutz

KlAnfr
s. *Rastanlage*
Drs 15/499

Richtzeichen für Elektrotankstellen

Einführung eines Richtzeichens Elektrotankstelle nach § 42 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Einbringung einer entsprechenden Initiative im Bundesrat

KlAnfr
s. *Verkehrszeichen*
Drs 15/2751

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot

Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot, insbes Überprüfung von Kriminalitätsentwicklung, wirtschaftlichen Auswirkungen für die Verkaufsstellen (v.a. Tankstellen und Einzelhandel), alkoholbedingten Behandlungsfällen in Krankenhäusern sowie Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots für Verkaufsstellen

Mittlg LReg
s. *Alkoholverbot*
Drs 15/3666

Pragmatischer Klima- und Umweltschutz durch Erdgasmobilität

Gesamtzahl der gegenwärtig in BW zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb; jährliche Neuzulassungen und Ausbau des Erdgastankstellennetzes seit 2009; Anteil der Kraftfahrzeuge mit Erdgasantrieb am Fuhrpark der Landesverwaltung; Fördermodelle vonseiten der Energieversorger; Nutzung von Förderangeboten der KfW zur Beschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge und den Ausbau des Erdgastankstellennetzes in BW; Erhöhung des Biomethan-Anteils am Kraftstoffangebot; Nutzung von synthetisch erzeugtem Methan; Ausbau der Erdgasmobilität in der Binnenschifffahrt; Verlängerung der Energiesteuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff

Antr
s. *Gas*
Drs 15/5660

Ausbau des Netzes von Wasserstofftankstellen
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1344 1345

Tanz

Neubau der John-Cranko-Schule

Stand der Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart über die Finanzierung des Neubaus für die Ballettschule, Höhe und Zeitrahmen der Mittelbereitstellung

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 21.10.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/766
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.05.2012 Drs 15/2007 S. 23 24
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

TanzSzene BW

Bedeutung, Infrastruktur und Entwicklungsmöglichkeiten von zeitgenössischem Tanz und Ballett; Rolle in der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen; Attraktivität des Landes für junge Talente und Tanzkünstler; Bereicherung des Kunst- und Kulturstandorts durch die Unterstützung der Gründung eines Kompetenzzentrums Tanz „Tanzbüro BW“

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1615
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 39 40
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Mehrkosten der John-Cranko-Ballettschule

Finanzierungskonzept für den Neubau der John-Cranko-Schule; Gründe für die Kostensteigerung; Einbindung der Stadt Stuttgart in die Planungen; Vereinbarung des Landes mit der Stadt Stuttgart über Mehrkosten; Haltung gegenüber den Äußerungen des Landesrechnungshofs zum Bauvorhaben

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 10.07.2013 und Antw MFW Drs 15/3766

Änderung des Feiertagsgesetzes (FTG)

GesEntw
s. *Feiertagsgesetz*
Drs 15/7486

Tanzschule

s. *Tanz*

Tanztheater

s. *Tanz*

Tarifautonomiestärkungsgesetz

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirtschaft

Anzahl der im Jahr 2013 in der baden-württembergischen Landwirtschaft beschäftigten Saisonarbeitskräfte und deren durchschnittlicher Stundenlohn; Anteil der Arbeitskosten an den Produktionskosten; Anteile der verschiedenen Vermarktungsformen am Umsatz der Landwirtschaftsbetriebe; Preissteigerungen für die Agrarprodukte und die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben als Folge der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Risiko von Produktionsverlagerungen ins Ausland; Aufnahme einer Ausnahmeregelung zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit im „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“

Antr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/5138

Tarifentgelt

s. *Tariflohn*

Tarifliche Entlohnung

s. *Tariflohn*

Tarifliches Entgelt

s. *Tariflohn*

Tariflohn

s.a. *Tarifvertrag*

Tarifreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landestarifreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Verpflichtung der Bewerber um öffentliche Aufträge auf die Einhaltung von Tarifverträgen bzw auf die Zahlung eines Mindestentgelts zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Bindung an die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingengesetz fixierten Löhne; Anwendung eines in BW in dieser Branche geltenden und repräsentativen Tarifvertrags; Verpflichtungserklärung der Bieter sowie deren Subunternehmen und Verleihunternehmen bei Angebotsabgabe sowie Kontrollrecht des öffentlichen Auftraggebers

GesEntw LReg 27.11.2012 Drs 15/2742 (23 S.)
1. Beratung PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3337-3343
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3221 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD)
2. Beratung PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3861-3867
GesBeschl 10.04.2013 Drs 15/3356
GBI 2013 Nr. 4 S. 50-53 (Ges vom 16.04.2013)

Schluss mit Lohndumping und Tariffucht durch den Missbrauch von Werkverträgen

Aktuelle Debatte
s. *Vergütung*
PIPr 15/70 S. 4203

Schattenwirtschaft und Tarifreue in BW

Anteil der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung an der Gesamtwirtschaftsleistung; Wahrung der Tarifreue bei Bauvorhaben des Landes, insbes bei den Bauarbeiten am Landtagsgebäude; Ergebnisse der Baustellenkontrolle durch den Zoll im Januar 2014; Einhaltung der Vorschriften des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG) durch die seit Mitte 2013 beauftragten Unternehmen; Fälle von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit auf Baustellen des Landes

KlAnfr
s. *Schwarzarbeit*
Drs 15/4745

Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tarifreuegesetz BW

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestarifreuegesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung

mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tariftrueugesetz; Schadenersatz an ausgeschlossene Bieter

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5815

Bewertung des baden-württembergischen Landestariftrueu- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/5817

Tariftrueugesetz

s. *Tarifvertrag*

Tarifvertrag

s.a. *Tariflohn*

Gute Arbeit in BW durch Tariftrueu, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger

Aktuelle Debatte
s. *Arbeit*
PIPr 15/13 S. 512

Tariftrueuregelungen im Beschaffungsrecht

Einführung einer vergaberegelnden Bestimmung zu Tariftrueu und Mindestlöhnen über den Anwendungsbereich der Entsende-richtlinie hinaus? Bewirkung von Mehrbelastungen für die Vergabestellen und höheren Beschaffungskosten; Beurteilung der Kontrollen durch die Zollverwaltung im Rahmen des Entsendegesetzes sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur negativen Koalitionsfreiheit vor dem Hintergrund staatlich verordneter Löhne

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 29.09.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/615
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 6
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Grundlagen und Auswirkungen der Bundesratsinitiative zum Mindestlohn

Grundlagen für die Höhe des geforderten Mindestlohns von 8,50 Euro; Auswirkungen für die betroffenen Branchen und Tarifverträge, für die Arbeitnehmer, öffentliche Hand und Sozialkassen; Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Tarifautonomie; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Darstellung des zusätzlichen bürokratischen Aufwands und Personalbedarfs

Antr
s. *Vergütung*
Drs 15/968

Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Regelung der Urlaubsdauer in Tarifverträgen

Anhebung des Urlaubsanspruchs auf 30 Urlaubstage pro Jahr für die Angestellten und Beamten des Landes als Konsequenz aus dem o.g. Urteil

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/1657

Bürokratische Adipositas: Subunternehmerpflichten nach dem Landestariftrueugesetz

Durchführende und Gestaltung, Kosten und Kostenträger der Kontrollen von Subunternehmen auf Einhaltung der Verpflichtung zur Tariftrueu und Mindestarbeitsentgelt; Begründung der Bindung an ein vertragliches Mindestvolumen des Auftrags; Darlegung der Aufbewahrungsfristen von prüffähigen Unterlagen sowie der vorgesehenen Sanktionen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 08.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1803
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3221
PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3861-3867

Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO) durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)

Darlegung der Position der LReg zu einer Ablösung der Eingruppierungsrichtlinien für die angestellten Lehrkräfte durch eine tarifvertraglich geregelte Entgeltordnung

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2239

Kenntnis der LReg über tarifpolitische Überlegungen der Energie BW AG (EnBW)

Beurteilung der geplanten Auslagerung von Geschäftsfeldern in tariffreie Zonen im Zuge eines Sparprogramms, Vereinbarkeit mit dem postulierten „Musterland für gute Arbeit mit gerechter Entlohnung“ und dem Tariftrueugesetz, Positionierung der LReg als maßgeblicher Großaktionär der EnBW? Bewertung von entsprechenden Personalverlagerungen aus den Universitätskliniken

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 02.10.2012 und Antw MFW Drs 15/2428

Kartellrecht versus Tariftrueu

Vereinbarkeit des Entwurfs zum Landestariftrueugesetz mit dem Wettbewerbs-, Kartell- und Datenschutzrecht, insbes der Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Vorlage ihrer Geschäftsunterlagen sowie Verpflichtung dieser zur Einsichtnahme in die Lohn- und Gehaltstarife ihrer Subunternehmer; Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Geltendmachung des Mindestlohns; Gründe für die Wirksamkeit des Tariftrueugesetzes erst bei einem Auftragsvolumen ab 20.000 Euro

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 18.10.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2532
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3221
PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3861-3867

Tariftrueu- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landestariftrueu- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Verpflichtung der Bewerber um öffentliche Aufträge auf die Einhaltung von Tarifverträgen bzw auf die Zahlung eines Mindestentgelts zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen; Bindung an die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem

Mindestarbeitsbedingungengesetz fixierten Löhne; Anwendung eines in BW in dieser Branche geltenden und repräsentativen Tarifvertrags; Verpflichtungserklärung der Bieter sowie deren Subunternehmen und Verleihunternehmen bei Angebotsabgabe sowie Kontrollrecht des öffentlichen Auftraggebers

GesEntw
s. *Tariflohn*
Drs 15/2742

Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst

Berufliche Situation von Verwaltungsbediensteten im Polizeidienst, insbes Auslauf von Zeitverträgen, tarifliche Bezahlung und Eingruppierung; konkrete Situation bei der Polizeidirektion Karlsruhe und in Pforzheim

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5930

Gesetz zur Aufhebung des Tarifreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW

Aufhebung des Landestarifreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in BW mit Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes (MiloG) des Bundes zur Vermeidung von doppelten Melde- und Dokumentationspflichten

GesEntw FDP/DVP 06.11.2014 Drs 15/6098
Mittlg LtgPräs 15.12.2014 Drs 15/6274 (28 S.)
1. Beratung PIPr 15/118 28.01.2015 S. 7134-7141
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6543
2. Beratung PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7316-7321 (Ablehnung)

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem TarifreueGes

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 25

Eintreten für Mindestlöhne und ein Tarifreuegesetz, Bewertung als Verbesserungen für die Wettbewerbschancen der mittelständischen Betriebe im Land, Verweisung auf die funktionierenden Tarifpartnerschaften, Erhaltung der Tarifautonomie

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 776-781 783 784

Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder auf die Beamten

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 887

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1042

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1118

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1431 1432 1445

Stärkung der Tarifbindung und Flächentarifverträge, Ausbau von Tarifreueeregungen, Einbringung einer BRatsinitiative zur Entgeltgleichheit von Frauen und Männern

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1531 1534

Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung geltender Tarifverträge mit einem Tarifreuegesetz

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1928 1935 1940

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Akademischer Mittelbau*
Drs 15/1156

Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Regelung der Urlaubsdauer in Tarifverträgen

Anhebung des Urlaubsanspruchs auf 30 Urlaubstage pro Jahr für die Angestellten und Beamten des Landes als Konsequenz aus dem o.g. Urteil

Antr
s. *Urlaub*
Drs 15/1657

Übertrag des Tarifabschlusses auf Beamte

Übertragung der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst auf die Beamten; Anpassung der Besoldung seit 1990 mit der Angabe, ob die Anpassung jeweils zum selben Stichtag wie die Tarifierhöhung für Angestellte erfolgte

KlAnfr
s. *Besoldung*
Drs 15/3512

Tarifvertragsgesetz

s. *Tarifvertrag*

Taschenrechner

Taschenrechner im Abitur

Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie wissenschaftlichen Taschenrechnern, grafikfähigen Taschenrechnern (GTR) und Computeralgebrasystemen (CAS) im Mathematikunterricht an den Gymnasien; Nutzung dieser technischen Hilfsmittel in den Abiturprüfungen im Fach Mathematik; Begründung der Einschränkung auf wissenschaftliche Taschenrechner ab dem Abiturjahrgang 2017; Standpunkt der Kultusministerkonferenz im Hinblick auf gemeinsame Bildungsstandards; Beschaffung gleicher Geräte für alle Schüler iRd Lernmittelfreiheit

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.11.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4327
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 25.02.2015 Drs 15/6733 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU) S. 7 8
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Gibt es für die CAS-Modellstandorte in BW noch eine Zukunft?
Situation und Zukunft der CAS-Modellstandorte in BW; Bedeutung des Einsatzes von Computeralgebrasystem-Taschenrechnern im mathematischen und naturwissenschaft-

lichen Unterricht an Gymnasien für die Anforderungen der Hochschulen; Durchführung einer Evaluation der CAS-Schulen und der Nutzung von CAS-Rechnern

Antr Georg Wacker u.a. CDU 29.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5122

Entwicklung und Verbreitung von CAS im schulischen Unterricht
Regelung des Einsatzes von Computeralgebrasystemen (CAS) in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Abschneiden dieser Länder in Schulleistungsvergleichen; Nachteile und Risiken des CAS-Einsatzes im mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht; Abiturprüfung im Fach Mathematik; Ausbau der Nutzung von CAS an baden-württembergischen Schulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.06.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5340

Umsetzung des Taschenrechnererlasses

Neubeschaffung der wissenschaftlichen Taschenrechner an den Schulen; finanzieller Aufwand der Neubeschaffung für Schüler und Schulträger; Unterrichtung und Fortbildung der Lehrkräfte; Weiternutzung der bisher verwendeten, auf den Einsatz grafikfähiger Taschenrechner ausgerichteten Schulbücher; Nutzung technischer Hilfsmittel im Mathematikunterricht

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5647

Taube

s. *Vogel*

Tauber

s. *Gehörloser*

Tauberbischofsheim

Auswirkungen der Polizeireform auf den Main-Tauber-Kreis - Erhalt der Polizeiausbildungsstätte Wertheim sowie der Polizeidirektion Tauberbischofsheim

Höhe und Verwendung von Landes- und Bundesmitteln bei der Konversionsmaßnahme Reinhardshof; Umfang der Investitionen in die polizeiliche Fortbildung; Mittelaufwand einer Verlegung der Ausbildungseinrichtung, mögliche Kompensationsmaßnahmen; Bewertung des Verlusts weiterer staatlicher Einrichtungen und damit von Arbeitsplätzen an den Standorten Tauberbischofsheim und Wertheim

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1238

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Taubergießen

Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen

Behebung, Kosten und Prävention von Schäden durch häufige Überflutungen im Naturschutzgebiet Taubergießen, insbes nach Schlägen der oberen Bresche am Leopoldskanal; Bekämpfung der eingewanderten Stechmückenarten wie der Asiatischen Tigermoskito und der Japanischen Buschmoskito

KlAnfr
s. *Hochwasserschaden*
Drs 15/3765

Taubertalbahn

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2273

Taxifahrer

s. *Fahrpersonal*

Taxigewerbe

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Mehr Sicherheit im Taxi - Schutzmaßnahmen für Taxifahrerinnen und Taxifahrer

Mittlg LReg 01.08.2011 Drs 15/400

Öffentliche Personennahverkehrs(ÖPNV)-Offensive für die Fläche

Entwicklung der Fahrgastzahlen im Busverkehr seit 2005; Erfahrungen mit und Kosten von bedarfsorientierten öffentlichen Verkehrssystemen wie Rufbusse und Taxis; Möglichkeiten und Kosten der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für bedarfs-gesteuerte innovative Nahverkehrssysteme; erwartete Auswirkungen auf das Taxigewerbe

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/1596

Bürgerbusse zur Sicherung der Mobilität im Ländlichen Raum
Angebot, Konzepte und Förderung von Bürgerbussen und Ruftaxen zur Sicherstellung der Mobilität im Ländlichen Raum

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/3759

Marktzugang für baden-württembergische Dienstleistungsunternehmen in der Schweiz

Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungsunternehmen aus BW in der Schweiz; Anmeldung von Selbstständigen, Kautionspflichten und Kontrollen durch die Verwaltung; Zugang von Taxiunternehmen aus BW am Flughafen Zürich; Vorteile eines Rahmenabkommens der EU mit der Schweiz zur einheitlichen Anwendung der EU-Binnenmarktregeln; Interessenvertretung des Landes BW; Förderung des Abschlusses eines Rahmenabkommens; Ziel eines Agrarfreihandelsabkommens

Antr
s. *Dienstleistungswirtschaft*
Drs 15/4235

Erinnerung an das Transferverbot für deutsche Taxis zum/vom Flughafen Zürich

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1172

Taxiunternehmen

s. *Taxigewerbe*

Tbc

s. *Tuberkulose*

Technik

s.a. *Informations- und Kommunikationstechnik*
s.a. *Klimatechnik*
s.a. *Medizintechnik*
s.a. *Nanotechnologie*
s.a. *Solartechnik*
s.a. *Techniker*
s.a. *Technische Observation*
s.a. *Technologie*
s.a. *Umwelttechnik*
s.a. *Wärmetechnik*
s.a. *Wehrtechnik*
s.a. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Pressemitteilung des Innenministeriums vom 3. August 2011 zur Modernisierung der technischen Ausstattung der Polizei

Höhe und Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel im Rahmen eines Sofortprogramms, insbes für die Beschaffung von Fahrzeugen der Bereitschaftspolizei; Verzicht auf die Zuständigkeit und Kostenübernahme des Bundes hierfür sowie für den Unterhalt, die Reparatur- und Werkstattkosten; Bewertung der Beschaffung von Fahrzeugen für die Bereitschaftspolizei durch das Land vom Rechnungshof

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/540

Stellungnahme der LReg in der Plenardebatte vom 27. Juli 2011 zum Zustand der Polizei in BW

Konkretisierung und Aufarbeitung von angesprochenen Investitionsdefiziten, insbes bei der Schutzausrüstung, Fahrzeug- und EDV-Ausstattung; Auflistung der iRd Technik-Zukunftsprogramms in den letzten Jahren getätigten Beschaffungen; Definition des Begriffs „Bürgernähe“ für die Polizei; Darlegung des künftigen Personalkonzepts sowie der angekündigten Gegenfinanzierung der beabsichtigten Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/674

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Esslingen

Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Esslingen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/872

Situation der Polizei im LKreis Emmendingen

Stand der technischen Ausstattung und Einführung des Digitalfunks; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Emmendingen

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1236

Pilotprojekt „Wing“

Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, insbes an Ingenieuren, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Inhalte, Ziele und beteiligte Partner am o.g. Projekt iRd Landesinitiative „Frauen in Naturwissenschaft und Technik“; Frage nach weiteren Projekten zur Gewinnung von Frauen für MINT-Bereiche

Antr
s. *Frau*
Drs 15/1240

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Waldshut

Stand der technischen Ausstattung; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 15/1296

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“

Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1610

Alternative Techniken von Windkraftanlagen vergleichen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1753

Außerschulische Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)

Tätigkeit und Förderung außerschulischer Lernorte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), insbes geltende Förderkriterien, Zusammenarbeit mit Schulen, Verankerung von Technikmuseen und Schülerforschungszentren; Eignung des Museums Erlebnispark Fördertechnik in Sinsheim als außerschulischer Lernort

Antr
s. *Außerschulischer Lernort*
Drs 15/4683

Gravierende Änderungen im Fach Biologie

Planungen und Auswirkungen der Abschaffung des Biologieunterrichts als eigenständiges Fach in den Klassenstufen fünf und sechs und der Einbindung in einen neuen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik (NpT)“, insbes Sicherung von Fachlichkeit und gymnasialem Anspruch biologischer Themenfelder, Verlust der Unterrichtsqualität bei einem Einsatz fachfremder Lehrkräfte

Antr
s. *Biologie*
Drs 15/4735

Technikbegeisterung im Kleinkindalter wecken!

Initiativen zur Heranführung von Kleinkindern an Technik und Naturwissenschaften; Fachkräftesituation in den Bereichen Technik und Naturwissenschaft in BW und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.05.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5250
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 56 57
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Schulversuch NwT-1

Situation des Schulversuchs NwT-1 mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik an den baden-württembergischen Schulen; Bedeutung der zweiten Fremdsprache im Schulversuch NwT-1, insbes Raum und Stellenwert der alten Sprachen Latein und Griechisch

Antr
s. *Schulversuch*
Drs 15/5604

Das Profil der baden-württembergischen Realschule muss klar erkennbar bleiben

Situation der Profilentwicklung der Realschule in BW; Maßnahmen der LReg zur Schärfung des Realschul-Profiles, insbes bei bilingualen Zügen, Technik-Frühförderung, Sozialem (Engagement) und Inklusion

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5619

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbands durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbands für die Lehrerbildung

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/6307

Bedeutung des TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim

Sachstand zur Bedeutung und Wissensvermittlung im TECHNOSEUM - Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim, insbes bei der Betreuung von Schulklassen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/7060

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 22 - Landesmuseum für Technik und Arbeit (Kap 1478)

Mittlg RH
s. *Museum*
Drs 15/7022

Verbesserung der Technikausstattung der Polizei

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 412 414 416 418-420

Verbesserung der Technikausstattung der Polizei

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Initiierung eines Technik-Sofortprogramms für die Polizei

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1119 1121

Verbesserung der Technikausstattung der Polizei und des Verfassungsschutzes

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1221 1222 1224 1229 1230 1232

Techniker

s.a. *Ingenieur*

Einführung einer Ausbildung zum „Technischen Assistenten für regenerative Energietechnik und Energiemanagement“

Einführung des o.g. Ausbildungsangebots an den beruflichen Schulen, Aufnahme entsprechender Gespräche mit den Kammern

KIAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 27.01.2012 und Antw KM Drs 15/1170

Nachwuchs im Handwerk sichern

Entwicklung der Differenz zwischen Lehrstellenangebot und -nachfrage im Handwerk seit 2002; Erwartung eines Rückgangs der Anforderungen mit der sinkenden Zahl von Bewerbern; Entwicklung der Zahlen von Absolventen differenziert nach Schularten, die ein Studium, eine duale Ausbildung und im Anschluss eine Weiterbildung zum Meister oder Techniker einschlagen in den letzten zehn Jahren; verstärkte Werbung für die Möglichkeit einer dualen Ausbildung parallel zur Erlangung der Fachhochschulreife

Antr
s. *Handwerk*
Drs 15/1897

Hochbauverwaltung - Technisches Fachpersonal

Personalentwicklung in der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung seit 2005, Zahl der Teilnehmer an den Staatsprüfungen für den gehobenen und höheren technischen Dienst und der jeweils übernommenen Absolventen, Aufstiegschancen iRd aktuellen Personalentwicklungskonzepts; Auflistung der seit 2005 vergebenen Dienstleistungen und deren Kosten für externe Beratung und Gutachten

Antr

s. *Bauverwaltung*
Drs 15/2403

Qualifizierten Nachwuchs sichern für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften

Situation und Sicherung qualifizierten Nachwuchses in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und der Gebietskörperschaften, insbes Beschäftigungssituation, Ausbildungshintergrund, Maßnahmen gegen Nachwuchsmangel, Schaffung von Ausbildungskonzepten in Partnerschaft mit der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 15/5002

Technikwissenschaften

s. *Ingenieurwissenschaften*

Technische Anlage

Tierkörperbeseitigung in BW

Gesamtvolumen der zu beseitigenden Tierkörpermasse; regionale Zuständigkeiten; Entsorgung von Tierkadavern der Kategorien 1 und 2; Überwachung der Tierkörperbeseitigung; Wirtschaftlichkeit der Anlagen zur Tierkörperbeseitigung; Wettbewerbsverzerrung durch öffentliche Bezuschussung; Organisation der Tierkörperbeseitigung in anderen Bundesländern und EU-Mitgliedsstaaten; Standards und EU-Vorgaben für Anlagen zur Tierkörperbeseitigung

Antr
s. *Tierkörperbeseitigung*
Drs 15/5755

Technische Berufe und Fertigungsberufe

Zukunft der Fachklassen Fleischer/in und Glaser/in

Statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Fleischerhandwerk; Perspektive der neben Stuttgart und Heilbronn bestehenden Ausbildungsstandorte; Einsatz Technischer Lehrer in der Fleischerausbildung; statistische Angaben zu den Fachklassen und Auszubildenden im Glaserhandwerk; Ausbildungsstandorte; Auswirkungen der Verlegungen von Fachklassen auf den Öffentlichen Personennahverkehr und auf den Bestand eines qualifizierten Nachwuchses

KlAnfr
s. *Fachklasse*
Drs 15/3853

Girls'Day Akademie

Zielgruppe, Angebote und jährliche Teilnahme an der Girls'Day Akademie; Förderung des Interesses von Mädchen für MINT-Berufe; Bewertung der Girls'Day Akademie durch Bildungs- und Unternehmensverbände; finanzielle Unterstützung durch das Land; Einrichtung einer Boys'Day Akademie

Antr
s. *Berufswahl*
Drs 15/5343

Technische Hochschule

Einrichtung einer Außenstelle einer Technischen Hochschule in der drittgrößten Stadt der Region Heilbronn-Franken mit dem Schwerpunkt Maschinenbau in Crailsheim

Einrichtung eines Studiengangs Maschinenbau in Crailsheim als Außenstelle einer Hochschule oder Akademie

MdlAnfr 6) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.07.2013
Drs 15/3731
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4549

Technische Observation

s.a. *Technische Überwachung*
s.a. *Videoüberwachung*

Jährliche Unterrichtung des LtG gemäß § 23 a Abs 9 PolizeiGes (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg 12.05.2011 Drs 15/10
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 19
BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.07.2011 Drs 15/203
PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410
Mittlg LReg 15.05.2012 Drs 15/1717
PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1971
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.06.2012 Drs 15/1829
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Bericht der LReg zu einem Beschluss des LtG; hier: Jahresberichte zur Telekommunikationsüberwachung (Untersuchungsausschuss „Praxis der Telefonüberwachung“)

Mittlg LReg 17.06.2011 Drs 15/142 (Bericht für das Jahr 2010) (10 S.)
Mittlg LReg 11.06.2012 Drs 15/1806 (Bericht für das Jahr 2011) (11 S.)
Mittlg LReg 06.06.2013 Drs 15/3590 (Bericht für das Jahr 2012) (11 S.)
Mittlg LReg 27.05.2014 Drs 15/5260 (Bericht für das Jahr 2013) (10 S.)
Mittlg LReg 17.06.2015 Drs 15/7037 (Bericht für das Jahr 2014) (10 S.)

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 11.10.2011 und Stellungnahme IM Drs 15/669
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 709-716

Ausführung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsaufträgen durch die Polizei

Polizeidirektionen, die o.g. Ermittlungen seit 2011 aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht durchführen konnten; Gründe für eine mögliche Häufung solcher Fälle im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim sowie für einen möglichen Schwerpunkt bei der Telekommunikationsüberwachung

KlAnfr
s. *Strafverfolgung*
Drs 15/2112

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsgeheimnisträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg 10.05.2013 Drs 15/3482
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4055
BeschlEmpf und Bericht InnenA 05.06.2013 Drs 15/3570
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367
Mittlg LReg 13.05.2014 Drs 15/4907
PIPr 15/99 21.05.2014 S. 5885
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2014 Drs 15/5448
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366
Mittlg LReg 12.05.2015 Drs 15/6888
PIPr 15/130 10.06.2015 S. 7803
BeschlEmpf und Bericht InnenA 01.07.2015 Drs 15/7077
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127
Mittlg LReg 05.04.2016 Drs 15/8109
PIPr 16/5 08.06.2016 S. 35
BeschlEmpf und Bericht InnenA 23.06.2016 Drs 16/164
PIPr 16/8 30.06.2016 S. 273

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Nachrichtendienstliche Mittel*
Drs 15/3662

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr
s. *Nachrichtendienstliche Mittel*
Drs 15/3727

Freundliche Spione - welche Strategie verfolgt die LReg zum Schutz von Mittelstand und Industrie in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4874-4887

Generalvertrag des Landes über Mobilfunkleistungen

Bestehende Rahmenverträge mit Anbietern von Mobilfunkleistungen; Laufzeit, Termin der Neuausschreibung; Weitergabe von Kundendaten an Geheimdienste durch den britischen Mobilfunkanbieter

Antr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/5574

„Sicher wohnen in BW“ - Wirksame Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Erkenntnisse und Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, insbes Gepflogenheiten von Tätern bei der Verwertung des Diebesguts, Überführung von Hehlern durch verdeckte Ermittler, Ausweitung von Polizeikontrollen an bevorzugten An- und Abfahrtsrouten, personelle Maßnahmen der Polizei, Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes, Stand der strafrechtlichen Verfolgung von Wohnungseinbrüchen, Verschärfung des Strafrahmens, Überwachung der Telekommunikation, Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme, Einsatz von Prognosesoftware, Konzepte und Erfolge in der kommunalen Kriminalprävention

GrAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6816

Technische Sicherheit*s.a. Sicherheitstechnik**Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden*

Anzahl und Größe der Biogasanlagen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen sowie Zukunftserwartungen; abgebaute Substrate; Sicherstellung der Betriebssicherheit

KIAnfr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/3281

Klimaschutz - Methanentwicklung bei Biogasanlagen

Betriebssicherheit und Überprüfung von Biogasanlagen; Einführung eines Befähigungsnachweises für Biogasanlagenbetreiber sowie einer einheitlichen Biogasanlagenverordnung

KIAnfr
s. *Biogasanlage*
Drs 15/4297

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der RohrfernleitungsVO auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

Mittlg LReg
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Drs 15/6990

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Umsetzung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) in Landesrecht, insbes Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der Rohrfernleitungsverordnung von den bisher zuständigen Ländern auf die ZLS, Berücksichtigung von Änderungen aufgrund der Neuordnung des Produktsicherheitsrechts sowie aus einem geänderten Zuschnitt der bayerischen Ressorts

GesEntw

s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Drs 15/7753

Sicherheitszustand von Biogasanlagen

Sachstand zur Sicherheit von Biogasanlagen, insbes Mängel und Schäden an Biogasbrütern

KlAnfr

s. *Biogasanlage*

Drs 15/8077

Technische Überwachung

s.a. *Messgerät*s.a. *Sicherheitsgewerbe*s.a. *Technische Observation*s.a. *Verkehrssicherheit*s.a. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Tachografenpflicht und jährliche Hauptuntersuchung

Gründe und Auswirkungen der Forderung des Europäischen Parlaments zum Einbau eines digitalen Fahrtenschreibers schon bei Fahrzeugen ab 2,8 Tonnen und einem Radius von 100 km, Hinwirkung auf Ausnahmeregelungen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Bereich; Bewertung der von TÜV und DEKRA gebotenen Sicherheitsstandards im Vergleich zu den Überprüfungen in anderen EU-Ländern, Eintreten für eine europäische Harmonisierung der Standards für die Hauptuntersuchung

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 03.08.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2198

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.03.2013 Drs 15/3398 S. 11 12

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/2306

Intervalle für die Überprüfung von Skiliften, Schleppliften und Seilbahnen

Aussetzung der diesjährigen Prüfungen wegen geringen Betriebs der Anlagen in der vergangenen Wintersaison, Bewertung einer flexibleren Gestaltung der Prüffrist für Schleppaufzüge nach Auffassung von TÜV und DEKRA, entsprechende Neuregelung bei der nächsten Änderung des Landesseilbahngesetzes

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.09.2012 und

Antw MVI Drs 15/2300

Gefahren durch Photovoltaikanlagen bei Bränden und Hochwasser

Sachgemäße Installation und Überprüfung von auf privaten oder öffentlichen Gebäuden installierten Photovoltaikanlagen; Maßnahmen zur Verhinderung von durch Photovoltaikanlagen ausgehende Gefahren bei Bränden und Hochwasser

Antr

s. *Photovoltaik*

Drs 15/3959

Mehr Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden in BW

Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale bei Büros, Betriebs- und Produktionsstätten; Erhöhung der Sanierungsrate; Überarbeitung der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik zur Verringerung des Energieverbrauchs; Einsparpotenziale bei mechanischen Raumluftanlagen; regelmäßige Wartung der Raumluftanlagen; Inspektion der Klimaanlage durch die Baurechtsbehörden; Kontrolle der praktischen Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV)

Antr

s. *Gewerbeimmobilien*

Drs 15/4344

Zulassungsverfahren von Medizinprodukten

Angabe der Prüfstellen zur Zertifizierung von Medizinprodukten nach der EU-Medizinprodukte-Verordnung in BW; Kontrolle der Benennung und Überwachung der „benannten Stellen“ nach EU-einheitlichen Kriterien; Sicherung ihrer Zuverlässigkeit und Fachkompetenz; Nutzung der Kompetenzen medizinischer Fachgesellschaften im Zulassungsverfahren für Medizinprodukte; bürokratischer und finanzieller Aufwand für die Zulassung von Medizinprodukten

Antr

s. *Medizinprodukt*

Drs 15/4354

Bestandsschutz bei der Regulierung von älteren „Fliegenden Bauten“ von Schaustellern

Sachstand zur Sicherheitsüberprüfung von älteren „Fliegenden Bauten“ von Schaustellern im Übergang zur neuen Prüfnorm DIN EN 13814, insbes Prüf- und Genehmigungsverfahrenunterschiede zu festinstallierten Fahrgeschäften, Schaffung eines Bestandsschutzes für Anlagen aus der Zeit vor Entstehung dieser Norm bei Gewährleistung des Sicherheitsniveaus

Antr

s. *Fliegende Bauten*

Drs 15/6718

Technische Universität

s. *Technische Hochschule*

Technische Wissenschaften

s. *Ingenieurwissenschaften*

Technischer Assistent

s. *Techniker*

Technischer Fortschritt

s.a. *Technologiepolitik*

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/4613

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr
s. *Technologiepolitik*
Drs 15/5016

Technischer Überwachungsverein

s. *Technische Überwachung*

Technisches Hilfswerk

s. *Bundesanstalt Technisches Hilfswerk*

Technologie

s.a. *Biotechnologie*
s.a. *Europäisches Technologieinstitut*
s.a. *Innovation*
s.a. *Karlsruher Institut für Technologie*
s.a. *Nanotechnologie*
s.a. *Spitzentechnologie*
s.a. *Technologiepolitik*
s.a. *Technologietransfer*
s.a. *Umweltechnik*

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konsequenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie, u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Innovationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 29.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1990 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/3245 S. 13 14
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Innovationspolitik des Landes BW

Grundlagen, Instrumente und Schwerpunkte der Innovationspolitik; Ergänzung der projektorientierten Technologiepolitik durch eine steuerliche Förderung von FuE-Investitionen; Umsetzungsstand der Studie zu technologischen Perspektiven bis 2020; Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung; Erweiterung der Innovationsgutscheine, Einbeziehung der Kreativwirtschaft; Berufung eines ständigen Innovationsrats mit einer periodischen Berichterstattung

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Patentanmeldungen in BW

Anzahl der Patentanmeldungen im Jahr 2013; Entwicklung der Patentanmeldungen in den vergangenen zehn Jahren; Verteilung der Patenterteilungen auf große sowie auf kleine und mittlere Unternehmen, Verteilung nach Branchen und regionale Verteilung; Ausgaben für Forschung und Entwicklung in privaten Unternehmen und in öffentlich geförderten FuE-Einrichtungen; Ausgabe von Innovationsgutscheinen in den Bereichen Hightech und Kreativwirtschaft; Aussage zu den Patentanmeldungen in der Imagekampagne des Landes

Antr
s. *Patentverfahren*
Drs 15/5609

Technologieförderung

s. *Technologiepolitik*

Technologiepolitik

s.a. *Innovation*
s.a. *Technischer Fortschritt*
s.a. *Technologie*
s.a. *Technologietransfer*

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5016
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 17.07.2014 Drs 15/5989 S. 16 17
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verbesserung der Kosteneffizienz von Emissionsminderungsmaßnahmen und Förderung von Investitionen in CO₂-effiziente Technologien

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7430

Technologietransfer

s.a. *Entwicklungspolitik*
s.a. *Technologiepolitik*

Strukturwandel E-Mobilität und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Förderung des Wandels zur E-Mobilität in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern, Einschätzung der Wachstumspotenziale für konventionelle und neue Antriebstechnologien, Beurteilung der Aussagen einer Studie der IHK Region Stuttgart über Defizite der mittelständischen Automobilzulieferindustrie, Maßnahmen zur Verbesserung deren Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers in diese Unternehmen, Hinwirkung auf eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/250

Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an Hochschulen in BW

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungsorientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit verbundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstellen und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Industry on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/897

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Bedeutung und Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen, insbes beim Technologietransfer mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen; Steigerung der Innovationsfähigkeiten von Unternehmen durch Förderung von „Unternehmens-Clustern“

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konsequenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie, u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Innovationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr
s. *Technologie*
Drs 15/1990

Innovationspolitik des Landes BW

Grundlagen, Instrumente und Schwerpunkte der Innovationspolitik; Ergänzung der projektorientierten Technologiepolitik durch eine steuerliche Förderung von FuE-Investitionen; Umsetzungsstand der Studie zu technologischen Perspektiven bis 2020; Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und

der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung; Erweiterung der Innovationsgutscheine, Einbeziehung der Kreativwirtschaft; Berufung eines ständigen Innovationsrats mit einer periodischen Berichterstattung

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Exportserfolge baden-württembergischer Unternehmen durch eine besondere außenwirtschaftliche Unterstützung von Clusterorganisationen ausbauen

Potenzial einer Internationalisierung von Clusterinitiativen und Innovationsnetzwerken; Fördereinrichtungen und Förderinstrumente; Begleitung entsprechender EU-Programme; Unterstützung einer grenzüberschreitenden, internationalen Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und weiteren in einem bestimmten Bereich tätigen Organisationen

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/2681

Orientierung der Technologietransferpolitik an den vom Innovationsrat benannten Wachstumsefeldern

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425-1428 1430 1445

Teichwirtschaft

s. *Aquakultur*

Teilhabe behinderter Menschen

s.a. *Behindertenbeirat*

Modellprojekt „Sozialraumorientierung in der Behindertenhilfe; Schwerpunkt Teilhabe am Arbeitsleben“

Beteiligung am Modellprojekt außerhalb des Landkreises Karlsruhe; Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Modellprojekts; Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Raum; Einrichtung von Netzwerken zur Aufnahme einer Arbeitsstelle außerhalb von Behindertenwerkstätten; Zahl der am Projekt beteiligten Arbeitgeber, Zahl und Ausgestaltung der vermittelten Arbeitsplätze; Bewertung einer flächendeckenden Einführung in BW; Frage der Anschlussfinanzierung

Antr Werner Raab u.a. CDU 29.11.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2764

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2013 Drs 15/3398 S.

75

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Inklusive Wohn- und Beschäftigungsangebote

Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen; Behinderte, denen mit Unterstützung durch soziale Dienste eine eigenständige Lebensführung ermöglicht wird; in stationären oder teilstationären Einrichtungen lebende Behinderte; Konversion von Komplexeinrichtungen in der Behindertenhilfe; Förderung inklusiver Wohn- und Beschäftigungsangebote in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales BW (KVJS); Einbeziehung der Betroffenen in die Planungen; Umsetzung und Finanzierung des Umbaus

Antr

s. Behinderter

Drs 15/3269

Inklusion im Sport

Integration von Menschen mit Behinderungen in den Sportunterricht und in außerschulische Sport- und Bewegungsangebote, insbes Möglichkeit von Schulsportwettbewerben für Schüler mit geistiger bzw körperlicher Behinderung; Forschungsförderung zu Inklusion im Sport; Informationsangebote zu inklusiven Sportangeboten und zur Umsetzung von Barrierefreiheit im Sport

Antr

s. Inklusion

Drs 15/3336

Barrierefreiheit an Geldautomaten gewährleisten

Verbreitung barrierefreier Geldautomaten in BW; Normen und Techniken zur barrierefreien Benutzung von Geldautomaten; Zielvereinbarung über barrierefreie Dienstleistungen des Sparkassenverbands BW und seiner Mitgliedsparkassen

KlAnfr

s. Barrierefreiheit

Drs 15/3560

Inklusion bei der Aus- und Weiterbildung der in § 7 Abs 2 Kindertagesbetreuungsgesetz aufgeführten Fachkräfte

Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten; erhöhte Anforderungen an die dort arbeitenden Fachkräfte; Vorbereitung der in § 7 Abs 2 des Gesetzes über die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindergärten, anderen Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (Kindertagesbetreuungsgesetz - KiTaG) genannten Fachkräfte durch entsprechende Weiterbildung; Inklusion als Ausbildungsinhalt von Fachkräften für Kindertagesstätten in anderen Bundesländern

Antr

s. Inklusion

Drs 15/3739

„Leichte Sprache“ als Instrument barrierefreier Teilhabe

Zahl der auf eine einfache und leicht verständliche Sprache angewiesenen Menschen in BW; Empfehlungen bzw Gütesiegel für Leichte Sprache; Informationsangebote des Landes in Leichter Sprache; Hemmnisse für eine Ausweitung des Angebots; Einwände gegen die Verwendung einfacher Sprache; Erfahrungen mit Leichter Sprache in anderen Bundesländern

KlAnfr

s. Barrierefreiheit

Drs 15/3824

Keine Hindernisse für die Elternschaft von Menschen mit geistiger Behinderung

Statistische Angaben zur Elternschaft geistig behinderter Menschen und zur Art ihrer Unterstützung; Einfluss einer gezielten Unterstützung bei der Alltagsbewältigung; rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Elternschaft geistig Behinderter; Betreuung des Kindes durch eine Pflegefamilie oder Freigabe zur Adoption; Entziehung des Sorgerechts; Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf Elternassistenz; Unterstützung der Elternschaft bei Personen mit anderen Arten von Behinderung

Antr Sabine Wölflé u.a. SPD 12.08.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3936

BeschlEmpf und Bericht SozA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 51 52

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Kosten der Inklusion an Schulen

Teilnahme von Schülern mit Behinderung am integrativen Unterricht; Anzahl der Schüler in den vergangenen fünf Jahren; voraussichtliche Schülerzahl bei Erreichung der Endstufe des Inklusionsprozesses im Jahr 2018; Anzahl der durchschnittlich pro Schüler veranschlagten sonderpädagogischen Wochenstunden; darüber hinausgehender Bedarf an einem sonderpädagogischen Beratungs- und Unterstützungsangebot z.B. für seelisch beeinträchtigte Schüler; Höhe der pro behindertem Kind für den gemeinsamen Unterricht veranschlagten Kosten; Kostenträger auf Landes- und Bundesebene; Verteilung der Sach- und Personalmittel; Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans

Antr

s. Inklusion

Drs 15/4268

Förderung der Beratungs- und Koordinationsstelle von Special Olympics durch das Land

Stellenwert des Sports bei der Miteinbeziehung von Menschen mit geistiger Behinderung in die Gesellschaft; Ressortzuständigkeit und Förderwürdigkeit der Sportorganisation Special Olympics BW; Höhe der bisherigen Fördermittel des Landes; künftige Bezuschussung der Beratungs- und Koordinationsstelle

Antr

s. Behindertensport

Drs 15/4472

Barrierefreier Tourismus in BW

Angebot und Nachfrage nach barrierefreiem Tourismus; Förderung des barrierefreien Tourismus; Umsetzung der bundeseinheitlichen Kennzeichnungen für barrierefreie Angebote; Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Prüfung von Anträgen auf Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm; Barrierefreiheit für Besucher des Nationalparks Schwarzwald und dessen Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln

KlAnfr

s. Tourismus

Drs 15/4783

Inklusion in der Polizei

Zahlen und Beschäftigungssituation der schwerbehinderten und gleichgestellten Menschen bei der Polizei; insbes Berücksichtigung bei der Polizeistrukturereform, Anerkennung einer Beschädigung oder Schwerbeschädigung infolge von Dienstunfällen bei aktiven Polizeibeamten; Arbeitsfähigkeit der Schwerbehin-

derntenvertretungen

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/5120

Umsetzungsprobleme der Landesheimbauverordnung (LHeim-BauVO) in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach

Bewertung der in der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft Lautenbach praktizierten Form der Teilhabe von Menschen mit Behinderung; Unterstützung der Gemeinschaft bei den durch die Landesheimbauverordnung vorgeschriebenen Maßnahmen; Verlängerung des Umsetzungszeitraums der Landesheimbauverordnung über den Stichtag 31. August 2019 hinaus

Antr

s. *Landesheimbauverordnung*

Drs 15/6147

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr Werner Raab CDU 09.12.2014 und Antw SM Drs 15/6231

Partizipation von Menschen mit Autismus in BW

Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung in BW; Beteiligung von Menschen mit Autismus an Entscheidungen, die diese Menschengruppe betreffen; Handreichung für Verwaltungsbeschäftigte zum Umgang mit an Autismus leidenden Menschen; Ansprechpartner für Menschen mit Autismus in der Kommunal- und in der Landesverwaltung; Bereitstellung der für die Selbsthilfe von Autisten notwendigen Ressourcen

Antr Werner Raab u.a. CDU 16.12.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6277

BeschlEmpf und Bericht SoZA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 52 53

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Inklusion von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen

Erhöhung der Barrierefreiheit; Vermeidung von Fehlinterpretationen des Asperger-Syndroms; Maßnahmen zur Früherkennung von Autismus-Spektrum-Störungen (ASS); Zahl der spezialisierten Versorgungszentren in BW; Strukturen und Maßnahmen zur Verbesserung der Alltagskompetenz von Personen mit ASS sowie zur Vorbereitung dieser Personen auf das Berufsleben; Anerkennung des Autismus als eigenständigen Hilfebedarf in BW

Antr Thomas Poreski u.a. GRÜNE 19.12.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6305

BeschlEmpf und Bericht SoZA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 52 53

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Behindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in

der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6519

Teilprivatisierung

s. *Privatisierung*

Teilstationäre Pflege

Einsetzung einer Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Untersuchung des aktuellen Zustands der Pflege in BW; Überprüfung von Maßnahmen zur dauerhaften Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Pflegequalität; Bewertung der vorhandenen Angebote in der ambulanten, teil- und vollstationären Pflege sowie Prävention und Rehabilitation und Formulierung von Zielen für deren Weiterentwicklung

Antr

s. *Enquetekommission „Pflege in BW zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“*

Drs 15/4977

Teilzeitarbeit

s.a. *Arbeitszeitverkürzung*

s.a. *Frauenerwerbstätigkeit*

s.a. *Geringfügige Beschäftigung*

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Drs 15/407

Zweite Ausbildungschance für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss schaffen

Ausbildungsmöglichkeiten für junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss, insbes Angebot eines Sofortprogramms, Vorrang einer Vermittlung in Ausbildung gegenüber einer Vermittlung in Arbeit, weitere Förderung der Teilzeitausbildung, testweise Einführung von Jugendberufsagenturen

Antr

s. *Berufsausbildung*

Drs 15/4232

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Anteil der 2013 in Teilzeit beschäftigten Führungskräfte; Geschlechterverhältnis; Inanspruchnahme der Elternzeit; Umfang der Arbeitszeitreduzierung; Gleichbehandlung der in Teilzeit arbeitenden Führungskräfte

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 01.09.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5675
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6639 S. 7 8
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Anteil der Führungskräfte in Teilzeit in Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts mit unmittelbarer und mittelbarer staatlicher Beteiligung des Landes BW

Sachstand zu Situation und Führungskräften in Unternehmen mit mittelbarer oder unmittelbarer Beteiligung des Landes BW, insbes Entwicklung des Frauenanteils und der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, Maßnahmen zur Verhinderung einer Schlechterstellung von in Teilzeit arbeitenden Führungskräften

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/7461

Verweisung auf den hohen Anteil von Frauen in Teilzeitarbeit, Einführung einer Teilzeitausbildung

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1532-1538

Teilzeitausbildung

s. *Berufliche Bildung*

Teilzeitbeschäftigung

s. *Teilzeitarbeit*

Telearbeit

s.a. *Telekommunikation*

Personalressourcen im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Regelmäßige Dienstverrichtung des Ministerialdirektors am Freitag per Telearbeit, Frage nach dem Arbeitsort und nach der Vertretung im Ministerium bei dringlichen Angelegenheiten mit erforderlicher persönlicher Präsenz; Zahl und Zweck von Dienstreisen des MD nach Berlin im Umfeld von Wochenenden; Auflistung von realisierten und geplanten Projekten des auf 13 Personen angewachsenen Bereichs „nachhaltige Mobilität“ sowie des neu geschaffenen Referats „Rad- und Fußverkehr, Kommunale Verkehrskonzepte, Bürgerbeteiligung“

Antr
s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*
Drs 15/2009

„Ideelle Verbindung“ des Ministerialdirektors im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zum Unternehmen B. GmbH

Rechtliche Beurteilung und Konkretisierung der o.g. Verbindung und des entsprechenden Hinweises auf der Internetseite des Berliner Unternehmens, Frage nach erbrachten Beratungsleistungen des Unternehmens für das Land oder Landesunternehmen seit Amtsantritt des Ministerialdirektors; notwendige Voraussetzungen für die Genehmigung von Telearbeit für die Mitarbeiter im MVI und für den Amtschef, Beurteilung der Zulässigkeit der Ausübung von Telearbeit durch den MD in Berlin statt an seinem Hauptwohnsitz

Antr
s. *Ministerialdirektor*
Drs 15/2199

Telearbeit in der Steuerverwaltung

Erfahrungen in anderen Bundesländern (tabellarische Aufstellung); Chancen (z.B. Erhöhung der Vereinbarkeit von Beruf und privater familiärer Lebensführung) und Risiken (z.B. beim Datenschutz und der Wahrung des Steuergeheimnisses); Organisations- und Koordinationsaufwand beim Einrichten und Unterhalten von Telearbeitsplätzen; Kosten pro Telearbeitsplatz; Bedarf an Heimarbeitsplätzen nach einer Umfrage der Oberfinanzdirektion; Einrichtung auswärtiger Dienstsitze; weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Steuerverwaltung

Antr Klaus Maier u.a. SPD 26.11.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2738 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4379 S. 3 4
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/6463

Begrüßung des Anteils von Telearbeit in einigen Ministerien

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1532

Telediagnostik

s. *Telemedizin*

Teledienst

s. *Telemedien*

Telefon

s. *Telefonie*

Telefonie

s.a. *Funkverkehr*
s.a. *Notruf*

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Abs 9 PolizeiGes (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/10

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Jahresberichte zur Telekommunikationsüberwachung (Untersuchungsausschuss „Praxis der Telefonüberwachung“)

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/142

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Er-

mittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/169

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/171

Qualität der Telefonie auf Strecken der Deutschen Bahn AG in BW und auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg

Beklagung des o.g. Missstands auf Nebenstrecken, u.a. auf der Murr- und Remstalbahn; Hinwirkung auf Abhilfemaßnahmen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 14.07.2011 und
Antw MVI Drs 15/275

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr
s. *Technische Observation*
Drs 15/669

Beobachtungsgesundheitsämter für neuartige Erscheinungsformen von Krankheiten

Zuständige Gesundheitsämter und vorliegende Daten für gesundheitliche Auswirkungen von nicht-ionisierender Strahlung durch Mobilfunk, Richtfunk, Radar, Radio- und Fernsehsignale; Beurteilung der Forderungen des Europarats und EU-Parlaments nach Grenzwerten; Umgang mit Anfragen und Meldungen von elektrohypersensiblen Menschen

KlAnfr
s. *Strahlenschutz*
Drs 15/730

Telefonabzocke bei Nahrungsergänzungsmitteln

Darlegung o.g. Fälle und Praxis des Unterschiebens von Verträgen sowie der Firmensitze entsprechender Anbieter im Ausland; Internetadressen und Telefonberatungsstellen für die betroffenen Verbraucher; Unterstützung der Bestätigungslösung im GesEntw zur Fortentwicklung des Verbraucherschutzes bei unerlaubter Telefonwerbung, Verfahrensstand des vom Bundesrat in den Bundestag eingebrachten GesEntw sowie der dazu von der BReg angekündigten Prüfung

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/1054

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/3482

Ein zukunftsweisendes Mobilitätskonzept für Landesbedienstete
Pendlerverhalten der Bediensteten des Landes; Unterstützung gemeinschaftlicher Pendelmöglichkeiten für Landesbedienstete; Einsatz eines Online-Dienstes oder einer Applikation zur Koordination von Fahrgemeinschaften; Zusammenarbeit mit weiteren Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes; Kostenersparnis für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes; Kosten für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der Softwareanwendung; Ausarbeitung eines Mobilitätskonzepts für die Bediensteten des Landes; Bereitstellung eines elektronischen Dienstes zur Fahrgemeinschaftskoordination

Antr
s. *Pendler*
Drs 15/3995

Mobile Ticketing im Öffentlichen Personennahverkehr

Verkehrsverbünde mit einem Mobil-Ticketing-Angebot; Nutzung des sogenannten Handy-Tickets; Auftreten von Problemen bei der Fahrausweiskontrolle; Vereinheitlichung der eingesetzten Systeme; Förderung von Mobile Ticketing durch die LReg

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/6333

Entwicklung einer App zum Thema Einbruchdiebstahl

Überlegungen zur Entwicklung einer App für Smartphones als Informations- und Kommunikationsplattform zum Thema Einbruchdiebstahl; Einsatz einer solchen App in anderen Bundesländern bzw europäischen Ländern

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6738

Umgang mit Kundendaten bei der EnBW

Sachstand zu Datenschutzverstößen der EnBW bei Aufzeichnung und Auswertung von telefonischen Kundengesprächen, insbes Auswertungskriterien, Softwarenutzung, Verantwortung des Landes als Hauptaktionär

Antr
s. *Datenschutz*
Drs 15/6826

Wegfall einer Gebührenpflicht für fernsehtaugliche Handys mit der Umstellung der Rundfunkfinanzierung auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbeitrag

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 398 400

Telefonnetz

s. *Telefonie*

Telefonnummer

s. *Rufnummer*

Telefonverkehr

s. *Telefonie*

Teleheimarbeit*s. Telearbeit***Telekom***s. Telekommunikationsunternehmen***Telekommunikation***s.a. Breitbandkommunikation**s.a. E-Government**s.a. Elektronischer Handel**s.a. Funkverkehr**s.a. Informations- und Kommunikationstechnik**s.a. Internet**s.a. Kabelnetz**s.a. Telearbeit**s.a. Telefonie**s.a. Telekommunikationsunternehmen*

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Abs 9 PolizeiGes (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg

s. Technische Observation

Drs 15/10

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Jahresberichte zur Telekommunikationsüberwachung (Untersuchungsausschuss „Praxis der Telefonüberwachung“)

Mittlg LReg

s. Technische Observation

Drs 15/142

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr

s. Datenverarbeitung

Drs 15/169

Einstellung der LReg zu dem Beschluss der Innenministerkonferenz in Sachen Vorratsdatenspeicherung

Bewertung des o.g. Beschlusses, Vereinbarkeit mit der vom amtierenden Innenminister im Frühjahr 2010 erklärten Beschränkung einer Speicherung von Telefon- und Internetdaten auf konkrete Verdachtsmomente

KlAnfr

s. Datenverarbeitung

Drs 15/171

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr

s. Technische Observation

Drs 15/669

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr

s. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Drs 15/1959

Probleme bei dem Internetportal der Polizei BW

Ausfallzeiten und Gründe für die mangelnde Erreichbarkeit des Internetportals; mögliche Beeinträchtigung des E-Mail-Verkehrs der Polizei; Angaben zu Beschwerden über die Erreichbarkeit vonseiten der Bürger, der Presse oder von Organisationen; Anmahnung von Informationen über die Polizeireform, insbes über die Bewertungskriterien zu den Standortentscheidungen; Aufnahme der geplanten Standorte für die Verkehrspolizeidirektionen in die Übersichtspläne; Einrichtung einer Diskussionsplattform

Antr

s. Polizeireform

Drs 15/2008

Ausführung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsaufträgen durch die Polizei

Polizeidirektionen, die o.g. Ermittlungen seit 2011 aufgrund der damit verbundenen Kosten nicht durchführen konnten; Gründe für eine mögliche Häufung solcher Fälle im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim sowie für einen möglichen Schwerpunkt bei der Telekommunikationsüberwachung

KlAnfr

s. Strafverfolgung

Drs 15/2112

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsheimnisträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw

s. Polizeirecht

Drs 15/2434

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3385

Jährliche Unterrichtung des Ltg gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation

Mittlg LReg
s. *Technische Observation*
Drs 15/3482

Telekommunikationsdienst

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3723

Telekommunikationsnetz

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3385

Auswirkungen der Breitbandinitiative II im Rems-Murr-Kreis

Stand der Grundversorgung mit Hochgeschwindigkeitszugängen zum Internet; Übertragungsraten in den Gewerbegebieten; iRd Breitbandinitiative II geförderte Gemeinden oder Gemeindeverbände; Nutzung des Mobilfunkstandards LTE; DSL-Vectoring in bestehenden Kupferleitungen und weitere Maßnahmen zur Steigerung des Datendurchsatzes im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3616

Landwirtschaft 4.0 in BW

Potenzial einer Digitalisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse; Vorbereitung der Landwirte auf den digitalen Wandel; Anforderungen an die Datenerfassung und Datenverarbeitung in der Landwirtschaft; infrastrukturelle Voraussetzungen, insbes die Verfügbarkeit des LTE-Mobilfunkstandards;

Forschungsprojekte, Fachtagungen und Förderprogramme zum Thema Landwirtschaft 4.0/Farming 4.0

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/7861

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/8091

Telekommunikationsrecht

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/4421

Telekommunikationstechnik

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Telekommunikationsüberwachung

s. *Technische Observation*

Telekommunikationsunternehmen

Vorratsdatenspeicherung

Auswirkungen des Fehlens einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung von Telefon- und Internetdaten auf die Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden, insbes zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität; Frage nach der Notwendigkeit und Ausgestaltung einer vorsorglich anlassunabhängigen Speicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten durch private Diensteanbieter

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 15/169

Breitbandinfrastruktur in BW

Stand und Zielvorgaben für die flächendeckende Versorgung mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen, insbes auch im ländlichen Raum; Beurteilung der Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die großen Netzbetreiber; Erfahrungen mit

den Modellversuchen des Micro-Trenching (Verlegung der Rohre mit Glasfaserkabeln im Gehweg in geringer Tiefe); Forcierung der flächendeckenden Einführung dieser Technik

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/303

Zugang zu schnellem Internet im LKreis Rottweil

Versorgung o.g. Gemeinden, insbes auch Rottweil mit den Ortsteilen Neukirch, Gölldorf, Feckenhausen, mit schnellen Breitband-Internetanschlüssen; Umsetzung der entsprechenden Verpflichtung durch die Anbieter von Breitbandnetzen

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/434

Breitband im ländlichen Raum

Ausbau des Glasfasernetzes für eine verbesserte Breitbandversorgung, Nutzung des Know-hows der EnBW-Tochter Neckarcom Telekommunikation GmbH, Forcierung eines abgestimmten Ausbaus des Strom- und Breitbandnetzes über die Beteiligung des Landes an der EnBW, Darstellung der Strategie zur Umsetzung eines Gesamtkonzepts zum Breitbandausbau im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1131

Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Ausbau der o.g. Breitbandversorgung durch Einwirkung auf die Netzbetreiber, Weiterentwicklung der Förderprogramme, Erschließung europäischer Förderprogramme und Aufnahme der Breitbandversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge in das Kommunalabgabengesetz

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/1577

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreis Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/1663

Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal; Perspektiven für die betroffenen Mitarbeiter, insbes bezüglich der Zusage einer Beschäftigungsgarantie bis zum 31. Dezember 2014

MdlAnfr
s. *Nokia Siemens Networks*
Drs 15/3315

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3723

Bewertung des angestrebten Frauenanteils in Führungspositionen bei der Telekom als vorbildlich

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193 196

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Anbietern von sozialen Netzwerken und Strafverfolgungsbehörden, Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage für die Vorratsdatenspeicherung im Telekommunikationsgesetz

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1663-1665 1667

Telematik

Logistik in BW

Sachstand zur Logistik und Logistikbranche in BW, insbes Bedeutung, wirtschaftliche Kennzahlen, Güterverkehrskonzept, EU-Förderprogramme, Herausforderungen für die Infrastruktur, Sicherheitsgewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs auf Ortsumgehungen, Angebot an beruflicher Qualifikation und Studiengängen im Bereich Logistik, Erfolge bei der Umsetzung des Ziels „Güter auf die Schiene bringen“, Ziele des Leitbilds nachhaltiger Logistik, Chancen für die Branche bei Industrie 4.0, Potenzial des Telematik-Einsatzes, Auswirkungen des Mindestlohns, Problematik der Kabotage, Auswirkungen der Neuregelung der Lkw-Maut, Einsatz von Lang-Lkw

GrAnfr
s. *Logistik*
Drs 15/6340

Telemedien

EU-Projekt „e-SENS“ (Electronic Simple European Networked Services)

Sachstand des neuen Projekts „e-SENS“ der Europäischen Kommission zum Aufbau einer europaweit anwendbaren, digitalen Infrastruktur für rechtssichere und grenzüberschreitende Online-Dienste, insbes Vorteile für Wirtschaft und Verwaltung in BW

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.02.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4835
BeschlEmpf und Bericht EuA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 68 69
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Telemediendienst

s. *Telemedien*

Telemediengesetz

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/4421

Telemedizin

Telemedizin

Fördermaßnahmen iRd Projektklinie zur Telemedizin (Gesundheitstelematik); Aufbau eines zentralen Netzwerks in Analogie zur „Bayerischen TelemedAllianz“; Partnerschaft mit dem Verein „Baden-Württemberg: connected“

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 07.12.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2784
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/4040 S. 40 41
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Telemedizin in BW

Nutzung der Telemedizin zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen im medizinischen Bereich; Förderung des Programms „Medizin und Pflege - Projektklinie zur Telemedizin“; Höhe der Fördermittel im Vergleich zu den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen; Aufbau eines zentralen Netzwerks für Telemedizin; Entwicklung gemeinsamer technischer Standards als Voraussetzung der Kooperation; Beurteilung des Projekts „A.T.e.m. - Alltag mit Telemedizin erfolgreich meistern“ der Techniker Krankenkasse mit Bosch Healthcare und dem Robert-Bosch-Krankenhaus; verhaltenes Agieren der technischen Anbieter auf dem telemedizinischen Markt

KlAnfr Stefan Teufel CDU 20.12.2013 und Antw SM Drs 15/4527

Zukunft der Telemedizin

Stärkung der Telemedizin durch Beantragung von EU-Fördermitteln; Erfolge der Koordinierungsstelle „Telemedizin BW“

MdlAnfr 6) Stefan Teufel CDU 17.03.2014 Drs 15/4915
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5686-5688

Eröffnung der Magnetresonanztomographie (MRT)-Praxis MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg

Sachstand zu Hintergründen und Zielsetzungen der Eröffnung der Tochtergesellschaft der Universität Heidelberg MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg

KlAnfr
s. *Computertomografie*
Drs 15/7396

Telespiel

s. *Computerspiel*

Tempolimit

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Tempora (Überwachungsprogramm)

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr
s. *Nachrichtendienstliche Mittel*
Drs 15/3727

TEN

s. *Transeuropäisches Netz*

Tennis

Beschäftigungssituation von Tennistrainern in BW

Sachstand zur Situation der steuer- und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für hauptberufliche Tennistrainer, insbes Problem der Scheinselbständigkeit, Lösungsansätze gegenüber den Vereinen zur Vermeidung der Scheinselbständigkeit

Antr
s. *Sportleiter*
Drs 15/7222

Terrorabwehr

s. *Terrorismusbekämpfung*

Terrorbekämpfung

s. *Terrorismusbekämpfung*

Terrorismus

s.a. *Terrorismusbekämpfung*

Islamismus in BW

Entwicklung der Zahl und Schwere von Straftaten mit islamistischem Hintergrund in BW oder mit Bezug zu BW seit 2001; präventive Maßnahmen gegen die Radikalisierung junger Muslime, insbes gegen die Selbstradikalisierung durch islamistische Internetpropaganda; Frage nach Ausstiegsprogrammen und Sicherheitspartnerschaften mit islamischen Glaubensgemeinschaften und Verbänden

Antr
s. *Islam*
Drs 15/281

Resolution des Landtags von Baden-Württemberg gegen rechts-extremistische Gewalt

Verurteilung der rechtsterroristischen Mordtaten, Forderung einer rückhaltlosen Aufklärung der Verbrechen und Hintergründe sowie konsequenter Bestrafung der Täter und Helfer, Aufruf der Bürger zum entschiedenen Widerstand gegen jeglichen Extremismus, Bekundung des Mitgefühls gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/903

2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“)

Leistung von Amtshilfe bei der Beweiserhebung auf Ersuchen des o.g. Untersuchungsausschusses

MdlAnfr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1734

Äußerungen von Ministerin Öney über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland

Konkretisierung o.g. Äußerung bei einer Veranstaltung im Alevitischen Kulturzentrum in Stuttgart auf die Frage eines Zuhörers, Wiedergabe des Sachverhalts in der türkischen Tageszeitung *Hürriyet*, Verwendung des im Türkischen feststehenden Begriffs für eine Verflechtung von Sicherheitskräften, Politik, Justiz, Verwaltung und organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland; Gründe für das Aufgreifen des Begriffs durch die Ministerin, statt der Unterstellung des Zuhörers entgegenzutreten, was sie erst nachträglich tat

Antr
s. *Rechtsstaat*
Drs 15/1809

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/1959

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM

Antr
s. *Polizei*

Drs 15/2233

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Umsetzung europäischer Beschlüsse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbes zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, Ermöglichung des Zugriffs und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Strafverfolgungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, Schaffung von Rechtsgrundlagen zur Erhebung von Telekommunikationsdaten, für den polizeilichen Einsatz von Vertrauenspersonen und die Erteilung von Platzverweisen; Erweiterung des absoluten Schutzes von Berufsheimnisträgern auf Rechtsanwälte sowie des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst; Ermöglichung des Zugriffs der Fachaufsichtsbehörden auf Daten des elektronischen Personenstandsregisters bei den Standesämtern

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Radikalisierung in BW durch religiös motivierten Extremismus

Sachstand zur Beteiligung von religiös motivierten radikalisierten Jugendlichen und Erwachsenen aus BW an paramilitärischen bzw terroristischen Aktivitäten im In- und Ausland, insbes Organisationsgrad, Motivation von Frauen, Wirkung von salafistischen Hasspredigern und Rappern, Auftreten einer sogenannten Scharia-Polizei; Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen bei Rückkehrern aus Syrien und dem Nordirak nach Deutschland; bestehende Präventions- und Kontrollmechanismen und deren Effizienz

GrAnfr CDU 15.10.2014 und Antw LReg Drs 15/5880 (25 S.)

Die Terroranschläge in Paris

Debatte CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP
PIPr 15/142 18.11.2015 S. 8476-8482

Anteilnahme und Beileid der LReg gegenüber den Opfern und Hinterbliebenen des Terroranschlags eines Rechtsextremisten in Norwegen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 418

Notwendigkeit der Telekommunikationsüberwachung zur Verfolgung von terroristischen Straftaten

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 710 711 713-716

Verurteilung der Mordtaten einer rechtsextremistischen Terrorzelle, Notwendigkeit einer raschen und transparenten Aufklärung, Beleuchtung der Rolle der beteiligten Verfassungsschutzämter

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 899-903

Festhalten an den Regionalen Ermittlungsgruppen Islamistischer Terrorismus

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2182

Terrorismusbekämpfung

s.a. Terrorismus

Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes

Strukturreform des Landesamtes für Verfassungsschutz und Stellenabbau; Bewertung der Arbeit des Landesamtes; Bewäl-

tigung von Aufgaben wie z.B. der Beobachtung islamistischer Gruppierungen; Haltung des Innenministers zu einem Stellenabbau und zur Aufgabe der Terrorismusbekämpfung; Risiken einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes; Wegfall der parlamentarischen Kontrolle bei einer Verlagerung von Aufgaben auf den Bund; Folgen für die horizontale Gewaltenteilung; Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses (Bundestagsdrucksache 17/14600 vom 22. August 2013); Zusammenarbeit der Verfassungsschutzorganisationen des Bundes und der Länder

GrAnfr
s. *Verfassungsschutz*
Drs 15/4539

Vorbereitung der Polizei BW auf Terrorlagen

Sachstand zu Investitionen und zur Vorbereitung von Polizeivollzugsbeamten im Streifendienst der Polizeireviere des Landes BW auf Terrorlagen, insbes durchschnittlich abgeleistete Stundensätze in den verschiedenen Arten des Einsatztrainings, vorgehaltene Schutzausstattungen gegen Beschuss, durchschnittliche Zugriffszeiten der Spezialeinheiten des Landes bei unvorhersehbarer Alarmierung

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 11.12.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7863
BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 52-54
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Test

s.a. Prüfung

Information über die Stresstests für Atomkraftwerke in der Europäischen Union

Umfang, Kriterien und Verfahren für die Sicherheitsüberprüfung der europäischen Atomkraftwerke

Mittlg LReg
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 15/176

Stuttgart 21: Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann und Positionierung des MinPräs

Aufklärung der o.g. Widersprüche, Frage nach Kenntnissen des MinPräs über die fortlaufende Unterrichtung der LReg über die Ergebnisse des Stresstests durch die Bahn AG

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/180

Stuttgart 21: Unterlagen zum Ergebnis des Stresstests und Widersprüche in den Aussagen von Verkehrsminister Hermann

Umfang, Inhalte und Zeitpunkt der Übergabe von o.g. Unterlagen der Bahn AG an die LReg bzw an das MVI; Darlegung der Gespräche und des Schriftverkehrs mit der Bahn; Aufklärung der Widersprüche in den Äußerungen von Minister Hermann

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/178

Kein Antrag des Landes auf Bau- und Vergabestopp bei Stuttgart 21

Umschwenken des MinPräs zur Erwägung eines Baustopps: Höhe und Nutzen einer Kostenbeteiligung des Landes hierfür, Vereinbarkeit mit dem Baurecht der DBAG sowie mit der zu er-

wartenden Erfüllung des Schlichterspruchs durch die Ergebnisse des Stresstests und ihrer Bewertung durch die SMA; Frage nach der Bereitschaft zur Verschiebung der Volksabstimmung bis zur abschließenden Klärung der Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit; Verzicht auf die Beantragung eines Baustopps

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/209

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Offenlegung der Fahrpläne und Fahrzeiten auf den einzelnen Verbindungen auf der Grundlage des Stresstests der Bahn für die Zeit nach Realisierung von Stuttgart 21, Anbindung des Stuttgarter Flughafens an die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Elektrifizierung der Südbahn, Ausbau der Zollernalbbahn, Nutzung der Bahnabstellflächen in Tübingen u.a.

KIAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/299

Verbindlichkeit von Parteitagsäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/683

Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf den Betrieb der S-Bahn-Linie S 1 nach Kirchheim unter Teck und auf die S-Bahn-Stationen im Raum Kirchheim unter Teck

Darlegung o.g. Auswirkungen, Bewertung der Aussagen im Schlussbericht zum zweiten Stresstest von SMA und Partner AG, Gewährleistung der Durchbindung der S 1 von Kirchheim nach Herrenberg?

KIAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/771

Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) an Realschulen

Planung und Umsetzung der Kompetenzanalyse Profil Assessment Center (AC) zur Unterstützung der Berufsorientierung von Schülern an Realschulen, insbes Zeit- und Ressourcenaufwand, Vorbereitung von Lehrkräften und Multiplikatoren, bisherige Erfahrungen; Ergebnisse der Evaluation durch das Unternehmen Mensch-Technologie-Organisation (MTO)

Antr
s. *Schlüsselqualifikation*
Drs 15/4008

Verweisung auf die widersprüchlichen Aussagen von Minister Hermann über die Informationen zu den Ergebnissen des Stresstests zu Stuttgart 21 vonseiten der Bahn, Erinnerung an die bei der Schlichtung vereinbarten Grundlagen für den Stresstest und an die Verbindlichkeit der von der SMA vorgelegten Ergebnisse

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145-150 152-162 188

Beurteilung der verkehrlichen Verbesserungen durch Stuttgart 21 nach den Ergebnissen des Stresstests

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 455 456 461 462 477-479

Bezifferung der Mehrkosten für zusätzliche Maßnahmen beim Projekt Stuttgart 21 nach dem Stresstest

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 526-528 531 534

Textil- und Bekleidungsindustrie

Cradle to Cradle-Konzept (Ökoeffektivität) in der Textilindustrie
Umfang und Förderung der Anwendung von Kleiderrecycling in der Textilindustrie, Beurteilung der bisherigen Entsorgung und Erfassung von Altkleidern und Schuhen, Höhe der möglichen Einsparung von Rohstoffkosten bei der Textilproduktion durch vollständiges Kleiderrecycling, Qualitätsbewertung des Recyclings und der damit erzeugten Produkte

Antr

s. *Bekleidung*

Drs 15/1049

Textilgewerbe

s. *Textil- und Bekleidungsindustrie*

Textilien

s. *Bekleidung*

Textilindustrie

s. *Textil- und Bekleidungsindustrie*

Textilprodukt

s. *Bekleidung*

Textilunternehmen

s. *Textil- und Bekleidungsindustrie*

TGV (Zugart)

s. *Hochgeschwindigkeitzug*

TH

s. *Technische Hochschule*

Theater

s.a. *Schauspielhaus Stuttgart*

s.a. *Theaterintendant*

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 82 115

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 24: Förderung der Landes Bühnen

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/229

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Mittlg LReg 16.10.2012 Drs 15/2483

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/2870
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Schultheater in BW

Bewertung der o.g. Theaterarbeit und der landesweiten Schultheatertage sowie der Lehreraus- und -fortbildung; Verankerung der Schultheater in den Bildungsplänen, Überführung des Schulversuchs mit dem Oberstufenwahlfach „Literatur und Theater“ in die Regelphase; Aufbau einer Plattform zur Kooperation mit professionellen und Amateurtheatern, Unterstützung durch die Koordinierungsstelle Schultheater, die Akademie Schloss Rotenfels und Multiplikatoren; Benennung von Kulturbeauftragten an Schulen nach einer Empfehlung der Kulturkonzeption 2020

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 11.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/256

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.10.2011 Drs 15/1300 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz u.a. CDU) S. 7 8

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 20.08.2012 Drs 15/2243

Streichung von Lehrerstunden für Arbeitsgemeinschaften an den Schulen durch die Schulverwaltung

Begründung, Umfang und betroffene Schularten der Streichung des ergänzenden Unterrichtsangebots an Förderstunden für Schulchor, Musik AG, Theater AG u.a.; Rücknahme der vorgenommenen Streichungen

Antr

s. *Arbeitsgemeinschaft*

Drs 15/433

Landespreis für Volkstheaterstücke

Entwicklung der Definition o.g. Theaterstücke und der Preisverleihung seit 1978, Auflistung der ausgezeichneten Autoren, jeweilige Rolle der Laien- und Profikunst bei der Besetzung der Jury, Verstärkung der Trennung zwischen Amateurtheater, Volkstheater und Kleinkunst? Frage nach dem zuständigen Ministerium für die Förderung des Amateurtheaters und des Volkstheaterwesens

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 10.11.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/859

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.03.2012 Drs 15/2007 S. 24 25

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Vergütung von Intendanten und Direktoren im Kulturbetrieb

Entwicklung der Vergütung o.g. Führungskräfte im Vergleich zu anderen BLändern, zu den Leitern freier Theater und soziokultureller Zentren und zu Geschäftsführern anderer Unternehmen mit Landesbeteiligung; Beurteilung des Prüfberichts des RH über die Vergütung der Theaterintendanten; Auswirkungen einer Änderung der Gehaltsstruktur und Offenlegung der Vergütungen auf die Gewinnung qualifizierter Spitzenkräfte für Leitungsaufgaben an Kultureinrichtungen

Antr

s. *Theaterintendant*

Drs 15/1232

Lizenzgebühren bei Schultheateraufführungen

Schritte zur Entschärfung der o.g. Problematik - evtl durch eine entsprechende Bundesratsinitiative

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 08.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1409

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 16.01.2013 Drs 15/3245 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz CDU) S. 24 25

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962
Mittlg LReg 28.11.2013 Drs 15/4433

Regierungsbefragung

Staatstheater Stuttgart - Sanierung des Schauspielhauses
s. Schauspielhaus Stuttgart
PIPr 15/33 S. 1783

Situation und Perspektiven der Kleintheater in BW

Bestandsaufnahme über die Verbreitung, Bedeutung und finanzielle Situation der Kleintheater; Mitwirkung an der Bildungsarbeit mit Kindern; Entwicklung der finanziellen Unterstützung seit 2002, Anwendung des Finanzierungsschlüssels zwischen Kommunen und Land von 2:1 sowie Einbeziehung in die institutionelle Förderung?

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 30.05.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1777
BeschlEmpf und Bericht WissA 20.09.2012 Drs 15/2544 S. 48 49
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 27 - Sondervertraglich Beschäftigte bei den Staatstheatern (Kap 1479 und 1480)

Mittlg RH
s. Arbeitsvertrag
Drs 15/1927

Länderförderung der Kulturausgaben

Entwicklung der o.g. Förderung im Vergleich zu anderen BLändern seit 2002; Umfang der Ergänzung aus privaten Drittmitteln; Engagement der Banken in der Kultur- und Kreativwirtschaft; Frage nach einer mittelfristigen Finanzplanung für den Betrieb von Theatern, Orchestern oder Museen sowie nach einer möglichen Rücklagenbildung der Kunst- und Kulturinstitutionen aus der institutionellen Förderung; Bewertung der Entwicklungen und Umsetzung der Kunstkonzeption „Kultur 2020“ iR eines zweijährig stattfindenden Kunstkongresses

Antr
s. Kultur 2020
Drs 15/2049

Förderung der Theater in kommunaler Trägerschaft

Höhe der derzeitigen und künftigen Förderung der neun Theater, Frage nach Erhöhungen der bisherigen Mittel u.a. aufgrund gestiegener Personal- und Sachkosten

KlAnfr Karl Klein CDU 12.07.2012 und Antw MWK Drs 15/2080

Nationaltheater Mannheim

Gegenüberstellung des Nationaltheaters Mannheim und der Staatstheater in Karlsruhe und Stuttgart in ihrer Leistungsfähigkeit, ihrer Gesamtbudgets und des Finanzierungsanteils des Landes seit 2002; Beurteilung des jeweiligen Niveaus von Oper und Orchester; Unterstützung des Nationaltheaters bei Kooperationen mit besonders renommierten Künstlern

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.08.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2255
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 44-46
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Veränderungen bei den Landesbühnen

Zahl der Aufführungen und Besucher an den Sitz- und Gastspielorten seit 2007; Anstreben ähnlicher Finanzierungsvereinbarungen wie mit Tübingen auch für die beiden anderen Bühnen? Frage nach Überlegungen zur Verschmelzung der Bühnen in Bruchsal und Esslingen sowie Kommunalisierung des Landestheaters in Tübingen und deren Auswirkungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 22.10.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2540

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses

Ursachen und Konsequenzen der gescheiterten Übergabe des Stuttgarter Schauspielhauses iRd grundständigen Sanierung

MdlAnfr
s. Schauspielhaus Stuttgart
Drs 15/3155

Tragödie um die Sanierung des Schauspielhauses - 3. Akt

Auswirkungen der Verzögerung der Renovierungsfertigstellung des Schauspielhauses auf den Theaterstandort Stuttgart sowie für den Renovierungsetat des Opernhauses

MdlAnfr
s. Schauspielhaus Stuttgart
Drs 15/3315

Verantwortlichkeiten bei der Renovierung des Schauspielhauses Stuttgart

Organisatorische und personelle Verantwortlichkeiten für die noch nicht abgeschlossenen Sanierungsarbeiten am Stuttgarter Schauspielhaus; geplanter Zeitpunkt der Inbetriebnahme des regulären Spielbetriebs; Höhe, Entwicklung und Übernahme der Kosten für die Sanierung und die Ausweichspielstätte sowie entgangene Einnahmen

Antr
s. Schauspielhaus Stuttgart
Drs 15/3656

Situation und Förderung der Kommunaltheater

Ausgestaltung und Umsetzung der angekündigten langfristigen Zielvereinbarung für die Kommunaltheater über das Verhältnis von kommunalem Zuschuss und Landeszuschuss; Entwicklung der Bezuschussung für die einzelnen Theater in kommunaler Trägerschaft, insbes seit der Einführung der Festbetragsfinanzierung im Jahr 2000 und Kriterien zur Festlegung der jeweiligen Fördersumme; Entwicklung der Besucherzahlen der Kommunaltheater und Verhältnis von Besucherzahlen und Zuschüssen der einzelnen Häuser; Auswirkungen der Tarifierhöhungen für die Kommunaltheater

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 23.07.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3856
BeschlEmpf und Bericht WissA 14.11.2013 Drs 15/4581 S. 8 9
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Keine Abschaffung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

Erwägungen zur Einführung von § 95 Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG); Auswirkungen einer Änderung oder Streichung von § 95 für Theater und Orchester im Hinblick auf die Kunstfreiheit sowie finanzielle und personelle Konsequenzen für den Orchester- und Theaterbetrieb

Antr
s. Personalvertretungsrecht
Drs 15/4281

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5024
BeschlEmpf und Bericht WissA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 8
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 20 - Projektsteuerung bei Hochbauvorhaben des Landes (Kap 1208, 1415, 1421 und 0702)

Mittlg RH
s. Bauverwaltung
Drs 15/5420

Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds im Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters Karlsruhe

PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7065 7112

Nachwahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater Stuttgart

PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7293

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 24 - Schlossfestspiele Ettlingen und Ludwigsburger Schlossfestspiele (Kap 1481)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7024
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7524 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

*Regierungsbefragung
Staatstheater*

PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8209 8210

Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater

Sachstand zur Arbeit und die Weiterentwicklung der Schultheater, insbes Hintergründe zur ersatzlosen Streichung der Koordinierungsstelle für Schultheater, Weiterentwicklung des Schulversuchs „Literatur und Theater“ als Oberstufenfach an Gymnasien

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 05.10.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7474

Vorfälle bei der „Demo für alle“ am 11. Oktober 2015 in Stuttgart

Verhinderung einer Nutzung des Opernhauses als Kulisse für die Teilnehmer der „Demo für alle“; Nutzung der Terrasse des Opernhauses für politische Meinungsbekundung; Entrollen eines Transparents in Regenbogenfarben mit der Aufschrift „Viel-falt“ durch Gegendemonstranten an der Fassade des Opernhau-

ses; Anzahl der während der Demonstration festgenommenen und verletzten Personen; Höhe der Sachschäden; Kosten des Polizeieinsatzes sowie des Einsatzes von Hilfs- und Rettungsdiensten

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/7603

Schauspielhaus Stuttgart: Frühzeitige Vertragsverlängerung der Intendanz

Sachstand zur frühzeitigen Vertragsverlängerung der Intendanz am Schauspielhaus Stuttgart; Entwicklung der Zuschauerzahlen in der ersten und zweiten Inszenierungsperiode

MdlAnfr
s. *Schauspielhaus Stuttgart*
Drs 15/7860

Mittelaufstockung für die Theaterförderung, Begrüßung der Verpflichtung von Armin Petras als neuen Intendanten des Stuttgarter Staatstheaters

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1414-1419

Theaterintendant

Vergütung von Intendanten und Direktoren im Kulturbetrieb

Entwicklung der Vergütung o.g. Führungskräfte im Vergleich zu anderen BLändern, zu den Leitern freier Theater und soziokultureller Zentren und zu Geschäftsführern anderer Unternehmen mit Landesbeteiligung; Beurteilung des Prüfberichts des RH über die Vergütung der Theaterintendanten; Auswirkungen einer Änderung der Gehaltsstruktur und Offenlegung der Vergütungen auf die Gewinnung qualifizierter Spitzenkräfte für Leitungsaufgaben an Kultureinrichtungen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 08.02.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/1232
BeschlEmpf und Bericht WissA 18.10.2012 Drs 15/3063 S. 22-24
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 27 - Sondervertraglich Beschäftigte bei den Staatstheatern (Kap 1479 und 1480)

Mittlg RH
s. *Arbeitsvertrag*
Drs 15/1927

Schauspielhaus Stuttgart: Frühzeitige Vertragsverlängerung der Intendanz

Sachstand zur frühzeitigen Vertragsverlängerung der Intendanz am Schauspielhaus Stuttgart; Entwicklung der Zuschauerzahlen in der ersten und zweiten Inszenierungsperiode

MdlAnfr
s. *Schauspielhaus Stuttgart*
Drs 15/7860

Begrüßung der Verpflichtung von Armin Petras als neuen Intendanten des Stuttgarter Staatstheaters

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1417

Theaterstück

s. *Theater*

Theodor-Heuss-Preis*Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern*

Wichtigkeit der Bekämpfung des sexuellen Missbrauch von Kindern; Maßnahmen zur Prävention; Auszeichnung des Politikers und Publizisten Daniel Cohn-Bendit mit dem Theodor-Heuss-Preis

Antr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3243

Konterkariert die Haltung der LReg zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises die Kampagne gegen Kindesmissbrauch?

Aktuelle Debatte
s. *Sexueller Missbrauch*
PIPr 15/64 S. 3820

Position der LReg zur angekündigten Aufarbeitung der pädophilen Vergangenheit von Daniel Cohn-Bendit

Teilnahme der LReg an der Preisverleihung für Herrn Cohn-Bendit trotz des vorherigen Bekanntwerdens einer unwirksamen Entlastung vom Vorwurf des Kindesmissbrauchs; Richtigkeit der Preisverleihung aufgrund neuerer Informationen und Aufarbeitungspläne

MdlAnfr
s. *Sexueller Missbrauch*
Drs 15/3456

Über die „intensive Bearbeitung der Journalisten in der Nacht vor und am Rande der Heuss-Preisverleihung“

Pressearbeit des Regierungssprechers und ihre Grenzen; Begründung des Einsatzes des Pressesprechers der LReg im Zusammenhang mit der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an Daniel Cohn-Bendit; Begünstigung Daniel Cohn-Bendits durch die begleitende Pressearbeit; Höhe des dadurch entstandenen finanziellen Aufwands

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/3491

Theologische Hochschule

s. *Kirchliche Hochschule*

Therapie*Druckkammerbehandlung*

Nutzen der hyperbaren Sauerstofftherapie (HBO); Zahl der in BW vorhandenen Druckkammern; Menge der im Zeitraum von 2010 bis 2012 behandelten Patienten; Gewährleistung einer Notfallversorgung außerhalb regulärer Arbeitszeiten; Finanzierung der HBO; Erteilung eines staatlichen Versorgungsauftrags

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 25.07.2013 und Stellungnahme SM Drs 15/3874

Familienorientierte Rehabilitation verwaister Familien

Konzept der Deutschen Rentenversicherung BW, der AOK BW sowie der Nachsorgeklinik Tannheim zur familienorientierten Rehabilitation verwaister Familien; Bedarf und Angebot an Therapie- und Rehabilitationsplätzen in BW

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 15/4279

Aufnahme und Betreuung traumatisierter Frauen aus Syrien und aus dem Irak

Sachstand zur Aufnahme und Behandlung von misshandelten und traumatisierten Frauen aus den Krisengebieten im Irak und in Syrien iRd Sonderprogramms der LReg

KlAnfr
s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/6587

Fluchtursachen wirksam bekämpfen - Traumatisierten vor Ort helfen

Sachstand zur Hilfe für Traumatisierte vor Ort im Nordirak, insbes Arbeit der Stiftung wings of hope Deutschland, vorhandene Strukturen zur Traumabehandlung vor Ort, Bereitstellung von Landesmitteln zur Unterstützung dieser Arbeit und zur Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort

Antr
s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/7583

Therapie- und Unterbringungsgesetz

s. *Therapieunterbringungsgesetz*

Therapieunterbringungsgesetz*Umsetzung des TherapieunterbringungsGes in BW*

Zahl der aus Sicherungsverwahrung entlassenen und polizeilich überwachten Personen, Zahl und Ergebnis von gestellten Anträgen auf Unterbringung nach der o.g. Rechtslage; Verhältnis zwischen Strafvollzug, Unterbringung im Maßregelvollzug und nach dem TherapieunterbringungsGes; Stand der Suche nach einer Unterbringungseinrichtung

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/267

Therapieunterbringung im Psychiatrischen Zentrum Nordbaden

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit im PZN nach dem Therapieunterbringungsgesetz: Zustandekommen der Entscheidung und Beteiligte an der Entscheidungsfindung, Art und Zeitpunkt der Kommunikation der Entscheidung gegenüber den Bürgern und dem Gemeinderat der Stadt Wiesloch, Bestätigung der Entscheidung als Übergangslösung?

Antr
s. *Unterbringung*
Drs 15/1027

Aktueller Stand der Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit in der Maßregelvollzugseinrichtung des Zentrums für Psychiatrie in Wiesloch, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen und Räumlichkeiten im PZN; Frage nach dem sozialtherapeutischen Konzept zur Durchführung des Therapieunterbringungsvollzugs sowie nach der Einbringung des angekündigten Therapieunterbringungsvollzugsgesetzes

Antr Stefan Teufel u.a. CDU 16.12.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/1028
BeschlEmpf und Bericht SozA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 27-29
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Haushalt 2012; Epl 09

Erstattung der Kosten für die Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1109-30 S. 78
79

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1315-1330

Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Regelung des Vollzugs der Therapieunterbringungen von psychisch gestörten Sexual- und Gewalttätern in BW aufgrund des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) des Bundes vom 22. Dezember 2010

GesEntw

s. Therapieunterbringungsvollzugsgesetz

Drs 15/3643

Therapieunterbringungsvollzugsgesetz

Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Regelung des Vollzugs der Therapieunterbringungen von psychisch gestörten Sexual- und Gewalttätern in BW aufgrund des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) des Bundes vom 22. Dezember 2010

GesEntw LReg 18.06.2013 Drs 15/3643 (21 S.)

1. Beratung PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4566-4569

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.10.2013 Drs 15/4227

2. Beratung PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4825-4827

GesBeschl 06.11.2013 Drs 15/4301

GBI 2013 Nr. 15 S. 301-303 (Ges vom 12.11.2013)

Thermische Solaranlage

s. Solarthermie

Thermische Solartechnik

s. Solarthermie

Thüringen

Attraktivität der Schienenverkehrsverbindungen in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Sachstand zu Umsteigezeiten und Anschlussmöglichkeiten in Nürnberg auf den Schienenverkehrsverbindungen über die Murrbahn in der Relation BW-Thüringen/Berlin

Antr

s. Fahrplan

Drs 15/7389

ThUG

s. Therapieunterbringungsgesetz

ThUGVollzG

s. Therapieunterbringungsvollzugsgesetz

THW

s. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Tiefbahnhof

s. Bahnhof

Tiefenbronn

Tempolimits in der Nähe von Kindertagesstätten und Kindergärten im Enzkreis

Geplante Tempolimits auf Ortsdurchfahrtsstraßen, Eintreten für Tempo 30 auf der K 4577 in Tiefenbronn-Lehningen im Bereich des Gemeindekindergartens in der Hauptstraße

KlAnfr

s. Geschwindigkeitsbegrenzung

Drs 15/1714

Ausbau des Fahrradwegenetzes an den Grenzen des Enzkreises

Darlegung des Bedarfs für den Bau oder Ausbau o.g. Radwege; Eintreten für den Bau einer Radwegverbindung zwischen Tiefenbronn-Lehningen und Hausen an der Würm im LKreis Böblingen

KlAnfr

s. Radweg

Drs 15/1781

Tiefengeothermie

s. Geothermische Energie

Tiefkühlkost

Lieferketten und Kennzeichnung von Lebensmitteln im Zuge des aktuellen Pferdefleischskandals

Anforderung von Lieferlisten bei der EU zur Aufklärung von Lieferketten; Brauchbarkeit der infolge des BSE-Skandals eingeführten Kennzeichnung frischen Rindfleisches; Ausdehnung der Kennzeichnung auf andere Fleischsorten; Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten und Transparenz der Vertriebswege

Antr

s. Lebensmittelkennzeichnung

Drs 15/3143

Tier

Ökologie auf dem Abstellgleis? Taxonomische Ausbildung in BW

Situation und Statistiken zur taxonomischen Forschung und Lehre an den Hochschulen in BW, insbes Personal, Finanzmittel, abgedeckte Artengruppen in der taxonomischen Lehre und Forschung an Hochschulen und Museen sowie Taxonomie-Pflichtstunden in Studiengängen; Weiterentwicklung, Forschungsprogramme und (inter-)nationale Kooperation im Wissenschaftsbereich Taxonomie; Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern

Antr

s. Biologie

Drs 15/2847

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitumstellung in Mitteleuropa und ihre Abschaffung

Volkswirtschaftliche Kosten der Zeitumstellung in BW, Deutschland und Europa; Nutzen der Zeitumstellung; Auswirkungen der Zeitumstellung auf Menschen, Tiere, Umwelt und Wirtschaft; Begründung des Festhaltens an der Zeitumstellung; erforderliches Verfahren zur Abschaffung der Sommerzeit; Engagement für eine Abschaffung der Zeitumstellung in Mitteleuropa

Antr
s. *Sommerzeit*
Drs 15/4436

Tierarzneimittel

s.a. *Arzneimittel*

Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung in BW

Erkenntnisse über den Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, insbes in Geflügelmastbetrieben; Maßnahmen zur Reduzierung des Einsatzes, für eine effektivere Überwachung der Anwendung und Herkunftskennzeichnung

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 06.03.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1366
BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.07.2012 Drs 15/2544 S. 79-81
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Pferdefleisch in Fleischerzeugnissen

Information der Verbraucher in BW bei der Aufklärung des Pferdefleisch-Skandals; Fälle nicht deklarierten Pferdefleisches in Rindfleischprodukten und deren Entfernung aus dem Handel; Arzneimittelbelastung; Transparenz bei den Verarbeitungsstufen der Produkte; Erhöhung der Eigenkontrolle der Hersteller; Stärkung der Lebensmittelkontrolle und Maßnahmen zur Verhütung von Verbrauchertäuschung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3115

Verfahren der Arzneimittelregistrierung und -überwachung bei Veterinärmedizinern im Bereich der Land- und Nutztierwirtschaft

Behörden und Ämter zur Registrierung und Überwachung der Arzneimittel in der Nutztierhaltung; Verfahren der Arzneimittelüberwachung und -kontrolle bei den Veterinärmedizinern; Häufigkeit und Effizienz der Kontrollen; Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und Ämtern; Dokumentationspflicht der Veterinäre

KlAnfr Konrad Epple CDU 12.09.2014 und Antw MLR Drs 15/5711

Antibiotikaeinsatz in BW

Sachstand zu Verschreibung und Einsatz von Antibiotika in BW, insbes Menge an Verschreibungen im Bundesländervergleich, Leitlinien zur Verschreibung, Öffentlichkeitsarbeit für einen bewussten Umgang mit Antibiotika, Gegenmaßnahmen zum Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/7244

Tierarzt

s.a. *Veterinärmedizin*

Verfahren der Arzneimittelregistrierung und -überwachung bei Veterinärmedizinern im Bereich der Land- und Nutztierwirtschaft

Behörden und Ämter zur Registrierung und Überwachung der Arzneimittel in der Nutztierhaltung; Verfahren der Arzneimittelüberwachung und -kontrolle bei den Veterinärmedizinern; Häufigkeit und Effizienz der Kontrollen; Informationsaustausch zwi-

schen den zuständigen Behörden und Ämtern; Dokumentationspflicht der Veterinäre

KlAnfr
s. *Tierarzneimittel*
Drs 15/5711

Tierasyl

s. *Tierheim*

Tierernährung

Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?

Notwendigkeit einer Novellierung des Landesjagdgesetzes; Ziele und Evaluation des Fütterungsverbots; statistische Daten zum Wald in BW, insbes Entwicklung der Baumartenanteile, Höhe des Flächenanteils der Primär- und Urwälder, Höhe und Zielgröße des Waldanteils der potenziellen natürlichen Vegetation; Abschaffung der Bewegungsjagd auf Schalenwild; Gründe für Erhaltung der Kirschjagd; tierschutzrechtliche Gründe für das geplante Verbot der Baujagd; Begründung für die Beibehaltung einer eigenen Jagdbehörde

GrAnfr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/4031

Tierfachhandel

s. *Tierhandel*

Tierfütterung

s. *Tierernährung*

Tiergarten

s. *Zoologischer Garten*

Tiergehege

s. *Zoologischer Garten*

Tierhaltung

s.a. *Geflügel*
s.a. *Hund*
s.a. *Imkerei*
s.a. *Kaninchen*
s.a. *Katze*
s.a. *Rind*
s.a. *Schaf*
s.a. *Schlachtung*
s.a. *Schwein*
s.a. *Tierschutz*
s.a. *Ziege*

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr
s. *Tierschutz*
Drs 15/845

Tierhaltung in BW voranbringen - Wertschöpfung sichern
Entwicklung der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Geflügelhaltung seit 2005 sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe; Stand der praktischen Anwendung biotechnologischer und neuer Verfahren; besondere Unterstützung der Tierhaltung als wichtigen Teilbereich einer nachhaltigen Landwirtschaft; gleichwertige Förderung von kleinen und großen, ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben orientiert an ökologischen Mindestkriterien

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 23.11.2011 und
Stellungnahme MLR Drs 15/913
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.05.2012 Drs 15/2007
S. 44-47
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung in BW
Erkenntnisse über den Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, insbes in Geflügelmastbetrieben; Maßnahmen zur Reduzierung des Einsatzes, für eine effektivere Überwachung der Anwendung und Herkunftskennzeichnung

Antr
s. *Tierarzneimittel*
Drs 15/1366

„Eiweißstrategie für BW“
Entwicklung der o.g. Strategie zur Reduzierung des Einsatzes von Importsoja in der Rinderhaltung, ausschließliche Deckung des Eiweißbedarfs in der ökologischen Tierhaltung aus heimischer Erzeugung

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/1696

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KlAnfr
s. *Rind*
Drs 15/4121

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4596

Auswertung der Ausschussreise nach Brasilien - Lebensmittel ohne Gentechnik erzeugen und vermarkten

Situation des weltweiten Sojaanbaus und des Handels mit Soja und Sojaprodukten; soziale, ökologische und ökonomische Folgen des Sojaanbaus in Hauptanbauländern; Alternativen zu GVO-freiem Soja aus Südamerika; Eiweißpflanzenanbau und Bedarf an Eiweißfuttermitteln in der baden-württembergischen Tierhaltung; Gegenüberstellung der Nutzung von Soja aus Südamerika mit einer Nutzung von einheimischen/europäischem Soja in der Fleischproduktion; Ausbau der Versorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln; Absatz von als gentechnikfrei gekennzeichneten Futtermitteln; Ergänzung des Qualitätszeichens BW (QZBW) im tierischen Bereich um das Qualitätsmerkmal „Ohne Gentechnik“

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 15/5010

Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe in BW durch den neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplan Ländlicher Raum (MEPL)

Umfang und Ausgestaltung des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL); Unterstützung der LReg bei der Bewirtschaftung von Grünland und Steillagen, artgerechter Tierhaltung, Naturschutz, Frauenförderung im ländlichen Raum

Antr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/5195

Verfahren der Arzneimittelregistrierung und -überwachung bei Veterinärmedizinern im Bereich der Land- und Nutztierwirtschaft

Behörden und Ämter zur Registrierung und Überwachung der Arzneimittel in der Nutztierhaltung; Verfahren der Arzneimittelüberwachung und -kontrolle bei den Veterinärmedizinern; Häufigkeit und Effizienz der Kontrollen; Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und Ämtern; Dokumentationspflicht der Veterinäre

KlAnfr
s. *Tierarzneimittel*
Drs 15/5711

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Hundetrainer-TÜV in BW

Eignungsnachweis für Hundetrainer zur Führung einer Hundeschule oder Hundepension; Einführung von Prüfungen; Erhebung von Prüfungsgebühren; Anerkennung bereits abgeschlossener Prüfungen und Lehrgänge; Notwendigkeit eines Eignungsnachweises für bereits eine Hundeschule oder Hundepension betreibende Hundetrainer

Antr Klaus Burger u.a. CDU 28.01.2015 und Stellungnahme
MLR Drs 15/6417
BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.03.2015 Drs 15/6921
S. 62
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

*Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für
Tierschutzorganisationen (TierSchMVG)*

Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine gegen tierschutzrechtliche Entscheidungen und tierschutzrelevante bau- und immissionsschutzrechtliche Genehmigungen für Vorhaben zum Halten von Tieren zu Erwerbszwecken; Mitwirkungsrecht für anerkannte Tierschutzvereine an tierschutzrelevanten Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren des Landes

GesEntw
s. *Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen*
Drs 15/6593

Was tut die Landesregierung, wenn Tierhalter unberechtigt öffentlich an den Pranger gestellt werden?

Haltung der LReg zur unberechtigten Zugangsverschaffung zu Haltungseinrichtungen von Nutztieren durch Tierschutzorganisationen und die Veröffentlichung dabei illegal erstellter Filmaufnahmen und Fotos; Einräumung von Verbandsklagerecht für daran beteiligte Tierschutzorganisationen

Antr Klaus Burger u.a. CDU 17.04.2015 und Stellungnahme
MLR Drs 15/6748
BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.09.2015 Drs 15/7638
(dazu ÄAntr Paul Locherer u.a. CDU) S. 58-60
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Straftaten militanter Tierschützer in BW

Sachstand zu Straftaten militanter Tierschützer gegen Nutztierhalter in BW, insbes Anzahl, Tatbestände, Aufklärungsquote, Erkenntnisse über Organisationsformen und Personenkreise, Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6916

Pläne der Landestierschutzbeauftragten für eine Regulierung der Haltung von Haustieren

Sachstand zur Forderung der Landesbeauftragten für den Tierschutz nach bundeseinheitlichen Standards für die Haltung von Haustieren sowie Bewertung und Maßnahmen der LReg, insbes Verbesserung der tierschutzfachlichen und -rechtlichen Qualifikation für Beschäftigte des Zoofachhandels, Schaffung eines Informationsportals für Heimtierhalter im Internet nach dem Schweizer Vorbild „www.meinheimtier.ch“, Verankerung des Tierschutzes als Bildungsziel in den Lehrplänen

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/7083

Zucht- und Haltungsverbot gebietsfremder invasiver Tierarten in Zoologischen Gärten gemäß der Verordnung Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten

Einschränkung der Zoologischen Gärten durch die EU-Verordnung; betroffene Tierarten; Beurteilung der Artenauswahl der Unionsliste; Beantragung einer Ausnahmeregelung für Zoos

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 18.02.2016 und Antw

MLR Drs 15/8087

Tierhandel

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Umfang der aufgedeckten illegalen Hundetransporte in BW; von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten für die Unterbringung und Versorgung der sichergestellten Hunde; Herkunftsländer, Organisationsstrukturen und Transportwege des illegalen Handels mit Hundewelpen; Überprüfung verdächtiger Transportfahrzeuge und Verkaufsangebote; Aufklärung potenzieller Hundekäufer; Einführung einer EU-weiten Chip- und Registrierungspflicht für Hunde

Antr
s. *Hund*
Drs 15/5139

Pläne der Landestierschutzbeauftragten für eine Regulierung der Haltung von Haustieren

Sachstand zur Forderung der Landesbeauftragten für den Tierschutz nach bundeseinheitlichen Standards für die Haltung von Haustieren sowie Bewertung und Maßnahmen der LReg, insbes Verbesserung der tierschutzfachlichen und -rechtlichen Qualifikation für Beschäftigte des Zoofachhandels, Schaffung eines Informationsportals für Heimtierhalter im Internet nach dem Schweizer Vorbild „www.meinheimtier.ch“, Verankerung des Tierschutzes als Bildungsziel in den Lehrplänen

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/7083

Öffentliche Kampagne von Tierschutzorganisation gegen Garten- und Baummarktketten

Sachstand zur Kampagne der Organisation People for the Ethical Treatment of Animals (PETA) gegen die Zoofachabteilungen einer Garten- und Baummarktkette, insbes Beurteilung der Anschuldigungen und Maßnahmen der LReg

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 11.08.2015 und Antw MLR Drs 15/7294

Unerlaubter Handel mit Hundewelpen und sonstigen Haustieren

Sachstand zu Delikten aus dem unerlaubten Handel mit Hundewelpen und sonstigen Haustieren; Konzept gegen potentielle Straftaten beim vorweihnachtlichen rasanten Anstieg von Haustierkäufen

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 02.11.2015
Drs 15/7650
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8635-8637

Tierheilkunde

s. *Veterinärmedizin*

Tierheim

Weiterführung der Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Tierheime in BW

Maßnahmen zur Verbesserung der Tierschutzsituation und Kompensation der steigenden Kosten für die Tierheime, Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Tierschutzbereich; Verstärkung der Mittelausstattung zur Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des MLR über die o.g. Zuwendungen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 14.07.2011 und Stellungnahme
MLR Drs 15/263

BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.10.2011 Drs 15/1301 S. 6 7

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Mittlg LReg 20.08.2012 Drs 15/2244

Landesfördermittel für das Tierheim Stuttgart-Botnang

Abwendung des Konkurses für das Tierheim Stuttgart-Botnang, insbes Existenzsicherung durch Landesfördermittel; Tierunterbringung im Falle einer Schließung; Gründe für zweimalige Ablehnung einer Förderung des Tierheims durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz trotz Erfüllung aller tierschutzrechtlichen und veterinärhygienischen Vorschriften

KlAnfr Karl Rombach CDU 23.05.2013 und Antw MLR Drs 15/3536

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr

s. *Tierschutz*

Drs 15/6411

Situation der Tierheime in BW

Sachstand zur Aufgabenerfüllung der Tierheime in BW, insbes Finanzierungsbeteiligung von Kommunen und Land, Situation bei der Fundtierkostenerstattung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 01.10.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7466

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.12.2015 Drs 15/8048 S. 74 75

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Weiterführung der Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Tierheime

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301 1302

Tierisches Produkt

s.a. Viehwirtschaft

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr

s. *Weidewirtschaft*

Drs 15/2927

Herkunft und Kennzeichnung von Gänsestopfleberprodukten

Herstellungsmethoden, gesetzliche Regelungen, Importe nach BW; Kennzeichnung der Stopfleberprodukte und ihre Kontrolle in BW; Vorschläge zur Verbesserung der Produktkennzeichnung; Verbesserung des Tierschutzes auf Landes- und auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene; Verbraucherinformation über die tierquälerische Herstellung der vermeintlichen Delikatessen

KlAnfr

s. *Lebensmittelkennzeichnung*

Drs 15/3425

Tierkörperbeseitigung

Neuregelungen für Biogasanlagen durch neues Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) auf den Betrieb von Biogasanlagen in BW; fachliche Einschätzung der Neuregelungen; Verwendung tierischer Nebenprodukte in Biogasanlagen; Kategorisierung eines vergärbaren Stoffes als Abfall, Konsequenzen dieser Einstufung für die Zusammensetzung der Verwertungsmasse

Antr

s. *Biogasanlage*

Drs 15/2789

Energetische Nutzung von Schlachtabfällen

Jährliche Menge der in den Tierkörperverwertungsanlagen anfallenden Schlachtabfälle und Tierkadaver; regionale und zeitliche Verteilung des Aufkommens; Ökobilanz der gegenwärtigen Tierkörperbeseitigung; Forschungsprojekte zur energetischen Nutzung von Tierkörperabfällen; Förderung einer Projektstudie zur Nutzung von Tierkörperabfällen zur Biogasgewinnung

KlAnfr

s. *Bioenergie*

Drs 15/5597

Tierkörperbeseitigung in BW

Gesamtvolumen der zu beseitigenden Tierkörpermasse; regionale Zuständigkeiten; Entsorgung von Tierkadavern der Kategorien 1 und 2; Überwachung der Tierkörperbeseitigung; Wirtschaftlichkeit der Anlagen zur Tierkörperbeseitigung; Wettbewerbsverzerrung durch öffentliche Bezuschussung; Organisation der Tierkörperbeseitigung in anderen Bundesländern und EU-Mitgliedsstaaten; Standards und EU-Vorgaben für Anlagen zur Tierkörperbeseitigung

Antr Karl Traub u.a. CDU 23.09.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5755

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 45

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Tierkrankheit

s. Tierseuche

Tiermarkt

s. Tierhandel

Tiermedizin

s. Veterinärmedizin

Tierpark

s. *Zoologischer Garten*

Tierquälerei*Herkunft und Kennzeichnung von Gänsestopfleberprodukten*

Herstellungsmethoden, gesetzliche Regelungen, Importe nach BW; Kennzeichnung der Stopfleberprodukte und ihre Kontrolle in BW; Vorschläge zur Verbesserung der Produktkennzeichnung; Verbesserung des Tierschutzes auf Landes- und auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene; Verbraucherinformation über die tierquälereische Herstellung der vermeintlichen Delikatessen

KlAnfr

s. *Lebensmittelkennzeichnung*

Drs 15/3425

Tierschlachtung

s. *Schlachtung*

TierSchMVG

s. *Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklage-recht für anerkannte Tierschutzorganisationen*

Tierschutz

s.a. *Artenschutz*

s.a. *Tierheim*

s.a. *Vogelschutz*

Weiterführung der Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Tierheime in BW

Maßnahmen zur Verbesserung der Tierschutzsituation und Kompensation der steigenden Kosten für die Tierheime, Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Tierschutzbereich; Verstärkung der Mittelausstattung zur Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des MLR über die o.g. Zuwendungen

Antr

s. *Tierheim*

Drs 15/263

Tierschutz in der Nutztierhaltung in BW

Förderprogramme und deren Inanspruchnahme mit o.g. Zielsetzung in der Haltung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Legehennen, Masthähnchen, Mastkaninchen, Puten und Enten; Zahl und Wirtschaftsweise der Betriebe, Art und Zahl der Schlachtungen; bisherige und geplante Verbesserungen, entsprechende Einflussnahme bei der Neuregelung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

GrAnfr SPD 08.11.2011 und Antw LReg Drs 15/845 (15 S.)

Eindämmung der Population wildlebender Hauskatzen

Verbreitung und Bestandsentwicklung der o.g. Katzen, Beurteilung einer Beeinflussung der Umwelt als Krankheitsträger; Darlegung geeigneter Maßnahmen zur Bestandsreduzierung, insbes durch Förderung der Kastration mithilfe der Tierschutzvereine - evtl nach dem Konzept in NRW

KlAnfr

s. *Katze*

Drs 15/1162

Kleintierzucht in BW

Zahl der Kleintierzüchter und ihrer Organisationen; Bewertung ihrer Tätigkeit; Bedeutung von Kleintierschauen und Wettbewerben für den Erhalt alter und vom Aussterben bedrohter Geflügelrassen; Beitrag der Kleintierzüchter zur Verminderung von Übertypisierungen; Auswirkungen der geplanten Neuformulierung des Qualzuchtverbots in § 11b des Tierschutzgesetzes (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10572) auf die Kleintierzucht; Förderung der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit von Kleintierzüchtervereinen mit Schulen

Antr

s. *Tierzucht*

Drs 15/2693

Bedingungen und Dauer von Tiertransporten

Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Tierschutz beim Transport von landwirtschaftlichen Nutztieren in Deutschland und Europa, insbes Entwicklung und Statistiken zu Transportdauer, Transportbedingungen und Kontrollen

Antr

s. *Tiertransport*

Drs 15/3139

Schaustellerbetriebe mit Greifvögeln und Eulen in BW

Rechtsgrundlagen und Durchführung der Überwachung bei Schaustellerbetrieben mit Greifvögeln und Eulen in BW, insbes festgestellte Missstände und rechtliche Folgen

Antr

s. *Greifvogel*

Drs 15/3190

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/2985 betr. Bausache, Tierschutz

Petitionen

s. *Bauordnungsrecht*

Drs 15/3268

Herkunft und Kennzeichnung von Gänsestopfleberprodukten

Herstellungsmethoden, gesetzliche Regelungen, Importe nach BW; Kennzeichnung der Stopfleberprodukte und ihre Kontrolle in BW; Vorschläge zur Verbesserung der Produktkennzeichnung; Verbesserung des Tierschutzes auf Landes- und auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene; Verbraucherinformation über die tierquälereische Herstellung der vermeintlichen Delikatessen

KlAnfr

s. *Lebensmittelkennzeichnung*

Drs 15/3425

Landesfördermittel für das Tierheim Stuttgart-Botnang

Abwendung des Konkurses für das Tierheim Stuttgart-Botnang, insbes Existenzsicherung durch Landesfördermittel; Tierunterbringung im Falle einer Schließung; Gründe für zweimalige Ablehnung einer Förderung des Tierheims durch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz trotz Erfüllung aller tierschutzrechtlichen und veterinärhygienischen Vorschriften

KlAnfr

s. *Tierheim*

Drs 15/3536

Tierschutzgesetz umsetzen: Katzenkastrationsgebote ermöglichen

Erlass eines Katzenkastrationsgebots für verwilderte Katzen nach § 13 b des Bundestierschutzgesetzes (TierSchG); Über-

tragung der Ermächtigung für Katzenkastrationsgebote an die Kommunen; Erstellung der Rechtsverordnung unter Einbeziehung der Kommunalverbände; Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung inklusive der Kennzeichnung und Registrierung der freilebenden Katzen; Einrichtung einer landesweit nutzbaren Datenbank für die Registrierung der gekennzeichneten Katzen; finanzielle Unterstützung der Tierschutzorganisationen und Tierheime bei der Kastration und Kennzeichnung bestehender Populationen

Antr
s. *Katze*
Drs 15/3972

Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?

Notwendigkeit einer Novellierung des Landesjagdgesetzes; Ziele und Evaluation des Fütterungsverbots; statistische Daten zum Wald in BW, insbes Entwicklung der Baumartenanteile, Höhe des Flächenanteils der Primär- und Urwälder, Höhe und Zielgröße des Waldanteils der potenziellen natürlichen Vegetation; Abschaffung der Bewegungsjagd auf Schalenwild; Gründe für Erhaltung der Kirtung; tierschutzrechtliche Gründe für das geplante Verbot der Baujagd; Begründung für die Beibehaltung einer eigenen Jagdbehörde

GrAnfr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/4031

Schutzmaßnahmen an Landesstraßen

Übersicht über geplante Schutzmaßnahmen (Amphibienschutz, Lärmschutz etc.) an Landesstraßen; Kriterien für diese Schutzmaßnahmen; Koordinierung der Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen; Verhältnismäßigkeit der Kosten für Schutz- und Straßenbaumaßnahmen; Rechtsvorschriften; Initiierung von Schutzmaßnahmen an Landesstraßen; Steigerung der Anzahl der Maßnahmen durch eine Absenkung baulicher Standards

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/4665

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Umfang der aufgedeckten illegalen Hundetransporte in BW; von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten für die Unterbringung und Versorgung der sichergestellten Hunde; Herkunftsländer, Organisationsstrukturen und Transportwege des illegalen Handels mit Hundewelpen; Überprüfung verdächtiger Transportfahrzeuge und Verkaufsangebote; Aufklärung potenzieller Hundekäufer; Einführung einer EU-weiten Chip- und Registrierungspflicht für Hunde

Antr
s. *Hund*
Drs 15/5139

Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Änderung der Landesbauordnung nach sozialen und ökologischen Kriterien, insbes Einrichtungen zur Rettung von Tieren in Ställen im Brandfall, Fahrradbezogene Maßnahmen (vor allem Fahrradstellplatzpflicht), Maßnahmen zum barrierefreien Bauen, erleichterte Nutzung regenerativer Energien, Verwendung von Holz als Baustoff, Fassadenbegrünung, Beschränkung des Anwendungsbereichs des Kenntnissgabeverfahrens, Kommunales Satzungsrecht bezüglich der Anzahl der Kfz-Stellplätze

GesEntw
s. *Landesbauordnung für Baden-Württemberg*

Drs 15/5294

Lämmersterben - ein Zweiklassentierschutz?

Entwicklung der Übergriffe von Rabenvögeln auf Lämmer; Entschädigung betroffener Schafhalter; Benachteiligung anderer Tierarten beim Schutz des Raben

KlAnfr
s. *Schafhaltung*
Drs 15/5248

Möglichkeiten der Natur- und Tierschulung im BNA-Schulungszentrum Hambrücken

Bewertung des Konzepts des Schulungszentrums des Bundesverbandes für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz (BNA) als außerschulischem Lernort und für berufliche Fortbildungs- und Qualifizierungsleistungen; Unterstützungsmaßnahmen der LReg für Angebote und Leistungen des BNA

Antr
s. *Bundesverband für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz*
Drs 15/5663

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrechtsergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

GesEntw
s. *Jagdrecht*
Drs 15/5789

Tierversuche in BW

Zahl der Tierversuche in den vergangenen zehn Jahren; Zweck der Tierversuche; Bedeutung von Tierversuchen für die medizinische Forschung; Art der Versuchstiere; Anwendung des 3R-Prinzips (Replace, Reduce, Refine) auf die Tierversuchspraxis in BW; Verzicht auf Tierversuche in den letzten Jahren; Anreize zum Verzicht auf Tierversuche; rechtliche Vorgaben zur Durchführung von Tierversuchen in BW; EU-Tierversuchsrichtlinie; Verstöße gegen den Tierschutz

Antr
s. *Tierversuch*
Drs 15/6077

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr GRÜNE 28.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6411 (11 S.)

Hundetrainer-TÜV in BW

Eignungsnachweis für Hundetrainer zur Führung einer Hundeschule oder Hundepension; Einführung von Prüfungen; Erhebung von Prüfungsgebühren; Anerkennung bereits abgeschlossener Prüfungen und Lehrgänge; Notwendigkeit eines Eignungsnachweises für bereits eine Hundeschule oder Hundepension betreibende Hundetrainer

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/6417

Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen (TierSchMVG)

Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine gegen tierschutzrechtliche Entscheidungen und tierschutzrelevante bau- und immissionschutzrechtliche Genehmigungen für Vorhaben zum Halten von Tieren zu Erwerbszwecken; Mitwirkungsrecht für anerkannte Tierschutzvereine an tierschutzrelevanten Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren des Landes

GesEntw
s. *Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen*
Drs 15/6593

Was tut die Landesregierung, wenn Tierhalter unberechtigt öffentlich an den Pranger gestellt werden?

Haltung der LReg zur unberechtigten Zugangverschaffung zu Haltungseinrichtungen von Nutztieren durch Tierschutzorganisationen und die Veröffentlichung dabei illegal erstellter Filmaufnahmen und Fotos; Einräumung von Verbandsklagerecht für daran beteiligte Tierschutzorganisationen

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/6748

Straftaten militanter Tierschützer in BW

Sachstand zu Straftaten militanter Tierschützer gegen Nutztierhalter in BW, insbes Anzahl, Tatbestände, Aufklärungsquote, Erkenntnisse über Organisationsformen und Personenkreise, Maßnahmen der LReg

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 22.05.2015 und Stellungnahme JM Drs 15/6916
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 58-60
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Pläne der Landestierschutzbeauftragten für eine Regulierung der Haltung von Haustieren

Sachstand zur Forderung der Landesbeauftragten für den Tierschutz nach bundeseinheitlichen Standards für die Haltung von Haustieren sowie Bewertung und Maßnahmen der LReg, insbes Verbesserung der tierschutzfachlichen und -rechtlichen Qualifikation für Beschäftigte des Zoofachhandels, Schaffung eines Informationsportals für Heimtierhalter im Internet nach dem Schweizer Vorbild „www.meinheimtier.ch“, Verankerung des Tierschutzes als Bildungsziel in den Lehrplänen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 30.06.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7083
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.09.2015 Drs 15/7638 S. 58-60
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Infraschall bei Windenergieanlagen

Sachstand zu Tierverendungen durch Infraschall bei Windenergieanlagen, insbes aktuelle Diskussion in Dänemark und Konsequenzen für den Windkraftausbau

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7151

Öffentliche Kampagne von Tierschutzorganisation gegen Garten- und Baummarkketten

Sachstand zur Kampagne der Organisation People for the Ethical Treatment of Animals (PETA) gegen die Zoofachabteilungen einer Garten- und Baummarktkette, insbes Beurteilung der Anschuldigungen und Maßnahmen der LReg

KlAnfr
s. *Tierhandel*
Drs 15/7294

„GrunzMobil-Tour“ an Schulen - nachhaltige, ausgewogene Bildung?

Sachstand zur Kampagne „GrunzMobil“ der „Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt“ an verschiedenen Schulen des Landes und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes Beurteilung der Methoden der Informationsdarstellung der Kampagne sowie der Ziele dieser Stiftung

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 15.10.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7585
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 77
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Überlegungen der LReg, die sogenannte Tierrechtsorganisation PETA in den Landesbeirat für Tierschutz aufzunehmen und ihr ein Verbandsklagerecht einzuräumen

Motive für die o.g. Überlegungen; Zweifel an der Rechtstreue der Organisation angesichts des radikalen Auftretens einzelner Mitarbeiter; Bekenntnis der Tierrechtsorganisation zur geltenden Rechtsordnung als Bedingung für die Aufnahme in den Landesbeirat für Tierschutz und für die Zuerkennung des Verbandsklagerechts

Antr
s. *PETA Deutschland*
Drs 15/7633

Aufnahme von Aspekten des Tierschutzes in ein novelliertes Fischereigesetz

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 946 948

Weiterführung der Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Tierheime, Bewertung als praktischer Tierschutz, Plädoyer für die Einrichtung eines Tierschutzbeauftragten

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301 1302 1305

Tierschutzbund

s. *Tierschutzverein*

Tierschutzgesetz*Kleintierzucht in BW*

Zahl der Kleintierzüchter und ihrer Organisationen; Bewertung ihrer Tätigkeit; Bedeutung von Kleintierschauen und Wettbewerben für den Erhalt alter und vom Aussterben bedrohter Geflügelrassen; Beitrag der Kleintierzüchter zur Verminderung von

Übertypisierungen; Auswirkungen der geplanten Neuformulierung des Qualzuchtverbots in § 11b des Tierschutzgesetzes (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10572) auf die Kleintierzucht; Förderung der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit von Kleintierzüchternvereinen mit Schulen

Antr
s. *Tierzucht*
Drs 15/2693

Tierschutzgesetz umsetzen: Katzenkastrationsgebote ermöglichen

Erlass eines Katzenkastrationsgebots für verwilderte Katzen nach § 13 b des Bundestierschutzgesetzes (TierSchG); Übertragung der Ermächtigung für Katzenkastrationsgebote an die Kommunen; Erstellung der Rechtsverordnung unter Einbeziehung der Kommunalverbände; Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung inklusive der Kennzeichnung und Registrierung der freilebenden Katzen; Einrichtung einer landesweit nutzbaren Datenbank für die Registrierung der gekennzeichneten Katzen; finanzielle Unterstützung der Tierschutzorganisationen und Tierheime bei der Kastration und Kennzeichnung bestehender Populationen

Antr
s. *Katze*
Drs 15/3972

Tierschutzorganisation

s. *Tierschutzverein*

Tierschutzverband

s. *Tierschutzverein*

Tierschutzverein

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen (TierSchMVG)

Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine gegen tierschutzrechtliche Entscheidungen und tierschutzrelevante bau- und immissionsschutzrechtliche Genehmigungen für Vorhaben zum Halten von Tieren zu Erwerbszwecken; Mitwirkungsrecht für anerkannte Tierschutzvereine an tierschutzrelevanten Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren des Landes

GesEntw
s. *Gesetz über Mitwirkungsrechte und das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen*
Drs 15/6593

Was tut die Landesregierung, wenn Tierhalter unberechtigt öffentlich an den Pranger gestellt werden?

Haltung der LReg zur unberechtigten Zugangsverschaffung zu Haltungseinrichtungen von Nutztieren durch Tierschutzorganisationen und die Veröffentlichung dabei illegal erstellter Filmaufnahmen und Fotos; Einräumung von Verbandsklagerecht für daran beteiligte Tierschutzorganisationen

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/6748

Tierseuche

s.a. *Bandwurm*
s.a. *Schweinepest*

Ursachen und Maßnahmen bei der in BW aufgetretenen Geflügelpest

Bedeutung von Betriebsgrößen, Wirtschaftsweisen und Haltungsformen für das Auftreten und die Verbreitung der o.g. Tierseuche

MdIAnfr 2) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 16.06.2011
Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 220-222

Aufhebung der mit der Vogelgrippe begründeten Stallpflicht

Darstellung der noch vorhandenen Sperrzonen fünf Jahre nach Ausbruch der Vogelgrippe, Vergleich der Regelungen in den Nachbarländern der von der Vogelgrippe betroffenen Bodensee-region; Erwägungen zur Aufhebung der Sperrzonen und Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung zulasten der heimischen Geflügelwirtschaft

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 07.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/248
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 44
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Umgang mit dem Schmallenberg-Virus in BW

Ursachen, Art, Verbreitung und Gefährdungspotenzial des o.g. Erregers; Ausmaß des Befalls von Kühen u.a. Tieren; Art und Erfolg der eingesetzten Methoden zur tiermedizinischen Bekämpfung

KIAnfr Martin Hahn u.a. GRÜNE 31.05.2012 und Antw MLR Drs 15/1782

Auftreten der Tuberkulose bei Rindern und Wildtieren in BW

Fälle von Rindertuberkulose in den vergangenen fünf Jahren; Verbreitung der Tuberkulose bei Wildtieren; Infektionsquellen der aktuell erkrankten Tiere; Durchführung von Tuberkulin-Tests an Rindern im Land; Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Tierkrankheit

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 11.03.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3202
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 61-63
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Rapsvergiftungen bei Wildtieren in BW

Ursachen, Verbreitung, Heilung und Prävention von Rapsvergiftungen bei Wildtieren in BW

Antr
s. *Wildtier*
Drs 15/3313

Fuchsbandwurm - Lage in BW

Aktuelle Lage und Entwicklung des Befalls von Füchsen mit dem Fuchsbandwurm in BW und Gegenmaßnahmen der LReg

KlAnfr
s. *Bandwurm*
Drs 15/3924

Vorkehrungen gegen die Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (BHV-1) an der Landesgrenze

Erkenntnisse und Maßnahmen bezüglich des Ausbruchs der Rinderseuche BHV-1 im bayerischen LKreis Donau-Ries, insbes Vorkehrungen in benachbarten LKreisen Baden-Württembergs (v.a. Ostalbkreis, LKreis Heidenheim), Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 21.01.2014 und
Antw MLR Drs 15/4620

Tiertransport*s.a. Viehwirtschaft**Bedingungen und Dauer von Tiertransporten*

Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Tierschutz beim Transport von landwirtschaftlichen Nutztieren in Deutschland und Europa, insbes Entwicklung und Statistiken zu Transportdauer, Transportbedingungen und Kontrollen

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 27.02.2013 und
Stellungnahme MLR Drs 15/3139
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191
S. 8
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Illegale Hundetransporte der osteuropäischen Welpen-Mafia

Umfang der aufgedeckten illegalen Hundetransporte in BW; von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten für die Unterbringung und Versorgung der sichergestellten Hunde; Herkunftsländer, Organisationsstrukturen und Transportwege des illegalen Handels mit Hundewelpen; Überprüfung verdächtiger Transportfahrzeuge und Verkaufsangebote; Aufklärung potenzieller Hundekäufer; Einführung einer EU-weiten Chip- und Registrierungspflicht für Hunde

Antr
s. *Hund*
Drs 15/5139

Tierversuch*Haushalt 2012; Epl 08*

Mittelbereitstellung für ein Forschungsprogramm zur Entwicklung von Methoden zum Ersatz von Tierversuchen in Forschung und Lehre

Haushalt
s. *Medizinische Forschung*
Drs 15/1108

Haushalt 2012; Epl 14

Förderung eines Forschungsprogramms zur Entwicklung von Methoden zum Ersatz von Tierversuchen in Forschung und Lehre

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1114-11 S. 53
54
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

EU-Verordnung zu Bioziden

Einschätzung der Auswirkungen o.g. Verordnung für die Hersteller, Verbraucher und Umwelt; Erwartung einer Verringerung der Zahl von Tierversuchen sowie schärferer Sicherheitskontrollen; Ersetzung der nationalen Verfahren durch die EU-weite Zulassung

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/1303

Tierversuche in BW

Zahl der Tierversuche in den vergangenen zehn Jahren; Zweck der Tierversuche; Bedeutung von Tierversuchen für die medizinische Forschung; Art der Versuchstiere; Anwendung des 3R-Prinzips (Replace, Reduce, Refine) auf die Tierversuchspraxis in BW; Verzicht auf Tierversuche in den letzten Jahren; Anreize zum Verzicht auf Tierversuche; rechtliche Vorgaben zur Durchführung von Tierversuchen in BW; EU-Tierversuchsrichtlinie; Verstöße gegen den Tierschutz

Antr Klaus Burger u.a. CDU 05.11.2014 und
Stellungnahme MLR Drs 15/6077
BeschlEmpf und Bericht LandWA 04.03.2015 Drs 15/6733
S. 31 32
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Tierzucht*s.a. Viehwirtschaft**Kleintierzucht in BW*

Zahl der Kleintierzüchter und ihrer Organisationen; Bewertung ihrer Tätigkeit; Bedeutung von Kleintierschauen und Wettbewerben für den Erhalt alter und vom Aussterben bedrohter Geflügelrassen; Beitrag der Kleintierzüchter zur Verminderung von Übertypisierungen; Auswirkungen der geplanten Neuformulierung des Qualzuchtverbots in § 11b des Tierschutzgesetzes (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10572) auf die Kleintierzucht; Förderung der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit von Kleintierzüchtervereinen mit Schulen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.11.2012 und
Stellungnahme MLR Drs 15/2693
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245
S. 80 81
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen,
Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten
und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen
von Lebensmitteln und Klontieren*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/4596

Tigermoskito

s. *Insekt*

TIMSS-Studie

s.a. *Schulleistungstest*

*Grundschulstudien TIMSS und IGLU - Ergebnisse und Konsequenzen
für BW*

Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Schulleistungsstudien
TIMSS 2011 und IGLU 2011 für Grundschulen in BW, insbes im Hinblick
auf Geschlecht, soziale Herkunft und Leistungsniveau

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/3111

Titisee-Neustadt

*Gedenken an die Opfer der Brandkatastrophe in Titisee-
Neustadt*

s. *Gedenken*
PIPr 15/52 S. 2993

TK-Recht

s. *Telekommunikationsrecht*

TMBW

s. *Tourismusmarketing BW*

TMG

s. *Telemediengesetz*

Tod

*Todesumstände eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt
(JVA) Bruchsal*

Haftbedingungen und Todesumstände eines Gefangenen in der
Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal, insbes konkrete Unterbringung
in Einzelhaft, Hintergründe der verweigerten Nahrungsaufnahme,
medizinische und psychiatrische Betreuung, Einbindung von Angehörigen
und Vertrauenspersonen, Beteiligung und Verantwortung der Justizverwaltung
und des Justizministers, Obduktionsergebnisse

Antr
s. *Strafgefängener*
Drs 15/5694

*Politische Verantwortung des Justizministers im Fall des zu Tode
gekommenen Häftlings in Bruchsal*

Vorgehensweise des Justizministeriums im Fall des zu Tode gekommenen
Häftlings in Bruchsal, insbes bei der Anordnung der Einzelhaft, bei der
Prüfung zur Einleitung medizinischer oder psychiatrischer Maßnahmen,
bei der Meldung der verweigerten Nahrungsaufnahme, bei der Information
des Ministers

Antr
s. *Strafgefängener*
Drs 15/5876

*Medizinische und psychiatrische Versorgung von Strafgefangenen
in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten*

Statistiken zu Angriffen auf Justizvollzugsbeamte in Justizvollzugsanstalten
durch Strafgefangene und Anteil der psychisch Kranken; Todesfälle bei
Strafgefangenen; Situation und Kosten der medizinischen und psychiatrischen
Versorgung von Strafgefangenen in den Justizvollzugsanstalten, insbes
Anteil psychiatrisch Erkrankter; Zahlen und Genehmigungspraxis für Einzelhaft

Antr
s. *Strafgefängener*
Drs 15/5986

Entlassung des Justizministers Rainer Stickelberger

Entlassung wegen Organisationsfehlern bei der Aufsicht über die
Justizvollzugsanstalten, insbes bei der Aufsicht über die JVA Bruchsal
im Zusammenhang mit der Einzelhaft und dem Todesfall eines Häftlings
sowie die hierauf nicht erfolgte zügige und umfassende Aufklärung des
Sachverhalts und unzureichender vorgeschlagener Maßnahmen

Antr
s. *Justizminister*
Drs 15/6170

*Kommunikation zwischen dem Justizministerium und der Justizvollzugsanstalt
(JVA) Bruchsal*

Sachstand zur Kommunikation des Justizministeriums im Fall des zu Tode
gekommenen Einzelhäftlings in Bruchsal mit der Leitung der JVA Bruchsal
sowie zur Reaktion des Justizministeriums als Aufsichtsbehörde

Antr
s. *Strafgefängener*
Drs 15/6768

*Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal vom 8. April 2015
und Drogen im Justizvollzug*

Hintergründe zum Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015 in der
Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Drogenprobleme des Verstorbenen,
Durchführung von Zellenkontrollen, Umgang des Justizministeriums mit
Überlastungsanzeigen von Sanitätsbediensteten der JVA Bruchsal

KIAnfr
s. *Strafgefängener*
Drs 15/6855

Weiterer ungeklärter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal

Sachstand zum ungeklärten Todesfall eines Häftlings am 8. April 2015
in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, psychische
und physische Konstitution des Verstorbenen, Kenntnis des Justizministeriums
von eventuell psychischen Auffälligkeiten und konkreten Haftumständen
des Strafgefangenen vor dem Todeseintritt

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6869

Tod eines unter Betreuung stehenden Strafgefangenen im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings im November 2014 im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg, insbes medizinische Indikation und Zeitpunkt der Verlegung, rechtliche Betreuung und Einwilligungsfähigkeit des Verstorbenen, Einbeziehung des Justizministeriums als zuständige Aufsichtsbehörde in diesen Fall

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6867

Erneuter Todesfall in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal am 22. Oktober 2014

Sachstand zum Todesfall eines Häftlings am 22. Oktober 2014 in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal, insbes Todesumstände, medizinische Behandlung, Obduktionsergebnisse, Personalbesetzung und Überlastungsanzeigen im Zeitraum August 2014/Oktober 2014

Antr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/6996

Tod eines Haftinsassen in der Justizvollzugsanstalt Singen

Sachstand zu den Hintergründen des Todes eines 73-jährigen Haftinsassen im Singener Seniorengefängnis und der Kenntnis des Justizministers

KlAnfr
s. *Strafgefangener*
Drs 15/8122

Toilettenanlage

s. *Sanitäre Einrichtung*

Toleranz

Werte, Toleranz und Pluralität in der Bildungsplanreform 2015

Haltung zu den von Hartmut von Hentig in seiner Einleitung zum Bildungsplan 2004 genannten Zielsetzungen, insbes den unter Ziffer 7 genannten, von der Schule zu fördernden Einstellungen (Erlangen eines klaren Verhältnisses zum eigenen und zum anderen Geschlecht, Erfahrung von Identität); Verankerung dieser Zielsetzungen in den einzelnen Schularten und Schulfächern; gegenwärtige Vermittlung von Werten, Toleranz und Pluralität im Unterricht; Handlungsbedarf gegenüber dem Bildungsplan 2004; Berücksichtigung der klassischen Familie und gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im Bildungsplan 2015; Fortbestand des Leitauftrags „In Gemeinschaft leben“

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/4631

Topografische Karte

s. *Landkarte*

Toto-Lotto GmbH

s. *Wettunternehmen*

Tourismus

s.a. *Auslandsreise*
s.a. *Beherbergungsstatistik*
s.a. *Ferien auf dem Bauernhof*
s.a. *Gastgewerbe*
s.a. *Kurort*
s.a. *Mobilität*
s.a. *PLENUM-Projekt*
s.a. *Tourismusmarketing BW*
s.a. *Tourismusregion*

Touristische Bedeutung der Burg Hohen Neuffen

Bedeutung als Kulturdenkmal in BW; Beurteilung der Möglichkeit für ein Hinweisschild entlang der A 8

KlAnfr
s. *Burg Hohen Neuffen*
Drs 15/361

Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen, der Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Voll- und Teilzeit im Tourismus und in der Gastronomie seit 2008; Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen, u.a. für Urlaub auf dem Bauernhof, Tagestourismus, Tagungstourismus und Familienurlaub; Ausbau des Radwegenetzes; Verbindung von Tourismus und Naturschutz

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 08.08.2011 und Antw MLR Drs 15/402

Tourismuswerbung in BW

Entwicklung der Budgets und der Zusammenarbeit der Tourismusorganisationen und der Tourismus-Marketing BW seit 2001; Darlegung der Marketingmaßnahmen und deren Wirkungen im In- und Ausland; Wettbewerbsfähigkeit der Ausrichtung, Organisation und Ausstattung der TMBW im Vergleich zu den unmittelbaren Nachbarregionen

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 22.09.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/573
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 12-14
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Inakzeptable Abwertung der Comburg Schwäbisch Hall bei der Tourismuswerbung des Landes

Bedeutung der Comburg als Kulturgut und Tourismusziel, Entwicklung der Besucherzahlen seit 2006; Gründe und Verantwortliche für die Streichung im neuen Werbeflyer der Vermarktungsgesellschaft BW

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/598

Nationalpark Nordschwarzwald

Risiken und Chancen eines Nationalparks, insbes im Vergleich zu anderen Großschutzgebieten; Auswirkungen auf Forst- und Holzwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft; zu erwartende Investitionskosten für Personal, Gebäude und Informationsinfrastruktur; Förderung des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord; Aufforderung, die betroffenen Kommunen, Kreise, Verbände und die Landtagsfraktionen an der Diskussion zu beteiligen; Gutachten über die Gefahr, dass sich in angrenzenden Privat- und Kommunalwäldern Borkenkäfer ausbreiten

Antr

s. Nationalpark
Drs 15/658

Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports in der Region Hochschwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 12.10.2011 und Antw MLR
Drs 15/677

Windkraft, Landschaftsbild und Tourismus

Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in den einzelnen Regionen, absehbare Veränderungen der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete nach der Änderung des Landesplanungsrechts und Novellierung der Regionalpläne; Berücksichtigung der Eingriffe in das Landschaftsbild und der Belange des Tourismus bei den in Aussicht genommenen gesetzlichen Neuregelungen zur Errichtung von Windkraftanlagen

Antr
s. Windenergieanlage
Drs 15/767

Touristische Hinweistafel auf die historische Benz-Fabrik in Ladenburg im Zuge der A 5

Rechtfertigung o.g. Hinweistafel zum 125. Jahrestag der Erfindung des Automobils

KlAnfr
s. Kraftfahrzeug
Drs 15/776

Entwicklung des Tourismus in BW

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen in den einzelnen Regionen differenziert nach Angeboten für Senioren, Familien, Behinderten, Kulturreisen, Bädertourismus etc; Instrumente und Schwerpunkte in der Förderpolitik, Höhe der bereitgestellten Mittel von Land, Bund und EU seit 2006; Ausrichtung der Förderpraxis auf Nachhaltigkeit, Umsetzung des Nachhaltigkeitschecks in den besucherstärksten Regionen; Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum; Bedeutung von Biosphärengebieten und Nationalparks; Ausbau und Vernetzung von ÖPNV-Angeboten; Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW

GrAnfr SPD 11.11.2011 und Antw LReg Drs 15/865 (37 S.)
PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1512-1520

Forsthäuser im Nordschwarzwald

Auflistung der o.g. landeseigenen Forsteinrichtungen, deren kulturhistorische Bedeutung, Zustand, Ausstattung und derzeitige Nutzung; Möglichkeiten und Bedingungen für eine Vermietung oder Veräußerung; Frage nach einer touristischen Nutzung als Hütten für Wanderer im künftigen Nationalpark

KlAnfr
s. Forstgebäude
Drs 15/877

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur

Personalausstattung der anderen Nationalparke in Deutschland und Regelungen zum Betretungsrecht der Kernzonen; touristische Entwicklung der Nationalparkgemeinden am Nationalpark Bayerischer Wald; Ermöglichung von Wanderwegen, Wildnispfaden und Langlaufloipen auch in den Kernzonen? Rege-

lung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparks; Umfang des Holzeinschlags in den Höhenlagen des Nordschwarzwalds und in Wald-FFH-Gebieten in BW; jährliche Besucherzahlen der Wildnispfade im Nordschwarzwald

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/904

Zukunft des Wintersports in BW

Wirtschaftliche Bedeutung (Umsatz, Arbeitsplätze, Übernachtungen) des Wintersports, Unterstützung des alpinen Wintersporttourismus und der ihn tragenden Gemeinden

Antr
s. Wintersport
Drs 15/944

Agrartourismus

Bedeutung des Agrartourismus und der vorhandenen Förderinstrumente für die heimischen Landwirtschaftsbetriebe im Vergleich mit anderen Flächenländern, Erschließung des Potenzials von ausländischen Touristen, Beurteilung von Urlaubsangeboten mit Ausrichtung auf die ländliche Kultur, Veranstaltungen und Kurse; Steigerung des Absatzes von örtlichen Agrarprodukten; Bewertung des Projekts der BReg „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“

Antr CDU 19.01.2012 und Stellungnahme MLR Drs
15/1153
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1819-1824

„Entwicklung und Erhalt der Dorfgaststätten in kleinen Gemeinden und Teilorten des Ländlichen Raumes“

Entwicklung der Zahl o.g. Gaststätten in den letzten zehn Jahren, Einschätzung der künftigen Entwicklung und der Bedeutung für die Vereine, den gegenseitigen Austausch und Zusammenhalt der Bürger; Eignung von touristischen Angeboten, von gemeinsamen Vermarktungsstrategien regionaler Produkte u.a. Maßnahmen zur Unterstützung des Erhalts der Dorfgaststätten

Antr
s. Gastgewerbe
Drs 15/1295

Touristische Hinweistafel auf das Zweirad- und NSU-Museum der Stadt Neckarsulm an der A 6

Rechtfertigung der beantragten touristischen Hinweistafel mit der geschichtlichen Bedeutung Neckarsulms für die Mobilitätsentwicklung

KlAnfr
s. Kraftrad
Drs 15/1350

Tourismus im LKreis Göppingen

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2002; Höhe der Investitionen und der touristischen Wertschöpfung; Unterstützung der Erschließung des thematischen touristischen Potenzials; Auflistung der Förderbeträge in den letzten zehn Jahren

KlAnfr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 27.03.2012 und Antw
MLR Drs 15/1493

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Maßnahmen zur Förderung von Kur- und Bädereinrichtungen sowie des allgemeinen Tourismus; Erhaltung und Ausbau von kulturellen Angeboten

GrAnfr

s. Demografie

Drs 15/1608

BW frei von Agrogentechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Eintritt in das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen; Festlegung von Mindestabständen von Schlägen mit gentechnisch veränderten Pflanzen zu Bienenständen und Schutzgebieten; Verkauf von Honig mit gentechnisch veränderten Pollen nur mit einer Zulassung; Hervorhebung der Gentechnikfreiheit iRD
Tourismuswerbung

GrAnfr

s. Gentechnik

Drs 15/1750

Elektromobilität im ländlichen Raum

Förderung der Elektromobilität und der notwendigen Infrastruktur im ländlichen Raum, Beurteilung der Chancen für den ÖPNV und die Tourismusvermarktung und -förderung

KlAnfr

s. Elektromobilität

Drs 15/2075

Erläuterung und Abgrenzung von Begrifflichkeiten bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark

Gegenüberstellung der Schutzkategorien FFH-Gebiet, Biosphärengebiet, Naturpark und Nationalpark nach ihren rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, nach ihren Auswirkungen auf die regionale (Holz-)Wirtschaft und den Tourismus; Darlegung der mit der Einrichtung der vier Gebiete verfolgten Ziele; Information und Einbeziehung der Bürger zur möglichen Errichtung eines Nationalparks Nordschwarzwald

Antr

s. Nationalpark

Drs 15/2235

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr

s. Bahnstrecke

Drs 15/2273

Touristische Bedeutung und Förderung der Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg

Chancen einer Reaktivierung der o.g. Bahnstrecke im Hinblick auf den Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, insbes auf den Radtourismus im Tauber- und Jagsttal; Nutzungsmöglichkeit für den Schülerverkehr zum Gymnasium Gerabronn; voraussichtliche Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten; Unterstützung des Fördervereins „Reaktivierung der Nebenbahn Blaufelden-Gerabronn-Langenburg“

KlAnfr

s. Bahnstrecke

Drs 15/2284

Erhalt der Staatsbäder in BW

Entwicklung der Unterhalts- und Investitionsausgaben für die Bäder- und Kurunternehmen mit Landesbeteiligung, der Zahlen von Besuchern und Arbeitsplätzen sowie der Geschäftsergebnisse seit 2002; Darlegung der Bedeutung des Kur- und Heilbäderwesens für den Tourismus sowie der Haltung zu den Empfehlungen des RH in seiner beratenden Äußerung von 2007; Bereitstellung der notwendigen Mittel im kommenden Doppelhaushalt und Festhalten an den bestehenden Eigentums- und Beteiligungsverhältnissen der landesbeteiligten Unternehmen

Antr

s. Landesbeteiligung

Drs 15/2289

Tourismus im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Übernachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports für den Schwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 01.10.2012 und Antw MLR Drs 15/2422 (10 S.)

Beziehungen zwischen BW und der Republik Kroatien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, insbes im Tourismusbereich und im Rahmen von konkreten Kooperationsprojekten; Beurteilung des Regionalisierungsprozesses innerhalb Kroatiens und der möglichen Zusammenarbeit mit regionalen Gebietskörperschaften, Frage nach einer Kontaktaufnahme mit der Region Istrien sowie nach der Fortführung der gemischten Kommission nach dem EU-Beitritt des Landes

Antr

s. Kroatien

Drs 15/2586

Schanzenzentrum Hinterzarten

Höhe der notwendigen Mittel zur Modernisierung des o.g. Skisportzentrums; jeweilige finanzielle Beteiligung von Land, Bund und Kommune; Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Förderung im Rahmen des Tourismusprogramms

Antr

s. Sportstätte

Drs 15/2596

Unterhaltung von Wanderwegen

Bedeutung des Wanderns für den Tourismus, die Gesundheitsprävention und die Freizeitgestaltung; Zuständigkeit für den Unterhalt und die Beschilderung von Wanderstrecken; vorhandene Förderprogramme; Unterstützung der Wandervereine beim Wegeunterhalt und der Beschilderung; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für den Langsamverkehr beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Antr

s. Wanderweg

Drs 15/2691

Weintourismus in BW

Bewertung der bestehenden weintouristischen Angebote; naturkundliche Angebote für Weinfreunde; Förderung und Ausbau des Weintourismus; Rolle des Weintourismus bei der Absatzförderung heimischer Weinprodukte; Imagekampagnen für badischen und württembergischen Wein; Ausrichtung der Veranstaltung „Artvinum“; Werbung für Weintourismus durch die Wein-

messe Baden-Württemberg Classics

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2694

Tourismus- und Öffentlichkeitskonzeption für das UNESCO-Welterbe „Prähistorische Pfahlbauten“ in BW

Bedeutung der baden-württembergischen UNESCO-Welterbestätten „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“, insbes Stellenwert für den Tourismus, unangemessene Öffentlichkeitswirkung, Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Öffentlichkeitswirkung und Tourismusförderung

KlAnfr
s. *Welterbe*
Drs 15/2938

Tourismus stärken - Ja zur ermäßigten Umsatzsteuer für Beherbergungsleistungen

Zahlen zur Übernachtungsbranche in BW, insbes zu Arbeitsplätzen und Übernachtungen für die verschiedenen Hotelarten; Wettbewerbssituation und Investitionsverhalten der Hotellerie; Bundesratsaktivitäten zur Streichung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/3039

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Naturparkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Tourismus im Main-Tauber-Kreis

Übernachtungszahlen und Umsätze in der Tourismusbranche seit 2008; Gesamtzahl der in der Tourismusbranche Beschäftigten; zusätzliche Investitionen in den Beherbergungsbetrieben seit der Senkung der Mehrwertsteuer; Ausbau des Fahrradtourismus; Summe der für die Tourismusförderung verbrauchten Gelder, künftige Förderprogramme

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 25.03.2013 und Antw MLR Drs 15/3290

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessens, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Ge-

bührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucher-schutzgesetzes

GrAnfr FDP/DVP 07.05.2013 und Antw LReg Drs 15/3461 (23 S.)
PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5309-5316

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH
s. *Zukunftsinvestitionsgesetz*
Drs 15/3636

Museen in BW

Veränderung der Museumslandschaft in den letzten zehn Jahren; Entwicklung der Besucherzahlen; Auskunft über die vom Land BW geförderten Museen; Situation der kommunalen und privaten Museen; Beitrag des ehrenamtlichen Engagements zum Erhalt der Museumslandschaft; Attraktivität der Ausstellungs- und Vermittlungskonzepte; Bedeutung der Museen für den Tourismus; Sicherung des Bestands der Einrichtungen

Antr
s. *Museum*
Drs 15/3638

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Gewässerschutz, Fischerei und Tourismus am Bodensee

Veränderung von Fischerei und Gewässerschutz am Bodensee, insbes Entwicklung der Fangerträge der Berufsfischerei, Anzahl der Fischereibetriebe, Ursachen des Ertragsrückgangs, Anforderungen und Entwicklung der Wasserqualität, Ursachen von genetischen Veränderungen der Fische, Herausforderungen des Tourismussektors; Maßnahmen zur Unterstützung der Fischbestände, Fischerei und Gewässerqualität

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/3737

Pferdehaltung und Pferdezucht in BW

Aktuelle Situation sowie die Aktivitäten und die Haltung des Landes auf dem Gebiet der Pferdehaltung und -zucht, insbes. Statistiken zu Pferden und Pferdehaltern, wirtschaftliche Situation und Förderungsmöglichkeiten für pferdehaltende Betriebe, Beratungsangebote des Landes, Reittourismusförderung, Pferdeinsatz in der Landschaftspflege, Reiten im Schulsport

Antr
s. *Pferd*
Drs 15/3886

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes. im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Krebsbachtalbahn - Ausflugszug mit Entwicklungspotenzial

Förderung der Nebenbahn über ein Programm zur Sicherung der Schienenwege; Förderrahmen; Finanzierung von Bahnübergängen und Signalanlagen; Förderung einer Holzverladung entlang der Bahn; Einrichtung eines Güterverkehrs auf der Nebenbahn; Wiedereinführung des Schülerverkehrs; Krebsbachtalbahn als Zubringer zur S-Bahn des Elsenz- und Schwarzbachtals; Fördermöglichkeiten für einen Ausbau der Nebenbahn für den Güterverkehr und den Tourismus

KlAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/3979

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW

Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3991

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr
s. *Camping*
Drs 15/4073

Museumsprojekt „Vogtsbauernhof“ - Freilichtmuseen in BW

Beurteilung des Museumsprojekts in Gutach im Schwarzwald; Bedeutung der Freilichtmuseen für den Tourismus und die heimatkundliche Bildung; staatliche Förderung der Freilichtmuseen; Entwicklung der Besucherzahlen in den letzten zehn Jahren; Verbesserung der Verkehrsanbindung des „Vogtsbauernhofs“ durch einen eigenen Schienenhalt

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 15/4119

Nationalpark - Kosten und Sicherheit

Finanzierung des Nationalparks aus dem Naturschutzhaushalt bzw. dem allgemeinen Haushalt; Auskunft über die für 2016 vorgesehenen 89 Personalstellen, Angaben zu Neueinstellungen, Aufgaben und Qualifikation; Kostenschätzung für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrs- und Tourismuskonzepts; Berücksichtigung der NATO-Pipeline bei der Festlegung der Nationalparkkulisse, Maßnahmen bei einem Unfall entlang der Pipeline; Stilllegung der Pipeline innerhalb des Entwicklungszeitraums von 30 Jahren

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4233

BW Classics

Werbung für Weintourismus durch die Weinmessen Baden-Württemberg Classics; Förderung der gemeinsamen Präsentation von Weinen aus Baden und Württemberg durch das Land; Auswirkungen eines Ausstiegs touristischer Organisationen des Landes aus der Gemeinschaftspräsentation; ähnliche Werbepäsentationen in anderen Bundesländern; Veränderungen der Anzahl der Weinerlebnisführer und Weinerlebnisführerinnen in BW in den letzten Jahren; Schaffung neuer Gästebetten zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe

Antr
s. *Wein*
Drs 15/4645

Reittourismus in BW

Anzahl der Reiterhöfe und Reiterhotels; Wanderreitstationen; Reitwege- und Reittourennetz; Anzahl der in den letzten fünf Jahren ausgebildeten Beritt- und Wanderreitführer; Aufstellung der den Reittourismus betreffende Rechtsvorschriften; Bedeutung des Reittourismus in BW; Vermarktung des Reittourismus über die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW)

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 31.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4696
BeschlEmpf und Bericht LandWA 08.10.2014 Drs 15/6338 S. 104
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Barrierefreier Tourismus in BW

Angebot und Nachfrage nach barrierefreiem Tourismus; Förderung des barrierefreien Tourismus; Umsetzung der bundeseinheitlichen Kennzeichnungen für barrierefreie Angebote; Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Prüfung von Anträgen auf Förderung durch das Tourismusinfrastrukturprogramm; Barrierefreiheit für Besucher des Nationalparks Schwarzwald und dessen Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 14.02.2014 und Antw MLR Drs 15/4783

Wirtschaftsfaktor Tourismus in BW

Entwicklung der Übernachtungszahlen in den letzten fünf Jahren; Anteil der ausländischen Gäste im Vergleich zu anderen Bundesländern; Bedeutung und jährliche Umsätze der Tourismussegmente Geschäftsreisende, Tagesausflügler und Urlauber; Wachstumspotenziale; Förderung durch die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW); Verschiebung der Förderschwerpunkte; Zielgruppenansprache

Antr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 15/4997

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost

Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes Abhängigkeit von Unternehmen vom Import und Export mit Russland, Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen, Anträge auf Ausfallbürgschaften, Einbußen bei russischen Touristen, Fortführung von Projekten mit Russland

Antr
s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*
Drs 15/5105

Wie unterstützt die LReg nach der Errichtung des Nationalparks den Tourismus im Nordschwarzwald?

Tourismusentwicklung im Raum Nordschwarzwald und Planungen zur Steigerung der touristischen Attraktivität der umliegenden Region

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 05.05.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5158 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 25 26
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Finanzielle Unterstützung des Landes zur Sanierung des Industriedenkmal „Crailsheimer Wasserturm“

Baulicher Zustand des über 100 Jahre alten Wasserturms; Bedeutung des Gesamtareals aus Wasserturm und Lokscheunen für den Tourismus; Sanierung des Industriedenkmal mit Mitteln der Denkmalstiftung des Landes oder aus dem Städtebauförderprogramm; Nutzung sonstiger Förderprogramme

KlAnfr
s. *Industriedenkmal*
Drs 15/5330

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr
s. *Feldberg*
Drs 15/5508

Nachhaltigkeitschecks für Tourismusdestinationen

Umsetzung und Evaluation des Instruments Nachhaltigkeitsscheck für Tourismusdestinationen in BW, insbes Nachfrage und Zertifizierungskriterien des Siegels „Nachhaltiger Tourismus BW“

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 25.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5547
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 39 40
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Kosten und Nutzen des Nationalparks Nordschwarzwald

Änderungen hinsichtlich des Nationalparks Nordschwarzwald im Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016; Kalkulation der Besucherzahlen in den Haushaltsentwürfen und den Gutachten von PricewaterhouseCoopers und Ö:Konzept; Übernachtungs- und Tagesgäste in den LKreisen Freudenstadt, Rastatt und Ortenau sowie dem Stadtkreis Baden-Baden

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5900

Maßnahmen bei Ebola-Fieber

Risiko einer Ebola-Epidemie; Notfallplan des Sozialministeriums; Aufnahmekapazität für Ebola-Patienten in BW; ärztliche Behandlung der Patienten im Robert-Bosch-Klinikum in Stuttgart und weiteren Kliniken; Ausrüstung der Rettungsdienste; Aufklärung der in die von Ebola betroffenen Länder reisenden Touristen und deren Kontrolle bei der Rückkehr; Unterstützung der von Ebola betroffenen Länder; Betreuung der Helfer nach ihrer Rückkehr nach BW

KlAnfr
s. *Ebola*
Drs 15/5955

Bedeutung des Kurortgesetzes bei der Errichtung von Windkraftanlagen

Bewertung der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen im Bereich der Markungsgrenze zum Kurort Dobel, insbes unter Berücksichtigung von Landschaftsschutz, Tourismus und dem Kurortgesetz

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6156

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Urlaub

Mobilitätsverhalten von Touristen bei der An- und Abreise sowie am Urlaubsort; Anbindung von Reisezielen an das öffentliche Nah-, Regional- und Fernverkehrsnetz; Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Angebot vergünstigter Kombitickets; Beteiligung von Einzelhandel, Tourismusverbänden und Gastronomiebetrieben an solchen Angeboten für Tagesgäste und Urlauber; Erhöhung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personen-

verkehr; Verbesserung der Erreichbarkeit von Skigebieten

Antr
s. *Öffentlicher Personenverkehr*
Drs 15/6225

Wachstumsmarkt Tourismus BW

Sachstand zur Förderung und Entwicklung des Tourismus in BW, insbes finanzielle Förderung, geförderte Tourismusprojekte, Nachhaltigkeit, Radtourismus, barrierefreier Tourismus, touristische Infrastruktur im ländlichen Raum

Antr GRÜNE 28.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6410 (24 S.)

Wassertourismus in BW

Sachstand zum Wassertourismus in BW, insbes Badewasserqualität, Binnen- und Fließgewässerqualität, Fördermaßnahmen und Qualitätssiegel für Wassertourismus, Sportunfälle in Gewässern, Auswirkungen des Klimawandels, Rückzug des Bundes aus der Eigentümerversicherungspflicht bei „Sonstigen Wasserstraßen“ des Bundeswasserstreckennetzes

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 09.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6591

Tourismus im Main-Tauber-Kreis

Sachstand zur Entwicklung des Tourismus im Main-Tauber-Kreis, insbes geförderte Tourismusförderprojekte, Verbesserung der touristischen Infrastruktur beim Radtourismus und beim Öffentlichen Personennahverkehr

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 20.03.2015 und Antw MLR Drs 15/6647 (12 S.)

Nationalpark-Besucherzentrum Ruhstein

Sachstand zur Planung bei den Bau- und Betriebskosten des Nationalpark-Besucherzentrums Ruhstein

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/6953

Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Sachstand zur Entwicklung des Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald, insbes Beschäftigtenzahl, beantragte Tourismusförderprojekte

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 23.09.2015 und Antw MLR Drs 15/7428 (14 S.)

Informationszentrum Ruhstein

Sachstand der Planungen zum Informationszentrum Ruhstein des Nationalparks Nordschwarzwald, insbes Personal- und Betriebskosten, Kooperation mit einem Investor aus Sasbachwaldden Breitmatt

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/7436

Bedeutung sogenannter „Couchsurfing“-Portale im Tourismus

Sachstand zu „grauen Übernachtungsmärkten“ im Rahmen von sogenannten „Sharing Economy“-Angeboten im Internet und Auswirkungen auf Wettbewerb, Verbraucherschutz und Sicherheit im klassischen Hotel- und Gaststättengewerbe

KlAnfr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/7592

Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald und Auswirkungen auf den Wandertourismus

Sachstand zum Risiko von Eisschlag bzw Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald, insbes Gefährdungssituation für Mensch und Tier, Sperrung von Gefährdungsbereichen im Umkreis von Windkraftanlagen und Auswirkungen auf den regionalen Wandertourismus und die örtliche Gastronomie

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/8034

Bedeutung der Landwirtschaft für die Landschaftspflege und damit für den Tourismus

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 22

Förderung des umweltverträglichen Tourismus; Verlagerung der Zuständigkeit für den Tourismus ins MLR

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 51 86 87 90

Auswirkungen eines Nationalparks Nordschwarzwald auf den Tourismus, Vergleich mit dem Nationalpark Bayerischer Wald; Auswirkungen der Fluglärmbelastung in Südbaden auf den Tourismus

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 559-565 567 568 587 590

Tourismusangebote zu Windkraftanlagen und energieautarken Kommunen

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 615

Verweisung auf die positiven Auswirkungen der Flurneueordnung auf den Tourismus

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 749 750

Förderung der kommunalen Tourismusinfrastruktur; Begrüßung der Mittelaufstockung und Verlagerung zum Epl 08; Plädoyer für einen anderen Auftritt bei der CMT und Grünen Woche

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301 1305 1306 1309 1311

Bedeutung der Spitzengastronomie im Land für den Tourismus, Beklagung der Abwanderung der Vergabe des Eckart-Witzigmann-Preises

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2021-2026

Tourismusgebiet

s. *Tourismusregion*

Tourismusmarketing BW

s.a. *Marketinggesellschaft BW*

Tourismuswerbung in BW

Entwicklung der Budgets und der Zusammenarbeit der Tourismusorganisationen und der Tourismus-Marketing BW seit 2001; Darlegung der Marketingmaßnahmen und deren Wirkungen im In- und Ausland; Wettbewerbsfähigkeit der Ausrichtung, Organisation und Ausstattung der TMBW im Vergleich zu den unmittelbaren Nachbarregionen

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/573

Entwicklung des Tourismus in BW

Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/865

Wirtschaftsfaktor Tourismus in BW

Entwicklung der Übernachtungszahlen in den letzten fünf Jahren; Anteil der ausländischen Gäste im Vergleich zu anderen Bundesländern; Bedeutung und jährliche Umsätze der Tourismussegmente Geschäftsreisende, Tagesausflügler und Urlauber; Wachstumspotenziale; Förderung durch die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW); Verschiebung der Förderschwerpunkte; Zielgruppenansprache

Antr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 15/4997

BW im Wettbewerb mit vielen anderen nationalen und internationalen Reisezielen; Tourismusbranche im Land auf Unterstützung angewiesen; Erhöhung der institutionellen Förderung der Tourismus-Marketing GmbH; Aufgreifen des Trends zu umweltfreundlichem Reisen und dessen offensive Vermarktung durch die Kampagne „Grüner Süden“

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1513-1518

Mittelaufstockung für die Tourismus-Marketing GmbH, Begrüßung der Kampagnen „Genießerland“ und „Grüner Süden“

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1820 1821

Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW gemeinsam mit Tophotels

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2025

Tourismusregion

s.a. *Tourismus*

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Urlaub

Mobilitätsverhalten von Touristen bei der An- und Abreise sowie am Urlaubsort; Anbindung von Reisezielen an das öffentliche Nah-, Regional- und Fernverkehrsnetz; Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Angebot vergünstigter Kombitickets; Beteiligung von Einzelhandel, Tourismusverbänden und Gastronomiebetrieben an solchen Angeboten für Tagesgäste und Urlauber; Erhöhung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr; Verbesserung der Erreichbarkeit von Skigebieten

Antr
s. *Öffentlicher Personenverkehr*
Drs 15/6225

Tourismusstatistik

s. *Beherbergungsstatistik*

Tourismusunternehmen

s. *Reiseunternehmen*

Touristik

s. *Tourismus*

Touristische Hinweistafel

s. *Hinweisschild*

Toxin

s. *Gift*

Toxische Substanz

s. *Gift*

Trainer

s. *Sportleiter*

Traktor

Steuerbefreiung bei Brauchtumsfahrten

Sachstand zu Möglichkeiten der Gewährung von Steuerfreiheit für einen vorübergehenden Einsatz landwirtschaftlicher Geräte bei Brauchtumsveranstaltungen

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/6589

Transatlantic Trade and Investment Partnership

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Transatlantische Freihandelszone

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE 17.12.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4509
BeschlEmpf und Bericht LandWA 05.11.2014 Drs 15/6338 S. 101-103
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Exportstärke der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Situation und Entwicklung beim Export von Agrarerzeugnissen und Ernährungsprodukten aus Deutschland und BW, insbes Anteile der Exportmärkte EU, USA und China; organisatorische Unterstützung des Agrarexports in BW und den anderen deutschen Flächenländern; Auswirkung des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens auf Agrarexport

Antr
s. *Agraraußenhandel*
Drs 15/5557

Exportland erfordert Eindeutigkeit - wie steht der selbsternannte Wirtschaftsversther Winfried Kretschmann zu TTIP?

Aktuelle Debatte
s. Außenwirtschaft
PIPr 15/122 S. 7333

Haltung der LReg zur geplanten Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Sachstand zur Haltung der LReg zum geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen, insbes Stellenwert des Eckpunkt-papiers „Positionierung zu TTIP“ als Kriterienkatalog für eine mögliche Zustimmung im Bundesrat, Unterstützung der Verhandlungen auf der Bundes- und EU-Ebene, Ausgestaltung der Informationspolitik, Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Zusammensetzung des künftigen TTIP-Beirats

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 02.04.2015 und Stellungnahme StM Drs 15/6709

Positionierung der LReg BW zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Mittlg LReg 15.04.2015 Drs 15/6731
Mittlg LReg 22.01.2016 Drs 15/8036

TTIP-Beirat der LReg

Sachstand zur Arbeit des TTIP-Beirats der LReg, insbes Zusammensetzung, Kosten, Ergebnisse und Umsetzung

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 21.08.2015 und Antw StM Drs 15/7328

Transatlantisches Freihandelsabkommen

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

Transeuropäische Netze

s. *Transeuropäisches Netz*

Transeuropäisches Netz

EU-Infrastrukturpaket und Förderprogramm „Connecting Europe“

Auswirkungen von Plänen der Europäischen Kommission zur Schaffung von sogenannten Vorhaben von gemeinsamen Interesse (VGI) im Bereich der Energieinfrastruktur iRd Förderprogramms „Connecting Europe“ für BW, insbes Einbindung in grenzüberschreitende Energieinfrastrukturprojekte in bestimmten Infrastrukturkorridoren sowie Planungen und Projektanmeldungen des Landes

Antr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/3653

Trans-European Networks

s. *Transeuropäisches Netz*

Transferleistung

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen
Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesenerkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3799

Transgenes Lebensmittel

s. *Gentechnisch verändertes Lebensmittel*

Transitverkehr

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Belastung des Landes durch den Transitverkehr, Forcierung des Ausbaus der Rheintalbahn; Plädoyer für eine Autobahnvignette
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1797 1799

TransnetBW GmbH

Windenergiedaten der LReg

Sachstand zu abweichenden Daten zur Entwicklung der Windenergie in BW im Umweltinformationssystem des Landes und der Datenbank des Übertragungsnetzbetreibers TransnetBW

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/6592

Transplantation (Medizin)

s. *Transplantationsmedizin*

Transplantationsgesetz

s. *Transplantationsmedizin*

Transplantationsmedizin

s.a. *Chirurgie*
s.a. *Organspende*
s.a. *Stammzelle*

Organspende in BW

Beurteilung des GesEntw der BReg zur Änderung des TransplantationsGes, des Aktionsplans der EU-Kommission zur Organspende und -transplantation sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments zu diesem Aktionsplan, Ermöglichung des Eintrags in ein Organspenderegister im Zuge der Beantragung eines Führerscheins o.a. Verwaltungsverfahren? Beurteilung der Arbeit des Aktionsbündnisses Organspende BW

Antr
s. *Organspende*
Drs 15/95

Kontrolle bei Organspenden

Einschätzung bzw Ausschluss von Missbrauchsrisiken, Bewertung von Forderungen nach zusätzlichen Kontrollen und Einbindung von Transplantationsbeauftragten u.a. Personen in den Kontrollprozess; Art und Zahl der jährlich bei Patienten in BW implantierten Spenderorgane

Antr
s. *Organspende*
Drs 15/2258

Transportgewerbe

s. *Güterkraftverkehrsgewerbe*

Transportunternehmen

s. *Güterkraftverkehrsgewerbe*

Transsexualität*Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in BW*

Schließungen und Aufhebungen eingetragener Lebenspartnerschaften im Zeitraum von 2001 bis 2012; Gesamtzahl der in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebenden Kinder, Anzahl der adoptierten Kinder mit Angabe der Art der Adoption, Anzahl der Pflegekinder; Zahl der Beratungsstellen zu den Themenfeldern Homosexualität, Transsexualität und „Coming-Out“ und ihre Finanzierung

KlAnfr
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/3480

Trassenpreis*Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21*

Erwartung höherer Stations- und Trassenpreise der Bahn nach Realisierung des Projekts

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/96

Kostensteigerungen des Bahnprojekts Stuttgart 21 - und ihre Folgen

Erwartung von Mehrkosten nach Realisierung des Projekts durch höhere Stationsgebühren und Trassenpreise

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/272

Höhere Betriebskosten im Schienenverkehr durch Stuttgart 21

Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch Tunnel- und Ingenieurbauwerke, höheren Energieverbrauch bei deren Befahrung

und Ausrüstung der Züge mit zwei Signalsystemen; entsprechende Veränderung der Bestellerentgelte, Fahrpreise, Trassen- und Stationspreise; Stand der Wendlinger Kurve und deren Kostenübernahme und -weiterreichung durch die Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/695

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/3439

Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich (Eisenbahnregulierungsgesetz) und des geänderten Trassenpreissystems auf BW

Sachstand zum geplanten Bundesgesetz zur Stärkung des Wettbewerbs im Eisenbahnbereich und dem geänderten Trassenpreissystems, insbes Unterschiede zwischen dem kommenden und dem bisherigen Trassenpreissystem, Auswirkungen auf den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr in BW und dessen Finanzierung, notwendige Änderungen zur Unterstützung des angestrebten Wachstums des Schienenverkehrs in allen Sparten

Antr
s. *Eisenbahnverkehr*
Drs 15/7052

Eintreten für lärmabhängige Trassenpreise auf der Rheintalbahn

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 169

Erarbeitung eines Modells für lärmabhängige Trassenpreise durch die Bundesnetzagentur

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1036

Auswirkungen der höheren Stations- und Trassenpreise der Bahn für den Schienenpersonennahverkehr, Plädoyer für ein transparentes Preissystem

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1740-1745 1747 1749 1750 1753 1754

Traub, Karl MdL CDU*Eröffnung des 15. Landtags von BW durch den Alterspräsidenten Karl Traub*

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 1-5

Trauma (Psychologie)

s. *Psychisches Trauma*

Traumatisierung

s. *Psychisches Trauma*

Traumatologie

s. *Unfallmedizin*

Trecker

s. *Traktor*

Treibgas

s.a. *Emissionshandel*

s.a. *Kohlendioxid*

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme

GrAnfr

s. *Verkehr*

Drs 15/2240

Senkung der Treibgasemissionen bis 2050 um 80 %

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 39 69 74 79

Senkung der Treibgasemissionen bis 2050 um 80 %

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1335 1342 1351 1353 1354

Treibhauseffekt

s.a. *Luftverunreinigung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Fluorierte Treibhausgase

Mittlg LReg

s. *Fluorkohlenwasserstoff*

Drs 15/2761

Wassertourismus in BW

Sachstand zum Wassertourismus in BW, insbes Badewasserqualität, Binnen- und Fließgewässerqualität, Fördermaßnahmen und Qualitätssiegel für Wassertourismus, Sportunfälle in Gewässern, Auswirkungen des Klimawandels, Rückzug des Bundes aus der Eigentümersversicherungspflicht bei „Sonstigen Wasserstraßen“ des Bundeswasserstreckennetzes

Antr

s. *Tourismus*

Drs 15/6591

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Das Paris-Protokoll - Ein Blueprint zur Bekämpfung des globalen Klimawandels nach 2020

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/6651

Treibhausgas

s. *Treibgas*

Treibhausgashandel

s. *Emissionshandel*

Treibstoffverbrauch

s. *Kraftstoffverbrauch*

Trends in International Mathematics and Science Study

s. *TIMSS-Studie*

Trennung von Partei- und Regierungsarbeit

s. *Parteipolitische Neutralität*

Trennungsentschädigung

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw

s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*

Drs 15/1719

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges

Übernahme der reisekosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Polizeistrukturereformgesetz für den Justizvollzug, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw GRÜNE und SPD 03.10.2013 Drs 15/4117

1. Beratung PIPr 15/80 06.11.2013 S. 4844-4848

Mittlg LtgPräs 18.11.2013 Drs 15/4346

BeschlEmpf und Bericht StändA 21.11.2013 Drs 15/4367

2. Beratung PIPr 15/83 27.11.2013 S. 5005-5007

GesBeschl 27.11.2013 Drs 15/4405

GBI 2013 Nr. 17 S. 447 448 (Ges vom 03.12.2013)

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform

Übernahme der reisekosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Verwaltungsstrukturereformgesetz und dem Polizeistrukturereformgesetz für die Mitarbeiter der Grundbuchämter und Notariate im Landesdienst, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw LReg 30.09.2014 Drs 15/5790

1. Beratung PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6403

BeschlEmpf und Bericht StändA 09.10.2014 Drs 15/5846

2. Beratung PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6472 6473

GesBeschl 15.10.2014 Drs 15/5894

GBI 2014 Nr. 19 S. 496 497 (Ges vom 21.10.2014)

Trennungsgeld

s. *Trennungsentschädigung*

Trennungsgeldverordnung

s. *Trennungsentschädigung*

Trickbetrug

s. *Betrug*

Triebfahrzeugführer

Situation der Lokführerinnen und Lokführer im Vergleich

Einkommenssituation und -entwicklung bei Lokführern bei der Deutschen Bahn AG im Vergleich zu Busfahrern bei privaten Unternehmen und im öffentlichen Dienst sowie Straßen- und Stadtbahnfahrten

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 17.10.2014 und Antw MVI Drs 15/5924

Trinkwasser

s.a. *Grundwasser*

s.a. *Heilquelle*

s.a. *Mineralwasser*

s.a. *Wasserversorgung*

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern
Beurteilung o.g. Gasförderungsvorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Energiegewinnungsmethode - evtl über die Landesplanung und Ausweisung von Abschlussgebieten

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/217

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz

Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr
s. *Nitrat*
Drs 15/1464

Unkonventionelle Gasförderung und Ölschieferorkommen in BW

Beurteilung der o.g. Vorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Bewertung der Empfehlungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft für ein grundsätzliches Verbot von Explorationsbohrungen in Trinkwasserzonen; Anpassung des rechtlichen Instrumentariums für die Genehmigung und Prüfung von Risiken

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/1598

Konsequenzen aus dem Klimawandel für das Grundwasser im Oberrheingebiet

Auswirkungen auf die Trink- und Brauchwasserversorgung; Frage nach Handlungsempfehlungen und nach einer fachlichen Begleitung der klimatischen Veränderungen

Antr
s. *Grundwasser*
Drs 15/1810

Entwicklung des Wasserverbrauchs, des Wasserpreises und des Sanierungsbedarfs bei Brauch- und Abwassersystemen und deren möglicher Zusammenhang

Entwicklung der o.g. Daten und Investitionen von Land und Kommunen seit 1990; Zuleitung von Wasser durch die einzelnen Wasserversorger zur Auslastung der Brauch- und Abwassersysteme aufgrund des zurückgegangenen Wasserverbrauchs, insbes von Privathaushalten; Evaluation der erhobenen Informationen und Berichterstattung im Zweijahresturnus

Antr
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/2460

Uranbelastung des Grund- und Trinkwassers

Grundwasserbelastung durch den Urangehalt mineralischer Phosphat-Düngemittel; Urankonzentration im Trinkwasser; Erkenntnisse über eine Uranbelastung von Böden im Zusammenhang mit der Landnutzung; spezielle Messungen und Untersuchungen; Verfahren zur Verringerung der Uranbelastung, vorbeugender Bodenschutz

KlAnfr
s. *Grundwasserbelastung*
Drs 15/2797

Chemische Parameter bei der Trinkwasseruntersuchung für Eigenwasserversorger

Schadstoffe in den Eigen Trinkwasserversorgungen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung der LKreise Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und dem Bodenseekreis seit 2003; Schadstoffarten, Überschreiten der Grenzwerte der geltenden Trinkwasserverordnung; Kostenentwicklung für Eigenwasserversorger

KlAnfr Paul Locherer CDU 10.04.2013 und Antw MLR Drs 15/3342

Ausbau der Breitbandversorgung durch Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen

Risiko einer Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität bei der Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen; Maßnahmen zur Vorbeugung von Trinkwasserverunreinigungen bei der Verlegung oder Reparatur von Glasfaserkabeln; Vorteil einer Verlegung über Trinkwasserleitungen im Vergleich zur Verlegung über Regenwasser- oder Abwasserleitungen; Einsparpotenzial bei einer Verlegung über der bestehenden Kanalisation; Ergebnisse der Pilotprojekte zum Wasser-Faser-System (WFS); Auskunft über konkrete Planungen zum Ausbau der Breitbandversorgung über Wasserleitungen

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3650

Mikroplastik-Partikel in den Gewässern Baden-Württembergs - insbes im Bodensee

Konkrete Gefahren für Mensch, Tier- und Pflanzenwelt durch Gewässerverunreinigung mit Mikroplastik-Partikeln, insbes bei

den Trinkwasserspeichern wie dem Bodensee; Ergebnisse nationaler und internationaler Untersuchungen; geeignete Präventionsmöglichkeiten; bisherige Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 15/4479

Öl- und Gasgewinnung in Deutschland und BW

Arten der Öl- und Gasgewinnung; Unterscheidung der Fracking-Arten; Einsatz chemischer Additive beim Fracking und Bedeutung für den Trink- und Grundwasserschutz; Bewertung der Pläne zum Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zum Schutz der Umwelt vor Fracking

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/5583

Wasserspender in BW

Kontrolle des hygienischen Zustands von Wasserspendern in öffentlichen Einrichtungen; Grenzwerte für die Belastung des Trinkwassers durch Keime; durch eine erhöhte Keimbelastung des Trinkwassers besonders gefährdete Personengruppen; Schaffung neuer gesetzlicher Regelungen für das Aufstellen von Wasserspendern

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 12.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6251
BeschlEmpf und Bericht LandWA 04.03.2015 Drs 15/6733 S. 34
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Gesetz zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion, zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich und über die Förderung von Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die Kommunen bei der Umsetzung der schulischen Inklusion und dem Aufbau pädagogischer schulischer Netze; Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich in den Bereichen Trinkwasserüberwachung und Lebensmittelüberwachung; Unterstützung des investiven Ausbaus der Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren

GesEntw
s. *Gemeindefinanzen*
Drs 15/6962

Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten

Sachstand zu Gefährdungspotenzialen beim Trinkwasserschutz durch die Errichtung von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7459

Wassermangel durch versiegende Quellen im Hochschwarzwald
Gefährdung der Trinkwasserversorgung im Hochschwarzwald durch versiegende Quellen und Absenkung des Grundwasserspiegels; Förderung des Anschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung oder einer Umstellung auf andere Formen der Wasserversorgung

Antr
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/7659

Trinkwasserverordnung

Chemische Parameter bei der Trinkwasseruntersuchung für Eigenwasserversorger

Schadstoffe in den Eigentrinkwasserversorgungen und der öffentlichen Trinkwasserversorgung der LKreise Ravensburg, Biberach, Sigmaringen und dem Bodenseekreis seit 2003; Schadstoffarten, Überschreiten der Grenzwerte der geltenden Trinkwasserverordnung; Kostenentwicklung für Eigenwasserversorger

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 15/3342

Trockenheit

s. *Wetter*

Tropenerkrankung

s. *Tropenkrankheit*

Tropenkrankheit

Gefahr der Ausbreitung exotischer Stechmücken als potenzielle Überträger von Erregern tropischer Krankheiten in BW

Sachstand über gesundheitliche Gefahren aufgrund der Ausbreitung exotischer Stechmücken in BW, insbes im Hinblick auf die Ausbreitung tropischer Krankheiten, Forschung zur Stechmückenproblematik; Beteiligung am geplanten bundesweiten Stechmücken-Monitoring

Antr
s. *Insekt*
Drs 15/7249

Tropische Erkrankung

s. *Tropenkrankheit*

Trossingen

Einrichtung eines Musikgymnasiums in Trossingen

Stand der Ausbauplanungen von Musikgymnasien in BW, u.a. am Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart und in Trossingen in Zusammenarbeit mit der Musikhochschule und dem Gymnasium Trossingen

KlAnfr
s. *Musikgymnasium*
Drs 15/2191

Die künftige Entwicklung der Staatlichen Hochschule für Musik in Trossingen

Entwicklungsperspektiven des Musikhochschulstandorts Trossingen, insbes Erhalt des Hochschulstatus und Bestandsgarantie für den Hochschulstandort, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen der beabsichtigten überproportional hohen Sparmaßnahmen

KlAnfr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3840

Zukunft der Musikhochschule Trossingen

Bedeutung, heutige Ausrichtung und Zukunft der Musikhochschule Trossingen; Aberkennung des Volkshochschulstatus;

Konzeption der angedachten Akademie; Gründe und Konsequenzen der geplanten überproportionalen Kürzung für den Standort Trossingen in Abweichung vom Vorschlag des Rechnungshofs; Initiierung eines umfassenden und transparenten Strategieentwicklungsprozess unter Einbeziehung aller fünf Musikhochschulen und Zugrundelegung des laut Rechnungshof notwendigen Einsparpotenzials von Studienplätzen sowie der Schaffung von Schwerpunkten

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 15/3950

Tschechische Republik

Baden-württembergische Beteiligung an ausländischen Kernkraftwerken

Mitwirkung landesbeteiligter Energieversorgungsunternehmen an Planung und Bau ausländischer Kernkraftwerke, insbes Wirtschaftsentwicklungszahlungen des Landes BW an die Türkei und direkte oder indirekte Unterstützung eines Kernkraftwerkprojekts, Beteiligung einer EnBW-Tochter an Kernkraftwerksneubauten in der Tschechischen Republik

Antr
s. *Kernenergiewirtschaft*
Drs 15/3868

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungsk Kooperationen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbezirk und LKreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 14.03.2014 und Stellungnahme StM Drs 15/4947 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 17.07.2014 Drs 15/5743 S. 44
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Tschenk, Nikolaus MdL GRÜNE

Eintritt des Abg Nikolaus Tschenk
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 885

TTIP

s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft*

TU

s. *Technische Hochschule*

Tuberkulose

Meldepflichtige Krankheitsfälle in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) Ellwangen

Verschwinden eines an Tuberkulose erkrankten Flüchtlings aus dem Stauferklinikum in Mutlangen im Oktober 2015; Anzahl und Art der meldepflichtigen Krankheitsfälle in der LEA Ellwangen; Behandlung der erkrankten Flüchtlinge in Krankenhäusern des Ostalbkreises; Umgang mit einer großen Anzahl infizierter Personen; für die Unterbringung und medizinische Versorgung in der LEA Ellwangen bereitstehende Personen von Hilfsorganisationen

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7685

Tuberkulose-Erkrankung

s. *Tuberkulose*

Tübingen

s.a. *Regierungsbezirk Tübingen*
s.a. *Universität Tübingen*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 23: Sanierung der Klostermauer in Bebenhausen

Mittlg LReg
s. *Kloster*
Drs 15/137

IC Loreley

Abwendung der Mehrbelastung durch höhere Stationspreise für Halte des Intercity in Nürtingen und Tübingen; Ergebnis der zugesagten Prüfung eines Verzichts auf den IC Loreley

MdlAnfr
s. *Stationspreis*
Drs 15/98

Anschluss der Gäubahn

Auswirkungen einer Anbindung der Gäubahn an den Flughafen Stuttgart mit Halt in Tübingen, insbes für die Anbindung des Raums Böblingen und den Ausbau der Wendlinger Kurve; Bewirkung weiterer Baumaßnahmen, Höhe und Träger der Kosten einer solchen Variante; Frage nach einer Positionierung der Schweizerischen Bundesbahnen

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1602

Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg

MdlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1734

Haltung der LReg zum Vorschlag der Region Neckar-Alb zur Anbindung der Gäubahn an den Flughafen über Tübingen und Reutlingen unter Umfahrung des LKreises Böblingen

Gewichtung der direkten Anbindung der Gäubahn über Herrenberg und Böblingen an den Flughafen und des entsprechenden Votums bei der Volksabstimmung für Stuttgart 21; Bewertung des o.g. Vorschlags mit seinen zusätzlichen Maßnahmen und Kosten sowie seiner Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen zwischen den Projektträgern von Stuttgart 21; Scheitern der angestrebten Wiedereinführung eines ICE-Halts in Böblingen im Falle einer Umsetzung der o.g. Trassenvariante

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 15/1790

Spannungsverhältnis von Denkmalschutz und behindertengerechten Kulturdenkmälern?

Ermöglichung der barrierefreien Zugänglichkeit von historischen Gebäuden und Kulturgütern für Menschen mit Behinderungen, Verweisung auf das positive Beispiel der Klosteranlage Maulbronn, Zeitrahmen und Kosten für die Herstellung von Barrierefreiheit im Kloster Bebenhausen

KlAnfr
s. *Barrierefreiheit*
Drs 15/2206

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Correnstraße 41/41 a in Tübingen

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/3304

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Haußerstraße, Flurstück 1102/2 in Tübingen

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/3534

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Correnstraße 41/41 a in Tübingen

Abschluss eines Nachtrages zum Kaufvertrag vom 6. Juni 2013 (Mindererlösklausel)

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4266

Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Rahmenbedingungen der Landesförderung des Modellprojekts einer drastischen Preisreduzierung der Firmentickets im Verkehrsverbund Naldo in Tübingen, insbes Gesamtkosten, Finanzierung, Vergabe der wissenschaftlichen Begleitforschung und Planung weiterer Modellprojekte

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4758

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4804

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4877

Umweltzonen Reutlingen und Tübingen

Sachstand zu den erweiterten Umweltzonen der Städte Reutlingen und Tübingen, insbes Mehrbelastung an Lärm und Luftschadstoffen durch einen ohne grüne Plaketten zu befahrenden Korridor zwischen beiden Zonen

KlAnfr
s. *Umweltzone*
Drs 15/6648

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 28 - Rottenburg - Tübingen

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 28 - Rottenburg - Tübingen, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7260

Gutachten zur Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen

Sachstand zu den im Teilgutachten für die Gemeinschaftsschule an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen aufgedeckten Qualitätsmängeln und bildungspolitische Konsequenzen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/7354

Verfassungsrechtlich bedenkliche Verlage im Kreis Tübingen

Sachstand zur Beobachtung von Verlagen und Buchversandhäusern im Kreis Tübingen mit rechtsextremistischer und antisemitischer Literatur durch den Verfassungsschutz, insbes beim K.-Verlag und dem Grabert-Verlag

KlAnfr
s. *Verlag*
Drs 15/7467

Verbleib des Natursteinparks Rongen im Schindhau in Tübingen

Ökologische Auswirkungen einer Betriebsverlagerung des Natursteinparks Rongen; Abweichung vom Landeswaldgesetz zur Ausweisung eines Sonderbaugebiets auf dem Gelände des Natursteinparks

MdlAnfr
s. *Steine und Erden*
Drs 15/8025

Tübingen, Landkreis*Umsetzung der Inklusion an allgemeinen Schulen*

Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern an weiterführenden Schulen aufgeschlüsselt nach Schultypen; Quantifizierung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bei Schülern der Primar- und Sekundarstufe im Schuljahr 2010/2011; Inklusionsanteil in Kindertagesstätten, Grundschulen und in der Sekundarstufe I; Auflistung der Schulen in den Wahlkreisen Wiesloch, Reutlingen und Lahr, welche die Inklusion bereits umsetzen; Zahl der inkludierten Kinder und Art der Inklusion; Lehrerfortbildung und Informationsangebote für interessierte Eltern

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/498

Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Tübingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/635

Polizeireform: Auswirkungen auf den Landkreis Tübingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nicht-vollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1479

Geschwindigkeitsbeschränkungen Ortsdurchfahrten L 370 und L 371 im Kreis Tübingen

Genehmigungsfähigkeit der Anträge auf Tempo 30 in Tübinger und Rottenburger Teilorten, Verbesserung des Lärmschutzes bis zur Fertigstellung der B 28 a neu zwischen Tübingen und Rottenburg

MdlAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/1734

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2110

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgungsamt des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KlAnfr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/2774

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Landkreis Tübingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2934

Hagelschäden in den Landkreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb

Ausmaß und Kosten der Hagelschäden vom 28. Juli 2013 in den Landkreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb sowie Einsatzaufkommen, -dauer und -kapazitäten der Rettungskräfte

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/3883

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den Wahlkreisen 60 Reutlingen, 61 Hechingen-Münsingen und 62 Tübingen

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden in den Wahlkreisen Reutlingen, Hechingen-Münsingen und Tübingen, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4306

Schulsozialarbeit im Landkreis Tübingen

Anzahl der Sozialarbeiter im Kreis, Anzahl der seit 2011 an den Schulen beschäftigten Sozialarbeiter; Angaben zu den freien Trägern der Schulsozialarbeit; Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die Schulträger seit dem Wiedereinstieg des Landes in die Drittfiananzierung der Schulsozialarbeit; Umfang der abgerufenen Fördermittel und Verteilung auf die verschiedenen Schularten

KlAnfr
s. *Sozialarbeit*
Drs 15/4491

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungs Kooperationen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbezirk und LKreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr
s. *Tschechische Republik*
Drs 15/4947

Verfügbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen

Sachstand zu Verfüg- und Nutzbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen, insbes aktueller Gebäudeleerstand, Gebäudeangebote der Kirchen

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7448

Verfassungsrechtlich bedenkliche Verlage im Kreis Tübingen

Sachstand zur Beobachtung von Verlagen und Buchversandhäusern im Kreis Tübingen mit rechtsextremistischer und antisemitischer Literatur durch den Verfassungsschutz, insbes beim K.-Verlag und dem Grabert-Verlag

KlAnfr
s. *Verlag*
Drs 15/7467

Rettungsdiensteneinsätze und die Rettungsleitstelle im LKreis Tübingen

Sachstand zur Qualität der Rettungsdienststrukturen im LKreis Tübingen, insbes Zahl der Rettungsdiensteneinsätze, Einhaltung der Hilfsfristen, Alarmierung von Rettungsmitteln der Nachbar Kreise, Notarztversorgung in den veränderten Tübinger Strukturen, Qualifizierungsmaßnahmen für Disponenten

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/7916

Türkei

s.a. *Kurden*

„Integration und Fernsehen“ - ZKM-Projekt „Agac yas iken egi- lir“

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/181

Rolle und Entwicklung der Organisation „Graue Wölfe“ in BW
Entwicklung der Mitgliederzahl und -struktur der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland sowie der politisch motivierten Straftaten von Mitgliedern und Anhängern seit 2001; Auswirkungen des Gedankenguts der ADÜTDF bzw der (türkisch) Nationalistischen Bewegung auf die politische Einstellung von Jugendlichen und Heranwachsenden mit türkischem Migrationshintergrund, insbes auf die Inte-

gration in die deutsche Gesellschaft

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/383

Aussage von Frau Ministerin Öney zum Fernsehkonsum von Türken

Forderung nach fundierten Belegen für die Behauptung Bilkay Öneys; Bewertung der Studie „Die PISA-Verlierer - Opfer ihres Medienkonsums“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens e.V. im Hinblick darauf, ob die Ministerin für Integration die dort über das Mediennutzungsverhalten von sozial benachteiligten Schülern gemachten Aussagen unzulässig verallgemeinert hat; ob die Ministerin nicht ihrem eigenen Anliegen, nämlich der Integration von Ausländern schadet, wenn sie Behauptungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen aufstellt

Antr
s. *Öney, Bilkay SPD*
Drs 15/466

Türkischer Linksextremismus und kurdische Aktivitäten im LKreis Esslingen

Erkenntnisse über Kontakte und Kooperationen von Vereinen im LKreis Esslingen zu linksextremistischen türkischen Vereinen und Parteien sowie zum Umfeld der PKK

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/468

Sprachtests vor Zuwanderung

Festhalten am Sprachtest für Zuwanderer aus der Türkei u.a. Herkunftsländern vor der Einreise

KlAnfr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 15/597

Integration durch Bildung? - Aktivitäten der Fethullah-Gülen-Bewegung in BW

Vermittelte Inhalte, Islamverständnis, Strukturen, Finanzierung und Aktivitäten der o.g. Bewegung, insbes der Bildungseinrichtungen mit Nachhilfeunterricht und Weiterbildung; Art der Beeinflussung der Integration, insbes der türkischstämmigen Migranten

Antr
s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/612

Migration von Menschen mit Migrationshintergrund aus und nach BW

Darstellung der Wanderungsbewegungen o.g. Personen von und nach BW und Deutschland seit 2001, Zahl von Auswanderungen gut ausgebildeter Kinder von Migranten, insbes türkischer Herkunft, in die Türkei; Auswirkungen auf den Fachkräftemangel; Frage nach einem Zuzug von gut Ausgebildeten aus den europäischen Krisenländern, insbes nach dem Aufruf der Bundeskanzlerin aus Spanien; Entwicklung von zielgruppenspezifischen Anwerbestrategien

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/889

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Aufrechterhaltung der Bewertung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als radikal,

nationalistisch und antidemokratisch durch Ministerin Öney? Vereinbarkeit mit den o.g. Wahlkampfauftritten bei dem den „Grauen Wölfen“ zuzurechnenden Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen; Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD mit entsprechenden Vereinen

Antr
s. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/982

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in BW

Feststellung einer Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der o.g. Gruppierung und ihrer Mitgliedsvereine, Behinderung der Bemühungen um Integration türkischstämmiger Mitbürger, Hervorhebung einer klaren Abgrenzung aller demokratischen Parteien; Erarbeitung und Verbreitung entsprechender Informationsmaterialien über die Landeszentrale für politische Bildung sowie Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen, insbes für Schulen und kommunale Entscheidungsträger

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/983

Kooperation von Hochschulen in BW mit türkischen Hochschulen

Auflistung der bestehenden Partnerschaften und Kooperationen, Unterstützung weiterer Verbindungen, Beurteilung der Überlegungen über einen internationalen Studiengang mit einer jeweils hälftigen Studienzeit in BW und der Türkei

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/1025

„Weihnachtsreise“ von Integrationsministerin Bilkay Öney

Zeitlicher und inhaltlicher Verlauf, Teilnehmer, Höhe und Träger der Kosten o.g. Reise in die Türkei; Abstimmung der Themen des Gesprächs mit dem türkischen Ministerpräsidenten mit dem StM bzw dem Auswärtigen Amt? Jeweilige Positionen zum Vorschlag der Ministerin zur Gründung eines deutsch-türkischen Jugendwerks und zum Spracherwerb von in Deutschland geborenen Kindern von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund; Schlussfolgerungen der Ministerin aus dem Gespräch für ihre weitere Integrationspolitik

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1129

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr
s. *Ausländerorganisation*
Drs 15/1130

Türkeireise von Integrationsministerin Öney im Frühjahr oder Sommer 2011

Frage nach o.g. Reise mit dienstlichem Charakter, nach den Programmpunkten, Gesprächspartnern, ausgetauschten Erklärungen, Erkenntnissen für die Integrationspolitik, nach einer vorherigen Abstimmung mit dem StM sowie nach Höhe und Träger der Kosten

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/1241

Übernahme von Informationsmaterial türkischer Stellen durch Behörden des Landes BW?

Beurteilung der Übernahme o.g. Materialien zur Rolle der Frau und von häuslicher Gewalt sowie der Verbreitung hierzulande, Frage nach einem Anpassungsbedarf im Blick auf die unterschiedliche Lebenssituation in der Türkei und der Migrantinnen in Deutschland sowie nach bereits vorhandenen Publikationen von Bund und Land sowie anderer BLänder

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 22.03.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/1484
BeschlEmpf und Bericht IntegrA 20.06.2012 Drs 15/2544 S. 104-107
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Äußerungen von Ministerin Öney über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland

Konkretisierung o.g. Äußerung bei einer Veranstaltung im Alevitischen Kulturzentrum in Stuttgart auf die Frage eines Zuhörers, Wiedergabe des Sachverhalts in der türkischen Tageszeitung Hürriyet, Verwendung des im Türkischen feststehenden Begriffs für eine Verflechtung von Sicherheitskräften, Politik, Justiz, Verwaltung und organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland; Gründe für das Aufgreifen des Begriffs durch die Ministerin, statt der Unterstellung des Zuhörers entgegenzutreten, was sie erst nachträglich tat

Antr
s. *Rechtsstaat*
Drs 15/1809

Wiedergabe einer privaten E-Mail von Integrationsministerin Öney in türkischen Medien?

Wiedergabe der Äußerungen über einen „Tiefen Staat“ in Deutschland im Zusammenhang mit den Mordtaten der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Deutschland in der türkischen Presse, Bezeichnung als Stellungnahme des Ministeriums, Gründe für die nicht vollständige Übereinstimmung mit der in den „Stuttgarter Nachrichten“ wiedergegebenen (privaten) E-Mail, Vereinbarkeit des im Text enthaltenen Belegzitats aus dem Thüringer „Schäfer-Bericht“ und des Fehlens von Grußformel und Name der Absenderin mit dem vorgeblich privaten Charakter der E-Mail

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/1959

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Bekanntnis zu den im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission 2012 zu den Beitrittsverhandlungen der Türkei geäußerten Defiziten insbes in den Bereichen Menschenrechte, Religionsfreiheit und Justizwesen; Thematisierung der bemängelten Fragen in den Beratungen in der Gemischten Kommission

ÄAntr CDU 24.10.2012 Drs 15/2554

PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2730-2736

Aramäer in BW

Zahl der im Land lebenden Aramäer, Sitz aramäischer Gemeinden; Religionszugehörigkeit und theologische Ausbildung; Maßnahmen zur Integration; Lage der in der Türkei und Syrien lebenden aramäischen Christen

Antr

s. *Ethnische Gruppe*

Drs 15/2667

Zusammenarbeit zwischen BW und der Türkei im Bereich der Wissenschaftspolitik

Ziele und Resultate der Reise des MinPräs in die Türkei; Ergebnisse der Gespräche mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ankara und Istanbul; Beurteilung der dort ausgerichteten Hochschultage; wissenschaftliche Kooperationen und Studienaustausch; Bedeutung der neu gegründeten deutsch-türkischen Universität in Istanbul; Anteil der (weiblichen) Studierenden mit türkischem Migrationshintergrund an den Hochschulen und Universitäten in BW; Rückkehr von Hochschulabsoventen in die Türkei

Antr

s. *Internationale Zusammenarbeit*

Drs 15/2726

Anerkennung türkischer Fahrerlaubnisse

Voraussetzungen für ihre Anerkennung in Deutschland; Zahl der Anträge pro Jahr in BW; Bedingungen für die Erteilung eines deutschen Pkw-Führerscheins sowie von Fahrerlaubnissen sonstiger Führerscheinklassen; für einen Antrag erforderliche Unterlagen; Vorlage eines Führungszeugnisses; Verzicht auf zusätzliche Fahrerlaubnisprüfungen bei bestimmten Ausstellungsstaaten

KlAnfr

s. *Fahrerlaubnis*

Drs 15/3620

Teilnahme baden-württembergischer Verbände an einer Großdemonstration der UETD (Union of European Turkish Democrats) am 7. Juli 2013 in Düsseldorf

Erkenntnisse über die Organisation UETD, deren Mitgliedsverbände sowie die Verbindungen dieser Organisation zu dritten, staatlichen bzw halbstaatlichen/quasi-gubernativen Organisationen und deren Wirken innerhalb und außerhalb BW; Informationen zu Zweck, Organisatoren und geäußerten Inhalten bei der Großdemonstration am 7. Juli 2013 in Düsseldorf, insbes Beteiligung von (Unter-)Organisationen, Verbänden, Vereinigungen und spezifizierbaren Einzelpersonen aus BW sowie Planung vergleichbarer Veranstaltungen in BW

Antr

s. *Demonstration*

Drs 15/3793

Baden-württembergische Beteiligung an ausländischen Kernkraftwerken

Mitwirkung landesbeteiligter Energieversorgungsunternehmen an Planung und Bau ausländischer Kernkraftwerke, insbes Wirtschaftsentwicklungszahlungen des Landes BW an die Türkei und direkte oder indirekte Unterstützung eines Kernkraftwerkprojekts, Beteiligung einer EnBW-Tochter an Kernkraftwerksneubauten in der Tschechischen Republik

Antr

s. *Kernenergiewirtschaft*

Drs 15/3868

Umstände der Uraufführung des Theaterstücks „Das Märchen vom letzten Gedanken“

Ordnungsrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Uraufführung des den Völkermord an den Armeniern thematisierenden Theaterstücks am Stadttheater Konstanz; Einbeziehung des Integrationsministeriums im Vorfeld der Uraufführung; Eingreifen des Türkischen Generalkonsulats Karlsruhe; Stellenwert der Kunstfreiheit; Meinungsäußerungen von Mitgliedern der LReg zur Uraufführung und ihren Begleitumständen in den Medien; Maßnahmen zur Vermeidung interkultureller Konflikte; Einbeziehung des Kultus- und des Wissenschaftsministeriums in die Integrationspolitik; Vermittlung der Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr

s. *Theater*

Drs 15/5024

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/5074

Konsequenzen und integrationsfördernde Maßnahmen infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Familiennachzug in BW

Folgen des Urteils des EuGH zum Nachzug von Familienangehörigen in BW, insbes Konsequenzen unzureichender Kenntnisse der deutschen Sprache nachziehender Ehegatten, Auswirkungen auf Zwangsverheiratungen; Maßnahmen der LReg zur Förderung der Teilnahme türkischer Frauen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben

Antr

s. *Familiennachzug*

Drs 15/5692

Anzeige der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern

Sachstand zur Anzeige der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in großen Tageszeitungen

KlAnfr

s. *Union of European Turkish Democrats*

Drs 15/6829

Besuch des Generalsekretärs der türkischen Milliyetçi Hareket Partisi (= Partei der Nationalistischen Bewegung) (MHP) in BW

Sachstand zu Programm und Aktivität der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) in BW, insbes Verbindungen zur Organisation „Graue Wölfe“, Erkenntnisse über den Besuch des Prof. Dr. M.E. im April 2015 in BW

KlAnfr

s. Milliyetci Hareket Partisi
Drs 15/6841

Über die Arbeit und Programmatik der „Union europäischer türkischer Demokraten“ in BW

Sachstand zu Programm und Tätigkeit der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) in BW, insbes Verbindungen zu den Organisationen „Graue Wölfe“ und „Milli Görüs“; Erkenntnisse über den Besuch des türkischen AKP-Politikers M.O. im Mai 2015 in BW

KlAnfr
s. Union of European Turkish Democrats
Drs 15/6842

Hinweise von Integrationsministerin Öney auf ihre türkischen Wurzeln, Aussagen zum Fernsehkonsum von Türken

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1234-1236

Türkisch

Türkisch als Schulfach

Schaffung der Rahmenbedingungen im Lehramtsstudium für die Einrichtung von Türkisch als optionaler dritter Fremdsprache an Gymnasien, insbes ausreichende Studienkapazitäten an der Universität Tübingen und an weiteren Landesuniversitäten

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 03.07.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3734

Ergänzende Stellungnahme KM 05.09.2013 Drs 15/4007
BeschlEmpf und Bericht WissA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 28

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Externe und interne Kommunikation des Integrationsministeriums

Stellenbeschreibung des Mitarbeiters für „Entwicklung und Umsetzung externer und interner Kommunikationsmaßnahmen in türkischer Sprache“ in der Pressestelle des Integrationsministeriums; Eingruppierung der Stellen in der Pressestelle; verwendete Sprachen in der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation des Integrationsministeriums; herausgehobene Rolle der türkischen Sprache

Antr
s. Ministerium für Integration Baden-Württemberg
Drs 15/3741

Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion

Zentrum für islamische Theologie an der Universität Tübingen

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für islamische Theologie an der Universität Tübingen, insbes Entwicklung einer europäischen Ausrichtung des Islams, Zusammensetzung des Beirats und die fehlende Repräsentation der Aleviten, Einfluss des Vereins DITIB sowie der extremistischen Gruppierungen Milli Görüs und der „Grauen Wölfe“, Beziehung zum European Council for Fatwa and Research (ECFR)

KlAnfr
s. Islam
Drs 15/7232

TÜV

s. Technische Überwachung

Tumorerkrankung

s. Krebserkrankung

Tumorregister

s. Krebsregister

Tumult

s. Krawall

Tuningen

Neue Standortsuche des geplanten Gefängnisneubaus - welche Kriterien sind maßgeblich?

Aufgabe der bisherigen Bewertungsmatrix beim „Standortsuchelauf“; Auskunft über die maßgeblichen Kriterien der Standortauswahl; Berücksichtigung der Haltung der betroffenen Gemeinden; Beteiligung des Landtags und der Gemeinden an der Standortauswahl

Antr
s. Justizvollzugsanstalt
Drs 15/6503

Tunnel

s.a. Unterführung
s.a. Verkehrsweg

Europatrasse Baden 21: Stand der Verhandlungen zu den Planfeststellungsverfahren, Position der Landesregierung

Unterstützung der Kernforderungen der Bürgerinitiativen für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung, u.a. Güterzugtunnel in Offenburg, zweigleisige Güterzugtrasse entlang der A 5 zwischen Offenburg und Riegel, verstärkter Lärmschutz an der teilgedeckelten Tieflage der Güterzugtrasse zwischen Munzingen und Buggingen, Absenkung der Personenfern- und der Güterzugtrasse mit optimiertem Lärmschutz in Weil-Haltungen, Durchleitung möglichst aller Transitgüter durch den Katzenbergtunnel; finanzielle Beteiligung an den Mehrkosten; Beschleunigung der Planungen, Werbung um die Positionen in Gesprächen mit den Schweizer Institutionen

Antr
s. Baden 21
Drs 15/133

Sicherheit im geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21

Frage nach einem Not- und Störfallkonzept der Bahn sowie nach der Barrierefreiheit des geplanten Bahnhofs; Erkenntnisse über geologische Risiken durch Tunnelbohrungen in den Gipskeuper-Anhydrit-Gesteinsformationen; Art der verwendeten Stahlrohre für das 17 Kilometer lange Grundwasser-Leitungssystem; Bewertung der noch offenen Planungsverfahren für den Bau des Flughafenbahnhofs

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/289

Nordumfahrung von Nürtingen und Reudern

Beurteilung der Entlastungswirkung und Unterstützung der o.g. Umgehung sowie des Oberensinger Tunnels im Zuge der B 297

KlAnfr
s. Nürtingen
Drs 15/363

Kostensteigerungen bei Stuttgart 21

Beurteilung eines möglichen Grundwasserrisikos beim Bau des Fildertunnels bei Denkendorf

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/752

Kosten für Stuttgart 21

Darstellung der Kostenentwicklung nach den bisherigen Auftragsvergaben, insbes auch für Tunnelbauten; Abdeckung evtl Mehrkosten durch den Risikopuffer

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/827

B 31 West

Gründe und Auswirkungen des Planungsstopps für den zweiten Bauabschnitt der B 31 West von Gottenheim nach Breisach, Höhe der Kosten für die bisherige Planung und die bereits realisierte Brücke bei Gottenheim, Beurteilung der Kommunikation der Entscheidung durch das MVI per Pressemitteilung sowie des weiteren Vorgehens bei anderen in der Planung befindlichen Abschnitten zum dreistreifigen Ausbau der B 31 Ost, Frage nach Maßnahmen zur Höherstufung des Falkensteigtunnels in den vordringlichen Bedarf

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/887

Schäden am Engelbergbasistunnel

Art, Ursachen und Kosten der aktuellen Schäden am Leonberger Engelbergstunnel; Art und Auswirkungen der Erkundungsmaßnahmen; Frage nach einer dauerhaften Lösung des Anhydritproblems und Höhe der bisher aufgewandten Mittel zur Unterhaltung und Sanierung des Tunnels

KlAnfr Dr. Bernd Murschel GRÜNE 23.11.2011 und Antw MVI Drs 15/914

B 466 Ortsdurchfahrung Heidenheim

Beurteilung der o.g. Trassenführung und Verkehrsbelastung in Heidenheim, Frage nach den Möglichkeiten und der Finanzierung einer Umgehungsstraße oder eines innerstädtischen Tunnels sowie nach den nächsten Schritten

KlAnfr
s. *Bundesstraße 466*
Drs 15/1022

Stand von Planung, Finanzierung und Baubeginn der Baumaßnahme B 14 Weilertor Schwäbisch Hall

Frage nach den o.g. Daten und der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung des Weilertortunnels im Zuge der B 14

KlAnfr
s. *Bundesstraße 14*
Drs 15/1165

B 33 - Umfahrung der Stadt Haslach im Kinzigtal

Auswirkungen des jüngsten Votums des Gemeinderats der Stadt Haslach für eine Tunnellösung auf die laufenden, mit dem Hochwasserschutz kombinierten Planungen und auf die Kosten

KlAnfr
s. *Bundesstraße 33*
Drs 15/1595

Sanierung L 511 - Bahnunterführung Nord in Lauda-Königshofen (Stadtteil Lauda)

Aktueller Sachstand, Kosten und Finanzierung der o.g. Maßnahme; Zeitpunkt des Baubeginns und der voraussichtlichen Fertigstellung

KlAnfr
s. *Landesstraße 511*
Drs 15/2174

Äußerungen von Staatssekretärin Dr. Gisela Splett zur Finanzierung der Kombi-Lösung Karlsruhe (U-Strab)

Aufklärung über konkrete Aussagen zu Mehrkosten im Bewilligungsbescheid; Vorbehalte der Staatssekretärin gegenüber dem Bau des Karlsruher Stadtbahntunnels; Benennung von bereits entstandenen, nicht vom Land zu tragenden Mehrkosten

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2368

Auswirkungen der Planungsänderungen der Bahn im Bauablauf des Fildertunnels

Änderungen im Bauverfahren und in der Bauausführung; Folgen für den Abtransport des Aushubs; Streckenlänge der Lkw-Fahrten für den Abtransport des Aushubs; absehbare Menge der Lkw-Fahrten pro Tag während der Bauzeit; zu erwartende Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße B 27 und der Autobahn A 8; Lärm- und Abgasbelastung; Lagerung des gipshaltigen Aushubs auf geeigneter Deponie

KlAnfr Nikolaus Tschenk GRÜNE 12.11.2012 und Antw MVI Drs 15/2650

Besserer Brandschutz in den Bahnhöfen und Sicherheit von Fahrgästen

Rechtliche Regelung des Brandschutzes an Verkehrsstationen des Schienenpersonenverkehrs; Maßnahmen der Deutschen Bahn (DB) zur Verbesserung des Brandschutzes in unterirdischen Stationen; Notfallpläne im Katastrophenfall; Rettung der Fahrgäste bei Brand oder Stromausfall in einer Tunnelstrecke; Konsequenzen der DB aus Katastrophenschutzübungen mit Rettungskräften auf Schnellfahrstrecken mit Tunneln wie bei Vaihingen an der Enz; Federführung bei Koordination der Rettungskräfte; Stromkreisläufe im Bahnstromleitungsnetz

Antr
s. *Eisenbahnpersonenverkehr*
Drs 15/2813

B 31 Falkensteigtunnel

Einsatz der LReg für das Projekt Falkensteigtunnel auf der Bundesstraße 31 bei Buchenbach zur Entlastung durch den Transitverkehr mit Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan, insbes kommunale Planungsvorfinanzierung, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Priorität gegenüber dem Freiburger Stadttunnel, Aussagen des Ministerpräsidenten, Verkehrssituation und Planungsalternativen

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 18.01.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/2889
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 S. 19
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Stand von Planung, Finanzierung und Baubeginn der Baumaßnahme B 14 Weilertor Schwäbisch Hall

Fortführung der Baumaßnahme B 14 Weilertor in Schwäbisch Hall, insbes aktueller Stand von Planung und Finanzierung

MdlAnfr
s. Bundesstraße 14
Drs 15/3315

Zukunft der Hoahrheinautobahn A 98

Notwendigkeit und Planungsstand des Ausbaus der Hoahrheinautobahn A 98 sowie des Herrschaftsbeck-Tunnels

Antr
s. Autobahn
Drs 15/4296

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärmindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr
s. Bahnstrecke
Drs 15/4333

Erster Tunnelanstoß auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart - Tunnel Ober-/Untertürkheim am 4. Dezember 2013

Teilnahme der LReg als Projektpartner von Stuttgart 21 am 4. Dezember 2013 beim ersten Tunnelanstoß auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart

MdlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/4358

Auswirkungen der Polizeireform auf Tunnelüberwachungen in BW

Organisation der Überwachung der Straßentunnel in BW, insbes Sicherstellung der Überwachung iRd Polizeireform

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 13.12.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4502
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 35 36
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Der Gotthard-Basistunnel und seine erhofften (und befürchteten?) Rückwirkungen auf BW

Statistiken zum alpenquerenden Schienengüterverkehrsaufkommen und erwartete Veränderungen nach Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels; geplante Baumaßnahmen entlang der baden-württembergischen Zulaufstrecken zum Gotthard; wirtschaftliche, verkehrliche und ökologische Auswirkungen des Gotthard-Basistunnels auf BW

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 07.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4542
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 12.02.2014 Drs 15/4949 S. 31-33
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

B 31 Falkensteigtunnel - Priorisierung von Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan

Kostenberechnung des Falkensteigtunnels und Einstufung in der Priorisierungsliste der LReg für die Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan

KIAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 08.01.2014 und Antw MVI Drs 15/4566

Direktanschluss der Fildertunnel-Baustelle an die Autobahn (A) 8

Zahl der gemäß Planfeststellung zulässigen Lkw-Fahrten; bisherige An- und Abfahrt zur Baustelle; Ausmaß der Lärmbelastung; Anzahl der davon betroffenen Anwohner; Schaffung einer direkten Zufahrt zur A 8; Mitwirkung und finanzielle Beteiligung der Deutschen Bahn; Unterstützung der zügigen Genehmigung eines Direktanschlusses an die A 8

Antr
s. Autobahn
Drs 15/5564

Verstärker für Digitalfunk bei Karlsruher Kombi-Lösung und Stuttgart 21

Berücksichtigung der Funkversorgung bei den beiden Großprojekten; Einbau von Verstärkern für den Digitalfunk an den Haltestellen und in den Tunneln zur Sicherstellung des Funkverkehrs von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten

KIAnfr
s. Funkverkehr
Drs 15/5659

Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW

Sachstand zum Zustand von Tunnel- und Brückenbauwerken im Zuge von Bundesfernstraßen in BW, insbes Einstufungen in Kategorie „nicht ausreichender Zustand“ und schlechter, veränderte Anforderungen an die Bauwerke seit 1960, Bedarf für Instandsetzungen und Errichtung von Ersatzbauwerken

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 30.03.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6689
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.05.2015 Drs 15/7081 S. 49 50
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Beteiligung an der Finanzierung eines Tunnels in Offenburg im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 47

Hinweise auf Kostensteigerungen bei den Tunnelbauten im Zuge des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm, Bezifferung der Mehrkosten für den B 29-Tunnel in Schwäbisch Gmünd

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 363 364 370

Hinweise auf Kostensteigerungen bei den Tunnelbauten im Zuge des Projekts Stuttgart 21, Anmahnung eines Brandschutzkonzepts für Notfälle im Bahntunnel

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 521 522 526 527 529 534

Bau des Rastatter Tunnels im Zuge der Rheintalbahn, Sicherheitsbewertung der Tunnel unter der Landeshauptstadt, Beherrschung der Kosten für die Tunnelstrecken im Zuge des Projekts Stuttgart 21

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851 854 855 863 869

Bau des Rastatter Tunnels im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn, Eintreten für den Tunnel in Offenburg, Verweisung auf die aktuellen Probebohrungen

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 984 1030 1031 1033-1037

Turmforum Bahnprojekt Stuttgart-Ulm

s. Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V

Turnhalle

s. *Sporthalle*

Turnunterricht

s. *Sportunterricht*

Tuttlingen

Einrichtung einer Internationalen Schule in Tuttlingen

Beurteilung der Initiative eines Tuttlinger Unternehmerkreises zur Einrichtung einer Internationalen Schule als Konsequenz aus der fortschreitenden Internationalisierung der Wirtschaft; Frage nach der Bereitschaft zu einer entsprechenden Änderung des Schulgesetzes

Antr

s. *Internationale Schule*

Drs 15/437

Notariatsreform im LKreis Tuttlingen

Stand der Umsetzung und Auswirkungen der Notariatsreform für den LKreis Tuttlingen; Bewertung der Zukunft der Notariatsstandorte Wehingen, Geisingen, Mühlheim, Wurmlingen, Spai- chingen, Trossingen und Tuttlingen

KlAnfr

s. *Notar*

Drs 15/2088

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3015

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums Tuttlingen

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidiums, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/3036

Strukturförderung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

Bevölkerungsentwicklung im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen; Beitrag des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) zur Fortentwicklung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

KlAnfr

s. *Strukturpolitik*

Drs 15/4552

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungs-

gesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/5086

Zukunftsansichten des Medizintechnikclusters Tuttlingen

Konsequenzen der Novelle zur europäischen Medizinprodukteverordnung für Medizintechnikhersteller im Raum Tuttlingen, insbes Verfügbarkeit kleiner Sortimente, Innovationszyklen

KlAnfr

s. *Medizintechnik*

Drs 15/6282

Tuttlingen, Landkreis

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Tuttlingen

Auflistung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturereform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1422

Notariatsreform im LKreis Tuttlingen

Stand der Umsetzung und Auswirkungen der Notariatsreform für den LKreis Tuttlingen; Bewertung der Zukunft der Notariatsstandorte Wehingen, Geisingen, Mühlheim, Wurmlingen, Spai- chingen, Trossingen und Tuttlingen

KlAnfr

s. *Notar*

Drs 15/2088

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Tuttlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/2124

Straßenbau im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für kommunale Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2204

Umweltverbund und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Tuttlingen-Donauweshingen

Finanzierung von ÖPNV-Maßnahmen 2012 nach dem Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte im Förderprogramm bis 2015; weitere Anträge und Anfragen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/2205

Kultusministerin verursacht erheblichen Unterrichtsausfall

Derzeitiger Unterrichtsausfall aufgeschlüsselt nach Schularten; Maßnahmen zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung in Zusammenarbeit mit den Schulen; Unterrichtsausfall im Schulamtsbezirk Konstanz-Tuttlingen am 7. November 2012 aufgrund einer mit Rücksicht auf die Teilnahme der Kultusministerin auf den Vormittag gelegten Personalversammlung; Aufforderung an die Kultusministerin für Dienstbesprechungen künftig unterrichtsfreie Tage zu nutzen

Antr
s. *Unterrichtsversorgung*
Drs 15/2600

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Tuttlingen

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediens-teten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/2971

Rundfunkbeitrag durch Gewerbetreibende in den LKreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar

Sachstand zur Erhebungspraxis des Rundfunkbeitrags für Empfangsgeräte im gewerblichen Bereich in den Kreisen Tuttlingen und Schwarzwald-Baar, insbes Beitragsbelastung für Gewerbetreibende, Änderungen bei Gesamteinnahmen und Verwaltungsaufwand nach der Umstellung der Rundfunkfinanzierung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/6344

UBA

s. *Umweltbundesamt*

UBG

s. *Unterbringungsgesetz*

Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben

Übersicht über die im Kj 2010 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, ab einem Betrag von 100.000 Euro oder mehr (§ 37 Abs 4 LHO i.V.m. § 7 Abs 5 StHG 2010/11)

Mittlg MFW 30.08.2011 Drs 15/465

Übersicht über die im Kj 2011 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, ab einem Betrag von 100.000 Euro oder mehr (§ 37 Abs 4 LHO i.V.m. § 7 Abs 5 StHG 2010/11)

Mittlg MFW 25.07.2012 Drs 15/2047

Überplanmäßige Ausgabe bei der Landesaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe (Epl 15 Kap 1503 Tit 75) im Hj 2013

Mittlg LReg
s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/3762

Übersicht über die im Kj 2012 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, ab einem Betrag von 100.000 Euro oder mehr (§ 37 Abs 4 LHO i.V.m. § 7 Abs 5 StHG 2012)

Mittlg MFW 28.08.2013 Drs 15/3982

Verwendung des Aufkommens der Feuerschutzsteuer

Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2013; Nutzung des Überschussbetrags für den Katastrophenschutz und zur Deckung des Haushalts; geplante Verwendung des Feuerschutzsteueraufkommens im Haushaltsjahr 2014; Einholung der Zustimmung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft bei über- oder außerplanmäßigen Ausgaben

Antr
s. *Feuerschutzsteuer*
Drs 15/5128

Übersicht über die im Kalenderjahr 2013 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, ab einem Betrag von 100.000 Euro oder mehr (§ 37 Abs 4 LHO i.V.m. § 7 Abs 5 StHG 2013/2014)

Mittlg MFW 16.09.2014 Drs 15/5729

Übersicht über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, ab einem Betrag von 100.000 Euro oder mehr (§ 37 Abs 4 LHO i.V.m. § 7 Abs 5 StHG 2013/2014) sowie Bericht des Integrationsministeriums über die im Kalenderjahr 2014 geleisteten Mehrausgaben aus dem Epl 15 für Ausgaben zur Flüchtlingsunterbringung (vgl Haushaltsvermerk bei Kap 1503 - Ausgaben)

Mittlg MFW 05.08.2015 Drs 15/7287
PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8129

Überarbeit

s. *Mehrarbeit*

Überbetriebliche Ausbildungsstätte

s. *Ausbildungsstätte*

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ...

Ratifikation des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)

Sachstand zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), insbes Stand der Ratifizierung, Verbesserungen für die Situation von Frauen in BW

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 07.07.2015 und Antw SM Drs 15/7137

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Inklusive Wohn- und Beschäftigungsangebote

Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen; Behinderte, denen mit Unterstützung durch soziale Dienste eine eigenständige Lebensführung ermöglicht wird; in stationären oder teilstationären Einrichtungen lebende Behinderte; Konversion von Komplexeinrichtungen in der Behindertenhilfe; Förderung inklusiver Wohn- und Beschäftigungsangebote in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales BW (KVJS); Einbeziehung der Betroffenen in die Planungen; Umsetzung und Finanzierung des Umbaus

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/3269

Inklusion im Sport

Integration von Menschen mit Behinderungen in den Sportunterricht und in außerschulische Sport- und Bewegungsangebote, insbes Möglichkeit von Schulsportwettbewerben für Schüler mit geistiger bzw körperlicher Behinderung; Forschungsförderung zu Inklusion im Sport; Informationsangebote zu inklusiven Sportangeboten und zur Umsetzung von Barrierefreiheit im Sport

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/3336

Stellung der Behindertenbeauftragten der Stadt- und LKreise in BW

Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Behindertenbeauftragten der Stadt- und LKreise in BW, insbes Art der Bestellung, Situation in Städten und Gemeinden, Ebenen übergreifende Vernetzung, Bedeutung bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Antr
s. *Behindertenbeauftragter*
Drs 15/3495

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz - L-BGG)

Umsetzung von Zielen und Grundsätzen der UN-Behindertenrechtskonvention, insbes Einbeziehung von Kommunen in den Anwendungsbereich des Gesetzes, Stärkung der Interessenvertretung von Behinderten, Schaffung von Behindertenbeauftragten in den Kommunen, Verpflichtung zur Bestellung von Behindertenbeauftragten in den Stadt- und LKreisen, Erweiterung der Verbandsklagemöglichkeit und Regelung zur Beweislastumkehr

GesEntw
s. *Behinderter*
Drs 15/5936

Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Autismus in der baden-württembergischen Gesellschaft

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); Initiierung einer entsprechenden Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung von Jugend an; Aufklärung der Familienmitglieder und Betreuungspersonen; Vermittlung der Grundsätze der Be-

hindertenrechtskonvention in der Aus- und Fortbildung der in der Rehabilitation tätigen Fachkräfte und Mitarbeiter; Fortbildung der Lehrkräfte; Schulungsprogramme für Mitarbeiter von Polizei, Justiz und Strafvollzug; Sensibilisierung für das Thema Barrierefreiheit; Darstellung von Menschen mit Behinderungen in den Medien

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6519

Übereinkommen (Völkerrecht)

s. *Internationales Abkommen*

Übergangsgeld

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Anrechnung von Erwerbseinkünften sowohl aus öffentlich-rechtlicher als auch aus privatwirtschaftlicher Tätigkeit auf das Übergangsgeld der Abgeordneten

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 15/7542

Übergewicht

Adipositas bei Kindern und Erwachsenen

Entwicklung der Zahlen und Kosten von stark übergewichtigen Patienten unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen; Darlegung von präventiven Maßnahmen und Behandlungsmethoden, Kosten und Nutzen von Magenverkleinerungen, insbes Gewichtung der erzielbaren Reduzierung von Diabetes Typ 2 und Bluthochdruck

KIAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 08.11.2011 und Antw SM
Drs 15/846

Frauengesundheit in BW

Entwicklung des Körpergewichts von Mädchen bzw Frauen gegenüber vergangenen Zeiten, Beurteilung des Gesundheits- und Körperbewusstseins im Vergleich zu Männern; Verankerung der Themen Gesundheit, Bewegung und Ernährung im Bildungssystem, insbes in Ganztageseinrichtungen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 15/964

Krematorien und die wachsende Zahl übergewichtiger Menschen

Entwicklung der Zahl von Krematorien seit 1992; Darstellung der (technischen) Probleme bei der Einäscherung übergewichtiger Menschen, Frage nach einer Gewichtsobergrenze sowie nach Überlegungen zur baulichen Anpassung der Krematorien an die wachsende Zahl von Übergewichtigen; Vergleich der Emissionsgrenzwerte mit anderen Verbrennungsanlagen

Antr
s. *Feuerbestattung*
Drs 15/2541

Schul- und Kitaessen in BW: Sachstand und aktuelle Entwicklungen

Maßnahmen des Landes zur Koordinierung eines qualitativ hochwertigen Essensangebots in den Schulen; Richtlinien zur Sicherstellung der Qualität des Schulessens, Umsetzung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung;

Rolle der Vernetzungsstelle Schulverpflegung; Anzahl überge-
wichtiger Kinder speziell bei Schulanfängern seit 2002; Thema
Ernährung im Unterricht; Lebensmittelhygiene in Kindergärten
und Schulen; Erhöhung des Anteils regional und ökologisch er-
zeugter Lebensmittel bei der Verpflegung der Kinder

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/2657

Übergewichtigkeit

s. *Übergewicht*

Überhangmandat

Mehrsitze (Überhangmandate) in den Kreistagen 2009 und 2014
Vergleich der erzielten Überhangmandate und der aufgrund der
Begrenzung entfallenen Ausgleichsmandate in den Kreistagen
nach dem Wahlverfahren nach d'Hondt bei den Kommunalwah-
len 2009 mit dem Wahlverfahren nach Sainte-Lague/Schepers
bei den Kommunalwahlen 2014

KlAnfr
s. *Wahlverfahren*
Drs 15/6973

Überholverbot

Auswirkungen des Lkw-Überholverbots im Zeitraum von 6 Uhr
morgens bis 19 Uhr abends auf Verkehrsfluss und Unfallgefahr-
ten im Streckenabschnitt vom Autobahnkreuz Weinsberg bis zur
bayerischen Landesgrenze auf der Autobahn A 6

Auswirkung des Überholverbots für Lkws über 7,5 t im Zeit-
raum von 6 bis 19 Uhr auf Unfallgeschehen und Verkehrsfluss
auf der Autobahn 8 vom Autobahnkreuz Weinsberg bis zur baye-
rischen Landesgrenze, insbes Möglichkeit der Ausdehnung des
Zeitraums von 5 bis 21 Uhr

MdlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/6090

Überlingen

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 31 - Überlin-
gen/West - Überlingen/Ost

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 31 -
Überlingen/West - Überlingen/Ost, insbes Planfeststellung, Aus-
führungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7261

Radwegebau im Bodenseekreis

Umgesetzte und geplante Maßnahmen zum Ausbau des Radwe-
genetzes im Bodenseekreis, insbes Realisierung der Verbindun-
gen zwischen Herdwangen-Schönach und Owingen sowie zwi-
schen Frickingen und Lippertsreute

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/7958

Übermorgenmacher

s. *Innovation*

Übernachtungszahlen

s. *Beherbergungsstatistik*

Überschwemmung

s. *Hochwasser*

Überschwemmungsgebiet

s.a. *Feuchtgebiet*
s.a. *Stauanlage*

Integriertes Rheinprogramm (IRP), Hochwasserschutz am Ober-
rhein

Darstellung des aktuellen Stands, des Nachholbedarfs und der
Zeitperspektive für die vollständige Umsetzung des IRP; Höhe
der eingesetzten Mittel seit 2005 und der für 2012 veranschlag-
ten Mittel zur Dammsicherung und Erstellung der Rückhalteräu-
me zwischen Iffezheim und Mannheim

Antr
s. *Rhein*
Drs 15/911

Aufwand und Personalbedarf für das Hochwasserschutz- und
Poldermanagement sowie die Dammsüberwachung entlang des
Rheins

Darstellung des o.g. Aufwands, des Personal- und Finanzbedarfs
für die Projekte iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. *Rhein*
Drs 15/969

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende
Äußerung des RH vom 07.04.2010 zur Finanzierung des Inte-
grierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Mittlg LReg
s. *Rhein*
Drs 15/2567

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und um-
gesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnah-
men des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für
die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasser-
schutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms;
Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentions-
gebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen
Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwas-
sermanagements während des diesjährigen Hochwassers; Hoch-
wasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Land-
wirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der dar-
aus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3651

Planungstau beim Bau des Retentionsraums Bellen-
kopf/Rappenwört auflösen

Stand des Planungsverfahrens für den Hochwasserrückhalte-
raum Bellenkopf/Rappenwört; Fortgang des Planfeststellungs-
verfahrens, Finanzierung und Baubeginn

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3852

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP und Claus Paal CDU
18.02.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4804

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 03.03.2014 und Antw UM
Drs 15/4877

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/5090

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein

Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRd Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KlAnfr
s. *Baum*
Drs 15/5685

Hochwasserschutz in BW und Fortschritte bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Art und Umfang der in den Jahren 2011 bis 2014 für den Hochwasserschutz aufgewendeten Mittel; Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms seit 2013; Volumen der bis zum Jahresende 2014 erreichten Retentionsgebiete; Beantragung von Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Kommunen; zukünftige Hochwasserschutzmaßnahmen und IRP-Projekte sowie die dafür veranschlagten Kosten; Einkalkulierung erhöhter Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes; Einrichtung neuer Personalstellen seit 2012

Antr
s. *Hochwasser*

Drs 15/6189

Integriertes Rheinprogramm Abschnitt Breisach-Burkheim

Sachstand zum Umgang mit der Umweltverträglichkeitsstudie iRd Integrierten Rheinprogramms für den Abschnitt Breisach-Burkheim, insbes Präferenz der LReg für Einführung von ökologischen Flutungen gegenüber der „Ökologischen Schlutenlösung Plus“

KlAnfr
s. *Integriertes Rheinprogramm*
Drs 15/7579

Überschwemmungsschaden

s. *Hochwasserschaden*

Überseecontainer

s. *Container*

Übersetzer

s. *Dolmetscher*

Übersetzung*Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer*

Verordnung und Inanspruchnahme von Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer, insbes Rechtsgrundlagen, Kostenträgerschaft und Kostenerstattung

KlAnfr
s. *Dolmetscher*
Drs 15/4885

Übersetzung von beruflichen Weiterbildungsabschlüssen

Sachstand zur Nichtverwendung der Nutzung von „Bachelor Professional (Chamber of Commerce and Industry [CCI])“ und „Master Professional (CCI)“ als Übersetzungshilfen für berufliche Weiterbildungsabschlüsse in BW, insbes Vergleich zu anderen Bundesländern, Nachteile für Absolventen aus BW im globalen Wirtschaftsleben

Antr
s. *Berufliche Weiterbildung*
Drs 15/7776

Überstellung von Straftätern

s. *Auslieferung von Straftätern*

Überstunden

s. *Mehrarbeit*

Überstundenzuschlag

s. *Mehrarbeitsvergütung*

Überwachungsbedürftiger Abfall

s. *Sonderabfall*

Überwachungssoftware

s. *Software*

Überwachungstechnik

s. *Sicherheitstechnik*

UETD

s. *Union of European Turkish Democrats*

Ufer

Erschwernisse im Rechtsverkehr mit Grundstücken in Folge des Vorkaufsrechts bei Gewässerrandstreifen

Situation beim Vorkaufsrecht an Grundstücken mit Gewässerrandstreifen zu Gunsten der Träger der Unterhaltungslast, insbes. Mehraufwand aller Beteiligten, Rechtslage in anderen Bundesländern; Streichung des Vorkaufsrechts im Wassergesetz

Antr

s. *Grundstücksverkehr*

Drs 15/5192

Rechtsunsicherheiten bei der Umsetzung von § 29 Wassergesetz für BW an künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben
Einstufung künstlich hergestellter Gräben als Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung; Entfernung der künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben aus dem Amtlichen Digitalen Wasserwirtschaftlichen Gewässernetz (AWGN)

Antr

s. *Wassergesetz für Baden-Württemberg*

Drs 15/5861

Uferschutz durch Instream River Training

Sachstand zum Einsatz neuer Uferschutztechniken wie Lenkbuhnen, Strömungstrichter und Instream River Training

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 02.06.2015 und
Antw UM Drs 15/6955

Was bewirkt grün-rote Politik in Landwirtschaft und Gesellschaft?

Auswirkung der Regelung von Gewässerrandstreifen, Brachflächen und ökologischen Vorrangflächen; Entwicklung der Agrarpreise und der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe

Antr

s. *Landwirtschaftsfläche*

Drs 15/7149

Uferbereich

s. *Ufer*

Uferrandstreifen

s. *Ufer*

Uferzone

s. *Ufer*

UF-ZuVOBesoldung

s. *Unfallfürsorgezuständigkeitsverordnung*

U-Haft

s. *Untersuchungshaft*

Uhingen

Landesstraße (L) 1152 zwischen Nassachmühle und Nassach im LKreis Göppingen

Zustand, erforderliche Sanierungsmaßnahmen und -mittel für den Teilabschnitt „Süd“ der Landesstraße 1152 zwischen Nassachmühle und Nassach

KlAnfr

s. *Landesstraße 1152*

Drs 15/4811

UIS BW

s. *Umwelthinformationssystem*

UKG

s. *Universitätsklinika-Gesetz*

Ukraine

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes Abhängigkeit von Unternehmen vom Import und Export mit Russland, Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen, Anträge auf Ausfallbürgschaften, Einbußen bei russischen Touristen, Fortführung von Projekten mit Russland

Antr

s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Drs 15/5105

Auswirkungen der Assoziationsabkommen mit der Republik Moldau und der Ukraine auf die Zusammenarbeit mit BW?

Entwicklung des Handels mit Waren und Dienstleistungen zwischen BW und der Ukraine sowie der Republik Moldau seit 2009; Auswirkungen des schrittweisen Abbaus von Zöllen und Handelshemmnissen auf bestimmte Wirtschaftssektoren; Zusammenarbeit zwischen BW und der Ukraine bzw der Republik Moldau insbes iRd EU-Donauraumstrategie; Erleichterungen durch die Assoziierungsvereinbarungen; Partizipation der Ukraine und der Republik Moldau an EU-Programmen; Zusammenarbeit mit der Ukraine auf dem Energiesektor

Antr

s. *Internationale Wirtschaftsbeziehungen*

Drs 15/5667

Situation der Flüchtlinge in der Ukraine

Zahl und Lage der Kriegsflüchtlinge in der Ukraine; Zahl der nach Deutschland bzw BW geflohenen Personen; Hilfsmaßnahmen von deutscher Seite in der Ukraine

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6527

Ulm

s.a. *Hochschule Ulm*

s.a. *Universität Ulm*

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30; Frage nach

Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/15

Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs in der Region Ulm

Planungen, Zeiträume, Investitionskosten, Projekt- und Kostenträger für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und der S-Bahn; Höhe der Zuschüsse des Landes nach der Verabschiedung des LandesgemeindevverkehrsfinanzierungsGes

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/31

Verkehrsinfrastruktur in der Verantwortung des Landes im Zusammenhang mit der Wissenschaftsstadt Ulm

Vorgesehene Parkplätze, Parkhäuser u.a. Maßnahmen für den ruhenden Verkehr nach dem Neubau der Chirurgischen Klinik des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg; geplante Bühnenregelung für die Nutzung der Stellplätze; Planungsstand für die neue Straßenbahnlinie auf den Oberen Eselsberg; Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/32

Sanierung der ehemaligen Hochschule für Gestaltung Ulm

Unterstützung der o.g. Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude und Einrichtung eines Dokumentationszentrums für die Designgeschichte des 20. Jahrhunderts

KlAnfr
s. *Kunsthochschule*
Drs 15/90

S-Bahn-System in der Region Donau-Iller

Beurteilung der Realisierungschancen des o.g. Projekts, der möglichen räumlichen Ausdehnung und Förderung von Land und Bund; Positionierung des Freistaats Bayern zu den Plänen

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/162

Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/195

Ausbau der A 8 im Bereich Ulm

Stand der Planungen für den A 8-Ausbau zwischen der Landesgrenze und Hohenstadt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Abschnitte, Höhe und Träger der Kosten, Koordination mit dem geplanten Bau der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen, Minimierung der Ausweichverkehre durch anliegende Gemeinden

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/294

Kompetenzzentrum Elektromobilität, Batterieforschung und Brennstoffzellentechnologie in Ulm

Auflistung der mit den o.g. Themen beschäftigten Institute und Einrichtungen, Höhe und Herkunft der verfügbaren Mittel, beteiligte Unternehmen u.a. Partner, vorhandene und geplante Studiengänge mit einem direkten thematischen Bezug zu diesen Einrichtungen an der Universität Ulm und der Hochschule Ulm

KlAnfr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/321

EU-Donauraumstrategie

Potenziale der EU-Donauraumstrategie für die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten; Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität; Aufgaben und Zusammenarbeit des neuen Servicebüros mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm; Fortführung und Ziele der Donaukonferenzen in der Vertretung des Landes bei der EU

Antr
s. *Donauraum*
Drs 15/326

Stand des Ausbaus der Magistrale für Europa (Paris-Bratislava) im Hinblick auf das Teilstück Stuttgart-Ulm

Bedeutung des Abschnitts Stuttgart-Ulm als Teil der o.g. Hochgeschwindigkeitsstrecke, Zunahme des Bedarfs für eine zügige Fertigstellung durch die Baufortschritte in Frankreich und Österreich, Frage nach einem Zusammenhang mit der EU-Donauraumstrategie; Beurteilung der vorgesehenen Aufnahme der Strecke Karlsruhe-Stuttgart-München als Teilstück des Internationalen Korridors Nr. 10 Seine-Donau in das Kernnetz der Transeuropäischen Netze

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/328

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr
s. *Verkehrsvermeidung*
Drs 15/373

Fahrplan 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Ulm und Stuttgart in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr, Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/394

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen in o.g. Gebietskör-

perschaften, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/485

Südbahn 2020

Vorgesehene Zugverbindungen zwischen Lindau/Friedrichshafen, Ulm, Stuttgart-Flughafen und -Hauptbahnhof in beiden Richtungen auf der Neubaustrecke und der Bestandsstrecke im Filstal iRd Fahrplans 2020 im Nah- und Fernverkehr; Gewährleistung der geplanten Anschlüsse zwischen dem Fern- und Regionalverkehr in Ulm

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/516

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen, Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/522

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Fahrzeitvorteile von Esslingen mit Ortsteilen nach Stuttgart-Hauptbahnhof und -Flughafen, Tübingen, Ludwigsburg, Heilbronn und Ulm; Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/654

Nachhaltiger Ausgleich struktureller Defizite des Wissenschaftsstandorts Ulm

Darlegung o.g. Defizite im Vergleich zu anderen Standorten und Abhilfemaßnahmen im Nachgang zu Drs 14/7321; Unterstützung des Ausbaus der außeruniversitären Forschung und der Vernetzung von Universität und Klinikum, der Schaffung von zusätzlichen Forschungsflächen und Kapazitäten für die biomedizinische Forschung und Tierforschung

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 21.10.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/761
BeschlEmpf und Bericht WissA 03.05.2012 Drs 15/2007 S. 22 23
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/1044

Elektrifizierung der Südbahn zügig vorantreiben - Südbahn wieder in den Investitionsrahmenplan aufnehmen

Gründe und Auswirkungen der Streichung o.g. Elektrifizierung der Ausbaustrecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme des Projekts in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Südbahn*
Drs 15/1121

Ausbau der A 8 zwischen der Landesgrenze und der Anschlussstelle Ulm-West

Stand der Planungen und Genehmigungsverfahren für den 6-spurigen Ausbau der A 8 im o.g. Streckenabschnitt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Ausbaubabschnitte und insbes der neuen Anschlussstelle, Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1280

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Fluglärm in der Region Ulm

Entwicklung der Fluglärmbelastung durch Militärflugzeuge in der Region Ulm sowie der entsprechenden Beschwerden bei der Bundeswehr u.a. Stellen; Initiativen zur Minimierung des Fluglärms

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1490

Polizeistrukturreform - Oberschwaben zwischen den Stühlen in Ulm und Konstanz

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1529

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm: Gestaltung der Wendlinger Kurve

Mehrbedarf an Zügen im Schienenpersonenregionalverkehr, insbes aus der Raumschaft Reutlingen/Tübingen und nach der Fertigstellung des o.g. Projekts; Beurteilung einer „Großen Wendlinger Kurve“ im Zuge der Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Höhe einer Beteiligung an den Mehrkosten dieser Variante bzw deren Vorbereitung

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1668

Bau eines fünften Bahnsteigs im Ulmer Hauptbahnhof

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Hinwirkung auf den Bau eines fünften Bahnsteigs zur Umsetzung des S-Bahn-Konzepts für die Region Donau-Iller

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/1877

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1994

Priorisierung der B 30 zwischen Ulm und Friedrichshafen

Stand der Vorarbeiten und Möglichkeiten der Einflussnahme auf den neuen Bundesverkehrswegeplan ab 2016; Chancen für die Aufstufung der noch nicht ausgebauten Streckenabschnitte und Ortsumfahrungen in den „vordringlichen Bedarf“, insbes Ausbau zwischen Biberach und Baidt, Ortsumgehungen von Gaisbeuren und Enzisreute sowie Ausbau der Ortsumfahrung Bad Waldsee

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 15/2095

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2125

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Auswirkungen der Ansiedlung des Helmholtz-Instituts für Elektrochemische Energieforschung auf den Forschungsstandort Ulm und die regionale Wirtschaft

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Südbahn

Stand der Planungen für die Elektrifizierung und den Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Friedrichshafen; Frage nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern und Zusagen der Kostenträger; Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses

KlAnfr
s. *Südbahn*
Drs 15/2591

Radwege in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Ausbau des Radwegenetzes im Hinblick auf Tourismus und Alltagsverkehr; Zusammenstellung der in den Jahren 2006 bis 2011 in den beiden Kreisen fertiggestellten Radwege, jeweils mit Angabe von Jahr, Länge und Kosten; Aufstellung der Projekte bis 2016; vorgesehene Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrsanteils in der Region

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2652

Investitionsbedarf iRd der Polizeireform für Liegenschaften, Technik und Ausstattung im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Ulm

Maßnahmen und Finanzierungsbedarf für Liegenschaften, Technik und Büroausstattung im Rahmen der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Baumaßnahmen bei Polizeidienststellen, Erneuerung der Leitstelle sowie Investitionsbedarf für technische Anlagen und Verkehrstechnik

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3016

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Alb-Donau-Kreis und im Stadtkreis Ulm

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3058

Personalmaßnahmen und Kostenfolgen iRd Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms Ulm

Personalmaßnahmen und Folgekosten der Polizeireform im Bereich des künftigen Polizeipräsidioms, insbes Abordnungen oder Versetzungen von Polizeibediensteten zu anderen Dienststellen sowie Dauer und Kosten von Übergangslösungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3037

Erster Schritt zur Verwirklichung des S-Bahn-Systems in Ulm

Umsetzung und Zeitplan der Ausschreibung zur Durchbindung der Strecke Weißenhorn-Ulm nach Blaubeuren iRd S-Bahn-Systems in Ulm; Vertragsgrundlage für veralteten Fahrzeugeinsatz auf der Strecke Blaubeuren-Ulm

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/3533

Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V./Turmforum S 21

Bewertung und Unterstützung der Arbeit des Vereins Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V. insbes geplante Neustrukturierung, Finanzierung, Kommunikationsstrategie, Mitgliedschaft der LReg; Besucherzahlen des Turmforums S 21; Teilnahme der LReg an der Eröffnung der neu konzipierten Ausstellung im Turmforum

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/3525

Science Center in BW

Rahmenbedingungen für Einrichtung und Betrieb im Hinblick auf Konzept, Publikum, Kooperationspartner und Finanzierung von Science Centern; Bedarf an weiteren Science Centern in BW

und möglicher Standort Ulm

KlAnfr
s. *Naturwissenschaften*
Drs 15/3736

Naturschutzgebiet Ulm-Lichternsee

Stand der Genehmigung und Beteiligungsprozess für die Ausweisung eines Naturschutzgebiets „Lichternsee“ an der Donau westlich von Ulm

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/4001

Ausbau der Bundesstraße (B) 10/B 28 durch die Erweiterung der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm

Projekt eines achtspurigen Neubaus der Konrad-Adenauer-Brücke zwischen Ulm und Neu-Ulm; gesetzlich vorgesehene Abstimmungsprozesse für ein solches grenzüberschreitendes Projekt; Federführung, Entscheidungskompetenz und Finanzierung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4355

Ausschreibung der regionalen Schienenverkehre um den Bahnknoten Ulm

Zeitplan für die Ausschreibung der Südbahn, Donautalbahn, Brenzbahn, Illertalbahn und der Bahnstrecke nach Geislingen; Anforderungen an Qualität und Kapazität der Schienenfahrzeuge, Taktichte und Pünktlichkeit; Elektrifizierung der Südbahn

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4816

Polizeireform - Auswirkungen auf den Alb-Donau-Kreis

Auflösung der Kriminalaußenstellen in Ehingen; Umsetzung von Kriminalpolizeibeamten in die Kriminalpolizeidirektion bzw in das Polizeipräsidium Ulm und andere Dienststellen; Dienstaufnahme der zusätzlichen Polizeibeamten in den Polizeirevieren in Ehingen und Ulm; Erhöhung der Wegstrecken zum Einsatzort für die nach Ulm versetzten Kriminalpolizeibeamten; Nutzung der frei werdenden Büro- und Arbeitsräume in Ehingen; Unterbringung der Dienststellen des neu geschaffenen Polizeipräsidiums in Ulm

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4842

Sanierung und Nutzung der Klosteranlage Wiblingen

Erhaltungszustand und Nutzung der Klosteranlage in Wiblingen, insbes Sanierungsbedarf und -planung, Verwendung freiwerdender Räume als Studentenwohnheim

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 15/5091

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft

Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Einrichtung eines Sportinternats in Ulm

Planungen zur Einrichtung eines Sportinternats für jugendliche Spitzensportler am Standort Ulm, insbes Fördermöglichkeiten des Landes; Kooperationen mit Partnerschulen des Sports

KlAnfr
s. *Sportschule*
Drs 15/5940

Tatsächliche Ausstattung der Reviere und Posten seit der Polizeireform

Sachstand zur tatsächlichen Personalausstattung seit der Polizeireform in den Polizeidienststellen der Stadt- und Landkreise Ulm, Alb-Donau, Sigmaringen, Biberach, Ravensburg, Bodensee und Konstanz

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/7123

Fluglärm und Luftbetankungen in der Region Ulm

Sachstand zu verstärkten Übungsflügen durch Militärflugzeuge in der Region Ulm und der Häufung von Beschwerden über Fluglärm und Luftbetankungen

KlAnfr
s. *Fluglärm*
Drs 15/7184

Zukunftsfähige Gestaltung der Wendlinger Kurve iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm

Sachstand zur Realisierung einer großen Wendlinger Kurve in zweigleisiger Ausführung iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, insbes Berücksichtigung in einer Machbarkeitsstudie

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/7355

Regionale Schulentwicklung und Auswirkungen auf Zahl und Standorte der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

Fortbestand bestehender Berufsschulstandorte; Berücksichtigung leistungsfähiger kleiner Berufsschulen bei der Standortabwägung; Beurteilung des Standorts Ulm im Vergleich zu den umliegenden Berufsschulstandorten; Perspektive der haus- und landwirtschaftlichen Berufsschulen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/7837

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrhein-

bahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7864

Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Organisation der Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge des Landes und der Kommunen; Hintergründe zur Einstellung des ehrenamtlichen Dolmetscherdiensts durch die Ulmer Notfallseelsorge; Schaffung von Möglichkeiten der Religionsausübung in den Aufnahmeeinrichtungen

KlAnfr

s. *Dolmetscher*

Drs 15/7950

Das Projekt eines Gymnasiums in privater Trägerschaft in Ulm und seine Hintergründe

Gründung eines Gymnasiums durch den angeblich der Gülen-Bewegung nahestehenden Verein „Bildungsinitiative Blautal“; Voraussetzungen für die Gründung und für die staatliche Anerkennung eines privaten Gymnasiums

KlAnfr

s. *Privatschule*

Drs 15/8089

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr

s. *Funkverkehr*

Drs 15/8091

Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada

s. *CETA-Abkommen*

Umfrage

Bevölkerungsumfrage zur Integration im Land

Beurteilung der Ergebnisse o.g. Umfrage zur Integration von Zuwanderern; Schlussfolgerungen und Maßnahmen zur Erreichung der integrationspolitischen Ziele

Antr

s. *Ausländerintegration*

Drs 15/2117

Mitarbeiterbefragung in der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Frage nach den Ergebnissen der o.g. Befragung und nach der Berücksichtigung iRd Evaluation des Organisationsmodells der Bewährungs- und Gerichtshilfe; Erkenntnisse über einen erhöhten Krankenstand der in diesem Bereich tätigen Bediensteten

Antr

s. *Bewährungs- und Gerichtshilfe*

Drs 15/2207

Schlussfolgerungen aus der Umfrage zum Migrationshintergrund von Schülern in Pforzheim

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 15.10.2012 und Antw

KM Drs 15/2475

Umfrage „Sport und Gesundheit 2012“

Beurteilung der Ergebnisse der Forsa-Umfrage; Gründe für die geringere sportliche Betätigung von Geringverdienern; Maßnahmen und Projekte zur Motivationsförderung für diese soziale Schicht; Gefährdung der Freizeitsportler durch übertriebenen Ehrgeiz und Schmerzmittelmissbrauch; Aufklärung über gesundheitsschädigendes Verhalten; Einbeziehung der Sportvereine in die Strategien zur Beseitigung der aufgezeigten Risiken und Ungleichgewichte

KlAnfr

s. *Sport*

Drs 15/2798

„Veggie Day“ in BW?

Bevormundung des Verbrauchers durch die Einführung eines wöchentlichen „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen; an der Einführung beteiligte Ressorts; Zweck eines fleischlosen Tags; Erreichung desselben Zwecks auf anderen Wegen als dem verpflichtenden Angebot fleischloser Gerichte; Entschädigung der Pächter bei Umsatzeinbußen; Umfragen zur Akzeptanz eines „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen

Antr

s. *Verpflegung*

Drs 15/3929

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 15/4272

Kultusminister verunglimpft repräsentative Umfrage zu den Schularten im Land

Umfrage des von der CDU-Landtagsfraktion beauftragten Meinungsforschungsinstituts dimap; Kritik des Kultusministers an der Methodik der Umfrage; Qualität der von Campact in Auftrag gegebenen Umfrage zum Bildungsplan durch TNS Emnid; Wertschätzung der Realschule von Seiten des Ministers und der Bevölkerung; Aufforderung an den Kultusminister, seine Äußerungen iRd Regierungsbefragung am 29. Januar 2014 zurückzunehmen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 04.02.2014 und Stellungnahme

KM Drs 15/4705

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 6 - Meinungsumfragen des Staatsministeriums (Kap 0201)

Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5406

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.11.2014 Drs 15/5906

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284

Mittlg LReg 22.05.2015 Drs 15/6918

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7105
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Beratende Äußerung „Unterstützungsleistungen für Schulleitungen“

Untersuchung des Landesrechnungshofs zur aktuellen Situation bei den schulischen Managementaufgaben unter Auswertung einer Online-Umfrage zu den Unterstützungsleistungen für Schulleitungen der allgemeinbildenden Schulen

Mittlg RH
s. *Schulleiter*
Drs 15/5730

Umgehungsstraße

s. *Ortsumgehung*

Umkehr der Beweislast

s. *Beweislast*

Umnutzung

s. *Nutzungsänderung*

Umsatzbesteuerung

s. *Umsatzsteuer*

Umsatzsteuer

Erhöhter Mehrwertsteuersatz auf Kunstwerke und Sammlungsstücke

Bewertung des ermäßigten Steuersatzes für den Kunsthandel, für Künstler, Kunsthäuser, Kunsthandlungen, Galerien und Museen; Beteiligung des o.g. Vorschlags der EU-Kommission

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/1614

Gelangensbestätigung

Darlegung der Bürokratiepflichten und Existenzrisiken für mittelständische Unternehmer sowie Speditions- und Logistikbetriebe durch die 2012 eingeführte Gelangensbestätigung für den innergemeinschaftlichen Handel zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug; Anweisungen des Bundesfinanzministers zur Umsetzung des Instruments und Erfahrungen der nachgeordneten Finanzbehörden; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des freien Binnenmarkts; Änderungsvorschläge gegenüber dem BMF oder im Bundesrat

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2085
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3245 S. 14
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Umsatzsteuer auf Sachspenden

Verzicht auf die Erhebung von Umsatzsteuer auf Lebensmittel- und Sachspenden, wenn diese unentgeltlich direkt an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen oder mittelbar an gemeinnützige Organisationen weitergegeben werden; Hinwirkung auf eine entsprechende Änderung des Steuerrechts über den BRat; Berichterstattung über das Veranlasste bis zum 30.11.2012

Antr
s. *Spende*
Drs 15/2140

Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

Bewertung des Plans des Bundesministeriums für Finanzen zur Einführung einer „Bagatellgrenze“ bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger in Höhe von 100 Euro zur Eindämmung des Mehrwertsteuertourismus, insbes Auswirkung auf den grenznahen Handel und Gleichbehandlung unterschiedlicher Branchen des Einzelhandels

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 16.01.2013 und Antw MFW Drs 15/2874

Tourismus stärken - Ja zur ermäßigten Umsatzsteuer für Beherbergungsleistungen

Zahlen zur Übernachtungsbranche in BW, insbes zu Arbeitsplätzen und Übernachtungen für die verschiedenen Hotelarten; Wettbewerbssituation und Investitionsverhalten der Hotellerie; Bundesratsaktivitäten zur Streichung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen

Antr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/3039

Umsatzsteuerliche Behandlung von Zuschüssen an kommunale und landesbeteiligte Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Auswirkungen der Umsatzsteuerpflicht für Zuschüsse an kommunale und landesbeteiligte GmbHen, insbes Rechtslage, Entlastung von Nachforderungen sowie Änderung der Organisations- und Vertragsgestaltung

Antr
s. *Kommunales Unternehmen*
Drs 15/3051

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4328

Umsatzsteuerliche Behandlung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen); Umsatzbesteuerung des Eigenverbrauchs von Wärme

Sachstand im Bundesministerium der Finanzen (BMF); Auswirkungen der geplanten Umsatzsteuer auf die Wärmeabgabe für die Betreiber von KWK-Anlagen; Verwendung einer alternativen Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraft-Wärme-Kopplung*
Drs 15/5018

Margenbesteuerung für Kunstgegenstände

Beurteilung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände; Inkrafttreten der Durchführungsverordnungen in den Ländern; Situation der Kunstgalerien im Land und deren Wettbewerbsfähigkeit mit den Galerien in Frankreich und der Schweiz; Chancen einer EU-weiten Aufnahme der Kunstgegenstände in das Verzeichnis der Gegenstände mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz

Antr
s. *Kunsthandel*
Drs 15/5089

Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren

Vermeidung von Steuerbetrug bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf dem Flughafen Stuttgart bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren iRd Zollabfertigung

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 15/5149

Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar - steuerliche Behandlung

Steuerliche Behandlung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Breitband im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Übersteigerung des Fördervorteils durch Aufzehrung der Umsatzsteuer auf Investitionsumlagen; Verbesserung der ertragssteuerlichen Behandlung bezüglich der von Gemeinden in einen Zweckverband eingebrachten Netze

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5778

Umsatzsteuererhöhung für Saunabetriebe und Heilbäder

Bedeutung der Saunabetriebe und Heilbäder für BW; Position der LReg zur geplanten Umsatzsteuererhöhung für diese Betriebe und deren Auswirkung

KlAnfr
s. *Kurort*
Drs 15/5835

Auswirkungen der Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für kommunale und private Saunabetriebe

Bedeutung der Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für kommunale und private Saunabetriebe in BW, insbes Auswirkung auf die Finanzlage der Kommunen mit kommunalen Saunen; Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/5860

Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

Sachstand zur Erstellung von Ausfuhrbescheinigungen an den Zollämtern; Überlegungen zur Einführung eines automatisierten Verfahrens bzw einer Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 12.02.2015 und Antw MFW
Drs 15/6474

Mindesteinkaufswert bei der Mehrwertsteuer-Rückerstattung für Schweizer

Einführung einer Bagatellgrenze für die Rückerstattung der Mehrwertsteuer; Folgen für den Einzelhandel in Südbaden

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/6529

Pläne zur Mehrwertsteuerbefreiung kommunaler Unternehmen

Sachstand und Bewertung der geplanten Befreiung kommunaler Unternehmen von der Umsatzsteuer bei Tätigkeiten im Dienste anderer Städte und Gemeinden, insbes Beratungsstand im Bun-

desrat, Wettbewerbsverzerrungen gegenüber mittelständischen Garten- und Landschaftsbaubetrieben, Europarechtskonformität

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 29.04.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6817
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7352 (dazu ÄAntr FDP/DVP) S. 10 11
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Abgrenzung von Mehrwertsteuersatz und vermindertem Mehrwertsteuersatz bei Bandagen und Orthesen

Sachstand zur Anwendung der Kriterien für die Belegung von Bandagen und Orthesen mit dem vollen bzw mit dem verminderten Mehrwertsteuersatz

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 20.05.2015 und Antw MFW Drs 15/6902

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro bei Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr

Einsatz der LReg im Bundesrat für die Einführung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 50,00 Euro im Umsatzsteuergesetz für steuerfreie Ausfuhrlieferungen im nichtkommerziellen Reiseverkehr als Reaktion auf die Arbeitsbelastung in den Zollämtern und den Auswirkungen in der Grenzregion zur Schweiz

Antr GRÜNE und SPD 07.12.2015 und Stellungnahme StM
Drs 15/7834

Belastung des Landes durch den Umsatzsteuerausgleich

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1447

Umschulung

Zukunft der beruflichen Ausbildung und Umorientierung

Durchschnittsalter von Auszubildenden zu Beginn und am Ende ihrer Ausbildung; Bewertung von Angeboten für „Spätstarter“ im Hinblick auf die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Integration junger Menschen ohne Berufsausbildung in den Arbeitsmarkt; Gewinnung von Studienabbrechern für Ausbildungsberufe; Nachfrage nach beruflicher Ausbildung im Abstand zum Schulabschluss sowie nach betriebsinternen Umschulungs- und Qualifizierungsangeboten; Ausnahmeregelung beim Mindestlohn

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/5048

Umsiedler

s. *Aussiedler*

Umsiedlung

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7471

Umwälzpumpe

s. *Wärmetechnik*

Umwandlungssteuergesetz

s. *Steuerrecht*

Umwelt

s.a. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Natur-
schutz*

s.a. *Ökologie*

s.a. *Ökosystem*

s.a. *Umweltforschung*

s.a. *Umweltgefährdung*

s.a. *Umweltkriminalität*

s.a. *Umweltschutz*

s.a. *Umwelttechnik*

s.a. *Umweltverträglichkeitsprüfung*

s.a. *Umweltzone*

*Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirt-
schaft und Umwelt*

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

*Volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitumstellung in Mitteleu-
ropa und ihre Abschaffung*

Volkswirtschaftliche Kosten der Zeitumstellung in BW,
Deutschland und Europa; Nutzen der Zeitumstellung; Auswir-
kungen der Zeitumstellung auf Menschen, Tiere, Umwelt und
Wirtschaft; Begründung des Festhaltens an der Zeitumstellung;
erforderliches Verfahren zur Abschaffung der Sommerzeit;
Engagement für eine Abschaffung der Zeitumstellung in
Mitteleuropa

Antr
s. *Sommerzeit*
Drs 15/4436

Umweltamt

s. *Umweltverwaltung*

Umweltbehörde

s. *Umweltverwaltung*

Umweltbelastung

Konzept für den Luftverkehr in BW

Entwicklung des Luftverkehrs in den letzten fünf Jahren unter
Einbeziehung des Generalverkehrsplans; Prognosen für den Li-
nienflugverkehr sowie den Fracht- und Charterverkehr der ein-

zelnen Flughäfen und Landeplätze; Verkehrsverlagerung zwi-
schen den verschiedenen Verkehrsträgern; Konzepte zur Redu-
zierung der mit dem Verkehrsaufkommen verbundenen Lärm-
und Umweltbelastungen

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2772

Schutz der Bienen vor Neonicotinoiden

Einsatz von Pestiziden mit Wirkstoffen aus der Gruppe der Neo-
nicotinoide in Deutschland, insbes Daten zur Einsatzmenge,
Schäden bei Bienenvölkern in BW, Rückstände in Honig und
Pollen in BW, Belastungen von Böden und Gewässern; Stand
des Zulassungsverfahrens für das Maisbeizmittel Sonido; Ein-
satz der LReg in Beratungen auf EU-Ebene über Anwendungs-
verbote für Pestizide, Verbesserung des Schutzes der Bienen vor
Neonicotinoiden; Schließung der Forschungs- und Datenlücken
zu ökologischen Risiken von Neonicotinoiden durch unabhän-
gige Studien; Förderung der Forschung und Entwicklung nicht-
chemischer und präventiver Pflanzenschutzmaßnahmen für den
Einsatz in der Landwirtschaft

Antr
s. *Biene*
Drs 15/3300

*Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den
Großbrand in Ludwigshafen*

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-
Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition
in der Ludwigshafener Hafenstraße am 22. Juni 2013; Auskunft
über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsge-
fährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und In-
formation der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Vorausset-
zungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zu-
sammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-
Neckar

KIAnfr
s. *Brand*
Drs 15/3744

Umweltbelastung durch Einkaufstüten

Ökobilanz von Einkaufstüten nach Materialart; Umgang mit der
Umweltbelastung durch Plastiktüten, insbes Möglichkeit eines
Plastiktütenverbots, Einführung einer Kennzeichnungspflicht so-
wie Regelungen in anderen EU-Staaten und deren Auswirkungen

Antr
s. *Kunststoffprodukt*
Drs 15/4284

*Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und
zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Um-
weltbereich*

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungs-
recht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau
der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger-
und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine
offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhaben-
trägers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine
Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umwelt-
mediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerken-
nung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigun-
gen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinforma-
tion; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbetei-

ligung

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Umweltbilanz

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 15/2927

Sinnhaftigkeit der Mülltrennung

Handhabung der Mülltrennung in den Stadt- und LKreisen; Vor- und Nachteile der verschiedenen Mülltrennungssysteme im Sinne einer Gesamtökobilanz; Nutzen der Mülltrennungssysteme für die stoffliche und thermische Verwertung; Novellierung des Landesabfallgesetzes

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/3407

Energetische Nutzung von Schlachtabfällen

Jährliche Menge der in den Tierkörperverwertungsanlagen anfallenden Schlachtabfälle und Tierkadaver; regionale und zeitliche Verteilung des Aufkommens; Ökobilanz der gegenwärtigen Tierkörperbeseitigung; Forschungsprojekte zur energetischen Nutzung von Tierkörperabfällen; Förderung einer Projektstudie zur Nutzung von Tierkörperabfällen zur Biogasgewinnung

KlAnfr
s. *Bioenergie*
Drs 15/5597

Probleme der Holzenergieerzeugung

Alter, Technik und Zahl der Holzfeuerungsanlagen sowie deren räumliche Verteilung; Ergebnisse von Luftqualitätsmessungen; Herkunft des hölzernen Brennmaterials; Auswirkungen der neuen Bundesimmissionsschutzverordnung; Förderung der Modernisierung und des Baus von Holzfeuerungsanlagen; Einbau von Filtern und Forschung zur Verbesserung der Filter in Holzverbrennungsanlagen; Ökobilanz und Wirtschaftlichkeit der Holzverbrennung

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 15/7909

Umweltbundesamt

Das Umweltbundesamt auf Abwegen? - Zusatzabgabe für Einwegflaschen zur Stützung des Mehrwegsystems

Position der LReg und Hintergründe zum Vorschlag des Umweltbundesamts zur Einführung einer zusätzlichen Lenkungs-

abgabe auf Einwegverpackungen zur Stärkung des Mehrwegsystems, insbes Umweltbilanz von bepfandeten Einweg-Getränkeverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen

Antr
s. *Einwegverpackung*
Drs 15/6840

Umweltdelikt

s. *Umweltkriminalität*

Umweltepидemiologie

s. *Umweltmedizin*

Umweltforschung

s.a. *Umwelttechnik*

Eindämmung des Biodiversitätsverlusts

Kernelemente der o.g. neuen Strategie der EU-Kommission, Einbindung in das globale Umwelt-Vertragwerk der Vereinten Nationen und in die Strategie Europa 2020, Bewirkung einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik? Beiträge eines intelligenten Landwirtschaftsmanagements zur Förderung der Biodiversität; Rolle der Neophyten in der Gesamtbilanz; Leistungsfähigkeit der integrativen Biodiversitätsforschung; Konzeption, finanzielle Ausstattung und Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt

Antr
s. *Biodiversität*
Drs 15/310

Sicherung des Wirtschaftsstandorts BW im Bereich der Umwelttechnik

Einschätzung des Bruttowertschöpfungspotenzials der Umwelttechnik bis 2020; langfristige Sicherung des Landes als Kompetenzregion für Ressourceneffizienz und Umwelttechnik; Stand der Umsetzung des „Technologie- und Innovationszentrums für Umwelttechnik“, Erweiterung um die Aufgabenstellung der Energiewende

Antr
s. *Umwelttechnik*
Drs 15/912

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Fördermittel für Umweltforschung, Entwicklung von Umwelttechnologien und das Forschungsprogramm Energiespeichertechnologien

ÄAntr GRÜNE und SPD 17.01.2012 Drs 15/1110-6 S. 23 24
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1330-1348

„Gewässer-, Moor-, Natur- und Klimaschutz“: Strategien für ein Förderkonzept in Oberschwaben und am Bodensee

Darstellung der o.g. Maßnahmen und Entwicklungen seit 2002 bzw seit Beantwortung der Drs 14/5038 und 14/6420 sowie der weiteren Maßnahmen und dafür vorgesehenen Mittel; Stand der Kartierung und Renaturierung der Moore und Bodenseeufer, Ergebnisse des Aktionsprogramms zur Sanierung oberschwäbischer Seen, Lösungsansätze für Konflikte mit der landwirtschaftlichen Nutzung; Initiierung neuer Forschungsvorhaben; Vorlage eines Förderkonzepts

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2078

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2459

Umweltfreundlichkeit

s. *Umweltverträglichkeit*

Umweltgefährdung

s.a. *Wasserverunreinigung*

Entsorgung von Arzneimitteln

Umfang der (nicht fachgerechten) Entsorgung von überschüssigen Arzneimitteln aus Krankenhäusern, Pflegeheimen, Arztpraxen, Apotheken und Privathaushalten und der Folgekosten für Krankenkassen und Beihilfeträger, Belastungen für die Umwelt und deren Folgekosten; Möglichkeiten zur Reduzierung durch Verpflichtungen der Pharmaindustrie und des Pharmahandels oder im Wege der Patienteninformation auf Beipackzetteln, in Arztpraxen und Apotheken

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/324

Unerlaubte Abfallverbrennung und Umweltgefährdung durch einen Brand beim Georg-Faller-Brunnen im Mittleren Schlossgarten am 25.10.2011

Zahl von Fällen bzw Tolerierung von Umweltstraftaten auf Landesliegenschaften

MdlAnfr
s. *Umweltkriminalität*
Drs 15/791

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung einer EU-Richtlinie als Konsequenz auf Unglücke im Metallerzbergbau in Spanien und Rumänien, Regelungen zur Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit bergbaulichen Abfällen mit erheblichem Schadstoffpotenzial, Aufstellung von Notfallplänen für Abfallentsorgungseinrichtungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

GesEntw
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/1011

Umgang mit Umweltrisiken durch alte Öl- und Gasbohrungen in BW

Sachstand zu Umweltrisiken bei stillgelegten Öl- und Gasbohrungen in BW, insbes technische Ausführung von Stilllegungen und Gefahren einer nicht fachgerechten Stilllegung, Altlasten durch stillgelegte Öl- und Gasbohrungen

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 14.10.2015 und Antw UM Drs 15/7575

Umwelthygiene

s. *Umweltmedizin*

Umweltinformation

Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes (UIG)

Umsetzungsstand des UIG bei den nachgeordneten Behörden; Zahl und Qualität der jährlich bei der Umweltmeldestelle eingehenden Meldungen; Bereitstellung von Anwendungshinweisen zu einem erleichterten Zugang für Bürger zu Umweltinformationen; Erhöhung der Wirksamkeit des UIG; einheitliche Ausgestaltung und Handhabung der UIG in den Bundesländern; Einrichtung einer Ombudsstelle

Antr
s. *Umweltinformationsgesetz*
Drs 15/3515

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungsrecht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhabenträgers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umweltmediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerkennung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinformation; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich - Umsetzung von EU- und Bundesrecht

Beweggründe für die über eine Eins-zu-eins-Umsetzung des bestehenden Europa- und Bundesrecht hinausgehenden Vorgaben und die Setzung neuer Standards beim Gesetzentwurf; Ausmaß des zu erwartenden Mehraufwands für die öffentliche Verwaltung und private Vorhabenträger

Antr
s. *Umweltverwaltungsgesetz*
Drs 15/5587

Der gläserne Mensch - Umgang des Staatsministeriums mit Privatkorrespondenz des Herrn R.D.

Hintergründe der Weitergabe eines Schreibens des geschäftsführenden Gesellschafters der Firma ProMinentDosiertechnik aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG) und rechtliche Folgen

KlAnfr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/5697

Der gläserne Mensch - Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

Hintergründe der Weitergabe des Schreibens eines Stuttgarter Rechtsanwalts aus den Akten des Staatsministeriums an zwei

Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG), insbes Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

KlAnfr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/5958

Konzessionsvergabe zur Erkundung von Erdgas und Erdöl am Bodensee

Hintergrund zu den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau gestellten Konzessionsanträgen zur Erkundung von Erdgas- bzw Erdölvorkommen am Bodensee, insbes Einsatz von Frackingtechnologie, Gemarkungen der Erkundungsanträge, Zeitpunkt der Entscheidung; Auskunftsverweigerung des Landesamts angesichts des Landesumweltinformationsgesetz

KlAnfr
s. *Gasgewinnung*
Drs 15/6122

Eckpunkte für ein Informationsfreiheitsgesetz und geltendes Umweltinformationsrecht in BW

Konkrete Ausgestaltung der Eckpunkte für ein Informationsfreiheitsgesetz, insbes Abweichungen von den Regelungen zur Umweltinformation, Möglichkeit zur Erhebung kostendeckender Gebühren für die Informationsbereitstellung

Antr
s. *Informationsfreiheitsgesetz*
Drs 15/6228

Umweltinformationsgesetz

Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes (UIG)

Umsetzungsstand des UIG bei den nachgeordneten Behörden; Zahl und Qualität der jährlich bei der Umweltmeldestelle eingehenden Meldungen; Bereitstellung von Anwendungshinweisen zu einem erleichterten Zugang für Bürger zu Umweltinformationen; Erhöhung der Wirksamkeit des UIG; einheitliche Ausgestaltung und Handhabung der UIG in den Bundesländern; Einrichtung einer Ombudsstelle

Antr SPD 16.05.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3515
PIPr 15/93 19.03.2014 S. 5560-5565

Der gläserne Mensch - Umgang des Staatsministeriums mit Privatkorrespondenz des Herrn R.D.

Hintergründe der Weitergabe eines Schreibens des geschäftsführenden Gesellschafters der Firma ProMinentDosiertechnik aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG) und rechtliche Folgen

KlAnfr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/5697

Der gläserne Mensch - Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

Hintergründe der Weitergabe des Schreibens eines Stuttgarter Rechtsanwalts aus den Akten des Staatsministeriums an zwei Antragsteller unter Berufung auf das Umweltinformationsgesetz (UIG), insbes Einflussnahme des Staatsministeriums auf die Justiz

KlAnfr
s. *Akteneinsicht*
Drs 15/5958

Umweltinformationssystem

Windenergiedaten der LReg

Sachstand zu abweichenden Daten zur Entwicklung der Windenergie in BW im Umweltinformationssystem des Landes und der Datenbank des Übertragungsnetzbetreibers TransnetBW

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/6592

Umweltkriminalität

Unerlaubte Abfallverbrennung und Umweltgefährdung durch einen Brand beim Georg-Faller-Brunnen im Mittleren Schlossgarten am 25.10.2011

Zahl von Fällen bzw Tolerierung von Umweltstraftaten auf Landesliegenschaften

MdlAnfr 4) Dr. Reinhard Löffler CDU 04.11.2011 Drs 15/791
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 819

Ausbringung von PFC-belasteten Papierschlammern im nordbairischen Raum

Zeitraum der Ausbringung; Rechtslage und Rechtskonformität innerhalb des Zeitraums; Herkunft der Papierschlammern; Umfang der Belastungen von Boden, Grundwasser und Lebensmitteln; zuständige Behörden; einzuleitende Maßnahmen; Kostenübernahme

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/5575

Umweltmanagement

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr Nikolaus Tschenk GRÜNE 21.11.2013 und Antw MWK Drs 15/4370

Umweltmedizin

Gesundheitliche Folgen des tieffrequenten Schalls von Windenergieanlagen

Umweltmedizinische Untersuchungen und Erkenntnisse über gesundheitliche Beschwerden als Folgen des tieffrequenten Schalls oder Infraschalls von Windenergieanlagen; Förderung von Maßnahmen zur Erforschung und Vorbeugung möglicher Gesundheitsrisiken in Verbindung mit Windenergieanlagen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4889

Umweltminister

s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*

Umweltpolitik

s. *Umweltschutz*

Umweltrecht

Siebtes Umweltaktionsprogramm der EU bis 2020 - Auswirkungen auf BW

Inhalte und Ziele des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) der EU und dessen Auswirkungen auf BW; Mitwirkung Baden-Württembergs an der Ausarbeitung des Programms; Vereinbarkeit des angekündigten integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts mit den Inhalten und Zielen des 7. UAP; Berücksichtigung einer Beteiligung an Umweltprojekten im Haushaltsplan; für die Umsetzung des Programms erforderliche Rechtsakte auf Bundes- und auf Landesebene

Antr
s. *Umweltschutz*
Drs 15/4092

Umsetzung von EU-Umweltvorschriften

Probleme bei Umsetzung und Einhaltung von europäischen Umweltvorschriften, insbes Entwicklung der Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren, Kontrollhäufigkeit bei Betrieben des ökologischen Landbaus, Betrugsfälle mit fälschlich als ökologisch deklarierten Produkten, Wettbewerbsnachteile durch die uneinheitliche Umsetzung der Vorschriften in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 21.02.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4831
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 38
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich - Umsetzung von EU- und Bundesrecht

Beweggründe für die über eine Eins-zu-eins-Umsetzung des bestehenden Europa- und Bundesrecht hinausgehenden Vorgaben und die Setzung neuer Standards beim Gesetzentwurf; Ausmaß des zu erwartenden Mehraufwands für die öffentliche Verwaltung und private Vorhabenträger

Antr
s. *Umweltverwaltungsgesetz*
Drs 15/5587

Umweltsanierung

PFC-Funde im Raum Nordbaden; weitere Entwicklung

Sachstand zur Belastung mit poly- und perfluorierten Chemikalien (PFC) im Raum Nordbaden, insbes Untersuchungsergebnisse der Sachverhaltsermittlung, landesweite Situation bei der Entsorgung von Papierschlämmen, Sicherstellung der Erstattung der notwendigen Sanierungskosten, Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung

Antr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6158

Sanierungsplan PFC-Belastung in Mittelbaden

Sachstand des Sanierungsplans zur per- und polyfluorierten Chemikalien-Belastung (PFC-Belastung) in Mittelbaden, insbes Sanierungsvorüberlegungen, Ursachenforschung, weitere Maß-

nahmen zum Schutz der Bevölkerung und des Bodens, Zuständigkeitsregelung bei den Behörden

KIAnfr
s. *Bodenbelastung*
Drs 15/6258

Umweltschadensgesetz

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungsrecht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhabenträgers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umweltmediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerkennung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinformation; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Umweltschadstoff

s. *Schadstoff*

Umweltschonung

s. *Umweltverträglichkeit*

Umweltschutz

s.a. *Bodenschutz*
s.a. *Gewässerschutz*
s.a. *Immissionsschutz*
s.a. *Klima*
s.a. *Nachhaltige Entwicklung*
s.a. *Naturschutz*
s.a. *Öko-Institut*
s.a. *Umweltschutzorganisation*
s.a. *Umwelttechnik*
s.a. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
s.a. *Umweltzone*

Situation und Perspektive von Tabakbauern in BW

Entwicklung der Tabak anbauenden Betriebe seit 2001 und insbes seit dem Inkrafttreten der neuen Tabakmarktordnung; Menge der jährlichen Tabakernte in BW in Bezug auf die Gesamtmenge in Deutschland seit 2005; Entwicklung der Erzeugerpreise; Fortentwicklung der ganz oder teilweise aus dem Tabakanbau ausgestiegenen Betriebe; Auswirkungen auf die regionalen Märkte für Sonderkulturen wie Erdbeeren oder Spargel und auf deren Erzeuger; Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Umstellung der Produktion seit 2008; Umweltschutz beim Tabakanbau

Antr
s. *Tabak*
Drs 15/948

Umweltschutz durch Emissionshandel für Privatpersonen und die öffentliche Hand

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten, Übertragbarkeit des hessischen Projekts „Emissionshandel durch Schornsteinfeger für energetische Verbesserungen in Anlagentechnik und Gebäudehülle“, Sammlung der Verkaufsrechte für eingespartes Kohlendioxid von privaten und öffentlichen Gebäudeeigentümern in einem Pool bei der L-Bank oder LBBW?

Antr

s. *Emissionshandel*

Drs 15/2214

Rolle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) beim Konversionsprozess in BW

Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und den Kommunen sowie dem Land BW beim Konversionsprozess, insbes Erfahrungen bei der Altlastensanierung mit der BImA, Einfluss der BImA auf die kommunale Planungshoheit bei Nachnutzungskonzepten, Abschluss von Konversionsvereinbarungen, Berücksichtigung der Belange des Natur- und Umweltschutzes sowie Unterstützung des ländlichen Raums bei der Verwertung der Konversionsliegenschaften

Antr

s. *Konversion*

Drs 15/3232

Auswirkungen der europäischen REACH-Verordnung

Ziele, Umsetzung und Auswirkungen der EU-Chemikalienverordnung REACH in BW, insbes erreichtes Schutzniveau, Nutzung von Verbraucherrechten, wirtschaftliche Folgen für Unternehmen und Betriebe sowie Anzahl der Verstöße; notwendige Veränderungen bei einer Fortschreibung der Verordnung

Antr

s. *REACH-System*

Drs 15/3339

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel

Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr

s. *Biozid*

Drs 15/4084

Siebtes Umweltaktionsprogramm der EU bis 2020 - Auswirkungen auf BW

Inhalte und Ziele des 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) der EU und dessen Auswirkungen auf BW; Mitwirkung Baden-Württembergs an der Ausarbeitung des Programms; Vereinbarkeit des angekündigten integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts mit den Inhalten und Zielen des 7. UAP; Berücksichtigung einer Beteiligung an Umweltprojekten im Haushaltsplan; für die Umsetzung des Programms erforderliche Rechtsakte auf Bundes- und auf Landesebene

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 26.09.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4092

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 23.01.2014 Drs 15/4897 S. 65

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr

s. *Palästinensische Gebiete*

Drs 15/4365

Umsetzung von EU-Umweltvorschriften

Probleme bei Umsetzung und Einhaltung von europäischen Umweltvorschriften, insbes Entwicklung der Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren, Kontrollhäufigkeit bei Betrieben des ökologischen Landbaus, Betrugsfälle mit fälschlich als ökologisch deklarierten Produkten, Wettbewerbsnachteile durch die uneinheitliche Umsetzung der Vorschriften in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten

Antr

s. *Umweltrecht*

Drs 15/4831

Freiwilliges Ökologisches Jahr in BW

Aktuelle Situation des Freiwilligen Ökologischen Jahrs in BW, insbes Teilnehmerzahlen, Einsatzbereiche, Nutzen für Gesellschaft und Berufsfindung, Landesmittelaufwendungen, Teilnehmerberatung und -betreuung, Reduktionsabsicht für FÖJ-Stellen

Antr

s. *Freiwilligendienst*

Drs 15/5203

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 15/5569

Maßnahmen und Perspektiven des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)

Sachstand zu Verkehrsprojekten iRd Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes bereitgestellte und verfügbare Mittel für Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr und Umweltverbund

Antr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/6491

Nachhaltigkeitsstrategie; Nachhaltigkeit in der Umwelt- und Energiepolitik des Landes

Stand der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, insbes Schwerpunkte und Ziele in der Umwelt- und Energiepolitik, Erfahrungen mit der „Wirtschaftsinitiative WIN“, Maßnahmen im Bereich der „Kommunalen Initiative Nachhaltigkeit“

Antr

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Drs 15/7183

Wahrung der Belange des Umweltschutzes beim Umstieg von der Atomenergie auf erneuerbare Energien; Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 38 43 48

Kritik an der Übertragung von wesentlichen Bereichen des Umweltschutzes vom Umweltministerium auf andere Ressorts, Forderung von mehr Mitteleinsatz für den Umweltschutz

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1331-1333 1338 1340-1342

Umweltschutzorganisation

Das Gemeinnützigkeitsprivileg des Bunds für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUND) vor dem Hintergrund seiner Inkasso-Funktion für die sogenannten „Parkschützer - Das Netzwerk des Widerstands“

Beurteilung des Aufrufs der o.g. Protestbewegung gegen Stuttgart 21 zu Spenden über ein Konto des BUND; Vereinbarkeit mit dem Gemeinnützigkeitsprivileg des BUND und den damit verbundenen Anforderungen im Sinne der Abgabenordnung

KIAnfr Martin Rivoir SPD 28.06.2011 und Antw MFW Drs 15/161

Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten durch Umweltverbände

Bewertung der o.g. Beteiligungsmöglichkeiten und der notwendigen Rechtsänderungen auf der Grundlage europäischer bzw bundesrechtlicher Vorgaben; Auflistung der zehn größten Verbände, deren Organisation und Finanzierung, insbes der steuerlichen Privilegierung, und deren Aktivitäten bei Infrastrukturvorhaben und immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren

Antr

s. *Klage*

Drs 15/629

Vertretung der Vertriebenenverbände im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Vertriebenenverbänden ihre zwei Sitze im Rundfunkrat zu entziehen; Überlassung der Sitze an Umweltverbände und Migrantenorganisationen; künftige Interessenvertretung der Belange der Vertriebenenverbände und Würdigung ihrer Arbeit im Programm des SWR

Antr

s. *Rundfunkrat*

Drs 15/2655

Jagd und Jäger in BW

Rolle der Jäger bei der Hege und Pflege des Wildbestands und dem Schutz des Waldes; Einschätzung ihres berufsmäßigen Könnens; geplante Änderungen des Jagdgesetzes und des Waffenrechts; Frage nach der Einigkeit bei den Regierungsfractionen und der Haltung gegenüber den Forderungen von Naturschutzverbänden; Bewahrung der vorhandenen Struktur des

Jagdwesens

Antr

s. *Jagd*

Drs 15/2729

Der Naturschutzbund (NABU) - eine „gemeinnützige“ Vorfeldorganisation der LReg?

Gemeinnützigkeit, staatliche Unterstützungszahlungen und Windkraftinvestitionen des „NABU BW“ sowie institutionelle bzw personelle Verflechtungen mit Mitgliedern der LReg

KIAnfr

s. *Naturschutzbund Deutschland*

Drs 15/4508

Doppelstrukturen bei der Energieeffizienzberatung auf der Schwäbischen Alb?

Aktionsplan „Energieeffizienz Biosphärengebiet Schwäbische Alb“; Einrichtung einer Koordinierungsstelle in Münsingen durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Aufgabe des Koordinierungsbüros im Unterschied zu den bestehenden regionalen Energieagenturen in den Kreisen Esslingen, Reutlingen und Alb-Donau-Kreis; Verwendung der Fördermittel; Dienstleistung „Energiediagnose“; Beauftragung des BUND

Antr

s. *Energieberatung*

Drs 15/5331

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungsrecht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhabenträgers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umweltmediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerkennung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigungen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinformation; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

GesEntw

s. *Umweltverwaltung*

Drs 15/5487

Möglichkeiten der Natur- und Tierschutzbildung im BNA-Schulungszentrum Hambrücken

Bewertung des Konzepts des Schulungszentrums des Bundesverbandes für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz (BNA) als außerschulischem Lernort und für berufliche Fortbildungs- und Qualifizierungsleistungen; Unterstützungsmaßnahmen der LReg für Angebote und Leistungen des BNA

Antr

s. *Bundesverband für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz*

Drs 15/5663

Verwendung des Großen Landeswappens durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und Compact e.V. zum Zweck des Wahlkampfes

Sachstand zur möglichen widerrechtlichen Verwendung des Großen Landeswappens durch den BUND e.V. und Compact e.V.

zum Zweck der Wahlwerbung

KlAnfr
s. *Wappen*
Drs 15/8100

Infragestellung der Gemeinnützigkeit des BUND

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1289

Umweltschutztechnik

s. *Umwelttechnik*

Umweltstraftat

s. *Umweltkriminalität*

Umwelttechnik

s.a. *Abgasreinigung*
s.a. *CO₂-Abscheidung und -Speicherung*
s.a. *Solartechnik*

Sicherung des Wirtschaftsstandorts BW im Bereich der Umwelttechnik

Einschätzung des Bruttowertschöpfungspotenzials der Umwelttechnik bis 2020; langfristige Sicherung des Landes als Kompetenzregion für Ressourceneffizienz und Umwelttechnik; Stand der Umsetzung des „Technologie- und Innovationszentrums für Umwelttechnik“, Erweiterung um die Aufgabenstellung der Energiewende

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 23.11.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/912

Haushalt 2012; Epl 10

Aufstockung der Fördermittel für Umweltforschung, Entwicklung von Umwelttechnologien und das Forschungsprogramm Energiespeichertechnologien

Haushalt
s. *Umweltforschung*
Drs 15/1110

Vorstellung von Greentech als neues Markenzeichen der Region Stuttgart, Entwicklung von umweltschonenden Technologien durch den Maschinen- und Anlagenbau in BW

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1425

Umwelttechnologie

s. *Umwelttechnik*

Umweltverband

s. *Umweltschutzorganisation*

Umweltverträglichkeit

Bewertung der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft durch die LReg

Positive Bewertung von Bioprodukten und Biolandbau durch die Broschüre „Ökologischer Landbau in BW“ der LReg und Herabsetzung der Leistungen der konventionellen Landwirtschaft, insbes Bedeutung bei der Bewahrung der Schöpfung sowie bei nachhaltiger und artgerechter Bewirtschaftung; Beitrag zur Nachhaltigkeit und ökologischer Vielfalt durch Biobetriebe und konventionelle Landwirtschaftsbetriebe

Antr

s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/3166

Umsetzung von EU-Umweltvorschriften

Probleme bei Umsetzung und Einhaltung von europäischen Umweltvorschriften, insbes Entwicklung der Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren, Kontrollhäufigkeit bei Betrieben des ökologischen Landbaus, Betrugsfälle mit fälschlich als ökologisch deklarierten Produkten, Wettbewerbsnachteile durch die uneinheitliche Umsetzung der Vorschriften in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten

Antr

s. *Umweltrecht*
Drs 15/4831

Umwelt- und Sicherheitsstatus bei der Bedienung der Dienstfahrzeuge der Landesminister

Schulung des Fahrpersonals mit Umwelt- und Sicherheitsanforderung bei der Bedienung der Dienstwagen der Landesminister

MdlAnfr

s. *Dienstwagen*
Drs 15/6090

Umweltverträglichkeitsprüfung

Ortsumfahrung Blumberg-Randen und Blumberg-Zollhaus im Zuge der Bundesstraße 27 in der Südbaar

Darstellung des aktuellen Planungsstands, der bisherigen und weiteren Vorarbeiten; Zeitpunkt der Vorlage der Umweltverträglichkeitsstudie zur Bewertung der unterschiedlichen Trassenvarianten

KlAnfr

s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/430

Strategische Umweltprüfung iRd Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bewertung der grafischen Gestaltung und Lesbarkeit der Zeitungsanzeigen zur Konsultation der Öffentlichkeit zu Artikel 2 des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes zur Aufhebung der Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen, Vereinbarkeit mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz und den Gestaltungsrichtlinien des Landes

KlAnfr

s. *Landesplanung*
Drs 15/1016

Einsatz von Fracking zur Förderung unkonventioneller Erdgasvorkommen

Bewertung des Gutachtens „Umweltauswirkungen von Fracking bei der Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten“ sowie der Schlussfolgerungen des Bundesumweltministers und des Präsidenten des Umweltbundesamts, insbes zur Einführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung; Beurteilung der Forderung des EU-Energiekommissars zur intensiven Förderung von Schiefergas in Deutschland; Positionierung der Nachbarländer Schweiz und Österreich zu möglichen Fracking-Vorhaben in der Bodenseeregion

Antr

s. *Fracking*
Drs 15/2302

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und
privaten Projekten*

Mittlg UM 27.11.2012 Drs 15/2743 (34 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/2896
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

Kein trinkwassergefährdendes Fracking in Deutschland
Unterstützung des bisherigen Vorgehens der LReg zur Regelung
der unkonventionellen Gasförderung im Land und auf Bundes-
ebene; Schaffung einer gesetzlichen Regelung über den Bun-
desrat mit einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung
(UVP) und einer entsprechenden Bürgerbeteiligung vor jeder
Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung
von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/3976

*Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und
zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Um-
weltbereich*

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungs-
recht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau
der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger-
und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine
offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhaben-
trägers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine
Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umwelt-
mediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerken-
nung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigun-
gen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinforma-
tion; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbetei-
ligung

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

*Beteiligung Baden-Württembergs im Verfahren zur Suche eines
atomaren Tiefenendlagers in der Schweiz*

Beurteilung einer durch das schweizerische Bundesamt für
Energie (BFE) erstellten Studie über die sozioökonomisch-
ökologischen Auswirkungen eines Tiefenlagers auf sechs potenzielle
Standortregionen in der Schweiz; Einschätzung der dar-
in formulierten Auswirkungen auf deutsche Gemeinden; Durch-
führung einer der Espoo-Konvention entsprechenden grenzüberschreitenden
Umweltverträglichkeitsprüfung für die möglichen
Standortregionen

KlAnfr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/6265

*Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fluglärmfrage mit der
Schweiz*

Auskunft über die vom Flughafen Zürich beantragten Baumaß-
nahmen und die künftig erwartete Steigerung des Flugaufkom-
mens; Forderung nach einer der Espoo-Konvention entsprechen-
den grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung der
geplanten Baumaßnahmen und Flugrouten

Antr
s. *Fluglärm*
Drs 15/6309

*Vorschaltung von Umweltverträglichkeitsprüfungen vor der Er-
richtung neuer Windkraftanlagen*

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 615

*Vorschaltung von Umweltverträglichkeitsprüfungen vor der Er-
richtung neuer Windkraftanlagen*

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1602 1606

*Notwendigkeit einer UVP-Pflicht für Vorhaben der unkonventio-
nellen Gasförderung, Novellierung des Bergrechts*

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2315-2318

Umweltverträglichkeitsstudie

s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*

Umweltverwaltung

Pläne der LReg für ein Umweltverwaltungsgesetz

Ziel, Anlass, Regelungsinhalt und Zeitplan für ein Umweltver-
waltungsgesetz in BW sowie ähnliche Planungen anderer Bun-
desländer

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 04.04.2013 und Stellungnah-
me UM Drs 15/3312

*Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und
zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Um-
weltbereich*

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungs-
recht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau
der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger-
und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine
offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhaben-
trägers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine
Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umwelt-
mediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerken-
nung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigun-
gen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinforma-
tion; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbetei-
ligung

GesEntw LReg 15.07.2014 Drs 15/5487 (103 S.)
1. Beratung PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6321-6326
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.10.2014 Drs 15/5822
(dazu ÄAntr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Johannes
Stober u.a. SPD Nr. 1, ÄAntr Ulrich Lusche u.a. CDU Nr. 2)
(14 S.)
2. Beratung PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6731-6737
GesBeschl 13.11.2014 Drs 15/6137 (24 S.)
GBI 2014 Nr. 21 S. 592-614 (Ges vom 25.11.2014)

Umweltverwaltungsgesetz

*Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und
zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Um-
weltbereich*

Zusammenfassung der Regelungen zum Umweltverwaltungs-
recht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz; Ausbau
der landesrechtlichen Regelungen für eine Stärkung der Bürger-
und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine
offene Informationskultur, insbes Verpflichtung des Vorhaben-
trägers zu einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, allgemeine
Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, Grundlagen der Umwelt-
mediation, Umsetzung des Umweltschadensgesetzes, Anerken-
nung und Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzvereinigun-

gen, Bestimmungen für Umweltprüfungen und Umweltinformation; Evaluation der Regelungen zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung

GesEntw
s. *Umweltverwaltung*
Drs 15/5487

Gesetz zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechts und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich - Umsetzung von EU- und Bundesrecht

Beweggründe für die über eine Eins-zu-eins-Umsetzung des bestehenden Europa- und Bundesrecht hinausgehenden Vorgaben und die Setzung neuer Standards beim Gesetzentwurf; Ausmaß des zu erwartenden Mehraufwands für die öffentliche Verwaltung und private Vorhabenträger

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 04.08.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5587
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.10.2014 Drs 15/5822 II. (14 S.)
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6737

Umweltzertifikathandel

s. *Emissionshandel*

Umweltzone

s.a. *Fahrverbot*

Feinstaubmessungen

Veränderung der Messwerte in Kommunen mit Umweltzonen und Lkw-Durchfahrtsverboten seit deren Einführung u.a. in Stuttgart, Heilbronn, Ludwigsburg, Mannheim, Ilsfeld, Pleidelsheim und Markgröningen; angewandte und für Verkehrsbeschränkungen relevante Messmethode des Umweltbundesamts und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/271

Ortsumfahrung Ilsfeld

Bewertung des o.g. Projekts und der damit erzielbaren Entlastung von Verkehr, Lärm und Feinstaub auf der Basis konkreter Zahlen; Darstellung der bisherigen Planung und Kosten, der weiteren Schritte und Priorität, insbes wegen der dortigen Umweltzone

KlAnfr
s. *Ilsfeld*
Drs 15/312

Verwendung der Einnahmen aus der zusätzlichen Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter und Förderung der Partikelfilternachrüstung

Höhe der Steuereinnahmen aus der „Diesel-Strafsteuer“ für das Land von April 2007 bis Juni 2009 sowie für den Bund von Juli 2009 bis März 2011 jeweils aufgelistet nach Landkreisen; Höhe des jeweiligen Rückflusses in die Förderung der Partikelfilternachrüstung im Land; Auskunft über eine Erneuerung von Förderprogrammen im Land bzw im Bund und eine Ausweitung der Umweltzonen; Entwicklung der Ausstattung der Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern seit 2007; Einfluss des Wohnorts des Fahrzeughalters und seiner Einstufung als Umweltzone auf die Nachrüstungsbereitschaft

KlAnfr
s. *Kraftfahrzeugsteuer*
Drs 15/493

Maßnahmen gegen Verkehrsbelastungen der Schramberger Talstadt

Priorität der o.g. Talstadturnfahrung im Zuge der B 462 und weiterer Ortsumfahrungen im Landkreis Rottweil; Beurteilung der bisher eingerichteten Umweltzonen in Kommunen landesweit; Bewertung einer beabsichtigten Umweltzone in der gesamten Schramberger Talstadt als ungeeignet und unverhältnismäßig durch den Gemeinderat der Stadt Schramberg

KlAnfr
s. *Schramberg*
Drs 15/915

Luftreinhalte- und Aktionspläne der Regierungspräsidien

Entwicklung der Luftbelastung mit Feinstaub, Stickoxiden und Ozon in den Ballungsräumen und Städten; Neuregelungen und Ausnahmeregelungen in den Umweltzonen ab 2012; Zahl von Nachrüstungen mit Feinstaubfiltern, Gründe für den Wegfall der Bescheinigungen über die fehlende technische Nachrüstbarkeit sowie der Vergabe von Ausnahmegenehmigungen für Fahrzeuge ohne bzw mit roter Plakette; Art der Kontrolle der Luftreinhaltepläne

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/1085

Umweltzonen

Auflistung der eingerichteten Umweltzonen zur Vermeidung der Belastung von Feinstaub und Stickstoffdioxid, Auswirkungen des Partikelfilters und der Abgasnorm Euro 6 auf die Verminderung des Stickstoffdioxidausstoßes bei Dieselfahrzeugen, wirtschaftliche Auswirkungen der Umweltzonen

KlAnfr Winfried Mack u.a. CDU 27.03.2012 und Antw MVI
Drs 15/1492

Einrichtung einer Umweltzone in Schramberg

MdlAnfr
s. *Schramberg*
Drs 15/2089

Luftreinhaltepläne und Umweltzonen in BW - Bilanz und Entwicklung

Neue Festsetzungen und Beschlüsse zu Luftreinhalteplänen und Umweltzonen in Städten und LKreisen; Anteil der inzwischen erfassten Landesfläche und Bevölkerung; Entwicklung der Belastung mit Feinstaub und Stickoxiden in den seit 2009 bestehenden Umweltzonen; Ausnahmegenehmigungen für Kraftfahrzeuge ohne Plakette; Auswirkungen der Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) auf die Luftbelastung; Umrüstung von Bussen des Öffentlichen Nahverkehrs, von Müll- und Rettungsfahrzeugen; Lkw-Durchfahrtsverbote, Einsatz von Dieselfiltern

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 14.11.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2668 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.03.2013 Drs 15/4324 S. 67 68
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Umweltzonen als bürokratische Hürde für Schausteller und Marktbeschicker in Pforzheim und dem Enzkreis

Erfahrungen und Rückmeldungen zu den Umweltzonen in Pforzheim und Mühlacker für den Zugang von Kraftfahrzeugen bestimmter Schadstoffgruppen von Schaustellern und Marktbeschickern; Bedingungen, Verfahrenswege und Gesamtkosten für die Beantragung von Sondergenehmigungen, Ausnahmeregelungen oder Anerkennung wirtschaftlicher Härtefälle; Schaffung zeitlich begrenzter ortsbezogener Ausnahmeregelungen; unbürokratische Möglichkeiten eines flexibleren Umgangs mit Umweltzonen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 03.01.2013 und
Antw MVI Drs 15/2846

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1869 betr. Einführung einer Umweltzone

BeschlEmpf und Bericht PetA 16.05.2013 Drs 15/3397 Nr.
1 S. 2-5
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
Mittlg LReg 13.02.2014 Drs 15/4769

Baumaschinen und Luftbelastung in Umweltzonen

Emissionsgrenzwerte für Baumaschinen; Verschärfung der Vorgaben in Umweltzonen; Anteil der auf Baumaschinen zurückzuführenden Feinstaubemissionen an den Gesamtwerten; Befreiung der Baufirmen von erhöhten Auflagen in Umweltzonen aufgrund der mit dem Einbau von Spezialfiltern verbundenen unverhältnismäßig hohen Mehrkosten

Antr
s. *Baumaschine*
Drs 15/4671

Wirksamkeit von Umweltzonen

Wirksamkeit und Effizienz von Umweltzonen bei der Reduzierung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 11.03.2014 und
Stellungnahme MVI Drs 15/4914 (11 S.)

Luftreinhaltung in BW

Sachstand zur Luftreinhaltung in BW, insbes Angabe der Kommunen mit Überschreitung der zulässigen Grenzwerte von Stickstoffdioxid und Feinstaub; umgesetzte Maßnahmen zur Luftreinhaltung und weitergehende Empfehlungen für besonders belastete Städte; Auswirkungen von Umweltzonen, Tempolimits und Durchfahrverboten auf die Luftreinhaltung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 15/5974

Umweltzonen Reutlingen und Tübingen

Sachstand zu den erweiterten Umweltzonen der Städte Reutlingen und Tübingen, insbes Mehrbelastung an Lärm und Luftschadstoffen durch einen ohne grüne Plaketten zu befahrenden Korridor zwischen beiden Zonen

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 20.03.2015 und Antw MVI
Drs 15/6648

Umweltzonen in BW

Sachstand zur Ausweisung von Umweltzonen in BW, insbes Auswirkungen auf die Luftqualität im Vergleich zu Nicht-Umweltzonen, Bedeutung der Fahrverbote für Fahrzeuge mit gelber oder roter Plakette

Antr Karl Rombach u.a. CDU 10.06.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6971

Einführung einer blauen Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen

Entwicklung und Messverfahren des Stickoxid- bzw Feinstaubaufkommens in Stuttgart; Umweltnutzen durch Ersatz von EURO-5-Fahrzeugen durch EURO-6-Fahrzeuge; Durchführung und Überwachung der Zufahrtsbeschränkungen in Stuttgart; Differenzierungen bei der Einführung einer blauen Plakette; Feinstaubbelastungen in Tunneln des Schienenpersonennahverkehrs; Einbeziehung des Verkehrssektors in den EU-Emissionshandel

Antr FDP/DVP 16.06.2015 und Stellungnahme MVI Drs
15/7030 (12 S.)

Einbeziehung der Bundesstraße 31 in die Umweltzone - verkehrliche Auswirkungen auf die umliegenden Gemeinden

Sachstand zur Einbeziehung der Bundesstraße 31 in die Umweltzone Freiburgs, insbes Auswirkungen des Ausweichverkehrs auf die Umlandgemeinden

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 30.09.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7463

Fahrverbote in der Stadt Stuttgart

Umsetzung von Fahrverboten in der Stadt Stuttgart, insbes Position der LReg zur Klage der Deutschen Umwelthilfe, Zeitrahmen für die Einführung einer „blauen Plakette“

MdlAnfr
s. *Fahrverbot*
Drs 15/8025

Umwidmung

s. *Nutzungsänderung*

UmwStG

s. *Steuerrecht*

Umzugskosten

Gesetz zur Einbeziehung von Lebenspartnerschaften in ehebezogene Regelungen des öffentlichen Dienstrechts und zu weiteren Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes BW, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes BW und des Versorgungsrücklagegesetzes

Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im öffentlichen Dienstrecht; Änderung des Landesbeamtenkostengesetzes, des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, des Ministergesetzes, der Beihilfeverordnung, der Landestrennungsgeldverordnung sowie der o.g. Rechtsvorschriften

GesEntw
s. *Eingetragene Lebenspartnerschaft*
Drs 15/1719

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges
Übernahme der reisenkosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Polizeistrukturreformgesetz für den Justizvollzug, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw
s. *Trennungsschädigung*
Drs 15/4117

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform

Übernahme der reisekosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Verwaltungsstrukturreformgesetz und dem Polizeistrukturreformgesetz für die Mitarbeiter der Grundbuchämter und Notariate im Landesdienst, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw
s. *Trennungsentschädigung*
Drs 15/5790

Umzugskostengesetz

s. *Umzugskosten*

UN

s. *Vereinte Nationen*

Unabhängige Patientenberatung

s. *Patientenberatung*

Unabhängigkeit des Richters

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen

Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donauraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/3378

Unbemanntes Luftfahrzeug

s. *Flugzeug*

Unbewältigte Vergangenheit

s. *Vergangenheitsbewältigung*

Unfall

s.a. *Personenschaden*
s.a. *Verkehrsunfall*

Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Umsetzung einer EU-Richtlinie als Konsequenz auf Unglücke im Metallerzbergbau in Spanien und Rumänien, Regelungen zur Begrenzung und Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit bergbauartigen Abfällen mit erheblichem Schadstoffpotenzial, Aufstellung von Notfallplänen für Abfallentsorgungseinrichtungen mit besonderem Gefahrenpotenzial

GesEntw
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/1011

Wassertourismus in BW

Sachstand zum Wassertourismus in BW, insbes Badewasserqualität, Binnen- und Fließgewässerqualität, Fördermaßnahmen und Qualitätssiegel für Wassertourismus, Sportunfälle in Gewässern, Auswirkungen des Klimawandels, Rückzug des Bundes aus der Eigentümersicherungspflicht bei „Sonstigen Wasserstraßen“ des Bundeswasserstreckennetzes

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/6591

Unfallchirurgie

s. *Unfallmedizin*

Unfallfürsorgezuständigkeitsverordnung

Gesetz zur Errichtung der Landesoberbehörde IT Baden-Württemberg (BITBW) und Änderungen anderer Vorschriften

Änderung der Anlage der UnfallfürsorgezuständigkeitsVO in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/6654

Unfallheilkunde

s. *Unfallmedizin*

Unfallmedizin

Universitätsklinikum Heidelberg - Unfall- und Wiederherstellungschirurgie

Versorgungskonzepte für Akutverletzte am Universitätsklinikum Heidelberg, insbes Standort der Unfallchirurgie; Lehrstuhl für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie an der Universität

KIAnfr Karl Klein CDU 26.05.2014 und Antw MWK Drs 15/5261

Traumazentren in BW

Zahlen, Mitarbeiter und Haushaltsmittel für lokale, regionale und überregionale Traumazentren in Traumanetzwerken in BW

KIAnfr Werner Raab u.a. CDU 30.05.2014 und Antw SM Drs 15/5281

Unfallverhütung

Unfallschwerpunktkarte für BW

Einsatz des Instruments des Verkehrssicherheitscreenings in BW; Veröffentlichung der Unfallschwerpunktkarte; Einspeisung der aus den Unfallstreckenanalysen gewonnenen Daten in ein System zur interaktiven elektronischen Unfallverhütung; Übermittlung der Daten an die Versicherungswirtschaft

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/4371

Förderpraxis im Streuobstbau

Unfallhäufigkeit bei der Pflege und Ernte im Streuobstbau; Unfallhäufigkeit und Unfallschwere bei Hochstammsorten; Gründe für die Beschränkung der Streuobstbauförderung auf Hochstammsorten; Vorbeugung von Unfällen durch eine Erweiterung der Förderrichtlinien auf Streuobstanlagen mit 2/3- oder 1/2-Stammerziehung

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/5706

Sicherheit auf den Straßen des LKreises Heidenheim

Häufigkeit der Verkehrsunfälle in den vergangenen fünf Jahren; Art und Schwere der Unfallfolgen; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallhäufigkeit, insbes im Bereich von Baustellen; Nutzen einer vorherigen Information der Bevölkerung über Straßenbaustellen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/5993

Nutzung von EUSka-Daten zur Unfallprävention in BW

Nutzung und Weitergabe der Unfalldaten der elektronischen Unfalltypensteckkarte EUSka zur Unfallprävention in BW, insbes Voraussetzungen für Kommunen zum dauerhaften Datenzugriff, Regelung in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/6246

Falschfahrer auf der Bundesstraße (B) 29

Ursachen der Häufung von Falschfahrern auf der Bundesstraße 29 auf dem Streckenabschnitt zwischen Fellbach und Schwäbisch Gmünd und Präventionsmaßnahmen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 29.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7236

Unfallversicherung

Mostobstproduktion und Nutzungscodes in der Unfallversicherung

Bedeutung und Produktionsweisen beim heimischen Mostobstanbau; Unfallrisiko im Vertragsanbau mit mechanischer Bewirtschaftung und Ernteunterstützung; Nutzungscodes dieser Anbaumethode für die Einstufung in der Unfallversicherung der Berufsgenossenschaft; Einführung eines eigenen Nutzungscodes „Obstbau mit mechanischer Ernteunterstützung“

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/7055

Unfallversorgung

s. *Unfallmedizin*

Ungarn

Umsetzung der EU-Donauraumstrategie

Einbeziehung der Bürger und der beteiligten EU- und Nicht-EU-Staaten an der Umsetzung der Strategie, Unterstützung des Landes für die beteiligten Staaten und Regionen beim Aufbau von Verwaltungskapazitäten zur Abrufung von EU-Mitteln und Durchführung von Projekten, Höhe der Mittelbereitstellung des Landes und der EU iRd neuen Förderperiode 2014-2020, Aufgabenwahrnehmung der von Ungarn eingerichteten Donau-Handelskammer

Antr
s. *Donauraum*
Drs 15/749

Ungarn in BW

Aufnahme und Integration von Ungarndeutschen und „Donauschwaben“ in BW nach dem Zweiten Weltkrieg, Höhe der jährlichen Förderung der Kulturarbeit dieser Vertriebenen, Schlussfolgerungen für die heutige Integrationspolitik; Entwicklung der Austauschbeziehungen und -programme zwischen BW und Ungarn, insbes auf akademischer Ebene; Bewertung der Arbeit des Kulturinstituts der Republik Ungarn in Stuttgart und dessen Beitrag zur Umsetzung der EU-Donauraumstrategie; Aufgabenwahrnehmung der ebenfalls in Stuttgart ansässigen Deutsch-Ungarischen Gesellschaft

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 06.09.2012 und Stellungnahme IntM Drs 15/2296 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 96
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen

Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donauraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr SPD 17.04.2013 und Stellungnahme StM Drs 15/3378
PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4032-4039

Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden - Europa braucht Demokratie mit Demokraten

Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen in Europa, vor allem in der Schweiz, Frankreich, Ungarn und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die LReg und Entwicklung von Gegenstrategien, insbes Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5093

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien, Griechenland und Ungarn

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7531

Ungelernter Arbeitnehmer

Maßnahmen zur Armutsprävention und Armutsüberwindung in BW

Daten zur sozialen Lage in BW für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes und Beurteilung des Berichtsentwurfs; Schwerpunkte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes BW; Diskussionsprozess und Maßnahmen des Landes zur Armutsbekämpfung unter Berücksichtigung besonderer Zielgruppen sowie geeignete Maßnahmen des Bundes

Antr
s. *Armut*
Drs 15/2886

Bessere Hilfen für arbeitsmarktferne Personen

Statistiken, Zielsetzung, Zielvorgaben, Steuerung und mögliche Fehlentwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bei der Vermittlung benachteiligter Personengruppen bzw arbeitsmarktferner Leistungsberechtigter in BW

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 15/3926

Ungeschützte Beschäftigung

s. *Atypische Beschäftigung*

Uniform

s.a. *Schutzkleidung*

Angekündigte Einführung eines Kennzeichnungssystems für Polizeiuniformen

Einführungsgründe, Ausgestaltung und Auswirkungen eines anonymisierten Kennzeichnungssystems; Frage nach einem Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Gegnern des Projekts Stuttgart 21 gegen Polizisten am 20.06.2011; Haltung der Polizeigewerkschaften; Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamten, Schutz vor Denunziationen, Bedrohungen und Gewalt

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/189

Persönlichkeitsschutz im Polizeivollzugsdienst

Beurteilung der Verunsicherung in der Landespolizei nach der angekündigten Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, Frage nach Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre der Beamten und ihrer Familien

MdlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/257

Einführung der blauen Uniform für Justizwachtmeister

Darlegung der o.g. Planung und der damit verbundenen Kosten; Vermeidung einer unzumutbaren Belastung durch eine Deckelung der von den Bediensteten zu tragenden Kosten

Antr Bernd Hitzler u.a. CDU 07.12.2011 und Stellungnahme JM Drs 15/975

Umgang mit Mitgliedern des Freiwilligen Polizeidienstes

Gründe für die Verweigerung der neuen blauen Uniformen trotz deren Verfügbarkeit im Logistikzentrum

MdlAnfr 1) Thomas Blenke CDU 02.10.2012 Drs 15/2429
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2666 2667

Mäßigungsgebot des § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz

Bedeutung des Mäßigungsgebots nach § 33 Abs 2 Beamtenstatusgesetz für Beamte als Funktions- und Werbeträger einer politischen Partei, insbes Abbildung in Dienstuniform in einer Parteipublikation

MdlAnfr
s. *Beamter*
Drs 15/3608

Finanzneutrale Ausstattung des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen

Rechtliche Voraussetzungen zur Ausstattung der Mitglieder des Freiwilligen Polizeidienstes mit blauen Uniformen im Bereich

des Polizeireviers Ettlingen durch eine Geldspende

MdlAnfr
s. *Freiwilliger Polizeidienst*
Drs 15/4426

Pressemitteilung der LReg zur Besetzung der Präsidentendienstposten bei der Polizei

Hintergründe zur Besetzung der Stellen der Polizeipräsidenten, insbes zur Stellenbesetzung in Karlsruhe mit Günther Freisleben und der Entstehung seines Fotos in der Pressemitteilung der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/5465

Union Europäisch-Türkischer Demokraten

s. *Union of European Turkish Democrats*

Union of European Turkish Democrats

Teilnahme baden-württembergischer Verbände an einer Großdemonstration der UETD (Union of European Turkish Democrats) am 7. Juli 2013 in Düsseldorf

Erkenntnisse über die Organisation UETD, deren Mitgliedsverbände sowie die Verbindungen dieser Organisation zu dritten, staatlichen bzw halbstaatlichen/quasi-gubernativen Organisationen und deren Wirken innerhalb und außerhalb BW; Informationen zu Zweck, Organisatoren und geäußerten Inhalten bei der Großdemonstration am 7. Juli 2013 in Düsseldorf, insbes Beteiligung von (Unter-)Organisationen, Verbänden, Vereinigungen und spezifizierbaren Einzelpersonen aus BW sowie Planung vergleichbarer Veranstaltungen in BW

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/3793

Anzeige der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern

Sachstand zur Anzeige der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in großen Tageszeitungen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 29.04.2015 und Antw IM
Drs 15/6829

Über die Arbeit und Programmatik der „Union europäischer türkischer Demokraten“ in BW

Sachstand zu Programm und Tätigkeit der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) in BW, insbes Verbindungen zu den Organisationen „Graue Wölfe“ und „Milli Görüs“; Erkenntnisse über den Besuch des türkischen AKP-Politikers M.O. im Mai 2015 in BW

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 04.05.2015 und Antw IM
Drs 15/6842

Unionsbürger

s. *Unionsbürgerschaft*

Unionsbürgerschaft

„Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedsstaaten“ (Armutsmigrationsbericht)

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen im Armutsmigrationsbericht, insbes Unterstützung der vorgeschlagenen Änderungen von Bundesgesetzen und im europäischen Sekundärrecht; Bewertung der Aussagen im Armutsmigrationsbericht zur Situation in der Stadt Mannheim

KlAnfr
s. *Soziale Sicherung*
Drs 15/5676

Universität

s.a. *Hochschule*

Promotionsrecht an Hochschulen für angewandte Wissenschaften

Geplante Reform des Landeshochschulgesetzes im Bereich des Promotionsrechts an Hochschulen für angewandte Wissenschaften, insbes konkreter Planungsinhalt und Einbindung der Universitäten

MdlAnfr
s. *Promotion*
Drs 15/4652

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr
s. *Ausländerbehörde*
Drs 15/5498

Englisch als Verkehrssprache in staatlichen Einrichtungen, insbes in Ausländerbehörden und Universitäten

Anerkennung des Englischen als Verkehrssprache in Ausländerbehörden; Zulassung der englischen Sprache bei Arbeiten zur Erlangung akademischer Grade an Universitäten und Fachhochschulen

Antr
s. *Verkehrssprache*
Drs 15/5499

Zulassungsvoraussetzung für ein Masterstudium am Beispiel des Psychologischen Psychotherapeuten

Zulassungsvoraussetzungen für ein Masterstudium im Fach „Psychologischer Psychotherapeut“ in BW, insbes Zulassungspraxis des Landes Sachsen-Anhalt und die Konsequenzen für die Absolventen baden-württembergischer Universitäten, Bewertung der nicht-bundeseinheitlichen Auslegungs- und Zulassungspraxis; Zulassungspraxis einzelner Bundesländer bei Absolventen von Fachhochschulstudiengängen zu universitären Masterstudiengängen

KlAnfr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5554

Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Vorschriften

Ausdehnung des Ernennungsrechts für weitere Besoldungsgruppen bei Hochschullehrern und Beamten im wissenschaftlichen Dienst auf das Wissenschaftsministerium und die Universitäten und Hochschulen im dortigen Geschäftsbereich

GesEntw
s. *Ernennung zum Beamten*
Drs 15/5837

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 21 - Zentrale Datenschutzstelle der Hochschulen (Kap 1418)

Mittlg RH
s. *Zentrale Datenschutzstelle der baden-württembergischen Universitäten*
Drs 15/7021

Universität Freiburg

s.a. *Universitätsklinik Freiburg*

Bachelor-Studiengang Pflegewissenschaften an der Uni Freiburg und Bachelor-Studiengang Pflege (Verschränkungsmodell) an der Katholischen Hochschule Freiburg

Bewertung der o.g. Studiengänge und deren Ausrichtung, Möglichkeiten der Berufsankennung und Anrechnung der Studienleistungen für die Ausbildung an Fachschulen für Gesundheits- und Pflegeberufe, Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung pflegewissenschaftlicher Qualifikationen an Universitäten und Hochschulen, Voraussetzungen zur Förderung eines weiterführenden Master-Studiengangs Pflegewissenschaft/Pflegemanagement an der Universität Freiburg

Antr
s. *Pflege*
Drs 15/531

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1875

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Finanzbedarf

Antr

s. Exzellenzinitiative
Drs 15/1882

Dopingvergangenheit in BW aufarbeiten

Erkenntnisse über systematisch und organisiert betriebenes Doping und die daran beteiligten Einrichtungen; Finanzierung der Dopingforschung durch Steuergelder; Universität Freiburg als Ort der Dopingforschung; Aufarbeitung des Dopings seit den 1970er Jahren

Antr
s. Doping
Drs 15/3915

Wissenschaftliche Erkenntnisse über Doping in BW

Forschungsarbeiten zur Dopingpraxis in BW; Erkenntnisse aus der Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“; Unterstützung des Projekts durch die Universität Freiburg; Stand der Evaluierung der Abteilung „Rehabilitative und Präventive Sportmedizin“ der Freiburger Sportmedizin durch die „Unabhängige Gutachterkommission“ unter Vorsitz von Professor Dr. L.P.; Bereitstellung von Akten sowie Akteneinsicht; Zusammensetzung und Ergebnisse der Kommission zur Verbesserung der Dopingprävention

Antr
s. Doping
Drs 15/3930

Evaluierung der Freiburger Sportmedizin hinsichtlich ihrer Dopingvergangenheit durch die Evaluierungskommission der Freiburger Sportmedizin

Stand und bisherige Erkenntnisse der Evaluierungskommission; Spezifizierung des Arbeitsauftrags der Kommission; Auswertung datenschutzrechtlich sensibler Unterlagen; Zugang zu den Archiven der Sportverbände; Einblick in Unterlagen der Gutachter des Bundesinstituts für Sportwissenschaft; vormalige Position des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Thema Doping in der Abteilung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg; Vorlage des Abschlussberichts der Kommission

KlAnfr
s. Doping
Drs 15/3933

Hochschulstandort Freiburg

Entwicklung der Zahlen der Studenten, Beschäftigten, Stellenfrühtungen und Studienplätze an Hochschulen in Freiburg; Unterstützung des Landes für Hochschulen und Universitäten bei der Studieneingangsphase, einem berufs begleitenden Masterprogramm sowie der Weiterentwicklung des internationalen Forschungskollegs FRIAS

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 15/4881

Zentrum für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (vorher: Deutsches Volksliedarchiv), insbes Bedeutung für die Kulturlandschaft BW, personelle und finanzielle Ausstattung, inhaltliche und organisatorische Veränderungen durch die Eingliederung in die Universität Freiburg, Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit

Antr

s. Zentrum für Populäre Kultur und Musik
Drs 15/6296

Ergebnisse der „Unabhängigen Gutachterkommission zur Evaluierung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg“

Sachstand zur Aufklärung der Vorgänge an der Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg, insbes Arbeit und bisherige Ergebnisse der unabhängigen Gutachterkommission, Zielvorstellungen der Kommissionsarbeit, Umfang bisher nicht ausgewerteter Unterlagen, Schlichtung zwischen Untersuchungskommission und Universität, Zeitplan und Maßnahmen zur raschen und vollständigen Aufklärung der Doping-Vorwürfe

Antr
s. Doping
Drs 15/6316

Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg zugunsten einzelner Wahlvorschläge durch das Verwaltungsgericht Freiburg

Sachstand zur Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg im Senatswahlkampf an der Universität durch das Verwaltungsgericht Freiburg und Bewertung des Vorgangs

MdIANfr
s. Akademische Selbstverwaltung
Drs 15/7139

Universität Heidelberg

Nachfragen zum Einsatz von Verdeckten Ermittlern in Heidelberg

Einsatz von weiteren Verdeckten Ermittlern des LKA an der Universität Heidelberg und bei zivilgesellschaftlichen Gruppierungen vor oder nach der Enttarnung von S.B.? Frage nach Ermittlungs- und Gerichtsverfahren aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse; Art und Verbleib der erhobenen und weitergegebenen Daten

KlAnfr
s. Verdeckter Ermittler
Drs 15/600

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr
s. Exzellenzinitiative
Drs 15/1875

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiati-

ve auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Finanzbedarf

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1882

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 25 - Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH (Kap 1412)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1925
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.03.2013 Drs 15/2525
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 28.06.2013 Drs 15/3702
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.09.2013 Drs 15/4047
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
Mittlg LReg 02.06.2014 Drs 15/5288
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 10.07.2014 Drs 15/5440
PIPr 15/108 15.10.2014 S. 6473-6477
Mittlg LReg 23.06.2015 Drs 15/7051
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.07.2015 Drs 15/7209
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296
Mittlg LReg 13.04.2016 Drs 15/8116
BeschlEmpf und Bericht FinA 07.07.2016 Drs 16/264
PIPr 16/11 21.07.2016 S. 472 473

Zukunft der Universitätsmedizin Mannheim

Bedeutung und Fortführung der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim als Vollfakultät; Einschätzung des Mannheimer Reformierten Curriculums Medizin für die Medizinerbildung; Bewertung des Gutachtens einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des Denkschriftbeitrags des RH zur Kostenerstattung der Universität Heidelberg an das Klinikum Mannheim, Geltendmachung nachträglicher Rückforderungen? Gründe für den Rücktritt des Dekans in Mannheim

Antr
s. *Klinikum Mannheim*
Drs 15/2232

Situation der Studienanfänger in Heidelberg/Bau von studentischem Wohnraum

Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang; Errichtung von Studentenwohnheimen auf den durch die Konversion frei werdenden US-Militärflächen, Unterstützung des Studentenwerks

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/2421

Abiturnote versus Test für medizinische Studiengänge (TMS) an der Universität Heidelberg

Bewertung und Maßnahmen der LReg bezüglich der Auswahlverfahren der Hochschulen für die Studiengänge Humanmedizin und Zahnmedizin, insbes zur angeblichen Ungleichgewichtung zwischen Abiturnote und dem Test für medizinische Studiengänge (TMS) im Auswahlverfahren der Universität Heidelberg

Antr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 15/3945

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundeslän-

dern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 15/4142

Universitätsklinikum Heidelberg - Unfall- und Wiederherstellungschirurgie

Versorgungskonzepte für Akutverletzte am Universitätsklinikum Heidelberg, insbes Standort der Unfallchirurgie; Lehrstuhl für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie an der Universität

KlAnfr
s. *Unfallmedizin*
Drs 15/5261

Auswahlverfahren der Universität Heidelberg für das Studium der Humanmedizin

Anwendung des hochschuleigenen Auswahlverfahrens; Gewichtung der Punkte im Abitur und im Test für medizinische Studiengänge (TMS); Rechtskonformität der Gewichtungformel; Bewertung der verschiedenen Auswahlverfahren für das Studium der Humanmedizin

Antr
s. *Hochschulzulassung*
Drs 15/5782

Unterstützung der Eröffnungsfeier der „Transnationalen Aktionen gegen die Europäische Zentralbank“ durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank durch den Studierendenrat der Universität Heidelberg, insbes Mittelverwendung

MdlAnfr
s. *Demonstration*
Drs 15/6690

Unterstützung der Blockupy-Demonstrationen anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Sachstand zur Unterstützung der Blockupy-Aktion gegen die Europäische Zentralbank am 18. März 2015 durch die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg, insbes Ergebnis der rechtsaufsichtlichen Überprüfung durch die Universität Heidelberg, Veränderungen hinsichtlich bestehender Regelungen der Verfassten Studierendenschaften zur Gewährleistung weltanschaulicher und parteipolitischer Neutralität

Antr
s. *Demonstration*
Drs 15/6926

Eröffnung der Magnetresonanztomographie (MRT)-Praxis MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg

Sachstand zu Hintergründen und Zielsetzungen der Eröffnung der Tochtergesellschaft der Universität Heidelberg MR-Neurographie Nord am Neuen Wall in Hamburg

KlAnfr
s. *Computertomografie*
Drs 15/7396

Universität Hohenheim

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 28: Informations- und Kommunikationstechnik bei der Universität Hohenheim

Mittlg LReg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/130

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie Landwirtschaftliche Schule in Hohenheim

Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart und der Planungen zu einem gemeinsamen Neubau für die beiden Schulen; Begründung des Vorschlags einer Übernahme der Trägerschaft für beide Schulen durch die Stadt Stuttgart, Auswirkungen auf die Kooperation mit der Universität Hohenheim

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/1711

BW frei von Agrotechnik - Maßnahmen und Pläne der LReg
Darlegung der Forschungsaktivitäten an den Landesanstalten einschließlich der Landessaatzuchtanstalt an der Universität Hohenheim

GrAnfr
s. *Gentechnik*
Drs 15/1750

Schließung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau

Trägerschaft, Bauunterhalt und Stilllegung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau, insbes Kosten und Maßnahmen der Schadensbehebung; Gründe und Dauer des wegen der Schließung erfolgten Unterrichtsausfalls

KlAnfr
s. *Gewächshaus*
Drs 15/3025

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Landwirtschaftlichen Schule Hohenheim

Stellenwert der landwirtschaftlichen Ausbildung in Stuttgart-Hohenheim; Zustand der Gebäude und Gewächshäuser; Sanierungsvorhaben; jährliche Aufwendungen für das Land als Träger der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Stand der Gespräche mit der Stadt Stuttgart über einen Neubau des Schulgebäudes; Bedingungen einer Übertragung der Trägerschaft an die Stadt Stuttgart; Vorschlag der Beibehaltung der zwischen Stadt und Land geteilten Zuständigkeit; Bereitstellung eines Grundstücks durch das Land und Übernahme der Baukosten durch die Stadt; Übertragung der Zuständigkeit innerhalb der LReg an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3614

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Auskunft über vorhandene Gewächshausflächen; Nutzung des Gewächshauses „Klimatron“ für Forschungsprojekte; Darlegung des Rechtsverhältnis zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft (SfG); ge-

setzliche Pflichten des Schulträgers zur Weiterführung der Schule, zu ihrer Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln; Budgetierung im Haushalt der Universität Hohenheim; Ergebnisse der Gespräche zwischen dem Land und der Stadt Stuttgart über einen Neubau und die Frage der Trägerschaft; Übertragung der Zuständigkeit in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/3645

Aus-, Fort- und Weiterbildung an der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim

Überblick über die derzeitige Aus- und Weiterbildungssituation an der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim; Qualität und Bedeutung der Staatsschule sowie Maßnahmen und Programme zur Gewährleistung ihrer Zukunftsfähigkeit

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/4055

Nachhaltige Stromversorgung der Universität Hohenheim

Bisherige Erfahrungen der Hochschulen des Landes mit dem Umwelt-Zertifizierungsverfahren EMAS; Einführung von EMAS für den Verbund mehrerer Hochschulen in einer Hochschulregion; Entwicklung des Stromverbrauchs an der Universität Hohenheim seit 1990; Stromkosten und prozentualer Anteil der genutzten Energieträger; Nutzung von Ökostrom; Contracting zur energetischen Sanierung; Nutzung der Dachflächen für Photovoltaik

KlAnfr
s. *Umweltmanagement*
Drs 15/4370

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Gewährleistung von Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit für die Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim, insbes Gründe für aktuelle Einsparungen, Standpunkt der LReg zum Erhalt der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5204

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart-Hohenheim

Entscheidung über den zukünftigen Standort; Übertragung der Zuständigkeit vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Aufteilung der vorhandenen Strukturen und Ressourcen zwischen der Universität Hohenheim und der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft; Erweiterungspläne der Universität Hohenheim; Angebot von Alternativflächen bei widerstreitender Flächenbeanspruchung; Pläne zu Organisationsstruktur, Ausbildungsangebot und Personalausstattung der Staatsschule

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/5332

Erhalt des Ausbildungsberufs Tierwirt/in an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

Erwägungen und Einsparpotential einer Aufgabe des Ausbildungsberufs Tierwirt an der Landwirtschaftlichen Schule Stuttgart-Hohenheim

KlAnfr
s. *Agrarberuf*
Drs 15/5566

Aktueller Stand bei der Neuausrichtung des grünen Bildungszentrums Hohenheim (Landwirtschaftliche Schule Hohenheim und Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Stuttgart Hohenheim)

Neuausrichtung des grünen Bildungszentrums in Hohenheim, insbes Verlagerung der Landwirtschaftlichen Schule in die Stuttgarter Innenstadt, Zukunftspläne für die Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft

MdlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/6090

Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim

Sachstand zur Sicherstellung der Eigenständigkeit der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Hohenheim, insbes Infragestellung der Ressourcen durch Masterpläne von Universität und Universitätsbauamt, Beseitigung des Investitionsstaus bei der Infrastruktur des Lehr- und Versuchsbetriebs, Sanierung im Sanitärbereich des Schülerwohnheims, Mischnutzung der Flächen und Räumlichkeiten des Lehr- und Versuchsbetriebs, Ersatz von Personalressourcen

Antr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/7069

Universität Karlsruhe

s.a. *Karlsruher Institut für Technologie*

Stärkere Vernetzung der Universitäten Karlsruhe und Stuttgart auf dem Gebiet der Motorenforschung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 173 174

Universität Konstanz*Exzellenzinitiative II*

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1875

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie;

Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Finanzbedarf

Antr
s. *Exzellenzinitiative*
Drs 15/1882

Einsparung von Kosten und CO2-Emissionen durch den Bau eines Blockheizkraftwerks an der Universität Konstanz

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1626

Universität Mannheim*Abschaffung der Studiengebühren an der Universität Mannheim mit regelabweichenden Semesterzeiten*

Abschaffung bereits zum Frühjahrssemester 2012, Information der Universitätsleitung und der Studierenden

KlAnfr
s. *Studiengebühren*
Drs 15/45

Auswirkung des Bologna-Prozesses auf den Staatsexamensstudiengang Rechtswissenschaften

Darlegung o.g. Auswirkungen nach Einführung der Bachelor-/Master-Studiengänge, Entwicklung der Abbruch- und Durchfallquoten nach dem Wechsel der Studienabschlüsse sowie der Übergangsquoten nach einem Bachelorabschluss zu einem Masterstudiengang an einer Universität; Bewertung des Studiengangs Wirtschaftsrecht und des Bachelorstudiengangs Unternehmensjurist mit dem „Ergänzungsstudium Erste juristische Prüfung“ an der Universität Mannheim

Antr
s. *Rechtswissenschaft*
Drs 15/896

Feststellung eines hohen Anteils von Studierenden aus anderen BLändern an der Universität Mannheim trotz der Studiengebühren

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1147

Universität Stuttgart*Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 25 - Wissenschaftliche Werkstätten der Universität Stuttgart (Kap 1418)*

Mittlg RH
s. *Arbeitsstätte*
Drs 15/125

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 21: Neubau für den Höchstleistungsrechner der Universität Stuttgart

s. *Hochschulbau*
Drs 15/223

Einrichtung einer Hochschulaußenstelle im LKreis Böblingen

Unterstützung der Einrichtung einer gemeinsamen Außenstelle der Hochschulen Reutlingen und Esslingen sowie der Universität Stuttgart in den Räumen der Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen mit dem Studiengang Wirtschaftsinformatik

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 15/1470

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 26 - Zusammenarbeit zwischen der Universität Stuttgart und dem Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (Kap 1418)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1926
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.11.2012 Drs 15/2526
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 25.06.2013 Drs 15/3675
Mittlg LReg 18.01.2016 Drs 15/7951
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7967
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan

Ausschließlicher Einfluss der Bewertung der Universität Stuttgart in den o.g. Entwurf? Art, Zeitpunkt und Zeitrahmen der Beteiligung der betroffenen Kommunen; zeitnahe Vorlage der Anhörungsresultate und der Einzelbewertung der einzelnen Maßnahmen entlang der Kriterien und der Methodik

Antr
s. Verkehrsplanung
Drs 15/2252

Studiengang Architektur und Stadtplanung an der Universität Stuttgart

Planungen für den Studiengang „Architektur und Stadtplanung“ als einen achtsemestrigen Bachelor- und einen viersemestrigen Masterstudiengang an der Universität Stuttgart, insbes Stand der Genehmigung, Anpassung der Studienzeiten für den Bachelor-Studiengang, Studiensituation und Mittelausstattung, Landes- und Bundesvergleich für die Ausgestaltung des Studiengangs „Architektur“

Antr
s. Studienfach
Drs 15/3733

Großbrand an der Universität Stuttgart - Sicherstellung des Lehrbetriebs

Maßnahmen der LReg zur Bewältigung der Folgen des Großbrands an der Universität Stuttgart, insbes Hilfe zur schnellstmöglichen Rückkehr zu einem geordneten Lehrbetrieb, Unterstützung bei der Wiederherstellung der beim Brand zerstörten Forschungsergebnisse

MdlAnfr 5) Sabine Kurtz CDU 16.06.2014 Drs 15/5293
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6186 6187

Stärkere Vernetzung der Universitäten Karlsruhe und Stuttgart auf dem Gebiet der Motorenforschung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 173 174

Universität Tübingen

Haushalt 2012; Epl 14

Mittelbereitstellung für den Fachbereich für Islamische Studien an der Universität Tübingen

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1114-8 S. 47 48
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1401-1422

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr
s. Exzellenzinitiative
Drs 15/1875

Bewertung der Ergebnisse der Exzellenzinitiative

Bewertung des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung; Erhaltung der positiven Effekte der Initiative auch über die Förderung in der kommenden Programmphase nach 2017 hinaus; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur Mitträgerschaft bei leistungsstarken Universitäten mit hohem Finanzbedarf

Antr
s. Exzellenzinitiative
Drs 15/1882

Türkisch als Schulfach

Schaffung der Rahmenbedingungen im Lehramtsstudium für die Einrichtung von Türkisch als optionaler dritter Fremdsprache an Gymnasien, insbes ausreichende Studienkapazitäten an der Universität Tübingen und an weiteren Landesuniversitäten

Antr
s. Türkisch
Drs 15/3734

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. Ausbildungsförderung
Drs 15/4142

Zentrum für islamische Theologie an der Universität Tübingen

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für islamische Theologie an der Universität Tübingen, insbes Entwicklung einer europäischen Ausrichtung des Islams, Zusammensetzung des Beirats und die fehlende Repräsentation der Aleviten, Einfluss des Vereins DITIB sowie der extremistischen Gruppierungen Milli Görüs und der „Grauen Wölfe“, Beziehung zum European Council for Fatwa and Research (ECFR)

KlAnfr
s. Islam
Drs 15/7232

Abbau des Sanierungsstaus bei den Hochschulgebäuden, Befreiung des Mittelbedarfs bei der Universität Tübingen auf 500 Millionen Euro; Höhe der Kindergartengebühren an der Universität Tübingen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1113 1148

Universität Ulm

s.a. Universitätsklinik Ulm

Verkehrsinfrastruktur in der Verantwortung des Landes im Zusammenhang mit der Wissenschaftsstadt Ulm

Vorgesehene Parkplätze, Parkhäuser u.a. Maßnahmen für den ruhenden Verkehr nach dem Neubau der Chirurgischen Klinik des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg; geplante Gebührenregelung für die Nutzung der Stellplätze; Planungsstand für die neue Straßenbahnlinie auf den Oberen Eselsberg; Höhe und Träger der Kosten

KIAnfr
s. Verkehr
Drs 15/32

Deutsche Zentren für Gesundheitsforschung - Partnerstandorte in BW

Internationaler Stellenwert der Gesundheitsforschung in BW, Darstellung des Nutzens aus dem o.g. Förderprogramm des Bundes und des Mehrwerts für die geförderten Einrichtungen über die direkten Mittelzuflüsse hinaus, Sicherung der Wirkungen des Programms auch nach Ende der Förderperiode 2015; Maßnahmen zur strukturellen Stärkung des Standorts der Universität und Universitätsmedizin Ulm

Antr
s. Medizinische Forschung
Drs 15/264

Kompetenzzentrum Elektromobilität, Batterieforschung und Brennstoffzellentechnologie in Ulm

Auflistung der mit den o.g. Themen beschäftigten Institute und Einrichtungen, Höhe und Herkunft der verfügbaren Mittel, beteiligte Unternehmen u.a. Partner, vorhandene und geplante Studiengänge mit einem direkten thematischen Bezug zu diesen Einrichtungen an der Universität Ulm und der Hochschule Ulm

KIAnfr
s. Elektromobilität
Drs 15/321

20 Jahre Jahreszeitakademien am Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm

Strukturen, Aufgaben, Aktivitäten, personelle und finanzielle Ausstattung des ZAWiW; Zahl der studierenden Senioren; Nutzung und Übertragung der Erfahrungen auch auf andere Universitäten und darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Fachverbänden und landesweiten Organisationen

KIAnfr
s. Erwachsenenbildung
Drs 15/445

Nachhaltiger Ausgleich struktureller Defizite des Wissenschaftsstandorts Ulm

Darlegung o.g. Defizite im Vergleich zu anderen Standorten und Abhilfemaßnahmen im Nachgang zu Drs 14/7321; Unterstützung des Ausbaus der außeruniversitären Forschung und der Vernetzung von Universität und Klinikum, der Schaffung von zusätzlichen Forschungsflächen und Kapazitäten für die biomed-

zinische Forschung und Tierforschung

Antr
s. Ulm
Drs 15/761

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 18 - Bauherrenfunktion der Universitätskliniken für eigene Baumaßnahmen (Kap 1410, 1412, 1415 und 1421)

Mittlg RH
s. Universitätsklinik
Drs 15/3818

Studentisches Dienstleistungszentrum an der Universität Ulm

Situation der Erbringung studienbezogener Dienstleistungen für Studierende an der Universität Ulm an räumlich getrennten Orten; Überlegungen zur Einrichtung eines zentralen studentischen Dienstleistungszentrums an der Universität Ulm und der Integration externer Partner

KIAnfr
s. Hochschulorganisation
Drs 15/4131

Universitätsbibliothek

s. Hochschulbibliothek

Universitätsgebäude

s. Hochschulbau

Universitätsklinik

s.a. Klinikum Mannheim
s.a. Krankenhaus
s.a. Universitätsklinik Freiburg
s.a. Universitätsklinik Heidelberg
s.a. Universitätsklinik Ulm

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 24 - Abrechnung stationärer Leistungen an den Universitätsklinik (Kap 1410, 1412, 1415 und 1421)

Mittlg RH
s. Krankenbehandlungskosten
Drs 15/124

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 23: Abfallwirtschaft an den Universitätsklinik

s. Abfallwirtschaft
Drs 15/241

Regierungsbefragung

Hochschule 2012 - abschließender Ausbauschrift/Gesetz zur Rückabwicklung des UniversitätsmedizinGes

s. Hochschulrecht
PIPr 15/9 S. 310

Fit für die Zukunft - Die Sportmedizinischen Einrichtungen an den Universitätsklinik in BW

Aufgabenwahrnehmung in der Forschung, Lehre, der Prävention, Rehabilitation, der klinischen Versorgung und Begleitung des Breiten- und des Spitzensports; Stellenwert bei der Betreuung von Spitzensportlern sowie als Referenzzentren für Anti-Doping-Maßnahmen und Medikamenteninformation; Weiterent-

wicklung des Struktur- und Funktionsplans von 1973 unter Einbeziehung der Doping-Aufklärung und -Bekämpfung; Erhaltung der Eigenständigkeit und Organisationshoheit

Antr
s. *Sportmedizin*
Drs 15/348

Die Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten in BW

Gewährleistung eines international konkurrenzfähigen Niveaus der Kinderradiologie in Forschung und Lehre an den fünf Medizinischen Fakultäten in BW

KlAnfr
s. *Radiologie*
Drs 15/533

Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes (UniMed-RückabwicklungGes - UniMed-RüG)

Wiederherstellung des vor dem 15. Februar 2011 geltenden Rechtszustands; Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen für die Universitätsklinik; Wahrung der Handlungsfähigkeit in Kooperation mit den Universitäten; Änderung des LandeshochschulGes, des UniversitätsklinikGes, LandeskrankenhausGes, LandespersonalvertretungsGes und von Artikel 9 des UniversitätsmedizinGes

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/631

Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

Entwicklung der Patientenzahlen in den einzelnen Hochschulambulanzen der Universitätskliniken; finanzielle Auswirkungen für das Land und die GKV durch die Integration der Orthopädischen Klinik und der Lungenfachklinik in Heidelberg in die Universitätsklinik Heidelberg, durch Übernahme des „Zentrums für Brusterkrankungen Südbaden“ vom Universitätsklinikum Freiburg und dessen Fusion mit dem Herzzentrum Bad Krozingen; Sicherstellung der Einbindung des Haushaltsgesetzgebers in strukturell bedeutsame Entscheidungen der Universitätsklinik

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 13.10.2011 und Stellungnahme MWK Drs 15/687 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 10 11
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 23: Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Hochschulen und Universitätsklinik

Mittlg LReg
s. *Unternehmen*
Drs 15/1080

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 25: Vergütungen der Vorstandsmitglieder und der Chefarzte an den Universitätsklinik

Mittlg LReg
s. *Vergütung*
Drs 15/1805

Bericht des MWK zu Beschlüssen des Ltg; hier:

a) zur *Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 23: Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Hochschulen und Universitätsklinik*
b) zum *Landeshochschulgesetz und zum UniversitätsklinikGesetz*

Mittlg LReg
s. *Unternehmen*
Drs 15/1544

Soziale Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl von Mitarbeitern in den Tochterunternehmen der Universitätskliniken seit 2005, Frage nach der Vergütung und Einhaltung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten

KlAnfr
s. *Unternehmen*
Drs 15/1621

Wirtschaftliche Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl und Beteiligungsverhältnisse der Tochterunternehmen seit 2002, Planung weiterer Outsourcing-Maßnahmen? Darlegung der Aufgabenerfüllung, des Leistungsbezugs von der Muttergesellschaft und der Kontrollgremien zur Überwachung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Ausgründungen; Frage nach Leitungsfunktionen in Personalunion von Führungspersonal der Universitätskliniken

KlAnfr
s. *Unternehmen*
Drs 15/1622

Elektronische Patientenakten an den baden-württembergischen Universitätsklinik

Darlegung der o.g. Dokumentation und der Erfahrungen an den Universitätskliniken, Unterstützung bei der Einführung dieser Systeme und der Gewährleistung des Datenschutzes

KlAnfr
s. *Krankenunterlagen*
Drs 15/2135

Kenntnis der LReg über tarifpolitische Überlegungen der Energie BW AG (EnBW)

Beurteilung der geplanten Auslagerung von Geschäftsfeldern in tariffreie Zonen im Zuge eines Sparprogramms, Vereinbarkeit mit dem postulierten „Musterland für gute Arbeit mit gerechter Entlohnung“ und dem Tariftreuegesetz, Positionierung der LReg als maßgeblicher Großaktionär der EnBW? Bewertung von entsprechenden Personalverlagerungen aus den Universitätskliniken

KlAnfr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/2428

Entwicklung der Beschäftigungssituation an den baden-württembergischen Universitätsklinik

Zahlen und Entwicklung der Beschäftigungssituation an den Universitätskliniken, insbes Budgetkürzung an der Universitätsklinik Freiburg und deren Konsequenzen für die Beschäftigten; Anteil der Universitätsklinik an der ambulanten Versorgung und der akademischen Weiterbildung; Übernahme der durch die studentische Ausbildung bedingten Verzögerungskosten durch das Ministerium

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 27.02.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/3134
 BeschlEmpf und Bericht WissA 06.06.2013 Drs 15/4040 (dazu ÄAntr GRÜNE und SPD) S. 29-31
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762
 Mittlg LReg 22.12.2014 Drs 15/6311

Universitätsmedizin in BW

Situation und geplante Neuregelungen im Bereich der Universitätsmedizin in BW, insbes Regelungswünsche von Seiten der Beteiligten in Bezug auf das Organisations-, Kooperations- und Führungsmodell, die Gewährträgerhaftung sowie die Bauherreneigenschaft; zurückliegende Bauinvestitionen und künftiger Sanierungsbedarf; Regelung der Fach- und Rechtsaufsicht des Landes sowie der Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsräten von Universitätskliniken; Beteiligungen und wirtschaftlicher Erfolg von Universitätskliniken; Zeitplan und Einbeziehung der Ergebnisse des Symposiums vom 26. Oktober 2012 in Ulm und Erfahrungen aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland in die Neuregelungen

GrAnfr CDU 27.02.2013 und Antw LReg Drs 15/3138
 PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4748-4755

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 18 - Bauherrenfunktion der Universitätskliniken für eigene Baumaßnahmen (Kap 1410, 1412, 1415 und 1421)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3818
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4218
 PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
 Mittlg LReg 11.07.2014 Drs 15/5485
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5948
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg LReg 26.03.2015 Drs 15/6683
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6780
 PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr
 s. *Ambulante Behandlung*
 Drs 15/3944

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 18.12.2013 und Stellung-

nahme MWK Drs 15/4523
 BeschlEmpf und Bericht WissA 13.02.2014 Drs 15/4949 (dazu ÄAntr Sabine Kurtz CDU) S. 23-25
 PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Finanzielle Unterstützung durch Elternvereine und private Initiativen im Bereich der Universitätskliniken des Landes

Bedeutung und Umfang der Mitfinanzierung von Universitätskliniken durch private Initiativen und Elternvereine bei medizinischer Ausstattung, Geräteanschaffungen und Forschungsvorhaben, insbes bei der Universitätsklinik Freiburg

KlAnfr Willi Stächele CDU 27.02.2014 und Antw MWK Drs 15/4859

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr Werner Raab CDU 10.04.2014 und Antw MWK Drs 15/5069

Stellung der Universitätsmedizin in Mannheim

Evaluation und wirtschaftliche Situation der fünf baden-württembergischen Universitätskliniken und deren Medizinischer Fakultäten; wissenschaftliche Kompetenz, Qualität der Ärzteausbildung und Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung an der Universitätsmedizin Mannheim

Antr Georg Wacker u.a. CDU 16.05.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5213
 BeschlEmpf und Bericht WissA 19.03.2015 Drs 15/7081 S. 15-18
 PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Universitätsklinikum Ulm - Sicherstellung der finanziellen Liquidität

Maßnahmen zur Sicherstellung der finanziellen Liquidität des Universitätsklinikums Ulm aufgrund überschrittener Gesamtbaukosten für die Gebäude der Chirurgie und Dermatologie

Antr
 s. *Universitätsklinik Ulm*
 Drs 15/5277

Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in Baden-Baden

Hintergründe der Errichtung einer Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in der Innenstadt Baden-Badens, insbes Entstehung einer derartigen Konkurrenzsituation, fehlende Kontaktaufnahme des Universitätsklinikums Freiburg mit dem Klinikum Mittelbaden bzw mit Vertretern der kommunalen Trägerseite im Vorfeld der Eröffnung; Aufforderung an Leitung und Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Freiburg zur Schließung der Repräsentanz in Baden-Baden

Antr
 s. *Universitätsklinik Freiburg*

Drs 15/5546

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr

s. *Zentralinstitut für seelische Gesundheit*

Drs 15/5734

Neubau der Universitäts-Kinderklinik Freiburg

Bauzustand und Neubauplanungen zur Kinderklinik des Universitätsklinikums Freiburg

MdAnfr 5) Jochen Haußmann FDP/DVP 13.04.2015 Drs 15/6690

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7605 7606

Überbelastung der Intensivpflegekräfte

Gewinnung von Pflegefachkräften für die Intensivstationen an den Universitätskliniken in BW; Belastung der Intensivpflegekräfte durch Überstunden; Sicherstellung der Versorgung von Intensivpatienten

KIAnfr

s. *Pflegepersonal*

Drs 15/7907

Kritik an der Verschiebung der rechtlich gebotenen Wahl von Mitgliedern der Gewährträgersammlung für die Universitätskliniken

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 45 83-85

Rückabwicklung des UniversitätsmedizinGes, Neuabstimmung des Kräfteverhältnisses zwischen Universität, Klinikum und Land mit einem neuen Gesetz

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 283 310-315

Hervorhebung der sportmedizinischen Untersuchungszentren an den Universitätskliniken; Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1384 1407

Universitätsklinik Freiburg

Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

Entwicklung der Patientenzahlen in den einzelnen Hochschulambulanzen der Universitätskliniken; finanzielle Auswirkungen für das Land und die GKV durch die Integration der Orthopädischen Klinik und der Lungenfachklinik in Heidelberg in die Universitätsklinik Heidelberg, durch Übernahme des „Zentrums für Brustkrankungen Südbaden“ vom Universitätsklinikum Freiburg und dessen Fusion mit dem Herzzentrum Bad Krozingen; Sicherstellung der Einbindung des Haushaltsgesetzgebers in strukturell bedeutsame Entscheidungen der Universitätsklinika

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/687

Versorgung von Cluster-Kopfschmerz-Patienten in BW

Stand der Stellenausschreibung und -besetzung der Stelle des Leiters des Clusterkopfschmerz-Competence-Centers am interdisziplinären Schmerzzentrum der Universitätsklinik Freiburg; Einrichtung eines Kompetenzzentrums in BW zur Verbesserung der Versorgungsstruktur für chronisch kopfschmerzkranken Patienten

KIAnfr

s. *Schmerztherapie*

Drs 15/804

Entwicklung der Beschäftigungssituation an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Zahlen und Entwicklung der Beschäftigungssituation an den Universitätskliniken, insbes Budgetkürzung an der Universitätsklinik Freiburg und deren Konsequenzen für die Beschäftigten; Anteil der Universitätskliniken an der ambulanten Versorgung und der akademischen Weiterbildung; Übernahme der durch die studentische Ausbildung bedingten Verzögerungskosten durch das Ministerium

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/3134

Analyse zur Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“

Erkenntnisse aus der durch den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) initiierten und vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) geförderten Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“ über systemisches bzw systematisches Doping in BW, insbes Bewertung der Doping-Versuche am Universitätsklinikum Freiburg und politische Konsequenzen

Antr

s. *Doping*

Drs 15/3954

Finanzielle Unterstützung durch Elternvereine und private Initiativen im Bereich der Universitätskliniken des Landes

Bedeutung und Umfang der Mitfinanzierung von Universitätskliniken durch private Initiativen und Elternvereine bei medizinischer Ausstattung, Geräteanschaffungen und Forschungsvorhaben, insbes bei der Universitätsklinik Freiburg

KIAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/4859

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KIAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/5069

Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in Baden-Baden

Hintergründe der Errichtung einer Repräsentanz des Universitätsklinikums Freiburg in der Innenstadt Baden-Badens, insbes Entstehung einer derartigen Konkurrenzsituation, fehlende Kontaktaufnahme des Universitätsklinikums Freiburg mit dem Klinikum Mittelbaden bzw mit Vertretern der kommunalen Trägerseite im Vorfeld der Eröffnung; Aufforderung an Leitung und Aufsichtsrat des Universitätsklinikums Freiburg zur Schließung der Repräsentanz in Baden-Baden

Antr Tobias Wald u.a. CDU 24.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5546

BeschlEmpf und Bericht WissA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 10

PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Abschluss der Evaluierungskommission Sportmedizin und Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Maßnahmen zur Aufklärung der Dopingvergangenheit in der Sportmedizin, insbes Ergebnisse der Evaluierungskommission Sportmedizin, Ziel der Einrichtung einer Forschungsstelle Sportmedizin an der Universität Freiburg

Antr

s. *Doping*

Drs 15/5934

Ergebnisse der „Unabhängigen Gutachterkommission zur Evaluierung Rehabilitative und Präventive Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg“

Sachstand zur Aufklärung der Vorgänge an der Sportmedizin des Universitätsklinikums Freiburg, insbes Arbeit und bisherige Ergebnisse der unabhängigen Gutachterkommission, Zielvorstellungen der Kommissionsarbeit, Umfang bisher nicht ausgewerteter Unterlagen, Schlichtung zwischen Untersuchungskommission und Universität, Zeitplan und Maßnahmen zur raschen und vollständigen Aufklärung der Doping-Vorwürfe

Antr

s. *Doping*

Drs 15/6316

Neubau der Universitäts-Kinderklinik Freiburg

Bauzustand und Neubauplanungen zur Kinderklinik des Universitätsklinikums Freiburg

MdlAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/6690

Erinnerung an den Fall des Unfallchirurgen und an die Dopingfälle an der Universitätsklinik Freiburg

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 653

Universitätsklinik Heidelberg

s.a. *Klinikum Mannheim*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 - Beitrag Nr. 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens

Stand der Durchsetzung von Forderungen und Schadensregulierung nach der Eingliederung der Stiftung Orthopädische Univer-

sitätsklinik Heidelberg in das Universitätsklinikum

Stand der Durchs

s. *Fachkrankenhaus*

Drs 15/224

Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes

Entwicklung der Patientenzahlen in den einzelnen Hochschulambulanzen der Universitätskliniken; finanzielle Auswirkungen für das Land und die GKV durch die Integration der Orthopädischen Klinik und der Lungenfachklinik in Heidelberg in die Universitätsklinik Heidelberg, durch Übernahme des „Zentrums für Bruststerkrankungen Südbaden“ vom Universitätsklinikum Freiburg und dessen Fusion mit dem Herzzentrum Bad Krozingen; Sicherstellung der Einbindung des Haushaltsgesetzgebers in strukturell bedeutsame Entscheidungen der Universitätsklinik

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/687

Zukunft der Universitätsmedizin Mannheim

Bedeutung und Fortführung der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg in Mannheim als Vollfakultät; Einschätzung des Mannheimer Reformierten Curriculums Medizin für die Medizinerausbildung; Bewertung des Gutachtens einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des Denkschriftbeitrags des RH zur Kostenerstattung der Universität Heidelberg an das Klinikum Mannheim, Geltendmachung nachträglicher Rückforderungen? Gründe für den Rücktritt des Dekans in Mannheim

Antr

s. *Klinikum Mannheim*

Drs 15/2232

Übernahme des Kreiskrankenhauses Bergstraße in Heppenheim (Hessen) durch das Universitätsklinikum Heidelberg

Frage nach der Einbindung in die o.g. Übernahme, den Chancen und Risiken sowie Auswirkungen auf die Krankenhausversorgung in der Region

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 15/2538

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg

Verfahren zur Neubesetzung der Stelle der Ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg im Jahr 2011; Qualifikationen, Unbescholtenheit und Amtsführung der derzeitigen Stelleninhaberin, insbes Erkenntnisse über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen diese; Kenntnisse und Vorgehen des Ministeriums gegen eventuelle Missstände am Institut für Rechtsmedizin

Antr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/3860

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit

Trauma-Ambulanzen

KlAnfr

s. *Ambulante Behandlung*

Drs 15/3944

Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg; offen gebliebene Fragen

Zeitpunkte von Rechtshandlungen und rechtliche Folgen im Zuge des Berufungsverfahrens zur Neubesetzung der Stelle der ärztlichen Direktorin des Instituts für Rechts- und Verkehrsmedizin am Universitätsklinikum Heidelberg zum 1. März 2011, insbes Offenlegung anhängiger staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, Meldung bei der Landesärztekammer, Berechtigung zur Führung des Titels „Fachärztin für Rechtsmedizin“ und der Weiterbildungsbefugnis für dieses Fachgebiet; Kenntnisse und Aktivitäten der Wissenschaftsministerin zum Berufungsverfahren; Einsichtnahme des Ltg in die maßgeblichen Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu diesem Vorgang in vertraulicher Sitzung

Antr

s. *Stellenbesetzung*

Drs 15/4135

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/5069

Universitätsklinikum Heidelberg - Unfall- und Wiederherstellungschirurgie

Versorgungskonzepte für Akutverletzte am Universitätsklinikum Heidelberg, insbes Standort der Unfallchirurgie; Lehrstuhl für Unfall- und Wiederherstellungschirurgie an der Universität

KlAnfr

s. *Unfallmedizin*

Drs 15/5261

Universitätsklinik Mannheim

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege

ge von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/5069

Stellung der Universitätsmedizin in Mannheim

Evaluation und wirtschaftliche Situation der fünf baden-württembergischen Universitätsklinik und deren Medizinischer Fakultäten; wissenschaftliche Kompetenz, Qualität der Ärzteausbildung und Wirtschaftlichkeit der Krankenversorgung an der Universitätsmedizin Mannheim

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/5213

Universitätsklinik Tübingen

Gewaltambulanzen und ihre Bedeutung für Opfer von Sexual- und/oder Gewaltdelikten

Beweissicherung bei Opfern von Gewalt, insbes bei häuslicher Gewalt, Verdacht auf Kindesmisshandlung, Kindesmissbrauch, Vergewaltigung und Gewalt an älteren Menschen; Erfahrungen der Gewaltambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg und ähnlicher Einrichtungen in anderen Bundesländern; Übertragung der Konzeption einer Gewaltambulanz auf andere Universitätskliniken wie z.B. dem Universitätsklinikum Tübingen; Überweisung des Opfers an weitere Ärzte; Kooperation mit Trauma-Ambulanzen

KlAnfr

s. *Ambulante Behandlung*

Drs 15/3944

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 15/5069

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 20 - Projektsteuerung bei Hochbauvorhaben des Landes (Kap 1208, 1415, 1421 und 0702)

Mittlg RH

s. *Bauverwaltung*

Drs 15/5420

Universitätsklinik Ulm

Verkehrsinfrastruktur in der Verantwortung des Landes im Zusammenhang mit der Wissenschaftsstadt Ulm

Vorgesehene Parkplätze, Parkhäuser u.a. Maßnahmen für den ruhenden Verkehr nach dem Neubau der Chirurgischen Klinik des

Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg; geplante Gebührenregelung für die Nutzung der Stellplätze; Planungsstand für die neue Straßenbahnlinie auf den Oberen Eselsberg; Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/32

Deutsche Zentren für Gesundheitsforschung - Partnerstandorte in BW

Internationaler Stellenwert der Gesundheitsforschung in BW, Darstellung des Nutzens aus dem o.g. Förderprogramm des Bundes und des Mehrwerts für die geförderten Einrichtungen über die direkten Mittelzuflüsse hinaus, Sicherung der Wirkungen des Programms auch nach Ende der Förderperiode 2015; Maßnahmen zur strukturellen Stärkung des Standorts der Universität und Universitätsmedizin Ulm

Antr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 15/264

Nachhaltiger Ausgleich struktureller Defizite des Wissenschaftsstandorts Ulm

Darlegung o.g. Defizite im Vergleich zu anderen Standorten und Abhilfemaßnahmen im Nachgang zu Drs 14/7321; Unterstützung des Ausbaus der außeruniversitären Forschung und der Vernetzung von Universität und Klinikum, der Schaffung von zusätzlichen Forschungsflächen und Kapazitäten für die biomedizinische Forschung und Tierforschung

Antr
s. *Ulm*
Drs 15/761

Barrierefreiheit in den fünf baden-württembergischen Unikliniken Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Ulm

Art der gegenwärtig in den Universitätskliniken vorhandenen Barrieren; finanzieller Aufwand zur Erreichung einer barrierefreien Ausstattung; Höhe der für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplänen 2012 und 2013 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Haushaltsmittel; Informationsangebote zur fachlichen und baulichen Ausstattung der Universitätskliniken für Patienten mit schweren Behinderungen und ihre Angehörigen oder Betreuer; Sicherung einer Regelversorgung von Patienten mit schweren und mehrfachen Behinderungen; Berücksichtigung des Mehraufwands bei der Behandlung und Pflege von Menschen mit Mehrfachbehinderungen im Fallpauschalensystem

KlAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/5069

Universitätsklinikum Ulm - Sicherstellung der finanziellen Liquidität

Maßnahmen zur Sicherstellung der finanziellen Liquidität des Universitätsklinikums Ulm aufgrund überschrittener Gesamtbaukosten für die Gebäude der Chirurgie und Dermatologie

Antr Karl Klein u.a. CDU 30.05.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5277
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 57
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 20 - Projektsteuerung bei Hochbauvorhaben des Landes (Kap 1208, 1415, 1421 und 0702)

Mittlg RH
s. *Bauverwaltung*
Drs 15/5420

Universitätsklinik-Gesetz

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung von § 6 des Universitätsklinik-Gesetzes in der Fassung vom 22. November 2011

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Universitätskrankenhaus

s. *Universitätsklinik*

Universitätsmedizin

s. *Universitätsklinik*

Universitätsmedizingesetz

s. *Hochschulrecht*

Universitätsprofessor

s. *Professor*

Universitätsrecht

s. *Hochschulrecht*

University of applied sciences

s. *Fachhochschule*

Unkrautbekämpfung

Ambrosia-Pflanze in BW

Herkunft und Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze in BW sowie ausgelöste Allergien; Maßnahmen und Programme von Land, Bund und Europäischer Union zur Eindämmung der Ausbreitung der Traubenkräuter

Antr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/3946

Wasserkreuzkraut auf Landschaftspflegeflächen im Wurzacher Ried

Gefahren für landwirtschaftliche Nutztiere bei der Grünlandwirtschaft; Bekämpfung des Wasserkreuzkrauts mithilfe von Herbiziden; Abgeltung des bei der Bekämpfung der Pflanze entstehenden Aufwands; Maßnahmen zur Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung des Wasserkreuzkrauts in der Region Wurzacher Ried

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/8103

Unkrautbeseitigung

s. *Unkrautbekämpfung*

Unkrautvernichtung

s. *Unkrautbekämpfung*

Unlingen

Ortsumfahrung Unlingen im Zuge der B 311

Verkehrssituation und Verkehrsbelastung der Gemeinde Unlingen; Einschätzung des Entlastungseffekts durch eine Ortsumfahrung; veranschlagte Kosten; Rang der Maßnahme in der Priorisierungsliste der planfestgestellten und baureifen Bundesfernstraßenprojekte, Kosten-Nutzen-Faktor

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/2416

Unmittelbare Demokratie

s. *Direkte Demokratie*

UNO

s. *Vereinte Nationen*

Unsichere Beschäftigung

s. *Atypische Beschäftigung*

Unterbringung

s.a. *Elektronische Überwachung von Straftätern*

s.a. *Haftraum*

s.a. *Maßregelvollzug*

s.a. *Psychiatrische Einrichtung*

s.a. *Unterbringungsgesetz*

s.a. *Unterkunft*

Schreiben des BVerfG vom 26.05.2011, Az.: 2 BvR 633/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs 1 Satz 1, § 15 Abs 1 Unterbringungsges wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation im Maßregelvollzug

im Maßregelvoll

s. *Medizinische Versorgung*

PIPr 15/6 S. 119

Umsetzung des TherapieunterbringungsGes in BW

Zahl der aus Sicherungsverwahrung entlassenen und polizeilich überwachten Personen, Zahl und Ergebnis von gestellten Anträgen auf Unterbringung nach der o.g. Rechtslage; Verhältnis zwischen Strafvollzug, Unterbringung im Maßregelvollzug und nach dem TherapieunterbringungsGes; Stand der Suche nach einer Unterbringungseinrichtung

Antr

s. *Therapieunterbringungsgesetz*

Drs 15/267

Therapieunterbringung im Psychiatrischen Zentrum Nordbaden

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit

im PZN nach dem Therapieunterbringungsgesetz: Zustandekommen der Entscheidung und Beteiligte an der Entscheidungsfindung, Art und Zeitpunkt der Kommunikation der Entscheidung gegenüber den Bürgern und dem Gemeinderat der Stadt Wiesloch, Bestätigung der Entscheidung als Übergangslösung?

Antr Karl Klein u.a. CDU 16.12.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/1027

BeschlEmpf und Bericht SozA 01.03.2012 Drs 15/1538 S. 27-29

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Aktueller Stand der Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit in der Maßregelvollzugseinrichtung des Zentrums für Psychiatrie in Wiesloch, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen und Räumlichkeiten im PZN; Frage nach dem sozialtherapeutischen Konzept zur Durchführung des Therapieunterbringungsvollzugs sowie nach der Einbringung des angekündigten Therapieunterbringungsvollzugsgesetzes

Antr

s. *Therapieunterbringungsgesetz*

Drs 15/1028

Haushalt 2012; Epl 09

Erstattung der Kosten für die Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes

Haushalt

s. *Therapieunterbringungsgesetz*

Drs 15/1109

Zwangsweise Unterbringung und Zwangsbehandlung in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen seit 2007 und Möglichkeiten zu deren Reduzierung; Umgang mit einem Verbot der (psychiatrischen) Zwangsbehandlung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, Frage nach einer gesetzlichen Neuregelung

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/1767

Unterbringung im Einzel- und Doppelzimmer in Wohnheimen bei Behindertenwerkstätten

Anzahl der bestehenden Einzel- und Doppelzimmer; bisherige Regelungen des Landesheimgesetzes und Bezuschussungspraxis; geplante Änderungen bei der Neufassung des Landesheimgesetzes hinsichtlich der Ausstattung der Wohnheime mit Einzel- und Doppelzimmern; Übergangsfristen; Förderprogramm zur Umgestaltung und Erweiterung bestehender Einrichtungen und zum Bau neuer Wohnheime

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 19.12.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2823

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2013 Drs 15/3398 S. 76 77

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw LReg 23.04.2013 Drs 15/3408 (16 S.)

1. Beratung PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4181-4185
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2013 Drs 15/3588
2. Beratung PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4320-4323
GesBeschl 20.06.2013 Drs 15/3668
GBI 2013 Nr. 9 S. 157 158 (Ges vom 02.07.2013)

Gesetz über den Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Regelung des Vollzugs der Therapieunterbringungen von psychisch gestörten Sexual- und Gewalttätern in BW aufgrund des Therapieunterbringungsgesetzes (ThUG) des Bundes vom 22. Dezember 2010

GesEntw
s. *Therapieunterbringungsvollzugsgesetz*
Drs 15/3643

Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz - PsychKHG)

Verbindliche Sicherstellung der Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung und Stärkung der Rechtsstellung psychisch kranker oder behinderter Personen, insbes Gewährleistung der ambulanten Grundversorgung durch die sozialpsychiatrischen Dienste, Etablierung unabhängiger Informations-, Beratungs- und Beschwerdestellen auf Kreisebene, Einrichtung einer übergeordneten unabhängigen Ombudsstelle auf Landesebene, Regelung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und des Maßregelvollzugs

GesEntw
s. *Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz*
Drs 15/5521

Unterbringung von Abschiebehäftlingen

Situation bei der Unterbringung von Abschiebehäftlingen in BW, insbes benutzte Einrichtungen, Zahl der Haftplätze, Verfahrensablauf, Bedarf an Abschiebeplätzen; Durchsetzung der Abschiebung von Personen ohne Abschiebehindernis

Antr
s. *Abschiebungshaft*
Drs 15/6114

Unterbringung der Sicherungsverwahrten in Freiburg, Notwendigkeit von mehr Therapie

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1293 1294 1298

Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Unterbringungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausgesetzes BW

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw
s. *Unterbringung*
Drs 15/3408

Unterer Neckar, Region

s.a. *Neckar-Odenwald-Kreis*

s.a. *Rhein-Neckar-Kreis*

Ausbau des Bahnknotens Mannheim

Auswirkungen der Streichung des Bahnknotens und der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Projekte in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/1120

Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim

Auswirkungen der Streichung der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Stand der Planfeststellung bei den einzelnen Abschnitten; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Neubaustrecke in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/1122

Güterverkehr aus der Schweiz (Neue Eisenbahn-Alpentransversale - NEAT) und Auswirkungen auf den Rhein-Neckar-Raum

Auswirkungen des zusätzlichen Güterverkehrs aus dem Gotthard-Tunnel ab Ende 2016 im Bereich der Main-Neckar-Bahn und auf den Schienennahverkehr durch die Nutzung der vorhandenen Trassen, Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, Frage nach Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Kommunen

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2082

Belastungen von Bürgerinnen/Bürgern und Umwelt durch den Großbrand in Ludwigshafen

Umweltbelastung in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des Brandes auf dem Gelände einer Spedition in der Ludwigshafener Hafenstraße am 22. Juni 2013; Auskunft über die freigesetzten Stoffe und Verbindungen; Gesundheitsgefährdung; Messungen der Schadstoffbelastung; Warnung und Information der Bevölkerung über Gesundheitsrisiken; Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche insbes der Anwohner; Zusammenarbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar

KIAnfr
s. *Brand*
Drs 15/3744

Rechtsextreme Aktivitäten und Gruppierungen in der Metropolregion Rhein-Neckar

Sachstand zur Entwicklung der Aktivität rechtsextremer Gruppierungen und Organisationen in der Metropolregion Rhein-Neckar, insbes begangene Straftaten, Verbindungen zur Hooligan- oder Rocker-Szene, Aktivität der rechten Musikszene; Prävention und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit

Antr
s. *Rechtsextremistische Organisation*
Drs 15/6523

Unterführung

s.a. Tunnel

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. Brücke
Drs 15/5760

Unterhaltsleistung

s. *Unterhaltungspflicht*

Unterhaltungspflicht

Angebotsentwicklung in der Pflege

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen, der Angebote und Inanspruchnahme von ambulanten Diensten, teilstationären und stationären Einrichtungen seit 2001; Anteil von privaten Anbietern, von Selbstzahlern sowie von Menschen mit dem Bezug von Leistungen der Hilfe zur Pflege; Umfang der Heranziehung unterhaltungspflichtiger Angehöriger; Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt sowie mit vergleichbaren Ländern

Antr
s. Pflege
Drs 15/350

Durchführung des Unterhaltungsvorschussgesetzes in BW

Zahl und Ergebnisse der Verfahren nach dem Unterhaltungsvorschussgesetz seit 2006, personelle Ausstattung der Jugendämter in den Stadt- und LKreisen zur Durchsetzung der Unterhaltungsverpflichtung säumiger Unterhaltsschuldner bzw zur Rückgriffnahme für geleisteten Unterhaltungsvorschuss, Erleichterung der Beitreibung von Unterhaltspflichten im Ausland durch erweiterte europäische Auskunftsrechte; Erwartung von Verbesserungen durch das Unterhaltungsvorschussentbürokratisierungsgesetz des Bundes?

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 20.04.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1590
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.06.2012 Drs 15/2351 S. 68-70
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691
Mittlg LReg 14.02.2013 Drs 15/3065

Unterhaltungspflicht unter Verwandten

s. *Unterhaltungspflicht*

Unterhaltsverpflichtung

s. *Unterhaltungspflicht*

Unterhaltungsvorschuss

s. *Unterhaltungspflicht*

Unterhaltszahlung

s. *Unterhaltungspflicht*

Unterhaltungsautomat

s. *Spielautomat*

Unterkunft

s.a. *Obdachlosigkeit*
s.a. *Unterbringung*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 17: Personalunterkünfte der Zentren für Psychiatrie

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/236
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 12.12.2011 Drs 15/1009
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 01.03.2012 Drs 15/1333
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698
Mittlg LReg 20.12.2013 Drs 15/4538 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4588
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433
Mittlg LReg 19.12.2014 Drs 15/6301
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6371
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290
Mittlg LReg 11.12.2015 Drs 15/7775
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7975
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072
Mittlg LReg 09.08.2016 Drs 16/414
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2016 Drs 16/606
PIPr 16/14 13.10.2016 S. 652-654

Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Inanspruchnahme und Bezuschussung von Jugendwohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung, Vergleich mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel für das Schuljahr 2011/12; Entwicklung eines tragfähigen Konzepts im Dialog mit den Beteiligten unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquetekommission

Antr
s. *Wohnheim*
Drs 15/438

Rahmenbedingungen der Unterbringung von Asylbewerbern und Grundlagen für deren Integration im Falle des Erhalts eines Aufenthaltstitels in BW

Kriterien für die Unterbringung von Flüchtlingen in BW; Quoten/Verteilungsschlüssel für die Zuweisung auf LKreise bzw Kommunen; Angaben zur Gruppengröße und der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in den Gemeinschaftsunterkünften; die zehn größten Standorte und ihre spezifischen Probleme; Anforderungen an die Lage, Größe und Ausstattung künftiger Gemeinschaftsunterkünfte; Angebot an Sprach- und Integrationskursen; berufliche Ausbildung insbes junger Asylbewerber, um Fachkräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/501

Haushalt 2012; Epl 04

Anhebung der Bezuschussung von Wohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung

Haushalt
s. *Wohnheim*
Drs 15/1104

Aktuelle Herausforderungen bei der Unterbringung von Asylbewerbern

Entwicklung der Zahlen von Asylbewerbern in den letzten und kommenden Jahren; Höhe und Träger der Mehrkosten, insbes auch durch die beabsichtigten Veränderungen bei den Unterbringungsstandards und die steigenden Zugangszahlen; Abgeltung der Mehrkosten für die Stadt- und LKreise nach dem Konnexitätsprinzip; Bereitstellung von frei werdenden Grundstücken und Gebäuden des Landes und Bundes, insbes von Kasernen

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/1414

Schutz minderjähriger Asylbewerber

Zahl von illegal eingereisten Jugendlichen und Kindern seit 2000, die ohne Eltern Asyl beantragt haben; Umsetzung der Schulpflicht und Betreuung dieser Personen, Unterbringung und Höchstverweildauer in Sammelunterkünften

Antr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/1660

Auswirkungen des Bundesverfassungsurteils vom 18.07.2012 auf BW - Lebensunterhalt, Leistungsgewährung und Unterbringung für Flüchtlinge

Auswirkungen des o.g. Urteils zu den existenzsichernden Geldleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zahl der Leistungsberechtigten und Höhe der zusätzlichen Kosten und nachträglichen Leistungen, Art und Zeitrahmen der rechtlichen Neuregelungen und nachträglichen Leistungsgewährung, Frage nach einer Neubewertung der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/2159

Zustände in der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZASt) in Karlsruhe

Beurteilung der o.g. Situation, insbes der Versorgung mit sanitären Anlagen, Heizung, Möglichkeiten zur Wäschetrocknung und Versorgung der Schulkinder mit Schulmaterialien; Maßnahmen zur Behebung der Mängel und zur Bereitstellung adäquater Unterkünfte für den weiter anwachsenden Flüchtlingszustrom in den Kommunen; Berücksichtigung des Umfelds der neu einzu-richtenden Unterkünfte

KlAnfr
s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/2408

Qualitative Verbesserung der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung

Situation von Flüchtlingen bei der vorläufigen und endgültigen Unterbringung, insbes Daten aus Stadt- und LKreisen; Qualität der Standards bei Sozialbetreuung und Beratung; geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Integration

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/3335

Überplanmäßige Ausgabe bei der Landesaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Karlsruhe (Epl 15 Kap 1503 Tit 75) im Hj 2013

Mittlg LReg
s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/3762

Flüchtlings- und Asylpolitik

Statistiken zu Asylantragstellern und Herkunftsländern sowie Asylanträgen und deren Erfolg; Maßnahmen zum Schutz syrischer Flüchtlinge; vorhandene freie Liegenschaften zur Flüchtlingsunterbringung; Praxis der Kostenerstattung an Kommunen für die Aufwendungen der Flüchtlingsaufnahme; Statistiken zu Aufenthalt und Rückführung zur Ausreise verpflichteter Flüchtlinge; Änderungsbedarf der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik; Maßnahmen gegen Schleuser und Schlepper; Strategie zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern; Resultate der Entwicklungszusammenarbeit; Integrationsmöglichkeiten beruflich qualifizierter Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt; Kriterien einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung; Wege der Verfahrensbeschleunigung

GrAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/4197

Flüchtlingsaufnahme in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der in den letzten sechs Monaten der Stadt Pforzheim und dem Enzkreis zugewiesenen und dort untergebrachten Flüchtlinge; Wunsch nach einer Berücksichtigung des Migrantenanteils und des Beschäftigungsgrads bei der Zuweisung der Flüchtlinge an die LKreise und Kommunen; Beachtung besonderer regionaler Problemstellungen wie in der Integration der irakischen Jesiden in Pforzheim; Einhaltung des Wohn- und Schlafflächenstandards von 4,5 qm bei der Unterbringung; Anmietung von Privatwohnungen für Flüchtlinge; Anstieg des Verwaltungsaufwands und Personalbedarfs in den Landratsämtern; kurzzeitige Personalaufstockung z.B. bei Sozialarbeitern

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/4339

Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften

Ermöglichung einer Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen; Einführung von Mindeststandards für Unterbringungseinrichtungen, insbes Erhöhung der Wohn- und Schlaffläche in den Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung, Verkürzung der Dauer der vorläufigen Unterbringung in den Kreisen sowie Einräumung größerer Spielräume bei der Versorgung der untergebrachten Personen für die unteren Aufnahmebehörden; Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Erstattung der Mehrkosten für nachträglich zu gewährenden Geldleistungen der Stadt- und LKreise nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 15/4352

Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4638

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4921

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Person; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/4959

Flüchtlingsunterbringung im Rems-Murr-Kreis

Zahlen der zugewiesenen Flüchtlinge im Rems-Murr-Kreis; Ausgestaltung und Probleme der Flüchtlingsunterbringung

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/5280

Notfallplan für Landeserstaufnahmestelle

Maßnahmen und Notfallpläne für Zeiten kurz- und mittelfristiger Schließung der Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe, insbes Zeiträume der Schließungen seit 2011 aufgrund von Epidemien, alternative Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten zur Durchführung des Asylverfahrens

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5513

Flüchtlingserstaufnahme im Land sicherstellen

Situation und Zukunft der Flüchtlingserstaufnahme in BW, insbes Auslastung und Verweildauer in der Landeserstaufnahmestelle in Karlsruhe, Unterschreitung der Wohn-, Schlaflflächen- und Hygienestandards, Nutzung der Ausnahmeregelung im Flüchtlingsaufnahmegesetz, künftiger Bedarf an Unterbringungsplätzen, Einrichtung einer zweiten Erstaufnahmeeinrichtung

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5515

Asylbewerber und Flüchtlinge in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge, insbes von landeseigenen Immobilien und Immobilien der beiden großen Kirchen; Lösung des Konflikts bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Tauberbischofsheim

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/5533

Privatunternehmen als Dienstleister in Landeserstaufnahmeeinrichtungen des Landes BW

Art der bei der Unterbringung und sozialen Betreuung von Flüchtlingen von Dritten erbrachten Leistungen; Höhe der seit 2011 für solche Dienstleistungen aufgewendeten Mittel; Anzahl der in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen als Dienstleister tätigen Privatfirmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Überprüfung des eingesetzten Personals; Erfordernis des Einsatzes privater Dienstleister in Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen

Antr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/5796

Flüchtlingsaufnahme in BW

Sachstand bei der Flüchtlingsaufnahme in BW, insbes Aufnahmezahlen der Landeserstaufnahmestelle, Kapazitäten und Auslastung der Erstaufnahmestellen in anderen Bundesländern, Schaffung vorübergehender Aufnahmemöglichkeiten, Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten, Asylbewerber aus Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina), durchgeführte Rückführungen, Richterstellen zur Bearbeitung von Asylverfahren; monatliche Berichterstattung an den Landtag

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/5867

Neuorganisation der Zuständigkeiten bei Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien

Sachstand zur Neuorganisation der Zuständigkeiten bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien, insbes Arbeitsbelastung, Personalsituation, Bereitstellung von zusätzlichen Personal- und Sachmitteln

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6700

Zuteilung von Flüchtlingen an die Kreise zur vorläufigen Unterbringung in Standorten mit einer Landeserstaufnahmeeinrichtung

Reduzierung der Zuteilungsquote von Flüchtlingen zur vorläufigen Unterbringung in Kreisen mit Landeserstaufnahmeeinrichtungen, insbes in Ellwangen und Schwäbisch Hall

MdlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/6814

Situation der syrischen Flüchtlinge in BW

Sachstand zur Situation syrischer Flüchtlinge in BW, insbes Zahlen, Unterbringungsbedingungen, Hilfe bei Ausbildungs- oder Arbeitsstellensuche, Sprachkursangebot, Schulbesuch, Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/6871

Die Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge (BEA) und die Situation der geplanten Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) im Regierungsbezirk Freiburg

Sachstand zur Standortauswahl und Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, insbes Vorgehensweise am Standort Villingen-Schwenningen; Planungsstand zur Eröffnung der Landeserstaufnahmeeinrichtung im Regierungsbezirk Freiburg

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7120

Tätigkeiten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. im Enzkreis

Sachstand zu Aktivitäten der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. in BW und im Enzkreis bei der Suche nach Unterkunftsmöglichkeiten für Flüchtlinge bzw Asylbewerber

KlAnfr
s. *Freiwilligenagentur*
Drs 15/7276

Einrichtung einer Erstaufnahmestelle in Donaueschingen

Sachstand zu Planungen für die Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle oder einer bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Donaueschingen

KlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7288

Unterbringung von Flüchtlingen in der Halle 6 der Messe Sinsheim

Sachstand zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen in der Messehalle 6 in Sinsheim

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7327

Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu Maßnahmen der Konfliktvermeidung in Flüchtlingsunterkünften, insbes Erstellung und Übersetzung von Hausordnungen, Sanktionsmöglichkeiten, Deeskalationsschulungen für Mitarbeiter der Einrichtungen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 26.08.2015 und Antw IntM Drs 15/7343

Flüchtlingsunterbringung in Herrenberg

Sachstand zur möglichen Einrichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in einem Firmenschulungszentrum in Herrenberg, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Zeitraum der Unterbringung, Kosten

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7353

Baurechtliche Erleichterungen zur Realisierung von Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zu geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung baurechtlicher Verfahren zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, insbes Änderungen in der Landesbauordnung

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7381

Verantwortlichkeit der LReg zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in BW

Aufgabenwahrnehmung bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation im Geschäftsablauf der zuständigen Ministerien; Maßnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, insbes bei Kriminalitätsbekämpfung und Brandschutz

MdlAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7399

Einrichtung einer Bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau

Sachstand zur beabsichtigten Nutzung der früheren Japanischen Schule Toin Gakuen in Bad Saulgau als bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung

MdlAnfr
s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*
Drs 15/7399

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7421

Flüchtlingsunterbringung in Hardheim, Neckar-Odenwald-Kreis

Sachstand zur Flüchtlingsunterbringung in der bedarfsorientierten Erstaufnahmestelle in Hardheim, insbes Anzahl der Flüchtlinge, Verteilungskriterien für Erstaufnahmeeinrichtungen, Erhöhung der Polizeipräsenz

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7423

Umgang mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Flüchtlingsunterbringung

Sachstand zum effektiven Einsatz ehrenamtlicher Helfer bei der Flüchtlingsunterbringung, insbes Vermeidung von Doppelarbeit, Aufwand und Kosten für den Zeltaustausch bei der Unterbringung in Neuenstadt am Kocher

Antr
s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/7431

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen/Asylbewerbern sowie Situation in Patrick Henry Village (PHV) Heidelberg

Sachstand zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Durchführung und Befunde der medizinischen Erstuntersuchungen, medizinische Weiterversorgung, Schutz der ehrenamtlichen Helfer vor gesundheitlichen Risiken, Gewährleistung der kurzen Verweildauer im Patrick Henry Village in Heidelberg

Antr

s. *Medizinische Versorgung*

Drs 15/7434

Verfügbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen

Sachstand zu Verfüg- und Nutzbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen, insbes aktueller Gebäudeleerstand, Gebäudeangebote der Kirchen

KlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/7448

Energieeffizienzvorgaben für Flüchtlingsunterkünfte

Sachstand zu Ausnahmen und Befreiungen von Energieeffizienzvorgaben bei der Schaffung von Wohnraum für Asylbewerber in Bestandsgebäuden und Neubauten

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7450

Berichterstattung über besondere Vorkommnisse in Flüchtlingsunterkünften

Sachstand zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Straftaten oder sonstige besondere Vorkommnisse in oder im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften im Vergleich zu sonstigen Vorkommnissen

KlAnfr Thomas Blenke CDU 07.10.2015 und Antw IM Drs 15/7485

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingseinrichtungen; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 19.10.2015 und Antw IM Drs 15/7591

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr

s. *Privatisierung*

Drs 15/7621

Regierungsbefragung

Flüchtlingsunterbringung in BW

s. *Flüchtlingsunterbringung*

PIPr 15/140 S. 8379

Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zur Praxis der Kostenerstattung für Kommunen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme und Flüchtlingsunterbringung, insbes bei den Personal- und Sachkosten im Zusammenhang mit den Erstaufnahmeeinrichtungen

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7712

Flüchtlingsituation im Main-Tauber-Kreis

Zahl und Zusammensetzung der im Main-Tauber-Kreis untergebrachten Flüchtlinge; Anerkennungsquote; Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern; Auslastung der bestehenden Flüchtlingsunterkünfte; Bedarfsplanung; Anzeigen und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Flüchtlingen; Art der Delikte

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 15/7719

Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung auf Ebene der Kommunen

Sachstand zur mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Vereinbarung über den Ersatz der den Kommunen aus der Flüchtlingsunterbringung entstehenden Kosten, insbes Festlegungen für die Abrechnungsmodalitäten

Antr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/7736

Sachstandserhebung zu seit 24. Oktober 2015 geltenden Änderungen des Asylrechts in BW

Einreise und Registrierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem 1. Januar 2015; Aufnahmekapazität der Landeserstaufnahmestellen; durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in den Erstaufnahmestellen; Einrichtung sogenannter Registrierungszentren; Umlegung der Bundesmittel auf die Kommunen; baurechtliche Erleichterung der Flüchtlingsunterbringung; durchschnittliche Dauer und Kosten der Asylverfahren; Rückführung der Personen nach erfolglosen Asylanträgen; Duldungen; Aufstockung der Integrationskurse; Vermittlung von Deutschkenntnissen und Grundwerten

GrAnfr

s. *Asylrecht*

Drs 15/7689

Faktische Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen

Sachstand zur Erstattung der faktischen Kosten für die vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadt- und LKreisen, insbes Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden

KlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/7768

Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Frauen in BW
Sachstand über Entwicklung und aktuelle Situation der Aufnahme und Unterbringung von geflüchteten Frauen in Landeserstaufnahmestellen und bedarfsorientierten Erstaufnahmestellen in BW, insbes separate Unterbringung von Schwangeren und Wöchnerinnen, Vor- und Nachsorge von Schwangeren, Möglichkeiten zur Sonderunterbringung für besonders schutzbedürftige Frauen

Antr
s. *Frau*
Drs 15/7788

Flüchtlingssituation im LKreis Böblingen

Anzahl und Unterbringung der Flüchtlinge zum Stichtag 30. November 2015, unterschieden nach staatlicher vorläufiger Aufnahme und kommunaler Anschlussunterbringung; Aufnahmekapazitäten; Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge; Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Herrenberg

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 15/7841

Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (E-WärmeG) zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen
Überlegungen zur Aufhebung oder Suspendierung von Vorschriften des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes zur Ertüchtigung von Gebäuden für die Unterbringung von Flüchtlingen durch den notwendigen Einbau neuer Heizungen, insbes Einsparmöglichkeiten bei Nichtanwendung des EWärmeG

Antr
s. *Heizung*
Drs 15/7856

Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Organisation der Dolmetscherdienste in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und Flüchtlinge des Landes und der Kommunen; Hintergründe zur Einstellung des ehrenamtlichen Dolmetscherdienstes durch die Ulmer Notfallseelsorge; Schaffung von Möglichkeiten der Religionsausübung in den Aufnahmeeinrichtungen

KlAnfr
s. *Dolmetscher*
Drs 15/7950

Verbesserung der Unterbringungsstandards für Flüchtlinge

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1236 1238 1245

Einrichtung von „Fahrradhäusle“ als Unterkünfte im Schwarzwald für Radtouristen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1821

Untermünkheim

Lösungsansätze zur Vermeidung eines Verkehrschaos bei der geplanten Vollsperrung iRd Baumaßnahme B 19 in Untermünkheim, LKreis Schwäbisch Hall

Beschleunigte Durchführung der Baumaßnahmen der Bundesstraße 19 in Untermünkheim; Pläne zur Verkehrslenkung während der mit der Baumaßnahme verbundenen Vollsperrung

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4426

Verkehrssituation und Maßnahmen der LReg durch Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

Planungen zur effektiven Verkehrsführung und Maßnahmen zur Beschleunigung der Bauarbeiten in Bezug auf die Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 19*
Drs 15/6566

Unternehmen

s.a. *Arbeitgeber*
s.a. *Arbeitsstätte*
s.a. *Ausbildungsstätte*
s.a. *Betriebsverlagerung*
s.a. *Existenzgründung*
s.a. *Geschäftsführung*
s.a. *Gewerbe*
s.a. *Handwerk*
s.a. *Kartellrecht*
s.a. *Mittelstand*
s.a. *Öffentliches Unternehmen*
s.a. *Organisationsuntersuchung*
s.a. *Outsourcing*
s.a. *Public Private Partnership*
s.a. *Vorstand*
s.a. *Wettbewerbsrecht*

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/20

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Sicherung der Ausbildungsbereitschaft und -qualität der Unternehmen

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 15/42

Fachkräftemangel

Ausmaß des Fachkräftemangels in ländlichen Regionen, Großbetrieben und im Handwerk; Bindung von qualifizierten Fachkräften im ländlichen Raum durch Kapazitäten an Dualen Hochschulen, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogischen Hochschulen sowie durch Forschungs- und Entwicklungskluster; Verzahnung von regionalen Hochschulen und örtlichen Betrieben zur Fortbildung von Fachkräften

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/84

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner

Inanspruchnahme der EA bei den Kammern und Kommunen von in- und ausländischen Gewerbeanmeldern; Anteil der elektronisch abgewickelten und damit vereinfachten Verfahren, die zu einer Gründung oder Übernahme eines Unternehmens führten; Frage nach einem Vergleich zur Umsetzung der Richtlinie in den einzelnen BLändern

Antr
s. *Einheitlicher Ansprechpartner*
Drs 15/94

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für die Mandate von Mitgliedern der LReg in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/151

Strukturwandel E-Mobilität und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Förderung des Wandels zur E-Mobilität in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern, Einschätzung der Wachstumspotenziale für konventionelle und neue Antriebstechnologien, Beurteilung der Aussagen einer Studie der IHK Region Stuttgart über Defizite der mittelständischen Automobilzulieferindustrie, Maßnahmen zur Verbesserung deren Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers in diese Unternehmen, Hinwirkung auf eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/250

Nutzung des 7. Forschungsrahmenprogramms

Teilhabe des Landes am o.g. EU-Programm im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Möglichkeiten zur Steigerung des Mittelanteils, Unterstützung von interessierten Akteuren bei der Antragstellung; Frage nach einer zunehmenden Verlagerung von Forschungsaktivitäten der Unternehmen nach Asien

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/270

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Verkehr und Infrastruktur und der Staatssekretärin im MVI in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/297

EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit

Auswirkungen der seit Mai geltenden Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den acht (östlichen) EU-Beitrittsstaaten auf Gesellschaft und Wirtschaft in BW; Nutzung als Chance zur Abmilderung des Fachkräftemangels, Unterstützung der Unternehmen zur Gewinnung von neuen Mitarbeitern, Angebot von Hilfestellungen wie z.B. Sprachförderung; Forcierung der Anerkennung beruflicher Abschlüsse und Zertifikate anderer EU-Staaten

Antr
s. *Arbeitskraft*
Drs 15/327

Rohstoffsicherheit

Auswirkungen des Nachfrageanstiegs nach Rohstoffen infolge des weltweiten Wirtschaftswachstums auf die Rohstoffversorgung der Unternehmen im Land; Darstellung der besonders

betroffenen Bereiche und der Unterstützungsmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Rohstoff*
Drs 15/336

Migranten als Unternehmer

Angaben über die unternehmerische Tätigkeit von Ausländern oder Migranten in BW, insbes ihren Anteil an Unternehmensgründungen; Unterschiede im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung hinsichtlich der Häufigkeit von Unternehmensneugründungen, von Voll- und Nebenerwerbsgründungen und der Dauer ihres Fortbestands; Beitrag dieser Unternehmen zum Bruttoinlandsprodukt von BW im Jahr 2010, Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, bevorzugte Branchen; Umfang der Unternehmensgründungen in forschungs- und wissensintensiven Wirtschaftszweigen

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/473

Förderprogramme des Landes für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU)

Volumina und Zuwendungen der o.g. Förderprogramme in den letzten fünf Jahren, gestellte Anforderungen an die Antragsteller und bewilligten Stellen, Art und Ergebnisse der Erfolgswertung; Weiterentwicklung der Programme in Abstimmung mit den Akteuren in der Wirtschaft

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 15/879

Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an Hochschulen in BW

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungsorientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit verbundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstellen und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Industry on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/897

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Markt, der möglichen Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens und der Direktinvestitionen; Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen; Weiterentwicklung der Beziehungen, insbes zur Stadt Moskau; Neuaufgabe der Baden-Württemberg-Tage in Moskau; Ausbau der bestehenden Partnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk

Antr
s. *Russland*
Drs 15/956

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschluss des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg LReg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 15/990

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 23: Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Hochschulen und Universitätsklinik

Mittlg LReg 21.12.2011 Drs 15/1080
 Mittlg MWK 03.04.2012 Drs 15/1544
 Mittlg MWK 03.04.2013 Drs 15/3308
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4219
 Mittlg MWK 20.03.2014 Drs 15/4966
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.05.2014 Drs 15/5144
 PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Mittlg LReg 16.07.2014 Drs 15/5511
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5945
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg MWK 01.04.2015 Drs 15/6703
 Mittlg MWK 29.03.2016 Drs 15/8106 (10 S.)

„Crowdsourcing“, Weg zum digitalen Proletariat?

Beurteilung des in den USA entwickelten Konzepts des Auslagerns einer von Arbeitnehmern erbrachten entgeltlichen Leistung durch eine Organisation/Unternehmen oder Privatperson mittels eines offenen Aufrufs an eine unbekannte Zahl von Akteuren, Darlegung entsprechender Internet-Plattformen und der Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerschutzrechten, Relevanz des Heimarbeitsgesetzes; Ergreifung einer Initiative auf Bundesebene zur Regelung der Teilnahmebedingungen, des Immaterialgüterrechtsschutzes und der Vergütung?

Antr
 s. *Outsourcing*
 Drs 15/1242

Mixed Leadership/Chancengerechtigkeit

Beurteilung der Forderung nach einer Frauenquote in Führungspositionen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in landesbeteiligten Unternehmen und in der freien Wirtschaft; Erfahrungen mit den kommunalen Frauenförderplänen und dem Chancengleichheitsgesetz im öffentlichen Dienst; Koordination der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Unternehmen; Programme zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen nach der Familienphase; Angebot von Mitteln aus dem Grunderwerbsteueraufkommen als Anreiz für Betriebskindergärten von Unternehmen

Antr
 s. *Gleichberechtigung*
 Drs 15/1286

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für das Mandat der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst als Mitglied und Vorsitzende des Aufsichtsrats bei der Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH

Antr LReg
 s. *Landesregierung*
 Drs 15/1219

Anforderungen an die Erstellung einer E-Bilanz

Handhabung der mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz eingeführten elektronischen Übermittlung der Jahresabschlüsse an die Finanzverwaltung; Eintreten gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Beseitigung der mit Schreiben von acht großen Wirtschaftsverbänden aufgeführten Kritikpunkte

Antr
 s. *Bilanz*

Drs 15/1370

Compliance - Instrument öffentlicher Corporate Governance und des öffentlichen Auftragswesens

Umsetzung von Compliance (Einhaltung von Vorschriften und Regeln) durch Unternehmen (mit Landesbeteiligung), Entwicklung eines Compliance-Managements bzw von (Überwachungs-)Einrichtungen als Governance-Aufgabe für die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand, Bewertung eines Tarifreuegesetzes als dadurch überflüssig, Übernahme einer Zertifizierung von Compliance-Management-Systemen

Antr
 s. *Geschäftsführung*
 Drs 15/1386

Einsatz von Open-Source-Software in Kommunalverwaltungen und Unternehmen als Wirtschaftsfaktor für BW

Derzeitige Nutzung und Fördermöglichkeiten für die Weiterentwicklung der o.g. freien Software; wirtschaftliche Bedeutung für die baden-württembergische IT-Wirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Bedeutung von Open-Source-Software als Wirtschaftsfaktor für das Land

Antr
 s. *Software*
 Drs 15/1451

Nachteile für Unternehmen aus BW auf dem europäischen Markt wegen geringer Frauenquote

Ausschluss o.g. Unternehmen vom Wettbewerb in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Äußerungen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Positionen der Unternehmensverbände zu einer verbindlichen Frauenquote im Vorstand von Unternehmen; Beurteilung des Handlungsbedarfs bei den auf dem europäischen Markt agierenden Unternehmen, u.a. auch bei denen mit Landesbeteiligung

Antr
 s. *Frau*
 Drs 15/1510

Reform des Europäischen Vergaberechts

Auswirkungen o.g. Regelungsvorschläge der EU-Kommission und des neuen Richtlinienvorschlags für Konzessionen, insbes auf die Bereiche der sozialen Dienstleistungen und der interkommunalen Zusammenarbeit, auf die Rettungsdienste, die Kreditversorgung der Kommunen, auf kleine und mittlere Unternehmen; Auswirkungen der vorgeschlagenen Einbeziehung der Dienstleistungskonzessionen für den Bereich der Daseinsvorsorge; Vereinbarkeit der geplanten Nationalen Aufsichtsstelle mit der föderalen Kompetenzordnung

Antr
 s. *Öffentlicher Auftrag*
 Drs 15/1524

Bericht des MWK zu Beschlüssen des Ltg; hier:

a) zur Denkschrift 2004 des RH zur LHR von BW für das Hj 2002 - Beitrag Nr. 23: Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Hochschulen und Universitätsklinik
 b) zum Landeshochschulgesetz und zum Universitätsklinik-Gesetz

Mittlg MWK 03.04.2012 Drs 15/1544
 Mittlg MWK 03.04.2013 Drs 15/3308
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.11.2013 Drs 15/4219
 Mittlg MWK 20.03.2014 Drs 15/4966
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.05.2014 Drs 15/5144

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
 Mittlg LReg 16.07.2014 Drs 15/5511
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5945
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6760-6762
 Mittlg MWK 01.04.2015 Drs 15/6703
 Mittlg MWK 29.03.2016 Drs 15/8106 (10 S.)

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Bedeutung und Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen, insbes beim Technologietransfer mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen; Steigerung der Innovationsfähigkeiten von Unternehmen durch Förderung von „Unternehmens-Clustern“

GrAnfr
 s. *Demografie*
 Drs 15/1608

Soziale Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl von Mitarbeitern in den Tochterunternehmen der Universitätskliniken seit 2005, Frage nach der Vergütung und Einhaltung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeiten

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.04.2012 und Antw MWK Drs 15/1621

Wirtschaftliche Effekte der Ausgründungen an den Universitätskliniken in BW

Entwicklung der Zahl und Beteiligungsverhältnisse der Tochterunternehmen seit 2002, Planung weiterer Outsourcing-Maßnahmen? Darlegung der Aufgabenerfüllung, des Leistungsbezugs von der Muttergesellschaft und der Kontrollgremien zur Überwachung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Ausgründungen; Frage nach Leitungsfunktionen in Personalunion von Führungspersonal der Universitätskliniken

KlAnfr Martin Rivoir SPD 27.04.2012 und Antw MWK Drs 15/1622

Investitionen baden-württembergischer Industrieunternehmen

Umfang und Ziele der Investitionstätigkeit im In- und Ausland, Einhaltung des Welthandelsabkommens und Ausräumung protektionistischer Investitionshindernisse, Beeinflussung der Investitionsentscheidungen für ausländische Standorte durch Kostennachteile und Fachkräftemangel hierzulande?

KlAnfr
 s. *Investition*
 Drs 15/1636

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Art und Folgen der Umsetzung o.g. Richtlinie im Vergleich zu anderen BLändern, insbes Auswirkungen des Instruments der Genehmigungsfiktion auf die Dauer der Genehmigungsverfahren mit dem Einheitlichen Ansprechpartner; Höhe der Verwaltungskosten beim Land und bei den Kommunen; Auswirkungen von erwünschten Änderungen für die Wirtschaft und Verwaltung

Antr
 s. *Dienstleistung*
 Drs 15/1685

Präqualifikation und „Eigenerklärung“ von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in der öffentlichen Vergabe

Inanspruchnahme und Kosten der Aufnahme von Bauunternehmen in die bundesweite Liste der präqualifizierten Unternehmen; Entlastung von Wirtschaft und Verwaltung durch eine Entbürokratisierung und Kostenvergünstigung der o.g. Verfahren

Antr
 s. *Öffentlicher Auftrag*
 Drs 15/1702

Förderprogramm betrieblich unterstützte Kinderbetreuung

Angebot von Betreuungsplätzen in Unternehmen und von Unternehmen in Kindertageseinrichtungen von öffentlichen oder privaten Trägern am Firmensitz; Frage nach der Inanspruchnahme der Servicestelle des Kommunalverbands für Jugend und Soziales sowie nach steuerlichen Vorteilen für die Unternehmen

KlAnfr
 s. *Kinderbetreuung*
 Drs 15/1708

Bürokratische Adipositas: Subunternehmerpflichten nach dem Landestariftreuegesetz

Durchführende und Gestaltung, Kosten und Kostenträger der Kontrollen von Subunternehmen auf Einhaltung der Verpflichtung zur Tariftreue und Mindestarbeitsentgelt; Begründung der Bindung an ein vertragliches Mindestvolumen des Auftrags; Darlegung der Aufbewahrungsfristen von prüffähigen Unterlagen sowie der vorgesehenen Sanktionen

Antr
 s. *Tarifvertrag*
 Drs 15/1803

Bürgschaften des Landes für kleine und mittlere Unternehmen in der Insolvenz

Entwicklung der o.g. Bürgschaften seit 2002; Rechtsgrundlagen, Voraussetzungen und Entscheidungsträger

Antr
 s. *Bürgschaft*
 Drs 15/1932

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konsequenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie, u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Innovationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr
 s. *Technologie*
 Drs 15/1990

Eigenkapitalanforderung für mittelständische Unternehmenskredite

Auswirkungen von Basel III und deren Umsetzung als EU-Verordnung mit der pauschalen Erhöhung der Eigenkapitalanforderung auf das Kreditgeschäft der Genossenschaftsbanken und Sparkassen mit kleinen und mittleren Unternehmen; Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung von mehr Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite bzw zum Schutz des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft; Bewertung der Bedeutung der Europäischen Bankenaufsicht vor dem Hintergrund der Verabschiedung von Basel III als EU-Verordnung; Eignung des US-Bankensystems mit einer Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken als Modell für Deutschland?

Antr

s. *Kredit*

Drs 15/2055

Innovationspolitik des Landes BW

Grundlagen, Instrumente und Schwerpunkte der Innovationspolitik; Ergänzung der projektorientierten Technologiepolitik durch eine steuerliche Förderung von FuE-Investitionen; Umsetzungsstand der Studie zu technologischen Perspektiven bis 2020; Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung; Erweiterung der Innovationsgutscheine, Einbeziehung der Kreativwirtschaft; Berufung eines ständigen Innovationsrats mit einer periodischen Berichterstattung

GrAnfr

s. *Innovation*

Drs 15/2071

Schutz der Rechte geistigen Eigentums

Verstöße gegen Rechte des geistigen Eigentums von Rechteinhabern mit Sitz in BW und dadurch verursachte finanzielle Schäden, z.B. für Unternehmen durch Produktpiraterie; Durchsetzungsmöglichkeit ihrer Rechte durch Kulturschaffende sowie durch mittlere und kleinere Unternehmen; Maßnahmen zum Schutz des Verbrauchers vor gefälschten Markenprodukten; Beteiligung an der Revision der Richtlinie 2004/48/EG

Antr

s. *Immaterialgüterrecht*

Drs 15/2126

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr

s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*

Drs 15/2161

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr

s. *Innovation*

Drs 15/2163

Umgang des Statistischen Landesamts mit mittelständischen Unternehmen

Einleitung eines Bußgeldverfahrens bei leicht verspäteten Meldungseingängen für die monatliche Binnenhandelsstatistik; Be-

wertung dieser Vorgehensweise und Einleitung einer zeitnahen Änderung dieser Praxis

KlAnfr

s. *Statistik*

Drs 15/2185

Eigenkapitalausstattung von Unternehmen

Auswirkungen von Basel III auf die Anforderungen an Sicherheiten und Eigenanteilen bei Bankkrediten für Unternehmen, insbes für Unternehmensgründungen und Finanzierung betrieblicher Innovationen; Hinwirkung auf eine steuerliche Erleichterung der Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital und Abbau der steuerlichen Benachteiligung von Eigenkapital, z.B. bei der Gewerbesteuer

KlAnfr

s. *Kapital*

Drs 15/2192

Kartellrecht versus Tarifreue

Vereinbarkeit des Entwurfs zum Landestariftreuegesetz mit dem Wettbewerbs-, Kartell- und Datenschutzrecht, insbes der Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Vorlage ihrer Geschäftsunterlagen sowie Verpflichtung dieser zur Einsichtnahme in die Lohn- und Gehaltstarife ihrer Subunternehmer; Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Geltendmachung des Mindestlohns; Gründe für die Wirksamkeit des Tariftreuegesetzes erst bei einem Auftragsvolumen ab 20.000 Euro

Antr

s. *Tarifvertrag*

Drs 15/2532

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern bei börsennotierten Gesellschaften*

Mittlg LReg

s. *Frauenquote*

Drs 15/2787

Bilanzierung und Bewertung des von der Neckarpri GmbH gehaltenen EnBW-Anteils

Veröffentlichung des Bilanzabschlusses der Neckarpri GmbH; Wertgutachten zu den EnBW-Anteilen; ICC-Schiedsklage gegen die Electricite de France SA (EdF)

Antr

s. *EnBW*

Drs 15/2814

Resolution zu Basel III

Verhinderung einer Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihrer Hauptkreditgeber Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht; Ablehnung einer Bankenregulierung, die auf dem Bild einer rein aktienrechtlich und vom Kapitalmarkt geprägten Wirtschaft beruht sowie der jüngsten Aussagen der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die zu einer Kreditverteilung und Kreditverknappung im Mittelstand führen würde; Forderung nach einer nachhaltigen Entlastung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite sowie Umsetzung des in den Trilogverhandlungen erzielten Kompromisses zur Freistellung verbundinterner Beteiligungen vom Eigenkapitalabzug

Antr

s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*

Drs 15/2820

Neue EU-Medizinprodukte-Verordnung

Entwurf der Europäischen Kommission für eine neue EU-Medizinprodukte-Verordnung, insbes erwartete Auswirkungen für die Medizinproduktehersteller in BW und Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

KlAnfr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/3062

Euribor/Libor-Manipulation und die Folgen für den baden-württembergischen Finanzmarkt für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen

Folgen für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen und den Finanzmarkt in BW durch die Euribor/Libor-Manipulation, insbes Schadenshöhe, Klageunterstützung und Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen; Konsequenzen aus der Sonderprüfung der deutschen Finanzaufsicht BaFin; Amtshaftungsansprüche wegen unzureichender staatlicher Kontrolle

KlAnfr
s. *Zins*
Drs 15/3098

Auswirkungen der besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf Unternehmen in BW

Entwicklung der Entlastung stromintensiver Unternehmen nach §§ 40 ff EEG, insbes Auswirkungen und Wettbewerbsperspektiven von Unternehmen aus BW sowie Alternativvorstellungen der LReg

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/3158

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate des Ministers für Kultus, Jugend und Sport in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/3208

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung für die Mandate der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft in den Aufsichtsgremien landesbeteiligter Unternehmen

Antr LReg
s. *Landesregierung*
Drs 15/3330

Entwicklung der Netzentgelte und ihre Umlegung auf die Stromverbraucher

Strompreisentwicklung hinsichtlich der Erneuerbarer Energie- und Netzentgeltumlage; Auswirkung der Befreiung von Unternehmen von der Zahlung der Umlage, insbes Art und Anzahl der profitierenden Unternehmen und Entwicklung der Zahl der befreiten Betriebe; Position zur geplanten Gesetzesänderung der BReg

Antr
s. *Strompreis*
Drs 15/3823

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmenskultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3968

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/3974

Abfallvermeidungsprogramm des Bundes unter Beteiligung der Länder

Ziele und vorgesehene Maßnahmen des im Juli 2013 verabschiedeten Abfallvermeidungsprogramms; Beitrag des Landes BW bei der Erstellung des Programms; Umsetzung des Abfallvermeidungsprogramms in BW; Haltung der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft zum Abfallvermeidungsprogramm; Umfang der zu erwartenden Mehrkosten für die Privathaushalte und Unternehmen sowie für die Kommunen und den Landeshaushalt

Antr
s. *Abfallvermeidung*
Drs 15/4091

Willkommenskultur baden-württembergischer Arbeitgeber

Mitarbersuche baden-württembergischer Unternehmen im Ausland; Unterstützung neuer ausländischer Mitarbeiter bei der Eingliederung durch die Arbeitgeber; Integration der Familienangehörigen; Vorbereitung der vorhandenen Belegschaft auf neue ausländische Mitarbeiter; Beispiele für erfolgreiche Eingliederungsmaßnahmen; Angebot von Sprachkursen; Zuschnitt von Sprachförderprogrammen für öffentlich-rechtliche bzw privatrechtlich organisierte Träger

Antr
s. *Fachkraft*
Drs 15/4380

Weder direkt noch auf Umwegen - keine Ausweitungen des Unternehmensstrafrechts

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4945-4953

Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

Ziele, Umsetzung und Evaluierungsergebnisse der Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen im Enzkreis

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 15/4456

Frauen + Wirtschaft = Wachstum

Situation und Statistik zu Frauenarbeitsverhältnissen in der Wirtschaft Baden-Württembergs, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Beschäftigten in der Wirtschaft im Deutschland- und EU-Vergleich; Initiativen von Staat und Wirtschaft zur Erhöhung des Frauenanteils in der Wirtschaft und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbes Bewertung der Arbeit von „familyNET“

Antr
s. *Frauenerwerbstätigkeit*
Drs 15/4579

„Datenbank für Spitzenfrauen“

Dauer des Bestands der Datenbank „Spitzenfrauen in Gremien!“; Anzahl der dort registrierten Frauen; Ziele des Projekts; ähnliche Projekte zur Förderung qualifizierter Frauen in anderen Bundesländern; Kooperationspartner des Projekts und dessen Förderung durch das Land; Akzeptanz und Nutzung der Datenbank durch die Unternehmen; Vermittlung der Frauen an die Unternehmen

Antr
s. *Informationssystem*
Drs 15/4678

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KlAnfr
s. *Elektrizitätserzeugung*
Drs 15/4801

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/4803

Keine Energiewende ohne intelligente Netze

Förderung des Ausbaus intelligenter Netze; Durchführung von Modellprojekten; effiziente Einspeisung erneuerbarer Energie in das Stromnetz; Berücksichtigung einer Zunahme des Energiebedarfs; Integration unterschiedlicher Lastprofile; Investitionsbedarf für eine Überführung des bestehenden Stromnetzes in ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) mit intelligenten Stromzählern (Smart Meter); Datenaustausch und Sicherung der Netzstabilität; gesetzliche Regelungen; Subventionierung des Einsatzes von Smart Grid bei Unternehmen und Gewerbe; Förderung einer Smart-Grid-Modellregion; interfraktionelle Einigkeit über einen Umbau der Energieversorgung

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4968

Drohender Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Härtereien infolge einer Belastung durch die Erneuerbare-Energien-Gesetz(EEG)-Umlage

Anzahl der im vergangenen Jahr von der EEG-Umlage teilweise befreiten Härtereien; Zahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer; Folgen einer Belastung der Unternehmen durch die EEG-Umlage; Einführung einer Härtefallregelung für die Härtereibranche

KlAnfr
s. *Metallindustrie*
Drs 15/5119

Frauen in Führung

Entwicklung des Anteils weiblicher Führungskräfte in den börsennotierten Unternehmen im Vergleich mit anderen Bundesländern und EU-Ländern; branchenspezifische Besonderheiten; Maßnahmen und Programme zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Führungskräften von Unternehmen, insbes der staatlichen Betriebe; Auswirkungen eines Bundesgesetzes zur Einführung einer Frauenquote

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5154

EU-Richtlinie über Einpersonengesellschaften

Bewertung und Hintergründe des Entwurfs der EU-Kommission für eine Richtlinie über Einpersonengesellschaften, insbes Bedarf an der Gesellschaftsform „Societas Unius Personae“ (SUP) für Einzelpersonengesellschaften aus BW, Angemessenheit des Mindestkapitals und Gläubigerschutzes

Antr
s. *Rechtsform*
Drs 15/5209

Chancengleichheit im Arbeitsleben in BW

Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Geschäftsinhabern bzw Geschäftsführern; Entwicklung des prozentualen Männeranteils bei Transferempfängern in der erwerbsfähigen Bevölkerung und Ursachen; Umgang mit etwaiger Benachteiligung von Männern in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder in Bereichen des öffentlichen Dienstes; Änderungsbedarf bei den Regelungen zur Wahl der Chancengleichheitsbeauftragten

Antr
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/5249

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/5381

Herausforderungen der Kreativwirtschaft in BW

Anzahl der im Zeitraum 2011 bis 2014 in der Kreativwirtschaft tätigen Unternehmen und deren Umsatz; Gesamtzahl der in diesem Bereich Erwerbstätigen; Fazit der Einführung des Innovationsgutscheins C; Förderung kleiner und kleinster Unternehmen der Kreativbranche; Erleichterung der Kreditgewährung; Fachkräftebedarf; Instrumente zur Abwendung eines Fachkräftemangels; Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen beim Eingehen von Innovationspartnerschaften (Open Innovation)

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 25.08.2014 und
Stellungnahme MFW Drs 15/5654
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/6123
(dazu ÄAntr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier
u.a. SPD) S. 5-7
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982
Mittlg LReg 10.06.2015 Drs 15/6981
PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7835
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7697
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Abfragen des Statistischen Landesamts bei Betrieben

Auswahlverfahren und Kriterien der Datenerhebung bei den Betrieben; Zahl der im Jahr 2014 befragten Unternehmen; Bußgelder bei nicht ordnungsgemäßer oder fristgerechter Beantwortung der Fragebögen; Anteil der wiederholt befragten Betriebe; Aufbewahrungspflicht von Unterlagen zum Zwecke der statistischen Erhebung

KlAnfr
s. *Statistik*
Drs 15/6489

Reform der Erbschaftsteuer

Sachstand zur Erbschaftsteuerreform, insbes Auswirkungen auf Privatpersonen, Schutz von Unternehmen vor Mehrbelastungen

MdlAnfr
s. *Erbschaftsteuer*
Drs 15/6566

Vielfalt in BW als Chance

Sachstand zur Berücksichtigung der Erkenntnisse des „Diversity Managements“ (Vielfaltigkeitsmanagements) bei Gleichstellung und Antidiskriminierung, insbes Beteiligung an Maßnahmen auf EU-Ebene, Förderung des Vielfältigkeitsmanagements in Unternehmen und Verwaltung, zentrale Bündelung der Teilbereiche des „Diversity Managements“ in der LReg

Antr
s. *Gesellschaft*
Drs 15/6965

Rundfunkbeitrag belastungsgerecht weiterentwickeln

Sachstand zur Mehrbelastung für Unternehmen durch die Neuregelung des Rundfunkbeitrages, insbes Vergleich zur alten Regelung, Reduzierung der Belastung durch Schaffung von Freikontingenten für betriebliche Fahrzeuge

Antr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/7029

Rundfunkbeitrag

Auskunft über die Erhebung des Rundfunkbeitrags seit 2013, über die Anzahl der erfassten Haushalte, über Ausnahme- und Ermäßigungsgenehmigungen sowie über Zahlungsverweigerungen; Entrichtung des Rundfunkbeitrags durch Selbstständige und Unternehmen; Akzeptanz des Rundfunkbeitrags bei der Bevölkerung

KlAnfr
s. *Rundfunkbeitrag*
Drs 15/7851

Innovationskraft der Unternehmen im Land, Verweisung auf die Impulse einer neuen Gründerzeit; Förderung der Energieeffizienz bei kleinen und mittleren Unternehmen; Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-25 27

Beklagung des geringen Frauenanteils in den Vorständen und Aufsichtsräten deutscher Unternehmen, Eintreten für eine gesetzliche Quotenregelung, Maßnahmen der Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193-201

Verweisung auf die Vorteile des Euro für die exportorientierten Unternehmen im Land; Erinnerung an die Verpflichtung der Unternehmen zu auskömmlichen Löhnen für gute Arbeit

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482 486 487 489 491 496 513 514 516-520

Steigerung des Frauenanteils in den Unternehmensleitungen, Abbau der Diskriminierung von Frauen durch gesetzliche Regelungen für die Privatwirtschaft; Bedarf der Unternehmen an weiblichen Fachkräften

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530-1539 1551

Unternehmen der öffentlichen Hand

s. *Öffentliches Unternehmen*

Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung

s. *Gemischtwirtschaftliches Unternehmen*

Unternehmensakquisition

s. *Unternehmensübernahme*

Unternehmensansiedlung

s. *Betriebsansiedlung*

Unternehmensberatung

Rolle des Beratungsunternehmens K. GmbH bei der Vorbereitung der Vergabe von Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen

Beauftragung, Rolle und erbrachte Leistungen des Beratungsunternehmens KCW GmbH bei der Durchführung und Vorbereitung von Ausschreibungen von Schienenpersonennahverkehrs-Verträgen in BW; Nichtbeauftragung der Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW)

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3952

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr
s. *Sekte*
Drs 15/3974

Unternehmensbesteuerung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten - Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union - Fünf Aktionsschwerpunkte

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7357

Anstehende Gewerbesteuerrückzahlung und finanzielle Belastung für die Stadt Künzelsau

Auswirkungen der Steuerrückzahlung an das Künzelsau ansässige Unternehmen auf den Gemeindehaushalt; Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung; Verhinderung einer Überforderung der Stadt und ihrer Bewohner

KlAnfr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 15/7651

Unternehmensbeteiligung

s. *Kapitalbeteiligung*

Unternehmererfolg

s. *Betriebsergebnis*

Unternehmensfinanzierung

Starthilfen für Jungunternehmer

Bewertung der EZB-Studie zur Kreditfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), insbes Situation in BW; Situati-

on und Veränderungen der Lage bei der Kreditfinanzierung von Jungunternehmern; Schaffung von „Kreditlotsen“ besonders für den Bereich neuer Technologien; Instrumente des Landes zur Kreditversorgung von Start-ups u.a. auch durch die Landeskreditbank (L-Bank)

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 24.01.2013 und Antw MFW Drs 15/2918

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmerkultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3968

Unternehmensform

s. *Rechtsform*

Unternehmensführung

s. *Geschäftsführung*

Unternehmensgründung

Starthilfen für Jungunternehmer

Bewertung der EZB-Studie zur Kreditfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), insbes Situation in BW; Situation und Veränderungen der Lage bei der Kreditfinanzierung von Jungunternehmern; Schaffung von „Kreditlotsen“ besonders für den Bereich neuer Technologien; Instrumente des Landes zur Kreditversorgung von Start-ups u.a. auch durch die Landeskreditbank (L-Bank)

KlAnfr
s. *Unternehmensfinanzierung*
Drs 15/2918

Unternehmensgründerinnen in BW

Daten zu Unternehmensgründerinnen in BW, insbes zum allgemeinen Frauenanteil bei Unternehmensgründungen, Anteil der Unternehmerinnen im erwerbsfähigen Alter sowie bevorzugte Branchen und Marktbeständigkeit bei Gründungen durch Frauen; Probleme bei Frauen als Unternehmensgründerinnen sowie Risikobereitschaft und Finanzausstattung im Vergleich zu Männern; Förderung von Unternehmensgründerinnen durch das Land, insbes Erfolgskontrolle vorhandener Maßnahmen sowie Angebot gezielter Mentoring- und Hilfsprogramme

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 31.01.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/2959
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/4040 S. 9 10
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier: Beitrag Nr. 19 - Unternehmensgründungen und Unternehmensbeteiligungen der Hochschulen (Kap 1417 bis 1419, 1421, 1443 und 1446)

Mittlg RH
s. Hochschule
Drs 15/3819

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. Informations- und Kommunikationstechnik
Drs 15/5003

Gründerszene und Energiewende

Programme und Fördercluster zur Unterstützung von Unternehmensgründern in den Bereichen Energietechnik und Energiedienstleistungen; inhaltliche Schwerpunkte der Fördercluster; Unterstützung von Gründungen auf dem Gebiet grüner Technologien sowie Förderung des Austauschs zwischen Gründerszene, Hochschulforschung und Wirtschaft durch das Land

Antr
s. Technologiepolitik
Drs 15/5016

Wirtschaftskompetenz stärken - Schülerfirmen unterstützen

Bedeutung von Schülerfirmen bei der Vermittlung und Aneignung von Wirtschaftskompetenz in der Sekundarstufe; statistische Angaben zu den in den letzten fünf Jahren gegründeten Schülerfirmen; Bewertung der vorhandenen Förderprogramme; Unterstützung und Anerkennung der sich unternehmerisch betätigenden Schüler und der sie begleitenden Lehrer; Hilfestellung der Schüler- und Juniorfirmenberatungsstelle der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg sowie weiterer Kammern oder Unternehmen

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 09.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5451 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 10 11
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Gründungsförderung an den Hochschulen in BW

Maßnahmen, Projekte und Strukturen zur Gründungsförderung bzw Entrepreneurship an den Hochschulen in BW, insbes bisheriger Erfolg der Gründungskultur an den Hochschulen, Unterstützung der Hochschulleitungen bei der weiteren Förderung

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 18.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5516
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 6
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Unternehmensjurist

s. Jurist

Unternehmenskauf

s. Unternehmensübernahme

Unternehmenskontrolle (Staatsaufsicht)

s. Wirtschaftsaufsicht

Unternehmensleitung

s. Geschäftsführung

Unternehmensrechtsform

s. Rechtsform

Unternehmensstandort

Neuer SWR-Staatsvertrag und die Auswirkungen auf Baden-Baden

Auswirkungen des neuen SWR-Staatsvertrags auf den SWR-Standort Baden-Baden, insbes Wegfall der festen Zuordnungen für Direktorenstellen und überregionale Produktionen sowie Fusion der Rundfunkorchester an den Standort Stuttgart; Gleichwertigkeit des SWR-Standorts Baden-Baden neben Mainz und Stuttgart; mittel- bis langfristige Verlagerung des Standorts Baden-Baden nach Stuttgart; vertragswidrige Verlagerung Baden-Baden zugeschriebener Formate/Einrichtungen nach Stuttgart

KlAnfr
s. Südwestrundfunk
Drs 15/3141

System „Duale Ausbildung“ exportieren

Vorbildcharakter des dualen Ausbildungssystems im europäischen und außereuropäischen Ausland, insbes Unterstützung durch Regierungen vor Ort sowie Implementierung in EU-Staaten; Erfahrungen baden-württembergischer Unternehmen an ihren Auslandsstandorten mit der dualen Ausbildung

Antr
s. Duale Berufsausbildung
Drs 15/3188

Struktur der Produktionen des Südwestrundfunks (SWR)

Verteilung der Produktionen auf den Standort Baden-Baden und andere Standorte; Auslastung der Bereiche Kamera, Schnitt und Tontechnik (Hörfunk und Fernsehen) an den jeweiligen Standorten; finanzielle Größenordnung des Wegfalls der „Nachkultur“ am Standort Baden-Baden; Sendepflichtverschiebungen 2008 bis 2012; Beschäftigte im Bereich „junge Formate“; Eigenproduktionen und eingekaufte Sendungen

KlAnfr
s. Südwestrundfunk
Drs 15/3302

Immobilien des Südwestrundfunks (SWR) und die Auswirkungen des neuen Rundfunkstaatsvertrags

Eigene und angemietete Gebäude und Räumlichkeiten des SWR; weitervermietete Immobilien und Art der „Untermieter“; Änderungen im Gebäudebestand durch die Verlagerung von Produktionen infolge der Neuregelung des Rundfunkstaatsvertrags;

Auswirkungen auf die Personalsituation an den jeweiligen Standorten

KlAnfr
s. *Südwestrundfunk*
Drs 15/3303

Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungsabsicht der Firma Nokia Siemens Networks in Bruchsal; Perspektiven für die betroffenen Mitarbeiter, insbes bezüglich der Zusage einer Beschäftigungsgarantie bis zum 31. Dezember 2014

MdlAnfr
s. *Nokia Siemens Networks*
Drs 15/3315

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. *Unternehmensübernahme*
Drs 15/5208

Unternehmenssteuer

s. *Unternehmensbesteuerung*

Unternehmenssteuerrecht

s. *Unternehmensbesteuerung*

Unternehmensteuer

s. *Unternehmensbesteuerung*

Unternehmensübernahme

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 20.05.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5208

Unternehmensverlagerung

s. *Betriebsverlagerung*

Unternehmensverlust

s. *Verlust*

Unternehmer

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmerkultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr
s. *Programm der EU*
Drs 15/3968

Unterreichenbach

Ausbau des Teilstücks der L 338 zwischen Unterreichenbach und Grunbach

Prioritätsstufe und Zeitplan zum Ausbau des o.g. Streckenabschnitts

KlAnfr
s. *Landesstraße 338*
Drs 15/809

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enzkreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweissenstein und Unterreichenbach im LKreis Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2354

Unterrichtsausfall

s. *Unterrichtsversorgung*

Unterrichtsfach

s.a. *Arbeitsgemeinschaft*
s.a. *Ethik*
s.a. *Fachklasse*
s.a. *Fremdsprache*
s.a. *Mathematik*
s.a. *Naturwissenschaften*
s.a. *Politische Bildung*
s.a. *Religion*
s.a. *Sport*
s.a. *Sprachunterricht*

Unterrichtsausfall durch Babypause junger Pädagogen, insbes bei naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern

Erwartung zusätzlicher Unterrichtsausfälle unter dem o.g. Aspekt, Darlegung der Entwicklung in den letzten drei Jahren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

MdlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/257

Schaffung einer Modelleinrichtung „MINT-Erlebniszentrum“
Weckung des Interesses von Kindern und Jugendlichen an den MINT-Fächern bzw Ingenieurberufen auf spielerische und anwendungsorientierte Weise; Einrichtung einer Modelleinrichtung „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT)-Erlebniszentrum“ und Angebot von Besuchen und Kursen an Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungszentren

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 15/1610

Unterrichtsfach „Lebens- und Alltagskompetenzen“
Zeitpunkt der Einführung und stoffliche Inhalte des o.g. Schul-fachs; Einbeziehung der Lehrer-, Eltern- und Schülerverbände sowie Fachverbände und des Landesfrauenrats

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 13.08.2012 und Antw
KM Drs 15/2228

Aktuelle Unterrichtsschwerpunkte

Vermittlung von Grundkompetenzen und Verhaltensregeln durch Einrichtung eines Unterrichtsfachs „Lebens- und Alltagsökonomie“ an allen Schulen, Maßnahmen zur Initiierung von Akzeptanz und Respekt bei Kindern und Jugendlichen gegenüber der Tätigkeit der Polizei

KlAnfr Karl Rombach CDU 10.10.2012 und Antw KM Drs
15/2455

Umgang mit Lebensmitteln als Unterrichtsthema

Vermittlung eines bewussten und respektvollen Umgangs mit Nahrungsmitteln im Unterricht; bereits bestehende Unterrichtseinheiten in einzelnen Schularten und Unterrichtsfächern; Förderung einer Intensivierung des Themas im Schulunterricht

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 12.02.2013 und Antw KM
Drs 15/3052

Bildungsplanreform für das allgemein bildende Gymnasium in BW

Ausgestaltung und Fertigstellung der Bildungspläne für das achtjährige Gymnasium (G8), das neunjährige Gymnasium (G9) und die Sekundarstufe II der Gemeinschaftsschule sowie ihre gegenseitige Vereinbarkeit; Leistungsbeurteilungen, Schulwechsel; Fortbestand von Fächerverbänden im gymnasialen Lehrplan; Veränderungen im Stundenplan zu Lasten einzelner Fächer

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3059

Mensch, Natur und Kultur (MeNuK)

Stellenwert der musikalischen Bildung im Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur“ (MeNuK) an den Grundschulen, insbes Fachqualifikation und Mangelsituation bei Musiklehrern sowie Entwicklung musikalischer Angebote im Ergänzungsbe-reich; Erfahrungen und Evaluationsergebnisse zum Musikun-terricht und Fächerverbund MeNuK; Auflösung des Fächer-verbunds MeNuK an Grundschulen sowie des Fächerverbunds „Musik-Sport-Gestalten“ (MSG) an den Haupt- und Werkreal-schulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.04.2013 und Stellungnah-me KM Drs 15/3341
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 18.09.2013 Drs 15/4324
S. 15 16
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteili-gung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Or-ganisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maß-nahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beein-flussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Par-teien

Antr
s. *Wahlalter*
Drs 15/3551

Zukunft von Informatik und Medienbildung an den Schulen

Planungen zur Einführung eines eigenständigen Unterrichts-fachs für Informatik und Medienbildung an Schulen, insbes Ver-teilung der geplanten inhaltlichen Schwerpunkte und des Zeit-umfangs auf die einzelnen Alters- und Jahrgangsstufen sowie Schularten und Bildungsgänge; Gewährleistung einer fundier-ten Grundbildung im Bereich Informatik durch genügend qua-lifizierte Lehrkräfte

KlAnfr
s. *Medienpädagogik*
Drs 15/3677

Zukunft der naturwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen

Einführung eines neuen Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in den Klassen 5 und 6; inhaltliche Schwerpunkte des neuen Unterrichtsfachs für die verschiedenen Schularten und Bildungsgänge; Bildungsstandards für die Fächer Physik, Che-mie, Biologie und Technik in den Lehrplänen für die Sekundar-stufe I; Standpunkte der Bildungsplankommissionen für die Ein-zelfächer zum geplanten Fächerverbund

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 27.06.2013 und
Antw KM Drs 15/3693

Türkisch als Schulfach

Schaffung der Rahmenbedingungen im Lehramtsstudium für die Einrichtung von Türkisch als optionaler dritter Fremdsprache an Gymnasien, insbes ausreichende Studienkapazitäten an der Uni-versität Tübingen und an weiteren Landesuniversitäten

Antr
s. *Türkisch*
Drs 15/3734

Zukünftige Verankerung des Fachs Informatik in den Bildungsplänen

Situation der Informatik in den baden-württembergischen Bil-dungsplänen und künftige Verankerung des Fachs im Zuge der Entwicklung neuer Bildungsstandards, insbes künftige Ausge-staltung der Stundentafel, Stellenwert der Bezugsdisziplinen In-formatik und Medienpädagogik, Angebotsplanung für Schularten und Klassenstufen; Veränderungen in der Lehrerausbildung für Informatik

Antr
s. *Informatik*
Drs 15/3792

Auswirkungen von koedukativem Unterricht im Bereich der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik (MINT-Fächer)

Auswirkungen koedukativer Unterrichtsformen im Bereich der Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik (MINT-Fächer) auf den Lernerfolg und Übergangsverhalten von Mädchen und Jungen; Einführung monoedukativer bzw. genderspezifischer Unterrichtsangebote

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/3864

Welche Zukunft hat das Fach Geografie bzw. Erdkunde im neuen Bildungsplan?

Stellenwert und Zukunft des Faches Geografie bzw. Erdkunde an den Schularten in BW und angestrebte Stundenausstattung im Bildungsplan 2015

Antr
s. *Geografie*
Drs 15/3896

Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“

Stellenwert der naturwissenschaftlichen Fächer, insbes. der Biologie in der Sekundarstufe I; Überlegungen für die Schaffung des Fächerverbunds „Naturphänomene und Technik“ in der fünften und sechsten Klasse; Fächerverbund in Form einzelner Lerneinheiten; Erfüllung der Standards der Kultusministerkonferenz für das Fach Biologie und für die übrigen Fächer; Fortführung eines eigenständigen Fachs Biologie neben einem aus den Fächern Physik, Chemie und Technik bestehenden Fächerverbunds; Anpassung der Hochschulausbildung der Lehrkräfte

Antr Dr. Marianne Engeser u.a. CDU 05.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3912
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.04.2014 Drs 15/5272 S. 12 13
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Berechnung des Fachs „Religion“ im Gesamtdurchschnitt der Fachhochschulreife

Stellenwert des Fachs Religion; Gründe für mangelnde Berücksichtigung des Fachs bei der Berechnung des Notendurchschnitts der Fachhochschulreife; Begründung der unterschiedlichen Bewertung von Nebenfächern bei der Berechnung des Gesamtdurchschnitts

KlAnfr
s. *Religion*
Drs 15/3937

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iRd Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr
s. *Verbraucherinformation*
Drs 15/3938

Lehrbefähigung der Lehrerinnen und Lehrer in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik

Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Mathematik durch Lehrer ohne entsprechende Lehrbefähigung, ins-

bes Ursachen und Anteil des in diesen Fächern fachfremd erteilten Unterrichts sowie ergriffene oder geplante Gegenmaßnahmen

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 15/4308

Taschenrechner im Abitur

Umgang mit technischen Hilfsmitteln wie wissenschaftlichen Taschenrechnern, grafikfähigen Taschenrechnern (GTR) und Computeralgebrasystemen (CAS) im Mathematikunterricht an den Gymnasien; Nutzung dieser technischen Hilfsmittel in den Abiturprüfungen im Fach Mathematik; Begründung der Einschränkung auf wissenschaftliche Taschenrechner ab dem Abiturjahrgang 2017; Standpunkt der Kultusministerkonferenz im Hinblick auf gemeinsame Bildungsstandards; Beschaffung gleicher Geräte für alle Schüler iRd Lernmittelfreiheit

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 15/4327

Wahrung der fachlichen und didaktischen Standards im naturwissenschaftlich-technischen Bereich iRd Bildungsplanreform 2015

Wahrung der Standards der Kultusministerkonferenz im geplanten Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“ in den Gymnasialklassen 5 und 6; Anzahl der vorgesehenen Wochenstunden; Auskunft über Schulversuche zum Fächerverbund; Vorlage der zugehörigen Evaluationsberichte; fachspezifische Aus- und Fortbildung der Lehrer; Gründe für das Festhalten am Konzept des Fächerverbunds; Ablehnung des Fächerverbunds „Naturphänomene und Technik“ durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Stellungnahmen von Fachberatern und Lehrern

Antr
s. *Bildungsstandards*
Drs 15/4347

Sportunterricht an den Schulen in BW

Situation des Sportunterrichts an den Schulen in BW, insbes. Unterrichtswochenstundenzahlen der einzelnen Schularten und Klassenstufen, Sportlehrerbedarf und Sportlehrerbildung, Ausbau des schulischen Sportangebots, Einführung einer Sport- und Bewegungsstunde in Grundschulen, Angebot an Schulschwimmunterricht sowie Vorbereitung der Inklusion

Antr
s. *Sportunterricht*
Drs 15/4577

Gravierende Änderungen im Fach Biologie

Planungen und Auswirkungen der Abschaffung des Biologieunterrichts als eigenständiges Fach in den Klassenstufen fünf und sechs und der Einbindung in einen neuen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik (NpT)“, insbes. Sicherung von Fachlichkeit und gymnasialem Anspruch biologischer Themenfelder, Verlust der Unterrichtsqualität bei einem Einsatz fachfremder Lehrkräfte

Antr
s. *Biologie*
Drs 15/4735

Einführung der Fremdsprache Englisch in der Berufsschule

Stand der Einführung von Englisch als Pflichtunterrichtsfach an Berufsschulen; Einhaltung der Zielvorgabe Schuljahr

2016/2017; Sicherung einer konstanten Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Englisch*
Drs 15/4991

Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Art und Umfang der von Fachlehrern mit gymnasialer Lehrbefähigung an Gemeinschaftsschulen unterrichteten Fächer; Anzahl der Bewerber um eine erste Stelle an einer Gemeinschaftsschule; Abordnung von Gymnasiallehrern an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5065

Schulversuch NwT-1

Situation des Schulversuchs NwT-1 mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik an den baden-württembergischen Schulen; Bedeutung der zweiten Fremdsprache im Schulversuch NwT-1, insbes Raum und Stellenwert der alten Sprachen Latein und Griechisch

Antr
s. *Schulversuch*
Drs 15/5604

Einführung des neuen Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“

Details und Inhalte zum neuen Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“, insbes Stundenumfang, Klassenstufen, Qualifikation der Lehrer und Praktiker aus Wirtschaft und Alltag, Abgrenzung zu anderen Fächern, Kooperation von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 14.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5629

Informationstechnische Grundbildung an den baden-württembergischen Schulen

Verbesserung der Informationstechnischen Grundbildung (ITG) an den Schulen; Qualifikation des vorhandenen Lehrpersonals, Qualität des Unterrichts; Lehrerfortbildung; Informatikunterricht als Pflichtfach; Vermittlung von Informationstechnischer Grundbildung und Medienbildung entsprechend dem Bildungsplan 2016

Antr
s. *Informationstechnische Bildung*
Drs 15/5814

Ist die Fachlichkeit im Bereich Naturwissenschaften und Technik im zukünftigen Bildungsplan gesichert?

Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz für die Sekundarstufe I vorgegebenen Standards bei dem künftig vorgesehenen Fächerverbund „Naturphänomene und Technik“; Auswahl der am Modellversuch teilnehmenden Schulen; Vorlage des Evaluationsberichts; Ablehnung des geplanten Fächerverbands durch Mitglieder der Bildungsplankommission Biologie; Konsequenzen der Einrichtung des Fächerverbands für die Lehrerbildung

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/6307

Bildungspolitik ohne Plan - die Abschaffung des Informatikunterrichts

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*

PIPr 15/132 S. 7903

Welchen Stellenwert hat das Fach Geografie im neuen Bildungsplan?

Sachstand zur geplanten Streichung von zwei Stunden des Fachs Geografie in der Kontingenzstundentafel, insbes Bedeutung des Fachs, Auswirkungen der Stundenkürzung auf das Ziel der Allgemeinbildung, Zusammenhang mit dem neu geplanten Fach Berufs- und Wirtschaftsorientierung

Antr
s. *Geografie*
Drs 15/7283

Landwirtschaft in der Schule

Sachstand zur Wissensvermittlung über Landwirtschaft an den allgemeinbildenden Schulen in BW, insbes Bedeutung, beteiligte Unterrichtsfächer, Lehrinhalte

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 15/7426

MINT-Ausbildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) vom Kindergarten bis zum Schulabschluss

Sachstand zur Ausbildung in den MINT-Fächern an den Schulen, insbes Weckung von Interesse und Motivation für MINT-Themen, Einrichtung von MINT-Beauftragten an den Schulen, Reduktion von Mathematik und Informatik am Gymnasium, Kooperation von Schulen bei Beschaffung und Betreuung von Geräten

Antr
s. *MINT-Wissenschaften*
Drs 15/7427

Unterrichtsmaterial

s. *Lehr- und Lernmittel*

Unterrichtsmedien

s. *Lehr- und Lernmittel*

Unterrichtsmethode

Aktuelle Bildungsforschung belegt: Guter Unterricht braucht gute Lehrer - und keine bloßen Lernbegleiter

Folgerungen aus der bildungswissenschaftlichen Studie von John Hattie für den pädagogischen Ansatz der Gemeinschaftsschule sowie Wissensgewinn und Lernerfolg; Abhängigkeit des Lernerfolgs von Rolle, Kompetenzen und Qualifikation der Lehrer; Grundlage für erfolgreichen Unterricht bei Modellen des offenen Unterrichts und des jahrgangsübergreifenden Lernens; Gründe für Ablehnung des Frontalunterrichts; Auswirkung der Finanzausstattung der Schule sowie Einfluss von Leitungsüberprüfungen und Feedback-Elementen auf Wissensgewinn und Lernerfolg der Schüler; Stellenwert einer stringenten Klassenführung des Lehrers; Verständnis des Lehrers weniger als Lernbegleiter sondern als Regisseur

GrAnfr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/3500

Die Arbeit an der Gemeinschaftsschule verdient Lob und Anerkennung

Berater Tätigkeit von Peter Fratton im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Gründe für seinen Rückzug; vertragliche Vereinbarung mit seiner Ehefrau; Stellenwert individueller und kooperativer Lernformen im pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule; Rolle der Schulämter, Regierungspräsidien und Schulträger bei der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule; Akzeptanz der Gemeinschaftsschule auf kommunaler Ebene und bei den Eltern; Befürworter der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3554

Der geschäftstüchtige Schweizer Schulunternehmer P.F. - ein Mitglied der Expertenkommission der LReg zur Lehrerbildung?

Auswahlkriterien für die Mitglieder der Expertenkommission zur Lehrerbildung; Argumente für die Berufung des Beraters Peter Fratton und dessen Bevorzugung gegenüber baden-württembergischen Bildungsexperten; Vorschläge des Beraters zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, ihre Übernahme in die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission; Haltung gegenüber seinen pädagogischen Anschauungen; Qualität seiner Fortbildungen für Lehrer an Gemeinschaftsschulen an der Freien Schule Anne-Sophie in Künzelsau; finanzielle Entschädigung für seine Mitarbeit in der Regierungskommission; Folgen seines Rückzugs aus der Expertenkommission

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/3622

Die Bildungspolitik der LReg: „Zivilgesellschaftliches Engagement“ und das Demokratieprinzip

Beratung durch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen, insbes bei der pädagogischen Konzeption der Gemeinschaftsschule und der Fortbildung von Lehrkräften; Einfluss der Berater auf die Bildungspolitik; Nennung der seit April 2011 für das Kultusministerium in Gremien tätigen Personen einschließlich Eintrittsdatum und Aufgabenbeschreibung; Kostenaufwand für die Politikberatung; Finanzierung privater bildungspolitischer Projekte; Legitimation und Verantwortlichkeit der beratenden Personen und Institutionen, Forderung nach Transparenz und einer Pluralität der pädagogischen Konzepte; Nutzung der Fachkompetenz des im Land verfügbaren Personals sowie eigener Sachmittel

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/3845

Kannte der Ministerpräsident die „pädagogischen Urbitten“ des P.F.?

Vortrag von Peter Fratton bei einer Anhörung der Fraktion GRÜNE im Juni 2008; Aussagen des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann über seine Kenntnis der Thesen Frattons vor der Landespressekonferenz im Juli 2013; Haltung des Ministerpräsidenten im Verhältnis zu der des Kultusministers Andreas Stoch und der grünen Parteibasis; Einfluss der Berater Tätigkeit Frattons auf die Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule sowie die Lehrerfortbildung; Begegnungen des Ministerpräsidenten mit Peter Fratton iR von Stiftungen; Einfluss des Ministerpräsidenten auf Personalentscheidungen im Kultusministerium; Ausübung der dem Ministerpräsidenten zustehenden Richtlinienkompetenz

Antr
s. *Richtlinienkompetenz*

Drs 15/3873

Geschützte Begriffe des Bildungsunternehmers P.F.

Beanspruchung des Markenrechts für bestimmte, von ihm geprägte Begriffe durch den ehemaligen Berater des Kultusministeriums, Peter Fratton; Schaffung ersatzweiser Begriffe und Information der Schulen im Land über die Begriffsänderungen

KlAnfr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4610

Kann ein echtes gymnasiales Niveau an der Gemeinschaftsschule unterrichtet werden?

Grundschulempfehlung der Schülerschaft an den Gemeinschaftsschulen, aufgeschlüsselt nach den Schulstandorten; Ursachen der geringeren Übergangsquote von Schülern mit einer Gymnasialempfehlung im Schuljahr 2013/2014; für einen Unterricht auf gymnasialem Niveau erforderliche Anzahl an Schülern mit gymnasialer Grundschulempfehlung; Ausstattung der Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Fachlehrkräften; Unterricht in einer zweiten Fremdsprache sowie altsprachlicher Unterricht; Abstufung des Unterrichts in bestimmten Fächern entsprechend der Bildungsstufen der Schüler; Sicherung eines gymnasialen Bildungsniveaus an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/4895

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschulen; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungs-konzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteiligung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/5040

Ist die Gemeinschaftsschule eine geeignete Inklusionsschule?

Festsetzung der Gemeinschaftsschule als Schwerpunktschule für Inklusion; aktueller Umfang des inklusiven Unterrichts an Gemeinschaftsschulen; Umfang des gemeinsamen Lernens in Lerngruppen; Einbeziehung von Schülern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in das selbstorganisierte Lernen; Anzahl der an den einzelnen Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Verortung der überhäufig an Gemeinschaftsschulen tätigen Sonderpädagogen; Rechtsanspruch auf Aufnahme an einer Gemeinschaftsschule; Ausarbeitung und Umsetzung des inklusiven Bildungsangebots

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/5643

Leistungsorientierte Unterrichtsformen und Beurteilungen an Gemeinschaftsschulen?

Erfahrung der Starterschulen mit individualisiertem Lernen ohne Differenzierung der Schülerschaft nach leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülern; Wunsch nach der Bildung

von Lerngruppen gemäß dem Leistungsstand der Schüler ab der Klassenstufe 7; Einsatz sogenannter Lernbegleiter; Kritik an der Leistungsbeurteilung vonseiten der Lehrkräfte; Herausgabe einer Handreichung zur Leistungsbeurteilung; Vorbereitung der Schüler auf unterschiedliche Schulabschlüsse in Klassenstufe 10

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/6337

Finanzierung der Inklusion durch Land und Kommunen

Kalkulation des finanziellen Aufwands der Inklusion; Höhe der der Berechnung zugrunde gelegten Schülerzahlen; Realisierung des Zwei-Pädagogen-Prinzips; Bedarf an zusätzlichen Sonderpädagogen; Übernahme der Mehrkosten bei den Schulträgern und Beteiligung des Landes an der Eingliederungs- und Jugendhilfe sowie der Schülerbeförderung; Erzielung einer Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/6339

Unterrichtsversorgung

Kultusministerin verursacht erheblichen Unterrichtsausfall

Derzeitiger Unterrichtsausfall aufgeschlüsselt nach Schularten; Maßnahmen zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung in Zusammenarbeit mit den Schulen; Unterrichtsausfall im Schulamtsbezirk Konstanz-Tuttlingen am 7. November 2012 aufgrund einer mit Rücksicht auf die Teilnahme der Kultusministerin auf den Vormittag gelegten Personalversammlung; Aufforderung an die Kultusministerin für Dienstbesprechungen künftig unterrichtsfreie Tage zu nutzen

Antr Guido Wolf u.a. CDU 05.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2600

Sachstand Ergänzungsbereich an Grundschulen

Förderunterricht an Grundschulen im LKreiss Göppingen seit 2002; Bildungsangebote je Grundschule; Konkretisierung des in den kommenden fünf Jahren vorgesehenen Ergänzungsunterrichts; Gründe für die Streichung von Unterrichtsstunden; geplante Ausgleichsmaßnahmen; Fortführung spezieller Förderangebote u.a. für Schüler mit Lese-Rechtschreib-Schwäche oder Dyskalkulie

KlAnfr

s. *Grundschule*

Drs 15/2628

Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Fachliche und pädagogische Bedeutung des Ergänzungsunterrichts; Einstufung unterschiedlicher Angebote des Ergänzungsunterrichts; individuelle Förderung von Schülern im Ergänzungsunterricht; Höhe der im Vergleich zu den letzten fünf Jahren im Schuljahr 2012/13 bereitgestellten Mittel; Beurteilung der Unterrichtsversorgung speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote aufgeschlüsselt nach den Schularten; Einsatz externer Kräfte zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung; Einsparung von Lehrerstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich

Antr Georg Wacker u.a. CDU 29.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2763

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 20.02.2013 Drs 15/3571 S. 10 11

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Ergänzungsbereich an den Grundschulen im LKreiss Esslingen
Umfang und Bildungsangebote im Ergänzungsbereich differenziert nach der jeweiligen Grundschule im LKreiss Esslingen; Streichung von Deputatsstunden an Grundschulen; Bewertung von Angeboten im Ergänzungsbereich; Umfang und Weiterführung dezidierter Förderangebote

KlAnfr

s. *Grundschule*

Drs 15/2833

Schließung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau

Trägerschaft, Bauunterhalt und Stilllegung des Schulungsgewächshauses der Staatsschule für Landwirtschaft und Gartenbau, insbes Kosten und Maßnahmen der Schadensbehebung; Gründe und Dauer des wegen der Schließung erfolgten Unterrichtsausfalls

KlAnfr

s. *Gewächshaus*

Drs 15/3025

Entwicklung des strukturellen Unterrichtsdefizits an beruflichen Schulen in BW

Daten über die Versorgungssituation der einzelnen beruflichen Schulen in BW, insbes schulscharfe Darstellung des strukturellen Unterrichtsdefizits, der Überstundenbugwelle, der Anzahl der Kleinstklassen sowie der Unterschreitung der Mindestgröße

KlAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 15/3077

Streichung von 1.000 Lehrerstellen ohne Gefährdung der Unterrichtsversorgung?

Detaillierte Zahlen und Umsetzung der angekündigten Streichung von 1.000 Lehrerstellen für das Haushaltsjahr 2013, insbes Konsequenzen für Unterrichtsversorgung, Ergänzungsbereich, Entlastungskontingent, Anrechnungsstunden, Regeldeputate, bildungspolitische Projekte sowie im Bereich der Qualitätssicherung; Umsetzung der Vorgabe des MinPräs vom Juli 2012 über Einsparung von insgesamt 11.600 Lehrerstellen bis 2020

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3110

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.12.2013 Drs 15/4897 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP) S. 26-28

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Regierungsbefragung

Unterrichtsversorgung

PIPr 15/64 10.04.2013 S. 3849-3853

Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität

Sinn und Zweck der Anrechnungsstunden; Nutzung des Entlastungskontingents; Auswirkungen der Streichung von Lehrerstellen und einer Kürzung der Entlastungsstunden auf die Unterrichtsversorgung und die Bildungsqualität; Absenkung der Anrechnungsstunden nach Schularten; Einsparung von Lehrerdeputaten; Ausgleich der Mehrbelastung der Lehrer; Rücknahme der geplanten Einschnitte beim Entlastungskontingent

Antr CDU und FDP/DVP 29.04.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3435

ÄAntr CDU und FDP/DVP 29.01.2014 Drs 15/4666

PIPr 15/89 29.01.2014 S. 5363-5372

Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen im Enzkreis/Pforzheim

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; Umfang der Angebote im Ergänzungsbereich; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts an den Berufsschulen im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/3580

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den Wahlkreis 33 (Baden-Baden/Bühl)

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr Tobias Wald CDU 07.06.2013 und Antw KM Drs 15/3601

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im Enzkreis und in Pforzheim

Überschreitung des Klassenteilers aufgrund Lehrermangels seit dem Schuljahr 2011/2012; Reduzierung des Kursangebots und Kürzung des Pflichtunterrichts aufgrund fehlender Lehrkräfte; Abbau der Lehrer-Überstunden an einzelnen Berufsschulen, insbes an der Fritz-Erler-Schule Pforzheim; Beseitigung des Unterrichtsausfalls an der Fritz-Erler-Schule bis zum Schuljahr 2013/2014

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.06.2013 und Antw KM Drs 15/3670

Unterrichtsversorgung an den Realschulen im Land

Schüler- und Lehrerzahlen seit dem Schuljahr 2005/2006; Zahl und Größe der Eingangsklassen; für das Schuljahr 2013/2014 zu erwartende Schülerzahl; Zahl der eingeplanten und der neu einzustellenden Realschullehrer; Stellenplan für die Realschulen; Deputate für den Ergänzungsbereich, für individuelle Fördermaßnahmen und für den Ausbau von Ganztagsangeboten

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/3679

Folgen der Kürzungen im Entlastungskontingent für den LKreiss Esslingen

Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung und Bildungsqualität an den verschiedenen Schularten sowie auf die Arbeitsbelastung der Lehrer; Zahl der einzusparenden Lehrerdeputate; Frage der Aufrechterhaltung außerunterrichtlicher Aufgaben und Angebote der Lehrer (z.B. Lernmittelverwaltung, Betreuung der EDV-Netzwerke) nach der Kürzung des Entlastungskontingents

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 25.06.2013 und Antw KM Drs 15/3682

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier Beitrag Nr. 8 - Krankheitsvertretungsreserve an den öffentlichen Schulen des Landes (Kap 0405 bis 0428)

Mittlg RH
s. *Unterrichtsvertretung*
Drs 15/3808

Mangelhafte Unterrichtsversorgung - mangelhafte Chancen für unsere Kinder

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/73 10.07.2013 S. 4378-4393

Drohender Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreiss Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Schulen im LKreiss Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr Felix Schreiner CDU 15.07.2013 und Antw KM Drs 15/3785 (10 S.)

Situation der Gymnasien im LKreiss Konstanz

Schülerzahl, Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Gymnasien im LKreiss Konstanz

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 15/3826

Unterrichtsversorgung an den Gymnasien im Ostalbkreis

Situation der Unterrichtsversorgung an den Gymnasien im Ostalbkreis, insbes Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen sowie von Unterrichtsausfall, Ergänzungsbereich, Pflichtunterricht und Entlastungsstunden

KlAnfr Klaus Maier SPD 24.07.2013 und Antw KM Drs 15/3866

Die besondere Situation der Brötzingener Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingener Schule; Unterstützung der Brötzingener Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungsklassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Werkrealschule*
Drs 15/3872

Allgemeines Entlastungskontingent

Zweck der Bereitstellung des allgemeinen Entlastungskontingents (Stundenpools) und Festlegung eines schulartgenauen Aufgabenkatalogs zur Verwendung der Anrechnungsstunden (tabellarische Darstellung); Empfehlungen des Rechnungshofs zum allgemeinen Entlastungskontingent von 2007 und Begründung der abweichenden Haltung des Kultusministeriums

Antr
s. *Stundenpool*
Drs 15/3901

Berufliches Schulwesen in Karlsruhe

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 frei gewordenen Lehrerstellen, der Neubesetzungen sowie der Krankheitsvertretungen; zur Sicherstellung des Pflichtunterrichts im Schuljahr 2013/2014 erforderliche Lehrerstellen; Englischunterricht an den beruflichen Schulen; Behebung des Fachlehrermangels durch Kooperation mit Betrieben und der Industrie- und Handelskammer bzw der Handwerkskammer; Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Stuttgart und zum Landesdurchschnitt; von einer Kürzung bzw Verlagerung der Ausbildungsangebote betroffene Klassen und Schulen; Mitwirkung der Schulleiter an der Umstrukturierung

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/3902

Entwicklung der Zusatzangebote und der kostenfreien Arbeitsgemeinschaften an den Schulen im LKreiss Esslingen

Art und Zahl der im Schuljahr 2013/2014 an Grundschulen, Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien angebotenen Zusatzangebote zur Förderung der Schüler; Bestand unentgeltlicher Angebote wie z.B. Schach, Schulchor, Theater-AG; Nutzung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendbegleitern und einzelnen Lehrkräften; Angebote zur Streit-schlichtung und zur Suchtprävention; Finanzierung der Zusatzangebote über das Schuljahr 2013/2014 hinaus; Einsparung von Zusatzangeboten zugunsten von Krankheitsvertretungen im Ergänzungsbereich; Nichtbesetzung frei gewordener Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Förderunterricht*
Drs 15/4062

Weitere Entwicklung der Fachschulen für Landwirtschaft

Umsetzung des geplanten effizienten Einsatzes von Lehrkräften und Nebenlernmitteln an den Fachschulen für Landwirtschaft sowie weitere zielführende Aktivitäten zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

MdlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Ausbildung*
Drs 15/4105

Unbesetzte Lehrerdeputate an der Waldschule Pforzheim-Büchenbronn

Lehrkräftebedarf der Waldschule Büchenbronn; Zuteilung weiterer Lehrkräfte zur Behebung des bestehenden Unterrichtsdefizits; Zusatzstunden für einen stufengetrennten Unterricht in den Kernfächern in Klasse 6 und Klasse 7; Lösungsvorschläge für die lehrplanmäßige Unterrichtserteilung in zusammengelegten Klassen; Chancengleichheit für die Schüler der Waldschule Büchenbronn

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4143

Anmeldesituation am Theodor-Heuss-Gymnasium Pforzheim

Außergewöhnlich hohe Nachfrage nach dem neunjährigen Weg zum Abitur; Anmeldung und Aufnahme von ca. 280 Schülern in Klassenstufe 5 im Schuljahr 2013/2014; Maßnahmen zur Sicherung eines geordneten Unterrichts am Theodor-Heuss-Gymnasiums; Rechtfertigung der Ressourcenzuweisung gegenüber anderen Gymnasien in Pforzheim bzw im Land; Auswirkungen des Andrangs am Theodor-Heuss-Gymnasium auf die Auslastung der anderen Gymnasien am Ort; Umgang mit dem Unmut der Eltern über die Schulsituation; Konsequenzen aus dem Pforzheimer Fall für die Genehmigung weiterer G9-Modellschulen in BW

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4194

Zu wenig Lehrer - Schulen und Finanzminister Dr. Schmid in Bedrängnis

Aktuelle Debatte
s. *Lehrerbedarf*
PIPr 15/79 S. 4763

Streich die grün-rote LReg 11.600 Lehrerstellen?

Situation in der Lehrerversorgung, insbes Höhe des jährlichen Lehrer- und Ressourcenbedarfs für die Umsetzung der Strukturreform im Bildungsbereich, Entwicklung eines Bedarfsdeckungskonzepts, Sicherung der Unterrichtsqualität bei gleichzeitiger Streichung von 11.600 Lehrerstellen; Abrücken vom angekündigten Sparziel der Streichung von 11.600 Lehrerstellen

Antr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4298

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2012/13

Entwicklung der Schülerzahlen nach Schularten; Zahl der eingesetzten Lehrkräfte; Anzahl der für den Pflicht- und den Ergänzungsunterricht bereitgestellten Unterrichtsstunden; Krankheitsvertretungsreserve im Staatlichen Schulamt Backnang; durch Pensionierung frei werdende Vollzeitlehrerstellen

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/4364

Unterrichtsversorgung und Stundenausfall an den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis

Statistik nach Schultypen zu Unterrichtsausfall in den Schulen der LKreise Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Maßnahmen der LReg zur Vermeidung künftiger Unterrichtsausfälle

MdlAnfr 3) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 10.12.2013
Drs 15/4426
PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5246 5247

Unterrichtsversorgung muss auch den Ergänzungsbereich einbeziehen

Individuelle Förderung der Schüler durch Förder- und Unterstützungsangebote sowie Bildungsangebote des Ergänzungsbereichs; Zahl der seit dem Schuljahr 2011/2012 an den verschiedenen Schularten für den Ergänzungsbereich zur Verfügung stehenden Lehrerdeputate; Beurteilung der Unterrichtsversorgung im Allgemeinen und speziell im Ergänzungsbereich; Art der Bildungsangebote und ihre quantitative Entwicklung seit dem Schuljahr 2012/2013; Nutzung der vorgesehenen Unterrichtszeit für Krankheitsvertretung; Förderung der Bildungsgerechtigkeit durch eine ausreichende Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.01.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4650
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.01.2015 Drs 15/6639 S. 13 14
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen des Rems-Murr-Kreises sowie Maßnahmen der LReg zur Vermeidung künftiger Unterrichtsausfälle

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 30.01.2014 und Antw KM Drs 15/4686

Klassengröße und Lehrer-Schüler-Relation

Entwicklung von Klassengrößen, Lehrer- bzw Schülerzahlen und Lehrer-Schüler-Relationen an Grundschulen und weiterführenden Schularten in BW sowie künftige Entwicklung; Umfang

des geplanten Lehrkräfteabbaus; Bedeutung und Qualität der Unterrichtsversorgung, insbes im Ergänzungsbereich

Antr
s. *Klassenstärke*
Drs 15/4697

Unterrichtsversorgung darf nicht zur Mogelpackung werden
Zustand und Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung an baden-württembergischen Schulen im Allgemeinen und im Ergänzungsbereich; Auswirkungen der Streichung von rund 14 Prozent der Entlastungsstunden; Ausgestaltung der Überführung des Ergänzungsbereichs in den Pflichtbereich; Vorlage eines Bedarfsdeckungskonzepts zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 06.02.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/4729

Unterrichtsversorgung an den Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2009/2010, Anzahl der Klassen und der Lehrerdeputate; im Schuljahr 2012/2013 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Versorgung im Ergänzungsbereich und bei Krankheitsvertretungen im laufenden Schuljahr im Vergleich zu den vergangenen Jahren

KlAnfr Rainer Hinderer SPD 12.02.2014 und Antw KM Drs 15/4757

Berufliche Schulen und Sonderschulen im LKreis Karlsruhe in Ettlingen, Bretten und Bruchsal

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen und Sonderschulen im LKreis Karlsruhe, insbes Zahl der Fehlstunden und Ausfälle an Lehrerwochenstunden, benötigte Sonderpädagogik-Lehrerwochenstunden, Schließung von Kleinklassen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 15/4904

Einführung der Fremdsprache Englisch in der Berufsschule

Stand der Einführung von Englisch als Pflichtunterrichtsfach an Berufsschulen; Einhaltung der Zielvorgabe Schuljahr 2016/2017; Sicherung einer konstanten Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Englisch*
Drs 15/4991

Auswirkungen der Kürzungen im Entlastungskontingent

Auswirkungen auf die verschiedenen Schularten; Rückmeldungen der Schulen; Folgen für die Betreuung von Lehrern in Ausbildung; Vorschläge zur Aufrechterhaltung schulischer Aufgaben wie Hausaufgabenbetreuung, Schüleraustausch, Praktikantenbetreuung, Betreuung von Sammlungen; Einsparung von Lehrstellen durch Kürzungen im Ergänzungsbereich; Deputate zur Umsetzung des Personalvertretungsgesetzes

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5022

Flexible Angebote und gesicherte Finanzierung für den Ganztagsausbau

Genehmigungskriterien für den Ganztagsausbau; pädagogisches Konzept für die neuen Ganztagschulen; Auswirkungen des neuen Ganztagskonzepts auf bereits bestehende Ganztagschulen; vorläufige Begrenzung der Ganztagsangebote auf Grundschulen; Berücksichtigung von Bundesmitteln im Finanzierungs-

konzept; Flexibilität der Ganztagsangebote entsprechend dem vonseiten der Eltern gewünschten Betreuungsbedarf; Sicherstellung der Unterrichtsversorgung; Deckelung der Kostenbeteiligung der Schulträger; langfristige Finanzierung des Ganztagsbereichs

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/5040

Eine verlässliche Unterrichtsversorgung genießt oberste Priorität

Entwicklung der Unterrichtssituation und der grundständigen Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen in BW; Entwicklung der Zahl der Lehrer-Überstunden; Maßnahmen zur Stärkung der Krankheitsvertretung und der Kompensation von Unterrichtsausfällen

Antr Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 07.04.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5041
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 22.04.2015 Drs 15/7352 S. 16 17
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Gymnasiallehrer an Gemeinschaftsschulen

Art und Umfang der von Fachlehrern mit gymnasialer Lehrbefähigung an Gemeinschaftsschulen unterrichteten Fächer; Anzahl der Bewerber um eine erste Stelle an einer Gemeinschaftsschule; Abordnung von Gymnasiallehrern an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/5065

Unterrichtsversorgung am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim

Entwicklung der Zahl der Schüler, Klassen und Lehrerdeputate am Carl-Friedrich-Gauss-Gymnasium in Hockenheim; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich sowie in den Fächern „Latein“, „Bildende Kunst“, „Informationstechnische Grundbildung (ITG)“ und „Naturwissenschaften“

KlAnfr Georg Wacker u.a. CDU 15.05.2014 und Antw KM Drs 15/5206

Unterrichtsbeginn während der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien

Organisatorischer Aufwand und Umsetzbarkeit eines späteren Schulbeginns in Anbetracht fester Busverbindungen, fehlender Betreuungsmöglichkeiten für jüngere Schüler durch deren Eltern sowie der Notwendigkeit, den ausgefallenen Unterricht nachzuholen; Zulässigkeit eines späteren Unterrichtsbeginns bei weiteren sportlichen Großereignissen wie z.B. den Olympischen Spielen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/5324

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversor-

gung

Antr

s. *Kunsterziehung*

Drs 15/5746

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen im Rems-Murr-Kreis

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen des Rems-Murr-Kreises und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 23.09.2014 und Antw KM Drs 15/5756

Krankheitsvertretung an baden-württembergischen Schulen

Anzahl der im Schuljahr 2014/2015 pro Schulart für den Pflichtunterricht erforderlichen Lehrerstellen; Anzahl der Neubesetzungen; Menge der als Krankheitsvertretungsreserve vorgesehenen Lehrerstellen; Umfang der für Krankheitsvertretung im Landeshaushalt eingestellten Mittel; Verwirklichung einer fächer-spezifischen Unterrichtsvertretung; Verbindung von Krankheitsvertretung und Ergänzungsbereich; Schüler-Lehrer-Relation in den einzelnen Schularten; flächendeckende Erhebung der Unterrichtsversorgung

Antr

s. *Unterrichtsvertretung*

Drs 15/5768

Lehrer- und Unterrichtsversorgung an den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Statistik nach Schultypen zum Unterrichtsausfall in den Schulen in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber sowie Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Entwicklung der Vertretungsreserve

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 29.09.2014 und Antw KM Drs 15/5780 (12 S.)

Unterrichtsversorgung im Stadt- und LKreis Heilbronn

Kontingent und Einsatz von Krankheitsvertretungslehrern in den Schulen im LKreis Heilbronn; eingestellte Junglehrer; Abdeckung des Stundenkontingents in Vorbereitungsklassen; Lehrerkontingent an Sonderschulen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 30.09.2014 und Antw KM Drs 15/5784 (10 S.)

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich in den vergangenen fünf Jahren; Lehrermangel an der Josephepting-Schule in Vöhrenbach; Maßnahmen gegen den Lehrermangel im ländlichen Raum

KlAnfr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/6155

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2013/14

Entwicklung der Schülerzahlen; Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte; Deputate für Pflicht- und Ergänzungsunterricht sowie Krankheitsvertretung; Pensionierung und Neueinstellung von Lehrern

KlAnfr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/6181

Lehrerversorgung im Regierungsbezirk Freiburg zum Schuljahr 2014/2015

Situation der Lehrerversorgung im Regierungsbezirk Freiburg, insbes Unterrichtsversorgung, besetzte und nicht besetzte Lehrerstellen, Bewerberzahlen, Kompensation des Lehrermangels, Verantwortlichkeit des Schulpräsidenten; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation

Antr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/6202

Entwicklung der Ganztagschulen im LKreis Emmendingen

Ganztagsschulangebote an öffentlichen Schulen im LKreis Emmendingen; Zahl der davon profitierenden Schüler; Ausgestaltung des Ganztagsangebots an den verschiedenen Schularten; Nutzung des Instruments der Kapitalisierung von Lehrerwochenstunden für die Kooperation mit außerschulischen Partnern; Förderung der Hortbetreuung an Grundschulen; Integration kommunaler Betreuungsangebote in den Ganztagschulbetrieb von Grundschulen

KlAnfr

s. *Ganztagschule*

Drs 15/6331

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/6479

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/6499

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Sachstand zur Unterrichtsversorgung beim Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik an den Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn

KlAnfr

s. *Förderunterricht*

Drs 15/6717

Lehrerversorgung an den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich;

Unterrichtsversorgung an der Dom Clemente Schule in Scho-nach im Schwarzwald und der Josef-Hebting-Schule in Vöhren-bach

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6863

Lehrerversorgung an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landes-durchschnitt; in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tat-sächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Er-gänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/7220

Unterrichtsausfall durch Freizeitausgleich statt Altersermäßi-gung

Sachstand zum Unterrichtsausfall durch von Lehrern in An-spruch genommenen Freizeitausgleich anstelle einer Auszah-lung der im aktiven Schuldienst erworbenen Altersermäßigung bzw des regulären Zeitausgleichs, insbes Höhe der finanziellen Einsparungen für das Land, Auswirkung auf das im Koalitions-vertrag formulierte Ziel zum Abbau von Unterrichtsausfall

Antr Georg Wacker u.a. CDU 13.08.2015 und Stellungnah-me KM Drs 15/7300

*Ist die Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutsch-
klassen für Flüchtlinge gedeckt?*

Sachstand zu Organisation und Unterrichtsversorgung bei den Integrations- und Deutschklassen für Flüchtlinge, insbes Si-cherstellung des Bedarfs an Lehrkräften mit einer Ausbildung „Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“

Antr
s. *Deutschunterricht*
Drs 15/7453

*Ergänzungsunterricht und Vorbereitungsklassen im LKreis, ins-
bes auch im Wahlkreis Esslingen*

Zahl der schulpflichtigen Flüchtlingskinder im Land- und im Wahlkreis Esslingen; Form des zusätzlichen Deutschunterrichts für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlings- und Asylbewerber-familien; Angebot an Vorbereitungsklassen; Bedarf an Lehrkräf-ten; Mindestschülerzahl bei der Sprachförderung

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7699

Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Beruf

Sachstand zur Vorbereitung von Flüchtlingen auf Schule und Be-ruuf in Vorbereitungsklassen (VKL) und Vorqualifizierungsjahren Arbeit/Beruf ohne Deutschkenntnisse (VABO), insbes Versor-gungssituation, Übergang in Regelklassen, bildungsbiografische Ersterfassung, Konsequenzen aus den besonderen Anforderun-gen der VKL/VABO-Klassen, Vorbereitung der aufnehmenden Regelschulen, Besetzung neu geschaffener Lehrerstellen

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 15/8055

Unterrichtsvertretung

*Unterrichtsversorgung und Krankheitsvertretungen an Förder-
schulen in Metzingen und Bad Urach*

Unterrichtsausfall an der Wilhelmschule Bad Urach und der Seyboldschule Metzingen bedingt durch Krankheit oder Mutter-schutz von Lehrkräften; Gründe und Abhilfemaßnahmen für das Fehlen von Klassenlehrern in den Eingangsklassen beider Schu-len

KlAnfr
s. *Sonderschule*
Drs 15/1724

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Heidenheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretun-gen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freier-wendenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1861

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretun-gen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freier-wendenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1862

*Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises Schwäbisch
Hall*

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretun-gen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freier-wendenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1863

*Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-
Schwenningen)*

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretun-gen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freier-wendenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Ent-wicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1864

Lehrerversorgung an den Schulen im Enzkreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1865

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Böblingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1866

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1867

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ravensburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1881

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Pforzheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1878

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Biberach

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013,

Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1879

Lehrerversorgung an den Schulen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1880

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Karlsruhe

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1888

Lehrerversorgung an den Schulen des Kreises Reutlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1889

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Esslingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1891

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfelden

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen so-

wie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1894

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 56 (Konstanz) und Wahlkreises 57 (Singen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1930

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Mannheim

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1936

Lehrerversorgung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1937

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Heidelberg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1951

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Ludwigsburg

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*
Drs 15/1952

Lehrerversorgung im Ortenaukreis

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1970

Lehrerversorgung an den Schulen des Rems-Murr-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1979

Lehrerversorgung an den Schulen des Stadtkreises Baden-Baden bzw des südlichen LKreises Rastatt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1980

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Emmendingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1991

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Rottweil

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freierwerbenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1993

Lehrerversorgung an den Schulen der Stadt Ulm und des Alb-Donau-Kreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1994

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2034

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Göppingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2045

Lehrerversorgung an den Schulen des Hohenlohekreises

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2076

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Tuttlingen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2124

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2236

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Calw

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2241

Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Freudenstadt

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2242

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Sigmaringen

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2275

Expertise des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu den „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Lehrkräftebedarf allgemein bildender Schulen in BW“

Plausibilität der o.g. Annahmen und Berechnungen im Vergleich zu denen der LReg in Bezug auf die Zahlen von Schülern, Klassen und Lehrerstellen bis zum Schuljahr 2015/16; Vergleich der ermittelten zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen, der inklusiven Unterrichtsversorgung, individuellen Förderung und Krankheitsreserve; Darstellung einer bildungspolitisch begründeten Gesamtbilanz für den Zusatzbedarf und die Stellenstreichungen getrennt

nach Schularten bis 2016

GrAnfr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/2402

Denkschrift 2013 zur Haushaltsrechnung 2011 (vgl. Drs 15/3800); hier Beitrag Nr. 8 - Krankheitsvertretungsreserve an den öffentlichen Schulen des Landes (Kap 0405 bis 0428)

Mittlg RH 04.07.2013 Drs 15/3808
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.11.2013 Drs 15/4208
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5515-5528
Mittlg LReg 19.12.2014 Drs 15/6303
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6631
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Krankheitsvertretung an baden-württembergischen Schulen

Anzahl der im Schuljahr 2014/2015 pro Schulart für den Pflichtunterricht erforderlichen Lehrerstellen; Anzahl der Neubesetzungen; Menge der als Krankheitsvertretungsreserve vorgesehenen Lehrerstellen; Umfang der für Krankheitsvertretung im Landeshaushalt eingestellten Mittel; Verwirklichung einer fächer-spezifischen Unterrichtsvertretung; Verbindung von Krankheitsvertretung und Ergänzungsbereich; Schüler-Lehrer-Relation in den einzelnen Schularten; flächendeckende Erhebung der Unterrichtsversorgung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 24.09.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5768

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich in den vergangenen fünf Jahren; Lehrermangel an der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach; Maßnahmen gegen den Lehrermangel im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6155

Lehrkräfte und Deputate an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2013/14

Entwicklung der Schülerzahlen; Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte; Deputate für Pflicht- und Ergänzungsunterricht sowie Krankheitsvertretung; Pensionierung und Neueinstellung von Lehrern

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6181

Lehrerversorgung an Schulen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; im Schuljahr 2013/2014 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6499

Abrechnung von Vertretungsstunden

Bestimmungen zur Abrechnung von Mehrarbeitsstunden von Lehrern bei Vertretungsstunden

MdlAnfr 3) Georg Wacker CDU 28.04.2015 Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7772 7773

Lehrerversorgung an den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich; Unterrichtsversorgung an der Dom Clemente Schule in Schönbach im Schwarzwald und der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6863

Lehrerversorgung an Schulen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen in den letzten fünf Jahren; Zahl der Klassen und der Lehrerdeputate im Vergleich zum Landesdurchschnitt; in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 für den Pflichtunterricht bereitgestellte Deputate, Anzahl der tatsächlich eingesetzten Lehrkräfte; Unterrichtsversorgung im Ergänzungsbereich; Förderunterricht in den Fächern Deutsch und Mathematik; Unterrichtsvertretung bei Elternzeit und Krankheit im laufenden Schuljahr; Bereitstellung von Lehrerdeputaten für inklusiven Unterricht

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/7220

Lehrkräfte und Schüler an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11

Statistik zu Lehrkräften und Schülern an den Schulen des Rems-Murr-Kreises im Schuljahr 2014/15 im Vergleich zu 2010/11, insbes Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen, Anzahl der eingesetzten Lehrkräfte, bereitgestellte Deputate, feste Krankheitsvertretungsreserven

KlAnfr
s. *Schulstatistik*
Drs 15/7798

Aufstockung der Mittel für Krankheitsstellvertretungen an Schulen

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 376 382

Aufstockung der Mittel für Krankheitsstellvertretungen an Schulen

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 436 437

Schrittweise Aufstockung der Krankheitsreserve an den Schulen

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 508

Aufstockung der Mittel für Krankheitsstellvertretungen an Schulen

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 661 662

Aufstockung der Stellen für Krankheitsstellvertretungen an Schulen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041

Aufstockung der Stellen für Krankheitsstellvertretungen an Schulen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1105 1108 1115 1129

Aufstockung der Stellen für Krankheitsstellvertretungen an Schulen

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1377 1378 1380 1383 1388 1396 1439 1440

Aufstockung der Stellen für Krankheitsvertretungen an den Realschulen

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1633

Aufstockung der Stellen für Krankheitsstellvertretungen an Schulen, Zuständigkeit und Verfahren für die Bewilligung von Stellen

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1974-1976 1980-1985 1987 1989

Kompensation von Lehrerausfällen mit Krankheitsvertretungen am Beispiel des Gymnasiums in Münsingen

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2237 2238

Untersteller, Franz MdL GRÜNE

Berufung und Vereidigung von Franz Untersteller zum/als Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

s. *Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft*
PIPr 15/3 S. 15

Untersuchungsamt

Arbeit und Ausstattung der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUAs) und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts Aulendorf (STUA)

Entwicklung der Aufgaben, Kosten, Investitionen und Personalausstattung seit 2006; Gewährleistung der erforderlichen Sachkunde mit einem Einstellungskorridor

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 22.09.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/535

BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 12

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Erhalt der Arbeitsfähigkeit der baden-württembergischen Untersuchungseinrichtungen

Investitionsbedarf der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts zur Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien für die notwendigen Untersuchungen; Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Sicherstellung eines hohen Verbraucherschutzniveaus

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 19.07.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2128

BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 43 44

PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Untersuchungsausschuss

s.a. *Parlamentarische Kontrolle*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, Empfehlungen zum Bereich der Polizei: Nachbereitung des Polizeieinsatzes

Mittlg LReg

s. *Polizei*

Drs 15/185

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufarbeitung der Umstände um den Kaufvertrag vom 06.12.2010, in welchem die Neckarpri GmbH 45,01 Prozent der Aktien der Energie BW AG (EnBW) erworben hat, und Aufarbeitung der Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung der EnBW (EnBW-Untersuchungsausschuss)“

Antr CDU 13.12.2011 Drs 15/1015

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1067-1079 1096-1098

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1143 (zurückgezogen)

Einsetzung eines UA zum Thema „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land BW und seine Folgen (EnBW-Deal)“

Antr GRÜNE und SPD 14.12.2011 Drs 15/1018

Antr CDU und FDP/DVP 21.12.2011 Drs 15/1064

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1067-1079 1096-1098 (Wahl der Mitglieder, der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden)

Beschlüsse des Ltg vom 14. und 21.12.2011 Drs 15/1074

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1143-1147

BeschlEmpf UA 12.12.2012 Drs 15/2793

PIPr 15/56 19.12.2012 S. 3365

Bericht und BeschlEmpf UA 08.08.2014 Drs 15/5300 (1382 S.)

ÄAntr CDU 25.06.2014 Drs 15/5368

ÄAntr FDP/DVP 25.06.2014 Drs 15/5369

ÄAntr GRÜNE und SPD 26.06.2014 Drs 15/5370

ÄAntr GRÜNE und SPD 26.06.2014 Drs 15/5373

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6167-6180

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 31.01.2012 und Stellungnahme StM Drs 15/1186

2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“)

Leistung von Amtshilfe bei der Beweiserhebung auf Ersuchen des o.g. Untersuchungsausschusses

MdIAnfr 6) Alexander Throm CDU 21.05.2012 Drs 15/1734

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2094

Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes

Anpassung an einige Änderungen der Geschäftsordnung des Ltg; Ergänzung der Gesetzesbezeichnung um eine amtliche Kurzbezeichnung und eine amtliche Abkürzung; redaktionelle Änderungen

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 21.06.2012 Drs 15/1840

1. Beratung PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2216-2220

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.07.2012 Drs 15/2072

2. Beratung PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2428 2429

GesBeschl 18.07.2012 Drs 15/2123

GBI 2012 Nr. 12 S. 488 489 (Ges vom 24.07.2012)

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2108

Verbindungen baden-württembergischer Polizisten zum rassistischen Ku-Klux-Klan

Zeitpunkt der Übermittlung und Inhalte der Unterlagen an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestags „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“, Frage nach der Einbindung der Leitungsebene des IM

Antr
s. *Polizei*
Drs 15/2233

Wahl von Mitgliedern und der/des Vorsitzenden im UA „EnBW-Deal“

PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3586-3592 3599 3609

Sachstand der ICC-Schiedsklage

Weitere Verhandlungstermine im Schiedsverfahren des Landes BW gegen die Électricité de France (EDF) vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC-Schiedskammer); Ersuchen an den EnBW-Untersuchungsausschuss zur Nutzung der Protokolle über Zeugenaussagen in öffentlichen Sitzungen

Antr
s. *Schiedsrichterliches Verfahren*
Drs 15/4148

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufklärung einer politischen Einflussnahme der CDU-geführten LReg Mappus auf den Polizeieinsatz vom 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten und auf die Ergebnisse des UA 2010/2011“

Ursachen, Ausmaß und Verantwortung für die dem UA möglicherweise vorenthaltenen Unterlagen sowie mögliche Unvollständigkeit des Abschlussberichts „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten“, insbes mögliche Verletzung der Rechte des Ltg; mögliche politische Einflussnahme der Regierung Mappus oder von Dritten auf den Polizeieinsatz am 30.09.2010 im Stuttgarter Schlossgarten; zeitliche und organisatorische Hintergründe des Polizeieinsatzes und erforderliche Neubewertung; Vorlage der Untersuchungsergebnisse und Präventionsvorschläge

Antr GRÜNE und SPD 11.12.2013 Drs 15/4469
PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5164-5169 5206 5207 (Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des UA)
Beschl des Ltg 18.12.2013 Drs 15/4640
Bericht und Empfehlung UA 18.02.2016 Drs 15/8008 (624 S.)
ÄAntr CDU 17.02.2016 Drs 15/8074
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9027-9039

Mittlg LReg 16.08.2016 Drs 16/444

Woher hat der Finanz- und Wirtschaftsminister umfassendes Insider-Wissen?

Herkunft seiner inhaltlichen Kenntnis der ausschließlich den Mitgliedern des EnBW-Untersuchungsausschusses zugänglichen Vernehmungsprotokolle der französischen Ermittlungsbehörden

KIAnfr
s. *Verschlusssache*
Drs 15/4909

Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim und die Konsequenzen für den Datenschutz?

Bewertung des VGH-Urteils im Rechtsstreit des ehemaligen MinPräs Mappus mit dem Land BW im Hinblick auf datenschutzrechtliche Anforderungen; Umgang mit ggf. vorhandenen, in der 14. WP gefertigten Sicherungskopien von Daten der Mitarbeiter der Ministerien; Einwände gegen den datenschutzrechtlichen Lösungsanspruch; Unterrichtung des Untersuchungsausschusses „Polizeieinsatz Schlossgarten II“ und des Parlaments über die Datenlöschung; Anpassung des Landesdatenschutzgesetzes

KIAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 15/5594

Einsetzung und Auftrag des UA „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“

Zusammenarbeit der baden-württembergischen Justiz- und Sicherheitsbehörden mit Bundes- und Länderbehörden in der NSU-Mordserie, insbes bei der Aufklärung des Mordes an der Polizeibeamtin M.K. und dem Mordversuch an ihrem Kollegen; Fehler und Versäumnisse bei der Aufklärung der Straftaten in BW; Aufdeckung der Verbindungen des NSU und seiner Unterstützer nach BW; Prüfung der Umsetzung bisheriger Handlungsempfehlungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Nationalsozialistischer Untergrund*
Drs 15/6049

Umgang des Ministerpräsidenten Kretschmann und der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre

Umgang des MinPräs bzw der LReg mit der sogenannten Gutachtenaffäre im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschusses „Die Aufarbeitung der Kontakte und Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in BW und die Umstände der Ermordung der Polizeibeamtin M.K.“, insbes Kontakte zu den Landtagsfraktionen von SPD und Grünen sowie zu nicht dem Landtag angehörenden Personen

KIAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 15/6268

Beweisverwertung nach rechtswidriger Vorratsdatenspeicherung

Sachstand zur Verwertbarkeit personenbezogener Daten aus der („wahrscheinlich“) rechtswidrigen Vorratsdatenspeicherung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft für das Beweisverfahren des Untersuchungsausschusses

KIAnfr
s. *Personenbezogene Daten*

Drs 15/7315

Aktivitäten der LReg nach dem Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten

Sachstand zu Aktivitäten der LReg in Reaktion auf den Artikel „Brückenbau für einen Rassisten“ der Stuttgarter Nachrichten vom 13. Juli 2015 mit Verwendung von Informationen aus der nicht-öffentlichen Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses vom 6. Juli 2015

KlAnfr
s. *Geheimnisverrat*
Drs 15/7449

Bewertung der Arbeit der Mitglieder im EnBW-Untersuchungsausschuss, Bemühungen um Aufklärung des EnBW-Rückkaufs durch die frühere LReg

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2265 2267 2271 2273 2274

Untersuchungsausschussgesetz

s. *Untersuchungsausschuss*

Untersuchungshaft

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorläufige Prozesskostenhilfe für Verdächtige oder Beschuldigte, denen die Freiheit entzogen ist, sowie über Prozesskostenhilfe in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4572

Überlastung der Strafkammern in BW

Sachstand zur Überbelastung der Strafkammern in BW, insbes. Daten zu aus verfahrensrechtlichen Gründen aus der Untersuchungshaft entlassenen Straftätern, Fragestellung und Ergebnisse einer Untersuchung zur Belastung der Strafkammern, Handlungskonsequenzen und Maßnahmen, Festschreibung einer automatischen Vertretungsregelung bei Überlastung durch Änderungen im Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozessordnung durch den Bundesgesetzgeber

Antr
s. *Strafgerichtsbarkeit*
Drs 15/6328

Unvollständige Familie

s. *Alleinerziehender*

Unwetterschaden

*Haushalt 2011; Vierter Nachtrag
Einrichtung einer generellen Risikorücklage für unweatherbedingte Schadensgroßereignisse in der Land- und Forstwirtschaft*

Haushalt
s. *Rücklage*
Drs 15/341

Haushalt 2012; Epl 08

Bemühungen um EU-Mittel für unweatherbedingte Schadensgroßereignisse in der Land- und Forstwirtschaft iRd Verhandlungen zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik; Rücknahme der Kürzungen bei den Agrarumweltprogrammen

Haushalt
s. *Agrarpolitik*
Drs 15/1108

Hagelschäden in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb

Ausmaß und Kosten der Hagelschäden vom 28. Juli 2013 in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb sowie Einsatzaufkommen, -dauer und -kapazitäten der Rettungskräfte

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 29.07.2013 und Antw IM
Drs 15/3883

Ernteausfälle im Enzkreis und in Pforzheim infolge von Sturm- und Hagelschäden

Ernteausfälle infolge der Hagelstürme im Juli 2013; Gesamtschadenssumme in den landwirtschaftlichen Betrieben im Enzkreis und in Pforzheim; Versicherungsschutz gegen Hagelschäden; finanzielle Unterstützung der geschädigten Landwirtschaftsbetriebe

KlAnfr
s. *Ernteschaden*
Drs 15/3889

Hagelschäden im LKkreis Esslingen und der Einsatz von Hagelfliegern

Durch das Hagelgewitter vom 28. Juli 2013 verursachte Schäden; Einsatz und Wirksamkeit von Hagelfliegern an diesem Tag und generell; Dachsanierung entsprechend der Vorgaben der Energiesparverordnung (EnEV); Kriterien für eine Befreiung von der energetischen Bausanierung

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 27.08.2013 und Antw MLR
Drs 15/3978

Hagelprävention durch Einsatz von Hagelfliegern

Höhe von Hagelschäden und betroffene Regionen in BW; Einsatz, Finanzierung und Nutzen des Einsatzes von Hagelfliegern in der Hagelprävention in den LKreisen; Aufbau, Unterstützung und Förderung der Hagelabwehr in besonders hagelträchtigen Regionen

Antr
s. *Hagel*
Drs 15/4029

Sturmschäden im Enzkreis und in Pforzheim

Sachstand zur Schadensbilanz infolge des Sturms (Sturmtief „Niklas“) Ende März 2015 im Enzkreis und in Pforzheim, insbes. Kostenvolumen des Gesamtschadens in der Region

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.04.2015 und Antw MLR
Drs 15/6711

Aufstockung der Unwetterhilfen für die Landwirtschaft

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 438 439 443 444

UPD

s. *Patientenberatung*

Uran*Uranbelastung des Grund- und Trinkwassers*

Grundwasserbelastung durch den Urangehalt mineralischer Phosphat-Düngemittel; Urankonzentration im Trinkwasser; Erkenntnisse über eine Uranbelastung von Böden im Zusammenhang mit der Landnutzung; spezielle Messungen und Untersuchungen; Verfahren zur Verringerung der Uranbelastung, vorbeugender Bodenschutz

KIAnfr
s. *Grundwasserbelastung*
Drs 15/2797

URBACT*EU-weiter Erfahrungsaustausch von Kommunen*

Förderung und Unterstützung des EU-weiten Erfahrungsaustauschs baden-württembergischer Städte und Gemeinden durch die LReg, insbes Bedeutung des EU-Programms URBACT für die Kommunen in BW

Antr
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 15/5211

Urheberrecht*s.a. Immaterialgüterrecht**s.a. Lizenz**s.a. Verwertungsgesellschaft**Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen*

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spyssoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personlräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Software*
Drs 15/860

Lizenzgebühren bei Schultheateraufführungen

Schritte zur Entschärfung der o.g. Problematik - evtl durch eine entsprechende Bundesratsinitiative

Antr
s. *Theater*
Drs 15/1409

Zukunft des Urheberrechts - Situation der Schriftsteller in BW

Tätigkeitsbereiche sowie kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der haupt- und nebenberuflichen Schriftstellerinnen und Schriftsteller; Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf Schriftsteller, Verlage und Buchhandlungen; dadurch bedingte Veränderungen im Verhältnis zwischen Urheber, Verwerter und Nutzer; Haltung zur geplanten Novellierung des Urheberrechts der BReg und zu Modellen wie „Kulturfltrate“ oder „Kulturwertmark“

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 19.07.2012 und Stellungnahme MWK Drs 15/2129

Verfahren wegen Produktpiraterie in BW

Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Verletzungen des Marken- und Urheberrechts in den letzten zehn Jahren; Art der Rechtsverletzung; Anteil der Ermittlungsverfahren wegen gewerbmäßiger Ausübung; Höhe des wirtschaftlichen Schadens

Antr
s. *Produktpiraterie*
Drs 15/2794

Freie Lizenzierung von landeseigenem Bildmaterial

Freie Verfügbarkeit des Bildmaterials im Webangebot von Einrichtungen des Landes; Voraussetzungen einer freien Lizenzierung; Schaden durch missbräuchliche Nutzung von landeseigenem Bildmaterial; möglicher Ertrag einer kommerziellen Verwertung frei lizenzierten Bildmaterials

KIAnfr
s. *Lizenz*
Drs 15/4669

GEMA-Gebühren für Musik in Sportkursen

Regelung der Musikknutzung in den Kursen der Sportvereine bis Ende 2013; Stand der Verhandlungen zwischen den Sportbünden und der GEMA über eine neue Pauschalvereinbarung

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/5141

Urheberrecht im schulischen Verwaltungsbereich

Sachstand zur urheber- und nutzungsrechtlichen Situation bei Lehr- und Bildungsplänen, für den Schulbetrieb relevanten Verordnungen und Anlagen sowie zentralen Prüfungs- und Klausuraufgaben für das Abitur in BW

KIAnfr Alexander Salomon GRÜNE 24.07.2015 und Antw KM Drs 15/7228

Urheberrechtsschutz*s. Urheberrecht***Urlaub***s.a. Ferien**s.a. Ferien auf dem Bauernhof**s.a. Freistellung von der Arbeit**„Wwoofen“ oder das „Tom Sawyer-Prinzip“*

Beurteilung des o.g. Alternativurlaubs mit Leben und Arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben als zusätzliche Einnahmequelle im Vergleich mit anderen Bundesländern; Eignung der vorhandenen oder neuer Förderinstrumente; Ermunterung der Betriebe zur Ausweitung der Angebote mit einer Informationskampagne

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 28.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/370

Tourismus im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen, der Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Voll- und Teilzeit im Tourismus und in der Gastronomie seit 2008; Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen, u.a. für Urlaub auf dem Bauernhof, Tagestourismus, Tagungstourismus und Familienurlaub; Ausbau des Radwegenetzes; Verbindung von Tourismus und Naturschutz

KlAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/402

Entwicklung des Tourismus in BW

Entwicklung der Umsätze und Übernachtungszahlen in den einzelnen Regionen differenziert nach Angeboten für Senioren, Familien, Behinderten, Kulturreisen, Bädertourismus etc; Instrumente und Schwerpunkte in der Förderpolitik, Höhe der bereitgestellten Mittel von Land, Bund und EU seit 2006; Ausrichtung der Förderpraxis auf Nachhaltigkeit, Umsetzung des Nachhaltigkeitschecks in den besucherstärksten Regionen; Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum; Bedeutung von Biosphärengebieten und Nationalparks; Ausbau und Vernetzung von ÖPNV-Angeboten; Verstärkung des Auslandsmarketings der TMBW

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/865

Agrartourismus

Bedeutung des Agrartourismus und der vorhandenen Förderinstrumente für die heimischen Landwirtschaftsbetriebe im Vergleich mit anderen Flächenländern, Erschließung des Potenzials von ausländischen Touristen, Beurteilung von Urlaubsangeboten mit Ausrichtung auf die ländliche Kultur, Veranstaltungen und Kurse; Steigerung des Absatzes von örtlichen Agrarprodukten; Bewertung des Projekts der BReg „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/1153

Bundesarbeitsgerichtsurteil zur Regelung der Urlaubsdauer in Tarifverträgen

Anhebung des Urlaubsanspruchs auf 30 Urlaubstage pro Jahr für die Angestellten und Beamten des Landes als Konsequenz aus dem o.g. Urteil

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 04.05.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1657
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 14.06.2012 Drs 15/2007 S. 16
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Altersabhängige Staffelung des Urlaubsanspruches für Beamtinnen und Beamte; § 21 Abs 1 Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO)

Umsetzung des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur vom Lebensalter abhängigen Differenzierung der Urlaubsdauer vom 20. März 2012 für die Landesbeamten durch Änderung des § 21 Abs 1 Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO); rückwirkende Gewährung des zusätzlichen Erholungsurlaubs für Landesbeamte

MdlAnfr 3) Thomas Blenke CDU 06.05.2013 Drs 15/3456
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4176-4178

Umsetzung des BAG-Urteils zur Regelung der Urlaubsdauer auf die Landesbeamten

Übertragbarkeit des Urteils des Bundesarbeitsgerichts zur vom Lebensalter abhängigen Differenzierung der Urlaubsdauer vom 20. März 2012 auf die Landesbeamten; Schwierigkeiten und Zeitplan der Umsetzung der rechtsverbindlichen Angleichung des Jahresurlaubs der Landesbeamten

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 27.02.2014 und Stellungnah-

me IM Drs 15/4871
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.04.2014 Drs 15/5137 S. 10 11
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Wirtschaftsfaktor Tourismus in BW

Entwicklung der Übernachtungszahlen in den letzten fünf Jahren; Anteil der ausländischen Gäste im Vergleich zu anderen Bundesländern; Bedeutung und jährliche Umsätze der Tourismussegmente Geschäftsreisende, Tagesausflügler und Urlauber; Wachstumspotenziale; Förderung durch die Tourismus Marketing GmbH BW (TMBW); Verschiebung der Förderschwerpunkte; Zielgruppenansprache

Antr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 15/4997

Urlaub auf dem Bauernhof in BW

Angebot und Nachfrage in den letzten zehn Jahren; Zusammenarbeit der Anbieter bei der Vermarktung; Zielgruppenansprache; Berücksichtigung des Landtourismus im Bildungsangebot der landwirtschaftlichen Ausbildungseinrichtungen; Fördermöglichkeiten durch die EU

Antr
s. *Ferien auf dem Bauernhof*
Drs 15/5468

Vereinbarkeit von Familie und Landtagsmandat in BW

Einführung von Mutterschutz- und Kinderbetreuungszeiten für Abgeordnete; Änderung des § 75 der Geschäftsordnung des Landtags von BW

Antr
s. *Landtag, Geschäftsordnung*
Drs 15/5500

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Urlaub

Mobilitätsverhalten von Touristen bei der An- und Abreise sowie am Urlaubsort; Anbindung von Reisezielen an das öffentliche Nah-, Regional- und Fernverkehrsnetz; Anreize zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; Angebot vergünstigter Kombitickets; Beteiligung von Einzelhandel, Tourismusverbänden und Gastronomiebetrieben an solchen Angeboten für Tagesgäste und Urlauber; Erhöhung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personenverkehr; Verbesserung der Erreichbarkeit von Skigebieten

Antr
s. *Öffentlicher Personenverkehr*
Drs 15/6225

Unterhaltung von Ferienheimen durch die Stiftung der Polizei, Ermöglichung von Urlauben für Beamte der Polizei und Justiz

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1612 1614

Urlaub auf dem Bauernhof

s. *Ferien auf dem Bauernhof*

Urlaubsanspruch

s. *Urlaub*

Urlaubsgebiet

s. *Tourismusregion*

Urlaubsregion

s. *Tourismusregion*

Urlaubsreise

s. *Reise*

Ursprungsangabe

s. *Herkunftsbezeichnung*

Ursprungserzeugnis

s. *Herkunftsbezeichnung*

Ursprungsnachweis

s. *Herkunftsbezeichnung*

Urteil

s. *Gerichtsentscheidung*

USA

s.a. *US-Streitkräfte*

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Landeseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr

s. *Internationale Beziehungen*

Drs 15/2786

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

Haltung zu einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA; verbesserter Zugang zum US-Markt für baden-württembergische Unternehmen infolge einer Aufhebung der Zölle; profitierende Branchen; Direktinvestitionen aus den USA sowie aus Drittstaaten in BW; Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in BW; Chancen und Risiken einer Liberalisierung des Handels für den Bereich der Landwirtschaft; Erhaltung bestehender Standards; Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung

Antr

s. *Handelsabkommen*

Drs 15/3197

Inwieweit ist BW von „PRISM“ (Programm der US-amerikanischen National Security Agency) betroffen?

Anwendung und Auswirkung des PRISM-Überwachungsprogramms der National Security Agency (NSA) auf Bürger oder Firmen aus BW und daraufhin eingeleitete bzw geplante Maßnahmen der LReg

Antr

s. *Nachrichtendienstliche Mittel*

Drs 15/3662

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr

s. *Nachrichtendienstliche Mittel*

Drs 15/3727

Exportstärke der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungswirtschaft

Situation und Entwicklung beim Export von Agrarerzeugnissen und Ernährungsprodukten aus Deutschland und BW, insbes Anteile der Exportmärkte EU, USA und China; organisatorische Unterstützung des Agrarexports in BW und den anderen deutschen Flächenländern; Auswirkung des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens auf Agrarexport

Antr

s. *Agraraußenhandel*

Drs 15/5557

Schüleraustausch zwischen USA/Kanada und BW

Sachstand zum Schüleraustausch zwischen BW und den USA sowie Kanada, insbes Teilnehmerzahlen, Einbindung in die Schullaufbahn

KlAnfr

s. *Schüleraustausch*

Drs 15/7564

Bewertung von Referenden in Kalifornien über Steuer- und Haushaltskürzungen als Negativbeispiele für direkte Demokratie

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 304

Auswirkungen von Mindestlöhnen in den USA auf den dortigen Arbeitsmarkt

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 778 779 782

Frage nach einer Bestätigung von Pressemitteilungen über den Abbau aller Windkraftanlagen in Kalifornien wegen fehlender Rentabilität

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1056

Verweisung auf die Umweltschäden in den USA verursacht durch die Anwendung von Fracking zur Gasförderung

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2314-2318

USchadG

s. *Umweltschadengesetz*

US-Streitkräfte*Die Konversion gestalten - Planungen des Bundes*

Hinwirkung auf eine finanzielle Beteiligung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an den Gutachten zu den Entwicklungsperspektiven der ehemaligen Standorte der Bundeswehr, der US-Armee und der Nato-Truppen; Vorlage eines Zeitplans für die geplanten Schließungen der Bundeswehrstandorte; Eintreten für eine Neufassung des Auftrags der BImA unter Berücksichtigung der schwierigen Verwertbarkeit der Liegenschaften im ländlichen Raum

Antr
s. *Konversion*
Drs 15/1499

Konversion in BW

Auswirkungen des Abzugs der Bundeswehr und US-Streitkräfte für die betroffenen Kommunen; Initiierung eines Informationsaustauschs zwischen allen beteiligten Ebenen durch die eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe, Einbindung der L-Bank zur finanziellen Begleitung der Konversionsaufgaben; Erstellung eines Konversionskonzepts und Förderprogramms, insbes für die Standorte im ländlichen Raum; Leistung von Unterstützung über den kommunalen Finanzausgleich, das Städtebauförderprogramm und Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum; Priorisierung von Infrastrukturmaßnahmen; Erstellung eines jährlichen Konversionsberichts

GrAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/1962

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Landeseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2786

Auswirkungen des Abzugs der US-Streitkräfte aus dem Rhein-Neckar-Raum

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2172 2174 2180

UVP

s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*

UV-Strahlung*Entwicklung der Hautkrebskrankungen in BW und mögliche Präventionsmaßnahmen*

Haltung zum Anstieg der durch Hautkrebs verursachten Sterbefälle; Aufklärung über die Risiken intensiver UV-Strahlung und Hinweise zur Vorbeugung; Kooperation mit Krankenkassen, Verbänden und sonstigen Partnern; Beurteilung der bayerischen Kampagne „Sonne mit Verstand“ und ihrer Aufklärungsarbeit z.B. in Kindergärten

Antr
s. *Krebserkrankung*
Drs 15/3258

UVwG

s. *Umweltverwaltungsgesetz*

VAbstG

s. *Volksabstimmungsgesetz*

Vaihingen a.d. Enz*Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen*

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/817

Bildungshäuser für Kinder im Alter zwischen drei und zehn Jahren im Wahlkreis 13 Vaihingen

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuansträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/1019

Straßensanierungen an den Grenzen des Enzkreises

Zustand von Gemeindeverbindungsstraßen in angrenzende LKreise; Eintreten für eine zeitnahe Sanierung der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und Vaihingen-Gündelbach sowie für die Westtangente zur Verbindung von Illingen-Schützingen mit der B 35, Sanierung des Fahrbahnbelags der B 35 zwischen Knittlingen und Bretten; Zeitpunkt der Realisierung und Fertigstellung der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1163

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz

Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr
s. *Nitrat*
Drs 15/1464

Planungsstopp für Ausbau von Landesstraßen im Enzkreis

Auflistung der vom o.g. Stopp betroffenen Straßenabschnitte mit der jeweiligen Begründung; Stand der Planung für die Sanierung und den Ausbau der L 1131 zwischen Illingen-Schützingen und

Vaihingen-Gündelbach, Bewertung des Zustands und der Sicherheitsmängel dieses Straßenabschnitts

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2468

Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

Bedeutung von Weinberg-Terrassen als Kultur- und Naturlandschaft sowie finanzielle Fördermöglichkeiten und Projekte zu deren Erhalt; Unterstützung eines gemeinsamen Modellprojekts aus Mühlacker und Vaihingen zum Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

KlAnfr
s. *Weinbau*
Drs 15/5185

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis Vaihingen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektive des Bildungshauses in Vaihingen-Roßwag

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/7897

Bundesfernstraßen im LKkreis Ludwigsburg

Sachstand zu Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundesfernstraßen im LKkreis Ludwigsburg, insbes Verfahrensstand hinsichtlich der für Vaihingen-Enz geplanten Ortsumfahrung der Bundesstraße 10 bzw des Verkehrsknotens „Vaihinger Eck“

KlAnfr
s. *Bundesfernstraße*
Drs 15/8080

Valuta

s. *Devisen*

Varroa-Seuche

s. *Bienenseuche*

Varroatose

s. *Bienenseuche*

Varroose

s. *Bienenseuche*

Vatikan

s. *Papsttum*

Vegetarische Ernährung

„Veggie Day“ in BW?

Bevormundung des Verbrauchers durch die Einführung eines wöchentlichen „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen; an der Einführung beteiligte Ressorts; Zweck eines fleischlosen Tags; Erreichung desselben Zwecks auf anderen Wegen als dem verpflichtenden Angebot fleischloser Gerichte; Entschädigung der Pächter bei Umsatzeinbußen; Umfragen zur Akzeptanz eines „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen

Antr
s. *Verpflegung*
Drs 15/3929

Vellberg

Ortsumfahrung Vellberg L 1040

Bewertung der Dringlichkeit, der weiteren Verfahrensschritte und des Baubeginns für das o.g. Projekt

KlAnfr
s. *Landesstraße 1040*
Drs 15/182

Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern im Landkreis Schwäbisch Hall

Baulicher Zustand der Freibäder im LKkreis Schwäbisch Hall, insbes in den Kommunen Frankenhardt, Gaildorf, Ilshofen, Mainhardt und Vellberg; Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen an Freibädern

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 15/5544

Veranstaltung

s.a. *Ausstellung*
s.a. *Auszeichnung*
s.a. *Brauchstum*
s.a. *Demonstration*
s.a. *Europäisches Jahr*
s.a. *Gedenktag*
s.a. *Jubiläum*
s.a. *Musikveranstaltung*
s.a. *Theater*
s.a. *Volksfest*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 10: Außerunterrichtliche Veranstaltungen der Gymnasien

s. *Gymnasium*
Drs 15/228

Informations-, Diskussions- und Besuchsveranstaltungen politischer Parteien in Schulen und öffentlichen Einrichtungen

Bisherige und evtl künftige Kriterien für die Entscheidung über o.g. Veranstaltungen außerhalb von Wahlkampfzeiten, Begründung neuer Richtlinien für die Regierungspräsidenten, Schulämter und Kommunen; Vereinbarkeit mit dem verfassungsmäßigen Auftrag der Parteien zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes

KlAnfr
s. *Partei*
Drs 15/828

Präsentation von Weinen aus BW durch die LReg

Präsentation bei Veranstaltungen des Landes von hohem öffentlichem Interesse

MdlAnfr
s. *Wein*
Drs 15/1393

Fairtrade

Entwicklung und Stellenwert des Fairtrade-Handels mit Produkten aus der Dritten Welt, Bewertung als Beitrag zur ak-

tiven Entwicklungshilfe; Stand der Bewerbungen von Städten und Gemeinden -national und international- als Fairtrade-Town; Beurteilung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger für Fairtrade-Aktivitäten; Angebot von entsprechenden Erzeugnissen bei Bewirtungen, Empfängen, Veranstaltungen oder in den landeseigenen Kantinen

Antr
s. *Fairer Handel*
Drs 15/1746

Schreiben des BVerfG vom 19.04.2012, Az.: 1 BvR 458/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Untersagung einer Veranstaltung am Karfreitag nach Art 3 Abs 2 des bayerischen Feiertagsgesetzes

s. *Sonn- und Feiertage*
PIPr 15/37 S. 1971

Facebook-Partys

Bewertung und Konsequenzen o.g. Veranstaltungen u.a. auch vor dem Hintergrund der Vorkommnisse in Backnang vom 30.06.2012; Beurteilung der rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, der Strategie und des Einsatzkonzepts der Polizei; Möglichkeiten zur Ermittlung der Einladenden über das Internet, insbes vor dem Hintergrund der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung; Bewertung der Einführung einer Rechtsgrundlage für ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sowie eines Alkoholverbots in öffentlichen Verkehrsmitteln; Beurteilung der Koalitionspläne zur Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2066

Rechtsextremisten und Soziale Netzwerke

Darlegung der o.g. Nutzung, insbes zur Anwerbung von Sympathisanten, zur Planung von Konzerten und Events und rechtsextemer Gewalt

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/2145

Veranstaltungen und Projekte von Mitgliedern politischer Parteien und Mitgliedern des Landtags an Schulen

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen des o.g. Engagements an Schulen bzw im Schulunterricht, Information der Schulen und Maßnahmen der Schulverwaltung zur Verhinderung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot

KlAnfr
s. *Politische Bildung*
Drs 15/2150

Was kostet den Steuerzahler die Werbeoffensive für die Gemeinschaftsschule?

Art der eingesetzten Werbemittel, Höhe der Kosten und Adressaten der Kampagne zur Einführung der Gemeinschaftsschule; Auflistung von weiteren Aktivitäten und Informationsveranstaltungen zur Bewerbung der Gemeinschaftsschule und deren Kosten sowie der bisherigen Gespräche des KM mit Schulleitungen und Schulträgern

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2388

Sommertour der NPD in BW

Veranstaltung von kurzfristig angemeldeten Kundgebungen und Demonstrationen durch die NPD und nahestehende Gruppierungen an verschiedenen Orten, Frage nach Teilnehmerzahlen und Möglichkeiten der Kommunen zum Verbot solcher Veranstaltungen

KlAnfr
s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/2397

Ausschreitungen von Teilnehmern des „Langen Marschs der Jugend“ von Straßburg nach Mannheim vom 1. bis 7. September 2012

Erkenntnisse im Vorfeld und Rechtsverstöße während der o.g. Aktion von kurdischen Jugendlichen, beteiligte Behörden und Gründe für die Auflösung der Veranstaltung durch die Polizei; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2424

Ausschreitungen gegen Polizeibeamte iRd kurdischen Kulturfestivals in Mannheim am 8. September 2012

Berücksichtigung von Erkenntnissen im Vorfeld der o.g. Veranstaltung, insbes aus den Ausschreitungen während des Marschs der kurdischen Jugendlichen von Straßburg nach Mannheim, bei der Einsatzplanung? Beurteilung der Schutzausrüstung der Polizeibeamten, insbes zur Abwehr von Gewalttätern auf Distanz; Zahl und Gegenstand der Ermittlungen gegen Personen

Antr
s. *Kurden*
Drs 15/2425

Informationsveranstaltung der Grundschulen mit weiterführenden und beruflichen Schulen

Bedeutung der Halbjahresinformation in der vierten Klasse und der o.g. Veranstaltungen für die Entscheidung für eine weiterführende Schule, mögliche Auswirkungen einer Vorverlegung des Termins dieser Veranstaltung auf die Übergangszahlen auf weiterführende und berufliche Schulen, Frage nach der Gewichtung der Gemeinschaftsschule bei der Informationsveranstaltung

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2432

Facebook-Party und Menschaufläufe (Flashmobs) in Schriesheim

Ablauf der über Facebook organisierten Veranstaltung in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober 2012; Zahl, Alter und Alkoholisierungsgrad der Teilnehmer; rechtliche Handlungsmöglichkeiten, personelle und technische Ausstattung der Polizei; Unterstützung der Präventionsarbeit von Polizei und Kommunen

KlAnfr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/2476

NPD-Aktivitäten im Raum Weinheim

Erkenntnisse über Veranstaltungen, Aktivitäten, Organisationsstrukturen und Netzwerke der NPD und rechtsextemer Kreise im Raum Weinheim und der Rhein-Neckar-Region; Nutzung einer Gaststätte im Weinheimer Ortsteil Sulbach für NPD-Veranstaltungen und möglicher Verkauf an die NPD bzw NPD-nahe Personen; Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Einsatzkonzepts anlässlich des Bundesparteitags der NPD im Ortsteil

Sulzbach durch stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der ansässigen Bürger

KlAnfr
s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/3504

Beflagung auf dem Neuen Schloss und Neutralitätspflicht des Staates

Rechtslage und der Geltungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums BW zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 23. August 2011, insbes Beantragung und Anordnung der Beflaggung auf dem Neuen Schloss mit der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day, Praxis der Hissung inoffizieller Flaggen an Regierungsdienstsitzen in Deutschland und Europa; Möglichkeit der ereignisbezogenen Beflaggung durch Kirchen, Parteien und den Bund der Vertriebenen

Antr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3898

Sicherheit bei öffentlichen Veranstaltungen

Beurteilung der steigenden Gewaltbereitschaft heranwachsender Jugendlicher und der Gewaltexzesse bestimmter Gruppierungen bei öffentlichen Veranstaltungen, insbes Vorkommnisse am Rande des Nachtzugs in Unzhorst; Durchführung und Ausbau präventiver Maßnahmen

Antr
s. *Gewalt*
Drs 15/4908

Kosten und Umsetzung der Eröffnungsfeierlichkeiten zum Nationalpark Schwarzwald

Gesamtkosten und Finanzierung der Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nationalparks am 2. und 3. Mai 2014; Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung sowie der örtlichen Hotellerie und Gastronomie in die Feierlichkeiten; Auswahl der beteiligten Firmen; Besucherzahl während der Eröffnungsfeierlichkeiten; Prognose der Besucherzahl des Nationalparks bis Ende des Jahres

KlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5172

Zulässigkeit von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Schützenvereine bei Straßenfesten

Verbot des Abfeuerns von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Mitglieder des örtlichen Schützenvereins bei der Eröffnung eines Straßenfestes in Wiernsheim im Enzkreis

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 17.07.2014 und
Antw IM Drs 15/5510

Organisation und Finanzierung der Veranstaltungsreihe „Verbraucher 60+: Energie und Kosten senken“

Gründe für die Absage der Veranstaltungsreihe im Sommer 2014; Absage von Veranstaltungen zum Thema „Energie und Kosten sparen“ im Jahr 2013; Ausgaben für Organisation, Vorbereitung und Bewerbung der Veranstaltungsreihe; Zuständigkeit und spezielle Kompetenzen des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für diesen Themenkreis; Abgrenzung zur Tätigkeit der baden-württembergischen Verbraucherschutzorganisationen

KlAnfr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5563

Auftritt des Liedermachers Biermann vor dem Bundestag zum Mauerfall am 7. November 2014

Planungen zur Einladung des Liedermachers Wolf Biermann zu einer Veranstaltung der LReg

MdlAnfr 6) Winfried Mack CDU 10.11.2014 Drs 15/6090
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6717 6718

Informationen zur Veranstaltungsreihe/Untersuchung, die der Diskussionsrunde „Das Leben in Crailsheim heute und morgen“ zugrunde liegt

Auftraggeber, Auftragnehmer und Finanzierung der Studie; Methode und Zweck der Untersuchung; Zahl der bereits durchgeführten Veranstaltungen; Verfolgung der Veranstaltungen durch Mitglieder der LReg; Auswahl der Veranstaltungsteilnehmer; Unterrichtung der Teilnehmer über den Zweck der Veranstaltung, über deren Aufzeichnung und die künftige Verwendung der gewonnenen Daten; Gründe für den Ausschluss von Journalisten

KlAnfr
s. *Studie*
Drs 15/6241

Gruppendiskussion „Das Leben in Crailsheim heute und morgen“

Hintergründe zur Gruppendiskussion „Das Leben in Crailsheim, wie es ist und wie es in Zukunft sein soll - und was die Bürger in diesem Zusammenhang von der Politik erwarten“, insbes Ziel, Kosten, Auftraggeber, Verbindung zur LReg

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 16.12.2014 und Antw
StM Drs 15/6280

Veranstaltungen zur Verabschiedung von Mitarbeitern des Ministerpräsidenten

Sachstand zur Durchführung von Veranstaltungen zur Verabschiedung von Mitarbeitern des MinPräs, insbes rechtliche Vorschriften, Kostenträgerschaft, Umfang des organisatorischen Aufwands

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 29.01.2015 und
Antw StM Drs 15/6430

Änderung des Feiertagesgesetzes (FTG)

GesEntw
s. *Feiertagesgesetz*
Drs 15/7486

„PartyPass“ in BW

Bisherige Erfahrungen mit dem „PartyPass“ für minderjährige Partygänger; Erhöhung seines Bekanntheitsgrads im Land; Unterstützung von Angeboten zur Alkoholprävention

KlAnfr
s. *Ausweis*
Drs 15/7641

Belastung der Polizei durch Einsätze bei Großveranstaltungen

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1266-1268

VERA-Projekt

Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA)

Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) für die einzelnen Schularten, Klassenstufen und Bildungsstandards, insbes Verfahren der Lernstandserhebung an den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/5173

Ergebnisse der Lernstandserhebung mit (Diagnose- und) Vergleichsarbeiten (DVA bzw VERA) für das Schuljahr 2014/2015

Ergebnisse der Lernstandserhebung unter Anwendung der Vergleichsarbeiten (VERA) bzw Diagnose- und Vergleichsarbeiten (DVA) im Schuljahr 2014/2015 für die einzelnen Schularten und Bildungsstandards, insbes Erhebung und Ergebnisse der Gemeinschaftsschulen, Konsequenzen aus den Erkenntnissen

Antr
s. *Schulleistungstest*
Drs 15/6901

VERA-Studie

s. *VERA-Projekt*

VERA-Test

s. *VERA-Projekt*

Verband Region Stuttgart

s. *Region Stuttgart*

Verband (Zusammenschluss)

s.a. *Bauernverband*
s.a. *Berufsständische Vereinigung*

Landschaftserhaltungsverbände in BW

Zahl und Beitrag der o.g. Verbände zum Erhalt und zur Pflege der Kulturlandschaft; Planung einer Ausweitung der Zahl, Aufgaben und Personalausstattung? Gewährleistung einer Verwendung zusätzlicher Mittel für operative Zwecke

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/746

Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN

Berücksichtigung des Gemeindetags, Städtetags und Landkreistags bei der Besetzung der Jury im Wettbewerb „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit - RegioWIN“

MdlAnfr
s. *Regionalpolitik*
Drs 15/4358

Mindestlohn: Kontrolle und Konsequenzen

Sachstand zur Umsetzung der Bestimmungen des Mindestlohns, insbes Abgrenzungs- und Durchführungsschwierigkeiten für Vereine und Verbände bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, bürokratische Auswirkungen und Kontrollbelastungen für kleine und mittlere Betriebe (Meldepflicht, Dokumentationspflicht, Bußgeldvorschriften), Auswirkungen auf die Angebotslage von Praktika außerhalb der Pflichtpraktika, Nutzung von Vereinfachungs- und Abwandlungsmöglichkeiten zum Bürokratieabbau

GrAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/6408

Förderung der Akademieeinrichtungen der Blasmusik durch das Land BW

Sachstand zur Unterstützung der Förderung von Neubauten der Akademieeinrichtungen von Blasmusikverbänden in Plochingen und Staufen durch das Land BW

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 15/7652

Verbandsklage

s. *Klage*

Verbandsklagerecht

s. *Klage*

Verbeamtung

s. *Ernennung zum Beamten*

Verbindungsleute

s. *V-Leute*

Verbindungsmann

s. *V-Leute*

Verbissschaden

s. *Wildschaden*

Verbot

Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots in der Praxis

Rechtliche Folgen und praktische Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/3112

Grün-rote Verbotspolitik - Ideologische Gängelung von mündigen Bürgern

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/68 15.05.2013 S. 4078-4087

Genehmigungen des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Erkundung von Fracking-geeigneten Gasfeldern

Verlängerung der Konzession zur Erkundung geeigneter Gasfelder in Oberschwaben und am Bodensee; rechtliche Grundlage und Zeitraum der erteilten Konzessionen; Einhaltung der gesetzlichen Auflagen, insbes der Information und Anhörung von Trägern öffentlicher Belange; Folgerungen aus der einstimmigen Ablehnung von Fracking im Landtag von Baden-Württemberg; Möglichkeiten des nachträglichen Entzugs der Konzession; Verbot von Fracking in BW

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/3910

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von

Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot nur gegen Naturschutzausgleich?

Rechtliche Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Grünlandumbruchverbot, insbes Bindung an naturschutzrechtliche Ausgleichsleistungen

MdlAnfr
s. *Grünland*
Drs 15/4248

Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände sowie der rechtlichen Situation von Prostituierten in BW

Anzahl der Prostitutionsstätten, Bordelle und Terminwohnungen in BW; Anpassung des Landesrechts iRd Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes; Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten; Anforderungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten; Verankerung von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung; Einführung einer Genehmigungspflicht; Regulierungsmöglichkeiten der Kommunen; Kontrolle durch die Gewerbeämter; gesetzliches Verbot bestimmter Angebote; Ausdehnung des Straftatbestands der Ausbeutung auf die Ausnutzung der Zwangslage einer Prostituierten durch Freier; Anhebung der Altersgrenze und Registrierungspflicht für Prostituierte

Antr
s. *Prostitution*
Drs 15/4376

Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in BW und Europa

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostitution; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prostitutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr
s. *Zuhälterei*
Drs 15/4646

Zucht- und Haltungsverbot gebietsfremder invasiver Tierarten in Zoologischen Gärten gemäß der Verordnung Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten

Einschränkung der Zoologischen Gärten durch die EU-Verordnung; betroffene Tierarten; Beurteilung der Artenauswahl der Unionsliste; Beantragung einer Ausnahmeregelung für Zoos

KlAnfr
s. *Tierhaltung*
Drs 15/8087

Verbraucher

s.a. *Verbraucherpolitik*

Gentechnikfreiheit in der Europäischen Union durch „Opt-out“?

Ziele der Neuregelung des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der EU; Stand der Beschlussfassung zu einer „Opt-out-Regelung“ auf EU-Ebene; Haltung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten; Ausgestaltung der „Opt-out-Regelung“; Unterstützung des Verbraucherwunschs nach gentechnikfreien Lebensmitteln

Antr
s. *Gentechnik*
Drs 15/6283

Verbraucheraufklärung

s. *Verbraucherinformation*

Verbraucherinformation

s.a. *Energieberatung*
s.a. *Gütezeichen*
s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*
s.a. *Patientenberatung*
s.a. *Verbraucherschutz*

Hygiene-Ampel

Bewertung der Aussagekraft o.g. Klassifizierung im Gaststättengewerbe; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Durchführung der Kontrollen; Initiierung einer breit angelegten Informations- und Aufklärungskampagne

Antr
s. *Hygiene*
Drs 15/47

Förderung von örtlichen Leistungsschauen, Gewerbeausstellungen und Energiemessen

Festhalten an der bewährten Förderpraxis für die o.g. regionalen Verbrauchermessen

Antr
s. *Ausstellung*
Drs 15/449

Chancen der kleinstrukturierten Lebensmittelwirtschaft in BW

Stärkung der Erzeugung, Weiterverarbeitung und des Handels regionaler, ökologischer Produkte; Abbau von Defiziten gegenüber großindustriellen Wissenschaftsbemühungen in Grundlagenforschung wie in Produktentwicklung; Schaffung eines entsprechenden Verbraucherbewusstseins, insbes schon an den Schulen, für regionale Wirtschaftskreisläufe und ökologische Mehrwertschöpfung

Antr
s. *Ernährungswirtschaft*
Drs 15/945

Nanomaterialien in Lebensmitteln

Bewertung der Regelungen, der Vor- und Nachteile der Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln sowie der EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln über die verwendeten Nanoteilchen; Bemühungen um Transparenz und Schutz der Verbraucher; Höhe der Forschungsförderung, Anteil von EU-Mitteln iRd 7. Forschungsrahmenprogramms

Antr
s. *Nanotechnologie*
Drs 15/1869

Darstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Gründe für das Scheitern einer bundeseinheitlichen Regelung für die Gastronomie u.a. Lebensmittelunternehmen; Auflistung der BLänder, die an einer verpflichtenden Hygiene-Ampel festhalten bzw diese ablehnen; Bezifferung des zusätzlichen Personalbedarfs; Frage nach Modellen in anderen EU-Ländern und deren Erfolg

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/2212

Aussagekraft und Bekanntheit von Siegeln und Kennzeichnungen bei Lebensmitteln

Bewertung der nationalen und europäischen Qualitäts- und Gütesiegel sowie Herkunftszeichen, Beeinflussung des Kaufverhaltens der Verbraucher, Untermauerung der Angabe „regional“ über die Vorgaben des Qualitätszeichens BW hinaus mit verbindlichen Kriterien, Maßnahmen gegen irreführende Verpackungsaufschriften

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 15/2213

Transparenz bei der Lebensmittelüberwachung

Umfassende Verbraucherinformation zu den Prüfergebnissen der Lebensmittelüberwachung, insbes schnelle Information über öffentliche Warnungen und Rückrufaktionen; Umsetzung der Transparenzvorgaben zur Lebensmittelsicherheit und -hygiene in BW; Problematik bei Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a LFGB; Sachstand und Möglichkeiten eines mehrheitsfähigen Modells bei der Hygiene-Ampel; Nutzung von Informationsrechten des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) in BW; Schaffung eines einheitlichen Transparenzsystems im gesundheitlichen Verbraucherschutz

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/2913

Ernährungszentren in BW

Aufgaben und Entwicklung der Ernährungszentren des Landes BW, insbes Beitrag zur Unterstützung regionaler Lebensmittel, organisatorische Anbindung an die unteren Landwirtschaftsbehörden und Vergleich mit den anderen Bundesländern

Antr
s. *Ernährung*
Drs 15/3107

Herkunft und Kennzeichnung von Gänsestopfleberprodukten

Herstellungsmethoden, gesetzliche Regelungen, Importe nach BW; Kennzeichnung der Stopfleberprodukte und ihre Kontrolle in BW; Vorschläge zur Verbesserung der Produktkennzeichnung; Verbesserung des Tierschutzes auf Landes- und auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene; Verbraucherinformation über die tierquälerische Herstellung der vermeintlichen Delikatessen

KlAnfr
s. *Lebensmittelkennzeichnung*
Drs 15/3425

Zusatzstoffe in Limonaden

Bromierte Pflanzenöle (BVO) als Zusatzstoffe in Limonaden; Untersuchungen zum Einsatz der europaweit verbotenen Zusatzstoffe in Erfrischungsgetränken; Nachweis der bromierten Pflanzenöle in Limonadengetränken; Nachfrage nach diesen Produkten und ihr Vertrieb; Information der Verbraucher über die Gefahren bromierter Pflanzenöle in Erfrischungsgetränken

Antr
s. *Erfrischungsgetränk*
Drs 15/3678

Verbraucherbildung an den Schulen in BW

Bedeutung der Verbraucheraufklärung; Verbraucherbildung von Kindern und Jugendlichen an Schulen und ihre Förderung iRD Ganztagsunterrichts; Verankerung der Verbraucherbildung in den Lehrplänen; Einrichtung eines eigenen Unterrichtsfachs; Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien; Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte; Zusammenarbeit mit Verbraucherorganisationen, Experten und der Wirtschaft

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 13.08.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3938
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 12.03.2014 Drs 15/5052 S. 16 17
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3966

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel

Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/4084

Die organisatorische Umsetzung der Energiewende in BW

Umsetzung der Energiewende im Vergleich zu Bayern; Vernetzung der in BW bestehenden Energieagenturen; Schaffung einer Dialogplattform; Gremium zu Koordination der Aktivitäten der verschiedenen Ministerien; Gründung einer institutionell verankerten, unabhängigen und zentralen Energieagentur vergleichbar der Bayerischen Energieagentur Energie Innovativ; Unterschiede zu den bisherigen Tätigkeitsfeldern der Klimaschutz- und Energieagentur BW (KEA); Information der Bürger über den Umbau der Energieversorgung; Konsequenzen aus dem von der BReg angestoßenen Monitoring der Energiewende

Antr
s. *Energiepolitik*

Drs 15/4116

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4454

Auswirkungen der Revision der Lebensmittelkontrollverordnung auf Handwerk und Mittelstand

Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur LebensmittelkontrollVO; Beurteilung der dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle über Gebühren, zu einer transparenten Informationspolitik und zur Hinterlegung einer Zweitprobe; zahlenmäßiges Verhältnis der Lebensmittelkontrollen zu den zu kontrollierenden Betrieben in BW; aktuelle Kontrollintervalle; Festschreibung einer zeitnahen Nachkontrolle in der LebensmittelkontrollVO; Ausgleich der Interessen der Verbraucher und der der kleinen und mittleren Unternehmen des Lebensmittelhandwerks

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/4737

Organisation und Finanzierung der Veranstaltungsreihe „Verbraucher 60+: Energie und Kosten senken“

Gründe für die Absage der Veranstaltungsreihe im Sommer 2014; Absage von Veranstaltungen zum Thema „Energie und Kosten sparen“ im Jahr 2013; Ausgaben für Organisation, Vorbereitung und Bewerbung der Veranstaltungsreihe; Zuständigkeit und spezielle Kompetenzen des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für diesen Themenkreis; Abgrenzung zur Tätigkeit der baden-württembergischen Verbraucherschutzorganisationen

KlAnfr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5563

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/5569

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte

Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation

des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits- und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucherpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr
s. *Verbraucherpolitik*
Drs 15/5740

Nitrat in den baden-württembergischen Böden

Entwicklung des Nitratgehalts landwirtschaftlicher Böden im Vergleich zum Nitratgehalt von Haus- und Kleingartenböden; Information der Kleingärtner über das Thema Düngung; Einfluss von Förderprogrammen wie der MEKA-Programme auf die Nitratreinträge in den Boden; Förderung von Maßnahmen zur Reduzierung der Nitratbelastung mithilfe des Förderprogramms für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)

Antr
s. *Nitrat*
Drs 15/5991

Keine Gebühren für Routinekontrollen im Lebensmittelgewerbe!

Sachstand zur Einführung von Gebühren für anlasslose Lebensmittel-Regelkontrollen, insbes Bewertung der Einführung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Planungen zur Einführung der Gebühren in BW; Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes im Lebensmittelgewerbe sowie betrieblicher Eigenkontrollen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/6406

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportal; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
s. *Wettbewerbsaufsicht*
Drs 15/6429

Wohnberatungsstellen

Sachstand zur Arbeit von Wohnberatungsstellen für ältere und behinderte Menschen, insbes Angebot, Trägerschaft und Beratungsgebühr

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/6784

Verbraucherkommission Baden-Württemberg

Verbraucherkommission BW

Arbeit der Verbraucherkommission BW, insbes Ziele, Aufgaben, Mitgliederberufung, Veröffentlichung der Sitzungsergebnisse, politische Umsetzung der Handlungsempfehlungen, bundesweite Wahrnehmung und Vergleich mit ähnlichen Expertengremien in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/3448

Verbraucherorganisation

s. *Verbraucherschutz*

Verbraucherpolitik

s.a. *Verbraucher*

Organisation und Finanzierung der Veranstaltungsreihe „Verbraucher 60+: Energie und Kosten senken“

Gründe für die Absage der Veranstaltungsreihe im Sommer 2014; Absage von Veranstaltungen zum Thema „Energie und Kosten sparen“ im Jahr 2013; Ausgaben für Organisation, Vorbereitung und Bewerbung der Veranstaltungsreihe; Zuständigkeit und spezielle Kompetenzen des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für diesen Themenkreis; Abgrenzung zur Tätigkeit der baden-württembergischen Verbraucherschutzorganisationen

KlAnfr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5563

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte

Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits- und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucherpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr FDP/DVP 18.09.2014 und Antw LReg Drs 15/5740 (23 S.)

„Verhaltenswissenschaftliche Interventionen“ im Verbraucherschutz?

Sachstand zum Einsatz „verhaltenswissenschaftlicher Interventionen“ als Instrument der Verbraucherpolitik

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 24.02.2015 und Antw MLR Drs 15/6514

Verbraucherpreis

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung

des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3723

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handels erleichtnerungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr
s. *Handelsabkommen*
Drs 15/4681

Verbraucherschutz

s.a. *Lebensmittelkontrolle*
s.a. *Qualitätssicherung*
s.a. *Untersuchungsamt*
s.a. *Verbraucherinformation*

Online-Shopping

Entwicklung des Einkaufens über das Internet seit 2001 differenziert nach Bevölkerungs- und Altersgruppen; Einschätzung der weiteren Entwicklung und evtl Gefährdung funktionierender Einzelhandelsstrukturen; Maßnahmen zur Information und zum Schutz der Verbraucher, insbes der älteren Nutzer

Antr
s. *Elektronischer Handel*
Drs 15/638

Telefonabzocke bei Nahrungsergänzungsmitteln

Darlegung o.g. Fälle und Praxis des Unterschlebens von Verträgen sowie der Firmensitze entsprechender Anbieter im Ausland; Internetadressen und Telefonberatungsstellen für die betroffenen Verbraucher; Unterstützung der Bestätigungslösung im GesEntw zur Fortentwicklung des Verbraucherschutzes bei unerlaubter Telefonwerbung, Verfahrensstand des vom Bundesrat in den Bundestag eingebrachten GesEntw sowie der dazu von der BReg angekündigten Prüfung

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 19.12.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/1054
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.05.2012 Drs 15/2007 S. 48 49
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Angaben zur Regionalität von Lebensmitteln

Definition des o.g. Begriffs, Einbeziehung von Produkten aus anderen BLändern oder aus Holland? Auswirkungen für die heimischen Landwirte, Konsequenzen aus den Hinweisen der Verbraucherzentrale, Unterbindung der Verbrauchertäuschung durch falsche Regionalangaben

Antr
s. *Region*
Drs 15/1077

Finanzierung nicht baden-württembergischer Verbraucherorganisationen

Aktivitäten des MLR unter Beteiligung der Verbraucher Initiative e.V. mit Sitz in Berlin und evtl weiterer Verbraucherorganisationen, Umfang der bisherigen und künftigen finanziellen Unterstützung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 22.12.2011 und
Stellungnahme MLR Drs 15/1078

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.05.2012 Drs 15/2007
S. 49 50

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Aktivitäten unseriöser Inkassounternehmen in BW

Darlegung o.g. Erkenntnisse und der verursachten Schäden, bestehende Aufsichts- und Kontrollregelungen sowie Abwehrmöglichkeiten der betroffenen Verbraucher; Positionierung zu einer Initiative der BReg im BRat zur besseren Transparenz, Aufsicht und Kontrolle von Inkassounternehmen

Antr

s. *Inkassobüro*

Drs 15/1133

Lebens- und Futtermittelsicherheit in BW

Beurteilung der rechtlichen Vorgaben des Bundes und der EU für die Länder zum Vollzug der Lebens- und Futtermittelüberwachung, Positionierung zur Ausweitung der Regelungen nach dem Dioxinskandal und der Verbreitung des EHEC-Erregers sowie zur Forderung nach einer Zentralisierung von Kompetenzen auf Bundesebene; Zahl der vorhandenen und der notwendigen Kontrolleure in BW, Umfang und Zeitpunkt einer Personalaufstockung

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 15/1134

Bürger vor gefälschten Medikamenten schützen

Ausmaß, gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden der o.g. Wirtschaftskriminalität seit 2007; Art, Intensität und Ergebnisse der Bekämpfung durch die zuständigen Landes- und Bundesbehörden; Ergreifung weiterer wirksamer Maßnahmen, Unterstützung des EU-Projekts „SAVEmed“

Antr

s. *Arzneimittel*

Drs 15/1291

Gentechnikfreies BW - Chance für Landwirtschaft, Natur und Verbraucherinnen/Verbraucher

Aktuelle Debatte

s. *Gentechnik*

PIPr 15/32 S. 99999

Förderung der Verbraucherzentrale BW mit Landesmitteln

Gründe und Auswirkungen der Nichtauszahlung der im Haushalt 2012 ausgewiesenen Zuschüsse in der etatisierten Höhe; Rechtsgrundlage und Zielrichtung des MLR für die Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit und Personalentscheidungen der Verbraucherzentrale; Zeitpunkt der letzten Prüfung der Verwendungsnachweise durch das Ministerium; Frage nach Maßnahmen aufgrund der Beschwerde von verdi Stuttgart sowie nach Verhandlungen des Ministerialdirektors über einen Rücktritt von Betriebsratsmitgliedern

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP und Wolfgang Reuther u.a. CDU 15.05.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1718

Verbraucherzentrale BW

Abgleichung der verbraucherpolitischen Aktivitäten der LReg und der Arbeit der Verbraucherzentrale

MdlAnfr 3) Wolfgang Reuther CDU 21.05.2012 Drs 15/1734

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2092 2093

Nanomaterialien in Lebensmitteln

Bewertung der Regelungen, der Vor- und Nachteile der Verwendung von Nanomaterialien in Lebensmitteln sowie der EU-Verordnung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln über die verwendeten Nanoteilchen; Bemühungen um Transparenz und Schutz der Verbraucher; Höhe der Forschungsförderung, Anteil von EU-Mitteln iRd 7. Forschungsrahmenprogramms

Antr

s. *Nanotechnologie*

Drs 15/1869

Schutz der Rechte geistigen Eigentums

Verstöße gegen Rechte des geistigen Eigentums von Rechteinhabern mit Sitz in BW und dadurch verursachte finanzielle Schäden, z.B. für Unternehmen durch Produktpiraterie; Durchsetzungsmöglichkeit ihrer Rechte durch Kulturschaffende sowie durch mittlere und kleinere Unternehmen; Maßnahmen zum Schutz des Verbrauchers vor gefälschten Markenprodukten; Beteiligung an der Revision der Richtlinie 2004/48/EG

Antr

s. *Immaterialgüterrecht*

Drs 15/2126

Verbraucherschutz und Bürgerwindräder

Gesellschaftsformen und Bürgerbeteiligung der o.g. Windkraftanlagen, Darstellung der Anlegerschutzregelungen bei den jeweiligen Beteiligungsformen; Hinwirkung auf Beteiligungsstrukturen, bei denen die Bürger nicht mit ihrem privaten Vermögen für die Gesellschaft haften; Kriterien zur Qualitätsbeurteilung der Entwickler, Investoren und Betreiber

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/2171

Aussagekraft und Bekanntheit von Siegeln und Kennzeichnungen bei Lebensmitteln

Bewertung der nationalen und europäischen Qualitäts- und Gütesiegel sowie Herkunftszeichen, Beeinflussung des Kaufverhaltens der Verbraucher, Untermauerung der Angabe „regional“ über die Vorgaben des Qualitätszeichens BW hinaus mit verbindlichen Kriterien, Maßnahmen gegen irreführende Verpackungsaufschriften

Antr

s. *Gütezeichen*

Drs 15/2213

Landschaft und Lebensmittel ohne Gentechnik - Chance für Mensch und Natur

Aktuelle Debatte

s. *Gentechnik*

PIPr 15/47 S. 2627

Heilpflanzen in BW

Art des Anbaus von Heilpflanzen und Bio-Heilpflanzen und deren medizinische Wirksamkeit, ökonomische Bedeutung von Heilpflanzen und natürlichen Arzneimitteln, u.a. auch für den Tourismus und für die nachhaltige Entwicklung der Kulturland-

schaft; wissenschaftliche Einrichtungen zur Erforschung von Heilpflanzen und deren Einsatzmöglichkeiten; Gewährleistung des Verbraucherschutzes, u.a. durch Rückstandsuntersuchungen auf Pflanzenschutzmittel

Antr
s. *Heilpflanze*
Drs 15/2558

Transparenz bei der Lebensmittelüberwachung

Umfassende Verbraucherinformation zu den Prüfergebnissen der Lebensmittelüberwachung, insbes schnelle Information über öffentliche Warnungen und Rückrufaktionen; Umsetzung der Transparenzvorgaben zur Lebensmittelsicherheit und -hygiene in BW; Problematik bei Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a LFGB; Sachstand und Möglichkeiten eines mehrheitsfähigen Modells bei der Hygiene-Ampel; Nutzung von Informationsrechten des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) in BW; Schaffung eines einheitlichen Transparenzsystems im gesundheitlichen Verbraucherschutz

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/2913

Maßnahmen des Landes im „Pferdefleisch-Skandal“

Verarbeitung von Pferdefleisch als Lebensmittel in BW; Auswirkungen des „Pferdefleisch-Skandals“ auf Produzenten und Lebensmittelhändler; Erkenntnisse über gesundheitsschädigende Verbrauchertäuschung; Auskunft über die seit 2011 von der Lebensmittelüberwachung entdeckten Fälle falsch deklarierten Fleisches; Kennzeichnungspflicht für Fleisch und Dokumentation der Lieferwege; Maßnahmen zur zeitnahen Information des Verbrauchers

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3092

Pferdefleisch in Fleischerzeugnissen

Information der Verbraucher in BW bei der Aufklärung des Pferdefleisch-Skandals; Fälle nicht deklarierten Pferdefleisches in Rindfleischprodukten und deren Entfernung aus dem Handel; Arzneimittelbelastung; Transparenz bei den Verarbeitungstufen der Produkte; Erhöhung der Eigenkontrolle der Hersteller; Stärkung der Lebensmittelkontrolle und Maßnahmen zur Verhütung von Verbrauchertäuschung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 15/3115

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Marktüberwachung von Produkten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3200

Allergene Duftstoffe in Kosmetikprodukten

Ergebnisse der 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Risikoanalyse des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) zu allergenen Duftstoffen in Kosmetikprodukten (Opinion on fragrance allergens in cosmetic products, SCCS/1459/11); Existenzgefährdung der Naturkosmetik-Hersteller in BW durch die geplante Novellierung der EU-Kosmetikverordnung

KIAnfr
s. *Duftstoff*
Drs 15/3259

Auswirkungen der europäischen REACH-Verordnung

Ziele, Umsetzung und Auswirkungen der EU-Chemikalienverordnung REACH in BW, insbes erreichtes Schutzniveau, Nutzung von Verbraucherrechten, wirtschaftliche Folgen für Unternehmen und Betriebe sowie Anzahl der Verstöße; notwendige Veränderungen bei einer Fortschreibung der Verordnung

Antr
s. *REACH-System*
Drs 15/3339

EU-Regelungen zum Lebensmittelimport aus Drittstaaten

Umfang und Art der Lebensmittelimporte seit 2003; bei der Lebensmittelüberwachung entdeckte Sicherheits- und Qualitätsmängel; Untersuchung der Nahrungsmittel entsprechend den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen; Zuverlässigkeit des EU-Schnellwarnsystems für Lebens- und Futtermittel (RASFF); Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und des Verbraucherschutzes durch eine Verschärfung der EU-Regelungen

Antr
s. *Lebensmittelsicherheit*
Drs 15/3345

Verbraucherkommission BW

Arbeit der Verbraucherkommission BW, insbes Ziele, Aufgaben, Mitgliederberufung, Veröffentlichung der Sitzungsergebnisse, politische Umsetzung der Handlungsempfehlungen, bundesweite Wahrnehmung und Vergleich mit ähnlichen Expertengremien in anderen Bundesländern

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 30.04.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3448
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040 S. 67 68
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Verbraucherschutz im Netz: Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG unter dem Gesichtspunkt der Netzneutralität für Endverbraucherinnen und Endverbraucher

Vorliegende Informationen und Bewertung der geplanten Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG bezüglich der Einführung einer Volumenbegrenzung („Drosselung“) unter Ausnahme bestimmter Mehrwertdienste bei den Breitbandtarifen für Endverbraucher, insbes Breitbandmarktanteil in BW, Folgen eines Angebots verschiedener Managed-Services-Pakete für Verbraucher und diesbezügliche Aussagen der Bundesnetzagentur, Beurteilung von Maßnahmen zum Netzwerkmanagement wie „Deep Packet Inspection“; geplante Schritte der LReg zur Sicherung des Verbraucherschutzes im Netz insbes hinsichtlich der Netzneutralität

Antr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/3723

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel

Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über

nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/4084

Das Transatlantische Freihandelsabkommen (Trade and Investment Partnership, TTIP) und mögliche Auswirkungen auf den Verbraucherschutz in BW

Mögliche Auswirkungen des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) auf Standards im Daten- und Verbraucherschutz, insbes bei den Themen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und -kennzeichnung, Softwarepatentierung sowie den Regelungen zur Medienkonzentration; Informations-, Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der LReg iRd laufenden Verhandlungen

Antr
s. *Transatlantische Handels- und Investitionspartner-schaft*
Drs 15/4509

Verbraucherinnen und Verbraucher schützen - keine Zulassung für Genmais in Europa

Aktuelle Debatte
s. *Gentechnik*
PIPr 15/90 S. 5375

Auswirkungen der Revision der Lebensmittelkontrollverordnung auf Handwerk und Mittelstand

Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur LebensmittelkontrollVO; Beurteilung der dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle über Gebühren, zu einer transparenten Informationspolitik und zur Hinterlegung einer Zweitprobe; zahlenmäßiges Verhältnis der Lebensmittelkontrollere zu den zu kontrollierenden Betrieben in BW; aktuelle Kontrollintervalle; Festschreibung einer zeitnahen Nachkontrolle in der LebensmittelkontrollVO; Ausgleich der Interessen der Verbraucher und der der kleinen und mittleren Unternehmen des Lebensmittelhandwerks

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/4737

Daten- und Verbraucherschutz gegenüber Wirtschaftsauskunfteien

Anzahl der in Deutschland tätigen Kreditschutzorganisationen; Marktanteile der fünf größten Auskunfteien; Auswirkungen der Auskunfteidienstleistungen auf das Niveau von Kredit- und Finanzierungskonditionen; Art der für die Scorings der Auskunfteien gespeicherten und genutzten Daten; Bewertung einzelner Scoring-Verfahren wie Geoscoreing oder Social-Scoring; Beurteilung des Auskunftsanspruchs erfasster Personen und Unternehmen; Folgen einer jährlichen Offenlegungspflicht gegenüber den Personen und Unternehmen für die Geschäftsmodelle und den Wettbewerb der Auskunfteien untereinander; Stärkung einer bundeseinheitlichen Marktüberwachung

Antr
s. *Wirtschaftsauskunftei*
Drs 15/4886

Europäischer Verbraucherschutz

Umsetzung, Einhaltung und Kontrolle von EU-Verbraucherschutzvorschriften in BW, insbes Rolle des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 16.05.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5210

BeschlEmpf und Bericht EuA 09.10.2014 Drs 15/6123 S. 42 43
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Eingebaute und fahrlässige Obsoleszenz als verbraucher- und umweltpolitisches Handlungsfeld

Haltung gegenüber dem geplanten vorzeitigen Verschleiß von Produkten, z.B. von Produkten der Unterhaltungselektronik; Vorgehen gegen die künstliche Verkürzung der Produktlebensdauer wegen der damit einhergehenden finanziellen Belastung des Verbrauchers sowie des dadurch verursachten Ressourcenverbrauchs; Untersuchung der durchschnittlichen Lebensdauer und der Ausfallwahrscheinlichkeit von Elektro- und Elektronikgeräten; Verbraucheraufklärung; Unterstützung der Verbraucherzentrale BW bei ihrem Vorgehen gegen die vorzeitige Produktalterung

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 30.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5569

Finanzierung von Verbraucherschutzforschung an der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

Finanzierung und Mittelverwendung des Forschungszentrums „Verbraucher, Markt und Politik“ der Zeppelin-Universität Friedrichshafen

KlAnfr
s. *Hochschulforschung*
Drs 15/5732

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte

Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits- und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucher-schutzpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr
s. *Verbraucherpolitik*
Drs 15/5740

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten der Windenergiebranche

Nachrangdarlehen für Windkraftanlagen des EnBW-Tochterunternehmens Wind Onshor I als Geldanlage; Rechte, Pflichten und Risiken für den Darlehensgeber; Haftung der EnBW AG sowie des Landes BW bei einer Insolvenz des EnBW-Tochterunternehmens

KlAnfr
s. *Kapital*
Drs 15/5971

Wie transparent sind die Energiepreise aus Verbrauchersicht?

Konsequenzen des EuGH-Urteils (Rechtssachen C-359/11 und C-400/11) vom 23. Oktober 2014 für Haushaltskunden in der Grundversorgung von Strom- und Gasanbietern; Auswirkungen auf die Preisbildung; Entwicklung des Gaspreises im Zeitraum 2004 bis 2014; Hinweise für ungerechtfertigte Tarifierhöhungen

innerhalb dieses Zeitraums; Maßnahmen zur Verhinderung unbilliger und intransparenter Tarifänderungen vonseiten der Energieversorgungsunternehmen; Förderung der Transparenz bei der Preisgestaltung in der Grundversorgung; Wettbewerbssituation auf dem Gasmarkt

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 15/6073

E-Commerce-Verbraucherschutz durch Online-Schlichtungen

Förderung der Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten durch einen Online-Schlichter; Kooperationspartner des beim Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz in Kehl angesiedelten Internetportals online-schlichter.de; Anzahl und inhaltliche Schwerpunkte der Schlichtungsanträge in den vergangenen fünf Jahren; Anteil der außergerichtlichen Streitbelegungen; durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Schlichtungsverfahren; Entlastungs- und Einspareffekte für die Justiz des Landes BW

KlAnfr
s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*
Drs 15/6091

Kündigungswelle bei Bausparverträgen

Kündigung von Bausparverträgen durch die Landesbausparkasse BW und andere Bausparkassen; Ursachen der Kündigungswelle; Rechtsgrundlage; Auskunft über die Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in Gremien von Bausparkassen; Handlungsmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Bausparen*
Drs 15/6369

Keine Gebühren für Routinekontrollen im Lebensmittelgewerbe!

Sachstand zur Einführung von Gebühren für anlasslose Lebensmittel-Regelkontrollen, insbes Bewertung der Einführung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, Planungen zur Einführung der Gebühren in BW; Maßnahmen zur Stärkung der Verbraucherinformation und des Verbraucherschutzes im Lebensmittelgewerbe sowie betrieblicher Eigenkontrollen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/6406

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportale; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
s. *Wettbewerbsaufsicht*
Drs 15/6429

Verbraucher- und Datenschutz in der Versicherungswirtschaft

Missbräuchliche Nutzung des Hinweis- und Informationssystems (HIS) durch die Versicherungswirtschaft; datenschutzrechtliche Bewertung des HIS; Schutz des Verbrauchers vor missbräuchlicher Verwendung des HIS

KlAnfr
s. *Datenmissbrauch*
Drs 15/6475

Verbraucherschutz bei „Contracting-Modellen“

Sachstand zum Verbraucherschutz bei „Contracting-Modellen“ im Energiebereich, insbes Risiken und Unwägbarkeiten aufgrund der vertraglichen Komplexität für Kommunen und Unternehmen sowie Privathaushalte, Beteiligung an der Herausgabe von Handreichung und Musterverträgen für Privathaushalte im Zuge der „Contracting-Offensive BW“, rechtliche Möglichkeiten von „Contracting-Nehmern“ nach Vertragsabschluss

Antr
s. *Contracting*
Drs 15/6825

Nachhaltigkeit in der Politik des Ländlichen Raums und Verbraucherschutzes des Landes

Sachstand zur konkreten Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im Bereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz, insbes inhaltliche und programmatische Schwerpunkte, Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden und nicht-staatlichen Organisationen, Verzahnung mit der Naturschutzstrategie, Bedeutung des Boden- und Klimaschutzes

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/6941

Verbraucherschutzansätze für leitungsgebundene Wärmeversorgung

Sachstand zur Regulierung von Wettbewerb und Verbraucherschutz bei der leitungsgebundenen Fernwärmeversorgung, insbes Veröffentlichung der Wärmepreise durch die Fernwärmeversorger

KlAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 15/7590

Bedeutung sogenannter „Couchsurfing“-Portale im Tourismus

Sachstand zu „grauen Übernachtungsmärkten“ im Rahmen von sogenannten „Sharing Economy“-Angeboten im Internet und Auswirkungen auf Wettbewerb, Verbraucherschutz und Sicherheit im klassischen Hotel- und Gaststättengewerbe

KlAnfr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/7592

Auswirkungen des geplanten Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende auf Datenschutz, Verbraucherschutz und Wettbewerb

Sachstand zu den Auswirkungen des im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehenen Pflichteinbaus intelligenter Messsysteme auf Datenschutz, Verbraucherrechten und Wettbewerb

KlAnfr
s. *Energierrecht*
Drs 15/7848

Behebung der Defizite beim Verbraucherschutz, Einforderung eines Gesprächs zwischen dem Minister und der Verbraucherzentrale

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1305 1307 1309 1311 1312 1316

Verbraucherschutzminister

s. *Minister für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz*

Verbraucherschutzorganisation

s. *Verbraucherschutz*

Verbraucherschutzpolitik

s. *Verbraucherpolitik*

Verbraucherzentrale

s. *Verbraucherschutz*

Verbrechen des Nationalsozialismus

s. *Nationalsozialistisches Unrecht*

Verbrechensbekämpfung

Entwicklung der Kriminalität im Schwarzwald-Baar-Kreis
Kriminalitätsentwicklung im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Anzahl der Straftaten nach Deliktarten, Kriminalitätsschwerpunkte, Aufklärungsquote, Zahl der Wohnungseinbrüche

KlAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 15/5058

Zunahme von Wohnungseinbrüchen in BW

Situation bei Wohnungseinbrüchen in BW, insbes Zahlenentwicklung und Aufklärungsquote in den einzelnen LKreisen, polizeiliche Erkenntnisse über Tätergruppen und -herkunft, Anteil der organisierten Kriminalität, Anteil und Aufenthaltsstatus der nichtdeutschen Tatverdächtigen, Konzepte für den Polizeieinsatz

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6620

Kriminalitätsbekämpfung im LKreis Waldshut

Sachstand zur Kriminalitätsbekämpfung im LKreis Waldshut, insbes Fallzahlen und Aufklärungsquote bei Wohnungseinbruchdiebstahl und Straßenkriminalität, Auswirkungen der Erhöhung der Personalstärke der Polizeireviere

KlAnfr Felix Schreiner CDU 28.05.2015 und Antw IM Drs 15/6931

Verantwortlichkeit der LReg zur Bewältigung der Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation in BW

Aufgabenwahrnehmung bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation im Geschäftsablauf der zuständigen Ministerien; Maßnahmen zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften, insbes bei Kriminalitätsbekämpfung und Brandschutz

MdlAnfr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7399

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7903

Verbrechensopfer

s.a. *Opferentschädigung*
s.a. *Opferschutz*

Die Arbeit der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in BW

Anzahl der Mitarbeiter in psychosozialen Zentren, die sich um Flüchtlinge und Folteropfer kümmern; Entwicklung der Zahl der Klienten bzw Patienten; Herkunftsländer, Art der Belastungen; Beurteilung und Finanzierung o.g. Arbeit

Antr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/617

Tätigkeit sogenannter „Friedensrichter“ in BW

Beurteilung o.g. Vermittlungstätigkeit, insbes bei Rechtsstreitigkeiten und Straftaten unter Migranten muslimischen Glaubens; Auswirkungen auf polizeiliche Ermittlungen und den Gang der staatlichen Rechtspflege, Einschränkung der Strafverfolgung durch Beeinflussung der Aussagen von Opfern und Zeugen; Maßnahmen zur Verhinderung einer „Paralleljustiz“

Antr
s. *Außergerichtliche Konfliktbeilegung*
Drs 15/795

Resolution des Landtags von Baden-Württemberg gegen rechts-extremistische Gewalt

Verurteilung der rechtsterroristischen Mordtaten, Forderung einer rückhaltlosen Aufklärung der Verbrechen und Hintergründe sowie konsequenter Bestrafung der Täter und Helfer, Aufruf der Bürger zum entschiedenen Widerstand gegen jeglichen Extremismus, Bekundung des Mitgefühls gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/903

Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Straftaten

s. *Gedenken*
PlPr 15/19 S. 841

Aktiv gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat

Entwicklung der o.g. Zahlen von Opfern, der Strafverfolgung und Hilfsangebote; Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der EU-Richtlinie zum Menschenhandel; Wirkungen des Opferfonds und des Leitfadens für die „Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen“; Etatisierung und Fortschreibung der Projektmittel im Sozialhaushalt 2012

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 15/973

Haushalt 2012; Epl 09

Aufstockung der Fördermittel zur Finanzierung der Fachberatungsstellen für die Opfer von Menschenhandel

Haushalt
s. Menschenhandel
Drs 15/1109

Haushalt 2012; Epl 15

Veranschlagung von Zuschüssen an den Flüchtlingsrat BW und an die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer

Haushalt
s. Psychosoziale Beratung
Drs 15/1115

Durchführung des Opferentschädigungsgesetzes

Zahl der jährlichen Opfer von Straftaten seit 2002 und der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz; Dauer der Bearbeitung eines Antrags im Vergleich zu anderen BLändern, Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung in BW; Umfang der Inanspruchnahme einer sofortigen Behandlung unabhängig von der Anerkennung des geltend gemachten Anspruchs

Antr
s. Opferentschädigungsgesetz
Drs 15/1192

Mehr Schutz von Frauen mit Behinderung vor sexueller Gewalt

Erkenntnisse über die Zahl von Fällen sexueller Gewalt an Frauen mit Behinderung, über die Täter und Tatorte; präventive Maßnahmen speziell in Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen; therapeutische Unterstützung, Beratung und Begleitung der Opfer vor Gericht, insbes von Frauen mit einer geistigen Behinderung; Schulung des Personals in Schulen u.a. Einrichtungen für Behinderte zum Thema Sexualität

Antr
s. Frau
Drs 15/2494

Verabreichung von K.o.-Tropfen in BW

Daten zur heimlichen Verabreichung von Knockout-Tropfen in BW, insbes zu Dunkelziffer, Geschlecht der Opfer, Fallzahlen, Zusammenhang, Begehungsort, sonstigen Straftaten sowie Verhältnis und Alter von Täter und Opfer; Zahlen zur Strafverfolgung aufgrund der Verabreichung von K.o.-Tropfen, insbes Anklagen und Rechtsgrundlage des Verfahrensausgangs bei dokumentierten Fällen; spezifische Schwierigkeiten für Strafverfolgung durch die Art der verwendeten Drogen; bestehende Hilfs- und Beratungsangebote für Opfer und geplante Präventions- und Interventionsmaßnahmen

Antr
s. Betäubungsmittel
Drs 15/2867

Opferberatungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Unterstützung und Zusammenarbeit der Polizei mit Anlaufstellen für Opfer extremistischer und speziell rechtsextremistischer Gewalt, u.a. Zahlen und Beratungsangebote, Erfahrungen aus anderen Bundesländern

Antr
s. Opferhilfe
Drs 15/3163

Bezuschussung der psychosozialen Zentren in BW

Förderung der fünf psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer in BW, insbes Fördersumme und Finanzierungsanteil des Landes und der EU

KIAnfr
s. Psychosoziale Beratung
Drs 15/4868

Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer

Verordnung und Inanspruchnahme von Dolmetscherleistungen bei der Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer, insbes Rechtsgrundlagen, Kostenträgerschaft und Kostenerstattung

KIAnfr
s. Dolmetscher
Drs 15/4885

Anzeigeverhalten, Strafverfolgung und Rechtsprechung bei Vergewaltigungsdelikten in BW

Situation bei der Strafverfolgung von Vergewaltigungsdelikten in BW in den letzten zehn Jahren, insbes Entwicklung des Anzeigeverhaltens, Verurteilungsquote und Strafmaß, Täter-Opfer-Verhältnis zum Tatzeitpunkt, angewandte kriminaltechnische Vernehmungs- und Protokollmittel, personelle und technische Ausstattung der Polizei, Möglichkeit einer anonymen und kostenlosen Spurensicherung, Berücksichtigung des besonderen Schutzbedürfnisses minderjähriger Opfer bei den polizeilichen Ermittlungen

Antr
s. Vergewaltigung
Drs 15/5829

Psychologische Betreuung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur psychologischen Betreuung in BW von Flüchtlingen und Folteropfern aus den Krisengebieten, insbes Anteil der behandlungsbedürftigen Flüchtlinge und der tatsächlich durchgeführten Behandlungen, Sicherstellung der Betreuung in Flüchtlingsunterkünften, Verfahrensabläufe für fachärztliche oder psychologische Versorgung, Schulung und Unterstützung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, Bereitstellung von Haushaltsmitteln

Antr
s. Flüchtling
Drs 15/6028

Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW

Sachstand zur Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in BW, insbes Vorteile der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge, Zusagen und gesetzlichen Voraussetzungen des Bundes für deren Einführung, Ermöglichung der psychotherapeutischen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen und Folteropfern

Antr
s. Flüchtling
Drs 15/7317

Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 757-762

Verbrechensprävention

s. Kriminalprävention

Verbrechensverhütung

s. *Kriminalprävention*

Verbrechensvorbeugung

s. *Kriminalprävention*

Verbrennungseinrichtung

s. *Feuerungsanlage*

Verbrennungsmotor

s. *Motor*

Verbundschule

s. *Schulverbund*

Verdeckter Ermittler

s.a. *V-Leute*

Nachfragen zum Einsatz von Verdeckten Ermittlern in Heidelberg

Einsatz von weiteren Verdeckten Ermittlern des LKA an der Universität Heidelberg und bei zivilgesellschaftlichen Gruppierungen vor oder nach der Enttarnung von S.B.? Frage nach Ermittlungs- und Gerichtsverfahren aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse; Art und Verbleib der erhobenen und weitergegebenen Daten

KlAnfr Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE 27.09.2011 und Antw IM Drs 15/600

Seelsorge und psychologische Betreuung bei der baden-württembergischen Polizei

Darstellung der o.g. Angebote und der Inanspruchnahme von den Polizeibeamten seit 2005, insbes auch von verdeckten Ermittlern und von mit Kapitaldelikten befassten Beamten; Ursachen für die Nutzung der Dienste; Höhe der jährlichen Kosten; Ausbau der Angebote im Zuge der Polizeireform; Zahl der seit 2001 durch psychisch bedingte Krankheiten dienstunfähig gewordenen Beamten

Antr
s. *Psychosoziale Beratung*
Drs 15/908

Verdienstorden

s. *Auszeichnung*

Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg

Neues Design der Landesorden

Planung und Entscheidung über eine Neugestaltung der Landesorden

MdlAnfr
s. *Auszeichnung*
Drs 15/5825

Ehrungen für im Schießsport engagierte Bürger

Verleihung des Verdienstordens des Landes BW, der Ehrennadel des Landes und der Staufermedaille in den Jahren 2012 bis 2015; Ehrungen aufgrund eines Engagements im Sport, insbes

im Schießsport; Berücksichtigung von Vorschlägen für Ehrungen im Bereich Sport

KlAnfr
s. *Schießsport*
Drs 15/7683

Vereidigung

s. *Eid*

Verein

s.a. *Musikverein*
s.a. *Sportverein*

Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

Bedeutung und Anteil des o.g. Engagements in Vereinen, Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes; Anteil von Migranten in Führungsfunktionen und bei der Gründung von Vereinen, Heranführung von Jugendlichen und älteren Mitbürgern, Begleitung der Organisationen des Katastrophenschutzes bei der Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Migrant*
Drs 15/284

Türkischer Linksextremismus und kurdische Aktivitäten im LKreis Esslingen

Erkenntnisse über Kontakte und Kooperationen von Vereinen im LKreis Esslingen zu linksextremistischen türkischen Vereinen und Parteien sowie zum Umfeld der PKK

KlAnfr
s. *Extremismus*
Drs 15/468

Lebensmittelüberwachung auf Vereins- und Straßenfesten

Entlastung der Vereine und ehrenamtlichen Organisationen von der Umsetzung der hygiene- und lebensmittelrechtlichen Vorschriften

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/523

Ehrenamt von Vereinen, Kirchen und Eltern in der Ganztagsbildung und -betreuung im Enzkreis

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/575

Ganztagsbildung und -betreuung im LKreis Esslingen durch Ehrenamt von Vereinen, Verbänden, Kirchen und Eltern

Art und Umfang der o.g. Beteiligung von Jugendbegleitern, Sportvereinen u.a. außerschulischen Partnern

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/898

Integration braucht Anerkennung - Ehrenamtspreis des Landes für interkulturelle Öffnung von Vereinen schaffen!

Verliehene Ehrungen und Preise für das ehrenamtliche Engagement von Personen, Vereinen und Organisationen seit 2010;

Auslobung eines Ehrenamtspreises für herausragendes ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und für Vereine und Organisationen für die interkulturelle Öffnung, Hervorhebung entsprechender Beispiele iR einer Werbekampagne

Antr
s. *Auszeichnung*
Drs 15/1166

Verbot und Entziehung der Gemeinnützigkeit extremistischer Vereine

Notwendige Voraussetzungen für o.g. Maßnahmen; Auflistung der mit Erfolg durchgeführten Verfahren seit 2010 und der noch anhängigen Verfahren mit der jeweiligen Begründung

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 22.08.2012 und Antw IM
Drs 15/2263

Kleintierzucht in BW

Zahl der Kleintierzüchter und ihrer Organisationen; Bewertung ihrer Tätigkeit; Bedeutung von Kleintierschauen und Wettbewerben für den Erhalt alter und vom Aussterben bedrohter Geflügelrassen; Beitrag der Kleintierzüchter zur Verminderung von Übertypisierungen; Auswirkungen der geplanten Neuformulierung des Qualzuchtverbots in § 11b des Tierschutzgesetzes (vgl. Bundestagsdrucksache 17/10572) auf die Kleintierzucht; Förderung der Jugendarbeit und der Zusammenarbeit von Kleintierzüchtervereinen mit Schulen

Antr
s. *Tierzucht*
Drs 15/2693

Plant die LReg eine Schwächung bewährter Justizstrukturen, des Ehrenamts und des ländlichen Raums durch Zentralisierung der Vereinsregister?

Ziel der geplanten Änderungen bei der Organisation der Vereinsregister, davon betroffene Gerichte; Höhe der erwarteten Einsparungen; Gewährleistung einer bürgernahen Justiz im ländlichen Raum; Beratungsfunktion der Amtsgerichte gegenüber ehrenamtlich engagierten Bürgern

Antr
s. *Vereinsregister*
Drs 15/2770

Vereine und Ganztagschulen

Auswirkungen des Ganztagserschulbaus auf die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen und das Vereinsleben, insbes im ländlichen Raum und für den LKreis Hohenlohe

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 14.01.2013 und Antw KM
Drs 15/2866

Laienmusik in BW

Statistiken, Entwicklung und Förderung der Laienmusik als ein Schwerpunkt der Landespolitik, insbes detaillierte Zahlen zu Musikern und Musikvereinen der Laienmusik, Maßnahmen und Programme der staatlichen Förderung, Kooperationen zwischen Musikvereinen der Laienmusik und staatlichen Bildungseinrichtungen, Musikförderung an Schulen, Entwicklung der von den Musikverbänden der Laienmusik betriebenen Bildungseinrichtungen, Ausbildung von Musikmentoren, schulische Anerkennung der musikalischen Leistungsnachweise der Musikverbände der Laienmusik, Quantität und Qualität der Laienmusik im Vergleich zu den anderen Bundesländern

GrAnfr
s. *Laienmusik*

Drs 15/3137

Maßnahmen der LReg zur Verbesserung des Vollzugs im Naturschutz und zur Förderung der Landschaftserhaltungsverbände, insbes im LKreis Heidenheim

Verwendung zusätzlicher Haushaltsmittel für Naturschutz und Landschaftspflege seit 2011; Verbesserung der Personalausstattung in den RegPräs sowie des Vollzugs der bestehenden rechtlichen Vorgaben im Regierungsbezirk Stuttgart und insbes im LKreis Heidenheim; Landschaftserhaltungsverbände (LEV) als Instrumente zur Unterstützung des Vollzugs; Nutzen des Landschaftserhaltungsverbands Heidenheim für Naturschutz und Kulturlandschaftsentwicklung, sein Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Flora-Fauna-Habitat Gebieten und Vogelschutzgebieten nach dem Konzept Natura 2000 sowie seine finanzielle Ausstattung

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/3424

Ehrenamt

Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit in BW; im „sozialen Ehrenamt“ tätige Vereine, Verbände und Organisationen und ihre Förderung durch das Land; Arbeit des Landesseniorenrats für das Ehrenamt; Gewinnung von Senioren für die ehrenamtliche Betätigung; Information der Bürger über die vorhandenen Möglichkeiten und Projekte; finanzielle Förderung der vom Landeseniorenrat herausgegebenen Zeitschrift „im blick“

KlAnfr
s. *Ehrenamt*
Drs 15/3854

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3966

Salafismus in BW

Inhalte des Salafismus; Bedeutung des Salafismus in BW; Zahl und Altersstruktur seiner Anhänger; Organisationsstruktur und Finanzierung; Verbreitungswege; Motive insbes junger Menschen für eine Hinwendung zum Salafismus; Aufklärung über Widersprüche zur freiheitlich demokratischen Grundordnung Deutschlands; Rolle des Predigers Pierre Vogel; Spendensammlungen des Vereins „Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst“ (IHED)

Antr
s. *Islam*
Drs 15/4679

Perspektiven der Ganztagsbetreuung an Schulen im Wahlkreis 42

Schulen mit Ganztagsbetreuung im Wahlkreis Pforzheim; prozentualer Anteil der von diesem Angebot profitierenden Schüler; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den verschiedenen Schularten, insbes den Gymnasien und Realschulen; Anzahl der im Stel-

lenbedarfsplan vorgesehenen zusätzlichen Stellen; Kooperation mit Vereinen iRd Jugendbegleiter-Programms des Landes; Vergütung der Vereine; Auswirkungen der Übereinkunft zwischen der LReg und den Kommunalen Landesverbänden bei Ganztagsgrundschulen

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/4723

Zukunft der Bürgerbusvereine in BW

Voraussetzungen für einen Landeszuschuss bei der Neubeschaffung eines Bürgerbusses; Überschreitung des für die Führerscheinklasse B maximalen Gesamtgewichts von 3,5 Tonnen aufgrund der geforderten Ausstattung der Busse; Ausnahmeregelungen bei den Abgasgrenzwerten und der Busausstattung; Sondergenehmigung für die Fahrer der Bürgerbusse bei der Überschreitung des zulässigen Fahrzeuggewichts; Einschätzung des ehrenamtlichen Engagements der Bürgerbusvereine im Allgemeinen und des Bürgerbusvereins Ebersbach im Besonderen

Antr
s. *Bürgerbus*
Drs 15/4736

Prämienprogramm „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“

Umsetzung des Prämienprogramms „Azubi im Verbund - Ausbildung teilen“, insbes Mittelabrufe, Antragsbewilligungen und -ablehnungen; Beteiligungsmöglichkeiten gemeinnütziger Vereine

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/4861

Finanzielle Unterstützung durch Elternvereine und private Initiativen im Bereich der Universitätskliniken des Landes

Bedeutung und Umfang der Mitfinanzierung von Universitätskliniken durch private Initiativen und Elternvereine bei medizinischer Ausstattung, Geräteanschaffungen und Forschungsvorhaben, insbes bei der Universitätsklinik Freiburg

KlAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/4859

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und LKreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Auswahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie derjenigen im LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5578

Salafismus im LKreis Esslingen

Umfang und Altersstruktur der Anhängerschaft des Salafismus im Kreis; Anzahl der überregional in der Salafistenszene aktiven Personen; Existenz von den Salafisten nahestehenden Vereinen und Gruppierungen und deren Aktivitäten; Vernetzung mit Vereinen und Gruppierungen in der Region Stuttgart; Zusammen-

setzung und Gewaltbereitschaft der Anhängerschaft des Salafismus; Beteiligung von Salafisten aus dem LKreis Esslingen an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr
s. *Islam*
Drs 15/5929

Mindestlohn: Kontrolle und Konsequenzen

Sachstand zur Umsetzung der Bestimmungen des Mindestlohns, insbes Abgrenzungs- und Durchführungsschwierigkeiten für Vereine und Verbände bei ehrenamtlichen Tätigkeiten, bürokratische Auswirkungen und Kontrollbelastungen für kleine und mittlere Betriebe (Meldepflicht, Dokumentationspflicht, Bußgeldvorschriften), Auswirkungen auf die Angebotslage von Praktika außerhalb der Pflichtpraktika, Nutzung von Vereinfachungs- und Abwandlungsmöglichkeiten zum Bürokratieabbau

GrAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/6408

Auswirkungen der geplanten Erweiterung des Kleinanlegerschutzes

Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Kleinanlegerschutz; Praktikabilität der vorgesehenen Ausnahmen von der Prospektspflicht für über Internet-Dienstleistungsplattformen angebotene Vermögensanlagen, für Darlehen von Kleinstkapitalgesellschaften an soziale und gemeinnützige Projekte sowie von Darlehen von Mitgliedern einer Genossenschaft an ihre Genossenschaft; Gefährdung der Finanzierung gemeinnütziger Einrichtungen und Initiativen durch das geplante Kleinanlegerschutzgesetz

Antr
s. *Anlegerschutz*
Drs 15/6409

Betreuungsvereine in BW

Sachstand zur Situation der Betreuungsvereine in BW, insbes Statistik zur Entwicklung bei Betreuungsverfahren, Kosten, Vereinen, Betreuern, Landesförderung; Evaluationsergebnisse; Anhebung der Vergütungssätze

Antr
s. *Betreuungsverein*
Drs 15/7143

Förderung der Akademieeinrichtungen der Blasmusik durch das Land BW

Sachstand zur Unterstützung der Förderung von Neubauten der Akademieeinrichtungen von Blasmusikverbänden in Plochingen und Staufen durch das Land BW

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 15/7652

Baden-Württemberg - Land der Blasmusik

Bedeutung und Förderung der Amateurmusik, insbes der Blasmusik; Organisationsstruktur der Amateurmusik; Jugendbildung und Nachwuchsförderung; Beitrag der Amateurmusikverbände zur musisch-kulturellen Bildung der Kinder und Jugendlichen; Angebote der Akademien der Blasmusikverbände; Ausbildungsstätten für Amateur- und Schulmusik in BW; Unterstützung der Jugendarbeit der Blasmusikverbände

Antr
s. *Musikerziehung*

Drs 15/7725

Kooperation von Ganztagschulen und Vereinen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1757-1763

Bewertung von Vereinsverboten als wirksames Mittel gegen kriminelle Rockerbanden

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2182-2184 2186

Verein Bahnprojekt Stuttgart-Ulm

s. Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

s. Beruf und Familie

Vereinigte Staaten von Amerika

s. USA

Vereinsbetreuung

s. Betreuungsverein

Vereinsrecht

Integrationsmaßnahmen und -mittel im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Migrantenanteil in der Stadt Heilbronn und den Kommunen des LKreises Heilbronn; bestehende Integrationsprogramme; Auswahl der Region Heilbronn-Franken für eine Beteiligung am Programm MEMO (Management & Empowerment in Migrantenorganisation); Koordinierung und Kooperationspartner; finanzielle Unterstützung der Integration von Migranten durch das Land seit 2009; Förderung im Vergleich zu ähnlich großen Städten mit einem ähnlich großen Migrantenanteil wie Heilbronn und zu Gemeinden mit vergleichbarem Migrantenanteil wie derjenigen im LKkreis Heilbronn

KlAnfr

s. Ausländerintegration

Drs 15/5578

Jugendherbergswesen in BW

Bestand der Jugendherbergen während der letzten zehn Jahre; Übernachtungsstatistik; Förderung der Jugendherbergen von Seiten des Landes und der Kommunen; Steuer- und Abgabenerleichterung der Jugendherbergen; Abführung einer kommunalen Übernachtungssteuer („Bettensteuer“); Beschwerden über nicht satzungskonforme, der Gemeinnützigkeit widersprechende Aktivitäten und Angebote einzelner Jugendherbergen; Ansprache älterer Zielgruppen durch ein auf sie ausgerichtetes Seminar- und Tagungsangebot sowie durch das Angebot alkoholischer Getränke

Antr

s. Jugendherberge

Drs 15/5707

Vereinsregister

Plant die LReg eine Schwächung bewährter Justizstrukturen, des Ehrenamts und des ländlichen Raums durch Zentralisierung der Vereinsregister?

Ziel der geplanten Änderungen bei der Organisation der Vereinsregister, davon betroffene Gerichte; Höhe der erwarteten Ein-

sparungen; Gewährleistung einer bürgernahen Justiz im ländlichen Raum; Beratungsfunktion der Amtsgerichte gegenüber ehrenamtlich engagierten Bürgern

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 04.12.2012 und Stellungnahme JM Drs 15/2770

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.01.2013 Drs 15/3063 S. 8 9

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Servicequalität bei den vier zentralen, für Vereinsangelegenheiten zuständigen Registergerichten

Sachstand zur Betreuung von Vereinen in Vereinsangelegenheiten an den zuständigen vier zentralen Registergerichten, insbes Standortzahlen zu Mitarbeitern und betreuten Vereinen, Kosten und Personaleinsparungen der Zentralisierung, Gewährleistung zeitnaher und unbürokratischer informeller Beratung, Maßnahmen zur Abhilfe bei Beschwerden über abnehmende Servicequalität

Antr

s. Registergericht

Drs 15/6997

Vereinte Nationen

Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Sachstand zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, insbes Anpassung der entwicklungspolitischen Leitlinien, Erhöhung der Landesmittel für die Entwicklungszusammenarbeit, Bekämpfung von Fluchtursachen, Berücksichtigung bei der Ausgestaltung der Partnerschaft mit Burundi, Rolle der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit bei der Umsetzung der Agenda

Antr

s. Nachhaltige Entwicklung

Drs 15/7537

Verfahrenskosten (Strafsachen)

s. Prozesskosten

Verfahrenskostenhilfe

s. Prozesskostenhilfe

Verfahrensrecht

s.a. Klage

s.a. Opferschutz

s.a. Prozesskostenhilfe

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Anpassung des LJKG an Vorgaben des Europarechts, Einführung von Gebühren für das Verfahren zur Auswahl und Bestellung von Notaren, Anpassung der Gebühren für Übersetzer und Dolmetscher sowie der Verwahrung von Sondergrundbüchern an die Grundbuchamtsreform, Vereinheitlichung der Regeln über die Amtstracht der Rechtspflegeorgane; Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB; Änderung des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

GesEntw
s. *Justizkosten*
Drs 15/688

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung der §§ 11 und 14 des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfahrensgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 19. Dezember 2013

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der LBS Landesbausparkasse BW und der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz zur LBS Landesbausparkasse Südwest und zur Änderung des Sparkassengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung von § 45 des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfahrensgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 29. Juli 2014

GesEntw
s. *Bausparkasse*
Drs 15/7677

Verfaßte Studentenschaft

s. *Studentenschaft*

Verfasste Studierendenschaft

s. *Mitbestimmung*

Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz

Umsetzung der wieder eingeführten Verfassten Studierendenschaft vor Ort

Stand der Umsetzung des Gesetzes zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft, insbes erreichte und angestrebte Umsetzungsschritte sowie Abstimmungsergebnisse über Organisationsmodelle an den einzelnen Hochschulen

Antr
s. *Studentenschaft*
Drs 15/3373

Erste Bewertung der Verfassten Studierendenschaft

Personeller, organisatorischer und finanzieller Aufwand zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft; Interesse und Beteiligung der Studierenden; erste Bilanz über die erhobenen Beiträge und ihre Verwendung

Antr
s. *Studentenschaft*
Drs 15/5191

Verfassung des Landes

s. *Landesverfassung*

Verfassungsänderung

s. *Verfassungsreform*

Verfassungsbeschwerde

s.a. *Normenkontrolle*

Schreiben des BVerfG vom 26.05.2011, Az.: 2 BvR 633/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs 1 Satz 1, § 15 Abs 1 UnterbringungsGes wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation im Maßregelvollzug

im Maßregelvollzug
s. *Medizinische Versorgung*
PIPr 15/6 S. 119

Schreiben des BVerfG vom 14.02.2012, Az.: 1 BvR 2297/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Enteignung und vorzeitige Besitzeinweisung nach dem Baden-Württembergischen Ethylen-Rohrleitungsgesetz

s. *Gasleitung*
PIPr 15/32 S. 1699

Regierungsbefragung

Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1781 1782

Schreiben des BVerfG vom 19.04.2012, Az.: 1 BvR 458/10 - Verfassungsbeschwerde gegen die Untersagung einer Veranstaltung am Karfreitag nach Art 3 Abs 2 des bayerischen Feiertagsgesetzes

s. *Sonn- und Feiertage*
PIPr 15/37 S. 1971

Gesetz zur Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde

Einführung einer Landesverfassungsbeschwerde; Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof

GesEntw LReg 24.07.2012 Drs 15/2153 (22 S.)
1. Beratung PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2592-2596
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.10.2012 Drs 15/2570
2. Beratung PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2781-2785
GesBeschl 08.11.2012 Drs 15/2646
GBI 2012 Nr. 16 S. 569-572 (Ges vom 13.11.2012)

Verzicht der EnBW auf Verfassungsbeschwerde

Frage nach einer Einflussnahme des Aufsichtsrats oder des Min-Präs auf die Entscheidung des EnBW-Vorstands gegen eine Verfassungsbeschwerde gegen die 13. Atomgesetz-Novelle beim BVerfG mit der Begründung mangelnder Grundrechtsfähigkeit, Beurteilung der juristischen Einschätzung und der Erfolgsaussichten von Entschädigungszahlungen aufgrund einer eigenen Verfassungsbeschwerde oder aufgrund eines Erfolgs der klagenden Konkurrenten

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2200

Schreiben des BVerfG vom 01.10.2012, Az.: 1 BvR 1795/08, 1 BvR 2120/10 und 1 BvR 2146/10 - Verfassungsbeschwerden gegen die Jagdpflicht

s. *Jagd*
PIPr 15/49 S. 2737

Schreiben des BVerfG vom 19.10.2012, Az.: 2 BvR 1561/12, 2 BvR 1562/12, 2 BvR 1563/12 und 2 BvR 1564/12 - Verfassungsbeschwerden gegen die Filmabgabe

s. Film

PIPr 15/52 S. 2993

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 25.04.2013, Az.: 1 VB 15/13 und 1 VB 22/13 - Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie gegen das Landesglücksspielgesetz

der GKL Gemeinsame

s. Glücksspiel

PIPr 15/68 S. 4055

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 16.09.2013, Az.: 1 VB 71/13 - Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zu dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag und zu dem Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder sowie gegen das Landesglücksspielgesetz

me Klassenlotter

s. Glücksspiel

PIPr 15/77 S. 4631

Verfassungsbeschwerde gegen das Landesglücksspielgesetz, hier: Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28.11.2013, Az.: 1 VB 115/13

s. Glücksspiel

PIPr 15/85 S. 5107

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 1. April 2014, Az.: 1 VB 130/13 - Verfassungsbeschwerde gegen §§ 17 und 18 des Privatschulgesetzes wegen Höhe und Berechnung der staatlichen Finanzhilfe für Privatschulen

s. Privatschule

PIPr 15/97 S. 5791

Schreiben des BVerfG vom 31.07.2014, Az.: 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09 und 1 BvR 3187/10

- Verfassungsbeschwerden gegen landesrechtliche Vorschriften zur Erfassung und zum Abgleich von Kfz-Kennzeichen (Art 33 und 38 BayPAG, § 22 a PolG BW, §§ 14 a, 22 HSOG)

8 BayPAG, § 22 a

s. Kraftfahrzeugkennzeichen

PIPr 15/107 S. 6367

Schreiben des BVerfG vom 9. März 2015, Az.: 1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13 und 1 BvR 1874/13 - Verfassungsbeschwerde gegen den Glücksspielstaatsvertrag und landesrechtliche Vorschriften zum Glücksspielwesen (SpielhG Bln, BayAGGlStV, SSSpielhG)

lwesen (SpielhG)

s. Glücksspiel

PIPr 15/125 S. 7509

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 8. Mai 2015, Az.: 1 VB 16/15 - Verfassungsbeschwerde gegen verschiedene Vorschriften des Landeshochschulgesetzes wegen der Hochschulorganisation

s. Hochschulrecht

PIPr 15/130 S. 7803

Länderfinanzausgleich

Beitritt zur Verfassungsklage der LReg von Bayern und Hessen gegen den aktuellen Länderfinanzausgleich im Falle erfolgloser Verhandlungen über eine Neuregelung

MdlAnfr

s. Länderfinanzausgleich

Drs 15/6895

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)

Umbenennung des Staatsgerichtshofs in Verfassungsgerichtshof; Änderungen zur Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens, insbes unmittelbare Aktenvorlage von Gerichten bei Verfassungsbeschwerden, längere Frist für die Entscheidungsverkündung, teilweiser Ausschluss eines Widerspruchs bei Entscheidungen über einstweilige Anordnungen in Verfahren der Verfassungsbeschwerde, Klarstellung bezüglich der erforderlichen Anhörung vor Erlass einer einstweiligen Anordnung, Einrichtung von Kammerverfahren in bestimmten Fällen

GesEntw

s. Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg

Drs 15/7378

Schreiben des BVerfG vom 08.10.2015, Az.: 1 BvR 354/11 - Verfassungsbeschwerde gegen § 7 des Kindertagesbetreuungsgesetzes wegen des Verbots des Tragens einer religiös motivierten Kopfbedeckung

s. Kindertagesbetreuungsgesetz

PIPr 15/142 S. 8475

Schreiben des BVerfG vom 14.12.2015, Az.: 1 BvR 176/15 - Verfassungsbeschwerde gegen die Erhebung eines Wasserversorgungsbeitrags

s. Wasserversorgung

PIPr 15/148 S. 8857

Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 28.01.2016, Az.: 1 VB 9/16 - Verfassungsbeschwerde gegen § 32 Abs 2 des Landtagswahlgesetzes über die Reihenfolge der Wahlvorschläge bei Landtagswahlen

s. Landtagswahl

PIPr 15/149 S. 8903

Verfassungsbruch

s. Verfassungswidrigkeit

Verfassungsentwicklung

s. Verfassungsreform

Verfassungsfeindlichkeit

s.a. Verfassungstreue

s.a. Verfassungswidrigkeit

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechts-extremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit

extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/4264

Verfassungsschutzbericht 2013 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie Aktivitäten von Scientology; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*
Drs 15/5471

Verfassungsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sowie anderer Gesetze (Stichwort: Umbenennung Staatsgerichtshof)

Umbenennung des Staatsgerichtshofs in Verfassungsgerichtshof; Änderungen zur Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens, insbes unmittelbare Aktenvorlage von Gerichten bei Verfassungsbeschwerden, längere Frist für die Entscheidungsverkündung, teilweiser Ausschluss eines Widerspruchs bei Entscheidungen über einstweilige Anordnungen in Verfahren der Verfassungsbeschwerde, Klarstellung bezüglich der erforderlichen Anhörung vor Erlass einer einstweiligen Anordnung, Einrichtung von Kammerverfahren in bestimmten Fällen

GesEntw LReg 15.09.2015 Drs 15/7378 (24 S.)
1. Beratung PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8157-8162
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7742 (dazu ÄAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP)
2. und 3. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8522-8530
Beschl 2. Beratung 25.11.2015 Drs 15/7751
GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7761
GBI 2015 Nr. 22 S. 1030-1032 (Ges vom 01.12.2015)

Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 28.01.2016, Az.: 1 VB 9/16 - Verfassungsbeschwerde gegen § 32 Abs 2 des Landtagswahlgesetzes über die Reihenfolge der Wahlvorschläge bei Landtagswahlen

s. *Landtagswahl*
PIPr 15/149 S. 8903

Verfassungsgrundsatz

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (Stichwort: Staatsziele)

Ergänzung der Landesverfassung durch Hinzufügung von Staatszielbestimmungen, insbes zu Kinder- und Jugendrechten, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Infrastrukturen sowie Arbeitsbedingungen, Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl

GesEntw
s. *Landesverfassung*
Drs 15/7412

Verfassungskonflikt

s. *Verfassungswidrigkeit*

Verfassungsprinzip

s. *Verfassungsgrundsatz*

Verfassungsreform

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen

Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donauraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/3378

Auswirkungen der Föderalismusreform II auf BW

Einzahlungen des Landes BW in den Länderfinanzausgleich seit 2005, ab 2013 zu erwartende Beträge; weitere sich zu Ungunsten Baden-Württembergs auswirkende Ausgleichssysteme zwischen den Bundesländern; Höhe der Beiträge Baden-Württembergs in den letzten zehn Jahren; Nachzahlungen aufgrund der Ergebnisse des Zensus 2011; Zufriedenheit mit den Resultaten der Föderalismusreform II; zentrale Anliegen einer Föderalismusreform III

Antr
s. *Länderfinanzausgleich*
Drs 15/3681

Verfassungsrevision

s. *Verfassungsreform*

Verfassungsschutz

s.a. *Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg*
s.a. *Sicherheitsbehörde*
s.a. *V-Leute*

Rechtspopulismus in BW

Erkenntnisse über Aktivitäten und evtl Radikalisierungstendenzen der rechtspopulistischen Szene, Beurteilung einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit; Frage nach einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie nach Anwendung polizeilicher Instrumente, des Waffenrechts sowie der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/409

Einsatz von so genannten „Trojanern“ durch die baden-württembergischen Ermittlungsbehörden

Art des Einsatzes und Rechtsgrundlagen von o.g. Überwachungssoftware zur Telekommunikationsüberwachung oder Onlinedurchsuchung der Rechner von Verdachtspersonen durch Ermittlungsbehörden und Verfassungsschutz; Frage nach erhobenen Daten und deren Verwendung oder Verbleib

Antr
s. *Technische Observation*
Drs 15/669

Linksextreme Szene stärker überwachen

Entwicklung der o.g. Szene und der von ihr verübten Gewaltdelikte; Zahl der beim Verfassungsschutz und der Polizei mit der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung betrauten Beamten, Planung einer Personalaufstockung? Einschätzung der Gefahr von zusätzlichen Gewalttaten und Anschlägen im Zuge der Proteste gegen Stuttgart 21 und als Nachahmung der Anschläge auf Bahnanlagen in Berlin

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/833

Schreiben des BVerfG vom 20.02.2012, Az.: 2 BvE 4/07 - Organstreitverfahren eines Mitglieds des Bundestages und der Bundestagsfraktion DIE LINKE gegen den Bundesminister des Innern und die Bundesregierung wegen Beobachtung von Mitgliedern des Bundestages durch das Landesamt für Verfassungsschutz

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.05.2012 Drs 15/1692
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Verteilung kostenloser Koran-Ausgaben durch religiöse Extremisten in BW

Beurteilung der o.g. Verteilaktion von Anhängern eines radikal-salafistischen Islam in rechtlicher Hinsicht sowie unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Erkenntnisse über die beteiligten Personen und Finanzierung der Aktion, Beobachtung der Salafisten vom Verfassungsschutz, Frage nach Möglichkeiten zur Untersagung und Aufklärung

Antr
s. *Koran*
Drs 15/1576

Rechtsstaat schützen - Salafismus entschlossen bekämpfen!

Zahl, Zusammensetzung und Gewaltbereitschaft der Salafisten in BW; vorbeugende Maßnahmen nach den Ausschreitungen in Nordrhein-Westfalen; Einrichtung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zur Koordination der Bekämpfung des Salafismus in allen gesellschaftlichen Bereichen; entsprechende Erweiterung der Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz; Vorlage eines Maßnahmenkatalogs gegen die extremistische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen in Wohnheimen im Umfeld religiöser Einrichtungen; konsequente Anwendung des Ausländer-, Steuer- und Vereinsrechts; Entwicklung von Präventionsangeboten über die Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Rechtsstaat*
Drs 15/1697

Gespräche mit vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen

Frage nach geführten oder beabsichtigten Gesprächen der Integrationsministerin mit extremen Vertretern des Islam, nach deren Inhalten und Ergebnissen; Beurteilung der Gefahr einer Aufwertung dieser vom „Runden Tisch Islam“ ausgeschlossenen Verbände und gleichzeitigen Abwertung dieses Gesprächsforums

Antr
s. *Ministerin für Integration*
Drs 15/2086

Entscheidung von Innenminister Gall zur Beschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz

Einschränkung der Beobachtung der Partei „Die Linke“ durch das Landesamt für Verfassungsschutz, insbes Zeitpunkt der Entscheidung des Innenministers, Zeitpunkt und Form der Übermittlung an das Landesamt, Gründe der Entscheidung sowie Vorgehen anderer Bundesländer

KIAnfr
s. *DIE LINKE*
Drs 15/2969

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dessen Beschluss zum Telekommunikationsgesetz vom 24.01.2012 durch Schaffung entsprechender Ermächtigungsgrundlagen für materielle Anforderungen an die Datenerhebung durch Polizei und Landesamt für Verfassungsschutz mittels identifizierender Zuordnung dynamischer Internetprotokoll-Adressen, an die Auskunftserteilung über Zugangssicherungs-codes von Mobilfunkendgeräten und Speichereinrichtungen sowie an die Erhebung von Bestandsdaten durch das Landesamt für Verfassungsschutz; Einschluss des Telemediengesetzes in die Befugnis zur Erhebung von Bestands- und Nutzungsdaten (Nutzungsdaten nur im Polizeibereich)

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/4421

Überraschendes Umschwenken des Innenministers bei der Zentralisierung des Verfassungsschutzes

Strukturreform des Landesamtes für Verfassungsschutz und Stellenabbau; Bewertung der Arbeit des Landesamtes; Bewältigung von Aufgaben wie z.B. der Beobachtung islamistischer Gruppierungen; Haltung des Innenministers zu einem Stellenabbau und zur Aufgabe der Terrorismusbekämpfung; Risiken einer Zentralisierung des Verfassungsschutzes; Wegfall der parlamentarischen Kontrolle bei einer Verlagerung von Aufgaben auf den Bund; Folgen für die horizontale Gewaltenteilung; Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses (Bundestagsdrucksache 17/14600 vom 22. August 2013); Zusammenarbeit der Verfassungsschutzorganisationen des Bundes und der Länder

GrAnfr CDU 20.12.2013 und Antw LReg Drs 15/4539 (16 S.)
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5486-5494

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW

Überblick über Kontrollrahmen, Organisation und Befugnisse der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer und des Bundes, insbes Gremiengröße, Häufigkeit des Zusammentretens, Kontrollrechte (u.a. Akteneinsicht, Befragungsrechte, Zutrittsrechte); Handlungsempfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse sowie der Bundesländer-Kommission Rechtsterrorismus (BLKR) zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Verfassungsschutzbehörden; Überlegungen zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes in BW, insbes Bündelung von Befugnissen des G 10-Gremiums und des Ständigen Ausschusses, Entscheidungsbefugnisse in Grundsatzfragen, Mitbestimmungsrecht bei konkreten Einsätzen

GrAnfr SPD 27.01.2014 und Antw LReg Drs 15/4660 (16 S.)

PIPr 15/127 29.04.2015 S. 7666-7670

Einsatz sogenannter „Trojaner“ in und durch BW
Einsatz von Überwachungssoftware auf Computern von Dritten ohne deren Wissen durch baden-württembergische Ermittlungsbehörden und das Landesamt für Verfassungsschutz in und außerhalb des Landes seit dem 11. Oktober 2011; Einsatz von Überwachungssoftware durch andere deutsche und ausländische Behörden/Organisationen auf dem Gebiet des Landes BW in den vergangenen fünf Jahren; Anzahl der jeweiligen Fälle; Software-Besitz und Kooperation der Behörden, Ersteller und Varianten der Software; Rechtskonformität der Software; Datenerhebung und Weitergabe der gewonnenen Informationen

KIAnfr
s. *Durchsuchung*
Drs 15/4806

Verfassungsschutz darf nicht zum Spielball grün-roter Machtspiele werden

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6141-6152

LReg und Friedensorganisationen - Klarheit ist notwendig
Hintergründe zum Austausch des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport mit Verbänden, Organisationen und Institutionen aus dem Bereich der Friedensbildung für die Friedensbildung an Schulen, insbes beteiligte Friedensorganisationen, Einbeziehung kirchlicher Organisationen, Beteiligung vom Verfassungsschutz beobachteter Organisationen, Mitwirkungsrechte am Unterricht, Inhalte einer „gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung“; Abgrenzung und Verhältnis der Begriffe „Friedenspolitik“ und „Sicherheitspolitik“

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 15/5972

Innere Sicherheit stärken statt Verfassungsschutz schwächen

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 15/120 S. 7209

Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes

Einrichtung eines neuen parlamentarischen Kontrollgremiums zur Bündelung von Kontrollkompetenzen des Ständigen Ausschusses zur Kontrolle des Verfassungsschutzes und des G 10-Gremiums des Ltg; Ausstattung des Kontrollgremiums mit umfangreichen Kontrollkompetenzen und einer regelmäßigen Berichtspflicht an den Ltg

GesEntw
s. *Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes*
Drs 15/6746

Vorbereitung und Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak

Sachstand zur Durchführung des Programms zur Aufnahme traumatisierter Frauen aus dem Irak, insbes Vorbereitung der freiwilligen Landesbediensteten, Zusammenarbeit mit der BReg sowie mit Nachrichtendiensten und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen im Nahen Osten (Irak, Syrien, Türkei)

Antr
s. *Flüchtling*

Drs 15/6989

Verfassungsrechtlich bedenkliche Verlage im Kreis Tübingen
Sachstand zur Beobachtung von Verlagen und Buchversandhäu- sern im Kreis Tübingen mit rechtsextremistischer und antisemitischer Literatur durch den Verfassungsschutz, insbes beim K.-Verlag und dem Grabert-Verlag

KIAnfr
s. *Verlag*
Drs 15/7467

Vorwurf des Versagens der Verfassungsschutzämter angesichts der Mordserie einer neonazistischen Bande, Verweisung auf den hohen Aufklärungsdruck, Vorschlag einer Zentralisierung der Verfassungsschutzbehörden

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 842 843 845-850

Aufklärung der Mordtaten einer rechtsextremistischen Terrorzelle sowie der Rolle der Verfassungsschutzämter, Anregung einer parlamentarischen Kontrollkommission für die gesamte Tätigkeit des LfV

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 900 904 905

Verbesserung der personellen und technischen Ausstattung des Verfassungsschutzes

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1230

Rechtfertigung der Beobachtung der türkischen „Grauen Wölfe“ vom Verfassungsschutz

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1812 1813 1815 1817

Verfassungsschutzbericht

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KIAnfr Felix Schreiner CDU 31.10.2013 und Antw IM Drs 15/4264

Verfassungsschutzbericht 2013 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut; Auftreten von Links- bzw Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie Aktivitäten von Scientology; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KIAnfr Felix Schreiner CDU 10.07.2014 und Antw IM Drs 15/5471

Verfassungstreue

Zusammenhang der Gülen-Bewegung mit Privatschulen im Land
Einstufung der Gülen-Bewegung und ihrer Ziele; Erkenntnisse über ihre Verfassungstreue und Finanzierung; Aufklärung über die der Gülen-Bewegung nahestehenden oder von ihr getragenen Schulen; Beobachtung ungewöhnlicher Aktivitäten iRD

Schulaufsicht; Dialog mit der Gülen-Bewegung

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/3280

Bewegung um den Prediger Fethulla Gülen in BW

Größe, Struktur, Vernetzung und Finanzierung der Gülen-Bewegung; Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über ihre Verfassungstreue; Überprüfung der Förderung von der Gülen-Bewegung zuzurechnenden Schulen und Einrichtungen; Einschaltung der Schulaufsicht und Aufklärung der Vorgänge an einigen Privatschulen; Kontakte der LReg mit der Gülen-Bewegung oder ihr nahestehenden Organisationen; Vorlage des internen Verfassungsschutzberichts zur Gülen-Bewegung; Klärstellung der Haltung der LReg zur Gülen-Bewegung

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*

Drs 15/4721

Verfassungsverstoß

s. *Verfassungswidrigkeit*

Verfassungswidrigkeit

s.a. *Normenkontrolle*

s.a. *Rechtsvorschrift*

s.a. *Verfassungsfeindlichkeit*

Mehrbelastungen durch den Rundfunkbeitrag

Mehrausgaben des Einzelhandels und der Kommunen im Vergleich zur vorherigen Gebührenregelung; Maßnahmen zur Erleichterung ihrer finanziellen Belastung; Verwendung der Mehreinnahmen zur Entlastung einzelner Härtefälle; Gutachten für den Handelsverband Deutschland (HDE) beurteilt das neue Beitragsmodell als verfassungswidrig

KlAnfr

s. *Rundfunkbeitrag*

Drs 15/4779

Deckelung der Autobahn (A) 81 zwischen Böblingen-Hulb und Sindelfingen Ost - finanzielle Beteiligung des Landes

Sachstand zur finanziellen Beteiligung des Landes an einer Überdeckung bei der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen; Bewertung der Verfassungswidrigkeit einer Bezuschussung von Projekten durch Land und Kommunen für Straßenbaumaßnahmen des Bundes

KlAnfr

s. *Autobahn*

Drs 15/7664

VerfStudG

s. *Verfasste-Studierendenschafts-Gesetz*

Verfütterung

s. *Tierernährung*

Vergabe öffentlicher Aufträge

s. *Öffentlicher Auftrag*

Vergaberecht

s.a. *Öffentlicher Auftrag*

s.a. *Öffentliches Bauvorhaben*

Vergaberecht - Möglichkeiten einer ökologischen und sozialen Beschaffung im Land weiterentwickeln

Berücksichtigung ökologisch-sozialer Kriterien im Rahmen der geltenden „Verwaltungsvorschrift der LReg über die Beschaffung in der Landesverwaltung (Beschaffungsanordnung - BAO)“ von 2007; Umfang der bereits jetzt bei Aufträgen des Landes geltend gemachten Anforderungen; bisherige Erfahrungen mit der Umsetzung eines fairen Beschaffungswesens; Beschaffungspraxis in anderen Bundesländern; EU- und Bundesrecht; Auswirkungen einer Implementierung des Grundsatzes der fairen, ökologischen und sozialen Beschaffung auf die Vergabestellen, die bietenden Unternehmen und die Beschäftigten; Schulung der für die Beschaffung in den Landesbehörden verantwortlichen Personen

Antr GRÜNE 04.02.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3001 (16 S.)

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4672-4677

Folgen der EuGH-Entscheidung für das Tariftreugesetz BW

Beurteilung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; EU-Rechtskonformität der Bestimmung der §§ 5 und 6 Landestariftreugesetz (LTTG); Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Forderung nach einem Mindestlohn im öffentlichen Auftragswesen; Benachteiligung mittelständischer Unternehmen durch das bestehende Tariftreugesetz; Schadenersatz an ausgeschlossene Bieter

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 02.10.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5815

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 26.02.2015 Drs 15/6543

PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7316-7321

Bewertung des baden-württembergischen Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes (LTMG)

Anwendung des Gesetzes bei öffentlichen Aufträgen; Bewertung der Anwendungspraxis durch das Handwerk, die Industrie- und Handelskammern, die Arbeitgeberverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände; Kontrolle und Sanktionierung der Einhaltung der Normen des LTMG; Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 18. September 2014; Nutzen des LTMG nach Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes zum 1. Januar 2015

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 06.10.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/5817

Nachhaltigkeit und soziale Kriterien im Vergaberecht

Sachstand zur Anpassung des Vergaberechts in Orientierung an Nachhaltigkeit und sozialen Kriterien, insbes bei Novellierung der Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge „VwV Beschaffung“, erwartete Anpassungen des Vergaberechts auf Bundes- und EU-Ebene, Möglichkeiten zur Formulierung weitergehender Anforderungen in landesrechtlichen Vorschriften

Antr GRÜNE 18.03.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6625

Privatisierung bei der Unterbringung und Registrierung von Asylbewerbern

Konsequenzen einer Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich Asyl; mögliche Kostenersparnisse und Vorteile für den

Verwaltungsablauf; Hinzuziehung externer Immobilienexperten bei der Planung von Flüchtlingsunterkünften; Dokumentation der Vergabeentscheidungen; Nutzung einer EDV-gestützten Registrierung der Flüchtlinge

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 15/7621

Vergangenheitsaufarbeitung

s. *Vergangenheitsbewältigung*

Vergangenheitsbewältigung

Entschließung zur Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer

Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer, insbes Entschuldigung des Landtags für die Anwendung von § 175 Strafgesetzbuch (StGB) sowie der Beeinträchtigung von Menschenwürde und Lebensqualität, Unterstützung von Initiativen zur historischen Aufarbeitung der Strafverfolgung und des späteren Umgangs mit den Opfern

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 15/5475

Vergewaltigung

Anzeigeverhalten, Strafverfolgung und Rechtsprechung bei Vergewaltigungsdelikten in BW

Situation bei der Strafverfolgung von Vergewaltigungsdelikten in BW in den letzten zehn Jahren, insbes Entwicklung des Anzeigeverhaltens, Verurteilungsquote und Strafmaß, Täter-Opfer-Verhältnis zum Tatzeitpunkt, angewandte kriminaltechnische Vernehmung- und Protokollmittel, personelle und technische Ausstattung der Polizei, Möglichkeit einer anonymen und kostenlosen Spurensicherung, Berücksichtigung des besonderen Schutzbedürfnisses minderjähriger Opfer bei den polizeilichen Ermittlungen

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE
07.10.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5829 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.01.2015 Drs 15/6496 S. 5
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Vergleich (Recht)

Einrichtung eines Sozialchartafonds für die Mieter der LBBW-Wohnungen aus der Vergleichssumme von J.P.M.

Finanzmittel aus dem Vergleich mit der US-Investmentbank JP Morgan Chase; Stillschweigen der LBBW über eine Vergleichszahlung; Urteil des Stuttgarter Landgerichts im Streit um eine Mieterhöhung für eine vormalige LBBW-Wohnung durch die heutige Eigentümerin; Unwirksamkeit der Sozialcharta; Einhaltung des zugesagten Mieterschutzes; Nutzung der Vergleichssumme für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung ehemaliger LBBW-Mieter in Härtefällen

Antr
s. *Wohnimmobilien*
Drs 15/4382

Hintergründe der Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors D.R.

Sachstand hinsichtlich der Gründe für die Klagerücknahme des ehemaligen Ministerialdirektors Daniel Rousta, insbes Schließung eines außergerichtlichen Vergleichs, Zahlung einer Abfindungssumme

KlAnfr
s. *Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg*
Drs 15/6660

Vergleichsarbeiten in der Grundschule

s. *VERA-Projekt*

Vergleichsarbeiten in der Schule

s. *VERA-Projekt*

Vergütung

s.a. *Abgeordnetenentschädigung*
s.a. *Besoldung*
s.a. *Honorar*
s.a. *Mindestlohn*
s.a. *Tarifvertrag*

Tariftreueregelungen im Beschaffungsrecht

Einführung einer vergaberegelnden Bestimmung zu Tariftreue und Mindestlöhnen über den Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie hinaus? Bewirkung von Mehrbelastungen für die Vergabestellen und höheren Beschaffungskosten; Beurteilung der Kontrollen durch die Zollverwaltung im Rahmen des Entsendegesetzes sowie der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur negativen Koalitionsfreiheit vor dem Hintergrund staatlich verordneter Löhne

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/615

Qualität und Arbeitsbedingungen bei studentischen Praxissemestern

Vorgaben der Hochschulen zur Auswahl und Qualität der Ausbildungsstellen für die Studenten der Sozial- und Erziehungswissenschaften; Festlegung von Kriterien zur Qualität, den Leistungszielen und Arbeitsbedingungen gemeinsam mit den Hochschulen und Praxiseinrichtungen; Hinwirkung auf eine angemessene Vergütung der Arbeitsleistungen

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/743

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg LReg
s. *Bediensteter*
Drs 15/952

Bedeutung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns für BW

Definition der jeweiligen Niedriglohngrenze auf dem Arbeitsmarkt bundesweit und in BW; Zahl der unterhalb dieser Grenze

sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten; erwartete Wirkungen des o.g. Mindestlohns von 8,50 Euro für die Arbeitnehmer, Arbeitgeber, öffentliche Hand und Sozialkassen; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Forderung einer Abstimmung mit den Sozialpartnern

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 30.11.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/942

BeschlEmpf und Bericht SoZA 14.06.2012 Drs 15/2351 S. 54 55

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Grundlagen und Auswirkungen der Bundesratsinitiative zum Mindestlohn

Grundlagen für die Höhe des geforderten Mindestlohns von 8,50 Euro; Auswirkungen für die betroffenen Branchen und Tarifverträge, für die Arbeitnehmer, öffentliche Hand und Sozialkassen; Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Tarifautonomie; Auskömmlichkeit des Einkommens eines Alleinverdieners einer 4-köpfigen Familie ohne den Bezug ergänzender Sozialleistungen? Darstellung des zusätzlichen bürokratischen Aufwands und Personalbedarfs

Antr FDP/DVP 07.12.2011 und Stellungnahme SM Drs 15/968

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Akademischer Mittelbau*
Drs 15/1156

Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten an Musikhochschulen verbessern

Anteil der von Lehrbeauftragten erbrachten Lehrleistungen an den einzelnen Musikhochschulen im Vergleich zu Kunsthochschulen und Hochschulen für darstellende Kunst u.a. Hochschularten; Ausgestaltung der Arbeits- und Vergütungssituation; Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einbeziehung in die demokratische Selbstverwaltung; Unterstützung der Initiative zur Einrichtung einer bundesweiten Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Betroffenen zur Erarbeitung gemeinsamer Standards zur Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen

Antr
s. *Lehrbeauftragter*
Drs 15/1193

Vergütung von Intendanten und Direktoren im Kulturbetrieb

Entwicklung der Vergütung o.g. Führungskräfte im Vergleich zu anderen BLändern, zu den Leitern freier Theater und soziokultureller Zentren und zu Geschäftsführern anderer Unternehmen mit Landesbeteiligung; Beurteilung des Prüfberichts des RH über die Vergütung der Theaterintendanten; Auswirkungen einer Änderung der Gehaltsstruktur und Offenlegung der Vergütungen auf die Gewinnung qualifizierter Spitzenkräfte für Leitungsaufgaben an Kultureinrichtungen

Antr
s. *Theaterintendant*
Drs 15/1232

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 25: Vergütungen der Vorstandsmitglieder und der Chefarzte an den Universitätsklinik

Mittlg LReg 08.02.2012 Drs 15/1805
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.07.2012 Drs 15/2017
PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503
Mittlg LReg 13.08.2014 Drs 15/5683
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 19.03.2015 Drs 15/6628
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Arbeitsbedingungen am Landesflughafen Stuttgart

Entwicklung der Zahl, Einsatzbereiche und Vergütung der Beschäftigten in den einzelnen Gesellschaften in Voll- und Teilzeit, Leiharbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen; Frage nach Betriebsräten und deren Bewertung der Arbeitsbedingungen sowie nach Einflussmöglichkeiten des Landes

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1737

Bürokratische Adipositas: Subunternehmerpflichten nach dem Landestariftreuegesetz

Durchführende und Gestaltung, Kosten und Kostenträger der Kontrollen von Subunternehmen auf Einhaltung der Verpflichtung zur Tariftreue und Mindestarbeitsentgelt; Begründung der Bindung an ein vertragliches Mindestvolumen des Auftrags; Darlegung der Aufbewahrungsfristen von prüffähigen Unterlagen sowie der vorgesehenen Sanktionen

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 15/1803

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 27 - Sondervertraglich Beschäftigte bei den Staatstheatern (Kap 1479 und 1480)

Mittlg RH
s. *Arbeitsvertrag*
Drs 15/1927

Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO) durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)

Darlegung der Position der LReg zu einer Ablösung der Eingruppierungsrichtlinien für die angestellten Lehrkräfte durch eine tarifvertraglich geregelte Entgeltordnung

KIAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2239

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte-Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit

Mittlg LReg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 15/2437

Kenntnis der LReg über tarifpolitische Überlegungen der Energie BWAG (EnBW)

Beurteilung der geplanten Auslagerung von Geschäftsfeldern in tariffreie Zonen im Zuge eines Sparprogramms, Vereinbarkeit mit dem postulierten „Musterland für gute Arbeit mit gerechter Entlohnung“ und dem Tarifreuegesetz, Positionierung der LReg als maßgeblicher Großaktionär der EnBW? Bewertung von entsprechenden Personalverlagerungen aus den Universitätskliniken

KlAnfr
s. Tarifvertrag
Drs 15/2428

Kartellrecht versus Tariftreue

Vereinbarkeit des Entwurfs zum Landestariftreuegesetz mit dem Wettbewerbs-, Kartell- und Datenschutzrecht, insbes der Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Vorlage ihrer Geschäftsunterlagen sowie Verpflichtung dieser zur Einsichtnahme in die Lohn- und Gehaltstarife ihrer Subunternehmer; Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Geltendmachung des Mindestlohns; Gründe für die Wirksamkeit des Tarifreuegesetzes erst bei einem Auftragsvolumen ab 20.000 Euro

Antr
s. Tarifvertrag
Drs 15/2532

Situation der SGB II (Hartz IV)-Aufstocker in BW

Situation erwerbstätiger Arbeitslosengeld-II Bezieher (Hartz IV-Aufstocker) in den LKreisen Baden-Württembergs, insbes Statistiken, rechtliche Voraussetzungen und regionale Unterschiede; Gründe für erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen; arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen abgesehen von einem gesetzlichen Mindestlohn

KlAnfr
s. Grundsicherung
Drs 15/3545

Schluss mit Lohndumping und Tariffucht durch den Missbrauch von Werkverträgen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/70 12.06.2013 S. 4203-4212

Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 197 199 201

Abbau der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, Eintreten für ein Entgeltgleichheitsgesetz

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2069

Vergütung für ärztliche Leistungen

s. Arzthonorar

Vergütungsgruppe

s. Eingruppierung

Verhaftung

s. Festnahme

Verhaltensstörung

s.a. Lernstörung

Werden hochbegabte Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen vernachlässigt?

Entwicklung der Zahlen von Hochbegabten und der Förderangebote bzw Verhaltensstörungen seit 2002; Frage nach einer spezifischen Förderung an den Gemeinschaftsschulen im gemeinsamen Unterricht mit besonders lernschwachen Kindern sowie nach einer Weiterentwicklung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Antr
s. Begabtenförderung
Drs 15/2054

Situation und Perspektiven der Schulen für Erziehungshilfe

Aufgaben, Zielgruppen, Standorte, Verweildauer und Schülerzahlen der o.g. Schulen seit 2002; personelle und sächliche Ausstattung; Planung von Änderungen und Erweiterungen, insbes im Hinblick auf die Inklusion im Bildungswesen

Antr
s. Sonderschule
Drs 15/2231

Verhütungsmittel**Verschreibungspflicht der „Pille danach“**

Wirkungsweise von postkoitalen Kontrazeptiva (Pille danach), insbes auf der Basis von Levonorgestrel in Unterscheidung zum Wirkstoff Ulipristal; Einordnung durch den Deutschen Ethikrat; Zahl der Verordnungen für Levonorgestrel in BW; Bewertung der Empfehlung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Aufhebung der Verschreibungspflicht für Levonorgestrel sowie deren Nichtbeachtung durch den Bund; Erfahrungen aus anderen EU-Staaten und der Schweiz; Beratung durch Apotheker bei rezeptfreier Abgabe; Erschwerung des Zugangs zu diesem Notfallkontrazeptivum durch Ärzte bzw Apotheker aufgrund einer konservativen Sexualmoral; Werbung unter den Bundesländern zur Aufhebung der Rezeptpflicht und Einbringung einer Bundesratsinitiative

Antr Charlotte Schneidewind-Hartnagel u.a. GRÜNE und Sabine Wölflé u.a. SPD 09.01.2013 und Stellungnahme SM
Drs 15/2857

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2013 Drs 15/3398 (dazu Antr Jochen Haußmann FDP/DVP und Wilfried Klenk CDU) S. 78-80

PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Mittlg LReg 15.11.2013 Drs 15/4343

Verjährung**Haltung der LReg zur bundesweit zentralen Steuerfahndung**

Beurteilung des Vorschlags der Bundes-SPD, eine bundeseinheitliche Steuerfahndung („Steuer-FBI“) einzuführen; Leistungsfähigkeit der Steuerfahndungen der Bundesländer und insbes der Steuerfahndung in BW; Einstellung zusätzlicher Steuerfahnder, stärkere Zusammenarbeit auf Länder- und Bundesebene bei der Verfolgung von Steuervergehen; Vereinheitlichung der Verjährungsfristen im Strafrecht und im Steuerrecht

KlAnfr
s. Steuerfahndung
Drs 15/3325

Verkauf*Karlsruhe*

Verkauf des landeseigenen Erbbaugrundstücks Haid-und-Neu-Straße 7

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/149

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 22: Verkauf von Landesimmobilien

s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/231

Stuttgart

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken im sogenannten „Azenbergareal“ in Stuttgart-Nord

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/959

Konstanz

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Flurstück Nr. 4642, Gemarkung Konstanz

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/1123

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Correnstraße 41/41 a in Tübingen

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/3304

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Haußerstraße, Flurstück 1102/2 in Tübingen

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/3534

Esslingen

Landeseigene Grundstücke im Landkreis Esslingen

Gegenwärtige Nutzung der Grundstücke; Eignung der Grundstücke für eine Wohnbebauung; Verkauf landeseigener Grundstücke

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/3940

Karlsruhe

Verkauf des landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14

Verkauf des durch das Finanzamt Karlsruhe-Stadt genutzten landeseigenen Gebäudes Schlossplatz 14 in Karlsruhe für 24 Millionen Euro an die Landeskreditbank BW (L-Bank); Finanzierung der Neuunterbringung des Finanzamts durch den Kaufpreis; unentgeltliche Nutzung des Gebäudes durch das Finanzamt bis zur Fertigstellung des Neubaus

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4110

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Correnstraße 41/41 a in Tübingen

Abschluss eines Nachtrages zum Kaufvertrag vom 6. Juni 2013 (Mindererlösklausel)

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4266

Stuttgart

Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Reinsburgstraße 107 in Stuttgart

Antr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/5690

Ketsch

Verkauf einer Teilfläche von ca. 50.000 m² des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 2688

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6032

Waldshut-Tiengen

Verkauf einer Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 311, Gemarkung Waldshut-Tiengen

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6553

Heidelberg

Verkauf des landeseigenen Gebäudes Römerstraße 2-4

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6554

Bad Waldsee

Veräußerung des landeseigenen Gebäudegrundstücks Hauptstraße 10/12 in Bad Waldsee

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7130

Informationspflicht benachbarter Landnutzer bei der Veräußerung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Einführung einer Informationspflicht der anliegenden bewirtschaftenden Pächter und Eigentümer bei der Veräußerung landwirtschaftlicher Flächen zur Verbesserung und Erhaltung der Agrarstruktur

Antr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7539

Freiburg

Veräußerung von rund 6,3 ha landeseigener Flächen an die Stadt Freiburg

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/7901

Verkehr

s.a. *Fußgänger*
s.a. *Güterverkehr*

s.a. Luftverkehr
 s.a. Mobilität
 s.a. Schienenverkehr
 s.a. Schifffahrt
 s.a. Straßenverkehr
 s.a. Transitverkehr
 s.a. Verkehrsberuhigung
 s.a. Verkehrsinvestition
 s.a. Verkehrslenkung
 s.a. Verkehrsplanung
 s.a. Verkehrspolitik
 s.a. Verkehrssicherheit
 s.a. Verkehrsstatistik
 s.a. Verkehrsunfall
 s.a. Verkehrsvermeidung
 s.a. Verkehrsverstoß
 s.a. Verkehrswirtschaft

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
 Weißbuch der Kommission: Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum - Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem

Mittlg LReg
 s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
 Drs 15/8

Verkehrsinfrastruktur in der Verantwortung des Landes im Zusammenhang mit der Wissenschaftsstadt Ulm
 Vorgesehene Parkplätze, Parkhäuser u.a. Maßnahmen für den ruhenden Verkehr nach dem Neubau der Chirurgischen Klinik des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg; geplante Gebührengelung für die Nutzung der Stellplätze; Planungsstand für die neue Straßenbahnlinie auf den Oberen Eselsberg; Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.05.2011 und Antw MVI Drs 15/32

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme; Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität; Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen sowie der Schieneninfrastruktur; Problematik des Auslaufens des Bundes-GVFG; Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr GRÜNE 17.08.2012 und Antw LReg Drs 15/2240 (34 S.)
 PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4285-4293

Anstrengung einer besseren Vernetzung der Verkehrsträger
 PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21

Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart

Bau- und Vergabestopp - mehr Transparenz bei Stuttgart 21
 Erwartung eines Mischfahrplans während der Bauzeit im Bereich des VVS; Auswirkungen aus den noch nicht planfestge-

stellten Abschnitten; Frage nach Großbahnhöfen in Europa mit einer Leistungsfähigkeit von 49 Zügen pro Stunde sowie der Machbarkeit von zehn Bahngleisen im Tiefbahnhof

Antr
 s. Stuttgart 21
 Drs 15/96

Verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln als Ziel der Modellregion für eine nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart

Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Fahrgästen im ÖPNV, u.a. Entwicklung einer einheitlichen Mobilitätskarte für den Geltungsbereich des VVS, Initiierung ergänzender Angebote an den Stationen wie Leihfahrräder und Carsharingfahrzeuge, Verbesserung der Fahrgastinformation, der Anschlusssicherung, Sauberkeit und Zuverlässigkeit, Einrichtung eines Online-Vertriebs für Fahrkarten, Mittelbereitstellung zur Beteiligung von (mehr) Kommunen an den Projekten

Antr
 s. Öffentlicher Personennahverkehr
 Drs 15/97

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Bedingungen für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
 s. Verkehrsplanung
 Drs 15/377

Fahrzeitverkürzung bei Realisierung von Stuttgart 21 im Wahlkreis Esslingen

Stand der Planung zur S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen

KlAnfr
 s. Fahrplan
 Drs 15/654

Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf den Betrieb der S-Bahn-Linie S 1 nach Kirchheim unter Teck und auf die S-Bahn-Stationen im Raum Kirchheim unter Teck

Darlegung o.g. Auswirkungen, Bewertung der Aussagen im Schlussbericht zum zweiten Stresstest von SMA und Partner AG, Gewährleistung der Durchbindung der S 1 von Kirchheim nach Herrenberg?

KlAnfr
 s. Stuttgart 21
 Drs 15/771

Barrierefreiheit im Schienenpersonenverkehr in BW

Entwicklung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe im Land und im VVS in den letzten fünf Jahren; Bewertung des Programms der Bahn; Art, Zeit- und Kostenrahmen der Bemühungen um einen möglichst weitreichenden barrierefreien ÖPNV; Impulse durch das zu überarbeitende Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Antr
 s. Barrierefreiheit
 Drs 15/1181

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des verbundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/1261

Zuverlässigkeit von öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Verbindungen in Pforzheim und dem Enzkreis

Verspätungen und mangelnde Fahrgastinformation auf der Stadtbahnlinie S 5 zwischen Karlsruhe, Pforzheim und Bietigheim-Bissingen; Behebung der defekten Fahrscheinautomaten auf der Linie S 5; Installation der zugesagten Aufzüge am Pforzheimer Hauptbahnhof sowie eines ausreichenden Wetterschutzes am Pforzheimer Busbahnhof

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/1662

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Tarifharmonisierung im Nahverkehr an den Verbundgrenzen von Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Harmonisierung der Nahverkehrstarife an den Übergängen zwischen regionalen Verkehrsverbänden, im Besonderen der Verkehrstarife zwischen VPE und VVS; Ausweitung der zum 1. August 2013 angekündigten Tarifvereinfachung auf weitere Ortsteile von Tiefenbronn und die benachbarten Heckengäugemeinden; Nutzung sogenannter Übergangskarten

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/2760

Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung im Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart

Inhalte und Konsequenzen des Vorschlagspapiers „Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung im Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart - Gemeinsames Konzeptpapier der Verbundlandkreise Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg, Rems-Murr und der Landeshauptstadt Stuttgart“; Veränderungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aufgrund neuer Rechtsvorschriften

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 12.02.2013 und Antw MVI Drs 15/3055

Gemeinsame Verkehrsverbände im Heckengäu

ÖPNV-Pendlerzahlen aus dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) in die Nachbarverbände Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) und Karlsruher Verkehrsverbund (KVV); Gründe für die mangelnde Durchlässigkeit zwischen dem VPE und dem VVS und Einflussmöglichkeiten der LReg zur Verbesserung der Durchlässigkeit

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/3838

Schienenahverkehr im Rems-Murr-Kreis

Pünktlichkeit von Murr- und Remsbahn zu den Hauptverkehrszeiten; Störungen an den Gleisen oder Schienenfahrzeugen als Ursachen von Verspätungen; Zuständigkeiten für die Ursachenbehebung innerhalb des Konzerns der Deutschen Bahn und auf öffentlicher Seite; Einflussmöglichkeit über den Verband Region Stuttgart, die Deutsche Bahn und den Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS); Verrechnung der Einnahmen im Nahverkehr auf der Murr- und der Remsschiene mit den VVS-Monats- und Jahreskartenerlösen der Berufspendler

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4334

Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Erlaubnis zur Mitnahme von Fahrrädern in den Verkehrsverbänden; Umfang der aktuellen Kapazitäten für eine Fahrradmitnahme; Investitionsbedarf zur Herstellung einer generellen Mitnahmemöglichkeit; Kampagne „Nimm's mit“ der Naturfreunde in BW aus dem Jahr 2011; Auswirkungen einer generellen unentgeltlichen Fahrradmitnahme auf das Preisniveau oder die Entwicklung der öffentlichen Zuschüsse; uneinheitliche Regelung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Verwirklichung einer einheitlichen, kostenlosen Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4730

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4814

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Reningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Reningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Nachhaltige Mobilität für Landesbedienstete

Mobilitätsunterstützung für Landesbedienstete, insbes Bezuschussung des VVS-Firmentickets, Bereitstellung von „Dienst-

fahrrädern“

MdlAnfr
s. *Jobticket*
Drs 15/5396

Verkehrsentslastung von Metropolregionen durch Firmentickets
Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr
s. *Jobticket*
Drs 15/5425

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Reningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand im Verfahren zur Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Reningen, insbes Eingang des Förderantrags, Haltung des Verkehrsministeriums, Auswirkung auf die S 6 und S 60, Durchführung eines Stress-tests, Kosten für die Ertüchtigung des Bahnhofs Reningen, Lärmschutzertüchtigungsmaßnahmen, Alternativen zur verkehrlichen Anbindung des LKreises Calw an Stuttgart

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5932

Verkehrsverbund zwischen Heilbronner Verkehrsverbund (HNV) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Vereinheitlichung der Tarifsysteme der baden-württembergischen Verkehrsverbünde; Erleichterung des Übergangs zwischen den Verbundgrenzen, insbes für in Richtung Stuttgart pendelnde Fahrgäste aus dem Zabergäu

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/6157

Auswirkungen des Projekts Stuttgart 21 auf die Betriebsqualität des VVS

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 527

Verkehrssampel

s.a. *Kreisverkehr*

Kreisverkehre in Betonbauweise

Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren im Vergleich zu Ampel- und Einmündungen; Zahl der in den letzten fünf Jahren eingerichteten Kreisverkehre; Wirtschaftlichkeit der Betonbauweise im Vergleich zu sonstigem Straßenbaumaterial

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/5704

Verkehrsaufkommen

Auswirkungen der Planungsänderungen der Bahn im Bauablauf des Fildertunnels

Änderungen im Bauverfahren und in der Bauausführung; Folgen für den Abtransport des Aushubs; Streckenlänge der Lkw-Fahrten für den Abtransport des Aushubs; absehbare Menge der

Lkw-Fahrten pro Tag während der Bauzeit; zu erwartende Verkehrsbelastung auf der Bundesstraße B 27 und der Autobahn A 8; Lärm- und Abgasbelastung; Lagerung des gipshaltigen Aushubs auf geeigneter Deponie

KlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 15/2650

Ausbau der B 27 zwischen Aich und dem Echterdinger Ei

Ergebnisse von Verkehrszählungen auf der B 27 zwischen dem Anschluss der B 312 und dem Echterdinger Ei; Verbesserung der Situation durch Verkehrssteuerungsmaßnahmen; Auswirkungen zusätzlichen Lkw-Verkehrs auf die Verkehrsauslastung dieses Teilstücks; Unterstützung eines sechsspurigen Ausbaus

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2775

Zustandserfassung der Bundes- und Landesstraßen im LKreise Esslingen

Zustand der Bundes- und Landesstraßen im Vergleich zur letzten Zustandserfassung; Sanierung der als „schlecht“ und „sehr schlecht“ bewerteten Streckenabschnitte einschließlich der Brückenbauwerke; Verkehrsbelastung der Streckenabschnitte

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3343

Aufstufung L 1115 zur Bundesstraße

Planungsstand der Aufstufung der L 1115 von einer Landes- zur Bundesstraße, insbes Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur im Raum Backnang für die Kommunen Aspach und Backnang; Verkehrsbelastung auf den einzelnen Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Mundelsheim und Backnang

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/3403

Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn 8 (A 8) im Enzkreis

Entwicklung der Lärmbelastung auf dem Streckenabschnitt zwischen Karlsbad und Pforzheim-West seit 2008; nach dem Abschluss des Autobahnausbaus zu erwartendes Verkehrsaufkommen; Durchführung von Lärmmessungen; Unmut über unzureichenden Lärmschutz an der Pfingsttalbrücke bei Remchingen; Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes an der A 8 bei Remchingen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3404

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im LKreise Biberach

Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3468

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/3641

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrsbelastung auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzenbühl

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/3642

Lärmschutzmaßnahmen an der Bundesautobahn A 8

Verkehrsaufkommen, Lkw-Anteil in der Nacht; Lärmschutzmaßnahmen an der Pfintzthalbrücke; Einbeziehung der Klosterwegbrücke in den Planfeststellungsbeschluss

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/3649

Ausbau der Bundesautobahn 5 (A5)

Verkehrssituation und Ausbau der Bundesautobahn A5 zwischen Offenburg und Freiburg, insbes Daten zu Verkehrsaufkommen und Unfallquote, sowie Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den Bedarfsplan für Bundesautobahnen

Antr

s. *Autobahn*

Drs 15/3768

Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen

Planungen zur Verlagerung von Schwerlastverkehr vom Rheintal nach Singen am Hohentwiel durch das Kinzig- und Gutachtal und daraus resultierende künftige Belastungen

MdlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 15/3731

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)

Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr

s. *Verkehrsbeschränkung*

Drs 15/3850

Aufnahme des Abschnitts Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Baurecht für den Abschnitt Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße als Fortsetzungstrasse des Autobahnanschlusses Karlsruhe Nord; Finanzierung des Abschnitts als Maßnahme des Bundesverkehrswegeplans (BVWP); Folgen einer Nichtauf-

nahme in den BVWP 2015 für die Bevölkerung in Karlsruhe-Hagsfeld; alternative Möglichkeiten der Verkehrsentlastung; Finanzierung als Maßnahme des kommunalen Straßenbaus

Antr

s. *Straßenbaufinanzierung*

Drs 15/4458

Bundesautobahn (A) 5 - Lärmauswirkungen auf Gemeinden im Wahlkreis 33

Durchschnittliche Lärmbelastung in den Gemeinden entlang der A 5; Entwicklung des Verkehrsaufkommens seit 2004; Beschwerden der Anrainergemeinden seit dem Ausbau der Bundesautobahn; Maßnahmen zur Lärmreduzierung

KlAnfr

s. *Lärmschutz*

Drs 15/4618

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/4814

Zustand der Landesstraßen (L) im Heckengäu

Sanierung der Landesstraßen L 1175, L 1180 und L 1134 im Heckengäu; tägliche Verkehrsbelastung und Zustand der genannten Landesstraßen

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/5171

Verkehrsentlastung von Metropolregionen durch Firmentickets

Firmenticket-Modelle für den öffentlichen Personennahverkehr in Metropolregionen und Großstädten; Bezuschussung des Firmentickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS) als Mittel, um motorisierte Berufspendler für den Umstieg auf den ÖPNV zu gewinnen; Jobticket für Landesbeschäftigte in verkehrsbelasteten Metropolregionen oder Großstädten

Antr

s. *Jobticket*

Drs 15/5425

Aktuelle Belastung auf der Bundesstraße (B) 27

Situation und Veränderung der Verkehrsbelastung der Bundesstraße 27 zwischen dem Echterdinger Ei und der Abzweigung der Bundesstraße 312, insbes Anteil des Schwerlastverkehrs

KlAnfr

s. *Bundesstraße 27*

Drs 15/5459

Verkehr und Straßenbau im Ostalbkreis nach der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels

Auswirkungen der Freigabe des Gmünder Einhorn-Tunnels auf das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsströme im Ostalb-

kreis, insbes auf der Bundesstraße 29; geplante Folgemaßnahmen im Straßenbau auf den Landesstrassen

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 23.10.2014 und Antw MVI Drs 15/5978

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis
Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5983

Stand der Planungen zum Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen
Sachstand der Planungen zum achtspurigen Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen, insbes Kriterien für die Bewertung in der Prioritätenliste, Verkehrsbelastungen auf den jeweiligen Abschnitten zwischen Leonberg und Wendlingen

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/6222

Bau eines Verflechtungsstreifens an der Autobahn (A) 8/(A) 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost

Sachstand zum Bau eines Verflechtungsstreifens an der A 8/A 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Leonberg-Ost, insbes Ziele, Folgewirkungen durch Zunahme von Verkehr sowie Lärm- und Schadstoffbelastung, Gegenmaßnahmen, Bürgerbeteiligung

KlAnfr
s. *Autobahnkreuz*
Drs 15/6714

Lückenschluss Bundesstraßen (B) 295/(B) 464 bei Renningen
Sachstand zum Lückenschluss zwischen der B 295 und der B 464 im Bereich von Renningen, insbes Planungen für eine endgültige Lösung, Bürgerbeteiligung, Verkehrsaufkommen sowie Lärm- und Schadstoffbelastung im Bereich von Renningen und Leonberg

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/6715

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*

Drs 15/7611

Sanierung und Ausbau der Landesstraße (L) 1120 zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg

Sachstand zu Gefahrensituation und Ausbauzustand der Landesstraße 1120 im Streckenabschnitt zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg, insbes Unfallstatistik, Verkehrsaufkommensprognose, Sanierungsbedürftigkeit

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/7904

Zustand der Landstraße (L) 83 zwischen Bühlertal und Sand
Sanierung des o.g. Teilstücks der Landesstraße L 83 und die dafür veranschlagten Kosten; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in den letzten zehn Jahren

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/7949

Ortsumfahrung bei Gerstetten-Heuchlingen (LKreis Heidenheim) der L 1164

Verkehrsbelastung auf der Landesstraße 1164 in Gerstetten-Heuchlingen; Maßnahmen zur Entlastung der Anwohner; Planungsstand und Finanzierung der Ortsumfahrung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/8027

Verkehrsbelastung

s. *Verkehrsaufkommen*

Verkehrsbelegung

s. *Verkehrsaufkommen*

Verkehrsberuhigte Zone

s. *Verkehrsberuhigung*

Verkehrsberuhigung

s.a. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
s.a. *Straßenverkehr*
s.a. *Straßenverkehrslärm*
s.a. *Verkehrslenkung*

Beruhigung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Einführung eines Tempolimits und bauliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr in verkehrsbelasteten Ortsdurchfahrten zu beruhigen, insbes entlang der L 1134/1177 in Mönshheim

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 09.09.2011 und Antw MVI Drs 15/487

Kommunale Konzepte zur Verkehrsberuhigung auf Ortsdurchfahrten von Landesstraßen im Enzkreis

Darlegung o.g. Konzepte, u.a. Tempolimit mit Überwachungsanlagen und zusätzliche Fußgängerüberwege auf der L 1134 in Mönshheim; Zeitpunkt einer Umsetzung der Maßnahmen sowie einer von der Gemeinde Mönshheim angestrebten Ortsumfahrung für die L 1134

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.04.2012 und Antw MVI Drs 15/1583

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshausen mit Durchfahrtsverkehr bzw. Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/4518

Verkehrsbeschränkung*Sperrung der Landstraße 1187 zwischen Glemseck und Schatengrund für Motorradfahrer*

Streckensperrung der Mahdentalstrasse für Motorradfahrer aufgrund von Straßenschäden, insbes. Maßstäbe, Begründung und Ermessensspielraum bei der Entscheidung

KlAnfr

s. *Straßenschäden*

Drs 15/3486

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)

Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 22.07.2013 und Antw MVI
Drs 15/3850

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis

Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes. in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 15/5983

Umweltzonen in BW

Sachstand zur Ausweisung von Umweltzonen in BW, insbes. Auswirkungen auf die Luftqualität im Vergleich zu Nicht-Umweltzonen, Bedeutung der Fahrverbote für Fahrzeuge mit gelber oder roter Plakette

Antr

s. *Umweltzone*

Drs 15/6971

Einführung einer blauen Plakette zur Kennzeichnung von Fahrzeugen

Entwicklung und Messverfahren des Stickoxid- bzw. Feinstaubaufkommens in Stuttgart; Umweltnutzen durch Ersatz von EURO-5-Fahrzeugen durch EURO-6-Fahrzeuge; Durchführung

und Überwachung der Zufahrtsbeschränkungen in Stuttgart; Differenzierungen bei der Einführung einer blauen Plakette; Feinstaubbelastungen in Tunneln des Schienenpersonennahverkehrs; Einbeziehung des Verkehrssektors in den EU-Emissionshandel

Antr

s. *Umweltzone*

Drs 15/7030

Verkehrsdelikt

s. *Verkehrsverstöß*

Verkehrsdichte

s. *Verkehrsaufkommen*

Verkehrserziehung

s.a. *Begleitetes Fahren*

Möglichkeiten zur Verbesserung der Fahrradverkehrssituation in BW

Ausbau der Radverkehrsschulung von Schülern

Antr

s. *Radverkehr*

Drs 15/273

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radelnder Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 25.09.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/4085

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.11.2013 Drs 15/4379 S. 21 22

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5262

Radschulwegplanung im LKkreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKkreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr

s. *Schulweg*

Drs 15/6081

Die Landesverkehrswacht als wichtiger Partner bei der Verkehrserziehung und der Verkehrssicherheit

Entwicklung der Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden und mit Sachschäden seit 2010; Bedeutung und Finanzierung der Landesverkehrswacht BW

Antr

s. *Verkehrsunfall*

Drs 15/6915

Verkehrsflugzeug

s. *Flugzeug*

Verkehrsfluss

s. *Verkehrsaufkommen*

Verkehrsgesellschaft

s. *Verkehrswirtschaft*

Verkehrsinfrastruktur

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes. Präsenz auf wichtigen Tourismusevents, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtraucherschutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

Diskussion um eine „Ersatzbrücke“ im Bereich Karlsruhe-Wörth

Haltung des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber einer Ersatzbrücke; Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen; Durchführung des Baus einer Ersatzbrücke; erforderliche Baumaßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite; Kosten der Ersatzbrücke sowie für die Anschlussbauwerke und die mit der Ersatzbrücke verbundenen Straßenbaumaßnahmen; Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/3988

Museumsprojekt „Vogtsbauernhof“ - Freilichtmuseen in BW

Beurteilung des Museumsprojekts in Gutach im Schwarzwald; Bedeutung der Freilichtmuseen für den Tourismus und die heimatkundliche Bildung; staatliche Förderung der Freilichtmuseen; Entwicklung der Besucherzahlen in den letzten zehn Jahren; Verbesserung der Verkehrsanbindung des „Vogtsbauernhofs“ durch einen eigenen Schienenhalt

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 15/4119

Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur - Beschluss der Sonderverkehrsministerkonferenz und Perspektiven für BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4695-4706

Brückensanierung im LKreis Esslingen

Zuständigkeit für die Erhaltung und Sanierung von Brückenbauwerken des Landes; finanzielle Förderung der LKreise und Kommunen beim Erhalt der Brücken; Höhe der Zuschüsse des LAN-

des an den LKreis Esslingen und die Kommunen des LKreises in den Jahren 2010 bis 2013; Zustand der Baulast des Landes unterliegenden Brücken im LKreis Esslingen, Aufwand für ihre Sanierung; Programm zur Sanierung der Brücken und Höhe der dafür zur Verfügung stehenden Mittel; Haltung der LReg bei den Verhandlungen der Bund-Länder-Kommission zur Finanzierung der Verkehrswege

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4236

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Beurteilung der Ergebnisse der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“; Umfang des Finanzierungsdefizits im Bereich der Landesstraßen und Lösungen für eine Verstärkung der Landesstraßenfinanzierung; Personalausstattung im Verkehrsinfrastrukturbereich; Ausweitungsmöglichkeiten der Nutzerfinanzierung durch Erhöhung der Lkw-Maut bzw. der Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für Pkw; Ausweitung bzw. Dynamisierung der finanziellen Fördermöglichkeiten; Zustandserhebung, Finanzierung und Durchführung der notwendigen Brückensanierungen außerhalb der Baulast des Bundes; Zielkonflikt zwischen Nettonull beim Flächenverbrauch und dem Neu- und Ausbau des Radverkehrsnetzes

GrAnfr FDP/DVP 05.11.2013 und Antw LReg Drs 15/4283
PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6126-6133

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelsheim und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4473

Die Bevölkerungsentwicklung in BW und ihre Herausforderungen

Bevölkerungsentwicklung und -wanderung in Stadt- und LKreisen in BW und ihre Auswirkungen auf Mobilitätsverhalten und die Mobilitätsbedürfnisse sowie Konsequenzen für die zukünftige Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden

Antr
s. *Demografie*
Drs 15/4764

Mehr Chancen für den ländlichen Raum bei Mobilität, im Nahverkehr und durch bessere Infrastruktur

Stärkung der individuellen Mobilität im ländlichen Raum; Verhinderung der Bevölkerungswanderung und des Abbaus von Arbeitsplätzen durch den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur, durch eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Anschluss an die Breitbandkommunikation; Umschichtung von Landesmitteln zugunsten des ländlichen Raums

KlAnfr

s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/4970

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5760

Nein zur Maut - Für eine nachhaltige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur

Ablehnung der vom Bundesverkehrsminister geplanten Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut); Umsetzung des einstimmigen Beschlusses der Sonderkonferenz der Verkehrsminister in Berlin vom 2. Oktober 2013 zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, insbes der Ausweitung der Lkw-Maut

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 15/5761

Hochwasserschutz im LKreisdistrikt Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6261

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellte sowie künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtungen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr GRÜNE 15.12.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6273 (69 S.)
Ergänzende Stellungnahme MVI 26.10.2015 Drs 15/7605

Logistik in BW

Sachstand zur Logistik und Logistikbranche in BW, insbes Bedeutung, wirtschaftliche Kennzahlen, Güterverkehrskonzept, EU-Förderprogramme, Herausforderungen für die Infrastruktur, Sicherheitsgewinn durch Verlagerung des Güterverkehrs auf Ortsumgehungen, Angebot an beruflicher Qualifikation und Studiengängen im Bereich Logistik, Erfolge bei der Umsetzung des Ziels „Güter auf die Schiene bringen“, Ziele des Leitbilds nachhaltiger Logistik, Chancen für die Branche bei Industrie 4.0, Potenzial des Telematik-Einsatzes, Auswirkungen des Mindestlohns, Problematik der Kabotage, Auswirkungen der Neuregelung der Lkw-Maut, Einsatz von Lang-Lkw

GrAnfr
s. *Logistik*
Drs 15/6340

Stand der infrastrukturellen Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen)

Sachstand zu Finanzierung und Fertigstellung infrastruktureller Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen), insbes in den Bereichen kommunaler Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr

KlAnfr Werner Raab CDU 24.06.2015 und Antw MVI Drs 15/7058

EU-Investitionsoffensive - Bereich Verkehrsinfrastruktur

Sachstand zur Auswahl und Anmeldung von Projekten im Bereich der Verkehrsinfrastruktur für die EU-Investitionsoffensive durch die LReg

MdlAnfr 4) Nicole Razavi CDU 09.07.2015 Drs 15/7139
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8109 8110

Keine Unterstützung für die Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes - bewährte Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen beibehalten

Absage an eine Infrastrukturgesellschaft des Bundes für Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen; Befürwortung des Fortbestands der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen; Erstattung der Planungskosten

Antr GRÜNE und SPD 08.12.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7849
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.01.2016 Drs 15/8048 S. 87 88
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Verkehrsinvestition

s.a. *Baufinanzierung*
s.a. *Baukosten*
s.a. *Entflechtungsgesetz*
s.a. *Straßenbaufinanzierung*
s.a. *Verkehrsplanung*

Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs in der Region Ulm

Planungen, Zeiträume, Investitionskosten, Projekt- und Kostenträger für den Ausbau des Straßenbahnnetzes und der S-Bahn; Höhe der Zuschüsse des Landes nach der Verabschiedung des LandesgemeindeverkehrsfinanzierungsGes

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/31

Auswirkungen der Neuausrichtung des Förderprogramms im Bereich Umweltverbund/Straße

Zeitplanung für die rechtliche Umsetzung der beabsichtigten Umschichtung von Mitteln für den Straßenbau zugunsten des Umweltverbunds (ÖPNV, Fahrrad- und Fußgängerverkehr); Aufteilung der Mittel innerhalb des sogenannten Umweltverbunds, Auskunft über die künftig neu zu fördernden Maßnahmen; Frage nach der Beteiligung der von der Neuausrichtung betroffenen Kommunalen Landesverbände; Auswirkungen der Umschichtung insbes auf den Straßenbau und dessen Finanzierung

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 02.09.2011 und Antw MVI Drs 15/477

Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im Landkreis Biberach

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen in o.g. Gebietskörperschaften, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/485

Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)

Die LReg wird verpflichtet, bei Verträgen über das Bahnprojekt Stuttgart 21, bei denen das Land BW finanzielle Verpflichtungen eingeht, ihr Kündigungsrecht wahrzunehmen

GesEntw
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/496

Bau von Verkehrsinfrastruktur

Auflistung von nachrangigen Umgehungsstraßen und Prestigeprojekten sowie von überfeuerten Projekten seit 1998; Neudefinition der zu hohen Standards und Umplanung von Infrastrukturprojekten von Straße, Schiene und Wasserstraße

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/521

Rechtsauffassung der LReg zu Mischfinanzierungen bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

Festhalten an der Unvereinbarkeit einer finanziellen Beteiligung mit dem Grundgesetz unterlegt mit einem Rechtsgutachten zur Neubaustrecke Stuttgart-Ulm? Frage nach aktuellen und geplanten Verkehrsprojekten als unechte Gemeinschaftsaufgaben mit Vor- und Mischfinanzierungen, jeweilige Auswirkungen eines Finanzierungsausstiegs

Antr FDP/DVP 20.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/525

Streichung wichtiger Verkehrsprojekte in BW aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes

Gründe und Auswirkungen der Streichung wichtiger Schienenprojekte, u.a. des Ausbaus der Schnellbahntrasse Mannheim-Frankfurt und des ICE-Knotenpunkts Mannheim; Gefährdung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie der Bedeutung des Rangierbahnhofes in Mannheim für den Güterverkehr

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/604

Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Göppingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr
s. *Straßenbau*

Drs 15/624

Straßenbaumaßnahmen im Landkreis Tübingen

Auflistung der 2009 bis 2011 sanierten, instand gehaltenen und neu gebauten Bundes- und Landesstraßen, Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel; für 2012 und 2013 geplante Maßnahmen, deren Kosten und Finanzierung; im Haushalt 2012 vorgesehene Mittel; Übertragbarkeit von Finanzmitteln für Straßensanierungen aus dem vierten Nachtragshaushalt

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/635

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Landkreis Esslingen

Neu-, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen von 2008-2014 gefördert nach dem VwV-Entflechtungsgesetz (früher GVFG), insbes Sanierung der Streckenabschnitte auf den Landesstraßen 1199, 1200, 1202 und 1204

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/640

Finanzierungszusagen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich

Anteil der o.g. Investitionen von Bahn, Bund, Land und Region Stuttgart an den jeweiligen Gesamtinvestitionshaushalten über den gesamten Realisierungszeitraum; Höhe des Einsatzes von Regionalisierungsmitteln; Bedeutung des Bahnknotens Stuttgart für den Schienenverkehr im Land; Frage nach einem Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsanteil des Bundes und der Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim, dem Ausbau der Rheintal- und Südbahn; Abfluss der Bundesmittel in Projekte außerhalb des Landes im Falle einer Auflösung der Finanzierungsvereinbarung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/667

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Zustand der Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis; Höhe der tatsächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen seit 2006 und bis 2013; Schließung der Lücken im Radwegenetz; Möglichkeiten zur Verhinderung des mautpflichtigen Schwerlastverkehrs auf dem nachgeordneten Straßennetz im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/691

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Süden des Landes - Konsequenzen aus dem Entwurf des Investitionsrahmenplans des Bundes für 2011 bis 2015

Auflistung der Schienen- und Fernstraßenprojekte, insbes in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee; Beteiligung an der Erarbeitung des IRP, Zeitpunkt der Inkraftsetzung, Höhe der vorgesehenen Investitionsmittel

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/772

Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung

Auflistung der dringlichen Fernstraßenprojekte des Bundes und der dazu notwendigen Mittel, Beurteilung einer entfernungs-

nabhängigen Vignette und entfernungsabhängigen Pkw-Maut; Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Verbesserung der Finanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur durch ein System der Nutzerfinanzierung, Angebot des Landes als Modellregion

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/799

Vorteile von Stuttgart 21 für die Verkehrsräume Bietigheim-Bissingen und Marbach

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/805

Vorteile von Stuttgart 21 für den Wahlkreis Schorndorf

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/806

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rhein-Neckar sowie für die Stadtkreise Heidelberg und Mannheim

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/807

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Göppingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm; Auswirkungen der NBS auf die Kapazität auf der Filstalstrecke sowie auf die Möglichkeit einer Weiterführung der S-Bahn in den LKreis Göppingen

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/808

Vorteile von Stuttgart 21 für den Neckar-Odenwald-Kreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/814

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Karlsruhe

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/815

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKreis Rottweil

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/816

Vorteile von Stuttgart 21 für die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Vaihingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/817

Vorteile von Stuttgart 21 für Baden-Baden/Bühl

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/820

Keine Kannibalisierung durch Stuttgart 21

Höhe und Finanzierung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Rheintalbahn, Gäubahn und Südbahn; Höhe der Bundesmittel für diese Maßnahmen und für Stuttgart 21 nach den S 21-Finanzierungsverträgen; Bereitstellung von Landesmitteln für die genannten Maßnahmen neben den zu erwartenden Schadensersatzleistungen nach einem Ausstieg aus Stuttgart 21

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/825

Vorteile von Stuttgart 21 für Eppingen und Lauffen am Neckar

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

den Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/819

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ortenaukreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/834

Vorteile von Stuttgart 21 für den Ostalbkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/835

Vorteile von Stuttgart 21 für den Stadt- und LKkreis Heilbronn

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/836

Vorteile von Stuttgart 21 für den LKkreis Böblingen

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/843

Regierungsbefragung

Rechtsauffassung der LReg zur Mischfinanzierung bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 742-749

Vorteile von Stuttgart 21 für Pforzheim und den Enzkreis

Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*

Drs 15/864

Vorteile von Stuttgart 21 für die Stadt Bruchsal/Region Bruchsal
Derzeitige Nah- und Fernverkehrsverbindungen, Fahrzeiten und Fahrgastzahlen zum Stuttgarter Hauptbahnhof und Flughafen sowie in andere Regionen; Darstellung der bisherigen Investitionen und damit erzielten Verbesserungen sowie der zu erwartenden Verbesserungen nach Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/874

Bewilligung von GVFG-Mitteln für Verkehrsmaßnahmen in Pforzheim und dem Enzkreis

Förderung von Maßnahmen bis 2014 mit Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz, Erwartung einer Verbesserung des Fußgängerverkehrs durch die vorgesehene Mittelum-schichtung zugunsten der Infrastruktur des Umweltverbands? Chancen einer Sanierung des Fußgängerwegs entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße 570 in Kämpfelbach-Ersingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.11.2011 und Antw MVI Drs 15/934

Straßenbaumaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen 2010 und 2011, geplante Maßnahmen 2012 ff, Höhe der bereitgestellten und benötigten Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/953

Fördermittel nach Entflechtungsgesetz

Auswirkungen der o.g. Mittelum-schichtung auf den kommunalen Straßenbau, Höhe der notwendigen Zuwendungen für angemeldete und bereits aufgenommene Maßnahmen im Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau, verfügbare Fördermittel für neue Bewilligungen bis 2019; Finanzierung des geplanten Sonderprogramms Radwege

Antr
s. *Entflechtungsgesetz*
Drs 15/1052

Landesstraßen in BW

Verkehrsaufkommen und -prognosen auf den Landesstraßen in der Region Mittlerer Oberrhein; Höhe der seit 2000 investierten Mittel für Neubau-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen; Stand der Planung und Realisierung von Landesstraßenprojekten in der Region

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/1066

Ausbau des Bahnknotens Mannheim

Auswirkungen der Streichung des Bahnknotens und der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und Güterverkehr; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Projekte in den Rahmenplan 2011-2015

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE und Sascha Binder u.a. SPD 09.01.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1120 BeschIEmpf und Bericht Verk/InfraA 29.02.2012 Drs 15/1538 S. 46 47
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1898

Mittlg LReg 24.09.2012 Drs 15/2400
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs
 15/2854
 PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3563-3565

*Elektrifizierung der Südbahn zügig vorantreiben - Südbahn wie-
 der in den Investitionsrahmenplan aufnehmen*

Gründe und Auswirkungen der Streichung o.g. Elektrifizierung
 der Ausbaustrecke Ulm-Friedrichshafen-Lindau aus dem Investitions-
 rahmenplan des Bundes; Hinwirkung auf eine Wiederauf-
 nahme des Projekts in den Rahmenplan 2011-2015

Antr
 s. *Südbahn*
 Drs 15/1121

Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim

Auswirkungen der Streichung der Neubaustrecke Frankfurt-
 Mannheim aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes für die
 Metropolregion Rhein-Neckar bzw den Regional-, Fern- und
 Güterverkehr; Stand der Planfeststellung bei den einzelnen Ab-
 schnitten; Hinwirkung auf eine Wiederaufnahme der Neubaust-
 recke in den Rahmenplan 2011-2015

Antr Wolfgang Raufelder u.a. GRÜNE und Sascha Binder
 u.a. SPD 16.01.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1122
 BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 02.05.2012 Drs
 15/1821 S. 50
 PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Straßen im Hohenlohekreis

Zustand der Landesstraßen im Hohenlohekreis; Höhe der tat-
 sächlichen bzw notwendigen Mittelbereitstellung für Neu-, Aus-
 bau und Sanierungsmaßnahmen seit 2006; geplante Maßnahmen
 von Bundes- und Landesstraßen 2012 und 2013; Darstellung der
 besonders vordringlichen Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
 s. *Straßenbau*
 Drs 15/1174

*Finanzierungsprüfung des zweiten Bauabschnitts der Bundesfer-
 ernstraße B 28 neu bei Rottenburg-Kiebingen durch die LReg*

Bewertung einer Tieferlegung und Deckelung des o.g. Ab-
 schnitts und deren Finanzierung aus Landesmitteln, Durchfüh-
 rung einer Finanzierungsprüfung auch für andere planfestge-
 stellte Baumaßnahmen von Fernstraßen, Bewertung der verfas-
 sungsrechtlichen Relevanz von Mischfinanzierungen zwischen
 Land und Bund

Antr
 s. *Bundesstraße 28*
 Drs 15/1184

*Straßenbaumaßnahmen im Rems-Murr-Kreis und im Wahlkreis
 Waiblingen*

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes-
 und Landesstraßen seit 2009; Höhe der dafür bereitgestellten
 Mittel; planfestgestellte Straßenbaumaßnahmen, Höhe der dafür
 benötigten und im Haushalt 2012 eingestellten Mittel

KlAnfr
 s. *Straßenbau*
 Drs 15/1246

*Straßenbaumaßnahmen im Stadtkreis Baden-Baden und im süd-
 lichen LKreis Rastatt (Wahlkreis 33)*

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes-
 und Landesstraßen seit 2010; Höhe der dafür bereitgestellten

Mittel; geplante und planfestgestellte Maßnahmen für 2012 und
 2013, Höhe der dafür benötigten und im Haushalt 2012 einge-
 stellten Mittel

KlAnfr
 s. *Straßenbau*
 Drs 15/1257

Sanierung von Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall

Stand der Planung und Kosten für die Sanierung der Landesstra-
 ßen 1010, 1025 und 1036 sowie für den Neubau der Ortsumfah-
 rung Bergbronn im Zuge der L 2218

KlAnfr
 s. *Landesstraße*
 Drs 15/1312

*Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im
 LKreis Esslingen*

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kom-
 munalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte
 Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungs-
 gesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim
 RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung
 der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten
 Projekte

KlAnfr
 s. *Straßenbau*
 Drs 15/1351

*Kommunale Straßenbauplanung nach dem Landesgemeindever-
 kehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)*

Vorliegende Anträge und Anfragen zum kommunalen Straßen-
 bau iRd LGVFG, Aufklärung der unterschiedlichen Angaben
 über das Zuwendungsvolumen im „nachrichtlichen Programm“
 auf Drs 15/1052 und in der im Internet zugänglichen Zusammen-
 stellung des MVI

KlAnfr
 s. *Straßenbau*
 Drs 15/1385

Den kommunalen Straßenbau weiterhin fördern

Auswirkungen der Mittelumichtung im Landesgemeindever-
 kehrsfinanzierungsgesetz zugunsten des „Umweltverbunds“ so-
 wie der Mittelverwendung für zusätzliche Lärmschutzmaßnah-
 men

Antr
 s. *Straßenbau*
 Drs 15/1405

Finanzierung von Landesstraßen in kommunaler Baulast

Vereinbarkeit des Landtagsbeschlusses zu Drs 15/440 und
 15/907 zur Mittelbemessung für den Erhalt, Aus- und Neubau
 der Landesstraßen mit der Mittelkürzung im Haushalt 2012

Antr
 s. *Landesstraße*
 Drs 15/1491

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von
 Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstra-
 ßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen-
 und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Pro-
 gnosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelli-
 genten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung
 der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenpla-

nung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Nahverkehr Müllheim - Neuenburg - Mulhouse

Streichung der Mittel für die o.g. ab Dezember 2012 geplante regelmäßige Zugverbindung und evtl weitere Streckenverbindungen im Raum Müllheim, Kriterien für die Entscheidung, Zeitpunkt und Adressaten der Ankündigung

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1514

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen

Etatisierte und abgeflossene Mittel aus dem Haushalt und dem „Sanierungsfonds“ 2012, Darstellung der durchgeführten Maßnahmen sowie des Mittelbedarfs für Dienstleistungen Dritter für die Planung

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1515

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1632

Verlässliche Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) - Fortführung der Kompensationsmittel nach dem Entflechtungsgesetz und der Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Bestellmittel nach dem Regionalisierungsgesetz

Förderung von ÖPNV-Projekten nach dem GVFG-Bundes- und Landesprogramm, Höhe der jeweiligen Fördersummen und Kostensteigerungen; Auflistung der seit 2001 abgeschlossenen, der noch laufenden und noch nicht begonnenen bzw genehmigten Maßnahmen; Eintreten für eine Nachfolgeregelung für die ÖPNV-Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz sowie für das GVFG-Bundesprogramm nach 2019 und für eine Fortführung und Dynamisierung der Finanzierung von SPNV-Bestellungen nach dem Regionalisierungsgesetz über das Jahr 2013 hinaus

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/1683

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Calw

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten

Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1804

Landesstraßenbaumaßnahmen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen 2011-2013; geplante und planfestgestellte Maßnahmen; Höhe der dafür benötigten und in den Haushalten eingestellten Mittel; Frage nach Verschiebungen in der Priorisierung

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1836

Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Freudenstadt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1893

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 24 - Finanzierung von Landesstraßenbaumaßnahmen (Kap 1004 und 1240)

Mittlg RH
s. *Straßenbau*
Drs 15/1924

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2059

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2060

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Enzkreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2061

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Karlsruhe

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2064

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Stadtkreis Baden-Baden bzw im südlichen LKreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2041

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Lörrach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2043

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Sinsheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme

und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2044

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Emmendingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2046

Schienerpersonennahverkehrs-Projekte in BW nach dem Entflechtungsgesetz (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz(GVFG)-Bundesprogramm)

Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierung für die o.g. Projekte, von Mitteln iRd Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes zur Weiterfinanzierung von Projekten über 2019 hinaus sowie von Mitteln für Erhaltungsinvestitionen

Antr
s. *Schienerpersonennahverkehr*
Drs 15/2069

Schwächung des Bahnverkehrs im ländlichen Raum durch Verweigerung der Freigabe von Mitteln nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Verweigerung der Freigabe o.g. Mittel z.B. für die Wiedereröffnung des Bahnhofpunkts Wallhausen

MdlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 15/2089

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Heidenheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2090

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme

und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2091

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ravensburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2092

Der Landesstraßenbau wird bis 2015 blockiert

Bereitgestellte Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen seit 2009 und in der mittelfristigen Finanzplanung; Mittelbedarf und Zeitraum für die Umsetzung des Maßnahmenplans Landesstraßen; Auflistung der zurückgestellten und gestrichenen Ausbaumaßnahmen; Höhe und Herkunft der Mittel zur Finanzierung der dringlichen Großprojekte

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2096

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ludwigsburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2102

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Konstanz

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2103

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den LKreisen Reutlingen und Tübingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung

von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2110

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2125

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Sigmaringen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2148

Regionalisierungsmittel zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs

Entwicklung der Grundlagen zur Verteilung der o.g. Mittel sowie der Bevölkerung, der gefahrenen Zugkilometer und des Beförderungsaufkommens seit Inkrafttreten des Regionalisierungsgesetzes 1996; Beurteilung der Chancen für einen höheren Anteil des Landes ab 2015

Antr
s. *Regionalisierungsgesetz*
Drs 15/2187

Straßenbau im Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für kommunale Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2204

Umweltverbund und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Tuttlingen-Donauessingen

Finanzierung von ÖPNV-Maßnahmen 2012 nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Auflistung der bewilligten

ten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte im Förderprogramm bis 2015; weitere Anträge und Anfragen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/2205

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Rottweil

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2221

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme; Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie der Elektromobilität; Bedarf und Kosten von Aus-, Neubau, Sanierung und Modernisierung von Landes- und Bundesfernstraßen sowie der Schieneninfrastruktur; Problematik des Auslaufens des Bundes-GVFG; Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Mittelbedarf Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der tatsächlich vorgesehenen Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen nach dem Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan; Bereitstellung der zusätzlichen Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, insbes im ländlichen Raum? Frage nach einem Zusammenhang zwischen den Mittelansätzen und den Äußerungen des Finanzministers zum ländlichen Raum

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2251

Äußerungen von Staatssekretärin Dr. Gisela Splett zur Finanzierung der Kombi-Lösung Karlsruhe (U-Strab)

Aufklärung über konkrete Aussagen zu Mehrkosten im Bewilligungsbescheid; Vorbehalte der Staatssekretärin gegenüber dem Bau des Karlsruher Stadtbahntunnels; Benennung von bereits entstandenen, nicht vom Land zu tragenden Mehrkosten

Antr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/2368

Landesstraßenbau im LKreis Biberach

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan,

u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Mittel des Bundes für Bundesfernstraßen in BW bedarfsgerecht bereitstellen

Mittelbereitstellung des Bundes für den Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen seit 2005: angewandte Kriterien für die Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßen; Aufforderung der BReg zur Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung der im Bedarfsplan nach dem Priorisierungskonzept der LReg enthaltenen Maßnahmen

Antr
s. *Fernstraße*
Drs 15/2417

Haltung der LReg zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“

Kostenanschlag und Kostenteilung gegenüber dem ursprünglich beantragten Bahnhof; Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit einer Finanzierung der Mehrkosten aus dem Projektbudget von Stuttgart 21; Frage nach der Bereitschaft des Landes zu einer über den bisherigen Finanzierungsbeitrag hinausgehenden Beteiligung an den Mehrkosten des „Flughafenbahnhofs Plus“; Haltung gegenüber einer Abkopplung des Baus des Flughafenbahnhofs vom Bau der Anschlussstrecke

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/2420

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012 und 2013; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2439

Sachstandsbericht zur Realisierung des laufenden Bundesverkehrswegeplans

Stand der Abarbeitung der Bundesfernstraßenprojekte im „Vordringlichen Bedarf“, Zeitperspektive und Mittelbedarf für die Realisierung aller Maßnahmen in dieser sowie in der Kategorie „weiterer Bedarf mit Stern“

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2452

Regierungsbefragung

Folgen der Mittelkürzungen des Bundes für unsere Verkehrsinfrastruktur

PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2576-2581

Regierungsbefragung

Künftige Finanzierung von GVFG-Projekten in BW
PIPr 15/50 14.11.2012 S. 2890-2895

Filderbahnhof plus - Konsens zum Wohle des Landes statt Koalitionskonflikte

Aktuelle Debatte
s. *Bahnhof*
PIPr 15/51 S. 2933

Zeitliche Umsetzung der Errichtung eines Kreisverkehrsplatzes in der Ortseinfahrt der Gemeinde Eberstadt

Nichteinhaltung der für 2013/14 angesetzten Bauplanung und Bauausführung; Einfluss einer Verschiebung auf die Finanzierung; Zeitraum der voraussichtlichen Umsetzung; Verteilung der Kosten auf die jeweiligen Kostenträger

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2778

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Neckar-Odenwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2873

Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems in der Region Donau-Iller

Ausbaukonzept, Zeitplan und Finanzierung des Betriebs eines S-Bahnsystems Donau-Iller, insbes Betriebskosten des geplanten und aktuellen Nahverkehrssystems sowie Kosten des Infrastrukturausbaus

KlAnfr
s. *Donau-Iller-Nahverkehrsverbund*
Drs 15/2987

Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung im Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart

Inhalte und Konsequenzen des Vorschlagspapiers „Neuordnung der ÖPNV-Finanzierung im Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart - Gemeinsames Konzeptpapier der Verbundlandkreise Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg, Rems-Murr und der Landeshauptstadt Stuttgart“; Veränderungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aufgrund neuer Rechtsvorschriften

KlAnfr
s. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*
Drs 15/3055

Kofinanzierungen des Landes bei Schienenprojekten

Ausgestaltung von Finanzierungsanteilen bei Schienenprojekten durch das Land, insbes Regelung und Zahlen zu Kostensteigerungen, nicht gedeckelte Kofinanzierung des Landes bei einigen Projekten, Beharrung des Landes am ursprünglich vereinbarten Finanzierungsbeitrag zum Bahnprojekt Stuttgart 21, Bedeutung der Sprechklausel im Finanzierungsvertrag zu Stuttgart 21

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 19.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3083

lungnahme MVI Drs 15/3083

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen seit 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3177

Mittel im LKreis Waldshut aus dem Bundesverkehrswegeplan

Einschätzung der im aktuellen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Maßnahmen; Anmeldung weiterer Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3203

Der Filderdialog in der Bewertung

Bewertung der Form der Bürgerbeteiligung im Filderdialog; Umsetzung der Ergebnisse

MdlAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 15/3315

Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Sachstand der Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr und Umweltverbund nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) in den Regierungsbezirken, insbes bereitgestellte Mittel und tatsächlicher Mittelabfluss

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 19.04.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3399 (44 S.)

Kosten der Schieneninfrastruktur in BW, insbes Stations- und Trassenpreise

Ausgaben der Eisenbahnunternehmen für die Schieneninfrastruktur seit dem Jahr 2000; Höhe der Zuschüsse des Landes; Entwicklung der Stations- und Trassenpreise seit 2000; Stations- und Trassenpreise der Deutschen Bahn im Vergleich zu anderen Infrastrukturbetreibern in Deutschland; Auswirkungen der Änderungen des Stationspreissystems sowie des Trassenpreissystems im Jahr 2011; Einsatz der Bundesnetzagentur für eine transparentere Preisgestaltung; Gewähr einer Reinvestition der vereinnahmten Stations- und Trassenpreisentgelte

Antr
s. *Eisenbahninfrastruktur*
Drs 15/3439

Elektrifizierung der Hochrheinstrecke

Planungsstand und Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, insbes Finanzierungsanteile der Projektpartner, Hintergründe der gemeinsamen „Basler Erklärung“ zur Gesamtfinanzierung sowie Investitionen iRd Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG)

Antr
s. *Streckenelektrifizierung*
Drs 15/3446

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf der Gäubahn

Ursprünglich vorgesehenes Fahrplanangebot und Linienkonzept auf der Gäubahn und auf der Strecke nach Freudenstadt; Auskunft über das neue Fahrplankonzept und die Art der auf den Linien eingesetzten Reisezüge; Auswirkungen des neuen Fahrkonzepts auf den Ringzug, die S-Bahn-Linie 1 von Stuttgart nach Herrenberg sowie auf das SPNV-Angebot im Kreis Konstanz, insbes die Anschlüsse zwischen Gäu- und Schwarzwaldbahn; Finanzierung und zeitlicher Rahmen der Baumaßnahmen; Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften an der Ausschreibung der SPNV-Leistungen

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3517

Umsetzung des Bahnhofsmodernisierungsprogramms im LKreis Konstanz

Erneuerung von Bahnhöfen und Haltepunkten iRd Bahnhofsmodernisierungsprogramms; vorgesehene Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen; Kostenverteilung auf die einzelnen Projektpartner; Zeitplan und Abschluss der Baumaßnahmen; Stand der Verhandlungen einzelner Kommunen mit der Deutschen Bahn über zusätzliche Investitionen für barrierefreie Zugänge zu Bahnhofsgebäuden und Bahnsteigen

KlAnfr

s. *Bahnhof*

Drs 15/3771

Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) - Mittelverwendung

Bestehende Verpflichtungen im Öffentlichen Personennahverkehr und im Straßenbau; Gesamtvolumen der im Förderprogramm „Kommunaler Straßenbau“ bewilligten Projekte; Höhe der bis zum Ende des Förderprogramms für neue Projekte verfügbaren Fördermittel; Stand der Projekte Südumfahrung Kehlen und Ortsumfahrung Markdorf

Antr Martin Hahn u.a. GRÜNE 19.07.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3846

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 70 71

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Mehrverkehre Elztalbahn und Kaiserstuhlbahn

Geplanter Beginn der Mehrverkehre auf der Elztalbahn sowie der westlichen und nördlichen Kaiserstuhlbahn iRd Gesamtnetzausbauprogramms „Breisgau-S-Bahn 2020“; Übernahme des Ausfallrisikos für das Projekt „Breisgau-S-Bahn 2020“ durch das Land

KlAnfr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/3881

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke

Stellenwert der Elektrifizierung der Hochrheinbahn; Kommunikation mit den Verantwortlichen in der Schweiz; Abhängigkeit der Schweizer Entscheidung von der Vorlage eines Finanzierungskonzepts; Frage der Finanzierung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Finanzierung des in der „Basler Erklärung“ auf 20 Mio Euro festgesetzten Landesanteils; Umsetzung der Maßnahme nach der Ablehnung des Schweizer Ständerats, Mittel für die Elektrifizierung der Bahnstrecke bereitzustellen; Berücksichtigung der Hochrheinstrecke bei der Ausschreibung des Regionalverkehrs

KlAnfr

s. Streckenelektrifizierung

Drs 15/3890

Vergabezeitplan für Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in BW

Gültigkeit, Neuerstellung und geplante Veränderungen im Vergabezeitplan für Schienenpersonennahverkehrs-Verträge in BW des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur vom 27. November 2012

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3949

Sicherstellung der Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen ab 2016

Verhinderung einer Versorgungslücke in der Übergangszeit zwischen dem Auslaufen der bisherigen Verkehrsverträge bis zur Betriebsaufnahme neuer Verkehrsverträge über Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen ab 2016, insbes Ausgestaltung der Übergangszeit beim Einsatz von Schienenfahrzeugen und Personal bei der Deutschen Bahn AG und anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3951

Rolle des Beratungsunternehmens K. GmbH bei der Vorbereitung der Vergabe von Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen

Beauftragung, Rolle und erbrachte Leistungen des Beratungsunternehmens KCW GmbH bei der Durchführung und Vorbereitung von Ausschreibungen von Schienenpersonennahverkehrs-Verträgen in BW; Nichtbeauftragung der Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW)

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3952

Diskussion um eine „Ersatzbrücke“ im Bereich Karlsruhe-Wörth

Haltung des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber einer Ersatzbrücke; Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen; Durchführung des Baus einer Ersatzbrücke; erforderliche Baumaßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite; Kosten der Ersatzbrücke sowie für die Anschlussbauwerke und die mit der Ersatzbrücke verbundenen Straßenbaumaßnahmen; Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Antr

s. *Brücke*

Drs 15/3988

Fortführung und Förderung des Bahnprojektes Stuttgart-Ulm

Option eines Projektabbruchs zum gegenwärtigen Zeitpunkt; Standpunkt zu einer Ausstiegsinitiative eines Projektpartners; Inpflichtnahme des Bundes bei der Projektförderung nach der Bundestagswahl; Vorrang anderer Schienenprojekte gegenüber Stuttgart 21; Haltung gegenüber der „Kombilösung“; Marktwert der bei einer „Kombilösung“ weiterhin für den Bahnverkehr genutzten Grundstücke

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/4018

Straßenbaumaßnahmen im LKreis Schwäbisch Hall

Realisierte Neubau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen von Bundes- und Landesstraßen im LKreis Schwäbisch Hall und deren Finanzierung; geplante, planfestgestellte und begonnene Straßenbaumaßnahmen sowie Veranschlagung und Bereitstellung der dafür benötigten Finanzmittel

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/4111

Zustand und Aussicht auf der Hochrheinstrecke

Einsatz und Verfügbarkeit von Triebwagen mit Dieselmotor auf der Strecke zwischen Basel und Singen am Hohentwiel; Barrierefreiheit der Triebzüge VT 611, VT 628 und VT 641 sowie der Bahnsteige; Sicherung der Qualität des Fahrplans und Ertüchtigung der Eisenbahninfrastruktur; Eintritt in die Leistungsphase 3 des Projekts der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke; Wirtschaftlichkeit einer elektrifizierten Hochrheinstrecke; Finanzierung des Projekts über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und entsprechende Priorisierung

Antr

s. *Streckenelektrifizierung*

Drs 15/4234

Brückensanierung im LKreis Esslingen

Zuständigkeit für die Erhaltung und Sanierung von Brückenbauwerken des Landes; finanzielle Förderung der LKreise und Kommunen beim Erhalt der Brücken; Höhe der Zuschüsse des Landes an den LKreis Esslingen und die Kommunen des LKreises in den Jahren 2010 bis 2013; Zustand der Baulast des Landes unterliegenden Brücken im LKreis Esslingen, Aufwand für ihre Sanierung; Programm zur Sanierung der Brücken und Höhe der dafür zur Verfügung stehenden Mittel; Haltung der LReg bei den Verhandlungen der Bund-Länder-Kommission zur Finanzierung der Verkehrswege

KlAnfr

s. *Brücke*

Drs 15/4236

Landesstraßen und Radwege im Rems-Murr-Kreis

Höhe der für Aus- und Neubau sowie für Unterhalt und Sanierung der Landesstraßen 2013 und 2014 zur Verfügung stehenden Mittel; durchgeführte und geplante Sanierungsmaßnahmen; Höhe der erforderlichen Mittel; Maßnahmen zur Sanierung oder Lückenschließung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis und ihre Kosten

KlAnfr

s. *Landesstraße*

Drs 15/4237

Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Beurteilung der Ergebnisse der Kommission „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“; Umfang des Finanzierungsdefizits im Bereich der Landesstraßen und Lösungen für eine Verstärkung der Landesstraßenfinanzierung; Personalausstattung im Verkehrsinfrastrukturbereich; Ausweitungsmöglichkeiten der Nutzerfinanzierung durch Erhöhung der Lkw-Maut bzw. der Einführung von Straßenbenutzungsgebühren für Pkw; Ausweitung bzw. Dynamisierung der finanziellen Fördermöglichkeiten; Zustandserhebung, Finanzierung und Durchführung der notwendigen Brückensanierungen außerhalb der Baulast des Bundes; Zielkonflikt zwischen Nettonull beim Flächenverbrauch und dem Neu- und Ausbau des Radverkehrsnetzes

GrAnfr

s. Verkehrsinfrastruktur

Drs 15/4283

Wann endlich kommt das angekündigte Brückensanierungsprogramm?

Mittelbedarf und -bereitstellung über den Nachtragshaushalt für ein Sanierungsprogramm für Brücken in der Baulast des Landes

Antr

s. *Brücke*

Drs 15/4287

Vergabeverfahren in den „Stuttgarter Netzen“: Netz 1 a bis c - Nordwürttemberg, Netz 2 - Franken-Enz-Bodensee, Netz 3 - Gäu-Murr

Aktueller Stand der Vergabeverfahren für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in den „Stuttgarter Netzen“ 1 a bis c (Nordwürttemberg), 2 (Franken-Enz-Bodensee) und 3 (Gäu-Murr); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4314

Vergabeverfahren Netz 6 a - S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 6 a (S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4315

Vergabeverfahren Netz 7 a/b - Stadtbahn Karlsruhe

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 7 a/b (Stadtbahn Karlsruhe); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4316

Vergabeverfahren Netz 8 - Ortenau S-Bahn

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 8 (Ortenau S-Bahn); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4317

Vergabeverfahren Netz 9 a - Breisgau-S-Bahn, Ost-West

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 9 a (Breisgau-S-Bahn, Ost-West); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4318

Vergabeverfahren Netz 11 - Hohenlohe-Franken

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 11 (Hohenlohe-Franken);

Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens; Situation der Beschaffung von Neufahrzeugen als Bestandteil des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4319

Novellierung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Einführung neuer Fördertatbestände zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden; Absenkung der Bagatellgrenze; Förderung des Einbaus von Lärmschutzfenstern; Übergangsregelungen für bereits zugesagte Fördervorhaben; Absenkung der Förderquote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV); Verzicht auf Kürzungen im Förderbereich Radverkehr; Gefahr des Ausbleibens von Investitionsvorhaben wegen zu geringer Finanzkraft der Träger

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 18.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4348

Neue Regeln für die Förderung kommunaler Verkehrsinfrastruktur nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Von der Neuregelung betroffenen Maßnahmen in den Gemeinden des LKreises Karlsruhe; Spezifizierung der Auswirkungen auf diese Maßnahmen; Höhe des Förderanteils für den Ausbau der zweiten Stufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie für den Ausbau der Stadtbahnhaltepunkte Bruchsal Bildungszentrum, Untergrombach und Weingarten; Förderanteile für die noch nicht abschließend beschlossenen Projekte wie die Beseitigung des Bahnübergangs Gondelsheim und das Kreisstraßenprogramm; Ergebnisse einer Anhörung der Verbände vor der Gesetzesnovellierung

Antr Joachim Köbler u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4473

Ausschreibung Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

Mehrkosten und Auswirkungen auf den Wettbewerb durch die verspätete Ausschreibung der Nahverkehrsleistungen für die Breisgau-S-Bahn/Höllentalbahn (Netz 9 a)

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4503

Mittelrückfluss aus dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Höhe der seit 2011 an die vier Regierungspräsidien des Landes ausgezahlten Fördermittel nach dem (Landes-)Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und Verwendung der zurückgeflossenen Gelder

Antr CDU 30.01.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4682
PIPr 15/102 25.06.2014 S. 6120-6126

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

Förderbedingungen, Planungs- und Umsetzungsstand des Infrastrukturausbaus im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs in Mannheim und der Metropolregion Rhein-Neckar

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4725

Auswirkung der Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) auf den LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 11.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4739

Absenkung der Förderquote bei kommunalen Verkehrsprojekten und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Auswirkungen der Absenkung der Förderquoten im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) bei kommunalen Verkehrsprojekten differenziert nach Finanzstärke der Kommunen und Region; Verfahrensstand für den Erlass einer konkretisierenden Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV, insbes Beteiligung der Kommunen und LKreise sowie Festlegung möglicher neuer Förderkriterien

Antr CDU 12.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4753
PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7556-7563

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Enzkreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Enzkreis

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 14.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4777

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Calw

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Calw

KlAnfr Thomas Blenke CDU 14.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4780

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Heidenheim

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Heidenheim

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 14.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4781

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Stadt- und LKreis Heilbronn

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Stadt- und LKreis Heilbronn

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 17.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4794 (11 S.)

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Rottweil

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Rottweil

KlAnfr Stefan Teufel CDU 17.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4795

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Main-Tauber-Kreis
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 17.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4797 (10 S.)

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Sinsheim
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Sinsheim

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 17.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4798 (12 S.)

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) auf die Stadt Karlsruhe
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen auf die Stadt Karlsruhe

KlAnfr Manfred Groh CDU 17.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4799

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Sigmaringen
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Sigmaringen

KlAnfr Klaus Burger CDU 19.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4808

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4814

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 54
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 54

KlAnfr Karl Rombach CDU 20.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4823

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Biberach
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Biberach

KlAnfr Peter Schneider u.a. CDU 20.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4824

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Ludwigsburg
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Ludwigsburg

KlAnfr Konrad Epple u.a. CDU 21.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4828 (12 S.)

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr Felix Schreiner CDU 24.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4822

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 24.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4840

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Schwäbisch Hall

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 24.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4843 (11 S.)

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKreis Rastatt)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKreis Rastatt)

KlAnfr Tobias Wald CDU 24.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4845

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Esslingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Esslingen

KlAnfr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 25.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4849

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Ravensburg

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Ravensburg

KlAnfr Rudolf Köberle u.a. CDU 25.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4850

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Neckar-Odenwald-Kreis
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr Peter Hauk CDU 26.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4856

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Freudenstadt
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Freudenstadt

KlAnfr Norbert Beck CDU 26.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4857

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

KlAnfr Karl Traub CDU 26.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4858

Ausbau der Bundesstraße (B) 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen und Zuschuss nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Planungs- und Genehmigungsstand zum Ausbau der B 464 im Bereich der Altdorfer Kreuzung bei Holzgerlingen; Verkehrs-, Lärm-, Feinstaubbelastung und volkswirtschaftlicher Schaden durch das hohe Verkehrsaufkommen; finanzielle Auswirkungen und Härtefallregelung für die Gemeinde Holzgerlingen durch Kürzung der Zuschüsse iRd LGVFG

KlAnfr
s. *Bundesstraße 464*
Drs 15/4873

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Hohenlohe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Hohenlohe

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 28.02.2014 und Antw MVI Drs 15/4882

Auswirkungen der Änderungen der Förderrichtlinien nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) im LKreis Karlsruhe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Karlsruhe

KlAnfr Heribert Rech u.a. CDU 05.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4892

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Ortenaukreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Ortenaukreis

KlAnfr Helmut Rau u.u. CDU 05.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4893

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Göppingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Göppingen

KlAnfr Nicole Razavi u.a. CDU 07.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4903

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Lörrach

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Lörrach

KlAnfr Ulrich Lusche CDU 28.03.2014 und Antw MVI Drs 15/4999

Finanzierung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke

Sachstand zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke und deren Finanzierung; Stand der Ausschreibung im Vergabeverfahren für die Hochrheinstrecke; Auswirkungen geplanter Fahrplanänderungen auf der Gäubahn

KlAnfr
s. *Hochrheinbahn*
Drs 15/5060

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personennahverkehrsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollständigkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5077

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

KlAnfr Guido Wolf CDU 14.04.2014 und Antw MVI Drs 15/5086

Planungen zu Stuttgart 21

Aktueller Planungsstand zu Stuttgart 21, insbes zu den Themen Grundwassermanagement, Nesenbachdüker, Brandschutz, Verkehrsbelastung, Bauablauf Kostenentwicklung und finanzielle Forderungen der Bahn

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/5108

Verbesserungen auf der Rems- und der Murrbahn durch die Neuausschreibungen ab 2016

Forderungen zur Verbesserung der Zustände auf Rems- und Murrbahn im Zuge der Neuausschreibung des Verkehrsvertrags und angestrebte Leistungsverbesserungen

MdIANfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5114

Ausbau der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn; Stand des Planfeststellungsverfahrens, voraussichtliche Fertigstellung der Bauabschnitte zwischen Ulm und Lindau; Abschluss der Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund und der Deutschen Bahn; Realisierung des Projekts iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015

Antr
s. *Südbahn*
Drs 15/5142

Leistungen Breisgau-S-Bahn 2020

Durchführung des Vergabeverfahrens für das Liniennetz der Breisgau-S-Bahn; Zeitpunkt der Unterzeichnung der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), dem Land und der DB Netz AG; Bezuschussung der Ausbaustufe durch das Land in Abhängigkeit von der Einhaltung der mit der Neuvergabe gesetzten wirtschaftlichen Ziele; Planungssicherheit für die Region beim Ausbau des Liniennetzes durch ein verbindliches Grundangebot

Antr
s. *Breisgau-S-Bahn*
Drs 15/5150

Des Verkehrsministers „Not-Vergaben“, blitzsauber oder blitzschnell?

Aktuelle Debatte
s. *Öffentlicher Auftrag*
PIPr 15/100 S. 5961

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Landkreis Böblingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Landkreis Böblingen

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 26.05.2014 und Antw MVI
Drs 15/5262

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Reningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängigkeit der Orte Reningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Revision der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes seit Regionalisierung des SPNV im Jahr 1996 und deren Verwendung; Stand der Revision; Schlussfolgerungen aus Gutachten; Abmilderung von Kostensteigerungen durch eine Dynamisierung der Regionalisierungsmittel; Aufteilung in Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und Mittel für den SPNV-Betrieb; Erzielung eines angemessenen Anteils an der Gesamtsumme für BW

Antr
s. *Regionalisierungsgesetz*
Drs 15/5328

Vergabeverfahren Main-Neckar-Ried - „sorgsamer Umgang mit Steuergeldern“?

Aufgabenträger und Zeitpunkt des Zuschlags; Höhe des Bestellerentgelts; Verlauf des Vergabeverfahrens, Ursachen für dessen Verzögerung; Auswirkungen auf Folgeausschreibungen; Finanzierung des Einsatzes neuer Schienenfahrzeuge auf der Strecke; Angebotsverbesserungen durch die Neuvergabe

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5333

Finanzierung der Erweiterung der S 2 und U 6

Förderung der Finanzierung der S-Bahn- und Stadtbahnerweiterungen S2 und U6 durch Bund, Land und die Region Stuttgart

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 15/5482

Finanzierung der Tramverbindung Kehl-Straßburg

Voraussichtliche Baukosten der Tramverbindung über den Rhein; Aufteilung des Finanzierungsanteils der deutschen Seite zwischen Bund, Land und Kommunen; Finanzierung durch Programme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG); nach der Fertigstellung der Schienenstrecke zu erwartende Betriebskosten; Übernahme möglicher Defizite beim Bahnbetrieb

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5550

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5565

Die Mär vom Großen Verkehrsvertrag

Höhe der seit 2003 an die DB Regio geleisteten Zahlungen; Frage der Rechtswirksamkeit des großen Verkehrsvertrags; Vorliegen einer „Überkompensation“ zulasten des Landes; Fortdauer der Zahlungen an die DB Regio; Gründe für das späte Zur-Sprache-Bringen des Themas

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/5628

Welche Risiken verbergen sich hinter der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Kombilösung Karlsruhe?

Konsequenzen der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs für die Finanzierung der Kombilösung Karlsruhe, insbes Kostenrisiko für die Stadt Karlsruhe, Abweichung des Landes von der bisherigen Festbetragszusage

Antr Manfred Groh u.a. CDU 19.08.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5639

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 25.02.2015 Drs 15/6639 S. 55 56

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Nein zur Maut - Für eine nachhaltige Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur

Ablehnung der vom Bundesverkehrsminister geplanten Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut); Umsetzung des einstimmigen Beschlusses der Sonderkonferenz der Verkehrsminister in Berlin vom 2. Oktober 2013 zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, insbes der Ausweitung der Lkw-Maut

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 15/5761

Mittelzuweisung Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Anzahl der für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldeten Projekte; Gesamtvolumen der Projekte im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer; Zahlenverhältnis der für den Bundesverkehrswegeplan 2003 gemeldeten Projekte zu den tatsächlich in den BVWP 2003 aufgenommenen Projekten; Kriterien der Mittelzuweisung des Bundes für den Bundesfernstraßenbau; Abhängigkeit der Mittelzuweisung von der Summe der gemeldeten Projekte sowie der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Projekte

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/5887

Ökonomische Nachteile und schlechte Qualitätsmerkmale des Großen Verkehrsvertrags

Zwischenergebnisse der Prüfung des Verkehrsvertrags hinsichtlich einer „Überkompensation“ der Leistungen der DB Regio durch das Land; Höhe des Streitwerts; Berechnungsmodus der vom Land zu tragenden Infrastrukturkosten; weitere für das Land nachteilige Vertragsinhalte; Vertragsbedingungen im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/5889

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand im Verfahren zur Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen, insbes Eingang des Förderantrags, Haltung des Verkehrsministeriums, Auswirkung auf die S 6 und S 60, Durchführung eines Stress-tests, Kosten für die Ertüchtigung des Bahnhofs Renningen, Lärmschutzertüchtigungsmaßnahmen, Alternativen zur verkehrlichen Anbindung des LKreises Calw an Stuttgart

KlAnfr

s. *Schwarzwaldbahn*

Drs 15/5932

Fernbusse ermöglichen mehr Mobilität

Fernbus-Unternehmen sowie Fernbus-Linien in BW; Genehmigungspraxis für Fernbus-Verbindungen; Einrichtung eigener Haltestellen für Fernbus-Verbindungen; Fördermittel aus dem Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Kapazitäten des geplanten Fernbus-Bahnhofs am Flughafen Stuttgart

Antr

s. *Omnibus*

Drs 15/6079

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur in BW

Sanierung von Bundesfernstraßen und Landesstraßen durch die Straßenbauverwaltung des Landes seit 2012; für die Sanierung der Landesstraßen in den letzten Jahren bereitgestellt sowie künftig eingeplante Haushaltsmittel; Rückzahlungsverpflichtungen aus zurückliegenden Sonder- und Investitionsprogrammen zum Landesstraßenbau; Radwegebau im Zeitraum von 2012 bis 2014; Förderung von Projekten im kommunalen Straßen- und Radwegebau seit 2012; Betrieb und Unterhalt der Bundesfern- und Landesstraßen durch die Stadt- und LKreise als untere Verwaltungsbehörden

Antr

s. *Verkehrsinfrastruktur*

Drs 15/6273

Investitionsoffensive der Europäischen Union: Verkehrsprojekte für BW

Finanzierung von Verkehrsprojekten in BW mit Hilfe des Investitionsprogramms der EU; Aufnahme zusätzlicher Projekte in die Projektliste; Beschleunigung von Planungsprozessen sowie der Verwirklichung baureifer Verkehrsprojekte; Förderfähigkeit von Projekten; Anmeldung von Schienen- und Flugverkehrsprojekten; Aufnahme des Filderbahnhofs Plus als intermodales Verkehrsprojekt in die Projektliste

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.01.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6357

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.03.2015 Drs 15/6921 S. 69 70

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Maßnahmen und Perspektiven des Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)

Sachstand zu Verkehrsprojekten iRd Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes bereitgestellte und verfügbare Mittel für Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr und Umweltverbund

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 16.02.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6491 (41 S.)

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7441

PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8371-8379

Aktuelle Ausschreibung und Elektrifizierung der Hoahrheinbahn

Sachstand zur Elektrifizierung der Hoahrheinstrecke, insbes Finanzierung, Zusammenarbeit mit der Schweiz; Stand der Ausschreibung weiterer Zugangebote auf der Hoahrheinstrecke

KlAnfr

s. *Hochrheinbahn*

Drs 15/6552

Menschen- und umweltgerechter Ausbau der Rheintalbahn - Großprojekt bis 2030 realisieren-

Beteiligung des Landes an den Mehrkosten eines den Umwelt- und insbes den Lärmschutz stärker berücksichtigenden Ausbau

der Rheintalbahn; Verwirklichung der Kernforderungen der Region Südlicher Oberrhein wie autobahnparallele Trassenführung südlich von Offenburg bis Riegel, bessere Anbindung des Katzenbergtunnels etc.; Forcierung einer kooperativen Planung der noch ausstehenden Streckenabschnitte; Fertigstellung des viergleisigen Ausbaus bis spätestens 2030; Beantragung von EU-Mitteln; genaue Definition der über das gesetzliche Erfordernis hinausgehenden Mehrkosten; Vorlage eines Finanzierungspakets

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/6723

Regierungsbefragung

GVFG-Bundesprogramm - Abruf von Mitteln für die großen ÖPNV-Vorhaben

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7535-7537

Auswirkungen der Einigung über die Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof

Auswirkungen der Bauausführung der Variante „Drittes Gleis“ im Filderbahnhof mit der daraus resultierenden Anzahl an Bahnsteigkanten mit 76 cm und 96 cm Höhe auf die Fahrbarkeit im Fern- und Regionalverkehr, insbes das Zugangebot auf der Gäubahnstrecke; vorgesehene dauerhafte Nutzungskonzeption für den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen; Überlegungen zum Verzicht auf Halte des Fernverkehrs oder Regionalverkehrs für den Filderbahnhof

Antr
s. *Bahnhof*
Drs 15/6851

Rechtsgutachten der Wirtschaftskanzlei H. und Partner zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag

Sachstand zu Art, Umfang und Inhalt des Rechtsgutachtens der Wirtschaftskanzlei H. und Partner im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag gegenüber der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6874

Elektrifizierung der Allgäubahn mit Bahnsteigmodernisierung

Sachstand zur Verzögerung der Elektrifizierung und Bahnsteigmodernisierung entlang der Allgäubahn Lindau-Memmingen aufgrund der Absenkung der Förderquoten im Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz

MdlAnfr
s. *Allgäubahn*
Drs 15/6895

Mittlerückfluss aus dem Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)

Sachstand zum Mittlerückfluss aus dem Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz von den vier Regierungspräsidien, insbes Höhe der Mittel, Gründe für die Rückgabe, Weiterverwendung der zurückgeflossenen Gelder

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 21.05.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6913
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7441
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8371-8379

Stellungnahmen der Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)

Sachstand zu den eingegangenen Stellungnahmen iRd Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes beteiligte Verbände und Institutionen, Inhalte der Stellungnahmen, Möglichkeit zur Einsichtnahme durch den Landtag

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 19.06.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7040
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7441
PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8371-8379

Stand der infrastrukturellen Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen)

Sachstand zu Finanzierung und Fertigstellung infrastruktureller Maßnahmen im Wahlkreis 31 (Ettlingen), insbes in den Bereichen kommunaler Straßenbau und Öffentlicher Personennahverkehr

KlAnfr
s. *Verkehrsinfrastruktur*
Drs 15/7058

Finanzwirksame Aspekte der Nachfolgeverträge zum Großen Verkehrsvertrag von 2003

Sachstand zur Ausgestaltung der Nachfolgeverträge zum Großen Verkehrsvertrag von 2003, insbes vereinbartes Bestellerentgelt und seine Einflussfaktoren, Trägerschaft des unternehmerischen Risikos, Konditionen von Übergangsverträgen, Vereinbarungen zum Fahrzeugpool des Landes

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7090

Förderungen durch das Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) im Regierungsbezirk Südbaden

Sachstand zu angemeldeten und bewilligten Maßnahmen aus den Gemeinden im Regierungsbezirk Freiburg für das LGVFG-Förderprogramm 2015 bis 2019

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 08.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7141

Fördermittel der Europäischen Union für Verkehrsvorhaben in BW

Sachstand zur Bereitstellung und Verwendung zusätzlicher Fördermittel der Europäischen Union für Verkehrsvorhaben in BW

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 16.07.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7182

Noch ein Vergabekalender - Noch mehr Verzögerungen

Sachstand zu den Gründen für die weiteren Verzögerungen bei den Ausschreibungen und den Inbetriebnahmen der aufgeführten Leistungen im Schienenpersonennahverkehr gemäß dem neuen Vergabekalender des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Antr
s. *Ausschreibung*
Drs 15/7331

Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)-Förderprogramm 2015 bis 2019

Sachstand zu angemeldeten und bewilligten Maßnahmen aus den Gemeinden im Regierungsbezirk Stuttgart für das LGVFG-Förderprogramm 2015 bis 2019

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.09.2015 und Antw MVI Drs 15/7349

Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Ökologische, nachhaltige und kommunalfreundliche Ausgestaltung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes zeitgemäße Anpassung der Fördertatbestände, stärkere Gewichtung der Förderung des barrierefreien Zugangs zum öffentlichen Personennahverkehr, Förderung des Einsatzes neuer Technologien sowohl für Nutzer als auch Anbieter von Öffentlichem Personennahverkehr, Stärkung der Fördermöglichkeiten für Verkehrsträger im Umweltverbund sowie deren Vernetzung untereinander

GesEntw LReg 22.09.2015 Drs 15/7416 (25 S.)
1. Beratung PIPr 15/137 30.09.2015 S. 8223-8229
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7441
2. Beratung PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8371-8379
GesBeschl 28.10.2015 Drs 15/7627
GBI 2015 Nr. 20 S. 885-887 (Ges vom 10.11.2015)

Förderung der Ortsumfahrung Markdorf

Verwendung von Fördermitteln aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den Bau der Ortsumfahrung Markdorf; Zeitplan für die Finanzierung

MdlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/7550

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr
s. *Baden 21*
Drs 15/7611

Testbetrieb auf der Krebsbachtalbahn und möglicher Regelbetrieb

Ergebnisse des Testbetriebs und der währenddessen durchgeführten Kundenbefragung; Nutzungspotenzial für einen Regelbetrieb; Finanzierung der Erhaltung der Gleisinfrastruktur; Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme des Regelbetriebs

KIAnfr
s. *Nebenbahnverkehr*
Drs 15/7739

Warum haben frühere LReg den Wettbewerb auf der Schiene verschlafen?

Überblick über die Wettbewerbssituation im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland seit 1996, insbes Entwicklung der Betriebsleistung der Deutschen Bahn AG und deren Wettbewerber, Überführung großvolumiger Verkehrsverträge in den Wettbewerb, Auswirkungen des Großen Verkehrsvertrags auf den

Wettbewerb bei SPNV-Leistungen in BW

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7765

Offene Fragen entlang der Bahnstrecke Basel-Friedrichshafen-Ulm

Gesamtüberblick über die Aspekte von Investitionen und Betrieb auf der Bahnstrecke zwischen Ulm und Basel, insbes Auswirkung des geplanten Bahnhalts in Merklingen, Erhalt des durchgehenden Interregio-Express (IRE) Ulm-Friedrichshafen-Basel, Verfahrensstand der Diskussion um die Bodenseegürtelbahn, Finanzierungsvereinbarung zur Elektrifizierung der Hochrheinbahn

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7864

Lärm auf der Münstertalbahn

Sachstand zur auf das Zugmaterial (Jakobsdrehgestell) zurückzuführenden Lärmentwicklung und Verschleiß auf der Münstertalstrecke, insbes Abhilfemöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verkehrsvertrags mit der SWEG oder iR einer Neuvergabe

Antr
s. *Schienenverkehrslärm*
Drs 15/7982

Rheintalbahn - Beste Lösung für Müllheim/Auggen

Sachstand zum Ausbau der Rheintalbahn im Abschnitt Müllheim/Auggen, insbes Aufhebung des Kostendeckels zur Erreichung der „Besten Lösung“

KIAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 15/8031

Finanzierungszusage zur Ortsumfahrung Markdorf

Sachstand zur Finanzierung der Ortsumfahrung Markdorf als Kreisstraße iRd Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes Finanzierungsabsicht des Landes

KIAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/8052

Bemühungen um eine Rücknahme der Streichung wichtiger Schienenprojekte aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes; Mittelbereitstellung für den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1106 1109 1113 1114 1121 1132

Notwendigkeit von mehr Mitteleinsatz im Landes- und Fernstraßenbau sowie im Schienenwegebau, Realisierung der Projekte im Vordringlichen Bedarf, Einforderung einer bedarfsgerechten Mittelverteilung des Bundes

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1187 1190 1194 1195 1197 1198 1200 1201 1204-1208 1212 1213 1217

Vergleich der Verkehrsinvestitionen der alten und neuen Regierungen auf Landes- und Bundesebene; Absenkung der Förderung des kommunalen Straßenbaus iRd GVFG; Beteiligung an den lärmschutzbedingten Mehrkosten entlang der Rheintalbahntasse

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349-1368

Hinweis auf die bisherige Unterfinanzierung des Straßenbaus; Aufforderung der BReg zur bedarfsgerechten Erhöhung der Investitionsmittel für den Bundesfernstraßenbau, die Schienenwege und die Wasserstraßen in BW; Gesamtumfang des Investitionsbedarfs für bereits im Bau befindliche Maßnahmen des Bundesfernstraßenbaus sowie Gesamtumfang für planreife Maßnahmen; Sanierungsrücklage für den Erhalt der Landesstraßen; Absage an Nutzerfinanzierung

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1464 1465 1467 1468 1471 1473-1475 1479 1480 1483

Verkehrskontrolle

s.a. Personenkontrolle

s.a. Verkehrspolizei

s.a. Verkehrssicherheit

s.a. Verkehrsverstoß

Mautschleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKkreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw. -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr

s. Verkehrsvermeidung

Drs 15/373

Section Control (abschnittsbezogene Geschwindigkeitsmessung)

Beurteilung der vorgesehenen Erprobung o.g. Geschwindigkeitsmessungen ohne Rechtsgrundlage des Bundes, Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht und dem Datenschutrecht, Frage nach der Aufbewahrung der gespeicherten Filme und nach den Zugriffsberechtigten

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 15.12.2011 und Antw IM Drs 15/1034

Verkehrssicherheit auf der Bundesstraße 293 zwischen Heilbronn und Bretten

Art, Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Verkehrsüberwachung auf dem o.g. Streckenabschnitt; Entwicklung der Zahl und Folgen von Verkehrsunfällen in den vergangenen zwei Jahren

KlAnfr

s. Bundesstraße 293

Drs 15/2024

Verkehrssicherheit und Maßnahmen an der Kreuzung L 1040/K 2500 Kirchberg/Jagst-Herbolzhausen

Beurteilung der Verkehrssituation an der o.g. Kreuzung und der Unfallentwicklung in den letzten fünf Jahren sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen; Höhe der Kosten und Realisierungschancen von Bau und Unterhalt einer vorschriftsgemäßen Bushaltestelle, eines Kreisverkehrs sowie einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung

KlAnfr

s. Verkehrssicherheit

Drs 15/2269

Verkehrssicherheit auf Landstraßen

Aufgreifen und Umsetzung der Empfehlungen für die Sicherheitsanalyse von Straßennetzen (ESN) der Bundesanstalt für Straßenwesen (BaSt) für BW, insbes die Vorschläge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Landesstraßen mit abschnitts-

weise ausgebauten Fahrstreifen zum Überholen und einer verstärkten Geschwindigkeitsüberwachung

Antr

s. Verkehrssicherheit

Drs 15/3602

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Spaßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturereform

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.06.2013 und

Antw IM Drs 15/3610

Verkehrssicherheit in BW

Stellenwert und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in BW, insbes Statistik zur Entwicklung der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr, Umsetzung des Leitmotivs „vision zero“, Schutz besonders gefährdeter Personengruppen; Sicherheitsbeitrag von Schwerverkehrskontrollzentren, Straßenbauplanung und Tempolimits bei der Priorisierung der Bedarfsplanmaßnahmen; Bedeutung der Verkehrssicherheit im Schienenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Antr

s. Verkehrssicherheit

Drs 15/3701

Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen (Lkw) ab 7,5 Tonnen (t)

Begründung der Durchfahrtsverbote in den betreffenden Gemeinden; Überwachung des Verkehrsverbots; personelle und materielle Ausstattung der zuständigen Behörden; Überwachungshäufigkeit und Anzahl der Verstöße gegen das Durchfahrtsverbot zwischen den Anschlussstellen der Bundesautobahn A 8 Esslingen/Neuhausen und der Bundesstraße 10 Esslingen-Berkheim sowie gegen das Durchfahrtsverbot auf den Landesstraßen 1200 und 1204 auf der Gemarkung Denkendorf; Belastung durch Lkw-Verkehr auf der Ortsdurchfahrt Ostfildern-Kemnat

KlAnfr

s. Verkehrsbeschränkung

Drs 15/3850

Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme im Enzkreis

Innerörtliche Geschwindigkeitsbegrenzung als Lärmschutzmaßnahme in den Kommunen des Enzkreises; Belastung der Gemeinde Mönshheim mit Durchfahrtsverkehr bzw Schwerlastverkehr über die Landesstraßen L 1177 und L 1134; Lärmreduktion durch lärmoptimierten Asphalt; Reduzierung der zulässigen Geschwindigkeit von 70 auf 50 Stundenkilometer; Geschwindigkeitsüberwachung in der Tempo-30-Zone; Durchfahrtsverbot für Lastkraftwagen über 3,5 Tonnen

KlAnfr

s. Geschwindigkeitsbegrenzung

Drs 15/4518

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr
s. *Promillegrenze*
Drs 15/4992

Geschwindigkeitsüberwachung

Ergebnisse des Einsatzes stationärer Messgeräte zur Kfz-Geschwindigkeitsüberwachung, insbes Unfallzahlenentwicklung, Bußgeldaufkommen und -verwendung

KlAnfr Karl Rombach CDU 30.05.2014 und Antw MVI Drs 15/5278

Motorradlärm in Tourismuslandschaften

Sachstand zur Kontrolle von Motorradlärm und Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Motorradfahrer in BW und speziell in Touristenregionen, insbes Bußgeldverhängungen, Ahndung unzulässiger Bauartveränderungen an Motorrädern

Antr
s. *Kraftrad*
Drs 15/6812

Reduzierung der Verkehrsunfälle mit einer intensiven Geschwindigkeitsüberwachung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 666

Verkehrskreisel

s. *Kreisverkehr*

Verkehrslärm

s.a. *Schienenverkehrslärm*

ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen, Planfeststellungsabschnitt 1.4 (Filderbereich)

Lärmschutzmaßnahmen und zu erwartende Lärmimmissionen im Filderbereich durch die Bahntrasse der ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Wendlingen im Zusammenwirken mit dem Verkehrslärm der Bundesautobahn 8 und dem Flughafen Stuttgart

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3175

Verkehrslärmbelästigung

s. *Verkehrslärm*

Verkehrslärmbelastung

s. *Verkehrslärm*

Verkehrsleistung

s. *Verkehrsaufkommen*

Verkehrsleitsystem

s. *Verkehrslenkung*

Verkehrslenkung

s.a. *Kreisverkehr*
s.a. *Verkehrsberuhigung*

Aktionsplan Telematik - Handlungsfelder für Intelligente Verkehrsleitsysteme (IVS)

Aktivitäten und beteiligte Akteure iRd Nationalen Strategie zur koordinierten Weiterentwicklung bestehender und beschleunigter Einführung neuer und intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr; Beurteilung der Chancen und Möglichkeiten von IVS zur Verkehrslenkung und -leitung; Unterstützung der Forschungseinrichtungen und Unternehmen bei der Beantragung von EU-Fördermitteln

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 22.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/335
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 S. 18 19
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspürigen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterdinger Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf im nächsten Bedarfsplan; Entlastungswirkungen einer Herabstufung der B 312 im Zuge der Ortsdurchfahrt Filderstadt-Bernhausen; Unterstützung eines Tempolimits auf der B 27 bereits vor dem Aichtalviadukt in Richtung Stuttgart; Bedingungen für eine Ampelsteuerung auf den Filder-Zufahrten auf die B 27 sowie für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/377

Mauterhebung auf der A 5

Höhe der Lkw-Mauteinnahmen je Autobahnkilometer sowie der Mautausfälle im Falle einer Rücknahme der Maut zwischen den Abfahrten Riegel und Bad Krozingen aus Gründen der Verkehrslenkung

KlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 15/962

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Sanierung von Bundesstraßen im Enzkreis

Darstellung der geplanten Sanierungen, Zeitpunkt des Baubeginns an der B 35, Führung des Umleitungsverkehrs während dieser Bauphase durch Knittlingen, Ausmaß des zu erwartenden zusätzlichen Verkehrs; Hinwirkung auf eine zeitnahe Koordinierung des Umleitungsverkehrs zwischen dem RegPräs Karlsruhe, der Verkehrsbehörde Enzkreis, der Polizei und der Stadt Knittlingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1709

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Umleitungsmaßnahmen im Zuge von Bundesstraßenanierungen im Enzkreis

Umleitung des Schwerlastverkehrs von der B 35 durch Ölbronn-Dürrn, Begründung der Anordnung von Tempo 30 im Ortsteil Dürrn und der Duldung von Tempo 50 auf der Ortsdurchfahrt Ölbronn, Prüfung einer Herabsetzung auf ebenfalls Tempo 30 u.a. Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Fußgänger und insbes der Schulanfänger; Unterbindung des Ausweichverkehrs von Lkw durch Knittlingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 30.08.2012 und
Antw MVI Drs 15/2278

Flächendeckendes Verkehrsmonitoring in BW

Stand des Ausbaus eines landesweiten Verkehrsmonitorings, Auskunft über die bisherigen Erfahrungen; Aussagen über die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Funktionen des Verkehrsmonitorings; Einschätzung der Verkehrs- und Lärmbelastung von Straßenabschnitten, Möglichkeiten der Verkehrslenkung; Vergleich der automatischen Erhebung gegenüber einer manuellen in Bezug auf Zähldauer, Genauigkeit und Kosten

Antr
s. *Verkehrsstatistik*
Drs 15/2371

Feinstaubwertentwicklung auf der B 10 und B 313

Entwicklung der Feinstaubwerte nach der Realisierung des Verkehrslenkungskonzeptes und der Einführung von Tempo 80 auf der B 313/B 10 und politische Konsequenzen

MdlAnfr
s. *Feinstaub*
Drs 15/3456

Bundesstraße (B) 31 West Projektgruppe

Ergebnis der Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ und deren Aussage zur Frage der Verkehrslenkung; Verlangen und Anspruch der betroffenen Gemeinden nach einer Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens; Festhalten des Bundesverkehrsministeriums an der Gesamtmaßnahme (1. und 2. Bauabschnitt); Forderung nach Wiederaufnahme und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3665

Lösungsansätze zur Vermeidung eines Verkehrschaos bei der geplanten Vollsperrung iRd Baumaßnahme B 19 in Untermünkheim, LKreisschwäbisch Hall

Beschleunigte Durchführung der Baumaßnahmen der Bundesstraße 19 in Untermünkheim; Pläne zur Verkehrslenkung wäh-

rend der mit der Baumaßnahme verbundenen Vollsperrung

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/4426

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 22 - Zusätzliche Ausrüstung von Streckenbeeinflussungsanlagen an den Bundesautobahnen A 8 und A 81 durch das Land BW (Kap 1304)

Mittlg RH
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 15/5422

Runder Tisch Feldberg

Beurteilung der Ergebnisse des Runden Tisches und des Gutachtens zur nachhaltigen Entwicklung des Sporttourismusziels Feldberg; Errichtung eines Parkhauses mit 1200 Parkplätzen auf dem Feldberg; finanzielle Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, eines Park-and-Ride-Systems, von Parkplätzen und Gehwegen sowie eines Verkehrsleitsystems

KlAnfr
s. *Feldberg*
Drs 15/5508

Zusatzanzeigen an den Streckenbeeinflussungsanlagen an der A 8 und A 81

Hintergründe zur Installation der zusätzlichen Textanzeigen an den Streckenbeeinflussungsanlagen an der A 8 und A 81, insbes Veranlasser, Notwendigkeit und Kosten

Antr
s. *Verkehrszeichen*
Drs 15/6146

Verkehrssituation und Maßnahmen der LReg durch Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

Planungen zur effektiven Verkehrsführung und Maßnahmen zur Beschleunigung der Bauarbeiten in Bezug auf die Vollsperrung der Bundesstraße 19 in Untermünkheim

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 19*
Drs 15/6566

Nutzung der Standspur bei Autobahnstaus, Verlegung der Verkehrsleitzentrale von Ludwigsburg nach Stuttgart

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 358

Effizienz moderner Verkehrsleit- und Telematiksysteme, Ablehnung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 663 664 667

Verkehrsmenge

s. *Verkehrsaufkommen*

Verkehrsminister

s. *Minister für Verkehr und Infrastruktur*

Verkehrsmittel

Maßnahmen und Perspektiven des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG)

Sachstand zu Verkehrsprojekten iRd Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes bereitgestellte und verfügbare Mit-

tel für Maßnahmen in den Bereichen Straßenverkehr und Umweltverbund

Antr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/6491

Verkehrsmonitoring

s. *Verkehrsstatistik*

Verkehrsnetz

s. *Verkehrsweg*

Verkehrsordnungswidrigkeit

s. *Verkehrsverstoß*

Verkehrsplanung

s.a. *Straßenbau*
s.a. *Streckenbau*
s.a. *Stuttgart 21*
s.a. *Verkehrsberuhigung*
s.a. *Verkehrsinvestition*
s.a. *Verkehrslenkung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten - Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Weißbuch der Kommission: Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum - Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/8

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30; Frage nach Maßnahmen zum Lärmschutz, zur Vermeidung von Schleichverkehr insbes von Lkw durch die Gemeinden Staig und Illerkirchberg sowie nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.05.2011 und Antw MVI Drs 15/15

Struktur der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Personelle Ausstattung, Aufgaben und Dotierung der Stellen der o.g. Organisationseinheit; externe Betätigung von Mitarbeitern in einem privaten Verkehrsplanungsbüro oder als Gesellschafter in Unternehmen? Frage nach einer Genehmigung als Nebentätigkeit und möglichen Interessenkonflikten in Fällen der Vergabe von Aufträgen an private Planungsbüros

Antr
s. *Zentralstelle*
Drs 15/192

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 7: Umsetzung und Finanzierung des Generalverkehrsplans

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/233
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451
Mittlg LReg 29.06.2012 Drs 15/1999 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2317
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690

Ausbau der A 8 im Bereich Ulm

Stand der Planungen für den A 8-Ausbau zwischen der Landesgrenze und Hohenstadt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Abschnitte, Höhe und Träger der Kosten, Koordination mit dem geplanten Bau der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen, Minimierung der Ausweichverkehre durch anliegende Gemeinden

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.07.2011 und Antw MVI Drs 15/294

Mögliche Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Wahlkreis Nürtingen/Filder

Neu-, Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen von Straßen im LKreiss Esslingen seit 2008 und bis 2014, Förderung nach dem EntflechtungsGes; mögliche Lkw-Fahrverbote auf der L 1185 und B 297, Auflistung von mautpflichtigen Bundesstraßen; Bewertung des Zustands der L 1185 und der B 313, Zeitpunkt der vorgesehenen Sanierung; Beurteilung der Auswirkungen eines eigenen Anschlusses der Gemeinde Neckartenzlingen an die B 312

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 27.07.2011 und Antw MVI Drs 15/364

Verkehrsverbesserungen auf den Fildern

Vermeidung von Verdrängungsverkehr bei einem sechsspürigen Ausbau der B 27 zwischen Aichtal und dem Echterdinger Ei, Eintreten für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf im nächsten Bedarfsplan; Entlastungswirkungen einer Herabstufung der B 312 im Zuge der Ortsdurchfahrt Filderstadt-Bernhausen; Unterstützung eines Tempolimits auf der B 27 bereits vor dem Aichtalviadukt in Richtung Stuttgart; Bedingungen für eine Ampelsteuerung auf den Filder-Zufahrten auf die B 27 sowie für eine Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen auf den Fildern

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 01.08.2011 und Antw MVI Drs 15/377

Generalverkehrsplan des Landes

Bedeutung des Generalverkehrsplans 2010, Zeitpunkt einer Überarbeitung und Vorlage des Maßnahmenplans

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 02.08.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/389

Sanierung von Landesstraßen im LKreiss Schwäbisch Hall und im Main-Tauber-Kreis

Auflistung der geplanten Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Priorität und vorgesehenen Finanzierung, u.a. der Landesstraßen 1001, 1037 und 1042; Aufnahme der L 1001 zwischen Weikersheim und Schrozberg in den vordringlichen Bedarf des Maßnahmenkatalogs des Generalverkehrsplans?

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/410

Ausbau Bundesautobahn 8

Stand der Planungen und Genehmigungsverfahren beim Neubau des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche, voraussichtliche Fertigstellung dieses Teilstücks, veranschlagte Kosten sowie Art und Weise der Finanzierung

KlAnfr Martin Rivoir u.a. SPD 08.09.2011 und Antw MVI Drs 15/484

Bau von Verkehrsinfrastruktur

Auflistung von nachrangigen Umgehungsstraßen und Prestigeprojekten sowie von überteuerten Projekten seit 1998; Neudefinition der zu hohen Standards und Umplanung von Infrastrukturprojekten von Straße, Schiene und Wasserstraße

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 20.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/521

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.11.2011 Drs 15/1301 S. 19 20

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Ortsumgehung Altwiesloch / Generalverkehrsplan

Belastung des o.g. Stadtteils durch Verkehr, Lärm und Feinstaub; Darstellung der ergriffenen und möglichen Entlastungsmaßnahmen; Verbleib der Ortsumgehung mit höchster Priorität im Generalverkehrsplan

KlAnfr

s. *Wiesloch*

Drs 15/577

Streichung wichtiger Verkehrsprojekte in BW aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes

Gründe und Auswirkungen der Streichung wichtiger Schienenprojekte, u.a. des Ausbaus der Schnellbahntrasse Mannheim-Frankfurt und des ICE-Knotenpunkts Mannheim; Gefährdung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie der Bedeutung des Rangierbahnhofs in Mannheim für den Güterverkehr

Antr

s. *Bahnstrecke*

Drs 15/604

Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Süden des Landes - Konsequenzen aus dem Entwurf des Investitionsrahmenplans des Bundes für 2011 bis 2015

Auflistung der Schienen- und Fernstraßenprojekte, insbes in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Hochrhein-Bodensee; Beteiligung an der Erarbeitung des IRP, Zeitpunkt der Inkraftsetzung, Höhe der vorgesehenen Investitionsmittel

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 25.10.2011 und Antw MVI Drs 15/772

Zukünftige Straßenverkehrsfinanzierung

Auflistung der dringlichen Fernstraßenprojekte des Bundes und der dazu notwendigen Mittel, Beurteilung einer entfernungsunabhängigen Vignette und entfernungsabhängigen Pkw-Maut; Einbringung einer Initiative im Bundesrat zur Verbesserung der Finanzierung der Straßenverkehrsinfrastruktur durch ein System der Nutzerfinanzierung, Angebot des Landes als Modellregion

Antr CDU 27.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/799
PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1795-1803

Regierungsbefragung

Rechtsauffassung der LReg zur Mischfinanzierung bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

s. *Verkehrsinvestition*

PIPr 15/17 S. 742

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Rems-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Be-

schränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr

s. *Schurwald*

Drs 15/871

Verkehrsprojekte im Markgräflerland und am Kaiserstuhl

Kriterien für die Aufnahme von Projekten in den Generalverkehrsplan; Realisierung der Ortsumfahrung Staufen im Zuge der L 123, der Umfahrung Neuenburg-Zienken im Zuge der L 134 sowie der Umfahrung Eichstetten-Bötzingen im Zuge der L 114?

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 07.12.2011 und Antw MVI Drs 15/963

Straßenbauprojekte im Landtagswahlkreis Wiesloch - Verkehrsinfrastruktur BW

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte im o.g. Wahlkreis und landesweit, insbes auch auf die anstehende und notwendige zweispurige Ertüchtigung der L 723 sowie auf den geplanten Knotenpunktbau B 3/L 723; Auswirkungen auf den Generalverkehrsplan, die Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1159

Landesstraßenbau

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte und Beschränkung auf Sanierungsmaßnahmen für die betroffenen Bürger und Kommunen, Straßenbauunternehmen, Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft; Auflistung der bisher geplanten Aus- und Neubaumaßnahmen; Frage nach der Daseinsberechtigung eines Verkehrsministeriums mit Straßenbauabteilung und Unterbau

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1164

Nord-Ost-Umfahrung im Raum Stuttgart

Planungsstand des o.g. Vorhabens im Zuge der L 1197 und Verkehrsentwicklung an der bestehenden Neckarquerung in Remseck unter Berücksichtigung der verschärften Luftreinhaltemaßnahmen und des Lkw-Durchfahrtsverbots in Stuttgart sowie der Autobahnmaut; Verzicht auf eine Weiterverfolgung des Vorhabens, Frage nach einer zwischen den Ressorts abgestimmten Position sowie nach anderen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 30.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1179

Albaufstieg der B 312 bei Lichtenstein

Bewertung der unterschiedlichen Aussagen des Verkehrsministers über einen generellen Verzicht auf Straßenneubau und des Votums eines Abgeordneten der Grünen für den o.g. Albaufstieg; Eintreten für die Aufnahme des Vorhabens in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr

s. *Bundesstraße 312*

Drs 15/1235

Ausbau der A 8 zwischen der Landesgrenze und der Anschlussstelle Ulm-West

Stand der Planungen und Genehmigungsverfahren für den 6-spurigen Ausbau der A 8 im o.g. Streckenabschnitt, Zeitrahmen für die Realisierung der einzelnen Ausbauabschnitte und insbes. der neuen Anschlussstelle, Höhe und Träger der Kosten

KlAnfr Martin Rivoir SPD 15.02.2012 und Antw MVI Drs 15/1280

Sinnhaftigkeit von Verkehrsprojekten in BW

Erläuterung der Aussage des Verkehrsministers zur Realisierung von Straßenneubauten „nur noch in begründeten Fällen“, Frage nach unbegründeten Straßenneubauten unter der Vorgängerregierung

Antr Matthias Pröfrock u.a. CDU 23.02.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1316

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2007 S. 59

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der Planung, Kostenrahmen und (Vor-)Finanzierung von Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW; Entwicklung der Verkehrsbelastung durch Personen- und Güterverkehr seit 2006, Anteil des Transitverkehrs, Prognosen bis 2030; Art und Erfolg von Maßnahmen zur intelligenten Verkehrssteuerung; Entwicklung der Personalausstattung der Straßenbauverwaltung sowie der Kosten für die Straßenplanung und Bauaufsicht, Bewertung der zunehmenden Privatisierung von Leistungen; Chancen für eine bedarfsorientierte Finanzierung der Straßeninfrastruktur in BW durch den Bund

GrAnfr SPD 28.03.2012 und Antw LReg Drs 15/1504 (13 S.)

PIPr 15/48 24.10.2012 S. 2718-2730

Bundesfernstraßen in der Planfeststellung

Stand der Planfeststellung für Maßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen; Darlegung von gestoppten Planfeststellungsverfahren, der jeweiligen Begründung und bisher verursachten Kosten sowie des weiteren Vorgehens

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1528

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 80-84

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Zeitnahe Umsetzung der Verkehrskonzeption im Bereich der Gemeinden Neuenstadt / Oedheim / Bad Friedrichshall

Stand der Planungen zur Weiterführung der Ortsumfahrung Neuenstadt im Zusammenhang mit dem Umbau der L 1088 sowie zur Ableitung des Verkehrs auf der Gemarkung Oedheim über die K 2001 in Richtung L 1095 Neckarsulm, Höhe und Träger der Kosten, Zeitpunkt der Finanzierung und Realisierung der Maßnahmen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 30.03.2012 und Antw MVI Drs 15/1536

Bau von Umgehungsstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Bau von Umgehungsstraßen im Bereich der Bundesstraßen; Eintreten für eine zügige Planfeststellung des zweiten Bauabschnitts der Pforzheimer Westtangente; Kriterien für die Bearbeitung noch nicht begonnener planfestgestellter Maßnahmen des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau

KlAnfr

s. Ortsumgehung

Drs 15/1558

Weiterbau von Bundesstraßen im LKreis Göppingen

Geplante Aus- und Neubaumaßnahmen; Berücksichtigung der Ergebnisse der Anhörung zu den „Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte“ sowie der Beratung im Verkehrsausschuss des Landtags; Eintreten für den gemeinsamen Weiterbau der beiden verbleibenden und bereits planfestgestellten Bauabschnitte der Weiterführung der B 10 ab Süßen-Ost einschließlich des geplanten Anschlusses an die B 466

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/1735

Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte

Berücksichtigung des Auslaufens von Planfeststellungsbeschlüssen, von Lärmaktionsplänen, Ausgleichsmaßnahmen u.a. bei den o.g. Kriterien für die geplante Priorisierung von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten; Frage nach vorliegenden Ergebnissen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der Projekte

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 12.06.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1798

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2059

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2060

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Enzkreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*
Drs 15/2061

Landesstraßenbau im LKreis Biberach

Berücksichtigung von Aus- und Neubaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2062

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Karlsruhe

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2064

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Stadtkreis Baden-Baden bzw im südlichen LKreis Rastatt

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2041

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Lörrach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2043

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis Sinsheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*

Drs 15/2044

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Emmendingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2046

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Heidenheim

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2090

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Biberach

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2091

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ravensburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2092

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Ludwigsburg

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung

von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2102

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in den LKreisen Reutlingen und Tübingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2110

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2125

Belastung auf der B 27 zwischen Aichtal und Leinfelden-Echterdingen

Verkehrsbelastung des o.g. Abschnitts, Position unter allen Bundesstraßen in Deutschland; Eintreten für die Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den vordringlichen Bedarf des nächsten Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 15/2141

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Sigmaringen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2148

Straßenbau im Wahlkreis Tuttlingen-Donaueschingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

gesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für kommunale Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2204

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Rottweil

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2221

Mittelbedarf Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der tatsächlich vorgesehenen Mittel für Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen nach dem Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan; Bereitstellung der zusätzlichen Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation, insbes im ländlichen Raum? Frage nach einem Zusammenhang zwischen den Mittelansätzen und den Äußerungen des Finanzministers zum ländlichen Raum

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/2251

Anhörungsentwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan

Ausschließlicher Einfluss der Bewertung der Universität Stuttgart in den o.g. Entwurf? Art, Zeitpunkt und Zeitrahmen der Beteiligung der betroffenen Kommunen; zeitnahe Vorlage der Anhörungsergebnisse und der Einzelbewertung der einzelnen Maßnahmen entlang der Kriterien und der Methodik

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 20.08.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2252
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 77 78
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2364

Landesstraßenbau im LKreis Biberach

Begründung und Auswirkungen der gewählten Kriterien bei der Bewertung der Maßnahmen für den neuen Generalverkehrsplan,

u.a. für den Ausbau der L 307 zwischen Eberhardzell und Fischbach sowie für dringliche Neubaumaßnahmen der Ortsumfahrungen im Zuge der Landesstraßen 275, 277, 280 und 284

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2414

Ortsumfahrung Unlingen im Zuge der B 311

Verkehrssituation und Verkehrsbelastung der Gemeinde Unlingen; Einschätzung des Entlastungseffekts durch eine Ortsumfahrung; veranschlagte Kosten; Rang der Maßnahme in der Priorisierungsliste der planfestgestellten und baureifen Bundesfernstraßenprojekte, Kosten-Nutzen-Faktor

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/2416

Mittel des Bundes für Bundesfernstraßen in BW bedarfsgerecht bereitstellen

Mittelbereitstellung des Bundes für den Erhalt, Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen seit 2005: angewandte Kriterien für die Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßen; Aufforderung der BReg zur Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung der im Bedarfsplan nach dem Priorisierungskonzept der LReg enthaltenen Maßnahmen

Antr
s. *Fernstraße*
Drs 15/2417

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012 und 2013; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2439

Sachstandsbericht zur Realisierung des laufenden Bundesverkehrswegeplans

Stand der Abarbeitung der Bundesfernstraßenprojekte im „Vordringlichen Bedarf“, Zeitperspektive und Mittelbedarf für die Realisierung aller Maßnahmen in dieser sowie in der Kategorie „weiterer Bedarf mit Stern“

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 10.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2452
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 82 83
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Regierungsbefragung

Künftige Finanzierung von GVFG-Projekten in BW

s. *Verkehrsinvestition*
PIPr 15/50 S. 2890

Zusammenarbeit zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und bayerischen Staatsregierung beim Ausbau der A 3 bei Wertheim

Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern über die Übernahme von Bauarbeiten auf einem in BW liegenden Teilstück der A 3; Ausbau der Autobahn A 3 bei Wertheim als prioritäre Maßnahme im aktuellen Investitionsrahmenplan (IRP); Verkehrsaufkommen auf dem betreffenden Streckenabschnitt, Verkehrsbelastung für die Bevölkerung bei einem Unterbleiben des Ausbaus; zu erwartende Kostensteigerungen; Neueinstufung der geplanten Ausbaumaßnahme

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 15.11.2012 und
Antw MVI Drs 15/2678

Projektpriorisierung im Maßnahmenplan zum neuen Generalverkehrsplan im Enzkreis

Grundsätzliche Bereitschaft zu Gewichtsänderungen im Maßnahmenplan Landesstraßen; Initiative zum Verzicht auf die Ortsumfahrung Niefern-Öschelbronn zugunsten einer höheren Priorisierung einer Ortsumfahrung für Wiernsheim-Pinache; Prüfung einer Anpassung des Maßnahmenplans

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.11.2012 und
Antw MVI Drs 15/2735

Hochrheinautobahn A 98 - Abfahrt Hauenstein

Umsetzung der sogenannten Tunnellösung; Prüfung der Varianten der Abfahrt Hauenstein und deren Realisierungschancen; Haltung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Auswirkungen einer Neugestaltung der Abfahrt Hauenstein auf die Einstufung weiterer Teilabschnitte der A 98 im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2756

Konzept für den Luftverkehr in BW

Entwicklung des Luftverkehrs in den letzten fünf Jahren unter Einbeziehung des Generalverkehrsplans; Prognosen für den Linienflugverkehr sowie den Fracht- und Charterverkehr der einzelnen Flughäfen und Landeplätze; Verkehrsverlagerung zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern; Konzepte zur Reduzierung der mit dem Verkehrsaufkommen verbundenen Lärm- und Umweltbelastungen

Antr
s. *Luftverkehr*
Drs 15/2772

Rad-Schulwegpläne

Funktion von Rad-Schulwegplänen; Maßnahmen und Hilfsmittel zu ihrer Erstellung; Regelung über ein einzuführendes Schulwegsicherungsgesetz

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/2828

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Neckar-Odenwald

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und

nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/2873

B 31 Falkensteigtunnel

Einsatz der LReg für das Projekt Falkensteigtunnel auf der Bundesstraße 31 bei Buchenbach zur Entlastung durch den Transitverkehr mit Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan, insbes kommunale Planungsvorfinanzierung, Kosten-Nutzen-Verhältnis, Priorität gegenüber dem Freiburger Stadttunnel, Aussagen des Ministerpräsidenten, Verkehrssituation und Planungsalternativen

Antr
s. *Tunnel*
Drs 15/2889

Ausbau der Autobahn 81 im LKreis Ludwigsburg

Geplanter vierspuriger Ausbau der Autobahn 81 zwischen dem Engelbergtunnel und Heilbronn, insbes Verbesserung des Lärm-schutzes und Errichtung zusätzlicher Ausfahrten

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/2981

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im LKreis Esslingen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen seit 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/3177

Zustandserfassung der Landesstraßen in BW

Ergebnisse der aktuellen Zustandserfassung der Landesstraßen in BW und deren Einfluß auf den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3187

Mittel im LKreis Waldshut aus dem Bundesverkehrswegeplan

Einschätzung der im aktuellen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Maßnahmen; Anmeldung weiterer Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr Felix Schreiner CDU 08.03.2013 und Antw MVI Drs 15/3203

Straßenbauförderung und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Main-Tauber-Kreis

Sanierung und Ausbau von Landesstraßen; Aufnahme der Aus- und Neubaumaßnahmen in den Maßnahmenplan zum Generalverkehrsplan; Bewilligung kommunaler Straßenbaumaßnahmen gemäß dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG); Aufnahme von ÖPNV-Maßnahmen in das Förderprogramm 2011 bis 2015; weitere, dem RegPräs Stuttgart vorliegende ÖPNV-Förderanträge

KlAnfr
s. *Straßenbau*

Drs 15/3305

Neckarquerung in Remseck

Planungen und Maßnahmen der LReg bei der Neckarquerung in Remseck, insbes Kooperation mit den betroffenen Kommunen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 16.04.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3368
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 03.07.2013 Drs 15/4191 S. 25-27
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Aufstufung L 1115 zur Bundesstraße

Planungsstand der Aufstufung der L 1115 von einer Landes- zur Bundesstraße, insbes Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur im Raum Backnang für die Kommunen Aspach und Backnang; Verkehrsbelastung auf den einzelnen Abschnitten zwischen der Anschlussstelle Mundelsheim und Backnang

KlAnfr
s. *Landesstraße 1115*
Drs 15/3403

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im LKreis Biberach

Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/3468

Maßnahmen an Bundesstraßen im LKreis Biberach

Einstufung der Maßnahmen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan; Gründe für die fehlende Aufnahme einzelner Straßenbaumaßnahmen in das Landeskonzept, insbes der Ortsumfahrungen Erlenmoos-Edenbachen, Ochsenhausen und Ringschnait; Erläuterung des Zusatzes „ortsnahe Lösung“ im Landeskonzept bei der Ortsumgehung Riedlingen; Voraussetzungen für deren Einstufung als Maßnahme des Vordringlichen Bedarfs; Personal-mangel als Hinderungsgrund für die Verwirklichung von Straßenbauprojekten

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3471

Parlamentarische Beteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Anmeldetermin zum Bundesverkehrswegeplan Straße und Schiene gegenüber dem Bund; Beteiligung des Landtags und Beteiligungsverfahren anderer Länderparlamente bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 15.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3509
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 S. 31 32
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans Straße

Konzeption und Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung; Partizipation der betroffenen Bürger mittels einer Vergabe von Bewertungspunkten für einzelne Maßnahmen bei den Regionalkonfe-

renzen; Einfluss der auf diese Weise ermittelten Ergebnisse auf die Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan Straße; Beteiligungsförm bei der Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan Schiene

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 15.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3510

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 S. 33 34

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumentengestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 15/3516

Konzeption Bundesverkehrswegeplan Straße

Konzeption der LReg zur Anmeldung des Bundesverkehrswegeplans, insbes Verfahrensbeteiligung, Art der Meldung als priorisierte Liste und Meldekonzepete anderer Bundesländer

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 21.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3522

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 S. 36-39

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/3641

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/3655

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßen-

schäden

KlAnfr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/3667

Impulsprogramm - Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach

Stand der 2008 als Sonderprogramm aufgelegten Vorhaben und ihre Finanzierung; Planungsstand und Kostenentwicklung der noch nicht begonnenen Ortsumfahrungen Bermatingen und Salem-Neufrach; Priorisierung o.g. Straßenbaumaßnahmen im Generalverkehrsplan

Antr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/3847

Diskussion um eine „Ersatzbrücke“ im Bereich Karlsruhe-Wörth

Haltung des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz gegenüber einer Ersatzbrücke; Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen; Durchführung des Baus einer Ersatzbrücke; erforderliche Baumaßnahmen auf rheinland-pfälzischer Seite; Kosten der Ersatzbrücke sowie für die Anschlussbauwerke und die mit der Ersatzbrücke verbundenen Straßenbaumaßnahmen; Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Antr

s. *Brücke*

Drs 15/3988

Ausbau der Bundesstraße (B) 27 zwischen dem Echterdinger Ei und Aichtal

Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf dem genannten Teilstück seit 2011; Priorisierung dessen Ausbaus im Bundesverkehrswegeplan; weitere Straßenbaumaßnahmen im LKreiss Esslingen und deren Einstufung im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr

s. *Bundesstraße*

Drs 15/3992

Ortsumfahrung Neckarhausen Bundesstraße (B) 297

Vorschlag der Ortsumgehung Nürtingen-Neckarhausen für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/3993

Bundesverkehrswegeplan - Maßnahmen an Bundesstraßen im Regierungsbezirk Tübingen

Ausgabenverteilung für Bundesstraßen im Zeitraum 2003 bis 2013 auf die vier Regierungsbezirke; Investitionskostenverteilung auf die vier Regierungsbezirke für die im Anmeldeentwurf des Landes zum Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Straßenbaumaßnahmen, insbes Verteilung bei Aufnahme aller Vorschläge für den Regierungsbezirk Tübingen; Kriterien und Verfahren der Priorisierung der in den Maßnahmenpool für den Bundesstraßenplan aufgenommenen Projekte

KlAnfr Peter Schneider u.a. CDU 06.09.2013 und Antw MVI Drs 15/4009

Bundesstraße (B) 31 West - Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“

Stand der Auswertung des Abschlussberichts der Projektgruppe „südöstlicher Kaiserstuhl“; bislang angefallene Kosten für die

Arbeit der Projektgruppe und für Gutachten; Kostenträgerschaft außerhalb des Bundesverkehrswegeplans für die B 31 West und den Brückenbau bei Gottenheim

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/4102

Aufnahme einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Überlegungen der LReg zum Bau einer Ersatzbrücke über den Rhein bei Karlsruhe und die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015, insbes Planungsbeginn, Abstimmung mit Rheinland-Pfalz, Kostenschätzungen, Konsequenzen für den geplanten Bau einer zweiten Rheinbrücke

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/4101

Bundesverkehrswegeplan - Anmeldung aus BW

PIPr 15/77 09.10.2013 S. 4670-4672

Nationalpark - Kosten und Sicherheit

Finanzierung des Nationalparks aus dem Naturschutzhaushalt bzw dem allgemeinen Haushalt; Auskunft über die für 2016 vorgesehenen 89 Personalstellen, Angaben zu Neueinstellungen, Aufgaben und Qualifikation; Kostenschätzung für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrs- und Tourismuskonzepts; Berücksichtigung der NATO-Pipeline bei der Festlegung der Nationalparkkulisse, Maßnahmen bei einem Unfall entlang der Pipeline; Stilllegung der Pipeline innerhalb des Entwicklungszeitraums von 30 Jahren

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4233

Zukunft der Hoahrheinautobahn A 98

Notwendigkeit und Planungsstand des Ausbaus der Hoahrheinautobahn A 98 sowie des Herrschaftsbuck-Tunnels

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/4296

Stand des Ausbaus der Rheintalbahn

Projektstand; Vorbereitung der Entscheidung über die Trassenführung; Planung eines Tunnels in Offenburg; lärmindernde Maßnahmen zwischen Offenburg und Riegel bei einer Realisierung der autobahnparallelen Trasse; Ausführung einer Güterzugtrasse; Einstufung des Ausbaus der Rheintalbahn im Bundesverkehrswegeplan; Finanzierung freiwilliger Lärmschutzmaßnahmen; Beteiligung der Bürger sowie der betroffenen Kommunen; Zeitplan für die einzelnen Planfeststellungsabschnitte

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/4333

Vorgehensweise der LReg beim Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth und bei der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord

Detaillangaben zu Überlegungen der LReg und zu den Abstimmungsgesprächen mit Rheinland-Pfalz zum Bau einer zweiten Rheinbrücke Karlsruhe/Wörth; Gründe für die Nichtanmeldung der Fortsetzung des Autobahnanschlusses Karlsruhe-Nord für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015

Antr

s. *Brücke*
Drs 15/4398

Aufnahme des Abschnitts Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Baurecht für den Abschnitt Elfmorgenbruchstraße - Haid-und-Neu-Straße als Fortsetzungstrasse des Autobahnanschlusses Karlsruhe Nord; Finanzierung des Abschnitts als Maßnahme des Bundesverkehrswegeplans (BVWP); Folgen einer Nichtaufnahme in den BVWP 2015 für die Bevölkerung in Karlsruhe-Hagsfeld; alternative Möglichkeiten der Verkehrsentlastung; Finanzierung als Maßnahme des kommunalen Straßenbaus

Antr
s. *Straßenbaufinanzierung*
Drs 15/4458

B 31 West - Priorisierung von Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan

Ergebnis bei den Kriterien zur Priorisierung der Bundesstraße 31 West und Änderung der Kostenkalkulation in der Priorisierungsliste für den Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/4565

B 31 Falkensteigtunnel - Priorisierung von Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan

Kostenberechnung des Falkensteigtunnels und Einstufung in der Priorisierungsliste der LReg für die Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 15/4566

Kommunikation mit den LKreisen, Städten und Gemeinden im Zuge der Erstellung des Maßnahmenplans für den Generalverkehrsplan 2010

Einbindung der Kommunen und der örtlichen politischen Verantwortungsträger in die Erstellung des Maßnahmenplans für den Generalverkehrsplan 2010 und Umgang mit den vorgeschlagenen priorisierten Maßnahmen der LKreise, Städten und Gemeinden

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 24.02.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/4838

Weiteres Vorgehen zur Ersatzbrücke bei Karlsruhe

Konsequenzen aus der Absage des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zur Aufnahme der Ersatzbrücke in den Bundesverkehrswegeplan 2015; Auskunft über bereits erteilte Planungsaufträge; Zusammenarbeit mit dem BMVI und mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz; Vorgehensweise beim Thema „zweite Rheinbrücke“

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5015

Ortsumfahrungen im LKreis Waldshut

Planungsstand der Ortsumfahrungen und ihre Berücksichtigung in der Prioritätenliste des Landes; der Nutzen von Umgehungsstraßen für die Ortsentwicklung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/5061

Stand der Planungen zur Hoahrheinautobahn A 98
Zeitplan für die Realisierung der verschiedenen Abschnitte; Berücksichtigung regionaler Erkenntnisse und Positionen bei der Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5062

Ausbau der Südbahn

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn; Stand des Planfeststellungsverfahrens, voraussichtliche Fertigstellung der Bauabschnitte zwischen Ulm und Lindau; Abschluss der Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund und der Deutschen Bahn; Realisierung des Projekts iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015

Antr
s. *Südbahn*
Drs 15/5142

Ausbau der Autobahn (A) 61 Landesgrenze Rheinland Pfalz (RP)/Baden-Württemberg (BW) - Autobahndreieck Hockenheim
Stand, Kosten und verkehrliche Notwendigkeit der Maßnahme zum Ausbau der A 61 Landesgrenze RP/BW - Autobahndreieck Hockenheim, insbes Begründung für die Streichung aus der Maßnahmenliste des Landes für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/5205

Stand der Planungen zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei

Planungsstand und Kosten zum Ausbau der B 27 vor dem Echterdinger Ei; Entlastungen der Ortsdurchfahrten entlang der B 27 in Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und Aichtal

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/5717

Mitteluweisung Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Anzahl der für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldeten Projekte; Gesamtvolumen der Projekte im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer; Zahlenverhältnis der für den Bundesverkehrswegeplan 2003 gemeldeten Projekte zu den tatsächlich in den BVWP 2003 aufgenommenen Projekten; Kriterien der Mittelzuweisung des Bundes für den Bundesfernstraßenbau; Abhängigkeit der Mittelzuweisung von der Summe der gemeldeten Projekte sowie der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Projekte

Antr Winfried Mack u.a. CDU 15.10.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5887
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 20.05.2015 Drs 15/7081 S. 45-47
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Aktueller Sachstand zur Korridorstudie „Mittelrhein“

Zwischenergebnisse des Gutachtens zum Streckenneubau zwischen Frankfurt am Main und Mannheim; Realisierung der Neubaustrecke Rhein/Main-Rhein/Neckar sowie des viergleisigen Ausbaus des Streckenabschnitts Karlsruhe-Graben-Neudorf/Heidelberg innerhalb des Gültigkeitszeitraums des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2015; Auswirkungen des Ausbaus des Westkorridors Mittelrhein-Pfalz-Oberrhein auf die Stadt Karlsruhe; Umfang des Eisenbahngüterverkehrs zwischen

Karlsruhe Hauptbahnhof und Wörth; Erforderlichkeit von Lärmschutzmaßnahmen auf Karlsruher Gemarkung

Antr
s. *Streckenbau*
Drs 15/6427

Ausbau des Schienengüterverkehrs auf der Achse Köln-Karlsruhe und dessen Auswirkungen auf das Land BW

Tägliches Güterzugaufkommen auf der Strecke Köln-Karlsruhe; Anmeldung von Vorschlägen für den Ausbau dieses Güterverkehrskorridors für den Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015; Nutzen des viergleisigen Ausbaus der Strecke Graben-Neudorf-Karlsruhe; Aufnahme weiteren Schienengüterverkehrs auf den Trassen Germersheim-Graben-Neudorf und Wörth-Karlsruhe; Nutzung der Pfalzbahn für den Schienenpersonennahverkehr; Vorrang bei der Trassenvergabe

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/6461

Lückenschluss Bundesstraßen (B) 295/(B) 464 bei Renningen

Sachstand zum Lückenschluss zwischen der B 295 und der B 464 im Bereich von Renningen, insbes Planungen für eine endgültige Lösung, Bürgerbeteiligung, Verkehrsaufkommen sowie Lärm- und Schadstoffbelastung im Bereich von Renningen und Leonberg

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 08.04.2015 und Antw MVI Drs 15/6715

Der aktuelle Maßnahmenplan, die Priorisierung von Neubau-maßnahmen und die Ortsumgehung der Stadt Beilstein (Kreis Heilbronn)

Berücksichtigung der Ortsumfahrung der Stadt Beilstein im Maßnahmenplan des Landes, insbes Kriterien für die Gewichtung der Gesamtwertermittlung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/6838

Nachträgliche Anmeldung der Nordtangente in den Bundesverkehrswegeplan 2015

Nachträgliche Aufnahme der Nordtangente Karlsruhe entsprechend des bisherigen Bedarfsplans für Bundesfernstraßen 2004 für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bei der BReg; Realisierbarkeit und finanzielle Förderung der in der Diskussion befindlichen Südumfahrung Karlsruhe-Hagsfeld

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 10.06.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/6972
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 07.10.2015 Drs 15/7755 S. 36 37
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Vorwurf des planerischen Stillstands der neuen LReg, Beurteilung der Berücksichtigung des Landes im Bundesverkehrswegeplan, Annahmung der versprochenen Prioritätenliste

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349-1366

Prinzip Realismus statt Versprechungen beim Straßenbau; Vorrang der Instandhaltung der Landesstraßen und der Umsetzung bereits begonnener bzw fertig geplanter Maßnahmen; Priorisierung von Verkehrsprojekten

PIPr 15/27 15.02.2012 S. 1464 1465 1467 1468 1471 1473-1475 1479 1480 1485

Verkehrspolitik

s.a. *Verkehrsinvestition*

s.a. *Verkehrsplanung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten - Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung - Weißbuch der Kommission: Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum - Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/8

Gibt es einen Fluglärmdeal mit der Schweiz?

Koppelung an andere Projekte (Paketlösung) bei Verhandlungen über den Fluglärmstaatsvertrag mit der Schweiz; Zusagen oder Bedingungen der Schweiz im Hinblick auf eine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Gäubahn; Äußerungen und Absichten des Ministers für Verkehr und Infrastruktur im Zusammenhang mit den bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz

Antr

s. *Schweiz*

Drs 15/2910

Veranstaltungen - „RadKULTUR BW“

Auflistung der vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur im Jahr 2013 durchgeführten Veranstaltungen und deren Kosten; für 2014 geplante Veranstaltungen; Erkenntnisse aus den Veranstaltungen; Subventionierung einer RadCouture-Modeshow im Jahr 2013; Kritik des Bunds der Steuerzahler an den Ausgaben für die Veranstaltungen zur „RadKULTUR BW“

Antr

s. *Radverkehr*

Drs 15/4763

Wie nachhaltig ist grüne Verkehrs- und Bauordnungspolitik im Praxistest aktueller Herausforderungen?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/139 14.10.2015 S. 8297-8308

Regierungsbefragung

Verkehrspolitik

PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8742-8747

Frage nach den verkehrspolitischen Zielen der neuen LReg, EINFORDERUNG EINER BEDARFGERECHTEN MITTELAUSSTATTUNG DES BUNDES FÜR DEN FERNSTRAßENBAU

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42 47 48 60 61 65 66 70 73 74 90

Notwendigkeit einer neuen Verkehrspolitik, Entwicklung des Landes zum Musterland für nachhaltige Mobilität

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 245-247 251-254

Aufarbeitung von Versäumnissen in der Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 358 359

Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, Steigerung der Umstiegsbereitschaft auf öffentliche Verkehrsmittel mit einer neuen Infrastruktur für vernetzte Mobilität

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 426-430

Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, effiziente Vernetzung der Verkehrsträger, Erhaltung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1349-1368

Verkehrspolizei

s.a. *Verkehrskontrolle*

Schlussfolgerungen für die Radverkehrspolitik aus den Erkenntnissen der ersten Radsternfahrt

Erkenntnisse aus der Radsternfahrt im Juli 2013 in Stuttgart; Personal- und Sachkosten für Planung und Durchführung der Radsternfahrt; Personaleinsatz seitens staatlicher Dienststellen wie z.B. der Polizei und der Straßenbauverwaltung; Finanzierung der Veranstaltung, Sponsoren; Initiativen und Veranstaltungen zur Förderung der Radkultur

KIAnfr

s. *Radverkehr*

Drs 15/3870

Polizeireform; Aufgabenverlagerungen bei der Polizei

Aufgabenverlagerung von der Kriminalpolizei, Verkehrspolizei und den übrigen Fachbereichen der Polizeidirektionen auf die Polizeireviere, insbes Konsequenzen bei Arbeitsanfall und Personalbedarf

Antr

s. *Polizeireform*

Drs 15/5159

Derzeitige Situation und Zukunftsaussichten der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg

Situation der Verkehrspolizeidirektion Ludwigsburg am gegenwärtigen Standort Stuttgart-Vaihingen und Planungen einer Verlagerung in den LKreis Ludwigsburg oder Böblingen

KIAnfr Konrad Epple CDU 09.05.2014 und Antw IM Drs 15/5179

Situation der Verkehrsunfalldienste

Situation der Verkehrsunfallaufnahmeinstellen, insbes Aufgabenverteilung zwischen Verkehrspolizeidirektionen und Polizeireviere, Personaleinsatz und -auslastung, Anfahrtszeiten und -strecken zu den Unfallorten, Arbeitszeitregelung, Sondersignaleinsatz

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 15.08.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5632

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.09.2014 Drs 15/6123 S. 16-19

PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Personalentwicklung an Polizeireviere im Stadt- und LKreis Heilbronn

Veränderungen bei der Anzahl der Beamten in den einzelnen Polizeireviere und Polizeiposten seit 2011; Anzahl der geleisteten Überstunden; Überstunden bei der Verkehrspolizei; Altersstruktur der Polizeibeamten; künftige Personalplanung

KIAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 15/5793

Großraum- und Schwertransporte

Situation bei der polizeilichen Begleitung von Großraum- und Schwertransporten in BW, insbes Einsatzstunden und gebundene Polizeibeamte im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums

Heilbronn; Möglichkeit und rechtliche Rahmenbedingungen einer Privatisierung der Großraum- und Schwertransporte

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/5990

Verkehrspsychologische Untersuchung

s. *Medizinisch-Psychologische Untersuchung*

Verkehrsrecht

Ehrenamtliche Fahrdienste nur mit Personenbeförderungsschein?

Sachstand zur Rechtslage bei ehrenamtlichen Fahrdiensten; Erlass einer Verwaltungsvorschrift zur einheitlichen Auslegung des Begriffs der „entgeltlichen“ Personenbeförderung im Sinne des Personenbeförderungsrechts zur Ermöglichung ehrenamtlich geleisteter Fahrdienste außerhalb des Personenbeförderungsrechts

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/6968

Verkehrsschulung

s. *Verkehrserziehung*

Verkehrssicherheit

s.a. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
s.a. *Kraftfahrzeugausrüstung*
s.a. *Kreisverkehr*
s.a. *Luftverkehrssicherheit*
s.a. *Straßenausstattung*
s.a. *Technische Überwachung*
s.a. *Verkehrskontrolle*

Planungen der LReg zu einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und grundsätzlichem Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften

Konkretisierung o.g. Pläne und der erwarteten Wirkungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und Unfallzahlen, Auswirkungen von Tempo 30 sowie einer City-Maut in den Städten und Gemeinden; Positionen von Mittelstand, Handwerk und Gewerbetreibenden

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/302

Substanzverbesserung und Verkehrssicherheit an Landesstraßen
Künftige Finanzierung der o.g. Maßnahmen

Antr
s. *Landesstraße*
Drs 15/307

Umbau Kreuzung Kälberstelle (B 464/L 1208)

Datenbasis und Maßnahmen zur Entschärfung des o.g. Unfallschwerpunkts, insbes durch Umbau zu einem Kreisverkehr; Umgang des Verkehrsministers mit dem Schreiben einer Abgeordneten der SPD, Zeitpunkt einer Beantwortung

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 15.02.2012 und Antw MVI
Drs 15/1284

Kunst in Kreisverkehren

Auflistung o.g. Kunstobjekte, deren Kosten und Fördermöglichkeiten; Ausgestaltung der geplanten Überprüfungen im Hinblick auf eine Gefährdung der Verkehrssicherheit; Umfang des zu erwartenden Abbaus von Kunstwerken, Höhe und Träger der Umbaukosten

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/1290

Sanierung der Landesstraße L 1042 Ilshofen

Planungsstand, Kosten und Baubeginn der o.g. Maßnahme zwischen Ilshofen und Hörlebach; Beurteilung des Zustands der Straße und der Verkehrssicherheit, insbes im Hinblick auf die Häufung von Verkehrsunfällen

KlAnfr
s. *Landesstraße 1042*
Drs 15/1463

Sanierung der Neckarbrücke und Kreisverkehr in Besigheim/Neckar

Dringlichkeit der Brückensanierung im Zuge der L 1115 sowie des Baus eines Kreisverkehrsplatzes im Kreuzungsbereich der L 1113 zur Verbesserung der Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern; Frage nach einer finanziellen Beteiligung des Landes

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1543

Verkehrssicherheit auf der Bundesstraße 293 zwischen Heilbronn und Bretten

Art, Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Verkehrsüberwachung auf dem o.g. Streckenabschnitt; Entwicklung der Zahl und Folgen von Verkehrsunfällen in den vergangenen zwei Jahren

KlAnfr
s. *Bundesstraße 293*
Drs 15/2024

Tachografenpflicht und jährliche Hauptuntersuchung

Gründe und Auswirkungen der Forderung des Europäischen Parlaments zum Einbau eines digitalen Fahrtenschreibers schon bei Fahrzeugen ab 2,8 Tonnen und einem Radius von 100 km, Hinwirkung auf Ausnahmeregelungen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Bereich; Bewertung der von TÜV und DEKRA gebotenen Sicherheitsstandards im Vergleich zu den Überprüfungen in anderen EU-Ländern, Eintreten für eine europäische Harmonisierung der Standards für die Hauptuntersuchung

Antr
s. *Technische Überwachung*
Drs 15/2198

Verkehrssicherheit und Maßnahmen an der Kreuzung L 1040/K 2500 Kirchberg/Jagst-Herbolzhausen

Beurteilung der Verkehrssituation an der o.g. Kreuzung und der Unfallentwicklung in den letzten fünf Jahren sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen; Höhe der Kosten und Realisierungschancen von Bau und Unterhalt einer vorschriftsgemäßen Bushaltestelle, eines Kreisverkehrs sowie einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 28.08.2012 und Antw MVI
Drs 15/2269

Steinschlag an Bundes- und Landesstraßen in Pforzheim und dem Enzkreis

Anzahl der Steinschlagereignisse an o.g. Bundes- und Landesstraßen seit Januar 2012, insbes an dem durch den Enzkreis verlaufenden Abschnitt der B 463 zwischen Pforzheim-Dillweilstein und Unterreichenbach im LKreiss Calw; Forderung nach Sicherungsmaßnahmen an den Felshängen

KlAnfr

s. *Landesstraße*

Drs 15/2354

Zuverlässigkeit und Sicherheit des Bahnverkehrs im Stuttgarter Hauptbahnhof

Darlegung o.g. Beurteilung nach dem erneuten Entgleisen eines Intercity kurz nach dem Verlassen des Bahnhofs, Ursachen und Auswirkungen des Unfalls im Fern- und Nahverkehr, Maßnahmen der Bahn AG und Möglichkeiten zur Erweiterung des Rettungs- bzw Evakuierungskonzepts; Entwicklung der Stationspreise für den Stuttgarter Hauptbahnhof für den gesamten Schienenpersonennahverkehr in den letzten zehn Jahren

Antr

s. *Schienenverkehr*

Drs 15/2427

Entfernung von Kunstobjekten auf Innenflächen von Kreisverkehrsplätzen

Kosten und Folgekosten der Sicherheitsüberprüfung von Kreisverkehrsplätzen und der darauf angeordneten Entfernung von Kunstobjekten im Enzkreis und landesweit; Relevanz der entsprechenden EU-Richtlinie für die betroffenen Kreise und Kommunen; Frage nach einer nochmaligen kritischen Überprüfung der Anwendbarkeit dieser Regelung bzw einer Rückkehr der Hirschskulptur auf ihren Platz im Kreisverkehr am Würzbacher Kreuz in Oberreichenbach

KlAnfr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/2597

Umsetzung der EU Richtlinie 2008/96/EG und damit verbundene Auswirkungen auf die Gestaltung von Verkehrskreisel hinsichtlich ihrer Sicherheit

Auswirkungen auf bereits bestehende oder in der Planung befindliche Verkehrskreisel auf Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; durch die Prüfung der Verkehrssicherheit für das Land, die Kreise und Gemeinden entstehende Kosten; Überprüfungsmethoden und Umsetzungsfristen, Förderung der Rückbaumaßnahmen; Nennung der betroffenen Verkehrskreisel insbes im Wahlkreis Baden-Baden

Antr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/2727

Rad-Schulwegpläne

Funktion von Rad-Schulwegplänen; Maßnahmen und Hilfsmittel zu ihrer Erstellung; Regelung über ein einzuführendes Schulwegsicherungsgesetz

KlAnfr

s. *Radweg*

Drs 15/2828

Zugentgleisungen am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof

Ursachen der Zugentgleisung am Gleis 10 im Stuttgarter Hauptbahnhof

MdlAnfr

s. Schienenverkehrsunfall

Drs 15/2843

Verkehrssicherheit in Kreisverkehren

Statistik zu Unfällen im Straßenverkehr; Unfallträchtigkeit bestimmter Straßenabschnitte und ihre Ursachen; Zahl der tödlichen Unfälle in Kreisverkehren seit 2006; Auskunft über die dort aufgestellten Kunstwerke als Unfallursache; Forderung nach einer Zurücknahme des Erlasses des Verkehrsministeriums; Moratorium für den Abbau von Kunstwerken in Kreisverkehren; höhere Befugnisse für die betroffenen Gebietskörperschaften

Antr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/2986

Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz-Fördermittel 2013/2014

Höhe und Einsatz von Fördermitteln zur Unterhaltung und Erneuerung von Eisenbahninfrastrukturen nach dem Landeseisenbahnfinanzierungsgesetz (LEFG); Vereinbarkeit von Mittelkürzungen mit den gewünschten Verbesserungen bei der Schieneninfrastruktur und insbes bei der Zugsicherung

Antr

s. *Eisenbahninfrastruktur*

Drs 15/3149

Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur

Gegenstand und Umsetzung der Richtlinie 2008/96/EG vom 19. November 2008 über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur in BW

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3189

Sanierungsmittel für die Landesstraßen im Landeshaushalt

Sanierungs- und Ausbauplanung von Landesstraßen und Brücken, insbes Sanierungskriterien, Zurücksetzung des ländlichen Raums, Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit durch gesenkte Standards, Erhöhung oder Verrechnung der Sanierungshaushaltsmittel zur Brückensanierung mit Mitteln der mittelfristigen Finanzplanung

Antr

s. *Straßenunterhaltung*

Drs 15/3434

Verkehrssicherheit auf Landstraßen

Aufgreifen und Umsetzung der Empfehlungen für die Sicherheitsanalyse von Straßennetzen (ESN) der Bundesanstalt für Straßenwesen (BaSt) für BW, insbes die Vorschläge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Landesstraßen mit abschnittsweise ausgebauten Fahrstreifen zum Überholen und einer verstärkten Geschwindigkeitsüberwachung

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 07.06.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3602

Alkoholkontrollen im Bereich der Polizeidirektion Pforzheim

Art und Umfang der Alkoholkontrollen in den Jahren 2007 bis 2012; statistische Angaben zu Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss; Reduzierung der ereignisunabhängigen mobilen Verkehrsüberwachung zur Kosteneinsparung; Folgen der Späßmaßnahmen für die Verkehrssicherheit in Pforzheim und im Enzkreis; weitere Einschränkungen der Polizeiarbeit innerhalb der Polizeidirektion Pforzheim; Belastung der Polizeidirektion mit jährlichen Kredittilgungen bis 2015; Verrechnung der Schuldenlast bei einer Auflösung der Polizeidirektion im Zuge der Polizeistrukturreform

KlAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/3610

Sanierung der Straßenbrücke der Bundesstraße (B) 466 über die Fils in Bad Überkingen (Ortsteil Hausen)

Zustand der Straßenbrücke; Verkehrsbelastung und Verkehrssicherheit der Brücke; Anmeldung einer Sanierung iRd Bundesverkehrswegeplans

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/3641

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Dreistreifiger Ausbau der Bundesstraße (B) 292 zwischen Mosbach und Sinsheim

Stand der Bauarbeiten; Zeitplan und Investitionsbedarf für die weiteren Bauabschnitte; Finanzierung des Bundesstraßenbaus; Auskunft über die Priorisierung des Ausbaus der B 292 zwischen Mosbach und Sinsheim; Beurteilung der Verkehrssicherheit auf dem genannten Abschnitt; Beseitigung der Straßenschäden

KlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3667

Verkehrssicherheit in BW

Stellenwert und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in BW, insbes Statistik zur Entwicklung der Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr, Umsetzung des Leitmotivs „vision zero“, Schutz besonders gefährdeter Personengruppen; Sicherheitsbeitrag von Schwerverkehrskontrollzentren, Straßenbauplanung und Tempolimits bei der Priorisierung der Bedarfsplanungsmaßnahmen; Bedeutung der Verkehrssicherheit im Schienenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE 28.06.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3701
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 18.09.2013 Drs 15/4191 S. 41 42
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Was wird aus der Radfahrausbildung für Grundschüler?

Fahrradunfälle auf dem Schulweg; Verbreitung der Fähigkeit des Radfahrens bei Grundschulern; Mittel zur Verbesserung der Radfahrkenntnisse; Beurteilung des flächendeckenden Fahrradunterrichts an den Grundschulen; Bedeutung des sogenannten Fahrradführerscheins für die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr; Fortbestand der Radfahrausbildung; Präzisierung der angekündigten Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit radeln-

der Schüler; Maßnahmen und Programme in anderen Bundesländern

Antr
s. *Verkehrserziehung*
Drs 15/4085

Fahrradsicherheit und Fahrradunfälle

Unfallzahlen von Radfahrern; Sicherheitsüberprüfung und -zustand von Fahrrädern; Verkehrssicherheit bei antriebsunterstützten Fahrrädern; Akzeptanz und Nutzung von Fahrradhelmen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/4278

Erforderlichkeit von Verkehrszeichen im Straßenverkehr

Turnus der amtlichen Überprüfung von Verkehrszeichen; Möglichkeiten der Bürger zum Anstoß einer Überprüfung; Durchführung von Verkehrsschauen durch die Stadt- und LKreise; Verwaltung des Verkehrszeichenbestands; Überforderung der Verkehrsteilnehmer durch „Überbeschilderung“; Steigerung der Wirtschaftlichkeit

Antr
s. *Verkehrszeichen*
Drs 15/4368

Unfallschwerpunktkarte für BW

Einsatz des Instruments des Verkehrssicherheitsscreenings in BW; Veröffentlichung der Unfallschwerpunktkarte; Einspeisung der aus den Unfallstreckenanalysen gewonnenen Daten in ein System zur interaktiven elektronischen Unfallverhütung; Übermittlung der Daten an die Versicherungswirtschaft

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 21.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4371
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 15.01.2014 Drs 15/4897 S. 121 122
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz im Anwendungsbereich der Schausteller und Marktkaufleute

Auswirkungen der Neuregelungen des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes auf die Verkehrssicherheit; zutreffende Anwendungsbestimmungen des Gesetzes für die Belange von Schaustellern und Marktkaufleuten

Antr
s. *Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz*
Drs 15/4564

Sanierung der Landesstraße (L) 1221 Steinenkircher Steige und Heidhöfe - Kreisgrenze Bartholomä

Verkehrssicherheit und Straßenzustand der Landesstraße (L) 1221 in den Abschnitten Steinenkircher Steige und Heidhöfe - Kreisgrenze Bartholomä sowie geplante Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Straßenunterhaltung*
Drs 15/4706

Beidseitiger Schutzstreifen für Fahrradfahrer - deutlicher Sicherheitsgewinn?

Vorgaben der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) für eine Mindestbreite des Straßenraums bei einer Einrichtung von Schutzstreifen für Fahrradfahrer auf Kreis- und Landesstraßen; Richtlinie des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Gestaltung und Förderung von Radverkehrsanlagen

gen (RL-Radinfrastruktur); Einhaltung der vorgegebenen Straßenmindestbreite bei der Einrichtung von Schutzstreifen; Stärkung der Verkehrssicherheit der Radfahrer durch die von Städten und Gemeinden ausgewiesenen Schutzstreifen; Schutzstreifen an viel befahrenen innerörtlichen Straßen; Voraussetzungen für eine Neumarkierung von Schutzstreifen

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4934

Fahrradtourismus in BW

Übernachtungszahlen, Verweildauer und Herkunft der Fahrradtouristen; Anstieg der Zahl der fahrradfreundlichen Gastbetriebe; Ausbau der Infrastruktur und Qualität des Radwegenetzes; Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer im Straßenverkehr; Stärkung des Fahrradtourismus in BW; Kooperation mit den Nachbarländern

Antr
s. *Fahrradtourismus*
Drs 15/5317

Häufung schwerer Lkw-Unfälle auf der A 6

Entwicklung der schweren Lkw-Unfälle auf der A 6 und erforderliche Maßnahmen der LReg zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

MdlAnfr
s. *Nutzkraftfahrzeug*
Drs 15/5293

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5565

Neue Gefahrenlage und Sicherheitsstandards im Schienenverkehr

Sicherheitsstandards der Bahn im Schienenverkehr, insbes bei Bahnübergängen; Ursachen des Bahnunfalls in Talhausen (LKreis Rottweil)

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/5602

Kreisverkehr Rheinfelden-Herten

Planungsstand für die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung B 34/Bahnhofsstraße in Rheinfelden-Herten; Unfallträchtigkeit der Kreuzung; Entwurfsvarianten für die künftige Gestaltung des Verkehrsknotenpunkts; Grundsatzentscheidung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Zeitplan für den Bau des Kreisverkehrsplatzes

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/5657

100 verkehrssichere Alleen für BW

Nachpflanzungs-, Sanierungs- und verkehrstechnischer Absicherungsbedarf beim Bestand an Allee- und Straßenbäumen in BW

Antr
s. *Allee*
Drs 15/5741

Sicherheit auf den Straßen des LKreises Heidenheim

Häufigkeit der Verkehrsunfälle in den vergangenen fünf Jahren; Art und Schwere der Unfallfolgen; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallhäufigkeit, insbes im Bereich von Baustellen; Nutzen einer vorherigen Information der Bevölkerung über Straßenbaustellen

KlAnfr Bernd Hitzler CDU 30.10.2014 und Antw MVI Drs 15/5993

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr
s. *Schulweg*
Drs 15/6081

Sicherheitsbestimmungen in Bussen zur Schülerbeförderung

Sicherheitsstandards für die Schülerbeförderung im Linienbus- und im Schulbusverkehr; Zulässigkeit von Stehplätzen im Schulbusverkehr; Bereithaltung eines ausreichenden Sitzplatzangebots beim Transport von Schülern; Schulung der Busfahrer in der Schülerbeförderung

KlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 15/6259

Verkehrssicherheit für Fußgänger in Ortsdurchfahrten von Landesstraßen

Sicherheit der Fußgänger auf Ortsdurchfahrtsstraßen im Enzkreis; Errichtung von Tempo-30-Zonen auf Ortsdurchfahrten; Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Ortsdurchfahrt der L 1131 durch den Ortsteil Schützingen der Gemeinde Illingen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 02.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6435

Die Landesverkehrswacht als wichtiger Partner bei der Verkehrserziehung und der Verkehrssicherheit

Entwicklung der Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden und mit Sachschäden seit 2010; Bedeutung und Finanzierung der Landesverkehrswacht BW

Antr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/6915

Verkehrssituation auf der Bundesstraße B 27 bei Allmendshofen

Sachstand zur Unfallentwicklung auf der Bundesstraße 27 im Kreuzungsbereich Allmendshofen und Maßnahmen zur Verringerung des Unfallrisikos

KlAnfr Niko Reith FDP/DVP 02.07.2015 und Antw MVI Drs 15/7117

Verkehrsunfallzahlen der Stadt Bietigheim-Bissingen

Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen in der Stadt Bietigheim-Bissingen und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

KlAnfr

s. *Verkehrsunfall*

Drs 15/7188

Zukunftsgerechte Gestaltung der Europatrasse Baden 21 im Abschnitt Müllheim-Auggen

Mitfinanzierung der Rheintalbahn als Europatrasse Baden 21; Realisierbarkeit des geplanten Verkehrsangebots im Schienenpersonennahverkehr angesichts der zu erwartenden Verkehrskapazitäten; Berücksichtigung von Leistungsfähigkeit und Verkehrssicherheit beim Vergleich der Trassenvarianten; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Unterhaltskosten für Lärmschutzwände; Streckenführung des Güterverkehrs; Reisegeschwindigkeit des Fernverkehrs; Kostenvergleich der Trassenvarianten durch die Deutsche Bahn; Verwirklichung einer verbesserten Trassenführung durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch das Land

Antr

s. *Baden 21*

Drs 15/7611

Ausbau einer Abbiegespur auf der L 1140 an der Abzweigung K 1869 Richtung Lehenberg

Bedeutung der Ausbaumaßnahme für Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss; Planungsstand, Baubeginn und Baufinanzierung

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/7631

GSM-R (Global System for Mobile Communications - Railway) Netzabdeckung im Stadtkreis Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Funklöcher im Zugnotrufsystem und ihre Auswirkung auf die Sicherheit im Bahnverkehr; Schnellmaßnahmen der Deutschen Bahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf der Schiene

KlAnfr

s. *Funkverkehr*

Drs 15/8091

Verweisung auf die Produktion der weltweit sichersten Autos in BW

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 424 429

Verkehrssprache*Englisch als Verkehrssprache in staatlichen Einrichtungen, insbes in Ausländerbehörden und Universitäten*

Anerkennung des Englischen als Verkehrssprache in Ausländerbehörden; Zulassung der englischen Sprache bei Arbeiten zur Erlangung akademischer Grade an Universitäten und Fachhochschulen

Antr Andreas Deuschle u.a. CDU 16.07.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5499

Verkehrsstärke

s. *Verkehrsaufkommen*

Verkehrsstatistik

s.a. *Verkehrslenkung*

*s.a. Verkehrsplanung**Flächendeckendes Verkehrsmonitoring in BW*

Stand des Ausbaus eines landesweiten Verkehrsmonitorings, Auskunft über die bisherigen Erfahrungen; Aussagen über die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen; Veröffentlichung der Ergebnisse und Funktionen des Verkehrsmonitorings; Einschätzung der Verkehrs- und Lärmbelastung von Straßenabschnitten, Möglichkeiten der Verkehrslenkung; Vergleich der automatischen Erhebung gegenüber einer manuellen in Bezug auf Zähldauer, Genauigkeit und Kosten

Antr Andreas Schwarz u.a. GRÜNE und Hans-Martin Haller u.a. SPD 20.09.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2371

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.01.2013 Drs 15/3063 S. 78 79

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Ausbau der B 27 zwischen Aich und dem Echterdinger Ei

Ergebnisse von Verkehrszählungen auf der B 27 zwischen dem Anschluss der B 312 und dem Echterdinger Ei; Verbesserung der Situation durch Verkehrssteuerungsmaßnahmen; Auswirkungen zusätzlichen Lkw-Verkehrs auf die Verkehrsauslastung dieses Teilstücks; Unterstützung eines sechsspurigen Ausbaus

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2775

Landesstraße 1192 und 1202

Daten zu Verkehrsbelastung und Ausbauzustand der Landesstraßen 1192 und 1202 zwischen der Anschlussstelle Esslingen-Berkheim der Bundesstraße 10 und der Anschlussstelle Esslingen-Neuhausen der Bundesautobahn A 8

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/3066

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreiseln in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definition der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/3042

Der Gotthard-Basistunnel und seine erhofften (und befürchteten?) Rückwirkungen auf BW

Statistiken zum alpenquerenden Schienengüterverkehrsaufkommen und erwartete Veränderungen nach Fertigstellung des Gotthard-Basistunnels; geplante Baumaßnahmen entlang der baden-württembergischen Zulaufstrecken zum Gotthard; wirtschaftliche, verkehrliche und ökologische Auswirkungen des Gotthard-Basistunnels auf BW

Antr

s. *Tunnel*

Drs 15/4542

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbände; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr
s. *Mobilität*
Drs 15/4576

Die Landesverkehrswacht als wichtiger Partner bei der Verkehrserziehung und der Verkehrssicherheit

Entwicklung der Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden und mit Sachschäden seit 2010; Bedeutung und Finanzierung der Landesverkehrswacht BW

Antr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 15/6915

Verkehrssystemtechnik*s. Verkehrstechnik***Verkehrstarif**

s.a. Fahrausweis
s.a. Stationspreis
s.a. Straßenbenutzungsgebühren
s.a. Trassenpreis
s.a. Verkehrsverbund

Möglichkeiten zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW - Fortführung des Pauschalierungsvertrags für die Ausgleichsleistung nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ausgestaltung und Zeitperspektive einer Nachfolgeregelung; Gewichtung der Interessen der Fahrgäste nach günstigen Fahrpreisen im Ausbildungsverkehr, der Omnibusunternehmen nach Planungssicherheit durch einen mehrjährigen Vertrag und der Abrechnungsstellen nach Verwaltungsvereinfachung; Ermöglichung einer einheitlichen Kinderaltersgrenze bei allen Verkehrsverbänden, der kostenlosen Fahrradmitnahme auch in Bussen, der Einführung von Übergangstarifen zwischen Verkehrsverbänden u.a.

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/421

Angebot an Pendler für freie Bahnfahrten über den Rhein am 22. August 2012

Nutzung des o.g. Angebots während der Sanierungsarbeiten an der Rheinbrücke Maxau und der damit verbundenen Einschränkungen beim Befahren der Bundesstraße 10; Kosten dieser dreistündigen „Werbeaktion zur Nutzung des ÖPNV in Karlsruhe“; Bedingungen für ähnliche Aktionen; Pendlerzahlen für die Linien R 51 (Kandel-Wörth-Karlsruhe), S 5 (Wörth-Karlsruhe), S 51 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) und S 52 (Germersheim-Wörth-Karlsruhe) von 2007 bis 2012

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2366

Tarifharmonisierung im Nahverkehr an den Verbundgrenzen von Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Harmonisierung der Nahverkehrstarife an den Übergängen zwischen regionalen Verkehrsverbänden, im Besonderen der Verkehrstarife zwischen VPE und VVS; Ausweitung der zum 1. August 2013 angekündigten Tarifvereinfachung auf weitere Ortsteile von Tiefenbronn und die benachbarten Heckengäugemeinden; Nutzung sogenannter Übergangskarten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 28.11.2012 und
Antw MVI Drs 15/2760

Einführung eines Landestickets und Finanzierung von Verbundtarifen zwischen Verkehrsverbänden

Planungen zur Einführung eines neuen Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bezuschussung von Tarifvollverbänden, insbes Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Metropolticket

Antr Karl Klein u.a. CDU 14.03.2013 und Stellungnahme
MVI Drs 15/3236
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 16.10.2013 Drs
15/4324 S. 68 69
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Erlaubnis zur Mitnahme von Fahrrädern in den Verkehrsverbänden; Umfang der aktuellen Kapazitäten für eine Fahrradmitnahme; Investitionsbedarf zur Herstellung einer generellen Mitnahmemöglichkeit; Kampagne „Nimm's mit“ der Naturfreunde in BW aus dem Jahr 2011; Auswirkungen einer generellen unentgeltlichen Fahrradmitnahme auf das Preisniveau oder die Entwicklung der öffentlichen Zuschüsse; uneinheitliche Regelung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Verwirklichung einer einheitlichen, kostenlosen Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4730

Vereinbarung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in der Region Stuttgart

Gesamtkosten und Finanzierung der Umsetzung der Vereinbarung; Veränderungen im Vergleich zur Angebotskonzeption 2020 der Nahverkehrsgesellschaft BW; Verbesserung im Bereich der S-Bahn; Auswirkungen der Angebotsverbesserungen auf den Preis von Jahrestickets des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Auswirkungen des Einsatzes von Expressbussen zu Hauptberufsverkehrszeiten auf das Verkehrsaufkommen auf den Straßen; Auflage eines Sonderinvestitionsprogramms für Straßenverkehrsinfrastruktur im Bereich der Stauschwerpunkte in der Region Stuttgart

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/4814

Verkehrsverbund zwischen Heilbronner Verkehrsverbund (HNV) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Vereinheitlichung der Tarifsysteme der baden-württembergischen Verkehrsverbände; Erleichterung des Übergangs zwischen den Verbundgrenzen, insbes für in Richtung Stuttgart pendelnde Fahrgäste aus dem Zabergäu

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/6157

Angebote für kinderreiche Familien

Sachstand zu Angeboten und Maßnahmen der LReg für kinderreiche Familien, insbes Kinderbetreuung, angemessener Wohnraum, Freizeitgestaltung, Familieneintrittskarten ohne Begrenzung bei der Anzahl der Kinder, entsprechende ÖPNV-Tarife

Antr

s. *Kinderreiche Familie*

Drs 15/6757

Stand der Einführung eines Landestickets und Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Sachstand zur Einführung eines Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr, insbes geplante Ausbaustufen und deren Anschubfinanzierung, Reduzierung der unübersichtlichen Tarifvielfalt, Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Antr

s. *Fahrausweis*

Drs 15/6980

Verkehrsverbände Karlsruher Verkehrsverbund (KVV)/Tarifverbund Ortenau (TGO)

Sachstand zur Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsverbänden Karlsruher Verkehrsverbund und Tarifverbund Ortenau, insbes Pendlerzahlen, Homogenisierung der Tarife und Angebote

KlAnfr

s. *Verkehrsverbund*

Drs 15/8046

Verkehrstechnik*Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes*

Ökologische, nachhaltige und kommunalfreundliche Ausgestaltung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes zeitgemäße Anpassung der Fördertatbestände, stärkere Gewichtung der Förderung des barrierefreien Zugangs zum öffentlichen Personennahverkehr, Förderung des Einsatzes neuer Technologien sowohl für Nutzer als auch Anbieter von Öffentlichem Personennahverkehr, Stärkung der Fördermöglichkeiten für Verkehrsträger im Umweltverbund sowie deren Vernetzung untereinander

GesEntw

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/7416

Verkehrstechnologie

s. *Verkehrstechnik*

Verkehrsteilnehmer

s.a. *Personenverkehr*

Erforderlichkeit von Verkehrszeichen im Straßenverkehr

Turnus der amtlichen Überprüfung von Verkehrszeichen; Möglichkeiten der Bürger zum Anstoß einer Überprüfung; Durchführung von Verkehrsschauen durch die Stadt- und LKreise; Verwaltung des Verkehrszeichenbestands; Überforderung der Verkehrsteilnehmer durch „Überbeschilderung“; Steigerung der Wirtschaftlichkeit

Antr

s. *Verkehrszeichen*

Drs 15/4368

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbände; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr

s. *Mobilität*

Drs 15/4576

Verkehrstelematik

s. *Verkehrslenkung*

Verkehrsträger

s. *Verkehrsmittel*

Verkehrsüberwachung

s. *Verkehrskontrolle*

Verkehrsunfall

s.a. *Schienenverkehrsunfall*

Planungen der LReg zu einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung von 120 km/h auf Autobahnen und grundsätzlichem Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften

Konkretisierung o.g. Pläne und der erwarteten Wirkungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und Unfallzahlen, Auswirkungen von Tempo 30 sowie einer City-Maut in den Städten und Gemeinden; Positionen von Mittelstand, Handwerk und Gewerbetreibenden

Antr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 15/302

L 1141/L 1180/K 1659 Kreuzung „Schillerhöhe“ in Gerlingen - Anlage eines Kreisverkehrsplatzes

Stand der Planung am o.g. Unfallschwerpunkt bzw der vom Reg-Präs vorgesehenen Planung, Einbindung von Gemeinderat und Verwaltung der Stadt Gerlingen; Kosten, verkehrliche Vor- und Nachteile der Umsetzung und des Betriebs sowie der von der Polizeidirektion Ludwigsburg bei einem Ortstermin mit der Unfallkommission vorgeschlagenen provisorischen Signalisierung

KlAnfr

s. *Kreisverkehr*

Drs 15/1144

Umbau Kreuzung Kälberstelle (B 464/L 1208)

Datenbasis und Maßnahmen zur Entschärfung des o.g. Unfallschwerpunkts, insbes durch Umbau zu einem Kreisverkehr; Umgang des Verkehrsministers mit dem Schreiben einer Abgeordneten der SPD, Zeitpunkt einer Beantwortung

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 15/1284

Sanierung der Landesstraße L 1042 Ilshofen

Planungsstand, Kosten und Baubeginn der o.g. Maßnahme zwischen Ilshofen und Hörlebach; Beurteilung des Zustands der

Straße und der Verkehrssicherheit, insbes im Hinblick auf die Häufung von Verkehrsunfällen

KlAnfr
s. *Landesstraße 1042*
Drs 15/1463

Daten zu den Polizeidirektionen in Pforzheim, Ludwigsburg und Böblingen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten Jahren; Darlegung der verfügbaren Liegenschaften als Grundlage der Entscheidung für Ludwigsburg als Standort des künftigen Präsidiums

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1554

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Verkehrssicherheit auf der Bundesstraße 293 zwischen Heilbronn und Bretten

Art, Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Verkehrsüberwachung auf dem o.g. Streckenabschnitt; Entwicklung der Zahl und Folgen von Verkehrsunfällen in den vergangenen zwei Jahren

KlAnfr
s. *Bundesstraße 293*
Drs 15/2024

Verkehrssicherheit und Maßnahmen an der Kreuzung L 1040/K 2500 Kirchberg/Jagst-Herbolzhausen

Beurteilung der Verkehrssituation an der o.g. Kreuzung und der Unfallentwicklung in den letzten fünf Jahren sowie der bisher ergriffenen Maßnahmen; Höhe der Kosten und Realisierungschancen von Bau und Unterhalt einer vorschriftsgemäßen Bushaltestelle, eines Kreisverkehrs sowie einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/2269

Verkehrssicherheit in Kreisverkehren

Statistik zu Unfällen im Straßenverkehr; Unfallträchtigkeit bestimmter Straßenabschnitte und ihre Ursachen; Zahl der tödlichen Unfälle in Kreisverkehren seit 2006; Auskunft über die dort aufgestellten Kunstwerke als Unfallursache; Forderung nach einer Zurücknahme des Erlasses des Verkehrsministeriums; Moratorium für den Abbau von Kunstwerken in Kreisverkehren; höhere Befugnisse für die betroffenen Gebietskörperschaften

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/2986

Bauliche Umgestaltung von Verkehrskreiseln in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Rückbau und Umgestaltung von Kreisverkehren in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber, insbes Definiti-

on der baulichen Gestaltungskriterien durch die LReg, Daten zu Unfallzahlen der betroffenen Kreisverkehre, Personal- und Finanzaufwand und Landesunterstützung für die Umbauarbeiten; Umsetzung der EU-Richtlinie 2008/96/EG in den anderen Bundesländern; Moratorium für Rückbau von Kunstwerken

KlAnfr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/3042

Ausbau der Bundesautobahn 5 (A5)

Verkehrssituation und Ausbau der Bundesautobahn A5 zwischen Offenburg und Freiburg, insbes Daten zu Verkehrsaufkommen und Unfallquote, sowie Aufnahme des sechsstreifigen Ausbaus in den Bedarfsplan für Bundesautobahnen

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/3768

Fahradsicherheit und Fahrradunfälle

Unfallzahlen von Radfahrern; Sicherheitsüberprüfung und -zustand von Fahrrädern; Verkehrssicherheit bei antriebsunterstützten Fahrrädern; Akzeptanz und Nutzung von Fahrradhelmen

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 15/4278

Unfallschwerpunktkarte für BW

Einsatz des Instruments des Verkehrssicherheitsscreenings in BW; Veröffentlichung der Unfallschwerpunktkarte; Einspeisung der aus den Unfallstreckenanalysen gewonnenen Daten in ein System zur interaktiven elektronischen Unfallverhütung; Übermittlung der Daten an die Versicherungswirtschaft

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/4371

Null-Promille-Grenze im Straßenverkehr

Unterstützung der Forderung nach Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahrzeuglenker; Tauglichkeit der bisherigen 0,5-Promille-Grenze; Häufigkeit von Verkehrsunfällen unter Alkoholeinfluss nach der Einführung eines Alkoholverbots für Autofahrer in europäischen Nachbarländern; Auswirkungen einer Null-Promille-Grenze auf das kulturelle Leben und die Wirtschaft; Null-Promille-Grenze für Radfahrer; Überwachung und Bestrafung des Fahrens unter dem Einfluss von Drogen oder Medikamenten

Antr
s. *Promillegrenze*
Drs 15/4992

Geschwindigkeitsüberwachung

Ergebnisse des Einsatzes stationärer Messgeräte zur Kfz-Geschwindigkeitsüberwachung, insbes Unfallzahlenentwicklung, Bußgeldaufkommen und -verwendung

KlAnfr
s. *Verkehrskontrolle*
Drs 15/5278

Häufung schwerer Lkw-Unfälle auf der A 6

Entwicklung der schweren Lkw-Unfälle auf der A 6 und erforderliche Maßnahmen der LReg zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

MdlAnfr

s. Nutzkraftfahrzeug
Drs 15/5293

Situation der Verkehrsunfalldienste

Situation der Verkehrsunfallaufnahme- und -bearbeitungsdienste, insbes Aufgabenteilung zwischen Verkehrspolizeidirektionen und Polizeirevier, Personaleinsatz und -auslastung, Anfahrtszeiten und -strecken zu den Unfallorten, Arbeitszeitregelung, Sondersignaleinsatz

Antr
s. Verkehrspolizei
Drs 15/5632

Sicherheit auf den Straßen des LKreises Heidenheim

Häufigkeit der Verkehrsunfälle in den vergangenen fünf Jahren; Art und Schwere der Unfallfolgen; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallhäufigkeit, insbes im Bereich von Baustellen; Nutzen einer vorherigen Information der Bevölkerung über Straßenbaustellen

KlAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 15/5993

Radschulwegplanung im LKreis Esslingen

Anzahl der Schulwegunfälle im LKreis Esslingen seit 2011; Anzahl der hierbei verletzten oder tödlich verunglückten Kinder und Jugendlichen sowie deren Verkehrsmittelnutzung; Stellenwert der Erarbeitung von Radschulwegplänen; Vorgaben für deren Erarbeitung; Teilnahme der Schulen im Kreis an der Schulwegplanung

KlAnfr
s. Schulweg
Drs 15/6081

Autobahnabschnitt A 81 Pleidelsheim/Ludwigsburg-Nord

Verkehrsaufkommen auf diesem Autobahnabschnitt; Häufigkeit und Dauer von Staus auf diesem Streckenabschnitt; Anzahl der Unfälle in den letzten drei Jahren; Lärmbelastung der Stadt Freiberg am Neckar; Ausbau des Autobahnabschnitts

KlAnfr
s. Autobahn
Drs 15/6121

Nutzung von EUSKa-Daten zur Unfallprävention in BW

Nutzung und Weitergabe der Unfalldaten der elektronischen Unfalldatenspeicherkarte EUSKa zur Unfallprävention in BW, insbes Voraussetzungen für Kommunen zum dauerhaften Datenzugriff, Regelung in anderen Bundesländern

Antr Bettina Meier-Augenstein u.a. CDU 11.12.2014 und
Stellungnahme IM Drs 15/6246

Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße B 313 zwischen Nürtingen und der Auffahrt zur Autobahn A 8

Gründe für die bisherige Ablehnung eines Tempolimits auf dem genannten Streckenabschnitt; Anzahl der auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführenden dortigen Verkehrsunfälle; Gründe für die nunmehrige Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung

KlAnfr
s. Geschwindigkeitsbegrenzung
Drs 15/6365

Bearbeitung von Verkehrsunfällen

Sachstand zur Aufnahme von Verkehrsunfällen in den Polizeipräsidien Baden-Württembergs im Kalenderjahr 2014

KlAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 04.03.2015 und Antw IM
Drs 15/6577

Die Landesverkehrswacht als wichtiger Partner bei der Verkehrserziehung und der Verkehrssicherheit

Entwicklung der Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden und mit Sachschäden seit 2010; Bedeutung und Finanzierung der Landesverkehrswacht BW

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 21.05.2015 und
Stellungnahme MVI Drs 15/6915
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 01.07.2015 Drs
15/7534 S. 31 32
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Verkehrssituation auf der Bundesstraße B 27 bei Allmendshofen

Sachstand zur Unfallentwicklung auf der Bundesstraße 27 im Kreuzungsbereich Allmendshofen und Maßnahmen zur Verringerung des Unfallrisikos

KlAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 15/7117

Verkehrsunfallzahlen der Stadt Bietigheim-Bissingen

Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen in der Stadt Bietigheim-Bissingen und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

KlAnfr Manfred Hollenbach CDU 20.07.2015 und Antw
MVI Drs 15/7188

Sanierung und Ausbau der Landesstraße (L) 1120 zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg

Sachstand zu Gefahrensituation und Ausbauzustand der Landesstraße 1120 im Streckenabschnitt zwischen Berglen-Stöckenhof und Althütte-Kallenberg, insbes Unfallstatistik, Verkehrsaufkommensprognose, Sanierungsbedürftigkeit

KlAnfr
s. Straßenunterhaltung
Drs 15/7904

Verkehrsunternehmen

s. Verkehrswirtschaft

Verkehrsverbot

s. Verkehrsbeschränkung

Verkehrsverbund

s.a. Breisgau-S-Bahn
s.a. Donau-Iller-Nahverkehrsverbund
s.a. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart
s.a. Verkehrstarif
s.a. Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis
s.a. Verkehrsverbund Rhein-Neckar

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 6: Förderung von Verkehrsverbänden

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 07.07.2011 Drs 15/239
PIPr 15/11 27.07.2011 S. 449-451

Möglichkeiten zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW - Fortführung des Pauschalierungsvertrags für die Ausgleichsleistung nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ausgestaltung und Zeitperspektive einer Nachfolgeregelung; Gewichtung der Interessen der Fahrgäste nach günstigen Fahrpreisen im Ausbildungsverkehr, der Omnibusunternehmen nach Planungssicherheit durch einen mehrjährigen Vertrag und der Abrechnungsstellen nach Verwaltungsvereinfachung; Ermöglichung einer einheitlichen Kinderaltersgrenze bei allen Verkehrsverbänden, der kostenlosen Fahrradmitnahme auch in Bussen, der Einführung von Übergangstarifen zwischen Verkehrsverbänden u.a.

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/421

Tarifharmonisierung im Nahverkehr an den Verbundgrenzen von Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Harmonisierung der Nahverkehrstarife an den Übergängen zwischen regionalen Verkehrsverbänden, im Besonderen der Verkehrstarife zwischen VPE und VVS; Ausweitung der zum 1. August 2013 angekündigten Tarifvereinfachung auf weitere Ortsteile von Tiefenbronn und die benachbarten Heckengäugemeinden; Nutzung sogenannter Übergangskarten

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/2760

Einführung eines Landestickets und Finanzierung von Verbundtarifen zwischen Verkehrsverbänden

Planungen zur Einführung eines neuen Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Bezuschussung von Tarifvollverbänden, insbes Berücksichtigung von Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Metropoliticket

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/3236

Gemeinsame Verkehrsverbände im Heckengäu

ÖPNV-Pendlerzahlen aus dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) in die Nachbarverbände Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) und Karlsruher Verkehrsverbund (KVV); Gründe für die mangelnde Durchlässigkeit zwischen dem VPE und dem VVS und Einflussmöglichkeiten der LReg zur Verbesserung der Durchlässigkeit

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 18.07.2013 und Antw MVI
Drs 15/3838

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbände; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr
s. *Mobilität*
Drs 15/4576

Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Erlaubnis zur Mitnahme von Fahrrädern in den Verkehrsverbänden; Umfang der aktuellen Kapazitäten für eine Fahrradmitnahme; Investitionsbedarf zur Herstellung einer generellen Mitnahmemöglichkeit; Kampagne „Nimm's mit“ der Naturfreunde in BW aus dem Jahr 2011; Auswirkungen einer generellen unentgeltlichen Fahrradmitnahme auf das Preisniveau oder die Entwicklung der öffentlichen Zuschüsse; uneinheitliche Regelung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); Verwirklichung einer einheitlichen, kostenlosen Fahrradmitnahme im Schienenpersonennahverkehr

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/4730

Verkehrsverbund zwischen Heilbronner Verkehrsverbund (HNV) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Vereinheitlichung der Tarifsysteme der baden-württembergischen Verkehrsverbände; Erleichterung des Übergangs zwischen den Verbundgrenzen, insbes für in Richtung Stuttgart pendelnde Fahrgäste aus dem Zabergäu

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 20.11.2014 und Antw MVI
Drs 15/6157

Mobile Ticketing im Öffentlichen Personennahverkehr

Verkehrsverbände mit einem Mobil-Ticketing-Angebot; Nutzung des sogenannten Handy-Tickets; Auftreten von Problemen bei der Fahrausweiskontrolle; Vereinheitlichung der eingesetzten Systeme; Förderung von Mobile Ticketing durch die LReg

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/6333

Stand der Einführung eines Landestickets und Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Sachstand zur Einführung eines Landestickets im öffentlichen Personennahverkehr, insbes geplante Ausbaustufen und deren Anschubfinanzierung, Reduzierung der unübersichtlichen Tarifvielfalt, Auswirkungen auf Kooperationen zwischen Verkehrsverbänden

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/6980

Gestaltung des Nahverkehrs

Sachstand zu den Geltungsbereichen der baden-württembergischen Nahverkehrsverbände einschließlich der Anschlussbahnhöfe sowie den Geltungsbereichen der Verbundzeitkarten

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/7335

Gesetz zur Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

Ökologische, nachhaltige und kommunalfreundliche Ausgestaltung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, insbes zeitgemäße Anpassung der Fördertatbestände, stärkere Gewichtung der Förderung des barrierefreien Zugangs zum öffentlichen Personennahverkehr, Förderung des Einsatzes neuer Technologien sowohl für Nutzer als auch Anbieter von Öffentlichem Personennahverkehr, Stärkung der Fördermöglichkeiten für Verkehrsträger im Umweltverbund sowie deren Vernetzung untereinander

GesEntw
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/7416

Verkehrsverbände Karlsruher Verkehrsverbund (KVV)/Tarifverbund Ortenau (TGO)

Sachstand zur Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsverbänden Karlsruher Verkehrsverbund und Tarifverbund Ortenau, insbes Pendlerzahlen, Homogenisierung der Tarife und Angebote

KlAnfr Tobias Wald CDU 08.02.2016 und Antw MVI Drs 15/8046

Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis

Auswirkungen des angekündigten Landestickets auf den Nahverkehr im Enzkreis und in Pforzheim

Zeitpunkt der Verfügbarkeit des verbundübergreifenden Landestickets und damit eines fließenden Übergangs zwischen dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis und dem VVS; Frage nach Aktivitäten für ein attraktives ÖPNV-Angebot für Berufspendler aus dem Enzkreis und aus Pforzheim

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 15/1261

Tarifharmonisierung im Nahverkehr an den Verbundgrenzen von Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) und Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS)

Harmonisierung der Nahverkehrstarife an den Übergängen zwischen regionalen Verkehrsverbänden, im Besonderen der Verkehrstarife zwischen VPE und VVS; Ausweitung der zum 1. August 2013 angekündigten Tarifvereinfachung auf weitere Ortsteile von Tiefenbronn und die benachbarten Heckengäugemeinden; Nutzung sogenannter Übergangskarten

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 15/2760

Gemeinsame Verkehrsverbände im Heckengäu

ÖPNV-Pendlerzahlen aus dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis (VPE) in die Nachbarverbände Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) und Karlsruher Verkehrsverbund (KVV); Gründe für die mangelnde Durchlässigkeit zwischen dem VPE und dem VVS und Einflussmöglichkeiten der LReg zur Verbesserung der Durchlässigkeit

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 15/3838

Aktueller Stand zum Ausbau der ÖPNV-Anbindung des Heckengäus an den Nahverkehr der Region Stuttgart

Situation der Anbindung des Heckengäus im Öffentlichen Personennahverkehr an die Region Stuttgart, insbes Probleme der Berufspendler und im Schülerverkehr, Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis; Maßnahmen des Landes zur Verbesserung der Verkehrsanbindung

KlAnfr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5481

Verkehrsverbund Rhein-Neckar

S-Bahn Rhein-Neckar, zweite Ausbaustufe - Weinheim

Höhe und Träger der Gesamtkosten im Vergleich zu den Vorplanungen, Begründung der für die Kostensteigerungen ursächlichen Einzelmaßnahmen, Zurechnung der Notwendigkeit dieser Maßnahmen für die S-Bahn oder auch für den Fern- und Güterverkehr? Eintreten für eine Beteiligung der Bahn AG an den gestiegenen Kosten

KlAnfr Georg Wacker CDU 08.06.2011 und Antw MVI Drs 15/79

Streichung wichtiger Verkehrsprojekte in BW aus dem Investitionsrahmenplan des Bundes

Gründe und Auswirkungen der Streichung wichtiger Schienenprojekte, u.a. des Ausbaus der Schnellbahntrasse Mannheim-Frankfurt und des ICE-Knotenpunkts Mannheim; Gefährdung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar sowie der Bedeutung des Rangierbahnhofs in Mannheim für den Güterverkehr

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/604

S-Bahn Rhein-Neckar - zweite Ausbaustufe

Stand der Umsetzung des Zeitplans für die einzelnen Streckenabschnitte und der Finanzierungsvereinbarungen der Gesamtmaßnahme; Ausschluss von weiteren Verzögerungen aus planarischen oder finanziellen Gründen für die betroffenen Kommunen gemeinsam mit dem RegPräs Karlsruhe

Antr Georg Wacker u.a. CDU 20.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/754

S-Bahn Rhein-Neckar - Verzögerungen zweite Ausbaustufe

Gründe und Auswirkungen der Verzögerungen; Darstellung der Regelungen für den Zeitablauf der Baumaßnahmen und des Gesamtprojekts nach dem Kooperationsvertrag zwischen BW, Hessen und Rheinland-Pfalz, der Bahn, dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar sowie den darauf basierenden Bau- und Finanzierungsverträgen; Hinwirkung auf Einhaltung der Zeitplanung durch die Bahn

KlAnfr Georg Wacker u.a. CDU 18.01.2012 und Antw MVI Drs 15/1140

Ausschreibungsverfahren Verkehrsvertrag S-Bahn Rhein-Neckar

Zeitpunkt und Gestaltung des Ausschreibungsverfahrens und des Vergabebewegs für den neuen Verkehrsvertrag; Gründe für die Ersetzung der erst zum Jahr 2003 in Betrieb genommenen Fahrzeuge durch Neufahrzeuge; Darstellung der Einsparpotenziale und Risiken für den Landeshaushalt im Vergleich zum derzeitigen Verkehrsvertrag

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 27.06.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1965

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.09.2012 Drs 15/2544 S. 101 102

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Güterverkehr aus der Schweiz (Neue Eisenbahn-Alpentransversale - NEAT) und Auswirkungen auf den Rhein-Neckar-Raum

Auswirkungen des zusätzlichen Güterverkehrs aus dem Gotthard-Tunnel ab Ende 2016 im Bereich der Main-Neckar-Bahn und auf den Schienennahverkehr durch die Nutzung der

vorhandenen Trassen, Auswirkungen auf den weiteren Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, Frage nach Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Kommunen

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2082

Rhein-Neckar-S-Bahn

Gründe für die Verzögerung und Zeitpunkt der Ausschreibung im EU-Amtsblatt; Erreichbarkeit einer planmäßigen Inbetriebnahme zum Fahrplanwechsel 2015 angesichts der Vorlaufzeiten für die Beschaffung von Neufahrzeugen

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 13.07.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2098
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 17.10.2012 Drs 15/3063 S. 68 69
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Sanierungs- und Erneuerungsbedarf der (landeseigenen) Schieneninfrastruktur; Forcierung der Elektrifizierung der Südbahn und der Hochrheinstrecke sowie Ausbau der Rhein-Neckar-S-Bahn, der Breisgau-S-Bahn, der Donau-Iller-S-Bahn und der S-Bahn-Verlängerung von Filderstadt nach Neuhausen

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Schienenpersonennahverkehr auf der Rhein-Neckar S-Bahn „Nord-Ast“

Baumaßnahmen und Neuvergabe der Verkehrsleistungen des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf der Rhein-Neckar S-Bahn „Nord-Ast“, insbes Zeitplan, Finanzierung, Fahrplanangebot und Linienkonzept sowie barrierefreier Ausbau von Haltepunkten

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/3506

Durchbindung der Linie Heidelberg - Mannheim - Mainz in Gefahr?

Verknüpfung der Linien Mainz - Mannheim und Mannheim - Bensheim als S-Bahn-Linie 6; Auswirkungen auf eine Durchbindung Mainz - Mannheim - Heidelberg - Meckesheim - Aglasterhausen/Eppingen; Sachstand und Zeitplan der Ausbaumaßnahmen im Abschnitt Mannheim Hbf - Heidelberg Hbf

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/3837

Vergabeverfahren Netz 6 a - S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1

Aktueller Stand des Vergabeverfahrens für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) des Netzes 6 a (S-Bahn Rhein-Neckar, Los 1); Auswirkung und Konsequenzen bei einer Verzögerung des Vergabeverfahrens

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/4315

Vergabeverfahren Zweite Ausbaustufe S-Bahn Rhein-Neckar

Planungs- und Umsetzungsstand für die Lose 1 und 2; Terminverschiebung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan; Folgen geänderter Ausschreibungsbedingungen für bereits geplan-

te S-Bahnhalte; Unterstützung betroffener Kommunen; erwartete Entlastung der Straßen vom motorisierten Individualverkehr nach der Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5452

Verkehrsvorgehen

s. *Verkehrsvorstoß*

Verkehrsvermeidung

s.a. *Verkehrsberuhigung*

Mautsleichverkehr in der Stadt Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im LKreis Biberach

Lkw-Mautpflicht bzw -Fahrverbot auf Bundesstraßen, Autobahnen u.a. Straßen in der o.g. Raumschaft; Intensität und Ergebnisse von Verkehrskontrollen; Maßnahmen gegen die Nutzung von mautfreien Straßen vom Schwerlastverkehr als Ausweichstrecken

KlAnfr Martin Rivoir SPD 29.07.2011 und Antw MVI Drs 15/373

Landesstraßen im Rems-Murr-Kreis

Möglichkeiten zur Verhinderung des mautpflichtigen Schwerlastverkehrs auf dem nachgeordneten Straßennetz im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/691

Schurwaldquerung

Bewertung der erneuten Fahrzeug-Zählungen und Verkehrsprognosen des Schwerlastverkehrs im Bereich des Schurwalds zwischen Rems-, Neckar- und Filstal; Beurteilung der Verkehrssicherheit in den Ortsdurchfahrten; Stand und Ergebnisse der Gespräche zwischen den betroffenen Landratsämtern, geplante Beschränkungen oder Sperrungen für die querenden Landes- und Bundesstraßen; Bedeutung des neu aufzustellenden Regionalverkehrsplans des Verbands Region Stuttgart

Antr
s. *Schurwald*
Drs 15/871

Sperrung der Schurwaldübergänge für den Lkw-Verkehr über 12 Tonnen

Erwartete Verkehrsverlagerungen auf die beiden noch offenen Schurwaldübergänge L 1199 und L 1147 und auf die entsprechenden Ortsdurchfahrten nach der Sperrung der übrigen Schurwaldübergänge, Darstellung des Mautausweichverkehrs von der A 8 und A 7; Auswirkungen der Umschichtung der Regionalisierungsmittel zugunsten des Umweltverbands für die Förderung von kommunalen Straßenbaumaßnahmen, insbes für die notwendige Sanierung der Ortsdurchfahrt Oberberken; Frage nach Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und -information

KlAnfr
s. *Schurwald*
Drs 15/1169

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Entwicklung der Treibhausgase aus dem Verkehrssektor seit 1990; Verkehrsvermeidung über die Stadtentwicklungsplanung; intelligente Nutzung der Infrastruktur durch Verkehrsleitsysteme

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Äußerungen von Minister Hermann zur Einführung einer entfernungsabhängigen PKW-Maut

Bewertung der o.g. Forderung des Ministers, Bewirkung von Mautausweichverkehr auf nachgeordnete Straßen sowie einer zusätzlichen Belastung für Berufspendler, Frage nach einer vollständigen Verwendung der Mittel für den Straßenbau sowie nach der Beurteilung einer Einführung aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 15/2536

Verkehrsverstoß

s.a. *Verkehrskontrolle*

Feinstaubreduktion durch Geschwindigkeitsbeschränkung

Belegung des o.g. Zusammenhangs durch Messungen an der Cannstatter Straße (B 14) in Stuttgart seit der Einführung des dortigen Tempolimits? Entwicklung der Zahl von festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen, Beurteilung der Notwendigkeit einer Verdeutlichung der Hinweise auf die zulässige Höchstgeschwindigkeit

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/349

Verkehrsweg

s.a. *Radweg*

s.a. *Verkehrswegebau*

Zustand des Hochwasserschutzes in BW und geplante und umgesetzte Maßnahmen

Art und Umfang der in den Jahren 2011 und 2012 für Maßnahmen des Hochwasserschutzes ausgegebenen Mittel sowie der für die Jahre 2013 und 2014 bereitgestellten Mittel, Hochwasserschutzmaßnahmen innerhalb des Integrierten Rheinprogramms; Volumen der bis zum Jahresende 2013 erreichten Retentionsgebiete; Sanierung bestehender Dämme; Stand der kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen; Beurteilung des Hochwasser-Managements während des diesjährigen Hochwassers; Hochwasserschäden an Gebäuden, Verkehrswegen und in der Landwirtschaft; Anpassung der Hochwasservorhersagen und der daraus abgeleiteten Vorsorgemaßnahmen

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3651

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW

Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3991

Verkehrswegebau

s.a. *Verkehrsweg*

Stand von Planung, Finanzierung und Baubeginn der Baumaßnahme B 14 Weilertor Schwäbisch Hall

Fortführung der Baumaßnahme B 14 Weilertor in Schwäbisch Hall, insbes aktueller Stand von Planung und Finanzierung

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 14*
Drs 15/3315

Parlamentarische Beteiligung bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Anmeldetermin zum Bundesverkehrswegeplan Straße und Schiene gegenüber dem Bund; Beteiligung des Landtags und Beteiligungsverfahren anderer Länderparlamente bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3509

Konzeption Bundesverkehrswegeplan Straße

Konzeption der LReg zur Anmeldung des Bundesverkehrswegeplans, insbes Verfahrensbeteiligung, Art der Meldung als priorisierte Liste und Meldekonzepte anderer Bundesländer

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/3522

Förderung Radwegebau

Verteilung der in den Jahren 2012 und 2013 zur Verfügung stehenden Fördermittel für den Radwegebau in BW auf die Regierungsbezirke; Fördermittel, gestellte Förderanträge und Zuteilung für die einzelnen förderfähigen Anträge im Ortenaukreis

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/3958

Radwege im LKreis Rhein-Neckar und in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim

Stand des Ausbaus des Radwegenetzes im LKreis Rhein-Neckar sowie in den Stadtkreisen Heidelberg und Mannheim mit Förderung aus dem Landeshaushalt, insbes fertig gestellte und geplante Radwege; nicht-bauliche Maßnahmen zur Erhöhung des Radverkehrs in der Region

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4060

Radwege im Main-Tauber-Kreis

Ausbau des Radwegenetzes im Main-Tauber-Kreis, insbes fertiggestellte Radwege und vorgesehene Ausbaumaßnahmen

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/4548

Auswirkung der Änderung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) auf den LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4739

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Enzkreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Enzkreis

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4777

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Calw

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Calw

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4780

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Heidenheim

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Heidenheim

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4781

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Stadt- und LKreis Heilbronn

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Stadt- und LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4794

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Rottweil

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Rottweil

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4795

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Main-Tauber-Kreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4797

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Sinsheim

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Sinsheim

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4798

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) auf die Stadt Karlsruhe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen auf die Stadt Karlsruhe

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4799

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Sigmaringen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Sigmaringen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4808

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 54

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 54

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4823

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Biberach

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Biberach

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4824

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Ludwigsburg

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Ludwigsburg

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4828

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr

s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4822

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 60 Reutlingen bzw 61 Hechingen-Münsingen

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4840

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Schwäbisch Hall

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4843

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKreis Rastatt)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 33 (Stadtkreis Baden-Baden/südlicher LKreis Rastatt)

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4845

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Esslingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Esslingen

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4849

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Ravensburg

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Ravensburg

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4850

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Neckar-Odenwald-Kreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Neckar-Odenwald-Kreis

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4856

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Freudenstadt
Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Freudenstadt

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4857

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Alb-Donau-Kreis (Wahlkreis 65 Ehingen)

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4858

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis Hohenlohe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis Hohenlohe

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4882

Auswirkungen der Änderungen der Förderrichtlinien nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) im LKreis Karlsruhe

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Karlsruhe

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4892

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Ortenaukreis

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Ortenaukreis

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4893

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Göppingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Göppingen

KlAnfr
s. Verkehrsinvestition
Drs 15/4903

Lückenschlüsse im baden-württembergischen Radwegenetz

Schließung der Lücken im bestehenden Radwegenetz BW, insbes Bestandsaufnahme, Kosten und politische Umsetzung

Antr
s. Radweg
Drs 15/4987

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Lörrach

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Lörrach

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4999

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 55 Tuttlingen-Donaueschingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/5086

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Böblingen

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Böblingen

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/5262

Situation der grenzüberschreitenden deutsch-französischen Rad- und Fußwege

Bestand der Rad- und Fußverbindungen entlang der deutsch-französischen Grenze am Rhein; Zustand des PAMINIA-Radwegs, beabsichtigte Maßnahmen; Erhöhung der Verkehrssicherheit und Attraktivität der deutsch-französischen Rad- und Fußverbindungen; Ersetzung des Kalksteinschotters auf den Dämmen durch einen fahrradfreundlichen Belag; Stärkung des Radtourismus im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/5565

Radwege an Landes- und Bundesstraßen

Sachstand zur aktuellen und mittelfristigen Umsetzung von Radwegen an Landes- und Bundesstraßen, insbes im Bauprogramm für 2016 und im Maßnahmenplan für die Jahre ab 2017

Antr
s. *Radweg*
Drs 15/8078

Verkehrswegenetz

s. *Verkehrsweg*

Verkehrswert

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die

Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Einheitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Länderoffenungsklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 12.02.2014 und Antw MFW Drs 15/4755

Interkommunale Zusammenarbeit bei Gutachterausschüssen

Sachstand zur interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kommunalen Gutachterausschüsse, insbes Entwicklung der Zuständigkeiten, Synergiepotential, notwendige Anpassung des Rechtsrahmens durch die LReg

Antr
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7234

Verkehrswirtschaft

s.a. *Deutsche Bahn*
s.a. *Eisenbahnverkehrsunternehmen*
s.a. *Güterverkehr*
s.a. *Öffentlicher Personenverkehr*
s.a. *Taxigewerbe*
s.a. *Verkehrsverbund*

Möglichkeiten zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in BW - Fortführung des Pauschalierungsvertrags für die Ausgleichsleistung nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Ausgestaltung und Zeitperspektive einer Nachfolgeregelung; Gewichtung der Interessen der Fahrgäste nach günstigen Fahrpreisen im Ausbildungsverkehr, der Omnibusunternehmen nach Planungssicherheit durch einen mehrjährigen Vertrag und der Abrechnungsstellen nach Verwaltungsvereinfachung; Ermöglichung einer einheitlichen Kinderaltersgrenze bei allen Verkehrsverbänden, der kostenlosen Fahrradmitnahme auch in Bussen, der Einführung von Übergangstarifen zwischen Verkehrsverbänden u.a.

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/421

Pünktlichkeit im Schienenpersonennahverkehr in BW

Entwicklung der Pünktlichkeit und Anschlussicherheit im regionalen Schienenverkehr seit der Einführung von Messstellen; Veröffentlichung von Daten zur Pünktlichkeit in der Hauptverkehrszeit, im Tagesdurchschnitt und im Jahresverlauf; Maßnahmen der Eisenbahnunternehmen und Nahverkehrsgesellschaft BW zur Verbesserung der Pünktlichkeit und Anschlussicherheit; Berücksichtigung dieser Zielvorgaben bei der Ausschreibung und Vergabe von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/475

Eigenwirtschaftliche Verkehre

Begründung der o.g. Definition von Busverkehren mit Ausgleichszahlungen für den Tarifaufgleich, für den Transport von Schülern, Auszubildenden und Schwerbehinderten; Zahl und Höhe der Förderung von solchen Omnibusunternehmen seit 2006; Frage nach Abweichungen bei der Zuweisung dieser Fördermittel gegenüber dem Planansatz

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 28.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/811

Förderung von Linienbussen

Stellenwert der o.g. Anschaffungsförderung im Bereich des ÖPNV, Höhe der jährlichen Mittelbereitstellung bis 2015, Schaffung von Planungssicherheit für die Busunternehmen im Land

KlAnfr

s. *Omnibusverkehr*

Drs 15/1136

Fortführung der Busförderung des Landes

Stellenwert des Busförderungsprogramms für die kleinen und mittelständischen Busunternehmen und den ÖPNV, Planung einer wesentlichen Absenkung der Grundförderung mit einer Neugestaltung des Förderprogramms, Festhalten an der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Umweltstandard EURO 6?

Antr

s. *Omnibusverkehr*

Drs 15/1180

Busförderprogramm mittelstandsfreundlich gestalten

Änderung der Busförderrichtlinie 2012: Übernahme der Bedingungen der Förderrichtlinie 2011, Gewährung der vollen Förderung auch für Fahrzeuge ab der Euro-5-Norm sowie der Zusatzförderung für Fahrzeuge mit Euro-6-Norm ab deren Serienverfügbarkeit, Unterrichtung des Verkehrsausschusses

Antr

s. *Omnibus*

Drs 15/1630

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste müssen höchste Priorität haben

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/1966

Bodenverkehrsdienste am Flughafen Stuttgart - sozialverträgliche Arbeitsbedingungen, Qualität und Sicherheit dauerhaft gewährleisten

Ablehnung einer weiteren Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch EU-Verordnung; Intervention gegen diese Pläne auf Bundes- und EU-Ebene

Antr

s. *Luftverkehr*

Drs 15/1996

Gelangensbestätigung

Darlegung der Bürokratiepflichten und Existenzrisiken für mittelständische Unternehmer sowie Speditions- und Logistikbetriebe durch die 2012 eingeführte Gelangensbestätigung für den innergemeinschaftlichen Handel zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug; Anweisungen des Bundesfinanzministers zur Um-

setzung des Instruments und Erfahrungen der nachgeordneten Finanzbehörden; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des freien Binnenmarkts; Änderungsvorschläge gegenüber dem BMF oder im Bundesrat

Antr

s. *Umsatzsteuer*

Drs 15/2085

EuroCombi: Verkehrsträger Straße weiterentwickeln

Höhe des Güterverkehrsaufkommens bei den einzelnen Verkehrsträgern; Beurteilung des bundesweiten Feldversuchs mit Lang-Lkws und der Beanspruchung von Straßen, Brücken, Parkplätzen und Kreisverkehren; Ausschluss von Nachteilen für hiesige Unternehmen durch die Nichtbeteiligung des Landes am Feldversuch

Antr

s. *Nutzkraftfahrzeug*

Drs 15/2132

Tachografenpflicht und jährliche Hauptuntersuchung

Gründe und Auswirkungen der Forderung des Europäischen Parlaments zum Einbau eines digitalen Fahrtenschreibers schon bei Fahrzeugen ab 2,8 Tonnen und einem Radius von 100 km, Hinwirkung auf Ausnahmeregelungen für mittelständische Unternehmen im ländlichen Bereich; Bewertung der von TÜV und DEKRA gebotenen Sicherheitsstandards im Vergleich zu den Überprüfungen in anderen EU-Ländern, Eintreten für eine europäische Harmonisierung der Standards für die Hauptuntersuchung

Antr

s. *Technische Überwachung*

Drs 15/2198

Tarifreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in BW (Landestarifreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Informationspflichten beim Betreiberwechsel im öffentlichen Personenverkehr

GesEntw

s. *Tariflohn*

Drs 15/2742

Rolle des Beratungsunternehmens K. GmbH bei der Vorbereitung der Vergabe von Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Leistungen

Beauftragung, Rolle und erbrachte Leistungen des Beratungsunternehmens KCW GmbH bei der Durchführung und Vorbereitung von Ausschreibungen von Schienenpersonennahverkehrsverträgen in BW; Nichtbeauftragung der Nahverkehrsgesellschaft BW (NVBW)

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/3952

Die Reform der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), insbes die Mittelverteilung gemäß § 45a Personbeförderungsgesetz - verschoben?

Gründe für die Finanzierungsreform; Beteiligungsverfahren zur Modellfindung; Vergleich der Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung mit dem bisherigen Modell; Anwendung des Reform-Modells in anderen Bundesländern; Berücksichtigung der Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehre; Qualität und Vollständigkeit der den neuen Verteilungsschlüssel bestimmenden Faktoren; Einhaltung des Konnexitätsprinzips; Aufwendung von Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich; Inkrafttreten der

ÖPNV-Reform und Bereitstellung zusätzlicher Mittel; voraussichtliche finanzielle Einbußen bei Verkehrsunternehmen und LKreisen

Antr
s. *Öffentlicher Personennahverkehr*
Drs 15/5077

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in Deutschland
Bewertung des großen Verkehrsvertrags BW aus dem Jahr 2003 im Vergleich zu den anderen SPNV-Verträgen in Deutschland

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5315

Kompetenzüberschreitungen des Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. des landeseigenen Verkehrsbetriebs SWEG

Art der dem Aufsichtsratsvorsitzenden W.R. angelasteten Verstöße; Ausscheiden und Neubesetzung des technischen Vorstands; Forderung nach Einsichtnahme in das Gutachten des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft über die Vorgänge innerhalb der SWEG

Antr
s. *Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft*
Drs 15/7665

Beurteilung des Verlangens der landeseigenen Nahverkehrsgesellschaft zur Neudefinition des Begriffs „gute Betriebsqualität“ beim Projekt Stuttgart 21

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 352 361 362

Aufbau eines Controllings bei der Nahverkehrsgesellschaft

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1750-1752 1755

Verkehrszählung

s. *Verkehrsstatistik*

Verkehrszeichen

Unterhaltung von Wanderwegen

Bedeutung des Wanderns für den Tourismus, die Gesundheitsprävention und die Freizeitgestaltung; Zuständigkeit für den Unterhalt und die Beschilderung von Wanderstrecken; vorhandene Förderprogramme; Unterstützung der Wandervereine beim Wegeunterhalt und der Beschilderung; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für den Langsamverkehr beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Antr
s. *Wanderweg*
Drs 15/2691

Richtzeichen für Elektrotankstellen

Einführung eines Richtzeichens Elektrotankstelle nach § 42 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO); Einbringung einer entsprechenden Initiative im Bundesrat

KlAnfr Hans-Peter Storz SPD 28.11.2012 und Antw MVI
Drs 15/2751

Erforderlichkeit von Verkehrszeichen im Straßenverkehr

Turnus der amtlichen Überprüfung von Verkehrszeichen; Möglichkeiten der Bürger zum Anstoß einer Überprüfung; Durchführung von Verkehrsschauen durch die Stadt- und LKreise; Verwaltung des Verkehrszeichenbestands; Überforderung der

Verkehrsteilnehmer durch „Überbeschilderung“; Steigerung der Wirtschaftlichkeit

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 21.11.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4368
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 12.02.2014 Drs 15/4949 S. 28
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Zusatzanzeigen an den Streckenbeeinflussungsanlagen an der A 8 und A 81

Hintergründe zur Installation der zusätzlichen Textanzeigen an den Streckenbeeinflussungsanlagen an der A 8 und A 81, insbes Veranlasser, Notwendigkeit und Kosten

Antr Thaddäus Kunzmann u.a. CDU 19.11.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/6146
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.01.2015 Drs 15/6496 S. 54 55
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Straßenverkehrsrechtliche Zusatzzeichen nach Landesrecht in BW

Sachstand zu straßenverkehrsrechtlichen Zusatzzeichen nach baden-württembergischem Landesrecht, insbes Veröffentlichung bzw Bekanntgabe, Bindungswirkung für die Verkehrsteilnehmer

KlAnfr Nicole Razavi CDU 25.02.2015 und Antw MVI Drs 15/6526

Verkürzung der Arbeitszeit

s. *Arbeitszeitverkürzung*

Verlag

s.a. *Buchhandel*

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spysoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Software*
Drs 15/860

Digitale Unterrichtsmaterialien, Digitalisate und Open Content

Bewertung der Kritik am bisher geltenden Pauschalvertrag zwischen Bundesländern und Schulbuchverlagen; Höhe der Zahlungen an die Verlage für Unterrichtsmaterialien und Schulbuchauszüge, für Schulbücher, Lernsoftware u.a.; Unterstützung von Open Content u.a. Formen der lizenzfreien, digitalen Zugänglichmachung von Unterrichtsmaterialien an den Schulen

Antr
s. *Lehr- und Lernmittel*
Drs 15/1772

Zukunft des Urheberrechts - Situation der Schriftsteller in BW

Tätigkeitsbereiche sowie kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der haupt- und nebenberuflichen Schriftstellerinnen und Schriftsteller; Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung auf Schriftsteller, Verlage und Buchhandlungen; dadurch be-

dingte Veränderungen im Verhältnis zwischen Urheber, Verwerter und Nutzer; Haltung zur geplanten Novellierung des Urheberrechts der BReg und zu Modellen wie „Kulturflatrate“ oder „Kulturwertmark“

Antr
s. *Urheberrecht*
Drs 15/2129

Bildungsunternehmen in BW

Bildungs- und Schulkonzept der Klett Gruppe für die privat betriebene Galileo Grundschule und Anerkennung als förderungswürdige Privatschule; zusätzlicher Bedarf für dieses Schulkonzept in BW; Zusammenarbeit der Galileo Grundschule mit einer Kindertagesstätte; Eröffnung eigener Privatschulen durch Verlage und andere Bildungsunternehmen und Nutzen für die Bildungslandschaft

Antr
s. *Privatschule*
Drs 15/2940

Aktionsplan „Akzeptanz & gleiche Rechte BW“

Sachstand zur Verankerung des Themas „sexuelle Vielfalt“ in Schulbüchern, insbes vorgesehene Schulstufen und Fächer, Definition der Begrifflichkeit „gesellschaftliche Realität“, Konsequenzen für „sich weigernde“ Schulbuchverlage, Auswirkung des Vertrags zwischen dem Land und dem „Netzwerk LSBTTIQ“, Bevorzugung der Gruppierung der LSBTTIQ gegenüber anderen Minderheiten

Antr
s. *Lehr- und Lernmittel*
Drs 15/7293

Verfassungsrechtlich bedenkliche Verlage im Kreis Tübingen

Sachstand zur Beobachtung von Verlagen und Buchversandhäusern im Kreis Tübingen mit rechtsextremistischer und antisemitischer Literatur durch den Verfassungsschutz, insbes beim K.-Verlag und dem Grabert-Verlag

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 02.10.2015 und Antw IM Drs 15/7467

Verletzter

s. *Verletzung*

Verletzung

s.a. *Krankheit*

Situation des Katastrophenschutzes in BW

Umsetzung der Konzeption zur Bewältigung eines Massenfalls von Verletzten und Erkrankten

GrAnfr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/603

Herausforderungen durch Fotovoltaik für die Feuerwehr

Angaben über besondere Vorsichtsmaßnahmen der Feuerwehr an Gebäuden mit Fotovoltaik-Anlagen und dadurch bedingte Verzögerung der Löscharbeiten; Anzahl der aufgrund nicht entdeckter Fotovoltaik-Anlagen verletzten Feuerwehrleute seit 2007; Erwägung einer Kennzeichnungspflicht für Gebäude

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 15/2307

Feststellung einer zunehmenden Zahl von verletzten Polizeibeamten im Zusammenhang mit Stuttgart 21 und dem Bundesligafußball

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 413 421

Rückgang der Zahl von Verletzten im Straßenverkehr, insbes auf Autobahnen; Bezeichnung des Konzepts „Vision Zero“ als Leitbild der neuen LReg

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 665-669

Zunahme der Zahl von verletzten Zuschauern und Polizeibeamten bei Fußballspielen

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2053 2058-2061

Verlust

Finanzierung der stationären Palliativversorgung im Hospiz

Neue Erkenntnisse zur finanziellen Lage der Hospize; Hintergrund der unterschiedlichen Höhe der Tagessätze für stationäre Palliativversorgung in den Bundesländern; Reduzierung der Unterdeckung der stationären Palliativversorgung auf den zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Eigenanteil der Hospize von zehn Prozent

Antr
s. *Hospiz*
Drs 15/5588

Vermessungs- und Katasterverwaltung

Open Data für Geobasisdaten der baden-württembergischen Vermessungsverwaltung

Bedeutung und Freigabe amtlicher Geobasisdaten im Sinne des Open-Data-Prinzips, insbes Datenform, Datenstruktur, Unentgeltlichkeit, Umfang, Lizenzierung und Konsequenzen der Freigabemachung; Nutzung ehrenamtlich gesammelter Geodaten durch das Land BW; Freigabepaxis anderer Bundesländer bei Geobasisdaten

Antr
s. *Geoinformation*
Drs 15/2893

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung BW (LGL) - Schließung des Standorts Karlsruhe

Aufwendungen, Einsparpotenziale und Auswirkungen der Zentralisierung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (LGL) durch Schließung des Standorts Karlsruhe, insbes geplante Aufgabenveränderung beim LGL, Planung der Stellenentwicklung, Ergebnis der Kosten-Nutzen-Analyse für den Standort Karlsruhe, Standorterhalt durch Veränderung von Aufgaben und Bündelung von Kompetenzen

Antr
s. *Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg*
Drs 15/4070

Vermessungsgebühren

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 14/3743, 14/2104, 14/3500 betr. Vermessungsgebühren und 14/4105 betr. Vermessungswesen

Petitionen
s. *Vermessungswesen*
Drs 15/58

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/2789 betr. Flurbereinigung, Vermessungskosten

Petitionen
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/4185

Vermessungswesen

s.a. *Vermessungsgebühren*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 14/3743, 14/2104, 14/3500 betr. Vermessungsgebühren und 14/4105 betr. Vermessungswesen

BeschlEmpf und Bericht PetA 30.06.2011 Drs 15/58 Nr. 1 S. 2 3, Nr. 3-5 S. 5-12
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 242
Mittlg LReg 30.08.2011 Drs 15/483

Vermieter

s.a. *Mieter*

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Scheitern des o.g. GesEntw im Bundesrat: Auswirkungen auf den Klimaschutz, das Handwerk und die Bürger; Position zur Aufteilung der Kosten einer Energiesparinvestition zwischen Vermieter und Mieter sowie der Steuerausfälle zwischen Bund und Ländern; Hinwirkung auf eine Konsenslösung im Falle der Behandlung des GesEntw im Vermittlungsausschuss

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/458

Künftige Wohnungspolitik

Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Vermögen

s.a. *Einkommen*
s.a. *Kapital*
s.a. *Öffentliches Vermögen*
s.a. *Vermögensteuer*

Armut- und Reichtumsberichterstattung auch in BW einführen
Entwicklung eines o.g. Konzepts, Verbindung der Berichterstattung mit einem breiten Diskussionsprozess mit den Kirchen, Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft; Anknüpfung an vorliegende Definitionen und Vereinbarungen aus der Berichterstattung des Bundes und der EU; Hervorhebung von Kinder- und Altersarmut sowie der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Armutsgefährdung

Antr
s. *Armut*
Drs 15/1070

Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften

Änderung des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes und der Vollstreckungskostenordnung, Anpassung an das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, Verbesserung der Erlangung von Informationen über die Vermögensverhältnisse des Vollstreckungsschuldners im Wege der Selbstauskunft, Aufnahme des Vermögensverzeichnisses in einer Justizdatenbank, Neukonzeption des Schuldnerverzeichnisses, Einführung einer Gebühr für die Abnahme der Vermögensauskunft

GesEntw
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/2404

Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts für BW, Beklagung eines zunehmenden Unterschieds zwischen Arm und Reich
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 910 911

Ablehnung einer Besteuerung von Betriebsvermögen, Plädoyer für eine stärkere Belastung großer Vermögen
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2277 2279-2285

Vermögen der öffentlichen Hand

s. *Öffentliches Vermögen*

Vermögen und Bau Baden-Württemberg

Verwaltung der Landesimmobilien durch den Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis

Anzahl der vom Landesbetrieb Vermögen und Bau BW im Enzkreis zu betreuenden Immobilien; Duldung der Errichtung eines Auslassbauwerks am Seehaus-See in Pforzheim im Sommer 2013; Gefährdung von Spaziergängern und Kindern durch das ohne Genehmigung errichtete Auslassbauwerk; Schädigung des Ökosystems des Sees; Ausbleiben einer Reaktion des Landesbetriebs auf die Forderung des Angelsportvereins Pforzheim nach Entfernung des ungenehmigten Wehrs

KlAnfr
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/4759

Vermögensberatung

s. *Anlageberatung*

Vermögensbesteuerung

s. *Vermögensteuer*

Vermögensdelikt

Kriminalitätsbelastung entlang Bundesautobahnen in BW

Statistiken zur Kriminalität in den Gemeinden entlang der Bundesautobahnen in BW, insbes zu Wohnungseinbrüchen, weiteren Deliktformen sowie Delikten auf Autobahnparkplätzen; Erkenntnisse zur gestiegenen Kriminalitätsbelastung an Autobahnen, insbes durch die Nähe zur Bundesgrenze, durch Nutzung als Schleuser-Routen sowie im Hinblick auf organisierte Kriminalität; Maßnahmen der LReg zur Prävention und Aufklärung dieser Delikte, insbes Möglichkeiten und Personalausstattung der Autobahnpolizei

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 29.04.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3436
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2013 Drs 15/4040 S. 36 37
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Polizeieinsätze in und um Erstaufnahmestellen und der Umgang mit diesen

Sachstand zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Strafverfolgung im Umkreis von 20 km um die Landeserstaufnahmestellen, insbes Zuständigkeiten bei der Polizei, Einsatzzahlen, Ausmaß der Eigentums- oder Körperverletzungsdelikte sowie politisch motivierter Straftaten

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7305

Vermögensstraftat

s. *Vermögensdelikt*

Vermögenssteuer

Steuerabkommen mit der Schweiz

Einschätzung der Vermögenssummen von Landesbürgern auf Schweizer Bankkonten und der Steuereinnahmen nach Inkrafttreten des o.g. Abkommens; Gründe und Auswirkungen der Ablehnung des Ratifizierungsgesetzes im BRat; strafrechtliche Beurteilung der Erstellung, Weitergabe und des Erwerbs von Steuer-CDs; Frage nach unverzichtbaren Vertragsbestandteilen eines Steuerabkommens mit der Schweiz sowie nach Bestrebungen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Antr
s. *Internationales Abkommen*
Drs 15/765

Erhebung der Vermögenssteuer und weitere steuerpolitische Vorhaben der grün-roten LReg

Erarbeitung von Modellen und Vorbereitungen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer im MFW; Frage nach einem Einvernehmen innerhalb der Regierung und einer Abstimmung mit anderen BLändern, insbes auch zu einer Verschärfung der Erbschaftsteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer

Antr
s. *Steuerpolitik*
Drs 15/1794

Vorschlag einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 681 682

Bemühungen um die Zuständigkeit der Länder für die Vermögenssteuer

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 806

Vermögensverzeichnis

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“

vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 15/3210

Vernetzungsstelle Schulverpflegung

s. *Verpflegung*

Veröffentlichung

s.a. *Amtsblatt*
s.a. *Elektronische Publikation*
s.a. *Literatur*
s.a. *Öffentlichkeitsarbeit*
s.a. *Presse*
s.a. *Publizitätspflicht*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Die elektronische Veröffentlichung des Amtsblatts der Europäischen Union
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/69

Strategische Umweltprüfung iRd Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bewertung der grafischen Gestaltung und Lesbarkeit der Zeitungsanzeigen zur Konsultation der Öffentlichkeit zu Artikel 2 des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes zur Aufhebung der Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen, Vereinbarkeit mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz und den Gestaltungsrichtlinien des Landes

KlAnfr
s. *Landesplanung*
Drs 15/1016

Kultusministerkonferenz - Zensur der Pisa-Daten?

Gründe und verantwortliche Länder für das Wissenschaftlern auferlegte Verbot einer Veröffentlichung bestimmter Pisa-Daten, Verhinderung einer Identifikation einzelner Bundesländer bzw der Verdeutlichung des schlechten Abschneidens von Ländern mit Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen, Darlegung der Ergebnisse des Landes bei den neuen Ländervergleichen in den bisher zugänglichen Daten von 2009; Eintreten in der KMK für eine flächendeckende und freie Erforschung der Pisa-Daten

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 15/1455

Benennung der designierten Polizeipräsidenten nach Umsetzung der geplanten Polizeistrukturreform

Auflistung der o.g. Führungskräfte mit Bild in der Stuttgarter Zeitung und Onlineausgabe vor der Einleitung eines parlamentarischen Verfahrens: Bewertung vor dem Hintergrund einer „Politik des Gehörtwerdens“ und aus rechtlichen Gründen, Frage nach einer Positionierung gegen die Veröffentlichung sowie nach der verlangten beruflichen Qualifikation für die Leitung eines Polizeipräsidiums

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/1669

Transparenz im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr
Verbesserung der Transparenz der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen; Vorlage eines Zeitplans zu den gestaffelten Vergaben der neuen Verträge im Zuge des Auslaufens des großen Verkehrsvertrags 2016; Veröffentlichung der künftigen Verträge im Internet mit Daten zur Pünktlichkeit, Auslastung oder Ergebnissen von Qualitätserhebungen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2107

Veröffentlichungspflicht

s. *Publizitätspflicht*

Verordnung der EU

s.a. *Rechtsvorschrift*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Fluorierte Treibhausgase

Mittlg LReg
s. *Fluorkohlenwasserstoff*
Drs 15/2761

Neue EU-Medizinprodukte-Verordnung
Entwurf der Europäischen Kommission für eine neue EU-Medizinprodukte-Verordnung, insbes erwartete Auswirkungen für die Medizinproduktehersteller in BW und Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

KlAnfr
s. *Medizinprodukt*
Drs 15/3062

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Marktüberwachung von Produkten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3200

Allergene Duftstoffe in Kosmetikprodukten
Ergebnisse der 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Risikoanalyse des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) zu allergenen Duftstoffen in Kosmetikprodukten (Opinion on fragrance allergens in cosmetic products, SCCS/1459/11); Existenzgefährdung der Naturkosmetik-Hersteller in BW durch die geplante Novellierung der EU-Kosmetikverordnung

KlAnfr
s. *Duftstoff*
Drs 15/3259

Auswirkungen der europäischen REACH-Verordnung
Ziele, Umsetzung und Auswirkungen der EU-Chemikalienverordnung REACH in BW, insbes erreichtes Schutzniveau, Nutzung von Verbraucherrechten, wirtschaftliche Folgen für Unternehmen und Betriebe sowie Anzahl der

Verstöße; notwendige Veränderungen bei einer Fortschreibung der Verordnung

Antr
s. *REACH-System*
Drs 15/3339

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3977

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und einen einheitlichen Bankenabwicklungsfonds

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3997

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
„Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4012

EU-Recht für Schädlingsbekämpfungsmittel
Ziele der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 über Biozidprodukte; Auswirkungen der Biozid-Verordnung auf den Chemiestandort BW und die von der Chemieindustrie abhängigen Arbeitsplätze; Vorteile für die Hersteller; Beachtung von Umwelt- und Verbraucherschutz; Rückgang der Tierversuche; EU-Institution zur Prüfung der Zulassungsanträge; Abwicklung von Zulassungen über nationale Behörden; Information der Öffentlichkeit über die Zulassung von Biozid-Produkten

Antr
s. *Biozid*
Drs 15/4084

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2 Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KlAnfr
s. *Rind*
Drs 15/4121

Zulassungsverfahren von Medizinprodukten

Angabe der Prüfstellen zur Zertifizierung von Medizinprodukten nach der EU-Medizinprodukte-Verordnung in BW; Kontrolle der Benennung und Überwachung der „benannten Stellen“ nach EU-einheitlichen Kriterien; Sicherung ihrer Zuverlässigkeit und Fachkompetenz; Nutzung der Kompetenzen medizinischer Fachgesellschaften im Zulassungsverfahren für Medizinprodukte; bürokratischer und finanzieller Aufwand für die Zulassung von Medizinprodukten

Antr

s. *Medizinprodukt*

Drs 15/4354

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4454

Landwirtschaftliche Direktvermarktung in BW

Auswirkungen veränderter EU-Vorschriften für die Kennzeichnung von Lebensmitteln auf die landwirtschaftlichen Direktvermarkter in BW

Antr

s. *Landwirtschaftliche Direktvermarktung*

Drs 15/4501

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Verordnung über neuartige Lebensmittel

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4597

Medizintechnik in BW im Lichte der verschärften Regelungen der EU-Kommission

Stellenwert der Medizintechnik-Unternehmen und ihrer Innovationskraft für den Wirtschaftsstandort BW; Anzahl der von der Medizintechnik abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der Verschärfung der Zulassung von Medizinprodukten sowie der Überwachung der Produktion; zusätzlicher Arbeitsaufwand für die kleinen und mittleren Unternehmen der Medizintechnik-Branche durch die Vorgaben der EU; Durchführung klinischer Studien; Marktüberwachung; Einbringung der Landesinteressen auf EU-Ebene

Antr

s. *Medizinprodukt*

Drs 15/4613

Auswirkungen der Revision der Lebensmittelkontrollverordnung auf Handwerk und Mittelstand

Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur LebensmittelkontrollVO; Beurteilung der dort gemachten Vorschläge zur Finanzierung der Lebensmittelkontrolle über Gebühren, zu einer transparenten Informationspolitik und zur Hinterlegung einer Zweitprobe; zahlenmäßiges Verhältnis der Lebensmittelkontrollleure zu den zu kontrollierenden Betrieben in BW; aktuelle Kontrollintervalle; Festschreibung einer zeitnahen Nachkontrolle in der LebensmittelkontrollVO; Ausgleich der Interessen der Verbraucher und der der kleinen und mittleren Unternehmen des

Lebensmittelhandwerks

KIAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 15/4737

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Strukturelle Maßnahmen zu Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4869

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/4887

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/5054

Erfüllung der strengeren Richtlinien für Landeplätze für Rettungshubschrauber im Rems-Murr-Kreis

Zahl der von der Schließung bedrohten Hubschrauberlandeplätze; Folgen für das Rettungswesen im Rems-Murr-Kreis; mögliche Abhilfe; Kosten einer Nachrüstung gemäß den EU-Vorgaben

KIAnfr

s. *Landeplatz*

Drs 15/5426

Situation des Fleischerhandwerks in BW

Zahl der selbstständigen Meisterbetriebe, Zahl der Beschäftigten und Umsatz dieser Betriebe; Betriebe mit nur einer Filiale sowie mit mehr als einer Filiale; Verkaufsstände von Fleischerfachgeschäften in Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften; Absatz vorverpackter Fleisch- und Wurstwaren; Nachfrage nach Fleisch- und Wurstwaren aus regionaler Viehhaltung; Entwicklung der Preise für Fleisch und Fleischprodukte; Fördermöglichkeiten für selbstständige Meisterbetriebe; Ausräumung bürokratischer Erschwernisse, insbes bei der Umsetzung des EU-Hygienerechts; Zielvorstellungen für die weitere Entwicklung des Fleischerhandwerks

Antr

s. *Fleischerei*

Drs 15/5506

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
VO in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5670

Was sagt uns das Etikett auf den Weinflaschen?

Überblick über die aktuellen Vorschriften der EU-Weinregelungen für die Etikettierung von Weinflaschen

KlAnfr
s. *Wein*
Drs 15/5766

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5891

Kontrollen in der Bio-Landwirtschaft

Art der für den ökologischen Landbau genutzten Siegel; Art der in zertifizierten Bio-Landwirtschaftsbetrieben erforderlichen Kontrollen; Umfang der Routine-, Zusatz- und Stichprobenkontrollen in den vergangenen fünf Jahren; Kontrollen entsprechend der EU-Richtlinien und der Verbandszugehörigkeit; Verringerung des durch die Kontrollen entstehenden Verwaltungsaufwands durch Bündelung der Kontrolltermine sowie durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik; Veränderungen durch die Revision der EU-Ökoverordnung

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/5985

Zukunftsaussichten des Medizintechnikclusters Tuttlingen

Konsequenzen der Novelle zur europäischen Medizinprodukteverordnung für Medizintechnikhersteller im Raum Tuttlingen, insbes Verfügbarkeit kleiner Sortimente, Innovationszyklen

KlAnfr
s. *Medizintechnik*
Drs 15/6282

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6497

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der Europäischen Union betreffend die Richtlinie zur Beschränkung oder Untersagung des Anbaus von GVO in den Mitgliedstaaten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6954

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7471

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7472

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7764

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen und im deutschen Recht in Bezug auf Bauprodukte; Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen

Mittlg LReg
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7803

Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik Zustimmung zum 3. DIBt-Änderungsabkommen; Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen in Bezug auf Bauprodukte; Aufnahme einer Öffnungsklausel in das DIBt-Abkommen zur Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern; Anpassung weiterer Vorschriften in Bezug auf das DIBt an die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen

GesEntw
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7931

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Einlagenversicherungssystem*

Mittlg LReg
*s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-
Angelegenheiten*
Drs 15/7956

*Zucht- und Haltungsverbot gebietsfremder invasiver Tierarten in
Zoologischen Gärten gemäß der Verordnung Nr. 1143/2014 des
Europäischen Parlaments und des Rates über die Prävention und
das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver ge-
bietsfremder Arten*

Einschränkung der Zoologischen Gärten durch die EU-
Verordnung; betroffene Tierarten; Beurteilung der Artenauswahl
der Unionsliste; Beantragung einer Ausnahmeregelung für Zoos

KlAnfr
s. Tierhaltung
Drs 15/8087

**Verordnung der Landesregierung über die Arbeitszeit,
den Urlaub, den Mutterschutz, die Elternzeit..**

s. Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung

**Verordnung der Landesregierung über die Nebentä-
tigkeiten der Beamten und Richter**

s. Landesnebenständigkeitsverordnung

**Verordnung der Landesregierung zur Übertragung
von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege**

s. Subdelegationsverordnung Justiz

**Verordnung der LReg über die Arbeitszeit, den Ur-
laub, den Mutterschutz, die Elternzeit...**

s. Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung

**Verordnung der LReg über die Arbeitszeit der beam-
teten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW**

*Entwurf einer VO über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte
an öffentlichen Schulen in BW (Lehrkräfte-ArbeitszeitVO)*

Übernahme der bisherigen Regelstundenmaße der Lehrkräfte an
öffentlichen Schulen, Unterrichtsverpflichtung der Schulleiter,
Regelung zur Alters- und Schwerbehindertenermäßigung und
den drei unterrichtsfreien Tagen; Neufassung der Altersermäßi-
gung; Neuregelung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung
der Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen

Mittlg LReg
s. Lehrer
Drs 15/5183

*Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Vor-
schriften*

Änderung von § 2 der Verordnung der LReg über die Arbeitszeit
der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in BW in der
Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. Inklusion
Drs 15/6963

*Entwurf der Verordnung der LReg zur Änderung der Verordnung
über die Arbeitszeit der beamteten Lehrkräfte an öffentlichen
Schulen in BW*

Erhöhung der Leitungszeit für Schulleiter von Schulen mit we-
niger als acht Klassen auf zehn Wochenstunden; Neudefinition
der „kleinen Schule“ von bisher „weniger als sieben Klassen“
auf künftig „weniger als acht Klassen“

Mittlg LReg 19.01.2016 Drs 15/7955
PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8857
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.01.2016 Drs 15/8024
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

**Verordnung der LReg über die Ausbildung und Prü-
fung von amtlichen Fachassistenten**

*s. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für amtliche
Fachassistenten*

**Verordnung des IM über die Ausbildung und Prüfung
für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst**

*s. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen
feuerwehrtechnischen Dienst*

**Verordnung des IM über die Ausbildung und Prüfung
für den gehobenen Verwaltungsdienst**

*s. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen
Verwaltungsdienst*

**Verordnung des IM über die Ausbildung und Prüfung
für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst**

*s. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren
feuerwehrtechnischen Dienst*

**Verordnung des IM über die Ausbildung und Prüfung
für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst**

*s. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren
feuerwehrtechnischen Dienst*

**Verordnung des IM über die Ausbildung und Prüfung
für den mittleren Verwaltungsdienst**

*s. Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren
Verwaltungsdienst*

**Verordnung des Innenministeriums et al. über die Re-
gelung beamtenrechtlicher Zuständigkeiten**

s. Beamtenrechtszuständigkeitsverordnung

**Verordnung des Innenministeriums über bestimmte
Geschäfte der Sparkassen**

s. Sparkassengeschäftsverordnung

**Verordnung des Innenministeriums über die Kassen-
führung der Gemeinden**

s. Gemeindekassenverordnung

Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Gemeindeordnung

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 1 und 8 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Gemeindeordnung in der Fassung vom 14. Oktober 2008

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Landkreisordnung

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Änderung von § 1 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Landkreisordnung in der Fassung vom 11. Dezember 2000

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Landtagswahlgesetzes

s. *Landeswahlordnung*

Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personenstandsgesetzes

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindegewirtschaftsrecht)

Änderung von § 9 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Personenstandsgesetzes in der Fassung vom 10. Juni 2013

GesEntw
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7610

Verordnung des IntM über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen...

s. *Gebührenverordnung IntM*

Verordnung des JM über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Gerichtsvollzieher

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Gerichtsvollzieherdienst*

Verordnung des Justizministeriums über die Ausbildung und Prüfung der Juristen

s. *Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung*

Verordnung des Justizministeriums über die Ausbildung und Prüfung der Rechtspfleger

Drittes Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz - 3. HRÄG)

Änderung von § 2 der Verordnung des Justizministeriums über die Ausbildung und Prüfung der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der Fassung vom 27. Juli 2011

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 15/4684

Verordnung des Justizministeriums zur Übertragung richterlicher Aufgaben

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Änderung der §§ 3 bis 5 der Verordnung des Justizministeriums zur Übertragung richterlicher Aufgaben in der Fassung vom 10. April 2014

GesEntw
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 15/6471

Verordnung des KM über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Fachlehrers an Sonderschulen

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Verordnung des KM über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahnen des Fachlehrers und des Technischen Lehrers an Sonderschulen in der Fassung vom 16. November 2012

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Verordnung des KM über die Ausbildung und Prüfung von Fachlehrkräften für musisch-technische Fächer

Gesetz zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in BW

Änderung von § 1 der Verordnung des KM über die Ausbildung und Prüfung von Fachlehrkräften für musisch-technische Fächer an Pädagogischen Fachseminaren in der Fassung vom 17. November 2009

GesEntw
s. *Chancengleichheit*
Drs 15/7555

Verordnung des KM zur Übertragung von Zuständigkeiten nach dem LBeamtengesetz u.a. im Kultusressort

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften

Änderung von § 1 der Verordnung des KM zur Übertragung von Zuständigkeiten nach dem Landesbeamtengesetz, nach dem Landesreisekostengesetz, der Landestrennungsgeldverordnung und dem Landesdisziplargesetz im Kultusressort in der Fassung vom 5. Juni 2014

GesEntw
s. *Beamtenrecht*
Drs 15/7552

Verordnung des Kultusministeriums über die Ausbildung und Prüfung an den Fachschulen für Sozialpädagogen

s. *Erzieherverordnung*

Verordnung des Kultusministeriums für Elternvertretungen und Pflegschaften an öffentlichen Schulen

s. *Elternbeiratsverordnung*

Verordnung des Kultusministeriums für Schulkonferenzen an öffentlichen Schulen

s. *Schulkonferenzordnung*

Verordnung des Kultusministeriums über die Prüfung für Übersetzer und Dolmetscher

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LANGBW)
Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw
s. *Berufliche Qualifikation*
Drs 15/4325

Verordnung des MFW zur Durchführung des § 48 Abs 6 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes

s. *Heilverfahrensverordnung Baden-Württemberg*

Verordnung des Ministeriums für Arbeit und Soziales über die Ausbildung und Prüfung an staatlich ..

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung Gesundheits- und Krankenpflegehilfe*

Verordnung des MLR über die Ausbildung und Prüfung von Lebensmittelkontrolleuren

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure*

Verordnung des MVI über die Ausbildung und Prüfung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst*

Verordnung des MVI über die Ausbildung und Prüfung für den Straßenmeisterdienst

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung Straßenmeisterdienst*

Verordnung des MWK zur Ersetzung des Einvernehmens nach § 3 des Qualitätssicherungsgesetzes

s. *Einvernehmensersatzverordnung*

Verordnung des SM über die Ausbildung und Prüfung an Berufsfachschulen für Arbeitserziehung

s. *Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Arbeitserziehung*

Verordnung des SM über die Ausbildung und Prüfung in der Heilerziehungsassistenten

s. *Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Heilerziehungsassistenten*

Verordnung des Sozialministeriums über die Weiterbildung in den Berufen Altenpflege, Heilerziehung.

s. *Weiterbildungsverordnung - Gerontopsychiatrie*

Verordnung des Sozialministeriums über die Weiterbildung in den Berufen der Krankenpflege, Kinder..

s. *Weiterbildungsverordnung - Onkologie*

Verordnung des Sozialministeriums über die Weiterbildung in den Berufen der Krankenpflege und

s. *Weiterbildungsverordnung - Intensivpflege*

Verordnung des Sozialministeriums über die Weiterbildung in den Berufen der Krankenpflege und Kin..

s. *Weiterbildungsverordnung - Operationsdienst und Endoskopiedienst*

Verordnung des Sozialministeriums über die Weiterbildung in den Berufen der Krankenpflege und

s. *Weiterbildungsverordnung - Nephrologie*

Verordnung des Sozialministeriums über die Weiterbildung in den Pflegeberufen für die pflegerische .

s. *Weiterbildungsverordnung - Stationsleitung*

Verordnung des Sozialministeriums über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen

Verordnung des Sozialministeriums über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen (PErsVO)

Sachstand zu Änderungen an der Verordnung des Sozialministeriums über personelle Anforderungen für stationäre Einrichtungen, insbes Anhörungsergebnisse, Berücksichtigung von Änderungswünschen

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 08.10.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/7532

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.01.2016 Drs 15/8048 S. 67 68

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Verordnung des Wissenschaftsministeriums über den Zugang beruflich Qualifizierter zu einem Studium

s. *Berufstätigenhochschulzugangsverordnung*

Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze*s. Anreizregulierungsverordnung***Verordnung über die Güterprüfung und Bezahlung der Anlieferungsmilch***s. Milch-Güterverordnung***Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen***Auswirkungen der zweiten Grenzwert-Stufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche**Sachstand zur Sanierungspflicht von Einzelraumfeuerungsanlagen; Auswirkungen der zum 1. Januar 2015 in Kraft tretenden zweiten Grenzwert- und Nachweispflichtstufe der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen auf die Energieholzbranche**Antr**s. Feuerungsanlage**Drs 15/6212***Verordnung über Medizinprodukte***s. Medizinprodukte-Verordnung***Verordnung über Spielgeräte und andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit***s. Spielverordnung***Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Viehverkehr***s. Viehverkehrsverordnung***Verordnung zur Regelung des Verfahrens der Beschaffung einer Netzreserve ...***s. Reservekraftwerksverordnung***Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf das Deutsche Institut für Bautechnik***s. DIBt-Übertragungsverordnung***Verordnung (Medizin)***s. Ärztliche Verordnung***Verpachtung***s. Pacht***Verpackung***Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Änd u.a. der Abfallrahmenrichtlinie, der Verpackungsrichtlinie und der Deponierichtlinie**Mittlg LReg**s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-**Angelegenheiten**Drs 15/5572**Neue Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A
Beurteilung und Konsequenzen aus der neuen Risikobewertung der chemischen Verbindung Bisphenol A durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), insbes Bewertung des seit dem 1. Januar 2015 in Frankreich geltenden generellen Verbots von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen**KlAnfr**s. Gesundheitsschädlicher Stoff**Drs 15/6597**Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Das EU-Kreislaufwirtschaftspaket**Mittlg LReg**s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**Drs 15/7960***Verpackungsmaterial***s. Verpackung***Verpackungsmittel***s. Verpackung***Verpflegung***s.a. Mensa**s.a. Schulverpflegung**Umsetzung des Schulfruchtprogramms**Umsetzung und Kofinanzierung des EU-Programms zur Förderung eines gesunden Ernährungsverhaltens mit Obst und Gemüse; Teilnehmerzahlen und Fördersummen im Schuljahr 2010/2011; Frage nach Verbesserungsvorschlägen**Antr**s. Schulverpflegung**Drs 15/175**Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen**Inanspruchnahme und Bezuschussung von Jugendwohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung, Vergleich mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel für das Schuljahr 2011/12; Entwicklung eines tragfähigen Konzepts im Dialog mit den Beteiligten unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquetekommission**Antr**s. Wohnheim**Drs 15/438**Haushalt 2012; Epl 04**Anhebung der Bezuschussung von Wohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung**Haushalt**s. Wohnheim**Drs 15/1104*

Nahrungsmittelqualität in Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen in BW

Nutzung von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen in den letzten zehn Jahren; Qualitätsbewusstsein bei Anbietern und Konsumenten von Gemeinschaftsverpflegung; Verwendung biologischer und regionaler Lebensmittel; Kriterien für eine ausgewogene und gesunde Gemeinschaftsverpflegung; Einhaltung und Kontrolle von Qualitätsstandards; ausgezeichnete Betriebsverpflegung in BW; Maßnahmen zur Steigerung der Nahrungsmittelqualität

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 29.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2765 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 83

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

„Veggie Day“ in BW?

Bevormundung des Verbrauchers durch die Einführung eines wöchentlichen „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen; an der Einführung beteiligte Ressorts; Zweck eines fleischlosen Tags; Erreichung desselben Zwecks auf anderen Wegen als dem verpflichtenden Angebot fleischloser Gerichte; Entschädigung der Pächter bei Umsatzeinbußen; Umfragen zur Akzeptanz eines „Veggie Day“ in öffentlichen Kantinen

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 12.08.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3929

BeschlEmpf und Bericht LandwA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 27

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Aufgabe der Verweisung auf die steuerrechtlich maßgebenden Sätze bei der Gewährung von Tagegeld zur Abgeltung der Mehraufwendung für Verpflegung; Beibehaltung der bisherigen Tagesgeldsätze

GesEntw

s. *Reisekosten*

Drs 15/4225

Angebot von vegetarischen Speisen in der Werkskantine von Daimler

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 424

Versammlungsfreiheit

s. *Versammlungsrecht*

Versammlungsgesetz

s. *Versammlungsrecht*

Versammlungsrecht

s.a. *Bannmeile*

s.a. *Demonstration*

Schutz der Bannmeile des Landtags

Zahl von Verletzungen der Bannmeile durch Versammlungen und Aufzüge seit 01.06.2010, Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen das Versammlungsges u.a. Rechtsverstöße, Bilanz der Anzeigen wegen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, Frage nach einer besonderen polizeilichen Einsatzkonzeption

Antr

s. *Bannmeile*

Drs 15/211

Verschlusssache

s.a. *Amtsgeheimnis*

s.a. *Vertraulichkeit*

Vergabeakte zum Rechtsgutachten öffentlich und transparent machen

Einsichtnahme in die Akte zur Vergabe eines Rechtsgutachtens durch das Integrationsministerium an eine Berliner Kanzlei zur Vorbereitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes (vgl. auch Anträge und Stellungnahmen zu Drucksachen 15/3973 und 15/4345), insbes umfassende Einstufung der Vergabeakte als geheimhaltungsbedürftig, Möglichkeit der Kenntlichmachung geheimhaltungsbedürftiger Aktenteile, zeitverzögerte Vorlage; mögliche Vorteile für den erfolgreichen Bieter durch unmittelbare Kontakte zur Integrationsministerin sowie Dokumentation dieser Kontakte

Antr

s. *Akteneinsicht*

Drs 15/4606

Information der Kanzlei Dr. K. über eine bevorstehende Vergabe Regeln für den Kontakt mit (potentiellen) Bietern vor Angebotsöffnung bzw Zuschlagserteilung bei einer freihändigen Vergabe; Mitteilung an den Rechtsanwalt K. über eine bevorstehende Aufforderung der später zum Zuge gekommenen Auftragnehmerin zur Angebotsabgabe; Anlass und Motivation der Integrationsministerin zu dieser Mitteilung; Spezifizierung der Angaben gegenüber dem Rechtsanwalt; Zusammenhang mit der Anforderung des Gutachtens; Prüfung von Konsequenzen für das Vergabeverfahren; Aufhebung bzw Begründung der Geheimhaltungsbedürftigkeit der dem Landtag vorliegenden Vergabeakte; Erleichterung einer öffentlichen Erörterung deren Inhalts

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 15/4821

Woher hat der Finanz- und Wirtschaftsminister umfassendes Insider-Wissen?

Herkunft seiner inhaltlichen Kenntnis der ausschließlich den Mitgliedern des EnBW-Untersuchungsausschusses zugänglichen Vernehmungsprotokolle der französischen Ermittlungsbehörden

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 10.03.2014 und Antw MFW Drs 15/4909

Verschreibung

s. *Ärztliche Verordnung*

Verschreibungspflichtiges Arzneimittel*Verschreibungspflicht der „Pille danach“*

Wirkungsweise von postkoitalen Kontrazeptiva (Pille danach), insbes auf der Basis von Levonorgestrel in Unterscheidung zum Wirkstoff Ulipristal; Einordnung durch den Deutschen Ethikrat; Zahl der Verordnungen für Levonorgestrel in BW; Bewertung der Empfehlung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Aufhebung der Verschreibungspflicht für Levonorgestrel sowie deren Nichtbeachtung durch den Bund; Erfahrungen aus anderen EU-Staaten und der Schweiz; Beratung durch Apotheker bei rezeptfreier Abgabe; Erschwerung des Zugangs zu diesem Notfallkontrazeptivum durch Ärzte bzw Apotheker aufgrund einer konservativen Sexualmoral; Werbung un-

ten der Bundesländern zur Aufhebung der Rezeptpflicht und Einbringung einer Bundesratsinitiative

Antr
s. *Verhütungsmittel*
Drs 15/2857

Verschuldung

s. *Schulden*

Verschuldung der Kommunen

s. *Kommunalverschuldung*

Verschwiegenheitspflicht

s. *Schweigepflicht*

Versehrtensport

s. *Behindertensport*

Versetzung in den Ruhestand

s.a. *Pensionsalter*

Versetzung der Ministerialdirektorin im Kultusministerium in den einstweiligen Ruhestand

Gründe für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand; Begründung des von Seiten der Ministerialdirektorin eingelegten Widerspruchs; geplante Reaktion auf den Widerspruch; weitere Fälle von Widersprüchen oder Klagen gegen Versetzungen von Ministerialdirektoren in den einstweiligen Ruhestand durch die aktuelle LReg

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.10.2013 und Antw KM Drs 15/4149

Vorzeitige Zurrücksetzung des Ministerialdirigenten F.

Angaben zur Datierung folgender Ereignisse: Beantragung des (Rest-)Urlaubs für das Jahr 2014 durch den Abteilungsleiter des Justizministeriums, Unterrichtung des Abteilungsleiters über seine Versetzung in den Ruhestand, Gesprächsaustausch des Abteilungsleiters mit dem Justizminister über Einzelhaft und Justizaufsicht

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 28.11.2014 und Antw JM Drs 15/6201

Gewalt gegen Polizeibeamte

Anzahl der pro Jahr auf Polizeibeamte verübten Angriffe seit 2011; Art der dadurch verursachten Verletzungen; Dienstausschluss, Dienstunfähigkeit und Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand; Situationen, in denen Polizisten besonders gefährdet sind; Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamten vor Übergriffen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 15/6227

Handlungsfähigkeit des Justizministers

Anlass, Absender und Adressaten der E-Mail vom 10. September 2014; Kenntnis des Justizministers von dem im September 2014 durch den zuständigen Territorialreferenten geforderten ergänzenden Bericht zur Dauer und zur Genehmigung der Einzelhaft; Einholung von Informationen über das Ergebnis der anlassbezogenen Nachschau durch den Justizminister; Einfluss der Sitzung des Ständigen Ausschusses am 9. Oktober 2014 auf die

Entscheidung des Ministers, eine zusätzliche Überprüfung der Einzelfälle einzurichten; Versetzung des Leiters der Justizvollzugsabteilung in den Ruhestand

KlAnfr
s. *Dienstaufsicht*
Drs 15/6355

Umsetzung der Notariatsreform in BW - weitere Fragen

Sozialverträglichkeit der Reform; Anzahl der von der Reform betroffenen Notare, die zum Stichtag 1. Januar 2018 das 60. Lebensjahr vollendet haben werden; Option der Versetzung von Notaren in den einstweiligen Ruhestand; Unterschied bei den Beförderungsmöglichkeiten für Amtsnotare des badischen Landesteils; berufliche Einsatzmöglichkeiten der im Landesdienst verbleibenden badischen Amtsnotare, insbes der Einsatz an Gerichten

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 15/7767

Versetzung von Beamten

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 5: Einstellung und Versetzung von Beamten nach Vollendung des 40. Lebensjahres

s. *Beamter*
Drs 15/234

Polizeireform: Auswirkungen der angekündigten Polizeireform auf die Bediensteten der Polizei

Stellenwert und Auswahlkriterien des „Interessenbekundungsverfahrens“ bei der Stellenbesetzung, Maßnahmen zum Ausgleich persönlicher Härten bei angezeigten Versetzungen und Neuverwendungen

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1408

Polizeireform: Auswirkungen fehlender Dienstpostenbewertungen auf künftige Personalverfügungen

Bestand nicht bewerteter Stellen in der Landesverwaltung; Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011; seine Geltung für die Frage der Versetzung von Beamten; Dienstpostenbewertung als Voraussetzung für eine amtsangemessene Beschäftigung; Bewertung bislang nicht bewerteter Stellen im Zuge der Polizeireform; Einrichtung gebündelter Dienstposten; Auswirkungen der Stellenbewertung auf die Beförderungspraxis bei der Polizei

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/3943

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen bei Schließung oder Änderung des Aufgabenbereiches von Einrichtungen des Justizvollzuges

Übernahme der reisenkosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Polizeistrukturreformgesetz für den Justizvollzug, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw
s. *Trennungsschädigung*
Drs 15/4117

Auswirkungen der Regionalen Schulentwicklung auf Haupt- und Werkrealschullehrkräfte

Versetzungen und berufliche Entwicklungsperspektiven für Lehrer an Haupt- oder Werkrealschulen; Ausbau berufsbegleitender Fortbildungsmöglichkeiten für Haupt- und Werkrealschullehrer

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5182

Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

Zahl der Planstellen im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen im Wahlkreis Waldshut eingesetzten Polizeibeamten; Interesse der Polizeibeamten an einer Versetzung oder einem anderen Fachgebiet; Präsenz der Kriminalpolizei im LKreis Waldshut; Fahrzeiten der Polizeibeamten zu Unfall- und Tatorten vor und nach der Polizeireform

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5390

Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform

Übernahme der reisekosten- und trennungsgeldrechtlichen Sondervorschriften aus dem Verwaltungsstrukturreformgesetz und dem Polizeistrukturreformgesetz für die Mitarbeiter der Grundbuchämter und Notariate im Landesdienst, insbes zeitlich befristetes Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung zur einfacheren Gewährung von Trennungsgeld in besonderen Härtefällen bei der Versetzung

GesEntw
s. *Trennungentschädigung*
Drs 15/5790

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3945 betr. Versetzungsgesuch nach BW

BeschlEmpf und Bericht PetA 13.11.2014 Drs 15/6026 Nr. 2 S. 3 4
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6752-6760
Mittlg LReg 12.01.2015 Drs 15/6334

Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte mit gymnasialer Lehrbefähigung

Versetzung von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für das Gymnasium an Gemeinschaftsschulen; Einhaltung gymnasialer Bildungsstandards angesichts eines Mangels an Gymnasiallehrern; Einsatz der Haupt- und Realschullehrer für gymnasialen Unterricht; Unterrichtsangebot in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik; Qualifikation der Schulleiter von Gemeinschaftsschulen; Besoldungsunterschiede an der Gemeinschaftsschule

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/6479

Auswirkungen der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes
Sachstand zur Entwicklung der Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in Asyl- bzw Flüchtlingssachen bei den Verwaltungsgerichten, insbes Eingangszahlen im Jahr 2015, geschätzte Eingangszahlen für die Jahre 2016-2018, zugeordnete Richterstellen, Möglichkeiten zur Abordnung bzw Versetzung von zum Richteramt befähigten Beamten

Antr

s. *Asylverfahren*
Drs 15/7754

Warum bewerben sich an den Gemeinschaftsschulen eingesetzte Gymnasiallehrerinnen und -lehrer weg oder quittieren gar den Dienst?

Sachstand zu Versetzungs- bzw Entlassungswünschen von an Gemeinschaftsschulen eingesetzten Gymnasiallehrern im Vergleich zu an anderen Schularten eingesetzten

Antr
s. *Gymnasiallehrer*
Drs 15/7877

Versetzung von Schülern

s.a. *Schulversagen*

Notengebung und Wiederholung von Klassen

Bewertung der bestehenden Notenverordnung und Regelungen zur Klassenwiederholung, Vergleich der Wiederholerzahlen bundesweit und der Strategien zur weiteren Absenkung dieser Werte, Planung einer Abschaffung der Wiederholung von Klassen sowie von Alternativen zur Leistungsbewertung? Vorgesehene Regelungen zur Wiederholung an achtjährigen Gymnasien, Beurteilung des modularisierten Verfahrens für die Oberstufe in Österreich

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/344

Leistungsanspruch an der sogenannten Gemeinschaftsschule?

Ausstattung der o.g. Schulen mit qualifizierten Lehrkräften zur Unterrichtung und individuellen Förderung von leistungsschwachen und -starken Schülern nach einem „Patchwork-Lehrplan“ aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium; Frage nach Zwangsversetzungen von Lehrern mit Gymnasiallehrausbildung; Unterstützung von Schülern mit Behinderung; Gründe und Auswirkungen des Wegfalls der Klassenwiederholung und Notengebung, Ausgestaltung der Leistungsbeurteilung, Verpflichtung der Schüler zur Wiederholung von Klasse 10 vor dem Übergang in die Oberstufe des Gymnasiums

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/1319

Qualität der Schulabschlüsse erhalten

Entwicklung des Niveaus und der Ergebnisse der Abschlussprüfungen an den verschiedenen Schularten im Vergleich mit anderen BLändern, u.a. mit Nordrhein-Westfalen; Sicherung der notwendigen Kompetenzen für die nächsthöhere Jahrgangsstufe im Falle einer Abschaffung der Klassenwiederholung

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/1481

Umgang mit steigender Heterogenität

Aktueller Leistungsstand der Schüler von Eingangsklassen der Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie der Schüler der gleichen Stufe an Gemeinschaftsschulen; Klassenwiederholung oder Wechsel der Schulart aufgrund mangelhafter Leistungen in der fünften Klasse; Erhaltung des Leistungsniveaus an Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulleistung*

Drs 15/3126

Plant der neue Minister Stoch ein Verbot des Sitzenbleibens? - Geht der grün-rote Angriff gegen das leistungsorientierte Schulwesen in BW weiter?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/60 27.02.2013 S. 3575-3586

Klassenwiederholung in BW und Finnland

Regelung der Wiederholung von Klassen in BW (Primar- und Sekundarstufen) und der Entscheidung über die Nicht-Versetzung, insbes statistischer Vergleich der Wiederholerzahlen mit den anderen Bundesländern und Finnland, Abschaffung des Sitzenbleibens, Maßnahmen zur Vermeidung der Klassenwiederholung, Möglichkeit der „Versetzung auf Probe“

Antr Georg Wacker u.a. CDU 08.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3196
Ergänzende Stellungnahme KM 25.04.2013 Drs 15/3225
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 03.07.2013 Drs 15/4190 S. 12 13
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Wiederholerzahlen an Realschulen und Gymnasien steigen massiv an!

Anzahl nicht versetzter Schüler und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren; Nichtversetzungen nach der 5. Klasse einschließlich der Zeit nach dem Wegfall einer verbindlichen Grundschulempfehlung; Zahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anwendung der „Versetzung auf Probe“ beim aktuellen Schuljahreswechsel; Versetzung trotz vorausgehender Versetzungsgefährdung; Wechsel der Schulart während oder nach dem ersten Schuljahr in der weiterführenden Schule; Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes an eine weiterführende Schule; Maßnahmen zur Verringerung der Klassenwiederholungen

Antr CDU 30.09.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/4099
ÄAntr CDU 04.02.2015 Drs 15/6447
ÄAntr GRÜNE und SPD 04.02.2015 Drs 15/6451
PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7194-7205
Mittlg LReg 31.07.2015 Drs 15/7250

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschulen seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Maßnahmen zur Förderung versetzungsgefährdeter Schüler

Antr Georg Wacker u.a. CDU 18.07.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5520

Zahl der nicht versetzten Schüler und Klassenwiederholer im LKreis Lörrach

Ursachen der ansteigenden Entwicklung der Anzahl der nicht versetzten Schüler und Klassenwiederholer in den verschiedenen Schularten im LKreis Lörrach

KIAnfr Ulrich Lusche CDU 12.08.2014 und Antw KM Drs 15/5615

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines ungehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzenbleiber

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6075

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015; Wechsel an Privatschulen in Klassenstufe 5; Nichtversetzung in den Eingangsklassen seit dem Schuljahr 2011/2012; Ursachen des Anstiegs der Klassenwiederholung an den weiterführenden Schulen, insbes an den Realschulen; Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Wiederholer im LKreis Esslingen; Anzahl und Art der Schulübertritte in den Klassenstufen 5 und 6 seit dem Schuljahr 2003/2004 in den einzelnen LKreisen von BW

KIAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6185

Ist das grün-rote Realschulkonzept eine Mogelpackung?

Sachstand des Konzepts zur Weiterentwicklung der Realschulen, insbes zusätzliche Lehrerdeputate, Rolle der Realschule im Zwei-Säulen-Modell, Zulassung von leistungsdifferenzierendem Unterricht, Stellenwert des nachhaltigen Lernens, Gründe für die Abschaffung bzw Aussetzung des Sitzenbleibens der Klassenstufe 5, Fortbildungskonzeption für Realschullehrer

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/6284

Welchen Einfluss hat der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Nichtversetztenquote?

Hintergründe zum behaupteten Zusammenhang zwischen dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und einem landesweiten Anstieg der Nichtversetztenquote in den Klassenstufen 5 und 6 an öffentlichen Realschulen und Gymnasien, insbes Auswertung von statistischen Daten und Studien

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/6392

Entwicklungen der Klassen 4 und 5 im Landkreis Esslingen
Berücksichtigung der Grundschulempfehlungen für das Schuljahr 2014/2015; Wechsel an eine andere Schule sowie Klassenwiederholung in der fünften Klasse

KIAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6501

Steigt die Zahl der Sitzenbleiber an Realschulen und Gymnasien weiter an?

Zahlenentwicklung der Sitzenbleiber, Klassenwiederholer und Schulartwechsler im aktuellen Schuljahr in den Klassenstufen 5 und 6 an Realschulen und Gymnasien; Fördermöglichkeiten für versetzungsgefährdete Schüler; Verbesserung des Beratungskonzepts der Grundschulen zum Übergang an die weiterführenden Schulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 14.08.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/7311 (15 S.)

Erhebung der Sitzenbleiber im Schuljahr 2014/2015

Ergebnis der Sondererhebung des Kultusministeriums zur Quote der Nichtversetzten an öffentlichen Realschulen und Gymnasien (Klassenstufen 5 bis 7); Erhebung der nicht versetzten Schüler in den vergangenen Jahren; Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Wiederholer

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.01.2016 und Stellungnahme KM Drs 15/7989

Kritik an der Abschaffung der Klassenwiederholung und Notengebung

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 512

Abschaffung der Klassenwiederholung an der Gemeinschaftsschule

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1773

Versetzung (Beamtenrecht)

s. *Versetzung von Beamten*

Versetzung (Schule)

s. *Versetzung von Schülern*

Versicherer

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherung

Versicherungsschutz für Sägewerke in BW

Wirtschaftliche Situation der Sägewerkindustrie in BW, insbes Entwicklung von Prämiensätzen sowie Auflagen bzw Ablehnung der Gewährung von Versicherungsschutz und wirtschaftliche Folgen

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/4074

Versicherungsschutz Einbruchdiebstahl

Umgang der Versicherungswirtschaft mit den steigenden Fallzahlen beim Einbruchdiebstahl, insbes Prämienerhöhungen, Mindestanforderung zum Einbruchschutz, Schadensregulierung bei Einbruchversuch

Antr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6520

Versicherungsprämien bei der Unterbringung von Flüchtlingen
Sachstand zur Praxis von Versicherungsunternehmen bei der Wohngebäude- und Inventarversicherung der Kommunen und privaten Hausbesitzer bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden, insbes deutliche Erhöhung der Versicherungsbeiträge, Verweigerung der Versicherung bzw Kündigung bestehender Verträge, Kriterien und Rechtsgrundlage für die Bestimmung des versicherungstechnischen Risikos bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Auswirkungen auf die Integrationsmaßnahmen des Landes

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/6942

Versicherungsanstalt

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherungsbeitrag

Hebammenversorgung in BW

Entwicklung der Zahlen, der Haftungs- und Einkommenssituation, der Art und des Umfangs der Tätigkeiten von angestellten und freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfern seit 2002; Entwicklung der Nachfrage von Schwangeren nach Hebammenleistungen sowie der Zahl von Ausbildungsplätzen und Absolventen im selben Zeitraum; Möglichkeiten zur Reduzierung der hohen Versicherungsprämien; Initiierung einer Studie zur Vergütungs- und Versorgungssituation in der außerklinischen Hebammenhilfe

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/1168

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge

Auswirkungen der Einführung o.g. Vorfälligkeit mit dem Rentenentlastungsgesetz ab 2006, Bewertung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands bei den Arbeitgebern und Sozialversicherungsträgern sowie des Liquiditätsentzugs bei der Kreditvergabe vor dem Hintergrund von Basel II und III; Anmahnung von Reformmaßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen sowie einer Aufhebung des Rentenentlastungsgesetzes

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 01.06.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/1792
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 10 11
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorndorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fortschreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderungen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getätigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorleistungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiesenen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4804

Bürokratie abbauen und Liquidität von Handwerk und Mittelstand verbessern - Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozialabgaben rückgängig machen

Rücknahme der im Jahr 2005 erfolgten Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge; Befürwortung dieses Anliegens im Bundesrat

Antr FDP/DVP 29.04.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5129

Hebammen in BW

Auskunft über die Anzahl der zwischen 2010 und 2015 in BW tätigen Hebammen; Prognose der Versorgungsdichte bis 2025; Aufgaben und Arbeitspensum einer freiberuflich tätigen Hebamme; Höhe des durchschnittlichen Jahreseinkommens einer freiberuflichen Hebamme; Entwicklung der Beiträge zur Berufshaftpflicht sowie der Anzahl der Schadensfälle im Zeitraum von 2010 bis 2015; Vergütung einzelner Leistungen durch die gesetzlichen Krankenkassen; Zahlungen der Haftpflichtversicherer an den Deutschen Hebammenverband (DHV)

Antr
s. *Hebamme*
Drs 15/6455

Versicherungsprämien bei der Unterbringung von Flüchtlingen
Sachstand zur Praxis von Versicherungsunternehmen bei der Wohngebäude- und Inventarversicherung der Kommunen und privaten Hausbesitzer bei der Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylsuchenden, insbes deutliche Erhöhung der Versicherungsbeiträge, Verweigerung der Versicherung bzw Kündigung bestehender Verträge, Kriterien und Rechtsgrundlage für die Bestimmung des versicherungstechnischen Risikos bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Auswirkungen auf die Integrationsmaßnahmen des Landes

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 01.06.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6942
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 08.10.2015 Drs 15/8019 S. 7 8
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Kurzzeitpflege stärken

Pflege von Kindern in Pflegefamilien; Zahl der Angebote für Kurz- und Langzeitpflege seit 2005; Vergütung und Anrechnung von Pflege- und Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung und sonstigen Sozialversicherung; Ungleichbehandlung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern; Unterstützung einer rechtlichen Gleichstellung von Kurz- und Langzeitpflegeeltern in der Sozial- und Rentenversicherung und der Haftpflichtversicherung

Antr
s. *Pflegefamilie*
Drs 15/7623

Versicherungsbranche

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherungsgesellschaft

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherungsgewerbe

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherungskonzern

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherungspflicht

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme MWK Drs 15/4477
BeschlEmpf und Bericht WissA 13.02.2014 Drs 15/4949 S. 22
PIPr 15/96 10.04.2014 S. 5783-5789

Rücklagen und Arbeitsverhältnisse an Landesmuseen

Höhe und Zweck der Rücklagen; Nutzung der Rücklagen zur Kompensation von Tarifsteigerungen; nachträgliche Erstattung der erhöhten Personalkosten der Museen; Zahl der vom Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 2. Oktober 2013 betroffenen freien Mitarbeiter; Versicherungspflicht von Museumsführern; Übernahme von Strafzahlungen; Reaktion ähnlicher Einrichtungen wie z.B. der Staatlichen Schlösser und Gärten BW auf das Urteil des Sozialgerichts Mannheim

Antr
s. *Museum*
Drs 15/6483

Versicherungsprämie

s. *Versicherungsbeitrag*

Versicherungsschutz

s. *Versicherung*

Versicherungsunternehmen

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherungswesen

s. *Versicherungswirtschaft*

Versicherungswirtschaft

Situation des Hochwasserschutzes in BW

Situation, Planungen, umgesetzte Maßnahmen und Finanzierung des Hochwasserschutzes in BW, insbes umweltschutzbedingte Projektverzögerungen, Hinlänglichkeit ökologischer Schutzmaßnahmen, Unverzichtbarkeit des technischen Hochwasserschutzes, verpflichtende Beteiligung der Versicherungswirtschaft an Hochwasserschutzmaßnahmen

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3767

Unfallschwerpunktkarte für BW

Einsatz des Instruments des Verkehrssicherheitscreenings in BW; Veröffentlichung der Unfallschwerpunktkarte; Einspeisung der aus den Unfallstreckenanalysen gewonnenen Daten in ein System zur interaktiven elektronischen Unfallverhütung; Übermittlung der Daten an die Versicherungswirtschaft

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 15/4371

Verbraucher- und Datenschutz in der Versicherungswirtschaft
Missbräuchliche Nutzung des Hinweis- und Informationssystems (HIS) durch die Versicherungswirtschaft; datenschutzrechtliche Bewertung des HIS; Schutz des Verbrauchers vor missbräuchlicher Verwendung des HIS

KlAnfr
s. *Datenmissbrauch*
Drs 15/6475

Versorgung der Beamten

s. *Beamtenversorgung*

Versorgung der Soldaten

s. *Soldatenversorgung*

Versorgungsbezüge der Soldaten

s. *Soldatenversorgung*

Versorgungsempfänger

s.a. *Hinterbliebener*

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen 2012 sowie über die Einmalzahlung in 2011 in BW (BVanpGBW 2012)

Ausgestaltung der Einmalzahlung 2011 und der Anpassung 2012 für die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Empfänger von Alters- und Hinterbliebenengeld, Hinausschiebung der Anpassung; Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, des Landesbeamtenversorgungsgesetzes und der Erschwerniszulagenverordnung

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 15/1002

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Demografischer Wandel - Herausforderungen an die Landespolitik“

Bericht zur künftigen Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger, der Versorgungsausgaben sowie zu sonstigen wichtigen, hiermit im Zusammenhang stehenden Informationen; Darstellung der Wirksamkeit von Maßnahmen zur Verminderung der Versorgungsausgaben

Mittlg LReg
s. *Enquetekommission „Demografischer Wandel“*
Drs 15/7036

Rechtliche Rahmenbedingungen zum Einsatz von Pensionären bei der Flüchtlingsaufnahme

Sachstand zu Verfahren, Vergütung und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Rückholung von Pensionären für den Einsatz bei der Flüchtlingsaufnahme

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 08.10.2015 und Antw IM
Drs 15/7535

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes Baden-Württemberg

Erleichterung der kurzfristigen Gewinnung von Pensionären für akuten Mehrbedarf an qualifiziertem Personal in der öffentlichen Verwaltung durch Öffnung der Hinzuverdienstgrenze bei Verwendungseinkommen in bestimmten Ausnahmefällen

GesEntw
s. *Beamtenversorgung*
Drs 15/7846

Beklagung mangelnder Zuführungen an den Versorgungsfonds, Entwicklung der Zahl von Versorgungsempfängern bis 2030

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 121-124 127-130 132 137 139 141-144

Anstieg der Zahl von Ruhestandsbeamten in den nächsten Jahren und damit der Pensionsverpflichtungen des Landes

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 402-407

Anstieg der Zahl von Ruhestandsbeamten in den nächsten Jahren, Erhöhung der Zuführungen an den Versorgungsfonds, Vorschlag einer zumutbaren Absenkung der Beihilfeleistungen

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 580-585

Anstieg der Zahl von Ruhestandsbeamten infolge der Stellenvermehrung der neuen LReg, Kritik an zu niedrigen Zuführungen an den Versorgungsfonds; Ablehnung von Einsparungen bei den Pensionären

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 886 887 889 893

Versorgungsfonds

s. *Beamtenversorgung*

Versorgungsstrukturgesetz

s. *Medizinische Versorgung*

Versorgungsverwaltung

s.a. *Schwerbehindertenausweis*

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgungsamt des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KlAnfr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/2774

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1201 betr. Verfahrensdauer in der Versorgungsverwaltung

BeschlEmpf und Bericht PetA 16.05.2013 Drs 15/3397 Nr. 2 S. 6 7
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201
Mittlg LReg 28.10.2013 Drs 15/4261

Verstümmelung weiblicher Genitalien

s. Beschneidung

Versuch

Feldversuch mit Lang-Lastkraftwagen (Lang-Lkw) in BW

Sachstand zur Teilnahme Baden-Württembergs am bundesweiten Feldversuch mit Lang-Lkw, insbes Umfang der Teilnahme, Kosten der begleitenden wissenschaftlichen Studie zur CO₂-Bilanz von Lang-Lkw

Antr
s. Nutzkraftfahrzeug
Drs 15/6807

Versuchskernkraftwerk

s. Forschungsreaktor

Versuchsreaktor

s. Forschungsreaktor

Versuchstier

s. Tierversuch

Verteilung des Steueraufkommens

s. Steuerverteilung

Vertikale Gewaltenteilung

s. Gewaltenteilung

Vertrag

s.a. Arbeitsvertrag
s.a. Internationales Abkommen
s.a. Kauf
s.a. Staatsvertrag

Anhörungsverfahren zum Entwurf des S 21-Kündigungsgesetzes angemessen und transparent gestalten

Verlängerung der Frist zur Durchführung des Anhörungsverfahrens um zwei Wochen aufgrund der Sommerpause; Befragung der Anzuhörenden zu den im GesEntw nicht enthaltenen möglichen Folgen der Ausübung von Kündigungsrechten, Aufnahme der realistischen Kündigungsrechte in den GesEntw unter Bezugnahme auf den Finanzierungsvertrag (s. Drs 14/4382); Darstellung der möglichen höheren Kosten im Falle des Ausstiegs im Vergleich zur Realisierung des Projekts; rechtzeitige Zuleitung der Stellungnahmen an den Landtag vor der ersten Lesung des GesEntw

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/353

Konsequenzen der Kompromisslösung „Frieden in Stuttgart“ für das S 21-KündigungGes

Bewertung des o.g. Vorschlags des Schlichters und der SMA durch die einzelnen Projektpartner, Darlegung des Zeitraums einer Realisierung sowie der Bezugspunkte des o.g. GesEntw und einer Volksabstimmung, Frage nach den finanziellen Auswirkungen einer Kündigung des Finanzierungsvertrags sowie nach der Bereitschaft zum Rückzug des GesEntw im Falle der Bewertung des Schlichtervorschlags als geeignete Alternative zu Stuttgart 21

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/387

Kosten und Inhalt der „Volksbefragung zu S 21“

Offenlegung der o.g. Kosten sowie der zur Abstimmung zu stellenden Frage: Ausübung von Kündigungsrechten eines mit der Bahn geschlossenen Finanzierungsvertrags?

KlAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 15/403

Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 (S 21-Kündigungsgesetz)

Die LReg wird verpflichtet, bei Verträgen über das Bahnprojekt Stuttgart 21, bei denen das Land BW finanzielle Verpflichtungen eingeht, ihr Kündigungsrecht wahrzunehmen

GesEntw
s. Stuttgart 21
Drs 15/496

Volksabstimmung Stuttgart 21 - Bevölkerung ehrlich und objektiv informieren

Erstellung einer Informationsschrift in Zusammenarbeit mit dem Landtag für die geplante Volksabstimmung über das „Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21“, Information der Abstimmungsberechtigten über alle für die Volksabstimmung relevanten Aspekte, insbes über die zu erwartenden Ausstiegskosten

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/508

Zahlungen Stuttgart 21 an die Deutsche Bahn AG

Ausgestaltung der o.g. Zahlungsvereinbarungen, Gründe für die Verweigerung und spätere Leistung der Zahlungen, Information der Projektpartner, Umgang mit Zinsgewinnen? Rechtliche Bewertung der verweigerten Weiterreichung der Zahlungen der Stadt Stuttgart und der Region Stuttgart; fristgerechte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen zu Stuttgart 21

Antr
s. Stuttgart 21
Drs 15/569

Clausula rebus sic stantibus (Wegfall der Geschäftsgrundlage) und S 21 Finanzierungsvertrag

Entwicklung, Anwendung in der Rechtsprechung und Rechtsfolgen des o.g. Rechtsinstituts; Beurteilung einer entsprechenden Regelung im Finanzierungsvertrag zwischen dem Land und der Bahn und deren Auslegung durch das MVI, erwartete Schadenersatzansprüche im Falle einer Kündigung des Vertrags unter Berufung auf das Rechtsinstitut „Wegfall der Geschäftsgrundlage“

ge“

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/616

Finanzierungszusagen für das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Vergleich

Anteil der o.g. Investitionen von Bahn, Bund, Land und Region Stuttgart an den jeweiligen Gesamtinvestitionshaushalten über den gesamten Realisierungszeitraum; Höhe des Einsatzes von Regionalisierungsmitteln; Bedeutung des Bahnknotens Stuttgart für den Schienenverkehr im Land; Frage nach einem Zusammenhang zwischen dem Finanzierungsanteil des Bundes und der Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim, dem Ausbau der Rheintal- und Südbahn; Abfluss der Bundesmittel in Projekte außerhalb des Landes im Falle einer Auflösung der Finanzierungsvereinbarung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/667

Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem S 21-Kündigungsgesetz

Begründung eines Kündigungsrechts des Finanzierungsvertrags mit der Anwendbarkeit der gesetzlichen Regelungen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage im Hinblick auf Kostensteigerungen bzw auf Grundlage des Demokratieprinzips statt der Inanspruchnahme der im Vertrag geregelten Sprechklausel mit dem Ziel einer Vertragsanpassung; Begründung der Heranziehung der Landesverfassung für eine Volksabstimmung zur Auflösung eines Konflikts zwischen Regierungsparteien und ihren Ministern innerhalb der Regierung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/673

Verbindlichkeit von Parteitagsäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/683

Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Bahnprojekten

Darlegung von Grundlagen und relevanten Parametern für Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei der Planung von Bahnprojekten, insbes für die Gäubahn und Südbahn und deren Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21; Auswirkungen eines Bruchs der Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr
s. *Wirtschaftlichkeit*
Drs 15/769

Gutachten der M.R. GmbH zu etwaigen Ausstiegskosten bei Kündigung des S 21-Finanzierungsvertrags durch das Land

Gründe für die alleinige Beauftragung des o.g. Gutachters, Ablehnung des Auftrags von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

P., Kosten des Gutachtens, Verbindlichkeit der Ergebnisse für die LReg, Verfehlung der Aufnahme in den GesEntw zum S 21-Kündigungsgesetz durch die Veröffentlichung erst im nahen Umfeld der Volksabstimmung

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/830

Akzeptanz der Volksabstimmung durch die LReg

Umgang mit dem Projekt Stuttgart 21 je nach Ausgang der Volksabstimmung: Ablehnung des Kündigungsgesetzes, Mehrheit für dieses Gesetz mit oder ohne Erreichung des Quorums; Beurteilung der Möglichkeit einer gerichtlichen Nichtigerklärung der Vertragskündigung mit der Folge unbegrenzter Haftungsansprüche der Vertragspartner gegen das Land

Antr
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/831

Wahrheitsgehalt von offiziellen Regierungsinformationen bei der Volksabstimmung zur Ausübung von Kündigungsrechten beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Verweigerung der Aufführung der zu erwartenden Ausstiegskosten im Falle einer (unrechtmäßigen) Vertragskündigung in der Informationsbroschüre, Bewertung der Aussage zur Unabhängigkeit der Neubaustrecke von Stuttgart 21, mögliche Auswirkungen eines Ergebnisses der Volksabstimmung auf der Grundlage falscher Informationen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/840

Beförderungsleistung im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Umfang der bestellten und abgerechneten Zugkilometer im Regionalverkehr, Darstellung des Mitteleinsatzes 2012; Anteil von Fahrplankilometern, Geld und zurückgelegten Personenkilometern nach den Verträgen mit der Bahn Regio AG u.a. Verkehrsunternehmen; Höhe der Bestellerentgelte bundesweit pro Zugkilometer bei Wettbewerbsvergaben von RE-/IRE-Linien; Vorlage der Gutachten über Wettbewerbspreise für die zukünftigen Ausschreibungsstrecken

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/1537

Chancen des Flughafens Stuttgart durch Stuttgart 21/Neubaustrecke (NBS) Wendlingen-Ulm

Erwartungen an die o.g. in den Finanzierungsverträgen geregelte Anbindung des Flughafens, Höhe der finanziellen Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH, Vereinbarkeit eines nicht direkten Anschlusses des Flughafens an die Gäubahn mit den in den Finanzierungsverträgen samt Anlagen getroffenen Absprachen, Frage nach einem möglichen Ausstieg des Flughafens als Projektpartner in diesem Fall und nach den finanziellen Folgen

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1797

Ausschreibungsverfahren Verkehrsvertrag S-Bahn Rhein-Neckar
Zeitpunkt und Gestaltung des Ausschreibungsverfahrens und des Vergabewegs für den neuen Verkehrsvertrag; Gründe für die Ersetzung der erst zum Jahr 2003 in Betrieb genommenen Fahrzeuge durch Neufahrzeuge; Darstellung der Einsparpotenziale und Risiken für den Landeshaushalt im Vergleich zum derzeitigen

Verkehrsvertrag

Antr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/1965

Transparenz im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr

Verbesserung der Transparenz der Ausschreibungs- und Vertragsbedingungen; Vorlage eines Zeitplans zu den gestaffelten Vergaben der neuen Verträge im Zuge des Auslaufens des großen Verkehrsvertrags 2016; Veröffentlichung der künftigen Verträge im Internet mit Daten zur Pünktlichkeit, Auslastung oder Ergebnissen von Qualitätserhebungen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2107

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

Struktur, Kosten und Finanzierung der Verkehrsverträge im SPNV; Möglichkeiten zum Ausbau des Busverkehrs und Schienengüterverkehrs, Stärkung des kombinierten Verkehrs mit Citylogistik-Konzepten

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Verbesserung der Bahninfrastruktur bei der Tauber- und Hohenlohebahn

Forcierung der Elektrifizierung des Abschnitts zwischen Öhringen und Schwäbisch Hall-Hessental auf der Hohenlohebahn; Förderung der Beschaffung von neuen, energieeffizienten Zugarnituren für die Region Heilbronn-Franken; Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Ausschreibung der 2016 auslaufenden Verkehrsverträge in dieser Raumschaft; Beurteilung der Einrichtung eines im Taktverkehr betriebenen Ringzugsystems mit optimierten Verknüpfungen in den Knotenpunkten Crailsheim, Schwäbisch Hall-Hessental, Heilbronn, Osterburken und Lauda; Darstellung der Auswirkungen auf den Tourismus in der Region

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/2273

Folgen durch Zugausfälle und -verspätungen für das Land

Vertragliche und finanzielle Konsequenzen durch Zugausfälle und -verspätungen im Nah- und Regionalverkehr; Möglichkeiten des Landes bei der Vertragsgestaltung mit Verkehrsunternehmen

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2810

Wissenschaftliche Evaluation der Gemeinschaftsschule durch den überzeugten Befürworter der neuen Schulart T.B.

Fragen nach Methoden, Vorgehensweise und Zeitraum der Evaluation sowie der voraussichtlichen Präsentation der Ergebnisse; Aussagen über die Leistungsfähigkeit und Qualität der Gemeinschaftsschule im Vergleich zu den übrigen weiterführenden Schulen in der von Thorsten Bohl mitherausgegebenen „Expertise Gemeinschaftsschule“; vertragliche Gestaltung des Forschungsauftrags an Thorsten Bohl; Forderung nach einer Aufkündigung des Vertrags mit dem Tübinger Hochschullehrer wegen Voreingenommenheit und nach einer erneuten Ausschreibung der Evaluation; Ausdehnung der Evaluation über den gesamten Einführungszeitraum und Erstellung einer Längsschnittstudie

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/3788

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in Deutschland
Bewertung des großen Verkehrsvertrags BW aus dem Jahr 2003 im Vergleich zu den anderen SPNV-Verträgen in Deutschland

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5315

Generalvertrag des Landes über Mobilfunkleistungen

Bestehende Rahmenverträge mit Anbietern von Mobilfunkleistungen; Laufzeit, Termin der Neuausschreibung; Weitergabe von Kundendaten an Geheimdienste durch den britischen Mobilfunkanbieter

Antr
s. *Mobilfunk*
Drs 15/5574

Die Mär vom Großen Verkehrsvertrag

Höhe der seit 2003 an die DB Regio geleisteten Zahlungen; Frage der Rechtswirksamkeit des großen Verkehrsvertrags; Vorliegen einer „Überkompensation“ zulasten des Landes; Fortdauer der Zahlungen an die DB Regio; Gründe für das späte Zur-Sprache-Bringen des Themas

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5628

Ökonomische Nachteile und schlechte Qualitätsmerkmale des Großen Verkehrsvertrags

Zwischenergebnisse der Prüfung des Verkehrsvertrags hinsichtlich einer „Überkompensation“ der Leistungen der DB Regio durch das Land; Höhe des Streitwerts; Berechnungsmodus der vom Land zu tragenden Infrastrukturkosten; weitere für das Land nachteilige Vertragsinhalte; Vertragsbedingungen im Vergleich zu denen in anderen Bundesländern

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5889

Ausgestaltung der Übergangsverträge in den Stuttgarter Netzen

Übergangsverträge für die Zeit im Anschluss an das Vertragsende des großen Verkehrsvertrags im Jahr 2016 und der angekündigten Inbetriebnahme des Stuttgarter Netzes im Dezember 2018; Versand der Vergabeunterlagen und Abschluss der Übergangsverträge; Laufzeit der Übergangsverträge; Anforderungen an die einzusetzenden Schienenfahrzeuge

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6191

Rechtsgutachten der Wirtschaftskanzlei H. und Partner zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag

Sachstand zu Art, Umfang und Inhalt des Rechtsgutachtens der Wirtschaftskanzlei H. und Partner im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag gegenüber der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6874

Finanzwirksame Aspekte der Nachfolgeverträge zum Großen Verkehrsvertrag von 2003

Sachstand zur Ausgestaltung der Nachfolgeverträge zum Großen Verkehrsvertrag von 2003, insbes vereinbartes Bestellerentgelt und seine Einflussfaktoren, Trägerschaft des unternehmerischen Risikos, Konditionen von Übergangsverträgen, Vereinbarungen zum Fahrzeugpool des Landes

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7090

Warum haben frühere LReg den Wettbewerb auf der Schiene verschlafen?

Überblick über die Wettbewerbssituation im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland seit 1996, insbes Entwicklung der Betriebsleistung der Deutschen Bahn AG und deren Wettbewerber, Überführung großvolumiger Verkehrsverträge in den Wettbewerb, Auswirkungen des Großen Verkehrsvertrags auf den Wettbewerb bei SPNV-Leistungen in BW

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/7765

Lärm auf der Münstertalbahn

Sachstand zur auf das Zugmaterial (Jakobsdrehgestell) zurückzuführenden Lärmentwicklung und Verschleiß auf der Münstertalstrecke, insbes Abhilfemöglichkeiten innerhalb des bestehenden Verkehrsvertrags mit der SWEG oder iR einer Neuvergabe

Antr

s. *Schienenverkehrslärm*

Drs 15/7982

Bewertung einer Kündigung der Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21 als Vertragsbruch, Verweisung auf die Vertragslage zur Projektförderungspflicht

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 594 597 598 601 603 606 607 611-613

Erwartete Schadensersatzforderungen der Bahn im Falle einer rechtswidrigen Kündigung der Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21, Beurteilung einer Kündigung unter Berufung auf den Wegfall der Geschäftsgrundlage

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 851 859-861 863 864 866-869

Bewertung des im Jahr 2003 mit der Bahn abgeschlossenen Verkehrsvertrags, Annahmung der Neuausschreibung von Strecken des im Jahr 2016 auslaufenden Vertrags

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1741-1755

Bewertung des Kaufvertrags zwischen der EnBW und EdF als nichtig, Verweis auf ein Schiedsverfahren im Kaufvertrag; Erinnerung an den alten Rechtsgrundsatz „Pacta sunt servanda“

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2133 2134 2139-2142 2144 2145 2148-2150 2155 2160

Vertragsärztlicher Bereitschaftsdienst

s. *Ärztlicher Notdienst*

Vertragsarzt

s.a. *Kassenärztliche Vereinigung*

Aufkauf von Arztsitzen in BW

Überführung der gesetzlichen Vorgaben zum Abbau ärztlicher Überversorgung durch den Aufkauf von Arztsitzen in eine Soll-Regelung; Anzahl der von der Kassenärztlichen Vereinigung BW aufzukaufenden Arztsitze; Maßgaben für den Aufkauf eines Arztsitzes; Entschädigung von Ärzten; Zahl der vom Aufkauf von Arztsitzen betroffenen Patienten; Verschärfung des Ärztemangels durch die Aufkaufpflicht

Antr

s. *Ärztliche Versorgung*

Drs 15/5827

Vertragsforschungseinrichtung

s. *Forschung*

Vertragsrecht

Sanktionierung eingeschränkter Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Zugausfälle oder verkürzte Züge im Bereich des regionalen Schienenverkehrs in Württemberg seit der Inbetriebnahme der Fahrzeug-Instandhaltungs-, Behandlungs- und Abstellanlage (Fiba) in Ulm und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Deutschen Bahn Regio auf Basis des laufenden Großen Verkehrsvertrags

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4848

Die Mär vom Großen Verkehrsvertrag

Höhe der seit 2003 an die DB Regio geleisteten Zahlungen; Frage der Rechtswirksamkeit des großen Verkehrsvertrags; Vorliegen einer „Überkompensation“ zulasten des Landes; Fortdauer der Zahlungen an die DB Regio; Gründe für das späte Zur-Sprache-Bringen des Themas

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/5628

Kündigungswelle bei Bausparverträgen

Kündigung von Bausparverträgen durch die Landesbausparkasse BW und andere Bausparkassen; Ursachen der Kündigungswelle; Rechtsgrundlage; Auskunft über die Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in Gremien von Bausparkassen; Handlungsmöglichkeiten des Landes

Antr

s. *Bausparen*

Drs 15/6369

Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs in BW

Sachstand zur Entwicklung der Pünktlichkeit des Schienenpersonennahverkehrs in BW, insbes Pünktlichkeitswerte einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen, Ursachen für Verspätungen, Vergleichszahlen aus anderen Bundesländern, Regelungen und Strafen in den Verkehrsverträgen, Maßnahmen zur Verbesserung der Pünktlichkeit der Bahnen, Anforderung eines jährlichen Infrastrukturberichts von der Deutschen Bahn

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/6791

Rechtsgutachten der Wirtschaftskanzlei H. und Partner zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag
Sachstand zu Art, Umfang und Inhalt des Rechtsgutachtens der Wirtschaftskanzlei H. und Partner im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur vermeintlichen Überkompensation im Großen Verkehrsvertrag gegenüber der Deutschen Bahn AG

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/6874

Vertragsverletzungsverfahren

Umsetzung von EU-Umweltvorschriften

Probleme bei Umsetzung und Einhaltung von europäischen Umweltvorschriften, insbes Entwicklung der Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren, Kontrollhäufigkeit bei Betrieben des ökologischen Landbaus, Betrugsfälle mit fälschlich als ökologisch deklarierten Produkten, Wettbewerbsnachteile durch die uneinheitliche Umsetzung der Vorschriften in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten

Antr
s. *Umweltrecht*
Drs 15/4831

Umsetzung der Subsidiarität auf europäischer Ebene

Anzahl und Begründungen der eingeleiteten Subsidiaritätsrügen bzw Subsidiaritätsklagen gegen die Europäische Union wegen Verletzung des Grundsatzes der Subsidiarität bei europäischen Entscheidungen

KIAnfr
s. *Subsidiaritätsprinzip*
Drs 15/5364

Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) auf dem europarechtlichen Prüfstand - EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Sachstand zur Bedeutung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, insbes Auswirkungen auf Bauqualität und -sicherheit sowie Planungs- und Kostentransparenz, Bewertung und Erfolgsaussichten der Prüfung einer Vertragsverletzung durch die EU-Kommission

Antr
s. *Honorarordnung für Architekten und Ingenieure*
Drs 15/7082

Vertrauensschutz

Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für Investitionen in Windenergieanlagen

Genehmigungsverfahren für den Bau einer Windenergieanlage (WEA) in BW, insbes Planungszeiten und -kosten, angemessenen Stichtagsregelung sowie Vertrauensschutz für bereits getätigte Investitionen

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4768

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte

zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KIAnfr
s. *Elektrizitätserzeugung*
Drs 15/4801

Vertraulichkeit

s.a. *Geheimhaltung*
s.a. *Verschlusssache*

Woher hat der Finanz- und Wirtschaftsminister umfassendes Insider-Wissen?

Herkunft seiner inhaltlichen Kenntnis der ausschließlich den Mitgliedern des EnBW-Untersuchungsausschusses zugänglichen Vernehmungsprotokolle der französischen Ermittlungsbehörden

KIAnfr
s. *Verschlusssache*
Drs 15/4909

Vertretung von Patientenrechten

s. *Patientenfürsprache*

Vertretungsstunde

s. *Unterrichtsvertretung*

Vertretungsunterricht

s. *Unterrichtsvertretung*

Vertrieb

Lieferketten und Kennzeichnung von Lebensmitteln im Zuge des aktuellen Pferdefleischskandals

Anforderung von Lieferlisten bei der EU zur Aufklärung von Lieferketten; Brauchbarkeit der infolge des BSE-Skandals eingeführten Kennzeichnung frischen Rindfleisch; Ausdehnung der Kennzeichnung auf andere Fleischsorten; Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten und Transparenz der Vertriebswege

Antr
s. *Lebensmittelkennzeichnung*
Drs 15/3143

Medikamentenmangel an baden-württembergischen Krankenhäusern

Gründe für das Auftreten von Medikamentenknappheit; Herstellung und Vertrieb der knappen Medikamente; Bezug der Medikamente durch die Krankenhausapotheken; Einfuhr von Arzneimitteln aus dem Ausland aufgrund von Lieferengpässen; Auswirkungen von Medikamentenmangel auf die Patienten

KIAnfr
s. *Arzneimittelversorgung*
Drs 15/5025

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftszweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb

der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/5844

Vertriebenenbeauftragter

Rolle der Spätaussiedler, Umsiedler und Vertriebenen in BW
Entwicklung des Zuzugs und der Bedeutung o.g. Personengruppen seit 2001, Beurteilung der Integrationssituation und der Traditionspflege durch das neue Integrationsministerium, Bedeutung des Hauses der Heimat, Benennung eines Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr
s. *Aussiedler*
Drs 15/283

Ernennung eines Landesbeauftragten für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen

Rolle der Spätaussiedler, Flüchtlinge und Vertriebenen beim Wiederaufbau und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nach dem Krieg; Stellenwert der Vertriebenenverbände im kulturellen Bereich und bei der Aufarbeitung der europäischen Geschichte und Aussöhnung unter den Völkern; Einsetzung eines Beauftragten für die Belange der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 30.01.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1177
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.03.2012 Drs 15/1646 S. 22
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Vertriebenenverband

s.a. *Vertriebener*

Vertretung der Vertriebenenverbände im Rundfunkrat des Südwestrundfunks (SWR) muss erhalten bleiben

Begründung der im Zuge der Neuregelung des SWR-Staatsvertrags gefällten Entscheidung, den Vertriebenenverbänden ihre zwei Sitze im Rundfunkrat zu entziehen; Überlassung der Sitze an Umweltverbände und Migrantenorganisationen; künftige Interessenvertretung der Belange der Vertriebenenverbände und Würdigung ihrer Arbeit im Programm des SWR

Antr
s. *Rundfunkrat*
Drs 15/2655

Beflaggung auf dem Neuen Schloss und Neutralitätspflicht des Staates

Rechtslage und der Geltungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums BW zur Beflaggung der Dienstgebäude vom 23. August 2011, insbes Beantragung und Anordnung der Beflaggung auf dem Neuen Schloss mit der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day, Praxis der Hissung inoffizieller Flaggen an Regierungsdienstsitzen in Deutschland und Europa; Möglichkeit der ereignisbezogenen Beflaggung durch Kirchen, Parteien und den Bund der Vertriebenen

Antr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3898

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungsk Kooperationen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbezirk und LK Kreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr
s. *Tschechische Republik*
Drs 15/4947

Vertriebener

s.a. *Haus der Heimat*
s.a. *Vertriebenenbeauftragter*
s.a. *Vertriebenenverband*

Rolle der Spätaussiedler, Umsiedler und Vertriebenen in BW
Entwicklung des Zuzugs und der Bedeutung o.g. Personengruppen seit 2001, Beurteilung der Integrationssituation und der Traditionspflege durch das neue Integrationsministerium, Bedeutung des Hauses der Heimat, Benennung eines Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr
s. *Aussiedler*
Drs 15/283

Ernennung eines Landesbeauftragten für die Angelegenheiten der Heimatvertriebenen

Rolle der Spätaussiedler, Flüchtlinge und Vertriebenen beim Wiederaufbau und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nach dem Krieg; Stellenwert der Vertriebenenverbände im kulturellen Bereich und bei der Aufarbeitung der europäischen Geschichte und Aussöhnung unter den Völkern; Einsetzung eines Beauftragten für die Belange der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Antr
s. *Vertriebenenbeauftragter*
Drs 15/1177

Ungarn in BW

Aufnahme und Integration von Ungarndeutschen und „Donauschwaben“ in BW nach dem Zweiten Weltkrieg, Höhe der jährlichen Förderung der Kulturarbeit dieser Vertriebenen, Schlussfolgerungen für die heutige Integrationspolitik; Entwicklung der Austauschbeziehungen und -programme zwischen BW und Ungarn, insbes auf akademischer Ebene; Bewertung der Arbeit des Kulturinstituts der Republik Ungarn in Stuttgart und dessen Beitrag zur Umsetzung der EU-Donauraumstrategie; Aufgabenwahrnehmung der ebenfalls in Stuttgart ansässigen Deutsch-Ungarischen Gesellschaft

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/2296

Verwaltung

s.a. *Arbeitsverwaltung*
s.a. *Ausländerbehörde*
s.a. *Bauverwaltung*
s.a. *Behörde*
s.a. *Bürokratie*
s.a. *E-Government*
s.a. *Finanzverwaltung*

s.a. Fischereiverwaltung
 s.a. Forstverwaltung
 s.a. Gesundheitsbehörde
 s.a. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
 s.a. Landwirtschaftsverwaltung
 s.a. Öffentlicher Dienst
 s.a. Organisationsuntersuchung
 s.a. Schulverwaltung
 s.a. Straßenverkehrsbehörde
 s.a. Verwaltungsgericht
 s.a. Verwaltungsrat
 s.a. Verwaltungsreform
 s.a. Verwaltungsverfahren
 s.a. Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
 s.a. Zentralstelle

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 4 - E-Government in der Landesverwaltung

Mittlg RH
 s. E-Government
 Drs 15/104

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 (vgl. Drs 14/2950) - Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem Vereinfachung und Optimierung des o.g. Verfahrens zur Umsetzung der europäischen Agrarpolitik, Verbesserung der technischen Ausstattung, Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis

ierung des o.g.
 s. Agrarpolitik
 Drs 15/227

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 27.03.2007 zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI in der Landesverwaltung

s. Steuerungsmodell
 Drs 15/758

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Landesverwaltung BW

Mittlg LReg
 s. Schwerbehinderter
 Drs 15/813

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH zur Neuausrichtung der Organisation der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Landesverwaltung

Mittlg LReg
 s. Informations- und Kommunikationstechnik
 Drs 15/900

Entbürokratisierung

Beauftragung eines Regierungsmitglieds als Beauftragten für Bürokratieabbau und als Ombudsmann, Verpflichtung von Ministerien und Verwaltung zur Anwendung des Standard-Kosten-Modells zur Messung von Bürokratiekosten, Einrichtung eines Normenkontrollgremiums für Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung; regelmäßige Berichterstattung

KIAnfr
 s. Bürokratie

Drs 15/933

Chancengleichheitsgesetz

Entwicklung der Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in der Landesverwaltung seit Inkrafttreten des Gesetzes 2005, Anteil von Frauen im höheren Dienst und in Spitzenpositionen der Ministerien und nachgeordneten Behörden, Zahl und Ausstattung der Beauftragten für Chancengleichheit, Zusammenarbeit mit den Dienststellenleitungen; Zahl und Dotierung der seit Regierungsübernahme geschaffenen neuen, mit Frauen und Männern besetzten Stellen

Antr
 s. Gleichberechtigung
 Drs 15/957

Informationstechnik (IT)-Netzwerkinfrastrukturmaßnahmen

Modernisierung und Vereinheitlichung o.g. Strukturen, Zentralisierung des Einkaufs von IT-Netzwerkhardware für die öffentlichen Verwaltungen und Landesrechenzentren, Darlegung der erzielbaren Einsparungen, Einsetzung eines Runden Tisches

Antr
 s. Informations- und Kommunikationstechnik
 Drs 15/1071

EU-Bürokratieabbau

Bürokratiebelastung von Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern mit Ursprung im EU-Recht und dessen Umsetzung auf Landes- und regionaler Ebene; Bewertung von Vorschlägen der Expertengruppe für EU-Bürokratieabbau, u.a. Einführung einer Begründungspflicht bei der Umsetzung von EU-Rechtsakten für über das EU-Mindestmaß hinausgehende Verwaltungsanforderungen; Frage nach überflüssigen EU-Vorschriften sowie nach der Wiedereinführung eines Beauftragten für Bürokratieabbau

Antr
 s. Bürokratie
 Drs 15/1591

Planungen der LReg zu einer umfassenden Verwaltungsreform in BW

Darlegung o.g. Überlegungen - evtl auf der Grundlage von Beschlüssen eines Landesparteitags und des Regierungsprogramms der SPD (Auflösung der RegPräs und LKreise, Bildung von Regionalkreisen) oder der geplanten Polizeireform; Beurteilung der bestehenden Dreigliedrigkeit der Landesverwaltung; Erläuterung von entsprechenden Äußerungen des MinPräs

Antr
 s. Verwaltungsreform
 Drs 15/1653

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Art und Folgen der Umsetzung o.g. Richtlinie im Vergleich zu anderen BLändern, insbes Auswirkungen des Instruments der Genehmigungsfiktion auf die Dauer der Genehmigungsverfahren mit dem Einheitlichen Ansprechpartner; Höhe der Verwaltungskosten beim Land und bei den Kommunen; Auswirkungen von erwünschten Änderungen für die Wirtschaft und Verwaltung

Antr
 s. Dienstleistung
 Drs 15/1685

Einsatz von Open-Source-Software (OSS) in der Landesverwaltung

Höhe der jährlichen Kosten für Informationstechnik in der Landesverwaltung seit 2002; Umfang des Einsatzes von OSS-

Systemen und -produkten im Server- und Desktop-Bereich und der finanziellen Auswirkungen im selben Zeitraum; Frage nach der rechtlichen Möglichkeit einer Vorgabe von OSS bei Ausschreibungen, Vergaben und der Beschaffung

Antr
s. *Software*
Drs 15/2267

Wissensmanagement und Personalgewinnung in Ministerien und Regierungspräsidenten

Maßnahmen zur Sicherung und Archivierung von Fachwissen in Ministerien und RegPräs, Methoden zur Übergabe von Fachwissen an Nachfolger, Nutzung von EDV-basierten Wissensdatenbanken; Ausrichtung der Personalpolitik der Landesverwaltung zur Gewinnung qualifizierter Mitarbeiter; Vorlage eines Konzepts zur Erhaltung von Kompetenz und Wissen in der Verwaltung unabhängig von Personalwechseln

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 15/2297

Externe Personen in der baden-württembergischen Landesverwaltung

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen

Antr
s. *Lobbyismus*
Drs 15/2308

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Gesundheitsstrategie der LReg

Ziele und Maßnahmen iRd Gesundheitsstrategie der LReg, insbes Umsetzung, Ergebnisse und Kosten des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Landesverwaltung sowie Zusammenarbeit mit den Kur- und Heilbädern

Antr
s. *Betriebliche Gesundheitsförderung*
Drs 15/3132

Geplante Einsparungen der LReg im Personalkörper der Polizei

Auskunft über geplante Stellenstreichungen in der Landesverwaltung; Beitrag der Stelleneinsparungen zur Haushaltskonsolidierung, betroffene Ressorts; Stellenkürzungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, insbes bei der Polizei; Auswirkungen

gen der Ergebnisse des Zensus 2011 auf die Personalplanung bei der Landespolizei

Antr
s. *Personalabbau*
Drs 15/3592

Single European Payment Area (SEPA)

Umstellung des Zahlungsverkehrs in der Landesverwaltung; Kosten der Umstellung; Auswirkungen der Änderungen im Zahlungsverfahren auf die Bürger; Umstellungsaufwand für die Privatwirtschaft, insbes für kleine und mittelständische Unternehmen; Stand der Umsetzung bei den Banken im Land; Information der Verbraucher; Vorteile für den grenzüberschreitenden Handel sowie für Grenzgänger; Auswirkung auf die Praxis der Vereine, ihre Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung einzuziehen

Antr
s. *Bargeldloser Zahlungsverkehr*
Drs 15/3966

Grün-rote Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Stellenneuschaffungen, Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung, insbes ab Besoldungsgruppe A 15; vorgenommene Sprungbeförderungen; nicht vollzogene Regelbeförderungen aufgrund von Neueinstellungen; Nicht-Besetzung freier bzw freiwerdender Lehrerstellen

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/4656

Stellenvorbehalt nach dem Soldatenversorgungsgesetz

Vorbehalt und Nachfrage nach Stellen im Verwaltungsdienst des Landes BW für ehemalige Zeitsoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz

MdlAnfr
s. *Berufsförderung der Soldaten*
Drs 15/4915

Qualifizierten Nachwuchs sichern für die technischen Verwaltungsdienste beim Land und in den Gebietskörperschaften

Situation und Sicherung qualifizierten Nachwuchses in den technischen Verwaltungsdiensten des Landes und der Gebietskörperschaften, insbes Beschäftigungssituation, Ausbildungshintergrund, Maßnahmen gegen Nachwuchsmangel, Schaffung von Ausbildungskonzepten in Partnerschaft mit der Dualen Hochschule BW (DHBW)

Antr Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr u.a. GRÜNE und Martin Rivoir u.a. SPD 28.03.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5002 (16 S.)

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5003

Verpflichtende Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen

Psychische Erkrankungen und daraus resultierende Frühverrentungen; Verpflichtung der Arbeitgeber zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen; Nutzen der verpflichtenden Durchführung für die Unternehmen, Haftungsrisiko der Arbeitgeber bei fehlenden Gefährdungsbeurteilungen; Gefährdungsbeurteilungen in der Landesverwaltung; Förderung der psychischen Gesundheit der Bevölkerung durch vorbeugende und unterstützende Maßnahmen; Forschung zur psychischen Gesundheit; Ziele des „Europäischen Pakts für Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“

Antr
s. *Psychische Störung*
Drs 15/5713

Tandem-Führung in Verwaltungen

Sachstand zum Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Landesverwaltung, insbes Anteil der Frauen mit Teilzeitarbeit; Bewertung und Unterstützung von Tandem-Führungen in der Verwaltung zum Aufbau weiblicher Führungskräfte und Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 15/6096

Ein Jahr Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes - was sind die Kosten?

Fazit der Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG); Auskunft über die den Freistellungen in der Landesverwaltung entsprechenden Arbeitsstunden sowie die durch die Freistellungen in der Landesverwaltung entstehenden Personalkosten; Anzahl der den Freistellungen auf kommunaler Ebene entsprechenden Arbeitsstunden, insbes in den Stadtkreisen Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Freiburg; Neueinstellung von Arbeitskräften in der Landesverwaltung und in der Kommunalverwaltung aufgrund der Freistellungen; Höhe der bisher durch die Gesetzesnovellierung verursachten Gesamtkosten; Forderung nach einer jährlichen Berichterstattung über die personellen und finanziellen Auswirkungen des Gesetzes

Antr
s. *Landespersonalvertretungsgesetz*
Drs 15/6115

Vielfalt in BW als Chance

Sachstand zur Berücksichtigung der Erkenntnisse des „Diversity Managements“ (Vielfaltigkeitsmanagements) bei Gleichstellung und Antidiskriminierung, insbes Beteiligung an Maßnahmen auf EU-Ebene, Förderung des Vielfältigkeitsmanagements in Unternehmen und Verwaltung, zentrale Bündelung der Teilbereiche des „Diversity Managements“ in der LReg

Antr
s. *Gesellschaft*
Drs 15/6965

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 5 - Sponsoring in der Landesverwaltung

Mittlg RH
s. *Sponsoring*

Drs 15/7005

Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes BW

Einführung eines Bürgerbeauftragten als eine beim Landtag angesiedelte, neutrale Person zur Stärkung der Bürgerinteressen bei Anliegen mit Bezug zur öffentlichen Verwaltung; Zuständigkeit für die Landespolizei zur Klärung innerpolizeilicher Anliegen von Polizeibeschäftigten sowie möglichem persönlichen Fehlverhalten einzelner Polizeibeschäftigter gegenüber Bürgern

GesEntw
s. *Gesetz über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg*
Drs 15/7862

Stellenbesetzungen und Beförderungen in der Ministerial- und Landesverwaltung

Sachstand zu Stellenneubesetzungen sowie Beförderungen ab Besoldungsgruppe A 15 in der Ministerial- und Landesverwaltung in tabellarischer Darstellung

Antr
s. *Stellenbesetzung*
Drs 15/7946

Hervorhebung der Bedeutung der Landesverwaltung als Dienstleistungsunternehmen, Entwicklung einer Personalplanung 2020; Anstreben von mehr Dezentralität im Verwaltungshandeln

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 54 60

Anstreben einer höheren Frauenquote in Führungspositionen der Landesverwaltung

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 194 197-199

Verwaltungsabkommen

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Umsetzung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) in Landesrecht, insbes Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der Rohrfernleitungsverordnung von den bisher zuständigen Ländern auf die ZLS, Berücksichtigung von Änderungen aufgrund der Neuordnung des Produktsicherheitsrechts sowie aus einem geänderten Zuschnitt der bayerischen Ressorts

GesEntw
s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*
Drs 15/7753

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen und im deutschen Recht in Bezug auf Bauprodukte; Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen

Mittlg LReg
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7803

Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik und zur Änderung von Vorschriften mit Bezug auf das Deutsche Institut für Bautechnik
Zustimmung zum 3. DIBt-Änderungsabkommen; Wegfall von bisherigen und Zuweisung von neuen Aufgaben des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) aufgrund von Änderungen bei EU-Verordnungen in Bezug auf Bauprodukte; Aufnahme einer Öffnungsklausel in das DIBt-Abkommen zur Schaffung einer Übertragungsmöglichkeit von weiteren Aufgaben auf das DIBt durch Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern; Anpassung weiterer Vorschriften in Bezug auf das DIBt an die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen

GesEntw
s. *Deutsches Institut für Bautechnik*
Drs 15/7931

Verwaltungsakt

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

Anträge und Anzahl der Bewilligungen in den Jahren 2010 bis 2012; Höhe der bewilligten Fördermittel; Anzahl der Anträge auf Auslands-BAföG im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbes zu Bayern; häufigste Zielländer; durchschnittliche Dauer der Antragsbearbeitung; Anzahl der Auslands-BAföG-Berechtigten ohne Anspruch auf Inlands-BAföG; Anzahl der Personalstellen bei den Akademischen Auslandsämtern in Heidelberg und Tübingen und bei den Studentenwerken

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 15/4142

Beihilfeanträge beim Landesamt für Besoldung und Versorgung BW

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen; Erhöhung der Bearbeitungsdauer gegenüber dem Vorjahr; Information über den Bearbeitungsstand

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 17.11.2015 und Antw MFW Drs 15/7717

Zukunft des Schulfruchtprogramms

Quantität und Qualität der Obstversorgung in Schulen und Tageseinrichtungen; Zahl der am Programm teilnehmenden Einrichtungen; Kofinanzierung des EU-Schulfruchtprogramms in den anderen Bundesländern; Auskunft über die Bearbeitungsdauer von Anträgen, die Zahl der Lieferanten sowie ausstehende Zahlungen an Lieferanten

Antr
s. *Schulverpflegung*
Drs 15/7905

Verwaltungsaufsicht

s. *Staatsaufsicht*

Verwaltungsfachhochschule

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2007 des RH zur LHR von BW für das Hj 2005 - Beitrag Nr. 5: Ausbildung zum gehobenen Dienst

Prüfung bzw Umsetzung von Vorschlägen zu den Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Finanzen, zur Reform des Laufbahnrechts und der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes iRd Dienstrechtsreform

Mittlg LReg
s. *Gehobener Dienst*
Drs 15/417

Aktuelle Ausbildungssituation des gehobenen Verwaltungsdienstes - Entwicklung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der Zahlen von Bewerbern, Zulassungen und Absolventen; Auswirkungen des doppelten Abiturjahrgangs sowie der Aussetzung der Wehrpflicht, Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze; Einschätzung der Berufsaussichten für die Absolventen

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/762

Studium an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Entwicklung der jeweiligen Studierenden- und Absolventenzahlen seit 2002 differenziert nach Geschlecht und Diplom-, Bachelor- und Masterabschlüssen; Zahl der Bewerber und verfügbaren Studienplätze für den Studienbeginn im März 2013; Anteil der Bewerber mit einer vorläufigen Zulassung für das Bachelorstudium Gehobener Verwaltungsdienst - Public Management und einer Praktikumsstelle, die keinen Studienplatz erhielten; Orientierung der künftigen Zulassungszahlen am Personalbedarf der Landes- und Kommunalverwaltung

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg*
Drs 15/2539

Weibliche Repräsentanz an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in BW

Anteil der weiblichen Studierenden, des weiblichen Personals und der Hochschullehrerinnen; geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Rektorate, Hochschulräte und Senate; Anteil des weiblichen Personals in den Leitungsorganen und Gremien; Gewährleistung der Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie; Ermutigung von Studentinnen zu leitenden Tätigkeiten im Beruf; Potenzial der für Führungsaufgaben in der öffentlichen Verwaltung geeigneten Absolventinnen

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/2654

Gewinnung junger Menschen internationaler Herkunft für den öffentlichen Dienst

Angebot und Besetzung von Praktikumsstellen in Landesbehörden und Kommunen, insbes Anteil von Migranten an den besetzten Praktikumsplätzen; Migrantenanteil und Verbleib von Absolventen der Verwaltungsfachhochschulen des Landes und Bundes

Antr
s. *Öffentlicher Dienst*
Drs 15/4011

Möglicherweise rechtswidrige Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Hintergründe zur Vergabe von Zulagen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Bewertung durch Rechtsgutachten, Informationsstand und -weitergabe

innerhalb des Wissenschaftsministeriums und gegenüber der Staatsanwaltschaft, Aufklärung möglicher Rechtsverstöße

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/6218

Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und anderer Behörden mit Vorgängen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zulagengewährung durch die zuständigen Behörden; Kenntnis der Richtlinie zur Vergabe von Zulagen bei den Behördenleitungen; Auskunft über den Vorgang der „rechtskonformen Umdeutung“ der Zulagen; Wortlaut der Unterrichtung des Wissenschaftsministeriums; Argument des Vertrauensschutzes; Hinzuziehung weiterer Behörden zur Aufklärung der Vorgänge an der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg; Inhalt der von der Hochschulleitung in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zulagengewährung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/6349

Ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ein Einzelfall oder ist das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auch in anderen Fällen der Gewährung von Zulagen seiner Aufgabe als Rechtsaufsichtsbehörde nicht gerecht geworden?

Überwachung der Vergabe von Leistungs- und Funktionszulagen durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst; Auskunft über Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstöße seit dem 1. Januar 2011; Reaktion des Wissenschaftsministeriums auf Widersprüche und Beschwerden vonseiten der Hochschulen; Hilfestellung für die Hochschulleitungen bei der Zulagengewährung; Festlegung von Kriterien für die Vergabe von Zulagen

Antr
s. Dienstaufsicht
Drs 15/6416

Engagement des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und seiner Ministerin angesichts einer Resolution zu den Zuständen an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Sachstand zum Umgang des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit der „Resolution der erweiterten Fakultätsvorstände der Fakultäten I und II“ der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg vom 14. März 2014, insbes Position und Engagement der Ministerin, Überprüfung dienstrechtlicher Vergehen in Bezug auf die Hochschule bzw ihre Angehörigen

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/7131

Ergebnis der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg eingesetzten Kommission

Sachstand zu den Ergebnissen der vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg eingesetzten Kommission, insbes Zahl und Mitwirkung an den unterschiedli-

chen Berichtsversionen, ausgesprochene Empfehlungen für bestimmte Personengruppen oder Personen, Überlegungen des Ministeriums zu personellen Folgen an der Hochschule

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/7596

Umgang der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Studentinnen und Studenten der Hochschule Ludwigsburg

Berücksichtigung der Belange der Studierendenschaft bei der Aufklärung der Vorgänge an der Hochschule Ludwigsburg; Anliegen des ehemaligen ASTA-Vorsitzenden; Konflikte zwischen Hochschullehrern und Studierenden; Maßnahmen des Ministeriums zum Schutz der Studierenden; Rückhalt der ehemaligen Rektorin in der Studierendenschaft; Kommunikation des Ministeriums mit der eingesetzten Kommission; Behandlung der Vorcombe an der Hochschule Ludwigsburg im Kabinett

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/7597

Einsetzung einer Kommission durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule Ludwigsburg

Sachstand zur Einsetzung einer Kommission des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Blick auf die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, insbes Zielsetzung und Auftrag, Rechtsgrundlagen, Vorgaben, Aktenführung und Akteneinsichtnahme

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/7598

Inwieweit befasste sich das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst bzw die Ministerin mit Initiativen der Landtagsfraktion der SPD und GRÜNE zu Vorgängen an der Hochschule Ludwigsburg?

Kommunikation zwischen dem Ministerium und den Fraktionen über die Situation an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg; Berücksichtigung von Vorschlägen der Fraktionen; Unterrichtung des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel, über geplante Maßnahmen; Verfahren zur Wiederbesetzung der Stelle der Hochschulleitung

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/7655

Arbeitsfähigkeit der Verwaltungshochschule Ludwigsburg

Entwicklung der Verwaltungshochschule seit der Abwahl der Rektorin; Auswirkungen der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltungshochschule; Auswirkungen der Führungskrise auf die Zahl der Studienbewerber; Berufsperspektive der Absolventen der Verwaltungshochschule

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
Drs 15/7731

Verwaltungsgericht

Schreiben des JM vom 04.08.2011 - Wahl der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats beim Verwaltungsgerichtshof BW in gerichtlichen Disziplinarverfahren nach dem Bundesdisziplinargesetz (§ 47 Abs 3 BDG i.V.m. § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG)

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 453

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes u.a. Gesetze

Änderung von Ausführungsgesetzen zur Verwaltungsgerichtsordnung, Finanzgerichtsordnung, zur Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, zur Insolvenzordnung und zum BGB

GesEntw

s. *Justizkosten*

Drs 15/688

Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen in der Justiz
Anteil der Richterinnen und Präsidentinnen an den Landgerichten, Oberlandesgerichten, Verwaltungs-, Oberverwaltungs- und Finanzgerichten; mitwirkende Organe und deren Frauenanteil bei den Einstellungs- und Beförderungsverfahren, Einflussmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten; Gründe für den höheren Frauenanteil an den Amts- und Sozialgerichten; Beurteilung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst in der Justiz

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 15/1771

Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Vereinfachung der verfahrenstechnischen Bewältigung der auf die Notariatsreform bezogenen Verwaltungsstreitverfahren, insbes Zuständigkeitskonzentration der Rechtsstreitigkeiten über die Besetzung der Dienstposten in den Abteilungen Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege in den Notariaten einschließlich der Streitigkeiten über die hierdurch veranlassten dienstlichen Beurteilungen am Verwaltungsgericht Karlsruhe

GesEntw

s. *Notar*

Drs 15/4661

Schreiben des Justizministeriums vom 6. Mai 2014, Az.: 1223/0151 - Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter; Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Landtag

s. *Richter*

PIPr 15/99 S. 5885

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Aufhebung von Abschnitt 3 in Teil 2 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 14. Januar 2014

GesEntw

s. *Prozesskostenhilfe*

Drs 15/6471

Asylstreitverfahren in BW

Sachstand zur Dauer, Personalausstattung und Organisation der Asylstreitverfahren in BW, insbes räumliche Anbindung der Verwaltungsgerichte an die Landeserstaufnahmeeinrichtungen, Auswirkungen der Einstufung von Serbien und Bosnien-

Herzegowina sowie Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

Antr

s. *Asylverfahren*

Drs 15/7089

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw

s. *Volksabstimmung*

Drs 15/7178

Verwaltungsgericht Sigmaringen

Sachstand zur Verfahrensdauer am Verwaltungsgericht Sigmaringen, insbes Geschäftsbelastung, Personalbestand, Richterstellenzahl

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 07.08.2015 und Antw JM

Drs 15/7285

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindewirtschaftsrecht)

Änderung von § 17 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 21. April 2015

GesEntw

s. *Kommunale Zusammenarbeit*

Drs 15/7610

Auswirkungen der aktuellen Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes

Sachstand zur Entwicklung der Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten in Asyl- bzw Flüchtlingssachen bei den Verwaltungsgerichten, insbes Eingangszahlen im Jahr 2015, geschätzte Eingangszahlen für die Jahre 2016-2018, zugeordnete Richterstellen, Möglichkeiten zur Abordnung bzw Versetzung von zum Richteramt befähigten Beamten

Antr

s. *Asylverfahren*

Drs 15/7754

Verwaltungsgerichtshof

s. *Verwaltungsgericht*

Verwaltungsgerichtsordnung

s. *Verwaltungsgericht*

Verwaltungskosten

Zukunft von Sozialstationen im Enzkreis und in Pforzheim

Finanzierungslücken bei den Personalkosten und steigende Verwaltungskosten bedrohen Sozialstationen in ihrer Existenz

KlAnfr
s. Sozialstation
Drs 15/3542

Kosten der Polizeistrukturreform

Detaillierte und objektbezogene Einzelkostenbetrachtung der Polizeistrukturreform, insbes Bruttofinanzierungsbedarf, Min-derbedarf und Einnahmen; Verteilung von Kosten und Einnah-men in den betroffenen Kapiteln und Titeln im Entwurf des Staatshaushaltsplans, insbes realisierte Veräußerungserlöse; auf-grund der Polizeistrukturreform künftig nicht genutzte Investi-tionen im Bereich der Polizei

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3751

Kosten des Betreuungsgelds

Zahl der zum Stichtag 1. August 2013 anspruchsberechtigten El-tern; Zahl der bis zum 1. September 2013 zu erwartende An-träge; Berechnung der Verwaltungskosten; Veranschlagung der Mittel im Haushalt

Antr
s. *Betreuungsgeld*
Drs 15/3928

Beim Ausbau der Schulpsychologie herrscht Stillstand

Stand des Ausbaus der Schulpsychologenstellen entsprechend der Empfehlung des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen - Jugendge-fährdung und Jugendgewalt“; Beanspruchung der vorhandenen Schulpsychologen durch Verwaltungsaufgaben; Kosten eines Ausbaus der Leistungsfähigkeit der Beratungsstellenverwaltung; Beantragung von Mitteln zur Aufstockung der Verwaltungsstel-len im Nachtragshaushalt; Besetzung der zugesagten Schulpsy-chologenstellen

Antr
s. *Schulpsychologische Beratung*
Drs 15/4139

Bürokratie abbauen und Liquidität von Handwerk und Mittel-stand verbessern - Vorverlegung des Fälligkeitstermins für Sozi-alabgaben rückgängig machen

Rücknahme der im Jahr 2005 erfolgten Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge; Befürwortung dieses Anliegens im Bundesrat

Antr
s. *Versicherungsbeitrag*
Drs 15/5129

Verwaltungskostenbeitrag (Hochschule)

s. *Semesterbeitrag*

Verwaltungsorganisation

Zukunft der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Karlsruhe

Zahl der Beschäftigten, ihre Ausbildungsrichtungen und Lauf-bahnen; Investitionen in die technische Ausstattung in den letz-ten Jahren; Pläne für eine Neuorganisation der Kriminaltechni-schen Untersuchungsstelle (KTU) im Zuge der Polizeireform; Kosten einer Verlagerung nach Stuttgart; Forderung nach einer Beibehaltung des Standorts in Karlsruhe-Durlach

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 15/3478

Kosten der Verlegung von Sondereinrichtungen im Zuge der Po-lizeireform

Kosten der Verlegung der Kriminaltechnischen Untersuchungs-stelle Karlsruhe und ihre Berücksichtigung in der Kostenschät-zung für die Polizeireform; neuer Raumbedarf für die Unterbrin-gung von Übungs-, Ausbildungs- und Untersuchungseinrichtun-gen; Nachfolgenutzung für nicht mehr benötigte Räume; Anzahl der jeweiligen Fälle und ihre Darstellung in der Kostenberech-nung

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3612

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgeset-zes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Lan-desjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Ein-richtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrecht-ergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Aus-richtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatz-rechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisa-tionsrecht

GesEntw
s. *Jagdrecht*
Drs 15/5789

Bearbeitungsrückstände in zentralen Grundbuchämtern

Stand der Umsetzung der Reform des Grundbuchwesens; Aus-wirkungen der Reform im LKreis Emmendingen; Beseitigung der Bearbeitungsrückstände in den zentralen Grundbuchämtern des Landes

KlAnfr
s. *Grundbuchamt*
Drs 15/5927

Einsparungen für BW durch europäischen Bürokratieabbau

Erstellung und Umsetzung des Abschlussberichts über Maßnah-men des Abbaus von Bürokratie in der Europäischen Union, ins-bes Einbeziehung Baden-Württembergs und der anderen Bun-desländer bei der Berichterstellung, Schlussfolgerungen für die Landesgesetzgebung und die Verwaltung in BW, Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Folgenabschätzung der Gesetz-gebung und zur Überprüfung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, Ausnahme von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Kleinstunternehmen von (EU-)Auflagen

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 15/5992

Praxistauglichkeit der zentralen Annahme von Notrufen in den neuen Führungs- und Lagezentren

Erprobung und Inbetriebnahme der zentralen Notrufleitstellen in den neuen Führungs- und Lagezentren der Polizeipräsidien; Ur-sachen einer fehlerhaften räumlichen Zuordnung von Notrufen; technische Unterstützung der Notrufsachbearbeiter bei der Lo-kalisierung eines Notrufs

Antr
s. *Notruf*

Drs 15/6207

Umstrukturierung der Fischereibehörden

Verlagerung der Obersten Fischereibehörde des Landes in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung 5 (Waldwirtschaft, Landesbetrieb Forst BW) innerhalb des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Gründe für diese Umstrukturierung; personelle Veränderungen; Folgen für die zum Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg gehörende Fischereiforschungsstelle Langenargen; Anpassung der Zuständigkeiten für das Fischereiwesen in den Regierungspräsidien

Antr

s. *Fischereiverwaltung*

Drs 15/6341

Aktuelle Situation der Steuerverwaltung

Verleihung des Spitzenamtes im gehobenen Dienst A 13 Z in der Steuerverwaltung; Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst und vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst; Flexibilisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Finanzämtern; Einrichtung von Telearbeitsplätzen; Erhöhung der Stellenzahl in der Finanzverwaltung

Antr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 15/6463

Neuorganisation der Zuständigkeiten bei Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien

Sachstand zur Neuorganisation der Zuständigkeiten bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen bei den Regierungspräsidien, insbes. Arbeitsbelastung, Personalsituation, Bereitstellung von zusätzlichen Personal- und Sachmitteln

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 15/6700

Polizeireform - Feststellung des Verbesserungsbedarfs

Sachstand zum Nachbesserungsbedarf an der Polizeireform, insbes. bei der Organisationsstruktur der einzelnen Polizeipräsidien entsprechend den Zielen der Polizeireform, bei Aufbau und Personalausstattung des Landespolizeipräsidiums, Optimierungspotentiale bei den Kriminaldauerdiensten und den Verkehrsunfalldiensten, Überblick zur im Zusammenhang mit der Polizeireform stehenden Baumaßnahmen, festgestellter Nachbesserungsbedarf durch den Karlsruher Polizeipräsidenten und den Landespolizeipräsidenten, Inhalt und Veröffentlichung des Monitoringberichts zur Polizeireform

GrAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/7306

Verwaltungsprozesss. *Verwaltungsstreitverfahren***Verwaltungsrat**s.a. *Aufsichtsrat*

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, der Württembergischen Staatstheater Stuttgart und des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern

s. *Theater*

PIPr 15/5 S. 82

*Wahl von Vertretern des Ltg*a) *für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks*b) *für die Entsendung in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks*s. *Rundfunk*

PIPr 15/7 S. 216

*Wahl von Vertretern des Ltg*a) *für die Entsendung in den Rundfunkrat des Südwestrundfunks*b) *für die Entsendung in den Verwaltungsrat des Südwestrundfunks*s. *Rundfunk*

PIPr 15/44 S. 2458

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Einführung flexiblerer Regelungen zur Selbstgestaltung der Senderstrukturen; Stärkung der regionalen Identität; Erhalt der Senderstandorte; staatsferne Zusammensetzung der Aufsichtsgremien; Inkompatibilitätsregeln zur redaktionellen Unabhängigkeit; Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und Beschäftigten; Einführung eines Redaktionsstatuts; Gleichstellung von Frauen und Männern in den Aufsichtsgremien; veränderte Zusammensetzung des Rundfunkrats; Kontrolle der Unternehmensbeteiligung des SWR durch den Verwaltungsrat; Transparenz von Sitzungen des Rundfunkrats und Veröffentlichung von Beschwerdeverfahren, Hauptsatzung, Geschäftsleitungsbezügen und Produzentenberichten

Mittlg LReg

s. *Südwestrundfunk*

Drs 15/3497

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk (SWR-Änderungsstaatsvertrag)

Anpassung des SWR-Staatsvertrags an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, insbes. Begrenzung des Einflusses der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Aufsichtsgremien Rundfunkrat und Verwaltungsrat, gemeinsame Wahl des Intendanten durch Rundfunk- und Verwaltungsrat

Mittlg LReg

s. *Südwestrundfunk*

Drs 15/6512

Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur verfassungskonformen Zusammensetzung und Rechtsstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgremien Rundfunk- und Verwaltungsrat sowie zur Transparenz ihrer Arbeit für den rechtlichen Rahmen des Südwestrundfunks

GesEntw

s. *Südwestrundfunk*

Drs 15/6779

Bewertung der Umbesetzung von Vertretern des Landtags im Verwaltungsrat des SWR

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 201-209

Verwaltungsreform

Schließung von Dienststellen und Behörden iRd der Verwaltungsstrukturreform 2005

Auflistung der im ländlichen Raum geschlossenen Behörden iRd Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter, Erzielung der angestrebten Effizienzrendite von 20 % in allen Landkreisen?

Antr SPD 15.03.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1445 (36 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 32-34

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Planungen der LReg zu einer umfassenden Verwaltungsreform in BW

Darlegung o.g. Überlegungen - evtl auf der Grundlage von Beschlüssen eines Landesparteitags und des Regierungsprogramms der SPD (Auflösung der RegPräs und LKreise, Bildung von Regionalkreisen) oder der geplanten Polizeireform; Beurteilung der bestehenden Dreigliedrigkeit der Landesverwaltung; Erläuterung von entsprechenden Äußerungen des MinPräs

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.05.2012 und Stellungnahme IM Drs 15/1653

BeschlEmpf und Bericht InnenA 04.07.2012 Drs 15/2351 S. 39

PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Verwaltungsstruktur in BW

Beibehaltung des aktuellen Verwaltungsaufbaus in BW; Verzicht auf die Einrichtung neuer, etwa gleich starker Regionalkreise

Antr CDU 15.04.2015 Drs 15/6730

ÄAntr GRÜNE und SPD 16.06.2015 Drs 15/7032

ÄAntr CDU 17.06.2015 Drs 15/7034

PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7863-7869

Erinnerung an den Stellenabbau in den Fachverwaltungen im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 132 142

Erinnerung an die Neuorganisation der Flurneuordnung mit Personalabbau im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 752 753

Erfolgsbewertung der Verwaltungsreform, Realisierung der vorgegebenen Effizienzrendite

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1137 1138

Erinnerung an die von Erwin Teufel im Alleingang durchgeführte Verwaltungsreform

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1195

Bewertung der Polizeireform als Vorbereitung einer neuen Verwaltungsreform; Erinnerung an die Zuordnung der Gewerbeaufsicht zu den LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform 2005

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1645 1648

Verwaltungsstreitverfahren

Gesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Vereinfachung der verfahrenstechnischen Bewältigung der auf die Notariatsreform bezogenen Verwaltungsstreitverfahren, insbes. Zuständigkeitskonzentration der Rechtsstreitigkeiten über

die Besetzung der Dienstposten in den Abteilungen Beurkundung und vorsorgende Rechtspflege in den Notariaten einschließlich der Streitigkeiten über die hierdurch veranlassten dienstlichen Beurteilungen am Verwaltungsgericht Karlsruhe

GesEntw

s. *Notar*

Drs 15/4661

Verwaltungsstrukturreform

s. *Verwaltungsreform*

Verwaltungsverfahren

s.a. *Amtshilfe*

s.a. *Einheitlicher Ansprechpartner*

EU-Dienstleistungsrichtlinie: Einheitlicher Ansprechpartner

Inanspruchnahme der EA bei den Kammern und Kommunen von in- und ausländischen Gewerbeanmeldern; Anteil der elektronisch abgewickelten und damit vereinfachten Verfahren, die zu einer Gründung oder Übernahme eines Unternehmens führten; Frage nach einem Vergleich zur Umsetzung der Richtlinie in den einzelnen BLändern

Antr

s. *Einheitlicher Ansprechpartner*

Drs 15/94

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2008 des RH zur LHR von BW für das Hj 2006 (vgl Drs 14/2950)

- *Beitrag Nr. 15: Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem*
Vereinfachung und Optimierung des o.g. Verfahrens zur Umsetzung der europäischen Agrarpolitik, Verbesserung der technischen Ausstattung, Sicherstellung einer einheitlichen Verwaltungspraxis

ierung des o.g.

s. *Agrarpolitik*

Drs 15/227

Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten durch Umweltverbände

Bewertung der o.g. Beteiligungsmöglichkeiten und der notwendigen Rechtsänderungen auf der Grundlage europäischer bzw. bundesrechtlicher Vorgaben; Auflistung der zehn größten Verbände, deren Organisation und Finanzierung, insbes. der steuerlichen Privilegierung, und deren Aktivitäten bei Infrastrukturvorhaben und immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahren

Antr

s. *Klage*

Drs 15/629

Ausstehende Planfeststellungsbeschlüsse für das Bahnprojekt Stuttgart 21

Forcierung und Abschluss der o.g. Planfeststellungen

MdlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/949

„Faktencheck“ zum Thema „Zweite Rheinbrücke“: hoher Aufwand, geringer Nutzen?

Ergebnisse des o.g. Verfahrens in Karlsruhe, Höhe und Träger der entstandenen Kosten; Beurteilung der Notwendigkeit angesichts des bereits laufenden Verfahrens mit Anhörungs- und Beteiligungsrechten, Anstreben eines umfassenden Hauptverfahrens im Sinne des Planungsrechts mit zeitiger und umfassender

Beteiligung der Bürger

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/1072

Arbeitsgruppe zur zweiten Rheinbrücke und Planfeststellungsverfahren

Zusammensetzung und geplante Sitzungen der o.g. Arbeitsgruppe, Zeitpunkt der Vorlage und Veröffentlichung der Ergebnisse, Erwartung einer Verzögerung des laufenden Planfeststellungsverfahrens; Festsetzung des Erörterungstermins und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/1355

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Überprüfung von Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen infolge der bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten

Durchführung o.g. Überprüfungen in Anbetracht der bekannt gewordenen massenhaften Erschleichung von Sprachnachweisen; Feststellung und Korrektur von erschlichenen Einbürgerungen und Niederlassungserlaubnissen, Zahl der nach Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht eingeleiteten Rücknahmeverfahren

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 15/1486

Situation der Bundesfernstraßen in BW

Stand der noch laufenden Planfeststellungsverfahren für Aus- und Neubaumaßnahmen von Autobahnen und Bundesstraßen in BW, Auflistung der noch rechtskräftigen und der bereits verlängerten Planfeststellungsbeschlüsse

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1504

Bundesfernstraßen in der Planfeststellung

Stand der Planfeststellung für Maßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen; Darlegung von gestoppten Planfeststellungsverfahren, der jeweiligen Begründung und bisher verursachten Kosten sowie des weiteren Vorgehens

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1528

Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Art und Folgen der Umsetzung o.g. Richtlinie im Vergleich zu anderen BLändern, insbes Auswirkungen des Instruments der Genehmigungsfiktion auf die Dauer der Genehmigungsverfahren mit dem Einheitlichen Ansprechpartner; Höhe der Verwaltungskosten beim Land und bei den Kommunen; Auswirkungen von erwünschten Änderungen für die Wirtschaft und Verwaltung

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 15/1685

Planfeststellungsverfahren für den Bau und Betrieb der Süddeutschen Erdgasleitung (SEL, Abschnitt IV-Aichwald bis zur Station Amerdingen) - Planänderung Nr. 9a

KlAnfr
s. *Gasleitung*
Drs 15/1860

B 31 West - Kosten der Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens

Umgang mit dem Angebot der Gemeinden Breisach, Bötzingen, Gottenheim, Vogtsburg, Merdingen, Eichstetten, March und Umkirch zur kommunalen Vorfinanzierung der Kosten für die Fertigstellung des Planfeststellungsverfahrens; Wiederaufnahme und Abschluss des Verfahrens

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/2229

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgungsamt des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KlAnfr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/2774

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/1918 betr. Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes

BeschlEmpf und Bericht PetA 07.03.2013 Drs 15/3091 Nr. 1 S. 2
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 07.05.2013 Drs 15/3489

Lernförderung im Bildungs- und Teilhabepaket

Bisherige Umsetzung der außerschulischen ergänzenden Lernförderung; Bewertung der aktuellen Förderbedingungen; mangelnde Berücksichtigung von Kindern mit Lernstörungen wie Legasthenie oder Dyskalkulie; Genehmigungsdauer eines Antrags auf Lernförderung

KlAnfr
s. *Bildungs- und Teilhabeleistungen*
Drs 15/3205

Personalausstattung beim Eisenbahnbundesamt insbes in der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart

Entwicklung des Personalbestands bei der Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart in den letzten Jahren; durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Planfeststellungsverfahren, insbes beim Großprojekt Stuttgart 21; Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und der Bearbeitungsdauer von Schieneninfrastrukturvorhaben bzw der Dauer von Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge; Auswirkungen von Verzögerung im Zulassungsverfahren auf den Schienenpersonennahverkehr in BW; Antwort der BReg auf die Forderung nach einer besseren Ausstattung des Eisenbahn-Bundesamtes (vgl Antr Drs 15/2819)

Antr
s. *Eisenbahnverkehrsverwaltung*
Drs 15/3511

Bundesstraße (B) 31 West Projektgruppe

Ergebnis der Projektgruppe „Verkehrskonzept südöstlicher Kaiserstuhl“ und deren Aussage zur Frage der Verkehrslenkung; Verlangen und Anspruch der betroffenen Gemeinden nach einer Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens; Festhalten des Bundesverkehrsministeriums an der Gesamtmaßnahme (1. und 2. Bauabschnitt); Forderung nach Wiederaufnahme und Abschluss des Planfeststellungsverfahrens

Antr
s. *Bundesstraße*
Drs 15/3665

Planungsstau beim Bau des Retentionsraums Bellenkopf/Rappenwört auflösen

Stand des Planungsverfahrens für den Hochwasserrückhalte-
raum Bellenkopf/Rappenwört; Fortgang des Planfeststellungsverfahrens, Finanzierung und Baubeginn

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/3852

Situation des Netzausbaus in BW

Bestehende Projekte, Umfang der Maßnahmen im Bezug zur Länge der Trassen sowie zum finanziellen Gesamtvolumen; Zuständigkeiten für die Planungs- und die Genehmigungsverfahren; Widerstand gegen Planungs- und Genehmigungsverfahren; Mittel der Netzbetreiber zur Behebung der Konflikte vor Ort; Unterstützung privater Bauträger bei der Umsetzung von Projekten; Erhöhung der Akzeptanz von Netzausbauprojekten durch Neuerungen im Verwaltungsvollzug; Auswirkungen dieser Neuerungen in der Akzeptanzsicherung auf die Verfahrensdauer einzelner Maßnahmen; Kosten der Planungs- und Genehmigungsverfahren; Bewertung des aktuellen Stands des Netzausbaus

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4240

Realisierung der Hochbrücke Horb am Neckar

Genehmigung der Hochbrücke durch das Bundesverkehrsministerium; Einleitung des Planfeststellungsverfahrens; voraussichtliche Umsetzung der Baumaßnahme

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/4746

Entwicklung des Portals für die e-Bürgerdienste in BW

Ziele des Portals „service-bw“; Funktionen und Inhalte von „service-bw“; Administration und redaktionelle Betreuung des Portals; Auskunft über bereits bestehende, vollständig elektronisch und ohne Medienbruch über „service-bw“ durchführbare Verwaltungsverfahren; Ursachen für vorhandene Medienbrüche; Querbeziehungen zu anderen Portalen und Diensten des Landes und der Kommunen; einheitlicher Behördenruf 115; Weiterentwicklung und Ausbau des Portals

KlAnfr
s. *E-Government*
Drs 15/4896

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrecht-ergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

GesEntw
s. *Jagdrecht*
Drs 15/5789

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Entscheidung über Wiederaufnahme oder Aufhebung des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West im Zusammenhang mit einer Klage der Kaiserstühler Kommunen gegen das Land

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/5825

Planfeststellungsverfahren B 31 West

Hintergründe zur Rücknahme des Antrags auf ein Planfeststellungsverfahren für die B 31 West durch das Verkehrsministerium, insbes Entscheidungsfindung, Informationsweitergabe, Mittelverschwendung; Revidierung der Entscheidung zur Antragsrücknahme

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/6140

Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes und anderer Gesetze

Anpassung des Landesrechts an das geänderte Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes, insbes Ausdehnung verfahrensbeschleunigender, verallgemeinerungsfähiger Regelungen der Fachgesetze zum Planfeststellungsverfahren auf das Planfeststellungsrecht insgesamt, Einführung allgemeiner Vorschriften über die „frühe Öffentlichkeitsbeteiligung“, Zulassung weiterer schriftformersetzender elektronischer Verfahren

GesEntw LReg 17.03.2015 Drs 15/6618 (45 S.)
1. Beratung PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7606-7609
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.04.2015 Drs 15/6771
2. Beratung PIPr 15/128 06.05.2015 S. 7721 7722
GesBeschl 06.05.2015 Drs 15/6860
GBI 2015 Nr. 10 S. 324-326 (Ges vom 12.05.2015)

Planfeststellungsverfahren Bundesstraße (B) 31 West

Hintergründe zur Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens für die B 31 West durch das Verkehrsministerium, insbes Datum der Wiederaufnahme, weitere konkrete Verfahrensschritte, Abschlusstermin

Antr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 15/7319

Klärung der widersprüchlichen Aussagen zum aktuellen Stand des Planfeststellungsverfahrens zur zweiten Rheinbrücke Karlsruhe

Unterlagen über Untersuchungen zur technischen Machbarkeit der Ersatzbrückenlösung; Überarbeitung der Untersuchungen des Landesbetriebs Mobilität Speyer (LBM); Benachrichtigung

des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über den Sachstand durch das RegPräs Karlsruhe; Bedarf an weiteren Gutachten vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens; Haltung des Bundes zu einer Ersatzbrücke

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/7649

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung und zur Änderung weiterer Vorschriften (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg - EGovG BW)

Umsetzung für das Land sinnvoller Regelungen des E-Government-Gesetzes des Bundes in das Landesrecht; Festlegungen zum elektronischen Zugang zur Verwaltung und der Information über die Verwaltung, zur elektronischen Aktenführung, zum Dienstleistungsportal des Landes und zur Informationssicherheit; Verankerung des Beauftragten der LReg für Informationstechnologie; Regelung der Organisation und Strukturen der Zusammenarbeit in der Informationstechnologie innerhalb der Landesverwaltung und zwischen Land und Kommunen; Änderung verschiedener Gesetze und VO zur Ermöglichung und Verbesserung der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren

GesEntw
s. *E-Government-Gesetz Baden-Württemberg*
Drs 15/7724

Verweisung auf noch offene Planfeststellungsverfahren im Zuge des Projekts Stuttgart 21 und des Ausbaus der Rheintalbahn
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 152 160 189

Umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit im Vorfeld und im Verfahren von Großprojekten, Erstellung eines Leitfadens zur Beschleunigung der Verfahren
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 269 272 274 276

Verweisung auf noch offene Planfeststellungsverfahren im Zuge des Projekts Stuttgart 21
PIPr 15/12 16.09.2011 S. 455 459 466

Verweisung auf die offenen Varianten für das noch nicht begonnene Planfeststellungsverfahren auf den Fildern für das Projekt Stuttgart 21; Notwendigkeit neuer Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Rheintalbahn
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 984-986 988-990 1030-1037

Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg

s. *Landesverwaltungsverfahrensgesetz*

Verwaltungsvollstreckungsrecht

s. *Vollstreckung von Forderungen*

Verwaltungsvorschrift

s.a. *Rechtsvorschrift*

Externe Personen in der baden-württembergischen Landesverwaltung

Zahl, Funktion, Aufgaben, Vergütung, entsendende Stellen und organisatorische Einbindung der o.g. Personen in Ministerien und nachgeordneten Behörden seit 2011; Art und Dauer der

Beschäftigungsverhältnisse; Frage nach Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verwaltungsvorschrift zum Einsatz externer Personen

Antr
s. *Lobbyismus*
Drs 15/2308

Umgang mit Legasthenie und Lese-Rechtschreibschwäche

Änderung der derzeit geltenden Verwaltungsvorschrift zum Umgang mit an Legasthenie oder einer Lese-Rechtschreibschwäche leidenden Schülern; Unterscheidung zwischen dauerhafter und vorübergehender Störung; Feststellung der Art der Störung durch einen externen Experten; Berücksichtigung der gutachterlich festgestellten Störung bei der Bewertung der Schulleistungen über die Dauer der gesamten Schulzeit

Antr
s. *Lernstörung*
Drs 15/2679

Anpassung der Schulbauförderrichtlinien zur Einführung der Gemeinschaftsschule

Raumprogramm der Gemeinschaftsschulen im Vergleich zum Modellraumprogramm einer Ganztags-Werkrealschule; Beachtung gymnasialer Standards bei Ausgestaltung der Unterrichtsräume für die naturwissenschaftlichen Fächer; Berücksichtigung der Einführung der zweiten Fremdsprache im Raumprogramm; Förderung der Barrierefreiheit bei Umbaumaßnahmen zur Ermöglichung eines integrativen Unterrichts; Bekanntmachung der überarbeiteten Schulbauförderrichtlinien; Einbeziehung von Umbaumaßnahmen aufgrund von Bildungsreformen und gewandelter pädagogischer Leitideen; ausreichendes Raumangebot als Genehmigungsvoraussetzung

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/3775

Integrationsministerium - zur Halbzeitbilanz an Fakten messen

Gesetzesentwürfe und -novellen unter der Federführung des Ministeriums für Integration; Stand der Gesetzgebung; Anpassung der landesrechtlichen Vorschriften für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; Ausführungsgesetze in anderen Bundesländern; Verwirklichung der 2012 veröffentlichten „Eckpunkte der künftigen Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung in BW“; Ausbau der „Willkommenskultur“; Einbringung des Landesanererkennungsgesetzes; Fortschreibung des „Integrationsplans BW“ von 2008; Kooperation mit Verbänden, Interessenvertretungen und Ministerien; Förderung von Integrationsprojekten; strukturelle Mehrausgaben durch die Einrichtung eines eigenständigen Ministeriums; Verwendung des Budgets

GrAnfr
s. *Ministerium für Integration Baden-Württemberg*
Drs 15/3799

Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden

Regelung der Beflaggung durch Verwaltungsvorschriften des Landes und des Bundes; Entscheidungsgrundsätze und Zuständigkeit für die Beflaggungsanordnung; Bekanntmachung der Beflaggung; Flaggen von kirchlichen oder karitativen Organisationen oder von Parteien auf öffentlichen Gebäuden; Frage des Rechtsanspruchs und der Genehmigung; Rechtsmittel gegen eine Beflaggung

KlAnfr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3877

Verbot sozialer Netzwerke für Lehrerinnen und Lehrer - Ein Dilemma zwischen Datenschutz und Lebenswirklichkeit

Motiv für die Handreichung „Der Einsatz von sozialen Netzwerken an Schulen“; Definition des „dienstlichen Charakters“ der Nutzung; datenschutzrechtliche Schulung der Lehrkräfte statt Regelkatalog; Auswirkungen der Handreichungen auf das Image der Lehrer; negative Erfahrungen mit der Nutzung sozialer Netzwerke an Schulen; Vorteile sozialer Netzwerke für die Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern; Einrichtung von Arbeits- oder Lerngruppen in Online-Netzwerken

Antr
s. *Online-Netzwerk*
Drs 15/3906

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Übergang von Kindern und Jugendlichen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, berufliche Schule); Verwaltungsvorschrift zur Weitergabe personenbezogener Daten zwischen Grundschule und weiterführender Schule; Anlass und konkrete Vorgabe des Landesdatenschutzbeauftragten für die rechtliche Regelung; erste Erfahrungen mit dem Wegfall der Grundschulempfehlung

KlAnfr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/4526

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw. Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Überschwemmungsgebiet*
Drs 15/4877

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw. Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/5090

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) und dem zugehörigen Förderprogramm in der Praxis sowie Weiterentwicklungsbedarf

Antr
s. *Ausländerintegration*

Drs 15/5244

Windkraftanlagen

Konsequenzen aus dem im Auftrag des „Landesverbands baden-württembergischer Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ erstellten Rechtsgutachtens für den Windenergieerlass; Aussetzung laufender Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6267

Ehrenamtliche Fahrdienste nur mit Personenbeförderungsschein?

Sachstand zur Rechtslage bei ehrenamtlichen Fahrdiensten; Erlass einer Verwaltungsvorschrift zur einheitlichen Auslegung des Begriffs der „entgeltlichen“ Personenbeförderung im Sinne des Personenbeförderungsrechts zur Ermöglichung ehrenamtlich geleisteter Fahrdienste außerhalb des Personenbeförderungsrechts

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 15/6968

Offene Fragen in der Verwaltungsvorschrift „VwV Deutsch für Flüchtlinge“

Sachstand zu offenen Fragen in der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen an Stadt- und Landkreise zur Förderung von Deutschkenntnissen bei Asylbewerbern und Flüchtlingen in BW („VwV Deutsch für Flüchtlinge“)

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/7206

Neue Regelungen bei der Festsetzung von Ausstellungen

Sachstand zur Verwaltungspraxis bei der Festsetzung von Ausstellungen im Sinne des § 65 Gewerbeordnung (GewO), insbes. Änderung der Verwaltungsvorschriften

KlAnfr
s. *Ausstellung*
Drs 15/7593

Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge*Nachhaltigkeit und soziale Kriterien im Vergaberecht*

Sachstand zur Anpassung des Vergaberechts in Orientierung an Nachhaltigkeit und sozialen Kriterien, insbes. bei Novellierung der Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge „VwV Beschaffung“, erwartete Anpassungen des Vergaberechts auf Bundes- und EU-Ebene, Möglichkeiten zur Formulierung weitergehender Anforderungen in landesrechtlichen Vorschriften

Antr
s. *Vergaberecht*
Drs 15/6625

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen ...*Integrationsarbeit in den Kommunen in BW*

Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förde-

rung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) und dem zugehörigen Förderprogramm in der Praxis sowie Weiterentwicklungsbedarf

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/5244

Integrationsarbeit in den Kommunen in BW

Sachstand zur Bewährung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (VwV-Integration) seit dem Inkrafttreten am 12. August 2013 als Förderinstrument für die Integrationsarbeit in den Kommunen in BW, insbes Beitrag zur Stärkung kommunaler Strukturen, Auswirkung auf Kommunen mit besonders hohem Migrantenanteil, Eignung für die besonderen integrationspolitischen Herausforderungen angesichts steigender Flüchtlingszahlen

Antr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/7714

Verwaltungsvorschrift für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des Schulhausbaus ...

s. *Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung*

Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung

Schulbauförderung - Schulzentrum Hemsbach

Raumbestand und Raumbedarf des Schulzentrums Hemsbach; Förderfähigkeit von Schulsanierungen bzw Schulneubauten gemäß der neuen Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau)

KlAnfr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/6839

Warum fördert die grün-rote LReg mit ihrer Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung den Neu- und Umbau, aber nicht die Sanierung von Schulgebäuden?

Auskunft über Baujahr und letzte Sanierung der bestehenden Schulgebäude; Fördermöglichkeiten von Schulbaumaßnahmen durch das Land; Gründe der mangelnden Förderfähigkeit von Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen; Zahl der im Jahr 2015 gestellten Anträge auf Schulbauförderung; Umfang der bewilligten Zuschüsse und deren Verteilung auf die verschiedenen Schularten; Forderung nach einer Änderung der Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung (VwV SchBau); Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/7935

Verwaltungszustellungsgesetz für Baden-Württemberg

s. *Landesverwaltungszustellungsgesetz*

Verwarnungsgeld

s. *Geldbuße*

Verwertungsgesellschaft

s.a. *Urheberrecht*

Einsatz von sogenannten „Schultrojaner“ auf Servern öffentlicher Schulen

Beurteilung o.g. Pläne von Verlagen und Verwertungsgesellschaften zur elektronischen Überprüfung von Schulservern mit Trojanern, Spysoftware oder Plagiatsoftware: Frage nach einer Rechtsgrundlage und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit sowie einer möglichen Verfolgung von urheberrechtlichen Verstößen, Einbindung der Personalräte, Schulleitungen und des Landesdatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Software*
Drs 15/860

Tarifreform 2013 der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)

Auswirkungen der o.g. Tarifreform für die Betreiber von Tanzlokalen und Diskotheken vor allem im ländlichen Raum, Befürchtung von existenzgefährdenden Mehrbelastungen, Beurteilung der ebenfalls geplanten Gebührenerhöhung für USB-Speichersticks; Darstellung des Handlungsbedarfs und der ergriffenen Maßnahmen im Interesse der Betroffenen

Antr Helmut Walter Rüeck u.a. CDU 20.06.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1883 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 12
PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Tourismusland BW weiter stärken

Kennzahlen und Situation des Tourismus in BW und im Ländervergleich; tourismuspolitische Leitlinien; Konsequenzen der Streichung von EU-Strukturfördermitteln für den Tourismus; Maßnahmen zur Stärkung des Tourismusstandorts, insbes Präsenz auf wichtigen Tourismusmessen, Förderung des heimischen Tourismus, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ausbau des Messestandorts BW, Steuersenkungen für Hotellerie und Gastronomie, Förderung der beruflichen Qualifikation im Tourismussektor, Änderung der Ladenschlusszeiten, Änderung der Gebührenregelung von GEMA und GEZ für Hotels und Gaststätten, Entzerrung der Schulferienzeiten, Förderung des grenznahen Tourismus, Beibehaltung des gegenwärtigen Nichtrauchererschutzgesetzes

GrAnfr
s. *Tourismus*
Drs 15/3461

GEMA-Gebühren für Musik in Sportkursen

Regelung der Musiknutzung in den Kursen der Sportvereine bis Ende 2013; Stand der Verhandlungen zwischen den Sportbünden und der GEMA über eine neue Pauschalvereinbarung

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/5141

Verwertungsgesellschaft Wort

s. *Verwertungsgesellschaft*

Verzinsliches Wertpapier

s. *Wertpapier*

Veterinär

s. *Tierarzt*

Veterinärkontrolle

s. *Veterinärmedizin*

Veterinärmedizin

s.a. *Tierarzt*

Arbeit und Ausstattung der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter (CVUAs) und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts Aulendorf (STUA)

Entwicklung der Aufgaben, Kosten, Investitionen und Personalausstattung seit 2006; Gewährleistung der erforderlichen Sachkunde mit einem Einstellungskorridor

Antr
s. *Untersuchungsamt*
Drs 15/535

Haushalt 2012; Epl 08

Schaffung zusätzlicher Stellen für Amtstierärzte und Veterinärhygieneinspektoren

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1108-5 S. 35 36
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1208-4 S. 7 8
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1301-1315

Umgang mit dem Schmallenberg-Virus in BW

Ursachen, Art, Verbreitung und Gefährdungspotenzial des o.g. Erregers; Ausmaß des Befalls von Kühen u.a. Tieren; Art und Erfolg der eingesetzten Methoden zur tiermedizinischen Bekämpfung

KlAnfr
s. *Tierseuche*
Drs 15/1782

Erhalt der Arbeitsfähigkeit der baden-württembergischen Untersuchungseinrichtungen

Investitionsbedarf der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter und des Staatlichen Tierärztlichen Untersuchungsamts zur Beschaffung von Geräten und Verbrauchsmaterialien für die notwendigen Untersuchungen; Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Sicherstellung eines hohen Verbraucherschutzniveaus

Antr
s. *Untersuchungsamt*
Drs 15/2128

Fleischbeschauegebühren in BW

Höhe der Gebühren für Schlachttier- und Fleischuntersuchungen nach Stadt- und LKreisen; Gesamtgebühren für einzelne Tierarten (Schwein, Rind, Kalb, Ziege/Schaf); Zusammensetzung und Berechnung der Gebühren (Personalkosten für Beschau und Untersuchung, Verwaltungskosten, Größe des Schlachtbetriebs, Stundensätze etc.); Lösungen zur Reduzierung der vorhandenen Preisunterschiede; rechtliche Voraussetzungen für die Übertragung der Fleischbeschau; mögliche Auswirkungen einer Zulassung nichtstaatlicher Kontrollstellen

Antr
s. *Fleischhygiene*
Drs 15/2826

Vorkehrungen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)

Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Litauen und Russland grassierenden Afrikanischen Schweinepest, insbes. Verstärkung hygienischer Vorkehrungen, veterinärmedizinischer Kontrollen und der Lebensmittelüberwachung

Antr
s. *Schweinepest*
Drs 15/4747

Verfahren der Arzneimittelregistrierung und -überwachung bei Veterinärmedizinern im Bereich der Land- und Nutztierwirtschaft

Behörden und Ämter zur Registrierung und Überwachung der Arzneimittel in der Nutztierhaltung; Verfahren der Arzneimittelüberwachung und -kontrolle bei den Veterinärmedizinern; Häufigkeit und Effizienz der Kontrollen; Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und Ämtern; Dokumentationspflicht der Veterinäre

KlAnfr
s. *Tierarzneimittel*
Drs 15/5711

Schaffung von 14 zusätzlichen Stellen für Lebensmittelkontrolleure und Amtstierärzte

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114

Veterinärmediziner

s. *Tierarzt*

Veterinärwesen

s. *Veterinärmedizin*

VG

s. *Verwertungsgesellschaft*

Videospiel

s. *Computerspiel*

Videothek

Sonntagsöffnung von Videotheken und Automatenvideotheken in BW

Vergleich zur rechtlichen Regelung der Sonntagsöffnung in anderen Bundesländern sowie im benachbarten Ausland; Auslegung der Formulierung „werk tägliche Betriebsamkeit“; Aufforderung, das Sonn- und Feiertagsrecht so anzupassen, dass der Betrieb von Automatenvideotheken zulässig ist; Prüfung, inwieweit die Vergleichbarkeit mit Kinos, Gaststätten, Bankautomaten, Bäckereien, Bibliotheken, Fitnessstudios etc. eine Sonntagsöffnung für herkömmliche Videotheken erlaubt

Antr
s. *Ladenöffnungszeit*
Drs 15/502

Videoüberwachung

s.a. *Sicherheitstechnik*

Feldversuch zur automatisierten Gesichtserkennung in Videoströmen in Karlsruhe

Datenschutzrechtliche Bewertung des o.g. Feldversuchs des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) im Karlsruher Wildparkstadion, der durch das Eingreifen des Landesbeauftragten für Datenschutz gestoppt wurde; Frage der Berücksichtigung des Datenschutzes bei der Beantragung des Forschungsprojekts „Parallele Gesichtserkennung in Videoströmen“ (PaGeVi) und den noch ausstehenden Feldversuchen; Bewertung der Kombination von Videoüberwachung und automatisierter Gesichtserkennung, des Einsatzes dieser Techniken an halböffentlichen Orten wie Fußballstadien; Angaben über Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der automatisierten Gesichtserkennung, die vom Land BW unterstützt werden

KlAnfr

s. Biometrie

Drs 15/470

Rückgang der Straftaten in Mannheim durch die Videoüberwachung

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 213

Öffentliche Videoüberwachung als Mittel, die Anzahl der Straftaten zu reduzieren; Zulässigkeit der Videoüberwachung an sensiblen Orten; Einstufung von Kamera-Attrappen; Abwägung der Auswirkungen einer Überwachungsmaßnahme, Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel

PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1893 1894 1897

Verbesserung der Videoüberwachung der Fanblöcke in den Fußballstadien

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2056

Videoüberwachungsanlage*s. Videoüberwachung***Videoverleih***s. Videothek***Viehfutter***s. Futtermittel***Viehhaltung***s. Tierhaltung***Viehschlachtung***s. Schlachtung***Viehseuche***s. Tierseuche***Viehverkehrsverordnung**

Kennzeichnungsmethoden bei Rindern sowie behördliche Anordnungen gegenüber dem Biolandbetrieb Maier (URIA e.V.), Balingen

Gründe für An- und Aberkennung des Biolandbetriebs Maier in Balingen als „kulturelle Veranstaltung“ nach § 45 Abs 2

Viehverkehrsverordnung (ViehVerkVO); Vereinbarkeit der Betriebsführung mit der Anerkennung sowohl als „kultureller Einrichtung“ wie auch als landwirtschaftlicher Produktionsbetrieb; Bewertung alternativer technischer Kennzeichnungsformen für Rinder anstelle der von der EU vorgeschriebenen Ohrmarken; Einsatz für Anpassung der Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene an den aktuellen technischen Stand

KlAnfr

s. Rind

Drs 15/4121

ViehVerkV*s. Viehverkehrsverordnung***Viehweide***s. Grünland***Viehwirtschaft***s.a. Ökologische Landwirtschaft**s.a. Tierisches Produkt**s.a. Tiertransport**s.a. Tierzucht**Tierschutz in BW*

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr

s. Tierschutz

Drs 15/6411

Was tut die Landesregierung, wenn Tierhalter unberechtigt öffentlich an den Pranger gestellt werden?

Haltung der LReg zur unberechtigten Zugangsverschaffung zu Haltungseinrichtungen von Nutztieren durch Tierschutzorganisationen und die Veröffentlichung dabei illegal erstellter Filmaufnahmen und Fotos; Einräumung von Verbandsklagerecht für daran beteiligte Tierschutzorganisationen

Antr

s. Tierhaltung

Drs 15/6748

Antibiotikaeinsatz in BW

Sachstand zu Verschreibung und Einsatz von Antibiotika in BW, insbes Menge an Verschreibungen im Bundesländervergleich, Leitlinien zur Verschreibung, Öffentlichkeitsarbeit für einen bewussten Umgang mit Antibiotika, Gegenmaßnahmen zum Einsatz von Reserveantibiotika in der Tiermast

Antr

s. Arzneimittel

Drs 15/7244

Vier Motoren für Europa*s. Europäische Regionen*

Vierter Nachtrag zum Haushalt 2011

s. *Haushalt 2010 und 2011*

Vietnam

Zukunftsperspektive für das Kooperationsprojekt „Vietnamesisch-Deutsche Universität“ (VGU) in Ho Chi Minh-Stadt

Finanzielle Beiträge der am Gemeinschaftsprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt beteiligten Einrichtungen und Unternehmen; Zukunft der Hochschule angesichts der mittelfristig zu erwartenden Finanzierungssituation; Gründe für die Streichung der Förderung des von der Hochschule Karlsruhe getragenen Masterstudiengangs „Mechatronics and Sensor Systems Technology“; ursprüngliche Intention der Förderung; Ziele der Internationalisierungsstrategie für die baden-württembergischen Hochschulen, Stellenwert der Region Südostasien und insbes Vietnams in diesem Zusammenhang

KlAnfr

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Drs 15/3609

Villingen-Schwenningen

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54 (Villingen-Schwenningen)

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 15/1864

Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Neubau, Ausbau und Sanierung von Landesstraßen und kommunalen Straßen 2012; beantragte, bewilligte und finanzierte Maßnahmen nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz; Anmeldung, Aufnahme, Zurückstellung und Ablehnung von Vorhaben im Generalverkehrsplan; Anträge und Anfragen für ÖPNV-Maßnahmen beim RegPräs auf Programmaufnahme und Förderung; Auflistung der bewilligten, aufgenommenen und nachrichtlich aufgeführten Projekte

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/2060

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 54

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 54

KlAnfr

s. *Verkehrsinvestition*

Drs 15/4823

Situation des zentralen Grundbuchamts Villingen-Schwenningen
Sachstand zur Situation des zentralen Grundbuchamts Villingen-Schwenningen, insbes Zahl der einzugliedernden anderer

Grundbuchämter, Höhe der Bearbeitungsrückstände, Wartezeiten, Beschäftigtenzahl

KlAnfr

s. *Grundbuchamt*

Drs 15/6925

Die Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge (BEA) und die Situation der geplanten Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) im Regierungsbezirk Freiburg

Sachstand zur Standortauswahl und Einrichtung von bedarfsorientierten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge, insbes Vorgehensweise am Standort Villingen-Schwenningen; Planungsstand zur Eröffnung der Landeserstaufnahmeeinrichtung im Regierungsbezirk Freiburg

KlAnfr

s. *Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge*

Drs 15/7120

Zukunft der „Bildungshäuser 3-10“ im Wahlkreis 54 Villingen-Schwenningen

Evaluationsergebnisse und Bestandsgarantie für bestehende „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ über das Schuljahr 2015/2016 hinaus; Aufbauplanungen für weitere „Bildungshäuser 3-10“; Perspektiven der Bildungshäuser im Wahlkreis Villingen-Schwenningen

KlAnfr

s. *Bildungshaus*

Drs 15/7870

Virtuelle Hochschule

Virtuelle Hochschule und virtuelle Lehrangebote der Hochschulen in BW

Sachstand zu onlinegestützten und virtuellen Lehrangeboten an den Hochschulen Baden-Württembergs, insbes Anteil der Online-Lehrangebote, Rückmeldungen von Dozenten und Studenten zum Online-Lehrangebot, technische Infrastruktur der Hochschulen für Online-Lehrangebote, Förderung durch das Land, Ausbau der baden-württembergischen virtuellen Hochschule nach dem bayerischen Vorbild

Antr FDP/DVP 10.06.2015 und Stellungnahme MWK Drs 15/6967

Virtuelle Lehre

s. *E-Learning*

Virtuelle Universität

s. *Virtuelle Hochschule*

Virusinfektion

s. *Infektionskrankheit*

Visualisierung

Visualisierung von Windkraftanlagen

Möglichkeiten einer wirklichkeitsnahen Visualisierung zur Versachlichung der Diskussion über die Standortwahl; Unterstützung solcher Verfahren; Vorgaben für eine Visualisierung in objektiver und einheitlicher Form im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/2695

Visum

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige
beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums
sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsange-
hörige von dieser Visumpflicht befreit sind

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/99

Asylbewerber und Flüchtlinge im LKreis Esslingen
Zahl und Herkunft der derzeit im LKreis Esslingen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Anzahl der über sichere Drittländer nach Deutschland einreisenden Personen; Anzahl der zum wiederholten Male einreisenden Personen; Zahl der in den Jahren 2012 und 2013 aus BW in ihre Herkunftsländer abgeschobenen Personen; Dauer der Asylverfahren; Nutzung leer stehender Bundeswehrkasernen zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen; Wiedereinführung der Visumpflicht gegenüber den nicht der EU angehörenden Staaten des ehemaligen Jugoslawien; dortige Verfolgung der Sinti und Roma aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4320

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-*
Angelegenheiten
Drs 15/5118

Visumpflicht

s. *Visum*

V-Leute

s.a. *Verdeckter Ermittler*

Festhalten an V-Leuten in der rechtsextremistischen Szene und bei der NPD, Forderung einer kritischen Überprüfung u.a. auch des rechtlichen Rahmens für den Einsatz von V-Leuten

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 843 846 849 850

Problematik der V-Leute in den Gremien der NPD für ein erneutes Verbotsverfahren, Forderung des Abzugs der V-Leute in Führungspositionen

PIPr 15/20 07.12.2011 S. 899 901-905

Sammlung von Beweisen für einen neuen NPD-Verbotsantrag, Abwägung einer Abschaltung der V-Leute

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1664

VO des Arbeitsministeriums ü.d. Zust. f.d. Zul. z.mdl. Verhandeln vor den Gerichten der Sozialger.

Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an Bundesrecht im Bereich der Justiz

Aufhebung der Verordnung des Arbeitsministeriums über die Zuständigkeit für die Zulassung zum mündlichen Verhandeln vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit in der Fassung vom 26. Juni 1963

GesEntw
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 15/6471

VO des MFW über das Eintragungs- und Löschungsverfahren nach dem Architektengesetz

s. *Architekteneintragungsverordnung*

VO des SM über das Verfahren der Gutachterstelle für die freiw. Kastration u.a. Behandlungsmethoden

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von § 3 der Verordnung des SM über das Verfahren der Gutachterstelle für die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden in der Fassung vom 6. April 1971

GesEntw
s. *Landesrecht*
Drs 15/5443

Vöhrenbach

Lehrerversorgung an den Schulen des Wahlkreises 54

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich in den vergangenen fünf Jahren; Lehrermangel an der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach; Maßnahmen gegen den Lehrermangel im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6155

Lehrerversorgung an den Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises

Lehrerbedarf und tatsächlich besetzte Lehrerstellen; Sicherstellung des Pflichtunterrichts; Angebote im Ergänzungsbereich; Unterrichtsversorgung an der Dom Clemente Schule in Schnoch im Schwarzwald und der Josef-Hepting-Schule in Vöhrenbach

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/6863

Völkermord

Anzeige der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern

Sachstand zur Anzeige der „Union europäischer türkischer Demokraten“ (UETD) zur Diskussion um die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern in großen Tageszeitungen

KlAnfr
s. *Union of European Turkish Democrats*
Drs 15/6829

Vogel*s.a. Greifvogel**s.a. Storch**s.a. Vogelschutz**Schäden in der Landwirtschaft durch Krähen*

Entwicklung der Krähenpopulation seit 2001 landesweit und im Rhein-Neckar-Kreis, insbes in der Nähe von Mülldeponien; Wirksamkeit von rechtlich zulässigen Vergrämungsmaßnahmen; Ausmaß der o.g. Schäden und Möglichkeiten zur Unterstützung oder Entschädigung der betroffenen Landwirte

KlAnfr

s. Landwirtschaft

Drs 15/429

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Schutz der Zugvögel in allen EU-Staaten

Mittlg LReg

s. Vogelschutz

Drs 15/480

Innerörtliche Saatkrähen-Problematik in der Stadt Bühl (Baden)

Bestandsentwicklung, Verbreitung und Schäden im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden, Art und Erfolg von Methoden zur Vergrämung und Bestandsregulierung, Unterstützung der Kommunen bei der Bestandseindämmung

KlAnfr Tobias Wald CDU 15.03.2012 und Antw MLR Drs 15/1443

Situation der Brieftauben in BW

Entwicklung der Zahlen von Brieftauben, Brieftaubensportvereinen und deren Mitgliedern sowie der Population des Habichts in den letzten zehn Jahren; Beurteilung der in Niederösterreich 2009 eingeführten Regelung zur Bejagung von Greifvögeln zum Schutz der Brieftauben

KlAnfr Rainer Hinderer SPD 21.03.2012 und Antw MLR Drs 15/1477

Vergrämung von Raben- und Nebelkrähen in BW

Bestandsentwicklung, Verbreitung und Schäden landesweit und in der Oberrheinebene in den vergangenen 50 Jahren; Bewertung einer letalen Vergrämung zur Bestandsregulierung unter Beachtung der notwendigen Aspekte des Tierschutzes

Antr Karl Rombach u.a. CDU 21.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1896

BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.10.2012 Drs 15/3063 S. 60 61

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Das Sterben der Lämmer

Schafhaltung und Schafbestand in BW; Verletzung bzw Tötung von Lämmern durch Rabenvögel im LKreis Heilbronn; Präventionsmaßnahmen und Entschädigung der Schafhalter; Angriffe von Rabenvögeln auf Spaziergänger oder Jogger; Voraussetzungen für eine Bejagung von Rabenvögeln

Antr

s. Schafhaltung

Drs 15/2757

Einfluss von Krähen auf die Obsternte in BW

Einbußen bei der Obsternte in den letzten Jahren; Krähen als Eierräuber; Abschussverbot für Vögel im Landesnaturschutzgesetz, Maßnahmen zur Verringerung des Krähenbestands

KlAnfr

s. Obstbau

Drs 15/2773

Feldvogelarten in BW

Bestandsentwicklung der Feldvogelarten in BW und Vergleich mit den anderen Bundesländern und Europa sowie Ursachen für den Rückgang; Schutzmaßnahmen für Feldvogelarten von Politik und Landwirtschaft, insbes Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirtschaft

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 24.09.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4076

Lämmersterben - ein Zweiklassentierschutz?

Entwicklung der Übergriffe von Rabenvögeln auf Lämmer; Entschädigung betroffener Schafhalter; Benachteiligung anderer Tierarten beim Schutz des Raben

KlAnfr

s. Schafhaltung

Drs 15/5248

Stromtod von Vögeln an Frei- und Oberleitungen

Entwicklung der Vogelverluste durch Stromtod an Freileitungen und Mittelspannungsmasten in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Vogelsicherheit, insbes an den Oberleitungen der Eisenbahnunternehmen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 22.10.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5968

BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 (dazu MdlAntr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP) S. 26 27
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Schaustellereibetriebe mit Greifvögeln

Zahl der Falknereien in BW; Falknereien mit Gehege- oder Zoogenehmigung; Zahl der in Schaustellereibetrieben und Falknereien gehaltenen heimischen Greifvögel, Falken und Eulen; Haltung weiterer Greifvogelarten; Zwecke der Greifvogelhaltung; Erteilung von Vermarktungsgenehmigungen; Haltung oder Züchtung von Greifvogelhybriden

KlAnfr

s. Schaustellergewerbe

Drs 15/6563

Kosten durch Taubenpopulation

Sachstand zu Schäden durch Taubenpopulation und Kosten für deren Behebung; Wirksamkeit von Gegenmaßnahmen zur Reduzierung der Taubenpopulation

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 21.04.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6766

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 9

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Einbeziehung von Hinweisen ehrenamtlicher Ornithologen in die Daten der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Nutzung von Daten ehrenamtlicher Ornithologen bei der Artenkartierung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 11.05.2015 und Antw MLR Drs 15/6881

Vogelgrippe

s. Tierseuche

Vogelschutz

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Schutz der Zugvögel in allen EU-Staaten

Mittlg LReg 02.09.2011 Drs 15/480

Situation der Brieftauben in BW

Entwicklung der Zahlen von Brieftauben, Brieftaubensportvereinen und deren Mitgliedern sowie der Population des Habichts in den letzten zehn Jahren; Beurteilung der in Niederösterreich 2009 eingeführten Regelung zur Bejagung von Greifvögeln zum Schutz der Brieftauben

KlAnfr

s. Vogel

Drs 15/1477

Vergrämung von Raben- und Nebelkrähen in BW

Bestandsentwicklung, Verbreitung und Schäden landesweit und in der Oberrheinebene in den vergangenen 50 Jahren; Bewertung einer letalen Vergrämung zur Bestandsregulierung unter Beachtung der notwendigen Aspekte des Tierschutzes

Antr

s. Vogel

Drs 15/1896

Vorkommen und Schutz des Weißstorchs in BW

Entwicklung der Bestände und regionalen Verteilung der o.g. Großvögel seit 1992; Programme und Maßnahmen zur Wiederansiedlung und Sicherung der Bestände; Beurteilung der Gefährdung insbes durch den Ausbau der Windenergienutzung

Antr

s. Storch

Drs 15/2152

Feldvogelarten in BW

Bestandsentwicklung der Feldvogelarten in BW und Vergleich mit den anderen Bundesländern und Europa sowie Ursachen für den Rückgang; Schutzmaßnahmen für Feldvogelarten von Politik und Landwirtschaft, insbes Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirtschaft

Antr

s. Vogel

Drs 15/4076

Umsetzung der zur Sicherung der Belange des Natur- und Artenschutzes in der Regional- und Bauleitplanung auf Grundlage des Windenergieerlasses notwendigen Maßnahmen durch die LReg

Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei der Genehmigung von Windkraftanlagen; Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden; Schutz der unter Ziffer 4.2 im Windenergieerlass BW vom 9. Mai 2012 definierten Tabubereiche; Kartierung der Horste geschützter Vögel; wissenschaftliche Untersuchung und Kartierung der Flugrouten von Vögeln und Fledermäusen; Aufschluss über den Vogelzug entlang des Alpennordrands und am Bodensee, Erforschung der Flughöhe nachts ziehender Vögel; Veröffentlichung der planungsrechtlich bedeutsamen Forschungsergebnisse; Zeitplan und Finanzierung der Maßnahmen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 06.12.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4445

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.02.2014 Drs 15/5052 S. 37-41

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Windenergiepläne im LKreis Schwäbisch Hall

Genehmigung von Windenergieanlagen im LKreis Schwäbisch Hall; Planungen von Windenergieanlagen im Schäferwald in der Gemeinde Frankenhardt, insbes Beachtung von Arten- und Vogelschutz

KlAnfr

s. Windenergieanlage

Drs 15/5184

Stromtod von Vögeln an Frei- und Oberleitungen

Entwicklung der Vogelverluste durch Stromtod an Freileitungen und Mittelspannungsmasten in BW; Maßnahmen zur Verbesserung der Vogelsicherheit, insbes an den Oberleitungen der Eisenbahnunternehmen

Antr

s. Vogel

Drs 15/5968

Überprüfung von EU-Rechtsetzungsinitiativen durch die Europäische Kommission

Verbesserung der EU-Rechtsetzung sowie Verringerung der Verwaltungslasten; Überprüfung der EU-Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie); Novellierung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie); Einführung europäischer Rechnungsführungsgrundsätze für alle Ebenen des öffentlichen Sektors; Entwicklung von Normen für Gesundheitsdienstleistungen auf EU-Ebene; Anerkennung der Meisterpflicht; EU-Initiativen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung

Antr

s. Sekundäres Gemeinschaftsrecht

Drs 15/6203

Windkraftanlagen

Konsequenzen aus dem im Auftrag des „Landesverbands baden-württembergischer Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ erstellten Rechtsgutachtens für den Windenergieerlass; Aussetzung laufender Genehmigungsverfahren

KlAnfr

s. Windenergieanlage

Drs 15/6267

Schaustellereibetriebe mit Greifvögeln

Zahl der Falknerien in BW; Falknerien mit Gehege- oder Zoogenehmigung; Zahl der in Schaustellereibetrieben und Falknerien gehaltenen heimischen Greifvögel, Falken und Eulen; Haltung weiterer Greifvogelarten; Zwecke der Greifvogelhaltung; Erteilung von Vermarktungsgenehmigungen; Haltung oder Züchtung von Greifvogelhybriden

KlAnfr

s. Schaustellergewerbe

Drs 15/6563

Vereinbarkeit von Windkraftnutzung und Naturschutznotwendigkeiten

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben des „Neuen Helgoländer Papiers“ der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz zur Erhöhung des Mindestabstands von Windkraftanlagen zu Naturschutzgebieten mit Rotmilan-Population von 1.000 auf 1.500

Meter

Antr

s. *Windenergieanlage*

Drs 15/6786

Fachliche Ausarbeitung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) zur Bestimmung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan und deren Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen

Sachstand zur Festlegung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan, insbes Bewertung der naturschutzfachlichen Vorgaben der LUBW, Auswirkungen auf die Ausbauziele und Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 09.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7150

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/8019 S. 43-46

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Natura 2000 - Fitness-Check für die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie

Sachstand zur Umsetzung von Natura 2000 in BW, insbes Auswirkungen der Flora-Fauna-Habitat- und der Vogelschutzrichtlinie auf den Natur- und Artenschutz, Auswirkungen auf die Natura 2000-Standards durch das REFIT-Programm und den „Fitness-Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien

Antr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 15/7168

Vogtsburg im Kaiserstuhl

Integriertes Rheinprogramm Abschnitt Breisach-Burkheim

Sachstand zum Umgang mit der Umweltverträglichkeitsstudie iRd Integrierten Rheinprogramms für den Abschnitt Breisach-Burkheim, insbes Präferenz der LReg für Einführung von ökologischen Flutungen gegenüber der „Ökologischen Schlutenlösung Plus“

KlAnfr

s. *Integriertes Rheinprogramm*

Drs 15/7579

Volksabstimmung

s.a. *Bürgerentscheid*

Kosten des Baustopps beim Bahnprojekt Stuttgart 21 beziffern - In Zukunftsprojekte statt in Stillstand investieren

Höhe der von der Bahn bisher errechneten und der noch zu erwartenden Kosten bei Fortsetzung des Baustopps bis zu einer Volksabstimmung im Oktober 2011, Darstellung des evtl Landesanteils und dessen Etatisierung; Hinwirkung auf eine sofortige Aufhebung des Baustopps

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/24

Kein Antrag des Landes auf Bau- und Vergabestopp bei Stuttgart 21

Umschwenken des MinPräs zur Erwägung eines Baustopps: Höhe und Nutzen einer Kostenbeteiligung des Landes hierfür, Vereinbarkeit mit dem Baurecht der DBAG sowie mit der zu erwartenden Erfüllung des Schlichterspruchs durch die Ergebnisse des Stresstests und ihrer Bewertung durch die SMA; Frage nach

der Bereitschaft zur Verschiebung der Volksabstimmung bis zur abschließenden Klärung der Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit; Verzicht auf die Beantragung eines Baustopps

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/209

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW

Absenkung des Quorums für eine Volksabstimmung auf ein Fünftel der Stimmberechtigten

GesEntw GRÜNE und SPD 07.07.2011 Drs 15/216

1. Beratung PIPr 15/8 13.07.2011 S. 266-277

BeschlEmpf und Bericht StändA 14.07.2011 Drs 15/245

2. Beratung PIPr 15/9 20.07.2011 S. 303-309

Beschl 2. Beratung 20.07.2011 Drs 15/293

3. Beratung PIPr 15/9 20.07.2011 S. 309 310 (Ablehnung)

Konsequenzen der Kompromisslösung „Frieden in Stuttgart“ für das S 21-KündigungGes

Bewertung des o.g. Vorschlags des Schlichters und der SMA durch die einzelnen Projektpartner, Darlegung des Zeitraums einer Realisierung sowie der Bezugspunkte des o.g. GesEntw und einer Volksabstimmung, Frage nach den finanziellen Auswirkungen einer Kündigung des Finanzierungsvertrags sowie nach der Bereitschaft zum Rückzug des GesEntw im Falle der Bewertung des Schlichtervorschlags als geeignete Alternative zu Stuttgart 21

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/387

Voraussichtliche Kosten infolge des Streits und des Volksentscheids über das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ für das Land BW

Höhe der Kosten für die Volksabstimmung, die Polizeieinsätze und den Schlichtungsprozess

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/401

Kosten und Inhalt der „Volksbefragung zu S 21“

Offenlegung der o.g. Kosten sowie der zur Abstimmung zu stellenden Frage: Ausübung von Kündigungsrechten eines mit der Bahn geschlossenen Finanzierungsvertrags?

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/403

Volksabstimmung Stuttgart 21 - Bevölkerung ehrlich und objektiv informieren

Erstellung einer Informationsschrift in Zusammenarbeit mit dem Landtag für die geplante Volksabstimmung über das „Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21“, Information der Abstimmungsberechtigten über alle für die Volksabstimmung relevanten Aspekte, insbes über die zu erwartenden Ausstiegskosten

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/508

Stuttgart 21: Keine Kostensteigerungen - Landesverfassung achten

Feststellung der in den Finanzierungsverträgen vereinbarten Gesamtfinanzierung als ausreichend; Achtung der Verfassungsbestimmungen über die Volksabstimmung durch die Regierungsmitglieder und Abgeordneten des Landtags

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/601

Kostentransparenz über das Bahnprojekt Stuttgart 21 herstellen

Unterrichtung des Landtags über die Prüfung der von der Bahn vorgestellten Präsentation „Stuttgart 21 - Chancen-/Risikostatus“; Ermöglichung einer Volksabstimmung über das S 21-Kündigungsgesetz nach dessen Ablehnung im Parlament

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/601

Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem S 21-Kündigungsgesetz

Begründung eines Kündigungsrechts des Finanzierungsvertrags mit der Anwendbarkeit der gesetzlichen Regelungen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage im Hinblick auf Kostensteigerungen bzw auf Grundlage des Demokratieprinzips statt der Inanspruchnahme der im Vertrag geregelten Sprechklausel mit dem Ziel einer Vertragsanpassung; Begründung der Heranziehung der Landesverfassung für eine Volksabstimmung zur Auflösung eines Konflikts zwischen Regierungsparteien und ihren Ministern innerhalb der Regierung

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/673

Verbindlichkeit von Parteitagsäußerungen für die Landesregierung

Bewertung der Ergebnisse des zweiten Stresstests von SMA und Partner AG durch Boris Palmer, die Bahn und die LReg; Förderung des Projekts Stuttgart 21 nach Erfüllung der Anforderungen des Stresstests und einem entsprechenden Ausgang der Volksabstimmung? Bewertung der weiteren Äußerungen von Boris Palmer über Schadenersatzforderungen der Bahn im Falle des Ausstiegs aus dem Finanzierungsvertrag und über die (günstigeren) Kosten eines modernisierten Kopfbahnhofs

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/683

Gestaltung der Wahlunterlagen zur Volksabstimmung S 21 - Einflussnahme der Grünen auf das Stimmverhalten?

Aktuelle Debatte
s. *Stuttgart 21*
PIPr 15/15 S. 593

Gutachten der M.R. GmbH zu etwaigen Ausstiegskosten bei Kündigung des S 21-Finanzierungsvertrags durch das Land

Gründe für die alleinige Beauftragung des o.g. Gutachters, Ablehnung des Auftrags von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft P., Kosten des Gutachtens, Verbindlichkeit der Ergebnisse für die LReg, Verfehlung der Aufnahme in den GesEntw zum S 21-Kündigungsgesetz durch die Veröffentlichung erst im nahen Umfeld der Volksabstimmung

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*

Drs 15/830

Akzeptanz der Volksabstimmung durch die LReg

Umgang mit dem Projekt Stuttgart 21 je nach Ausgang der Volksabstimmung: Ablehnung des Kündigungsgesetzes, Mehrheit für dieses Gesetz mit oder ohne Erreichung des Quorums; Beurteilung der Möglichkeit einer gerichtlichen Nichtigerklärung der Vertragskündigung mit der Folge unbegrenzter Haftungsansprüche der Vertragspartner gegen das Land

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 03.11.2011 und Stellungnahme StM Drs 15/831

Wahrheitsgehalt von offiziellen Regierungsinformationen bei der Volksabstimmung zur Ausübung von Kündigungsrechten beim Bahnprojekt Stuttgart 21

Verweigerung der Aufführung der zu erwartenden Ausstiegskosten im Falle einer (unrechtmäßigen) Vertragskündigung in der Informationsbroschüre, Bewertung der Aussage zur Unabhängigkeit der Neubaustrecke von Stuttgart 21, mögliche Auswirkungen eines Ergebnisses der Volksabstimmung auf der Grundlage falscher Informationen

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/840

Stuttgart 21

Bereitschaft des MinPräs und aller Mitglieder der LReg zur Akzeptanz und Umsetzung des Ergebnisses der Volksabstimmung am 27.11.2011

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/894

Baden-Württemberg vor der Volksabstimmung - Nein zum S 21-Ausstiegsgesetz

Aktuelle Debatte
s. *Stuttgart 21*
PIPr 15/19 S. 850

Volksentscheid für Schuldenbremse in Hessen - auch bei uns?

Bisherige Erfahrungen in Hessen mit der Schuldenbremse, Gründe für die Herbeiführung eines Volksentscheids über die Aufnahme in die hessische Landesverfassung, Bewertung als nachahmenswert für BW?

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 24.11.2011 und Antw MFW Drs 15/926

Abstimmungsergebnis akzeptieren - Stuttgart 21 weiterbauen

Aktuelle Debatte
s. *Stuttgart 21*
PIPr 15/21 S. 980

Den Schwung der Volksabstimmung nützen - eine neue Ära direkter Demokratie für unser Land

Aktuelle Debatte
s. *Demokratie*
PIPr 15/22 S. 1059

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 17.01.2012, Az.: GR(V) 1/11, GR(V) 2/11, GR(V) 3/11, GR(V) 4/11, GR(V) 5/11, GR(V) 6/11, GR(V) 7/11, GR(V) 8/11, GR(V) 9/11, GR(V) 1/12, GR(V) 2/12, GR(V) 3/12, GR(V) 4/12, GR(V) 5/12, GR(V) 6/12 und GR(V) 7/12 - Einsprüche gegen die Volksabstimmung zum S-21-Kündigungsgesetz

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1169

BeschlEmpf und Bericht StändA 09.02.2012 Drs 15/1226

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1459 1460

Projektförderungspflicht für S 21 auf dem Prüfstand - Volkswillen verhindern oder Volkswillen beachten?

Aktuelle Debatte

s. *Stuttgart 21*

PIPr 15/25 S. 1277

Distanzierung von Gruppen gegen Stuttgart 21

Distanzierung von Gruppen und Organisationen vor dem Hintergrund des Ergebnisses der Volksabstimmung über das S 21-Kündigungsgesetz, Umsetzung der Projektförderungspflicht von der LReg

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 15/1375

Erstes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für eine erfolgreiche Volksabstimmung in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Drittel der Stimmberechtigten auf ein Fünftel der Stimmberechtigten

GesEntw FDP/DVP 25.09.2013 Drs 15/4078

(Verzicht auf parlamentarische Behandlung s. PIPr 15/143 S. 8529)

Zweites Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Senkung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren in der Landesverfassung von gegenwärtig einem Sechstel der Stimmberechtigten auf ein Zehntel der Stimmberechtigten

GesEntw FDP/DVP 25.09.2013 Drs 15/4079

(Verzicht auf parlamentarische Behandlung s. PIPr 15/143 S. 8529)

Drittes Gesetz zur Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung des Landes BW (Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW)

Einführung eines Rechts der Bürger auf Einbringung einer Volksinitiative in der Landesverfassung für das Land BW betreffende Gegenstände politischer Willensbildung nach Unterzeichnung von mindestens 50000 Wahlberechtigten; Beratungsanspruch durch das Innenministerium für Vertrauensleute einer Volksinitiative zu deren Vorbereitung; Befassungspflicht für den Landtag innerhalb von sechs Monaten nach Zustandekommen der Initiative; Recht zur Einleitung eines Volksbegehrens nach Ablehnung einer Volksinitiative mit einem Gesetzentwurf als Gegenstand durch den Landtag

GesEntw FDP/DVP 25.09.2013 Drs 15/4080

(Verzicht auf parlamentarische Behandlung s. PIPr 15/143 S. 8529)

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr

s. *Schweiz*

Drs 15/4803

Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes BW (Stichwort: Mehr Demokratie)

Erweiterung der Einflussnahme des Volkes auf das Parlament, insbes Einführung des Volksantrags mit einer Befassungspflicht des Landtags für landespolitische Initiativen und Gesetzentwürfe von 0,5 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Unterstützungsquorums für Volksbegehren auf 10 % der Wahlberechtigten, Absenkung des Zustimmungsquorums für Volksabstimmungen auf 20 % der Wahlberechtigten; Unzulässigkeit von Volksbegehren bei Abgabengesetzen, Besoldungsgesetzen und Staatshaushaltsgesetzen; Rechtsbereinigung im Verwaltungsprozessrecht durch Aufhebung der Zulässigkeit von Rechtsmitteln im ersten Rechtszug gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 15.07.2015 Drs 15/7178

1. Beratung PIPr 15/136 23.09.2015 S. 8157-8162

Mittlg LtgPräs 30.09.2015 Drs 15/7454 (27 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7742

2. und 3. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8522-8530

Beschl 2. Beratung 25.11.2015 Drs 15/7750

GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7760

GBI 2015 Nr. 22 S. 1030 (Ges vom 01.12.2015)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung und Volksbegehren

Änderung des Volksabstimmungsgesetzes, insbes Regelung der näheren Ausgestaltung des neuen Volksantrags, Erleichterung der bestehenden plebiszitären Elemente wie Form und Frist der Unterschriftensammlung, Harmonisierung mit dem Landtagswahlrecht

GesEntw CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 19.08.2015 Drs 15/7330 (34 S.)

1. Beratung PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8291-8295

Mittlg LtgPräs 25.09.2015 Drs 15/7435 (40 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 19.11.2015 Drs 15/7743 (dazu ÄAntr Bernd Hitzler u.a. CDU, Jürgen Filius u.a. GRÜNE, Sascha Binder u.a. SPD und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

2. Beratung PIPr 15/143 25.11.2015 S. 8522-8530

GesBeschl 25.11.2015 Drs 15/7778

GBI 2015 Nr. 23 S. 1065-1071 (Ges vom 08.12.2015)

Bekanntmachung der NF des Volksabstimmungsgesetzes

GBI 2016 Nr. 15 S. 445 456

Abbau der Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen
PIPr 15/4 25.05.2011 S. 30

Senkung der Hürden für Volksabstimmungen, Plädoyer für eine umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Großprojekten
PIPr 15/5 26.05.2011 S. 46 53 63 65 73 78

Verweisung auf das Risiko eines Scheiterns von Stuttgart 21 bei einem entsprechenden Ergebnis der Volksabstimmung
PIPr 15/6 29.06.2011 S. 145 154 156 162

Vorschlag einer Volksabstimmung über die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung; Verweisung auf die Volksabstimmung gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule in Hamburg
PIPr 15/18 10.11.2011 S. 812 830 831

Eintreten für Voksabstimmungen über Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, z.B. bei der Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2254 2263

Bewertung von Verlauf und Ergebnissen des Filderdialogs vor dem Hintergrund der Verträge zu Stuttgart 21 und der Volksabstimmung
PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2322-2325 2332-2334 2337 2339

Volksabstimmungsgesetz

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung und Volksbegehren

Änderung des Volksabstimmungsgesetzes, insbes Regelung der näheren Ausgestaltung des neuen Volksantrags, Erleichterung der bestehenden plebiszitären Elemente wie Form und Frist der Unterschriftensammlung, Harmonisierung mit dem Landtagswahlrecht

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/7330

Volksbank

s. *Kreditgenossenschaft*

Volksbegehren

s. *Volksabstimmung*

Volksentscheid

s. *Volksabstimmung*

Volksfest

Lebensmittelüberwachung auf Vereins- und Straßenfesten

Entlastung der Vereine und ehrenamtlichen Organisationen von der Umsetzung der hygiene- und lebensmittelrechtlichen Vorschriften

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 15/523

Cannstatter Volksfest

Erwartung an den SWR, bei der Planung und Fernsehübertragung der Eröffnungsveranstaltung die Tradition und Bedeutung

dieses Volksfests zu berücksichtigen und den Zuschauern angemessen zu vermitteln; Beitrag des Cannstatter Wasens zur Wirtschafts- und Imageförderung der Region und des Landes

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 29.09.2011 und Antw StM Drs 15/621

Service auf der Regionalzugverbindung Karlsruhe-Stuttgart

Massive Verspätungen und Überfüllungen der RE- und IRE-Züge an den Samstagvormittagen am 29. September und am 6. Oktober 2012, Frage nach dem Angebot an Ersatzzügen und Informationsservice für die wartenden Fahrgäste; Verbesserung der künftigen Vorbereitung auf vorhersehbare Großereignisse wie z.B. das Cannstatter Volksfest

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/2446

Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen und bei Volksfesten eindämmen

Runder Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“; Straftaten unter Alkoholeinfluss bei Volksfesten und auf öffentlichen Plätzen insbes bei Jugendlichen; Verbesserung der Frühintervention und des Jugendschutzes; Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen; Rechtsgrundlage für ein zeitlich und räumlich begrenztes Alkoholverbot

KlAnfr
s. *Alkoholkonsum*
Drs 15/3324

Schienenpersonennahverkehr während des Cannstatter Volksfests

Situation beim Schienenpersonennahverkehr auf der Strecke Stuttgart-Pforzheim-Karlsruhe während des Cannstatter Volksfests 2014, insbes Auslastung, Angebot zusätzlicher Zugverbindungen, Probleme mit der Sauberkeit der Züge, Einsatz von Reinigungs- und Sicherheitspersonal, Überlegungen zu Verweigerung der Mitfahrt von betrunkenen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5868

Volksgruppenrecht

s. *Minderheitenrecht*

Volkshochschule

s.a. *Erwachsenenbildung*

Sprach- und Weiterbildungskurse an Volkshochschulen

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgliedert nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund und ihres Erfolgs in Deutschkursen und Alphabetisierungskursen sowie in Kursen zum Erwerb eines Schulabschlusses; Höhe der bisherigen und geplanten Förderung der Volkshochschulen aus öffentlichen Haushalten; Zahl der arbeitslosen und auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Menschen mit Migrationshintergrund; Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für den Spracherwerb von Migranten

Antr
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/280

Haushalt 2012; Epl 04

Aufstockung der Fördermittel für die Volkshochschulen u.a. Weiterbildungseinrichtungen

Haushalt
s. *Erwachsenenbildung*
Drs 15/1104

Entwicklung des Beitrags der Volkshochschulen zum Thema Integration

Entwicklung der Teilnehmerzahlen aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht an den Integrations- und Sprachkursen und am weiteren Bildungsangebot landesweit und im Stadt- und LKreislkreis Heilbronn seit 2007; Höhe der finanziellen Unterstützung der Volkshochschulen seit 2005 und bis 2016; Förderung der Weiterbildung im Fach Deutsch; Vorlage eines Anerkennungsgesetzes zur vereinfachten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse; Evaluation der Ergebnisse und Nachhaltigkeit der angebotenen Kurse

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 22.08.2012 und Antw
IntM Drs 15/2262

Zuschüsse für Sport- und Gesundheitskurse

Gründe für die unterschiedliche Bezuschussung der Sport- und Gesundheitskurse von Volkshochschulen bzw Familienbildungsstätten und der von Vereinen; Frage einer Angleichung der Zuschusshöhe

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 30.08.2013 und Antw
KM Drs 15/3987

Zukunft der Volkshochschulen in BW

Gegenwärtige Zahl der Volkshochschulen; Zahl und Altersstruktur der Kursteilnehmer; Angebot von Deutschkursen für Flüchtlinge und für qualifizierte ausländische Fachkräfte; Kooperation der Volkshochschulen mit Schulen, Betrieben, Unternehmen und Verbänden mit dem Ziel der Förderung der Sprachkompetenz; Kursangebote für bisher unterrepräsentierte bildungsferne Bevölkerungsgruppen; Entwurf eines Bildungsfreistellungs- bzw Bildungsurlaubsgesetzes; Anhebung der Grundförderung der allgemeinen Weiterbildung durch das Land bis 2016; Finanzierung des Ausbaus der Alphabetisierungs-, Grund- und Allgemeinbildungsangebote

Antr Karl Klein u.a. CDU 22.05.2014 und Stellungnahme
KM Drs 15/5253

Unsere Volkshochschulen und ihr Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zu mehr Bildungsgerechtigkeit

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/104 16.07.2014 S. 6213-6222

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung auf die Sportstätten in den Städten und Gemeinden

Zahl der Sportstätten in kommunaler Trägerschaft; Sportstätten als schulische Einrichtungen; Nutzung schulischer Sportstätten durch Sport- bzw Schwimmvereine und die Volkshochschulen; Nutzung nichtschulischer Sportstätten durch Schulen; Vermietung schulischer Sportstätten an Dritte; Wegfall von Sportstätten durch Schulschließungen; Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Sportstättenangebots durch die Kommunen; Berücksichtigung der von der Schließung kommunaler Sportstätten betroffenen Sportvereine bei den Entscheidungen zur regionalen Schulentwicklung

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5811

Konkurrenz bei Sportangeboten von Vereinen und Volkshochschulen

Sachstand zur Konkurrenzsituation zwischen Sportvereinen und Volkshochschulen bei Angeboten aus dem Bereich Sport und Gesundheit und Lösungsmöglichkeiten für diese Problematik

Antr
s. *Sportverein*
Drs 15/6773

Volkstheater

s. *Theater*

Volkswirtschaft

s.a. *Wirtschaftswachstum*

Abhängigkeit der Region Nordschwarzwald von der Automobilindustrie

Zahl der in der Automobilindustrie und deren Zulieferer beschäftigten Arbeitnehmer aus den LKreisen Calw, Freudenstadt, Enzkreis und Stadtkreis Pforzheim; Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze in diesen Kreisen, die von der Automobilindustrie abhängen; Höhe der Einkommen und Kaufkraft der Beschäftigten, des Anteils an Einkommensteuer und Gewerbesteuer für die Gebietskörperschaften; Darstellung der Auswirkungen einer politisch gewollten Senkung der Automobilproduktion sowie der Umstellung vom Bruttoinlandsprodukt auf einen umfassenden Wohlfahrtsindikator

Antr
s. *Kraftfahrzeugindustrie*
Drs 15/80

Folgen von Leistungsbilanzungleichgewichten auf die badenwürttembergische Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem sogenannten Economic Governance-Paket

Höhe der jährlichen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und BW seit der Finanzkrise 2009 im Vergleich zu den Eurostaaten, Darlegung der o.g. Auswirkungen und der Forderung der EU-Kommission zur Ankurbelung des Binnenkonsums durch öffentliche Investitionen und höhere Löhne in den Überschussländern, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und Tariffreiheit, Frage nach einer Beteiligung an Strafzahlungen nach einem von der EU-Kommission festgestellten „übermäßigen makroökonomischen und volkswirtschaftlichen Ungleichgewicht“

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/2215

Volkswirtschaftliche Bedeutung der Zeitumstellung in Mitteleuropa und ihre Abschaffung

Volkswirtschaftliche Kosten der Zeitumstellung in BW, Deutschland und Europa; Nutzen der Zeitumstellung; Auswirkungen der Zeitumstellung auf Menschen, Tiere, Umwelt und Wirtschaft; Begründung des Festhaltens an der Zeitumstellung; erforderliches Verfahren zur Abschaffung der Sommerzeit; Engagement für eine Abschaffung der Zeitumstellung in Mitteleuropa

Antr
s. *Sommerzeit*
Drs 15/4436

Verweisung auf den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts 2010/2011, Sicherung von Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit mit wirtschaftlichem Wachstum

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 42 43

Verweisung auf den volkswirtschaftlichen Schaden verursacht durch Verkehrsunfälle

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 666

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

s. Volkswirtschaft

Volkszählung

Geplante Einsparungen der LReg im Personalkörper der Polizei
Auskunft über geplante Stellenstreichungen in der Landesverwaltung; Beitrag der Stelleneinsparungen zur Haushaltskonsolidierung, betroffene Ressorts; Stellenkürzungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, insbes bei der Polizei; Auswirkungen der Ergebnisse des Zensus 2011 auf die Personalplanung bei der Landespolizei

Antr

s. *Personalabbau*

Drs 15/3592

Auswirkungen des Zensus 2011

Termin der Rechtskräftigkeit der Volkszählungsergebnisse; Auswirkungen auf die Zahlungen Baden-Württembergs in den Länderfinanzausgleich; Stichtag für die Neuberechnung; Auswirkungen auf die Haltung des Landes gegenüber der Klage Bayerns und Hessens gegen den Länderfinanzausgleich; Folgen des Zensus 2011 für die Kommunen; Vermeidung unbilliger Härten für Gemeinden mit deutlichem Einwohnerrückgang; Verhandlungen mit den anderen Bundesländern und dem Bund über eine gestaffelte Nachzahlungsverpflichtung in den Länderfinanzausgleich für die Jahre 2011 und 2012

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 07.06.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3593

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4324 S. 12

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Der Länderfinanzausgleich nach Steuerschätzung und Zensus

Gründe für einen Zurückgang der Nettoeinnahmen des Landes und der Kommunen in den Jahren 2013 und 2014 bei einem gleichzeitigen Anstieg der Bruttoeinnahmen des Landes; Auswirkungen der Steuerschätzung vom Mai 2013 auf den Länderfinanzausgleich; Konsequenzen aus der Auswertung des Zensus 2011 für die Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern sowie unter den Ländern; Resultate der Gespräche mit Vertretern anderer Bundesländer über eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs; Aufforderung zum Beitritt zur gegen den Länderfinanzausgleich angestregten Klage der Länder Bayern und Hessen

Antr

s. *Länderfinanzausgleich*

Drs 15/3615

Flüchtlingsunterbringung in Pforzheim und dem Enzkreis

Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus bei der Verteilung der Flüchtlinge; Anzahl der zur vorläufigen Unterbringung vorhandenen Plätze bei einer Flächenvorgabe von 7 qm pro Person; Häufigkeit einer Unterschreitung der Fläche von 4,5 qm pro Per-

son; Unterstützung einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kommunen; Befreiung einer Kommune von der Flüchtlingsunterbringung aufgrund einer bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft des Kreises; Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Systembauten (Containersiedlungen); Evaluation der Erstattungspauschale; Einstufung von Serbien und Mazedonien als sichere Herkunftsstaaten

KlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/4959

Vollstreckung von Forderungen

s.a. *Gerichtsvollzieher*

s.a. *Inkassobüro*

Schreiben des BVerfG vom 01.09.2011; Az.: 1 BvL 8/11 - Normenkontrollverfahren zu § 21 Satz 2 des Gesetzes betreffend die Staatliche Kreditanstalt Oldenburg wegen Selbsttitulierungsrecht in der Zwangsvollstreckung

PIPr 15/12 16.09.2011 S. 453

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2011 Drs 15/566

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 669

Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes in BW

Zahl und Ergebnisse der Verfahren nach dem Unterhaltsvorschussgesetz seit 2006, personelle Ausstattung der Jugendämter in den Stadt- und LKreisen zur Durchsetzung der Unterhaltsverpflichtung säumiger Unterhaltsschuldner bzw zur Rückgriffnahme für geleisteten Unterhaltsvorschuss, Erleichterung der Beitreibung von Unterhaltsforderungen im Ausland durch erweiterte europäische Auskunftsrechte; Erwartung von Verbesserungen durch das Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetz des Bundes?

Antr

s. *Unterhaltspflicht*

Drs 15/1590

Forderungsmanagement für die Justiz II

Externe Kosten und interner Aufwand für die Mahnung, Vollstreckung und Bonitätsprüfung vor Niederschlagung; Art, Volumina und Aufwand der Langzeitbearbeitung von Forderungen durch die Landesoberkasse im Vergleich zur infoscore Forderungsmanagement GmbH; Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Langzeitbearbeitung, Höhe der eingesparten Vergütung von Fremddienstleistungen in der Buchhaltung durch den Einsatz der frei gewordenen Personalkapazitäten aus der Prozesskostenhilfe

Antr

s. *Forderungen*

Drs 15/2264

Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften

Änderung des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes und der Vollstreckungskostenordnung, Anpassung an das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, Verbesserung der Erlangung von Informationen über die Vermögensverhältnisse des Vollstreckungsschuldners im Wege der Selbstauskunft, Aufnahme des Vermögensverzeichnisses in einer Justizdatenbank, Neukonzeption des Schuldnerverzeichnisses, Einführung einer Gebühr für die Abnahme der Vermögensauskunft

GesEntw LReg 26.09.2012 Drs 15/2404 (17 S.)

1. Beratung PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2652-2654

BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.10.2012 Drs 15/2487
 2. Beratung PIPr 15/49 08.11.2012 S. 2787 2788
 GesBeschl 08.11.2012 Drs 15/2648
 GBl 2012 Nr. 16 S. 572 573 (Ges vom 13.11.2012)

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrags über die Übertragung hoheitlicher Aufgaben zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder
 Übertragung der anfallenden Aufgaben bei der Errichtung und dem Betrieb eines bundesweiten elektronischen Vollstreckungsportals auf das federführende Land Nordrhein-Westfalen

Mittlg LReg 04.10.2012 Drs 15/2441 (10 S.)
 PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2543
 BeschlEmpf und Bericht StändA 25.10.2012 Drs 15/2573
 PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes

Erhöhung und Vereinheitlichung der Gebühr für den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis, Abwicklung über das gemeinsame elektronische Vollstreckungsportal der Länder; Erhöhung der Gebühren für richterliche Entscheidungen in Polizeigewahrsamsangelegenheiten; Sicherstellung der gebührenanteilsrechtlichen Gleichbehandlung der beamteten Bezirksnotare im württembergischen Rechtsgebiet im Zuge der sukzessiven Aufhebung und Zuweisung der Grundbuchämter zu den Amtsgerichten

GesEntw
 s. *Justizkosten*
 Drs 15/2451

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder

Errichtung und Betrieb eines bundesweiten Vollstreckungsportals unter der Internetadresse www.vollstreckungsportal.de als länderübergreifendes zentrales Informations- und Kommunikationssystem in Umsetzung einer Neuregelung durch das „Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung“ vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2258); Übertragung der entsprechenden Hoheitsrechte auf das Land Nordrhein-Westfalen iR eines Staatsvertrages, insbes für die zentrale Erhebung von Gebühren für die Einsichtnahme und den Abdruckversand aus dem Schuldnerverzeichnis sowie die zentrale Vollstreckung dieser Gebühren

GesEntw LReg 12.03.2013 Drs 15/3210 (16 S.)
 1. Beratung PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3920
 BeschlEmpf und Bericht StändA 25.04.2013 Drs 15/3423
 2. Beratung PIPr 15/67 08.05.2013 S. 4052-4054
 GesBeschl 08.05.2013 Drs 15/3484
 GBl 2013 Nr. 6 S. 89-93 (Ges vom 14.05.2013)

Fragen zur Wirtschaftlichkeit der Einführung einer neuen Mahnungs- und Vollstreckungssoftware iRd Projekts „Forderungsmanagement für die Justiz“

Sachstand zu Ergebnissen des Projekts „Forderungsmanagement für die Justiz“, insbes Auswirkungen auf die Einnahmesituation, Kosten und Betrieb der neuen Mahnungs- und Vollstreckungssoftware

Antr
 s. *Forderungen*
 Drs 15/7988

Vollstreckungsportal

s. *Vollstreckung von Forderungen*

Vollzugskrankenhaus

s. *Justizvollzugskrankenhaus*

Voraussage

s. *Prognose*

Vorbereitungsdienst

Ausbildungsstand und Personalsituation im höheren bautechnischen Dienst

Sachstand zur Personalsituation im höheren bautechnischen Dienst des Landes und der Kommunen, insbes Stellenangebot und Bewerberlage für den Referendardienst

Antr
 s. *Bauverwaltung*
 Drs 15/7159

Vorbereitungsdienst für das Lehramt

s.a. *Staatsprüfung*

Sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beseitigen

Arbeitslosigkeit o.g. Lehrkräfte nach Beendigung des Referendariats bis zum Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs; Schließung dieser Lücke durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes

Antr FDP/DVP 24.05.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/25
 BeschlEmpf und Bericht BildungsA 06.07.2011 Drs 15/504 (dazu ÄAntr Sandra Boser GRÜNE und Christoph Bayer SPD) S. 3 4
 PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672
 Mittlg LReg 24.04.2012 Drs 15/1605

Lehrerausbildung sowie Leistungsfeststellung und -bewertung an der Gemeinschaftsschule

Konzeption für die Ausbildung der Lehramtsanwärter und Referendare an Gemeinschaftsschulen, Vorbereitung für die künftige Funktion als Lernbegleiter, Frage nach den Schulwahlmöglichkeiten der Referendare sowie nach der Art ihrer Nachweiserbringung für die Unterrichtsbefähigung; Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards und Lernziele der unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Lerngruppen; Umgang mit den Schülern, die Lernziele oder Bildungsstandards nicht erreichen

Antr
 s. *Schulleistung*
 Drs 15/1666

Lehrerausbildung in BW

Auswahlverfahren im Lehramtsstudium; Bewertung einer Umstellung der Abschlüsse im Lehramtsstudium von Staatsexamen auf Bachelor/Master of Education; zukünftige Rolle von Universitäten und Pädagogischen Hochschulen bei der Neuordnung der Lehrerausbildung für die verschiedenen Schularten, insbes Erfahrungen anderer Bundesländer, Zusammenlegung oder Schließung von Einrichtungen; Regelung und wissenschaftliche Begleitung der zweiten Phase der Lehrerausbildung; Projektplan,

Zielvorgaben und Arbeitsinhalte der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung, insbes Überlegungen zur Einführung eines Stufenlehramts, Verbesserungen bei den Praxiserfahrungen und der Gymnasiallehrausbildung, Anforderungen an die berufliche Weiterbildung

GrAnfr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/2690

Erweiterte Unterrichtsverpflichtung für Referendare
Geplante Ausweitung der Unterrichtsverpflichtung für Referendare - differenziert nach Schularten; Geltung der Fürsorgepflicht für Referendare durch Schutz vor einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung

MdlAnfr 2) Georg Wacker CDU 15.01.2013 Drs 15/2843
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3536-3538

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung
Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdiens-tes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/4714

Endlich sechswöchige Phase der Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrkräften beenden

Erneuerung der Forderung nach Schließung der Lücke zwischen Beendigung des Referendariats und dem Antritt der Stelle zu Beginn des Schuljahrs durch Einbeziehung der Sommerferien in die Zeit des Vorbereitungsdienstes; Vorschlag einer Verlängerung des Vorbereitungsdienstes ab dem Jahrgang 2013/2014; Aufforderung zu einer unverzüglichen Abkehr von der Entlassung angehender Lehrer in die Arbeitslosigkeit

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5433

Gefährdet eine Verortung der Sonderschullehrkräfte an den Regelschulen die Qualität?

Rolle der Sonderschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren beim Aufbau eines inklusiven Bildungssystems; dienstrechtliche Verortung von Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen; Sicherung der Fachkompetenz der an Gemeinschaftsschulen tätigen sonderpädagogischen Lehrkräfte; Erläuterung der Begriffe „Schulen mit sonderpädagogischer Fachrichtungsexpertise“ und „Einrichtung mit sonderpädagogischen Handlungsfeldern“

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 15/5590

Erneuerung der Forderung einer Verlängerung des Referendariats für Junglehrer über die Sommerferien bis zum Antritt der Stelle

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 347

Vorbeugende Verbrechensbekämpfung

s. *Kriminalprävention*

Vorbeugung (Medizin)

s. *Gesundheitsvorsorge*

Vordruck

s. *Formular*

Vorgeburtliche Diagnostik

s. *Vorsorgeuntersuchung*

Vorhersage

s. *Prognose*

Vorkaufsrecht

s.a. *Kauf*

Erschwernisse im Rechtsverkehr mit Grundstücken in Folge des Vorkaufsrechts bei Gewässerrandstreifen

Situation beim Vorkaufsrecht an Grundstücken mit Gewässerrandstreifen zu Gunsten der Träger der Unterhaltungslast, insbes Mehraufwand aller Beteiligten, Rechtslage in anderen Bundesländern; Streichung des Vorkaufsrechts im Wassergesetz

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 15/5192

Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zu Zwecken des Naturschutzes

Sachstand zum Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zu Zwecken des Naturschutzes, insbes Vorkaufsrecht oder Informationspflicht gegenüber Grundbesitzern von angrenzenden land- bzw forstwirtschaftlichen Flächen

KlAnfr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7048

Vorläufige Dienstenthebung

Suspendierung und Disziplinarverfahren gegen den Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal

Sachstand zu den Gründen für die Suspendierung des Anstaltsleiters der Justizvollzugsanstalt Bruchsal im August 2014 sowie für die Einleitung des Disziplinarverfahrens

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 20.07.2015 und Antw JM
Drs 15/7189

Vorläufige Festnahme

s. *Festnahme*

Vorläufiger Rechtsschutz

s. *Einstweiliger Rechtsschutz*

Vorratsdatenspeicherung

s. *Datenverarbeitung*

Vorratslager

s. *Lagerung*

Vorschlagswesen

Entwicklung des Vorschlagswesens im öffentlichen Dienst des Landes BW

Maßnahmen zur Erhöhung der Beteiligungsquote; Entwicklung der Mitarbeiterbeteiligung in den einzelnen Teilen der Landesverwaltung und den Landesbetrieben; Prämierung von Vorschlägen; Ersparnisse infolge der Umsetzung von Vorschlägen; Controlling innerhalb des Vorschlagswesens; Übertragung geeigneter Vorschläge einer einzelnen Behörde auf weitere Teile der Landesverwaltung

Antr Katrin Schütz u.a. CDU 12.02.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6481

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 02.07.2015 Drs 15/7352 S. 7

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Vorschulische Erziehung

s. Elementarbildung

Vorschulpädagogik

s. Elementarbildung

Vorsorgemedizin

s. Gesundheitsvorsorge

Vorsorgeuntersuchung

s.a. Medizinische Versorgung

Frauengesundheit in BW

Beurteilung der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen im Vergleich zur männlichen Bevölkerung

GrAnfr

s. Gesundheit

Drs 15/964

Masern-Impfungen in BW forcieren

Entwicklung der o.g. Erkrankungen und Impfquote von Kindern, älteren Menschen und Migranten; Möglichkeiten zur Bekämpfung der Impfmüdigkeit, insbes von Ärzten iRd Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und zur Nachholung des Impfschutzes vor Eintritt in die Kindertagesstätte und Schule

Antr

s. Impfung

Drs 15/1006

Neugeborenencreening zur Erkennung von Immundefekten

KlAnfr Bärbl Mielich u.a. GRÜNE 19.03.2012 und Antw SM Drs 15/1457

Pränataldiagnostik und Inklusion

Beurteilung der gesellschaftlichen Wirkungen des Praena-Tests zur ausschließlichen Diagnostik von Trisomie 21, insbes auf die Entscheidung von Eltern zur Abtreibung eines zu erwartenden Kindes mit Down-Syndrom; Beurteilung des Beratungsangebots der Informations- und Vernetzungsstellen Pränataldiagnostik für Schwangere, Frage nach einer Weiterentwicklung der Beratung vor Pränataldiagnostik; Vorlage einer rechtlichen Bewertung der Verkehrsfähigkeit des Praena-Tests und eine mögliche Untersagung der Inverkehrbringung nach dem Medizinproduktegesetz

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 27.07.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2168

BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2544 (dazu ÄAntr Manfred Lucha GRÜNE und Rainer Hinderer SPD) S. 72-74

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Mittlg LReg 10.05.2013 Drs 15/3485

Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen in BW

Entwicklung der o.g. Teilnahmezahlen seit Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes, Inanspruchnahme der Bonusprogramme der gesetzlichen Krankenkassen, Beitritt der privaten Krankenversicherungen zur Rahmenvereinbarung des Landes; Zeitpunkt und Konsequenzen einer Überprüfung der Teilnahme, Information der Jugendämter in Versäumnisfällen, Informations- und Beratungsangebot der Gesundheitsämter für Familien, Vergleich mit anderen BLändern

Antr Thomas Poreski u.a. GRÜNE 29.10.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2579 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.03.2013 Drs 15/4040 S. 39 40

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Jungen- und Männergesundheit in BW

Neue Erkenntnisse auf dem Gebiet Männergesundheit seit dem Antrag vom Dezember 2003 (Drs 13/2750); seither unternommene Schritte in der Gesundheitsforschung, der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsbildung sowie der Prävention und Gesundheitsförderung; Bedarf an besonderen Versorgungsstrukturen (Männergesundheitszentren); beispielhafte Initiativen und Projekte; Teilnahme von Männern an betrieblichen Gesundheitsangeboten sowie an Angeboten der Gesundheitsbildung, z.B. an Volkshochschulen; lokale und regionale Risikoschwerpunkte der Jungen- und Männergesundheit und ihre Korrelation zu besonderen Lebenslagen wie Arbeitslosigkeit, Migration, Asyl und Pflegebedürftigkeit

Antr

s. Gesundheit

Drs 15/4176

Umsetzung des universellen Neugeborenen-Hörscreenings (UNHS) in BW

Sachstand zur Umsetzung des universellen Neugeborenen-Hörscreenings zur Früherkennung und rechtzeitigen Behandlung von angeborenen Hörstörungen, insbes Planung und Kostenaufwand zur Einrichtung einer UNHS-Trackingzentrale zur Nachverfolgung der Kontrolluntersuchungen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 11.06.2015 und Stellungnahme SM Drs 15/6983

BeschlEmpf und Bericht SozA 08.10.2015 Drs 15/7755 S. 19-21

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Gesundheitsuntersuchungen der Asylbewerber

Sachstand zur Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen für ankommende Asylbewerber unmittelbar nach ihrem Eintreffen, insbes Erhöhung des Personals und der medizinischen Geräte

KlAnfr

s. Medizinische Untersuchung

Drs 15/7433

Vorstand

s.a. Aufsichtsrat
s.a. Führungskraft
s.a. Geschäftsführung

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 25: Vergütungen der Vorstandsmitglieder und der Chefärzte an den Universitätsklinik

Mittlg LReg
s. Vergütung
Drs 15/1805

Nachteile für Unternehmen aus BW auf dem europäischen Markt wegen geringer Frauenquote

Ausschluss o.g. Unternehmen vom Wettbewerb in einigen EU-Mitgliedsstaaten nach Äußerungen der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Positionen der Unternehmensverbände zu einer verbindlichen Frauenquote im Vorstand von Unternehmen; Beurteilung des Handlungsbedarfs bei den auf dem europäischen Markt agierenden Unternehmen, u.a. auch bei denen mit Landesbeteiligung

Antr
s. Frau
Drs 15/1510

Besetzungspraxis der LReg bei Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsorganen sowie den Beschäftigten im Bereich der Landesbeteiligungen

Auskunft über Stellenneubesetzungen und Stellenprolongationen der LReg im Lauf ihrer Regierungszeit (11. Mai 2011 bis 10. Mai 2016); Durchführung von Ausschreibungen bei den Stellenbesetzungen; Beteiligungs- und Besetzungsrechte bei Gremien

Antr
s. Stellenbesetzung
Drs 15/7917

Beklagung des geringen Frauenanteils in den Vorständen deutscher Unternehmen, Eintreten für eine gesetzliche Quotenregelung

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193-195 199 201

Beklagung des geringen Frauenanteils in den Vorständen deutscher Unternehmen, Eintreten für eine gesetzliche Quotenregelung

PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1530 1531 1534 1536 1537

Vorstandsmitglied

s. Vorstand

Vortrag (Rede)

s. Rede

Vorurteilskriminalität

s. Hasskriminalität

Vorzeitige Pensionierung

s. Frühpensionierung

Vorzeitiger Beamtenruhestand

s. Frühpensionierung

VPE

s. Verkehrsverbund Pforzheim-Enzkreis

VS

s. Verschlussache

VVS

s. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart

VwV Beschaffung

s. Verwaltungsvorschrift der Landesregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge

VwV SchBau

s. Verwaltungsvorschrift Schulbauförderung

VwV-Integration

s. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Integration über die Gewährung von Zuwendungen ..

Wachstumspolitik

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/5038

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Europäisches Semester 2014 - länderspezifische Empfehlungen: Wachstum schaffen

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/5395

Wachstumsprogramm

s. Wachstumspolitik

Wählerbeteiligung

s. Wahlbeteiligung

Währung

s.a. Europäische Zentralbank
s.a. Stabilisierungsmechanismusgesetz

RegErkl - Euro dauerhaft stabilisieren: Mitwirkung der Länder wahrnehmen und Aussprache

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 481-498

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**Abschluss der Bund-Ländervereinbarung zum StabilisierungsmechanismusGes (StabMechG)*

Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Unterrichtung des BRats nach dem StabMechG; Umsetzung der beschlossenen Ausweitung der Aufgaben des bestehenden Euro-Rettungsschirms (EFSF) und der entsprechenden Änderung des EFSF-Rahmenvertrags durch eine Anpassung des StabMechG

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1211

Folgen von Leistungsbilanzungleichgewichten auf die baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem sogenannten Economic Governance-Paket

Höhe der jährlichen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und BW seit der Finanzkrise 2009 im Vergleich zu den Euro-Staaten, Darlegung der o.g. Auswirkungen und der Forderung der EU-Kommission zur Ankurbelung des Binnenkonsums durch öffentliche Investitionen und höhere Löhne in den Überschussländern, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und Tariffreiheit, Frage nach einer Beteiligung an Strafzahlungen nach einem von der EU-Kommission festgestellten „übermäßigen makroökonomischen und volkswirtschaftlichen Ungleichgewicht“

Antr

s. Außenwirtschaft

Drs 15/2215

Beratungen der Staats- und Regierungschefs über ein zweites Rettungspaket für Griechenland, Notwendigkeit nationaler Anstrengungen zur Überwindung der Eurokrise

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 376-378 386-388

Verweisung auf den aktuellen EU-Gipfel zur Euro-Krise und Griechenlandrettung

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 675 676 678 683

Bezeichnung der Verschuldung der Euro-Staaten als Ursprung der Eurokrise

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 801 804

Feststellung einer Staatsschuldenkrise statt einer Währungskrise in Europa, Anstrengung einer soliden Schuldenpolitik in der Eurozone

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1079-1083

Einbeziehung der Länder bei der Umsetzung des Fiskalpakts zur Stabilisierung des Euro, Verweisung auf das Scheitern einer Währungsunion ohne politischen Unterbau

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2251-2264

Wärmedämmung*Mehr Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden in BW*

Ausschöpfung der Energieeinsparpotenziale bei Büros, Betriebs- und Produktionsstätten; Erhöhung der Sanierungsrate; Überarbeitung der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik zur Verringerung des Energieverbrauchs; Einsparpotenziale bei mechanischen Raumluftanlagen; regelmäßige Wartung der Raumluftanlagen; Inspektion der Klimaanlage durch die Baurechtsbehörden; Kontrolle der praktischen Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV)

Antr

s. Gewerbeimmobilien

Drs 15/4344

Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes

Abbau gesetzlicher Hindernisse zur Erleichterung der energetischen Sanierung von Altbauten und des Einsatzes regenerativer Energien, insbes Duldungspflicht für Überbauten durch den Nachbarn bei nachträglicher Dämmung eines Gebäudes, Vergrößerung des Mindestgrenzabstandes für höher wachsende Bäume in Innerortslage im Hinblick auf die Nutzung von Solarenergie, Verlängerung der Verjährungsfristen für nachbarrechtliche Beseitigungsansprüche in Bezug auf höher wachsende Bäume von bislang fünf auf zehn Jahre

GesEntw

s. Nachbarrecht

Drs 15/4384

Gesetz zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in BW (Erneuerbare-Wärme-Gesetz - EWärmeG)

Redaktionelle Anpassung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes durch Bereinigung von Vorgaben für den Neubaubereich aufgrund der Regelungen durch das Bundesgesetz; Weiterentwicklung der Regelungen für den Alt- und Bestandsbaubereich, insbes Erhöhung des Pflichtanteils an erneuerbarer Energie von 10 auf 15 %, Technologieoffenheit und größere Wahl- und Kombinationsmöglichkeit in den genutzten Technologien, Öffnungsklausel für neue Technologien, Einbeziehung von privaten und öffentlichen Nichtwohngebäuden, gebäudeindividuelles Sanierungskonzept

GesEntw

s. Erneuerbare Energie

Drs 15/6236

Wärmeisolation*s. Wärmedämmung***Wärmekraftwerk***s.a. Fernwärme**Holz als Faktor im baden-württembergischen Energiemix*

Umrüstung von Kohlekraftwerken auf Energieholz und Verwendung als Kaltreserve für die stillgelegten Kernkraftwerke

Antr

s. Holz

Drs 15/1081

Nutzung von gebrauchten Speiseölen als Betriebsstoff in Blockheizkraftwerken

Art der Verwertung und Entsorgung o.g. Speiseöle aus der Gastronomie; rechtliche Vorgaben, technische Standards und Beispiele der energetischen Verwertung in Verbrennungsmotoren und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen; anfallende Mengen an Speiseölen und möglicher Beitrag zur Energieversorgung; Ermöglichung des Betriebs von Anlagen mit einer Ausnahmege-nehmigung?

Antr

s. Öl

Drs 15/1195

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 17: Behandlung kommunaler Altlasten am Beispiel ehemaliger Gaswerkstandorte

Mittlg LReg
s. *Altlastensanierung*
Drs 15/1475

Rahmenbedingungen und Notwendigkeit für die Realisierung von Spitzenlastkraftwerken in BW

Einschätzung der Entwicklung von Strommix, Stromverbrauch und Lastspitzen bis 2050; Strategien zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit; Beurteilung des Bedarfs an modernen Gas- und Dampf-Kombikraftwerken; notwendige Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlich rentablen Zubau von GuD-Kraftwerksleistung

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/1757

Bewertung des Konzepts des Klimabündnisses Freiburg zur Energiewende

Auswirkungen einer Umsetzung des o.g. Konzepts im Vergleich zum Konzept der BReg, insbes auf die Strom- und Gaspreise und auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten; notwendige Veränderungen beim Erneuerbare-Energien-Gesetz und beim Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, insbes bezüglich der Einspeisevergütung; Eintreten beim Bund für eine Erhöhung der derzeitigen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, insbes von Blockheizkraftwerken, Mini-, Mikro- und Nanoblockheizkraftwerken?

KlAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/1884

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 22 - Wirtschaftlichkeit landeseigener Heizwerke (Kap 1208 und 1209)

Mittlg RH 05.07.2012 Drs 15/1922
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 18.10.2012 Drs 15/2522
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4356-4365
Mittlg LReg 20.09.2013 Drs 15/4053
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4159
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Potenzial und Entwicklung von Reserveleistung in der Stromversorgung

Verfügbare und in Spitzenzeiten bis 2022 benötigte Reservekapazitäten zur Stromerzeugung landes- und bundesweit; Gründe für die Stromengpässe im Februar; Anreize und Regelungen für die Betreiber zur Vorhaltung fossiler Kraftwerkskapazitäten; Maßnahmen zur Schaffung von Kapazitätsmechanismen bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2182

Förderung und Entwicklung der Kraftwärmekopplung (KWK) in BW

Bedeutung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung in BW, insbes Daten zu Gesamtleistung, Anteil an der Strom- und Wärmeerzeugung, Verbesserung der Versorgungssicherheit; Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Förderung von KWK-Anlagen in Bund und Land; Ausbau, wirtschaftliches Potenzial und Fördermöglichkeiten kleinerer Blockheiz-

kraftwerke; Wärmenutzung bei in Bau befindlichen Kohlekraftwerken

Antr
s. *Energietechnik*
Drs 15/2956

Umlagepflichtigkeit bei Eigenstromerzeugung

Beteiligung der Betreiber von Anlagen zur Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage; Wahrung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für die Betreiber von Altanlagen; Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft von Unternehmen in Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien; Aufschluss über die betroffenen Anlagen; Sachlage bei autarken Anlagen und bei Blockheizkraftwerken

KlAnfr
s. *Elektrizitätserzeugung*
Drs 15/4801

Vorschlag von Kohle- und Gaskraftwerken als Kaltreserve

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 174 176-181

Ergänzung der Stromerzeugung aus regenerativen Energien über Gaskraftwerke und Kohlekraftwerke

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1050 1052-1054 1056 1057

Ergänzung der Stromerzeugung aus regenerativen Energien durch flexible Gaskraftwerke und Kohlekraftwerke

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1337 1340 1342-1344

Einsparung von Kosten und CO₂-Emissionen durch den Bau eines Blockheizkraftwerks an der Universität Konstanz

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1626

Ergänzung der Stromerzeugung aus regenerativen Energien durch flexible Gaskraftwerke und Kohlekraftwerke

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2243 2244 2246

Aktuelle Rentabilität von modernen Kohle- und Gaskraftwerken aus Sicht der Investoren

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2265 2315

Ergänzung der Stromerzeugung aus regenerativen Energien durch flexible Gaskraftwerke und Kohlekraftwerke

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2350-2352

Wärmepumpe

s. *Wärmetechnik*

Wärmeschutz

s. *Wärmedämmung*

Wärmeschutzinstallation

s. *Wärmedämmung*

Wärmetechnik

s.a. *Abwärme*
s.a. *Energiespeicher*
s.a. *Heizung*
s.a. *Klimatechnik*
s.a. *Wärmeversorgung*

Möglichkeiten der LReg, mehr Wettbewerb im Wärmestrombereich zu sichern - Schaffung von Anreizsystemen, die Wärmeversorgung umzustellen

Darlegung des neuen Preissystems der EnBW für Speicherheizungs- und Wärmepumpenstrom bei fehlendem Wettbewerb sowie der Struktur und regionalen Verteilung der Kunden, Schaffung o.g. Anreize bis zur notwendigen Ersetzung der Nachtspeicheröfen 2020 nach der EnergieeinsparVO; ökologische und wirtschaftliche Grenzen der Nutzung von Speicheröfen und Wärmepumpen

KlAnfr Alexander Schoch GRÜNE 10.08.2011 und Antw UM Drs 15/411

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW
Einsatzmöglichkeiten und Entwicklungspotenzial der Redox-Flow-Batterie, Aufnahme von überschüssiger Stromleistung von den installierten Stromheizungen in BW; Projekte zur Erforschung und Entwicklung von Wärmespeichern

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Stromverbrauchsreduzierung bei Umwälzpumpen

Einschätzung von Zahl und Strombedarf von Umwälzpumpen in Gebäudeheizungsanlagen; Darlegung des Aufwands und Einsparpotenzials einer Umstellung auf energiesparende Pumpen; Initiierung eines Modernisierungsschubs mit den beteiligten Wirtschaftskreisen

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 15/970

Haushalt 2012; Epl 10

Förderung des Einsatzes von Batteriespeichern bei Fotovoltaikanlagen und effizienter Wärmepumpen

Haushalt
s. *Energiespeicher*
Drs 15/1110

Lärmentwicklung durch Luftwärmepumpen

Entwicklung des Einsatzes o.g. Wärmepumpen in Privatgebäuden und deren Lärmproblematik, insbes im niederfrequenten Bereich und in Wohngebieten; Einwirkung auf die Herstellerfirmen und ausführenden Handwerksbetriebe zur Verbesserung der Lärmschutzwerte; Möglichkeiten der Nachrüstung und Durchführung von Abnahmen und schalltechnischen Überprüfungen der Anlagen; Umsetzung der Beschlusslage der Umweltministerkonferenz zur Verbesserung des Lärmschutzes bei stationären und mobilen Geräten und Maschinen in Wohngebieten

Antr Paul Locherer u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1527
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.07.2012 Drs 15/2544 S. 61
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Perspektive und Nutzung der Geothermie in BW

Stand und Perspektiven der Strom- und Wärmegewinnung durch oberflächennahe und tiefe Geothermie, Entwicklung der installierten Erdwärmesonden und geothermischen Gebäudeheizungen in den letzten fünf Jahren, Auswirkungen der Schadensfälle in Staufen, Schorndorf und Leonberg auf die Akzeptanz der Technologie, Erfahrungen mit den geänderten Anforderungen; Vorgaben und Förderprogramme von Bund und Land, Perspektiven für Ausbau und Nutzung der Tiefengeothermie bundes- und

landesweit

GrAnfr
s. *Geothermische Energie*
Drs 15/1607

Potenzial der Wärmerückgewinnung/Abwärmennutzung - Steigerung der Energieeffizienz in BW

Einschätzung des o.g. Potenzials bei der Abwasserwärme und Abluft-/Abgaswärme aus industriellen Prozessen, bei der Stromproduktion generell sowie bei Biogasanlagen, Deponiegasanlagen und bei Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerken; Erfahrungen mit den eingesetzten Technologien und Fördermitteln sowie mit den Einspeisungsmöglichkeiten in Fern- und Nahwärmenetze; Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Reduzierung von Abwärmeverlusten bei Industrie, Handwerk, Kommunen und privaten Haushalten

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 15/1613

Wärmeversorgung

s.a. *Geothermische Energie*
s.a. *Kraft-Wärme-Kopplung*
s.a. *Wärmetechnik*

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 19.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6149
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.06.2015 Drs 15/7352 S. 46-48
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Verbraucherschutzansätze für leitungsgebundene Wärmeversorgung

Sachstand zur Regulierung von Wettbewerb und Verbraucherschutz bei der leitungsgebundenen Fernwärmeversorgung, insbes Veröffentlichung der Wärmepreise durch die Fernwärmeversorger

KlAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 15/7590

Wäschenbeuren

Situation des Rettungsdienstwesens im Kreis Göppingen

Entwicklung des Rettungsdienstwesens im LKreis Göppingen, insbes Anfahrtszeiten und Einhaltung der Hilfsfristen; Situation in den Gemeinden Wäschenbeuren und Birenbach

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 15/6182

Waffe

s.a. *Waffenbesitz*

s.a. *Waffenrecht*
s.a. *Wehrtechnik*

G36-Sturmgewehre aus baden-württembergischer Produktion in Libyen

Bewertung der Medienberichte über o.g. Bestände in Händen des Gaddafi-Regimes; Angaben zur Aufklärung der Waffenlieferungen nach Libyen, zu den Voraussetzungen für Ausfuhrgenehmigungen, zur Unterrichtung über erfolgte Genehmigungen, insbes über Genehmigungen seit der Aufhebung des EU-Embargos im Jahr 2004, zur Kenntnis über illegale Waffenlieferungen aus BW; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Lieferung von G36-Sturmgewehren mit den Aufhalten sogenannter Polizeiausbilder aus BW in Libyen in den Jahren 2005 ff

KlAnfr
s. *Rüstungsexport*
Drs 15/469

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“, Siebtes Handlungsfeld: Vorgezogene Evaluierung zur Umsetzung des neuen Waffenrechts im Land

Mittlg LReg
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/517

Vergleich der Höhe von Gebühren für die Durchführung der Aufbewahrungskontrollen nach § 36 Abs 3 Waffengesetz (WaffG)
Gegenüberstellung der Gebührenerhebung der Waffenbehörden für Kontrollen ohne und mit Beanstandungen

Antr
s. *Gebühren*
Drs 15/1425

Sicherheit erhöhen - Zugang zu Waffen erschweren

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 15/44 S. 2448

Waffen und die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz in der Praxis

Sachstand zur Umsetzung verdachtsunabhängiger Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Abs 3 Waffengesetz, insbes registrierter Waffenbestand, Gebührenerhebung durch die Kommunen, Bestand illegaler Waffen, Straftaten mit legalen bzw illegalen Waffen

Antr
s. *Waffenbesitz*
Drs 15/6226

Waffenkontrollen in BW

Sachstand zu Durchführung von Waffenkontrollen in BW, insbes Qualifikation der Kontrolleure, Gebührenfreiheit der Kontrollen, Schulkooperationen mit dem Verband „Deutsche Schützenjugend“

KlAnfr
s. *Waffenbesitz*
Drs 15/7291

Die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz und die damit einhergehende Belastung der Bürger

Anzahl der in BW registrierten Waffen sowie der im Jahr 2015 durchgeführten verdachtsunabhängigen Kontrollen; Ausmaß der Beanstandungen; erzielt Gebührenaufkommen; Maßnahmen zur Verringerung des illegalen Waffenbesitzes; Verzicht auf Gebührenerhebung bei Kontrollen ohne Beanstandung

Antr
s. *Waffengesetz*
Drs 15/7705

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7903

Intensivierung der Waffenkontrollen im rechtsextremistischen Bereich

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1230

Waffenausfuhr

s. *Rüstungsexport*

Waffenbesitz

Waffenkontrollen und Waffenbesitz in BW

Waffenkontrollen der unteren Waffenbehörden in den Jahren 2012 und 2013; hierbei festgestellte Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Regelungen; Kontrollintervalle; Erfahrungen mit der 2013 eingeführten Online-Sicherheitsprüfung (OSiP) sowie dem elektronischen Datenaustausch zwischen den Waffenbehörden und dem Landeskriminalamt; Umsetzung des Nationalen Waffenregisters beim Bundesverwaltungsamt Köln; Übermittlung von Waffendaten an das Nationale Waffenregister; Nutzung des Nationalen Waffenregisters durch Polizeibehörden und andere abfrageberechtigten Stellen im Land

Antr Hans-Ulrich Sckerl u.a. GRÜNE 14.02.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/4782
BeschlEmpf und Bericht InnenA 07.05.2014 Drs 15/5272 S. 19 20
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Waffen und die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz in der Praxis

Sachstand zur Umsetzung verdachtsunabhängiger Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Abs 3 Waffengesetz, insbes registrierter Waffenbestand, Gebührenerhebung durch die Kommunen, Bestand illegaler Waffen, Straftaten mit legalen bzw illegalen Waffen

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 09.12.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/6226 (12 S.)

Waffenkontrollen in BW

Sachstand zu Durchführung von Waffenkontrollen in BW, insbes Qualifikation der Kontrolleure, Gebührenfreiheit der Kontrollen, Schulkooperationen mit dem Verband „Deutsche Schützenjugend“

KlAnfr Tobias Wald CDU 11.08.2015 und Antw IM Drs 15/7291

Die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz und die damit einhergehende Belastung der Bürger

Anzahl der in BW registrierten Waffen sowie der im Jahr 2015 durchgeführten verdachtsunabhängigen Kontrollen; Ausmaß der Beanstandungen; erzielt Gebührenaufkommen; Maßnahmen zur Verringerung des illegalen Waffenbesitzes; Verzicht auf Gebührenerhebung bei Kontrollen ohne Beanstandung

Antr
s. *Waffengesetz*
Drs 15/7705

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7903

Waffenbesitzkarte

s. *Waffenbesitz*

Waffenexport

s. *Rüstungsexport*

Waffengebrauch

Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd
Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen; Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr
s. *Jagd*
Drs 15/3140

Waffengesetz

Die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz und die damit einhergehende Belastung der Bürger

Anzahl der in BW registrierten Waffen sowie der im Jahr 2015 durchgeführten verdachtsunabhängigen Kontrollen; Ausmaß der Beanstandungen; erzielt Gebührenaufkommen; Maßnahmen zur Verringerung des illegalen Waffenbesitzes; Verzicht auf Gebührenerhebung bei Kontrollen ohne Beanstandung

Antr FDP/DVP 13.11.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/7705

Waffenrecht

s.a. *Waffengesetz*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Bericht über die Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“, Siebtes Handlungsfeld: Vorgezogene Evaluierung zur Umsetzung des neuen Waffenrechts im Land

Mittlg LReg
s. *Sonderausschuss*
Drs 15/517

Vergleich der Höhe von Gebühren für die Durchführung der Aufbewahrungskontrollen nach § 36 Abs 3 Waffengesetz (WaffG) Gegenüberstellung der Gebührenerhebung der Waffenbehörden für Kontrollen ohne und mit Beanstandungen

Antr
s. *Gebühren*
Drs 15/1425

Jagd und Jäger in BW

Rolle der Jäger bei der Hege und Pflege des Wildbestands und dem Schutz des Waldes; Einschätzung ihres berufsmäßigen Könnens; geplante Änderungen des Jagdgesetzes und des Waffenrechts; Frage nach der Einigkeit bei den Regierungsfractionen und der Haltung gegenüber den Forderungen von Naturschutzverbänden; Bewahrung der vorhandenen Struktur des Jagdwesens

Antr
s. *Jagd*
Drs 15/2729

Zulässigkeit von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Schützenvereine bei Straßenfesten

Verbot des Abfeuerns von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Mitglieder des örtlichen Schützenvereins bei der Eröffnung eines Straßenfestes in Wiernsheim im Enzkreis

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 15/5510

Waffen und die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz in der Praxis

Sachstand zur Umsetzung verdachtsunabhängiger Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Abs 3 Waffengesetz, insbes registrierter Waffenbestand, Gebührenerhebung durch die Kommunen, Bestand illegaler Waffen, Straftaten mit legalen bzw illegalen Waffen

Antr
s. *Waffenbesitz*
Drs 15/6226

Waffenkontrollen in BW

Sachstand zu Durchführung von Waffenkontrollen in BW, insbes Qualifikation der Kontrolleure, Gebührenfreiheit der Kontrollen, Schulkooperationen mit dem Verband „Deutsche Schützenjugend“

KlAnfr
s. *Waffenbesitz*
Drs 15/7291

Die verdachtsunabhängige Kontrolle von Waffen und Munition nach § 36 Absatz 3 Waffengesetz und die damit einhergehende Belastung der Bürger

Anzahl der in BW registrierten Waffen sowie der im Jahr 2015 durchgeführten verdachtsunabhängigen Kontrollen; Ausmaß der

Beanstandungen; erzieltes Gebührenaufkommen; Maßnahmen zur Verringerung des illegalen Waffenbesitzes; Verzicht auf Gebührenerhebung bei Kontrollen ohne Beanstandung

Antr
s. *Waffengesetz*
Drs 15/7705

Anwendung der Möglichkeiten des Waffenrechts gegen kriminelle Rockerbanden

PIPr 15/40 27.06.2012 S. 2183 2186

WaffG

s. *Waffengesetz*

Wahl

Neutralitätsgebot im Vorfeld von Wahlen

Engagement von Landtagsabgeordneten und Mitgliedern politischer Parteien für die politische Bildung an Schulen; Verzicht auf die Teilnahme an Unterrichtsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichen Veranstaltungen der politischen Bildung vor Wahlen; Unterschiede in der Handhabung der „Karenzzeit“ in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs; Festlegung einer angemessenen „Vorwahlzeit“ sowie des Zeitpunkts seiner Bekanntgabe

KlAnfr
s. *Politische Willensbildung*
Drs 15/4813

Das Wahlverfahren zum Landesschülerbeirat

Wahlbeteiligung bei den bisherigen Wahlen zum Landesschülerbeirat; Zustimmung der amtlichen Einladung an die Wahlberechtigten; Erleichterung der Teilnahme an den Wahlen durch Fahrkostenerstattung und Freistellung vom Unterricht; Nutzung eines alternativen Wahlverfahrens wie der Online-Wahl; bildungspolitisches Mandat sowie Rechte und Pflichten des Landesschülerbeirats

Antr
s. *Mitwirkung im Schulwesen*
Drs 15/6319

Erfahrungen mit der Verfassten Studierendenschaft an Universitäten und Hochschulen in BW

Bilanz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft; Ursachen der geringen Beteiligung an der Wahl des Gremiums; Verabschiedung der Satzung sowie nachträgliche Satzungsänderungen an den Hochschulen; Erhebung und Verwendung von Beiträgen nach § 65 a Landeshochschulgesetz; Wahrnehmung der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitungen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst als übergeordneter Instanz; Existenz von Doppelstrukturen durch den Fortbestand von Studierendenvertretungen mit Vereinsstatus

GrAnfr
s. *Studentenvertretung*
Drs 15/6449

Wahl des Landtagspräsidenten

s. *Landtagspräsident*

Wahlalter

Einführung des kommunalen Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr
Ablehnung eines aktiven Wahlrechts ab 16 wegen der politischen Unreife der Jugendlichen und ihrem Unvermögen, die Tragweite von Entscheidungen zu erkennen; Absage an eine Herabsetzung des Wahlalters wegen der Beeinflussbarkeit der Minderjährigen und einer möglichen Anfälligkeit für extremistische Strömungen

KlAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/3369

Kampagne „Wählen ab 16“

Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung von Jugendlichen; Erhöhung des Sachverstands der Erstwähler; Anpassung der Lehrpläne in den verschiedenen Schularten bis zur Kommunalwahl 2014; Projektpartner und Finanzierung der Kampagne; Skepsis der Jugendlichen gegenüber einer Vorverlegung des Wahlalters; Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Republik Österreich mit der Absenkung des Wahlalters

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 27.05.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3543
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.09.2013 Drs 15/4324 S. 41
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Vorbereitung Jugendlicher auf die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren

Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde oder Politik nach Schularten und Klassenstufen; Anteil der politischen Bildung am Unterrichtsstoff; Anpassung bzw Neuausrichtung der Lehrpläne; außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung; Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung und anderer Organisationen; Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Maßnahmen der politischen Bildung; Vorbeugung gegen eine Beeinflussung der Jungwähler durch Wahlpropaganda extremer Parteien

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 29.05.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3551 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.11.2013 Drs 15/4897 S. 29 30
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Kommunalwahlrecht

Wahlbeteiligung der 16-18-jährigen sowie der 18-25-jährigen Wahlberechtigten an den Bürgermeisterwahlen nach der Herabsetzung des aktiven Wahlalters im April 2013; Einführung eines kommunalen Elternwahlrechts

KlAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/4295

Finanzierung der Jugendpolitik im Land

Ausgaben und Finanzierung von Projekten des Zukunftsplans Jugend; Kürzung der Fördersätze in der Kinder- und Jugendarbeit; Planung und Finanzierung der Kampagne „Wählen ab 16“

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 15/4299

Ausübung des Wahlrechts für unter 18-Jährige bei der Kommunalwahl 2014

Statistische Auswertung der Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl 2014; Erfolg der Veranstaltungen

gen zur Förderung der Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe; Erfolgskontrolle der Absenkung des Wahlalters

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5353

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Wahlverhalten*
Drs 15/5397

Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“

Ziele, Angebote, Bündnispartner und Finanzierung der Erstwählerkampagne „Wählen ab 16 - Gib deinen Senf dazu!“; Ziele und Umsetzung des Projekts „10 PLUS“, insbes Erhebung der Jungwählerdaten; Informationen zur Aus- und Bewertung der Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen an den letzten Kommunal- und Bürgermeisterwahlen

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 10.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5470 (32 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.10.2014 Drs 15/6123 S. 14 15
PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und LKreis Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. *Wahlbeteiligung*
Drs 15/5716

Wahlanfechtung

s. *Wahlprüfung*

Wahlbeteiligung

s.a. *Wahlstatistik*

Direktwahl von Landräten

Erfahrungen mit dem Wahlverfahren und der Wahlbeteiligung bei Direktwahlen von Landräten in anderen BLändern, Durchführung gemeinsam mit anderen (Kommunal-)Wahlen, Frage nach den Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Kandidaten und nach einem vergleichbaren Doppelstatus als Kommunalbeamte und Staatsbeamte, Darlegung der Versorgungsansprüche der vom Volk gewählten Landräte

Antr
s. *Landrat*

Drs 15/1407

Gesetz zur Einführung der Direktwahl der Landräte

Festlegung der Volkswahl des Landrats sowie eines Zustimmungsquorums von 15 % der Wahlberechtigten; Änderung der Landkreisordnung

GesEntw
s. *Landrat*
Drs 15/1566

Jugendliche in der Kommunalpolitik in BW

Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Anteils der Erstwahlberechtigten bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seit 2002; Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von Jugendlichen an der Kommunalpolitik; Frage nach den vorgesehenen Änderungen bei der bevorstehenden Reform des Kommunalwahlrechts, u.a. Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 oder auf Antrag auf 14 Jahre

Antr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/2279

Kommunalwahlrecht

Wahlbeteiligung der 16-18-jährigen sowie der 18-25-jährigen Wahlberechtigten an den Bürgermeisterwahlen nach der Herabsetzung des aktiven Wahlalters im April 2013; Einführung eines kommunalen Elternwahlrechts

KlAnfr
s. *Wahlrecht*
Drs 15/4295

Wahlbeteiligung der 16- und 17-jährigen bei den Kommunalwahlen 2014

Informations- und Bildungsmaßnahmen für die 16- und 17-jährigen Erstwähler bei den Kommunalwahlen 2014 in BW und Erkenntnisse über die bei ihnen erreichte Wahlbeteiligung

MdlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 15/5293

Ausübung des Wahlrechts für unter 18-Jährige bei der Kommunalwahl 2014

Statistische Auswertung der Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl 2014; Erfolg der Veranstaltungen zur Förderung der Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe; Erfolgskontrolle der Absenkung des Wahlalters

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.06.2014 und Antw IM Drs 15/5353

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Wahlverhalten*
Drs 15/5397

Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“

Ziele, Angebote, Bündnispartner und Finanzierung der Erstwählerkampagne „Wählen ab 16 - Gib deinen Senf dazu!“; Ziele und Umsetzung des Projekts „10 PLUS“, insbes Erhebung der Jungwählerdaten; Informationen zur Aus- und Bewertung der Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen an den letzten Kommunal- und Bürgermeisterwahlen

Antr

s. *Wahlalter*

Drs 15/5470

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im LKreisz Konstanz und in BW

Höhe der Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Erstwähler unter 18 Jahren in den Gemeinden des LKreises Konstanz und in BW bei der Kommunalwahl 2014 und Vergleich zur Wahlbeteiligung aller Wähler; Auswirkung der Arbeit von Jugendgemeinderäten und vergleichbaren Beteiligungsformen von Jugendlichen auf die Wahlbeteiligung

KlAnfr Siegfried Lehmann GRÜNE 24.07.2014 und Antw IM Drs 15/5542

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und LKreisz Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 16.09.2014 und Antw IM Drs 15/5716

Wahlbeteiligung von Erstwählern im Wahlkreis 42

Wahlbeteiligung der Erstwähler in den einzelnen Gemeinden des Landtagswahlkreises 42 (Pforzheim) bei der Kommunalwahl 2014, der Bundestagswahl 2013 und der Landtagswahl 2011

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 02.10.2014 und Antw IM Drs 15/5808

Ableitung einer hohen Legitimation des Landtags von der gestiegenen Wahlbeteiligung

PIPr 15/1 11.05.2011 S. 2

Werbung für eine hohe Wahlbeteiligung bei der Volksabstimmung über das S 21-Kündigungsgesetz

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 594 597 600 602 607-611 613

Stärkung der Demokratie durch die höhere Wahlbeteiligung im Vergleich zur Landtagswahl 2006

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 770 771

Werbung um eine hohe Wahlbeteiligung bei der Volksabstimmung zu Stuttgart 21

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 850-855 858 861

Erfolgsbewertung der hohen Wahlbeteiligung und des klaren Ergebnisses der Volksabstimmung zu Stuttgart 21

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 980 983-985

Erfolgsbewertung der hohen Wahlbeteiligung und des klaren Ergebnisses der Volksabstimmung zu Stuttgart 21

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1059 1061 1062 1064 1065

Wahlcomputer

s. *Elektronische Wahl*

Wahleinspruch

s. *Wahlprüfung*

Wahlkampf*Einschüchterung mündiger Schulleiterinnen und Schulleiter durch die Kultusministerin?*

Bewertung des öffentlichen Eintretens von rund 60 Schulleitern für das im Schulgesetz verankerte Schulsystem sowie eines Schulleiters aus Ravensburg für die bildungspolitischen Ziele der SPD kurz vor der Landtagswahl; Darlegung von Anhaltspunkten für disziplinarrechtliche Schritte aufgrund des Eintretens für das geltende Schulgesetz, Begründung des persönlichen Schreibens der Ministerin an die 60 Schulleiter mit dem Hinweis auf die Loyalitätspflichten eines Beamten, Frage nach einem entsprechenden Vorgehen im Ravensburger Fall

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 15/622

Auftritt von SPD-Politikern bei den „Grauen Wölfen“

Aufrechterhaltung der Bewertung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland als radikal, nationalistisch und antidemokratisch durch Ministerin Öney? Vereinbarkeit mit den o.g. Wahlkampfauftritten bei dem den „Grauen Wölfen“ zuzurechnenden Deutsch-Türkischen Freundschaftsverein Nürtingen; Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen oder Gruppen innerhalb der SPD mit entsprechenden Vereinen

Antr

s. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*

Drs 15/982

Verbindungen von „Grauen Wölfen“ zu Parteien in BW?

Auftritte von Politikern der SPD u.a. Parteien im Landtagswahlkampf bei Vereinen, die der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland zuzurechnen sind? Frage nach Verbindungen oder personellen Verflechtungen von Gliederungen und Gruppen innerhalb der SPD o.a. Parteien mit entsprechenden Vereinen sowie nach Verbindungen des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins Nürtingen zu islamistischen Organisationen

Antr

s. *Ausländerorganisation*

Drs 15/1130

Dialogkampagne der LReg zur Energiewende

Ziele, Kosten und Veranstaltungen der Dialogkampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft BW zur Energiewende; Vereinbarkeit mit den Grundsätzen zur Beschränkung der Öffentlichkeitsarbeit der Exekutive in der Vorwahlzeit

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/3629

Karenzzeit

Regelungen über die Besuche von Mitgliedern der LReg bei Behörden, Schulen und anderen öffentlichen Institutionen vor Wahlen

MdlAnfr
s. *Parteilpolitische Neutralität*
Drs 15/5114

Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg zugunsten einzelner Wahlvorschläge durch das Verwaltungsgericht Freiburg

Sachstand zur Untersagung von Wahlempfehlungen des Studierendenrats der Universität Freiburg im Senatswahlkampf an der Universität durch das Verwaltungsgericht Freiburg und Bewertung des Vorgangs

MdlAnfr
s. *Akademische Selbstverwaltung*
Drs 15/7139

Demokratie und Rechtsstaat verteidigen - Extremismus und Hass gegen Flüchtlinge haben in BW keinen Platz!

Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur in der Flüchtlingspolitik, insbes rasche Aufklärung und Ahndung rassistischer Gewalttaten und Straftaten im Umfeld von Flüchtlingsaufnahmestellen sowie Erhöhung der Polizeipräsenz, Ablehnung der missbräuchlichen Thematisierung des Schicksals der Flüchtlinge sowie deren Integration in die Gesellschaft im Wahlkampf, Abbau von Fehlanreizen im hiesigen Asylsystem, Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen und beruflichen Arbeit von Menschen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Antr
s. *Flüchtlingspolitik*
Drs 15/7421

Wahlkreis

Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts
Abschaffung der Möglichkeit zur Kandidatur in zwei Wahlkreisen des eigenen Landkreises; Änderung der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 15/2138

Zurückweisung des Einspruchs wegen eines Verstoßes gegen den Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit durch die Zuordnung der Gemeinde Essingen vom Wahlkreis Aalen zum Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 770

Verweisung auf die von den Abgeordneten mitbetreuten Betreuungswahlkreise

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 2000 2001

Wahlkreiseinteilung

s. *Wahlkreis*

Wahlliste

s. *Wahlvorschlag*

Wahlprogramm

Vermischung von Partei- und Regierungsarbeit - Die Aussagen von Jürgen Trittin über das Staatsministerium

Beteiligung von Mitarbeitern des Staatsministeriums BW neben dem Amtschef an der Ausarbeitung des Steuerkonzepts im Bun-

destagswahlprogramm der Grünen; Teilnahme und Funktion von Amtschef und Regierungssprecher auf den letzten Bundesparteitagen der Grünen; vorherige Beschäftigung von Bediensteten des Staatsministeriums bei der Partei oder der Bundestagsfraktion der Grünen während des Vorsitzes von Jürgen Trittin

Antr
s. *Staatsministerium*
Drs 15/4136

Wahlprüfung

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 80 106 107

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen
s. *Landtag, Präsidium*
Drs 15/2

Wahleinspruch des Herrn T.M.-F., Bruchsal

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/641
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch des Herrn W.B., Breisach a.R.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/642
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch des Herrn H.S., Konstanz

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/643
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774
Mittlg LReg 11.05.2012 Drs 15/1712

Wahleinspruch des Herrn W.F., Bad Waldsee

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/644
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch des Herrn R.P., Horb a.N.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/645
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch des Herrn S.G., Freiburg i.Br.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/646
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch des Herrn H.S., Wimsheim

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/647
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch des Herrn H.D., Esslingen a.N.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/648
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch der Herren M.K., P.W. und Prof. Dr. D.B., Essingen

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/649
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Landesverband BW, und des Herrn J.S., Villingen-Schwenningen

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/650
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774
PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039 (Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 09.12.2011, Az.: GR 12/11)
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.12.2011 Drs 15/1062

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Wahleinspruch des Herrn D.P., Nußloch

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/651
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Wahleinspruch des Herrn H.M., Fellbach

BeschlEmpf WahlprüfungsA 30.09.2011 Drs 15/652
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 09.12.2011, Az.: GR 11/11 - Wahlprüfungsbeschwerde der Herren M.K., P.W. und Prof. Dr. D.B., Essingen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1039
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.12.2011 Drs 15/1061
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168

Wahlprüfungsbeschwerde

s. Wahlprüfung

Wahlrecht

s.a. Sitzverteilung

s.a. Wahlkreis

Möglichkeiten und Grenzen der sogenannten Parite-Gesetzgebung

Zurückführung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag, in Gemeinderäten und Kreistagen auf das jeweilige Wahlrecht? Ergebnisse der angekündigten Überprüfung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts unter dem Gesichtspunkt einer „geschlechtergerechten Ausgestaltung“; Vorlage eines eigenen Entwurfs für ein Parite-Gesetz

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 15/1626

Umbruch für die Kommunalpolitik - Praktikabilität der grünen Vorschläge einer zwingenden paritätischen Besetzung von Kommunalwahllisten

Aktuelle Debatte
s. Kommunalpolitik
PIPr 15/38 S. 2062

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW

Frauenanteil bei den Kandidaturen und den Gewählten bei der Kommunalwahl 2009 im Vergleich zu anderen BLändern und EU-Staaten; Ursachen des niedrigen Frauenanteils und (übertragbare) Handlungsempfehlungen; Bewertung der seit 2000 eingeleiteten Maßnahmen vom Ltg, von einzelnen Kommunen und Parteien; Vereinbarkeit mit dem Wahl- und Parteienrecht; Maßnahmen und Vereinbarungen in der EU zur Förderung der Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen, Umsetzung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ des Rats der Gemeinden und Regionen Europas sowie der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.03.2012

GrAnfr
s. Frau
Drs 15/1886

Fragen zur Paritätsgesetzgebung

Beurteilung des Vorschlags zur Änderung des Kommunalwahlrechts im Hinblick auf eine paritätische Besetzung der Wahlvor-

schläge im Reißverschlussverfahren

MdlAnfr
s. Gleichberechtigung
Drs 15/2089

Gesetz zur Änderung des Kreistagswahlrechts

Abschaffung der Möglichkeit zur Kandidatur in zwei Wahlkreisen des eigenen Landkreises; Änderung der Landkreisordnung und des Kommunalwahlgesetzes

GesEntw CDU 23.07.2012 Drs 15/2138
Mittlg LtgPräs 08.10.2012 Drs 15/2444
1. Beratung PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2587-2592
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.03.2013 Drs 15/3214
EAntr CDU, GRÜNE, SPD und FDP/DVP 11.04.2013 Drs 15/3332
2. Beratung PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3912-3919 (erledigt)

Jugendliche in der Kommunalpolitik in BW

Entwicklung der Wahlbeteiligung und des Anteils der Erstwahlberechtigten bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen seit 2002; Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von Jugendlichen an der Kommunalpolitik; Frage nach den vorgesehenen Änderungen bei der bevorstehenden Reform des Kommunalwahlrechts, u.a. Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 oder auf Antrag auf 14 Jahre

Antr
s. Kommunalpolitik
Drs 15/2279

Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften

Absenkung des Mindestalters für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre; Umstellung der Berechnung der Sitzverteilung in den kommunalen Gremien auf das Sainte-Lague-Verfahren; Vereinfachung der Organisation und Durchführung von Kommunalwahlen; Entzerrung und Erleichterung des Umstellungsprozesses auf das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen

GesEntw
s. Kommunalwahl
Drs 15/3119

Einführung des kommunalen Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr

Ablehnung eines aktiven Wahlrechts ab 16 wegen der politischen Unreife der Jugendlichen und ihrem Unvermögen, die Tragweite von Entscheidungen zu erkennen; Absage an eine Herabsetzung des Wahlalters wegen der Beeinflussbarkeit der Minderjährigen und einer möglichen Anfälligkeit für extremistische Strömungen

KIAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 16.04.2013 und Antw IM
Drs 15/3369

Auslegung der neuen Vorschriften im Kommunalwahlrecht

Wahlkreiskandidatur in Abhängigkeit vom Wohnsitz des Bewerbers bei Kreistagswahlen; Einsatz des Verfahrens nach Sainte-Lague/Schepers bei der Berechnung der Sitzverteilung bei Neubesetzungen von Ausschüssen auf Gemeinde- und Kreisebene

KIAnfr Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 12.06.2013 und Antw IM
Drs 15/3617

Kommunalwahlrecht

Wahlbeteiligung der 16-18-jährigen sowie der 18-25-jährigen Wahlberechtigten an den Bürgermeisterwahlen nach der Herabsetzung des aktiven Wahlalters im April 2013; Einführung eines kommunalen Elternwahlrechts

KlAnfr Karl Rombach CDU 06.11.2013 und Antw IM Drs 15/4295

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW nach den Wahlen im Mai 2014

Entwicklung des Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen von BW; Umsetzung der Sollregelung aus dem Kommunalwahlgesetz zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sowie Aufnahme von geeigneten Regelungen in die Satzungen der Parteien

Antr
s. *Frauenquote*
Drs 15/5271

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. *Wahlverhalten*
Drs 15/5397

Will das Innenministerium jetzt durch die Hintertür das Wahlrecht von Polizeifreiwilligen bei den Personalratswahlen aushebeln?

Aushebelung des Personalratswahlrechts für die Polizeifreiwilligen auf Grundlage des neuen Landespersonalvertretungsgesetzes über Berücksichtigung der Aufrufe zum Dienst

MdlAnfr
s. *Freiwilliger Polizeidienst*
Drs 15/6090

Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

Änderung der §§ 6 und 8 des Kommunalwahlgesetzes in der Fassung vom 16. April 2013

GesEntw
s. *Bundesmeldegesetz*
Drs 15/6594

Änderungen des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Sainte-Lague/Schepers

Auswirkung der Änderung des Berechnungsverfahrens nach Sainte-Lague/Schepers (vormals d'Hondt) bei den Kommunalwahlen 2014 in BW auf die Sitzverteilung am Beispiel der neun Stadtkreise

Antr
s. *Wahlverfahren*
Drs 15/6750

Familienangehörige in Kommunalparlamenten - Hinderungsgründe

Sachstand zum Hinderungsgrund „Verwandtschaftsverhältnis“ in § 29 Abs 2 der Gemeindeordnung, insbes Fälle von Mandatsverzicht bei der Kommunalwahl 2014, Möglichkeit zur weiteren Absenkung der Einwohnergrenze

KlAnfr

s. *Kommunalwahl*
Drs 15/6904

Mehrsitze (Überhangmandate) in den Kreistagen 2009 und 2014
Vergleich der erzielten Überhangmandate und der aufgrund der Begrenzung entfallenen Ausgleichsmandate in den Kreistagen nach dem Wahlverfahren nach d'Hondt bei den Kommunalwahlen 2009 mit dem Wahlverfahren nach Sainte-Lague/Schepers bei den Kommunalwahlen 2014

KlAnfr
s. *Wahlverfahren*
Drs 15/6973

Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Änderung der §§ 1, 41 und 55 des Kommunalwahlgesetzes in der Fassung vom 12. Mai 2015

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 15/7265

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksabstimmung und Volksbegehren

Änderung des Volksabstimmungsgesetzes, insbes Regelung der näheren Ausgestaltung des neuen Volksantrags, Erleichterung der bestehenden plebiszitären Elemente wie Form und Frist der Unterschriftensammlung, Harmonisierung mit dem Landtagswahlrecht

GesEntw
s. *Volksabstimmung*
Drs 15/7330

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (GemO), des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und anderer Gesetze (Gemeindefortschrittsgesetz)

Einführung der selbständigen Kommunalanstalt als neue Organisationsform für die Aufgabenwahrnehmung der Kommunen; Fortentwicklung der vorhandenen und bewährten öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit der Kommunen; Bildung von gemeinsamen Dienststellen für eine effektivere Zusammenarbeit bei den Verwaltungsdienstleistungen; Modernisierung der Regelungen für den Kommunalen Versorgungsverband BW; Harmonisierung der Reihenfolge der Parteien in den Bekanntmachungen und auf den Stimmzetteln der Landtagswahl mit den Regelungen zur Bundestagswahl

GesEntw
s. *Kommunale Zusammenarbeit*
Drs 15/7610

Beklagung der Unterrepräsentanz von Frauen im Landtag; Annullierung einer Änderung des Landtagswahlrechts

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 53

Beklagung der Unterrepräsentanz (18 %) von Frauen im Landtag; Annullierung einer Änderung des Landtagswahlrechts

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 198

Bewertung des Interviews des ehemaligen MinPräs Mappus im Wahllokal bei der Stimmabgabe zur Landtagswahl als Verstoß gegen das Landtagswahlgesetz; Zurückweisung der erhobenen Einsprüche gegen Regelungen des Landtagswahlgesetzes

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 769-774

Erinnerung an die Einführung des Wahlrechts für Frauen 1918
PIPr 15/29 07.03.2012 S. 1533 1538 1539

Wahlstatistik

s.a. Wahlbeteiligung

Ausübung des Wahlrechts für unter 18-Jährige bei der Kommunalwahl 2014

Statistische Auswertung der Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl 2014; Erfolg der Veranstaltungen zur Förderung der Wahlbeteiligung dieser Wählergruppe; Erfolgskontrolle der Absenkung des Wahlalters

KlAnfr
s. Wahlbeteiligung
Drs 15/5353

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr
s. Wahlverhalten
Drs 15/5397

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im LKreis Konstanz und in BW

Höhe der Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Erstwähler unter 18 Jahren in den Gemeinden des LKreises Konstanz und in BW bei der Kommunalwahl 2014 und Vergleich zur Wahlbeteiligung aller Wähler; Auswirkung der Arbeit von Jugendgemeinderäten und vergleichbaren Beteiligungsformen von Jugendlichen auf die Wahlbeteiligung

KlAnfr
s. Wahlbeteiligung
Drs 15/5542

Wahlbeteiligung der Erstwählerinnen und -wähler im Stadt und LKreis Heilbronn

Statistiken zur Wahlbeteiligung der Erstwähler unter 18 Jahren bei der Kommunalwahl 2014; politische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche, z.B. in Jugendgemeinderäten; Unterstützung der Erstwählerkampagne der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings durch die Schulen; Effekt der Wahlalterabsenkung auf das kommunalpolitische Interesse von Jugendlichen

KlAnfr
s. Wahlbeteiligung
Drs 15/5716

Wahlverfahren

Änderungen des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen von d'Hondt auf Sainte-Lague/Schepers

Auswirkung der Änderung des Berechnungsverfahrens nach Sainte-Lague/Schepers (vormals d'Hondt) bei den Kommunalwahlen 2014 in BW auf die Sitzverteilung am Beispiel der neun Stadtkreise

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 17.04.2015 und Stellungnahme IM Drs 15/6750 (318 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.07.2015 Drs 15/7534 S. 4 5
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Mehrsitze (Überhangmandate) in den Kreistagen 2009 und 2014
Vergleich der erzielten Überhangmandate und der aufgrund der Begrenzung entfallenen Ausgleichsmandate in den Kreistagen nach dem Wahlverfahren nach d'Hondt bei den Kommunalwahlen 2009 mit dem Wahlverfahren nach Sainte-Lague/Schepers bei den Kommunalwahlen 2014

KlAnfr Gernot Gruber SPD 10.06.2015 und Antw IM Drs 15/6973 (38 S.)

Wahlverhalten

Wahlverhalten der unter 18-jährigen seit Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Wahlstatistische Auswertung in den Gemeinden; Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen bei der Kommunalwahl, den Kreistagswahlen und den Wahlen zum Verband Region Stuttgart am 25. Mai 2014; Beteiligung der unter 18-Jährigen an Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Bürgerversammlungen; Wahlbeteiligung seit der Absenkung des Wahlalters; ehrenamtliche Mitarbeit von Jugendlichen als Wahlhelfer; Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“ der Landeszentrale für politische Bildung

Antr GRÜNE 01.07.2014 und Stellungnahme IM Drs 15/5397
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.11.2015 Drs 15/7755 S. 11
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Wahlvorschlag

Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von BW nach den Wahlen im Mai 2014

Entwicklung des Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen von BW; Umsetzung der Sollregelung aus dem Kommunalwahlgesetz zur gleichmäßigen Berücksichtigung von Männern und Frauen bei der Aufstellung der Wahlvorschläge sowie Aufnahme von geeigneten Regelungen in die Satzungen der Parteien

Antr
s. Frauenquote
Drs 15/5271

Mehrheitswahl bei der Kommunalwahl 2014

Anwendung der Mehrheitswahl aufgrund mangelnder Wahlvorschläge in Gemeinden und Ortschaften

KlAnfr
s. Kommunalwahl
Drs 15/5384

Gemeinderäte ohne Frauen

Gemeinden, in die bei der Kommunalwahl 2014 keine Frauen gewählt wurden; Zahl der dort im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wahlbewerber aufgestellten Kandidatinnen; Zahl der Wahlvorschläge in den betreffenden Kommunen; Tendenzen bei der Anzahl der Gemeinderäte ohne Frauen seit 1999

KlAnfr
s. Kommunalwahl
Drs 15/5383

Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 28.01.2016, Az.: 1 VB 9/16 - Verfassungsbeschwerde gegen § 32 Abs 2 des Landtagswahlgesetzes über die Reihenfolge der Wahlvorschläge bei Landtagswahlen

s. Landtagswahl
PIPr 15/149 S. 8903

Wahlwerbung

Finanzpolitische Bilanz bei der Polizei BW - Verbotene Wahlwerbung für die SPD durch Herrn Innenminister Gall?

Sachstand zum wahlwerbenden Charakter der auf der Homepage des Innenministeriums abrufbaren „Finanzpolitischen Bilanz bei der Polizei BW“

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 04.02.2016 und
Antw IM Drs 15/8042

Umgang mit und Folgen der Kleinen Anfrage „Finanzpolitische Bilanz bei der Polizei BW - Verbotene Wahlwerbung für die SPD durch Herrn Innenminister Gall?“

Sachstand zur Verbreitung und Aktualisierung der „Finanzpolitischen Bilanz bei der Polizei BW“, insbes Rücknahme und Vernichtung der ursprünglichen Fassung mit wahlwerbendem Charakter

KlAnfr
s. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung
Drs 15/8096

Verwendung des Großen Landeswappens durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und Campact e.V. zum Zweck des Wahlkampfes

Sachstand zur möglichen widerrechtlichen Verwendung des Großen Landeswappens durch den BUND e.V. und Campact e.V. zum Zweck der Wahlwerbung

KlAnfr
s. Wappen
Drs 15/8100

Waiblingen

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Waiblingen erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge; Bewertung der Arbeit im Bildungshaus der Grundschule Breuningsweiler und im Bildungshaus der Schillerschule Bittenfeld mit den Kindergärten

KlAnfr
s. Bildungshaus
Drs 15/987

Festlegung Polizeipräsidium Aalen

Zugrundeliegende Kriterien und Auswirkungen der o.g. Standortentscheidung im Zuge der Polizeireform; Zahl und Einheiten der zwischen Waiblingen und Aalen wechselnden Beamten, insbes von Vollzugs- und Nichtvollzugsbeamten des bisherigen Führungs- und Einsatzstabes der PD Waiblingen; Gründe für die Schließung der Kriminalaußenstelle in Backnang, Chancen für die dortige Ansiedlung der Verkehrspolizeidirektion; Darstellung des Investitionsbedarfs für die Liegenschaften in Waiblingen

KlAnfr
s. Polizeireform
Drs 15/1774

Steuereinnahmen des Landes im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung des Steueraufkommens der Finanzämter Backnang, Schorndorf und Waiblingen seit 2011; ausschlaggebende Faktoren der Steuerentwicklung; Stellenwert der kalten Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer; Verteilung der Steuerzahler innerhalb der Progressionsstufen; Einfluss von Prüfungsergebnissen auf die Höhe von Körperschafts- und Gewerbesteuer; Rückschlüsse aus Entwicklung von Abgeltungsteuer und Grunderwerbsteuer; Höhe der Steuerrückstände

KlAnfr
s. Steueraufkommen
Drs 15/6391

Verlagerung des Führungs- und Lagezentrums Waiblingen

Sachstand zum Umzug des Führungs- und Lagezentrums Waiblingen, insbes Begründung und Gesamtkosten der Verlagerung

KlAnfr
s. Polizeibehörde
Drs 15/6576

Waibstadt

Konsequenzen einer möglicher Übernahme eines großen französischen Industrieunternehmens aus dem Energie- und Transportbereich auf die Standorte und Arbeitsplätze in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt

Technologiesparten und Beschäftigtenzahlen der baden-württembergischen Unternehmensstandorte von Alstom in Mannheim, Stuttgart, Konstanz und Waibstadt; Auswirkungen einer möglichen Übernahme von Alstom auf die Standorte und Arbeitsplätze in BW; Maßnahmen der LReg zur Standort- und Beschäftigungssicherung

Antr
s. Unternehmensübernahme
Drs 15/5208

Wald

s.a. Baum
s.a. Forstverwaltung
s.a. Forstwirtschaft
s.a. Nordschwarzwald, Region
s.a. Schurwald
s.a. Schwarzwald
s.a. Wildschaden

Mehr Bannwälder - weniger Einnahmen

Auswirkungen der vorgesehenen Ausweitung der Bannwälder und damit verbundenen Einschränkung der Holznutzung und Einnahmeverluste im Landeshaushalt; Bezifferung der zusätzlichen Aufwendungen für den Umbau der Waldnutzung durch die geplante FSC-Zertifizierung

Antr Paul Locherer u.a. CDU 27.05.2011 und Stellungnahme
MLR Drs 15/46
BeschlEmpf und Bericht LandwA 13.07.2011 Drs 15/504 S. 15-17
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672

Aktuelle Waldsituation in BW

Darstellung der Forstschutzsituation, der Waldbesitzverteilung und Baumartenverteilung, der waldbaulichen Ziele sowie der Bedeutung der Wälder im Landeseigentum für das wirtschaftliche Gesamtergebnis des Staatsforstbetriebs

Antr FDP/DVP 06.06.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/65

FSC-Zertifizierung von ForstBW umsetzen

Erstellung eines Vermarktungskonzepts und Werbung für das o.g. Qualitätssiegel bei Waldbesitzern und Unternehmen, Entwicklung eines Informations- und Schulungskonzepts, Beratung der Kommunen und LKreise, Kalkulation der Anpassungskosten unter Berücksichtigung der Baumartenwahl, von Biotop- und Totholz, Einsatz von Bioziden und Ausweisung von Bannwäldern

Antr
s. Holz
Drs 15/530

Nationalpark Nordschwarzwald

Risiken und Chancen eines Nationalparks, insbes im Vergleich zu anderen Großschutzgebieten; Auswirkungen auf Forst- und Holzwirtschaft, Tourismus und regionale Wirtschaft; zu erwartende Investitionskosten für Personal, Gebäude und Informationsinfrastruktur; Förderung des Naturparks Schwarzwald Mitte/Nord; Aufforderung, die betroffenen Kommunen, Kreise, Verbände und die Landtagsfraktionen an der Diskussion zu beteiligen; Gutachten über die Gefahr, dass sich in angrenzenden Privat- und Kommunalwäldern Borkenkäfer ausbreiten

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/658

Förderung der Aufforstung in BW

Umfang und regionale Verteilung der Erstaufforstungsförderung landwirtschaftlicher Flächen seit 2005; Entwicklung der Verbuchung landwirtschaftlicher Flächen, der Neuanlage von Weihnachtsbaumkulturen und Kurzumtriebsplantagen sowie der Anteile von Fichtenbeständen, Laub- und Mischwald; Auswirkungen auf das Landschaftsbild; Frage nach dem weiteren Sinn einer Förderung der Erstaufforstung

Antr
s. Forstwirtschaft
Drs 15/662

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur

Personalausstattung der anderen Nationalparke in Deutschland und Regelungen zum Betretungsrecht der Kernzonen; touristische Entwicklung der Nationalparkgemeinden am Nationalpark Bayerischer Wald; Ermöglichung von Wanderwegen, Wildnispfaden und Langlaufloipen auch in den Kernzonen? Regelung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparks; Umfang des Holzeinschlags in den Höhenlagen des Nordschwarzwalds und in Wald-FFH-Gebieten in BW; jährliche Besucherzahlen der Wildnispfade im Nordschwarzwald

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/904

Folgen der Änderung der Waldabstandsregelung in der Landesbauordnung BW ab 1. März 2010

KlAnfr
s. Baurecht
Drs 15/1320

Aufgabengerechte Stärkung der Forstverwaltung

Umsetzung der o.g. Formulierung im Koalitionsvertrag mit den damit verbundenen Personaleinsparungen, Vereinbarkeit mit

den zusätzlichen Aufgaben durch die Energiewende, die Ausweisung neuer Großschutzgebiete, die FSC-Zertifizierung im Staatswald u.a.; Frage nach einem Ausgleich für die Einnahmeverluste und Mehrausgaben

Antr
s. Forstverwaltung
Drs 15/1411

Möglicher Nationalpark Nordschwarzwald: Waldankauf, Flächen und Kosten

Ankauf von angrenzenden Waldflächen vor der Entscheidung über die Einrichtung des Nationalparks, Eigentumsverhältnisse des Suchraums und Zeitpunkt der Gebietsabgrenzung; Kriterien für die Zusammensetzung der regionalen Arbeitsgruppen; Bezifferung der vorgesehenen Investitionen für die kommenden zehn Jahre, Ausschluss einer Finanzierung des Nationalparks zulasten von anderen Großschutz- oder Naturschutzprojekten?

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/1858

Waldtausch und Größe für einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Aufklärung über Verhandlungen der dem Land unterstellten Behörden oder Landesbetriebe wie Forst BW mit dem Ziel, an den geplanten Nationalpark angrenzende private oder kommunale Waldflächen zu tauschen; Begründung von Tauschverhandlungen vor der Entscheidung über den Nationalpark; angestrebte Flächenausdehnung des Nationalparks; Anmahnung konkreter Kostenaussagen; Durchführung einer regionalen repräsentativen Umfrage

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/2127

Ausbau der Windenergienutzung in Waldgebieten

Notwendige Voraussetzungen und Genehmigungsverfahren, insbes für die Prüfung und Genehmigung einer Waldumwandlung nach § 9 Landeswaldgesetz durch die Forstbehörden; Auswirkungen der Genehmigungspraxis auf die kommunale Planungshoheit

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/2559

Wassermangel im Weissacher Tal

Umfang und Auswirkungen von Grundwasserentnahmen und Entwässerungen, insbes auf das Gesamtökosystem Wald; Frage nach Maßnahmen zur Reduktion von Grundwassernutzung bzw zu einer aktiveren Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Wasserwirtschaft für das Weissacher Tal und Umgebung

KlAnfr
s. Grundwasser
Drs 15/2589

Ergebnisse des Gutachtens der LReg zu einem möglichen Nationalpark

Gründe für und gegen eine Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald; vorgesehene Schritte zur Erreichung der angestrebten Ziele; räumliche Abgrenzung und Gliederung; Auswirkungen auf die regionale Forst- und Holzwirtschaft, den Tourismus sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung; Gefährdung der Wälder durch den Borkenkäfer; Aufgaben der Nationalparkverwaltung sowie ihre Zusammenarbeit mit der Natur-

parkverwaltung und dem Naturschutzzentrum Ruhestein; Berücksichtigung der Anregungen und Wünsche von Kommunen, Bevölkerung, Fachleuten und Interessenverbänden; Personalkosten und Infrastrukturinvestitionen; Kosten des Gutachtens

GrAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3256

Die Eichenprozessionsspinner-Raupe - Risiken und Bekämpfung
Ausbreitung und Bekämpfungsmöglichkeiten des Eichen-Prozessionsspinners, insbes verursachte Schäden im Eichenbestand, zur Raupenbekämpfung zugelassene Pflanzenschutzmittel und Biozide, Gefährdungslage von Mensch und Tier durch das Nesselgift Thaumetopoein, Angebote der Gesundheitsaufklärung und -vorsorge

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/3430

Auskehrungsantrag der anteiligen Jagdpacht für den Staatsforst
Inanspruchnahme des Anteils am Reinertrag in den Jagdgenossenschaften Niederhofen und Stetten am Heuchelberg sowie in anderen Bezirken oder Jagdgenossenschaften; Vorgaben der Forstverwaltung für die Beanspruchung der Auskehrung; Reaktionen der betroffenen Jagdgenossenschaften und Gemeinden; Fortführung der gegenwärtigen Verwaltungspraxis; Gewinn des Landes durch die Auskehrung der anteiligen Jagdpacht in den vergangenen fünf Jahren

KlAnfr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/3514

Offene Fragen zur Versorgung der Holzkunden und dem Tausch von Waldflächen bei der Diskussion um einen möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

Umsetzung der Zusage der LReg über Sicherstellung der Holzversorgung für bisherige Holzkunden sowie des Tauschs von Waldflächen im Zuge der Einrichtung des Nationalparks Nordschwarzwald

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/3529

Regierungsbefragung

Wald in BW

PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4270 4271

Radfahren im Wald - Waldwegenutzung im Spannungsverhältnis
Nutzungsregelung für Waldwege und daraus resultierende Probleme durch Freizeitsportler, Radfahrer auf schmalen Wegen und Mountainbikern auf Singletrails; Einigung von Tourismusverbänden und Forstbehörden zur Nutzung von Waldwegen durch Mountainbiker; Änderung von § 37 Abs 3 S. 3 Landeswaldgesetz zur Aufhebung des absoluten Nutzungsverbots für Radfahrer auf Wegen unter 2 Metern Breite

Antr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3726

Situation und Nutzung der Buchenwälder in BW

Derzeitiger und künftiger forstlicher Umgang mit den Buchenwäldern in BW, insbes Situation und Nutzung der Buchenwälder im Staatswald, Stadium der Erfassung von Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Lebensräumen, Erfüllung der Standards von Forest Ste-

wardship Council (FSC)-Deutschland durch die Waldentwicklungstypenrichtlinie, Umfang und Gründe für großflächige Fällungen bzw Kahlhiebe

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 23.07.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3855
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 26 27
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Keine Vorfestlegungen in der Gebietskulisse des möglichen Nationalparks

Durchführung der Holzernte unter Einbeziehung von Naturschutzfachleuten; Beweggründe und rechtliche Grundlage; Stopp des Holzverkaufs nach Frankreich zur Sicherung des Holzbedarfs für die lokalen Sägebetriebe; Kooperation der Forstverwaltung mit der Naturschutzverwaltung bei der Waldbewirtschaftung; Beitrag des Staatsforsts zum Landeshaushalt; Auswirkungen der Einrichtung eines Nationalparks auf das Betriebsergebnis von ForstBW; Berücksichtigung potenzieller Mindererlöse im Landeshaushalt

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3878

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW

Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3991

Ist eine grundlegende Neuregelung des Landesjagdgesetzes nötig?

Notwendigkeit einer Novellierung des Landesjagdgesetzes; Ziele und Evaluation des Fütterungsverbots; statistische Daten zum Wald in BW, insbes Entwicklung der Baumartenanteile, Höhe des Flächenanteils der Primär- und Urwälder, Höhe und Zielgröße des Waldanteils der potenziellen natürlichen Vegetation; Abschaffung der Bewegungsjagd auf Schalenwild; Gründe für Erhaltung der Kirschung; tierschutzrechtliche Gründe für das geplante Verbot der Baujagd; Begründung für die Beibehaltung einer eigenen Jagdbehörde

GrAnfr
s. *Jagdrecht*
Drs 15/4031

Energieholznutzung und Klimaschutzziele

Menge und Herkunft des in BW für Energiezwecke genutzten Holzes; Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung des Landesforsts auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten für bestehende Holzheizwerke, Holzheizkraftwerke sowie Scheitholznutzer und Selbstwerber; FSC-Zertifizierung und Erreichung der im Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Klimaschutzziele; Einsatz für die Energieholznutzung bei einer Revision der FSC-Richtlinien; Kompensation wegfallender Mengen an Hackholz; Nutzung des Restholzes zur Verbesserung der Bodenstruktur

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4310

Zertifizierungsrichtlinien der Forest Stewardship Council (FSC) in BW

Umfang des aus dem Forst (Staats-, Kommunal- und Privatwald) stammenden Energieholzes; Umfang des Energieholzeinsatzes in BW, aufgeschlüsselt nach Forst, Landschaftspflege, kommunalen Reststoffen, Industrierestholz und Altholz; Verhältnis von Scheitholz zu Hackholz; Auswirkungen der Einführung der FSC-Zertifizierung auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten sowie den Fortbestand der Holzheizwerke und Holzheizkraftwerke; Folgen der Einschränkung der Energieholznutzung im Landesforst für den Klimaschutz; Mitwirkung bei der Revision der Zertifizierungsrichtlinien; Kompensation der wegfallenden Hackholzmenge

KlAnfr
s. Holz
Drs 15/4524

Wildschäden im LKreiss Freudenstadt

Höhe der Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreiss Freudenstadt, insbes lokale Schwerpunkte, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren; Abschusszahlen von Schwarzwild; Sicherstellung einer ausreichenden Bejagung von Schwarz- und Rotwild in den Staatsforstgebieten im Kreis Freudenstadt

KlAnfr
s. Wildschaden
Drs 15/4594

Bodenschutz im Forst

Bodenschutzkonzept des Landesbetriebs ForstBW iR einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung des Staatswalds; Empfehlungen für die Bewirtschaftung von Körperschafts- und Privatwäldern; Anteil der Feinerschließung im Forst im Verhältnis zur Produktionsfläche; Grenzwerte für Fahrspurtiefen in Rückegassen; Standards und Regelungen zur Vermeidung von Bodenschäden bei der Waldbewirtschaftung; Anforderungen für Verträge mit Unternehmern im Forst im Hinblick auf eine Zertifizierung der Waldbewirtschaftung (PEFC, FSC); Kartierung der Befahrbarkeit von Waldböden

KlAnfr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE 20.01.2014 und
Antw MLR Drs 15/4616

Finanzierungsbedingungen für Windkraftstandorte in den Staatswäldern in BW

Preisentwicklung, Vergabekriterien und Finanzierungsbedingungen für die Verpachtung von Stellflächen für Windkraftanlagen in den Staatswäldern Baden-Württembergs

Antr
s. Windenergieanlage
Drs 15/4676

Zertifizierungssysteme in der Forstwirtschaft

Anwendung, Kosten und Auswirkungen der Zertifizierung nach dem Zertifizierungssystem für nachhaltige Waldbewirtschaftung (PEFC) bzw des Forest Stewardship Council (FSC) in Deutschland und BW, insbes Mehrwert der geplanten zusätzlichen FSC-Zertifizierung des baden-württembergischen Staatswalds

Antr
s. Forstwirtschaft
Drs 15/5140

Erfahrungen aus der Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald und weitere Perspektiven

Sachstand der FSC-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald; Durchführung betrieblicher Veränderungen beim Landesbetrieb ForstBW iRd Zertifizierung; Kosten der Maßnahmen zur Anpassung an den FSC-Standard; Auswirkungen auf Artenschutz und Biodiversität; Stand des Zertifizierungsprozesses in den Staats-, Körperschafts- und Privatwäldern bundesweit

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 30.07.2014 und
Stellungnahme MLR Drs 15/5570
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639
S. 40-42
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

FSC (Forest Stewardship Council)-Zertifizierung im Staatswald BW

Hintergründe und Konsequenzen der Forest Stewardship Council-Zertifizierung im Staatswald BW, insbes Wettbewerbsverzerrung durch uneinheitliche länderspezifische FSC-Kriterien, Mitwirkung an der Revision der nationalen FSC-Standards, Vorteile der FSC-Zertifizierung gegenüber gesetzgeberischen Maßnahmen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 04.08.2014 und
Stellungnahme MLR Drs 15/5559
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6338
S. 96-98
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Baden-Württembergs Forststruktur im Umbruch

Sicherstellung einer umfassend nachhaltigen Waldbewirtschaftung in allen Waldbesitzarten innerhalb einer kartellrechtskonformen Forststruktur, insbes Anpassung der Organisationsstrukturen, zentrale Bereitstellung forstfachlicher Grundlagen und Fortbildung, Erhalt der forstfachlichen Standards in der Hochschulausbildung, Schaffung direkter Fördermöglichkeiten für Waldbesitzer, Stärkung von Vereinen und Verbänden in der Waldbewirtschaftung, Novellierung des Landeswaldgesetzes

Antr
s. Forstwirtschaft
Drs 15/5687

Verkauf von rd. 52 ha Staatswald auf Gemarkung Lampoldshausen an das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR)

Antr LReg
s. Landeseigene Liegenschaft
Drs 15/5705

Ausweisung von Mountainbike-Strecken

Vorgehensweise, Zeitplan, Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten bei der Ausweisung von Mountainbike-Strecken iRd weiteren Behandlung der Petition zum Thema Radfahren auf Waldwegen

KlAnfr
s. Radweg
Drs 15/5703

Biosphärengebiet Südschwarzwald - Chance für Wirtschaft und Natur

Sachstand bei der Verwirklichung des Biosphärengebiets Südschwarzwald, insbes Größe und Kommunen der Suchkulisse, Naturschutzgebiete und Bannwaldflächen für die Kernzonen, Staatswaldflächen für die Pflegezone, Förderprogramme in der Entwicklungszone, Bürgerbeteiligung bei der Planung

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/6144

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Sachstand zu Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes Höhe der Schwarzwildschäden, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren, Abschusszahlen von Schwarzwild, ergriffene Maßnahmen, Beauftragung der Landeswildforschungsstelle Aulendorf mit der Erstellung einer Konzeption

Antr
s. *Wildschaden*
Drs 15/6658

Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung

Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC- und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6669

Bodenschutz im Forst

Sachstand zur Umsetzung von Maßnahmen des Bodenschutzes im Forst, insbes Erfahrungen mit dem landesweiten Konzept zur Sicherstellung der dauerhaften Funktionsfähigkeit von Rückegassen

Antr Dr. Bernd Murschel u.a. GRÜNE 08.05.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6880
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 68 69
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zu Zwecken des Naturschutzes

Sachstand zum Ankauf von land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen zu Zwecken des Naturschutzes, insbes Vorkaufsrecht oder Informationspflicht gegenüber Grundbesitzern von angrenzenden land- bzw forstwirtschaftlichen Flächen

KlAnfr
s. *Landwirtschaftsfläche*
Drs 15/7048

Waldkindergärten

Sachstand zu baurechtlichen Problemen im Zusammenhang mit den Vorgaben der Landesbauordnung und dem Baugesetzbuch bei der Einrichtung von neuen Waldkindergärten

KlAnfr
s. *Kindertagesstätte*
Drs 15/7394

Ausschreibungen und Gestattungsverträge des Landesbetriebs ForstBW für Windkraftstandorte

Standorte der Ausschreibungen und Gestattungsverträge des Landesbetriebs ForstBW für Windenergieanlagen sowie der potenziellen Flächen des Staatsforsts in der Vorprüfung oder Ausschreibung

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7543

Borkenkäferproblematik infolge von Orkan „Niklas“ und Trockensommer

Vom Borkenkäfer besonders betroffene Regionen und Baumarten; Ausmaß des Borkenkäferbefalls in der Nationalparkregion Nordschwarzwald; Maßnahmen iRd Borkenkäfermanagements; Preisentwicklung beim Fichtenholz; Empfehlungen zur Borkenkäferproblematik für die Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/7625

Gestaltung von Jagdbezirken im Bereich des Staatsforsts

Umfang für die Jagd genutzten Flächen des Landesbetriebs ForstBW bzw der Landesforstverwaltung; Anteil der verpachteten Flächen; Auftreten von Wildschäden infolge der Reduzierung angegliederter Feldflächen; Führungsrolle und Vorbildfunktion des Landes als größter Eigentümer jagdlich nutzbarer Flächen; Einflussnahme des Landes auf Jagdpflege und Jagdausübung außerhalb des Staatswaldes

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 15/7823

Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald

Sachstand zur Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald, insbes Bedeutung für die heimische Holz- und Forstwirtschaft, Unterschiede zwischen nachhaltig bewirtschafteten und nicht bewirtschafteten Wäldern, Entwicklung und Sicherung des Nadelholzanbaus

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 16.12.2015 und Antw MLR Drs 15/7883

Ausweisung landeseigener Waldflächen zur Windkraftnutzung

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 625 629

Waldbronn

Zustand der Landesstraßen

Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen für die Landesstraße L 563 (Bocktalstraße) Kleinsteinbach, L 564 (Albtalstraße) zwischen Waldbronn-Neurod und Karlsbad-Fischweier, L 608 zwischen Durmersheim und Neumalsch, L 613 zwischen Ettlingen und Malsch-Völkersbach und L 623 (Ochsenstraße) zwischen Autobahnzubringer A 8 und Ortseingang Karlsbad-Langensteinbach; Baubeginn und Finanzierung der Straßenbaumaßnahmen; im südlichen Landkreis Karlsruhe geplante Straßenbauarbeiten

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 15/3851

Walddorfhäslach

Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Walddorfhäslach

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1719

Erinnerung an die Ablehnung eines zehnten Schuljahres an der Gustav-Werner-Schule in Walddorfhäslach

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1779

Waldgesetz für Baden-Württemberg

s. *Landeswaldgesetz*

Waldorfschule

s. Privatschule

Waldrems, Ortsteil

s. Backnang

Waldschaden

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/3655

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. Biber
Drs 15/4253

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein

Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRd Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KlAnfr
s. Baum
Drs 15/5685

Waldschutz

Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0

Planungen und Kosten zur Einrichtung des Nationalparks im Nordschwarzwald, insbes vorliegendes Personalkonzept, erforderliche Waldumbaumaßnahmen und Finanzmittel zur sofortigen Umgestaltung der Entwicklungszonen, Ausgestaltung der Politik des „Gehörtwerdens“ und Einfluss der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, Kompensation der zugesicherten Holzmen-gen für die Holzindustrie, mittel- bzw langfristiges Konzept zur Sicherung der Nadelholzversorgung, zusätzliche Waldflächen-Stilllegungen

Antr
s. Nationalpark
Drs 15/3460

Waldshut, Landkreis

Erfolgreiche Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige im LKreis Waldshut erhalten

Auffüstung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. Bildungshaus
Drs 15/479

Ärzteversorgung im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Wehr

Darstellung der o.g. medizinischen Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; Zahl der bis 2016 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. Arzt
Drs 15/928

Elektrifizierung der Hoahrheinstrecke Basel-Singen

Umsetzungsstand, Höhe und Träger der Finanzierung des o.g. Projekts; Zeitpunkt der Inbetriebnahme; Einschätzung der Auslastung im Personen- und Güterverkehr

Antr
s. Hoahrheinbahn
Drs 15/1029

Situation der Energieerzeugung im Wahlkreis Waldshut

Gesamtleistung und Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Wahlkreis Waldshut im Vergleich zum Land und den anderen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen Biogas-, Solarenergie- und Windkraftanlagen im Wahlkreis Waldshut; Standorte der Wasserkraftanlagen; Leistungszahlen von Wasserkraft- und Biogasanlagen; Gesamtenergieverbrauch im Wahlkreis Waldshut

KlAnfr
s. Erneuerbare Energie
Drs 15/2891

Haushalt 2012; Epl 12

Erwerb von Grundstücken für Zwecke des Naturschutzes, Sicherung der Moorflächen im LKreis Waldshut

Haushalt
s. Feuchtgebiet
Drs 15/1112

Situation der Polizeiarbeit im Bereich der Polizeidirektion Waldshut

Entwicklung der Personalstärke und Altersstruktur der Polizei im LKreis Waldshut seit 2007, zu erwartende Pensionierungen und Neueinstellungen bis 2017; Aufklärungsquote der einzelnen Dienststellen bei Straftaten seit 2007; Ausfall von Streifenfahrten und Nachtdiensten wegen Personal- und Geldmangel; Stand der technischen Ausstattung; Möglichkeiten zur Erhöhung der Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

KlAnfr
s. Polizei
Drs 15/1296

Unterrichtsausfall an Schulen im LKreis Waldshut

Umfang und Gründe des Unterrichtsausfalls im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Zahl der

vakanten Stellen trotz Ausschreibung; Überlegungen zur Anpassung des Ausschreibungsverfahrens für den ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 15/1310

Polizeireform: Auswirkungen auf den LKreis Waldshut

Aufüstung der Organisationseinheiten und der Zahl von Bediensteten bei der Schutz- und Kriminalpolizei, beim Nichtvollzugsdienst vor und nach Umsetzung des Eckpunktepapiers zur geplanten Polizeistrukturreform; Umfang der versprochenen Verstärkung für die Polizeireviere und -posten; Sitz und Zuständigkeitsbereich des geplanten regionalen Polizeipräsidiums

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/1446

Mietgebühren für Nutzung von BOS-Funkmasten (BOS = Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben)

Zahl der von privaten Mobilfunkanbietern genutzten Funkmasten landesweit und im LKreis Waldshut, Höhe der Gebühren für Internetanbieter für die Nutzung der Masten zur Installation einer Breitband-Funkverbindung; Verbesserung der Internetversorgung im ländlichen Raum durch die Förderung von Breitbandversorgung durch Funk

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 15/1663

Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Schwörstadt und Rheinfelden

Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/1894

Spielhallen im LKreis Waldshut/Rheinfelden und Schwörstadt

Entwicklung der Zahl von Spielhallen und Konzessionen für Spielhallen in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Gemeinden der o.g. Raumschaft

KlAnfr
s. *Spielautomat*
Drs 15/1981

Biogasanlagen im LKreis Waldshut

Zahl, Kapazitäten, verwertete Substrate und Standorte der Biogasanlagen im LKreis Waldshut; Frage nach der Entwicklungsperspektive bis 2022 und den Auswirkungen auf den Anbau und

die Verwertung von Rohstoffen

KlAnfr
s. *Biogas*
Drs 15/2065

Sachstand Lehrerversorgung an den Schulen des LKreises Waldshut, in Rheinfelden und Schwörstadt

Aufrechterhaltung der Aussagen in der Antwort auf Drs 15/1894 nach der Ankündigung von Stellenstreichungen durch den Min-Präs, insbes zur Zahl der notwendigen Vollzeitstellen und Krankheitsvertretungen zur Gewährleistung des Pflichtunterrichts, Zahl der freiwerdenden und neu geschaffenen Stellen zum Schuljahr 2012/2013, Erwartung von Einschränkungen im Ergänzungsbereich; Entwicklung der Zahlen von Lehrkräften, Schülern und Klassen sowie von Angeboten im Ergänzungsbereich in den letzten fünf Jahren zum jeweiligen Stichtag am 01. Oktober

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 15/2236

Situation der Hofübergabe im LKreis Waldshut sowie in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Zahl und Altersstruktur der Voll- und Nebenerwerbslandwirte; Darstellung der Nachfolgeproblematik und Lösungsmöglichkeiten

KlAnfr
s. *Landwirt*
Drs 15/2413

Auswirkung der Abschaffung des Landeserziehungsgelds auf den LKreis Waldshut

Zahl und Einkommenssituation der Bezieher und der von der Abschaffung des Landeserziehungsgelds Betroffenen im LKreis Waldshut, Anteil der künftig unter die Armutsgrenze fallenden Familien, Erwartung eines vermehrten Bedarfs an Kinderkrippenplätzen?

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 15/2462

Stromversorgung im Grenzgebiet zur Schweiz

Sachstand zur Frage der freien Stromanbieterwahl in bestimmten Gemeinden und Ortsteilen der LKreise Konstanz und Waldshut (vgl. Drs 14/1112); Entwicklung des Strompreises für die Endverbraucher in den betreffenden Gemeinden in den Jahren 2007 bis 2012 im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Anschluss der Gebiete an das deutsche Hochspannungsnetz

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/2669

Besetzung der Ausbildungsplätze im Wahlkreis Waldshut

Aufstellung der im Jahr 2011 abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Branchen; im Zeitraum von 2007 bis 2011 ausgeschriebene und besetzte Ausbildungsplätze; Besetzung der Ausbildungsplätze im Vergleich zum Landesdurchschnitt; Initiativen zur Unterstützung der Ausbildungsplatzvermittlung

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/2723

Zusätzliche Lehrerstellen in Wahlkreis Waldshut

Anzahl der zum Schuljahr 2012/2013 besetzten Lehrerstellen; Zuweisung zusätzlicher Lehrerstellen; Anzahl der Stellen nach Schularten, Datum der Zuweisung; Nachteile für Lehrer und Schüler durch verspätete Klassenbildung

KlAnfr

s. *Lehrerbedarf*

Drs 15/2755

Hochrheinautobahn A 98 - Abfahrt Hauenstein

Umsetzung der sogenannten Tunnellösung; Prüfung der Varianten der Abfahrt Hauenstein und deren Realisierungschancen; Haltung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Auswirkungen einer Neugestaltung der Abfahrt Hauenstein auf die Einstufung weiterer Teilabschnitte der A 98 im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr

s. *Autobahn*

Drs 15/2756

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im LKreis Waldshut

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibediensteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/2963

Schulpolitik im LKreis Waldshut, den Städten Schwörstadt und Wehr als Konsequenz aus den Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen

Detaillierte Schülerzahlen und Schulentwicklung im LKreis Waldshut und den Städten Schwörstadt und Rheinfelden, insbes Übergangszahlen aus Klassenstufe 4 an Grundschulen auf weiterführende Schulen, Entwicklung im Zusammenhang mit dem Stadt-Land-Gefälle; eingebrachte und bewilligte Schulanträge auf Wiedereinführung von G9 oder auf eine Gemeinschaftsschule

KlAnfr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/2989

Einhaltung der Hilfsfristen von Rettungsdienst und Notarzt im LKreis Waldshut

Daten zur notärztlichen Versorgung und zum Rettungsdienst im LKreis Waldshut, insbes Einhaltung der Hilfsfristen in Teilbezirken und im Landesvergleich; Sicherung des künftigen Notarztbedarfs; Definition klarer und übergreifender Verantwortungsbereiche und Zuständigkeiten durch Novellierung des Rettungsdienstgesetzes (RDG)

KlAnfr

s. *Ärztlicher Notdienst*

Drs 15/2997

Mittel im LKreis Waldshut aus dem Bundesverkehrswegeplan

Einschätzung der im aktuellen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Maßnahmen; Anmeldung weiterer Maßnahmen für den Bundesverkehrswegeplan 2015

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/3203

Drohender Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Unterrichts- und Lehrerversorgung an den Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr

s. *Unterrichtsvorsorgung*

Drs 15/3785

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in den LKreisen Lörrach und Waldshut

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahren nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in den Städten und Gemeinden der LKreise Lörrach und Waldshut, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar

KlAnfr

s. *Bauleitplanung*

Drs 15/4259

Verfassungsschutzbericht 2012 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Auftreten von Links- bzw Rechts-extremismus sowie islamistischem Extremismus; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr

s. *Verfassungsschutzbericht*

Drs 15/4264

Konsequenzen der Polizeireform für den LKreis Waldshut

Personelle und strukturelle Auswirkungen der Polizeireform im LKreis Waldshut, insbes bei Polizeigebäuden, Dienstortverlegungen und Anfahrtswegen; Anzahl der Einsätze von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/4550

Selbstanzeigen von Steueründern im LKreis Waldshut

Anzahl der Selbstanzeigen von Steueründern im Finanzamtsbezirk Waldshut und Vergleich zu den anderen baden-württembergischen LKreisen; Ausgestaltung eines künftigen Steuerabkommens zwischen Deutschland und der Schweiz

KlAnfr

s. *Steuerdelikt*

Drs 15/4724

Entwicklung der ärztlichen Versorgung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden sowie Schwörstadt

Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt; Situation von Rettungsdienst und Notfallversorgung; Einsatz der Luftrettung

als Notararztzubringer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Notarzteinsätze; Fördermöglichkeit durch das Landärzteprogramm

KlAnfr
s. *Ärztliche Versorgung*
Drs 15/4825

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Konsequenzen der Absenkung der Förderquote und Festlegung einer Verkehrsstärke im Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz auf Infrastrukturmaßnahmen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Verkehrsinvestition*
Drs 15/4822

Ortsumfahrungen im LKreis Waldshut

Planungsstand der Ortsumfahrungen und ihre Berücksichtigung in der Prioritätenliste des Landes; der Nutzen von Umgehungsstraßen für die Ortsentwicklung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/5061

Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und in der Stadt Rheinfelden

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im LKreis Waldshut und der Stadt Rheinfelden und Aufklärungsquote

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/5388

Situation der Pflege im LKreis Waldshut

Personalsituation und künftiger Bedarf an examinierten Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und bei ambulanten Pflegediensten im LKreis Waldshut

KlAnfr
s. *Pflegepersonal*
Drs 15/5389

Polizeipräsenz im LKreis Waldshut

Zahl der Planstellen im Verhältnis zur Zahl der tatsächlichen im Wahlkreis Waldshut eingesetzten Polizeibeamten; Interesse der Polizeibeamten an einer Versetzung oder einem anderen Fachgebiet; Präsenz der Kriminalpolizei im LKreis Waldshut; Fahrzeiten der Polizeibeamten zu Unfall- und Tatorten vor und nach der Polizeireform

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/5390

Verfassungsschutzbericht 2013 - Verfassungsfeinde im LKreis Waldshut

Erkenntnisse über extremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten und Straftaten im LKreis Waldshut; Auftreten von Links- bzw. Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie Aktivitäten von Scientology; Straftaten mit extremistischem oder verfassungsfeindlichem Hintergrund; öffentliche Kundgebungen und Veranstaltungen extremistischer Gruppierungen; Extremismusprävention

KlAnfr
s. *Verfassungsschutzbericht*

Drs 15/5471

Hochschulsituation im LKreis Waldshut

Möglichkeiten zur Einrichtung eines Hochschulstandorts im LKreis Waldshut

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 15/5596

Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand und Entwicklung des Salafismus im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Formen, Anhängerschaft, Aktivitäten nahestehender Vereine und Gruppierungen, Beteiligung von Salafisten an Kriegen im Nahen und Mittleren Osten

KlAnfr
s. *Islam*
Drs 15/6196

Hochwasserschutz im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6261

Breitbandausbau im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Stand der Breitbandversorgung; Förderung von Breitbandprojekten seit dem Jahr 2011; Verfügbarkeit von Highspeed-Internet; Anschluss an überregionale Datenleitungen; Versorgungsqualität im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/6289

Schülerzahlen für die Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Eingangsklassen, Übergangszahlen und Grundschulempfehlungen für weiterführende Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6598

Zustand von Brückenbauwerken der Bundesfern- und der Landesstraßen im LKreis Waldshut

Sachstand zum baulichen Zustand der Brückenbauwerke der Bundesfern- und der Landesstraßen im LKreis Waldshut, insbes Einstufung der Sanierungsbedürftigkeit, Bauwerke mit Nutzungseinschränkungen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 15/6645

Biberschäden im LKreis Waldshut

Sachstand zur Entwicklung der Biberpopulation und Biberschäden im LKreis Waldshut

KlAnfr
s. *Biber*
Drs 15/6649

Milchwirtschaft im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Sachstand zur Entwicklung der Milchviehhaltung im LKreis Waldshut und in Rheinfelden und Schwörstadt, insbes Zahlen der Milchkühe, Betriebsstrukturen, Wettbewerbssituation

KlAnfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/6694

Besetzung der Ausbildungsplätze in den LKreisen Waldshut und Lörrach

Sachstand zu Ausschreibung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in den LKreisen Waldshut und Lörrach, insbes Schulabschlüsse der Auszubildenden, Anteil der weiblichen Auszubildenden

KlAnfr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 15/6695

Grenzübergänge im LKreis Waldshut und Rheinfelden

Sachstand zur Verkehrssituation an den Grenzübergängen zur Schweiz im Landkreis Waldshut und in Rheinfelden

KlAnfr
s. *Grenzüberschreitender Verkehr*
Drs 15/6704

Kriminalitätsbekämpfung im LKreis Waldshut

Sachstand zur Kriminalitätsbekämpfung im LKreis Waldshut, insbes Fallzahlen und Aufklärungsquote bei Wohnungseinbruchsdiebstahl und Straßenkriminalität, Auswirkungen der Erhöhung der Personalstärke der Polizeireviere

KlAnfr
s. *Verbrechensbekämpfung*
Drs 15/6931

Windkraftausbau im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Bestandsaufnahme zum Ausbau der Windkraft im Landkreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/7118

Mehrwertsteuerrückerstattung im Grenzgebiet Deutschland - Schweiz

Beschäftigungssituation im Einzelhandel und Bedeutung des Einkaufstourismus im Grenzgebiet zur Schweiz, insbes in den LKreisen Konstanz, Lörrach und Waldshut; Pläne zur Einführung einer Bagatellgrenze für die Mehrwertsteuerrückerstattung

KlAnfr
s. *Steuererstattung*
Drs 15/7286

Waldshut-Tiengen*Daten zu den Polizeidirektionen Lörrach und Waldshut-Tiengen*

Entwicklung der Gesamtzahlen und Häufigkeitsziffern von Straftaten und Verkehrsunfällen in den o.g. Zuständigkeitsbereichen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gesamtzahl und Aufklärungsquote der von der Kriminalpolizei bearbeiteten Fälle

KlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/1760

Justizvollzugsanstalt Waldshut-Tiengen

Frühester Termin der Schließung der Haftanstalt; Zahl und Altersstruktur der hier beschäftigten Beamten und Angestellten; In-sassenzahlen der letzten fünf Jahre; Ersatz für die wegfallenden Haftplätze; Stand der Neuordnung der Vollzugslandschaft; Eigentumsverhältnisse bei Gebäude und Grundstück

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/2754

Gefängnisneubau

Konkretisierung des Begriffs „heimatnahe Unterbringung“; gerichtliche Entscheidungen zu zumutbaren Anfahrtswegen oder zur Anfahrtsdauer für Angehörige der Strafgefangenen; Anwendbarkeit des Grundsatzes der heimatnahen Unterbringung bei zentralisierten Sonderhaftanstalten; Gültigkeit des Grundsatzes für die Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalten Rottburg, Rottweil und Waldshut-Tiengen

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/3252

Waldshut-Tiengen

Verkauf einer Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flst. Nr. 311, Gemarkung Waldshut-Tiengen

Antr LReg
s. *Landeseigene Liegenschaft*
Drs 15/6553

Waldstetten*Gasaustritt in Schwäbisch Gmünd am 25. August 2014*

Ursache für das Leck und den damit verbundenen Gasaustritt an der „Staufen-Leitung“ von Essingen nach Dürnaun an der Gemarkungsgrenze von Schwäbisch Gmünd und Waldstetten; Alarmierung des Betreibers terranets bw und der zuständigen öffentlichen Stellen; eingeleitete Maßnahmen; Gefährdung der Bevölkerung; Häufigkeit von Gasaustritten; Unterrichtung der Bevölkerung über Schäden an öffentlichen Gasleitungen und damit verbundene Gasaustritte

KlAnfr
s. *Gaspipeline*
Drs 15/6105

Waldweg

s. *Wirtschaftsweg*

Waldwirtschaft

s. *Forstwirtschaft*

Walldorf (Rhein-Neckar-Kreis)*Realschule Walldorf/Inklusion*

Sachstand zur Entscheidungsfindung für den Schulbesuch eines vom Down-Syndrom betroffenen Jungen auf der Realschule in Walldorf ab dem Schuljahr 2015/2016; Diskussionsstand zur gesetzlichen Regelung inklusiver Bildungsangebote

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/6833

Wallhausen

Schwächung des Bahnverkehrs im ländlichen Raum durch Verweigerung der Freigabe von Mitteln nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Verweigerung der Freigabe o.g. Mittel z.B. für die Wiedereröffnung des Bahnhalt punkts Wallhausen

MdlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/2089

Wirtschaftliche Entwicklung in der Raumschaft Hohenlohe-Ost
Wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Wallhausen, Kirchberg/Jagst, Rot am See, Gerabronn, Langenburg, Blaufelden, Schrozberg, Niederstetten und Creglingen seit 1980; Strukturwandel in der Landwirtschaft; Tourismus; Beschäftigte in der Landwirtschaft, im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor; Kaufkraft und Altersstruktur der Einwohner; Förderung der Raumschaft durch Programme des Landes, des Bundes und der EU in den vergangenen 30 Jahren; Zusammenarbeit mit Bayern; Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zur Vorbeugung der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Arbeitnehmer in die Ballungsräume

KlAnfr
s. *Regionale Wirtschaftsstruktur*
Drs 15/5033

Walter, Jürgen MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 15/1 11.05.2011 S. 1

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
PIPr 15/3 12.05.2011 S. 16

Wanderfisch

s. *Fisch*

Wandern

s.a. *Fußgänger*

Der Solidarpakt Sport II garantiert dem Sport finanzielle Planungssicherheit bis 2016

Umsetzung der Zusagen zur finanziellen Förderung des Wandersens

Antr
s. *Sport*
Drs 15/35

Forsthäuser im Nordschwarzwald

Auflistung der o.g. landeseigenen Forsteinrichtungen, deren kulturhistorische Bedeutung, Zustand, Ausstattung und derzeitige Nutzung; Möglichkeiten und Bedingungen für eine Vermietung oder Veräußerung; Frage nach einer touristischen Nutzung als Hütten für Wanderer im künftigen Nationalpark

KlAnfr
s. *Forstgebäude*
Drs 15/877

Unterhaltung von Wanderwegen

Bedeutung des Wanderns für den Tourismus, die Gesundheitsprävention und die Freizeitgestaltung; Zuständigkeit für den Unterhalt und die Beschilderung von Wanderstrecken; vorhandene Förderprogramme; Unterstützung der Wandervereine beim Wegeunterhalt und der Beschilderung; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für den Langsamverkehr beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Antr
s. *Wanderweg*
Drs 15/2691

Wanderweg

s.a. *Verkehrsweg*

Flurneuordnung und Landentwicklung in BW

Aufgaben und (ökologische) Bedeutung der Flurneuordnung und Landentwicklung, insbes für den Tourismus durch den Ausbau von Rad- und Wanderwegen, für den ländlichen Wegebau und Waldwegebau; Darlegung der künftigen Schwerpunkte und vorrangigen Verfahrensarten; Fortschreibung und bedarfsgerechte Anpassung der Etatansätze

Antr
s. *Flurneuordnung*
Drs 15/167

Nationalpark Nordschwarzwald - für Mensch und Natur

Personalausstattung der anderen Nationalparke in Deutschland und Regelungen zum Betretungsrecht der Kernzonen; touristische Entwicklung der Nationalparkgemeinden am Nationalpark Bayerischer Wald; Ermöglichung von Wanderwegen, Wildnispfaden und Langlaufloipen auch in den Kernzonen? Regelung der Imkerei in anderen Wald-Nationalparken; Umfang des Holzeinschlags in den Höhenlagen des Nordschwarzwalds und in Wald-FFH-Gebieten in BW; jährliche Besucherzahlen der Wildnispfade im Nordschwarzwald

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/904

Unterhaltung von Wanderwegen

Bedeutung des Wanderns für den Tourismus, die Gesundheitsprävention und die Freizeitgestaltung; Zuständigkeit für den Unterhalt und die Beschilderung von Wanderstrecken; vorhandene Förderprogramme; Unterstützung der Wandervereine beim Wegeunterhalt und der Beschilderung; Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für den Langsamverkehr beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2691

„2-Meter-Regel“ für Radfahrer in den Wäldern BW

Haltung gegenüber einer Abschaffung der Zwei-Meter-Regel für Mountainbiker auf Waldwegen; Beurteilung bereits bestehender Ausnahmen im Schwarzwald; Ermöglichung des Radsports auf unbefestigten Wegen in den Tourismusregionen; Lösungsvorschlag unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wanderer

KlAnfr
s. *Radverkehr*
Drs 15/3991

Wege und Wegebau in der Kernzone eines Nationalparks

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 563 565

Wangen im Allgäu

Planungen für den Nahverkehr im Allgäu nach der Elektrifizierung

Linien- und Fahrplankonzept für den Nahverkehr in Abstimmung mit dem Freistaat Bayern; Anschlüsse und Wartezeiten für umsteigende Fahrgäste in den Bahnhöfen Aulendorf, Lindau, Wangen und Leutkirch; Verlust der Taktknotenfunktion von Memmingen; Ausbleiben eines DB-Fernverkehrshalts in BW auf der Strecke München-Zürich

KlAnfr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/2795

Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses für Leupolz und Karssee, Stadt Wangen im Allgäu

Vorteile und bauplanungsrechtliche Hindernisse für den Neubau eines gemeinsamen Feuerwehrgerätehauses zweier Ortsteile der Stadt Wangen im Allgäu

KlAnfr

s. *Feuerwehr*

Drs 15/3948

Wasserrettungsdienst Wangen im Allgäu

Sachstand zum Zeitrahmen der Realisierung einer Zentralen Station für den Wasserrettungsdienst in Wangen im Allgäu, insbes. angesichts der Erarbeitung neuer Förderrichtlinien für den Rettungsdienst

KlAnfr

s. *Rettungswesen*

Drs 15/8033

Wappen

s.a. *Staatssymbol*

Verwendung des großen Landeswappens auf privatem Facebook-Profil

Beurteilung des o.g. Verhaltens des Ministerialdirektors im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, Daniel Rousta, und der Verunglimpfung von politischen Wettbewerbern in Vulgärsprache; Vereinbarkeit mit Bestimmungen, Vorgaben und Gesetzen des Landes sowie mit dem von einem ranghöchsten Beamten zu erwartenden Stilgefühl

KlAnfr

s. *Rousta, Daniel*

Drs 15/1578

Verwendung des großen Landeswappens

Anzeige „Wir kennen alles. Außer Homophobie“ der GEW und der Organisation Campact in Anlehnung an die Werbekampagne des Landes „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“; Nutzung des großen Landeswappens in der Zeitungsanzeige; Abänderung des Wappens; Genehmigung der Wappennutzung beim Innenministerium; Bewertung des Inhalts der Kampagne; Kenntnis von der Kampagne und deren Unterstützung

Antr

s. *Staatssymbol*

Drs 15/4688

Gesetz zur Reform des Wappenrechts

Erweiterung des Katalogs der wappenführenden Stellen; Ausdehnung der genehmigungsfreien Verwendung des Landeswappens; Befreiung von der Genehmigungspflicht der Wappenver-

wendung für öffentliche Schulen und staatliche Hochschulen in bestimmten Konstellationen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Einschreiten in Fällen von grundlegender Bedeutung oder gravierendem Missbrauch der Hoheitszeichen; Zuständigkeitsverlagerung für die Genehmigung zum Zeigen der Landesdienstflagge bei nicht wappenführenden Stellen auf das Innenministerium; Zuständigkeitsübertragung für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten auf das Regierungspräsidium Karlsruhe

GesEntw

s. *Landeshoheitszeichengesetz*

Drs 15/7196

Verwendung des Großen Landeswappens durch den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und Campact e.V. zum Zweck des Wahlkampfes

Sachstand zur möglichen widerrechtlichen Verwendung des Großen Landeswappens durch den BUND e.V. und Campact e.V. zum Zweck der Wahlwerbung

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 09.03.2016 und

Antw IM Drs 15/8100

Warenhaftung

s. *Produkthaftung*

Warenimport

s. *Einfuhr*

Warenkennzeichnung

Allergene Duftstoffe in Kosmetikprodukten

Ergebnisse der 2012 von der Europäischen Kommission veröffentlichten Risikoanalyse des Scientific Committee on Consumer Safety (SCCS) zu allergenen Duftstoffen in Kosmetikprodukten (Opinion on fragrance allergens in cosmetic products, SCCS/1459/11); Existenzgefährdung der Naturkosmetik-Hersteller in BW durch die geplante Novellierung der EU-Kosmetikverordnung

KlAnfr

s. *Duftstoff*

Drs 15/3259

Erfahrungen mit der Novellierung des Bestattungsgesetzes (BestattG) hinsichtlich des Verbots von Produkten aus Kinderarbeit
Anpassung kommunaler Friedhofsverordnungen infolge der im Juni 2012 beschlossenen Änderung des Bestattungsrechts; Entfernung der inzwischen als rechtswidrig bzw unwirksam beurteilten Bestimmungen aus den Friedhofssatzungen; Anpassung des Bestattungsgesetzes

Antr

s. *Bestattung*

Drs 15/5979

Warenlager

s. *Lagerung*

Warenzeichenrecht

s. *Markenrecht*

Warminski-Leitheußer, Gabriele SPD

Berufung und Vereidigung von Gabriele Warminski-Leitheußer zur/als Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

s. Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
PIPr 15/3 S. 15

Kultusministerin verursacht erheblichen Unterrichtsausfall

Derzeitiger Unterrichtsausfall aufgeschlüsselt nach Schularten; Maßnahmen zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung in Zusammenarbeit mit den Schulen; Unterrichtsausfall im Schulamtsbezirk Konstanz-Tuttlingen am 7. November 2012 aufgrund einer mit Rücksicht auf die Teilnahme der Kultusministerin auf den Vormittag gelegten Personalversammlung; Aufforderung an die Kultusministerin für Dienstbesprechungen künftig unterrichtsfreie Tage zu nutzen

Antr
s. Unterrichtsversorgung
Drs 15/2600

Entlassung der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer

Entlassung wegen mangelhafter Sachkompetenz und Unzuverlässigkeit bei der Ausübung der Dienstgeschäfte

Antr
s. Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
Drs 15/2807

Warthausen

Ortsumfahrungen Warthausen, Ingerkingen und Oberessendorf im Landkreis Biberach

Voraussetzungen dafür, die o.g. Umgehungsstraßen im Landeskonzept zur Anmeldung von Straßen für den Bundesverkehrswegeplan als Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs einzustufen; Bewertung der jeweiligen Verkehrsbelastung vor Ort sowie der zu erwartenden Entlastungswirkung bei einer Ortsumfahrung

KlAnfr
s. Ortsumgehung
Drs 15/3468

Wasser

s.a. Abwasser
s.a. Grundwasser
s.a. Trinkwasser
s.a. Wasserrecht
s.a. Wasserversorgung
s.a. Wasserverunreinigung

Entwicklung des Wasserverbrauchs, des Wasserpreises und des Sanierungsbedarfs bei Brauch- und Abwassersystemen und deren möglicher Zusammenhang

Entwicklung der o.g. Daten und Investitionen von Land und Kommunen seit 1990; Zuleitung von Wasser durch die einzelnen Wasserversorger zur Auslastung der Brauch- und Abwassersysteme aufgrund des zurückgegangenen Wasserverbrauchs, insbes von Privathaushalten; Evaluation der erhobenen Informationen und Berichterstattung im Zweijahresturnus

Antr
s. Wasserversorgung
Drs 15/2460

Wassermangel im Weissacher Tal

Umfang und Auswirkungen von Grundwasserentnahmen und Entwässerungen, insbes auf das Gesamtökosystem Wald; Frage nach Maßnahmen zur Reduktion von Grundwassernutzung bzw zu einer aktiveren Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Wasserwirtschaft für das Weissacher Tal und Umgebung

KlAnfr
s. Grundwasser
Drs 15/2589

Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Europarecht

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 15/58 30.01.2013 S. 3407-3416

Entwurf EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Ablehnung der Regelung der Wasserversorgungsdienste im Entwurf einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe, insbes Wasserzugang als Menschenrecht und Wasser als nicht übliche Handelsware; Wasserversorgung und -bewirtschaftung als Kernstück kommunaler Daseinsvorsorge fällt nach einem Zusatzprotokoll des Lissabonvertrags nicht unter die Regelungen des europäischen Binnenmarkts

Antr CDU, GRÜNE und SPD 31.01.2013 Drs 15/2957
PIPr 15/59 31.01.2013 S. 3525

Wasser- und Schifffahrtsbehörde

s. Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/207

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 8 - Landesbetriebe Gewässer (Kap 0304 bis 0307 und 1005)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/108
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/708
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 12.07.2013 Drs 15/3778
Mittlg LReg 08.01.2016 Drs 15/7928
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.01.2016 Drs 15/7968
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Zustand der Neckarschleusen zwischen Plochingen und Heilbronn

Planungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zur Sanierung und zum Ausbau der o.g. Schleusenkammern

Antr
s. Schleuse
Drs 15/2419

Wasserbau*Hochwasserschäden im Enzkreis und in Pforzheim*

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten

KlAnfr

s. *Hochwasserschäden*

Drs 15/3573

Hochwasserschäden im LKreis Freudenstadt

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben

KlAnfr

s. *Hochwasserschäden*

Drs 15/3575

Hochwasserschäden in den LKreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohe und Main-Tauber

Höhe des Gesamtschadens; Unterstützung der betroffenen Anwohner, Städte und Gemeinden bei der Beseitigung der Schäden; Folgen für den Hochwasserschutz bzw für die Bewertung einzelner Wasserbauvorhaben; Fortführung des Förderprogramms Wasserwirtschaft und Altlasten; Nutzung von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union für den Hochwasserschutz

KlAnfr

s. *Hochwasserschäden*

Drs 15/3578

Verlandungsproblematik in Hafengebieten am Bodensee

Ursachen, Umfang und Bekämpfung der Verlandung von Hafengebieten und Häfen für die gewerbliche Schifffahrt sowie die Freizeitschifffahrt am Bodensee, insbes Problematik am Fährhafen in Friedrichshafen; Verantwortung des Landes als Träger der Gewässerunterhaltungspflicht

KlAnfr

s. *Hafen*

Drs 15/3699

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw

s. *Wasserrecht*

Drs 15/3760

Gewässerökologische Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst

Sachstand zu gewässerökologischen Maßnahmen nach dem Fischsterben in der Jagst, insbes Wiederherstellung eines hoch-

wertigen gewässerökologischen Zustands, Unterstützung örtlicher Fischereiverbände, Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Flusses

Antr

s. *Gewässerschutz*

Drs 15/7395

Wasserentnahmeentgelt*Entgeltspflicht für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in BW*

Abschaffung der Abgabe für die Wasserentnahme und ihre Begründung; Gründe für die Wiedereinführung der Entgeltspflicht; künftige Entgeltsätze, Ermäßigungen und Sonderregelungen; Höhe der zusätzlichen Einnahmen und ihre Verwendung; Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Weinbau; Haltung der landwirtschaftlichen Interessenverbände zur Wiedereinführung des Wasserentnahmeentgelts

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 02.05.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3449

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2013 Drs 15/4191 S. 17 18

PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Berieselung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 12.06.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3618

BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 55

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Wasserentnahmeentgelt und Hochwasserschutz

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 05.09.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5688

Hochwasserschutz in BW und Fortschritte bei der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Art und Umfang der in den Jahren 2011 bis 2014 für den Hochwasserschutz aufgewendeten Mittel; Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms seit 2013; Volumen der bis zum Jahresende 2014 erreichten Retentionsgebiete; Beantragung von Hochwasserschutzmaßnahmen durch die Kommunen; zukünftige Hochwasserschutzmaßnahmen und IRP-Projekte sowie die dafür veranschlagten Kosten; Einkalkulierung erhöhter Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt bei der Finanzierung des Hochwasserschutzes; Einrichtung neuer Personalstellen seit 2012

Antr

s. *Hochwasser*

Drs 15/6189

Wasserfahrzeug*Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar*

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/207

Motorschifffahrt auf dem Bodensee

Entwicklung des jährlichen Anmeldestands von Motorfahrzeugen und der Anerkennung anderer Schifffahrtspatente nach der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung seit 2006; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen des Fahrverbots und der Geschwindigkeitsbegrenzung in Uferzonen durch die Wasserschutzpolizei, Auswirkungen und Konsequenzen von Verstößen, Frage nach weiteren Möglichkeiten zur Erhöhung der Akzeptanz von Einschränkungen der Schifffahrt in den Uferzonen

KlAnfr
s. Schifffahrt
Drs 15/1198

Wirtschaftlicher und ökologischer Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar mit Verlängerung der Neckarschleusen bis Plochingen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 1998 sowie der weiteren Potenziale; Folgen eines Verzichts des Bundes auf die Verlängerung einer Schleusenkammer von Heilbronn bis Plochingen für die Häfen in Stuttgart und Plochingen; Hinwirkung auf Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Land und Bund von 2007 zur „Verlängerung der Neckarschleusen zwischen Mannheim-Feudenheim und Plochingen“, in der die Sanierung, Modernisierung und Verlängerung der Schleusen und deren Finanzierung vom Bund zugesagt wurde; Ausbau des Neckars für die Erreichbarkeit aller Häfen von künftigen Europaschiffen mit einer Länge von 135 Metern

Antr
s. Neckar
Drs 15/1469

Verlängerung der Neckarschleusen für Lastschiffe mit einer Länge von 135 Metern bis Plochingen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 762-768

Wassergebühren

s. Wasserpreis

Wassergefährdender Stoff

s. Gefahrstoff

Wassergesetz für Baden-Württemberg*Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW*

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie

von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. Wasserrecht
Drs 15/3760

Gesetz zur Bereinigung von Landesrecht

Änderung von § 29 des Wassergesetzes für BW in der Fassung vom 3. Dezember 2013

GesEntw
s. Landesrecht
Drs 15/5443

Rechtsunsicherheiten bei der Umsetzung von § 29 Wassergesetz für BW an künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben
Einstufung künstlich hergestellter Gräben als Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung; Entfernung der künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben aus dem Amtlichen Digitalen Wasserwirtschaftlichen Gewässernetz (AWGN)

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 10.10.2014 und
Stellungnahme UM Drs 15/5861
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639
S. 48 49
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Auswirkung des neuen Wasserrechts in BW auf eventuelle künftige Anträge für Probebohrungen von unkonventionellen Erdgasvorkommen

Rechtliche Möglichkeiten des novellierten Wasserrechts zur Ablehnung von Anträgen auf Erteilung eines Rechts auf Genehmigung von Probebohrungen für das Frackingverfahren; Sachstand bei der Prüfung der Fracking-Konzession in der Bodenseeregion, insbes Zuverlässigkeit des Konzessionsinhabers

KlAnfr
s. Fracking
Drs 15/5864

Haushaltsbegleitgesetz 2015/16

Änderung der §§ 104 und 128 des Wassergesetzes für BW in der Fassung vom 29. Juli 2014; Erhöhung der Entgeltsätze für die Verwendung von Wasser aus oberirdischen Gewässern oder von Grundwasser für die öffentliche Wasserversorgung; zweckgebundene Verwendung der Mehreinnahmen für wasserwirtschaftliche Zwecke

GesEntw
s. Haushaltsbegleitgesetz 2015/2016
Drs 15/5960

Hochwasserschutz im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr
s. Hochwasser
Drs 15/6261

Praktische Probleme des Hochwasserschutzes im Spannungsfeld mit Eigentumsrechten und kommunaler Planungshoheit nach der Novelle des Landeswassergesetzes

Sachstand zu praktischen Problemen der landesgesetzlichen Regelung zur Umsetzung der Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes für Überschwemmungsgebiete, insbes beim Verfahren zur Erstellung der Hochwassergefahrenkarten gemäß dem Landeswassergesetz, Ersetzung der bisherigen Regelung durch eine praxistauglichere

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6442

Wasserhaushalt

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3760

Wasserhaushaltsgesetz

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3760

Praktische Probleme des Hochwasserschutzes im Spannungsfeld mit Eigentumsrechten und kommunaler Planungshoheit nach der Novelle des Landeswassergesetzes

Sachstand zu praktischen Problemen der landesgesetzlichen Regelung zur Umsetzung der Vorgaben des Wasserhaushaltsgesetzes für Überschwemmungsgebiete, insbes beim Verfahren zur Erstellung der Hochwassergefahrenkarten gemäß dem Landeswassergesetz, Ersetzung der bisherigen Regelung durch eine praxistauglichere

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 15/6442

Wasserkraft

s.a. *Stauanlage*

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Wasserkraftanlagen und Wasserrahmenrichtlinie

Auswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2012 auf die Gutachterpraxis und die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsges; Anspruch der Betreiber auf eine erhöhte Einspeisevergütung nach Erfüllung der Anforderungen der o.g. Richtlinie und deren gutachterlichen Bestätigung; Frage nach Missbrauchsfällen, dem Stand der Ermittlungen und Ausgang der Missbrauchsverfahren

KIAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 15/606

Bedeutung der Kleinen Wasserkraft in BW

Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der Durchgängigkeit von Fischbeständen, Aufwertung von Gewässerlebensräumen im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach der Ökokonto-Verordnung; Unterstützung der Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen im Zuge der weiteren Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 07.10.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/660
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.11.2011 Drs 15/1300 S. 33-35
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/212 betr. Wiederinbetriebnahme des sanierten und modernisierten Wasserkraftwerkes Fischweier an der Alb

BeschlEmpf und Bericht PetA 08.12.2011 Drs 15/919 Nr. 3 S. 7-18
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
Mittlg LReg 06.02.2012 Drs 15/1251

Haushalt 2012; Epl 10

Einrichtung eines Förderprogramms für kleine Wasserkraftanlagen

ÄAntr CDU 18.01.2012 Drs 15/1110-4 S. 19 20
ÄAntr CDU 07.02.2012 Drs 15/1210-4 S. 8 9
PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1330-1348

Situation der Energieerzeugung im Wahlkreis Waldshut

Gesamtleistung und Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Wahlkreis Waldshut im Vergleich zum Land und den anderen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen Biogas-, Solarenergie- und Windkraftanlagen im Wahlkreis Waldshut; Standorte der Wasserkraftanlagen; Leistungszahlen von Wasserkraft- und Biogasanlagen; Gesamtenergieverbrauch im Wahlkreis Waldshut

KIAnfr
s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/2891

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Ergänzung energiepolitischer Maßnahmen des Bundes durch eigene Landesprogramme, u.a. zur Erzeugung von Biomasse als Energieträger oder durch die Geothermie und Wasserkraft

GrAnfr

s. *Demografie*

Drs 15/1608

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/2344

Entwicklung und Entwicklungshemmnisse der Wasserkraftnutzung in BW

Auflistung der Anlagen und Stromerzeugungsmengen, der vorliegenden Anträge auf Errichtung oder Erweiterung und Dauer der Genehmigungsverfahren; Auswirkungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie u.a. gesetzlicher Änderungen; Möglichkeiten für den Ausbau der Wasserkraftnutzung unter Beachtung artenschutzrechtlicher Belange

Antr Johannes Stober u.a. SPD 26.09.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2401

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 59 60

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/2456

Potenzial der Wasserkraft an schiffbaren Flüssen in BW stärker nutzen

Zahl und installierte Leistung der Wasserkraftanlagen an den schiffbaren Schleusen an Rhein und Neckar; Auflistung der jeweiligen Betreiber, des Sanierungsbedarfs und Potenzials zur Steigerung der Stromerzeugung; Frage nach entsprechenden Planungen der Betreiber

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 30.10.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2583

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.01.2013 Drs 15/3245 S. 59 60

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein Blueprint für den Schutz der Wasserressourcen

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/2831

Regenerative Energien im Main-Tauber-Kreis

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den übrigen LKreisen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/2865

Regenerative Energien im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden im Vergleich zu den übrigen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Standorte von Wasser- und Windkraftanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasserkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien in beiden Kreisen

KlAnfr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 15/3282

Wasserkraft in BW

Nutzung von Wasserrechten zur Stromerzeugung; Zahl der Wasserkraftwerke und Potenzial der Energieerzeugung durch Wasserkraft, insbes Situation im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr Karl Rombach CDU 11.11.2013 und Antw UM Drs 15/4311

Stromgewinnung durch Abwasserströmungen

Nutzung von Abwasserströmungen zur Stromerzeugung; Höhe des vorhandenen Stromproduktionspotenzials; Wirtschaftlichkeit und ökologische Bewertung dieser Art der Stromgewinnung

Antr

s. *Elektrizitätserzeugung*

Drs 15/6445

Zukunft der kleinen Wasserkraft in BW

Sachstand zu Stellenwert und Ausbau der kleinen Wasserkraft in BW iRd Einsatzes erneuerbarer Energieträger

KlAnfr Tobias Wald CDU 29.10.2015 und Antw UM Drs 15/7630

Naturverträglicher Ausbau der Nutzung von Wasserkraft

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Angestrebte Ziele beim Ausbau der Nutzung von Wasserkraft bis 2020, Erkundung weiterer Potenziale an den Flüssen in BW

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 618 620-623 628 629

Anregung des Ausbaus der Wasserkraftnutzung mit dem Ausbau der Neckarschleusen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 768

Angestrebte Ziele beim Ausbau der Nutzung von Wasserkraft bis 2020

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1045 1050 1052

Wasserkraftanlage

s. *Wasserkraftwerk*

Wasserkraftwerk

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/2659

Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Entwicklung und aktueller Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für BW im Bundesvergleich, insbes Zuständigkeit für Kontrolle und Koordination der Umsetzung, Vorrangigkeit bestimmter Fließgewässer, Konsequenzen der Umsetzung für die Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen; Maßnahmen gegen Wassermangel der Flüsse Acher und Rench

Antr

s. *Wasserrecht*

Drs 15/3897

Wasserkraft in BW

Nutzung von Wasserrechten zur Stromerzeugung; Zahl der Wasserkraftwerke und Potenzial der Energieerzeugung durch Wasserkraft, insbes Situation im Schwarzwald-Baar-Kreis

KlAnfr

s. *Wasserkraft*

Drs 15/4311

Welchen Beitrag können Pumpspeicherkraftwerke zum Gelingen der Energiewende leisten?

Bedeutung und Einsatzfähigkeit von Pumpspeicherkraftwerken für das Gelingen der Energiewende sowie anderer CO₂-freier bzw klimafreundlicher Speichertechnologien; Erstellung und Veröffentlichung des im Jahr 2011 angekündigten landesweiten Speicherkonzepts

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 23.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5532

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 24-26

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Zukunft des Pumpspeicherprojekts Atdorf

Projektstand und Finanzierung des geplanten Pumpspeicherprojekts in Atdorf, insbes Bedeutung und Bewertung der WiederEinstiegs Klausel der RWE AG in das Projekt

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 11.08.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5611

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 29.01.2015 Drs 15/6639 S. 24-26

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Ökologische Modernisierung von kleinen Wasserkraftanlagen

Effekte und Modernisierungsstand kleiner Wasserkraftanlagen in Pforzheim und im Enzkreis, insbes Maßnahmen zur Modernisierung des Wasserkraftwerks an der Unteren Reute in Neuenbürg sowie zur Beilegung des Interessenkonflikts zwischen Angelsportlern, Umweltschützern und Wasserkraftanlagenbetreiber

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 20.11.2014 und Antw UM Drs 15/6152

Energiegewinnung mit Flussturbinen

Energetisches und wirtschaftliches Potenzial von Flussturbinen beim Einsatz zur Energiegewinnung und ökologische Auswirkungen

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 28.11.2014 und Antw UM Drs 15/6200

Stromgewinnung durch Abwasserströmungen

Nutzung von Abwasserströmungen zur Stromerzeugung; Höhe des vorhandenen Stromproduktionspotenzials; Wirtschaftlichkeit und ökologische Bewertung dieser Art der Stromgewinnung

Antr

s. *Elektrizitätserzeugung*

Drs 15/6445

Kleine Wasserkraft im Enzkreis

Überprüfung der Mindestwasserabgabe bei Kleinwasserkraftanlagen; Einhaltung der Mindestwasserabgabe am Wasserkraftwerk T 177 in Neuenbürg; Überprüfung des dortigen Fischpasses; Durchführung einer Gewässerschau

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 24.02.2015 und Antw UM Drs 15/6507

Wasserleitung

Ausbau der Breitbandversorgung durch Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen

Risiko einer Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität bei der Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen; Maßnahmen zur Vorbeugung von Trinkwasserverunreinigungen bei der Verlegung oder Reparatur von Glasfaserkabeln; Vorteil einer Verlegung über Trinkwasserleitungen im Vergleich zur Verlegung über Regenwasser- oder Abwasserleitungen; Einsparpotenzial bei einer Verlegung über der bestehenden Kanalisation; Ergebnisse der Pilotprojekte zum Wasser-Faser-System (WFS); Auskunft über konkrete Planungen zum Ausbau der Breitbandversorgung über Wasserleitungen

Antr

s. *Breitbandkommunikation*

Drs 15/3650

Wassermangel durch versiegende Quellen im Hochschwarzwald
Gefährdung der Trinkwasserversorgung im Hochschwarzwald durch versiegende Quellen und Absenkung des Grundwasser-

spiegels; Förderung des Anschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung oder einer Umstellung auf andere Formen der Wasserversorgung

Antr
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/7659

Wassernutzung

Wasserentnahmeentgelt und Hochwasserschutz

Antr
s. *Wasserentnahmeentgelt*
Drs 15/5688

Wasserpolitik

s. *Wasserversorgung*

Wasserpreis

Entwicklung des Wasserverbrauchs, des Wasserpreises und des Sanierungsbedarfs bei Brauch- und Abwassersystemen und deren möglicher Zusammenhang

Entwicklung der o.g. Daten und Investitionen von Land und Kommunen seit 1990; Zuleitung von Wasser durch die einzelnen Wasserversorger zur Auslastung der Brauch- und Abwassersysteme aufgrund des zurückgegangenen Wasserverbrauchs, insbes von Privathaushalten; Evaluation der erhobenen Informationen und Berichterstattung im Zweijahresturnus

Antr
s. *Wasserversorgung*
Drs 15/2460

Wasserrahmenrichtlinie

s. *Wasserrecht*

Wasserrecht

s.a. *Gewässerschutz*
s.a. *Wasserversorgung*

Wasserkraftanlagen und Wasserrahmenrichtlinie

Auswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2012 auf die Gutachterpraxis und die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie und des WasserhaushaltsGes; Anspruch der Betreiber auf eine erhöhte Einspeisevergütung nach Erfüllung der Anforderungen der o.g. Richtlinie und deren gutachterlichen Bestätigung; Frage nach Missbrauchsfällen, dem Stand der Ermittlungen und Ausgang der Missbrauchsverfahren

KIAnfr Gabi Rolland SPD 28.09.2011 und Antw UM Drs 15/606

Bedeutung der Kleinen Wasserkraft in BW

Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der Durchgängigkeit von Fischbeständen, Aufwertung von Gewässerlebensräumen im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach der Ökokonto-Verordnung; Unterstützung der Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen im Zuge der weiteren Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 15/660

Bericht der LReg zu Beschlüssen des Ltg; hier: Petition 14/5537 betr. Wasserrechtliche VO zur Einschränkung des Gemeindegebrauchs auf der Donau

Petition 14/5556 betr. Wasserrechtliche VO

BeschlEmpf und Bericht PetA 08.12.2011 Drs 15/919 Nr. 5 und 6 S. 20-37
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038
Mittlg LReg 05.03.2012 Drs 15/1416

Personelle und finanzielle Situation bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz BW (LUBW)

Gewährleistung der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie mit dem vorhandenen Personalbestand? Erhöhung des Etats iRD mittelfristigen Finanzplanung und Sicherstellung einer sachgerechten Personalausstattung

Antr
s. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*
Drs 15/1194

Auswirkungen der geplanten Verordnung des Bundes über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen aus BW

Inhaltliche Ausgestaltung und Verfahrensstand der o.g. Verordnung; Bewertung der im Entwurf angelegten Verschärfungen im Verhältnis zur bisherigen Praxis nach der Verwaltungsvorschrift des Landes zum Wasserhaushaltsgesetz, Einschätzung der wirtschaftlichen Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen; Verhinderung von Regelungen, die über die Gewährleistung eines effektiven Grundwasserschutzes hinausgehen, über den BRat

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/1686

Entwicklung und Entwicklungshemmnisse der Wasserkraftnutzung in BW

Auflistung der Anlagen und Stromerzeugungsmengen, der vorliegenden Anträge auf Errichtung oder Erweiterung und Dauer der Genehmigungsverfahren; Auswirkungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie u.a. gesetzlicher Änderungen; Möglichkeiten für den Ausbau der Wasserkraftnutzung unter Beachtung artenschutzrechtlicher Belange

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 15/2401

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 15/2459

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 07.04.2010 zur Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Mittlg LReg
s. Rhein
Drs 15/2567

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Ein Blueprint für den Schutz der Wasserressourcen*

Mittlg LReg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 15/2831

Situation des Bibers in BW

Verbreitung des Bibers in BW; Umfang und Prävention der durch Biber verursachten Schäden, insbes im Hochwasserschutz und bei Personengefährdung; Organisation eines einheitlichen, landesweiten Bibermanagements; Berücksichtigung des Bibers im zu novellierenden Wassergesetz und in der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft

Antr
s. Nagetier
Drs 15/3387

Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Berieselung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr
s. Wasserentnahmeentgelt
Drs 15/3618

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw LReg 09.07.2013 Drs 15/3760 (186 S.)
1. Beratung PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4569-4575
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 21.11.2013 Drs 15/4340 (dazu ÄAntr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE und Johannes Stober u.a. SPD) (17 S.)
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.11.2013 Drs 15/4387 1-2 S. 1-3
ÄAntr CDU 26.11.2013 Drs 15/4387-3 S. 4
2. Beratung PIPr 15/83 27.11.2013 S. 4992-5001

GesBeschl 27.11.2013 Drs 15/4404 (64 S.)
GBI 2013 Nr. 17 S. 389-447 (Ges vom 03.12.2013)
Mittlg UM 05.10.2016 Drs 16/900

Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)
Entwicklung und aktueller Stand der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für BW im Bundesvergleich, insbes Zuständigkeit für Kontrolle und Koordination der Umsetzung, Vorrangigkeit bestimmter Fließgewässer, Konsequenzen der Umsetzung für die Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen; Maßnahmen gegen Wassermangel der Flüsse Acher und Rench

Antr Tobias Wald u.a. CDU 31.07.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3897

Gewässerrandstreifen im Wassergesetz für BW (WG)

Anzahl der vom einzurichtenden Fünfmeterstreifen betroffenen Flurstücke bzw Landwirte; Umfang der entstehenden „unwirtschaftlichen Restflächen“; Art der empfohlenen Produktion und Pflege im Fünfmeterbereich; Verantwortlichkeit für die Pflege der Randflächen; Spezifizierung der von der Regelung ausgenommenen Oberflächengewässer von „wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung“; Information der Landwirte; Wirksamkeit der Nitratrückhaltung; Forderung nach einer Ausnahme von der Umwandlungspflicht bei einem Damm oder fehlendem Gefälle

Antr Karl Rombach u.a. CDU 02.08.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3907
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.09.2013 Drs 15/4324 S. 64 65
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetzes (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen in den Städten Reutlingen und Tübingen

Einschränkung der Städte Reutlingen und Tübingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände in der Anhörung zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KIAnfr
s. Überschwemmungsgebiet
Drs 15/4877

Konsequenzen der Novelle des Wassergesetzes für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW

Auswirkungen für die Landwirtschaft durch den Abzug der Gewässerrandstreifen von der landwirtschaftlich genutzten Fläche iRd Neufassung des Landeswassergesetzes, insbes Landwirtschaftsflächenverlust, Veränderung der Grundstückswertminderungen und Verteuerung der Bewirtschaftung; geplante Entschädigungs- bzw Ausgleichsmaßnahmen

Antr Klaus Burger u.a. CDU 18.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4919
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 48 49
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Auswirkungen der Änderung des § 65 Wassergesetz (WG) auf die Bebaubarkeit von Flächen im Stadtgebiet Esslingen

Einschränkung der Stadt Esslingen in ihrer Siedlungsentwicklung; Haltung der Kommunalen Landesverbände und speziell des Städtetags zur Novellierung des § 65 WG; Einschränkung bzw Aufhebung von Baurechten; Entschädigung von Grundstückseigentümern; Verwaltungsvorschrift für Ausnahmeregelungen; Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung eines Hochwasserschutzregisters; Verbindlichkeit von Hochwassergefahrenkarten

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 15.04.2014 und Antw UM Drs 15/5090

Erschwernisse im Rechtsverkehr mit Grundstücken in Folge des Vorkaufsrechts bei Gewässerrandstreifen

Situation beim Vorkaufsrecht an Grundstücken mit Gewässerrandstreifen zu Gunsten der Träger der Unterhaltungslast, insbes Mehraufwand aller Beteiligten, Rechtslage in anderen Bundesländern; Streichung des Vorkaufsrechts im Wassergesetz

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 15/5192

Rechtsunsicherheiten bei der Umsetzung von § 29 Wassergesetz für BW an künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben

Einstufung künstlich hergestellter Gräben als Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung; Entfernung der künstlich hergestellten Be- und Entwässerungsgräben aus dem Amtlichen Digitalen Wasserwirtschaftlichen Gewässernetz (AWGN)

Antr
s. *Wassergesetz für Baden-Württemberg*
Drs 15/5861

Auswirkung des neuen Wasserrechts in BW auf eventuelle künftige Anträge für Probebohrungen von unkonventionellen Erdgasvorkommen

Rechtliche Möglichkeiten des novellierten Wasserrechts zur Ablehnung von Anträgen auf Erteilung eines Rechts auf Genehmigung von Probebohrungen für das Frackingverfahren; Sachstand bei der Prüfung der Fracking-Konzession in der Bodenseeregion, insbes Zuverlässigkeit des Konzessionsinhabers

KlAnfr
s. *Fracking*
Drs 15/5864

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Anteil der Gewässer in BW mit Gewässerentwicklungsplänen sowie einem angestrebten guten gewässerökologischen Zustand nach der Wasserrahmenrichtlinie; Sachstand bei der Maßnahmenumsetzung zur Zielerreichung der Wasserrahmenrichtlinie, insbes Zeitplan, regionale Schwerpunkte, Mittelaufwand

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 13.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6120
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.03.2015 Drs 15/6921 S. 37-39
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Hochwasserschutz im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Auswirkung der Novellierung des Wassergesetzes auf die Siedlungsentwicklung und die Verkehrsinfrastruktur; Ausbau der Hochwasserschutzmaßnahmen

KlAnfr

s. *Hochwasser*
Drs 15/6261

Kleine Wasserkraft im Enzkreis

Überprüfung der Mindestwasserabgabe bei Kleinwasserkraftanlagen; Einhaltung der Mindestwasserabgabe am Wasserkraftwerk T 177 in Neuenbürg; Überprüfung des dortigen Fischpasses; Durchführung einer Gewässerschau

KlAnfr
s. *Wasserkraftwerk*
Drs 15/6507

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrichtlinie - Maßnahmen zum Erreichen eines guten Gewässerzustands in der EU und zur Verringerung der Hochwasserrisiken

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6706

Erfüllungsstand in BW bei der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in BW, insbes Erfüllungsstand, Bundesländer- und Nachbarländervergleich

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 03.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7121
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7638 S. 46-48
PIPr 15/144 26.11.2015 S. 8652 8653

Herstellung der Durchgängigkeit der Flüsse, Einhaltung der Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie bei der Wasserkraftnutzung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 183

Mittelaufstockung zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1338 1341 1345

Wasserschutzgebiet

Entwurf eines Windenergieerlasses BW

Ausmaß der erfolgten bzw zu erwartenden Nutzung von kommunalen und landeseigenen Flächen zur Errichtung von Bürgerwindparks; Kriterien und Vorgaben für den Katalog der Schutzgebiete in den Tabubereichen, für die Festlegung der Abstandsflächen und Ausgestaltung der Rückbauverpflichtung; fachliche und rechtliche Begründung der Restriktionen in den verschiedenen Schutzgebietskategorien für Wasser- und Heilbäderschutzgebiete

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/1526

Bedeutung von Heilquellenschutzgebieten in BW

Flächen der Heilquellenschutzgebiete und deren Verteilung im Land; Definition und rechtsverbindliche Festlegung der Schutz-zonen in Analogie zu den Wasserschutz-zonen; Anzahl und Art der Gebäude in Heilquellenschutzgebieten; Erkenntnisse über Quellenverunreinigungen bzw Gewässerbelastungen durch defekte öffentliche Kanalisation; sonstige Gefährdungen für Heilquellen und Häufigkeit ihres Auftretens; Anforderungen für die

jeweiligen Heilquellenschutz zonen

Antr
s. *Heilquelle*
Drs 15/4357

Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten

Sachstand zu Gefährdungspotenzialen beim Trinkwasserschutz durch die Errichtung von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/7459

Vergrößerung des EU-Wasserschutzbereichs im Donauried

Sachstand zur Vergrößerung des EU-Wasserschutzbereichs im Donauried auf 691 Quadratkilometer, insbes Planungs- und Informationsstand vor Ort, Auswirkungen auf Kommunen und Landwirte sowie Grundstückseigentümer

Antr Karl Traub u.a. CDU 28.10.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7622
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.12.2015 Drs 15/8019 S. 53 54
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Anfrage zur Gefahreneinschätzung durch Erdwärmesonden in der Stadt Böblingen im Zeitraum von 2002 und 2006 bis 2008

Änderungen in der Gefahreneinschätzung für das Wasserschutzgebiet Böblingen III; Genehmigung von Erdwärmesonden im Zeitraum 2006 bis 2008; Zahl der Anträge, Durchführung von Einzelprüfungen; Auflagen zur Bohrausführung

KlAnfr
s. *Bohrung*
Drs 15/7859

Wasserschutzpolizei

Motorschiffahrt auf dem Bodensee

Entwicklung des jährlichen Anmeldestands von Motorfahrzeugen und der Anerkennung anderer Schifffahrtspatente nach der Bodensee-Schifffahrts-Ordnung seit 2006; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen des Fahrverbots und der Geschwindigkeitsbegrenzung in Uferzonen durch die Wasserschutzpolizei, Auswirkungen und Konsequenzen von Verstößen, Frage nach weiteren Möglichkeiten zur Erhöhung der Akzeptanz von Einschränkungen der Schifffahrt in den Uferzonen

KlAnfr
s. *Schifffahrt*
Drs 15/1198

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Abkommens zwischen der Regierung des Landes BW und der Regierung der Französischen Republik über die Einrichtung und den Betrieb einer deutsch-französischen Wasserschutzpolizeistation

Mittlg IM 28.01.2015 Drs 15/6440 (21 S.)
PIPr 15/119 04.02.2015 S. 7153
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.03.2015 Drs 15/6590
PIPr 15/124 25.03.2015 S. 7508

Wasserschutzzone

s. *Wasserschutzgebiet*

Wasserstoff

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; weitere Entwicklung der Lithium-Ionen-Technologie als Energiespeichertechnik, insbes in Kopplung mit Mikro-Kraftwärmekopplungsanlagen sowie Kleinwind- und Photovoltaikanlagen

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Gewerbliche Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität

Handlungsvorstellungen zur o.g. Aus-, Fort- und Weiterbildung; Stand der Planungen einer Produktionslinie zur Fertigung von Lithium-Ionen-Batterien am Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung; Aktivitäten und Ziele zur Leichtbauweise, insbes am Deutschen Institut für Textil- und Faserforschung; Stand der Entwicklungen der Projektgruppe neue Antriebssysteme (NAS) am Fraunhofer-Institut in Karlsruhe

Antr
s. *Elektromobilität*
Drs 15/936

Haushalt 2012; Epl 07

Mittelbereitstellung für einen Neubau des Zentrums für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung

Haushalt
s. *Energieforschung*
Drs 15/1107

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3071

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 12 - Zuwendungen für die Baumaßnahme „Innovationszentrum Batterietechnologie“ des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung BW (Kap 0708)

Mittlg RH
s. *Energieforschung*
Drs 15/5412

Umwandlung von Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff und Methan und anschließende Einspeisung in das Gasnetz; Mittelaufstockung zum Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1334 1335 1338 1341 1344 1345

Wasserstoffenergietechnik

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
„Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4012

Wasserstoffenergie-technologie

s. *Wasserstoffenergie-technik*

Wasserstoff-technologie

s. *Wasserstoffenergie-technik*

Wasserstraße

s.a. *Donau*

s.a. *Neckar*

s.a. *Rhein*

s.a. *Schifffahrt*

s.a. *Schleuse*

s.a. *Stauanlage*

s.a. *Verkehrsweg*

s.a. *Wasser- und Schifffahrtsverwaltung*

s.a. *Wasserfahrzeug*

Entwicklungsperspektiven des Verkehrswegs Neckar

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens auf dem Neckar seit 2001 sowie der Prognosen für die Häfen Heilbronn und Stuttgart; Bewertung der im Zuge der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erwartenden Neuklassifizierung der Wasserstraßen, Hinwirkung auf eine sachgerechte Neugestaltung; Eintreten für eine Fortsetzung der Ertüchtigung und Verlängerung der Neckarschleusen für Schiffe mit einer Länge von 135 Metern

Antr

s. *Neckar*

Drs 15/207

Wirtschaftliche Potenziale für den Oberrhein mit einer Binnenwasserstraße Rhein-Rhone erschließen

Eintreten für eine Realisierung einer direkten Binnenschiff-fahrtsverbindung Nordsee-Mittelmeer über den Oberrhein

Antr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 15/2627

Kombinierter Verkehr auf der Wasserstraße Neckar in der Region Stuttgart

Stellenwert des Kombinierten Verkehrs; Sachstand der Gespräche mit dem Bund zum Ausbau der Wasserstraße Neckar, insbes Verlängerung der Schleusen für 135 Meter lange Frachtschiffe und Bau eines weiteren Umschlagterminals im Hafen Plochingen

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 21.10.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4189

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 04.12.2013 Drs 15/4897 S. 113-115

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Gütertransport in der Binnenschifffahrt

Entwicklung und Förderung des Gütertransports auf den Binnenwasserstraßen in BW, insbes Maßnahmen in Häfen zur stärkeren Einbindung des Binnenschiffs in die Transportkette sowie zur Verbesserung der Wasserstraßeninfrastruktur

Antr

s. *Schifffahrt*

Drs 15/4771

Mittelzuweisung Bundesverkehrswegeplan (BVWP)

Anzahl der für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldeten Projekte; Gesamtvolumen der Projekte im Vergleich zu denen der anderen Bundesländer; Zahlenverhältnis der für den Bundesverkehrswegeplan 2003 gemeldeten Projekte zu den tatsächlich in den BVWP 2003 aufgenommenen Projekten; Kriterien der Mittelzuweisung des Bundes für den Bundesfernstraßenbau; Abhängigkeit der Mittelzuweisung von der Summe der gemeldeten Projekte sowie der in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommenen Projekte

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/5887

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Wasserstraßen, Unterstützung des Ausbaus der Neckarschleusen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 42

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Wasserstraßen, Unterstützung des Ausbaus der Neckarschleusen bis Plochingen

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 762-769

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Wasserstraßen, Unterstützung des Ausbaus der Neckarschleusen bis Plochingen

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2307-2313

Wasserstraßenverwaltung

s. *Wasser- und Schifffahrtsverwaltung*

Wassertarif

s. *Wasserpreis*

Wassertier*Vorkommen und Schutz der heimischen Muscheln und Krebse*

Sachstand zum Vorkommen und Schutz der Flusskrebse und Süßwassermuscheln in BW, insbes aktuelle Gefährdung der Populationen, Rücksichtnahme bei Eingriffen in oder an Gewässern, Gefährdung durch Neozoen

Antr

s. *Artenschutz*

Drs 15/7198

Wasserverbrauch*Wiedereinführung der Entgeltspflicht für die Entnahme von Wasser für die landwirtschaftliche Beregnung*

Entwicklung des Wasserverbrauchs für die landwirtschaftliche Bewässerung, aufgeschlüsselt nach Kreisen; Kosten für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in den angrenzenden Bundesländern und Staaten, zu erwartende Kosten für die landwirtschaftlichen Betriebe in BW; Rentabilität des Anbaus von Agrarprodukten; Gefahr einer Wettbewerbsverschlechterung für die einheimischen Landwirte; Verzicht auf die Wiedereinführung der Entgeltspflicht oder Gewähren einer Ermäßigung für die Grundwasserentnahme zur Berieselung landwirtschaftlich genutzter Flächen

Antr

s. *Wasserentnahmeentgelt*

Drs 15/3618

Wasserverschmutzung

s. *Wasserverunreinigung*

Wasserversorgung

s.a. *Gewässerschutz*
s.a. *Wasserschutzgebiet*
s.a. *Wasserwirtschaft*

Unkonventionelle Gasförderung: Fracking im Land verhindern
Beurteilung o.g. Gasförderungsvorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Möglichkeiten zur Verhinderung dieser Energiegewinnungsmethode - evtl über die Landesplanung und Ausweisung von Ausschlussgebieten

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/217

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung
Prioritäre Stoffe im Bereich der Wasserpolitik

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1206

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz
Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr
s. *Nitrat*
Drs 15/1464

Unkonventionelle Gasförderung und Ölschiefervorkommen in BW

Beurteilung der o.g. Vorhaben und der damit verbundenen Risiken für das Grundwasser und die Trinkwasserversorgung sowie der möglichen Nutzungskonkurrenz zur Geothermie; Bewertung der Empfehlungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft für ein grundsätzliches Verbot von Explorationsbohrungen in Trinkwasserzonen; Anpassung des rechtlichen Instrumentariums für die Genehmigung und Prüfung von Risiken

Antr
s. *Fracking*
Drs 15/1598

Konsequenzen aus dem Klimawandel für das Grundwasser im Oberrheingebiet

Auswirkungen auf die Trink- und Brauchwasserversorgung; Frage nach Handlungsempfehlungen und nach einer fachlichen Begleitung der klimatischen Veränderungen

Antr
s. *Grundwasser*
Drs 15/1810

Entwicklung des Wasserverbrauchs, des Wasserpreises und des Sanierungsbedarfs bei Brauch- und Abwassersystemen und deren möglicher Zusammenhang

Entwicklung der o.g. Daten und Investitionen von Land und Kommunen seit 1990; Zuleitung von Wasser durch die einzelnen Wasserversorger zur Auslastung der Brauch- und Abwassersysteme aufgrund des zurückgegangenen Wasserverbrauchs, insbes von Privathaushalten; Evaluation der erhobenen Informationen und Berichterstattung im Zweijahresturnus

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 11.10.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2460 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.07.2013 Drs 15/4190 S. 33 34
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Entwurf EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Ablehnung der Regelung der Wasserversorgungsdienste im Entwurf einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe, insbes Wasserzugang als Menschenrecht und Wasser als nicht übliche Handelsware; Wasserversorgung und -bewirtschaftung als Kernstück kommunaler Daseinsvorsorge fällt nach einem Zusatzprotokoll des Lissabonvertrags nicht unter die Regelungen des europäischen Binnenmarkts

Antr
s. *Wasser*
Drs 15/2957

Beziehungen zwischen dem Land BW und den palästinensischen Autonomiegebieten

Trilaterale Partnerschaften mit Israel und den palästinensischen Gebieten; wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den palästinensischen Autonomiegebieten; Kooperationsprojekte in den Bereichen Berufsbildung und Ausbildungsförderung; Kooperationen zwischen Hochschulen; Schüleraustausch; Städtepartnerschaften; Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene; Partnerschaften in den Bereichen Umwelt, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung

Antr
s. *Palästinensische Gebiete*
Drs 15/4365

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Rems-Murr-Kreis von 2006 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5624

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis von 2004 bis 2014

Bezuschussung von Maßnahmen zu Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Hochwasserschutz im Main-Tauber-Kreis; vorgesehene Maßnahmen und deren Kostenrahmen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 15/5765

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 13 - Zuwendungen für die Wasserversorgung in Seckach, Neckar-Odenwald-Kreis (Kap 1005)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7013

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 12.11.2015 Drs 15/7513

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Wassermangel durch versiegende Quellen im Hochschwarzwald
Gefährdung der Trinkwasserversorgung im Hochschwarzwald durch versiegende Quellen und Absenkung des Grundwasserspiegels; Förderung des Anschlusses an die öffentliche Trinkwasserversorgung oder einer Umstellung auf andere Formen der Wasserversorgung

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 13.11.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7659

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 28.01.2016 Drs 15/8048 S. 58

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Schreiben des BVerfG vom 14.12.2015, Az.: 1 BvR 176/15 - Verfassungsbeschwerde gegen die Erhebung eines Wasserversorgungsbeitrags

PIPr 15/148 27.01.2016 S. 8857

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.01.2016 Drs 15/8007

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9069-9072

Wasserverunreinigung

s.a. Klärschlamm

Wasserqualität fließender und ruhender Gewässer des Kreises Schwäbisch Hall

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen im LKreis Schwäbisch Hall und landesweit, insbes auch in Bezug auf den EHEC-Erreger; Einschätzung der Gefahr einer Ausbreitung des Bakteriums über das Gewässersystem; Frage nach vorbeugenden Maßnahmen und einer Intensivierung der Messungen

KlAnfr

s. Gewässergüte

Drs 15/148

Atomkraftwerk Fessenheim - Tritium im Grundwasser, Sicherung der Kühlwasserzufuhr, Haftung bei einem schweren Unfall

Ursachen und Ausmaß der Kontamination des Grundwassers mit Tritium

KlAnfr

s. Kernkraftwerk Fessenheim

Drs 15/375

Grundwasserqualität und Ausbringung von „Wirtschaftsdünger“ pflanzlicher Herkunft

Entwicklung der Grundwasserqualität seit 2001 im Vergleich zu den Messdaten in anderen Bundesländern, Inanspruchnahme der Ausgleichsleistungen nach der SchALVO von den Landwirten und Wirkungen in den letzten 20 Jahren; Klärung des Zusammenhangs zwischen der Nitratbelastung und der Ausbringung des o.g. Düngers aus Gärresten von Energiepflanzen

Antr

s. Gewässergüte

Drs 15/461

Nitratbelastung von Trinkwasser im Wahlkreis Vaihingen/Enz

Umfang und Ursachen der Nitratbelastung bei der Eigenwasser- und Mischwasserversorgung im o.g. Wahlkreis seit 2000, Art

und Ergebnisse der Untersuchungen in Vaihingen-Aurich, gesetzliche Verpflichtungen für Trinkwasserversorger zur Untersuchung des Wassers auf Schwermetalle u.a. Stoffe und zur Veröffentlichung der Ergebnisse; bisher ergriffene und geplante Maßnahmen

KlAnfr

s. Nitrat

Drs 15/1464

Reduzierung von „Spurenstoffen“ aus der Siedlungsentwässerung und bei anderen Eintragspfaden, die Lage im Wasserrecht und (inter-)nationale Forschungsaktivitäten

Art, Umfang und Auswirkungen der o.g. Gewässerbelastung, insbes des Bodensees; Darlegung der Eintragspfade aus kommunalen Kläranlagen, aus der Landwirtschaft, aufgrund einer falschen Entsorgung von Arzneimitteln u.a.; Reduzierung dieser Stoffe durch den flächendeckenden Einbau von Aktivkohlefiltrationsanlagen in den Kläranlagen; Änderungsbedarf im Wasserrecht; Forschungsaktivitäten zu den Folgen der Belastungen und zur Reduzierung der Stoffe

Antr

s. Gewässerschutz

Drs 15/2459

Nitratbelastung des Grundwassers: Zeitschienen-, Bundesländer- und Methodenvergleich sowie Ziele der LReg

Überblick über Entwicklung und Einflussfaktoren der Nitratbelastung des Grundwassers in BW und die Entwicklung bei anderen grundwasserschädigenden Stoffen; Längs- und Querschnittsvergleich mit den Verhältnissen in anderen Bundesländern und Überblick über die jeweiligen verwendeten Methoden zur Bekämpfung eines zu hohen Nitratgehalts des Grundwassers; Ziele und angestrebte Methoden der LReg zur Senkung der Nitratbelastung

Antr

s. Nitrat

Drs 15/2835

Ausbau der Breitbandversorgung durch Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen

Risiko einer Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität bei der Verlegung von Glasfaserkabeln über Trinkwasserleitungen; Maßnahmen zur Vorbeugung von Trinkwasserverunreinigungen bei der Verlegung oder Reparatur von Glasfaserkabeln; Vorteil einer Verlegung über Trinkwasserleitungen im Vergleich zur Verlegung über Regenwasser- oder Abwasserleitungen; Einsparpotenzial bei einer Verlegung über der bestehenden Kanalisation; Ergebnisse der Pilotprojekte zum Wasser-Faser-System (WFS); Auskunft über konkrete Planungen zum Ausbau der Breitbandversorgung über Wasserleitungen

Antr

s. Breitbandkommunikation

Drs 15/3650

Bisphenol A in Konsumgütern verbieten

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgüter, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr
s. *Weichmacher*
Drs 15/4168

Belastung der Süßwasser-Ökosysteme Baden-Württembergs mit Kunststoffpartikeln

Untersuchungen und Ergebnisse zum Ausmaß der Verschmutzung durch Plastikpartikel in den Seen BW, insbes des Bodensees; Konsequenzen aus der Verschmutzung der Süßwasser-Ökosysteme mit Kunststoffpartikeln

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE 05.11.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4276
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.02.2014 Drs 15/5052 S. 42 43
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Bedeutung von Heilquellenschutzgebieten in BW

Flächen der Heilquellenschutzgebiete und deren Verteilung im Land; Definition und rechtsverbindliche Festlegung der Schutzzonen in Analogie zu den Wasserschutzzonen; Anzahl und Art der Gebäude in Heilquellenschutzgebieten; Erkenntnisse über Quellenverunreinigungen bzw Gewässerbelastungen durch defekte öffentliche Kanalisation; sonstige Gefährdungen für Heilquellen und Häufigkeit ihres Auftretens; Anforderungen für die jeweiligen Heilquellenschutzzonen

Antr
s. *Heilquelle*
Drs 15/4357

Mikroplastik-Partikel in den Gewässern Baden-Württembergs - insbes im Bodensee

Konkrete Gefahren für Mensch, Tier- und Pflanzenwelt durch Gewässerunreinigung mit Mikroplastik-Partikeln, insbes bei den Trinkwasserspeichern wie dem Bodensee; Ergebnisse nationaler und internationaler Untersuchungen; geeignete Präventionsmöglichkeiten; bisherige Maßnahmen der LReg

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 11.12.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4479
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.02.2014 Drs 15/5052 S. 42 43
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen

Sachstand zur Belastung von Abwasser und Gewässern mit Arzneimittelrückständen, insbes Auswirkungen, Maßnahmen zur Reduzierung der Rückstände im Abwasser, Betrieb und Kosten von Anlagen zur Reduzierung der Arzneimittelrückstände durch Aktivkohle oder Ozonierung in Krankenhäusern Baden-Württembergs

Antr Gabi Rolland u.a. SPD 23.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7217
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.09.2015 Drs 15/7534 S. 12 13
PIPr 15/141 29.10.2015 S. 8474

Ursache, Folgen und Maßnahmen zur Wiederbelebung der Gewässerökologie und des Fischbestands in der Jagst bei Kirchberg nach dem massenhaften Fischsterben aufgrund des verheerenden Mühlenbrands

Sachstand zu Ausmaß und Bewältigung des massenhaften Fischsterbens an der Jagst infolge des Mühlenbrands bei Kirchberg-Lobenhausen

KlAnfr

s. *Jagst*
Drs 15/7346

Risiken für das Grundwasser durch die Anwendung von Fracking zur Gasförderung, Verweisung auf vergiftete Brunnen in den USA

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2314-2318

Wasserverwaltung

s. *Wasser- und Schifffahrtsverwaltung*

Wasserwirtschaft

s.a. *Wasser- und Schifffahrtsverwaltung*

Förderrichtlinien Wasserwirtschaft 2009

Fördermöglichkeiten bei der Sicherheitsüberprüfung von Dämmen für gemeinnützige Vereine, wie z.B. Angelsportvereine u.a. Gewässereigentümer; Herstellung der Förderfähigkeit durch Änderung der o.g. Richtlinien

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.03.2012 und Antw UM Drs 15/1437

Funktion und Zustand des Kocher-Stausees in Schwäbisch Hall-Steinbach

Bewertung der Bedeutung, des Zustands und Sanierungsbedarfs des o.g. Wasserbauwerks; Höhe und Träger der Kosten für Bau, Unterhalt und Sanierung des Stausees

KlAnfr
s. *Stauanlage*
Drs 15/2268

Wassermangel im Weissacher Tal

Umfang und Auswirkungen von Grundwasserentnahmen und Entwässerungen, insbes auf das Gesamtökosystem Wald; Frage nach Maßnahmen zur Reduktion von Grundwassernutzung bzw zu einer aktiveren Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Wasserwirtschaft für das Weissacher Tal und Umgebung

KlAnfr
s. *Grundwasser*
Drs 15/2589

Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie über die zukünftige Konzessionsvergabe (KOM 2011/897) und hieraus resultierende Folgen für die baden-württembergischen Kommunen

Beurteilung des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission für ein neues europaweites Vergaberecht, insbes bürokratischer Aufwand und geplante Hilfestellungen für Kommunen bei der Umsetzung, Höhe der Schwellenwerte und Pflicht zu europaweiten Ausschreibungen, Auswirkungen für die Rettungsdienste, Einbeziehung der Konzessionsvergabe für den Wassermarkt und Erschwerung der interkommunalen Zusammenarbeit

KlAnfr
s. *Richtlinie der EU*
Drs 15/2914

*Wasser ist keine Ware. Kein Privatisierungszwang durch Euro-
parecht*

Aktuelle Debatte
s. *Wasser*
PIPr 15/58 S. 3407

Entwurf EU-Richtlinie „Konzessionsvergabe“ nicht auf die Wasserversorgung anwenden

Ablehnung der Regelung der Wasserversorgungsdienste im Entwurf einer EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe, insbes Wasserzugang als Menschenrecht und Wasser als nicht übliche Handelsware; Wasserversorgung und -bewirtschaftung als Kernstück kommunaler Daseinsvorsorge fällt nach einem Zusatzprotokoll des Lissabonvertrags nicht unter die Regelungen des europäischen Binnenmarkts

Antr
s. *Wasser*
Drs 15/2957

Situation des Bibers in BW

Verbreitung des Bibers in BW; Umfang und Prävention der durch Biber verursachten Schäden, insbes im Hochwasserschutz und bei Personengefährdung; Organisation eines einheitlichen, landesweiten Bibermanagements; Berücksichtigung des Bibers im zu novellierenden Wassergesetz und in der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft

Antr
s. *Nagetier*
Drs 15/3387

Gesetz zur Neuordnung des Wasserrechts für BW

Systematisierung und Vereinfachung bisheriger Landesgesetze und -verordnungen und Fortführung, Anpassung oder Aufhebung bestehender Regelungen zur Umsetzung des seit 2010 gültigen neuen Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) des Bundes sowie von EU-Recht, insbes Regelungen zur Gewässereinteilung, zu den Eigentumsverhältnissen der Gewässer, zur Benutzung und Bewirtschaftung von Gewässern, zur Schifffahrt, zur Abwasserbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Unterhaltung und zum Ausbau der Gewässer, zum Hochwasserschutz, zur wasserwirtschaftlichen Planung und Dokumentation, zu den Zulassungen und Verfahren, zur Gewässeraufsicht und zu den Wasserbenutzungsabgaben

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 15/3760

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Wasserrahmenrichtlinie und Hochwasserrichtlinie - Maßnahmen zum Erreichen eines guten Gewässerzustands in der EU und zur Verringerung der Hochwasserrisiken

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6706

WBK

s. *Waffenbesitz*

Webangebot

s. *Website*

Webauftritt

s. *Website*

Web-based-Training

s. *E-Learning*

Webplattform

s. *Website*

Webpräsenz

s. *Website*

Webseite

s. *Website*

Website

Online-Portal zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit
Einrichtung eines Online-Portals zur Bürgerbeteiligung bei der Bildungsplanarbeit, insbes Zeitplan, konkrete Ausgestaltung und Funktionsweise

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/3320

Beteiligungsportal möglicher Nationalpark Nordschwarzwald
Löschung von Kommentaren auf dem Beteiligungsportal zum möglichen Nationalpark Nordschwarzwald

MdlAnfr
s. *Nationalpark*
Drs 15/4105

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Kosten der Kampagne des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft; mit der Durchführung der Kampagne beauftragte Firmen; Kriterien der Auftragsvergabe; Personal- und Sachkosten für die Durchführung der Kampagne innerhalb der Landesverwaltung; Bekanntheitsgrad der Kampagne bei den Bürgern; Besuch der Internetseite der Kampagne und Nutzung der interaktiven Beteiligungsmöglichkeiten

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/4500

Freie Lizenzierung von landeseigenem Bildmaterial

Freie Verfügbarkeit des Bildmaterials im Webangebot von Einrichtungen des Landes; Voraussetzungen einer freien Lizenzierung; Schaden durch missbräuchliche Nutzung von landeseigenem Bildmaterial; möglicher Ertrag einer kommerziellen Verwertung frei lizenzierten Bildmaterials

KlAnfr
s. *Lizenz*
Drs 15/4669

Entwicklung des Portals für die e-Bürgerdienste in BW

Ziele des Portals „service-bw“; Funktionen und Inhalte von „service-bw“; Administration und redaktionelle Betreuung des Portals; Auskunft über bereits bestehende, vollständig elektronisch und ohne Medienbruch über „service-bw“ durchführbare Verwaltungsverfahren; Ursachen für vorhandene Medienbrüche; Querbeziehungen zu anderen Portalen und Diensten des Landes und der Kommunen; einheitlicher Behördenruf 115; Weiterentwicklung und Ausbau des Portals

KlAnfr
s. *E-Government*
Drs 15/4896

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?
Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemeinschaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Informationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webaufttritt des Kultusministeriums

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5009

Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“ - Vergabeverfahren, detaillierte Kosten und Weiterentwicklung
Durchführung der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“, insbes Personal- und Sachkosten, Auftragsvergabe, Betreuung der Internetseite www.50-80-90.de; Abwicklung der Kampagne wegen Erfolgslosigkeit

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5063

Weitere Nachfragen zur Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“
Kosten, Auftragsvergabe und Bekanntheit der Kampagne „50-80-90, Energiewende machen wir“

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5380

Verbraucherschutz und Verbraucherinformation als Bürgerrechte
Erarbeitung und Bedeutung einer Gesamtkonzeption zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation; Beauftragung und Finanzierung verbraucherpolitischer Studien und Projekte; Vorlage eines Verbraucherschutzberichts; Aufwand und Nutzung von Webseiten des MLR zum Verbraucherschutz; Organisation des Querschnittsthemas Verbraucherschutz in der LReg; Stärkung der Eichämter und der Verbraucherzentrale; Umsetzung der Überwachung im Finanzmarkt; Ausbau der Gesundheits- und Pflegeberatung sowie der schulischen Verbraucherbildung; verbraucherchutzpolitische Initiativen auf Bundes- und Landesebene

GrAnfr
s. *Verbraucherpolitik*
Drs 15/5740

Die „100.000 Protestanten. Und nicht ein Wasserwerfer.“ - Veröffentlichung auf dem Portal des Landesmarketings
Hintergründe zur unkontrollierten Veröffentlichung eines Kommentars zum Kirchentag von einem Praktikanten auf einer offiziellen Homepage des zum Staatsministerium gehörenden Landesmarketings

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/6958

Der Irrtum des Praktikanten im Freigabeverfahren des „100.000 Protestanten. Und nicht ein Wasserwerfer.“-Postings
Sachstand zum Freigabeverfahren eines Postings von einem Praktikanten zum Kirchentag auf einer offiziellen Homepage des Landesmarketings

KlAnfr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/7125

Ungereimtheiten im Anhörungsverfahren der neuen Bildungspläne (Bildungsplanreform 2016)

Sachstand zum sechswöchigen Anhörungsverfahren zu den neuen Bildungsplänen auf der Internetseite www.bildungsplaene-bw.de, insbes Aktualisierung der Anhörungsentwürfe vor Ablauf der Rückmeldefrist

Antr
s. *Bildungsplan*
Drs 15/7830

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Einführung eines gemeinsamen Online-Jugendangebotes der ARD und des ZDF; Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags; Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages; Anpassung der Vorschriften zur Berichterstattung der Rechnungshöfe über Prüfungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und deren Beteiligungsunternehmen; Regelungen zur Transparenz bei den Programmbeschaffungskosten

GesEntw
s. *Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7847

Wechselschichtdienst

s. *Schichtarbeit*

Wegstreckenentschädigung

s. *Kilometerentschädigung*

Wehr

Ärzteversorgung im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Wehr

Darstellung der o.g. medizinischen Versorgung mit Krankenhausärzten, niedergelassenen Ärzten und Fachärzten; Zahl der bis 2016 zu erwartenden altersbedingten Aufgaben und Nachbesetzungen von Praxen

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 15/928

Wehr (Stauanlage)

s. *Stauanlage*

Wehrtechnik

s.a. *Logistikzentrum*
s.a. *Rüstungsexport*
s.a. *Rüstungsindustrie*
s.a. *Waffe*

Zivilklauseln und Ethikkommissionen der Hochschulen des Landes

Bestehende und geplante Zivilklauseln, Friedensklauseln, auf den Bereich Rüstungsforschung anwendbare Ethikrichtlinien, Ethikkommissionen oder vergleichbare Instrumente

KlAnfr
s. *Forschung*
Drs 15/2261

Wehrtechnische Forschung

s. *Wehrtechnik*

Weibliche Genitalverstümmelung

s. *Beschneidung*

Weichmacher*Bisphenol A in Konsumgütern verbieten*

Vorkommen des Weichmachers Bisphenol A in Kunststoffprodukten; Untersuchung von Konsumgütern, insbes von Lebensmittelverpackungen, auf Bisphenol A; Berücksichtigung von Bisphenol A iRd staatlichen Marktüberwachung; Überprüfung von Importware; verstärkte Kontrolle bei Produkten für Schwangere, Neugeborene und Kinder; Belastung der Gewässer mit dem gesundheitsgefährdenden Stoff; Bundesratsinitiative für ein generelles Verbot von Bisphenol A in allen Konsumgütern

Antr Thomas Marwein u.a. GRÜNE und Gabi Rolland u.a. SPD 16.10.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/4168
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.02.2014 Drs 15/5052 S. 41 42
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Weidewirtschaft

s.a. *Grünland*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/885 betr. Errichtung eines Zaunes sowie Aufstellung eines Tierunterstandes im Außenbereich

BeschlEmpf und Bericht PetA 12.12.2012 Drs 15/2749 Nr. 3 S. 6-10
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
Mittlg LReg 14.02.2013 Drs 15/3121
Mittlg LReg 02.09.2013 Drs 15/4021

Was geschieht mit Grünland, wenn der Konsum von heimischem Fleisch und Milch zurückgeht?

Wandel des Verbraucherverhaltens beim Konsum tierischer Produkte; Selbstversorgungsgrad des Landes bei Fleisch, Milch und Eiern; Maßnahmen zur Verbesserung der regionalen Nachfrage; Einschränkung von Futtermittelimporten; Ökobilanzen für Milch und Rindfleisch bei Kuhhaltung auf extensivem Grünland im Vergleich zu intensivem Ackerbau; Strukturen der Nutztierhaltung im bundesweiten Vergleich und Wettbewerbsfähigkeit; Größe der für die Haltung von Raufutterfressern genutzten Grünlandfläche, Größe der übrigen Grünlandfläche und deren Nutzung

Antr Karl Rombach u.a. CDU 24.01.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/2927
BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.03.2013 Drs 15/3398 S. 92-94
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4201

Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots in der Praxis

Rechtliche Folgen und praktische Auswirkungen des Grünlandumbruchverbots

Antr
s. *Grünland*
Drs 15/3112

Nutzung des Eiweißpotenzials von Grünlandflächen durch Futtertrocknungen

Struktur der Futtertrocknungsbetriebe in BW und deren Unterstützung durch das Land; Bedeutung und aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen der Futtertrocknungen

Antr
s. *Pflanzenfutter*
Drs 15/4166

Ausnahmen vom Grünlandumbruchverbot nur gegen Naturschutzausgleich?

Rechtliche Voraussetzungen zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Grünlandumbruchverbot, insbes Bindung an naturschutzrechtliche Ausgleichsleistungen

MdlAnfr
s. *Grünland*
Drs 15/4248

Praktische Fragen zur Fauna-Flora-Habitat (FFH-)Kartierung

Rechtlicher Rahmen der FFH-Kartierung; Veränderungen in der Bewaldung von FFH-Flächen gegenüber dem Jahr 2012; Fläche der Mähwiesen innerhalb und außerhalb von FFH-Gebieten; Information der angrenzenden Bewirtschafter und Eigentümer über bevorstehende FFH-Kartierung; rechtliche Auswirkungen der FFH-Kartierung; Fachbegleitung der betroffenen Bewirtschafter; Ausweisung von Referenz-Parzellen; künftige Förderung der Bewirtschaftung von FFH-Mähwiesen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 15/5355

Investitionsförderung des Landes im Milchsektor

Sachstand zur Förderung des Landes für einzelbetriebliche Investitionen im Milchsektor

KlAnfr
s. *Milchviehhaltung*
Drs 15/7347

Bürokratische Hürden bei der FAKT-Förderung

Sachstand zum bürokratischen Aufwand der Landwirte und der Verwaltung für die Gewährung der FAKT-Weideprämie, insbes Führung eines detaillierten Weidetagebuchs, Orientierung an der Regelung in Nordrhein-Westfalen

Antr Karl Rombach u.a. CDU 04.11.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/7648
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.12.2015 Drs 15/8048 S. 76 77
PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Wasserkreuzkraut auf Landschaftspflegeflächen im Wurzacher Ried

Gefahren für landwirtschaftliche Nutztiere bei der Grünlandwirtschaft; Bekämpfung des Wasserkreuzkrauts mithilfe von Herbiziden; Abgeltung des bei der Bekämpfung der Pflanze entstehenden Aufwands; Maßnahmen zur Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung des Wasserkreuzkrauts in der Region Wurzacher Ried

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/8103

Fortführung des Beratungsprojekts für Milchviehbetriebe im Südschwarzwald, Umstellungsberatung auf Ökomilcherzeugung
PIPr 15/8 13.07.2011 S. 264

Bewertung des Umbruchverbots für Dauergrünland für die Weidewirtschaft und Milcherzeugungsstandorte
PIPr 15/19 23.11.2011 S. 876-878 881

Bewertung des Umbruchverbots für Dauergrünland für die Weidewirtschaft und Milcherzeugungsstandorte
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 940 941

Weihnachten

Heimische Christbäume für BW
Marktentwicklung und rechtliche Rahmenbedingungen für Weihnachtsbaumerzeuger in BW, insbes internationale Wettbewerbsfähigkeit, Vergaberichtlinien für Ökologie- und Nachhaltigkeitssiegel, Überprüfung des Anbauverbots auf Grünland, anhängige Klagen zur Genehmigungspflicht für Weihnachtsbaumkulturen

Antr
s. *Baum*
Drs 15/6072

Brandschutzauflagen zur Weihnachts- und Adventszeit in Schulen

Auflagen bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen in Klassenzimmern, Fluren, Treppenhäusern und auf Rettungswegen; Erteilung von Handlungsanweisungen an die unteren Verwaltungsbehörden für das Aufstellen von Weihnachtsbäumen in öffentlichen Gebäuden; Haftung im Schadensfall

KlAnfr
s. *Brandschutz*
Drs 15/6197

Weihnachtsbaum

s. *Baum*

Weihnachtsfeiertage

s. *Weihnachten*

Weihnachtsfest

s. *Weihnachten*

Weil am Rhein

S-Bahn auf der Kandertalstrecke Haltingen-Kandern
Beurteilung der einbezogenen Parameter und Ergebnisse einer Vorstudie zu einer standardisierten Kosten-Nutzen-Untersuchung zur Kandertal-S-Bahn sowie der optionalen Ausschreibung der Nahverkehrsgesellschaft BW von 2009; notwendige weitere Schritte zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Kandertal

KlAnfr
s. *Kandertalbahn*
Drs 15/984

Potenzial der Binnenschifffahrt am Oberrhein
Situation und Potenzial der Oberrheinhäfen Kehl, Mannheim, Karlsruhe, Breisach und Weil, insbes Güterumschlagszahlen, Binnenschifffahrtsanteil am dortigen Güterumschlag und weitere Verlagerungsmöglichkeiten auf die Wasserstrasse, infrastrukturelle und technische Ausbaubedingungen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 15/5110

Weil der Stadt

Ausbau des Fahrradwegenetzes an den Grenzen des Enzkreises
Darlegung des Bedarfs für den Bau oder Ausbau o.g. Radwege; Eintreten für den Bau einer Radwegverbindung zwischen Tiefenbronn-Lehningen und Hausen an der Würm im LKreise Böblingen

KlAnfr
s. *Radweg*
Drs 15/1781

Reaktivierung der württembergischen Schwarzwaldbahn im Abschnitt Calw-Renningen (Hermann-Hesse-Bahn)

Sachstand der Reaktivierung; Haltung der LKreise Böblingen und Calw gegenüber dem Vorhaben; Untersuchung der Pendler- und Fahrgastzahlen im Hinblick auf einen Parallelbetrieb von Hermann-Hesse-Bahn und S 6; Vorschlag der Einschränkung des Betriebs der Hermann-Hesse-Bahn auf die Strecke Calw-Weil der Stadt; Befürchtung einer Abhängung der Orte Renningen-Malmsheim und Weil der Stadt vom S-Bahn-Netz des Verkehrs- und Tarifverbunds Stuttgart (VVS); einzusetzende Zuggattung; Lärmschutzmaßnahmen; Finanzierung der Hermann-Hesse-Bahn

KlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 15/5320

Weil im Schönbuch

Kritik an der Ablehnung eines Antrags der Gemeinde Weil im Schönbuch auf Einrichtung eines Schulversuchs bzw am Drängen auf Beantragung einer Gemeinschaftsschule

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1771 1773 1774

Weilertortunnel

s. *Tunnel*

Wein

s.a. *Weinbau*
s.a. *Weinmarktordnung*

Ökologischer Weinbau in BW

Bedeutung und Förderung des ökologischen Weinbaus; Entwicklung der Verbrauchernachfrage, der Preise und Qualitäten der pilzresistenten Rebsorten und Weine; Zahl der verfügbaren Weinbauberater für ökologischen Weinbau

Antr
s. *Weinbau*
Drs 15/329

Ökomonitoring 2010: Pestizidrückstände in Öko-Weinen

Ursachenforschung und Konsequenzen aus den o.g. Befunden, Darstellung der jeweiligen Betriebsstruktur der beanstandeten Weinproduzenten sowie möglicher regionaler Unterschiede zwischen den Weinbauregionen, Durchführung weiterer Überprüfungen, Umfang und Ausgestaltung von Stufenkontrollen für die Weinlese 2011

Antr Reinhold Pix u.a. GRÜNE 28.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/372

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 47 48

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Nachhaltigkeitssiegel beim Wein

Zugangskriterien der Weinbaubetriebe zum Fair-Choice-Siegel für nachhaltige Weinwirtschaft der Hochschule Heilbronn; Höhe und Träger der Kosten dieser Zertifizierung, Legitimation und Unabhängigkeit der Gutachter; Bereitstellung von Fördermitteln; Feststellung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens beim Einkauf regionaler Weine

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 27.09.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/594

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 14 15

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Weinbauförderprogramme

Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel aus den o.g. Programmen für Investitionen im Bereich der Kellerwirtschaft und der Weinabsatzförderung in Drittländern, Verhängung eines Antragstopps wegen der kompletten Belegung des EU-Budgets, Umfang der Ausschöpfung des Förderrahmens von anderen BLändern, Übertragbarkeit von nicht ausgeschöpften EU-Mitteln auf BW, Nutzung der noch verfügbaren Umstrukturierungsmittel in den beiden Weinanbaugebieten des Landes

Antr

s. *Weinbau*

Drs 15/880

Präsentation von Weinen aus BW durch die LReg

Präsentation bei Veranstaltungen des Landes von hohem öffentlichem Interesse

MdlAnfr 4) Arnulf Freiherr von Eyb CDU 08.03.2012 Drs 15/1393

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1682 1683

Ausbildungssituation im Weinbau in BW

Entwicklung der Ausbildungssituation in den Weinbauberufen sowie der weinspezifischen Studienangebote und Studierendenzahlen an der Hochschule Heilbronn, Sicherung des Bedarfs an Weinbaufachkräften durch die Abgänger und Absolventen, Erhaltung des Weinbauinstituts Freiburg und der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Antr

s. *Weinbau*

Drs 15/1701

Eiswein in BW

Jährliche Erzeugungsmengen seit 2002 und Rentabilität des hohen Aufwands; Ausmaß und Gründe der Nichterfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen, Vergleich zwischen BW und RPF; Änderungsbedarf der Kontrollverfahren oder der gesetzlichen Mindestanforderungen?

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 21.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1899

lungnahme MLR Drs 15/1899

BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.09.2012 Drs 15/3063 S. 61

PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756

Weintourismus in BW

Bewertung der bestehenden weintouristischen Angebote; naturkundliche Angebote für Weinfreunde; Förderung und Ausbau des Weintourismus; Rolle des Weintourismus bei der Absatzförderung heimischer Weinprodukte; Imagekampagnen für badischen und württembergischen Wein; Ausrichtung der Veranstaltung „Artvinum“; Werbung für Weintourismus durch die Weinmesse Baden-Württemberg Classics

Antr

s. *Tourismus*

Drs 15/2694

Autorisierungssystem verbunden mit der Stärkung der berufsständischen Organisation im Weinbau

Einführung eines Autorisierungssystems für Neu- und Wiederbepflanzungen von Rebflächen; Konsequenzen für das Weinland BW; Initiative im Bundesrat, um die gesetzliche Regelung der Pflanzrechte zu beschleunigen; Festsetzung der Pflanzrechte der Bundesländer nach dem Prinzip der Subsidiarität; Mitwirkung der Weinbauverbände beim jährlichen Handel der Pflanzrechte; Qualitätssicherung der Weinerzeugnisse durch Bevorzugung der Steil- und Terrassenlagen bei den Pflanzrechten

Antr

s. *Weinbau*

Drs 15/4575

BW Classics

Werbung für Weintourismus durch die Weinmessen Baden-Württemberg Classics; Förderung der gemeinsamen Präsentation von Weinen aus Baden und Württemberg durch das Land; Auswirkungen eines Ausstiegs touristischer Organisationen des Landes aus der Gemeinschaftspräsentation; ähnliche Werbepäsentationen in anderen Bundesländern; Veränderungen der Anzahl der Weinerlebnisführer und Weinerlebnisführerinnen in BW in den letzten Jahren; Schaffung neuer Gästebetten zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 23.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4645

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 43 44

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Weinhandelsstreit

Situation des Weinhandelsstreits der Europäischen Union mit China, insbes Auswirkungen auf den baden-württembergischen Weinexport, Maßnahmen der LReg zur Beilegung des Streits

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 02.06.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5285

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 35

PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Änderungen im Weingesetz

Auswirkungen der Änderung des Weingesetzes auf die Weinregionen und Weinwirtschaft in BW

KlAnfr

s. *Weingesetz*

Drs 15/5432

Was sagt uns das Etikett auf den Weinflaschen?

Überblick über die aktuellen Vorschriften der EU-Weinregelungen für die Etikettierung von Weinflaschen

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 24.09.2014 und Antw MLR Drs 15/5766

Weinbau*s.a. Weinmarktordnung**Frostschäden in Wein- und Obstbau; Risikoausgleichsrücklagen für die Landwirtschaft*

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden von Anfang Mai sowie der Schäden in der Landwirtschaft durch die Trockenheit; Darlegung der vorgesehenen Hilfen sowie der bisherigen Unterstützung bei klimabedingten Schäden seit 2005; Beurteilung der Forderung der Landwirte nach steuerfreien Risikoausgleichsrücklagen

Antr
s. *Frostschaden*
Drs 15/59

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Grenzenlose Rebflächen im grenzenlosen Europa

Mittlg LReg 17.06.2011 Drs 15/143

Ökologischer Weinbau in BW

Bedeutung und Förderung des ökologischen Weinbaus; Entwicklung der Verbrauchernachfrage, der Preise und Qualitäten der pilzresistenten Rebsorten und Weine; Zahl der verfügbaren Weinbauberater für ökologischen Weinbau

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 22.07.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/329
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.09.2011 Drs 15/907 S. 46 47
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Ökomonitoring 2010: Pestizidrückstände in Öko-Weinen

Ursachenforschung und Konsequenzen aus den o.g. Befunden, Darstellung der jeweiligen Betriebsstruktur der beanstandeten Weinproduzenten sowie möglicher regionaler Unterschiede zwischen den Weinbauregionen, Durchführung weiterer Überprüfungen, Umfang und Ausgestaltung von Stufenkontrollen für die Weinlese 2011

Antr
s. *Wein*
Drs 15/372

Mauerweinbau in BW

Bedeutung, Mehraufwand und Förderung des Weinbaus in Steillagen; Frage nach dem vorhandenen Know-how zur Pflege und Instandsetzung der Trockenmauern, Möglichkeiten zur Gewinnung von ehrenamtlichen Jugendlichen hierfür

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 27.09.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/593
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.11.2011 Drs 15/1301 S. 14 15
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Nachhaltigkeitssiegel beim Wein

Zugangskriterien der Weinbaubetriebe zum Fair-Choice-Siegel für nachhaltige Weinwirtschaft der Hochschule Heilbronn; Höhe und Träger der Kosten dieser Zertifizierung, Legitimation und Unabhängigkeit der Gutachter; Bereitstellung von Förder-

mitteln; Feststellung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens beim Einkauf regionaler Weine

Antr
s. *Wein*
Drs 15/594

Unterstützung des Landes für unsere Winzer nach den verheerenden Frostschäden im Mai 2011 muss bei den Betroffenen tatsächlich ankommen

Erweiterung der Zielgruppe der Anspruchsberechtigten

MdlAnfr 2) Arnulf Freiherr von Eyb CDU 28.09.2011 Drs 15/607
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 637-639

Maikäfer

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft seit 2001 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes auch im Hinblick auf das Hauptflugjahr 2012

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/664

Weinbauförderprogramme

Höhe der verfügbaren und abgerufenen Mittel aus den o.g. Programmen für Investitionen im Bereich der Kellerwirtschaft und der Weinabsatzförderung in Drittländern, Verhängung eines Antragstopps wegen der kompletten Belegung des EU-Budgets, Umfang der Ausschöpfung des Förderrahmens von anderen BLändern, Übertragbarkeit von nicht ausgeschöpften EU-Mitteln auf BW, Nutzung der noch verfügbaren Umstrukturierungsmittel in den beiden Weinanbaugebieten des Landes

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 16.11.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/880
BeschlEmpf und Bericht LandWA 07.03.2012 Drs 15/1821 S. 43
PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2319

Massive Frostschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden vom Februar 2012 in der Landwirtschaft und im Weinbau landesweit und in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe, Schwäbisch-Hall und Neckar-Odenwald sowie im Regierungsbezirk Freiburg; Darlegung der geleisteten und vorgesehenen Hilfen sowie der Unterstützung bei zunehmenden klimabedingten Schadensgroßeignissen in der Landwirtschaft; Vermeidung unbilliger Härten beim Vollzug der allgemeinen Regelungen zur Fruchtfolge und iRd MEKA-Verpflichtungen

Antr
s. *Frostschaden*
Drs 15/1519

Ausbildungssituation im Weinbau in BW

Entwicklung der Ausbildungssituation in den Weinbauberufen sowie der weinspezifischen Studienangebote und Studierendenzahlen an der Hochschule Heilbronn, Sicherung des Bedarfs an Weinbaufachkräften durch die Abgänger und Absolventen, Erhaltung des Weinbauinstituts Freiburg und der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 10.05.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1701
BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.07.2012 Drs 15/2544

S. 87

PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Eiswein in BW

Jährliche Erzeugungsmengen seit 2002 und Rentabilität des hohen Aufwands; Ausmaß und Gründe der Nichterfüllung der gesetzlichen Mindestanforderungen, Vergleich zwischen BW und RPF; Änderungsbedarf der Kontrollverfahren oder der gesetzlichen Mindestanforderungen?

Antr

s. *Wein*

Drs 15/1899

Verlässliche Perspektive für die Maikäferbekämpfung

Entwicklung der Verbreitung von Maikäfern und Engerlingen und der von ihnen verursachten Schäden in Sonderkulturen, im Weinbau und in der Landwirtschaft im Jahr 2011 landesweit und am Kaiserstuhl; Darstellung der Bekämpfungsmaßnahmen, insbes durch Hubschraubereinsatz mit dem Insektizid Neem Azal TS im Hauptflugjahr 2012; Frage nach langfristigen Lösungen

KlAnfr

s. *Schädling*

Drs 15/2035

Erhalt der Kulturlandschaften in BW

Ausmaß der Aufgabe von Rebflächen in den letzten drei Jahren, insbes in Hanglagen; Auswirkungen des Wegfalls des Branntweinmonopols und des Anbaustopps bei Reben; Projekte und Konzepte gegen die Verwahrlosung und Verwilderung der Kulturlandschaften; Aktivitäten gegen das Zuwachsen der Schwarzwaldtäler; Unterstützung der Arbeit von Obst- und Gartenbauvereinen

Antr

s. *Landschaftspflege*

Drs 15/2409

Förderung des Steillagenweinbaus in BW

Vorhandene Förderinstrumente; Förderung des Württembergischen Weinbauverbands nach einer jährlichen Ausgleichszahlung für die Bewirtschafter von Steillagen; Förderung der Steillagen mit Hilfe einer Neuausrichtung der Landschaftserhaltungsverbände

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/2692

BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.01.2013 Drs 15/3245 S. 79 80

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Weintourismus in BW

Bewertung der bestehenden weintouristischen Angebote; naturkundliche Angebote für Weinfreunde; Förderung und Ausbau des Weintourismus; Rolle des Weintourismus bei der Absatzförderung heimischer Weinprodukte; Imagekampagnen für badischen und württembergischen Wein; Ausrichtung der Veranstaltung „Artvinum“; Werbung für Weintourismus durch die Weinmesse Baden-Württemberg Classics

Antr

s. *Tourismus*

Drs 15/2694

Pilzwiderstandsfähige Rebsorten

Züchtung, Anbau und Förderung von pilzwiderstandsfähigen Rebsorten in BW, insbes Gesamtanbaufläche und Marktfähigkeit dieser Rebsorten sowie Unterschiede zu konventionellen Sorten

Antr

s. *Rebe*

Drs 15/3310

Hubschraubereinsatz im Rebpfanzenschutz

Praktische und rechtliche Probleme des Einsatzes von Agrarhubschraubern im Weinbau; Unterstützung von Weinbaubetrieben beim Rebpfanzenschutz

MdlAnfr

s. *Rebe*

Drs 15/3456

Entgeltspflicht für die Entnahme von Beregnungswasser für die landwirtschaftliche Beregnung in BW

Abschaffung der Abgabe für die Wasserentnahme und ihre Begründung; Gründe für die Wiedereinführung der Entgeltspflicht; künftige Entgeltsätze, Ermäßigungen und Sonderregelungen; Höhe der zusätzlichen Einnahmen und ihre Verwendung; Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Weinbau; Haltung der landwirtschaftlichen Interessenverbände zur Wiedereinführung des Wasserentnahmeentgelts

Antr

s. *Wasserentnahmeentgelt*

Drs 15/3449

Naturschutzrechtlicher Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft durch den Erhalt der Trockenmauern im Steillagenweinbau

Anerkennung der Erhaltung und Pflege von Trockenmauern als Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft; Umfang und Erhaltungszustand der vorhandenen Trockenmauern; über das vorhandene Instrumentarium hinausgehende Überlegungen zur Bestandserhaltung; Unterstützung der Kommunen und Grundstückseigentümer beim Erhalt der Trockenmauern; Maßnahmen in anderen Bundesländern wie z.B. Rheinland-Pfalz und Hessen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 12.06.2013 und Stellungnahme MLR Drs 15/3624

BeschlEmpf und Bericht LandWA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 26

PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Autorisierungssystem verbunden mit der Stärkung der berufsständischen Organisation im Weinbau

Einführung eines Autorisierungssystems für Neu- und Wiederbepflanzungen von Rebflächen; Konsequenzen für das Weinland BW; Initiative im Bundesrat, um die gesetzliche Regelung der Pflanzrechte zu beschleunigen; Festsetzung der Pflanzrechte der Bundesländer nach dem Prinzip der Subsidiarität; Mitwirkung der Weinbauverbände beim jährlichen Handel der Pflanzrechte; Qualitätssicherung der Weinerzeugnisse durch Bevorzugung der Steil- und Terrassenlagen bei den Pflanzrechten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 13.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4575

BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.03.2014 Drs 15/5052 S. 59-61

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Mittlg LReg 22.10.2014 Drs 15/5947

Erhaltung des Steillagen- und Terrassenweinbaus

Wirtschaftliche Perspektiven und Fördermöglichkeiten für den Steillagen- und Trassenweinbau nach Aufhebung des EU-Anbaustopps

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 11.02.2014 und

Stellungnahme MLR Drs 15/4748
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.04.2014 Drs 15/5272
S. 45 46
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Ökologischen Weinbau in BW stärken

Situation des ökologischen Weinbaus in BW, insbes Wegfall der Phosphonate, Änderungen der EU-Richtlinien, Ergebnisse des Ökomonitorings, Ausbau des ökologischen Anbaus in den Staatsweingütern; Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes im konventionellen Weinbau

Antr Reinhold Pix u.a. GRÜNE 26.03.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4989
BeschlEmpf und Bericht LandWA 08.10.2014 Drs 15/6338
S. 105 106
PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Rebschutz durch Helikoptereinsätze in BW

Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln in Steillagen per Hubschrauber; Anwendung und Nutzen dieser Technik; Einschränkung des Pflanzenschutzes per Helikopter durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit; Einhaltung eines Abstands zu Gewässern; Einsatz von Drohnen für den Rebschutz in Steillagen

Antr
s. *Pflanzenschutz*
Drs 15/5007

Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

Bedeutung von Weinberg-Terrassen als Kultur- und Naturlandschaft sowie finanzielle Fördermöglichkeiten und Projekte zu deren Erhalt; Unterstützung eines gemeinsamen Modellprojekts aus Mühlacker und Vaihingen zum Erhalt der Weinberg-Terrassen im Enztal

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 12.05.2014 und Antw MLR Drs 15/5185

Weinhandelsstreit

Situation des Weinhandelsstreits der Europäischen Union mit China, insbes Auswirkungen auf den baden-württembergischen Weinexport, Maßnahmen der LReg zur Beilegung des Streits

Antr
s. *Wein*
Drs 15/5285

Änderungen im Weingesetz

Auswirkungen der Änderung des Weingesetzes auf die Weinregionen und Weinwirtschaft in BW

KlAnfr
s. *Weingesetz*
Drs 15/5432

Kirschessigfliege bedroht Obst- und Weinbau

Gefahren und Schäden für den baden-württembergischen Obst- und Weinbau durch die Kirschessigfliege; mögliche Bekämpfungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/5701

Einsatz von Insektiziden zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege

Bewertung des Einsatzes des Insektizids SpinTor (Spinosad) zur Bekämpfung der asiatischen Kirschessigfliege im Wein- und

Obstanbau; Zulassung des Insektizids Piretro Verde bzw Pyrethrine; Risikobewertung des Einsatzes von SpinTor und Piretro Verde durch die landwirtschaftlichen Landesanstalten; Auswirkungen des Insektizideinsatzes auf die heimischen Bienenpopulationen; Strategien und Mittel gegen die asiatische Kirschessigfliege in anderen Ländern

Antr
s. *Pflanzenschutzmittel*
Drs 15/5759

Ernteausfälle im Enzkreis durch die asiatische Kirschessigfliege

Umfang der Ernteausfälle bei den Wein- und Obstbauern im Enzkreis; Bekämpfung der Kirschessigfliege mithilfe von Insektiziden; Vermeidung negativer Folgen für die Bienenpopulation

KlAnfr
s. *Schädling*
Drs 15/5925

Wiederinstandsetzung der Kulturlandschaft inkl. Weinberg am südlichen Berghang von Schloss Langenburg/Hohenlohe

Sanierung der Treppen und Trockenmauern am Südhang unterhalb der Schlossanlage; Förderung der Wiederherstellung des ehemaligen Weinbergs aus geschichtlichen, ökologischen und touristischen Gründen

KlAnfr
s. *Kulturlandschaft*
Drs 15/6045

Rebenzüchtung in BW

Situation der Rebenzüchtung und -veredelung in BW, insbes Anzahl der Betriebe, Veränderungen bei Anlage und Fläche der Vergleichspflanzungen, Züchtungsziele, Verlauf der Anerkennungsverfahren von Pflanzgut, Pflanzenschutz, Forschungsstrategien für Weinbau, Beratung für Rebenzüchter

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 17.11.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6128
BeschlEmpf und Bericht LandWA 04.03.2015 Drs 15/6733
S. 33 34
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Mindestlohn in der Landwirtschaft

Auswirkungen des Mindestlohns auf die Landwirte und Winzer Baden-Württembergs, insbes hinsichtlich der Dokumentationspflicht, Arbeitszeiten und der Saisonarbeiter

KlAnfr
s. *Mindestlohn*
Drs 15/6668

Entwicklung von Urlaubsangeboten auf Winzerhöfen

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1819 1820 1822 1823

WeinG

s. *Weingesetz*

Weingarten (Baden)

Naturschutz bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw

Sachstand zur Einhaltung der Naturschutzbestimmungen bei Forstarbeiten in den LKreisen Karlsruhe und Calw, insbes Missachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 15/6846

Weingarten (Ravensburg)

Erneute Fehlentwicklung bei medizinischen Großgeräten
Fehlentwicklung in der Krankenhauslandschaft Ravensburg-Weingarten, insbes medizintechnische Aufrüstung eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung ohne Absprache und zu Lasten benachbarter Häuser

KlAnfr
s. *Medizintechnik*
Drs 15/3764

Kabinettsbeschluss zur Reform der Lehrerbildung

Planungen zur Reform der Lehrerbildung, insbes einbezogene Klassenstufen bei der künftigen Gymnasiallehrerbildung, Ausgestaltung des Übergangs zwischen Bachelor- und Masterstudiengang sowie des Referendariats bzw Vorbereitungsdiens-tes, Einrichtung von „Schools of Education“, Zukunft der PH-Standorte in Schwäbisch Gmünd und Weingarten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/4714

Weingesetz

Änderungen im Weingesetz

Auswirkungen der Änderung des Weingesetzes auf die Weinregionen und Weinwirtschaft in BW

KlAnfr Arnulf Freiherr von Eyb CDU 04.07.2014 und Antw
MLR Drs 15/5432

Weinheim

S-Bahn Rhein-Neckar, zweite Ausbaustufe - Weinheim

Höhe und Träger der Gesamtkosten im Vergleich zu den Vorplanungen, Begründung der für die Kostensteigerungen ursächlichen Einzelmaßnahmen, Zurechnung der Notwendigkeit dieser Maßnahmen für die S-Bahn oder auch für den Fern- und Güterverkehr? Eintreten für eine Beteiligung der Bahn AG an den gestiegenen Kosten

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*
Drs 15/79

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Weinheim erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Bewertung der Standorte Ilvesheim und Dossenheim, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/419

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum - Wahlkreis Weinheim

Höhe der bewilligten ELR-Mittel für private, privat-gewerbliche und kommunale Vorhaben im Wahlkreis Weinheim; Aufstellung der geförderten Projekte nach Gemeinden; Umfang der Gesamtinvestitionen; Weiterentwicklungsperspektive in Schriesheim-Altenbach; künftige Förderungswürdigkeit der ländlichen Gebiete an der Bergstraße nach den ELR-Kriterien

KlAnfr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 15/2380

Pädagogische Assistenten im Wahlkreis Weinheim

Zahl und Aufgaben, Klassenstufen und zeitlicher Umfang der Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen; Organisation der Weiterbeschäftigung mit zusätzlichen Stellen für die Grundschulen? Frage nach einer Verrechnung mit Lehrerstellen oder Kürzung des Ergänzungsbereichs

KlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2585

Ist eine vernünftige Planung der Windkraft im baden-württembergischen Teil der Metropolregion Rhein-Neckar möglich?

Auswirkungen des baden-württembergischen Windenergieerlasses für den einheitlichen Regionalplan der Metropolregion Rhein-Neckar, u.a. auch auf Verhandlungen mit den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz; Ausweisung von Vorranggebieten und Ausschlussflächen für Windkraftanlagen durch die Kommunen, insbes in der Stadt Weinheim

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3299

NPD-Aktivitäten im Raum Weinheim

Erkenntnisse über Veranstaltungen, Aktivitäten, Organisationsstrukturen und Netzwerke der NPD und rechtsextremer Kreise im Raum Weinheim und der Rhein-Neckar-Region; Nutzung einer Gaststätte im Weinheimer Ortsteil Sulzbach für NPD-Veranstaltungen und möglicher Verkauf an die NPD bzw NPD-nahe Personen; Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Einsatzkonzepts anlässlich des Bundesparteitags der NPD im Ortsteil Sulzbach durch stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der anässigen Bürger

KlAnfr
s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
Drs 15/3504

Wohnungseinbruchsdiebstahl im Wahlkreis Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis)

Entwicklung der Zahl der Wohnungseinbrüche im Wahlkreis Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis), lokale Schwerpunkte, Aufklärungsquote, Täterherkunft und Konsequenzen für die Polizeiarbeit

KlAnfr
s. *Einbruchdiebstahl*
Drs 15/6264

Polizeieinsatz vom 20. bis 22. November 2015 in Weinheim

Sachstand zum Polizeieinsatz anlässlich des Bundesparteitages der NPD und von Gegenveranstaltungen am 21. und 22. November 2015 in Weinheim, insbes angemeldete Veranstaltungen, Polizeistärke, Einsatzverlauf, Kosten, Gewalttätigkeiten, Verletzungen, Ermittlungsverfahren

KlAnfr
s. *Polizeieinsatz*
Drs 15/7906

Weinmarktordnung*s.a. Wein**s.a. Weinbau**Autorisierungssystem verbunden mit der Stärkung der berufsständischen Organisation im Weinbau*

Einführung eines Autorisierungssystems für Neu- und Wiederbepflanzungen von Rebflächen; Konsequenzen für das Weinland BW; Initiative im Bundesrat, um die gesetzliche Regelung der Pflanzrechte zu beschleunigen; Festsetzung der Pflanzrechte der Bundesländer nach dem Prinzip der Subsidiarität; Mitwirkung der Weinbauverbände beim jährlichen Handel der Pflanzrechte; Qualitätssicherung der Weinerzeugnisse durch Bevorzugung der Steil- und Terrassenlagen bei den Pflanzrechten

Antr

s. Weinbau

Drs 15/4575

Weinrebe*s. Rebe***Weinsberg***Errichtung einer Evangelischen Ganztagsgrundschule in Weinsberg-Gellmersbach*

Gründe und Auswirkungen der schleppenden Antragsbescheidung im KM trotz der Befürwortung vom RegPräs

KlAnfr

s. Ganztagschule

Drs 15/653

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr

s. Autobahn

Drs 15/2364

Ausbau der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze

Planungsstand des sechsspurigen Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und Kupferzell sowie zwischen Kupferzell und der Landesgrenze; Prüfung der Ausbauvarianten; Genehmigung der Ausbaupläne durch den Bund; Frage der Durchführung als Public-Private-Partnership-Projekt (PPP-Projekt)

KlAnfr

s. Autobahn

Drs 15/3466

Situation im Maßregelvollzug

Sachstand zur Situation im Maßregelvollzug, insbes Aufklärung der Todesumstände eines Patienten im Zentrum für Psychiatrie Weinsberg, Änderung der Vorgaben zur Unterbringung von Menschen im Maßregelvollzug, Umsetzung der Maßnahmen aus der großen Gesprächsrunde zum Maßregelvollzug im Januar 2012, Vollzugsdefizite bei der Unterbringung psychisch kranker Strafgefangener

Antr

s. Maßregelvollzug

Drs 15/6414

Weinstock*s. Rebe***Weinwirtschaft***s. Weinbau***Weissach***Lärmschutzwall A 8 Weissach-Flacht*

Endausführung und Zweckmäßigkeit der Erdwälle an der A 8 in Höhe Weissach-Flacht; Verbesserung des Lärmschutzes durch Verschluss der Lücke zwischen den Erdwällen; Einfluss der noch ausstehenden Ausgleichsbepflanzung auf den Schallschutz

KlAnfr

s. Lärmschutz

Drs 15/7637

Weissach im Tal*Anschluss des Weissacher Tals an die B 14*

Berücksichtigung der Interessen der Gemeinden Weissach, Althütte, Allmersbach und Auenwald bei den Planungen zum Weiterbau der B 14, Eintreten für einen verstärkten Lärmschutz an den Ortsdurchfahrten der Ortsteile Waldrems und Heiningen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 15.02.2012 und Antw

MVI Drs 15/1276

Wassermangel im Weissacher Tal

Umfang und Auswirkungen von Grundwasserentnahmen und Entwässerungen, insbes auf das Gesamtökosystem Wald; Frage nach Maßnahmen zur Reduktion von Grundwassernutzung bzw zu einer aktiveren Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Wasserwirtschaft für das Weissacher Tal und Umgebung

KlAnfr

s. Grundwasser

Drs 15/2589

Weissacher Tal*s. Weissach im Tal***Weißbuch der EU***s. Weißbuch der Europäischen Kommission***Weißbuch der Europäischen Kommission***Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Weißbuch Pensionen und Renten*

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/1456

Weißbuch (Europäische Kommission)*s. Weißbuch der Europäischen Kommission*

Weißstorch

s. *Storch*

Weisweil

Poldererschließung Wyhl-Weisweil iRd Integrierten Rheinprogramms

Stand der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, insbes für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil; Prioritätensetzung und Zeitplan; Unterstützung der Gemeinde Weisweil für eine Ausnahmegenehmigung zur Stromversorgung mehrerer Gebäude auf der deutschen Rheinseite der Électricité de France (EDF)

KlAnfr

s. *Integriertes Rheinprogramm*

Drs 15/4375

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein

Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRd Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KlAnfr

s. *Baum*

Drs 15/5685

Weiterbildung

s. *Erwachsenenbildung*

Weiterbildungsberatung

s. *Bildungsberatung*

Weiterbildungseinrichtung

Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft - das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung

Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Bildung, Aus- und Weiterbildung“ in Bezug auf das Landesnetzwerk Weiterbildungsberatung durch das Bündnis für Lebenslanges Lernen, insbes Aufbau auf bestehenden Angeboten, zugrunde gelegte Qualitätskriterien, Beteiligungsmöglichkeiten für Einrichtungen, Organisation, Möglichkeit zur Bildung regionaler Netzwerke, wissenschaftliche Begleitung

Antr

s. *Bildungsberatung*

Drs 15/5461

Möglichkeiten der Natur- und Tierschutzbildung im BNA-Schulungszentrum Hambrücken

Bewertung des Konzepts des Schulungszentrums des Bundesverbandes für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz (BNA) als außerschulischem Lernort und für berufliche Fortbildungs- und Qualifizierungsleistungen; Unterstützungsmaßnahmen der LReg für Angebote und Leistungen des BNA

Antr

s. *Bundesverband für fachgerechten Natur-, Tier- und Artenschutz*

Drs 15/5663

Weiterbildungsinstitution

s. *Weiterbildungseinrichtung*

Weiterbildungsstätte

s. *Weiterbildungseinrichtung*

Weiterbildungsverordnung - Gerontopsychiatrie

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Hygiene

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Intensivpflege

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Nephrologie

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Onkologie

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Operationsdienst und Endoskopiedienst

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Pflegedienstleitung für Altenhilfe und ambulante Dienste

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Psychiatrie

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Rehabilitation

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterbildungsverordnung - Stationsleitung

Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in BW (Landesanererkennungsgesetz BW - LAnGBW)

Änderungen der auf Landesebene geregelten Berufsgesetze und -verordnungen

GesEntw

s. *Berufliche Qualifikation*

Drs 15/4325

Weiterführende Schule

s.a. *Gemeinschaftsschule*

s.a. *Gymnasium*

s.a. *Hauptschule*

s.a. *Realschule*

s.a. *Schulverbund*

s.a. *Werkrealschule*

Integration und Schulausbildung

Zahl von Migranten an den einzelnen Schularten; Übertrittsquote von den Grundschulen in die weiterführenden Schularten sowie Art des dortigen Abschlusses aufgeschlüsselt nach Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, Schularten und Geschlecht; Darlegung der Entwicklung des Schulbesuchs und Schulerfolgs von Schülern mit Migrationshintergrund seit 2001; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Lehrer, Gewinnung von Migranten als Lehrkräfte

Antr

s. *Migrant*

Drs 15/286

Die Realschule - das Rückgrat des differenzierten Schulwesens im Land

Entwicklung der Übergangszahlen von der Grundschule, vom/zum Gymnasium, zur zweijährigen Berufsfachschule, zum Berufskolleg und auf das berufliche Gymnasium; Zahl der Absolventen mit mittlerem Abschluss, Hochschulzugangsberechtigung und Berufsabschluss

GrAnfr

s. *Realschule*

Drs 15/1030

Das Konzept der „Unverbindlichen Grundschulempfehlung“ bleibt unklar

Zeitplan der Einführung, organisatorische Ausgestaltung und Zielgenauigkeit des Qualifizierungskonzepts für die Grundschullehrkräfte zur Vorbereitung auf das ausschließlich beratende Elterngespräch; Bereitstellung von Entlastungsstunden für diese Lehrkräfte und der notwendigen zusätzlichen Ressourcen an den Realschulen und Gymnasien für die dort ansteigenden Schülerzahlen; Zuweisung neuer Aufgaben für die Lehrer an den Haupt- und Werkrealschulen wegen des dortigen Schülerrückgangs; Maßnahmen zur Vermeidung des weiteren Auseinanderklaffens der Schere zwischen Kindern aus bildungsnahen und -fernen Schichten

Antr

s. *Schullaufbahneempfehlung*

Drs 15/1167

Schülertourismus an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze

Umgang mit dem gewünschten Übergang von Schülern auf weiterführende Schulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung in BW, Bedeutung des jeweiligen Wohnsitzes, Frage nach möglichen Anmeldungen an einem Gymnasium auch mit einer Hauptschulempfehlung sowie nach einem Dialog mit den benachbarten Bundesländern

Antr

s. *Schullaufbahneempfehlung*

Drs 15/1313

Wahlfreiheit bei Fremdsprachenunterricht

Schaffung der Voraussetzungen für eine freie Wahlmöglichkeit der weiterführenden Schulen hinsichtlich der zweiten Fremdsprache

Antr

s. *Fremdsprache*

Drs 15/1432

Droht den Haupt- und Werkrealschulen der Kahlschlag?

Entwicklung der Übergangszahlen auf die Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zum Vorjahr; Organisation der Klassenbildung, des Unterrichts und der Lehrerversorgung an Standorten mit weniger als 16 Anmeldungen; Beurteilung der Situation in Gemeinden, die zuvor erhebliche Modernisierungs- und Ausbauiinvestitionen in ihre Schulen getätigt haben; Frage nach der künftigen Nutzung von leerstehenden Gebäuden sowie nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung für den Rückbau der Schulen

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 15/1565

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 24.04.2012 und Antw KM Drs 15/1599 (11 S.)

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Erhaltung eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und weiterführenden Schulen auch bei rückläufigen Schülerzahlen; Erhaltung und Ausbau der Hochschulen an allen Standorten

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Übergänge von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten

Übergangszahlen in den einzelnen LKreisen auf die weiterführenden Schularten des Sekundarbereichs I nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Umfang der Aufnahme bzw der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, erwartete Zahlen von Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen im Falle eines starken Rücklaufs; Maßnahmen zur Sicherung des bisherigen hohen Leistungsniveaus der Realschulen und Gymnasien

Antr Georg Wacker u.a. CDU 25.04.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1617
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 13.06.2012 Drs 15/2351 S. 17-21
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Rückerstattung von Schulbaufördermitteln

Umfang der Gewährung und evtl Rückforderung o.g. Mittel seit 2002; Auslösung von Schulschließungen, insbes von Haupt- und Werkrealschulen, durch den Rückgang der Schülerzahlen infolge der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Vermeidung einer drohenden Rückerstattung gewährter Fördermittel durch Umwandlung einer Schule in eine Gemeinschaftsschule? Umfang der Interessenbekundung von Schulträgern für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule aus diesem Grunde

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/1651

Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen im LKreis Böblingen

Übergangszahlen auf die weiterführenden Schularten nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Vergleich zu den Vorjahren, Bildung von Kombinationsklassen bzw Zusammenlegungen von Klassen benachbarter Schulen aufgrund zu geringer Anmeldezahlen, Umfang der Aufnahme und der Abweisung von Schülern von der gewünschten Schulart, Zahlen von Abweichungen von der Grundschulempfehlung bzw vom Beratungsgespräch sowie von erwarteten Rückläufern aus den Realschulen und Gymnasien, Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr Sabine Kurtz CDU 15.05.2012 und Antw KM Drs 15/1722

Auflösung kleiner Haupt- bzw Werkrealschulen im Land

Notwendige Zusammenlegungen der Klassen fünf und sechs oder von Schulstandorten im kommenden Schuljahr infolge der demografischen Entwicklung und Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Darlegung der betroffenen Standorte und Schulträger, der Kriterien und Verantwortlichen für die zu treffenden Entscheidungen; Frage nach Perspektiven für die Schulen ohne fünfte Klasse

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1752
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 19.09.2012 Drs 15/2741 S. 5-7
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127

Wer besucht die drei Schulen der besonderen Art?

Zahl und verbindliche Grundschulempfehlung der Schüler an den o.g. integrierten Gesamtschulen seit 2002, Zusammensetzung der Abgänger nach Abschlüssen und ihrer jeweiligen Grundschulempfehlung, Entwicklung der Zahl von Schulwechseln von Schülern mit Gymnasialempfehlung auf ein allgemeinbildendes oder berufliches Gymnasium; Vergleich des Anteils der Schüler mit Hauptschulempfehlung, die an den o.g. Schulen oder im differenzierten Schulwesen die mittlere Reife oder das Abitur erreichen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 29.05.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1769
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 04.07.2012 Drs 15/2544 S. 43-46
PIPr 15/51 15.11.2012 S. 2990 2991

Grundschulstandorte in den ländlichen Räumen BW

Zahl der vorhandenen bzw schließungsbedrohten Grundschulen; Standorte mit Klassen unterhalb der Mindestschülerzahl, mit jahrgangübergreifenden Klassen oder Lerngruppen; Kooperationen und Zusammenlegungen von Grundschulen und weiterführenden Schulen; Entwicklung von Maßnahmen und Handlungsoptionen zur Erhaltung der Grundschulen vor Ort, Bewertung der Chancen im Enzkreis

Antr
s. *Grundschule*
Drs 15/1795

Die Bedeutung des Sports in unseren Schulen

Förderung von Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grund- und weiterführenden Schulen und Sportvereinen; Umfang der (fachfremd) erteilten Bewegungs-, Spiel- und Sportstunden an Grundschulen; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an Schulen mit Ganztagsbetrieb; Angebot weiterer Bewegungsmöglichkeiten durch Sportmentoren und Jugendbegleiter; schrittweise Einführung einer täglichen Sport- und Bewegungsstunde an allen Grundschulen; Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Schulsportgestaltung und bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Lehrkräften

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 15/1873

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKreis Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen Anmeldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschul-

/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 03.07.2012 und Antw KM Drs 15/2003

Wechsel von der vierten Grundschulklasse im Schwarzwald-Baar-Kreis

Anmeldezahlen zu den einzelnen weiterführenden Schulen im Vergleich zum Schuljahr 2011/2012, Sicherstellung der Unterrichtsversorgung an den jeweiligen Schulen auch nach späteren Wechseln auf eine andere Schulart

KlAnfr Karl Rombach CDU 23.07.2012 und Antw KM Drs 15/2149

Ethikunterricht an Schulen

Angebot an Ethik- und Religionsunterricht und Zahl der teilnehmenden Schüler, Anteil von konfessionslosen oder einer nicht-christlichen Konfession angehörenden Schüler; Beurteilung der Forderung von Eltern zur Einführung von Ethikunterricht auch an Grundschulen und allen Klassen der weiterführenden Schulen, Festhalten an dieser Zielsetzung im Koalitionsvertrag, Bezifferung der zusätzlichen Kosten für ein flächendeckendes Unterrichtsangebot im Fach Ethik

Antr
s. *Ethik*
Drs 15/2230

Haben die Schulen im ländlichen Raum noch eine Zukunft?

Aktuelle Situation der Schulstruktur im ländlichen Raum; voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2022; Zukunft eines wohnortnahen Angebots an Grundschulen und an weiterführenden Schulen; Schulentwicklungsplan für den ländlichen Raum; Forderung nach einer Beteiligung der Kommunalen Landesverbände, Schulen, Lehrerverbände, Wirtschaft, Elternschaft etc an den Entscheidungsprozessen; Kritik an einer ideologisch motivierten Bevorzugung der Schulart

GrAnfr
s. *Schule*
Drs 15/2348

Informationsveranstaltung der Grundschulen mit weiterführenden und beruflichen Schulen

Bedeutung der Halbjahresinformation in der vierten Klasse und der o.g. Veranstaltungen für die Entscheidung für eine weiterführende Schule, mögliche Auswirkungen einer Vorverlegung des Termins dieser Veranstaltung auf die Übergangszahlen auf weiterführende und berufliche Schulen, Frage nach der Gewichtung der Gemeinschaftsschule bei der Informationsveranstaltung

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 02.10.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/2432

Regierungsbefragung

Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten

s. *Schule*
PIPr 15/50 S. 2895

Baden-Württembergs Grundschüler im IQB-Vergleich und im „Abschulungsvergleich“ der Bertelsmann Stiftung

Bewertung länderübergreifender Grundschulvergleiche; Senkung der Bildungsstandards bei Grundschulern; Vergleich der Anzahl der Bildungsaufsteiger und Bildungsabsteiger; Abschneiden Baden-Württembergs im Ländervergleich; Schulerfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund; Rolle des Eltern-

hauses bei Schülerleistungen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 15/2801

Ausbau der Ganztagschulen

Kriterien für den Ausbau von Ganztagschulen; Berücksichtigung und Umfang der Förderung beim Ganztagschulenausbau der übrigen weiterführenden Schularten im Vergleich zur Gemeinschaftsschule; Planung und Finanzierung der Ressourcen für den Ganztagschulenausbau, insbes Zusammenhang und Vergleich zum Ausbau der Gemeinschaftsschulen; Aufnahme der Ganztagschule in das Schulgesetz

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 15/2860

Ausbau der Gemeinschaftsschule ohne regionale Schulentwicklung

Bewilligungskriterien und detaillierte Daten zu Schulstandorten bei Anträgen auf Gemeinschaftsschulen in der zweiten Tranche; Bedeutung des ländlichen Raums sowie Beteiligung von Institutionen und Experten im Bewilligungsverfahren; Umgang mit möglichem Konfliktpotenzial bei Standortfragen, insbes bei Schulschließungen; Anfragen zur Errichtung anderer Schularten

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2992

Hat die baden-württembergische Realschule noch eine Zukunft?

Schüler-Lehrer-Relation an den Realschulen; Wertschätzung und Stellenwert dieser Schulart; Eingliederung der Realschule in das sogenannte Zwei-Säulen-Modell; Menge der in die duale Berufsausbildung, in berufliche Gymnasien oder Berufskollegs wechselnden Realschulabsolventen; Grundschulempfehlung der 2012/13 an den Realschulen angemeldeten Schüler; Möglichkeiten individueller Förderung an Realschulen; Forderung nach einem Fortbestand der Realschule als eigenständiger Schulart

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/2994

Zunahme des Anteils der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft und deren Bildungserfolg

Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für den Bildungserfolg des steigenden Anteils ausländischer Schüler an weiterführenden Schulen, insbes Erhöhung der Stütz- und Förderstundenzahl, individuelle Förderangebote an Gemeinschaftsschulen; Prüfung der Ursache für den höheren Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund an Realschulen und Gymnasien und deren Leistungsniveau und Bildungserfolg

Antr
s. *Schulleistung*
Drs 15/3069

Kennt die Landesregierung die Grundschulempfehlung wirklich noch nicht?

Stellenwert der Übergangsempfehlungen und Übergangszahlen auf weiterführende Schulen im Hinblick auf die Bildungsverläufe der Schüler; Datenerhebung und Veröffentlichung der Daten für das Schuljahr 2012/13; Abweichung der Schulanmeldungen von den Bildungsgangempfehlungen für die jeweiligen Schüler; Übergang von Schülern mit Haupt-/Werkrealschulempfehlung, Realschulempfehlung oder Gymnasialempfehlung an Gemein-

schaftsschulen

Antr

s. *Schullaufbahneempfehlung*

Drs 15/2993

Umgang mit steigender Heterogenität

Aktueller Leistungsstand der Schüler von Eingangsklassen der Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie der Schüler der gleichen Stufe an Gemeinschaftsschulen; Klassenwiederholung oder Wechsel der Schulart aufgrund mangelhafter Leistungen in der fünften Klasse; Erhaltung des Leistungsniveaus an Gymnasien und Realschulen

Antr

s. *Schulleistung*

Drs 15/3126

Übergangszahlen an die weiterführenden Schulen, insbes an die Gemeinschaftsschulen

Verteilung der Schüler mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung auf die Gemeinschaftsschulen; Schullaufbahneempfehlung der die heutigen Gemeinschaftsschulen besuchenden Schüler; vormaliger Anteil der Schüler mit Gymnasialempfehlung in den Realschulen sowie mit Gymnasial- bzw Realschulempfehlung in den Haupt- und Werkrealschulen; Zunahme der Heterogenität der Schulklassen an Gymnasien und Realschulen aufgrund der Abschaffung der verbindlichen Übergangsempfehlung

Antr CDU 27.02.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3129

PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8274 (abgesetzt)

PIPr 15/140 28.10.2015 S. 8403-8410

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKkreis Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKkreis Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 06.03.2013 und Antw KM

Drs 15/3179

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Zulassung eines fachlichen Informationsaustauschs zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie zwischen Kindergärten und Grundschulen, um eine individuelle Förderung von Schülern zu ermöglichen

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 22.03.2013 und Stellungnahme KM Drs 15/3279

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 05.06.2013 Drs 15/4040 (dazu ÄAntr Georg Wacker CDU) S. 24-27

PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Verpasst Kultusminister Andreas Stoch mündigen Schulleitern einen „Maulkorb“?

Kommunikationsvorgaben für Schulen und Schulleiter, insbes Auskunftsverbot zu den Anmeldezahlen an den weiterführenden Schularten

Antr

s. *Auskunfterteilung*

Drs 15/3314

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerausbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerausbildung zur Schaffung eines ge-

meinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/3322

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten seit dem Schuljahr 2003/2004; Anmeldungen für die fünften Klassen im Schuljahr 2013/2014 im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen an den Gymnasien, Haupt-, Real- und Werkrealschulen; Wechsel von Schülern mit Wohnsitz im Main-Tauber-Kreis an weiterführende Schulen in angrenzenden baden-württembergischen oder bayerischen LKreisen

KlAnfr

s. *Schulwahl*

Drs 15/3444

Wie kommt der Ausbau der Inklusion voran?

Situation und der Planungsstand der Umsetzung der inklusiven Beschulung in BW, insbes vorrangige Umsetzung der Inklusion an Gemeinschaftsschulen gegenüber anderen weiterführenden Schularten, angezielter Informationsgewinn durch Verlängerung des Erprobungsstatus

Antr

s. *Inklusion*

Drs 15/3472

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr

s. *Schulentwicklung*

Drs 15/3600

Anspruch und Wirklichkeit: Die Gemeinschaftsschulen und ihre Schülerzahlen

Mindestgröße und „optimale Betriebsgröße“ für Gemeinschaftsschulen und andere weiterführende Schulen; Ausnahmekriterien bei der Mindestgröße; prognostizierte Schülerzahlen und tatsächliche Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulstandorten für die Schuljahre 2012/2013 und 2013/2014; Ursachen für die Abweichungen von der Prognose bzw der festgelegten Mindestgröße; Einfluss der regionalen Schulentwicklung auf die Schulstandorte; Verhinderung einer Privilegierung der Gemeinschaftsschulen auf Kosten anderer weiterführender Schulen

Antr

s. *Gemeinschaftsschule*

Drs 15/3524

Zukunft der naturwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen

Einführung eines neuen Fächerverbands „Naturphänomene und Technik“ in den Klassen 5 und 6; inhaltliche Schwerpunkte des neuen Unterrichtsfachs für die verschiedenen Schularten und Bildungsgänge; Bildungsstandards für die Fächer Physik, Chemie, Biologie und Technik in den Lehrplänen für die Sekundarstufe I; Standpunkte der Bildungsplankommissionen für die Einzelfächer zum geplanten Fächerverband

KlAnfr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/3693

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse; Notendurchschnitt am Ende des Schuljahrs; Förderunterrichtsangebote

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 19.09.2013 und Antw KM
Drs 15/4061

Wiederholerzahlen an Realschulen und Gymnasien steigen massiv an!

Anzahl nicht versetzter Schüler und ihre Entwicklung in den letzten zehn Jahren; Nichtversetzungen nach der 5. Klasse einschließlich der Zeit nach dem Wegfall einer verbindlichen Grundschulempfehlung; Zahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen Bundesländern; Anwendung der „Versetzung auf Probe“ beim aktuellen Schuljahreswechsel; Versetzung trotz vorausgehender Versetzungsgefährdung; Wechsel der Schulart während oder nach dem ersten Schuljahr in der weiterführenden Schule; Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes an eine weiterführende Schule; Maßnahmen zur Verringerung der Klassenwiederholungen

Antr
s. *Versetzung von Schülern*
Drs 15/4099

„Jeder ist ein Held“ - Erste-Hilfe-Ausbildung in BW

Häufigkeit der Notfallmeldung „plötzlicher Herzstillstand“; Überlebenswahrscheinlichkeit bei einem „plötzlichen Herzstillstand“ mit und ohne Laienhilfe; Anteil lebensrettender Sofortmaßnahmen durch Laien nach Bundesländern, Staaten der Europäischen Union sowie OECD-Staaten; Steigerung der Erste-Hilfe-Leistung durch Laien durch Schulung der Bevölkerung; Nutzen der „Woche der Wiederbelebung“; Einführung eines Schulsanitätsdienstes und eines jährlichen Erste-Hilfe-Trainings für die Schüler an weiterführenden Schulen in Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz

Antr
s. *Lebensrettung*
Drs 15/4239

Grundschullehrern müssen über einen möglichen weiteren Schulweg objektiv beraten sein

Vorwurf der einseitigen Information und Beratung der Eltern zugunsten der Gemeinschaftsschule; Angebot an Informationsbroschüren ausschließlich zur Gemeinschaftsschule, ohne die Schulform Haupt- und Werkrealschule, Realschule und Gymnasium; Forderung nach einer objektiven Beratung der Eltern beim Übergang ihres Kindes auf eine weiterführende Schule

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/4271

Die Bildungspolitik der LReg und die Meinung der Eltern

Bewertung des Instruments der Bürgerbefragung zur Schul- und Bildungspolitik; Ergebnisse von Elternbefragungen zur Akzeptanz der Gemeinschaftsschule; Beurteilung der Anfang 2013 in Friedrichshafen durchgeführten Elternbefragung und deren Methodik; Berücksichtigung der Grundschulempfehlung für das jeweilige Kind in der Fragestellung; Elternwunsch nach einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialem Angebot; Information der Eltern über die speziellen Qualitäten der einzelnen weiterführenden Schularten

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 15/4272

Informationsaustausch zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen

Übergang von Kindern und Jugendlichen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Grundschule, weiterführende Schule, berufliche Schule); Verwaltungsvorschrift zur Weitergabe personenbezogener Daten zwischen Grundschule und weiterführender Schule; Anlass und konkrete Vorgabe des Landesdatenschutzbeauftragten für die rechtliche Regelung; erste Erfahrungen mit dem Wegfall der Grundschulempfehlung

KlAnfr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/4526

Musikschulen und Musikvereine als Bildungsträger erhalten

Sicherung der musikalischen Bildung in einer sich verändernden Erziehungs- und Bildungslandschaft; Intensivierung der Zusammenarbeit von Musikschulen und Musikvereinen mit Kindertagesstätten; Zusammenarbeit mit den Grundschulen und den weiterführenden Schulen zur Vermittlung einer musikalischen Grundbildung, der Förderung musikalischer Begabung sowie der Verwirklichung anspruchsvoller Projekte; Bestandsgefährdung von Chören, Ensembles und Orchestern an Musikschulen und in Vereinen durch den Ausbau der Ganztagschulen; Verhinderung eines gemeinsamen Musizierens von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen Schultypen

Antr
s. *Musikerziehung*
Drs 15/4657

Umsetzung der Inklusion im LKreis Schwäbisch Hall

Inklusionsanteil in den Kindertagesstätten und Schulen seit 2010; Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf; Umsetzung der Inklusion an weiterführenden Schulen

KlAnfr
s. *Inklusion*
Drs 15/4674

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Gymnasien

Übergang von Schülern allgemeinbildender Gymnasien auf andere weiterführende Schularten während des Schuljahrs; Zusammensetzung der Schülerschaft an allgemeinbildenden Gymnasien seit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Gymnasiasten; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung

der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Gymnasien durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Gymnasien im nationalen Vergleich

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/4961

Schülerschaft und Schülerbewegung an den leistungsstarken baden-württembergischen Realschulen

Übergang von Realschülern auf andere weiterführende Schularten seit dem Schuljahr 2009/2010; Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und auf die Wechselbereitschaft von Schülern der unteren Klassen; Anschlussmöglichkeiten der an eine andere Schulart wechselnden Realschüler; Berücksichtigung von Schülerbewegungen in der regionalen Schulentwicklungsplanung; Begegnung der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft an den Realschulen durch pädagogische und strukturelle Maßnahmen; Leistungsstand der Schüler baden-württembergischer Realschulen im nationalen Vergleich

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5019

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis 2014

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5136

Regionale Schulentwicklung im Oberen Gäu (LKrs Böblingen)

Stand der regionalen Schulentwicklung im Schulbezirk Oberes Gäu; Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen in Herrenberg, Jettingen, Bondorf und Gäufelden; Organisation und Kosten des Schülerverkehrs zwischen Bondorf und Gäufelden; Genehmigung der Gemeinschaftsschule Bondorf/Gäufelden; Finanzierung von Baumaßnahmen an den neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen Bondorf/Gäufelden und Jettingen; Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an den beiden Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5326

Ausbau, Erhalt und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum

Situation, Entwicklung und Förderung der Infrastruktur im Ländlichen Raum, insbes in den Bereichen Straßenbau, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Schienenpersonennahverkehr (SPNV), Radwegebau, Bahnhofsmmodernisierung, Breitbandversorgung, Kinderbetreuung, weiterführendes Schulangebot, Berufs- und Fachschulen, Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen, Versorgung mit Praxen von Allgemein- und Fachärzten, Krankenhäuser, Pflegeheime, Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Konsumgütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs

GrAnfr
s. *Infrastruktur*
Drs 15/5450

Schülerzahlen im LKkreis Schwäbisch Hall

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2014/2015 im LKkreis Schwäbisch Hall im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrgängen; Entwicklung der Schülerzahlen anhand der Geburtenzahlen ab 2010 in den kommenden zehn Jahren

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/5567

Zukunft des Realschulstandorts Konstanz

Situation und Zukunft des Realschulstandorts Konstanz, insbes Entwicklung der Schülerzahlen und Eingangsklassen, Abweichungen von der Grundschulempfehlung, Veränderung der Schülerströme, Bedarf an Realschulangebot

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5645

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKkreis Esslingen

Entwicklung der Schülerzahlen in den Eingangsklassen; Übergang von der Grundschule in eine Privatschule; Schulwechsel während des ersten Schuljahrs in der weiterführenden Schule; Wiederholung der Eingangsklasse

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 03.09.2014 und Antw KM
Drs 15/5681

Unterrichtsversorgung im Fach Kunst

Einsatz fachfremder Lehrkräfte im Fach Bildende Kunst; Mangel an ausgebildeten Kunsterziehern am Gymnasium und an der Gemeinschaftsschule; Zusammenhang mit den Zulassungszahlen an den Kunsthochschulen in Karlsruhe und Stuttgart; Zahl der Absolventen der Staatlichen Studienseminare; künstlerische Eignungsprüfung für Kunsterzieher an weiterführenden Schulen; erforderliche Qualifikation für eine Übernahme in den Schuldienst an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Realschulen; Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Kunsterziehung*
Drs 15/5746

Grundschulempfehlung beim Übergang in weiterführende Schularten

Relevanz der Kenntnis der Schulübergangsempfehlung durch die weiterführenden Schulen, insbes die Gemeinschaftsschule; Abfrage der Grundschulempfehlung in Aufnahmeanträgen von Gemeinschaftsschulen; Nutzung der Schulempfehlung zur Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen; Schaffung eines passgenauen Förder- und Unterstützungsangebots durch eine verpflichtende Vorlage der Grundschulempfehlung an allen weiterführenden Schularten zum Schuljahr 2015/2016

Antr
s. *Schullaufbahneempfehlung*
Drs 15/5813

Steigende Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen - Wie reagiert der Kultusminister?

Situation der Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen zum Schuljahr 2014/2015 in BW, insbes Auswirkungen

des Wegfalls der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen; Maßnahmen der LReg zum Ausbau der steigenden Schülerwanderungen von Gymnasien auf Realschulen

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/5982

Schulwechsel und schlechte Noten - notwendige Kurskorrekturen gegen politisch verursachten Frust an den Schulen

Übermittlung des Leistungsstands von Schülern beim Schulwechsel, insbes beim Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule; Aufklärung der Eltern über den Wert der Grundschulempfehlung; Verstärkung der Beratung der Eltern; Änderung der Schulstatistik; Niveau der Leistungsanforderungen an den verschiedenen Schularten; Ermöglichung eines ungehinderten Schulwechsels; individuelle Förderung leistungsfähiger und leistungsbereiter Schüler; Wiederholung der fünften Klasse; Reduzierung der Schulwechsler und Sitzenbleiber

Antr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6075

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien und Gemeinschaftsschulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im LKreis Esslingen

Schülerzahlen in den Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres 2014/2015; Wechsel an Privatschulen in Klassenstufe 5; Nichtversetzung in den Eingangsklassen seit dem Schuljahr 2011/2012; Ursachen des Anstiegs der Klassenwiederholung an den weiterführenden Schulen, insbes an den Realschulen; Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Wiederholer im LKreis Esslingen; Anzahl und Art der Schulübertritte in den Klassenstufen 5 und 6 seit dem Schuljahr 2003/2004 in den einzelnen LKreisen von BW

KlAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6185

Die Kosten pro Schülerin bzw Schüler - hat die Opposition sich verrechnet?

Höhe und Zusammensetzung der im Bildungsfinanzbericht 2014 des Statistischen Bundesamtes pro Schüler angesetzten Gesamtkosten; Höhe der an weiterführenden Schulen durchschnittlich pro Schüler anfallenden Personalkosten; Kostenunterschiede bei den verschiedenen weiterführenden Schularten; Höhe des im aktuellen Haushaltsentwurf veranschlagten Personalkostenanteils pro Schulart; Höhe und Zusammensetzung des Sachkostenbeitrags pro Schüler seit 2005

Antr
s. *Schulfinanzierung*
Drs 15/6379

Welchen Einfluss hat der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Nichtversetzenquote?

Hintergründe zum behaupteten Zusammenhang zwischen dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und einem landesweiten Anstieg der Nichtversetzenquote in den Klassenstufen 5 und 6 an öffentlichen Realschulen und Gymnasien, insbes Auswertung von statistischen Daten und Studien

Antr Sandra Boser u.a. GRÜNE und Dr. Stefan Fulst-Blei u.a. SPD 22.01.2015 und Stellungnahme KM Drs 15/6392

Übergänge von Grundschulen in Karlsruhe auf private weiterführende Schulen

Zahlen zum Schulübergang von Schülern der Grundschulen in Karlsruhe auf weiterführende Privatschulen; Bedeutung der Grundschulempfehlung für die Aufnahme

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 15/6452

Entwicklungen der Klassen 4 und 5 im Landkreis Esslingen

Berücksichtigung der Grundschulempfehlungen für das Schuljahr 2014/2015; Wechsel an eine andere Schule sowie Klassenwiederholung in der fünften Klasse

KlAnfr
s. *Schulübergang*
Drs 15/6501

Schülerzahlen für die Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Eingangsklassen, Übergangszahlen und Grundschulempfehlungen für weiterführende Schulen im LKreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6598

Informationssperre zwischen den Schulen „aus Datenschutzgründen“

Datenschutzrechtliche Klärung zwischen dem Kultusministerium und dem Landesdatenschutzbeauftragten zur Nichtweitergabe der Grundschulempfehlung an die aufnehmende Schule

MdIAnfr 1) Ulrich Müller CDU 28.04.2015 Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7767-7770

Schülerzahlen im Main-Tauber-Kreis

Höhe der Anmeldungen für die fünften Klassen an den einzelnen Schularten für das Schuljahr 2015/2016 im Main-Tauber-Kreis im Vergleich der letzten drei Schuljahre; Gründe für die Veränderung der Anmeldezahlen insbes an den Gymnasien mit den Klassenzügen G8 oder G9; Entwicklung der Schülerzahlen nach der aktuellen Schülerzahlvorausberechnung

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 15/6906

Wird das Gymnasium durch den neuen Bildungsplan auf sechs Jahre gekürzt?

Sachstand zur Lerngeschwindigkeit in den Bildungsplänen der allgemeinbildenden Schularten der Orientierungsstufe, insbes Auswirkung auf das Unterrichtsniveau der Gymnasien und eine Verdichtung des Lernstoffs in den Klassen sieben bis zwölf

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 15/7324

Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den weiterführenden Schulen und das Übertrittsverhalten der Schülerinnen und Schüler im Landkreis Göppingen

Sachstand zur Entwicklung der Schülerzahlen im LKreis Göppingen an den einzelnen Haupt- und Werkrealschulen, den Realschulen, den Gemeinschaftsschulen und an den Gymnasien in den jeweiligen Eingangsklassen sowie zum Übertrittsverhalten

KlAnfr
s. *Schulstatistik*

Drs 15/7337

Vorwurf einer bevorzugten Personalausstattung der Gemeinschaftsschulen zulasten der anderen weiterführenden Schularten, Zulauf der Realschulen und Gymnasien nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1372-1375 1389 1390

Notwendigkeit einer zusätzlichen Unterstützung der weiterführenden Schulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung und Einführung der Gemeinschaftsschule; Ermöglichung freier Kooperationen der weiterführenden Schulen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1722 1723 1728-1731

Einbruch der Anmeldezahlen an Haupt- und Werkrealschulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1765 1769

Entwicklung der Übergangszahlen auf die weiterführenden Schularten nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1972 1973 1982

Weltanschauung

s.a. *Extremismus*

s.a. *Islam*

s.a. *Philosophie*

s.a. *Sekte*

Bewahrung und kulturelle Vermittlung des humanistischen Erbes
Bedeutung des Erbes von Johannes Reuchlin und Philipp Melanchthon in BW; Möglichkeiten für eine breite Vermittlung über die Standortpräsentationen in Pforzheim und Bretten hinaus, insbes für Schüler

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.07.2011 und
Antw MWK Drs 15/274

Sogenanntes Freiburger Bündnis gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes

Bewertung des o.g. Zusammenschlusses von linksextremistischen Organisationen, der Linkspartei, der Jugendorganisation und von Mandatsträgern der Grünen; rechtliche und politische Bewertung auch vor dem Hintergrund der positiven Äußerungen des Ministerpräsidenten zum Papstbesuch

Antr

s. *Papsttum*

Drs 15/778

Zusammenarbeit zwischen NPD, rechtsextremen Gruppierungen und sogenannten Grauen Wölfen in BW?

Erkenntnisse über die o.g. Zusammenarbeit und Verbindungen, Darlegung der zugrundeliegenden politisch-weltanschaulichen Überzeugungen

Antr

s. *Extremismus*

Drs 15/958

Ethisch-Philosophisches Grundlagenstudium

Erfahrungen mit dem Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudium in der Lehrerbildung; Evaluation des Ethisch-Philosophischen Grundlagenstudiums sowie dessen Einbeziehung in die Reform der Lehrerbildung; Mitwirkung von Vertretern der Kirchen in der Kommission zur Reform des allgemeinbildenden Lehramts; Verankerung der Vermittlung von Basis-

wissen auf den Gebieten der Philosophie und der Ethik in Rahmenvorgaben des Kultusministeriums; Stellenwert der christlichen und abendländischen Bildungs- und Kulturwerte in der baden-württembergischen Lehrerbildung

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 15/6383

Weltbild

s. *Weltanschauung*

Welterbe

Tourismus- und Öffentlichkeitskonzeption für das UNESCO-Welterbe „Prähistorische Pfahlbauten“ in BW

Bedeutung der baden-württembergischen UNESCO-Welterbestätten „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“, insbes Stellenwert für den Tourismus, unangemessene Öffentlichkeitswirkung, Erstellung eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Öffentlichkeitswirkung und Tourismusförderung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 28.01.2013 und Antw MFW Drs 15/2938

Präsentation von Zeugnissen der kulturellen Evolution des modernen Menschen (homo sapiens) des Schwäbischen Jura (Eiszeitkunst) und ihre Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste

Erhebung der Höhlen des Aichtals und des Lonetals zum UNESCO-Welterbe; Entscheidung über den Erfolg des Antrags; Möglichkeiten einer überregionalen Präsentation der Funde und Fundstätten des östlichen Teils der Schwäbischen Alb; Entwicklung eines Gesamtkonzepts und Einbindung der frühgeschichtlichen Zeugnisse in den geohistorischen Zusammenhang; Vermittlung paläolithischer Kultur und Migration in Zusammenarbeit mit den Museen der Region; Tourismusangebote und Vermarktung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 20.03.2013 und Antw MFW Drs 15/3254

Archäologisches Erbe und Bodendenkmalpflege in BW

Förderung der Archäologie durch das Land in den vergangenen fünf Jahren; Bedeutung des archäologischen Erbes in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Organisation und Arbeitsschwerpunkte der archäologischen Denkmalpflege; Präsentation der Eiszeitkunst; Vermittlungskonzept für die als UNESCO-Welterbe anerkannten „Pfahlbauten“; Grabungen und Forschungen der Landesdenkmalpflege an der archäologischen Fundstätte Heuneburg; Öffentlichkeitsarbeit für die Bodendenkmalpflege und den Erhalt des archäologischen Erbes; Finanzierung von Rettungsgrabungen

Antr

s. *Bodendenkmal*

Drs 15/4776

UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Maulbronn - Wo bleibt die Politik des Gehörtwerdens?

Fehlende Einbindung der Stadtverwaltung und kommunaler Gremien bei der Projektplanung zur Klosterlandschaft Maulbronn, insbes bei der Ausweisung einer Pufferzone

KlAnfr

s. *Kloster*

Drs 15/5188

Weltfrauentag

s. *Internationaler Frauentag*

Welthandelsorganisation

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Markt, der möglichen Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens und der Direktinvestitionen; Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen; Weiterentwicklung der Beziehungen, insbes zur Stadt Moskau; Neuauflage der Baden-Württemberg-Tage in Moskau; Ausbau der bestehenden Partnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk

Antr
s. *Russland*
Drs 15/956

Ergebnisse der Neunten Minister-Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 7. Dezember 2013 (sogenanntes Bali-Paket)

Auswirkungen des Handelsabkommens auf den Export baden-württembergischer Unternehmen; von den Handelserleichterungen profitierende Branchen; mögliche Auswirkungen auf den Warenimport, die Verbraucherpreise und den Arbeitsmarkt im Land; Wettbewerbschancen baden-württembergischer Produzenten infolge der Begrenzung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Produkte; Haltung zu Übereinkommen über den Handel mit Waren der Informationstechnologie und den Handel mit Umweltgütern

Antr
s. *Handelsabkommen*
Drs 15/4681

Weltkrieg

s. *Krieg*

Wendlingen am Neckar

Fahrzeiten Stuttgart 21

Fahrzeiten der ICE/IRE-Züge auf der Neubaustrecke Ulm-Wendlingen mit/ohne Stuttgart 21 über den Flughafen bzw über die Bestandsstrecke zum Hauptbahnhof; jeweilige Fahrzeiten mit/ohne Stuttgart 21 zwischen Ulm, Tübingen, Singen, Pforzheim, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Aalen und Stuttgart-Flughafen

KlAnfr
s. *Fahrplan*
Drs 15/522

Planfeststellungsverfahren der Schienenneubaustrecke Wendlingen-Ulm 2.5

Stand des o.g. Planfeststellungsverfahrens; Zeitpunkt des Abschlusses, des Baubeginns und der Fertigstellung der einzelnen Maßnahmen; Höhe und Träger der Kosten; Kompatibilität der Zahl von Bahnsteigen in Ulm mit den im Fahrplan 2020 vorgesehenen Zugverbindungen und der geplanten S-Bahn Donau-Iller?

KlAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1365

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm: Gestaltung der Wendlinger Kurve
Mehrbedarf an Zügen im Schienenpersonenregionalverkehr, insbes aus der Raumschaft Reutlingen/Tübingen und nach der Fertigstellung des o.g. Projekts; Beurteilung einer „Großen Wendlinger Kurve“ im Zuge der Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Höhe einer Beteiligung an den Mehrkosten dieser Variante bzw deren Vorbereitung

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/1668

Planung einer 400 kV-Gleichstromtrasse in den Raum Wendlingen

Sachstand zur Planung einer 400 kV-Gleichstromtrasse in den Raum Wendlingen, insbes Trassenverlauf, Trassenführung, Maßnahmen am Endpunkt der Trasse

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6164

Bürgerbeteiligung beim Netzausbau

Frühzeitige Information der betroffenen Kreise, Städte und Gemeinden über Änderungen in der Netzentwicklungsplanung; „Raum Wendlingen“ als Trassenendpunkt bzw Konverterstandort für das Trassenvorhaben SuedLink; Aufklärung über den Netzausbau und Vermittlung durch bürger- und wohnortnahe Dialoge entsprechend dem sogenannten Westküstendialog in Schleswig-Holstein; Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bundesfachplanung für das Trassenvorhaben SuedLink; Standortsuche für den Konverter am Trassenendpunkt von Ultramet im Raum Philippsburg

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/6169

Stand der Planungen zum Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen

Sachstand der Planungen zum achtspurigen Ausbau der Autobahn A 8 zwischen dem Autobahndreieck Leonberg und der Ausfahrt Wendlingen, insbes Kriterien für die Bewertung in der Prioritätenliste, Verkehrsbelastungen auf den jeweiligen Abschnitten zwischen Leonberg und Wendlingen

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/6222

Zukunftsfähige Gestaltung der Wendlinger Kurve iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm

Sachstand zur Realisierung einer großen Wendlinger Kurve in zweigleisiger Ausführung iRd Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, insbes Berücksichtigung in einer Machbarkeitsstudie

Antr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/7355

Werbung

s.a. *Marketinggesellschaft BW*
s.a. *Öffentlichkeitsarbeit*
s.a. *Tourismusmarketing BW*

Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften

Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Ersetzung der geräteabhängigen Rundfunkgebühr durch einen haushaltsbezogenen bzw betriebsstättenbezogenen Rundfunkbeitrag; Einschränkung der Möglichkeiten des Sponsorings im öffentlich-rechtlichen Fernsehen; Änderung des LandesmedienGes

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 15/197

Tourismuswerbung in BW

Entwicklung der Budgets und der Zusammenarbeit der Tourismusorganisationen und der Tourismus-Marketing BW seit 2001; Darlegung der Marketingmaßnahmen und deren Wirkungen im In- und Ausland; Wettbewerbsfähigkeit der Ausrichtung, Organisation und Ausstattung der TMBW im Vergleich zu den unmittelbaren Nachbarregionen

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/573

Telefonabzocke bei Nahrungsergänzungsmitteln

Darlegung o.g. Fälle und Praxis des Unterschiebens von Verträgen sowie der Firmensitze entsprechender Anbieter im Ausland; Internetadressen und Telefonberatungsstellen für die betroffenen Verbraucher; Unterstützung der Bestätigungslösung im GesEntw zur Fortentwicklung des Verbraucherschutzes bei unerlaubter Telefonwerbung, Verfahrensstand des vom Bundesrat in den Bundestag eingebrachten GesEntw sowie der dazu von der BReg angekündigten Prüfung

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/1054

Was kostet den Steuerzahler die Werbeoffensive für die Gemeinschaftsschule?

Art der eingesetzten Werbemittel, Höhe der Kosten und Adressaten der Kampagne zur Einführung der Gemeinschaftsschule; Auflistung von weiteren Aktivitäten und Informationsveranstaltungen zur Bewerbung der Gemeinschaftsschule und deren Kosten sowie der bisherigen Gespräche des KM mit Schulleitungen und Schulträgern

Antr
s. *Gemeinschaftsschule*
Drs 15/2388

Wertigkeit regionaler Dachmarken erforschen und entwickeln

Initiierung von wissenschaftlich erarbeiteten und begleiteten Konzepten zur Entwicklung regionaler Dachmarken zur besseren Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen aus der entsprechenden Region, z.B. für den Schwarzwald, die Schwäbische Alb oder Hohenlohe

Antr
s. *Region*
Drs 15/2410

Werbung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart für einen kommerziellen Finanzdienstleister

Zulässiger Rahmen des Engagements für die Interessen und das Geschäftssegment eines Unternehmens; Aufschluss über die dem Oberbürgermeister aus diesem Engagement erwachsenen materiellen und immateriellen Vorteile; Stellungnahme der

Aufsichtsbehörde; Prospekthaftungsansprüche und andere Schadensansprüche enttäuschter Verbraucher; Stellung des Unternehmens ECOeffect auf dem Markt des „nachhaltigen Investments“; Beziehungen des Unternehmens zu Mitgliedern der LReg; wettbewerbliche Benachteiligung anderer Finanzdienstleister

KlAnfr
s. *Bürgermeister*
Drs 15/4146

Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Klarstellung zur Werbung als Teil des Programms und Gegenstand der Rundfunklizenz; Regelung eines grundsätzlichen Verbots regionenspezifischer Ausstrahlung von Werbung in bundesweiten Rundfunkprogrammen privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunkveranstalter mit einem landesgesetzlichen Erlaubnisvorbehalt zur Verbreitung von Werbung für das jeweilige Landesgebiet

GesEntw
s. *Gesetz zum Achtzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag*
Drs 15/7556

Erinnerung an die Forderung der FDP/DVP nach einem Verbot von Werbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 206

Anstrengung einer Einwilligungslösung im Meldegesetz für die Verwendung von Daten aus Melderegistern zu Werbezwecken

PIPr 15/42 11.07.2012 S. 2342-2348

Werft

s.a. *Schifffahrt*
s.a. *Wasserfahrzeug*

Planung Kressbronner Bodenseeufer im Bereich Bodanwerft

Planungsstand für eine nachhaltige Folgenutzung des Geländes der insolventen Bodanwerft, Gewichtung von Erfordernissen des Denkmalschutzes, des Naturschutzes, Tourismus, der Raumplanung und des Verkehrs

KlAnfr
s. *Kressbronn*
Drs 15/979

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petitionen 15/832, 15/1007, 15/2832 und 15/3081 betr. Umnutzung des Geländes der ehemaligen Bodan-Werft

BeschlEmpf und Bericht PetA 28.11.2013 Drs 15/4332 Nr. 1-4 S. 2-13
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099
Mittlg LReg 03.07.2014 Drs 15/5427

Werkrealschulabschluss

s. *Schulabschluss*

Werkrealschule

Zukunft der Werkrealschule

Vorgaben und Konsequenzen der geplanten Konzeptionsänderungen für Schulen und Schulträger mit einer vorhandenen bzw beantragten Werkrealschule, Gestaltung der Wege zum Hauptschul- und Werkrealschulabschluss; Festhalten an der vorgesehenen Kooperation der Werkrealschulen mit den zweijährigen

gen Berufsfachschulen für Klasse 10 und an den Wahlpflichtfächern für Klassen 8 und 9; Öffnung der Kooperation mit den Berufsfachschulen für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen

Antr FDP/DVP 05.07.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/205

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 654-663

Realschulabschluss an Werkrealschulen

Ablegen der gleichen Prüfung wie an Realschulen?

MdlAnfr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/257

Regierungsbefragung

Zukunft der Hauptschulen und der Werkrealschulen

s. *Hauptschule*

PIPr 15/14 S. 577

Lehrerstellen sparen durch Pädagogische Assistenten?

Gegenfinanzierung der Pädagogischen Assistenten an Haupt- und Werkrealschulen in Form von Anteilen an Lehrerdeputaten, entsprechendes Vorgehen beim Auslaufen der Verträge der an Grundschulen beschäftigten Assistenten?

MdlAnfr

s. *Schulassistent*

Drs 15/791

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für BW und anderer Gesetze

Änderung der Regelungen zur Werkrealschule und Hauptschule, Aufhebung der Vorgabe einer Zweizügigkeit für die Werkrealschule sowie der teilweisen Auslagerung des Unterrichts in der zehnten Klasse in die Berufsfachschulen, Angebot des Werkreal- und Hauptschulabschlusses in Klasse 10

GesEntw

s. *Schulrecht*

Drs 15/941

Werkrealschule - eine Schulart, die nie eine Chance bekam

Bedeutung des Wahlpflichtfachs als Kernelement der berufspraktischen Ausrichtung der Werkrealschule, inhaltliche Ausgestaltung der Stundentafel nach dem Wegfall der Kooperation mit der zweijährigen Berufsfachschule, Organisation des integrierten Unterrichts in Klasse 10 bzw der gemeinsamen Vorbereitung der Schüler auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss, Frage nach der Wertung eines in Klasse 9 und/oder Klasse 10 abgelegten Hauptschulabschlusses, Maßnahmen zur Kompensation der Berufsorientierung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 03.01.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1095

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1646 S. 18-20

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Zweijährige Berufsfachschule - eine Schulart ohne Zukunft?

Darstellung der Schülerzahlen seit 2002, Wertschätzung der Absolventen von den Ausbildungsbetrieben, Bewertung der Kooperation mit der Werkrealschule im zehnten Schuljahr vonseiten der Wirtschaft und des Berufsschullehrerverbands, Auswirkungen des Wegfalls der Kooperation auf die Schülerzahlen und die beruflichen Schulstandorte insbes im ländlichen Raum; Fortführung der verpflichtenden Kooperation mit der Werkrealschule

Antr

s. Berufsfachschule

Drs 15/1196

Mittlerer Bildungsabschluss - der Regelabschluss im differenzierten Bildungswesen in BW

Zahl der Absolventen mit o.g. Abschluss seit 2002 erworben an der Realschule, am Gymnasium, an der Werkrealschule, der zweijährigen Berufsfachschule, der Berufsaufbauschule, der Abendrealschule und auf anderen Wegen

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 15/1247

Qualitätsverfall in den Werkrealschulen - zu Lasten von Schülern, Lehrern, Schulträgern und dem Bildungsstandort BW

Auswirkungen des Hauptschulabschlusses in der zehnten Klasse auf die Lehrpläne der Haupt- und Werkrealschule; Umsetzung des angekündigten pädagogischen Konzepts und der Berufsorientierung in Klasse 10 der Werkrealschule, Vorbereitung der Lehrkräfte auf den „binnendifferenzierten Unterricht“ in den heterogen zusammengesetzten 10. Klassen; Auswirkungen der Veränderungen auf die eingesetzten Lehrerdeputate, Frage nach der Verwendung der eingesparten Mittel

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 22.02.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1314

BeschlEmpf und Bericht BildungsA 02.05.2012 Drs 15/2007 S. 19-21

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Antrag der Gemeinde Heiningen auf Errichtung einer Werkrealschule

Auswirkungen der Bewilligung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll sowie des o.g. Antrags der Gemeinde Heiningen auf Einrichtung einer einzügigen Werkrealschule auf der Grundlage eines von der Schule entwickelten pädagogischen Konzepts, insbes auf die zu erwartenden Schülerströme in der Raumschaft Bad Boll/Heiningen; Bewertung der Willensäußerungen der Eltern nach Einrichtung einer Werkrealschule in Heiningen im Vergleich zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Bad Boll

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 14.03.2012 und Stellungnahme KM Drs 15/1433

Droht den Haupt- und Werkrealschulen der Kahlschlag?

Entwicklung der Übergangszahlen auf die Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zum Vorjahr; Organisation der Klassenbildung, des Unterrichts und der Lehrerversorgung an Standorten mit weniger als 16 Anmeldungen; Beurteilung der Situation in Gemeinden, die zuvor erhebliche Modernisierungs- und Ausbauinvestitionen in ihre Schulen getätigt haben; Frage nach der künftigen Nutzung von leerstehenden Gebäuden sowie nach einer regionalen Schulentwicklungsplanung für den Rückbau der Schulen

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 15/1565

Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 15/1599

Rückerstattung von Schulbaufördermitteln

Umfang der Gewährung und evtl Rückforderung o.g. Mittel seit 2002; Auslösung von Schulschließungen, insbes von Haupt- und Werkrealschulen, durch den Rückgang der Schülerzahlen infolge der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Vermeidung einer drohenden Rückerstattung gewährter Fördermittel durch Umwandlung einer Schule in eine Gemeinschaftsschule? Umfang der Interessenbekundung von Schulträgern für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule aus diesem Grunde

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 15/1651

Schulversuch am Realschulstandort Meckesheim

Steuerung der Schülerströme und Erhalt von Schulstandorten in der Raumschaft Elsenz-/Lobbach-/Schwarzachtal - unter besonderer Berücksichtigung des Schulstandorts Meckesheim; Genehmigungsfähigkeit des beantragten o.g. Schulversuchs mit einem integrierten Angebot für Real- und Werkrealschüler, Zulassung auch von Entwicklungen „von unten“ neben den Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/1747

Auflösung kleiner Haupt- bzw Werkrealschulen im Land

Notwendige Zusammenlegungen der Klassen fünf und sechs oder von Schulstandorten im kommenden Schuljahr infolge der demografischen Entwicklung und Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Darlegung der betroffenen Standorte und Schulträger, der Kriterien und Verantwortlichen für die zu treffenden Entscheidungen; Frage nach Perspektiven für die Schulen ohne fünfte Klasse

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1752

Grundschulempfehlung und Besuch der weiterführenden Schulen

Bewertung der großen Differenz zwischen der Zahl von Schülern im LKreis Esslingen mit der Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule und den tatsächlichen Anmeldungen; Vorbereitung der Realschulen und Gymnasien auf den Besuch von zahlreichen Schülern mit Hauptschule/Werkrealschulempfehlung; Festhalten an der Nichtvorlage der Grundschulempfehlung gegenüber den weiterführenden Schulen?

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/2003

„Schulentwicklung von unten“ - am Beispiel der Region Baiersbronn

Bewertung der Werkrealschule Baiersbronn und ihrer Außenstellen, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2006, Begründung der Ablehnung der Entscheidung des Gemeinderats Baiersbronn zu den Außenstellen der Werkrealschule von der Schulverwaltung, Frage nach einer Gewichtung der regionalen Besonderheiten und nach Alternativen zu dieser Entscheidung; Aussetzung der Ablehnung bis zu einer einvernehmlichen Lösung mit den beteiligten Akteuren vor Ort

Antr Norbert Beck u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme
KM Drs 15/2208

Welche Entwicklungsperspektive hat der Schulstandort Albershausen?

Schaffung einer Verbundschule aus Werkrealschule und Realschule durch die Einrichtung eines Realschulzugs in Albershausen; Gründe für die Ablehnung des im Schulverband Westliche Voralb „von unten“ gewünschten Realschulzugs; Frage nach einer Bevorzugung der Gemeinschaftsschule aus schulpolitischen Erwägungen

Antr
s. *Schule*
Drs 15/2334

Pädagogische Assistenten im Wahlkreis Weinheim

Zahl und Aufgaben, Klassenstufen und zeitlicher Umfang der Beschäftigung von Pädagogischen Assistenten an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen; Organisation der Weiterbeschäftigung mit zusätzlichen Stellen für die Grundschulen? Frage nach einer Verrechnung mit Lehrerstellen oder Kürzung des Ergänzungsbereichs

KlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2585

Pädagogische Assistenten

Frage des dauerhaften Einsatzes von Schulassistenten an Grundschulen sowie an Haupt- und Werkrealschulen

MdlAnfr
s. *Schulassistent*
Drs 15/2649

Was geschieht mit den Lehrern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Planungen und Statistiken zum Wegfall der Haupt-/Werkrealschulen und den dadurch frei werdenden Lehrkräften, hier insbes Altersstruktur, Pensionierungszahlen und Stellenstreichungen; zukünftiger Einsatz und Umschulung von Haupt-/Werkrealschullehrkräften unter Berücksichtigung von fachlich-didaktischer Ausbildung und Laufbahnrecht; Verfahrensstand der Schulentwicklungspläne; Umfang, zukünftiger Einsatz und Besoldung von Lehrkräften mit Ausbildung für unterschiedliche Schultypen an Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/2859

Perspektiven für Haupt- und Werkrealschullehrer

Zahlen und Prognosen zu Hauptschulanmeldungen im Rems-Murr-Kreis; Pläne zur Schließung bzw zum Umbau in Ganztagschulen für Haupt- und Werkrealschulen im Rems-Murr-Kreis sowie Maßnahmen für das Lehrpersonal; Entwicklung der Studienabschlüsse für das Hauptschullehramt

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 15/2875

Zukunft von Hauptschulstandorten im Enzkreis

Schülerzahlen und Deputatzuweisungen der einzelnen Haupt- und Werkrealschulen im Enzkreis; Fortbestand der Haupt- und Werkrealschulstandorte, insbes Maulbronn

KlAnfr
s. *Enzkreis*
Drs 15/2936

Übergangmanagement Schule-Beruf

Statistiken, Arbeit und Förderung der Initiativen für das Übergangmanagement Schule-Beruf zur Ermöglichung eines guten Berufsstarts von Schülern mit schlechteren Startchancen, insbes staatliche Unterstützungsleistungen, Berücksichtigung der Initiativen bei bildungspolitischen Maßnahmen, Herausforderungen aufgrund des Wegfalls der Notenhürden für Klasse 10 der Werkrealschule und für die zweijährige Berufsfachschule, frühe Integration von Schülern in das berufliche Bildungssystem, Nutzung des Übergangs in die duale Ausbildung

Antr
s. *Berufsbildung*
Drs 15/3127

Entwicklung der Schülerzahlen an den Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien und Übertrittsverhalten der Schüler im LKreiss Esslingen

Statistische Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen im LKreiss Esslingen, insbes Notendurchschnitt und Schulwechsel; drohende Schließung von Haupt- bzw Werkrealschulen aufgrund von Schülermangel

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/3179

Mensch, Natur und Kultur (MeNuK)

Stellenwert der musikalischen Bildung im Fächerverbund „Mensch, Natur und Kultur“ (MeNuK) an den Grundschulen, insbes Fachqualifikation und Mangelsituation bei Musiklehrern sowie Entwicklung musikalischer Angebote im Ergänzungsbe- reich; Erfahrungen und Evaluationsergebnisse zum Musikunterricht und Fächerverbund MeNuK; Auflösung des Fächerverbands MeNuK an Grundschulen sowie des Fächerverbands „Musik-Sport-Gestalten“ (MSG) an den Haupt- und Werkrealschulen

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/3341

Schließung der Schulstandorte im Enzkreis - Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

Planung und mögliche Schließung von Schulstandorten bei Haupt- bzw Werkrealschulen im Enzkreis, insbes Schülerzahlen und Zukunft der Friedrich-Weinbrenner-Schule in Bauschlott

KlAnfr Viktoria Schmid CDU 17.05.2013 und Antw KM
Drs 15/3520

Schülerentwicklung in und um Erbach (Donau)

Zukünftig an den Werkrealschulen Dellmensingen und Oberdisingen sowie an der beantragten Gemeinschaftsschule Erbach zu erwartende Schülerzahlen; Folgen für den Fortbestand der Schulstandorte; Resultate der Unterredungen mit den Schulträgern; Einbeziehung schulischer Vertreter sowie der Eltern und Schüler in die regionale Schulentwicklungsplanung; Einleitung eines „Dialog- und Beteiligungsverfahrens“ mit den betroffenen Kommunen; Kriterien für eine Zusammenlegung von Schulstandorten; Gründe für die Beendigung der jahrgangsübergreifenden Beschulung der fünften und sechsten Klasse an der Werkrealschule Dellmensingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/3600

Die besondere Situation der Brötzingen Werkrealschule Pforzheim

Auswirkungen von Migration und sozialen Problemen auf die Schulsituation in Pforzheim; das Ganztagsangebot für sämtliche Jahrgangsstufen als besondere organisatorische und pädagogische Herausforderung für die Brötzingen Schule; Unterstützung der Brötzingen Schule; Ethikunterricht ab der 1. Klasse; Gewährung zusätzlicher Wochenstunden für ganztägige Vorbereitungs- klassen; Gewährung zusätzlicher Leitungsstunden für Ganztags- schulen

KlAnfr Dr. Marianne Engeser CDU 25.07.2013 und Antw
KM Drs 15/3872

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen

Klassenbildung an der Werkrealschule Bernhausen bei 33 An- meldungen in der Eingangsklasse, insbes Begründung der vor- läufigen Ablehnung einer Zweizügigkeit, Vergleich mit der Klas- senbildung an Gemeinschaftsschulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.08.2013 und Stellungnah-
me KM Drs 15/3921
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 15.01.2014 Drs 15/4897
S. 34
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Zahl der Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten

Stellenzahlen zu Beschäftigung, Ausscheiden und Wiederbe- setzung Pädagogischer Assistenten an Werkreal-, Haupt- und Grundschulen sowie entsprechende Gesamtstundenzahlen

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 15/3953

Regionale Schulentwicklung - Ein Blick über den Tellerrand

Bedeutung kleinerer weiterführender Schulen in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs; Konsequenzen für ortsansässige Betriebe, die strukturelle Entwicklung der Kommunen sowie das gesellschaftliche Engagement der Jugendlichen am Wohnort bei Schließung dieser Schulstandorte; Alternativen zu Schulschlie- ßungen an den kleineren Standorten; Rückgang der Schülerzah- len kleinerer Haupt- und Werkrealschulen im ländlichen Raum durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfeh- lung

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/4125

Unbesetzte Lehrerdeputate an der Waldschule Pforzheim-Büchenbronn

Lehrkräftebedarf der Waldschule Büchenbronn; Zuteilung wei- terer Lehrkräfte zur Behebung des bestehenden Unterrichts- defizits; Zusatzstunden für einen stufengetrennten Unterricht in den Kernfächern in Klasse 6 und Klasse 7; Lösungsvorschläge für die lehrplanmäßige Unterrichtserteilung in zusammengeleg- ten Klassen; Chancengleichheit für die Schüler der Waldschule Büchenbronn

KlAnfr
s. *Lehrerbedarf*
Drs 15/4143

Was geschieht mit den Schülern einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Schülerzahlen der Haupt- und Werkrealschu- len seit dem Schuljahr 2011/2012; Prognose für das Schuljahr 2014/2015; Anzahl der Wiederholer im Vergleich zu anderen

Bundesländern; Übergang an Realschule oder Gymnasium; Anteil der ausländischen Schüler und der Schüler mit Migrationshintergrund sowie deren regionale Verteilung; Integrationsleistung der baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen; Erziehungsfunktion der Haupt- und Werkrealschulen im Vergleich zu anderen Schultypen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 15/4431

Was geschieht mit den Absolventen einer Schule, die es nicht mehr geben soll?

Entwicklung der Zahl der Hauptschul- bzw Werkrealschulabsolventen in den letzten zehn Jahren; Quote der Schulabbrecher, Anteil der unter 30-jährigen Menschen ohne Schulabschluss im Vergleich zu anderen Bundesländern; Erreichen eines höheren Schulabschlusses durch Absolventen der Haupt- und Werkrealschulen; Lehrstellenmarkt und Berufsaussichten für Schüler der Sekundarstufe I; Benachteiligung von Haupt- und Werkrealschülern aufgrund des abnehmenden Ansehens der Schullart

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 15/4432

Das „Kronauer Modell“ - bekommt das erfolgreiche Inklusionskonzept eine Zukunft?

Zusammenarbeit der Werkrealschule in Kronau mit der Körperbehindertenschule Karlsbad; Sicherung des Fortbestands des Kooperationsmodells in Kronau; Auswirkungen eines Wegfalls der Werkrealschule für die Inklusionsarbeit vor Ort; Berücksichtigung von Spezialfällen wie dem „Kronauer Modell“ in der regionalen Schulentwicklungsplanung

Antr
s. *Inklusion*
Drs 15/4734

Werkrealschulen in BW

Anzahl der aktuell bestehenden Werkrealschulen; Auflösung bzw Weiterbestand von Werkrealschulen mit mehreren Standorten; Umwandlung in Gemeinschaftsschulen; Kooperationsmöglichkeiten der Werkrealschulen neuen Typs

KlAnfr Georg Wacker CDU 21.03.2014 und Antw KM Drs 15/4967
Ergänzende Antw KM 31.10.2014 Drs 15/5996 (12 S.)

Regierungsbefragung

Werkrealschule
PIPr 15/94 26.03.2014 S. 5620 5621

Ist einseitige Werbung für die Gemeinschaftsschulen richtig?

Auskunft über die seit Oktober 2012 entstandenen Werbematerialien zur Gemeinschaftsschule; Gegenüberstellung des finanziellen und personellen Aufwands für Werbung für die Gemeinschaftsschule und der für andere Schultypen; Aktualisierung der Werbematerialien nach Beendigung der Zusammenarbeit mit Peter Fratton; Produktion von Werbefilmen für Haupt- und Werkrealschulen sowie für Realschulen; Ausgewogenheit des Informationsangebots über die verschiedenen Schultypen im Webauftritt des Kultusministeriums

Antr
s. *Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung*
Drs 15/5009

Üben die staatlichen Schulämter Druck auf die Realschulen aus?

Verhalten der staatlichen Schulämter gegenüber Realschulen zur Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, insbes Verbreitung missverständlicher Aussagen über das Bildungskonzept der CDU-Landtagsfraktion; Einrichtung leistungsdifferenzierter Klassen an Gemeinschaftsschulen ab Klasse sieben; Bedingungen zur Bildung von Schulverbänden aus Werkrealschule und Realschule

Antr
s. *Schulverwaltung*
Drs 15/5087

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung an den Schulen vor Ort

Auswirkungen der regionalen Schulentwicklung für Schüler, Lehrkräfte und Kommunen vor Ort, insbes Stärkung der Haupt- und Werkrealschulen, Auflistung schließungsgefährdeter Schulen, Steuerung des Prozesses der regionalen Schulentwicklung durch die LReg

Antr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5097

Auswirkungen der Regionalen Schulentwicklung auf Haupt- und Werkrealschullehrkräfte

Versetzungen und berufliche Entwicklungsperspektiven für Lehrer an Haupt- oder Werkrealschulen; Ausbau berufsbegleitender Fortbildungsmöglichkeiten für Haupt- und Werkrealschullehrer

Antr
s. *Lehrer*
Drs 15/5182

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sinsheim

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis; Schülerzahlen an den Werkrealschulen in Angelbachtal, Effenbach, Helmstadt-Bargen, Meckesheim, Sinsheim und Eberbach; Zukunftsperspektiven für die einzelnen Schulen und Schulstandorte, insbes für die Gemeinde Angelbachtal nach der Genehmigung einer Gemeinschaftsschule in Sinsheim

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5344

Streichung der Deputatzuweisung an das Sprachenzentrum der Katharinenschule in Esslingen

Stundenstreichungen am Sprachzentrum der Katharinenschule in Esslingen und Fortführung dieser Arbeit als Vorzeigeobjekt

MdlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/5396

Regionale Schulentwicklung im Wahlkreis Sigmaringen

Beantragung und Genehmigung von Gemeinschaftsschulen im Wahlkreis Sigmaringen; Schüler- und Anmeldezahlen an den Werkrealschulen in Bad Saulgau, Mengen, Sigmaringen, Krauchenwies, Pfullendorf, Meßkirch, Sauldorf und Gammertingen

KlAnfr
s. *Schulentwicklung*
Drs 15/5626

Zusammensetzung der Schülerschaft an Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen

Zusammensetzung der Schülerschaft an den Haupt-, Werkreal- und Gemeinschaftsschulen im LKreis Esslingen, insbes Anmel-

dungen für die Eingangsklassen, Art der Grundschulempfehlung, sonderpädagogischer Förderbedarf, Anteil der Zuwandererkinder, Wiederholer der Eingangsklasse

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 15/5750

Konzept der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen

Inhalt und Verbindlichkeit des angekündigten Maßnahmenpakets der LReg zur Weiterentwicklung der Realschulen, insbes Umfang zusätzlicher Ressourcen, Vorgaben für die zweijährige Orientierungsstufe, Auswirkungen auf die Bildungspläne, Bedingungen einer Bestandsgarantie für Realschulen, Zukunft des zwei-Säulen-Modells, Perspektiven für Werkrealschulen und berufliche Schulen, Verlagerung von pädagogisch-schulorganisatorischen Entscheidungskompetenzen auf die jeweilige Schule und ihren Träger

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/6166

Realschulstandorte im Enzkreis

Zahl der Schulstandorte; Größe der einzelnen Realschulen; Gefährdung von Schulstandorten im Enzkreis durch die geplante Weiterentwicklung der Realschulen

KlAnfr
s. *Realschule*
Drs 15/6477

Lehrkräfte an den Haupt-/Werkrealschulen bedürfen einer beruflichen Perspektive

Sachstand zum berufsbegleitenden Fortbildungsprogramm für Lehrer an Haupt-/Werkrealschulen, insbes beauftragte Fortbildungsanbieter und deren Ausstattung, bereitgestellte Hausmittel, Prüfungsordnung, Struktur der Lehrgänge, Aufstiegschancen für Teilnehmer

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/6480

Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Anmeldezahlen und die Zukunft der Werkrealschulen; Festhalten an der Berufsorientierung in der Werkrealschule

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 295 296 330 335 336

Auswirkungen der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung auf die Anmeldezahlen und Zukunft der Werkrealschulen; Festhalten an der Berufsorientierung in der Werkrealschule

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 498-500 503 504 511

Änderung der Profilbeschreibung für die Werkrealschule, Verzicht auf den Wechsel in die Berufsfachschule in der zehnten Klasse, Angebot eines mittleren Bildungsabschlusses an der Werkrealschule

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 824 825 828 829

Beklagung eines Qualitätsverlusts der Werkrealschulen durch den Wegfall der Kooperation mit den zweijährigen Berufsfachschulen, Ermöglichung von mehr mittleren Abschlüssen an der Werkrealschule

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1373 1378 1380

Beklagung eines Qualitätsverlusts der Werkrealschulen durch die Streichung der Kooperation mit den zweijährigen Berufsfachschulen

PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1694 1695

Feststellung einer Umetikettierung der Werkrealschulen zu Gemeinschaftsschulen, Plädoyer für Kooperationen von Werkrealschulen und Realschulen

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1722 1728-1731

Einbruch der Schülerzahlen an den Werkrealschulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung

PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1973 1981 1982 1987 1988

Werkspionage

s. *Wirtschaftsspionage*

Werkstatt

s. *Arbeitsstätte*

Werkstatt für Behinderte

s. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Werkstatt für behinderte Menschen

Übergang aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Bewertung der Zahl von Fällen eines gelingenden Übergangs; Beeinträchtigung von Anreizen für den Übergang durch die derzeitige Ausgestaltung des Werkstätten- und Leistungsrechts, Beurteilung des Vorschlags für ein „umfassendes Rückkehrrecht“ vom allgemeinen Arbeitsmarkt in die Werkstätten für Behinderte

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/763

Zuwendungen des Landes für Investitionen in Behinderteneinrichtungen

Zahl der geschaffenen Plätze mit und ohne Zuwendungen des Landes in Wohnstätten, Betreuungsgruppen und Behindertenwerkstätten seit 2007; Gründe für den Ausschluss von privaten Investoren und Anbietern von barrierefreien Mietwohnungen von der Landesförderung; Weiterentwicklung der o.g. Verwaltungsvorschrift, Ermöglichung von Zuwendungen an private Investoren für die genannte Mietslösung für gemeinnützige Betreiber

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/2133

Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte in BW

Rechtsgrundlage, Bedeutung und Finanzierung der Landesarbeitsgemeinschaft; Schaffung einer bundesweit einheitlichen Rechtsgrundlage für die Arbeit und Finanzierung der Werkstatträte und ihrer Mitgliedschaft in regionalen und überregionalen Interessenvertretungen

Antr Werner Raab u.a. CDU 07.08.2012 und Stellungnahme SM Drs 15/2217

Unterbringung im Einzel- und Doppelzimmer in Wohnheimen bei Behindertenwerkstätten

Anzahl der bestehenden Einzel- und Doppelzimmer; bisherige Regelungen des Landesheimgesetzes und Bezuschussungspraxis; geplante Änderungen bei der Neufassung des Landesheimgesetzes hinsichtlich der Ausstattung der Wohnheime mit Einzel- und Doppelzimmern; Übergangsfristen; Förderprogramm zur Umgestaltung und Erweiterung bestehender Einrichtungen und zum Bau neuer Wohnheime

Antr
s. *Unterbringung*
Drs 15/2823

Inklusion in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt voranbringen

Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung, insbes Eintritt in eine Berufsausbildung, Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt, Arbeitslosenanteil der Schwerbehinderten unter 25 Jahren, Unterstützung für Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe bei der Einstellung bzw Ausbildung Schwerbehinderter, Umsetzung von Projekten und Vorhaben des Bundes im Bereich der Inklusion in der Ausbildung

Antr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/5083

Soziale Inklusion durch Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen

Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden; Aufnahme psychisch Kranker in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Zahl der Integrationsbetriebe und deren Finanzierung; Verwendung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe; Eingliederungshilfe für behinderte Menschen

KlAnfr
s. *Teilhabe behinderter Menschen*
Drs 15/6231

Werkstattrat

s. *Werkstatt für behinderte Menschen*

Werkstoff*Förderprogramm „Technologischer Ressourcenschutz“*

Sachstand zu Bewerbungen und Auswahlverfahren für eine Projektförderung iRd durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft ausgelobten Förderprogramms „Technologischer Ressourcenschutz“ (Gewinnen und die Nutzung von Sekundärrohstoffen durch Recycling oder Substitution von Roh- und Werkstoffen)

KlAnfr
s. *Programm der Landesregierung*
Drs 15/7202

Werkvertrag

Schluss mit Lohndumping und Tariffucht durch den Missbrauch von Werkverträgen

Aktuelle Debatte
s. *Vergütung*
PIPr 15/70 S. 4203

Gilt „Musterland für gute und sichere Arbeit“ auch für die LReg?

Beschäftigungsbedingungen von Pförtnern, Personen mit Werkverträgen und Praktikanten in Landesministerien und -behörden; Angewiesensein von Landesbeschäftigten auf ergänzende öffentliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts; Erfüllung der an die Arbeitgeber der Privatwirtschaft unter dem Schlagwort „Musterland für gute und sichere Arbeit“ gestellten Anforderungen des Koalitionsvertrags durch die LReg

Antr
s. *Arbeitsbedingungen*
Drs 15/3798

Konsequenzen aus dem Urteil des Sozialgerichts Mannheim zur Versicherungspflicht von Museumsführern

Anzahl der betroffenen staatlichen Museen; rechtliche Folgen für die bestehenden Verträge; Umwandlung der Werk- bzw Honorarverträge in Festanstellungen; Schätzung der zusätzlich anfallenden Kosten; Auswirkungen auf die Stellenpläne und die Gesamtzahl der in den Museen Beschäftigten, auf das museumspädagogische Angebot sowie auf die Höhe der Eintrittspreise; Folgen für weitere Museen in öffentlicher und privater Trägerschaft

Antr
s. *Versicherungspflicht*
Drs 15/4477

Offen gebliebene und neue Fragen im Zusammenhang mit dem Antrag „Existenz, Vergabe, Nutzen und Verwertung des Gutachtens 'Stuttgart 21 - ökonomische Bewertung von Kosten und Risiken' der K. GmbH“ (Drs 15/5256) - Auftragsvergabe

Wortlaut des Auftrags vom Juni 2011 an die KCW GmbH; Höhe der vereinbarten Kosten; Art der Auftragserteilung; Erweiterung bzw Aufstockung des Auftrags im August 2011; Inhalt und rechtliche Gestalt des Auftrags; Vereinbarung der schriftlichen Ausführung der Beratungsergebnisse; Art und Adressat der am Jahresende 2011 erbrachten Beratungsleistung; Information der Fachabteilungen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur; Übergabe der „nachlaufenden Dokumentation“; Anforderungen der schriftlichen Zusammenfassung der Beratungsergebnisse

Antr
s. *Gutachten*
Drs 15/5608

Praktikable Änderungen und Klarstellungen beim Mindestlohngesetz (MiLoG)

Hinwirkung auf Änderungen beim Mindestlohngesetz über den Bundesrat, insbes bei Dokumentationspflicht, Jahresarbeitszeitkontenregelung, Jahresbetrachtung des Lohns, Umfang der Haftung für Werk-/Dienstverträge, Wiederholungen studienbegleitender Praktika im selben Unternehmen

Antr
s. *Mindestlohngesetz*
Drs 15/6659

Gute Arbeit für Baden-Württemberg - den Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen bekämpfen

Aktuelle Debatte
s. *Leiharbeit*
PIPr 15/150 S. 8985

Werteorientierung

s. *Soziale Werte*

Wertesystem

s. *Soziale Werte*

Wertewandel

s. *Soziale Werte*

Wertheim

s.a. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

Ausbau der L 2310 zwischen Freudenberg und Wertheim-Bettingen

Stand der einzelnen Planfeststellungsverfahren, Zeitpunkt des Baubeginns und -abschlusses der einzelnen Bauabschnitte, insbes im Bereich Tremhof

KlAnfr

s. *Landesstraße 2310*

Drs 15/634

Auswirkungen der Polizeireform auf den Main-Tauber-Kreis - Erhalt der Polizeiausbildungsstätte Wertheim sowie der Polizeidirektion Tauberbischofsheim

Höhe und Verwendung von Landes- und Bundesmitteln bei der Konversionsmaßnahme Reinhardshof; Umfang der Investitionen in die polizeiliche Fortbildung; Mittelaufwand einer Verlegung der Ausbildungseinrichtung, mögliche Kompensationsmaßnahmen; Bewertung des Verlusts weiterer staatlicher Einrichtungen und damit von Arbeitsplätzen an den Standorten Tauberbischofsheim und Wertheim

KlAnfr

s. *Polizeireform*

Drs 15/1238

Auswirkungen der Bundeswehrreform auf den ländlichen Raum
Bewertung der Schließung der Polizeischule in Wertheim iRD
Polizeireform

Antr

s. *Bundeswehr*

Drs 15/1834

Zusammenarbeit zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und bayerischen Staatsregierung beim Ausbau der A 3 bei Wertheim

Vereinbarung mit dem Freistaat Bayern über die Übernahme von Bauarbeiten auf einem in BW liegenden Teilstück der A 3; Ausbau der Autobahn A 3 bei Wertheim als prioritäre Maßnahme im aktuellen Investitionsrahmenplan (IRP); Verkehrsaufkommen auf dem betreffenden Streckenabschnitt, Verkehrsbelastung für die Bevölkerung bei einem Unterbleiben des Ausbaus; zu erwartende Kostensteigerungen; Neueinstufung der geplanten Ausbaumaßnahme

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 15/2678

Nutzung des Geländes der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim

Eigentumsverhältnisse, Betriebsdaten, Gebäudenutzung, geplante Schließung, möglicher Verkauf und Anschlussnutzung der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim, insbes Berücksichtigung der Belange der Angestellten; neue Standorte und deren Unterkunfts-kosten für zukünftige Polizeifortbildungen

Antr

s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*

Drs 15/2908

Ausbau der A 3 bei Wertheim

Priorisierung und Sachstand beim Ausbau der A 3 bei Wertheim; Gültigkeit der Vereinbarung des Landes BW mit dem Freistaat Bayern aus dem Jahr 2008

Antr

s. *Autobahn*

Drs 15/3523

Straßenbauprojekte im Main-Tauber-Kreis

Planungs- und Sachstand bei Straßenbauprojekten im Main-Tauber-Kreis, insbes bei den Ortsumfahrungen der Bundesstraße 19 in Bad Mergentheim und der Bundesstraße 290 in Lauda-Königshofen sowie dem sechsspürigen Ausbau der Bundesautobahn 3 bei Wertheim

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 15/4549

Aktueller Sachstand des Ausbaus der Bundesautobahn (A) 3 bei Wertheim vor dem Hintergrund nicht abgerufener Mittel des Bundes

Sachstand und Kosten des Ausbaus der Bundesautobahn 3 bei Wertheim, insbes Vermeidung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, Mittelbereitstellung, Baufreigabebedingungen, mögliche Verwendung nicht abgerufener Bundesmittel

Antr

s. *Autobahn*

Drs 15/5096

Neuordnung des ärztlichen Notfalldiensts im Main-Tauber-Kreis

Versorgungssituation der Bevölkerung nach der Neuordnung der ärztlichen Notfalldienste im Main-Tauber-Kreis, insbes in Bad Mergentheim und Wertheim

KlAnfr

s. *Ärztlicher Notdienst*

Drs 15/5431

Beibehaltung von Ausbildungsstandorten der Polizei in den nördlichen Landesteilen

Entwicklung der Bewerberzahlen bei der Polizei für die Ausbildungsjahrgänge 2011 bis 2015 nach Regierungsbezirken; Planungen für künftige Standorte der Polizeiausbildung in BW, insbes für den Standort der Polizeiakademie in Wertheim

KlAnfr

s. *Polizeiausbildung*

Drs 15/6352

Schließung der Außenstelle Wertheim des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei BW zum Jahresende 2015 und damit verbundene mögliche Interimsunterbringungen bis zur Fertigstellung eines Neubaus am Standort Böblingen

Nutzbarkeit des Neubaus des Instituts für Fortbildung der Hochschule für Polizei am Standort Böblingen; Kosten einer Interimslösung aufgrund der Schließung des bisherigen Standorts in Wertheim zum Jahresende 2015

MdlAnfr

s. *Hochschule für Polizei*

Drs 15/6342

Polizeiakademie Wertheim

Aufrechterhaltung der Außenstelle Wertheim; Interimsnutzung während der Baumaßnahmen in Böblingen; Anschlussverwendung der Beschäftigten des Standorts Wertheim

KlAnfr
s. *Akademie der Polizei Baden-Württemberg*
Drs 15/6419

Stand der Planungen zur Schließung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim

Sachstand zu Schließungsplänen für die Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim, insbes aktueller Planungsstand, Beschäftigtenstruktur, Weiterbeschäftigungsangebote

Antr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/6624

Weitere Nutzung der Außenstelle der Hochschule für Polizei in Wertheim

Sachstand zur künftigen Nutzung des Standorts Wertheim der Hochschule für Polizei

MdlAnfr
s. *Hochschule für Polizei*
Drs 15/6895

Wertpapier*Prüfung des Ankaufs von EnBW-Anteilen durch das Land BW hinsichtlich der Grundlagen für die Bewertung der Anteile vor dem Kauf*

Einholung einer gutachtlichen Stellungnahme des RH nach § 88 Abs 3 LHO, Prüfung der Durchführung eines ordnungsgemäßen und wirtschaftlich fundierten Bewertungsverfahrens vor dem Ankauf der EnBW-Anteile von der EdF

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/852

Finanzielle Auswirkungen von Eurobonds für den Haushalt des Landes BW

MdlAnfr
s. *Finanzinstrument*
Drs 15/949

Auswirkungen der Einführung von Euro-Bonds

Darlegung o.g. Folgen für den Haushalt des Landes, die Wirtschaft und den Bankenmarkt

Antr
s. *Finanzinstrument*
Drs 15/966

Einsetzung und Auftrag des UA „Aufarbeitung der Umstände um den Kaufvertrag vom 06.12.2010, in welchem die Neckarpri GmbH 45,01 Prozent der Aktien der Energie BW AG (EnBW) erworben hat, und Aufarbeitung der Vorgehensweise der LReg iRd Neuausrichtung der EnBW (EnBW-Untersuchungsausschuss)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1015

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1031

Einsetzung eines UA zum Thema „Ankauf der EnBW-Anteile der Électricité de France (EdF) durch das Land BW und seine Folgen (EnBW-Deal)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1018

Hat die LReg dem Untersuchungsausschuss alle Unterlagen vorgelegt?

Zusammenstellung, Auswertung und Zuleitung aller Akten und Unterlagen im Zusammenhang mit dem Erwerb von EnBW-Anteilen durch die Neckarpri GmbH von der EdF einschließlich derer zur Beauftragung von Beratungsunternehmen und der zwischen diesen und der LReg ausgetauschten Unterlagen, Aussage des ehemaligen MinPräs Mappus über die Existenz von Aktenordnern im StM, Kenntnis der E-Mail des Rechtsanwalts M.S. vor Übermittlung des Berichts an den Untersuchungsausschuss

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 15/1186

Gesetz zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht

Verankerung eines förmlichen Verbots spekulativer Finanzgeschäfte, insbes mit spekulativen Papieren und Finanzinstrumenten, in der Gemeindeordnung

GesEntw
s. *Haushaltsrecht*
Drs 15/1571

Verkauf von riskanten Finanzprodukten an Kommunen durch die Landesbank BW (LBBW)

Zahl und Volumen der o.g. Verkäufe der LBBW und ihrer Beteiligungen an Kommunen, Zweckverbände oder kommunale Unternehmen; Bewertung solcher Geschäftspraktiken und des Verhandlungsstands der LBBW mit den betroffenen Kommunen; Maßnahmen zum Schutz der Kommunen, Umgang mit dem GesEntw 15/1571 zur Verankerung eines Spekulationsverbots im kommunalen Haushaltsrecht der Gemeindeordnung

Antr
s. *Finanzinstrument*
Drs 15/1801

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1933

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gut-

achterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2108

Sicherung der Ansprüche des Landes im Zusammenhang mit dem Rückkauf der EnBW-Landesanteile von der Électricité de France

Unterstützung der ICC-Klage und sämtlicher Schritte zur Sicherung o.g. Ansprüche

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2136

Perspektiven und Hintergründe zur Börse Stuttgart

Vertretung der Interessen des Landes in der „Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.“; Entwicklung des Handelsvolumens und der Mitarbeiterzahl an der Stuttgarter Börse seit 2000 im bundesweiten Börsenvergleich; Umfang und Risiken des Handels mit Aktien, Fonds und Derivaten sowie des computergestützten Hochfrequenzhandels; Einschätzung der Auswirkungen der geplanten Finanztransaktionssteuer für die Stuttgarter Börse und Stuttgart Financial

Antr
s. *Börse*
Drs 15/2180

Sachstand des Schiedsverfahrens der LReg vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC)

Frage nach der Bildung eines Schiedsgerichts, den Namen der Schiedsrichter sowie dem Inhalt des Schiedsauftrags; Gründe für die Absenkung der ursprünglichen Forderung gegenüber der EdF; Risiko einer Abtretung der EnBW-Anteile an die EdF oder an einen Dritten infolge des Schiedsspruchs; Kaufoption von EnBW-Aktien für die OEW

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/2309

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und einen einheitlichen Bankenabwicklungsfonds

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/3997

Sachstand der ICC-Schiedsklage

Weitere Verhandlungstermine im Schiedsverfahren des Landes BW gegen die Électricité de France (EDF) vor der Internationalen Handelskammer Paris (ICC-Schiedskammer); Ersuchen an den EnBW-Untersuchungsausschuss zur Nutzung der Protokolle über Zeugenaussagen in öffentlichen Sitzungen

Antr
s. *Schiedsrichterliches Verfahren*

Drs 15/4148

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Aktionsplan Kapitalmarktunion, gemeinsame Vorschriften über die Verbriefung und Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7764

Günstige Refinanzierung des Bundes an den Kapitalmärkten mit Staatsanleihen, Kritik am starken Ankauf von Staatsanleihen europäischer Schuldenländer durch die EZB, Prüfung der Einführung von Eurobonds

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482-485 488 489 492 493 497

Befürwortung eines Verkaufs der EnBW-Aktien an Stadtwerke und regionale Energieerzeuger; Erinnerung an den Verfassungsverstoß und den überhöhten Preis beim Rückkauf der Aktien von der EdF

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 684-687 690-696 699

Einforderung schärferer Regelungen und Aufsichtsanforderungen für den globalen Wertpapierhandel

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1079-1083

Rückblick auf die unterschiedlichen Bewertungen der EnBW-Aktien, Beurteilung der Wertansetzung bei der Rückforderung im Zuge der ICC-Klage, Festhalten an den Anteilen an der EnBW

PIPr 15/39 20.06.2012 S. 2133-2150

Wertpapierberatung

s. *Anlageberatung*

Wertpapierbörse

s. *Börse*

Wertpapierhandel

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4887

Wertpapiermarkt

s. *Wertpapierhandel*

Wertpapierprospekt

s.a. *Anlegerschutz*

Auswirkungen der geplanten Erweiterung des Kleinanlegerschutzes

Stand des Gesetzgebungsverfahrens zum Kleinanlegerschutz; Praktikabilität der vorgesehenen Ausnahmen von der Prospektpflicht für über Internet-Dienstleistungsplattformen angebotene

Vermögensanlagen, für Darlehen von Kleinstkapitalgesellschaften an soziale und gemeinnützige Projekte sowie von Darlehen von Mitgliedern einer Genossenschaft an ihre Genossenschaft; Gefährdung der Finanzierung gemeinnütziger Einrichtungen und Initiativen durch das geplante Kleinanlegerschutzgesetz

Antr
s. *Anlegerschutz*
Drs 15/6409

Wertschöpfung

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg
Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzen, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr
s. *Ländlicher Raum*
Drs 15/3962

Ausgangslage der Hochschulmedizin vor dem Abschluss des Solidarpakts III

Finanzielle Situation der Hochschulmedizin; Veränderungen der Kostenstruktur in den letzten drei Jahren; Ausstattung mit Personal und Forschungsmitteln im internationalen Vergleich; Investitionsbedarf aufgrund veränderter Anforderungen im Bau- und Umweltrecht; wirtschaftlicher Nutzen bzw Wertschöpfung durch medizinische Fakultäten; Grundfinanzierung als Voraussetzung für die Einwerbung von Drittmitteln; Sanierung der Gebäude der Universitätskliniken; Abschluss einer gesonderten Vereinbarung für die Hochschulmedizin iRd Solidarpakts III

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 15/4523

Zustand der Sportstätten in BW

Zweckdienlichkeit und baulicher Zustand der Sportstätten; Sanierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportstätten; Förderung der Sportstättenanierung in den vergangenen fünf Jahren; Nutzung der Sportstätten im Land für sportliche Großveranstaltungen; Anteil des Sports an der Bruttowertschöpfung; Sportentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und Sportverbänden; Programm zur Sanierung der Sportstätten

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 15/5859

Wertstoff

Wertstoffgesetz - Ausweitung der Kommunalwirtschaft

Sachstand zur geforderten Übertragung der Wertstofffassung auf die Kommunen iR eines Eckpunktepapiers zum Wertstoffgesetz des Bundes

KIAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 24.07.2015 und Antw UM
Drs 15/7229

Wertvorstellung

s. *Soziale Werte*

Westerstetten

Schienspersonennahverkehr (SPNV) auf der Filstalbahn in der Region Donau-Iller

Auf der genannten Strecke verkehrende Regionalzüge mit Halt in den Gemeinden Amstetten, Lonsee, Beimerstetten und Westerstetten; Veränderung des SPNV-Angebots durch die Ausschreibung des Vergabernetzes (Los 1b Rems-Fils); Erhalt des bisherigen Zugangebots auf der Filstalbahn

KIAnfr
s. *Bahnstrecke*
Drs 15/5975

Westfrankenbahn

Westfrankenbahn

Betrieb und Neuvergabe der Verkehrsleistungen für das Ausschreibungsnetz Hohenlohe-Franken in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Bayern, insbes Wettbewerbssituation und technische Rahmenbedingungen; Prüfung der Verlängerung anhand der bisherigen Bedingungen oder Einholung eines Initiativangebots des aktuellen Betreibers

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 28.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3142
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 05.06.2013 Drs 15/3712 S. 37-39
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Wettbewerb

s.a. *Marktstruktur*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
CARS 2020 - Ein Aktionsplan für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Automobilindustrie in Europa

Mittlg LReg
s. *Kraftfahrzeugindustrie*
Drs 15/2777

Auswirkungen der besonderen Ausgleichsregelung des

Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf Unternehmen in BW
Entwicklung der Entlastung stromintensiver Unternehmen nach §§ 40 ff EEG, insbes Auswirkungen und Wettbewerbsperspektiven von Unternehmen aus BW sowie Alternativvorstellungen der LReg

Antr
s. *Erneuerbare-Energien-Gesetz*
Drs 15/3158

Wettbewerbssituation bei den Anbietern von Heizstrom

Entwicklung der Strompreise für Nachtspeicherheizungen im Vergleich zu den Tagespreisen für private Stromkunden; Wettbewerbsverzerrungen auf dem Nachtspeicherspeichermarkt; Kartellverfahren; Hemmnisse beim Anbieterwechsel für den Verbraucher; Speicherkapazität der installierten Stromspeicherhei-

zungen; technische Voraussetzungen für eine Aufnahme überschüssiger Strommengen aus dem Stromnetz

KIAnfr

s. *Nachtstromspeicherheizung*

Drs 15/3206

Wettbewerbschancen nutzen statt Klientelpolitik zu fordern - kein Handelskrieg mit China!

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4301-4313

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmerkultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr

s. *Programm der EU*

Drs 15/3968

Liberalisierung der europäischen Postmärkte

Vorteile der Liberalisierung der Postmärkte für Bürger und Unternehmen; Wettbewerbschancen und Preisentwicklung; Qualität und Serviceleistungen; Deregulierung des Briefmarkts; Postdienste baden-württembergischer Unternehmen in EU-Mitgliedstaaten; Einrichtung grenzüberschreitender Postdienste in grenznahen Regionen; Zukunftsperspektive der europäischen Postmärkte

Antr

s. *Postbeförderung*

Drs 15/4269

Auswirkungen der Energiewende auf die Landwirtschaft in BW

Veränderungen der landwirtschaftlichen Nutzfläche pro Kopf seit 1950; Getreideproduktion und -verbrauch seit dem Jahr 2000; Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien seit 2000; Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf die baden-württembergische Landwirtschaft; Einfluss der Energiepreise auf deren Wettbewerbsfähigkeit; Erwerbsmöglichkeiten für die Landwirtschaft durch die Energiewende; Schutz der baden-württembergischen Landwirtschaft vor negativen Auswirkungen der Energiewende

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 15/4356

Margenbesteuerung für Kunstgegenstände

Beurteilung der Margenbesteuerung für Kunstgegenstände; Inkrafttreten der Durchführungsverordnungen in den Ländern; Situation der Kunstgalerien im Land und deren Wettbewerbsfähigkeit mit den Galerien in Frankreich und der Schweiz; Chancen einer EU-weiten Aufnahme der Kunstgegenstände in das Verzeichnis der Gegenstände mit ermäßigtem Umsatzsteuersatz

Antr

s. *Kunsthandel*

Drs 15/5089

Perspektiven des Wärmestrommarkts in BW

Zahl der Nutzer von Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpenstrom; Wirtschaftlichkeit von Nachtspeicherheizungen so-

wie elektrischer Wärmepumpen in Privathaushalten; Rückkehr zur Strompreisermäßigung für Nachtstrom; Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs auf dem Wärmestrommarkt

Antr

s. *Nachtstromspeicherheizung*

Drs 15/5325

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KIAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 15/5381

Verkürzter Versorgungsweg im Bereich der Hörgeräteakustiker

Gefahr einer existenziellen Bedrohung der Hörgeräteakustiker durch den von einigen Krankenkassen eingeführten „verkürzten Versorgungsweg“; Wettbewerbssituation unter den Hörgeräteakustikern; Anstieg der Eigenbeteiligung der Versicherten seit der Festsetzung der neuen Festbeträge für Hörhilfen

KIAnfr

s. *Hörgeräteakustiker*

Drs 15/5601

Tierkörperbeseitigung in BW

Gesamtvolumen der zu beseitigenden Tierkörpermasse; regionale Zuständigkeiten; Entsorgung von Tierkadavern der Kategorien 1 und 2; Überwachung der Tierkörperbeseitigung; Wirtschaftlichkeit der Anlagen zur Tierkörperbeseitigung; Wettbewerbsverzerrung durch öffentliche Bezuschussung; Organisation der Tierkörperbeseitigung in anderen Bundesländern und EU-Mitgliedsstaaten; Standards und EU-Vorgaben für Anlagen zur Tierkörperbeseitigung

Antr

s. *Tierkörperbeseitigung*

Drs 15/5755

Nah- und Fernwärmenetze aus Verbrauchersicht

Anzahl der Nah- und Fernwärmenetze im Land sowie der an sie angeschlossenen Haushalte und Unternehmen; Anzahl der vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 11 der Gemeindeordnung betroffenen Endkunden; Anschlusszwang als Instrument der Energiewende; aktuelle Preise für Nah- und Fernwärme; Transparenz der Preisgestaltung; Erkenntnisse über missbräuchliche Ausnutzung ihrer lokalen Monopolstellung durch Nah- und Fernwärmeversorger; Wettbewerb im Fernwärmenetz

Antr

s. *Wärmeversorgung*

Drs 15/6149

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportale; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien

und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr
s. *Wettbewerbsaufsicht*
Drs 15/6429

Pläne zur Mehrwertsteuerbefreiung kommunaler Unternehmen
Sachstand und Bewertung der geplanten Befreiung kommunaler Unternehmen von der Umsatzsteuer bei Tätigkeiten im Dienste anderer Städte und Gemeinden, insbes Beratungsstand im Bundesrat, Wettbewerbsverzerrungen gegenüber mittelständischen Garten- und Landschaftsbaubetrieben, Europarechtskonformität

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/6817

Kunstwettbewerb für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum

Sachstand zur Neuausschreibung des Kunstwettbewerbs für das sanierte Landtagsgebäude sowie das Bürger- und Medienzentrum, insbes Konsequenzen aus der ersten Ausschreibungsrunde, Gestaltung der Ausschreibung und des Auswahlverfahrens, Zeitplan

Antr
s. *Kunst*
Drs 15/7368

Bedeutung sogenannter „Couchsurfing“-Portale im Tourismus
Sachstand zu „grauen Übernachtungsmärkten“ im Rahmen von sogenannten „Sharing Economy“-Angeboten im Internet und Auswirkungen auf Wettbewerb, Verbraucherschutz und Sicherheit im klassischen Hotel- und Gaststättengewerbe

KlAnfr
s. *Gastgewerbe*
Drs 15/7592

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7707

Warum haben frühere LReg den Wettbewerb auf der Schiene verschlafen?

Überblick über die Wettbewerbssituation im Schienenpersonennahverkehr in Deutschland seit 1996, insbes Entwicklung der Betriebsleistung der Deutschen Bahn AG und deren Wettbewerber, Überführung großvolumiger Verkehrsverträge in den Wettbewerb, Auswirkungen des Großen Verkehrsvertrags auf den Wettbewerb bei SPNV-Leistungen in BW

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/7765

Auswirkungen des geplanten Gesetzes zur Digitalisierung der Energiewende auf Datenschutz, Verbraucherschutz und Wettbewerb

Sachstand zu den Auswirkungen des im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für ein Gesetz

zur Digitalisierung der Energiewende vorgesehenen Pflichteinbau intelligenter Messsysteme auf Datenschutz, Verbraucherrechten und Wettbewerb

KlAnfr
s. *Energierecht*
Drs 15/7848

Wettbewerb (Veranstaltung)

Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN

Berücksichtigung des Gemeindetags, Städtetags und Landkreistags bei der Besetzung der Jury im Wettbewerb „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit - RegioWIN“

MdlAnfr
s. *Regionalpolitik*
Drs 15/4358

Wettbewerbsaufsicht

Wettbewerbssituation bei den Anbietern von Heizstrom

Entwicklung der Strompreise für Nachtspeicherheizungen im Vergleich zu den Tagespreisen für private Stromkunden; Wettbewerbsverzerrungen auf dem Nachtstromspeichermarkt; Kartellverfahren; Hemmnisse beim Anbieterwechsel für den Verbraucher; Speicherkapazität der installierten Stromspeicherheizungen; technische Voraussetzungen für eine Aufnahme überschüssiger Strommengen aus dem Stromnetz

KlAnfr
s. *Nachtstromspeicherheizung*
Drs 15/3206

Werbung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Stuttgart für einen kommerziellen Finanzdienstleister

Zulässiger Rahmen des Engagements für die Interessen und das Geschäftssegment eines Unternehmens; Aufschluss über die dem Oberbürgermeister aus diesem Engagement erwachsenen materiellen und immateriellen Vorteile; Stellungnahme der Aufsichtsbehörde; Prospekthaftungsansprüche und andere Schadensansprüche enttäuschter Verbraucher; Stellung des Unternehmens ECOeffect auf dem Markt des „nachhaltigen Investments“; Beziehungen des Unternehmens zu Mitgliedern der LReg; wettbewerbliche Benachteiligung anderer Finanzanlagendienstleister

KlAnfr
s. *Bürgermeister*
Drs 15/4146

Wie transparent sind die Energiepreise aus Verbrauchersicht?

Konsequenzen des EuGH-Urteils (Rechtssachen C-359/11 und C-400/11) vom 23. Oktober 2014 für Haushaltskunden in der Grundversorgung von Strom- und Gasanbietern; Auswirkungen auf die Preisbildung; Entwicklung des Gaspreises im Zeitraum 2004 bis 2014; Hinweise für ungerechtfertigte Tarifierhöhungen innerhalb dieses Zeitraums; Maßnahmen zur Verhinderung unbilliger und intransparenter Tarifänderungen vonseiten der Energieversorgungsunternehmen; Förderung der Transparenz bei der Preisgestaltung in der Grundversorgung; Wettbewerbssituation auf dem Gasmarkt

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 15/6073

Wettbewerbsverzerrung auf dem Energiemarkt durch Online-Verbraucherportale?

Kartellrechtliche Relevanz des Verhaltens des Heidelberger Energievergleichsportals Verivox; Beschwerden vonseiten der Energiewirtschaft über das Energievergleichsportale; Zuständigkeit der Landeskartellbehörden; Zusammenarbeit der LReg mit Vergleichsportalen oder Nutzung von deren Daten für Studien und Stellungnahmen; Verlässlichkeit und Unabhängigkeit der Verbraucherinformation über Strom- und Gaspreise; Ausweitung der Zuständigkeit der Markttransparenzstelle des Bundeskartellamts

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 29.01.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6429

Wettbewerbsbeschränkung

s. Wettbewerbsrecht

Wettbewerbsrecht

s.a. Kartellrecht

Kartellrecht versus Tariftreue

Vereinbarkeit des Entwurfs zum Landestariftreuegesetz mit dem Wettbewerbs-, Kartell- und Datenschutzrecht, insbes der Verpflichtung der Auftragnehmer von öffentlichen Aufträgen zur Vorlage ihrer Geschäftsunterlagen sowie Verpflichtung dieser zur Einsichtnahme in die Lohn- und Gehaltstarife ihrer Subunternehmer; Möglichkeiten der Arbeitnehmer zur Geltendmachung des Mindestlohns; Gründe für die Wirksamkeit des Tariftreuegesetzes erst bei einem Auftragsvolumen ab 20.000 Euro

Antr
s. Tarifvertrag
Drs 15/2532

Wettbewerbsregulierung

s. Regulierung

Wetter

s.a. Unwetterschaden

Frostschäden in Wein- und Obstbau; Risikoausgleichsrücklagen für die Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden von Anfang Mai sowie der Schäden in der Landwirtschaft durch die Trockenheit; Darlegung der vorgesehenen Hilfen sowie der bisherigen Unterstützung bei klimabedingten Schäden seit 2005; Beurteilung der Forderung der Landwirte nach steuerfreien Risikoausgleichsrücklagen

Antr
s. Frostschaden
Drs 15/59

Massive Frostschäden in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Ausmaß und Betroffene der o.g. Schäden vom Februar 2012 in der Landwirtschaft und im Weinbau landesweit und in den LKreisen Main-Tauber, Hohenlohe, Schwäbisch-Hall und Neckar-Odenwald sowie im Regierungsbezirk Freiburg; Darlegung der geleisteten und vorgesehenen Hilfen sowie der Unterstützung bei zunehmenden klimabedingten Schadensereignissen in der Landwirtschaft; Vermeidung unbilliger Härten

beim Vollzug der allgemeinen Regelungen zur Fruchtfolge und iRD MEKA-Verpflichtungen

Antr
s. Frostschaden
Drs 15/1519

Ausmaß und aktuelle Schäden durch Kälte, Nässe und Hochwasser in der Landwirtschaft und im Gartenbau in BW sowie mögliche Hilfen

Aufgetretene Witterungsschäden in Landwirtschaft und Gartenbau in BW sowie mögliche Landeshilfen für existenzgefährdete Betriebe

MdlAnfr
s. Schaden
Drs 15/3608

Feinstaubwertmessungen

Entwicklung der Feinstaubwerte in baden-württembergischen Städten; Entwicklung des Feinstaubes in der Stadt Pforzheim und im Enzkreis; Einfluss der Witterung auf die Feinstaubwerte; Nutzen des Einsatzes von Wassersprengwagen

KlAnfr
s. Feinstaub
Drs 15/5117

Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald und Auswirkungen auf den Wandertourismus

Sachstand zum Risiko von Eisschlag bzw Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald, insbes Gefährdungssituation für Mensch und Tier, Sperrung von Gefährdungsbereichen im Umkreis von Windkraftanlagen und Auswirkungen auf den regionalen Wandertourismus und die örtliche Gastronomie

KlAnfr
s. Windenergieanlage
Drs 15/8034

Wettsucht

s. Spielsucht

Wettunternehmen

s.a. Lotterie

Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 82 83 116

Denkschrift 2011 zur Haushaltsrechnung 2009 (vgl. Drs 15/100); hier: Beitrag Nr. 16 - Staatliche Toto-Lotto GmbH (Kap 0620)

Mittlg RH 07.07.2011 Drs 15/116
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/716 (dazu Antr Muhterem Aras u.a. GRÜNE und Klaus Maier u.a. SPD)
PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1732-1738
Mittlg LReg 11.12.2012 Drs 15/2792
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.02.2013 Drs 15/3075
PIPr 15/62 07.03.2013 S. 3754-3756
Mittlg LReg 03.06.2014 Drs 15/5298
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 25.09.2014 Drs 15/5724
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6535-6537

Landesglücksspielgesetz (LGlüG)

Aufnahme der Vorschriften des Spielbankengesetzes, des Rennwett- und Lotteriegesetzes und zu den Spielhallen; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung in Spielbanken; Verpflichtung der Anbieter zur Vorlage eines Sozialkonzepts, Festlegung eines Mindestabstands und Verbots von Mehrfachkonzessionen bei Spielhallen, Einbeziehung in das Spieler-sperrsystem (zur Spielsuchtbekämpfung); Änd der Gaststätten-VO und der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung; Außerkrafttreten des SpielbankenGes, des Ausführungs-Ges zum Glücksspielstaatsvertrag und der VO über Zuständigkeiten nach dem Rennwett- und LotterieGes

GesEntw
s. *Glücksspiel*
Drs 15/2431

Folgen der Schließung von Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW
Umsetzung des neuen Landesglücksspielgesetzes und Auswirkungen auf die Toto-Lotto-Aannahmestellen in BW, insbes Schließung von Annahmestellen und Auswirkungen auf Einzelhandelsgeschäfte im ländlichen Raum

Antr
s. *Lotterie*
Drs 15/3106

Einführung von benutzer-, alters- und behindertengerechten Wettscheinen beim Staatlichen Toto-Lotto BW

Einführung von Wettscheinen im XXL-Format; Verarbeitung des Großformats durch die bestehenden Annahmeseegeräte

KlAnfr
s. *Lotterie*
Drs 15/4719

Großveranstaltungen im Bereich Sport in BW

Zurückliegende und geplante Großveranstaltungen von nationaler oder internationaler Bedeutung im Bereich Sport in BW, insbes Förderung durch das Land sowie die staatliche Toto-Lotto GmbH BW

KlAnfr
s. *Sportveranstaltung*
Drs 15/4988

Nachwahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

PIPr 15/121 04.03.2015 S. 7294

Erhaltung des staatlichen Lotteriemonopols, Plädoyer für ein Konzessionsmodell bei den Sportwetten

PIPr 15/19 23.11.2011 S. 870-872

WG (Wassergesetz für Baden-Württemberg)

s. *Wassergesetz für Baden-Württemberg*

WG (Wohngemeinschaft)

s. *Wohngemeinschaft*

WHG

s. *Wasserhaushaltsgesetz*

Widerspruch

Verfahrensdauer in Schwerbehindertenangelegenheiten

Dauer der Anerkennungsverfahren, der Widerspruchs- und der Klageverfahren in den Landkreisen Reutlingen und Tübingen in den vergangenen fünf Jahren; statistische Erfassung der Dauer des Widerspruchsverfahrens bei der Abteilung Landesversorgung des Regierungspräsidiums Stuttgart und der Gesamtverfahrensdauer bei der Ausgangsbehörde; Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer

KlAnfr
s. *Schwerbehinderter*
Drs 15/2774

Versetzung der Ministerialdirektorin im Kultusministerium in den einstweiligen Ruhestand

Gründe für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand; Begründung des von Seiten der Ministerialdirektorin eingelegten Widerspruchs; geplante Reaktion auf den Widerspruch; weitere Fälle von Widersprüchen oder Klagen gegen Versetzungen von Ministerialdirektoren in den einstweiligen Ruhestand durch die aktuelle LReg

KlAnfr
s. *Versetzung in den Ruhestand*
Drs 15/4149

Widerstand gegen die Staatsgewalt

Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sind Angriffe gegen uns alle - LReg muss handeln

Unterstützung der hessischen Bundesratsinitiative zur Schaffung eines neuen Straftatbestands des „tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte“ im Strafgesetzbuch

Antr
s. *Strafgesetzbuch*
Drs 15/6818

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte

s. *Widerstand gegen die Staatsgewalt*

Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts

Provenienzforschung in BW

Wichtigkeit der Provenienzforschung und der Restitution von Objekten der Raub- und Beutekunst; Provenienzforschung in BW seit der Washingtoner Erklärung 1998; Anzahl der an ihre rechtmäßigen Eigentümer zurückgegebenen Kunstwerke; Zusammenarbeit der Museen mit der die Internet-Datenbank „Lost Art“ betreibenden Koordinierungsstelle Magdeburg; Förderung einer zügigen Ermittlung der Eigentümer des NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts

Antr
s. *NS-Raubkunst*
Drs 15/4490

Wiernsheim

Sanierung bzw Ausbesserung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis
Aufstufung der durch Ortschaften verlaufenden sanierungsbedürftigen Landesstraßen; Bewertung der Chancen für eine zeitnahe Sanierung der L 1134 und der L 1125 in der Ortsdurchfahrt von Wiernsheim-Pinache bzw für den Bau einer Umgehungsstraße

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/255

Sanierung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis

Vorrangiger Sanierungsbedarf von o.g. Landesstraßen; Bewertung des Zustands der Ortsdurchfahrt der L 1134 in Wiernsheim-Pinache sowie der geplanten Belagserneuerung durch die Gemeinde Wiernsheim mit eigenen Mitteln, Frage nach einer finanziellen Unterstützung der Gemeinde

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1297

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auflistung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1645

Projektpriorisierung im Maßnahmenplan zum neuen Generalverkehrsplan im Enzkreis

Grundsätzliche Bereitschaft zu Gewichtsänderungen im Maßnahmenplan Landesstraßen; Initiative zum Verzicht auf die Ortsumfahrung Niefern-Öschelbronn zugunsten einer höheren Priorisierung einer Ortsumfahrung für Wiernsheim-Pinache; Prüfung einer Anpassung des Maßnahmenplans

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/2735

Zulässigkeit von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Schützenvereine bei Straßenfesten

Verbot des Abfeuerns von Böllerschüssen aus Vorderladern durch Mitglieder des örtlichen Schützenvereins bei der Eröffnung eines Straßenfestes in Wiernsheim im Enzkreis

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 15/5510

Wiesloch

Ortsumgehung Altwiesloch / Generalverkehrsplan

Belastung des o.g. Stadtteils durch Verkehr, Lärm und Feinstaub; Darstellung der ergriffenen und möglichen Entlastungsmaßnahmen; Verbleib der Ortsumgehung mit höchster Priorität im Generalverkehrsplan

KlAnfr Karl Klein CDU 24.09.2011 und Antw MVI Drs 15/577

Therapieunterbringung im Psychiatrischen Zentrum Nordbaden

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit im PZN nach dem Therapieunterbringungsgesetz: Zustandekommen der Entscheidung und Beteiligte an der Entscheidungsfindung, Art und Zeitpunkt der Kommunikation der Entscheidung gegenüber den Bürgern und dem Gemeinderat der Stadt Wiesloch, Bestätigung der Entscheidung als Übergangslösung?

Antr
s. *Unterbringung*

Drs 15/1027

Aktueller Stand der Umsetzung des Therapieunterbringungsgesetzes in BW

Unterbringung von aus dem Maßregelvollzug entlassenen Straftätern mit psychischer Störung und bestehender Gefährlichkeit in der Maßregelvollzugseinrichtung des Zentrums für Psychiatrie in Wiesloch, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen und Räumlichkeiten im PZN; Frage nach dem sozialtherapeutischen Konzept zur Durchführung des Therapieunterbringungsvollzugs sowie nach der Einbringung des angekündigten Therapieunterbringungsvollzugsgesetzes

Antr
s. *Therapieunterbringungsgesetz*
Drs 15/1028

Straßenbauprojekte im Landtagswahlkreis Wiesloch - Verkehrsinfrastruktur BW

Auswirkungen der Entscheidung gegen neue Straßenbauprojekte im o.g. Wahlkreis und landesweit, insbes auch auf die anstehende und notwendige zweispurige Ertüchtigung der L 723 sowie auf den geplanten Knotenpunktumbau B 3/L 723; Auswirkungen auf den Generalverkehrsplan, die Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaft

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/1159

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2364

Neukonzeption der ärztlichen Notfalldienste in BW

Versorgungssituation nach Konzentration der Standorte und Öffnungszeiten der ärztlichen Notfalldienste im Raum Wiesloch und Schwetzingen

KlAnfr
s. *Ärztlicher Notdienst*
Drs 15/4704

Wild

s.a. *Fuchs*
s.a. *Hund*
s.a. *Jagd*
s.a. *Wildschaden*

Bejagung von Schwarzwild

Entwicklung der Bestände landesweit und im Enzkreis seit 2008, Wirksamkeit von Regulierungsmaßnahmen der Jäger und Landwirte, Beurteilung von Forderungen nach ganzjähriger Bejagung der Bachen, verbindlichen Abschussplänen, angeordneten Zwangsbejagungen u.a.; Eintreten für die gleiche Entschädigung von Wildschäden in Obstanlagen und Streuobstwiesen wie in Weinbergen

KlAnfr

s. Wildschwein
Drs 15/1260

Rotwild im Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Aussetzung des Abschussgebots für Rotwild im Biosphärengebiet, Zulassung der Zuwanderung, Erarbeitung eines Wildkorridorkonzepts, wissenschaftliche Begleitung der Auswirkungen der Aussetzung des Abschussgebots

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 01.03.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1348

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Höhe der Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes lokale Schwerpunkte, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren; Abschusszahlen von Schwarzwild; Sicherstellung einer ausreichenden Bejagung von Schwarz- und Rotwild in den Staatsforstgebieten im Kreis Freudenstadt

KlAnfr
s. Wildschaden
Drs 15/4594

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Sachstand zu Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes Höhe der Schwarzwildschäden, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren, Abschusszahlen von Schwarzwild, ergriffene Maßnahmen, Beauftragung der Landeswildforschungsstelle Aulendorf mit der Erstellung einer Konzeption

Antr
s. Wildschaden
Drs 15/6658

Wildfleisch

Verwendung und Ersatz von Bleimunition in der Jagd

Beschränkung der Verwendung bleihaltiger Munition; Erfahrungen mit Einschränkungen und Verboten in anderen Bundesländern; Gesundheitsrisiko durch den Verzehr von mit Bleimunition erlegtem Wild; Bodenbelastung im Bereich von Schießständen; Ersatz der Bleimunition; Auswirkungen eines Verbots auf den Waffengebrauch und die Nutzung von Schießanlagen

Antr
s. Jagd
Drs 15/3140

Bedeutung, Kontrolle und Vermarktung von Wildbret in BW

Sachstand zum Konsum von Wildbret in BW, insbes Verbrauch, wirtschaftliche Bedeutung, Schlachtung, Vermarktung, Verbraucherschutz und Lebensmittelkontrolle

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 10.12.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/6244
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.01.2015 Drs 15/6639 S. 53 54
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Wildforschungsstelle Aulendorf

s. Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild ..

Wildgehege

s. Zoologischer Garten

Wildpflanze

Ambrosia-Pflanze in BW

Herkunft und Ausbreitung der Ambrosia-Pflanze in BW sowie ausgelöste Allergien; Maßnahmen und Programme von Land, Bund und Europäischer Union zur Eindämmung der Ausbreitung der Traubenkräuter

Antr Karl Rombach u.a. CDU 15.08.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3946
BeschlEmpf und Bericht LandwA 20.11.2013 Drs 15/4581 S. 27
PIPr 15/90 30.01.2014 S. 5431-5433

Energie aus Wildpflanzen

Vorteile und Unterstützung der mehrjährigen Ansaat von Wildpflanzenmischungen zur Verbreiterung der Grundlage der Biogaserzeugung in BW, insbes Reduktion der Wildschadensproblematik, Verbesserung der Bodenökologie, Nutzen für die Bienenhaltung, Anerkennung der Anbauflächen als ökologische Vorrangflächen, Anerkennung und Vergütung durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

KlAnfr Paul Locherer CDU 18.09.2013 und Antw MLR Drs 15/4057

Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW

Situation der Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW, insbes Nennung besonders betroffener Regionen, ergriffene oder geplante Gegenmaßnahmen

MdIAnfr 8) Paul Locherer CDU 21.07.2014 Drs 15/5396
PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6335 6336

Jakobskreuzkraut in BW

Ausbreitung des Jakobskreuzkrauts in BW und Eindämmungsmaßnahmen der LReg

KlAnfr Klaus Burger CDU 26.09.2014 und Antw MLR Drs 15/5779

Wasserkreuzkraut auf Landschaftspflegeflächen im Wurzacher Ried

Gefahren für landwirtschaftliche Nutztiere bei der Grünlandwirtschaft; Bekämpfung des Wasserkreuzkrauts mithilfe von Herbiziden; Abgeltung des bei der Bekämpfung der Pflanze entstehenden Aufwands; Maßnahmen zur Verhinderung einer unkontrollierten Verbreitung des Wasserkreuzkrauts in der Region Wurzacher Ried

KlAnfr Paul Locherer CDU 23.03.2016 und Antw MLR Drs 15/8103

Wildschaden

Bejagung von Schwarzwild

Entwicklung der Bestände landesweit und im Enzkreis seit 2008, Wirksamkeit von Regulierungsmaßnahmen der Jäger und Landwirte, Beurteilung von Forderungen nach ganzjähriger Bejagung der Bachen, verbindlichen Abschussplänen, angeordneten Zwangsbejagungen u.a.; Eintreten für die gleiche Entschädigung von Wildschäden in Obstanlagen und Streuobstwiesen wie in Weinbergen

KlAnfr
s. Wildschwein
Drs 15/1260

Situation des Bibers in BW

Verbreitung des Bibers in BW; Umfang und Prävention der durch Biber verursachten Schäden, insbes im Hochwasserschutz und bei Personengefährdung; Organisation eines einheitlichen, landesweiten Bibermanagements; Berücksichtigung des Bibers im zu novellierenden Wassergesetz und in der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft

Antr
s. *Nagetier*
Drs 15/3387

Zunehmende Schäden durch Schwarzwild in BW

Entwicklung der Schwarzwildbestände sowie der dadurch verursachten Flurschäden in BW und Maßnahmen zur Schadens Eindämmung, insbes Durchführung von Pilotprojekten (Kontrazeptiva-Verabreichung, Installation von Saufängen), Zulassung von Nachtzielgeräten; Berücksichtigung der Thematik bei der anstehenden Novellierung des Landesjagdgesetzes

Antr
s. *Wildschwein*
Drs 15/3508

Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen Nationalparks Nordschwarzwald

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Gebietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrichtungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Verkehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzungen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Waldflächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/3655

Energie aus Wildpflanzen

Vorteile und Unterstützung der mehrjährigen Ansaat von Wildpflanzenmischungen zur Verbreiterung der Grundlage der Biogaserzeugung in BW, insbes Reduktion der Wildschadensproblematik, Verbesserung der Bodenökologie, Nutzen für die Bienenhaltung, Anerkennung der Anbauflächen als ökologische Vorrangflächen, Anerkennung und Vergütung durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz)

KlAnfr
s. *Wildpflanze*
Drs 15/4057

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/4253

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Höhe der Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes lokale Schwerpunkte, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren; Abschusszahlen von Schwarzwild; Sicherstellung einer ausreichenden Bejagung von Schwarz- und Rotwild in den Staatsforstgebieten im Kreis Freudenstadt

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 15.01.2014 und Antw
MLR Drs 15/4594

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biberschutzes gegenüber anderen Interessen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/5017

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrechtsergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

GesEntw
s. *Jagdrecht*
Drs 15/5789

Praktische Probleme bei der Umsetzung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Umsetzung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, insbes Situation bei der Ausbildung der Wildschadensschätzer, Zusatzbelastung für die Justiz aufgrund des Wegfalls des Vorverfahrens beim Wildschadenausgleich

MdlAnfr
s. *Jagd- und Wildtiermanagementgesetz*
Drs 15/6342

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Sachstand zu Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes Höhe der Schwarzwildschäden, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren, Abschusszahlen von Schwarzwild, ergriffene Maßnahmen, Beauftragung der Landeswildforschungsstelle Aulendorf mit der Erstellung einer Konzeption

Antr Dr. Timm Kern u.a. FDP/DVP 24.03.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6658

Geltendmachung von Wildschäden nach dem neuen Landesjagdrecht

Sachstand zur Umsetzung bei der Geltendmachung von Wildschadensfällen nach dem neuen Landesjagdrecht, insbes Mel-

dezahlen, Kosten, rechtliche Beratung von Vertragsparteien durch Jagdbehörden, Versorgung mit Wildschadensschätzern, Abschaffung des kommunalen Vorverfahrens

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 14.10.2015 und
Antw MLR Drs 15/7577

Gestaltung von Jagdbezirken im Bereich des Staatsforsts

Umfang für die Jagd genutzten Flächen des Landesbetriebs ForstBW bzw der Landesforstverwaltung; Anteil der verpachteten Flächen; Auftreten von Wildschäden infolge der Reduzierung angegliederter Feldflächen; Führungsrolle und Vorbildfunktion des Landes als größter Eigentümer jagdlich nutzbarer Flächen; Einflussnahme des Landes auf Jagdpflege und Jagdausübung außerhalb des Staatswaldes

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 15/7823

Wildschwein

Bejagung von Schwarzwild

Entwicklung der Bestände landesweit und im Enzkreis seit 2008, Wirksamkeit von Regulierungsmaßnahmen der Jäger und Landwirte, Beurteilung von Forderungen nach ganzjähriger Bejagung der Bachen, verbindlichen Abschussplänen, angeordneten Zwangsbejagungen u.a.; Eintreten für die gleiche Entschädigung von Wildschäden in Obstanlagen und Streuobstwiesen wie in Weinbergen

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 14.02.2012 und
Antw MLR Drs 15/1260

Zunehmende Schäden durch Schwarzwild in BW

Entwicklung der Schwarzwildbestände sowie der dadurch verursachten Flurschäden in BW und Maßnahmen zur Schadens Eindämmung, insbes Durchführung von Pilotprojekten (Kontrazeptiva-Verabreichung, Installation von Saufängen), Zulassung von Nachtzielgeräten; Berücksichtigung der Thematik bei der anstehenden Novellierung des Landesjagdgesetzes

Antr Klaus Burger u.a. CDU 15.05.2013 und Stellungnahme
MLR Drs 15/3508

Nichtberücksichtigung von Schussschneisen im Gemeinsamen Antrag

Berücksichtigung des freiwilligen Freihaltens von Schussschneisen in Maisschlägen zur effektiven Schwarzwildbejagung iRd Gemeinsamen Antrags, insbes finanzieller Ausgleich für betroffene Landwirte; Zuständigkeitsregelungen für Schadensfälle

Antr Wolfgang Reuther u.a. CDU 08.01.2014 und Stellungnahme
MLR Drs 15/4563
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.02.2014 Drs 15/5052
S. 58 59
PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Vorkehrungen gegen die Afrikanische Schweinepest (ASP)

Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der in Litauen und Russland grassierenden Afrikanischen Schweinepest, insbes Verstärkung hygienischer Vorkehrungen, veterinärmedizinischer Kontrollen und der Lebensmittelüberwachung

Antr
s. *Schweinepest*
Drs 15/4747

Schwarzwildpopulation im LKreis Schwäbisch Hall

Sachstand zur Schwarzwildpopulation im LKreis Schwäbisch Hall, insbes Schadenshöhe und -schwerpunkte, Abschusszahlen, Bejagung, Risikopotenzial für Nutztiere

KlAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 27.11.2014 und Antw
MLR Drs 15/6194

Wildschäden im LKreis Freudenstadt

Sachstand zu Wildschäden in der staatlichen Regiejagd im LKreis Freudenstadt, insbes Höhe der Schwarzwildschäden, landwirtschaftliche Wildschäden auf Feldfluren, Abschusszahlen von Schwarzwild, ergriffene Maßnahmen, Beauftragung der Landeswildforschungsstelle Aulendorf mit der Erstellung einer Konzeption

Antr
s. *Wildschaden*
Drs 15/6658

Wildtier

Auftreten der Tuberkulose bei Rindern und Wildtieren in BW

Fälle von Rindertuberkulose in den vergangenen fünf Jahren; Verbreitung der Tuberkulose bei Wildtieren; Infektionsquellen der aktuell erkrankten Tiere; Durchführung von Tuberkulin-Tests an Rindern im Land; Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Tierkrankheit

Antr
s. *Tierseuche*
Drs 15/3202

Rapsvergiftungen bei Wildtieren in BW

Ursachen, Verbreitung, Heilung und Prävention von Rapsvergiftungen bei Wildtieren in BW

Antr Karl Rombach u.a. CDU 04.04.2013 und Stellungnahme
MLR Drs 15/3313
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2013 Drs 15/4040
S. 66 67
PIPr 15/78 10.10.2013 S. 4761 4762

Situation des Dachses in BW

Vorkommen, Bejagung und Wirkungsbezüge des Dachses in BW; Erfüllung der Erfordernisse der Wildschadensabwehr durch die derzeitige Jagdzeitenregelung

Antr Thomas Reusch-Frey u.a. SPD 23.07.2013 und Stellungnahme
MLR Drs 15/3857
BeschlEmpf und Bericht LandWA 11.12.2013 Drs 15/4897
S. 92
PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW und Einrichtung eines Biberfonds

Entwicklung und Reviere der Biberpopulation in BW; Art der durch Biber verursachten Schäden in Land- und Forstwirtschaft; bestehende Versicherungsmöglichkeiten; Einrichtung eines „Biberfonds“ zum Ausgleich der durch Biber verursachten Schäden; Einführung eines Bibermanagements mit fachkundiger Beratung, Schadensprävention und Schutzmaßnahmen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/4253

Willkommen Wolf - Baden-Württemberg als Wolfserwartungsland

Auftreten und Schäden von Wölfen in Deutschland; Maßnahmen zur Vorbereitung auf ein eventuelles Vorkommen von Wölfen in BW

Antr
s. *Wolf*
Drs 15/4767

Die Zukunft des Bibermanagements in BW

Aktuelle Schätzungen der Biberpopulation und ihres Wachstums; Weiterentwicklung des Bibermanagements in BW; Beratung durch die staatliche Naturschutzverwaltung in Biberkonfliktfällen; Einrichtung eines Biber-Fonds; Möglichkeiten des Flächenausgleichs; Erhöhung der Wertpunkte für nachhaltige Bibermaßnahmen im Biotopwertverfahren; Einsetzung eines kommunalen „Feldschützen“ als lokalen Ansprechpartner bei Biberkonflikten; Erteilung von Ausnahmegenehmigungen zur Beseitigung von Biberbauten und zum Fang bzw zur Tötung von Bibern seit dem Jahr 2004; Gewichtung des Biber-schutzes gegenüber anderen Interessen

Antr
s. *Biber*
Drs 15/5017

Neobiota im Nationalpark Schwarzwald

Vorkommen von Neophyten und Neozoen auf dem Gebiet des Nationalparks; Störung des Ökosystem und Gefährdung der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Neophyten und Neozoen; Gegenmaßnahmen, Erstellung eines Aktionsplans; Finanzierung der Bekämpfung von Neobiota; Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Nationalpark*
Drs 15/5507

Gesetz zur Einführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Zusammenführung der Bestimmungen des Bundes- und Landesjagdgesetzes iRd Gesetzgebungskompetenz des Landes; Einrichtung eines artenspezifischen Regelungssystems; Jagdrecht-ergänzung um Einrichtungen des Wildtiermanagements; Ausrichtung der Regelungen zur Jagdausübung an wildökologischen Erkenntnissen; Einschränkung bestimmter Jagdmethoden aus Gründen des Tierschutzes; Anpassung des Wildschadensersatzrechts; Änderungen bei Verwaltungsverfahren und im Organisationsrecht

GesEntw
s. *Jagdrecht*
Drs 15/5789

Tierschutz in BW

Überwachung des Tierschutzes bei der Viehhaltung und der Schlachtung der Tiere; Tierschutz in der Pferdehaltung; Förderung des Tierschutzes iRd Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum (MEPL III); Stärkung des Tierschutzes bei Heimtieren; Unterstützung von Tierheimen; Schutz freilebender Hauskatzen; Beitrag des Landesjagdrechts zum Schutz von Wildtieren; Verringerung von Tierversuchen; Einfluss der Landesbeauftragten für Tierschutz; Mitwirkungsrechte und Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 15/6411

Wildtiere in der Stadt

Sachstand zum Vordringen von Wildtieren in urbanen Siedlungsräumen Baden-Württembergs, insbes Populationsdichte, Verursachung von Personen- und Sachschäden, Verbreitung von Krankheitserregern, Möglichkeiten der Bejagung, Umsetzung der Bestimmungen des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes im Hinblick auf Wildtiere im Siedlungsraum

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 28.01.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6424 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.10.2015 Drs 15/7755 S. 29 30
PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Praktische Probleme bei der Umsetzung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Umsetzung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes, insbes Situation bei der Ausbildung der Wildschadenschätzer, Zusatzbelastung für die Justiz aufgrund des Wegfalls des Vorverfahrens beim Wildschadensausgleich

MdlAnfr
s. *Jagd- und Wildtiermanagementgesetz*
Drs 15/6342

Sponsoring des Wildtierparks Alexanderschanze

Hintergünde zum Sponsoring des geplanten Wildtierparks Alexanderschanze durch die Badische Staatsbrauerei Rothaus AG

KlAnfr Dr. Timm Kern FDP/DVP 13.07.2015 und Antw MFW Drs 15/7162

Untersagung der Jagdausübung an Grünbrücken und Grünunterführungen

Sachstand zur Einschränkung des Jagdausübungsrechts an den Standorten von Querungshilfen für Wildtiere

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 15/7372

Wolfssichtungen in BW

Meldungen über die Sichtung wild lebender Wölfe bei den unteren Naturschutzbehörden oder anderen Stellen in den vergangenen zehn Jahren; Häufigkeit der Meldungen; Verifizierung des Sachverhalts

KlAnfr
s. *Wolf*
Drs 15/7821

Wildverbiss

s. *Wildschaden*

Wilhelmsfeld*Ausbau der Landesstraße 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf*

Beurteilung der Schäden auf der L 536 und der Verkehrssicherheit; Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung des Vorhabens

KlAnfr
s. *Landesstraße 536*
Drs 15/578

Priorisierungskriterien für die Landesstraße 536

Priorisierungskriterien im Anhörungsentwurf „Maßnahmenplan Landesstraßen“; Planungsstand und Chancen auf Baubeginn

für den Ausbau der L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

KlAnfr
s. *Landesstraße 536*
Drs 15/2094

Aktueller Stand - Ausbaumaßnahme zur Landesstraße L 536 zwischen Schönau-Altneudorf und Wilhelmsfeld-Unterdorf

Einstufung der geplanten Straßensanierungsmaßnahmen in der Priorisierungsliste des Landes; Kosten und Zeitplan der Maßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße 536*
Drs 15/7645

Wimsheim

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Realisierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim, der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim sowie Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/868

Sanierung von Landesstraßen im Enzkreis

Sicherstellung der Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen an den Ortsdurchfahrten der L 570 in Kämpfelbach-Ersingen, der L 1134 in Heimsheim sowie der L 1175 in Wimsheim und der L 1180 in Friolzheim; Umbau des Knotens L 1134 / L 1180 in Heimsheim

KlAnfr
s. *Ortsdurchfahrt*
Drs 15/1347

Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss beim Landessanierungsprogramm im Enzkreis

Unterstützung der Gemeinde Wimsheim bei den Schwierigkeiten mit dem Mittelabfluss aus dem Landessanierungsprogramm im Enzkreis

KlAnfr
s. *Förderprogramm*
Drs 15/4732

Winden im Elztal

Ortsumfahrung Winden B 294 und Straßenbau im LKreis Emmendingen

Priorität und Realisierungschancen des o.g. Projekts und von weiteren anstehenden Modernisierungs-, Aus- und Neubauvorhaben im LKreis Emmendingen

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 15/140

Ortsumfahrung B 294 Winden

Priorität, Baubeginn und Fertigstellung des o.g. Projekts und von weiteren Ortsumfahrungen im Wahlkreis Emmendingen; Frage nach Mittelfreigaben für die Bahn zur Realisierung von zwei Eisenbahnüberführungen im Bereich der Ortsumfahrung Winden

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/895

Baubeginn der Maßnahme Bundesstraße (B) 294 - Ortsumfahrung (OU) Winden

Sachstand zur Realisierung der Maßnahme Bundesstraße 294 - Ortsumfahrung Winden, insbes Planfeststellung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Baubeginn und Abschluss

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 15/7257

Windenergie

s.a. Windenergieanlage

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2863

Ausbau der Windenergie in BW

Gründe für den Protest von Bürgerinitiativen gegen das im Mai 2012 novellierte Landesplanungsgesetz; Akzeptanzsteigerung für den Ausbau der Windenergie; Nachbesserungen beim Landesplanungsgesetz und beim Windenergieerlass; Zusammenarbeit mit den Kommunen beim Windenergieausbau, insbes Fortschreibung von Flächennutzungsplänen, Nutzung von Potenzialkarten und Planungshilfen; Zulassung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr CDU 01.02.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/2983
PIPr 15/69 16.05.2013 S. 4191-4200

Windkraft-Planungen in BW

Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Wohngebieten in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Vergrößerung des Mindestabstands auf 1500 Meter; Formen der Bürgerbeteiligung; wesentliche Einwände gegen den Bau von Windkraftanlagen; Unterstützung der Regionalverbände, Planungsverbände bzw Kommunen bei Einsprüchen; seit 2006 errichtete und bis 2014 geplante Windkraftanlagen; Volllaststunden und Abschaltungsverpflichtungen, Wirtschaftlichkeit der Anlagen, insbes des Windparks Simmersfeld im LKreis Calw; Akzeptanz des Sieben-Punkte-Programms und Windenergieerlasses

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3057

Ausbau der Windkraft voranbringen - Abstände von der Wohnbebauung flexibel gestalten

Statistik zum Ausbaustand der Windenergie in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern; Schaffung einer Länderöffnungsklausel für die flexible Gestaltung der Abstandregelungen bei Windkraftanlagen

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 15.07.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3789

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.09.2013 Drs 15/4190
S. 34-40
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Landesplanungsgesetz; Ausbau der Windenergie in BW

Standorte, Anträge und Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windenergieanlagen; Kritik an rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie in BW; Windkraftausbau in den anderen Bundesländern; Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4028

Neue Haltung der LReg zu den Ausbauzielen bei der Windkraft in BW?

Erreichbarkeit der Ausbauziele bei Windkraftanlagen in BW; Äußerungen von Regierungsmitgliedern zum Ausbau der Windkraft; Validität der dem Windatlas zugrundeliegenden Daten; Verzicht auf die Vorlage eines Windgutachtens zur Beschleunigung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4498

Der Naturschutzbund (NABU) - eine „gemeinnützige“ Vorfeldorganisation der LReg?

Gemeinnützigkeit, staatliche Unterstützungszahlungen und Windkraftinvestitionen des „NABU BW“ sowie institutionelle bzw personelle Verflechtungen mit Mitgliedern der LReg

KlAnfr
s. *Naturschutzbund Deutschland*
Drs 15/4508

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemarkungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr Manfred Groh u.a. CDU 18.12.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/4520

Der Windkraftausbau im Land darf nicht mit der Brechstange erfolgen - die Anliegen der betroffenen Bürger müssen Gehör finden

Bürgerinitiativen gegen die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in BW; Berücksichtigung der Anliegen der Bürgerinitiativen; Erschwerung einer Bürgerbeteiligung wegen sich überschneidender Zuständigkeiten der Kommunen und Regionalverbände beim Ausweisen von Windkraftstandorten; Umgang mit den Befürchtungen betroffener Bürger; Gewichtung und Beachtung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5483

Verbraucherschutz bei Finanzprodukten der Windenergiebranche

Nachrangdarlehen für Windkraftanlagen des EnBW-Tochterunternehmens Wind Onshor I als Geldanlage; Rechte, Pflichten und Risiken für den Darlehensgeber; Haftung der EnBW AG sowie des Landes BW bei einer Insolvenz des EnBW-Tochterunternehmens

KlAnfr
s. *Kapital*
Drs 15/5971

Windkraftausbau in BW

Stand des Windkraftausbaus im Jahr 2014; Auskunft über Anschlüsse von Windkraftanlagen ans Netz sowie über Stilllegungen von Windrädern

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6281

Windenergie in BW

Sachstand zur Windenergie in BW, insbes Inbetriebnahme und Stilllegung von Windenergieanlagen, Abstände der Anlagen zur Wohnbebauung, Leistungsdaten zur Stromerzeugung aus Windenergie; Regelung des Mindestabstands von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung durch das Baugesetzbuch

Antr FDP/DVP 15.01.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6346

Windkraft in den Regierungsbezirken, Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Sachstand zu Windkraftanlagen und Windkraftpotenzial in den einzelnen Regierungsbezirken, Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

KlAnfr Dr. Stefan Scheffold CDU 02.02.2015 und Antw UM Drs 15/6436

Windenergieanlagen der LReg

Sachstand zu abweichenden Daten zur Entwicklung der Windenergie in BW im Umweltinformationssystem des Landes und der Datenbank des Übertragungsnetzbetreibers TransnetBW

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 10.03.2015 und Antw UM Drs 15/6592

Ausbau der Windenergie in BW

Sachstand zum Ausbau der Windenergie in BW, insbes Bewertung aktueller Zahlen des Bundesverbands WindEnergie, Gründe für den bisher verhaltenen Windenergieausbau, Maßnahmen zur Einhaltung des selbstgesteckten Ausbauziels, Nachjustierung des Landesplanungsgesetzes

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 12.03.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6613
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.06.2015 Drs 15/7352 S. 51-55
PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Windenergie im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald

Sachstand zu Auswirkungen auf Windenergievorhaben im Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald im Falle der geplanten Änderung der Naturparkverordnung

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 18.06.2015 und Antw MLR Drs 15/7038

Windkraftausbau im LKreis Waldshut und den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

Bestandsaufnahme zum Ausbau der Windkraft im Landkreis Waldshut und in den Städten Rheinfelden und Schwörstadt

KIAnfr Felix Schreiner CDU 03.07.2015 und Antw UM Drs 15/7118

Windkraft in BW

Sachstand zu potenziellen Windkraftflächen in BW sowie zur Flächenvergabe durch die Forstverwaltung für Windkraftanlagen

KIAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 05.08.2015 und Antw MLR Drs 15/7274

Divergierende Ziele von Bund und Ländern beim Ausbau der Windenergie an Land

Bewertung der unterschiedlichen Ziele beim Ausbau der Erneuerbaren iRd Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG); Steuerung des Ausbaus der Stromerzeugung aus Wind an Land über Ausschreibungen; Berücksichtigung der Akzeptanz in den Ausschreibungsbedingungen

KIAnfr Andreas Glück FDP/DVP 17.11.2015 und Antw UM Drs 15/7727

Nicht ausreichende Netzkapazitäten für den Transport von aus Solar- und Windkraft erzeugter Energie

Sachstand zur Abschaltung von Wind- und Solarkraftwerken wegen fehlender Netzkapazitäten für den Transport des erzeugten Stroms, insbes Gründe für die Eingriffe der Netzbetreiber zur Sicherstellung der Netzsicherheit, Eingriffshäufigkeit in Regionen mit hohem Sonnen- und Windenergieanteil, Maßnahmen zur Steigerung des Netzausbaus

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/7918

Windenergieanlage*s.a. Windenergie**Ziele und Folgen des Ausbaus der Windkraft in BW*

Zahl, Leistung und geeignete Standorte zusätzlicher Windkraftwerke und des Repowerings bestehender Anlagen zur Erreichung o.g. Zielsetzung; Darstellung des dazu notwendigen Ausbaus der Energiespeicher und -netze; Ausgestaltung der Beteiligung der Regionalverbände, Gebietskörperschaften und der Betroffenen vor Ort bei der geplanten Änderung des Landesplanungsges; Sicherstellung des Schutzes der Bevölkerung sowie der Natur- und Landschaftsschutzgebiete vor Eingriffen

Antr CDU 26.05.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/44
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 14.07.2011 Drs 15/661
(zum Fraktionsantrag aufgewertet)
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614-630

Pläne der LReg zum Atomausstieg und zur Energiewende

Verhinderung der Kürzung von Einspeisevergütungen für Windkraft- und Fotovoltaikanlagen im Zuge der Verhandlungen zur EEG-Novellierung, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie, Fotovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 15/159

Standorte für Windkraftanlagen in BW

Maßnahmen zur Erreichung der gesetzten Ziele bis 2020 bzw 2050, u.a. Verkürzung der Genehmigungsverfahren für Neu- und Ersatzbauten sowie Ausbau der Stromnetze für den Umstieg auf regenerative Energien insgesamt, Höhe der Kosten für eine generelle Erdverkabelung; Anwendung des Windatlas zur Erleichterung der Standortausweisung; Darlegung der zu erwartenden Konflikte, insbes auch aus der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der angestrebten stärkeren Bürgerbeteiligung bei Großprojekten

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 29.06.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/170
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 27.10.2011 Drs 15/1300 S. 23
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Kleinwindanlagen in BW

Zahl, Standorte und Stromerzeugungsleistung von Kleinwindanlagen mit einer Höhe bis und über zehn Metern; Bewertung der Möglichkeiten und Rentabilität der Einspeisung ins Stromnetz; Frage nach einem Änderungsbedarf der immissionsschutz- und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen

KIAnfr Ulrich Müller CDU 30.08.2011 und Antw UM Drs 15/7460

Errichtung eines Windtestfelds für BW

Bewertung der Potenziale zur technischen Weiterentwicklung der Windkraft; Beteiligung an der Finanzierung und Umsetzung eines Windtestfelds

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 29.09.2011 und Stellungnahme UM Drs 15/630

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/5472 betr. Errichtung einer Windkraftanlage

BeschlEmpf und Bericht PetA 13.10.2011 Drs 15/592 Nr. 13 S. 29-34
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 672
Mittlg LReg 25.11.2011 Drs 15/1050

Chancen und Potenziale der Windkraft in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN und der SPD
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 614-630

Windkraft, Landschaftsbild und Tourismus

Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in den einzelnen Regionen, absehbare Veränderungen der bisherigen Vorrang- und Ausschlussgebiete nach der Änderung des Landesplanungsrechts und Novellierung der Regionalpläne; Berücksichtigung der Eingriffe in das Landschaftsbild und der Belange des Tourismus bei den in Aussicht genommenen gesetzlichen Neuregelungen zur Errichtung von Windkraftanlagen

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 21.10.2011 und Stellungnahme MLR Drs 15/767
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.11.2011 Drs 15/1300 S. 35-38
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1696-1698

Energiespeichertechnologie und Stromnetzentwicklung in BW

Förderung von Forschungsprojekten zur Entwicklung und Markteinführung der Wasserstofftechnologie und Batterietechnologien sowie der Speicherung von Methan, Erdgas und Wärme; weitere Entwicklung der Lithium-Ionen-Technologie als Energiespeichertechnik, insbes in Kopplung mit Mikro-Kraftwärmekopplungsanlagen sowie Kleinwind- und Photovol-

taikanlagen

GrAnfr
s. *Energiespeicher*
Drs 15/906

Ausbau von Windkraftanlagen

Beteiligung der Land- und Forstwirte und deren Organisationen an der Planung von Windkraftanlagen; Schaffung der rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Wertschöpfung der Standortgemeinden und örtlichen Land- und Forstwirtschaft vom Bau von Windkraftanlagen; rechtliche Gleichbehandlung land- und forstwirtschaftlicher Flächen; Ausgleichsleistungen für Schutzauflagen; Standortkriterien für Windkraftanlagen unter Berücksichtigung von Naturschutz, Landschaftsschutz, Tourismus etc.

KlAnfr Karl Rombach CDU 07.12.2011 und Antw UM Drs 15/978

Strategische Umweltprüfung iRd Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bewertung der grafischen Gestaltung und Lesbarkeit der Zeitungsanzeigen zur Konsultation der Öffentlichkeit zu Artikel 2 des Entwurfs des Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes zur Aufhebung der Festlegungen für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen, Vereinbarkeit mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz und den Gestaltungsrichtlinien des Landes

KlAnfr
s. *Landesplanung*
Drs 15/1016

Situation der Energieerzeugung im Wahlkreis Waldshut

Gesamtleistung und Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Wahlkreis Waldshut im Vergleich zum Land und den anderen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen Biogas-, Solarenergie- und Windkraftanlagen im Wahlkreis Waldshut; Standorte der Wasserkraftanlagen; Leistungszahlen von Wasserkraft- und Biogasanlagen; Gesamtenergieverbrauch im Wahlkreis Waldshut

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2891

Auswirkungen der Offshore-Windkraft

Ausbau der Windenergie in der Nord- und Ostsee unter Beteiligung baden-württembergischer Unternehmen

KlAnfr Daniel Renkonen GRÜNE 17.02.2012 und Antw UM Drs 15/1298

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen als Vorranggebiete, Aufhebung der bestehenden Vorrang- und Ausschlussgebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen in den Regionalplänen nach einer Übergangsfrist

GesEntw
s. *Landesplanung*
Drs 15/1368

Verschiedene Rechtsfragen zum Vollzug des Landesplanungsgesetzes bei der Umsetzung der Energiewende in BW

Klärung o.g. Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Wege der Flächennutzungsplanung, insbes durch Gemeindever-

waltungsverbände und in landschaftlich besonders sensiblen Lagen

Antr Tanja Gönner u.a. CDU 15.03.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/1444
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.05.2012 Drs 15/2351 S. 48-50
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Verpflichtung der Regionalverbände unter Beteiligung der Gemeinden zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen, die zugleich die Eigenschaft von Eignungsgebieten nach dem Raumordnungsgesetz haben müssen; Änderung des Landesentwicklungsplans 2002

GesEntw
s. *Landesplanung*
Drs 15/1496

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen als Vorrang-, Vorbehalts- oder Ausschlussgebiete; Aufhebung abweichender Festlegungen in bestehenden Regionalplänen binnen einer angemessenen Frist

GesEntw
s. *Landesplanung*
Drs 15/1511

Entwurf eines Windenergieerlasses BW

Ausmaß der erfolgten bzw zu erwartenden Nutzung von kommunalen und landeseigenen Flächen zur Errichtung von Bürgerwindparks; Kriterien und Vorgaben für den Katalog der Schutzgebiete in den Tabubereichen, für die Festlegung der Abstandsflächen und Ausgestaltung der Rückbauverpflichtung; fachliche und rechtliche Begründung der Restriktionen in den verschiedenen Schutzgebietskategorien für Wasser- und Heilbäderschutzgebiete

Antr Tanja Gönner u.a. CDU 30.03.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1526
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.05.2012 Drs 15/2351 S. 50-53
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2691

„Entsorgungskonzeption des Landes für Solar- und Windenergieanlagen in BW“

Energieausbeute aus o.g. Anlagen seit 2002; wirtschaftliche Nutzungsdauer von alten und neuen Anlagen, insbes nach Auslaufen der 20-jährigen Einspeisevergütung; Zahl und Materialmasse von ausgedienten Anlagen, Art und Anteil von wiederverwertbaren und gefährlichen Stoffen, Kosten von Abbau und Entsorgung; Bewertung der Anforderungen an die Umsetzung der anstehenden Novelle zur Elektro- und Elektronikgeräte-Abfall-Richtlinie; Erarbeitung der o.g. Konzeption mit Vertretern aus Forschung, Industrie, Handel und Handwerk

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 15/1698

Alternative Techniken von Windkraftanlagen vergleichen

Vergleich verschiedener Konstruktionstechniken für Windkraftanlagen, z.B. der Mantelwindturbine mit dreiflügeligen Windrädern, nach ihrer jeweiligen Wirtschaftlichkeit und Auswirkungen auf Umwelt und Landschaftsbild; Berücksichtigung der modernen Generation von Windkraftanlagen durch das neue Landesplanungsgesetz bzw den Windkrafteerlass? Bestrebungen von

Firmen um den Abschluss von Vorverträgen mit Grundstücksbesitzern, Beurteilung dieser Praxis unter Wettbewerbsgesichtspunkten

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 24.05.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/1753

Windkraftstandorte im Naturpark Schönbuch

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr Sabine Kurtz u.a. CDU 05.06.2012 und Antw UM Drs 15/1796

Windkraftstandorte im Landschaftsschutzgebiet Bodanrück am Bodensee

Windhöfliche Standorte mit Aussicht auf Genehmigung moderner Windkraftanlagen der 3-MW-Klasse nach dem geänderten Landesplanungsgesetz und dem neuen Windkrafteinsatz; Darlegung der zu erwartenden Eingriffe in die Belange von Natur- und Landschaftsschutz sowie in die Funktion als Naherholungsgebiet; Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Regionalverbänden und Kommunen bei der Ausweisung von Windkraftstandorten in den Flächennutzungsplänen

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 13.06.2012 und Antw UM Drs 15/1833

Bürokratische Blockade des Zubaus von Windkraftanlagen im Enzkreis durch die Folgen der Änderung des Landesplanungsgesetzes

Bestehende und geplante Windkraftanlagen im Enzkreis, erwarteter Zubau bis 2020; Notwendigkeit der Aufhebung von modifizierten Flächennutzungsplänen der Kommunen, die den Bau von Windkraftanlagen ermöglicht hätten, infolge der o.g. Änderung; Untersuchung möglicher Standorte anhand einzelner Gutachten, Einschätzung der Kosten dieser Gutachten; Frage nach der Zulässigkeit von Windkraftstandorten in Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 25.06.2012 und Antw UM Drs 15/1954

Vorkommen und Schutz des Weißstorchs in BW

Entwicklung der Bestände und regionalen Verteilung der o.g. Großvögel seit 1992; Programme und Maßnahmen zur Wiederansiedlung und Sicherung der Bestände; Beurteilung der Gefährdung insbes durch den Ausbau der Windenergienutzung

Antr
s. *Storch*
Drs 15/2152

Verbraucherschutz und Bürgerwindräder

Gesellschaftsformen und Bürgerbeteiligung der o.g. Windkraftanlagen, Darstellung der Anlegerschutzregelungen bei den jeweiligen Beteiligungsformen; Hinwirkung auf Beteiligungsstrukturen, bei denen die Bürger nicht mit ihrem privaten Vermögen für die Gesellschaft haften; Kriterien zur Qualitätsbeurteilung der Entwickler, Investoren und Betreiber

Antr Dr. Friedrich Bullinger u.a. FDP/DVP 27.07.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2171
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.09.2013 Drs 15/4190

S. 32 33
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Konkrete Umsetzung der Ziele der Energiewende in BW

Jährliche Zielvorgaben und Maßnahmen bis 2016 insbes zur Erhöhung des Anteils von Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft und Bioenergie an der Stromerzeugung, zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur energetischen Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden; jährliche Berichterstattung; Angaben über die für Forschung und Entwicklung eingeplanten Haushaltsmittel

Antr
s. *Energiapolitik*
Drs 15/2344

Regenerative Energien im Wahlkreis 42 (Pforzheim/Birkenfeld/Ispringen/Kieselbronn)

Zahl der vorhandenen und geplanten, der erzielten und möglichen Leistung von Biogasanlagen, Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Möglichkeiten und Bindungswirkung der Bürgerbeteiligung bei den geplanten Windkraftanlagen in der Gemeinde Birkenfeld; Art und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2456

Planerische Steuerung der Errichtung von Windkraftanlagen

Stand der kommunalen Planungen und der der Regionalverbände; Bewertung der Entscheidung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu den Anforderungen an eine Zurückstellung nach § 15 Abs 3 Baugesetzbuch; Frage nach flankierenden Aktivitäten zur Unterstützung von planenden Kommunen

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 22.10.2012 und Stellungnahme MVI Drs 15/2537
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 25.04.2013 Drs 15/3712
S. 22 23
PIPr 15/75 18.07.2013 S. 4583 4584

Ausbau der Windenergienutzung in Waldgebieten

Notwendige Voraussetzungen und Genehmigungsverfahren, insbes für die Prüfung und Genehmigung einer Waldumwandlung nach § 9 Landeswaldgesetz durch die Forstbehörden; Auswirkungen der Genehmigungspraxis auf die kommunale Planungshoheit

KlAnfr Norbert Beck CDU 24.10.2012 und Antw MLR Drs 15/2559

Energiewende in BW

Stromproduktion und Stromimport aufgeschlüsselt nach Erzeugungsart; Stromverbrauch von Privathaushalten, Industrie und sonstigen gewerblichen Verbrauchern; Anzahl und Kapazität der bis Ende 2013, 2016 und 2020 zu errichtenden Windkraftwerke, Fotovoltaik- und Biokraftstoff-Anlagen; Anforderungen an den Ausbau der Stromnetze, Höhe der Investitionskosten; Windenergieprojekte in den Stadt- und Landkreisen; Investoren für Solarparks; Standorte für Wasserkraftwerke, Nutzung der Geothermie; Strompreisentwicklung; Einsparziele bei Stromverbrauch und Wärmeenergie, Abwärmenutzung; Förderprogramme für die energetische Gebäudesanierung

GrAnfr
s. *Energiapolitik*
Drs 15/2659

Visualisierung von Windkraftanlagen

Möglichkeiten einer wirklichkeitsnahen Visualisierung zur Versachlichung der Diskussion über die Standortwahl; Unterstützung solcher Verfahren; Vorgaben für eine Visualisierung in objektiver und einheitlicher Form im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr Paul Locherer u.a. CDU 21.11.2012 und Stellungnahme UM Drs 15/2695

Wirtschaftliche und zuverlässige Energieversorgung für BW

Weiterentwicklung des Energiekonzepts der LReg von 2009 im Rahmen der Energiewende von 2011, insbes Festlegung von zeitlich definierten Teilzielen und Überwachung durch Monitoring und Controlling-Systeme; Planung und Maßnahmen zu den Handlungsbereichen Stromverbrauch, Energiemix, Kraftwerksbau, Stromimporte, Stromautobahnen, Verteilungsnetze, Energiespeicherung, Windenergie; Energiekostentransparenz, Bürgerenergiegenossenschaft und Verbraucherverhalten; Daten zu „Bürgerwindanlagen“; Zusatzbedarf an regelbarer Kraftwerksleistung; national und international abgestimmte Forschungsziele für Energiewende und Klimaschutz

GrAnfr
s. *Energieversorgung*
Drs 15/2863

Regenerative Energien im Main-Tauber-Kreis

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im Main-Tauber-Kreis im Vergleich zu den übrigen LKreisen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasser- und Windkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien im Main-Tauber-Kreis

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/2865

Ausbau der Windenergie in BW

Gründe für den Protest von Bürgerinitiativen gegen das im Mai 2012 novellierte Landesplanungsgesetz; Akzeptanzsteigerung für den Ausbau der Windenergie; Nachbesserungen beim Landesplanungsgesetz und beim Windenergieerlass; Zusammenarbeit mit den Kommunen beim Windenergieausbau, insbes Fortschreibung von Flächennutzungsplänen, Nutzung von Potenzialkarten und Planungshilfen; Zulassung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/2983

Status der Windkraftnutzung im baden-württembergischen Teil des Regionalverbands Donau-Iller

Zahl der seit 2008 ausgewiesenen und rechtskräftig verabschiedeten Vorranggebiete für Windkraftanlagen; Zahl der errichteten Anlagen sowie der Bauanfragen in diesem Zeitraum; Rechtsgrundlage für die Genehmigung der einzelnen Standorte; Genehmigungsdauer; Stand des Anhörungsverfahrens zur Ausweisung von Standortvorrangflächen; Verbindlichkeit des Standortgutachten des TÜV Süd zur Windhöflichkeit für Standortentscheidungen; Modifizierung des Staatsvertrags für den Regionalverband Donau-Iller zugunsten einer Standortentscheidung der Kreise

KlAnfr Martin Rivoir SPD 01.02.2013 und Antw UM Drs 15/2988

Windkraft-Planung im Remstal (Windpark Buocher Höhe)

Bürgerprotest gegen den Windpark im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet; Abstand der Windkraftanlagen von den umliegenden Wohngebieten; Umweltbelastung durch Licht- und Lärmemissionen, insbes durch tieffrequenten Schall; Gesundheitsgefahr durch Infraschall; Wirtschaftlichkeit der Anlage im Hinblick auf etwaige Zwangsabschaltungen wegen Schattenwurf, Lärmemission, Fledermausflug sowie größerer Unterschiede beim Windaufkommen

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 12.02.2013 und Antw UM Drs 15/3054

Windkraft-Planungen in BW

Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Wohngebieten in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Vergrößerung des Mindestabstands auf 1500 Meter; Formen der Bürgerbeteiligung; wesentliche Einwände gegen den Bau von Windkraftanlagen; Unterstützung der Regionalverbände, Planungsverbände bzw Kommunen bei Einsprüchen; seit 2006 errichtete und bis 2014 geplante Windkraftanlagen; Volllaststunden und Abschaltungsverpflichtungen, Wirtschaftlichkeit der Anlagen, insbes des Windparks Simmersfeld im LKreis Calw; Akzeptanz des Sieben-Punkte-Programms und Windenergieerlasses

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 13.02.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3057
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.09.2013 Drs 15/4190 S. 34-40
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Regenerative Energien im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden

Stand des Ausbaus von regenerativen Energieformen im LKreis Rastatt und Stadtkreis Baden-Baden im Vergleich zu den übrigen Regionen in BW; Zahl der vorhandenen und geplanten Biogasanlagen; Standorte von Wasser- und Windkraftanlagen; Leistungszahlen von Solarenergie-, Wasserkraftanlagen; Gesamtleistung der regenerativen Energieerzeugung und Umfang von Speichermöglichkeiten für Strom aus regenerativen Energien in beiden Kreisen

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 15/3282

Ist eine vernünftige Planung der Windkraft im baden-württembergischen Teil der Metropolregion Rhein-Neckar möglich?

Auswirkungen des baden-württembergischen Windenergieerlasses für den einheitlichen Regionalplan der Metropolregion Rhein-Neckar, u.a. auch auf Verhandlungen mit den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz; Ausweisung von Vorranggebieten und Ausschlussflächen für Windkraftanlagen durch die Kommunen, insbes in der Stadt Weinheim

Antr Georg Wacker u.a. CDU 28.03.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3299
BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.07.2013 Drs 15/4190 S. 41 42
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925

Der Ausbau der Windkraft kommt wegen großer planungsrechtlicher Probleme nicht voran

Anzahl und Gesamtleistung der im Jahr 2012 in den einzelnen Bundesländern in Betrieb gegangenen Windkraftanlagen; Ausweisung von Vorranggebieten durch die Regionalverbände in den Regionalplänen und von Standorten durch die Kommunen

in den Flächennutzungsplänen seit der Änderung des Landesplanungsgesetzes und dem Inkrafttreten des Windenergieerlasses; Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen; Gründe für die Ablehnung eines Standorts oder Vorranggebiets; Änderungen von Schutzgebietsverordnungen durch die unteren (Stadt- und LKreise) oder die höheren Naturschutzbehörden (Regierungspräsidien); Handreichungen für den Artenschutz

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 12.04.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3353

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 24.10.2013 Drs 15/4324 S. 36 37

PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Umsetzung des Landesplanungsgesetzes im Bereich Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung

Gebietsausweisung für Windkraftanlagen bei grenzüberschreitenden Trägern der Regionalplanung, insbes Stand der Neuplanung von Vorranggebieten, Beteiligung der Regionalverbände bei den Entscheidungsfindungen der Raumordnungskommissionen, Interessenkonflikte mit angrenzenden Bundesländern aufgrund differenzierter Planungsgrundsätze, abweichende Interessenlage des Landes Rheinland-Pfalz durch Ausweisungsmöglichkeit von Ausschlussgebieten

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 14.05.2013 und Stellungnahme MVI Drs 15/3494

Ausbau der Windkraft voranbringen - Abstände von der Wohnbebauung flexibel gestalten

Statistik zum Ausbaustand der Windenergie in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern; Schaffung einer Länderöffnungsklausel für die flexible Gestaltung der Abstandregelungen bei Windkraftanlagen

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/3789

Landesplanungsgesetz; Ausbau der Windenergie in BW

Standorte, Anträge und Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Windenergieanlagen; Kritik an rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergie in BW; Windkraftausbau in den anderen Bundesländern; Errichtung von Windenergieanlagen in Landschaftsschutzgebieten

Antr Manfred Groh u.a. CDU 13.09.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4028

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 20.02.2014 Drs 15/5052 S. 37-41

PIPr 15/97 30.04.2014 S. 5850

Brandschutz bei Windkraftanlagen

Verlauf des Feuerwehreinsatzes beim Brand eines Windrads auf dem Langenhard in Lahr im September 2013; Verfügbarkeit von Löschwasser an der Brandstelle; Besonderheiten der Brandbekämpfung bei Windrädern; Gefahren und Risiken

KIAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 07.10.2013 und Antw IM Drs 15/4120

Ausbau der Windkraft

Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und wirtschaftlicher Nutzen beim Ausbau der Windkraft in BW, insbes Standortprüfungen auf Windhöflichkeit und wirtschaftlichen Betrieb, Veröffentlichung von Kennzahlen zu genehmigten und geplanten Windkraftanlagen, Ausweisung von Konzentrationszonen und Ausschlussgebieten für Windräder, Verbraucherschutz bei Investi-

tionen in Windkraft; Abweichung beim vorgeschriebenen Abstand der Windkraftanlagen zur nächsten Wohnbebauung von den WHO-Mindeststandards

KIAnfr Georg Wacker CDU 23.10.2013 und Antw UM Drs 15/4196

Windkraft im Landkreis Schwäbisch Hall

Zahl und Standorte der seit 2011 im LKreis Schwäbisch Hall genehmigten Windkraftanlagen; Auskunft über in Genehmigungsverfahren befindliche sowie voraussichtlich 2013 in Betrieb gehende Windräder; Abstände der in Betrieb genommenen Windenergieanlagen zu Wohngebieten und zu Schutzgebieten

KIAnfr Helmut Walter Rüeck CDU 24.10.2013 und Antw UM Drs 15/4238

Umsetzung der zur Sicherung der Belange des Natur- und Artenschutzes in der Regional- und Bauleitplanung auf Grundlage des Windenergieerlasses notwendigen Maßnahmen durch die LReg

Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei der Genehmigung von Windkraftanlagen; Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden; Schutz der unter Ziffer 4.2 im Windenergieerlass BW vom 9. Mai 2012 definierten Tabubereiche; Kartierung der Horste geschützter Vögel; wissenschaftliche Untersuchung und Kartierung der Flugrouten von Vögeln und Fledermäusen; Aufschluss über den Vogelzug entlang des Alpennordrands und am Bodensee, Erforschung der Flughöhe nachts ziehender Vögel; Veröffentlichung der planungsrechtlich bedeutsamen Forschungsergebnisse; Zeitplan und Finanzierung der Maßnahmen

Antr
s. *Vogelschutz*
Drs 15/4445

Zweierlei Maß beim Landschaftsschutz?

Unterschiedliche Gewichtung im Landschaftsschutz beim Ausbau sogenannter nachwachsender Rohstoffe und bei der Planung von Windkraftanlagen gegenüber dem Ausbau von Weihnachtsbaumkulturen

KIAnfr
s. *Landschaftspflege*
Drs 15/4492

Neue Haltung der LReg zu den Ausbauzielen bei der Windkraft in BW?

Erreichbarkeit der Ausbauziele bei Windkraftanlagen in BW; Äußerungen von Regierungsmitgliedern zum Ausbau der Windkraft; Validität der dem Windatlas zugrundeliegenden Daten; Verzicht auf die Vorlage eines Windgutachtens zur Beschleunigung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 13.12.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/4498

Ausbau der Windenergie

Bilanz des ersten Jahres nach Inkrafttreten des neuen Landesplanungsgesetzes; Beurteilung der Fortschreibung der Flächennutzungspläne in den Kommunen; Durchführung einer gemarkungsübergreifenden Windkraftplanung durch die Regionalverbände; Anzahl und Standorte der genehmigten Windkraftanlagen; Einschränkung der Aufforstung von Waldflächen zugunsten des Windkraftausbaus

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/4520

Länderöffnungsklausel für Abstandsregelungen von Windkraftanlagen nutzen

Einfügung einer Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch; Nutzung der Möglichkeit einer länderspezifischen Festlegung der Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung; Mindestabstände in der bisherigen Genehmigungs- und Rechtsprechungspraxis; Zunahme der Nabenhöhe; Leistungsklassen der in BW rentabel zu betreibenden Windenergieanlagen; Festsetzung des Mindestabstands zwischen Windkraftanlagen und Wohngebäuden auf 1.000 Meter

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 13.01.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4574

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.04.2014 Drs 15/5272 S. 30 31

PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Pachtverhältnisse des Landes für Windkraftstellflächen

Umfang, Vertragsgestaltung und Einnahmen aus der Verpachtung von Stellflächen für Windkraftanlagen durch das Land BW bzw Landesbetriebe

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 23.01.2014 und Antw MLR Drs 15/4653

Finanzierungsbedingungen für Windkraftstandorte in den Staatswäldern in BW

Preisentwicklung, Vergabekriterien und Finanzierungsbedingungen für die Verpachtung von Stellflächen für Windkraftanlagen in den Staatswäldern Baden-Württembergs

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 30.01.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4676

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.05.2014 Drs 15/5374 S. 4 5

PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Einheitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Länderöffnungsklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr
s. *Verkehrswert*
Drs 15/4755

Rechtssicherheit und Vertrauensschutz für Investitionen in Windenergieanlagen

Genehmigungsverfahren für den Bau einer Windenergieanlage (WEA) in BW, insbes Planungszeiten und -kosten, angemessenen Stichtagsregelung sowie Vertrauensschutz für bereits getätigte Investitionen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 13.02.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4768

Drohende Beeinträchtigung der Rundfunksendeanlage Hornisgrinde durch Windkraftanlagen

Bedeutung der Rundfunksendeanlage Hornisgrinde für die Verbreitung privater und öffentlich-rechtlicher Hörfunkprogramme; Ausmaße und Abstand der auf der Hornisgrinde geplanten Windkraftanlagen von der Rundfunksendeanlage; Vermeidung möglicher Störeffekte auf die Sendeleistung sowie daraus

erwachsender Schadensersatzansprüche der betroffenen Rundfunkanstalten

KlAnfr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/4846

Politik des Landes für die Kommunen

Planungen, Perspektiven und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung durch das Land, insbes bei Schulentwicklung, Schulschließungen, Schulgebäudebau, Ganztagsschulangebot, Ganztagsbetreuung, Inklusion, kommunalen Kultureinrichtungen, Zuwandererintegration, demografischer Entwicklung, Bauleitplanung, Windenergieanlagenausbau, Energie- und Klimaschutzkonzepten, Konversionsmaßnahmen, Breitbandnetzausbau, Krankenhausstruktur, Pflegebedarf, Umsetzung und Ko-finanzierung von EU-Programmen, Straßenbau, öffentlichem Personennahverkehr, Personalzusatzkosten durch geändertes Landespersonalvertretungsgesetz, Prävention von Alkoholmissbrauch auf öffentlichen Plätzen, Mittelverteilung des kommunalen Finanzausgleichs

GrAnfr
s. *Kommunalpolitik*
Drs 15/4853

Gesundheitliche Folgen des tieffrequenten Schalls von Windenergieanlagen

Umweltmedizinische Untersuchungen und Erkenntnisse über gesundheitliche Beschwerden als Folgen des tieffrequenten Schalls oder Infraschalls von Windenergieanlagen; Förderung von Maßnahmen zur Erforschung und Vorbeugung möglicher Gesundheitsrisiken in Verbindung mit Windenergieanlagen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 04.03.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4889

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6496 S. 28 29

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Geplante Windkraftanlage Hornisgrinde und Auswirkungen auf die dortige Rundfunk-Sendeanlage

Auswirkungen der geplanten Windkraftanlage Hornisgrinde auf die Hörfunk-Verbreitung und -Versorgung in Mittelbaden, insbes unzureichende Einbindung des davon betroffenen Hörfunkveranstalters „Radio Regenbogen“ in die bisherigen Planungs- und Genehmigungsprozesse

Antr
s. *Sendeanlage*
Drs 15/4983

Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe

Errichtungszahlen und Klageverfahren gegen den Betrieb von Windkraftanlagen bis zehn Meter Höhe; Handlungsbedarf zur Einschränkung der Verfahrens- und Genehmigungsfreiheit durch die Landesbauordnung bei der Errichtung dieser Windkraftanlagen

KlAnfr Manfred Hollenbach CDU 09.05.2014 und Antw MVI Drs 15/5180

Windenergiepläne im Landkreis Schwäbisch Hall

Genehmigung von Windenergieanlagen im Landkreis Schwäbisch Hall; Planungen von Windenergieanlagen im Schäferwald in der Gemeinde Frankenhardt, insbes Beachtung von Arten- und Vogelschutz

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 12.05.2014 und Antw MLR Drs 15/5184

Die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen in BW

Entwicklung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Windkraftanlagen und der Zahl der Windkraftanlagenhersteller in Deutschland während der letzten zehn Jahre; Auswirkungen der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Vergütung des Stroms aus Windkraft und die Genehmigung von Windenergieanlagen; Entwicklung der Pachtpreise für Windkraftflächen und ihre Folgen für Struktur der Projektentwickler

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 13.06.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5339

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 91-95

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Der Windkraftausbau im Land darf nicht mit der Brechstange erfolgen - die Anliegen der betroffenen Bürger müssen Gehör finden

Bürgerinitiativen gegen die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen in BW; Berücksichtigung der Anliegen der Bürgerinitiativen; Erschwerung einer Bürgerbeteiligung wegen sich überschneidender Zuständigkeiten der Kommunen und Regionalverbände beim Ausweisen von Windkraftstandorten; Umgang mit den Befürchtungen betroffener Bürger; Gewichtung und Beachtung des Natur-, Arten- und Landschaftsschutzes bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 14.07.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5483

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 06.11.2014 Drs 15/6338 S. 91-95

PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7289 7290

Artenschutz beim Windkraftausbau im Stadtkreis Pforzheim

Auskunft über vorliegende Genehmigungsanträge und Voranfragen zum Bau von Windkraftanlagen; Berücksichtigung des vom Naturschutzbund Deutschland, Ortsverein Engelsbrand, ausführlich dokumentierten Vorkommens von Rotmilanen im Gebiet der Büchenbronner Höhe und des Saubergs bei der artenschutzrechtlichen Prüfung der geplanten Windkraftanlagen; Anpassung des Teilflächennutzungsplans Windenergie

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 10.11.2014 und Antw UM Drs 15/6103

Artenschutz beim Windkraftausbau auf der Buocher Höhe

Einbeziehung eines ehrenamtlich erstellten Gutachtens zum Artenschutz in den entsprechenden Teilflächennutzungsplan für Windenergieanlagen auf der Buocher Höhe im Rems-Murr-Kreis

KlAnfr Jochen Haußmann FDP/DVP 11.11.2014 und Antw MLR Drs 15/6108

Bedeutung des Kurortgesetzes bei der Errichtung von Windkraftanlagen

Bewertung der geplanten Errichtung von Windkraftanlagen im Bereich der Markungsgrenze zum Kurort Dobel, insbes unter Berücksichtigung von Landschaftsschutz, Tourismus und dem Kurortgesetz

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 20.11.2014 und Antw MLR Drs 15/6156

Windpark Schurwald im Bereich Esslingen/Plochingen

Stand der Errichtung des Windparks Schurwald; Bedenken von Trägern öffentlicher Belange im Vorfeld der Genehmigung; Beeinträchtigung des An- und Abflugs am Flughafen Stuttgart durch die Windkraftanlagen; Abstand zur Wohnbebauung; Ge-

sundheitsgefährdung durch Licht- und Lärmemission

KlAnfr Andreas Deuschle CDU 04.12.2014 und Antw UM Drs 15/6219

Windkraftanlagen

Konsequenzen aus dem im Auftrag des „Landesverbands baden-württembergischer Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen in Natur- und Kulturlandschaften“ erstellten Rechtsgutachtens für den Windenergieerlass; Aussetzung laufender Genehmigungsverfahren

KlAnfr Werner Raab u.a. CDU 12.12.2014 und Antw UM Drs 15/6267

Windkraftausbau in BW

Stand des Windkraftausbaus im Jahr 2014; Auskunft über Anschlüsse von Windkraftanlagen ans Netz sowie über Stilllegungen von Windrädern

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 16.12.2014 und Antw UM Drs 15/6281

Fragen zur Planungs- und Genehmigungspraxis sowie zur energie- und volkswirtschaftlichen Bedeutung von Windkraftanlagen

Sachstand zur Planungs- und Genehmigungspraxis von Windkraftanlagen, insbes Verbindlichkeit der im Windatlas und im Potenzialatlas des Landes genannten Windwerte, Berücksichtigung von Körperschallübertragungen und Geräuschen beim Immissionsschutz

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 23.12.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6318

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.03.2015 Drs 15/6921 S. 45

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Windenergie in BW

Sachstand zur Windenergie in BW, insbes Inbetriebnahme und Stilllegung von Windenergieanlagen, Abstände der Anlagen zur Wohnbebauung, Leistungsdaten zur Stromerzeugung aus Windenergie; Regelung des Mindestabstands von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung durch das Baugesetzbuch

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/6346

Windkraft in den Regierungsbezirken, Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

Sachstand zu Windkraftanlagen und Windkraftpotenzial in den einzelnen Regierungsbezirken, Regionen und LKreisen Baden-Württembergs

KlAnfr
s. *Windenergie*
Drs 15/6436

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 03.02.2015 und Antw UM Drs 15/6441

Körperschallübertragungen durch Windenergieanlagen

Sachstand zu Körperschallübertragungen im Zusammenhang mit Windenergieanlagen, insbes durchgeführte Messungen durch die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW)

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 24.02.2015 und Antw UM Drs 15/6524

Geplante Windkraftanlage Zollstock-Springstein (Rems-Murr-Kreis)

Sachstand zum Genehmigungsverfahren der geplanten sechs Windkraftanlagen im Bereich Zollstock-Springstein, insbes Berücksichtigung der Flugsicherheit, Suche nach Alternativen

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 12.03.2015 und Antw UM Drs 15/6599

Vereinbarkeit von Windkraftnutzung und Naturschutznotwendigkeiten

Sachstand zur Umsetzung der Vorgaben des „Neuen Helgoländer Papiers“ der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz zur Erhöhung des Mindestabstands von Windkraftanlagen zu Naturschutzgebieten mit Rotmilan-Population von 1.000 auf 1.500 Meter

Antr Paul Nemeth u.a. CDU 23.04.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6786

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 19.11.2015 Drs 15/8019 S. 33-35

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Bodenschutz bei Windenergieanlagen (WEA)

Sachstand zur Berücksichtigung des quantitativen Bodenschutzes bei der Planung und Errichtung von Windenergieanlagen

KlAnfr Dr. Bernd Murschel GRÜNE 27.04.2015 und Antw UM Drs 15/6797

Fachliche Ausarbeitung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) zur Bestimmung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan und deren Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit von Windenergieanlagen

Sachstand zur Festlegung sogenannter „Dichtezentren“ für den Rotmilan, insbes Bewertung der naturschutzfachlichen Vorgaben der LUBW, Auswirkungen auf die Ausbauziele und Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen

Antr
s. Vogelschutz
Drs 15/7150

Infraschall bei Windenergieanlagen

Sachstand zu Tierverendungen durch Infraschall bei Windenergieanlagen, insbes aktuelle Diskussion in Dänemark und Konsequenzen für den Windkraftausbau

Antr Daniel Renkonen u.a. GRÜNE 09.07.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/7151

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.10.2015 Drs 15/7755 S. 13 14

PIPr 15/147 17.12.2015 S. 8839

Kohlendioxidbilanz von Windrädern

Sachstand zur Emittierung von Kohlendioxid bei der Herstellung und Errichtung von Windenergieanlagen

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 30.07.2015 und Antw UM

Drs 15/7241

Haltung der LReg zur Zerstörung der römischen Consularstraße (Steinsträßle) im Stuttgarter Tauschwald durch den Bau von Windkraftanlagen und seine Folgen

Sachstand zur Bedeutung der römischen Consularstraße (Steinsträßle) im Stuttgarter Tauschwald und Gefährdung durch den Bau von Windkraftanlagen, insbes Ermessensabwägung zwischen Bau von Windrädern sowie dem Schutz des kulturellen Erbes und dem Artenschutz, Maßnahmen zur Rettung der Römerstrasse

Antr
s. Kulturdenkmal
Drs 15/7303

Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten

Sachstand zu Gefährdungspotenzialen beim Trinkwasserschutz durch die Errichtung von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 30.09.2015 und Antw UM Drs 15/7459

Ausschreibungen und Gestattungsverträge des Landesbetriebs ForstBW für Windkraftstandorte

Standorte der Ausschreibungen und Gestattungsverträge des Landesbetriebs ForstBW für Windenergieanlagen sowie der potenziellen Flächen des Staatsforsts in der Vorprüfung oder Ausschreibung

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 12.10.2015 und Antw MLR Drs 15/7543

Windenergie in BW - Auswirkungen der Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Sachstand zu den Auswirkungen der Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf den Zubau und Wirtschaftlichkeit von neuen Windenergieanlagen in BW

KlAnfr Andreas Glück FDP/DVP 13.10.2015 und Antw UM Drs 15/7559

Stromtrassen und Folgen für den Ausbau von Windkraftanlagen in BW

Auswirkungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 5. Oktober 2015 zum Bau von Stromtrassen zwischen Nord- und Süddeutschland auf den Ausbau von Windkraftanlagen in BW

KlAnfr Karl Rombach CDU 23.10.2015 und Antw UM Drs 15/7602

Aktuell im Bau befindliche Windkraftanlagen in BW

Sachstand zu Standorten und Inbetriebnahme von im Bau befindlichen und geplanten Windkraftanlagen in BW

KlAnfr Paul Nemeth CDU 29.10.2015 und Antw UM Drs 15/7636

Versteckte Subventionen für Windenergieanlagen?

Verzicht auf Ausgleichszahlungen bei durch Windenergieanlagen verursachten Eingriffen in Natur und Landschaft in Rheinland-Pfalz; Höhe der in den vergangenen fünf Jahren in BW geltend gemachten Ausgleichszahlungen; Zahlungsbedingungen in den Verträgen zwischen dem Staatsforst und den Betreibern von Windenergieanlagen

Antr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 26.01.2016 und Stellungnahme MLR Drs 15/8003

Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald und Auswirkungen auf den Wandertourismus

Sachstand zum Risiko von Eisschlag bzw. Eisabwurf bei Windkraftanlagen im Schwarzwald, insbes. Gefährdungssituation für Mensch und Tier, Sperrung von Gefährdungsbereichen im Umkreis von Windkraftanlagen und Auswirkungen auf den regionalen Wandertourismus und die örtliche Gastronomie

KlAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 01.02.2016 und
Antw UM Drs 15/8034

Windkraftanlagen am Schloss Lichtenstein

Sachstand zur Durchführung des immissionsrechtlichen Verfahrens zu den fünf geplanten Windkraftanlagen hinter dem Schloss Lichtenstein

KlAnfr Dieter Hillebrand u.a. CDU 12.02.2016 und Antw
UM Drs 15/8051

Schutzzone für das Black Forest Observatory (BFO)

Ausweitung der Schutzzone um das Geowissenschaftliche Gemeinschaftsobservatorium in Schiltach; Verbot der Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb der Schutzzone

KlAnfr
s. *Geowissenschaftliches Gemeinschaftsobservatorium (Schiltach)*
Drs 15/8099

Anstrebung von 10 % der Stromerzeugung aus Windenergieanlagen bis 2020

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 23

Anstrebung von 10 % der Stromerzeugung aus Windenergieanlagen bis 2020, Nutzung der im Windatlas aufgezeigten neuen Standorte

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 39 40 55 58 67 75 76

Anmahnung eines Umdenkens der Verwaltung bei der Genehmigung von Windenergieanlagen

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 239

Anstrebung von 10 % der Stromerzeugung aus Windenergieanlagen bis 2020, Beteiligung der EnBW an Offshorewindparks in der Ostsee; Vorlage des Entwurfs für den Windenergieerlass; Votum der Bürger in Dischingen für den Bau von Windkraftanlagen

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1044-1046 1048-1054 1056 1058 1061

Erleichterung der Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1114 1132 1133 1136 1138

Plädoyer für mehr Windenergie an den ökonomisch besten Standorten in Deutschland und Europa, Hervorhebung der Wertschöpfung im Umfeld der Windkraft

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1191 1204 1210 1212 1214

Anstrebung einer Balance zwischen dem Ausbau der Windkraftnutzung, Naturschutz und Erhaltung des Landschaftsbilds; Erleichterung der Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes

PIPr 15/25 09.02.2012 S. 1308 1332-1337 1339 1341 1343-1345 1347 1356 1363

Ausbau der Windenergie mit der Novellierung des Landesplanungsgesetzes und dem Windenergieerlass; Erinnerung an das Urmodell moderner Windkraftanlagen 1957 auf der Schwäbischen Alb

PIPr 15/43 18.07.2012 S. 2350 2351

Windenergieerlass

s. *Windenergieanlage*

Windkraft

s. *Windenergie*

Windkraftanlage

s. *Windenergieanlage*

Windkraftwerk

s. *Windenergieanlage*

Wings of Hope Deutschland

Fluchtursachen wirksam bekämpfen - Traumatisierten vor Ort helfen

Sachstand zur Hilfe für Traumatisierte vor Ort im Nordirak, insbes. Arbeit der Stiftung wings of hope Deutschland, vorhandene Strukturen zur Traumabehandlung vor Ort, Bereitstellung von Landesmitteln zur Unterstützung dieser Arbeit und zur Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort

Antr
s. *Psychisches Trauma*
Drs 15/7583

Winkler, Alfred MdL SPD

Würdigung und Verabschiedung des Abg Alfred Winkler

PIPr 15/87 19.12.2013 S. 5209 5210

Winnenden

Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in BW

Entwicklung der Zahl o.g. Behandlungsfälle und Ärzte im niedergelassenen Bereich, in teil- und vollstationären Einrichtungen seit 2006; Beurteilung der Versorgungssituation im Rems-Murr-Kreis, Unterstützung der Einrichtung von 14 teilstationären Betten beim Klinikum Schloss Winnenden? Zeitpunkt der Vorlage der Eckpunkte des angekündigten Landespsychiatriegesetzes

Antr
s. *Kinder- und Jugendmedizin*
Drs 15/802

Erfolgreiche Bildungshäuser für 3- bis 10-Jährige im Wahlkreis Waiblingen erhalten

Auflistung der o.g. Bildungshäuser, Fortführung der Ausstattung mit den notwendigen Ressourcen, Bescheidung der gestellten Neuanträge; Bewertung der Arbeit im Bildungshaus der Grundschule Breuningsweiler und im Bildungshaus der Schillerschule Bittenfeld mit den Kindergärten

KlAnfr
s. *Bildungshaus*
Drs 15/987

Winterbach

Überschwemmungsgebiete und fehlerhafte Hochwassergefahrenkarten als Bremse für die kommunale Innenentwicklung

Beanstandungen der aktuellen Hochwassergefahrenkarte BW durch Städte und Gemeinden; falsche Datengrundlage bei der Gemeinde Winterbach, veraltete Daten bei der Stadt Schorn-
dorf; Berücksichtigung der Korrekturen bei der nächsten Fort-
schreibung der Karte im Jahr 2019; erhobene Regressforderun-
gen wegen ausbleibender Baugenehmigungen, vergeblich getä-
tigtem Grunderwerb oder vergeblich getätigter Planungsvorlei-
stungen; Ausgleich von Vermögensschäden; Auswirkungen der
Hochwassergefahrenkarte auf die Höhe der in den ausgewiese-
nen Retentionsgebieten zu zahlenden Versicherungsprämien

Antr

s. *Überschwemmungsgebiet*

Drs 15/4804

Wintersport

Tourismus im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Über-
nachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der
zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge
der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports in
der Region Hochschwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen
Mittelbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr

s. *Tourismus*

Drs 15/677

Zukunft des Wintersports in BW

Wirtschaftliche Bedeutung (Umsatz, Arbeitsplätze, Übernachts-
ungen) des Wintersports, Unterstützung des alpinen Winter-
sporttourismus und der ihn tragenden Gemeinden

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 30.11.2011 und Stellung-
nahme MLR Drs 15/944

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.03.2012 Drs 15/2007
S. 47 48

PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2502 2503

Haushalt 2012; Epl 04

Neubau der Ausstiegshilfe am Adler-Skistadion in Hinterzarten

Haushalt

s. *Sportstätte*

Drs 15/1104

*Intervalle für die Überprüfung von Skiliften, Schleppliften und
Seilbahnen*

Aussetzung der diesjährigen Prüfungen wegen geringen Betriebs
der Anlagen in der vergangenen Wintersaison, Bewertung einer
flexibleren Gestaltung der Prüffrist für Schleppaufzüge nach
Auffassung von TÜV und DEKRA, entsprechende Neuregelung
bei der nächsten Änderung des Landesseilbahngesetzes

KlAnfr

s. *Technische Überwachung*

Drs 15/2300

Tourismus im LKreis Freudenstadt

Entwicklung der Zahl von Beschäftigten, der Umsätze und Über-
nachtungszahlen in der Tourismusbranche seit 2008; Höhe der
zusätzlichen Investitionen der Beherbergungsbetriebe infolge
der Senkung der Mehrwertsteuer; Bedeutung des Wintersports
für den Schwarzwald; Höhe der bisherigen und künftigen Mit-

telbereitstellung nach den einzelnen Förderprogrammen

KlAnfr

s. *Tourismus*

Drs 15/2422

Schanzenzentrum Hinterzarten

Höhe der notwendigen Mittel zur Modernisierung des o.g. Ski-
sportzentrums; jeweilige finanzielle Beteiligung von Land, Bund
und Kommune; Voraussetzungen und Möglichkeiten einer För-
derung im Rahmen des Tourismusprogramms

Antr

s. *Sportstätte*

Drs 15/2596

*Anforderungen an die Gebietskulisse des möglichen National-
parks Nordschwarzwald*

Tourismuskonzept und Verkehrsplanung für die vorgestellte Ge-
bietskulisse; vorgesehene Finanzierung; Einbindung der Bürger
vor Ort; Form und Umfang der Mitbestimmung der betroffenen
Gemeinden; Bestandsschutz für bestehende touristische Einrich-
tungen (z.B. Skipisten, Loipen) und die damit verbundene Ver-
kehrssicherungspflicht; Folgen für bestehende Rohstoffnutzun-
gen wie den Kiesabbau; Schaffung neuer Arbeitsplätze; Vorlage
eines detaillierten Konzepts zum Schutz der angrenzenden Wald-
flächen vor Borkenkäferschäden und Wildverbiss; Vorschläge
zur Sicherung der Holzwirtschaft

Antr

s. *Nationalpark*

Drs 15/3655

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Urlaub

Mobilitätsverhalten von Touristen bei der An- und Abreise sowie
am Urlaubsort; Anbindung von Reisezielen an das öffentliche
Nah-, Regional- und Fernverkehrsnetz; Anreize zur Nutzung öf-
fentlicher Verkehrsmittel; Angebot vergünstigter Kombitickets;
Beteiligung von Einzelhandel, Tourismusverbänden und Gastro-
nomiebetrieben an solchen Angeboten für Tagesgäste und Ur-
lauber; Erhöhung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personen-
verkehr; Verbesserung der Erreichbarkeit von Skigebieten

Antr

s. *Öffentlicher Personenverkehr*

Drs 15/6225

*Ermöglichung des Skisports auch in einem Nationalpark Nord-
schwarzwald*

PIPr 15/14 12.10.2011 S. 567 568

Winzer

BW Classics

Werbung für Weintourismus durch die Weinmessen Baden-
Württemberg Classics; Förderung der gemeinsamen Präsentati-
on von Weinen aus Baden und Württemberg durch das Land;
Auswirkungen eines Ausstiegs touristischer Organisationen des
Landes aus der Gemeinschaftspräsentation; ähnliche Werbeprä-
sentationen in anderen Bundesländern; Veränderungen der An-
zahl der Weinerlebnisführer und Weinerlebnisführerinnen in BW
in den letzten Jahren; Schaffung neuer Gästebetten zur Existenz-
sicherung landwirtschaftlicher Betriebe

Antr

s. *Wein*

Drs 15/4645

Wireless Local Area Network

s. *Funkverkehr*

Wirkstoffentwicklung

s. *Arzneimittelforschung*

Wirkstoffforschung

s. *Arzneimittelforschung*

Wirtschaft

s.a. *Außenwirtschaft*

s.a. *Bauwirtschaft*

s.a. *Ernährungswirtschaft*

s.a. *Europäischer Binnenmarkt*

s.a. *Globalisierung*

s.a. *Handwerk*

s.a. *Haus der Wirtschaft*

s.a. *Industrie*

s.a. *Kulturwirtschaft*

s.a. *Mittelstand*

s.a. *Unternehmen*

s.a. *Verkehrswirtschaft*

s.a. *Volkswirtschaft*

s.a. *Wirtschaftliche Kooperation*

s.a. *Wirtschaftlichkeit*

s.a. *Wirtschaftsaufsicht*

s.a. *Wirtschaftsförderung*

s.a. *Wirtschaftskriminalität*

s.a. *Wirtschaftsprüfung*

s.a. *Wirtschaftssystem*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050

Mittlg LReg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 15/21

Den Fachkräftebedarf der Wirtschaft im Land im partnerschaftlichen Dialog mit der Wirtschaft nachhaltig sichern

Anstreben eines Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebots für alle Jugendlichen unter besonderer Berücksichtigung der jungen Migranten und benachteiligten Jugendlichen, Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife der Bewerber und zur Reduzierung der Zahl von Ausbildungsabbrüchen, Stärkung der Berufsorientierung in den Bildungsplänen der Schulen sowie der Attraktivität der dualen Ausbildung für Absolventen mit Hochschulreife, Verbesserung der Unterrichtsversorgung in den Berufsschulen auch im ländlichen Raum sowie des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte, Entwicklung eines Zeitplans zur Einführung der integrierten Ausbildungsstatistik

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 15/42

Zugangswege für Frauen zu Spitzenpositionen in der Wirtschaft verbessern

Aktuelle Debatte

s. *Frau*

PIPr 15/7 S. 193

Mindestlöhne nützen der Wirtschaft in BW

Aktuelle Debatte

s. *Mindestlohn*

PIPr 15/18 S. 775

Wirtschaftsstandort BW - Die Perspektiven der Elektromobilität und notwendige Strategien

Ziele, Ausgestaltung und Ergebnisse einer Wirtschaftsdelegationsreise in die USA, Einfluss in die Strategie zur Elektromobilität? Schlussfolgerungen aus der aktualisierten Strukturstudie „BWe-Mobil“; geplante Aktivitäten der e-mobil BW GmbH; Unterstützung der Bewerbungen von Regionen des Landes iRd Demonstrations- und Pilotvorhabens „Schaufenster Elektromobilität“ der BReg

Antr

s. *Elektromobilität*

Drs 15/935

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Markt, der möglichen Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens und der Direktinvestitionen; Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen; Weiterentwicklung der Beziehungen, insbes zur Stadt Moskau; Neuauflage der Baden-Württemberg-Tage in Moskau; Ausbau der bestehenden Partnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk

Antr

s. *Russland*

Drs 15/956

Turbulenzen im Ministerium? - Wohin geht die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Landes?

Aktuelle Debatte

s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*

PIPr 15/36 S. 1922

RegErkl - Die Energiewende - Chance für die Wirtschaft, Schutz für das Klima, Gewinn für die Menschen und Aussprache

RegErkl

s. *Energiepolitik*

PIPr 15/43 S. 2349

Basel III - Umsetzung und Auswirkungen für BW

Zeitpunkt der Abstimmung und des Inkrafttretens des o.g. Regelwerks auf europäischer und nationaler Ebene; Auswirkungen auf das Bankensystem und die Kreditversorgung der Wirtschaft und Verbraucher; Positionierung zur Beibehaltung der Eigenkapitalunterlegung für Mittelstandskredite, zur ausreichenden und langfristigen Kreditfinanzierung der Wirtschaft, Beschränkung der Befugnisse der Europäischen Bankenaufsicht und Hinwirkung auf Verabschiedung als EU-Richtlinie

Antr

s. *Basler Eigenkapitalvereinbarung*

Drs 15/2161

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der

Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Folgen von Leistungsbilanzungleichgewichten auf die baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem sogenannten Economic Governance-Paket

Höhe der jährlichen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands und BW seit der Finanzkrise 2009 im Vergleich zu den Euro-Staaten, Darlegung der o.g. Auswirkungen und der Forderung der EU-Kommission zur Ankurbelung des Binnenkonsums durch öffentliche Investitionen und höhere Löhne in den Überschussländern, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse und Tariffreiheit, Frage nach einer Beteiligung an Strafzahlungen nach einem von der EU-Kommission festgestellten „übermäßigen makroökonomischen und volkswirtschaftlichen Ungleichgewicht“

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/2215

Nachhaltige Mobilität in BW voranbringen - für Mensch, Wirtschaft und Umwelt

GrAnfr
s. *Verkehr*
Drs 15/2240

Duale Ausbildung in BW: Mit dem Ausbildungsbündnis die beruflichen Perspektiven für alle Jugendlichen verbessern und die Wirtschaft stärken

Aktuelle Debatte
s. *Duale Berufsausbildung*
PIPr 15/80 S. 4813

Regierungsbefragung

Energiewende/Problempunkte/Wirtschaft

s. *Energiepolitik*
PIPr 15/89 S. 5335

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Europäisches Semester 2014 - länderspezifische Empfehlungen:
Wachstum schaffen*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5395

Einführung des neuen Schulfachs „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“

Details und Inhalte zum neuen Schulfach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“, insbes Stundenumfang, Klassenstufen, Qualifikation der Lehrer und Praktiker aus Wirtschaft und Alltag, Abgrenzung zu anderen Fächern, Kooperation von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Antr
s. *Unterrichtsfach*
Drs 15/5629

Ökonomische und ökologische Nachteile durch Einschränkungen des Schwerverkehrs auf Brücken

Brückensperrungen und Verkehrsbeschränkungen wegen schadhafter Brücken; Erfahrungen mit Sperrungen und Ablastungen von Autobahnbrücken; wirtschaftliche Schäden aufgrund von Einschränkungen des Schwerlastverkehrs; Forcierung der Instandsetzung der Bundesfernstraßenbrücken; Programm zur Sanierung der Landesstraßenbrücken; Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft bei Neubaumaßnahmen; Verbesserung der Koordination von Baustellen

Antr
s. *Brücke*
Drs 15/5760

Die Bedeutung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute für die gute wirtschaftliche Entwicklung im Land

Aktuelle Debatte
s. *Forschungseinrichtung*
PIPr 15/119 S. 7156

Regierungsbefragung

Maßnahmen der LReg zur Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft

s. *Digitalisierung*
PIPr 15/134 S. 8017

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Einrichtung nationaler Ausschüsse für Wettbewerbsfähigkeit im Euro-Währungsgebiet*

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/7707

Herausforderungen und Chancen einer neuen Gründerzeit für die Wirtschaft des Landes, Definition einer ökosozialen Marktwirtschaft; Bemühungen um ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen gemeinsam mit der Wirtschaft

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22 24 27 28

Belegung der Stärke des Wirtschaftsstandorts mit den aktuellen Arbeitsmarktdaten und Steuermehreinnahmen, Verweisung auf die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume, Anstreben einer ökologischen Modernisierung der Wirtschaft; Kritik an der Anhängung eines ausgedünnten Wirtschaftsministeriums an das Finanzministerium

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 35 42 43 48 50 51 53 55 56 60 62 66 67 69-71 74 75 78 86-90

Leistungs- und Innovationsstärke der Wirtschaft des Landes; Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen gemeinsam mit der Wirtschaft

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 120 165 166

Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsregierung, Verweisung auf die gute Ausgangsbasis der Wirtschaft des Landes; Vermittlung von Wissen über die Wirtschaft an den Schulen; Bemühungen um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen gemeinsam mit der Wirtschaft

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 485-487 490 491 493-496 500 513-516 518-520

Bedeutung der Energie- und Verkehrspolitik für den Wirtschaftsstandort BW; Konsequenzen einer verschärften europäischen Bankenaufsicht für die mittelständische Wirtschaft in BW

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1186 1187 1191 1193 1199 1203-1207 1211 1212 1214 1215 1251-1257

Bewertung der Wirtschaftspolitik der neuen LReg, Unterstützung des Wandels zu einer nachhaltigen Wirtschaft

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423-1433 1445 1446 1451 1452

Wirtschaftliche Kooperation

EU-Donauraumstrategie

Potenziale der EU-Donauraumstrategie für die wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten; Erwartung einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Bekämpfung von schwerer und organisierter Kriminalität; Aufgaben und Zusammenarbeit des neuen Servicebüros mit dem Donaubüro Ulm/Neu-Ulm; Fortführung und Ziele der Donaukonferenzen in der Vertretung des Landes bei der EU

Antr

s. *Donauraum*

Drs 15/326

Strategische Ausrichtung der Vier Motoren für Europa

Gemeinsame Initiativen, Ziele und Schwerpunkte iRd Partnerschaft mit Rhone-Alpes, Katalonien und der Lombardei; Impulse zur Stärkung der Europäischen Integration nach der Strategie 2020 sowie zur Erholung und Dynamisierung des europäischen Wirtschaftsraums; Resultate der Entsendung institutioneller und wirtschaftlicher Missionen nach Ägypten sowie des Erfahrungsaustauschs mit anderen außereuropäischen Regionen in Südamerika und Asien

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 15/424

Beziehungen zu Polen

Vorhandene Partnerschaften zwischen Städten, Vereinen, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen; Kooperationen zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen; Vermittlung von Kenntnissen über Polen und die polnische Sprache im schulischen und außerschulischen Bereich; Entwicklung, Stand und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen

KlAnfr

s. *Polen*

Drs 15/679

Partnerschaft des Landes mit einer polnischen Woiwodschaft

Stand der vorhandenen Beziehungen auf kommunaler Ebene bzw des kulturellen, ökonomischen und sportlichen Austauschs; Einleitung der notwendigen Schritte für die o.g. Partnerschaft in Anknüpfung an die Städtepartnerschaften

Antr

s. *Polen*

Drs 15/931

Die Auswirkungen des WTO-Beitritts Russlands auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Darstellung der verbesserten Chancen für die Unternehmen auf dem russischen Markt, der möglichen Steigerung des gegenseitigen Handelsvolumens und der Direktinvestitionen; Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen; Weiterentwicklung der Beziehungen, insbes zur Stadt Moskau; Neu-

auflage der Baden-Württemberg-Tage in Moskau; Ausbau der bestehenden Partnerschaft mit dem Gebiet Swerdlowsk

Antr

s. *Russland*

Drs 15/956

Beitritt der Republik Kroatien zur Europäischen Union

Auswirkungen des o.g. Beitritts zum EU-Binnenmarkt auf die bestehende Zusammenarbeit und Schwerpunktsetzung in der Gemischten Regierungskommission, für die hiesigen Unternehmen und für die Donaustrategie; Unterstützung der Behörden bei der weiteren Umsetzung von EU-Recht und Verwaltung der EU-Fördermittel; Unterstützung der Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen von EU-kofinanzierten Projekten

Antr

s. *Kroatien*

Drs 15/1253

Partnerschaft mit Griechenland

Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sowie Austausch im kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich; Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Versorgung von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern; Austausch und Zuwanderung von Fachkräften seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland; bisherige und künftige gemeinsame EU-Projekte iRd neuen Förderperiode 2014-2020

Antr

s. *Griechenland*

Drs 15/1585

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr

s. *Russisch*

Drs 15/1740

Beziehungen zwischen BW und der Republik Kroatien

Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen, insbes im Tourismusbereich und im Rahmen von konkreten Kooperationsprojekten; Beurteilung des Regionalisierungsprozesses innerhalb Kroatiens und der möglichen Zusammenarbeit mit regionalen Gebietskörperschaften, Frage nach einer Kontaktaufnahme mit der Region Istrien sowie nach der Fortführung der gemischten Kommission nach dem EU-Beitritt des Landes

Antr

s. *Kroatien*

Drs 15/2586

Mobilität von Fachkräften aus Katalonien fördern

Statistische Daten zu Fachkräften aus Spanien auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs und der Nachfrage nach Deutschkursen in der Partnerregion Katalonien; Möglichkeiten der Information und Anwerbung von Fachkräften aus Spanien und Katalonien; Ausbildungskooperation zwischen Unternehmen, Hochschulen und Schulen in BW und Katalonien; Forderung nach dem Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zur Förderung der Mobilität von Fachkräften zwischen Katalonien und BW in Orientierung am Vorbild des Landes Hessen und der Autonomen Gemeinschaft Madrid

Antr

s. *Spanien*
Drs 15/2829

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

s. *Wirtschaftliche Kooperation*

Wirtschaftlichkeit

Ortsumfahrungen

Begonnene, planfestgestellte sowie im Planfeststellungsbeschlussverfahren befindliche Ortsumfahrungen im Zuge von Landesstraßen; Art der Finanzierung der Maßnahmen, Bewertung unter den Aspekten „Entlastungswirkung“ und „Kosten-Nutzen-Verhältnis“

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 15/392

Stadtbahn im Zabergäu

Bedeutung der Zabergäubahn für den Ausbau des SPNV, Fortschreibung der Kosten-Nutzen-Bewertung von 2003; Höhe und mögliche Aufteilung der Investitionskosten zwischen Bund, Land und Kommunen

KlAnfr
s. *Zabergäubahn*
Drs 15/420

Bau von Verkehrsinfrastruktur

Auflistung von nachrangigen Umgehungsstraßen und Prestigeprojekten sowie von überteuerten Projekten seit 1998; Neudefinition der zu hohen Standards und Umplanung von Infrastrukturprojekten von Straße, Schiene und Wasserstraße

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/521

Kosten-Nutzen-Berechnung einer Schienenpersonennahverkehrs-Verbindung Bernhausen-Neuhausen auf den Fildern

Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis der Untersuchung einer Stadtbahnverlängerung von Möhringen nach Neuhausen unter Zugrundelegung von Stuttgart 21 aus dem Jahr 2003

KlAnfr Thaddäus Kunzmann CDU 23.09.2011 und Antw MVI Drs 15/580

Sach- und Planungsstand zur Ortsumfahrung B 314 Grimmels- hofen

Beurteilung des Planungsstands, der Dringlichkeit und unterschiedlichen Trassenvarianten der o.g. Maßnahme; Darstellung der weiteren Schritte, Zeitpunkt des Baubeginns; Eintreten in Verhandlungen mit dem Bund für eine Einbeziehung des Nutzens für die gesamte Hochrhein-Region als Lückenschluss zur B 314 in die Kosten-Nutzen-Berechnung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 314*
Drs 15/665

*Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beraten-
de Äußerung des RH vom 27.03.2007 zur Wirtschaftlichkeit des
Projekts NSI in der Landesverwaltung*

s. *Steuerungsmodell*
Drs 15/758

Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Bahnprojekten

Darlegung von Grundlagen und relevanten Parametern für Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei der Planung von Bahnprojekten, insbes für die Gäubahn und Südbahn und deren Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21; Auswirkungen eines Bruchs der Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr Rudolf Köberle u.a. CDU 21.10.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/769

Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Regresse von Ärztinnen und Ärzten

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren der Kassenärztlichen Vereinigung seit 2008; Zahl der Beratungen aufgrund einer Überschreitung der maximalen Verordnungsmenge von Arzneimitteln, Heil- und Hilfsmitteln; Anteil und Erfolg von Widersprüchen gegen Regressbescheide beim Beschwerdeausschuss; Veröffentlichung der von den Prüfungsstellen und Beschwerdeausschüssen der Aufsichtsbehörde vorzulegenden Übersichten über die Zahl der durchgeführten Beratungen und Prüfungen sowie der festgesetzten Maßnahmen

Antr
s. *Arzt*
Drs 15/789

Kosten für Stuttgart 21

Darstellung der Kostenentwicklung nach den bisherigen Auftragsvergaben, insbes auch für Tunnelbauten; Abdeckung evtl Mehrkosten durch den Risikopuffer; Vergleich mit Kostensteigerungen bei anderen Großprojekten ohne Risikopuffer; Vergleich der Grundlagen für die Prüfung der Kostenkalkulation durch den Bundesrechnungshof mit denen der Prüfung von Wirtschaftsprüfern iRd Stresstests, Regelung der Gesamtfinanzierung einschließlich der Risiken durch die Finanzierungsverträge zu Stuttgart 21

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/827

Prüfung des Ankaufs von EnBW-Anteilen durch das Land BW hinsichtlich der Grundlagen für die Bewertung der Anteile vor dem Kauf

Einholung einer gutachtlichen Stellungnahme des RH nach § 88 Abs 3 LHO, Prüfung der Durchführung eines ordnungsgemäßen und wirtschaftlich fundierten Bewertungsverfahrens vor dem Ankauf der EnBW-Anteile von der EdF

Antr
s. *EnBW*
Drs 15/852

S-Bahn auf der Kandertalstrecke Haltingen-Kandern

Beurteilung der einbezogenen Parameter und Ergebnisse einer Vorstudie zu einer standardisierten Kosten-Nutzen-Untersuchung zur Kandertal-S-Bahn sowie der optionalen Ausschreibung der Nahverkehrsgesellschaft BW von 2009; notwendige weitere Schritte zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs im Kandertal

KlAnfr
s. *Kandertalbahn*
Drs 15/984

Kriterien zur Priorisierung der baureifen Bundesfernstraßenprojekte

Berücksichtigung des Auslaufens von Planfeststellungsbeschlüssen, von Lärmaktionsplänen, Ausgleichsmaßnahmen u.a.

bei den o.g. Kriterien für die geplante Priorisierung von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten; Frage nach vorliegenden Ergebnissen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis der Projekte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 15/1798

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Beratende Äußerung des RH vom 16.12.2005 zu Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW

Mittlg LReg
s. *Finanzverwaltung*
Drs 15/1964

Mögliche S-Bahn-Verbindungen zum Flughafen

Pläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen für eine Verlängerung der S 60 und der Schönbuchbahn von Böblingen zum Flughafen sowie für einen zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung der Schönbuchbahn; Auswirkungen einer möglichen Gäubahnführung über Stuttgart-Vaihingen statt über den Flughafen auf den Bau der „Rohrer Kurve“, Scheitern einer umstiegslosen S-Bahn-Verbindung zwischen Böblingen und dem Flughafen im Falle des Verzichts auf den Bau der „Rohrer Kurve“?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 15/1992

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 12 - Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten im kommunalen Bereich (Kap 0402 und 0460)

Mittlg RH
s. *Public Private Partnership*
Drs 15/1912

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 22 - Wirtschaftlichkeit landeseigener Heizwerke (Kap 1208 und 1209)

Mittlg RH
s. *Wärmekraftwerk*
Drs 15/1922

Bottwartalbahn

Auflistung der aktuellen und geplanten SPNV-Projekte und deren Finanzierung; Höhe und Träger der Kosten für die Bottwartalbahn und deren Betrieb, insbes für die angrenzenden Kommunen; Frage nach Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Chancen für eine Realisierung der Bottwartalbahn

KlAnfr
s. *Bottwartalbahn*
Drs 15/2081

Forderungsmanagement für die Justiz

Aufwand, Kosten und Wirtschaftlichkeit der Rückübertragung und Weiterbearbeitung der an den Dienstleister übergebenen Forderungen durch die Landesoberkasse; Art der Tätigkeit und Ressourceneinsatz bei der Landesoberkasse für die Betreuung des Dienstleisters; Berücksichtigung der besseren Zahlungsquote der durch den Dienstleister verwalteten Forderungen bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Prozesskostenhilfe?

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/2155

Ausbau der A 6

Bewertung des sechsspurigen Ausbaus von Land und Bund, Bedeutung des Ausbaus im Abschnitt Bad Rappenau bis AS Heilbronn/Untereisesheim, Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Bundes zum Ausbau als Öffentlich-Privates Partnerschafts-Projekt; Gründe und Kosten der Vergabe eines eigenen Wirtschaftlichkeitsgutachtens zur gleichen Frage

Antr
s. *Autobahn*
Drs 15/2238

Forderungsmanagement für die Justiz II

Externe Kosten und interner Aufwand für die Mahnung, Vollstreckung und Bonitätsprüfung vor Niederschlagung; Art, Volumina und Aufwand der Langzeitbearbeitung von Forderungen durch die Landesoberkasse im Vergleich zur infoscore Forderungsmanagement GmbH; Vergleich der Wirtschaftlichkeit der Langzeitbearbeitung, Höhe der eingesparten Vergütung von Fremddienstleistungen in der Buchhaltung durch den Einsatz der frei gewordenen Personalkapazitäten aus der Prozesskostenhilfe

Antr
s. *Forderungen*
Drs 15/2264

Bundesautobahn 6, Anschlussstelle Wiesloch/Rauenberg - Autobahnkreuz Weinsberg

Ergebnis der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (vWU) für den Ausbau des o.g. Autobahnabschnitts; Gründe für die Ablehnung der Ergebnisse der vWU und die Verzögerung des Vergabestarts; Kosten und Zeitaufwand einer durch das Land in Auftrag gegebenen Begutachtung; Verzögerung der Lärmschutzmaßnahmen entlang der A 6

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 15/2364

Wirtschaftlichkeit und ökologische Auswirkung der Einführung der Biotonne im LKreiss Lörrach

Beurteilung der geplanten Einführung der Biotonne unter den o.g. Aspekten, Zumutbarkeit einer Finanzierung der zusätzlichen Kosten über eine Erhöhung der Abfallgebühren, Vereinbarkeit der geplanten stofflichen Verwertung durch Kompostierung mit der langfristigen vertraglichen Vereinbarung mit der Müllverwertungsanlage Basel

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 15/2440

Windkraft-Planungen in BW

Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Wohngebieten in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Vergrößerung des Mindestabstands auf 1500 Meter; Formen der Bürgerbeteiligung; wesentliche Einwände gegen den Bau von Windkraftanlagen; Unterstützung der Regionalverbände, Planungsverbände bzw Kommunen bei Einsprüchen; seit 2006 errichtete und bis 2014 geplante Windkraftanlagen; Volllaststunden und Abschaltungsverpflichtungen, Wirtschaftlichkeit der Anlagen, insbes des Windparks Simmersfeld im LKreiss Calw; Akzeptanz des Sieben-Punkte-Programms und Windenergieerlasses

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3057

Ausbau der Windkraft

Nachhaltigkeit, Energieeffizienz und wirtschaftlicher Nutzen beim Ausbau der Windkraft in BW, insbes Standortprüfungen auf Windhöffigkeit und wirtschaftlichen Betrieb, Veröffentlichung von Kennzahlen zu genehmigten und geplanten Windkraftanlagen, Ausweisung von Konzentrationszonen und Ausschlussgebieten für Windräder, Verbraucherschutz bei Investitionen in Windkraft; Abweichung beim vorgeschriebenen Abstand der Windkraftanlagen zur nächsten Wohnbebauung von den WHO-Mindeststandards

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4196

Schienenpersonennahverkehrs (SPNV)-Verträge in Deutschland
Bewertung des großen Verkehrsvertrags BW aus dem Jahr 2003 im Vergleich zu den anderen SPNV-Verträgen in Deutschland

Antr
s. *Schienenpersonennahverkehr*
Drs 15/5315

Perspektiven des Wärmestrommarkts in BW

Zahl der Nutzer von Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpenstrom; Wirtschaftlichkeit von Nachtspeicherheizungen sowie elektrischer Wärmepumpen in Privathaushalten; Rückkehr zur Strompreisermäßigung für Nachtstrom; Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs auf dem Wärmestrommarkt

Antr
s. *Nachtstromspeicherheizung*
Drs 15/5325

Die Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen in BW

Entwicklung des Preis-Leistungs-Verhältnisses von Windkraftanlagen und der Zahl der Windkraftanlagenhersteller in Deutschland während der letzten zehn Jahre; Auswirkungen der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf die Vergütung des Stroms aus Windkraft und die Genehmigung von Windenergieanlagen; Entwicklung der Pachtpreise für Windkraftflächen und ihre Folgen für Struktur der Projektentwickler

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/5339

Moratorium Breitbandförderung - Wirtschaftlichkeitslücke

Gründe für den Genehmigungsstopp bei der Breitbandförderung zur Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken; Anzahl der betroffenen Gemeinden, Investitionsvolumen; Notwendigkeit einer Notifizierung der Rahmenregelung für Höchstgeschwindigkeitsnetze (NGA) bei der EU-Kommission; Wiederaufnahme der Förderung; Auswirkungen des Förderstopps auf den Breitbandausbau in BW

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5553

Kreisverkehre in Betonbauweise

Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren im Vergleich zu Ampeleinmündungen; Zahl der in den letzten fünf Jahren eingerichteten Kreisverkehre; Wirtschaftlichkeit der Betonbauweise im Vergleich zu sonstigem Straßenbaumaterial

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 15/5704

Tierkörperbeseitigung in BW

Gesamtvolumen der zu beseitigenden Tierkörpermasse; regionale Zuständigkeiten; Entsorgung von Tierkadavern der Kategorien 1 und 2; Überwachung der Tierkörperbeseitigung; Wirtschaftlichkeit der Anlagen zur Tierkörperbeseitigung; Wettbewerbsverzerrung durch öffentliche Bezuschussung; Organisation der Tierkörperbeseitigung in anderen Bundesländern und EU-Mitgliedsstaaten; Standards und EU-Vorgaben für Anlagen zur Tierkörperbeseitigung

Antr
s. *Tierkörperbeseitigung*
Drs 15/5755

Gesetz zur Änderung des Feuerwehrgesetzes, des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW und des Landeskatastrophenschutzgesetzes

Sicherung des Personalbestandes der Feuerwehren; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Feuerwehren; Verhinderung von Umgehungsversuchen des nächtlichen Alkoholverkaufsverbots über Alkoholbringdienste und Warenautomaten; Anpassung einer Verweisung im Landeskatastrophenschutzgesetz

GesEntw
s. *Feuerwehr*
Drs 15/7613

Wirtschaftlichkeit der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei

Kosten der Einführung der zentralen Zeitwirtschaft bei der Polizei; Personalaufwand in den einzelnen Präsidien bzw dem Landespolizeipräsidium und dem Landeskriminalamt; Kriterien der Entscheidung für das System der Firma S.; Ergebnisse der Auswertung der Pilotprojekte bei einzelnen Dienststellen; Zufriedenheit der Anwender mit dem elektronischen Zeiterfassungssystem

KlAnfr
s. *Software*
Drs 15/7987

Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Projekts Stuttgart 21, erneute Aufwerfung der Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 521 522 525 534

Wirtschaftlichkeitsberechnung

s. *Wirtschaftlichkeit*

Wirtschaftsaufsicht

s.a. *Atomaufsicht*
s.a. *Aufsichtsbehörde*
s.a. *Staatsaufsicht*
s.a. *Wirtschaft*

Wie transparent sind die Energiepreise aus Verbrauchersicht?

Konsequenzen des EuGH-Urteils (Rechtssachen C-359/11 und C-400/11) vom 23. Oktober 2014 für Haushaltskunden in der Grundversorgung von Strom- und Gasanbietern; Auswirkungen auf die Preisbildung; Entwicklung des Gaspreises im Zeitraum 2004 bis 2014; Hinweise für ungerechtfertigte Tarifierhöhungen innerhalb dieses Zeitraums; Maßnahmen zur Verhinderung unbilliger und intransparenter Tarifänderungen vonseiten der Energieversorgungsunternehmen; Förderung der Transparenz bei der Preisgestaltung in der Grundversorgung; Wettbewerbssituation auf dem Gasmarkt

Antr

s. *Energiepreis*
Drs 15/6073

Wirtschaftsauskunftei

s.a. *Kreditwürdigkeit*

Daten- und Verbraucherschutz gegenüber Wirtschaftsauskunfteien

Anzahl der in Deutschland tätigen Kreditschutzorganisationen; Marktanteile der fünf größten Auskunfteien; Auswirkungen der Auskunfteidienstleistungen auf das Niveau von Kredit- und Finanzierungsbedingungen; Art der für die Scorings der Auskunfteien gespeicherten und genutzten Daten; Bewertung einzelner Scoring-Verfahren wie Geoscoreing oder Social-Scoring; Beurteilung des Auskunftsanspruchs erfasster Personen und Unternehmen; Folgen einer jährlichen Offenlegungspflicht gegenüber den Personen und Unternehmen für die Geschäftsmodelle und den Wettbewerb der Auskunfteien untereinander; Stärkung einer bundeseinheitlichen Marktüberwachung

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 03.03.2014 und
Stellungnahme MFW Drs 15/4886

Verbraucher- und Datenschutz in der Versicherungswirtschaft
Missbräuchliche Nutzung des Hinweis- und Informationssystems (HIS) durch die Versicherungswirtschaft; datenschutzrechtliche Bewertung des HIS; Schutz des Verbrauchers vor missbräuchlicher Verwendung des HIS

KlAnfr
s. *Datenmissbrauch*
Drs 15/6475

Wirtschaftsberatung

s. *Unternehmensberatung*

Wirtschaftsboykott

s. *Wirtschaftssanktion*

Wirtschaftsdelikt

s. *Wirtschaftskriminalität*

Wirtschaftsembargo

s. *Wirtschaftssanktion*

Wirtschaftsfördergesellschaft BW International

Besetzung der Stellen der Geschäftsführer der Wirtschaftsfördergesellschaft BW International (BWI)

Gründe und Kosten der Beauftragung einer Beratungsfirma; Darlegung der Vorgaben, der Vorabsprachen zwischen den Koalitionspartnern und geforderten Voraussetzungen für die Stellenbesetzung; Gründe für die Nichtberücksichtigung der vorgeschlagenen zusätzlichen Bewerber bzw der verbliebenen Bewerberin nach dem Rücktritt des ausgewählten Bewerbers; Frage nach Regressansprüchen gegenüber der Beratungsfirma wegen fehlerhafter Gestaltung der Stellenausschreibung

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 07.02.2012 und
Stellungnahme MFW Drs 15/1224

Wirtschaftsförderung

s.a. *Außenwirtschaft*
s.a. *Bürgerschaft*
s.a. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
s.a. *Europäischer Regionalfonds*
s.a. *Haus der Wirtschaft*
s.a. *LEADER*
s.a. *Messe (Ausstellung)*
s.a. *Wirtschaftsfördergesellschaft BW International*

Förderprogramme des Landes für Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU)

Volumina und Zuwendungen der o.g. Förderprogramme in den letzten fünf Jahren, gestellte Anforderungen an die Antragsteller und bewilligenden Stellen, Art und Ergebnisse der Erfolgsbewertung; Weiterentwicklung der Programme in Abstimmung mit den Akteuren in der Wirtschaft

Antr Hans-Peter Storz u.a. SPD 16.11.2011 und
Stellungnahme MFW Drs 15/879 (28 S.)

Haushalt 2012; Epl 07

Mittelaufstockung zur Außenwirtschaftsförderung, Verbesserung der Präsentation des Landes auf internationalen Messen unter Einbeziehung der Wirtschafts- und Branchenfördergesellschaften

Haushalt
s. *Außenwirtschaft*
Drs 15/1107

Demografische Entwicklung im ländlichen Raum

Bedeutung und Förderung der kleineren und mittleren Unternehmen, insbes beim Technologietransfer mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen; Steigerung der Innovationsfähigkeiten von Unternehmen durch Förderung von „Unternehmens-Clustern“

GrAnfr
s. *Demografie*
Drs 15/1608

Mietpreisentwicklung im Haus der Wirtschaft seit Regierungswechsel

Vereinbarkeit des Anstiegs der Mietpreise mit dem Ziel der Förderung der Wirtschaft, insbes des Mittelstands; Darlegung der Auslastung der Räumlichkeiten differenziert nach Nutzern und Veranstaltungsformen sowie des Kostendeckungsgrads

KlAnfr
s. *Haus der Wirtschaft*
Drs 15/1940

Weiterentwicklung der Bürgerschaftsbank

Wirksamkeit staatlicher Bürgerschaften zur Wirtschaftsförderung, Auflistung der geförderten Vorhaben in den letzten Jahren, Beurteilung der Geschäftsentwicklung der Bürgerschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft im nationalen Vergleich; Bewertung der Programme „Energieeffizienzfinanzierung Mittelstand“ der L-Bank; Fortführung der Startfinanzierungshilfen für junge Unternehmen; Anhebung der Bürgerschaftsobergrenze der Bürgerschaftsbank

Antr
s. *Bürgerschaft*
Drs 15/2056

Wirtschaftsförderung bei Fortführung des Geschäftsbetriebs insolventer Unternehmen durch die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Weiterführung einiger Filialen der insolventen Drogeriemarktkette S. durch die ehemaligen Mitarbeiter, Beurteilung des betriebswirtschaftlichen Konzepts des geplanten Genossenschaftsmodells und der Wettbewerbschancen; Unterstützung mit Existenzgründungsdarlehen, Bürgschaften u.a. Instrumenten der Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Kommunen und der Verbände?

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 30.08.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/2282

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.01.2013 Drs 15/3245 S. 8 9

PIPr 15/65 11.04.2013 S. 3962

Wirtschaftspolitische Bedeutung von Verkehrslandeplätzen

Mittelfristige Gefährdung der Regionalflugplätze aufgrund neuer Sicherheitsanforderungen; Ausbau von Verkehrslandeplätzen als Instrument regionaler Wirtschaftsförderung; Haltung der EU zu Regionalflugplätzen; Fahrgastzahlen des Adolf-Würth-Airport in Schwäbisch Hall

Antr

s. *Flughafen*

Drs 15/2653

Exportserfolge baden-württembergischer Unternehmen durch eine besondere außenwirtschaftliche Unterstützung von Clusterorganisationen ausbauen

Potenzial einer Internationalisierung von Clusterinitiativen und Innovationsnetzwerken; Fördereinrichtungen und Förderinstrumente; Begleitung entsprechender EU-Programme; Unterstützung einer grenzüberschreitenden, internationalen Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und weiteren in einem bestimmten Bereich tätigen Organisationen

Antr

s. *Außenwirtschaft*

Drs 15/2681

Unternehmensgründerinnen in BW

Daten zu Unternehmensgründerinnen in BW, insbes zum allgemeinen Frauenanteil bei Unternehmensgründungen, Anteil der Unternehmerinnen im erwerbsfähigen Alter sowie bevorzugte Branchen und Marktbeständigkeit bei Gründungen durch Frauen; Probleme bei Frauen als Unternehmensgründerinnen sowie Risikobereitschaft und Finanzausstattung im Vergleich zu Männern; Förderung von Unternehmensgründerinnen durch das Land, insbes Erfolgskontrolle vorhandener Maßnahmen sowie Angebot gezielter Mentoring- und Hilfsprogramme

Antr

s. *Unternehmensgründung*

Drs 15/2959

Chance von nachhaltigen Zukunftsmärkten in BW

Gegenwart und Perspektiven der baden-württembergischen Wirtschaft auf nachhaltigen Zukunftsmärkten, insbes Begriffsdefinition, Branchen- und Unternehmenszuordnung, Branchenstatistik (Mitarbeiter, Umsatz, Wachstumsprognosen); Unterstützungsmaßnahmen und branchenspezifische Förderungsschwerpunkte der LReg

Antr

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Drs 15/3354

Wirtschaftsförderung durch Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum

Aufwertung von Landeplätzen als Maßnahme zur Förderung der Wirtschaft im ländlichen Raum; Einrichtung eines instrumentengestützten An- und Abflugverfahrens (IFR) entsprechend dem Generalverkehrsplan 2010 für den Sonderlandeplatz Neuhausen ob Eck bei Tuttlingen; Erhöhung der Sicherheit des Luftverkehrs im ländlichen Raum

KIAnfr Hans-Peter Storz SPD 16.05.2013 und Antw MVI Drs 15/3516

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmenskultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr

s. *Programm der EU*

Drs 15/3968

Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum in BW; Potenziale, Voraussetzungen und Maßnahmen der LReg

Statistik, Entwicklung und Fördermaßnahmen zur Stärkung der Wertschöpfung durch Handwerk, Mittelstand und Industrie im ländlichen Raum; Rolle von Unternehmensnetzwerken, Clustern und angewandter Forschung sowie Förderung ihrer Innovation und Kooperation; Bedeutung naturnaher Lebensräume und Fördermaßnahmen für nachhaltigen Tourismus; Statistiken und Wertschöpfungspotenziale des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, insbes im Bereich Energiewende, ökologischer Landbau und Regionalvermarktung; Sicherung von Wertschöpfung durch integrierte Strukturpolitik und nachhaltige Regionalentwicklung in BW durch branchenübergreifende Steuerung

GrAnfr

s. *Ländlicher Raum*

Drs 15/3962

Familienfremde Betriebsübernahmen im baden-württembergischen Mittelstand

Volkswirtschaftliche Bedeutung der familiengeführten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU); Anzahl und Art der Betriebsübergaben in den letzten zehn Jahren; Anzahl der in den nächsten Jahren anstehenden Betriebsübergänge sowie der davon betroffenen Arbeitsplätze; bei der Unternehmensnachfolge auftretende Schwierigkeiten; Programme zur Förderung der Übergabe familiengeführter mittelständischer Unternehmen; fachliche Unterstützung durch die Kammern

Antr

s. *Klein- und Mittelunternehmen*

Drs 15/4437

Forward IT, Open Source und IT-Sicherheit in BW - Zwischenstand

Akteure und Ziele der Allianz „Forward IT“; Stärkung der IT-Sicherheit in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in BW; Einsatz und Nutzen quelloffener Software im Hinblick auf Standardisierung und Interoperabilität; Einsatz von Open-Source-Software aus Gründen der Datensicherheit; Vergleich der Wirtschaftlichkeit von proprietärer und quelloffener Software bei der Software-Neubeschaffung; Steigerung des Einsatzes und

der Entwicklung von Open-Source-Software in der öffentlichen Verwaltung und den Hochschulen; Förderung des Software-Standorts BW und der Entwicklung von Dienstleistungen mithilfe von Open-Source-Software durch Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen; Aktivitäten im Sinne von Green IT

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 15/5003

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2002 des RH zur LHR von BW für das Hj 2000 - Beitrag Nr. 17: Kosten für die Abwicklung von Wirtschaftsförderprogrammen

Mittlg LReg 16.04.2014 Drs 15/5106
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 28.05.2014 Drs 15/5240
PIPr 15/103 26.06.2014 S. 6200 6201

Cluster-Agentur in BW

Sachstand zu Cluster-Initiativen in BW, insbes relevante Technologiebereiche, regionale Schwerpunkte, Rechtsform, Auswirkung auf den Unternehmenserfolg, Berücksichtigung in der Infrastrukturpolitik, Förderinstrumente, Arbeit der ClusterAgentur BW, Ergebnisse iRD EU-Projekts CluStrat in BW

Antr
s. *Cluster*
Drs 15/6438

Wirtschaftsförderung in BW

Sachstand zur institutionalisierten Form der Wirtschaftsförderung in BW, insbes Ziele und Struktur der Wirtschaftsfördergesellschaften, Konkurrenz zwischen regionalen und kommunalen Wirtschaftsfördereinrichtungen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 26.02.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6550
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 21.05.2015 Drs 15/7081 S. 6 7
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Clusterpolitik BW im europäischen Vergleich

Sachstand zur Clusterpolitik des Landes BW, insbes Ziele und Maßnahmen, Vergleich der Clusterlandschaft in BW zu anderen europäischen Initiativen

Antr
s. *Cluster*
Drs 15/7409

Bewertung der Wirtschaftsförderpolitik der neuen LReg, Unterstützung bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen und der Energiewende

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1423-1433 1445

Wirtschaftsgut

s.a. *Produkt*

Wirtschaftliche Folgen der Arbeitspflicht der Insassen von Justizvollzugsanstalten

Wirtschaftszweige, in denen Häftlinge eingesetzt werden; Art der von Häftlingen hergestellten Produkte; Verfahren zur Festlegung von Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung der Justizvollzugsanstalten bzw deren Produktionsstätten; Vertrieb der Produkte; Teilnahme der Justizvollzugsanstalten an Ausschreibungen; Stempelherstellung; Nutzung der in den Haftanstalten gefertigten Stempel durch die Behörden des Landes

KIAnfr

s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 15/5844

Wirtschaftsgymnasium

s. *Berufliches Gymnasium*

Wirtschaftsinformatik

s. *Informatik*

Wirtschaftskriminalität

s.a. *Betrug*
s.a. *Korruption*

Telefonabzocke bei Nahrungsergänzungsmitteln

Darlegung o.g. Fälle und Praxis des Unterschiebens von Verträgen sowie der Firmensitze entsprechender Anbieter im Ausland; Internetadressen und Telefonberatungsstellen für die betroffenen Verbraucher; Unterstützung der Bestätigungslösung im GesEntw zur Fortentwicklung des Verbraucherschutzes bei unerlaubter Telefonwerbung, Verfahrensstand des vom Bundesrat in den Bundestag eingebrachten GesEntw sowie der dazu von der BReg angekündigten Prüfung

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 15/1054

Fälschungen und Falschdeklarierung von Bio-Lebensmitteln

Auflistung der o.g. Fälle und der ergriffenen Maßnahmen der Lebensmittelkontrollbehörden, Kooperation mit den Bio-Verbänden

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 15/1083

Wirtschaftskriminalität und Internet

Entwicklung der o.g. Straftaten und des verursachten Schadens seit 2006, Zusammenhänge mit organisierter Kriminalität und Korruption, Staatsangehörigkeit und Strukturen der Täter, Verübung der Delikte über Computer im Ausland; präventive Maßnahmen im Internet und Schulung der Ermittler; personelle und finanzielle Ausstattung des LKA u.a. Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbes auch der Zentralstelle für die Bekämpfung von Informations- und Kommunikationskriminalität beim Generalstaatsanwalt in Stuttgart; Effizienz der Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden sowie der Staatsanwaltschaften mit der Polizei und Steuerfahndung

GrAnfr SPD 02.01.2012 und Antw LReg Drs 15/1092 (19 S.)
PIPr 15/31 15.03.2012 S. 1684-1690

Bürger vor gefälschten Medikamenten schützen

Ausmaß, gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden der o.g. Wirtschaftskriminalität seit 2007; Art, Intensität und Ergebnisse der Bekämpfung durch die zuständigen Landes- und Bundesbehörden; Ergreifung weiterer wirksamer Maßnahmen, Unterstützung des EU-Projekts „SAVED“

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 15/1291

Wirtschaftsminister

s. Minister für Finanzen und Wirtschaft

Wirtschaftsordnung

s. Wirtschaftssystem

Wirtschaftspolitik

s. Wirtschaft

Wirtschaftsprüfer

s. Wirtschaftsprüfung

Wirtschaftsprüfung

s.a. Bilanz

s.a. Rechnungsprüfung

Prüfung der Wirtschaftsführung der DEGETO FILM GMBH für die Geschäftsjahre 2006 bis 2008 durch den Hessischen Rechnungshof

Mittlg RH

s. Film

Drs 15/561

Gutachten der M.R. GmbH zu etwaigen Ausstiegskosten bei Kündigung des S 21-Finanzierungsvertrags durch das Land

Gründe für die alleinige Beauftragung des o.g. Gutachters, Ablehnung des Auftrags von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft P., Kosten des Gutachtens, Verbindlichkeit der Ergebnisse für die LReg, Verfehlung der Aufnahme in den GesEntw zum S 21-Kündigungsgesetz durch die Veröffentlichung erst im nahen Umfeld der Volksabstimmung

KlAnfr

s. Stuttgart 21

Drs 15/830

Veröffentlichung der Rechnungen der Fraktionen im Ltg von BW

Mittlg Präs

s. Fraktion

Drs 15/1086

Insolvenz des Unternehmens A.S. e.K. und der drohende Arbeitsplatzabbau als landespolitisch gescheiterte Herausforderung?

Fälle der Gewährung eines Überbrückungskredits für von Insolvenz bedrohte Unternehmen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau; Zeitpunkt und Ergebnisse der Verhandlungen des Finanzministers mit anderen BLändern über die Bereitstellung einer Bürgschaft für eine Auffanggesellschaft für die o.g. Drogeriemarktkette; Gründe für die späte Einbindung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses und für das Festhalten an der vorgefertigten Lösung trotz der kritischen Expertise der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC; Auftraggeber, Höhe und Träger der Kosten des Gutachtens

Antr

s. Insolvenz

Drs 15/1551

Strategie der ICC-Schiedsklage

Gründe und zusätzliche Kosten der nachträglichen Verringerung der Klagesumme, Zustandekommen der errechneten zuviel bezahlten Summe beim Aktienrückkauf von der EdF nach der gutachterlichen Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

W.&K.G.T.AG, Beurteilung der Auffassung des RH, eine verlässliche Bewertung der Unternehmensanteile der EnBW zum 06.12.2010 sei allenfalls mit unternehmensinternen Informationen möglich; Bewertung der Ansicht des Obmanns der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss: „Die Staatsanwaltschaft muss dem Untersuchungsausschuss jetzt die neu erhobenen Akten zur Verfügung stellen“

Antr

s. EnBW

Drs 15/2108

Prüfung der Wirtschaftsführung der Bavaria Film GmbH durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof

Mittlg RH

s. Film

Drs 15/2186

Verneinung von Kostensteigerungen beim Projekt Stuttgart 21, Verweisung auf die Gutachten von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 520 521

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

s. Wirtschaftsprüfung

Wirtschaftsregulierung

s. Regulierung

Wirtschaftssanktion

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in BW und Maßnahmen der LReg, insbes Abhängigkeit von Unternehmen vom Import und Export mit Russland, Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen, Anträge auf Ausfallbürgschaften, Einbußen bei russischen Touristen, Fortführung von Projekten mit Russland

Antr

s. Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Drs 15/5105

Wirtschaftsspionage

Auswirkungen der Datenspionage von amerikanischen und britischen Geheimdiensten auf Bürgerinnen, Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW

Aufklärung und Auswirkungen der amerikanisch-britischen Überwachungsprogramme PRISM und Tempora auf Bürger, Institutionen und Unternehmen in BW, insbes Art und Umfang der erfassten Daten, Benennung von Überwachungszielen in BW, Rolle möglicher Wirtschaftsspionage, Auswirkung auf Medien (Informantenschutz), Auskunfts- und Beschwerderecht für Betroffene zur Wahrung und Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten und Geschäftsinteressen, Maßnahmen der LReg zur künftigen Unterbindung; Verhältnis der Überwachungsmaßnahmen zum EU-, Bundes- und Landesrecht; Konsequenzen für geplante EU-Vorhaben zum Freihandel mit den USA sowie zur EU-DatenschutzVO

Antr

s. Nachrichtendienstliche Mittel

Drs 15/3727

Freundliche Spione - welche Strategie verfolgt die LReg zum Schutz von Mittelstand und Industrie in BW

Aktuelle Debatte
s. *Technische Observation*
PIPr 15/81 S. 4874

Regierungsbefragung

Wirtschaftsschutz

PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7876-7880

Wirtschaftsstrafat

s. *Wirtschaftskriminalität*

Wirtschaftsstruktur

EU-Programm COSME

Möglicher Nutzen des „Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME)“ für die Wirtschaftsstruktur des Landes; Bedarf an diesem neuen Instrument zur Finanzierung kleinerer und mittlerer Unternehmen; Fortführung des „Enterprise Europe Network BW“; Förderung der Unternehmenskultur und der unternehmerischen Initiative von Frauen mit Hilfe des EU-Programms COSME; Förderung der Internationalisierung kleinerer und mittlerer Unternehmen

Antr

s. *Programm der EU*
Drs 15/3968

„Share Economy“ in BW

Rolle von Share Economy in BW; betroffene Geschäftsfelder; Auswirkungen auf Nachfrageverhalten und Produktion; Einfluss auf die Wirtschaftsstruktur; Chancen und Risiken von Share Economy; Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Antr

s. *Wirtschaftssystem*
Drs 15/6159

Wirtschaftsstrukturpolitik

s. *Strukturpolitik*

Wirtschaftssystem

„Share Economy“ in BW

Rolle von Share Economy in BW; betroffene Geschäftsfelder; Auswirkungen auf Nachfrageverhalten und Produktion; Einfluss auf die Wirtschaftsstruktur; Chancen und Risiken von Share Economy; Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Antr Claus Paal u.a. CDU 20.11.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/6159
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.01.2015 Drs 15/6639 S. 10 11
PIPr 15/126 16.04.2015 S. 7623

Anstrebung einer ökosozialen Marktwirtschaft

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 21 22

Orientierung der neuen LReg in der globalen Welt einer sozialen und vernetzten Marktwirtschaft, Vorwurf einer Tendenz zur Planwirtschaft

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 43 48 65 69 74 75 78

Bewertung von auskömmlichen Löhnen als ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 777 778 781-785

Notwendigkeit von mehr Wettbewerbssituationen in der sozialen Marktwirtschaft, Hervorhebung der sozialen Sicherheit als Teil der sozialen Marktwirtschaft

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1187 1188

Erinnerung an den früheren Stellenwert einer gerechten Vermögensverteilung in der sozialen Marktwirtschaft

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2281 2284

Wirtschaftsverband

s.a. *Berufsverband*

Aktuelle Expansionsversuche der Scientology-Organisation in BW

Kontaktaufnahme der Organisation mit Mitgliedern der LReg; Beeinflussung von Unternehmen durch Berater des Scientology-Wirtschaftsverbandes WISE; Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bei der Beobachtung der Scientology-Organisation; Schutz für Gegner der Organisation; Hilfsangebote für baden-württembergische Bürger in ausländischen Scientology-Niederlassungen; Anwerbung Jugendlicher durch jugendliche Scientologen; Einflussnahme der Scientology-Organisation über das Forum des „interreligiösen runden Tisches“; Verflechtungen der Scientology-Niederlassungen in BW mit Niederlassungen im Ausland; Geldtransfer ins Ausland

Antr

s. *Sekte*
Drs 15/3974

Kooperationen zwischen dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und Verbänden bzw Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen

Auskunft über Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft oder den Amtsleitern des Ministeriums mit Vertretern der „Gülen-Bewegung“ oder ihr nahestehenden Organisationen; Förderung von Projekten des Bundesverbands der Unternehmervereinigungen (BUV) und seinen Mitgliedsverbänden ADUV Alb-Donau Verband Ulm und SELF; Teilnehmer an den Veranstaltungen und Kursen für Existenzgründer mit Migrationshintergrund; Einfluss und Beteiligung von der „Gülen-Bewegung“ nahestehenden Organisationen an den Wirtschaftsdelegationen in die Türkei

Antr

s. *Fethullah-Gülen-Bewegung*
Drs 15/5074

Verhältnis des Ministeriums und des Ministers für Finanzen und Wirtschaft zu Personen, Verbänden und Unternehmen, die der „Gülen-Bewegung“ nahestehen sowie zur „Gülen-Bewegung“ selbst

Rechtliche und sonstige Gründe, die einer Veröffentlichung der Kontakte und Verbindungen mit der Gülen-Bewegung nahestehenden Personen oder Organisationen entgegenstehen; Vernetzung des Bundesverbands der Unternehmervereingung (BUV) mit der „Gülen-Bewegung“; Kontakte des Ministers für Finanzen und Wirtschaft mit den in der Drucksache 15/4721 namentlich genannten Organisationen; Einschätzung der „Gülen-Bewegung“

Antr

s. Fethullah-Gülen-Bewegung
Drs 15/5492

Wirtschaftswachstum

Rohstoffsicherheit

Auswirkungen des Nachfrageanstiegs nach Rohstoffen infolge des weltweiten Wirtschaftswachstums auf die Rohstoffversorgung der Unternehmen im Land; Darstellung der besonders betroffenen Bereiche und der Unterstützungsmöglichkeiten des Landes

Antr
s. Rohstoff
Drs 15/336

Zustimmung zum Fiskalpakt als Weg aus der Krise nutzen - für solide Finanzen, nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa

Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa, Flankierung durch Maßnahmen für ein nachhaltiges Wachstum, Beteiligung der Finanzmärkte an den Stützungsmaßnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer; Gewährleistung der verfassungsrechtlich garantierten Haushaltsautonomie der Länderparlamente bei der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts; Begrüßung der in den Verhandlungen mit dem Bund erreichten deutlichen Entlastung der Kommunen

Antr
s. Finanzpolitik
Drs 15/1968

Der zunehmende Fachkräftebedarf als Wachstumshemmnis und politische Aufgabe

Aktuelle Debatte
s. Fachkraft
PIPr 15/43 S. 2394

Bezeichnung des Landes als Wachstumslokomotive in Deutschland, Verweisung auf den Anstieg der Wirtschaftsleistung 2010/2011; Abkopplung des Primärenergieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum; Sicherung von Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit mit Wachstum

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 34 39 42 43 48 50 62

Verweisung auf die Wachstumsimpulse Deutschlands aus der Mitgliedschaft in der Währungsunion, Ankurbelung des Wachstums in den europäischen Schuldenstaaten

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 482 485-487 492 495 496 498

Notwendigkeit von mehr Wettbewerb als Treiber für Wachstum, Verweisung auf das Rekordwachstum 2010 und 2011

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1187 1193 1211

Ergänzung des europäischen Fiskalpakts durch nachhaltige Wachstumsprogramme; Bewertung der anvisierten Steuererhöhungen als Gift für das Wirtschaftswachstum

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2252 2254 2256 2258 2260 2261 2264 2278 2284

Wirtschaftsweg

s.a. Radweg
s.a. Verkehrsweg

Flurneuordnung und Landentwicklung in BW

Aufgaben und (ökologische) Bedeutung der Flurneuordnung und Landentwicklung, insbes für den Tourismus durch den Ausbau von Rad- und Wanderwegen, für den ländlichen Wegebau und Waldwegebau; Darlegung der künftigen Schwerpunkte und vorrangigen Verfahrensarten; Fortschreibung und bedarfsgerechte Anpassung der Etatansätze

Antr
s. Flurneuordnung
Drs 15/167

Flurneuordnung in BW

Stellenwert der Agrarstrukturverbesserung und des ländlichen Wegebbaus

Antr
s. Flurneuordnung
Drs 15/1564

Radfahren im Wald - Waldwegenutzung im Spannungsverhältnis

Nutzungsregelung für Waldwege und daraus resultierende Probleme durch Freizeitsportler, Radfahrer auf schmalen Wegen und Mountainbikern auf Singletrails; Einigung von Tourismusverbänden und Forstbehörden zur Nutzung von Waldwegen durch Mountainbiker; Änderung von § 37 Abs 3 S. 3 Landeswaldgesetz zur Aufhebung des absoluten Nutzungsverbots für Radfahrer auf Wegen unter 2 Metern Breite

Antr
s. Radverkehr
Drs 15/3726

Bodenschutz im Forst

Bodenschutzkonzept des Landesbetriebs ForstBW iR einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung des Staatswalds; Empfehlungen für die Bewirtschaftung von Körperschafts- und Privatwäldern; Anteil der Feinerschließung im Forst im Verhältnis zur Produktionsfläche; Grenzwerte für Fahrspurtiefen in Rückegassen; Standards und Regelungen zur Vermeidung von Bodenschäden bei der Waldbewirtschaftung; Anforderungen für Verträge mit Unternehmern im Forst im Hinblick auf eine Zertifizierung der Waldbewirtschaftung (PEFC, FSC); Kartierung der Befahrbarkeit von Waldböden

KlAnfr
s. Wald
Drs 15/4616

Ausweisung von Mountainbike-Strecken

Vorgehensweise, Zeitplan, Kosten, Finanzierung und Fördermöglichkeiten bei der Ausweisung von Mountainbike-Strecken iRd weiteren Behandlung der Petition zum Thema Radfahren auf Waldwegen

KlAnfr
s. Radweg
Drs 15/5703

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 15/3436 betr. Radfahren auf Waldwegen; Streichung der „2-Meter-Regel“ und der entsprechenden Bußgeldbestimmung im Landeswaldgesetz

Petitionen
s. Radverkehr
Drs 15/5806

Runder Tisch zur Waldwegenutzung

Sitzungen des Runden Tisches zu Fragen der Waldwegenutzung; Zahl der bisherigen Sitzungen, beteiligte Verbände und Gruppierungen; künftige Planung

KIAnfr Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 20.01.2015 und Antw MLR Drs 15/6367

Feld- und Waldwege in BW

Sachstand zum Feld- und Waldwegenetz in BW, insbes Umfang, Zustand und Sanierungsbedarf, Finanzhilfen für Gemeinden und Privatpersonen für die Unterhaltung

Antr Dr. Patrick Rapp u.a. CDU 18.05.2015 und Stellungnahme MLR Drs 15/6899

BeschlEmpf und Bericht LandwA 18.11.2015 Drs 15/8019 S. 69 70

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9072

Wissenschaft

s.a. *Forschung*

s.a. *Hochschullehre*

s.a. *Informatik*

s.a. *Rechtswissenschaft*

s.a. *Sozialwissenschaft*

s.a. *Wissenschaftler*

s.a. *Wissenschaftliche Kooperation*

Hochschullehrerinnen in BW

Entwicklung des o.g. Anteils differenziert nach Hochschulen und Fachrichtungen landes- und bundesweit seit 2001; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Steigerung des Anteils, insbes durch Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft für das wissenschaftliche Personal; Gründe für die Einstellung der Zeitschrift „AKTIV-Frauen in Baden-Württemberg“ durch das Sozialministerium

Antr

s. *Frau*

Drs 15/1005

BW als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit

Art, Umfang und Akteure der Förderung o.g. Ziele an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Darstellung der Clusterbildung und Vernetzung mit der Wirtschaft und Verbänden; Höhe und Herkunft der Drittmiteleinwerbung an den Hochschulen seit 2007; Bedeutung der Profilbildung, der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des studentischen Engagements für die Ausrichtung von Hochschulen an nachhaltiger Entwicklung

Antr

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Drs 15/1827

Exzellenzinitiative II

Bewertung des Auswahlverfahrens und des Abschneidens der Universitäten in BW, insbes der Auszeichnung der Universitäten Heidelberg, Konstanz und Tübingen sowie des Verlusts des Exzellenzstatus für die Universität Freiburg und das Karlsruher Institut für Technologie; Auswirkungen für die Hochschullandschaft und die Studierenden sowie für das Verhältnis von Spitzenforschung und Forschung in der Breite der Hochschulen; Höhe der Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln bis 2017; Bewertung von Überlegungen des Bundes zur grundgesetzlichen Neuordnung der Finanzierung von Wissenschaft und Forschung

Antr

s. *Exzellenzinitiative*

Drs 15/1875

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr

s. *Innovation*

Drs 15/2163

Open Access

Höhe der seit 2002 vonseiten des Landes und der Europäischen Union in die Forschung in BW geflossenen Mittel; Frage nach der freien Zugänglichkeit der aus Landesmitteln finanzierten Forschungsergebnisse; Gründe der Europäischen Kommission, den Zugang zu den aus öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsergebnissen zu erleichtern; Konsequenzen eines solchen Schrittes für die Wissenschaftler, die Universitäten sowie den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort BW; Frage der Bevorzugung eines bestimmten Publikationswegs

Antr

s. *Open Access*

Drs 15/2343

Wissenschaftspolitik in BW: Es ist nicht alles Gold, was glänzt

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 15/125 15.04.2015 S. 7509-7520

Wahrung der Standards guter wissenschaftlicher Praxis bei der Promotion, Begrüßung des Einschreitens der Hochschulen in den aktuellen Plagiatsfällen, Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Wissenschaftsstandort

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280-290

Wissenschaftler

s.a. *Akademiker*

s.a. *Akademischer Austausch*

s.a. *Akademischer Mittelbau*

s.a. *Professor*

Befristete Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Entwicklung der Zahl von o.g. Beschäftigungsverhältnissen im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Bereich seit 2004 nach den jeweiligen gesetzlichen Befristungsgründen; Entwicklung des Umfangs der geringfügigen Beschäftigung im selben Zeitraum; Beurteilung des Trends zu mehr Werkverträgen zulasten von regulären Beschäftigungsverhältnissen

Antr

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Drs 15/407

Hochschullehrerinnen in BW

Entwicklung des o.g. Anteils differenziert nach Hochschulen und Fachrichtungen landes- und bundesweit seit 2001; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Steigerung des Anteils, insbes durch Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft für das wissenschaftliche Personal; Gründe für die Einstellung der Zeitschrift „AKTIV-Frauen in Baden-Württemberg“ durch das Sozialministerium

Antr
s. Frau
Drs 15/1005

Die Beschäftigungssituation der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl, Abschlüsse, Tätigkeitsfelder und Vergütung der o.g. Kräfte an den einzelnen Hochschulen; Einhaltung der gebotenen Vergütungsstufen nach dem TV-L und Information über den Urlaubsanspruch sowie über die nicht vorhandene Nacharbeitsverpflichtung nach krankheitsbedingter Abwesenheit? Frage nach einer Differenzierung der Beschäftigungsverhältnisse je nach Tätigkeit in der Verwaltung, Forschung und Lehre

Antr
s. Akademischer Mittelbau
Drs 15/1156

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. Schweiz
Drs 15/4803

Zusammenarbeit der Universitäten und Fachhochschulen des Landes mit den Ausländerbehörden

Bisherige Bereiche der Zusammenarbeit; Ausbau und Verbesserung der Kooperation zwischen Hochschulen und Ausländerämtern; Zusammenarbeit mit den neu eingerichteten „Welcome-Centern“; Wirksamkeit im Hinblick auf eine Erhöhung der Zahl ausländischer Studienbewerber sowie der Zahl qualifizierter Nachwuchswissenschaftler aus dem Ausland; Englischkenntnisse der Sachbearbeiter in den Ausländerbehörden

Antr
s. Ausländerbehörde
Drs 15/5498

Wissenschaftlerinnen an baden-württembergischen Hochschulen

Sachstand zur aktuellen Situation von Frauen im Bereich der Wissenschaft und Leitung an baden-württembergischen Hochschulen, insbes Entwicklung des Frauenanteils bei den Promotionen und Habilitationen (aufgeteilt nach Fachbereichen und Fächergruppen), Entwicklung des Frauenanteils bei den Profes-

suren und den Positionen der Hochschulleitungen, Wirkung spezieller Frauenförderprogramme, Frauenanteil an den umgewidmeten Stellen iRd Hochschulfinanzierungsvertrags

Antr
s. Frau
Drs 15/8054

Beleuchtung der Rahmenbedingungen in Forschung und Lehre für die Wissenschaftler an den Hochschulen

PIPr 15/9 20.07.2011 S. 280-283 287 289

Wissenschaftler austausch

s. Akademischer Austausch

Wissenschaftliche Kooperation

s.a. Bologna-Prozess

s.a. *Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Staaten*

Zur Situation der German University in Cairo

Beurteilung der Situation und künftigen Entwicklung nach den Unruhen im März und den engen Verbindungen zu Hochschulen und Persönlichkeiten in BW, Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme und Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Ägypten

Antr
s. Privathochschule
Drs 15/91

Stellung und Finanzierung der privaten Hochschulen in BW

Stimulanz des Wettbewerbs zwischen öffentlichen und privaten Hochschulen; Anstreben der Gleichbehandlung und Integration der privaten Hochschulen in die Hochschullandschaft; Förderung auch der Forschungsprojekte in Kooperation von staatlichen mit privaten Hochschulen; Vorlage eines Konzepts für die Einbeziehung der privaten Hochschulen in den Prozess von Forschung und Kooperation

Antr
s. Privathochschule
Drs 15/368

Beziehungen zu Polen

Vorhandene Partnerschaften zwischen Städten, Vereinen, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen; Kooperationen zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen; Vermittlung von Kenntnissen über Polen und die polnische Sprache im schulischen und außerschulischen Bereich; Entwicklung, Stand und Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen

KIAnfr
s. Polen
Drs 15/679

Anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer an Hochschulen in BW

Derzeitige und künftig angestrebte Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen und Unternehmen in der anwendungsorientierten Forschung, der Auftragsforschung sowie beim Wissens- und Technologietransfer; Entwicklung des damit verbundenen Drittmittelaufkommens; Verbesserung der Schnittstellen und Anreize für beide Seiten; Stand und Ausbau der „Industry on campus“-Projekte; Vergleich mit anderen Bundesländern

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/897

Kooperation von Hochschulen in BW mit türkischen Hochschulen

Auffüstung der bestehenden Partnerschaften und Kooperationen, Unterstützung weiterer Verbindungen, Beurteilung der Überlegungen über einen internationalen Studiengang mit einer jeweils hälftigen Studienzeit in BW und der Türkei

Antr
s. *Hochschule*
Drs 15/1025

Unterstützung für Griechenland

Beratung und Unterstützung in den Bereichen Verwaltung, berufliche Bildung, erneuerbare Energien, kleine und mittlere Unternehmen, Kooperationen und Forschungsaktivitäten von Hochschulen; Frage nach kommunalen Partnerschaften und solchen zwischen Vereinen u.a. Organisationen sowie nach der Nutzung von EU-Programmen zur Völkerverständigung

Antr
s. *Griechenland*
Drs 15/1516

Partnerschaft mit Griechenland

Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene sowie Austausch im kulturellen, ökonomischen, wissenschaftlichen und sportlichen Bereich; Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Versorgung von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern; Austausch und Zuwanderung von Fachkräften seit der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland; bisherige und künftige gemeinsame EU-Projekte iRd neuen Förderperiode 2014-2020

Antr
s. *Griechenland*
Drs 15/1585

Unterricht im Fach Russisch an Schulen in BW

Förderung von Städtepartnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen, Unternehmen und Universitäten aus BW und Russland

Antr
s. *Russisch*
Drs 15/1740

BW als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit

Art, Umfang und Akteure der Förderung o.g. Ziele an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen; Darstellung der Clusterbildung und Vernetzung mit der Wirtschaft und Verbänden; Höhe und Herkunft der Drittmittelinwerbung an den Hochschulen seit 2007; Bedeutung der Profilbildung, der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des studentischen Engagements für die Ausrichtung von Hochschulen an nachhaltiger Entwicklung

Antr
s. *Nachhaltige Entwicklung*
Drs 15/1827

Handlungsbedarf in der Technologiepolitik

Bewertung der Studie „Quantitative Analyse regionaler Branchen- und Technologiestrukturen in BW“ des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI; Konse-

quenzen aus der vom Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) in Auftrag gegebenen Studie, u.a. Stimulanz höherer FuE-Investitionen durch ihre steuerliche Absetzbarkeit, Ausbau der technologischen Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, Erweiterung der Innovationsgutscheine, Hervorhebung und regelmäßige Evaluation der geförderten Cluster und Netzwerke

Antr
s. *Technologie*
Drs 15/1990

Denkschrift 2012 zur Haushaltsrechnung 2010 (vgl. Drs 15/1900); hier: Beitrag Nr. 26 - Zusammenarbeit zwischen der Universität Stuttgart und dem Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart (Kap 1418)

Mittlg RH
s. *Universität Stuttgart*
Drs 15/1926

Innovationspolitik des Landes BW

Förderung von Biotechnologie und Medizintechnik und der Kooperation von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie von Existenzgründungen und Clusterbildung

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2071

Vielfalt statt Einfalt - ein breites Fundament für eine gute Integrationspolitik

Zahl, Anteil und Integrationserfolg von Menschen mit Migrationshintergrund aus Griechenland; Partnerschaften zwischen Hochschulen in BW und Griechenland, Wahrnehmung von Studienangeboten von Studierenden mit griechischem Migrationshintergrund

GrAnfr
s. *Ausländerintegration*
Drs 15/2042

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Zusammenarbeit zwischen BW und der Türkei im Bereich der Wissenschaftspolitik

Ziele und Resultate der Reise des MinPräs in die Türkei; Ergebnisse der Gespräche mit den Universitäten und Forschungseinrichtungen in Ankara und Istanbul; Beurteilung der dort ausgerichteten Hochschultage; wissenschaftliche Kooperationen und Studienaustausch; Bedeutung der neu gegründeten deutsch-türkischen Universität in Istanbul; Anteil der (weiblichen) Studierenden mit türkischem Migrationshintergrund an den Hoch-

schulen und Universitäten in BW; Rückkehr von Hochschulabsolventen in die Türkei

Antr
s. *Internationale Zusammenarbeit*
Drs 15/2726

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Stellenwert der Zusammenarbeit; in den letzten Jahren angestoßene Kooperationsprojekte; aktuelle Beziehungen zu den US-Bundesstaaten Connecticut und Maryland; Zusammenarbeit mit der amerikanischen Botschaft in Berlin und dem Generalkonsulat in Frankfurt am Main; Bedeutung der deutsch-amerikanischen Zentren in BW und deren Kooperation mit Landeseinrichtungen; Institutionen, die sich wissenschaftlich mit den USA beschäftigen; Kooperation auf Vereinsebene; Konzeption für die Zusammenarbeit mit den USA

Antr
s. *Internationale Beziehungen*
Drs 15/2786

Obstbau-Forschung in BW

Schwerpunkte der Obstbauforschung an den drei Standorten Landesverband Erwerbsobstbau (LVEO) Weinsberg, Landwirtschaftliches Technologiezentrum (LTZ) Augustenberg und Kompetenzzentrum Obstbau-Bodensee (KOB) Bavendorf; Ausstattung mit Personal und Sachmitteln; länderübergreifende Zusammenarbeit im Obstbauversuchswesen; Umsetzung der Forschungsergebnisse in der Beratungspraxis

Antr
s. *Obstbau*
Drs 15/3278

BW braucht weiterhin eine erstklassige Lehrerausbildung

Umsetzung und Konsequenzen der Empfehlung der Expertenkommission zur Lehrerausbildung zur Schaffung eines gemeinsamen Lehramts für die Sekundarstufen I und II und die Abschaffung der eigenständigen Lehrämter für die einzelnen weiterführenden Schultypen, insbes Umstellung auf Bachelor-/Masterstudium, Änderungen bei Besoldung und Beförderung, Anpassung von Studieninhalten und -schwerpunkten; Abschaffung des Studiengangs Sonderpädagogik; Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 15/3322

Zukunftsperspektive für das Kooperationsprojekt „Vietnamesisch-Deutsche Universität“ (VGU) in Ho Chi Minh-Stadt

Finanzielle Beiträge der am Gemeinschaftsprojekt in Ho-Chi-Minh-Stadt beteiligten Einrichtungen und Unternehmen; Zukunft der Hochschule angesichts der mittelfristig zu erwartenden Finanzierungssituation; Gründe für die Streichung der Förderung des von der Hochschule Karlsruhe getragenen Masterstudiengangs „Mechatronics and Sensor Systems Technology“; ursprüngliche Intention der Förderung; Ziele der Internationalisierungsstrategie für die baden-württembergischen Hochschulen, Stellenwert der Region Südostasien und insbes Vietnams in diesem Zusammenhang

KlAnfr Martin Rivoir u.a. SPD 10.06.2013 und Antw MWK
Drs 15/3609

Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz in Forschung und Lehre nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“

Auswirkungen der eidgenössischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die bestehenden Kooperationen in Forschung und Lehre sowie die Freizügigkeit von Wissenschaftlern und Studierenden; Aufrechterhaltung der engen Zusammenarbeit mit der Schweiz; Teilnahmebeschränkung bzw Ausschluss der Schweiz bei den Programmen „Erasmus+“ und „Horizont 2020“; Anzahl der aus der Schweiz stammenden Professoren und Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen; Anzahl der aus BW stammenden Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen in der Schweiz; Anzahl deutscher Akademiker in Schweizer Unternehmen

Antr
s. *Schweiz*
Drs 15/4803

Zusammenarbeit zwischen BW und der Tschechischen Republik
Situation und Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Kooperationen zwischen BW und der Tschechischen Republik, insbes Zusammenarbeit auf lokaler Ebene, Arbeit der Vertriebenenverbände, Hochschul- und Forschungsk Kooperationen, Fremdsprachenunterricht, Partnerschaft von Regierungsbezirk und LKreis Tübingen mit der Region Pardubice

Antr
s. *Tschechische Republik*
Drs 15/4947

Würdigung der Partnerschaft zwischen der Universität Tübingen und der Universität in Burundi

PIPr 15/30 14.03.2012 S. 1615

Wissenschaftliche Studie

s. *Studie*

Wissenschaftliche Werkstätte

s. *Arbeitsstätte*

Wissenschaftliche Zusammenarbeit

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Wissenschaftlicher Assistent

s. *Akademischer Mittelbau*

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

s.a. *Akademischer Mittelbau*

Beschäftigungssituation der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten an den baden-württembergischen Hochschulen

Anteil der befristet Beschäftigten im wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Dienst der Hochschulen; Kriterien für eine Festanstellung wissenschaftlicher Mitarbeiter; Kriterien für die befristete Anstellung wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals; Laufzeit der Zeitverträge; Gründe für eine von der Finanzierungsdauer eines Forschungsprojekts abweichende Befristungsdauer; Personalentwicklungsplanung an den Hochschulen

Antr
s. *Hochschulpersonal*
Drs 15/6107

Wissenschaftlicher Mittelbau

s. *Akademischer Mittelbau*

Wissenschaftlich-technische Kooperation von Staaten

s. *Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Staaten*

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit von Staaten

Zusammenarbeit mit Israel im Bereich der Hochschulen

Praxis der Hochschulkooperation Baden-Württembergs mit Israel, insbes bestehende Hochschulpartnerschaften und Austauschprogramme, Unterstützung bei der Umsetzung des Dualen Hochschulkonzepts in Israel

Antr Peter Hauk u.a. CDU 24.01.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/4655

BeschlEmpf und Bericht WissA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 4 5

PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017

Wissenschaftseinrichtung

s. *Forschungseinrichtung*

Wissenschaftsfreiheit

Die Situation in Ungarn nach den Verfassungsänderungen

Beurteilung der weiteren Zusammenarbeit mit Ungarn als Partner in der Donauraumstrategie unter dem Gesichtspunkt der Verfassungsänderungen und den dadurch ermöglichten direkten staatlichen Eingriffen in Justiz und Hochschulwesen, insbes bisheriger und künftiger Umgang mit Regierungsvertretern und Zivilgesellschaft in Ungarn, Mitfinanzierung der Andrassy-Universität

Antr
s. *Ungarn*
Drs 15/3378

Evaluation zur Transparenzklausel

Sachstand zur Umsetzung der Transparenzklausel des Landeshochschulgesetzes an den Universitäten und Hochschulen, insbes Entwicklung der Gesamtfinanzierung und Drittmiteleinnahmen, Anzahl der Stiftungsprofessoren, Gewährleistung von Datenschutz und Forschungsfreiheit bei der Auskunftspflicht der Hochschulen zu Drittmiteleinnahmen

Antr
s. *Hochschulfinanzierung*
Drs 15/7318

Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Forschungslandschaft sichern und erhöhen

Förderung der Ansiedlung, Neugründung und Erweiterung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen in BW, u.a. von Instituten und Forschergruppen der Max-Planck-Gesellschaft, der

Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Antr
s. *Forschung*
Drs 15/265

Innovation im Wechselspiel von Wissenschaft und Wirtschaft

Entwicklung der F+E-Leistungen von Unternehmen und öffentlicher Hand seit 2000 im Vergleich zu anderen Ländern und EU-Staaten; Daten und Maßnahmen zum Ausbau der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung an Hochschulen, an Instituten der Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft; Beurteilung der Kooperation mit kleineren und mittleren Unternehmen beim Technologietransfer, der Patentverwertung und Existenzgründung; Bedeutung eines Talentmanagements an Hochschulen in der Gründungsförderung; Rolle von Stiftungslehrstühlen und regionalen Technologietransferstellen

GrAnfr
s. *Innovation*
Drs 15/2163

Regionale Disparitäten bei der Verteilung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen der Wissenschaftsorganisationen

Jahresetats, Beschäftigtenzahl und regionale Verteilung von Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz an den Hochschulstandorten in BW; Ausbau der außeruniversitären Forschungsinfrastruktur am Standort Ulm; Verhältnis von Studienplätzen zur jeweiligen Einwohnerzahl in den zwölf baden-württembergischen Regionalverbänden; Entwicklung des Drittmittelaufkommens der einzelnen Hochschulen

KlAnfr
s. *Forschungseinrichtung*
Drs 15/5568

Wissenschaftsministerin

s. *Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst*

Wissenserwerb

s. *Lernen*

Wissenstransfer

Güterverkehr und Logistik

Zahl der in diesem Bereich ansässigen Betriebe und ihrer Arbeitsplätze, Anzahl der unbesetzten Stellen; Umsätze und Auftragslage; Insolvenzen und Betriebseinstellungen speziell kleiner und mittelständischer Speditions- und Logistikunternehmen; Optimierungsmöglichkeiten durch bessere Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und innovative Umschlaglösungen; Nutzung der Forschung und Entwicklung an den Hochschulen, Finanzierung der Forschungsprojekte durch EU-Fördermittel

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 15/2697

Finanzierung der Institute der Innovationsallianz BW
Bedeutung, Arbeit und Finanzierung der Innovationsallianz BW und der sie tragenden 12 unabhängigen Forschungsinstitute

KlAnfr
s. *Forschung*
Drs 15/3671

Ökolandbau-Forschung in BW

Auf dem Gebiet des Ökolandbaus forschende Hochschulen und Einrichtungen in BW und ihre inhaltlichen Schwerpunkte; zur Verfügung stehendes Personal und Forschungsmittel; Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Fachverbänden des Ökolandbaus; Stellenwert des Ökolandbaus in der aktuellen Forschungslandschaft sowie sein künftiges Potenzial für den Forschungsstandort BW; Ziel einer Steigerung von Angebot und Nachfrage ökologisch produzierter Lebensmittel aus BW; Bedeutung der landwirtschaftlichen Betriebe für den Forschungstransfer; Einrichtung eines Forschungsbeirats ökologischer Landbau

Antr
s. *Ökologische Landwirtschaft*
Drs 15/4115

WLAN

s. *Funkverkehr*

Wochenendarbeit

Arbeitsschutz an Sonn- und Feiertagen in BW

Sachstand zum Arbeitsschutz an Sonn- und Feiertagen in BW, insbes Auswirkungen des Grundsatzurteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen; Überprüfung und Novellierung des Gesetzes über die Ladenöffnung in BW (LadÖG) und der Bedarfsgewerbeverordnung (BedGVO)

Antr Felix Schreiner u.a. CDU 01.12.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/6208

Sonntagsbackverbot

Sachstand zur Einschränkung der Produktion frischer Backwaren durch Bäckereibetriebe an Sonn- und Feiertagen, insbes Möglichkeiten zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen

KlAnfr
s. *Backgewerbe*
Drs 15/6712

Wochenenddienst

s. *Wochenendarbeit*

Wochenmarkt

s. *Markthandel*

Wölffe, Werner MdL GRÜNE

Würdigung und Verabschiedung des Abg Werner Wölffe
PIPr 15/20 07.12.2011 S. 885

Wörth am Rhein

Service auf der Stadtbahnlinie Bietigheim-Bissingen-Wörth
Entwicklung der Fahrgastzahlen auf der o.g. Strecke seit dem Jahr 2006; Fahrgastaufkommen während der Hauptverkehrszeiten des Ausbildungsverkehrs; Auslastungsgrad der eingesetzten

Züge und Sicherheit der Fahrgäste; Einsatz ausreichender Waggons durch die Albtal-Verkehrs-Gesellschaft; Beseitigung von Sicherheits- und Servicemängeln

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/4258

Wohlfahrtsamt

s. *Sozialverwaltung*

Wohlfahrtsorganisation

Beflaggung auf öffentlichen Gebäuden

Regelung der Beflaggung durch Verwaltungsvorschriften des Landes und des Bundes; Entscheidungsgrundsätze und Zuständigkeit für die Beflaggungsanordnung; Bekanntmachung der Beflaggung; Flaggen von kirchlichen oder karitativen Organisationen oder von Parteien auf öffentlichen Gebäuden; Frage des Rechtsanspruchs und der Genehmigung; Rechtsmittel gegen eine Beflaggung

KlAnfr
s. *Beflaggung öffentlicher Gebäude*
Drs 15/3877

Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw
s. *Heimrecht*
Drs 15/4852

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr
s. *Wohngemeinschaft*
Drs 15/5072

Fachkraftquote in Pflegeheimen mit geschlossenem Bereich

Mehrbedarf an Pflegefachkräften in der Nachtwache in geschlossenen Bereichen infolge des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes; Erarbeitung und Umsetzung einer Landesverordnung

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/6345

Zusammenarbeit der Heimaufsicht mit den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung

Grundsätze der Zusammenarbeit; Anpassung der Vereinbarung zur Zusammenarbeit nach Inkrafttreten des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG); Informationsaustausch zwischen Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenversicherung (MDK) über die bei den Prüfungen gewonnenen Erkenntnisse; Vermeidung von Doppelarbeit der Institutionen; Ergebnisse des Modellprojekts im LKreis Ludwigsburg; Steigerung der Effizienz bei der Prüfungsdurchführung

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 15/6561

Entwicklung ambulanter Wohnformen auf Grundlage des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes BW (WTPG)

Nutzung der Beratungsstelle für ambulant betreute Wohnformen beim Kommunalverband für Jugend und Soziales BW; Beratungsschwerpunkte; Zahl der bisher auf der Basis des WTPG ins Leben gerufenen Wohngemeinschaften; Schwierigkeiten bei der Schaffung ambulant betreuter Wohnformen; bisherige Erfahrungen mit den in § 4 Abs 2 WTPG geforderten Abstandsregelungen, den Transparenzbestimmungen und der Zusammenarbeit bei der Durchführung von Prüfungen (§ 25 WTPG)

Antr
s. *Wohnform*
Drs 15/7979

Wohnbauförderung

s. *Wohnungsbauförderung*

Wohnbeihilfe

s. *Wohngeld*

Wohneigentum

s.a. *Gebäude*
s.a. *Immobilien*

Geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer

Veränderung des Grunderwerbsteueraufkommens vor und nach der geplanten Erhöhung; Eintreten für eine steuerliche Begünstigung des Ersterwerbs einer Immobilie zu eigenen Wohnzwecken sowie für eine Begünstigung des Bestandserwerbs einer Immobilie im Innenbereich gegenüber dem Erwerb eines Grundstücks im unbebauten Außenbereich

Antr
s. *Grunderwerbsteuer*
Drs 15/448

Künftige Wohnungspolitik

Bisherige und künftige Förderanteile von Eigentumsmaßnahmen und sozialen Mietwohnungen über das Wohnraumförderprogramm, Einschätzung des Bedarfs an Neubauwohnungen in Großräumen und Universitätsstädten sowie von seniorengerechten Wohnungen; Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Gebäudeschaden durch Erdhebungen in Böblingen

Ausmaß der Gebäudeschäden und Probleme der betroffenen Gebäudeeigentümer; Soforthilfe für die Hauseigentümer von Seiten der Stadt und des LKreises Böblingen sowie des Landes; Unterstützung der Gebäudeeigentümer bei den Haftungsfragen; Geltendmachung von Ansprüchen aus der verschuldensunabhängigen Haftung der Bohrfirmen gegenüber den Haftpflichtversicherern; Ermittlung der Ursachen für die Erdhebungen

KlAnfr
s. *Bauschaden*
Drs 15/4265

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien durch die angekündigte Erhöhung der Grunderwerbsteuer; Forderung nach einem Verzicht auf diese Pläne, Bewertung der Umschichtung von der Eigentums- zur Mietwohnraumförderung

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 36 37 64 66 67

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien aufgrund der geplanten Erhöhung der Grunderwerbsteuer

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 130 140 141

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 377

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %

PIPr 15/15 13.10.2011 S. 643-649

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 699-704 706

Erschwerung des Erwerbs von Wohneigentum für junge Familien mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 %; Erhaltung der Wohneigentumsförderung

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1382 1424 1425 1428 1431

Wohnform

Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen - Inklusive Wohn- und Beschäftigungsangebote

Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen; Behinderte, denen mit Unterstützung durch soziale Dienste eine eigenständige Lebensführung ermöglicht wird; in stationären oder teilstationären Einrichtungen lebende Behinderte; Konversion von Komplexeinrichtungen in der Behindertenhilfe; Förderung inklusiver Wohn- und Beschäftigungsangebote in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und dem Kommunalverband für Jugend und Soziales BW (KVJS); Einbeziehung der Betroffenen in die Planungen; Umsetzung und Finanzierung des Umbaus

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/3269

Das neue Landesheimrecht - Präzisierung tut not

Differenzierung in der geplanten Novelle (Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz) des Landesheimrechts zwischen den einzelnen Wohnformen; zukünftige Detailregelungen im Bereich des Baurechts und der personellen Anforderungen für verschiedene Wohn-/Grundleistungs- und Pflegekonstellationen

Antr
s. *Heimrecht*
Drs 15/3453

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw
s. *Heimrecht*
Drs 15/4852

Entwicklung ambulanter Wohnformen auf Grundlage des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes BW (WTPG)

Nutzung der Beratungsstelle für ambulant betreute Wohnformen beim Kommunalverband für Jugend und Soziales BW; Beratungsschwerpunkte; Zahl der bisher auf der Basis des WTPG ins Leben gerufenen Wohngemeinschaften; Schwierigkeiten bei der Schaffung ambulant betreuter Wohnformen; bisherige Erfahrungen mit den in § 4 Abs 2 WTPG geforderten Abstandsregelungen, den Transparenzbestimmungen und der Zusammenarbeit bei der Durchführung von Prüfungen (§ 25 WTPG)

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 20.01.2016 und Stellungnahme SM Drs 15/7979

Wohngebäude

s. *Gebäude*

Wohngebiet

s.a. *Siedlungsstruktur*

Stromleitung über das Wohngebiet „Schäuber“ in Besigheim

Höhe und Träger der Kosten sowie Zeitpunkt der Sanierung von Masten durch die Wohngebiete Schäuber und Löchgauer Feld in Besigheim, Beurteilung einer möglichen Alternativführung der Stromleitung, Erwartung weiterer Sanierungen von Leitungen zwischen den Kohlekraftwerken Heilbronn, Walheim und Ludwigsburg-Hoheneck?

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/64

Privilegierung von Kinderlärm

Bewertung der Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes zur Privilegierung von anlagenbezogenem Kinderlärm; Anstreben von landesrechtlichen Regelungen zur Privilegierung von verhaltensbezogenem Kinderlärm, z.B. zur Erleichterung der Errichtung und Erweiterung von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten

Antr
s. *Lärm*

Drs 15/268

Planungen für Hochspannungsleitungen im Enzkreis und in Pforzheim

Darlegung o.g. Pläne, Bewertung der wohngebietsnahen Trassenführungsvariante in Ispringen, Eintreten für Alternativen bzw für eine Erdverkabelung

KlAnfr
s. *Stromnetz*
Drs 15/666

Lärmschutz entlang der A 8 Stuttgart-Fasanenhof

Überschreitung der Lärmgrenzwerte für ein allgemeines Wohngebiet im o.g. Bereich; Beurteilung der Wirksamkeit von Flüs-terasphalt, einer Geschwindigkeitsreduzierung u.a. Maßnahmen zum Schutz der Anwohner

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/1472

Lärmentwicklung durch Luftwärmepumpen

Entwicklung des Einsatzes o.g. Wärmepumpen in Privatgebäuden und deren Lärmproblematik, insbes im niederfrequenten Bereich und in Wohngebieten; Einwirkung auf die Herstellerfirmen und ausführenden Handwerksbetriebe zur Verbesserung der Lärmschutzwerte; Möglichkeiten der Nachrüstung und Durchführung von Abnahmen und schalltechnischen Überprüfungen der Anlagen; Umsetzung der Beschlusslage der Umweltministerkonferenz zur Verbesserung des Lärmschutzes bei stationären und mobilen Geräten und Maschinen in Wohngebieten

Antr
s. *Wärmetechnik*
Drs 15/1527

Windkraft-Planung im Remstal (Windpark Buocher Höhe)

Bürgerprotest gegen den Windpark im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet; Abstand der Windkraftanlagen von den umliegenden Wohngebieten; Umweltbelastung durch Licht- und Lärmemissionen, insbes durch tieffrequenten Schall; Gesundheitsgefahr durch Infraschall; Wirtschaftlichkeit der Anlage im Hinblick auf etwaige Zwangsabschaltungen wegen Schattenwurf, Lärmemission, Fledermausflug sowie größerer Unterschiede beim Windaufkommen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3054

Windkraft-Planungen in BW

Mindestabstände von Windkraftanlagen zu Wohngebieten in anderen Bundesländern und EU-Ländern; Vergrößerung des Mindestabstands auf 1500 Meter; Formen der Bürgerbeteiligung; wesentliche Einwände gegen den Bau von Windkraftanlagen; Unterstützung der Regionalverbände, Planungsverbände bzw Kommunen bei Einsprüchen; seit 2006 errichtete und bis 2014 geplante Windkraftanlagen; Volllaststunden und Abschaltungsverpflichtungen, Wirtschaftlichkeit der Anlagen, insbes des Windparks Simmersfeld im LKreis Calw; Akzeptanz des Sieben-Punkte-Programms und Windenergieerlasses

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/3057

Lärmschutzmaßnahme entlang der Bundesstraße (B) 466 in Bad Überkingen

Verkehrsbelastung auf der B 466 bei Bad Überkingen; Lärmbelastung insbes im Berufsverkehr; Lärmschutz für das Wohngebiet Nuberstraße/Am Märzenbühl

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 15/3642

Ausbau der Windkraft voranbringen - Abstände von der Wohnbebauung flexibel gestalten

Statistik zum Ausbaustand der Windenergie in BW und Vergleich zu anderen Bundesländern; Schaffung einer Länderöffnungsklausel für die flexible Gestaltung der Abstandsregelungen bei Windkraftanlagen

Antr
s. *Windenergie*
Drs 15/3789

Windkraft im Landkreis Schwäbisch Hall

Zahl und Standorte der seit 2011 im LKreis Schwäbisch Hall genehmigten Windkraftanlagen; Auskunft über in Genehmigungsverfahren befindliche sowie voraussichtlich 2013 in Betrieb gehende Windräder; Abstände der in Betrieb genommenen Windenergieanlagen zu Wohngebieten und zu Schutzgebieten

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4238

Länderöffnungsklausel für Abstandsregelungen von Windkraftanlagen nutzen

Einfügung einer Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch; Nutzung der Möglichkeit einer länderspezifischen Festlegung der Mindestabstände von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung; Mindestabstände in der bisherigen Genehmigungs- und Rechtsprechungspraxis; Zunahme der Nabenhöhe; Leistungsklassen der in BW rentabel zu betreibenden Windenergieanlagen; Festsetzung des Mindestabstands zwischen Windkraftanlagen und Wohngebäuden auf 1.000 Meter

Antr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/4574

Windkraftanlagen

Wissenschaftliche Grundlage des im Windenergieerlass BW festgelegten Regelabstands zur Wohnbebauung; Untersuchungen über die Auswirkungen des von Windkraftanlagen ausgehenden Infraschalls auf Menschen, Tiere und Pflanzen sowie ihre Berücksichtigung beim Genehmigungsverfahren; Beachtung des Arten- und des Landschaftsschutzes; Verbot von Windkraftanlagen in Nationalparks und Naturparks; Bürgerbeteiligung beim immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren; Errichtung von Windkraftanlagen auf Staatswaldflächen; Auflösung von Pachtverträgen

KlAnfr
s. *Windenergieanlage*
Drs 15/6441

Lärmentwicklung entlang der Neckar-Alb-Bahn

Sachstand zur Lärmentwicklung auf der Neckar-Alb-Bahn, insbes Maßnahmen zur Entlastung von Lärm in angrenzenden Wohngebieten

KlAnfr
s. *Schienenverkehrslärm*

Drs 15/7043

Erinnerung an die Durchsetzung von Tempo 30 in Wohngebieten
PIPr 15/15 13.10.2011 S. 668

Wohngeld

s.a. *Miete*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des LtG; hier: Denkschrift 2010 des RH zur LHR von BW für das Hj 2008 - Beitrag Nr. 13: Wohngeld vereinfachen

Mittlg LReg 19.10.2011 Drs 15/700
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.12.2011 Drs 15/996
PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1168
Mittlg LReg 05.06.2012 Drs 15/1802
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 20.09.2012 Drs 15/2318
PIPr 15/47 11.10.2012 S. 2689 2690
Mittlg LReg 11.04.2013 Drs 15/3350
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 06.06.2013 Drs 15/3566
PIPr 15/72 20.06.2013 S. 4365-4367

Wohngemeinschaft*Kontrolle überbelegter Wohnungen*

Kontrolle und rechtliche Regelungen gegen mutmaßlich überbelegte Wohnungen durch erzwungene Mietverhältnisse mit Koppelung von Arbeits- und Mietverträgen bei Arbeitsmigranten

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/3829

Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege BW (WTPG)

Ersatz für das Landesheimgesetz für BW; Ausdehnung des heimrechtlichen Schutzes über stationäre Einrichtungen (Heime) hinaus auf ambulant betreute Wohngemeinschaften; Stärkung von Teilhabe und Selbstorganisation der Menschen in den Pflege- und Behinderteneinrichtungen und in der Gesellschaft; Verbesserung der spezifischen, den Bewohnern zu gewährenden Informationsrechte

GesEntw
s. *Heimrecht*
Drs 15/4852

Selbstverantwortete und ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG)

Wohnformen mit Bestandsschutz; Einordnung von Wohngemeinschaften von Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf wie der Pflegewohngruppe Adlergarten in Eichstetten am Kaiserstuhl; Qualitätssicherung und -kontrolle; Haftung der ehrenamtlich Beschäftigten; Abgrenzung ambulant betreuter von selbstverantworteten Wohngemeinschaften; Freiheit der Vertragsgestaltung; Pflegedienstwechsel; Investitionsbedarf für die Gründung einer selbstverantworteten und einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 10.04.2014 und Antw SM Drs 15/5072

Stärkung ambulant betreuter Wohngruppen

Auswirkungen der iRd Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch vorgenommenen Neuregelung der zusätzlichen Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreu-

ten Wohngruppen (§ 38 a SGB XI) auf die Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur in BW, insbes bei Pflegeleistungen von Angehörigen, ehrenamtlichem Engagement, Umdichtungsmöglichkeit von Sachleistungen, Gesamtfinanzierungsanteil des pauschalen Zuschlags

Antr
s. *Betreutes Wohnen*
Drs 15/6242

Wohngruppe

s. *Wohngemeinschaft*

Wohnheim

s.a. *Pflegeheim*
s.a. *Unterkunft*

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Denkschrift 2009 des RH zur LHR von BW für das Hj 2007 - Beitrag Nr. 17: Personalunterkünfte der Zentren für Psychiatrie

s. *Unterkunft*
Drs 15/236

Ausländische Studierende und ihre Berücksichtigung in den Wohnheimen der Studierendenwerke unter dem Gesichtspunkt der Internationalisierung unserer Hochschulen

Darlegung o.g. Zahlen und Anteile differenziert nach Studierenden aus EU- und Nicht-EU-Ländern, Bereitschaft von Studentenwerken zur Reservierung fester Kontingente und Bereitstellung von zusätzlichen Wohnheimplätzen für ausländische Studierende

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 15/412

Unterbringung von Bundes-, Landes- und Bezirksfachklassen sowie länderübergreifenden Klassen

Inanspruchnahme und Bezuschussung von Jugendwohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung, Vergleich mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel für das Schuljahr 2011/12; Entwicklung eines tragfähigen Konzepts im Dialog mit den Beteiligten unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquetekommission

Antr Viktoria Schmid u.a. CDU 19.08.2011 und Stellungnahme KM Drs 15/438 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 29.02.2012 Drs 15/1646 S. 15 16
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124
Mittlg LReg 22.11.2012 Drs 15/2731

Haushalt 2012; Epl 04

Anhebung der Bezuschussung von Wohnheimen für die Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden während einer Blockbeschulung

ÄAntr FDP/DVP 11.01.2012 Drs 15/1104-3 S. 56
ÄAntr GRÜNE und SPD 19.01.2012 Drs 15/1104-24 S. 84 85
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1371-1401

Haushalt 2012; Epl 07

Mittelaufstockung für die Studentenwerke zur Förderung der Studentenwohnheime

ÄAntr GRÜNE und SPD 25.01.2012 Drs 15/1107-9 S. 25 26
PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1422-1459

Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung an baden-württembergischen Hochschulen

Anzahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung; Nutzung und Qualität der vorhandenen Beratungsstellen; Sensibilisierung und Fortbildung des Lehrpersonals; Angebot behindertengerechter Wohnheimplätze; barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Hochschuleinrichtungen einschließlich Verkehrsanbindung; Frage der Flexibilisierung der Studien- und Prüfungsordnungen

Antr
s. *Student*
Drs 15/2106

Die Studentenwerke in BW und der doppelte Abiturjahrgang 2012

Zuschüsse des Landes an die Studentenwerke und deren Erträge 2007 bis 2012; Wohnheimplätze und deren Auslastung; Neubau und Sanierung von Studentenwohnheimen; Entwicklung der Mietpreise für studentischen Wohnraum; Angebot von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten; Fassungsvermögen der vorhandenen Mensen; geplante Zuschüsse in den Haushaltsjahren 2013 und 2014

Antr
s. *Studentenwerk*
Drs 15/2109

Situation der Studienanfänger in Heidelberg/Bau von studentischem Wohnraum

Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang; Errichtung von Studentenwohnheimen auf den durch die Konversion frei werdenden US-Militärflächen, Unterstützung des Studentenwerks

KlAnfr
s. *Student*
Drs 15/2421

Wohnsituation für Studierende

Bedarf und Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen von privat und den Studentenwerken an den einzelnen Hochschulstandorten, insbes auch wegen dem doppelten Abiturjahrgang; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation; Auswirkungen der Anforderungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Anträgen auf geförderten Neubau von Mietwohnungen

Antr
s. *Student*
Drs 15/2553

Unterbringung im Einzel- und Doppelzimmer in Wohnheimen bei Behindertenwerkstätten

Anzahl der bestehenden Einzel- und Doppelzimmer; bisherige Regelungen des Landesheimgesetzes und Bezuschussungspraxis; geplante Änderungen bei der Neufassung des Landesheimgesetzes hinsichtlich der Ausstattung der Wohnheime mit Einzel- und Doppelzimmern; Übergangsfristen; Förderprogramm zur Umgestaltung und Erweiterung bestehender Einrichtungen und zum Bau neuer Wohnheime

Antr
s. *Unterbringung*

Drs 15/2823

Internationalisierung der Studierenden an den baden-württembergischen Hochschulen

Statistik zu ausländischen Studierenden in BW, insbes zu Herkunftsländern (aufgeschlüsselt nach Hochschularten), Studiengängen und Verbleib in der Region nach Studienende; Statistik zum Angebot englischsprachiger Lehrveranstaltungen und Studiengänge; Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Finanzmittel zur Anwerbung von ausländischen Studierenden, insbes Angebot an Betreuungspersonal und Wohnheimplätzen sowie Schaffung einer Willkommenskultur; Strategien der Hochschulen, der Wirtschaft und des Landes zum Verbleib von qualifizierten ausländischen Absolventen in BW

Antr

s. *Ausländischer Student*

Drs 15/3416

Die Wohnraumsituation für Studierende am Hochschulstandort Göppingen

Daten zur gegenwärtigen Wohnraumsituation für Studierende der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen und Zahlen für vergleichbare Hochschulstandorte; Planungen von Studentenwerk und betroffenen Kommunen zum Ausbau der Wohnheimkapazitäten für Göppinger Studenten sowie Anforderungen für eine Unterstützung durch das Land

KlAnfr

s. *Wohnungsversorgung*

Drs 15/3442

Auswirkungen der Auflösung von Komplexeinrichtungen auf den ländlichen Raum

Inanspruchnahme stationärer, teilstationärer und ambulanten Versorgungs- bzw Unterstützungsangebote durch Menschen mit Behinderungen; Nachfrage nach stationären Versorgungsangeboten vonseiten schwerst- und mehrfachbehinderter Menschen; Folgen der Verwaltungsstrukturreform 2005 auf die Versorgung von Menschen mit Behinderungen; Auswirkungen einer Dezentralisierung der Komplexeinrichtungen insbes im ländlichen Raum; Alternativen zur bisherigen Rundumversorgung

KlAnfr

s. *Behinderteneinrichtung*

Drs 15/5070

Sanierung und Nutzung der Klosteranlage Wiblingen

Erhaltungszustand und Nutzung der Klosteranlage in Wiblingen, insbes Sanierungsbedarf und -planung, Verwendung freiwerdender Räume als Studentenwohnheim

KlAnfr

s. *Kloster*

Drs 15/5091

Unterkunftskosten von Berufsschülern

Umsetzung der Empfehlung der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft - berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ zur Drittelbeteiligung des Landes an den Kosten der Unterbringung zur Beschulung an Landes-, Landesbezirks- und Bezirksfachklassen; Änderungen der Wohnheimfinanzierung, insbes Übernahme der „bayerischen Lösung“

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 01.08.2014 und Stellungnahme KM Drs 15/5584

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/6123 S. 4 5

PIPr 15/115 11.12.2014 S. 6982

Wohnsituation für Studierende in BW im Wintersemester 2014/2015

Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Studentenwohnheimen an den einzelnen Hochschulstandorten; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumsituation für Studenten; Auslastung der Wohnangebote für Studierende mit Kindern; Entwicklung und Ausschöpfung der Fördermittel für Studentenwohnheimen

Antr

s. *Student*

Drs 15/6106

Status Quo und Perspektiven der Außenstelle Göppingen der Hochschule Esslingen (Fakultät Mechatronik und Elektrotechnik)

Entwicklung der Studierenden- und Beschäftigtenzahlen der Außenstelle Göppingen; Finanzierung zusätzlicher Studienplätze durch die Programme „Hochschule 2012“ und „Master 2016“; Sanierung der Hochschulgebäude; Forschungsprojekte der Außenstelle Göppingen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen; Einfluss der regionalen Wirtschaft bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte; Versorgung mit Studierendenwohnheimplätzen

KlAnfr

s. *Hochschule Esslingen*

Drs 15/6421

Nicht noch mehr auswärtige Lehrlingsunterbringung - aber eine besser geförderte!

Sachstand zur auswärtigen Unterbringung von Auszubildenden im Blockschulunterricht, insbes Entwicklung und Trägerschaft der Unterbringungskosten, Prozesssituation nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart zu erhöhter Kostentragung durch das Land; Erhöhung der Landesmittel für die Unterbringung von Schülern im Blockunterricht

Antr

s. *Auszubildender*

Drs 15/7221

Wohnimmobilien*Sozialer Kahlschlag nach dem Verkauf der LBBW-Wohnungen?*

Umsetzung der Restrukturierungsaufgaben der EU-Kommission im Beihilfeverfahren ohne Beteiligung des Parlaments; Mitwirkung an der Restrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg aufgrund der Eigentümerstellung des Landes; Rechtscharakter und Verbindlichkeit der beim Verkauf der Wohnungen an die Patrizia Immobilien AG zum Schutz der Mieter ausgehandelten Sozialcharta; Wirksamkeit der Sozialcharta gegenüber den vom jetzigen Eigentümer geplanten Mieterhöhungen; Unterstützung der Mieter der ehemaligen LBBW-Wohnungen; Auskunft über die Finanzierung des Wohnungskaufs durch die Patrizia Immobilien AG

Antr

s. *Wohnungswirtschaft*

Drs 15/3932

*Esslingen**Landeseigene Grundstücke im Landkreis Esslingen*

Gegenwärtige Nutzung der Grundstücke; Eignung der Grundstücke für eine Wohnbebauung; Verkauf landeseigener Grundstücke

KlAnfr

s. Landeseigene Liegenschaft

Drs 15/3940

LBBW, Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Gründe für die Träger der Landesbank Baden-Württemberg zur Erhöhung des Stammkapitals der LBBW bzw zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital und Einflussnahme der LReg; Existenz eines sachlichen Zusammenhangs zwischen dem Scheitern der Landeshauptstadt Stuttgart im Bieterverfahren um die LBBW Wohnungen und dem Vollzug des Plans zur Umwandlung der stillen Einlagen in Kernkapital

Antr

s. Landesbank Baden-Württemberg

Drs 15/3960

Verwirrspiel bei der Sozialcharta beim Verkauf der LBBW-Wohnungen durch den Finanz- und Wirtschaftsminister

Zustandekommen, Rechtsgültigkeit und Umsetzung der Sozialcharta durch die Firma Patrizia Immobilien AG als Käuferin der 21.500 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg, insbes Gewährleistung des Mieterschutzes

Antr

s. Mieterschutz

Drs 15/3961

Einrichtung eines Sozialchartafonds für die Mieter der LBBW-Wohnungen aus der Vergleichssumme von J.P.M.

Finanzmittel aus dem Vergleich mit der US-Investmentbank JP Morgan Chase; Stillschweigen der LBBW über eine Vergleichszahlung; Urteil des Stuttgarter Landgerichts im Streit um eine Mieterhöhung für eine vormalige LBBW-Wohnung durch die heutige Eigentümerin; Unwirksamkeit der Sozialcharta; Einhaltung des zugesagten Mieterschutzes; Nutzung der Vergleichssumme für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung ehemaliger LBBW-Mieter in Härtefällen

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 26.11.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/4382

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 11 12

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Sozialcharta und Ombudsmann

Mietbedingungen für die Mieter der 21.500 von der Landesbank BW (LBBW) an die Patrizia Immobilien AG verkauften Wohnungen, insbes Einhaltung der Mieterhöhungsgrenze in der Sozialcharta; Einsetzung eines Ombudsmanns für die Mieter für alle Fragen zur Sozialcharta

Antr

s. Mieterschutz

Drs 15/4702

Wertminderung bei Immobilien infolge von Windkraftanlagen

Minderung des Verkehrswerts von Wohnimmobilien und anderer Immobilien durch den Bau von Windenergieanlagen in einem Abstand von unter 2.000 Metern; Auswirkungen auf die erzielbare Miethöhe, auf die Abschlagshöhe bei Veräußerungen und auf den Beleihungswert; Folgen der Wertminderung für die private Altersvorsorge betroffener Wohneigentümer; Folgen für die Investitions- und Sanierungsbereitschaft; Anpassung des Einheitswerts betroffener Wohngrundstücke; Einführung von Ländereffnungsklauseln im Baugesetzbuch (BauGB)

KlAnfr

s. Verkehrswert

Drs 15/4755

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr

s. Asylbewerber

Drs 15/4921

Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des erneuten Verkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien

Sachstand zur Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des Weiterverkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien durch die Patrizia Immobilien AG an die Deutsche Annington Immobilien, insbes Wohnungsverkäufe vor dem Weiterverkauf, Weiterverkaufspreis des übrigen Wohnungsbestandes, Mieterhöhungen bzw Beendigung von Mietverhältnissen durch die Patrizia Immobilien AG, Rechtssicherheit und Bestand der vorliegenden Sozialcharta sowie der Mieterschutzvorschriften nach dem Weiterverkauf, Maßnahmen der LReg zum Schutz der betroffenen Mieter, öffentlich geförderte Wohnungsneubauten an den Standorten der ehemaligen LBBW-Immobilien

Antr

s. Mieterschutz

Drs 15/7144

Wohnmobil*Parkplätze für Reisemobile an Bundesautobahnen*

Schaffung von Parkmöglichkeiten für Wohnmobile auf Autobahnrastplätzen; Nutzung der mit dem Zusatzzeichen 1048-10 (nur Personenkraftwagen) versehenen Parkplätze durch Reisemobile

KlAnfr

s. Parkraum

Drs 15/3120

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr

s. Camping

Drs 15/4073

Wohnraumbedarf*s. Wohnungsbedarf***Wohnraumförderung***s. Wohnungsbau***Wohnraumknappheit***s. Wohnungsbedarf*

Wohnraummangel

s. *Wohnungsbedarf*

Wohnraummietvertrag

s. *Mietvertrag*

Wohnraumversorgung

s. *Wohnungsversorgung*

Wohnsitz

s.a. *Meldewesen*

s.a. *Zweitwohnungsteuer*

Wohnorte der rechtskräftig Verurteilten im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“

Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten u.a. rechtswidrigen Handlungen seit 2010, Wohnsitze der Verurteilten bzw Angabe des Bundeslandes bei Wohnsitzen außerhalb von BW

Antr Dr. Ulrich Goll u.a. FDP/DVP 19.07.2011 und Stellungnahme JM Drs 15/304

Gesetz zur Bestimmung der nach § 78 Abs 7 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörden

Ermächtigung der Ortspolizeibehörden zur Durchführung von Änderungen der Wohnanschrift auf dem elektronischen Aufenthaltstitel (eAT) neben den Ausländerbehörden

GesEntw
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 15/698

Bürokratieabbau bei der Kfz-Ummeldung ohne Halterwechsel

Möglichkeiten zur Vereinfachung der o.g. Ummeldung auf der Zulassungsstelle beim Umzug innerhalb eines Landkreises sowie in einen anderen Landkreis, z.B. durch verstärktes E-Government, durch Abwicklung von der Meldebehörde oder Beibehaltung des bisherigen Kennzeichens

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 15/1056

Auswirkungen der Zweitwohnungsteuer in Universitätsstädten auf Bevölkerungsentwicklung und Finanzausgleich in ländlichen Kommunen

Entwicklung des Aufkommens aus der Zweitwohnungsteuer in den einzelnen Universitätsstädten; Verlegung des Hauptwohnsitzes von Studenten an den Studienort, um der Zweitwohnungsteuer zu entgehen; Höhe der dadurch den Gemeinden im ländlichen Raum entstandenen Einnahmeverluste iRd kommunalen Finanzausgleichs; Frage nach einem Verlustausgleich

KlAnfr
s. *Zweitwohnungsteuer*
Drs 15/1158

Schülertourismus an der baden-württembergisch/bayerischen Landesgrenze

Umgang mit dem gewünschten Übergang von Schülern auf weiterführende Schulen nach Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung in BW, Bedeutung des jeweiligen Wohnsitzes, Frage nach möglichen Anmeldungen an einem Gymnasium auch mit einer Hauptschulempfehlung sowie nach einem Dialog mit den benachbarten Bundesländern

Antr

s. *Schullaufbahnpflicht*
Drs 15/1313

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesblindenhilfe Umsetzung des Beschäftigungsland-Prinzips der EU, Gewährung der Landesblindenhilfe für hier beschäftigte Betroffene; Anwendung des Verfahrensrechts des Ersten und Zehnten Buches Sozialgesetzbuch sowie Eröffnung des Rechtswegs zu den Sozialgerichten

GesEntw
s. *Blinder*
Drs 15/1872

Wohnung

s.a. *Barrierefreiheit*

s.a. *Betreutes Wohnen*

s.a. *Immobilien*

s.a. *Obdachlosigkeit*

s.a. *Unterkunft*

s.a. *Wohneigentum*

s.a. *Wohnheim*

s.a. *Wohnsitz*

s.a. *Wohnungsbau*

s.a. *Wohnungswirtschaft*

Modalitäten beim Verkauf der Tochter LBBW-Immobilien durch die LBBW

Ausgestaltung des Bieterverfahrens bei einer EU-weiten Ausschreibung, Gewährleistung sozialer Rahmenbedingungen zum Schutz der Mieter

MdlAnfr 1) Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 15.06.2011
Drs 15/98
PIPr 15/7 30.06.2011 S. 220

LBBW-Wohnungsverkauf

Stand des o.g. Wohnungsverkaufs; Berücksichtigung des Verkaufsrechts der Kommunen; Stellenwert der sozialen Absicherung von Mitarbeitern und Mietern bei den Verkaufskriterien

KlAnfr Dr. Patrick Rapp CDU 29.09.2011 und Antw MFW
Drs 15/623

Gesetzesgrundlage für Rettungsdienste zum gewaltsamen Öffnen von Wohnräumen bei eingegangenen Notrufen

Zahl von Polizeieinsätzen 2010 zur Ermöglichung des Zutritts von Rettungsdiensten zu verschlossenen Wohnräumen, Bewertung der Zeitdauer zwischen Alarmierung der Rettungsdienste und dem Betreten der Wohnung; Darlegung der geltenden Rechtslage und des Handlungsbedarfs

Antr
s. *Notruf*
Drs 15/801

Künftige Wohnungspolitik

Bisherige und künftige Förderanteile von Eigentumsmaßnahmen und sozialen Mietwohnungen über das Wohnraumförderprogramm, Einschätzung des Bedarfs an Neubauwohnungen in Großräumen und Universitätsstädten sowie von seniorengerechten Wohnungen; Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesse-

rung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Verkauf der LBBW Immobilien GmbH an das Konsortium unter Führung der P.I.AG

Entscheidungsgründe für die Erteilung des Zuschlags an das o.g. Bieterkonsortium, Vergleich mit den Auflagen der EU und den Festlegungen im Koalitionsvertrag, insbes zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wohnungsbestände, zum sozialen Schutz der Mieter und der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen; Frage nach entsprechenden Garantien der Bieter sowie Nachweisung von Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt in BW und einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen des Landes

Antr CDU 20.02.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1304
PIPr 15/34 19.04.2012 S. 1885-1892

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW

Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 06.03.2012 und Stellungnahme MFW Drs 15/1369

Regierungsbefragung

Verkauf von LBBW-Immobilien
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
PIPr 15/30 S. 1599

Sozialcharta: Sozialer Schutz oder Chicago School of Economics?

Beurteilung der Ausgestaltung und Laufzeit der vereinbarten erweiterten Sozialcharta der P.I.AG beim Kauf der Immobilien der LBBW; Klärung der Kontroverse zwischen dem Finanzminister und dem Stuttgarter OB über den Mieterschutz bzw den Umgang und die Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW; Vergleich mit dem Wohnungsverkauf der Stadt Dresden und den Vorgaben des Freistaats Bayern für den Wohnungsverkauf der bayerischen Landesbank; Frage nach dem Schutz der Mieter vor Eigenbedarfs- oder Verwertungskündigung nach 2016

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/1487

Die Situation wohnungsloser Menschen in BW

Entwicklung der o.g. Zahlen gegliedert nach Geschlecht, beruflicher Qualifikation und Altersstruktur seit 2002 sowie der Hilfsangebote der örtlichen Sozialhilfeträger nach §§ 67 ff SGB XII seit Übertragung der Zuständigkeit auf die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform 2005; Verhinderung einer weiteren uneinheitlichen Entwicklung der Versorgungssituation, u.a. Festlegung von Hilfsstandards und Erstellung einer einheitlichen landesweiten Wohnungsnotfallstatistik

Antr
s. *Obdachlosigkeit*
Drs 15/1799

Zuwendungen des Landes für Investitionen in Behinderteneinrichtungen

Zahl der geschaffenen Plätze mit und ohne Zuwendungen des Landes in Wohnstätten, Betreuungsgruppen und Behindertenwerkstätten seit 2007; Gründe für den Ausschluss von privaten Investoren und Anbietern von barrierefreien Mietwohnungen von der Landesförderung; Weiterentwicklung der o.g. Verwaltungsvorschrift, Ermöglichung von Zuwendungen an private Investoren für die genannte Mietslösung für gemeinnützige Betreiber

Antr
s. *Behinderter*
Drs 15/2133

Wohnkonzept der Landesheimbauverordnung

Bewertung der Vorgabe zum ausschließlichen Bau von Einzelzimmern in den Alten- und Pflegeheimen, mögliche Wohnkonzepte für den Bedarf von „echten“ Zweibettzimmern, Beurteilung einer Zusammenführung von nebeneinanderliegenden Einzelzimmern zu „Nutzungseinheiten“

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 15/2201

Wohnsituation für Studierende

Bedarf und Nachfrage an bezahlbaren Wohnungen von privat und den Studentenwerken an den einzelnen Hochschulstandorten, insbes auch wegen dem doppelten Abiturjahrgang; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation; Auswirkungen der Anforderungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Anträgen auf geförderten Neubau von Mietwohnungen

Antr
s. *Student*
Drs 15/2553

Kontrolle überbelegter Wohnungen

Kontrolle und rechtliche Regelungen gegen mutmaßlich überbelegte Wohnungen durch erzwungene Mietverhältnisse mit Koppelung von Arbeits- und Mietverträgen bei Arbeitsmigranten

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 17.07.2013 und Stellungnahme IM Drs 15/3829
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.10.2013 Drs 15/4324 S. 32-34
PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5099

Sozialer Kahlschlag nach dem Verkauf der LBBW-Wohnungen?

Umsetzung der Restrukturierungsaufgaben der EU-Kommission im Beihilfeverfahren ohne Beteiligung des Parlaments; Mitwirkung an der Restrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg aufgrund der Eigentümerstellung des Landes; Rechtscharakter und Verbindlichkeit der beim Verkauf der Wohnungen an die Patrizia Immobilien AG zum Schutz der Mieter ausgehandelten Sozialcharta; Wirksamkeit der Sozialcharta gegenüber den vom jetzigen Eigentümer geplanten Mieterhöhungen; Unterstützung der Mieter der ehemaligen LBBW-Wohnungen; Auskunft über die Finanzierung des Wohnungskaufs durch die Patrizia Immobilien AG

Antr
s. *Wohnungswirtschaft*
Drs 15/3932

Wer trägt die Kosten für die durch Rauchwarnmelder verursachten Fehl- bzw Täuschungsalarme?

Funktion der Rauchwarnmelder als Brandmeldeanlage; Kostenersatz bei Fehlalarm

KlAnfr
s. Rauchmelder
Drs 15/5342

Wohnsituation für Studierende in BW im Wintersemester 2014/2015

Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in Studentenwohnheimen an den einzelnen Hochschulstandorten; Wartezeiten für Plätze in den Wohnheimen; kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnraumsituation für Studenten; Auslastung der Wohnangebote für Studierende mit Kindern; Entwicklung und Ausschöpfung der Fördermittel für Studentenwohnungen

Antr
s. Student
Drs 15/6106

Wohnberatungsstellen

Sachstand zur Arbeit von Wohnberatungsstellen für ältere und behinderte Menschen, insbes Angebot, Trägerschaft und Beratungsgebühr

KlAnfr Werner Raab CDU 23.04.2015 und Antw SM Drs 15/6784

Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den großen Städten, Konzentration der Wohnungsbauförderung auf diese Bedarfslagen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 51 66 67

Wohnungsbau

s.a. Baufinanzierung

s.a. Bausanierung

s.a. Städtebau

Wohnungspolitik 2012 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg MFW 27.10.2011 Drs 15/792
PIPr 15/17 09.11.2011 S. 709
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.11.2011 Drs 15/884
PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Künftige Wohnungspolitik

Bisherige und künftige Förderanteile von Eigentumsmaßnahmen und sozialen Mietwohnungen über das Wohnraumförderprogramm, Einschätzung des Bedarfs an Neubauwohnungen in Großräumen und Universitätsstädten sowie von seniorengerechten Wohnungen; Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr Manfred Groh u.a. CDU 08.12.2011 und Stellungnahme MFW Drs 15/988
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 22.03.2012 Drs 15/1646 S. 9
PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2123 2124

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen

Artikel 1 Landesgesetz zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartierstrukturen (Landeswohnraumförderungsgesetz - LWoFG)

Mittlg LReg 17.10.2012 Drs 15/2492 (134 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 29.11.2012 Drs 15/2607 II. S. 3
PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316

Wohnungsbaupolitik 2013 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg MFW 14.11.2012 Drs 15/2563
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 29.11.2012 Drs 15/2607 II. S. 3
PIPr 15/55 14.12.2012 S. 3286-3316

Die Wohnraumsituation für Studierende am Hochschulstandort Göppingen

Daten zur gegenwärtigen Wohnraumsituation für Studierende der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen und Zahlen für vergleichbare Hochschulstandorte; Planungen von Studentenwerk und betroffenen Kommunen zum Ausbau der Wohnheimkapazitäten für Göppinger Studenten sowie Anforderungen für eine Unterstützung durch das Land

KlAnfr
s. Wohnungsversorgung
Drs 15/3442

Regierungsbefragung

a) Zweckentfremdungsverbotsgesetz (Regierungsentwurf) und
b) VO der LReg zu § 172 Abs 1 BauGB (UmwandlungsVO)

s. Zweckentfremdung von Wohnraum
PIPr 15/74 S. 4472

Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB)

Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden und/oder den Regionalverbänden bei der Festlegung des Wohnbauflächenbedarfs; Basis der neuen Kennziffern; Berücksichtigung der besonderen Situation von Städten oder Gemeinden mit Hochschuleinrichtungen; Auswirkungen auf die Grundstückspreise und Mieten in den Gemeinden; Wechselwirkung zwischen dem Wohnungsbau und der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Antr
s. Bauleitplanung
Drs 15/3909

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt

Auswirkungen der in der am 31. Mai 2013 veröffentlichten Neufassung der Hinweise für die „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 BauGB“ enthaltenen neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die möglichen Flächenausweisungen in einigen aufgeführten Städten und Gemeinden im Stadtkreis Baden-Baden und im südlichen LKreis Rastatt, insbes Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Anhörungen von Gemeindegtag, Städtetag oder den Regionalverbänden im Vorfeld der Neufassung dieser Vorschrift

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4257

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) im Wahlkreis 39 (Weinheim)

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen der Gemeinden im Wahlkreis Weinheim, insbes auf die Möglichkeit der Ausweisung von Flächen über einem Hektar; Spielräume für örtlichen Bedarf; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil; Reaktionen seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4336

Auswirkungen der Fortschreibung der Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise iRd Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Mannheim

Auswirkungen der neuen Werte für die Wohnbauflächenbedarfe auf die Flächenausweisungen in Mannheim; Flächennutzungsplanung des zuständigen Nachbarschaftsverbands Heidelberg-Mannheim; Regelungen in den hessischen und rheinland-pfälzischen Teilen der Metropolregion Rhein-Neckar; Verschärfung der Vorgaben als Nachteil für die Kommunen im baden-württembergischen Teil der Metropolregion; Reaktionen der Kommunen, Regionalverbände, kommunalen Landesverbände sowie der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz seit Bekanntwerden der Änderung; Konsequenzen für den Wohnungsbau in Mannheim

KlAnfr
s. *Bauleitplanung*
Drs 15/4337

Wohnungspolitik 2014 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg MFW 19.12.2013 Drs 15/4562
PIPr 15/88 22.01.2014 S. 5264
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 13.02.2014 Drs 15/4708
PIPr 15/92 26.02.2014 S. 5528 5529

Radstellplätze

Förderung des Radverkehrs durch Stellplätze für Fahrräder; Vorhaben einer verpflichtenden Einrichtung von Radstellplätzen bei Wohnungsneubauten; Ausweisung von Stellmöglichkeiten für Kinderwagen und Rollatoren

KlAnfr
s. *Fahrrad*
Drs 15/4609

Wohnraumförderung 2015/16 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung in BW

Mittlg MFW 31.10.2014 Drs 15/5950 (38 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 27.11.2014 Drs 15/6007 II. S. 5
PIPr 15/116 12.12.2014 S. 7033-7044

Landeswohnraumförderungsprogramm 2015/2016

Sachstand zur Änderung des Landeswohnraumförderungsprogramm 2015/2016 aufgrund des Änderungsantrags (Drucksache 15/6007 Antrag Nr. 8), insbes Veränderung bei Fördersätzen und förderfähigen Wohneinheiten sowie dem Gesamtvolumen des Förderprogramms, Mittelzusammensetzung und -verwendung, Höhe der bereitgestellten Mittel für die verschiedenen Empfängergruppen, Entbürokratisierungsmaßnahmen

Antr Tobias Wald u.a. CDU 02.03.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6568
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.04.2015 Drs 15/6921 S. 15
PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Kostentreiber für den Wohnungsbau

Einflussfaktoren auf die Gestehungskosten und die aktuelle Kostenentwicklung von Wohnraum sowie Maßnahmen zur Begrenzung der Kostentreiber im Wohnungsbau

MdlAnfr 2) Tobias Wald CDU 28.04.2015 Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7770-7772

Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des erneuten Verkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien

Sachstand zur Wohnungsbaupolitik der LReg im Lichte des Weiterverkaufs der ehemaligen LBBW-Immobilien durch die Patrizia Immobilien AG an die Deutsche Annington Immobilien, insbes Wohnungsverkäufe vor dem Weiterverkauf, Weiterverkaufspreis des übrigen Wohnungsbestandes, Mieterhöhungen bzw Beendigung von Mietverhältnissen durch die Patrizia Immobilien AG, Rechtssicherheit und Bestand der vorliegenden Sozialcharta sowie der Mieterschutzvorschriften nach dem Weiterverkauf, Maßnahmen der LReg zum Schutz der betroffenen Mieter, öffentlich geförderte Wohnungsneubauten an den Standorten der ehemaligen LBBW-Immobilien

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/7144

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr
s. *Wohnungsbedarf*
Drs 15/7358

Regierungsbefragung

Wohnungsbaupolitik

PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8737-8742

Freigabe nördliches Konversionsgelände Donaueschingen

Zustimmung zum Verkauf der nördlichen Fläche des Konversionsgeländes der ehemaligen französischen Kaserne an die Stadt Donaueschingen zur Schaffung von Wohnraum

MdlAnfr
s. *Konversion*
Drs 15/8025

Vorläufige Unterbringung von Flüchtlingen durch das Land

Sachstand zur konzeptionellen und planerischen Vorbereitung der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen, insbes bei Wohnungsbau, kalkulierten Pro-Kopf-Kosten, Grundstücksauswahl, Gestaltung von Wohnungen und Siedlungen, Gesamtnutzungszeit der Gebäude durch Flüchtlinge und Anschlussnutzung, vorgesehene Betreuungs- und Integrationsarbeit

KlAnfr

s. *Flüchtlingsunterbringung*

Drs 15/8059

Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den großen Städten, Konzentration der Wohnungsbauförderung auf diese Bedarfslagen

PIPr 15/5 26.05.2011 S. 51 66 67

Bewertung der Grunderwerbsteuererhöhung als Bremse für den Wohnungsbau, Abfederung von Härten für junge Familien über das Wohnungsbauförderungsprogramm

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 700 703 704 706 707

Verwendung eines Teils des Mehraufkommens aus der Grunderwerbsteuererhöhung zur Wohnungsbauförderung

PIPr 15/17 09.11.2011 S. 732

Verwendung eines Teils des Mehraufkommens aus der Grunderwerbsteuererhöhung für die Wohnraumförderung

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 960 962-964 967-969 979

Aufstockung der Mittel für die Wohnraumförderung

PIPr 15/22 14.12.2011 S. 1041 1042

Aufstockung der Mittel für die Wohnraumförderung

PIPr 15/23 21.12.2011 S. 1120 1134

Verwendung eines Teils des Mehraufkommens aus der Grunderwerbsteuererhöhung für die Wohnraumförderung, Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1382 1424 1425 1428 1431 1445 1450

Zurückweisung der Forderung nach Rückführung der Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau

PIPr 15/36 09.05.2012 S. 1931 1935

Wohnungsbaudarlehen

s. *Öffentliches Baudarlehen*

Wohnungsbauförderung*Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum des Landkreises Konstanz*

Statistik und Entwicklung des ländlichen Raums im LK Kreis Konstanz, insbes Förderung von Projekten mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ und „Arbeiten“ iRd Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR) und dadurch entstandene bzw erhaltene Arbeitsplätze

KlAnfr

s. *Ländlicher Raum*

Drs 15/3105

Stand des Ausbaus des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn

Planungsstand beim Ausbau des Schwäbisch Haller Campus der Hochschule Heilbronn inklusive der Förderung studentischer

Wohnungen

MdlAnfr

s. *Hochschulbau*

Drs 15/3315

Wohnraumförderung in BW

Mittel und Programme zur Wohnraumförderung; Anzahl der im Jahr 2013 gestellten Anträge; Bedarf an geförderten Wohnungen in Städten und Gemeinden abseits von Groß- und Universitätsstädten, sonstigen Hochschulstandorten und Gemeinden in Verdichtungsräumen; Höhe der in den Jahren 2011 bis 2013 aus der Grunderwerbsteuer in die Förderung von Wohnraum geflossenen Beträge

KlAnfr Paul Locherer u.a. CDU 24.02.2014 und Antw MFW

Drs 15/4844 (11 S.)

Zahl der vom Land insgesamt geförderten Wohnungen von 2006 bis 2013

Jahresstatistiken zur Wohnungsbauförderung in BW von 2006-2013 iRd Landeswohnraumförderungsprogramms sowie von L-Bank-eigenen Programmen, insbes Wohnungsarten und Höhe der Darlehen bzw Zuschüsse

Antr Johannes Stober u.a. SPD 06.11.2014 und Stellungnahme MFW Drs 15/6092

Landeswohnraumförderungsprogramm 2015/2016

Sachstand zur Änderung des Landeswohnraumförderungsprogramms 2015/2016 aufgrund des Änderungsantrags (Drucksache 15/6007 Antrag Nr. 8), insbes Veränderung bei Fördersätzen und förderfähigen Wohneinheiten sowie dem Gesamtvolumen des Förderprogramms, Mittelzusammensetzung und -verwendung, Höhe der bereitgestellten Mittel für die verschiedenen Empfängergruppen, Entbürokratisierungsmaßnahmen

Antr

s. *Wohnungsbau*

Drs 15/6568

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr

s. *Wohnungsbedarf*

Drs 15/7358

Wohnungsbedarf*Wohnraumnutzung durch Landesbehörden in Karlsruhe*

Umfang der Nutzung von umgewidmetem Wohnraum durch aufzuführende Landesbehörden im Stadtkreis Karlsruhe als Bürofläche; Zusammenführung der betroffenen Landesbehörden außerhalb der Innenstadt zur Entspannung des akuten Wohnraum Mangels

KlAnfr

s. *Zweckentfremdung von Wohnraum*

Drs 15/3487

Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz - ZwEWG)

Erhaltung des Wohnraumangebotes in Gebieten mit besonders gefährdeter Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen; Schaffung des erforderlichen gesetzlichen Rahmens für Maßnahmen der Gemeinden mit Wohnraummangel zum Erhalt des Gesamtwohnraumangebots, insbes Festlegung des Verbots der Zweckentfremdung durch den Erlass eigener Satzungen

GesEntw
s. *Zweckentfremdung von Wohnraum*
Drs 15/4277

Wohnungsnot - die Notwendigkeit einer konzertierten Politik gegen einen gesellschafts- und familienpolitischen Missstand

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5141-5152

Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4638

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4921

Patentrezept für Wohnungsnot: Wohnraum schaffen statt Mietpreisbremse und Bürokratie

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 15/107 08.10.2014 S. 6378-6388

Bezahlbarer Wohnraum für unsere Familien - die Regierungskoalition handelt

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7835-7846

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 08.09.2015 und Stellungnahme MVI Drs 15/7358

Wohnungseigentum

s. *Wohneigentum*

Wohnungsknappheit

s. *Wohnungsbedarf*

Wohnungsleerstand

Asylbewerber und Flüchtlinge im Enzkreis

Anzahl und Herkunft der derzeit in den einzelnen Kommunen untergebrachten Asylbewerber und Flüchtlinge; Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zu den letzten Jahren; Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Gebäude und Wohnungen zur Beherbergung der Flüchtlinge

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4638

Asylbewerber und Flüchtlinge im Wahlkreis Eppingen

Anzahl und Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen; Unterkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge; Nutzung leerstehender Wohnhäuser/Wohnräume zur Verbesserung der Unterbringungskapazitäten

KlAnfr
s. *Asylbewerber*
Drs 15/4921

Verfügbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen

Sachstand zu Verfüg- und Nutzbarkeit kirchlicher Einrichtungen zur Flüchtlingsunterbringung im Kreis Tübingen, insbes aktueller Gebäudeleerstand, Gebäudeangebote der Kirchen

KlAnfr
s. *Flüchtlingsunterbringung*
Drs 15/7448

Wohnungsloser

s. *Obdachlosigkeit*

Wohnungsmangel

s. *Wohnungsbedarf*

Wohnungsmiete

s. *Miete*

Wohnungsnachfrage

s. *Wohnungsbedarf*

Wohnungsnot

s. *Wohnungsbedarf*

Wohnungspolitik

s. *Wohnungsbau*

Wohnungsunternehmen

s. *Wohnungswirtschaft*

Wohnungsversorgung*Die Wohnraumsituation für Studierende am Hochschulstandort Göppingen*

Daten zur gegenwärtigen Wohnraumsituation für Studierende der Hochschule Esslingen am Standort Göppingen und Zahlen für vergleichbare Hochschulstandorte; Planungen von Studentenwerk und betroffenen Kommunen zum Ausbau der Wohnheimkapazitäten für Göppinger Studenten sowie Anforderungen für eine Unterstützung durch das Land

KlAnfr Peter Hofelich SPD 30.04.2013 und Antw MWK Drs 15/3442

Angebote für kinderreiche Familien

Sachstand zu Angeboten und Maßnahmen der LReg für kinderreiche Familien, insbes Kinderbetreuung, angemessener Wohnraum, Freizeitgestaltung, Familieneintrittskarten ohne Begrenzung bei der Anzahl der Kinder, entsprechende ÖPNV-Tarife

Antr
s. *Kinderreiche Familie*
Drs 15/6757

Anpassung von Bauvorschriften zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs

Sachstand zur Wohnraumversorgung vor dem Hintergrund der drastisch ansteigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, insbes Umfang zusätzlich benötigten Wohnraums in BW zur Unterbringung von Zuwanderern und Flüchtlingen, Überlegungen zur Absenkung von Baustandards zur Bewältigung der Herausforderungen des stark steigenden Wohnraumbedarfs, Auflage zusätzlicher Förderprogramme und Maßnahmen im Wohnungsbau

Antr
s. *Wohnungsbedarf*
Drs 15/7358

Wohnungswirtschaft*s.a. Bauwirtschaft**s.a. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben**s.a. Vermieter**Modalitäten beim Verkauf der Tochter LBBW-Immobilien durch die LBBW*

Ausgestaltung des Bieterverfahrens bei einer EU-weiten Ausschreibung, Gewährleistung sozialer Rahmenbedingungen zum Schutz der Mieter

MdlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/98

LBBW-Wohnungsverkauf

Stand des o.g. Wohnungsverkaufs; Berücksichtigung des Vorkaufrechts der Kommunen; Stellenwert der sozialen Absicherung von Mitarbeitern und Mietern bei den Verkaufskriterien

KlAnfr
s. *Wohnung*
Drs 15/623

Künftige Wohnungspolitik

Bisherige und künftige Förderanteile von Eigentumsmaßnahmen und sozialen Mietwohnungen über das Wohnraumförderprogramm, Einschätzung des Bedarfs an Neubauwohnungen in Großräumen und Universitätsstädten sowie von seniorengerech-

ten Wohnungen; Umfang der Energieeinsparung mit dem Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich, Erhöhung der Anforderungen an die energetische Sanierung im Bestand, Eintreten für entsprechende steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten sowie für eine Mietrechtsreform zur Verbesserung der Attraktivität energetischer Sanierungsmaßnahmen für Vermieter und Mieter

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/988

Verkauf der LBBW Immobilien GmbH an das Konsortium unter Führung der P.I.AG

Entscheidungsgründe für die Erteilung des Zuschlags an das o.g. Bieterkonsortium, Vergleich mit den Auflagen der EU und den Festlegungen im Koalitionsvertrag, insbes zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wohnungsbestände, zum sozialen Schutz der Mieter und der Beschäftigten vor betriebsbedingten Kündigungen; Frage nach entsprechenden Garantien der Bieter sowie Nachweisung von Erfahrungen auf dem Wohnungsmarkt in BW und einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen des Landes

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1304

Öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Minister für Finanzen und Wirtschaft und dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart über den Verkauf der Wohnungen der LBBW

Klärung der o.g. Kontroverse über den Mieterschutz bzw des Umgangs und der Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW

Antr
s. *Wohnung*
Drs 15/1369

Sozialcharta: Sozialer Schutz oder Chicago School of Economics?

Beurteilung der Ausgestaltung und Laufzeit der vereinbarten erweiterten Sozialcharta der P.I.AG beim Kauf der Immobilien der LBBW; Klärung der Kontroverse zwischen dem Finanzminister und dem Stuttgarter OB über den Mieterschutz bzw den Umgang und die Kommunikation zwischen maßgeblichen Vertretern von Anteilseignern der LBBW; Vergleich mit dem Wohnungsverkauf der Stadt Dresden und den Vorgaben des Freistaats Bayern für den Wohnungsverkauf der bayerischen Landesbank; Frage nach dem Schutz der Mieter vor Eigenbedarfs- oder Verwertungskündigung nach 2016

Antr
s. *Mieterschutz*
Drs 15/1487

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen

Artikel 1 Landesgesetz zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartierstrukturen (Landeswohnraumförderungsgesetz - LWoFG)

Mittlg LReg
s. *Wohnungsbau*
Drs 15/2492

Sozialer Kahlschlag nach dem Verkauf der LBBW-Wohnungen?

Umsetzung der Restrukturierungsaufgaben der EU-Kommission im Beihilfeverfahren ohne Beteiligung des Parlaments; Mit-

wirkung an der Restrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg aufgrund der Eigentümerstellung des Landes; Rechtscharakter und Verbindlichkeit der beim Verkauf der Wohnungen an die Patrizia Immobilien AG zum Schutz der Mieter ausgehandelten Sozialcharta; Wirksamkeit der Sozialcharta gegenüber den vom jetzigen Eigentümer geplanten Mieterhöhungen; Unterstützung der Mieter der ehemaligen LBBW-Wohnungen; Auskunft über die Finanzierung des Wohnungskaufs durch die Patrizia Immobilien AG

Antr Dr. Reinhard Löffler u.a. CDU 12.08.2013 und Stellungnahme MFW Drs 15/3932

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 16.01.2014 Drs 15/4897 S. 11 12

PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Einrichtung eines Sozialchartafonds für die Mieter der LBBW-Wohnungen aus der Vergleichssumme von J.P.M.

Finanzmittel aus dem Vergleich mit der US-Investmentbank JP Morgan Chase; Stillschweigen der LBBW über eine Vergleichszahlung; Urteil des Stuttgarter Landgerichts im Streit um eine Mieterhöhung für eine vormalige LBBW-Wohnung durch die heutige Eigentümerin; Unwirksamkeit der Sozialcharta; Einhaltung des zugesagten Mieterschutzes; Nutzung der Vergleichssumme für die Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung ehemaliger LBBW-Mieter in Härtefällen

Antr

s. *Wohnimmobilien*

Drs 15/4382

Kreisbaugesellschaften in BW

Rechtsform und Eigentümerstruktur der Wohnungsbaugesellschaften auf Ebene der LKreise; Zweckbindungen der Kreisbaugesellschaften

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 26.11.2015 und Antw MFW Drs 15/7787

Wohnviertel

s. *Wohngebiet*

Wohnwagen

Campingtourismus in BW

Angebot und Nachfrage bei Stellplätzen, Dauerstellplätzen und Zeltplätzen; Übernachtungszahlen, durchschnittliche Verweildauer und Herkunft der Camper; Jahresumsätze seit 2003; Gütesiegel; Campingtourismus im bundesweiten Vergleich; Fördermaßnahmen; Berücksichtigung von Wohnmobilen in der Campingplatzverordnung; Anpassung der Campingplatzverordnung von 1984; Stellplätze für Wohnmobile und Caravane

KlAnfr

s. *Camping*

Drs 15/4073

Wolf

Willkommen Wolf - Baden-Württemberg als Wolfserwartungsland

Auftreten und Schäden von Wölfen in Deutschland; Maßnahmen zur Vorbereitung auf ein eventuelles Vorkommen von Wölfen in BW

Antr Dr. Markus Rösler u.a. GRÜNE 13.02.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/4767

BeschlEmpf und Bericht LandWA 16.07.2014 Drs 15/5989

S. 31

PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Wolfssichtungen in BW

Meldungen über die Sichtung wild lebender Wölfe bei den unteren Naturschutzbehörden oder anderen Stellen in den vergangenen zehn Jahren; Häufigkeit der Meldungen; Verifizierung des Sachverhalts

KlAnfr Andreas Glück u.a. FDP/DVP 02.12.2015 und Antw MLR Drs 15/7821

Wolf, Guido MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 15/13 28.09.2011 S. 486

Wahl des Abgeordneten Guido Wolf zum Präsidenten des 15. Landtags von BW am 26.10.2011

s. *Landtagspräsident*

PIPr 15/16 S. 674

Wolle

s.a. *Schafhaltung*

Förderung und Wirtschaftlichkeit der Schafhaltung in BW

Anzahl und Größe der Schafe haltenden Betriebe; Entwicklung der Erzeugerpreise und der Nachfrage nach Lammfleisch; Vermarktung der Wolle; Nachwuchs an ausgebildeten Schäfern; Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Schafhaltung durch Förderprogramme sowie die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und Südschwarzwald; Anteil der staatlichen Fördergelder am Einkommen von Schäferbetrieben im Verhältnis zu den Markterlösen aus Schafprodukten

Antr

s. *Schafhaltung*

Drs 15/6423

Wolpertshausen

Sanierung der Landesstraße L 1042 Ilshofen

Planungsstand, Kosten und Baubeginn der o.g. Maßnahme zwischen Ilshofen und Hörlebach; Beurteilung des Zustands der Straße und der Verkehrssicherheit, insbes im Hinblick auf die Häufung von Verkehrsunfällen

KlAnfr

s. *Landesstraße 1042*

Drs 15/1463

World Trade Organisation

s. *Welthandelsorganisation*

WTO

s. *Welthandelsorganisation*

WTPG

s. *Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz*

Württemberg

Sanktionierung eingeschränkter Leistungen im Schienenpersonennahverkehr

Zugausfälle oder verkürzte Züge im Bereich des regionalen Schienenverkehrs in Württemberg seit der Inbetriebnahme der Fahrzeug-Instandhaltungs-, Behandlungs- und Abstellanlage (Fiba) in Ulm und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Deutschen Bahn Regio auf Basis des laufenden Großen Verkehrsvertrags

Antr

s. *Schienenpersonennahverkehr*

Drs 15/4848

Württembergische Landesbibliothek

Erweiterung der Württembergischen Landesbibliothek Stuttgart
Baulicher Zustand und räumliche Kapazitäten; Kosten- und Zeitrahmen einer Sanierung der vorhandenen Räumlichkeiten; Kosten und räumliche Kapazitäten des geplanten Erweiterungsgebäudes; sein zu erwartender Nutzen wie z.B. eine Optimierung des Betriebsablaufs oder der Wegfall von Mietkosten für Außenstellen; Gründe für die Verschiebung der Baumaßnahme, voraussichtlicher Baubeginn und Fertigstellungstermin; Maßnahmen zur Behebung der drängendsten Probleme

Antr

s. *Bibliothek*

Drs 15/2634

Württembergische Philharmonie Reutlingen

s. *Orchester*

Württembergische Staatstheater

s. *Theater*

Württembergischer Notarverein

Rücktritt des Vorstands des Württembergischen Notarvereins aus Protest gegen die LReg

Konsequenzen aus dem Rücktritt des Vorstandes des Württembergischen Notarvereins; sozial verträgliche Umsetzung der Reform des Notariats- und Grundbuchwesens

MdlAnfr

s. *Notar*

Drs 15/6090

Wurmberg

Begutachtung von Ortsdurchfahrten im Enzkreis durch die oberste Straßenverkehrsbehörde

Auffüstung der o.g. Vor-Ort-Termine; Zeitpunkt einer Begutachtung der Ortsdurchfahrten der L 1134 und der L 1125 in Wiernsheim-Pinache sowie der L 1135 und der L 1175 in Wurmberg; Eintreten für den Bau einer Ortsumgehung in Wurmberg

KlAnfr

s. *Ortsdurchfahrt*

Drs 15/1645

Finanzielle Bezuschussung von Straßenbauvorhaben im Enzkreis

Förderung des Straßenbaus im Enzkreis, insbes des Baus einer Ortsumgehung Wurmberg, in den Jahren 2015 und 2016

KlAnfr

s. *Straßenbaufinanzierung*

Drs 15/5321

Belastung durch zunehmenden Schwerlastverkehr im Enzkreis

Entwicklung des Schwerlastverkehrs im Enzkreis und insbes in der Gemeinde Wurmberg seit dem Jahr 2000; Maßnahmen zur Verringerung der Lärm- und Verkehrsbelastung in Wurmberg; Bau einer Ortsumfahrung und Einrichtung eines Durchfahrtsverbots für den Schwerlastverkehr; Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung in der Ortsdurchfahrt

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 15/5983

Umgehungsstraßen im Enzkreis

Sachstand zu Neubauten von Umgehungsstraßen im Enzkreis zur Entlastung von Ortsdurchfahrten im Landesstraßenprogramm, insbes Chancen einer Umgehungsstraße in Wurmberg

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 15/6978

Wutachtalbahn

Zukunft des Tourismusmagneten Sauschwänzlebahn

Ziel der Überwachung der Mopsfledermäuse in den Tunnel der Museumsbahn Sauschwänzlebahn und mögliche Maßnahmen zur Vereinbarkeit des Betriebs der Museumsbahn mit den Bedürfnissen der Mopsfledermäuse

KlAnfr

s. *Fledermaus*

Drs 15/4864

Wwoofen

s. *Urlaub*

Wyhl

Eschensterben und Poldererschließung am Rhein

Auswirkungen des Eschensterbens auf die Poldererschließung am Rhein iRD Integrierten Rheinprogramms, insbes in Wyhl und Weisweil; geplante Ersatzbepflanzungen

KlAnfr

s. *Baum*

Drs 15/5685

Zabergäubahn

Stadtbahn im Zabergäu

Bedeutung der Zabergäubahn für den Ausbau des SPNV, Fortschreibung der Kosten-Nutzen-Bewertung von 2003; Höhe und mögliche Aufteilung der Investitionskosten zwischen Bund, Land und Kommunen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 12.08.2011 und Antw MVI Drs 15/420

Stadtbahn Heilbronn Süd (Zabergäubahn)

Reaktivierung der Zabergäubahn; Durchführung einer standardisierten Bewertung; Investitionskosten und Finanzierung; Einbindung der Zabergäubahn in das bestehende öffentliche Verkehrsnetz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/6509

Neue Chancen für die Reaktivierung der Zabergäubahn?
Sachstand zur Reaktivierung der Zabergäubahn unter Verwendung von Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Mitteln und zusätzlichen Regionalisierungsmitteln
KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 12.10.2015 und Antw MVI Drs 15/7544

Zahlungsdiensterichtlinie

EU-Zahlungsdiensterichtlinie II (Payments Services Directive II, PSD II)
Sachstand und Bewertung der Überarbeitung der Zahlungsdiensterichtlinie der Europäischen Union, insbes Auswirkungen auf die Sicherheit des Zahlungsverkehrs, Gefahren im Bereich der Internetkriminalität, Haftungsregelung
Antr Karl Rombach u.a. CDU 20.03.2015 und Stellungnahme MFW Drs 15/6642 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht EuA 11.06.2015 Drs 15/7081 S. 61 62
PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Zahlungsunfähigkeit

s. *Insolvenz*

Zahlungsverkehr

Ergänzende Informationen zu Spielbanken in BW
Automateneinsatz- und Aufstellung sowie kartengestützte Bargeldauszahlung in den Spielbanken Baden-Württembergs
KlAnfr
s. *Spielbank*
Drs 15/5148

Zahlungsverzug

Zahlungen Stuttgart 21 an die Deutsche Bahn AG
Ausgestaltung der o.g. Zahlungsvereinbarungen, Gründe für die Verweigerung und spätere Leistung der Zahlungen, Information der Projektpartner, Umgang mit Zinsgewinnen? Rechtliche Bewertung der verweigerten Weiterreichung der Zahlungen der Stadt Stuttgart und der Region Stuttgart; fristgerechte Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Verträgen zu Stuttgart 21
Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 15/569

Rechtliche Bewertung der Zurückhaltung von vertragsgemäßen Zahlungen für Stuttgart 21 an die Bahn
PIPr 15/12 16.09.2011 S. 457 478

Zahnärztliche Behandlung

Änderung der Beihilfeverordnung BW durch Artikel 9 des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 und Auswirkungen
Begründung, Zahlen und Härtefallklauseln zur Absenkung der Einkommensgrenze bei Ehegatten hinsichtlich der Beihilfeberechtigung; Kriterien für die Einschränkung der Beihilfefähigkeit zahnärztlicher Behandlungen; Entstehung von Mehrkosten

bzw Einkommensminderungen bei den Betroffenen; Vereinbarkeit mit der Familienfreundlichkeit; Auswirkungen auf die Heilfürsorgeberechtigten mit (ruhenden) Krankenversicherungsanswartschaften; fachliche Einbeziehung von Vertretern der privaten Krankenkassen; Nichtübertragung der Abschaffung der Praxisgebühr auf die Beihilfe und Erhöhung der Kostendämpfungspauschale
Antr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 15/2836

Zahnarzt

Hygieneanforderungen in Zahnarztpraxen
Stand der Einhaltung und Umsetzung der gesetzlichen Hygienevorschriften in den Zahnarztpraxen in BW; Notwendigkeit von Hygiene-Fortbildungskursen für zahnmedizinische Fachangestellte; Abbau der zunehmenden Belastungen der Zahnarztpraxen durch steigende Hygieneanforderungen und bürokratische Reglementierungen; Umgang mit Medizinprodukten in den Zahnarztpraxen
Antr Jochen Haußmann u.a. FDP/DVP 29.04.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/5127
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.09.2014 Drs 15/5989 S. 22 23
PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Zappelphilippssyndrom

s. *Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung*

ZASt

s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*

Zaun

Bericht der LReg zu einem Beschluss des Ltg; hier: Petition 14/4525 betr. Einzäunung eines Grundstücks
Mittlg LReg
s. *Petition*
Drs 15/14

ZDF

s. *Fernsehen*

Zecke

s.a. *Infektionskrankheit*

Meldepflicht für Borreliose jetzt - weiteres Zuwarten ist unnötig
Entwicklung der Erkrankungen mit FSME und Borreliose in den letzten zehn Jahren; Fortführung der Forschungsvorhaben zur biologischen Zeckenbekämpfung; Einführung einer Meldepflicht
Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 15/1417

Zukunft des Projekts „Ökologie von Zecken als Überträger von Krankheitserregern in BW“

Bewertung des Forschungsprojekts „Ökologie von Zecken als Überträger von Krankheitserregern in BW“ und Gründe für die

Ablehnung des Aufstockungsantrags zur Fortführung des Projekts

Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 17.02.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4787

BeschlEmpf und Bericht WissA 22.01.2015 Drs 15/6496 S. 13

PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Zehntes Buch Sozialgesetzbuch

s. *Sozialgesetzbuch X*

Zeichensprache

s. *Gebärdensprache*

Zeitarbeit

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Zeitkarte

s.a. *Ausbildungsverkehr*

Entwicklung des Mobilitätsverhaltens in BW

Trends des Mobilitätsverhaltens seit 1995; Besitz des Führerscheins, Pkw-Anzahl pro Haushalt; Verkehrsmittelwahl in den Ballungsgebieten und auf dem Land; Fahrgastzahlen der Verkehrsverbünde; verkaufte Zeitkarten; Wachstumspotenzial des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den einzelnen Verkehrsverbänden; Ausbau des ÖPNV zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum; Verkehrsverbundgrenzen als Hindernis für eine verbundübergreifende Nutzung des ÖPNV

Antr

s. *Mobilität*

Drs 15/4576

Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Rahmenbedingungen der Landesförderung des Modellprojekts einer drastischen Preisreduzierung der Firmentickets im Verkehrsverbund Naldo in Tübingen, insbes Gesamtkosten, Finanzierung, Vergabe der wissenschaftlichen Begleitforschung und Planung weiterer Modellprojekte

Antr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/4758

Gestaltung des Nahverkehrs

Sachstand zu den Geltungsbereichen der baden-württembergischen Nahverkehrsverbünde einschließlich der Anschlussbahnhöfe sowie den Geltungsbereichen der Verbundzeitkarten

KlAnfr

s. *Öffentlicher Personennahverkehr*

Drs 15/7335

JobTicket BW

Sachstand zur vereinzelt Teuerung des geplanten JobTickets BW gegenüber dem regulären Jahresticket, insbes in einigen Fällen bei Pendlern aus dem Großraum Heidelberg

MdlAnfr

s. *Jobticket*

Drs 15/7650

Zeitschrift

Ehrenamt

Stellenwert der ehrenamtlichen Tätigkeit in BW; im „sozialen Ehrenamt“ tätige Vereine, Verbände und Organisationen und ihre Förderung durch das Land; Arbeit des Landesseniorenrats für das Ehrenamt; Gewinnung von Senioren für die ehrenamtliche Betätigung; Information der Bürger über die vorhandenen Möglichkeiten und Projekte; finanzielle Förderung der vom Landesseniorenrat herausgegebenen Zeitschrift „im blick“

KlAnfr

s. *Ehrenamt*

Drs 15/3854

Nachhaltige Zeitschriftenversorgung baden-württembergischer Universitäts- und Hochschulbibliotheken

Ausgaben der Universitäts- und Hochschulbibliotheken für Zeitschriften; Kostenentwicklung seit 2005; Veränderungen bei der Zahl der abonnierten Zeitschriftentitel und ihre Bewertung; Maßnahmen und Programme zur Stärkung der Universitäts- und Hochschulbibliotheken; freier Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen (Open Access); Auswirkungen der Insolvenz des Informationsdienstleisters Swets

Antr

s. *Hochschulbibliothek*

Drs 15/6117

Zeitung

s. *Presse*

Zelle (Haftraum)

s. *Haftraum*

ZENDAS

s. *Zentrale Datenschutzstelle der baden-württembergischen Universitäten*

Zensus 2011

s. *Statistik*

Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber

s. *Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg*

Zentrale Bußgeldstelle

s. *Straßenverkehrsbehörde*

Zentrale Datenschutzstelle der baden-württembergischen Universitäten

Denkschrift 2015 zur Haushaltsrechnung 2013 (vgl. Drs 15/7000); hier: Beitrag Nr. 21 - Zentrale Datenschutzstelle der Hochschulen (Kap 1418)

Mittlg RH 20.07.2015 Drs 15/7021

BeschlEmpf und Bericht FinWiA 09.10.2015 Drs 15/7521

PIPr 15/150 18.02.2016 S. 9053-9064

Zentrales Register

s. *Zentralregister*

Zentralinstitut für seelische Gesundheit

Zentralinstitut für Seelische Gesundheit - Leuchtturm der Hochschulmedizin

Rang des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim (ZI) auf dem Gebiet der Psychiatrie; Kapazität und Auslastung des ZI in der Krankenversorgung sowie in der Forschung und Lehre; Leistungsfähigkeit des ZI als Einrichtung der Hochschulmedizin im Vergleich zu den medizinischen Fakultäten; Finanzierung und finanzielle Ausstattung; Bedeutung des Bauprojekts Zentrum für Innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung (ZIPP); Erhöhung des Landeszuschusses

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.09.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/5734

BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 27

PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Zentralregister

Einführung einer obligatorischen Notfallkarte

Aspekte der Einführung einer obligatorischen Notfallkarte für Patienten, insbes Mitführungspflicht, inhaltlich notwendige Angaben, mögliche datenschutzrechtliche Bedenken, Einrichtung eines nationalen Notfallkartenregisters

KIAnfr

s. *Notfallmedizin*

Drs 15/3587

Zentralstelle

s.a. Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Struktur der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Personelle Ausstattung, Aufgaben und Dotierung der Stellen der o.g. Organisationseinheit; externe Betätigung von Mitarbeitern in einem privaten Verkehrsplanungsbüro oder als Gesellschafter in Unternehmen? Frage nach einer Genehmigung als Nebentätigkeit und möglichen Interessenkonflikten in Fällen der Vergabe von Aufträgen an private Planungsbüros

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 01.07.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/192

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 21.09.2011 Drs 15/747 S. 24 25

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 838

Stellenbesetzung im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Anzahl der neu besetzten Stellen im Ministerbüro, der Zentralstelle, der Verwaltungsabteilung und den Fachabteilungen des o.g. Ministeriums seit der Regierungsübernahme; Stellenprofile, Qualifikationen und laufbahnrechtliche Voraussetzungen der Stelleninhaber; Stellenausschreibung, Auswahlverfahren, Beförderungen; Beteiligung der Beauftragten für Chancengleichheit und des Personalrats bei der Stellenbesetzung

Antr

s. *Stellenplan*

Drs 15/505

Betätigung des Leiters der Zentralstelle im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Datum der Arbeitsaufnahme, Arbeitsumfang (Vollzeit oder Teilzeit); Änderungen des Arbeitsumfangs und des Arbeitsverhält-

nisses seit Beginn der Arbeitsaufnahme; Strukturierung des Arbeitsgebiets

Antr Nicole Razavi u.a. CDU 16.09.2011 und Stellungnahme MVI Drs 15/506

BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 19.10.2011 Drs 15/907 S. 68 69

PIPr 15/21 08.12.2011 S. 1038

Schaffung eines Referats 97 „Strategie und Planung“ im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Begründung für die Schaffung des neuen Referats; Herkunft, Zahl und Bewertung der zugewiesenen und bisher unbesetzten Stellen; Frage nach weiteren unbesetzten Stellen des höheren und gehobenen Dienstes sowie nach Überlegungen zur organisatorischen Zuordnung des Referats; Beurteilung von möglichen Doppelstrukturen durch die Übernahme von Aufgaben der Zentralstelle u.a. Abteilungen

Antr

s. *Minister für Finanzen und Wirtschaft*

Drs 15/1775

Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zweiten Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

Mittlg LReg 29.06.2011 Drs 15/163

PIPr 15/7 30.06.2011 S. 193

BeschlEmpf und Bericht SozA 07.07.2011 Drs 15/204

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Schnittstellenvereinbarung zwischen der ZLS und der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

GesEntw

s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Drs 15/1465

Gesetz zu dem Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten

GesEntw LReg 26.06.2012 Drs 15/1957 (13 S.)

1. Beratung PIPr 15/44 19.07.2012 S. 2464 2465

BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2012 Drs 15/2374

2. Beratung PIPr 15/46 10.10.2012 S. 2571-2573

GesBeschl 10.10.2012 Drs 15/2466

GBI 2012 Nr. 15 S. 553-556 (Ges vom 23.10.2012)

Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

Mittlg LReg 13 07.2011 Drs 15/202 (12 S.)

PIPr 15/8 13.07.2011 S. 243

BeschlEmpf und Bericht UmEnA 14.07.2011 Drs 15/243

PIPr 15/10 21.07.2011 S. 408-410

Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

- GesEntw LReg 20.03.2012 Drs 15/1465 (20 S.)
 1. Beratung PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1793-1795
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.05.2012 Drs 15/1659
 2. Beratung PIPr 15/37 23.05.2012 S. 1998 1999
 GesBeschl 23.05.2012 Drs 15/1765
 GBl 2012 Nr. 9 S. 369-372 (Ges vom 12.06.2012)

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der RohrfernleitungsVO auf die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)

- Mittlg LReg 15.06.2015 Drs 15/6990 (11 S.)
 PIPr 15/131 17.06.2015 S. 7835
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 09.07.2015 Drs 15/7095
 PIPr 15/135 16.07.2015 S. 8126 8127

Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Umsetzung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) in Landesrecht, insbes Übertragung der Anerkennung und Überwachung von Prüfstellen nach § 6 der Rohrfernleitungsverordnung von den bisher zuständigen Ländern auf die ZLS, Berücksichtigung von Änderungen aufgrund der Neuordnung des Produktsicherheitsrechts sowie aus einem geänderten Zuschnitt der bayerischen Ressorts

- GesEntw LReg 24.11.2015 Drs 15/7753 (15 S.)
 1. Beratung PIPr 15/145 09.12.2015 S. 8705
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 10.12.2015 Drs 15/7832
 2. Beratung PIPr 15/146 16.12.2015 S. 8767 8768
 GesBeschl 16.12.2015 Drs 15/7894
 GBl 2015 Nr. 25 S. 1244 1245 (Ges vom 17.12.2015)

Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz

Europäischer Verbraucherschutz

Umsetzung, Einhaltung und Kontrolle von EU-Verbraucherschutzvorschriften in BW, insbes Rolle des Zentrums für Europäischen Verbraucherschutz

- Antr
 s. Verbraucherschutz
 Drs 15/5210

Denkschrift 2014 zur Haushaltsrechnung 2012 (vgl. Drs 15/5400); hier: Beitrag Nr. 14 - Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V. in Kehl (Kap 0803)

- Mittlg RH 03.07.2014 Drs 15/5414
 BeschlEmpf und Bericht FinWiA 23.10.2014 Drs 15/5914
 PIPr 15/120 05.02.2015 S. 7271-7284
 Mittlg LReg 23.09.2016 Drs 16/636
 BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2016 Drs 16/994
 PIPr 16/20 01.12.2016 S. 1015 1016

Zentrum für Gesundheitsforschung

s. Medizinische Forschung

Zentrum für Kunst und Medientechnologie

„Integration und Fernsehen“ - ZKM-Projekt „Agac yas iken egilir“

Erkenntnisse über die Mediennutzungsmuster von (bildungsfernen) Migranten, Beurteilung der Bundesinitiative „Integration und Fernsehen“ sowie des ZKM-Projekts mit Kurzfilmen in türkischer Sprache im türkischen Fernsehen über Ausbildung und berufliche Bildung; Weiterführung des Projekts am ZKM und Ausweitung auf Zielgruppen anderer Nationalitäten

- Antr
 s. Ausländerintegration
 Drs 15/181

Wahl von beratenden Mitgliedern und deren Verhinderungsstellvertretern im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)

- PIPr 15/13 28.09.2011 S. 540 544

Nachwahl eines beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)

- PIPr 15/110 05.11.2014 S. 6539 6600

Nachwahl eines stellvertretenden beratenden Mitglieds im Stiftungsrat des Zentrums für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM)

- PIPr 15/117 17.12.2014 S. 7065 7113

Zentrum für Populäre Kultur und Musik

Zentrum für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Sachstand zur Arbeit des Zentrums für Populäre Kultur und Musik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (vorher: Deutsches Volksliedarchiv), insbes Bedeutung für die Kulturlandschaft BW, personelle und finanzielle Ausstattung, inhaltliche und organisatorische Veränderungen durch die Eingliederung in die Universität Freiburg, Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit

- Antr Sabine Kurtz u.a. CDU 18.12.2014 und Stellungnahme MWK Drs 15/6296
 BeschlEmpf und Bericht WissA 26.02.2015 Drs 15/6921 S. 30
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Zentrum für Psychiatrie

s. Psychiatrie

Zeppelin Universität

Forschungsauftrag des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Sachstand zu Forschungsinhalten des vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beauftragten und von der Zeppelin Universität und der Copenhagen Business School durchgeführten Forschungsprojektes „Do people like nudges?“

- KlAnfr
 s. Forschungsprojekt
 Drs 15/7478

Zertifizierung

Zertifizierung von staatlichen Altenpflegeschulen durch die Agentur für Arbeit

Gleichmäßige Berücksichtigung aller Altenpflegeschulen in Trägerschaft der LKreise durch die Agentur für Arbeit bei der Zertifizierung für Weiterbildungsmaßnahmen

Antr
s. *Altenpflegeschule*
Drs 15/3289

Schulfremdenprüfung im Bereich der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung an öffentlichen beruflichen Schulen

Erzieherausbildung in BW durch private Anbieter und öffentliche berufliche Schulen, insbes Konsequenzen der hohen Zertifizierungskosten durch die Bundesagentur für Arbeit; Mehraufwand für Lehrer durch die Abnahme von Schulfremdenprüfungen an den öffentlichen beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Erzieher*
Drs 15/3535

Energieholznutzung und Klimaschutzziele

Menge und Herkunft des in BW für Energiezwecke genutzten Holzes; Auswirkungen einer FSC-Zertifizierung des Landesforsts auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten für bestehende Holzheizwerke, Holzheizkraftwerke sowie Scheitholznutzer und Selbstwerber; FSC-Zertifizierung und Erreichung der im Klimaschutzgesetz des Landes festgelegten Klimaschutzziele; Einsatz für die Energieholznutzung bei einer Revision der FSC-Richtlinien; Kompensation wegfallender Mengen an Hackholz; Nutzung des Restholzes zur Verbesserung der Bodenstruktur

Antr
s. *Holz*
Drs 15/4310

Zertifizierungsrichtlinien der Forest Stewardship Council (FSC) in BW

Umfang des aus dem Forst (Staats-, Kommunal- und Privatwald) stammenden Energieholzes; Umfang des Energieholzeinsatzes in BW, aufgeschlüsselt nach Forst, Landschaftspflege, kommunalen Reststoffen, Industrierestholz und Altholz; Verhältnis von Scheitholz zu Hackholz; Auswirkungen der Einführung der FSC-Zertifizierung auf die Versorgungssicherheit und die Brennstoffkosten sowie den Fortbestand der Holzheizwerke und Holzheizkraftwerke; Folgen der Einschränkung der Energieholznutzung im Landesforst für den Klimaschutz; Mitwirkung bei der Revision der Zertifizierungsrichtlinien; Kompensation der wegfallenden Hackholzmenge

KlAnfr
s. *Holz*
Drs 15/4524

Bodenschutz im Forst

Bodenschutzkonzept des Landesbetriebs ForstBW iR einer nachhaltigen und naturnahen Bewirtschaftung des Staatswalds; Empfehlungen für die Bewirtschaftung von Körperschafts- und Privatwäldern; Anteil der Feinerschließung im Forst im Verhältnis zur Produktionsfläche; Grenzwerte für Fahrspurtiefen in Rückegassen; Standards und Regelungen zur Vermeidung von Bodenschäden bei der Waldbewirtschaftung; Anforderungen für Verträge mit Unternehmern im Forst im Hinblick auf eine Zertifizierung der Waldbewirtschaftung (PEFC, FSC); Kartierung der

Befahrbarkeit von Waldböden

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 15/4616

Kur- und Erholungsorte in BW

Situation und Entwicklung der Kur- und Erholungsorte in BW, insbes Statistiken, internationale Marketingmaßnahmen, Zukunftskonzepte angesichts der demografischen Entwicklung und Zertifizierung von Nachhaltigkeit

Antr
s. *Kurort*
Drs 15/4766

Zertifizierungssysteme in der Forstwirtschaft

Anwendung, Kosten und Auswirkungen der Zertifizierung nach dem Zertifizierungssystem für nachhaltige Waldbewirtschaftung (PEFC) bzw des Forest Stewardship Council (FSC) in Deutschland und BW, insbes Mehrwert der geplanten zusätzlichen FSC-Zertifizierung des baden-württembergischen Staatswalds

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 15/5140

Nachhaltigkeitschecks für Tourismusdestinationen

Umsetzung und Evaluation des Instruments Nachhaltigkeitsscheck für Tourismusdestinationen in BW, insbes Nachfrage und Zertifizierungskriterien des Siegels „Nachhaltiger Tourismus BW“

Antr
s. *Tourismus*
Drs 15/5547

Erfahrungen aus der Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald und weitere Perspektiven

Sachstand der FSC-Zertifizierung im landeseigenen Staatswald; Durchführung betrieblicher Veränderungen beim Landesbetrieb ForstBW iRd Zertifizierung; Kosten der Maßnahmen zur Anpassung an den FSC-Standard; Auswirkungen auf Artenschutz und Biodiversität; Stand des Zertifizierungsprozesses in den Staats-, Körperschafts- und Privatwäldern bundesweit

Antr
s. *Wald*
Drs 15/5570

FSC (Forest Stewardship Council)-Zertifizierung im Staatswald BW

Hintergründe und Konsequenzen der Forest Stewardship Council-Zertifizierung im Staatswald BW, insbes Wettbewerbsverzerrung durch uneinheitliche länderspezifische FSC-Kriterien, Mitwirkung an der Revision der nationalen FSC-Standards, Vorteile der FSC-Zertifizierung gegenüber gesetzgeberischen Maßnahmen

Antr
s. *Wald*
Drs 15/5559

„Bildungshaus 3-10“: Wie geht es weiter?

Nachfrage nach den „Bildungshäusern 3-10“; Erfahrungen mit dem Modellprojekt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport BW; Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung; Frage der Fortführung des Projekts; Einführung einer Zertifizierung der bestehenden Bildungshäuser

KlAnfr
s. *Elementarbildung*
Drs 15/5899

Förderung der regionalen Wertschöpfung in der Holzketten in BW
Unterstützung vorhandener Ansätze zur besseren Vermarktung von Holz aus BW, insbes Einführung des Zertifizierungssystems „Holz von Hier“ zur Verbesserung der regionalen Wertschöpfung bei der Holzverwendung in BW

Antr
s. *Holzwirtschaft*
Drs 15/6214

Forest Stewardship Council (FSC)-Zertifizierung
Marktanteil von FSC-zertifiziertem Schnittholz und weiterverarbeiteten Holzprodukten in BW; Nachfrageentwicklung; Teilnahme der Gemeinden an der Zertifizierung ihrer Wälder nach FSC- und PEFC-Kriterien; Höhe der bisher für das Land entstandenen Kosten

Antr
s. *Holz*
Drs 15/6669

Zertifizierungsprozess

s. *Zertifizierung*

Zertifizierungssystem

s. *Zertifizierung*

Zertifizierungsverfahren

s. *Zertifizierung*

ZEV

s. *Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz*

Ziege

Ziegenhaltung in BW

Daten und Projekte zur Zucht und Haltung von Ziegen, Bedeutung der Flächenbeweidung für die Landschaftspflege, Förderung iRd Landschaftserhaltungsprogramme sowie bei der Entwicklung und Vermarktung von Ziegenprodukten, Einschätzung des künftigen Markts für Ziegenkäse; Unterstützung der Betriebe mit Beratungsstrukturen

Antr Paul Locherer u.a. CDU 18.06.2012 und Stellungnahme MLR Drs 15/1868
BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.09.2012 Drs 15/2741 S. 41 42
PIPr 15/53 12.12.2012 S. 3127
Mittlg LReg 29.05.2013 Drs 15/3553

Blauzungenkrankheit in BW

Jährliche Tiererkrankungen bei Schafen, Ziegen und Rindern seit 2005; Auswirkungen der Krankheitsfälle auf den Handel; Rechtslage hinsichtlich Meldung und vorbeugender Impfung; Häufigkeit von Komplikationen bei Impfungen; Erfolg und Kosten bisher durchgeführter Impfkampagnen; Versicherung und Erstattung von Tierverlusten

Antr
s. *Blauzungenkrankheit*
Drs 15/2664

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-
Richtlinie über das Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden sowie Richtlinie über das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und Klontieren

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/4596

Ziegenhaltung

s. *Ziege*

Ziegenkäse

s. *Käse*

Zigarette

s. *Tabak*

Zigeuner

s. *Sinti und Roma*

Zins

Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen

Stand und bisherige Entnahmen der mit dem vierten Nachtrags Haushalt geschaffenen Rücklage zum 31.10.2011, Höhe der bislang für die Finanzierung der Rücklage entrichteten Schuldzinsen; vierteljährliche Berichterstattung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss über die jeweils finanzierten Maßnahmen und den aktuellen Stand der Rücklage

Antr
s. *Rücklage*
Drs 15/838

Haushalt 2012; Epl 12

Tilgung von Altschulden, Etatisierung der entsprechenden Zinsersparnis

Haushalt
s. *Schulden*
Drs 15/1112

Euribor/Libor-Manipulation und die Folgen für den baden-württembergischen Finanzmarkt für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen

Folgen für Privatkunden, Unternehmen und Kommunen und den Finanzmarkt in BW durch die Euribor/Libor-Manipulation, insbes Schadenshöhe, Klageunterstützung und Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen; Konsequenzen aus der Sonderprüfung der deutschen Finanzaufsicht BaFin; Amtshaftungsansprüche wegen unzureichender staatlicher Kontrolle

KlAnfr Dr. Reinhard Löffler CDU 20.02.2013 und Antw MFW Drs 15/3098

Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes und des Gesetzes zur Reform des Notariats- und Grundbuchwesens in BW
Abschaffung der Verzinsung hinterlegten Geldes; Aufhebung der gesetzlichen Festlegung auf den Rechtspfleger als für die Geschäfte der Hinterlegungsstelle funktionell zuständiges Organ;

Modifizierung der Vorschriften über die örtliche Zuständigkeit der Hinterlegungsstellen; Klarstellung in Bezug auf die landesgesetzlichen Grundlagen der Notariatsreform

GesEntw
s. *Hinterlegungsgesetz*
Drs 15/4019

Entwicklung der Zinsbelastung des Landeshaushalts

Höhe des durchschnittlichen Zinssatzes in den Jahren 2006, 2007 und 2008 für die Kreditmarktschulden des Landes; Höhe der in der mittelfristigen Finanzplanung für 2008 bis 2012 sowie der darauffolgenden Jahre einkalkulierten Zinssätze; Tilgungsplan; Höhe der tatsächlichen in den Jahren 2009 bis 2012 gezahlten Zinssätze; Kalkulation des Zinsniveaus für alte und neue Kredite in der mittelfristigen Finanzplanung für die Doppelhaushalte 2013/2014 und 2015/2016; Schuldentilgung in den kommenden Jahren

Antr Dr. Hans-Ulrich Rülke u.a. FDP/DVP 12.09.2013 und
Stellungnahme MFW Drs 15/4024

Erwartung steigender Zinsen und damit zusätzlicher Belastungen für den Haushalt, Einsparung von Zinsausgaben durch Absenkung der Verschuldung

PIPr 15/6 29.06.2011 S. 124 131 133

Verweisung auf die jährlichen Zinszahlungen für die Gesamtverschuldung des Landes

PIPr 15/16 26.10.2011 S. 676

Bezeichnung der Zinslast für den Haushalt als erdrückend

PIPr 15/18 10.11.2011 S. 801

Verweisung auf die jährlichen Zinszahlungen für die Gesamtverschuldung des Landes

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1190

Absicherung von Kommunen gegen Zinsänderungsrisiken; Verbot von Geschäften der Kommunen mit Zinsderivaten

PIPr 15/32 28.03.2012 S. 1699-1706

Verweisung auf die jährlichen Zinszahlungen für die Gesamtverschuldung des Landes

PIPr 15/38 24.05.2012 S. 2119

Zinsentwicklung für die Altschulden des Landes, Vorschlag eines Schuldentilgungspakts; Verbot von Geschäften der Kommunen mit Zinsderivaten; Absicherung von Kommunen gegen Zinsänderungsrisiken

PIPr 15/41 28.06.2012 S. 2256 2258 2285 2297 2298 2302

Zinsbesteuerung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung -
Richtlinie des Rates zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG -
Besteuerung von Zinserträgen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6763

Zinsbesteuerungsrichtlinie

s. *Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie*

Zinsen

s. *Zins*

Zinserträgebesteuerung

s. *Zinsbesteuerung*

Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung -
Richtlinie des Rates zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG -
Besteuerung von Zinserträgen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/6763

Zinsertragsrichtlinie

s. *Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie*

Zinsrichtlinie

s. *Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie*

Zinssteuerrichtlinie

s. *Zinserträge-Besteuerungsrichtlinie*

Zivilengagement

s. *Bürgerschaftliches Engagement*

Ziviles Engagement

s. *Bürgerschaftliches Engagement*

Zivilgesellschaft

Rechtspopulismus darf Errungenschaften Baden-Württembergs in der EU nicht gefährden - Europa braucht Demokratie mit Demokraten

Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien und Bewegungen in Europa, vor allem in der Schweiz, Frankreich, Ungarn und den Regionen der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der demokratischen Kräfte durch die LReg und Entwicklung von Gegenstrategien, insbes Initiativen zur Vertiefung der europäischen Integration

Antr
s. *Extremismus*
Drs 15/5093

Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in BW - Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“

Bestandsaufnahme zu den Strukturen des Rechtsextremismus in BW und den Auswirkungen auf die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft; Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU); Erarbeitung von Handlungsstrategien und Empfehlungen zur Vermeidung bzw frühzeitiger Unterbindung der Entstehung rechtsextremistischer Struk-

turen; Stärkung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitsbehörden

Antr
s. *Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“*

Drs 15/5131

Zivilklausel

s. *Forschung*

Zivilluftfahrt

s. *Luftverkehr*

Zivilschutz

Personalsituation bei den Feuerwehren, Rettungsdiensten, beim Technischen Hilfswerk (THW) und Bevölkerungsschutz

Personalsituation bei Einrichtungen der örtlichen Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz, insbes Entwicklung des Anteils von Frauen und von EU- und Nicht-EU-Ausländern sowie die Auswirkungen der Wehrpflicht-Aussetzung; Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, insbes durch Zusammenarbeit mit Schulen, Förderung der Jugendgruppenarbeit, Gewährung öffentlicher Anerkennung, Freistellung von der Arbeit und dabei Vorbildfunktion des Öffentlichen Dienstes, Gewährung ausreichenden Versicherungsschutzes sowie zusätzliche Förderung fachlicher Qualifizierung und Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2943

Rahmenbedingungen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW

Rahmenbedingungen für die Arbeit der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in BW, insbes Nennung der den BOS zugeordneten Einrichtungen, Förderung der Wartung von Kraftfahrzeugen und Gerätschaften, Einrichtung zusätzlicher Personalmräume, Umsetzung des angemeldeten Investitionsbedarfs, Finanzierungsregelung der Umrüstung auf Digitalfunk, Beschaffungssituation und Personenbeförderungskapazität im Bevölkerungsschutz sowie Anschaffung und Betrieb von Alarmgebern für Einsatzkräfte; effektive Warnung der Bevölkerung vor Großschadensfällen in Ortschaften ohne Alarmsirenen

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 15/2944

ZKM

s. *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*

Zoll

s.a. *Zollverwaltung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung- Festlegung des Zollkodex der Europäischen Union

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/1439

Ges zur Änd des PolizeiGes und des Ges zur Ausführung des PersonenstandsGes

Ausdehnung des automatisierten Abrufverfahrens auf den Zollfahndungsdienst

GesEntw
s. *Polizeirecht*
Drs 15/2434

Artikel 561 Zollkodex-Durchführungsverordnung (ZK-DVO) - Auswirkungen einer möglichen Änderung des Artikels der ZK-DVO auf deutsche Grenzgänger

Sachstand zur vollständigen Befreiung von Einfuhrabgaben bei der privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen für in BW ansässige Beschäftigte von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz aufgrund von Artikel 561 der ZK-DVO, insbes geplante Änderungen und deren Auswirkungen

KlAnfr Ulrich Lusche CDU 17.11.2014 und Antw MFW Drs 15/6126

Sachstand zur privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen für Grenzgänger aus der Schweiz

Sachstand zur privaten Nutzung von Firmenfahrzeugen für Grenzgänger aus der Schweiz im Zusammenhang mit dem geänderten Art 561 der Zollkodex-DurchführungsVO und Initiativen des Landes bei der EU-Kommission zur weiteren Änd des Artikels

MdlAnfr 8) Ulrich Lusche CDU 30.04.2015 Drs 15/6814
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7778 7779

Zollabfertigung

Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren

Vermeidung von Steuerbetrug bei der Rückerstattung der Mehrwertsteuer auf dem Flughafen Stuttgart bei der Ausfuhr von in Deutschland gekauften Waren iRd Zollabfertigung

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 15/5149

Zollamt Barga

Verhinderung der Schließung der Zollstelle Barga durch die Schweiz; Folgen einer Einstellung der Zollabfertigung in Barga für die Wirtschaft in der Grenzregion

KlAnfr Karl Rombach CDU 31.03.2016 und Antw MFW Drs 15/8107

Zollamt

s. *Zollverwaltung*

Zollbehörde

s. *Zollverwaltung*

Zollernalbbahn

Auswirkungen der Pläne der Deutschen Bahn (DB) AG auf den Schienenverkehr in der Region Südwürttemberg-Hohenzollern
Bewertung des Ausbleibens der Zusagen der Bahn für den Ausbau der Zollernalbbahn

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 15/299

Regionalstadtbahn Neckar-Alb

Modularisierung, Realisierung und Finanzierung der Regionalstadtbahn Neckar-Alb, insbes Umsetzung von Modul 1 mit möglicher Herausnahme der Strecke Zollern-Alb-Bahn, Finanzierungszusage des Bundes und mögliche Anwendung auf alle anderen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)-Projekte in BW, Entlastung der Regionalisierungsmittel durch stadtbahngerechten Ausbau der Ermstal- und Ammertalbahn, Wirtschaftlichkeit des Streckenabschnitts Tübingen-Reutlingen nach erhöhter Taktfrequenz

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 15/3544

Die Zukunft der Zollernbahn

Ausschreibung und Koordination der Eisenbahnverkehre zwischen Stuttgart und Tübingen bis Albstadt, insbes Angebotskonzept, Streckenelektrifizierung, Wiederherstellung der zeitgleichen Vergabe der Schienenpersonennahverkehrs-Leistungen auf der Zollernbahn

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 15.05.2014 und Stellungnahme MVI Drs 15/5202
BeschlEmpf und Bericht Verk/InfraA 09.07.2014 Drs 15/5743 S. 43
PIPr 15/109 16.10.2014 S. 6537

Zollernalbkreis*Weiterführende Schulen im Zollernalbkreis*

Entwicklung der Zahl und Größe der Klassen und der verfügbaren Lehrerstunden für den Pflichtunterricht, Ergänzungsbereich u.a. Zwecke an den Haupt-/Werkrealschulen, Realschulen, den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien seit 2007

KlAnfr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 15/1599

Polizeireform: Auswirkungen der Reform im Zollernalbkreis

Gegenwärtige Unterbringung der Polizeidienststellen in landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien, insbes deren Weiterverwendung bzw Nutzungsaufgabe; Zahl der Polizeibedienteten in den einzelnen Organisationseinheiten; Planungen zu Stellenbesetzungsänderungen und Stellenwegfall; Kostenkalkulation vom 18. Dezember 2012, insbes Kosten für Personalmaßnahmen, Investitionen bei Dienststellen, sonstige Ausgaben sowie reformbedingte Minderbedarfe/Einnahmen und deren Zeitpunkt der Wirksamkeit

KlAnfr
s. *Polizeireform*
Drs 15/3000

Fremdevaluation von öffentlichen Schulen im Zollernalbkreis und im LKkreis Sigmaringen

Aufwand, Methoden und Erkenntnisse der Fremdevaluation durch das Landesinstitut für Schulentwicklung an öffentlichen Schulen im Zollernalbkreis und im LKkreis Sigmaringen

KlAnfr
s. *Evaluation*
Drs 15/3540

Hagelschäden in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb

Ausmaß und Kosten der Hagelschäden vom 28. Juli 2013 in den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalb sowie Einsatz-

aufkommen, -dauer und -kapazitäten der Rettungskräfte

KlAnfr
s. *Unwetterschaden*
Drs 15/3883

Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis

Sachstand zur Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft im Zollernalbkreis, insbes Verlagerung von Kapazitäten von Albstadt nach Balingen, Bedeutung des Krankenhausstandorts Sigmaringen

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 15/6976

Zollkodex

s. *Zoll*

Zollkontrolle

s. *Zollabfertigung*

Zollverfahren

s. *Zollabfertigung*

Zollverwaltung

s.a. *Zoll*

Als „Geschenke“ deklarierte Warensendungen aus Drittstaaten und deren Folgen für die mittelständische Wirtschaft in BW

Absender, Umfang und Warenwert der als „Geschenke“ nach BW eingeführten Warensendungen; Höhe des jährlich entgehenden Steueraufkommens (Einfuhrumsatzsteuer); notwendige Personalstärke zur Überprüfung der deklarierten Wert- und Zweckangabe der Warensendungen in der Bundesfinanzdirektion Südwest, den Hauptzollämtern und den Zollämtern in BW; Datenaustausch mit Speditionsunternehmen; Aufklärung potenzieller Käufer über die Strafbarkeit einer Annahme oder Fehldeklaration solcher Warensendungen

KlAnfr
s. *Einfuhr*
Drs 15/5059

Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

Sachstand zur Erstellung von Ausfuhrbescheinigungen an den Zollämtern; Überlegungen zur Einführung eines automatisierten Verfahrens bzw einer Bagatellgrenze bei der Mehrwertsteuererstattung an Schweizer Bürger

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 15/6474

Zoo

s. *Zoologischer Garten*

Zoofachhandel

s. *Tierhandel*

Zoohandel

s. Tierhandel

Zoologischer Garten

Sponsoring des Wildtierparks Alexanderschanze
Hintergünde zum Sponsoring des geplanten Wildtierparks Alexanderschanze durch die Badische Staatsbrauerei Rothaus AG

KlAnfr
s. Wildtier
Drs 15/7162

Zucht- und Haltungsverbot gebietsfremder invasiver Tierarten in Zoologischen Gärten gemäß der Verordnung Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten

Einschränkung der Zoologischen Gärten durch die EU-Verordnung; betroffene Tierarten; Beurteilung der Artenauswahl der Unionsliste; Beantragung einer Ausnahmeregelung für Zoos

KlAnfr
s. Tierhaltung
Drs 15/8087

Zuckerfabrik

s. Zuckerindustrie

Zuckerindustrie

Zuckerrübenanbau in BW

Entwicklung der Zuckerrübenproduktion in BW, insbes Bedeutung für die Anbau- und Verarbeitungsbetriebe, Änderungen aufgrund der Reform der EU-Zuckermarktordnung, Unterstützung des Zuckerrübenanbaus durch die LReg

Antr
s. Zuckerrübe
Drs 15/5576

Zuckerproduzent

s. Zuckerindustrie

Zuckerraffinerie

s. Zuckerindustrie

Zuckerrübe

Zuckerrübenanbau in BW

Entwicklung der Zuckerrübenproduktion in BW, insbes Bedeutung für die Anbau- und Verarbeitungsbetriebe, Änderungen aufgrund der Reform der EU-Zuckermarktordnung, Unterstützung des Zuckerrübenanbaus durch die LReg

Antr Arnulf Freiherr von Eyb u.a. CDU 30.07.2014 und Stellungnahme MLR Drs 15/5576
BeschlEmpf und Bericht LandwA 04.03.2015 Drs 15/6733 S. 28 29
PIPr 15/129 07.05.2015 S. 7801 7802

Zuckerwirtschaft

s. Zuckerindustrie

Zugunglück

s. Schienenverkehrsunfall

Zugvogel

s. Vogel

Zuhälterei

s.a. Menschenhandel
s.a. Prostitution

Zuhälterei und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Mädchen in BW und Europa

Begünstigung der Zuhälterei und der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch die Legalisierung der Prostitution; Überwachungs- und Kontrollmechanismen zur Verhinderung von Zuhälterei und sexueller Ausbeutung; Maßnahmen zum Schutz vor Zuhälterei und sexueller Ausbeutung in anderen EU-Staaten; strafrechtliche Verfolgung der die Zwangslage von Prostituierten ausnutzenden Freier; Auswirkungen eines Prostitutionsverbots; Haltung zu der im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD angekündigten Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes; Forcierung einer zügigen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 23.01.2014 und Stellungnahme SM Drs 15/4646
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.04.2014 Drs 15/5137 S. 21-23
PIPr 15/100 22.05.2014 S. 6017
Mittlg LReg 20.11.2014 Drs 15/6153

Zukunftsinvestition

s. Investition

Zukunftsinvestitionsgesetz

Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes - Fachförderungen und Staatlicher Hochbau

Sonderbericht des RH über die Fachförderungen und die Finanzhilfen des Bundes im Staatlichen Hochbau iRd Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, insbes Mitteleinsatz gemäß der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie konjunkturelle Wirksamkeit: Prüfung der Förderungsverwendung bei Krankenhäusern, städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen, strukturverbessernden Maßnahmen im ländlichen Raum, Breitbandinfrastrukturen im ländlichen Raum, Tourismuseinrichtungen sowie im Bildungsbereich des Staatlichen Hochbaus

Mittlg RH 13.06.2013 Drs 15/3636 (42 S.)
PIPr 15/71 19.06.2013 S. 4229
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 17.10.2013 Drs 15/4156
PIPr 15/81 07.11.2013 S. 4923-4925
Mittlg LReg 11.04.2014 Drs 15/5075

Zukunftstechnologie

s. Spitzentechnologie

Zulassung von Kraftfahrzeugen

s. Straßenverkehrszulassung

Zulassung zum Straßenverkehr*s. Straßenverkehrszulassung***Zulassung zum Studium***s. Hochschulzulassung***Zulieferbetrieb***s. Zulieferindustrie***Zulieferindustrie***Abhängigkeit der Region Nordschwarzwald von der Automobilindustrie*

Zahl der in der Automobilindustrie und deren Zulieferer beschäftigten Arbeitnehmer aus den LKreisen Calw, Freudenstadt, Enzkreis und Stadtkreis Pforzheim; Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze in diesen Kreisen, die von der Automobilindustrie abhängen; Höhe der Einkommen und Kaufkraft der Beschäftigten, des Anteils an Einkommensteuer und Gewerbesteuer für die Gebietskörperschaften; Darstellung der Auswirkungen einer politisch gewollten Senkung der Automobilproduktion sowie der Umstellung vom Bruttoinlandsprodukt auf einen umfassenden Wohlfahrtsindikator

Antr

s. Kraftfahrzeugindustrie

Drs 15/80

Strukturwandel E-Mobilität und kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Förderung des Wandels zur E-Mobilität in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern, Einschätzung der Wachstumspotenziale für konventionelle und neue Antriebstechnologien, Beurteilung der Aussagen einer Studie der IHK Region Stuttgart über Defizite der mittelständischen Automobilzulieferindustrie, Maßnahmen zur Verbesserung deren Innovationsfähigkeit und des Technologietransfers in diese Unternehmen, Hinwirkung auf eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen

Antr

s. Elektromobilität

Drs 15/250

Geplante Initiative der LReg zur weiteren Absenkung des Grenzwerts für CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen

Frage nach einer Abstimmung o.g. Initiative innerhalb der LReg und ihren Auswirkungen auf die Automobilindustrie und deren Zulieferer

KlAnfr

s. Kohlendioxid

Drs 15/2406

Auswirkungen der Energiepolitik auf den Wirtschaftsstandort Region Bodensee-Oberschwaben

Unterstützung der Unternehmen bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz; Relevanz der Energiekosten im Zusammenhang mit der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts BW; Betriebsverlagerungen aufgrund steigender Stromkosten; Anzahl der künftig nicht mehr von der besonderen Ausgleichsregelung des EEG profitierenden Unternehmen und Branchen in der Region; Auswirkungen auf die Zulieferindustrie; Förderung der Akzeptanz des Netzausbaus

KlAnfr

s. Energiepolitik

Drs 15/5381

Optimierung der Technologien für neue Mobilitätskonzepte nach Aussagen von Bosch-Chef Fehrenbach, Erinnerung an das gesellschaftliche und soziale Engagement von Robert Bosch und an die Entwicklung zum Weltunternehmen für umweltfreundliche Produkte

PIPr 15/4 25.05.2011 S. 20-22 25

Globale Stärke und Innovationsfähigkeit der Automobilzulieferer in BW, Einstellung auf die zunehmende Bedeutung der Elektromobilität

PIPr 15/11 27.07.2011 S. 423-430

Unterstützung der Automobilzulieferer beim Wandel zur E-Mobilität

PIPr 15/26 10.02.2012 S. 1426

Einstellung der Zulieferindustrie auf die zunehmende Bedeutung der Elektromobilität

PIPr 15/33 18.04.2012 S. 1805-1807 1810 1811

ZulnVG*s. Zukunftsinvestitionsgesetz***Zusammenarbeit bei der automatisierten Datenverarbeitung***s. Datenverarbeitung***Zusammenarbeit der Justizbehörden der EU***s. Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres***Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres***Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-**Ein offenes und sicheres Europa - Praktische Umsetzung*

Mittlg LReg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 15/5118

Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik*s. Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres***Zusammenarbeit von Kommunen***s. Kommunale Zusammenarbeit***Zuständigkeit***s.a. Gesetzgebungskompetenz**Situation des Netzausbaus in BW*

Bestehende Projekte, Umfang der Maßnahmen im Bezug zur Länge der Trassen sowie zum finanziellen Gesamtvolumen; Zuständigkeiten für die Planungs- und die Genehmigungsverfahren; Widerstand gegen Planungs- und Genehmigungsverfahren; Mittel der Netzbetreiber zur Behebung der Konflikte vor

Ort; Unterstützung privater Bauträger bei der Umsetzung von Projekten; Erhöhung der Akzeptanz von Netzausbauprojekten durch Neuerungen im Verwaltungsvollzug; Auswirkungen dieser Neuerungen in der Akzeptanzsicherung auf die Verfahrensdauer einzelner Maßnahmen; Kosten der Planungs- und Genehmigungsverfahren; Bewertung des aktuellen Stands des Netzausbaus

Antr
s. *Stromnetz*
Drs 15/4240

Neuordnung der Denkmalpflege

Zukünftige Aufgaben des Landesamts für Denkmalpflege und dessen Stellung innerhalb der Landesverwaltung, insbes im Verhältnis zu den Regierungspräsidien; Ziele der Neuordnung der Zuständigkeiten; Anzahl der in der Denkmalpflege beschäftigten Landesbediensteten an den Standorten Karlsruhe, Freiburg und Tübingen; Anzahl der voraussichtlichen Versetzungen bei einer Zusammenführung der Denkmalschutzverwaltung in Esslingen; Stellenkonzept; Auswirkungen der Neuordnung auf die Leistungsfähigkeit der Denkmalpflege

Antr
s. *Denkmalpflege*
Drs 15/4598

Fehlstart der Polizeireform: Offene Fragen zu den Stellenbesetzungsverfahren nach der Sitzung des Innenausschusses

Abordnung der wiederabberufenen Polizeipräsidenten an Dienststellen mit kommissarischer Leitung für die betreffenden Polizeipräsidien; Ausschluss einer Einflussnahme auf den Geschäftsbetrieb ihres ehemaligen Präsidiums; Sonderaufgaben der als Polizeipräsidenten vorgesehenen und abberufenen Personen; Einfluss einer gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die Beurteilung der Eignung für ein Führungsamt; Durchführung und Kriterien des neuen Auswahlverfahrens; künftige Besetzung der Stellvertreterposten; Forderung nach Unvoreingenommenheit bei der Personalauswahl

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 15/4820

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von erheblicher politischer Bedeutung-

Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen

Mittlg LReg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 15/5054

Polizeireform; Aufgabenverlagerungen bei der Polizei

Aufgabenverlagerung von der Kriminalpolizei, Verkehrspolizei und den übrigen Fachbereichen der Polizeidirektionen auf die Polizeireviere, insbes Konsequenzen bei Arbeitsanfall und Personalbedarf

Antr
s. *Polizeireform*
Drs 15/5159

Verschärfte MPU-Praxis?

Änderung der Regelungen zur Anordnung der Medizinisch-Psychologischen Untersuchung; Zweck, Zuständigkeit, Behördenaufsicht und Qualitätskontrolle

KlAnfr
s. *Medizinisch-Psychologische Untersuchung*

Drs 15/5307

Tempolimits in Baustellenbereichen

Zuständige Behörden für die Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen an Straßenbaustellen; rechtliche Grundlagen und Kriterien der Geschwindigkeitsbeschränkungen im Baustellenbereich; Tempolimits an Autobahn- und Bundesstraßenbaustellen in den Jahren 2004 bis 2014; Sanktionierung von Geschwindigkeitsübertretungen; Geschwindigkeitsbegrenzungen und Regel-Ausnahme-Verhältnis in anderen Bundesländern

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 15/5493

Organisation und Finanzierung der Veranstaltungsreihe „Verbraucher 60+: Energie und Kosten senken“

Gründe für die Absage der Veranstaltungsreihe im Sommer 2014; Absage von Veranstaltungen zum Thema „Energie und Kosten sparen“ im Jahr 2013; Ausgaben für Organisation, Vorbereitung und Bewerbung der Veranstaltungsreihe; Zuständigkeit und spezielle Kompetenzen des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz für diesen Themenkreis; Abgrenzung zur Tätigkeit der baden-württembergischen Verbraucherschutzorganisationen

KlAnfr
s. *Energieberatung*
Drs 15/5563

Verfahren der Arzneimittelregistrierung und -überwachung bei Veterinärmedizinern im Bereich der Land- und Nutztierwirtschaft

Behörden und Ämter zur Registrierung und Überwachung der Arzneimittel in der Nutztierhaltung; Verfahren der Arzneimittelüberwachung und -kontrolle bei den Veterinärmedizinern; Häufigkeit und Effizienz der Kontrollen; Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden und Ämtern; Dokumentationspflicht der Veterinäre

KlAnfr
s. *Tierarzneimittel*
Drs 15/5711

Umstrukturierung der Fischereibehörden

Verlagerung der Obersten Fischereibehörde des Landes in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung 5 (Waldwirtschaft, Landesbetrieb Forst BW) innerhalb des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Gründe für diese Umstrukturierung; personelle Veränderungen; Folgen für die zum Landwirtschaftlichen Zentrum Baden-Württemberg gehörende Fischereiforschungsstelle Langenargen; Anpassung der Zuständigkeiten für das Fischereiwesen in den Regierungspräsidien

Antr
s. *Fischereiverwaltung*
Drs 15/6341

Zuverdienst

s. *Hinzuverdienst*

Zuverdienstmöglichkeit

s. *Hinzuverdienst*

Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen*s. Sicherheitsüberprüfung von Personen***Zuwanderung***s. Einwanderung***Zwangsarbeit***Neuen Herausforderungen im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung und zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wirksam begegnen*

Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU (Menschenhandelsrichtlinie) auf Bundesebene; Berücksichtigung der Zwangsarbeit als Form des Menschenhandels in § 233 StGB; Einführung einer eigenen Strafnorm für das Ausnutzen einer Zwangslage; Anpassung des Aufenthaltsgesetzes, um eine Unterstützung und Betreuung der Opfer nach der Zeugenaussage zu ermöglichen; erleichterte Bewilligung staatlicher Entschädigungsleistungen; Strafverfolgung von Fällen des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung; Ratifizierung der UN-Wanderarbeiterkonvention; Einberufung eines Runden Tisches Menschenhandel; Verankerung der Prozessbegleitung in der Strafprozessordnung

Antr

s. Menschenhandel

Drs 15/5630

Leitfaden für die Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen in BW zur Verbesserung des Schutzes von Opfern und der Strafverfolgung in Fällen von Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung

Aktualisierung des Leitfadens; Erweiterung auf alle Formen des Menschenhandels; Verbesserung des Schutzes und Strafverfolgung nicht nur bei sexueller Ausbeutung, sondern auch bei Ausbeutung der Arbeitskraft; Berücksichtigung der minderjährigen Opfer

KlAnfr

s. Menschenhandel

Drs 15/5651

Zwangsbehandlung*Gesetz zur Änderung des Unterbringungsgesetzes und des Landeskrankenhausesgesetzes BW*

Ermöglichung von Zwangsbehandlungen von nach dem Unterbringungsgesetz und im Maßregelvollzug untergebrachten Personen unter strengen Voraussetzungen; Streichung der Ermächtigung zum Erlass einer Krankenhaushygieneverordnung aufgrund der Änderung von Bundesgesetzen

GesEntw

s. Unterbringung

Drs 15/3408

Zwangsehe*Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug*

Beurteilung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzung einfacher deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug im Hinblick auf die Integration, insbes zur Verhinderung von Zwangsehen und Schutz von nachziehenden Frauen vor Ausnutzung; Bewertung der Vorstöße der Fraktionen von Grünen und Linkspartei im Bundestag zur Abschaffung dieser Voraussetzung

Antr

s. Deutsche Sprache

Drs 15/164

Aktiv gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat

Entwicklung der o.g. Zahlen von Opfern, der Strafverfolgung und Hilfsangebote; Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der EU-Richtlinie zum Menschenhandel; Wirkungen des Opferfonds und des Leitfadens für die „Kooperation zwischen Behörden und Fachberatungsstellen“; Etatisierung und Fortschreibung der Projektmittel im Sozialhaushalt 2012

Antr

s. Menschenhandel

Drs 15/973

Konsequenzen und integrationsfördernde Maßnahmen infolge des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Familiennachzug in BW

Folgen des Urteils des EuGH zum Nachzug von Familienangehörigen in BW, insbes Konsequenzen unzureichender Kenntnisse der deutschen Sprache nachziehender Ehegatten, Auswirkungen auf Zwangsverheiratungen; Maßnahmen der LReg zur Förderung der Teilnahme türkischer Frauen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben

Antr

s. Familiennachzug

Drs 15/5692

Eingeschränkte Berichterstattung, Angriffe auf Christen und Jesiden, Kinderbräute und Menschenhandel, Aktivitäten von Salafisten - Welche Erkenntnisse hat die LReg und was veranlasste sie?

Sachstand zu Einschränkungen der Berichterstattung über Vorfälle in Flüchtlingseinrichtungen; Sachstand zu religiösen Angriffen von Moslems auf Christen und Jesiden sowie Unterbringung von Kinderbräuten bzw Zwangsverheirateten in Flüchtlingsunterkünften

KlAnfr

s. Unterkunft

Drs 15/7591

Bekämpfung von Zwangsverheiratung, Erinnerung an die Erhebung von Zwangsheirat zum Straftatbestand

PIPr 15/24 08.02.2012 S. 1239 1241 1243 1248

Zwangsheirat*s. Zwangsehe***Zwangsprostitution***s. Prostitution***Zwangsversteigerung***Umgehung der Vorgaben des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes (ASVG) durch Zwangsversteigerung*

Umgehung der Genehmigungspflicht für die Veräußerung landwirtschaftlicher Grundstücke nach dem Agrarstrukturverbesserungsgesetz (ASVG) durch das Zwangsversteigerungsgesetz, insbes Zahlen über Umfang und Zweck der Nutzung von iR von Zwangsversteigerungen erworbener landwirtschaftlicher Grundstücke, Schließung der Rechtslücke beim Erwerb landwirtschaft-

licher Grundstücke durch Einführung einer Bietererlaubnis bei der Zwangsversteigerung in das Landesrecht

Antr
s. *Landwirtschaftliche Immobilien*
Drs 15/3151

Zwangsvollstreckung

s. *Vollstreckung von Forderungen*

Zweckentfremdung von Wohnraum

Wohnraumnutzung durch Landesbehörden in Karlsruhe

Umfang der Nutzung von umgewidmetem Wohnraum durch aufzuführende Landesbehörden im Stadtkreis Karlsruhe als Bürofläche; Zusammenführung der betroffenen Landesbehörden außerhalb der Innenstadt zur Entspannung des akuten Wohnraum Mangels

KlAnfr Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 13.05.2013 und
Antw MFW Drs 15/3487

Regierungsbefragung

a) *Zweckentfremdungsverbotsgesetz (Regierungsentwurf) und*
b) *VO der LReg zu § 172 Abs 1 BauGB (UmwandlungsVO)*
PIPr 15/74 17.07.2013 S. 4472 4473

Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz - ZwEWG)

Erhaltung des Wohnraumangebotes in Gebieten mit besonders gefährdeter Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen; Schaffung des erforderlichen gesetzlichen Rahmens für Maßnahmen der Gemeinden mit Wohnraummangel zum Erhalt des Gesamtwohnraumangebots, insbes Festlegung des Verbots der Zweckentfremdung durch den Erlass eigener Satzungen

GesEntw LReg 05.11.2013 Drs 15/4277 (21 S.)
1. Beratung PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5095-5098
BeschlEmpf und Bericht FinWiA 05.12.2013 Drs 15/4416
(dazu ÄAntr GRÜNE und SPD)
2. Beratung PIPr 15/86 18.12.2013 S. 5190-5195
GesBeschl 18.12.2013 Drs 15/4531
GBI 2013 Nr. 18 S. 484 485 (Ges vom 19.12.2013)

Zweckentfremdungsverbotsgesetz

Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz - ZwEWG)

Erhaltung des Wohnraumangebotes in Gebieten mit besonders gefährdeter Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen; Schaffung des erforderlichen gesetzlichen Rahmens für Maßnahmen der Gemeinden mit Wohnraummangel zum Erhalt des Gesamtwohnraumangebots, insbes Festlegung des Verbots der Zweckentfremdung durch den Erlass eigener Satzungen

GesEntw
s. *Zweckentfremdung von Wohnraum*
Drs 15/4277

Zweckverband

Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar - steuerliche Behandlung

Steuerliche Behandlung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Breitband im Schwarzwald-Baar-Kreis, insbes Über-

steigerung des Fördervorteils durch Aufzehrung der Umsatzsteuer auf Investitionsumlagen; Verbesserung der ertragssteuerlichen Behandlung bezüglich der von Gemeinden in einen Zweckverband eingebrachten Netze

KlAnfr
s. *Breitbandkommunikation*
Drs 15/5778

Zweigeteilte Laufbahn

s. *Laufbahn*

Zweijährige Berufsfachschule

s. *Berufsfachschule*

Zweisprachige Schule

s. *Zweisprachiger Unterricht*

Zweisprachiger Unterricht

Abschaffung der Freiheit der Gymnasien, den Beginn der zweiten Fremdsprache festzulegen, im Zuge der Bildungsplanreform

Auswirkungen und Konsequenzen der Festlegung des Beginns der zweiten Fremdsprache an Gymnasien in Klasse 6 im Zuge der Bildungsplanreform, insbes für die Entscheidungsfreiheit der Gymnasien sowie auf Grundschulen der Rheinschiene und bilinguale Gymnasialzüge (Abibac)

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 15/3969

Stirbt der bilinguale Bildungsgang an Grundschulen in Raten?

Situation und Zukunft der bilingualen Bildungsgänge an den Grundschulen in BW, insbes Gründe für die Ablehnung von Anträgen zur Verlängerung des Modellversuchs; Evaluation der bilingualen Bildungsgänge an den beteiligten Grundschulen und Überführung in den Regelbetrieb

Antr Tobias Wald u.a. CDU 16.05.2014 und Stellungnahme
KM Drs 15/5214
BeschlEmpf und Bericht BildungsA 21.01.2015 Drs 15/6496
S. 6 7
PIPr 15/123 12.03.2015 S. 7481 7482

Das Profil der baden-württembergischen Realschule muss klar erkennbar bleiben

Situation der Profilentwicklung der Realschule in BW; Maßnahmen der LReg zur Schärfung des Realschul-Profiles, insbes bei bilingualen Zügen, Technik-Frühförderung, Sozialem (Engagement) und Inklusion

Antr
s. *Realschule*
Drs 15/5619

Kein Deutschunterricht in Frankreich - ein pädagogisches Modell für Deutschland?

Sachstand und Folgen der geplanten Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts (in Französisch und Deutsch) sowie der Europaklassen und der Reduzierung der Gesamtstundenzahl für die zweite Fremdsprache an Frankreichs Mittelschulen, insbes Konsequenzen für die Förderung des Französischunterrichts in Baden und die Förderung des Deutschunterrichts im Elsass

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6883

Im Interesse der guten Beziehungen zu Frankreich: Möglichkeiten der Stärkung des Unterrichts in der Sprache des Nachbarn
Sachstand zum Unterricht in der Sprache des Nachbarn in BW und Frankreich, Bedeutung von Schüleraustauschen und dem Erlernen der jeweils anderen Sprache, Bewertung der französischen Pläne zur Abschaffung bilingualer Schulklassen, Zukunftsaussichten deutsch-französischer Gymnasien, Umfang und Förderung bilingualen deutsch-französischen Unterrichts, Evaluierung und Ausweitung des bilingualen deutsch-französischen Grundschulunterrichts

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 15/6966

Zweites Buch Sozialgesetzbuch

s. *Sozialgesetzbuch II*

Zweites Deutsches Fernsehen

s. *Fernsehen*

Zweites Hochschulrechtsänderungsgesetz

s. *Hochschulrecht*

Zweitwohnungsteuer

Auswirkungen der Zweitwohnungsteuer in Universitätsstädten auf Bevölkerungsentwicklung und Finanzausgleich in ländlichen Kommunen

Entwicklung des Aufkommens aus der Zweitwohnungsteuer in den einzelnen Universitätsstädten; Verlegung des Hauptwohnsitzes von Studenten an den Studienort, um der Zweitwohnungsteuer zu entgehen; Höhe der dadurch den Gemeinden im ländlichen Raum entstandenen Einnahmeverluste iRd kommunalen Finanzausgleichs; Frage nach einem Verlustausgleich

KlAnfr Karl Rombach CDU 23.01.2012 und Antw MFW
Drs 15/1158

ZwEWG

s. *Zweckentfremdungsverbotsgesetz*

Zwickauer Terrorzelle

s. *Nationalsozialistischer Untergrund*

Zwischenlager (Kerntechnik)

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle

s.a. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
s.a. *Nukleare Entsorgung*

Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente

Anfallende Mengen an Atom Müll und Brennstäben im Land, Umfang der Inanspruchnahme der genehmigten Kapazitäten in den Zwischenlagern, Konsequenzen des Atomausstiegs für die

Belegung der Zwischenlager in Neckarwestheim und Philippsburg; Nutzung der standortnahen Zwischenlager für Abfälle aus La Hague und Sellafeld; Gründe für die vom Bundesumweltministerium veranlassten sicherheitstechnischen Nachrüstungen der Zwischenlager

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1549

Lagerung radioaktiver Abfälle in den Zwischenlagern Philippsburg und Neckarwestheim

Haltung zur Forderung von Greenpeace, die ab 2014 aus Sellafeld und La Hague zu transportierenden hochradioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken in BW nicht im Zwischenlager Gorleben, sondern an den Standorten Philippsburg und Neckarwestheim zu lagern; Einflussnahme bei der EnBW zur Beantragung einer entsprechenden Erweiterungsgenehmigung beim Bundesamt für Strahlenschutz? Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie an der Diskussion um ein mögliches Endlager in BW?

Antr
s. *Radioaktiver Abfall*
Drs 15/1949

Einigung von Bund und Ländern vom 9. April 2013 auf ein gemeinsames Vorgehen zum Erlass eines Standortwahlgesetzes; Konsequenzen für BW

Hauptinhalt der Einigung; Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren; Zusage einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern im Zuge der Verhandlungen; rechtliche Rahmenbedingungen und Standortwahl für eine Zwischenlagerung in BW; Haltung der EnBW gegenüber der Endlagersuche und einer Zwischenlagerung von Castor-Behältern

Antr
s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
Drs 15/3361

Zwischenlagerung der am Standort Obrigheim befindlichen abgebrannten Brennelemente im Zwischenlager Neckarwestheim

Bewertung der Ankündigung der EnBW zur Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im vorhandenen Zwischenlager am Standort Neckarwestheim, insbes rechtliche Situation, Einschätzungen aus dem Raum Neckarwestheim, konkrete Maßnahmen der Bürgerbeteiligung, Umgang mit möglichem Widerstand aus der Bevölkerung für notwendige Castor-Transporte; Überlegungen zur Errichtung eines neuen Zwischenlagers für abgebrannte Brennelemente am Standort Obrigheim und mögliche Alternativstandorte

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 24.04.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3418

Rechtliche und technische Voraussetzungen für die von der LReg angebotene Zwischenlagerung von hochradioaktivem Abfall aus La Hague und Sellafeld in Philippsburg und/oder Neckarwestheim

Angebot der LReg zur Zwischenlagerung der noch ausstehenden hochradioaktiven Abfallprodukte aus den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafeld in Philippsburg und/oder Neckarwestheim, insbes bauliche Voraussetzungen, Art der Castor-Typen, Träger von Zusatz- und Transportkosten, Verhandlungen mit der Zwischenlagerbetreiberin und Position der betroffenen Regionen; mögliche zwischenzeitliche Bereitschaft anderer Bundesländer zur Zwischenlagerung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 15.05.2013 und Stel-

lungnahme UM Drs 15/3507
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.12.2013 Drs 15/4897
 S. 57-61
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Mögliche Auswirkung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom 19. Juni 2013 auf die von der LReg angebotene Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW
 Relevanz und Auswirkung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom 19. Juni 2013 auf die Genehmigung der Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW, insbes tragende Urteilerwägungen, Konsequenzen für das Verwaltungsverfahren zur Genehmigung der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle, Folgen für den politischen Prozess zum Erlass eines Standortauswahlgesetzes

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 04.07.2013 und Stellungnahme UM Drs 15/3738
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 12.12.2013 Drs 15/4897
 S. 57-61
 PIPr 15/95 27.03.2014 S. 5720 5721

Kompensationsüberlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim
 Weitere Verkürzung der Restlaufzeit für Block II in Neckarwestheim als Kompensationsmöglichkeit für die Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim

MdlAnfr 3) Ulrich Lusche CDU 21.11.2013 Drs 15/4358
 PIPr 15/84 28.11.2013 S. 5086 5087

Verbringung am Standort Obrigheim befindlicher Brennelemente nach Neckarwestheim
 Planungen der EnBW zur Verbringung der noch im Nasslager Obrigheim befindlichen Brennelemente nach Neckarwestheim, insbes Transportoptionen, Bearbeitungszeit des Genehmigungsantrags, Kostenersparnis, mögliche Gefährdung des Neckars

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 26.03.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/4986
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 15.05.2014 Drs 15/5374
 S. 9 10
 PIPr 15/106 24.07.2014 S. 6365 6366

Keine Einigung zur Zwischenlagerung des Atommülls aus Sellafield und La Hague
 Sachstand zur Verbringung der aus den Wiederaufarbeitungsanlagen Sellafield und LaHague nach Deutschland zurückzuführenden hochradioaktiven Abfälle, insbes Übernahme der entstehenden Zusatzkosten, Zusatzkosten am Standort Philippsburg, Festhalten am Standort Gorleben

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 16.05.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/5212
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 17.07.2014 Drs 15/5989
 S. 17 18
 PIPr 15/112 13.11.2014 S. 6762

Umgang mit zurückkommenden radioaktiven Abfällen aus Wiederaufarbeitungsanlagen: Die CDU drückt sich vor der Verantwortung ihrer jahrzehntelangen Atompolitik

Aktuelle Debatte
 s. *Radioaktiver Abfall*
 PIPr 15/102 S. 6087

Schwach- und mittelradioaktiver Abfall auf dem Gelände des KIT Campus Nord in Karlsruhe

Korrosion der Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall auf dem Gelände des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) Campus Nord in Karlsruhe; Überprüfung der Korrosionsschäden; Beurteilung der Lagerungsbedingungen auf dem Gelände des KIT Campus Nord durch das Bundesamt für Strahlenschutz; Situation in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerkstandorten Philippsburg und Neckarwestheim; Inbetriebnahme des Endlagers Schacht Konrad in Niedersachsen

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 24.11.2014 und Stellungnahme UM Drs 15/6163
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 26.03.2015 Drs 15/6921
 S. 39
 PIPr 15/132 18.06.2015 S. 7960

Kein Platz für Castoren? Weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit der durch die LReg angebotenen Zwischenlagerung zusätzlicher Castor-Behälter in BW

Aufnahme der Castor-Behälter in den Bundesländern; Fortschritte bei der Schaffung neuer zentraler Zwischenlager; Anwendung des Verursacherprinzips bei der Rücknahme radioaktiven Abfalls; Kosten der Umrüstung bestehender Zwischenlager; Kostenübernahme durch die EnBW

Antr Ulrich Lusche u.a. CDU 03.02.2015 und Stellungnahme UM Drs 15/6443
 BeschlEmpf und Bericht UmEnA 11.06.2015 Drs 15/7352
 S. 48-51
 PIPr 15/138 01.10.2015 S. 8295 8296

Atom-Endlager im Jahr 2170 - Zeichen nachhaltiger Politik oder einer Bankrotterklärung?

Bewertung der langfristigen Voraussage einer Arbeitsgruppe der Endlager-Suchkommission zur Verdoppelung der Kosten für ein atomares Endlager sowie über den Zustand eines verschlossenen Endlagerbergwerks zwischen 2095 und 2170, insbes Konsequenzen für bestehende Zwischenlager und entsorgungspflichtige Energieversorger

Antr
 s. *Endlagerung radioaktiver Abfälle*
 Drs 15/6914

Zwischenlagerung (Kerntechnik)

s. *Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle*

Zwischenstaatliches Abkommen

s. *Internationales Abkommen*

Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch

s. *Sozialgesetzbuch XII*